MITTELFRÄNKISCHE ZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND VATERLAND

00: Jan - Febr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19. März 1848. № 79 Sonntag: Joseph.

Mitbürger!

Der politische Fortschritt muß mit dem religiösen Hand in Hand gehen, beide müssen sich stützen und tragen. Unsere Zeit verträgt jenen altlutherischen, die Menschenwürde so tief verletzenden Glauben nicht mehr, daß der Mensch von Natur für das Gute völlig unfähig, in den Händen eines bösen göttlichen Wesens sey, das mit seinen Heerschaaren von Anbeginn an die Welt zu verderben, die Schöpfungen des guten Gottes zu zerstören suche. Wir wollen und müssen darauf dringen, daß unsere Kinder in einem edleren Geiste erzogen werden, in einem Geiste, der das Gefühl für die Menschenwürde, für ihre Kraft zum Guten nicht in den Staub tritt, sie nicht zu wimmerlichen Creaturen nieder-...uaen will, die dieses Erdenleben für ein elendes Jammerthal ansehen sollen, wo man nur zu Seufzen und Leiden geboren sey. Unsere Bestrebungen, nach Erlösung von diesem zeitwidrigen altlutherischen Drucke, den die protestantischen ...chenbehörden Bayerns seit zwei Jahrzehnten auf uns ausüben, sind nicht neu; eben vor dem jüngsten Umschwung der Dinge waren wir im Begriff, ernstliche Beschwerde vor dem Throne zu führen: um so weniger wollen wir jetzt ...ern, wo die Ereignisse so dringend dazu auffordern. Wir verlangen nichts Neues, wir verlangen nur die Zustände, wie sie vor zwanzig Jahren bereits gewesen und in anderen protestantischen Ländern bis heute geblieben sind, wir verlangen, daß einer kleinen Partei von Altlutheranern, die uns mit Gewalt auf die Stufe des Mittelalters zurückdrängen will, das Ruder in den protestantischen Angelegenheiten unseres Vaterlandes nicht länger mehr in den Händen gelassen werde. Wir verlangen, daß das Princip eines zeitgemäßen religiösen Fortschrittes bei unseren Kirchenbehörden wieder Geltung erhalte, daß sie mit dem protestantischen Volke wieder Hand in Hand gehen. Zu dem Ende soll am Sonntag, den 19. dieses Monats Vormittags 11 Uhr im Kathariuensaale eine Versammlung gehalten und eine Adresse an Se. Majestät unterzeichnet werden. Alle, die es mit dem Fortschritt gut meinen, sind dazu eingeladen. Die Adresse ist gedruckt als Beilage der Mittelfränkischen Zeitung bereits am Donnerstag den 16. mit ausgegeben worden. Am Sonntag den 19., von Vormittags 10 Uhr an werden im Katharinensaale die Listen zur Unterzeichnung dieser Adresse bereit liegen; die Versammlung selbst wird um 11 Uhr beginnen.

G. J. Platner. Dr. Ghillany.

Einige Sätze zur Beherzigung bei der Verhandlung über die Adresse der evangelischen Kirche betreffend.

1) Warum mit dieser Sache des Königs Majestät behelligen? Das Volk ist versammelt in seinen Ständen. An diese muß man sich wenden. 2) Die Kyria, die Curia, auf deutsch die Kirche, vom Anfang an, die Quelle, wo nicht alles, doch vielen Unheils in der Christenheit, sollte aufgehoben werden und als eine menschliche Anstalt dürfte sie es in allen ihren Gestaltungen. 3) Dann erst kann das Reich Gottes kommen, die Möglichkeit der Anbetung Gottes im Geiste und in der Wahrheit, wozu es keine Tempel und Altäre, keine Priester und Prediger bedarf. Joh. 4, 21. 4) Doch dazu ist noch die Zeit ..., künftige Jahrhunderte werden sie bringen; darum werde nur vorderhand die Kirche von dem Staate getrennt; die Kirche, nicht die Geistlichkeit, die so gerne im evangelischen, wie im katholischen Christenthum, die Kirche seyn mögen; sondern der Hause der Gläubigen: Siehe Augsburger Konfession, Artikel VII. 5) Es werde eine Generalsynode für die evangelische Kirche am besten in Deutschland, doch, weil dies schwerlich ausführbar ist, vor der Hand in Bayern er...t, aus 2/3 weltlichen und 1/3 geistlichen Mitgliedern bestehend, sämmtlich von dem Volke selber gewählt. Ein hoher Staatsbeamter sitzt dabei als Wähler, ne quid detrimenti capiat respublica aus der Kirche. 6) Diese Generalsynode habe die gesetzgebende Macht in der Kirche; ein Oberkonsistorium, mit Männern besetzt, die das Vertrauen des Volkes ...en, werde mit der exekutiven Gewalt betraut. 7) Das sämmtliche ...nvermögen werde unter der Aufsicht der Generalsynode verwaltet und damit aller Willkür und Gewalt entzogen. 8) Alle Feudal...en im Bereiche der Kirche werden abgeschafft, und die Geistlichen als Diener derselben von der Kirche erhalten, so daß alle und jede ...mliche oder individuelle Aufgaben aufhören, damit keiner heucheln und schmeicheln muß. 9) Die Freiheit der Lehre, wie des Glaubens-Bekennens sey unbeschränkt. Die öffentliche Meinung wache über ...te. Dieß die Grundlage, die ersten Züge einer neuen besseren Einrichtung der Kirche, die von vielen Geistlichen selber gewünscht, bean...t wird. Vieles Andere, was nachfolgt, ergibt sich von selber.

Innere Angelegenheiten.

Bayern. *† (München, 17. März.) Das unverzeihliche Benehmen ...ter Polizei, welche die Aufregung des Volkes nicht blos kommen ..., sondern sie förmlich heraufbeschwor, indem sie sich hartnäckig weigerte, eine Erklärung über den Aufenthalt der Gräfin Landsfeld zur Publicität zu bringen, hat sich bereits gestern Abend auf eine furchtbare Weise bestraft. Schon gestern Nachmittag nahm das Publikum Haussuchungen bei verschiedenen Leuten vor, wo man diese Person auch ... entfernt vermuthete. Ihr jüngstes Asyl in der Wurzerstraße wurde bis zum späten Abend wahrhaft belagert von Tausenden. Da man sie aber nirgends fand, so ging's nach dem Polizeigebäude, welches gestürmt wurde. Man fing mit Fenstereinwürfen an, riß Thüren und Fensterstöcke ein, befreite die daselbst Gefangenen, bemächtigte sich der Registratur und warf sie zum Fenster hinaus. Ueber zwei Stunden ...nte dieser schreckliche Tumult, das Militär selbst sah sich durch Steinwürfe mißhandelt und schritt keineswegs kräftig ein. Endlich um ... Uhr wurde Generalmarsch geschlagen und es zeigte sich eine große Militärmasse, auch die Bürgermiliz erschien theilweise. Die Residenz ... längst abgeschlossen, dennoch wurden ein paar Fenster zertrümmert. Verschiedene Verwundungen fielen vor und der Pöbel war in so gereizter Stimmung, daß er zum Theil nach dem Zeughaus strömte, ... jedoch dort eindringen zu können, zum Theil in den grimmigsten Verwünschungen gegen hohe Personen wie Behörden sich Luft ... Bis 11 Uhr dauerte das Pfeifen und das Lärmen auf den ... und da die aus Freysing hier anwesenden Kürassiere einhauten, so entstund die Erbitterung gegen das Militär, weshalb dieses mit Steinwürfen bedient wurde. Leider ist auch unser trefflicher Ministerverw. Frhr. v. Thon-Dittmer, welcher unter dem Volke einherging, von einem Steinwurf getroffen und am Kopfe, zum Glück nicht bedeutend, verletzt worden. Eine gestern Abend in den Wirthshäusern verbreitete magistratische Bekanntmachung, daß Gräfin Landsfeld in Heidelberg vor 2 Tagen gesehen worden sey, welche Nachricht Dr. Müller aus Aschaffenburg hieher brachte und sie selbst dort gesehen zu haben verbürgte, brachte keine Wirkung hervor. Heute früh wurde die Aufruhrakte, vom Polizeidirektor Mark unterzeichnet, bekannt gemacht, bald aber von den Straffenecken herabgerissen.

Die Bürger versammelten sich sehr früh auf dem Rathhause, wo eine Adresse der Bürgerschaft an den Landtag vorgelesen und zur Unterzeichnung aufgefordert wurde. Die Adresse faßt alle Wünsche, die in den verschiedensten deutschen Adressen niedergelegt sind. (Wir werden sie morgen mittheilen.) Auch die Studenten verfaßten eine Adresse an die Kammer der Abgeordneten gediegenen Inhalts. — Die Gährung über die gestrigen Vorfälle hat heute noch weiter um sich gegriffen. Niemand kann das Benehmen der Behörden in dieser gefährlichen Lage der Dinge billigen. Diesen Vormittag liegt eine Adresse an Se. Maj. den König vor, die ganze Polizei aufzulösen und eine bestimmte Erklärung im Betreff der Gräfin Landsfeld kund zu geben. Im Nichtgenehmigungsfalle weigerten sich die Bürgerschaft und die Freikorps, den Waffenschutz anzuwenden. Wenn diesen Nachmittag nicht entscheidende Schritte zur Beruhigung der Gesammteinwohnerschaft erfolgen, so steht uns eine stürmische Nacht bevor. Bis jetzt haben wir noch keine förmliche Volksversammlung; die von diesen Morgen zur Mittheilung der Adresse an die Kammern war nur von kurzer Dauer und wurden keine anderweitigen Besprechungen zugelassen. Wenn bis diesen Nachmittag keine günstige Entscheidung erfolgt, so werden sich neuerdings Volksversammlungen constituiren, auf deren Schritte man das beste Vertrauen setzen kann. — Unter solchen Umständen wird den auch bis jetzt noch nicht vollzählig eingetroffenen Deputirten wenig Aufmerksamkeit zugewendet. Theils im Ständehause, theils an andern Orten versammeln sich Abgeordnete zu Privatbesprechungen. Hoffen wir, daß bis übermorgen die Eröffnung der Kammer erfolgen kann.

(Vor Postabgang.) Nachdem diesen Vormittag doch noch im kleinen Rathhaussaale sich viele Bürger, Studirende und gebildete Personen aller Stände versammelten, und sehr stürmische Debatten gepflogen wurden, hatte die allgemeine Aufregung den höchsten Grad erreicht. Da kehrte endlich der II. Bürgermeister, gefolgt von einer Deputation Bürger, und einer langen Reihe Personen zurück mit der Botschaft, daß Se. Majestät der König mit dem Beirath sämmtlicher Minister beschlossen habe, und hiemit erkläre: (das schriftliche Dekret wurde vorgelesen) 1) Die Gräfin Landsfeld wird des Indigenats im Königreich Bayern verlustig erklärt. 2) Sämmtliche Behörden erhalten den Auftrag, auf sie zu fahnden und sie betreffenden Falls zu ergreifen und in eine Festung zu liefern. 3) Der Polizei-Direktor Mark ist seines Postens entsetzt, und an dessen Stelle der königliche Landrichter Frhr. v. Pechmann ernannt, an welchen bereits eine Estafette abgegangen ist. (Letzterer konnte bekanntlich durch Lola verhindert, seine Zeit nicht zur Polizei-Direktorstelle gelangen.) Allgemeiner Jubel folgte dieser Mittheilung; große Freude herrscht, alle Bangigkeit verschwindet. —

†† (Nürnberg, den 18. März.) Eben, als wir die Antwort auf den dünkelhaften Artikel des Korresp. v. u. f. Deutschl. in Nr. 78 der

Morgenausgabe in die Druckerei geben wollten, läuft uns ein anderer sehr gediegen geschriebener Aufsatz ein, dem wir das Vorrecht lassen wollen, weil er gewissermassen auch unsere Vertheidigung übernimmt. Wir werden daher unsere Erwiderung für das morgende Blatt der mittelfr. Ztg. versparen, vorläufig aber nur bemerken, daß sich die Redaktion des Korresp. v. u. f. Deutschl. mit ihrem nichtssagenden theilweise jungenhaft abgefaßten Gesalbader gegen uns, einmal wieder entsetzlich blamirt hat.

* (Nürnberg, den 18. März.) Die neuesten aus dem fränk. Oberlande eingetroffenen Berichte, bringen wenig Erheblisches. Zwischen dem Militär und den Aufrührern ist es nirgends zu einem Zusammentreffen gekommen; von den letztern sind bereits 20 Mann gefangen worden. Unser Correspondent schildert den Moment, in welchem diese Verirrten gebunden unter dem Weinen und Geheul von Eltern, Geschwistern und Kindern nach Plassenburg zur Untersuchung abgeführt wurden, als so ergreifend, daß selbst die Soldaten, welche diesen Plünderern so große Strapazen zu verdanken haben, heftig davon bewegt wurden.

Aeussere Angelegenheiten.

Deutschland.

Baden. (Karlsruhe, 15. März.) [Erklärung.] Es ist durch Wort und Schrift das Gerücht verbreitet worden, in der am 5. d. M. zu Heidelberg abgehaltenen Versammlung, von welcher die Erklärung wegen eines deutschen Parlaments ausgegangen, habe man die Gründung einer »deutschen Republik« insgeheim beschlossen. Die Unterzeichneten, welche der erwähnten Versammlung beigewohnt, erklären dieses Gerücht für eine Unwahrheit. Soiron, Stösser, Bissing, Bassermann, Schmidt, Müller, Welcker, Kapp, v. Itzstein. (K. Z.)

(Karlsruhe, den 13. März.) In der heutigen Kammersitzung stellte Welcker die Frage: ob die Regierung sich dafür verwendet habe, daß alle deutsche Staaten Preßfreiheit und Repräsentativverfassung erhalten? — St.-M. v. Dusch: Hinsichtlich der Preßfreiheit ist dies immer geschehen, im andern Punkt habe ich keine offizielle Kenntniß von dem Antrag des Herrn Reiners gehabt. Welcker: Der von der Kammer in beiden Punkten einstimmig ausgesprochene Wunsch ist jetzt der allerwichtigste. Die Gefahr ist groß. Ein Mann, der dem constitutionellen monarchischen System immer treu war, und das Oberland kennt, schreibt mir, daß die Stimmung dort sehr entschieden ist, und Niemand weiß, wie ihm die Bewegung über den Kopf wächst. So ist es auch in andern Ländern, die Monarchie hat eine erschreckende Erschütterung erhalten, die energischsten Maßregeln, auf das schnellste ausgeführt, können allein helfen. Ich huldige der Monarchie, weil sie vereint mit der Freiheit die beste Form ist. Ich denke an Belgien, wo die volle Freiheit herrscht, und wo der Monarch durch die Erklärung: „Wollt ihr die Republik, so soll kein Tropfen Blut fließen, [illegible] meine Krone nieder," ein Zujauchzen des ganzen Volkes hervorgerufen hat. Ich weiß, daß die meisten Wohlhabenden keine Republik wollen; allein in Frankreich hat auch die Nationalgarde keine Republik gewollt, sie ist dennoch hereingebrochen, weil die Republikaner die Kühnsten, die Thätigsten waren. Deshalb müssen Regierung und Kammer entschieden und energisch auftreten. Jeden Tag wächst die Gefahr. Handeln Sie, meine Herren auf der Regierungsbank. Mit denjenigen Regierungen von Deutschland, wo der offene Wortbruch herrscht, können sich die Bürger von Repräsentativstaaten nicht vereinigen. Ich beschwöre alle meine deutschen Mitbürger in Preussen, Oesterreich, daß sie das Vertrauen zwischen allen Deutschen durch energisches Auftreten wiederherstellen! St.-M. v. Dusch erklärt sich mit dem Abgeordneten Welcker einverstanden, und verlangt Einigkeit. Welcker: Treue ist die Bedingung der Einigkeit. Hecker: Das Mißtrauen hat seinen Boden in der Vergangenheit und in der Gegenwart. In Hannover spricht man sich gegen die Nationalvertretung aus, in Sachsen glaubt man, mit Höflichkeit sey Alles gethan, in Preussen läßt man Kuirassiere wirken. In Baden bleibt Blittersdorf Bundestagsgesandter. St.-M. von Dusch: So lange sein Nachfolger nicht ernannt ist. Hecker: Zögern Sie nicht mit dieser Ernennung. Der König von Würtemberg hat auch nicht gezögert. St.-M. von Dusch: In der letzten Zeit mußte ich doch überhaupt einen Bundestagsgesandten haben. Hecker: Es thut nicht gut, wenn der Minister Blittersdorf bleibt. Mez: Es ist eine große Verantwortung, die sich der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten aufbürdet. Was Welcker und Hecker gesagt haben, ist volle Wahrheit. Die Preussen und Oesterreicher sind nur dann unsere Brüder, wenn sie gleich frei sind wie wir. Nach der Gefahr des Augenblicks ist, rasch zu handeln, verhindern Sie den Bürgerkrieg, meine Herren auf der Regierungsbank. St.-R. Bekk: Der Augenblick ist groß, aber auch Ihre Verantwortung ist groß, meine Herren. Ich ersuche Sie, Ihre Stimme so zu erheben, daß sie den Sturm beschwichtigt. Wir sollen rasch handeln, damit bin ich einverstanden. Blittersdorf's Pensionirung ist beschlossen, in wenigen Tagen werden Sie seinen Nachfolger erfahren. Die Wünsche des Abg. Welcker theile ich vollkommen. Die Regierung wird thun, was in ihren Kräften steht. Was die öffentliche Stimme nicht vermag, Das vermag die badische Regierung nicht. Vertrauen Sie auf den Geist, der jetzt die Welt beherrscht. v. Itzstein: Ich habe stets für das Recht des Volks in den Schranken des Gesetzes gewirkt. Ich ehre den H. v. Dusch als einen freisinnigen Ehrenmann; allein er zögert zu viel. Daß Blittersdorf noch nicht ersetzt ist, begreift das Volk nicht. Wenn Sie nicht wenigstens bald einen Verwalter hinsenden, so ist das Aergste zu befürchten. Mathy: Unsere Verantwortlichkeit ist groß, sie ist nicht nur eine moralische; der Sturm wird auch über uns losbrechen. Wir scheuen die Verantwortlichkeit nicht, wir haben bewiesen, daß wir dem Andrange des Augenblicks nicht nachgeben. Aber reden müssen wir, sonst haben wir den Sturm zu verantworten. Hören Sie auf die Stimme der Abgeordneten, das Ministerium in Würtemberg und Hessen erweckt Vertrauen. Können Sie keinen Bundestagsgesandten finden, das ganze Volk wird einen nennen. Welcker: Was in andern Zeiten schwierig war, ist jetzt leicht. Vereinigen Sie sich mit der Regierung konstitutioneller Staaten, und belehren Sie die Großmächte. Wenn es in Preussen und Oesterreich bekannt wird, daß nicht blos Volksmänner, sondern auch deutsche Regierungen Verwirklichung der Bundesakte verlangen, so wird sich Alles erreichen lassen. Ich will nichts darüber sagen, daß mit der Besetzung der Stelle des Bundestagsgesandten so lange gezögert worden. Wir waren die Mäßigsten in ganz Deutschland; ist nun Das unser Dank, daß nun die Erfüllung unserer Wünsche hinausgeschoben wird? Das Volk wird auch uns sein Vertrauen entziehen, wenn Das so fortgeht. Sie zwingen uns zum Aeußersten. St.-R. Bekk: Wir wollen das Vertrauen des Volks zur Kammer nicht schwächen, wir halten es in diesem Augenblick für eine unerläßliche Nothwendigkeit. (Die Ernennung Welckers zum Bundestagsgesandten ist am 14. März, dem Tag nach obiger Debatte erfolgt.)

(Heidelberg, 15 März.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags passirte Lola Montez unsere Stadt. Mit dem Zuge vom Oberlande kommend, sah sie sich genöthigt, gegen eine Stunde in einem unmittelbar neben den Bahnhöfen liegenden Hotel zu verweilen, um dann mit dem nächsten Zuge ihre Reise in der Richtung nach Frankfurt fortzusetzen. Die Nachricht von ihrer Ankunft verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt und veranlaßte, daß sich eine große Menge Neugieriger vor ihrem Gasthofe versammelte. Als sich Lola in den Bahnhof verfügen wollte, bildete der Haufe einen Durchgang und gab vernehmliche Laute der Verwunderung über die pikante Persönlichkeit von sich. Kaum war aber diese Mitte Wegs, so erscholl ein Pereat und eine Anzahl roher Gesellen fing an, das bedrängte, leichenblaß aussehende Weib mit Steinen und Koth zu werfen. Lola erreichte mit großer Mühe und immer vom dichtesten Haufen umringt, ihr Ziel. Ein ihr entfallenes Notizenbuch hob man auf, um es zu vernichten; indeß gelang es einigen Danebenstehenden, es zu retten und der Eigenthümerin wieder zuzustellen. Es sollen sogar Fenster in dem betreffenden Wartesaal eingeworfen worden seyn. Daß jenes schimpfliche Scandal nur der Elite des Heidelberger Pöbels, wozu übrigens Leute gehören, denen man jene Pöbel-Qualität nicht an schmutzigen zerlumpten Kleidern ansehen kann, zur Last fällt, versteht sich von selbst. – Gestern Nachts erhob sich ein bedeutender Straßenlärm in der Nähe der Hauptkirche, provocirt durch eine Anzahl junger Menschen. Es hieß, man wolle den Brückenthurm stürmen, um einen wegen mißliebiger Aeußerungen gegen den Landesfürsten darin gefangen sitzenden Schneider zu befreien. Der Bürgerwache gelang es, ohne besondere Anstrengung, die Schreier zu verscheuchen. (Frkft. J.)

(Mannheim, den 14. März.) Die hiesige „Abendzeitung" berichtet: Gegen vierhundert Bürger der bayerischen Pfalz rückten heute Nachmittag hier ein, um den Deputationen der einzelnen Gemeinden, welche die auf der Volksversammlung zu Neustadt festgestellten „Forderungen des Volks" mit den Abgeordneten nach München bringen sollten, das Geleite zu geben. Die nachbarlichen Freunde kamen unverhofft und es war darum kein Empfang vorbereitet. Doch sammelten sich bald zu ihnen hiesige Volksmänner im Prinz Max und Badener Hofe; man besprach wiederholt die ernsten Angelegenheiten und wir waren Zeuge, mit welcher Energie jene Bürger der Pfalz ihren Deputationen den Antrag erneuerten, in München kein Jota von den Forderungen des Volks abzugehen, und nur mit den vollständigsten Bewilligungen zurückzukehren, andernfalls habe die Pfalz aufgehört, bayrisch zu heißen. Später versammelte man sich abermals im Badener Hofe, wo in kurzen Reden die Lage und Hoffnung des Volkes weiter besprochen wurde. In freudigem Zuge, unter Gesang, wurden dann die jenseitigen Pfälzer bis zur Rheinbrücke begleitet.

Freie Städte. (Hamburg, 13. März.) Der heutige Abend hat leider weniger friedlich-unschuldige Scenen herbeigeführt, als der Tag mit seinem fast überflüssig erschienenen militärischen Spektakel. Dieser hatte eine Menge von müßigen Gaffern in die Straße nahe dem Rathhause und vor dasselbe geführt. Die Gruppen von Bürgermilitär der verschiedenen Waffengattungen, und die Volkshaufen mischten sich recht gemüthlich, je weiter der Tag verlief. Um halb sieben etwa, in der beginnenden Dämmerung, schloß der Bürgerconvent. Die Wagen der Rathsherren fuhren, wie immer, gleich nachher ab, als eine Scene, die so verschiedenartig erzählt wird, daß man sie im Detail hier noch auf sich beruhen lassen möge, die Beleidigung eines unserer würdigsten Bürgermeister herbeiführte, während, wenn nicht überhaupt ein Mißverständniß beim Andrangen zum Wagen obwaltete) die feindselige Demonstration jedenfalls nur einem schon gelegentlich des neulichen Tumultes vielgenannten Manne gelten sollte. Das erbitterte Bürgermilitär machte sehr nachdrücklichen Gebrauch von seinen Waffen, wozu sich die Gelegenheit bald weit über die Admiralitätsstraße hinaus erstreckte. Wir müssen leider auch sagen, daß dieselbe von Manchem gesucht ward, denn es sind, vorzüglich auf dem Neuenwall, gegen völlig harmlose Menschen Angriffe empörender Art gemacht worden, die höchstens in der Aufregung des Momentes ihre Erklärung finden können. — Schlimmer als in der Stadt, wo selbst in diesem Augenblicke (wir schreiben freilich 1 Uhr Nachts) die größte Ruhe herrscht, ging es in St. Pauli zu. Die uns von dort zugegangenen Mittheilungen lassen auf einen energischen Widerstand des Volkes (dort auch andern Schlages als in der Stadt) gegen die Kolbenstöße und Säbelhiebe der Bürgergarde schließen, denn nicht nur schwer Verwundete, auch Leichen will man gesehen haben, zwei oder drei.
(Mgdbrg. Ztg.)

Hessen. (Darmstadt, 14. März.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer nahm Abg. Reh seinen Antrag: Gefährdung hessischer öffentlicher Verhältnisse betreffend, in Folge der neuesten Vorgänge in Kurhessen, zurück. Auf die Frage des Abg. Cretzschmar: ob Preussen auch an die diesseitige Regierung, wie an Baden, das Ansinnen gestellt habe: keine Konzessionen zu machen und den Weg des Fortschritts nicht zu betreten, gab der Minister eine verneinende Antwort, mit dem Zusatz: er habe guten Grund zu glauben, daß auch an die badische Regierung kein solches Ansinnen von Seite Preussens gelangt sey.
(Frkft. J.)

(Gießen, den 14. März.) Auch in der hiesigen Gegend werden die Bauern sehr unruhig, wie schon aus vielen Gegenden berichtet ist. Sie verwechseln die größere politische Freiheit mit gänzlicher Unzufriedenheit. Soll nicht Person und Eigenthum Gefahr laufen, ja der Möglichkeit eines Bauernaufstandes Raum bleiben, so wäre schnell von der Regierung (mit den Kammern) ein Gesetz zu erlassen, daß jede Gemeinde für den in ihr an Person und Eigenthum verübten Schaden verantwortlich wird. Dies hat sich bereits im Elsaß, nach öffentlichen Nachrichten, vortrefflich bewährt, und ist, wenn wir nicht irren, bereits auch in Baden gesetzlich ausgesprochen. Ein solches Gesetz wird factisch die untern Schichten der Gesellschaft über ihr Mißverständniß der Freiheit aufklären, die Gutgesinnten und Besitzenden ermuthigen, ja veranlassen, zur Sicherheit der Person und des Eigenthums auch auf dem Lande zusammenzutreten. Lasse man in den Ständeversammlungen doch ja jetzt alle Persönlichkeiten fallen; hüte man sich, Proscrip-

tionslisten auch nur indirect zu veranlassen, nur ein Ruf kann nun frommen: „Gesetz, Ordnung Recht — für Jedermann! (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 13 März 12 Uhr Nachts.) Mehrere Hunderte von Menschen hatten am Nachmittage sich unter den Zelten versammelt, an dem Orte, wo die bereits öfter erwähnte Adresse berathen worden war. Gegen Abend zogen sich diese Leute nach der Stadt zurück und blieben unter den Linden, im Lustgarten und auf dem Schloßplatz in Gruppen vertheilt stehen, welche zwischen acht und neun Uhr durch die von der Arbeit kommenden Handwerker und Arbeiter vermehrt wurden, ohne jedoch irgend eine Demonstration, irgend eine Drohung oder einen Akt der Gewalt zu begehen. Hunderte von Spaziergängern der gebildeten wandelten zwischen denselben durch die Straßen. Plötzlich erscheinen gewaltige Massen Militär, das Schloß wird von mehreren Tausend Mann besetzt, als wenn ein Angriff auf dasselbe bevorstände. Die Truppen welche sich zwischen der Menge hin und her bewegen, verdichten den Menschenknäul, welcher ihnen ausweicht, bald aber sich nur mühsam fort bewegen kann. Kein politisches Geschrei ertönte, nur das Hollah der Gassenbuben, kein Stein wird aufgehoben, kein Schimpfwort gegen das vorhandene Militär gefallen. Da bricht mit einem Male Kavallerie auf den Schloßplatz unter die Menge in gesprengtem Galopp ein, ohne daß eine warnende Aufforderung ertönte, und haut mit blanken Klingen scharf unter die Menge. Klinge und Pferdehufe fordern ihre Opfer. Entsetzen, Verwirrung, Flucht, verzweifeltes Geschrei ergreift Alles. Denn unterschiedslos fallen als Opfer Männer, Frauen und Kinder. Wie groß das Unglück ist, kann erst der nächste Tag zeigen; ich selbst kann nur von 20 mehr oder weniger schwer Verwundeten erzählen. Um 10 Uhr waren die Schreckensscenen im Centrum der Stadt vorüber; doch auch in andern Gegenden wurde scharf eingehauen, den Linden, der Jägerstraße, der Königstraße 2c., wohin theils das Volk sich flüchtete, theils dichtere Schaaren von Spaziergängern sich befanden. Der Anblick der Fallenden erweckte eine unbeschreibliche Erbitterung — erst nach diesen Scenen vor dem königlichen Schlosse wurde der Gedanke an Widerstand beim niedern Volk rege. Ich höre, daß man den Einbruch eines Waffenladens versuchte und durch Aufziehung einer Brücke eine Barrikade errichtete, Widerstand fand jedoch nicht statt. (Frkf. J.)

(Berlin, den 14. März.) Soeben erhalten wir die Nachricht, daß der König die Ueberreichung der Adresse zusammengetretene Deputation heute Nachmittag auf dem Schlosse empfangen, sie längere Zeit bei sich behalten und ihnen in Erwiderung der in der Adresse beantragten Punkte die bedeutungsvollsten Zusicherungen gemacht hat. (D. Z.)

(Berlin, d. 15. März.) Unter dem Vortritt des Oberbürgermeisters hat heute Mittags 2 Uhr eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten hiesiger Residenz, dem Könige die aus Veranlassung der Zeitereignisse beschlossene Adresse überreicht. Darin wird petitionirt um Preßfreiheit mit Preßgesetz, welches sich auf die Bestrafung der Mißbräuche der Presse beschränkt, Vollendung des preußischen Verfassungswerkes, Geschwornengericht, Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse. Die Adresse schließt: Wenn Preußens Monarch, auf den in diesem Moment ganz Deutschland mit gespannter Aufmerksamkeit seine Blicke lenkt, in Uebereinstimmung mit seinem Vereinigten Landtage in dieser Richtung vorschreitet, dann wird Deutschland auf der unerschütterlichen Grundlage gemeinsamer politischer Institutionen beruhen, dann wird die glorreiche Erbschaft des hochseligen Königs, der Zoll-Verein, dann werden auch die hochherzigen Absichten für die Begründung eines deutschen Rechts, die Ew. Majestät durch die von Preußen angeregte Berathung eines deutschen Wechselrechts und Postvertrages an den Tag gelegt haben, mächtig gefördert werden. Die Deutschen werden die Stelle unter den Völkern einnehmen, die ihnen gebührt. Und hat Deutschland, wie die Proclamation des Bundestages eingesteht, diese Stelle bisher nicht einzunehmen gewußt, so müssen wir einen Theil der Schuld in den Mängeln der Bundesverfassung suchen und dürfen dem bewährten deutschen Sinne Ew. Majestät vertrauen, daß diese Verfassung in nächster Zeit gekräftigt werde, um die Interessen der Nation im vollsten Sinne vertreten zu können. Nur in einem Zwiespalt mit dem übrigen Deutschland erblicken wir eine ernstliche Besorgniß. Ist erst die innige Verbrüderung der deutschen Stämme errungen, ja wird sie nur erhoffen und kräftig angestrebt, so kann im Fall eines Krieges, sofern derselbe nicht in diplomatischer Verwickelung, sondern in der Verletzung des deutschen Bodens seinen Grund hat, von einer Gefahr für Deutschlands Fürsten und Völker nicht mehr die Rede seyn. Der König äußerte darauf folgendes: Seiner Majestät fühlten die Bedeutung des Augenblicks; es sei die erste Adresse, welche Sie in dieser bewegten Zeit von Hand zu Hand entgegennehmen, und es sei Allerhöchstihnen ein angenehmes Gefühl, daß Sie von Ihrer lieben Vaterstadt komme, die sich auch in dieser Zeit der Bewegung in erfreulichster Weise bewährt habe. — Wenn es ringsum koche, dürfe man freilich nicht erwarten, daß hier allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkte stehe, und erwäge man dies, so sei es anerkennungswerth, daß in einer Stadt von solcher Größe, in der es an reichlichen Elementen der Unruhe nicht fehle, die Ordnung nicht erheblich gestört sei. Selbst der gestrige Abend könne dieses Anerkenniß nicht wesentlich trüben, denn bei allen denen, auf deren Benehmen Se. Majestät Werth lege, wäre die ruhigste und besonnenste Haltung zu erkennen, und Sie seien über die Haltung der Bürger erfreut gewesen. Was die Adresse selbst betreffe, so könne Se. Majestät nicht, wie es in andern Ländern Sitte, darauf in wohlstilisirter Rede antworten; nur im Conservationston wollten Sie einige Worte erwidern. — Zunächst freuten Sie Sich, auf die Haupt-Bitte erwidern zu können, daß sie bereits gewährt sei. Die Einberufung des Vereinigten Landtags sei seit mehreren Tagen beschlossen und das Berufungs-Patent bereits vollzogen. Mit Zuversicht sehe der König dieser nahen Versammlung entgegen, da echt preußische Gesinnung in Tagen der Gefahr am wenigsten fehlen werde. Mit vollster Offenheit und vollstem Vertrauen würden Se. Majestät dem Landtage entgegentreten. Ihre Losung sei: „freie Völker“ „freie Fürsten;“ nur wenn Beide frei wären, könne die wahre Wohlfahrt gedeihen! Die anderen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; ein näheres Eingehen darauf sei daher nicht nöthig. Doch eines Ausdrucks der Adresse müßten S. M. erwähnen, welcher auf die allmählige Entwickelung der Verfassung gerichtet sei; diesem können Sie nicht unbedingt beitreten. Es gäbe gewisse Dinge, die sich nicht übereilen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. — Das lehre ja auch die Geschichte des Nachbarlandes, wo sich innerhalb Menschengedenken für zehn beschworene Verfassungen einander verdrängt hatten, wo erst neuerdings das selbstgeschaffene Gebäude zusammengefallen sei. Nicht in sechs Wochen dürfe man z. B. ein Haus bauen, welches zu bauen anderthalb Jahre erfordere; auch nicht auf Sand dürfe man es bauen, wenn es bestehen solle! — „Kühn und bedächtig“, das seien die Losungsworte jedes guten Feldherrn; ungestraft dürften sie nicht getrennt, nicht das Eine über dem Anderen vergessen werden! Das wollten auch seine Maj. nicht vergessen. — Die gute alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben; auch die Gliederung der Stände sei deutsch; wer dagegen anstrebe, der setze sich Gefahren aus. Auch dafür fehle es nicht an Beispielen; ebenso der Besitz als althergebrachte Grundlage der Standschaft komme in Betracht. Doch alles dieses könne nur mit dem Landtag erledigt werden; wie Se. Maj. ihm vertraue, so möchte auch das Volk ihm vertrauen und „dadurch eine recht innige Vereinigung der Regierung, der Stände und des Volkes erwirken.“ Diese Einigkeit müsse das höchste Ziel des Strebens sein bis zum Landtage, während des Landtages. Nur durch festes Zusammenhalten könne übrigens das Unheil vom deutschen Vaterlande abgewendet werden, welches den Revolutions-Krieg über dasselbe gebracht hätte! Se. Maj. möchten die Verantwortlichkeiten des Zwiespaltes nicht über Sich nehmen. Was überhaupt Deutschland betreffe, so liege dessen Schicksal nicht in Ihrer Hand; Alles aber, was Ihre Kraft vermöge, wollten Sie redlich und ernstlich anwenden, damit auch diese Zeit der Krisis zu dessen Einigkeit, Kraft und Größe ausschlage; sie liege Ihnen so nahe am Herzen, als diejenige Preußens.

(A Pr. Z.)

Sachsen. (Dresden, 13. März.) Im ganzen Königreich Sachsen (mit Ausnahme der von der Geburts- und Beamten-Aristokratie und von der Klerisei beherrschten Lausitz) hat sich eine Mißstimmung über die Antwort des Königs auf einige Adressen und Freude über Leipzigs muthige Beanspruchung der Volksrechte kundgegeben; allein in Dresden fand man es für gut, eine Gegendemonstration nicht nur Leipzig, sondern dem ganzen Lande entgegen zu unternehmen. Abgesehen davon, daß man im Theater zwei Mal dem Könige ein Hoch ausbrachte, zog auch gestern die Kommunalgarde auf und faßte auf der Brücke und vor dem Schlosse Posto. Was sie sollten, wußten die meisten Gardisten nicht. Man erwartete die Leipziger. Während die Leipziger indirekt sagen wollten: »wir sind noch nicht zufrieden«, sollten die Dresdener dem Könige durch ihr Hoch zurufen: »wir sind zufrieden, ja wir schwimmen im Taumel unseres Glücks!« Doch die Leipziger kamen nicht. Um nun doch nicht ganz vergeblich auf dem Platze gewesen zu seyn, brachte man am Schlosse dem König ein Hoch aus und nannte die ganze Affaire, um dem Kinde einen Namen zu geben, »Kommunalgardenrevue vor Sr. Maj. dem Könige!« (Frkft. J.)

(Dresden, 15. März.) Gestern Abend gegen 8 Uhr entwickelte sich auf der Schloßgasse ein Straßenauflauf, der durch Pfeifen, Rufen und Singen sich zuerst kund gab und in die an die Schloßgasse anstoßenden Strassen sich erstreckte. Einige Bedeutung bekam er dadurch, daß ein schweizer Soldat, der als Artillerieunteroffizier in den letzten Schweizerkriegen thätig gewesen, sich zeigte, und daß man von einem Chor von Bermusikern, die, wie an unsern Märkten gewöhnlich, den Fastenmarkt über hier waren, die Marseillaise in der Sophiengasse spielen ließ. Kurze Zeit darauf wurde die Menschenmasse und der Auflauf größer, als ein Schornsteinfeger einen seiner Befohlenen verhaften lassen wollte, wodurch die Militärwache, die auf Veranlassung eintraf, genöthigt wurde, in ihr Wachlokal sich zurückzuziehen. Eine stärkere Patrouille konnte eben so wenig ausrichten, und der darauf folgenden Ermahnung des wachthabenden Offiziers an der Hauptwache wurde nicht Folge geleistet. Die Masse, die nach und nach an Färbung und Charakter gewann, zog vor das Schloß, wo sie dem abgetretenen Ministerium ein Pereat, dem König ein Hoch brachte, der Communalgarde im Stadthause sich gegenüberstellte, wieder vor das Schloß zog, zahlreiche Vivats aus heisern Kehlen ausbrachte, im Absingen von deutschen Liedern und der Marseillaise auf die Moritzstrasse zog, dem dort wohnenden Minister v. Könneritz wiederum ein Pereat brachte und trotz mehrer Ansprachen nicht auseinander gehen mochte. Als endlich die meist aus jüngern Leuten bestehende Masse, die schon theilweise mit Cokarden von Schwarz, Roth und Gold sich zu schmücken anfing, wieder an das Stadthaus gezogen war, verlor sie sich auf Ansprache des Professors Wigard. Der Auflauf hatte keineswegs einen festen Charakter, vielmehr zeigte sich deutlich die Zwecklosigkeit, die mehr in einer einfachen Entladung der allgemeinen Erregtheit als in einer ausgeprägten Demonstration sich zeigte, und dadurch gefahrlos wurde, daß man von Seiten der Behörde sie in ihrem wahren Licht ansah. (L. Z.) — Nach dem Dresdner Tageblatt schloß der Tumult damit, daß ein Mann aus der Masse dieselbe vor Exzessen warnte und ein Hoch auf R. Blum und die Leipziger ausbrachte.

(Weimar, 13. März.) Die Ruhe ist, wie vorauszusehen war, hier nicht wieder gestört worden. Dagegen hört man, daß es auch in einigen andern Orten des Landes zu argen Thätlichkeiten gekommen ist. So hat namentlich das Volk den Amtmann zu Berka so fürchterlich gemißhandelt, daß an seinem Aufkommen zweifelt. Auch in dem Flecken Vieselbach scheinen sich Symthome von ernsten Unruhen zu zeigen: eben ist eine Abtheilung Militär dahin beordert worden, was vielseitige Mißbilligung findet, da durch militärischen Widerstand die Volkswuth nur noch mehr gesteigert wird. Nach allen diesen Vorgängen zu urtheilen, sind wir noch nicht über den Berg, und man befürchtet mehr als je eine Wiederholung tumultarischer Auftritte. Der Finanzminister von Gersdorf hat seine Entlassung eingereicht; dagegen höre ich, daß die 6. Bürgergardecompagnie, welche einstimmig den Beschluß faßte, ihn zu veranlassen, sein Amt niederzulegen, wegen Meinungsverschiedenheit sich aufgelöst hat. — Einem Manne vom Lande hat der Freiheitsjubel den Verstand geraubt; er ist nach Jena in die Irrenheilanstalt gebracht worden. (Frkft. J.)

Schwarzburg-Sondershausen, den 14. März. Unser Fürst hat die Bitte um Reformen nicht abgewartet und ist ihnen zuvorgekommen; am Morgen des 13., bevor noch die Deputation um Reformen angelangt war, hatte er schon eine Proklamation mit wesentlichen Bewilligungen unterzeichnet. (D. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Das welthistorische Resultat ist: die Abdankung des Fürsten Metternich, der Sturz seines ganzen Systems, Preßfreiheit und die Einleitung von Reformen wie sie dem ganzen übrigen Deutschland, mit Ausnahme Preußens, Sachsens und Hannovers, jetzt zugesichert sind, und nun auch von diesen nicht mehr verweigert werden können. Wir haben die Berliner und Wiener Post erst in später Stunde erhalten, können also heute nur einen kleinen Theil unserer Briefe mittheilen, und

ersparen weiteres auf morgen. In Gratz, Preßburg, Pesth und Prag sollen Unruhen bedeutender Art ausgebrochen seyn. (A. A. Z.)

(Wien, 14 März, Nachmittags 3 Uhr.) Nationalgarde unter dem Befehl des Grafen Hoyos; Preßfreiheit; dieß sind die großen Angebinde der Bewegung. Erzherzog Albrecht, welcher gestern den Befehl zum Feuern gab, hat das Generalcommando der Militärmacht verloren, und wird vom Fürsten Windischgrätz ersetzt werden. Als Stellvertreter von Metternich wird Montecucculi oder Colloredo genannt. Die Bürgerschaft wird unverzüglich zur Wahl eines neuen Bürgermeisters schreiten, und man hat Rudolph Arthaber so ziemlich als denjenigen bezeichnet auf den die Wahl fallen wird. Welche große Ereignisse in 24 Stunden! Oesterreich mit den freiesten Institutionen, das so weit darin zurück war. Aber die Bevölkerung hat sie sich errungen, auf eine Weise errungen die sie deren werth zeigt. Der Jubel ist unbeschreiblich; alles mit weißen Schleifen geschmückt, welche die Damen nebst Kränzen auf die vorüberziehenden bewaffneten Bürger werfen. Als Motto wählt die Nationalgarde: Besitz, Arbeit, Intelligenz! Kein Unterschied der Confessionen, obgleich noch nicht von oben herab decretirt; ebenso dem Adel Achtung wenn er arbeitet oder intelligent ist. (A. A. Z.

(Wien, den 14. März.) In den Vorstädten soll es sehr übel aussehen. Auf den Glacis sind die Gaspfähle herausgerissen, die Laternen zertrümmert. Bürger und Studenten trachten auch dort Ordnung herzustellen. 11 Uhr. In den Vorstädten soll es wild hergehen; man soll Angriffe auf einige Fabriken gemacht haben. In der Stadt hat man bis jetzt nur an den Regierungsgebäuden zerstört, was man erreichen konnte. Von der Regierung ist eine Kundmachung in der Zeitung erschienen, ohne Wirkung zu machen. Seither ist nichts mehr von ihr bekannt gemacht worden. (A. A. Z.)

⊙ (Wien den 14. März Nachmittag.) Die Nacht verlief in der Stadt ziemlich ruhig, wenigstens am alten Fleischmarkt. Am frühen Morgen erschien eine Proklamation vom Kaiser, worin die Bewaffnung der Studirenden angeordnet und zeitgemäße Staatsreformen in wenig verheißenden Ausdrücken versprochen wird. Die Wiener Allg. Ztg. bringt zugleich die Nachricht, daß Staatskanzler Metternich seine Stelle in die Hände des Kaisers gelegt habe. Man ist nicht damit zufrieden, man will eine Constitution, vor allem wird der Ruf nach Preßfreiheit laut. Diesen Morgen war ich am Hof, wo das bürgerliche Zeughaus ist, daselbst bekommen die Studenten, Bürger und Bürgersöhne Waffen.

Ein bewaffneter Haufe um den andern drängt sich zum Thore heraus, mitunter Trommeln und Fahnen vielleicht noch aus dem Türkenkriege mit sich führend. Sie durchziehen die Straßen und werden überall mit Applaus und Vivat begrüßt. Offiziere des organisirten Bürgermilitärs führen sie, Unteroffiziere und Wehrmänner halten die Ordnung aufrecht.

Die meisten Posten werden durch diese, in Eile gebildeten Nationalgarden bezogen, und zahlreiche Cohorten ziehen nach den Vorstädten, namentlich nach Maria-Hilf, Neulerchenfeld, nach den Gründen Fünf- und Sechshaus, wo die Ruhe auf eine bedenkliche Weise gestört ist. Arbeiter- und Proletarier-Haufen brannten diese Nacht zwei Fabriken nieder, sie drangen in alle Bäcker-, Kauf- und Kreißlerläden, in Wein- und Bierschenken, man mußte ihnen geben was sie wollten, sie plünderten sogar.

Das Militär mußte vom Feuergewehr Gebrauch machen, es gab viel Blut, 14 Tode liegen im Spitale, darunter auch leider manche unschuldige, z. B. ein altes Mütterlein und eine meiner Schwester wohlbekannte Dame, welche am Arm ihres Gatten, von einer Kugel getroffen, todt zusammenstürzte. — Die kaiserl. Ställe an der Landstraße wurden diese Nacht ebenfalls von einem zerstörungslustigen Haufen mit Brand bedroht, er zerschlug zuerst die Fenster, beschmierte ein Thor mit Pech, und zündete mit den Trümmern eines Schilderhauses ein Feuer daran an nicht achtend der Kugeln, die die an den Fenstern vertheilte Militärmannschaft heraus schickten. Mehr Wirkung machten die Feuerspritzen deren Wasserstrahl man unter die Haufen spielen ließ, er wich zurück und wurde durch vorrückende Kavallerie vollends verjagt. Ich war diesen Morgen auch im Ständehaus und sah die Blutlachen auf dem Pflaster, die Kugelmale an den Häusern, hätten die Studenten Waffen gehabt, sie würden das vergossene Blut schrecklich gerächt haben, Offiziere und Militär waren erstaunt darüber, wie heldenmüthig die Unbewaffneten Stand hielten. Die Aufregung wirkt fort.

Alle Geschäfte ruhen, alle Läden sind geschlossen. Bewaffnete Bürgerhaufen ziehen durch die Straßen und halten Ruhe und Ordnung aufrecht. Fast ganz Wien ist auf den Straßen, alle Freunde der Reform sind, wo nicht bewaffnet, doch mit weißen Bändern geschmückt. Endlich erscheint eine Bekanntmachung, der Kaiser habe Preßfreiheit bewilligt, endloser Jubel. 15. Mittags. Eine diesen Morgen erschienene Proclamation bewilligte Preßfreiheit, Bildung einer Nationalgarde, und verspricht die Stände der deutschen, slavischen und italienischen Staaten bis zum 16. Juli einzuberufen, um sich mit ihnen über Administration und Repräsentative Verbesserungen zu berathen, kein Wort von Konstitution, worüber Alles sehr erboßt.

Ich finde diesen Morgen die Wiener gruppenweise in den Straßen, dem Verlesen eines Aufrufs an die Bürger zuhörend, das erste Produkt der Preßfreiheit. Dieser Aufruf ermahnt die Bürger fest zu beharren auf ihren Forderungen sie wären ebenso treu und wohlgesinnt wie die übrigen deutschen Brüder, und dürften deßhalb auch fordern was diese haben, freie öffentliche Volksvertretung, Glaubensfreiheit und Schwurgerichte. —

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Innere Angelegenheiten.

Bayern. †*△ (Nürnberg den 18. März.) Gestatten Sie einem Ihrer Leser, der zugleich ein aufmerksamer Leser des Korrespondenten v. u. f. Deutschland ist, einige Bemerkungen, zu denen ihm Ihre Streitsache mit der Redaktion des letzteren Blattes eine natürliche Veranlassung war. Werde ich mich wohl täuschen, wenn ich die Ueberzeugung ausspreche, daß Ihr Referent an dem Wort „Geschenk", um das sich die neuste Polemik zwischen Ihrem Blatte und dem Korr. dreht, keinen Anstoß genommen haben würde, wenn die sonstige Haltung des Korr. eine solche wäre, welche diesen aus der absolutistisch-bureaukratischen Zeit herübergenommenen Ausdruck als einen bloßen lapsus pennae erscheinen ließe? Wollte nicht Ihr Referent an diesem scheinbar geringfügigen Beispiel die allgemeine Thatsache anschaulich machen, welche von allen Lesern des Korresp. mit Mißfallen bemerkt wird, daß die Redaktion des Korresp. weit entfernt, an der großen Bewegung einen freudigen Antheil zu nehmen, welche in diesem Augenblick alle der Freiheit würdigen Geister in Deutschland ergriffen hat, sich vielmehr gegen sie verschließt, ja, wie man mit Staunen und Entrüstung gesehen hat, ihnen feindlich entgegentritt, sie schmäht und verläumdet? Zeuge dessen ist nicht bloß ein einzelner Ausdruck, sondern unter Andern ein Artikel in Nr. 64. des Korresp.: Die pariser Februarrevolution und ihre Beziehungen zu Deutschland, worin die Bewegung des Februar als eine communistische, den Besitzenden gefährliche, und die jetzt auf Concessionen in Deutschland Dringenden als in Gefahr befindlich dargestellt sind, Verräther (sic) am Vaterlande zu werden, dagegen der unaussprechlich lächerliche Rath ertheilt wird, zu warten, bis der Entwickelungsgang der wahren Geschichte das Gewünschte von selbst bringen werde: ein Artikel, mit welchem die Redaktion des Korr. sich in einer Note ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Verdient denn, so darf man fragen, eine solche zweideutige Haltung, oder vielmehr eine solche unzweideutig retrograde Tendenz eines öffentlichen Blattes nicht von Jedem, mag er nun in ein bloß in Bayern oder in ein auch jenseits der bayerischen Grenzen gelesenes Journal schreiben, eine Hinweisung auf die Pflichten, welche die jetzigen Zeitverhältnisse jedem deutschen Blatte auferlegen, das sich nicht der Gesinnungs- und Charakterlosigkeit schuldig machen will? Aber wie tritt doch die Redaktion des Korresp. auch gegen Jeden auf, der es wagt, ihr eine wohlverdiente Lektion zu geben! Welch' ein Hohn, welch' eine Wegwerfung, welch' ein Hochmuth in jeder Zeile? Allein so als ein kleiner Guizot moins l'esprit, zufrieden mit den Satisfaits, welche ja die Majorität in der Kammer sichern, die Waffe souveräner Verachtung zu schwingen, ist bekanntlich eine etwas gefährliche Rolle, unter allen Umständen aber eine lächerliche. Die Redaktion des Korr. spielt zudem diese Rolle zu oft. Wir erinnern uns der Polemik des Korr. mit der deutschen Zeitung, der er, weil ein Artikel, welche eine Taktlosigkeit von ihm aufdeckte, ihm nicht gefiel, ohne Weiteres die Insinuation ins Gesicht warf, sie habe die Knabenschuhe noch nicht ausgetreten. Grob, das ist wahr; aber doch noch weit mehr lächerlich. Man stelle sich die Partien vor. Auf der einen Seite Gervinus, ein Mann, gewiegt im tiefsten Studium der Literatur, der Politik, des öffentlichen Lebens; um ihn her Männer, die als Universitätslehrer, als Abgeordnete, als Schriftsteller die Hochachtung und Verehrung ihres engeren und weiteren Vaterlandes besitzen; diesen tritt ein Zeitungsredakteur gegenüber, dessen publicistische Leistungen sich in eine Geschichte von so und so viel Hundert oder auch Tausend verbrauchter Rothstifte auflösen und bemerkt ihnen, sie hätten die Knabenschuhe nicht ausgetreten. Die Antwort der „Deutschen Zeitung" war eine verdiente: sie schwieg. Aber von Seite Unbetheiligter verdient solches maßlose Auftreten laute Mißbilligung. Man hat nie das Recht, so hoch auf seine Gegner herabzusehen, am wenigsten, wenn man so viel auf dem Gewissen hat, wie die Redaktion des Korresp. Wir wollen sie zwar nicht beim Worte halten, wir wollen sie nicht, wie sie es will, für jede Zeile in ihrem Blatte verantwortlich machen. (Welch ein monströser Satz, beiläufig gesagt, wenn er in dieser Allgemeinheit ausgesprochen wird! Ein Journalist, der nichts in sein von verschiedenartig denkenden Mitarbeitern bedientes Blatt setzen will, als womit er beifällig einverstanden ist, verdiente unter der Aegide der russischen Knute zu redigiren.) Aber auch ohne von dieser Erlaubniß der Redaktion des Korrespondenten Gebrauch zu machen, vermöchten wir ein ziemlich umfassendes Sündenregister des Korrespondenten anzufertigen. Für heute aber damit genug; die Redaktion des Korrespondenten gehe in sich, und sehe, was ihr zu ihrem Heile dient, (vielleicht trägt die hastige Flucht von Freund Metternich etwas zu ihrer Belehrung bei,) sie nehme sich ein Beispiel an ihrer gescheidteren Schwester, der „Allgemeinen Zeitung, welche, wenn nicht aus Sympathie, doch aus Politik sich für die neue Ordnung begeistert, und vor allen Dingen sehe sie sich etwas näher in der Journalistik freier Länder um, damit sie zu der Erkenntniß komme, daß man wegen des Wortes „perfid", in einer Zeitungspolemik gebraucht, keine gerichtliche Klage erhebt, wenn man sich nicht mit aller Gewalt lächerlich machen will.

(Regensburg, den 16. März.) Mit nicht geringem Befremden erfährt man aus verschiedenen Blättern, daß bei mehreren Regimentern, welche zur dritten Armee-Divivision gehören, z. B. in Amberg, Ansbach u. s. w. die Beeidigung des Militärs auf die Verfassungsurkunde ganz stille und ohne alle Feierlichkeit in den Kasernhöfen vorgenommen worden ist; liegt darum die Vermuthung ziemlich nahe, daß der Kommandant dieser Armee-Division, Herr Generallieutenant Fürst von Thurn und Taxis eigene Weisungen an die unter ihm stehenden Regiments- und Bataillonschefs habe ergehen lassen, wie die Beeidigung des Militärs stattzufinden habe. Ist diese Voraussetzung begründet, und wir haben Ursache es zu glauben, so hat der Divisionskommandant die Ereignisse in München und insbesondere die seit 30 Jahren angestrebte Beeidigung des Militärs auf die Verfassungsurkunde nicht mit jener Freudigkeit, mit jenem Jubel aufgefaßt, wie dieses im ganzen Lande der Fall gewesen ist. Es mag ihn freilich hart ankommen, sich in Zustände zu schicken, die seinen angebornen Grundsätzen geradezu widerstreben, aber von einem constitutionellen Offizier und noch dazu von einem Armee-Divisionskommandanten darf man wohl verlangen, daß er seine Mißbehaglichkeit über die neuesten Zeitereignisse nicht öffentlich zur Schau trage, denn er hat den Bewohnern jener Garnisonsstädte eine Freude verkümmert, die an allen andern Orten außerordentlich und durchaus geeignet war, das neue constitutionelle Band zwischen Bürgern und Militär immer fester, immer inniger zu knüpfen. (Regsb. Tgbl.)

(Augsburg, 17. März.) Heute Nacht ist eine Abtheilung des dahier garnisonirenden Chevauxlegersregiments König nach Edelstetten abgegangen, wo das fürstl. Esterhazy'sche Herrschaftsgericht dieses Namens seinen Sitz hat; andere Abtheilungen des Chevauxlegersregiments Herzog Maximilian zu Dillingen sind in den jüngsten Tagen für die fürstl. Oettingen-Wallerstein'schen Herrschaftsgerichte und das königl. Landgericht Burgau in Anspruch genommen worden. Eine, wie es scheint, ziemlich allgemein sich kundgebende Unzufriedenheit der standes- und gutsherrschaftlichen Grundholden in Bezug auf die Grundbarkeitsverhältnisse und daranggeknüpfte Forderungen der gutsherrlichen Hintersassen, mit bedrohlichen Demonstrationen geltend gemacht und von der herrschenden Aufregung unterstützt, sollen diese militärische Besetzung nothwendig gemacht haben. Mehrere Grundherrschaften haben sich durch ähnliche Veranlassung, aber bei viel bescheideneren Ansprüchen gedrungen gefunden, sich mit ihren Grundholden zu vereinbaren, so in den Fürstenthümern Oettingen-Spielberg und Fugger-Babenhausen. Diese Vorgänge dürfen indeß mit den wilden Ausbrüchen, die anderwärts vorgekommen, nicht in eine Linie gestellt werden. Wir verweisen in dieser Beziehung nur auf die bekanntgewordene Vorstellung der fürstlich Oettingen-Wallerstein'schen Hintersassen im Ries, deren Inhalt laut genug für die längst anerkannte dringende Nothwendigkeit zeitgemäßer Umgestaltung des Grundbarkeitsverhältnisses auf gesetzlichem Wege spricht. (A. A. Z.

(Burgau, den 15. März.) Gestern und in verflossener Nacht haben in Wattenhausen (Pfarrdorf mit 83 Häusern und 119 Familien), dem Sitze des kgl. Rentamtes, Unruhen stattgefunden, in deren Folge, nachdem die Maßregeln der Behörden und drei Gensd'armen außer Stande waren, die Ordnung herzustellen, und die Gewaltthätigkeiten zusehends bedrohlicher wurden, auf Requisition des kgl. Landgerichts heute Morgens ein Detaschement Chevauxlegers aus Dillingen zum Schutze des Staatseigenthums und der königlichen Beamten daselbst eintraf. Den Anlaß oder vielmehr den Vorwand zu den Exzessen gab die Abführung einer Quantität Getraide aus dem k. Kornspeicher, welches ein benachbarter Müller gekauft hatte. Man hinderte diese Abführung unter den fürchterlichsten Drohungen, und nachdem hierauf den ganzen Tag über von dem Volke mittelst Geschrei, Flinten- und Terzero-Schüssen Ort und Umgegend in Allarm gesetzt war — unverkennbar in der Absicht, Konsorten aus der Nachbarstadt an sich zu ziehen, wurden Nachts in verschiedenen Zwischenräumen die Häuser derjenigen Ortsbewohner, welche sich der Bewegung nicht anschlossen, dann der Pfarrhof und das Klostergebäude, in welchem sich das k. Rentamt befindet, vielfach durch Steinwürfe und dergleichen beschädigt. Das Gerücht hatte, wie gewöhnlich, diese Exzesse noch umfangreicher dargestellt, als sie wirklich waren. Es hat sich gezeigt, daß nur 10 bis 20 Bursche und Männer aus Wattenhausen dabei betheiligt waren. Die Angriffe auf das Rentamtsgebäude hatten bis 4 Uhr Morgens angedauert, und sollten heute wiederholt werden. Da kam Morgens ganz unerwartet eine Abtheilung Kavallerie nebst einer Kommission des königlichen Landgerichtes an.

(A. Abendztg.)

Aeussere Angelegenheiten.

Deutschland.

Preussen. △ (Berlin, 15. März.) Die Aufregung, welche durch ganz Deutschland um sich greift, hat leider hier zu sehr bedauernswerthen Exzessen geführt, und zwar zu Exzessen der Soldaten. Statt nämlich die Versammlungen zur Abfassung von Petionen ruhig sich verlaufen zu lassen, entwickelte man eine völlig unnöthige Macht von Reiterei und Infanterie, deren Offiziere sich es angelegen sein ließen, das Publikum durch die gemeinsten Ausdrücke: Canaille, Gesindel, Hunde, möglichst aufzureizen. Die Menge war unbewaffnet, es würde leicht gewesen sein, auf humane Weise Allem vorzubeugen, allein es schien darauf abgesehen zu sein, militärischen Muth gegen Waffenlose zu entwickeln. Es werden eine Menge ganz empörender Eigenheiten erzählt, auf der Brüderstrasse, zum Beispiel haben die Soldaten ganz unvernünftig darein gehauen, aus den Fenstern tönte der Ruf: Schämt ihr euch nicht, ihr preußische wollt Soldaten sein? und selbst der Berliner Bürger der sonst vor Allem die Ruhe und unbedingte Gesetzlichkeit liebt, ist heute über die ausgeübten Brutalitäten unzufrieden.

(Münster, den 11. März.) Bei der in Folge des unsinnigen Arbeiterkrawalls in Köln vorgenommenen Beschlagnahme der Papiere eines der Miturheber, des ehmaligen Lieutenants und jetzigen Sekretärs an der Feuerversicherungsanstalt Colonia, Anneke, soll man wichtige Entdeckungen über eine weitverzweigte Verbindung gemacht haben. Gewiß ist, daß auf Grund der vorgefundenen Korrespondenz bereits verschiedene Untersuchungen, auch gegen Militärpersonen anhängig gemacht sind. (D. Z.)

(Minden, 14. März.) In unserer Nähe in dem kleinen Fürstenthum Lippe-Schaumburg, hat gestern ein großes Ereigniß Statt gefunden. Kaum vorher geahnet, sammelten sich gestern früh gegen 2—3000 Männer vor dem Schlosse des persönlich geachteten und beliebten Fürsten in Bückeburg. Eine Deputation hatte sich zum Fürsten begeben um Gewährung der Wünsche des Volks: — es sind die bekannten, in ganz Deutschlands allgemein laut gewordenen und einige locale, namentlich auch Abschaffung noch bestehender Monopole und feudaler Verhältnisse, im ganzen siebzehn Punkte. Noch gegen 4 Uhr stand die Masse ruhig erwartend. Die Ausfertigung erfordert Zeit; da wird bekannt gemacht, daß Sr. Durchlaucht alle vorgetragenen Wünsche — bis auf Einen, die Civilliste betreffend, gewährt, die Ausfertigung befohlen und die Urkunde sofort unterzeichnet habe. Nun folgt ein allgemeiner Jubel, aber eine Stunde später sehen wir die Straßen so leer, so ruhig, wie je. (Köl. Z.)

(Aus dem Regierungsbezirke Düsseldorf, 14. März.) Wir dürfen uns keine Illusionen mehr machen. Unsere Zustände werden mit jedem Augenblicke bedrohlicher. Was in Würtemberg, Franken und Thüringen die Bauern gegenüber dem Adel sind, das sind die Arbeiter unsern Besitzern gegenüber. Der Credit fällt von Tag zu Tag mehr. Was soll in kurzer Zeit aus der Industrie werden? Die Fabrikanten

werden genöthigt sein, ihre Arbeiter zu Tausenden zu entlassen. Alle Symptome mahnen daran, einer bevorstehenden Krise vorzubeugen. Dies aber kann bei den Mittelständen nur dann geschehen, wenn die Regierung sie durch zeitgemäße Concessionen noch fester an sich bindet. (Köln. Z.)

(Wesel, 14. März.) Der hier verhaftete Lieutenant heißt Beust (nicht Brust). Er sitzt auf der Citadelle. Dagegen hat man am 11. Abends die Zelle des bekannten Literaten D. Dronke — leer gefunden. Derselbe hat die zahlreiche und sehr lebhafte Versammlung der Kriegs-Reservisten auf dem Waffenplatze der Citadelle Abends gegen 7 Uhr benutzt: man erzählt, er habe das Zimmer im Schlafrocke verlassen, diesen irgendwo abgeworfen und unter Anstimmung des Liedes: „Ich bin ein Preuße", inmitten einer munteren Schaar noch nicht eingekleideter Kriegs-Reservisten, deren „begeisterte" Stimmung er in Ton und Geberden täuschend nachgemacht haben soll, das Thor und Zugbrücke glücklich hinter sich gelassen. Die Nachsuchungen in der Stadt (selbst in einem Privathause) waren erfolglos. (Köl. Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 14. März.) Die höchste Spannung herrscht hinsichtlich der von Kopenhagen her angedrohten Incorporation Schleswigs; man würde aber unwahr seyn, wollte man läugnen, daß die Holsten trotz ihrer im Ganzen phlegmatischen Natur sich nach dieser Entscheidung sehnen, um den Gefühlen endlich einen Ausdruck geben zu können, die schon lange sie heimlich gequält. Im Drange der Umstände wird auch die hiesige Studentenschaft beschließen, ein Freicorps zu bilden; heute Nachmittag wird zu dem Ende eine Versammlung Statt finden. — Dem Vernehmen nach ist der Chef des hiesigen Dragoner-Regiments angelangt und hat sich mit den Offizieren beim Stadtkommandanten versammelt, wie auch der Bürger- und Polizeimeister zu dieser Versammlung hinzugezogen worden sind. Ueber das Ergebniß verlautet noch nichts Gewisses.

Dagegen wird in einem Kieler Briefe der „Börsenhalle" das Gerücht, nach welchem der dänische Staatsrath, allein mit Widerspruch des Grafen Moltke, die Incorporation Schleswigs beschlossen und nur der König seine Genehmigung sich noch vorbehalten haben solle, — nach glaubhaften Quellen als ganz unbegründet und apokryphisch bezeichnet. Wenn ein solcher Gewaltschritt auch von manchen Mitgliedern des Staatsraths beantragt sei und selbst lebhaft gewünscht werde, wenn ein großer Theil der Bevölkerung Kopenhagens auch Alles aufbieten möge, ihn herbeizuführen: so sei derselbe doch, nach den letzten authentischen Berichten aus Kopenhagen noch nicht geschehen. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 13. März.) Unsere Festung ist gewissermaßen in Belagerungszustand versetzt; es heißt in den Befehlen freilich nur, die Festung soll in Vertheidigungszustand gesetzt werden; aber der Sinn dieses Befehls ist bei den bekannten Absichten der Eiderdänen nur zu deutlich. — Auch Kopenhagen wird armirt, und alle seefähigen Schiffe der Marine werden ausgerüstet. (Brem. Z.)

Frankreich.

†(Paris, 14. März.) (Protestation der Clubs.) Die von dem ehemaligen politischen Gefangenen Blanqui präsidirte republikanische Central-Gesellschaft, hat gestern den Beschluß gefaßt: sämmtliche Pariser Clubbs zu einer Generalversammlung einzuladen, in welcher der Antrag an die prov. Regierung gestellt werden soll: die Generalwahlen hinauszuschieben, sowohl die der Nationalgarde als die der Nationalversammlung. Ich will Euch sagen, begann Michelot zur Unterstützung des Antrags, warum ich auf diese Maaßregel dringe. Die Bourgeoisie will den Proletarier ausschließen; die alten Offiziere der Nationalgarde erklären bereits öffentlich, daß sie Alles aufbieten werden, um wieder in die konstituirende Versammlung zu kommen, woraus sie den Plebs zurückdrängen. Diese Nationalgarde, die in der Julimonarchie ihr Himmelreich sah und welche Louis Philipp mit Händedrücken und Ordenskreuzen köderte, machte bisher nur zum bösen Spiel gute Miene. Sie haßt den Proletariarier in Lumpen und sehnt sich im Stillen nach irgend einer Regentschaft, die sie gegen die Angriffe von Unten schütze. Diesem Benjamin des Julikönigs dürft Ihr nicht trauen; es ist unmöglich, daß die Natur binnen so wenigen Tagen aus schwarz weiß mache. Schon scheuen sie sich nicht mehr, ihr Haupt zu erheben; gegründen Gesellschaften, die sie auch Clubbs nennen, in denen aber der arme Mann kaum den Mund öffnen darf. Kommt er endlich zu Worte, dann frägt man ihn nach Namen, Stand, Lebenslauf u. s. w. Man lacht oder schreit zu den derben oder schlecht-stylisirten Ausdrücken des Parias, der zähneknirschend oder beschämt sich zurückzieht. Als die mobile Garde dekretirt wurde, eilten die Proletarier auf die Mairie-Aemter, um sich einschreiben zu lassen; sie alle wollten der Republik dienen. Aber die Bourgeois fürchteten die Kanaille und bewogen die Mairie-Aemter, ihnen bis heute noch keine Waffen verabfolgen zu lassen, während die Offiziers bis an die Zähne bewaffnet sind. Wollt ihr noch mehr Beweise für die Nothwendigkeit meines Antrages?..... Die Bürger Blanqui, Hervé, Viatine u. A. sprachen in demselben Sinne und der Antrag wurde fast einstimmig angenommen.

Die Gesandten der Großherzogthümer Baden und Hessen haben dem Minister Lamartine offiziell angezeigt, daß sie auf ihrem Posten bleiben und ihre Geschäfte fortsetzen.

(Der Schneiderkrieg.) Paris zählt 26,000 Schneidergesellen, darunter ein beträchtlicher Theil Deutsche. ⅓ davon arbeitet beim Meister, ⅔ dagegen für die Kleiderläden. Die Meister wollen nun die Konkurrenz des großen Kapitals dadurch stürzen, daß sie in einem Meeting beschließen, eine allgemeine Taxe für den Arbeitslohn festzustellen und eine Hilfskasse für die todte Jahrszeit zu bilden. Das große Kapital (die Läden) antwortet auf diese Demonstration heute Abend mit einem Gegenmeeting, worin es beweisen wird, es sei besser für einen niedrigeren Lohn schnell und das ganze Jahr hindurch zu arbeiten; als höheren Lohn zu erhalten und fünf bis sechs Monate im Jahre spaziren zu gehen! Der Kampf beginnt in allen Ecken.

Die Reforme dringt sehr ernstlich auf Wiederherstellung der Rheinfestungen. Sie wünscht zunächst Hüningen, Schlettstadt ꝛc. ꝛc. wiederhergestellt. Auch die Flotte sei Behufs allgemeiner „Verbrüderung der Völker" in besseren Zustand zu versetzen und segelfertig zu halten.

Das Haus Baudon et Comp. hat provisorisch seine Zahlungen eingestellt. Es kündigte an, daß es alle seine Gläubiger vollständig bezahlen werde, und daß das Haus nach dieser Liquidation seine Geschäfte wieder aufnehmen werde.

Oesterreichische Staaten.

* (Wien: den 14. März.) Die Unruhen, welche seit gestern in unserer Hauptstadt stattfinden, haben alle Geschäfte unterbrochen, die Börse ist geschlossen, wie alle Gewölbe und Comptoirs. Aus diesem Grunde ist für alle Wechsel, sowohl für die Annahme als Zahlung ein Moratorium von heute bis 18. März bewilligt worden. Fürst Metternich ist entlassen, die Bildung einer National-Garde angeordnet und die Preßfreiheit gewahrt, andere Reformen werden erwartet. Für die kaiserliche Familie spricht sich die treueste Anhänglichkeit aus, und das Privateigenthum in der Stadt ist nicht gefährdet. Wir hoffen, daß in wenigen Tagen die Ruhe wieder hergestellt seyn wird.

Schweiz.

(Zürich, den 14. März.) Nach Berichten von Kondukteurs sollen gestern Nachmittag alle Zollvereinsbeamten und Gränzwächter in der Umgegend von Konstanz und Schaffhausen vertrieben worden seyn und sich nach der Schweiz geflüchtet haben. Beide Gränzkantone hätten schleunigst einige Truppen an die Gränze verlegt. Alle Waaren passiren zollfrei; von den Schweizern wird diese Freiheit stark benützt. Ganze Ladungen von verbotenen oder hoch bezollten Gegenständen werden schleunigst der Gränze zugeführt. — Die alten Regierungsräthe in Luzern sind der Haft entlassen, und der Rechnungsabschluß mit ihnen ist aufgeschoben bis zur Abrechnung des Kantons Luzern mit dem Sonderbund. — Die alten Staatsräthe von Neuenburg sind dagegen noch immer gefangen. Würde sie der König von Preußen des Eides entbinden, so könnten sie abdanken und erhielten die Freiheit wieder. — Lola Montez ist nach kurzer Abwesenheit wieder in Bern angelangt. (Schwb. M.)

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20. März 1848. № 80. Montag: Hubertus.

Deutschland.

Bayern. (München, 17. März.) Wir können Ihnen in Berichtigung Ihrer gestrigen Korrespondenznachricht über das angebliche Fehlschlagen der Mission der Bevollmächtigten von Würtemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau, die bestimmte Mittheilung machen, daß unterm heutigen in München eine Verständigung erfolgt ist, und dem gemäß der kgl. Gesandte, Frhr. v. Vergen in außerordentlicher Mission sich sofort nach Dresden und Berlin begibt, um ganz im Geiste der kgl. Proklamation vom 6. d. die möglichst schleunige Durchführung der Nationalrepräsentation am deutschen Bunde, und anderer die Einigung Deutschlands bezweckender Provisionen zu erzielen. (A. A. Z.)

(München, 17. März.) Bei der heute Nachmittag stattgehabten Wahl der sechs Candidaten zu den Präsidentenstellen der Kammer der Abgeordneten wurden im ersten Scrutinium bei 123 anwesenden Mitgliedern (absolute Majorität 62 Stimmen) erwählt: die HH. Abg.: 1) Heintz, Appellationsrath (Pfälzer) mit 114; 2) Kirchgeßner, Advocat mit 111; 3) Willich, Advocat (Pfälzer) mit 94; 4) Dr. Müller mit 84; 5) Stockinger, Advocat (Pfälzer) mit 75; 6) Kolb, Gottfried, Bürgermeister in Straubing, mit 72 Stimmen. Daß diese Wahlen im großen Publicum das angenehmste Aufsehen erregen, ist natürlich. Waren ja Zweifel genug aufgetaucht, ob die Kammer den Anforderungen der Zeit und des Volkes entsprechen werde; nun sind nur Männer der freisinnigsten Richtung gewählt. Die adeligen Gutsbesitzer der vorigen Candidatenliste: Frhr. v. Rotenhan, Graf Hegnenberg, Frhr. v. Lerchenfeld und Frhr. v. Closen wurden umgangen, dem Anschein nach mit eigenem Einverständnisse. Das Gerücht, daß die Beseitigung der Feudallasten unmittelbar in Anregung gebracht und befriedigend gelöst werde, gewinnt hierdurch an Bestand. Man glaubt, daß der König wie im vorigen Jahre die ersten zwei Candidaten als Präsidenten bezeichnen werde. Die Kammer der Reichsräthe hat als Candidaten für ihre zweite Präsidentenstelle gewählt: Frhrn. v. Zu-Rhein, Graf Reigersberg und Frhrn. v. Schenk, sohin die vorjährigen Candidaten Fürst Wallerstein und Graf Schönborn nicht in Vorschlag gebracht. Als Secretäre wurden wieder gewählt: Frhr. Schenk v. Stauffenberg und Graf Montgelas. — Die Kammern werden nun wahrscheinlich nächsten Montag eröffnet. (A. A. Z.)

(München, 17. März.) Die drei Studentencompagnien der Isaren, Bayern und Schwaben haben neben der Linie am meisten die bereits begonnene Erstürmung des bürgerlichen Zeughauses verhütet. Dem ganzen Freicorps ward heute das wohlverdienteste Lob für ihre gestrige treffliche Haltung sowohl durch den König als den Landwehr-Obercommandanten Herzog Max ertheilt.

So höchst bedauerlich es ist, daß Lola Montez das bayerische Indigenat erhielt, so wenig kann es einleuchten, wie es ihr einseitig genommen werden kann, und es wäre daher im Interesse des gesicherten Rechts zu wünschen, daß durch eine Art Indemnity-Bill, die bereite Zustimmung der Stände erholt würde. Nicht unbezeichnend ist der Umstand, daß, als heute Mittag bei Publikation obiger Beschlüsse auf dem Rathhause eine Stimme verlangte, der Spanierin die Adelsverleihung zu entziehen, dies aufs entschiedenste zurückgewiesen wurde, mit dem Bemerken: »sie solle nur adelig bleiben.« (A. A. Z.)

(Heßloch bei Speyer, den 15. März.) In unserer Gemeinde herrschte dieser Tage eine sehr große Aufregung. Massen schaarten sich zusammen, um ihre Beschwerden dem versammelten Gemeinderathe vorzulegen. Es wurden dabei die widersinnigsten und unvernünftigsten Forderungen gestellt, und als Beschwerden solche Dinge vorgebracht, welche sich sogleich als offenbare Unwahrheiten ergaben. — Von welcher Seite diese Aufregung des Volkes herrühren mag, darüber gibt vielleicht das einen Fingerzeig, daß einer der Haupttheilnehmer gestern äusserte: »er habe die ganze Nacht in der Bibel gelesen,« und dabei doch gefunden, daß manche seiner Forderungen nicht ganz recht gewesen; er wünsche, er habe seine Eingabe zurück. — Die Leute sprechen auch davon: »sie müßten ihre Religion verändern!« — Auffallend ist es zudem, daß gestern und vorgestern sich mehrere Geistliche (?) hier beisammen fanden, unter welchen auch ein Häuptling der Mucker gewesen sein soll, der bereits öffentlich verläumderischer Lügen überführt ward. Man glaubt, alle Gutgesinnten und auch die Regierung auf solche Vorkommnisse aufmerksam machen zu müssen, damit diesem Treiben genauer nachgeforscht werde; denn einem jeden wahren Freunde der Freiheit wird gewiß eine solche Agitation der unaufgeklärten und schmählich mißbrauchten Masse fremd bleiben! — Es soll sogar ein Drohbrief gefunden worden sein, in welchem von Thätlichkeiten, selbst von Brandstiftung gesprochen sei! (N. Sp. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 16. März.) In der heutigen Sitzung legte M. P. Bekk vor: 1) einen Gesetzentwurf, wonach auch zukünftig die Beeidung des Militärs, wie aller Staatsbürger auf die Verfassung zu geschehen hat; 2) einen Gesetzentwurf, durch welchen aller durch die Verfassung ausgesprochener Unterschied politischer Rechte für die verschiedenen Konfessionen aufgehoben wird. (Vielstimmiges Bravo.) Geh. Ref. Junghanns legt drittens vor: einen Gesetzentwurf, wodurch eine vollständige Unabhängigkeit der Richter ausgesprochen wird. Die weiteren Verhandlungen betreffen die Amnestiefrage. Der Abg. Bassermann sprach schöne und zu beherzigende Worte über die von gewissen Seiten her statt findenden Verlockungen zu Sympathien mit der französischen Republik und zur Errichtung einer rheinischen und fordert dringend auf, treu zu halten an dem Begriff deutscher Einheit und Unabhängigkeit, zu gemeinsamem Handeln aller deutschgesinnten Männer nach dieser Richtung. (D. Z.)

(Durlach, den 10. März.) Die verflossene Nacht hatten wir in der Nähe ebenfalls einen Judenexceß zu beklagen. Im Dorfe Götzingen wurden die gröbsten Beleidigungen der Person und Beeinträchtigungen des Eigenthums verübt, Mobilien und Urkunden vernichtet. In dem Hause eines gewissen Howes soll Feuer gelegt seyn. Militär ist dahin abgegangen. (Mannh. J.)

Hessen. (Darmstadt, den 16. März.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erschien der General v. Bechtold als Regierungskommissär, und legte derselben einen Gesetzentwurf wegen Abänderung einzelner Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs vor, der die Tendenz hat, daraus das zu entfernen, was als gehässig und veraltet erscheint. Namentlich soll der Rest des Prügelsystems, das Stellen unter den Stock, das nur durch richterlichen Spruch geschehen konnte, verschwinden. Von allen Seiten bekundet sich der gute Wille, zu reformiren. Die Rechtssache: Volk gegen Standesherren, wird auf das lebhafteste betrieben. Vor einigen Tagen versammelten sich die Standesherren des Großherzogthums in der Wohnung eines hiesigen Advokaten, um mit einem Advokatenausschuß darüber zu conferiren, wie diese Angelegenheit zu ordnen sey, und diesen Stand zu ersuchen, das Werk der Vermittlung zu übernehmen, wie gern zugesagt wurde. — Heute Nachmittag empfing der Erbgroßherzog-Mitregent die hiesigen Advokaten, unter denen sich auch der Herausgeber der Anwaltzeitung, die hier erscheint, und deren Tendenz dem Regenten wohl bekannt ist, befand. Advokat Reh (Mitglied und Sekretär der zweiten Kammer) hielt eine, die wichtigsten Beziehungen, besonders die Stellung des Advokatenstandes zum Volk hervorhebende Anrede, welche der Mitregent in Ausdrucken vollster Herzlichkeit beantwortete. Die vielen Männer werden beredte Verkündiger seiner Worte bei dem Volke seyn, mit welchem sie in so nützlicher Beziehung stehen. (Frkf. O.-P.-A.-Z.)

Hannover. (Hannover, den 16. März.) Die Forderungen des Landes mehren sich, lauter erheben sich die Stimmen, aber das Kabinet des Herrn von Falcke weigert sich hartnäckig, das geringste Zugeständniß zu machen, oder auch nur, wie man versichert, dem Könige dazu zu rathen. Der König selbst ist krank, nimmt alle Adressen durch seine Adjutanten an, aber keine Deputationen. Am härtesten wurde gegen die Göttinger verfahren. Vier Professoren eilten hierher, um die Suspendirung des Polizeidirektors Heintze zu verlangen, der auf die brutalste Weise Gensd'armen in eine erlaubte und friedfertige Studentenversammlung sprengen und einhauen ließ, wobei acht Studenten verwundet wurden. Die Professoren versicherten, es würde schwer halten, das Schlimmste zu verhüten, wenn ihrem Begehren nicht entsprochen würde. Vergebens! Der Kurator der Universität, Graf Wedel, lud die vier Herren zu Tische, versicherte, daß es außer seiner Macht läge, ihr Vertrauen zu erfüllen; der König aber soll gesagt haben, Heintze sey sein bester Polizeibeamter, den er nicht entlassen könne; es solle aber ein Kommissär zu Untersuchung der Sache nach Göttingen kommen. Eine Deputation der im höchsten Grad aufgeregten Bürgerschaft erhielt weder beim König noch bei Herrn v. Falcke Audienz. Beide Deputationen sind heute nach Göttingen zurückgereist, und es ist nichts weniger als unwahrscheinlich, daß die Studenten ihren Vorsatz erfüllen: sofort eine Stadt zu verlassen, in der sie ihres Lebens nicht sicher seyen. — Der hiesige Magistrat und die Bürgervorsteher haben eine zweite Adresse an den König beschlossen, wozu sie ihr erstmaliges mehr als schwaches Auftreten freilich wohl nöthigen mußte. In dieser zweiten Adresse haben sie nun alle die gemeinsamen Wünsche Deutschlands niedergelegt, und die besondern Hannover's ausgesprochen. Diese, wie fast alle Eingaben des Landes fordern die Bestimmungen zurück, welche mit dem Grundgesetze von 1833 für uns verloren gegangen sind. Eine Entscheidung wird vor dem Zusammentreten der Stände (am 28. März) nicht kommen; auf die Stände ist die Hoffnung des Landes gerichtet. Stüve, der gleichfalls die Forderungen seiner Mitbürger hier eingereicht hat, wird zugelassen werden; die Regierung thut sich selbst damit den größten Dienst, ohne daß wir damit sagen wollten, Stüve würde nicht auch den Wünschen des Landes gerecht sein. Das Preßgesetz ist fertig. Da es aus nur sieben Paragraphen besteht, so wird es wenigstens keine eigne Strafbestimmungen feststellen, sondern auf die des allgemeinen Strafgesetzbuchs zurückgehen. Gemäßigte Männer, die die Entwürfe kennen, erklären sich „ziemlich" befriedigt. (D. A. Z.)

(Hannover, den 15. März.) Der König von Hannover erläßt eine Proklamation an das Volk und meint dadurch alle Wünsche desselben niederzuhalten. Es wird auch bald für Hannover ein anderer Wind wehen.

Preußen. (Berlin, 16. März.) Die Straßenbewegung Berlins, die diesmal nicht ohne politische Anflüge ist, hat seit gestern Abend eine bedenkliche Wendung genommen. Ueber die rücksichtslose Anwendung der Militärgewalt gegen das Volk hatte sich schon den Tag über auf mehreren Punkten der Stadt eine sehr aufgeregte Stimmung der Bürger kundgegeben, und einzelnen Bürgerdeputationen, die sich zur Abwendung dieser Gefahren an den neuen Commandanten der Stadt, General v. Pfuel, und an den Minister v. Bodelschwingh gewendet hatten, war eine gewissermassen beruhigende Zusicherung gegeben worden, jedoch unter dem Vorbehalte, daß das Volk in den auf den Abend wieder zu erwartenden Zusammenrottungen sich nicht angreifend verhalten würde. Der Abend brachte jedoch sehr ernste Collisionen, die sich diesmal vornehmlich auf dem Schloßplatz und in einigen angrenzenden Straßen bis zum Dönhofsplatze hin zusammendrängten und mit den üblichen Neckereien drängender Volkshaufen gegen das Militär begannen. Der General v. Pfuel redete die tumultuirende Menge wieder-

hielt an und suchte sie zu einem bestimmten Aussprechen ihrer Absichten und Wünsche zu bewegen, worauf aber nur ein wildes Toben und Drängen der Volksmassen erfolgte. Darauf wurde Befehl zu einem scharfen Einhauen der Cavallerie gegeben, auch wurde mehrfach von Seiten des Militärs auf die Volkshaufen geschossen. Ein wahres Gemetzel entstand in der Spreegasse, in welche blindlings hineingeschossen und geschlagen wurde. Die Zahl der Verwundeten ist nicht unbedeutend, sowohl auf Seiten des Militärs wie der Volksmenge, unter der auch viele namhafte Leute der Stadt zu Schaden kamen. Auf einzelnen Punkten waren Barricaden errichtet worden, auch hat das Ausräumen einiger Waffenläden und eine Demolirung und Austreibung des Wachtpostens im Kölnischen Rathhausgebäude stattgefunden. Zu andern Excessen und namentlich zu Angriffen auf fremdes Eigenthum ist es jedoch sonst nirgends gekommen. Jedoch wurden hier und da in den Straßen auch fern dem eigentlichen Schauplatze der Unruhen einige höhere Militärpersonen vom Volk angegriffen und gemißhandelt. Die eingegangenen Nachrichten aus Wien, die hier gestern überall, selbst mitten in den größern Volkshaufen, sich verbreiteten, übten eine bedeutende und unverkennbare Wirkung auf die Stimmung aus, scheinen aber auch zur Schärfung der ergriffenen Maßregeln beigetragen zu haben.

Die Stadtverordneten, die schon gestern Nachmittag in einer geheimen Sitzung über den Zustand der Stadt und über die Organisirung einer Bürgerbewaffnung berathen hatten, hielten heute früh wieder eine öffentliche Sitzung, in welcher die Bildung von sogenannten Schutzcommissionen für den gegenwärtigen Augenblick und eine Erweiterung dieser immer sehr wirkungslos gewesenen Einrichtung verhandelt wurde. Solche Schutzcommissionen, die unbewaffnet sind und auf friedliche Beschwichtigung der Gemüther wirken sollen, waren schon gestern Abend vereinzelt in Thätigkeit gesehen worden, ihr Einfluß wurde aber spurlos von der tobenden Menge überflutet. Nichtsdestoweniger faßten die Stadtverordneten heute nach einer ziemlich unwesentlichen Debatte den Beschluß, bei dieser Einrichtung stehen zu bleiben, sie jedoch für den heutigen besorgnißschweren Abend bis auf 1200 M. zu erhöhen, statt der Bewaffnung aber den Mitgliedern der Schutzcommissionen weiße Stäbe in die Hand zu geben. Man verspricht sich von dieser Anordnung sehr wenig Wirkung, und es findet deshalb heute gegen Abend eine Bürgerversammlung unter Leitung einiger Bezirksvorsteher statt, in der mit Rücksicht auf den dringenden Augenblick über die Mittel und Wege zur freien Organisirung einer Bürgergarde berathen wird. Die Behörde hat sich diesen Absichten bis jetzt nicht geneigt bewiesen. Eine von den hiesigen Studirenden an den Stadtcommandanten abgesendete Deputation trug heute Morgen dasselbe Gesuch der berliner Studentenschaft vor, sich zu einem bewaffneten akademischen Corps formiren zu dürfen, sie ist jedoch abschläglich beschieden worden, und die Studenten haben beschlossen, heute Nachmittag in einer neuen Versammlung im Universitätsgebäude diese Angelegenheit zu berathen. Aus Halle erwarten wir heut Nachmittag einige Hundert dortige Studenten, welche sich den hiesigen Bewegungen anschließen wollen.

Die heutige schon erwähnte Stadtverordnetensitzung welche mit ihrer Organisation der Schutzcommissionen so wenig Anklang bei den Bürgern gefunden, leistete auf einem andern die Tagesereignisse berührenden Punkte Beifallwerthes. Es wurde nämlich eine Verstellung gegen die in diesen Tagen mehrfach stattgefundene Aushebung junger Handwerksmeister zur Landwehr beschlossen, weil dadurch viele Arbeiter, die bis dahin bei ihnen Beschäftigung gehabt, brodlos würden und somit manche Arbeitszweige ins Stocken geriethen, was die Gefahr der augenblicklichen Zeitverhältnisse für uns bedeutend vergrößert.

Man begegnet hier heute mehren Leuten, welche ihre Hüte mit schwarz-roth-goldenen Cocarden geziert haben, und mit diesem Schmucke, dessen Bedeutung unsere Demagogen und Burschenschafter aus früherer Zeit auf die Festungen führte und mit Todesurteilen belohnte, frei und ungefährdet in der Stadt umhergehen. Die in den letzten Tagen vorgefallenen Unruhen und ihre Folgen sollen durch eine gemischte Commission, die halb aus Militärrichtern, halb aus Civilrichtern, bestehen wird, abgeurtheilt werden. Man erblickt darin ein Zugeständniß für die Bürger, welche sich durch das stat gefundene Einschreiten des Militärs in ihren Rechten und in ihrer persönlichen Sicherheit so stark verletzt fühlen. (D. A. Z.)

(Anmerkung.) Unsere Privatkorrespondenz aus Berlin stimmt ganz mit den obigen Nachrichten überein, und wir fügen nur folgende Daten aus derselben an: Der König ist schon am 14. März nach Potsdam abgegangen. Der Prinz von Preussen, der nach dem Rhein gehen sollte, ist unter den veränderten Umständen hier geblieben, im Allgemeinen glaubt man aber, daß die Ansicht gewaltsamer Unterdrückung aller mißliebigigen Bewegungen vorzugsweise durch ihn aufrecht erhalten werde. — Die Censur ist hier ganz barbarisch.

(Berlin den 16. März.) Die hiesige allgemeine preußische Zeitung enthält folgenden, die Wiener Ereignisse schildernden höchst curiösen Artikel: Die gestern hierher gelangten unvollständigen Nachrichten über unruhige Bewegungen in Wien haben sich heute dahin bestätigt, daß der zwischen der bewaffneten Macht und der aufgeregten Volksmenge ausgebrochene Kampf in Folge dringender Vorstellungen mehrere Mitglieder der österreichischen Stände durch die Versicherung des Kaisers, zeitgemäße Reformen zu bewilligen, gedämpft und die Ruhe wieder hergestellt worden ist. — Der Fürst von Metternich hat seine Entlassung gegeben, und die Bildung eines neuen Kabinets soll dem Grafen Kolowrat und dem Grafen Montecuculi übertragen sein. Demnach ist Oesterreich auch in die Bahn der Reformbewegung eingetreten, der es sich lange verschlossen hatte. Hoffen wir, daß dadurch sein Verhältniß zu Deutschland, und vorzugsweise zu Preußen, welches diesen Weg längst betreten hat und auf ihm konsequent fortzuschreiten gedenkt, ein innigeres werde, daß nunmehr beide deutsche Großmächte, im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen, mit um so glücklicherem Erfolge für die Umgestaltung Deutschlands zu einem kräftigen, von dem nationalen Bewußtsein getragenen Staate zu wirken befähigt sein mögen!

(Aus Westpreußen, den 14. März. In dem Augenblicke, da eine Kabinetsordre die Preßfreiheit für Preußen in nächste Aussicht stellt, in demselben Augenblick instruirt der Oberpräsident hiesiger Provinz die Censoren, strenger als je ihr Amt zu handhaben und sollen die Redaktoren der Zeitungen veranlaßt worden sein, daß sie die Staatsumwälzung in Frankreich nicht nur in leitenden Artikeln als ein verbrecherisches und verabscheuungswürdiges Unternehmen darstellen, sondern auch durch Auswahl und Gruppirung der Fakta sowie durch stylistische Färbung diese Darstellung begründen möchten. Auch hier werden einige Regimenter durch Einberufung der Reserven auf den Kriegsfuß gesetzt. Mittwoch den 15. März findet eine Versammlung von Notabeln aus der ganzen Provinz in Königsberg statt, um sich über die Abwendung der gemeinsamen Noth von unserm Vaterlande zu berathen. Wie ein Reisender, der soeben aus Königsberg kommt, versichert, war dort ein Aufstand ausgebrochen; man hatte die Passagiere der eben abfahrenden Post gezwungen auszusteigen, weil man Lauterbach unter ihnen vermuthete. Die Post war wegen der wogenden Menschenmassen genöthigt, einen Umweg zu nehmen.

(Deutsch. Allg. Zeit.)

In Herford und der Umgegend, so wie in Lippstadt ist es gleichfalls zu unruhigen Auftritten gekommen.

(Magdeburg den 16. März.) Auch hier sind Unruhen ausgebrochen, wobei das Militär einschreiten mußte und Verwundungen sogar lebensgefährlicher Art vorfielen.

Sachsen. (Dresden, 17. März.) Heute früh erschienen hier folgende Bekanntmachungen: I. Bekanntmachung. Dresden, 16. März. Se. k. Majestät haben dem Gerichtsdirektor Advokat Dr. Alexander Karl Herrmann Braun, unter Ernennung zum Staatsminister, das Departement der Justiz und provisorisch die Leitung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, desgleichen dem Hofrath Professor Dr. Ludwig Karl Heinrich von der Pfordten, unter Ernennung zum Staatsminister, das Departement des Innern und provisorisch die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, sowie dem Landtagsabgeordneten Robert Georgi, unter Ernennung zum Staatsminister, das Finanzministerium zu übertragen, auch dem Oberst Albrecht Stellanus Grafen von Holtzendorff provisorisch mit Leitung des Kriegsministeriums zu beauftragen geruht. Die neu ernannten Staatsminister werden sofort die von Sr. Maj. dem König genehmigten Hauptgrundsätze ihrer künftigen Verwaltung veröffentlichen. II. Nachdem Se. königl. Maj. die zeitherigen Staatsminister entlassen, auch wegen Wiederbesetzung und beziehentlich Verwaltung der erledigten Funktionen allerhöchste Entschließung gefaßt haben, der Zweck der Einberufung eines außerordentlichen Landtags aber sich theils hierdurch erledigt, theils dem augenblicklichen Bedürfnisse gesetzlicher Bestimmungen, insbesondere über die Presse, auf andere Weise abgeholfen werden kann, demnächst auch die Kürze der Zeit den neueintretenden Departementsministern die erforderliche Vorbereitung zur Abhaltung eines Landtags nicht gestattet, so haben Se. Maj. der König beschlossen, den auf den 20. d. M. zusammenberufenen außerordentlichen Landtag nicht abhalten zu lassen. Die dießfalls unter dem 9. März 1848 ergangene Verordnung wird daher außer Wirksamkeit gesetzt und erledigen sich auch die deshalb aus dem Ministerium des Innern ergangenen Missiven. Dresden, 16. März. Gesammtministerium. Dr. Braun. Dr. v. d. Pfordten. III. An das sächsische Volk! Von Sr. Maj. dem König an die Spitze der Geschäfte berufen, haben sich Unterzeichnete über folgende Hauptgrundsätze und Maßregeln vereinigt: Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. Aufhebung der Censur für immer. Ein Preßgesetz ohne das System der Konzessionen und Kautionen. Reform der Rechtspflege auf Grundlage der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit; in Strafsachen Geschwornengericht. Reform des Wahlgesetzes. Anerkennung des Vereinsrechts mit Repressivbestimmungen wegen Mißbrauchs. Gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität. Antrag auf Revision des Vereinszolltarifs. Kräftige Mitwirkung zu zeitgemäßer Gestaltung des deutschen Bundes mit Vertretung des Volks bei demselben. Sr. kgl. Maj. haben diesen Maßregeln und Grundsätzen Ihre Zustimmung zu ertheilen geruht. Gemäß ihnen wird das Erforderliche eingeleitet werden. Das sächsische Volk wird die hohe Bedeutung dieser königl. Entschließung würdigen und dies durch Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande bethätigen. Dresden, 16. März. Die Staatsminister. Dr. Braun. Dr. von der Pfordten. Georgi.

(D. A. Z.)

In der Stadtverordnetensitzung am 15. März gelangte eine Mittheilung des Stadtraths an die Stadtverordneten des Inhalts, daß der Stadtrath den von der hiesigen Bürgerversammlung im Hotel de Pologne am 8. März angenommenen zehn Punkten im Wesentlichen beigetreten sey, auch beschlossen habe, dieselben im Vereine mit den Stadtverordneten an die Ständeversammlung zu bringen, weshalb der Stadtrath die Stadtverordneten ersuche, seinem Beschlusse beizutreten, und zu einer gemischten Deputation drei Mitglieder zu erwählen, um die Petition verabfassen, und beim Landtag einreichen zu können.

(D. A. Z.)

(Dresden, den 15. März.) Die Ruhe der Stadt ist heute wieder gestört worden, und zwar auf eine ernstere, drohendere Weise als gestern. Es versammelten sich heute Abend ungleich bedeutendere Massen, welche mit Pfeifen, Toben, Schreien und Singen sich bemerklich machten und mehrfache Exzesse vorzüglich dadurch verübten, daß sie die Kommunalgarde mit Hohnen und Steinwürfen begrüßten, so daß mehrere Gardisten verwundet wurden, und daß sie an einigen Häusern die Fenster einwarfen. Als in der zehnten Stunde der Haufen über den Markt in die Scheffelgasse einrückend dort die Laternen der Straße, die Läden und Fenster des Polizeihauses mit aufgerissenen Pflastersteinen einschlug, einige Anführer, bereits gefangen, im Tumulte durch die eingeworfenen Fenster in das Seitengäßchen entsprangen, säuberte die Kommunalgarde energisch die Straße, ließ Generalmarsch schlagen, vertrieb und zerstreute die Massen und besetzte die Eingänge zum Markte so wie zu den innern Straßen. Eben so ist die Brücke abgesperrt und zahlreiches Militär steht an der Hauptwache und in den Kasernen aufgestellt, um nöthigenfalls einzuschreiten. Dessenungeachtet ist der Tumult noch nicht völlig beschwichtigt, vielmehr hat es den Anschein, als konnten am Wilsdruffer Thore größere Exzesse entstehen. (L. Z.)

Württemberg. (Stuttgart.) Von mehreren öffentlichen Blättern wurde die Nachricht verbreitet, es stehe in den nächsten Tagen ein Einmarsch Kaiserlich östrerreischer Truppen in die Bundesfestung Ulm von Bregenz aus zu erwarten, und es wurde hieran die Bemerkung geknüpft, als ob es sich hiebei von einer Demonstration gegen die neuste Gestaltung der politischen Verhältnisse Württembergs handle. Wir sind ermächtigt, aus glaubwürdiger Quelle zu versichern, daß es sich nie von dem Einrücken österr. Militär gegen den Willen der kgl. Regierung oder in der Absicht eine Demonstration gegen irgend eine Partei im Lande zu machen, vielmehr nur um die Frage gehandelt hat, ob von der kaiserl. österreich. Regierung derjenige Theil der Kriegsbesatzung, der von dieser nach den Bundesbestimmungen in Ulm zu geben ist,

schon jetzt gestellt werden soll. Da indessen nach den neuesten Bundesbeschlüssen die Kriegsbesatzungen der Bundesfestungen zur Zeit noch nicht gestellt, vielmehr erst in Bereitschaft gehalten werden sollen, so wird auch die kaiserl. österreich. Regierung, welche in dieser Hinsicht nichts Anderes beabsichtigen konnte, als den ihr in Gemeinschaft mit Würtemberg und Bayern obliegenden Verpflichtungen gegen den Bund nachzukommen, die einen Theil der Kriegsbesatzung Ulms bildenden österreichischen Truppen vorerst nicht dahin abgehen lassen; sie hat vielmehr, nach eben eingetroffener amtlicher Nachricht, mit derselben Bereitwilligkeit, mit welcher sie dem bedroht geschienenen Süddeutschland zu Hülfe zu eilen beabsichtigte, jetzt, nachdem die Gefahr mehr in die Ferne gerückt zu seyn scheint, dem Marsche ihrer Truppen Einhalt gethan. (Schw. Merk.)

Aus dem Werrathale, 15. März. Auch hier hat sich die Volkswuth Bahn zu Ungesetzlichkeiten gebrochen. Besonders Salzungen wurde durch Bauern aus der Umgegend angegriffen; von Schweina, von Wildprechtsroda, von Langenfeld fanden sich Plünderer ein und konnten um so unaufhaltsamer Kaufläden plündern, Wohlhabende berauben, Fenster einschlagen, weil man sich dessen in der Stadt nicht im geringsten versehen hatte und eine Bürgerwehr nicht bestand. Die Tendenz dieser Leute ist nicht etwa auf freiere Staatseinrichtungen, sondern allein auf Plünderung gerichtet. (Frkf. O.-P.-Z.)

Aus dem Feldathale, 15. März. Die Vorgänge im Amte Lengsfeld gegen die Gerichtsherren von Boineburg, überhaupt gegen das Feudalwesen, haben ihre Beendigung leider noch nicht gefunden. Die eigentlichen Proletarier, Wollkammfabrikarbeiter und andere Besitzlose sind nämlich gesonnen, nun auch ihrerseits einen Plünderungszug zu unternehmen. Ihr Aufstand hat bereits begonnen.

Frkft. O.-P. Z.

Frankreich.

† (Paris, den 15. März.) Die Bourgeoisie d. h. die rc. Odillon Barrot, Thiers und Comp. die man unter dem Schutt des 24. Febr. begraben glaubte, regt sich gewaltig. Man lese den Siecle. „Wir wollen Freiheit, aber keine Diktatur," ruft er aus. Das Ledru Rollinsche Wahlschreiben an die Regierungs-Commissarien ist wie eine galvanische Batterie in seine lahmen Glieder gefahren. Er kann wieder laufen und rennt jetzt aus einem Departement in das andere, um Zeter Mordjo zu schreien. An der Spitze des retrograden Clubs in Paris stehen Barrot, Thiers, Ney und andere Oppositions-Reste.

Nächst dieser Wahlpropaganda bildet die Finanzkrisis noch den Gegenstand aller Gespräche. Das Volk sagt, sie sei eine Verschwörung der Reichen gegen die Republik und einige Clubs predigen sogar schon offen einen Kreuzzug gegen das Kapital. Die Journale, mit dem Journal des Debats an der Spitze verlangen nur — Vertrauen. Einige derselben brüten über neue Steuersystemen. So z. B. schlägt der geschäftigte Courrier français einen nagelneuen Steuersatz, gegen die Anreisser, vor. Er wird Beifall finden. Der »Constitutionel« will wissen, die prov. Regierung werde dieser Tage ein Finanz-Conseil bilden, bei dem die ersten Finanziers von Paris und die Bank, unter dem Vorsitz des Finanzministers Garnier-Pagies, die wichtigsten Fragen des Augenblicks lösen sollen.

Paris hat seit drei Wochen keine Polizei und keine Gensd'armen, und doch herrscht die vortrefflichste Ordnung auf den Straßen.

Der National freut sich über die Stimmung Deutschlands, und sieht in ihr die beste Gewähr für den Frieden. Er knüpft daran lange Betrachtungen über die Eventualitäten eines Krieges, den die Kabinette etwa (in Dresden) berathen könnten. (So eben ging die „Wiener Zeitung" hier ein, welche die Erklärung bringt, daß der Kaiser von Oesterreich sich nicht in die inneren Angelegenheiten der französischen Republik mischen wolle. Also auch Oesterreich hat keine Interventionsgelüste.)

Die Tagespresse kann sich immer noch nicht von dem Verdachte losreissen, daß Girardin den Herzog von Bordeaux oder den Grafen von Paris an die Spitze der Regierung haben wolle. Die Democratie pacifique erklärte daher Jeden für einen Landesverräther, der ein ächter Republikaner, weil die Republik die einzige vernünftige Regierungsform sei, die dem entsetzlichen Elende auf der Welt ein Ende machen könne. Die Majorität der Nationalversammlung selbst dürfe die Monarchie in Frankreich nie mehr einführen. Hierauf antwortet Girardin sehr sarkastisch: „.... Angenommen, die Arbeit würde so selten; das Elend so groß; die Schwäche der Regierung so offenbar; daß die Nationalversammlung selbst die Wiedereinführung des Königthums oder der Regentschaft, in ihrer Mehrheit beschlösse: würde man die Majorität niederschießen oder ersäufen? Antworte man uns hierauf.

Letzte Nachrichten: (Paris, 15. März, Abends.) Unsere Börse war ungeheuer bewegt. Nachdem mehrere Häuser (Odier, Blanc, Billand rc.) für mehr als 3 Millionen zum National-Anleihen unterschrieben und so das Vertrauen geweckt hatten, glaubten aller Welt an bessere Kurse, als plötzlich neue Hiobsposten den Stand derselben erschütterten: 1) Ganneron hat seine Zahlungen eingestellt und 2) Le don Rollin seine Demission eingestellt: fuhr wie ein Blitz durch alle Gruppen.

Großbritannien.

* (London, 14. März.) Das Montpensier'sche Ehepaar ist über Brüssel nach Deutschland abgereist.

(Unterhaus vom 14.) Hr. Hindley stellte an Lord Palmerston die Frage: ob das Gerücht gegründet sey, daß England, Rußland und Preussen ein Defensiv- und Offensivbündniß geschlossen? Lord Palmerston: Diese Nachricht ist falsch. »Es ist kein Vertrag zwischen der brittischen und preussischen Regierung unterzeichnet worden. Ich habe im Gegentheile Depeschen erhalten, die mir melden, daß Preussen während der jetzigen Krisis sich durchaus in die Angelegenheiten Frankreichs nicht mischen wolle. Was die Zukunft betreffe, werde es dem Beispiele Englands folgen. Nach dieser wichtigen Erklärung ging die Diskussion auf andere Dinge über.«

Oesterreichische Staaten.

(Wien, 15. März.) Die Bildung der Nationalgarde schreitet unglaublich rasch fort; Wien zählt augenblicklich gewiß 25,000 Bewaffnete. Die Wahl des Fürsten Windisch-Grätz zum Stadtkommandanten entsprach nicht den allgemeinen Wünschen, und sein Reich endigte in einer Nacht; er ist durch den beliebten Fürsten Karl Liechtenstein ersetzt. Da das Dekret betreffend die Bildung einer Nationalgarde dahin lautend: „Se. Majest. haben die Errichtung einer Nationalgarde zur Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Ruhe und Ordnung der Residenz und zum Schutz der Personen und des Eigenthums, und zwar unter den Garantieen, welche sowohl Besitz als die Intelligenz dem Staat darbieten, zu bewilligen geruht, und versehen sich von der Treue und Ergebenheit Ihrer Unterthanen, daß sie dem ihnen bewiesenen Vertrauen entsprechen werden; zugleich haben Se. Majestät Ihren Oberjägermeister und Feldmarschallieutenant Grafen v. Hoyos zum Befehlshaber der Nationalgarde ernannt," — nicht hinlängliche Garantien darzubieten schien, wurde eine deutlichere klarere Proklamation ausgewirkt. Was die zu erwartende Konstitution anbetrifft, theile ich Ihnen folgende Proklamation mit: „In Erwägung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse haben Wir beschlossen, die Stände unserer deutschen und slavischen Reiche, sowie die Centralkongregationen Unsers lombardisch-venetianischen Königreichs durch Abgeordnete in der Absicht um Unsern Thron zu versammeln, Uns in legislativen und administrativen Fragen deren Beirathes zu versichern. Zu diesem Ende treffen Wir die nöthigen Anordnungen, daß diese Vereinigung, wo nicht früher, am 3. Julius l. J. stattfinden könne. Wien, den 14. März 1848. Ferdinand m. p." Die Verordnung betreffend die Preßfreiheit heißt also: „Se k. k. apostolische Majestät haben die Aufhebung der Censur und die alsbaldige Veröffentlichung eines Preßgesetzes allergnädigst zu beschließen geruht. Wien, 14. März 1848. Johann Talatzko Frhr. v. Gestieticz im Namen des Kaisers." So eben 11 Uhr verläßt der Kaiser in Begleitung des Thronfolgers und des Erzherzogs Franz Karl die Burg in einer offenen Calesche, um durch die Straßen zu fahren. Der Jubel, die Hurrahs, sind unbeschreiblich. Die Kaiserin und die Prinzen weinen vor Rührung, und Thränen der Dankbarkeit und Treue sieht man in allen Augen. Wagen und Pferde werden vom Volk getragen. Der Oesterreicher verläugnet keinen Augenblick die alte Liebe zum Kaiserhaus, und es ist entzückend, diese heiße Freiheitslust mit der angestammten Treue verbunden zu sehen. Die ersten Schwadronen der berittenen Nationalgarde erscheinen in den Straßen und werden jubelnd begrüßt. Auch der Erzherzog Stephan durchfährt die Straßen. $11^1/_2$ Uhr. Auf allen Straßen, Ecken und Plätzen wird von Tischen und Stühlen, von Wägen und improvisirten Rednerbühnen zum Volk gesprochen. Vor allem wird klar gemacht, was noch zu thun und zu erringen sey. (A. A. Z.)

Aus den Vorstädten laufen sehr beunruhigende Nachrichten ein. Die Barriere an der Mariahulf ist gänzlich zerstört, die Gasleitung nach Schönbrunn ist aufgerissen, das herausströmende Gas brennt in lichten Feuersäulen, das Brückengeländer ist abgerissen, alle Laternen zertrümmert, die Barrieren mit kaiserlichen Farben verbrannt, das Militär hält auf den Glacis Beiwacht und bereitet sich sein Essen, wo es die Laternenpfähle zur Feuerung verwendet. Alles schmückt sich mit Farben des Erzherzogthums: roth und weiß. — Um 11 Uhr. Das Militär zieht gegen die Barrieren und die Stadt wird nun von den Bürgern und Freicorps bewacht. — 1 Uhr Mittags. Alles hat Waffen. In der Stadt herrscht große Einigkeit. Die angesehensten Bürger bewaffnen sich. Abtheilungen von je gegen 100 Mann durchziehen die Straßen, und werden mit Zuruf empfangen. — $3^1/_2$ Uhr. Das weiße Panner des Friedens flaggt lustig in die Lüfte: das Volk ist einig, Preßfreiheit gewährt. Die Forderungen der Studenten waren Preßfreiheit, Glaubensfreiheit, Verantwortlichkeit der Minister, offenes Gerichtsverfahren. — Entfernung Metternichs und keine Allianz mit Rußland. (Augsb. Abd. Z).

(Prag, den 15. März.) Heute erschien ein Aufruf von Seite unseres Magistrats, worin alle Bewohner Prags aufgefordert werden, „zur Sicherstellung der theuersten Güter: der Persönlichkeit, der Familie, des Eigenthums mitzuwirken, und sich aller Ruhestörung um so mehr zu enthalten, da eine in der Mitte der Bürger entstandene Petition, welche die Wünsche zur Verbesserung des geistigen und materiellen Wohls an den Thron bringen werde, zur Unterschrift auf dem Rathhaus, im Gewerbverein, in der bürgerlichen, adeligen und Kaufmannsressource, und an andern Orten bereit liege: im Fall der Noth werde man die gesammte Einwohnerschaft zur militärischen Bewaffnung auffordern." Alles strömt nun zur Unterzeichnung der Petition; die Bürger bewaffnen sich, die Studirenden und Polytechniker bilden ein Freicorps, eben so die Literaten und Künstler; auch die Israeliten wollen den bewaffneten Korps eingereiht werden. Offenbar befürchtet man Gefahren von Seite der Proletarier und des Landvolks, denn schon seit einigen Tagen herrscht eine bedenkliche Stimmung unter den Arbeitern im Karolinenthal, denen die Arbeiterforderungen in Paris wohl bekannt sind, und selbst öffentlich vorgelesen wurden. Mehrere Beamte werden ihren Aemtern entsagen, so der Landrath Ritter v. Neuberg, letzterer, um beim bevorstehendem Landtag auftreten zu können. Die ganze Stadt ist in größter Aufregung. Der Schutz derselben ward ganz der Einwohnerschaft überlassen, — eine weise Maßregel. Die Studirenden halten so eben eine Versammlung, in welcher der Ausschuß zur Abfassung einer Petition gewählt wird. So viel ich vernahm, gehen ihre Anträge auf Verbesserung des Schulplans, Gleichstellung der Czechen und Deutschen, Preßfreiheit, Lehrfreiheit, Ehrengerichte, Turnanstalten, und überhaupt auf Herstellung der alten Privilegien unserer Universität. Noch muß ich erwähnen, daß Graf Albert Deym, Leiter des Gewerbvereins, das Präsidium beim Ausschuß, welcher die Bürgerpetition redigirte, geführt hat. Mit großer Spannung wartet man auf die neuesten Nachrichten aus Wien. (A. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Ein Wort über Abhülfe der Noth unter den Unbemittelten in Nürnberg.

In einer Zeit, wie die gegenwärtige ist, erscheint es gewiß als doppelte Pflicht, die drückende Lage unbemittelter Mitbürger, und zwar insbesondere derjenigen unter ihnen, die arbeiten können und wollen, aber vergeblich Arbeit suchen, in das Auge zu fassen und auf Mittel zur Verbesserung derselben ernstlich zu denken. Es ist jedoch nicht minder gewiß, daß eine gründliche Verbesserung dieses auch in hiesiger Stadt immer weiter um sich greifenden Nothstandes nicht durch bloße Spenden der öffentlichen und Privat-Wohlthätigkeit bewirkt werden kann. Denn einerseits ist es geradezu unmöglich, dergleichen Spenden in solchem Maaße zu reichen, daß unbemittelte, arbeitsfähige Personen ganz davon leben können; andrerseits wird durch sie nur eben die augenblickliche Noth gemildert, nicht aber dem Nothstande selbst abgeholfen und endlich führen sie den Arbeitsfähigen in Versuchung, dem Müssiggange sich zu ergeben.

Soll dem Nothstande gesteuert werden, so gilt es vor Allem den Arbeitsfähigen, die vergeblich nach Arbeit suchen, zu einer ihrer Kenntniß und Uebung entsprechenden Arbeit behülflich zu seyn und gilt es zum Andern den Unbemittelten, deren Verdienst meist von der Hand in den Mund geht, es möglich zu machen, daß sie Etwas für die Zeit der Noth, namentlich für den Winter ersparen.

So schwer nun Beides auch ist, so wird es doch bei redlichem Willen und gemeinsamem Zusammenwirken der Bemittelten und Unbemittelten unter Gottes Hülfe allmählig gelingen.

Zu diesem Zwecke sollen und werden in kürzester Frist unter Genehmigung der K. Regierung und Unterstützung der Armenpflege in hiesiger Stadt nach dem Vorbilde anderer großer Städte, wie Berlin und Leipzig, zwei Anstalten in das Leben gerufen werden, nämlich

1) eine Arbeits-Nachweis-Anstalt, bei welcher sowohl diejenigen Einwohner unserer Stadt, welche Arbeit suchen (mit Ausnahme der Dienstboten und Handwerksgesellen) als diejenigen, welche Arbeiter brauchen, sich täglich anmelden können, jene, um ihnen Arbeit, diese, um ihnen Arbeiter nachzuweisen, ohne daß hiefür an die Anstalt irgend etwas bezahlt wird.

2) Die zweite zu errichtende Anstalt ist eine Sparlade oder Spargesellschaft, bei welcher unbemittelte Personen während der Monate April bis September wöchentlich kleine Ersparnisse von wenigstens 6 kr. einlegen können, um dafür nach dem Betrag ihrer Einlage und nach eigener Wahl während des Winters Holz, Torf und Kartoffeln, oder Eines von diesen in natura zu empfangen.

Auch diese Anstalt soll unentgeldlich verwaltet werden.

Die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Anstalten leuchtet wohl Jedem von selber ein. Ihr Gedeihen aber hängt lediglich von der Theilnahme des Publikums ab. Insbesondere hängt das Gedeihen einer Arbeits-Nachweis-Anstalt unzweifelhaft davon ab, daß diejenigen unserer Mitbürger, welche Arbeiter auf längere oder kürzere Zeit, zu dem einen oder anderen Geschäfte brauchen, sich der Anstalt bedienen, um die ihnen erforderlichen Arbeiter zu erhalten. Was dagegen die Sparlade betrifft, so soll sie freilich nur den Unbemittelten dienen, welchen es schwer, wo nicht unmöglich ist, für sich selbst einen Sparpfennig auf den Winter zurückzulegen, und die daher Holz und Kartoffeln im Winter selbst nur in ganz kleinen Portionen zu viel höheren Preisen einkaufen müssen, während die Sparlade diese Lebensbedürfnisse zu rechter Zeit in großen Parthien, somit auch weit billiger einkaufen kann. Allein auch hier können bemittelte Bürger wesentlich das Gedeihen der Anstalt fördern, wenn sie die Unbemittelten auf den wohlthätigen Zweck der Sparlade aufmerksam machen, ihre etwaigen Bedenken oder Vorurtheile heben, sie zum Beitritt ermahnen und diesen in der einen oder andern Weise erleichtern.

Aus diesem Grunde erlaubt sich der Einsender vorläufig auf die beiden projektirten Anstalten hinzuweisen, damit sie bei ihrer bald erfolgenden Eröffnung schon einen fruchtbaren Boden vorfinden, und spricht zugleich die zuversichtliche Hoffnung aus, daß Anstalten dieser Art, die bereits seit Jahren in andern großen Städten mit sichtbarem Erfolge wirken, auch in unserm Nürnberg einen freudigen Anklang und lebendige Theilnahme finden werden.

Bekanntmachung.

(Die Verstärkung der Königl. Landwehr durch freiwilligen Eintritt betr.)

Die von vielen achtbaren Bürgern aller Stände eingegangenen Anerbietungen, in gegenwärtigen Zeitverhältnissen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung mitzuwirken, haben sich die beiden hohen königl. Landwehr-Kreis-Stellen von Mittelfranken mittelst Entschließung vom 11. d. veranlaßt gesehen, vorbehaltlich allerhöchster Genehmigung den freiwilligen Eintritt in die Königl. Landwehr unter Modifikationen zu gestatten, von welchen bei der zum Einzeichnen diesseits aufgelegten Listen Einsicht genommen werden kann:

Die sich Meldenden werden entweder den schon bestehenden Compagnien zugetheilt, oder es werden eigene Compagnieen aus diesen Freiwilligen gebildet, ohne nothwendig zu haben, sich zu uniformiren, so wie sie auch bei den Paraden und Frühjahrs-Exerzitien nicht beigezogen werden sollen.

Es ergeht daher an alle Diejenigen, welche nicht mehr landwehrpflichtig sind und an die dermalen nicht in Aktivität stehenden Bürger, wovon sich mehrere sehr achtbare Männer vor dieser Bekanntmachung diesseits bereits angemeldet haben, der Aufruf, so wie auch

an alle majorennen Bürgerssöhne, alle Angestellten mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörden und resp. Stellen,

an alle Insassen, Privaten, Künstler etc., deren bürgerliche Stellung die erforderliche Gewähr bietet, die Aufforderung, sich auf diesseitiger Kanzlei L. Nr. 101 der Adlerstraße, zur Einzeichnung in die aufliegende Liste zu melden.

Das unterzeichnete Regiments-Commando zweifelt keinen Augenblick, daß die von den hohen Kreis-Stellen, die Wünsche der Einwohner Nürnbergs um vermehrte Bürgerbewaffnung zur Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit erfüllende Verfügung freudig aufgenommen und durch zahlreiche Einzeichnung erkannt werde.

Nürnberg, den 13. März 1848.

Königl. Landwehr-Regiments-Commando.

Elrichs.
Oberst.

Lehnhard.
Akt.

(Gesuch.) Eine wohlerfahrne Köchin, die sich auch anderen Arbeiten unterzieht, wünscht am liebsten wo möglich bei einer Gutsherrschaft auf dem Lande, in gleicher Eigenschaft bis Ziel unterzukommen. Näheres Rosengasse L. Nro. 615.

Entbindungs-Anzeige.

Die gestern Abend um 8½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, geborne Pollschick, von einem gesunden Knaben, zeige ich Verwandten und Freunden hiedurch ergebenst an.

Berlin, den 16. März 1848.

Ferdinand Haack.

Anzeige.

Die Waffenübungen der Stadtwehrmänner des Jakober Viertels beginnen Montag den 20. März l. J. Abends 7 Uhr in der Karthause und werden jeden Abend fortgesetzt. Eingang von der Grasersgasse aus.

Nürnberg, 19. März 1848.

Korte.

Oekonomieguts-Verkauf.

Ein kleines Oekonomiegut, eine halbe Stunde von Nürnberg entfernt, enthaltend ein großes Wohnhaus, große Scheuer, Backofen, Schweinstall, Brunnen, Stallungen für Rindvieh, 8 Morgen ausgezeichnet gute Felder und Wiesen, Handlohn-, Geld- und Zehentfrei, ist um einen annehmbaren Preis zu verkaufen. Dieses Gut liegt ganz frei für sich, würde sich zu einer Fabrik sehr gut eignen, da ein Wassergraben vorbeifließt. Auch könnten die Gebäude einzeln verkauft werden. Das Nähere bei

C. P. Göpner, Oberwöhrdstraße No. 173.

Anzeige.

In einem Marktflecken nahe bei Sulzbach ist eine reale Bader-Gerechtigkeit nebst massivem Wohnhaus, großem Hofraum, Gemüs-Garten, Wiese und Feldern, mit 100 guten Obstbäumen, aus freier Hand zu verkaufen. Dieselbe eignet sich besonders für einen erfahrenen praktischen Arzt, da die Gegend sehr vortheilhaft für solchen ist. Hierauf Reflektirende wollen sich gefälligst an den Unterzeichneten wenden, wo sie das Nähere erfahren können.

Friedrich Wolff, S. Nro. 258
an der Marbrücke.

Gesuch.

Zur Erlernung der Englischen Sprache wird ein Anfänger gesucht. Näheres in L. Nro. 239 in der hintern Ledergasse.

(Anzeige.) Im Interesse des Publikums wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sich ungefähr 5—6 Burschen von 14—17 Jahren hier herumtreiben und sich auf eine niederträchtige Art Geld zu verschaffen suchen, indem sie auf fälschlich angegebene Namen Waaren zu erhalten bemüht sind, und sich derselben dann meistentheils vermittelst des Leihhauses entledigen. Da dadurch für die Angehörigen dieser Jungen so wie auch für die, bei denen die Waaren geholt werden, große Unannehmlichkeiten entstehen, so wäre es ein gutes Werk, solche junge Betrüger, auf frischer That ertappt, der Polizei zu überliefern.

Regensburger Hof.

Montag den 20. März »Metzel-Suppe.« Wozu ergebenst einladet

Schmidt.

(Gesuch.) Ein zuverläßiger Mann wird als Thürsteher in das Theater gesucht.

(Zu vermiethen.) In Nro. 1131 der Jakobsstraße ist die 2. Etage, enthaltend 2 durcheinandergehende heizbare, 2 unheizbare Piecen, Küche, Ausguß, Abtritt, noch eine Kammer, Holzboden und Keller bis Mai zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von gutem Charakter, das schon längere Zeit konditionirte, wünscht nächstes Ziel Walburgi als Jungfer unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Dame wünscht in einer angenehmen Lage oder ganz nahe an einem Thor ein kleines Logis zu miethen. Näheres unter Adresse A. N. durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine solide Bierwirthschaft wird sogleich oder bis Ziel Walburgis zu pachten gesucht. Näheres in S. Nro. 884.

(Gesuch.) Eine Person, welche gut kochen, und sich hinlänglich über ihre übrige Geschicklichkeit und sittliches Betragen ausweisen kann, wünscht bei einer soliden Herrschaft Unterkunft zu finden.

(Zu vermiethen.) Im Hause S. Nro 982 am Obstmarkt ist der II. Stock, bestehend in 2 heiz- und 1 unheizbaren Zimmer, 2 Kammern, großer Küche mit Kochofen, Keller- und Bodenantheil, bis Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein junger Mann, welcher tüchtig rechnen und schreiben kann, auch zur Führung einer Correspondenz fähig wäre, sucht eine seinen Kenntnissen entsprechende Beschäftigung. Das Nähere darüber ist in der Exped. d. Bl. zu erfahren.

(Gefunden.) Am vergangenen Dienstag hat ein Mädchen 2 Geldstücke gefunden, und können solche von dem rechtmäßigen Eigenthümer gegen gehörige Legitimation und Ersatz der Einrückungsgebühr in Empfang genommen werden. Näheres in der Exped. d. Bl.

Pferd-Verkauf.

Ein schöner und guter Einspanner, Rappe, Wallachpferd, ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Ersuchen.

Die Stadtwehrmänner des Lorenzer Viertels werden ersucht, sich Montag den 20. d. entweder um 1 Uhr Mittags oder um 7 Uhr Abends im Katharinen-Saale einzufinden, zu welcher Stunde die Exercier-Uebungen stattfinden.

F. v. Schwarz.

Empfehlung.

Eine neue Art Kokarden, gold, roth und schwarz, mit dem teutschen Adler und einer Inschrift verziert, empfiehlt zu gefälliger Abnahme

Wilhelm Amberger,
Laden Nr. 40 am Herrenmarkt.

Literatur.

So eben hat die Presse verlassen und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Umsturz des Julithrones.

4 Bogen Oktav, geheftet, Preis 18 kr.

Ich glaube auf diese neue literarische Erscheinung um so mehr aufmerksam machen zu dürfen, als sie nicht blos einen aus den zuverlässigsten Quellen gezogenen gedrängten Bericht über die Vorgänge der drei Februartage, sondern auch eine die Vorbedingungen dieser Revolution entwickelnde Betrachtung und einen Hinblick auf die für das übrige Europa zunächst aber für Deutschland hieraus erwachsenden Möglichkeiten enthält.

Nürnberg, 16. März 1848.

Fr. Campe.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 20. März. Zum Erstenmal: »Die Sirene.« — Große komische Oper in 3 Akten von Scribe. Musik von Auber.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. März 1848. **№ 81.** **Dienstag: Benedict.**

× Rückschau.

Vierzehn Tage sind an uns vorübergegangen, inhaltsschwerer für das politische und sociale Leben als 14 Jahrhunderte. 14mal wurde es Tag und Nacht, seit Frankreichs flüchtiger Herrscher — er nannte sich selbst den letzten König — den eilenden Fuß auf die Stelle gesetzt, wo seinen königlichen Vetter und Ahnen vor 56 Jahren ein schweres Gericht ereilt; und diese 56 Jahre haben die Welt anders gesehen: Könige zu den Füßen Eines Gewaltigen, Völker geknechtet, und die Freiheit, ihr glänzendes Antlitz in düstere Schleier gehüllt; bis der Eine nicht der Gewalt der Bajonette, sondern dem ewigen Verhängnisse, das den Wahnsinn der Despoten strafte, und dem erwachten, aus dem Grabe gestiegenen Volksgeiste weichen mußte, und auf einsamem Felseneilande die Weltherrschaft mit in die Gruft trug. Und die Freiheit lüftete ihren Schleier, und es schien Tag werden zu wollen und ein frisches Morgenwehen, das durch die Welt zog, ließ einen schönen Tag ahnen. Nicht lange! Wohl war der Eine gefallen, aber in die Fetzen des zerrissenen Kaisermantels theilten sich Hunderte, verhüllten damit ihre Blöße und glaubten gewaltig thun zu dürfen, als hätte jeder den ganzen Mantel erbeigenthümlich durch Gottes Gnaden an sich gebracht. Und die Freiheit schämte sich, durch die Fetzen zu schauen, und zog den Schleier, besserer Zeiten harrend, vor das wehmüthige Antlitz. Da entspann sich ein großer Kampf mit Wort und Feder, und im Worte verlor sich der Geist, und unter den wachsenden Bergen Papiers, in denen Alles von der Stunde der nackten Geburt bis zur letzten Schaufel Erde auf Grab verbrieft, verprotocollirt wurde, wurde Alles — die Erinnerung der großen Zeit, gesunder Sinn, Recht und Menschenwürde — erdrückt. Und heiter im Winkel lauerte Ein Mann, vergnügt sich die Hände reibend, hämisch lächelnd und leitete die tausend Räder der Maschine, ölte da und dort, setzte ein neues ein, wenn ein altes schadhaft geworden, und das nannte man das europäische Gleichgewicht und dabei träumte und sprach man von der Beglückung der Völker. Aber der Geist ging heimlich durch die Völker, bald grollend, bald lachend des Narren, der die Welt für eine Maschine hielt und sich für den Einzigen, der ihre Leitung verstünde. Da erbebte die Welt von einem mächtigen Schlage, und der Boden, auf dem dies künstliche Räderwerk erbaut war, erzitterte, und ehe der Meister sich erholt hatte von seinem Schrecken, war die Maschine in Unordnung, dort ein Hauptrad geborsten, hier ein Durcheinanderschwirren der kleineren Räder, daß der Meister nicht mehr wußte, wo Hand anlegen zur nothdürftigen Ausbesserung. Und der Geist trat vor den Meister, der ihn nie kannte und nie verstand, und sprach: „Laß dein Flicken; ich übernehme die Zügel der Erde. Sieh die Wolke im Westen, sie zieht dräuend nach Osten; hier wird sie Hagel, dort befruchtenden Regen spenden." Und der Meister verkroch sich vor dem Höheren; und die Leute, welche die Wolke sahen, schauten besorglich empor zu ihr und harrten, was sie bringen möge: Segen oder Fluch. Da kamen die Weisen, die man lange für die Thoren gehalten, und sprachen: „Gewitter reinigen die Luft; laßt uns freundnachbarlich zusammenhalten, und wenn Ein Feld verwüstet wird, mit vereinten Kräften es aufs Neue bauen." Da fingen die Zagenden an, sich zu ermuthigen, thaten die Hände aus dem Schooße, gingen rüstig ihrem Tagewerke nach und waren stark im Bewußtsein, daß das drohende Wetter sie nicht unvorbereitet finden werde.

Geschrieben den 13. März. Ln.

Deutschland.

Bayern. (München, 18. März.) Das kgl. Regierungsblatt Nro. 11 vom 18. März enthält nachfolgende „Königlich Allerhöchste Verordnung," die Ablösung des Handlohns und anderer gutsherrlicher Gefälle des Staates betreffend. Ludwig, von Gottes Gnaden, König von Bayern ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns bewogen, Unsere Verordnung vom 21. April 1840, — die Ablösung des Handlohns und anderer gutsherrlicher Gefälle des Staates betreffend, hiermit außer Wirkung zu setzen, und die Ablösung der ständigen Dominikal-Gefälle, so wie des Handlohns, nach den Bestimmungen Unserer früheren Verordnungen vom 13. Februar 1826, die Ablösung der ständischen Dominikal-Gefälle betr. — dann vom 19. Juni 1832, die Fixirung und Ablösung des Handlohns betreffend, auf solange Wir nicht anders verfügen, wieder ungehindert zu gestatten. München, den 17. März 1848. Ludwig. v. Heres, Staatsrath. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Ministerialrath Gietl; — sodann Dienstes-Nachrichten: der bisherige Gesandte und bevollmächtigte Minister am großherzoglichen Hofe zu Karlsruhe, Grafen Clemens von Waldkirch wurde zum Staatsrathe im ordentlichen Dienste und zugleich zum Verweser des Ministeriums des Königlichen Hauses und des Aeussern ernannt; dem Ministerium d. J. wird anstatt eines Ministerial-Sekretärs I. Klasse, ein III. Ministerial-Assessor mit dem Range eines Regierungs-Rathes zugetheilt, diese Stelle dem dermaligen Ministerial-Sekretär I. Klasse im Ministerium d. J. E. Epplen verliehen; zu der eröffneten Stelle eines statusmäßigen geheimen Sekretärs bei dem Ministerium d. J. der bisherige Ministerial-Kanzlei-Sekretär M. Dietrich befördert; die protestantische II. Pfarrstelle in Lauf, Dekanats Hersbruck, dem Pfarramts-Kandidaten Georg Neumann aus Nürnberg übertragen.

(München, den 18. März.) Nicht unbezeichnend ist der Umstand daß, als bei Publikation der gestern mitgetheilten Beschlüsse Betreffs der Gräfin Landsfeld auf dem Rathhause eine Stimme verlangte der Spanierin die Adelsverleihung zu entziehen, dieß aufs Entschiedenste zurückgewiesen wurde, mit dem Bemerken: „sie solle nur adelig bleiben." (Augsb. Ab.)

(München, den 18. März.) Den Abgeordneten ward heute die königliche Entschließung daß Appellationsrath Heintz zu ihrem ersten und Advokat Kirchgeßner zu ihrem zweiten Präsidenten bestimmt seyen, also die mit den meisten Stimmen hiezu Vorgeschlagenen. Als Secretäre wurden hierauf gewählt: 1) Advokat Stockinger mit 103 und 2) Dr. Muker mit 76 Stimmen. Morgen werden die Ausschußwahlen beginnen. Den Reichsräthen ward bis jetzt die Auswahl aus den drei Candidaten für die zweite Präsidentenstelle nicht bekannt gegeben, doch vermuthet man daß sie Frhrn. v. Zu-Rhein treffen werde. Ueber den Zweck eines heute stattgefundenen Zusammentritts der Reichsräthe ist nichts officiell bekannt gegeben; doch hat man Grund anzunehmen daß das seit zwei Tagen die Stadt erfüllende Gerücht, als wollten sie auf eine Mitregentschaft ꝛc. hinwirken, sie zur Berathung einer Art von Ergebenheitsadresse veranlaßte. Die feierliche Eröffnung der Stände ist noch nicht festgesetzt. Sie sollte wie seit einigen Landtagen im Thronsaale der Residenz stattfinden. Von Seite zahlreicher Abgeordneten soll ausgesprochen worden seyn daß man die Eröffnung im Ständehause selbst, wie sie früher statthatte, als eine durch anderwärtige Uebung und die nothwendigste feste Haltung der Kammern gebotene Förmlichkeit ansehen müsse. Es soll nun diesen Wünschen nachgekommen werden. (A. A. Z.)

(München, 18. März.) Es liegen sehr klare Vermuthungen vor, daß der jüngste Krawall ein besoldeter war. Leider nimmt durch derlei Machinationen, welche zu Erreichung gewisser Zwecke die Hefe der Bevölkerung aufruhren, die Gesetzlosigkeit immermehr überhand! So wurden von der Landwehr unter den Ruhestörern Individuen verhaftet, nach denen die Hand der Gerechtigkeit längst vergebens gehascht; so wurde an die Strohsäcke der Gendarmerie im Polizeigebäude, bei Zimmermeister Reiffenstuel in der Lehelvorstadt und in der Wasserstraße Feuer gelegt, jedesmal aber durch hinzukommende Landwehr (im Polizeigebäude auf eines herbeieilenden Bürgers Zureden) getilgt. (A. A. Z.)

(München, den 18. März.) Abends 7 Uhr. Die Stadt ist seit 3 bis 4 Stunden in einer Aufregung wie ich sie während keiner der neulichen Unruhen gesehen. Eine bewaffnete Macht von 9 bis 10,000 Mann ist theils auf Plätzen und Straßen aufgestellt oder patrouillirt, theils ist sie in den Casernen consignirt. Die Straßen wimmeln von Neugierigen, und jeder fragt bestürzt den andern: warum diese außerordentliche Kraftentwicklung? Die wenigsten wissen noch warum es sich handelt. Man spricht von einem durch geheime Leiter beabsichtigten Handstreich, von Anträgen die dießfalls der Bürgerschaft gemacht worden. Augenblicklich hielten viele Bürger in einem Privathause (bei Rosipal) eine Berathung. Ohne Mühe durchschaute man die Plane, die hinter diesen Anträgen steckten, sprach sich einmüthig und entrüstet dagegen aus, und schickte sogleich eine Deputation an den Minister Thon-Dittmer mit dem Auftrag durch ihn den König von allem in Kenntniß zu setzen und ihn der Treue der Bürger zu versichern. Man hatte unterdessen auch in Erfahrung gebracht daß allerwärts in der Stadt gestern und heute von Unbekannten Aufkäufe an Waffen und Munition gemacht worden sind, daß Geld vertheilt, Drohbriefe gefunden worden, und dergleichen beunruhigende Nachrichten mehr. Daher die enormen Rüstungen. Die Bürger-, Studenten- Künstler-Truppen, so wie das Militär beseelt der beste Geist, sie sind, soviel deren mit der eigentlichen Sachlage bekannt sind, entschlossen alle illegalen Plane zu vereiteln und so das Vaterland vor Anarchie, wozu dieselben ohne Zweifel führen mußten, zu bewahren.

Hauptinhalt der Adresse der Bürger und Einwohner Münchens an die hohe Kammer der Abgeordneten der Stände des Reichs. 1) Eine Wahlordnung mit möglichst gemindertem Census für die aktive Wahlfähigkeit mit der größten Ausdehnung für die passive Wahlfähigkeit, ohne Minoritätswahlen, ohne Gebundenheit an einen gewissen Bezirk, bedingt durch das Vertrauen der Wähler. 2) Vertretung aller Interessen des Landes — Intelligenz, Grundbesitz, Kapital und Arbeit. 3) Die Räthe der Krone müssen die größte Summe des Volksvertrauens in sich vereinigen, und ihre Handlungen vor einem Richter vertreten, dessen Strafurtheil der Vollstreckung niemals entbehren darf. 4) Gleichberechtigung aller legislativen Gewalten in dem Recht der Initiative für die Gesetzgebung, und zeitgemäße Erweiterung ihrer Wirksamkeit durch alljährliche Berufung der Reichsstände. Die allgemeine Forderung einer einheitlichen Vertretung des Volkes in einem deutschen Parlamente setzt gebieterisch voraus, daß sich in der Landesvertretung und den Räthen der Krone der unverkümmerte Ausdruck des wahren Volkswillens finde, und daß dieser zu jeder Zeit einen gesetzmäßigen Boden der freien Aeußerung habe. 5) Bildung in nächster Zukunft einer Solidarität der deutschen Volksstämme, an welcher sich alle feindlichen inneren und äußeren Zeitströmungen, als einen unüberwindlichen Wall brechen werden. 6) Unverzügliche Trennung des Richteramts von der Verwaltung und Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwur-Gerichten, nach dem Vorbilde Englands. 7) Verbesserung des Schulwesens, unbedingte Lehrfreiheit, bürgerliche und politische Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse, das Recht der Association und freien Volksversammlung. 8) Polizeigesetz, wodurch dessen Handhabung durch Richteramtspersonen der Willkür der letzte Boden entzogen, und der klar anerkannte Wille des Gesetzes entscheidet. 9) Volksbewaffnung zum Schutz des Gesetzes und der Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes. 10) Befreiung des Grundbesitzes von drückenden Reallasten. 11) Erwartung, daß alle Vorrechte schwinden, welche die Kraft der Verwaltung schwächen, die Sicherheit der Rechtspflege ge-

fährden, und den Wohlstand des Landes verkümmern. 12) Bessere Fürsorge für die arbeitende Klasse, einerseits durch Hebung von Industrie und Gewerben, andererseits durch zweckmäßigere Vertheilung der Steuern. 13) Ungehemmte Entwicklung der individuellen Freiheit fordert das Volk als erste Bürgschaft seiner staatlichen Existenz. München, den 17. März 1848. (A. A. Z.)

* (Nürnberg, den 19. März.) Die schlimmen Nachrichten über die Abtheilungen des Regiments Erbgroßherzog von Hessen, welche zur Dämpfung der Unruhen in Oberfranken detachirt sind, sind durchaus falsch. Nach sicheren uns zugegangenen Berichten ist auf Herstellung der Ordnung bald zu hoffen. Die von dem Regimente detachirten und bis jetzt weit auseinander gelegenen Abtheilungen unter dem Commando des Majors von Kek, der sein Stabsquartier in Mainleus, einem Hauptheerde des Aufruhrs, hat, sind jetzt längs der Eisenbahnlinie von Burgkundstatt bis Mainleus vereinigt.

Baden. (Heidelberg, 15. März.) Man ist hier ziemlich unwillig über die grausame Behandlung, welche die gestern Nachmittags mit dem Karlsruher Bahnzug anlangende Lola Montez von einem wilden Haufen erlitten hat. Niemand wird die Tendenzen und noch weniger die Lebensweise dieses gesunkenen Weibes billigen. Allein Mensch bleibt Mensch, und am wenigsten haben Die ein Recht zur Mißhandlung, die sie nie beleidigt hat. Genöthigt, bis zum Abgang des letzten Bahnzuges nach Frankfurt im Hotel Schrieder zu verweilen, wurde sie während des kurzen Wegs von da zum Bahnhof erkannt, herumgestoßen, mit Koth beworfen u. s. w. Das hochfahrende Wesen dieser modernen Ahasvera, die nirgends eine bleibende Stätte findet, war dahin; sie ergab sich schweigend mit herabrollenden Thränen in ihr Schicksal und wehrte den Bedienten ab, der den Leuten Vorstellungen machen wollte. Außer Diesem wurde sie noch von einem jungen Herrn begleitet, in dem man einen ehemaligen Münchener Studenten erkennen wollte. (Frkft. J.)

(Bruchsal, den 16. März.) Heute ist aus großherzoglichem Staats-Ministerium der Befehl an alle Zuchthäuser Badens ergangen, die politischen Verbrecher sogleich zu entlassen. Auf die Ausrüstung und Completirung unseres Linienmilitäres wird sehr viel verwendet, die Cavallerie und Artillerie mit Pferden versehen, die Infanterie vollständig einberufen. Man schätzt den Stand unseres Armeecorps auf 20—22000 Mann, während unser bisheriges Bundescontingent höchstens 13–15000 Mann war. M. J.

(Constanz, den 14. März.) Sie wissen, daß in einer Bürgerversammlung am 10. März Hr. Fickler, Redacteur der „Seeblätter", den Antrag gestellt hat, hier die Republik zu proclamiren. Durch das Ausschreiben einer badischen Volks-Versammlung zu Offenburg auf den 19. ist diese Absicht modificirt worden. Gestern war wieder Bürger-Versammlung; daß die offenburger Versammlung beschickt werden müsse, nahm man als sich von selbst verstehend an. Es wurde durch die Mehrheit beschlossen, sechs Abgeordnete bewaffnet nach Offenburg zu schicken. Ueber den Inhalt der Mission selbst entstanden ernstliche Debatten zwischen Hrn. Fickler einerseits und Bürgermeister Hüetlin und Dekan Kuenzer (dem früheren Abg.) andererseits. Fickler beantragte, daß die Abgeordneten sogleich die Vollmacht erhielten, dort zu erklären, Constanz sei bereit, die Republik zu proklamiren. Kuenzer's Rede war ergreifend und machte tiefen Eindruck. Zuletzt vereinigte man sich dahin, daß die Abgeordneten nach bestem Wissen und Gewissen die Gesinnung der hiesigen Bevölkerung zu Offenburg darlegen, die Erklärung der übrigen Badener entgegennehmen und „dann jedem Beschlusse des sämmtlichen Badens beitreten sollen, der die Einheit und Freiheit Deutschlands befördere." Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann wurden die Abgeordneten selbst durch geheime Abstimmung gewählt, so wie zwölf Mitglieder zur Ergänzung des Comite's, welches seit acht Tagen besteht, zu Besorgung von Vorfällen, welche die Ereignisse mit sich bringen. Zu Anfang der Bürger-Versammlung hatte Bürgermeister Hüetlin ein Handschreiben des Großherzogs, in welchem dieser die Ordnungsliebe der Stadt anerkennt, so wie Briefe des Abgeordneten der Stadt, Hrn. Mathy, verlesen, welche einen günstigen Eindruck hervorriefen. Mathy erklärte namentlich, daß zwar die republicanischen Ideen besonders unter den jungen Leuten großen Anklang fänden, er sey aber überzeugt, daß die Proclamation der Republik einen blutigen Bürgerkrieg verursachen würde. Die Mehrzahl der hiesigen Einwohner ist nicht für Republik; allein da Selbstständigkeit ihr abgeht, da läßt sie sich von den Führern leiten, und weil diese gerade hauptsächlich Republicaner sind, so wird die Menge gegen ihren Willen fortgerissen. Bürgermeister Hüetlin und Dekan Kuenzer hätten die Fähigkeit und das Ansehen, dem Dinge Einhalt zu thun; warum sie nicht energischer den Fanatikern entgegentreten, daß weiß der Himmel. So viel ist gewiß, Preußen muß augenblicklich die Leitung Deutschlands in die Hand nehmen; nur Kühnheit, und es hätte in wenig Tagen die Kaiserkrone, denn Oesterreich ist ohnmächtig, fast schon zerfallen. Zögert Preußen lange, so wird es auch für Preußen, ja, für die Monarchie in ganz Deutschland zu spät. Das sollte man dem Könige dringend ans Herz legen. So spricht man hier allgemein, während vor wenig Jahren noch ein wahrer Preußen-Haß herrschte. (Köln. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 14. März.) Heute ist ein außerordentlicher Landtag auf den 25. April, den Geburtstag Sr. Hoh. einberufen. Wenn mit der Wahl dieses verhältnißmäßig entfernten Zeitpunkts eine Einwirkung auf das patriotische Sondergefühl der Braunschweiger bezweckt sein sollte, so würde sich darüber streiten lassen, ob der gehoffte Vortheil den Nachtheil der Verzögerung aufwöge. Als Gesetzes-Vorlage wird primo loco die neue Wechsel-Ordnung, hinterher ein Preßgesetz angekündigt, dessen Verheißung von dem ausdrücklichen provisorischen Vorbehalte der polizeilichen Konzession für alle politischen und Intelligenz-Blätter begleitet wird. Auch das konstitutionelle ABC, Oeffentlichkeit der Landtags-Verhandlungen und der Stadtverordneten-Versammlungen, soll im 16. Lebensjahre unseres Staatsgrund-Gesetzes endlich zum Durchbruche kommen, und nicht minder wird Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen in Aussicht gestellt. Damit sind die Zustimmungen der Landesregierung den Volksadressen gegenüber geschlossen; denn die Forderung der Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, des Associations- und Petitions-Rechtes wird mit bedeutsamem Stillschweigen übergangen und rücksichtlich der Volksbewaffnung nur eine Mittheilung an die Stände versprochen. Zum Schlusse wird nachrichtlich die Absicht Sr. Hoheit hervorgehoben, zur neuen Belebung der deutschen Bundes-Verfassung mitzuwirken. — Will man die politische Bildung und das nationale Bedürfniß des Herzogthumes nach dem Verhalten der Staatsdiener und überhaupt der s. g. Angestellten bemessen, die sich mit sehr wenigen Ausnahmen von der Betheiligung an den Adressen der Städte fern gehalten haben, so ist anzuerkennen, daß die Regierung bereits mehr gethan hat, als diese s. g. Träger der Intelligenz jemals thätig mitanzubahnen versucht gewesen sind. Die Bürger erwarten dagegen noch etwas mehr und haben praktischen Verstand genug, sich die natürliche Frage zu beantworten, aus welchen Gründen die Absonderung jener Herrn von der heiligen Sache des Volkes in den großen Wochen der Gegenwart sich erklären lasse. (Köln. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 16. März.) Im Laufe der heutigen Sitzung zweiter Kammer legte General v. Lechtold einen Gesetzentwurf vor, der im Auszuge wesentlich verfügt: 1) Alle körperliche Züchtigungen der Soldaten sind aufgehoben. 2) Es finden keine Degradationen der Soldaten, sondern Versetzung in Strafklassen als Strafen statt. 3) Die Wirkungen dieser Versetzungen sind: strenge disciplinarische Aufsicht, Verlust der Ordens- und Dienstzeichen. Demnach sollen die betreffenden Artikel des Militärstrafgesetzbuchs bis zur allgemeinen Revision abgeändert werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 16. März.) Wir vernehmen aus sonst wohlunterrichteter Quelle, daß der von Oesterreich und Preussen ausgeschriebene Fürsten- und Ministerkongreß nicht, wie es früher bestimmt war, in Dresden, sondern in Potsdam abgehalten werden wird, wohin auch der Bundestag seinen Sitz provisorisch zu verlegen eingeladen ist. (B. Z.)

(Magdeburg, den 17. März.) Die Ruhe unserer Stadt ist, Dank den vortrefflichen, allseitig getroffenen Anordnungen und dem einmüthigen und energischen Zusammenwirken von Behörden und Bürgern seit gestern vollständig wieder hergestellt. Die Menschenmassen, welche nach dem Einbruch der Dunkelheit allerdings noch einige Zeit durch die Straßen wogten, zerstreuten sich sehr bald, da sie lediglich aus neugierigen bestanden, die den Aufforderungen der zur Aufrechthaltung der Ruhe die Stadt durchziehenden Bürger-Abtheilungen bereitwillig Folge leisteten. (Magdb. Z.)

(Koblenz, den 16. März.) Um 1 Uhr Nachmittags ist das 1. Bataillon des 26. Infanterieregiments hier eingerückt. Einige Stunden vorher begab sich das Füsilierbataillon desselben Regiments nach Boppard. Es sind die Kriegsreserven für die gesammte Infanterie des preussischen Staats einbeordert. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Aus Westfalen, den 15. Februar.) Das Städtchen Gütersloh ist vor einigen Tagen der Schauplatz von Tumulten und Scenen gewesen, die ihrem Charakter nach an den aberwitzigsten Fanatismus des Mittelalters erinnern. Die Stadtverordneten-Versammlung wollte in dem Lokale der Ressource über eine an den König abzusendende Adresse berathen. Plötzlich zieht ein fanatisirter und besoffener Haufe, an seiner Spitze ein Führer, der eine schwarzweiße Fahne trägt, und beständig ruft: „Es lebe die Religion und der König!" die Straße herauf auf die Ressource los, stürmt in die Zimmer hinein und zertrümmert Alles. Ein Magistrats-Mitglied, der Dr. S., soll sogar mißhandelt worden sein. Darauf holt sich der Haufe aus dem Keller einige Weinfässer, läßt sie theilweise auslaufen, oder trinkt aus seinen Mützen. Bei seinem Rückzuge wendet er seine Zerstörungswuth gegen die Häuser einiger Bürger, die ihm besonders mißliebig waren, und vertrinkt den Rest des geraubten Weines auf dem Bahnhofe in der Nähe der Stadt. Diese Exzesse dürften einigen der Theilnehmer, die sich dabei durch Aufreizungen, Schnapsschenken und allerlei Versprechungen besonders thätig erwiesen haben, theuer zu stehen kommen. Man erzählt nämlich, und es wird wohl durch Zeugen zu beweisen sein, daß einige der wohlhabenden Bürger der Stadt die Schuld dieses Skandals tragen, indem sie dem Volke den Ausdruck Religions-Freiheit, der in die Adresse aufgenommen werden sollte, dahin erklärten, daß jene Partei, die der sogenannten „Freigeister" nichts Anderes damit bezwecke, als die Kirchen zuzuschließen oder zu demoliren! Sie begreifen, daß, um den blinden Haufen zu fanatisiren, solche Vorspiegelungen ihren Zweck nicht verfehlen können! An demselben Tage, als dieser Skandal vorfiel, kam eine nach Meschede bestimmte Kompagnie des bielefelder Bataillons durch Gütersloh. Der Landrath des Kreises Wiedenbrück, der aufgefordert wurde, ein Detachement der Kompagnie zum Schutze der Stadt zurückzubehalten, lehnte diese Forderung ab mit dem Bemerken: „er selbst werde für die Aufrechthaltung der Ordnung Sorge tragen!" Es könnte beinahe scheinen, als habe der Herr Landrath entweder die Gefahr nicht als solche anerkennen wollen oder seine persönliche Autorität für hinreichende Garantie zur Aufrechterhaltung der Ruhe gehalten. Beides hat sich leider nicht bestätigt! (Köln. Z.)

(Breslau, 16. März.) In der heute stattgehabten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde Folgendes einstimmig beschlossen. Da die Zusagen des Königs nur unbestimmt lauteten und keineswegs die nöthige Garantie gewährten, daß dem Volke Das gegeben werde, was die Zeit erheischt, so sei eine neue Adresse an den König zu richten, worin gebeten werde: 1) um Entlassung der jetzigen Minister, die in keiner Weise das Vertrauen des Volkes besäßen; 2) um eine sichere Zusage, daß kein Bündniß mit Rußland zu Stande komme. Es sollen, wie ein Mitglied wissen wollte, bereits russische Truppen gegen die preußische Grenze im Anmarsche sein; 3) um die Erklärung, daß sich die Regierung der Richtung der süddeutschen Staaten anschließen werde. Es wurde ferner beschlossen, bereits morgen dahin zu wirken, daß die Bürger aus dem Zeughause Waffen erhalten und die Aufrechthaltung der Ordnung sofort übernehmen. Es soll damit jedem militärischen Einschreiten vorgebeugt werden, das nur zum Blutvergießen führen kann. Morgen Abend soll eine große Volksversammlung auf dem großen Ring (Markt) stattfinden. Wenn das Militär einschreitet, so sind blutige Collisionen nicht zu vermeiden. (D. A. Z.)

(Köln, den 17. März.) Heute früh hier eingegangene Berichte melden, daß gestern in Burg, Wald und Solingen ernstliche Unruhen ausgebrochen seien, und mehrere Etablissements, namentlich das der Seehandlung bei Burg, so wie die Häuser derjenigen Fabrikanten welche dem Truck-Systeme ergeben waren, demolirt wurden. Von Düsseldorf sind heute Morgens zwei Compagnien Militär nach Solingen aufgebrochen. Der Morgen-Zug aus Elberfeld war bei Abgang dieser Nachricht noch nicht in Düsseldorf eingetroffen, wodurch sich die Befürchtungen nur noch steigerten. Aus Berlin sind vom 15. Abends die widersprechendsten Nachrichten hier in Umlauf. Nach den Einen ist es an jenem Abende zu argem Zusammenstoß zwischen Bürgern und Militär gekommen, nach den Anderen aber die Ruhe dadurch erhalten geblieben daß das Militär zurückgezogen und die Sicherheit der Stadt einer Bürgergarde anvertraut wurde. (Köln. Z.)

Sachsen. (Dresden, 17. März.) Der König hat den Vorsitz im Gesammtministerium dem Staatsminister Dr. Braun, ebenso dem Obristen Albrecht Ernst Stellanus Grafen v. Holtzendorff, unter Ernennung zum Staatsminister, das Departement des Krieges übertragen. (D. A. Z.)

(Leipzig, 18. März.) Gestern Abend war unsere Stadt auf Anlaß der mitgetheilten Nachrichten wegen der erfolgten Besetzung des Ministeriums und des von diesem sofort veröffentlichten Programms fast allgemein erleuchtet und sonst geschmückt. Die Menge durchströmte bis tief in Nacht hinein fröhlich die Straßen, hier und da Vivat rufend, ohne daß auch nur ein Exceß vorgefallen wäre. (D. A. Z.)

(Leipzig, den 17. März.) Wir erfahren, daß mit allen der Anhaltischen Eisenbahn zu Gebote stehenden Transportmitteln ein Theil der in der Gegend von Halle 2c. stehenden Truppen nach Berlin befördert werden. (D. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, den 18. März.) Gestern und heute fand keine Sitzung der Abgeordnetenkammer statt. Die Sitzung der Abgeordnetenkammer ist nicht so schnell ins Werk gesetzt worden, als man nach der von der Kammer an die Regierung beschlossenen Adresse geglaubt hatte. Es handelt sich darum, vor der Auflösung doch noch die Ablösungsfrage zu erledigen. Wir hören, daß gestern ein Zusammentritt von drei Räthen des Ministeriums des Innern und drei des Finanzministeriums unter Vorsitz der beiden Chefs stattfand, um über die Vorschläge des Adels u. die Möglichkeit, alsbald ein Ablösungsgesetz zu Stande zu bringen, Berathung zu pflegen. Diese Kommission hatte sich für Letzteres entschieden. Dagegen hören wir, es sei gleichwohl noch nicht bestimmt, daß auch die Entwürfe über die Volksbewaffnung und das Versammlungsrecht der Kammer berathen werden. — Wir vernehmen, daß Ludwig Uhland zum Abgesandten Würtembergs nach Frankfurt zum Zweck der Berathung über die deutsche Volksvertretung ernannt ist. Er hat, wie versichert wird, gestern eine Audienz bei Seiner Majestät dem König gehabt. (Schwb. M.)

(Stuttgart, den 18. März.) Heute Vormittag fand die Beeidigung des hiesigen Militärs auf die Verfassung statt. (Schwb. M.)

Frankreich.

† (Paris, 16. März.) Paris befindet sich in einer Gährung, die leicht zu neuen Kämpfen führen könnte, wenn die Bürger nicht im Grunde Furcht vor den Blousen hätten. Gestern Nachmittag zog eine Deputation zum Stadthause, die aus den angesehensten Bürgern bestand, die in einen Klub zusammengetreten sind, der sich republikanischer Klub für die Wahlfreiheit nennt und der dem Hrn. Ledru-Rollin gegenüber dieselbe Rolle spielen möchte, als der ehemalige Montalembertische Ausschuß für die Religionsfreiheit dem Hrn. Duchatel gegenüber. Wir kommen, drückte sich der Sprecher der Deputation aus, um der provisorischen Regierung unsere Befürchtungen auszusprechen, welche das Ledru-Rollin'sche Rundschreiben im Publikum (soll heißen: bei den Konservativen) hervorruft. Man fürchtet, die Wahlen der Nationalrepräsentanten würde unter dem Einflusse des Schreckens geschehen und somit der gesetzlich erforderlichen Einheit entbehren. Lamartine antwortete: „Es kommt mir nicht zu, in einer so allgemeinen und ernsten Frage der Meinung aller meiner Regierungskollegen vorgreifen zu wollen. Dennoch kann ich Sie versichern, daß Ihnen Ihr Schritt sehr zu Herzen gehen wird. Die provisorische Regierung hat Niemanden beauftragt, in ihrem Namen zur Nation zu sprechen, vorzüglich nicht in einer übergesetzlichen Sprache. (Bravo!) Dieses Recht gab sie Niemanden, sie selbst eignete es sich nicht an, als sie aus dem Volksbeifall hervorging und provisorisch den mühvollen Posten übernahm, den sie noch einnimmt. (Bravo!) Sie that's nicht und wird es nicht thun; vertrauen Sie deßhalb auf die Namen der provisorischen Regierung. In wenigen Tagen wird die provisorische Regierung selbst das Wort ergreifen, um die Ausdrücke und Absichten dieses Dokuments zu erklären und festzustellen, welche so üble Aufnahme bei der Bürgerschaft fand, und sie verletzen konnte. (Es lebe Lamartine, Bravo!) Rufen Sie: Die ganze provisorische Regierung, denn es ist auch ihre Gesinnung und diejenigen der Minister des Innern (Ledru-Rollin) selbst. (Ein Mitglied: Wir acceptiren sie als solche) Bürger! Von allen Dingen, die wir seit einem halben Jahrhundert den Sturz der Throne und Reiche überleben sahen, gibt es nur ein unvergängliches, (Bravo) nämlich das der Nationalsouveränität, gegen welches wir uns weder selbst Angriffe erlauben, noch gestatten werden, in unserem oder Ihrem Namen Angriffe zu richten! Die provisorische Regierung fühlt sich, seien Sie überzeugt, angenehm berührt, daß Sie vor ihr erschienen sind, um auch auf republikanische und freie Weise eine Erklärung zu hören über das Benehmen, das die provisorische Regierung bei den Generalwahlen einzuschlagen gedenke, aus denen die republikanische Regierungsform Frankreichs frei hervorgehen soll! In dieser Beziehung spreche ich nicht blos in meinem persönlichen, sondern auch im Namen meiner Kollegen. Vor wenigen Stunden unterhielten wir uns über diesen Punkt und wir Alle waren einstimmig der Meinung, daß die provisorische Regierung sich in Allem, was in Wahrheit, Natur und Recht der Nationalsouveränetät und in der Gewissensfreiheit jedes Einzelnen liege, jedes direkten oder indirekten hemmenden Einflusses enthalte (Beifall); daß jeder von uns als Individuum, denn auch die persönliche Selbstständigkeit gaben wir nicht auf, als wir uns des schwierigen Amts unterzogen, beliebigen Einfluß auf seine Freunde üben könne; daß wir aber Alle erröthen würden, wenn wir gleich den frühern Regierungssystemen zu einer andern Seite von Corruption unsre Zuflucht nehmen wollten, nämlich zur Corruption durch die Furcht und den Gewissenszwang, der schrecklichsten von Allen. Nein, die Republik muß aus reiner Quelle entspringen und sie wird es! (Beifall) Theilen sie diese Ansicht allen mit, die sich über Sinnesbedeutung einiger Ausdrücke ängstigten, die oft den Gedanken desjenigen von uns falsch darstellen, der gleich allen seinen Collegen im Tumult der Ereignisse von Geschäften überladen. Sagen Sie Denen, die Sie erwarten, daß die Regierung Gewicht darauf legt, sie auf doppeltem Wege zu beruhigen. Einmal durch mein gegenwärtiges Zwiegespräch und das andere Mal durch eine Proklamation, die im Laufe des morgigen Tages angeschlagen werden soll. (Ein Glied: Ihre Worte beglücken uns; möge sie ganz Frankreich hören). Sie wollen daß Republick und Freiheit Ein Wort sei, (Ja, Ja) sonst wäre die Republik eine Lüge, sie soll aber eine Wahrheit sein; Alle sollen sie lieben, Niemand sie fürchten, — ihre Feinde, die Gegner ihrer Institutionen ausgenommen. Wir wollen eine Republik gründen, welche das Muster der modernen Staaten und nicht ein Abklatsch der Fehler und Uebel früherer Zeiten sei. Wir achten den Ruhm, aber nicht die Anarchie und Fehltritte der Vorzeit. Stimmet nach Eurem Gewissen und ist dieses rein, d. h. das Gewissen eines guten Bürgers, so wird sich die Republik eben so auf das Stimmrecht gründen, als auf die Arme des Pariser Volks." Die Deputation zog sich unter dem Rufe: Es lebe Lamartine! Es lebe die provisorische Regierung! Es lebe die Republick! zurück. — Ein Dekret der provisorischen Regierung schafft alle diplomatischen Titel, mit Ausnahme der eines außerordentlichen Gesandten und Geschäftträgers, ab.

[Wichtige Bankverordnung.] Französische Republik, Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Nach Einsicht des uns vorgelegten Bankberichts, und in Erwägung, daß die Einwechselung der Bankbillets seit einigen Tagen dergestalt häufig verlangt wird, daß der Baarvorrath der Bank erschöpft werden könnte 2c., in Erwägung, daß eine Zahlungseinstellung oder Beschränkung des Diskontos von der Bankdirektion erklärt werden müßte, daß aber ein solcher Schritt für den Handel und Industrie ein harter Schlag wäre; in Erwägung, daß ein solcher Schlag Arbeitseinstellung und noch größeres Elend der Arbeiter zur Folge hätte u. s. w. verordnet die provisorische Regierung: Artikel I. Vom Tage der Veröffentlichung dieses Dekrets müssen die öffentlichen Kassen und Privatleute die Bankbillets an Zahlungsstatt annehmen. Artikel II. Die Bank darf ihre Billets nicht mehr in Baar einlösen. Artikel III. Der Betrag der ausgegebenen Billets darf in keinem Falle mehr als 350 Millionen Francs übersteigen. Artikel IV. Die Bankdirektion ist ermächtigt, kleinere Billets als die bisherigen auszugeben, doch dürfen sie nicht tiefer als 100 Francs herabgehen. Artikel V. Gegenwärtige Bestimmungen erstrecken sich auf alle Comptoire. Artikel VI. Die Bank hat jede Woche einen Rechenschaftsbericht abzustatten. Paris, den 15. März. (Folgen die Unterschriften.)

Gestern empfieng die provisorische Regierung Huldigungs-Deputationen von den in Paris lebenden Ungarn und Norwegern, die beide von Lamartine sehr freundlich begrüßt wurden.

Die demokratische deutsche Gesellschaft von Herwegh und Bornstädt dirigirt, hält fleißige Zusammenkünfte. Nur sollte sie die rothen Zettel an den Straßenecken weglassen, worauf in großer Schrift gedruckt zu lesen.... „Anmeldungen, Einschreibungen, Geld und Kleidungsstücke 2c. werden empfangen im Centralbureau, rue Montmartre Nro. 64."

† (Paris, 16. März, Abends.) [Demonstration der alten Nationalgarde.] Schon seit Mittags 1 Uhr füllten sich der Revolutionsplatz und die breiten längs des rechten Seine-Ufers laufenden Quais mit Nationalgarden aller Legionen, jedoch ohne Waffen und stellten sich, Reihenweise Arm in Arm gefaßt, gegen das Stadthaus in Marsch, um die prov. Regierung zu ersuchen: sie in ihrer alten Verfassung zu lassen, bis die Offizier- und Unteroffizier-Wahlen erfolgt seyen. Aber auch das Volk hatte sich in ungeheurer Masse dicht am Stadthause versammelt und machte Miene, die Nationalgarden nicht ohne Weiteres vorrücken zu lassen. Es entstand ein entsetzliches Gedränge, durch welches sich die Abgeordneten nur mit Mühe Bahn brachen. Endlich wurden sie vorgelassen und erhielten von der prov. Regierung die Versicherung, daß zwar die Grenadiere, Voltigeurs und Jäger aufgelöst blieben, man ihnen aber gestatten wolle, die Wahlen in ihrer alten Fassung vorzunehmen. Eines der Glieder rief: Ledru Rollin müsse ausscheiden. Man wolle die Republik von 1848 und nicht die von 1793! Es herrscht die größte Aufregung im Schooße der prov. Regierung. Flocon, Albert, Louis Blanc u. s. w. wollen sich zurückziehen falls man auf Rollins Rücktritt bestände. Lamartine droht sich ebenfalls zurückzuziehen, falls Ledru Rollin bliebe. Die Demission Ledru Rollin's machte auch diesen Nachmittag noch die Runde und es wurde sogar schon Cormenin — durch seine Pamphlete und früheren Legitimus (Cormenin ist Vikomte) bekannt — als sein Nachfolger bezeichnet. Eine Menge neuer Proklamationen wurde auch heute wieder an die Mauern der lebhaftesten Straßen geschlagen. Zwei zogen ganz besonders unsere Aufmerksamkeit auf sich. Die Erste ruft die Arbeiter zusammen, um über neue Maßgabe zu berathen, wie ihnen zu helfen, da man sich unmöglich wieder wie nach allen früheren Revolutionen, zu Hause schicken lassen und warten dürfe, bis es den Meistern gefalle, über ihr Schicksal zu entscheiden. Sie ist sehr aufrührerisch und wurde bald abgerissen. Die zweite schreit dem Vorübergehenden in kolossaler Schrift zu: „Mittel, Frankreich in acht Tagen reich zu machen." Alle Welt drängte sich natürlich heran. Dieses Wunder-Mittel ist kurz folgendes: In Frankreich besitzen wenigstens 5 à 6 Millionen Menschen eine Masse Silberzeug, in welchem ein offiziell deklarirter Werth von mindestens 2 Milliarden steckt. Man trage dieses Mobiliar in die Münze und lasse es dem Ruolz'schen Verfahren unterwerfen, wodurch der Staat nahe an 70 Prozent gewinnt, ohne dem Luxus zu schaden.

Oesterreichische Staaten.

† (Wien, den 16 März). Der Kaiser von Oesterreich hat aufgehört, unumschränkter Monarch zu sein; er hat gestern Abend die Constitution proclamiren lassen. Hier herrscht maßloser Jubel. Als der Kaiser gestern ausfuhr, hat er mehreremale zu den Umstehenden gesprochen, die Treue und Anhänglichkeit seiner Wiener gerühmt und offen eingestanden, daß er hintergangen sey. Er weinte vor Rührung. Ueberall wo er sich sehen läßt, jauchzt ihm das Volk zu. Nach seiner Zuhausekunft von dieser Fahrt hat er erklärt: er wolle eine Constitution geben, weil sein Volk sie verdiene. Als man ihm ein Manifest aufsetzte, das nicht deutlich genug sich aussprach, stampfte er mit den Füßen und rief: so will ich das Manifest nicht! Es muß deutlich und bestimmt abgefaßt sein. Heute fuhr der Kaiser wieder aus; unendlicher Jubel empfing und begleitete ihn überall. Kossuth, der edle Ungar, der gefeierte Volksredner, kam an der Spitze einer Schaar ungarischer Magnaten an. Eine ungemeine Begeisterung begrüßte ihn; er soll bereits zum Minister für Ungarn ernannt seyn. Die Stadt war prachtvoll erleuchtet. Eine schöne Morgenröthe bricht nun für Deutschland an; Gott gebe, daß sie zum vollen Tageslichte werde! Auch Preussen wird jetzt nicht mehr anders können, auch dort wird der Volkswille sich Bahn brechen, und die alten Fesseln, in welche man die Freiheit schlug, mit Gewalt brechen.

(Wien, den 16 März.) Gestern Abend wurde die unverzügliche Ertheilung einer Constitution, und zwar für die Gesammtmonarchie unter Zugrundlegung der seitherigen Provinzialverfassungen verkündet.

Die Börse ist auf's Neue eröffnet und das Steigen der Staatspapiere der Probestein für das Vertrauen in die Zukunft. (Agsb. Abd. Z.)

(Wien, d. 16. März Vormittag 11—12 Uhr.) Die Ruhe in der Stadt sowohl, als in den Vorstädten ist vollkommen wieder hergestellt, die Läden, welche bisher geschlossen waren, sind wieder geöffnet, selbst die Börse war heute wieder offen, und alle Papiere sind gestiegen. Die 5proc. Met. stehen auf 60¼, die Ferd.-Nordbahn-Actien stiegen bis auf 100, also das Vertrauen selbst in der Börsenwelt ist nicht allein nicht gesunken, sondern hat sich gehoben. (Augsb. Allg. Z.)

Einem freundlich mitgetheilten Privatbriefe entnimmt die Augsb. Allgem. Zeit. folgende Stellen: „Ich war heute früh in den Vorstädten, um die Gräuel der Verwüstung zu betrachten. Es muß gräßlich zugegangen seyn. Ein Finanzwächter, der auf das Volk geschossen, wurde lebendig in die Flammen geschleudert. Zwei Fabriken wurden abgebrannt, und einige Häuser ganz ausgeraubt und verwüstet. — So eben, 3 Uhr Nachmittags, kommen 150 Ständemitglieder von Preßburg, Kossuth an der Spitze, hier an. Sie wurden mit donnerndem Jubel empfangen. Das Militär scheint sich auf die Seite des Volks zu neigen; wenigstens geht allgemein das Gerücht. Fürst Metternich soll auf der Nordbahn verreist seyn. Erzherzog Albrecht ebenfalls. Bürgermeister Czapka ist verschwunden." — Dem in einigen Briefen aus Wien in öffentlichen Blättern mitgetheilten Gerücht, der Dichter Hebbel sey am 14 gefallen, kann die Redaction der Allg. Zeitung widersprechen, da sie gestern eine freundliche Zuschrift von ihm erhielt.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Ludwig-Kanal.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 17. auf den 18. dies wurde der linkseitige Damm des Ludwig-Kanals unterhalb Wegscheid von frevelhafter Hand durchstochen und in Folge dessen die Schifffahrt unterbrochen.

Die Wiederherstellung der beschädigten Stelle ist bereits in Angriff genommen und wird bis zum 22. dies Monats vollendet, so daß zuverläßig bis

künftigen Donnerstag den 23. dieses

wieder beladene Schiffe an dieser Stelle passiren können.

Dies wird zur Beruhigung des betheiligten Publikums hiemit bekannt gemacht.

Nürnberg, den 10. März 1848.

Königl. Verwaltung des Ludwig-Kanals.

v. Hartmann.

Schwarz.

Trauer-Anzeige.

Es hat den Herrn über Leben und Tod gefallen, heute den 19. dies Monats früh halb 6 Uhr, in Folge einer Leberverhärtung, meine innigst geliebte Frau

Maria Margaretha Grau,

geborne Bentheimer,

im vollendeten 67. Lebensjahre zu sich zu rufen. Sie hatte ihre Pflichten als Gattin stets getreu erfüllt. Liebe und Treue geleiten sie zum Grabe. — Nur die Hoffnung auf jenseitiges Wiedersehen spendet mir Trost in meinem tiefen Schmerze.

Nürnberg, den 19. März 1848.

Der trauernde Wittwer

Georg Christoph Grau,
ehemaliger Bäckermeister.

Die Beerdigung findet Dienstag den 21. März Nachmittag halb 3 Uhr zu St. Johannis statt.

☞ Wirthschafts-Verkauf.

Aus Familien-Rücksichten wird das seinen besten Ruf weit über Deutschlands Gauen verbreitete Wirthschaftsanwesen zum

„Jammerthal"

hier öffentlich an den Meistbietenden verkauft und hiezu Termin auf

Montag den 3. April 1848, Vormittags 10 bis 12 Uhr,

im Lokale des unterfertigten Kommissionsgeschäfts anberaumt. Kaufslustige, denen inzwischen alle erwünschten Aufschlüsse ertheilt werden, ladet zum Termine höflichst ein

das öffentliche Commissions-Bureau
von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Auktions-Anzeige.

Mittwoch, den 22. März, Nachmittags 1 Uhr, werden in dem Garten 134 auf der Bucher-Straße folgende Gegenstände öffentlich versteigert: ein sehr schöner Divan, nebst 6 Sesseln, 1 runder Tisch, sämmtlich von Nußbaumholz, 1 vollständiges Bett, Kupfer, Wäsche, etwas Silber und noch sonstige Hausgeräthschaften, wozu Kaufsliebhaber, gegen gleich baare Bezahlung eingeladen werden.

(Ersuchen.) Der Korresp. v. u. f. Deutschland wird ersucht seine Charadenfabrikanten aus Leuten zu wählen, die wenigstens so viel Geographie verstehen, daß Landshut nicht am Inn sondern an der Isar liegt, oder, daß die Isar nicht in Graubünden, sondern in Tyrol entspringt. Ein gewiß nicht unbilliges Verlangen!

Dank und Empfehlung.

Tiefgebeugt, aber mit dankbaren Herzen, sey der reinste Dank denjenigen gebracht, die voll Mitleid herbeieilten, meinem seeligen und unvergeßlichen Mann bei seiner Beerdigung die letzte Ehre zu erweisen. Mich jammervolle Gattin und Mutter zu unterstützen und zu trösten, an dem schauervollen Tage, wo mein Versorger und Rathgeber ins Grab versenket wurde. Gottes Segen wird allen denen zu Theil werden, die Verlass'ne unterstützen und trösten. Es wird der Segen des Herrn ruhen auf Herrn Schabbach, welcher seine Theilnahme so thätig bewies, und meine traurige Lage zu verbessern suchte. Herrn Krauer und Herrn Kalb wird der Herr segnen für die viele Mühe, welche sie sich gaben, um meinen Mann zu seinem Recht zu verhelfen, welches ihm durch Bosheit entzogen worden wäre. Die Mitbewohner meines Hauses, meine werthen Nachbarn, wird der Herr segnen, für die vielen Beweise, der Liebe und Freundschaft, welche sie in seiner langen Krankheit, als bei seiner Beerdigung bewiesen. Ihre Theilnahme und Thränen sagten mir er war ihnen werth.

Friede Gottes seiner Asche und mir Ihr bleibendes Andenken.

Die trauernde Wittwe
U. M. Hösch, mit ihren vier Kindern.

Schlüßlich bemerke ich, daß ich mein Geschäft mit einem legal geprüften Werkführer unverändert fortführe, und bitte daher meine werthe Kundschaft so wie das Gesammt-Publikum, das meinem Manne geschenkte Zutrauen, in Berücksichtigung meiner Lage, auch auf mich übergehen zu lassen; ich werde mich bestreben, alle Steinmetzen-, Maurer- und Tüncher-Arbeiten, auch Zimmermalereien, nach Münchner Art und neuestem Geschmack, auch alle Arten Meubles zu lackiren, auf das pünktlichste zu vollziehen, und verspreche die schnellste Bedienung und billigsten Preise.

Vertrauungsvoll sehe ich recht vielen Aufträgen entgegen, und verbleibe hochachtungsvoll

Dero ergebenste
U. M. Hösch.

Empfehlung.

Blaue und weiße, und auch schwarz-roth und goldene Bänder in zweierlei Breite (für Herren und Damen verwendbar) so wie auch ganz feine Cokarden in diesen Farben empfiehlt in schönster Auswahl zu gefälliger Abnahme bestens.

Ernst Jegel, S. Nro. 897
am Obstmarkt.

Einladung.

Heute Dienstag den 21. März produzirt sich der bekannte Wiener Sänger Deininger im Gasthaus zur silbernen Kanne.

Johann Kaul.

(Zu verkaufen.) Ein antikes Schränkchen, schwarz polirt, mit Schubladen, versehen mit in Metall geschnittenen Einlagen, schön erhalten, ist zu verkaufen.

Eine unrechte Pelzmütze.

Vor 14 Tagen wurde in einer Abendgesellschaft, eine schwarze Pelzmütze mit grauem Tuch gegen eine ähnliche mit schwarzer Quaste, verwechselt; der Besitzer wird hierauf aufmerksam gemacht, und gebeten, jene gegen die seinige wieder auszutauschen, wozu die Expedition gefälligst Auskunft giebt.

(Gesuch.) Es wird eine freundliche Gartenwohnung zu miethen gesucht.

(Gesuch.) Eine Gartenwohnung, bestehend aus zwei Zimmern, ein oder zwei Kammern, wird bis Ziel Laurenzi für Sommer und Winter zu miethen gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin, auf welche man sich ganz gut verlassen kann, wünscht wieder bei einer soliden Herrschaft als Köchin unterzukommen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Köchin, die Hausmannskost kochen kann, und eine erfahrne Kindsmagd, finden bis zum nächsten Ziel gute Unterkunft.

Bitte.

Diejenigen unserer verehrten Mitbürger, welche Listen zum Unterzeichnen der Adresse behufs kirchlicher Reformen in Händen haben, werden freundlichst ersucht, solche bis Dienstag den 21. März Mittags gefälligst an die unterzeichnete Expedition zurückstellen zu lassen, da diese Adresse an den Ort ihrer Bestimmung abgehen soll. Auch liegen bei uns noch fortwährend Listen zur Unterzeichnung auf.

Nürnberg, den 20. März 1848.

Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

(Zu vermiethen.) Ein heizbares Stübchen ist mit oder ohne Bett bis Ziel Walburgis in L. Nr. 93a an der Sterngasse billig zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein geübter Portefeuillearbeiter kann Beschäftigung finden in L. Nr. 1488 B. der Mohrengasse in Nürnberg.

(Gesuch.) Eine an Reinlichkeit und Ordnung gewöhnte Magd, welche im Kochen nicht unerfahren ist und sich mit guten Zeugnissen über ihr Betragen ausweisen kann, wird bis Ziel Walburgi in Dienst zu nehmen gesucht. S. Nro. 516 am Albrecht-Dürerplatz.

(Gesuch.) Ein Mädchen, das schon bei Kindern gedient hat und außerdem zu jeder Hausarbeit willig ist, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht. Schauer in der Judengasse Nro. 1037.

(Zu verkaufen.) In S. Nro. 489 der obern Schmidgasse ist eine gute Guitarre billig zu verkaufen.

(Zu vermiethen.) Eine schöne Wohnung für eine Familie ist bis Ziel Walburgis zu vermiethen. — Auch ist daselbst eine große Werkstatt mit Feuerrecht zu vermiethen.

(Verloren.) Sonntag den 19 d. M. wurde ein großer französischer Hausschlüssel verloren. Der redliche Finder wird gebeten, solchen in der Exp. d. Bl. abzugeben.

(Zu verkaufen.) Ein tafelförmiges Pianoforte mit 6 Oktaven von Nußbaumholz, fast noch neu, ist billig zu verkaufen L. Nro. 53.

Guitarre-Unterricht.

Solchen, welche Lust haben, das Guitarre-Spielen gründlich zu erlernen, kann Unterricht ertheilt werden. Näheres in der Exped. d. Bl.

Gesuch.

Zur Erlernung der Englischen Sprache wird ein Anfänger gesucht. Näheres in L. Nro. 239 in der hintern Ledergasse.

(Anzeige.) Im Interesse des Publikums wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sich ungefähr 5—6 Burschen von 14—17 Jahren hier herumtreiben und sich auf eine niederträchtige Art Geld zu verschaffen suchen, indem sie auf fälschlich angegebene Namen Waaren zu erhalten bemüht sind, und sich derselben dann meistentheils vermittelst des Leihhauses entledigen. Da dadurch für die Angehörigen dieser Jungen so wie auch für die, bei denen die Waaren geholt werden, große Unannehmlichkeiten entstehen, so wäre es ein gutes Werk, solche junge Betrüger, auf frischer That ertappt, der Polizei zu überliefern.

Literatur.

Bei uns sind Exemplare des

Unterrichts in den Waffenübungen für die Landwehr-Infanterie des K. R. Bayern. 8. br. fl. 1. 24 kr.

zu haben.

Riegel u. Wießner.

Theater in Erlangen.

Dienstag den 21. März. Zum Erstenmale. Uriel Acosta. Trauerspiel in 5 Aufzügen von K. Gutzkow.

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

42 12 62 74 31

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22. März 1848. № 82 Mittwoch: Casimir.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 19. März.) Der gestrige Tag hatte wieder eine bedrohliche Aufregung in seinem Gefolge; nachdem die Bürger auf den Wunsch der Adeligen nicht eingingen und auch ihren Rathhaussaal nicht zu weiteren Volksversammlungen öffneten, wandten sie sich an den untersten Pöbel, an welchen sie Geld vertheilten und unter den bittersten Aufreizungen, Verbreitung von Lügen aller Art, sah man nicht ohne Bangen den Abend herannahen. — Die Bürger waren fest entschlossen, jede neue Demonstration mit Waffengewalt entscheidend zurückzuweisen, deshalb versammelte sich schon Nachmittag ein Theil der Bürgermiliz und des Abends rückte dieselbe vollständig aus. Das Linienmilitär war in der ganzen Stadt vertheilt und occupirte namentlich die Plätze um die Residenz und die Hauptwache. Die Freikorps schlossen sich der Landwehr an und man war auf das ernsteste Einschreiten vorbereitet. Schon hatte sich wirklich der Pöbel um das städtische Zeughaus versammelt; auch das Zeughaus und das Arbeitshaus in der Au war von Gesindel umlagert, aber überall schreckte die bewaffnete Macht in ihrer drohenden Haltung dasselbe zurück und die ganze Nacht wurde die Ruhe nicht gestört. — Se. Maj. der König hütete gestern den ganzen Tag hindurch und wie wir hören auch heute das Bett. — Gestern wurden die Abg. Stockinger mit 103 zum ersten und Dr. Müller mit 76 Stimmen zum zweiten Sekretär der Kammer der Abg. gewählt. — Se. Maj. der König haben zum I. Präsidenten dieser Kammer den Abg. Haiuß und zum zweiten den Abg. Dr. Kirchgeßner aus der Allerh. demselben vorgelegten Liste der Präsidentschaftskandidaten zu ernennen geruht. — Zum zweiten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe wurde von Sr. Maj. den König Frhr. v. Zu-Rhein bestimmt. — Unser neuer Polizeidirektor Frhr. v. Pechmann hat bereits seine Funktion angetreten.

Mittags 1 Uhr. So eben begeben sich die Deputationen beider Kammern zu Sr. Maj. dem König, um ihre Konstituirung anzuzeigen. — Die Eröffnung der Kammer ist auf Mittwoch festgesetzt; auf den Wunsch der Stände wird S. M. dieselbe im Ständehause vornehmen. Die Ausschüsse werden diesmal vor der Eröffnung gewählt werden.

*† (München, den 20. März.) Gestern Abend wurden die militärischen Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe erneuert; Truppen der Linie, Bürgermiliz und des Freikorps occupirten verschiedene Plätze und hielten Patrouillen, so daß das erkaufte Gesindel aus seinem Versteck sich nicht hervortraute und die Nacht den ruhigsten Verlauf nahm. — Mittlerweile erlassen die Reichsräthe eine Ergebenheitsadresse an den König; mögen die darin niedergelegten Gesinnungen Wahrheit sein, dann wollen wir ihm seine Sünden vergeben und vergessen. Auch Graf Arco Valley erläßt in hiesigen Blättern eine Erklärung; gestern hat der Polizeiofficiant Weber sich ebenfalls öffentlich erklärt; Graf Arco aber legt eine Beschwerde bei der Polizey vor, weil man von ihm das Gerücht verbreitete, daß er an Bewohner von Haidhausen Geld vertheilte, um sie zu Tumulten zu verleiten. — So eben erhalten wir Briefe aus Wien, welche nur vom Jubel und allgemeiner Ordnung berichten. Der Getreidezoll ist gänzlich aufgehoben; dieß kann auf die Preise unserer Cerealien nur den wohlthätigsten Einfluß üben. — Bei Anwesenheit von 125 Mitgliedern, sonach absoluter Majorität 63 wurde in der Kammer der Abgeordneten heute Vormittag der 1. Ausschuß gewählt: Freiherr v. Habermann mit 121 Stimmen, Prof. Edel mit 118, Frhr. v. Closen 112, Dr. Deininger 83, Dr. Willich mit 83, Schäffer mit 75 Stimmen im ersten Scrutinium und Prof. Scheurl mit 79 Stimmen im zweiten Scrutinium. Heute Nachmittag werden die Ausschußwahlen fortgesetzt, morgen ist der ständische Gottesdienst und am Mittwoch die feierliche Eröffnung im Ständehause. S. M. der König ist in der Wiedergenesung begriffen. — Auch diesen Abend rückt unser Bürgermilitär und die Freikorps nebst der Linie aus. Die Bürgersöhne haben gleichfalls die Bewilligung sich zu bewaffnen und der Landwehr anzuschließen erhalten.

Die oben berührte Adresse der Reichsräthe lautet: Allerdurchlauchtigster ꝛc. Die Ereignisse der jüngsten Tage, verbunden mit mannichfach sich kreuzenden Gerüchten, welche die amtliche Stellung der Kammer der Reichsräthe berühren, legen den treug. Unterzeichneten die unabweisbare Verpflichtung auf, dem Throne Euerer Majestät in Ehrfurcht sich zu nahen. Wenn gleich die ehrerbietigst Unterzeichneten im erhebenden Bewußtseyn, in früheren Landtagen unerschütterlich den Boden der Verfassung bewahrt, keiner Gunst nachstrebend, nur in gleich offener und entschiedener Vertheidigung der geheiligten Interessen des angestammten Thrones wie des theueren Vaterlandes das Endziel ihres Strebens gefunden zu haben, sich bei solchen nur trüber Quelle entsteigenden Gerüchten beruhigen könnten, so glauben sie doch, noch vor Beginn des gegenwärtigen Landtages offen und ehrlich, wie es deutschen Männern ziemt, Euerer Majestät die heilige Betheuerung geben zu sollen, daß sie, durchdrungen von den Bedürfnissen und Anforderungen der Zeit auch im Laufe ihrer bevorstehenden Berathungen bewähren werden, daß nicht die Hegung von Sonderinteressen, welche sie freudig den großen Fragen der Gegenwart unterordnen, das Motiv ihrer Beschlußfassungen sein wird. Euerer Majestät getreue Kammer der Reichsräthe wird, kein gesondertes Glied in der engverbundenen Kette bayerischer, zur Berathung der höchsten Interessen des Landes berufener Staatsbürger seyn; sie wird der beschworenen Verfassung ohne Rückhalt ergeben unter die Fahne jenes legalen Fortschrittes sich reihen, den die mächtige Stimme der Zeit als Losungswort ausgerufen, treu ergeben dem Throne und dem angestammten Königshause wird sie offen und ohne Rückhalt zur Verwirklichung jener erhabenen königlichen Zusage, womit Euere Majestät den 6ten März als Tag der politischen Wiedergeburt Bayerns zu verherrlichen geruhten, nach allen ihr innewohnenden Kräften mitzuwirken bemüht seyn, und ihren Stolz in dem erhabenen Streben erkennen, dem deutschen Vaterlande zu beweisen, daß neben der Festigung des constitutionellen Thrones, die edle Frucht nationeller Freiheit und gesetzlicher Entwicklung der Volkszustände in schönem Einklange zu reifen vermag. Durchdrungen von diesen Gesinnungen zeichnen wir uns in allertiefster Ehrfurcht und Ergebenheit Euerer Majestät.

(München, den 17. März.) Die allgemeine Zeitung vom Gestrigen enthält eine Nachricht über das angebliche Fehlschlagen der Mission der Bevollmächtigten von Würtlemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau. Wir können zu deren Berichtigung die bestimmte Mittheilung machen, daß unterm Heutigen in München eine Verständigung erfolgt ist, und demgemäß der königl. Gesandte Freiherr von Verger in ausserordentlicher Mission sich sofort nach Dresden und Berlin begibt, um ganz im Geiste der königl. Proklamation vom 6. dies die möglichst schleunige Durchführung der Nationalrepräsentation am deutschen Bunde und anderer die Einigung Deutschlands bezweckenden Propositionen zu erzielen.

† (Nürnberg, den 20. März.) Aus sicherer Quelle können wir Folgendes über die Ursachen berichten, welche das Unterbleiben der sonntäglichen Versammlung der religiösen Verhältnisse der Protestanten betreffend, veranlaßten. Die Aufforderung zur Unterzeichnung der Adresse und überhaupt das Bemühen, auch auf religiösem Gebiete die längst ersehnten zeit- und vernunftgemäßen Verbesserungen einzuführen, hatte nicht blos in Nürnberg, sondern auch in den Nachbarstädten und namentlich auf den Dörfern großen Anklang gefunden. Selbst in entfernteren Kreisen fingen die Bauern, welche sogenannte Mystiker zu Predigern haben, an, unruhig zu werden und zur Versammlung in Nürnberg wollten auch Landleute kommen. Es mußte eine derartige Zugabe zu dem bereits vorhandenen Zündstoff allerdings bedenklich scheinen. Ein Handschreiben des Herrn Regierungspräsidenten in Ansbach an einen der Unternehmer der Sache machte auf diese bedenklichen Verhältnisse dringend aufmerksam. Da es hauptsächlich nur um Unterzeichnung der Adresse zu thun war, so konnte man ja um so eher auf die angesagte Versammlung verzichten und dadurch auch jenen Männern in der Stadt entsprechen, welche ganz für die Sache sind, nur den gegenwärtigen Augenblick für gefährlich halten. Ohne Zweifel wären die gewaltsamen Folgen nicht aus der Versammlung hervorgegangen, welche man so sehr fürchtet: doch soll von Seiten derjenigen Einwohner hiesiger Stadt, die ja öffentlich durch ihre Theilnahme an der Sache erklären, daß sie Vernunftgründen zugänglich sind, und die nichts Anderes wollen, als ordnungsmäßigen Fortschritt, in keiner Beziehung Veranlassung gegeben werden, daß die Unruhen vermehrt würden. Gesiegt hat ihre Sache schon jetzt, das können sie überzeugt seyn, wenn auch der Unterschriften jetzt weniger seyn werden. Der Moment ist allerdings bedenklich gewesen; aber nachdem die Rheinpfälzer, die man seit Jahren allein den Kampf hat führen lassen, bereits eine ähnliche Adresse bewerkstelligten, so konnte die erste protestantische Stadt des Reiches diese wackeren Kämpfer nicht länger mehr im Stiche lassen, es mußte im gegenwärtigen Moment etwas von unserer Stadt aus geschehen. Zu bedauern ist es, daß den Fremden, die sich eingefunden hatten, die Nachricht von der Abstellung nicht mehr rechtzeitig zukommen konnte. Erst der Brief des Herrn Präsidenten, der voraussetzen ließ, daß in der Ansbacher Gegend sich bereits bedenkliche Symptome zeigten, hat zur Absagung der Versammlung bestimmt und die Abbestellung konnte erst in den Abendblättern vom Samstag bekannt gemacht werden. Für diejenigen, welchen die Adresse viel zu wenigfordern und zu gemäßigt ist, möge bemerkt werden, daß man Alles, was sie noch erwähnt wünschen, wohl besser jener neuen, aus freier Wahl des Volkes hervorgegangenen Generalsynode überläßt, wie sie in der Adresse erwünscht wird; auf Erörterungen in Sachen des Glaubens und der Lehre konnte sich die Adresse nicht wohl einlassen, in dieser Beziehung können wir der Regierung keine Entscheidung zugestehen; wir verlangen vorläufig nur freisinnigere Männer an der Spitze der kirchlichen Angelegenheiten und das vollständige Recht für die Gemeinden, auf jeweiligen Synoden diese Angelegenheiten selbst zu ordnen. Ohnehin wird in wenigen Monaten, so wie die politischen Verhältnisse in einiger Ordnung sind, ganz Deutschland auch an Verbesserungen auf kirchlichem Gebiet denken. Dann wollen wir mit dem übrigen Vaterlande gemeinschaftlich handeln, daß wir nicht die Letzten sind, welche das Bedürfniß solcher Verbesserungen fühlen, haben wir gezeigt. Die Adresse soll übrigens auch in einer hinreichenden Zahl von Exemplaren den gegenwärtig versammelten Ständen zugestellt werden.

△ (Erlangen, 20. März.) In Weissendorf, Landgerichts Herzogenaurach, hat sich die Unzufriedenheit so weit gesteigert, daß man schon zweimal daran war, das Freiherrl. Gutenberg'sche Schloß mit seinen Kunstschätzen zu demoliren und anzuzünden. Zur Hülfe aufgefordert, eilte eine Anzahl hiesiger Studenten, wohl bewaffnet, theils zu Pferd, theils zu Wagen nach Weissendorf, und verhinderten diese Ausbrüche einer rohen Zerstörungswuth. Als Sukkurs kam noch eine Abtheilung Kavallerie von Neustadt, und später Infanterie von Nürnberg nach, die nach dem Abzug der Studenten den Ort besetzt hielten. Die bedeutensten Schätze sind aus dem Schlosse gerettet.

Baden. (Karlsruhe, den 16. März.) In der zweiten Kammer wurde heute über eine Anzahl Petitionen wegen Ertheilung einer Am-

nestie für politische Vergehen berathen. Bei diesem Anlaß äußerte Bassermann: „Mir ist aus dem westlichen Auslande eine Anzahl gedruckter Blätter zu Handen gekommen, worin wir südwestlichen Deutschen aufgefordert werden, die Franzosen mit offenen Armen zu empfangen, und unter ihrem Schutze eine südwestliche deutsche Republik zu gründen: es ist dann noch von einer zweiten aus den preussischen Rheinprovinzen zu bildenden Republik u. s. w. von Planen die Rede, die nichts Anderes zur Folge hätten, als eine schmachvolle Zerstückelung Deutschlands zu Gunsten des Auslandes. Solche Aufforderungen sind wohl nicht unvorbereitet geblieben. Ich will nicht hoffen, daß sie bei unserm patriotischen Volke Anklang finden; es wird solche unter französischem Protektorat gebotene Freiheit zu würdigen, und gewiß mit eben so würdiger Entschiedenheit zurückzuweisen wissen, wie die Belgier. Als jüngst in der belgischen Kammer der Abgeordnete Castiau sagte, die französischen Ideen werden wieder le tour du monde machen, entgegnete ihm würdig der Abgeordnete Delphoso: Sie sollten ihren Weg aber nicht über Belgien nehmen; ein ungeheurer Beifallssturm überschüttete die letztern Worte, und am Abend las man an allen Straßenecken: „Tod dem Castiau, Tod dem Verräther." Dies ist ein schöner Beweis, wie die wahre Freiheit auch unter monarchischer Regierungsform so kräftig erblühen kann, daß ein ganz aufgeklärtes Volk diese der Republik vorzieht. Welch' ein Wink für die Fürsten, die Monarchie so freiheitlich einzurichten, daß die Völker in ihr sich befriedigt fühlen können! Die deutschen Völker sind jetzt auf dem Wege, ihre Verfassungen auf gleiche Weise auszubauen. Das Größte, was wir jetzt in Deutschland und für Deutschland zu thun haben, ist der Ausbau, die Reform der allgemeinen deutschen Verfassung, der Bundesverfassung. Jeder gute Deutsche wird diesen Weg der Reform, die Einigung auf freiheitlicher Grundlage, der schmählichen Trennung, der noch schmählicheren Verbindung mit dem Auslande vorziehen. Möchten doch die Aufforderungen dazu auch nicht Einen Deutschen in die Falle bringen; daß es mit der großen Reform des gemeinsamen Vaterlandes unserer badischen Regierung vollkommen ernst ist, beweist die Ernennung des Abgeordneten Welcker zum Bundestagsgesandten, beweist wohl auch die Abordnung meiner Person zur Berathung nach Frankfurt. Was jetzt in Deutschland noth thut, ist, daß auch die andern Kammern, die andern Völker dem badischen in der Weise nachkommen, daß sie dafür sorgen, daß auch sie durch gleichgesinnte Männer in Frankfurt vertreten werden, damit unsere Bestrebungen dort nicht vereinzelt bleiben, sondern gemeinsame Gesinnungen einen gemeinsamen Erfolg haben, und ein einiges starkes Deutschland begründen." (Allgemeines Bravo.) — Hecker bemerkt ausdrücklich, daß er den Landesverrath nicht amnestirt haben wolle. „Wir brauchen die Franzosen nicht, wir wollen unsere eigenen Angelegenheiten allein ausmachen. Wenn uns die Franzosen die Freiheit bringen wollen, so wollen sie auch die Zeche bezahlt haben; dafür bedanken wir uns." (Bravo.) Die Kammer trat dem Antrage auf Amnestie für die bis zum heutigen Tage verübten politischen Vergehen bei.

(Frkf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt a. M. den 17. März. So eben läuft hier die betrübende Nachricht ein, daß in verwichener Nacht das gräflich Isenburgsche Schloß zu Wächtersbach von den Bauern niedergebrannt wurde. Veranlassung dazu soll gegeben haben, daß der Graf Anstand nahm, allen ihren Forderungen unbedingt zu willfahren.

(Schw. Merk.)

(Frankfurt, den 19. März.). Als gestern Abend eine neugierige Menge auf einem unserer öffentlichen Plätze die hier anwesende Lola Montez umdrängte, mochte wohl ein Mann aus dem Volke fühlen, daß gegen allenfallsige, indeß wohl nicht zu befürchten gewesene Demonstrationen gegen dieses Weib, wie sie in Heidelberg vorkommen konnten, ein von vornherein energisches Auftreten wirksam seyn könnte. Mit einem Eifer, der seinem Herzen und seinem Gefühle Ehre macht, drängte er die Massen zurück, sie mit einer Stentorstimme an kürzliche Begebenheiten in hiesiger Stadt erinnernd, und erreichte seinen Zweck vollkommen. Ehre dem braven Manne! — Madame indeß, an solche Auftritte gewöhnt, sprach während dem ruhig mit einem Herrn, der sie an eine Droschke begleitete und auf die Aufforderung eines andern zu ihrem Schutz bereiten Mannes, in den Wagen zu steigen, erwiederte sie: »Seyen Sie ruhik, ik mich nicht fürcht'.«

(Frkft. Journ.)

Hannover. (Göttingen, d. 16. März.) Gestern Abend sind der Geh.Cab.R. v. Schéele und Justizrath Lacmeister von Hannover hier angekommen, um den Exceß des Polizeidirektors zu untersuchen. Heute morgen sind die von den Gendarmen Mißhandelten bereits zu Vernehmlassung vorgeladen. Die von den Studirenden aus ihrer Mitte erwählte Commission hat indessen erklärt, daß sie in diesem Schritte durchaus keine Gewährung ihrer Forderungen erblicken könne, zumal die Regierungscommissäre nicht einmal Vollmacht haben eine Suspension des Polizeidirektors zu verfügen. Und es haben doch die juristischen Mitglieder des Senats nachgewiesen, daß diese wegen grober Amtsvergehen sofort erfolgen müsse. Deshalb wird der frühere Beschluß aufrecht erhalten und die gesammte Studentenschaft zieht morgen um 12 Uhr in langem Trauerzuge aus der Stadt. Wir glauben mit Bestimmtheit versichern zu können, daß es zu diesem Schritte kommen wird, da von Seiten der Universitätsbehörden nichts geschieht um ihn zu verhindern. Es scheint allgemeine Rathlosigkeit eingetreten zu sein. Die von der Bürgerschaft am Sonntage abgesandte Deputation ist auch heute morgen von Hannover zurückgekehrt. Sie hat weder bei dem Könige noch bei einem Minister Audienz erlangen können, und hat sich damit begnügen müssen ihre Petition schriftlich einzureichen.

(Weser Z.)

(Hannover, den 17. März.) Auch uns ist Preßfreiheit zugestanden. Die am 28. März zusammentretenden Stände werden öffentlich verhandeln. Bei allen politischen Vergehen ist völlige Amnestie ertheilt und das Associationsrecht des Volkes ist anerkannt. Gesetzentwürfe über Volksbewaffnung und Schwurgerichte sollen den Ständen vorgelegt werden und (wenn wir die auf offener Straße gehaltene Rede des Cabinetsraths v. Münchhausen recht verstanden haben) will der König auch zum deutschen Parlamente mitwirken. Wie dies nach den herben Abweisungen des Königs und der nichts gewährenden Proclamation vom vorgestrigen Tage erreicht wurde, wird Deutschland auffallend sein. Der feste Wille der Bürger, nicht länger hinter allen deutschen Brüdern zurückzustehen, setzte es durch. Vor wenigen Stunden drang noch der Magistrat darauf, die in meinem letzten Schreiben erwähnte, von ihm seitdem gebilligte Petition schriftlich an den König zu bringen. Aber die Bürgerschaft, auf und vor dem Rathhause versammelt, verlangte sofortige Unterzeichnung. Nach einer stürmischen Viertelstunde erschien der Stadtdirector auf der Rathhaustreppe, die Petition hoch emporhaltend. So zog der Zug nach dem Palaste. Der König, lautete die erste Antwort, sei krank und könne Niemanden empfangen. Die Bürger verlangten Erklärung. Die Deputation kehrte zurück. Nach einer halben Stunde erschien der Cabinetsrath und brachte die vorstehend in kürzester Form angedeutete Antwort. Große Vorkehrungen waren getroffen, Truppen in Menge aufgestellt. Aber trotz der aufgeregten Stimmung ist glücklicherweise Alles ohne Zusammenstoß vorübergegangen.

(D. Allg. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 17. März.) Der Minister des Innern, H. v. Gagern, hat einen ermahnenden Aufruf gerichtet an die Oberhessen in den standesherrlichen und patrimonialgerichtsherrlichen Bezirken zunächst, der im allgemeinen fast gleichlautend mit dem an die Odenwälder gerichteten ist und eine nahe Ablösung aller Feudallasten in Aussicht stellt.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 18. März, Mittags 3 Uhr.) Am Ende der Börse kam die Nachricht, daß der König Alles bewilligt habe, sowie daß auf dem Schloßplatz Unruhen vorgefallen und daß auf das Volk scharf eingehauen wurde. Dasselbe ist fürchterlich erbittert, und sogleich kam das Militär, Kavalerie und Infanterie, zusammen. In diesem Moment ist der ganze Schloßplatz, Lustgarten und das ganze Schloß mit Truppen besetzt. Die Minister v. Thile, Eichhorn, v. Savigny sind abgetreten; v. Auerswald, Beckerath und Camphausen sind an deren Stelle Minister geworden. Eben um 3 Uhr geht es gräßlich zu; die Bürger schlagen sich gegen das Militär; in der Königs- und Jägerstrasse sind Barrikaden errichtet; die Bürger sind aufs höchste erbittert. Die ganze Stadt ist mit Militär angefüllt. In der Jägerstrasse hört man eben anhaltendes Pelotonfeuer. Die Bürger sind es, nicht der Pöbel, der sich mit dem Militär schlägt. Der Berliner Kursbericht vom 18. März enthält die Notiz, daß ein Extrablatt der Allgem. Preuß. Z. auf der Börse verlesen worden sey, welches die Aufhebung der Censur, sowie mehre andere allerhöchste Entschließungen enthalten habe. Daß nun gleichwohl nach dem obengemeldeten Ministerwechsel der Kampf fortgedauert, wird durch die uns durch Reisende zugekommene Nachricht erklärt, wonach in dem Augenblicke, wo diese Bekanntmachung veröffentlicht wurde, ein Schuß gefallen. Das Volk habe darauf Verrath geschrieen, und es sey nun der Kampf aufs Neue ausgebrochen, und soll derselbe, nach Berichten aus Magdeburg, um 9 Uhr Abends noch fortgewüthet haben. Mit dem Zuge, welcher nach 10 Uhr heut Vormittag hier eintraf, sind aus Berlin weder Zeitungen noch Briefe angekommen. Noch lassen wir eine uns eben zugehende Nachricht folgen: Nachmittags 4 Uhr. Die neuchateler Truppen sind zum Volk übergegangen. Es wird mörderisch fortgekämpft. Von den Dächern herab werden Steine geschleudert. Reisende, welche eben in Leipzig angekommen und am 18. März Abends 9 Uhr aus Berlin abgefahren sind, melden, daß der König nach einem mörderischen Kampfe zwischen Militär und Volk, der bis Abends 8 Uhr gedauert, sich in Alles gefügt habe, was das siegreiche Volk gefordert habe. Eine Kaserne sey im Besitze des Volks, das Militär cernirt und das Volk verlange, es solle die Waffen strecken!

(D. A. Z.)

(Posen, den 10. März.) Unsere Stadt hat jetzt die Physiognomie eines großen Kriegslagers, denn man sieht fast nichts als Militäruniformen. Wie groß die Zahl der hier versammelten Truppen sey, ist daraus abzunehmen, daß nicht blos sämmtliche Kasernen der Festung angefüllt sind, sondern außerdem noch jedes Haus in unserer umfangreichen Stadt, mit sechs bis zwölf Mann Einquartierung belegt ist. Wahrscheinlich wird dieser Zustand jedoch vorübergehend sein, da man hier ziemlich allgemein annimmt, daß die zu unserer stehenden Garnison gehörigen beiden Infanterieregimenter, das 18. und 19., demnächst nach einer westlichern Provinz, es heißt nach Sachsen, verlegt werden sollen. Der Grund einer solchen Translokation dürfte darin zu suchen sein, daß beide Regimenter, besonders das 19., zumeist aus Polen bestehen, die man wohl bei der jetzigen überall herrschenden Aufregung nicht in der hiesigen Provinz lassen will. Die Ordnung ist bis jetzt auch nirgend gestört worden, nur auf einen einzelnen Wachtposten ist, wie verlautet, ein nächtlicher Angriff geschehen; des Thaters ist man aber nicht habhaft geworden. Außerdem soll in der Stadt Trzemesno ein Gymnasiastenkrawall stattgehabt haben, zu dessen Untersuchung ein Mitglied der hiesigen Regierung dahin gesendet wurde. Der polnische Adel ist in großer Anzahl hier versammelt, und wenn auch unverkennbar seine nationalen Hoffnungen in ihrer ganzen Stärke wieder erwacht sind und man leicht gewahrt, daß er nunmehr auf die baldige Wiedergeburt seines Vaterlandes mit unerschütterlicher Festigkeit vertraut, so enthält er sich doch aller Ausschreitungen und verleiht seinen Aussichten wohl nur innerhalb des Bazars Worte. Unsere Behörden sind jedoch fortwährend auf der Hut, und außer den stets umherziehenden Patrouillen sind überall starke Pikets aufgestellt und Husarenkommandos bereiten in jeder Nacht die ganze Umgegend von Posen bis über die nächsten Dörfer hinaus.

(D. A. Z.)

(Koblenz, den 18. März.) So eben, Mittags, ist das Füselierbataillon des hier garnisonirenden 29. Regiments plötzlich nach dem Kreise Wetzlar abmarschirt. Es sollen dort bedeutende Unruhen ausgebrochen sein. Hier sieht es kriegerisch aus, die Pallisadenthore der Festung werden bereits eingehoben. Der Commandeur der 7. Infanteriebrigade (das 26. und 27. Regiment) Generalmajor v. Carnap ist hier eingetroffen. Die Verhältnisse werden täglich bedenklicher. Heute waren 2 Beauftragte von Mannheim hier, welche von der Behörde 2000 Gewehre zu kaufen wünschten, indem die täglich sich mehrenden Drohungen der Proletarier die schleunige Bürgerbewaffnung dringend erheischen.

(Frkft. O.-P.-Z.)

(Düsseldorf, den 17. März.) Gestern Abend traf die Nachricht hier ein von bedauerlichen Unruhen, welche in der Fabrikstadt Solingen und deren Umgegend ausgebrochen waren. Die Arbeiter haben sich zusammengeschaart und zunächst zwei Etablissemente der Seehandlung, welche längst den Unwillen der Bevölkerung erregt hatten, niedergerissen, die Maschinen und den ganzen Vorrath zerstört. Gleiches Schicksal hatten auch andere Etablissements, bis es endlich dem Hrn. P. Knecht gelang, die aufgeregte Menge in so weit zu beschwichtigen, daß sie von weiteren Zerstörungen abstand. Landrath, Bürgermeister und Gensdarmen vermochten nicht, dem Unfug Einhalt zu thun. Heute Morgen ist von hier aus mit der Eisenbahn ein Detachement Infanterie zur Verhütung weiterer Gewaltthätigkeiten, wie zum Schutz des Eigenthums und der Personen abgegangen. — Auch in Hilden ist in der vergangenen Nacht ein Fabrikgebäude abgebrannt. Von Opladen meldet man ebenfalls die Zerstörung einer Fabrik. Ebenso haben in den Fabrikorten Gladbach und Rheydt Arbeiterexcesse stattgefunden,

doch sind dieselben nicht von solchen Scenen der Verwüstung begleitet gewesen, wie es in Solingen der Fall war, (Frkft. O.-P.-Z.)

† Preussens hoch fliegender Adler hat sein schwarzes Gefieder mit dem Blute wehrloser Bürger befleckt; mit Blut hat sein ritterlicher König die Versprechen seines Vaters, seine eigene geerbte Schuld bezahlt! Und nur im Conversationstone bewitzelt er gnädig die wohlstylisirten Reden der Herrn Vettern. Glückliche Zuversicht, erhabenes Genie, das selbst in Augenblicken, wo der gewaltige Geist, rascher perlend als der Champagne sprudelndes Naß, durch die Völker schreitet, nicht vergißt, geistreich zu sein! Aber den einfachen Menschen, dem ein natürliches Ehrgefühl innewohnt, das ihn auch ohne alle weitere Lehren und Mahnungen der Erziehung richtig leiten würde, beschleicht ein kaum zu beschreibendes Gefühl — ein eigenthümlicher, tiefer moralischer Eckel. Als im „heiligen Kriege", auf Leipzigs blutgetränkter Ebene, nach unerhörter Verschwendung von Kräften und Blut, der größte Kriegsmeister aller Zeiten der Begeisterung und Ueberzahl der Gegner erlegen, als der Geächtete, Gewaltige zum zweitenmale niedergeworfen war, da wurden die Forderungen einer großen Zeit, die unsäglichen Leiden und Opfer der Völker — zu ihrer Tröstung, sprach man in der frommen Weise der heiligen Allianz — mit einigen Zeilen vergolten! Der großartige Seelenhandel auf Wiens Congresse ließ nicht mehr Zeit übrig! Und selbst diese Zeilen sind eine großtentheils unerledigte Frage geblieben bis herab auf unsere Zeit. Und nach 30 Jahren des Sehnens und geduldigen Harrens, der erwachten Stimme des Volkes gegenüber, spricht der geistreiche Redner an der Spree von den Gefahren der Uebereilung! Ja, man hat sich nicht übereilt, als Hunger, gräßliches Elend und Krankheit in die Hütten der armen Schlesier einbrachen; man will sich auch nicht übereilen, wenn das lange vorenthaltene Recht des Volkes mit starkem, von der Fluth der Ereignisse zur Eile getriebenen Finger an die hohe Pforte der Königsburg schlägt und seine endliche Befriedigung heischt. Aber beeilt hat man sich, das Blut derer zu vergießen, die einst ihr eigenes eingesetzt, um den in den Staub getretenen Thron auf ihren gefallenen Leibern wieder zu errichten. Mit schönen Redensarten speißt man die Weisen und Getreuen, mit Pulver und Blei die übermüthige „Kanaille". Der Schwur der alten Ritter war „Schutz und Schonung der Wehrlosen"; Preußens ritterliche Helden scheinen in vermessener Selbstzuversicht sich einen andern Schwur zu leisten. Die unerbittliche Geschichte wird die empörenden Thaten einer dunkelvollen Soldateska mit unverlöschlichen Zügen in ihr großes Rechnungsbuch tragen. Auch der Fürst sei Mann, und er darf hören die Wünsche seines Volkes, Antlitz gegen Antlitz, ohne dem Heiligenscheine der Krone zu nahe zu treten. Nicht auf den mit Bürgerblut getränkten Bajonetten werden die Throne befestigt. Die neue Zeit fordert unabweisbar andere Bindemittel. Wohl mag eine starre Orthodoxie, ein geistiger Uebermuth, der sein Ich zur Rechten des Unerforschlichen stellt, eine Zeitlang den freien Geist mißhandeln, aber den Geist, welcher unaufhaltbar durch die Völker schreitet, in die alte Rumpelkammer zu bannen, dürfte selbst dem Mächtigsten der Erde nimmer gelingen. Deutsche! ihr seht was Ihr zu erwarten habt von der Rhetorik der sandigen Mark. Laßt den Ruf ergehen an Eure preußischen Brüder: stark zu sein in der Stunde der Entscheidung. Einmal versäumt, kommt sie nie mehr, diese Stunde. — „Der größte Herrscher ist der Augenblick!" — in der es für immer entschieden werden muß, ob es ein Deutschland geben soll in der Reihe der Nationen, oder ein wesenloser Schatten fortvegetiren, verhöhnt im Innern, verachtet von Außen. Ln.

Sachsen. (Leipzig, 19. März.) Zur Anerkennung der männlichen Haltung der Bürger von Wien ist hier folgende Adresse aufgelegt und hat bereits zahlreiche Unterschriften erhalten: An unsere Brüder in Oesterreich. Deutsche Brüder! Oesterreicher! Mit herzergreifendem Jubel vernahmen wir die Botschaft von eurer Erhebung. Man wollte euch für geistesschwache Unmündige ausgeben, euch um die schöne Mannerzeit betrügen und euch noch für lange euer Recht und eure Freiheit vorenthalten. Ihr aber habt Riegel und Thore gesprengt, habt mit einem Schrei der Welt verkündet, daß ihr verleumdet waret, daß ihr so stark von Geist seid wie von Herzen, daß ihr längst Männer gewesen, die nur aus Schonung und Langmuth geschwiegen, bis Druck und Unwürde unerträglich geworden waren. Ihr habt in Einem Tage Oesterreichs Ehre gerächt und dem staunenden Europa die Augen geöffnet; mit Einem heroischen Schritte habt ihr euch in die Reihe der männlichsten Nationen gestellt. Eine Jugend, die mit wehrlosen Händen, ohne andere Waffe als ihre Begeisterung dem Rottenfeuer widersteht, ein Volk, das dem Tode ins Antlitz schauen kann, wie ihr gethan, hat sein gutes Recht bewiesen, besiegelt, erobert. Nur festgehalten! Doch ihr bedürft keines Zuspruchs. Der Heldenmuth, den ihr gezeigt, wird eure Feinde in den Tod beschämen und alle Völker zu euren Bundesgenossen machen. Euer erster Ruf war Anschluß an Deutschland. Wir haben ihn mit Rührung und Entzücken vernommen. Deutschland zittert vor Freude bei dem Gedanken an euch. Wenn wir zusammenstehen, wie groß und herrlich ist unsere Zukunft. Es ist nicht Zeit zu langen Worten. Wir feiern eure Todten und umarmen euch im Geiste. Drei Mal Hoch unsern Brüdern in Oesterreich! Leipz. 17. März 1848.
(D. Allg. Z.)

(Dresden, den 16. März.) Metternich ist geflohen, und Wien frei. Als Metternich abgedankt, wurde Wien bis auf die ärmste Hütte illuminirt; 30,000 bewaffnete Bürger und Studenten verlangen, ehe sie die Waffen niederlegen, außer Preßfreiheit noch verantwortliche Minister. — „Gottes Strafgericht ist hereingebrochen!" so hört man auch die Stabilisten jetzt ausrufen. Man sollte ganz „Deutschland" in ein Siegeskleid kleiden nach Metternich's Sturze; jetzt erst da die Presse frei geworden, wird man die unglaubliche Lage hören, in welcher sich Oesterreich's Völker befanden. Es wagte sich ja Niemand ein freies Wort in einem Privatbriefe auszusprechen, weil nicht allein alle Buchhändlerpaquete, sondern jeder Privatbrief dem Oeffnen ausgesetzt war. Die meisten Beamten waren Creaturen der Metternich'schen Politik; jetzt hat sich der Kaiser unter des Volkes Schutz begeben, da die Garnison aus Wien verjagt ist. (Frkf. J.)

(Gotha, den 16. März.) Die allgemeine deutsche Wechselordnung ist von unserm Deputationstage unverändert angenommen worden und könnte nun ohne weitern Anstand mit Gesetzeskraft promulgirt werden. Die Stände haben bei ihrer desfallsigen Erklärung vom 9. März den Wunsch ausgesprochen, daß dieser erste Versuch einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung privatrechtlicher Natur zu weitern Fortschritten in diesem gemeinnützigen, die Unterthanen aller deutschen Bundesstaaten vor den mannichfaltigsten Verwicklungen bewahrenden Bestreben der Staatsregierung die Bahn gebrochen haben möge. (D. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

(Wien, 17. März.) Se. Maj. hat den Erzherzog-Palatin als außerordentlichen und bevollmächtigten Kommissär für Ungarn ernannt, mit dem sich der neue Ministerpräsident Graf Ludwig Batthianyi ins Einvernehmen zu setzen hat. Auch der Fürst Nikolaus Esterhazy, der so lange den Interessen seines Vaterlandes entfremdet geschienen, hat sich in der Stunde der Gefahr zu seinem Volke wiedergefunden und erklärte in Gegenwart des Monarchen der neuen Verwaltung mit allen seinen Kräften beistehen zu wollen. Dieser Beistand ist bei dem ungeheuern Besitzthum des Fürsten für das neue Ministerium von Wichtigkeit. In Preßburg hatten sich vorgestern irrthümliche Gerüchte über den Erfolg der reichstaglichen Deputation verbreitet, worauf sich die dortige Bürgerschaft bewaffnete und in Verein mit der Landtagsjugend eine Deputation hieher sandte. Auch in Pesth, Raab und in anderen ungarischen Städte herrscht ungeheure Aufregung; in Tyrnau sind bedauerliche Exzesse gegen Juden vorgefallen. Der Bericht der Deputation, welche heute nach Preßburg zurückgekehrt, wird hoffentlich die aufgeregte Spannung des ganzen Landes in freudigen Jubel verwandeln.

Fürst Metternich hat sich, dem Vernehmen nach auf seine Herrschaft Königswart in Böhmen begeben. Baron Josika Kanzler von Siebenbürgen, begleitet den greisen Minister bis vor die Stadt, wo ihn eine militärische Eskorte erwartete. Gestern reichte auch der Baron Josika, als siebenbürgischer Hofkanzler seine Entlassung ein. Das neugebildete ungarische Ministerium, welches in Ofen seinen Sitz haben wird, will Siebenbürgen mit Ungarn vereinigen, und man sieht demnach einer alsbaldigen Einberufung der siebenbürgischen Stände, welche sich wiederholt für die Union mit Ungarn ausgesprochen, entgegen. Die hiesige ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei wird in der Folge auf ein einzelnes untergeordnetes Bureau reduzirt werden. Der Polizeiminister, Graf Sedlnitzky, der trotz der kostspieligen Augen und Ohren seiner zahlreichen Spaher die Bewegung der Geister, die sich in der so ängstlich bewachten Stadt erhob, nicht ahnte, hat auch seine Dimission gegeben. Man spricht so eben von einer heute hier angelangten Kriegserklärung Sardiniens an Oesterreich. Es läßt sich mit Grund erwarten, daß auf die Nachricht der hiesigen großen Ereignisse und der daraus hervorgegangenen glühenden Begeisterung aller Volksklassen das Kriegsgeschrei der Italiener bald verstummen wird.

Der zum Chef des Hofkriegsraths ernannte Staats- und Konferenzminister, Graf Fiquelmont, ist aus Mailand hier eingetroffen. Interimistisch versieht die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Staatsrath der Staatskanzlei Frhr. von Lebzeltern. Als künftigen Minister des Aeussern bezeichnet man den Grafen Colloredo-Wallsee, frühern Botschafter in St. Petersburg, der sich gegenwärtig in einer Mission zu Frankfurt a. M. befindet. (A. A. Z.)

(Prag, 16. März.) Noch nie hatte unser altergraues Rathhaus ein so bewegtes Volksgewühl gesehen, die Haltung des Volkes inmitten der größten Aufregung war bewundernswerth; diese Festigkeit, Ruhe und Besonnenheit scheint uns die sicherste Gewähr, daß unsere Nation zur constitutionellen Freiheit reif ist. Eine spätere telegraphische Depesche soll Mündlichkeit und Oeffentlichkeit und Errichtung von Communalgarden verkündet haben, wurde aber nicht gedruckt. Plötzlich erschien im Theater Graf Stadion und rief aus seiner Loge zum Publikum: „Telegraphische Depesche: Die Constitution für alle Provinzen wird proclamirt. Wien ist in Jubel." Man verlangt die Wiederholung der Worte, die mit ungeheurem Jubel aufgenommen wurden. Sogleich bildete sich ein imposanter Fackelzug der von einer ungeheuren Volksmenge begleitet bis ein Uhr Nachts dauerte. Es kamen bis zu Thränen rührende Scenen hiebei vor, man umarmte die Wachtposten, welche aus freien Stücken vor dem Zuge ins Gewehr traten; als dieser auf den Kleinseitnerring kam, ließ die Hauptwache einen Trommelwirbel ertönen, die Officiere und Gemeinen wurden ans Herz gedrückt und ihnen die Hände geschüttelt. Nachdem man den Oberstburggrafen begrüßt, der einige Worte an die Versammlung richtete, zog man wieder zur Hauptwache, um den verbrüderten Militär nochmals zu danken. Manche Stadttheile beleuchteten, als der Zug durch sie kam. Heute früh war die Verkündigung der Constitution gedruckt an allen Ecken und in den Zeitungen zu lesen, ebenso daß Metternich abgedankt habe. Der Jubel ist unermeßlich, noch nie bot Prag ein so bewegtes festliches Ansehen. Von jedem Antlitz strahlt die reinste Seelenfreude. Ueberall sieht man weißrothe Kocarden, an den Armen der Ausschüsse der studirenden Jugend, deren Entzücken unnennbar ist, überdieß weiße Kreuze. Vom gestrigen Tage an hat unser großes Reich die neue ruhmvolle glänzende Bahn des Fortschrittes angetreten, von gestern datirt ein öffentliches Leben. Das Theater feiert die Constitution durch eine festliche Beleuchtung; Abends wird eine glänzende Illumination erwartet. Noch muß ich erwähnen, daß gestern das gesammte Gubernium, heute die ganze studirende Jugend die Bürgerpetition unterschrieben hat. Karl Egon Ebert fordert alle Schriftsteller und Buchhändler zu einer Versammlung auf, die darüber berathschlagen soll, wie man mit Nachdruck den etwaigen Mißbrauchen der Presse begegnen könne, damit wir uns der neuen Freiheit würdig zeigen. Gerade jetzt erfahre ich, daß unserm berühmten Slawisten J. P. Schafarik von Wien aus die Professur der slawischen Sprachen und Litteraturen angetragen wurde.
(A. A. Z.)

Rußland und Polen.

(St. Petersburg, 10. März.) Der Kaiser hat, in Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage Europas, vorgestern nachstehenden hohen Ukas an den Kriegsminister erlassen: »1) Im Westen Europas sind Ereignisse geschehen, welche die frevelhafte Absicht darthun, die gesetzlichen Gewalten zu stürzen. Die Freundschaftsbündnisse und Verträge, welche Rußland mit den benachbarten Mächten verbinden, legen uns die heilige Verpflichtung auf, frühzeitige Anordnungen zu treffen, einen Theil unserer Truppen auf den Kriegsfuß zu stellen, um, wenn es die Umstände erheischen, der verderblichen Ausbreitung der Anarchie einen festen Schutz entgegenzustellen. In Folge dessen befehlen wir Ihnen: 1) Unverzüglich sind die Reserven zu bilden, die zu den im Verzeichniß angegebenen Truppentheilen gehören. 2) Demzufolge sind aus allen im Verzeichniß bestimmten Gouvernements die auf unbeterminirten und auf Jahresurlaub entlassenen subalternen Krieger, welche zur Formirung der Reserven verpflichtet sind, für den aktiven Dienst einzuberufen. 3) Diese Truppenzusammenziehungen sind sogleich zu beginnen, nachdem dieser Ukas den Distrikten zugegangen ist. Er ist unfehlbar zum 1. (13.) des nächsten April zu beenden. 4) Die jetzt für den Dienst einberufenen Gemeinen

haben die Stadt- und Landpolizeibehörden in die Hauptstädte ihrer Gouvernements an die Chefs der innern Garnisonbataillone einzusenden, gemäß den Vorschriften, welche das Kriegsreglement darüber in seinem 1518. Artikel, im ersten Theil des 2. Buchs enthält; wobei streng darauf zu sehen ist, daß kein Beurlaubter ohne gesetzlich begründete und als solche erkannte Ursachen sich der Einberufung entziehe. 5) Ueber die Erfolge der in die Gouvernementsstädte einberufenen Subalternen, über ihre Abfertigung von da an die Sammelplätze, worüber jetzt gleich eine Liste anzufertigen und unserer Bestätigung vorzulegen ist, haben die Commandeure der Garnisonbataille wöchentliche summarische Berichte dem Inspektionsdepartement des Kriegsministeriums einzusenden. Von denjenigen Stabs- und Oberoffizieren und Gemeinen, welche aus irgend einer Veranlassung nicht erscheinen, sind namentliche Verzeichnisse einzureichen, mit Angabe der Ursachen ihres Nichterscheinens. 6) Der Empfang der Subalternen an den Sammelplätzen, die Formirung der Bataillone und Escadrons und ihre Bildung, sind den bei diesen Truppencorps stehenden Generälen, gemäß einer besondern Verfügung zu übertragen. 7) Die Verpflegung der beurlaubten Subalternen auf ihrem Marsch von den Districts- nach den Gouvernementstädten, von da weiter bis zu den Sammelplätzen, ihre gehörige Equipirung und Bewaffnung, übertragen wir den Proviant-, Commissariats- und Artilleriedepartements. Die dazu erforderlichen Ausgaben befehlen Wir den Summen zuzuweisen, die für das laufende Jahr zu den Uebungen der auf undeterminirten Urlaub sich befindenden Gemeinen angewiesen sind. 8) Sollte eine noch größere Truppenverstärkung nöthig werden, noch fernere Einberufungen der beurlaubten Gemeinen zum activen Dienst, werden wir darüber jedesmal besondere Befehle erlassen." Das Original ist von Se. Majestät dem Kaiser Nikolaus höchsteigenhändig gezeichnet. (Frkft. O.-P.-Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Unter Hinweisung auf die im allgemeinen Intelligenzblatte der Stadt Nürnberg Nro. 8, S. 114, Nro. 14, S. 198 und Nro. 23, S. 316, in der Mittelfränkischen Zeitung Nro. 19, 30 und 56, und im Korrespondenten v. u. f. D. Nro. 19, 33 und 47 heurigen Jahrganges erfolgten Bekanntmachungen wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß man zum Verkauf des Hauses S. Nro. 1305, da am ersten Termin sich keine Kaufsliebhaber eingefunden haben, eine zweite Tagsfahrt auf

Mittwoch den 5. April l. J., Vormittags 11 bis 12 Uhr, im Zimmer Nro. 21

anberaumt hat, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß bei dieser zweiten Versteigerung der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Nürnberg, den 7. März 1848.

S e u f f e r t.

Leistner.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

wird auf Andringen eines Hypothekengläubigers das an der Fleischbrücke dahier gelegene Bierwirth Satzinger'sche Haus L. Nro. 126 dahier mit darauf haftender realer Bierwirthschafts-Gerechtigkeit dem öffentlichen Verkaufe unterstellt und Versteigerungstermin auf

Montag den 27. März l. Jrs., Vormittags 11 Uhr im Zimmer Nro. 13

anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber hiermit eingeladen werden.

Es besteht dieses Haus aus einem vierstöckigen, größtentheils von Fachwerk errichteten Vorder- und Hintergebäude und ist dasselbe freieigen, der Brandversicherung mit 1000 fl. einverleibt, und mit dem Waldrechte zu 3 Mäß Holz, 3 Mäß Stöcken und 100 Bund Wellen versehen.

Gerichtlich geschätzt ist das Haus auf 1500 fl., die Bierwirthschafts-Gerechtigkeit auf 1400 fl., und kann das Taxationsprotokoll in diesseitiger Registratur eingesehen werden.

Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 des Prozeß-Gesetzes vom 17. Novbr. 1837.

Nürnberg, den 24. Febr. 1848

S e u f f e r t.

Leistner.

Trauer-Anzeige.

Allen unsern nahen und fernen Anverwandten, Freunden und Bekannten widmen wir hiemit die für uns eben so unverhoffte als schmerzliche Kunde von dem gestern Mittag erfolgten Ableben unserer innigst geliebten Tochter

Christiana Barbara,

in einem Alter von 6 Jahren 2 Monaten.

Nur der Glaube an Gott, und daß wir unsere lieben Vorangegangenen in einem bessern Jenseits wieder finden, gibt uns Trost und Beruhigung in unserm herben Schmerz. Friede ihrer Asche.

Um ihr allseitiges gütiges Andenken bitten

Gostenhof den 21. März 1848

die tiefgebeugten Eltern

Gg. Kaltz. Kühnlein.
Margaretha Kühnlein.

Auktions-Anzeige.

Mittwoch, den 22. März, Nachmittags 1 Uhr, werden in dem Garten 134 auf der Bucher-Straße folgende Gegenstände öffentlich versteigert: ein sehr schöner Divan, nebst 6 Sesseln, 1 runder Tisch, sämmtlich von Nußbaumholz, 1 vollständiges Bett, Kupfer, Wäsche, etwas Silber und noch sonstige Hausgeräthschaften, wozu Kaufsliebhaber, gegen gleich baare Bezahlung eingeladen werden.

L u d w i g - K a n a l.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 17. auf den 18. dieß wurde der linkseitige Damm des Ludwig-Kanals unterhalb Wegscheid von frevelhafter Hand durchstochen und in Folge dessen die Schiffahrt unterbrochen.

Die Wiederherstellung der beschädigten Stelle ist bereits in Angriff genommen und wird bis zum 22. dies Monats vollendet, so daß zuverläßig bis

künftigen Donnerstag den 23. dieses

wieder beladene Schiffe an dieser Stelle passiren können.

Dies wird zur Beruhigung des betheiligten Publikums hiemit bekannt gemacht.

Nürnberg, den 19. März 1848.

Königl. Verwaltung des Ludwig-Kanals.

v. Hartmann.

Schwartz.

D a n k.

Nach einem Jahre und sechs Wochen, die ich in Folge eines gefährlichen Beinbruchs im hiesigen städtischen Krankenhause zugebracht, bin ich endlich aus dieser wohlthätigen Anstalt vollkommen und glücklich hergestellt entlassen worden. Ich danke dies, nächst göttlicher Hülfe, der bekannten Geschicklichkeit und unermüdeten Sorgfalt des Herrn Dr. und Professor Dietz, so wie des Herrn Dr. Schramm, und wünsche, daß langes Leben und dauerhafte Gesundheit Beiden ein möglichst langes segensreiches Wirken, zum Besten der leidenden Menschheit, gestatten möge. — Auch danke ich meiner freundlichen Wärterin Margaretha Schuz für aufmerksame liebevolle Pflege, und wünsche ihr des Himmels reichsten Segen bei ihrem schweren mühevollen Beruf.

Babette Merkel,
in ihrem und ihrer Eltern Namen.

E i n l a d u n g.

Mittwoch den 22. März findet die zweite abonnirte musikalische Abendunterhaltung im Gasthaus zum silbernen Löwen statt, welches den verehrten Theilnehmern hiemit bekannt macht

Anfang 8 Uhr.

C a r l W i l d.

Goldener-Hirsch

an der Lauferstrasse.

Heute Mittwoch ladet der ergebenst Unterzeichnete zu gutem Kaffee mit Hefenküchlein, Schneeballen und anderem feinem Backwerk höflichst ein.

S t u r m.

E i n l a d u n g.

Heute Mittwoch den 22. März produzirt sich der

Volks-Sänger Deininger

im Wiener Salon, wozu höflichst eingeladen wird. Anfang 8 Uhr.

(G e s u c h.) Ein gebildetes Frauenzimmer, das besonders im Rechnen und Schreiben, weiblichen und häuslichen Arbeiten, auch im Kochen sehr gut unterrichtet ist, sucht eine Stelle als Ladenjungfer oder Haushälterin. Auch würde dieselbe eine Herrschaft, die auf Reisen geht, begleiten. Der Eintritt kann täglich geschehen — Das Nähere S. Nro. 970 in der Hans Sachsengasse im 1. Stock.

(Z u v e r k a u f e n.) In L. Nro. 605 sind mehrere Dutzend wilde Kakatien zu verkaufen.

(G e s u c h.) Eine vorzügliche Köchin aus München, welche dort bisher bei den angesehensten Familien gedient und die besten Zeugnisse aufzuweisen hat, wünscht in gleicher Eigenschaft hier unterzukommen. Näheres Adlerstraße Nro. 326.

Parterre-Wohnung.

Im Garten Nro. 116 hinter der Veste, vor dem Thiergärtner-Thor, ist eine Parterre-Wohnung aus 1 Wohnzimmer, Kabinet und Kammer, nebst Küche, Holzlage, Keller rc. bestehend, an ein Paar stille und brave Personen für den Sommer und Winter täglich, oder am Ziel Walburgi zu vermiethen für den Preis à fl. 40.

(G e s u c h.) Man sucht auf ganz kurze Zeit gegen dreifache Sicherheit fl. 150 à fl. 200 sogleich zu entnehmen. — Näheres unter Adresse A. B.

(V e r l a u f e n.) Ein gelber Hund, russischer Race, hat sich verlaufen. Man bittet denselben in L. Nro. 93 nächst der Lorenzer Kirche gegen ein Trankgeld zurückzubringen.

E m p f e h l u n g.

Der Unterzeichnete empfiehlt sich einem verehrlichen Publikum zur gefälligen Abnahme von gut geräucherten Schinken, Zungen, Cervelat- und Zungenwürsten, roh und gesotten, und bittet um gütigen Zuspruch

L e o n h a r d S ö r g e l, Metzgermeister.
Breitegasse L. Nro. 425

(G e s u c h.) Ein junger kräftiger Mann, der mit Pferden umzugehen weiß, wünscht als Kutscher, Hausknecht oder Ausläufer hier unterzukommen.

(A n z e i g e.) Auf das Gesuch einer Partie deutschen Tabacks bemerkt der Unterzeichnete, daß er ein bedeutendes Quantum, besonders schönes Deckblatt nach Quantität billig abgeben kann.

G u s t a v H ä u ß l e r.

(G e s u c h.) In einem hiesigen Gasthaus wird bis Ende dieses Monats ein junger Mensch, der Kenntniß im Billardspiel besitzt, als Kellner anzunehmen gesucht.

(G e s u c h.) Eine Köchin, welche gut kochen kann, wünscht bis nächstes Ziel Walburgi in Dienst zu treten. Frauenthor Nro. 651.

(Z u v e r k a u f e n.) Eine ganz neu verfertigte, sehr vortheilhafte Steindruck-Presse ist billig zu verkaufen. Frankirte Briefe unter der Adresse S. Z. sind der Exped. d. Blattes zu übergeben.

(G e s u c h.) Ein mit guten Zeugnissen versehener, in jeder Manier geübter Steindrucker sucht eine Stelle.

(G e s u c h.) Ein hübsches, modern und fest gebautes einspänniges Bernerwägelein mit eisernen Achsen, einem Vorder- und Hintersprizleder nebst Chaisecoupee versehen, wird sogleich zu kaufen gesucht.

(Z u v e r m i e t h e n.) An Herren sind drei Schlafstellen zu vermiethen. Auch kann die Kost dazu gegeben werden.

(G e s u c h.) Ein geübter Portefeuillearbeiter kann Beschäftigung finden in L. Nr. 1358 B. der Rosten-gasse in Nürnberg.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 22. März. »Dorf und Stadt, oder die Professorin.« Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Akten von Ch. Birchpfeiffer. Frei nach Di[illegible] … dramatisirt.

Nachmittags 3 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Kein Fürstenkongreß.

Die Vertrauenden sind im Irrthum gewesen, als sie vor einigen Monaten hofften, daß Oestreich und Preussen eine heilsame Lehre aus jenen Ereignissen ziehen würden, welche, durch die Energie eines freien und im Kern einigen Volkes herbeigeführt, die Abhaltung der Ne eu burger Konferenz unmöglich machten. Trotzdem es mißlungen ist, die Herrschaft der freien Gesetze als eine zu Interventionen oder Pacifikationen reife Anarchie darzustellen, trotzdem, daß in Frankreich die prätentirte Gesetzlichkeit und Ordnung an ihrer Lüge zu Grunde gegangen ist und kein Guizot mehr die Hand zum Bunde hinüberreicht: soll dennoch um jeden Preis der einmal projektirte Pacifikationskongreß abgehalten werden. Die Schweiz spielte das Pravenire, in Deutschland hofft man noch zur rechten Zeit zu kommen: jedenfalls soll es versucht werden, wenigstens einen Sieg für das System zu erkämpfen, nachdem so manche schmerzliche Niederlagen erlitten sind. Diese Bedeutung des nach Dresden ausgeschriebenen Kongresses ist nur darum nicht so handgreiflich zu erkennen, weil man theils aus Rücksicht auf einige Bundesgenossen vorsichtigere Ausdrücke wählen, und theils in Betracht der bedenklichen Nähe des Gegners auch andere Mittel nennen und vielleicht sogar in Anwendung bringen zu müssen glaubte. Der Fortschritt der guten Sache läßt sich an der Diplomatie wahrnehmen; nachdem die nackte Intervention bis zu einer Pacifikation herabgestimmt war, mildert sie sich bis zu Berathungen und Maßregeln, und borgt endlich noch einen Schimmer des Morgenroths, dem jetzt Aller Augen entgegenblicken. Aber die Politik bleibt wesentlich dieselbe, die Absichten der konservativen Diplomatie sind gegenwärtig eben so gefährlich für Deutschland, als vor einigen Monaten; denn ein großer Theil unsers Vaterlands hat seitdem einen so mächtigen Schritt zur Freiheit gethan, daß das unbestimmte liberale Programm des Kongresses schon wieder eben so fern zurückbleibt. Wäre nur irgendwie eine Bürgschaft gegeben, daß jener Kongreß seinen Unglücksnamen nicht erneuten Verwünschungen preisgeben, sondern zu Ehren bringen würde, dann könnte es vielleicht als unsere Pflicht erscheinen, die außerordentliche Form dieser Berathungen und Maßregeln zu entschuldigen durch den Drang des Augenblicks, der die kurzesten und bequemsten Formen anräth und rechtfertigt, wenn sie auch nicht in der herkömmlichen und festgesetzten Ordnung sich halten sollten. Aber bei den gegenwärtigen Aspekten und beim Mangel jeder Garantie, legen wir hiermit einen Protest ein gegen die außerordentliche Form, in der die deutschen Angelegenheiten ohne Mitwirkung der Nation von den Regierungen berathen werden sollen. Wir protestiren gegen den Dresdener Kongreß und fordern die Nation auf, durch öffentliche legale Kundgebungen diesen Protest zu unterstützen. Für Berathung der Regierungen über gemeinsam deutsche Angelegenheiten ist die Bundesversammlung, der Bundestag zu Frankfurt die einzige verfassungsmäßige Form kraft Bundesrechts. Eine Berathung von Souveränen über gemeinsame Maßregeln ist nur einen Schritt weit von Beschlüssen, und solche Dresdener Beschlüsse wären ein Attentat gegen den Bund. Wenn eine Nationalversammlung dies ausführte, so würde es eine Revolution heißen; wenn ein Fürstenkongreß es versucht, so wird man es Reaktion oder Kontrerevolution nennen müssen, und gegen das Projekt einen Protest einlegen. Wir wissen sehr wohl, daß dies erste Bundesgrundgesetz allmählig eben so wie andere in Vergessenheit gerathen ist. Die Karlsbader Beschlüsse und die Wiener Konferenzbeschlüsse waren ein solches Attentat, waren die bundeswidrige Stiftung eines Sonderbundes der Fürsten gegen den Bund der Völker und Fürsten. Wenn wir aber nicht das ganze Gebäude umstürzen wollen, so müssen wir jetzt mit aller Macht diesen Eckstein schützen und halten. Die vollständige Durchführung des Bundesprinzips, deren Konsequenz die Abschaffung der Spezialgesellschaften, der alleinige Verkehr aller einzelnen Staaten durch die Bundesbehörde, und manches andre noch sein würde, wird erst bei der Revision und Regeneration möglich sein. Wenn die Regierungen, wenn die ganze conservative Partei den Fortschritt vom Volke stets auf dem streng vorgeschriebenen gesetzlichen Wege verlangt: so verlangen wir jetzt eben so, daß die Bundesreform auf dem ordentlichen und gesetzlichen Wege, und auf keinem andren vor sich gehe. Unser Protest hat einen mächtigen Rückhalt. Es sind die deutschen constitutionellen Staaten, in denen jetzt mit der Konstitution Ernst gemacht ist. Wie sie sich von den Karlsbader Beschlüssen losgesagt haben, so werden sie, wenn es zum Kongreß kommen sollte, das Recht des Bundes zu wahren wissen, und die verantwortlichen Minister werden keinen Schritt über eine unverbindliche Berathung hinausgehen. Die Zeit ist vorbei, wo die constitutionellen Souveräne anders als ihre Minister handeln konnten, und auch die constitutionellen Minister, denken wir, sind den Einflüssen der absoluten Souveräne nicht mehr zugänglich. Die deutschen Volksvertreter werden wissen, daß sie durch die Minister, die die Gesandten instruiren, mitzurathen und mitzubeschließen haben in Bundesangelegenheiten; wir werden in wenig Tagen unsre Stimme von ihnen verstärkt, und die ihrige von der der ganzen bewegten und freigesinnten Nation getragen sehen. Das ganze Unternehmen ist eine abgeblaßte Copie des Systems, welches vor wenigen Wochen gestürzt ist. Der Dresdener Congreß ist keineswegs ein einfach reaktionärer, ein einfach contrerevolutionärer. Nein. Wie Louis Philippe die Julirevolution auch anerkannte, wird jetzt die Freiheit und Einheit Deutschlands anerkannt; und wie er bis aufs letzte behauptete, die Freiheit Frankreichs nie in den achtzehn Jahren angetastet zu haben, so wird auch bei uns behauptet, daß Alles nur gegen die Anarchie, für die Ordnung und Freiheit geschehen solle. Und nachdem der 24. Februar den Ausgang jener Politik in Paris gezeigt hat, soll sie am 25. März in Dresden wieder angefangen werden? Wir hoffen, nein. Man wird zusammenkommen, einige Bälle und Feste veranstalten, und die Gleichgesinnten werden unter einander schöne, aber nicht realisirbare Pläne anregen. Sollte aber in Dresden der Sonderbund der Fürsten gestiftet werden, so wälzen wir auf ihn alle Verantwortlichkeit für die Wehen und Kämpfe, unter denen in Frankfurt dann der Bund der Völker geboren werden wird.

Deutschland.

Baden. (Karlsruhe, den 18. März.) [41. Sitzung der zweiten Kammer.] Bretano erstattet Namens der Petitionskommission Bericht über einen Antrag des Spielpächters Blank in Homburg, wornach dieser statt der 40,000 fl., welche der jetzige Spielpächter in Baden, Benazet, alljährlich bezahlt, ein Angebot von jährlichen 160,000 fl. macht und die Kammer um Verwendung um so mehr bittet, als er von Seite der Regierung auf seine dießfallsigen Vorschläge gar keine Antwort erhalten habe. Die Kommission weist dieses verächtliche und einer Volkskammer unwürdige Gesuch mit Unwillen zurück und beantragt den Uebergang zur Tagesordnung, welcher Antrag auch vielfach unterstützt und von der Kammer einstimmig angenommen wurde. Sofort Berathung des Straubschen Kommissionsberichts und des v. Soironschen Nachtrags zu demselben über den Gesetzesentwurf, die Aufhebung der Feudallasten betreffend. Die im Nachtrage gestellten und sowohl von der Regierungsvorlage als auch von den frühern Kommissionsanträgen abweichenden Anträge laute: es wolle die Kammer der Gesetzvorlage ihre Genehmigung in folgender Fassung ertheilen: „Art. 1. Alle Feudalrechte, d. h. alle Berechtigungen, für welche unser Landrecht, wenn man die Zusatzartikel 377 aa bis 377 ar und 710 a bis 710 ka als nicht erlassen betrachtet, keinen Verpflichtungsgrund enthalt und über deren Beseitigung nicht schon besondere Geseze ergangen sind, werden hiermit für aufgehoben erklärt. Namentlich werden also aufgehoben: 1) alle Bannrechte; 2) alle außer den nun aufgehobenen Bann- und Frohnpflichten noch vorhandenen Grundpflichtigkeiten, insbesondere alle Erbpflichten; 3) alle Drittelspflichtigkeiten, als: Drittel, Stockdrittel, Ehrschaz, Dritter Pfennig, Zehnter, Handlohn, Pfennig, Güterfall; 4) alle Abgaben unter dem Namen Kauffall, Kaufgeld, Handlohn, Kaufhandlohn, Drittel, Währschaft, Zehnter Pf., Dritter Pf, Kreuzergeld, in so weit dieselben nicht in dem Erbbestandsverhältnisse begründet sind; 5) das Heerdrecht, Heerdgeld, Sterbfall, Fallrecht, Fallgeld, Fall- und Heerdrecht, Güterfall, Besthaupt, Hauptrecht, Sterbhandlohn, selbst, wo diese Berechtigungen auf einzelnen Gütern haften; 6) alle Abzugsrechte, welche von andern Berechtigten, als vom Staate bezogen werden; 7) sämmtliche Jagd- und Fischereirechte; 8) alle Bürgereinkaufsgelder der Standes- und Grundherrn. Artikel 1 a. Durch dieses Gesetz nicht aufgehoben sind die Weidrechte, die Forstberechtigungen, die Erb- und Todtbestände, und der Lehenverband, dessen das fünfte Konstitutionsedikt gedenkt. Artikel 2. Eine billige Entschädigung der Berechtigten wird durch besondere Gesetze nachträglich bestimmt werden. So weit eine Berechtigung nicht einen privatrechtlichen Entstehungsgrund hat, kann die Entschädigung nur aus der Staatskasse bezahlt werden." Bei den über den ersten Artikel stattgefundenen Berathungen stellt Seltzam den Antrag, unter Nr. 6. einzig nur die Worte „alle Abzugsrechte" stehen zu lassen und das darauf Folgende zu streichen. Bei Nr. 8 beantragen Hecker und Hildebrand folgende Fassung: „Alle bei Erlangung des Bürgerrechts an die Standes- und Grundherrn bezahlten Abgaben und insbesondere die Bürgereinkaufsgelder, die Bürgerantritts und Bürgernutzungsgelder. Die Kammer nimmt diesen Artikel 1 mit den so eben erwähnten Abänderungen einstimmig an. Zu Art. 1 a verlangt Rettig noch die Einschaltung der Schupflehen, womit die Kammer einverstanden war und auch diesen Artikel annahm, ebenso den Art. 2. — Staatsrath Bekk legt den schon längst ersehnten Gesetzesentwurf, die Errichtung einer Bürgerwehr betreffend, der Kammer vor. Er wurde sogleich dem Drucke übergeben und die Wahl der zu dessen Prüfung niederzusetzenden Kommission durch die Abtheilungen auf künftigen Montag festgesetzt. (Schw. M.)

Hessen. (Kassel, 17. März.) Der Regierungsrath und Vorstand des Ministeriums des Innern, Eberhard, ist zum wirklichen Minister des Innern von Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten soeben allergnädigst ernannt worden. Die erste Verfügung des Hrn. Eberhard war die Aufhebung der Suspension Jordan's und die Urlaubsertheilung für denselben nach §. 71. der Verf.-U. zum Eintritt in die Ständeversammlung. — Die zweite amtliche Handlung als Minister des Innern war die Contrasignatur des Ernennungsrescripts Wippermann's. Derselbe ist heute von Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten zum Regierungsrath, vortragenden Rathe im Ministerium des Innern und Landtagscommissär allergnädigst ernannt worden. Unter solchen Aussichten kann Hessen sich den erfreulichsten Hoffnungen hingeben. Zu bedauern würde es seyn, wenn an irgend einem Orte Ruhestörungen stattfinden sollten. (Frkft. J.)

Preussen. △ (Berlin, den 18. März.) Die Ruhe der Stadt ist seit vorgestern durch sogenannte Schutzcommissionen, bestehend aus Bürgern und Studenten wieder hergestellt worden. Dieselben tragen weiße Binden und Stäbe, — Waffen wollten die Bürger nicht, während sie den Studenten auf das bestimmteste verweigert wurden. Nur dann darf die Soldateska sichtbar werden und einschreiten, wenn ihre Einmischung von diesen Commissionen ausdrücklich verlangt wird. So ist wenigstens der Zweck erreicht, den unvernünftigen Dreinhauen und Schießen ein Ende zu machen. Mehr will der berliner Bürger auch nicht; in ganz Deutschland wird es keine Stadt geben in welcher das Bürgerthum so arrogant und so politisch uncultivirt ist wie in Berlin. Die Entrüstung über das Benehmen derselben ist allgemein, namentlich seit gestern. Die Bekanntmachung der Bildung der obenerwähnten Schutzkommissionen an den Strasseneken beginnt nämlich mit den Worten: „Seit drei Tagen ist das Eigenthum und die Sicherheit der Bürger in größter Gefahr," — und wirft dadurch den Schein der Rohheit und des gemeinen Muthwillens auf die Volksmenge. Von dieser ist aber nicht eine Fensterscheibe zerschlagen worden, und wenn die berechtigte Bürgerschaft mit festen Forderungen der Regierung gegenüber getreten wäre, gestützt aber auf die ausgebrochenen Unruhen, so hätte sie sich ehrenwerther benommen als jetzt, wo sie geradezu eine Lüge ausgesprochen hat. Allerdings ist endlich vom König sofortige Preßfreiheit verlangt worden, aber noch ohne Erfolg. Dagegen werden wohl die westlichen und östlichen Provinzen den Ausschlag geben. Denn gestern Abend ist zunächst eine Deputation aus Köln eingetroffen, mit der entschiedenen Forderung: sofort die nothwendigen und mit Recht zu erwartenden Conzessionen zu machen, weil im entgegengesetzten Fall ein Losreißen der Rheinprovinzen zu gewärtigen sey.

(19. März, früh 8 Uhr.) Was ich in diesem Augenblick schreibe, ist das, was ich selbst erlebt habe. Weiteres weiß ich nicht; was kommen wird ebensowenig. Ein vierzehnstündiger Straßenkampf, von gestern Nachmittag ½3 Uhr bis heute Morgen halb 5, zwischen Soldaten und Volk hat in der mörderischsten Weise Statt gefunden. Mittags nämlich wurde ein Extrablatt der preussischen Zeitung ausgegeben, in welchem der König in Bezug auf die allgemeine deutsche

Sache einem Bundesstaat, einer deutschen Flagge und Flotte, einer gemeinsamen Vertretung von Fürsten und Ständen, gemeinsamen Handelsgesetz, Maaß und Gewicht bestimmte, für Preussen insbesondere aber Preßfreiheit unter sehr beschränkenden Bestimmungen und die Einberufung des Landtages zum 4. April anordnete. Eine gedrängte Menschenmenge hatte sich vor dem Schlosse versammelt, Hurrah und Vivat wurde geschrieen, Niemand hatte feindliche Absichten. Zweimal war der König herausgetreten, wollte er sprechen? man weiß es nicht recht. Plötzlich rücken Dragoner vor, Trommelwirbel, Infanterie, Schießen. — Alles in betäubender Hast. Wie rasend stürzt nun die waffenlose Menge fort, Waffen, Waffen! schreit man, und im Nu sind an verschiedenen Punkten Barrikaden errichtet. Die Dächer werden besetzt, wo man Gewehre, Säbel vermuthet, sucht man sie auf. Ueberall muß die Cavallerie gehemmt von Sperrungen und Steinhagel weichen; die Infanterie schießt in Massen und ohne abzusetzen; nach 5 Uhr Mittag wird die Königsstraße mit Kartätschen beschossen — aber der Kampf währt fort, namentlich die Studenten stürzen sich in die Menge, einer mit dem Fernrohr des Telegraphen, welches er allein weggenommen hat. Da so wenige Schießgewehre sich finden, ist der Kampf fast überall von den Dächern geführt; drei Stunden, von 8 bis 11 Uhr, hörte man nur die Gewehre knallen, das Prasseln der Steine, rasendes Brüllen und Schreien. Da wurde es stiller, hier und da ein Schuß. Plötzlich gegen 1 Uhr entbrennt ein erbitterter Kampf auf der Friedrichsstrasse bei der Kronenstrasse aufs Neue. Dieser dauert bis Früh gegen 5 Uhr. Ich selbst habe Soldaten wie Volksmänner fallen und verwunden sehen, vorläufig aber sind die Soldaten nicht aus ihren Stellungen vertrieben, während die Friedrichsstadt dem hallischen Thore zu erst mit Barrikaden von Steinen, Erde und Brettern befestigt wird. Man ist isolirt von derselben, was werden wird, wer weiß es. Vom Schlosse aus sagt man, das erste Feuern sey — ein Mißverständniß gewesen. Warum, wenn sie thatsächlich die eigne Schuld zugeben, die Fortführung eines Kampfes, der von einer fast unbewaffneten Menge, — im Vergleich mit den Soldaten, — bis jetzt mit der größten Energie, und in den allermeisten Fällen mit Heroismus geführt worden ist? — Aber dieser Tag ist der Wendepunkt Preussens.

General Möllendorf ist von den Studenten gefangen genommen und 800 Mann Militär sind auf dem Platz geblieben, sagt ein Fremder, der von Berlin kommt. Der Erste, der gefallen, war Graf Schulenburg, ein Stettiner Offizier.

Frankreich.

† (Paris, den 17. März.) (Proklamation der prov. Regierung an das französische Volk.) Bürger! Bei allen großen Handlungen im Leben eines Volks hat die Regierung die Pflicht, das Wort an die Nation zu richten. Ihr werdet den größten Akt ausüben, den es im Leben eines Volks gibt, nämlich die Vertreter des Volks wählen. Aus Eurem Gewissen, aus Eurem Stimmrecht soll nicht nur eine Regierung, sondern eine gesellschaftliche Macht, eine ganze Verfassung hervorgehen. Ihr sollt die Republik organisiren. Wir proklamirten sie nur. Durch Volksbeifall zur Regierung erhoben, wollten und wollen wir während dieser Volkszwischenherrschaft keine andere Diktatur als die der unbedingten Nothwendigkeit. Hätten wir den schwierigen Posten im Augenblick der Gefahr anzunehmen verweigert, so wären wir Feige gewesen. Bleiben wir aber auch nur einen Augenblick länger als es die Nothwendigkeit verlangt, so wären wir Usurpatoren. Ihr allein seid stark. Wir zählen die Tage und werden uns beeilen, die Republik der Nation wiederzugeben. Das von uns ausgearbeitete prov. Wahlgesetz ist das freieste, das irgend ein Volk der Erde zur Ausübung seines höchsten Menschenrechts, nämlich seiner eigenen Souverainität, zusammen gerufen hat. Die Wahl gehört Allen ohne Ausnahme. Vom Tage jenes Gesetzes gibt es keine Proletarier mehr in Frankreich; jeder mannbare Franzose ist politischer Bürger; jeder Bürger ist Wähler, jeder Wähler souverain. Das Recht ist gleich und unbedingt für Alle. Nicht Ein Bürger kann zum andern sagen: Du bist souverainer als ich. Diese Macht betrachtet, Bürger und bereitet Euch zur Ausübung derselben vor; zeigt Euch der Besitznahme einer solchen Herrschaft würdig. Die Herrschaft des Volkes heißt Republik. Fragt Ihr uns, welche Republik wir unter diesem Worte verstehen, und welche Grundsätze, welche Politik und Tugenden wir den Republikanern wünschen, die Ihr wählen werdet, so antworten wir Euch: betrachtet das Volk von Paris und Frankreich seit Proklamirung der Republik! Das Volk hat mit Heldenmuth gekämpft; das Volk hat mit Menschlichkeit triumphirt; das Volk hat die Anarchie von der ersten Stunde an unterdrückt; das Volk zerbrach unmittelbar nach dem Kampfe selbst die Waffe seines gerechten Zorns; es verbrannte das Schaffot; es schuf die Todesstrafe gegen seine Feinde ab; es achtete die persönliche Freiheit, indem es Niemanden verbannte; es achtete die religiöse Gewissensfreiheit, indem es keine Ungleichheit, kein Privileg gestattet; es achtete das Eigenthum; es zeigte seine Redlichkeit bis zu jenen höchsten Graden, welche in der Geschichte Bewunderung und Mitgefühl erregen; es wählte die ehrenfestesten Männer, die ihm unter der Hand an, seine Spitze; es stieß keinen Schrei des Hasses oder Neides gegen die Reichthümer aus; noch erschallte ein Racheruf gegen Personen; es machte in einem Wort das Wort Volk mit Muth, Barmherzigkeit und Tugend gleichbedeutend. Wir haben Euch nur eine Instruktion zu geben: beseelt Euch fürs Volk, ahmt es nach; denket fühlt, stimmt, handelt wie es! Die provisorische Regierung wird die Regierungen, welche Volkssouveränität usurpirten, die Wahlmänner bestachen und das Gewissen des Landes mit unmoralischem Preise verdarben, nicht nachahmen. Welchen Nutzen böte ein solcher Regierungswechsel, wenn die jetzige der frühern wieder gleichkäme? Wozu hätte man die Republik geschaffen und verehrt, wenn sie sich in demselben Gleise fortbewegen sollte, wie das gestürzte Königthum? Die jetzige Regierung betrachtet es nur für ihre Pflicht, das Volk über die Wahloperationen aufzuklären, ohne sein Gewissen irgendwie zu zwingen; sie begnügt sich, den schädlichen Einfluß der alten Beamtenwelt zu vernichten, welcher früher die Wahlen beherrschte und fälschte. Die provisorische Regierung will, daß das öffentliche Gewissen herrsche; die alten Parteien beunruhigen wenig; sie alterten um ein Jahrhundert in den drei Tagen! Die Republick wird auch sie überzeugen, wenn sie gerecht und sicher für sie ist; die Nothwendigkeit ist ein großer Lehrmeister. Die Republik hat, merket wohl, das Glück, eine Regierungsform der Nothwendigkeit zu sein. Uebrigens hat sie das Nachdenken für sich.

Jeder der nachdenkt, begreift, daß eine Rückkehr zum Königthume unmöglich. Man wird keine bisher unbekannte Szenen der Anarchie hervorrufen wollen. Man ist Republikaner aus Vernunft. Gewährt Sicherheit, Freiheit und Achtung für Alle; gestattet auch Anderen dieselbe Stimmfreiheit, die ihr beansprucht; schauet nicht nach dem Namen, den Eure vermeintlichen Feinde auf ihr Bülletin schreiben; seid versichert, daß sie nur Namen schreiben, die sie retten, nämlich fähiger und ehrlicher Republikaner. Sicherheit, Freiheit, Achtung für das Gewissen aller Wähler: das ist die Gesinnung der provisorischen Regierung; das ist ihre Pflicht, das ist auch die Eurige. In ihr liegt des Volkes Heil! Vertrauet dem gesunden Sinne des Landes; es wird dann auch in Euch Vertrauen setzen: gebt ihm die Freiheit, es gibt euch die Republik dafür zurück. Bürger! Frankreich versucht in diesem Augenblicke, obwohl inmitten einer ihm von dem frühern Königthum nun übermachten Geldkrisis, aber doch von der Vorsehung begünstigt, den Bau des größten Werks moderner Zeiten, nämlich die Gründung der Herrschaft des Volkes durch das ganze Volk, die Organisation der Demokratie, einen Freistaat aller Rechte, aller Interessen, aller Intelligenzen und aller Tugenden! Die Umstände sind günstig; der Friede ist möglich. Die neue Idee kann in Europa Platz greifen, ohne andere Stürme hervorzurufen, als den Kampf des Vorurtheils, das ihr widerstrebt. Kein Zorn lebt in der Seele des Volks. Riß auch das flüchtige Königthum nicht alle Freunde der Republik mit sich fort, so ließ es sie doch ohnmächtig zurück und obgleich die Republik auch ihnen die Rechte läßt, welche sie den Minoritäten garantirt, so darf sie doch von ihrem Interesse und ihrer Klugheit erwarten, daß sie die friedliche Konstituirung der Volksherrschaft nicht stören werden. In drei Tagen ist das Werk, das man in ferne Zeiten verlegte, vollbracht worden, ohne daß ein Tropfen Blutes in Frankreich vergossen worden, ohne daß ein anderer Schrei als der der Bewunderung und des Beifalls in den Departements und an unseres Landesgränzen erschallte. Verlieren wir diese in der Geschichte einzig dastehende Gelegenheit nicht; entsagen wir nicht der größten Stärke der neuen Idee, sowie der Zuversicht, die sie den Bürgern einflößt und dem Erstaunen, mit dem sie die Welt füllte. Noch einige Tage der Edelherzigkeit, der Hingebung der Geduld, und die Nationalversammlung wird aus unseren Händen die entstehende Republik empfangen! Mit jenem Tage ist Alles gerettet! Hat die Nation durch die Hände ihrer Vertreter die Republik erst ergriffen, dann ist die Republik stark und groß wie die Nation, heilig wie die Idee des Volkes und unvergänglich wie das Vaterland. —

(Eingesandt.)

* (Ansbach.) Die Censur, diese verwerflichste aller Zwangsanstalten ist gebrochen, doch wer läßt sich träumen, daß gegenwärtig in manchem Winkel eine noch schwerere geübt wird, als die abgedankte? Dieselbe wird zu Ansbach von einem noch sehr jungen Redakteur gehandhabt, welcher das an ihn Eingesandte, trotz der Erklärung eines frei hervortretenden Verfassers, daß Nichts abgeändert werden dürfe, ausserdem lieber der Druck zu unterbleiben habe, dennoch mit seinem dichterischen Geiste so sehr verunstaltet, daß alle beabsichtigten Pointe verloren gehen! Dieser neuangehende Censor ist H. Schullehrer Scheuerlin, Redakteur des Ansbacher Morgenblattes, das jedoch nebenbei gesagt, manchen schönen Morgen gar nicht zu begrüßen im Stande ist und wenn es dennoch einigemal in der Woche aufwacht, gemeiniglich mit einer ächt patriotischen, inländischen Schlafhaube umschleiert zu seyn scheint.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23. März 1848. № 83 Donnerstag: Eberhard.

Deutschland.

Bayern. (München, 20. März, nach Mitternacht.) König Ludwig hat abgedankt! — So lautete seit Abends 10 Uhr die durch die Hauptstadt gehende, allenthalben unglaublich scheinende Kunde. König Ludwig hat die Krone seinem Sohne Maximilian jetzt schon übertragen. Man verläßt seine Wohnung, das Gasthaus, auf der Straße regt sich's lebhafter als sonst um diese Zeit, und laut spricht man von dieser überraschenden großen Neuigkeit. Ich eile auf die Schloßwache, die Offiziere bestätigen dies als Wahrheit. Ich begebe mich auf das Rathhaus, die Offiziere der Bürgermiliz vermögen es nicht zu verneinen. Schnell sammeln sich vor der kgl. Residenz Hunderte von Menschen, eben so vor dem Rathhause; laute Debatten werden gepflogen, ob der König freiwillig diesen Schritt gethan, ob fremde Einflüsse mit im Spiele waren, welche Intriguen die Oberhand gewannen, bis zu welchem Grade die königliche Familie selbst zu diesem „freiwilligen" Entschlusse mitwirkte? — Alles beklagt laut und heftig diesen Rücktritt des Königs, der nun im ganzen Sinne des Wortes Vater des Volkes geworden ist. Dem dringenden Zureden von Offizieren der Linie und Bürgermiliz, weil leicht eine größere Versammlung von weniger patriotisch gesinnten und friedlichen Männern herbeigelockt werden könnte, gelingt es endlich, zu bewirken, daß die Versammelten sich zerstreuen, jedoch unter dem allgemeinen Versprechen, sich schon morgen früh wieder zu versammeln, bevor noch etwa eine Proklamation ausgegeben wird. — Abends um 11 Uhr begab sich noch eine Deputation von Bürgern zu Sr. Maj. dem König, kehrte aber mit dem Bescheid zurück, daß Se. Maj. morgen eine bestimmte Erklärung hierüber kundgeben wird. Eine Aufregung, größer als je, hat sich Aller bemächtigt! Die Bürger sind Willens, eine Demonstration des großartigsten Umfangs vorzunehmen. Es steht zu fürchten, daß unsere Ereignisse erst recht anfangen. (Augsb. Abd. Z.)

*† (München, den 21. März.) Gestern Abend wurde der II Ausschuß, für die Finanzen, gewählt. Anwesend dieselbe Zahl wie Vormittags. Gewählt im I. Scrutinium Dekan Vogel 121 Stimmen, Frhr. v. Rotenhan 114, Neuffer 112, Langguth 94 Stimmen. Im II. Scrutinium: Fischer 113, Graf Hegnenberg 113 und Bruck 68 Stimmen. — Die Kammer der Reichsräthe hat heute ihre sämmtlichen Ausschüsse gewählt: — Gesetzgebung: Graf Reigersberg, Graf Armansberg, v. Maurer, Frhr. v. Freyberg, Fr. v. Schrenk. Ersatzmann Graf Giech. — Steuern: Oberkonsistorial-Präsident v. Roth, Frhr. v. Staufenberg, v. Niethamer, Graf Lerchenfeld-Köfering, Frhr. v. Aretin. Ersatzmann Graf Schönborn. — Innere Verwaltung: Graf Giech, Fr. v. Staufenberg, Graf Montgelas, Graf Karl v. Seinsheim, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst. Ersatzmann v. Niethamer. — Schuldentilgung: Graf Sandizell, Graf Arco Valley, Graf Reigersberg, Graf Ludwig v. Arco, August v. Seinsheim. Ersatzmann Graf Deroy. — Beschwerden: Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Erzbischof Graf Reisach, v. Roth, Fr. v. Würzburg. Fr. v Freyberg. Ersatzmann Graf Castell. —. Der durch Wahlen dieser 5 Ausschüsse unter sich zu bildende sechste Ausschuß für Prüfung von Anträgen der Kammer-Mitglieder erhielt folgende Zusammensetzung. Graf v. Reigersberg, v. Niethammer, Graf Karl v. Seinsheim, Graf Arco-Valley und Fr. v. Würzburg. — Gestern wurde ferner noch der dritte Ausschuß der Kammer der Abgeordneten gewählt, das Ergebniß war Folgendes: Im ersten Scrutin. waren 120 Abgeordnete anwesend und sonach die absolute Majorität 61; die Wahlen fielen auf Bar. Lerchenfeld mit 98, Rabl mit 96, Gotts. Kolb mit 92, Dek. Bauer mit 79 und Dr. Schwindl mit 62 Stimmen. Im zweiten Scrut. wurden von 106 Abgeordneten (Majorität 54), Schlund mit 62 und Bar. v. Lintenfels mit 56 Stimmen gewählt. — Frhr. v. Hormayr wurde zum Staatsrath ernannt. S. M. König Maximilian hat den versammelten Deputirten und Reichsräthe gegenüber über die bevorstehenden Reformen sehr noch in keiner Weise geäußert.

In der allgemeinen Zeitung befindet sich ein Artikel die Abdankung des Königs betreffend: Ein Adjutant sagt aus: der König habe seit dreiundzwanzig Jahren regiert nach Grundsätzen, die er für die richtigen gehalten, nun sey er gezwungen worden, Concessionen, Versprechungen zu machen, die er nicht zu halten im Stande sey, er sehe sich unter diesen Umständen veranlaßt seine Krone niederzulegen. — Unter dem 17. d. M. haben Seine Majestät die durch allerhöchste Verordnung vom 14. September 1847 gebildete Eisenbahnbaukommission nunmehr besetzt, und in provisorischer Eigenschaft ernannt zum Vorstande der Kommission den bisherigen funktionirenden technischen Vorstand der Eisenbahnbaukommission in Nürnberg Herrn Oberbaurath v. Pauli, zum Oberingenieur und Stellvertreter des Vorstands den funktionirenden Oberingenieur zu Nürnberg, Hrn. Lehritter, und zu Assessoren der Kommission den bisherigen Rechnungskommissär zu Landshut, M. Engel, und den k. Landgerichtsassessor und bisherigen funktionirenden Administrativkommissär der Eisenbahnbaukommission K. Hellmuth.

Der Präsident des kgl. Oberconsistoriums Roth soll seiner Stelle enthoben worden seyn.

† (Nürnberg, am 22. März.) Heute Nachmittag 4 Uhr findet auf der Schütt die feierliche Eidesleistung der kgl. Landwehr statt.

☾ (Nürnberg, den 21. März.) Unsere staatsbürgerlichen Verhältnisse werden dermalen in allen Kreisen der Gesellschaften besprochen; es wird über Rechte und Pflichten der Regenten und der Regierten vielfach geurtheilt und werden Wünsche und Hoffnungen mancher Art an den Tag gelegt. Um bei dieser Beurtheilung unserer staatsbürgerlichen Rechte auf festem Boden zu stehen, ist durchaus nothwendig, mit dem Inhalte der Verfassungsurkunde und deren Beilagen bekannt zu sein. In diesen Documenten ist der Vertrag niedergelegt, der zwischen dem Staats-Oberhaupte und dem Volke besteht, der von beiden Theilen beschworen — dessen Kennen und Festhalten somit Pflicht eines Jeden ist. Dennoch aber ist dieß Grundgesetz des Reichs nicht Jedem bekannt der bei seiner Aufnahme als Bürger die Beobachtung desselben eidlich angelobt, ja wir wollen uns nicht verhehlen, daß vielleicht der größere Theil in die Reihe der Staatsbürger eintritt, ohne genügende Kenntniß der Staatsverfassung. Es könnte dieß für die Zukunft besser werden, wenn der reifern Jugend in der Schule angemessener Unterricht über den Inhalt, den Geist und Sinn der Verfassungs-Urkunde ertheilt werden würde; der neuangehende Bürger würde fernerhin besser und gerüstet mit dem nothwendigen Wissen ins staatsbürgerliche Leben eintreten. Deßhalb sey der Wunsch hier ausgesprochen, es möge der reifern Jugend etwa in den Sonntagsschulen Unterricht über die Staatsverfassung, wenigstens über die Grundzüge derselben ertheilt werden. Allein auch diejenigen Staatsbürger, welche diesem Wunsche sich anschließen, und nicht selbst die Gelegenheit gehabt haben, durch Unterricht Kenntniß von den reichsgrundgesetzlichen Bestimmungen zu erhalten, werden sich aufgefordert fühlen, das an ihnen versäumte nachzuholen und die Verfassungs-Urkunde mit ihren Beilagen zum Gegenstand ihres Lesens und Auffassens machen, denn es ziemt dem Manne, daß er alles wisse was er beschworen, daß er den Staatsvertrag genau kennen lerne, den zu beobachten auch er sich eidlich verpflichtet hat. In jedem Hause sey daher dem Buche, welches die Verfassungs-Urkunde mit ihren Beilagen enthält, ein Platz eingeräumt. Der Ankauf erheischt keine große Ausgabe und zum Lesen wird die Lust immer größer werden, je mehr das constitutionelle Staatsleben sich entwickelt.

Baden. (Mannheim, den 18. März.) Für die Bundesfestung Ulm kamen heute 234 Kisten Kartätschen und 27 600 Stücke Kanonenkugeln, 1628 Centner wiegend, auf einem Neckarschiffe an, um von hier nach Cannstatt befördert und dort ausgeladen zu werden. Dieser Sendung werden in Kürze noch mehrere Transporte nachfolgen. (Sch. Kr.)

(Karlsruhe, den 19. März.) Ueber die Zahl der in Offenburg Anwesenden höre ich sehr verschiedene Schätzungen, Einer gibt die Menge zu 8—10,000, ein Anderer zu 15,000, ein Dritter zu 20,000 und darüber; Offenburg sei ganz beflaggt gewesen; es sprachen mehrere Redner in Ordnung, von der Republik und Ficklers Projekten (der auch da war), will man nichts wissen. So viel ich heute Abend im Strudel der wogenden Menge erfahren konnte, beantragte man Abschaffung der ersten Kammer, Dispensirung Sr. Gr. Hoh. des Markgrafen Wilhelm als Chef der Armee, Rücktritt aller zur Reaktion gehörigen Abgeordneten, Verschmelzung der Linie mit den Bürgern 2c. (Schw. M.)

(Offenburg, 19. März.) Die Volksversammlung hat stattgefunden, ohne daß irgend eine der Befürchtungen, die man hegte, sich als gegründet erwiesen hätte; die Menschenmenge, die versammelt war, bewies, daß sie auch für diese Freiheit vollkommen reif sey. (D. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 16. März.) Leider sind hier heute Abend Ruhestörungen vorgefallen. In dem Saale des medizinischen Gartens war eine überaus zahlreich besuchte Volksversammlung, zu der sich auch ein Mann eingefunden hatte, der bei Gelegenheit der früheren s. g. karlistischen Verschwörung eine Rolle gespielt haben soll, die ihm den allgemeinen Widerwillen zugezogen hatte. Seine Anwesenheit erregte einen so großen Unwillen, daß er zur Thür hinausgeworfen wurde. Später war eine Schaar von Leuten nach dem Hause des Stadtraths Mack gezogen, der hier höchst unbeliebt ist, man warf ihm die Fenster ein, zerstörte die Thüren, drang in das Haus ein, zerschlug Möbeln, warf die Betten auf die Straße u. s. w. Er selbst und seine Familie haben sich zum Glück gerettet. Erst etwas später kam die leider noch nicht gehörig organisirte Bürgergarde herbei, welche weiteren Unordnungen ein Ziel setzte. Jetzt eben, gegen 11 Uhr, fängt die zahlreich versammelte Menge sich zu verlaufen an. (Brem. Z.)

(Braunschweig, den 17. März.) Die vorige Nacht ist ohne weitere Ruhestörungen vorübergegangen und auch am Tage ist kein Unfug vorgefallen, nur daß viel Bewegung in den Straßen war und vor dem Hause des Stadtraths Mack beständig zahlreiche Neugierige zuströmten, man hörte auch, daß dieser und jener mißliebige Beamte den Unwillen des Volks empfinden solle, hofft aber, daß es bei den bloßen Drohungen bleiben wird. Inzwischen hat sich die Bürgergarde besser organisirt und zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung gerüstet. Gegen Abend ist eine Kundmachung der Stadtbehörde auf den Straßen angeschlagen und in den Häusern vertheilt. Die sämmtlichen Hauptleute der Bürgergarde sind heute zu dem Herzoge beschieden worden, und in Folge der von ihnen geschehenen Erklärungen ist sofort eine Verordnung erlassen, wodurch die auf den 25. k. M. einberufene Ständeversammlung weit früher, auf den 31. d. M. einberufen wird. (Brem. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 20. März.) Eine Proklamation der königl. hannoverschen Regierung vom 14. d. M. enthält die Beschuldigung, als ob die deutsche Bundesversammlung seither in ihren Geschäften des Fleißes und der Energie ermangelt habe. Die deutsche Bundesversammlung hat keine der ihr gestellten Aufgaben, so weit es von ihr abhing, jemals unerledigt gelassen, und wenn sie nicht mit derjenigen Energie vorschreiten konnte, welche vielseitig gewünscht wurde, so war daran die seitherige unbedingte Abhängigkeit von den Instruktionen ihrer höchsten Committenten und die bestehende Bundesverfassung schuld, nach welcher eine einzige Stimme das Zustandekom-

men der gemeinnützigsten Anordnungen verhindern konnte. Die demnächst bevorstehende Publikation der Bundestagsverhandlungen seit Oeffentlichkeit derselben wird den Beweis liefern, von welcher Seite die Hemmnisse ausgegangen sind, welche die Thätigkeit der Bundesversammlung oftmals gelähmt haben. (Fkt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 20. März.) Wir sind ausdrücklich ermächtigt, dem seit heute Vormittag dahier verbreiteten, durchaus ungegründeten Gerüchte, daß Se. Durchl. der ehemalige k. k. Staatskanzler, Fürst v. Metternich dahier angekommen sey, oder dahier erwartet werde, auf das bestimmteste zu widersprechen. (Fkt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 19. März.) Der k. k. österreichische wirkliche Geheime-Rath, Kämmerer und ehemaliger Botschafter, Hr. Franz Graf von Colloredo-Wallsee, ist am 16. d. M. aus Wien hier eingetroffen und hat am darauf folgenden Tage die österreichische Stimmführung und das Präsidium in der hohen deutschen Bundesversammlung übernommen. (Frkf. J.)

Hannover. (Göttingen, 17. März.) (Auszug der Studenten.) So ist denn der entscheidende Schritt geschehen. Die Georgia-Augusta einst der Ruhm und Stolz nicht allein Hannovers, sondern des ganzen deutschen Vaterlandes, seit Jahren schon in drückende Fesseln geschlagen, ist jetzt endlich der Polizeiwillkühr ganz geopfert worden. Heute haben sämmtliche Studirende die Stadt verlassen. Um 12 Uhr setzte sich der mehr als 500 Mann starke Trauerzug von dem Marktplatze aus in Bewegung. Arm in Arm je zwei zogen sie langsamen Schrittes einher. Kein Lied ertönte, nicht einmal den Kopf erhoben sie zu den umliegenden Fenstern, aus denen manches schöne Auge ihnen so gerne den Abschied zugewinkt hätte. Auf allen Gesichtern zeigte sich der Schmerz über den nahen Abschied von so manchem theuern Freunde, über das Scheiden aus einer Stadt, wo Alle so manche frohe und erhebende Stunde verlebt hatten. Das ergreifende Schauspiel verfehlte selbst auf die versammelte Menge seine Wirkung nicht, die lautlos zu beiden Seiten des Weges stand. Auf dem Markte war die Mehrzahl der akademischen Lehrer versammelt, die entblößten Hauptes den Zug vorüberziehen ließ. Er wurde beschlossen durch mehrere Wagen. Keiner nämlich der noch hier anwesenden Studirenden hatte sich ausschließen wollen und so mußten die Kranken, deren Zustand zu gehn nicht erlaubte, nachfahren. Heute ziehen sie zusammen nach dem 2 Meilen entfernten Nordheim, wo sie übernachten werden. Morgen trennen sie sich, und jeder zieht in seine Heimath um da zu verkünden, wie hier das Ansehn eines Polizeidirektors höher geachtet wird, als die Existenz einer Hochschule. Gestern Abend war zwar noch eine Art von Concession gemacht. Die, wie ich Ihnen gestern schrieb, hier von Hannover zur Untersuchung eingetroffenen HH. Geh. C.-R. v Scheele und Just.-R. Bacmeister verkündeten nämlich dem akademischen Senate, daß der Polizeidirektor, welcher selbst um seine Entlassung als solcher (er versieht die Stelle nur provisorisch) eingekommen ist, seiner Funktion enthoben sei. Allein dieß konnte natürlich nicht genügen. Nicht blos um Personen handelt es sich, sondern um das System, welchem ein Interesse nach dem andern geopfert werden. Die Ausnahmsgesetze, welche, im Jahre 1831 ohne ständische Zustimmung gegeben, die Stadt gewissermaßen in einem permanenten Kriegszustand erklären, müssen aufgehoben werden, die Person aber, welche einen so groben Amtsmißbrauch sich hat zu Schulden kommen lassen, muß der criminellen Untersuchung überwiesen, nicht bloß ihrer jetzigen Stellung enthoben werden, um eine andere, einträglichere Stelle zu erhalten, wie es schon früher hier in eben solcher Weise vorgekommen ist. Sonst finden sich nur zu bald Nachfolger, die auf dieselbe Weise Carriere machen wollen. Die Einzelheiten, welche nachträglich über das Attentat bekannt werden, sind wahrhaft empörend. Die dazu verwendeten und eigends von auswärts herbeigerufenen Gendarmen hatten schon vom Nachmittag an im Wirthshause übermäßig gezecht und geäußert, sie wollten sich Muth trinken, denn Abends müßten sie einhauen. (Wes. Z.)

Oesterreich. (Wien, 18. März) Se. Maj. der Kaiser hat zur Vollziehung und Durchführung der in dem allerhöchsten Patent vom 15. d. angeordneten Reichsverfassung u. s. w. einen verantwortlichen Ministerrath errichtet. Graf Fiquelmont (der seine Stelle als Hofkriegsrathspräsident niedergelegt) soll mit der Bildung desselben beauftragt seyn. Außerdem werden als Mitglieder genannt: Graf Colloredo für das Aeußere, Baron Kübeck für die Finanzen, Baron Pillersdorf für das Innere, Graf Fiquelmont mit dem Präsidium auch das Portefeuille des Kriegs, Graf — nach andern aber Staatsrath Somruga für die Justiz, Baron Josika soll Präsident des ungarisch-siebenbürgischen Bureaus werden.

(Wien, den 15. März.) Mit Rücksicht auf das Gerücht, daß Fürst Metternich sich nach Ungarn zu seinem Schwiegersohn Graf Szandor begeben, soll Letzterer die förmliche Erklärung gegeben haben, daß er den Fürsten in seinem Hause nicht aufnehmen werde. (Frkft. J.)

(Pesth, den 14. März.) So eben komme ich aus einer stürmischen Versammlung, die von einer Masse von Bürgern in Verein mit der hiesigen Jugend im Lokale des Oppositionsclubs abgehalten wurde. Man ist hier sehr unzufrieden mit der Adresse, die von der Ständetafel einstimmig angenommen wurde, da in derselben gar wichtige Punkte als: Preßfreiheit, Gleichheit vor den Gesetzen u. s. w. gar nicht berührt sind. Man wollte daher von hier aus eine Petition aus 12 Punkten (die im Pillwax öffentlich angeschlagen sind) bestehend höhern Orts einreichen. In dem Anschlag wird erwähnt: 1) Ein verantwortliches Ministerium; 2) allgemeine Besteuerung; 3) Preßfreiheit; 4) vollkommene Regelung der Urbarialverhältnisse; 5) Volksrepräsentation; 6) Gleichheit vor den Gesetzen auch in religiöser Hinsicht; 7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens; 8) Volksbewaffnung; 9) die Armee soll den Schwur auf die Konstitution leisten; 10) die ungarische Armee soll außerhalb der Grenzen des Reichs nicht verwendet werden dürfen; 11) die fremden Truppen sollen aus dem Lande gerufen werden; 12) die Union. Das waren die 12 Punkte, die man in der heutigen Sitzung einer reiflichen Diskussion unterwerfen wollte, um im Falle einer einstimmigen Annahme dieselben, in eine förmliche Petition gekleidet, mit etlichen tausend Unterschriften versehen, an den König gelangen zu lassen. Leider stand keine sogenannte Autorität an die Spitze dieser ganzen Motion; dieselbe ging nur von einigen Schriftstellern aus — und so wurde sie denn um so schneller zu nichte, als sich gerade ein paar Autoritäten gegen das (wie sie sagten) extemporisirte Ganze stemmten. Diese Autoritäten waren der zufällig in Pesth anwesende ehemalige Deputirte Kauzál und Nyári, der zweite Vicegespan des hiesigen Comitates, die sich mit einer Petition, die bloß von einigen Bürgern und der Jugend unterzeichnet wäre, nicht zufrieden gaben. Kauzáls Vorschlag ging also dahin: „erst den Grafen L. B. (bei uns muß nun einmal stets ein Graf an der Spitze irgend einer Sache stehen!) aufzufordern, er möge eine allgemeine Sitzung des Oppositionsclubs ausschreiben, und von dieser Sitzung aus mögen wieder Aufrufe an die Comitate und Städte ergehen, eine derlei Petition zu unterstützen. Die Sache daher hiebei bewenden zu lassen und zu vertagen! — Der Josephimarkt, der heute begonnen, ist recht zahlreich besucht, weit zahlreicher als dieß bei den jetzigen politischen Aufregungen zu erwarten war. Nachschrift: Es ist 9½ Uhr. Ein Jubel der Freude ertönt in den Straßen, in allen Kaffee- und Gasthäusern. Die Menschen umarmen sich, drücken sich die Hände. Mit dem soeben angelangten Dampfboote aus Wien verbreitet sich die Kunde eines blutigen Aufstandes in Wien, der aber schnell die besten Früchte getragen. Gemeindevertretung, Preßfreiheit, Bürgergarde, vom Kaiser gewährte Constitution für Oesterreich! (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 19. März.) Die beklagenswerthen Unruhen, welche durch einen unheilvollen Zufall gestern Nachmittag hier veranlaßt wurden, und über die wir uns eine nähere Mittheilung noch vorbehalten müssen, haben in der Nacht ihr Ende erreicht. Heute Vormittags 7 Uhr wurde die unten folgende Ansprache Sr. Majestät des Königs an die Einwohner Berlins veröffentlicht: „An meine lieben Berliner! Durch mein Einberufungs-Patent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten deutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufen Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein, und vergrößerte sich in dem Maaße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis in's Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ, und Beleidigungen wider meine tapfern und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Kavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und 2 Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht, und die erhitzten Gemüther von vielen meiner treuen und lieben Berliner mit Rache-Gedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt, und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon. An Euch, Einwohner meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuster Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an Mich Männer, voll des ächten alten berliner Geistes mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und ich gebe Euch mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen, und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude, des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedens-Segen Gottes, für Preussen und durch Preussen für Deutschland anbrechen wird. Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darnieder liegt, vereint ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen. — Geschrieben in der Nacht vom 18 — 19. März 1848. Friedrich Wilhelm. Nachmittag gegen 2 Uhr erschien hierauf noch folgende Allerhöchste Bekanntmachung: Ich habe bereits gestern früh die von den bisherigen Ministern angebotene Entlassung angenommen, und den Grafen Arnim mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Derselbe übernimmt den Vorsitz im Staats-Ministerium und vorläufig die Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Verfassungssachen. Dem Graf Schwerin habe Ich das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten übertragen. Dem noch abwesenden General-Landschafts-Rath von Auerswald soll das Ministerium des Innern, mit Ausnahme des obenerwähnten dem Grafen Arnim vorbehaltenen Theils dessen Ressorts übertragen werden, wenn, wie zu erwarten, derselbe zu dessen Uebernahme bereit ist. Die Justiz-Minister, die Minister Graf Stolberg und von Rohr bleiben, einstweilen bis zur weiteren Beschlußnahme über die Besetzung ihrer Ministerien auf ihren Posten. Bis zur definitiven Besetzung des Finanz-Ministeriums übernimmt der General-Steuer-Direktor Kühne dessen interimistische Verwaltung. Berlin, den 19. März 1848. Friedrich Wilhelm. Graf Arnim. (A. Pr. Z.)

† (Berlin, den 20. März.) Berlin ist ruhig und war festlich beleuchtet ob der Dinge, die der Muth der Bürger so glücklich gestaltet. Gegen 1800 brave Berliner mußten freilich als Opfer fallen. Gegen 4000 Militärs sollen geblieben seyn. Die Nachricht, daß der König bei einem Sturme des Schlosses durch eine Neufchateller Jäger erschossen worden sey, welche hier verbreitet war und wahrscheinlich auch hinaus speditirt wurde, bestätigt sich durchaus nicht. Dagegen soll der König gezwungen worden seyn vor den auf dem Platze vor dem Schlosse hingeschafften Todten knieend Abbitte zu leisten.

(Berlin, den 19. März.) Als der König gestern Nachmittag vom Balcon des Schlosses seine Zusagen mündlich bestätigt hatte, erregten die unter dem Schloßportal stehenden Gardetruppen, freilich keine neue Erscheinung, vor Allem aber an der Stechbahn plötzlich und lebhaft aufreitende Cavalerie den Ruf: Militär fort! Auch verlangten viele Stimmen Bürgschaften für das Zugesagte. Auf ein Mal stürmten die Dragoner von der Stechbahn mit gezogenem Säbel (so schreibt ein höchst glaubwürdiger Augenzeuge; in der Proclamation der vorigen Nacht steht: mit dem Säbel in der Scheide) über den Schloßplatz gegen die lange Brücke. Alles floh unter verwirrtem Schreckgeschrei und Unwillen aus einander. Da fielen zwei oder drei Schüsse. Wie aus einem Munde erscholl da der Ruf: Verrath, Rache! und noch Aergeres: Zu den Waffen! von den nach allen Richtungen Flüchtenden. Wo sich ein Offizier sehen ließ, gerieth er in Lebensgefahr. Die Rinnsteinbrücken wurden aufgerissen, in allen Straßen Barricaden errichtet. Kaum 1½ Stunde verstrich und das Feuern begann von allen Seiten. Bald mischte sich Kanonendonner hinein. Das Polengefängniß wurde auch heftig angegriffen. Das Blutbad muß furchtbar gewesen sein. Ein

Wagen verwundeter Soldaten nach dem andern kam nach der Charité. Heute gegen 10 Uhr schwieg das Feuer allmählig. Viele Barricaden sind von den Truppen genommen. In der Prenzlauer Straße soll das Volk eine Batterie erobert haben. Die Erbitterung ist furchtbar gesteigert — Nachschrift Es verbreitet sich soeben 10½ Uhr die Nachricht, daß das Militär unter dem Zujauchzen des Volks zum Thore hinausziehe. (D. Allg. Z.)

(Berlin, den 10. März. 10 Uhr Morgens) [aus einem andern Stadttheil als der vorige Brief]. [Das Feuern einiger Soldaten hat gestern Abend zu einem furchtbaren Aufstande das Signal gegeben. Ueberall wurden Barricaden errichtet. Von 4½ Uhr an war der Straßenkampf allgemein. Es folgte Salve auf Salve bis heute Morgen gegen 5 Uhr. In der Friedrichsstraße, Jägerstraße feuerte man mit Kanonen. Das Polengefängniß ward angegriffen, die Gefangenen sind aber nicht befreit worden. In der Nacht brannte es in der königl. Eisengießerei. Ein Theil der Studenten hat lebhaften Antheil genommen. Im Rheinischen Hofe sollen gegen 50 Personen diese Nacht vom Militär, nicht ohne großen Widerstand gefangen genommen worden sein. Daß die Minister abgedankt haben, ist zwar noch nicht bekannt gemacht, gilt aber für gewiß. Auerswald, Beckerath, Camphausen, Graf Schwerin werden als Nachfolger genannt. (D. Allg. Z.)

(Berlin, den 19. März, Nachmittags 5 Uhr.) Die allgemeine Volksbewaffnung ist erobert, ein neues Prinzip für Preussen, eine empfindliche Beeinträchtigung der verderblichen Militäraristokratie. Um 11 Uhr noch weigerte sich der König entschieden. Der Abzug der Truppen schien die äußerste Konzession; aber der Tumult im Schlosse nahm kein Ende. Die zur Schau getragenen Leichen boten einen entsetzlichen Anblick und das Anstimmen von Grabliedern klang schauerlich. Während noch über die Volksbewaffnung in den Umgebungen des Königs Unentschiedenheit herrschte, wurde unten im Schloßportal dem Präsidenten von Minutoli eine Bittschrift von achtbaren Bürgern eingehändigt. Man sagt, sie wäre in aller Eile von Karl Gutzkow verfaßt worden. Da sie in Abschriften cirkulirt, hoffen wir sie bald mittheilen zu können. Minister v. Arnim erklärte, man dürfe von der Volksbewaffnung sprechen, wenn man nur dem Schlosse Ruhe vergönnte. Patriotische Bürger übernahmen eine Beschwichtigung. Fürst Lichnowski bestimmte Dr. Gutzkow, das Volk anzureden. Letzterer ging darauf ein, wurde emporgehoben und sprach zur versammelten Menge; man erwarte als einziges Mittel, alle freudigen und schmerzlichen Gefühle dieser Tage in einer erhebenden Thatsache zu vereinigen, die Bestimmung einer Volksbewaffnung. Die Proklamation des Königs wäre in einem zu versöhnenden Ton abgefaßt, als daß man nicht hoffen dürfte, er werde die Nothwendigkeit dieses Mittels erkennen. Sollte nicht früher die Bewaffnung gewährt werden, so möchte man sich Nachmittags um 4 Uhr auf dem Exerzirplatze versammeln und dort die Erledigung dieser Frage wieder aufnehmen. Wenige Zeit darauf erschien der König und verkündete die vollständige Gewährung einer Bürgergarde. In diesem Augenblicke, wo die Volksjustiz das Haus des Hauptmanns v. Preiß demolirte, wurden aus dem Zeughause Gewehre abgeliefert. (D. A. Z.)

(Danzig, den 16. März.) Viel Aufsehen erregt hier folgender Vorfall: Ein Kurländer, der mehrmals im Hotel du Nord logirt hatte, wendete sich an den Besitzer des Hauses, Herrn Detert, und bot ihm 12,000 Thlr., wenn er ihm bei Unterbringung falscher russischer Banknoten behülflich seyn wolle. Zu dem Zwecke sollte Detert nach Warschau reisen und einige Bestellungen an polnische Juden ausrichten. Dann sollte er eine Papiermühle an der polnischen Gränze errichten, in welcher Papiere mit dem Wasserzeichen der russischen Banknoten zu verfertigen seyen. Herr Detert machte von dieser Aufforderung der Polizei Anzeige und der Betrüger wurde festgenommen. In seinem Zimmer fand man ganze Päcke solcher Banknoten, jede zu 25 Thlr. Auf die Habhaftwerdung dieses Verbrechers soll von dem russischen Gouvernement eine Prämie von 50,000 Rubeln gesetzt gewesen seyn, die Herrn Detert nun zu Theil werden dürften. (Fr. O.-P.-Z.)

(Breslau, 18. März.) Mit dem heutigen Frühzuge der Oberschlesischen Eisenbahn kamen drei russische Kuriere hier an, welche sich sehr ungeduldig darüber zeigten, daß sie nicht sofort die Reise nach Berlin weiter fortsetzen konnten, sondern den erst Nachmittags 4 Uhr erfolgenden Abgang des Eilzugs auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn abwarten mußten. Dieselben schienen die größte Eile zu haben. (D. A. Z.) (Die Herren kommen nun offenbar zu spät.)

(Düsseldorf, den 18. März.) Gestern Abend brannte wieder ein Fabrikgebäude in dem benachbarten Neuß ganz ab; heute meldet man die Demolirung einer Schleppbahn in der Gegend von Mülheim an der Ruhr. Weitere Unruhen in den Kohlenbergwerken sind im Ausbruch, da aller Verkehr darniederliegt, mithin alle Arbeit eingestellt ist. (Frkft. O.-P.-Z.)

S a c h s e n. (Leipzig, 19. März, 8½ Uhr Abends.) Soeben trifft der Magdeburg-Leipziger Eisenbahnzug mit Nachrichten aus Berlin bis 12½ Uhr Mittags hier ein. Der wesentliche Inhalt derselben ist folgender. Am gestrigen Nachmittage wurde ein Patent wegen beschleunigter Einberufung des Landtags (auf den 2. April), sowie ein Gesetz über die Presse veröffentlicht. In Folge dieser Kundgebungen beruhigte man sich, allein beim Auseinandergehen des Volkes traf eine durch das Schloß reitende Kürassierabtheilung mit einem lärmenden Haufen zusammen; es gingen gleichzeitig — angeblich den Händen entfallend — zwei Infanteriegewehre los. Das Volk glaubte sich getäuscht, verrathen und der Straßenkampf entbrannte von neuem. Sogleich wurden in den auf das Schloß ausmündenden Straßen Barricaden errichtet. Andererseits begann die Artillerie zu feuern, und dieser gräßliche Kampf dauerte bis heute Morgen. Um 7 Uhr erschien eine vom Könige persönlich in der Nacht abgefaßte Ansprache an die Berliner. Dies gab zu Unterhandlungen Anlaß, welche bis zum Mittage dauerten und sich darum drehten, ob die Wegräumung der Barricaden oder die Zurückziehung des Militärs zuerst stattfinden solle. Letzteres wurde bewilligt und beim Abgange des Zuges um 12½ Uhr kehrte Alles zur Ruhe zurück. — Die königl. Eisengießerei und die Artilleriekaserne sind abgebrannt. (D. A. Z.

Frankreich.

† (Paris, 18. März.) Ein Haufe Unsinniger schritt vorgestern Abends über den Boulevard St. Louis mit einer weißen Fahne. Kein Mensch schloß sich ihm an und er würde seine Promenade ruhig fortgesetzt haben, wenn eine Patrouille es nicht für zweckmäßiger gehalten hätte, die Anführer in Verwahrung zu setzen. Auch gestern schrie ein ziemlich zweideutiger Kerl bei der Rüe du Bac: »Es lebe Heinrich V.!« Auf den Wachtposten des Pavillon de flore in den Tuilerien gebracht, sagte er rundheraus, man habe ihm Geld gegeben, um so zu schreien und wenn er 1000 Franken gehabt, so würde er noch Viele gefunden haben, die für 3 Franken ebenso geschrieen hätten. Er ist in die Conciergerie gebracht worden.

[Herstellung Polens.] Nachdem die halboffizielle »Reforme« die Ausbesserung der Rheinfestungen und Vermehrung der Flotte beantragt, sagt sie heute: »Wir können unsere Blicke nicht aufmerksam genug nach den äussersten Grenzen richten. Die Scheidewände, die Despotismus und Eroberungssucht zwischen uns und den Völkern errichteten, müssen fallen. Deutschland, unwillkürlich am Sturze Polens betheiligt, erwacht endlich aus seinem Schlafe. Die Völker verlangen, die Fürsten gewähren, — sie zittern — und ihre einzige Rettung sehen sie im Kaiser von Rußland. Aber um bis in dessen Arme zu dringen, müssen sie Polen durchreisen und hier gährt ihnen ein sicheres Grab; denn Polen ist unsere Schwester; Polen ist nicht nur die äusserste Gränze sondern auch die Wiege der Demokratie; Polen muß wieder zur Festung gegen die Barbarei erhoben werden. Was thut's, daß man seine Wälle schliff, seine Festungsmauern niederriß? Sind doch die tausendjährigen Grundvesten im Volke stehen geblieben. War Polen nicht das erste Land, das die großen Grundsätze der Republik: Freiheit, Gleichheit und Brüderschaft proclamirte und ins Werk setzte, wenn auch leider nur zum Besten einer einzigen Klasse? Standen diese Grundsätze in der Krakauer Revolution nicht oben an? Es hat dieselben unter dem Beil des Henkers selbst zu bewahren gewußt. Seine Fahne ist die unsrige; unsere Pflicht ist es jetzt, sie aus dem Thränenflusse der unzähligen Freiheits-Martyrer emporzuheben, und sie auf der alten polnischen Erde wieder aufzupflanzen. Die unserige wird dann um so fester stehen.“

Es verlauten bereits Vorschläge auf Abschaffung des K a l e n d e r s und Wiedereinführung der alten republikanischen Zeitrechnung. Das Jahr soll mit dem 1. Nivose (dem kürzesten Tage) beginnen. Weihnachten sei nichts als eine uralte, auf astronomische Berechnung hin gegründete Neujahrsfeier.

Schweiz.

(Bern, den 14. März.) Das Centralcomité des schweizerischen Nationalvereins hat der provisorischen Regierung der französischen Republik einen Aufruf an das französische Volk übermacht, dessen Schluß also lautet: „Die französische Republik und die republikanische Schweiz sind in Zukunft zwei Schwestern, durch enge Freundschaft mit einander verbunden. Das gegenseitige Vertrauen, das wahre Band dieser Freundschaft, ist um so mehr befestigt, als einerseits die provisorische Regierung der französischen Republik, geleitet durch jene umfassende und sichere Politik, die ihre Eingebungen aus der Gerechtigkeit und der Verbrüderung schöpft, feierlich den Willen Frankreichs erklärt hat, alle Nationalitäten zu achten, und andererseits die Schweiz den Willen und die Kraft hat, die Unverletzlichkeit ihres Gebiets zu vertheidigen, indem sie ihre Neutralität behauptet, die der Sache der Völker zu Nutzen kömmt. Die Schweiz wird gewiß nicht dulden, daß eine Armee, die gegen Frankreich gerichtet ist, den Rhein überschreitet, wie 1813, als der Verrath unsere Gränzen den Feinden überlieferte.“ (Frkf. J.)

(Aus der Schweiz, 16. Febr.) Die deutsche Bewegung scheint auch auf die Schweiz ihren hinreißenden Einfluß ausüben zu wollen. Seit man in Deutschland einstimmig ein Nationalparlament verlangt, und in Frankfurt schon Anstalten zu Eröffnung eines solchen getroffen werden, drängt man auch in der Schweiz mit großem Nachdruck auf die Errichtung eines Volksparlements neben der Tagsatzung. Selbst die Specialcommission, welche von der Bundesrevisionscommission zur Prüfung der Repräsentationsvorschläge niedergesetzt war, spricht sich für eine freie Nationalvertretung neben der Tagsatzung aus. Das sind merkwürdige Zeichen der Zeit. Vor ein paar Tagen noch schlugen viele Tagsatzungsgesandte die Hände überm Kopf zusammen, wenn man ihnen von Einführung des nordamerikanischen Systems sprach. James Fazy, der Verfechter desselben, wurde von den Berathungen der Commission ausgeschlossen, und jetzt ist selbst der hartnäckigste Vertheidiger der Kantonalsouveränität, Landamman Munzinger in Solothurn, für ein schweizerisches Volksparlement! (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Neuenburg, den 17. März.) Hiesige Blätter berichten, daß am 13. d. M. der royalistisch gesinnte Bezirk La Sagne mit 1000 Mann und einer halben Batterie militärisch besetzt worden sey. Die Entwaffnung des Bezirks wird vorgenommen. Hauptmann Fabry ist verhaftet. (Ffrt. O.-P.-Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von M. Tümmel.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

(Die Verstärkung der Königl. Landwehr durch freiwilligen Eintritt betr.)

Die von vielen achtbaren Bürgern aller Stände eingegangenen Anerbietungen, in gegenwärtigen Zeitverhältnissen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung mitzuwirken, haben sich die beiden hohen königl. Landwehr-Kreis-Stellen von Mittelfranken mittelst Entschließung vom 11. d. veranlaßt gesehen, vorbehaltlich allerhöchster Genehmigung den freiwilligen Eintritt in die Königl. Landwehr unter Modifikationen zu gestatten, von welchen bei der zum Einzeichnen diesseits aufgelegten Listen Einsicht genommen werden kann.:

Die sich Meldenden werden entweder den schon bestehenden Compagnieen zugetheilt, oder es werden eigene Compagnieen aus diesen Freiwilligen gebildet, ohne nothwendig zu haben, sich zu uniformiren, so wie sie auch bei den Paraden und Frühjahrs-Exerzitien nicht beigezogen werden sollen.

Es ergeht daher an alle Diejenigen, welche nicht mehr landwehrpflichtig sind und an die dermalen nicht in Aktivität stehenden Bürger, wovon sich mehrere sehr achtbare Männer vor dieser Bekanntmachung diesseits bereits angemeldet haben, der Aufruf, so wie auch

an alle majorennen Bürgerssöhne, alle Angestellten mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörden und resp. Stellen,

an alle Insassen, Privaten, Künstler rc., deren bürgerliche Stellung die erforderliche Gewähr bietet, die Aufforderung, sich auf diesseitiger Kanzlei L. Nr. 101 der Adlerstraße, zur Einzeichnung in die aufliegende Liste zu melden.

Das unterzeichnete Regiments-Commando zweifelt keinen Augenblick, daß die von den hohen Kreis-Stellen, die Wünsche der Einwohner Nürnbergs um vermehrte Bürgerbewaffnung zur Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit erfüllende Verfügung freudig aufgenommen und durch zahlreiche Einzeichnung erkannt werde.

Nürnberg, den 13. März 1848.

Königl. Landwehr-Regiments-Commando.

Clericus.

Oberst.

Lehnbart.
Akt.

Trauer-Anzeige.

Dem unerforschlichen Rathe des Herrn hat es gefallen, unsere vielgeliebte Mutter, Tochter, Base und Schwägerin,

Anna Margaretha Degelbeck,

Wirthswittwe,

heute Mittag halb 1 Uhr schnell und unerwartet zu sich zu nehmen. Ein unheilbares Lungenleiden machte ihrem theuern Leben, das sie nicht höher als auf 42 Jahre brachte, für uns viel zu frühe ein Ende. Dieses traurige Ereigniß bringen wir mit der Bitte um stille Theilnahme und dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die irdische Hülle der Verblichenen Freitag den 24. März Nachmittags im Kirchhofe zu St. Johannis zur Erde bestattet wird.

Nürnberg, den 21. März 1848.

Die Hinterbliebenen.

Dank.

Allen Verwandten und Bekannten, so wie meiner werthen Nachbarschaft, sage ich für die so zahlreiche Leichenbegleitung meiner seligen Frau meinen verbindlichsten Dank. Möge sie Gott vor so traurigen Begebenheiten in Gnaden bewahren, mir aber Gelegenheit geben, Ihnen bei freudigen Ereignissen dienen zu können.

Gg. Christoph Grau.

A nzige und Empfehlung.

Hiemit zeige ich einem verehrten Publikum ergebenst an, daß ich mein Geschäft mit einem legal geprüften Werkführer unverändert fortführe, und bitte daher meine werthe Kundschaft so wie das Gesammt-Publikum, das meinem Manne geschenkte Zutrauen, in Berücksichtigung meiner Lage, auch auf mich übergehen zu lassen; ich werde mich bestreben, alle Steinmetzen-, Maurer- und Tüncher-Arbeiten, auch Zimmermalereien, nach Münchner Art und neuestem Geschmack, auch alle Arten Meubles zu lackiren, auf das pünktlichste zu vollziehen, und verspreche die schnellste Bedienung und billigsten Preise.

Vertrauungsvoll sehe ich recht vielen Aufträgen entgegen, und verbleibe hochachtungsvoll

Dero ergebenste

U. M. Hösch.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches im Weißnähen, Kleidermachen und andern feinen weiblichen Arbeiten wohl erfahren ist, wünscht als Jungfer oder Stubenmädchen unterzukommen.

(Zu vermiethen.) An einem sehr lebhaften Thore, in einer der schönsten Gegenden, sind zwei schöne Gartenwohnungen, eine zu ebener Erde und die andere im zweiten Stock, mit allen möglichen Bequemlichkeiten bis Ziel Walburgi für Sommer und Winter im Ganzen oder einzeln zu vermiethen.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 23. März

musikalische Abendunterhaltung

im Vereins-Lokal.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

In der Debitsache des vormals von Zwanziger'schen Geschäftshauses

zu Nürnberg hat sich nach bewirkter Feststellung und Tilgung der älteren Zahlungsrückstände und nach definitivem Abschluße der bisher geführten Massa-Administrations-Rechnungen noch ein Ueberschuß ergeben, von dem auf die Restforderung jedes einzelnen Massagläubigers ½ proCent treffen.

Zur Auszahlung der berechneten Raten werden folgende Termine bestimmt, und zwar für die Gläubiger

A. B. C. D.	der	4.	April	1848.
E. F. G. H.	"	7.	"	"
I. K. L. M.	"	11.	"	"
N. O. P. Q. R	"	14.	"	"
S. T.	"	18.	"	"
U. V. W. Z.	"	25.	"	"

an welchen Tagen — unter Vorlage der Kassenscheine und der etwa nöthigen Legitimations-Nachweise — die repartirten Beträge baar bei dem unterzeichneten Massa-Administrator in Empfang genommen werden können.

Nürnberg, am 16. März 1848.

v. Königsthal.

königl. Advokat

Einladung.

Heute Donnerstag den 23. März produzirt sich der

Volks-Sänger Deininger

bei Hrn. Winter im Gasthof zum Kronprinzen, wozu höflichst eingeladen wird. Anfang 8 Uhr.

Theaternotiz.

Dem Vernehmen nach geht in den nächsten Tagen eine interessante Novität über unsere Bühne, das in Wien mit dem größten Beifall mehr als hundertmal gegebene Zaubermährchen: »der Todtentanz« von F. Told. Frau Kastner, deren Eifer und Talent wir in den kleinen Kinderballetten, die sie uns vorführte, rühmlichst erkannt haben, wählte das genannte Stück zu ihrem Benefize und, wie wir hören, soll dessen Ausstattung durch Dekorationen und Kostüme eine angelegentliche Sorge der Direktion sein, sowie es die Benefiziantin in Beziehung auf die Tänze, bei denen über 30 Personen beschäftigt sind, gewiß an nichts fehlen lassen wird.

Empfehlung.

Blaue und weiße, und auch schwarz-roth und goldene Bänder in zweierlei Breite (für Herren und Damen verwendbar) so wie auch ganz feine Cokarden in diesen Farben empfiehlt in schönster Auswahl zu gefälliger Abnahme bestens.

Ernst Jegel, S. Nro. 897
am Obstmarkt.

(Literatur.) In der v. Ebner'schen Buchhandlung in Nürnberg ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Bayern's zu haben:

Grundzüge

zur

Verbesserung des civilrechtlichen Verfahrens in Bayern mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit.

Von

Carl Friedrich Goes,

königl. Advokaten in Nürnberg.

gr. 8. geh. Preis 12 kr.

Fast in sämmtlichen Staaten Deutschlands, so wie auch außerhalb seinen Grenzen, wo sich durch die neuen Zeitereignisse neue constitutionelle Staaten gebildet haben, wird für die Verbesserung der Rechtspflege alles Heil in der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gesucht. Wir glauben daher die Broschüre nicht so wohl den Beamten, als auch den Laien angelegentlichst empfehlen zu können, um so mehr, da der Herr Verfaßer kein Honorar in Anspruch nahm, und nur das Wohl seiner Mitbürger im Auge hatte, weshalb wir auch in den Stand gesetzt sind, dieses Schriftchen zu diesem billigen Preise zu liefern.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 879 am Hauptmarkt, ist eine Treppe hoch ein möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen soliden Herrn bis 1. April zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Eine offene Mahagoni Etagère, sehr modern, ist zu verkaufen in S. Nr. 1533 der Wöhrderthorstraße.

(Zu verkaufen.) 4 bis 500 junge Maulbeerbäumchen zu Hecken tauglich, sind billig zu verkaufen Nr. 121 vor dem Vestnerthor.

(Zu vermiethen.) Bis Ziel Walburgi ist eine Wohnung, bestehend aus 2 heizbaren Zimmern, 3 Kammern, Küche, Holzlage rc., wie auch Antheil am Garten, im Hause Nr. 100 vor dem Frauenthor zu vermiethen.

(Gesuch.) Eine an Reinlichkeit und Ordnung gewöhnte Magd, welche gute Hausmannskost kochen kann, sich auch willig jeder andern Hausarbeit unterzieht und sich mit guten Zeugnissen über ihr Betragen ausweisen kann, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Person, welche im Kochen gut erfahren ist, sich willig andern Arbeiten unterzieht und die besten Zeugnisse besitzt, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) In der Irrerstraße S. Nro. 317 werden Mitleser zur Mittelfränkischen Zeitung gesucht.

(Zu verkaufen.) Ein neuer Kinderkorbwagen, dessen Gestell Wagnerarbeit ist, wird sehr billig verkauft S. Nro. 469 obere Schmidgasse.

(Einstandsmann.) Ein Ehemanziger sucht auf ein Jahr einen Ersatzmann.

(Zu vermiethen.) S. Nro. 1174 am Spitalplatz ist ein schön möblirtes Zimmer nebst Kabinet an einen ledigen Herrn täglich zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein sehr schöner, gut erhaltener, aufrechtstehender Flügel ist billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein treues und fleißiges Mädchen, welches vorzüglich gut im Kochen bewandert ist, waschen und bügeln kann und sich aller andern Arbeit unterzieht, wünscht bis Ziel Walburgi in einem soliden Hause unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Magd, welche gut kochen kann, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Zu vermiethen.) In einer Hauptstraße, nahe am Thore, sind einige gesunde, ganz neu hergerichtete Wohnungen zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) An einem Hauptthor ist ein schöner Laden mit Ladenstube, wozu auch auf Verlangen ein Gewölbe gegeben werden kann, zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein Baum ½zöllige Bretter und ein Baum Dielen ist zu verkaufen in S. Nro. 634 der Radbrunnengasse.

(Zu vermiethen.) Eine schöne Wohnung für eine Familie ist bis Ziel Walburgis zu vermiethen. — Auch ist daselbst eine große Werkstatt mit Feuerrecht zu vermiethen.

Literatur.

Bei Unterzeichnetem ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Predigt, gehalten am Dankfeste bei Veranlassung der kgl. Proclamation am 10. März 1848 in der St. Jakobskirche zu Nürnberg von J. Ch. Port, zweiten Pfarrer daselbst. Preis 4 kr.

Nürnberg, 21. März 1848.

J. A. Stein.

Literatur.

In der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist zu haben:

Bericht aus München über die Ereignisse des 9., 10. und 11. Februar 1848. Preis 9 kr.

Bernhard, G., die Gräfin Landsfeld, weiland Lola Montez und die Münchner Studenten. Preis 27 kr.

Die 12 Artikel der Oesterreicher. Preis 2 kr.

Die 10 Gebote der Oesterreicher. Preis 2 kr.

Kampf und Sieg des politischen Fortschritts. Authentische Darstellung der glorreichen März-Ereignisse in München. Nebst allen darauf Bezug habenden Aktenstücken. Von einem Augenzeugen. Preis 12 kr.

Lola Montez. Abenteuer der berühmten Tänzerin. Von ihr selbst erzählt. Preis 27 kr.

Preußisches Vaterunser. Preis 2 kr.

Was erwartet das Volk, was erwartet Deutschland von Bayerns Ständen? Preis 9 kr.

Wolf, Dr., die allgemeine politisch-moralische Volkserhebung in München am 3. und 4. März 1848. Geschichtlich dargestellt. Mit der k. Proklamation und Brief des Fürsten von Leiningen. Preis 6 kr.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 23. März. Letzte große außerordentliche Vorstellung des Mr. Chapmann. Hierzu: Die Wespe.- Lustspiel in 5 Akten von Roderich Benedix.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. März 1848. **№ 84** **Freitag: Gabriel.**

Deutschland.

Bayern. *† (München, 22. März.) Der gestrige Tag verstrich in voller Ordnung; die Gemüther sind in einem Zustande von Abspannung; Abends waren starke Patrouillen des Linien-, des Bürgermilitärs, sowie der Freikorps; die Nacht ging ruhig vorüber. König Ludwig wird vorerst hier bleiben; er hat sich den Wittelsbacher Pallast, Berchtesgaden und Aschaffenburg als Sitz vorbehalten.

(München, den 21. März.) Die gährende Stimmung, die sich gestern Nacht erhob, hat sich heute in eine ernste aber beruhigte verwandelt. Man gibt sich ebensowenig unbestimmten Befürchtungen, als Ausdrücken der Freude hin. Was man von den verschiedensten Seiten hört, und Aeußerungen König Ludwigs gegen Bürger, die ihm heute aufwarteten, begründen die Annahme, daß nur die Scheu vor dem Wechsel eines lange beobachteten Systems seine Thronentsagung veranlaßt habe. Uebrigens soll seine Laune eine heitere und ungezwungene seyn, was auch daraus am besten hervorgeht, daß er gestern Abend bei der Königin spielte und heute Mittag die sämmtlichen Ministerverweser bei ihm zur Tafel geladen waren. Heute in früher Morgenstunde legten die auf den Dultplatz ausgerückten Linien- und Bürgertruppen den Huldigungseid ab. Bei ersteren fiel es unangenehm auf, daß man sie auf den alten Fahneneid schwören ließ, der von unbedingtem Gehorsam gegen den König 2c. spricht, und so zu vergessen schien, daß dieß doch mit dem jüngst abgelegten Verfassungseid collidiren kann. Die Formel für die Nationalgarde war eine würdige und unverfängliche.

Wie man vernimmmt, stand schon seit Sonntag in König Ludwig der Gedanke der Thronentsagung fest, und selbst die flehentlichsten Bitten der gesammten kgl. Familie vermochten nicht, ihn von diesem Schritte abzuhalten. Die jüngsten Zeitereignisse, welche eine so gewaltige Umänderung in unserm gesammten Staatsleben hervorgerufen haben und jeden unwillkürlich und unwiderstehlich in eine neue Richtung drängten, die zahllosen Wünsche, welche von allen Seiten unaufhörlich zum Thron gebracht wurden und oftmals stürmisch Gewährung heischten, mögen König Ludwig bestimmt haben, auf die Krone zu verzichten und solche in die Hände seines Sohnes niederzulegen der, wie wir hoffen, sich umgebend mit gesinnungstüchtigen und wahrheitsliebenden Rathgebern, in der bereits begonnenen neuen Aera mit seinem Volke Hand in Hand vorwärts schreiten wird. (A. A. Z.)

(München, den 21. März.) Die Ministerliste wird ziemlich zuverlässig folgende Namen aufweisen: v. Thon-Dittmer bleibt für das Innere, Appelations-Gerichtsrath Heintz erhält die Justiz, Frhr. v. Lerchenfeld die Finanzen, General v. Lesuire das Portefeuille des Kriegs, Staatsrath v. Beisler (der seitherige Ministerverweser der Justiz) Cultus, Graf von Waldkirch Aeußeres. Letzterer wird schwerlich bleiben. Ein anderer Brief nennt den Grafen Bray als für die äußern Angelegenheiten in Aussicht stehend.) (A. A. Z.)

† (Nürnberg, den 23. März.) Heute Mittags 12 Uhr rückten die Linier-Abtheilungen der Garnison auf die Schütt aus, um den Eid der Treue für Se. kgl. Majestät Maximilian II. abzulegen. Die pensionirten Offiziere und Beamten haben den Eid morgen um 11½ Uhr bei der Kommandantschaft zu leisten.

(Vom Obermain, den 22. März.) Unsere Zustände fangen an ruhiger zu werden, nachdem die Hauptanstifter der Unruhen (deren Zahl über sechzig beträgt) verhaftet sind. Deshalb sollen, wie wir aus ganz zuverlässiger Quelle entnehmen, morgen zwei Kompagni en die in unserer Gegend liegenden Detachements vom k. Infanterie-Regiment Erbgroßherzog von Hessen nach ihrer Garnison Nürnberg zurückkehren.

Braunschweig. (Braunschweig, 18. März.) Se. Hoheit der Herzog hat heute den Beschluß, die Ständeversammlung schon auf den 31. d. M., statt auf den früher bestimmten 25. k. M. zu berufen, veröffentlichen lassen. (A. Pr. Z.)

Hannover. (Hannover, 19. März.) Der Geheimerath v. Falcke ist entlassen. Die Bürger waren entschlossen, auf seinem Rücktritt zu bestehen. Dieser Forderung kam man zuvor. (D. A. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 20. März.) Gestern Abend hatten wir hier bedauerliche Exzesse zu beklagen. Ein bei den Soldaten beliebter Unteroffizier war wegen einer unbedeutenden Ordnungswidrigkeit in eine strenge Disciplinarstrafe verurtheilt worden. Die Mißstimmung, welche dies unter dem Militär erzeugte, theilte sich auch der niedern Volksmasse mit; gegen Abend füllte sich der Kasernenhof und die Straße vor der Kaserne mit Menschen, die unter tobenden Geschrei die Befreiung jenes Unteroffiziers verlangten, Fenster zertrümmerten, und ungeachtet der Bemühungen des Generals von Stosch und des Ministers von Gagern nicht eher den Platz verließen, bis der Unteroffizier am Fenster erschienen war und versicherte, daß er frei sey. Gagern hatte vergebens, im Gedränge stehend, dem Volkshaufen begreiflich zu machen gesucht, daß Gesetz und Ordnung herrschen müßten. Die zum großen Theile aus dem unbändigsten Theile der hiesigen Einwohner bestehende Masse antwortete stets mit dem Geschrei „der Unteroffizier muß heraus.“ Wenn nicht schleunige Maßregeln zur Bewaffnung unserer Bürgerwehr getroffen werden, so ist für die Ruhe der Stadt nicht zu stehen. — Oberappellationsrath Fr. Schenk, ein allgemein geachteter Mann, ist zu Lorsch, Rechnungsrath Elwert zu Höchst in die Kammer gewählt worden. Advokat Wolhard wird vermuthlich von Michelstadt gewählt werden. — Mehrere Deputirte der seitherigen rechten Seite beabsichtigen ihr Mandat zurückzugeben, um der sonderbaren Lage zu entgehen, das, was sie seither bekämpften, jetzt vertheidigen und unterstützen zu müssen. Gewiß werden sich viele derselben aufrichtig dem neuen System zugewendet haben, ein zu greller und rascher Uebergang muß sie jedoch den Vorwurf des Servilismus befürchten lassen, und es ist deßhalb jener Entschluß als ein Beweis einer ehrenhaften Gesinnung nur zu billigen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, 20. März.) Gestern nahm der Erbgroßherzog-Mitregent die Vertreter der deutsch katholischen Gemeinde sehr wohlwollend auf und äußerte unter Anderm, daß er den Angelegenheiten des Deutschkatholizismus stets seine Aufmerksamkeit und Theilnahme geschenkt und hoffe, daß die hiesige Gemeinde für Aufklärung und Volksbildung auch ferner heilsam wirken werde. Unter dem Geläute der großen Glocke hielt sodann, eine Stunde nach dieser Audienz, die deutsch-katholische Gemeinde ihren feierlichen Einzug in die ihr zum Mitgebrauch eingeräumte Stadtkapelle. (Frkft. J.)

(Mainz, den 20. März.) Heute kam Lola Montez hier an, kaum war sie jedoch eine halbe Stunde im rheinischen Hofe, als dieses Gasthaus vom Volke umlagert, und von demselben die schleunige Abreise der berüchtigten Person stürmisch verlangt wurde. Sie mußte sich auf das zur Abfahrt bereit liegende Dampfboot begeben, um nicht thatsächliche Mißhandlungen zu erleiden. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 19. März.) Se. Exc. der Staats- und Conferenzminister Graf Kollowrat hat auf seine Stelle resignirt. Unser neues constitutionelles Ministerium soll in nachstehender Weise gebildet seyn: Präsident desselben ohne Portefeuille der Graf Colloredo-Wallsee, früherer Botschafter in Rußland; Minister des Aeußern der Staats- und Conferenzminister Graf Ficquelmont; des Innern der Hofkanzler Frhr. v. Pillersdorf; der Finanzen Frhr. v. Kübeck; der Justiz der hiesige Appellationspräsident Frhr. v. Sommaruga, und des Kriegs Fürst Windischgrätz, gegen welchen übrigens starke Abneigung im Publicum herrscht. Heute wurde auf dem äußern Hofburgplatz, wo bisher noch Truppen campirten, eine feierliche Feldmesse zum Danke für die vom Monarchen geschenkte Verfassung gehalten, wobei es rührend war, die beiden kaiserlichen Majestäten auf dem geöffneten Balcon der Hofburg ihre frommen Wünsche mit gefalteten Händen zum Himmel emporsenden zu sehen. Auch bei St. Stephan fand ein feierliches Hochamt unter Paradirung der Nationalgarden statt. (Augsb. Allg. Z.)

(Krakau, den 17. März.) Unsere politischen Gefangenen sind frei. Heute früh gegen 9 Uhr versammelten sich in Folge der günstigen Nachrichten aus Wien mindestens 10,000 hiesige polnische Bürger, denen sich auch sehr viele Landbewohner angeschlossen hatten, vor der Wohnung des Grafen Deym und verlangten in einem entschiedenen, sonst aber ruhigem Tone die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Graf Deym zeigte sich anfangs weigerlich und versuchte die Menge zu vertrösten, bis er spezielle Verhaltungsbefehle von Wien eingeholt hätte. Da diese Ausflucht jedoch nichts half, ja selbst sein Wagen, der in demselben Augenblicke vorfuhr, von der anwesenden Bürgerschaft wieder fortgeschafft wurde, trat er mit dem Feldmarschall Grafen Castiglione über die gestellte Forderung in Berathung. Das Resultat davon war, daß Nachmittags 3 Uhr der General Castiglione, Graf Deym und der Administrationsrath von Krakau einen Fiacre bestiegen und unter Begleitung von 10—15,000 Menschen nach dem Criminalgebäude zogen. Militär zeigte sich nicht. Castiglione selbst bildete ein Spalier in der Menschenmasse und soeben, 3 Uhr, stecken die Krakauer ihr Nationale auf und sämmtliche politische Gefangene, 400 an der Zahl, Geistliche, Ordensbrüder, Studenten und Edelleute werden unter Schwenken der Tücher aus den Fenstern und unter Thränen und Jubel, geführt vom k. k. Hofcommissär Grafen Deym, dem krakauer Volke wiedergegeben. Außerdem verlangte das Volk Aufhebung der Finanzwachtlinie, Bewaffnung des Volkes und Bildung der frühern Freistadtmiliz. (Schl. Z.)

Oldenburg. Ueber die zu ertheilende landesständische Verfassung des Großherzogthums Oldenburg wird in der Bremer Zeitung eine landesherrliche Bekanntmachung erlassen, der wir Folgendes entnehmen: In dem Entwurfe des Grundgesetzes über die landständische Verfassung, welcher nicht allein den einzuberufenden 34 Abgeordneten officiell mitgetheilt werden, sondern auch vorher zeitig zur Kenntniß des Publikums gelangen soll, wird ausgesprochen werden, daß kein Gesetz anders erlassen, abgeändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werden kann, als wenn und nachdem dazu die Stände ihre Zustimmung ertheilt haben. Dasselbe gilt nach dem Entwurfe von der Bewilligung neuer Steuern u. der Aufnahme von Anleihen, unter regelmäßiger Vorlegung des Budgets der Staatseinnahmen und Staatsausgaben auf jedem Landtage und unter der Kontrolle des Staatshaushalts von Seiten der Stände. Die Landstände werden eine gemeinschaftliche Versammlung bilden, und sind gerufen, die Interessen aller ihrer Mitbürger zu vertreten. Die Wählbarkeit zu Abgeordneten ist nicht an Vermögen oder Grundbesitz, nicht an Geburt und Religion, nicht an den Wohnsitz im Wahlbezirk gebunden. Die Oeffentlichkeit der Versammlungen der Landstände ist von dem Beschlusse des ersten Landtags abhängig gemacht. Durch die Kontrasignatur der Gesetze und sonstigen landesherrlichen Verfügungen an die Landesbehörden wird dem kontrasignirenden Mitgliede des Staats- und Kabinetsministeriums die Verantwortlichkeit dafür auferlegt, daß jene Gesetze und Verfügungen den Landesgesetzen und insbesondere dem Grundgesetze nicht widerstreiten. Die Stände haben das Recht der Anklage gegen Staatsdiener, insbesondere auch wegen Verletzung des Grundgesetzes, vor dem Gerichte. Wegen des Domanialvermögens wird den 34 Abgeordneten nähere Mittheilung gemacht und mit den Ständen, wie Ich nicht zweifle, eine Vereinigung erreicht werden. Eine den Gemeinden eine freie Bewegung sichernde neue Gemeindeordnung soll dem ersten Landtag vorgelegt und die völlige Ablösung der noch bestehenden bäuerlichen Lasten durch ein Gesetz vorzüglich vorbereitet werden.

die weiteren Wünsche der getreuen Einwohner des Herzogthums Oldenburg und der Herrschaft Jever werden in der Versammlung der 34 Abgeordneten zur Berathung kommen. Diese Versammlung soll in möglichst kurzer Frist und spätestens in der zweiten Hälfte des nächsten Monats stattfinden. Von den Berathungen derselben wird das Publikum durch den Druck der dabei aufgenommenen Protokolle in fortgesetzter Kenntniß erhalten werden. Ich vertraue zu dem treuen und braven Sinne Meiner Oldenburger, und zu der so oft von ihnen bewährten Anhänglichkeit an Meine Person, daß sie nunmehr die nahe Veröffentlichung des Entwurfs des Grundgesetzes abwarten, um darnach zu bemessen, zu welchen weiteren Anträgen sie die 34 Abgeordneten, die Männer ihrer Wahl, zu veranlassen für zweckmäßig halten. Mögen sie in freien Volksversammlungen, ungehindert so lange daraus nicht Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung hervorgehen, die vaterländischen Angelegenheiten berathen. Die Aufrechthaltung der bürgerlichen Ordnung kann allein die Gefahren, von denen das gemeinschaftliche Vaterland bedroht ist, von den Grenzen des Herzogthums abwenden. Dazu nach Kräften mitzuwirken, werden alle Wohlgesinnte sich aufgefordert fühlen, und wo — was Gott verhüten wolle! — der Frieden in Stadt und Land gebrochen werden sollte, da wird jeder wahrhafte Bürger den Beruf in sich tragen, der Bewaffnung sich anzuschließen, welche jeder Gemeinde von jetzt an gern gestattet seyn soll. Nur der Frieden nach Außen macht die wünschenswerthe Verminderung des stehenden Heeres möglich; nur der Frieden im Innern nährt die Hoffnung auf eine nahe glückliche Entwickelung der öffentlichen Zustände des Landes; nur der Frieden sichert den Bemühungen zu Aufrichtung einer neuen Bundesverfassung Erfolg, gegründet auf eine Vertretung des Volks in den deutschen gemeinsamen Angelegenheiten, zu deren Erreichung Ich aus voller Ueberzeugung von ihrer unabweislichen Nothwendigkeit nach allen Kräften mitzuwirken bereit bin und Mich bereit erklärt habe. Vertrauet mir, wie Ich Euch vertraue! haltet fest an Mir, wie Ich an Euch! dann wird aus den Sorgen der Zeit dem Lande eine glückliche Zukunft erblühen. Oldenburg, den 18. März 1848. August.

Preussen. (Berlin, 21. März.) Die „Allgemeine Preussische Zeitung" enthält Folgendes: Gestern habe ich bereits ausgesprochen, daß ich in meinem Herzen vergeben und vergessen habe. Damit aber kein Zweifel darüber bleibe, daß ich mein ganzes Volk mit diesem Vergeben umfaßt, und weil ich die neu anbrechende große Zukunft unseres Vaterlandes nicht durch schmerzliche Rückblicke getrübt wissen will, verkünde ich hiermit: Vergebung allen Denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden sind. Mein Justizminister Uhden ist beauftragt, diese meine Amnestie sofort in Ausführung zu bringen. Berlin, den 20. März 1848. Friedrich Wilhelm. Die bereits vor dem Erlasse vom 10. d. M. eingegangenen Entlassungsgesuche der Justizminister v. Savigny und Uhden, so wie des Ministers Grafen zu Stolberg, habe ich heute gleichfalls genehmigt. Zum Justizminister habe ich den Dr. der Rechte Bornemann ernannt, und den Präsidenten der Handelskammer, Camphausen, zu mir berufen, um mir fortan gleichfalls als Minister zur Seite zu stehen. Die Direktoren der erledigten Ministerien werden dieselben bis zur definitiven Besetzung verwalten. Berlin, den 20. März 1848. Friedrich Wilhelm.

(Berlin, den 19. März.) Wie schildere ich Ihnen die erlebte Schreckensnacht? Bis zu Tagesanbruch Gewehr- und Kanonenfeuer in allen Richtungen, das Hurrah der Barrikadenvertheidiger dazwischen, und der eintönige Schlag der Sturmglocken, weil mehrere Feuersbrünste aufgegangen waren. Man hat sich mit einer Erbitterung geschlagen, die bei den am Ende doch geringen Vertheidigungsmitteln des Volks außerordentlich war. Der Verwundeten, der Todten müssen sehr viele seyn. Bis jetzt, Nachmittag 3 Uhr, geht Alles gut; aber es ist noch ein gewaltiges Wogen und Treiben in den Gassen. Man hebt die Todten auf, und will sie auf Tragbahren einzeln in Prozession an dem königlichen Schlosse vorbeitragen, was auch vollführt zu werden scheint. Wo eine solche Prozession naht, heißt es: „Hut ab!" Wagen, auf denen Leichen abgefahren werden, sieht man mit Blumen und Kränzen schmücken. Die Sammlungen für die „Waisen und Witwen der am 18. und 19. März gefallenen Helden, so wie viele zur Arbeit unfähige schwer Verwundete" beginnen schon. Mit thränenden Augen begrüßen sich Freunde und Bekannte. Möge nur Polizei und Militär fern bleiben, denn von ihrer Dazwischenkunft wäre bei der noch immer großen Aufregung das Aergste zu besorgen. (D. A. Z.)

(Berlin, den 20. März, früh 7 Uhr.) Am 18. März verbreitete sich die Kunde von den durch Rheinlandsdeputirte errungenen weitesten Zugeständnissen blitzschnell durch die Stadt; eben so mehr oder weniger bestimmt die, daß die Schutzkommission und städtischen Behörden mit andern Bürgermeistern vereint um 2 Uhr vor dem Schloß erscheinen würden, Dank und Lebehoch auszubringen und die frohe Botschaft aus dem königlichen Munde selbst zu vernehmen. Schon eine Viertelstunde früher erfüllte eine unermeßliche Menge den Platz. Aufregung froher Art und das Durcheinander der Neugier und Ungeduld gestattete dem zwei Mal erscheinenden Monarchen nicht, durch sein bloßes Erscheinen den Eindruck hervorzurufen, den es sonst bewirkt hätte, den der tiefen Stille nach dem lauten Jubel. Eben so wenig aber wartete der König in einem freilich peinlichen Moment hinlänglich, um den Lärm sich legen zu lassen und daß er sprechen wolle, anzudeuten. Die Forderung eines populären Ministeriums mit Nennung Camphausens und Auerwalds war derjenige Ruf, der die meisten Kehlen vereinigte; demnächst nach Volksbewaffnung. Beides wurde, man weiß nicht wie und von wem, den Nächststehenden zugesagt, doch drang vielleicht diese Botschaft nicht überall hindurch. Da vereinigten sich zahllose Stimmen in dem Rufe: „Militär weg, Abziehen!" eingegeben von der Erinnerung an das gewaltsame Einschreiten desselben in den letztern Tagen, unterstützt von Besonnenern in der aufrichtigsten Absicht, demjenigen Theil des Volks, auf welchen nur ostensible Zeichen wirken konnten, die Beruhigung, daß die neuen Wohlthaten verbürgt seyen, ausdrücklich zu gewähren. Aber der Mehrzahl der einsichtigen Bürger leuchtete die Unmögkeit ein, diesem Verlangen unmittelbar gewillfahrt zu sehen. Sie fingen an, den Platz zu verlassen; ihr Beispiel hätte auch auf die andern gewirkt, als jenes unheilvolle Mißverständniß eintrat. Hier bemerke ich, daß das eigentliche Mißverständniß nicht darin gelegen haben mag, daß der Befehl zur Anwendung der Kriegsgewalt, um den Platz zu säubern, überhaupt gar nicht gegeben war, sondern daß man die Versammlung, die diesen bedeckte, mit jener der Thiergartenzelte, die überwiegende Masse ruhiger und besitzender Bürger mit der Jugend und der Arbeiterklasse verwechselte oder vermengte. Eine Kurzsichtigkeit von namenloser Wirkung. Unter dem Wehgeschrei: „Verrath! Zu den Waffen!" stürzten die Versammelten nach allen drei Seiten aus einander. Ob unmittelbar auf die Flucht einzeln versuchter Widerstand zuerst oder sofortige Verfolgung eingetreten sey, ist schwer zu entscheiden; Eins erfolgte wohl mit dem Andern; das Erschallen der Schüsse raubte allen Theilen sofort die Ueberlegung und trieb zum Angriff und zur Gegenwehr von beiden Seiten. Man hatte auf einen leichten und unblutigen Sieg der Truppen gerechnet, auf keine Betheiligung des Bürgerstandes. Bald war man furchtbar enttäuscht; Barrikaden bedeckten im Nu den größten Theil der Stadt, in den breiten wie in den schmalen Strassen. Hätte man sich so weit bezwingen können, wozu der Bürgermeister und der Vorsteher der Stadtverordneten riethen, keinen Angriff weiter stattfinden zu lassen; möglich, daß die Männer hinter den Barrikaden sich besonnen, daß die Behörden und Generale sich mit ihnen noch verständigt hätten. Aber seit bald fünf Uhr ging das vereinzelte Plänklerfeuer in das furchtbarste Rottenfeuer über, bald vermischte sich damit das unheilvolle Erdröhnen des Geschützes. Gegen die Nacht ließ das Schießen mehr nach, beide Theile beobachteten sich: die Truppen in resignirter, musterhafter Treue, das Volk im Gefühl seiner Kraft und in der Ahnung seines Siegs. Um 3 Uhr früh entbrannte der Kampf heftiger. Die Maßregel Napoleon's war einmal ergriffen, jetzt gehörte das Herz eines Napoleon dazu, sie durchzuführen; dieses fehlte dem Gebieter, nicht die Mittel. In vielleicht 4 Stunden, mit großem Blutvergießen freilich, hätten die Truppen Alles überwältigen mögen. Zu einem so fürchterlichen Instrument als die Anwendung der äußersten Kriegsmittel gebrach es an dem fürchterlichen Virtuosen. Bis 5 Uhr waren überall schon die vordern Barricaden mit Sturm genommen, die Plätze, die in einem ziemlich entfernten Rayon den Schloßplatz als innersten umgeben, bereits in den Händen der Truppen, als die Feindseligkeiten von diesen eingestellt, Unterhandlungen auf Grund der die schmerzlichste Bewegung athmenden Proclamation des Königs eingeleitet wurden. Von da an betrachtete das Volk sich als Sieger, bald benahm es sich als solcher. Die städtischen Vorgesetzten erwirkten weitere Zusicherungen und Zugeständnisse, sie genügten nicht. Das Volk verlangte Rückzug des Militärs; der König gab insoweit nach, als er es in die Kasernen, zum Theil außerhalb der Stadt consignirte, es somit und eigentlich sich selbst als Ueberwundenen bezeichnete. Gegen Mittag umgaben wieder Volkshaufen das Schloß, anders aussehend mit ihren Flinten, Säbeln und Knütteln als die friedliche Bürgerschaft vor 24 Stunden. Gab es den Führern eine demagogische Politik ein oder riß die Aufregung des Moments dazu hin: man brachte Züge von Leichen der Gefallenen auf Brettern, kaum bedeckt, blutig und entstellt vor das Schloß, das Königspaar mußte erscheinen, Drohungen heftiger Art erschallten, zu Wort ließ man den König nicht mehr kommen, mit Trauergeberden bezeugte er sein tiefes Leid. Alles ward von da ab bewilligt. Nachmittags besetzten Schützen von der Gilde (die am vortägigen Kampf entscheidenden Antheil genommen und die ersten Feuerwaffen geliefert hatten) und einzelne Bürger, wie sie der Zufall herbeiführte, den Schloßhof und die städtischen Posten; nur auf wenigen theilte man sie mit dem Militair, das man wie den Feind ansah. Gegen Abend ward das Zeughaus geleert, um die Bürger und was sich nur so nennt, zu bewaffnen. Bei Einbruch der Nacht ward illuminirt, die Gemüther bleiben düster. War die Erleuchtung so oft eine unfreiwillige Huldigung für die Herrscher, so war sie an diesem Abend eine eben so aufrichtige Demonstration, um die Massen zu beschwichtigen. Bis tief in die Nacht ertönten Freudenfeuer, eine schreckhafte Parodie und Reminiscenz der unvergeßlichen Töne der vorangegangenen. Der Oberbürgermeister erhielt eine gräuliche Katzenmusik. Unfug scheint nicht vorgefallen zu seyn, wenn man nicht eine, wie es heißt, wohlverdiente Züchtigung an den Wohnungen zweier Einwohner verübt, dahin rechnet. Der Bravour der Kämpfer von beiden Seiten muß man Gerechtigkeit widerfahren lassen. Niemand hätte geahnt, daß die Berliner gegen 15 Stunden lang den Kampf mit so trefflichen Truppen würden bestehen können. Das ist das einzige Tröstliche in diesem Bürgerkriege, in welchem allein aus meinem Hause zwei Brüder auf Seite des Volks fochten, der dritte unter jenen Dragonern, die das verhängnißvolle Blutdrama eröffneten. Aber die Aussicht weiterhin ist düster. Credit, Handel, Gewerbe sind längst unterminirt, jetzt mit dem allgemeinen Sturze bedroht, der Thron entwaffnet, das öffentliche Vertrauen dahin, Parteiwuth im bevorstehenden Ausbruch, Abfall einer oder der andern Provinz zu befürchten; ja es kann dahin kommen, daß wir gezwungen werden, um Rußland abzuwehren, die polnische Republik mit eignem Blut und ungeheuern Opfern zu erbauen. Wehe uns vor dem Bunde mit jenem Lande! wehe vor dem mit Frankreich, seitdem Deutschland zerrissen, fast jeder seiner Fürsten machtberaubt und der Bundschuh schon aufgesteckt ist. Grundbesitz, Staatspapiere, die meisten Industriezweige sind entwerthet, die Autoritäten entwurzelt, weder zu einem Ministerium noch zu einem Parlament Zuversicht und im Augenblicke die Ochlokraten obenan. Diese oder eine reaktionäre Militäraristokratie, das war die traurige Alternative von dem Moment an, wo Kartätschen die herrlichen Straßen der Hauptstadt fegten. (D. A. Z.)

(Berlin, d. 20. März.) Um 1 Uhr Mittags öffnete sich die Pforte des Staatsgefängnisses bei Moabit. Die gefangenen Polen zogen aus. Die Stunde der Befreiung hatte für sie geschlagen. Im Triumphzug nahmen sie ihren Weg nach dem königl. Schlosse. Eine große Menschenmenge begleitete sie und ließ jubelnd Lebehochs für sie erschallen. Man spannte die Pferde von dem Wagen, auf welchem Mieroslawski sich befand, und Menschen zogen den Befreiten den ganzen Weg entlang bis zum Schlosse, von dort zurück bei der Universität vorbei. Auf dem ganzen Wege wehten weiße Tücher, von Frauenhänden geschwungen, aus den Fenstern. Mieroslawski, auf dem Wagen stehend, hielt eine schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand und erwiederte durch Geberden und Fahnenschwingen die begeisterten Zurufe des Volkes, das in außerordentlich starker Menge die Befreiten begleitete. Als der Zug auf dem Schloßplatz war, erschien der König auf dem Balcon. (F. J.)

△ (Berlin, den 20. März.) Meinem gestrigen Bericht habe ich zunächst hinzuzufügen, daß der allerheftigste Kampf in der Gegend der breiten Straße wüthete; hier saßen besonders die Bürgerschützen fest, und erst nach drei Stunden wurden die Häuser gestürmt. Alles, was sich fand, wurde niedergemacht. Die gegenseitige Erbitterung war ganz unbeschreiblich. Aber der Sieg, und dieß ist es, was Preussens günstige Stellung bedingt, ist dem Volke geblieben. Nach 14stündigem Morden trat fast überall eine gegenseitige Erschöpfung ein und gegen 10 Uhr erhielten die Truppen Befehl zum Abzuge. Der König erklärte

in einer Bekanntmachung, daß er, sobald man sich beruhige, sofort die Soldaten entfernen werde. Allerdings ist diese Erklärung dem Urtheile nach, eine sehr ungenügende, indem der ganze furchtbare Aufstand, ein Aufstand, wie er nie dagewesen ist, offenbar ganz falschen und unwahrscheinlichen Ursachen aufgebürdet wird, aber die Hauptsache ist die Räumung des Schlacht- oder vielmehr Marsfeldes. Der Verlust auf beiden Seiten ist sehr groß. Alle Todte des Volkes werden ins königliche Schloß getragen, wer vorüber geht, grüßt, die Wache tritt ins Gewehr, — das ist Euer, Unser Blut, — ruft man sich zu. Auch die Studenten, welche mit der größten Tollkühnheit sich bei einzelnen Haufen an die Spitze stellten, haben sehr viele ihrer Brüder verloren. — Nachmittag gegen 2 Uhr erschien eine neue Verkündigung: Bodelschwingh, Eichhorn traten ab; Graf Arnim soll an der Spitze des neuen Ministeriums stehen, in welches auch Graf Schwerin und v. Auerswald eintreten. Die Wahl Arnims ist jedoch den Verhältnissen kaum entsprechend, es ist keine Zeit mehr für die halben Maaßregeln. Ebensowenig kann Schwerin das Kultusministerium genügend ausfüllen, wenn er nicht noch viel von seiner orthodoxen Richtung abläßt. Aus dem Volke erheben sich viele Stimmen für Hansemann u. s. w.

Nachmittag wurde über einige Volksverräther Gericht gehalten. Zu bedauern ist es, daß der niederträchtigste derselben nur durch Zerstörung seiner Wohnung gestraft werden konnte, er selbst war entwischt. Dieser Mensch, ein pensionirter Oberst Preuß (der Name ist nicht zuverläßig) hatte 6 Männer auf der Königstraße in seine Wohnung gelockt durch die Bemerkung, daß sie von den Fenstern derselben besser schießen konnten. Darauf ließ er Soldaten herauf kommen und nur Einer entsprang, die andern wurden ermordet. — Abends wurden Waffen ausgetheilt, die Errichtung einer Bürgergarde ward endlich zugegeben, alle Posten sind bereits von Bürgern besetzt, und in den erleuchteten Straßen jubelt das souveräne Volk. Ueberall wird im Namen des Volkes gesprochen, das sich seiner Kraft bewußt, nun nicht mehr zu übergehen ist. Der Haß gegen den Prinzen von Preussen ist grenzenlos. Der abgetretene Minister Bodelschwingh hat übrigens auch in seinen Berichte während des Kampfes den König gewissenlos hintergangen, in der Nacht persönlich Wein zu Offizieren gebracht und als sich diese bedankten, geäussert: »Der Dienst, den Sie dem Staate heute geleistet, kann Ihnen nicht genug gedankt werden.« Ja, der Dienst war groß! Das Volk hat die Herrschaft errungen und wird sie nie mehr aus der Hand geben.

Heute wird die Stadt ruhiger, die Barrikaden verschwinden ganz, und wenn der Begräbnißtag, wie zu hoffen, ohne gewaltsame Ausbrüche des Schmerzes vorübergeht, ist Alles gewonnen. Der Tag ist noch nicht festgestellt; immer weiß man die Zahl der Opfer noch nicht. 400 Männer aus dem Volke sind das Geringste. Der Verlust der Soldaten ist noch größer, 64 Offiziere sind verwundet oder todt. Eine allgemeine Sammlung für die Zurückgebliebenen der ruhmwürdigen Opfer ist bereits veranstaltet.

† (Berlin, den 20. März.) Nach dem schrecklichen Kampfe vom Sonnabend auf Sonntag ist die Ruhe nicht wieder gestört worden, da noch gestern Nachmittag eine Kabinets-Ordre erschien, welche die Errichtung einer bewaffneten Nationalgarde autorisirt. Dieselbe ist gestern schon theilweise in Dienst getreten, wird heute jedoch erst vollständig organisirt werden. Bei der Erbitterung, welche zwischen Volk und Militär herrscht, wäre ein furchtbares weiteres Blutbad zu befürchten gewesen, hätte man nicht das Militär sofort aus der Stadt zurückgezogen. Ihnen ein Bild von der Verwüstung zu entwerfen, in welcher sich gestern morgen unsere Stadt befand, ist unmöglich. Die schrecklichsten Barrikaden waren überall errichtet, und die Straßen sind durch das fürchterliche Kartätschenfeuer auf das schrecklichste zugerichtet worden. Die Barrikaden waren in der kürzesten Zeit in solchen Massen errichtet worden, daß die ganze Stadt förmlich damit übersäet war. Nach einem 16stündigen Kampfe von Nachmittags 3 Uhr bis Morgens 6 Uhr war das Militär endlich bis zur Leipziger Strasse, auf der andern Seite bis zum Alexanderplatz und zur Stralauerstrasse vorgedrungen; darüber hinaus war Alles uneinnehmbar.

Die Zahl der Todten wird sehr verschieden zwischen 600 und 1000 Männern aus dem Volke angegeben; nach einigen selbst noch bedeutender. Der Verlust auf Seite des Militärs soll doppelt so groß sein. Da der König alles bewilligt hat, wurde die Ruhe gestern Abend nicht mehr gestört. Sämtliche Polen sind soeben aus ihren Gefängnissen befreit worden.

Außer der Garnison haben auch fast alle Prinzen die Stadt verlassen müssen. An dem Palais des Prinzen von Preussen liest man mit großen Lettern: Nationaleigenthum; nur dadurch konnte es vor der Verwüstung geschützt werden. Heute sind alle Zeitungen zum ersten Male **ohne Censur** erschienen. Anliegend theile ich Ihnen eine Protestation mit, die hier allgemeine Zustimmung findet; aus derselben können Sie am besten ersehen, welcher Geist das Volk belebt. Protestation. Gegen den Antrag »für die Hinterbliebenen der Märzhelden Berlins Almosen zu sammeln,« protestire ich hiermit feierlichst im Namen der Ehre Preußens und Berlins. Diesen Freiheits-Märtyrern muß vielmehr ein ihren unsterblichen Thaten entsprechendes Leichenbegängniß gefeiert werden, dem sich die gesammte Bürgerschaft Berlins in Trauer anzuschließen hat. Die Helden müssen auf einem eigenen Kirchhofe begraben und denselben ein würdiges, preisgekröntes Denkmal errichtet werden. Für die Hinterbliebenen derselben aber muß aus Staatsmitteln dermassen gesorgt werden, wie es der Dankbarkeit des deutschen Volkes geziemt. Berlin, 20. März. D. A. Benda.

(Elberfeld, den 19. März.) Auch wir haben gestern Abend einen Strassen-Krawall erlebt. Schon im Laufe des Tages verbreitete sich das Gerücht, es sollten am Abende mehrere namhaft gemachte Fabriken zerstört werden, und wirklich sammelte sich gegen 9 Uhr eine Volksmenge vor dem Rathhause, die bis 10 Uhr mehr und mehr anschwoll. Um diese Zeit setzte sich ein Haufe nach der van der Beeck'schen Fabrik in Bewegung und begann das Zerstörungswerk durch Einwerfen der Fenster, während die vor dem Rathhause Zurückgebliebenen ähnliche Zerstörungen an diesem Gebäude vornahmen. Die Zusprüche ruhiger Bürger vermochten nicht, die Tumultuanten zu beruhigen, sie wurden sogar theilweise mißhandelt, und, wie es heißt, einer sogar in sehr bedenklichem Grade. Gegen 10 Uhr traf ein nach Lennep und der Umgegend bestimmtes Detachement der Schützen-Abtheilung von Düsseldorf hier ein, wodurch die Ruhe bald hergestellt wurde. (K. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 19. März.) Eine Depesche aus Berlin vom 14. März meldet, daß der Kaiser von Rußland in der bestimmtesten Weise sich erklärt habe, sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs keineswegs zu mischen, so lange Frankreich nicht angreife.

Die deutschen Democraten in Paris wollen sich nach Deutschland in Marsch setzen und haben zu diesem Zwecke ihren Plan sämmtlichen Pariser Klubs zur Begutachtung mitgetheilt. „Ganz Deutschland antwortet in diesem Augenblick (heißt es darin) dem von Frankreich ausgestoßenen Emanzipationsrufe. Republick ist das Losungswort ..... Bürger! .... die Sturmglocke erschallt von einem Ende Deutschlands zum anderen. Sicher fehlt es dort nicht an Männern, denn wir zählen 48 Millionen. Aber unser kleines Corps wird der übrigen deutschen Bevölkerung gegenüber große Vortheile haben. Erstens kann es sich auf sicherer Stätte bewaffnen und einexerciren und so einen republikanischen Kern bilden, der unsern Brüdern zum Sammelpunkt dient. Zweitens besitzen wir den moralischen Vortheil, Eurer heldenmüthigen Revolution beigewohnt oder gar mitgekämpft und somit gelernt zu haben, wie man ein treuloses und unterdrückerisches Regierungssystem stürzt u. s. w. Wir bitten Euch daher, Bürger, unsere Kräfte bei Bildung dieser heiligen Invasion der Kinder Deutschlands auf deutscher Erde zu unterstützen und somit zur Errichtung dessen, was es Edelstes und Größtes gibt, nämlich einer deutschen Republik, Schwester der französischen Republik, beizutragen. Französisches Volk! Indem du uns deine Unterstützung bei Begründung deutscher Einheit gewährst, beförderst du auch die Auferstehung jenes andern Volkes, das zu allen Zeiten dein treuester Verbündeter und Waffengefährte war. Der Weg nach Polen führt nur durch das freie und republikanische Deutschland. Gruß und Brüderschaft. Paris, den 18. März 1848. Der Ausschuß der deutschen demokratischen Gesellschaft. Georg Herwegh, Präs. Bornstädt, Vizepräs. Fuhrman, Wolf, Löwenfels, Ausschußglieder. Rauch, Sekretair." Obiger Vorschlag wird in den Clubbs demnächst diskutirt werden. Auf eine offene Unterstützung desselben dürfte die provisorische Regierung schwerlich eingehen. Die Revolution in Wien ändert die Dinge freilich. Sie befestigt Manchen, der bisher noch schwankte. Der Abmarsch ist dem Vernehmen nach bereits auf Dienstag (21.) festgesetzt.

Italien.

Nachrichten aus Mailand über den Eindruck der Wiener Ereignisse fehlen uns noch. In Venedig brach am 17 ungeheurer Jubel aus, als ein Dampfboot die ersten Berichte gebracht hatte. Die politischen Gefangenen wurden mit Gewalt der Freiheit wiedergegeben. Tommaseo und Manin scheint der Gouverneur, auf das Dringen des Volks, selbst ihrer Haft entlassen zu haben. In der Aufregung wurde alles durcheinandergerufen: Hoch der Republik, Pius IX, dem Kaiser, selbst den Deutschen! (D. Allg. Z.)

Niederlande.

Aus Luxemburg, 16. März schreibt die „Trier'sche Zeitung": Wir haben diesen Abend einen Scandal erlebt, wie er zur Ehre der Menschheit noch nie dagewesen ist — einen Pöbelauflauf in seiner rohesten Gestalt, organisirt und geleitet von einem Bischof. Ein Haus ist beinahe ganz demolirt worden; alle Fenster wurden eingeworfen, die Läden und Thüren, ein großer Theil der Möbel zertrümmert. Nur das Einschreiten der bewaffneten Macht vermochte dem Werke der Zerstörung Einhalt zu thun. Für den heutigen Tag war eine Bürgerversammlung angesagt, in welcher eine Addresse an den König berathen werden sollte. Das Gerücht ging, daß ein Paragraph die Abberufung des Bischofs Laurent fordere, der eine Gegenmine anzulegen sich beeilte und Tags vorher von der Kanzel verkündigen ließ, daß alle guten Katholiken sich dieser Addresse wiedersetzen müßten, zu welchem Behuf eine Gegenpetition zum unterzeichnen aufliege. Die Bürgerversammlung unterblieb, weil man von den Aufhetzungen der Geistlichkeit Kunde erhielt und Unruhen befürchtete; die Demonstration des Herrn Laurent hingegen ging vor sich. Um 5 Uhr versammelte sich eine Masse Individuen, meist aus den Vorstädten und den umliegenden Ortschaften angehörig, vor der Hauptkirche, wo im Hause des Küsters die Laurent'sche Adresse auflag. Auf einmal erhob sich ein fürchterliches Geschrei: man hatte einen Freimaurer unter den Zuschauern entdeckt, der alsbald von allen Seiten umringt und mit Mißhandlungen bedroht wurde, vor denen ihn nur das Einschreiten der Gensd'armerie zu schützen vermochte. Ein anderes Mitglied der hiesigen Loge war nicht glücklicher, und hatte brutale Mißhandlungen zu erdulden. Jetzt bewegte sich der tobende Haufen (einige bezahlte Sackträger als Führer an der Spitze) durch die Pastorsgasse, wo vor der bischöflichen Residenz die Mützen geschwenkt wurden, nach dem Hause des Bürgermeisters, wo alsbald die oben geschilderten Verwüstungen verübt wurden. So musterhaft auch die Haltung unserer Gensd'armerie, mit ihrem Kommandanten an der Spitze war, so vermochte sie doch nicht, dem immer wachsenden Haufen des Gesindels Widerstand zu leisten, und erst als bedeutende Truppenmacht, welche alle Zugänge des Fischmarktes besetzte, erschien, stob die Masse auseinander. Patrouillen durchziehen die Straßen, durch die sich noch immer lärmende Haufen bewegen. Für die Erbitterung der hiesigen Bürgerschaft gibt es keinen Ausdruck. — Ich erfahre in diesem Augenblick, daß man für die Nacht noch größere Exzesse befürchtet; die Gegner unseres Fanatikers sollen dessen Wohnung ebenfalls zu zerstören beabsichtigen. Möchten sie sich nur ruhig verhalten und anstatt ungesetzliche Rache zu nehmen, das Urtheil der Gerichte und des Publikums abwarten. Es ist unnöthig, Gewalt mit Gewalt zu vergelten. Hr. Laurent wird diesmal der Last der öffentlichen Indignation erliegen. (Fr. O.-P.-Z.)

Schweiz.

(Zürich, den 19. März.) Durch ein Kreisschreiben an alle Pfarrer ladet die provisorische Regierung von Neuenburg dieselben ein, in den Kirchengebeten die Stelle wegzulassen, wo für den König, die Königliche Familie und den Gouverneur Heil vom Himmel erfleht wird. Die prov. Regierung soll, im Einverständniß mit dem Vorort, fest entschlossen seyn, dem Gouverneur v. Pfuel oder seinem Stellvertreter den Eintritt in den Kanton Neuenburg nicht zu gestatten, wenn er verlangt oder erzwungen werden solle. (Schw. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Mit höchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.
Cocos - Nuss - Oel - Soda - Seife

von ächtem bestem Cocosnußöl ist bei Unterzeichnetem trotz der bedeutenden Steigerung dieses Oels fortwährend in Stücken zu 3, 6, 9 und 12 kr. und in ganzen Riegeln zu 48 kr. zu haben, so wie alle andern Toilettenseifen, namentlich Windsorseife in großer Auswahl, Palmseife, Transparentseife, Königsseife, Rasirseife, englische Militärseife, Savon Naval, Seifenpulver, das Schächtelchen zu 6 kr., Bimssteinseife in Stücken zu 8, 10, 18 und 24 kr., Seifenkugeln, flüssige Citronalseife gegen Sommersprossen, Leberflecken und sonstige Hautunreinigkeiten, das große Glas zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr., sammt Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen berühmter Aerzte; ferner frische Pommaden in vielen Gattungen und Blumengerüchen, von 9 kr. bis 48 kr. per Topf. Haar- und Bart-Pommaden in Stangen, blond, braun und schwarz. Pommade cosmétique, schwarze und braune Pommaden zum Haarfärben, Cosmétique Kephalia zur Verschönerung der Haare, Mailändischer Haarbalsam, anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, das große Glas zu 54 kr. und das kleine zu 30 kr., Haaröle in allen Gerüchen, Macassaröl, ächtes Eau de Cologne triple zu 12 kr., 18 kr. und 24 kr. das Glas, Quintessence d'Eau de Cologne ambrée das Glas zu 48 kr. Extrait d'odeurs in den feinsten und stärksten Blumengerüchen, Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition zu 18 kr. und zu 36 kr. pr. Glas, Duft-Essig, ein höchst köstliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel das Glas zu 15 kr., orientalische Blumenessenz zum Räuchern a 36 kr. pr. Glas feinstes Königsräucherpulver die Schachtel zu 6 kr., weiße und rothe Schminken in allen Qualitäten, Riechkissen zum Parfümiren der Wäsche und Kleider, und viele andere in das Parfümeriefach einschlagende Artikel von bester Qualität zu den möglichst billigen Preisen sind stets vorräthig bei

Carl Kreller,
Karlsstraße S. Nro. 91 nächst dem Weinmarkt

Aufruf und Bitte.

Zum Wohle der minderbemittelten unter unsern Mitbürgern und Mitinwohnern hiesiger Stadt soll unter bereitwilliger Unterstützung von Seite des löblichen Armenpflegschaftsrathes dahier eine Sparlade und eine Arbeitsnachweisungs-Anstalt ins Leben treten.

I. Sparlade.

Die Sparlade hat den Zweck, von solchen Einwohnern, deren jährliches Einkommen den Betrag von 350 fl. nicht übersteigt, freiwillige wöchentliche Ersparnisse von mindestens 6 kr. bis höchstens 30 kr. in den 30 Wochen vom 1. April bis zum Oktober in Empfang zu nehmen und für diese Einlagen eine der Größe derselben entsprechende Quantität von Kartoffeln und Brennmaterial in den Wintermonaten und zwar ohne Abzug für Kosten des Bureaus abzugeben.

Die Vortheile dieser Anstalt für so viele unserer ärmeren Mitbürger, welche in so manchem Winter Kartoffeln und Holz in kleinen Partieen und theuern Preis kaufen mußten, leuchten Jedem ein, der erwägt, daß das Kleine in den Sommermonaten zurückgelegte Ersparniß, das außerdem mit der übrigen Einnahme ausgegeben würde, bei der Sparlade angelegt, für die ohnehin schwereren Wintermonate eine gewünschte Beihülfe gewährt. Hiezu kommt noch der große Vortheil, daß die Vorräthe von Kartoffeln und Brennmaterial im Großen und in der zum Ankauf günstigsten Zeit angeschafft, um einen viel geringeren Preis zu stehen kommen, als derjenige ist, den der Aermere in der Winterszeit und beim Kaufen seiner kleinen Portionen dafür zahlen muß.

Diese Sparlade wird am 1. April d. Js. eröffnet, ihr Bureau ist S. Nro. 87 in der Schustergasse. Jeder Einleger erhält bei der ersten Einlage von dem aufgestellten Buchführer ein Quittungsbüchlein, in welches, wie die erste, so jede folgende Wocheneinlage eingetragen wird.

Es ergeht daher vor Allem an den minderbemittelten Einwohner die wohlgemeinte Bitte, von dieser zu ihrem wahren Besten errichteten Anstalt Gebrauch zu machen und zu beweisen, daß es ihnen selbst ein Ernst ist, die zur Erleichterung ihrer Lage ihnen dargebotenen Mittel nicht von der Hand zu weisen und durch weise Sparsamkeit in den bessern Monaten für die härtere Zeit des Jahres Vorsorge zu treffen.

II. Die Arbeitsnachweisungs-Anstalt.

Die Arbeitsnachweisungs-Anstalt hat den Zweck, den Arbeitsuchenden, die gerne mit ihrem Fleiße sich ihren Unterhalt verdienen möchten, zur Erlangung von Beschäftigung und Verdienst behülflich zu seyn. Mit Ausnahme der eigentlichen Handwerksgesellen und der Dienstboten soll sich die Anstalt auf alle Arten von Arbeitern und Arbeiterinnen erstrecken.

Das Bureau für die Arbeitsnachweisungsanstalt ist dasselbe wie für die Sparlade, nämlich S. No. 87 in der Schustergasse und wird für diesen Zweck am 1. Mai d. Js. eröffnet.

Es werden daher alle Diejenigen, die Arbeit suchen, denen es aber nicht gelungen ist, solche zu finden, gebeten, von dem angegebenen Zeitpunkt an der Anstalt ihre Gesuche persönlich zu erkennen zu geben. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß die Anstalt ihren Zweck nur dann erreichen kann, wenn auch recht viele unserer Mitbürger, welche Arbeit geben und Arbeiter brauchen, ihre Wünsche dem Bureau schriftlich oder mündlich eröffnen.

Wir ersuchen daher alle Diejenigen, welche auf längere oder kürzere Zeit, und wäre es auch nur auf einen Tag oder einen halben Tag, Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigen können und wollen, uns durch Kundgabe ihres Bedürfnisses in den Stand zu setzen, recht vielen Fleißigen, die ihr gerne eigenes Brod essen möchten, die gewünschte Arbeit zu verschaffen.

Für die Kosten des Bureaus und der Verwaltung der beiden mit einander verbundenen Anstalten ist vorläufig auf ein Jahr durch eine vom Armenpflegschaftsrath freundlichst bewilligte namhafte Summe gesorgt und wir hoffen damit auszureichen, ohne sofort die Privatwohlthätigkeit in Anspruch nehmen zu müssen.

Das Nähere über die ganze Einrichtung enthalten die Statuten, welche vom 1. April an sowohl im Bureau, als auch bei den Unterzeichneten unentgeltlich in Empfang genommen werden können.

Aber um so mehr rechnen wir auf die thätige Theilnahme aller unserer Mitbürger, denen das Wohl ihrer minderbemittelten Brüder am Herzen liegt, daß sie mit uns es sich angelegen seyn lassen, die Kenntniß dieser wohlthätigen Anstalten in ihren Kreisen, namentlich unter Denen, für die sie bestimmt sind, möglichst zu verbreiten und zu deren Benützung aufzufordern. Durch gemeinsames Zusammenwirken wird wenigstens ein Beitrag geliefert werden, um an unserm Theile die wichtige und schwierige Aufgabe der Gegenwart hinsichtlich der arbeitenden und armeren Bevölkerung auf friedliche Weise zu lösen.

Nürnberg, den 22. März 1848.

Ludwig Gunther, Kaufmann, } Vorstände
W. Korte, Advokat, }
J. G. Barthelmeß, Handschuhfabrikant und Armenpflegschaftsrath.
P. C. Geißler, Maler und Kupferstecher und Armenpflegschaftsrath.
Bürckhauer, } Pfarrer.
Reuter, }
Joh. Zeltner, Kaufmann.

Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Rechtsanwalt ist von den Erbsinteressenten beauftragt, nachstehend beschriebenes Haus Behufs der Erbschaftstheilung öffentlich an den Meistbietenden zu verkaufen.

Das mit Lit. L. Nr. 802 bezeichnete Haus liegt in der Klaragasse, ist dreistöckig, zum größten Theile massiv, im besten baulichen Zustande, frei eigen, mit einem Waldrechte versehen, liegt mit 3400 fl. in der Brandkasse und enthält folgende Piecen:

1) unter der Erde: einen großen Weinkeller und einen kleinen Keller.
2) Parterre: 1 heizbares und ein unheizbares Zimmer, einen Laden, eine Werkstätte mit Feueresse, 1 Küche nebst Vorplatz.
3) Im 1. Stock: 2 heizbare, 2 unheizbare Zimmer, 1 Küche, 1 Speisekammer, 1 Vorplatz
4) Im 2. Stock 2 heizbare, 2 unheizbare Zimmer, 1 Küche, 1 Speisekammer, 1 Vorplatz

In jedem Stock befindet sich ein s. v. Abtritt.

5) Unter dem Dach: 4 Bodenkammern nebst 2 aufeinanderstehenden Böden, jeder aus 2 Abtheilungen bestehend.

Das Dach ist mit Flachziegeln doppelt gedeckt. Zum Verkauf dieses Hauses, welches täglich eingesehen werden kann, wird auf

Montag den 3. April h. Js., Vormittags,

im Hause selbst Termin anberaumt und hängt der Zuschlag an den Meistbietenden lediglich von der Einwilligung zweier, hier befindlicher großjähriger Erbinteressenten ab.

Zahlungsfähige Kaufslustige werden andurch zum Strichtermin eingeladen.

Nürnberg, den 21. März 1848.

Lindner, k. Advokat.

(Gesuch.) Eine an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Magd, welche in der Küche und in den andern Hausarbeiten wohl erfahren ist, wünscht in einem soliden Hause unterzukommen. Näheres in Nro. 311 am Weinmarkt.

(Gesuch.) Eine an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte brave Magd, welche gut zu kochen versteht, sich jeder andern Hausarbeit willig unterzieht und gute Zeugnisse über ihr sittliches Betragen hat, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

Bekanntmachung.

Am Montag den 27. März d. J. Vormittags 10 Uhr werden bei der unterzeichneten Verwaltung
circa 67 Schäffel Korn,
62 Schäffel Dünkel,
vorjährige sehr gute Frucht im Wege der Versteigerung öffentlich verkauft, wozu Liebhaber geladen werden.

Neunkirchen, den 18. März 1848

Erzbischöfl. Seminar-Stiftungs-Verwaltung.
Müller.

Eintracht.

Montag den 27. März Produktion im Lokale des Bamberger Hofes. Eintrittskarten für Fremde können beim Vorstand im Empfang genommen werden.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Anerbieten.

Drei Büchsenmacher-Gehülfen finden in der Büchsenmacher-Werkstätte von Oeßinger dauernde Beschäftigung.

Scheibe, Geschäftsführer der Oeßinger'schen Werkstätte.

Gasthaus-Verkauf.

Ein Gasthaus zweiter Klasse ist unter den annehmbarsten Bedingungen zu verkaufen, und könnte sogleich übernommen werden.

Blumen-Königin.

Freitag Abends Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet
Georg Weidinger

Deutsches Haus in Gostenhof.

Samstag den 25. März ist Metzelsuppe und producirt sich der Volkssänger Herr Deininger aus München. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

J. Neubauer

(Gestohlen.) Am 22. d. ist aus dem Gasthaus zum Deutschen Haus in Gostenhof ein blautuchener Herren-Mantel mit hellblauem Futter (Damentuch) und Astrachankragen gestohlen worden, vor dessen Ankauf hiemit gewarnt wird. Sollte derselbe jedoch schon gekauft oder versetzt seyn, so ist man erbötig, das dafür Ausgelegte zurückzuerstatten.

Eine unrechte Pelzmütze.

Vor 14 Tagen wurde in einer Abendgesellschaft, eine schwarze Pelzmütze mit dunkelbraunem Tuch gegen eine ähnliche mit schwarzer Quaste, verwechselt; der Besitzer wird hierauf aufmerksam gemacht und gebeten, jene gegen die seinige wieder auszutauschen, wozu die Expedition gefälligst Auskunft giebt.

Französisches Theater.

Sonntag den 26. März wird zum letzten Mal in S. Nro. 996 zum Besten der Armen das große Trauerspiel »Phedre« in 5 Akten von Jean Racine stattfinden. Die Billette kann man zu jeder Zeit bei Mad. Montariol in S. Nro. 996 a Person 16 kr. abholen.

(Gesuch.) Eine ordentliche, fleißige Magd, welche Hausmannskost kochen kann und sich allen andern Arbeiten gerne unterzieht, wird bis Ziel Walburgis in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche gut kochen kann und sich willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Eine gewandte Köchin wird in ein m Gasthofe gesucht. Näheres in L. Nro. 1279 2te Etage.

(Gesuch.) Ein junges reinliches Mädchen, welches schön nähen, gut rechnen und schreiben kann, wünscht als Stubenmädchen oder in einem Laden unterzukommen. Näheres in L. Nr. 755 am Katharinengraben.

(Gesuch.) Eine solide Bürgerstochter, welche in weiblichen Arbeiten wohl erfahren ist, wünscht bis nächstes Ziel als Stubenmädchen unterzukommen. Näheres Nro. 87 in der Schustergasse

---

(Zu vermiethen.) In dem Garten Nr. 110 vor dem neuen Thore ist ein Salon zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein schöner gesunder Nußbaum ist billig zu verkaufen, theils 3 und 2 Zoll geschnitten. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Bäume-Verkauf.) Eine bedeutende Quantität von Zwetschgen-, Weichsel- und anderen Bäumen kann abgegeben werden. Näheres in L. Nr. 329

Theater in Fürth.

Freitag 24. März. »'s letzte Fensterln.« Alpenscene mit Gesang in 1 Akt von G. Seidl. Hierauf: »Nr 777.« Herr Krilling. »Notar.« Vortheil als Debut. Zum Schluß: »3 Jahrln nach'm letztern Fensterln.« Alpenscene mit Gesang in 1 Akt von G. Seidl.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. März 1848. № 85. Samstag: Mar. Verk.

†† Historische Rückblicke.

Die Freude darüber, daß nun auch Preußen für Deutschland gewonnen, daß dem grossen Ziel der mächtigen Bewegung, gegen die alle menschliche Gewalt sich ohnmächtig zeigt, der Herstellung eines freien und einigen Deutschlands, um einen gewaltigen Schritt näher gerückt sei, wird schmerzlich getrübt durch die empörenden Schauderscenen, deren Schauplatz Berlin vom 18. auf 19. März war. Je fester wir überzeugt sind, daß eine friedliche Reformentwicklung allein die Verwirklichung jenes Zieles sichern kann, um so mehr müssen uns, müssen jeden Deutschen die blutigen Vorfälle in Berlin bekümmern. Ist ein so schnelles Vergeben und Vergessen derselben möglich? Wir glauben es nimmermehr. Unwillkürlich gedenken wir jenes Gemetzels auf dem Marsfelde am 17. Juli 1791 und der entsetzlichen Sühnung, die das Volk sich 2 Jahre später an dem ehrwürdigen Bailly nahm, der als Maire von Paris durch das unheilvolle Commandowort eine schmerzliche Pflicht erfüllen zu müssen geglaubt. Und dort hatte man die rothe Aufruhrfahne entfaltet, man hatte die gesetzlichen Aufforderungen ergehen, man hatte zuerst in die Luft feuern lassen, um die Widerspenstigen zu warnen; in Berlin aber wurde das Volk unversehens und unvorbereitet überfallen, und durch die ihm entfremdete Soldateska, durch ein übermüthiges bürgerfeindliches Junkerthum zuvor schon schwer gereizt, mit Gewalt auf unverantwortliche Weise zu einem ungleichen, verzweifelten Kampfe gedrängt, den ein König, ein „Landesvater" eine lange Nacht hindurch blutig fortwüthen ließ, er, der durch ein Wort Hunderte, vielleicht Tausende von Menschenleben retten konnte. Mag die Zahl der Opfer sich durch genauere Ermittlung auch noch so sehr ermäßigen, mögen die bis jetzt laut gewordenen, ohnedieß unter einander abweichenden Angaben sich auch noch so sehr als übertrieben erweisen, immer wird eine furchtbare Wahrheit übrig bleiben. Mag der Fürst, der mit so kaltem Blute seine „Vaterstadt" allen Schrecken des Bürgerkriegs preisgab, noch so sehr den redlichen Willen haben, fortan als wahrhaft konstitutioneller Monarch zu regieren, der Saame des Mißtrauens ist ausgestreut, die blutigen Schatten der Gefallenen müssen, unaufhörlich aus den Gräbern heraufbeschworen, zu einer stehenden Anklage gegen Ihn werden. Wir sind keine Gespensterseher, aber wir fürchten sehr, der in Berlin hergestellte Friede sei nur ein scheinbarer, und das vergossene Blut werde für Preußen, für Deutschland schlimme Früchte tragen. — Die Berliner Nachrichten sagen, der König habe „um die Würde seiner Krone zu behaupten", die Berliner Bürger hinschlachten lassen müssen, und der Korrespondent v. u. f. Deutschland nennt, mit Beziehung auf den Artikel, in welchem diese Ansicht ausgesprochen ist, die Berliner Nachrichten „ein achtbares Blatt." Wir lassen Jedermann seine Ansicht, glauben indessen, daß die Berliner Nachrichten an „Achtbarkeit" nichts verloren haben würden, wenn sie gesagt hätten, der König von Preußen würde die Würde seiner Krone besser behauptet haben, wenn er sie nicht mit dem Blut seines Volks besudelt hätte.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 23. März.) Die gestrige Eröffnung des Landtags war von aussergewöhnlichem Pompe begleitet; der ständische Saal erglänzte von den zahlreichen prachtvollen Uniformen und namentlich waren die Herren Reichsräthe auffallend herausgeputzt und stachen seltsam gegen den einfachen schwarzen Frack der Abgeordneten ab. Unwillkürlich muß man Distinktionen machen zwischen den beiden Arten von Volksvertretung, der in ordensbehängten, goldstrotzenden Galla, und der bürgerlichen. — Mit den im Gefolge S. M. des Königs eintretenden Ministern erschienen die Abg. Heintz und Lerchenfeld, welche sofort als Justiz- und Finanzminister bezeichnet werden. Heres, sagt man, werde zum Präsidenten des obersten Rechnungshofs ernannt werden, Beisler hingegen Minister des Cultus bleiben; Frhr. v. Giese soll das Portefeuille des Aeußern erhalten. — Nachdem also Heintz am Ministertisch seinen Platz einnimmt, wird die Wahl eines neuen Präsidenten nothwendig, worüber die Kammer heute noch entscheiden wird. — Heute Abend soll im bayer. Hof ein „Verbindungsbankett" abgehalten werden, zu welchem pfälzische und aus den übrigen Kreisen Abgeordnete, Bürger, Beamte, Offiziere, Schriftsteller, Studenten, Künstler und Reichsräthe zur Theilnahme eingeladen sind. Es ist in der That an der Zeit, daß alle Stände sich fest an einander schließen, alle Standesunterschiede schwinden; nur durch eine feste Verbrüderung können wir einig allen möglichen Stürmen der Zukunft Trotz bieten. — Wenn die Thronrede uns auch keine so großen Ueberraschungen bot, wie man sie bei einem Thronwechsel unter den so schwierigen jetzigen Zeitumständen erwartete, so ist der Eindruck im Allgemeinen doch ein guter, indem man auf die anwesenden Stände unbedingt vertraut. Wie man vermuthet, wird vorerst nur über Ministerverantwortlichkeit ein Gesetz berathen und das Wahlgesetz zu Stande gebracht werden, wornach sich die gegenwärtige Kammer auflösen und mit dem neuen Wahlgesetz zu neuen Wahlen geschritten werden soll, so daß wir eine nur aus intelligenten und freien Elementen zusammengesetzte Kammer erhalten werden, die alsdann sich schleunigst wieder versammelt, um die übrigen Fragen alle der Lösung entgegen zu führen. — In der Thronrede vermißt man ungern die Gewährung des Associationsrechts und Gleichheit aller Konfessionen; so kann es zum Beispiel mit der halben Gabe der Ausbesserung der Verhältnisse der Israeliten Letzteren so wenig, wie den Freunden der Freiheit überhaupt gedient seyn. Durch die Errichtung einer oberen Kirchenbehörde für Israeliten ist die Sache der Emancipation ins Unendliche hinausgeschoben; es wäre aber Zeit, daß diesen, Jahrhunderte lang unterdrückten Unterthanen, welche trotz aller Verfolgung intellectuell und moralisch hinter dem Fortschritt der Zeit nicht zurückbleiben, vom Staate hingegen nur an den Lasten, nicht aber auch an den Wohlthaten Theil hatten, es wäre Zeit, daß diese guten Unterthanen, welche an jedem Kampfe um die Freiheit so thätigen Antheil nehmen, die Errungenschaft auch völlig theilen, daß auch sie frei werden. Mögen unsere Stände dieß wohl beherzigen. Nur jetzt keine halben Maßregeln; für eine solche würden die Israeliten wenig Dank wissen können. Da es im Gegentheile höchst demüthigend für sie seyn muß, daß auch jetzt noch, wo Alles sich des Errungenen freuen kann, sie allein von der Freude ausgeschlossen sind, sie, die bei unseren Bürgerversammlungen an den Tagen stürmischer Bewegung kräftig mit aufgeregt waren, die in ereignißschweren Stunden der Gefahr die Waffen in den Reihen ihrer christlichen Mitbürger mitgetragen, die unter der Bürgermiliz und die sämmtlichen Freikorps sich einreihten, und — wir können es bezeugen, wo um Vertheidigung der gemeinsamen Rechte oder um Aufrechthaltung der Ruhe es sich handelte, — mochte der Augenblick auch noch so drohend seyn, da fehlte von den Israeliten auch nicht Einer. Wenn dieß ein verfolgter, unterdrückter, in politischer wie socialer Hinsicht zurückgesetzter Theil eines Volkes that, was wird erst der freigemachte, in die Menschenrechte wieder eingesetzte Jude thun? Sehr niederdrückend war eine dieser Tage der zur Audienz bei Thon Dittmer zugelassenen Deputation der Münchner Kultusgemeinde gemachte Aeusserung: „So lange die Juden an einen Messias glauben, sey ihre Emancipation unmöglich." Dieser stereotyp gewordene Einwurf ist längst widerlegt und es sollte uns wundern, wenn der Herr Minister des Innern nicht selbst eine gründliche Antwort darauf in sich trüge, da derselbe unstichhaltige Anhaltspunkt der Gegner der Emancipation in neuester Zeit im englischen Parlament kräftig beseitigt wurde. Was in Frankreich, England, in Amerika möglich war, das sollte allein in Bayern nicht geschehen können und warum? — Gestern Abend noch bildete sich die Adresskommission, zu welcher im ersten Scrutin gewählt wurden: Rotenhan mit 108, Willich mit 107, Dek. Vogel mit 104, Dek. Bauer mit 103, Closen mit 101, Stockinger mit 89; anwesend 119 Mitglieder. Im zweiten Scrutin wurden von 101 anwesenden Mitgliedern Dr. Edel mit 86 und Dr. Müller mit 76 Stimmen gewählt. Diesen Vormittag versammelte sich die Adreßkommission zur Berathung; auch wurde zur weiteren Ausschußwahl geschritten. Ich werde Ihnen die sämmtlichen Ausschüsse in Zusammenstellung morgen mittheilen.

S. M. der König hat die beim Appellat.-Gerichte zu Mittelfranken erledigte Kanzlistenstelle dem Rathsdiener des Appellat.-Gerichts von Mittelfranken Richard Mähle prov. verliehen. — Da (bei Postabgang) noch keine Wahl eines I. Präsidenten stattfand, so muß man annehmen, daß Heintz den Präsidentenstuhl behaupten wird. Der fünfte Ausschuß ist nun ebenfalls vollständig gebildet; es wurden gewählt: Förg mit 103, Dek. Götz mit 82, Bar. Künsberg mit 76, Schmetzer mit 73, Dr. Ramoser mit 57 Stimmen, endlich Eyselsheimer und Scheurl.

* (Erlangen, den 23. März.) Die Abdankung Sr. Maj. des Königs Ludwig hat hier wie überall sehr überrascht. Möge der König Maximilian II. im Interesse Deutschlands seinen treuen Bayern vorangehen und durch die in München existirenden Partisane eines jesuitischen Aristocratismus Nichts zwischen sich und sein Volk stellen lassen! Möge er sich nicht mit einem des allgemeinen Vertrauens entbehrenden Ministerium Wallerstein, sondern mit Männern umgeben, die entschieden ehrlich der Sache der deutschen Nation und der Ehre und Wohlfahrt Bayerns diene. Es gibt Leute, die in der wunderlichen Verblendung leben, sie dürften und könnten im Angesicht von Millionen ganz nach Belieben Könige verdrängen und Könige berufen, und diesen Leuten wird selbst der König Maximilian II. noch nicht recht seyn. Allein — es ist zu wünschen, daß gerade diese Wühler nun Bayern in Ruhe lassen; es dürfte sonst leicht dahin kommen, daß die Bewohner Bayerns sich massenweise nach der Hauptstadt begeben und den dortigen wackern Bürgern den nöthigen Beistand zur vollständigen Vertreibung aller hoch und niedrig gestellten Revolutionäre gewahrten. In einer Zeit wo die Völker zum Bewußtseyn ihrer Rechte gekommen sind, ihre Pflichten kennen, und mit erregtem Gemüthe die Hand Gottes sehen, die da Gericht hält über die Treulosigkeit und den Hochmuth der Großen, des Adels und der Pfaffen; in einer solchen Zeit soll man wahrlich jedes gewagte Spiel unterlassen und blos der Wahrheit und Ehrlichkeit sich weihen.

(Landau, den 20 März.) Dem Vernehmen nach soll von Seiten des Festungskommandos gegen die Einberufung fremder (Reichs-) Truppen Vorstellung gemacht worden sein. Die Garnison soll übrigens auf 7000 Mann gebracht werden, und man erwartet demnach noch hier das 13. bayer. Linieninfanterieregiment. Da man die Bürger mit der Einquartierungslast verschonen will, so stellt der Stadtrath auf das Ansuchen der Kommandantschaft um Lokalitäten, derselben das Theaterlokal und die sogenannte Kapelle hinter demselben zur Verfügung. (N. Sp. Z.)

Baden. (Freiburg im Breisgau, den 20. März.) Heute früh brach im hiesigen Zuchthause eine Revolte der Sträflinge, deren Zahl sich auf mehrere Hundert beläuft, aus; sie wurde jedoch durch das Einschreiten des Militärs und der Bürgergarde gedämpft. — Wie die „Oberrheinische Zeitung" erzählt, sind die Abgeordneten Straub und Mathy bei ihrer Rückkehr von Stockach einer sehr ernstlichen Demonstration ausgesetzt gewesen, weil sie sich angeblich an die Regie-

rung verkauft, und Straub bei der Durchreise in Engen nicht zu dem versammelten Volke gesprochen, sondern sich über die ganze Versammlung wie über einen Spektakel geäußert haben soll. Eine große Menge versammelte sich vor dem Posthause; ein Theil war bewaffnet, und stieß die fürchterlichsten Drohungen aus. Zum Glück wurden die beiden Abgeordneten von anderen Reisenden in die Mitte genommen, und in der Dunkelheit von der Menge nicht erkannt; doch wurde dem Eilwagen nachgeschossen.

Freie Städte. (Frankfurt, den 19. März.) Der k. preuß. Gesandte v. Doenhof hat an den hiesigen Senat das Ansinnen gestellt, es möge derselbe, da eine Vereinigung von wohl mehr als 30,000 Menschen zu befürchten stehe, die auf den 30. l. M. angesagte Versammlung deutscher Volksvertreter verbieten. Dieses Anmuthen wurde jedoch mit der Erwiederung abgelehnt, daß Frankfurt groß und reich genug sey, auch 40,000 Menschen in seine Mauern aufzunehmen. (Manh. J.)

Hessen. (Darmstadt, den 21. März.) Es ist kaum daran zu zweifeln, daß das Großherzogthum demnächst eine recht gute Synodal-Verfassung erhalten und in Folge derselben die evangelische Landeskirche wieder zu einer selbstständigen Wirksamkeit gelangen werde, welche zum größeren Heile des kirchlichen Lebens und zur besseren Pflege der Religiösität schon längst gewünscht worden ist. (Frkft. J.)

(Darmstadt, 20. März.) Unter dem Einlauf bei der zweiten Kammer befand sich ein Antrag des Abg. Reh, die Staatsregierung zu ersuchen, **für baldige Wiederherstellung eines freien Polens zu wirken.** (Frkft. J.)

Preußen. (Berlin, 22. März) An mein Volk und an die deutsche Nation. Mit Vertrauen sprach der König vor fünfunddreißig Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung. Mit Vertrauen spreche Ich heute, im Augenblick wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter deren edelste Stämme Mein Volk sich mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der **innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen.** Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich **habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.** Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten. Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Ständeversammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, inneren und äußeren Gefahr ohne Verzug vorkehren. Was heute vor Allem Noth thut, ist 1) **Aufstellung eines allgemeinen deutschen, volksthümlichen Bundesheeres,** 2) **bewaffnete Neutralitäts-Erklärung.** Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserem schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammt-Vaterlande zu erhalten. Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Ständeversammlung **über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands** berathen, **eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit.** Allgemeine **Einführung wahrer constitutioneller Verfassungen,** mit **Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten,** öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschwornengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte **für alle religiöse Glaubensbekenntnisse** und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein. Berlin, den 21. März 1848. Friedrich Wilhelm. Graf Arnim. von Rohr. Graf Schwerin. Bornemann. Arnim. Kühne. — Ich habe heute den bisherigen Gesandten von Arnim zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt, welche Verwaltung der Minister Graf von Arnim bisher vorläufig geführt hat. Bei dem nothwendigen Zusammenhange der allgemeinen deutschen mit den preußischen Verfassungs-Angelegenheiten übernimmt der Minister von Arnim auch deren Verwaltung. Der Minister Graf von Arnim bleibt Vorsitzender des Staats-Ministeriums vorläufig ohne Verwaltung eines besonderen Portefeuilles. Berlin, den 21. März 1848. Friedrich Wilhelm. — Der Prinz von Preußen ist nach England abgereist. — Wir verbürgen uns dafür, daß das Gerücht vom Anrücken von Truppen auf die Stadt ein vollkommen unbegründetes ist. Berlin, den 20. März 1848. Arnim. G. v. Schwerin. Bornemann. Below, Flügel-Adjutant. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 21. März.) Gestern ist hier folgende Bekanntmachung des Magistrats und der Stadtverordneten erschienen: Wir machen unseren Mitbürgern bekannt: 1) Unseren in dem letzten Kampfe gefallenen Brüdern wird ein feierliches Begräbniß auf Veranstaltung und aus den Mitteln der Stadt bereitet werden Ein aus Mitgliedern der Kommunal-Behörden und der Bürgerschaft gebildetes Comité wird die erforderliche Einleitung dazu treffen. 2) Die Fürsorge für die Verwundeten und die Familien der Gebliebenen übernimmt die Stadt Berlin. 3) Nach uns zugegangener amtlicher Benachrichtigung sind sämmtliche wegen politischer Verbrechen und Vergehen Verhaftete der Haft entlassen und frei. Berlin, den 20. März 1848. Magistrat und Stadtverordnete von Berlin. (A. Pr. Z.)

(Berlin, 21. März Morgens.) Wir haben noch ein Mal eine Schreckensnacht erlebt, die in gewisser Hinsicht noch fürchterlicher werden konnte, als die Nacht vom 18. auf den 19. März. Gegen Abend erscholl plötzlich der Lärmruf: der Prinz von Preußen habe die Truppen gesammelt, welche ausmarschiren mußten, und sei mit denselben im Anzuge auf Berlin. Der Schreckruf erscholl zugleich durch ganz Berlin. Am Halleschen Thore hieß es, daß eben das Schönhauser gestürmt werde, am Schönhauser, daß eben der Prinz mit den Kanonen auf der Frankfurter Eisenbahn angelangt sei. In einer halben Stunde war Berlin in vielen Straßen bereits wieder verbarricadirt, und zwar in manchen noch stärker, als am 18. März. Alles Zureden und Beschwichtigen half nicht. „Wir sind verrathen, wir wollen Sicherheit, wir haben Gewehre, aber keine Munition," hieß es, und man war in einer beispiellosen Aufregung. Die Bewaffneten thaten aber das Ihrige. In einer halben Stunde war eine Patrouille von dem Halleschen Thore bis nach dem Schönhauser Thore geeilt. Eine schwere Aufgabe, denn in eben dieser halben Stunde waren sie vom Halleschen bis zum Schönhauser Thor nicht eher ruhig, als bis die Barricade stand. Das war eine Nacht, wo Berlin sich noch ein Mal groß gezeigt hat, nicht allein in der Energie, mit welcher die Vertheidigung entwickelt wurde, sondern auch in der Gesinnung gegen seinen König. Was konnte geschehen, wenn in diesem Prüfungsaugenblick der gute Glaube der Bürger gewankt hätte! Der Moment des Alarms war übrigens großartig. Der Ruf zu den Waffen durch die ganze Stadt und die Vorstädte war augenblicklich. Hunderttausend Kehlen riefen auf einmal. Ueberall hörte man Picken und Hacken, aber es erfolgte doch kein Schuß, kein Trommelwirbel. Eine schlimme Aufgabe für Wachen und Patrouillen war es, die versammelten Bürger wieder auseinander zu bringen. Dies gelang endlich den bewaffneten patrouillirenden Bürgern, man begab sich zur Ruhe und heute Morgen wurden die Barricaden wieder weggeräumt. Gestern Abend erschien der König in Begleitung des Prinzen Albrecht auf dem Schloßplatze, redete alle Umstehenden an, reichte ihnen die Hand und sprach seine volle Zufriedenheit mit den Erfolgen aus. Ein vieltausendstimmiges Hoch erscholl, wo sich der König zeigte. Gestern Abend zog die reitende Fußgarde-artillerie aus der Stadt und mußte Bürgerwehr zum Schutze sich erbitten. Diese wurde ihr denn auch bereitwilligst zugestanden. Man ließ die Artilleristen ziehen, welche selbst noch nicht wußten, wohin sie sich wenden sollten.

9 Uhr Vormittags. Soeben wird folgende Proclamation verbreitet: An die deutsche Nation! Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für euch an! Ihr seid fortan wiederum eine einzige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm VI. hat sich, im Vertrauen auf euern heldenmüthigen Beistand und eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem constitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien deutschen Nation! Berlin, den 21. März 1848.

10 Uhr. Der Minister Graf v. Schwerin hat die Studirenden, welche im Kastanienwalde mit Exerciren beschäftigt waren, in der Aula versammelt. Mit den Waffen in der Hand stürmte ein großer Theil in die Aula, wo der Minister Schwerin, umgeben von den ebenfalls bewaffneten Professoren Rektor Müller und Prorektor Hecker, folgende Worte an die Studirenden richtete: Meine Herren! Se. Majestät der König hält es für seine Pflicht, die akademische Jugend, welche sich so glanzvoll in den Augen des Ruhms bewährt hat, von den Fortschritten zu unterrichten, welche er zu nehmen gedenkt. Se. Majestät wollen sich an die Spitze des constitutionellen Deutschlands stellen. Sie wollen Freiheit und Konstitution. Sie haben daher auch die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments beschlossen, und werden sich an die Spitze des Fortschritts stellen. Der König rechnet auf den Schutz des Volks, ist das nicht Ihre Meinung? (Tausendstimmiges Ja.) Der König wird demnächst geschmückt mit den deutschen Farben, in den Straßen erscheinen, und rechnet darauf, daß die akademische Jugend sich um ihn schaaren werde. Meine Herren! es lebe der deutsche König. (Endloses Hoch) Meine Herren, wir sind Sr. Majestät verantwortliche Minister, aber unsere Seele ist der König und der Fortschritt, die Freiheit sein Gedanke, die verantwortlichen Minister Hoch: Ein Studirender brachte darauf dem Grafen Schwerin, dem Volksfreunde, ein Hoch, der noch einige Worte an die Studirenden richtete, und verließ unter Beifallsruf die Aula. Die bewaffneten Studirenden haben sich in verschiedene Rotten getheilt, und diese nach den Namen ihrer beliebten Professoren, wie Dove, Hecker ꝛc., benannt. Die Zuhörersäle der Universität sind zu Versammlungs- und Wachtzimmern der Rotten bestimmt.

10½ Uhr. Der König erschien auf dem Schloßhofe, an dem Eingange der Wendeltreppe. Der König war zu Pferde, trug die Uniform des ersten Garde-Regiments und den Helm, die deutschen Farben um den Arm, umgeben von den anwesenden Prinzen und den Ministern, Letztere in Civil, aber alle mit den deutschen Farben geschmückt. Ein unermeßlicher Jubel empfing den König bei seinem Erscheinen, und er richtete zuerst folgende Worte an das Volk: „Was Ihr hier seht, ist keine Usurpation, ich will keinen Fürsten vom Throne stoßen, Alles richtet sich nur auf die Wiederherstellung der Einigkeit Deutschlands, diese Einigkeit ist an einzelnen Orten gefährdet, man spricht in Breslau namentlich von Verrath, und Verrath und Deutsch, das geht nicht zusammen, ich will Einigkeit und Ordnung." Ein endloser Freudenruf brach los, und der Zug hatte Mühe, vorwärts zu kommen. Dieser bildete sich folgendermaßen: Voran ritten zwei Generale mit den deutschen Farben um den Arm, ihnen folgten drei Minister in gleichem Schmucke und diesen zwei Bürgerschützen zu Fuß, und der Stadtverordnete Gleich mit der dreifarbigen deutschen Fahne. Jetzt kam der König, umgeben von den Prinzen und Generalen. Der König hielt aufs neue an dem Schloßplatze, um Worte an das Volk zu richten. Jetzt ging es die Schloßfreiheit entlang, aus allen Fenstern wehten Tücher, und der Jubel tönte stürmisch fort. An der Königswache hielt der König vor den salutirenden Bürgern und sprach: „Ich sehe euch hier auf der Wache, ich kann es nicht genugsam in Worte kleiden, was ich euch danke — glaubt's mir!" Einer der Versammelten rief nun: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" worauf der König unwillig erwiderte: „Nicht doch, das will, das mag ich nicht!" Jetzt ging der Zug bei der Blücherstatue vorbei, die Behrenstraße entlang und über die Linden zurück. An der Universität hielt der König, dem drei Studierende das Reichsbanner vorausgetragen hatten, auch eröffnete jetzt der Polizeipräsident, der sich am Opernplatz angeschlossen hatte, den Zug. Die Professoren Rector Müller und Prorector Hecker führten die Studirenden an, die vor der Universität in Reihe und Glied aufgestellt waren. Der König, welcher zunächst beiden vorgedachten Professoren die Hand reichte, hielt unfern des Denkmals Friedrich's II. und sprach: „Mein Herz schlägt hoch, daß es meine Hauptstadt ist, in der sich eine so kräftige Gesinnung be-

währt hat. Der heutige Tag ist ein großer, unvergeßlicher, entscheidender. In Ihnen, meine Herren, steht eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf dasselbe, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studirenden machen den größten Eindruck auf das Volk und das Volk auf die Studirenden. Ich trage Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit Nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deuschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott (hier erhob der König seine Rechte gen Himmel). Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volks gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen und der Wille des Volkes mich unterstützen werden. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit. Sagen Sie es der abwesenden studirenden Jugend, es thut mir unendlich leid, daß sie nicht Alle da sind. Sagen Sie es Allen.“ Friedrich Wilhelm hoch! erscholl es von allen Seiten. Die Studenten schlugen die Waffen an einander, das Volk warf die Hüte, an denen die deutschen Farben prangten, in die Höhe, und brach wiederum in endlosen Jubel aus. Wie auf dem ganzen Zuge, umdrängte es den König, dessen Pferd nur mit Mühe vorwärts konnte. Nie hat wohl ein König einen schönern und erhabenern Triumphzug gehalten; es war nur eine Stimmung, eine Gesinnung für Freiheit und Recht, das nationale Bewußtsein durchflammte die Gemüther und erfüllte sie mit Dank für Die, welche diese Freiheit erkämpft, mit Liebe für Die, welche sie leiten werden und entgegenführen den Tagen des Ruhms und der Freiheit. Nachdem der König in dem Schlosse angekommen war, folgte ihm der Prinz Albrecht und wurde mit jubelndem Lebehoch begrüßt. Der König umarmte, von den Gefühlen des Augenblicks tief ergriffen, seinen Bruder, unter dem anhaltendem Freudenrufe der dichtgeschaarten Menge, welche fortdauernd die Hüte schwenkte. Es war dies eine Scene, welche kein Auge thränenleer ließ. (Spen. Z.)

Ein Korrespondent der Magdeburger Zeitung meldet in diesem Blatte Folgendes: Auf dem Rückwege nach meiner Wohnung wurde ich am Sonnabend gezwungen, mich einer Abtheilung des 12. Regiments zu ergeben. Man schlug mit 12 Gewehren auf mich und meinen Begleiter an; wir wurden durchsucht, und obwohl sich keine Waffe, keine Spur eines thätigen Antheils am Kampfe vorfand, behielt man uns als Gefangene zurück. Wir wurden zu einer Masse schon früher Verhafteter gebracht. Nachdem man uns mit vielen Andern bis 4 Uhr Morgens auf dem Hof des Kriegs-Ministeriums scharf bewacht hatte, band man uns die Arme auf den Rücken und sodann wurden wir zu Zweien zusammengebunden, Zunächst escortirten uns Soldaten des 31. Regiments und eine Abtheilung Uhlanen, Alles unter dem Befehl des General von Thümen. Auf dem halben Wege nach Charlottenburg übernahm das 2. (Königs-) Regiment die Eskorte. Nicht wie Menschen, nicht wie Verbrecher, nein ärger als eine Horde Vieh wurden wir nun behandelt. Die Offiziere, statt die Soldaten zur Ordnung anzuhalten, spornten vielmehr die Wuth dieser rohen Burschen noch an. Wir beschuldigen besonders einen jungen blonden Lieutenant, der an der linken Seite des Zuges marschirte. Wir wurden mit den Kolben gestoßen, mit Bajonetten verwundet, ins Gesicht geschlagen und so mißhandelt mußten wir, die Zusammengebundenen, in schnellem Trabe in Reih und Glied zu Vieren bis Spandau marschiren. In Charlottenburg und Spandau selbst wurden wir von den Bewohnern auf das ärgste verhöhnt und durch die so aufgemunterten Soldaten immer grausamer gepeinigt; die letzte halbe Stunde legten wir unter fortwährenden Stößen und Schlägen in Galopp zurück. Die Menschen stürzten, es quoll ihnen das Blut aus den Augen — man stieß sie mit Füssen und Bajonnetten und schleppte sie dem Zuge nach. Unterwegs machte sich ein Soldat den Spaß, sein Gewehr mitten in den Haufen der Gefangenen hinein abzuschießen! Zwar tadelte ihn der Hauptmann, aber es geschah ihm weiter nichts, weil der Soldat log, es hätte einer entfliehen wollen! Wir fliehen, gefesselt, umgeben von wüthenden Soldaten mit geladenen Gewehren, die Hähne gespannt und noch eskortirt durch eine Abtheilung Uhlanen! Greise schlug man blutig, Kinder stieß man nieder, Männer trat man mit Füßen. So kamen wir in Spandau an. Hier war man humaner und ein Offizier des 2. Regiments löste selbst unsere Bande. Darauf wurden wir in die Kassematten des Forts „Königin“ gesperrt. Hier waren wir wohl 7 bis 800 Mann in kalten, feuchten Löchern, ohne einen andern Ruheplatz als die Steine des Fußbodens; — man gab uns ein paar Eimer Wasser, keinen Becher und gegen 12 Uhr Jedem 1 Pfd. Kommisbrod. So standen wir und lagen wir bis 6 Uhr Nachmittags. Die Verwundeten wurden erst Nachmittags verbunden. — Mit uns zugleich und noch nachher kamen Transporte solcher Gefangenen an, die die Nacht hindurch in den Kellern des kgl. Schlosses gemißhandelt worden waren. Die meisten Verwundeten haben ihre Wunden erst dadurch erhalten, daß die Soldaten sie auf dem Schloßhofe nach der Arrestation mit Fäusten und Gewehren maltraitirten. Es kamen dabei die empörendsten Einzelnheiten vor Greisen stieß man das Bajonnet ins Gesicht, Kinder schlug man zu Boden — alle Scheußlichkeiten, die nur denkbar sind, wurden begangen. Um 6 Uhr etwa wurden wir zu 10 Mann hinausgelassen und man kündigte uns an, nachdem unsere Namen notirt worden waren, daß des Königs Majestät uns, weil wir, „meistens Verführte“ wären, amnestirt habe. Nur forderte man, daß wir auf dem Rückwege nach Berlin Spandau und Charlottenburg vermeiden möchten: die getroffenen Maßregeln erheischten es so. Das 2. Regiment soll damals noch an diesen Orten gestanden haben. — So kehrten wir um 9 Uhr nach Berlin über Moabit zurück; wir fanden die Stadt erleuchtet, man empfing uns mit Jubel und überall ertönten Freudenschüsse. — Wir können diese Mittheilung nicht schließen, ohne das scheußliche Benehmen dieser Mannschaften vom 2. (Königs-) Regiment der allgemeinen Verachtung Preis zu geben. Mögen diese Leute für immer aus der Gemeinschaft civilisirter Menge ausgeschlossen werden. Wir hoffen, daß die Bewohner Stettins, wo das Regiment garnisonirt, diesen Ruchlosen deutlich ihre Entrüstung zu erkennen geben werden. Den Bürgern Berlins danken wir für ihre Entschiedenheit, welche uns unsere Freiheit wieder gegeben hat.

△ (Berlin, den 21. März.) Der gestrige Tag war fast mehr noch als Sonntag, ein Tag der allgemeinen Freude. Die allgemeine Amnestie der politischen Gefangenen begann mit der sofortigen Freilassung sämmtlicher noch eingesperrten Polen. Unter dem größten Jubel fuhr ein Wagen, worauf die Häupter der letzten Empörung mit der deutschen und polnischen Fahne saßen, zum königl. Schloß, der König erschien auf dem Balkon, Reden von beiden Seiten, namentlich von Graf Schwerin. Die Polen sind durch unsern Befreiungskampf unsere Brüder geworden, und vereint mit uns dem gemeinsamen Feinde: Rußland, die Spitze zu bieten. — Die Volksjustiz gegen solche Leute, die sich im Kampfe schlecht gegen das Volk benommen, wurde milder; die Erbärmlichen kommen mit Geldstrafen davon. — Gleichzeitig sprach sich der allgemeine Unwille gegen die Schilder sämmtlicher Hoflieferanten aus, namentlich der Prinz von Preussen wurde überall konfiscirt. Dieser hat die Stadt verlassen, wie man sagt, verkleidet als Postillon. Eine gewaltige Menge aber drängte heran, um seinen Pallast in Brand zu stecken; da schrieb ein entschlossener Maler an die Thüren: Eigenthum der ganzen Nation! und das Gebäude war gerettet. Dasselbe wiederholte sich dann bei einigen militärischen Gebäuden. — Sämmtliche Pfänder des Leihamtes bis zum Werthe von 5 Thalern sind unentgeldlich zurückzuerhalten. — Die Stadt hat die Verpflichtung übernommen, für die Hinterbliebenen der Gefallenen zu sorgen, im Opernhause wird zu ihrem besten heute Mozarts Requiem aufgeführt. — Morgen erfolgt das gemeinsame Begräbniß, und ein großes Denkmal soll den Gefallenen errichtet werden. Noch ist es unbestimmt ob der Vorschlag durchdringen wird, Soldaten und Bürger zusammen zu beerdigen, zum Zeichen einer völligen Versöhnung.

Der Oberbürgermeister Krausnik, der sich die ersten Wochen seit der Bewegung in Deutschland gemein, während des hiesigen Kampfes erbärmlich und hernach feige benommen hat, ist bereits gezwungen worden, abzutreten. Ihm werden viele Männer in den sogenannten höhern Regionen nachfolgen müssen, denn nur das völlste Anschließen an die Revolution kann den Thron schützen. Eine einzige Maaßregel, die die argwöhnischen Gemüther an der Aufrichtigkeit der Regierung zweifeln macht, ist der unvermeidliche Sturz des Königs. Das wäre ein furchtbares Unglück, denn für eine improvisirte Republik fehlt, vielleicht weniger der Boden, als vielmehr Männer, welche im Stande wären der hereinbrechenden Anarchie Ordnung und Gesetzmäßigkeit zu verleihen. — Camphausen ist Handelsminister.

So eben erscheint von Seiten des Magistrats von den Stadtverordneten folgende Bekanntmachung: S. M. der König hat den Schutz des Staatseigenthums vertrauungsvoll in die Hände der Bürger und Einwohnerschaft von Berlin gelegt. Dahin gehören namentlich alle Militärvorräthe, welche für die Vertheidigung des Vaterlandes nach außen nothwendig sind. — Eine andere Bekanntmachung zeigt an, daß die unbeschäftigten Bau-Arbeiter sich zu Staatsbauten, die unverzüglich in Angriff genommen werden, melden können. Gehen wir auf diesem Wege fort, so ist nicht zu zweifeln, daß die Lösung der sozialen Fragen in besonnener Weise ohne gewaltsame Uebereilung, aber mit unermüdlichen Eifer angestrebt werden wird. — Nachrichten aus den am meisten aufgeregten Provinzen am Rhein und aus Schlesien fehlen noch; Es verbreitet sich das Gerücht eines Aufstandes in Krakau und Warschau. —

Unseren gestrigen Berliner Berichten tragen wir noch folgende interessante Einzelheiten aus der „Bremer Zeitung“ nach: Sonntag Vormittag um 10 Uhr ist das Haus Alexanderstraße 52, vollständig belagert. Man steht mit Schußwaffen, Säbeln und Messern vor der Thür und im Hausflur, und steigt durch die Fenster in die Parterrewohnung. Daselbst hat man den würdigen General von Meerlendorff hineingedrängt. Er ging allein über die Straßen, und redete einzelne Gruppen freundlich zum Auseinandergehen an. Man riß ihm den Säbel ab und kapitulirte mit ihm. Nach einer halben Stunde reicht er einen Bogen zum Fenster hinaus, auf welchem er seinen beiden Regimentern den Befehl ertheilt, unter keiner Bedingung mehr zu schießen; er begebe sich als Geißel unter den Schutz der Bürger. Darauf tritt er, an Größe Alle überragend, in voller Generaluniform aus dem Hause heraus, und wird, umgeben von einer starken Chaine von Schußwaffen und Säbeln, vom Volke in das Bürgerschützenhaus nach der Linienstraße transportirt.

Mittags 1 Uhr ladet das Volk etwa 15 Leichen auf einen großen Möbelwagen, und zieht diesen in langer Prozession, vorbei am Hotel des Prinzen Karl, die Linden entlang, am Wilhelmspalais vorüber, auf das Schloß zum Könige. Dem Möbelwagen folgen 6 Leichen auf offener Bahre, geschmückt mit Zweigen und Kränzen. Alles geht mit entblößtem Haupte, und singt das geistliche Lied: „Nun danket alle Gott!“ Der König tritt nach beständigem Vorrufen, in schwarzem Frack auf den Balkon und spricht — — Unverständliches. Nachdem er sich zurückgezogen, erschien er auf fortdauernden Ruf, der aber kein Freudenruf war, zum zweitenmal am Arm der kranken Königin. Nun erst gab man sich zufrieden; und zog in die Werdersche Kirche. Es war der ergreifendste und erschütterndste Moment. Das allgemeinste Verlangen sind bewaffnete Bürgergarden. Die königliche Zusage ist erfolgt. Trotzdem ist der Mohrenstraßebezirk zusammengetreten, und hat einen Aufruf an die andern zur Bildung der Garden erlassen. Er kommt morgen in den Druck. Wir tragen dies auf die Post und den Eisenbahnhof; Droschken gibt es noch nicht, weil die Kommunikation überall durch Barrikaden unterbrochen ist. Die Truppen haben sich musterhaft gehalten; nach wenigen Stunden erbitterten Kampfes haben sie — mit Ausnahme der Garden — keinen Angriff mehr gemacht, sondern nur gegen solche sich vertheidigt. Sachverständige versichern, daß mit dieser Kaltblütigkeit, mit welcher waffenlose Bürger sich in den Tod gestürzt haben, selbst Pariser 1830 nicht gekämpft haben. Ein Buchdruckergeselle, welcher die Schlacht bei Großbeeren mitgefochten, versichert, daß 5 Peloton- und 3 Kartätschenschüsse hinter einander, wie gestern die Regel war, nicht vorgekommen sind. Sonntag Abend 6 Uhr. Als Beweis des Bürgermuthes gilt die Aeußerung eines der hochstehenden Offiziere (Krauseneck), daß er die Tapferkeit des Militärs rühmte, welches eine Schanze in der Breitenstraße, gegenüber dem Schlosse, fünfmal gestürmt hat.

Protestation.

** (Nürnberg, den 24. März.) Die Nachricht, daß der König von Preussen an die Spitze der deutschen Angelegenheiten treten will, hat in Nürnberg gerechtes Erstaunen erregt. Nach dem, was in den letzten Tagen in Berlin vorging, zusammengehalten mit dem ganzen Verfahren dieses Monarchen seit seinem Regierungsantritt, werden von der deutschen Nation energische Protestationen gegen dieses Vorhaben ausgehen müssen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Mit allerhöchster Genehmigung des königlichen Ministeriums des Innern

Mailändischer Haarbalsam,

ausgezeichnet in seinen Wirkungen zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, von **Carl Kreller** in **Nürnberg**.

Wie vielerlei Mittel auch zur Erhaltung und zum Wachsthum der Haare nach und nach erfunden und in den öffentlichen Verkehr gebracht worden sind, keines gewährte, was der Mailändische Haarbalsam in dieser Hinsicht zu leisten vermag. Derselbe hat sich in folgenden Fällen als einzig sicher wirkend erwiesen: 1) er stellt das so häufige Ausfallen der Haare bei jungen und alten Personen oft schon nach kurzem Gebrauch ein; 2) er bedeckt bald früher bald später, selbst bei stellenweiser und gänzlicher Haarlosigkeit den Kopf wieder mit natürlichem, dichten und schönen Haarwuchs, wenn die Haarwurzeln nicht schon vom Grund aus vertrocknet oder durch schädliche Mittel zerstört worden sind; 3) seine Anwendung ist auch bei solchen Haaren von entschieden glänzendem Erfolg, welche die gewünschte Länge nicht erreichen wollen; 4) er befördert das Wachsthum des männlichen Barts (Backen- und Schnurbarts) ungemein; 5) als Präservativ wöchentlich nur einigemal gebraucht, erhält der Haarbalsam das noch vorhandene Haar in schönster Fülle und Kraft und wirkt dem frühzeitigen Ergrauen sicher entgegen; 6) wenn nach überstandenen hitzigen Krankheiten die Haare gänzlich ausgehen und nach Verlauf von 3 bis 4 Monaten nicht von selbst wieder nachwachsen, so wird die Wiedererzeugung durch den Mailändischen Haarbalsam bewirkt.

Anerkennung der Wirksamkeit des Mailändischen Haarbalsams.

Herr J. H. Keller in Zürich berichtet unterm 25. Juni v. J.: ».... Dieser Tage kam ein Herr, der gegenüber von mir (im Storchen) logirte, sah Ihren Haarbalsam am Fenster stehen, kam mit der größten Freude zu mir im Laden und fragte, ob ich ächten Kreller'schen Balsam hätte. Ich überzeugte ihn mit ihren eigenhändigen Rechnungen, worauf er gleich zwei große Gläser zum Fortgebrauch nahm und hiebei bemerkte, wie er schon einige Zeit auf seiner Reise des ihm so lieb gewordenen Balsams habe entbehren müssen. Er habe durch eine schwere Krankheit alle seine Kopfhaare verloren gehabt, zog den Hut ab, und sagte mit einer Art Stolz: nun sehen Sie selbst, wie ich durch diesen Balsam wieder dichte und lange Haare bekommen habe, und wirklich der Herr hat das schönste Haar, das man sich nur wünschen kann.

J. H. Keller, vis-à-vis dem Storchen in Zürich.«

Herr Eduard Groß in Breslau schreibt unterm 31. Juli v. Js.: »Hinsichtlich Ihres mailändischen Haarbalsams kann ich Ihnen die sehr angenehme Mittheilung machen, wie mir derselbe bei eigenem Gebrauche die vortrefflichsten Dienste leistete rc. rc. Eduard Groß, Kaufmann und Stadtverordneter.«

Herr J. B. Tschirgi in St. Gallen bringt unterm 14. September v. Js. zur Anzeige: »Ein Bauer von Goßau, zwei Stunden von hier, dessen Tochter die Haare gänzlich verloren hatte und die Gebrauch von Ihrem Balsam machte, kam kürzlich zu mir und theilte mir mit, daß der kahl gewesene Kopf seiner Tochter bereits mit ganz dichten und schönen Haaren bewachsen sey, worüber er vor Freude fast außer sich war, und die gute Wirkung des Balsams nicht genug rühmen konnte. J. B. Tschirgi, Friseur in St. Gallen.«

Herr August Willram in Eimbeck meldet unterm 30. Oktober 1847: »Schon vor mehreren Jahren hat mir Ihr mailändischer Haarbalsam die auffallendsten und vortrefflichsten Dienste geleistet; da ich nun mehrfach darum angesprochen werde, so wünsche ich wieder für etwa fl. 3 davon zu erhalten rc. rc.

August Willram.«

Zeugniß.

Mit Vergnügen bezeuge ich anmit, daß ich gegen das Ausfallen der Haare nach nutzloser Anwendung verschiedener gepriesener Haarmittel, auch den von Herrn C. Kreller in Nürnberg verfertigten Mailändischen Haarbalsam kennen lernte und anwendete, und daß dieses vortreffliche Mittel sowohl mir selbst als auch mehreren meiner Bekannten die besten Dienste leistete, indem durch die Anwendung desselben nicht nur das bedeutende Ausfallen der Haare gänzlich aufhörte, sondern nach fortgesetztem Gebrauch sich auch die verlornen Haare wieder vollständig reproduzirten.

Hutwyl, den 13. März 1848. A. Scheidegger, Med. et Chirurg. Doctor, gew. Mitglied des großen Rathes der Republik Bern.

Die Aechtheit der Unterschrift bescheint
Schloß Trachselwald, den 15. März 1848. (L. S.) der Regierungsstatthalter C. Farrer.

Wenn nun der mailändische Haarbalsam in den meisten Fällen der Depilation (oder des Haarausfallens) durch seine herrlichen Wirkungen sich einen großen und bleibenden Ruf erworben hat, so ist das

Eau d'Atirona

oder die feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten nicht weniger vortheilhaft bekannt und steht besonders bei der Damenwelt in großen Ehren. Es befreit diese Seife die Haut leicht und schmerzlos von den genannten Flecken, stärkt und schützt sie vor den schädlichen Einflüssen des Sonnenlichts und der trockenen Luft, erhält die Haut weiß, geschmeidig und in frischem belebten Ansehen und zeichnet sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch aus. Das große Glas wird zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. sammt Gebrauchszettel abgegeben; ferner kostet das große Glas des Mailändischen Haarbalsams 54 kr. und das kleinere 30 kr. nebst Bericht mit vielen authentischen Zeugnissen.

Zugleich bringe ich in empfehlende Erinnerung:

Eau de Mille fleurs

nach neuester Pariser Composition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Schwerlich ist wohl je eine lieblicher duftende ätherisch-geistige Flüssigkeit zur Verbreitung von Wohlgeruch in Gebrauch genommen worden, als dieses Eau de Mille fleurs, welches das kostbarste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt. Wenige Tropfen sind hinreichend, dem Waschwasser, der Leibwäsche, Sacktüchern, Handschuhen, Kleidern rc. den köstlichsten und dauerndsten Wohlgeruch zu ertheilen;

Duft-Essig,

ein vortreffliches Räucher- und Luftreinigungsmittel, das Glas zu 15 kr. Dasselbe ist nicht blos im Winter bei geheizter Stube als das beste Räucherwerk zu gebrauchen, sondern dient zu jeder Jahreszeit als ein äusserst liebliches und erquickendes Zimmerparfüm, dessen höchst angenehmer und belebender Duft den verwöhntesten Geruchsinn befriedigt und ergötzt. — Auswärtige Bestellungen und Baarsendungen werden franko erbeten und für Verpackung beliebe man nach Umständen 4 bis 6 kr. beizufügen.

Carl Kreller,
Karlsstrasse S. Nro. 81 nächst dem Weinmarkt.

Danksagung.

Allen unseren verehrten Gönnern und Freunden, welche in Folge des uns betreffenen Unglücks eine so liebevolle freundliche Theilnahme bewiesen und unser herbes Leid auf mannichfache Weise zu lindern suchten, bringen wir hiermit unseren innigsten, wärmsten Dank dar; wie wir auch nicht unterlassen können, den Bemühungen der Herren, Doktor Birkmaier und Chirurg Haßmann, denen die Behandlung unseres armen Kindes übertragen war, aufs dankbarste zu gedenken.

Für diejenigen, welchen der Erfolg noch unbekannt sein könnte fügen wir die traurige Nachricht bei, daß unser Söhnchen in Folge der erhaltenen starken Verletzung nach 14tägigen Leiden am 16. d. M. zu einem besseren Leben abberufen und den 19. zur Erde bestattet worden.

Nürnberg, den 20. März 1848.

Die trauernden Eltern
Herrmann Curtze.
Louise Curtze, geb. Berninger, Schauspieler.

Empfehlung.

Gold-, Silber- und Stahl-Perlen in schönster Qualität, alle Farben Häckelseide, eine große Auswahl Stickereien zu Damenkleider-Verzierungen, Beilgimpen und sämmtliche in dieses Fach einschlagende Artikel, so wie Uhrbänder und Kokarden in den Nationalfarben, empfehlen, unter Zusicherung der billigsten Preise, zur gefälligen Abnahme bestens.

J. G. Neidels Erben.
Breitegasse S. Nro. 447.

(Zu verkaufen.) Circa 130 Eimer frisch ausgeleerte und circa 230 Eimer trockene in Eisen gebundene Weinfässer in der Größe von 8 bis 30 Eimer, sind billig zu verkaufen in Auftrag bei Büttner und Aichmeister Schumann L. Nr. 1574 an der Maxbrücke.

(Gesuch.) Eine solide Köchin, welche sich auch der andern Hausarbeit unterzieht, schön waschen und bügeln kann, wird anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein solides gebildetes Mädchen, welches schön nähen und bügeln kann, auch Liebe zu Kindern hat, wird anzunehmen gesucht.

Anzeige.

Die Addresse Nürnberger Bürger, die Verbesserung der protestantischen Zustände in Bayern betreffend, ist am Mittwoch, 22. l. M. nach München abgegangen. Obwohl die zur Unterzeichnung angesagte Versammlung nicht abgehalten wurde, so ist sie doch in dem kurzen Zeitraum von drei Tagen mit siebenhundert neunzehn Unterschriften bedeckt worden. Unser ehrwürdiges Nürnberg hat hiermit ein Zeugniß abgelegt, daß es sich auch in religiöser Beziehung den Wünschen des gesammten Vaterlandes anschließe, welche dahin gehen, es möge fortan nicht mehr in diesem oder jenem Glaubensartikel das Wesen des Christenthums, die Bedingung für die ewige Seligkeit gefunden, vielmehr das große Wort unseres Heilandes: »Liebe Gott über Alles und deinen Nächsten wie dich selbst« wieder der oberste Grundsatz, das erste Gebot unserer Religion werden, wie Er es ja selbst mit so deutlichen Worten vorschreibt. Und so hoffen wir denn, daß dieses ereignißvolle Jahr 1848, in welchem wir die zweihundertjährige Jubelfeier des westphälischen Friedens begehen, zugleich ein großes Friedensfest der Confessionen, ein Fest des unendlichen Sieges echter Humanität und wahrer christlicher Duldung werde!

Nürnberg, den 23. März 1848.

G. Z. Platner. Dr. Ghillany.

Empfehlung.

Bei herannahendem Frühjahr erlaubt sich ergebenst Unterzeichnete, zum Färben und Waschen aller Arten Seidenzeug und Bänder sich bestens zu empfehlen. — Geneigte Aufträge werden auf das beste und billigste besorgt.

Kunigunde Eckart, vorm. Köhler.
An der Pfannenmühle S Nr. 39 im Hof.

Rohlederers-Garten.

Sonntag, den 26. März, findet die erste Produktion von dem bekannten Streichquartett statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Schießhaus St. Johannis.

Heute Samstag Abends ist Metzelsuppe. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Kellermann.

Badstube-Verkauf.

Eine reale Badgerechtigkeit in Langenzenn wird aus freier Hand zu verkaufen gesucht. Da eine nicht unbedeutende Kundschaft dazu gegeben werden kann, so erscheint der Nahrungsstand allerdings gesichert. Nähere Auskunft ertheilt Stadt-Wundarzt Stiefel in Langenzenn.

Wein-Verkauf.

Aus Auftrag von einem hiesigen Haus verkauft Unterzeichneter nachstehende selbst gezogene und rein gehaltene Weine, als:

circa 10 Eimer Randersacker 1798r, fl. 42.
" 40 " Werthheimer 1811r, fl. 28.
" 20 " desgleichen 1822r, fl. 26.

den bayr. Eimer ohne Faß, hier gelegt, gegen baare Zahlung. Auf Verlangen werden Proben abgegeben und das Wenigste Ein Eimer angenommen.

J. J. Pfeiffer, jun. Commissionär.
Karolinenstrasse L. 341.

Französisches Theater.

Sonntag den 26. März wird zum letzten Mal in S. Nro. 996 zum Besten der Armen das große Trauerspiel »Phedre« in 5 Akten von Jean Racine stattfinden. Die Billette kann man zu jeder Zeit bei Mad. Montarlot in S. Nro 996 à Person 15 kr. abholen.

(Zu vermiethen.) Im Gasthaus zur Eule S. Nr. 1426 sind einige neu hergerichtete Zimmer an ledige Herren zu vermiethen und können sogleich, oder nächstes Ziel bezogen werden. Nach Wunsch wird auch die Kost dabei gegeben.

(Gesuch.) Ein solider Mensch, der mit guten Zeugnissen versehen ist, mit Pferden gut umgehen kann, und vom Militär frei ist, wünscht als Kutscher oder Auslaufer in einem ordentlichen Hause unterzukommen.

(Gesuch.) Ein verabschiedeter Soldat wünscht als Ersatzmann einzustehen. Näheres in S. Nro. 1485 der Beckschlagergasse.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 360 der Karolinenstrasse ist ein freundlich möblirtes Zimmer nebst Alkof zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Nahe am Markt, in der Winklerstrasse, ist die II. Etage an eine solide Familie zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Eine Jägermontur nebst Armatur, noch ganz neu, ist billig zu verkaufen. Auch sind noch verschiedene Gewehre billig zu verkaufen in Nro. 60 am Schleifersteg.

Theater in Fürth.

Sonnabend, 25. März. Zum Erstenmale: »Wullenweber.« Großes dramatisches Gemälde aus der Hansa-Geschichte in 5 Akten von Karl Gutzkow.

Deutschland.

Bayern. †°(Nürnberg, 23. März.) Bei der gestern stattgefundenen Beeidigung des Militärs richtete der königliche Stadt-Kommandant, Freiherr von Hohenhausen, folgende Worte an die Truppen: Soldaten! Der allgewaltige Strom der Ereignisse bewog Seine Majestät den König Ludwig I., zu Gunsten Seines vielgeliebten Sohnes, des Kronprinzen, auf die Krone des Reichs zu verzichten. Ehre Seinem Andenken, dem Könige, der als Kronprinz mit seinem edlen Bruder, unserm ritterlichen Feld-Marschall Prinz Karl von Bayern den Ruhm unserer großen kriegerischen Vergangenheit theilte — Ehre dem Könige, der während einer 23jährigen Regierung unsterbliche Schöpfungen hervorrief. Er übertrug die Krone dem Erben Seiner Einsicht und Liebe — einem Fürsten, der Seinen Ahnherren und Namensträger, den großen Churfürsten Maximilian — einem Fürsten, der mit der ganzen Fülle seines Herzens, den Großvater, den Besten der Könige, Maximilian Joseph I. zum Vorbilde nahm — einem Fürsten, der, wie vielleicht Keiner, mit dem ernstesten unablässigsten Bestreben sich für die großen Gebote der Zeit vorbereitet hat. Soldaten! Die Fahnen und Standarten eines Regiments sind die großen nie verstummenden Zeugen seiner Thaten, das Bild der Ehre und das heiligste Unterpfand von des Monarchen und des Vaterlandes Vertrauen. — Der Akt, in welchem eine Truppe vor den Fahnen, diesen Panieren der Ehre, einen Eid ablegt — ist ein wichtiger, ein heiliger Moment. In ihm spricht sich vor Gott, dem Könige und dem Vaterlande das Gelöbniß aus, daß der Soldat, diese Panniere, als Sinnbild der Treue, der Tapferkeit und des Gehorsams nie verlasse, Gut, Blut und Leben für ihre Vertheidigung daransetze, alten Lorbeeren neue anfüge. Unverbrüchlich und unbefleckt, hat der bayrische Krieger seit Jahrhunderten diesen Ruhm gewahrt. So laßt uns denn als unbesiegbares Bollwerk um den Thron des edlen jungen Königs Maximilian II. stehen — als Sein starker Arm und fester Schild Seines festen Vorhabens, Bayern auf die Stufe zu heben, zu der es als ein freies altberühmtes deutsches Stammland berufen ist im einigen deutschen Vaterlande! Hoch lebe der König Maximilian II.

** (Nürnberg, den 24. März.) Glaubwürdige Reisende bringen die Nachricht, daß in Mailand die Revolution ausgebrochen sey. Auch in Warschau soll sich das Volk einmüthig erhoben haben und namentlich seinen Blick auf die französische Republick zur Unterstützung des großartigen Planes der Wiederherstellung eines polnischen Königreichs, wie es vor der ungerechten Theilung unter Friedrich dem Großen von Preussen und der Kaiserin Maria Theresia bestand, richten.

Hannover. (Göttingen, d. 20. März.) Bereits sind hier zwei große Bürgerversammlungen gehalten worden. In der ersten wurden Generalsuperintendent Rettig zum Präsidenten, Dr. Bock zum Vizepräsidenten, Dr. Daniel und Dr. Fricke zu Sekretären gewählt, außerdem ein Ausschuß von 13 Mitgliedern für Vorberathung. Die Aeußerlichkeiten wurden geordnet, die Art der Zusammenberufung festgesetzt und beschlossen, jeden Sonntag regelmäßig zusammenzukommen, jeder Zeit aber, wenn der Präsident es für nöthig erachte. Die zweite Versammlung war so zahlreich besucht, daß der geräumige Theatersaal die Menge nicht fassen konnte. Viele Professoren waren anwesend und eine Menge Fremder aus der Umgegend von Göttingen. Die königliche Proklamation vom 17. März wurde kühl aufgenommen; mehrere Stimmen riefen: zu wenig! Dann wurde ein Schreiben vieler Bürger von Osnabrück verlesen das jede Hülfe gegen die Brutalität der Polizei zusagte eine Antwort des herzlichsten Danks wurde beschlossen. Die Anträge auf Bürgerbewaffnung, Abänderung des Polizeiwesens, die jetzigen Bürgervorsteher um Niederlegung ihres Amtes zu ersuchen, wurden sämmtlich fast einstimmig angenommen und bestimmten Kommissionen zu näherer Ausarbeitung übertragen. Eben so fand der Antrag des Inspektors Meyerstein, das Kabinet zu ersuchen, die sieben Professoren von 1837 zurückzuberufen allgemeine Billigung, indem bemerkt wurde, daß wenn auch keiner jener Männer geneigt seyn würde, den Ruf anzunehmen, man ihnen doch die bezeichnete Genugthuung von Seiten der Stadt Göttingen schuldig sei. (Brem. Z.)

Preussen. (Köln, 20. März.) Als hier das Patent des Königs öffentlich verlesen wurde, riefen einige Stimmen bei den Worten: Wir Friederich Wilhelm von Gottes Gnaden, nicht von Gottes Gnaden sondern von Volkes Gnaden.

(Köln, 21. März.) Die verhafteten Herren Anneke Dr. med. Gottschalk und Willich sind wegen Mangels an genügendem Beweise gegen sie heute in Freiheit gesetzt worden.

In den rheinpreußischen Städten wehen die schwarz-roth-goldenen Banner, in Köln mit Erlaubniß des Erzbischoffs vom Domkrahnen herab. In Düsseldorf, Elberfeld, Aachen hat es in den jüngsten Tagen unruhige Auftritte gegeben. Mehreren unbeliebten Personen wurden die Fenster eingeworfen.

Am schlimmsten wäre es beinahe einem jungen Prinzen von Croy in Düsseldorf gegangen, der sich vor einigen Tagen erlaubt hatte, einen hiesigen Bürger, weil er die deutsche Cocarde trug, „Schweinhund" zu nennen. Nur der Umstand, daß er in dem Hause eines beliebten Baumeisters wohnt, rettete die Wohnung vor gänzlicher Zerstörung. (K. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 21. März.) Hier liegt im Museum folgende Adresse aus, welche Unterschriften findet: An unsere deutschen Brüder in Berlin! Mit Jubel begrüßten wir die Nachricht, daß auch Ihr den Kampf um die deutsche Freiheit und deutsche Einheit begonnen hattet. Er ist ohne euer Verschulden zu einem blutigen und schrecklicheren geworden, als irgendwo, durch die unglückliche Idee, man könne der begeisterten Erhebung des gesammten Vaterlandes mit Kugeln und Bayonneten Herr werden. Daß das ein alter Wahn, habt Ihr bewiesen, als Ihr Euch mit offener Brust, kaum bewaffnet und kampfungeübt, mit einem Muth und einer Ausdauer, die ihres Gleichen suchen, den treulosen Söhnen des Vaterlandes im ungleichsten Streit entgegenwarft, den Treulosen, die da vergaßen, daß sie erst Deutsche und dann Soldaten waren. Mit eurem Eurem Herzblut habt Ihr die Freiheit errungen, mit Eurem Herzblut werdet Ihr sie aber zu schützen wissen. In dieser Gewißheit reichen wir Euch die deutsche Bruderhand zu gemeinsamem Weiterschreiten auf der Bahn der Freiheit. Dank Euch, die Ihr für sie gestritten, Ruhm und Friede Denen, die für sie in Berlin gefallen, Heil und Segen dem deutschen Vaterland!

(D. A. Z.)

(Pirna, 20. März.) Auch die bis jetzt für uneinnehmbar gehaltene Festung Königstein ist es nicht mehr; es heißt von dort in einem Briefe vom 20. März: Gestern hat die Festung Königstein eine interssante Erfahrung gemacht, wie noch nie. Ein junger Mann von 18 Jahren, der an der Eisenbahn arbeitet, will einen Bruder auf der Festung besuchen; da derselbe keinen Einlaß erlangt, klettert er von der Stadtseite bis hinauf, wo er dann allerdings sofort von der Wache verhaftet wird. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, den 19. März.) In der heutigen Versammlung der vereinten Ständemitglieder Schleswig-Holsteins ist nach langer Berathung folgendes beschlossen: 1) die Errichtung eines permanenten Ausschusses, um die Ständemitglieder in jedem Augenblicke schnell wieder zusammen zu berufen: 2) eine Deputation nach Kopenhagen an den König zu senden, um ihm das dringende Verlangen der Herzogthümer zu unverzüglicher Erklärung vorzulegen. Und als solche dringende Forderungen wurde denn ferner beschlossen 1) Die sofortige Einberufung der vereinigten Schleswig-Holsteinischen Stände, und die Vorlegung einer gemeinsamen Verfassung für beide Herzogthümer. 2) Die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund. 3) Verwirklichung wirklicher Preßfreiheit und Versammlungs- und Vereinigungsrecht. 4) Sofortige Entlassung des Präsidenten Scheel. 5) Allgemeine Volksbewaffnung. In die Deputation wurden gewählt Olshausen, Claußen, und Engel und v. Neergard, die sich morgen oder übermorgen nach Kopenhagen begeben werden. 3) Die Sympathie der Herzogthümer Schleswig-Holstein für die einheitliche Entwicklung Deutschlands, ein deutsches Parlament mit Volksvertretung, und Absendung von Abgeordneten auf die vorberathende National-Versammlung am 30. März in Frankfurt. Wie das Resultat dieser Berathung schwerlich im Ganzen dem Volke genügt, so hat sich auch klar gezeigt, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Landesvertretung das vollkommene Vertrauen des Landes nicht hat, noch haben kann. Eine Volksversammlung fand hier gestern gleichfalls statt. Sie überreichte den versammelten Abgeordneten eine Adresse, welche die Forderungen des Volks entschieden aussprach. Diese Adresse wurde fast von der ganzen Garnison bis auf die dänischen Offiziere mitunterzeichnet, wodurch erwiesen ist, daß das Militär der Regierung in den antinationalen Bestrebungen gegen die Herzogthümer keine Stütze giebt. Morgen schreibe ich Ihnen von Kiel ein Weiteres. (Brem. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, 22. März.) In der heutigen Sizung der Kammer der Abgeordneten wurde der Kommissionsantrag über das Volksbewaffnungsgesetz mit der Modifikation angenommen, daß die Wünsche der Kommission nicht einzeln berathen, sondern der Regierung blos zur Kenntnißnahme überwiesen werden sollen. Das Gesez ist somit von der Kammer angenommen. Das Gesez über Ausgebot der Landwehr wurde angenommen. (Schwb. M.)

Auf den Grund des Art. 3 des Zollgesezes von 15. Mai 1838 wird die Ausfuhr von Pferden über die Zollvereinsgränze auf sechs Monate verboten. §. 2. Uebertretungen dieses Verbotes werden als Contrebande in Gemäßheit des Zollstrafgesezes vom 15. Mai 1838 geahndet. (Schwb. M.)

(Tübingen, den 21. März.) Aus Veranlassung von Ludwig Uhlands Abordnung nach Frankfurt wurde ihm diesen Abend von Stadt und Universität — auf Anregung der ersteren — ein Fackelzug gebracht. Man hat in den letzten Jahren keinen gleich großen und glänzenden gesehen. Uhland auf dem Balkon seiner Wohnung, vor sich die Menge der Fackeln, welche die Brücke entlang im Flusse sich spiegelten, richtete eine längere Ansprache an die Versammlung. Er sei durch die Regierung unter die Zahl der Siebenzehn gewählt, welche als Männer des Volksvertrauens die Bundesversammlung berathen sollen. Es erscheine als eine mißliche Sache, zu einem Manne des Vertrauens ernannt zu seyn; dieser Abend gebe ihm aber die Ueberzeugung, daß ihm wenigstens in der näheren Umgebung dieses Vertrauen nicht fehle, und er sei stolz darauf. Noch seien hinsichtlich der ihm übertragenen Mission keineswegs alle Bestimmungen gegeben, er kenne nicht einmal den Tag seiner Abreise. Er traue seiner eigenen Kraft nicht zu Vieles zu; diese Zurufe werden ihn kräftigen und erfrischen in seinem zukünftigen Wirken, und er hoffe auf einen Erfolg der Bestrebungen zum Besten Deutschlands. Einen Wunsch möchte er als Entgegnung auf die Wünsche, welche man ihm mit auf den Weg gebe, zurücklassen: Tübingen möge fortfahren auf der Bahn, welche es bisher betreten habe: kein Bruch des Gesetzes habe stattgefunden. Es gelte in dieser Zeit, welche selbst die verglimmende Asche anfache und in die Flammen jugendlicher Herzen ganz anders schlage — es gelte in dieser Zeit, neben der Festigkeit im Bewahren und Heischen seiner Rechte, auch kein Recht zu verletzen. Uhland schloß mit einem Hoch auf die Stadt und Universität. — Die Stadt hat den Gefeierten mit dem Ehrenbürgerrechte beschenkt.

(Schw. M.)

Frankreich.

(Paris, den 20. März.) Der Zudrang von deutschen, belgischen, sardinischen Arbeitern rc. ist so groß, daß sich unser Polizeipräfekt genöthigt gesehen hat, folgende Proklamation an die Straßenecken heften zu lassen: »Unterrichtet, daß eine große Zahl fremder Arbeiter ihr Vaterland verläßt und sich in der Hoffnung nach Paris begibt, dort Arbeit und gesicherten Tagelohn zu finden rc., glaubt der Präfekt von Paris diese fremden Arbeiter benachrichtigen zu müssen, daß sie an den Arbeiten und dem Lohne der von der Regierung und der Stadt Paris errichteten Nationalhandwerkstätten keinen Theil haben können, indem dieselben ausschließlich den inländischen Arbeitern vorbehalten sind. Er benachrichtigt sie, daß wenn sie troß dieser Anzeige dennoch nach Paris kämen, sie sich der Gefahr aussetzen, daraus verwiesen oder gar über die Grenze des französischen Gebiets gebracht zu werden, da eine solche Ausnahme Maaßregel an den obwaltenden Umständen gerechtfertigt wird. Endlich ist der Präfekt im Begriff, diejenigen Verfügungen zu treffen, welche nöthig sind, um alle Landstreicher aus Frankreich zurückzustoßen, da deren Anwesenheit den Gemeinden zur Last, der Bevölkerung zum Schrecken gereicht. Paris, 19. März 1848. (gez.) Caussidière, Polizeipräfekt.

(Regierungsbeschlüsse.) In Rücksicht auf die vom General Subervie während seiner militärischen Laufbahn dem Staate erwiesenen langjährigen Dienste, besonders aber in seinem Ministerium seit der glorreichen Revolution vom Februar, verordnet die provisorische Regierung: der General Subervie, Kriegsminister, ist zum Kanzler der Ehrenlegion ernannt an die Stelle des Marschalls Gérard. Der Justizminister ist mit Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Arago, Glied der provisorischen Regierung, Minister des Seewesens und Präsident der Commission zur Nationalvertheidigung, ist zum interimistischen Kriegsminister ernannt. Der Conseilpräsident ist mit Ausführung der Verordnung beauftragt.

(Die Invasionsarmee nach Deutschland.) Seit einiger Zeit sieht man in den elysäischen Feldern die deutschen Demokraten (meist arbeitslose Handwerker) fleißig ohne Waffen exerciren. Um 1 Uhr Mittags hielten sie gestern eine General-Versammlung auf dem Madelaine-Platz ab, von wo sie sich nach den elysäischen Feldern und der Monceaubarière begaben, um die Pläne ihrer Abreise zu berathen. Die Union schätzt die Zahl der Anwesenden auf 10,000 Köpfe.

Das hiesige Münzamt erhält eine ungeheure Masse Silberzeug rc., um es umzuschmelzen. Täglich wandern große Körbe voll zu dem patriotischen Schmelzkessel. Die Verwaltung zeigt an, daß täglich etwa eine Million Fünffrankenthaler geschlagen werden.

Niederlande.

(Luxemburg, den 18. März.) Der König Großherzog hat mittels Beschlusses v. 15. d. M. die Censur im Großherzogthum aufgehoben. Gestern hat unsere Schützengesellschaft eine Bürgergarde formirt, welche von Dunkelwerden ab bis Tagesanbruch durch die Stadt patrouillirt, um ferneren Unterbrechungen der öffentlichen Ruhe vorzubeugen. Der Commandant hat dazu Gewehre aus dem Arsenal hergegeben. Die Armirung der Festung durch Pallissadirung rc. und Aufstellung der Geschütze ist im besten Gange. Die Infanterie-Bataillone unserer Besatzung werden auf die Kriegsstärke vermehrt und die Reserven täglich erwartet. Die der Artillerie sind bereits eingetroffen. Die Außenwerke sind mit Truppen besetzt. (Köl. Z.)

A n z e i g e n

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26. März 1848. № 86. Sonntag: Emanuel.

✠ Protestation.

Du sublime au ridicule il n'y a qu'un pas! Wo hätte jenes geistreiche Wort des großen Kaisers jemals eine bessere Anwendung gefunden, als auf die letzten Ereignisse in Berlin? Was gibt es Erhabeneres, als die todesmuthige Verachtung, mit der das Volk in Berlin sich für die heiligsten Rechte, für die Freiheit, dem Tode opferte, den ein herzlos.r Fürst aus den vaterländischen Feuerschlünden in seine Reihen sandte, was gibt es Erhabeneres, als jene feste, würdige Haltung, mit der es dem tyrannischen Willen seines Königs die Gewährung seiner gerechten Forderungen abzwang? — Und wenige Tage später? — Was ist lächerlicher, als der blinde Jubel, mit dem das Volk demselben Fürsten zujauchzt, während die Leichen derer, denen er den Tod gegeben, noch nicht begraben sind? Aber was ist auch hassenswerther, als jene Kamäleonshaut, in die sich der »ritterliche König« hüllt? Er, der noch vor Kurzem schwur, die Rechte seiner Krone, wie er sie überkommen, erhalten und nicht nachgeben zu wollen, er, der seiner starren Verblendung die Besten des Volkes geopfert, er, der grasse absolute Fürst, wendet sich mit einer wahrhaft jämmerlichen Demuth an seine „lieben B.rliner“ ja, er entblödet sich nicht, mit den ihm so verhaßten Farben, den Symbolen der teutschen Einheit und Freiheit geschmückt, (denselben Farben, deren Tragung er früher mit langem Kerker bestrafte) durch die Strassen Berlins zu reiten, und, einem Komödianten gleich, in langen Tiraden der **Freiheit** die Worte zu reden, die er durch die Gewalt der Bajonnette und Geschütze unterdrücken wollte. Ist das königlich? Wie groß steht ihm gegenüber unser Ludwig von Bayern da, der eher vom Throne seiner Väter herabstieg, als er seinen Grundsätzen etwas vergab! Und dieser Preussenkonig will des teutschen Volkes Haupt werden, dieses Volkes, dessen alte Tugenden: „Treue, Wahrheit, Ernst, Festigkeit“ ihm unbekannte Worte sind! Groß steht unser Teutschland jetzt in den Augen Europa's da! Es hat sich diesen Ruhm mit schweren Opfern erkauft. Darum darf es nimmer dulden, daß ein Mann sich an seine Spitze stellen, seine heiligsten Interessen, seine Freiheit vertreten will, der noch vor wenigen Tagen diese Freiheit mit Füssen getreten, der durch sein ganzes Leben bewiesen hat, daß ihm die geistige Freiheit, wie überhaupt jede große Eigenschaft des Herzens und der Gesinnung fehlt. Das ganze teutsche Volk muß dagegen protestiren, die teutsche Krone auf einem Haupte zu sehen, das ihr auch den letzten, ohnehin schwachen Nimbus entreißen müßte. **Teutschlands Krone soll nur der Treuste, der Stärkste, der Freieste, — der Würdigste tragen!** R.

Deutschland.

Bayern. *† (München, den 24. März.) In den VI. Ausschuß der K. d. Abg. wurden von 119 anwesenden Mitgliedern im ersten Scrutin gewählt die HH. Abg. Keim mit 93, Schwager mit 85, Bestelmeyer mit 75, Graf v. Geldern mit 71, Frhr. v. Fraunhofen mit 70 Stimmen; im zweiten Scrut. von 110 Stimmenden Sattler mit 77 Stimmen, und im dritten Scrut. von 97 Stimmenden Unterberger mit 73 Stimmen. — Mit größter Spannung sieht man der Adreßberathung entgegen, welche dießmal in öffentlichen Sitzungen stattfindet. Der Adreßentwurf wird heute vollendet, nachdem gestern die Adreßkommission mit dessen Abfassung begonnen. Unter vollkommener Ruhe, die der Aufregung so vieler bewegter Tage gefolgt ist, vertraut man auf die ständische Thätigkeit, die hoffentlich alle Parteien zufriedenstellen wird. Von manchen Seiten sucht man die freisinnigen Bestrebungen unserer pfälzischen Abgeordneten als **ultraradikale** zu verdächtigen; wir haben diese Ehrenmänner nun als Repräsentanten des zeitgemäßen Fortschrittes, unter monarchischer Gewährleistung, kennen gelernt, die aber, weil sie die Zeit tief erkennen, keine Halbheiten lieben und die Grundpfeiler der jungen Freiheit fest gesichert wissen wollen. Es wird den Vornehmen und den Dunkelmännern nicht gelingen, den Saamen der Zwietracht ein unsere Kammer zu streuen, die in diesem Augenblicke so große Aufgaben zu erfüllen hat. Gestern Abend hat das Ministerium des Innern gegen die in der Allgem. Ztg. und in anderen Journalen erhobenen Zweifel über die Loyalität des militärischen Huldigungseides ohne Beifügung des Konstitutionseides folgende amtliche Erklärung, durch den Druck veröffentlicht.

Es will die Meinung geltend gemacht werden, es stehe die am Heutigen aus Veranlassung des Regierungs-Antrittes Seiner Majestät des Königs Maximilian II. vorgenommene Beeidigung des Linienmilitärs und der Landwehr mit dem erst jüngst abgelegten Verfassungs-Eide in Widerspruch, oder es werde letzterer durch die heute vogenommene Beeidigung außer Wirksamkeit gesetzt. Zur Berichtigung dieser Ansicht diene die Aufklärung, daß der Verfassungs-Eid nur einmal geleistet wird, während die Abnahme des Dienstes-Eides bei jeder Veränderung in der Person des Landesherrn wiederholt stattzufinden hat, ohne den Verfassungs-Eid zu entkräften.

Als gestern Abend JJ. MM. König und Königin Max und Marie im Theater erschienen, wurden sie mit Vivat empfangen. — Das Schloß Biederstein wurde zur Aufnahme J. M. der Königin von Preussen, welche man heute hier erwartet, neu eingerichtet. — Das Meublement der Gräfl. Landsfeld'schen Villa in der Barrerstraße, wurde gestern in die k. Residenz gebracht. — Gegenwärtig patrouillirt die Gensdarmerie unter dem Schutze von Liniensoldaten; unter dem verdächtigen und der Polizei längst anrüchigen Gesindel wurde dieser Tage eine große Musterung gehalten und sind fast 200 berüchtigte Individuen in polizeilichen Gewahrsam gebracht worden. — Gestern wurde in einer Gesellschaft unserer Studentenfreikorps unter größtem Zujauchzen der König von Preussen in effigie verbrannt. — Aus Ingolstadt kommt uns so eben die betrübende Nachricht zu, daß die Festungsarbeiter sich in einer schrecklichen Weise empört und die Stadt an mehreren Punkten angezündet haben. — Gestern früh wurden die beiden Löwen, welche für das Siegesthor bestimmt, in der kgl. Erzgießerei gegossen; sie enthalten eine Erzmasse von 400 Centnern, deren Guß trefflich gelang.

*† Bei einer kameradschaftlichen Vereinigung der Offiziere des Linien-Militärs, der Landwehr und der Freikorps wurden nachstehende Toaste ausgebracht: 1) Einigkeit! 2) Hoch lebe der König, Ordnung und Gesetz! 3) Meine Herren! Daß die zarte Pflanze deutscher Freiheit und Größe gedeihen möge, ist Schutz gegen äussere und innere Feinde noth. — Wir Alle stehen als eherner Wall gegen jede ungesetzliche Strebung, wie zum Schutze der Entwickelung gesetzlicher Freiheit, zu treuer Erfüllung dieser heiligen Pflicht leitet uns das Loosungswort, das unseren verehrten Vorgesetzten und so vielen bereits heimgegangenen Tapfern in den heißesten Schlachten vorgeleuchtet hat: Es lebe unser theurer, unser ächt deutscher König! 4) Deutsche Männer! Der Geist, der diese Männer berufen, belebt einen Jeden; die Kraft der Einheit, die in ihm liegt, sie fühlt ein Jeder unter uns. Eine große Zeit ist erfüllt, die Manen Friedrich des Rothbart steigen hervor aus dem Kyffhäuser, das einige, starke, freie, gesetzliche Deutschland — getragen und gehoben durch Bayerns Kraft — es blühe, es wachse, es gedeihe in herrlichem Aufschwung; es lebe das deutsche Vaterland! 5) Theuerste Freunde des deutschen Vaterlandes! Vielfach hat man der auf dem G.setzeswege errungenen Freiheit von Seite des Linienmilitärs und der Bürger Toaste ausgebracht; nun erachtet es auch das Freikorps der Studirenden als Pflicht, dem Linienmilitär und den Bürgern, die solches wollen und bethätigt haben, ein dreifach donnerndes Hoch auf ihre freundschaftliche Vereinigung zu leben. Darum leben Militär, Bürger und Studenten dreimal hoch! 6) Den Bürgern und den Freikorps, die so viel zur Aufrechthaltung der Ordnung beigetragen haben, und deren Vereinigung mit dem Linien-Militär so erfreulich ist — sie leben hoch! 7) Das Eine, was vor Allem noth thut, ist ein inniges, herzliches Zusammenschließen aller deutschen Stamme, um nach innen ein freies, nach Außen ein mächtiges Reich zu begründen. Ich bringe daher einen Toast aus auf unser großes, theures, lange zerrissenes, endlich vereinigtes — immer inniger zu vereinigendes deutsches Vaterland! 8) Das deutsche Parlament.

Nachschrift. Abg. **Willich** ist zum bayer. Bundestagsgesandten ernannt worden und geht heute Nachmittag nach Frankfurt ab.

⊙ (Nürnberg, den 25. März.) In diesem Augenblicke, wo die vernunftgemäße Entwicklung Deutschlands durch die Anregung, welche die glorreiche französische Revolution gab, vom **Volke** ausgeht, und in Städten und Gauen die Stimme des Volks mit einer Würde und einer Einsicht sich erhebt, die den Nationen des Erdballs Bewunderung und Ehrfurcht abzwingt, in diesem Augenblicke ergeht an Nürnberg die ernste Mahnung, nicht zu säumen, sondern jene Stelle einzunehmen, unter den Städten Deutschlands, zu welcher es vermöge seiner merkantilen und politischen Wichtigkeit berufen ist. Für den 30. dieses Monats ist eine Versammlung deutscher Abgeordneter in Frankfurt anberaumt, welche Vorberathungen über die nunmehrige Gestaltung unserer nationalen Entwicklungsvorgänge pflegen wird. Dort werden deutsche Städte ihre gewichtige Stimme erheben; und Nürnberg wird, da es erkennen muß, wie wichtig es ist, noch vor der Beschlußfassung zu sprechen, sich beeilen, seinen Platz auf jenen Bänken einzunehmen.

Baden. (Karlsruhe, 22. März.) Gestern Abend wurden dem hiesigen (jüdischen) Kaufmann Benedikt Höber (an der Ecke der Herren- und langen Straße) die Ladenfenster und Läden Abends 8 Uhr von einer tobenden Menge im Nu eingeschlagen; bis Militär und Bürgerwache ankam, war Alles schon fertig, und man sagt, es sei förmlich kommandirt worden. Höber soll nach allgemeiner Sage die ertheilte Amnestie mißliebig kritisirt und geäussert haben: »nicht in die Freiheit, sondern ins Zuchthaus gehören diese Leute.« Daher die große Erbitterung gegen ihn; wir werden nun sehen, ob auch in diesem Falle unser neues Schadloshaltungsgesetz angewendet wird. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 23. März.) Die deutsche Bundesversammlung hat 2 Beschlüsse gefaßt: I. Die Bundesversammlung erklärt den alten deutschen Reichsadler mit der Umschrift „Deutscher Bund“ und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers — schwarz, roth, gold — zu Wappen und Farben des Deutschen Bundes, und behält sich vor, wegen der Anwendung derselben nach Erstattung des Ausschußvortrags das Weitere zu beschließen. II. 1) Das Bundeswappen und die Bundesfarben werden sofort in den Bundesfestungen angebracht, und ist die Bundesmilitärkommission mit der unmittelbaren Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Das durch die Bundes-Kriegsverfassung (§. 34) für den Fall eines Bundeskriegs vorgeschriebene gemeinschaftliche Erkennungszeichen aller Bundestruppen ist diesen Emblemen zu entnehmen. 3) Die Siegel der Bundesbehörden haben das Bundeswappen zu führen.

(Frkfrt. O.-P.-Ztg.)

Hannover. (Hannover, 21. März.) Gestern erschien hier folgende Proclamation: „Hannoveraner! Auf viele eingegangene Vorstellungen habe Ich bereits die Censur aufgehoben, die Oeffentlichkeit der Ständeversammlung gestattet, das Associationsrecht anerkannt, die erbetene Amnestie und Rehabilitation der wegen politischer Vergehen Verurtheilten, wie hiedurch ausdrücklich geschieht, gewährt, und wegen meh-

rer anderer Punkte Euch weitere Erwägungen und Verhandlungen versprochen; aber Ich kann nicht mehr thun, bis die Stände versammelt sind, und habe befohlen, daß Alles, was nöthig ist, alsdann bereit sein soll. Insbesondere will Ich, bei den früher wesentlich veränderten Verhältnissen im gesammten Deutschland an die Stände Anträge auf Abänderung der Landes-Verfassung richten, welche auf Verantwortlichkeit der Minister gegen das Land und auf Vereinigung der Königlichen und Landes-Casse begründet werden sollen. Ich ermahne Euch Alle, die fernere Entwickelung der Verhältnisse in Ruhe und ohne Störung der gesetzlichen Ordnung zu erwarten. Hannover, den 20. März 1848. Ernst August." (Frkf. J.)

Hessen. (Darmstadt, 22. März.) Das heutige Regierungsblatt enthält unter der Ueberschrift: »Aufruf zur Verständigung«, eine Ermahnung des Ministers des Innern, H. v. Gagern, zur Achtung des Eigenthumsrechtes und der Sicherheit der Personen, in welcher vorzüglich darauf aufmerksam gemacht wird, »daß Freiheit nicht mit Gesetzlosigkeit verwechselt werden dürfe, wenn der Staat, die bürgerliche Gesellschaft in vernunft- und ordnungsmäßiger Weise noch fortbestehend bleiben solle, da ohne Gesetz keine Freiheit bleiben könne.«

(Mainz, den 23. März.) Nach halb 8 Uhr Abend geriethen auf dem Brand vier preussische Soldaten mit Bürgern in Streit und veranlaßten dadurch, daß sie ihre Säbel zogen, sofort eine allgemeine Bewegung unter den Bürgern. Man stürzte durch die Strassen, rief nach Waffen, und während der Bürgermeister zum Vicegouverneuer eilte, rotteten sich vor dem Theater, auf dem Markt und in der neuen Straße, wo im Nu in einzelnen Häusern Lichter an die Fenster gestellt wurden, starke Menschenmassen zusammen. Alsbald vernahm man die militärischen Allarm Signale, und nun eilten Oesterreicher, die jetzt hier wie Brüder angesehen und behandelt werden, und Preussen nach den Plätzen, die Generalität erschien ebenfalls und suchte durch gütliche Ansprache die aufgeregten Massen zu beruhigen. Die vier preussischen Soldaten, welche sich ihrer blanken Waffen bedient, wurden von einer österreichischen Patrouille arretirt. Schon wiederholt ist es vorgekommen, daß preussische Soldaten, theils aus Uebermuth, theils auch wohl nach vorausgegangener Verhöhnung und Beleidigung, einzelnen Bürgern die schwarz-roth-goldene Kokarde von den Hüten gerissen und sich dabei beschimpfender Ausdrücke bedient haben. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 21. März.) Wir haben schon bemerkt, daß bei der veränderten Politik der Monarchie, dieselbe in eine viel engere Beziehung zu der deutschen Nationalpolitik treten werde, als dieß früher der Fall seyn konnte. Der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Ficquelmont hat, kaum ins Amt getreten, in dieser Beziehung schon einen entschiedenen Schritt bei den andern deutschen Regierungen gethan, der darauf hinzielt, die deutschen Interessen auf alle mögliche Weise zu koncentriren, und im Geiste der freiesten Diskussion zu ordnen. — Der Kaiser hat mittelst eines Handbillets allen politisch Verurtheilten in Oesterreich vollkommene Amnestie angedeihen lassen. (A. A. Z.)

(Grätz, den 16. März.) Grätz war in diesen Tagen in der bedenklichsten Aufregung; es wäre hier so schlimm, vielleicht schlimmer wie in Wien gegangen, unsägliches Unglück wäre geschehen: da trat ein Mann auf, der Grätz und ganz Steuermark vor Unheil bewahrt hat. Es war (alle Steyrer tragen ihn im Herzen) der Gouverneur des Landes, Graf Wickenburg. Standhaft verweigerte er militärisches Einschreiten; kein Soldat ließ sich blicken. Sobald die Aufregung einen drohenden Charakter annahm, bewaffnete er die Studenten; und wie trefflich haben diese sich benommen! Welch' edler Geist, welcher Muth, welche Hingebung für Ordnung, Recht und Gesetzlichkeit unter dieser edlen Jugend. Die Jesuiten, hier, wie allerwärts, von dem ganzen Volke gehaßt, hatten vor einigen Monaten bedeutenden Zuwachs aus der Schweiz erhalten. Man sagt, in keiner europäischen Stadt seyen so viele dieser Leute beisammen gewesen, wie hier in neuester Zeit. Ihre Zahl belief sich gut auf mehr als 120. Noch am Tage vor dem Ereignisse in Wien hatte der Gouverneur den hiesigen Bischof Zängerl (der, beiläufig gesagt, kein Oesterreicher, sondern ein Würtemberger ist) aufgefordert, die „frommen Väter", bis die größte Aufregung vorüber sey, über Land zu senden, damit ihnen, bei der großen Erbitterung des Volkes gegen ihr Treiben nichts Schlimmes widerfahre. Aber sie gingen nicht. Tausende begaben sich deßhalb nach der außerhalb der Stadt gelegenen Behausung des Verhaßten, um ihre Wuth an denselben auszulassen. Man hatte angezündete Pechkränze und wollte das Haus niederbrennen. Das erfuhr der Anführer des Studentencorps, der junge Dr. Baitay. Er stürzte hinaus; athemlos kommt er vor dem Jesuitencollegium an, fordert die Menge in eindringlicher Rede auf, ihr eben begonnenes Zerstörungswerk einzustellen, zeigte ihnen das Verächtliche ihres Beginnens und veranlaßte sie, unter seiner Anführung jubelnd in die Stadt zurückzuziehen. Niemanden war ein Haar gekrümmt, nichts war entwendet worden. Und das waren Leute aus den Ständen, die man die niedrigen zu nennen pflegt: Arbeiter, Arme. — In unserm großen Redoutensaale waren Volksversammlungen; da fielen Scenen vor, die an die erste französische Revolution erinnern zu wollen schienen. Tausende waren in dem großen Saale, auf den Gallerien und in den Nebenzimmern, Tausende auf dem großen Franzensplatze um das Gebäude an einander gedrängt. Ein bewaffneter Soldat, der unter dieser Menge erschienen, wäre ein zündender Funke, und das Entsetzlichste hätten wir erlebt! Was wäre geschehen, hätte nicht der Landesgouverneur an beiden Tagen, inmitten der Versammlung, mit übermenschlicher Geduld und bewundernswerther Fassung sich benommen.

Heute wurden Waffen an die Bürger vertheilt. Die ganze Bevölkerung umstand das große Quarré. In der Mitte desselben sah man den Mann, den die Steyrer ihren Vater, alle Oesterreicher ihren guten Genius nennen, der geliebteste Prinz des Kaiserhauses, Johann von Oesterreich, dieser wahrhaft deutsche Biedermann, den das Volk unter dem er stets lebt und an welches ihn unauflösliche Bande fesseln, hoch verehrt. An seiner Seite befand sich der Gouverneur. Da sauste ein Wagen vom Bahnhof heran; ein Mann, Graf Hoyos stand entblößten Hauptes darin, und schwang das Dokument, wodurch Ferdinand I. seinen Völkern eine freie Staatsverfassung verleiht. Graf Auersberg hatte sie eben von Wien gebracht. Der Gouverneur bestieg den Wagen und verlas mit seiner volltönenden, obgleich vor innern Erregung zitternden Stimme den versammelten Tausenden das Rescript des Kaisers. Endloser Jubel erschallte nun. Alles drängte sich zu dem Erzherzoge Johannn. Man faßte und schüttelte seine Hände, er war wie Alle, sehr glücklich. »Hab ichs Euch nicht gesagt, Vertrauen, Vertrauen, Vertrauen!« wiederholte er hundertmal. Ein herrliches Schauspiel ist nie erlebt worden. (Frkst. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 21. März.) Dr. Zinkeisen ist der Redaktion der Allgemeinen Preußischen Zeitung enthoben und der frühere Redakteur Wentzel, ein freisinniger, seit dem Welckerschen Gastmahl in den Hintergrund gedrängter Mann, dazu ernannt worden.

Der König hat bestimmt, daß das zum Nationaleigenthum erklärte Palais des Prinzen von Preussen künftighin zu einem Hause der Bittschriften und Beschwerden dienen soll, welche dort nicht vor königlichen Beamten, sondern vor freien Bürgern geführt werden sollen. (B.-Z.)

Die Berliner Zeitungen am 22. März erscheinen der Beerdigung der gefallenen Opfer wegen mit einem Trauerrande. Die Berlinische Zeitung enthält die Bruchstücke der von Dr. Gutzkow verfaßten und sogleich dem König übergebenen und in Nr. 84 bereits erwähnte Eingabe wegen der Bürgerbewaffnung, die dann auch nach Verlauf einer halben Stunde erfolgte: „Die militärischen Evolutionen (vom 13. März) haben den Zustand, wie er jetzt ist, hervorgerufen. Die soldateske Verachtung des Bürgers gestatte zwar weiße Binden und weiße Stäbe, aber keine Bewaffnung. Der militärische Esprit de corps belächelte die edlen und uneigennützigen Anerbietungen der Bürger und offen kommt dabei eine klaffende Wunde des ganzen preussischen Staatswesens zum Vorschein, der für eine Zeit der Bürgerfreiheit, der Justiz, des Handels, der Künste und aller nützlichen Gewerbe zu hoch gespannte militärische Kastengeist. Ew. Maj. stehen in einem Zwiespalte mit sich selbst. Ihr eignes Herz führt Sie den Künsten des Friedens und dem Bürger zu. Ihre Umgebungen größtentheils militärischer Natur, halten Ihnen dagegen die Nothwendigkeit des Militärstaats in Zügen vor die Augen, die einer nunmehr vergangenen Zeit angehören. Preussen muß jetzt, wo es sich um eine Organisation des ganzen deutschen Volks handelt, aufhören, ein Militärstaat zu sein. Er muß zum Flor seines innern Gedeihens, zur Verminderung der Abgaben, zur Einschränkung des Staatshaushalts, vor allen Dingen zur Anbahnung einer neuen, auf das Volkswohl begründeten Politik den Schwerpunkt seiner Kraft im gesammten deutschen Vaterlande suchen." — Von den an Eisenbahnen liegenden Städten, treffen zahlreiche Deputationen in Berlin zur Theilnahme an dem Begräbniß ein.

(Breslau, den 18. März.) Welche Umwandlung binnen 24 Stunden! Noch vorgestern wurden sämmtliche Restaurateure vor die Polizei geladen und ihnen streng eingeschärft, in ihren Lokalen weder politische Reden und Gespräche, noch das Vorlesen von Zeitungen zu gestatten. Gestern und heute treten Redner öffentlich an den Strassenecken auf, und sprechen laut zu Hunderten und Tausenden; die süddeutschen Forderungen gehen von Mund zu Mund, dem Absolutismus wird ein Pereat über das andere gebracht; die Eine Volksversammlung, welche mit Gewalt verhindert wurde, hat ganz Breslau zu einer Volksversammlung gemacht. Ich schrieb Ihnen gestern, daß wir den traurigsten Szenen entgegen gingen, wenn das Militär irgendwie einschritte. Gestern Abend hat sich kein Militär in der Stadt blicken lassen, eben so waren Gendarmerie und Polizei verschwunden; die Stadt ist im vollsten Sinne des Wortes in den Händen der jetzt größtentheils bewaffneten Bürgerschaft, oder besser gesagt, Einwohnerschaft; denn es suchen sich Alle zu bewaffnen; da treffen sie Männer mit Doppelflinten und Hirschfängern, dort mit Säbeln, Sensen, Piken, großen Stangen u. s. w. Ungeachtet Tausende von Menschen die Strassen durchzogen, unter ihnen sehr viele Gesellen und Fabrikarbeiter, hat auch nicht der geringste Eingriff ins Eigenthum stattgefunden, nicht eine Fensterscheibe ist zertrümmert worden; die Patrouillen der bewaffneten Einwohner wurden überall mit lautem Hurrah begrüßt. Gegen 9 Uhr Abends koncentrirten sich die Massen vor dem Inquisitoriat, um die Brüder Hoffmann, welche wegen der bekannten Gesellenvereinigungen noch im Untersuchungsarrest saßen, zu befreien; aber auch hierbei ging Alles ruhig ab; nach einigem Zögern wurde von dem Präsidenten Starke — demselben, der wegen des Simon'schen Prozesses übel berüchtigt ist — der Befehl zur Freilassung ertheilt. Nachdem dieß erlangt war, zerstreute man sich, gegen 11 Uhr war noch ein Auflauf vor dem Rathhause, doch gelang es einigen als Volksfreunde bekanten Männern, die Schaaren zum ruhigen Auseinandergehen zu bewegen. So ging die Nacht ruhig vorüber. Heute Mittag verbreiteten sich Gerüchte, daß eine Kabinetsordre da sey, welche das Einschreiten des Militärs befehle, und daß die Russen anrückten; sogleich wurde eine Deputation zum Oberbürgermeister gesandt, um das Wahre zu erfahren. Ein gerade dort anwesender General versicherte auf sein Wort, daß weder das Eine, noch das Andere wahr sei, und was die Russen beträfe, so würde er der Erste sein, welcher gegen sie ins Feld rückte. Gewiß, denn gegen die Russen ist das Militär ebenso erbittert, wie die Bürgerschaft. In diesem Augenblicke (Nachmittags 4 Uhr) begeben sich die Bürger in großen Schaaren zu dem Oberpräs. v. Wedell, um das Verlangen zu stellen, daß wenigstens die Zeitungen heute noch von der Censur entbunden werden; man will lieber keine Zeitungen, als die Schmach der Censur noch länger tragen; Alle ergreift Scham, daß wir sogenannte intelligente Preussen noch fast die Einzigen im deutschen Vaterlande sind, die dieses durch die Acht der Nation für immer gebrandmarkte Institut noch länger ertragen. Der Justizrath Gräff theilte in der öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung mit, der Justizminister Uhden habe ihm versprochen, daß wir binnen 8 Tagen Preßfreiheit haben sollten. Es sind seitdem 14 Tage verflossen; man darf sich also nicht wundern, daß auf Versprechungen Nichts mehr gebaut wird, wir wollen jetzt endlich die Erfüllung! (D. A. Z.)

(Breslau, den 18. März.) So eben gelangt eine verbürgte briefliche Nachricht hieher, daß Krakau in Aufruhr begriffen ist. Gestern sammelten sich Schaaren von poln. Einwohnern vor den öffentlichen Regierungsgebäuden unter wildem Tumult und verlangten die Befreiung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der Finanzlinie &c. Der Gouverneur, Graf Deim, unterstützt von einigen der angesehensten Bürgern, suchte vergeblich den aufsteigenden Sturm zu beschwichtigen. In kurzer Zeit und wie auf eine geheime Verabredung fanden sich Tausende und aber Tausende der exaltirtesten Polen zusammen: die Zahl der Insurgenten belief sich auf 15,000 Mann, die zum Theil bewaffnet waren. Es gelang ihnen, die Gefängnisse zu stürmen; 400 politische Gefangene, Edelleute, Priester, Studenten und Bürger wurden befreit und unter wildem Jubel umhergeführt. Von den Thürmen der Stadt weht die polnische Fahne: die Republick gilt in den Augen der Revolutionärs als wiederhergestellt. Eine Einschreitung Seitens der bewaffneten Macht hat nicht Statt gefunden, sei es, daß dieselbe durch den unvorhergesehenen Aufstand überrascht, oder daß die militärischen Gewalthaber bei der dermaligen Lage der Dinge in Wien es nicht auf einen blutigen Kampf wollten ankommen lassen. Was noch kommen

mag, ob sich der Aufruhr auch der Provinz bemächtigen wird, ist nicht abzusehen. Die Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse könnte in Preußen und Oesterreich eine verhängnißvolle Wendung nehmen, wenn die Flamme der Revolution in allen polnischen Provinzen um sich greifen sollte. (D. Allg. Z.)

(Breslau, den 19. März.) Der Oberpräsident v. Wedell und der Polizeipräsident Heinke sind geflohen. In Folge der Nachrichten aus Berlin wurde eine große Volksversammlung auf dem Neumarkt gehalten und beschlossen, daß man das Preßgesetz nicht annehme, daß der Ver. Landtag nicht einberufen werden dürfe, man verlange wirkliche, nicht auf Grundbesitz basirte Volksvertretung u. s. w. Die Bewegung sei rein politischer Natur, ein kommunistisches Element habe sich nicht geltend gemacht. Die neuesten Briefe erwähnten Nichts von einer Insurrektion in Krakau, dagegen, daß die Russen diese Stadt besetzt hätten. (D. Z.)

(Cochem, den 20. März.) Auch in unserer Stadt haben die politischen Ereignisse eine Demonstration von Seiten der Bürger hervorgerufen. Gestern hatte eine Versammlung von etwa hundert Bürgern zur Gründung eines Schützenvereines Statt; gerade während der Berathung wurden die Nachrichten aus Wien durch die „Köln. Ztg. bekannt und eine ausserordentliche Aufregung dadurch verursacht. Der Fürst Metternich besitzt ganz in der Nähe von Cochem eine Ruine, sein Stammschloß Winneburg, auf deren Thurme im Jahre 1834 das Metternich'sche Wappen aufgerichtet worden. Die Schützengesellschaft beschloß noch am Abend ihrer Gründung, das Wappen eines der Unterdrücker deutscher Freiheit herabzunehmen, und dem Entschlusse folgte die That. Mit Brandhaken und Leitern bewaffnet, zog in später Nacht ein großer Haufe die Winneburg hinauf und vollbrachte beim Scheine eines mächtigen Feuers das einiger Maßen schwierige Werk. Im Triumphe wurde sodann das abgerissene Wappen unter Musik und Gesang in einem Umgange, dem sich noch viele Bürger anschlossen, durch die Stadt in das Schützenlocal getragen, wo dasselbe seiner Bestimmung, der Vernichtung, entgegen harrt. Nicht der geringste Exceß fiel bei dieser Demonstration vor, die der Stimmung jedes Deutschen gewiß entsprechen wird. (Köln. Z.)

(Aus der Provinz Preussen, 17. März.) Der Magistrat und die Stadtverordneten zu Elbing haben an den König eine Petition gesandt, in welcher sie um folgende Punkte bitten: 1) unsere Provinz in den Verband des deutschen Bundes mit verhältnißmäßiger Betheiligung an der bei demselben einzuführenden Volksvertretung aufzunehmen. 2) Die fernere Entwickelung unserer Verfassungsverhältnisse von den Fesseln jedes fremdartigen, insbesondere aber russischen Einflusses zu befreien. 3) Der russischen Armee einen Durchmarsch durch unsere Provinz nicht zu gestatten. 4) Den vereinigten Ständen des preussischen Staats eine Theilnahme an der allgemeinen Gesetzgebung mit entscheidender Stimme zu gewähren. 5) Die Presse, dem Beschluß der Bundesversammlung gemäß, sofort von allen Fesseln der Censur zu befreien, und 6) das mündliche und öffentliche Gerichtsverfahren mit dem Institute der Geschworenen in allen Provinzen des Staats, welche desselben noch nicht theilhaftig sind, einzuführen. (D. A. Z.)

(Düsseldorf, den 20. März.) Von allen Häusern weht die deutsche Fahne, alles trägt die deutsche Kokarde. Gestern Abend wurde eine Illumination und Fackelzug improvisirt. Man ließ überall das Volk leben. Die Menge verlangte das Wegschaffen der preussischen Fahne von dem Rathhaus und die deutsche Nationalfahne mußte aufgesteckt werden. Mißliebigen Beamten wurden die Fenster eingeworfen. Die Bürgerschaft bewaffnet sich. Im Theater wurde die Ouvertüre zur Stummen von Portici gespielt, das Lustspiel „Endlich hat er es doch gut gemacht" gegeben und in den Zwischenacten stimmte die Menge deutsche Vaterlandslieder an. In Köln ist die Stimmung sehr aufgeregt gegen den Prinzen von Preussen und den Exminister Bodelschwingh, welche man allgemein als die Urheber der letzten Gräuel betrachtet. Die Bürgerschaft ist bewaffnet. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Aus dem Bergischen, 20. März.) Mülheim, Solingen, Elberfeld, Lennep und andere Fabrikorte sind militärisch besetzt, weil die Fabriken, die Maschinen von den brodlosen Arbeitern bedroht sind. In Solingen sind fünf Fabriken zerstört, die große Fabrik in Altenberg ist eben durch Dragoner gerettet worden. Der Unwillen des Volkes wendet sich auch gegen die Eisenbahnen, zu deren Schutz militärische Hülfe aufgeboten werden muß. Die eben erschienenen königl. Zugestehungen werden überall sehr lau aufgenommen; vor einigen Wochen würden sie eine ganz andere Wirkung hervorgebracht haben. Von Einberufung der Landwehr verlautet nichts. Vorbereitungen dazu sind wohl getroffen, aber nicht wie 1842. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Elbing, den 17. März.) Die längst verbreiteten Gerüchte, daß eine Revolte auch hier ausbrechen werde, und zwar durch den Pöbel veranlaßt, ist in Erfüllung gegangen. Schuld daran hat zunächst leider die katholische Partei. Diese aus der ärmeren Volksklasse bestehend, wurde entrüstet, daß der Magistrat den Deutschkatholiken der Stadt statt der bisherigen 100 Rthlr. neulich 300 Rthlr. bewilligte. Man beschloß Rache. Ferner aber sind mehre Spießbürger Veranlasser des Aufstandes. Es gibt hier am sogenannten „Deutschen Michel" eine städtische Ressource, die ihres Liberalismus wegen Berühmtheit erlangt hatte. Auch einige Bürger, denen es an der gehörigen Bildung mangelte, gehörten dieser Ressource an, spielten in ihr aber eine untergeordnete Rolle und traten voll Haß aus. Sie nahmen ihre Zuflucht zum Pöbel und hetzten diesen durch Verläumdungen gegen die Liberalen des „Deutschen Michels" auf. Zu den letztern gehörten auch die Magistratspersonen, und auf diese besonders war's abgesehen. Man redete dem Pöbel ein, der Magistrat habe vom Könige Unterstützungsgelder für die armen Handwerker und Taglöhner Elbings erhalten, hätte diese Gelder aber im Locale des „Deutschen Michel" unter den Dielen des Fußbodens verborgen; auch beabsichtige er den Taglohn herunterzusetzen. Die plumpe List gelang. Der Pöbel zog wuthentbrannt zuerst auf den „Deutschen Michel" los und demolirte das Haus bis auf den Fußboden; dann aber stürzte sich die Volksmasse Tags darauf auf das Rathhaus, in welchem der Magistrat wegen der vorgefallenen Excesse seine Sitzung hielt, und fiel in blinder Wuth über den würdigen Oberbürgermeister Philipps, Landtagsdeputirten v. Riesen und Syndikus Flottwel her, die arg mißhandelt wurden. Das Militär wurde requirirt; doch fruchtete dieß wenig. Zum Theil wurden die Husaren von den Pferden gerissen, zum Theil begab sich die Volksmasse in andere Straßen, um neue Excesse zu begehen. So wurden Herrn v. Riesen sämmtliche Fenster seines Hauses eingeworfen. (Ffrt. O.-P.-Z.)

Ein aus Polen angekommener Reisender meldet uns, daß in Kalisch für 600 russische Offiziere Quartier bestellt sei, und daß gegen 150,000 Mann russische Truppen an der polnisch-preussischen Grenze stehen. (Bresl. Z.)

Belgien.

(Brüssel, den 20. März.) Am 17. d. M. waren Unruhen in Lille. In der Nähe des Bahnhofs wurden Barrikaden errichtet. Die Truppen wurden mit Steinwürfen begrüßt. Endlich gelang es, die Barrikaden zu beseitigen. Die Bürger stürzten sich im Sturmschritt mit gefälltem Bajonnet gegen die Aufrührer, die endlich weichen mußten. Um $10\frac{1}{2}$ Uhr Abends war alles wieder ruhig. — Die Centraldirektion hat darauf angetragen, jeden Belgier ohne Rücksicht auf Vermögen und Abgabe als wählbar zu erklären. Die Regierung hat ihre Einwilligung zu diesem Vorschlag gegeben. (Frkf. O.-P.-Z.)

Italien.

(Venedig, den 20. März.) Seit zwei Tagen fehlen die Briefe aus Mailand, allein so eben verbreitet sich das Gerücht, daß diese Stadt in den Händen des Volkes sey, das die Constitution nicht annehmen wolle. Radetzky sei gefangen. Hier wollten sie heute Morgen den Kopf des Obersten der Marine, Marinovich; er wurde vom Arsenal durch Nationalgarde nach Hause gebracht. Die Waffen der Arsenalsäle wurden unter die Nationalgarde vertheilt. Die ungewissen Nachrichten von Mailand setzen neuerdings alles in Allarm. — In Brescia wurden die Jesuiten fortgejagt.

Sowie der obige Brief aus Venedig die Kunde bestätigt, daß dort der volle Aufstand ausgebrochen sey, so bringen dieselbe Nachricht Briefe aus Padua vom 20. Da hieß es, man habe in Mailand die Republik verkündigt. Auch in Padua forderten viele Stimmen die Republik. Es herrschte die furchtbarste Aufregung. Das Militär rührte sich nicht. Alle Civilbehörden, selbst die Polizei hatten die dreifarbige (italienische) Kokarde aufgesteckt; die Tricolorfahne wehte von den Thürmen, der Bischof segnete die Volkshaufen, welche: „Es lebe Italien" riefen, während Studenten und andere lärmende Gruppen „Krieg! Krieg!" schrien. Die erste freudige Bewegung über die in Wien verliehene Constitution war bald beseitigt durch jene nach Krieg und Republik verlangenden Stimmen. Zu spät! war auch hier das Losungswort. Unser Paduaner Correspondent schließt mit den Worten: „Nur ein Wunder kann die Monarchie von dem Verluste Italiens retten." Hoffen wir daß diese düstere Prophezeiung sich wenigstens in Bezug auf die Stellung Oesterreichs am adriatischen Meer nicht bewahrheite. Es wäre dieß ein ungeheurer Verlust: die ganze österreichische Handelsmarine wäre damit gelähmt, der deutschen Bewegung nach der Levante — so großartig durch Triest angebahnt — die Hauptpulsader durchschnitten. (A. A. Z.)

(Chur, den 21. März.) Ein eben erscheinendes Bülletin des liberalen Alpenboten sagt: „In Mailand ist die Revolution ausgebrochen. Die Clevner Post, welche am 19. Abends hier eintreffen sollte, ist erst diese Nacht angelangt. Ein Privatbrief von Cleven (Chiavenna) meldet folgendes: „„General Radezki hat sich mit seinen Truppen ins Castell von Mailand zurückgezogen, und ist dort eingeschlossen. Der Vicekönig ist gefangen in Brescia. Como, Bergamo und die andern Städte sind von Nationalgarden besetzt. Wir Clevner ziehen mit Musik im Lande herum und verkünden die Republik. In wenigen Tagen hoffen auch wir frei zu seyn."" Diese Berichte werden durch andere Briefe bestätigt. Der Aufstand in Mailand ist am 18. Mittags losgebrochen; sogleich wurden alle Thore geschlossen." (A. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Trauer-Anzeige.

Verwandten Freunden und Bekannten bringen wir die traurige Kunde von dem heute Nacht erfolgten Abscheiden unserer geliebten Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwägerin

Frau Maria Kunigunda Kurzmantel,

gebornе Friedrich.

Sie starb nach kurzem Krankenlager in einem Alter von 73 Jahren an einer Lungenlähmung, nach einer 49jährigen glücklichen Ehe.

Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, den 24. März 1848.

Die sämmtlichen trauernden Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen unsere unvergeßlich geliebte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Frau Magdalena Thiel

nach langem Krankenlager, in einem Alter von 68 Jahren, durch einen sanften Tod zu sich in das bessere Leben abzurufen.

Tiefgebeugt stehen wir an ihrem Sarge und nur der Gedanke und die Hoffnung eines dereinstigen Wiedersehens im Lande der Verklärten gibt uns Trost in unsern gerechten Schmerz. Ihr ist nun wohl, sie hat des Lebens Mühen und Sorgen überwunden. Friede ihrer Asche.

Um stille Theilnahme bitten

Nürnberg, den 24. März 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Verbesserte Bleiplatten-Fabrication.

Für Schnupf- und Rauchtabak-Fabriken werden vom chemisch reinsten Blei, mit feinster und ordinärer Verzinnung, sowie auch unverzinnte Bleiplatten zu den allerbilligsten Preisen durch verbesserte Maschinen verfertigt.

Ferner empfehlen die Unterzeichneten unter Zusicherung billigster Preise: Apparate von chemisch reinem Blei, als: Retorden, Kesseln, Pfannen, Helmen, Abdampfungsschaalen u. s. w. in allen Größen und Formen nach beliebigen Zeichnungen und Angaben: Ebenso auch Compositionsstreifen für Blitzableiter, und verzinnte und unverzinnte Bleitafeln in allen Größen und Stärken zum Tapeziren feuchter Lokalitäten.

Holzgefäße, Tonnen, Kisten u. s. w. mit dünnen Bleitafeln ausgeschlagen, übertreffen an Dauer alle Erwartungen, und gewähren eine außerordentliche Ersparniß gegen massive Bleigefäße.

Gefälligen Aufträgen entgegensehend, versprechen die prompteste Bedienung

Nürnberg, den 25. März 1848.

Mechanikus L. B. Lemberger und Sohn,
Schlotfegergasse Lit. L. Nro. 1415.

Goldener Hirsch

an der Lauferstrasse.

Sonntag, den 26. März

Gesangs-Unterhaltung von Hrn. Fischer,

wobei nebst mehreren neuen Piecen, die Eröffnung der Stände-Versammlung am 20. März, der 9te März in Nürnberg, Potpourri, der 3. und 4. März in München vorgetragen wird, beim Schluß dieses Potpourris bietet ein neues Lied in der Melodie der Nationalhymne, welches an die verehrten Anwesenden zum Nachsingen verabreicht wird.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit ergebenst ein

Sturm.

Kronprinz zu Gostenhof.

Sonntag Abends 8 Uhr ist Unterhaltung durch den

Volks-Sänger Deininger

aus München, wozu höflichst eingeladen wird.

Warnung.

Seit einigen Tagen erfrecht sich ein Individuum, auf meinen Namen Geld zu entnehmen, mit der Vorgabe, er sey von mir ausgeschickt um etwas zu kaufen, und nun lange ihm das Geld nicht. Es ist dieses Subjekt sehr kenntlich, indem dasselbe am rechten Arm gelähmt ist und sehr wenig Kopfhaare besitzt. — Ich warne daher hiemit Jedermann, niemand auf meinen Namen etwas zu borgen oder verabfolgen zu lassen, indem ich für nichts einstehe.

J. M. Richter
zum Fränkischen Hof.

(Kapital-Gesuch.) Es werden gegen gewichtige Versicherung 100 fl. gegen monatliche Abzahlung zu entnehmen gesucht, unter der Adresse A. B.

Wiener Salon.

Sonntag den 26. März

Extra-Bier

von vorzüglicher Güte.

Abends

Produktion von dem

Blechsextett des Herrn Sprecher.

Die Lokalitäten sind neu dekorirt.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag den 26. März produzirt sich der

Volkssänger Deininger.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Anfang halb 4 Uhr.

Kellermann.

Rüge.

Da es jetzt an der Tagesordnung ist, die Freiheit der Presse gegen Uebergriffe von Beamten in Anspruch zu nehmen, so macht auch der Unterzeichnete von diesem Mittel Gebrauch. Vorgeladen vor das kgl. Stadtgericht, Amtszimmer Nro. 10, wurde ich im Laufe der Gerichtsverhandlung von dem kgl. Kreisrathe von Eckartshausen auf eine ihm ganz und gar nicht zuständige derbe Weise behandelt, indem er mich mit Er ansprach, und in seinem Amtseifer sogar auf meine Hand zu schlagen sich beigehen ließ.

Nürnberg, den 25. März 1848.

Gg. Eitel,
Schuhmachermeister.

Paradies.

Montag den 27. März ist Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Waitzendorfer Bleiche.

Zur Spedition von Tüchern und Garn für die durch ihre vorzüglichen Leistungen hinlänglich bekannte Waitzendorfer Bleiche empfehlen wir uns auch in diesem Jahre.

Nürnberg, 24. März 1848.

Fr. Korn'sche Buchhandlung.

Französisches Theater.

Sonntag den 26. März wird zum letzten Mal in S. Nro. 996 zum Besten der Armen das große Trauerspiel »Phedre« in 5 Akten von Jean Racine stattfinden. Die Billette kann man zu jeder Zeit bei Mad. Montarlot in S. Nro. 996 a Person 15 kr. abholen.

Gasthaus-Verkauf.

Ein Gasthaus zweiter Klasse ist unter den annehmbarsten Bedingungen zu verkaufen, und könnte sogleich übernommen werden.

Wassertrüdinger Bleiche.

Die Spedition zur Wassertrüdinger Bleiche besorgt wie früher

Nürnberg, den 18. März 1848.

Friedr. Erhard Solger.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Die auf Sonntag den 26. d. Mts. gemachte Einladung zu Herrn Gastwirth Sturm, findet eingetretener Hindernisse wegen nicht statt.

Der Vorstand.

Empfehlung.

Unterzeichnete empfiehlt bei kommendem Frühjahr ihre nach Pariser Art eingerichtete Strohhut-Wasch-Anstalt, wo alle Arten Herren- und Damenstrohhüte schön und billig gewaschen, auch auf Verlangen umgenäht werden. Einem zahlreichen Besuch entgegensehend empfiehlt sich ergebenst

Babette Wolf,
in der Stadt Wien, Brunnengasse No. 376.

(Gesuch.) Auf ein Mühlanwesen, auswärts, werden zur ersten Stelle sogleich fl. 10,000 aufzunehmen gesucht. Näheres unter Adresse H. O.

(Gesuch.) Für einen Jäger der Landwehr wird eine Armatur zu kaufen gesucht. Näheres in der Exp. d. Blattes.

(Zu verkaufen.) Ein starker festgebauter Holzwagen mit böhmischen Leitern, 4zölligen Rädern, Axen von Eisen und den dazu nöthigen Ketten ist zu verkaufen.

Wirthschafts-Verkauf.

Aus Familien-Rücksichten wird das seinen besten Ruf weit über Deutschlands Gauen verbreitete Wirthschaftsanwesen zum

„Jammerthal"

hier öffentlich an den Meistbietenden verkauft und hiezu Termin auf

Montag den 3. April 1848, Vormittags 10 bis 12 Uhr,

im Lokale des unterfertigten Kommissionsgeschäfts anberaumt. Kaufslustige, denen inzwischen alle erwünschten Aufschlüsse ertheilt werden, ladet zum Termine höflichst ein

das öffentliche Commissions-Bureau
von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Bekanntmachung.

Die Verloosung der Kunstgegenstände zum Besten der Malerfamilie Schwicker aus Hamburg, findet nächsten Mittwoch den 29. dieses im Albrecht-Dürer-Hause Nachmittags 2 Uhr statt, wozu die Betheiligten hiemit höflichst eingeladen werden. Die zu verloosenden Gegenstände, so wie die Abrechnung können täglich im Albrecht-Dürer-Hause eingesehen werden.

C. Heideloff. Reindel. Winter.

Literatur.

So eben ist angekommen:

Briefe

eines ausgewanderten Deutschen

an den

Fürsten v. Oettingen-Wallerstein.

Preis 9 kr.

C. H. Zeh'sche Buchhandlung
in Nürnberg.

(Anzeige.) Von der

Verfassungs-Urkunde des Königreichs Bayern,

Taschenausgabe, geheftet, 54 kr.

sind noch Exemplare im Verlage des Unterzeichneten zu haben, gleich wie noch vollständige Exemplare der

Taschenbibliothek für bayerische Staatsbürger,

2 Theile mit Nachträgen, Preis 2 fl.

Enthaltend I. Verfassungs-Urkunde, II. Verordnungen über gemeindliche Verhältnisse, und als Nachtrag die revidirten gemeindlichen 2c. Edikte.

Nürnberg, den 22. März 1848.

Riegel und Wießner.

(Zu verkaufen.) Nro. 313 b nächst der Karolinenstraße ist ein sehr gut erhaltener, sogenannter Wiener Stutzflügel, welcher wenig Platz einnimmt, von Nußbaumholz mit 6 Oktaven billig zu verkaufen.

(Zu vermiethen.) Ein tapezirtes, möblirtes Zimmer nebst Alkov, ist an einen oder zwei ledige Herren bis Anfang April zu vermiethen, auch kann daselbst die Kost dazu gegeben, und auf Verlangen 2 Betten dazu abgelassen werden.

(Einladung.) Montag den 27. produzirt sich das Kleeblatt beim Wirth Dagenbauer in der Schlotfegergasse.

Anzeige.

Aechter Schmirgel ist wieder angekommen bei

Sonna und Huzler.

(Zu vermiethen.) Nahe am Obstmarkt ist ein Zimmer mit Bett und Möbeln an einen Herrn zu vermiethen.

(Eingesandt.)

Es ist kein Wunder, wenn die Gefälleinnahme in manchen Artikeln, welche in hiesige Stadt gebracht werden, sich vermindert, denn es ist unverantwortlich mit welcher Gleichgültigkeit mancher Thoraufseher seinen Posten versieht. Einsender dieses hat manche Stunde darauf gewendet, zu beobachten, ob denn nicht hie und da ein schwer bepackter Korb angehalten und visitirt wird; er konnte dies aber besonders an einem der hiesigen Thore nicht entdecken, dessen Aufseher beständig an Artikeln zu arbeiten schien, welche ihm einen Nebenerwerb verschaffen. Man erwartet, daß er nur dieses Winkes bedarf um energisch gegen pflichtvergess'ne Diener einzuschreiten, die die Interessen der Stadt so unverantwortlich vernachlässigen.

(Zu vermiethen.) Im Gasthaus zur Eule S. Nr. 1424 sind einige neu hergerichtete Zimmer an ledige Herren zu vermiethen und können sogleich, oder nächstes Ziel bezogen werden. Nach Wunsch wird auch die Kost dabei gegeben.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag, 26. März. Zum Erstenmale: »Wullenweber.« Großes historisch-romantisches Gemälde aus der Hansa-Geschichte in 5 Akten von Karl Gutzkow.

Bayern. † (Nürnberg, 25. März.) Höchst zuverlässigen Nachrichten aus München zufolge, ist die Armee auf den Feldetat gesetzt, wodurch die Completirung der Chargen bedingt ist. Ebenso ist das Cadeten-Corps aufgehoben. Die Minister erhalten wieder den Titel: Staatsminister.

Preussen. △ (Berlin, 24. März.) Von allen Häusern weht die deutsche Fahne, die der König selbst ergriffen hat, versprechend, an die Spitze der deutschen Bewegung treten zu wollen. — Gestern war das großartige Leichenbegängniß der gefallenen Freiheitskämpfer, alle Befürchtungen, die allzu ängstliche Gemüther damit verbunden, sind grundlos gewesen, denn die sittliche Haltung des ganzen Volkes konnte nur dadurch gestört werden, wenn die unzeitige Versöhnungspredigt des taktlosen Beerdigungskomités: Bürger und Soldaten Arm in Arm zum Begräbniß! — nicht verhindert worden wäre. Der Haß gegen das Militär ist furchtbar, und nur das Fernhalten der hier thätig gewesenen Regimenter sichert den Frieden. Wahrscheinlich wird dieser Verlegenheit eine kriegerische Wendung der Dinge ein Ende machen. Die Polen können von uns jetzt unmöglich abgehalten werden, ihre endliche Befreiung zu erkämpfen, wir dürfen den polnischen Theil Posens ihnen nicht vorenthalten, und wer nur einigermassen die Verhältnisse kennt, weiß, daß ein Krieg mit Rußland wenigstens in Ost-Deutschland der einzig nationale Krieg ist, den wir haben können. Zwar wünscht der König eine bewaffnete Neutralität von ganz Deutschland, aber das ist menschlich, wie politisch, gar nicht zu verwirklichen. Der Landtag, welcher zum 2. April zusammenberufen ist, wird jedenfalls nur ein neues Wahlgesetz auf den umfassendsten Grundlagen zu votiren haben; die neue Versammlung ist es, welche die weiteren Vorlagen zu berathen und zu verwirklichen hat.

(Berlin, den 22. März.) Unsere Stadt bietet heute einen traurig bewegten Anblick dar, Alles ist in tiefer Trauer, die Männer mit umflorten Hüten und Armen, die Frauen in schwarzen Anzügen. Auf dem Gensd'armenmarkte vor der darauf befindlichen neuen Kirche stehen eine große Anzahl Särge mit den Leichen mehrerer unserer gefallenen Brüder; seit 12 Uhr ziehen die Abtheilungen der Bürgergarde, die Gewerke in Zügen mit ihren Fahnen an der Spitze, und das sich dem Zuge anschließende große Gefolge nach dem Trauerorte hin. Um 2 Uhr setzt sich der Leichenzug unter dem Geläute der Glocken in Bewegung. Voran ein Zug Bürgergarde, eine Handwerkerinnerung mit ihrer Fahne an der Spitze, Jungfrauen mit Blumen und Kränzen für die Gräber, 10 bekränzte Särge, sämmtlich von Bürgern getragen, 1 Abtheilung Bürgergarde, die Sänger der königlichen Kapelle mit Blumen und Kränzen, 4 Särge, 1 Musikchor, Chorale blasend, die Sänger der italienischen Oper mit Fahne, 1 Sarg, die Studirenden mit ihren Fahnen, 1 Sarg, 1 Musikchor, 1 Fahne mit der Inschrift: „Freiheit und Recht", die Klempnerinnung, die der Sattler, Kupferschmiede 2c., die Schuldirectionen, Lehrer und die Schüler, 4 Särge, die Gewerke der Tischler, Stellmacher, Wagenbauer, Buchdrucker mit weißen langen umflorten Stäben, 11 Särge (vor einem wurde ein Ordenskissen mit vielen Orden getragen), 1 Abtheilung Bürgergarde, 8 Särge, die Gewerke der Schlosser, Uhrmacher, 1 Abtheilung Studirender mit Fahnen, der Handwerkerverein mit seiner Fahne, 1 Sarg tragend, 1 Musikchor, 22 Särge, die Zimmerleute, Korbmacherinnung 2c., 14 Särge, Studirende, 5 Särge gefolgt von einem großen Zuge Handlungskommis, die Kaufmannschaft, 21 Särge, das Schuhmachergewerk, 1 Musikchor, 1 große Fahne getragen von 4 Männern, 6 Särge, der Verein der Freimüthigen, 1 Sarg, Abtheilung von Bürgern, Handwerkern, 5 Särge, 1 Musikchor, 1 Sarg, großer Zug von Geistlichen, neben den Verwandten der Gebliebenen gehend, 1 Zug Bürger und Frauen als Leidtragende für die Gefallenen, Blumen und Kränze tragend, die Universität mit ihren Vorständen in großem Ornat, Abtheilungen von Bürgergarde und Studirenden, Literaten, Schriftsteller, 1 Zug von Bewohnern aus Brandenburg, 1 aus Magdeburg, Braunschweig, Halberstadt mit ihren Fahnen, der Magistrat, die Stadtverordneten, die Vorsteher der israelitischen Gemeinde, die Bezirksvorsteher, die Schüler des grauen Klosters, des Friedrichsstädtischen Gymnasiums, und der sämmtlichen Schulen, ein langer unabsehbarer Zug unserer Bürgergarde, Musikchöre, die Arbeiter der großen Etablissements von Borsig, Egells 2c., die der Nationaleisengießerei, alle mit ihren Fahnen an der Spitze, die Fischer, Böttcher und noch viele Innungen in großen Zügen mit ihren Fahnen und Bannern voran. Seit 3½ Stunden bewegt sich der Zug schon vor meiner Wohnung vorüber, und noch ist gegenwärtig, um ½6 Uhr, kein Ende dieses großartigen Leichenzuges zu sehen; derselbe bewegt sich über den Schloßplatz durch die Königs- und Landsbergerstraße nach dem Friedrichshain, wo die heldenmüthig gefallenen Kämpfer für unsere Freiheit ihre Ruhestätte finden werden. Sanft ruhe ihre Asche! (D. A. Z.)

(Pleschen, 12 März.) Ein russischer Deserteur, Iwan Antkiewitz, der zur Zeit, in welcher die vorige Kartel-Konvention aufgehört hatte, die neue aber noch nicht in Kraft getreten war, über die Grenze gekommen war und sich unter preussisch. Schutz begeben hatte, diente mit Genehmigung der Behörden seit 4 Jahren am hiesigen Orte, zuletzt bei einem hiesigen Bürger, einem Oelschläger. Gegen seine Führung war nichts zu erinnern, bis ihn sein Brodherr im Herbste v. J. eines Diebstahls von mehreren Quarten Oel beschuldigt. Anstatt ihn nun der zuständigen Obrigkeit zu überantworten, rächt sich der Brodherr wegen dieses geringen Hausdiebstahls durch folgende teuflische Grausamkeit. Nachdem er den Unglücklichen auf das Entsetzlichste gemißhandelt, bindet und knebelt er ihn, verstopft ihm den Mund mit Stroh, und halbentkleidet führt er ihn in der kalten Herbstnacht des 21/22. November v. J. an die fast zwei Meilen entfernte Grenze, wo er das Opfer seiner Bosheit der russischen Behörde überliefert. Die russischen Beamten entsetzten sich ob dieser Schandthat, aber die Pflicht gebietet ihrem Mitleid Schweigen. Sie zwingen den Brodherrn, dem Unglücklichen wenigstens Kopf- und Fußbegleitung zu verabreichen und sandten dann diesen, nachdem sie ihm mit Mühe einige Erfrischungen in den ganz verschwollenen Mund und Hals eingeflößt hatten, an die betreffende Behörde nach Kalisch. Dort wird derselbe, weil er, was dem Brodherrn nicht unbekannt war, zum drittenmal desertirt, zu 4500 Spießruthenhieben verurtheilt, die aber nur zum Theil vollzogen zu werden brauchten; denn schon beim dritten Tausend gab der Unglückliche seinen Geist auf. (Bresl. Z.)

(Posen, den 18. März.) Unter den Polen soll eine Adresse an des Königs Majestät zur Unterschrift zirkuliren, in welcher derselbe gebeten wird, freiwillig die Unabhängigkeit des Großherzogthums Posen wieder herzustellen und einen der preussischen Prinzen als König von Polen zu proclamiren. Wie wir hören, wurde diese Adresse zuerst vom Verfasser einer größeren Gesellschaft im Bazar zur Genehmigung vorgelesen, von dieser jedoch aus natürlichen Gründen verworfen. (Br. Z.)

(Posen, den 20. März.) Als eine Mittheilung von Wichtigkeit in der heutigen stürmenden Zeit ist folgende. Gedruckte Proklamationen an die Bauern und Wehrmänner polnischer Zunge sollen in Tausenden von Exemplaren durch die Provinz verbreitet worden seyn; es ist ein Aufruf an ihr Nationalitätsgefühl. Der gute Geist der Bauern, ihre Anhänglichkeit an die Regierung hat sich bisher immer bewährt; wir wollen daher getrost hoffen, daß auch die heutige Zeit sie nicht unserm Staate abtrünnig machen, und sie noch der Wohlthaten wird eingedenk sein lassen, die ihnen durch denselben zu Theil geworden sind. (Bresl. Z.)

(Posen, den 20. März.) Mittags 12 Uhr. Alle Läden sind geschlossen. Die Polen haben eine Proklamation erlassen. Auf dem Bazar weht die polnische Fahne. Von Seiten des Militärs ist bis jetzt nichts geschehen. Die ganze Umgegend Posens soll in Aufruhr sein. — Abends 7 Uhr. — Die Aufregung steigt; die Massen sind namentlich vor dem Bazar dicht gedrängt. Die Truppen bivouakiren, die Kanonen sind aufgefahren. (Bresl. Z.)

(Ostrowo, 20. März.) Auch in unserer Gegend ist die Luft nicht so rein, wie man vielleicht glauben mag; es ist jedoch keine derartige Aufregung, wie sie sich in dieser bewegten Zeit fast überall kund gibt, sondern eine gewisse bange Besorgniß für die nächste Zukunft, die jedes Deutschen Herz erfüllt. In Folge dessen sind einige Polen eingezogen worden, bei welcher Gelegenheit auch Schriftstücke vorgefunden seyn sollen, die über Manches Aufklärung verschaffen. Außer den täglich nach und aus Pleschen und Krotoschin ab und zugehenden Staffetten, die Verschiedenes zu sprechen geben, zirkuliren hier noch andere Gerüchte, bestärkt zwar durch an und für sich geringfügige Vorfälle, die jedoch in der That nicht alles Grundes entbehren mögen. So kam letzthin ein Pole in einen Spezerei-Laden, um Taback zu kaufen, derselbe äußerte, als er mit dem Kaufmann wegen des Preises nicht fertig werden konnte, drohend: „Wartet nur, ihr werdet es bald doppelt zurückgeben."

Eben so fragte ein polnischer Junge einen Waarenkaufmann, was er eigentlich mit seinen Waaren anfangen könne, wenn es hier losgehen werde. Es ist natürlich, daß solche Redensarten, verbunden mit anderen Gerüchten, im Publikum Besorgniß erregen müssen, weshalb sich auch unsere Stadtverordneten zu dem Beschlusse veranlaßt fanden, vorläufig sogenannte Bürgerwachen zu organisiren, da man täglich dem Ausrücken des Militärs entgegensieht. — Es ist gewiß, daß in Kalisch und an dem ganzen Gränzstrich 30,000 Mann russische Truppen zusammengezogen werden. In Kalisch selbst ist bereits Quartier für 600 Offiziere angesagt. Mit Ausnahme sehr Weniger, denen unsere Zeitungen hinübergeschmuggelt werden, weiß man dort, eine Meile von der preuß. Gränze, fast nichts von allen Bewegungen, die in Deutschland sich täglich häufen.

Nachschrift. So eben werden Patronen vertheilt und jeder Soldat bekommt 60 Stück nach Haus. (Bresl. Z.)

Norddeutschland, 18. März. Zu den Fürsten, welche sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen zu wollen, verkündet haben, ist auch der König von Preussen als der letzte gekommen: und zwar im intelligentesten Sinne wolle er sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, hat Friedrich Wilhelm den rheinischen Deputirten gesagt. Daß Preussen, daß das preussische Volk und seine edelsten Vertreter dieser deutschen Bewegung nicht fehlen dürfen, das wissen alle deutschen Herzen. Und daß Preussen dem deutschen Vaterlande nicht fehlen wird, das ist in den rheinischen und sächsischen Landen, in Ost- und Westpreussen zu sehen, zu hören, zu lesen. Preussen stimmt mit Herz und Mund und That, zu dem ausgesprochenen Gesammtwillen des deutschen Volks. Aber, wenn von der Spitze der Bewegung, wenn von einem Oberhaupte des neuen Bundes die Rede ist — wie denn ein jedes Reich seine Spitze, seinen höchsten Willen — Bundespräsident oder Kaiser — haben muß, — und wenn in diesem Sinn die preussische Regierung sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen will, so legt die allgemeine Volksstimme dagegen das entschiedenste Veto ein.

Die preußische Regierung, die sich 1815 an die Spitze des großen Vaterlandes stellen konnte, versäumte das — nun ists zu spät! Seit 1817 hat sie durch Dämagogen-Jagden, durch Unterdruckung der blutig erkämpften Volksfreiheit, durch Großmachtsgelüste, durch absolutistische Reaktionen, die jeden Mund verschließen, jede Regung ins Gängelband legen sollten, durch Unentschlossenheit und Unselbstständigkeit, Schritt vor Schritt sich um das Vertrauen, die Liebe, ja die Achtung des deutschen Volks gebracht, und nur Gleichgültigkeit, Mangel an allem Vertrauen, ja Zorn und Haß recht gründlich geweckt. Keine preussische Regierung, kein Berlinerthum an der Spitze Deutschlands, das fühlt jede deutsche Brust. Vor 7 Jahren war Preussen in Deutschland wieder möglich. Hätte der König von Preussen nur den kleinsten Theil der Hoffnungen, mit denen ihm ganz Deutschland entgegenjauchzte, erfüllt — das ganze deutsche Volk, Fürsten und Staatsbürger, wählten ihn jetzt zum Oberhaupt des neuen Bundes. Er hat seinen großen Ruf nicht verstanden und hat sich unfähig gezeigt, ihn zu erfüllen. Was er gethan hat, weiß das deutsche Volk. Kein Patent, keine Rede mit volltönenden Wendungen kann jetzt vergessen machen, was wir mit tiefem Schmerze sieben Jahre hindurch mit unsern Augen gesehen haben. Wenn der König sich in 7 Jahren der Leitung des großen, freien deutschen Volks würdig gezeigt hätte, so wären manche Schwierigkeiten der Wahl sofort gehoben; aber ein Unglück ist es nicht. Das deutsche Volk ist stärker als der König von Preußen, sein eigenes Volk gehört mit zum deutschen Volk und fühlt sich als gleichgesinntes Glied des großen Völkerbundes, welchen wir schließen. Oesterreich und Preußen werden die wichtigsten Glieder dieses Bundes seyn, wie es ihnen gebührt. Aber weil der neue Bund nicht wieder der alte Fürstenbund ist, darum soll auch nicht die alte Hegemonie Preußens oder Oesterreichs wieder von Neuem erstehen. An der Spitze Deuschlands wird das deutsche Parlament stehen, in ihm haben die Führer unserer Bewegung ihre Stelle. (Weser Z.)

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. März 1848. | № 87. | Montag: Rupertus.

☞ Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal der Mittelfränkischen Zeitung, welche, um den Anforderungen der Zeit zu entsprechen, bereits in bedeutend vergrößertem Format erschienen ist. Die Tendenz unseres Blattes geht aus der Devise desselben »für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland« hervor, und wir werden, derselben treu folgend, von der uns bewilligten Freiheit der Presse denjenigen Gebrauch machen, der sich in den ungehindertsten Schranken zwar kundgeben, aber nie von der Würde sich entfernen wird, welche die theure Errungenschaft zu erhalten vermag. Wir werden dem bayerischen Vaterlande sowohl, wie den auswärtigen Ländern, die höchste Aufmerksamkeit zuwenden und den Gang der Ereignisse und Zustände genau verfolgen, um so eine bündige Tagesgeschichte aufzustellen und, wo dieß die Sachlage erheischt, den nothwendigen Zusammenhang zwischen Ursachen und Folgen politischer, religiöser und sozialer Gestaltungen nachzuweisen. Durch größere selbstständige Originalartikel sollen die bedeutenderen Tagesfragen zur sachgemäßen Erörterung und zu möglichst allgemeinem Verständniß gebracht, so wie in einem mit Abwechslung gediegener belletristischer Erzeugnisse jeglicher Art versehenen Feuilleton der leichteren Unterhaltungslektüre willkommene Nahrung geboten ist. Durch die Lösung dieser Aufgabe hofft sich die mittelfränkische Zeitung die Achtung und Liebe zu erhalten, die ihr bereits durch so häufige Beweise zu Theil geworden, sie hofft in dieser gemessenen Haltung, durch die sie in die Reihe der besten bayerischen Journale von vielen Stimmen bereits eingeführt ist, ihren Leserkreis bedeutend zu vermehren und ersucht daher das verehrliche Publikum, die Bestellungen bei den betreffenden k. Postämtern bald möglichst zu machen, damit die Auflage rechtzeitig bestimmt werden kann, und wir nicht wieder in den Fall gesetzt werden, wie dieß bei den häufigen Nachbestellungen im letzten Quartal geschehen mußte, defekte Exemplare abzugeben. Der Preiß des Quartals incl. des Austrägerlohns für hier beträgt 1fl. 48 kr. Daß sich unser Blatt bei seiner Vielgelesenheit ganz besonders für Inserate jeglichen Betreffs eignet, das beweist die Menge der in den täglich erscheinenden Nummern enthaltenen Inserate wohl zur Genüge.

†† Subalterne Reaktionsversuche.

Ein hochherziger König hat die Krone niedergelegt, weil es ihm unmöglich schien, im Geist der neuen Zeit zu regieren. Möchte doch dieses Beispiel von manchen Beamten nachgeahmt werden, die das mit dem jetzt zur Herrschaft gelangten Geiste unverträgliche Bevormundungs-System nicht aufgeben können. Wollen sie aber auf ihren Posten bleiben, so müssen, ja sie **müssen** sich der neuen Ordnung fügen, der sich ganz andere Größen auch zu fügen gewußt. Aber sie wollen Fortinspiciren, Fortkontrolliren, Fortchikaniren; das ist ihre Lebenslust. Vergebens haben königliche Proklamationen die von jetzt an geltenden Grundbedingungen des neuen Staatslebens festgestellt, vergebens ist unbeschränkte Preßfreiheit gewährt, vergebens hat auch das bayerische, das gesammte deutsche Volk sich durch musterhaften Gebrauch dieser Freiheit würdig bewiesen. Das hindert nicht, daß man Lithographen zu sich ruft, und ihnen verbietet, Etwas ohne Censur zu veröffentlichen, daß man den Buchhändlern aufgibt, die Verzeichnisse der erhaltenen Novitäten vorzulegen, versteht sich unter der herkömmlichen Androhung von hundert Thaler Strafe. So achten Beamte den königlichen Willen, den Willen eines Königs, der stolz darauf ist, ein konstitutioneller König zu sein und über seine Bürger zu herrschen. Das gleiche Bevormundungssystem macht sich auch in anderer Beziehung jetzt wieder geltend. Man freute sich seit einigen Wochen, daß man nicht mehr, wenn man in harmloser Unterhaltung im Wirthshause saß, von der Polizei ins Bett geschickt wurde. Diese Freude war voreilig, Alles soll wieder in den alten Stand zurück. Ich kenne nichts Entwürdigenderes, als an Orten, wo niemals Excesse vorgefallen sind, eine Polizei- und Militärmacht, mit aufgepflanztem Gewehr ausrücken und das Nachhausegehen der Gäste kontrolliren zu lassen. Jedem Mann, der sich der Freiheit würdig fühlt, muß das Blut ins Gesicht steigen; es bleibt ihm die beschimpfende Alternative, sich als einen Schulknaben oder als einen Missethäter behandelt zu sehen. Ist es zur Erhaltung der Ordnung wirklich unerläßlich, daß die Polizei die Runde in den Wirthshäusern macht, so halte man von geordneten Häusern doch zum mindesten diese militärische Kraftentwicklung fern, und gebe den mit diesem Ordnungsdienst Beauftragten solche Instruktionen, welche das Ehrgefühl des Mannes nicht kränken. Es ist kläglich, daß die Presse solche Taktlosigkeiten rügen muß; aber es ist jetzt eine ihrer ersten Pflichten, diesem im Princip glücklich überwundenen Polizei-Kontrollunwesen faktisch mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln, ein schnelles Ende zu machen.

Deutschland.

Bayern. (München, 24. März.) Wie unser neuer Polizeidirektor die Preßfreiheit achtet, geht daraus hervor, daß er gestern im Leseverein die Nr. 49 des »Regensburger Tagesblattes« konfisziren ließ, und die hiesigen Buchhändler zwang, ihre Neva, wie früher der Polizei vorzulegen. Die hiesigen Buchhändler haben bereits deshalb Schritte beim Ministerium gethan. (Fränk. M.)

(München, den 24. März.) Um den falschen Gerüchten über die neuesten Ereignisse in München vom 20. und 21. März, welche hie und da aufgetaucht sind, berichtigend entgegenzutreten, melde ich Ihnen, was ich über dieselben aus den besten Quellen erfahren habe. Se. Majestät der König Ludwig hat, wie es nun wohl hier auch allgemein bekannt ist, nicht nur freiwillig abgedankt, sondern der Gedanke der Abdankung ist auch in ihm allein aus eigenstem und innerstem Herzensantriebe entstanden, von keinem Gliede des königlichen Hauses oder irgend einem andern bei ihm angeregt, oder auf irgend eine Weise befördert worden. Es waren die Ereignisse, die der Proklamation vom 6. März vorausgingen, und ihr folgten — Ereignisse, die allerdings eine ganz neue Richtung im Staatsleben Bayerns und Deutschlands bedingen, welche den 62jährigen Monarchen nach 23jähriger Regierung, zum Theil gewaltsam zu zwingen schienen, in eine Bahn einzulenken, die, der bisherigen Gewohnheit zu regieren, entgegengesetzt, eben den Monarchen zu stark persönlich berühren mußten, als daß ein an sich starker Charakter nicht hätte empfindlich dadurch gebeugt werden müssen. Se. Majestät der König Ludwig scheint schon seit jener Zeit, wo ihm eine bestimmte kurze Frist für die Nachgiebigkeit in den wesentlichen Forderungen der Münchener Bürgerschaft gesetzt wurde, ganz bestimmt den Gedanken des Rücktritts gefaßt zu haben, und zwar aus dem Grunde, weil allerdings, wenn auch nicht das Königthum an sich, doch das Königthum in seiner Person damals einen Schlag erhielt, der sich von ihm nicht verwinden ließ. (A. A. Z.)

(München, den 23. März, Abends halb 8 Uhr.) Eben fand hier ein Schauspiel eigener Natur statt. Ein ziemlich großer Volkshaufe brachte einen gehörig ausstaffirten, mit einem Säbel behängten Strohmann auf den Dultplatz, woselbst er unter dem Ausrufe: Dieß ist der jute König von Preussen! feierlich verbrannt wurde. Es begleiteten diesen Actus mehrere Reden, ein pereat ward dem Delinquenten, ein donnerndes Hoch hingegen dem Könige Max von Bayern gebracht. Patrouillen zogen vorbei, ohne hindernd einzugreifen, da im Uebrigen auch eine gesetzliche Haltung beobachtet wurde. — Die Studenten berathen sich über zwei Addressen, von denen die eine an die gesammte deutsche Jugend, die andere an die Wiener Studentenschaft gerichtet werden soll. Es liegen bereits mehrere Entwürfe von beiden vor. Morgen Früh ist zu diesem Zwecke eine Versammlung anberaumt. (A. Ab.)

(München, den 24. März.) Wie man bis jetzt vernimmt, wird die Addresse der Kammer an Se. Maj. den König nichts weniger als eine Paraphrase der Thronrede seyn, sondern sich über Revision der Verfassung und verschiedene Bedürfnisse verbreiten. So z. B. die Abkürzung der Finanzperiode, so daß mindestens alle drei Jahre künftig ein Budget-Landtag erfolgen soll. Große Freude erregt die Nachricht, daß die Addreßberathung dießmal öffentlich ist, was seit 1819 nicht mehr der Fall war. Zu diesem Zwecke findet schon am Montag die erste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten statt. (Augsb. Ab.)

†† (Nürnberg, den 26. März.) Die Dringlichkeit des zu erledigenden Gegenstandes machte die Abhaltung einer Bürgerversammlung nothwendig, die denn auch gestern Nachmittag um 4 Uhr mit vorzeitlicher Umgehung der vom Komité angenommenen Observanzen abgehalten wurde und sehr zahlreich besucht war. Es handelte sich darum, ob Nürnberg nicht ebenso, wie andere Städte Bayerns, (München, Bamberg, Würzburg,) bei der am 31. März in Frankfurt a. M. stattfindenden Versammlung zum Behuf der Berathung über ein ins Leben zu rufendes deutsches Parlament vertreten werden wollte, zu welchem Zweck Dr. Schwarz das Nothige in einem längeren gediegenen Vortrage auseinander setzte. Die zahlreiche Versammlung sprach sich laut und offen für eine derartige Vertretung aus und mit allgemeiner Akklamation wurde der zum Gesandten vorgeschlagene Dr. **Eisenmann** begrüßt. Die Sendung konnte auch in keine besseren Hände gelegt werden, als in die eines in politischen Systemen allseitig erfahrenen Mannes, eines bis auf den tiefsten Grund der Seele deutschen, nach den herbsten Schicksalen stark und kräftig gebliebenen Charakters. Dr. Eisenmann hat die Mission angenommen, und der Ausdruck der höchsten Freude folgte dieser frohen Verkündigung. Außer diesem Hauptgegenstand, der die Versammlung in reger Spannung erhielt, darf gewiß noch der Vortrag des Tuchbereiters Thieme erwähnt werden, der eben, weil er wie ein starker Klang aus den Saiten eines biedern germanischen Volksherzens hervordrang, einen mächtigen Anklang fand. Am Schlusse der Vorträge wurde der Versammlung angezeigt, daß derselben in dieser Woche noch eine von dem Komité entworfene Adresse, Wünsche und Anträge von Seiten der Nürnberger enthaltend, zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden solle, welche Adresse sodann an das Präsidium der zweiten Kammer unserer Abgeordneten nach München abgeschickt wird.

†* (Nürnberg, den 26. März.) Seine Majestät der König Maximilian haben den Herrn Generalmajor von Hohenhausen als Botschafter nach Griechenland allergnädigst zu bestimmen geruht, um Seiner Majestät dem Könige Otto Allerhöchstseine Thronbesteigung anzuzeigen.

Anhalt-Dessau. (Zerbst, den 20. März.) Auch unsere sonst so ruhige und gleichgültige Stadt ist seit einigen Tagen der Schauplatz unruhiger Auftritte geworden. Es ging am 14. d. eine Adresse mit zahlreichen Bitten von lediglich localer Bedeutung nach Dessau ab. Der Empfang war kein allzu günstiger; in dem erhaltenen Bescheide wurde zwar nichts verweigert, aber auch nichts ausdrücklich gewährt. Da man jedoch nicht viel mehr erwartet hatte, so war man im Allgemeinen mit der Antwort zufrieden. Nur regte sich nun stärker als je der Groll gegen jene Persönlichkeiten, besonders gegen den Ober-Bürgermeister S., den Vorsitzenden des Stadtrathes, dessen Benehmen bei

Ueberreichung der Adresse (er stand an der Spitze der Deputation) vielfach getadelt wurde. Schon vorgestern kam dieser Groll zum Ausbruch. Drohende Haufen umringten am Abende das Haus des S. mit dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Schreien und Pfeifen. Doch kam es an diesem Abende nur zum Einwerfen einiger Fensterscheiben. Gefährlicher gestalteten sich die Dinge gestern. Große Massen, meist aus ärmeren Bürgern, jungen Leuten, selbst Kindern und Weibern bestehend, durchzogen unter wildem Geschrei die Straßen. Das Haus des S. wurde der Mittelpunct ihrer Operationen. Hier wurde der „Aufstand", wenn man es so nennen will, förmlich organisirt. Zuerst begnügte man sich mit dem Einwerfen der Fensterscheiben in der ersten Etage. Weder von Seiten der Policeimannschaft (sie besteht nur aus 4 Mann,) noch des Militärs fand ein Einschreiten statt. Es bildete sich in der Geschwindigkeit eine kleine Bürgergarde. Da sie an Zahl gering und ohne alle Waffen war, so vermochte sie dem Andrange der immer größer werdenden Schaaren nicht lange die Spitze zu bieten. Sie zog sich zurück, und nun hatten die Tumultuanten freies Spiel. Die Haufen stürzten sich in das Haus, das bald vollständig demolirt wurde. Möbeln und Geräthe wurden zerbrochen, die Betten zerschnitten, selbst der Garten verwüstet, und die vorgefundenen Acten und Papiere zerrissen, auf die Straße gestreut. Man versuchte das Haus selbst zu zerstören, doch kam man nur bis zum Abdecken des Daches. Im Weinkeller holten die Tumultuanten neue Begeisterung, und nun wurden noch in derselben Nacht die Häuser dreier unbeliebten Bürger in gleicher Weise demolirt, Geld und Silbergeschirr, wo es vorgefunden wurde, weggenommen u. s. w. Bis zum Tagesanbruche dauerte die Verwüstung; dann zog sich Alles ruhig zurück, und vor der Hand scheint durch jenes Rachewerk die Aufregung beschwichtigt. Doch wissen wir nicht, was die nächste Zukunft bringen, und namentlich welchen Eindruck die Nachricht von diesen Ereignissen auf die Bevölkerung jenseits der Elbe hervorbringen wird. (Köln. Z.)

Baden. (Vom Bodensee, den 22. März.) Laut Briefen hat auch das Fürstenthum Liechtenstein seine fremden Beamten verjagt und hält den Landvogt gefangen. Liechtenstein, das kleinste deutsche Land, hat sich nun also auch der Bewegung angeschlossen. Es will halt Keiner dem Andern nachstehen. (Schwb. M.)

Braunschweig. (Braunschweig, d. 21. März.) Der Herzog beabsichtigt, die Volksbewaffnung in immer größerem Maßstabe auszuführen, und es sollen zu diesem Zwecke sofort 5000 Gewehre in England angekauft werden. Derselbe hat auch heute den von den Hauptleuten der Bürgergarde zu ihrem Oberbefehlshaber erwählten, im Leib-Bataillon stehenden Hauptmann Hollandt (Bruder des bekannten Landtags-Abgeordneten) in dieser Eigenschaft bestätigt und ihm zu diesem Behufe den Abschied ertheilt. (Köln. Z.)

Freie Städte. (Hamburg, d. 19. März.) Leider sind gestern Abend wieder Unruhen vorgefallen, die ernstlicher waren, als am 4. d., indem zwei Menschen dabei getödtet und sechs zum Theil tödtlich verwundet wurden. Die Getödteten (ein Mann und eine Frau) gehörten nicht zu den Unruhestiftern, sondern befanden sich zufällig auf der Straße. Schon als Bürgermeister Beneke aus der Rathsversammlung nach Hause fuhr wurde seine Kutsche vom Pöbel, der ihn für Kellinghusen hielt, angehalten, aber durch den Obersten des Bürgermilitärs befreit, ein Kerl, der hiebei festgenommen ward, entwischte hernach durch eine List aus der Wachtstube. Auf dem Neuenwall ging es auch heiß her. Am schlimmsten scheint es aber am Millernthor und in der Vorstadt St. Pauli gewesen zu seyn, obschon den Schiffscapitänen von der Polizei angesagt war, ihre Matrosen und Schiffsjungen am Bord zu behalten. Die Linientruppen welche dort aufgestellt waren, sahen sich genöthigt, von ihren blanken Waffen Gebrauch zu machen, wodurch das Volk so aufgebracht wurde, daß sie abziehen und dem Bürgermilitär die Herstellung der Ruhe überlassen mußten, was diesem auch gelang. Da viel Gesindel zum Thor hereinwollte und solches vom Militär verhindert wurde, so suchte der Pöbel es zu erstürmen. Die Soldaten behielten aber die Uebermacht. Ein heute angeschlagenes Mandat, welches auf die bedauerlichen Vorgänge des vorigen Abends hinweist, bemerkte zugleich, daß im Wiederholungsfalle die Truppen, jetzt, nachdem das Tumultgesetz verlesen, scharf feuern werden; auch sollen die Schenklokale wieder von 8 Uhr Abends an geschlossen seyn. (Allg. Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 22. März.) Die Redaktion der „Großherzoglichen Hessischen Zeitung," die fortan die lokale Benennung „Darmstädter Zeitung" führen wird, ist durch Verfügung des Ministeriums des Innern dem bisherigen Redakteur, großh. Hofrathe Papst, abgenommen, und dem Dr. Duller übertragen worden.

(Frkfrt. J.)

Preussen. (Berlin, 22. März.) Eine Deputation der städtischen Behörden zu Breslau und Liegnitz hatte bei Sr. Majestät dem Könige, als Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bewohner dieser Städte, eine konstitutionelle Verfassung beantragt, welche auf eine Vereinbarung zwischen der Krone und den durch Urwahlen berufenen Vertretern des Volks gegründet sei. Sie hatte dabei diejenigen Punkte bezeichnet, welche sie als die nothwendigen Grundlagen der neuen Verfassung betrachte. Seine Majestät geruhten, die Deputation zu empfangen, und ertheilten derselben, nach Anhörung ihrer Wünsche, den nachstehenden Bescheid: Nachdem Ich eine konstitutionelle Verfassung auf den breitesten Grundlagen verheißen habe, ist es Mein Wille, ein volksthümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine, auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Volkes, ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse umfassende Vertretung herbeizuführen, geeignet ist, und dieses Gesetz vorher dem Vereinigten Landtage zur Begutachtung vorzulegen, dessen schleunige Berufung Ich, nach allen bisher Mir zugegangenen Anträgen, für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muß. Diesem bisher kund gegebenen Wunsche des Landes würde Ich entschieden zuwider handeln, wenn Ich, nach Ihrem Antrage, das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirath erlassen wollte. Sie werden daher, wie Ich zu Ihrer Loyalität vertraue, sich selbst überzeugen und Ihre Kommittenten davon zu überzeugen wissen, daß Ich auf Ihren gedachten Antrag für jetzt und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem Ihrigen anschließt, nicht eingehen kann. Der auf jene Weise zu bildenden neuen Vertretung Meines Volkes werden dann auch, Meinen bereits kund gegebenen Entschließungen entsprechend, Vorschläge über folgende Punkte vorgelegt werden: 1) über Sicherstellung der persönlichen Freiheit; 2) über freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht; 3) über eine allgemeine Bürger-Wehrverfassung mit freier Wahl der Führer; 4) über Verantwortlichkeit der Minister; 5) über die Einführung von Schwurgerichten für Strafsachen, namentlich für alle politischen und Preß-Vergehen; 6) über die Unabhängigkeit des Richterstandes; 7) über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der Dominial-Polizeigewalt. Außerdem werde Ich demnächst das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigen lassen. Berlin, den 22. März 1848. Friedrich Wilhelm.

(A. Pr. Z.)

(Berlin, den 22. März.) Zu der Beschreibung der in unserer gestrigen Abend-Beilage enthaltenen Beerdigungs-Feierlichkeiten der gefallenen Opfer tragen wir noch Einiges aus Berliner Blättern nach: Es war ein schöner sonniger Märztag, schön wie ein Tag im Mai, und es mögte wohl wenige Einwohner Berlins gegeben haben, welche, wo nicht im Zuge selbst, doch als Zuschauer sich eingefunden hatten. Berlin hat etwas Aehnliches noch nicht gesehen. Es war ein Zug von 187 Särgen, mit Hunderten von Fahnen, geleitet von wenigstens zwanzigtausend bewaffneten und unbewaffneten Bürgern, Studenten, Handwerkern, Beamten, Künstlern, Gelehrten, Lehrern und Schülern, Arbeitern durchgängig in schwarzer Kleidung mit der deutschen Kokarde am Hut, bis auf vier Offiziere und Unteroffiziere, in Uniform mit Trauerflor, und einige Barrikadenkämpfer in derselben Kleidung, in welcher sie auf den Barrikaden gestanden. Mehrere im Zuge trugen die Arme in der Binde oder hatten den Kopf wegen der Wunden, die sie erhalten, verbunden. Ergreifend war der Anblick der Abtheilung der Leidtragenden, der weinenden Eltern, Geschwister, Frauen und Kinder der Gefallenen. Man sah, daß die meisten den unbemittelten Ständen angehörten, und wir empfehlen sie deshalb hier noch ein Mal der Nationalwohlthätigkeit. Zwischen den Leidtragenden gingen tröstend die Seelsorger aller Bekenntnisse, die evangelischen, katholischen, christkatholischen und jüdischen Geistlichen, alle in der Amtstracht und in außerordentlicher Anzahl. Ergreifend war der Anblick dieser Abtheilung, weil alle die Wittwen und Waisen in Thränen schwammen und sich ihres Schmerzes nicht erwehren konnten. Große Theilnahme erregten die Studenten. Unser ehrwürdiger Alexander v. Humboldt und der Rektor der Universität eröffnete diesen Zug der Professoren und Studirenden. Die ersteren waren in der Amtstracht, die letztern trugen die Schläger, mit denen sie in der fürchterlichen Nacht die Führer des tapfer kämpfenden Volkes geworden waren. Die jungen Männer, in dem Bewußtsein ihrer Heldenthat würden unter andern Verhältnissen der Gegenstand einer unablässigen Ovation gewesen sein. Ferner blickte man mit Theilnahme auf die in militärischer Haltung und Bewaffnung einherschreitenden Mitglieder des Handwerkervereins und der zahlreichen Fabrikarbeiter, die fast alle hinter oder auf den Barrikaden gestanden haben. Hr. Borsig selbst schritt seinem Zuge voran. Dann erwähnen wir ferner der Polen, welche unsern Schmerz ehrten, wie wir ihre Freude geehrt, und die zahlreich zum Theil bewaffneten eigens hieher gekommenen Deputationen; die mannigfaltigsten Fahnen und Embleme der Gewerke verliehen dem Zuge, neben dem Waffenglanz ein besonderes Leben.

Das gemeinsame Grab ist von Kombattanten selbst gegraben worden; keine bezahlte Hand hat daran gearbeitet. Es bildet ein Quadrat, in welchem die Särge neben einander in doppelter Reihe gestellt sind, und umschließt einen freien Raum, der dazu bestimmt ist, das Denkmal der Geschiedenen aufzunehmen. Auf der Höhe des Friedrichshaines war ein Altar errichtet.

(Berlin, den 23. März.) Der Minister des Kultus hat heute im Einverständniß mit dem Minister-Präsidenten den Professor Dahlmann ersucht, hierher zu kommen, um die Regierung mit seinem Rath bei der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes für die Volksvertretung, das auf breiter Grundlage ruhen wird, so wie demnächst auch bei dem Entwurf der mit den Vertretern des Volks zu vereinbarenden Verfassung zu unterstützen. (A. Pr. Z.)

(Glogau, den 21. März.) Auch in Sagan ist es dieser Tage zu einem bedauerlichen Tumulte gekommen. Derselbe entstand wegen zu hoher Preise der Lebensmittel, und es ist leider dabei zu Blutvergießen gekommen, da die dort garnisonirende reitende Artillerie mit den Waffen zur Stillung des Tumults einschreiten mußte. Die Folge davon ist gewesen, daß den Verkäufern von Brod, Fleisch 2c. eine niedrige Polizeitaxe vorgeschrieben worden ist! (D. A. Z.)

(Düsseldorf, den 21. März.) Dem Regierungspräsidenten wurde gestern ein Lebehoch gebracht; einige nichtbeleuchtete Fenster wurden eingeworfen. Alles strömte nach dem Wohnhause des Prinzen Friedrich. Dieser trat auf den Altan, begrüßte die zu vielen Tausenden angewachsene Menge mit einem weißen Tuche, worauf er „als König der Rheinlande" begrüßt wurde, in welchen Ruf alle Anwesenden einstimmten. Der Zug kehrte nach der Stadt zurück. Am Hause des Generals Grafen von der Gröben, eines frommen Mannes, wurden im Nu alle Fensterscheiben eingeworfen, trotz der glänzenden Illumination. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Köln, den 21. März.) Auf das bestimmteste kann versichert werden, daß unser in's Ministerium berufener Abgeordnete, Ludolph Camphausen, erklärt hat, er werde nie in ein Kabinet Arnim treten, das hier keine Sympathieen hat. Die Bürgerwehr ist bei uns in voller Thätigkeit. Die gestern freigelassenen Herren Anneke und v. Willich haben sich in dieselbe aufnehmen lassen, und sind beide mit der Führung eines Zuges beauftragt worden. Heute Morgen geriethen ein paar überspannte Personen in der Bürgerversammlung auf den Einfall, eine rheinländische Republik vorzuschlagen, wurden aber mit ihrem Vorschlag nicht angehört und zu Recht gewiesen.

(Frkfrt. O.-P.-Ztg.)

(Hillesheim (Eifel,) den 20. März.) Wir erlebten am 12. hier eine Szene des dreißigjährigen Krieges. Ein Trupp von 120 uneingekleideten Reservisten, Schlesier, nach Luxemburg bestimmt, zog am besagten Tage in einzelnen Haufen von Blankenheim auf Stadtkill zu. Der dienstthuende Offizier, welcher sich nicht die geringste Autorität zu verschaffen wußte, eilte stets eine Stunde voraus; am Nachmittage des besagten Tages fiel der Nachtrab von etwa 30 Mann in das Barrierhaus des Wirthes Kayser, welches ganz allein am Walde liegt, zertrümmerte Thüren und Fenster und alle Hausmobilien, und verübten Dinge, deren wir hier nicht genauer gedenken mögen. Von allen Seiten mahnen uns die Ereignisse, daß wir auch auf dem platten Lande einer organisirten Bürgerwehr zum Schutze des öffentlichen Friedens dringend bedürfen. (Köln. Z.)

(Crefeld, den 21. März.) Das lang Gefürchtete ist endlich über uns hereingebrochen. Die Unruhen in der Nachbarschaft haben sich nach Crefeld fortgepflanzt. Unsere Stadt war gestern der Schauplatz von Aufläufen und Exzessen, wie wir seit Menschengedenken keine ähnlichen hier erlebt haben. — Gestern Nachmittag hatten unser Ober-Bürgermeister und der Gemeinderath, größtentheils zur Beruhigung

der seit längerer Zeit gährenden Arbeiter unserer Stadt eine Proklamation erlassen, und sie in Tausenden von Exemplaren unter das Publikum verbreitet. Ferner ein Protokoll der Sitzung des Gemeinderaths vom 20. März, in welcher der Gemeinderath einem Vorschlage zum Besten der arbeitenden Klassen seine ungetheilte Zustimmung gegeben hatte. So hatten also die Behörden und unser Handelsstand die Initiative ergriffen, um den Klagen der arbeitenden Klasse ein Ziel zu setzen. Leider war es zu spät. Schon während es dunkelte, zogen große Menschenschaaren durch die Strassen, ein Theil angelockt durch eine zur Feier des Patents veranstaltete Illumination, die jedoch wegen der damals noch herrschenden Ungewißheit über den Ausgang der blutigen Kämpfe in Berlin nur höchst spärlich ausgefallen war. Die Massen gewannen von Stunde zu Stunde an Ausdehnung, und zeichneten sich allmählich durch Toben, Singen und Schreien aus. Um 8 Uhr endlich zog der größere Haufe, welcher nur aus der Hefe des Volkes bestand, nach den Wohnungen mehrerer mißliebigen Fabrikherrn, und fing an, diesen die Fensterscheiben einzuwerfen. Weil man auf keinen oder nur geringen Widerstand stößt, wird das Ding alsbald systematisch betrieben. Mit der größten Gemüthsruhe werden die betreffenden Häuser der Reihe nach umlagert, und mit derselben Ruhe Scheibe nach Scheibe eingeworfen. Noch hofften die Behörden, durch gütliches Zureden Skandal ein Ende zu machen; aber es gelang nur schwach im nördlichen Theile der Stadt. Während dessen fährt der Pöbel fort, im südlichen immer fürchterlicher zu hausen. Am Wohnhause und Fabrikgebäude der Herren Sch. und l. M. werden die Fenster eingerannt: man steigt ins Erdgeschoß, bricht die Thüren auf, schlägt Spiegel, Uhren, Möbel, die ausgezeichnetsten Oelgemälde, kurz, Alles entzwei, und wirft zuletzt unter anhaltendem Jubelgeschrei der Umstehenden die Trümmer auf die Straße. So dauert das Zerstörungswerk ungefähr zwei Stunden. Da endlich wird das Allarmzeichen zur Versammlung der Bürgergarde gegeben, und diese eilt ohne Verzug den Bedrängten zu Hülfe. Nach kurzem Handgemenge ergreift das Gesindel die Flucht, und stürzt sich in andere Stadtviertel, um dort seinen Unfug fortzusetzen. Glücklicher Weise kommt man ihm diesmal zuvor, überall wird es zurückgeschlagen, Verhaftungen werden vorgenommen, und um 1½ Uhr Nachts ist die Ruhe vollständig wieder hergestellt. — Nachschrift vom 22. März. Gestern, als ich eben meinen Brief zur Post bringen wollte, entstand furchtbarer Feuerlärm. Die Stadt war in der größten Bestürzung. Man hatte draußen vor der Stadt einen Bauernhof angezündet und gehofft, dadurch die Bürgerwache von der Stadt wegzuziehen. Es war eine Täuschung: Alles blieb auf seinem Posten; die Turner eilten zum Brande und halfen löschen; mit Ausnahme einiger kleinen Reibungen ist die Nacht ruhig vorübergegangen. 100 Ulanen sind gestern Abend, und 280 Mann Infanterie in der Nacht hier eingerückt. Kein ordentlicher Fabrikarbeiter hat sich an den Exzessen betheiligt. (Köln. Z.)

(Posen, den 21. März.) Gestern haben auch hier die Unruhen begonnen. Die berliner Posten waren ausgeblieben und schnell verbreiteten sich Gerüchte der schlimmsten Art über den dortigen Zustand der Dinge. Diesen Moment benutzten die Polen und alsbald versammelten sich Tausende vor dem Bazar und in der Wilhelmsstraße, ununterbrochen Hurrah rufend. Im Bazar wurden polnische Nationalcocarden ausgetheilt und nach einer Viertelstunde sah man schon keinen Polen mehr ohne Cocarde — roth und weiß — an Hut oder Brust; auch flatterten aus den Fenstern einiger Häuser Nationalfahnen. Gegen 11 Uhr Mittags wurde Generalmarsch geschlagen und binnen 10 Minuten war unsere gesammte starke Garnison auf den Alarmplätzen vereinigt, der weitern Befehle ihrer Obern harrend. Starke Cavallerie-Abtheilungen durchritten von nun an sämmtliche Straßen der Stadt, ohne jedoch irgendwo auf ernstlichen Widerstand zu stoßen; nur ein unaufhörliches Geschrei ließ sich vernehmen, das jedoch nicht weiter beachtet wurde. Alsbald bildete sich im Bazar ein Polen-Comité aus acht einflußreichen Männern bestehend, die eine Deputation zum Oberpräsidenten entsandten und um die Erlaubniß nachsuchten, behufs Abfassung und Absendung einer Adresse an den König eine allgemeine Berathung im Bazar halten zu dürfen. Dieselbe wurde gestattet und ging nun vor sich unter der Theilnahme von mehren Tausend Polen. Ganz in der Nähe auf dem Wilhelmsplatze hielt inzwischen unsere ganze Generalität, sowie daselbst eine Schwadron Husaren und ein Regiment Infanterie aufgestellt waren. Auf dem Annenplatz hielt die gesammte Artillerie. Unter unaufhörlichem Zujauchzen wurde die schnell entworfene Adresse an den König, worin gegen die Einverleibung der Provinz in Deutschland protestirt wird und außerdem die Wünsche der Polen ausgesprochen sind, vorgelesen, worauf noch mehrere einflußreiche Polen emphatische Reden an die Versammelten hielten, worin sie dieselben aber ermahnten, sich ruhig und von allen Exceßen fern zu halten. Nachmittags wurde diese Adresse auch auf dem Markt und an andern öffentlichen Plätzen vor zahlreichen Volkshaufen verlesen und durch extemporirte Reden ergänzt. Sodann erließ das Comité eine Bekanntmachung an seine Landsleute. Diese Proclamation wurde ohne weiteres an den Ecken angeklebt und begierig gelesen. Gleichzeitig hatten Magistrat und Stadtverordnete sich zu einer gemeinsamen Sitzung vereinigt und beschlossen hier die Errichtung einer Bürger-Schutzgarde, die zur Aufrechthaltung der Ordnung während des Abends und der Nacht durch die Straßen zu patrouilliren die Aufgabe hatte, indessen das gesammte Militär auf den öffentlichen Plätzen unter freiem Himmel bivouakirte, es war dabei die Einrichtung getroffen, daß immer ein polnischer und deutscher Bürger zusammengingen. Inzwischen hatte die Volksmenge sich ungeheuer vermehrt und man war nicht ohne Grund für den Abend und die Nacht besorgt, zumal sich sehr viele fremde Proletarier in der Stadt eingefunden hatten, unter welche im Laufe des Tages viel Geld vertheilt worden war; indessen verging die Nacht ruhig, indem sich die tobenden Haufen noch vor Mitternacht von den Straßen zurückzogen.

Heute früh war wiederum die ganze Stadt in Bewegung, und große Massen von Polen, alle mit Nationalfarben dekorirt, durchzogen die Strassen oder stellten sich auf den Plätzen und vor dem Bazar auf. Alsbald wurden öffentliche Plakate an die Straßenecken aufgeschlagen, die bewiesen, daß die Behörden die Ordnung zu erhalten oder herzustellen ernstlich Willens seyen. Die Polizei machte bekannt, daß Zusammenrottungen nicht länger gestattet und Versammlungen von mehr als fünf Personen durch Militärpatrouillen auseinandergetrieben werden würden, wobei Tumultuanten es sich selbst zuzuschreiben hätten, wenn die Soldaten, durch Widersetzlichkeit gereizt, von ihren Waffen Gebrauch machen müßten ꝛc. Der erste Kommandant, Generallieutenant von Steinäcker, erließ eine Bekanntmachung, worin er die Einwohner daran erinnert, daß Stadt und Provinz unter dem Kriegsgesetze stehen; es heißt in derselben: „Wer fortan bewaffnet im Angriff oder im Widerstande gegen die bewaffnete Macht, die Obrigkeit oder deren Abgeordnete ergriffen, ingleichen wer bei Aufwiegelung unserer Unterthanen oder bei Vertheilung von Waffen zu diesem Zweck auf frischer That betroffen wird, soll vor ein jedesmal durch den kommandirenden General anzuordnendes Kriegsgericht gestellt und mit der Todesstrafe des Erschießens belegt werden." Von Seite unsers Oberpräsidenten erfolgte nachstehende Bekanntmachung: Bewohner der Provinz! Die Bekanntmachung des sogenannten Nationalkomité vom heutigen Tag veranlaßt mich zu folgender Mittheilung: Heute Vormittag von mehreren Einwohnern der Provinz um die Erlaubniß angegangen, eine Versammlung zur Entwerfung einer Petition an Sr. Maj. den König im Interesse der Bewohner polnischer Abkunft zu gestatten, habe ich diese Erlaubniß gegeben. Ich bin dabei geleitet worden, von dem, nach unsern Landesgesetzen Jedem gewährten Rechte, sich an des Königs Majestät zu wenden und Allerhöchstdemselben Bitten oder Vorschläge zur Entscheidung vorzutragen. Diese Erlaubniß ist überschritten, es sind in Folge derselben die gesetzlichen Schranken nicht inne gehalten worden. Es ist nicht blos diese Petition berathen und verfaßt worden, die Versammlung hat außer derselben auch die obige Bekanntmachung erlassen. Die Bewegungen der Zeit, je bedeutender sie an sich sind, um so mehr erfordern sie, daß Alles vermieden wird, was dieselben auf irgend eine Weise zu vergrößern im Stand ist, und gerade dieser Gesichtspunkt ist in jener Bekanntmachung nicht festgehalten. Dieselbe bezeichnet sich ferner als das Produkt eines Komite einer Volksversammlung, und stellt auf diese Weise ihre Ungesetzlichkeit von selbst heraus. Die Verordnung vom 5. Dec. 1845 verbietet das Abhalten von Volksversammlungen ausdrücklich. Ich werde dieses Gesetz wie jedes andere auch ferner aufrecht zu erhalten wissen. Posen, 20. März 1848. Der Oberpräsident des Großherzogthums Posen: v. Beurmann. Gleichzeitig war eine große Anzahl von deutschen Aufforderungen von Seiten der Polen an die Preussen vertheilt, worin die Nationalitätsrechte der Polen vertheidigt, die Deutschen zur Respektirung derselben aufgefordert und ermahnt werden, sich nicht den gerechten Forderungen der Polen zu wiedersetzen, widrigenfalls sie von deren Rache zermalmt werden würden ꝛc. Sodann wird nebenbei von der Henkerei der Russen und schließlich von der innigen Freundschaft des freien Polens und Deutschlands gesprochen. Auch ein Gedicht in polnischer Sprache circulirt, das von Herstellung Polens spricht. Mittags reiste der Erzbischof v. Przyluski, und später die gewählte Deputation nach Berlin ab, um die Angelegenheit der Polen dem König persönlich vorzutragen. Gleichzeitig nahm die Masse auf den Straßen wieder eine drohende Haltung an, und neue Maßnahmen wurden getroffen. Unter Anderm wurde auch das polnische Gymnasium bis zum 1. Mai geschlossen. Alsbald wurde auch der Befehl gegeben, den Bazar bis heute Nachmittag um 4 Uhr zu räumen, wobei man nicht ohne Grund einen Konflikt besorgen mußte. Unzähliche Haufen nahmen Platz und Strasse ein, als das Militär soeben (Schlag 4 Uhr) anrückte; inzwischen lief die Occupation ruhig ab und ein Bataillon Infanterie ist jetzt im Bazar einquartiert. Desgleichen sind alle Plätze militärisch besetzt und geladene Kanonen aufgefahren. Die Gährung ist furchtbar, und jeden Augenblick kann die Explosion erfolgen, die jedenfalls hier eine entsetzliche Metzelei zur Folge haben wird. Der Himmel ist trübe, und ein guter Platzregen würde uns für den Abend und die Nacht zu statten kommen. Gott verhüte den Ausbruch, zumal während der Nacht. In mehreren kleinen Städten ist die offene Schilderhebung bereits erfolgt. (D. A. Z.)

Sachsen. (Dresden, 23. März.) Dem Vernehmen nach ist das Ministerium des Kultus und das der auswärtigen Angelegenheiten von dem König auf den bisherigen Minister des Innern Dr. v. d. Pfordten übertragen, zum Minister des Innern aber Stadtrath Oberländer aus Zwickau ernannt worden. (D. T.)

(Leipzig, den 21. März.) Gestern reisten die Herren von Gagern, General Graf von Lehrbach und Geheimerath von Sternenfels hier durch, um im Auftrag der Regierungen von Nassau, Hessen und Würtemberg zunächst die sächsische Regierung zur Theilnahme an der sofortigen Organisation des deutschen Parlaments aufzufordern. Wir können aus guter Quelle berichten, daß unser Ministerium seinen Beitritt zugesagt hat, ebenso nach den neuesten Nachrichten der König von Preußen, und man giebt sich der Hoffnung hin, daß Deutschland sein ersehntes Palladium, eine kräftige Volksvertretung am Bunde, in kürzester Frist erhalten wird. Der deutsche Fürstenkongreß wird dagegen nicht gehalten werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Leipzig, den 24. März.) Gestern Abend ging hier aus Braunschweig die Nachricht ein, daß der Herzog von Braunschweig seine Souveränität zu Gunsten eines deutschen Reichs dem Deutschen Bund zur Verfügung gestellt habe. Das Militär hat schwarz-roth-goldene Fahnen und Kokarden erhalten. (D. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 24. März.) Auf den Antrag des Abg. Binder hat die Kammer der Abgeordneten beschlossen, eine Bitte an die Staatsregierung zu richten um Einbringung eines Gesetzes zur Abstellung des Wildschadens noch auf diesem Landtage. Die Kammer hat zugestimmt, das Volk wird bei der Nachricht davon ebenso beistimmen. Die Zeit drängt; wir können keine langen Ausführungen mehr brauchen; die Kammer, der Auflösung zueilend, wird nur noch einige Gedanke nach Hause mitbringen. Das Geschenk der Befreiung vom Wildschaden sei einfach zu erlangen, wurde geäußert. Wir theilen diese Ansicht; dasselbe ist kurz festzusetzen. So etwa würden wir ein Gesetz fassen: Einziger Artikel. Ein Jeder kann auf seinem eigenen Grund und Boden, sey es auf seinem Acker oder in seinem Wald, niederschießen alles Wild, das er trifft. Auszuliefern braucht er dieß an Niemanden. Wer aber das Vergnügen der Jagd nicht entbehren mag, der pflege sein Wild in eingeschlossenem wohlverwahrtem Parke, damit es nicht des Bauern Acker verwüste. Motive zu diesem Gesetze sind nicht besonders erforderlich. (Schw. M.)

Italien.

Die Berichte über den lombardischen Aufstand bestätigen sich. Sonst aber nichts Neues.

Rußland und Polen.

(St. Petersburg, den 16. März.) Am 12. März ist der Oberbefehlshaber der aktiven Armee, General-Feldmarschall Paskewitsch, aus hiesiger Residenz nach Warschau abgereist. (A. Pr. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

In der Konkurssache des Wirthschaftsbesitzers Johann Merkel im Vogelsgarten bei Wöhrd werden nach nunmehr erfolgter Dismembration das Gesammtbesitzthum im Vogelsgarten nachfolgend beschriebene Immobilien nach Vorschrift des Prozeßgesetzes vom 17. Nov. 1837 § 114 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt. Tagsfahrt hiezu wird auf

Donnerstag den 18. Mai im Geschäftszimmer Nro. 6

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber vorgeladen werden, und zwar

I. auf Vormittags 9 Uhr

1 Tagw. 95 Dez. und 34 Dez. Wiese am rothen Gatter Pl.-No. 44 a und b und 1 Tagw. 14 Dez. Wiese, die Schanzwiese Pl.-No. 50 im Distrikt Galgenhof, erbzinslehenbar zur v. Tetzelschen Stiftung mit dem Handlohn zu 10% in allen Veränderungsfällen unter Lebenden nach Nürnberger Recht, für 1 Henne 15 Kreuzer und 4 Nürnberger Metz Korn Naturalgilt belastet, geschätzt auf 1725 fl.,

II. auf Vormittag 9½ Uhr

die Schneidemühle Nro. 47 b im Vogelsgarten, neu und massiv gebaut, 2 Stockwerk hoch, in deren erstem das Triebwerk, ein laufender Brunnen, Pferdstall zu 4 Pferden, Vorplatz, Stube, Küche und Kammer, im zweiten die Schneidsäge, Stube, Kammer und Küche, unter dem Dache ein Boden, freieigen, in der Brandkasse versichert für 7000 fl, geschätzt für 5500 fl., mit 26 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 111⅓ und 73 Dez. ausgefüllter Weiher Pl.-Nro. 112⅓, geschätzt für 300 fl., sodann 4 Dez. Oedung Pl.-Nro. 111⅙, geschätzt für 4 fl., zusammen mit 30 kr 3 Heller Lehenzins, dann 49 kr. 4 Heller, desgl. für das Fischwasser zum k. Rentamt behaftet, endlich noch hiezu 10 Dez. Oedung an der Sandbrücke, Pl.-Nro. 113⅓, geschätzt für 30 fl.

III. auf Vormittage 10 Uhr.

Das Haus Nro 47 a im Vogelsgarten, 1 Stock hoch, massiv gebaut, enthält 2 Tennen, 2 Stuben, 2 Kammern, 2 Küchen, unter dem Dache einen Boden, in der Brandkassa versichert für 1500, geschätzt für 900 fl., mit 14 kr 3 Heller Lehenzins zum k. Rentamte behaftet; hiezu 12 Dez. Oedung an der Sandbrücke, Pl.-Nro. 113⅙, geschätzt für 36 fl.

IV. auf Vormittags 10½ Uhr

Das Wirthschaftsanwesen zum Vogelsgarten mit realer Bierwirthschaftsgerechtigkeit und a) dem Wirthschaftsgebäude Haus-Nro 43 und 44, welches enthält: im ersten Stock: 4 Vorplätze, 1 Wirthszimmer, 2 Wohnzimmer, 3 Kammern, 2 Küchen; im zweiten Stock: 2 Vorplätze, 1 Wirthszimmer, 1 Stube, 4 Kammern, 2 Küchen, 1 Abtritt; unter dem Dach: 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche mit dem Vorplatz vereinigt, 1 Dachboden; in der Brandkassa versichert für 5300 fl., geschätzt für 3000 fl.; b) eine bedeckte Kegelbahn, versichert für 300 fl, geschätzt für 400 fl.; c) ein Kellerhaus, massiv gebaut mit 2 Abtheilungen und 1 Boden, versichert für 150 fl., geschätzt für 500 fl.; d) 1 Stallung für 5 Stück Vieh, theils massiv, theils von Fachwerk gebaut, 1 Stock hoch, versichert für 250 fl., geschätzt für 400 fl.; e) 4 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 108½ und 23 Dez desgl. Pl.-Nro. 111, geschätzt für 16 fl.; f) 6 Dez Oedung Pl. 111½ und 1 Tagw. 73 Dez zum Theil ausgefüllter Weiher, Pl.-Nro. 112, geschätzt für 400 fl., zehentfrei, jedoch mit 2 fl. 44 kr. Lehenzins, sodann 1 fl. 58 kr. 2 Heller, desgl. für das Fischwasser zum k. Rentamte belastet.

V. auf Vormittags 11 Uhr.

Das Haus Nro 45 im Vogelsgarten, 2 Stockwerk hoch von Fachwerk; im ersten Stock: 2 Vorplätze, 2 Stuben, 2 Kammern, 2 Küchen; im zweiten Stock 2 Vorplätze, 2 Stuben, 4 Kammern, 2 Küchen; unter dem Dache: ein Boden; in der Brandkassa versichert für 2400 fl, geschätzt für 2000 fl., mit 5 Dez. Wurzgarten Pl.-Nro. 108 b und 4 Dez. desgl. Pl.-Nro. 111⅙, geschätzt für 26 fl., zehentfrei, mit 10 kr. Lehenzins zum k. Rentamt.

VI. auf Vormittag 11½ Uhr.

Das Haus Nro. 46 im Vogelsgarten, 1 Stock hoch, massiv gebaut, mit 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Küche, 2 Kammern, 1 Stall zu 2 Stück Vieh; im Dacherker: 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Küche, 1 Kammer, 1 Dachboden, versichert für 1500 fl., taxirt für 1000 fl., mit 16 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 111⅙, geschätzt für 64 fl. und mit 24 kr. Lehenzins behaftet; hiezu 9 Dezim Oedung an der Sandbrücke, Pl.-Nro. 113⅓, geschätzt für 27 fl.

Nürnberg, am 11. März 1848

Seuffert

c. Heuber.

(Gesuch) Eine treue, fleißige, an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Köchin, welche sich auch willig den Hausarbeiten unterzieht, wird in Dienste zu nehmen gesucht. — in S. Nro 771 am Weberplatze über 2 Stiegen

---

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

wird zum öffentlichen Verkauf des auf Andringen eines Hypothekengläubigers der Subhastation unterstellten Spielwaarenmacher Böhringerschen Hauses Lit. S. Nr. 474 dahier Termin auf

Donnerstag den 30. Merz d. Js., Vorm. 11 Uhr im Commissionszimmer Nr. 13

anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber hiermit eingeladen werden.

Dieses Haus ist vierstockig, theils massiv, theils von Fachwerk erbaut, freieigen, der Brandversicherung mit 1500 fl. einverleibt, und mit einem Waldrecht zu jährlich 2 Maß Holz, 1½ Mäß Stöcken und 100 Bund Wellen versehen, endlich auf 1600 fl gerichtlich taxirt.

Der Zuschlag erfolgt nach § 64 des Hyp.-Ges., vorbehaltlich der Bestimmung der §. 98—101 des Proz.-Ges. vom 17. November 1837.

Nürnberg, den 24. Febr. 1848.

Seuffert.

Leißner.

Dank.

Der 15. März war für mich ein Freuden- und Leidenstag, indem an demselben in den Morgenstunden meine Frau glücklich entbunden wurde und Nachmittags mein 14jähriger Sohn dergestalt verunglückte, daß er sich den Oberarm zerbrach. Ich kann nicht umhin, meiner werthgeschätzte Nachbarschaft für die Wohlthaten und Unterstützung, welche sie mir an diesem Tage durch freiwillige Gaben zufließen ließen, meinen wärmsten Dank abzustatten, auch unterlaße ich nicht, den unbekannten Wohlthätern hiemit den ihnen gebührenden Dank abzustatten. Möge der allmächtige Gott sie alle noch lange gesund erhalten und mir Gelegenheit geben, ihnen dienen zu können.

Wolfgang Fuchs.

Viertes Abonnements-Conzert

von

Grobe und Erdmannsdörfer

den 29. Marz. Anfang halb 8 Uhr.

Einladung.

Heute Montag den 27. März findet Produktion von dem Sänger und Mimiker Herrn Deininger aus München bei Unterzeichnetem statt, wozu hiemit höflichst einladet

Paulus Mulzer,

zum wilden Mann in Schweinau.

Einhorn.

Heute Montag Metzel-Suppe, sowie fortwährend ausgezeichnetes Extra-Bier, wozu einladet

Meisenbach.

Offene Lehrlingsstelle.

In eine hiesige Engros-Handlung kann ein junger Mensch von guter Erziehung, der bei seinen Eltern in Kost und Wohnung bleiben kann, als Lehrling eintreten.

Es wollen sich aber nur solche Bewerber melden, die den zur Erlernung der Handlung erforderlichen Schulunterricht mit gutem Erfolge genossen und in der französischen oder italienischen Sprache schon Fortschritte gemacht haben.

Nähere Auskunft erhält man auf schriftliche unter Z. und B. an der Exped. d. Blattes einlaufende Anfragen.

(Gesuch.) Man sucht auf ganz kurze Zeit gegen dreifache Sicherheit fl. 150 à fl. 200 sogleich zu entnehmen. — Näheres unter Adresse A. B.

(Verloren.) Vergangenen Samstag wurde vom Vestnerthor bis auf dem Lauferplatz ein weißes Sacktuch, mit N. S. gezeichnet, verloren. Man bittet um gefällige Zurückgabe in Nro. 1552 auf dem Lauferplatz.

Bleiche-Verpachtung.

Auf dem Gute Rosenau ist der Bleichpacht erledigt, und soll auf mehrere Jahre die Bleiche wieder verpachtet werden

Wer darauf reft[illegible], und für den Pacht Caution leisten kann, beliebe sich bald an den Eigenthümer mündlich oder schriftlich zu wenden.

Regensburger Hof.

Heute Montag den 27. März ist Metzel-Suppe, wozu hiemit höflichst einladet

Schmidt

Auktions-Anzeige.

Kommenden Mittwoch den 29. d. M., Nachmittags halb 2 Uhr anfangend, wird im Hause S. Nro 92 auf dem Weinmarkt der noch vorhandene Vorrath von vergoldeten und ord. Porzellain und Steingut meistbietend ausverkauft, und wird hiezu ein verehrliches Publikum höflichst eingeladen.

Auktions-Anzeige

Nächstkommenden Donnerstag den 30. März, früh 9 Uhr werden im Hause L. Nro. 190 der Adlerstraße über 1 Stiege folgende Gegenstände, als: 1 nußbaumenes Clavier, verschiedenes Schreinwerk und Hausgeräthschaften, gegen sogleich bare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert; wozu hiedurch Kaufsliebhaber eingeladen werden

---

(Gesuch.) Eine an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Magd, welche in der Kuche und in anderen häuslichen Arbeiten wohl erfahren ist, wünscht in einem soliden Hause bis nächstes Ziel unterzukommen

---

(Eingesandt.)

Es ist schon lange von Einheimischen und Fremden und zwar mit vollem Rechte, die Klage geführt worden, daß die Reinigung der Straßen, besonders aber von den Mittwochen, hier gänzlich vernachlässigt wird, so daß wir nicht mehr anstehen wollen, die Polizeibehörde hierauf aufmerksam zu machen. Es ist nicht leicht ein wehethuender Anblick als die Straßen einer so bedeutenden Stadt, als unser Nürnberg ist, saulser zu sehen, und wir glauben, daß in diesem Betracht keine Rucksicht gegen die Uebertreter dieser zweckmäßigen und polizeilichen Vorschrift beobachtet, sondern unnachsichtlich — mit Strafe eingeschritten werden sollte.

Theater-Anzeige.

Wegen den Vorkehrungen zum Benefize des Hrn. Kastner: **Der Todentanz**, bleibt die Bühne Dienstag den 28. März geschlossen.

(Gesuch.) Eine erfahrene Köchin wird bis Walburgis in Dienst zu nehmen gesucht.

Kapitalien-Gesuch.

9500, 9000, 7000, 4000 und 3500 fl. werden gegen ausgezeichnete gute Hypothek zu entnehmen gesucht.

Literatur.

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Ein Protest aus Süddeutschland

gegen die angemaßte

Hegemonie des Königs von Preußen

von

Gustav Diezel.

8. geheftet. Preis 6 kr.

Nürnberg, im März 1848. bei

Friedrich Campe.

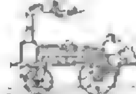
Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 27. März. »Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten.« Lustspiel in 4 Akten von Deinhardstein.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr.

Vom 19 bis 25. März incl.



Sonntag	1535	Personen,	fl. 176 31 kr
Montag	1124	»	» 125. 33 »
Dienstag	1091	»	» 120. 6 »
Mittwoch	885	»	» 99. 27 »
Donnerstag	1009	»	» 109. 12 »
Freitag	868	»	» 93. 34 »
Samstag	818	»	» 88. 30 »

Summa 7320 Personen, fl. 812. 3 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. März 1848. № 88 Dienstag: Malchus.

**** Der Bundestag, der Fortschritt und die preussischen Pfiffe.

Oeffnet eure Augen ihr Vaterlandsfreunde, damit ihr sehet, was noth thut; und du deutsches Volk, damit du keinen Schritt geführt wirst, ohne zu sehen, wohin. Das ganze, einige freie Deutschland muß unser Aller Ziel sein, dahin sind alle Anstrengungen zu richten! Der Bundestag in Frankfurt, diese Obervormundschaft Deutschlands, geleitet von dem nun in Ruhestand versetzten Metternich, diese unsichtbare Behörde, die seit 33 Jahren nur durch Verbieten und Verneinen Zeugniß von ihrem Daseyn ablegte, die bereits von den süddeutschen Völkern faktisch nicht mehr anerkannt wird, dieser Bundestag betritt nun die Bahn des Fortschritts, und erscheint im Gewande des Reformers; aber so ungeschickt, daß man sogleich sieht, daß es nur Maske ist. Auf dem Bundespallast zu Frankfurt weht die dreifarbige, deutsche Fahne; dies ist ein Fortschritt, aber kein wirklicher, sondern nur ein idealer, wie alle Wohlthaten des Bundes gegen das Volk nur Ideale waren. Ferner soll das vereinigte Deutschland vom Bunde einen Adler als Wappen erhalten, und dieser soll allen dem Bunde angehörigen Gegenständen angefügt, ja sogar auf die Kanonenkugeln gravirt werden, um ihn unsern Feinden an die Köpfe schießen zu können. Der Humor nennt das deutsche Volk in seiner gemüthlichen Trägheit den deutschen Michel, der Bundestag scheint es aber nicht einmal für einen ordentlichen Michel, sondern nur noch für ein ganz kleines Michelein zu halten, weil man glaubt, jetzt noch, nachdem das deutsche Volk so sprechende Beweise seiner Mündigkeit ablegte, weil man jetzt noch glaubt, es mit solchen Spielereien abfinden zu können. Also ein Wappen ist es, was uns noch noth thut! Freuet euch, ihr Völker Deutschlands, man wird euch beglücken; ihr bekommt jetzt einen neuen Adler aus einer alten Rüstkammer hervorgeholt, und in Parade vor euch herumgetragen; vielleicht auch eine neue Bundesverfassung, aber natürlich nur eine papierne, welche zum Spielen auch gut genug ist. Hört es, ihr Völker Deutschlands! Ihr verlangt Concessionen für euer geistiges und materielles Wohl, und der Bundestag bewilligt euch ein Wappen! Wir aber meinen, wenn wir nur erst eine Nation sind, werden wir um ein Wappen nicht lange in Verlegenheit seyn; ob dies dann ein Löwe, oder ein Adler ist, ist vor der Hand ziemlich gleichgültig. Wir wissen wohl, daß uns der Bundestag in seiner väterlichen Fürsorge am liebsten eine Schlafmütze geben würde, wenn wir auch darüber vom Auslande verspottet würden; was macht das dem Bunde, die Ehre des Volkes ist ja nicht die des Bundes, die Sache des Volkes nicht die seinige, er ist ja kein Volksorgan, sondern ein Fürstenrath. Wir aber wollen weder die Schlafmütze, noch den Adler, das deutsche Volk ist mündig geworden und will nicht mehr spielen, und nicht mit sich spielen lassen. Wir dürfen daher durchaus nicht dulden, daß Preußen, wie es nun zu thun geneigt scheint, die Zügel der Bewegung ergreife, und uns unsre durch eigne Kraft errungenen Freiheiten nach seinem Ermessen vorschneide. Die zurückgebliebenen Preussen mögen sich beeilen, daß sie uns nachkommen, wir wollen nicht zu ihnen zurückkehren. Nein, wir wollen im ungeschmälerten Genuß des Ganzen seyn und bleiben, und Gut und Blut zu dessen Erhaltung freudig einsetzen. Nur so werden wir vorwärts kommen, und die noch zurückgebliebenen deutschen Völker werden sich an uns anschließen und ein einiges, freies Deutschland von den Alpen bis ans Meer wird die Folge seyn. Nur keine Lauheit, kein Rückschritt! Wir dürfen ja nur das Rechte wollen, so wird es geschehen. Wo ist die Kraft, die der Volkskraft widerstehen könnte? Es gibt keine! Also ein einiges freies Deutschland, keine preussische Oberherrlichkeit mit Kosacken im Hintergrund, keinen König von Preussen als zweideutigen Protektor!

Deutschland.

Bayern. *† (München, 26. März) Gestern Abend wurde der Adreßentwurf in seiner Redaktion vollendet und heute Morgen die Revision vorgenommen. Morgen wird die öffentliche Berathung stattfinden. Die Adresse ist sehr umfangreich und enthält eine Reihe von Wünschen, die in verschiedenen Volksadressen enthalten sind. — Welche Stimmung hier gegen den König von Preussen herrscht, mußte Ihnen schon aus der Nachricht klar werden, daß man vorgestern Abend ein Autodafe vornahm, wo seine zu einem Strohmann geformtes Bild, mit einer Masse seiner Reden und Proklamationen, nebst den Berichten der Allgemeinen Zeitung aus Berlin, von preussischen Hof- und Geheimenräthen verbrannt wurde. — Gestern Abend nun wurde vor dem Hotel des preussischen Gesandten von mehr als 500 Menschen ein dreimaliges Pereat gebracht — alles in schönster Ordnung; denn im nächsten Moment war die Menge verlaufen, ohne daß es zur geringsten Thätlichkeit kam.

(München, den 24. März.) Frhr. v. Gise, welcher gestern noch zur Annahme des Portefeuille des Ministeriums des Auswärtigen und des kgl. Hauses geneigt schien, ist in Berücksichtigung seines vorgerückten Alters heute davon zurückgetreten. Tiefer als zu irgend einer Zeit fühlt man jetzt bei uns den Mangel an hervorragenden diplomatischen Talenten. Von Fürst von Wallersteins Wiedereintritt in das Departement der äußern Angelegenheiten, oder überhaupt in eine ministerielle Thätigkeit, kann weder für jetzt, noch für künftig die Rede seyn, was ich auf das bestimmteste zu versichern im Stande bin. Man wünscht den Fürsten sobald als möglich in einer auswärtigen Mission von hier entfernt zu sehen. (A. A. Z.)

(München, den 25. März.) Die Adresse der Kammer der Reichsräthe ist gestern berathen und genehmigt, morgen wird sie dem König überreicht werden. Ueber die in der Thronrede ertheilte und mit begeistertem Dank aufgenommene Amnestie ist seither keine weitere offizielle Eröffnung erfolgt. Man gibt daher der erfreulichen Vermuthung Raum, daß den Ständen ein Gesetz vorgelegt werde, damit nicht nur — denn nur dieses stände dem Könige allein zu — bereits verhängte Strafen erlassen, sondern auch der der Strafe von selbst folgende Verlust politischer Rechte gehoben und alle schwebenden oder noch möglichen Untersuchungen über Vorfälle, die dem 22. März d. J. vorangingen, niedergeschlagen werden. — Einen sehr günstigen Eindruck macht die Kunde über eine dem kgl. Cabinet bevorstehende Veränderung. Während nämlich dieses bis jetzt die Anträge der Ministerien in allen Regierungs- und namentlich in Anstellungssachen der kgl. Entschießung unterbreitete, wird diese seine Thätigkeit ganz aufhören, und König Max will mit den »verantwortlichen Staatsministern« (so sollen sie bereits in den neuesten Ernennungsdecreten genannt seyn) allein und unmittelbar verkehren. Ferner soll sich künftig bei Anstellungen und Beförderungen streng an eine bekannt zu gebende Vorschrift gehalten werden — also dem arg eingeschlichenen Protectionswesen ein Ziel gesetzt werden. Auch werden die Minister künftig nur da die kgl. Entschließung zu erholen haben, wo sie nothwendig ist, im übrigen aber sich frei und verantwortlich im Kreise ihrer Amtsbefugniß bewegen. Die Wichtigkeit einer solchen Veränderung muß jedem einleuchten, der das Schädliche der Vielregiererei kennt, und deren nachtheilige Folgen in unserer bisherigen Verwaltung kennen gelernt hat. (A. A. Z.)

(München, 25. März.) Der frühere Ministerverweser v. Heres ist von Sr. Maj. dem König zum Staatsrath im ordentlichen Dienste und zum Präsidenten des obersten Rechnungshofes, der vormalige Polizeidirector Mark zum Rathe bei der königl. Regierung von Mittelfranken ernannt worden. (A. A. Z.)

*† (Nürnberg, den 27. März.) Die dritte Beilage zur Verfassungsurkunde, — das Edikt über die Freiheit der Presse und des Buchhandels enthält folgende gesetzliche Bestimmungen: »§. 4. Damit die Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht mißbraucht werde, wird die Polizei-Obrigkeit jeden Orts über die allda befindlichen Buchhandlungen, Antiquarien, Leihbibliotheken-Inhaber, Lese-Institute, Buchdruckereien und lithographische Anstalten eine allgemeine Aufsicht übertragen, so wie die gesetzliche Bestrafung der durch Schriften begangene Verbrechen und Vergehen den ordentlichen Gerichten vorbehalten bleibt. §. 5. Dem zu Folge sind alle Buchhandlungen, Antiquarien, Leihbibliothek-Inhaber, die Vorsteher der Lese Institute und lithographischen Anstalten, die Kupferstich- Bilder- und Kartenhändler verpflichtet, unter einer Strafe von hundert Thalern ihre Kataloge der Polizeiobrigkeit zu übergeben. § 4. Wenn die Polizei in den ihr übergebenen Katalogen Schriften, Gemälde, oder andere sinnliche Darstellungen wahrnimmt; — oder wenn die Verbreitung von Schriften der sinnlichen Darstellungen bei ihr angezeigt wird, wodurch ein im Königreiche bestehendes Strafgesetz übertreten wurde, sey es als Verbrechen, Vergehen, oder Polizei-Uebertretung, so hat sie alsdann dem einschlagenden Untersuchungsgerichte davon die amtliche Anzeige zu machen, und nach Unterschied selbst der Bestrafung wegen geeignet zu verfahren.« Auf den Grund dieser Bestimmungen, deren Beachtung jeder Staatsbürger beschworen hat, und mit deren Vollziehung der Stadtkommissär nach der Instruktion vom 15. Sep. 1818 beauftragt ist, — legen in Nürnberg, die Antiquarien und Leihbibliotheken ihre Kataloge, — die Buch- und Kunst- dann Bilderhandlungen, — welche keine Kataloge fertigen — nach Uebereinkommen mit dem Stadtkommissariat, — Verzeichnisse über die ihnen zugesandten Bücher und Bilder vor, — welches solche durchsieht und bestätigt zurückgiebt. — Da seit 14 Tagen einige Buchhandlungen diese Verzeichnisse nicht vorlegen, Anzeigen über Ausstellung sinnlicher, — die Sitten u. Schaam verletzender, — Bilder gemacht; — lithographirte Aufrufe, welche zur Widersetzung auffordern, — Schmähungen gegen die Person des Königs enthalten, — verbreitet werden: so sah sich das Stadt-Kommissariat verpflichtet, durch eine Cirkularnote auf die oben bezeichneten durch die Verfassung als Gesetz veröffentlichten Bestimmungen und Vorschriften aufmerksam zu machen. Auf Protestation mehrerer Buch- und Kunsthandlungen wurden die Akten der königlichen Regierung zur Entscheidung und Verfügung vorgelegt! Die Presse ist frei! — die Censur ist aufgehoben, — nicht aber die Aufsicht und das Gesetz gegen Verbrechen und Vergehen. — Wie das Stadtkommissariat, vielmehr der unterzeichnete k. Stadtkommissär, die Aufsicht geübt, und ob er Veranlassung zu Klagen und Beschwerden gegeben hat? — bleibt dem Urtheile der Betheiligten, — der öffentlichen Stimme auf den Grund der Thatsachen, welche ohne Verstellung aufzunehmen, — überlassen. Er handelt nach seiner beschworenen Pflicht, — irrt er, — so steht die Zurechtweisung der vorgesetzten Behörde, — auf Beschwerde zu, das Gesetz ist und muß ihm, so wie jedem Bayern heilig sein! — Hiernach wird der Aufsatz: †† Subalterne Reaktionsversuche: — in Nr. 87 der mittelfränkischen Zeitung vom 27. März zu würdigen sein! — Die Angaben in diesem Aufsatze: „daß man Lithographen zu sich ruft, und ihnen verbietet, Etwas ohne Censur zu veröffentlichen! — daß den Buchhändlern aufgegeben wurde, die Verzeichnisse unter Bedrohung einer Strafe von 100 fl vorzulegen" — ist faktisch unrichtig! — Der k. Stadtkommissär hat Keinen der Betheiligten persönlich gesprochen oder rufen lassen, — sondern in dem Cirkulare nur auf die Bestimmungen des Grundgesetzes, — der Verfassung, auf welcher gerecht, — deren Vollziehung ihm übertragen, und wofür er durch seinen Eid verpflichtet ist. Ob diese Handlungsweise

die Bezeichnung — der fortgesetzten ungesetzlichen Controlle und Chikane, überhaupt das ausgesprochene Urtheil, — verdiene? — der Aufsatz selbst aber der freien Presse würdig gehalten? — muß der Beurtheilung der Leser überlassen werden! — Die übrigen Beschuldigungen und Klagen berühren nicht das Stadtkommissariat. Nürnberg, 27. März 1848. Der k. Stadtkommissär: Lenz.

†° (Nürnberg, den 27. März.) Den Berichten eines glaubwürdigen Reisenden zufolge, der so eben von Karlsruhe über Stuttgart ankommt, reduciren sich die 40,000 Franzosen des Korrespondenten von und für Deutschland, die derselbe in Baden einfallen ließ, auf circa 150 deutsche Arbeiter, die sich aus Frankreich in ihre Heimath begeben.

Baden. (Karlsruhe den 24. März.) [43. Sitzung der zweiten Kammer] Der Präsident zeigt an, daß der Abg. Trefurt als solcher seinen Austritt aus der Kammer angezeigt, und Christ sein Nichterscheinen durch Unpäßlichkeit entschuldigt habe. Nach der Uebergabe mehrerer Petitionen, deren jetzt schon über 800 vorliegen, macht Staatsrath Bekk der Kammer die Eröffnung, daß in der Nacht vom 22. auf den 23. März nicht nur die Stadt Freiburg, sondern auch ein großer Theil des badischen Oberlandes durch die Nachricht allarmirt worden, als hätte eine bedeutende Anzahl von den im Elsaße entlassenen Arbeitern die Rheingränze überschritten und einen Einfall auf dem rechten Rheinufer bewerkstelligt. Diese Nachricht hätte sich nun zwar glücklicherweise nicht bestätigt, dagegen sey heute hier in Karlsruhe eine andere, nämlich die eingetroffen, daß oberhalb Kehl bei Missenheim 5—600 Arbeiter, ob mit oder ohne Waffen, könne noch nicht genau angegeben werden, sich auf Nachen in der Nacht heimlich überschiffen ließen, auch sollen in Mühlhausen alle Arbeiter, die keine Franzosen seyen, entlassen worden seyn. Noch bedenklicher aber erscheine die aus Paris der Regierung zugegangene sichere Nachricht, daß sich dort ein wohlbewaffnetes und organisirtes Korps von 5—6000 Arbeitern gebildet habe, welches nichts weniger als einen Einfall in das badische Land beabsichtige, um da die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen. Er wolle dieß hier öffentlich erklären, damit das Land die Veranlassung der bereits angeordneten Truppenbewegungen kennen lerne. Bei diesen nothwendigen und in der Pflicht der Regierung liegenden Vorsichtsmaßregeln habe dieselbe aber auch die Humanität walten lassen und in einer Generalverfügung angeordnet, daß alle rückkehrenden deutschen Arbeiter ihren betreffenden Heimathsgemeinden zugewiesen und im Falle einer Vermögenslosigkeit deren Reisekosten aus Staatsmitteln bestritten werden sollen. (Schw. M.)

(Mannheim, 24. März.) So eben Nachmittags 1¼ Uhr steht das Regiment auf dem Zeughausplatze. Das zweite Bataillon hat Befehl erhalten zum Ausmarsch nach dem Oberlande, wo, wie als ganz bestimmt versichert wird, französische Arbeiter und dergleichen Personen herüberbrechen. (Schw. M.)

(Karlsruhe, den 24. März.) Weil man auf gestern Abend wieder verschiedene Ruhestörungen vermuthet hatte, waren Bürgerwache, Feuerwehr und Soldaten auf den Beinen; doch lief Alles ruhig ab. Diesen Vormittag wurde zweimal Generalmarsch geschlagen; um 11 Uhr gieng ein Bataillon nach Kehl ab, weil die Anzeige einlief, daß daselbst und in der Umgegend schon eine Anzahl ausgewiesener deutscher Arbeiter angekommen sey, worunter sogar ein Haufe von etwa 600. Heute Nachmittag oder Abend soll noch ein weiteres Bataillon folgen, und überhaupt große militärische Veränderungen, namentlich eine dichte Besetzung der Rheingränze, bevorstehen. Für heute oder längstens morgen werden zwei Regimenter Bundestruppen aus Würtemberg hier, und ein Regiment aus Hessen in Mannheim erwartet; dem Vernehmen nach soll auch Reiterei folgen. Wie es heißt, wird unsere Regierung gegen die aus Frankreich ausgewiesenen deutschen Arbeiter sehr human verfahren; dieselben sollen, so weit es Inländer sind, in ihren Heimathsort gewiesen, die übrigen Deutschen aber, so fern sie mittellos sind, innerhalb der Gränzen des Großherzogthums auf Staatskosten verpflegt, und ihnen die Heimreise in ihren Geburtsort möglichst erleichtert werden. (Schw. M.)

(Freiburg, den 23. März.) Die vergangene Nacht war eine sehr unruhige. Es mochte 10 Uhr des Abends sein, als ein Reiter aus einem nahen, gegen den Rhein gelegenen Dorfe mit der Meldung in die Stadt sprengte, die Franzosen seyen gegen Abend bei Breisach über den Rhein gezogen. Da er nichts Näheres anzugeben wußte, so deutete man dieß auf einen Einfall der arbeitslos gewordenen deutschen Fabrik-Arbeiter des Elsasses, wohl auch des demokratischen deutschen Korps, welches in Frankreich unter Herwegh sich bildet, zumal schon seit einigen Tagen die Rede gieng, es sey etwas der Art zu befürchten. Sogleich ertönte nun der Generalmarsch, das Regiment stellte sich auf, die Bürgerwehr eilte auf ihre Sammelplätze und im Nu war unsere Stadt in einen Waffenplatz umgeschaffen. Glücklicher Weise zeigte sich die Nachricht als ein blinder Lärm, der aber die Bürgerschaft nochmals Morgens um vier Uhr allarmirte, wo wieder in Folge irriger Mittheilung Alles durch den Generalmarsch und den Ruf: „Bürger heraus!“ aus dem Schlaf geschreckt wurde, und die Bürger und das Militär unter die Waffen traten. Heute sah man ganze Züge von Wägen in unsere Stadt hereinströmen, auf denen Flüchtige aus der Umgegend ihre Habseligkeiten zu retten suchten. Ebenfalls von ganz unzuverläßigen Gerüchten geschreckt, verlassen sie in übergroßer Angst Haus und Hof, als ob der Feind mordend und plündernd schon davor stände. — Aus dem Oberlande vom 23. März. Heute hatten wir eine unruhige Nacht; es wurde in Heitersheim von dem Rottmeister vor 2 Uhr nach Mitternacht an den Läden der Häuser geklopft und unter sichtbarer Angst gemeldet, daß 200 Franzosen im Ort seien oder kämen, um zu plündern. Alles machte Licht, eilte mit Gabeln, Dreschflegeln und Sensen auf die Straße, aber nirgends war der Feind zu entdecken. Die Nacht verlief ruhig. Auf den Landstraßen standen die wehrhaften Leute aus den Dörfern, mit allerlei ländlichen Waffen versehen, in großer Menge. Aehnliche Scenen gab es in der vergangenen Nacht überall im Oberlande und Breisgau; selbst in den näher gelegenen Thälern des Schwarzwaldes. (F. Z.)

(Offenburg, den 24. März.) Gestern Abend nach 9 Uhr zog ein eben angekommener Handwerksbursch durch die Straßen und rief, es seien Plünderer aus dem Elsaß in Lahr, wo man Sturm läute, und von dort wolle der helle Haufe hieher. Man wurde aufmerksam, war aber doch im Ganzen ungläubig. Da sprengten gleich darauf zwei reitende Boten — einer davon ein Gränzwächter — vor dem Rathhaus an und brachten die Nachricht, bei Friesenheim (3 Stunden von hier) sey ein Haufe Proletarier — man sprach von 1600 — über den Rhein gebrochen. Nun gerieth Alles in Allarm. An jedem Hause erschienen Laternen oder Lichter, vor dem Rathhause sammelten sich die bewaffneten Bürger; in den umliegenden Ortschaften wurde gestürmt. Erst nach 12 Uhr gieng der Allarm zu Ende. Man hatte nämlich eine Lokomotive bis nach Lahr geschickt, und als dieselbe zurückkam, erfuhr man, daß Alles Nichts sey. Heute früh um 5 Uhr kam wieder Botschaft, bei Marlen und bei Kehl sey ein Einbruch erfolgt; indessen erwies sich nach Aussendung von Eilboten auch diese Nachricht als grundlos. Zu einem stattlichen Empfang sind unsere Mannschaften jedenfalls gerüstet gewesen. (K. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 22. März.) Merkwürdig ist folgende von dem Herzoge gegen mehrere höhere Offiziere geschehene Aeusserung: »Die russische Armee ist auf den Kriegsfuß gesetzt; sobald aber ein Theil derselben die preussische Gränze überschreitet, werden französische Truppen an den Rhein rücken. Die Sicherheit unsers deutschen Vaterlandes erfordert die augenblickliche Wahl eines deutschen Kaisers und alle deutschen Fürsten werden darin übereinstimmen. Ich bin Herzog von Braunschweig, ich liebe mein Volk, ich liebe mein Land, will aber gern alle Opfer bringen, welche das Interesse des deutschen Vaterlandes erfordert. Ich werde mit Freuden als Soldat dem theuren

Preussen. (Berlin, 23. März.) Die Gesammtzahl der im Kampfe

Vaterlande dienen und für dasselbe kämpfen. (Brem. Z.)

Gebliebenen beträgt 880. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Berlin, den 24. März.) Heute Morgen fand das Begräbniß eines Theiles der Militär-Todten (Offiziere und Unteroffiziere) statt, die in dem hiesigen Militärlazareth sich befanden, und in einem aus Soldaten und Bürgern gemischten Geleite auf dem Invalidenkirchhofe zur Ruhe bestattet wurden. Man sah bei dieser Gelegenheit zum ersten Male wieder Militär in der Stadt, welches jedoch nur aus den Deputationen einiger Regimenter zum Zweck dieses Leichenbegängnisses bestand. Die Soldaten wurden dabei von den Bürgern in die Mitte genommen. Der Zug bewegte sich ohne Musik durch die Straßen, nur einige Choräle wurden gesungen. Die Zahl der hier Bestatteten betrug übrigens nur 15. Nach Spandau aber sind 200 Todte des Militärs geschafft worden, welche dort beerdigt werden sollen. Eine bei weitem größere Anzahl hat Potsdam zur Bestattung überkommen. Die tapfern Arbeiter der Fabriken vor dem Oranienburger Thore hatten sich ebenfalls in einer Deputation diesem Leichenbegängniß angeschlossen.

Je mehr unsere Zustände wieder den Schwerpunkt der staatlichen Organisation zu finden suchen, desto entscheidender tritt die Frage über die Veranstaltung der Urwahlen und über das Verhältniß des zum 2. April zusammenberufenen Landtags zur Feststellung unserer Verfassung in den Vordergrund der Bewegung. Der König will nach seiner eigenen Aeusserung seine Absicht, das neue Wahlgesetz durch den Vereinigten Landtag berathen zu lassen, nur dann ändern, wenn ihm aus allen Theilen des Landes entgegengesetzte Wünsche kundgegeben werden, wie dies bereits durch die Deputationen aus Breslau und Liegnitz geschehen. In diesem Sinne hatte sich auch gestern Abend im Thiergarten eine aus einem hiesigen Club hervorgegangene Versammlung zusammengefunden, welche im Freien über die Frage der Urwahlen, über den Wahlcensus und über die Kompetenz des Vereinigten Landtags, überhaupt zusammenzutreten, sich berieth. Man beschloß eine Deputation an den König zu senden, um von demselben den Erlaß eines Wahlgesetzes, und die Veranstaltung direkter Wahlen zu erbitten, durch welche dann sogleich ein constituirender Landtag, statt des jetzigen vorläufigen und incompetenten, zusammentreten könne. Es fehlt jedoch dieser Deputation, so wie der kleinen und zufällig gemischten Versammlung, aus welcher sie hervorgegangen, jede Kompetenz, um ihr ein entscheidendes Gewicht in dieser Frage beilegen zu können. (D. A. Z.)

(Berlin, den 24. März.) Morgen findet eine Stadtverordnetensitzung statt, in welcher ein Antrag des Hrn. Mertens: „1) Jeder unbescholtene Bürger ist Wähler und wählbar; 2) jeder selbstständige unbescholtene sogenannte Schutzverwandte ist wählbar; 3) der Gewählte kann in jedem beliebigen Bezirk genommen werden“, berathen werden soll. Der Magistrat hat diese Anträge des Hrn. Mertens verworfen. In der am 28. März stattfindenden Bürgerversammlung sollen aber über dieselben Berathungen stattfinden. (A. D. Z.)

(Berlin, den 24. März.) Um bei den gegenwärtigen Verhältnissen einer möglichst großen Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, sind nach sicherm Vernehmen von den Behörden mehre bedeutende Bauausführungen sogleich eingeleitet worden. Namentlich wird der Bau eines neuen Schiffahrtskanals von Spandau nach Berlin und die Chaussirung des Weges von Berlin nach Moabit unverzüglich in Angriff genommen werden. Nicht minder werden die Arbeiten am neuen berliner Kanal, so weit nur die Wasserstände es zulassen, mit Nachdruck fortgesetzt und die Wegeanlagen dabei gleich ausgeführt werden. Auf dem sogenannten Pulvermühlenterrain sollen Gebäude abgetragen und das Erdreich planirt werden. Von Seiten der Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft wird die Planirung der Haidestraße bewirkt werden, und die Niederschlesisch-Märkische sowie die Berlin-Anhaltische Eisenbahngesellschaft werden auf ihren hiesigen Bahnhöfen mehre große Werkstatts- und Schuppengebäude aufführen lassen. — Der Vorstand der hiesigen königl. Artilleriewerkstatt beabsichtigt, die Arbeiten dieser Anstalt durch hiesige Gewerbtreibende ausführen zu lassen, und fordert die betreffenden Altmeister auf, zur weiteren Verhandlung hierüber am 24. März in der Artilleriewerkstatt sich einzufinden. Dann ist zur möglichst baldigen Beschäftigung der Bauhandwerker der sofortige Beginn des Baues der neuen Kirche auf dem Stralauer Platze, zu welchem die Stadtbehörden ihren Patronatsbeitrag bereits bewilligt haben, angeordnet.

Zur Beruhigung für Diejenigen, welche bei dem für den Augenblick mißlichen Stande der Privatbauten Arbeitslosigkeit für die nächste Zukunft befürchten möchten, macht die gemeinnützige Baugesellschaft, mit Bezug auf den erlassenen öffentlichen Aufruf, das Resultat ihrer bisherigen Bemühungen bekannt. Das Comité der Gesellschaft hat sofort am 20. März bei den Behörden die geeigneten Schritte gethan, um den Angriff von größeren Bauten, deren Ausführung eigentlich noch nicht bevorstand, zu erwirken und dadurch Beschäftigung für arbeitslose Bauarbeiter zu erzielen. Die Behörden sind den desfallsigen Anträgen mit Bereitwilligkeit entgegengekommen. Seit dem 20. März sind außer den oben schon angegebenen noch folgende Arbeiten angeordnet worden: Ausräumung und theilweiser Abbruch der eingeäscherten Wagenhäuser vor dem Oranienburger Thor und der königl. Eisengießerei; Neubau der Kirche auf dem Stralauer Platze; Abreißung und

Neubau des alten Theiles des grauen Klostergymnasiums; Verstärkung der Arbeiten auf den Boulevarde am neuen Kanale vor dem Hallischen Thor; in Aussicht stehen die Neubauten der beiden andern Kirchen in der Landsberger- und Frankfurter-Vorstadt und einige andere große Neubaue. Das Comité ist unablässig bemüht, noch fernere Gelegenheit zu Bauarbeiten zu beschaffen, und sagt, es möge daher das betheiligte Publikum sich nicht etwa der Unruhe hingeben, sondern dem Comité, welches die hohe Bedeutung seiner für die Zeit der Aufregung übernommenen Aufgabe aufs tiefste erkennt und mit allen Kräften für die Lösung derselben arbeitet, volles Vertrauen schenken. (A. D. Z.)

(Berlin, den 24. März) Die Berlinische Zeitung berichtet: „Der König läßt in seinem Schlosse, und zwar in den Zimmern der Herzogin von Mecklenburg, einen großen Theil der in dem Befreiungskampf am 18. d. M. verwundeten Bürger auf das Beste verpflegen. Die Königin hat von ihrem eigenen Haushalt Betten und Kleidungsstücke zu diesem Behufe hergegeben und läßt die Verwundeten aus ihrer eigenen Küche verpflegen. Mehrere Militär-Aerzte sind zu diesem Behuf fortdauernd im Schlosse stationirt. Die Königin besucht die Kranken fast täglich und spricht ihnen freundlich Trost zu. Die Schloßfrauen derselben fungiren als Krankenwärterinnen. Es gewährt einen eigenthümlichen Anblick, die Betten dieser Kranken reihenweise in den prächtigen Sälen des Schlosses unter den seltensten Statuen stehen zu sehen."

(Berlin, den 24. März.) Der Geheime Staats-Minister, Herr von Auerswald, ist gestern hier eingetroffen und hat heute die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 24. März, Nachmittags 5 Uhr.) Ich melde Ihnen hiermit, daß nach hier eingegangenen Nachrichten aus Posen von Seiten des Königs am 22. März Nachmittags 2 Uhr die Freigebung des Großherzogs Posen proklamirt ist. Der Jubel in Posen darüber soll unbeschreiblich seyn, der polnische Adler ist bereits aufgepflanzt und durch diese Ereignisse die Ruhe keineswegs gestört. (Wir erhalten vorstehende Nachricht aus sehr achtbarer Quelle und geben sie, obschon wir sie mit den direkten Nachrichten aus Posen nicht in Uebereinstimmung finden.) (D. A. Z.)

(Breslau, den 23. März.) Wir vernehmen aus dem verläßigsten Munde, wie alle Hoffnung vorhanden ist, daß Preussen und Oesterreich ihre resp. polnischen Landestheile zurückgeben und den Söhnen vergüten werden, was an den Vätern gesündigt worden war. (Schl. Z.)

(Breslau, den 23. März.) Augenzeugen berichten uns, daß an unserer oberschlesischen Grenze in unmittelbarer Nähe der dem Grafen Henckel v. Donnersmark gehörigen Herrschaft Simianowitz bereits eine nicht unbedeutende Menge russischen Militärs aufgestellt sei, und daß namentlich viele Kosacken und Tscherkessen dort umher schwärmten. Dieselben Personen versichern uns auch, daß das allgemein verbreitete Gerücht über den Ausbruch von Unruhen in Warschau durch die Aussagen von Reisenden in Oberschlesien immer mehr Konsistenz gewinne. — Aus Kosel, Liegnitz, Hirschberg und Schmiedeberg gehen Berichte ein über dort vorgekommene Excesse, bei denen es hauptsächlich auf Plünderung abgesehen war. (S. Z.)

(Luxemburg, den 21. März.) Es hat der Regierungsrath an den König geschrieben, den Bischof sofort zu entfernen; geschieht dies nicht, dann nimmt er in corpore seine Entlassung. Welche Folgen diese Aufregung für das Land haben wird, ist nicht zu berechnen. Im Mersch hat man den Pfarrer verjagt und in Ettelbrück bereits die Republik proklamirt und die französische (!!) Fahne aufgepflanzt. (Köln. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 25. März.) Soeben gehen uns folgende Verordnungen zu: I. Verordnung über die Angelegenheiten der Presse. Wir Friedrich August ꝛc. finden für nöthig, bis zur Vereinbarung mit unsern getreuen Ständen, über ein Preßgesetz, einstweilen folgende Bestimmungen zu treffen: 1) Die durch unsere Verordnung vom 9. März d. J. vorläufig bis zum 15. April d. J. außer Wirksamkeit gesetzte Censur bleibt aufgehoben. 2) Durch die Presse verübte Verbrechen sind nach dem Criminalgesetzbuch und nach den gesetzlichen Bestimmungen über Gerichtsstand und Verfahren zu untersuchen und zu bestrafen. 3) Zur Herausgabe von Zeitschriften bedarf es nicht weiter der Einholung von Concessionen, sondern lediglich einer Anzeige bei der Ortspolizeibehörde, mit Angabe des Titels und Plans der Zeitschrift, sowie mit Namhaftmachung des Herausgebers und des davon etwa verschiedenen verantwortlichen Redacteurs. Die Ortspolizeibehörde hat sofort Abschriften dieser Anzeige an die Kreisdirection des Bezirks und das Ministerium des Innern zu senden. 4) Städtische Gemeinden sollen berechtigt sein, durch gemeinschaftliche Beschlüsse der Stadträthe und der Stadtverordneten, einer oder mehren Zeitschriften ihres Orts, die ausschließliche Berechtigung zur Aufnahme örtlicher Anzeigen gegen Insertionsgebühren zu ertheilen, und haben sich dabei mit dem Herausgeber, über den Preis und die Einrichtungen des Blattes, über den Betrag der Insertionsgebühren, sowie über die Bedingungen zu vereinigen, unter welchen er amtliche Veröffentlichungen in Angelegenheiten der Stadtgemeinde aufzunehmen hat. 5) Die Bestimmungen §§. 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 5 Febr. 1844 sind aufgehoben. Es ist aber der Verleger oder Derjenige, der dessen Stelle vertritt, verpflichtet, gleichzeitig mit der Ausgabe und Versendung einer Schrift ein brochirtes Freiexemplar derselben an die Kreisdirection des Bezirks, gegen Empfangsbescheinigung abzugeben. Von Zeitschriften ist nach dem Erscheinen eines jeden Blattes oder Stückes, ein Exemplar an die Kreisdirection und eins dergleichen an das Ministerium des Innern, mit derselben Beschleunigung zu senden, mit welcher die Ausgabe und Versendung der Abonnements-Exemplare erfolgt. 6) Die Unterdrückung einer Zeitschrift, auch wenn dazu widerrufliche Concession ertheilt worden war, kann von nun an nur in Straferkenntnissen, wegen dadurch verübter Verbrechen (§. 2.) ausgesprochen werden. 7) Das Gesetz und die Verordnung vom 5. Febr. 1844, insoweit sie mit vorstehenden Bestimmungen in Widerspruch stehen, werden hiermit aufgehoben. Hierüber allenthalben haben wir gegenwärtige Verordnung nach §. 88 der Verfassungsurkunde erlassen, eigenhändig unterschrieben und mit dem königl. Siegel bedrucken lassen. Dresden, am 23. März 1884. (L. S.) Friedrich August. Dr. Alexander Karl Hermann Braun. Dr. Ludwig Karl Heinrich v. d. Pfordten. Robert Georgi. Albrecht Graf v. Holtzendorff.

II. Verordnung zu Niederschlagung der Untersuchungen in Preßsachen. Se. königl. Maj. haben in Folge der wesentlichen Veränderungen, welche schon durch die unter heutigem Tage nach §. 88 der Verfassungsurkunde erlassene Verordnung in den bisher gültigen Bestimmungen über die Angelegenheiten der Presse eintreten, auf den Antrag der Ministerien der Justiz und des Innern gnädigst folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Alle gerichtliche Untersuchungen wegen mittelst der Presse verübter Verbrechen, mit alleiniger Ausnahme der auf Antrag der Verletzten anhängigen oder noch anhängig zu machenden, ingleichen alle polizeilichen Untersuchungen wegen Uebertretung der auf Gesetz oder Verordnung beruhenden preßpolizeilichen Vorschriften, werden hiermit niedergeschlagen, es mögen bei Bekanntmachung dieser Verordnung dergleichen Untersuchungen bereits anhängig, aber noch nicht beendigt, oder des dazu vorhandenen thatsächlichen Grundes ungeachtet noch nicht anhängig gemacht sein. 2) Strafen, welche in dergleichen gerichtlichen oder polizeilichen Untersuchungen bereits zuerkannt, aber noch nicht vollstreckt und, soviel die Geldstrafen anlangt, noch nicht wirklich eingezahlt sind, sollen hiemit erlassen sein. 3) Jedoch bewendet es in den bereits beendigten Untersuchungen bei der in den Entscheidungen ausgesprochenen Verbindlichkeit zu Abstattung der Kosten. Die sächsische Presse wird, wie Se. königl. Maj. vertrauensvoll erwarten, den gegenwärtigen Act der Milde durch würdige Haltung zu erwidern wissen. Dresden, den 23. März 1848. Die Ministerien der Justiz und des Innern. Dr. Braun. Dr. v. d. Pfordten. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, den 30. März) Morgen geht die erwählte ständische Deputation mit den Forderungen des Volkes der Herzogthümer an ihren Fürsten. Sonnabend, den 25. März erwarten wir sie zurück. Dies wird ein bedeutungsvoller Tag für uns werden, denn an diesem Tage werden wir ersehen, daß der Fürst den billigen und gerechten Forderungen seines Volkes genügt hat, oder daß er es nicht gethan, und daß dem Volke der Herzogthümer nichts als die Selbsthülfe gegen die fremde Unterdrückung übrig geblieben ist. (Brem. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 25. März.) Gestern Abend verursachte die schnell aufeinanderfolgende Ankunft von Staffeten eine ungeheure Aufregung in unserer Stadt. Zahlreiche Menschenmassen harrten auf dem Postplatze dem Bekanntwerden der Nachrichten. Es verbreitete sich das Gerücht, Banden französischer Arbeiter haben den Rhein überschritten, Appenweyer erreicht, und seyen auf dem Anmarsch gegen die würtembergische Gränze Freudenstadt zu. Heute früh steigerten sich die Gerüchte zu den abenteuerlichsten Angaben, wie Herwegh stehe an der Spitze der Eindringlinge, sie haben Alpirsbach und sogar Weil die Stadt erreicht. Zur Beruhigung können wir versichern, daß die ganze Angabe vollkommen grundlos ist. Nur zwei Nutzanwendungen wollen wir anknüpfen. Einmal: schreitet rasch voran mit der Volksbewaffnung, der Einübung, denn ausserordentliche Zeiten ändern in wenigen Tagen Alles; und wenn die Franzosen kommen, so kommen sie schnell auf diesem ganz unbefestigten, ungedeckten Weg. Zweitens aber: Lasset euch nicht durch jedes Gerücht in Schrecken setzen, das die Unwahrscheinlichkeit an der Stirne trägt, und verliert den Kopf nicht. ((Schw. M.)

Der Augsburger Abendzeitung geht aus Tübingen, 24. März, Abends 6 Uhr von einem der Lehrer der Hochschule zu. „So eben eintreffende Kuriere aus Oberndorf und Rottweil melden den Einfall großer Schaaren französischen Raubgesindels, mit Militär untermischt, im Badenschen, welche plündernd und brennend durch das Land ziehen, und Offenburg angezündet haben. Schon dringen sie über den Schwarzwald hervor, und bedrohen das Innere von Deutschland. In diesen Depeschen wird ihre Zahl auf 20,000 angegeben. Unsere deutschen Brüder stehen am Zuzug des Nachbarlandes. Dieser wird ihnen zu Theil werden. So eben organisiren und bewaffnen sich die Studirenden der Universität unter ihren Lehrern, auch die Bürger werden aufgeboten hier und im ganzen Lande, die Einigkeit unter allen Ständen, jetzt, wo die Rettung des Vaterlandes vor dem schmachvollsten Anfalle gilt, hat nur Ein Ziel im Auge, die Begeisterung flammt hoch empor. Keiner von jenen Vermessenen wird über den Rhein zurückgelangen. Und wir Deutschen werden aus diesem voreiligen Anfall unserer Erbfeinde die Lehre schöpfen, was von ihnen zu erwarten sey, trotz ihrer Versprechungen allgemeiner Bruderliebe. Wir werden desto einiger und stärker im Innern unsere Organisation vollenden. Deutsche, Völker und Fürsten, Stärke und Einigkeit!" (A. A. Z.)

(Stuttgart, 24. März, Abends 8 Uhr.) Im Laufe dieses Mittags kamen 2 Stafetten von Horb und Freudenstadt, daß ein Korps von mehreren tausend Mann (unter Herwegh) bereits bis Appenweyer im Badischen vorgerückt sei. Der Chef des Departements des Innern wurde aus der wichtigen Kammersitzung deshalb abberufen. In diesem Augenblick wird das Militär zusammengeblasen, um es sogleich marschiren zu lassen. Die ganze Stadt ist in Allarm. (Ulm. Kr.)

(Ulm, den 25. März, Morgens 10 Uhr.) So eben wird durch die Polizeischelle bekannt gemacht: „Da bereits in Deutschland eine große Masse Bewaffneter eingedrungen ist, und auch uns Gefahr droht, so wird die Bürgerschaft Ulms aufgefordert, heute Mittag im Hofe des Deutschen Hauses mit jedmöglicher Waffe zu erscheinen, ebenso auch das bürgerliche Jägerkorps und die Stadtgarde." — Das hiesige Militär ist bereits marschfertig. (U. K.)

(Ulm, 25. März, Abends 4 Uhr.) So eben kam, wie ich höre, eine Staffette hier an, mit der Nachricht, gegen 30,000 Franzosen stehen bereits Alles verheerend in der Nähe von Tübingen. (U. K.)

Italien.

(Innsbruck, 23. März.) Seit gestern verbreiten sich hier die traurigsten Nachrichten aus Mailand. Die Bevölkerung hatte sich dem Militär freundlich genähert, vielleicht, um es sicherer zu machen; allein am 19. Mittags brach der Aufruhr los. Radetzky ließ die Stadt durch die von aussen andringenden Truppen in fünf Richtungen concentrisch angreifen; von der Citadelle aus wurde sie bombardirt; mehrere tausend Menschen — hoffentlich übertriebene Gerüchte geben die Zahl der Umgekommenen auf mehr als 6000 Menschen an — verloren dabei das Leben. Zwei Straßen sollen in Schutthaufen verwandelt seyn. Die Mailänder Post ist schon seit drei Tagen ausgeblieben; obige Nachrichten rühren von durchgeeilten Kurieren her. — In Brescia wurde ein Versuch gemacht, die Republik zu proklamiren. Venedig ist nach einem unbedeutenden Auflauf ruhig. In Verona wurden die Jesuiten verjagt; eine schnell errichtete Guardia Civica von 400 Mann nimmt ihr Kollegium als Kaserne ein. (A. A. Z.)

(Chur, 23. März) Von Mailand keine direkten Nachrichten. Ein Brief aus Bergamo vom 20 gibt nur die sehr unbestimmte Nachricht, in Mailand werde seit Samstag Mittags ein erbitterter Kampf geführt. Aus Cleven schreibt man am 22 ganz kurz: „Heute hat die Stadt Mailand den Sieg errungen, noch bleibt uns aber Verona zu erkäm-

pfen, bei welcher Stadt sich die ganze österreichische Truppenmacht zusammengezogen hat. In Como soll die Bevölkerung mit den Kroaten fertig geworden seyn; sämmtliche Bewaffnete seyen hierauf der Hauptstadt zu Hülfe gezogen. Auch von Bergamo, Brescia und Chiari, ziehen fortwährend bewaffnete Haufen nach Mailand. Von letzterem Städtchen wird nach Waffen geschrieen. Trotz der lebhaftesten Sympathien wird aber, von der angränzenden schweizerischen Bevölkerung die Neutralität besser behauptet, als dieß in den Sonderbundssachen von Seite Oesterreichs der Fall war. Die Stadt Cleven hat eine provisorische Regierung eingesetzt. Am 21. erstieg ein bewaffneter Haufe den Splügen, zerstörte bei der dortigen Gränzzollstätte alle alten österreichischen Schilder und Inschriften. Dem verblüfften Oberzollbeamten wurde eine dreifarbige Kokarde auf die Brust geheftet, und er muß nun ruhig zusehen, wie unter dem Rufe „libero passo" Mehl und Getraide zollfrei die Mauthlinie passiren. Die Kasse des Zollamts hat der Haufe mit fortgenommen. (A. A. Z.)

(Chur, 24. März. Abends 10 Uhr.) Die so eben angekommene Bellenzer Post bringt folgende Berichte über Lugano. Aus Chiasso wird vom 23. März geschrieben: »Vollständiger Sieg in Mailand. Der Rest der Truppen ist mit Radetzky geflohen. Um 7 Uhr Morgens (23) hat das Volk das Castell eingenommen. Die Nachricht ist officiell und unterliegt keinem Zweifel. Folgendes ist die Proclamation des Kriegsministeriums: »An die Pfarrer und Vorstände sämmtlicher Gemeinden. Der Feind hat sich von Mailand geflüchtet. In zwei Colonnen nimmt er die Richtung gegen Bergamo und Lodi. Man versehe sich daher mit den nöthigen Vertheidigungsmitteln, und schreite zu rascher Vertilgung des Ueberbleibsels dieser wilden Horden. Der Präsident des Kriegscomite's. Gez. Pompeo Litt.« (A. A. Z.)

Rußland.

Der Kurier „Francais" meldet: So eben hat die russische Gesandtschaft in Paris Depeschen von der höchsten Wichtigkeit erhalten. Die Provinzen im Süden des Kaiserreichs sollen im vollen Aufstand sein, und der Adel und das Herr an der Spitze der Bewegung stehen. (Fränk. M.)

(Warschau.) Neunzehnte Verloosung der k. k. russisch-polnischen 300 fl. Loose: Nr. 94302 fl. 180,000 Nr. 94750 fl. 20,000. Nr. 100492 141865 jede 12,000 fl. Nr. 50689 100465 104371 jede 5000 fl. Nr. 25890 32266 93274 97176 145011 jede 3000 fl. Nr. 8411 8432 9832 36294 43859 65687 95658 144513 jede 2000 fl. Nr. 1231 3921 13229 23167 32269 34517 36289 42553 46037 54930 73282 86147 108425 110054 113401 119593 121174 136850 143810 143836 jede 1500 fl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

COURSE.

Nürnberg, den 27. März 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht.		2 Monat.	
	Brief	Geld	Brief	Geld
Amsterdam		101		
Hamburg	87½			
London		120⅛	11	9½
Wien in 20r.	118½			
Augsburg	12	0		
Frankfrt. a. M.		100	99½	
in die Messe				
Leipzig	10	4½		
in die Messe				
Berlin	10	4½		
Paris	9	4⅛		
Lyon	9	4¼		
Bremen	9	7⅛		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld.
Bayer. Obligat. à 3½ %		
» Bank-Aktien		
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nurnberger-Further ditto		

Geld-Course.

	z. hab.	gesucht.
Friedrich- und Augustd'o		9 51
Neue Louisd'or	11	4
Souverainsd'or	6	15
Holländische 10 fl. Stücke		10 4
20 Francs-Stücke		9 33
Oestreich. u. Holl. Duc etc		5 37
Französisches Gold	5	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	20

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29. März 1848. № 89. Mittwoch: Eustachius.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 27. März.) [Erste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Auf der Tagesordnung befindet sich: 1) Bekanntmachung der Eingaben, 2) Verlesung der von der Regierung, der Kammer der Reichsräthe ꝛc. erfolgten Mittheilungen. 3) Vortrag über den Druck der Protokolle der Kammer der Abg., Berathung und Schlußfassung hierüber. 4) Präsidial-Vortrag über die nicht erschienenen Mitglieder, deren Entschuldigung und Einberufung der Ersatzmänner. 5) Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Adresse der Kammer an S. M. den König. — Am Ministertische: der k. Minister des Innern Frhr. v. Thon-Dittmer, Ministerial. v. Bezold, hierauf der Justizminister Heintz, der Minister-Verweser des Aeußern Graf Waldkirch. Der zweite Präsident Dr. Kirchgeßner eröffnet die Sitzung, welchem S. M. der König nach der Ernennung des Dr. Heintz zum Minister der Justiz die erste Präsidentenstelle übertragen, mit einigen herzlichen Worten an die Kammer; die Stelle eines zweiten Präsidenten wurde von Sr. Maj. dem nächsten Präsidentschaftscandidaten Dr. Müller übertragen, welcher mit sehr bescheidenen Worten seine neue Stelle antrat. Der Sekretär des sechsten Ausschusses übernimmt die Stelle des zweiten Sekretärs. Im Einlauf befindet sich wieder eine Beschwerde des Priesters Holzleitner (große Heiterkeit!); den ganzen Einlauf werden wir nachtragen, er enthält u. A. Adressen, Eingaben vieler Gemeinden und besteht aus 142 Nummern; wir können uns eines so zahlreichen Einlaufs in eine Sitzung nicht erinnern; die Gesuche um Ablösung bildete die Mehrzahl; der in unserer Zeit herrschende Drang nach Befriedigung der vielen Bedürfnisse gibt sich daraus deutlich kund. Nachdem der erste Präsident Dr. Kirchgeßner diesen Einlauf verlesen, wird zur Tagesordnung geschritten. Der Druck der Protokolle soll wie bisher geschehen, den Journalisten alle mögliche Erleichterung werden; — dieß der Antrag des ersten Sekretärs. Hieran reiht sich ein Vortrag des ersten Präsidenten über des unteren Personals Beschäftigung; der Grundsatz der Würdigkeit neben dem der Dürftigkeit sei hiebei gehandhabt worden, unpartheiisch, troß der dem Präsidenten zugekommenen Drohungen Seitens der Nichtberücksichtigten; man habe zum Behuf der Aufnahme über die Würdigkeit der aufzunehmenden Personen lokalamtliche Erkundigungen eingezogen. Alle berührten Momente erhielten die Zustimmung der Kammer. — Die Journalistenloge wurde erweitert und die Einsicht von den Stenographenprotokollen den Journalisten gestattet; — die Kammer erklärt sich einstimmig hiefür. —

Abg. Schlund wünscht die schleunigste Herausgabe der Protokolle, Steckinger erklärt, daß hiezu die Beihülfe der Kammer vorzüglich nöthig sey, indem die Mitglieder ihre Vota schleunig einschicken; Closen bemerkt, daß die Herren Minister mit Einsendung ihrer Vota stets die Letzten waren. Der I. Präsident stimmt diesem bei und feiert alsdann durch herzliche Worte an die Kamer, das durch den Tod erfolgte Ausscheiden des Abg. Dek. Wagner. — Hofrath Bayer sucht um Urlaub nach, wegen seiner Verwendung bei der Gesetzgebungskomission. Pf. Ruland sucht zu beweisen, daß eine solche Capacität unsere Kammer nicht von sich ausscheiden lassen dürfe. Dek. Vogel sieht das Urlaubsgesuch begründet. Bar. Closen hält es für nöthig; daß nicht Zwang, sondern das Prinzip der Freiheit, die Begeisterung des Abgeordneten bei seinem Eintritt, beseelen müssen. Ein anderer Abgeordneter, der Universität, welcher dafür eintrete, werde wohl nicht weniger Capacität haben dürfen. Dr. Edel bedauert ebenfalls den Austritt des Hofraths Bayer; sein Zeugniß bietet allerdings einige Zweifelhaftigkeit; der anwesende Justizminister könne diese Zweifel lösen. — Heinz erklärt, daß er erst gestern das Portefeuille übernommen. Min. v. Beisler gibt ebenfalls keine Entscheidung ab und schiebt das Zeugniß auf seinen Kollegen Heintz zurück. (großes Lachen.) Dek. Vogel wünscht diese Sache aufgeschoben. Schlund erklärte, es sey jetzt nicht die Zeit des Aufschubs, Scheurl wünscht nähere Erläuterung der Zeugnisse. Dek. Bauer bemerkt, dem Hofr. Bayer scheint es angenehmer zu sein, in der Gesetzgebungskommission, als in der Kammer zu sitzen. Man müsse ihm seine Freiheit lassen. Schwindl: Es handelt sich nicht darum, was ein Abgeordneter wünsche, sondern was die Verfassung befiehlt. Der Nachwelt ist weder von den Ministern, noch von den Abgeordneten gegeben, daß er austreten dürfe. Min. Heinz bemerkt, daß Hofr. Bayer so beschäftigt werden konnte, daß er aus der Gesetzgebungskommisson nicht austreten könne, weil viele Gesetze gegenwärtig vorbereitet werden müssen. Hofr. Bayer wird hierauf fast mit Stimmeneinmüthigkeit des Urlaubs ertheilt. — Der I. Präsident verliest ein Abschiedsschreiben des Abg. Willich an die Kammer und fragt, ob dessen Austritt nichts im Wege stehe. Bar. Closen erklärt, daß er die höhere Aufgabe erhalten, an der Regeneration Deutschlands mitzuarbeiten. — Dr. Schwindel: Eben so wenig als der Finanz- und der Justizminister aus der Kammer ausgetreten, eben so hätte Willich um Urlaub nachsuchen sollen; die Botschafters-Stelle könne ja nur kurz sein. Der I. Sekretär: Vermöge eines Amtes könne Jeder seinen Austritt erklären; von Seite des Ministertisches wird dieß bestätigt. Eppelsheimer hielt es durchaus nothwendig, daß die Kammer vollzählig sey. Die Kammer gibt dem Antrag auf den Austritt des Dr. Willich ihre Beistimmung, der Ersatzmann Abg. Jordan soll einberufen werden.

Abg. Graf Pückler-Limpurg sucht um einen 4wöchentlichen Urlaub nach und erhielt ihn. — Abg. Staatsrath von Vetterlein sucht wegen Krankheit um 4wöchentlichen Urlaub nach und erhielt ihn gleichfalls. Auch Pfarrer Riede aus der Pfalz wird in Folge von Krankheit ein 3wöchentlicher Urlaub ertheilt. Abg. Hauk (Mittelfranken) weißt nach, erst in 8 Tagen einberufen zu werden; sein Gesuch wird genehmigt. Abg. Scheffer richtet eine Interpellation an den Minister des Innern und bittet um Aufschluß über das Gerücht, wegen Invasion von Franzosen und wird von Dek. Würth unterstützt. — Minist. Thon-Dittmer bemerkt, daß durch die Rgg. von Schwaben und Neuburg gestern früh die Mittheilung hier eintraf, daß bei Offenburg 40,000 Individuen und 6000 Bewaffnete eingedrungen, und später, daß die Zahl nicht so bedeutend aber durch Sengen und Brennen große Verheerungen anrichte. Gestern wurde ein Ministerrath abgehalten und S. M. der König gab sogleich Befehl zu schleunigen und durchgreifenden Maaßregeln. Endlich versicherte der Minister des Innern, das energische Vorsichtsmaaßregeln getroffen werden und das Kriegsministerium damit eifrig beschäftigt sey. Bar. Closen wünscht unmittelbare Volksbewaffnung der Pfalz. Der Min. d. Aeußern erwähnt eine von Lamartine eingetroffene Anzeige von bevorstehender Gefahr für Deutschland, wornach sogleich Vorkehrungen getroffen wurden, die jetzt in Vollzug gesetzt seyn werden. — Schlund wünscht nicht nur für die Pfalz, sondern für das ganze Land Volksbewaffnung zum Schutze gegen rohe Horden. Minist. Thon-Dittmer bemerkt, daß die Gerüchte jener Invasion nicht auf direkter Anschauung, sondern auf Nachrichten von Eilboten beruhen und wahrscheinlich nicht so groß seyn wird; das hindert nicht die größten Versichtsmaaßregeln. — Christmann bedauert, daß bis jetzt nicht für die Grenze besser gesorgt worden sey, man solle die Pfälzer bewaffnen und sie werden zeigen, daß sie Deutsche sind. v. Rotenhan ist im Stande zu erklären, daß die Gerüchte dieser Invasion unbegründet, wenigstens höchst übertrieben seyen. Hiermit endet diese Zwischenfrage unter allgemeiner Heiterkeit. — Von Abg. Kern kommt nachträglich noch ein Gesuch um Urlaub für die ganze Session. Dec. Scholler bestätigt die Krankheit des Patienten, welcher um Einberufung seines Ersatzmannes nachsucht, was sofort geschieht. — Abg. Neumüller ist gleichfalls durch Krankheit zu erscheinen verhindert und erhält einen 3wöchentlichen Urlaub. Es wird sonach zu Berathung des Adreßentwurfs geschritten.

Graf Hegnenberg-Dux schickt einen Vortrag voraus über die Grundsätze bei Abfassung der Adresse und verliest hierauf den Entwurf. Man hält eine allgemeine Debatte nicht für nöthig und findet es für geeignet, die 14 einzelnen Abschnitte, jeden eigens zu berathen. ad. 1) schlägt Abg. Schlund eine Aenderung vor, er wünscht Kürzung und nicht eine zu starke Lobhudelei, wozu jetzt nicht die Zeit sey. Abg. Leybold findet das Lob König Ludwigs sehr gerecht, gegenüber der Amnestie des Königs von Preußen, der zuerst ein Blutbad anrichtete, bis er gezwungen die Wünsche seines Volkes hörte. Redner spricht mit Indignation über die Anmassung Fried. Wilh., welcher sich nun als deutscher König aufwirft (große Aufregung). Bar. Closen wünscht Kürzung der Adresse, hält es nicht nöthig, dem deutschesten König Ludwig, der sein Licht aus sich selbst erhalte, Lob zu spenden. Der Minister des Aeußern wünscht, daß die gegen den König von Preußen gefallene beleidigende Aeußerung aus dem Protokoll wegbleibe. Die Kammer stimmt bei. Ruland wünscht gleichfalls eine Modif. des Inhalts, daß für die Aufrechthaltung der rechtmäßigen Thronfolge jeder Bayer Gut und Blut setze. Dek. Bauer ist dagegen; Dek. Scholler wünscht keinen Zusatz. — Graf Hegnenberg-Dux glaubt, daß weniger Lob nicht gespendet werden könne, aber daß es Pflicht sei, Lob zu spenden. Jeder kann ein großes oder kleines hineinlegen. Redner hält Rulands Modifikat. aus hinreichenden Gründen für überflüssig. — Die Kammer stimmt gegen dieselbe und dafür, daß der erste Abschnitt in seiner ursprünglichen Fassung verbleibe. — Abg. Bestelmeyer verbreitet sich nach der Verlesung des zweiten §. der Adresse, über einen zwar nicht hieher gehörigen Punkt, welcher aber überall und immer am Platze ist und nicht oft genug gehört werden kann, die Mißstände der Beamtenwirthschaft auf dem Lande und die bureaukratische Willkühr. Der I. Präsident bemerkt, daß dieß nicht hieher gehöre und auf eine Remonstrat. des Abg. Bestelmeyer erklärt der I. Präsident, daß, nachdem keine allgemeine Debatte stattfinde, am Schluß der Adreßberathung diese Bemerkungen am Platze seyen.

Der Minister des Innern verordnet unter Andern, daß eine Verdächtigung eines ganzen ehrenwerthen Standes ungeeignet sey, da es überall brave und schwächere Charaktere gebe; bei der jetzigen Zeit der Aufregung sey nicht rathsam, dieselbe noch zu steigern. — Baron von Künsberg sieht die Uebelstände des Beamtenwesens und der Finanzkammern, in dem bisherigen Regierungssystem; auf das jetzige Ministerium aber könne man vertrauen. — Dekan Bauer glaubt nicht, daß man alle Beschwerden in der Adresse niederlegen könne. Minister Lerchenfeld gibt eine sehr befriedigende Erklärung, daß die Zukunft Abhülfe gegen Vieles bringen werde. — Unterberger übergibt eine Modifikation zu Artikel II.: „Ganz Bayern sieht mit Sehnsucht der baldigen Lösung des gegebenen Wortes entgegen! Dekan Vogel äußert sich dagegen, Unterberger vertheidigt seine Modifikation, während Graf Hegnenberg sie für überflüssig hält, indem er sie in §. 6 schon enthalten findet. Alle Formalitäten solle man vermeiden, um rascher zum Ziele zu gelangen. Minister-Verweser v. Beisler erklärt in seinem und im Namen seiner Kollegen auf die deßfallsige Anfrage des I. Präsidenten, daß sich die Herren Minister der Einmischung in die Adreßberathungen enthalten werden. Unterbergers Modifikation wird verworfen, und der II. Passus wird einstimmig genehmigt. — Dekan Goetz findet den §. 3 nicht deutlich genug, und will dem Referenten Veranlassung geben, sich ausführlicher hierüber zu erklären, welcher Aufforderung Folge geschieht. Graf Hegnenberg setzt somit die Natur politischer Vergehen, deren Inzichten und das Ein-

schreiten nach strafrechtlichen und nicht strafrechtlichen Bestimmungen, und deren Folgen aus einander. Baron v. Closen erhebt seine Stimme zu Gunsten des Dr. Bär und Eisenmann, welche so wenig sich hatten zu Schulden kommen lassen, und die so stark bestraft wurden. Eisenmann und Bär haben sich frei ausgesprochen, bei Festschmausen, öffentlichen Gelegenheiten, Letzterer in seiner trefflichen Volkshalle 2c. Redner verweist auf seine letzte Schrift, und verliest mit rührender Begeisterung einige Stellen, die von dessen unverwandelter Vaterlandsliebe zeugt — nach einer 13jährigen Gefangenschaft. — (Tiefe Sensation!)

Dr. Prof. Edel erblickt am Schlusse dieses §. den Schlüssel zu jener famosen Abendsitzung vom 24. Nov., wie die beschränkte Lehrfreiheit verhandelt wurde. — Min. Hainz erklärt, daß demnächst eine allerhöchste Erklärung Sr. Maj. des Königs hervortreten werde, wonach künftig Beamte nicht nach Gesinnung, sondern nach Tüchtigkeit angestellt werden sollen. — Dek. Goetz brachte mittlerweile eine Modifik. zu §. 4, die Forstrechte betr. und woran sich Dr. Müller in klarer Rede anschließt, indem er sich an den Ministertisch wendet und den Wunsch nach einem Forstgesetze ausspricht. — Prof. Edel spricht sich für ein Forstpolizeigesetz aus. Stockinger wünscht die Modif. des Dek. Goetz nur an anderer Stelle angebracht, stimmt ihr aber vollkommen bei. — Dr. Schwindl die politische Tag- und Nachtgleiche des Monat März hat auch in Bayern Ströme hervorgebracht; wir fragen was von der Ladung über Bord gebracht, was beibehalten werden solle. Redner zählt auf, was alles über Bord geworfen werden solle, und hebt daraus vorzüglich hervor, das altfeudalistische Rüstzeug; die alte Feudalherrschaft müsse über Bord geworfen werden. Kein Zehent, keine Grundherrschaft, keine herrschaftliche Jagdbarkeit, keine Vorrechte, dies sey die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Landtags. In diesen Tagen bringt jeder willig sein Schärflein auf den Altar des Vaterlandes; dieses Feuer dürfe nicht verlöschen. Die Hoffnung auf Verwirklichung aller unsrer Freiheiten belebt den Redner und er stimmt diesem §. bei. — Dr. Scheurl bekennt sich zu dem Geist des Adreßentwurfs, welcher der Geist warmer Vaterlandsliebe ist. Wir hatten bis jetzt kein Vaterland; wir waren Staatsbürger kleiner Staaten; durch Sicherung der bürgerlichen Freiheit und Gleichheit allein kann Deutschland stark nach Aussen und einig werden; deshalb soll die Adresse mehr als die Thronrede besagen und alle Wünsche enthalten, welche auf Umgestaltung unseres ganzen politischen Lebens sich beziehen. Uns geziemt es, der Krone mit vollster Entschiedenheit auszusprechen, wie weit wir uns zu den Wünschen des Volkes bekennen. Von diesem Standpunkte begrüßt der Redner freudig fast alle in der Adresse enthaltenen Wünsche; doch zweifelt derselbe, ob einzelne Aussprüche auch wirklich der einstimmige Ausdruck der Kammer seyen und führt solche einzelnen Stellen an. — Chrismann folgert aus der Rede des Dr. Scheurl, daß eine Staatsbevorzuzung fortbestehen solle; er wünscht aber, daß die Aristokratie des Besitzers fallen solle und die Intelligenz den Maßstab der Wählbarkeit bilden solle. — Dr. Scheurl sucht sich von den Folgerungen des noch vorhandenen Redners zu bewahren und er sieht in dem Census die beste Garantie für wahre Volksvertretung. — Der I. Präsident glaubt, daß über einzelne Fragen getrost hinweggegangen werden solle. — Abg. Barsch stimmt der Modif. des Dek. Goetz bei, welche aber dieser zurückzieht, um sie bei Nr. 6 einzubringen. — Dek. Scholler wendet an den Ministertisch die Bitte, das Forstgesetz in der Pfalz betreffend, daß dasselbe in dem Sinne angenommen werde, wie es am vorletzten Landtage gegeben wurde. Minister v. Lerchenfeld, erklärt die Sache genau untersuchen lassen zu wollen. — Schlund schließt sich an die Redner an, die sich mit Wärme über die Aufhebung der Feudallasten äußerten; dieser wichtigste Punkt der Addresse soll nicht als Anhängsel betrachtet werden; im Betreff den wichtigsten Schritt zur deutschen Einheit möge dieser Gesetzentwurf sobald als möglich eingebracht werden. — Der Referent des Adreßentwurfs vertritt die Fassung des ganzen §. 4, welche sonach angenommen wurde. — Der erste Präsident schließt die Sitzung wegen vorgerückter Zeit und beraumt die Fortsetzung der Berathung auf Abend an. — Schließlich ermahnt der erste Präsident, daß wenn sich Mitglieder der Kammer nach Frankfurt begeben, dieß zu einer Zeit geschehe, wo keine wichtigeren Fragen verhandelt werden. Das Präsidium werde dieß zweckmäßig einrichten; nur möchten sich so wenig als möglich nach Frankfurt begeben, damit keine Störung in die Geschäfte komme.

*† (München, den 27. März.) Gestern Abend wurde in Folge eines hier eingetroffnenen Kuriers ein Ministerrath abgehalten, der sich auf die Rüstungen zur Deckung der Rheinufer bezogen haben soll. — Gestern Abend ist aus Wien eine Nachricht eingelaufen, welche die Abdicirung des Kaisers in Aussicht stellt. — Auf dem Rathhause liegen heute die Adressen der Bürger zur Unterzeichnung auf, zwei an die Bürger von Wien und Berlin, worin Sympathien für deren edles Auftreten niedergelegt sind, während die dritte Adresse an S. M. den König Maximilian II. gerichtet ist und sich unumwunden gegen das in der Proklamation des Königs von Preussen enthaltene hegemonische Auftreten erklärt, welches hier die größte Antipathie hervorruft.

*† (München, den 27. März.) Der Adreßentwurf der zweiten Kammer, welcher morgen zur öffentlichen Berathung kommen wird, lautet: „Allerdurchlauchtigster 2c. 1) In einem Momente, seit Jahrhunderten dem großartigsten und bedeutendsten in der Geschichte Deutschlands, in einem Zeitpunkte, wo Millionen Menschen im meerumschlungenen Norden, wie im Alpenbegränzten Süden von Einem Gefühle durchglüht, von Einem Gedanken begeistert, sich schaaren um das Panier des wiedererwachten Vaterlandes, um ein freies, einiges, unzertrennliches Deutschland; — in diesem großen Augenblicke haben Eure Majestät Kraft der gesetzlichen Thronfolge die Krone empfangen aus der Hand des Königlichen Vaters, Ludwig des Ersten, der sie 23 Jahre mit dem Ruhme eines ächt deutschen Fürsten getragen, und im Bewußtseyn, daß der Gegenwart Richtung die Seine nicht werden könne, großherzig und sich selbst treu auf das Haupt des Königlichen Sohnes gesetzt hat. — Was er für Bayern gethan, wird in dankbarer Erinnerung fortleben.

2) Mit den erhebenden Worten „Ich bin stolz mich einen constitutionellen König zu nennen" traten Eure Majestät vor das bayerische Volk, welches darin die frohe Bürgschaft erblickt, daß der Fürst, der Bayerns Stolz zu werden berufen ist, die wahre, die einzig haltbare Stellung erkannt, welche die ernste Zeit den Thronen anweist. Die Unverletzlichkeit der Krone, wie die Unverletzlichkeit der Rechte des Volkes, sie gedeihen nur auf dem Boden der constitutionellen Monarchie, wo sie zur vollen Wahrheit sich ausbildet. Euere Majestät haben in den Verheissungen der Königlichen Proklamation vom 6ten März ein heiliges Erbe übernommen, und mit Begeisterung hat das Volk in jener vom 21ten März, wie in der Königlichen Rede vom Throne den ernsten Willen erkannt, das gegebene Wort zu lösen.

3) Lauter noch und dauernder als das donnernde „Hoch", das unserer Brust entquoll bei dem Worte „Amnestie" wird in dem edlen Herzen Eurer Majestät der Dank der Unglücklichen wiederhallen, die nach langer Trennung an den heimathlichen Heerd, an die Brust der Verlassenen zurückkehren. Damit aber auch der volle Wille Eurer Majestät sich erfülle, damit auch in Wahrheit jede Erinnerung schwinde, geruhen Eure Majestät den Ständen des Reichs ein Gesetz vorlegen zu lassen, wodurch nicht allein jede noch schwebende, oder vor Erlaß der Amnestie veranlaßte Untersuchung wegen politischer Vergehen oder Verbrechen vernichtet, sondern auch die gesetzlichen, und daher nur durch Gesetz zu lösenden Folgen, bereits eingetretener Urtheile aufgehoben werden. Möge Eurer Majestät Großmuth auch solche Nachtheile möglichst ausgleichen, die wegen Thaten und Gesinnungen, denen kein Strafgesetz entgegensteht, erduldet wurden.

4) Die Gesetze, deren unverzügliche Vorlage Euere Majestät befohlen haben, sind uns langersehnte Boten einer besseren Zeit. Wie wir in der Verantwortlichkeit der Minister erst die wahre Gewähr der Verfassung, ihren mächtigsten Hort in der Freiheit der Presse, und in einer freisinnigen, jede Standesbevorzugung ausschließenden, wahren Volks-Vertretung, die in der Gemeinde beginnt, und im deutschen Parlament ihren Endpunkt findet, die unerläßlichste Vorbedingung des ächten constitutionellen Lebens erblicken, so dürfen wir auch hoffen, daß die unabweislich gewordene Ablösung der Grund- und Feudallasten, so wie die Beseitigung der schädlichen Jagd-Rechte diesseits, und die Vervollständigung der Volks-Vertretung jenseits des Rheins, die in sturmbewegter Zeit erregten Gemüther beruhigen werde. —

5) So freudig wir die Mittheilung jener Grundlagen begrüßen, auf welche sich die künftige Organisation der Gerichte, das Verfahren in Civil- und Straf-Sachen, Strafrecht und Polizeistrafgesetzbuch stützen sollen, so würden wir in der künftigen Gesetzgebung, welche nothwendig auf dem Grundsatze der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, auf Trennung der Justiz von der Administration und Aburtheilung der Strafsachen durch Schwurgerichte beruhen muß, gleichwohl eine Lücke erblicken, wenn nicht unverzüglich eine gesetzliche Begränzung der Polizeigewalt eintritt, welche die Strafe dem ordentlichen Richter anheimstellt, die persönliche Freiheit der Staatsbürger garantirt und deren freies Versammlungs- Einigungs- und Petitions-Recht anerkennt. —

6) Zu sehr durchdrungen von der Wichtigkeit wie von der Schwierigkeit, mit welcher der Uebergang verbunden sein wird von dem jetzigen Zustande in Deutschland in eine neue Aera der Rechtspflege, vertrauen wir nicht nur unbedingt der kgl. Zusage, welche die Vorlage der Gesetzgebungs-Werke baldigst verheißt, sondern wir erblicken auch in der Stellung und Bildung eines Gesammt-Staats-Ministeriums feste Bürgschaft für die Erfüllung dieses sehnlichsten Wunsches.

7) Die Fürsorge für die Staatsdiener und ihre Hinterbliebenen wird eine wichtige Klasse in der gesellschaftlichen Ordnung vor Noth und Verkümmerung schützen und ihr die, dem Gemeinwohl so förderliche Berufs-Freudigkeit, wiedergeben.

8) Möge sich das von Euer Majestät angekündigte Gesetz über die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten zu dem höhern Grundsatze der Gleichberechtigung aller Confessionen und ihrer Bekenner in allen Verhältnissen zum Staat erheben, damit der Gleichheit des Gesetzes, auch die Gleichheit vor dem Gesetze entspreche.

9) Der Ruf, der in eilf Versammlungen der bayerischen Stände wiederholt erklungen, er ist erfüllt. Das Lotto fällt; die öffentliche Sittlichkeit hat einen mächtigen Schritt vorwärts gethan. Euer Maj. haben sich dadurch ein unvergängliches Denkmal gesetzt.

10) Doppelt ist der Zweck der Volksbewaffnung. Festen Schutz gewähre sie der innern Ordnung des Landes, um deren schnelle Wiederherstellung und Aufrechthaltung wir Euer Majestät ehrfurchtsvollst bitten. Eine Macht aber, unüberwindlich durch den belebenden Gedanken der Einheit, wird sie Jedem entgegentreten, der mit frevelnder Hand die kostbare Frucht der Zeit, das theuer erworbene gemeinsame deutsche Vaterland bedrohen möchte. — Also gerüstet wird Deutschland, fern von jeder Einmischung in die innern Angelegenheiten fremder Staaten, in seiner Stellung nach Außen Achtung gebietend und mächtig genug seyn, zu hindern, daß nicht Schleswig-Holsteins treues Volk oder die edlen Wachten der deutschen Ehre am Rhein und an der Weichsel fremden Eingriffen unterliegen. Denn Gut und Blut auch für das kleinste Stück deutscher Erde. Zugleich möge eine gemeinsame Vertretung deutscher Interessen die deutsche Flagge aufrichten, durch kräftigen Schutz den deutschen Gewerbsfleiß und Handel frey machen und groß, damit er fremder Uebermacht nimmer erliege.

11) Alles, was zur vollen Entwicklung des constitutionellen Prinzips beiträgt, was im Leben als heilsam sich bewährt, möge unser Eigenthum werden. Deßhalb erbitten wir von Euer Majestät ehrfurchtsvollst die Gewährung der Initiative zu Verfassungs-Gesetzen gleichzeitlich für beide Kammern; ferner eine Modifikation des Tit. VII §. 29 der Verfassungs-Urkunde zur Ermöglichung eines schnellen Vollzugs berathener Gesetze und Anträge, eine Reform der Steuergesetzgebung so wie kürzere Budget-Perioden, welche dem Staatshaushalte größere Sicherheit gewähren, und durch die damit bedingte öftere Wiederkehr der Landtage das so nöthige politische Bewußtseyn im Volke beleben werden. Auch die Bestimmung des §. 12 Tit. VI der Verfassungs-Urkunde, in Ansehung der Folgen strafrechtlicher Untersuchungen bedarf, dringend einer Modifikation. Wir richten Euer Majestät Blicke auf die mangelhaften Zustände der Volksbildung und auf die nothwendige Freiheit der Lehre mit der einigen Ueberzeugung, daß durch Gewährung unserer Bitten am besten jede auflösende Tendenz ferne gehalten werde.

12) Auch unserer tapferen Armee, deren Mäßigung und Pflichttreue das Vaterland anerkennt, und die nunmehr durch Ablegung eines Eides auf die Verfassung zum gemeinsamen Ganzen vereint ist, haben die Vertreter des Volkes zu gedenken. Mögen Euer Majestät geruhen, über pragmatische Dienstrechte der Offiziere, der Militärbeamten und ihrer Hinterlassenen gesetzliche Bestimmungen zu veranlassen. — Die gesicherte Zukunft des Einzelnen wird mit Macht den Geist der ganzen Armee neu beleben.

13) Nicht dem Geist der Vernichtung sondern der Freyheit und Gesetzmäßigkeit, die Eure Majestät als Wahlspruch erklärt haben, müssen alle Vorrechte zum Opfer gebracht werden, die mit der Einheit der Gerichts-Organisation und der Gleichheit vor dem Gesetze unver-

einbar sind. Für das Vaterland ist kein Opfer zu schwer, wenn sein wahres Wohl es erheischt.

14) Und so treten wir mit Muth und Gewissenhaftigkeit die schwere Arbeit an, zu der wir berufen, mit dem festen Vertrauen, daß die Vorsehung, die uns so große Güter, unbefleckt vom Blute unserer Brüder gewährt, das Werk fördere und segne mit Erfolg, Bayern, Deutschland zum Heil, Euer Majestät zum unvergänglichen Ruhme! — In tiefster Ehrfurcht, München, den 27. März. 1848, allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Abgeordneten.

(München, den 27. März.) Das heutige Regierungs-Blatt Nro. 14 enthält eine Königliche Entschließung, Bildung des Gesammt-Staats-Ministeriums und Ernennung der Königlichen Staats-Minister betreffend, folgenden Inhalts: Maximilian II. 2c. Wir finden Uns bewogen, bezüglich der Bildung Unseres Gesammt-Staats-Ministeriums zu beschließen, was folgt: I. Das Gesammt-Staats-Ministerium theilt sich in sechs Staats-Ministerien, welche nach ihren Geschäfts-Kreisen den Titel führen: 1) Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Aeussern, 2) Staatsministerium der Justiz, 3) Staatsministerium des Innern, 4) Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten, 5) Staats-Ministerium der Finanzen, 6) Kriegs-Ministerium. Ein jedes dieser Ministerien wird in der Regel mit einem eigenen Staats-Minister besetzt. II. Sämmtliche Staats-Minister bilden in dieser ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Gesammt-Staats-Ministeriums den Minister-Rath; dieser steht unter der unmittelbaren obersten Leitung des Königs, und versammelt sich nur auf Dessen besonderen Befehl. III. Mit diesen Bestimmungen verbinden Wir nachstehende Verfügungen: A. Das Staats-Ministerium des Königlichen Hauses und des Aeussern lassen Wir vor der Hand unbesetzt, beauftragen aber bis auf Weiteres den k. Staatsrath Grafen von Waldkirch mit der Fortführung der Geschäfte desselben. —

B. Dagegen ernennen Wir a) zum Staatsminister der Justiz, unter Enthebung des bisherigen Minister-Verwesers von Beisler, den Appellationsgerichtsrath Carl Friedrich Heintz; b) zum Staatsminister des Innern, den bisherigen Ministerverweser, Staatsrath Gottlieb Freiherrn Thon-Dittmer; c) zum Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, den bisherigen Ministerverweser, Staatsrath Hermann Ritter von Beisler; d) zum Staatsminister der Finanzen, unter Enthebung des bisherigen Ministerverwesers Staatsraths von Heres, den Appellationsgerichtsrath Gustav Freih. von Lerchenfeld, wogegen Wir den 2c. von Heres, unter wohlgefälliger Anerkennung der von ihm als Ministerverweser bisher geleisteten treuen und ersprießlichen Dienste, vermöge besondern Dekrets zum Präsidenten des Obersten Rechnungshofes und zum Staatsrath im außerordentlichen Dienste ernennen. C. Bezüglich des Kriegsministeriums wird die Ernennung des kgl. Staatsministers vorbehalten, und bleibt bis dahin der General-Major Heinrich von der Mark mit der Leitung desselben betraut. Gegenwärtige, Unsere Entschließung soll das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. München den 25. März 1848. Maximilian.

Verzichtleistung auf die Würde eines lebenslänglichen Reichsrathes der Krone Bayern. Die von dem Staatsrathe im ausserordentlichen Dienste C. Grafen von Arco auf Oberköllnbach erklärte Verzichtleistung auf die Würde eines lebenslänglichen Reichsrathes wurde genehmigt. — Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: der k. Kammerjunker und Minist.-Sekr. H. Frhr. v. Herman wurde zum k. Kämmerer befördert, der Reichs-Archivar, Geh. Rath Frhr. v. Hormayr, unter Belassung desselben als Reichsarchivar, zum Staatsrath im ausserordentlichen Dienste ernannt, das Forstrevier Freihöls, Forstamts Amberg, dem Aktuar und Funktionär im Kreisforstbureau zu Regensburg, J. Giggleberger verliehen; der pens. Lieut. A. Frhr. v. Feilitzsch zum Salzoberfaktor zu Ingolstadt ernannt; die bei der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg K. d. F. erledigte Stelle eines Regierungsassessors und exponirten Fiskaladjuncten in Amberg dem Accessisten F. Krafft verliehen; dem Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg in Berücksichtigung seiner dermaligen Geschäftsüberladung ein Rath und ein Assessor außer dem Status beigegeben, sofort zum Rathe daselbst der bisherige Assessor des Kreis- und Stadtger. Schweinfurt Dr. F. Vogt befördert, und zum Assessor des Kreis- und Stadtgerichts Aschaffenburg der Appellationsgerichtsaccessist A. Fritscher ernannt, der Präsident des Bezirksgerichts Frankenthal M. J. v. Dall'Armi zum Oberappellationsgerichtsrathe ausser dem Status berufen, auf die erledigte Landkommissärsstelle in Speier der dermalige Landkommissär in Germersheim G. Mayer versetzt, der ausserordentliche Professor der Medizin und Vorstand der Polyklinik in München Dr. C. Schneemann zum ordentl. Prof. der Medizin an der Universität München für Leitung der Polyklinik befördert, der Castelleist des Lotto-Oberamtes Regensburg F. J. Drexler zum Rechn.-Komm. des Lotto-Oberamts Nürnberg ernannt, der Landrichter J. T. A. Sondinger in Weismain in den erbetenen Ruhestand für immer versetzt, und die hiedurch sich eröffnende Landrichter-Stelle dem dermaligen Kommissär bei der Polizei-Direktion in München C. v. Mangstl verliehen, dem Rechnungs-Kommissär bei der Regierung von Niederbayern, K. d. J., J. Lycelburg, erbetene Versetzung in den immerwährenden Ruhestand bewilligt; die durch die allerhöchste Verordnung vom 14. Sept. v. J. gebildete Eisenbahn-Kommission wird nunmehr besetzt und demgemäß werden ernannt: 1) zum Vorstande der Kommission mit dem Range, Titel und Uniform eines kgl. Oberbauraths, der bisherige funktionirende technische Vorstand der Eisenbahnbaukommission zu Nürnberg, F. A. Ritter v. Pauli; 2) zum Oberingenieur und Stellvertreter des Vorstandes der funktionirende Oberingenieur der Eisenbahnbaukommission in Nürnberg Bezirks-Ingenieur H. Lehritter; 3) zu Assessoren der Kommission der bisherige Rechnungskommissär bei der Regierung, K. d. F., von Niederbayern, F. M. Engel, und der Landgerichts-Assessor und bisherige funktionirende Administrativ-Kommissär der Eisenbahnbau-Kommission, C. Hellmuth; 4) zum Fiskal-Assessor der Kommission, der Regierungs-Assessor und Fiskaladjunkt H. Fischer in Eichstädt; 5) zu Commissions-Ingenieuren, die bisherigen funktionirenden Oberingenieure der Commission, C. Dyck Bezirks-Ingenieur in Deggendorf, C. Ruland, Kreis-Ingenieur in Augsburg, J. G. Beuschel, Bezirks-Ingenieur in Landshut; 6) zu Commissions-Architekten, die bisherigen funktionirenden Architekten der Eisenbahnbau-Commission, Eduard Rüber, Civilbauinspektor in Augsburg, Gottfried Neureuther, Baukondukteur in Kempten; 7) zu Commissions-Buchhaltern und Revisoren, der Rechnungsführer der Eisenbahnbausektion Aschaffenburg, F. Arnold, der funktionir. Offiziant der Eisenbahnbaukasse in Nürnberg, J. W. Herrmann, der funktionirende Buchhalter der Eisenbahnbaucommission in Nürnberg G. A. Utz, der Rechnungsführer der Eisenbahnbau-Sektion, G. A. Lindner, und der Officiant und Controleur königl. Hofjagd-Intendanz dahier, C. Fahrnberger; 8) zum Cassier der Eisenbahnbaukassa, der bisherige funktionirende Kassier derselben, L. Haag, Zollrechnungs-Commissär; 9) als Controleur der Eisenbahnbaukassa der funktionirende Cassa-Controleur bei der Eisenbahnbau-Commission in Nürnberg, C. H. John; 10) zum Sekretären der Commission: der bisherige Grunderwerbungs-Commissär, Rechtspraktikant J. Breitenbach, der bisherige funktionirende Sekretär der Eisenbahnbau-Commission, J. N. Goßinger; 11) als Registrator der Eisenbahnbau-Commission, der bisherige funktionirende Bureausekretär derselben, H. Hagler.

(Bamberg, den 26. März.) Heute Morgens gegen 11 Uhr versammelte sich das hiesige Landwehrbataillon, über 600 Mann stark, auf dem Maxplatze, wohin sie in Folge Kommandantschafts-Ordre, behufs der Ableistung des Huldigungseids für den neuen Monarchen berufen worden waren. Schon vorher war bekannt geworden, daß ein großer Theil der Mannschaft sich weigern werde, den Huldigungseid zu leisten, bevor Alles das, was das bayerische Volk verlangt und was es theilweise in der Thronrede des neuen Königs bereits versprochen erhalten habe, auch faktisch erfüllt worden. Die Landwehr-Offiziere gaben sich demzufolge alle Mühe, die Mannschaft zur Ableistung des Eides zu bewegen, allein, wie der Erfolg gezeigt, vergebens, denn im Momente, als der Huldigungsakt beginnen sollte, traten 3 Mann in die Mitte des Quarrés und erklärten frei und offen, daß sie erst dann dem neuen Thronfolger huldigen würden, wenn des bayerischen Volkes gerechte Forderungen sämmtlich erfüllt seien. Die übrige Mannschaft stimmte ihnen sofort in Massa bei, und als Resultat ergab sich, daß wohl die meisten Offiziere des Bataillons, aber nur ohngefähr 25 Landwehrsoldaten schwuren, die übrige Mannschaft aber sich der Ableistung des Huldigungseides zur Zeit entschlug, und dann in aller Ruhe den Platz verließ. — Dieß der Hergang eines Faktums, das wir um deßwillen unsern Lesern nicht vorenthalten dürfen, um nicht, wie so häufig geschieht, Entstellungen aller Art damit in Verbindung bringen zu lassen. (Fränk. M.)

(Germersheim, 24. März.) Schon seit mehreren Tagen herrscht in der ganzen hiesigen Garnison eine Stimmung, welche bedenklich zu werden schien und auch heute sich als unheilbringend gezeigt. Man sagt allgemein sich in die Ohren: das Militär verlange Festungszulage und Abänderung sehr vieler Mißstände. Gestern weigerte sich das ganze Jägerbataillon zum Exerzieren auszurücken. Der Hr. General begab sich mit den Stabsoffizieren ins Brauhaus bei Frey und ermahnte unter der Versicherung, bezüglich der Beschwerden 2c. an höchste Stelle zu berichten. Es erschien sogleich ein Kommandantschaftsbefehl, daß kein Soldat bis zum obersten Offizier die Stadt mehr verlassen dürfe. Heute wird der Zustand bedenklicher: Man sucht den Soldaten beständig zu beschäftigen, er merkt es und heute sind alle in den Bräuhäusern, an öffentlichen Plätzen versammelt, um die Bitte auf Auszahlung der Zulage zu unterstützen. Die Kanoniere warfen um 10 Uhr sämmtliche Effekten ihres Oberfeuerwerkers Kahn (der unglücklicherweise ein Jude) aus dem Fenster und er selbst mußte, um der gerechten Wuth der Soldaten und übrigen Unteroffiziere zu entgehen, eiligst die Flucht ergreifen. Sie verlangen die Zulage und bessere „wenigstens menschlichere Behandlung." Besagter Feuerwerker Kahn ist und war stets gehaßt, hat 2 Soldaten schon auf die Festung gebracht, das andere All zu verschweigen. Es erscheint der General mit seiner Begleitung — es war gerade Parade, wo Alles auf dem Platz versammelt — begibt sich in die Kaserne; Hunderte von Soldaten eilen ihm sogleich nach. Fürchterliches Geschrei. Die Bürger schließen Läden und Thüren. Beim Erscheinen des Generals in der Artilleriekaserne empfingen ihn solche mit einem Hoch, er begibt sich in die Zimmer, fragt nach ihren Forderungen, nemlich die Festungszulage, Entfernung ihres Oberfeuerwerkers und bessere Behandlung. Er verspricht, Alles für sie zu thun und es ward ruhig! jedoch die Entfernung des Feuerwerkers mußte vorerst erfolgen. — Die Bitten der ganzen Garnison vereinigen sich und heute Nachmittag 2 Uhr müssen sämmtliche Abtheilungen ausrücken. Der General hielt eine ernste Rede an das Regiment Wrede (das er früher kommandirt), worin er Abhülfe verspricht, ermahnt, den Aufwieglern in Germersheim (das Civilpersonen sein sollen?) nicht Gehör zu schenken und die Flugschriften nicht zu lesen. Die Stimmung bleibt jedoch die vorige. Was wird der heutige Abend bringen?! (N. Sp. Z.)

Baden. (Heidelberg, 26. März, 10 Uhr Abends.) Mit zwei großen Zügen trafen wir auf der Eisenbahn hier ein. Unterwegs bei jeder Station großer Jubel. An der badischen Grenze wurden wir mit Böllerschüssen empfangen. Hier war die Aufnahme sehr herzlich. Mit einem Musikchore voran zogen wir in die prachtvoll geschmückte Stadt ein. Alle Häuser sind mit Blumengewinden, Teppichen 2c. geziert; fast aus jedem Fenster weht die deutsche Fahne. Ich habe mir viel versprochen, bis jetzt sind aber alle meine Erwartungen weit übertroffen. — So eben ziehen die badischen Landleute mit Musik auf unzähligen vierspännigen Leiterwagen hier ein. Welcher Jubel! Alles ruft: „Es lebe die Freiheit, es lebe Deutschland!" Nachstehender Aufruf wird in vielen tausend Exemplaren vertheilt: „Das deutsche Vaterland an seine treuen Söhne, versammelt zu Heidelberg! Deutsche Männer, höret die Stimme des Vaterlandes im Augenblick der höchsten Gefahr! In Eurer Hand liegt seine Zukunft: Gesetzliche Freiheit und Macht durch Eintracht; oder die alte Knechtschaft und Schmach durch Zwietracht! Zwei unversöhnliche Elemente sind im Kampfe: Das alte System der Lüge mit seiner fürchterlichen Tyrannei und Erniedrigung, und das neue System der Wahrheit mit seinem Ringen nach Freiheit und Erhebung. Dem letzteren ist der Sieg gewiß, wenn Ihr einig seyd, wahre deutsche Männer; darum vor allen Dingen einig! einig! einig über das sicherste Mittel der Vereinigung. Die Republik wurzelt nicht im deutschen Volke; wer sie anstrebt, der stürzt uns in's Verderben. Darum vereinigt Euch Alle zu der gesetzlichen Freiheit, wie sie von den süd- und süd-westdeutschen Volksstämmen und Fürsten bereits anerkannt ist, und helfet sie ausführen durch Euren Beitritt zum deutschen Parlament, das am 30. dieses Monats in Frankfurt beschlossen wird. Alle Männer des Volkes, die die Freiheit anstreben, mögen sich dort vereinigen, dann ist der Sieg der Freiheit mit Gesetzlichkeit gewiß! Der Sieg des Volkes in Berlin ist um seine herrliche Frucht betrogen! Preussens König hat mit ruhmredigen Versprechungen sich zum Diktator unterm deutschen Reichspanier ausgerufen; die leeren Verheißungen der Jahre 1813 und 1814 wiederholt — wer bürgt für ihre Erfüllung? Die ganze Reaktion ist auf des Königs Seite mit einem Theile des irre-

geleiteten preussischen Volkes und dem stehenden Heere. — Er hat die Männer der Freiheit des Volkes für Rebellen erklärt, und will selbst unter der Maske der Freiheit Euch niederschmettern. Die Gefahr ist drohend! Nur durch Einigkeit könnt Ihr derselben widerstehen. — Darum seyd einig für ein deutsches Parlament und für die Wahl eines volksthümlichen Verfechters der heiligsten Rechte. Ergreifet alle die Waffen, um unter seiner Anführung der Anmaßung eines Königs zu widerstehen, wenn er es wagen sollte, sich dem deutschen Volk als Retter aufzudringen — Er, der keine Verheißung jemals redlich erfüllt, der treulos gehandelt hat gegen sein eigenes Volk und gegen Deutschland. — Er hat das Blut unserer braven deutschen Mitbürger, seiner eigenen Unterthanen, vergossen! — Ihm kann Deutschland sich nicht anvertrauen! Deutschland muß sich selbst schützen. Darum einige deutsche Mitbürger — Alle für Einen, dieß ist für jetzt die Loosung zum Heil des deutschen Vaterlandes! Nach Frankfurt! Nach Frankfurt! Stimmet Alle: Nach Frankfurt am 30. März zur Rettung des Vaterlandes! Ein deutsches Parlament! Ein selbstgewählter Verfechter der Rechte des deutschen Volkes! Ein Ministerium Arnim, Schwerin, Bornemann und Kühne, gibt Deutschland keine Bürgschaft für eine gesetzliche Freiheit! Es ist nur gut preussisch. Wir verlangen Hansemann, Beckerath, Camphausen und Vincke! Sie haben ein Herz für Deutschland! (Frkf. O.-P.-Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 26. März.) Die Bundesversammlung beschließt, die durch Bundesbeschluß vom 10. d. M. an sämmtliche deutsche Bundesregierungen ergangene Einladung zu alsbaldiger Abordnung von Männern des allgemeinen Vertrauens zur Berathung über die Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage zu erneuern, damit diese Berathung sofort nach dem Eintreffen dieser Abgeordneten dahier beginnen könne.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Hannover. (Hannover, 22. März, 11 Uhr Abends.) Die Aufstände unter der ländlichen Bevölkerung scheinen sich leider weiter verbreiten zu wollen. Es sind uns im Laufe des heutigen Tages mindestens 12 bis 15 verschiedene Orte genannt, wo mehr oder weniger drohende Aufstände mit beklagenswerthen Excessen wüthen. Nach Loccum, wo man einige Klostergebäude niedergebrannt hat, ist heute Infanterie und Kavallerie abgegangen. Auch wurde gegen 9 Uhr Abends pr. Kurier militärische Hülfe nach Stolzenau und Leese begehrt. (Wes. Z.)

(Hannover, den 21. März.) Alles Militär in und um Hannover ist befehligt, sich marschfertig zu machen. Man spricht von der Mobilmachung des 10. Bundes-Armeekorps (?) und zwar zur Vertheidigung Schleswig-Holsteins; — in der That, ein besserer Platz für deutsches Militär, als unbewaffneten Berliner Bürgern gegenüber. (Wes. Z.)

Hessen. (Mainz, 25. März.) Heute Vormittag wurde unter großer Festlichkeit auf den Wällen der deutschen Bundesfestung Mainz das deutsche Banner aufgepflanzt. Am Rheine waren österreichische und preussische Truppen in Parade aufgestellt. Gegen 11 Uhr begab sich der ganze Generalstab zu Pferde dahin, begleitet von unserm Gemeinderath und dem Bürgerausschuß. In dem Augenblick, wo die Fahne auf der Zinne des großen Fort am Rheine sich entfaltete, nahm der Vicegouverneur den Hut ab, welchem Beispiele alle Anwesenden folgten, und rief mit lauter Stimme: »Hoch lebe unser liebes Vaterland, das einige freie Deutschland!« Unter dem Donner der Kanonen stimmte das zahlreich versammelte Volk in diesen Ruf ein, und brüderlich reichten sich Bürger und Militär die Hände. Hierauf zogen die Truppen vor dem General vorüber, zu dessen Seite sich die bürgerlichen Korporationen aufgestellt hatten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 25. März.) Die hier in Besatzung stehende österreichische Artillerie hat folgende Erklärung veröffentlicht: »Das Geroll des Freiheitswagens erschüttert das Vaterland; Deutschlands Volk jauchzt, die Donaustadt folgt dem schallenden Rufe der sturmvollen, ewig denkwürdigen Epoche; darum jauchzen auch wir deutschen Artilleristen Oesterreichs in Mainz und bringen ein »Hoch« unseren braven Waffenbrüdern in Wien, welche, die gerechte Forderung der Zeit anerkennend, dem Gelingen nicht hemmend entgegentraten. Freudig schütteln wir das Unfreie ab und bieten den biederen freien Mainzern freien deutschen Gruß. Die österreichische Artillerie.« — In Oberingelheim ist der pensionirte Präsident Mohr an Kilian's Stelle zum Abgeordneten der 2. Kammer einstimmig gewählt worden.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 24. März.) Unter unsern Bewegungsmännern herrscht seit den letzten Tagen die Ansicht, daß der auf den 2. April zur Berathung des neuen Verfassungswerkes einberufene Vereinigte Landtag zu dieser Berathung nicht befugt sei. Sie denken deshalb auf Mittel, die Abhaltung des Landtags zu hintertreiben und die sofortige Vornahme von Urwahlen zu bewirken. Um nähere Verabredung über die Mittel zur Erreichung dieser Zwecke zu treffen, wurde gestern Abend eine nur von ungefähr 300 Personen besuchte Versammlung in den Zelten abgehalten, welche sich ihrem ganzen Verlaufe nach als eine lächerliche Carricatur von Volksversammlungen erwies. Mehre Redner, welche auftraten, wurden in ihren Vorträgen unterbrochen. Ein Redner, welcher sich selbst als den besten Volksvertreter bezeichnete und sich zur Wahl vorschlug, erhielt aus der Versammlung zur Antwort: die Herren schienen sämmtlich Minister werden zu wollen. Zu einem Beschlusse kam es gar nicht, und die Theilnehmer verließen sich, ohne über den vorgesetzten Gegenstand zu einer Einigung gelangt zu sein — Im Zusammenhange mit der Versammlung in den Zelten steht das hier viel besprochene Mißgeschick, welches hier gestern Abend den Redakteur der Zeitungs-Halle betroffen hat. Derselbe hatte in einem Extrablatte seiner Zeitung einen ziemlich revolutionären Aufruf zur Bildung eines Arbeiterministeriums erlassen und wurde, als er mit einem Packet seiner Proclamation nach den Zelten eilte, von mehren Bürgern und Studenten angehalten, welche ihm seine Waare abnahmen und ihn dann in die Stadtvogtei zum Arrest ablieferten, von wo derselbe jedoch noch gestern Abend wieder entlassen wurde. Heute hat die Zeitungshalle ein Extrablatt ausgegeben, welches bestimmt ist, die gestrige, etwas starke Uebereilung gut zu machen. Am nächsten Sonntag, den 26. März, wird auf dem Exercierplatz vor dem Schönhauser Thor eine Arbeiterversammlung stattfinden, zu deren Abhaltung heute bereits Aufrufe an den Straßenecken angeschlagen sind. Wie aus den Anschlagen hervorgeht, haben sich mehre Bürger dahin geeinigt, den Landtagsabgeordneten Berlins für weitere Betreibung bei den Ständen Vorschläge über die Mittel und Wege zu machen, die den Uebelständen und der Arbeitslosigkeit in vielen Zweigen des Gewerbes wie der übrigen Lohnarbeit abzuhelfen sei. Um das nöthige Material zu diesen Anträgen zu erhalten, werden nun zum 26. März Deputationen aller Arbeiterzweige auf den genannten Platz berufen, um den dort versammelten Bürgern, unter denen sich auch die Landtagsabgeordneten selbst befinden werden, mündlichen Aufschluß über ihre Lage und ihre Bedürfnisse zu geben. Das betreffende Comité hat den Ministern Mittheilung von der bevorstehenden Versammlung gemacht, und diese haben nicht blos ihre Genehmigung dazu gegeben, sondern zugleich auch versprochen, beim Könige weitere Schritte in der Sache thun zu wollen. (D. A. Z.)

Italien.

Die Niederlage der österreichischen Waffen wird im weitesten Umfang bestätigt; ebenso die Einschreitung Piemonts. Mantua ist verloren. Auch Venedig sagt sich von der österreichischen Herrschaft los, und schickt die Truppen und Beamten über die Gränze. (Ausführliche Nachrichten siehe in der heutigen Beilage.)

---

† (Nürnberg, 27. März.) Am Mittwoch wird zum Benefize der Frau Kastner ein neues Stück: »der Todtentanz« über unsere Bühne gehen. Nach uns vorliegenden auswärtigen Recensionen, hat dasselbe überall sehr angesprochen, und wir glauben daher, das Publikum auf dieses Stück um so mehr aufmerksam machen zu müssen, als durch die bedeutenden Kosten, welche dasselbe durch neue Maschinerien ꝛc. in Anspruch nimmt, so wie durch die Leistungen der Benefiziantin, durch deren Mitwirkung z. B. während der Anwesenheit des Hrn. Beszter Sandor wir so manchen genußreichen Abend hatten, unsere Empfehlung gerechtfertigt seyn dürfte.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Deutschland.

Baden. (Mannheim, 25. März.) Diesen Vormittag begaben sich einige hundert Arbeiter, unter die sich auch zur Ablenkung der äußersten Schritte Personen des höhern Bürgerstandes gemischt hatten, in Masse nach dem Bahnhofe und verlangten dort von dem Vorstande, der sich, wie es allgemein heißt, das Vertrauen und die Liebe nicht zu erwerben wußte, sofortige Entlassung aller fremden Arbeiter und die Annahme einheimischer. Der Beamte, welcher schon von diesem Schritte unterrichtet gewesen seyn soll, bewilligte diese Forderungen und ist bereit, bis künftigen Montag die sich zur Arbeit Anmeldenden einzustellen, jedoch knüpfte er die Bedingung daran, daß sie sich denselben Bedingungen, wie die Fremden unterwerfen und mit Fleiß die Geschäfte vollziehen. Hiebei beruhigte sich bis jetzt die Masse, ob es aber dabei bleiben wird, dürfte um so mehr zu bezweifeln sein, als es, wie man hört, hauptsächlich auf die Entfernung des Eisenbahnbeamten abgesehen war. Letzterer soll um seine Versetzung eingekommen seyn. Militär, namentlich Dragoner, wurde in den Kasernen in Bereitschaft gehalten, war aber bei dieser Gestaltung der Dinge nicht zum Ausrücken veranlaßt. — So eben wird bekannt, daß der betreffende Beamte die Stadt verlassen hat. — In diesem Augenblick, Nachmittags nach 3 Uhr ziehen durch unsere Stadt auf dem kürzesten Wege drei Kompagnien bayerische schwere Artillerie, jedoch ohne Kanonen, 420 Mann stark. Diese Mannschaft, deren frühere Garnison Würzburg gewesen, kommt heute von Aschaffenburg auf der Eisenbahn hier an und gelangt auf der jenseitigen Eisenbahn heute nach Neustadt, um von da in die Festungen Germersheim und Landau einzurücken. Diese Truppe zeichnet sich durch Körperkraft, Größe und militärische Haltung sehr aus. Der hiesige Stadtkommandant General v. Gayling empfing diese Mannschaft an der Eisenbahn und gab ihr das Geleit bis zur Rheinbrücke. (Schw. M.)

Hessen. (Darmstadt, den 15. März.) Gestern berieth unsere zweite Kammer den Antrag der Abgeordneten v. Gagern, Wernher, Lehne und Frank, auf Kräftigung der Organisation Deutschlands. Es hat dieser Antrag den Bassermannschen auf ein deutsches Parlament in sich aufgenommen und dazu den weiteren selbstständigen wegen eines zeitweisen Oberhauptes Deutschlands gefügt. Der Antrag war vom Ausschuß durchaus befürwortet worden. Bei der gestrigen Berathung nahm zuerst der Mitantragesteller, nunmehrige Minister v. Gagern, das Wort. Nachdem er bemerkt, daß der gestellte Antrag die politische Ueberzeugung seines ganzen Lebens enthalte, ging er auf die weitere Geschichte dieser Angelegenheit, sowohl im Großherzogthum, als in der Verhandlung mit den andern konstitutionellen Staaten Süddeutschlands über. Er erkannte dabei als seine Pflicht an, nachzuweisen, was die Regierung gethan. Im Verlauf seines Vortrags bemerkte er, wie nach seiner Ueberzeugung die monarchische Regierungsform die geeignete für die politischen und socialen Bedürfnisse Deutschlands sei; empfahl dabei dringend Eintracht auf dem Boden der Freiheit. Alle Redner, die nach Gagern sprachen, erkannten die Offenheit und Vollständigkeit der Gagernschen Mittheilung an; Präsident Hesse dankte ihm ausdrücklich dafür, und Abg. Zitz, der die äußerste Linke in der Kammer vertritt, wandte sich, nach gewidmeter gleicher Anerkennung, zu einem von ihm gestellten Antrage, die Besezung der Bundesfestung in Mainz betreffend, worauf Gagern im Verlauf seines Vortrags eine, Zitz nicht ganz befriedigende Antwort gegeben. Abg. Reh warf besorgliche Blicke nach Frankreich und sprach Wünsche für Polens Wiederherstellung aus. Hildebrand, als Abgeordneter der Stadt Gießen, heute in die Kammer getreten, verbreitete sich mehr fragmentarisch aber mit Geist über die Angelegenheit. Bei der Abstimmung bejahte die Kammer einstimmig die Frage: Ob sie den Antrag als durch die Erklärung des Ministers erledigt betrachte? (Schwb. M.)

Oesterreich. (Pesth, 20. März.) Den Ungarn wurde Alles bewilligt, was sie verlangt haben, ohne daß Gewalt angewendet wurde. Pesth und Ofen waren feierlich beleuchtet. Jedermann trug die Nationalkokarde. An allen Fenstern und von den Thürmen, ja selbst von den Kanzleigebäuden wehen die Nationalfahnen. Der Doppel-Adler ist überall verschwunden und an den Staatsgebäuden ist statt des früheren Schwarz und Gelb die ungarische Nationalfarbe, roth grün und weiß angebracht. (Schwäb. M.)

Preussen. (Berlin, 26. März.) Ich benachrichtige das Staatsministerium, daß ich den Vorsitzenden desselben, Staats-Minister Grafen Arnim, zu Meinem Kommissarius für die bevorstehende Versammlung des Vereinigten Landtages ernannt habe. Potsdam den 25. März 1848. Friedrich Wilhelm. (A. P. Z.)

(Berlin, 25. März.) Eine aus Posen hier angelangte Deputation, an deren Spitze der Herr Erzbischof von Przyluski steht, hat an Se. Majestät den König die ehrfurchtsvolle Bitte gerichtet: eine nationale Organisation des Großherzogthums Posen Allergnädigst zu gestatten, und zwar eine solche, welche sich schnell, aber ruhig und gesetzlich entwickeln solle, unter dem Schirme Sr. Majestät des Königs. Unter Angabe der Mittel, mit welchen dieser Zweck ihrer Ansicht nach zu erstreben sey, hat die Deputation die Bildung einer provisorischen Kommission aus Männern des allgemeinen Vertrauens erbeten, und eine solche ist von des Königs Majestät in dem nachstehenden Allerhöchsten Erlasse bewilligt worden: Auf den Mir von Ihnen vorgetragenen Wunsch will ich gern eine nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen, welche in möglichst kurzer Frist stattfinden soll, anbahnen. Ich genehmige daher auch die Bildung einer Kommission aus beiden Nationalitäten, die mit Meinem Ober-Präsidenten gemeinschaftlich über diese Reorganisation zu berathen und nach dem Resultat dieser Berathung Mir die nöthigen Anträge zu stellen haben wird. Die gedachte Kommission kann aber nur wirksam seyn, wenn und so lange die gesetzliche Ordnung und die Autorität der Behörden im Großherzogthume Posen aufrecht erhalten wird. Berlin, den 24. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (A. P. Z.)

(Berlin, 25. März.) Durch Allerhöchste Kabinets-Ordre ist dem bisherigen Gouverneur von Berlin, General der Infanterie, von Pfuel, bereits am 18. d. Mittags eine anderweitige Bestimmung angewiesen und derselbe hierdurch vom Gouvernement hiesiger Residenz entbunden worden. (A. P. Z.)

(Berlin, 25. März.) Der Magistrat der Hauptstadt fordert die Bürger und Einwohner auf, die Zustandebringung des neuen Wahlgesetzes vom nächsten Vereinigten Landtage zu erwarten, und druckt dabei die Hoffnung aus, daß es auf den breitesten Grundlagen erfolgen wird.

(Köln, den 23. März.) Gestern Nachmittag hatten die rheinischen Deputirten auf unserm Rathhause eine vorberathende Besprechung und soll man sich einmüthig darüber verständigt haben, zu der neuen Verfassung, die uns werden muß, die Grundsätze der belgischen Verfassung (der freiesten Europa's) in Vorschlag zu bringen. (Frkft. O. P.-Z.)

Sachsen. (Leipzig, 25. März.) Wie wir hören, hat Professor Albrecht unmittelbar nachdem ihm von Seiten Oldenburgs die Vocation geworden, als dessen Vertreter zum Bundestage nach Frankfurt a. M. zu reisen, auch von Seiten der königl. sächsischen Regierung den Antrag erhalten, als deren Bundestags-Gesandter in Frankfurt a. M. zu fungiren. — Aus Eger geht uns ein ausführlicher Bericht zu, in welchem der Eindruck, den die Verleihung der Konstitution dort gemacht, lebendig geschildert ist. Aus dem benachbarten bayerischen Wunsiedel kamen Deputationen mit österreichischen, bayerischen und deutschen Fahnen nach Eger und wurden dort mit unerhörtem Jubel empfangen. Den verschiedenen Gerüchten über den Aufenthalt des Fürsten v. Metternich konnen wir mit der verbürgten Nachricht eines Reisenden Das als gewiß entgegensetzen, daß der Fürst gestern von Olmütz auf der Eisenbahn bis eine Station vor Prag gefahren ist. (D. A. Z.)

(Leipzig, den 20. März.) Nachdem gestern ein Gesandter des badischen Hofes von hier nach Dresden gereist war, trafen heute Gagern, Lehrbach und Steinfeld als Abgeordnete des hessen-darmstädtischen, nassauischen und würtembergischen Hofes hier ein und begaben sich ebenfalls sofort nach Dresden. Dieselben sind bereits an den sämmtlichen süddeutschen Höfen gewesen, von denen dieselben eine übereinstimmende Instruktion erhalten haben. Der bayerische Gesandte wird jedenfalls morgen noch in Dresden eintreffen; von Kurhessen ist zwar niemand abgeordnet worden, doch stimmt dasselbe vollkommen überein. Die Gesandten werden in Dresden unserm neuen Ministerium erklären, daß die sämmtlichen süddeutschen Höfe sich bereits über eine deutsche Reichsverfassung vereinigt haben und entschlossen sind, dieselbe unter jeder Bedingung durchzusetzen. Man wird in Dresden der Regierung eine 24stündige Frist für ihre Beistimmung setzen und sich sodann jedenfalls mit denselben Anträgen nach Berlin wenden. Zwar ist der letztere Punkt in der bereits vor 8 Tagen erlassenen Instruction der Deputation nicht vorgesehen: allein die neuesten Ereignisse in Wien und Berlin lassen die Maßregel als zweckmäßig und nothwendig erscheinen. (W. Z.)

Schleswig Holstein. (Kiel, den 24. Morgens 2 Uhr.) So eben wird die provisorische Regierung für die Herzogthümer Schleswig-Holstein proklamirt, bestehend aus folgenden fünf Männern: dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, (v. Nöer), Beseler aus Schleswig, Advokat Bremer aus Flensburg, Graf Reventlow von Preetz und Consul M. T. Schmidt aus Kiel. Im Uebrigen ist die Stadt völlig ruhig. Das Militär, welches hier garnisonirt ist, freut sich der Freiheit, es ist völlig übergetreten außer dem Stadtcommandanten und einem Lieutnant, welche Dänen sind, aber auch bei diesen neuesten Ereignissen nur einen ehrenwerthen Charakter gezeigt haben. Es werden nun jedenfalls diese Nachrichten hinreichend sein, unsere Bitte um Beachtung unsrer nächsten Zukunft an die Brüder jenseits der Elbe so dringend als möglich zu machen. Wir sind stolz auf die Geschichte, welche zeigt, wie die Holsten früher den Dänen entgetreten sind; aber wir verkennen nicht, daß wir auch der Hülfe bedürftig sind. Ueberall in Deutschland handelte es sich um innere Feinde, hier handelts sich um einen äußern Feind Deutschlands! Auf denn du deutsches Volk zum Kampfe! (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 24. März.) Heute Morgens um 6 Uhr wurde die Proklamation der provisorischen Regierung verlesen. Die provisorische Regierung hat sich an die Spitze des in Kiel bisher garnisonirten jetzt übergetretenen 5. Jägerbataillons, und in Begleitung von einer aus 30 Mitgliedern bestehenden Bürgerwache aus Kiel auf der Eisenbahn nach Rendsburg begeben, in der Ueberzeugung von der Wichtigkeit dieses Postens einerseits, wie von der nicht schweren Eroberung desselben andererseits. Unter der Bürgerwache aus Kiel befindlich, zogen wir rasch in Rendsburg ein, gewissermaßen überrumpelnd. Widerstand fand sich nicht vor, und so wurde unter dem Jubel des Volks ein Bataillon nach dem andern von dem hier befindlichen Militär verpflichtet auf die provisorische Regierung. Ausnahmen einiger dänischen Offiziere ungerechnet; die Gemeinen sind völlig schleswig-holsteinisch. So ist denn der erste nothwendigste Schritt gelungen. Anstalten zur Abwehr der etwa eine Landung versuchenden Dänen hat der kundige Prinz überall vornehmen lassen. Die Hauptsache ist und bleibt: Rendsburg, die Festung, ist in deutschen Händen und vorläufig wohl Hauptsitz der provisorischen Regierung für das Herzogthum Schleswig-Holstein. (W. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 26. März.) Die Gerüchte, welche seit vorgestern in einem großen Theile des Landes, insbesondere in den der badischen Gränze benachbarten Bezirken über den Einfall von Horden französischen Raubgesindels und über Verheerungen, welche dieselben auf badischem und würtembergischem Gebiete verübt haben, im Umlaufe sind, veranlassen das unterzeichnete Ministerium zu der bestimmten Erklärung: 1) Jene Gerüchte entbehren durchaus allen Grundes. Nach den von der Regierung an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen hat ein Einfall von dem französischen Gebiete aus auf badisches und würtembergisches Gebiet überall nicht stattgefunden. 2) Die Regierung hat längst Vorsorge getroffen, um von jeder feindlichen Bewegung gegen das badische und würtembergische Gebiet sogleich in Kenntniß gesetzt zu werden, und wird 3) eintretenden Falls rechtzeitig alle Maßregeln treffen welche zum Schutz des diesseitigen Gebiets dienlich sind. Ministium, des Innern. Duvernoy. (Schw. M.)

(Stuttgart, den 24. März.) Das von den Standesherren bereits angenommene und heute bei den Abg. mit allen Stimmen gegen drei gutgeheißene Gesetz bestimmt als Ablösungsmaßstab den 16- und 12-fachen Betrag, zahlbar in 25 Jahreszielen und verzinslich mit 4 pCt. zu Grunde, was für beide Theile erträglich ist. (Frkft. J.)

Vom Rhein, 21. März. Der neueste Umschwung der Dinge in Oesterreich wird wohl auch dazu beitragen, daß die Frage über den schon öfters angeregten und abgewiesenen Anschluß an den Zollverein abermals zu Verhandlungen zwischen Preussen, als Vertreter des Bundes, und Oesterreich Anlaß geben. Es steht überhaupt zu erwarten, daß bei den jetzigen politischen Verhältnissen des gesammten deutschen Vaterlandes gegenüber dem Auslande manches Krämerinteresse, das seit Jahren maßgebend für alle Unterhandlungen der Art war, in den Hintergrund trete und auch den Hansestädten endlich die Möglich-

keit geboten wird, dem großen Vereine beizutreten. An Preußen ist es, die politische und kommerzielle Aufgabe Deutschlands vom rechten Standpunkte aus zu erfassen. (Brem. Z.)

Frankreich.

(Paris, 24. März) Gestern fand eine Art Revolution unter den Invaliden statt. Zahlreiche Klagen über schlechtes Essen und Mißbräuche in der Verwaltung waren von der früheren Verwaltung unberücksichtigt gelassen und von dem neuen Gouverneur (Petit) beibehalten worden. Die alten Stelzfüße wurden endlich ungeduldig, rotteten sich zusammen und riefen die in ihrer Nähe, auf dem Marsfelde, gegenwärtig arbeitenden Proletarier zu Hilfe. Einen Augenblick sah es aus, als dröhnten die alten schwarzen Mauern des Invalidengebäudes in ihren Festen. Gouverneur Petit, der diese Erbitterung sah und seinen Kopf nicht ganz sicher glaubte, überlieferte sich selbst den Generälen Courtais und Guinard, die den Vorfall sofort dem Kriegsministerium anzeigten, das unter Arago's Vorsitz heute einen Ausschuß ernannt hat, der die Klagen und Beschwerden der erbitterten Veteranen untersuchen und ihnen hoffentlich Abhilfe gewähren wird. General Petit ist wieder ins Invalidenhotel zurückgeführt und mit Jubel von den alten Kriegern empfangen worden.

Auch in Bordeaux haben einige Ruhestörungen stattgefunden; doch sind sie dort rein persönlicher Natur und haben ihren Grund in der Ersetzung des dort bei der Bürgerschaft sehr beliebten Präf. Chevallier. Sie sind mit Leichtigkeit erledigt worden.

[Regierungsbeschlüsse.] Aus dem Moniteur vom 24. 1) Dekret, das den Artikel 119 der Kriminalgerichtsordnung, welche die provisorische Freilassung bei gewissen Verbrechen gegen eine Geldhinterlage von mindestens 500 Franken, als nur den Reichen günstig, abschafft. Vor Gericht soll volle Gleichheit herrschen. 2) Dekret, das die Befugnisse des Staatsraths bei Steuer-Reklamationen regelt und alle Kultusangelegenheiten dem Ministerio zuweist. 3) Dekret, das an die Stelle der ehemaligen so verhaßten Munizipalgarde eine Art englischer Policeman unter dem Titel Stadtwächter setzt. Diese Wächter erhalten keine Waffen; ihre Zahl richtet sich nach der Häuserzahl (auf 60 bis 100 ein Wächter) und werden aus einer ausserordentlichen Steuer bezahlt, welche alle Eigenthümer und diejenigen Miether trifft, die mehr als 1000 Franken jährliche Miethe zahlen.

(Arbeiter Parlament.) Die Sitzung vom 20. bot ungewöhnliches Interesse, indem ausser den zehn Abgeordneten der Arbeiter und den zehn Abgeordneten der Meister auch noch einige Personen herbeigerufen worden waren, z. B. der bekannte Wolowski, Duponte, White, Charpentier rc. rc., um im Ausschusse der Versammlung an dem Entwurfe eines Arbeits-Organisationsplanes Theil zu nehmen. Die stenographischen Berichte, die wir durchflogen, bieten so viel Interessantes, daß wir wohl darauf zurückkommen.

Italien.

(Rom, d. 14. März.) Gestern Vormittag hielt ein Jesuit in der Kirche Gesu eine Predigt, zu der er schon Donnerstag eingeladen hatte. Er bezeichnete darin die Liberalen in den stärksten Ausdrücken als gefährliche, verworfene Menschen. „Bald wird noch das Banner Mahommed's auf dem Vatican wehen und das Abendmahl der Protestanten in Rom eingeführt werden. Jene Leute gehen darauf aus, die heilige Jungfrau zu schänden" — das sind so einige seiner Redensarten. Er schloß dann: Freilich werden diese Leute lärmen, daß ich ihnen die Wahrheit gesagt habe, aber wohl mir, wenn ich der erste Märtyrer für diese Wahrheit werden kann. Entrüstet gingen die Zuhörer aus der Kirche und in einem Café wurden dann heute Abend all die exzentrischen Phrasen, wie sie Jeder behalten hatte, zusammengetragen, um sie an den Papst gelangen zu lassen. Dabei hat der Pater seine Zuhörer noch auf heute eingeladen, wo er die Predigt fortsetzen will, er hat aber die angekündigte Predigt nicht gehalten. Soeben schlägt ein Nationalgardist überall Zettel an, in denen es heißt: Viele Jesuiten sind schon fort; einige sind schon nach Ablegung ihres Kleides in den Schoos ihrer Familien zurückgekehrt, die übrigen bereiten sich darauf vor, sich zu verbergen, und in wenigen Tagen wird Rom ganz von ihnen befreit seyn. Ihre bisherigen Locale werden von den öffentlichen Autoritäten für die Civil- und Militärkörperschaften bestimmt werden. Es ist ein großer Vorzug für euch, Römer, sie gezwungen zu haben, sich zu entfernen ohne andere Demonstrationen als eine würdige Haltung gegenüber ihren Provocationen und ihren dunkeln Geweben. Hier hat die Macht der öffentlichen Meinung genügt, mit Vermeidung jener Extreme, die Pius IX. missfallen und eurem Ruhme schaden konnten. (D. All. Z.)

(Chur, den 24. März.) Endlich haben wir, wenn auch spärliche, so doch genauere Berichte von Mailand. Folgende gedruckte Proklamationen sind erschienen: »An alle Städte und für alle Gemeinden der Lombardei und des Venetianischen. Beinahe waffenlos, hat Mailand in zwei Tagen gesiegt; noch ist die Stadt eingeschlossen von einer Masse zwar entmuthigter, aber immer noch mächtiger Truppen. Wir werfen dieses Blatt über die Mauern, um alle Städte und Gemeinden zur Organisation und Bewaffnung von Nationalgarden, in Compagnien von je 50 Mann, aufzufordern. Unter selbst gewählten Commandanten werden dieselben sich dahin begeben, wo gerade die Vertheidigung sie nöthig macht. Hülfe und Sieg; Es lebe Italien! Es lebe Pius IX. Mailand, 20. März 1848 Morgens.« Ferner: »Bürger! Der österreichische General beharrt auf seinen Widerstand, aber das Heer ist in vollständiger Auflösung begriffen. Die Bomben, welche er auf unsere Häuser wirft, sind der letzte Gruß der gestürzten, fliehenden Trümmer. Unsere Kinder werden nicht unter dem Schrecken der Sklaverei aufwachsen. Viele Offiziere geben sich gefangen. Ganze Corps legen die Waffen nieder vor der italienischen Tricolore; andere, von militärischem Ehrgefühl zurückgehalten, bitten um Bedenkzeit und Einstellung unsers siegreichen Feuers. Mitbürger, beharrt auf der eingeschlagenen Bahn, sie allein führt zum Ruhm und zur Freiheit. In wenig Tagen wird das italienische Banner von den Höhen der Alpen herabwehen. Nur dort konnen wir mit den Völkern einen ehrenhaften Frieden schließen, die wir jetzt zu bekämpfen gezwungen sind. Mitbürger, in Bälde werden wir gesiegt haben. Das Vaterland wird über seine Geschicke entscheiden und nur sich selbst angehören. Die Verwundeten werden Eurer Sorge empfohlen; für die dürftigen Familien sorgt das Vaterland. Mailand, 20. März Abends.« Diese Proklamtionen wurden von der Municipalität in Mailand durch Boten ausgesandt, denn die Communication ist wieder eröffnet. Es gelang nämlich den in Masse nach der Hauptstadt gerückten Bergamesken, die Belagerungslinie zu durchbrechen und in die Stadt einzudringen. In Como waren am 21. alle Casernen in den Händen des Volkes mit Ausnahme von St. Francesco. 1200 Mann wurden entwaffnet, die Waffen unter das Volk vertheilt, das mit demselben den Mailändern zu Hülfe zieht. Nachdem eine Kirche in der Nähe von St. Francesco in Brand gesteckt worden, ergaben sich am 21 auch die 500 Mann dieses Quartiers. Mantua, die wichtigste Festung des Reiches, ist in den Händen des Volkes; von allen Höhen weht die Tricolore. Die italienischen Truppen, welche den größten Theil der Garnison ausmachten, schlossen sich sogleich der Bewegung an. Sie tragen als Feldzeichen dreifarbige Sacktücher am linken Arm. Der kommandirende General, ein Deutscher, ist gefangen; die wenigen deutschen Truppen haben sich in ein kleines Fort zurückgezogen. Eine provisorische Regierung ist eingesetzt. Auf der ganzen Linie von Mantua über Brescia, Bergamo, Lecco bis Porlezza ist die österreichische Herrschaft gebrochen; die drei Farben wehen in den Lüften. Starke Heerhaufen ziehen von allen Seiten der Hauptstadt zu Hülfe. Verona und Lodi sind ebenfalls aufgestanden; Cremona und Piacenza werden ihnen folgen. In Varese wollten die Truppen beim Ausbruch des Aufstandes, ohne Widerstand zu leisten, abziehen; das Volk ließ dieß nicht geschehen und bot alles auf, sie zu entwaffnen, damit sie kampfunfähig würden. 200 Croaten und ein Detaschement Husaren haben kapitulirt und die Waffen abgegeben. Am Lago Maggiore, wo die ganze Bevölkerung von beispiellosem Enthusiasmus ergriffen ist, wurden die Truppen geschont. Kleinere Abtheilungen entwaffnete man; größere Corps durften den Massen gegenüber keinen Angriff wagen. Acht, nach andern Berichten, zehntausend Piemontesen sind den Lombarden zu Hülfe geeilt. In Novara sollen sich Freicorps von Genuesen und aus der Umgegend bilden. Alle Gränzposten sind offen, freier Verkehr mit Tessin und Graubünden. Gestern erhielt unsere Regierung Bericht über den vollendeten Aufstand im obern Veltlin; man befürchtet Zerstörung der Kunststraße über das Stilfser-Joch. Ueber das Verhalten der sardinischen Regierung werden Sie directe Berichte erhalten haben. Sie hat beschlossen, ein Observationscorps von 30,000 Mann an die Gränze zu schicken und auf drei verschiedenen Punkten die in Masse herbeieilenden Freiwilligen zu bewaffnen und zu organisiren. (A. A. Z.)

(Triest, den 23. März.) Das so eben (Mittag) hier einlaufende Dampfboot bringt die officielle Nachricht, daß Venedig sich von der österreichischen Regierung losgesagt und eine provisorische Regierung gebildet hat. Dem Militär, den Beamten u. s. w. wird freier Abzug nach Triest gestattet. Graf Zichy haftet mit seiner Person für die Aufrechthaltung der von der provisorischen Regierung gestellten Bedingungen. Der Commandant Martinovich wurde getödtet. Arsenal und Festung sind in den Händen der Venetianer. Hier hat diese Nachricht tiefe Erschütterung hervorgebracht. Uebrigens herrscht die größte Ordnung. Auch Graf Palffy ist mit dem Dampfer angekommen. (A. A. Z.)

Rußland.

(Von der polnischen Grenze, 10. März.) Wie ich so eben vernehme, hat der Kaiser von Rußland den Befehl ertheilt, von den im Kaukasus stehenden Truppen aufs Schleunigste 30,000 Mann zurückzurufen und solche Anordnungen zu treffen, daß nöthigen Falls weitere 30,000 Mann abgegeben werden konnen. Im Innern Rußlands sollen vorerst 80,000 Mann zu den Waffen gerufen werden. Alle diese Truppen werden in den westlichen Gouvernements concentrirt werden und so dürften wir bereits in wenigen Wochen ein Heer von mehr als 150,000 Mann an unsern Gränzen stehen haben. In Petersburg hält man den Krieg für unausbleiblich und alles rüstet sich darauf. (Mannh. Journ.)

Bekanntmachung.

Von der Verwaltung des vereinigten protestantischen Kirchen-Vermögens der Stadt Nürnberg.

Herr Dr. Eisenmann in Wöhrd bei Nürnberg hat in seinen Ideen zu einer Teutschen Reichsverfassung. Erlangen 1848. folgende Behauptung aufgestellt:

Die Felder von St. Johannis bei Nürnberg sind dem sehr reichen Kirchenfond von Nürnberg zehentbar; wenn ein armer Gärtner mit rastloser Arbeit und möglichster Aufopferung einem solchen Felde in einem Jahre 4. oder 5mal Erndten an Salat, Gemüß rc. abgewinnt, so kommt der Zehentberechtigte fünfmal und holt seinen Theil. Ein solches Abschinden vom Fleiß und Schweiß des Armen habe ich noch auf keinem Edelhof gesehen, und das thut in Nürnberg der Magistrat als Kirchenverwaltung.

Es bleibe unerörtert, wen der Vorwurf eines so unbarmherzigen Verfahrens zunächst treffen soll, — es muß aber zur Steuer der Wahrheit öffentlich erklärt werden:

daß der protestantische Kirchenfond in Nürnberg von den Feldern bei St. Johannis den Zehnten nicht bezieht.

Herrn Dr. Eisenmann bleibt es nun überlassen, den Kirchenfond und die Kirchenverwaltung in Nürnberg genau zu bezeichnen, die sich der bezeichneten, übrigens an und fur sich schon höchst unwahrscheinlichen Handlungsweise schuldig gemacht hat und es wird derselbe hoffentlich nicht ermangeln, solchen Nachweis recht bald zu liefern.

Nürnberg, den 27. März 1848.

Hilpert.

Bekanntmachung.

Die Unterzeichneten haben in Gemäßheit mehrfältiger und wiederholt an sie gebrachter Aufforderung eine Adresse an Se. Majestät den König, die Sicherung der Rechte der protestantischen Kirche betr., veranstaltet, welche im Abdruck mit dem heutigen Intelligenzblatt ausgegeben worden, auch in der Raw'schen Buchhandlung zu haben ist. Wer von hiesigen Bürgern und Einwohnern gesonnen ist, sich derselben anzuschließen, wird eingeladen, bei Schneidermeister Johann Saueracker S. Nro. 1641 in der Grübelsstrasse; im Hause S. Nro. 757 auf dem Aegidienplatze bei dem dortigen Hausmeister; im Hause der Gebrüder Zeltner L. Nro 195 in der Adlerstrasse oder in der Raw'schen Buchhandlung, wo überall und zwar von heute an 3 Tage lang die Adresse aufliegt, seinen Namen mit Angabe des Stands, Gewerbs oder Charakters beifügen zu wollen, wobei bemerkt wird, daß eine Einsammlung von Unterschriften nicht stattfindet.

Nürnberg, den 27. März 1848.

Bast, Brauereibesitzer. Dr. Herm. Beck, Singer, Rothschmidtmeister. Kreisrath v. Tucher. Johann Zeltner, Kaufmann.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. März 1848. № 90 Donnerstag: Guido.

☞ Auf unsere größere Anzeige uns beziehend, melden wir, daß das neue Quartal der mittelfränkischen Zeitung am 1. April d. J. beginnt und daß das resp. hiesige Publikum in der Expedition S. No. 544, das auswärtige bei allen Postämtern abonniren kann.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 27. März.) [Abendsitzung.] Die Sitzung, deren Beginn auf 6 Uhr anberaumt war, nahm ihren Anfang erst später, da die Kammer der Abg. bei S. M. dem König Max zur Aufwartung war. S. M. der König Max richtete folgende Worte an die Abg.: Sie haben ein großes, ein schweres Werk vor, ich erkenne es, ich weiß aber auch, daß es wahre Männer sind, denen diese Aufgabe geworden. Rechnen Sie auch auf mich; fest ist mein Vorsatz, das Vertrauen von Bayern und die Achtung von ganz Deutschland zu erwerben; ich werde dieses kennen, denn ich will nur, was die Zeit gebietet, was gut und recht ist; ich will die Freiheit und das Recht aufrecht erhalten; ich will wieder das frühere Vertrauen zwischen Volk und Krone aufrichten. Gott wird mir helfen, dieses zu erreichen. Sie haben in der Wahl meiner Minister nicht blos aus dem Drange der Zeit, sondern aus meiner inneren Ueberzeugung hervorgegangen — einen Beweis meiner Gesinnungen. Sie sollen dies noch ferner kennen lernen und wenn einst unser Aller Vater mich abrufen wird, so will ich getrost Rechenschaft ablegen und Bayern soll sagen, daß ich ehrlich, rechtlich und offen gehandelt habe. — Ein tiefer Eindruck folgte und 3maliges Vivat tönte dem Monarchen herzlich entgegen. — Auf der Tagesordnung ist Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über den Gesetzentwurf. — Am Ministertische: die HH. Ministerverw. v. Beisler, Waldkirch, Bar. Lerchenfeld und Heintz, die HH. Ministerialräthe Roth, Pezold und Bening, und die Oberstudienräthe Neumayer und Darenberger. — Im Einlauf befindet sich ein allerh. Reskr., die Ernennung der kgl. Kommissäre für die Kammer der Abg. betr.; der ganze Einlauf seit heute Morgen besteht aus 20 Nummern. Der I. Präsident verliest das kgl. Reskript, enthaltend die Namen der kgl. Kommissäre für die ständischen Sitzungen, welche sind: Zu k. Kommissären wurden ernannt: Für das Aeussere: die Min.-Räthe v. Bezold und Dr. Darenberger. Für die Justiz: v. Lehner und Mojitor und die Oberappell.-Räthe Ringelmann und Kleinschrod. Für das Innere: Die Min.-Räthe Bening und v. Roth. Für das Min. d. Kultus: Oberkirchen- und Studienrath v. Neumayer. Für Finanzen: Min.-Rath v. Kleinschrod. Für das Kriegsministerium: Der General-Verw.-Direktor v. Sutner und Oberkr.-Kommissär und Ref. v. Havel. Somit beginnt die auf der Tagesordnung anberaumte Berathung des Adreßentw. mit dem §. 5. Dek. Goetz übergibt hier seine Modif.: »Ein freisinniges Forstpolizeigesetz und dessen schonende Anwendung mit Berücksichtigung des Ackerbaues und der ärmeren Volksklassen muß als Ergänzung des Polizeigesetzes nothwendig erscheinen. Dek. Goetz unterstützt seinen Antrag, welcher bereits diesen Morgen vielseitige Anerkennung fand. Der II. Präsident nimmt Anstand an dem Ausdruck Forstpolizeigesetz, welchem Bar. Closen sich entgegenstellt; er verliest eine kgl. Verordnung der Regierung von Niederbayern, das Wesen der Polizeiwillkühr ins wahre Licht stellend, wo mit Prügeln und russischen Strafarten angedroht wird, gegen die Rauflust junger Burschen ꝛc. — Abg. Rabl hält eine Maßregel gegen die häufig herrschende Rohheit auf dem Lande für nöthig.

Abg. Schwindl spricht sich gegen die Polizeiwillkühr lebhaft aus, die jetzige Zeit stellt sich die Aufgabe, die Polizeigewalt zu brechen, wir werden dazu beitragen. Er stellt Vergleiche mit den schönen Einrichtungen in dieser Beziehung in der Pfalz an; die Bildung des Volkes im diesseitigen Bayern steht der in der Pfalz nicht nach. Bestelmeyer spricht sich auch warm über die Nothwendigkeit einer glimpflicheren Behandlung Seitens der Behörden aus. — Closen bemerkt, die Staatsdiener müssen eine Art Illuminateneid ablegen, daß sie keiner geheimen Gesellschaft angehören und findet dieses System ungeeignet. Nach einigen Zwischenbemerkungen des Grafen Hegnenberg-Dux wird §. 5. mit der Modif. des Abg. Goetz angenommen. — Der Art. 6. wird unerörtert angenommen. Zu Art. 7. bringt Abg. Fischer eine Modif. ein, die Vorlage eines allgemeinen Wechselrechts betr. Dr. Schwindl wünscht diesen Zusatz in einer eigenen Ziffer ausgeführt und motivirt diese Ansicht.

Der Refr. des Adr.-Entw. hält diesen Zusatz nicht für nothwendig, weil er schon in einem anderen Passus enthalten sey. Abg. Fischer vertheidigt seine Modifikation. Bar. Closen bemerkt, daß die Revision der Wechselordnung, eben so kräftiger Schutz für die Gewerbe in der Thronrede bereits vorgesehen sey. Die Modifikation des Abg. Fischer wird von der Kammer verworfen, der §. 7 unverändert angenommen, den §. 8 betr., bemerkt Pf. Ruland, so lange die Verfassung bestehe, könne von Gleichstellung aller Konfessionen nicht die Rede sein. Er befürchtet eine Lostrennung der Kirche vom Staat. Redner zweifelt, ob dies wirklich der Wunsch der ganzen Nation sey, er möge wohl der Wunsch der Kammer sein, aber gewiß nicht der Nation. — Mit Wärme nimmt sich Schnetzer dieses §. an, da die Freiheit nur in dem allgemeinen Antheil der Israeliten an dem Recht gedeihen könne. Pfarrer Rammoser sieht die Rechte der Kirche dadurch gefährdet und keineswegs die Zeit dazu noch gekommen. Prof. Edel: Die heterogenen Elemente der Adreßkommission sind über alle Punkte einig geworden. Diesem Satz sey er am allerfreudigsten beigetreten. Ohne Religionsfreiheit keine wahre Gewissensfreiheit; sie entspreche vollkommen dem Geiste des Christenthums; dieses aber hat die Toleranz, die es einst selbst für sich in Anspruch nehmen mußte, nicht bewahrt. — Redner verbreitet sich geistvoll über dieses wichtige Thema zu Gunsten der Israeliten und lautes Bravo vom Saal und Gallerie unterbricht seinen Vortrag stürmisch. Die Kirchengesellschaften müssen heut zu Tag ihre Freiheiten wieder vollkommen vereinigen. Alle Korporationen erstreben ihre Freiheiten; dasselbe Recht müssen auch die kirchlichen Korporationen erreichen. Mit den Kirchenbehörden will sich Redner nicht befassen, das sey Jerusalem überlassen, wir haben mit dem staatsrechtlichen Standpunkt zu thun und dieser muß auf das freieste hergestellt werden. (Jubelnde Akklamation.) Der I. Präsident bemerkt, so sehr er die herrschenden Gefühle theile, so gebe er doch zu bedenken, daß Beifallsäußerungen in der Kammer nicht statthaft seyen. Dek. Scholler schließt sich mit warmen Worten diesem Redner an.

Dk. Würth spricht sich gleichfalls für unbedingte Gleichstellung aus. Der §. 8 wird einstimmig angenommen, — eben so §. 9 ohne Debatte. — Beim §. 10 bemerkt Baron v. Closen, es wäre wichtig die Instruktion zu kennen, welche Abgeordneter Willich in Bezug auf Schleswig-Holstein erhalten hat. Der Minister-Verweser des Aeußeren Graf Waldkirch bemerkt, daß Willich die freisinnigsten Instruktionen erhalten habe, daß es die Stellung des Gesandten aber erschweren werde, wollte man diese Instruktionen vollständig mittheilen. Oesterreich theile vollständig die freisinnigen Ideen, die in unserer Proklamation und in der Thronrede ausgesprochen worden: Oesterreich ist der gleichen Ansicht, Deutschland muß verjüngt werden. Die Frage, ob Frankfurt als Sitz des deutschen Bundes beibehalten werden solle, hat bereits eine bejahende Entscheidung erhalten. Der Bund muß gestärkt und neu aufgerichtet werden; dieß ist das allgemeine Bestreben. Bundesrevision ist die erste Frage, welche die neue Volksrepräsentation vertreten wird. Die Kompetenz des Bundes ist bedeutend erweitert worden; die Punkte des §. 10 müssen in der Instruktion eines Bundestagsgesandten enthalten seyn, und beruhen auf einer so liberalen Basis, daß man ihnen volles Vertrauen schenken kann. Baron v. Closen hofft das Nähere in Frankfurt zu erfahren, freue sich vor der Hand, daß Potsdam und Dresden abgelehnt, und Frankfurt der Sammelort sey; — er habe kein Vertrauen auf die Kongresse an gewissen Orten. Erfreulich sey, daß wir uns auch in äußere Angelegenheiten mischen können, während man sonst gesagt hätte: das geht euch nichts an, wie z. B. in früheren Landtagsabschieden häufig ähnliches gesagt worden sey. Redner verliest ein Schreiben, welches er an ein ihm befreundetes Mitglied der provisorischen Regierung privatim erlassen, worin die Gesinnungen des deutschen Nationalgefühls niedergelegt sind. (Der Brief ist an den Astronomen Arrago gerichtet.) Schnetzer äußert sich über die Nothwendigkeit einer gänzlichen Umstaltung des deutschen Bundes. Mögen die deutschen Regierungen dahin wirken, daß das deutsche Parlament bald ins Leben trete.

Minister v. Heintz erklärt, daß die Instruktionen des Abg. Willich von sämmtlichen Ministern berathen wurden und sowohl ihren eigenen, als des Gesandten freisinnigen Ansichten völlig entsprechen. Anbahnung einer deutschen Volkskammer, Wehrverfassung, Verträge zwischen einzelnen deutschen Staaten ꝛc., sind Sache des Parlaments, ebenso das, was zwischen auswärtigen Mächten vorgeht. Eingriffe in die einzelnen Bundesstaaten sind nicht statthaft; wir wollen Deutsche seyn, aber auch Bayern bleiben! (Lautes Bravo von vielen Seiten). Der §. 10 wird unverändert angenommen. Zu §. 11 bringt Schlund eine Modifikation des Inhalts, es solle gesetzt werden „für die Vertreter des Volks“ anstatt „für die beiden Kammern“, und dem Artikel überhaupt eine andre Redaktion gegeben werden. — Graf Hegnenberg-Dux ist über den Punkt „Volksvertreter“ noch nicht mit sich ins Reine gekommen, er wünscht dem Abg. Schlund, daß dieß bei ihm der Fall ist. Redner freut sich, daß wir mit Erlaubniß des Abg. Schlund noch zwei Kammern haben, warum soll nun eine einzige Kammer das Recht besitzen, gute Gedanken zu haben. — Schlund verzichtet nach diesen Bemerkungen auf die Entwicklung. Closen meint, man solle lieber beide Kammern streichen. — Rottenhan weist nach, daß das Einkammersystem sich nirgends vortheilhaft erwies. Dr. Schwindl redet der Modifikation des Abg. Schlund das Wort, für größere Staaten möge das Zweikammersystem nützlich sein; in kleineren Staaten sei es nur ein schwerfälliges Vehikel zur Berathung. Dek. Bauer wünscht zuvor genau den Sinn zu wissen, welchen Abg. Schlund seiner Modifikation gegeben haben wolle. Soll das Zweikammersystem überhaupt beseitigt werden, so wollen wir innehalten; er betrachtet es als keinen Hemmschuh des Fortschritts und schließt sich den Ansichten des Bar. v. Rotenhan an, der es für des Volkes Wohlfahrt für nöthig hält. Der I. Präsident bemerkt, daß diese Frage gar nicht hieher gehöre, es handle sich nur darum, ob der Kammer die Initiation gegeben werden solle. Rammoser hält eine Erklärung des Abg. Schlund für absolut nothwendig. Dittmer spricht gegen diese Ansicht; ebenso Bar. Closen. Dek. Bauer wünscht absolut den Sinn der Schlund'schen Modifikation. Der I. Präsident hält es für gleichgültig, welche Ansicht ein Abgeordneter hat. Dieß verneint Dek. Deininger. Abg. Schlund: Es handle sich hier nur um die Initiation, nicht um ein Ein- oder Zweikammersystem. Der I. Secr. wünscht die Worte gestrichen, da alles zu vermeiden, was zu Zwiespalten führen konnte, welchen Grundsatz wir angenommen. Die Frage des Ein- oder Zweikammersystems wird mit der künftigen Gestaltung der Lage Deutschlands zusammen-

hängen. Jetzt wollen wir nur die Initiative der Gesetzeinbringung uns erbitten. Abg. Barsch spricht unter viel Unruhe. Prof. Edel: Wir sind im Begriff, viel Zeit zu verlieren, überall Controversen, die nicht hieher gehören. Die ständische Initiative ist die Hauptsache, die andern Worte sind Nebensache und gleichgültig, ob man die Worte Schlund's oder die ursprünglichen annehme.

Dr. Edel beantragt »ständische« dem Worte »Initiative« vorzusetzen, welcher Untermodifikation sich Schlund in der Art anschließt, daß »Volksvertreter« wegfalle. Bar. Closen hält das Wort »ständisch« für überflüssig. Pfarrer Ruland wünscht, daß der Punkt, wo von Volksbildung die Rede ist, nicht so allgemein gehalten werde, da der Zustand unserer Schulen doch im Allgemeinen ein trefflicher sey. Dek. Goetz stimmt dafür, daß man diesen Ausdruck lasse. Graf Hegnenberg-Dux rechtfertigt nochmals die Fassung der Worte im Adreß-Entwurf, indem er den einzelnen Gegnern des Artikels entgegentritt, er verwahrt sich, als habe man unüberlegt diesen Passus geschrieben. In Bezug auf den zweiten Punkt bemerkt der Redner: »Wir haben viel Volksschulen und wenig Volksbildung, wir haben viel Religion und wenig Moral. (Stumme Aeußerung des Beifalls) Die vereinigte Modif. der Abg. Schlund und Edel wird angenommen, ebenso der ganze modificirte Art. 11. — Zu 12 beantragt Christmann bei dem Wort und einzuschalten »und die Pensionsverhältnisse ihrer Hinterbliebenen.« — Christmann bemerkt hiezu, daß seine Redaktionsänderung nur die größere Deutlichkeit erzwecke. Der Abschnitt 12 wird in dieser neu redigirten Art angenommen. Der §. 13 wird unverändert angenommen. Der §. 14 und Schluß stößt auf keinen Widerspruch und wird demselben einmüthig beigestimmt. Die ganze Adresse ist in der erwähnten Fassung mit den wenigen Modifikationen angenommen. — Bar. Closen stellt den Antrag, die Kammer möge erklären, daß München, welches in den neuen Ereignissen so ruhmvoll vorangegangen, sich um Bayern, um Deutschland sehr verdient gemacht habe. Einstimmig wird diesem Antrag mit ungeheurem Jubel Folge geleistet. — Hiemit endete die Sitzung, die nächste wird eigens anberaumt werden.

(München, den 27. März.) Oesterreich hat auf des Königs von Preußen Proclamation vom 21. März, seine frühere Einstimmung zu dem Congreß in Potsdam (statt Dresden) zurückgenommen. Es erkennt nunmehr, worauf Bayern stets hingearbeitet, nur Frankfurt als den legalen Berathungsort über die Revision des Bundes an. Die dießfällige Circularnote Oesterreichs mißbilligt, gleich der bayerischen an alle Höfe ergangenen, einseitiges Voranschreiten. (A. A. Z.)

** (Nürnberg, den 28. März.) Faktisch ist, daß das königliche Stadtkommissariat den Buchhändlern, Lithographen ꝛc. aufgab, Verzeichnisse ihrer Novitäten vorzulegen; ob es diese vermittelst eines Cirkulares, oder mündlich (wie uns anfangs berichtet worden) gethan, darauf kommt wenig an. Hiezu hatte das k. l. Stadtkommissariat kein Recht. Wenn im jetzigen Augenblick selbst Paragraphen der Verfassungsurkunde im Geist der neuesten Proklamationen, im Geist einer neuen Zeit interpretirt sein wollen, so ist es vollends nicht gestattet, Privatübereinkünfte zwischen dem Stadtkommissär und den Buchhandlungen ꝛc. geschlossen, unter wesentlich andern Verhältnissen und zu einer Zeit, da man der Polizei noch auf Gnade und Ungnade anheimgegeben war, einem Paragraphen der Verfassungsurkunde gleichzustellen. Diese Privatübereinkünfte sind erloschen. Wurden hier Schriften ꝛc. verbreitet, welche die Sittlichkeit antasteten, die Ehre des Königs verletzten ꝛc., so mußte das k. Stadtkommissariat einschreiten, und die Sache den Gerichten zur Entscheidung übergeben. Das würde unsern Beifall gehabt haben, denn wir wollen keine Preßfrechheit; wir wollen Achtung vor den Gesetzen, aber keine Polizeiwillkühr. Wenn der k. Stadtkommissär fragen zu müssen glaubt, ob unsere Sprache eine würdige zu nennen sey, so haben wir zu bemerken, daß er hoffentlich damit nicht wird sagen wollen, unsere Sprache sey eine unwürdige gewesen, denn für diesen Vorwurf würde er den Beweis zu liefern haben und dieser dürfte ihm etwas schwer werden. Devot ersterbende Unterwürfigkeit, Scheu vor der unnahbaren Heiligkeit eines Beamten, liegt allerdings nicht in unserm Charakter, wir sagen frei und offen Jedem ins Gesicht, was wir für recht halten oder nicht. Daß dies nicht aller Welt gefällt, ist uns begreiflich, allein nicht Alles, was Dem oder Jenem mißfällt, ist deßhalb unwürdig.

(Bamberg, den 28. März.) In der gestern Nachmittags hier abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Volksversammlung wurde Herr Anwalt Titus als Abgeordneter zur Versammlung deutscher Volksmänner in Frankfurt a. M. mit allgemeiner Aklamation ernannt.

(Speyer, den 25. März.) Dem Vernehmen nach ist Hr. Regierungsrath Bettinger zum Regierungsdirektor bei der hiesigen Kammer des Innern ernannt. (N. Sp. Z.)

(Speyer, den 24. März.) Es ist uns dieser Tage eine Schrift zugekommen, welche den Titel führt: »Im preussischen Heere! Ein Disciplinarverfahren gegen Premier-Lieutenant v. Willich, Kompagnie-Kommandeur in der kgl. preuss. 7. Artillerie-Brigade, als Folge der durch den Prozeß »Anneke« in dieser Brigade herbeigeführten Vorgänge, mit Vor- und Nachwort. Mannheim. Verlag von Heinrich Hoff.« Die Schrift verdient namentlich darum Beachtung, weil sie thatsächlich zeigt, wie völlig rechtlos die Offiziere im preussischen (und wohl auch in manchem andern) Heere gestellt sind. Wir hoffen, daß der Umschwung der Dinge, und daß namentlich die Beeidigung des Militärs auf die Verfassungen diesem auch die Wohlthat einer bessern Stellung und Sicherung gegen Laune und Willkür verschaffen werde. Die neue Gestaltung soll auch für die Truppen sich nicht blos in leeren Worten äußern. (N. Sp. Z.)

Baden. (Heidelberg, 26. März.) Bei der heute hier abgehaltenen Volksversammlung wurde der Vorschlag, bei dem deutschen Parlament das Zustandekommen einer Föderativrepublik zu beantragen, entschieden abgelehnt.

Freie Städte. (Frankfurt, 27. März.) [Programm für die ersten Tage der berathenden Versammlung deutscher Abgeordneten und Volksmänner über ein deutsches Parlament, welche in Frankfurt a. M. Ende März 1848 stattfindet.] Einweisung der Abgeordneten. Mittwoch, den 29. März von 3—8 Uhr Nachmittags; Donnerstag den 30. März von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, und Freitag den 31. März von 7—8 Uhr Morgens ist das Anmeldebureau im Gasthofe zum Weidenbusch für die ankommenden Mitglieder der Versammlung geöffnet; sie werden gebeten, sich daselbst anzumelden und ihre Wohnungs- und Eintrittskarten in Empfang zu nehmen. — Austheilung der Zuhörerkarten. Donnerstag den 30. März von 10—12 Uhr Vormittags, und von 3—5 Uhr Nachmittags werden im Holländischen Hofe zu ebener Erde Zuhörerkarten an hiesige Einwohner ausgetheilt. Die Zuhörerkarten für Nichthiesige werden im Einweisungsbureau ausgegeben. An Frauen können des sehr beschränkten Raumes wegen keine Eintrittskarten abgegeben werden. Berathung der Abgeordneten. Freitag, den 31. März 8½ Uhr Morgens: Versammlung der Mitglieder im Kaisersaale des Römers zur Vorberathung. Von da begeben sich dieselben gegen 10 Uhr Morgens in die Paulskirche, dem Orte der öffentlichen Berathung. Samstag, den 1. April, 9 Uhr Morgens: Fortsetzung der Berathung in der Paulskirche kann nur gegen Vorzeigung der Karten und durch die auf denselben bezeichnete Thür stattfinden. Um das Fahren über den Kirchenplatz zu verhindern, und den Berathungen in der Kirche die möglichste Ruhe zu sichern, werden die Zugänge zu dem Paulsplatze durch die Bürgerwehren, Festordner aus der Bürgerschaft und Turner gesperrt. Es kann daher der Zutritt zu dem Kirchenplatze selbst nur den mit Eintrittskarten versehenen Personen gestattet werden. Da diese Abschließung des Platzes lediglich den oben angegebenen Zweck hat, so ist gewiß anzunehmen, daß sie von allen Mitbürgern, Bewohnern und Besuchern unserer Stadt gebilligt und geachtet werden wird. Zugleich sind Veranstaltungen getroffen, die Verhandlungen in der Kirche so rasch, als möglich, und im Laufe des Tages mehrmals, durch die Presse zu veröffentlichen, und dadurch die Vielen zu befriedigen, welche sich in ihren Hoffnungen, Eintritt in die Kirche selbst zu erhalten, vielleicht getäuscht sehen werden. Bei der hohen Wichtigkeit, welche dieser Zusammentritt deutscher Volksmänner für die zukünftige Gestaltung unserer vaterländischen Verhältnisse hat, wird es jedem Vaterlandsfreunde nicht unangemessen erscheinen, daß die Bevölkerung der Stadt, welche diese Zukunftssaat in ihren Mauern ausstreuen sieht, das ernste Ereigniß auch mit äußerer Würde und äußerem Festglanze umgibt. Daher soll am Vorabend der Versammlung schon Donnerstag den 30. im Stadttheater die Oper „Tell" aufgeführt werden mit einem Prolog und allegorischem Tableau. Eine Ehrenwache der Bürgergarde ist an dem Versammlungsorte, an der Paulskirche, aufgestellt, und das Geläute aller Glocken und der Kanonendonner der Bürger-Artillerie empfängt die Abgeordneten bei ihrem Zuge aus dem Römer. Freitag, den 31., soll dem Präsidenten der Versammlung ein Fackelzug mit Sängerchören gebracht werden. Der Zug wird sich um 7 Uhr Abends von dem Obermainthor aus in Bewegung setzen, und sich über die Lange Straße, die Allerheiligengasse, die Zeil, auf den Roßmarkt vor den Englischen Hof begeben, von da durch die Weißadlergasse, große Sandgasse und Neue Kräme auf den Römerberg. Samstag, den 1. April: Beleuchtung der Stadt. An den Abenden des Donnerstags, Freitags und Samstags sind die Säle des Weidenbuschs, Wolfsecks und ehemaligen Königs von Preussen (jetzt deutschen Hofs) zu freundschaftlichem Verkehre mit den geehrten Gästen geöffnet. Die Kunst- und wissenschaftlichen Anstalten stehen an den genannten Tagen zur Ansicht offen. Frankfurt a. M., den 27. März 1848. Die vereinigten Festausschüsse. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 26. März Morgens.) Die Stimmung unserer Bevölkerung in Betreff der neuesten Handlungen und Erlasse Friedrich Wilhelms IV. bezeichnet der Umstand, daß der Wirth „zum König von Preußen" sein Schild abnehmen mußte, um Ausbrüchen des Volksunwillens zuvorzukommen. (A. A. Z.)

(Hamburg, d. 24. März.) Jetzt, nachdem unsere Stadt vorläufig beruhigt ist, regt es sich im Landgebiete, und Bergedorf mit den Vierlanden sollen in vollem Aufstande sein, so daß man sich veranlaßt sah, einen Theil unserer Garnison mit der Eisenbahn dorthin zu schicken. (Köln. Z.)

Hannover. (Göttingen, 23. März.) Der König hat jetzt den Senator Heintze gänzlich seines Amtes entsetzt. Auch hat er an den akademischen Senat ein Schreiben ergehen lassen, worin er denselben auffordert, schleunigst einen Bericht über die Veränderungen, welche in Betreff der Polizei und der akademischen Gesetze gewünscht werden, einzusenden. Da dieser Bericht in wenigen Tagen schon fertig ist, so wird mit dem nächsten Semester, welches am 1. Mai beginnen soll, nicht allein die hiesige königliche Stadtpolizei den Studenten nichts mehr zu sagen haben, sondern es werden auch neue Gesetze in Kraft treten. (Wes. Z.)

(Goslar, den 22. März.) Auch hier sind höchst tumultuarische Auftritte vorgekommen. Gestern Abend wurde zuerst das Haus des Syndicus Neuburg und dann das Haus des beim Volke sehr unbeliebten Magistratsdirektor Sandvoß demolirt, alle Fenster eingeworfen und das ganze Mobiliar und Hausgeräth buchstäblich in Stücke zerschlagen. Die Straße war mit Trümmern bedeckt. Hr. Sandvoß mit seiner Frau konnten kaum noch durch die Flucht sich retten. Noch gegen andere unbeliebte Beamte wurden Drohungen ausgesprochen. Heute hat sich eine Bürgergarde von 3 bis 400 Mann gebildet, welche im Einverständniß mit dem Militär die Ruhe aufrecht halten wird. (Wes. Z.)

Hessen. (Mainz, 26. März.) In der gestrigen Bürgerversammlung wurden die Herren Dr. Zitz und Hestermann als Vertreter unserer Stadt am deutschen Parlament gewählt; auch für Beschickung der Volksversammlung in Heidelberg wurden drei Mitglieder des Bürgerausschusses bestimmt, die Herren Dr. Strecker, Trunk und Scholz. (Fft. O.-P. Z.)

(Kassel, 25. März.) Sicherem Vernehmen nach ist von unserer Regierung Professor Jordan als derjenige ausersehen, welcher mit dem unbegrenzten Vertrauen des Volkes bekleidet, für Kurhessen an der Revision der Bundesverfassung theilnehmen soll. Die Abgeordneten Henkel, Schwarzenberg und Professor Bergk werden an der Frankfurter Nationalversammlung, die am 30. d. M. eröffnet werden soll, theilnehmen. (Fkft. O.-P.-Z.)

(Kassel, d. 25. März.) Wunderbare Dinge erlebt man heutzutage. Man weiß oft nicht, ob man wacht oder träumt. Jordan wurde heute zum Kurfürsten geladen und — zum Bundestagsgesandten ernannt! Jordan hat sich indessen vorbehalten, vorerst seine Mission als Landtagsdeputirter bei der Versammlung in Frankfurt zu vollführen. (Frankft. J.)

Oesterreich. (Wien, d. 21. März.) Die Wiener Zeitung enthält heute eine Darstellung der österr. Finanzverhältnisse vom Verwaltungsjahr 1841 bis incl. 1847, woraus sich ergibt, daß sich die Einnahmen im Jahre 1845 auf 146,583,000 fl. beliefen, im Jahr 1846 auf 154,078,000 fl. stiegen, im Jahr 1847 aber nur 151,545,000 fl. (vorzüglich wegen Abnahme der Verzehrungssteuer) betrugen. Die Ausgaben beliefen sich im Jahr 1841 auf 141,400,000 fl., im Jahr 1846 auf 151,326,000 fl. und im Jahr 1847 auf 157,151,000 fl. hauptsächlich wegen des Militäraufwands, welcher im Jahr 1845: 50,624,000

fl., im Jahr 1846 (Gallizien) 57,476,000 fl. und im Jahr 1847 (Italien) 61,238,000 fl. betrug. Obgleich deßhalb im Jahr 1846 nur ein Ueberschuß von 2,752,000 fl. und im Jahr 1847 gar ein Defizit von 5,006,000 fl. sich ergab, lieferte die ganze 7jährige Periode einen Ueberschuß von 38,731,000 fl. Im Wege der Anleihen gingen 118,293,000 fl. ein, was mit obigem Ueberschuß zusammen 157,024,000 fl. an außerordentlichen Mitteln ergab. Hievon wurden 46,897,000 fl. zum Eisenbahnbau und 101,707,000 fl. zur Schuldentilgung verwendet; der Rest ging in die Periode des Verwaltungsjahres 1848 über. Die Ergebnisse in den ersten Monaten dieses Jahres werden demnächst mitgetheilt werden.

Preussen. (Berlin, 26. März.) In der Proclamation vom 21. März war die Erwartung ausgesprochen, daß der bereits am 2. April zusammentretende Landtag das Mittel darbieten werde zur Bildung eines zeitweiligen deutschen Parlaments, welches das Erforderliche zur Abwehr der inneren und äußeren Gefahr durch gemeinsames Wirken ohne Verzug vorzukehren habe. Die Form für die Vereinigung aus den Organen der verschiedenen deutschen Stände-Versammlungen zu einem allgemeinen deutschen Landtage sollte sofort näher erwogen werden; der Ort der Versammlung blieb unbestimmt; als der geeignetste bot sich Frankfurt a. M. dar; doch schien der Umstand, daß Se. Majestät der König der deutschen Bundesfürsten und Regierungen zum 25. März nach Dresden oder Potsdam eingeladen hatte, für einen dieser Orte zu sprechen. Dieser beabsichtigte deutsche Congreß hat im Drange der Umstände, welche den deutschen Bundesfürsten die Pflicht auferlegten, in der Mitte ihrer Völker zu bleiben, nicht zu Stande kommen können (?!). Unterdessen sind jedoch die Abgeordneten mehrerer deutschen Staaten — von Würtemberg, Großherzogthum Baden, Großherzogthum Hessen und Nassau mit einem ähnlichen Vorschlage, wie der von Preussen beabsichtigte, hier in Berlin angekommen und haben sich unter Zutritt des hiesigen Königlich sächsischen Gesandten mit der diesseitigen Regierung über folgende Punkte benommen: 1) Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung des gesammten Bundes unter Einem zu erwählenden Bundeshaupte, eines aus den Bundesgliedern oder deren Delegirten bestehenden Oberhauses und eines demselben zur Seite stehenden Unterhauses von Abgeordneten der Nation, hervorgegangen aus den einzelnen Bundesstaaten. 2) Als Gegenstände der Kompetenz und Thätigkeit dieses Bundes-Gesammt-Organes hat man bezeichnet: das Bundesheerwesen und die deutsche Volksbewaffnung, Herstellung eines ständigen Bundesgerichts, möglichste Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung, vor Allem über Heimathswesen, Staatsbürgerrecht, Gerichtsverfahren, Straf- und Handelsrecht rc., so wie Herbeiführung eines gemeinschaftlichen Systems für Zollwesen, Handel, Münze, Maß, Gewicht, Eisenbahnen rc. und endlich Fürsorge für gemeinschaftliche Vertretung des Bundes im Auslande. Behufs der schleunigsten Erwägung über vorstehende Punkte wird beabsichtigt, der Bundesversammlung unverweilt siebzehn das Vertrauen der Nation genießende Männer beizuordnen. Die so verstärkte Bundesversammlung würde demnächst jene Punkte zum Beschluß erheben und letzterer alsdann unverzüglich in Ausführung gesetzt werden. Jede der siebzehn Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung wird einen der Männer des öffentlichen Vertrauens dem Bundestage beizugesellen haben. Preussens Wahl ist auf Dahlmann gefallen. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 26. März.) Nachdem die Nachricht hierher gelangt war, daß sich in Kiel eine provisorische Regierung gebildet hat, um gegen einen erwarteten Angriff auf die Herzogthümer durch dänische Truppen Vorkehr zu treffen, hat die Königliche Regierung sich bewogen gefunden, an verschiedene Truppentheile schleunige Marschordre zum Vorrucken an die diesseitige Gränze zu ertheilen, um auf diese Weise bereit zu sein, etwaige gewaltsame Verletzung des Gebietes deutscher Nation ebenso zurückzuweisen. Zugleich sind die Regierungen der zunächst gelegenen Bundesstaaten von Hannover, Mecklenburg und Braunschweig von hier aus aufgefordert worden, auch ihrerseits zum Schutze des gemeinsamen vaterländischen Bodens ihre Truppen zu rüsten und an die Gränzen rücken zu lassen. Es ist zu hoffen, daß diese Achtung gebietende Stellung deutscher Bundesfürsten, dem Auslande gegenüber, einerseits der Verletzung des deutschen Gebietes, andererseits dem weniger geregelten Beistande, welchen die Nachricht von jener drohenden Verletzung in Deutschland hervorrufen konnte, zuvorzukommen sein wird. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 24. März.) Noch vor wenigen Tagen galt der Prinz von Preussen als derjenige, welcher durch Militärgewalt die neue Ordnung der Dinge wieder umzustürzen versuchen werde. Seitdem wird offiziell angezeigt, daß er nach England gezogen sey; aber man glaubt ihn bald in Spandau, bald in Potsdam an der Spitze der Garde. Wir sind im Stande, aus zuverlässigster Quelle zu berichten, daß der Prinz von Preussen am 23. d. die preussische Gränze passirt, und in der Villa Gustaviana bei Ludwigslust an diesem Tage abgestiegen ist, mit der von ihm ausgesprochenen Absicht, von dort aus weiter nach England zu reisen. In der Nacht vorher war er von Potsdam aus in Perleberg angekommen, in Begleitung seines Adjutanten, der sich Eilwich nannte. Während dort der Adjutant Extrapost bestellte, war der Prinz vor's Thor gegangen, entfernte sich aber dabei zu weit von der Chaussee, so daß der Wagen ihn verfehlte, und der Adjutant um 11½ Uhr in der ersten mecklenburgischen Gränzstadt Grabow ankam. Der Prinz war mittlerweile zu Fuß nach dem Dorfe Quitzow, dicht bei Perleberg, und erklärte dort dem Prediger Behrens, daß er ehegestern Potsdam mit seiner Familie verlassen, von dieser aber getrennt, weiter befördert zu werden wünsche. Der Prediger ist dazu sofort bereit, der Prinz will aber nicht verweilen, sondern geht immer voran; als der Wagen des Predigers ihn erreicht, verlangt der Prinz auf Nebenwegen zu fahren, und erreicht so mit den erschöpften Pferden das Vorwerk Meßkow, zu Rabenow gehörig. Von Meßkow eilt der Prediger nach Rabenow, dem Gute des Ober-Konsistorial-Präsidenten v. Voß, und requirirt zwei Pferde mit einem Leiterwagen, auf dem der Prinz allein nach Grabow fährt, so daß der Wagen des Predigers mit diesem und dem Inspektor Rabenow immer 1000 Schritt vorausfahren muß. Auf dem Bahnhofe von Grabow erkannt, erregte dies große Aufregung, und der Prinz zog es vor, mit seinem Adjutanten wieder vereinigt nach Ludwigslust auf der Chaussee zu fahren, wo er, wie gesagt, in der Villa Gustaviana abstieg. Was den Prinzen zu diesen Vorsichtsmaßregeln bewogen, ist uns nicht recht klar, wenn man nicht etwa eine große Aufregung der Provinz voraussetzen will, die er habe vermeiden wollen. Aus den Gesprächen, die er mit dem Prediger Behrens führte, ist das charakteristisch, daß der Prinz am Beerdigungstage in Berlin einen neuen Aufstand vermuthete, dessen Gräuel seine in Berlin getroffenen Maßregeln rechtfertigen würden. (Köln. Z.)

(Köln, d. 26. März.) Gestern fand hier eine sehr zahlreiche Versammlung von Soldaten aller hier anwesenden Truppengattungen Statt, um über die auch im Militärwesen dringend nöthigen Reformen zu berathen. Man vereinigte sich schließlich über folgende Anträge, welche in einer dem Kommandanten der 15. Division einzureichenden, in sehr gemäßigter Sprache abgefaßten Petition, gestellt werden sollen: Abschaffung der Anreden mit „Du" und „Er"; Abschaffung des Parade-Exercirens und Vermehrung der Schieß- und Felddienst-Uebungen; Einführung des Geschworenen-Gerichts mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit für alle militärischen Vergehen und Verbrechen. (Köln. Z.)

(Coblenz, 24. März.) Gestern Abend sind hier anonyme Schmähzettel gegen die Person unseres Königs an öffentlichen Orten heimlich angeschlagen und verbreitet worden, die als „Aufruf der Bürger zu Mainz an ihre deutschen Brüder" gelten möchten. (Köln. Z.)

(Ostrowo, den 23. März.) Die polnische Bewegung in der Provinz gewinnt mit jedem Tage an Umfang. In Borek, Wreschen, Miloslaw und anderen Städten sind bereits die preussischen Adler abgerissen, und Lebehochs auf Polens Wiedergeburt ausgebracht worden. In den zwei erstgenannten Städten wurden die Posten angehalten, und diese, so wie die darauf befindlichen Reisenden genau revidirt. In Miloslaw wurde der Postkasten bei der Ankunft von dem ungeduldigen Volke gesprengt und die Güter untersucht. Eine bedeutende Aufregung war gestern in Pleschen, wo die Polen das polnische Reich proklamirten, den Bürgermeister und Landrath entsetzten, und die Befreiung der Gefangenen mit Gewalt bewerkstelligten. Von einem Augenzeugen vernehmen wir, daß das Militär, welches die Stadt verlassen, und vor derselben bivouakirt hatte, so wie der Landrath und Bürgermeister, heute wieder zurückgekehrt seyen, was jedoch die Bewegung keineswegs hemmte. Aufrufe an die „polnischen Brüder" werden überall vertheilt, und bei allen Polen sieht man die polnische Kokarde auf den Mützen. Auch hier ist Alles in Aufregung, und die Geschäfte werden überall vernachläßigt, und den ganzen Tag sieht man nur Gruppen von Leuten jeder Klasse, worunter man nicht selten auch Polen bemerkt, die sich sehr friedlich verhalten, und von der Proklamirung des polnischen Reiches sprechen, die wir stündlich erwarten. Unser Militär hat Ordre, so bald es zum Aergsten kommen sollte, sich nach Krotoschin zurückzuziehen, wo sich das erste Ulanen-Regiment sammeln wird. Vorläufig sind von dort 50 Mann Füsiliere hier angelangt, um, vereint mit den Bürgern, die Stadt vor Plünderern zu schützen; von den gut gesinnten Polen haben wir durchaus nichts zu fürchten. Unsere Bürgergarde ist bereits organisirt. Gegen 500 Bürger sind bewaffnet, und stets bereit, etwaigen Unfug oder Plünderung mit Energie zu verhindern. Daß sie sich der polnischen Sache überhaupt nicht widersetzen können, ist leicht denkbar, da man über den Erfolg, welchen die Mission der Deputation des polnischen National-Komité's haben wird, noch in Zweifel ist, und Militär- und Civil-Behörden sich jetzt ganz neutral verhalten. — Es bestätigt sich, daß an der Grenze von Kalisch bis Peisern Zelte für russisches Militär gebaut werden. (Bresl. Z.)

(Königsberg, den 22. März.) Um 2 Uhr war auf dem Paradeplatze eine Volksversammlung, in welcher die Berliner Ereignisse mitgetheilt und das Volk aufgefordert wurde, einem etwaigen Einmarsche der Russen sich auf das Entschiedenste zu widersetzen. In dem Augenblicke verbreitete sich die Nachricht, daß so eben eine Depesche des russischen Gesandten in Berlin nach der russischen Grenze bestimmt, auf der Post angekommen wäre. Man besorgte, daß diese Depesche, da der Kampf in Berlin noch nicht entschieden ist, die an unserer Grenze stehenden Truppen auffordere, in unsere Provinz einzurücken und einstimmig erscholl der Ruf: die Depesche darf nicht von hier weitergehen; auf die Post! auf die Post! In wenigen Augenblicken waren der Posthof und die angrenzenden Straßen von vielen Tausenden erfüllt, und der Hof-Postmeister Pfitzer wurde aufgefordert, diese russische Depesche auszuliefern. Auf die Erklärung desselben, daß er hiezu nicht ermächtigt wäre, sondern daß der Ober-Präsident hierüber nur bestimmen könnte, begab sich das Volk, der Hof-Postmeister Pfitzer mit der Depesche in der Mitte nach dem Schlosse. Der Oberpräsident gab dem dringenden Verlangen des Volkes nach und versprach, indem er sein Ehrenwort zum Pfande einsetzte, daß die Depesche hier zurückgehalten werden sollte. Da trat ein Bürger zum Ober-Präsidenten heran und sagte: „Sie haben uns so oft betrogen und wir trauen Ihnen nicht!" Man verlangte, daß die Depesche bei dem Magistrate deponirt werden sollte, und auch hierzu gab der Ober-Präsident seine Zustimmung. Als man nun aber die Depesche in Empfang nehmen wollte, war sie nicht mehr da und es hieß, daß sie wieder auf der Post wäre. Sogleich zog die ganze Volksmenge nach der Post, und verlangte von dem Hof-Postmeister die Auslieferung der Depesche. Dieser erklärte aber, daß er sie dem Ober-Präsidenten übergeben hätte, und von dem weitern Verbleiben derselben durchaus nichts wisse. Nun entstand ein furchtbarer Tumult; das Volk schrie: wir sind wieder betrogen! und drohte, das Postgebäude zu demoliren, wenn nicht sofort die Depesche herbeigeschafft würde. Es war von der Erbitterung des Volkes Alles zu befürchten; nur durch das Versprechen eines entschlossenen Mannes, sofort mit Kurierpferden der Estafette nachzufahren, um die Depesche zurückzuhalten, wurde der Ausbruch eines furchtbaren Tumultes verhindert. Der Oberpräsident stellte die Vollmacht aus, die Depesche der Estafette abzunehmen und das Volk beruhigte sich, erklärte jedoch, daß wenn nicht innerhalb 5 Stunden die Depesche zurück wäre, es sich an ihn halten würde. Die Estafette wurde 1½ Meilen von hier eingeholt und die Depesche ihr abgenommen. Ungeheurer Jubel herrschte in den Straßen, als nach 2 Stunden die Depesche zurückgebracht wurde, und wohl 10,000 Menschen begleiteten den Ueberinger derselben nach dem Magistrate, wo sie dem Oberbürgermeister Krah zum Deponiren übergeben wurde. Heute Nacht sind an den Thoren, auf der Post und an der Wohnung des kommandirenden Generals Bürgerwachen aufgestellt, um zu verhindern, daß neu ankommende Depeschen nach Rußland weiter befördert werden. (Wes. Z.)

(Posen, den 23. März.) Die heutige Posensche Zeitung enthält Nachstehendes: Folgende allerhöchste Cabinetsordre beeilen wir uns hiermit zu allgemeiner Kenntniß zu bringen: Das durch meine Ordre vom 7. März 1846 in der Provinz Posen und einem Theile der Provinz Preußen angeordnete Standrecht wird hiermit aufgehoben. Berlin, 21. März 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. Posen, 23 März. 1845. Der kommandirende General v. Colomb. Der Oberpräsident v. Beurmann. (D. A. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 24. März.) In einer gestern Abend gehaltenen außerordentlichen Sitzung des hiesigen Schriftsteller-Vereins ward von den Anwesenden der Beschluß gefaßt, die Versammlung deutscher Männer in Frankfurt zur Vorberathung über Bildung des deutschen Parlaments zu beschicken, und als Vertreter der Interessen der Presse und Literatur Dr. Wuttke, dermaliger Vorstand des Vereines, welcher bereits zu jener Versammlung eingeladen worden ist, einstimmig gewählt. (Köln. Z.)

Italien.

In den vollständigen Umsturz der Dinge in der Lombardei und Venedig sind auch Parma und Modena gezogen. Beide Herzoge und der Erzherzog Rainer als Flüchtlinge in Tyrol. Radetzky soll gefangen seyn. In Mailand ist die Entscheidung über das künftige Schicksal des Staats noch vorbehalten. Piemont und Toskana setzen Truppen gegen die Lombardei in Bewegung. Die päpstliche Fahne ist mit der Nationalfahne verschmolzen. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Zürich, den 25. März.) Die im Kanton Luzern überall aufgepflanzten Freiheitsbäume sind der unterlegenen Partei ein Dorn im Auge. Am 19. Nachts zog ein bewaffneter Haufe in das Dorf Ruswyl, um den dortigen Freiheitsbaum umzuhauen. Die liberale Partei suchte es zu verhindern. Es wurden viele Schüsse gewechselt und Großrath Bachmann tödtlich verwundet. Strenge Untersuchung ist angeordnet. — Die bisher flüchtigen HH. Reg.-Rath Hautt und Großpräsident Fischer sind in Luzern angelangt. — Am 23. hat sich die Bundeskommission mit großer Mehrheit über die Repräsentationsfrage vereinigt. Das Zweikammersystem ist mit 17 Stimmen von 21 angenommen, jede Kammer mit getrennter Berathung und Abstimmung. Alle Beschlüsse des Repräsentantenrathes sind rechtskräftig, wenn sich nicht die Mehrheit der Tagsatzung (Kantonsgesandte) dagegen ausspricht. Die kleinen Kantone sogar sollen diesem System gar nicht abhold seyn. Es liegt darin in der That das einzige Mittel, die Kantonalsouveränität gegen die herrschend gewordene Nation zu sichern. — Die Großen Räthe von Thurgau und Tessin haben gleichzeitig die Reichthümer der Klöster zu Staatszwecken in Anspruch genommen. Dort müssen sie eine Steuer von 2 % des Einkommens bezahlen; hier ist all ihr Eigenthum zu Staatsgut erklärt, mit Unterhaltungspflicht gegen die Mönche. (Schw. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Zimmel.

A n z e i g e n

Bürger von Nürnberg!

Freitag den 31. März treten deutsche Volksmänner in Frankfurt zusammen, um sich über eine neue Verfassung für das deutsche Volk zu berathen. Ihr Alle kennt die Bedeutung dieses Schrittes. Ein neuer großartiger Wendepunkt ist für Deutschlands Geschichte gekommen: was seit langer Zeit der heißeste Wunsch jedes Deutschen war, was uns als edelstes höchstes Ziel bei all unserm Thun und Treiben vorschwebte, das ist nunmehr zur Wirklichkeit geworden: Die deutschen Stämme stehen wieder brüderlich vereinigt, als Eine freie und mündige Nation auf dem Schauplatz der Welt. In den Jahren 1813 und 1814 haben wir in heldenmüthigem Kampfe unsere Unabhängigkeit nach Außen erkämpft, in den letzten Tagen ist es uns in einem nicht weniger glorreichem Kampfe gelungen, durch den Befreiungskrieg gegen unsere inneren Feinde, gegen die Feinde der einigen und freien Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes zu einem glücklichen Erfolge zu führen. Die deutsche Nation hat das Bevormundungssystem des Polizeistaats abgeworfen, hat die Schranken niedergerissen, die der Vereinigung und dem gemeinsamen Zusammenwirken der deutschen Stämme im Wege standen, und entsendet nun die edelsten und tüchtigsten Männer zur Berathung über die neue Gestaltung des deutschen Staatslebens: Das Volk schafft sich aus der Fülle seiner Macht, aus der Kraft seines ureigenen Geistes, einen freien, deutschen Staat.

Einheit und Freiheit Deutschlands! — in diesen beiden Worten liegt der Inbegriff aller unserer Größe, unseres Stolzes, unseres Glücks: Bayer und Preusse, Sachse und Oesterreicher, alle fühlen sich wieder als deutsche Bürger, als Glieder Eines großen Ganzen: Der Gedanke und das Bewußtseyn: ein freier Deutscher zu seyn, durchzuckt jetzt wonneberauschend und beseligend jedes Herz in unserm großen Vaterlande. —

Wollen auch wir deutsche Bürger, die Nürnbergs Mauern umschließt, wie es bereits an andern Orten geschehen ist und noch geschehen wird, die Gefühle, die unsere Brust im jetzigen Augenblick durchziehen, laut werden lassen, wollen wir zu erkennen geben, daß wir die Wichtigkeit des gegenwärtigen Zeitpunktes zu deuten wissen: Wir wollen diesen Tag der Vereinigung der freien deutschen Völker — den 31. März — würdig auszeichnen und begrüßen: schwarz-roth-goldne Flaggen sollen von unseren Häusern wehen, schwarz-roth-goldne Cocarden unsere Hüte zieren.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Unterzeichneter bringt hiemit einem hochverehrten Handelsstand und Gesammtpublikum zur Anzeige, daß er von S. Nro. 178 am Maxplatz in S. Nro. 978 bei den Salzfischern gezogen ist. Der verlassenen Nachbarschaft dankend und die neue begrüßend, bemerkt derselbe noch, daß bei ihm alle optischen Gegenstände sowohl neu verfertigt als auch wieder alle Reparaturen prompt und aufs pünktlichste besorgt und die billigsten Preise versichert. Um geneigte Aufträge bittend empfiehlt sich ergebenst

Georg Sill,
Optikus und Optischwaaren-Fabrikant.

Wohnungs-Veränderung.

Der Unterzeichnete beehrt sich, dem hiesigen Publikum anzuzeigen, daß er nunmehr im Unschlitthause L. Nro 171 wohnt und fortfährt, Unterricht in der italienischen, französischen und englischen Sprache zu ertheilen.

Nürnberg, den 29. März 1848

L. Muralt,
autoris. Lehrer.

E m p f e h l u n g.

Zu Suppen, Milchspeisen und Backwerken verschiedener Art empfehle ich zur geneigten Abnahme: Reismehl, Reisgries, ferner zu sehr nahrhaften Getränken entöltes Cacao und Chocoladepulver.

Carl Mehring,
am grünen Markt.

A n z e i g e.

Am 27. oder 28. d. Mts. wurde bei St. Johannis ein an einem Grabe befestigter Kranz aus Immergrün mit eingefügtem aus Buchs und kleinen Strohblümchen gefertigten Namenszuge C. S. von einer gut gekleideten Person aus hiesiger Stadt entwendet. Wer mir den Kranz zurückbringt und die Thäterin nennt, kann auf eine Belohnung rechnen.

Hiebei drängt sich die Frage auf: Ist es möglich, daß in einer Stadt, ausgezeichnet durch religiösen Sinn, schnöde Habsucht oder hämische Schadenfreude das Heiligthum der Gräber anzutasten wagen dürfen? und gibt es keinen Schutz gegen solchen Kirchenraub.

Nürnberg, am 29 März 1848.

Dr. Seuffert.
S. Nro. 758.

Aufforderung.

Dem Wunsche vieler Hausbesitzer entsprechend, welche in den Jahren 1811 und 1812 ihre auf den Häusern ruhenden Waldrechte zu liquidiren unterlassen haben, soll eine Versammlung derselben anberaumt werden, um sich über die gemeinschaftlichen Schritte zu verständigen.

Es werden daher sämmtliche Hausbesitzer, deren Rechte damals nicht liquidirt worden sind, eingeladen, sich

Freitags den 31. März d. Jrs.
Abends 4 Uhr

im Saale des Herrn Wirths Fleischmann (Eingang vom Spitalplatze aus) einzufinden.

Nürnberg, 28. März 1848.

Im Namen mehrerer Hausbesitzer
die Distrikts-Vorsteher
Passing und Ried.

Viertes Abonnements-Conzert
von
Grohe und Erdmannsdörfer

findet eingetretener Hindernisse wegen am Donnerstag den 30. März statt. Anfang halb 8 Uhr.

1) Beethovens Cmoll-Sinfonie.
2) Fantaisie für die Violine von Beriot.
3) Overture v. Stunz.
4) Walzer von Fröschmann.
5) Potpourri von Hamm.
6) Glockengalopade von Labitzky.
7) Ouverture v. C. M. v. Weber.

(Gesuch.) Ein junges Mädchen von soliden Eltern, welche mit feiner Wäsche gut umgehen kann, auch im Nähen und Bügeln sehr erfahren ist, und das Putzmachen erlernt hat, wünscht bei einer Herrschaft als Stubenmädchen, oder in einem Laden als Ladenjungfer unterzukommen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

(Anzeige.) Schwarz-roth-goldne Uhrbänder, dergleichen feine Kokarden sind zu haben bei

Chr. Dietzel jun., Posamentir,
Laden an der Frauenkirche.

(Zu vermiethen.) Eine Wohnung im 1. Stock von drei heizbaren Zimmern en Suite, Kammern, Küche rc. in einer der schönsten Lage in der Mitte der Stadt und auf der Mittagsseite liegend, ist zu sofortiger Vermiethung frei.

E i n l a d u n g.

Zu der Donnerstag Abend stattfindenden Produktion des Münchner Sängers Herrn Deininger, macht der Unterzeichnete seine ergebenste Einladung.

Johann Haller,
Gastwirth zum schwarzen Adler in Schweinau

E m p f e h l u n g.

Mein Lager von Damen- und Herrenschlafröcken, Couverten, Unterröcken mit Schaaf- und Baumwollen abgenäht, ist durch neue Zusendungen bestens assortirt, und halte mich damit zur geneigten Abnahme bestens empfohlen

Johann Georg Meyer,
im Plobenhof Nro. 823

(Zu vermiethen.) Eine Gartenwohnung in einer frequenten angenehmen Lage, enthaltend zwei heizbare Zimmer, Küche nebst mehreren Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten, mit eigenem Ausgang, wird an Walburgi oder auch sogleich vermiethet.

Näheres S. Nro. 10 an der Waggasse.

(Zu vermiethen.) Ein Stadel nebst Boden ist zu vermiethen, und sogleich zu beziehen; so auch eine Wohnung von 1 Stube, Kammer, 1 Küche und Boden a fl. 25, am Ziel Allerheiligen zu beziehen. L. No. 231.

(Zu vermiethen.) Im Garten Nr. 30 bei St. Johannis sind zwei schöne Sommersälchen zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein sehr gut heizender, neuer, braunglasirter Ofen, ist auf den Abbruch billig zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein hellbraunes Pferd (Hengst) ist zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, im Nähen nicht unerfahren ist und sich jeder Arbeit willig unterzieht, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres Nr. 1309 in der Engelhardtsgasse.

(Gesuch.) Ein Stubenmädchen, welches Liebe zu Kindern hat, und im Nähen und Bügeln erfahren ist, wird in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von hier, der gut rechnen und schreiben kann, wünscht bei einer Herrschaft als Bediente, oder in einem Handlungshause als Auslaufer unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, das schon mehrere Jahre hier diente, im Kleidermachen, so wie in jeder häuslichen Arbeit erfahren ist, und eine hübsche korrekte Handschrift schreibt, wünscht in einem soliden Hause als Stubenmädchen oder Ladenjungfer bis nächstes Ziel unterzukommen, und kann auf Verlangen auf letztere Stelle Kaution geleistet werden. Näheres im Kramersgäßchen S. Nro. 541.

(Gesuch.) Ein solides, gesundes, starkes Frauenzimmer von 20 Jahren wünscht als Stillamme unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche gut kochen kann und über Treue und Fleiß sich auszuweisen vermag, sucht bis nächstes Ziel wieder in Dienst zu treten.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag, den 30. März. „Johannes Guttenberg.“ Schauspiel in 3 Abtheilungen und 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer. Frau Pfister vom Stadttheater zu Posen die „Katharina,“ als erstes Debut.

Lotterie.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

25 1 21 86 52

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, constitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 31. März 1848. № 91 Freitag: Romanus.

Auf unsere größere Anzeige uns beziehend, melden wir, daß das neue Quartal der mittelfränkischen Zeitung am 1. April d. J. beginnt und daß das resp. hiesige Publikum in der Expedition S. No. 544, das auswärtige bei allen Postämtern abonniren kann.

** Die Volksstimme Deutschlands über die letzten preussischen Proklamationen vom 21. und 24. März.

Wie? Sollen wir erstaunen oder uns entsetzen? Der König Friedrich will sich urplötzlich an die Spitze der deutschen Reformbewegung stellen! Wenn es wahr ist, so ist es ein vom Himmel bewirktes Wunder, das Deutschland wohl zu Gute kommen dürfte; wenn es aber nicht wahr ist, so ist es die Eingebung eines unserem Vaterlande und dessen Aufschwung, dessen Gestaltung zur nationalen Einheit feindlichen Dämons. Und soll man nicht an der Wahrheit zweifeln? Als noch Metternichs elende Politik zettelte, da half der König von Preussen Rußland und Oesterreich zur Auflösung des Freistaates von Krakau. Das war ein Gewaltstreich gegen Ordnung und Recht, ein Wortbruch. Derselbe König aber, der einen freien Staat vernichten hilft, sollte der deutschen Freiheit hold seyn? — Die unglücklichen Polen wollten ihr Vaterland befreien, man fing sie ein, prozessirte und verurtheilte sie; der König von Preussen bestätigte das Urtheil. Sollte der König die deutsche Freiheit lieben, der einen patriotischen Polen, unseren Vorkämpfer gegen Osten, in Ketten legen lassen kann? — Die Schweizer wollten sich enger an einander schliessen, um sich zu stärken; die Politik des Königs von Preussen aber entwarf Pläne zur Theilung der Schweiz und suchte nach einer neuen polnischen Sünde, während das Schicksal gerade damit umgeht, die alte vollends zu rächen und zu sühnen. Kann ein König, der ein freies Volk wie eine Heerde Schaafe vertheilen will, die deutsche Freiheit lieben? — Die Sturmglocke von Notre Dame in Paris läutet eine constitutionelle Monarchie zu Grabe und eine Republik ins Daseyn. Ihr Schall zittert durch ganz Europa, um in Petersburg und Moskau zu verhallen, denn dort wird die Bewegung enden. Das Gewissen der deutschen Fürsten erwacht etwas und sie zittern vor dem Sturz ihrer Herrscherstühle, die bisher auf dem Grunde der Lüge standen. Das deutsche Volk selbst erwacht aber vollständig und von Gau zu Gau, von Land zu Land läuft die Reform und fordert ihr Recht. Völker siegen und Fürsten geben nach, um nicht aufgegeben zu werden. Das schmerzt und wurmt den König von Preußen, er schließt ein Trutz- und Schutzbündniß mit Rußland und Oesterreich, allein die Reform kümmert sich wenig darum, zieht fort, Bayern und Baden und Würtemberg huldigen ihr und die deutschen Patrioten treten mit dem Plane zur Bildung eines deutschen Parlaments mit Entschiedenheit hervor. Das mißfällt dem Könige von Preussen, er ermahnt die Fürsten zum Festhalten an der fünfunddreißigjährigen Jammerwirthschaft, und sendet sogar zehntausend Mann Truppen an die sächsische Grenze, um dort der deutschen Freiheitsbewegung die Kehle abschneiden zu lassen. Ein abgenutzter Fürstenkongreß wird vorgeschlagen und der Bundestag, damit er sich mit den Männern des Volks nicht einlasse und nicht zum Bessern komme, soll in Potsdam gefangen gesetzt werden.

Ist solch ein Rathen und Thaten das der Freiheitsliebe? — Der Geist Gottes, der Hauch der Freiheit zieht durch die Lüfte hin, über die zehntausend Mann hinweg, und kaum hat Wien und Oesterreich seinen Sieg errungen und den unseligen Metternich landesflüchtig werden lassen: so erwachen auch die Preussen, unsere wackeren Brüder und verlangen die nöthigsten Dinge zur politischen Freiheit und Einheit Deutschlands. — Aber heilige patriotische Zwecke fest im Auge behaltende Volksversammlungen werden verboten und Petitionen werden nur per Post erbeten. Der Odem freier Bürger wird gehaßt. — Die Hand Gottes dringt mächtiger vor uns klopft ernster an das stolze Königsschloß, aber in unbegreiflicher Verblendung hält sich Friedrich Wilhelm für allmächtig, und, während schon in den Straßen Berlins der heilige Kampf um längstverdiente Freiheit die Bluttaufe bekam, diktirte der hohe Herr statt des viel königlicheren und humaneren Befehls zur schnellsten Entfernung der Soldateska eine unnütze eiskalt von Herscherstolz durchrieselte Proklamation an das Volk.

Das ist viel, das ist stark! — Nein! nein, und abermals nein! Denkt Euch, wackere, deutsche Brüder, den König, der seinem edlen Volke den Sieg gerechter Sache so unendlich erschwerte! Denkt ihn, wie er vor tausend lorbeerbekränzten Opfern einer maßlosen Herrschsucht, vor den klaffenden Wunden mit Jammergeberden stand, ohne daß ihm das Herz zersprang und aufhörte zu schlagen! — Und jetzt will dieser König die Freiheit Deutschlands, Er, der nicht einmal die seines Volkes wollte? Deutsche! Hier ist schnelles Vertrauen unmöglich, hier gilt's, auf der Hut zu seyn. — Ein deutsches Parlament ist zur Freiheit, Größe und Einheit Deutschlands unerläßlich, und es muß Gut und Blut an dessen Schöpfung gesetzt werden. Wofern wir als Nation gelten wollen, und wir sollen jetzt als solche eintreten, da muß das Aeusserste in Eintracht gewagt werden, sogar die constitutionellen Monarchien müssen wir verwerfen, wenn die Fürsten nicht ehrlich mit der Freiheit und Deutschland es meinen. Ach ja! Eine deutsche Volksvertretung, ein deutsches Parlament mit einem wechselnden Oberhaupte, so etwa wie Dr. Eisenmann dessen Bildung vorgeschlagen hat, ist unerläßlich, aber an der Spitze dieses Parlaments ist sicher zunächst der König läßlich, welcher seine urplötzliche Bekehrung durch nichts anders, als durch Manifeste hegemonischer Gelüste zu bezeichnen wußte. Ja, wenn dieser König nach den blutigen Ehrentagen Berlins mit den vom edlen Volke befreiten Polen einen Eilboten nach Posen abgesendet und erlaubt hätte, daß unter dem Schutze seines Heeres, das sie bisher bewachte, die Polen sich zu einem eigenen Staate mit ächt constitutionellen Formen einigen dürften, — dann wäre das doch eine That gewesen, die das verlorne und doch zweifelhafte Vertrauen Deutschlands einigermaßen hätte wieder wecken können. Aber so — bloße Worte für die Sache deutscher Freiheit, bloß eine Parade mit den deutschen Farben! Nein, ihr Deutsche, traut, schaut, wem! Seyd wach, seyd auf Eurer Hut und schickt, wie Simson, alle Füchse zu den Philistern, gleichviel mit oder ohne Brand! Haltet aber fest an Euren Gedanken: wer an die Spitze Deutschlands treten soll, der sey tadellos, treu und wahr vom Scheitel bis zur Sohle! Wenn fortan nicht der Fürst so gut wie der Bettelmann treu und wahr ist, so ist es aus mit Deutschlands Wohlfahrt und Freiheit. Die Wahrheit macht frei, macht allein frei. — Lr.

Deutschland.

Bayern. (Frankenthal, 25. März.) Wie ich heute Abend für ganz gewiß höre, haben die Mönche in Oggersheim diesen Ort verlassen. Einer von ihnen, welcher in der Regel Samstags hierherkömmt, um Sonntags in der Frühe eine Messe zu lesen, mußte die hiesige Stadt noch heute Abend verlassen. Um 9 Uhr versammelte sich nämlich eine Masse Volk vor dem Pfarrhause, und verlangte die Entfernung der Mönche, (man wollte nämlich 3 haben in die Stadt fahren sehen.) Der Landkommissär mit dem Anführer der hiesigen Bürgergarde verfügte sich in das Pfarrhaus, um die Sache zu untersuchen. Da sich nur ein Mönch vorfand, und der Landkommissär sein Wort gab, daß auch dieser noch heute Abend wegfahre; so wurde die Menge wieder ruhig, ging jedoch erst, nachdem bereits der Wagen mit dem Mönche in Begleitung von 3 Bürgern abgefahren war, auseinander. In Oggersheim sollte die Bürgerwache ausrücken, um Unordnungen vorzubeugen, da, wie es hieß, das Kloster gestürmt werden sollte; sie erklärte, sie würde blos kommen, wenn die Mönche das Kloster in Oggersheim verlassen hätten, was wie ich oben bemerkte, geschehen sein soll. (N. Sp. Z.)

(Würzburg, den 28. März) Zu der am 30. d. stattfindenden Versammlung deutscher Abgeordneten nach Frankfurt wurde soeben dahier auf dem Rathhaussaale der Dr. Juris Wittmann gewählt, der sogleich in einer kraftvollen Rede sein politisches Glaubensbekenntniß erneuert abgelegt hat. Früher einer harten Prüfung wegen desselben unterworfen, haben schon damals selbst seine politischen Gegner ihm die höchste Ehrenhaftigkeit, die heißeste Liebe für das Volkswohl und das strengste Rechtsgefühl zuerkannt, auf welche Eigenschaften fußend man diese Wahl getroffen hat. (Fränk. M.)

Freie Städte. (Hamburg, 25. März.) Wir sind ermächtigt, das nachstehende Schreiben des Königs von Preussen an den Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg zu veröffentlichen: „Durchlauchtigster Herzog! Auf Ew. Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein eröffne ich Ihnen hiemit Folgendes: Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Innern nach Kräften zu erhalten. Zu diesem bestehenden Rechte rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen ist: 1) daß die Herzogthümer selbstständige Staaten sind, 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, 3) daß der Mannsstamm in den Herzogthümern herrscht. In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesem bestehenden Rechtsverhältnisse bin ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. Septr. 1846, die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uibergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen. Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falls der festen Zuversicht, daß meine deutschen Bundesgenossen, gleich mir, zum Schutze derselben herbeieilen werden. Mit aufrichtiger Freundschaft verbleibe ich Ew. Durchlaucht freundwilliger Vetter Berlin, den 24. März 1848. Friedrich Wilhelm." (H. B.-H.)

Hannover. (Göttingen, 24. März.) Der Deputirte der Universität Göttingen, Regierungsrath Hoppenstedt, hat resignirt und statt seiner geht der Professor Dr. E. Briegleb zur Ständeversammlung. (Wes. Z.)

(Osnabrück, den 25. März.) Ein heute Seitens der Landdrostei, in Bezug auf die gestern gemeldeten Unruhen erschienener Maueranschlag meldet, daß 52 Meuterer verhaftet, einer getödtet, ein anderer lebensgefährlich verwundet sei. Auf hannov. Gebiete ist es seitdem ruhig geworden, überall bewaffnet man sich und bildet Sicherheitswachen. — An der preussischen Grenze scheint hingegen die ruchlose Bande ihr Unwesen noch fortsetzen zu wollen. (Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 27. März.) Nachdem der Minister des Innern, Hr. v. Gagern, der zweiten Kammer in ihrer heutigen Sitzung die Mittheilung gemacht hatte, daß am 24. d. zu Paris eine große Versammlung kriegslustiger Republikaner stattgefunden, daß bereits von französischer Seite, jedoch nicht durch reguläre Truppen, ein Einfall in Belgien geschehen, und daß andere kriegslustige Haufen sich in der

Richtung nach Metz und Straßburg in Bewegung gesetzt hätten, um in Deutschland einzufallen; nachdem der Herr Minister über alle diese Thatsachen der Kammer detaillirte Nachweisungen gegeben und — darauf gestützt — ein Vertrauensvotum in Betreff aller zur Sicherheit des Staats zu ergreifenden Maßregeln verlangt hatte, säumte die Kammer nicht, die Dringendheit des Augenblicks erwägend und nach Anhörung der vereinigten Ausschüsse, ein solches Votum sofort zu bewilligen. Die Landesbewaffnungsfrage, die schon in lebhaftem Betrieb war, wird nun sehr bald ihre Erledigung finden. Gestern Nachmittag war unsere Bürgergarde auf dem Exerzierplatze versammelt, wo sie ihren erwählten Oberst, den pensionirten Major Hrn. Keil, zum ersten Male vor der Front erblickte. (Fft. J.)

(Lauterbach, in Oberhessen, den 26. März.) Unsere Stadt war gestern, Samstag, der Sammelplatz der Gemeinden des freiherrlich Riedesel'schen Gerichts Engelrod, welche Vormittags 10 Uhr hier einrückten und die Gründe ihres Besuches in Masse deutlich genug zu erkennen gaben. Die Bewegung der Menge dauerte ohne bestimmte Richtung und Ziel, ohne eine auffallende Thathandlung bis 12 Uhr, wo eine Stafette eintraf, welche den Bauern die Nachricht überbrachte, daß der zwischen ihnen und dem freih. Riedesel'schen ersten Beamten, Rath v. Buri, abgeschlossene Vertrag von der Gesammtherrschaft nicht angenommen worden, sondern vielmehr verworfen worden sey. Diese Nachricht war das Signal zum Ausbruch der Emeute, welche sich sofort in reißender Schnelligkeit entwickelte. Von einem ernstlichen Widerstande konnte nicht wohl die Rede seyn. Das Erste, was die Bauern unternahmen, war, daß sie im Innern der Stadt an dem Gasthause »zum goldenen Esel« und an dem Fräuleinswirthshaus (beide sind herrschaftliches Eigenthum) die Schilder abrissen, ohne sonst eine Handlung der Zerstörung vorzunehmen. Die Hauptaktion blieb dem Burgschloß vorbehalten, wo Alles der Verwüstung geweiht war. Nichts verschonte da die Wuth der Landleute: Alles wurde der Vernichtung preisgegeben und gänzlich zerstört. Oefen, Fenster, Thüren und die schönsten Möbel entgingen ihrem Schicksale nicht, ja sogar alles Bettwerk wurde zerfetzt und die Federn in alle Winde gestreut. Nicht besser erging es zweien herrschaftlichen Häusern in der Stadt, die mit ihrem Inhalte, kostbaren Möbeln und werthvollen Literaturschätzen verwüstet wurden. Auch das Familien-Archiv der Freiherren Riedesel ward gestürmt und die darin enthaltenen Akten und Urkunden theilten das Schicksal mit den schon zerstörten Mobilien. Das Archiv wurde nämlich rein ausgeplündert, sein Inhalt auf Wagen geladen und vor die Stadt gefahren, wo sämmtliche Akten und Urkunden, deren man hatte habhaft werden können, den Flammen überliefert wurden. Es war ein Autodafé der Privilegien und Geburtstitel, dessen Flammen ernst mahnend in die Gegenwart hinein leuchteten! Auch die auf dem Wege von hier nach Angersbach liegende Ziegelhütte sollte nicht verschont bleiben: mit Ungestüm stürzten sich die Bauern darauf, verwüsteten sie und — damit Nichts übrig bleibe — wurde zugleich ein aus mehreren hundert Stecken bestehender Holzvorrath in Brand gesteckt. Den ganzen Tag über war ein schreckliches Lärmen und Toben der Bauern in der Stadt, welche jedoch keinerlei feindselige Absicht gegen das Eigenthum der Bürger zu erkennen gaben. Bis tief in die Nacht hinein verlängerte sich der Tumult und der heutige Morgen war schon nahe, als der letzte Zug dieser ungebetenen Gäste jubilirend unsere Stadt verließ, in die Heimath wieder zurückkehrend. Der heutige sonntägliche Gottesdienst mußte ausgesetzt werden. (Fft. J.)

(Von der Bergstraße, 27. März.) In der vorigen Nacht haben zu Beerfelden im Odenwalde arge Ruhestörungen stattgefunden, welche die Bewohner dieser Stadt und der Umgegend für die Folge Alles befürchten lassen. In jener Nacht rückte nämlich eine aus mehren Hundert Mann bestehende Rotte von Meuterern in Beerfelden mit großer Kühnheit ein, überfiel die Wohnungen dortiger Beamten und richtete darin schreckliche Verwüstungen an; insbesondere nennt man das großh. Landgericht, die Wohnung des Steuercommissärs und das Steuererhebungsamt, wo die Aufwiegler arge Verheerungen angerichtet haben sollen. Acten, Oefen, Möbel, Thüren und Fenster, kurz Alles, was der blinden Zerstörungswuth nur erreichbar war, soll gänzlich vernichtet worden sein. Manche wurden verschont, wie namentlich der großh. Salzmagazinverwalter V., an dessen Wohnung das wilde Heer ruhig vorüberzog, ohne seinen Vandalismus gegen dieselbe auszulassen. Die Truppe hatte ihren Anführer, dem sie in Allem pünktlich Folge zu leisten schien. Es ist übrigens hohe Zeit, daß das Bürgermilitär baldigst ins Leben trete und seine Waffen zunächst gegen die Störer des Landfriedens mit allem Nachdrucke kehre. Denn nach dem eben berichteten Vorfalle, der alle bisherigen Unordnungen im Odenwalde weit übertrifft, werden wir für die Folge wahrscheinlich noch Aergeres zu befürchten haben. (Frkft. J.)

Oesterreich. *(Triest, den 24. März.) In Geschäften ist hier jetzt alles stille, nur die politischen Ereignisse beschäftigen die Gemüther. — Nachdem in Venedig die Republik ausgerufen, war es hier sehr unruhig und wir hatten einen sehr stürmischen Tag, da auch bei uns wie Sie wissen phantastische Köpfe genug sind, welche an den italienischen Vorgängen Gefallen finden und nur für ein vereinigtes italienisches Vaterland schwärmen! Indeß hat gestern der gesunde Verstand und Patriotismus des hiesigen Volkes jenen Schreiern handgreiflich gemacht, daß ihre Manöver keinen Boden finden! Die Nationalgarde unterstützte kräftig, und so verschwanden in einem Augenblicke alle dreifarbigen italienischen Farben, Kokarden und Fahnen — die Ruhe wurde hergestellt und jetzt ist Alles im Gleiße so lange die Venetianer oder Italiener uns in Ruhe lassen; wir hoffen das Beste und wünschen, daß Alles recht bald wieder seinen gewohnten Gang gehe.

Oldenburg. (Oldenburg, 25. März.) Nachdem unsere Reform-Bewegung in fester, aber gesetzlicher Weise gemacht ist, folgen jetzt die widrigen Tumultscenen. In Vechta, wie hier, wurden hochgeachteten Männern, solchen Volksfreunden, welche die Aufhebung des Pöbels durch Bildung und Versittlichung wollen, vom rohen Haufen Fenster eingeschlagen und Schmähungen zugerufen; und nach geübten Drohungen zu schließen, haben wir das Ende solcher Frevel noch nicht erlebt. Das Gute haben diese indessen bewirkt, daß heute rasch eine Bürgerwehr, aus 350 Mann bestehend, organisirt ist, bei der Präsidenten neben Pedellen, Grafen neben Schuhflickern im Gliede stehen. Leider hat man zu lange versäumt, den Mittelstand zu kräftigen, und wie im Großen in Berlin, so straft sich im Kleinen auch bei uns die allzulange Mißachtung der Stimme des Mittelstandes. (Wes. Z.)

Preussen. (Berlin, 25. März.) Wir haben eine Revolution erlebt. Der alte Landtag hatte den christlichen Staat gestürzt. Die Barrikaden der Märztage haben die absolute Monarchie, den Militärstaat und die Reste der Feudalherrschaft des Adels zu Boden geworfen. Wir stehen am Anfange der Bewegung, nicht an ihrem Ende. Man täusche sich hierüber nicht! Noch am Abende des Dienstages sagte ein Minister (es war nicht der Freiherr v. Arnim) einer an ihn gelangten Deputation: „Es war keine Revolution, sondern ein unglückseliger Zufall.“ Der Minister befand sich damals noch im Irrthume. Seitdem hat der König, besser berathen, im vollen Sinne des Wortes, die Fahne der Demokratie ergriffen und zu der seinigen gemacht. Er steht also jetzt auf der Höhe seines Berufes. Alle seine Minister sollen entschlossen sein, ihn als Vertreter dieses Prinzips nicht zu verlassen. Und da die Minister Ehrenmänner sind, und da zumal der Freiherr v. Arnim, Camphausen und Bornemann die Parteien befriedigen können, so ist noch nicht Alles verloren. Der Adel ist wüthend — mag er doch! Die Geistreichen unter ihm werden sich so schnell als möglich transformiren. Die Andern wird man von der Emigration, die jetzt schon begonnen hat, nicht zurückhalten. Nur werden sie wohl thun, diesmal nicht nach Koblenz zu gehen. Der Adel war der Könige perfidester Feind. Des Adels faktische Existenz hat aufgehört. Jetzt ist der König der erste Bürger seines Landes geworden. Wenn er als solcher sich bewährt, so wird er eine Erschütterung überdauern, die seit der ersten französischen Revolution die bedeutendste und nachhaltigste der Geschichte des neueren Europa genannt werden muß, eine Erschütterung, neben welcher Reformation wie dreißigjähriger Krieg Kinderspiele waren, und deren erste Phase nicht zwischen der Königsstraße und dem Brandenburger Thore, sondern an den Ufern östlicher Flüsse in den nächsten Jahren sich schließlich entwickeln muß. (Köln. Z.)

(Berlin, den 26. März.) In einem halboffiziellen Artikel der „Zeitungshalle“ werden die vielfach in Berlin geflissentlich verbreiteten, und durch Briefe aus Potsdam, Spandau rc. verstärkten Gerüchte, daß der Prinz von Preussen sich jetzt noch in Spandau befinde, und von dort aus Berlin angreifen wolle, für baare Lügen erklärt, mit denen man die Aufregung vergrößern wolle. Der Prinz von Preussen habe Spandau am Mittwoch verlassen, und sich Donnerstag in Hamburg auf einem englischen Dampfer nach England eingeschifft. Des Prinzen Familie wohne im Potsdamer Schlosse in Begleitung des General von Unruh und dessen Gattin. Die Offiziere der dortigen Garnison hegten auch durchaus keine feindselige Stimmung gegen die Bürger, sondern bedauerten herzlich die eingetretene Spannung, deren Aufhören dringend gewünscht werde. Vorgestern hatte der politische Clubb eine Sitzung im „Hotel de Russie.“ Nach längerer Debatte, bei welcher sich verschiedene Ansichten geltend machten, wurde mit entschiedener Majorität eine Adresse an den König beschlossen, in welcher gebeten werden soll, um ein gänzliches Absehen von dem allgemeinen Landtag und um sofortige Erlassung und Einführung eines Wahlgesetzes, nach welchem jeder majorenne Preusse Wähler und wählbar sey. Ein Komite, aus den Herren Eichler, Ruthenberg und Meiker zusammengesetzt, soll die Adresse abfassen, die dann in der heutigen Versammlung discutirt, unterschrieben, und wo möglich abgesendet werden soll. Sodann hat der Clubb durch Beschluß die „Berliner Zeitungshalle“ zu seinem Organ erklärt.

(Potsdam, den 21. März.) Unter der Ueberschrift »Eine deutsche That«, veröffentlicht ein Hr. Dr. O. Tropus in der „Voss. Ztg.“ folgenden Artikel: Unsere Stadt, die bisher jede politische Erhebung und thatkräftige Demonstration durch die Nähe des Hofes, den Druck der Aristokratie und die Uebergriffe des Militärs unmöglich machte, kann jetzt freier aufathmen und wird hoffentlich die alten Vorwürfe der ängstlichen Accomodation und Servilität abschütteln. Die Bürgerschaft hat Elemente in sich, die auf eine Regeneration hoffen lassen. Die Hoffnung ist ein Kleinod der Jugend. Die freie, frische Jugend hat den Potsdamern, den Preußen, dem ganzen Deutschlande ein Beispiel von Mannesmuth, Hochsinn, deutscher Treue gegeben, das in allen deutschen Herzen seine Ehre finden muß. Drei freiwillige Gardejäger, deren Namen nicht verschwiegen werden dürfen, Stengel, Riemann und Gerike, erklärten gestern bei einem Urlaubsgesuch (um dem Begräbnisse der Berliner siegreich Gefallenen beizuwohnen) ihrem Hauptmann, daß es für einen freien Deutschen schwer, fast unmöglich sey, der preussischen Garde, die Bürgerblut vergossen, anzugehören. Am heutigen Tage sprach zu den drei wackern jungen Männern der Oberst v. K. in verweisendem, hartem Tone, so daß die edlen Jünglinge laut erklärten, sie würden das Vaterland und Königthum mit vollster Hingebung gegen äußere und böswillige innere Feinde vertheidigen, aber niemals gegen den wehrlosen, seine heiligen Rechte verfechtenden Bürger kämpfen; darum müßten sie wünschen, sofort aus der Stadt entlassen zu werden. Der Herr Oberst meinte nun, daß jeder Soldat nur dem Kommandowort Folge leisten und blindlings seine Waffen gebrauchen müsse. Die trefflichen jungen Männer antworteten, das würden sie nie gethan haben, und gleich ihnen dächten noch viele ihrer Kameraden. Auf die Frage des Obersten, ob dem so sey, traten sofort noch fünf Freiwillige hervor und baten ebenfalls um ihren Abschied, der ihnen so wie sie ihn verlangten, nicht gewährt wurde, indem der Oberst sie für unwürdig, der preussischen Garde anzugehören, erklärte und sie sofort entließ. Diese That bedarf nach beiden Seiten hin, keines weiteren Commentars.

(Köln, d. 26. März.) Es verbreitete sich heute das Gerücht, daß der Fürst Adam Czartoryski, nebst einigen der hervorragendsten Führer der letzten polnischen Revolution (die Herren Chrzanowski, Lieut.-General, Morawski, ehemal. Minister, Bystrzonowski, Major, Czaplicki Bolmin, Offizier aus Krakau), bei ihrer Durchreise nach Polen hier angekommen seien. Sogleich versammelten sich, ohne irgend eine weitere Vorberathung, mindestens 800—1000 Menschen, um den Fürsten die allgemeinen Sympathieen Deutschlands, für die Wiederherstellung der polnischen Nationalität auszusprechen. Die schwarz-roth-goldne und die weiß und rothe Fahne schwebten dem Zuge voran. Die Versammlung fand vor dem Wiener Gasthofe bereits eine beträchtliche Menschenmasse zugegen, und nur mit Mühe konnte der Wortführer der Versammlung der D. D'Ester zum Worte gelangen. Er sprach es aus, daß der Geist der Freiheit alle Länder und somit auch Deutschland durchzogen habe. Der Zeitpunct zur Wiedererhebung Polens sei gekommen, und durch die neuerwachte Freiheit Deutschlands werde sie gesichert. Der hundertjährige Haß zwischen Deutschen und Polen möge für immer begraben sein. Deutschland und Polen müßten fortan Brüder sein und Polens Wiedergeburt auf demokratischer Grundlage entstehen. Der Redner brachte darauf der neuen Freiheit Polens unter allgemeinem Jubelruf ein Lebehoch, und überreichte dem greisen Fürsten

die schwarz-roth-goldne Cocarde, um sie fortan neben den polnischen Farben zu tragen. Wir bedauern es, daß die Erwähnung des allbekannten hundertjährigen Hasses zwischen beiden Nationen, der sich noch vor wenigen Tagen in der schroffsten Weise in einem Aufruf der Preussisch-Polen an die Deutschen kund that, zu einer ebenso unbesonnenen als nur von einigen Wenigen veranlaßten Störung der Kundgebung deutscher Sympathieen führte. Der Fürst sprach darauf tief gerührt in französischer Sprache einige Worte über die endliche Befreiung seines Vaterlandes. Als noch die Fahnen durcheinander schwebten und unendlicher Jubelruf erscholl, erhob sich ein Redner — wie man vernimmt, ein Pole — und ersuchte den Fürsten, sich über den Begriff der Freiheit Polens näher zu erklären; er verstehe nicht jene Freiheit der Aristokraten, sondern die Freiheit des Volkes. Fürst Czartoryski entgegnete, sein Bemühen werde sich nur auf eine demokratische Neuerung Polens richten. Noch nachdem er sich in den Saal zurückgezogen, stürmten ihm zahlreiche Menschenmassen nach und brachten ihm und dem polnischen Volke ein jubelndes Lebehoch. Fürst Czartoryski hat uns folgende Abschiedsworte zur Veröffentlichung zugehen lassen: Einwohner von Köln! Im Begriffe, Eure edle Stadt zu verlassen, empfinde ich das Bedürfniß, mein Herz zu erleichtern, das mit den lebhaftesten Gefühlen erfüllt ist, indem ich Euch noch einmal die Versicherung meiner tiefen Erkenntlichkeit wiederhole wegen der Wünsche für Polen, die Ihr mir ausgedrückt habt. Ich verlasse Euch und gehe, wohin meine Pflicht mich ruft. Welches auch das Schicksal sein mag, das die Fürsehung meinen Bemühungen aufbewahrt, nichts kann deren Feuer dämpfen. — Ein unabhängiges freies Polen, ein Polen ohne Privilegien, mit Einem Worte ein demokratisches Polen — das ist mein Ziel; während meiner Verbannung von siebenzehn Jahren habe ich es verfolgt, wie in meinen politischen Bemühungen, so in den Rathschlägen, welche ich meinen Landsleuten ertheilt habe. Heute, wo die Fürsehung durch Euren Heroismus uns auf das Feld der Thätigkeit ruft, werden alle meine Anstrengungen darauf gerichtet sein, daß das unabhängige Polen Deutschlands würdig sei, ihm gleich sei in allen seinen Freiheiten. Es lebe Deutschland! Es lebe Polen! Czartoryski.

(Münster, den 25. März.) In Dülmen haben bei Anlaß des Landwehr-Appells Unruhen stattgefunden. Das Volk verlangte den Fürsten zu sprechen, der sich aber entfernt hatte. Erbittert hierüber, zog der Haufe an das Schloß, zertrümmerte Fenster und Möbel, und zerstörte das schöne Treibhaus, das 50,000 Thaler gekostet haben soll. Auch an Privathäusern wurden Zerstörungen verübt. Der Bürgergarde gelang es vorläufig, die Ruhe herzustellen. (Frkf. J.)

(Pleschner Kreis, den 24. März.) Die Polen zwingen alle jungen waffenfähigen Leute, der Fahne der Polen zu folgen und heben sie, wie sie ihrer habhaft werden können, aus. (Bresl. Z.)

(Posen, den 22. März.) Gegen zwei Uhr wurde unter Trommelschlag von Seiten preußischer Behörden bekannt gemacht, daß alle Zusammenkünfte von mehr als fünf Personen auf der Straße bei einbrechender Nacht verboten seyen, daß die Patrouillen Befehl erhalten, solche nöthigenfalls mit Hülfe der Feuerwaffe aus einander zu treiben. Unter lautem Jubel wurde die Verordnung aufgenommen, man lachte, scherzte und war guter Dinge. Da plötzlich entwickelte sich wieder eine noch stärkere Militärmacht, als am vorigen Tage, Artillerie fuhr auf, die neue Strasse wurde besetzt, der Bazar mit Sturm genommen — warum? weiß man nicht, denn zu dem Hurrah! war kein Grund vorhanden, da sich kein Feind darin befand. Es ist unglaublich, mit welcher Brutalität die Soldateska verfuhr; man brach das Eigenthum mit Brechstangen, die Thüren mit Aexten auf. Leider haben wir dabei ein Menschenleben zu bedauern, denn ein Kellner wurde von zwei Soldaten auf die Bayonette genommen, weßhalb läßt sich nicht ermitteln, da der Bazar fortwährend noch besetzt ist. — Man muß den Sinn für ruhige Haltung, die energische Gewalt, welche das Komite über das Volk ausübt, bewundern, daß selbst in diesem Augenblick, wo die Kunde von der empörenden Gewaltthat sich verbreitete, das Volk in gerechter Wuth nicht zu den Waffen griff. Gleichzeitig wurde ein Detachement von Husaren und Infanterie abgeschickt, das Komite aus einander zu treiben. Dieses erklärte indessen, daß es nur der Gewalt der Bayonnette weichen und sich so lange halten würde, bis die Deputation von Berlin ankommen werde. Am Morgen waren unterdessen auch deutsche Proklamationen verbreitet worden, um die Deutschen zu versichern, daß gegen sie nichts Feindliches beabsichtigt werde, daß es nur die Unabhängigkeit Polens gegen die Preussen gelte. (Köln. Z.

Die Stimmung der Rheinpreußen hat seit der Nachricht von dem Blutbade in Berlin einen Character angenommen, der sich kaum beschreiben läßt. Auf allen Gesichtern und in allen Gesprächen eine große Erbitterung. Die neuesten Patente des Königs wurden mit stummer Gleichgültigkeit hingenommen, weil sie von Bürgerblut geröthet sind, und der Ministerwechsel, der vor 8 Tagen freudigst begrüßt worden wäre, geht ohne Eindruck spurlos vorüber. Niemand ist, der an das fürchterliche „Mißverständniß" glaubt, denn eine ganze Nacht hindurch mit Kartätschen auf das Volk zu schießen, so daß von dem unaufhörlichen Kanonendonner das Schloß in seinen Grundfesten erzitterte, — kann kein Mißverständniß seyn. Vielmehr glauben die Rheinpreußen, daß man in Berlin es habe probiren, auf die Spitze treiben wollen, damit man im Falle des Gelingens den süddeutschen Fürsten hätte zurufen können: So hättet Ihrs auch machen sollen. Nun aber, da diese Kartätschenprobe nicht gelungen, wird sie officiell für ein „Mißverständniß" erklärt! (N. Speyer. Z.)

(Bocholt, in Rheinpreussen, den 23. März.) Auch unsere Stadt ist von den Unordnungen, welche sich an vielen Orten zeigen, heimgesucht worden. Wir haben vier Nächte in großer Besorgniß zugebracht. Schaaren von Proletariern haben die Stadt in Schrecken gesetzt. Sie haben den Versuch gemacht, mehrere Häuser zu demoliren. An vielen Häusern sind Thüren und Fenster eingeschlagen worden; die Bürger, welche eine Schutzwache gebildet hatten, wurden von den Ruhestörern überwunden; das Zollbüreau wurde mit Gewalt erstürmt, und alle die darin vorfindlichen Akten zerstört, und über die Straße zerstreut. Erst durch Zuziehung des Militärs wurde die Ruhe wieder hergestellt. 19 Unruhestifter sind zur Haft gebracht worden. Bis jetzt haben die Exzesse keinen politischen Charakter. Im Uebrigen sind die politischen Parteien nicht unthätig, indem Viele für Proklamirung der Republik, Andere für den Anschluß an Belgien zu wirken suchen. (Frkf. J.)

Sachsen. (Dresden, 26. März.) Diese Nacht war Fürst Metternich mit seiner Gemahlin hier. Er kam aus Böhmen mit Extrapost und reiste heute mit dem ersten Zuge nach Leipzig, welche Stadt er aber nicht berühren will, sondern von der letzten Station nach Schkeuditz gehen wird, um von da mit dem nächsten Zuge nach Magdeburg, Hamburg, England zu reisen. Er hat in der Stadt Wien gewohnt, und nachdem er den Wirth hat in das Geheimniß ziehen lassen, fand es dieser doch für rathsam, sich des Schutzes des dienstthabenden Offiziers der Communalgarde zu vergewissern, welcher gehört wurde und die bündigsten Versicherungen für den Schutz des Fürsten sowie über das Geheimniß, bis er abgereist wäre, gab. Er ist hier im Fremderbuch unter dem Namen eines Hrn. v. Meyer nebst Gemahlin und Dienerschaft, Gutsbesitzer aus Grätz, eingeschrieben, wie dieß auch in der Fremdenliste im heutigen Tageblatt abgedruckt ist. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 25. März.) Wir erhalten heute aus Kopenhagen die bestimmte Nachricht, daß unserer Deputation alle Forderungen der Herzogthümer bewilligt sind, mit alleiniger Ausnahme des Eintritts Schleswigs in den deutschen Bund. Mit dem heutigen Dampfschiffe werden die Deputirten aus Kopenhagen zurückkehren, und wir dann genauere Nachrichten über den Verlauf ihrer Unterhandlungen erhalten. Jedenfalls können wir die Versicherung aussprechen, daß die Herzogthümer von keiner Forderung, und am Wenigsten von einer so wichtigen, wie Schleswigs Eintritt in den Bund, absehen werden; so lange nicht Alles bewilligt und fest garantirt ist, wird man die Waffen nicht aus den Händen legen. (Bremer Ztg.)

In Altona hat sich heute alles umgestaltet. Am Nobisthore ist das FR. VII überstrichen, so wie alle Lotterieschilder, auf welchen dieser Namenszug steht, abgenommen; auch die Krone am Bahnhofsgebäude wurde zertrümmert. Dagegen weht an mehreren die dreifarbige Fahne, d. h. schwarz-roth-gold. Das Wachtschiff Elbe ist abgetakelt, und auf den Helgen gezogen, die Mannschaft nach Rendsburg abmarschirt, nachdem sie sich für die provisorische Regierung erklärt. (A. A. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, 28. März.) Heute wurden die Stände aufgelöst. Der Chef des Departements des Innern, Staatsrath Duvernoy, verlas das K. Reskript, welches die Auflösung anordnet. Die Absicht der Auflösung ist nach demselben, dem Volke die Gelegenheit zu geben, in neuen Wahlen sich über die Grundsätze des neuen Ministeriums, wie sie die Proklamation desselben vom 11. März enthält, auszusprechen. Neue Wahlen werden demnächst stattfinden, und das Ministerium des Innern wird das Erforderliche bekannt machen. (Schw. M.)

(Stuttgart, den 26. März.) In einer großen heute abgehaltenen Volksversammlung zu Göppingen wurde entschieden Protest eingelegt gegen jede Hegemonie Preußens oder gar gegen Berliner Gelüste, den König Friedrich Wilhelm IV. als deutschen König zu erkennen, überhaupt es je zu thun; er ward sogar einstimmig als Candidat ausgeschlossen. (Ffkrt. Journ.)

(Ulm, den 26. März.) Seit heute ist auf den beiden Festungsbauhöfen (linkes und rechtes Donauufer) sowie auf der Wilhelmsburg und dem Augsburgerthor die deutsche dreifarbige Fahne aufgepflanzt. (Ulm. Kr.)

Frankreich.

† (Paris, 26. März.) Die Einrichtung des kolossalen Sitzungssaals der Nationalversammlung im Vorhof der ehemaligen Deputirtenkammer schreitet rüstig vorwärts. Er wird nur eine einzige Galerie, aber von bedeutendem Umfang für das Volk enthalten. Ausserdem wird seitwärts der Rednerbühne eine Estrade für achtzig Journalisten und Schnellschreiber errichtet.

Die Deputationen und Proklamationen nehmen kein Ende. Die Polen und Deutschen rufen nach Waffen. Alles ist in Bewegung. Französische Brüder! (lautet der polnische Aufruf) Die Stunde der Befreiung hat auch für Polen geschlagen. Unser Vaterland zerbricht seine Fesseln und richtet die Vorhut der europäischen Demokratie wieder auf. Polen ruft zu den Waffen; es ruft alle seine Kinder aus der Verbannung zu Hilfe. Wir marschiren. Die Augenblicke drängen; die Entfernung groß. Brüder, Ihr habt uns im Unglück beigestanden; reicht uns auch die Hand zum Kampfe, Polen hat einen schrecklichen Kampf zu bestehen. Ehe Ihr es aber mit den Waffen in der Hand unterstützt, gewährt uns die Mittel, unsere Heimath zu erreichen. Helft uns durch patriotische Beiträge. Möchten sich doch die Chefs der Nationalgarde, die Präsidenten und Sekretäre der Clubs, kurz alle Personen, die im Volke bekannt sind, bemühen, für uns Beiträge zu sammeln. Das Journal La Reforme wird über dieselben quittiren und eine polnische Kasse bilden. Paris, 26. März 1848. Der polnische Central-Ausschuß rc. Das allg. Rendez-vous ist Strasburg am 15. April. (Unterschriften.)

In Bordeaux haben sich die Arbeiter sehr entschieden gegen das legitimistische Treiben der Herren Bourgeois ausgesprochen. In Clubs wird auch hier das Volk belehrt, das sich über sein Interesse bisher weder schriftlich, noch mündlich aufklären durfte.

[Schöner Charakterzug der Proletarier.] Die Dachdecker arbeiten nicht. Da man sie aber für den Sitzungssaal der Nationalversammlung brauchte, so baten die Baumeister, die im Luxemburg sitzende Arbeiter-Komission, um ihre Vermittelung. Der Secretär derselben begab sich zu den Feiernden. Ich weiß, sagte er zu ihnen, daß Ihr feiert; aber unsere Vertreter können doch nicht unter freiem Himmel sitzen; wie viel verlangt Ihr Lohn? — Wir haben, antworteten die Dachdecker, unsere Arbeiten eingestellt, weil wir nicht länger zusehen wollen, wie wir im Schweiß unseres Angesichts die Faulheit unserer Meister stärken. Sie chikaniren uns, wo sie es nur immer können und zwacken uns vom Lohne ab, so viel sie vermögen. Dieser Willkühr wollen wir nicht länger anheimgestellt bleiben. Wir wollen eine allgemeine Taxe haben und berathen uns deshalb im gegenwärtigen Augenblicke. Da indeß die Bedeckung des Nationalversamlungs-Saales wirklich drängt, wir aber gegen Niemand eine Ausnahme machen, so versprechen wir hiermit, die Arbeit gratis zu besorgen. Bis Montag wird sie fertig sein. — Die braven Arbeiter haben Wort gehalten.

Italien.

(Chur, den 26. März.) Hiermit ein Auszug aus zwei Briefen an Churer Handlungshäuser: 1) Mailand den 23. März, Vormittags. Seit diesem Morgen haben die Mailänder die österreichische Armee in die Flucht gejagt, und die dreifarbige Fahne weht vom alten Kastell, von allen Häusern und Kirchen unter dem unendlichen Jubel der ganzen Bevölkerung. Vergangenen Samstag (18.) hatte die Revolution begonnen; die Bevölkerung hat über alles Erwarten ausgehalten und Wunder der Tapferkeit verrichtet. Die österreichischen Truppen sollen

1800 bis 2000 Todte haben, während die Mailänder nur ungefähr 400 zählen. Die Revolution ist allgemein durch die ganze Lombardei. — 2) Mailand den 23. März. Heute Morgen nach 1 Uhr, bei Nacht und Nebel hat die österreichische Armee, nach einem fünftägigen mörderischen Kampfe, bei verschlossenen Thoren, unsere Stadt verlassen. Sie sucht sich auf der Straße nach Mantua und Verona zu retten. Ob es ihr gelingen wird, steht dahin, da alle Brücken abgebrochen, die Straßen verrammelt und die ganze lombardische Bevölkerung im Aufstand ist. General Radetzky ist in Gorgongeta, als Priester verkleidet, gefangen genommen worden; ebenso in Como Graf Joseph v. Travers, ein Graubündner, der im letzten Sonderbundskrieg eine Rolle spielte. (Schwb. M.)

(Chur, den 26. März.) Sie werden nun direkte Berichte von Mailand haben; hier wenigstens ist heute die erste halbe Nummer der Gazetta di Milano eingetroffen. In den zahlreichen Privatkorrespondenzen, die mir heute zu Gesicht gekommen, wird von empörenden, unsagbaren Grausamkeiten berichtet, welche die deutschen Truppen, namentlich die Croaten, sich gegen die Bevölkerung, gegen Greise, Kinder, Frauen und Jungfrauen zu Schulden kommen ließen. Wenn nur die Hälfte des übereinstimmend Berichteten wahr ist, so ist der Ausdruck barbarischer Horden ein mehr als verdienter. Daß Radetzky in Priesterkleidern gefangen worden, melden beinahe alle diese Schreiben. Am 25. soll mit Staffette eine Proklamation von Karl Albert in Mailand eingetroffen seyn, mit der Nachricht, er sende 30,000 Mann und 45 Kanonen unter dem Kommondo von zweien seiner Söhne den Lombarden zu Hülfe. (A. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Verlobung.

Joh. Georg Busch. Schreinermeister.
Walburgis Pommer. Schlossermeisters-Tochter.

Entbindungs-Anzeige.

Die glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Babette Hahn, geborne Schneider aus Hersbruck, von einem gesunden Mädchen zeige ich hiemit meinen Freunden und Bekannten ergebenst an.

Nürnberg, den 29. März 1848.

Leonhard Hahn. Uhrmacher

Haus-Verkauf.

Aus Auftrag des Besitzers verkauft Unterzeichneter aus freier Hand das Haus L. Nro. 273 in der Walzenstraße gelegen, welches frei, lauter und eigen, ganz massiv und im besten Bauzustande ist, enthaltend:

Souterrän: 1 Keller

Parterre: 1 Comptoir, 2 Gewölbe, 1 großen Tennen mit Verschlag, 1 Höfchen und s. v. 1 Appartement

Erster Stock: 3 heizbare Zimmer, 1 unheizbares Zimmer, 1 Küche mit Kochofen und Vorplatz.

Zweiter Stock: 1 heizbares Zimmer, 2 Kammern, 1 Küche, 1 Vorplatz und 2 Böden

Dritter Stock: 1 Zimmer, 2 Kammern, 3 Böden. —

Ist in die Brandkasse einverleibt mit fl. 5500. Waldrecht mit 4 Mäß Holz 3 Mäß Stöcke, 100 Wellen.

Dieses Haus wird öffentlich an den Meistbietenden verkauft, hiezu ist Termin auf

Mittwoch, den 5. April 1848. Vormittags von 11 bis 12 Uhr,

im Bureau L. Nr. 341 der Carolinenstraße. Auch können die resp. Kaufsliebhaber daselbst, von den näheren Bedingungen in Kenntniß gesetzt, und das Haus täglich in Einsicht genommen werden.

Nürnberg, den 27. März 1848.

J. J. Pfeiffer jun.
Carolinenstraße Nr. 341.

Empfehlung.

Mein Lager von Damen- und Herrenschlafröcken, Couverten, Unterröcken mit Schaaf- und Baumwollen abgenäht, ist durch neue Zusendungen sadonstens assortirt, und halte mich damit zur geneigten Abnahme bestens empfohlen.

Johann Georg Meyer,
im Plodenhof Nro. 823.

(Gesuch.) fl. 150 werden sogleich gegen dreifachen Werth und guter Provision zu entnehmen gesucht. Adresse A. B.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 3. April Produktion. Die Vorträge beginnen um 8 Uhr.

Der Vorstand

(Anzeige.) Die ergebenst Unterzeichnete macht hiemit bekannt, daß sie noch einige Stunden übrig hat um Unterricht im Klavierspielen und Gesang zu geben; und bittet verehrte Eltern und Pflegeeltern sie mit Ihrem gütigen Zutrauen zu beehren.

Maria Frorr.
L. Nr. 581 Katharinengasse.

(Gesuch.) Ein gebildetes Mädchen, welches sehr schön nähen, waschen und bügeln kann, wünscht bei einer Herrschaft unterzukommen.

Anzeige.

Heute geben wir Bogen 65 — 68 von den sieben Todsünden aus, was wir hiemit den verehrlichen Abonenten derselben anzeigen.

Einladung.

Zur sechsten Jahresfeier des weiblichen Kranken- und Hilfsvereins ladet für nächsten

Sonntag den 2. April Vormittags 11 Uhr in die Herrentrinkstube

hiemit, um zahlreiche Theilnahme bittend, freundlichst ein

Kindler. Sieger.

Schießhaus St. Johannis.

Einem verehrlichen Publikum mache ich die ergebenste Anzeige, daß nächsten Sonntag bei Gelegenheit eines großen Schießens bei günstiger Witterung Blechmusik auf dem Schießplatz stattfindet, wozu ich meine gehorsamste Einladung mache und um zahlreichen Besuch bitte

Kellermann.

Empfehlung.

Alle Sorten Fransen, Borten etc. zu Fahnen, empfehlen zu den billigsten Preisen

J. G. Reidels Erben.
Breite Gasse Nro. 447.

(Rüge.) Wie sehr es an der Zeit ist, daß Beamtenübergriffe öffentlich durch die Presse gerügt werden, beweist der nachstehende Vorfall. Die Unterzeichnete mußte sich ohnlängst in einer Geschäftssache auf das k. Kreis- und Stadtgericht begeben. Dort wurde sie von dem Herrn Accessisten v. Ebner gleich beim Eintritt in das Amtszimmer auf barsche Weise mit: »Was will sie?!« angerufen. Nach bescheiden gegebener Antwort und der Bitte, die Angelegenheit doch ins Reine zu bringen, wurde ihr eben so höflich von diesem Herrn die Thüre gewiesen und als sie sich nicht entfernte, sondern bat, sie anzuhören, rief Herr Accessist v. Ebner: »Ich lasse sie gleich hinauswerfen!« Wahrlich solche Beamtenrohheit und besonders von so jungen Leuten, paßt nicht mehr und es wäre wohl Pflicht des Herrn Amtsvorstandes gewesen, auf die bei ihm vorgebrachte Klage der Unterzeichneten ihr eine genugende Satisfaction zu geben, was bis jetzt nicht geschehen ist.

Babette Hofmann, Bierbrauereibesitzers-Gattin.

(Eingesandt.)

So sehr Einsender dieses mit dem in der Mittelfränkischen Zeitung Nr. 90 ausgesprochenen Wunsche, am 31. März alle Häuser der Stadt mit der deutschen Flagge zu schmücken, einverstanden ist, so unmöglich ist doch eine allgemeine Realisirung dieses Wunsches, da in der ganzen Stadt sowohl, als auch in der Nachbarstadt Furth schon seit gestern kaum mehr ein Stückchen Zeug von den betreffenden Farben zu bekommen ist. Möchten daher die Gesinnungen derer, denen es auf solche Weise unmöglich wird, Flaggen auszustecken, nicht mißliebig gedeutet werden; denn es ist wohl kein Zweifel, daß an diesem freudigen Tage jedes Herz nur in einem Gefühle des Stolzes und der innigsten Liebe und Begeisterung für unser schönes, großes und einiges deutsches Vaterland flammt. M.

(Gesuch.) Ein junger verheiratheter Mann, welcher sich mit guten Zeugnissen ausweisen kann, sucht des Tags einige Stunden durch Gänge oder andere Art beschäftigt zu werden.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 5. April d. J., Nachmittags 2 Uhr werden zu Dutzendteich 1200 Stück Karpfensetzlinge, große Sorte, in größern und kleinern Parthieen, verkauft, wozu Kaufsliebhaber hiermit eingeladen werden.

Nürnberg, am 30. März 1848

(Zu verpachten.) Ein Blumen- und Gemüß-Garten-Antheil ist zu verpachten.

(Zu vermiethen.) Ein hübsches Garten-Logis ist nächstes Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Fahrgelegenheit) Freitag den 31. März Mittags geht ein Omnibus leer nach Ansbach, wo man billig mitfahren kann bei Lohnkutscher Pickel, Unschlittmarkt L. Nro. 1513.

(Zu verkaufen.) Ein Bett ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Anzeige.) Gold-Roth-Schwarze Fahnen, nach beliebiger Größe sind zu haben in der hintern Ledergasse Nro. 235.

(Anzeige.) Einem verehrlichen Publikum bringt die ergebenst Unterzeichnete zur Anzeige, daß von dieser Woche an ihr schon bekanntes Strohhutwaschen seinen Anfang genommen hat; bei solider und prompter Bedienung bittet um zahlreiche Aufträge

Elisa Kanschinger.
Theatergasse L. Nro. 798

(Gesuch.) In Mitte der Stadt wird eine hübsche Wohnung, auf der Sommerseite, von wenigstens 5 heizbaren Zimmern, Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten, wenn auch in zwei Etagen, bis Ziel Laurenzi oder Allerheiligen zu miethen gesucht.

Um Abgabe der Hausnummern wird in der Exp. d. Bl. gebeten.

(Gesuch.) Ein geprüfter, im Rechnungswesen und Führung der Korrespondenz u. s. w. bewanderter Mann, sucht eine Beschäftigung. — Näheres L. Nro. 115 über 3 Stiegen.

(Gesuch.) Für eine einzelne Dame wird ein Logis, bestehend aus 2 Zimmern, einigen Kammern und den übrigen Bequemlichkeiten zu miethen gesucht, und wird hiebei vorzüglich auf eine hübsche Lage des Hauses reflektirt.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, und sich auch allen Haus-Arbeiten willig unterzieht, wünscht bei einer stillen, soliden Familie unterzukommen.

(Gesuch.) Zur Buchbinderei wird ein junger Mensch in die Lehre zu nehmen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch) Ein Mädchen, welches neun Jahre in einem honetten Hause gedient hat, Hausmannskost gut kochen kann und Liebe zu Kindern hat, wünscht wieder in einem soliden Haus unterzukommen.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag, den 31. März.) Zur Feier des 31ten März 1848, dem wichtigen Tage des Zusammentritts der biedersten Männer des Volks-Vertrauens, zur Erwirkung eines einigen und mächtigen Deutschlands.

Motto: An's Vaterland, an's theure, schließ dich an,
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen!
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.
Schiller.

Ein deutscher Krieger.
Schauspiel in 3 Akten von Bauernfeld.

Güter-Verloosung.

Mit allerhöchster Genehmigung S. Majestät des Kaisers und unter besonderer Aufsicht und Leitung der K. K. Oesterreichischen Behörde, wird bestimmt und unwiderruflich am

5. & 6. April d. J.

öffentlich zu Wien eine große Güter-Verloosung statt haben. Diese Verloosung, welche in der ganzen Oesterreichischen Monarchie den größten Anklang und Theilnahme gefunden hat, besteht aus vier Ziehungen, in welchen folgende Haupt- und Nebenpreise gewonnen werden müssen, als

das berühmte Casino in Baden,

mit allen Zubehörungen,

das grosse Park-Hôtel No. 79 in Baden,

wofür eine Ablösungs-Summe von fl. **200,000** W. W. bei der Kaiserlich Königlichen Hofkammer garantirt ist, ferner in Baar Gulden **200,000, 25000, 15000, 12000, 5000, 2000, 1500, 1400, 1300, 1200, 1100, 1000** etc., im Gesammtbetrage von Einer halben Million Gulden W. W.

Der Preis eines Original-Looses ist
4 Thaler Preuß. Ct. oder fl. 7 rheinisch.

Jedes einzelne Loos kann einen der Hauptgewinne oder einen Nebenpreis erlangen.

Für fl. 35 oder Thlr. 20 Pr.-Ct. erhält man 5 Loose und 1 Silber-Gratis-Loos.
Für fl. 70 oder Thlr. 40 Pr.-Ct. erhält man 10 Loose und 3 Silber-Gratis Loose.
Für fl. 105 oder Thlr. 60 Pr. Ct. erhält man 15 Loose und 3 Silber-Gratis Loose. nebst ein Geld-Prämien Loos.

Die Gold- und Silberprämien-Loose haben eine Spezial-Ziehung, gewinnen vorzüglich fl. 161000, 25000, 10000, 3000, 2000 etc. und spielen ausserdem noch in der Hauptziehung mit.

Gegen Portofreie Einsendung des Betrags sind Original-Loose a Thl. 4 P. Ct. oder fl. 7 rheinisch nebst ausführlichem Plane bei dem unterzeichneten Banquier-Hause zu haben, welches den S. T. Interessenten die Ziehungslisten prompt zufertigen, so wie auch die kostenfreie Erhebung der Gewinne vermitteln wird.

General-Administration.

M. A. Cahn & Comp.
Banquiers in Mainz am Rhein.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. April 1848. № 92 Samstag: Theodora

Auf unsere größere Anzeige uns beziehend, melden wir, daß das neue Quartal der mittelfränkischen Zeitung am 1. April d. J. beginnt und daß das resp. hiesige Publikum in der Expedition S. No. 544, das auswärtige bei allen Postämtern abonniren kann.

†† Was soll nun geschehen?

Die Sturmglocke von Notre-Dame hat Höheres und Bedeutungsreicheres gerufen, als je in die Blätter der Weltgeschichte eingetragen werden konnte, wenn wir zugleich die Kürze der Zeit in's Auge fassen, in welcher sich die großen Begebenheiten mit ihren unabwendbaren Folgenreihen durch die Macht des starken Völkerwillens in's Leben eingeführt haben. Den Majestäten von Gottes Gnaden ist der Nimbus auf den marmorkalten Stirnen erbleicht, dagegen sproßt der Völkerfrühling in hoffnungsgrünen Reisern durch die sonnbeschienenen Gauen Deutschlands. An der Gegenwart ist es, diese Reiser zu pflegen, daß sie erwachsen zu kräftigen Bäumen, in deren Wipfeln einst die Freiheit mit ihren stolzen Liedern rauschen wird. Die Wappenschilde der Vorrechte, Harthörigkeiten und Willkührherrschaften der Fürsten sind an den festen Säulen des Selbstbewußtseyns und Selbstgefühls der Völker zerbrochen, die bunten Farbenspiele der deutschen Länder sind verschwunden und die Panner mit den roth-gold-schwarzen Farben wehen wieder wie zu den Zeiten des großen deutschen Kaiserreichs; bald werden auch die andern beengenden Schranken noch fallen, dann erst werden wir aus der vollen frohen Brust ausrufen dürfen: dem freien, einigen, starken Deutschland Glück auf! Das deutsche Parlament mit einer Fürsten- und einer intelligenten charakterfesten Volkskammer, zu welcher die unumschränktesten Wahlen entschiedene Männer berufen werden, bilde die dauerhafte Grundlage, auf welcher das neue Gebäude einer deutschen Reichsverfassung sich stolz erheben kann; eine tapfere wohlgeübte Volkswehr schütze den Bau in seinem Innern und halte die äusseren Feinde von den Marken des theuren Vaterlandes. Man zwinge die kleinen Fürsten, von ihren Schattensouveränetäten abzulassen, die Territorialverhältnisse und Kräfte der größeren Länder ordne man so, daß mehr Bedacht auf die Eigenthümlichkeiten der Nationalitäten genommen und daß kein einzelner Fürst so übermächtig den anderen gegenüberstehen kann, wie dieß z. B. jetzt in Preußen der Fall ist. Die Zügel der Regierung lege man in die Hände eines dieser hohen Stelle würdigen Kaisers mit einem Stellvertreter für den Fall der Abwesenheit des Kaisers von der Hauptstadt, welche wo möglich in der Mitte des Reichs liegen müßte, in der jedoch durchaus nicht nach dem Centralisationssysteme Frankreichs alle Strahlen der Pracht, der Gewalt und der sozialen, politischen und religiösen Bestände zusammenlaufen sollen. Nach einer bestimmten nicht allzulangen Zeitdauer geht die Kaiserwürde auf einen nicht erblichen, sondern zu wählenden Nachfolger über. Den Kaiser umgeben verantwortliche Räthe und die Reichsleitung wird strenge nach der alle Volksinteressen gleichheitlich berücksichtigenden, von alle zwei Jahre zusammenzurufenden Ständen überwachten Reichsverfassung eingehalten. Die Reichsfürsten tragen gewissenhaft dazu bei, daß die Verfassungsprinzipien, die aus der größtmöglichsten, scientifischen, moralischen und religiösen Freiheit Leben und Gestalt empfangen, in ihren Landen unverkümmert aufrecht erhalten werden. Wird auf diese Weise die innere Kräftigung Deutschlands bewerkstelligt, sein politisches Leben gehoben, werden Wissenschaft und Kunst gepflegt, dem Handel und der Industrie tüchtig und auf alle Weise unter die Arme gegriffen und hauptsächlich das Verhältniß zwischen Arbeit und Kapital genau ins Auge gefaßt, so vermag gewiß das Auge des Vaterlandes ruhiger in die Zukunft zu blicken. Zur Herstellung einer durchaus nothwendigen deutschen achtunggebietenden Handels- und Kriegsmarine und zur Ausübung eines Aktes der Völkergerechtigkeit muß unverzüglich das Streben Schleswig-Holsteins, sich von Dänemark zu trennen und mit Deutschland innig zu verbinden, wenn nicht anders, selbst durch Waffengewalt unterstützt werden. Sollte es Rußland sich beigehen lassen, Dänemark in seinen ganz widerrechtlichen Ansprüchen auf das Herzogthum Schleswig auxiliar zu unterstützen, so zeige ihm Deuschland von dieser Seite die muthige Stirne und gebe dadurch dem jetzt ganz stillen Schweden Gelegenheit, seine bewältigten finnischen Provinzen wieder zu erobern. Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens muß Deutschland eben so heiß erwünscht erscheinen, als Frankreich eine längst übernommene Pflicht hat, den Schandstreich einer perfiden Diplomatie früherer Zeit gegen eine hochherzige Nation wieder gut zu machen. Das unabhängige Polen bildet die mächtigste Schutzmauer gegen den russischen Koloß, der, regte er sich dagegen, am besten von den auf Schiffen nach den Ostseeküsten gekommenen Franzosen, im Mittelpunkte von deutschen Heeren und von der andern Flanke von den tapfern Ungarn im Schach gehalten würde. Oesterreich das eben mit dem Verluste seiner schönen lombardischen Lande bedroht ist, muß um jeden Preiß die Donaufüstenthümer beanspruchen, auf welche Rußlands Politik immer mehr als zu großen Einfluß ausübt, denn diese Donauländer, namentlich Serbien dürfen das Thor genannt werden, zu dessen Schloß weder Rußland, noch die Türkei, den Schlüssel besitzen sollten. Wollte das in eine neue Aera der Geschichte eintretende Deutschland ein festes Bündniß mit allen konstitutionellen Staaten und Republiken Europa's schließen, so müßte es wahrlich ein Leichtes seyn, die noch vorhandenen absolutistischen Staaten von dem starren Festhalten ihrer verächtlichen Regierungsformen abstehen zu machen, und die Menschheit in friedlicher Entwicklung der Civilisation entgegen zu führen, und dadurch eine große Aufgabe der Weltgeschichte zu lösen.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 30. März.) Gestern wurde die Ergänzungswahl der Ausschüsse der Kammer der Abg. vorgenommen, wobei Adv. Stockinger statt des in Folge seiner Ernennung zum Bundestagsgesandten ausgetretenen Abg. Willich in den ersten Ausschuß und Prof. Dr. Edel statt des zum kgl. Staatsminister ernannten Abg. Bar. v. Lerchenfeld in den dritten Ausschuß gewählt wurden. Allgemein wurde von den Abgeordneten beklagt, daß wegen noch mangelnden Gesetzesvorlagen die bisherige in ihren Wahlen, dann der Adreßberathung bekundete, unausgesetzte Thätigkeit dieser Kammer, wenn auch nur auf einige Tage unterbrochen werde. Die nächste Vorlage wird das Amnestiegesetz seyn, welchem bei der großen Thätigkeit der Ministerien, bald auch andere Gesetze folgen werden. — Die Adresse an Sr. Maj. dem König Maximilian, in welch letzterer Verwahrung gegen die angemaßte Hegemonie des Königs Friedrich Wilhelm eingelegt ist, soll von König Ludwig mit unterzeichnet worden seyn. — JJ. MM. König Ludwig und Therese wohnten gestern einem Concerte der kgl. Hofkapelle im Odeon bei, und unterhielten sich freundlich und fröhlich mit dem anwesenden Publikum. Der ganze Hof war zugegen. — Heute ist der Erzherzog Rainer hier eingetroffen; Ungarn soll in vollstem Ausbruch der Gährung seyn. Auch aus Petersburg traf diesen Morgen ein Kurier mit der Nachricht ein, daß daselbst der Adel sich erhoben und eine Revolution in schönster Entwicklung sich befinde. Man sieht der Bestätigung dieser Kunde noch entgegen. — Durch eine allerh. Regierungsentschließung ist die Ausfuhr von Pferden aus unserem Königreiche verboten worden. — Zur Feier der heute in Frankfurt a. M. stattfindenden deutschen Nationalversammlung wurde auf der Feldherrnhalle die deutschfarbige Nationalfahne aufgepflanzt. Innerhalb der Halle waren mehrere hundert Sänger versammelt, welche unter dem endlosen Jubel von 20—30,000 Menschen das Lied: „Was ist des deutschen Vaterland" mit Begeisterung sangen. Währendem erschienen Arm in Arm die Könige Ludwig und Maximilian; endlose, donnernde Hoch tönten ihnen entgegen. Sie hatten Mühe, sich den Weg durch das dichte Gedränge zu bahnen und die ganze Straße entlang begleitete sie unaufhörlicher Jubel.

(München, den 29. März.) Heute sind bereits jene Abgeordneten abgereist, welche der Frankfurter Versammlung beiwohnen wollen; es sind: Frhr. v. Rotenhan, Frhr. v. Closen, Dekan Bauer, Graf Hegnenberg, Neuffer, Schlund, Eppelsheimer, Christmann, Wolf, Massa, Graf Seldern, Professor Edel. Der erste Präsident, Kirchgeßner, ist durch die Direktorialgeschäfte zurückgehalten, was um so mehr zu bedauern ist, als er der vorbereitenden Heidelberger Versammlung anwohnte. Auch die Reichsräthe Graf Schönborn, Frhr. v. Zu Rhein, Graf Montgelas und Graf Giech sind dahin abgereist. (A. A. Z.)

†* (Nürnberg, den 31. März.) Zur feierlichen Begehung eines Tages, der in der neuesten Geschichte Deutschlands von höchster Bedeutung ist, des Tages, an welchem eine Versammlung deutscher Volksmänner, aus freier Wahl hervorgegangen, die Vorberathungen zu dem deutschen Parlamente vornimmt, hat Nürnberg einen hier wohl nie gesehenen Festschmuck angenommen. In allen Hauptstrassen sieht man Flaggen mit den deutschen Farben (schwarz, gold, (gelb) roth) wehen, mit jenen Farben, die einst die Brust von Jünglingen umzogen, in welchen der schöne Traum von einem einigen und starken Deutschland gewiegt wurde, der nun zur begeisterten Wahrheit werden soll. Schon in aller Morgenfrühe erscholl ein kräftiger Männerchor der Turner, vom ernsten Posaunenschall begleitet, von der Bergveste unserer Stadt in die Stille der Strassen hernieder. Als passende Lieder waren gewählt „Freiheit, die ich meine," ꝛc. dann „Deutschland vor Allem ꝛc." Haltet fest, Ihr deutschen Brüder all überall und wirkt das Eure zu dem großen heiligen Werke, dem nur der Schlechte gram sein kann.

(Würzburg, den 29. März.) Dr. Eisenmann kam gestern hier an und wurde von einem Theil der Professoren der Universität und von den Studirenden durch eine Serenade begrüßt.

(Speyer, den 28. März.) „Die in der Speyerer Zeitung Nr. 71 mit der Ueberschrift: „Germersheim, den 24. März" — enthaltene Mittheilung, daß das königl. 2. Jägerbataillon sich geweigert habe, zum Exerciren auszurücken, ist eine volle Unwahrheit; indem von dem gegenwärtig über 600 Köpfe zählenden Bataillon nur 34 Mann fehlten, welche in einem Bräuhause sich aufhielten, übrigens auf die Aufforderung des Herrn Generals und Festungs-Commandanten ohne alle Weigerung in der Caserne erschienen, und sogleich in Reihe und Glied traten. Zugleich kann das unterfertigte Offiziers-Corps die Versicherung geben, daß unter der Mannschaft, wie immer der ächte militärische Geist, verbunden mit dem besten Willen, und der Anhänglichkeit und Ergebenheit gegen ihre Vorgesetzte, besteht.

Baden. (Heidelberg, 29. März.) Wir erhalten soeben eine neue Bestätigung des frechen Unfugs, den die deutschen Flüchtlinge beabsichtigen; es ist ein Schreiben, das ein geachteter Deutscher in Paris an einen unserer ehrenwerthesten und freisinnigsten Abgeordneten gerichtet hat, und das uns zur Veröffentlichung mitgetheilt wird: „Meine Absicht ist es, Ihnen eine Bewegung mitzutheilen, die sich von hier

aus für, respekt. gegen Deutschlands Befreiung vorbereitet. Die deutschen Zeitungen, soweit sie mir zu Gesicht gekommen sind, haben davon noch keine Nachricht gebracht, daher setze ich voraus, daß sie auch Ihnen unbekannt sei. Die hiesigen deutschen Arbeiter, von der Chimäre einer Universalrepublik fanatisirt, wollen ihren deutschen Brüdern mit den Waffen in der Hand die deutsche Republik erkämpfen helfen. Gestern um 11 Uhr ist eine Kompagnie, bestehend aus 200 Deutschen, welchen sich 300 Franzosen angeschlossen haben sollen, nach Straßburg abmarschirt. Ich habe die Entstehung dieses Planes so ziemlich mit angesehen, ohne ihn für so wichtig zu halten, als er mir heute erscheint. Die Seele dieser Bewegung scheint der ehmalige Redakteur der Brüsseler deutschen Zeitung von Bornstedt zu sein, ein Mann, den ich von Niemand, weder von Freund noch von Feind mit Achtung habe nennen hören, er ist aber gewandt, schlau und rührig. — Herwegh, welcher glaubt, daß jetzt seine Zeit gekommen sei, haben sie zu Präsidenten ihres „demokratischen Vereins" gemacht, ohne Zweifel seines Namens wegen; seine Befähigung zu dieser Stelle ist gering. Ich muß wenigstens gestehen, daß ich noch nie eine Versammlung mit solcher Ungeschicklichkeit und Rohheit habe leiten sehen, wie von ihm. Die deutsche Legion zählt 600, höchstens 800 Mann, nicht mehr, ungeübt, ohne Geld, ohne Kleidung, ohne Waffen. Wenn es sich aber bestätigt, daß die Polen und daß freiwillige Franzosen sich diesem Freischaarenzuge anschließen, so wird die Sache ernsthafter. Aus Herwegh's eigenem Munde habe ich von der Tribune herunter die offizielle Versicherung gehört, die provisor. Regierung habe diesem Unternehmen ihre Unterstützung zugesagt. Die guten Deutschen glaubten dabei an eine Unterstützung von Waffen, Geld rc. durch Privatmittheilung eines Regierungsmitgliedes erfuhr ich jedoch, es sei damit nur gemeint, daß die Regierung ihnen keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Einige Tage später soll Herwegh erklärt haben, die Regierung habe ihnen Waffen zugesagt, soviel und sobald man sie haben wolle. In diesen letzten paar Tagen liest man an allen Straßenecken Anschläge von Herwegh unterzeichnet an die mobile Nationalgarde, an Einheimische und Fremde: man möge ihnen, den Deutschen, die siegreichen französischen Waffen leihen, sie wollten hinziehen damit nach Deutschland, um dort die Freiheit, die Republik zu erobern. Es lebe die Brüderschaft der Nationen! Es lebe die Universalrepublik! Welches das Resultat dieser Anschläge gewesen, kann ich nicht sagen, ich fürchte aber ein nur zu günstiges. Die Franzosen — selbst die Klubisten der „Democratie pacifique" — sind begeistert für die Hochherzigkeit eines Unternehmens, welches nur zu sehr einem Friedensbruche ähnlich sieht. Heute, heißt es, ziehe eine zweite Abtheilung und morgen werde Herwegh selbst mit abziehen. Die Kommunistenvereine, welche etwa in Baden bestehen, sind ohne Zweifel schon benachrichtigt. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 28. März.) Die Ansichten über das deutsche Parlament haben sich großentheils schon dahin befestigt, daß die Bundesversammlung, mit thunlichster Festhaltung der in der Bundesakte vom 8. Juni 1815 gegebenen Basis zu einem Hause der Bundesglieder zu entwickeln sey, — über die diesem Hause zur Seite zu stellende Volkskammer, dagegen weichen die Ansichten noch wesentlich von einander ab. Man hält dafür, daß dieselbe nach der Napoleonischen Idee aus Grundeigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten und Gelehrten zusammen zu setzen sey, und ist übrigens der Meinung, daß der Angriff der Arbeiten einer Volkskammer selbst unter Leitung eines alsbald zu bestellenden Ausschusses aus jenen Elementen den durch die Landstände zu erwählenden Vertretern zu überlassen sey, binnen der hierdurch gewonnenen Frist der Ausschuß aber über Anerkennung der Volkskammer mit der Bundesversammlung zu unterhandeln hätte. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 28. März.) Eine große Anzahl hiesiger Männer hat beschlossen, bei Gelegenheit des Freitags den 31. l. M. stattfindenden Fackelzugs dem Präsidenten der Deputirtenversammlung die nachfolgende Verwahrung gegen die Usurpation des Königs von Preußen zu überreichen, welche in den Buchhandlungen der Herren Sauerländer (Sandgasse) und Körner (Steinweg) bis Freitag Mittags zum Unterzeichnen aufliegt: „Verwahrung. Der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen hat in einem Aufrufe an die deutsche Nation, am 21. l. M., sich nach langem vergeblichem Widerstande gegen sein eignes Volk endlich zu der Ueberzeugung bekannt, daß einheitliche Leitung der deutschen Angelegenheiten in gegenwärtiger Zeit vor Allem noth thue. Er hat erklärt, diese Leitung übernehmen zu wollen. Die Nothwendigkeit einer solchen einheitlichen Leitung wird von Keinem verkannt. Aber noch weit weniger wird verkannt, daß für sie nur ein Mann geeignet sey, welcher zu allen Zeiten eben so sehr ein warmschlagendes Herz für unser Volk, als ein richtiges Verständniß seiner wahren Interessen bethätiget und stets nur auf Seiten des Volkes gestanden hat. Bei aller Ueberhebung seiner selbst aber kann Dessen Friedrich Wilhelm IV. sich nicht rühmen. Er hat vom Beginn seiner Regierung an sich stets nur als einen Mann erwiesen, der entweder mit seinen Gefühlen und Anschauungen auf dem Boden einer längst vergangenen Zeit stand, oder der, wenn er die Gegenwart und ihre Bedürfnisse wirklich erkannt, deren thatsächliche Anerkennung doch fast in jeder seiner Regentenhandlungen, im Gebiete des religiösen, wie politischen, insbesondere aber des konstitutionellen Lebens, in jeglicher Weise, durch eine, aller Konsequenz und Wahrhaftigkeit baare und ledige Handlungsweise zu umgehen versuchte. Zu einem Fürsten, dessen ganzes Regentenleben nur eine fortgesetzte Reihe zahlloser Widersprüche ist, der unsere edelsten Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht in jeder Weise verfolgt und bedrückt, der so ganz und gar die hohe Mission verkannt hat, zu welcher ihn die Vorsehung auf die Zinne der Gegenwart gestellt; — zu einem solchen Fürsten kann das deutsche Volk nicht das Vertrauen haben, ihm die Lenkung seiner Geschicke zu überlassen. Wir vermöchten dem Könige von Preussen solch hohes Vertrauen selbst dann nicht zu schenken, wenn seine Hand rein wäre von Bürgerblut! Mit so freudiger Hingebung wir daher auch Preussen an der Spitze der deutschen Bewegung erblickt hätten; mit eben so entschiedener sittlicher Entrüstung müssen wir uns dagegen verwahren, daß Friedrich Wilhelm IV. sich an die Spitze des deutschen Volkes stelle! Nur dem deutschen Volke selbst können wir die Befugniß zuerkennen, sich solchen Lenker zu wählen; — Friedrich Wilhelm IV. kann und soll es nun und nimmermehr seyn! (Fst. J.)

(Frankfurt, den 28. März.) Von den 17 Männern des öffentlichen Vertrauens, die von der Bundesversammlung zum Beirath bei Revision der deutschen Bundesakte und Bundesverhältnisse erbeten werden, sind bereits hier eingetroffen: Professor Albrecht (einer der Göttinger Sieben) Bassermann, Jordan, Uhland, Hergenhahn, Dr. Langen und Rath von Wangenheim, bisher zur Opposition gezähltes Mitglied der hannover'schen Ständeversammlung. Die zehn übrigen werden stündlich erwartet. (Frkf. O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 28. März.) Nachstehend folgt der Hauptinhalt der Depeschen, welche der Minister Gagern gestern der Kammer vorgelegt hat: der deutsche Freischaarenzug aus Paris beabsichtigt zunächst in Mannheim und Zweibrücken die deutsche Föderativrepublik zu proklamiren. Herwegh, Bornstein und Bernstedt leiten die Sache, ein polnischer General soll an die Spitze treten. Marx, an der Spitze der Kommunisten, ist noch von ihnen getrennt, wird sich aber mit ihnen vereinigen. Der §. 4 der Statuten des Vereins lautet wörtlich: Die vereinigten deutschen Demokraten bekennen sich zu dem Grundsatze: Alles für das Volk, Alles durch das Volk, und zu den Prinzipien der im Sinne der praktischen Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe begonnenen französischen Revolution, deren Verbreitung die Mitglieder sich angelegen lassen sein werden. Die deutschen Gesandten, Hatzfeld und Appony an der Spitze, haben in Paris Schritte gethan; Lamartine ist gegen das Unternehmen, die übrigen Mitglieder der Regierung dafür. Die Schaar will in drei Kolonnen, über Metz, Straßburg und Basel anrücken; Emissäre sind vorausgeschickt. Die Komités in Polen haben ihre Mitwirkung zugesagt. Der erste Angriff soll von der Schweiz aus erfolgen. — Dies die offiziellen Eröffnungen des Ministers. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Botzen, 21. März.) Die heutigen Nachrichten aus Trient lauten im ganzen beruhigend. Nach der Vertreibung der Finanzwache aus ihren Wachthäusern scheint sich die Bewegung gelegt zu haben, Bürger und Studenten übernahmen die Aufrechthaltung der Ruhe, nur gestern Nachmittag sey sie durch herangezogene Bauern der Umgegend und zusammengerottete Haufen der niedern Volksklassen noch ernstlich gestört, aber auf Einschreiten der im Durchmarsch begriffenen Chevauxlegers, wenngleich nicht ohne Blut, bald wiederhergestellt worden. Auch aus Roveredo wird von einem Gassentumult gegen die Finanzwache berichtet. In diesen beiden welschen Kreisen Tirols soll man eine Vereinigung mit dem lombardisch-venezianischen Königreich wünschen. (D. Z.

Preussen. (Berlin, 28. März. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der in der evangelischen Kirche seit geraumer Zeit mit großer Lebhaftigkeit geführte Streit am besten geschlichtet und der gestörte Friede am einfachsten hergestellt werden könne, wenn man für das Bestehen und die gedeihliche Entwicklung der Kirche lediglich die Kraft ihrer inneren Wahrheit zu Hülfe nehme und dem lebendigen und lebendig machenden Geiste des Evangeliums vertraue, hat bereits Fürsorge getroffen, daß die von den evangelischen Glaubensgenossen in den östlichen Provinzen der Monarchie längst gewünschte Presbyterial- und Synodal-Verfassung möglichst bald ins Leben treten könne. Es ist eine Kommission ernannt worden, welche, unter dem Vorsitz des gedachten Ministers, aus dem Ministerial-Direktor von Landenberg, den Bischöfen Neander und Roß, dem Wirklichen Ober-Konsistorial-Rath Ribbeck, dem Ober-Konsistorial-Rath Nitzsch, dem Superintendenten Schulz, dem Professor Richter und den Predigern Sydow und Jonas besteht, um das bereits in reichem Maße gesammelte Material zusammenzustellen und auf Grund desselben den Entwurf zu einer Verfassung auszuarbeiten, welcher demnächst veröffentlicht werden wird, damit vor definitiver Festsetzung derselben sowohl sämmtlichen Genossen der Kirche, als auch deren Organen, Gelegenheit gegeben werde, sich darüber zu äußern. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 28. März.) Herr Camphausen hat die ihm angetragene Stellung als Staats-Minister nicht angenommen, weil er die Ueberzeugung hegt, augenblicklich in außeramtlicher Stellung dem Vaterlande nützlichere Dienste leisten zu können. Er hat dieß in einer Weise ausgesprochen, welche der Regierung seine kräftige Unterstützung unzweifelhaft in Aussicht stellt. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 24. März.) Auf die durch Abgeordnete Schleswig-Holsteins eingelaufene Nachricht, daß sich genannte Provinzen mit aller Kraft eng an Deutschland nun angeschlossen, und von Dänemarks Herrschaft gänzlich losgesagt haben, war für den gestrigen Tag den bewaffneten Bürgerwachen und Patrouillen vom Könige die Parole: „Bruderhand", und das Feldgeschrei: „Schleswig-Holstein", ausgegeben. (N. W. Z.)

(Berlin, den 26. März.) Morgen gehen von hier 15,000 Mann preussischer Truppen nach Schleswig-Holstein, um den deutschen Namen an der dortigen Grenze aufrecht zu erhalten. Diese Truppen bestehen meistens aus der ehemaligen Garde-du-Corps, welche dort jedenfalls einen besseren Feind als in den Mauern Berlins findet. Ausserdem ist auch schon eine meistens aus Studenten bestehende Freischaar dorthin abgegangen. — Der Fürst Lichnowsky ist im Auftrage unserer Regierung nach Wien gereist, um das dortige Kabinet zu gleichen Schritten in Betreff der polnischen Landestheile zu veranlassen. Der abgesandte Fürst ist heute wieder hier angelangt, doch hört man nicht, welche Antwort er mitbringe. (Wes. Z.)

(Berlin, den 27. März.) Die Angelegenheit mit der russischen Depesche in Königsberg darf als bekannt angesehen werden; es sind jetzt dem Gesandten, wie es heißt, besondere Instruktionen zugegangen, und Herr von Meyendorf hat mit seiner Familie und dem Gesandtschaftspersonale Berlin verlassen. Der Krieg mit Rußland darf als erklärt angesehen werden. Das 2. (Stettiner) Regiment wird vorläufig an die Gränze marschiren. (Mgdb. Z.)

(Berlin, den 26. März.) Die Verhandlungen unserer Minister mit den seit drei Tagen hier anwesenden Abgesandten deutscher Staaten haben die Angelegenheit der Gesammtvertretung deutscher Nation soweit gefördert, daß als Vertrauensmann von unserer Seite Dahlmann mit breiten Vollmachten bestimmt ist, und daß die entscheidenden Punkte als Fragen festgestellt und für die Versammlung am 30. d. M. in Frankfurt a. M. vorbereitet sind. Dem Vernehmen nach sind dieselben folgende: 1) Ein leitendes Oberhaupt mit der deutschen Krone. 2) Ein Oberhaus aus den Bundesgliedern oder deren Delegirten mit ausgedehntesten Vollmachten. 3) Ein Unterhaus, wählbar aus dem Volke im Verhältniß von $^1/_{50{,}000}$ bis $^1/_{100{,}000}$. 4) Competenz dieser drei Gewalten: dieselbe umfaßt die vier Stücke, auf welche die einzelnen Bundesglieder zu Gunsten der Gesammtheit verzichten: a) Ein Heerwesen und ein System der Volksbewaffnung. b) Eine auswärtige Vertretung. c) Eine Gesetzgebung über gewisse allbekannte Dinge und ein höchster Staatsgerichtshof. d) Ein System

des Handels, der Zölle, Münzen, Gewichte, Posten und Eisenbahnen u. s. w. 5) Beschlußnahme über die Bewerkstelligung obiger Stücke. (A. A. Z.)

(Militsch, den 24. März, Abends 6 Uhr.) Von Militsch nach Krotoschin wimmelt es von Wagen, Fußgängern, Extraposten und Karren voller Flüchtlinge aus Krotoschin, Jaroszin, Miesków, Neustadt a. W., Zerkow, Miloslaw, Borek, Doberzyce und allen kleinen Städten des Großherzogthums. Alles rettet sich nach Militsch, der Grenze Schlesiens. Es sind hier Nachtquartiere in Gast- oder Privathäusern selbst für den Preis von 10 Frd'or. nicht mehr zu erhalten. Es ist an vielen Orten geplündert worden; besonders haben die Juden überall viel gelitten; in Pleschen sind diese aufgefordert, zur polnischen Fahne zu schwören, alles retirirt und läßt sein Vermögen im Stich. Kalkstein in Pleschen soll sich zum Landrath erklärt haben. Alle Kassen sind in den Händen der Polen. Ich schließe, weil der Zuzug der Flüchtlinge so stark wird, daß er mich im Schreiben hindert. (Bresl. Z.)

Aus Reuß-Ebersdorf, 24. März. Alle Fürsten, zuletzt auch die Großherzoge von Mecklenburg haben den Volkswünschen nach der Niederlage des Königs von Preussen nachgegeben. Heinrich LXXII. Fürst Reuß kommt noch mit einem Nachtrag in Folgendem: Der großen, großen Großzahl meiner guten Landsleute, namentlich meinen braven herrlichen Landbewohnern, meinen innigsten Dank für ihre Haltung in den letzten Tagen. Bleibt so! So wollen wir Hand in Hand jeder Gesetzlosigkeit entgegentreten, Hand in Hand der Wiedergeburt unseres deutschen Vaterlandes entgegensehen! Soll ich euch meine Wünsche noch sagen? Sie sind Ein freies, großes, starkes Deutschland, so weit seine Sprache; überall gleiche Landesverfassung; Ein Gesetzbuch; Ein Staatsbürgerrecht; Ein Heer; Eine Flotte; Eine Volksbewaffnung; Eine Handelsgesetzgebung; Eine Münze, Maß, Gewicht u. s. w. Schloß Ebersdorf, den 21. März 1848. Heinrich LXXII. Fürst Reuß. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 25. März.) Die Festung Rendsburg ist in den Händen der provisorischen Regierung. Gestern Morgen begaben sich der Prinz Friedrich, Beseler, Graf Reventlow dorthin. Der Prinz Friedrich zog, da die Thore offen waren, an der Spitze des hiesigen Jägercorps, des Studentencorps und einiger Freiwilliger, die sich aus verschiedenen Gegenden gesammelt hatten und in Neumünster mit dem kieler Bahnzuge zusammentrafen, in die Festung einstieg vor der Wache vom Pferde, entwaffnete mit eigner Hand die Schildwachen, setzte ihnen kurz den Stand der Dinge und seine Stellung auseinander, und sagte, daß das Militär bis weiter ihm zu gehorchen habe, worauf das Militär sich sofort ergab. Nur ein Regiment war zweifelhaft; allein vor dieses stellte sich das Studentencorps, vollständig mit Büchsen bewaffnet und forderte ihre sofortige Erklärung; sie erbaten sich Zeit zum Besinnen, worauf die Studenten bemerkten, wenn sie sich nicht augenblicklich ergäben, würden sie feuern; hierauf ergaben sie sich. Alle Kassen in Rendsburg, namentlich die Hauptkasse für die Herzogthümer ist in den Händen der provisorischen Regierung. — Das Dragonerregiment in Schleswig ist mit lautem Enthusiasmus übergegangen. Das Schleswigsche Jägercorps schwankt, die Itzehoer Dragonereskadron ist übergegangen. Das Glückstädter Infanterieregiment ist ebenfalls übergegangen. Dasselbe war zufällig ohne Oberst; der Oberstlieutenant Fabricius, zur Zeit Postmeister in Glückstadt, der sich als Philhellene durch seine ausgezeichnete Tapferkeit in Griechenland hohe militärische Würden erworben hatte, war zufällig in Kopenhagen anwesend und begab sich, als die Wendung der Dinge drohend wurde, wieder zurück nach Glückstadt und hat sich der provisorischen Regierung als Oberst des Glückstädter Regiments angeboten, die ihn sofort eingesetzt hat; das Regiment hat ihn anerkannt. Alle Civilbehörden haben, soviel man weiß, die provisorische Regierung anerkannt; einige dänische Offiziere haben ihren Abschied genommen; andere dänische Offiziere dagegen sind übergegangen. (Brem. Z.)

(Kiel, den 24. März, Abends.) In Rendsburg befindet sich in diesem Augenblick die ganze provisorische Regierung. Das Militär und die Freiwilligen waren ungehindert mit der Eisenbahn vor die Festung gefahren, ebenso ungehindert durch das Thor bis auf den Markt resp. vor die Wache marschirt, wo sie die gesammte Besatzung versammelt gefunden, — darauf Anrede des Prinzen an die Soldaten, Gegenrede der Befehlshaber von Pflicht, Gewissen u. s. w. — Rücktritt mehrer höhern und niedern Offiziere — und die Sache war gemacht. Aus der Umgegend strömte die Bevölkerung nach Rendsburg — das Glückstädter Militär war bereits dahin unterwegs — Schleswig ist gleichfalls über, nur ein dort garnisonirendes Jägerbataillon hatte anfangs Schwierigkeiten gemacht. Da auch in Altona die Anerkennung der provisorischen Regierung keine Hindernisse gefunden hat, so ist Holstein und die südliche Hälfte von Schleswig so gut wie gewonnen; zu einem wirklichen Kampf wird es vielleicht nur im nördlichen Schleswig kommen, wo sich die disperaten Elemente schon lange feindlich gegenüberstanden. (Wes. Z.)

(Von der Schlei, den 25. März.) Die Nachricht von der Bildung der provisorischen Regierung traf heute Morgen in Schleswig ein. Die Sturm- und Feuerglocken läuteten, eine Trommel wirbelte durch die Straßen, Alles rannte nach dem Rathhause. Herr Dr. Steindorf, Wortführer des Bürgervereins, proklamirte nach Darlegung der Verhältnisse den Hardesvogt Jacobsen zum Diktator der Stadt. Dieser ernannte den Major von Unger, außer Diensten, zum Stadtkommandanten, und wählte den Justizrath Oberfachwalter Hanke, den Fabrikanten Fiejan und den Dr. Steindorf zu Gehülfen. Herr Jacobsen schlug nun vor, sich im langen Zuge nach dem Obersten v. Renouard, Chef des Jägerkorps, dann zum Platzkommandanten General v. Carstenskiold und zum Obersten v. Holsten, Chef des Dragonerregiments, ferner zu den Beamten der königlichen Kassen, damit kein Geld nach Dänemark abgesandt werde, und schließlich nach der Wohnung des Kammerherrn v. Scheel zu begeben, um ihn zu ersuchen, seine Entlassung zu nehmen. Ein ungeheurer Zug Bürger begab sich nach den Wohnungen der gedachten Männer. Die Kommandirenden wollten die provisorische Regierung nicht anerkennen, wollten den Soldaten die Wahl lassen. Herr v Scheel hatte sein Amt niedergelegt und war davon gereist. Regierungsrath Heinzelmann, dem er es übertragen, übergab es dem Herrn Jacobsen. Oberst Renouard hatte den Jägern die Proklamation nicht mitgetheilt. Anders handelte Holstein. Da folgten sofort zwei Escadron Dragoner, und die Hälfte der Uebrigen ihrem Rittmeister, und sind bereits nach Rendsburg, wo die Truppen sich sammeln, abmarschirt, wogegen die übrigen sich nach Flensburg gewandt haben. — Gewehre, die Agent Jensen und Kaufmann Christiansen für die Flensburger gegen die Schleswig-Holsteiner haben kommen lassen, sind glücklich 2000 Stück, durch unsere jungen Bürger occupirt. Die Bürger beziehen die Wachen. (Brem. Z.)

(Altona, den 26. März, 1 Uhr Nachmittags.) Die Kopenhagener Post ist ausgeblieben und wird wohl erst heute Abend hier erwartet werden können. Die Deputationen sind wieder zurückgekehrt; für Holstein wollte der König Alles, für Schleswig — Nichts bewilligen. In Friedericia (Jütland, wo der König lange als Kronprinz residirte und kommandirte) soll es zu blutigem Kampfe zwischen den Dänen und den Schleswigern unter den Truppen gekommen sein, und eine große Feuersbrunst in der Stadt ausgebrochen sein. Einem andern Gerüchte zufolge sind auch in Flensburg Unruhen ausgebrochen; die dänische Partei daselbst soll sich der Schleswig-Holsteinischen Regierung nähern wollen. Gestern sind viele ausgetretene dänische Offiziere aus den Herzogthümern hier angekommen; vom Süden her erwartet man zahlreiche Freischaaren-Zuzüge. — Die zu Hamburg im Quartettsaale der Tonhalle ausgelegten Bogen zeigten heute Mittag gegen 200 Unterschriften für den Waffendienst. Die Geldbeiträge beliefen sich schon auf nahe an 2000 Mark. (Wes. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, 29. März.) Gestern Abend 7 Uhr bewegte sich ein langer Zug von der Katharinenstrasse aus in Reih und Glied durch die Straßen der Stadt, die Kanzleistrasse hinaus, durch die ganze Militärstrasse bis an den Feuersee Voran wurde das Bildniß des Königs von Preußen getragen. Am Feuersee wurde das Bildniß den vielen Tausenden von Anwesenden, beleuchtet durch Strohfeuer, gezeigt, darauf mehrere Schüsse nach demselben gethan und es unter Nieder- und Pereatrufen dem Wasser übergeben. (Schw. M.)

Großbritannien.

(London, den 25. März.) Die heutigen „Times" enthalten Nachrichten aus Rußland nach einem Privatbriefe (ohne Datum) von welchem wir Folgendes ausziehen: Es heißt der Aerger des Kaisers über die neuesten Begebenheiten in Frankreich sey gränzenlos (excessive). Die Reserve ungefähr 400,000 Mann ist aufgeboten und soll am 1. April vollzählig seyn. Die Garden sollen sich bereit halten, auf die erste Anzeige nach Polen zu marschiren. In allen Zweigen des Kriegsdepartements herrscht die größte Thätigkeit, die ganze reguläre Cavalerie, Kosacken, Tartaren, Baschkiren, Kalmucken (Hört!) haben den Befehl erhalten, sich an der westlichen Grenze zu versammeln. Damals freilich wußte man noch nichts von der Wendung, welche die Angelegenheiten in England, Preußen, (Oesterreich) und den anderen Staaten genommen, und seit dem mag sich die Hitze des Selbstherrschers aller Reußen wohl etwas abgekühlt haben. Privatbriefe melden die nahe bevorstehende Ankunft des Fürsten Metternich in England. Man schreibt aus Dublin, Graf Clarendon werde seine Stelle als Lordlieutenant von Irland niederlegen.

Italien.

(Rom, den 16. März.) Gestern (kein Posttag) ward in der Mittagsstunde auf den Hauptplätzen unserer Stadt ein ellenlanges Placat angeschlagen, welches in 69 Artikeln die von Pius IX. seinem Volke bewilligte politische Konstitution in ihrem ausführlichen Texte veröffentlicht. In demselben Augenblicke läuteten alle Glocken der Stadt; Freudenschüsse fielen und unter den neun Hügeln der ewigen Stadt; unter dem Geschrei: Es lebe Pius IX., es lebe die Freiheit! zogen bei 80,000 Menschen nach dem Quirinal, dem Geber dieser großen Wohlthat zu danken. Der Papst erschien in der Abendstunde unter dem Lebehochrufen des Volks auf dem Balkon seines Palastes und segnete es. (D. A. Z.)

(Chur, den 27. März.) Nach uebereinstimmenden Berichten ist Feldmarschall Radetzky noch nicht gefangen, obwohl für seine Einbringung die Summe von 100,000 Lire versprochen wird. Er hat mit einer Kolone den Weg über Crema nach Mantua und Verona eingeschlagen. Seine Truppen sollen jedoch zahlreiche Verluste an Todten und Gefangenen erleiden. Wie früher die Oesterreicher alle nach der eingeschlossenen Stadt bestimmten Briefe und Gelder abfaßten, so hat jetzt die Municipalität 300,000 Lire zur Hand genommen, welche von Wien aus für die Armee eintrafen. Als Beweis dafür wie allgemein die Begeisterung für den Unabhängigkeitskampf gewesen, wird namentlich berichtet, daß in Lecco eine gewisse Lucia Martella sich mit 15 andern Weibern bewaffnet in die Reihen stellte, um mit nach Mailand zu ziehen. An der Spitze der Bergamasken ist zuerst ein in Bergamo niedergelassener Bündner, ehemals französischer Offizier, Hauptmann Bonivand eingezogen. Einem andern Bündner Offizier kostete der Kampf in Bergamo das Leben. Die von den Kroaten daselbst als Geißeln zurückbehaltenen Bürger, Hr. Frizzoni und ein alter Geistlicher wurden während 48 Stunden fortwährend mit dem Füsiliren bedroht. Die provisorische Regierung von Como hat durch eine heute eingetroffene Depesche um die Bewilligung nachgesucht, 800 gefangene Kroaten durch unsern Kanton nach dem Vorarlberg passiren zu lassen. Sie wurde unter den nöthigen Bedingungen für die Sicherheit des Landes gewährt.

Aufregung in Genua und Piemont durch die lombardischen Meldungen. Die sardinischen Truppen überschritten die Grenze. Karl Albert stellt sich an ihre Spitze. (A. A. Z.)

Schweiz.

Wir erhalten von einem Deutschen in Bern eine Protestation gegen das Bestreben, von dort aus ein deutsches republikanisches Comite zu organisiren. Wir bedauern, dieselbe wegen Beengung des Raumes nicht ganz aufnehmen zu können. Der wesentliche Inhalt ist folgender: Seit ein paar Tagen wird hier eine „offene Erklärung der Deutschen in der Schweiz an das deutsche Volk" herumgeboten, in welcher die Erklärenden in acht Artikeln ihre Ueberzeugung aussprechen, daß nur in baldigster Herstellung einer deutschen Republik die Freiheit, Einheit und Wohlfahrt Deutschlands zu erreichen stehe, daß dieses Ziel jetzt und vielleicht niemals wieder zu erreichen, daß daher alsbald eine provisorische, republikanische Regierung Deutschlands, zu organisiren sei. Diese Erklärung datirt Bern den 19. März 1848, ist unterzeichnet: „Die Deutschen in der Schweiz, Namens derselben das in heutiger öffentlichen Versammlung gewählte Comite." Die

ganze Schilderhebung ging von dem hiesigen Verein deutscher Arbeiter aus, von welchem längst bekannt ist, daß er dem wüthendsten Maratismus huldigt. Durch eine Annonce in dem hiesigen Inteligenzblättchen wurde zur Theilnahme an einer Versammlung, welche den 19. v. M. in einer vor der Stadt gelegenen Kneipe stattfinden sollte, eingeladen. Nach der Aussage von Augenzeugen, erschienen etwa 200 Personen, unter diesen 40—50 Deutsche, meistens Arbeiter; der große Ueberrest bestand aus bernischen Studenten und Soldaten. G. Pohl, ein flüchtiger hessischer Beamter, präsidirte der Versammlung, in welcher erklärt wurde, daß die deutschen Handwerker in der Schweiz, mit denjenigen in Paris und London, in enger Verbindung stünden, und daß auf den ersten Ruf (welchen man von der Offenburger Volksversammlung erwartete, zu welcher von hier aus ein Abgeordneter gesendet war) Alle bereit seien, zur Gründung der deutschen Republik bewaffnet in Deutschland einzufallen. Man mag aus dieser Darstellung entnehmen, mit welchem Recht eine kleine Zahl Deutscher sich erlauben konnte, als Vertreter der Tausende in der Schweiz wohnenden Deutscher zu handeln. Wir verwahren uns aufs Entschiedenste gegen diese Anmaßung und erklären, daß nach unserer auf Thatsachen beruhenden Ueberzeugung, weitaus die große Mehrheit der Deutschen in der Schweiz (wobei wir jedoch die Handwerksgesellen ausdrücklich ausnehmen) dieser „offenen Erklärung" völlig fremd ist, und sie im hohen Maße mißbilligt. Auch sie, diese Mehrheit, jauchzt den Bestrebungen ihrer Brüder im Vaterlande, ein freies, mächtiges und geachtetes Deutschland herzustellen, zu, und wünscht ihnen aus vollstem Herzen Gelingen; auch sie, diese Mehrheit, will „Deuschland über Alles", aber sie will es auf dem Wege der ruhigen Verständigung und organischen Entwicklung, in eigener deutscher Weise, ohne Nachäfferei fremder Formen; sie will es auf dem Wege, den die Vorkämpfer der deutschen Sache bereits betreten haben und hoffentlich, zum Heil Deutschlands, niemals verlassen werden. (Schwb. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Die Sperrung des Kasematten-Durchgangs am Einflusse der Pegnitz in die Stadt betreffend.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

als Polizei-Senat

wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Eingang durch die Kasematte am Einflusse der Pegnitz in die Stadt wegen vorzunehmender Bauarbeiten Behufs der Erweiterung desselben auf unbestimmte Zeit gesperrt bleiben muß.

Nürnberg, den 29. März 1848.

Dr. Binder

Lehner.
v. u.

Von den beiden Kirchenverwaltungen Wöhrd und St. Johannis

wird hiermit unter Bezugnahme auf die, in Nro. 89. dieses Blattes enthaltene Erklärung der protestant. Kirchenverwaltung zu Nürnberg offen ausgesprochen, daß die Felder zu St. Johannis den beiden Kirchenstiftungen Wöhrd und St. Johannis zehentbar sind, daß jedoch der Zehent fixirt ist, daher in natura weder einmal noch 4—5 Mal genommen wird, auch früher wie in der angegebenen Weise genommen worden ist.

Herr Dr. Eisenmann wird daher die in seinen Ideen ꝛc. aufgestellte grundlose Behauptung, die aus einer offenbar unlautern Quelle stammt, wie sich mit Recht erwarten läßt, öffentlich zurücknehmen.

Den 30. März 1848.

Lösch, Pfarrer. Bär, Pfarrverweser.

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag den 2. April d. Is. größere musikalische Produktion. Anfang 7 Uhr.

Empfehlung.

Bei dem Beginne der schöneren Jahreszeit erlaubt sich die ergebenst Unterzeichnete ihre schon bekannte Kleinkinder-Erziehungsanstalt verehrlichen Eltern zur freundlichen Beachtung zu empfehlen.

Nürnberg, den 31. März 1848.

Helene Schmidt, Schullehrerswittwe. Wohnhaft auf dem Spitzenberg, S. Nro. 1579.

Auktions-Anzeige.

Montag den 3. März l. Js., Vormittags 9 und Nachmittags 1 Uhr werden in dem Hause Lit. L. Nro. 361 der Karolinenstraße verschiedene Haus- und Wirthschaftsutensilien, als Flaschen, Krüge, Gläser in großen Partien, Lampen, Tische, Bänke, Schränke, Zelte und Regale und viele andere Meubels und Gegenstände gegen gleich baare Zahlung meistbietend verkauft und Kaufslustige dazu eingeladen.

Anfrage.

Sind denn die beiden Frauen, Dollinger, und die unter dem Titel einer Lieutenants-Frau einhergehende Jeninger befugt, sich in Familienangelegenheiten zu mischen und Anlaß zu geben, daß Kinder Jemand einen Gassenspott machen, wie dies am Mittwoch Abend den 29 d. in der Judengasse der Fall war. J. St

Anfrage.

Warum muß denn die Abfuhr der Bürgerhölzer in Fracht in zehn Tagen geschehen? ist es Regierungsbefehl, oder Willkür des K. Revierförsters?

Mehrere Bürger.

(Anzeige.) Im Nadlersgraben, der Pfann'schen Brauerei gegenüber, an der mit der Tafel bezeichneten Stelle, kann Bauschutt abgeladen werden, man bittet aber die Thüre in der Mauer links und rechts frei zu lassen.

Gasthaus zur Eisenbahn.

Samstag den 1. April produzirt sich der Volkssänger

Deininger,

wozu höflichst eingeladen wird.
Anfang halb 8 Uhr.

Und Sonntag den 2. April im Gasthaus zum „Deutschen Haus" bei Herrn Neubauer in Gostenhof.
Anfang halb 4 Uhr.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Samstag den 1. April, ist

Metzelsuppe,

wozu hiemit höflichst einladet

J. Neubauer

St. Leonhard.

Sonntag den 2. April Produktion des Sprecher'schen Sextetts im Gartenlokale. Entree à Person 3 kr. — Anfang präcis 4 Uhr.

A. Feldmann.

Prater.

Künftigen Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt.

Wozu ergebenst einladet Rupprecht.

Schwänlein in der Schlotfegergasse.

Sonntag Abends Produktion vom Kleeblatt. Um zahlreichen Besuch bittet

Heckel.

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Sonntag den 2. April

Gesangs-Unterhaltung von Hrn. Fischer,

wobei die mit so vielen Beifall aufgenommenen Lieder, der 3., 4., 7. und 20 März, ein neues Quodlibet, Friedrich und Metternich und eine Freiheitshymne vorgetragen werden. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Sturm.

Pferde-Versteigerung.

Zwei zum Oekonomiedienste vollkommen geeignete Pferde werden künftigen Montag den 3. April, Vormittags 11 Uhr, im Gasthofe zum wilden Mann in Gostenhof einzeln oder zusammen an den Meistbietenden versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Wirthschafts - Verkauf.

Aus Familien-Rücksichten wird das seinen besten Ruf weit über Deutschlands Gauen verbreitete Wirthschaftsanwesen zum

„Jammerthal"

hier öffentlich an den Meistbietenden verkauft und hiezu Termin auf

Montag den 3. April 1848, Vormittags 10 bis 12 Uhr,

im Lokale des unterfertigten Kommissionsgeschäfts anberaumt. Kaufslustige, denen inzwischen alle erwünschten Aufschlüsse ertheilt werden, ladet zum Termine höflichst ein

das öffentliche Commissions-Bureau
von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Logis-Gesuch.

Eine Wohnung von drei Zimmern, Kammer, Küche u. s. w. mit Wasser im Hause, welche sogleich bezogen werden kann, wird zu miethen gesucht. Offerten mit A. B. bezeichnet werden in L. 361 Parterre angenommen.

Bierwirthschafts-Verkauf.

Eine Bierwirthschaft mit Felsenkeller ist unter annehmbaren Bedingungen täglich zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein junges Mädchen von soliden Eltern, welche mit feiner Wäsche gut umgehen kann, auch im Nähen und Bügeln sehr erfahren ist, und das Putzmachen erlernt hat, wünscht bei einer Herrschaft als Stubenmädchen, oder in einem Laden als Ladenjungfer unterzukommen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 5. April d. J., Nachmittags 2 Uhr werden zu Dutzendteich 1200 Stück Karpfensetzlinge, große Sorte, in größern und kleinern Parthieen, verkauft, wozu Kaufsliebhaber hiermit eingeladen werden.

Nürnberg, am 30 März 1848

(Zu vermiethen.) Eine Gartenwohnung in einer frequenten angenehmen Lage, enthaltend zwei heizbare Zimmer, Küche nebst mehreren Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten, mit eigenem Ausgang, wird an Walburgi oder auch sogleich vermiethet.

Näheres S. Nro. 10 an der Waggasse.

(Chaisen-Verkauf.) Bei Ferdinand Langenbach in Erlangen ist eine einspännige wenig gebrauchte Drasche, und ein Schweizerwägelein billig zu verkaufen.

(Anzeige.) Wer die Bierplatten-Fabrikation gründlich versteht, beliebe sich zu melden.

(Zu verkaufen.) Eine sehr gute Guitarre ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) Zwei schöne Betten sind billig zu verkaufen und werden auch einzeln abgegeben. 965 im Kavatezia hinterm Obstmarkt.

(Verloren.) Ein Päckchen Papier, worunter ein Büchlein, worauf 90 Nummern aufgeführt sind, ist verloren worden. Man bittet um Rückgabe in S. No. 834.

(Gesuch.) In ein hiesiges Gasthaus wird eine tüchtige Köchin, welche hauptsächlich gut tranchiren kann, unter annehmlichen Bedingnissen gesucht.

(Gesuch.) Eine kleine Muskete wird zu kaufen gesucht. Näheres in L. Nr. 84.

(Gesuch.) Eine erfahrene Köchin wird in ein Gasthaus bis Ziel Walburgis in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres Nr. 133 in Gostenhof.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, von soliden Eltern, welches hier noch nicht diente und in allen häuslichen Arbeiten erfahren ist, sucht bis Ziel Walburgi in Dienst zu treten. Näheres in S. Nro. 219 in der Weißgerbergasse.

(Gesuch.) Es wird eine erfahrne Kindermagd gesucht, welche mit neugebornen Kindern gut umzugehen versteht. Schildgasse Nro 673.

Theater in Fürth.

Sonnabend den 1 April. Zum Erstenmale „Der Todentanz." Romant.-kom. Zaubermährchen mit Gesang und Tanz in 2 Akten von F. X. Told. Musik von A. E. Titel. (Mit neuen Kostumes.)

Mit einer Extrabeilage.

Nachmittags um 5 Uhr erscheint noch eine Beilage.

Rückkehr der Schleswig-Holsteinischen Deputation nach Kiel. Rüstungen zum Krieg.

»So ist denn der Bruch geschehen, beginnt der Brief unsers Kieler Korrespondenten, unsere Abgeordneten sind aus Kopenhagen zurückgekehrt, die Antwort, welche sie vom König mitgebracht haben, und wodurch die Einverleibung Schleswigs in den dänischen Staat, die Losreißung Schleswigs von dem ewig mit ihm verbundenen Holstein ausgesprochen wird, kommt einer Kriegserklärung von Seiten Dänemarks gleich.« Die enthusiastische Stimmung der Bevölkerung von Kopenhagen war ebenfalls für den Krieg, die ultra-dänische Partei beherrscht den König und die öffentliche Meinung, die Begeisterung aber, welche der gegenwärtige Moment unter der Bevölkerung Schleswig-Holsteins erzeugt hat, ist unbeschreiblich und volle Gewähr für die Zukunft. Am 26. März, Morgens lief das k. Post-Dampfschiff Skirner, begleitet von einem Kriegs-Dampfschiff in Kiel ein, um die Stände-Deputirten und mit ihnen die deutschen Beamten, die ihre Aemter niedergelegt, nebst ihren Familien herüber zu bringen. Die Dampfschiffe legten nicht wie gewöhnlich an die Brücke, sondern blieben mitten im Hafen. Die Deputirten wurden nach dem Markt geleitet. Hier stattete Olshausen Bericht.

Am Bord des dänischen Dampfschiffes „Skirner", 25. März. Die Deputation der Herzogthümer an den König ist gänzlich mißlungen und hat zu dem Gegentheil des Bezweckten, nämlich dahin geführt, daß die Incorporation Schleswigs in Dänemark in Folge einer Volksbewegung in der Hauptstadt, durch die ein ultra-dänisches Ministerium zur Herrschaft gelangte, verfügt ist, was auch in Dänemark einer Kriegserklärung gleich geachtet wird. Zu diesem Zwecke werden nun auch bedeutende Rüstungen gemacht. Die Deputation hat gestern, nachdem vorgestern in der Audienz zu acht Scheel's Entlassung bewilligt worden, auf ihre schriftlich eingereichten Anträge, die in folgendem Bericht enthaltene Antwort erhalten: „Kurzer Bericht der von den schlesw.-holst. Ständemitgliedern nach Kopenhagen abgesandten Deputation. Nachdem die Deputation der schleswig-holsteinischen Ständemitglieder am 22. März in Kopenhagen eingetroffen war und bei dem Cabinetssecretär um eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige angehalten hatte, erhielt dieselbe die Antwort, daß, bevor eine solche bewilligt werden könne, die schriftliche Anzeige zu machen sei, auf welche Gegenstände, die zu stellenden Anträge gerichtet wären.

Die Deputation überreichte darauf dem Cabinetssecretär unter Anlegung der Liste der Namen der in Rendsburg am 18. März versammelt gewesenen Ständemitglieder die folgendermaßen abgefaßten Anträge: 1) Um die schleunige Zusammenberufung der Schleswigschen und der holsteinischen Ständeversammlungen zu Einer Versammlung zum Zweck der Berathung über eine Verfassung für Schleswig-Holstein. 2) Um Sr. Königl. Majestät Zustimmung und Mitwirkung für die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund. 3) Um die schleunige Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit selbst gewählten Offizieren. 4) Um die sofortige Einführung unbedingter Preßfreiheit. 5) Um die Anerkennung des Versammlungs- und Vereins-Rechts. 6) Um die Entlassung des Regierungspräsidenten v. Scheel von seinen Aemtern.

Die Audienz wurde nun auf den folgenden Vormittag bestimmt, an welchem dieselbe in Gegenwart des Kammerherrn Baron von Plessen und des Etatsrath Francke stattfand. Auf die von Kammerherrn v. Reergard gehaltene Anrede, worin, unter Bezugnahme auf die überreichten Anträge, die öffentlichen Zustände des Landes geschildert und dargestellt wurde, wie sehr die Aufrechthaltung der Ruhe des Landes von der Gewährung der Anträge abhänge, erwiederte der König in einigen wohlwollenden Ausdrücken, daß er sich augenblicklich auf die Beantwortung der beregten, so wichtigen Fragen nicht einlassen könne, jedoch schon mittheilen wolle, daß der Regierungspräsident v. Scheel entlassen sei. Eine fernere Antwort werde der Kanzleipräsident ertheilen. — Hierauf verlas der Baron v. Plessen eine etwas ausführlichere Antwort, woraus hervorging, daß erst eine Berathung des Staatsraths erfolgen müsse, bevor eine endliche Antwort ertheilt werden könne. Nach beendigter Audienz hatte die Deputation eine kurze Unterredung mit dem Baron v. Plessen und dem als Regierungspräsidenten bezeichneten, Etatsrath Francke, die sich vornehmlich auf die beiden ersten Hauptanträge bezog. Darauf verließ die Deputation das Schloß und erhielt erst am folgenden Tage, den 24. März, kurz nach Mittag, am Bord des Dampfschiffes „Hekla", durch den Minister Lehmann folgende schriftliche Antwort des Königs, welche der genannte Minister mündlich als das letzte Wort Sr. Maj. in dieser Angelegenheit bezeichnete:

»Auf Ihr Ansuchen haben wir Ihnen zu eröffnen, daß wir gesonnen sind, Unserm Herzogthum Holstein, als einem selbständigen deutschen Bundesstaate, eine auf der Grundlage eines ausgedehnten Wahlrechts gebaute, in Wahrheit freie Verfassung zu gewähren, worin namentlich Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Vereinsrecht ihre Geltung finden werden; daß als Folge dessen Unser Herzogthum Holstein neben einer eigenen Regierung und Militär-Bewaffnung auch getrennte Finanzen erhalten wird, sobald die gegenseitige Auseinandersetzung neben den andern Bedingungen einer Union mit Dänemark und Schleswig festgesetzt ist; daß Wir Uns daneben den Bestrebungen für Errichtung eines kräftigen und volksthümlichen deutschen Parlaments offen anschließen werden; daß Wir Unser Herzogthum Schleswig dem deutschen Bunde einzuverleiben weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen haben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame freie Verfassung kräftigen wollen; daneben aber Schleswigs Selbständigkeit durch ausgedehnte provinzielle Institutionen, namentlich einen eigenen Landtag und besondere Verwaltung kräftig zu schirmen entschlossen sind. Daneben wollen wir Ihnen bedeuten, daß es unser ernster Wunsch ist, im aufrichtigen Einverständnisse mit Unseren lieben und getreuen Unterthanen Frieden und Freiheit in Unserem Lande zu gründen; daß wir daneben es als die heiligste Pflicht des legitimen Fürsten erkennen, die Herrschaft des Gesetzes und die Aufrechthaltung des Landfriedens mit aller Macht zu schützen. Kopenhagen, 24. März. Frederik R. (Gegengez.) A. W. Moltke, Conseilspräsident.«

»Des Königs Gruß an die Einwohner Kopenhagens! Vor zwei Tagen danktet Ihr Uns jubelnd, weil Wir Euren Wünschen zuvorgekommen waren. Jetzt danken wir Euch für die Ordnung und die Ruhe, die Ihr in diesen Tagen aufrecht erhalten habt! Den schleswig-holsteinischen Abgesandten haben Wir geantwortet, daß Wir weder die Macht noch den Willen haben, Schleswig in den deutschen Bund eintreten, oder von Unserm geliebten Vaterlande abtreten zu lassen; sondern daß vielmehr Dänemark und Schleswig durch Eine freie Verfassung mit einer größtmöglichen provinziellen Selbstständigkeit für Schleswig vereinigt werden, und daß Holstein dagegen als deutscher Bundesstaat seine eigne freie Verfassung haben soll! Auf diese Weise haben Wir diejenigen Zugeständnisse gemacht, welche Wir machen können; wird Unser Anerbieten nicht angenommen, so werden Wir mit Unserem ganzen dänischen Volk Dänemarks Würde aufrecht halten. Die Sicherheit der schleswig-holsteinischen Abgesandten vertrauen wir der Ehre Unseres dänischen Volkes an! Schloß Christiansburg, den 24. März 1848. Frederik R. A. W. Moltke, Präsident des Staatsrathes.«

Die deutschen Kollegien in Kopenhagen sind ohne Arbeiten. Die Mitglieder der schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei haben ihre Entlassung eingereicht, eine große Anzahl anderer Angestellten kommen mit dem „Skirner" in Kiel an. Das Volk zeigt eine sehr entschiedene Haltung, und wird sich wahrscheinlich bald durch die That bewähren. Das Dampfschiff Skirner ward von dem stark armirten Kriegsdampfschiff Hecla begleitet. Dies letztere ist vielleicht dazu bestimmt, die Stadt zu bombardiren. Wir dürfen erwarten, daß unverzüglich kriegerische Ereignisse eintreten. Die Herzogthümer sind noch im ungleichen Kampf, weil alle materielle Kriegsmacht in ihrer Concentration in den Händen des dänischen Gouvernements ist. Wir hoffen indeß zuversichtlich den glücklichsten Ausgang, und rechnen dabei auf kräftige Unterstützung unserer deutschen Mitbürger. — Die Deputation wird unverzüglich die Bekanntmachung der Resultate ihrer Sendung veröffentlichen. — Viele dänische Offiziere haben noch in Kopenhagen zurück bleiben müssen. Die Zahl der Militärmacht ist durch die einberufene Reserve ergänzt. Zu der Bürgerbewaffnung in Kopenhagen drängen alle Dänen sich mit großem Eifer hinzu. Advokat Claussen ist gestern als Kurier der provisorischen Regierung nach Berlin, Justizrath Schleiden nach Hannover abgegangen; wie man glaubt, um an beiden Orten militärische Unterstützung zu erbitten.

Freie Städte. (Frankfurt, 28. März.) Jordan wurde bei seiner Ankunft in Frankfurt dort herzlich empfangen, und sprach sehr fest zwar, aber doch im Ganzen gemäßigt. (Frkf. J.)

Preussen. (Berlin, den 27. März.) Die gestrige Arbeiterversammlung vor dem Schönhauser-Thore war eine der großartigsten Demonstrationen, die Berlin in diesen Tagen aufzuweisen gehabt. Die auf einem freien Platze stattfindende, zur Erörterung der Arbeiterverhältnisse und ihrer Nothstände ausgeschriebene Versammlung belief sich vielleicht auf 20—30,000 Köpfe und wurde durch den Sprecher Eckert, der dem Schneidergewerk angehört, geleitet. Obwohl man diese Leitung unter einem heimlichen gouvernementalen Einfluß stehend glaubte, so behauptete doch die freie volksthümliche Bewegung dieser Versammlung, die sich von innen heraus unabweisbar geltend machte, ihr selbstständiges Recht. Die einzelnen Gewerke hatten sich durch Sprecher vertreten lassen, welche die auf den einzelnen Arbeitszweigen lastenden Bedrückungen und Uebelstände in einer meist kórnigen, echt populairen Beredsamkeit zur Sprache brachten. Die Erhöhung des Arbeitslohns und die Verminderung der täglichen Arbeitsstunden, gehörten zu den von allen Seiten aufgestellten Hauptforderungen, welche sich zugleich mit den Anträgen auf die Errichtung eines Arbeiterministeriums verbanden, das ein Redner (ein Schlosser) in weiterer Ausdehnung als ein Arbeits-, Handels- und Ackerbauministerium beantragt wissen wollte. Ueberhaupt trat von einigen Seiten der sehr bedeutsam ausgedrückte Wunsch hervor, daß gewisse Arbeiter der Städte, namentlich mit Hülfe der Eisenbahncommunicationen, sich auch in bestimmten Zeiten des Jahres, wo ihre Arbeit gewöhnlich stockt, dem Ackerbau zuwenden und mit der ländlichen Bevölkerung allmählig verschmelzen möchten. Es liegt hierin eine für die Arbeiterconflicte der Gegenwart jedenfalls sehr wichtige Hindeutung, die bei den allgemeinen Reorganisationen unserer Zustände beherzigt zu werden verdient. Als einen ebenso wirksamen wie gedankenreichen Volksredner lernten wir den Buchdrucker Brill aus Breslau kennen, der die Nothstände der arbeitenden Klassen aus den weitesten Gesichtspunkten zur Erörterung brachte und außer einer zeitgemäßen Organisation der Arbeit auch die Abschaffung des stehenden Heeres (das zu einer bloßen Vorschule der Bürgerbewaffnung werden soll); wie allgemeine Volkserziehung auf Kosten des Staats und besonders eine wohlfeile Regierung, welche die Volksmittel und Volkskräfte nicht durch den hergebrachten Regierungsluxus absorbirt, in Antrag stellte. (A. D. Z.

(Berlin, den 27. März.) Man glaubt hier mit Zuversicht, daß die Aufstellung eines Armeekorps an der Grenze den Dänen die Lust nehmen werde, Feindseligkeiten gegen Schleswig Holstein zu beginnen. Es ist zu gleicher Zeit eine energische Note von Berlin nach Kopenhagen abgegangen, in welcher mit dürren Worten erklärt wird, daß die erste feindliche Handlung gegen die Herzogthümer als Verletzung Deutschlands betrachten werden und vom deutschen Bunde mit aller Kraft zurückgewiesen werden würde. Ich meinerseits glaube jedoch, daß sich die Dänen in ihrer eitlen, seit so vielen Jahren fortgesetzten Anmaßung auch jetzt nicht stören lassen werden, und daß es eines blutigen Zusammenstoßes bedürfen wird, um sie zu überzeugen, daß die Zeit der Proteste und der Wortmacherei ohne Inhalt in Deutschland vorüber ist. (Brem. Z.)

Sachsen. (Leipzig, den 27. März.) Gestern Abend fand im Schützenhause abermals eine Versammlung der in Leipzig wohnenden Preussen statt; circa 300 waren zugegen. Unter dem Vorsitze des Dr. Fürst bildete sich ein Comité aus 21 Mitgliedern. Man berieth über eine Adresse an die Helden der Freiheit in Berlin. Diesen Männern, den Freiheitshelden, wollte man Dank sagen für den Heldenmuth, den sie in den Tagen der Gefahr an den Tag gelegt, zugleich aber den Unwillen kundgeben, den jeder Preuße, jeder Deutsche empfinde, wenn er das spätere Betragen der Berliner mit vorurtheilsfreiem Auge betrachte. Preußen habe manche Rechte errungen, die es früher nicht besessen, aber es habe noch keine Garantie für dieselben. Darum will man die Berliner auffordern, ihre Rechte zu wahren und Bürgschaften für dieselben zu verlangen. Auch will man gegen die Beschlüsse des sich demnächst in Berlin versammelnden preußischen Landtags protestiren und eine neue Organisation dieses Instituts erwarten auf Grund

eines ausgedehnten Wahlgesetzes. Von dem Landtag in der Art und Weise, wie er jetzt bestehe, sei kein Heil zu erwarten. Die Abfassung einer derartigen Adresse wurde einstimmig genehmigt und das Comité mit deren Abfassung beauftragt.

Der zweite Antrag betraf die Beschickung des deutschen Parlaments durch ein Mitglied der Gesellschaft. Die Wahl fiel auf Hrn. Krackrügge, der der gestrigen Versammlung beiwohnte, und den Dr. Fürst. Hr. Krackrügge ist von der Stadt Erfurt bereits zum Deputirten für den preußischen Landtag gewählt worden, hat aber diese Wahl abgelehnt. Die erlittenen Verfolgungen haben seine Vermögensverhältnisse zerrüttet, er konnte mithin auch aus Gründen der Selbsterhaltung dem Wunsche der Versammlung, ihre Rechte, die Rechte der gesammten Provinzen, die jetzt den preußischen Staat ausmachen, auf dem deutschen Parlamente zu vertreten, nicht entsprechen. Die Versammlung entschloß sich demnach, ihren Präsidenten, den Dr. Fürst, der auf dem deutschen Parlamente die Rechte der posenschen Deutschen vertreten wird, mit einer ausgedehnten Vollmacht zu versehen.

(D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 27. März.) Die Generalwahlen werden am 23. April (statt am 9.) und die Eröffnung der Nationalversammlung am 4. Mai statthaben. Die provisorische Regierung rechtfertigt diese Verschiebung, die eigentlich den Anträgen einer Partei nachgiebt, durch folgende Proklamation an das Volk: Bürger! Ihr kennt die Gründe, welche die provisorische Regierung zu einer Vertagung der Nationalgarden Wahlen auf den 5. April bestimmten. Diese Vertagung machte die Abhaltung der Generalwahlen vom 9. unmöglich. Ehe die provisorische Regierung einen definitiven Entschluß faßte, glaubte sie vorher die Meinung von ganz Frankreich einholen zu müssen. Die Deputations-Kommissarien sind befragt worden, und sie haben fast einstimmig erklärt, daß man die Frist der Volksversammlungen so gering wie möglich verschieben solle. In ähnlichem Sinne sind uns sehr dringende Bittschriften zugekommen; dieselbe Meinung wurde vom Pariser Volk getheilt. Die provisorische Regierung würde es daher für ein Vergehen halten, wenn sie ohne die dringendste Nothwendigkeit der ausschließlichen und zeitweiligen Gewalt, die eben nur durch die Nothwendigkeit selbst geheiligt wurde, und deren Ehre unsere ganze Hingebung ausmacht, länger in ihren Händen behielte. Allein materielle Schwierigkeiten setzen sich der Abhaltung der Generalwahlen am festgesetzten Tage entgegen, und nur aus dieser Rücksicht verschiebt sie die Wahlen auf den 23. April, und die Eröffnung der Nationalversammlung auf den 4. Mai. An Euch ist es, Bürger, das begonnene edle Werk zu vollenden. Die Republik ist gegründet; keine Intrigue, kein toller Umsturzversuch wird gegen sie aufkommen. Das Volk will sie und wird zu behaupten wissen, was es so tapfer zu erringen verstand. Möge es sich auf die freisinnigsten Grundsätze seine Staats-Einrichtungen bauen; mögen die Ideen, die unsere Revolution hervorriefen, auch in die Gesetze übergehen; möge aus den Wahlen die Herrschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderschaft hervorgehen."

[Abmarsch der Polen. Rede Lamartine's.] Vom schönsten Wetter begünstigt, begab sich eine polnische Deputation, von einer unermeßlichen Menschenmasse gefolgt, nach dem Stadthause, wo sie der unerschöpfliche Lamartine im Namen der provis. Regierung empfing. „Polen — redete Godebski letztere an — wirft sein blutiges Leichentuch von sich und seine verbannten Söhne erscheinen vor Ihnen, um Frankreich für die Gastfreundschaft zu danken, die es ihnen in Tagen des Unglücks erwiesen. Wir zweifeln nicht, Bürger, daß Ihr in diesem erhabenen Augenblick die gebieterischen Forderungen unseres Nationalgefühls mit den Schwierigkeiten Eurer Lage verträglich zu machen wissen werdet. Nach so unsäglichen Täuschungen hat endlich die Stunde geschlagen, wo Polen durch sich selbst über sein Schicksal zu bestimmen im Stande ist. Um zu diesem großen Werke beizutragen, marschiren wir ab und wir halten uns zu der Hoffnung berechtigt, daß wir bei Erfüllung unserer Pflicht als Soldaten auf Eure Hilfe rechnen dürfen. Wir rechnen auf Euch, Bürger, denn wir betrachten Euch als den wahren Ausdruck des französischen Volks, unserer Brüder." „Polnische Bürger — antwortete Lamartine, Minister des Auswärtigen — die französ. Republik sieht in Euren Adhäsions- und Dankbesuch ein gutes Zeichen der Zeit. Ich darf Euch wohl ihre Gefühle für Polens Söhne nicht erst versichern. Frankreichs Stimme sagte sie Euch, obgleich seine Stimme von der Monarchie unterdrückt wurde. Die Republik kann ihre Stimme, ihren Arm viel freier erheben; viel herzlicher zu Euch sprechen. Sie wird ihre brüderlichen Gesinnungen wiederholen und sie auf alle Arten beweisen, die sich mit der Gerechtigkeits-, Mäßigkeits- und Friedenspolitik, welche sie vor der Welt proclamirte, vertragen. Ja, seit Euren letzten Schlägen, seitdem das Kriegsschwert auch den letzten Rest Eurer Nationalität von der Karte Europa's vertilgte, war Polen nicht blos ein Vorwurf, sondern ein lebendiger Gewissensbiß in der Mitte Europa's. Frankreich schuldet Euch nicht blos Worte und Thränen, es schuldet Euch moralische Stütze und nöthigenfalls die Rückgewähr jenes polnischen Blutes, das Ihr in unseren großen Kriegen, auf allen europäischen Schlachtfeldern vergosset. Frankreich wird seine Schuld abtragen; seid dessen sicher und vertraut hiefür dem Herzen der 36 Millionen, Franzosen. Nur laßt ihm die Stunde, den Augenblick, die Form zu wählen übrig, welche die Vorsehung für gut finden darf, um Euch wieder ohne Eroberung und Blutvergiessen an den Platz zu stellen, der euch in der Sonne und dem Katalog der Völker geziemt......." Wir wollen den Hrn. Lamartine in seinen weiteren Erläuterungen über die Ereignisse in Wien, Berlin ꝛc. ꝛc. nicht weiter folgen. Obzwar die Republick wie Pillnitz süchte, lief doch der langen Rede kurzer Sinn darauf hinaus, daß die Prov. Regierung keine Waffen hergeben wolle. Ein Pole, dem die Geduld ausriß, rief: ... „Wohlan, wir reisen auch ohne Waffen ab! und das ist dann auch geschehen." Glückliche Reise!

Schweiz.

(Murten, den 23. März.) Uri's hartnäckige Weigerung, die landesverrätherischen Papiere des ehemaligen Sonderbunds auszuliefern, und der nunmehrige Executionsbeschluß der Tagsatzung gegen diesen erfinstern Kanton bestärkt neuerdings die Meinung, daß ohne Umwälzung keine bessere Gestaltung der Schweiz zu erzielen sey; denn diese weit hinter der Zeit zurückgebliebenen Duodezrepubliken halten jetzt fester denn je an ihrer Cantonalsouverainetät, wozu neue Aufforderungen der Cabinette von Berlin und Wien (begreiflich vor Metternichs Sturz) das Ihrige beitragen. Die Fama geht so weit, die drei Waldcantone als heimliche Theilnehmer eines großen conservativen Bündnisses zu bezeichnen, welches sich im Norden bildete; wirklich haben sich auch in Freiburg wieder Jesuiten blicken lassen, über deren Zwecke kein Geheimniß walten kann. Da die Polizei sie ignorirte, übernahmen die Gamins deren Rolle, und verleideten den frommen Vätern durch Geschrei und Steinwerfen einen längern Aufenthalt. Auch an andern Orten regte sich plötzlich ein Geist der Reaktion, so daß man an einem zusammenhängenden Plane nicht zweifeln darf. Das schmähliche Ende des Protektors an der Donau konnte wohl diesen Leuten eine Warnung für immer seyn, wenn sie nicht radikal unverbesserlich wären. Am nächsten Sonntag findet zu Biel eine Versammlung von Deutschen statt. Bereits sind mehrere Adressen an das deutsche Volk von dessen in Bergen wohnenden Landsleuten verbreitet und unterzeichnet worden; in Biel wird sich aus den Wehrfähigen derselben eine deutsche Legion constituiren, als deren Führer man die HH. Becker und Schüler bezeichnet, Beide geborne Deutsche und Adjutanten Ochsenbeins im letzten Feldzug. Auch der ehemalige bayerische Geniecorps-Offizier Daffner soll beim Commando betheiligt werden. In der Schweiz wohnen viele Tausend Deutsche, und in den meisten derselben lebt eine warme Theilnahme an der Wiedergeburt ihres Vaterlandes. Eine friedliche Lösung der Dinge wünschend, verkennen sie nicht die Möglichkeiten, welche ein so außerordentlicher Wechsel wie der unserer Tage mit sich bringt. (Frkft. J.)

Erklärung.

So wenig die gegenwärtigen politischen Verhältnisse, die unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, zu weiteren Verhandlungen auf dem religiösen Gebiete geeignet sind, auf einem Gebiete, dem Deutschland erst dann, und zwar dann mit Macht sich zuwenden wird, wann die politischen Zustände in Ordnung gebracht sind: so sehe ich mich doch durch die Gegenadresse der Herrn Bast ꝛc. und daran sich knüpfendes Gerede noch zu ein Paar öffentlichen Worten gezwungen.

1) Es ist falsch, daß die rationalistische Richtung die politische Verwirrung und Aufregung benützen wolle, um Concessionen zu erhalten. Sie ist stark genug, um solche auch ohne diese Aufregung zu bekommen. — Wir wollen uns in drei Jahren an diesen heutigen Tag und an meine Behauptung erinnern, daß bis dorthin der Rationalismus im ganzen protestantischen Deutschland herrschend sey!

2) Wenn die Adresse dieser Tage von hier abging, so geschah dies nicht unter dem Schutz der Zeitumstände. Jedermann hat die Artikel gelesen, die in der Mittelfränkischen Zeitung erschienen sind, bevor diese Zeitumstände eintraten. Es wäre auch ohne den politischen Umschwung der Dinge zu dieser Adresse gekommen. Daß sie schon in diesen erregten Tagen abgegangen ist, geschah, um die gleiche Petition der wackeren Rheinländer zu stützen, welche bei ihrem Kampfe gegen den Pietismus die erste protestantische Stadt des Landes bisher völlig im Stich gelassen.

3) Die Adresse erkennt den Grundsatz der Glaubensfreiheit vollständig an. Es ist unedel, wenn die Altlutheraner von Umsturz der Religion und Unterdruckung des Glaubens gegen Solche schreien, die sich in der Sache nicht auskennen. Die Adresse will die Altlutheraner nicht unterdrücken, sondern verlangt nur gleiches Recht für die Rationalisten, die seit zwanzig Jahren in Bayern weder auf Kanzeln, noch in Schulen, noch in Druckschriften mehr sprechen durften, weil sie die Polizei daran verhinderte. Der Rationalismus will keinen Umsturz, sondern eine Reinigung und Verbesserung der Religion. Es ist lächerlich, wenn man sagt, ich wolle nur mein eigenes System an die Stelle des Alten setzen. Das System ist nicht von mir gemacht, sondern wurde vor dreißig Jahren überall in Deutschland und auch in Nürnberg, namentlich von dem berühmten Veillodter gepredigt. Noch heute bekennen sich in Sachsen und Preußen nicht bloß die große Mehrheit der Bewohner, sondern die angesehensten Prediger und Kirchenbeamten dazu. Die Gegenwart unterscheidet sich von der Vergangenheit nur dadurch, daß der Rationalismus seine von dem alten Kirchenglauben abweichenden Lehren nicht mehr verschleiern, sondern öffentlich bekennen will, wie es der Würde einer Religion auch gemäß ist.

4) Eine perfide Unwahrheit ist es, wenn man sagt, wir hätten eine ganz andere Adresse nach München geschickt, als die, welche wir zur Untzeichnung auflegten.

5) Zum Beschluß muß ich es noch öffentlich aussprechen, daß gewisse Leute sehr im Irrthum sind, wenn sie glauben, ich habe Herrn Platner erst für die Sache gewinnen müssen. Dieser Ehrenmann ist schon damals bei den gedrückten Verhältnissen unter dem Ministerium Abel, als mein Schriftchen „Römisch und Deutsch" erschien, zu mir gekommen, um mir seine Anerkennung auszudrücken; ebenso wieder nach dem jüngsten Erscheinen der Artikel in der Mittelfränkischen Zeitung und hat mir völlig unaufgefordert seine thätigste Mitwirkung angeboten. Es wird diese Erklärung hinreichen, um gewisse Leute zu überzeugen, daß da weder mit einem lebenden Bedauern, noch mit anonymen Schmäh- und Drohbriefen etwas ausgerichtet ist.

Ich kann nur wünschen, daß Diejenigen, welche sich den Begriff von dem, was man unter Rationalismus verstehe, bisher nicht völlig klar machen konnten, durch das der Mittelfränkischen Zeitung beigegebene Blatt über den Unterschied des Alten und Neuen belehrt werden. Aufgedrungen soll und darf Niemandem eine Ueberzeugung werden; Jeder halte sich dahin, wohin ihn sein eignes Urtheil zieht. Krieg und Kampf braucht es deßhalb nicht. Gekämpft ist auf wissenschaftlichem Felde in dieser Beziehung genug: es handelt sich jetzt um praktische Verwirklichung.

Es ist nicht edel, wenn sich die Mißbilligung des Alten durch gewaltsame äußerliche Demonstrationen kund gibt. Kämpfe auf dem Felde einer Religion, welche die Nächstenliebe als erstes Gebot vorschreibt, dürfen nicht in dieser Weise geführt werden. Bilde sich nun Jeder sein eignes, festes Urtheil. Die Frage wird in Kurzem nicht blos uns, sondern ganz Deutschland in Anspruch nehmen.

Dr. Ghillany.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. April 1848. № 93 Sonntag: Theodor.

Auf unsere größere Anzeige uns beziehend, melden wir, daß das neue Quartal der mittelfränkischen Zeitung am 1. April d. J. begonnen hat und daß das resp. hiesige Publikum in der Expedition S. No. 544, das auswärtige bei allen Poständern abonniren kann.

†† An die Brüder in Preussen.

Deutsche in Preussen! Brüder! Ihr habt glorreich gefochten, aber umsonst, wenn Ihr wie Euer König denkt. Eure Freiheit, kaum erst mit Eurem Blute getauft, geht für immer verloren, wenn Ihr Euch nicht eng an das ganze große deutsche Vaterland anschließt. Wolltet Ihr mehr seyn und gelten, als wir alle, als jeder von uns: so würdet Ihr den Ruf der Zeit »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!« nicht verstehen. Und wolltet Ihr das Mehrgelten nach Eures Königs Gelüste mit den Waffen erzwingen, gut, so geht nur hin und werft Euch dem russischen Despotismus in die Arme und seid die Vasallen Eures russischen Statthalters! Euer König will sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, nachdem er Euer Blut kaltherzig hat fließen sehen? Das ist der unseligste Gedanke verabscheuungswürdigster Herrschsucht. Soll er durchgesetzt werden, so kostet es Blut über Blut und im glücklichsten Fall des Kriegsschicksals könnte es Euch doch nur zu Unterthanen einer russischen Satrapie machen. Euer Beruf ist, gleichberechtigt mit uns allen für Deutschland zu stehen, mit ihm, mit uns zu siegen und Recht und Freiheit zu schirmen. Euer Beruf ist, gegen Rußland, nicht für dasselbe zu kämpfen und uns als treue Brüder zu Schutz und Trutz zu haben. Bedenkt, Ihr bewohnt einen großen Küstenstrich des Meeres, welches das deutsche Meer, kein Russenmeer sein soll. Bedenkt Euren Ostseehandel und was davon abhängt, die Wohlfahrt vieler Eurer Städte und Orte! Bedenkt, daß Ihr mit uns gemeinsam eine deutsche Kriegsflotte herstellen sollt und könnt, daß die russische Ostseeflotte vernichtet werden muß, wenn Eurem und dem deutschen Handel emporgeholfen werden soll. Bedenkt, daß die Thorsperre der russischen Vasallen am Sund hinweg muß, wenn Euer materielles Wohl sich heben soll. Wollt Ihr aber zu einem solchen großen Werke stark seyn, so müßt Ihr Eure Februarpatente zerreissen und Euch zum freiesten Rechtsstaate ausbilden. Ihr müßt mit und in dem Geiste Eures großen Friedrichs, nicht mit seinem matten Schemen, fortwirken, Euch selbst vollkommen frei hinstellen, die Ketten Polens zerreissen helfen, und Euch in Gemeinschaft mit uns allen gegen jeden Despotismus erheben. Ohne das ganze Deutschland seyd und werdet Ihr nichts, mit ihm aber seyd und werdet Ihr groß. Preussische Brüder! Das bedenkt! Laßt Euern guten Genius Euch führen und nicht den niedrigen Herrscherstolz, er mag sich diese oder jene Maske vornehmen! — L.

Aufruf an die polnische Emigration in Frankreich.

Theure Landsleute! In diesem Augenblick bin ich in Frankfurt a. M., um die Wiederherstellung Polens, so weit es in meinen Kräften liegt, zu befördern. Die edeln deutschen Volksmänner, welche in diesen Tagen über die Zukunft Deutschlands und Polens Beschlüsse fassen werden, fand ich uns höchst geneigt. Zur Herstellung Polens sind sie bereit und wollen zu diesem hohen Zwecke Alles aufbieten, was in ihrer Macht steht. Sie sind aber mit allen Deutschen gegen die unklugen Polen entrüstet, welche sich mit Herwegh vereinigt haben und einen Zug nach Deutschland beabsichtigen, um demselben mit Gewalt eine Republik aufzudringen. Theure Landsleute! Steht mir bei und ruft mit mir den Unklugen zu: Was wollet ihr eigentlich? War schon Euer Einfall in die Sweiz und in Savoyen, den Ihr vor mehreren Jahren in Ausführung brachtet, eine maßlose Thorheit, um so mehr ist Euer bevorstehender Zug gegen das für uns so wohlwollend gesinnte, mit uns sich verbrüdernde Deutschland ein Verrath gegen dieses und gegen unser eigenes Vaterland. Wollt Ihr in eben der Stunde, wo die hochherzigen Deutschen, welche in einem hohen Grade unsere Freundschaft und Verehrung verdienen, auf die Erlösung Polens hinstreben, in Deutschland die Fackel eines innern Krieges anzünden? Soll das der Dank seyn für die Uneigennützigkeit und Gerechtigkeit, welche sie uns angedeihen lassen? Bedenket, ob die Deutschen uns helfen können, wenn Ihr selbst furchtbare innere Stürme über sie herbeiführt? Die Sympathie Deutschlands, welche sich in diesem Augenblicke für uns so allgemein offenbart, sie belebt aufs neue unser seit langen Jahren blutendes Herz und ist wahrlich für die Auferstehung unserer nationalen Selbstständigkeit himmlischer, heilbringender Funke. Wollt Ihr nun diese Sympathie in bittern, ewigen Haß verwandeln? Verirrte Brüder! Ihr begeht dadurch einen unverzeihlichen politischen Fehler, welcher der polnischen Einsicht keine Ehre machen und unsere Namen beflecken würde. Ein unüberlegtes Verfahren, wie das Euch zur Last gelegte, muß und wird dem unglücklichen Vaterlande den Todesstoß geben. Fragt Euer Gewissen: was berechtigt Euch, eine Handvoll Flüchtlinge, einem großen, mächtigen Volke eine beliebige Staatsform aufzubürden? Die Deutschen wissen besser als Ihr, was Deutschland noth thut. Lasset also Herwegh und seine deutschen Gesinnungsgenossen rasen, und haltet Euch ausschließlich für unsere Sache bereit! — Deutsch schreibe ich diesen Aufruf deßhalb, damit man auch in Deutschland zwischen den besonnenen und den unklugen Polen zu unterscheiden wisse, und bitte sämmtliche deutsche Zeitungen, welche nach Paris gelangen, diesen Aufruf in ihre Spalten aufzunehmen. Frankfurt a. M., den 29. März 1848. Dr. Trentowski, wohnhaft in Freiburg im Breisgau.

Deutschland.

Bayern. (München, 29. März.) Gestern Nachmittag um ein Viertel nach 3 Uhr empfing Se. Maj. König Max II. eine Deputation der Bewohner Münchens und die Adresse in Betreff der Proklamation des Königs von Preußen vom 21. d. Der König sprach sich über die gegenwärtige Lage des deutschen Vaterlandes und die Art, wie dessen einheitliche Gestaltung angestrebt werden müsse, eben so warm wie bestimmt aus. Als die Deputation im Laufe des Gesprächs auf die Berliner Ereignisse vom 18. auf den 19. März Morgens hinwies, bemerkte der König: »meine Herren, wenn bei uns einmal Blut fließen soll, so wollen wir es g e m e i n s a m für das Vaterland hingeben.« Sie mögen hieraus entnehmen, daß der Empfang nicht minder herzlich als beruhigend war. Jedenfalls hat mit dem gestrigen Tage bei uns die Ueberzeugung, daß der Monarch den zeitgemäßen Forderungen des Volkes gerechte Anerkennung zollt und denselben in offener und umfassender Weise zu genügen entschlossen ist, neue positive Begründung erhalten. (A. A. Z.)

(Dürkheim, den 21. März.) Gestern Abend nach 8 Uhr ist der hiesige katholische Pfarrer Feldbausch auf dem Nachhausewege von den vier Jahreszeiten, wo er vor dem k. Staatsprokurator ein Verhör zu bestehen hatte, der Volkswuth anheimgefallen. Er kam zwar mit dem Leben und zerrissenen Kleidern, doch nicht ohne einen blauen Rücken davon. Man sagt, er soll in einer Volksversammlung die Armen gegen die Reichen und durch geheime Machinationen die Bürger gegen den Stadtrath, ja zu Brandstiftungen und Zerstörung der Badanlage aufgereizt haben. Ob und in wie weit dies der Fall ist, wird die Untersuchung zeigen. Die Wuth des Volkes war so groß, daß ohne Einschreiten der neuen Bürgergarde und das kluge und energische Benehmen des Bürgermeisters Sauerbeck für ihn das Schlimmste wäre zu fürchten gewesen. Der Bürgermeister bot ihm den Schutz der Bürgergarde bis morgen 7 Uhr an, und rieth ihm, sodann das Weite zu suchen. Das Pfarrhaus wurde sofort mit Wache besetzt und heute früh fuhr er zur Stadt hinaus. Heute Abend bringt die ganze Bürgerschaft dem Bürgermeister einen großartigen Fackelzug. Unsere Stadt ist immer noch in großer Aufregung, jedoch nach der Entfernung unsers Seelenhirten wird der so oft durch ihn gestörte Friede wieder bei uns einkehren. Das Volk hat das Urtheil gesprochen, und man glaubt, daß es von einer höhern Instanz nicht wohl kassirt werden kann. (N. Sp. Z.)

Baden. (Mannheim, 28. März.) Nachstehende Erklärung soll von Seiten der Bürger und Einwohner Mannheims den in Frankfurt zusammentretenden deutschen Patrioten überreicht werden. Es ist darin in Bezug auf das deutsche Parlament gesagt, was wir wollen und was wir nicht wollen. Deutsches Parlament! In dem entscheidenden Augenblicke, in welchem die Vertreter der verschiedenen deutschen Länder sich versammeln, um ein gemeinsames Organ für das einige freie Deutschland zu bilden und die Institutionen für die Garantie der Einheit und Freiheit zu gründen, ist es Pflicht jedes Bürgers, seine Ansicht unbedingt und klar auszusprechen, damit das Parlament den Willen der Nation kenne und demselben Folge leiste. In dieser Ueberzeugung halten sich die unterzeichneten Einwohner Mannheims verpflichtet, dem Parlament gegenüber die nachfolgenden Grundsätze als unbedingt für sie bindend auszusprechen. Das wesentliche Ziel der Erhebung der deutschen Nation ist die Einheit Deutschlands, weil nur durch sie ein kräftiger Schutz für die Freiheit desselben gegeben ist; alle diejenigen Maßregeln, welche der Erringung der Einheit hemmend in den Weg treten, müssen daher die unbedingte Mißbilligung der Nation erfahren und können von keinem Gliede derselben anerkannt werden. Sollte durch die zur Zeit im Parlament versammelten Abgeordneten* des Volkes nicht der größere Theil der Nation vertreten seyn, so kann das Parlament keine definitive Beschlüsse fassen, vielmehr muß dessen ganzes Bestreben dahin gehen, eine Vertretung der bis dahin noch nicht vertretenen Lande herbeizuführen. In gleicher Weise kann nur derjenige Beschluß des Parlaments anerkannt werden, welcher den Willen des größeren Theiles der im Parlament vertretenen deutschen Stämme ausspricht. Das Parlament wird nicht ermangeln, das Vertrauen der Nation zu rechtfertigen und seinen Rechten und Freiheiten eine sichere Gewähr zu schaffen; es wird darin auf den einstimmigen Beifall der Nation rechnen können. Dagegen werden sich bezüglich der Form des einheitlichen Organs die verschiedensten Ansichten und Wünsche geltend machen; wir erwarten von den Vertretern des Volkes, daß sie bei der Entscheidung über diese Frage die wesentliche Bedeutung des Parlaments nicht außer Auge lassen, daß sie nicht auf ihren Wünschen bezüglich einer bestimmten Form verharren, wenn dadurch eine vollkommene Einheit der Nation gefährdet würde. Die Befürchtungen, daß Einzelne ihre Wünsche rücksichtlich einer bestimmten Norm des Bundesorgans über das Interesse der deutschen Einheit setzen möchten, veranlaßt uns zu einem feierlichen Protest gegen die Unterstellung, als ob wir unserer Seits Plane theilten, durch welche wir uns der Erreichung unserer heißesten Wünsche gerade entgegenstellen würden. Sollte aber sogar die einseitige Verwirklichung solcher Wünsche gewaltsam versucht werden, so werden wir diesem Streben auf's Kräftigste entgegentreten und uns

dem Parlamente bei dem ersten an uns ergehenden Aufruf zum Schutze einer freien Berathung zur Seite stellen. (Folgen die Unterschriften.) (Mannh. Journ.)

Freie Städte. (Frankfurt, 29. März.) Der gestrige Abend war durch den festlichen Empfang Jordan's und die ihm und Uhland zu Ehren gebrachten Serenaden verherrlicht, und heute durch den freudigen, mit einem Fackelzug begleiteten Empfang Dr. Eisenmann's von Nürnberg, der mit dem Maindampfboote in unserer Stadt eingetroffen war. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 30. März.) Diesen Morgen um 9 Uhr traf der großh. hess. Minister des Innern, Gagern, von Darmstadt dahier ein. Er wurde von der am Bahnhofe zu Sachsenhausen versammelten Menge mit stürmischem Jubel empfangen und von derselben bis an sein Absteigequartier (den Darmstädter Hof auf der Zeil) begleitet. Ein gleiches Geleit ward Mittermaier und Hecker zu Theil, welche um 12 Uhr Mittags hier eintrafen. — Schlössel aus Breslau ist auch hier angekommen, so wie J. Ronge heute Nachmittag erwartet wird. Unsere ganze Stadt prangt heute in dem schönsten buntesten Festkleide: die deutschen Dreifarben, Kränze, Blumen, Bäume zieren jedes Haus, selbst in den kleinsten und engsten Straßen. Freudenschüsse und Jubeltöne erschallen jedem hervorspringenden Namen der eintreffenden Deputirten entgegen. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 29. März.) Die Menge ist aufgeregt, und, angeregt bleibt sie nicht bei Freudenäußerungen stehen. So rückte sie denn auch noch gestern Abend vor das Haus des Grafen Dönhof, der hier nie einer Seele etwas zu leide that, und warf ihm, wie ich mich noch in diesem Augenblick mit eignen Augen überzeugt habe, die Fenster zu gleicher Erde und im ersten Stock ein. Die Gräfin Dönhof ist eben Wöchnerin und überhaupt eine Frau von zarter Gesundheit und allgemein geachtet. Auch in einigen andern Häusern wurden die Fenster eingeworfen. (A. A. Z.)

Hannover. (Hannover, 27. März.) Heute ist hier ein Hr. v. Schlei als Abgeordneter der provisorischen Regierung von Schleswig Holstein eingetroffen und hat in einer sofort gewährten Audienz beim König um militärische Unterstützung nachgesucht und zwar zunächst um 6000 Mann Infanterie und einige Batterien, da es namentlich an Geschütz fast durchaus fehlt. Der König hat die an ihn gestellte Bitte gern gewährt, und, wie es heißt, werden bereits morgen die Truppensendungen nach Schleswig-Holstein mittelst der Eisenbahn beginnen. (A. A. Z.)

Hessen. (Gießen, 29. März.) Vorgestern Abend ward hier eine Volksversammlung gehalten, um sich über das deutsche Parlament zu verständigen und um eine Adresse an den Abgeordneten der hiesigen Stadt zu berathen, in welcher derselbe ersucht werden sollte, an der Vorberathung in Frankfurt Theil zu nehmen. Die bei weitem überwiegende Majorität sprach sich für das konstitutionell-monarchische Prinzip mit demokratischen Elementen, für ein freies Hessen in dem einigen Gesammtvaterland und mit Entschiedenheit gegen die Republik, welche uns in einen unabsehbaren Abgrund stürzen würde, aus. Diese Ueberzeugung fand denn auch in jener Adresse, welche heute mit zahlreichen Unterschriften versehen an unseren Abgeordneten abgeht, ihren Ausdruck. Zwar gibt es hier eine Minorität, welche methodisch, regsam und gewandt die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Republik in die Bürgerklasse zu übertragen sucht, welche die uns verheißenen Garantien der Freiheit als eine kleine Abschlagszahlung betrachtet, alle neuerdings vorgekommenen bäuerlichen Verbrechen gegen die Standesherren billigt und als »Fortschritt" beklatscht, welche zwar den Namen der Republik vorsichtig in der Tasche behält, jedoch unter dem Titel der »Volkssouveränetät" Alles thut, um jene zu verwirklichen, aber die Mehrzahl der hiesigen Bürger wendet sich ab von solchem Streben, welches jetzt immer mehr klar wird. (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 29. März.) Auf die Adresse der rheinischen Städte, welche beantragen: 1) Umänderung der bisherigen ständischen Verfassung in eine Volksvertretung, frei gewählt vom Volke aus dem Volke, ohne Rücksicht auf die bisherige oder eine andere Eintheilung in Stände oder Klassen, mit möglichst niedrigem Census für die aktive Wahlfähigkeit, ohne Census für die passive Wahlfähigkeit. 2) Der Volksvertretung muß beschließende Mitwirkung in der gesammten Gesetzgebung und im Staats-Haushalte ohne Ausnahme mit einfacher Majorität zustehen. 3) Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich. 4) Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, Schutz der persönlichen Freiheit, so wie Unverletzlichkeit der Wohnung: die persönliche Freiheit, die Freiheit der Wohnung dürfen nur auf richterlichem Wege und mit Angabe von Gründen beschränkt werden. 5) Freiheit der Gottesverehrung, gleiche politische Berechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und gänzliche Trennung der Kirche vom Staate. 6) Unterricht und Lehrfreiheit. 7) Unbedingte Freiheit der Presse, ohne Konzession, ohne Kaution, ohne alle Präventivmaßregeln und Aburtheilung aller Preßvergehen durch die Geschworenen. 8) Unbeschränktes Petitionsrecht. 9) Das Recht zu Versammlungen, so wie zur Vereinigung in Gesellschaften. 10) Oeffentliches und mündliches Gerichts-Verfahren; Geschworenengericht und Aburtheilung aller politischen Vergehen durch Geschworene. 11) Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer. 12) Absetzbarkeit und Versetzbarkeit der Richter nur durch richterlichen Spruch, ist nachfolgender Allerhöchster Bescheid erlassen: „Die durch eine Deputation von 18 rheinischen Städten Mir überreichte Adresse vom 24sten d. M. findet ihren wesentlichsten Theilen nach ihre Beantwortung in Meinem unter dem 22sten d. M. veröffentlichten Bescheide an die Deputationen der Städte Breslau und Liegnitz. Im Begriffe, dem in wenig Tagen zusammentretenden Vereinigten Landtage ein neues Wahlgesetz vorlegen zu lassen, auf Grund dessen die schleunigste Wahl und Berufung der zugesagten Volksvertretung ohne Verzug erfolgen soll, glaube Ich, eine befriedigende Lösung aller in der Adresse ausgesprochenen Wünsche durch Beschlußnahme der neuen Volksvertretung um so sicherer herbeiführen zu können, als auch die anderweitig gestellten Anträge zur Erwägung kommen werden. Der in der Adresse ausgedrückte Mangel an Vertrauen zu einigen Mitgliedern des Ministeriums veranlaßt Mich zu folgender Eröffnung. Je bestimmter Mein Entschluß, je fester Meine Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit ist, Mich nur mit Räthen zu umgeben, welche, vor der Volksvertretung verantwortlich, das volle Vertrauen derselben genießen, desto mehr liegt es Mir ob, auch hierüber die Stimme der gesetzlichen Organe entscheiden zu lassen, welche in kürzester Frist zunächst noch auf dem Vereinigten Landtage, sodann aber unverkennbar durch die neu zu bildende Volksvertretung zu vernehmen sein wird. Es ist Mein ernster Wille, schnell und entschieden, aber friedlich und besonnen dem Ziele entgegen zu gehen, wodurch allein den großen Institutionen eines Staats für die Zukunft bleibende Dauer verbürgt ist. Ich fordere Meine getreuen rheinischen Städte auf, Mich in der Durchführung Meines Vorsatzes kräftig zu unterstützen. Potsdam, den 28. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. An die Deputation der rheinischen Städte."

Der Vorsitzende des Ministeriums, Graf Arnim, und der Kriegs-Minister von Rohr haben ihre Entlassung eingereicht, und ist dieselbe von Sr. Majestät dem Könige angenommen worden. Der Staats-Minister, Graf Schwerin, hat gleichfalls um seine Entlassung gebeten. Die Herren Präsidenten der Handels-Kammern von Köln und Aachen, Camphausen und Hansemann, sind zu seiner Majestät dem Könige beschieden worden.

Bekanntmachung. Nachdem der Wunsch, wieder Truppen in die Hauptstadt zu ziehen, vielseitig ausgesprochen worden ist, haben des Königs Majestät genehmigt, daß das 24ste Linien-Infanterie-Regiment, 2 Bataillone des 9ten Infanterie-, das 3te Ulanen-Regiment und die Lehr-Escadron am 30. d. M. und in den nächstfolgenden Tagen hier einrücken sollen, um den Wachtdienst in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zu übernehmen, und dadurch die schweren, mit der rühmlichsten Hingebung geleisteten Pflichten der Bürger zu erleichtern. Es versteht sich von selbst, daß die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung lediglich der Bürgerwehr überlassen bleibt, und die mögliche Hülfsleistung des Militärs nur für den äussersten Nothfall, und auch dann nur auf ausdrückliche Anforderung der städtischen oder Civil-Behörden erfolgen wird. Berlin, den 29. März 1848. Königliches Gouvernement. von Ditfurth. Königliches Polizei-Präsidium. von Minutoli. (A. Pr. Z.)

(Breslau, den 27. März.) Das hier bereits seit einigen Tagen verbreitete Gerücht, daß in Warschau, oder doch wenigstens in Polen, Unruhen vorgefallen sind, scheint nicht unbegründet zu sein. Es geht dies aus einer Bekanntmachung des Militär-Gouverneurs von Warschau, des Fürsten Gorczakow, hervor, welche in den neuesten Warschauer Zeitungen vom 24. dieses Monats enthalten ist. Wir lassen sie hier in wörtlicher Uebersetzung nachfolgen: „Auf Befehl des Fürsten Statthalter des Königreiches Polen wird hiermit den Einwohnern Warschaus bekannt gemacht: 1) Jede Versammlung von Menschen in Haufen ist verboten; gegen den wider dieses Verbot Handelnden werden die allerstrengsten Maßregeln in Anwendung gebracht werden, und im äußersten Falle selbst die scharfe Waffe. 2) Ebenso ist das Anhäufen von Menschen bei Feuersgefahr verboten, zum Löschen ist die Feuerwache beordert. Wider diejenigen, welche sich bei der Stätte der Gefahr einfinden, mit Ausnahme derjenigen Personen, denen die Dienstpflicht es gebietet, wird auf dieselbe Weise verfahren werden, wie gegen jeden Störer der gesetzlichen Ordnung." (Bresl. Z.)

(Köln, 28. März.) Einige Hundert Soldaten der hiesigen Besatzung haben sich mit einer Bittschrift an den kommandirenden General gewendet. Sie verlangen 1) sofortige Suspendirung der Kriegsartikel, Einsetzung eines Kriegsgerichts für militärische Vergehen; 2) Aufhebung der des Soldaten als Staatsbürger so unwürdigen Behandlung von Seite der Vorgesetzten, erweitlich das Verbot aller im bürgerlichen Leben für injuriös geltenden Ausdrücke und Handlungen; Abschaffung des Du; 3) Aufhören des bloß zum Parademachen dienenden Exerzierens. »Nicht mehr willenlose Drahtpuppen zum Amüsement hoher Herrschaften können heut noch die Vertheidiger Deutschlands seyn. Was zur Kriegsführung gehört, Felddienst, Schießen rc. wollen wir üben. Wir erinnern Ew. Excellenz, daß wahrscheinlich nie eine Armee so gut eingeschult war, als die preussische bei Jena, und daß sicherlich keiner der ruhmvollen Kämpfer der Barrikaden zu Berlin die Waffe nach den Regeln der Kunst gehandhabt hat." (Fft. J.)

(Koblenz, den 28. März.) Die Aufregung, welche am letzten Sonntag in Folge der dem 29. Regiment gegebenen Marschordre unter unserer Einwohnerschaft hervorgerufen wurde, läßt sich nicht beschreiben. Ein sehr großer Theil der bewaffneten Bürgerwehr erklärte, sich bis aufs äußerste dem Abmarsch dieser Truppen widersetzen zu wollen, und so kann man dem kommandirenden General nicht genug Dank wissen, daß er, die gefährliche Lage der Dinge erkennend, den Marschbefehl vorerst zurücknahm. Am andern Tag hielt er Kriegsrath, worauf auf eine durch den Telegraphen in Berlin geschehene Anfrage sofort die Antwort zurückkam, „daß das Regiment hier bleiben solle." Aus dieser alleinigen Thatsache kann man einen Schluß auf den Stand der Dinge hier thun. Die vierte mobile Artilleriebrigade ist indeß heute von hier nach der Grenze bei Saarbrücken ausgerückt. (Frkf. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Altenburg, 27. März.) In der heutigen sehr stürmischen Kammersitzung ist das neue Wahlgesetz berathen und zwar dahin angenommen: daß Wähler ohne Zwischenwähler den Abgeordneten wählen, daß jeder Staatsbürger unbescholtenen Rufs als Abgeordneter gewählt werden kann; daß das Volk nur in zwei Klassen getheilt ist, in Stadt- und Landbewohner (Ritterschaft ist ganz verschwunden und zur Bauernschaft geschlagen). Ueber die Nichtzulässigkeit eines Abgeordneten hat nur die Kammer zu bestimmen. Jeder Abgeordnete ist auf vier Jahre gewählt. Von drei dem Herzoge vorzuschlagenden Kammermitgliedern hat derselbe eins zum Präsidenten zu wählen. — Der Kammerpräsident v. Lindenau blieb in der Minorität, er erblickt in der so umfänglich gelassenen Freiheit der Wahl keinen Segen für das Land. Bei dem Schlusse der Sitzung erklärte er zu Aller Erstaunen, daß er das heutige Protokoll nicht unterschreibe, da Einiges darin gegen seine Ueberzeugung sei, und daß er mit dieser Verhandlung sein Amt niederlegen und den Herzog um seine Entlassung bitten werde. (D. A. Z.)

(Chemnitz, den 28. März.) Gestern Abend gegen 8 Uhr brach in den zwischen der Langgasse und dem äußern Chemnitzer-Gäßchen nahe an dem Amtsgefängnisse gelegenen Hintergebäuden eine furchtbare Feuersbrunst aus, die bei dem starken Winde Verheerung über die innere Stadt zu bringen drohte. Erst heute Morgen gegen 4 Uhr wurde man des Feuers nach unermüdlicher Thätigkeit der Löschenden so weit Herr, um ein weiteres Vordringen der Flammen zu verhindern. Acht Häuser sind niedergebrannt, nebst einer größern Anzahl von Hintergebäuden; drei Häuser mußten niedergerissen werden. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein, 26 März. Bei der erfolgten Erhebung der

Herzogthümer Schleswig und Holstein und dem möglichen Zusammenstoße derselben mit Dänemark dürfte es nicht unwichtig sein, einige statistische, aus amtlichen Quellen geschöpfte Nachrichten über die Herzogthümer mitzutheilen, weil man daraus ermessen kann, welche Kräfte denselben zu ihrer Vertheidigung zu gebote stehen. Die Herzogthümer haben ein Gesammtareal von 2,626,960 Tonnen Landes und einen Pferdebestand von 125,393 Stück. Davon kommen auf Holstein 1,339,005 Tonnen Landes und 70,612 Pferde, auf Schleswig 1,287,955 Tonnen Landes und 54,781 Pferde. Die Zahl der Bewohner belief sich im Jahre 1845 auf 842,264 Seelen; davon kamen auf Holstein 479,364, auf Schleswig 362,900. Auf die Quadratmeile kommen im Durchschnitt in Holstein 28000, in Schleswig 2200 Bewohner. Was die Flotte betrifft, so hatte Schleswig im Jahre 1845 1073 gemessene und 70 ungemessene Fahrzeuge; davon kamen auf die Westküste 223, auf die Ostküste 920 Fahrzeuge. Holstein hatte 1475 gemessene und 65 ungemessene Fahrzeuge; davon kamen auf die Westküste 1238, auf die Ostküste 305 Fahrzeuge. Die Herzogthümer zählten demnach im Ganzen 2683 Fahrzeuge. (D. A. Z.)

Frankreich.

(Paris, den 28. März.) [Regierungsbeschluß.] Dekret, das eine erste Veröffentlichung der Generalwahllisten zum 15. April verfügt und den Schluß der letzteren für den 20. befiehlt.

Endlich haben sich auch die Italiener auf den Weg nach dem Stadthause gemacht, um der provisorischen Regierung ihren Huldigungs- und resp. Abschiedsbesuch abzustatten. Joseph Mazzini las eine Adresse, die er im Namen der seit dem 5. März hier bestehenden italischen „National Association" abgefaßt hatte. „Unser Zweck (heißt es darin) ist derselbe, den alle großen Italiener von Arnoldi von Brescia bis auf Machiavel, von Dante bis auf Napoleon, der uns so gut wie euch gehört, hatten; nämlich die politische Einheit der Halbinsel d. h. die vollständige Emanzipation jenes Bodens, vom Meere bis zu den Alpen, von wo schon zweimal die Schicksale der Welt datiren .... Schon hat in der Lombardei die Stunde der Befreiung geschlagen. Diesen edlen Aufschwung nicht durch lokale Parteilichkeit schwächen und den rationalen Fortschritt nicht durch Sonderversuche dämmen zu lassen: ist das nächste Bestreben unseres Vereins, dessen Thätigkeit unausgesetzt, aber ebenso besonnen voranschreitet als das bisherige Auftreten der provisorischen Regierung uns lehrte rc. rc. „... Ihr kommt — erwiderte Lamartine nach einer ziemlich langen und freundlichen Einleitung — wahrscheinlich, um den Abschiedsgruß Frankreichs zu empfangen. Eure Brüder in Neapel, Turin, Rom, Florenz, Genua rc. rufen Euch und Ihr eilet, ihnen in der Umschaffung der durch Sitten, Bedürfnisse, Interessen und verschiedene Regierungsformen rc. so sehr verschiedenen italischen Gesellschaft beizustehen. Wohlan, da Frankreich und Italien bei ihrer liberalen Wiedergeburt nur Einen Namen haben, so sagt Italien, daß es auch diesseits der Alpen Kinder zähle (bravo). Sagt ihm, daß wenn man es an seinem Boden oder an seiner Seele, an seinen Gränzen oder an seinen Freiheiten angreife, Frankreich nicht blos mit seinen Wünschen, sondern mit seinem Schwert herbeieilen würde, um es vor jedem Einfall zu hüten." Diese Stelle seiner Antwort erregte stürmischen Beifall.

Vor wenigen Tagen (erzählt ein legitimistisches und darum zweideutiges Blatt) begab sich Hr. v. Rothschild ins Ministerium des Aeussern, um einen Reisepaß zu verlangen. Bastide, der Kabinetschef, erlaubte sich die Bemerkung, daß diese Reise nothwendig zu mancherlei dem Geschäftsverkehr nachtheiligen Vermuthungen Veranlassung geben könne, die zu verhüten im gegenwärtigen Augenblick höchst wünschbar wäre. Hr. v. Rothschild erklärte darauf, daß die beabsichtigte Reise lediglich geschehe, um eines seiner Kinder wiederzusehen, das in Wien krank darnieder liege. Mache er die Reise wirklich, so sei es sein fester Entschluß, sobald als möglich wieder nach Paris zurückzukehren, das er am meisten liebe und wo er sich am wohlsten fühle.

Lord Normanby soll dem Minister Lamartine erklärt haben, daß er dann für das gute Einverständniß Englands und Frankreichs nicht länger stehe, wenn Savojen und Penna mit Frankreich einverleibt würden, wozu es laut der jüngsten Depeschen einigen Anschein habe. (Wir glauben, daß die Union, der wir diese Salonnotiz entnehmen, irrthümlich ist.)

Großbritannien.

(London, den 27. März.) Die Ankunft des Prinzen von Preussen meldet die „Times" mit folgenden Worten: Se. kgl. Hoheit kam heute Morgens über Hamburg hier an und stieg im Hotel der preussischen Gesandtschaft auf der Carlton-Terasse ab. Se. kgl. Hoh. kam hier mit einem vertraulichen Auftrage seines königlichen Bruders an Ihre Maj. die Königin an. Wir freuen uns, ermächtigt zu sein, zu versichern, daß Se. k. Hoh. nicht (wie einige Nachrichten zu verstehen gaben), irgend etwas mit dem traurigen Mißverständnisse zu thun hat, welches den Kampf zwischen den Garden und dem Volke von Berlin am Sonnabend, den 18. d. verursachte. In Folge der Anordnung, welche der vorige König 1838 für Fälle jener Art machte, hatte Se. königl. Hoh. bei dieser Gelegenheit den Truppen keine Befehle zu geben, und gab auch keine. Alle Berichte über eine amtliche oder persönliche Einmischung des Prinzen oder irgend eine Kollision desselben mit dem Volke bei jenem beklagenswerthen Kampfe, oder während der demselben folgenden Aufregung, sind durchaus ungegründet."

Italien.

(Rom, 25. März.) Die päpstliche Regierung macht, wie zu erwarten war, mit Toskana und Sardinien gemeinschaftliche Sache gegen Oesterreich. Bereits ist die Bildung eines Operationsheers, bestehend aus vier Fuß- und zwei Reiter-Regimentern, ferner drei Batterien Feldartillerie, einer Feuerwerks-Kompagnie und sämmtlichen Schweizern angeordnet. Ebenso sind die in Bologna liegenden Linientruppen nebst einer Abtheilung mobiler Bürgerwehr bereits nach Ferrara abmarschirt. Ein eigens gebildeter Kriegsrath, mit dem General Durando an der Spitze, ist mit Anordnung der nöthigen Maaßregeln beauftragt. (A. Abdbl.)

(Italienische Gränze, den 27. März.) Nach den neuesten Nachrichten aus Mailand strebt man dort nach einem einheitlichen Italien unter Vorsitz des Papstes. Die „italienische Armee" theilt sich in mehrere Legionen, deren erste „das Heer der Alpen" heißt. In Venedig wird die Republik von San Marco wieder hergestellt. Die Grafen Palffy und Zichy haben mit der provisorischen Regierung eine Kapitulation geschlossen, wonach alles Militär, mit Ausnahme der italienischen Regimenter abzieht, Munition und Kassen der Republik verbleiben, diese den Beamten 3 Monat Gehalt zahlt, für Einschiffung, Schutz des Eigenthums rc. sorgt. Platzcommandant Zichy bleibt bis zur Vollziehung des Traktats. Auch die Marine ging über; der Viceadmiral wurde erstochen. Treviso soll sich der Republik angeschlossen haben. — Der Großherzog von Toskana hat in einer Proclamation, die mit den Worten schließt: „es lebe das constitutionelle Italien!" der italienischen Erhebung kräftigen Schutz zugesagt. Zwei Truppencorps sind an die Nordgränze beordert. 600 Freiwillige schließen sich ihnen an. Nach Befehl des Papstes wird die weiß-gelbe Fahne des Kirchenstaats mit den italienischen Farben grün-weiß-roth umsäumt. (Frankft. J.)

(Innsbruck, den 29. März.) Das Schicksal der österreichisch-italienischen Provinzen scheint entschieden zu sein; Feldmarschall Radetzky ist auf dem Rückzug aus Mailand nach Verona, unter dessen Mauern sich das zweite Armeekorps unter Feldmarschallieutenant d'Aspre sammelt. Beide Armeekorps zusammen zählen, nach dem Abfall der italienischen Truppen und den erlittenen Verlusten, noch etwa 60,000 Mann. (A. A. Z.)

(Triest, den 25. März.) Venedig hat am 22. die Republik di S. Marco proklamirt. Die Marinesoldaten sammt allen italienischen Truppen, deren im ganzen beinahe 3000 in Venedig lagen, sind auf die Seite des Volkes getreten. Blut wurde wenig vergossen. Der Marine-Adjutant Oberst Marinovich wurde von den Arbeitern des Arsenals ermordet. Feldmarschallieutenant Martin, Graf Habik, Swoboda und Guggenthal wurden als Geiseln im Arsenal festgehalten. Die Bevölkerung sowohl als die republikanische Regierung benahmen sich edel und großmüthig gegen die übrigen. Das Bataillon Gränzer wurde nach Triest abgeschickt. Noch steht das halbe Regiment Kinsky und die deutsche Artillerie dort, soll aber auch bald mittelst Dampfboot nach dem Küstenlande geschafft werden. Von den deutschen Offiziere leisteten alle Verzicht auf weitere Anstellung. (A. A. Z.)

(Botzen, den 27. März.) Der Brief eines kais. Militärs vom 20. März aus Crema schildert einen dortigen Aufstand wie folgt. Bei Gelegenheit einer Abendmusik der Tirolerjäger am 18. Abend ließen sich allerlei meist spöttisch gemeinte Evviva vernehmen. Als am nächsten Morgen um 6 Uhr das 3te und 4te Bataillon Tiroler, durch Militärstaffette eiligst nach Mailand berufen, abmarschirte und nur zwei Compagnien und eine Division Bayern-Dragoner in Crema zurückließen, begann ein lebhaftes Zusammenströmen des Volkes, Tricolor-Cocarden zeigten sich überall, die Haufen drängten nach der Municipalità, rissen den k. Adler ab und pflanzten am Thor die italienische Fahne auf. Unterdessen rückte die Garnison heran, ein Unterofficier reißt jene Tricolore ab, Schüsse fallen — die Truppen entgegnen sie und der Straßenkampf beginnt. Zumeist wird aus den Häusern gefeuert, von den Dächern geworfen, in den Gassen flieht das Volk — dennoch wird das Gemetzel ein „gräßliches" genannt. Die Truppen blieben Sieger und konnten Abends 5 Uhr bereits von Haus zu Haus alle Waffen sammeln; um diese Stunde traf auch Verstärkung von Lodi her ein, bestehend in 2 Compagnien Geppert Infanterie mit 2 Geschützen. Die Zahl der Todten wird auf 17, die der Verwundeten auf 69 angegeben, darunter sind nur 2 Soldaten. Seit dem 19. gegen 10 Uhr Nachts vernimmt man in Crema ein lebhafte Kanonade in der Richtung von Mailand, ebenso seit dem 20. 2 Uhr früh von Lodi her. Vielen Cremensischen Aufständischen entriß das Militär Medaillen mit dem Bilde des Papstes und St. Peters nebst der Umschrift: Anno I della republica. (A. A. Z.)

Rußland.

(Warschau, 28. März.) Der General-Militär-Gouverneur der Stadt Warschau hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Auf Befehl des Königreichs fordere ich hiemit die Einwohner der Stadt Warschau auf, daß Alle, außer den in aktivem Dienst stehenden Armee-Offizieren und etatsmäßigen Civil-Beamten, jegliche bei ihnen sich befindende Feuerwaffe binnen 24 Stunden, von dieser Aufforderung an gerechnet, im hiesigen Polizei-Bureau niederlegen. Wer der Verheimlichung einer solchen Waffe überführt wird, der wird vor das Kriegsgericht gestellt werden. Die bei der Polizei abgegebenen Gewehre sind mit angehängten und besiegelten Zetteln zu versehen, auf welchem zu bezeichnen ist, wem die Waffe gehört. Die Eigenthümer werden Bescheinigung über die niedergelegten Gewehre empfangen. Der General-Adjutant Fürst Gortschakoff. Ferner macht auf Befehl des General-Militär-Gouverneurs der Ober-Polizeimeister von Warschau, General-Major Abramowitsch bekannt, daß ein Jeder, der jetzt Abends nach 11 Uhr auf den Strassen geht, eine Laterne mit brennendem Licht bei sich haben müsse, von welcher Verpflichtung nur die Militärs ausgenommen sind. Wer dieser Bestimmung zuwiderhandelt, soll sofort von den Polizei-Patrouillen verhaftet werden. Der Sekretär der russischen Gesandtschaft am Hofe von Neapel, Wirkliche Staatsrath Ustinoff, ist von Wien, und der Sekretär der französischen Gesandtschaft am russischen Hofe, Herr Mercier, von St. Petersburg hier angekommen. (A. Pr. Z.)

Schweiz.

(Zürich, den 28. März. Gestern ist der österreichische Gesandte am Turiner Hof, Graf v. Buol-Schauenstein (früher in Stuttgart) hier angelangt und bei Herrn v. Kaisersfeld, österreichischem Gesandten in der Schweiz, abgestiegen. Gleichzeitig geht hier die Nachricht ein, daß in Oesterreich starke Aushebungen für die Armee stattfinden. Das Einrücken der Sardinier in die Lombardei und der bevorstehende Krieg nöthigen die Schweiz, Truppen an die Gränze zu stellen. Der Befehl hiezu wird nicht lange auf sich warten lassen. — Gleichzeitig wird in mehreren Kantonen ein Vertilgungskrieg gegen die Klöster angehoben. Der große Rath von Freiburg muß zu dem Ende von Berner Truppen bewacht werden. Das Bataillon Seiler ist dahin abgegangen. (Schwb. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Berichtigung.

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg.

In der Schrift des Hrn. Dr. Eisenmann, in Wöhrd, bei Nürnberg:

„Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung. Erlangen 1848.“

Seite 133 ist die Behauptung enthalten;

„Die Felder von St. Johannis, bei Nürnberg, sind dem sehr reichen Kirchenfond von Nürnberg zehentbar; wenn der arme Gärtner mit rastloser Arbeit und möglichster Aufopferung einem solchen Felde in einem Jahre 4 oder 5mal Erndten an Salat, Gemüse ꝛc. abgewinnt, so kommt der Zehentberechtigte fünfmal und holt seinen Theil. Ein solches Abschinden vom Fleiß und Schweiß habe ich noch auf keinem Edelhofe gesehen, und das thut in Nürnberg der Magistrat als Kirchenverwaltung.“

Diese Behauptung wird dahin berichtigt, daß sie auf Irrthum und Unkenntniß der einschlägigen Gesetze beruht, indem bekanntlich der Magistrat seit der im Jahre 1834 erfolgten Revision des Gemeinde-Edicts vom Jahre 1818 die Verwaltung des Kirchenvermögens an die zu diesem Zwecke eigens eingesetzte Kirchenverwaltung abgetreten hat.

Auch gehört der Zehente bei St. Johannis nicht zum städtischen, sondern zu dem Kirchenvermögen von St. Johannis und zu Wöhrd, und ist schon seit längerer Zeit fixirt.

Nürnberg, den 29. März 1848

In legaler Abwesenheit des II. Bürgermeisters.

Tarkowitz

Löhner
v. n.

Bekanntmachung.

Am

Freitag den 5. May d. J., Nachmittags 1 Uhr,

werden nachbemerkte zur Verlassenschaft des Sattler Georg Scherzer in Feucht gehörige Immobilien:

Nr.	Pl.-Nr.	Tag.	Dez.	Taxe.	
1.	29. 30.	—	—	3300 fl.	Wohnhaus Nr. 14 mit Stallung, Schupfe, Schweinstall, Hofraum, dann halben Scheuer.
2.	27.	—	19.	150 fl.	Gras- u. Wurzgarten.
3.	412 b.	—	41.	46 fl.	Hopfengarten am Altdorfer Weg
4.	327.	—	92.	100 fl.	Der Schießhausacker.
5.	390.	—	68.	60 fl.	Schneckenacker.
6.	412 a.	4	16.	500 fl.	Altdorferwegacker.
7.	335.	1	64.	350 fl.	Wiese im Stolloch
8.	398.	1	40.	400 fl.	Schneckenwiese.
9.	—	—	—	525 fl.	Das Gemeinderecht als Streu-, Weide- und Forstrecht, aus dem Laurenzerwalde
10.	354 a.	1	56.	400 fl.	Acker im Stolloch.
11.	354 b.	—	20.		Wiese alldort.
12.	354½.	—	66.	130 fl.	Hopfengarten alldort.
13.	157.	6	31.	400 fl.	Waldung im Röthenbacher Holz.

unter den am Termine bekannt zu gebenden Bedingnissen gerichtlich und öffentlich im vormals Georg Scherzer'schen Hause zu Feucht versteigert, und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen, unbekannte oder solche Strichslustige, deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft ist, haben sich über ihr Zahlungsvermögen genügend auszuweisen.

Altdorf, am 25. März 1848.

Königliches Landgericht.

Schumacher.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Da ich meine Wohnung verlassen und meine neue Königsstraße L. Nro. 110 bezogen habe, fühle ich mich verpflichtet, der bisherigen Nachbarschaft für die freundschaftliche Weise zu danken, und die jetzige um gütige Aufnahme zu bitten.

Indem mir nun die Concession zur Cigarrenfabrikation vom hochlöblichen Magistrat ertheilt wurde, so empfehle ich mich dem verehrlichen Handelsstand und Gesammt-Publikum bezüglich meines Fabrikats von Maschinen-Cigarren (resp. mit künstlich erzeugtem Deckblatt von Pflanzenpapier), so wie allen Sorten andern Cigarren auf das Angelegentlichste unter Zusicherung prompter und reeller Ausführung.

In meinem Laden werde ich gewiß stets bemüht seyn, abgelagerte Waare darzubieten.

Nürnberg, am 1. April 1848.

Joach. Lud. Mizler, Cigarren-Fabrikant,
Königsstraße L. Nro. 110.

(Verloren) Samstag den 19. März wurde in oder außer dem Bahnhof eine silberne Minuten-Uhr verloren, der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen eine Belohnung zurückzugeben.

Bierwirthschafts-Verkauf.

Eine Bierwirthschaft mit Felsenkeller ist unter annehmbaren Bedingungen täglich zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Anzeige.

Damit Jedermann erfahren könne, was denn eigentlich in dem Schriftchen „Römisch oder Deutsch“ stehe, auf welches sich die Adresse der Herren von Tucher, Zeltner ꝛc. bezieht, hat uns Herr Dr. Ghillany in den Stand gesetzt, das Exemplar für 2 Kreuzer abzugeben.

Tümmel'sche Buchdruckerei.

Strohhut-Fabrik-Lager,

bestehend in allen möglichen Sorten Italiener-, Roßhaar-, Brüssler- und Doppel-Strohhüten, für Damen und Kinder, nach neuester Façon und zu auffallend billigen Preisen empfiehlt

G. Selling in Fürth.
Schwabacherstrasse No. 259.

Schloßzwinger.

Verehrte Personen, welche Sälchen zu miethen gedenken, werden gebeten, gefällige Anzeige machen zu lassen.

Fuchs, Gastwirth zum Bamberger Hof.

Gelber Löwe in Gostenhof.

Montag Abends 6 Uhr Produktion vom Kleeblatt, hiezu ladet ergebenst ein

Schütz.

Gasthaus zum Paradies.

Montag den 3. April Metzelsuppe. Wozu ergebenst einladet

H. B. Adam, Gastwirth.

Hummelstein.

Heute Sonntag den 2. April findet Harmonie-Musik im Freyen statt, wozu hiemit höflichst einladet

J. Fahner.

Schießhaus St. Johannis.

Montag Abends ist Produktion von Herrn Deininger im untern Lokal, wozu ich ergebenst einlade.

Kellermann.

Goldner Schwan in Wöhrd.

Mein Gartenlokal und Kegelbahn ist eröffnet und aufs Beste hergerichtet worden, was hiemit seinen Gönnern, um zahlreichen Besuch bittend, zur ergebenen Anzeige bringt

M. Pfirsch.

St. Leonhard.

Sonntag den 2. April Produktion des Sprecher'schen Sextetts im Gartenlokale. Entree à Person 3 kr. — Anfang präcis 2 Uhr.

A. Feldmann.

Regensburger Hof.

Montag den 3 April „Metzelsuppe“ Wozu ergebenst einladet

Schmidt.

Einladung.

Heute Sonntag den 2. April produzirt sich der

Sänger Deininger

im Gasthaus zum „Deutschen Haus“ in Gostenhof bei Herrn Neubauer im Saal. Anfang halb 4 Uhr.

Empfehlung.

Bei herannahendem Frühjahr erlaubt sich Unterzeichnete, zum Waschen und Appretiren aller Gattungen Herren- und Damenstrohhüte sich bestens zu empfehlen, und verspricht prompte Bedienung.

Karolina Ring,
Brunnengasse L. Nro. 351 in Nürnberg.

Dutzendteich.

Heute Sonntag den 2. April, findet musikalische Produktion unter Leitung des Herrn Musikmeisters Derich statt, und ist für Speisen und Getränke bestens gesorgt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

Fischer,
Pächter der Dutzendteichwirthschaft.

Freundschafts-Verein.

Montag den 3 April findet im Saale des Bamberger Hofes Produktion statt, wozu auch große mechanische Vorstellungen mit brillanter Beleuchtung gegeben werden. Die verehrten Mitglieder und antheilnehmenden Freunde werden hiezu höflichst eingeladen. Eintrittskarten zu dieser Vorstellung sind an der Kassa in Empfang zu nehmen. Anfang 8 Uhr.

Ulmer Bleiche.

Zur Uebernahme der Bleich-Gegenstände für die so vorzügliche Ulmerbleiche empfiehlt sich

Nürnberg, im März 1848.

J. Gg. Kirchgeßner.

Pferde-Versteigerung.

Zwei zum Oekonomiedienste vollkommen geeignete Pferde werden künftigen Montag den 3. April, Vormittags 11 Uhr, im Gasthofe zum wilden Mann in Gostenhof einzeln oder zusammen an den Meistbietenden versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Anfrage.

Was ist denn mit dem Antrage geworden, in welchem die Ertheilung des Ehrenbürgerrechts Nürnberg für Hrn Dr. Eisenmann ausgesprochen ist?

Literatur.

Im Unterzeichneter ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die

Forderung Christi, ihn zu bekennen.

Predigt am Sonntage Oculi 1848

gehalten von

A. F. Pürckhauer,

erstem Pfarrer an St. Jacob in Nürnberg.

Auf wiederholtes Verlangen und zum Besten der neugegründeten Sparlade dem Drucke übergeben.

gr. 8. brosch. Preis 3 Kreuzer.

Exemplare dieser Predigt sind auch bei dem Kirchendiener an St. Jacob zu haben

Joh. Phil. Raw'sche Buchhandlung
in Nürnberg.

(Zu vermiethen.) Ein aufrechtstehendes Wiener Fortepiano ist zu vermiethen.

(Zu vermiethen) S. Nro. 1174 am Spitalplatz ist ein schön möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen Herrn täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Vor dem Frauenthor nebst dem Bahnhofe, in einem Garten, ist ein hübsches, großes Zimmer, mit oder ohne Möbeln sogleich zu beziehen.

(Zu vermiethen) Im Garten Nro. 163 vor dem Lauferthor ist eine kleine Sommerwohnung zu vermiethen

(Zu verleihen.) 3000 fl. sind im Ganzen oder getheilt gegen doppelten Werth sogleich zu verleihen.

(Verloren.) Ein Paquetchen, mehrere Stückchen Spitzen und Rosaband enthaltend, wurde verloren, um dessen Zurückgabe gebeten wird.

(Gesuch.) Eine solide Person, sucht bis Ziel Walburgi, als Haushälterin oder Köchin unterzukommen. Näheres am Albrecht-Dürrersplatz Nr. 519.

(Gesuch) Für eine einzelne Dame wird ein Logis, bestehend aus 3 Zimmern, einigen Kammern und den übrigen Bequemlichkeiten zu miethen gesucht, und wird hiebei vorzüglich auf eine hübsche Lage des Hauses reflektirt.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches schon mehrere Jahre konditionirte, wünscht wieder als Haus- oder Ladenjungfer unterzukommen

(Gesuch) Eine solide Wittwe sucht in einem ordentlichen Hause sogleich oder bis Walburgis ein kleines heiteres Logis in der Jakobsstraße oder in der Nähe des Waizenhauses zu miethen. Schriftliche Offerten unter der Adresse M. I besorgt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Es wird eine erfahrene Kindermagd gesucht, welche mit neugebornen Kindern gut umzugehen versteht. Schildgasse Nr. 675

(Gesuch) Eine Köchin, welche in der Küche wohlerfahren ist und sich auch jeder Hausarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen

(Gesuch.) Dr. P. Claude's französische Grammatik wird zu kaufen gesucht in L. Nro 1169 der Malergasse.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 2. April. „Der Todtentanz.“ Romantkom. Zaubermährchen mit Gesang und Tanz in 2 Akten von F. X. Told. Musik von A. E. Titl.

Anfang 7 Uhr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3. April 1848. № 94 Montag: Rosamunda.

Auf unsere größere Anzeige uns beziehend, melden wir, daß das neue Quartal der mittelfränkischen Zeitung am 1. April d. J. begonnen hat und daß das resp. hiesige Publikum in der Expedition S. No. 544, das auswärtige bei allen Postämtern abonniren kann.

---

†☉ Zur Geschichte der Adresse der Herren Bast, Beckh, v. Tucher, Zeitner u. s. w.

Wenn die Herren Platner und Dr. Ghillany in ihrer Adresse eine Gleichstellung des Rationalismus mit dem alten Lutherthum verlangten, so thaten sie damit Etwas, was in jetziger Zeit sehr natürlich und nothwendig erscheinen muß. Eine Berechtigung hiezu kann um so weniger bezweifelt werden, da alle Gebildeten, welche in den Predigten die beiden verschiedenen Systeme zu erkennen vermögen, sich gar wohl erinnern, wie eben dieser Rationalismus in früheren Zeiten allgemeine Geltung hatte und die Religionsansicht der beliebtesten hiesigen Prediger, wie Veillodter und Seidel war. Haben nun obige Männer eine Versammlung zu dem Zwecke ausgeschrieben, dem Rationalismus wieder die ihm durch den Präsidenten Roth und Consorten gewaltsam entzogene Berechtigung in Bayern zu verschaffen, so konnten sie natürlich nur Diejenigen dazu einladen, und wollten Niemand anderen, zu Unterschriften auffordern, als solche, die wußten, was Rationalismus sey, und sich bereits dazu bekannten. Da tritt nun zu nicht geringem Erstaunen die Partei der Altlutheraner mit ungeheurem Geschrei hervor: „Die Religion geht unter!“ und machinirt unter den unteren Volksklassen, die sich in der Sache nicht auskennen, auf eine Weise, die an die Oeffentlichkeit gebracht zu werden verdient. In ihrem Ausschreiben heißt es, da und dort seyen Listen zur Unterzeichnung aufgelegt. Es soll den Anschein haben, als drängten sich die Leute freiwillig hinzu, um ihr System zu vertreten. Es wäre so etwas ja auch wohl möglich und selbst natürlich, nachdem seit langen Jahren der Rationalismus weder in Schulen noch Kirchen mehr hätte laut werden dürfen. Aber sie scheinen auf ein freiwilliges Kommen wenig gebaut zu haben. Sie, die eine Partei bilden und ihre Leute haben, schicken die Listen zu Unterschriften in die Häuser. Ja, einige Gäste auf dem Dutzendteich waren nicht wenig erstaunt, als sie mit ansahen, wie selbst der dortige Wirth eine solche Liste hervorbrachte und einige eben eingesprochene Einwohner von Mögeldorf zur Unterschrift aufforderte, welche diese aber verweigerten. Die Adresse selbst wurde mit dem städtischen Wochenblatt ausgegeben und kam dadurch in die Hände einer Menge von Leuten, die gar nicht wissen, um was es sich eigentlich handelt; in den Vorstädten und benachbarten Dörfern herrscht die Ansicht, wer sie nicht unterzeichne, der bekenne dadurch, daß er den protestantischen Glauben verlassen und katholisch werden wolle; denn die Ortsvorsteher und anderen Leute, welche sie da von Haus zu Haus tragen, geben die Erklärung: wer seinen evangelischen Glauben behaupten wolle, der solle unterzeichnen. Was wissen die Leute vom Rationalismus? Sie sagen also, man wolle sie wieder katholisch machen, und da gibt es sodann Unterschriften genug. Dieß vorläufig zur öffentlichen Kenntniß, um ein Urtheil zu haben, wenn die Unterschriftenzahl demnächst in den Zeitungen erscheinen wird. Unsererseits wird man hieraus die Ueberzeugung gewinnen, daß man daran denken müsse, das Volk über die Sache zu belehren. Die menschliche Vernunft verläugnet ihre Kraft nirgends, als bei den alten Parteimännern, auch der Taglöhner wird ein Rationalist sein, wenn man ihm erklärt, **was** der Rationalist ist und **warum** er es glaube.

Deutschland.

Bayern. (München, 31. März.) Der längsterwartete Armeebefehl befindet sich bereits unter der Presse und ist vom heutigen Tage datirt. Die Zahl der Ernennungen soll, wie unter den gegenwärtigen Umständen zu erwarten war, sehr groß seyn. Morgen wird unter Vorsitz des Königs eine Staatsrathssitzung gehalten werden, bei welcher unter andern die Gesetzentwürfe über die Grundlagen unserer neuen Justizverfassung und über die Erlassung der in der Thronrede zugesagten Amnestie zur Berathung kommen. (A. A. Z.)

(München, den 31. März.) Man vernimmt, daß der Generallieutenant Graf von Ysenburg auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden ist. (A. A. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 29. März.) Die zweite Kammer hat heute das Gesetz, welches die Regierung ermächtigt, zur Abwendung dringender, die Landesgränzen von Außen bedrohender Gefahren die Altersklassen von 1818 bis 1821 einzuberufen, mit allen gegen 5 und den Kredit von 110,000 fl. zur Anschaffung von Pferden mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. In geheimer Sitzung wurde über möglichst schnelle Anschaffung von Gewehren berathen. Die Sitzungen bleiben auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, da viele Mitglieder sich nach Frankfurt begeben. (Frkf. J.)

(Heidelberg, den 30. März.) Auf die Einladung einer Anzahl hiesiger Bürger hat sich heute Nachmittag um 1 Uhr eine sehr zahlreiche Versammlung von Einwohnern der Stadt Heidelberg aus allen Ständen und Klassen im Aulasaale eingefunden und einmüthig zu erklären beschlossen: 1) daß sie bereit seyen, nicht nur jede Störung der Ordnung und Ruhe im Innern der Stadt kräftig zurückzuweisen, sondern auch 2) jeden Angriff und jede bewaffnete Einmischung von Außen in die Angelegenheiten unseres Vaterlandes energisch abzuwehren, so wie auch 3) jede Störung der friedlichen Berathung des deutschen Parlaments nach Kräften zurück zu halten. Die Versammlung spricht zu diesem Ende den dringenden Wunsch aus, daß die Bürgerwache so schnell wie möglich organisirt, bewaffnet und gemustert werde, um jede Gefahr von Innen oder Außen zurückzuweisen. (Frkf. J.)

Braunschweig. (Braunschweig, 28. März.) Auch in Braunschweig bilden sich Freischaaren für Schleswig-Holstein. Unser „Wilhelm der Deutsche“ hat einstweilen 100 Büchsen und 20 Louisd'or zur Ausrüstung der Zuzügler angewiesen. Heute Abend werden in den verschiedenen Clubs und Privatgesellschaften Sammlungen veranstaltet, denen ein reichlicher Ertrag nicht fehlen wird. (Mgdb. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. März.) Die mit festlicher Pracht geschmückten Straßen unserer alten Freistadt sind seit vorgestern außerordentlich belebt. Ein wirkliches Menschengewühl aber füllt sie seit heute Morgen. Die durch ihre Mandate legitimirten 500 Beauftragten zur Vorberathung über ein zu bildendes deutsches Parlament, versammelten sich von 8 Uhr an in dem Kaisersaale des Römers. Zum Präsidenten der vorbereitenden Versammlung wurde hier gewählt: Abg. Mittermaier, zu Vicepräsidenten die Abg. Dahlmann, v. Itzstein, Robert Blum und Jordan, zu Sekretären die Abgeordneten Bauer aus Bamberg, Schwarzenberg aus Kassel, Wolfgang Müller aus Düsseldorf, G. Varrentrapp aus Frankfurt a. M., Kieruff aus Rostock, Blankenhorn aus Mülheim, Briegleb aus Koburg, Simon aus Breslau. Um 9½ Uhr hielten die Abgeordneten des Volkes unter dem Geläute aller Glocken und dem Geschützesdonner ihren feierlichen Einzug in die Paulskirche. Präsident Mittermaier eröffnet die Verhandlungen mit erhebenden, zur Eintracht wie zur Hintanstellung aller Vorurtheile und Ideale mahnenden Worten, und dankt für das ihm gewordene Vertrauen. Die Berathung soll nach dem von dem Siebenerausschuß festgestellten „Vorschlag zur Geschäftsordnung für die Versammlung“ erfolgen. Dieser in allen Punkten schließlich angenommene Vorschlag lautet also: §. 1. Es wird durch den Alterspräsidenten vorgeschlagen werden, einen Präsidenten, vier Vicepräsidenten, acht Sekretäre zu ernennen. §. 2. Die Verhandlungen in der Paulskirche finden statt in der Reihenfolge des von der Siebener-Kommission aufgestellten Programms. §. 3. Die Verhandlungen dauern Freitag den 31. März und Samstag den 1 April von 9 Uhr bis 4 Uhr. §. 4. Geschwindschreiber nehmen die Verhandlungen auf und diese werden so oft und so schnell wie möglich nach erfolgter Revision durch den Druck veröffentlicht. §. 5. Das Wort wird gefordert mit Nennung des Namens und Volksstammes des Mitgliedes, welches reden will. §. 6. Niemand darf länger als zehn Minuten reden, Niemand geschriebene Reden vortragen. Es wird von der Tribüne gesprochen, wenn nicht der Präsident für kurze Bemerkungen während der Debatte das Wort vom Sitze aus gibt. §. 7. Amendement zu den Programmsätzen sind schriftlich zu übergeben, oder einem der Sekretäre, ohne daß dadurch die Verhandlung gestört werden darf, zu Protokoll zu diktiren. §. 8. Solche Amendements kommen in der Regel in der Ordnung, in welcher sie vorgelegt worden sind, zur Abstimmung. §. 9. Abstimmungen über die im Programm aufgestellten Fragen erfolgen in der Regel durch Aufstehen oder Sitzenbleiben, und nur dann durch namentlichen Aufruf nach der Liste der Mitglieder, wenn die Zählung ein zweifelhaftes Resultat gegeben hat, oder wenn diese Art der Abstimmung von 25 Mitgliedern verlangt wird; in beiden Fällen unmotivirt, mit Ja oder Nein. §. 10. Der Präsident hat das Wort zu entziehen, wenn der Redner über zehn Minuten gesprochen hat, er ruft zur Ordnung und entzieht das Wort, wenn der Redner von dem Gegenstande der Berathung oder in Persönlichkeiten abschweift. Gegen einen solchen Ausspruch steht dem Redner die Berufung an die Versammlung zu.

Der Siebnerausschuß legt der Versammlung als Norm der Berathung folgendes Programm vor: I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern. II. Ein Senat der Einzelstaaten. III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70,000. IV. Kompetenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt: 1) Ein Heerwesen, 2) eine Vertretung gegenüber dem Auslande, 3) ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maaß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen. 4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht, 5) Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte. V. Der Beschluß der Einberufung der constituirenden Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt, durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der constituirenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen. Der Präsident erklärt am Schlusse seiner Eröffnungsrede, daß jeder Meinung, jeder Ansicht der politischen Formen unbedingte Freiheit des Wortes gesichert sein wird. Denn es sollten in dieser Vorberathung ja nur die Wünsche und Forderungen des Volkes genau erkannt und festgestellt werden; die Berathung über dieselben werde dann in dem eigentli-

chen Parlamente Deutschlands erfolgen. Der erste Redner, Abgeordneter Metz aus Freiburg, auf Franklins Erklärung sich berufend, daß jedes gute Werk unter dem Schutze des allweisen Gottes zu beginnen habe, fordert die Versammlung auf, zu erklären, ob sie diesem Antrage beistimme, was durch allgemeines Aufstehen bestätigt wird. Nunmehr sollte die Berathung über die einzelnen Punkte des Siebenerprogramms erfolgen. v. Struve stellte für sich und im Namen von 17 anderen anwesenden Männern einen, Forderungen und Rechte des Volkes aufzählenden Antrag, den er einer Kommission überwiesen haben wollte. Ein von Schaffrath aus Sachsen gestellter und ausführlich motivirter Antrag, man möge aus der Mitte der Versammlung einen Ausschuß wählen, um das Siebenerprogramm zu prüfen, und morgen darüber zu berichten, wurde bei der Abstimmung mit entschiedener Mehrheit verworfen. Ueber eine Reihe anderer Anträge, die nach einander von verschiedenen Seiten gestellt worden sind, war bis zum Eintritt einer halbstündigen Pause (ein viertel nach zwölf Uhr) noch keiner zur Abstimmung gelangt. Unter diesen Anträgen wird zunächst zur Beschlußnahme kommen, derjenige von Dr. Eisenmann aus Nürnberg, daß die Versammlung vorzugsweise und schleunigst darauf hinwirken möge, daß binnen 4 Wochen das constituirte deutsche Parlament zusammentrete, dem dann die von der Versammlung weiter berathenen Punkte zur Berücksichtigung vorgelegt werden sollen. Noch sind schwach unterstützte Anträge gestellt, die Versammlung sollte sich zu einer permanenten und constituirenden erklären, sey es, daß sie in pleno beisammenbleibe, oder daß ein Ausschuß gewählt werde. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 30. März.) Auszug der 26. Sitzung der Bundesversammlung vom 30. März 1848. Zu beschleunigter Entwerfung der Grundlagen einer neuen Bundesverfassung hat die Bundesversammlung mit einleitenden Arbeiten zu diesem Zwecke, unter Zuziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens, bereits begonnen. Zu weiterer Förderung dieser wichtigen Angelegenheit beschließt dieselbe, die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen dem deutschen Staatensystem angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege, Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Da der Drang der Umstände die einstweilige Annahme eines bestimmten Maßstabes der Bevölkerung, nach welchem die gedachten Volksvertreter in jedem Bundesstaate zu erwählen sind, erforderlich macht, so erscheint es zweckmäßig, in Bezug auf die bisherigen Bestandtheile des Bundes das bestehende Bundesmatrikular-Verhältniß dabei zum Grunde zu legen, und die Aufforderung dahin zu richten, daß auf 70,000 Seelen der Bevölkerung jedes Bundesstaats ein Vertreter zu wählen, auch denjenigen Staaten, deren Bevölkerung nicht 70,000 Seelen beträgt, die Wahl eines Vertreters zuzugestehen. (Fkt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 30. März.) Einem so eben von Köln hier eingetroffenen Schreiben entnehmen wir, daß der auf den 2. April einberufene Vereinigte Landtag höchster Wahrscheinlichkeit nach unter den obwaltenden Umständen einstweilen nicht abgehalten werden wird. Es ist somit auf morgen oder übermorgen das Eintreffen fast sämmtlicher freisinniger preussischer Landtagsabgeordneter zu der bevorstehenden Versammlung in hiesiger Stadt zu erwarten. (Fkt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 31. März.) Um 4 Uhr hob die Versammlung die nach ihrem Ausspruche eine berathende und keine constituirende ist, ihre Sitzung auf, und kam in ihren Beschlußnahmen nicht recht vorwärts. Unter Anderm ward beschlossen, Schleswig-Holstein und Ost- und Westpreussen in den deutschen Bunde aufzunehmen, aber nicht Posen, wie beantragt ward. — Oesterreich ist leider nicht vertreten. — Es kam schon zu Hader zwischen den Republikanern und ihren Gegnern. (N. Würzb. Z.)

(Bremerhaven, 28. März.) [Die schwarz-roth-goldene Flagge zur See.] Heute Nachmittag 2½ Uhr hatten wir das erhebende Schauspiel zum ersten Mal ein Bremer Schiff, — „Magnet," Capt. D. Droste, nach Angostura bestimmt, — mit dem heiligen Symbol der Einheit Deutschlands, der schwarz-roth-goldenen Flagge, unter Segel gehen zu sehen. So scheint denn unserer lieben Vaterstadt die Ehre zu Theil zu werden, daß eins ihrer Schiffe zuerst jenseits des Oceans neben der Flagge der Hansa das alte Reichspanier entfaltet. Wills Gott, wird von jetzt an jedes Bremer Schiff diesem rühmlichen Beispiel folgen! (Wes. Z.)

Hannover. (Hannover, 28. März.) Die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs ist am heutigen Tage von dem Grafen von Bennigsen, Vorsitzenden des kgl. Gesammtministeriums und Vorstand des königl. Ministerialdepartements der auswärtigen Angelegenheiten, eröffnet worden. (Brem. Z.)

(Hannover, den 28. März.) Fürst Czartoryski ist gestern hier angekommen und im British Hotel abgestiegen, wo sich alsbald eine zahlreiche Menge einfand, um ihn zu begrüßen. Den ganzen Abend hindurch wurden patriotische Lieder, vor seiner Wohnung abgesungen. Auf seiner Reise von Köln bieher war der Fürst auf allen Hauptstationen zu Hamm, zu Minden, zu Bückeburg mit dem lebhaftesten Jubel unter dem tausendstimmigen Rufe: „Es lebe Polen!" aufgenommen worden. Fürst Czartoryski erwähnt mit Rührung des herzlichem Empfanges, der ihm gleich bei seinem Eintritte in Deutschland, zu Aachen und Köln, zu Theil geworden, und wird dadurch in der Hoffnung bestärkt, daß Polen diesmal nicht vergebens das Haupt erheben, sondern vom Rheine bis zur Weichsel nur Freunde und Verbündete zählen werde, bei den Völkern nicht allein, sondern auch bei den Fürsten, welche jetzt endlich in Betreff Polens zur Einsicht in ihre wahren Interessen gelangt sind. (Köln. Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 30. März.) In der 30. Sitzung der zweiten Ständekammer, am 27. d. M., äußerte in der Erörterung des von dem Abg. Zitz gestellten Antrages, wegen Anerkennung der französischen Republik, der Abg. von Rabenau: Schon seyen 600 Freischärler auf dem Marsche nach Deutschland; 6000, in ihrer Mitte 1000 Polen sollten nachfolgen, unter der Anführung eines Generals; die Absicht sey, die Republik auszurufen; daher die Aufforderung zum ernsten Entgegentreten! Abg. Reh erkennt die Nothwendigkeit festen Entgegentretens an und hebt hervor, Frankreich strebe zunächst dahin, sich selbst zu schützen. Die nahe Versammlung zu Frankfurt zu Ende dieses Monats sey dringend aufgefordert, zwei Proclamationen zu erlassen, die eine an die Deutschen, wodurch sie ermahnt würden, sich aller Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen zu enthalten, die andere an Frankreich zur gleichen Mahnung. — Abgeordneter Zitz erblickt in der Erscheinung, auf welche hingedeutet werde, keine officielle Maßregel Frankreichs und in der Ausweisung der deutschen Arbeiter einen nothwendigen Schritt der Lenker des Staats, der keinen Verstoß gegen das Völkerrecht enthalte; allerdings fordere aber der drohende Einfall zur Vertheidigung auf, zur Volksbewaffnung, deren Förderung der Gegenstand seine Bitte sey. Abg. Lehne: die Absicht der französischen Regierung sey wahrscheinlich nur die, gährende Elemente auszuscheiden, sie dem Auslande zuzuwenden, in Frankreich möge der Wahn herrschen, Deutschland habe Sympathie für einen Freistaat, und so der Glaube, man finde dort einen Anhang; inzwischen würden Volksversammlungen die Republick zurückweisen und die dadurch ausgesprochene Volksmeinung werde den Tendenzen der Deutschen in Frankreich eine andere Richtung geben; er wolle nicht behaupten, daß kein Grund vorhanden sey, von Gefahr zu reden; das behaupte er aber, daß Deutschland aufgefordert sey, auf die Befreiung von Polen hinzuwirken und daß es damit Eile habe. Würde dazu geschritten, so liege darin die Bürgschaft des Friedens mit Frankreich, mit einem freien Volke, das die Befreiung jener Nation in Osten verlange. (D. St. Z.)

(Darmstadt, den 30. März.) Der Siebener-Ausschuß in Frankfurt hat folgende Proklamation hier vertheilen lassen: „Die Versammlung in Frankfurt a. M. zu Berathung der höchsten Interessen des Vaterlandes will eine friedliche Verständigung. Die Unterzeichneten fordern auf, den Geist des Friedens walten zu lassen. Zuzug Bewaffneter würde Landfriedensbruch seyn. Sollten solche Absichten bestehen, wir mahnen davon ernstlich ab, und ersuchen Diejenigen, welche Macht und Einfluß haben, unserer Abmahnung Kraft zu verleihen. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 29. März.) Vorgestern Abend ist ein k. k. Lieutenant als Kurier aus Verona, und gestern zwei weitere Kuriere, einer aus Mailand, der andere aus Venedig hier angekommen mit Depeschen an den Grafen v. Ficquelmont. Obgleich man bis zu diesem Augenblicke nicht mit Bestimmtheit den Inhalt dieser Depeschen erfahren konnte, so sieht man doch an den Anstalten die seit gestern hier getroffen werden, daß der gegenwärtige Zustand in Italien zu großen Besorgnissen Veranlassung gibt. Gestern wurde im Ministerrath beschlossen: das ganze kaiserliche Heer in sämmtlichen Ländern mit Einschluß aller ersten Landwehrbataillone der 35 deutschen Infanterieregimenter auf den Kriegsfuß zu stellen, und die disponiblen Truppen so schnell als möglich nach Italien abzusenden. In Folge dessen hat gestern Abend noch das hier liegende Infanterieregiment von Wocher, welches zuletzt in Krems gelegen, plötzlich Befehl zum Abmarsch nach Italien erhalten, und um Mitternacht mittelst der Eisenbahn Wien verlassen. Das Regiment muß heute Abend schon in Cilly eintreffen. Uebermorgen gehen von hier 2 Batteriebespannungen nach Grätz ab, um von dort 12 Stücke Geschütz weiter nach Italien zu befördern. Die Infanterieregimenter Erzherzog Carl und Bron Hrabowsky dahier haben gleichzeitig die Weisung erhalten, sich zum Abmarsch nach Italien in Bereitschaft zu setzen, um auf Befehl augenblicklich abmarschiren zu können. Das Regiment Erzherzog Ludwig hat gestern seinen Marsch nach Linz angetreten. Aus Olmütz ist die Nachricht eingegangen, daß daselbst das Regiment Erzherzog Stephan aus Galizien angekommen sey. Von Errichtung der zweiten Landwehrbataillone verlautet bis jetzt noch nichts. Nachschrift. Soeben soll auch an die zweiten Bataillone der sämmtlichen Gränzregimenter der Befehl abgegangen seyn, nach Italien aufzubrechen. Man beabsichtigt, das dortige Armeecorps um 80,000 Mann zu verstärken. Ein großes Generalavancement steht bevor. (Augsp. Allg. Z.)

(Wien, den 29. März.) Erzherzog Johann ist zum Bundestag nach Frankfurt am Main bestimmt. (!) Ist dieß nicht der Mann, auf den Deutschland seine Blicke richten darf? In Bezug auf Erzherzog Albrecht kann ich Ihnen mittheilen, daß er mir persönlich in Gegenwart von vielen Zeugen feierlichst auf kaiserliches Ehrenwort erklärte, nicht den Befehl zum Schießen gegeben zu haben; und ich glaube dem kaiserlichen Ehrenwort. (A. A. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 28. März.) Eine Meldung, erfreulicher Art, ist die, daß sich bei uns ein Freikorps für Schleswig-Holstein gebildet hat. Gestern allein sollen sich 60 junge Leute dazu eingezeichnet haben. Der Großherzog wird nicht anstehen, ihnen die dazu nöthigen Waffen verabreichen zu lassen. — Die deutschen Farben verschaffen sich auch bei uns immer mehr Geltung. Kokarden an Hüten und Mützen werden immer häufiger, ja selbst das alte hochbetagte Rathhaus sahen wir heute mit einer Fahne geschmückt. (Brem. Z.)

Preussen. (Berlin, 31. März.) Nachdem der bisherige Vorsitzende des Staats-Ministeriums, Graf Arnim, und der Kriegsminister von Rohr heute ihre Entlassung eingereicht haben und dieselbe von Mir angenommen ist, habe Ich den Präsidenten der Handels-Kammer zu Köln, Camphausen, zum Vorsitzenden des Staats-Ministeriums ernannt und bis zur Wiederbesetzung der Stelle des Kriegs-Ministers den General-Lieutenant von Reyher mit deren einstweiliger Verwaltung beauftragt. Zugleich habe Ich den Präsidenten der Handels-Kammer zu Aachen, Hansemann, zum Finanz-Minister ernannt und die Verwaltung des Staatsschatzes und des Münzwesens dem Vorsitzenden des Staats-Ministeriums in Gemeinschaft mit dem Finanz-Minister übertragen, wovon Ich das Staats-Ministerium hierdurch in Kenntniß setze. Berlin, den 29. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 30. März.) So eben, Nachmittags 4 Uhr, ist das 24ste Linien-Infanterie-Regement, von dem lebhaftesten Hurrah der zahlreich versammelten Einwohner begrüßt, mit klingendem Spiel hier einmarschirt und hat die ihm angewiesene Kaserne bezogen. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 30. März.) Der Magistrat von Berlin macht Folgendes bekannt: „In dankbarer Anerkennung der dem Vaterlande in den Tagen des 18. und 19. März errungenen Güter haben die Kommunal-Behörden beschlossen: den Kämpfern, welche der Hülfe bedürftig sind, sofort eine außerordentliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Demgemäß werden diejenigen hiesigen Einwohner, welche an dem Kampfe Theil genommen haben und der Hülfe bedürftig sind, veranlaßt, wenn sie eine Unterstützung beanspruchen wollen, ihre Theilnahme an dem Kampfe durch ein glaubwürdiges Attest nachzuweisen und mit einem Attest der betreffenden Armen-Kommission über ihre Bedürftigkeit sich bei der städtischen Deputation zur Unterstützung der Verwundeten und der Hinterbliebenen im kölnischen Rathhause zu melden. Auf diejenigen Personen, welche nur beim Bau der Barri-

kaden Hülfe geleistet, aber nicht selbst mitgekämpft haben, findet dieser Kommunalbeschluß keine Anwendung, und haben dieselben daher auf diese außerordentliche Unterstützung keinen Anspruch. Berlin, 29. März 1848. Der Magistrat." (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 30. März.) Einige Theilnehmer der ersten großen Volksversammlung wurden dem König vorgestellt, um demselben die Beschlüsse der Volks-Versammlung vom 26. d. M. in einer Adresse ehrfurchtsvoll zu überreichen. Nachdem die Adresse in die Hände des Herrn Ministers von Auerswald gelegt war, erschien Se. Majestät und richtete huldvolle Worte an die Mitglieder der Deputation. Der Sprecher Herr Eckert sprach hierauf ungefähr folgende Worte: „Wir haben uns gedrungen gefühlt, Ew. Majestät die Liebe des Volkes, wie sie sich in der ersten großen Volks-Versammlung am 26. d. M. kundgethan hat, auszusprechen, so wahr und treu, wie sie im Volke lebt, und sind in der Absicht gekommen, die Wünsche desselben an den Stufen des Thrones niederzulegen. Darauf erwiederte Se. Majestät gerührt: „Ich liebe das Volk mehr, als es Mich lieben kann! Es hat sich in Berlin so hochherzig benommen und dadurch die Ordnung so schnell wieder hergestellt, wie es vielleicht in keiner anderen Stadt der Welt geschehen sein würde." Nachdem die Deputation noch Protest gegen das nach dem Schlusse der Volks-Versammlung gebildete sogenannte Comité bei Sr. Majestät eingelegt hatte, wurde die Deputation huldvoll entlassen. Berlin, 29. März. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 29. März.) Aus Prenzlau ist der Redaktion der allg. preuss. Ztg. nachstehende Erklärung zur Veröffentlichung eingesandt worden: Die unterzeichneten Bewohner der Uckermark fühlen sich als Preussen und als Deutsche berufen und verpflichtet, Folgendes zu erklären: Sie danken Sr. Majestät dem König innig und aufrichtig für die in den Erklärungen vom 18. und 19. d. M. seinem Volke gemachten Verheißungen. Sie werden fortan festhalten an dem wahren konstitutionellen Königthum mit Verantwortlichkeit der Minister, an der öffentlichen und mündlichen Rechtspflege, in Strafsachen auf die Geschwornengerichte gestützt, an den gleichen politischen und bürgerlichen Rechten für alle religiösen Glaubensbekenntnisse, an einer wahrhaft volksthümlichen und freisinnigen Verwaltung, an der Preßfreiheit und an der allgemeinen deutschen Bundes-Repräsentation und betrachten dies Alles als unveräusserliche und ihnen fortan nicht wieder zu entziehende Errungenschaften der vergangenen Zeiten. Sie werden aber eben sowohl ihr Gut und Blut dafür hingeben, daß wesentlich jetzt Ruhe und Ordnung erhalten und das konstitutionelle Königthum in aller Weise gestärkt und gekräftigt werde; namentlich erwarten sie, daß der in kurzem zusammentretende Vereinigte Landtag nur das ihm vorzulegende Wahlgesetz, und zwar frei von jedem äusseren Einflusse, berathe. (Folgen die Unterschriften.)

(Berlin, den 29. März.) Die Regierung wird, wie wir aus guter Quelle wissen, bei ihrer Proposition einen Mittelweg einschlagen und zwischen aktivem und passivem Wahlrecht einen Unterschied machen: das erstere, also das Recht, zu wählen, wird nicht allgemein, sondern beschränkt, das letztere, also das Recht, gewählt zu werden, allgemein und unbeschränkt seyn. Die Regierung scheint hiernach Bedenken zu tragen, das allgemeine Wahlrecht auf alle großjährige oder auch nur auf alle selbstständige Staatsbürger auszudehnen: sie will die Ausübung des Wahlrechtes von einem Census, den sie jedoch sehr niedrig stellen wird, so daß etwa ein Handwerksmeister, der Gesellen und einen Lehrling hält, das active Wahlrecht ausüben kann, abhängig machen; sie will auch anderseits dem nicht mehr abzuweisenden allgemeinen Volkswillen entgegenkommen, indem sie das passive Wahlrecht an keine Beschränkung bindet und jeden Staatsbürger für wählbar erklärt. Wenn die Regierung diese Ansicht festhält und sie nicht etwa, durch den ständischen Beirath des Vereinigten Landtags bewogen, modificirt, wenn ferner das nach dieser Ansicht erlassene Wahlgesetz nur als provisorisch angesehen wird, nach welchem zunächst die constituirende Volksvertretung gewählt werden soll, unter deren Mitwirkung das definitive Wahlgesetz zu Stande kommen soll: so glauben wir, daß dann alle Parteien eine befriedigende Lösung dieser Frage erkennen können. (Magdb. Z.)

(Berlin, den 29. März.) Gegen die republicanischen Bestrebungen erheben sich gegenwärtig hier mehrere große Gesellschaften, die sich rasch nach einander als politische Vereine gebildet haben. Es wollen diese Verein, denen die angesehensten und einsichtsvollsten Männer der Stadt aus allen Ständen angehören, eine Schutzmauer bilden für das constitutionelle Königthum in seiner freiesten und höchsten Entwickelung und zugleich die Hüter und Wahrer der errungenen Freiheiten sein, auf daß der Nation diese kostbaren Güter ungeschmälert erhalten bleiben. Es wird beabsichtigt, diese entschiedene Gegenwirkung gegen die republicanischen Ideen über ganz Preußen und Deutschland auszubreiten, in welcher Hinsicht später wohl ein Aufruf erfolgen dürfte, damit es der Vereinigung aller Gleichgesinnten im Deutschen Vaterlande gelinge, daß die Zukunft Deutschlands nicht durch eine Anzahl schwärmerischer Köpfe in Frage gestellt wird. Eine dieser Gesellschaften hat durch ein gedrucktes Programm folgendes politisches Glaubensbekenntniß abgelegt: eine constitutionelle Monarchie; die Vertreter des Volkes hervorgehend aus Wahlen auf den breitesten Grundlagen; freies Associationsrecht; Preßfreiheit und Redefreiheit; Volksbewaffnung; Verminderung des stehenden Heeres; Religionsfreiheit, staatsbürgerliche Gleichstellung aller Confessionen; öffentliches Gerichtsverfahren, in Strafsachen Schwurgerichte; Unabhängigkeit des Richterstandes; ein allgemeines Deutsches Gesetzbuch für Civil- und Criminalsachen; Einheit des Münzfußes, Gewichtes und Maaßes in Deutschland; ein allgemeiner Deutscher Zollverein; ein Deutscher Staatenbund mit einem Deutschen Volks-Parlament und gemeinschaftlicher gesandtschaftlicher Vertretung bei nichtdeutschen Staaten. Zugleich hat die Gesellschaft ihre Bereitwilligkeit kundgegeben, der Regierung beizustehen in dem Bestreben, den Arbeitern Arbeit und für dieselbe ausreichenden Lohn zu verschaffen. Es steht zu hoffen, daß sich um dieses politische Banner alle wahren Freunde des Deutschen Vaterlandes schaaren werden, um Deutschland aus den drohenden Gefahren einer glänzenden Bahn entgegenzuführen. (Magdb. Z.)

(Posen, den 27. März, früh 6 Uhr.) Gestern Mittag traf die königl. Kabinetsordre in Betreff der nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen hier ein; aber statt des erwarteten Jubels mußte man bald bemerken, daß die Polen mit der königlichen Resolution wenig zufrieden seien und es laut aussprechen: „das genüge nicht, damit könne man jetzt nicht zufrieden gestellt sein." Abends 6 Uhr traf nun auch ein Mitglied der deutschen Deputation, der Kaufmann Mamroth, wieder hier ein und berichtete, daß nach Entgegennahme dieser Kabinetsordre beide Deputationen, die polnische und die deutsche, sich zu einer neuen Adresse an den König vereinigt hätten, worin gebeten werde: 1) Der Monarch wolle keine gemischte Kommission zur Reorganisation ernennen, sondern die Mitglieder derselben sollten von dem hiesigen polnischen Komitee aus Landeseingebornen erwählt werden. 2) Ein polnisches Armeecorps solle vom General von Willisen organisirt werden. 3) Die preußischen Truppen sollen sich in das Fort Winiary zurückziehen. 4) Alle deutschen Beamten sollen mit einer zweijährigen Pension entlassen und den Landräthen polnische Commissarien zur Seite gesetzt werden. 5) Sofort müsse ein polnischer Oberpräsident ernannt werden. (Brem. Z.)

(Posen, 27. März.) Aus Warschau gehen uns zuverlässige Nachrichten zu, denen zufolge es auch dort anfängt, unruhig zu werden: Der Militairgouverneur Fürst Gortschakoff hat daher schon öffentliche Bekanntmachungen erlassen, worin er vor Volkszusammenrottungen unter Androhung militairischen Einschreitens und schwerer Strafen warnt. Uebrigens wissen wir jetzt zuverlässig, daß die russischen Streitkräfte in Polen über 100,000 Mann stark sind, die zumeist schon längst der preußischen Grenze stehen. Bei dem Städtchen Slepce, eine halbe Meile von der Grenze, wird in diesem Augenblick ein großes russisches Lager für 60,000 M. abgesteckt; einen Krieg mit Rußland hält man hier allgemein für unvermeidlich, und Alles rüstet sich mit Enthusiasmus dazu, denn der hier allgemein herrschende Widerwille gegen alles russische Wesen übersteigt alle Grenzen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, den 28. März.) [Aufruf des kommandirenden Generals an die heute Morgen ausgerückten Truppen.] Soldaten! Das Vertrauen der Herzogthümer ruft mich an Eure Spitze; ich schätze mich glücklich, in diesem heiligen Kampfe für das theure Vaterland Euer Führer zu sein. Der Kampf hat begonnen, der Däne rückt an des Vaterlandes Grenze, schleswig-holsteinischer Muth wird ihm mit Gott den Weg über die Eider zeigen. — Schaaret Euch mit Vertrauen um Eure neuen Führer, die begeistert wie Ihr von Vaterlandsliebe Euch zum Siege führen werden. — Die edelsten Männer und Jünglinge des Vaterlandes eilen zu Euren Fahnen — ganz Deutschland sendet Euch seine besten Männer! Auf denn mit Gott! Laßt uns den Dänen schlagen, wo wir ihn finden — bevor fremde Truppen uns den Lorbeer entwinden. Ziehet mit Gott, meine Waffenbrüder, die Ihr die Vorhut bildet, — am Tage der Ehre bin ich bei Euch! Rendsburg, den 27. März 1848. Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein (Wes. Zeit.)

(Rendsburg, den 27. März.) (Die Kriegsrüstungen.) Die Begeisterung für die Landessache ist ganz allgemein, die Volksbewaffnung der meisten Orte schon eingerichtet. Durch außerordentliche Regierungscommissäre, die autorisirt sind, die Beamten und Offiziere zu suspendiren, wenn sie dies erforderlich halten und andere anzustellen, wird die Organisation der Wehrverfassung und das Erforderliche zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung im Inneren des Landes bewirkt. — An Militär, das als regulär kampfgerüstet dasteht, ist noch ein Mangel erkennbar, vornehmlich fehlen kundige Offiziere, da die Mehrzahl derselben in den Herzogthümern Dänen waren, welche sich entfernt haben. Hülfe von Preußen ist zugesichert und wir dürfen hoffen, daß sie schleunigst eintreffen wird. Auch von Hannover wird jetzt eine Militairunterstützung erwartet. — Wir dürfen uns nicht schon dem Siegesjubel hingeben, unsere Feinde sind mächtiger, kampfgerüsteter als wir und stehen in außerordentlicher Begeisterung nicht hinter uns zurück. In Dänemark, wenigstens auf den Inseln, eilt Alles zu den Waffen. Eine Macht von 20,000 Mann wird bald den Angriff beginnen, welcher wir nicht mehr, als die Hälfte dieser Zahl an waffengeübter Mannschaft entgegenstellen können. Ansehnliche Truppenabtheilungen rücken nach dem nördlichen Schleswig von Rendsburg aus vor. In der dänischen Festung Fridericia in Jütland soll sich dem Gerüchte zufolge ein blutiger Kampf zwischen unsern dortigen deutschen und den dänischen Truppen entsponnen haben. Die Nachricht, daß unsere Truppen sämmtlich massacrirt seyen, ist hoffentlich ungegründet. Nähere bestimmte Nachrichten fehlen noch. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 28. März.) Die provisorische Regierung, sich beziehend auf ihre Proklamation vom 24. d. M., hat beschlossen, die Ver. Ständeversammlung der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf den 3. April des gegenwärtigen Jahres kraft dieses einzuberufen. (Bremer Z.)

(Rendsburg, den 26. März.) Die provisorische Regierung hat die Geschäfte einstweilen so unter sich vertheilt, daß Beseler das Präsidium ohne Porteseuille führt, der Prinz von Augustenburg das Kriegswesen, Graf Reventlou das Departement der auswärtigen Angelegenheiten und die Kanzlei (das Innere), Bremer das Justizwesen und M. T. Schmidt die Finanzen nebst Handels-, Zoll- und Postwesen. (Brem. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 29. März.) Da in der nächsten Zeit die völlige Gleichstellung der Deutschkatholiken mit den anerkannten Konfessionen in ganz Deutschland erfolgen wird, ist es die Aufgabe sämmtlicher deutschkatholischer Gemeinden, durch Vermittlung ihrer respektiven Synodal-Vorstände die Regierungen oder das Parlament darauf aufmerksam zu machen, daß bei Ordnung ihrer zukünftigen Stellung darauf Rücksicht genommen werde: daß den Gemeinden ihre vollständige Selbstständigkeit gewahrt, und sie daher unter keine kirchlichen Behörden, welchen Namen sie auch tragen mögen, gestellt werden, sondern einzig und allein ihren Schutz in den staatlichen Behörden finden. Der Deutschkatholicismus hat das Joch des Papstthumes abgeschüttelt, er will nicht durch Konsistorien unter neue Päpstchen gestellt seyn, noch kann er selbst zugeben, daß einzelne seiner Geistlichen Konsistorialräthe werden, und somit der Grund zu einer neuen Hierarchie gelegt wird. Vollkommene Selbstständigkeit der Gemeinden muß das Fundament der jungen Kirche in staatlicher Beziehung bleiben. (Frkf. J.)

(Stuttgart, den 29. März.) Ueber die Demonstrationen, die hier von jungen Leuten gegen die Hegemonie des Königs von Preussen gemacht wurde, läßt sich das Frankfurter Journal Folgendes melden: Das Bildniß des Königs wurde auf eine Scheibe in preussischer Gardeuniform mit dem Helm auf dem Kopf gemalt, um den Hals ein Strick gelegt und mittelst diesem das Bild an einem Galgen aufgehängt und vor einer zahllosen Menge eine Volksrede gehalten, die oft durch den Ruf: „Nieder mit dem König von Preußen!" unterbrochen wurde. Tausende setzten sich sofort mit dem Bilde am Galgen voran in Bewegung durch die Stadt nach dem Feuersee, wo nach einigen Schüssen auf das Bild Feuer an dasselbe gelegt und es hernach ins Wasser gestürzt wurde unter dem Halloh der auf gewiß 10,000 Personen angewachsenen Menge. Als der Zug vor dem noch

im Bau begriffenen Pönitentiargefängnisse vorüberkam, riefen viele Stimmen: „Ins Zuchthaus mit dem königlichen Mörder!“ (Fr. J.)

Frankreich.

† (Paris, den 29. März.) Die provisorische Regierung hat, sagt ein Morgenblatt, die Zusammenziehung eines Lagers von 30 bis 35,000 Mann zwischen Vienne und Grenoble befohlen (längs der sardinischen Grenze). Diese Maaßregel soll in den Ereignissen ihren Grund haben, deren Schauplatz jetzt die Lombardei ist und deren Berichte einen großen Theil unserer heutigen Journale füllt. Wir zweifeln an der Aechtheit der Nachricht.

Wir können, versichert die Union, auf das Bestimmteste den Gerüchten widersprechen, die gestern über die Abreise v. Rothschild's in der Stadt liefen. Hr. Rothschild hat Paris noch nicht verlassen. (Dieß dürfte aber bald geschehen.)

Louis Philipp hatte nicht weniger als 22,000,000 Fr. in fünfprozentigen Staatsrenten (600,000 Fr. à 5 pr.) angelegt, jedoch die Vorsicht gebraucht, sie unter falschem Namen in's große Buch einschreiben zu lassen. Dem scharfsichtigen Marrast ist es jedoch gelungen, diese Winkelzüge zu enthüllen und auch dieser neue Theil des kolossalen Privatvermögens des Exkönigs ist unter Sequester gelegt worden. Dem Vernehmen nach beabsichtigt Louis Philipp Claremont (Besitzung seines Schwiegersohnes Leopold) zu verlassen und die Domaine Durburg-Park, bei Chorley in der Grafschaft Lancaster zu kaufen.

Die Staatskommission der Arbeits-Organisation die im Luxembourg sitzt, wird in ihren Berathungen fast täglich unterbrochen. Bald sinds die Schneider, bald die Schuster, bald die Mechaniker, bald die Gerber oder Handschuhmacher rc., die sie bestürmen, um ihnen Arbeit und hohen Lohn zu verschaffen. Bis jetzt hat Louis Blanc, Präsident der Kommission, sie alle zurückgewiesen, wo sie auf die Gesetzentwürfe vertröstet, die die Kommission für die Nationalversammlung vorbereitet. Vorgestern aber rückten ihr die Bäcker auf den Hals und drohten, die Arbeit einzustellen, wenn ihre Lage nicht sofort gebessert würde. Paris ohne Brod — diese Drohung zog. Es wurden sogleich von Seiten der Meister und Gesellen Ausschüsse gewählt und binnen fünfzig Minuten war Alles im Reinen. Paris ist heute wieder frisches Brod wie gewöhnlich. Dieser Schritt von Seiten der Gesellen darf um so weniger befremden, als sie hier, in Paris von Nachts 12 Uhr bis 11 Uhr Mittags ununterbrochen in Kellern arbeiten müssen. Eine solch verrückte Organisation muß radikal abgeschafft werden. Das hat ihnen Louis Blanc auch versprochen.

Italien.

Die allg. Zeitung meldet aus Rom: Die Aufregung durch die Wiener Ereignisse und die Beschimpfung des österreichischen Botschaftshötels. Aus Parma: Die Revolution. Aus Mailand. Radetzky's Stellung bei Crema. Oesterreichische Truppenconcentrirungen am Isonzo, in Verona rc. Hoffnungen auf die Wiedergewinnung Venedigs. Die Italiener wollen den Brenner als Gränze. Gefangennehmung einer österreichischen Truppenabtheilung unter General Schönhals.

Schweden und Norwegen.

Briefe aus Stockholm vom 21. d. Mts. in der Augsb. allgem. Ztg. melden von einem am 18. März nach einem Reformbanket ausgebrochenen Straßentumult des Stockholmer Pöbels, bei welchem in mehreren Privathäusern die Fenster eingeworfen wurden. Diese Excesse, die mehr dem Muthwillen und der Privatrache als politischen Motiven zugeschrieben werden, veranlaßten das Einschreiten des Militärs, das von einem Steinhagel überschüttet, endlich feuerte. Bei dem Erscheinen des Königs und des Kronprinzen wurde die Ruhe für diesen Tag hergestellt. Tags darauf erneuerten sich die Tumulte mit größerer Heftigkeit. Das Militär machte zu wiederholtenmalen von der Feuerwaffe Gebrauch, wobei 9 Personen gefallen sein sollen. Einem andern Schreiben zufolge waren diese Excesse durch eine Aufwiegelung der Handwerker, besonders der Zuckersieder veranlaßt worden. (A. A. Z.)

Wahrheitsgetreue Schilderung eines bei Sammlung altlutherischer Unterschriften vorgefallenen Auftrittes. In Nr. 88 dieses Blattes befindet sich ein Aufruf an altlutherische Gläubige zur freiwilligen Unterzeichnung von Listen, auf deren Grund eine Adresse an Sr. Majestät unsern allergnädigsten König von Bayern werde befördert werden, worauf die altlutherische Kirche in ihren alten Rechten und Gebräuchen belassen werden solle. Wie sehr nun auch der erwähnte Aufruf mit dem Schlusse geschmückt ist, daß eine Sammlung solcher Unterschriften nicht stattfinde, so mag doch nachstehender Vorfall vom Gegentheil überzeugen. Ein Herr Schneidermeister, mit Sammlung altlutherischer Unterschriften beauftragt, begeht Galgenhof, Tafelhof, Lichtenhof, vielleicht auch alle Vororte Nürnbergs, und sammelt gutmüthige, leichtgläubige Namen. In einem Hause Tafelhofs nun, wo auch zufälliger Weise ein Herr Kantor K..... einer unserer ältesten Kirchen Nürnbergs Privatgeschäfte halber anwesend ist, werden Mutter und Tochter zu Einzeichnungen ihrer Namen veranlaßt, und nachdem dieselben von der bereits vorhandenen Masse von Unterschriften überzeugt, spendirten Beide auch unter Beistandsleistung des genannten Hrn. K....., ihre Namen. Nun bedauert dieser Unterschriften-Sammler, daß er eine Dame im Nachbarhause nicht getroffen, und daß ihm sohin ihre Unterschrift noch abgehe, worauf die schon unterzeichnete Tochter auf Verlangen des mehrerwähnten Herrn K..... die Feder ergreift, und auch die abwesende Dame einzeichnet. Sagen Sie nur, bekräftigte dieser Herr K....., sagen Sie nur der Dame, ich hätte dies gewünscht, ich der K.....! K.....

Kurz nach diesem Auftritte kommt jene nun eingezeichnete Dame zurück, und bezeugt ihre offenbare Freude, einem Bekenntnisse dieser Art entgangen zu sein. Nun wollten zwar die erwähnte Tochter und einige schon früher Unterzeichnete ihre Namen auf der vielbesprochenen Listen ausstreichen, aber der Sammler solcher Namen, ist auf der bereits betretenen Bahn schon zu weit geschritten, als daß er noch zu erreichen gewesen wäre. Möchten doch solche Personen, die den Werth einer Unterschrift ihres Namens nicht ermessen können, am allerwenigsten für nichtanwesende Personen unterzeichnen, und am Ende wohl gar für eine solche, welche dann, wie obige Dame, eines ganz anderen Sinnes ist, als jetzt ihre gleichsam erschlichene Unterschrift verbürgt.

Dieß zur Steuer der Wahrheit, von Einem, der von der ängstlich besorgten Mutter obigen Mädchens über die Folgen dieser ungeheißenen Einzeichnung zu Rathe gezogen wurde.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. April 1848. № 95. Dienstag: Ambrosius.

Auf unsere größere Anzeige uns beziehend, melden wir, daß das neue Quartal der mittelfränkischen Zeitung am 1. April d. J. begonnen hat und daß das resp. hiesige Publikum in der Expedition S. No. 544, das auswärtige bei allen Postämtern abonniren kann.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 2. April.) Mit Freude vernehmen wir, daß viele adelige Gutsbesitzer, um den Wünschen ihrer Grundholden zuvorzukommen, Ablösungen, vorzüglich aber Abtretungen der Gerichtsbarkeiten 2c. jetzt schon in Vollzug bringen. Der Graf v. Pappenheim, dessen Unterthanen eine Adresse berathschlagt haben, erließ am letzten eine Proklamation, durch welche er ihnen mehr gewährte, als sie zu verlangen wagten. Fürst Wrede hingegen hat den Wünschen seiner Untergebenen in Nichts nachgegeben, wohl hat er die Gerichtsbarkeit dem Staate übergeben; da er durch sein Herrschaftsgericht — obgleich es eines der größten oder gar das größte — bisher nur in Verlust gerathen war.

Aus bester Quelle kann ich Ihnen die erfreuliche Nachricht mittheilen, daß das saubere Institut des Postdebits aufgehört hat. Alle Zeitungen können fortan durch die Post versendet werden, ohne daß es irgend einer Genehmigung der Regierung bedarf. — Der Gensdarmerie-Hauptmann Bauer wurde in den Ruhestand versetzt. — J. M. die Königin Marie von Bayern wird morgen 500 Arme in München und 250 der Vorstädte Au und Haidhausen in verschiedenen Gasthäusern speisen lassen; nach Ende des Mahles erhält jeder Arme eine Dukaten.

(München, den 1. April.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 15 enthält eine königliche Entschließung, die in der letzten Zeit begangenen Wald- und Feldfrevel betreffend, wonach alle vor dem 21. laufenden Monats wegen Wald- und Feldfreveln ausgesprochenen Freiheits- und Geldstrafen, soweit sie nicht bereits vollstreckt sind, sammt den deßfall zu Gunsten der Staatskasse ausgesprochenen Verurtheilungen zu Kosten und Schadenersatz, andurch aufgehoben werden; dann eine königlich allerhöchste Entschließung, die Begnadigung der wegen politischer Verbrechen oder Vergehen abgeurtheilten Personen betreffend, wonach allen Civil- und Militär-Personen, welche wegen der in den Artikeln 300 No. I. und III. 309 bis 317, 319 bis 322, 324 bis 336, 404 bis 409 und 411 bis 424 Theil I. des Straf-Gesetzbuches vom Jahre 1813, dann in den Artikeln 86 bis 108, 201 bis 203, 209 bis 233, 237 bis 248, 260 bis 264 und 291 bis 294 des pfälzischen Strafgesetzbuches bezeichneten Verbrechen oder Vergehen als Urheber oder wegen Theilnahme an denselben verurtheilt worden, die wegen dieser Verbrechen und Vergehen, und soweit nicht andere gemeine Verbrechen oder Vergehen damit verbunden sind, gegen sie erkannten und noch nicht gänzlich vollzogenen Strafen, so wie die in Folge anerkannter Instanzentlassung eingetretene Detention oder Polizei-Aufsicht und die noch nicht entrichteten Prozeß- und Strafvollzugs-Kosten, soweit sie der Staatskasse zufallen, nachzulassen sind.

Dann eine Bekanntmachung, die Gesuche um Anstellung oder Beförderung im Staatsdienste betreffend, folgenden Inhalts: Die Menge von unmittelbar bei den Ministerien einkommenden Gesuchen um Anstellung oder Beförderung läßt auf die Meinung vieler Betheiligten schließen, als könne auf diesem Wege das gewünschte Ziel schneller oder sicherer erreicht werden, als auf dem der Dienstes-Ordnung. Diese Meinung ist eine irrige. Die Ministerien können bei ihren Anträgen an Seine Majestät den König nur solche Gesuche beachten, die in dem vergleichenden Nachweise der Qualifikation und des Dienstesalters, durch die competente Begutachtung der äußeren Stellen ihre Begründung finden. Die äusseren Stellen sind aber beauftragt, in Erledigungsfällen ihre Anträge auf Anstellung und Beförderung neben der allgemeinen Bedingung der Moralitat 2c. nur auf Befähigung und Dienstesalter der Beantragten zu gründen, und dabei diejenigen Beamten oder Staatsdienst-Aspiranten, welche keine Gesuche eingereicht haben, nach den Ansprüchen, die ihnen nach Befähigung und Dienstesalter zustehen, eben so zu berücksichtigen, als wenn sie Gesuche angebracht hätten. In Folge dessen werden alle Betheiligten darauf aufmerksam gemacht, daß alle unmittelbar bei den Ministerien einkommenden Gesuche um Anstellung oder Beförderung unberücksichtiget bleiben müssen, daß dagegen, wenn sie in Erledigungsfällen Gesuche stellen zu sollen glauben, sie diese bei der ihnen vorgesetzten Behörde dienstordnungsmäßig einzureichen haben.

Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: der Appellationsgerichtsrath C. F. Heintz, und der Appellationsgerichtsrath, Freiherr G. von Lerchenfeld wurden zu Staatsräthen im ordentlichen Dienste ernannt, dann der Staatsrath im außerordentlichen Dienste, und Verweser der Präsidentenstelle des Obersten Rechnungshofs, J. C. M. Vetterlein in den Ruhestand versetzt.

* (München, den 2. April.) Morgen hoffe ich Ihnen den Armeebefehl senden zu können; heute theile ich Ihnen aus demselben einstweilen nachstehende Ernennugen mit: zu Generallieutenants werden befördert: die Generalmajors von Gumppenberg, Prinz Eduard von Sachsen Altenburg, von Lesuire, von der Mark, Prinz Luitpold. Unter den zu Generalmajoren Ernannten sind für Ihre Garnison von besonderem Interesse: die Obersten Graf Verri della Bossia und Ritter von Prößl, der Eine früherer, der Andere jetziger Commt. des in Nürnberg garnisonirenden Inf. Regts. Fürst Taxis ist als Divisionnär nach Würzburg versetzt. Zum Kriegsminister ist Oberst Weishaupt mit gleichzeitiger Beförderung zum Generalmajor ernannt.

(Speyer, den 30. März.) Der hiesigen Deputation wurde heute folgendes Regierungsrescript mitgetheilt; sie fühlt sich verpflichtet, den Inhalt derselben zur Kenntniß der Bewohner der Pfalz zu bringen: „Auf die von der Abordnung der Pfalz übergebene Adresse, haben Se. k. Majestät zu eröffnen befohlen, daß: 1) Im allgemeinen die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden gründlich erwogen und nach Thunlichkeit gewürdiget werden sollen; 2) Was insbesondere die Bitte um eine allgemeine Volksbewaffnung betrifft, so sei dieselbe durch die von Sr. Majestät dem Könige Ludwig unterm 14. ds. erlassene allerhöchste Entschließung wegen Einführung der Landwehr in der Pfalz angebahnt und die k. Regierung der Pfalz Kammer d. Innern hat die Ermächtigung erhalten, diesem Institute diejenige Ausdehnung, Vervollständigung und Modification vorbehaltlich nachträglicher Anzeige und Genehmigung zu Theil werden zu lassen, welche nach den eigenthümlichen Verhältnissen der Pfalz, oder unter den gegebenen Zeitumständen geboten erscheinen. 3) Eine allgemeine Begnadigung (Amnestie) aller wegen politischer Verbrechen und Vergeben Verurtheilten, ist allerhöchsten Orts bereits beschlossen und in der Thronrede ausgesprochen worden. 4) S. Maj. der König wollen die rückständigen Forststrafen an Geld und Gefängniß im Hinblick auf den Nothstand der vergangnen Jahre und um dadurch der ärmeren Klasse eine Erleichterung zugehen zu lassen, in Gnaden und ohne Consequenz nachlassen. 5) Dem kgl. Regierungs-Director Lufft ist von Sr. Maj. dem König Ludwig ein zweimonatlicher Geschäftsurlaub gewährt worden. Nachdem jedoch die Regierungs-Directorstelle in der Pfalz in dem gegenwätigen Zeitpuncte so lange nicht unbesetzt bleiben kann, so ist es die Absicht Sr. Maj. des Königs, den gedachten Beamten in Ruhestand zu versetzen und demnächst die Wiederbesetzung dieser Stelle eintreten zu lassen. Diese mittelst Rescripts des kgl. Ministeriums des Innern vom 22. März d. J. der unterfertigten Stelle eröffnete allerhöchste Entschließung, wird der Abordnung der Pfalz hiermit zur Kenntniß gebracht.“ (Speyer. Z.)

Baden. (Vom bad. Oberlande.) Die Volksversammlung zu Engen am 30. März im Hegau war von ungefähr 5000 Menschen besucht. Hauptredner waren Pfarrer Kuenzer (ehemals lib. Abg.), Fikler (Redakt. des Seebl ttś); Gröninger, (Advokat von Donaueschingen), Vanotti, (prakt. Arzt von Konstanz) 2c. Die Versammlung neigte sich entschieden zur Republik. (Schwäb. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 1. April.) Schluß der am 31. März in der St. Paulskirche dahier stattgehabten Berathungen: Voigt aus Gießen bekämpft die Anträge des Siebener-Programms, aber auch die Beschränkung Eisenmann's. Die Versammlung sei nicht blos hieher gekommen, um ein deutsches Parlament zu berufen, sondern eine konstituirende Versammlung als Ausdruck des Volkswillens zur Entscheidung über die Verfassung zu schaffen. Reinganum findet Eisenmann's Antrag nicht Recht und gefährlich. Es beschränke allzusehr die Competenz der Versammlung. Man sagt, wir hätten kein Mandat; allein die Versammlung schöpfe ihre Zuständigkeit 1) aus der Nothwendigkeit, 2) aus der Zustimmung des ganzen deutschen Volkes von Lichtenstein bis an die Eyder und Bremen. Oesterreich und Preussen seyen zwar nicht körperlich da, aber doch im Geiste. Im Jahr 1813 sey die Freiheit Deutschlands vom Norden gekommen, 1848 vom Süden; Nord und Süd wären aber Eins, das Vaterland zu retten. Gott habe gewaltet in diesen Tagen; wollten wir uns aber jetzt auf kleinliche Dimensionen beschränken, wäre das Vaterland verloren. Nach einigen weitern Debatten sprach sich die Versammlung mit überwiegender Mehrzahl gegen die Niedersetzung einer Kommission zur nochmaligen Prüfung des Siebener-Programms und zur Begutachtung der verschiedenen Anträge und Wünsche aus. Den §. 1 des Programms (Bundesoberhaupt) beschloß man der Entscheidung des Parlaments vorzubehalten. Eine Aeußerung Welcker's veranlaßte Voigt zu einer Entgegnung, in welcher er sich der Worte bediente: „Der Hr. Abgeordnete, nein der Hr. Bundestagsgesandte Welcker.“ Diese Worte riefen einen Sturm hervor, den nur das Abtreten Voigts von der Tribune beschwichtigen konnte. Unter großer Aufregung ward die Versammlung (um 12½ Uhr) auf ½ Stunde suspendirt. Nach ihrer Wiedereröffnung erklärte Mittermaier, daß Voigt Alles, was etwa in seinen Worten Verletzendes liege, zurücknehme. Blum mahnte zur Ruhe und Eintracht. Es sei dieß die erste Versammlung in Deutschland, die durch die That beweisen müsse, daß die Deutschen ebenso entschlossen und würdig sich der Freiheit zu bedienen wissen, als irgend ein Volk, das sich ihrer seit Jahrhunderten erfreue. Eisenmann's Antrag (sich zunächst mit der Festsetzung der deutschen constituirenden Versammlung zu beschäftigen) wird einstimmig angenommen. Schulz aus Darmstadt schlägt als zunächst zu berathende Fragen vor: welche Bundesgebiete im Parlament vertreten seyn sollen, ferner die Zahl der Vertreter im Verhältniß zur Volkszahl und dem Wahlmodus. Für letzteren wünscht er die freisinnigste Grundlage, als Minimum etwa das badische Wahlgesetz. Freilich wäre dieses nicht überall anwendbar, z. B. in Oesterreich, das noch

Millionen roher slavischer Bauern zähle. Hinsichtlich der Frage, ob eine oder zwei Kammern im Parlament, stimmt er für eine Kammer, damit man rascher vom Verhandeln zum Handeln gelange. Wiessner aus Wien, als der einzig anwesende Oesterreicher, nimmt unter großem Beifall der Versammlung den österreichischen Bürger- und Bauernstand gegen Schulz's Aeußerungen in Schutz. „Von Metternich's und Sedlnitzky's Banden umstrickt, sagt er, konnten wir der Bewegung des übrigen Deutschlands nicht nachfolgen; als aber der Augenblick gekommen, da haben wir uns trotz aller Gefahren erhoben. Die Versammlung möge einen Aufruf an Oesterreich erlassen, an diejenigen, die den glorreichen Sieg errungen." Mengstren und Schleiden aus Schleswig-Holstein nehmen das Wort. Letzterer erklärt, er sey von der provis. Regierung Schleswig-Holsteins gesendet, (stürmische Acclamation) nicht an einen Fürstentag, sondern an diese Versammlung, die neben und selbst über den Fürsten stehe und von der die Entwicklung des deutschen Volkes ausgehen solle. Das kleine Land, bedrängt von Außen, suche seinen Standpunkt in Deutschland. Die Versammlung möge erklären, daß Schleswig staatsrechtlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, daß es in den deutschen Bund unverzüglich aufzunehmen und in dem constituirenden Parlament gleich allen andern Bundesstaaten durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten sey. Mit allseitiger Acclamation angenommen; ein Mitglied, das dagegen protestiren will, wird nicht zu Worte gelassen. Pohl aus Mecklenburg will den Beschluß auch auf Ost-Preussen ausgedehnt wissen; Wedemaier beschränkt ihn auf die bisher im Bund nicht vertretenen preussischen Lande. Raveaux unterstützt den Antrag. Der äusserste Osten und Westen Preussens habe sich für die liberalen Prinzipien die Hand gereicht, und dadurch den Centralpunkt dahin gebracht, mit seinem Blute die Freiheit Deutschlands zu erringen; auch in Posen dürfe das deutsche Element nicht untergehen. Junghanns, als der einzige anwesende von 500,000 Deutschen in Posen, spricht: „Der Sarmate klopft an unserer Thüre; der Russe steht an unserer Gränze; wenn Deutschland nicht hilft, ist eine große deutsche Bevölkerung den Fremden preisgegeben; wenn wir Polen nicht hätten, müßten wir es erobern. (Widerspruch.) Leisler will Polen ganz so wiederhergestellt wissen, wie es vor dem Raube von 1772 war; (nein! nein!) Biedermann: die Versammlung solle erklären, daß sie die Reconstituirung eines unabhängigen Polenreichs als im höchsten Interesse und in der Pflicht Deutschlands liegend, erachte; Struve ebenfalls für Wiederherstellung Polens, so weit es ohne Unrecht an den Deutschen geschehen könne. Gagern: der constituirenden Versammlung soll es vorbehalten werden, die Legitimationsfrage für Jeden, der zu Deutschland gehören wolle, zu prüfen. Melcker ebenfalls für Herstellung Polens; aber wenn Deutschland Alles herausgeben sollte, müßte ihm auch Elsaß und Lothringen wieder werden. Venedey gegen eine Einladung an Posen zum deutschen Parlament, weil man dann auch die Ansprüche Frankreichs an die Rheingränze anerkennen würde. — Wir bedauern, die sehr interessanten Debatten, an denen noch Hekker, v. Closen, Jordan, Blum rc. Theil nahmen, nicht weiter im Detail mittheilen zu können. Die Beschlüsse waren: Aufnahme der deutschen Theile Ost- und Westpreussens (einstimmig); Offenlassen der Frage wegen Posens; Erklärung, daß die Versammlung von der Nothwendigkeit der Herstellung eines selbstständigen polnischen Reichs durchdrungen sey, und die Theilung Polens für ein schreiendes Unrecht halte (ebenfalls einstimmig); Annahme des Vertretungsmaßstabs von einem Abgeordneten auf 50,000 Seelen, in der Art jedoch, daß auch die Staaten mit geringerer Bevölkerung einen Abgeordneten erhalten. Die Sitzung wurde um 4 Uhr geschlossen. Die Debatten waren äusserst belebt, mitunter so stürmisch, daß die Autorität des Präsidenten nur mit äusserster Mühe sich geltend machen konnte. Ein zum Glücke ungegründetes Gerücht von bewaffnetem Zusammenstoß hatte nur eine vorübergehende Störung zur Folge. Der Antrag auf Permanenz-Erklärung und Niedersetzung einer provisorischen Regierung wurde von v. Hecker gegen Schluß der Sitzung wiederholt, jedoch ohne weiteres Ergebniß angeregt. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 1. April.) Wie es nicht anders zu erwarten war, hatten sich schon in der Frühe des gestrigen Tages die in der Nähe der Paulskirche gelegenen Straßen und öffentlichen Plätze dicht mit Menschen gefüllt. Es währte nicht lange, so bildeten sich auch hier, wie in der Versammlung, zwei Parteien: die rein-republikanische und die republikanisch-monarchische. Beide Theile riefen ihre Anhänger zusammen, und durchzogen die Straßen unserer Stadt unter Vortragung von dreifarbigen Fahnen, die einestheils „Die Republik," anderntheils „Das deutsche Parlament! Keine Republik!" und wieder andere bloß: „Es lebe das deutsche Parlament!" als Devise trugen. Es konnte nicht fehlen, daß die aufgeregten Gemüther etwas hintereinander geriethen, und sollen dabei, leider! wie man erfährt, zwei junge Leute nicht unbedeutend verletzt worden sein. Eine solche Störung unserer Festtage ist sehr zu beklagen. Hoffen wir, daß weitere Partei-Reibereien und Störungen der so nöthigen öffentlichen Ruhe nicht mehr vorkommen werden! (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 1. April.) In der heutigen Sitzung wurde die Berathung über den Wahlmodus für das konstituirende Parlament fortgesetzt. Die bis jetzt (1 Uhr) gefaßten Beschlüsse lauten: Daß im Allgemeinen mit Vorbehalt der Festsetzung der einzelnen Prinzipien, die genauere Bestimmung des Wahlmodus den einzelnen Staaten zu überlassen sey. Als Prinzipien, welche für einstimmig auf Riesser's Antrag angenommen, daß bei den Wahlen kein Modus, keine Rücksicht auf Konfession oder Staatsunterschied gelten soll. Darüber, ob auch das Prinzip der direkten Wahl als Vorschrift gelten solle, wurde nach lebhaften Debatten die Abstimmung mit Namensaufruf beschlossen. Diese ergab als Resultat die Verneinung der Frage, ob die Versammlung die direkte Wahl als Prinzip anerkenne, den einzelnen Staaten aber die Freiheit einräume, für jetzt davon abzusehen und es ihren Bedürfnissen und Verhälnissen gemäß einzurichten, angenommen und beschlossen, daß jeder volljährige Staatsbürger wahlberechtigt und wählbar sey, daß der Deputirte nicht dem Staate anzugehören brauche, den er vertritt. Daß politische Flüchtlinge, die in fremden Ländern das Bürgerrecht angenommen, die Wahlrechte erhalten sollen, wenn sie erklären, wieder deutsche Staatsbürger sein zu wollen, wurde mit Acclamation angenommen, die Wahl Frankfurts als Sitz des Parlaments. Unter der freudigsten Aufregung wurde um 1 Uhr die Sitzung auf eine halbe Stunde suspendirte (Fr. J.)

(Frankfurt a. M., den 30. März.) Einer der Frankfurter Amnestirten, Licius, ist diesen Vormittag, nach einem mehr als zwölfjährigen Exil, aus der Schweiz in seiner Vaterstadt angelangt; seine Freunde geleiteten ihn in feierlichem Zug in die Stadt, die noch nie in so festlichem Schmucke gelacht und auf den so lange Verbannten gewiß den erschütterndsten Eindruck gemacht hat. (D. A. Z.)

(Frankfurt, den 31. März.) In Betreff der Wahl der Präsidenten der vorberathenden Versammlung ist zu sagen, daß Minister von Gagern einstimmig zu diesem Ehrenposten berufen wurde. Erst nachdem Breibach-Bürresheim, Gagerns Schwager, die sehr richtige Bemerkung aufgestellt, daß es einem Staatsminister in seiner besondern Stellung aus naheliegenden Gründen nicht gegeben seyn könne, gleichzeitig Präsident einer aus dem Volke hervorgegangenen Versammlung zu seyn, wurde zu einer andern Wahl geschritten, welche die Ernennung des Geheimeraths Mittermaier zum Präsidenten der vorberathenden Versammlung zur Folge hatte. (Frkft O.-P.-A.)

Hannover. (Hannover, 28. März.) Es ist wahrhaft erfreulich, zu sehen, mit welch festem Willen und mit welcher sicheren Stimmung die Beigeordneten unsrer Deputirten hier ihre Versammlung halten. Diese Beiordnung ist noch ganz neu; sie ist aber die sicherste und unmittelbarste Stütze unsrer zweiten Kammer. Sie verdient gewiß auch in anderen Ländern aufgenommen zu werden. Einer großen Krisis gehen wir durch sie entgegen. Heute haben die Beigeordneten den Beschluß gefaßt, auszuharren und hier zu bleiben, bis über die Vorrechte des Adels und die Existenz der Adelskammer entschieden sein wird. Wird beides nicht fallen, so behalten sie sich weitere Schritte zu thun vor. Der Präsident sagte dabei: »Dann wälzen wir auf den Adel die Verantwortung der Revolution.« Es wurde in dem Schooße der Versammlung geäussert: »die Einwohner von Hameln hätten erklärt, auf den ersten Ruf in Masse nach Hannover ziehen zu wollen.« Jene Entscheidung aber steht sehr nahe bevor (Wes. Z.)

Preussen. (Berlin, 1. April.) Einverstanden mit den in dem Berichte vom heutigen Tage ausgesprochenen Ansichten und Vorschlägen, werde Ich von jetzt an die in Verfassungs-Angelegenheiten an Mich gelangenden Anträge an das Staats-Ministerium verweisen und ermächtige dasselbe, die Bittsteller auf solche Anträge mit Bescheid zu versehen. Potsdam, den 30. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. An das Staats-Ministerium. Vorstehende allerhöchste Ordre ist auf Grund des folgenden, vom Staats-Ministerium erstatteten Berichts erlassen worden: »Ew. Königl. Majestät haben durch die Proklamation vom 21. März dem Volke den Willen zu erkennen gegeben, eine wahre konstitutionelle Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister einzuführen, und damit frei und groß es ausgesprochen, daß, wie Ew. Majestät seit dem Antritt Allerhöchstihrer Regierung lediglich von dem Wunsche geleitet waren, das Wohl des Volkes zu begründen und zu erhöhen, wie dazu die allmälige Entwickelung der ständischen Verfassung zu freieren Staatsformen als der richtige Weg von Ew. Majestät erkannt wurde, auch nunmehr derselbe Wunsch Ew. Majestät beseele, hingegen die Ueberzeugung gewonnen sey, daß zu dessen Erfüllung der bisherige Weg verlassen und an die Umgestaltung der Verfassung mit Muth und Kraft die Hand angelegt werden müsse. Ew. Königl. Majestät, fest entschlossen, mit der dem ganzen Volke bekannten Treue, und Standhaftigkeit der gewonnenen Ueberzeugung entsprechend zu handeln, haben uns mit der Vorbereitung der nothwendigen Maßregeln beauftragt, und wir glauben den Absichten Ew. Majestät zu begegnen, indem wir uns sofort für alle unsere Maßnahmen der künftigen Volksvertretung verantwortlich und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen unterworfen erklären. Wir sehen es als unsere erste Pflicht an, die Folgen des Rathes, den wir ertheilen werden, allein auf unsere Häupter zu laden, damit Ew. Majestät, über das wogende Treiben des Augenblicks erhoben, in unantastbarer Ruhe die Entschließungen fassen können. Unverweilt werden wir die Ehre haben, Ew. Majestät die zunächst erforderlichen Vorschläge rücksichtlich der Landesverfassung vorzulegen, und wenn inzwischen weiterhin, wie seither in reichem Maße geschehen, unmittelbare, die Verfassung betreffende Anträge schriftlich oder mit der Bitte um persönliches Gehör eingehen, so stellen wir Ew. Königlichen Majestät gehorsamst anheim, für jetzt uns zu ermächtigen, die Ansuchenden mit Vorbescheid zu versehen, damit auf uns diejenigen Gefühle sich richten, welche entstehen können, wenn den Anträgen nicht oder nicht unmittelbar willfahrt werden kann. Berlin, den 30. März 1848. (gez.) Camphausen. Gr. von Schwerin. von Auerswald. Bornenemann. von Arnim. Hansemann. von Reyher. An Se. Majestät den König.« (A. P. Z.)

(Berlin, den 28. März.) So eben (10 Uhr Abends) wird in einer Volksversammlung, welche die rheinischen Deputirten zusammenberufen haben, ein äusserst wichtiger Beschluß gefaßt. Er geht dahin: daß ein gewähltes Komité eine provisorische National-Versammlung in allen Provinzen ausschreiben soll, damit sie schon am 2. April hier sein und dem alten Landtage entgegentreten könne. Zur selben Zeit hielt die Bourgeoisie gleichfalls eine Versammlung ab, worin sie sich für den Zusammentritt des Landtages entschied. Zugleich konstituirte sie sich zu einem monarchisch-konstitutionellen politischen Club. (Wes. Z.)

(Berlin.) Die Blätter melden bereits von einzelnen Reaktionsversuchen, welche in der Provinz auftauchen. Zu Wanzenberg hat der Landrath v. Kotze einen förmlichen Protest gegen die „Gewaltherrschaft" der Berliner cirkuliren lassen, in welchem namentlich die Verlegung des Landtages von Berlin weg gefordert wird. In den benachbarten Kreisen ist bereits ein großer Theil des Landvolks und der Landwehr durch die Vorspiegelung: „Des Königs Maj. sei gefangen und solle gestürzt werden" vollständig fanatisirt und hat daher auch die schwarzgoldrothen Farben verspottet und bei den Kontroll-Versammlungen den mit solcher Kokarde Erschienenen diese abgerissen. (Wes. Z.)

(Königsberg, den 26. März.) Die russische Gränze bisher von Preußen unbesetzt, soll nach Briefen aus Gumbinnen von Russen wimmeln; von der andern Seite versichert uns ein Brief aus Berlin von halb offizieller Seite her, daß ein Krieg mit Rußland unvermeidlich sey. Unsere Landwehr hat die Ordre erhalten, sich marschfertig zu machen. Mag nun ein solcher Krieg ein heiliger und siegreicher preussischer National-Krieg werden, oder mag die preussische Reaktion zu ihren Gunsten einen Scheinkrieg beginnen; unsere Provinze kennt die verbürgte Thatsache, daß es bei unseren erfahrensten und höchsten Militärs als taktische Maxime gilt: sobald die Russen in Preussen einrücken, Ostpreussen als unhaltbar aufzugeben, und eine feste Position erst hinter der Weichsel einzunehmen. Wir kennen daher unser Schiksal, wenn nicht Polen durch eine glückliche Diversion die Russen

bald beschäftigt, und in ihrem Rücken sich die Ostseeprovinzen erheben. Täuscht uns nicht Alles: so wird die liberale Frage bald in der europäischen untergehen. — Dr. Jakobi reist heute Abend nach Frankfurt a. M. Er zweifelte noch in den letzten Tagen, aber die prekäre Lage der Dinge hat in der Seele dieses großen Patrioten den Ausschlag gegeben. (Brem. Z.)

(Koblenz, den 30. März.) Meraf, der sich im vorigen Jahre durch einen Sprung vom Dampfboote in den Rhein vor Einkerkerung rettete, reiste gestern, in Folge der politischen Amnestie, mit dem Dampfboot der Düsseldorfer Gesellschaft rheinaufwärts hier vorbei. Auch sahen wir am Nachmittag eine Anzahl Heidelberger Studenten mit dem Mannheimer Dampfboote hier vorbeireisen, welche als Freikorps nach Schleswig Holstein gehen, um demselben im Kampfe gegen die Dänen beizustehen. Sie tragen eine schwarz-roth-goldne Fahne, mit der Inschrift: „Freischaar für Schleswig-Holstein." (Fr. O.-P. Z.)

(Herford, den 29. März.) Professor Leo hat seinen Wohnsitz in Halle an der Saale aufgegeben und solchen vorläufig hier genommen. — In Spenge, einem Kirchspiele des Kreises Herford, rotteten sich in voriger Woche etwa 400 Menschen der ärmeren Volksklassen zusammen und zertrümmerten die Häuser einiger Kleinhändler, eines Auctionators und zweier Rentmeister. Kein Möbel wurde von ihnen geschont. Das Militär von Bielefeld marschirte sofort dahin ab, und vor einigen Tagen wurden etwa 120 der Tumultuanten, je zwei und zwei aneinander gefesselt, in die hiesigen Inquisitoriats-Gefängnisse gebracht. — „Gestern war unsere Stadt mit großem Schrecken erfüllt. Vorgestern Nachts war schon von den Gefangenen des hiesigen Zuchthauses, deren 400 sind, Feuer auf dem Zuchtgebäude angelegt, welches aber glücklich gedämpft wurde, und gestern drohten sie, mit Gewalt loszubrechen. Sie hatten sich an die Gitter der Fenster geklammert und sangen mit gellender Stimme, Schrecken und Mitleid erregend, ihre Freiheitslieder. Die hiesige Militärbesatzung, welche nur 100 Mann beträgt, war nicht ausreichend, der Wuth der Gefangenen, wenn sie losbrechen sollten, zu widerstehen. Deßhalb kam die hier errichtete Bürgergarde zu Hülfe. Die Rädelsführer wurden aus den einzelnen Lokalen herausgezogen, in Ketten gelegt und in besondere Gefängnisse gebracht. (Köln. Z.)

(Das russische Heer in Polen.) Die Eventualität eines Krieges mit Rußland ist eine Tagesfrage. Es ist zweckmäßig, sich in Zeiten die Kraft und Stärke des Gegners zu betrachten, um ihn weder zu hoch noch zu tief anzuschlagen. Die zunächst in Betracht kommende Heeresstärke wäre die sogenannte aktive Armee, unter dem Befehl des Feldmarschall Paskewitsch. Sie besteht aus vier sogenannten Infanterie-Corps von etwa folgender Stärke. Erstes Corps besteht aus 36 Bataillonen Infanterie und 1 Schützenbataillon (37,000 Mann) nebst 96 Geschützen, ohne Cavallerie. — Das zweite Corps hat gleichfalls 37,000 Mann Infanterie, 112 Geschütze, und 4000 Mann Cavallerie. Das 3. Corps ist dem zweiten gleich, hat aber mehr Geschütze, nämlich 120. Das vierte Corps ist gleich dem ersten. Außerdem gehören zu der activen Armee noch fünf Kosaken-Regimenter und die irreguläre kaukasische Cavallerie, etwa 4000 Pferde. Die gesammte active Armee ist demnach auf 150,000 Mann, 12,000 Pferde und 424 Geschütze anzuschlagen. — Die übrigen Corps sind tief im Lande vertheilt und würden vor Ende des Sommers, wenn sie überhaupt aus den Punkten, wo sie sich befinden, zurückgezogen werden können, nicht zum Kampf heranzubringen sein. — Von den genannten vier Corps steht das erste im Gouvernement Tschernigow, Hauptquartier Homel, über 100 Meilen von Warschau; das zweite hat sein Hauptquartier in Wilna, das dritte steht im Königreich Polen und das vierte hat Kiew zum Hauptquartier, gleichfalls 100 Meilen von Warschau. Alle diese Corps sind sehr zerstreut dislocirt, auf einen Raum von 4 — 5000 Quadratmeilen jedes. Es würde bis Mitte Juni dauern, bis diese vier Corps, wenn sie aus den Provinzen, wo sie stehen, entfernt werden können, — gegen unsere Gränzen beisammen sind. — Von preußischer Seite wären diesen vier Corps sofort das 1. und 2, 5. und 6. Armeecorps, mit den Reservemannschaften und der Landwehr 120,000 Mann stark, aus Preußen, Pommern, Schlesien und Posen entgegenzustellen. — Dazu käme, was Polen selbst, was Oesterreich, was das übrige Deutschland bietet! — Außerdem alle Schwierigkeiten, die Rußland in der Stellung zu seinen eigenen Provinzen und Bewohnern findet! (Berl. N.)

Sachsen. (Leipzig, 1. April.) Die Leipziger Zeitung enthält: I. Eine Verordnung, die Landtagswahlen betreffend, also lautend: Wir Fridrich August ꝛc. finden uns zu der Erklärung bewogen, wie wir die dermalen vorseienden Landtagswahlen im Sinne völliger Freiheit der Ansichten geleitet und vollzogen zu sehen wünschen und daher namentlich nicht wollen, daß Seiten der Behörden oder in sonstiger Weise aus der wegen Veranstaltung der Landtagswahlen unterm 15. Oktober v. J. ergangenen Verordnung ein Anlaß hergenommen werde, der Geldendmachung dieser Freiheit der Ansichten beschränkend entgegenzutreten. Dresden, 30. März 1848. Friedrich August (Gez.) Martin Oberländer. — II. Eine Verordnung zu Niederschlagung der Untersuchungen gegen Studirende wegen verbotener Verbindungen lautend: Se. kgl. Maj. haben in Ansehung der Disciplinaruntersuchungen gegen Studirende wegen verbotener Verbindungen auf Antrag des unterzeichneten Ministeriums allergnädigst zu beschließen geruht wie folgt: 1) Alle Disciplinaruntersuchungen gegen Studirende wegen Uebertretung der §§. 53—64 der Gesetze für die Studirenden auf der Universität Leipzig enthaltenen Bestimmungen, sie mögen bei Bekanntmachung dieser Verordnung bereits anhängig, aber noch nicht beendigt, oder bei dazu vorhandenem thatsächlichen Grunde noch nicht anhängig gemacht sein, werden hiermit niedergeschlagen. 2) Strafen, welche in dergleichen Disciplinar-Untersuchungen bereits zuerkannt, aber noch nicht vollstreckt, oder noch nicht vollständig verbüßt sind, sollen hiermit erlassen sein, auch soll die Genußfähigkeit zu Universitätsstipendien für Diejenigen, denen solche in Folge von dergleichen Untersuchungen entzogen worden, von Ostern dieses Jahres an wieder eintreten. 3) Jedoch bewendet es in den bereits beendigten Untersuchungen dieser Art bei der in den Entscheidungen auferlegten Verbindlichkeit zur Abstattung der Kosten, so wie bei der in der Zwischenzeit erfolgten Verleihung der entzogenen Universitätsstipendien. 4) Für Fälle, in welchen durch die erkannte Strafe nicht blos Kontraventionen gegen §. 53—64 der §. 1 erwähnten Gesetze, sondern zugleich andere Vergehungen geahndet worden sind, ist das Universitätsgericht mit Anweisung zu besonderer Erwägung versehen worden. Dresden, den 29. März 1848. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Dr. v. d. Pfordten.

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 29. März.) Der erste Kampf wird wohl unweit Alsen stattfinden, wo die Dänen gelandet sind. So viele Fahrzeuge als es bedarf, um unsere Truppen dahin überzusetzen, werden wir wohl besitzen. Das Eigenthum, insonderheit das schöne Schloß des Herzogs von Augustenburg wird sehr gefährdet sein. Es heißt, daß Scheel sich in Begleitung der dänischen Truppen nach Sonderburg begeben hat. Heute ist wieder ein Bataillon regulärer Truppen mit sechs Feldstücken ausgerückt.

Das Volk weigert sich das Chausseegeld ferner zu zahlen. Ein Chausseehaus auf der Kieler Chaussee ist bereits demolirt und man besorgt die Demolirung mehrer. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 30. März.) Die Insel Alsen zum Herzogthume Schleswig gehörig, hat sich für Dänemark erklärt, wahrscheinlich aus Besorgniß, von den Dänen überfallen zu werden. Die Schleswig-Holsteiner dürften die Insel, auf welcher der Herzog von Augustenburg seine meisten Besitzungen hat, in diesen Tagen wieder in Besitz nehmen. Die herzogliche Familie befindet sich hier.

Einen schönen Beweis von Vaterlandsliebe haben sämmtliche junge Prinzen des augustenburger Hauses gegeben, indem sie, troß ihres hohen Grades in der Armee, doch nur als Unterlieutenants in das 2. Dragonerregiment eingetreten sind; ebenso Prinz Nikolaus von Glücksburg. Alle befinden sich bereits schon mit ihren Corps auf dem Marsch nach der Grenze. — Rühmlichst muß auch erwähnt werden, daß der Kammerherr Buchwald zu Neuhof beim ersten Aufruf sich unter die Fahne seines alten Regiments begab. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 30. März.) [Regierungsbeschlüsse in Moniteur vom 30. März.] Dekret, das alle kgl. Ordonnanzen, Ernennungen ꝛc. die während der drei glorreichen Tage 22., 23. und 24. im Moniteur erschienen sind, annullirt.

Dekret, betreffend die Ertheilung des französischen Bürgerrechts an Ausländer. Es lautet: „In Betracht, daß viele Ausländer an den glorreichen Februarkämpfen theilgenommen; in Betracht, daß diese Ausländer, obgleich schon mehrere Jahre in Frankreich ansässig, die gesetzlichen Bedingungen rücksichtlich der Erreichung des Bürgerrechts nicht erfüllten oder nicht erfüllen konnten; in Betracht jedoch, daß es nöthig, die gesellschaftliche Stellung derjenigen Bewerber im Augenblicke zu halten, deren Theilnahme an jenen Kämpfen nicht gehörig konstatirt ist; verfügt die Provis. Regierung: Art. I. Der Justizminister ist provisorisch ermächtigt, allen Fremden, die sich um das Bürgerrecht bewerben und seit fünf Jahren mindestens in Frankreich ansässig sind und durch Zeugnisse des Maires von Paris, oder der Reg. Departements-Commissarien beweisen können, daß sie in jeder Beziehung würdig sind, zum Genuß des französischen Bürgerrecht zugelassen zu werden. Art. II. Im Interesse der Staatskasse werden die in Ordonnanz vom 8. Okt. 1814 und im Gesetz vom 28. April 1816 festgesetzten Geldsummen für Ertheilung des Bürgerrechts beibehalten; doch können dieselben im Sinne der gedachten Ordonnanz von 1814 vom Minister entweder ganz oder theilweise erlassen werden, wenn es die ärmlichen Verhältnisse des Bewerbers nöhig machen. So geschehen zu Paris am 28. März 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Griechenland.

(Athen, den 19. März.) Der König hat eine Modification des Ministeriums versucht. Die englische Partei hat ihm wissen lassen, daß sie ohne Amnestie für alle Rebellen, ohne Auflösung der Kammer und ohne völlige Ueberlassung aller Ernennungen zu den Aemtern, und aller wie immer Namen habenden Geschäfte an sie, sich zur Uebernahme des Ministeriums nicht verstehe. Der russische Gesandte rath dazu. Die gänzliche Herabwürdigung des kön. Ansehens und der Bürgerkrieg liegen offen im Plan der Partei. Der Entschluß des Königs ist unbekannt. Er hat bis jetzt alle Parteihäupter gesprochen. Es hat niemand sichere Kenntniß von dem Resultate dieser Unterredungen, und namentlich ob sie zu einer Minderung der Forderung derer geführt haben, welche durch die Ereignisse in Frankreich einen so großen Zuwachs an Kraft erhalten haben. Ergibt sich der König, wie es kaum anders seyn kann, so wird er nächstens englische Truppen gegen sein Volk nöthig haben. Bis zur Stunde ist Athen vollkommen ruhig. Indessen haben die Behörden jede Maßregel ergriffen, die unter den gegebenen Umständen nöthig erschien. Das Bankett der Studenten, welches heute Nachmittag stattfinden sollte, ist zu Wasser geworden. Das Comité hat sich geprügelt, der Gastwirth verlangte die Vorausbezahlung und die Studenten wollten Borg. (A. P. Z.)

Italien.

(Genua, den 26. März.) Gestern und ehegestern war die Stadt glänzend erleuchtet und die Strassen sowohl bei Tag wie bei Nacht gedrängt voll von lebhaft erregten Menschen, welche von Zeit zu Zeit in lautes Jubelgeschrei ausbrachen über die wiederholt anlangenden Nachrichten von Pavia, Mailand ꝛc. Alle Berichte von Mailand, Piacenza, Parma und Modena lauten dahin, daß in allen jenen Städten provisorische Regierungen vom siegreichen Volke errichtet worden sind. Die Genueser Zeitungen vom 25 melden, daß Karl Albert, durch eine Deputation der provisorischen Regierung zu Mailand aufgefordert, den Lombarden und Venetianern seinen kräftigsten Beistand zugesagt, und bereits an der Spitze von 40,000 piemontesischen Truppen die Lombardei betreten habe. Jener Artikel schließt mit den Worten: „Es lebe Italien! Es lebe Karl Albert König von Italien. Heute erwartet man die Nachricht von der Ankunft Karl Alberts in Mailand. (A. A. Z.)

Rußland.

(St. Petersburg, 25. März.) Unterm 12. d. M. ist folgender, von Sr. Maj. dem Kaiser eigenhändig unterzeichneter Ukas an den Chef des General-Staabes der Marine ergangen: Indem Wir für nöthig erachten, die auf unbestimmte Zeit entlassenen, bei der Marine dienenden Gemeinen, mit Ausnahme derer, die sich in den Gouvernements: Pensa, Simbirsk, Wiatka, Minsk, Grodno, Wilna, Kauen und Kurland, in den Kriegshäfen: Nikolajew, Sebastopol, in den Donauhäfen und in Astrachan, so wie in den diesen Häfen zugeschriebenen Gouvernements, aufhalten, zum Dienste einzuberufen, be-

fehlen Wir: 1) Die Zusammenziehung dieser Gemeinen ist sogleich nach dem Eingange dieses Unseres Ukases in den Kreisen zu beginnen und bis zum 13. April d. J. zu beenden. 2) Ihre Abfertigung nach den Kriegshäfen, in denen sie angeschrieben sind, ist genau nach den Vorschriften der von Uns am 3. Aug. 1836 bestätigten Verordnung über die Entlassung der Gemeinen der Marine auf unbestimmten Urlaub zu bewerkstelligen, und 3) über die Vertheilung der gegenwärtig zum Dienste einberufenen, auf unbestimmten Urlaub entlassenen Gemeinen wird von Uns ein besonderer Befehl erlassen werden. (A. P. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Die öffentliche Ordnung und Ruhe betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

als Polizeisenat.

Die Erwartungen, welche die Bekanntmachung vom 15. v. Mts. aussprach, sind von unseren Mitbürgern vollständig erfüllt worden, nicht eine gewaltsame Störung der öffentl. Ordnung und Ruhe hat stattgefunden, Nürnbergs Ehre und Ruhm ist unbefleckt geblieben, und die jüngste Vergangenheit verbürgt auch ferner ein gleiches treffliches Verhalten. Nur Zweierlei bleibt noch übrig, und gewiß es wird blos genannt werden durfen, um überzeugt zu seyn, daß auch hiefür die ganze Bevölkerung fortan eines Sinnes werde. Es betrifft zunächst das Schießen, Schwärmerwerfen u. dgl. vor den Häusern, auf den Strassen und auf den öffentlichen Plätzen.

Jedermann weiß, wie leicht dadurch an sich und durch die Eile, mit welcher es der Eine dem Andern zuvor thun will, Beschädigungen, unter andern mittelst Durchgehens scheu gewordener Pferde und Brandunglück entstehen kann — aber noch weit folgenreicher und gefährlicher ist der Schrecken, welcher bei jedem Schusse kranke, alte, schwache, an den Nerven leidende Personen und Kinder ergreift, und aus diesen Gründen ist auch das Schießen schon früher verboten worden.

Die Wirkungen hievon sind nach der Versicherung aller Aerzte höchst bedenklich, und können für die menschliche Gesundheit Folgen haben, welche weder die ärztliche Kunst noch eine spätere Zukunft zu heben vermag. Wer möchte nach dieser offenen freimüthigen Erklärung ferner mit dem stillen Vorwurfe sich belasten, auf solche Weise die Gesundheit, vielleicht selbst das Leben einzelner, seiner Mitbürger in Gefahr gesetzt zu haben? — Möge daher das Schießen, Schwärmerwerfen und dergl. vor den Häusern, auf den Strassen und öffentlichen Plätzen von jetzt an unterbleiben.

Der stille und anhaltende Dank aller derer, welche bisher darunter gelitten haben, wird ihn mehr erfreuen, als die laute vorübergehende Freude, welche er sich auf jene Weise bereitet.

Das zweite betrifft den großen Lärm, der nicht selten mit der Heimkehr aus den Wirthshäusern verbunden ist.

Viele, welche des Tages Last und Hitze getragen haben, und durch die Ruhe der Nacht sich zur Arbeit des folgenden Tages stärken müssen, werden dadurch aus dem Schlafe aufgeschreckt und beunruhigt und den Kranken wird die einzige Erquickung entzogen, deren sie, oft unter schweren Leiden fähig sind, wohl gar die Heilung unmöglich gemacht.

Je weniger die Behörde die Unterhaltungen in den Wirtshäusern stört, je mehr sie, dem Zeitgeiste folgend, in jüngster Zeit unmittelbar und kräftig selbst auf Aufhebung der Verordnung vom 3. September 1843. öffentliche Tanzmusiken und Freinächte betreffend, angetragen hat, und je mehr sie hoffen darf, daß ihre ernsten Anträge in Kurzem Gewährung finden werden; desto lebhafter muß sie zu dem guten Geiste der Bevölkerung vertrauen, daß von nun an durch ruhiges Verhalten auf dem Heimwege von den Wirtshäusern jeder beweisen werde, er verdiene die vollste Freiheit in der Zeit, wie in seinen Erhohlungen.

Nürberg, den 3. April 1848.

Dr. Binder.

Löhner.
v. n.

Wunderschöne Länder.

Die Sprache in Eurer würdigen Aeusserung in Nro. 94 dieses Blattes wird ohne Zweifel den gewünschten Effekt hervorbringen, wie sie Eurer Unbescholtenheit die Krone vollends aufgesetzt hat. Wisset, daß meine Anlage gegen Euch — Ihr nennt sie Denunciation — durch Zusätze bei höherer Stelle bewirken wird, was Ihr allerwärts lange verdient. — Das Ehrenkleidlein spart deßhalb für Euch zurück. Einen schönen Gruß und Dank von meinem Weibchen.

Wetterfisch.

Frage an die Ausschußmitglieder der Volksversammlung.

Da bereits mehrere Wochen verflossen, ohne daß uns nur einiges von den Beschlüssen oder Handlungen der Herren Ausschuß-Mitglieder bekannt wurde, so sehen wir uns gezwungen, wenn wir nicht hinter anderen deutschen Städten, welche mit Riesenschritten voraneilen, zurückbleiben wollen, bei dem Ausschuß anzufragen, ob, und was bereits geschehen ist. Die Zeit drängt, und an den Herren wäre es längst gewesen zu handeln; oder wollen Sie vielleicht dann anfangen, wenn sämmtliche Organe, welchen Sie unsre Forderungen und Bedürfnisse mittheilen sollen, aufgehoben in Kraft zu sein? Oder fühlen Sie sich nicht gediegen uns zu vertreten? so bitten wir Sie sich frei auszusprechen, wenn Sie nicht der ewige Vorwurf belasten soll: die gute Sache schon im Entstehen durch Ihre Saumseligkeit erstickt zu haben.

Noch gibt es gewiß Männer im Volke, die es redlich mit uns meinen, und sich der guten Sache annehmen; die uns ringen helfen unsre Rechte, als freies gesetzliches deutsches Volk zu erhalten und zu bewahren.

E. Fischer,
im Namen mehrerer Bürger.

Das

Putz- und Modewaaren-Lager

von

C. Stellmacher

ist in allen Modeneuigkeiten, welche für die kommende Saison erschienen sind, aufs Mannigfaltigste fortirt.

Dies meinen geneigten Abnehmern bekannt machend, verbinde ich damit die besondere Anzeige, daß mein

Strohhut-Lager, eignes Fabrikat,

eine große Auswahl in allen modernen

Stroh-, Roßhaar-, Borten- und Fantasiehüten

zu den billigsten Fabrikpreisen bietet.

Spezerei-Geschäft u. Haus-Verkauf.

In der Nähe von Nürnberg, an einer sehr frequenten Landstrasse, ist ein im besten Betrieb stehendes Spezerei-Geschäft mit Wohnhaus, Nebenhaus, Stallungen, Brunnen und Hofraum, Gemeinderecht, Wurzgarten, nebst 5 Tagw. Feld und Wiesen, alles im besten Zustand sich befindend, täglich aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Briefe oder mündliche Anfragen

Joh. Christ. Vogel, Bindergasse
Nro 566.

Haus- und Käuflei-Verkauf.

Ein im besten Zustand sich befindliches Haus nebst der darauf haftenden realen Käuflei ist täglich aus freier Hand zu verkaufen durch

Joh. Christ Vogel, Bindergasse
Nro. 566.

Anzeige.

Unterzeichnete empfiehlt nochmals ihre Strohhut-Wasch-Anstalt, und bemerkt zugleich, daß daselbst alle Arten abgetragene Herren- und Damen-Strohhüte (auch Roßhaar-Hüte) ganz schön schwarz gefärbt werden, bitte daher ein werthes Publikum um zahlreichen Zuspruch

Babette Wolf,
in der Stadt Wien, Brunnengasse No. 376

(Eingesandt)

Viele haben weiland in einer Adresse an die Schleswig-Holsteiner versprochen, erforderlichen Falls Gut und Blut für deren Sache einzusetzen. War dieß ernst gemeint, oder leben wir in der Zeit, in welcher man mit deutschem Worte spielt, und denjenigen als einen Thoren belächelt, der so skrupulös seyn sollte, es mit seinem Wort gar so genau zu nehmen? Einsender seinerseits nun glaubt, daß, thut es auch für den Augenblick nicht noth, doch unter gegenwärtigen Zeitumständen gewisse Eventualitäten eintreten, und an die Erfüllung jenes Versprechens mahnen könnten. Will man sich nicht auf diesen möglichen Fall wenigstens vorbereiten? — Möchten sich mehr Stimmen Betreffs besagter Sache in diesem Blatte vernehmen lassen.

r.

(Zu vermiethen.) S. Nro. 1174 am Spitalplatz ist ein schön möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen Herrn täglich zu vermiethen.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 6. April d. Js.

Produktion im Saale der Rosenau.

Anfang Abends 6 Uhr.

Der Vorstand

Haus-Verkauf.

Aus Auftrag des Besitzers verkauft Unterzeichneter aus freier Hand das Haus L. Nro. 272 in der Walzenstrasse gelegen, welches frei, lauter und eigen, ganz massiv und im besten Bauzustande ist, enthaltend:

Souterrain: 1 Keller

Parterre: 1 Comptoir, 2 Gewölbe, 1 großen Tennen mit Verschlag, 1 Höfchen und s. v. 1 Appartement.

Erster Stock: 3 heizbare Zimmer, 1 unheizbares Zimmer, 1 Küche mit Kocholen und Vorplatz.

Zweiter Stock: 1 heizbares Zimmer, 2 Kammern, 1 Küche, 1 Vorplatz und 2 Böden

Dritter Stock: 1 Zimmer, 2 Kammern, 2 Böden —

Ist in die Brandkaße einverleibt mit f. 6500. Waldrecht mit 4 Mäß Holz, 3 Mäß Stöcke, 100 Wellen.

Dieses Haus wird öffentlich an den Meistbietenden verkauft, hiezu ist Termin auf

Mittwoch, den 5. April 1848. Vormittags von 11 bis 12 Uhr,

im Bureau L. Nr. 341 der Carolinenstrasse. Auch können die resp. Kaufsliebhaber daselbst, von den nähern Bedingungen in Kenntniß gesetzt, und das Haus täglich in Einsicht genommen werden.

Nürnberg, den 27. März 1848.

J. J. Pfeiffer jun.
Carolinenstrasse Nr. 341.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 5 April Produktion.

Der Vorstand.

Anzeige.

Die Versammlung der Vorgeher sämmtlicher Gewerbe findet heute Dienstag den 4. April Abends 7½ Uhr im Gasthaus zur Krone am Obstmarkt statt.

(Gefunden.) Ein Sacktuch ist gefunden worden. Die rechtmäßige Eigenthümerin kann solches gegen gehörigen Nachweis und Ersatz der Einrückungsgebühren im Laden Nro. 921 der Bindergasse abholen.

(Zu vermiethen. In S. Nro. 1219 der neuen Gasse ist bis Ziel Laurenzi eine freundliche Wohnung im II. Stock, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, mit Bodenantheil, so wie im III. Stock bis Walburgi ein Stübchen zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) S. Nro. 879 am Hauptmarkt ist eine Treppe hoch ein möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen ledigen Herrn täglich zu vermiethen.

(Anzeige.) Sehr gut gepolsterte Möbeln von Nußbaum- und Kirschbaumholz, Matratzen und abgenähte Couverts sind zu den billigsten Preisen vorräthig zu haben bei

M. Maria Kleining, Tapezierswittwe.
Karolinenstrasse No. 340.

(Gesuch.) Eine in der Koch- und Backkunst wohl erfahrne und geübte Person, welche einer Gastwirthschaft somit vollkommen vorstehen kann, wird sogleich anzunehmen gesucht.

(Gesuch) Zur Mittelfränkischen Zeitung werden pünktliche Mitleser gesucht. S. Nro. 1108 in der Nähe der Wunderburg.

(Gesuch.) Ein Ersatzmann, welcher sogleich einstehen kann, wird gesucht.

(Gesuch) Es wird auf dem Lande, in der Nähe von Nürnberg, ein Gärtner gesucht, der, sobald er sich durch Zeugnisse über seine Fähigkeiten und vorzugsweise über sein moralisches Verhalten auszuweisen hat, auch gleich eintreten könnte. Anfragen unter F. W. besorgt die Exped. d. Bl.

Arena.

Mittwoch, den 5. April. Zur Eröffnung der Arena, zum Erstenmale: „Jean Bart am Hofe." Originallustspiel in 4 Akten von Beoper. Die Musik beginnt um 4 Uhr. Anfang des Lustspiels präcis 5 Uhr, Ende 7 Uhr.

Vor demselben werden von dem Orchester folgende Musikstücke vorgetragen: Ouverturen von »Zampa«, „Fra Diavolo", »Alessandro Stradella« und „la gazza ladra."

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. April 1848. № 96 Mittwoch: Maximus.

Auf unsere größere Anzeige uns beziehend, melden wir, daß das neue Quartal der mittelfränkischen Zeitung am 1. April d. J. begonnen hat und daß das resp. hiesige Publikum in der Expedition S. No. 544, das auswärtige bei allen Postämtern abonniren kann.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 3. April.) Heute früh ist das erste Bataillon des Inf.-Reg. Kronprinz ebenfalls ausmarschirt. Morgen wird eine Batterie Artillerie auf der Eisenbahn embarkirt werden. In der That würden unsere Kasernen nicht Raum genug bieten, die sämmtlichen Truppen aufzunehmen, welche durch die Einberufung der Beurlaubten ausserordentlich angewachsen sind. — Das alljährlich in der Vorstadt Au in den ersten Tagen des April ausgeschenkt werdende Salvatorbier, gab gestern Anlaß zu einigen Excessen, die anfangs nur den Charakter von Raufhändeln an sich trugen. Nachdem es im Neudeckergarten, wo dieses Bier ausgeschenkt wurde, in bestialischer Trunkenheit sich die Köpfe so erhitzten, daß viele und bedeutende Verwundungen vorfielen, da Soldaten sich bei der allgemeinen Rauferei ihrer Säbel bedienten, so wurde endlich einer der Haupturheber gefänglich eingezogen. Bald zog ein Haufe vor das kgl. Landgericht und forderten ungestüm Befreiung des Gefangenen und da dies nicht sogleich gewährt wurde, warf man die Fenster des kgl. Landger.-Gebäudes ein. Mit einbrechender Nacht rückte die Bürgermiliz der Vorstadt aus, worauf die Ordnupg zurückkehrte. Nur dem Leihhausbesitzer Ritter v. Stegmeier wurden noch Fenster eingeworfen. Tags vorher wurde an den Bierbrauer Zacherl, welcher den Preis des Salvatorbiers auf 11 kr. festgesetzt hatte, eine von 900 Unterschriften bedeckte Adresse gerichtet, das Bier billiger auszuschenken. Diese Wünsche waren von Drohungen begleitet und der Bräuer — gab nach.

*† Die Abgeordneten Rath und Trautner haben an die Kammer der Abgeordneten folgenden Antrag gerichtet: Die Einführung eines Gewerbe-, Ackerbau und Handels-Ministeriums in Bayern zum Schutze des Gewerbfleißes im deutschen Zollverein betreffend. Der deutsche Zollverein, das Band der gesammten Verkehrsinteressen unseres großen Vaterlandes hat nun das Gebilde seiner Wirksamkeit auf unsere Industrie seit Jahren zur Schau gestellt. Seine vielverheißenden Namen: Freiheit des Verkehrs und des Handels, Vereinigung Deutschlands zur Förderung des industriellen Fortschrittes rc. haben ihren Sinn und Werth jedermann hell gemacht, und zur Zeit so viel Raum durchleuchtet, daß die Schranken des Urtheils gleich Licht und Sonne haben. Der deutsche Zollverein, der Schrecken der Aussenvereins-Staaten, sagt man, der Anker und Inbegriff deutscher Gesinnungseinigung, der Kraftgewinner zur Beflaggung deutscher Flotten, zur Handelseroberung transatlandischer Zonen — ist vielleicht dieses alles in seinen Tendenzen; in seinem System aber und im Ausdrucke seiner thatsächlichen Wirtung — der Vampyr des deutschen Wohlstandes und das Gegentheil seiner Prädikate. Die Stimme des Volkes nennt ihn den Ruin der einheimischen Gewerbe und Selbstständigkeit, und dessen eifrige Beförderer die Eisenbahnen. Und in der That, welchen industriellen Fortschritt haben wir errungen unter seinem Gestirne? Unsere Gewerbe, Arbeitsstätten, Magazine antworten mit dem Klagerufe der Erschöpfung. Allenthalben glänzende Verlags-Lokale, aber die Waaren darin lauten auf London und Paris, oder läugnen in den Schaustellungen ihr Herkommen unter fremden Namen. Die Intelligenz und Arbeitstüchtigkeit unserer Gewerbs-Meister hat den Probierstein eigener Kraft und die Schule der Uebung verloren; sie sind Verleger fremder Fabrikate, die wohlfeil durch listigen Vorbehalt künftiger Erringungen, im falschen Werthe gehaltloser Arbeit schillern, die Kauflust reizen, und das Bedürfniß fort und fort erneuern. Unsere biederen Gewerksmeister sind zurückgetreten vom Hammer und Ambos, und moderne Kaufleute geworden. Die patriarchalische Eintracht zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen, die den Wurzelknoten sittlichen Gewerbsbetriebes auf heimischem Boden stark erhielt und erneuerte, hat sich gelöst, und dadurch wurde das ächt deutsche Element des Bürgerstandes am verderblichsten erschüttert.

Der Fortschritt unserer Gewerbe, es ist nicht zu verkennen, besteht im Verluste ihrer Freiheit und langte bereits bei jener Selbstverläugnung an, die der eignen Schöpfungsgabe uneingedenk bereitwillig sich hinneigt, das fremde Handelsjoch anzunehmen. Schon verschwinden unsere Spinnereien mehr und mehr, unsere Zuckersiedereien, Zeug- und Tuchmanufakturen, Eisenfabriken; unsere Rohstoffe liegen brach oder nähren ausländische Maschinen mit Material und Lohn, der unsern Arbeitern entgeht; jene Koloßfabriken, im Schutze ihrer Regierungen zur Riesenkraft gelangt, verzehren die Knospen deutscher Gewerbe und geben uns die Asche des Luxus zurück. — Das Ausland haben wir nie geschreckt durch die Physiognomie des Zollvereins, wir haben ihm vielmehr den Markt erweitert und frei gemacht, seine Produktionsmacht vermehrt, die unsere gelähmt und vernichtet. Welch ein Wahn und geschichtslosen Wahn! Schutzlos unsere unmündige Industrie in den Kampf auf Tod und Leben mit dem gepanzerten Handelsmann am Kanal dahinzugeben, auf daß sie unter seinen Streichen sich kräftige und ihn etwa bezwinge! Als ob im ungehegten Raume ein schutzbedürftig Kunstgebilde vor dem Vandalismus gefräßiger Zerstörung sich selbst bewahren oder im Mißverhältnisse feindlicher Tendenzen die gelähmte obsiegen könnte!

Die Ueberschwemmungen der Auslandsfabrikate nehmen unsere Gewerbe dahin und in Bälde vom Ackerbau denselben Tribut. Gönnt der Ackerbau den Gewerben ihren Verfall, im Wahne, durch sie beeinträchtigt zu seyn, er wird ihn im kurzen nicht minder hart berühren, wenn sein Rock und Geräthe nicht mehr von des Nachbars Hand, sondern von fernen Monopolstaaten kommt. Ackerbau und Gewerbe sollen daher nicht von den Lehrern falscher Theorien in feindliche Zwietracht geworfen, nicht minder Produzent und Consument als Pole der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet werden. Das hinkende Prinzip: es sei nützlicher für die Mehrzahl der Consumenten, ihre Bedürfnisse wohlfeil vom Auslande zu beziehen, als um etwas theuerer aber solider vom Inlande, wird sofort keine Vertheidiger mehr finden, wenn das Ausland die Vortheile des Marktes allein an sich gerissen hat, und im ungeheueren Wucher die frühern Opfer der Concurrenz zurücknimmt. Wenn der Mehrheit der Nichtproduzenten auf obige Weise ein Vortheil erwächst — wir haben für diese Erwägung die ganze Periode des Zollvereins vor uns zur Einsicht — warum, nachdem unsere als zu kostspielig oder unfacionabl arbeitend bescholtenen Gewerbe und Fabriken mit geringer Ausnahme am Boden liegen, und die Waaren vor ihren Preisen fast erröthen, dennoch diese Noth auf allen Wegen? Gewiß der Hungertyphus Schlesiens, dieser einst so blühenden Provinz ist nicht die geringste Sünde des Zollsystems am Glück des deutschen Volkes; seine größte Sünde ist die Täuschung, mit der er sich im Innern selbst belügt und Gifte zu verdauen meint, indeß schon seine Pulse stocken. Der hohe Klang der Gefälle, diese Schillerseite des Systems, betäubt den Jammerruf so vieler nicht; ihre Verwendung in den Haushalt des Staates hat den Effekt der Mittellosigkeit nicht aufgehalten; kräftiger ohne diesen Pomp der Einnahmen stände er auf der alten Basis wohl bestehender Gewerbe, dieser Ankerplätze in allen Stürmen, sie sind die Silberlinge für das verkaufte Nationalgefühl und brachten in ihrem Gefolge das größte Elend der Neuzeit — das Proletariat auf deutschen Boden.

Wir wollen nicht, daß das Band des Vereins gelöst werde, das uns stark und mächtig machen kann, in kluger Selbsterhaltung treu und wahr um unsere Brust geschlungen; nur das System gegen Innen und Aussen wünschen wir zum Frommen unserer Industrie in ein schutzkräftiges verwandelt; nicht jene partialen Zollverträge mit einzelnen Staaten z. B. Belgien, welche jenen Artikeln den Eingang öffnen, in denen sie uns überflügeln und niederdrücken. Nicht die ränkevolle Eifersucht des nördlichen gegen das südliche Deutschland bei den Interpunktionen der Tarife zu Gunsten gewisser Provinzerzeugnisse gereicht dem Gremium des Zollsenats, der weder Handel noch Gewerbe, sondern nur seine finanziellen Ausbeuten bevorzugt, zum Ruhme und zur Bürgschaft des Fortbestandes — diese Achillesferse des Vereins hat das Ausland schußfertig im Auge. Nicht die Zollkonferenzmänner, vielleicht die Zierden ihrer Bureaux, besitzen den Adel, Standesvertreter und Richter der deutschen Industrie am Sammelplatze zu seyn, und dieser Arbeitsmacht, die sie unwillkürlich mit dem Bleistift ihrer Diskontos bemessen, in dem, was ihr förderlich und noth ist, Recht und Schutz aufrichtig und treulich zu bewahren.

Unser Antrag, im warmen Gefühle für Wiederherstellung der unterdrückten Ansprüche deutschen Gewerbfleißes und seiner Befreiung von der Diktatur des Auslandes hat das einzige Rettungsziel für denselben darin vor Augen, daß die Richtung des Zollvereins der Oekonomie unserer Industrie angepaßt werde, und ruft zu diesem Zwecke die Beihilfe der hohen Kammer der Abgeordneten an, auf gesetzlichem Wege die Bitte an den Thron zu bringen: 1) daß für Bayern ein Gewerbe-, Ackerbau- und Handelsministerium geschaffen werde, hervorgegangen aus Männern praktischer Erfahrung mittelst bewährter Leistungen in genannten Fächern, frei von ideeller und büreaukratischer Beschränktheit; 2) daß durch dieses Ministerium die inländische Gewerbsthätigkeit geweckt, in ihren Bedürfnissen unterstützt, in ihren Rechten gewahrt und in systematischer Leitung jener Richtung und Kraft entgegen geführt werde, die sie in den Tagen der Vorzeit besaß, auf daß die reichen Quellen des Wohlstandes, die in unseren Fluren und Bergminen zu versiechen bedroht sind, den Glanz und das Auge des Vaterlandes wiederbeleben, um in das Verhängniß der Zukunft mit dem Frieden und Selbstgefühle innerer Macht muthvoll und unerschrocken schauen zu können. In hochachtungsvoller Verehrung der hohen Kammer der Abgeordneten gehorsamste Mitglieder: Rath. Trautner.

(München, den 2. April.) Gestern Nachmittag um 3 Uhr ist, kurz nachdem er sein 86stes Lebensjahr vollendet hatte, Geheimrath Fridr. Emanuel v. Niethammer nach längerem Leiden gestorben. (A. A. Z.)

(München, den 2. April.) Ministerialrath im Finanzdepartement v. Wanner ist als Regierungsdirektor nach Ansbach an die Stelle des temporär quiescirten Regierungsdirectors Gerer versetzt worden; der Staatsrath im ordentlichen Dienste Frhr. v. Andrian wurde auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters pensionirt; ebenso der Archivar im Finanzministerium v. Auerweck; der bisherige Hofmarschall Sr. k. Hoh. des Prinzen Luitpold Oberstlieutenant Delpy de la Roche ist zum Hofmarschall Sr. Maj. des Königs Ludwig ernannt worden. (A. A. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, den 30. März.) Es gewinnt

hier ein einiger Maßen kriegerisches Ansehen. Unser Corps ist durch die Einberufung der Beurlaubten vollzählig und hat Befehl erhalten, sich marschfertig zu machen, um, wenn es verlangt wird, nach Schleswig-Holstein marschiren zu können. Auch unser Herzog scheint sich zum Kriege zu rüsten, indem seine Feld-Equipage in Bereitschaft gesetzt ist. Von dem hier zu bildenden Freicorps sind bereits 30 Mann heute nach Rendsburg abgereis't, die anderen werden baldigst folgen. (Köl.Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 2. April.) In dem zweiten Theil der gestrigen zweiten vorberathenden Versammlung zum deutschen Parlament lag zunächst die Frage zur Entscheidung vor, wann die konstituirende Nationalversammlung zusammentrete, und wie dieselbe berufen werden solle. Der Antrag des Präsidenten, der auch im nachherigen Verlauf der Debatte mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluß der Versammlung erhoben wurde, lautete dahin, daß die konstituirende Nationalversammlung nächsten Montag über vier Wochen (also am 1. Mai) in Frankfurt zusammentreten müsse. Lebhafte und lange Verhandlungen veranlaßten nun die Frage, wie es in der Zwischenzeit gehalten werden solle. Zwei Hauptansichten machten sich in der Versammlung geltend: die eine von Wesendonk in einen Antrag formulirte und von vielen Rednern unterstützte, es solle aus der Versammlung ein permanenter Ausschuß von 50 Männern gewählt werden, die zweite, namentlich von Hecker befürwortete, die ganze Versammlung möge sich bis zum Zusammentritt der konstituirenden Nationalversammlung unbedingt für permanent erklären. Auch dieser Antrag fand vielseitige Unterstützung; beide Anträge aber suchte von Itzstein durch einen dritten zu vermitteln, die Versammlung möge sich für moralisch permanent erklären und einen Ausschuß von 50 Männern wählen, an dessen Berathungen denn auch die eben hierbleibenden Mitglieder der Versammlung theil nehmen möchten. Aber auch dieser Antrag führte zu keiner Einigung; die Meinungen gingen namentlich in dem Punkt auseinander, welche Stellung der permanente Ausschuß neben oder der Bundesversammlung gegenüber einnehmen solle. Da stellte und motivirte von Gagern aus Darmstadt folgenden Antrag: 1) Einen Ausschuß von 50 Mitgliedern zu wählen. 2) Den Ausschuß zu beauftragen, die Bundesversammlung zur Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zur nahen Berufung der konstituirenden Versammlung zu berathen und selbstständige Anträge an dieselbe zu stellen. 3) Die Bundesversammlung einzuladen, bezüglich der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung mit dem Ausschuß als Männern des Vertrauens des Volkes in Benehmen zu treten. 4) Den Ausschuß zu beauftragen, im Falle der Gefahr die gegenwärtige Versammlung wieder einzuberufen. Lauter Beifall begrüßte diesen Antrag und von vielen Seiten ließ sich der Ruf nach Abstimmung vernehmen. Nach einer kurzen Debatte über die Reihenfolge und Fragstellung, wie die Anträge zur Abstimmung gelangen sollten, wurde zuerst der Antrag auf unbedingte Permanenz der Versammlung bei der durch Namensaufruf erfolgten Abstimmung mit 368 Stimmen gegen 143 verworfen; eben so der früher vorgelegte Antrag die Permanenz der berathenden Versammlung bis zum Eintritt der konstituirenden zu bestimmen, und die gegenwärtige Versammlung mittlerweile mit berathenden Mitgliedern von Oesterreich und Preussen baldmöglichst beschicken zu lassen. Damit diese Permanenz möglich werde, könne der Präsident auf Begehren der Mitglieder bis zum Minimum von 50 derselben Urlaub ertheilen, und bleibe somit immer noch ein vertrauenswerther Ausschuß von wenigstens 50 Mitgliedern beisammen. Auch der v. Itzstein'sche Antrag wurde nicht angenommen. Dagegen wurde der Antrag v. Gagern's bei Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben mit weitaus überwiegender Mehrheit von der Versammlung zum Beschluß erhoben. (Frkft. O.-P.-Z.)

Bei Eröffnung dieser Berathungen wurde eine Reihe von Entwürfen verlesen, darunter: Antrag des Dr. N. N. in Leipzig; die Versammlung wolle die deutschen Regierungen auffordern, alle zur Ordnung der östlichen Grenzen Deutschlands erforderlichen Maßregeln, Volksbewaffnung 2c. anzuordnen; des Grafen Reichenbach in Schlesien wegen anständiger Versorgung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die sich der gegenwärtigen Bewegung anschließen; des Herrn Leisler aus Wiesbaden wegen Abhülfe der Handelskrisis und der herrschenden Geldnoth; des Herrn Reh aus Darmstadt, daß durch die Bundesverfassung das constitutionell-monarchische Prinzip nicht ausgeschlossen oder unmöglich gemacht werde; desselben, daß das Bundesoberhaupt nur auf eine Reihe von Jahren und nicht ohne Mitwirkung des Parlaments gewählt werden dürfe; von Freudentheil aus Hannover, daß die Unabhängigkeit der Justiz von der Bundesgewalt verbürgt werde; von Löhnings aus Altenkirchen, daß die als Abgeordnete zur constituirenden Versammlung gewählten Beamten keines Urlaubs von ihren Regierungen bedürfen sollen, u. s. w. Der Präsident setzte sodann die Frage hinsichtlich: des Wahlmodus zur Berathung aus, mit dem Bemerken, daß die breiteste Grundlage ohne Beschränkung durch Rücksichten der Konfession, oder durch einen Census wünschenswerth sey. Schaffrath beantragt direkte Wahlen (ohne Urwahlen) und daß jeder 25 Jahre alte Staatsbürger stimmberechtigt und wählbar sey. Der Volkswille müsse sich frisch und unverfälscht hier aussprechen, nicht in homöopathischen Dosen an das Ohr der Fürsten dringen; dann erst werde man sehen, wie Viele im Volk republikanisch, wie Viele monarchisch gestimmt seyen. Vogt betrachtet die direkte Wahl als das wichtigste Bildungsmittel für das Volk; sie sey wichtiger, als Preßfreiheit und Associationsrecht. Bisher habe man oft ins Blinde hinein gewählt; Mancher habe gesagt: auf Ehre, ich will nicht gewählt seyn, und dann alle möglichen Intriguen gespielt, um gewählt zu werden; man habe oft Leute gewählt, die man gar nicht kannte. Indessen hält er die direkte Wahl jetzt noch für unmöglich; in vielen Provinzen hingen die Bauern noch zu sehr von den Gutsherren ab. Die Versammlung möge sich im Prinzipe für die direkte Wahl erklären, aber dabei aussprechen, daß dieselbe in manchen Verhältnissen noch nicht zulässig seyn möge. Was das erforderliche Alter betreffe, so solle jeder Deutsche mit 21 Jahren wahlberechtigt, mit 25 Jahren wählbar sein. Die Jugend, sagt er, nimmt lebendigen Antheil an den Bewegungen der Zeit. Lehne ist für Wahl durch Wahlmänner nach dem badischen Wahlmodus, Wesendonk für direkte Wahl. Bei indirekten Wahlen sey ein Einfluß doppelt zu fürchten; einmal bei der Wahl der Wahlmänner, dann bei jener der Abgeordneten. Indirekte Wahl sey ein Mißtrauensvotum gegen das Volk; das Volk wolle als mündig und frei anerkannt seyn. Pitschaft erklärt sich als einen Freund der constitutionellen Monarchie mit republikanischen Institutionen, aber gegen platonische Ideale; ihre Verwirklichung sey eben so wenig ausführbar, wie die platonische Liebe in der Wirklichkeit anzutreffen. Soviel glauben wir ungefähr von den Worten des Redners verstanden zu haben, da er durch beständiges Getöse und Gelächter unterbrochen, und zuletzt zum Rückzug gezwungen wurde.) Mehrseitiger Ruf zur Abstimmung! Blum: Wollen Sie denn an die Frage, die unser Schicksal auf Jahrhunderte entscheiden soll, nicht eine Stunde wenden? Pohle und A.: Die Norddeutschen wollen auch sprechen! Pohle erklärt für Mecklenburg die directe Wahl für unmöglich; es bestehe dort noch keine constitutionelle Verfassung; die politische Ausbildung sey noch nicht weit genug fortgeschritten. Man möge den einzelnen Staaten den Wahlmodus überlassen. Es sei gefährlich, die Wünsche, die man im Busen trage, für die allgemeinen Verhältnisse maßgebend machen zu wollen. Rauschenplatt: Bei directen Wahlen könnte zuletzt Alles sich in einen allgemeinen Brei auflösen, wobei im Trüben gefischt würde. Welcker: Die Versammlung solle nichts Absolutes beschließen. Manche Regierungen könnten nicht ohne ihre Stände den Wahlmodus bestimmen; bei manchen ständen andere Verhältnisse entgegen. Die Hauptsache sei, daß man Männer des allgemeinen Vertrauens erhalte. Das Geeignetste wäre wohl das badische Wahlgesetz, wo je 500 Staatsbürger im Alter von wenigstens 25 Jahren einen Wahlmann wählen. Leue für Doppelwahl; bei einem Abgeordneten auf 50,000 Seelen sei directe Wahl unausführbar. Jeder 21 Jahre alte Staatsbürger sei wahlberechtigt, jeder 30jährige wählbar. Es genüge nicht an dem lebendigen Interesse und Eifer für das Vaterland; es bedürfe auch der Reife der Einsicht und Erfahrung. Unter dem Drucke, der auf ihm gelastet, habe das deutsche Volk sich noch nicht zu der gehörigen politischen Bildung erheben können. Der alte Vater Jahn, der heute zum ersten Mal die Versammlung besucht und von ihr freudig begrüßt wird, spricht dieselbe mit den Worten an: „Deutsche Männer! Herren kenne ich nicht in dieser Versammlung!“ Er verlangt das Wahlrecht für alle 21 Jährigen. „Sind wir denn mit allen unseren Schulen und Universitäten dümmer geworden?“ Der bekannte Spruch der alten Deutschen lautete: „Wo wir nicht mit rathen, wir auch nicht mit thaten.“ (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 2. April.) Nachfolgende Adresse wurde am 30. März des Morgens in einer Volksversammlung dahier berathen und den versammelten Abgeordneten zu überreichen beschlossen; durch schändliche Verletzung des freien Petitionsrechtes wurden aber viele Hunderte von Unterschriften vernichtet, die theils in ruhigster Weise wegen der drängenden Zeit auf freien Plätzen aufgenommen, theils in Wirthshäusern gesammelt worden. Die Adresse wird heute Vormittag der Versammlung in der Paulskirche übergeben. Sie lautet: „Männer des Volks! Eine große Nation sieht in diesen ersten Tagen Eures gemeinsamen Handelns auf Euch und erwartet, daß Ihr, wie bisher jeder Einzelne von Euch für das Wohl seines kleinern oder größern Kreises gewirkt hat, Ihr nun in gegenseitiger Unterstützung gemeinschaftlicher Kraft den schwankenden, gefährlichen Zustand des nunmehr ebenfalls vereinigten großen deutschen Volks nach bestem Wissen berathet und mit kühnem Muthe gründlich zu bessern strebt. Eine gründliche radikale Umgestaltung unserer politischen Zustände ist aber unumgänglich nothwendig, und halbwüchsige Reformen wären nur die Beschwörungsformeln für soziale Umwälzung, Bürgerkrieg und Zerrüttung des schönen Vaterlandes. Die soziale Verbesserung ist der einzige Zweck der politischen und werde — so wünschen wir — durch diese auf die kürzeste Weise angebahnt; indem wir aussprechen, daß wir dieß Ziel nur in der freiesten, einzig natürlichen, demokratischen Verfassung erblicken, daß wir das sogenannte historische Recht für nichts Anderes, als eine durch Zeit und Gewohnheit garantirte, aber Natur und Vernunft hohnsprechende Anmaßung halten, der gegenüber das zum Bewußtseyn gekommene Menschenrecht sich jedoch nicht mehr überwinden läßt, halten wir uns für die Friedlichen und diejenigen für Empörer, welche das Volk um es an der vermeintlichen Scylla der politischen Umgestaltung vorbeizuführen, in die Charybdis der sozialen Revolution stürzen. Habet Acht, Steuermänner, lenket unverzagt das Schiff! Das starke Volk sitzt an den Rudern. Wer den Frieden will, darf nur das Mögliche, das Erreichbare verlangen, wir wollen ihn, sehen aber in dem äußerst Möglichen das unumgänglich Nothwendigste und verlangen: 1) Die Versammlung möge sich sogleich, wegen der Gefahr im Verzug, für provisorisch (d. h. bis zur Erfüllung der Forderung 2, constituirend) erklären. 2) Sie mögen schnellmöglichst den Wahlmodus (30,000 Bürger schicken einen Vertreter, 21 Jahre machen wahlfähig, 25 Jahre wählbar) dekretiren, die Wahl leiten und überwachen und so die eigentliche, aus der Volkswahl hervorgegangene, Nationalversammlung constituiren. 3) Der Bundestag werde für aufgelöst erklärt. 4) Das von Welker vorgeschlagene, auf monarchisch-aristokratische Prinzipien beruhende Zweikammersystem mit einem gekrönten Bundesoberhaupt werde verworfen. Eifersucht der Höfe entzünde nimmermehr den Krieg zwischen deutschen Brüdern. Wir verlangen eine einzige Kammer, in die jeder deutscher Bürger, vom ersten bis zum letzten, wahlfähig und wählbar ist. In der Gewährung aller und nicht einzelner dieser Forderungen sehen wir das einzige Mittel, der großen Krisis vorzubeugen, in die unser krankes Vaterland überzugehen droht; nur die Gewährung dieser Forderungen kann der wohlmeinenden Aussicht auf friedliche Besserung und jene Kraft geben, die nöthig ist, um sich der drohenden Anarchie entgegenzustellen und anderseits diejenigen mit Gut und Blut zu unterstützen, die das Beste des Volks aufrichtig erstreben. Das Wohl des großen, ganzen Vaterlandes sei Euer einziges, heiligstes Augenmerk, wie es, wir beschwören es, das unserige ist. Männer des Volkes! Rechtfertiget das Vertrauen, das die deutsche Nation Euch geschenkt hat, und versuchet nicht, es auf die überzutragen, die durch schnöden Mißbrauch es auf immer verloren haben.

(Frkft. Journ.)

(Frankfurt, 2. April.) Der vieljährige Vertreter der Herzogthümer Holstein und Lauenburg beim Bundestag, Freiherr v. Pechlin, ein geborner Schleswiger, hat sofort nach der Kunde der Vereinigung Schleswigs mit Dänemark um seine Entlassung gebeten. (F. O.-P.Z.)

(Frankfurt, den 2. April.) In der heutigen Sitzung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Wahl des Ausschusses von 50 Mitgliedern nicht nach Stämmen sondern aus der ganzen Versammlung vorgenommen werde, in der Voraussetzung, es werde jedes Mitglied selbst darauf Bedacht nehmen, daß so viel wie möglich alle Theile des Vaterlandes vertreten seyen. Sodann beantragte Zitz im Namen einer Anzahl Mitglieder, die Versammlung solle erklären:

„Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahme-Beschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schroße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." Dieser Antrag wurde von Bassermann dahin modifizirt, daß anstatt „bevor ...... in die Hand nehmen kann," gesetzt werde: „Indem ...... in die Hand nimmt." Die Discussion war, besonders besonders durch Kapp's und Eisenstuck's Reden für den ursprünglichen Antrag, äußerst belebt. Eine Abstimmung ist bis diesen Augenblick (1½ Uhr) noch nicht erfolgt.

Das hiesige Journal enthält folgende Erklärung. Mit Verwunderung haben wir vernommen, daß die Regierungen von Baden, von Würtemberg u. s. f. und deren Anhänger, die Adel- und Geldaristokratie, die Bourgeoisie und wie die Feinde eines vernünftig freien Volkslebens alle heißen mögen, den Nationalhaß gegen die Franzosen wieder anzufachen suchen, ja, daß sie sogar die Frechheit besitzen, die deutschen Arbeiter, die aus Frankreich jetzt in ihre Heimath kehren, um an den Kämpfen für die Freiheit und Selbstständigkeit unsers Vaterlandes Theil zu nehmen, als eine Raub- und Mörderbande darzustellen suchen. Wir glauben, es ist jedes Deutschen heiligste Pflicht, der die Verhältnisse in Frankreich und die Bestrebungen seiner Brüder, die in diesen von da mit den Waffen in der Hand den Rhein passiren, kennt, diesen elenden Machinationen der Fürsten und ihrer Anhänger frei und offen entgegen zu treten, und darum sehen wir Unterzeichnete uns vorläufig zu folgender Erklärung veranlaßt: Der eigentliche Franzose kennt keinen Haß gegen den Deutschen. Ihn beseelt nur ein Wunsch, und dieser ist: daß auch in Deutschland das Banner der Republik sich erheben möge. Es fällt ihm nicht in den Sinn, den Rhein als seine Nordostgränze zu fordern, und mit Freuden begrüßt er Jeden, gleichviel, ob er im Lumpengewande oder im Sammtrock einherschreitet, als seinen Bruder, als einen rüstigen Mitkämpfer für die Völkerrechte Europa's. Wir sagen, der eigentliche Franzose. Denn mit dem Gefühle des tiefsten Schmerzes müssen wir bekennen, daß die „Schwaben" Frankreichs, d. h. die Bewohner des Elsaß, diese Gesinnungen nicht theilen. Aber aus dem eigentlichen Frankreich ist, so viel uns bekannt ist, noch kein Deutscher ausgewiesen worden. Wer in Arbeit steht, kann ungehindert fortarbeiten, und wer sich ohne Arbeit befindet, dem wird gern der weitere Aufenthalt gestattet, sobald er die nöthigen Subsistenzmittel besitzt. Das müssen wir frei und offen, der Wahrheit gemäß, bekennen. Was unsere Brüder betrifft, die in diesen Tagen aus allen Gegenden Frankreichs sich in Straßburg sammeln und mit bewaffneter Hand uns folgen, so können wir nicht umhin, uns mit vollster Entrüstung gegen die in den Zeitungen ausgesprengten und an den Straßenecken einzelner Städte angeschlagenen Lügen zu erklären, als wollten dieselben gleich einer Raub- und Mörderbande, in Deutschland einfallen. Hat Jemand Liebe zu seinem Vaterlande, ist Jemand für die Freiheit desselben begeistert, so sind es gewiß die deutschen Arbeiter im Auslande, insbesondere die in der Schweiz und in Frankreich. Nein, nicht als Räuber und Mörder wollen sie den heimathlichen Boden betreten. Sie haben nur einen Wunsch, nur einen Gedanken, nur eine Hoffnung. Ihr Streben geht dahin, Theil zu nehmen an dem großen Befreiungskampfe, der sich jetzt in Deutschland mit Riesenschritten zu entwickeln beginnt; darum kommen sie und darum verläßt Jeder freiwillig und in der edelsten Absicht die Ufer der Seine und der Rhone. Wir fordern jede Zeitungsredaction, die mit und ohne Wissen in den bisherigen Nummern ihres Blattes die in Rede stehenden Lügen verbreitet, im Interesse der Wahrheit auf, diese Erklärung in die Spalten ihrer Zeitung aufzunehmen, und geben schließlich jedem Ehrenmann die Versicherung, daß unter der zerrissenen Blouse eines deutschen Arbeiters in Frankreich ein edleres und freieres Herz schlägt, als hinter manchen großen und weithinflatternden Fahnen, die jetzt so zahlreich aus allen Fenstern Frankfurts wehen. Frankfurt, den 31. März 1848. Carl Girwert, Arbeiter aus Schlesien. Louis Schenck, aus Düsseldorf. Louis Korling, aus Crefeld. Johann Joseph Schneider, aus Cöln. Heinrich Stein, aus Braunschweig.

Oesterreich. (Wien, 29. März.) Unsere Blätter theilen heute den Voranschlag der Staats-Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1848 mit. Die Netto-Einnahmen waren auf 155,722,000 fl. veranschlagt, die Ausgaben auf 155,805,100 fl., so daß nur ein Unterschied von 83,000 fl. verblieben wäre. Die wirklichen Ergebnisse in den bereits abgelaufenen Monaten dieses Jahres sollen demnächst veröffentlicht werden. (Frkft. J.)

Illyrien hat ebenfalls seine „Forderungen der Nation" aufgestellt, entworfen am 25. März in Agram von einem provisorischen Nationalcomité. Dasselbe stellt 30 Punkte auf. Es fordert unter anderm: Vereinigung von Kroatien, Slavonien, Dalmatien und der Militärgränze; ein eigenes, unabhängiges, dem Landtage dieser Königreiche verantwortliches Ministerium; Berufung des vereinigten Landtags auf den 1. Mai; und sodann jährliche Landtage, abwechselnd in Agram, Esseg, Zara und Flume; Rechts- und Steuergleichheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Nationalbank, Restituirung der Nationalkassen, Aufhebung aller Mauthen gegenüber den andern Theilen der Monarchie, Wahl der Offiziere der Armee aus den Landeseingebornen, Befreiung von Frohnen und Hörigkeit, Aufhebung des Cölibats. So fordert also bereits ein dritter Theil der Monarchie eine fast ganz selbstständige Sonderstellung, während das österreichische Italien abgefallen ist, und Galizien wohl dem wiedererstehenden Polen sich anschließen wird. Und unter solchen Umständen sendet man aus den österreichischen Provinzen fast nicht Einen Vertreter nach Frankfurt! Ist das entschuldbar, vollends nach dem hohen Ton, den die Wiener Adresse an die Berliner angestimmt? Einige Wochen vor dem Sturze Metternichs rief ein Aufsatz der Allgemeinen Zeitung aus: Oesterreich gedenk der Stunde! Wir wiederholen: Oesterreich gedenk der Stunde!

Preussen. (Berlin, 2. April.) Ich benachrichtige das Staats-Ministerium, daß Ich für die bevorstehende Versammlung des Vereinigten Landtags den Fürsten zu Solms-Hohen-Solms-Lich zum Marschall und den Staats-Minister a. D. Grafen von Arnim zum Vice-Marschall der Herren-Kurie, den Oberst-Lieutenant a. D. v. Rochow zum Marschall, den Ober-Burggrafen von Brünneck zum Vize-Marschall der Drei-Stände-Kurie ernannt habe. Potsdam, den 31. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.

Im Verfolg Meines Erlasses vom 25. d. M. benachrichtige Ich das Staats-Ministerium, daß Ich in die Stelle des inmittelst abgetretenen Ministers, Grafen von Arnim, den Vorsitzenden des Staats-Ministeriums, Minister Camphausen, zu Meinem Kommissarius für die bevorstehende Versammlung des Vereinigten Landtags ernannt habe. Potsdam, den 31. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.

Auf den Antrag des Staats-Ministeriums genehmige Ich, daß zu den Sitzungen des bevorstehenden Vereinigten Landtages, so weit der beschränkte Raum es gestattet, Zuhörer auf die Gallerie zugelassen und dazu von den Marschällen beider Kurien Eintrittskarten ausgetheilt werden, wobei die Zeitungs-Redaktoren besonders zu berücksichtigen sind. Potsdam, den 1. April 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (A. Pr. Z.)

(Potsdam, den 1. April.) Gestern empfing der König die Nachricht, daß der Prinz von Preussen am 27. v. M. in England, wohin sich S. Hoheit im königl. Auftrage begeben hat, glücklich gelandet ist. (A. Pr. Z.)

(Köln, den 30. März.) Es gehen hier Dinge vor, die man vor vierzehn Tagen noch für unmöglich gehalten haben würde. In mehreren Gemeinden halten nämlich die Bürger strenges Gericht über ihre Bürgermeister, und nöthigen sie, wie auch verschiedene Landwirthe, ihr Heil in der Flucht, zu suchen. Bei uns im Jülicher Lande sind unbeliebte Pfarrer nicht minder nachdrücklichen Demonstrationen ausgesetzt. Selbst die Militärbehörden schwanken, sie wissen nicht mehr, was sie an den Truppen haben, welche ohne Scheu ihre Meinungen und Wünsche aussprechen. (Köln. Z.)

(Posen) Die Deutschen in der Provinz Posen wollen durchaus deutsch bleiben und sich nicht von den Polen beherrschen lassen. Aus Meseritz wird der köln. Ztg. geschrieben: „Die Bewohner der deutschen Gränzkreise der Provinz Posen beeilen sich bereits, ihre Erklärung an die Stufen des Thrones niederzulegen, daß sie Deutsche sind durch Geburt, Sprache, Sitten, Bildung und Gesinnung, daß sie Deutsche bleiben wollen und daher wünschen, mit dem Gesammt-Vaterlande vereinigt zu werden. Diese Erklärung werden wir durch jedes gerechte Mittel aufrecht erhalten. Wir wollen nicht von den Polen, deren Sprache uns fremd ist, beherrscht werden! Preußen ist im rechtlichen Besitze dieser Provinz, erworben in einem rechtlichen Kriege gegen die verbündeten Polen und Franzosen. Auf den Schlachtfeldern der Jahre 1813--1815 haben die Väter der Bewohner der deutschen Gränzkreise an Eurer Seite, deutsche Brüder, mitgefochten, haben, wie ihr selbst, Ihr Blut für die deutsche Sache vergossen. Es wäre Verrath an uns, wenn Ihr uns opfern wolltet!"

(Magdeburg, den 30. März.) In der Provinz Sachsen gährt eine reaktionäre Adelspartei gegen die neuen Garantieen der Freiheit. Verbrecherische Aufforderungen, in denen hauptsächlich ausgeführt ist, der König sei nicht frei, werde von einer revolutionären Partei in Berlin gefangen gehalten u. s. w., kreisen unter dem Landvolke, dem sie von pflichtvergessenen Landräthen und pietistischen Pfarrern, die gleichfalls das Ende ihrer heuchlerischen Herrschaft mit Schrecken herannahen sehen, aufgedrungen werden, und regen dasselbe zu allerhand gewaltthätigen Schritten auf, wovon wir täglich die traurige Kunde bekommen. Gestern hatte diese aristokratische Fraction in einer hiesigen Buchdruckerei eine kleine Broschüre solches aufregenden, reactionären Inhalts drucken lassen. Man hatte heimlich die ganze Nacht hindurch daran gedruckt; da erhielten Mitglieder der Schutz-Commission Kunde davon, verfügten sich in jene Buchdruckerei, fanden — es war des Morgens 9 Uhr — die Broschüre, eben fertig gedruckt, in einem großen Ballen dastehend, bemächtigten sich mit Gewalt desselben und vernichteten ihn so, daß auch kein einziges Exemplar übrig blieb. Das Junkerthum, im Civiel wie im Militär, ist — wer möchte es nach solchen Vorgängen wohl läugnen, — des Vaterlandes gefährlichster Feind!

Schleswig-Holstein. (Preetz in Holstein.) Aufruf. Als König Christian der achte den „Offenen Brief" erlassen hatte, war ganz Deutschland mit Unwillen erfüllt. Ganz Deutschland schrieb Adressen, sang und dichtete. Jetzt ist es Zeit, Deutschland, für Schleswig Holstein zu fechten! Die provisorische Regierung der Herzogthümer entwickelt die größte Thätigkeit, legt den unerschrockensten Muth an den Tag. Der Prinz von Augustenburg führt das deutsche Heer. Seinen vierzehnjährigen Sohn hat er an die Grenze geschickt! Auf, deutsche Brüder! Eilt herbei, dem braven, deutschgesinnten Fürsten in Schleswig-Holstein zu unterstützen, zu vertheidigen. Ihr habt oft auf die Stimme des Volksfreundes gehört! Hört ihn jetzt. Es ist meine Absicht, ein Freikorps zu errichten, welches „die deutsche Jugend" heißen soll. Sammelt Euch um mich, alte Waffengefährten aus Afrika und Spanien, Commilitonen aus der Studentenzeit, hannoversche Kameraden aus frühern Dienstjahren, Deutsche, die Ihr begeistert für deutsches Recht seid! Ich werde Euch dahin führen, wohin der Prinz es befehlen wird. Wir werden zu siegen oder für Deutschlands Ehre zu sterben wissen! Brüder, Deutsche, die Ihr auf meinen Ruf hören werdet, findet Euch am 10. April (Montag) auf dem Bahnhofe zu Neumünster in Holstein ein. Bewaffnet Euch, so gut Ihr könnt. Eure Kleidung sey eine Blouse (Kittel.) An der Mütze, an dem Hut tragt die schwarz-roth-goldene Cokarde. Ich bin gewiß, daß die Herren Direktoren der deutschen Eisenbahnen Euch gratis befördern werden. Für die deutsche Sache thut jeder Deutsche Alles. Jetzt eine offene Bitte an alle deutschen Männer und Frauen, besonders an die der nahen deutsch gesinnten, reichen, freien Städte: Unterstützt mich mit Geld und Waffen für diese deutsche Jagd. Holstein ist zwar reich — aber wie viele Menschen hat es jetzt zu ernähren! Welche ungeheure Unkosten stehen ihm bevor! Ich weiß, daß ich meine Worte nicht vergebens an meine Mitbürger richten werde.

Durch die Elbe schwimmt der Knabe,
Schwimmt der Mann zur Rettung hin:
Denn des Deutschen schönste Habe
Ist der treue Brudersinn.
Unsrer Brüder Recht zu schützen
Rasch die deutschen Schwerter blitzen.

Es lebe Schleswig-Holstein! Das deutsche Vaterland! Die provisorische Regierung! Hoch die schwarz, roth, goldene Fahne. Preetz in Holstein. Eugen Hammerstein, Herausgeber des „Volksfreundes." Briefe und Sendungen sind nach Preetz zu adressiren. — Alle Redaktionen deutscher Blätter werden ersucht, diesen Aufruf in ihre Spalten aufzunehmen. (Fft. O.-P.-Z.)

Großbritannien.

(London, 29. März.) In der City hieß es heute, unsere Regie-

rung hätte sich mit der russischen wegen der Friedensstiftung in Italien verständigt. Heute sind hier bedeutende Aufträge zu Pulverankaufen aus Italien eingegangen. Die sardinische Regierung hat bei einem einzigen Hause 8000 Fässer bestellt.

Italien.

(Genua, den 28. März.) Mit welchen Hoffnungen Karl Albert nun an der Spitze des piemontesischen Befreiungsheeres die Lombardei betritt, bleibt dahingestellt. Jedenfalls wird er nicht jetzt nach Mailand gehen, sondern noch heute von Alessandria ausbrechen und direct auf Lodi und Crema gehen, wo Radetzky mit einer bedeutenden Heeresmacht (25,000 Mann) festen Fuß gefaßt haben soll. Nach der Meinung vieler blieb Karl Albert keine Wahl übrig, als diesen Krieg zu unternehmen, oder sich mit allen den Seinigen in größter Eile aus dem Staube zu machen. Der feurige Wunsch des sardinischen und genuesischen Volks, die Lombardei von der österreichischen Herrschaft befreit zu sehen, war allgemein; ob der dazu herbeigeführte Kampf überall aus ganz reiner Quelle floß, wird stark bezweifelt; es dürfte sich binnen kurzer Frist deutlich zeigen. (A. A. Z.)

Amerika.

(New-York, 11. März.) Der Senat hat den Frieden mit Mexiko mit 58 Stimmen gegen 16 bestätigt. Noch dürfen die Senatoren das Schweigen über die Verhandlungen nicht brechen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Eheliche Verbindung und Empfehlung.

Unsere am 2. d. M. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiemit Verwandten und Freunden ergebenst an, und bitten um Fortdauer ihrer Freundschaft.

Joh. Conr. Wagner.
Margaretha Wagner,
geb. Zink v. Stadeln.

Zugleich verbinden wir hiemit die ergebenste Anzeige, daß wir die Gastwirthschaft zu den 3 Kronen in der Leckschlagergasse käuflich an uns gebracht und die Führung derselben bereits angetreten haben. Wir laden daher verehrte Freunde und Gönner zu recht zahlreichem Besuch in unserm Wirthschaftslokale mit der Versicherung höflichst ein, daß wir für Verabreichung guter Speisen und Getränke stets besorgt seyn werden. Insbesondere aber bitten wir unsere verehrliche Nachbarschaft um gütigen Besuch und empfehlen uns derselben zur geneigten Aufnahme in Ihre Mitte.

Die Obigen.

Trauer-Anzeige.

Heute früh halb 3 Uhr entschlief sanft zu einem bessern Erwachen der unermüdet thätige Hausvater

Herr Johann Adam Treiber,
Seifensieder dahier,

nach fast ½ jährigem Krankenlager im noch nicht vollendeten 70. Lebensjahre.

Wir bringen diesen uns tief beugenden Verlust allen unsern Verwandten und Freunden zur Anzeige und bitten um stille Theilnahme.

Nürnberg, den 4. April 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittags halb 3 Uhr zu St. Johannis statt.

Bekanntmachung.
Vom Directorium des Gewerb-Vereins in Nürnberg

werden sämmtliche verehrliche Mitglieder des Gewerbvereins und alle diejenigen Personen, welche demselben noch beizutreten Willens sind hiemit zu einer

Generalversammlung

auf nächsten Montag den 10. April Abends ½ 7 Uhr im Saale des goldenen Adlers eingeladen, in welcher der Jahresbericht vorgetragen, Rechnung über Einnahme und Ausgabe abgelegt werden wird, und die zur Wahl eines neuen Direktoriums lt. § 8 der Statuten erforderlichen 12 Wahlmänner zu ernennen sind.

Indem man einer recht zahlreichen Theilnahme entgegensieht, wird noch bemerkt, daß für jene Personen, welche dem Verein beizutreten wünschen, beim Eintritt in den Saal eine Liste zur Einzeichnung bereit liegt.

Nürnberg, den 3. April 1848.

Dr. Binder.

Restmann,
Sectr.

Goldener Hirsch
an der Lauferstrasse.

Heute Mittwoch auf Verlangen

Harmoniemusik

im Garten-Lokal bei günstiger Witterung. Abends warme und kalte Speisen. Wozu ergebenst einladet

Anfang 3 Uhr.

Sturm.

Empfehlung.

Blei- und Cremserweiß, feinst in Oel abgerieben, so wie alle übrigen bunten Farben im trockenen Zustand, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Christian Fink.
Laufergasse S. Nro. 1406.

Einladung.

Donnerstag den 6. April findet bei Unterzeichnetem Gesangsunterhaltung vom Herrn Fischer statt. — Das Nähere besagt das dortselbst aufliegende Programm. Es ladet zu zahlreichem Besuch hiemit höflichst ein

Kißkalt.

Haus- und Käufelei-Verkauf.

Ein im besten Zustand sich befindliches Haus nebst der darauf haftenden realen Käufelei ist täglich aus freier Hand zu verkaufen durch

Joh. Christ Vogel, Bindergasse
Nro. 560.

Anzeige.

Wir bringen hiemit zur Anzeige, daß in der Expedition der Mittelfränkischen Zeitung ein auf die confessionellen Zustände der Gegenwart bezügliches unparteiisch und ruhig abgefaßtes Schriftchen, 8 Bogen stark, um 6 kr. zu haben ist.

Wassertrüdinger Bleiche.

Die Spedition zur Wassertrüdinger Bleiche besorgt wie früher

Nürnberg, den 18. März 1848.

Friedrich Erhard Solger.

Strohhut-Wasch-Anstalt.

Unterzeichnete empfiehlt sich sowohl im Waschen wie auch im Wenden und Umarbeiten der Strohhüte, in die neueste Facon.

Beata Weiß. S. Nro. 1200 im Binsengäßchen (der neuen Gasse.)

Wanzentinktur.

Dieses längst bewährte Mittel ist wieder frisch zu haben bei Hrn. Knab unter dem Kürschnerhaus und bei Hrn. Buchbinder Heubner am Ecke des Roßmarktes. Das Glas kostet mit Anweisung 9 kr.

Laden-Vermiethung.

Ein Laden mit Einrichtung und heizbarem Stübchen, in einer der lebhaftesten Lagen am Markt, ist zu vermiethen.

(Verloren.) In der Allee zwischen dem Laufer- und Wöhrder-Thor hat ein armes Kindsmädchen ein dunkelgrauseidenes Sonnenschirmchen stehen lassen. Wer dasselbe in Verwahrung hat, beliebe es gegen angemessene Belohnung in S. Nro. 1075 am Sand über 2 Stiegen abzugeben.

(Anfrage.) Wie kommt es daß, ungeachtet der National, wegen Abschaffung des Stempels, den Abonnements-Preis von 60 Fr. auf 40 Fr. herabgesetzt hat, die nürnberger Postexpedition den alten Preis beibehält?

Theater-Anzeige.

Den sehr geehrten titl. Abonnenten des Stadttheaters diene zur Nachricht, daß die noch zu spielenden Abonnements-Vorstellungen in dem Stadttheater theils an den Spieltagen, theils bei ungünstiger Witterung werden abgespielt werden. Die Abonnementslisten zur Arena zirkuliren, und liegt auch eine solche zu gefälliger Einzeichnung in der Kassa auf, wozu höflichst einladet und sich hochachtungsvollst empfiehlt

Ferdinand Roder.

(Anzeige.) Rüstige Arbeiter von hiesigen Manufaktur-Gewerben, welche ohne Verdienst sind und sich mit Gartenarbeiten befassen wollen, können sich bei mir melden.

J. D. Wiß.

(Zu verkaufen.) In L. Nr. 140 der Kaiserstraße ist eine Fußelier Armatur billig zu verkaufen.

(Zu vermiethen.) Eine freundliche Wohnung mit 5 Zimmer, mehreren Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten, auf dem Herrenmarkte, ist bis Ziel Walburgi oder Laurenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Irrerstraße S. Nro. 320 ist ein kleines möblirtes Zimmer täglich zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein neuer Kinderkorbwagen, auf Wagnergestell, ist zu verkaufen. S. Nro. 469 obere Schmidgasse.

(Zu verkaufen.) In Nro 313b nächst der Karolinenstraße, ist ein sehr guter Wiener Stutzflügel von Nußbaumholz und 6 Oktaven billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Es wird ein nicht allzugroßes lukratives Geschäft zu kaufen gesucht. Frankirte Briefe unter Chiffre B. F. werden L. Nro. 232 am Josephsplatz im dritten Stock besorgt.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welche im feinen Nähen, Waschen und Bügeln wohl erfahren ist, gut kochen kann, auch sich den häuslichen Arbeiten willig unterzieht, wünscht als Jungfer oder Haushälterin, oder auch in einem Laden unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann, und sich jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht bis nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen, so wie in allen häuslichen Arbeiten erfahren ist, sucht bis nächstem Ziele in einem soliden Hause unterzukommen. Nr. 1380, äußere Lauferstraße.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen, welches kochen kann und sich der vorkommenden häuslichen Arbeit willig unterzieht, wünscht bis zum Ziel in einem ansehnlichen Hause als Köchin oder als Hausmagd unterzukommen. S. Nr. 1127, Jakobsstraße.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im nähen und häuslichen Arbeiten, auch im rechnen und schreiben geübt ist, wünscht als Ladenjungfer in einem soliden Haus unterzukommen.

(Gesuch.) Eine erfahrne Köchin, welche sich auch den häuslichen Verrichtungen mit unterzieht, wünscht bis Ziel Walburgis bei einer soliden Familie unterzukommen.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann und sich auch aller Hausarbeit unterzieht, wunscht nächstes Ziel unterzukommen. No. 1519 am Lauferplatz über 1 Stiegen.

(Gesuch.) Es wird ein nicht mehr neues, aber noch gut erhaltenes einspänniges Chaischen zu kaufen gesucht. Es darf aber nicht leicht, sondern fest und dauerhaft gebaut seyn. Anerbietungen besorgt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann, auch mit Kindern umzugehen weiß, wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres S. Nr. 615 Veste.

(Gesuch.) Man wünscht eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann, auch Liebe zu Kindern hat, nächstes Ziel in Dienst. S. Nr. 564 b.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, und sich willig aller Hausarbeit unterzieht, sucht bis nächstes Ziel unterzukommen. Näheres in der Tucherstrasse Nr. 1146.

(Gesuch.) Man sucht einen jungen Menschen in ein gangbares Geschäft in die Lehre zu bringen. S. Nro. 37.

(Gesuch.) Man sucht einen gutbeschaffenen Reisekoffer zu kaufen.

(Gesuch.) Eine stille Familie sucht für nächstes Ziel ein junges braves Mädchen in Dienst zu nehmen. Man sieht besonders auf Reinlichkeit und Geschicklichkeit im waschen und bügeln. Anmeldung No. 319 Adlerstraße.

(Zu verkaufen.) Ein noch wenig gebrauchtes 6oktaviges tafelförmiges Fortepiano ist billig zu verkaufen.

Arena.

Mittwoch, den 5. April. Zur Eröffnung der Arena, zum Erstenmale: „Jean Bart am Hofe." Originallustspiel in 4 Akten von Berger.

Vor demselben werden von dem Orchester folgende Musikstücke vorgetragen: Ouverturen von „Zampa", „Fra Diavolo", „Alessandro Stradella" und „la gazza ladra."

Zwischen dem 2. und 3. Akte der so beliebte „Ungarische National-Ensemble-Tanz," ausgeführt von 6 Kindern.

Kassa-Oeffnung und Anfang der Musik
4 Uhr.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. Aus München vom 2. April erhalten wir von Sr. Exc. dem Hrn. Generallieutenant Grafen v. Ysenburg die Berichtigung daß er nicht um die Versetzung in den Ruhestand nachgesucht habe. „Bei den jetzigen verhängnißvollen Zeiten (sagt der tapfere General, der als einer der kenntnißvollsten Officiere des bayerischen Heeres bekannt ist) würde ich es, wenn nicht allerhöchste Befehle anderst bestimmt hätten, für die heiligste Pflicht gehalten haben, dem Vaterlande, dem ich bereits im 52. Jahre diene, meine Dienste auch noch ferner zu widmen." — Auch Generallieutenant Graf v. Pappenheim Exc. wurde in Ruhestand versetzt. Das gleiche Loos traf, wie wir hören, noch mehrere andere der Veteranen der Armee, die in diesem Augenblick an 60,000 Mann unter den Waffen zählen soll, und wohl in kürzester Frist noch vermehrt wird. Bei Memmingen ziehen sich gegenwärtig gegen 6000 Mann zusammen, unter dem Befehl des Generals v. Baligand. Auch nach Ulm sind Truppen beordert. Würtemberg stellt zwischen Rottweil und Balingen zwei Infanterieregimenter, ein Reiterregiment und eine reitende Batterie auf, um von dort als fliegende Colonne verwendet zu werden. Generallieutenant v. Miller befehligt diese Truppen. In Baden und in Großherzogthum Hessen herrscht gleiche Rührigkeit, die auch sehr nöthig scheint, da an vielen Orten der Geist der Insubordination, durch die Ereignisse und Verlockungsschriften geweckt, unter den Soldaten um sich greift, was verschwinden wird, so wie sie die träge Luft des müssigen Garnisonslebens hinter sich haben. (Allg. Z.)

Freie Städte. (Bremen, den 1. April.) Aus Greifswalde vom 29. März wird in einem Privatbrief folgende Nachricht gemeldet: Ein gestern auf Greifswalder Rhede angekommenes preußisches Schiff ist bei seiner Passage durch den Sund bereits scharf beschossen worden, und hat einigen Schaden erlitten. — Hier in Bremen sind die oldenburgischen Truppen auf ihrem Durchmarsche nach Schleswig-Holstein angemeldet; wir erwarten sie täglich; — durch Altona soll in der Nacht auf den 31. hannoversche Artillerie gekommen seyn. (Wes. Z.)

(Frankfurt.) Die Frankft. Oberpostamtsztg. enthält Folgendes: An meine lieben deutschen Brüder, in der Paulskirche versammelt. Ich bin nicht unter Euch getreten, denn ich habe kein anderes Mandat, als wie es Gott mir in die Seele gehaucht; mein Gewissen erlaubt mir nicht zu sprechen für Millionen Mitbürger, doch weiß ich, wie sie es meinen, und bejammere es tief, daß sie nicht zahlreich unter Euch vertreten sind. Ich bin Euren Verhandlungen mit Aufmerksamkeit gefolgt, ich habe vieles Schöne, Herrliche, Erhebende gehört; doch drängt es auch mich, Euch wenige Worte im Namen vieler, vieler gleichgesinnter Oesterreicher zuzurufen. Lange ist uns die Aetherflasche unter die Nase gehalten worden, wir schienen zu schlafen, aber wir träumten viel; wir träumten klug, einen zusammenhängenden muthvollen Traum. Und die Stunde kam; und wir erwachten mit einem Rufe durch alle österreichischen Gauen, und der Ruf klang: Freiheit! Vaterland! Fürst! Erlaubt mir, liebe Brüder, Euch diesen Ruf in unserm Sinne zu erläutern. Wir riefen zuerst Freiheit! denn sie steht hoch über allem, die edelste, schönste, ewig junge Tochter des Himmels, der Goldsaum unseres Lebens — nur Freiheit ist Leben — frei müssen wir seyn und bleiben, so lange noch ein deutsches Herz auf Erden schlägt. — Frei in Wort und Schrift, frei in jeder Regung, frei von der Söhle bis in's Hirn — wehe dem, der je an dieß Palladium rührt! Ihr werdet sehen, liebe Brüder, wie der Thau der Freiheit bei uns alles befruchten wird; bald wird es grünen und blühen in Oesterreich, gar Tüchtiges wird geschehen, und Ihr werdet Eure Freude haben an uns, Euren jungen Brüdern, wenn Ihr das Alter nach den Tagen der Wiedergeburt zählt, an Euren altbewährten Brüdern, wenn Ihr in die Geschichte blickt, und alles in allem zählt. — Unsere Zeitrechnung aber beginnt erst vom 13. März 1848, und nun wird kein Tag mehr ungenützt verfließen. Unser zweiter Ruf ist — Vaterland — nicht mehr aber allein das liebe, gute, herrliche Oesterreich, sondern das große, gewaltige, majestätische Deutschland, dem wir angehören mit Gut und Blut, wir sind Deutsche. Wir Oesterreicher machen nie viel Worte, doch gilt es, so mögt Ihr auf uns bauen, im Kriege, wie im Frieden. Und noch einen Ruf ließen wir ertönen, der manchem mißliebig klingen wird, doch wir schämen uns des Rufes nicht, den uns die Liebe gelehrt: hoch unser Fürst! Ja, liebe Brüder, dieser Ruf ist zwar der letzte in der Reihe, doch wir halten fest und lassen nicht von ihm. — Als in den letzten Tagen des Kampfes, meine Wiener in den Straßen fochten wie die Löwen, da haben sie die Freiheit erfochten nicht allein für sich, sondern auch für ihren Fürsten; auch ihn haben wir frei gemacht; auch er ist nicht mehr geknechtet. Und kaum war er frei, so hat er redlich alles das gethan, was ein Fürst zu thun hat. — Er wird alles halten, was er gelobt, ja er wird rascher geben, als wir wünschen; denn unsere Fürsten und Fürstensöhne sind biedere wackere Oesterreicher, Männer des Volks, und das Volk vertraut mehr auf ihren schlichten geraden Sinn, als auf die diplomatischen Winkelzüge des schlauesten Ministers. Solch ein Oesterreicher, der zufällig nebenbei auch Fürstensohn ist, war's, der schon vor Jahren rief: kein Oesterreich, kein Preußen, nur ein einiges Deutschland hoch! Ja, liebe Brüder, ohne Erröthen gesteh ich's, wir halten an unserm Kaiser, kein Falsch wird sich in seine Seele stehlen; sein Thron steht fest, er wird zu uns halten. Verflucht sey die Hand, die je an das gesalbte heilige Haupt rühren wollte; der Weg zu seinem Throne geht über Millionen Oesterreicher. Drum, liebe Brüder, nehmt uns auf in Euern Bund, wir sagen es lieber vornherein, um hinterher kein Mißverständniß zu haben; wir bieten Euch mit Inbrunst die Hand, doch darf die Eure nicht befleckt seyn vom Brüder- oder Fürstenblute, sonst bleiben wir lieber daheim in unsern stillen Bergen und führen unser freies Leben nach unserer Art, und werden nicht minder frei seyn, ja freier als andere, die unter der Dictatur der sogenannten Volksfreunde schmachten. Liebe Brüder das ist meine Meinung; bald, sehr bald werden unsere Vertreter unter Euch seyn, und Ihr werdet es von ihnen hören, daß ich wahr gesprochen. Wir halten an der heil'gen Dreieinigkeit unsers politischen Glaubens: Freiheit, Vaterland, Fürst hoch! Frankfurt, 1. April 1848. Ein Wiener Bürger.

(Hamburg, 31. März.) Die »Börsenhalle« meldet: Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die dänischen Minister Orla Lehmann und Graf Knuth vorgestern mit einem Dampfschiffe in Rostock angekommen sind und sich unverweilt mit Kurierpferden nach Berlin begeben haben. Man war in Rostock allgemein der Meinung, daß die Feindseligkeiten dänischer Seits nicht vor der Rückkehr obengenannter Herren beginnen würden. Bis jetzt passiren noch alle Schiffe den Sund ungehindert, nur die schleswig-holsteinischen Schiffe sollen angehalten und ihre Matrosen auf die dänische Flotte gebracht sein. (Wes. Z.)

Hannover. (Hannover, den 31. März.) „Wir Ernst August, u. s. w. erklären mit einstimmiger Zustimmung der allg. Ständeversammlung den §. 180 des Landesverfassungsgesetzes von 1840 für aufgehoben, und verordnen demnach, daß zu einer Verfassungsänderung die Erfordernisse eines jeden Gesetzes hinfort genügen sollen." Die Minister erklären: „daß sie nur dann, wenn dieser Gesetzentwurf angenommen werde, ihre Aufgabe zu lösen im Stande seien." (Wes. Z.)

Oesterreich. (Prag, 29. März.) Die Konstitution soll zur Wahrheit werden. Gestern Vormittags versammelten sich, in Folge der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Erledigung der Prager Petition, eine Menge Personen aus allen Klassen im Sophiensaale. Mehrere Reden wurden von Dr. Brauner, Ruppert, Uffo Horn und Anderen gehalten, und endlich beschloß man, den Bürgerausschuß (der jetzt allgemein „provisorische Regierung" genannt wird, und täglich Sitzungen im Saale des Gewerbvereins hält) nach Beigebung einiger neuen Mitglieder mit Entwerfung einer neuen Adresse zu beauftragen. Dr. Brauner entwarf die neue Petition, über welche Abends im Bürgercomite zwei Stunden lang debattirt wurde. Diese Petition ist energisch. Ich hebe aus der Einleitung nur die wichtigste Stelle heraus: „Das in der allerhöchsten Entschließung ausgesprochene Prinzip, es solle die Bestimmung und Schlußfassung über die einzelnen Petitionspunkte durch das Organ der Stände geschehen, erregte nicht für sich allein, sondern dadurch die allgemeine Mißstimmung, daß nach dem 2. Artikel der allerhöchsten Erledigung, das Institut der Stände auf die Landesordnung basirt, und nur durch freigewählte Städtedeputirte erweitert, in Aussicht gestellt wird. Denn das mittelalterliche Institut unserer bisherigen Landstände erscheint auch mit jeder Erweiterung durch Repräsentanten der Städte nicht als geeignet, eine zeitgemäße Konstitution für das Land zu beantragen und durchzuführen. Nur eine wahre Repräsentation der ganzen Nation kann die Gesammtinteressen des Landes vertreten, und jeden Stand über die seinigen — so weit sie mit dem allgemeinen Landeswohl vereinbar sind — vollkommen beruhigen." — Die Punkte der Petition lauten: „1) Die unauflösbare Vereinigung der sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Länder bezüglich ihrer inneren Autonomie unter gleichzeitiger Garantie für deren innigen Verband mit der österreichischen Gesammtmonarchie; dann die vollkommene Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität in allen Lehr- und Verwaltungszweigen in diesen Ländern als Staatsgrundgesetz für dieselben. 2) Eine alle Interessen des Landes umfassende gleichartige allgemeine gesetzgebende und Steuern bewilligende Volksvertretung auf der breitesten Basis der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit; dann ein eigenes verantwortliches Ministerium für die inneren Angelegenheiten dieser Länder und Organisirung der geeigneten administrativen Centralbehörden für dieselben in Prag. 3) Schleunige Organisirung allgemeiner Nationalgarden, und deren vollständige Bewaffnung. 4) Die Umwandlung der der Prager Studentenschaft nur provisorisch zugesicherten Lern- und Lehrfreiheit in eine definitive. 5) Seinerzeitige Beeidigung aller Civilbehörden und des Militärs auf die Constitution." — Man zweifelt nicht, daß man in Wien, wo man bereits die hier herrschende Gährung kennt, alle diese Punkte schleunigst bewilligen wird. Gestern schon wurden der Nationalgarde wieder 4000 Gewehre ausgetheilt, und sie versieht gemeinschaftlich mit dem Militär die Wachen an den Thoren und im Innern der Stadt. Heute geht der Oberstburggraf mit dieser Petition (nicht wie ich berichtete, bloß mit der der Studentenschaft) nach Wien. Man muß gestehen, daß Graf Stadion alles thut, um die Gemüther zu beruhigen. Ich muß noch bemerken, daß die Form, welche die Erledigung der ersten Petition hatte, noch immer die alt-bureaukratische, mit lauter Clauseln und Einschränkungen versehene war, eine Form, die durchaus nicht mehr für die neue Zeit und die neue Gestaltung der Dinge paßt. (A. A. Z.)

Preußen. (Berlin, den 31. März.) Aus Kurland sind einige Adelige hier angekommen, die nicht übel Lust haben das deutsche Land das durch schmählichen Verrath an Rußland kam, loszureißen und es an Deutschland anzuschließen. Wie sollte es aber geschehen? Nichts kann helfen als ein Krieg, denn Rußland dürfte schwerlich geneigt sein, das Herzogthum ohne Kampf aufzugeben. Kurland selbst würde aber in einem Augenblick erdrückt werden; es bleibt daher nichts anders übrig, als mit Hülfe Preußens sich frei zu machen, wo eine solche Zumuthung doch große Bedenken erregt. — Die deutschen Ostseeländer warten alle der Stunde der Befreiung und diese wird für sie schlagen, sobald der Befreiungskampf der Polen begonnen hat, denn was man auch sagen mag, es wird uns nichts anders übrig bleiben, als daran Theil zu nehmen. Für jetzt hat man jedoch den Kurländern dieselbe Antwort gegeben, wie dem polnischen Commitee, d. h. man müsse und werde eine bewaffnete Neutralität aufrecht erhalten und könne diese nur brechen, wenn man angegriffen werde. (Br. Z.)

(Königsberg, den 29. März. Hier sind die nachstehenden beiden Bekanntmachungen erschienen: „Mit Rücksicht auf die in den hiesigen Zeitungen enthaltenen Artikel über die Verhältnisse an unserer östlichen Gränze mache ich hierdurch bekannt, daß nach allen von mir eingezogenen Nachrichten eine Verstärkung des russischen Militärs an der diesseitigen Gränze bis jetzt nicht stattgefunden hat, und daß das angebliche Vorrücken dieses Militärs gegen die Gränze nur auf Gerüchten beruht, welche, nach den Angaben der Berichterstatter, für jetzt nicht die geringste Veranlassung zu Besorgnissen geben können. Personen, welche auf der großen Straße von Kowno nach Warschau vor wenigen Tagen gereist sind, haben auf diesem Wege nichts von Truppen-Bewegungen bemerkt. Maßregeln, wie sie die Umstände erfordern, sind bereits getroffen und werden, wenn diese irgend dringender werden sollten, unverzüglich getroffen werden; darauf mögen sich die Bewohner der Provinz sicher verlassen. Königsberg, d. 29. März 1848. Der Ober-Präsident Bötticher." „Bei den jetzt vielfach ausgesprochenen Gerüchten von dem Abmarsch russischer Truppen gegen die preu-

sische Gränze, namentlich von dem baldigen Anlangen dreier Armeecorps, kann ich zur Beruhigung aus sichern Quellen mittheilen, daß nach allen deßfalls eingezogenen Erkundigungen die Gerüchte sich durchaus nicht bestätigt haben. Ferner kann ich hinzufügen, daß auch die russische Gränzbesatzung von Polangen bis Thorn durch Kosaken und Gränzwächter noch dieselbe ist, wie seit Jahren, und daß nur wegen des im Laufe des vergangenen Winters vorzugsweise an unserer nördlichen Gränze überhand genommenen Schmuggelhandels die dortigen Kosaken-Pikets im Ganzen um ca. 80 Mann verstärkt sind. Königsberg, 29. März 1848. Der kommandirende General Dohna." (Ztg.f.Pr.)

Schleswig-Holstein. (Von der Schlei, 30. März.) Die demokratische Fraction in Schleswig-Holstein beabsichtigt neben der auf den 3. April convocirten Ständeversammlung zugleich eine Volksversammlung abzuhalten, wie aus dem nachstehenden Circular, was in diesen Tagen erscheinen wird, zu ersehen ist. „Die Unterzeichneten, in der Ueberzeugung, daß sowol die provisorische Regierung als der bevorstehende Schleswig-Holsteinsche Landtag nichts entschiedener wünsche, als in diesem so hochwichtigen Augenblick den reinen und vollen Ausdruck des Volkswillens über die nächsten Aufgaben ihrer Thätigkeit entgegen zu nehmen, erlauben sich hiermit, alle gesinnungsvollen Bewohner der Herzogthümer zu einer allgemeinen Volks-Versammlung in Rendsburg zu Montag den dritten April, dem Eröffnungstage des bisherigen Landtages, aufzufordern. Die Versammlung beginnt um 9 Uhr Morgens. Kiel, den 28. März 1848."

(Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 31. März.) Das neue pariser Journal „le salut public" theilt in seiner Nummer vom 31. März folgendes Aktenstück mit, das wir in seinen wesentlichen Punkten übersetzen: Adresse der in Paris lebenden Russen an den Kaiser Nikolaus rc. ..... Rußland hat keineswegs ein Interesse, dem Westen Krieg zu erklären. Der Adel und das Volk Rußlands würden diesen Krieg mit Verzweiflung sehen. Durch diesen Krieg würde sich Rußland als unversöhnlicher Feind der Freiheit und Civilisation darstellen. Die Russen sind, durch ihre begonnene Bildung, Kinder des Occidents und gehören Europa an. Sie wollen nicht mit den asiatischen Völkern zusammengeworfen werden. Möge der Kaiser die Bedürfnisse seines Volkes anhören. Es ruft überall, wie das Pariser am 22. und 23. Febr., Reform! Reform! Es fordert soziale Reform und Befreiung von 35 Millionen Leibeigenen, 64 Millionen Sklaven; Reform in der Verwaltung des Reichs; politische Reform und Reformen jeder Natur. Rußland war der bewaffnete Arm der heil. Allianz. Diese heil. Allianz ist mit Metternich gefallen. Der Czaar kann sich nicht zum Ritter der gestürzten Fürsten aufwerfen und nicht die umgestürzten Throne Europa's wieder emporrichten wollen." Paris, den 30. März 1848. (Unterschriften).

Rußland.

† Der Londoner Sun vom 30. März bringt folgende, hoffentlich falsche Nachricht: »Revolution in Polen. Zerstörung Warschau's. Berlin, Montag (durch den elektrischen Telegraphen.) Am Donnerstag (23. März) hat sich Warschau erhoben und ist über die Russen hergefallen, deren es mehrere Hunderte tödtete. Warschau liegt in Asche, die Russen haben sich in die Citadelle eingeschlossen, von wo sie die Stadt bombardirten. General Sobieski befindet sich in Berlin, um 200 Geschütze zu jedem Preise zu kaufen. Morgen verläßt uns die polnische Legion mittels Spezialzugs der Posner Bahn rc. rc. (Der ganze Artikel scheint sehr unzuverläßig.)

Schweiz.

(Bern, 28. März.) Die Organisation der obersten Bundesbehörden war noch nicht von der Bundesrevisionscommission berathen und angenommen, sondern ihr nur von einer vorberathenden Commission als Entwurf vorgelegt worden. Nach einer viertägigen Debatte hat nun die Commission das Princip jenes Vorschlages: eine oberste Bundesversammlung mit zwei Abtheilungen, einer Repräsentantenkammer und der Tagsatzung, fallen lassen, und ist aufs Zweikammersystem gelangt, also einen Nationalrath und eine Tagsatzung, welche getrennt von einander die sämmtlichen Geschäfte behandeln, und welche beide für gültige Beschlüsse zusammenstimmen müssen. Der Nationalrath wird nicht in Wahlkreisen, sondern durch eine allgemeine schweizerische Stimmgebung gewählt. Damit diese Behörde weniger Stillstand und Conflikt verursachte, wurden für die Tagsatzung folgende drei wichtige Grundsätze angenommen: 1) die halben Kantone erhalten eine ganze Stimme und die Tagsatzung besteht somit aus 25 Abg.; 2) die Instruktionen sind abgeschafft; 3) wenn es in der Tagsatzung gleichwohl keine Mehrheit für oder gegen den Beschluß des Nationalraths gibt, so gilt der letztere. — Obgleich der Landrath von Uri die Sonderbundspapiere herausgegeben hat, so bleiben doch die eidgenössischen Commissäre Funk und Meyer noch in Altorf, um eine Untersuchung anzuheben, die zu weitern Resultaten führen dürfte.

(A. A. Z.)

Anzeigen

COURSE.

Nürnberg, den 3. April 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht.		2 Monat.	
	Brief	Geld	Brief	Geld
Amsterdam		101¼		
Hamburg	87⅞			
London		121		120
Wien in 20r.	116			
Augsburg	12	0		
Frankfrt. a. M.		100	99⅝	
in die Messe				
Leipzig	104½			
in die Messe				
Berlin	104⅝			
Paris	9	4½		
Lyon	9	4½		
Bremen	9	7¾		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld
Bayer. Obligat. à 3½ %		
„ Bank-Aktien		
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nürnberger-Fürther dito		

Geld-Course.

	[illegible]	[illegible]
Friedrich- und Augustd'or		9 53
Neue Louisd'or	11	6
Souverainsd'or	16	15
Holländische 10 fl. Stücke	-	10 5
20 Francs-Stücke		9 37
Oestreich. u. Holl. Duc. etc	5	32
Französisches Geld	5	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	20

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6. April 1848. № 97. Donnerstag: Irenäus.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 4. April.) In Folge von dieser Nacht hier eingetroffenen Nachrichten von großen Ereignissen in Frankfurt, die ein Kurier überbrachte, versammelte sich in der Nacht ein Ministerrath und der I. Präsident Dr. Kirchgeßner reiste sofort auf eine nach Mitternacht durch das Ministerium ihn zugekommene Einladung nach Frankfurt ab. — In der öffentlichen Sitzung der Kammer der Abg. von heute morgen präsidirte der II. Präsident Dr. Müller. — Am Ministertische die HH. Minister Heintz, Beisler, Lerchenfeld, Min.-Rath v. Roth und Oberkriegskommissär v. Habel. Nach Verlesung des Protokolls wird der aus 65 Nummern bestehende Einlauf bekannt gegeben, welcher wieder viele Anträge um Ablösung rc. enthielt. — Der Min.-Rath v. Aschenbrenner wurde als ständischer Kommissär verkündet. — Vom Finanzministerium wurden die Rechnungsnachweisungen, welche zur Vorlage kommen sollen, angekündigt. — Nachdem der II. Präsident den Grund der Abwesenheit des I. Präsidenten anzeigte, interpellirte der Abg. Dittmar das Präsidium um nähere Mittheilung der Ereignisse in Frankfurt. Der II. Präsident erklärt, nur aus Privatmittheilungen Details geben zu können. Die in Frankfurt versammelten Männer theilen sich in eine republikanische Fraction und in eine monarchisch-konstit. Partei, welche bis jetzt den Sieg behauptete.

Der I. Präsident sey zur Beschwichtigung der Gemüther dahin gereist, um mit mehreren Abgeordneten, Männern des Vertrauens, die monarchischen Gesinnungen in Frankfurt auszudrücken. Die Kammer wird aufgefordert, ihre Gesinnung zu Gunsten des monarchischen Prinzips auszusprechen. Die ganze Kammer erhebt sich und erklärt sich mit Enthusiasmus für unsere monarchische Einrichtung. — Der Min. v. Beisler erklärt, daß nur Privatmittheilungen der k. Regierung zugekommen seyen und namentlich durch Graf Hegnenberg-Dux haben obige Gerüchte ihre Bestätigung gefunden. Uebrigens habe der Bundestagsgesandte Dr. Willich den Wunsch ausgesprochen, daß einige Abgeordnete nach Frankfurt nachfolgen, um der großen deutschen Frage mehr Nachdruck zu geben. Darauf sey Dr. Kirchgeßner mit andern Ehrenmännern aus der Mitte der Kammer heute Morgen abgereist. — Der Justizminister bringt hierauf nachfolgende Gesetzentwürfe ein, 1) das Amnestiegesetz; 2) einen Gesetzentwurf über die am nächsten Landtag erfolgende Berathung der neuen Gesetzbücher und 3) (im Auftrag des durch Krankheit fortwährend verhinderten Ministers des Innern) einen Gesetzentwurf über die bessere Vertretung der Pfalz durch Abgeordnete in der zweiten Kammer.

Minister Heintz kündigt ferner, als in den nächsten Landtagen zur Vorlage kommenden Gesetze an: 1) das Wahlgesetz für das deutsche Parlament und Vollziehung des Bundesbeschlusses. 2) Wahlgesetz für die Kammern. 3) Ablösungsgesetz. (Allgemeines Bravo!) 4) Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Zugleich erklärt der Herr Minister, daß noch im Laufe dieses Jahres die Vorbereitungen zur Oeffentlichkeit und Mündlichkeit geschehen werden. Der betreffende Gesetzentwurf hat die Grundlagen der pfälzischen Gesetzgebung und ist bereits der Kammer der Reichsräthe übergeben, zur Beschleunigung des Geschäftsgangs. — (Auch hier zeigt sich die freudigste Bewegung in der Kammer.) Der Finanzminister legt die Nachweisungen über den Stand der Staatseinnahmen und der Staatsschuldentilgungskassa im J. 1845/46 vor; die Einnahmen blieben dieselben und es ergab sich ein auf d. J. 1846/47 übergegangener Aktivrest von 7,115,000 Gulden. (Die Nachweise selbst werden wir nächstens mittheilen.) Mit den bisherigen Hilfsquellen werden wir für die Zukunft nicht ausreichen, es wird zur Einkommensteuer geschritten werden müssen mit einer steigenden Skala, wodurch der Arme gar nicht besteuert wird und nur der Reiche in dieser dringenden Zeit Opfer zu bringen hat. Der Redner verbreitet sich über diese von den größten Finanzmännern gebilligte Operation, die auch uns in den Stand setzen wird, die größten Lasten zu tragen. — Der Herr Minister hofft, daß durch Mitwirkung der Stände der makellose Kredit des bayerischen Staates erhalten werde. Der II. Präsident befragt die Kammer, ob an die Stelle des abgetretenen Dek. Lechner der Ersatzmann Dek. Reitmaier einberufen werden solle, was von der Kammer bejaht wird. — Der II. Präsident hält noch einen Vortrag, über die sozialen Fragen unserer bedeutsamen Zeit, bis jetzt könnte die Kammer ohne ihr Verschulden ihrer Aufgabe nicht vollständig genügen, da viele ihrer Vertreter dem großen Rufe nach Frankfurt gefolgt sind. Heute ist durch die Vorlage der wichtigen Gesetze ein großer Schritt vorwärts geschehen; Redner endet mit warmen Worten für Recht, Freiheit und Vaterland.

Dek. Goetz spricht sich mit Wärme für das monarchisch-konstit. Prinzip aus; die Konstitution wird ferner von Wahrheit seyn. Unser König und seine jetzigen Rathgeber sind uns herrliche Garantieen; in Bayern ist also ein schöner Tag angebrochen. Er stellt das Verlangen, das hohe Präsidium wolle an die Abg. in Frankfurt ungesäumt eine offizielle Anzeige geben, wie heute die Kammer einstimmig ihre Gefühle zu Gunsten unserer monarchisch-konstitutionellen Regierungsform ausgesprochen habe. Allgemeines Bravo. Der II. Präsident bittet das Ministerium um Vorlage eines Gesetzentwurfs, Aufhebung der Jagden auf fremdem Eigenthum. Der Finanz-Minister bemerkt, daß bei dem großen Geschäftsdrang eine solche Vorlage bis jetzt noch nicht möglich war, daß sie aber mit dem Ablösungsgesetze erfolgen werde. — Pfarrer Rammoser beantragt Ergänzung der Ausschüsse und Bildung des Petitionsausschusses, wozu der II. Präsident auf 4 Uhr Nachmittags einladet. Dek. Deininger wünscht, daß sogleich hiezu geschritten werde, da noch Zeit übrig sey. — Hiemit endet die Sitzung.

(München, den 2. April.) Die Frage über die Vertretung der französischen Republik bei unserer Staatsregierung hat ihre theilweise Lösung darin erhalten, daß an die Stelle des seitherigen Gesandten Hrn. v. Bourgoing, welcher von der provisorischen Regierung seine Entlassung erhalten hat, der Sohn des ehemaligen französischen Finanzministers Hr. Humann zur Uebernahme der Geschäfte der französischen Gesandtschaft in München ernannt wurde und bereits gestern hier eingetroffen ist. (A. A. Z.)

(München, den 3 April.) Durch allerhöchstes Rescript vom 30. März d. J. wurde der Forstmeister in Hammelburg, C. Stumpf, zum Director und ersten Professor der Forstwissenschaften an der Forstschule zu Aschaffenburg ernannt. Die durch die gestern gemeldete Beförderung des Ministerialraths v. Wanner erledigte Ministerialrathsstelle im Ministerium der Finanzen erhielt der zeitherige Oberrechnungsrath Dr. Aschenbrenner. Der Director der Regierung von Mittelfranken, Ludwig Gerel, wurde in Ruhestand versetzt. Der seitherige Präsident des Oberconsistoriums, v. Roth, ist dieser Stelle enthoben, und an dieselbe durch allerhöchste Entschließung der Oberappellationsrath Arnold ernannt worden. (A. A. Z.)

Wir bemerken berichtigend, daß nicht Obristlieutenant Delpy v. La Roche, sondern der bisherige Hofcavalier Sr. kgl. Hoh. des Prinzen Adelbert, Major Friedrich Du Jarrys Frhr v. La Roche, zum Hofmarschall Sr. Maj. des Königs Ludwig ernannt worden ist. (A. A. Z.)

△ (Erlangen, den 4. April.) Gestern Abend hatten wir hier einen Krawall, der indessen um Mitternacht wieder geendet wurde. Ursache war ein im hiesigen Intelligenzblatt befindlicher Artikel des Bürgermeisters, welcher strenge Strafen gegen Polizeiübertretungen androht.

Freie Städte. (Frankfurt, 3. April, 1 Uhr.) Zu Anfang der heutigen Sitzung wurde der Versammlung mitgetheilt, das der Bundestag durch einen gestern gefaßten Beschluß die Ausnahmsgesetze als in sämmtlichen Bundesstaaten gänzlich aufgehoben und beseitigt erklärt habe; daß ferner diejenigen Gesandten, welche fühlen, daß der gestrige Beschluß der Versammlung auf sie bezogen werden könnte, ihre Entlassung bereits eingereicht haben, oder unverzüglich einreichen werden; daß endlich sämmtliche Gesandte ihren Regierungen dringend empfohlen haben, daß die Bundesversammlung auf eine das allgemeine Vertrauen erweckende Weise unverzüglich gebildet werde. Auf v. Itzstein's Antrag wurde beschlossen, da jede Veranlassung zu dem Austritt der Minorität weggefallen, derselben die Rückkehr in die Versammlung offen zu lassen, und deßhalb auch für die Einreichung der Wahlzettel den Termin zu verlängern. v. Itzstein entfernte sich, um die Rückkehr der Minorität zu bewirken. Auf den Antrag von Soiron's Antrag beschloß die Versammlung, von der weiteren Berathung des Siebner-Programs Umgang zu nehmen und die Beschlußfassung über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu berufenden National-Versammlung zu überlassen. — v. Itzstein berichtete hierauf über den Erfolg seiner Mission, und zeigte der Versammlung an, daß die Minorität sich bereit erklärt habe, wieder an den Berathungen Theil zu nehmen. Kurz darauf erschien dieselbe auch im Saale. Hecker bestieg die Tribüne und erklärte, daß er und seine Freunde, nachdem nun die Träger und Repräsentanten des frühern Systems beseitigt seyen, aus Pflichtgefühl für das Vaterland sich der Versammlung wieder anschlössen, und brachte ein Hoch für das befreite und freie deutsche Volk, in welches die Versammlung jubelnd einstimmte. (Ffrt. J.)

(Frankfurt, den 2. April.) [Vor der heutigen Sitzung der vorberathenden Versammlung zur Bildung eines deutschen Parlaments.] Die Siebenerkommission hatte Vorgriffe begangen, welche durch gleiche der demokratischen Republikaner wieder aufgewogen worden sind. Erstere erbaute in ihrem Programme die Pyramide von dem Gipfel aus, ein Fehler, nicht blos gegen die Volksstimmung, sondern auch gegen das Volksbewußtseyn. Er wurde durch die Majorität der Volkswahlen wieder gut gemacht. Diese letzte nahm vor Allem die breite Basis der Pyramide an, die konstituirende Volksversammlung, deren Wahlen unverzüglich beginnen sollen. Indessen fand das bekannte Mißtrauen gegen die alte Monarchie und den mit ihr verbündeten Aristokratismus auch in dem Beirathe des Bundestags bei jenem Programme seine Nahrung. Dieses Mißtrauen sprach sein Votum nicht allein gegen den „liberalen Aristokratismus" eines Heinrich Gagern und gleichgesinnter würdiger Männer aus, sondern auch gegen Welcker, und so zum Voraus gegen alle Volksmänner, welche als Mitglieder des durch sie, also durch das wählende Volk hinter ihnen, regenerirten neuen Bundestags auftreten würden. Und doch fühlte man, daß bis zur völligen Neugestaltung der Dinge ein Organ und eine ausführende Behörde für die Beschlüsse der Volksabgeordneten bestehen müsse. Die Bekenner der Evolution glauben diese Funktion getrost jenem täglich in seiner Neugeburt fortschreitenden Bundestage überweisen zu dürfen; die äußerste Linke will zum Theil statt dessen den Bundestag revolviren, und durch einen ganz neuen vollziehenden Ausschuß der (jetzigen vorberathenden) Versammlung der Volksabgeordneten ersetzt wissen. Wir glauben kaum, daß letztere wirklich das ermattete, schnell aussterbende Element des Bundestags fürchten; eher nur der Widerwillen des Volkes gegen die Etiquette „Bundestag." Oder sollten sie wirklich glauben, der Schall dieses Namens besteche

die neuen Bundestagsgesandten, und der Dämon des alten Bundes fahre in ihre Körper, die alten freien Geister verjagend? Die Majorität der jetzigen Versammlung theilt diese Besorgnisse nicht oder stellt mindestens jeder derartigen Möglichkeit das Vertrauen auf ihre eigene und des ganzen Volkes Wachsamkeit und Kraft entgegen. Jedenfalls unterscheidet das gesunde Auge leicht den Stabilismus, eine Leiche, von dem lebenssäftigen Konservatismus, dem erhaltenden, also fortbildenden Geiste, dessen Amt sogleich nach dem des zerstörenden Gottes in Wirksamkeit treten muß. Das Volk, wenn es diesen Namen verdient, muß beide Kräfte in sich schließen, beide Geister zu seinem Dienste haben. — Die demokratischen Republikaner hemmen ihren eignen Wachsthum in der Versammlung und die Anerkennung ihrer Willensfreiheit durch den Eifer, mit welchem sie den ihrer Ansicht nach Unfreien die Freiheit anfzwingen wollen. Sie entfremden, ja sie erbittern viele wahrhaft republikanisch gesinnte Männer, welche aber die konstitutionelle Monarchie für die natürlichste Prämisse der Republik halten, durch die laute Verkennung derselben und noch mehr durch den Absolutismus, mit welchem ihre eigene Minorität allen übrigen politischen Meinungschancen imponiren will. Eben dadurch vereinigen sie selbst alle diese Abstufungen zu einer ihnen entgegenstehenden kompakten Majorität bei den wichtigsten Fragen, welche vor allen Dingen das Recht der Individualität als die unerläßliche Bedingung jedes Freistaates aufrecht erhalten will und muß. Wir haben gesehen, daß auch die Versuchung der Unentschiedenen durch die aufgedrungene namentliche Abstimmung zum schnell abgestandenen Mittel wurde. Wir bedauern es innig, daß das wechselseitige Mißtrauen zum gefährlichen Unkraute erwächst, wo der gemeinsame Wille: die Selbstbestimmung des deutschen Volkes für Inhalt und Form seines Lebens zu fördern — alle Ansichten und Wünsche für die Mittel dieses Zweckes, unbeschadet ihrer Mannichfaltigkeit, zu Verbündeten machen sollte. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 2. April.) Die dritte öffentliche Sitzung der vorberathenden Versammlung zum deutschen Parlament wurde heute früh nach 10 Uhr eröffnet. Zur Berathung lag zunächst die Frage vor, in welcher Art der in der gestrigen Sitzung beschlossene Fünfzigerausschuß gewählt werden solle. Der Präsident Mittermaier empfahl, sich über einen Wahlmodus zu vereinigen, der in dem Ausschuß der Fünfzig eine wahrhafte Nationalvertretung zu Stande kommen lasse. Es handle sich zunächst um das Wie der Wahl, nicht um das Wann, da man die Wahlen später vornehmen könne. Aber ungeachtet dieser Bemerkung ging die Diskussion alsbald in verschiedenen Richtungen nach verschiedenen Zielen auseinander. Einige Redner ließen sich nämlich auf die Diskussion über den Modus der Wahl gar nicht ein, sondern suchten nur darzuthun, daß man die Wahl des Ausschusses noch gar nicht vornehmen könne und dürfe, weil den Mitgliedern der Versammlung in zwei Tagen nicht hinlänglich Gelegenheit geboten sein könne, einander kennen zu lernen. Es solle deshalb die Wahl des Ausschusses jedenfalls der letzte Akt der consultirenden Versammlung seyn. Andere Anträge berühren nicht sowohl diesen Punkt, sondern wollen vielmehr, daß für diesen Ausschuß die Wahlen nach Stimmen, Ländern, Provinzen rc. vorgenommen werden; für einen solchen Modus treten namentlich norddeutsche Redner auf, weil die viel zahlreicher anwesenden Süddeutschen unmöglich mit den Verhältnissen und Zuständen in Norddeutschland so vertraut sein könnten, um Sitz und Stimme auch für diese Theile des Vaterlandes in dem Ausschuß haben zu können. Noch weiter geht endlich der Antrag, daß man die Wahlen für den Fünfzigerausschuß nach einem bestimmten Zahlverhältniß vornehmen solle, so daß z. B. für Oesterreich 4, für Preussen 4, für Bayern 3 Vertreter u. s. f. zu wählen seyen. Ein Incidenzpunkt aber in der Versammlung war der Antrag Pagenstechers aus Elberfeld, daß man die Wahlen für den Ausschuß gar nicht vornehmen solle, wenn nicht zuvor der Bundestag die Kompetenz dieses Ausschusses ausdrücklich anerkannt habe; es sey ja noch gar nicht zur Sprache gekommen, welche Stellung der Ausschuß dem Bundestag gegenüber einnehme. Der Redner wurde in Betreff dieser Behauptung auf den in der gestrigen Sitzung von der Versammlung zum Beschluß erhobenen Antrag v. Gagern's verwiesen. Die Frage: Beschließt die Versammlung, daß die Frage über den Wahlmodus vertagt werde?" wurde fast einstimmig verneint; dagegen wurde Blum's Antrag: „auf den Stimmzetteln die Namen derjenigen 50 Mitglieder anzudeuten, mit denen der permanente Ausschuß (welcher bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung die Geschäfte zu leiten habe) gebildet werden solle," durch große Stimmenmehrheit angenommen. Dagegen protestirten Einige, welche noch nicht über die Wahl, sondern nur über den Wahlmodus entschieden wissen wollten. — Von Robert Blum, Dr. Zitz, Dr. Strecker, Dr. Jacobi, Vogt, v. Behr, Advokat Düpre, v. Itzstein, Dr. Leisler jun. und Dr. Leisler sen., wurde der Antrag gestellt: „Die Versammlung solle erklären: Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen, und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." Dr. Zitz begründete diesen Antrag in einer längeren Rede, worin er den Satz aufstellte, daß die Mäner der Reaktion nicht zur Abstimmung über die künftige Gestaltung Deutschlands beigelassen werden dürften. Der Bundestag müsse als solcher zuerst seine früheren verbrecherischen Beschlüsse widerrufen, bevor er m t dem von der vorberathenden Versammlung zu ernennenden Ausschusse gemeinsam wirken könne. — Bassermann findet in dem vorangedeuteten Antrage eine Maßregel, um die bereits verworfene Permanenz der vorberathenden Versammlung dennoch zu erlangen. Er beantragt, um Spaltung und Verzögerung zu vermeiden, daß gesagt werde: „Die Versammlung beschließt zu verlangen, daß die Bundesversammlung, indem sie die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nimmt, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen, und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." Dr. Wutke macht einige den Sachgehalt scharf hervorhebende Bemerkungen über beide Anträge; Wiegand erklärt sich gegen den ersten; Eisenstuck deutet an, wie schnell die Zeiten sich ändern können, indem man vor kaum 4 Wochen den hier versammelten 500 Männern durch Schergen, Kerker und Kartätschen entgegengewirkt haben würde, während man jetzt wohl oder übel ihren Beschlüssen Folge zu leisten sich genöthigt sieht. Kapp von Heidelberg erklärt, daß er keine andere Rücksicht nehmen könne auf die bankerott gewordenen Arbeiter an der Staatsmaschine, die man den deutschen Bundestag nennt, als die, seine Beseitigung zu betreiben. Vicepräsident v. Itzstein sagt, daß in dem von ihm genehmigten Antrage das Wort „bevor" nicht gestanden habe; er hätte nur gewollt, daß die „verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüsse" desavouirt würden. — Struve erklärt im Namen seiner Freunde und in seinem eigenen, daß sie die Versammlung verlassen würden, wenn der von Zitz gestellte und begründete Antrag nicht angenommen werde. Dieser Antrag sey That, der von Bassermann sey nichts als eine bloße Erklärung. Der Bundestag habe noch heute den Beschluß zu fassen, daß er die »verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüsse desavouire und die Männer der Reaktion von sich ausschließe.« Rochow spricht gegen das Unparlamentarische in Struve's Antrag. Die Bundestagsgesandten, welche von dem Mißtrauensvotum betroffen würden, könnten, selbst wenn sie wollten, nicht unmittelbar ihre Stellen aufgeben, sondern müßten warten, bis sie durch ihre resp. Regierungen von denselben abberufen würden. — Struve verwahrt sich gegen die laut gewordene Aeusserung, daß er gedroht habe. Er fügt hinzu: Es sey weder in seinem persönlichen Charakter, noch in dem des gestellten Antrags: eine Drohung geltend zu machen. Schaffrath stimmt für den Antrag des Dr. Zitz und gegen den Bassermann's. Der Bundestag habe reaktionär gehandelt und eine Gefahr über Deutschland verhängt, deren Folgen sich selbst jetzt noch nicht ganz ermessen ließen. Seine Beschlüsse seyen wahrhaft revolutionär gewesen; er müsse sie widerrufen. — Jordan erblickt in dem Bundestag nur das Sprachrohr der Regierungen; man solle nicht zu streng gegen ihn seyn, um nicht ungerecht zu werden. Für Bassermann's Antrag spricht v. Closen. Blum sagt, das deutsche Volk habe in der gegenwärtigen vorberathenden Versammlung den Leiter seiner Hoffnungen erkannt, dieser Leiter müsse also um so ernster seine Aufgabe erkennen, um die Hoffnungen des Volkes nicht zu täuschen. Es handelte sich überhaupt nicht mehr um den alten Bund, sondern vielmehr um den neuen. Mölle spricht von einem Manne auf der Ministerbank (Gagern) in der gegenwärtigen Versammlung, und wird durch Bezeugung großen Mißfallens genöthigt, abzutreten. Für den Bassermann'schen Antrag stimmend, glaubt v. Gagern, daß die Regierungen die reaktionären Mitglieder des Bundestages baldigst abberufen würden. Oesterreich habe bereits einen Mann von höchst versöhnender Gesinnung hierhergeschickt. Eisenmann stimmt dieser Ansicht von ganzem Herzen bei. Vogt will, daß man die Sache im Visir behalten und die Form hintansetzen solle. Uhland hat die Bundesbeschlüsse bekämpft, als es gefährlich war, sie zu bekämpfen. Er habe sich alle Instruktionen verbeten, um ganz ungebunden nach bestem Ermessen handeln zu können. Er glaubt, daß aus dem Osten ein blühendes Licht emporsteige, will, daß die demnächst zusammenzuberufende konstituirende Nationalversammlung jung und frisch ins Leben trete, und stimmt deshalb für Bassermann's Antrag. Eben so auch Polonius. Hecker will keine künstliche Aufregung im Volke, hält es aber um so mehr für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Annahme von Bassermanns Antrag eine wirkliche Aufregung hervorrufen könne. Denn das Volk wolle den Bundestag nicht mehr, das heißt, den Bundestag mit den verdorbenen Elementen, aus denen er gegenwärtig großentheils noch zusammengesetzt sey. Männer, wie er und seine Freunde könnten unmöglich neben den Männern der Reaktion Platz nehmen und gemeinsam mit denselben wirken. Es sey daher Läuterung des Bundestages unumgänglich nöthig; ja, diese Läuterung hätte schon geschehen sollen. Die strengste Fassung des Antrags, die von Zitz, müsse also beibehalten werden, damit um ein so rascherer Beschluß erfolge. — Venedey sagt, die alten Bundesbeschlüsse existiren nicht mehr, die Furcht vor denselben sey Gespensterfurcht. Der Bundestag möge der Briefträger zwischen der konstituirenden Versammlung und den Regierungen werden. Dr. Strecker und Dr. Jacobi erblicken in dem alten Bundestag einen Verstorbenen, den man ruhig beerdigen lassen solle. Wolle ein neuer Bundestag bestehen, so müsse er aus Männern der neuen Volksgesinnung zusammengesetzt seyn. — Der Präsident bemerkt nachträglich, daß Abgeordneter Röder schon gestern einen ähnlichen Antrag gestellt habe, was zur Ergänzung gesagt werden müsse. Vater Winter will vom Bundestag in seiner bisherigen Zusammensetzung nichts wissen. Bei der Abstimmung erhoben sich für den Antrag des Dr. Zitz 70 bis 80 Anwesende, und in der Gegenprobe, also gegen seinen Antrag, mehr als ¾ der Versammlung. Bassermann's Antrag wurde sodann durch eine überwiegende Mehrheit angenommen. Bei diesem Ergebnisse verließen die Mitglieder der Minderheit mit Ausnahme von sieben der Mitunterzeichner des Antrags (Rob. Blum, Dr. Jacobi, Vogt, Ad. Dupré, v. Itzstein, Dr. Leisler jun. und Dr. Leisler sen.) die Versammlung und ein Theil der Tribünen leerte sich mit großem Geräusch. — Nachdem ein augenblicklicher Sturm in der Sitzung durch Erklärungen und Verständigungen von Raveaux, Vogt, den Vertretern Sachsens und Robert Blum beschwichtigt war, nahmen die Berathungen ihren ungestörten Fortgang. Breidbach-Bürresheim kam nochmals auf seinen gestern gestellten Antrag, daß jeder zur constituirenden Nationalversammlung Gewählte erscheinen müsse, zurück und Glaubrech stellte sodann den Antrag, daß der permanente Ausschuß es zu seiner ersten Aufgabe mache, daß eine allgemeine Volksbewaffnung i.. ganz Deutschland organisirt werde, und daß die Wahl der Führer von den Bewaffneten selbst vorgenommen werden solle. An der Debatte hierüber betheiligten sich Jaup, Venedey, Closen, Wernher, Hensel u. m. a. Der von Glaubrech zu solchem Zwecke gestellte Antrag, „daß die Regierungen beauftragt werden sollen, die allgemeine Volksbewaffnung möglichst schnell und nachdrücklich zu befördern," wurde einstimmig angenommen. Der Präsident eröffnete nun noch, daß von einem der Abgeordneten der Wunsch ausgesprochen worden: „es möge eine Proklamation von Seiten der Versammlung zur allgemeinen Beruhigung, besonders in dem Sinne erlassen werden, daß darin die Sympathie für das Wohl der Arbeiter ausgesprochen werde." Er fragt an, ob diesem Antrage Folge zu leisten sey, was mit großer Mehrheit bejaht wird. — Schließlich wird bestimmt: es sey die Abstimmung für die Wahl des Ausschusses in der Art vorzunehmen, daß auf dem gedruckten Verzeichniß der Mitglieder der gegenwärtigen vorberathenden Versammlung die Namen derjenigen 50 Männer angestrichen würden, welche man in den Ausschuß wählen wolle. Jeder solcher Stimmzettel sey sodann, mit den Namen des Stimmenden unterzeichnet, von morgen Vormittags 8 Uhr auf den Tisch des Vorstandes der Versammlung niederzulegen. Sodann wurde die Sitzung aufgehoben. (Frkft. O.-P.-Z.)

Am 2. April wurde hier die Aufforderung bekannt gemacht, daß den Jünglingen, welche am 3. April 1833 für Deutschlands Freiheit gekämpft, am dritten April d. J. ein feierliches Andenken gewidmet werde.

Das neueste Mannheimer Journal läßt sich mit dem Puff durch drei Korrespondenzen aus Frankfurt a. M. bedienen: der König von Preussen sey davon gejagt worden.

Oesterreich. Handelsbriefe aus Wien vom 1. April bringen das Verbot der Ausfuhr baaren Geldes aus der österreichischen Monarchie, welches dem Sinken der Kurse für den Augenblick Schranken setzte. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 2. April.) Heute Mittag nach 12 Uhr wurde der zweite Vereinigte Landtag durch den Staatsminister Camphausen im Namen des Königs mit folgender Rede eröffnet: Hohe Versammlung! Se. Maj. der König haben mir den Befehl ertheilt, den zweiten Vereinigten Landtag in allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. Große Ereignisse haben einen Theil Europa's erschüttert und unser Vaterland nicht unberührt gelassen. Sie bedrohen uns mit wachsenden Gefahren, sie eröffnen uns eine große Zukunft. Preussen und Deutschland werden die Zeit des Uebergangs bestehen, wenn sie mit besonnenem Muthe, mit geordneter Kraft auf der neu erschlossenen Bahn sich bewegen. Die Einheit Deutschlands war seit langer Zeit das Ziel, auf welches alle Wünsche oft hoffnungslos sich richteten; nunmehr gehen wir ihm mit raschen Schritten entgegen, und Se. Maj. der König boten dazu seine Hand, der 15 Millionen freudig zur Seite stehen. Die politische Berechtigung der Bürger im Staate war in Preußen ein um so lebhafter empfundenes Bedürfniß, als das Volk eine Stufe der Bildung erstiegen hatte, die es andern, unter freien Verfassungsformen lebenden Völkern mindestens gleichstellte. Se. Maj. der König haben eine wahre konstitutionelle Verfassung verheißen, und schon sind wir versammelt, um zu ihrem dauerhaften Ausbau die Grundsteine zu legen. Hoffen wir, daß das Volk rasch hinansteige, daß es sich anschließe und einfüge dem großen Verfassungsgebäude für das gesammte deutsche Volk. Tief zu beklagen ist es, daß in die neuen Zustände nicht übergegangen werden konnte ohne das Gefolge der Leiden, von welchen gegenwärtig die Gesellschaft getroffen ist. Nur darin mag ein Trost gefunden werden, daß die letzten Wochen viel verborgene Wunden aufgedeckt und Belehrung darüber gegeben haben, daß und wie ihre Heilung erstrebt werden soll. Die Regierung erkennt die Aufgabe, die Staatsgewalt neu zu kräftigen, die Bande der gesetzlichen Ordnung zu befestigen, das Vertrauen zu beleben, den geschwächten Kredit zu heben und auf den Wiederaufschwung der Gewerbe und der lohnenden Arbeit hinzuwirken. Sie wird sich bemühen, den Frieden nach aussen, so lange es die Ehre Deutschlands gestattet, zu erhalten, den Frieden nach innen zur Ehre Deutschlands herzustellen. Sie rechnet hierbei auf die gesunde Kraft der Staatsbürger, welche nunmehr berufen sind, zu beweisen, daß sie reif waren für die Freiheit. Auch auf die Unterstützung des hohen Vereinigten Landtags rechnet die Regierung, auf eine Unterstützung, die, wenn sie gewährt wird, in voller Freiheit der Berathungen und Ueberzeugungen gewährt werden möge. Niemand wird sich völlig dem Eindruck zu entziehen begehren, den ein gewaltiger, unverkennbarer Ausdruck der öffentlichen Meinung auf die individuelle Anschauung zu äußern geeignet ist; Niemand wird läugnen wollen, daß in bestimmter Zeit wohlthätig und unentbehrlich werden kann, was in anderer Zeit gewissenhafter Ueberzeugung nicht rathsam erscheinen möchte. Unbezweifelt wird auch die hohe Versammlung bei ihren Berathungen den geänderten Zeitverhältnissen Rechnung tragen, allein es muß auch heute der freie Ausdruck Ihrer Ansichten dem Lande willkommen sein, sowie er Sr. Maj. dem Könige und den Räthen der Krone willkommen sein wird. Das preussische Volk, indem es die freie Berathung seiner wichtigsten Angelegenheiten in der Presse und in öffentlichen Angelegenheiten angetreten hat, darf nicht verkennen, daß nur im Kampfe der Ansichten die Wahrheit durchbricht, daß zur Wahrung der Freiheit jede Meinung mit voller Berechtigung und ungehindert sich muß äußern dürfen. Wenn gleich der hohe Vereinigte Landtag sowohl seiner Zusammensetzung als seinen Rechten nach ungemein abweicht von der künftigen Volksvertretung, so legt doch die Regierung auch gegenwärtig auf seinen Beirath ein großes Gewicht, und in diesem Geiste übergebe ich die allerhöchsten Propositionen Ihrer hochgeneigten Prüfung und Berathung. Der Minister verlas hierauf folgende vier Dekrete: I. Propositionsdecret: Wir Friedrich Wilhelm, König von Preussen rc., entbieten unsern zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen unsern königlichen Gruß. Um die unserem getreuen Volke auf der breitesten Grundlage verheißene constituionelle Verfassung in das Leben zu rufen, ist die Vereinbarung ihres Inhaltes mit einer beschlußfähigen Versammlung freigewählter Volksvertreter erforderlich. Wir haben deshalb ein vorläufiges Wahlgesetz entwerfen lassen, welches die Vorschlage enthält, wonach diese Versammlung, welche, der Natur ihrer vorübergehenden Aufgabe nach, eine Theilung in Kammern nicht zuläßt, zu wählen und zu bilden sein wird. Indem wir diesen Entwurf dem in der bisherigen Gestaltung zum letzten Mal vereinigten Landtage vorlegen lassen, empfehlen wir dessen schleunige Erörterung, damit sich durch baldige Herstellung eines festen und volksthümlichen öffentlichen Rechtszustandes alle Segnungen erfüllen mögen, denen wir unser treues und edles Volk durch volle und wahrhafte Entwickelung einer freien Verfassung zuzuführen aufrichtig bestrebt sind. Diese Verfassung, deren Entwurf wie der auf Grund des Wahlgesetzes neu zu bildenden Versammlung werden vorlegen lassen, soll nach unserer Absicht, und, um ihren Zweck vollständig zu erreichen, ihrer Form nach der überwiegenden Mehrzahl der constitutionellen Verfassungen Deutschlands sich anschließen und mit den bis dahin getroffenen Vereinbarungen über die Bildung einer allgemeinen deutschen Bundesverfassung in Einklang stehen. Gegeben Potsdam, den 2. April 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. v. Reyher. II. Entwurf eines Wahlgesetzes: Wir Friedrich Wilhelm, rc. König von Preussen rc., verordnen, nach Anhörung beider Curien unserer zum Vereinigten Landtage versammelt gewesenen Stände, auf den Antrag unseres Staatsministeriums was folgt: §. 1. Jeder Heimatsberechtigte Preusse, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, ist in der Gemeinde, worin er seit Jahresfrist seinen ordentlichen Wohnsitz hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung, oder, ohne eigenen Hausstand, in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost bezieht. §. 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 500 Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann; erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht 500, übersteigt aber 300 Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmanns berechtigt; erreicht ihre Bevölkerung aber nicht 300 Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehren andern Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als 1000 Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begrenzen haben, daß in Einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeindeverbande gehören, werden durch den Landrath Behufs der Urwahlen einer nahe gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen. §. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist. §. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen. §. 5. Jeder heimathsberechtigte Preusse, der das 30. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, auch aus öffentlichen Mitteln keine Armenunterstützung bezieht, ist zum Abgeordneten wählbar. §. 6. Für jeden landräthlichen Kreis, sowie für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter gewählt werden. Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt 60,000 Seelen, so werden zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede fernere Vollzahl von 40,000 Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für 100,000 Seelen drei, für 140,000 Seelen vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden. §. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung. §. 8. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats, und da, wo kein Magistrathscollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeindeeinrichtungen unser Staatsministerium das Erforderliche durch eine Ausführungsordnung feststellen. Die Wahlen der Abgeordneten werden in den Kreisen durch die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters geleitet. §. 9. Die Wahl der Abgeordneten erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises. Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugrenzen haben. §. 10. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eignen unabhängigen Ueberzeugung, und sind an Aufträge oder Instructionen nicht gebunden. §. 11. Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung. Urkundlich rc. III. Allerhöchste Proclamation: Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. entbieten unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen unsern kgl. Gruß. Die Versammlung, welche auf Grund des unseren getreuen Ständen heute zur Erörterung im Entwurfe vorgelegten Wahlgesetzes einberufen werden soll, ist dazu bestimmt, sich mit uns über Inhalt und Form der unserem Volke verheißenen freien Verfassung zu vereinbaren. Wir wollen aber schon jetzt einige Grundlagen dieser Verfassung kundgeben und haben deshalb anliegende Verordnung entwerfen lassen, worüber wir dem Gutachten unserer getreuen Stände baldigst entgegensehen. Gegeben Potsdam, den 2. April 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. v. Arnim. Hansemann. v. Reyher. IV. Entwurf einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. verordnen nach Anhörung beider Curien unserer zum Vereinigten Landtage versammelt gewesenen getreuen Stände auf Antrag unsers Staatsministeriums was folgt. §. 1. In Erweiterung der unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4. Nr. 1. des Gesetzes vom 17. März dieses Jahres enthaltenen Vorschriften über die Cautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4. Nr. 4. findet auch auf neue Zeitungen Anwendung. §. 2. Die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahmegesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. In dem Bezirke des Appelationsgerichtshofes zu Köln tritt auch bei politischen und Preßverbrechen die Zuständigkeit der Geschwornengerichte wieder ein. §. 3. Zur Sicherheit der Unabhängigkeit des Richterstandes treten alle von den früheren Gesetzen abweichende Bestimmungen der Verordnungen v. 29. März 1844 über die im administrativen Wege zulässige Dienstentlassung, Versetzung u. unfreiwillige Pensionirung der Richter außer Kraft. §. 4. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Ebenso sind sie berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen, sich zu Gesellschaften ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß zu vereinigen. §. 5. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig. §. 6. Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen sowie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungerecht zustehen. Urkundlich rc. Nach Verlesung dieser Actenstücke ward der Landtag für eröffnet erklärt. (D. A. Z.)

(Berlin, den 2. April.) So eben Mittags 1 Uhr ist auf der Schloßwache die Mittheilung gemacht worden, mit der Bitte, diese Nachricht so viel als möglich in der Stadt zu verbreiten, daß der Kaiser von Rußland Polen freigibt. Der Herzog von Leuchtenberg soll König von Polen werden. (D. A. Z.)

(Koblenz, den 1. April.) Heute ist hier die Nachricht verbreitet, daß eine gestern Abend dem commandirenden General v. Thile zugegangene Staffette die Kunde überbracht habe, daß unser neuntes Husarenregiment (in Saarlouis und Saarbrücken) ein Gefecht gegen die über die Grenze gekommenen französischen Proletarier bei Lebbach bestanden, und dabei gegen 10—12 Todte verloren, jedoch den Sieg erfochten habe. Die hiesige Festung wird in Kriegszustand gesetzt. Die großen Werke Feste Franz und Alexander diesseits des Rheins und jenseits der Mosel werden verproviantirt, und sind schon mit Pallisaden und Blockhäusern umgeben. Eben ist man mit der Verpallisadirung unserer Stadt vor dem Mainzer Thore beschäftigt. Im hiesigen Schlosse werden Kostbarkeiten und Möbel eingepackt, und

auf den Ehrenbreitstein gebracht. Die Angst hat schon viele Gemüther befallen, und mehrere Familien schicken sich zur Abreise an.
(Frkf. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Dresden, 31. März.) Drei unserer neuen Minister haben das Prädikat „Excellenz" abgelehnt und wollen sich mit einem Gehalt von 3000 Thlr. begnügen. Da Dr. von der Pfordten nach München berufen worden ist, wird das Portefeuille des Cultusministeriums, wenn jener dem Rufe folgt, wieder erledigt seyn. Unter den neuen Candidaten steht Todt oben an. Von morgen an hört das „Dresdener Tageblatt" auf und erscheint an seiner Stelle unter der Redaction Biedermann's das „Dresdener Journal". (Fr. O.-P.-Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 3. April.) In dem Königreich Würtemberg ist es offiziell bekannt gemacht worden, daß öffentliche Versammlungen abgehalten werden dürfen. Alle entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen, insbesondere die Verordnung vom 12. Juni 1832, sind und bleiben aufgehoben. (Schw. M.)

Italien.

(Mailand, den 31. März.) Der Kern der großen österreichischen Armee unter Radetzky, nun auf etwa 10 bis 12,000 Mann reducirt, ist in vollem Rückzuge; Crema und Soncino sind schon von ihm verlassen, und es scheint, daß er, da er sich nicht mehr unter die Mauern von Brescia oder Mantua wagen darf (?), die Kommunalstrasse über Verola und Manerbio eingeschlagen habe, um auf dieser das seit 30 Jahren von den österreichischen Truppen studirte Terrain von Montechiaro zu erreichen und dort die letzte Probe abzulegen, ob er der Held ist, als den er sich selbst gepriesen. Es ist außer Zweifel, daß es zwischen dem Oglio, Mincio und Adda, nämlich zwischen Brescia, Mantua und Verona zum entscheidenden Zusammenstoß kommen muß. Der Rest der österreichischen Truppen ist abgemattet, hungernd und muthlos; kein Soldat gehorcht sobald es sich darum handelt durch Städte zu ziehen, denn sie fürchten die Dachziegel und Steine aus den Fenstern mehr noch als die Kanonen! (A. A. Z.)

(Chur, 1. April.) Mailänder Briefe vom 30. März versichern, daß Radetzky'sche Corps sey auf dem Rückzuge gegen Verona concentrirt, aber von allen Seiten von Lombarden und Piemontesen verfolgt. Carl Albert mit seinen 2 Söhnen an der Spitze von 30,000 Mann mit 50 Kanonen marschire gegen Verona. Die Mailänder behaupten viele Gefangene aller Classen zu haben, nebst Waffen ɛc. Como allein hat 1400 Gefangene, 5 Todte unter den Bürgern, an Soldaten 30 Todte und 60 Verwundete. In Bergamo ist die Zahl der Gefallenen nicht bedeutend. Die Gräuelthaten der Croaten bestätigen sich so ziemlich. Zu was die Lombardei sich entschließen will? Bis zur Stunde war keine Entscheidung gefaßt. Modificationen im Zollsystem werden unsrer Schweiz von großem Vortheil seyn. (Augsp. Allg. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Die Verstärkung der königl. Landwehr durch freiwilligen Eintritt betr.)

Sonntag den 9. April Vormittags ½11 Uhr

hat sich die bei dem kgl. Landwehr-Regimente für die Dauer des Bedürfnisses zur Verstärkung freiwillig gemeldete Mannschaft,

in der ehemaligen Katharinen-Kirche

einzufinden, wo ihre Verpflichtung, sowie auch die Wahl der zu besetzenden Chargen stattfinden wird.

Die den Freiwilligen zugesicherten Gewehre sind Donnerstag, Freitag und Samstag gegen Liquidation auf der diesseitigen Regiments-Kanzlei, L. Nro. 191 der Adlerstrasse, in Empfang zu nehmen.

Nürnberg, den 4. April 1848.

Kgl. Landwehr-Regiments-Commando.

Clericus,
Oberst.

Lehnhard,
Actuar.

Verein für prunklose Beerdigungen.

Die Beerdigung der Freifrau Therese v. Holzschuher, geborne Freiin v. Harsdorf, findet am Freitag den 7. d. M. Vormittags 9 Uhr auf den St Johannis-Kirchhofe statt. Die Leichenbegleitung versammelt sich im Hause S. Nr 486 am Albrecht-Dürersplatz.

Beerdigungs-Anzeige.

Die Beerdigung des Herrn Adam Treiber findet heute Donnerstag den 6. d. Nachmittags ½3 Uhr statt, was hiemit angezeigt wird.

Frage und Bitte.

Der Wetterfisch in Nro 95 d B sucht seine Unkenntniß zu beschönigen, indem er seine nichtige Vertheidigung an die s. g. wunderschönen Länder richtet, in deren Grenzen er längst verachtet ist. Da aber unser zahnlose Denunciant durchaus keine Denunciation begangen haben will, so stellt Einsender an das resp. Publikum folgende Frage:

Ist es keine Denunciation, wenn vulgo Wetterfisch einem Skribenten ein zu authographirendes Blatt, welches die Flucht gewisser Gutsbesitzer und Amtsleute aus dem Oberlande belächelt, und sich über die freie Jagd ausspricht, übrigens ganz naiver Natur ist, wenn nicht etwa die Zusätze des Denuncianten erschwerend sind, einer hiesigen hohen Behörde in aller Hast vorlegt, um gegen den in Frage stehenden Verfasser Untersuchung einzuleiten, oder gar in Kettenstrafe zu bringen!, und dadurch Weib und Kinder unglücklich zu machen?

Man bittet das resp. Publikum, in diesem Blatte gefälligst zu beantworten, ob vorliegender Fall eine Denunciation sey oder nicht? und ob ein solcher Denunciant, der in einem öffentlichen Amte fungirt, noch eine Achtung verdient? worauf man sogleich den Namen dieses gefährlichen Denuncianten, der schon früher einen Kollegen denuncirte, welcher deshalb 3 Monate suspendirt war, zur Kenntniß des Publikums bringen wird. Denunciant kennt den Einsender jenes Artikels gar nicht einmal persönlich, und letzterer findet es höchst überflüssig, sich deshalb wegen Anspielung auf Unbescholtenheit ɛc. einem Denuncianten gegenüber zu vertheidigen, indem es Schade für die Druckerschwärze ist, die man hiezu verbrauchen würde.

Dixi.

Für Augenkranke.

In der Heilanstalt des Unterzeichneten werden fortwährend Augenkranke aufgenommen. Es geht daher hiemit an Alle, welche sich einer Augenkur unterziehen wollen, insonderheit an diejenigen, welche für operative Behandlung bereits angemeldet und vorgemerkt sind, die geziemende Einladung, sich bei der bereits eingetretenen günstigen Jahreszeit recht bald und zahlreich dahier einzufinden. Wie im vergangenen Jahre, so wird auch heuer die Anstalt beflissen sein, die möglichen Wünsche zu befriedigen. Ebenso wird, wie bisher, den weniger bemittelten Augenkranken, welche sich mit Unterstützung und auf Veranlassung von ihren Gemeinden oder anderen Korporationen an die Anstalt wenden, stets bereitwillige Aufnahme und gegen verhältnißmäßige Vergütung der Verpflegungskosten die ärztliche Behandlung gratis zu Theil werden. Im Uebrigen behält es sich die Anstalt vor, demnächst von ihrem Wirken öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Nürnberg, Ende März 1848.

Dr. Kreitmeir,
prakt. u. Armenarzt für Augenkranke
der Stadt Nürnberg. S. 672.

Einladung.

Die Stadtwehrmänner werden ersucht, sich Donnerstag den 6. April Nachmittags 1 Uhr im Katharinensaale einzufinden.

Nürnberg den 5. April 1848.

Empfehlung.

So eben empfing ich eine Parthie ganz alter

ächter Havanna-Cigarren,

die ich um den billigen Preis von fl. 25 per Mille geben kann und halte ich mich damit, so wie mit einer großen Auswahl ächter Havanna Cigarren in feineren Sorten zur geneigten Abnahme bestens empfohlen.

Carl Otto Müller,
zunächst der Deutschhaus-Caserne.

Haus- und Käufelei-Verkauf.

Ein im besten Zustand sich befindliches Haus nebst der darauf haftenden realen Käufelei ist täglich aus freier Hand zu verkaufen durch

Joh. Christ Vogel, Bindergasse
Nro. 566.

Spezerei-Geschäft- u. Haus-Verkauf.

In der Nähe von Nürnberg, an einer sehr frequenten Landstrasse, ist ein im besten Betrieb stehendes Spezerei-Geschäft mit Wohnhaus, Nebenhaus, Stallungen, Brunnen und Hofraum, Gemeinderecht, Wurzgarten, nebst 5 Tagw. Feld und Wiesen, alles im besten Zustand sich befindend, täglich aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Briefe oder mündliche Anfragen

Joh. Christ. Vogel, Bindergasse
Nro 566.

Erwiederung

auf die in der Mittelfränkischen Zeitung vom 1 April enthaltene Anfrage, im Betreff des 10tägigen Holzabfuhrtermins im Revier Feucht, wollen die Anfrager die Antwort in der hierauf bezüglichen magistratischen Verordnung vom 30. März 1839 sich selbst zu gewinnen suchen

(Pferd-Verkauf.) Ein fehlerfreies Pferd, Farbe Fuchs, sowie ein Whisky, ein- und zweispännig zu gebrauchen, ferner ein Holzwagen, einspännig, mit eisernen Axen, nebst Chaisen- und Wagengeschirr ist zu verkaufen.

Empfehlung.

Mein wohlassortirtes Lager von Strohhüten mit und ohne Ausputz, nach neuester pariser Façon, so wie Hauben, Chemisetten ɛc. empfiehlt zur geneigten Abnahme

Salie Friedberger,
obere Königstraße, Nro. 391, in Fürth.

Musicalischer Verein.

Donnerstag, den 6. April d. Js

Produktion im Saale der Rosenau.

Anfang Abends 8 Uhr.

Der Vorstand.

(Kapital-Verleihung.) Auf erste Hypothek eines hiesigen Hauses sind fl. 2000—2200, am liebsten im Ganzen, zu verleihen.

(Gesuch.) Eine Köchin, die sich auch willig anderen Hausarbeiten unterzieht, wünscht bis nächstes Ziel bei einer stillen Familie oder einzelnen Dame Unterkunft.

(Gesuch.) Ein gewandter Kellnerbursche der schon in einer Wirthschaft diente, wird gesucht.

Steindruck-Schnellpresse-Verkauf.

Ich beabsichtige meine Steindruck-Schnellpresse, ohne oder mit meinem Königl Privilegie, zu verkaufen. Dieselbe liefert täglich 5 bis 6 Ries Drucksachen im Bogenformat, wie z. B. Bilderbögen, Tabellen, Etiquetten u. dgl.

Th. Schrader in Steinbühl.

(Literatur.) Im Unterzeichneter ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Lasset euch nicht verführen durch vergebliche Worte.

Predigt über die ordentliche Epistel, Eph. 5, 1—9, gehalten am Sonntag Oculi den 26. März 1848 von

Konrad Rüdel,
luther Pfarrer an St. Peter.

Auf vielseitiges Verlangen gedruckt. gr 8. de Preis 3 Kreuzer.

(Vorstehende Predigt wird auch vom Herrn Verfasser abgegeben.)

Joh Phil. Raw'sche Buchhandlung
in Nürnberg.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 6 April. Zum erstenmal: „Müller und Miller." Schwank in 2 Akten von Alexander Elz. Hierauf: „Die Komödie aus dem Stegreif" Lustspiel in 1 Akt von Jünger. Herr Schütz vom Augsburger Stadttheater den „Johann" als Gast.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. †† (Nürnberg, 5. April.) Seit gestern herrscht unter unserer gesammten Einwohnerschaft eine ungemeine Aufregung, da es bekannt geworden ist, daß die Kanonen der Landwehr, die aus den Mitteln der Bürgerschaft angeschafft wurden, von ihrem bisherigen Aufenthaltsort in den Räumlichkeiten des städtischen Bauamtes in das königliche Zeughaus gebracht werden sollten. Diese Aufregung erklärt sich auf eine ganz natürliche Art daraus, daß die Kanonen, im Fall die Bürger davon Gebrauch zu machen gezwungen würden, erst gleichsam aus dem überwachten Zeughause erobert werden müßten, während sie jetzt unter der Obhut ihrer Eigenthümer sich befinden. Wir haben Beispiele aus andern Städten vor Augen, die uns den Besitz von Waffen, namentlich von so Ausschlag gebenden, wie Kanonen, sehr theuer machen, wir wollen daher diesen Besitz uns mit aller Kraft bewahren. Heute ist der am städtischen Bauamt versammelten Menge mitgetheilt worden, die Ordre sey zurückgenommen worden, die hoffentlich nicht wieder ertheilt werden möchte, da entschiedene Demonstrationen gegen derartige Maßregeln die Folge sein würden, daher alle Ruhestörungen auf die Rechnung derjenigen zu setzen wären, welche sich solche Taktlosigkeiten zu Schulden kommen lassen. Schließlich dürfte noch die Frage am Platze sein, von wem denn eigentlich diese verhaßte Ordre ausgegangen sey? Fast unmöglich erscheint es uns, daß dieselbe als Eigenmächtigkeit des Landwehrreg mentskommando's mit Grund angesehen werden kann und eine baldige Aufklärung des casus fatalis wäre sehr zu rathen.

** (Nürnberg, den 5. April.) Unser kgl. Zeughaus wurde gestern stark in Anspruch genommen, da von Bamberg, Erlangen und Altdorf Beaufstragte zur Erlangung von Waffen für die Volkswehren sich hier befanden. — Soeben erfahren wir, daß dem hiesigen Landwehrregimentskommando schon vor drei Wochen der Befehl zugegangen sey, die Kanonen dem kgl Zeughaushause zu übergeben. Diesem Befehl wurde jedoch wegen verschiedener Ursachen nicht Folge gegeben. Da aber nach der Vereidigung des Militärs auf die Landesverfassung der Befehl das Bedenkliche seines Wesens verloren, indem Militär und Landwehr nun gemeinschaftlich die Volksrechte aufrecht zu halten verbunden sind, und demnächst 5000 Gewehre an die Landwehr für die Freiwilligen abgegeb n werden, so glaubte das Regimentskommando, dem obigen Befehle unbedenklich nachkommen zu dürfen. Die Ordre in Bezug auf die Kanonen wurde wie bekannt wieder zurückgenommen.

Freie Städte. (Frankfurt, 3. April.) Heute Nachmittag nach 4 Uhr wurde die Versammlung der deutschen Abgeordneten geschlossen, und zwar mit einer sehr wohlgemeinten Rede Mittermaier's, nachdem vorher verschiedene Hoch's ausgebracht und verkündet worden war, daß die Namen der Mitglieder des permanenten Ausschusses erst morgen früh bekannt gemacht werden würden. Wichtigeres aber ergab sich heute in Folgendem: Der Bundestag hat in seiner seitherigen Form aufgehört, und reorganisirt sich nun. Mittermaier hatte sich aus der Versammlung zu dem Grafen Colloredo begeben, und alsogleich nahm die Bundesversammlung die Ausnahmsgesetze zurück, und viele Bundestagsgesandte, auch der preussische, Graf Dönhoff, ihren Abschied. Die republikanische Partei erschien hierauf vor 1 Uhr wieder in der Versammlung, und wurde mit lebhaftem Hoch empfangen, dem Hecker durch eine feurige Rede auf Deutschlands Einheit antwortete. Die Versammlung hat heute ferner beschlossen, daß es der konstituirenden Versammlung überlassen bleibe, über ihre Stellung zu den Regierungen (über die deutsche Regierungsform) zu bestimmen; dies ist ein wichtiger Beschluß. Als der Zug der Abgeordneten sich aus der Kirche zum Auseinandergehen nach dem Roßplatze begab, begleitete ihn endloser Jubel. Die Abgeordneten vereinigten sich heute nochmals auf der Mainlust. — Die r.publikan. Partei ist nun vorerst befriedigt und hat allerdings einen Sieg davongetragen. Man ist nun auf den weitern Gang der Dinge gespannt. Frankfurt wird höchst wichtig. (N. W. Z.)

Oesterreich. (Prag, 26. März.) Die meisten der in Prag anwesenden Gutsbesitzer sandten fünf aus ihrer Mitte mit einer Petition hinsichtlich der Robotablösung an den Kaiser. Sie wünschen 1) gesetzlich gebotene Ablösung der Robot. 2) Bestimmung des Ablösungspreises der jährlichen Leistung mit möglichster Erleichterung für die Unterthanen durch ein für jedes Dominium aufzustellendes Schiedsgericht, das zur Hälfte von den Unterthanen, zur Hälfte von der Obrigkeit gewählt würde, mit einem von der Regierung bestimmten Obmann. 3) Zurückführung dieses Preises auf ein Capital, mit welchem die Obrigkeit mittelst vom Staat garantirter verzinslicher Obligationen entschädigt würde. 4) Deckung dieser Staatsschuld sammt Zinsen mittelst billiger Annuitäten, welche durch den Unterthan im Wege der Steuer an den Staat entrichtet werden. Man bemerkt, daß die Gutsbesitzer klug genug sind, sie wollen die Eintreibung der Schuld dem Staat auflasten. Nun ist aber schon oft der Fall vorgekommen, daß die Bauern jede Ablösung von sich weisen, weil sie glauben, die Robot müsse bald ganz von selbst aufhören. Was ist da zu thun? Man sieht, wie schwierig die verspätete Lösung eines durch Jahrhunderte eingewurzelten Mißverhältnisses ist, das vor einigen Jahren, vor den galizischen Ereignissen, glücklich aufgehoben werden konnte. „Zu spät! zu spät!" das ist jetzt der Grund so vielen Unheils. (A. A. Z.)

(Prag, den 28. März.) Die Antwort auf die Petition befriedigte nicht, besonders die Studenten nicht, welche eine augenblickliche Lern- und Lehrfreiheit erwartet hatten. Obwohl der Monarch eine Constitution gegeben und daher die Verbesserungen durch den Reichstag zu Stande kommen müssen, so verlangt man doch schnelle Maßregeln durch Machtworte. Vielleicht traut man nicht den freilich zu erweiternden Ständen, von denen die Constitution ausgehen soll, und wahrscheinlich unsere Stände haben uns niemals Anlaß zum Vertrauen gegeben! Die Studirenden beschlossen die vorbereitete Beleuchtung zu verhindern. Sie zogen durch alle Straßen unserer weitläufigen Stadt und wo ein Licht vor dem Fenster aufzuleuchten begann, erschell der Ruf: ausgelöscht! Geschah dieß so wurde applaudirt, im entgegengesetzten Fall schlug man die Fenster ein. Ich ging durch die Stadt, sie bot einen unheimlichen Anblick, überall durch die Gassen sich drängende Massen, flüsternde Gruppen, die meisten Häuser selbst im Innern unbeleuchtet, auf dem großen Ring tönten dumpfe Trommelwirbel wie bei Leichenbestattungen. Um die Aufregung, besonders der Studirenden, zu beschwichtigen gab der Oberstburggraf heute provisorische Lehr- und Lernfreiheit, reiste nach Wien ab und sagte, er wolle, wenn dieß nicht bewilligt würde, abdanken. Ueberhaupt sieht es heute sehr unheimlich aus. Viele Läden sind geschlossen, alle Augenblicke beängstigende Gerüchte. Die Deputirten soll man gestern mit Vorwürfen überschütten haben. Heute schlossen die Bürger die Stadtthore und ließen nur die Seitenthüren offen. Man hörte daß große Militärmassen sich in der Umgegend sammeln, so daß mancher Bauer 18 Mann Einquartierung hat, man will dem Militär durchaus den Eingang in die Stadt verwehren. Dazu kommen die argen Nachrichten aus Italien. Wie soll das alles enden? (A. A. Z.)

Preussen.* (Berlin, 2. April.) [Landtags-Verhandlungen.] Nachdem der Landtagsmarschall Fürst zu Solms die Sekretäre ernannt, stellte der Fürst Lichnowski den Antrag auf Berathung einer Adresse, welcher fast einstimmig angenommen wurde. Der fernere Antrag, sofort eine Kommission niederzusetzen, welche den Adreßentwurf abzufassen und sogleich vorzulegen habe, wurde von den Ageordneten von Meding, Milde und Knschke unterstützt, und ebenfalls fast einstimmig angenommen. Der Landtagsmarschall ernannte hierauf zu Mitgliedern der Adreßkommission die Abgeordneten v. Beckerath, Fürst Lichnowski, Grabow, v. Vincke, Graf Düren, v. Bardeleben, Mewissen, Kühlwetter, v. Podworowski und Graf Helldorf. Die Sitzung wurde ausgesetzt. Nach Verlauf einer Stunde, um 2 Uhr kehrte die Kommission in den Saal zurück, deren Vorsitzender v. Vincke anzeigte, daß die Kommission dem von dem Referenten v. Beckerath verfaßten Adreßentwurf einstimmig beigetreten sey. Der Referent trug hierauf die Adresse vor, deren Inhalt im Wesentlichen dahin ging: Der Landtag sey in einem Augenblicke versammelt worden, wo das deutsche Volk, welches lange in Zersplitterung und Unfreiheit gelebt, sich in nationaler Kraft erhoben habe. Preußen wolle nur ein Glied des deutschen Gesammtvaterlandes seyn, für dessen ferneres Gedeihen die Freiheit die Grundlage bilde. Diese werde in Preußen, durch die Institutionen gesichert, deren praktische Verwirklichung im Werke sei. Die künftige Verfassung werde sich als eine wahre Repräsentation des Volks erweisen. An ihrer Durchführung habe der Landtag mitzuwirken, der für jetzt noch das gesetzmäßige Organ des Landes sei. Der König habe durch die Märzpatente schöne Zusicherungen gemacht, welche der Landtag dankbar annehme. Indem derselbe zur Berathung desselben übergehe, stehe ihm nicht blos seine gesetzliche Befugniß, sondern auch der unzweideutige Wille des Volkes zur Seite. Das Volk wolle mit seiner Geschichte nicht brechen. Es wolle auf dem Wege des Gesetzes fortschreiten, und wolle, daß die Freiheit Hand in Hand mit der Ordnung herrsche. Das Volk und das Heer seien nicht zwei getrennte Elemente; sie seien Eins, und in beiden hätten sich Heldenherzen bewährt. (Allgemeines Bravo.) Nachdem der Redner dem Adreßentwurfe noch wenige Worte hinzugefügt, in denen er der Regierung wie den Ständen namentlich die Wiederherstellung der Ordnung und des innern Friedens zur heiligsten Pflicht macht, erhob sich der Graf Arnim, um der Versammlung über die jüngsten Ereignisse und über das Verfahren, welches das unter seiner Leitung stehende Ministerium den Ereignissen gegenüber eingehalten, Rechenschaft abzulegen. Der Redner äußerte: Am 18. März früh habe der König die Proclamation erlassen, worin die constitutionelle Verfassung auf den in der Proclamation angegebenen Grundlagen zugesichert werde. Am 19. März Mittags habe das unter seiner Leitung stehende Ministerium auf Grund dieser Principien sein Amt angetreten Was bis zu dieser Stunde geschehen habe dieses Ministerium nicht zu verantworten. Dasselbe habe namentlich drei Grundsätze als leitend hingestellt; nämlich 1) daß das constitutionelle System aufrichtig und wahr angenommen werden, 2) daß dieses System offen und fest in seinen wahren Consequenzen verfolgt werden, und 3) daß man nicht hinter den Ereignissen zurückbleiben, sondern ihnen vorangehen müsse. Er wolle jetzt noch sagen, weshalb so bald eine Aenderung in dem Ministerium eingetreten. Er müsse zunächst die Behauptung abweisen, als ob er aus Verzweiflung an der Dauer der Zustände oder aus Furcht vor dem Urtheile des Landes sich von der Spitze des Ministeriums zurückgezogen habe. Sein Augenmerk sei gewesen, ein möglichst homogenes Ministerium zur Wahrung der Ordnung zu Stande zu bringen. Um ein solches zu schaffen, sei ihm seine eigene Person als ein Hinderniß erschienen, indem er dem frühern System gedient habe! Nachdem der Beschluß, daß die Berufung des Landtags zur Berathung der künftigen Verfassung erfolgen solle, gefaßt worden und somit eine Garantie für die gesetzliche Entwickelung der Zustände gewonnen sey, habe er es für den rechten Augenblick erachtet, auszutreten, um den Männern Platz zu machen, welche er gegenwärtig allein für fähig halte, Kraft, Vertrauen und Ordnung in der Nation aufrecht zu erhalten. Er werde diesen Männern seine volle Unterstützung angedeihen lassen, und er werde auch künftig bereit seyn, falls man seiner wieder bedürfen solle, auch an anderer Stelle den Interessen des Vaterlandes zu dienen. Er müsse nochmals wiederholen, daß es nicht im mindesten Verzweiflung an dem jetzigen Gedeihen der Dinge sey, zu welchem er die vollste Hoffnung hege, was ihn zu seinem Rücktritt bewogen habe.

Nach diesen von großem Beifall wiederholten Worten erhob sich der Minister Camphausen und äußerte: „Die Wirksamkeit des Grafen Arnim in der gefahrvollen Zeit habe seine ganze Hochachtung und Bewunderung erworben. Der Graf habe in dem Drange der wogenden Ereignisse einen Muth bewiesen, der nicht genug anerkannt werden könne. Auch er habe muthig sein schweres Amt in dem Berufe, dem Vaterlande zu dienen, angetreten, unterstützt von seinen muthigen Kollegen vertraue er, daß die Gefahren des Augenblicks glücklich abgewendet und Preussen aus den Bedrohlichkeiten der Gegenwart glänzend hervorgehen werde. Die Abg. v. Bismark und v. Thadden sprachen sich gegen den Adreßentwurf aus. Der Letztere wollte erst durch die bestehenden Gesetze Ordnung hergestellt wissen, ehe zur Neugestaltung der Verfassung geschritten würde. Die Adresse wurde hierauf fast einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig entschied sich die Versammlung auf die Frage, den Entwurf des Wahlgesetzes in vereinigten Kurien zu berathen. Der Landtagsmarschall ernannte sofort

die Kommission zur Vorberathung dieses Gegenstandes, worauf auf den Antrag des Abg. Milde zugleich auch die Kommission zur Vorberathung des Entwurfs über die Grundlagen der Verfassung niedergesetzt wurde. Demnächst erfolgte um 3 Uhr der Schluß der Sitzung, nachdem die nächste Sitzung auf den 4. April angesetzt ist. (D. A. Z.)

(Posen, den 30. März.) In einem mit großer Theilnahme für die polnische Nationalität geschriebenen Aufsatze „Was der Augenblick fordert", spricht der Posener Correspondent der Berliner Zeitungshalle seine Meinung in Folgendem aus: Ein Fortdauern dieses (provisorischen) Zustandes bringt unvermeidlich den Kampf zwischen Polen und Deutschen zum Ausbruch. Niemand würde darüber mehr frohlocken, als die Russen; aber dem neu erstarkten Willen des deutschen Volkes würde dadurch auf das Greulste Hohn gesprochen. Man will Polens nationale Freiheit, so gebe man ihm auf der Stelle eine durchaus national-polnische Regierung! man ziehe die deutschen Beamten sogleich zurück und helfe den Polen, wie sie selbst es verlangen, ihre Truppen organisiren. Die Grenzkreise der Provinz (z. B. vom Bromberger Regierungsbezirk namentlich den großen Netzdistrikt, im posener Departement den birnbaumer, meseritzer, bomster und zum großen Theil auch den fraustädter und kröbener Kreis u. s. w.) die ausschließlich oder vorherrschend von Deutschen bewohnt sind, löse man augenblicklich vom Großherzogthum los. Es hieße die in ganz Europa mit Blut besiegelte Idee der freien Nationalität wieder verrathen, wenn die Deutschen jene Landstriche von Deutschland losreißen ließen, wenn die Polen sie für sich verlangten. Denn es soll fortan keine Territorialgrenzen mehr, es soll nur noch Völkergrenzen in Europa geben. (Bresl. Z.)

(Schildberg, (Großherzogthum Posen) 30. März, Abends 9 Uhr.) Während ich diese Zeilen schreibe, ist der nächtliche Himmel in südöstlicher und südlicher Richtung von hier aus geröthet: herrschaftliche Dominien stehen in Flammen. Am 28. hatten wir Abends dasselbe Schauspiel nach S. W. zu: — am Tage aber erschrecken uns die flüchtenden Gutsbesitzer und resp. Estaffetten, die von den Dominien hier her eilten, Hülfe zu erflehen. — Die Bauern sind in vollem Aufstande; überall bedrohen sie das Leben und Eigenthum der Gutsherren, und bezeichnen ihren Weg durch Plünderung und Verwüstung. Wenn die Bedrohten bisher nicht durch die Flucht ihr Leben gesichert hätten, so würden wir schon die blutigsten Ereignisse erlebt haben. In den Tagen vom 28. bis jetzt sind sieben Edelhöfe geplündert und drei in Asche gelegt! (Bresl. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, den 29. März, Abends.) So eben treffen Reisende aus Kopenhagen und Hadersleben hier ein, deren Mittheilungen zufolge die Stadt Hadersleben am 29. d. Mittags von den Odenseer Dragonern und den in Ryberg garnisonirenden Jägern mit etwa 1400 Mann besetzt worden ist. Die Ursache ist angeblich, weil Apenrade von deutschen Freischaaren geplündert wäre. Es scheint, daß man solche Gerüchte muthwillig dort über deutsche Freischaaren oder unsere Freiwilligen verbreitet, denn die Stadt Ribe (Ripen) ist völlig verbarrikadirt. Der Oberstlieutenant v. Krohn hat deshalb gestern nach der Stadt Apenrade, die vollkommen ruhig und unbesorgt ist und wo fast von jedem Hause herab das deutsche Banner weht, von Flensburg aus Militär abgesandt. In Hadersleben hat man von den dortigen Männern, die bisher unablässig für die schleswig-holsteinische Sache gekämpft, den Dr. Marcus festgenommen; Dr. Meier und Andere flüchteten sich noch zur rechten Zeit. Eine Suspension des Amtmanns ist nicht eingetreten; der Bürgermeister Lasser war nur wenige Stunden von seinem Amte durch die Bürger removirt. (Wf. Z.)

Aus einem Privat-Schreiben von der Eider, 31. März. Wir hören hier in diesem Augenblick (2 Stunden von Kiel) aus der Gegend von Schleswig oder Eckernförde starkes Kleingewehrfeuer mit Kanonenschüssen untermischt. Gestern traf hier die Nachricht ein, (welche jedoch noch der Bestätigung bedarf,) daß das Kriegsdampfschiff Hekla, welches in Flensburg die Filialbank abholen wollte, dort von dem Kieler Studentenkorps und einem Jägerbataillon erobert worden ist. (Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 1. April.) [Rücksichtlich der deutschen Legion.] „Eine Art panischer Schrecken hat sich in Deutschland verbreitet. Ueberall sucht man dem Gerüchte Eingang zu verschaffen, daß in Paris eine Arbeiterarmee zu einem Einfalle nach Deutschland organisirt werde. Man schätzt ihre Zahl fabelhaft. Es handelte sich um nichts Geringeres als um eine Armee von 60,000 Mann, die unter den Auspizien der Provis. Regierung bis an die Zähne bewaffnet in geregelten Etappen, mit schwarz-roth-goldnen Fahnen versehen, unter dem Absingen der Marseillaise über Metz oder Straßburg dem Rheine zumarschiren. Die deutschen Regierungen haben ihr Bedenken rücksichtlich dieser republikanischen Propaganda ausgesprochen; die Eigenthümer verrathen Angst vor den Einfällen und den Exzessen einer solchen Invasion des Kommunismus. In einigen süddeutschen Staaten hat man sich bereits gegen sie bewaffnet und so viel wir hören, ist der Enthusiasmus für die franz. Republik durch dergleichen Nachrichten jenseits des Rheins bedeutend geschwächt worden. Aber diese Gerüchte sind übertrieben. Das Wahre an der Sache ist, daß eine Menge deutscher Arbeiter brodlos wurden und sich genöthigt sahen, in ihre Heimat zurückzukehren. Der deutsche Dichter Herwegh und mehrere andere hier lebende deutsche Patrioten benutzten diesen Umstand und ließen Proklamationen an die Straßen-Ecken schlagen, in denen sie das Pariser Volk um Waffen und Geld baten. Zusammenkünfte in den weniger besuchten Gegenden von Paris wurden gehalten und einzelne Abtheilungen durchzogen mit ihrer vaterländischen Fahne, deutsche Lieder singend, an einigen Sonntagen die Straße. Die provisorische Regierung hat jedoch nicht nur den Deutschen, sondern auch den Belgiern, Polen und Savoyarden Waffen und Geld verweigert. Sie ist daher um so mehr erfreut sich merkwürdigerweise gerade in dem Augenblicke von ihnen des Verraths an der Republik angeklagt zu sehen, wo ihr die deutschen Regierungen eine Verletzung des internationalen Rechts ihrerseits vorwerfen. Die Wahrheit des Gesagten wird sich übrigens bald herausstellen. Herr v. Lamartine hat beim Empfange der Polendeputation im Stadthause jeden Antrag auf Waffenertheilung abgewiesen. Da er dieß den Polen gegenüber, deren Nationalität hergestellt zu sehen, Frankreich ein so großes Interesse hat, that; um wieviel mehr Grund hatte er nicht sie auch den Deutschen, die jetzt das Joch ihrer absoluten Fürsten ohnedieß gebrochen, zu verweigern? Die provisorische Regierung hat in der That bereits eine Untersuchung einleiten lassen, um zu ermitteln, wer der belgischen Legion (ebenfalls aus brodlosen Arbeitern bestehend) Waffen ꝛc. geliefert. Möge sich Deutschland versichert halten, daß Frankreich weder materielle Eroberungen, noch an eine Propaganda mit bewaffneter Hand zu machen gedenkt. Seine Ideen haben mehr Einfluß auf die Welt als die Macht der Bajonnette. Ein Monat voll solcher Wunder, wie ihn Europa bis heute durchlebt, beweist dies zur Genüge. Wollen die Völker deren noch mehr, so bedarf es hiefür sicher nur ihres Willens — keines Zwanges.

Schweiz.

(Aus der Schweiz, den 31. März.) Das neue Bundeswerk soll vor allem enthalten: 1) die Revision des Bundes nach einer zu bestimmenden Zeitfolge, 2) die Souveränetät des Schweizervolkes, 3) der ungeschmälerte Fortbestand der Kantone, 4) Gleichheit aller bürgerlichen Rechte, 5) Vereinsfreiheit, 6) Preß- und Redefreiheit, 7) Glaubensfreiheit, 8) allgemeines Schweizer Bürger- und Niederlassungsrecht. Diesen Anforderungen wird wohl auch die Schweiz nicht entgegen stehen können. (Frkf. O.-P.-Z.)

Bekanntmachung.

Auf Anrufen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen des Schuhmachers Joseph Beck von Obermäßing, wie solches nachstehend näher beschrieben und gemäß gerichtlicher Schätzung vom 10. Novemb. v. Js auf die Summe von 3060 fl. gewerthet ist, dem öffentlichen Verkaufe an den Meistbietenden unterstellt, und hiezu Termin auf

Donnerstag den 27. April l. Jrs., Nachmittags 2—4 Uhr,

und zwar im Brauhause zu Obermäßing anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Hinschlag nach §. 64 des Hyp.-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 der Proz.-Novelle vom 17. Novemb. 1837, jedoch nicht unter dem Schätzungswerthe stattfindet, und dem Gerichte unbekannte Kaufslustige sich über Leumunds- und Vermögensverhältnisse durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Beschreibung des Anwesens.

Das sogenannte Grünschustergütl

Gebäude. Pl.-Nro. 31 a. Wohnhaus, Scheune, Stall, Backofen, 2 Schweinställe und Hofraum zu 0, 07 Dez., Werth . . . . 1200 fl.
Pl.-Nro. 31 b Grasgarten, 0, 31 Dez., Werth . . . . 100 fl.
„ 610. Krautwiese, zweimädig, zu 3, 32 Dez., Werth . . . . 450 fl.
„ 620. Schmalwiese, zweimädig, 0, 79 Dez., Werth . . . . 75 fl.
Gemeindrecht zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen, Werth . . . . 25 fl.
Pl.-Nro. 1116. Acker am Dumshirn, 0, 29 Dez., Werth . . . . 25 fl.
„ 1338. Acker am Mittelspan, 0, 60 Dez., Werth . . . . 80 fl.
„ 782. Waldung am Sauacker, 0, 63 Dez., Werth . . . . 50 fl.
„ 355. Leimgrubenacker, 1, 78 Dez., Werth . . . . 150 fl.
„ 847. Acker hinter dem Angergarten, 0, 98 Dez., Werth . . . . . . 50 fl.
„ 1183. Stablmegacker, 1, 03 Dez., Werth . . . . 200 fl.
„ 1284 a. Untergrabenacker, 1, 40 Dez., Werth . . . . 100 fl.
„ 1284 b. Oedung der tiefe Graben, 0. 22 Dez., Werth . . . . 5 fl.
„ 483. Sauacker, 0, 77 Dez., Werth . . . . 100 fl.
„ 796 Angeracker, 1, 00 Dez., Werth . . . . 150 fl.
„ 1621. Acker am Sand, 1,17 Dez., Werth . . . . 75 fl.
„ 1206. Bergwiesenacker, 0,81 Dez., Werth . . . . 150 fl.

Steuergemeinde Untermäßing.

Pl.-Nro. 152. Acker am Kreuzfeld, 0,53 Dez., Werth . . . . 75 fl.

Beilngries, am 22. Febr. 1848.

Königl. Landgericht Beilngries.

Der Kgl. Landgerichts-Verweser.

Häckl.

v. Jauner.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. April 1848. № 98 Freitag: Egesippus.

Deutschland.

Bayern. (München, den 5. April.) Soeben geht uns der vom 31. März datirte voluminöse längst erwartete Armeebefehl zu. Wir entnehmen demselben Folgendes: An mein Heer! Bei dem Erlasse Meines ersten Armee-Befehles ist es Meine vorzügliche Sorge gewesen, daß den alten würdigen Officieren die verdiente Ruhe und Anerkennung zu Theil werde. Ich wünsche, daß sie im lohnenden Bewußtseyn treuer Pflichterfüllung sich lange derselben erfreuen mögen. Der Name dieser Tapfern wird ehrenvoll fortleben im Heere, ein schönes Vorbild der Nacheiferung für die jüngeren Offiziere; möge der kriegerische Sinn, die erprobte Anhänglichkeit dies r Veteranen sich fortpflanzen auf das neue Geschlecht. Das Heer wird sich verjüngen, kräftig wird es erstehen, um so in jeder Beziehung tüchtig, allen Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen zu seyn. Ernst ist d e Zeit, ernsten Tagen gehen wir entgegen. Das Heer schaare sich in alter angestammter Liebe und Treue um seinen König, eingedenk entfernterer wie näherer ruhmvoller Vergangenheit, wo dasselbe im Drange sturmbewegter Tage und der äußersten Gefahr, durch Aufopferung und Heldenmuth mehr als einmal Fürst und Vaterland gerettet hat. Ich weiß, diese Zeiten sind nicht vorüber, dieser Sinn ist nicht e storben, das alte treue Bayernherz ist dasselbe geblieben. Ich weiß, schlägt die Stunde der Entscheidung, so ist ein Jeder bereit, für König und Vaterland freudig Gut und Blut hinzugeben. Als Kronprinz schon war Ich mit Vorliebe dem Heere zugethan, suchte Mich mit seinen Interessen vertraut zu machen, und soweit es die Umstände erlaubten, in nähere Berührung mit demselben zu treten. Jetzt und immer werde Ich dem Heere zeigen, wie werth, wie theuer es Mir ist. Es wird nicht blos seinen obersten Befehlshaber, sondern seinen wohlwollendsten besten Freund in Mir, seinem Könige, finden. Wahres Verdienst, Talent und Tüchtigkeit jeder Art werden den Anspruch zu Beförderung bedingen; der auf der untersten Stufe Stehende kann sich dadurch bis zu der höchsten emporschwingen! Dem festen Vertrauen gebe Ich Mich hin, daß die Offiziere und Militär-Beamten aller Grade, wie auch die verdiente Klasse der Unteroffiziere, für die Ich vorhabe, noch besonders So ge zu tragen, wetteifern werden in gewissenhafter Erfüllung ihrer Pflichten. König, Heer und Nation umschlinge nur Ein Interesse, des theuern Bayerlandes heiligste Güter, Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit zu schirmen und zu erhalten, und so zugleich ein würdiger Vorkämpf r zu seyn in den Reihen unserer deutschen Brüder zu des Gesammtvaterlandes Heil und Frommen!

Ernannt werden: zum Regiments-Inhaber: der Generalmajor und Brigadier der 1. Armee-Division Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Hoheit, zum Oberst-Inhaber des Chev.-Reg. Nr. 1.; zum Flügel-Adjutanten: der Oberstlieutenant Jakob Ritter von Hartmann vom Inf.-Reg. Kronprinz, mit Beförderung zum Oberst, — und der Hauptmann Ludwig Freiherr von der Tann vom General-Quartiermeist r-Stab mit Beförderung zum Major; zum Brigadier der Infanterie: der Generalmajor Leonhard Freiherr von Hohenhausen, Kommandant der Stadt Nürnberg, bei der 1. Armee-Division; zum Gouverneur der Haupt- und Residenzstadt München: der Generalmajor und Brigadier der 1. Armee Division Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Hoheit, mit Beförderung zum Generallieut nant; zu Stadt- und Festungs-Kommandanten: der Generalmajor Johann Damboer, Brigadier der 2. Armee-Division, zum Kommandanten von Neuulm; — die Obersten Karl Freiherr von Pflummern des Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, zum Kommandanten der Stadt Nürnberg, — Eduard Weishaupt des Artil.-Reg. Zoller, zum Kommandanten der Festung Germersheim, — und Friedrich von Winther des Inf.-Reg. Kronprinz, zum Kommandanten der Haupt- und Residenzstadt München, sämmtliche mit Beförderung zum Generalmajor; zum Kommandanten des Kadetten-Korps: der Oberst Moriz von Kretschmann des Chev.-Reg König; zum Präsidenten des General-Auditoriats: der Generallieutenant und Kommandant der 1. Armee-Division, Wilhelm Graf von Ysenburg; zum Chef der Revisions-Abtheilung der 6. Kriegs-Ministerial-Sektion: Der Generalmajor und Kommandant der Haupt- und Residenzstadt München Johann von Kunst, mit Generallieutenants-Charakter: zum Vorstand des Armee-Montur-Depots: der Oberst Franz Bedall des Inf.-Reg. Gumppenberg mit Generalmajors-Charakter; zum Oberzeugwart: der Hauptmann Franz Schönfeßl vom Artil.-Reg. Prinz Luitpold bei der Zeughaus-Verwaltung Augsburg, mit Majors-Charakter: zu Unterlieutenants: Karl Freiherr von Gumppenberg im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Emil Freiher von Wulffen im Inf.-Reg. Kronprinz, — Maximilian Prinz von Turn und Taxis im Chev.-Reg. Taxis, — Clemens Frhr. Schenk von Stauffenberg im Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, — und Karl Freiherr von Freyberg-Eisenberg im Artil.-Reg. Prinz Luitpold: zu Junkern: Sigmund Freiherr von Seckendorf im Chev.-Reg. Herzog Maximilian, — Friedrich Freiherr von Hutten im Kuirassier-Reg. Prinz Karl, — und Ulrich Freiherr von Hutten im Artil.-Reg. Zoller, — Emil Wahl, — Ignaz Körbling, — Maximilian Rauch, — Ignaz von Kern, — Friedrich Fuchs, — August Michell im Ingenieur-Korps;

Befördert werden: zu Generallieutenants und Divisions-Kommandanten: die Generalmajore und Brigadiers Anton Frhr. v. Gumppenberg von der 3. bei der 2., — Wilhelm v. Baligand bei der 1., — und Wilhelm v. Lesuire bei der 3. Armee-Division; zum Generallieutenant und Artillerie-Korps-Kommandanten: der Generalmajor und Brigadier der 1. Armee-Division Prinz Luitpold von Bayern, Kgl. Hoh.; zu Generallieutenants: die Generalmajore Heinrich von der Mark, Verweser des Kriegsministeriums, — dann Franz Frhr. v. Leistner, 1. Adj., — und Christian Frhr. v. Weber, Hofmarschall Sr. Kgl. Hoh. des Feldmarschalls Prinzen Carl von Bayern, beide Letztere im Generalquartiermeister-Stab; zu Generalmajoren und Brigadiers der Infanterie: die Obersten Joseph v. Grebmer des Inf.-Reg. Seckendorf bei der 3., — Anton Ritter v. Prößl des Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen bei der 3., — Adalbert Zottmann des Inf.-Reg. Prinz Carl bei der 2., und Carl Graf v. Verri della Bosia bei der 1. Armee-Division; zu Generalmajoren und Brigadiers der Kavalerie: die Obersten Joseph Frhr. v. Weinbach des Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg bei der 4., und Ferdinand v. Parseval des Cuir.-Reg. Prinz Carl bei der 1. Armee-Division; zum Generalmajor und Brigadier der Artillerie: der Oberst Carl Weishaupt, Vorstand der Zeughaus-Haupt-Direktion, beim Art.-Corps; zu Obersten: die Oberstlieut. Heinrich Delpy von La Roche, Hofmarschall Sr. Kgl. Hoh. des Prinzen Luitpold, — und Anton von der Mark, Adj. Sr. Kgl. Hoh. des Feldmarschalls Prinzen Carl von Bayern im Generalquartiermeister-Stab, — Adam Frhr. v. Harold vom 4 Jäger-Bat. im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Carl Winther vom 2. Jäger-Bat. im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Gottfried Peller v. Schoppershof im Inf.-Reg. König, — Heinrich v. Dufresne im Inf.-Reg König Otto von Griechenland, — Wolfgang v. Ott vom Inf.-Reg. Wrede im Inf.-Reg. Seckendorff, — Jakob Ermarth vom Inf.-Reg. Zand, Referent im Kriegs-Minist, im Inf.-Reg. Kronprinz, — Joseph Naus im Inf.-Reg. Ysenburg, — Carl. Krazeisen vom 1. Jäger-Bat. im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Joseph Weniger vom Inf.-Reg. Prinz Carl im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Carl v. Hailbronner vom Chev.-Reg. König im Chev.-Reg. Leiningen, — Paul von Stetten im Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, — Carl Bienenthal vom Kuir.-Reg. Prinz Adalbert im Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, — Friedrich Frh. v. Völderndorff und Waradein vom Chev.-Reg. Herzog Maximilian im Chev.-Reg. König, — Johann Fels im Chev.-Reg. Taxis, — Vincenz Achner bei der Zeughaus-Haupt-Direktion als Vorstand, — Baptist Noppelt vom Art.-Reg. Prinz Luitpold im Art.-Reg. Zoller, — und Ludwig Lüder vom Genie-Bat. im Ing.-Korps mit Beibehalt des Commando's über das genannte Bataillon; zu Oberstlieutanants: die Majore Joseph Ritter v. Xylander vom Ing.-Corps im General-Quartiermeister-Stab, — Joseph Bronzetti, Platz-Stabsoffizier, bei der Commandantschaft Landau, — Alexander Fhr. v. Schacht, Platz-Stabsoffizier bei der Kommandantschaft München, — Friedrich Hoffmann vom Inf.-Reg. Prinz Johann v. Sachsen im 1. Jäg.-Bat., — Gaudenz Bauernfeind im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Friedrich Tünnermann vom Inf.-Reg. Zandt im Inf.-Reg. Wrede, — Karl Gößmann vom Inf.-Reg. König Otto v. Griechenland im 4 Jäg.-Bat., — Maximilian v. Schlägel vom Inf.-Reg. Albert Pappenheim im Inf.-Reg. König Otto v. Griechenland, — Ludwig Reichard im Inf.-Reg. Prinz Karl, — Hermann Kast im Inf.-Reg. Zandt, — Wilhelm Strunz im Inf.-Reg. Karl Pappenheim, — Friedrich Ritter v. Reck vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog v. Hessen im 2. Jäg.-Bat., — Johann Hake im Inf.-Reg. Hertling, — Anton Jäger vom 3. Jäg.-Bat. im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Martin Pündter vom 1 Jäg.-Bat. im Inf.-Reg. Prinz Joh. v. Sachsen, — Philipp Schönhammer im Inf.-Reg. Seckendorff, — Friedrich v. Schintling im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Karl Lindpaintner, Adjutant im Kriegs-Ministerium, im Inf.-Leib-Reg., — Daniel Heuder vom Chev.-Reg. Herzog v. Leuchtenberg im Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg, — Thaddäus Ritter v. Binder vom Chev.-Reg. König im Cuirass.-Reg. Prinz Carl, — Alphons Frhr. v. Stockum vom Chev.-Reg. Taxis im Cuir.-Reg. Prinz Adalbert, Lorenz Schäzler im Chev.-Reg. Taxis; — Alois Margreitter vom Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg im Chev.-Reg. Herzog Maximilian, Georg Jordan im Chev.-Reg. König, — Carl Frhr. v. Lindenfels im Chev.-Reg. Herzog v. Leuchtenberg, — Theodor Lori bei der Zeughaus Haupdirektion, — Friedrich Schnitzlein im Art.-Reg. Prinz Luitpold, Theodor Kriebel vom Art.-Reg. Prinz Luitpold bei der Zeughaus-Haupt-Direktion, Leopold Frhr. v. Reichlin-Meldegg im Genie-Bat. und Theodor Ritter v. Hildebrand, Festungsbau-Direktor in Ulm im Ingen.-Corps; zu Majoren: die Hauptleute Carl Frhr. v. Varicourt, — und Moriz Spies, Adjutant des Generalmajors und Generalquartiermeisters Frhrn. v. Jeetze, im Generalquartiermeister-Stab, — Carl Gemming vom Inf.-Reg. Erbgroßherz. von Hessen bei der Commandantschaft Ingolstadt als Platz-Stabsoffizier, — Ignaz Frhr. v. Pfetten vom Inf.-Reg. Albert Pappenheim im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Johann C..nnenbold im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Joseph Kaiser vom 4. im 1. Jäger-Bat., — Ferdinand v. Dufresne im Inf.-Reg. König, Carl Freih. v. Lottesberg im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Franz Auer vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Georg Freih. Stromer von Reichenbach im 3. Jäg.-Bat., — Simon Müller vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Baptist Klein vom Inf.-Reg. Erbgroßh. von Hessen, im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Wilhelm Schnizlein vom Inf.-Reg. Ysenburg, und Wilhelm Goes vom 3. Jäg.-Bat im Inf.-Reg. Zandt, Gottfried Goes vom 1. Jäger-Bat. im Inf.-Reg. Seckendorf, — Anton v. Wetzstein vom Inf.-Reg. Kronprinz und Wilhelm Zieglwalner vom Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen im Inf.-Reg. Karl Pap-

penheim, — Maximilian Klein im Inf.-Reg. Erbgroßh. v. Hessen, — Sigmund Ritter von Merckel vom Inf.-Reg. König im Inf.-Reg. Hertling, — Georg Ney vom Inf.-Reg. Erbgroßh. v. Hessen im Inf.-Reg. Gumppenberg, — die Rittmeister Markus Schropp vom Chev.-Reg. Herzog Maximilian im Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, — Clemens Frhr. v. Sazenhofen im Chev.-Reg. Taxis, — Franz Silverio im Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, — August Friedel im Cuirassier-Reg. Prinz Adalbert, — Friedrich Graf von Spreti im Chev.-Regim. König, — Heinrich Vorbrugg vom Cuiraß.-Reg. Prinz Adalbert im Chev.-Reg. König, Christian Reichardt vom Chev.-Reg. Leiningen im Chev.-Reg. Taxis, — Wilhelm Frhr. v. Lindenfels im Chev.-Regiment Prinz Eduard v. Sachsen Altenburg, — Constantin Frhr. v. Redwitz im Cuir.-Reg. Prinz Carl, — die Hauptleute Xaver Hamel im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Christoph Engelhard von der 1. Ouvriers-Komp. im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Joseph Riepertinger im Art.-Reg. Zoller, Anton Zäch im Ingen.-Corps, — Nepomuk Haubenschmid im Genie-Bat, — und Albert Spieß im Ingenieur-Corps. (Fortsetzung siehe Beilage.)

† (Nürnberg, den 6. April.) Man will darauf aufmerksam machen, daß Männer im Dunkeln umherschleichen und sich bemühen, mit dem Trugbild einer herzustellenden völligen Gleichheit aller Menschen den Verstand und die Treue der Soldaten zu berücken. Es ist zwar zu erwarten, daß die Soldaten verständig genug sein werden, um einzusehen, wie eine völlige Gleichheit aller Menschen eben so unmöglich ist, als die Beförderung aller Gemeinen zu Generälen; aber wünschenswerth wäre es doch, wenn einmal einige Mann, welche Verstand und Herz beisammen haben, einen solchen Schleicher im Dunkeln an das Licht führten, damit man sähe, wer diese Prediger eigentlich sind.

Freie Städte. (Frankfurt, 4. April.) Nachstehendes sind die Namen der in den permanenten Ausschuß zur Vorbereitung der Einberufung des deutschen Parlaments gewählten 50 Mitglieder, die auch sogleich zur Vorberathung im Kaisersaale zusammentraten, so wie auch die Namen der erwählten Suppleanten: Wiesner (Oesterreich); Itzstein (Baden); R. Blum (Sachsen); Jakobi (Königsberg); Kolb (Rheinbayern); Abegg (Breslau); Soiron (Baden); Simon (Breslau); Schott (Würtemberg); Murschel (Würtemberg); Raveaux (Rheinpreussen); Spatz (Rheinbayern); Eisenmann (Bayern); Schleiden (Schleswig); Mathy (Baden); Gülich (Schleswig-Holstein); Freudentheil (Hannover); Gr. Bissingen (Oesterreich); Stadtmann (Rheinpreussen); Venedey (Rheinpreussen); Schnelle (Mecklenburg); Siemens (Hannover); Jürgens (Braunschweig); Zachariä (Hannover); Wippermann (Kassel); Lehne (Rheinhessen); Biedermann (Nassau); Buhl (Baden); Nonne (Hildburghausen); Kieruff (Mecklenburg); Heckscher (Hamburg); Cetto (Rheinpreussen); Duckwitz (Bremen); Behn (Lübeck); Schwarzenberg (Kassel); Brunck (Rheinhessen); Mappes (Frankfurt); Pagenstecher (Preussen); Wilhelmi (Preussen); Briegleb (Koburg); Blachière (Kurhessen); v. Closen (Bayern); Paur (Bayern); Reh (Darmstadt); Mack (Würtemberg); Meyer (Preussen); Wedemeyer (Preussen); Kanzler Wächter (Würtemberg.) Suppleanten: Hecker (Baden); Leue (Rheinpreussen); Schaffrath (Sachsen); Vogt (Gießen); Joseph (Sachsen); Jucho (Frankfurt); Tafel (Würtemberg); Ernst Leisler (Nassau); Schweikart (Würtemberg); Zitz (Rheinhessen); Runge (Mecklenburg); Struve (Baden); Aßmann (Braunschweig); Graf Reichenbach (Schlesien); v. Sybel (Marburg); Wesendonk (Rheinpreussen); Rödinger (Würtemberg); Jul. Meyer (Osnabrück); Hoff (Mannheim); Brentano (Baden); Strecker (Mainz); Rießer (Hamburg); Eisenstuck (Sachsen); d'Ester (Köln); Wurm (Hamburg); Hepp (Rheinpreussen); Riedl (Bayern); Wigard (Dresden); Detering (Hannover); Plange (Preussen); Ronge (Preussen); v. Diemar (Würtemberg); Hildebrand (Marburg); Peter (Baden); Bürgers (Köln); Schlöffel (Breslau); Pelz (Rheinpreussen); Junghanns II. (Baden); Titus (Bayern); Fürst (Posen); Wuttke (Leipzig); Depener (Dessau); Kohl (Preussen); Pelz (Preussen); Haustein (Sachsen); Wiedemann (Bayern); Schmitz (Preussen); Prell (Bayern); Christmann (Rheinbayern); Mohr (Rheinhessen.) (Frkf. Z.)

(Frankfurt, den 4. April.) Gestern gegen das Ende der Versammlung, kam noch Fickler von Constanz nebst mehreren Genossen herein, ohne jedoch activ aufzutreten. Auch Kuenzer war gegenwärtig. — Joh. Ronge wird übermorgen in seine bewegte Heimath zurückkehren, um besonders zur Leitung der Abgeordnetenwahlen mitzuwirken. Schlesien wird vielleicht in ernster, aber zugleich gesetzlicher Weise die Berechtigung größerer Volkstheile zur Annahme der republikanischen Form bei der constituirenden Versammlung wahren. Gewiß aber werden die Führer der schlesischen Bewegung den Absolutismus auch dann von sich weisen, wenn er den schönen Namen der Republik auf der Stirne trägt. Wo ein deutsches Land von innen heraus zur Republik wird, und nur dann verdient es diesen Namen; welches sich aber den Namen und die Form der Republik — sey es auch durch deusche oder durch französische Gewalt — aufzwingen läßt, das ist am wenigsten reif für ihren Inhalt. (Frankft. J.)

(Frankfurt, den 4. April.) Der Redaction des Frankft. Journ. ging heute folgende Zuschrift zu: „Herr Redacteur! „Es ist bekannt, daß es Schleswig-Holstein weniger an Freischaaren, als an baarem Gelde und Waffen fehlt. Schnelle Hülfe hiefür ist die beste; deßhalb möchte ich Sie bitten, solches anzuregen. Comité's zur Einsammlung von Geld und Waffen werden sich gewiß überall in ganz Deutschland gerne bilden; noch weniger wird es an Beiträgen fehlen; daran ist in Frankfurt nicht zu zweifeln. Aber die Sache ist dringend, und ich erlaube mir deßhalb, Sie darauf aufmerksam zu machen. E. Louis Beyschlag,"

(Wien, den 1. April, Nachmittags.) Heute wurde von Seiten der Staatskanzlei und der Kriegskanzlei die Kriegserklärung gegen Sardinien beschlossen. (A. A. Z.)

(Wien, den 2. April.) Soeben wird auf dem St. Stephansmünster das schwarz-roth-goldene Reichsbanner aufgezogen. Deutschland zugekehrt begrüßt es freudigen Wallens in Frühlingsmorgensonne das gemeinsame heilige Vaterland. — Nachmittags 2 Uhr. Soeben hat der Kaiser die Kaiserin zu seiner Seiten, unter unermeßlichem Volksjubel, das deutsche Panier eigenhändig auf dem Deutschland zugekehrten Balcon der Hofburg aufgepflanzt. Voran ging, vom Männergesangverein angestimmt, Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland." Die Studentenlegion und ein Theil der Nationalgarde paradirte. (Augsp. Allg. Z.)

(Wien, den 2 April.) Als Neuigkeiten von guter Quelle meldet die Augsb. allg. Ztg., daß in der gestrigen Staatskonferenz der Beschluß gefaßt worden, den General Radetzky zwar gegen die Piemontesen marschiren zu lassen, doch auf die Wiederbesetzung von Mailand zu verzichten. Er soll seine Armee am Mincio concentriren, und mit der prov. Regierung unterhandeln. Willigen die Lombarden ein, einen Theil der Staatsschuld zu übernehmen, die Handelsverbindung mit Oesterreich ohne Zollschranken beizubalten, und im Fall eines auswärtigen Krieges ein Truppencontingent zu stellen, so wird man sie zu Hause nach Belieben schalten und walten lassen. Eine Versammlung der reichsten Bankiers, Rothschild, Sina, Stametz-Mayer an der Spitze, hat gestern dringend der Regierung einen friedlichen Vergleich mit den Lombarden gerathen. Desgleichen die hier versammelten Fabrikanten von Oesterreich und Böhmen, die der Gedanke, die Lombardei als Markt zu verlieren, in die äußerste Bestürzung versetzt.

Preussen. (Berlin, 3. April.) Ew. königl. Majestät Aufruf an Preussen und an die deutsche Nation hat von mehreren Seiten eine Deutung gefunden, welche der ihm zu Grunde liegenden Absicht nicht entspricht. Der Schritt, den Allerhöchstdieselben gethan, als Sie für die Zeiten der Gefahr die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen sich bereit erklärten, bestand in dem Anerbieten, mit all der materiellen und moralischen Macht des 15 Millionen Deutsche umfassenden Staates die Erreichung der auf deutsche Einheit gerichteten Wünsche aller Bundesstaaten zu fördern. Die gleichzeitige Aufsteckung der deutschen Farben enthielt das unzweideutige Anerkenntniß, daß die Einheit Deutschlands zur Rettung aller zum deutschen Bunde vereinigten Stämme unentbehrlich und daß Preussen bereit sei, seinerseits im vollsten Umfange die allen Bundesstaaten obliegenden Pflichten anzuerkennen und zur Abwendung der das gesammte Vaterland bedrohenden Gefahren seine ganze Kraft einzusetzen. Dagegen hat dieser Schritt nicht die ihm mehrseitig zugeschriebene Bedeutung haben können, als wenn mit der augenblicklich angebotenen Leitung irgendwie der freien Entschließung von Deutschlands Fürsten und Völkern vorgegriffen werden solle. Eben so wenig konnte die Annahme des Symbols, in welchem alle deutsche Staaten ihre Vereinigung finden, das Aufgeben der von Preussen und der von den anderen deutschen Staaten glorreich geführten Farben bedingen. In der einen Hinsicht haben Ew. königl. Majestät ausdrücklich erklärt, daß Sie die Usurpation der oberen Leitung oder irgend eines Rechtes nicht beabsichtigten, vielmehr eine solche Absicht auf das bestimmteste abgelehnt. Zugleich aber wird in Allerhöchstdero Proklamation darauf hingewiesen, daß die Gründung eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, eine Einheit in der Verschiedenheit zu erstreben sei, wie denn in Uebereinstimmung hiermit die an demselben Tage an das Kriegs-Ministerium erlassene und durch die Allg. Preuß. Ztg. veröffentlichte Ordre ausdrücklich bestimmt, daß die Armee neben der preussischen die deutsche Kokarde aufzustecken habe. Wenn Ew. königl. Majestät hiermit sich einverstanden erklären, werden wir nicht unterlassen, den Mißdeutungen, welche jenem Aufrufe gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten. Berlin, den 2. April 1848. Das Staats-Ministerium. Camphausen. Graf von Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher. Mit der Auffassung Meines Aufrufes vom 21. v. M., welche sich in dem heute vom Staats-Ministerium erstatteten Berichte ausspricht, bin Ich durchaus einverstanden und ermächtige dasselbe, den Mißdeutungen, welche Meinen Worten gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten. Potsdam, den 2. April 1848. Friedrich Wilhelm. (A. Pr. Z.)

(Berlin, 3. April.) Unserm gestrigen Bericht über den Gang und Inhalt der Ständeverhandlungen tragen wir heute noch einige Bemerkungen über die Außenseite des feierlichen Aktes der Landtagseröffnung nach. Alle Ständeglieder, sowie die Minister, mit Ausnahme der Generale Reyer und Fürst v. Radziwill, erschienen im einfachen schwarzen Frack. Auch auf der Tribune waren nur wenige Uniformen von Militärpersonen zu sehen. Unter den hier auf besondere Einlaßkarten zahlreich versammelten Zuhörern bemerkte man den engl. Gesandten, Graf Westmoreland, sowie den gerade hier anwesenden britischen Diplomaten Sir Stratford Canning. Nach der Stimmung, welche sich zu wiederholten Malen ganz unzweideutig in der Versammlung kundgab, können wir von dem zweiten Vereinigten Landtage mit Zuversicht erwarten, daß er der neuen Ordnung der Dinge keine Hindernisse in den Weg legen, vielmehr auf jede Weise bestrebt sein werde, nach seinem Theile an der Herstellung des Friedens und der Ordnung mitzuwirken und dem Gouvernement jede Unterstützung zu gewähren, welche erforderlich ist, um die auf die Förderung der Freiheit, sowie auf die Kräftigung des Gesetzes gerichteten Maßnahmen auf festen und dauernden Grundlagen ins Leben zu führen. Ganz unverkennbar spricht dieser Geist der Freiheit, der Ordnung und der Entschlossenheit auch aus jedem Wort der gestern angenommenen Adresse. Dieselbe ist vom Abg. Beckerath verfaßt und lautet: Ew. kgl. Maj. haben uns in einem Augenblick um sich versammelt, in welchem das deutsche Volk, lange durch Zersplitterung und unfreie Zustände gehemmt, sich urkräftig zur Einheit und Freiheit erhebt. Alle Stämme reichen sich die Bruderhand und auch Preussen begehrt nichts Größeres, als ein lebensvolles Glied zu sein des ehrwürdigen Ganzen. Lebensvoll macht nur die Freiheit; sie ist dem gesammten deutschen Vaterlande verbürgt durch die sich bildende Volksvertretung beim Bunde; sie ist Preussen verbürgt durch die Institutionen, welche Ew. Maj. als Grundlagen der preußischen Verfassung zugesichert haben, und es durchdringt uns, die wir zum letzten Male versammelt sind, das erhebende Bewußtsein, daß künftig eine wirkliche Repräsentation des Volkes über die Geschicke des Vaterlandes wachen wird. Noch aber sind wir das gesetzmäßige Organ des Landes und haben in dieser Eigenschaft Pflichten zu erfüllen. Ew. Maj. haben in dem Patent vom 18. März d. J., in dem Aufruf vom 21. und in den Erlassen vom 22. und 28. desselben Monats die Zusicherung ertheilt, der Repräsentation des Volkes Gesetzentwürfe vorlegen zu lassen über „Freiheit der Presse, Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Dominalpolizeigewalt, öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen und insbesondere für alle politischen und Preßvergehen, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubensbekenntnisse, allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Wahl der Führer, ein volksthümliches, auf Urwahlen gegründetes, alle Interessen des Volkes vertretendes Wahlgesetz, beschließende Mitwirkung der Volksvertretung in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalt mit einfacher Majorität Verantwortlichkeit der Minister Vereidigung des Heeres auf die Verfassung."

Ew. Maj. haben ferner die Mitwirkung Preussens zur Umwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit wahrhafter Volksvertretung beim Bunde zugesichert. Indem wir diese Zusicherungen hiermit dankbar annehmen, indem wir anerkennen, daß die konstitutionelle Monarchie auf der breitesten Grundlage von nun an die Staatsform Preussens sein wird, steht uns nicht nur unser verfassungsmäßiger Beruf, sondern auch, deß sind wir gewiß, der Wille des Volkes zur Seite. Das Volk will, indem es sich zur Freiheit erhebt, nicht brechen mit seiner Geschichte, es ehrt das Königthum, unter welchem Preussen groß geworden ist, es sieht in der konstitutionellen Monarchie die sicherste Gewähr der Freiheit, der öffentlichen Wohlfahrt, der Einheit Preussens; es betrachtet sie als nothwendig für die innige Verbindung mit den anderen deutschen Bundesstaaten; es erkennt, daß nur unter diesem Banner Deutschland einig dastehen und bei hereinbrechenden Gefahren sein nationales Dasein und die edle Errungenschaft deutschen Lebens siegreich vertheidigen kann. Deutschland, fest entschlossen, seine eigene Nationalität nach allen Seiten hin zu wahren, will Gerechtigkeit für Alle. Wir begrüßen daher freudig den Erlaß Ew. Maj., welcher dem Großherzogthum Posen eine nationale Reorganisation verheißt. Ew. Maj. haben in einem verhängnißvollen Augenblick einen segensreichen Entschluß gefaßt; es sind Männer in den höchsten Rath der Krone berufen worden, die das Vertrauen des Landes besitzen. Das volksthümliche Wirken der also gekräftigten Staatsgewalt wird das Gefühl der Einheit zwischen der Nation und ihrem Fürsten kräftigen, das Vertrauen in Handel und Gewerbe neu beleben; die Regierung wird der Lage der arbeitenden und gewerbtreibenden Klassen in Stadt und Land eine erhöhte Fürsorge widmen und zugleich auf gesetzlichem Wege dem in manchen Landestheilen eingetretenen gesetzwidrigen Zustande ein Ende machen. Jeder Zwiespalt im Lande schwindet; Volk und Heer sind nicht zweierlei, auf beiden Seiten schlagen Heldenherzen, und die heilige Liebe zum Vaterlande verschmilzt sie zu einem unzertrennlichen Ganzen. Ew. Maj. Regierung kann in ihren Bestrebungen, unter den Schwankungen unserer öffentlichen Zustände Ordnung und Gesetz zu handhaben, auf die kräftigste Unterstützung aller guten Bürger rechnen, denn alle erkennen, daß nur Achtung gegen das Gesetz das Vaterland vor der Zerrüttung bewahren und die neu aufgegangene Blüthe der Freiheit zur schönen Frucht entwickeln kann. Indem wir uns unsere Erklärung über die vorgelegten Gesetzentwürfe, welche zum Theil die oben angeführten Zusicherungen Ew. Maj. betreffen, vorbehalten, verharren wir in tiefster Ehrfurcht Ew. Maj. getreue zum zweiten vereinigten Landtag versammelten Stände. Berlin, den 2. April 1848.

Die hiesige Militärbesatzung hat in den letzten Tagen einen abermaligen Zuwachs erhalten, indem am 1. April das 3. Uhlanenregiment aus Beskow und Fürstenwalde sowie die früher garnisonirende Lehreskadron einrückten und gleichwie die Infanterie an den vorhergehenden Tagen von der Bevölkerung mit großem Jubel empfangen wurden. Zur Vervollständigung der Garnison werden dem Vernehmen nach noch die schwedter Dragoner sowie eine Artillerieabtheilung aus Torgau erwartet. Einige Garderegimenter haben Befehl erhalten, sich nach Westpreussen und Posen zu begeben, um bei der wachsenden Unruhe eines Theiles der polnischen Bevölkerung etwaigen Excessen vorzubeugen.

Soeben war vor der Kranzler'schen Konditorei ein großes Treiben und Drängen. Es wurden von Seiten des Publikums einige Polen sehr ernsthaft über das ungebührliche und anmaßende Wesen zur Rede gestellt, welches die Polen im Großherzogthume Posen gegenwärtig den Deutschen gegenüber beobachten. Mit der Weisung, ihren Landsleuten zu melden, daß das jetzige Auftreten der Polen denselben keine deutschen Sympathien erwerben könne, wurden die eingeengten Herren aus ihrer Bedrängniß entlassen.

Unter den hiesigen niedern Volksklassen macht sich noch immer manches Gelüste geltend. In der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag fanden namentlich in der Linienstraße Zusammenrottungen von Seiten des Pöbels statt in der Absicht, die Kleiderläden der Juden zu plündern, weil diese, was allerdings in der Wirklichkeit nur zu wahr ist, den Ruin des ehrlichen Gewerbes herbeiführten. Das Einschreiten der Bürgergarde verhinderte alle Excesse. (D. A. Z.)

(Berlin, 2. April, Nachmittags 5 Uhr.) Die erste Sitzung des Vereinigten Landtags ist vorüber. Eine Störung der Ruhe fand nicht statt. Das Publikum bezeugte nicht die mindeste Theilnahme, etwa durch Vivatrufen, mit dem gewiß eine neue Versammlung donnernd begrüßt worden wäre. Die Abgeordneten begaben sich theils zu Fuß, theils in den schmucklosesten Droschken zum Schlosse. Die Aristokratie scheint in der That abgeschaft. Die schon gestern berathene Adresse wurde beantragt und aufgesetzt mit Hinzufügung eines neuen Paragraphen, Polen betreffend. Die Regierung legte ähnliche Anerbietungen als Gesetzentwürfe vor und theilte dann die Wahlordnung mit, nach welcher allerdings eine constituirende Versammlung stattfindet, wonach wir also keine octroyirte, sondern eine vertragsmäßige Verfassung erhalten sollen. Von der Versammlung selbst ging eine lautlose Zustimmung aus. Man gestand damit, daß die Dinge über die Häupter dieses Staatskörpers hinweggerauscht waren. Hr. v. Thadden wurde, als er von seiner Nichtzustimmung begann, belächelt. Auch Hr. v. Meding, Oberpräsident der Provinz Brandenburg, begann eine Verklausulirung, die ihm indessen nicht gelang. Sein Benehmen schien übrigens zu verrathen, daß er unter Herrn Camphausen sein Amt zu behalten wünschte. Hr. v. Meding gehörte zu allen Zeiten zu der dienstfertigsten executiven Gewalt der HH. v. Rochow, v. Kamptz und v. Tzschoppe. Die nächste Sitzung bringt hoffentlich eine recht baldige Auflösung der Versammlung und die frohe Aussicht in neue Zustände, die legalen Verwirklichungen des siegreichen freien Augenblicks. (D. A. Z.)

(Berlin, den 31. März.) Es hat sich herausgestellt, daß 242 auf Seiten der Bürger, und 1105 auf Seiten des Militärs, darunter 74 Offiziere, bis zum 26. d. M. todt und vermißt waren. Diese Zahl wird sich aber noch erhöhen, da noch Viele an den Verwundungen, die sie erhalten, sterben werden. (Köln. Z.)

(Königsberg, 31. März.) Ein kaiserliches Manifest, welches in allen Kirchen von Petersburg am 26. März bekannt gemacht wurde, liefert das erste Aktenstück über die Denkungsweise des Kaisers rücksichtlich der jetzt herrschenden allgemeinen Bewegung. Wir beeilen uns, es nachstehend mitzutheilen: Von Gottes Gnaden, wir Nikolai I., Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen, König von Polen rc. erklären Allen und Jedem: Nach einem gesegneten langjährigen Frieden ist der Westen Europas nun plötzlich aufgeregt durch Unruhen, die den Umsturz der gesetzlichen Gewalten und jeglicher gesellschaftlichen Ordnung drohen. Zuerst in Frankreich ausbrechend haben der Aufruhr und die Anarchie sich schnell dem benachbarten Deutschland mitgetheilt, und sich mit Ungestüm über alle Orte ergießend und wachsend in dem Maße, als die Regierungen nachgaben, hat dieser verheerende Strom endlich auch die mit uns verbrüderten kais. österreichischen und königl. preussischen Staaten ergriffen. Jetzt dräut der Frevel, keine Grenzen mehr kennend, in seiner Sinnlosigkeit auch unser, von Gott uns anvertrautes Rußland. „Aber dahin soll es nicht kommen!“ Unter dem geheiligten Vorbilde unserer rechtgläubigen Vorfahren sind wir, unter Anrufung der Hülfe des Allmächtigen, bereit, unsern Feinden, wo sie uns entgegen treten, zu begegnen, und wir wollen, selbst kein Opfer scheuend, im unverbrüchlichen Bunde mit unserm heiligen Rußland die Ehre des russischen Namens und die Unverletzlichkeit unserer Grenzen schirmen. Wir sind der Ueberzeugung, daß jeder Russe, jeder unserer treuen Unterthanen mit Freuden dem Rufe seines Kaisers folgen wird, daß unser alter Ruf: „Für den Glauben, den Zaren und für das Vaterland!“ auch jetzt uns den Weg zum Siege zeigen werde. Und dann wollen wir, im Gefühle ehrfurchtsvollen Dankes, so wie gegenwärtig im Gefühle gläubigen Hoffens auf ihn Alle vereint rufen: Gott mit uns, bekehret die Völker und unterwerfet sie; denn mit uns ist Gott! Gegeben St. Petersburg, den 14/26. März im Jahre der Geburt Christi 1848, unserer Regierung dem dreiundzwanzigsten. — Das Original ist vom Kaiser eigenhändig also unterzeichnet: Nicolai. (D. A. Z.)

(Erfurt, den 1. April.) Heute ist Krackrügge, der einige Tage sich in Leipzig aufgehalten, über Halle hier eingetroffen. Abends 7 Uhr war ihm im Theater ein feierlicher Empfang bereitet. Seine Wahl zum Stellvertreter des hiesigen Landtagsdeputirten hat er aus dem Grunde nicht angenommen, weil er das vorgeschriebene Vermögen des bisherigen Census nicht besitzt und von dem zeitigen Oberpräsidenten der Provinz v. Bonin keine Gnadenbezeigungen annehmen will. Man beabsichtigt nun, ihn hier zum Oberbürgermeister zu wählen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Koblenz, den 3. April.) Am verflossenen Samstag kam gegen Abend der Herzog von Nemours mit seiner Gemahlin und seinen Kindern auf dem Dampfboote von Köln hier an, und fuhr sogleich in einem Privatwagen nach Ems, während seine Familie hier im Gasthofe zum Riesen blieb. Spät in der Nacht kam der Herzog, begleitet von der Herzogin von Orleans hier an, und reiste gestern Morgen um 8 Uhr auf dem Dampfboote „Herzog von Nassau,“ der Düsseldorfer Gesellschaft, mit den Seinigen nach Mainz. Die Herzogin von Orleans fuhr noch in derselben Nacht nach Ems zurück, soll aber in diesen Tagen von da wegziehen. Man will wissen, daß auch Prinz Joinville in Ems sey. — Gestern Morgen rückten 2 Eskadrons des 7. Uhlanenregiments durch unsere Stadt. Ihre Marschordre lautet vorerst nach Kreuznach, von wo sie sich vermuthlich nach der Grenze begeben werden. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Deutz, den 2. April.) Es ist von den hier in Garnison stehenden Offizieren eine Petition an den König zahlreich unterzeichnet worden, in welcher gebeten wird, in dem dem Landtage vorzulegenden Wahlgesetze die Vertretung des Volkes auch auf das stehende Heer erstrecken zu wollen, „so daß jeder Staatsbürger, welche Stellung er auch einnehmen möge, gleiche Rechte ausüben dürfe.“ Als Motiv sprechen in einem Begleitschreiben an den Kriegs-Minister die Unterzeichner den Wunsch aus — den sie hegen, — „als Bürger des Staates im Volke aufzugehen.“ (Köln. Z.)

(Halle, 3. April.) Eine Anzahl Geistlicher aus der Umgegend von Halle und Magdeburg, meist Glieder der ehmaligen protestantischen Freunde, waren nebst einigen Gästen aus Leipzig heute unter Vorsitz des Professors Franke hier versammelt. Zunächst ward eine von P. Hildenhagen verfaßte Adresse an den Cultusminister, Grafen v. Schwerin, berathen, in welcher nach kräftiger Schilderung des verderblichen alten Systems der Bevorzugung der Orthodoxie, um Selbstständigkeit und Freiheit für die evangelische Kirche Preussens gebeten wurde. Eine andere Adresse an den Generalsuperintendenten Möller in Magdeburg, welche ihn veranlassen sollte, freiwillig von seinem Amt zurückzutreten, ward verbreitet, und in einer dritten Zuschrift die Bitte um Wiederanstellung des auf eine Reclamation des sächsischen Ministers v. Könneritz aus seinem Amt entfernten Licentiaten der Theologie, Dr. Schwarze, ausgesprochen. Auf die Anträge der Leipziger, des Dr. Fischer: die kirchliche Angelegenheit vom allgemein deutschen Gesichtspunkt aus zu betrachten; des Dr. Zille: sich irgendwie der leipziger Adresse an die Volksvertreter zu Frankfurt anzuschließen; sowie des Rektors J. Kell: durch Zusammenwirken freisinniger Geistlicher und Nichtgeistlicher eine solche Reorganisation der Kirche vorzubereiten, wodurch sie auch in dem sich neugestaltenden Staatsleben als nothwendiger Faktor, als Pflegerin der dem Staat unentbehrlichen sittlichen Grundsätze, Einfluß und Theilnahme wieder gewinnen könnte, und zu diesem Zwecke durch Veranstaltung öffentlicher Versammlungen mit einem zu Leipzig in der Bildung begriffenen Verein aller Confessionen in Verbindung zu treten, ward nicht eingegangen. Dagegen wurde der Vorschlag des erst nach den Berathungen erschienenen Uhlich, die Versammlungen der protestantischen Freunde in Köthen wieder ins Leben zu rufen, nach Ablehnung des alten Namens angenommen. Mittwoch nach Ostern soll in Köthen die erste Versammlung zu Besprechung der evangelisch-kirchlichen Verfassungsfrage gehalten werden. Die Entwerfung des Programms ward einem Comite, Uhlich, Fubel und Fischer, übertragen. Man beschloß, keine öffentlichen Einladungen ergehen zu lassen; jeder Geistliche wird willkommen und zugleich berechtigt sein, einen oder zwei Nichtgeistliche mitzubringen. Zu wünschen ist jedenfalls, daß man alles kirchliche Parteiwesen aufgebe und sich bestrebe, aus dem Alle einenden christlichen Humanitätsprincip heraus der christlichen Kirche einen Organismus zu geben, in welchem nach und nach die Confessionen sich vereinigen und jetzt schon zusammenwirken können für die sittlich-religiöse Bildung der sich neugestaltenden menschlichen Gesellschaft. (D. A. Z.)

(Naumburg a. d. S., 2. April.) Der bisherige Landtagsabgeordnete hiesiger Stadt hat sein Mandat niedergelegt, weßhalb eine Neuwahl vorgenommen werden mußte. Dieselbe fiel auf einen Mann des Volks, den Stadtrath Schwarzbach. An demselben Abend ward der Abgeordnete in öffentlicher Bürgerversammlung instruirt, worauf der freisinnige Oberlandesgerichtsjustizcommissär Mietsch darauf antrug: daß die jetzigen Stadtverordneten abtreten sollten, um den durch Macht-

spruch des Königs im Jahr 1846 aufgelösten und für sechs Jahre unwählbar erklärten Stadtverordneten Satisfaction zu geben, um so mehr, da der König allgemeine Amnestie für alle politische Vergehen ausgesprochen hat. Obgleich dieser Antrag die volle Zustimmung der sehr zahlreichen Versammlung erhielt, so hat doch die jetzige Versammlung in geheimer Sitzung beschlossen, heute alle Wähler zusammenberufen zu lassen, um darüber zu entscheiden, ob die gegenwärtige Stadtverordnetenversammlung abtreten soll oder nicht. (Frkft.O.-P.-Z.)

Italien.

Mit Sicilien ist noch immer kein Endabkommen getroffen, dagegen bestätigt sich das italienische Schutz und Trutzbündniß. Radetzky war zu Anfangs April bei Verona. — Oesterreich hofft Venedig wieder zu gewinnen. Frankreich will bei Nizza ein Heer von 60,000 Mann zusammenziehen, und die provisorische Regierung der Lombardei anerkennen. Neapel sendet eine Flotte gegen Triest, und ein Hülfskorps nach der Lombardei, wie man sagt, 20,000 Mann.

Schweiz.

(Zürich, den 2. April.) Der Vorort hat beschlossen, mit der provisorischen Regierung in Mailand in Verkehr zu treten. Oberst Luvini aus Tessin ist dahin abgegangen, um die Interessen der Schweizer zu wahren. Der sardinische Gesandte, Graf Crotti de Costigliole ist abberufen und es soll ein freisinniger Diplomat ihn ersetzen, um die Eidgenossen gut zu erhalten, wenn der König die Lombardei in den Sack zu stecken beliebt. Solche Absichten schiebt man ihm hier allgemein unter. Geschehe das, so würde dann auch die Schweiz zugreifen, um das ihr widerrechtlich entrissene Veltlin ꝛc. wieder zu erobern. Es gäbe das einen sehr schönen Kanton von etwa 100,000 Einwohnern und würde die Schweiz in militärischer und merkantilischer Beziehung ungeheuer stärken. Gar schwer hielt es gewiß nicht. Das Volk würde so frei wie jede schweizerische Völkerschaft. Auch stehen bereits in Tessin und Bünden Truppen unter eidgenössischem Befehl auf den Beinen. Die Regierung von Solothurn hat dem Vorort den Wunsch ausgedrückt, daß er in dieser Angelegenheit handelnd auftrete. Genf verlangt auch die Besetzung der savoyischen Provinzen Chablais und Faucigny mit eidgenössischen Truppen, wozu die Eidgenossenschaft im Falle eines Krieges das Recht hat. Jene Gebietstheile sind laut den WienerVerträgen mit der Wohlthat der Neutralität begabt worden. (Schwb. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. ** (München, 31. März) [Fortsetzung des Armeebefehls.] Zum Hauptmann im Gendarmerie-Korps: der Oberlieut. August Freih. von Welden bei der Gendarmerie-Kompagnie von Schwaben und Neuburg; zu Hauptleuten 1. Klasse: die Hauptleute 2. Klasse Ernst Nüzel, Platz-Adjutant bei der Kommandantschaft Landau, — Maximilian Ritter von Xylander, Platz-Adjutant bei der Commandantschaft Augsburg, — Anton von Mayer im Infanterie-Regiment Gumppenberg, — Carl Vogel im Inf.-Leib-Reg., — Alois Weizele im Inf.-Reg. Prinz Karl, — Joseph Lutz, im 2. Jäger-Bat., — Adam Birkmann und Anton Mayer im Inf.-Reg. Prinz Karl, — Karl Fritsch im Inf.-Reg. König, — Maximilian Ritter von Kienle im Inf.-Reg. Prinz Karl, — Georg Henkelmann im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Valentin Meißner im Inf.-Reg. Kronprinz, — Friedrich Geiger im Inf.-Reg. Seckendorff, — Gustav Freih. von Crailsheim im Inf.-Reg. Hertling, — Maximilian von Pusch im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Maximilian Adel im Inf.-Reg. König, — August De Ahna im Inf.-Reg. Hertling, — Karl Thurmayer im Inf.-Reg. Karl Pappenheim, — Karl Ritter von Regitter im Inf.-Leib-Reg., — Karl Ulrich im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Friedrich Hake im Inf.-Reg. Kronprinz, — Michael Karl im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Joseph Stauder im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Baptist Steinle im Inf.-Reg. Seckendorff, — Leopold Rost im Inf.-Reg. Wrede, — Karl Haas im Inf.-Reg. Zandt, — Karl Wasser im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Karl Brucker im Inf.-Reg. Zandt, — Joseph Götz im Inf.-Reg. Seckendorff, — Maximilian Steiner im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Joseph Uebel im 3. Jäger-Bat., — Johann Lommer im Inf.-Reg. König, — Johann Haas im Inf.-Reg. Ysenburg, — Joseph Frhr. v. Riederer im Inf.-Reg. Gumppenberg. — Johann Eckart im 3. Jäger-Bat., — Xaver Senlheimer im Inf.-Reg. Wrede, — Philipp Van der Menden im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Conrad Happel im Inf.-Reg. Wrede, — Carl Heppe im Inf.-Reg. Hertling, Carl Neumann im 2ten Jäg.-Bat., — Andreas Kapp im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Mathias Bauer im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Johann Bauernschmidt im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Jakob Waldmann bei der Gew.-Fab.-Direktion, — Leonbard Zeller bei der Zeugh.-Haupt-Dir. (Salpeterraffinerie), Carl Reck, — Alois Weßner, — Maximilian Herdegen, — Carl Lindhamer, — und Carl Elgershausen im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Sigmund v. Grundherr, Ober-Feuerwerksm. bei der Zeugh.-Haupt-Dir., — Joseph Schmölzl v. Art. Reg. Prinz Luitpold bei der 1ten Ouvriers-Comp., — Xaver Ritter v. Reichel im Genie-Bat., — Matthäus Schmauß, — und Friedrich Diez im Ingen.-Corps. — Ernst von Vietinghoff gen. Scheel vom Genie-Bat. im Ingen.-Corps; — dann die Oberl. Maximilian von Steinsdorf vom Art.-Reg. Prinz Luitpold, — und Wilhelm Freih. von Brück von der 2ten Ouvriers-Comp. im Generalquartierm.-Stab; zu Rittmeistern: Carl v. Zurwesten im Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, — Heinrich Freih. v. Podewils im Chev.-Reg. Herzog Maximilian, — Friedrich Freih. v. Märcken im Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, — Anton v. Mayer, Reg.-Adj., im Kuiraßier-Reg. Prinz Carl, — Philipp Freih. v. Diez, Reg.-Adj. im Chev.-Reg. König, — Victor Grund im Chev.-Reg. Leiningen, — Friedrich Freih. v. Behaim im Chev.-Reg. Taxis, — Carl Trombetta im Kuiraßier-Reg. Prinz Adalbert, — Sigmund Graf v. Kreith v. Chev.-Reg. Herzog Maximilian im Kuiraßier-Reg. Prinz Adalbert, — Theodor Freih. v. Franckenstein v. Kuiraßier-Reg. Prinz Carl im Kuiraßier-Reg. Prinz Adalbert, — und Eduard Freih. v. Brück v. Chev.-Reg. König im Chev. Regim. Leiningen, — dann Nepomuck Ritter v. Axthalb von der Fuhrw.-Abth. des Art.-Reg. Zoller in jener des Art.-Reg. Prinz Luitpold; zu Hauptleuten 2ter Classe: die Oberl. Marquard Holderer im Inf.-Reg. Hertling, — Philipp Schiffmann im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Baptist Veith v. Inf.-Reg. Hertling im Inf.-Reg. Erbgroßherzog v. Hessen, — Carl Freih. v. Bettschart im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Joseph Hebberling v. Inf.-Reg. Prinz Carl im Inf.-Leib-Reg., — Victor Palm im Inf.-Leib-Reg., — Joseph Duppel v. Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm im Inf.-Reg. Zandt, — Freih. v. Mantey Dittmer v. Inf.-Reg. Prinz Carl im Inf.-Reg. Erbgroßherzog v. Hessen, — Gustav Freih. v. Reichlin Meldegg v. Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Ysenburg, — Heinrich Frh. v. Drechsel auf Deuffenstetten im Inf.-Reg. König, — Joseph Ball vom Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm im Inf.-Reg. Zandt, — Gustav Ritter v. Welsch im Inf. Reg. Erbgroßherzog v. Hessen, — Ludwig Säuller vom Inf.-Reg. Gumpenberg im 1. Jäger-Bat., — Joseph Graf Bacinetti im Inf.-Leib-Reg., — Philipp Berüff vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Friedrich Graf v. Stralenheim-Wasabourg im Inf.-Reg. König, — Joseph Thomann im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Ferdinand Ritter v. Riedl, — und Xaver von Pusch im Inf.-Reg. Kronprinz — Cäsar Kaiser im Inf.-Reg. Ysenburg, — Friedrich Jaus, Reg.-Adj. im Inf.-Reg. Zandt, — Ludwig Neureuther vom Infanterie-Regiment Carl Pappenheim im 3ten Jäger-Bat., — Maximilian Freih. v. Seckendorff, Reg.-Adj. im Inf.-Reg. Seckendorff, — Friedrich Raith im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Carl Saurer vom Inf.-Reg. Seckendorf im 1. Jäger-Bat. — Ludwig Freih. v. Lindenfels im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Cajetan Freih. v. Gumppenberg vom Inf.-Reg. Gumppenberg im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Heinrich Freih. v. Feilitzsch, Regiments-Adjudant vom Infanterie-Regiment vacant Herzog Wilhelm im Inf.-Reg. Zandt, — Franz Pillement, Reg.-Adjutant, im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Heinrich von May-rhofen im 1. Jäger-Bat., — Maximilian Frh. v. Reichlin Meldegg v. Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Ysenburg, — Ludwig Graf v. Froberg im Inf.-Regim. Albert Pappenheim, — Carl von Oelhafen im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen. — Cajetan Frh. von Feuri im 4ten Jäger-Bat., — Wilhelm Schweizer, Reg.-Adj., v. Inf.-Reg. Hertling im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Franz Bijot v. Inf.-Reg. Prinz Carl im 3ten Jäger. Bat., — Caspar Eiblein, Reg.-Adj., im Inf.-Reg. Wrede, — Hubert v. Gernler v. Inf.-Reg. Hertling im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Friedrich Ritter von Zentner v. Generalquartierm.-Stab im Inf.-Reg. König, — Ludwig Kolb v. Inf.-Reg. Albert Pappenheim im Inf.-Reg. Kronprinz, — Eduard Frh. v. Reichlin-Meldegg, Reg.-Adj., im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Carl Muller im 2. Jäger-Bat., — Georg Schmitt v. Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm im 2ten Jäger-Bat., — Maximilian v. Orthlieb v. topograph. Bureau des Generalquartierm.-Stabes im Inf.-Reg. Wrede. — Heinrich Fick vom topograph. Bureau des Generalquartierm.-Stabes im Inf.-Reg. Prinz Johann v. Sachsen, — Maximilian Frh. v. Ow im Inf.-Leib-Reg., — Carl Fortenbach von der Zeugh.-Haupt-Dir. (Pulvermühlen) im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Anton Schmid im Art.-Reg. Zoller, — Franz Stiglitz, Reg.-Adj., im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Franz Rosenstengel, Reg.-Adj. im Art.-Reg. Zoller, — Philipp Frh. v. Podewils bei der Gewehrf.-Direction, — Nepomuk Hiemer im Artill.-Regiment Prinz Luitpold, — Maximilian Wepfer Bat.-Adj., vom Artill.-Regiment Prinz Luitpold im Artillerei-Regiment Zoller, — Benedikt Herter im Genie-Bataillon, — Johann Geret, — August Krämer, und Alexander Graf von Wolkenstein-Rodenegg im Ingenieur-Corps; zu Oberlieutenants: die Unterlieutenants Ludwig Ebert vom Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Ignaz Bredauer vom Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — und Conrad Schultheiß vom Inf.-Reg. Carl Pappenheim im topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes, — Maximilian Aschenbrier bei der Gendarmerie-Kompagnie von Oberbayern, — und Maximilian Bruckbräu bei jener von Unterfranken und Aschaffenburg, — Anton Ritter von Täuffenbach im Inf.-Reg. Kronprinz. — Adolph Schrott im Inf. Reg. Gumppenberg, — Franz Ritter von Zentner im Infanterie-Reg. Ysenburg, — Franz Rak, — und Karl Bechthold im Inf.-Reg. König, — Friedrich Seekirchner vom 4. Jäger-Batail. im Inf.-Reg. Hertling, — Ludwig Graf von Otting-Fünfstetten im Inf.-Reg. König, — Albert Freiherr von Guttenberg im Inf.-Reg. Hertling, — Heinrich Freiherr von Gleissenthal im Inf.-Reg. Seckendorff, — Jakob Harrach im Inf.-Reg. Zandt, — Karl Markreither im Infanterie-Reg. Seckendorff, — Friedrich Frhr. von Reitzenstein im Inf.-Reg. Hertling, — Karl Frhr. v. Neßelrode-Hugenpoet im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Gustav De Bary vom Inf.-Reg. König im Inf.-Reg. Kronprinz, — Joseph Freiherr von Riedheim im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Eduard Lindemann im 2. Jäger-Batail., — Georg Narciß im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Baptist von Heeg im 1. Jäger-Batail., — Heinrich Schmitt im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Joseph von Brückner vom Inf.-Reg. Seckendorff im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Joseph Hoberlein im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Karl Roppelt im Inf.-Reg. Wrede, — Franz Freiherr von Guttenberg im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Wilhelm Freiherr von Seckendorff im Inf.-Reg. Zandt, — Peter Dörmühl vom Inf.-Reg. Zandt im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Hermann Greger im Inf.-Reg. Prinz Karl, — Xaver Bram vom Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen im Inf.-Reg. Karl Pappenheim, — Maximilian Graf v. Spreti, Batail.-Adjutant im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Friedrich Frhr. von Treuberg im 4. Jäger-Batail., — Maximilian Graf von Rambaldi vom Inf.-Reg. König im Inf.-Reg. Kronprinz, — Friedrich Frhr. von Leoprechting vom Inf.-Reg. Seckendorff im Inf.-Reg. Hertling, — Karl von Orff, Batail.-Adjutant, im Inf.-Leib-Reg., — Adolph von Moor vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen im Inf.-Leib-Reg., — Franz Murmann vom Inf.-Reg. Zandt im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Karl Freiherr von Krauß im Inf.-Reg. Kronprinz, — Adolph Rudolf vom Inf.-Reg. Prinz Karl im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Friedrich Pöllath, Reg.-Adjutant, im Inf.-Reg. Albet Pappenheim, — Johann Weininger im Inf.-Reg. Ysenburg, — Ferdinand Freiherr von Lindenfels, im Infanterie-Regiment Karl Pappenheim, — Adalbert Bechtold im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Philipp Graf von Ysenburg, Bataillons-Adjutant, im Inf.-Reg. Prinz Karl, — Franz von Tausch im Inf.-Reg. Kronprinz, — Hugo Graf von Deym im Inf.-Reg. Gumppenberg, — August v. Scheidlin im 3. Jäger-Bat., — Maximilian Eisenhauer vom Inf.-Reg. Gumppenberg im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Alexander v. Gilardi vom Inf.-Reg. Gumppenberg im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, Johann v. Herder vom Inf.-Reg. Zandt im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Ludwig Nebel vom Inf.-Reg. Ysenburg im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Conrad Vogt vom Inf.-Reg. Zandt im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Adolph Freih. v. Falkenhausen in Chev.-Reg. Taxis; — August Eck im Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, — Julius von Grimmel im Chev.-Reg. Herzog Maximilian, — Joseph Stürmer im Cuiraßier-Reg. Prinz Adalbert, Moriz Graf von Ysenburg im Chev.-Reg. König, — Eugen Freih. v. Weveld im Cuiraßier-Reg. Prinz Carl, — Ludwig Freih. v. Gumppenberg vom Chev.-Reg. Leiningen im Chev.-Reg. König, — Ludwig, Herzog in Bayern, Königliche Hoheit, im Chev.-Reg. König, extra statum, — Bruno Frh. v. Seefried v. Chev.-Reg. Taxis im Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, — Georg Frh. von Perfall, — und Ferdinand Wich vom Kuiraßier-Reg. Prinz Adalbert im Kuiraßier-Reg. Prinz Carl, — Caspar Graf v. Kreith vom Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg im Chev.-Reg. Leiningen, — Marilian Graf von Taufkirchen vom Art.-Reg. Zoller im Art Reg. Prinz Luitpold, — Hugo Frh. von der Tann im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Albert Zehler im Art.-Reg. Zoller, — Emil Strunz, Feuerwerksmeister, bei der Zeugh.-Haupt-Dir., — Wilhelm Aign, — und Carl Frh. von Horn im Art.-Reg. Zoller, — Mamilian Aldoßer im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Heinrich Schleichert von Wiesenthal, Bat.-Adj., im Art.-Reg. Zoller, — Lorenz Hörath in der Fuhrw.-Abtheilung des Art.-Reg. Prinz Luitpold, — und Anton Plank in jener des Art.-Regiment Zoller, — Albert Holzner, — und Friedrich Schweykart im Ingenieur-Corps, — Peter von Gemünden im Genie-Bataillon, — und Carl von Kramer im Ingenieur-Corps; zu Unterlieutenants: der Reg.-Actuar Joseph Fleischmann vom Inf.-Reg. Kronprinz im 4. Jäger-Bat. mit seinem frühern Range vor dem Unterlieutenant Sigmund Freih. Ebner von Eschenbach, — die Junker Ludwig Günther vom 1. Jäger-Bat. im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Karl von Hagn im Inf.-Reg. König, — Georg Veith vom topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes

im Inf.-Reg. Prinz Karl, — Otto von Orff im Infanterie-Leib-Regiment, — Maximilian Ritter von Schelterer im Infanterie-Regiment Prinz Carl, — Carl v. Gropper vom topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes im Infanteri-Regimente Ysenburg, — Alois Eglinger vom topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes im Inf.-Reg. Kronprinz, — Carl v. Train im Inf.-Reg. Seckendorff, — Ludwig Koblermann im Infanterie-Regimente Gumppenberg, — Heinrich Graf v. Lösch im Inf.-Leib-Regiment, — Friedrich Langensee vom Infanterie-Regiment König im Infanterie-Regiment König Otto von Griechenland, — Guido Fhr. v. Guttenberg im Inf.-Reg. Hertling, — Theodor v. Coulon vom topographischen Bureau des General-Quatiermeister-Stabes im Inf.-Reg. Kronprinz, — Carl Rainprechter im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Carl Orff im Inf.-Reg. Kronprinz, — Anton Orff im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Ludwig Eberhard im Inf.-Reg. Hertling, — Friedrich Pachmayer im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Gustav Koblermann im Inf.-Reg. Ysenburg, — Gustav Fleschuez vom Inf.-Reg. Prinz Carl im Inf.-Leib-Reg., — Alexander Wilhelm im Inf.-Reg. Kronprinz, — Philipp Stauber im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Johann von Volcamer im Inf.-Reg. Seckendorff; — Maximilian v. Mayer im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Gottfried Metzger im 3. Jäger-Bat., — Maximilian Nero im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Heinrich Bruckmaier, — und Carl Wendl im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Alois Fhr. v. Junker-Bigatto im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Anton Jäger im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Wilhelm Haas im 2. Jäger-Bat., — Franz v. Rebay im Infanterie-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Carl Seida im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Maximiliam Naizer vom Inf.-Reg. König Otto v. Griechenland im Inf.-Reg. König; — Otto Hutter vom topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes im Inf.-Reg. Ysenburg, — Carl Müßig im Inf.-Reg. Ysenburg, — August Ritter v. Smöbel im Inf.-Reg. Zandt, — Otto Koblermann vom topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Friedrich Fhr. v. Reitzenstein im Inf.-Reg. Erogroßherzog von Hessen, — Franz Geigel, — und Martin Ploß im Inf.-Reg. Wrede, — Matthäus v. Münster im Inf.-Reg. Zandt, — Peter Deistel vom topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Joseph Würdinger im 4. Jäger-Bat., — Camil von Beulwitz im Cuir.-Reg. Prinz Carl, — Carl Fels im Cuir.-Reg. Prinz Adalbert, — Heinrich von Ehrne-Melchthal vom Chev.-Reg. Taxis im Chev.-Reg. Herzog Maximilian, — Theodor Fhr. Stromer v. Reichenbach, — und Wilhelm Graf v. Taufkirchen vom Cuir.-Reg. Prinz Carl im Cuir.-Reg. Prinz Adalbert, — Joseph Fhr. v. Künsberg, — und Thomas Graf v. Leiningen-Westerburg im Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, — Joseph Giong vom Cuir.-Reg. Prinz Adalbert im Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, — Otto von Stetten im Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Gustav Safferling im Chev.-Reg. Leiningen, — Otto v. Beulwitz im Cuir.-Reg. Prinz Adalbert, — Friedrich Kiliani im Chev.-Reg. Herzog Maximilian, — Hugo Fhr. v. Sternbach vom Cuir.-Reg. Prinz Carl im Cuir.-Reg. Prinz Adalbert, — Carl Marabini im Art.-Reg. Zoller, — August Ritter v. Vollmar, — und Ludwig Mußinan im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Adalbert Stark im Art.-Reg. Zoller, — Ernst Müller im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Victor Gramich im Art.-Reg. Zoller, — Ernst Rhomberg, — Wilhelm Feiler, — Joseph Rupp, — Carl Staudacher, — Ferd. Lingg, — Alois Zöller, — Conrad Weiß und Gustav Faber im Ing.-Korps; die Leibgarde-Hartschiere Edmund von Reichmann im Inf.-Reg. Seckendorff, — Friedrich v. Schirnding im Inf.-Reg. Hertling, — und August von der Tann im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland; die Unteroffiziere und Cadetten Honorius Kajer im Inf.-Reg. Ysenburg, — Moritz Müller im 3. Jäg.-Bat., — Friedrich Rew im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Robert Kronen im Inf.-Reg. Ysenburg, — Wilhelm Schimm, — und Max Kirzichel im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Carl v. Köppelle im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Carl Mayer im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Georg Dorenmühl im Inf.-Reg. Zandt, — Eduard Reyer, — und August Bürgel im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Otto v. Hörmann im Inf.-Reg. König, — Eduard Sleß im Inf.-Reg. Erbgroßh. v. Hessen, — Carl Montigny im Inf.-Reg. Seckendorff, — Otto Hofmann im Inf.-Reg. König, — Maximilian Dirschreid im Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — Ludwig Göbel vom Inf.-Reg. Carl Pappenheim im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — With. Seyfried im 1. Jäg.-Bat., — Maximilian Rößler im Inf.-Reg. König, — Ludwig Roßmann vom Cuir.-Reg. Prinz Adalbert im Inf.-Reg. Wrede, — Alois Micheler im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Johann Strißl vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. König, — Joseph Hofbauer im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Ludwig Baumeister im Inf.-Seckendorf, — Maximilian Suhmaier vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Joseph Bernreither vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. König, — Maximilian Link — und Carl Götz im Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — Carl Karthaus vom Inf.-Regiment König im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Maximilian von Pierron vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. König, — Friedrich von Reitz vom Infant.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-Regiment Wrede, — Ludwig Kleffinger vom Inf.-Reg. Carl Pappenheim im Inf.-Reg. Hertling, — Anton v. Jäger im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Hugo v. Eisenwein im Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen, — Franz Weiß im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Alois Burger im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Carl v. Volckamer im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Maximilian von Schlägel im Inf.-Reg. Albert Pappenheim; — August De Bruyn vom Cuir.-Reg. Prinz Carl im Inf.-Reg. Prinz Carl, — Joseph Krauß vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-Reg. Wrede, Maximilian Galimberti vom 3. Jäg.-Bat. im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Joseph Hanßtingl vom 3. Jäg.-Bat., — und Augustin Reinhard vom Inf.-Leib-Reg. im Inf.-Reg. Wrede, — Jacob Saalmüller vom Inf.-Reg. Carl Pappenheim im 2. Jäg.-Bat., — Paul v. Volckamer vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog v. Hessen, — und Carl v. Leveling vom Inf.-Reg. König im Inf.-Reg. Wrede, — Maximilian v. Schintling — und Fridolin Maillinger im Inf.-Reg. Seckendorff, — Carl Popp vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-Reg. Zandt, — Ludwig Graf v. Holnstein im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Carl Piller im 1. Jäger-Bataillon, — Wilhelm Schneider vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — und Clemens Westermayr vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Zandt, — Maximilian von Tettenborn im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Carl Liedl vom Inf.-Reg. König, — und Johann Müller vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen im Inf.-Reg. Zandt, — Nepomuck von Winckhler, — und Joseph Mähr im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Ludwig Grafenstein vom Inf.-Reg. Carl Pappenheim, — und Gustav Stademann vom Inf.-Reg. Kronprinz im Inf.-Reg. Zandt, — August Sturz im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Friedrich Lissignolo im 2. Jäg.-Bataill., — Eduard Freyherr von Reitzenstein im Inf.-Reg. Hertling, — Theodor Burgartz im Inf.-Reg. Seckendorff, — Heinrich Oehninger vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, — Philipp Gradinger vom 3. Jäg.-Bat. im Inf.-Reg. König, — Heinrich Freyherr von Harold im 1. Jäg.-Bat., — Eberhard Freyherr von Münster vom 3. im 2. Jäg.-Bat., — Wilhelm Rainprechter vom 3. Jäg.-Bat. im Inf.-Reg. Zandt, — Friedrich Sickel vom Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg im Chev.-Reg. Leiningen, — Carl von Zabuesnig im Chev.-Reg. König, — Heinrich Osthof im Chev.-Reg. Leiningen, — Joseph Hundsdorfer im Artil.-Reg. Zoller, — Kuno Lautner, — und Michael Reimwald vom Artil.-Reg. Prinz Luitpold im Artil.-Reg. Zoller, — Xaver Harrer im Artil.-Reg. Zoller, — Franz Haid vom Artil.-Reg. Zoller in der Fuhrwesens-Abtheilung dieses Regiments, — Jacob Müller, — und Albert Recher vom Artil.-Reg. Prinz Luitpold in der Fuhrw.-Abth. dieses Regiments, — Joseph Jerg vom Artil.-Reg. Prinz Luitpold in der Fuhrw.-Abtheil. des Artil.-Reg. Zoller, — und Jacob Gerber im Genie-Bataillon; zu Junkern: die Unteroffiziere und Cadetten Moriz von Gögel vom Inf.-Leib-Reg. — und Carl Muck vom Inf.-Reg. König, im topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes, — Otto von Stubenrauch im Inf.-Reg. Seckendorff, — Maximilian Haffmann vom Inf.-Reg. König im 4. Jäg.-Bataill., — Gustav Gabler vom Inf.-Reg. König, — und Heinrich Rühler vom Inf.-Reg. Hertling im Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, — Eduard Marnberg, — und Maximilian Freyherr von Bettschart im Inf.-Reg. Gumppenberg, — Albert von Tettenborn im Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, — Albert Ritter von Cammerloher vom Inf.-Leib-Reg. im 2. Jäg.-Bataill., — Eduard Müller vom Inf.-Reg. Erbgroßherzog von Hessen im Inf.-Reg. Wrede, — Carl Birkmann vom Inf.-Reg. Prinz Carl im Inf.-Reg. Zandt, — Friedrich Hoberlein vom Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-Reg. Wrede, — Ferdinand Freyherr von Bothmer vom Inf.-Reg. Hertling im Inf.-Reg. Zandt, — Albin Roth vom Inf.-Leib-Reg. — und Albin Oertel vom Infanterie-Regiment Prinz Carl im Infanterie-Regiment Ysenburg, — Friedrich von Flotow vom Infanterie-Regiment Gumppenberg im 4. Jäg.-Bat., — Friedrich Frhr. Stromer v. Reichenbach im Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg, — Otto Kieffer im Chev.-Reg. Leiningen, — Benedikt von Rad vom Chev.-Reg. König, — und Wilhelm v. Landgraf vom Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg im Cuir.-Reg. Prinz Adalbert, — Balduin Ritter v. Stransky vom Chev.-Reg. Taxis im Chev.-Reg. Herzog v. Leuchtenberg, — Ludwig Frhr. v. Reimans vom Chev.-Reg. Taxis im Cuir.-Reg. Prinz Carl — Adolph Schedel v. Greifenstein im Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg, — Sigmund Göbel im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Georg Zeller im Art.-Reg. Zoller, — Wilhelm Müller, — und Carl Nedenbacher im Art.-Reg. Prinz Luitpold, — Joseph Peter, — und Christoph Gäthner vom Genie-Bat. im Ingenieur-Corps.

Freie Städte. (Frankfurt, 4. April.) Die meisten der Abgeordneten sind abgereist, es wird stiller und die Stadt entkleidet sich ihres Schmuckes. Aus dem Verzeichniß der Mitglieder des permanenten Ausschusses ersehen Sie, daß Bayern von 5 vertreten ist. Die republikanische Partei ist kaum in dem Ausschuß vertreten und Hecker kommt nur als Suppleant hinein. Die Republikaner werden aber nicht unthätig sein. Constanz soll die Republik proklamirt haben. (?)

(N. Würzb. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 2. April.) Auf den ersten Blick sieht es in den heutigen Journalen sehr kriegerisch aus. Die Union zeigt an, daß die Häupter der mobilen Nationalgarde gestern Mittag ins Kriegsministerium gerufen worden seien, wo ihnen ein Divisionschef eröffnet habe, daß sie das Einüben der Mannschaften mit größter Emsigkeit zu betreiben hätten, weil sie nächstens an die Gränze abmarschiren würden. Andererseits ruft der Moniteur 80,000 Mann unter die Waffen. — Zur Beruhigung möge jedoch dienen, daß Frankreich sich nie eines tieferen Friedens erfreute, als jetzt; daß die Garde-Mobile von Anfang an für die Gränze bestimmt war und daß endlich jene 80,000 Mann nur die gewöhnliche Frubjahrs-Rekrutirung der Altersklasse von 1847 bilden.

Wir hören zwar daß einige Rheinstaaten Frankreich zur Vernunft bringen wollen, weil es die heimkehrenden deutschen Handwerker nicht abgehalten, sich in eine Legion zu bilden. Doch können wir versichern, daß bisher die Gagern'schen Gränzrüstungen der prov. Regierung wenig Besorgnisse einflößen.

(Regierungsbeschlüsse.) 1) Dekret, daß 80,000 Mann im Sinne des Gesetzes vom 21. März 1832 von der Altersklasse 1847 zur Fahne ruft. 2) Dekret, das einen Bruder oder nächsten Verwandten eines Februarkämpfers, die das Loos träfe, Soldat zu werden, vom Dienste befreit. Hiemit will die provisorische Regierung eine Schuld des Vaterlandes abtragen, indem sie den Sohn, Bruder oder sonstigen nächsten Verwandten des Gefallenen der bedürftigen Familie als Stütze läßt.

Der Erzbischof von Paris hat vorgestern sein silbernes Tafelgeschirr „als patriotisches Geschenk" in die Münze geschickt. Dieses Beispiel verdient Nachahmung.

Deutschland.

Bayern. °° (München, 1. April.) [Nachtrag zu dem Armeebefehl.] Pensionirt werden: die Generallieutenants: Karl Frhr. von Diez, Präsident des General-Auditoriats, — Maximilian Frhr. von Zandt, Kommandant der 4., — und Albert Graf zu Pappenheim, Kommandant der 2. Armee-Division, sämmtliche mit dem Charakter als Generale der Kavallerie, — dann Karl Frhr. von Zoller, Kommandant des Artillerie-Korps, mit dem Charakter als Feldzeugmeister; — der Generalmajor Karl Ritter von Vincenti, Chef der Revisions-Abtheilung der 6. Kriegs-Ministerial-Sektion mit dem Charakter als Generallieutenant, — die charakterisirten Generalmajore Karl Frhr. von Griessenbeck, Kommandant des Kadetten-Korps, — und Anton Schmitz, Kommandant der Festung Germersheim; — die Obersten Sebastian Hoffmann vom Ingenieur-Korps, — Friedrich Graf von Ysenburg vom Infanterie-Regiment Ysenburg, beide mit Generalmajors-Charakter, — und Georg von Fahrbeck vom Infanterie-Reg. Prinz Johann von Sachsen: — die Oberstlieutenants Clemens Graf Berghe v. Trips, vom Inf.-Reg. Erbgroßh. von Hessen, — Georg Dobel, Platz-Stabsoffizier von der Kommandantschaft Germersheim, — Ludwig Narciß vom Inf.-Reg. Gumppenberg, — Carl Purkart vom Generalquartiermeister-Stab, dieser bis auf weiters, — Gustav von Kern-Kernried vom Ingenieur-Corps, — Johann Strauß von der Zeugh.-Hpt-Direct., — Carl Freih. Stromer von Reichenbach vom Inf.-Reg. Hertling, — Joseph Schrott vom Inf.-Reg. Albert Pappenheim, — und Philipp Trömer vom Chev.-Reg. Kronprinz, sämmtliche mit Obersten-Character; — der Major Carl Reuber vom Inf.-Reg. Kronprinz; — Versetzt werden: der Generallieutenant Theodor Fürst v. Thurn und Taxis, Commandant der 2., als solcher zur 4. Armee-Division; — der Oberst Thomas von Stetten vom Chev.-Reg. Leiningen zum Cuir.-Reg. Prinz Carl; — die Oberstlieutinants August Fhr. v. Frays vom Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm zum Inf.-Reg. König, — Theodor v. Michels vom Inf.-Reg. Seckendorff zum Infanterie-Regiment Erbgroßherzog von Hessen, — Franz Saalmüller vom Inf.-Reg. Carl Pappenheim zum Inf.-Reg. Kronprinz, — und Leonhard Kneip vom Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen zum Inf.-Reg. Ysenburg; — die Majore Anton Seyfried, Platz-Stabsoffizier von der Kommandantschaft Ingolstadt zum topographischen Bureau des Generalquartiermeister-Stabes mit Uebernahme des Haupt-Conservatoriums der Armee, — und Carl v. Eisenhofen vom Art.-Reg. Zoller zur Zeughaus-Haupt Direktion.

Preussen. (Berlin, den 3. April.) Aus Dänemark ist gestern plötzlich der Chef des radikalen Ministeriums, Herr Orla Lehmann, hier eingetroffen, um gegen die Einmischung Preußens und Deutschlands in die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins zu protestiren, da der König von Dänemark allein darüber zu entscheiden und seine rebellischen Unterthanen zur Raison zu bringen habe. — Natürlich ist er mit diesem Ansinnen hier gänzlich durchgefallen. Der König erklärte, daß Herr Lehmann sich an die verantwortlichen Minister wenden müsse, worauf Baron Arnim den festen Entschluß aussprach, im Namen und mit voller Beistimmung Deutschlands nicht zu dulden, daß Dänemark über die Herzogthümer herfalle, da diese kein Eigenthum der Dänen seien, sondern nur mit den Dänen den Fürsten gemeinsam hätten. Hr. O. L. hat seine Mission völlig scheitern sehen, trotz dessen, daß auch der englische Gesandte einen Protest in lebhafter Sprache einreichte. Da hier zu gleicher Zeit der Einfall der Dänen in Nordschleswig durch einen Abgeordneten der provisorischen Regierung, Herrn Himli, gemeldet wurde, erhielt eine Gardebrigade sofort Marschbefehle, um der Liniendbrigade nachzurücken, welche schon auf dem Wege ist. Beide Brigaden sind 4 Infanterie- und 4 Kavallerieregimenter stark, begleitet von 5 Batterien oder 40 Geschützen. Die provisorische Regierung kann sofort über dies Korps von 16,000 Mann verfügen. (Brem. Z.)

Schleswig Holstein. (Rendsburg, 1 April) Hier sieht es in jeder Beziehung kriegerisch aus; überall Instandsetzungen jeder Art; Freiwillige strömen massenweise zu den Fahnen auch ich habe mich einem Kieler Freicorps angeschlossen, welches gestern Kiel verlassen hat um so bald es hier ausgerüstet ist, sich dem in Nordschleswig stehenden Truppenkorps anzuschließen. Der Krieg hat bereits begonnen; bei Apenrade haben unsere Studenten das erste Kartätschenfeuer eines Kriegsschiffes ausgehalten, ohne indeß Verluste zu erleiden; es ist nicht unmöglich, daß die Unsrigen zwischen Apenrade und Hadersleben mit den Dänen zusammengestoßen sind. In Apenrade haben die Dänen, ehe die Unsrigen eingetroffen sind, den Bürgermeister, das Haupt der deutschen Partei aufs Schiff citirt und ihn hier gefangen zurückbehalten; zwei andere angesehene Leute der deutschen Partei hat nur ihre Abwesenheit vor gleichem Schicksal gerettet. Die von dem heutigen Tageblatt gebrachte Nachricht, daß die Dänen die Insel Fehmarn besetzt hätten (an der Ostküste Holsteins) scheint noch nicht glaubwürdig zu sein da wir eine am gestrigen Tage von Fehmern abgegangene Depesche gelesen haben in welcher davon noch nichts erwähnt ist. Dagegen ist per Stafette ein Schreiben des Grafen Hahn von Neuhaus eingegangen, daß die Dänen bei Neversdorf (etwa 4 Meilen südöstlich von Kiel) gelandet seien, und daß bereits Blut geflossen sei. Man hält hier dafür, daß die Gelandeten ein dänisches Freicorps sind, die eine Razzia in den reichen Dörfern und Gütern dieses Districts machen wollen. — Es ist ein wahrer Jammer, daß wir nicht einmal so viele Schiffe haben, um eine so erbärmliche Seemacht wie Dänemark von unsern Küsten abzuhalten. (Wes. Z.)

△ Entgegnung
die Adresse in Sachen der protestantischen Kirche betreffend.

Als über die Art und Weise, wie Unterschriften zu der von den Herren Platner und Dr. Ghillany veranlaßten Adresse gesammelt worden seyen, mehrfältige Gerüchte giengen, haben wir von diesen zu unserm Vortheil keinen Gebrauch gemacht, theils um die durch die politischen Verhältnisse unsrer Zeit ohnehin schon hervorgerufene Aufregung nicht auch noch unseres Theils zu vermehren, theils in der billigen Berücksichtigung, daß das, was mißverstandener Eifer Einzelner gethan, eben gerade nicht den Unternehmern zur Last gelegt werden müsse. Einer gleichen Berücksichtigung von der Gegenseite haben aber leider wir uns nicht zu erfreuen gehabt. Wir sind deßhalb nothgedrungen, gegen die beiden in Nr. 94 dieser Zeitung aufgenommenen Artikel als unwahr zu widersprechen, daß auf unsre Veranlassung Listen zu Unterschriften in die Häuser geschickt worden seyen. In der Stadt haben sich 963 Personen, lediglich an den öffentlich bezeichneten Orten und blos in Gemäßheit der öffentlichen Einladung unterzeichnet. Es war von uns als Grundsatz angenommen worden, daß keine Unterschriften gesammelt werden sollen: wenn daher mißverstandener Eifer, ausserhalb der Stadt, in den umliegenden Ortschaften, die überhaupt gar nicht von uns aufgefordert worden sind, gegen unser Wissen und Willen auf ungeeignete Weise Unterschriften gesammelt, oder gewisse verkehrte Ansichten über die Sache verbreitet haben sollte, wovon uns übrigens nichts bekannt worden ist, so kann das uns nicht zugemessen werden. Es sind auch die Unterschriften aus den Landgemeinden 337 an der Zahl, von uns zwar angenommen, aber nicht mit denen aus der Stadt vermengt, sondern mit einem eigenen an das K. Staatsministerium gerichteten Bericht vom 1. d. M. vorgelegt worden.

Es war ferner unser Grundsatz, Schüler und Frauenspersonen (Wittwen abgerechnet) nicht zur Unterzeichnung zuzulassen. Da nun aus Versehen der zur Beaufsichtigung bei der Unterzeichnung aufgestellten Personen demungeachtet 15 Schüler hiesiger Anstalten und 18 ledige oder verheirathete Frauenspersonen sich mit unterzeichnet haben, so sind deren Namen unter jenen 963 nicht mit gezählt worden. Der unterzeichneten Wittwen sind es 43. Es war überhaupt unsre Absicht, über diese Resultate durchaus nichts bekannt zu machen. Lügenhafte Gerüchte aber zwingen uns nun zu unserer Rechtfertigung zu solcher öffentlichen Mittheilung. Die von uns vor der Absendung der Adresse zurückbehaltenen genauen Abschriften aller Unterzeichnungen stehen übrigens zu Jedermanns Ansicht bereit.

Es ist das das letzte Wort, das wir in dieser Sache öffentlich sprechen wollen. Wir sind von den ganz unschätzbaren Vortheilen der Preßfreiheit durchdrungen, das Publikum ist aber noch zu sehr durch die alte Ordnung verwöhnt und weiß sich noch zu wenig in die neue Ordnung zu finden, als daß die Art und Weise, wie gegenwärtig noch Zeitungsartikel aufgenommen werden, eine Erwiderung unserer Seits nicht nöthig gemacht hätte. Wir bitten aber angelegentlichst, unser ferneres Stillschweigen auf etwaige weitere Angriffe nicht als Zugeständniß betrachten zu wollen.

Nürnberg, den 3 April 1848.

Bast, Brauereibesitzer. Dr. Herrmann Beckh. Singer, Rothschmiedmeister.
Kreisrath v. Tucher. Johann Zeltner.

Anzeigen

HARMONIE.

Freitag den 7. April
Theatralische Abendunterhaltung.
Anfang 8 Uhr

Da in letzterer Zeit bei dem Einführen von Nichtmitgliedern und Fremden die §§ 11, 18, 13 und 19 der Statuten so sehr außer Acht gelassen wurden, daß viele und gegründete Beschwerden darüber eingelaufen sind, so werden diese Paragraphen in Erinnerung gebracht, und wird gebeten, genau danach zu handeln

Die verehrlichen Mitglieder haben keine Karten nöthig, die Eintrittskarten dagegen für einführbare Nichtmitglieder und Fremde, ohne welche der Eintritt durchaus verweigert werden muß, sind Freitag Nachmittags zwischen 1 und 3 Uhr im Gesellschaftslokale zu erhalten.

Der Vorstand.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Von heute an wohnt in L. Nro. 386 der Brunnengasse, neben der Stadt Wien, und empfiehlt sich der alten und neuen Nachbarschaft freundlichst,

Nürnberg, am 7. April 1848.

Dr Birkmeyer,
prakt. Arzt.

(Verloren.) Ein armer Lehrling hat von der Schildgasse bis in die Hirschelgasse ein Einschreibbüchlein von graublauem Papier verloren. Da dasselbe niemand etwas nützen kann, so wird der Finder gebeten, solches gegen ein angemessenes Trankgeld in S. No 481 der obern Schmidtgasse abzugeben.

Anzeige.

Sämmtliche Herren Turner werden ersucht, sich Freitag den 7. April Abends 8 Uhr pünktlich im Katharinensaale einzufinden.

Empfehlung.

Unterzeichneter eröffnet mit dem 3 Mai einen Lehrkurs der Gymnastik und Anstandslehre für junge Mädchen von 9—15 Jahren, und empfiehlt sich verehrten Aeltern, welche den Nutzen und die Nothwendigkeit dieser Leibesübungen zur Ausbildung des weiblichen Körpers erkennen, zu geneigter Theilnahme für die Reigen ganz ergebenst.

Anton Kleinlein.
Neue Gasse 1170

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8. April 1848. № 99. Samstag: Apollonius.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 6. April.) Die von dem kgl. Justizminister in der vierten öffentl. Sitzung eingebrachten Gesetzentwürfe lauten: 1) Entwurf eines Gesetzes die Amnestirung betreffend. Se. Majestät der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches unter Beobachtung der im §. 7. Tit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen: Art. I. Wegen aller vor dem 21. März d. J. verübten Verbrechen oder Vergehen, welche unter die Bestimmungen der Artikel 300, 302, 305, 306, 308 bis 317, 319 bis 322, 324 bis 336, 404 bis 424, Th. I. des Strafgesetzbuches vom J. 1813, dann der Art. 75 bis 108, 201 bis 233, 237 bis 248, 260 bis 264 und 291 bis 294 des pfälzischen Strafgesetzbuches fallen, soll keine gerichtliche Verfolgung stattfinden, und alle deshalb bereits eingeleiteten Untersuchungen werden hiemit niedergeschlagen. Art. II. Gemeine Verbrechen und Vergehen, welche bei Gelegenheit oder in Verbindung mit den im Art. I. bezeichneten politischen Verbrechen oder Vergehen verübt wurden, bleiben der richterlichen Untersuchung und Bestrafung unterworfen. Art. III. Alle, welche wegen der im Art. I. bezeichneten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt oder von der Instanz entlassen wurden, werden in die in Folge dessen verlornen politischen Rechte wieder eingesetzt. Art. IV. Unsere Staatsministerien der Justiz und des Krieges sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München den 5. April. (L. S.) Für den Entwurf. Heintz.

2) Entwurf eines Gesetzes, „die Behandlung neuer Gesetz-Bücher betreffend." Seine Majestät der König haben, nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes, und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im §. 7 Tit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formen, beschlossen und verordnen. Artikel I. Die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Form der Berathung der den Ständen des Reiches zum Beirath und zur Zustimmung vorgelegten Gesetz-Entwürfe sollen in Beziehung auf die Entwürfe neuer Gesetz-Bücher über das bürgerliche und das Strafrecht, über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, und über das Straf-Verfahren, den Entwurf einer Wechsel-Ordnung, eines Handels- und eines Polizei-Gesetzbuches in der, durch die nachfolgenden Artikel, festgesetzten Art abgeändert werden. Artikel II. Zur Berathung der im Artikel I. bezeichneten Gesetz-Entwürfe werden besondere Ausschüße gewählt, in der Kammer der Reichsräthe von sieben, in der Kammer der Abgeordneten von neun Mitgliedern. Ausserdem werden von jeder Kammer drei Ersatzmänner für den Fall dauernder Verhinderung der Ausschuß-Mitglieder erwählt. Artikel III. Der Vorstand eines jeden solchen Ausschusses wird von den Mitgliedern desselben gewählt. Artikel IV. Zur Berathung und Beschlußfassung ist die Anwesenheit von wenigstens fünf Mitgliedern in dem Ausschusse der Kammer der Reichsräthe, und von sieben Mitgliedern in dem Ausschusse der Kammer erforderlich. Artikel V. Beide Ausschüsse vereinigen sich zur gemeinschaftlichen Berathung unter dem Vorsitze des ältesten ihrer Vorstände. Die Abstimmung geschieht in jedem Ausschusse gesondert. Artikel VI. Auch andern Mitgliedern der Stände-Versammlung steht es frei, den Sitzungen der Ausschüsse beizuwohnen, und an den Berathungen Theil zu nehmen. Jedoch haben nur die gewählten Ausschuß-Mitglieder eine entscheidende Stimme. Art. VII. Alle Mitglieder der Stände-Versammlung sind befugt, den Ausschüssen Anträge auf Verwerfung einzelner Artikel des Gesetz-Entwurfes, oder auf Abänderungen und Zusätze zu übergeben. In beiden letzteren Fällen ist mit dem Antrage zugleich die entsprechende neue Fassung des Artikels in Vorschlag zu bringen. Artikel VIII. Diese Anträge sollen in der Berathung der Ausschüße bei den betreffenden Artikeln in Erwägung gezogen werden. Art. IX. Die Kammern werden von dem Gegenstande der jeweiligen Berathung der Ausschüsse vorher in Kenntniß gesetzt. Hiedurch sind die Mitglieder, welche Anträge eingereicht haben, aufgefordert, der Sitzung der Ausschüsse beizuwohnen, um dieselben näher zu begründen. Art. X. In jeder Kammer wird über diejenigen Punkte, hinsichtlich welcher eine Vereinbarung der beiden Ausschüsse und der Regierung vorliegt, ohne besondere Berathung abgestimmt. Diejenigen Punkte, worüber eine Vereinbarung der beiden Ausschüsse nicht erzielt, oder den übereinstimmenden Beschlüssen der Ausschüsse die Zustimmung der Regierung versagt wurde, werden zur besonderen Berathung und Abstimmung der Kammer gebracht. Art. XI. Der König kann vor Schließung oder Vertagung der Ständeversammlung Verfügen, daß die Ausschüsse auch nach der Schließung oder Vertagung versammelt und in Thätigkeit bleiben sollen, um hinsichtlich der vorgelegten Entwürfe, die im gegenwärtigen Gesetze angeordneten Arbeiten zu beginnen oder festzusetzen. Art. XII. Die Ausschüsse können auch nach der Schließung oder Vertagung der Stände-Versammlung vom König einberufen, und es können denselben unmittelbar Gesetz-Entwürfe zur Berathung übergeben werden. Für einen solchen Fall wird der König vor der Schließung oder Vertagung der Stände-Versammlung die Wahl der Ausschüsse für die bezeichneten Gegenstände der Gesetzgebung nach der Bestimmung des Artikel II. anordnen. Art. XIII. Wenn die Ausschüsse in Abwesenheit der Kammern in Thätigkeit gesetzt waren, so sind alle Mitglieder derselben nach dem Zusammentritt der Ständeversammlung befugt, das ihnen nach Artikel VII. zustehende Recht, jedoch in einer durch Beschluß der Kammer festzusetzenden praeclusiven Frist auszuüben. Art. XIV. Die gesetzliche Wirksamkeit der in Gemäßheit der Art. XI. und XII. versammelten Ausschüsse hat sich lediglich auf die Prüfung und Begutachtung der vorgelegten Entwürfe zu beschränken, und jede andere Verhandlung ist ohne Gültigkeit und Erfolg. Ihre Wirksamkeit erlischt, wenn der König die Sitzungen derselben aufhebt, oder mit Vorbehalt der Wiedereinberufung der Mitglieder einstweilen einstellt. Art. XV. Bei der Wiedereröffnung der Ständeversammlung bilden die nämlichen Reichsräthe und Abgeordneten, welche an den Vorarbeiten Theil genommen und nicht indessen aufgehört haben, Mitglieder ihrer Kammern zu sein, fortwährend die besonderen Ausschüsse für die im Art. I. bezeichneten Gegenstände der Gesetzgebung während der im Tit. VI. §. 13 der Verfassungsurkunde bestimmten Dauer der II. Kammer der Ständeversammlung und nur die allenfallsigen Abgänge werden durch Wahl ersetzt. Art. XVI. Die allgemeinen Bestimmungen über die ständische Geschäfts-Behandlung sind auch auf die Verhandlungen anzuwenden, welche in Folge des gegenwärtigen Gesetzes stattfinden, soweit sie durch die Bestimmungen dieses letzteren nicht abgeändert sind. Art. XVII. Der Staatsminister der Justiz und der Staasminister des Innern sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München, im April 1848. Für den Entwurf: v. Beisler, Staatsrath. (L. S.)

3) Gesetz-Entwurf, die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betreffend. Se. Majestät der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im Tit. X. §. 7. der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Form beschlossen, und verordnen, was folgt: Art. I. Die Pfalz erhält als Ersatz für den Entgang der Abgeordneten aus der Klasse der adelichen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit weiters drei Abgeordnete, einen aus der Klasse der Städe und Märkte, und zwei aus der Klasse der Landeigenthümer, welche der Gesammtzahl der Abgeordneten des ganzen Könichreiches gesondert zugerechnet werden. Art II. Vorstehende Bestimmung soll bis zur Revision des Wahlgesetzes als Bestandtheil der Verfassungs-Urkunde, insbesondere als Zusatz zum Tit. VI. §. 9. mit der Reihenfolge lit. F. angesehen werden. Dieselbe tritt mit dem Tage der Verkündung und zwar schon für die gegenwärtige Ständeversammlung in Wirksamkeit, und kann nur in der, durch den Tit. X. §. 7. der Verfassuugs-Urkunde vorgeschriebenen Form abgeändert werden. Art. III. Der Staatsminister des Innern ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen in das Gesetzblatt und in das Amtsblatt der Pfalz einzurückenden Gesetzes beauftragt. Gegeben München im April 1848. Für den Entwurf: v. Thon-Dittmer.

*† (München, den 5. April.) Noch gestern ging folgendes Schreiben unserer zweiten Kammer nach Frankfurt: An die sehr verehrlichen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, dermal zu Frankfurt a. M. Die Kammer der Abg. hat in der heutigen Sitzung vom 4. April das unterzeichnete Direktorium beauftragt, die verehrlichen Mitglieder, welche dermal bei der National-Versammlung in Frankfurt anwesend sind, unverweilt vor Abgang der Post in Kenntniß zu setzen, daß die Kammer durch einstimmigen Beschluß sich dahin ausgesprochen hat, daß sie zur Erzielung der Einheit Deutschlands und eines deutschen Parlamentes auf den Grundlagen des einen Prinzipes der konstitutionellen Monarchie sich forthin zu bewegen und nur in diesem Sinne und Geiste der Entwicklung des staatlichen Lebens die von der Zeit geforderte Vervollkommnung zu verschaffen gewillt sey, mit Beifügung des Wunsches, daß die in Frankfurt anwesenden verehrlichen Mitglieder dieses Prinzip als Grundlage ihrer Wirksamkeit aufnehmen, festhalten und in dessen Förderung und Vervollkommnung ausharren mögen. Hochachtungsvollst München im April. Dr. Müller, II. Präsident. Stockinger, I. Sekretär.

Bei der gestern stattgefundenen Wahl zur Vermehrung der Mitglieder der Ausschüsse wurden in den I. Ausschuß bei 98 Stimmenden (Majorität 50) gewählt: 1) Professor Dr. Zenger mit 98 Stimmen; 2) Professor Dr. Engelhard mit 80 Stimmen. In den II. Ausschuß (98 Stimmende, Majorität 50): 1) der Abg. Regierungsdirektor Schwindel, mit 71 Stimmen, 2) der Abg. Frhr. v. Schäzler mit 62 Stimmen. In den I. Scrutinium (94 Stimmende, Majorität 48): 1) der Abg. Rath mit 73 Stimmen; 2) der Abg. Eser mit 50 Stimmen. Im II. Scrutinium (dieselbe Zahl): 3) der Abg. Zeyer mit 72 Stimmen.

*† (München, den 6. April.) Die Ausschüsse der Kammer der Abgeordneten sind nun in vollster Thätigkeit; da heute und morgen von Frankfurt die Abgeordneten zurückkehren werden, so werden die Kammersitzungen in geordneter Folge abgehalten werden können. Die Kammer der Reichsräthe hat ihren Sitzungssaal neu herrichten lassen, für Journalisten oder für eine Zuhörertribüne überhaupt wurde nicht gesorgt; und doch ist oft und laut genug das Verlangen nach Oeffentlichkeit dieser Sitzungen ergangen. Gestern Abend fand im Saale zur blauen Traube eine Versammlung von einigen hundert Personen, Bürger, Gelehrte, Abgeordnete (auch der II. Präsident Dr. Müller war gegenwärtig), Künstler, Studenten ꝛc. statt. Man beabsichtigt eine Adresse an die Kammer der Reichsräthe, worin zunächst die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen gewünscht werden sollte. Ursprünglich wollte man eine Aufhebung dieser Kammer, welche im Volke längst alles Vertrauen verloren hat; endlich beschloß man diese Frage vorerst der Presse zu überlassen, welche Oeffentlichkeit der Sitzungen der Kammer der Reichsräthe als den Wunsch aller Theile des Volkes verlangen soll und würde auch diese Demonstration kein Gehör finden, dann wolle man sich zu einer Adresse vereinigen, in welcher die HH. Reichsräthe die Hoffnungen und Wünsche des Volkes noch deutlicher erfahren sollen. — Der Armeebefehl, welcher dieß-

mal nur wenige ungerechte Einschiebsel enthält, hat ziemlich allgemein befriedigt. Daß unsere Hauptstadt mit der neuen Charge eines Gouverneurs bedacht wurde, rührt daher, daß Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg wegen geschwächter Gesundheit nicht zum Felddienst verwendet zu werden wünscht.

(München, den 6. April.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 16 enthält einen Plenarbeschluß des Oberappellationsgerichts des Königreiches, die Bestimmungen des §. 31 des Finanzgesetzes vom 28. Dez. 1831 betr. folgenden Inhalts: „Die Bestimmungen des §. 31 des Finanzgesetzes vom 28. Dezember 1831 beziehen sich nur auf Forderungen, zu deren Zahlung die kgl. Kassen bereits angewiesen sind. Daran reihen sich die Gründe.

(München, den 5. April.) Unser König steht im Begriffe, den Schleswig-Holsteinern thätige Hülfe zu leisten in ihrem Kampfe gegen Dänemark, indem sechs der vorzüglichsten bayerischen Offiziere schleunigst an den Kriegsschauplatz abgeschickt wurden. Es sind ferner aus der Privatkasse Sr. Maj. nicht unbedeutende Unterstützungen an einige hier befindliche Schleswiger zur Heimreise in ihr Vaterland ausbezahlt worden. Die ächt deutschen Schritte der kgl. preußischen Regierung am Bundestage bezüglich auf die Vorgänge in Schleswig finden von Seite unserer Regierung die lebhafteste Unterstützung. (A. A. Z.)

† (Nürnberg, den 6. April.) Der Magistrat und das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten unserer Stadt haben in ihren gestern und heute gehaltenen Sitzungen dem dahier wohnenden Herrn Dr. Eisenmann, in dankbarer Anerkennung der bei der großen Versammlung von Abgeordneten aus allen deutschen Ländern zu Frankfurt, wozu derselbe von einer Bürgerversammlung unserer Stadt deputirt wurde, von ihm für die Erhaltung der konstitutionell-monarchischen Verfassungen Deutschlands mit ächtem Freimuth, inniger Ueberzeugung und lohnendem Erfolge ausgesprochenen trefflichen Gesinnungen das Ehrenbürgerrecht von Nürnberg ertheilt. Die Beschlüsse beider Kollegien werden nunmehr nach gesetzlicher Vorschrift durch die kgl. Regierung von Mittelfranken Kammer des Innern zur allerhöchsten kgl. Bestätigung vorgelegt werden.

* (Nürnberg, den 6. April.) Wie wir der gestrigen Abendbeilage zur mittelfränkischen Zeitung entnehmen, hat sich das Gerücht verbreitet, als wollten die dem hiesigen Landwehr-Regimente gehörigen Kanonen ihrem eigentlichen Zweck „zum Schutze der Stadt Nürnberg" entzogen werden. Es kann ein solches Mißverständniß nur bedauert, zugleich aber auch auf das bestimmteste versichert werden, daß hieran auch nie im entferntesten gedacht wurde, und vermag man sich nicht zu erklären, wie, wenn die Kanonen auch wirklich im kön. Zeughaus untergebracht worden wären, dieß in dem gegenwärtigen Augenblick zu gegründeten Besorgnissen hätte Anlaß geben können, in dem Moment, wo der König der Nation mit dem offensten Vertrauen entgegenkömmt, Männer des allgemeinen Vertrauens um seine Person versammelt, und in seinen Rath gezogen, die Versammlung zu Frankfurt a. M. mit Männern des Vertrauens beschickt, die Armee den Verfassungseid geleistet hat, und mit allen übrigen Staatsbürgern nur Hand in Hand gehen kann, wo aus eben diesem Zeughause Tausende von Gewehren zur Bewaffnung der Landwehr schon abgegeben worden sind und noch täglich abgegeben werden, und wenn besonders nicht außer Acht gelassen wird, daß faktisch und ausdrücklich zur Sicherung des Zeughaußes, der Artillerie-Compagnie des Landwehr-Regiments ihr Allarmplatz in der Nähe des Zeughaußes (Häfnersplatz) angewiesen ist; so daß die Kanonen nirgends so unmittelbar unter dem Schutze der Landwehr stehen werden, als gerade im Zeughauße. Sie bleiben jetzt wo sie sind! Ob es aber zweckmäßig ist? ist eine andere Frage.

(Speyer.) Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß die Vergütung für Einquartirung der Truppen von 10 kr. pr. Mann auf 20 kr. erhöht wurde. (N. Sp. Z.)

(Zweibrücken, den 2. April.) Die von Paris ausmarschirten deutschen Arbeiter, welche bewaffnet in ihr Vaterland einzufallen drohen, mögen noch etwas in der Ferne weilen, da bis jetzt an unserer Grenze noch keine Spuren ihres Daseins sich gezeigt haben. Die ganze Bevölkerung ist aber gerüstet, um die Gäste gebührend zu empfangen, wenn sie es wagen wollten, die Ruhe und den Frieden in unsern Gauen zu stören. Ein Reisender stieß in der Nähe von Metz auf einen Haufen solcher Arbeiter, die meist aus der Pfalz zu Hause, welche nach seinen Mittheilungen folgendes aussagten: „Das deutsch-demokratische Comite in Paris habe alle deutsche Arbeiter und auch sie, die Erzähler, aufgefordert, sich auf einer offen liegenden Liste einzuschreiben um als Freiwillige nach Deutschland zu ziehen, indem die Pfälzer Hülfe verlangt und namentlich das Comite angegangen hätten, ihnen mit einigen Tausend Mann beizustehen um ihnen die Freiheit Deutschlands erringen und das linke Rheinufer, dessen Bewohner dieses verlangten, an Frankreich bringen zu helfen. Es hätten sich an 4000 Mann unterzeichnet. Diese hätten alsdann einen Eid dem Comite geleistet, für die Befreiung des linken Rheinufers von Deutschland mit Blut und Leben einzustehen. Die französische Regierung habe denselben Waffen ertheilt. Jeder Mann erhalte per Tag 1 Fr. Sold und freies Quartier bis Straßburg. Das ganze Corps sei in drei Abtheilungen von Paris ausmarschirt, das Haus Rothschild sorge für die Löhnung und in Straßburg sei der Sammelplatz, allwo denselben auch erst die Munition ertheilt werden sollte. Die Abtheilungen machten kurze Märsche, alle 2 Tage Rasttag und wurden überall mit Jubel aufgenommen und gut bewirthet. Auf dem Marsche werde exercirt und namentlich an den Rasttagen werde die Mannschaft in den Waffen geübt. Die Abtheilungen könnten nach ihren Märschen bis 4. oder 5. April in Straßburg eintreffen." Man sieht aus dieser Darstellung, wie sehr diese Leute, über angebliche Sympathien mit ihrer Unternehmung bei den Bewohnern der Pfalz, getäuscht worden sind. (N. Sp. Z.)

(Aus der Pfalz.) Was wir in den letzten Tagen von der Haltung unserer Regierung und Kammer hören mußten, ist für jeden Gutdenkenden, der es mit seinem engeren Vaterlande wohl meint, überaus betrübend! Entweder suchen die neuen Minister den unter den bestehenden Verhältnissen nur allein möglichen volksthümlichen Regierungsweg nicht, oder sie vermögen ihn bei dem besten Willen nicht zu finden. Die Kammer, unter dem Einflusse eines volksfeindlichen Ministeriums durch das mangelhafteste aller deutschen Wahlgesetze zusammengeführt, kann unter Bayerns Bürger kein Vertrauen gewinnen; ganz abgesehen von ihrer matten Haltung in den seitherigen Verhandlungen, und davon, daß einige der intelligentesten Mitglieder, wie Heintz und Willich ausgeschieden sind. Die Pfälzer haben dieses in ihren Adressen deutlich genug ausgesprochen. Die Regierung scheint aber dennoch die Unklugheit begehen zu wollen, diese Adel'sche Kammer als Volksrepräsentation anzusehen, und ihr die so wichtigen durch die Thronrede in nächste Aussicht gestellten Gesetzesvorschläge zur Beschlußfassung vorzulegen. Bayern kann und darf sich dabei nicht beruhigen — wir Pfälzer wollen keinen Augenblick säumen, unsere Schuldigkeit zu thun! Man veranstalte am ersten kommenden Sonntage gleichzeitig in verschiedenen Städten der Pfalz (etwa in Neustadt, Zweibrücken, Kaiserslautern, Kirchheim oder Grünstadt und Bergzabern) große Volksversammlungen und lege ihnen folgende Erklärung zur Abstimmung vor: „Die Pfalz hat in zahlreichen Adressen und durch ihre nach München gesendeten Deputirten sich mit aller Entschiedenheit dahin ausgesprochen, daß der jetzigen Kammer, welche als Volksrepräsentation nimmer angesehen werde könne, keine andern Gesetzesvorlagen zur Berathung und Abstimmung unterbreitet werden sollen, als allein das provisorische Wahlgesetz, welches selbst der neugewählten Kammer nochmals zur Beschlußfassung vorzulegen sei. Würde die Regierung das provisorische Wahlgesetz nicht ungesäumt in die Kammer bringen, und, nachdem es von derselben berathen und angenommen, diese nicht unverzüglich auflösen und neue Wahlen anordnen, wollte sie vielmehr mit der jetzigen Kammer auch weitere Gesetze verhandeln, so erklären die Bewohner der Pfalz, daß sie in diesem Falle ihre Deputirten ungesäumt zurückrufen und nach dem alten Wahlgesetze keine neue Wahlen vornehmen werden, daß sie in dieser Kammer gar nicht vertreten sein wollen, aber dagegen auch alle durch dieselbe gefaßten Beschlüsse und angenommenen Gesetze für die Pfalz nicht bindend betrachten." (N. Sp. Z.)

Baden. (Karlsruhe, den 4. April.) Ein Abgeordneter der aus allen Theilen Frankreichs in Strasburg zusammenkommenden Polen, Dr. Zurkowsky, ist gestern hier eingetroffen, um unsere Regierung zu ersuchen, den zur Befreiung ihres Vaterlandes zurückkehrenden Polen einen freien und unentgeltlichen Durchzug durch unser Land zu gestatten. Es freut uns, berichten zu können, daß unser Ministerium bereitwillig diese Bitte gewährte, und Hrn. Dr. Zurkowsky durch den Hrn. Staatsminister v. Dusch eröffnen ließ, daß die Polen colonnenweise, 40 Mann stark, täglich mit dem ersten Zuge von Kehl nach Mannheim per Eisenbahn, von Mannheim aber per Dampfboot frei und unentgeltlich nach Köln geführt werden sollen. Die Polen sind durch diese Verfügung unserer Regierung zu größtem Danke verpflichtet, indem ihnen dadurch die Möglichkeit gegeben ist, in kürzester Frist ihr Vaterland zurückkehren zu können. (Frankft. J.)

(Karlsruhe.) Neunte Verloosung der großherzogl. Badischen 35 fl. Loose, als Nr. 61677 50,000 fl. Nr. 305907 15,0000 fl. Nr. 125747 5000 fl. Nr. 33579 62737 130640 und 305920 jede 2000 fl. Nr. 2620c 33583 62645 65674 125712 176038 229114 220142 319606 365132 367249 373178 und 376158 jede 1000 fl.

Braunschweig. (Braunschweig, den 2 April.) Heute wurde unsere Ständeversammlung durch den Herzog eröffnet. Dem Lande wurde in der Eröffnungsrede eine bessere Zukunft verheißen. (A. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 4. April.) Der von der Frankfurter Versammlung gewählte Fünfzigerausschuß ist sogleich nach Verkündung der Wahl zusammengetreten. Zum Vorstand wurde Soiron aus Baden, zum ersten Stellvertreter Robert Blum aus Sachsen, zum zweiten Stellvertreter Abegg aus Preussen, zu Schriftführern wurden Heinrich Simon aus Preussen, Venedey aus Preussen und Briegleb aus Koburg ernannt. Der Vorstand und der zweite Stellvertreter traten sofort mit dem Vorsitzenden der Bundesversammlung Grafen Colloredo in persönliche Verbindung und erhielten von demselben die Erklärung, daß die Beschlüsse der Versammlung in Beziehung auf die Anordnung der Wahlen der konstituirenden Versammlung und wegen des Ausscheidens derjenigen Bundestagsgesandten, welche das Vertrauen des Volkes nicht besitzen, ohne allen Verzug durch die Bundestagsgesandten an die zuständigen Regierungen abgegangen seyen, ferner daß er sofort den Beschluß der Bundesversammlung über die Art und Weise, in welcher dieselbe geschäftlich mit dem Fünfzigerausschuß zu verhandeln, beantragen und alsbald mittheilen werde.

(Frankfurt, den 4. April.) Aus den Mitgliedern der berathenden Versammlung für das zu constituirende deutsche Parlament hat sich „ein demokratisches Central-Comite für die Wahlen zur constituirenden Versammlung an das Volk" hier gebildet, bestehend aus folgenden Männern der Minorität der Versammlung in der Paulskirche: Reichenbach aus Schlesien; d'Ester aus Rheinpreußen; Türke aus Westpreußen; Titus aus Bayern; Detering aus Hannover; Meyer aus Hannover; Diemar aus Würtemberg; Minkwitz aus Sachsen; Hecker aus Baden; Struve aus Baden; Würth aus Baden; Zitz aus Hessen; Mohr aus Hessen; Pflüger aus Hessen; Würth aus Sigmaringen. — Diese Männer haben unterm heutigen ihr Programm bereits dem Drucke übergeben. Es heißt dort: „In weniger als vier Wochen (Montag den 1. Mai) soll, nach den Beschlüssen des Vorparlaments, die constituirende Versammlung zusammen treten. Diese wird zu entscheiden haben, ob der Druck, welcher seit so langer Zeit auf Deutschland lastet, seine Zersplitterung im Innern und seine Herabwürdigung von Außen fortbestehen, ob der Kampf zwischen einer unhaltbar gewordenen Vergangenheit und den Ansprüchen der Gegenwart auf unbestimmte Zeit verlängert, oder aber ob derselbe durch eine Reihe entscheidender Beschlüsse beendigt werden soll. Alle Diejenigen, welche daher auf der einen Seite die Befreiung Deutschlands, auf der andern aber auch die rasche Beendigung unserer staatlichen Kämpfe wünschen, werden sich uns anschließen und nur solche Männer wählen, welche den Muth besitzen, mit der alten Zeit und allen ihren Drangsalen vollständig zu brechen, um eine neue Zeit des Wohlstandes, der Bildung und der Freiheit über Deutschland heraufzuführen. — Wir brauchen Euch, unsern Brüdern, den Alp, welcher auf unserm Vaterlande lastet, nicht zu schildern. Das Gefühl erlittenen schweren Druckes ruht in jeder Mannes-Brust, wenn auch die Ursachen desselben nicht allgemein erkannt werden. Was wir wollen, was wir unter Freiheit verstehen, müssen wir Euch aber bestimmt und deutlich erklären. Wir haben bereits von der Versammlung zu Frankfurt verlangt und verlangen noch immer, jetzt um so mehr, als unser Verlangen von derselben der constituirenden Versammlung zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung empfohlen worden ist; (Folgen die bekannten 15 Punktationen, aus welchen im neuen Programm Nr. 6: „Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen", und Art. 15: „Aufhebung aller erblichen Monarchie" &c. entfernt sind.) Dann heißt es weiter: „Was die Staatsform betrifft, so muß es allen denkenden Männern einleuchten, daß nur die freieste uns in den Besitz der bezeichneten dreizehn Forderungen [illegible] nur

diese uns von den zu gleicher Zeit genannten dreizehn auf unserem Volke lastenden Landplagen zu befreien vermag. In der Wahlschlacht wird sich das Schicksal Deutschlands entscheiden. Jeder volljährige Deutsche kann durch das Gewicht seiner Stimme und seiner Thätigkeit den Ausschlag in diesem Kampfe ertheilen. Wem daher die höchsten Güter der Menschen und des Bürgers am Herzen liegen, der trete ein in die Reihen der Kämpfer für den Wohlstand, die Bildung und die Freiheit des gesammten deutschen Volkes! Er schließe sich uns an, um vereint mit uns den Sieg zu erringen!" (Frankf. J.)

Oesterreich. (Wien, den 3 April.) Graf Franz Stadion hat die ihm angebotene Stelle eines Finanzministers abgelehnt. Baron v. Krauß, der unter ihm die Functionen eines zweiten Präsidenten in Lemberg bekleidete, ist zum Finanzminister ernannt. (Zanini (aus Wien gebürtig) ist Kriegsminister, der erste Mann bürgerlichen Standes, der in Oesterreich eine Ministerstelle erhält. Kubeck war auch der Sohn eines Handwerkers, aber längst baronisirt, bevor er Minister wurde. — Aus Bosnien wird eine allgemeine Erhebung der christlichen Bevölkerung gemeldet. So das Gerücht. (A. A. Z.)

(Wien, den 1. April.) Man vernimmt, die kroatischen Deputirten hätten ihre unerhörten 31 Forderungen auf 11 Punkte herabgesetzt, die Ungarn seyen dadurch zufrieden gestellt, und stellten in ihrer Begeisterung heute dem Kaiser 100,000 Mann frischer Truppen zur Verfügung. Zugleich mit dem Verschwinden eines sardinischen Diplomaten aus Wien hätte (wie hier wohnende Gäste aus England behaupten) Lord Ponsonby eine Instruktion Palmerstons aus dem Portefeuille gezogen, die eben so schnell, wie jener Diplomat, ihren Weg nach Turin gefunden haben soll und also lautete: „England wolle und werde nimmermehr zugeben, daß die Integrität des nunmehr konstitutionellen Kaiserstaates von außenher verletzt würde. Der Uebergang Karl Alberts über den Tessin sey demnach nur mit dem Bombardement von Genua durch die Flotte Ihrer großbritanischen Majestät vereinbarlich. Vierzigtausend Freiwillige eilen nach dem Süden, um die kaiserliche Armee zu verstärken. (Fr. O.-P.-Z.)

(Botzen, den 30. März.) Aus Venedig kamen Briefe, welche den Verlauf der Angelegenheiten unter Leitung der provisorischen Regierung als einen äußerst geregelten und ruhigen darstellen. Die Kroaten haben sich, es ist kaum mehr zweifelhaft, wirklich ergeben und sind nach Auslieferung der Waffen abgezogen, ebenso thatsächlich ist die Besitznahme der Marine für die Republik. Eine Abtheilung, die zu Pola lag und zwei aus Ancona gekommene Brigs sind die geretteten, treuen Reste der österreichischen Seemacht und befinden sich gegenwärtig in Triest. Die Dampfboote »Rainero« und »Benaco« am Garda sind in Desenzano mit Beschlag belegt worden, die Straßen zwischen diesem Orte und Mailand sind mit Aufständischen bedeckt. Boten aus Lavalle erzählen den ruhigen Durchmarsch der Ausreißer des Regiments d'Este, denen die Bauern Lebensmittel gaben. Sie werden über den Monte Pellegrino venezianisches Gebiet schon erreicht haben. Vor einer Stunde rückte hier ein Bataillon Schwarzenberg-Infanterie (Ungarn) ein. Man fragt sich, ob ihre erste Losung auf wälschem Boden nicht das allgewaltige „Zu spät" geworden sein wird. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 3. April.) In der heutigen Sitzung des Vereinigten Landtags ist nachfolgendes allerhöchstes Propositionsdecret der Versammlung übergeben worden: Wir Friedrich Wilhelm rc., König von Preußen rc, entbieten unsern zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen unsern kgl. Gruß. Die deutsche Bundesversammlung hat in ihrer Sitzung am 30. v. M. den Beschluß gefaßt, die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen, dem deutschen Staatensystem angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung in einem möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Zugleich hat die deutsche Bundesversammlung sich über einen provisorischen Vertretungsmaßstab geeinigt, nach welchem Preußen zu der deutschen Nationalvertretung für unsere, dem deutschen Bunde jetzt angehörigen Provinzen 113 Vertreter abzusenden hat. Da es unumgänglich nöthig ist, daß die nach obigem Beschlusse in kürzester Frist zu erwartende Versammlung der deutschen Nationalvertreter nicht ohne die Theilnahme preußischer Repräsentanten zusammentrete und außerdem bereits mit mehren deutschen Staaten die Verabredung getroffen ist, daß die zur deutschen Nationalvertretung abzuordnenden Repräsentanten durch die bestehenden Ständekammern gewählt werden sollen, so fordern wir unsere zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus unsern zum Deutschen Bunde gehörigen Provinzen hierdurch auf, die für letztere zu der Versammlung der deutschen Nationalrepräsentation abzuordnenden 112 Vertreter unverzüglich zu wählen. Von dieser Vertreterzahl fallen nach dem Bevölkerungsverhältnisse der verschiedenen Provinzen, auf Brandenburg 19, Pommern 11, Schlesien 28, Sachsen 16, Westfalen 14 und die Rheinprovinz 25 Vertreter. Für den Fall, daß die Provinzen Preußen und Posen in Folge unsers Patents vom 18. März den Wunsch aussprechen sollten, dem deutschen Bund einverleibt zu werden, richten wir zugleich an unsere zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus diesen beiden Provinzen die Aufforderung, eine angemessene Anzahl von Abgeordneten, welche für die Provinz Preußen 23 und für die Provinz Posen 12 betragen würde, für die deutsche Nationalvertretung zu wählen. Diese Wahlen sind, von den einzelnen Provinzen abgesondert, mittels absoluter Stimmenmehrheit zu vollziehen und nur auf Bewohner der betreffenden Provinz zu richten. Im Uebrigen wollen wir unsern getreuen Ständen dabei keinerlei Beschränkungen auferlegen und auch das Wahlverfahren selbst ihrem eigenen Interesse überlassen. Sollte die auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu bildende Versammlung der Vertreter unsers Volks, wie jedoch kaum zu erwarten ist, früher als die Versammlung der deutschen Nationalrepräsentanten zusammentreten, so behalten wir uns vor, mit derselben über eine den veränderten Verhältnissen angemessene Vertretung unsers Volks bei der deutschen Nationalrepräsentation eine Vereinbarung zu treffen. Wenn übrigens bei Constituirung der neuen deutschen Bundesverfassung die Bildung eines theilweise aus Mitgliedern der ersten deutschen Ständekammern bestehenden Oberhauses vereinbart werden möchte, so werden wir zur Vollziehung dieser Wahl, sofern nicht bis dahin eine andere erste preußische Kammer gebildet sein sollte, unsere Herrencurie besonders zusammenberufen. Gegeben Potsdam, den 3. April 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Nach Mittheilung dieses Erlasses erhielt der Abgeordnete v. Seckendorf in einer allgemeinen Angelegenheit das Wort, und stellte an die Minister die Frage: Was denn bis jetzt zur Wiederherstellung der Ruhe von Seiten des Ministeriums für Maßregeln getroffen seyen? Es habe sich in der Adresse des Landtages die Meinung ausgesprochen, das neue Ministerium besitze das Vertrauen des Volks, er wolle es nicht bestreiten, für ihre einzelne Person gestehe er es ihnen von Herzen gern zu, aber ein ganzes Ministerium in seiner Gesammtheit müsse sich dieses Vertrauen erst erwerben. Minister v. Arnim erwiderte, es seyen allerdings von Seiten des Ministeriums bedeutende Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe getroffen worden, die in ihrer ganzen Ausführlichkeit, so viel als irgend möglich, mitzutheilen, morgen er sich gestatten werde. Uebrigens habe das Vertrauen, welches sich gegen das jetzige Ministerium kundgebe, wohl nicht die Beziehung zu dem bereits Geleisteten, sondern zu dem guten Willen des Ministeriums. v. Arnim (Exminister): Es sey hier nicht allein die Zeit des jetzigen Ministeriums, sondern auch diejenige angedeutet, worin er das Ministerium zu leiten gehabt habe. Die Zeit, wo er das Ministerium geleitet, sey eine solche gewesen, in der das einmal zu Gewährende nicht einzeln, sondern zusammen hätte gewährt werden müssen. Den Unruhen des Landes sollte gewissermaßen ein Damm entgegengesetzt werden; werde dieser Damm dicht an den reißenden Strom gebaut, so werde er mit weggespült, setze man ihn aber in eine angemessene Entfernung, so könne man das Ziel desto bestimmter erreichen. Abgeordneter v. Beckerath: Die Ereignisse haben ein bestehendes System vernichtet, was man bis jetzt mit Worten bekämpft habe. Dieses System sey durch die hereingebrochenen Bestrebungen der Freiheit eingerissen worden, und jetzt solle eben der Bau der Freiheit begonnen werden. Er könne es deßhalb unmöglich zugeben, daß das Vertrauen des Ministeriums in Frage gestellt werde; es sey falsch, daß die neuen Gesetze nur einreißen wollten, im Gegentheile, sie wollten aufbauen. Minister Camphausen: Man werde es einleuchtend finden, daß in den jetzigen Zeiten der Unruhe nichts Weiteres habe geschehen können, als die Grundsteine zu dem Baue der neuen Verfassung auszuführen, und die nächsten Tage werden es lehren, ob diese Steine verworfen werden müssen. Abgeordneter v. Bismark wünscht auch den Stand der auswärtigen Angelegenheiten, namentlich in Beziehung auf Dänemark, wodurch der Handel gefährdet sey, zu wissen. Minister v. Arnim: Es sey hier nicht Ort und Zeit dazu, die auswärtigen Angelegenheiten aufzudecken, nur Das halte er sich zur Beruhigung auszusprechen für verpflichtet, daß Preussen durchaus keinen Krieg mit Dänemark habe, daß es nur eine Expedition nach Holstein gemacht, zum Schutze des deutschen Bodens, wozu Preussen durch den früheren Bundesbeschluß die Kompetenz habe, wie es der Versammlung bekannt sey, daß Dänemark sich verpflichtet habe, das Recht Deutschlands zu achten. Es stehe übrigens mit Bestimmtheit zu erwarten, daß Dänemark diese Expedition nicht als einen Krieg betrachten, und somit zu keinen strengen Maßregeln kommen werde. Es sey vielmehr die gegründete Hoffnung, daß es zu einem Zusammentreffen der Truppen durchaus nicht kommen werde, indem auch schon von einer befreundeten Macht der Weg der Vermittelung angebahnt sey. Etwas Näheres und Bestimmteres werde der Versammlung noch mitgetheilt werden. Der Finanzminister theilte noch ein Propositionsdekret mit, daß der König anfangs gewillt, nur den Wahlgesetzentwurf dem Vereinigten Landtag zur Berathung zu übergeben, inzwischen doch durch die Zeitumstände sich genöthigt sehe, demselben ein Gesetz zur Genehmigung vorzulegen, das die verantwortlichen Minister zur Aufbringung von Mitteln, um der jetzigen Kreditlosigkeit und Lähmung des Handels zu steuern, sey es durch eine Anleihe oder in anderer Weise, ermächtige. (Pr. Bl.)

(Königsberg, den 1. April.) Das russische Manifest scheint uns Friedensbotschaft zu sein, der Kaiser scheint sich auf die Defensive beschränken zu wollen. In unserer Provinz sieht es auch noch gar nicht kriegerisch aus, von den Landwehrbataillonen sind verläufig nur 250 Mann einberufen. (D. A. Z.)

(Köln, den 3. April.) Die merkantilischen Verhältnisse gestalten sich bei uns mit jedem Tage trauriger; heute sind schon wieder ein paar bedeutende Fallimente bekannt geworden. Einer der ersten Beamten der kgl. Bank soll sich geäussert haben, daß wenn diese schreckliche Krisis noch 14 Tage oder drei Wochen andauerte, in der ganzen Provinz höchstens noch drei Häuser ersten Ranges bestehen würden. Für das Haus Schaffhausen ist noch nichts geschehen; man befürchtet also das Schlimmste. (Frkft. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 31. März.) Alle Freikorps gehen nach Rendsburg. Gestern ging von hier aus ein von dem Prof. L. Stein gesammeltes und gebildetes Freikorps zusammt den Reserven der Kieler Jäger nach Rendsburg ab. Man will den Kieler Hafen durch Ketten und Seebatterien sperren. Die Küste bewacht der Landsturm. (A. A. Z.)

Belgien.

(Gent, den 2. April.) Wir haben gestern Abends hier ein großes Unglück zu betrauern gehabt. Ein Individuum, welches in der Nähe der Eisenbahn-Station „Es lebe die Republik!" rief, wurde von einem Policei-Agenten verhaftet. Dieser verlangte beim nächsten Posten sechs Mann, um den Gefangenen in Verwahr zu bringen. Die Bedeckung wurde unterwegs mit Steinwürfen angefallen, worauf die Soldaten Feuer gaben und zwei Mann tödteten. — Die Stadt ist heute ruhig geblieben. (Köln. Z.)

Italien

(Neapel, den 29. April.) In Palermo ist das Generalparlament am 25. unter großen Feierlichkeiten eröffnet worden. Ruggiero Settimo ist provisorischer Regent Siciliens. Gegen die Bourbons ist man feindlich gesinnt, und viele werden Ferdinand II. für abgesetzt erklären; dennoch hofft man, daß die lombardischen Ereignisse auf Sicilien beruhigend einwirken könnten. (A. A. Z.)

Nach neuesten Briefen aus Rom hatte der Papst die Entfernung der Jesuiten zugesagt; dort wie in allen Städten und Ländern dauerten die kriegerischen Rüstungen und Auszüge nach der Lombardei fort. Aus Venedig vom 31. März schreibt man uns, daß ein Korps Romagnolen in Vicenza eingerückt sey, und daß die Brescianer dem Marschall eine Schlappe beigebracht hätten. (A. A. Z.)

Die Mailänder Regierung, welche am 30. März die Juden emancipirte, erklärte am 31. März, es haben jetzt alle lombardischen Städte sich an sie angeschlossen, und haben bereits ernannt oder werden binnen kurzem ernennen Repräsentanten, welche in der provisorischen Regierung sitzen werden. Auch Padua, Modena und Parma sind mit

der Mailänder Regierung in Korrespondenz getreten um zu berathen, wie Italiens Einheit zu sichern und zu befestigen sey. Karl Albert (der von Voghera aus, den 29. das Edikt über die Judenemancipation in seinen Staaten verkündete) war am 30. mit 12,000 Mann in Lodi eingerückt, wo er noch am 31. Morgens stand. Die Colonne des Generals Arcieni rückte am 30. in Brescia ein, gegen welche Stadt sich 5000 Piemontesen unter General Bes bewegen. Die österreichischen Vorposten standen am 30. vier Miglien von Brescia, bei Bossalora. Der Kern der Oesterreicher hielt sich bei Castenedolo, Montechiaro und Umgegend auf; österreichische Truppen standen außerdem in Mantua, wo sich die Bürger an sie anzuschließen scheinen, ferner in Peschiera und der Umgegend von Rezzato. Zwischen Mailand und Brescia sind die Wege frei von den Kaiserlichen; über Brescia hinaus sind sie von Mailand her nicht „praktikabel." In Parma ist zwischen dem noch keineswegs von dort entfernten Herzog und seinem Volk mindestens für den Augenblick Versöhnung eingetreten: am 25. fuhren der Herzog und sein Sohn aus, und erhielten vom Volk „wahnsinniges" Beifallrufen In Piacenza dagegen, nachdem die Oesterreicher am 26. abgezogen waren, erhob sich sogleich das Volk unter dem Ruf: nieder mit dem Herzog! und wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, die einstweilen das Regiment führt. Eine Bürgerversammlung, die noch am 26. gehalten wurde, beschloß die Zerstörung der Festung; eine andere vom 27. beschloß im Saal der Commune Verzeichnisse anzulegen, in welche die Bürger sich mit ihren Ansichten über das was jetzt geschehen soll, kurz einschreiben sollen. Viele Stimmen sind für Unterwerfung unter Karl Albert.

Nach Berichten aus Genua war das neue Ministerium in Neapel so bestimmt gewesen: Trosa, Präsident; Cariati, äußere Angelegenheiten; Ferrigno, innere; Ulloa, Direktor des Departements des Innern; Pepe, Krieg und Marine; de Luca, öffentlicher Unterricht; degli Uberti, öffentliche Arbeiten; de Lieto, Finanzen; Conforti, Cultus; Salliceti, Gnade und Justiz; Baldnochini, Ackerbau. Die Genannten hatten die Annahme des Ministeriums unter anderm davon abhängig gemacht, daß die Kammern das Recht hätten das Statut zu revidiren, und constituirende wären. Hierauf war der König nicht eingegangen; und so hing noch alles in der Schwebe. (A. A. Z.)

Das Mailänder Bulletin vom 1. April früh lautet: »Die Vorhut des piemontesischen Heers, von dem bereits ungefähr 40,000 Mann den Ticin überschritten haben, stand am 31. März unter General Trotti in Crema; am 1. April muß der Kern des Heeres unter dem König selbst in Crema eintreffen. Die Oesterreicher scheinen sich gen Verona zu ziehen; das offene Feld zu halten, wird ihnen durch die Ueberschwemmungen des Flachlandes unmöglich gemacht. Dasselbe Bulletin vom 1. April Abends sagt: die Oesterreicher seyen 4 Miglien jenseits Brescia, über St. Eufemia hinaus; das vom 2. April endlich: Gestern bewegte sich Radetzky mit 6000 Mann von Montechiaro über Desenzano nach Verona; voran gingen ihm Kommissäre, welche überall zur Auflösung der Nationalgarde u. s. w. aufforderten; Mord und Plünderung fielen nicht vor. In Verona werden sich 22,000, in Peschiera 2500 Mann sammeln." (A. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Dank und Empfehlung.

Allen, welche unserm guten Gatten und Vater die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir unsern innigsten Dank.

Dabei zeige ich an, daß ich mein Geschäft mit meinem Sohne ungestört fortführe, weshalb ich bitte, mir das bisher geschenkte Zutrauen auch ferner zu bewahren.

Nürnberg, den 7 April 1848.

Mar. Helena Treiber,
Seifensieders-Wᵉ

Einladung.

Sonntag den 9 April findet die 3 musikalische Abendunterhaltung im Gasthaus zum silbernen Löwen statt, welches den verehrten Theilnehmern hiemit bekannt macht

Carl Wild.

Versteigerung.

Den 12. April Morgens 10 Uhr werden in der Behausung des Herrn Kaufmann Pröhl zwei hellbraune Wagenpferde, mecklenburger Race, neunjährigen Alters, gut zugeritten und eingefahren, nebst einer äßitzigen Chaise, auf der Industrie-Ausstellung als Victoria-Chaise ausgestellt, gut unterhalten, die Kissen schön überzogen, an den Meistbietenden versteigert

Auch können ganz gute Pferds-Geschirre, wie ganz neue Geschirre, dazu abgegeben werden

Eintracht.

Montag den 10. April Produktion im Lokale zum Bamberger Hof. Fremdenkarten sind beim Vorstand in Empfang zu nehmen Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag Nachmittag Produktion vom Kleeblatt, wozu ergebenst einladet

Neubauer.

Einladung.

Sonntag den 9. April
Harmonie-Musik
bei Eröffnung des Garten-Lokals in der weißen Taube (am Webersplatz.)

Indem ich bei dieser Gelegenheit meine neu hergerichtete Kegelbahn empfehle und von jetzt an ausgezeichnet gutes Felsenkeller-Bier von Hrn. Gg. Lederer sen., so wie gutes abgezogenes Farnbacher-Bier ausschenken werde, erlaube ich mir, unter Versicherung prompter und anständiger Bedienung, das verehrliche Publikum zu zahlreichem Besuche einzuladen.

Mit aller Hochschätzung
Müller.

Goldener Hirsch

an der Laufergasse.

Morgen Sonntag den 9. April

Gesangs-Unterhaltung von Hrn. Fischer,
wobei die neuesten Lieder vorgetragen werden. — Wozu ergebenst einladet

Sturm.

St. Leonhard.

Sonntag, den 9. April bei günstiger Witterung „Harmonie-Musik". Da nicht gesammelt wird, so bittet man beim Eintritt nach Belieben zu honoriren.

A. Feldmann.

Schloßzwinger.

Sonnabend den 8 d wird die Gastwirthschaft daselbst eröffnet, wobei Sonnabend und Sonntag eine gutbesetzte Blechmusik unter Leitung des Herrn Lippert spielen wird, zum gefälligen Besuch empfiehlt sich

Fuchs, Gastwirth zum Bamberger Hof.

Empfehlung.

Neuer Lapperdan, holländischer Rahm-, Strassburger Münster-, ächter Limburger-Käs sind zu haben bei

G. C. Prückner.
Königsstrasse L. Nro. 109.

Wohnungs-Veranderung u. Empfehlung.

Von heute an wohnt in L. Nro. 386 der Brunnengasse, neben der Stadt Wien, und empfiehlt sich der alten und neuen Nachbarschaft freundlichst,

Nürnberg, am 7. April 1848.

Dr Birkmeyer,
prakt. Arzt.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag den 9. April produzirt sich zum Letztenmal der Volkssänger Herr Deininger aus München, wozu hiemit höflichst einladet

Kellermann.

(Pferd-Verkauf.) Ein fehlerfreies Pferd, Farbe Fuchs, sowie ein Whisky, ein- und zweispännig zu gebrauchen, ferner ein Holzwagen, einspännig, mit eisernen Axen, nebst Chaisen- und Wagengeschirr ist zu verkaufen.

Anzeige.

Heute Samstag den 8. d. Nachmittags 3 Uhr findet eine Versammlung zur Bildung eines Freikorps nach Schleswig-Holstein im Katharinen-Saale statt.

Dr. Schwarz.

Rohlederers-Garten.

Morgen Sonntag den 9. April findet »Harmonie-Musik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Anzeige.

Die sämmtlichen hiesigen realberechtigten Lohnkutscher beabsichtigen Gelegenheits-Fahrten zwischen hier und Weißenburg einzurichten, was hiemit dem resp. reisenden Publikum mit dem Bemerken zur Anzeige gebracht wird, daß täglich Vormittags 10 Uhr mehrere Fahrgelegenheiten für den billigen Preis fl 1 12 kr. a Person, am Gasthause zum rothen Rößlein auf dem Zotenplatz bereit stehen, woselbst präcis 10 Uhr abgefahren wird.

Empfehlung.

Bei Posamentier P. Adler werden Armbänder und Cocarden für die Stadtwehrmänner verfertigt und empfiehlt dieselben zur geneigten Abnahme

(Gefunden.) Verwichenen Sonntag ist auf dem Schmausenbuck ein Strickzeug mit Strickfutterchen gefunden worden Die Eigenthümerin kann solches gegen Ersatz der Einrückgebühr in der Exped. d. Blattes in Empfang nehmen.

Keine Schlafhauben.

Dem Kieler Berichterstatter des Korrespondenten v. u. f. D zu Nro. 97, welcher so lange schlafen möchte, bis seine trüben Ahnungen durch die aufgehende Glückssonne über Deutschland zerstreut sind, wünschen wir so bald als möglich eine angenehme Ruhe.

Nicht träumen aber wollen wir Andere, sondern tüchtig wachen und handeln, wie es freien Männern ziemt.

S.

(Bitte) Vor mehreren Tagen wurde beim Hausmeister im v. Tucherschen Hause S. Nro 757 eine schwarze Tuchmütze verwechselt und wird um deren Umtausch gegen die Zurückgebliebene gebeten

(Zu vermiethen.) Zwei freundliche Gartenwohnungen sind, mit allen Bequemlichkeiten in einem großen Garten, täglich, oder an Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In L. Nro. 1110 b am Schrannenplatz sind bis Ziel Walburgi II Etagen zu vermiethen, bestehend jede aus fünf Piecen, nämlich 3 heizbaren und 2 unheizbaren Zimmern, auf Verlangen jedoch könnten sie auch heizbar werden, Küche, 1 Gang, verschließbarem Vorplatz, geräumiger Holzlage und Antheil am Keller.

(Anzeige.) Die neuesten Pariser Hut-Bouquets und Federn für Damenhüte sind in schönster Auswahl zu haben bei

Karolina Sahs,
Kaiserstrasse 145.

(Verlaufen) Ein mit dem Zeichen No. 1778 (an einer rothen Quaste) versehener weiß- und braungefleckter Königshund, männlichen Geschlechts, hat sich verlaufen. Man bittet denselben in L. Nro. 429 breite Gasse zurückzubringen.

(Verlaufen) Ein röthlicher Pinscher, Bastard, männlichen Geschlechts, welcher auf den Ruf „Mentor" geht, hat sich am 5. d Mts. verlaufen. Wer solchen in Verwahrung genommen hat, beliebe ihn gegen ein Douceur in L. Nro 517 a der Pfannenschmidtsgasse zurückzubringen.

(Gesuch) Ein Spezerei-Ius wird zu pachten gesucht. Näheres bei H. Haas, Waarensensal

(Gesuch.) Eine erfahrene Köchin, welche sich dabei den häuslichen Arbeiten unterzieht, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht

(Stelle-Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches schon konditionirte, im rechnen und schreiben sowie im nähen gute Kenntnisse besitzt, wünscht in einem Laden, am liebsten in einem Spezereigeschäft als Ladenjungfer unterzukommen.

(Gesuch.) In einer Nachbarstadt wird eine gebildete Wittwe gegen mäßige Ansprüche zu einem jungen Frauenzimmer ins Logis zu nehmen gesucht. Darauf Reflektirende haben sich bis längstens Samstag den 8. April Mittags, Adlerstrasse Nro 3.8 zu melden.

(Gesuch) Eine erfahrene Köchin, die sich zugleich auch andern häuslichen Arbeiten zu unterziehen hat, wird in Dienste zu nehmen gesucht. Es melden sich jedoch nur solche Individuen melden, welche ihre Fähigkeit im Kochen so wie einen moralisch guten Lebenswandel durch Zeugnisse genügend nachzuweisen vermögen.

(Gesuch.) Eine treue Magd, welche Hausmannskost gut zu kochen versteht, mit gutem Willen und Geschick sich den Hausarbeiten unterzieht und guten Charakter besitzt, wird bis Walburgis in Dienst zu nehmen gesucht

(Gesuch.) Man sucht ein Ladenmädchen in ein Geschäft Offerten unter Buchstaben K. S.

(Gesuch) In ein Gasthaus wird eine ordentliche Kindsmagd gesucht.

(Gesuch) Man sucht in eine hiesige Gastwirthschaft bis nächstes Ziel ein gebildetes Mädchen zu engagiren.

☞ Berichtigung.

In dem Bericht über die letzte bayerische Ständeversammlung soll es heißen »Minister Heinz kündigt ferner als in den **nächsten Tagen** zur Vorlage kommenden Gesetze an- statt in den nächsten Landtagen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9. April 1848. № 100. Sonntag: Bogislaus.

△△ Nothwendige Folgen einer deutschen Republik.

Landtagsdeputirte zweier konstitutioneller Monarchieen, welche auf den Grund einer bestehenden Konstitution als Deputirte gewählt sind und als solche besonders noch ihrem Fürsten und der Verfassung den Eid der Treue geleistet haben — man übersehe dies nicht — haben in Frankfurt sich an die Spitze einer republikanischen Bewegung gestellt, und wollen uns glauben machen, nur in einer Republik sei Heil zu finden. Nun will Schreiber dieß gar nicht behaupten, daß in einer Republik es sich nicht gut leben ließe; aber auf die Folgen hält er für nöthig aufmerksam zu machen; die aus derjenigen Republik kommen werden, welche jetzt in Deutschland durchgeführt werden will. Es ist dieß nämlich die Republik der Gleichheit. Seit der vorigen französischen Revolution durchschleicht die europäische Menschheit der Gedanke, daß an allem Uebel, was uns drückt die Ungleichheit der Menschen an Stand, Würde, Besitz schuld sey, und je mehr diese Ungleichheit aufgehoben werde, desto glücklicher müßten wir sein. Bei diesen Gedanken kommen die mächtigen Leidenschaften des Menschen: Stolz, Neid, Habsucht in's Spiel und er kann daher leicht die Herzen in Begeisterung und Wuth versetzen. Das wissen die republikanischen Häupter und richten danach ihre Mitel ein den Zweck zu erreichen. Um die Monarchen verhaßt zu machen, wird Alles, was der Eine oder der Andere gefehlt oder auch nicht gefehlt hat, auch auf die bitterste Weise dargestellt und dann berechnet, was ihre Erhaltung dem Volke kostet. Damit ja recht viel herauskommt, schlägt man zu den regierenden Fürsten auch noch eine Masse Militärfürsten und bringt so eine Summe von 1300 zusammen. Welche Millionen ruft man, kosten diese Schweiger! Wenn man die ersparte, wie wohl würde den steuernden Bürger und Bauern sein! Also fort mit ihnen! Natürlich wird dabei vergessen, daß die Titularfürsten von ihrem Eigenthum, so gut wie die Bauern leben, und die regierenden ihr früheres Eigenthum dem Staat abgetreten haben. Neben diesem geht es gegen die adeligen Vorrechte. Warum soll denn, sagt man, so ein Junker, der oft so dumm ist, ein Herr von heißen, während der gescheidte Bürger blos Herr oder nicht einmal das heißt? Fort mit allen Vorrechten, Alle müssen Bürger sein! Adel kann Niemand erben. Den Bauern macht man kund, wie die Feudallasten nichts wären, als gräuliche, aufgedrungene Tyrannei, und alle diese Lasten müßten mir nichts dir nichts aufgehoben werden. Weg, heißt es weiter mit der Schaar von Beamten und Soldaten. Die Bürger regieren und vertheidigen sich selbst u. s. w. Kurz, in allen Dingen geht die Richtung aufs Gleichmachen; jeder Vorzug des Einen vor den Andern soll aufgehoben werden. Nun merke man auf, wohin das führt. Dem Adel gönnt man weder Besitz noch Titel, und rechnet nach, was er mit den Fürsten verzehrt. Sicher aber wird bald die Zeit kommen, wo man auch den reichen Kaufleuten, Fabrikanten, Kapitalisten, Bauern nachrechnet, was sie, wie man sagt, den Armen abschinden, was sie veressen und vertrinken, während ihre Arbeiter sich mühen, wie sie fahren, während jene ermüdet laufen. Die erbliche Monarchie und den erblichen Adel will man abthun, weil auch der Dümmste so etwas erben könne; aber aufgemerkt! es gibt noch ein dergleichen Erbrecht, das ebenfalls dem Dümmsten und Schlechtesten bevorrechtet, es ist das Erbrecht der Güter und des Geldes, jedes Besitzes. Wer da meint, man denke nicht daran, jedes Erbrecht aufzuheben, der hat wahrlich von der jetzigen revolutionären Bewegung noch wenig begriffen. Wie der Eine um seines geerbten Adels willen „Herr von" heißt, so heißt der Andere um seines Geldes oder Gutes willen „Herr" und wird vorgezogen. Also fort mit allen solchen Vorrechten. Warum soll dieser reich sein, weil sein Vater reich war. Die Beamten sollen vom Volke gewählt und gemindert werden; auch sollen sie nicht die Herren, sondern die Diener des Volks sein. Nicht der Bürger soll den Hut vor dem Beamten herunter thun, sondern der Beamte rc. Gut! Wenn aber die Staatsdiener nicht Diener, sondern Bediente werden sollen, die man nach Belieben annimmt und absetzt, so sehe man zu, was das für Leute sein werden. Will man unbesoldete, so muß man erst Reiche herschaffen, die der Besoldung entbehren können. Die Soldaten sollen fort, das Volk sich waffnen. Gut! Wird denn aber die Selbstbewaffnung und die doch nothwendige Kriegsübung den Bürgern und Bauern nicht mehr kosten und mehr Mühe machen? Man rechne einmal nach, was der Schweiz der letzte Bürgerkrieg gekostet hat. Kurz, die ganze republikanische Bewegung geht auf die Gleichmachung aller Menschen an Stand, Besitz und Genuß, und wird, wenn man sie gelingen läßt, nicht eher ruhen, als bis sie den Versuch gemacht, wie sich die Welt ausnimmt, wenn Alles gleich ist. Wie die Erde aussehen würde wenn Alles auch ihr gleich wäre, keine Berge, keine Thäler: das wird man leicht sagen können. Sie wäre eine Sumpf, auf der nichts leben könnte als höchstens Frösche und Kröten. Wenn nun die Menschen alle gleich würden an Stand und Besitz — o dann wäre Wohlstand und Glück für Alle! Wollen sehen. In Deutschland mit Oesterreich und Preussen befanden sich im Jahre 1835 Zwölfhundert fünfzig zwei Millionen Gulden. Soll Alles gleich werden, so werden diese also getheilt unter 50 Millionen Menschen, dann ist Wohlstand für Alle, denn Jeder erhält — Fünfundzwanzig Gulden, ein ungeheures Kapital. Ich meine, jeder Bettler, wenn er rechnen kann, sollte einsehen, daß es mit einer solchen Gleichheit nichts ist, denn er erbettelt sich leicht des Jahres mehr. Dabei ist noch zu bedenken, daß wenn wir alle gleich Geld haben und Gleichheit bleiben soll, daß Geld keinen Werth mehr hat. Weiter muß der Grundbesitz getheilt werden. Bayern hat 1300 Quadratmeilen, die geben ohngefähr 18 Millionen Morgen Land. Von diesen mag etwa der vierte Theil fruchtbares Land sein, also 4 Millionen und so kommt bei der Theilung auf den einzelnen Menschen 1 Morgen, sage Ein Morgen. Wird daher Alles getheilt, so erhält Jedes in Bayern 25 fl. und einen Morgen Feld, und der Wohlstand für Alle ist fertig. Aber leider das Geld mag Niemand mehr, und unser Feld müssen wir selber bauen. Siehe da, deutsches Volk, das herrliche Ende der jetzigen republikanischen Gleichheitsmacherei, das Himmelreich des neuen Evangeliums

Deutschland.

Bayern. *† (München, 7. April.) Wie man vernimmt, wird in 14 Tagen oder 3 Wochen wieder ein Armeebefehl erscheinen. Vom Kadettenkorps sollen die siebente und achte Klasse in die Armee übertreten und zwar die Kadetten der letzteren Klasse mit Lieutenants- und der siebenten mit Junkerscharakter. — Eine große Zahl Studirender und Polytechniker haben sich als Freiwillige gemeldet und werden in diesem Armeebefehl mit einem verhältnißmäßigen Rang benamset seyn. An sämmtliche Aerzte der Armee ist der Befehl ergangen, sich unverzüglich zu erklären, ob sie zum Felddienste sich gewachsen fühlen. — Unsere militärischen Rüstungen werden mit lobenswerther Energie betrieben. Die Volksbewaffnung nimmt den herrlichsten Fortgang; das erst in den letzten Tagen entstandene Landwehrfreikorps zählt bereits gegen 800 Mann, Bürger, Staatsbeamte ersten und letzten Rangs, Reichsräthe und andere Adelige, Advokaten, Aerzte, Literaten, Gelehrte sieht man in dessen Reihen, eifrigst mit Waffenübungen beschäftigt.

†† (Nürnberg, den 8 April.) In der gestrigen Bürgerversammlung war der Hauptgegenstand die Vorlage und Billigung einer Adresse an die Kammer der Abgeordneten, welche zur Unterzeichnung im Katharinensaale aufliegt. Nach einem längeren Vortrage des k. Advokaten Lindner, in welcher die bisherige Thätigkeit des Ausschusses und die Ursachen nachgewiesen waren, warum in der Adresse auf keine anderen Punkte, als die darin enthaltenen eingegangen ist, indem das meiste der für einen andern Entwurf Vorgesehene theils durch die Proklamation vom 6. März, theils durch die Zusicherungen in der Thronrede des Königs Maximilian, erledigt erscheint, folgte die Vorlesung der Adresse selbst, welche lautet: Hohe Kammer der Abgeordneten! Es hat sich auf eine beunruhigende Weise das Gerücht verbreitet, als solle Seitens der Regierung ein Wahlgesetz für die Kammern zur Vorlage gebracht werden, welches den Anforderungen der jetzigen Zeit in keiner Weise entspräche, indem es lediglich einen herabgesetzten Census bezwecke. Wir können und wollen nicht glauben, daß diese Gerüchte sich verwirklichen, wir wissen auch, daß ein solcher Versuch an der Einsicht der Kammer der Abg. scheitern würde, allein schon der Versuch hiezu würde das kaum geweckte Vertrauen des Volkes auf das Tiefste und Empfindlichste erschüttern und nicht abzusehen wäre, welche Folgen in der dermaligen Zeit halbe Gesetze, in denen man die Versuche der Reaktion erblicken müßte, mit sich führen würden. Wir die Unterzeichneten haben volles Vertrauen zum Könige, volles Vertrauen zur Kammer. Wir freuen uns, daß in Frankfurt das monarchisch konstitutionelle Princip aufrecht erhalten wurde und daß die Kammer einstimmig ihre Gefuhle zu Gunsten unserer monarchisch konstitutionellen Regierungsform ausgesprochen hat, über die Einheit derselben überhaupt sind wir im hohen Grade beruhiget. Dessen ohngeachtet kann und wird es den Abg. nur zur Beruhigung dienen, wenn sie von Zeit zu Zeit unmittelbare Stimmen des Volkes vernehmen, es wird und muß die Beruhigung um so größer seyn und die Verantwortlichkeit um so geringer werden, als auf diese Stimmen zu hören, besondere Pflicht der Abg. ist, welche noch unter dem beschränkten Wahlgesetze die Vertretung des Landes übernommen haben. Indem wir daher im Allgemeinen uns derjenigen Adresse anschließen, welche von München aus an die Kammer ergangen, finden wir uns gleichwohl gedrungen, über folgende Punkte uns noch ganz besonders auszusprechen. 1) Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann und darf Bayern kein Wahlgesetz einbringen, welches weniger Garantieen böte, für eine wahre und freie Volksvertretung, als der Entwurf des Wahlgesetzes für die zur Constituirung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung.

Wenn es in diesem Propositionsdekrete §. 1 heißt: »Jeder Heimathsberechtigte Preuße, welcher das 24te Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, ist in der Gemeinde, worin er seit Jahresfrist seinen ordentlichen Wohnsitz hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung, oder, ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse, Kost und Lohn bezieht,« so ist hiedurch Alles erfüllt, was man gerechter Weise von dem activen Wahlrechte verlangen kann. Weniger aber kann und darf nicht mehr gegeben werden. Der Volksstamm der Bürger ist nicht weniger reif und mündig, als der Stamm der Preußen, ja ersterer bewegt sich schon seit dem Jahre 1818 friedlich auf dem constitutionellen Wege, den Preußen nach harten und blutigen Kämpfen errungen. Der ausharrenden Treue der Bürger darf man nicht versagen, was Preußens König zu geben für nothwendig befunden hat. Noch weniger beschränkt aber muß das passive Wahlrecht werden. »Jeder Bayer, der das 30te Lebensjahr zurückgelegt und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, auch aus öffentlichen Mitteln keine Armenunterstützung bezieht, ist zum Abgeordneten wählbar. Das Vertrauen des Volkes läßt sich an keine Steuer, keinen Census binden. Wo sich der Mann des öffentlichen Vertrauens

Digitized by Google

findet, da sei er berufen, der öffentlichen Stimme zu folgen. Das Vertrauen des Volkes kann sich in einzelnen Fällen täuschen, aber im Allgemeinen gibt es in derlei Dingen ein inneres Etwas, das sich selten irre führen läßt. Nürnbergs Einwohner haben unbekümmert um Census und Steuer einen Mann zur Vertretung nach Frankfurt gesendet, der durch die That bewiesen hat, wie sehr er sein Vaterland liebt und wie er neben der gesetzlichen Freiheit die bestehende Regierungsform aufrecht erhalten wissen will, jenen Mann, der einer entgegengesetzten Partei die Worte entgegen hielt: »Wenn ein Mann, der ungerecht verurtheilt worden, 15 Jahre im Kerker gesessen, für die Monarchie spricht, dann muß sie wohl mehr als ein Traum sein.« Deshalb dürfen uns aber auch keine engeren Grenzen unseres Vertrauens gezogen werden. Niemals kann die Regierung sagen, wo das Vertrauen anzufangen, wo es aufzuhören hat. Der Besitz und dessen Größe gewährt keine Garantie für Intelligenz, für Treue und gute Gesinnung.

Die Garantie des Besitzes lag blos darin, daß man angenommen hat, es könne durch die Vertretung des materiellen Besitzes das Stabilitätsprinzip am besten aufrecht erhalten werden. Da aber das Prinzip gefallen ist, so ist kein Grund mehr vorhanden, den tüchtigen und braven Mann, wo man ihn findet, von der Volksvertretung auszuschließen. 2) Nicht weniger wichtig als die Vertretung beim Landtage ist auch die Vertretung der einzelnen Gemeinden. Dieselben Mängel bezüglich der Wahlen, der aktiven und passiven Wahlfähigkeit, zeigen sich auch hier. Wir haben deßhalb in unserer Adresse an König Ludwig durchgreifende und zeitgemäße Reform der bestehenden Wahlgesetze in allen ihren Richtungen, als erste Position gestellt und haben ungerne vermißt, daß von Verbesserung der gemeindlichen Wahlen bisher keine Rede gewesen. Das gemeindliche Leben ist die Vorschule für ein größeres öffentliches Leben. Dieses gemeinsame Leben muß erstarken und gekräftiget, durch frische und neue Talente gestärkt und gehoben werden. Ohne Umänderung der Wahlordnung ist dieß unmöglich. Hieran schließt sich 3) Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Gemeindebevollmächtigten in allen Communalangelegenheiten. Es ist kein Grund einzusehen, weßhalb die Vertreter der Gemeinde geheim beschließen sollen, wo die Vertreter des ganzen Landes öffentlich berathen. Geben Sie daher, Vertreter des Volkes, keinem Wahlgesetze Ihre Zustimmung, welches in irgend einer Beziehung weniger freisinnig seyn sollte, als das dem preussischen Landtage vorgelegte; sorgen Sie dafür, daß auch die Fürsorge für freiere Bewegung der Gemeinden und Alles, was hiezu frommt, schon beim gegenwärtigen Landtage nicht umgangen werde; sorgen Sie überhaupt dafür, daß, was Münchens Bürger und Einwohner in ihrer Adresse als zeitgemäße Forderungen hingestellt haben, so lange Sie beisammen sind, in Erfüllung gehe. Dann, nur dann, wenn das Volk sich überzeugt, daß königliche Worte zu Thaten geworden sind, daß Alles, was gesäet worden, aufgeht, ist das Vertrauen des Volkes erstarkt. Aus dem Vertrauen entsteht dann Einheit, aus der Einheit entsteht die Stärke und dann sind wir gerüstet, haben wir den innern Haushalt bestellt, jedem Feinde, woher er auch kommen möge, festen Blickes entgegen zu treten."

Die Versammlung faßte ferner die Beschlüsse, daß nur frei von der Rednertribune gesprochen werden dürfe, daß die beabsichtigten Vorträge vorher dem Ausschuß angezeigt werden sollen und es wurde die Anfrage, ob der bisherige Ausschuß in seinem Wirkungskreise verbleiben solle, mit allgemeiner Akklamation angenommen. Verstärkt wurde der Ausschuß durch zwei Mitglieder die Herren Dr. Lunkenbein und Tuchbereiter Thieme.

** (Nürnberg, den 8. April.) Gestern eilten mehrere Schleswig-Holsteiner vollständig bewaffnet, in Begleitung von sechs bayerischen Offizieren, unter welchen der Major von der Tann, hier durch. Alle trugen an der Brust und an Schärpen die schwarz-gold-rothen Farben und alle sind von dem feurigsten Muthe und der innigsten Liebe für die große deutsche Sache tief durchdrungen.

(Pfalz.) Gab es im Jahre 1837 Spione und Denuncianten der deutschen Regierungen in der Schweiz? Diese Frage wird durch nachstehendes Faktum, ohne weitern Kommentar, ganz leicht beantwortet werden können: Ein Buchhändler hatte bei der Kreisregierung in Speyer Etwas abzumachen. Nach vorgebrachtem Anliegen entspann sich zwischen dem damaligen Regierungspräsidenten v. Stengel und dem Buchhändler eine Discussion in etwa folgenden Worten: Präsident. Sie geben sich noch immer mit dem Debit verbotener Schriften ab? Buchhändler. Entschuldigen der Herr Präsident, nein! Pr. Wie mögen Sie dieses läugnen; Sie haben ja dieser Tage erst solche empfangen. B. Verzeihung; nein. P. Wie? haben Sie nicht dieser Tage erst . . . Exemplare von Frey's republikanischem Katechismus oder Strafgesetzbuch (des Titels der erwähnten Schrift erinnert sich Einsender nicht mehr genau, eine der beiden angeführten wurde aber genannt) empfangen? B. Nein! P. Wie können Sie dieses läugnen! Diese Schriften sind aus der Jenni'schen Buchdruckerei in Bern über Stuttgart an Sie abgegangen. B. (Ganz erstaunt) Ich weiß davon nichts. P. Es ist aber so! B. Nach einigem Nachdenken: Erlauben der Herr Präsident; ich erhalte jede Woche einen Ballen Bücher aus Stuttgart, der Ballen für diese Woche war bei meiner Abreise von Hause noch nicht eingetroffen; sollte die bezeichnete Schrift an mich abgesendet worden seyn, so müßte sich dieselbe in diesem Ballen befinden. P. Mag seyn! — Als der Buchhändler nach Hause kam, fand er einen kurz vor seinem Eintreffen angekommenen Ballen Bücher vor, der ganz unversehrt und regelmäßig verpackt war, und in demselben — die von dem Präsidenten erwähnte Schrift in der angegebenen Anzahl! — Wer mag jetzt noch in Abrede stellen, daß es in der Schweiz Spione, Denuncianten und Korrespondenten der deutschen Regierungen gab? Dieses geschah unter dem Ministerium Wallerstein; und hat nicht dieser Minister einige Zeit vorher in öffentlichen Erlassen erklärt: „die bayerische Regierung verabscheue ein Spionir- und Denunciationssystem; sie habe kein solches eingeführt und werde sich nie dazu erniedrigen.« — Wie mag es in dieser Beziehung erst unter dem Ministerium Abel gewesen seyn? — Daß übrigens die Regierung fast von den geheimsten Gedanken verdächtiger (?!) Männer Kenntniß hatte — davon könnte Einsender auch Proben liefern. (N. Sp. Z.)

Baden. (Mannheim, 3. April.) Seit einigen Tagen müssen die Soldaten des badischen Armeekorps mit „Sie" angeredet werden. Der Ausmarsch beider Regimenter von hier ist stündlich zu erwarten. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 6. April.) Wir erhielten heute folgendes Schreiben von Dr. Welcker wegen Posen und Polen: „Herr Redacteur! In den Verhandlungen der Versammlung zur Gründung eines deutschen Parlaments am 31. März sprach ich nach dem „offiziellen Bericht" über diese Verhandlungen nach Seite 18 wörtlich das Nachfolgende: „Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß das ganze Ost- und Westpreußen, so wie Posen von Gott und Rechtswegen zu Polen gehöre, denn wenn wir in die Geschichte zurückgehen, so finden wir, daß diese Länder von Deutschen besetzt waren. Und wenn wir bei den Mischungen der Völker, welche stattgefunden haben, bei den gerechten und ungerechten Eroberungen und Theilungen, nach privatlichen Gesichtspunkten urtheilen wollen, so gibt dieses keine richtige Entscheidung. Meine Herren, ich appellirte an die großen Prinzipien der Nationalität und Freiheit. Wir wollen die Länder nicht vertheilen wie Ackerland. Wollen die Männer in Ost- und Westpreußen Deutsche sein, so sind sie es so gut wie wir, wollen sie Polen sein, dann werden wir sie nicht zwingen, uns beizutreten. Die Beantwortung der Frage, ob sie wollen, ist etwas, was wir jetzt nicht improvisiren können. Ich will, daß Polen wieder hergestellt werde. Aber wir haben auch das Elsaß und Lothringen rc. verloren. Wir werden nicht so thöricht sein, alle jene Länder ohne Weiteres herauszugeben. Denn dann müßte man uns auch wiedergeben, was wir verloren haben rc." Diesen Worten hat man die Deutung untergeschoben, als hätte ich zu einer Eroberung von Elsaß und Lothringen von Seiten Deutschlands auffordern wollen. Die durch den Zusammenhang wie selbst durch die Worte klare Absicht in meiner Rede aber ging dahin, bei der Wiederherstellung der polnischen Freiheit, die ich stets als eine Forderung der Gerechtigkeit und der Politik vertheidigte, einen schwierigen und gehässigen Streit über die Grenzen nach demjenigen Prinzip auszugleichen, welches nach meiner lebenslänglichen Ueberzeugung, über innere und äußere Gewalt und ihre Gränzen entscheiden muß — nämlich nach dem Prinzip der Freiheit oder des wirklichen, frei ausgesprochenen Willens der Mehrheit freier Bürger eines Landes. Frankfurt, den 5. April 1848. C. Welcker. (Ffrt. Journ.)

(Frankfurt, den 4. April.) Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für den Fünfzigerausschuß in folgenden Mitgliedern niedergesetzt: Jacoby, Heckscher, Pagenstecher, Wächter, Biedermann. Abegg trägt vor: er habe äußerlich, aber sicher vernommen, daß der Bundestag noch berathe, ob auf 50,000, oder auf 70,000 Seelen ein Abgeordneter zur Nationalversammlung gewählt werden soll. In diesem Falle habe die Ausführung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung noch nicht begonnen. Ueber den Stand der Sache müsse man durch eine Deputation sich Gewißheit verschaffen und nöthigenfalls auf schleunigste Ausführung dringen. Sollten diese Beschlüsse nicht in ganz klarer Fassung mitgetheilt seyn, so müsse schleunigst eine Kommission dieselben präcis redigiren. Nach längerer Berathung wird der Antrag angenommen: die Beschlüsse in Bezug auf die Wahl nochmals festzustellen und durch eine Deputation an den Bundestag zu erwirken, daß die Wahlen nach diesen Beschlüssen sofort vorgenommen werden. Venedey beantragt eine Kommission zur Ordnung und Veröffentlichung aller Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung, begleitet mit einem Aufruf an das deutsche Volk. Nach dem Beschluß des Ausschusses soll die Ordnung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung durch die dem Ausschusse angehörigen Mitglieder des Sekretariats der vorbereitenden Versammlung, Simon, Kierulff, Briegleb und Schwarzenberg erfolgen. Zur Abfassung einer Proklamation wird eine Kommission (Venedey, Jacoby, Simon, Biedermann, Hergenhahn) niedergesetzt. Schleiden stellt den Antrag: der Ausschuß habe den deutschen Bundestag aufzufordern, sofort durch einen Beschluß auszusprechen, daß Schleswig, Ost- und Westpreussen in den deutschen Bund aufgenommen seyen, damit in diesen deutschen Ländern die Wahlen zu der bevorstehenden konstituirenden Versammlung rechtzeitig angeordnet und vorgenommen werden können. Der Antrag wird angenommen. Es wird eine Kommission ernannt (Wießner, Graf Bissingen, Freudentheil, Stedmann, Murschel) um zu erörtern, auf welche Weise der Beschluß der vorbereitenden Versammlung auf Einberufung von sechs österreichischen Mitgliedern zum Ausschuß in Vollzug zu setzen sey. Die nächste Sitzung ist morgen Nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1) Bericht über die Geschäftsordnung und Berathung. 2) Bericht in Betreff der Einberufung von sechs Ausschußmitgliedern aus Oesterreich und Berathung. Der Vorsitzende bemerkt, daß für künftig für Beziehung von Geschwindschreibern gesorgt sey, und schließt die Sitzung. Zur Beurkundung: Soiron, als Vorsitzender. Briegleb, als Schriftführer. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 5 April.) Der Fünfziger-Ausschuß hielt heute Nachmittag 4 Uhr eine öffentliche Sitzung. Der Präsident gab dem Ausschusse von mehreren Eingaben Kenntniß. Moritz Schiff in Frankfurt fragt an, wo die nicht in ihrer Heimath befindlichen Handwerksgesellen wählen sollen. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Entscheidung solcher Fragen den Regierungen zustehe, und der Ausschuß bloß bei entstehenden Schwierigkeiten vermittelnd einzuwirken habe. Eine eigentlich an die große Versammlung gerichtete Adresse der Deutschen in London wurde zu den Akten genommen. Die Gesellschaft Concordia ladet die Mitglieder zum Besuch ihres Lokals ein, wofür der Präsident bereits den Dank ausgesprochen. Tagesordnung war die Berathung der Geschäftsordnung. Der §. 1 bestimmt, daß die Sitzungen öffentlich sein sollen, der Ausschuß jedoch, wo es die Umstände gebieten, sich in ein Komite verwandeln könne. Dringende Fälle ausgenommen, sollen die Sitzungen Tags vorher mit Angabe der Tagesordnung durch die öffentlichen Blätter verkündigt werden. Im §. 2 gab die Bestimmung, wonach der Präsident einem Redner, der über 5 Minuten gesprochen, das Wort entziehen kann, zu längeren Debatten Anlaß, wurde jedoch zuletzt beibehalten. Dagegen wurde die Bestimmung des §. 6. daß Niemand mehr als zweimal sprechen darf, beseitigt. Nach §. 7. steht die Fragestellung dem Präsidenten, vorbehaltlich der Entscheidung der Versammlung zu §. 8. Der Präsident hat kein Stimmrecht, außer bei Stimmengleichheit. §. 9. Zu einem gültigen Beschluß ist die Anwesenheit von wenigstens 30 Mitgliedern erforderlich. Nach §. 10 sollen die Protokolle baldmöglichst veröffentlicht werden. Es entspann sich eine längere Debatte darüber, ob bloß die Veröffentlichung der Sekretariatsprotokolle, oder jene der vollständigen stenographischen Aufzeichnungen stattfinden solle. Während von mehreren Seiten die ausgedehnteste Oeffentlichkeit, namentlich auch zum Schutze einer etwaigen Majorität, für nöthig erachtet wurde, besorgt man andererseits durch den allzu großen Um-

fang der Mittheilungen die Theilnahme des Publikums zu schwächen. Zuletzt beschloß der Ausschuß, daß zwar in der Regel nur die Sekretariatsprotokolle gedruckt, auf Verlangen von 3 Mitgliedern aber die stenographische Aufzeichnungen vollständig veröffentlicht werden sollten. In Beziehung auf die Vertretung Oesterreichs erstattete Hr. Wiesner den Ausschußbricht, welcher dahin ging: daß noch 9 österreichische Abgeordnete berufen und ihre Wahl den Magistraten der Provinzial-Hauptstädte anheimgestellt werden solle. Der Ausschuß beschloß jedoch, an der an der Versammlung bestimmten Zahl von sechs Mitgliedern festzuhalten, und wählte als solche aus den vorgeschlagenen vierzehn Namen die HH Andryanni, Polatzky, Barth, v. Schwarzer, Dr. Schuler und Schuselka. Die Genannten sollen ersucht werden, im Fall sie am Erscheinen verhindert wären, als freisinnig bekannte Männer als Stellvertreter zu bezeichnen. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 6. April.) Wir erfahren soeben, daß gestern Abend die Schienen der Taunus-Eisenbahn zwischen Kastel und Hochheim aufgerissen worden seyen. Einige Aufklärung über die Motive dieser That vermag vielleicht nachfolgende Mittheilung zu geben, die uns bereits gestern Nachmittag zugeschickt wurde: „Ein so eben aus Kastel ankommender Freund erzählt mir, daß dort die Einwohner an d e Bahnhof-Verwaltung die gebieterische Forderung gestellt haben, alle Angestellten, die nicht Casteler sind, sofort zu entfernen, und sie durch Casteler zu ersetzen; im Weigerungsfalle würden sie die Bahn demoliren. — Das nenne ich ein Vorspiel zum allgemeinen deutschen Staatsbürgerrecht!" (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 6. April.) Es freut uns, den beunruhigenden Gerüchten in vielen deutschen Zeitschriften, welche aus dem badischen Seekreis von ungeheurer Aufregung, Schwärmen für Republik, maßloser Mißachtung der Gesetze, Aufhebung der Zollschranken zwischen Deutschland und der Schweiz rc. rc. erzählen, die Berichte eines unparteiischen Augenzeugen entgegensetzen zu können, welche diese Behauptungen nur in sehr geringem Maße bestätigen, viele davon sogar gänzlich widerlegen. Man hat dort wie in noch vielen andern Theilen unseres Vaterlandes allerdings versucht, die öffentliche Ordnung durch Aufreizungen und Versprechungen gegen das Volk zu stören, fand damit aber nur sehr wenigen und unter dem mündigen Theil der Bewohner gar keinen Anklang. Was namentlich die Behauptung betrifft, daß die Zollwächter von ihren Posten verjagt seyen, so widerlegen diese überdieß ganz unzweideutig die Erzählungen hier eingetroffener schweizer Fabrikanten, welche zum Theil selbst nach der Grenze gereist waren, um bei der schönen Gelegenheit ihre für die hiesige Messe bestimmten Waaren billig zu verzollen, an Ort und Stelle jedoch ihre Hoffnung auf einen so zu erzielenden Extraverdienst gänzlich aufgeben mußten. (Frkft.O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 4. April.) Gestern wurden die Bevollmächtigten zur Frankfurter Volksversammlung gewählt; der Bürgerausschuß wählte Buchhändler Gerold, Fabrikant Hornbostel, Dr. Alexander Bach; die Universität Prof. Endlicher, Prof. v. Mühlfeld und Dr. Schilling; die hiesigen Stände den Grafen Anton Auersperg (A. Grün) und den Frhrn. v. Andrian (den Verfasser von Oesterreich und seine Zukunft). Nebstdem sollen die Studenten gewählt haben Schuselka, Dr. Fischhof und Jurist Schneider. Ein Theil geht heute; ein anderer morgen ab. — Erzherzog Johann begibt sich ebenfals morgen nach Frankfurt. (Welchen ungeheuern Fehler die Wiener machten, diese Wahlen bis jetzt zu verzögern, ersehen sie aus unsern neuesten Frankfurter Berichten.) (D. A. Z.)

(Pesth, den 31. März.) Unser König nimmt Anstand, dem früheren Versprechen gemäß, das Ministerium zu bestätigen, so daß hier Alles in höchster Aufregung ist. Gestern ist Palatin Stephan nach Wien gereist, um die unbedingte Bestätigung zu erlangen, widrigenfalls seine Würde in die Hände Sr. Maj. zurück zu legen. Bringt er nicht die Bestätigung, so sollen heute mit dem Dampfschiffe alle Deputirte vom Reichstage hier eintreffen, Stephan zum König ausrufen, und, wenn er nicht annimmt, sogleich die Republik proklamirt werden. (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 4. April.) Im Verfolg des Referats über die Sitzung des Vereinigten Landtages am 3. April, hielt — nach der Erklärung des Ministers Camphausen in Betreff Schleswig-Holsteins, welche die Versammlung mit großer Befriedigung aufzunehmen schien — der Abgeordnete Moewes als Referent den Vortrag über das Abtheilungsgutachten, betreffend die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preussischen Verfassung. Der Abgeordnete v. Bardeleben hielt es nicht für rathsam, den Entwurf überhaupt in Erörterung zu ziehen. Die jüngsten Ereignisse hätten den Zweck gehabt, den Landtag zu beseitigen, und da derselbe das Vertrauen des Landes nicht mehr besitze, so könne das Ministerium in seiner Zustimmung keine Stütze mehr finden. Deshalb möge das Ministerium die betreffenden Maßnahmen auf eigne Hand und Verantwortung ins Leben führen. Dagegen bemerkte der Minister Camphausen, die Verantwortlichkeit, welche der Redner dem Ministerium durch sein unbedingtes Vertrauen zuschiebe, sey zu schwer. Die Vorlagen hätten den Zweck, in der Zwischenzeit bis zum Zusammentreten der Volksrepräsentation mehr theoretische Verheißungen zur Beruhigung des Landes festzustellen, und dabei lege das Ministerium großes Gewicht auf die Unterstützung des Landtags, als des gesetzlichen Organs der Nation. Der Abgeordnete v. Vincke protestirte gegen die Bemerkung, daß die Mitglieder des Landtags nicht das Vertrauen des Landes besäßen, indem ihre Wirksamkeit stets die allgemeinste Anerkennung gefunden. Was die Vorlagen betreffe, so stimme er mit dem Redner überein, daß es nicht rathsam sey, in einzelnen wichtigen Punkten der künftigen Repräsentation vorzugreifen. Dagegen bemerkt der Graf Schwerin, diese Punkte bedürfen einer schleunigen Erledigung, um aus der Unruhe und Haltlosigkeit zur Ordnung zu gelangen. In gleichem Sinn äußern sich die Abgeordneten v. Patow, Moewes, v. Puttkammer, v. Mulius, Liebig und Mevissen, worauf der Antrag des Abgeordneten v. Bardeleben aus Mangel an Unterstützung zu Boden fällt. Nach kurzen Bemerkungen werden hierauf die §§. 1, 2 und 3 der in Nro. 95 mitgetheilten Verordnung dem Abtheilungsantrage gemäß fast einstimmig angenommen. Bei §. 4, der vom Versammlungsrecht handelt, stellt die Abtheilung den Zusatzantrag: „Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, in so fern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden." Der Fürst Lichnowski unterstützt diesen Antrag, indem er die Restriktionen wegen der Versammlungen unter freiem Himmel für eben so unzweckmäßig als unbillig erklärt. Nicht die öffentlichen Versammlungen, zu denen Jeder Zutritt habe, sondern die exclusiven geheimen könnten gefährlich werden. Der Abgeordnete v. Vincke sieht in den unbeschränkten Volksversammlungen einen schädlichen Zwang für die gesetzlichen Landesorgane, wie namentlich die jüngsten Erfahrungen in Deutschland bewiesen, und erklärt sich gegen die ganze Vorlage. In England stehe seit Jahrhunderten dem Versammlungsrechte der Gesetzlichkeits- und Ordnungssinn des Volks zur Seite. Dies sey aber leider in Deutschland nicht der Fall, und er könne seine Hand nicht dazu bieten, Ungesetzlichkeiten zu legalisiren. Dem entgegnet der Minister Camphausen: der Vorschlag wolle nicht Gesetzwidrigkeiten legalisiren, sondern nur unter gesetzlicher Form dulden, was Duldung begehre. Die jetzigen Versammlungen hätten allerdings manche Uebelstände. Der größte derselben sey, daß sie glaubten, Alles, was sie beschlossen, müsse sofort von der Regierung ausgeführt werden. Träte aber erst eine Versammlung der andern gegenüber, so stehe die Regierung mit aller Freiheit in der Mitte. In den Versammlungen wie in der Presse müßten alle Richtungen frei vertreten sein. Der Abgeordnete v. Beckerath verlangt unbeschränkte öffentliche Versammlungen, wogegen die Minister Hansemann und v. Auerswald es mit der staatlichen Ordnung für unverträglich erklären, jede Versammlung im Freien ohne Weiteres zu dulden. Bei der Abstimmung wird der Abtheilungsantrag fast einstimmig angenommen.

Darauf wird die Erörterung durch die Mittheilung eines königl. Propositionsdecrets in Finanzangelegenheiten unterbrochen. Dasselbe lautet im Wesentlichen: zur Erhaltung des Staats nach außen wie zur Unterstützung von Gewerbe, Handel und Arbeit sei die Aufbringung von Geldmitteln entweder durch Erhöhung bestehender oder durch Einführung neuer Steuern, oder durch Aufnahme einer Anleihe erforderlich. Die Dringlichkeit des Bedürfnisses gestatte keinen Aufschub bis zum Zusammentreten der Volksrepräsentation, gegen welche das Ministerium jede Verantwortung der nöthigen Schritte übernehme. Zu dem Dekrete bemerkte der Finanzminister Hansemann: Furcht vor Anarchie und Krieg entziehe das Geld der Capitalisten dem Verkehr. Den hieraus entstehenden Gefahren müsse mit großen Mitteln begegnet werden, um einerseits Preussen und Deutschland dem Auslande gegenüber stark hinzustellen, und andererseits das gewerbliche Leben vor seinem Ruin zu bewahren. Die Ausgaben und die Ansprüche an den Staat seien im Zunehmen, während die Verhältnisse eine Minderung der Einnahmen herbeiführten. Die Regierung habe bereits 1 Mill. der Bank überwiesen, und 1 Mill. zur Unterstützung neu zu errichtender Discontokassen bestimmt. Zur Erleichterung der ärmern Klassen sei die Beseitigung einer Steuerüberlassung erforderlich. Zu diesem Ende werde vornächst der Uebergang von der Schacht- und Mahlsteuer zur Klassensteuer befördert. Die übergehenden Städte sollten fortan nur $^{2}/_{3}$ ihres bisherigen Contingents entrichten. Diejenigen Städte, welche die Schlacht- und Mahlsteuer beibehielten, sollten der Gleichheit wegen nur $^{2}/_{3}$ ihres Contingents an den Staat abgeben, und das letzte Dritttheil zu gemeinnützigen Ausgaben, wie die Beschäftigung brodloser Arbeiter, verwenden. Das Ministerium lege dem Landtage die ganze Wichtigkeit des Moments ans Herz. Dasselbe habe eine schwere Verantwortung auf sich genommen und wolle die Folgen derselben tragen. Der Landtag, welcher eine solche Verantwortung nicht habe, müsse dem Volke beistehen, daß es sich selbst helfe und die Kraft und Stärke Preußens und Deutschlands aufrecht erhalte Nach diesem Vortrage wurde die abgebrochene Erörterung wieder aufgenommen und §. 5 fast einstimmig genehmigt. Bei §. 6 hatte die Abtheilung Aufschub der Diskussion beantragt, womit sich jedoch die Versammlung nicht einverstanden erklärte, sondern den Paragraphen unverändert annahm. Der Landtagsmarschall kündigte hierauf an, daß der König sogleich sämmtliche Ständeglieder zu empfangen wünsche, worauf gegen 3 Uhr der Schluß der Sitzung erfolgte, nachdem der Landtagsmarschall noch mitgetheilt hatte, daß die Ernennung der Finanzkommission noch im Laufe des heutigen Tags erfolgen solle. (D. A. Z.)

(Koblenz, den 4. April.) Als gestern ein rheinisches Dampfschleppboot zu Berg an dem oberhalb Neuwied gelegenen Orte Weißenthurm vorbeifuhr, fielen mehr als 30 Schüsse von dem Dorfe aus auf das Boot, 16 Kugeln drangen in dasselbe ein und richteten namhaften Schaden an. Der Grund dieses Verfahrens ist, daß in diesem Orte viele Einwohner sich befinden, welche früher als Halfer (Schiffszieher) reichliches Auskommen hatten und sich nun durch die Dampfschlepper in ihrem Verdienst beeinträchtigt sehen. Durch den Widerstand der hiesigen Leinenschlepper ermuthigt, haben sie nun auch zu Gewaltmaßregeln gegriffen. In Folge davon liegen noch zwei Schleppboote mit acht Schleppkähnen in Neuwied, weil sie es nicht wagen, an Weißenthurm vorbeizufahren. Heute Mittag ging der Oberprokurator nach Weißenthurm ab, um wegen dieser Gewaltthätigkeiten eine Untersuchung einzuleiten; auch sollen 2 Compagnieen dahin beordert seyn. Sämmtliche Directoren der rheinischen Dampfschleppschifffahrtsgesellschaften sind gegenwärtig hier, um ihre Interessen gegen die in neuer Zeit erhobenen gewaltsamen Eingriffe zu wahren. — Privatnachrichten aus Wadern im Regierungbezirk Trier melden, daß dort in der Umgegend die größte Anarchie herrsche; mehrere Bürgermeister und Geistliche sind verjagt oder schwer mißhandelt und die Landwehr 1. Aufgebots unter die Waffen beordert worden, um in Gemeinschaft mit dem Linienmilitär die Aufrechthaltung der Ordnung wiederherzustellen. Heute Morgen kehrten die Deputirten unserer Stadt bei der Versammlung zu Frankfurt hierhin zurück. Sie äußern sich über die erzielten Resultate zufrieden, auch im hiesigen Publikum haben diese über die Erfolge in Frankfurt viel zur Beruhigung der Gemüther beigetragen. (Frkft.O.-P.-Z.)

Sachsen. (Leipzig, 9. März.) Gestern Abend 8 Uhr wurde das fürstl. schönburgische Schloß zu Waldenburg durch Tumultuanten in Brand gesteckt, Alles verwüstet und durch die Fenster geworfen. Der Fürst mußte fliehen, die Fürstin war vor Anfang des Tumults mit der Familie nach Altenburg gereist. Die von Rochlitz entbotene Kavalerie wie die von Zwickau requirirte Infanterie war zu schwach, um einschreiten zu können. Heute beabsichtigen die Tumultuanten, sagt man, Gleiches in Glauchau vorzunehmen, weshalb das Schloßarchiv geräumt ist und auch Privatpersonen ihre Habseligkeiten in Sicherheit bringen. Die Zahl der Tumultuanten in Waldenburg wird auf 16,000 (?) angegeben. (D. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Die zur Verlassenschaftsmasse des verlebten Bauern Conrad Maul zu Hegnenberg gehörigen Immobilien, nämlich:

Gegenstände.

Lit. A. Ein Viertelhof zu Hegnenberg.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
1.	801.	42	67.	Wohnhaus mit Stallung, Scheuer, Backofen, Schweinstall und Hofraum, dann Wagenschupfe und Kellerhaus, Gemeinde- u. Waldrecht mit Garten, Hopfengarten, Aecker, Wiesen, Waldung und Oedungen, Taxe . . . . 6310 fl.

Lit. B. Gemeindetheil vom Jahr 1818.

Waldungen

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
2.	1038.	1.	16.	Fürstenschlag. Taxe . . 250 fl.

½ Antheil an Hs. N. 9. in Hegnenberg.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
3	1059.	1.	77.	Am Riedenweg, Taxe 275 fl.
4	1044.	1.	15.	Fürstenschlag, Taxe . . 150 fl.
5.	1057.	2.	91	Vogelheerd, Taxe . . . 350 fl.

Lit. C. Walzende Lehne.

Aecker.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.		
6	204 a.	0.	40	Höllenstein	Taxe 250 fl.
7.	204 c	2	13	Daselbst	
8.	204 b.	0.	14.	Oedung daselbst	
9	982.	0.	45	Neubruchacker, Taxe . . 75 fl.	

Lit. D. Tucher'sche Lehen.

Garten

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
10.	803½.	0.	18.	Obst- u. Grasgarten, Taxe 18 fl.

Aecker.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
11	946½.	0.	32.	Die 2 Beet oder Morgenfeld, Taxe . . . . 36 fl.
12.	945½.	0.	35.	Hirtenbeet, Taxe . . . 40 fl.

Lit. E. Hs.-Nr. 6 in Hegnenberg.

Aecker

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
13.	894.	2	28	Kurzmittlern-Berg, Taxe 200 fl.
14.	990½.	1.	49.	Etterngel, Taxe . . . . . 150 fl.

Lit. F. Aecker.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
15.	788.	1.	97.	Stupenricht, Taxe . . . 150 fl.
16.	1967.	0.	38.	Kennbühl, Taxe . . . . 75 fl.

Lit. A. Wiese.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.	
17	411	1.	62.	Zweimädig; die Wallitzleither Wiese, Taxe . . . . . . 800 fl.

werden mit Zustimmung des unterfertigten kön. Landgerichts als Curatelbehörde am

2. Mai 1848 Nachmittags 1 Uhr

die zur Masse gehörigen Mobilien und Moventien aber den

4. Mai 1848 Vormittags 9 Uhr

in dessen Behausung zu Hegnenberg öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden, und Kaufsliebhaber hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Kaufsbedingungen im Termine bekannt gemacht werden, daß der Hinschlag von der Genehmigung der Erbsinteressenten resp. der Kuratelbehörde abhängt, und daß das Schätzungsprotokoll in loco registraturae zur Einsicht vorliegt.

Altdorf, den 23. März 1848.

Königliches Landgericht.

Schumacher.

Bekanntmachung

Dienstag den 11. April, Nachmittags 3 Uhr, wird eine Bürgerversammlung in der Kirche zu St. Aegydien abgehalten werden. Die Bürger Nürnbergs werden ersucht, sich möglichst zahlreich bei derselben einzufinden, da Herr Dr. Eisenmann, der heute von Frankfurt zurückgekehrt ist, für das allgemeine Interesse äußerst wichtige Mittheilungen machen will.

Zugleich wird bekanntgemacht, daß die am Heutigen von der Versammlung angenommene Adresse an die Stände des Reichs Sonnabend und Sonntag von 8 Uhr Morgens an zur Unterzeichnung im Katharinen-Saale aufliegen wird.

Nürnberg, den 7. April 1848.

Im Namen des Ausschußes

Korte, Advokat.

Dr. Barthelmeß.

Turn-Verein.

Montag, den 10. April Abends 8 Uhr General-Versammlung im rothen Hahn. Vorlage: neue Wahlen.

Bekanntmachung.

Vom Directorium des Gewerb-Vereins in Nürnberg

werden sämmtliche verehrliche Mitglieder des Gewerbvereins und alle diejenigen Personen, welche demselben noch beizutreten Willens sind hiemit zu einer

Generalversammlung

auf nächsten Montag den 10. April Abends ½ 7 Uhr im Saale des goldenen Adlers eingeladen, in welcher der Jahresbericht vorgetragen, Rechnung über Einnahme und Ausgabe abgelegt werden wird, und die zur Wahl eines neuen Directoriums lt. § 8 der Statuten erforderlichen 12 Wahlmänner zu ernennen sind.

Indem man einer recht zahlreichen Theilnahme entgegensieht, wird noch bemerkt, daß für jene Personen, welche dem Verein beizutreten wünschen, beim Eintritt in den Saal eine Liste zur Einzeichnung bereit liegt.

Nürnberg, den 3. April 1848.

Dr. Binder.

Reßmann,
Secr.

(Anzeige) Die Listen zur Einzeichnung der Beiträge für die Bestreitung der bereits angewachsenen und noch anzuwachsenden Kosten für die Bürgerversammlungen, liegen bei Herrn Gastwirth Renner im Strauß und bei Herrn Kaufmann Engelhard nächst dem schönen Brunnen am Markt auf.

Den Herren Ausschuß-Mitgliedern der Volksversammlung.

Nachdem die gestrige Volksversammlung Beweise gegeben, daß die Herren-Ausschuß-Mitglieder Ihre Aufgabe rühmlichst gelöst, so kann Unterzeichneter nicht unterlassen in den erfreulichen Beifall einzustimmen, den schon die Versammlung gezollt; es sei hiemit der innigste Dank ausgesprochen für jede so mühevolle Aufopferung, möge nur immer jener Geist Sie beleben und mit Stolz werden wir dann auf unsere Vertreter blicken, deren Lohn in Ihrer Anerkennung zu suchen ist.

In Namen mehrerer Bürger

C. Fischer.

Mozarts-Verein.

Dienstag den 11. April ist die 3. Monats-Versammlung im goldnen Adler und beginnen die Vorträge Abends 8 Uhr.

Der Vorstand des Mozart-Vereins.

Kündinger. Mainberger. Röder.

Goldne Krone in Wöhrd.

Montag Abends Produktion vom Kleeblatt, wozu ergebenst einladet

Kreichauf.

Verkauf oder Vermiethung eines Gartens.

In der Nähe eines Hauptthores hiesiger Stadt, ist ein schöner Garten mit vorzüglichen Gebäuden zu vermiethen oder zu verkaufen, und wird auf Anfragen Adresse A. E. L. in der Expedition dieses Blattes das Nähere mitgetheilt.

Lignum sanctum und Buchskugeln

von guter Qualität und zu den billigsten Preisen, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Ruprecht, Drechsler,
unterhalb der Fleischbrücke.

(Eingesandt.)

Trotz mehrfachen polizeilichen Erlassen geht der Unfug bei einem Theil der hiesigen Bierwirthe so weit, das Glas Bier für 3 kr. sich zahlen zu lassen, ohne an die Herausgabe der schuldigen 2 Pfennige nur zu denken. Namentlich ist dieß bei den Wirthen

Herrn Kraft zur Himmelsleiter,
" Meissenbach zum weißen Ahorn,
" Kalb zum Elephanten

erweißlichermaßen der Fall.

Gerechte Entrüstung hierwegen wird hiemit öffentlich ausgesprochen, und es dürfte hieraus Veranlassung zur Abstellung dieses die polizeilichen Verordnungen höhnenden Unfuges genommen werden.

Ein Freund der Oeffentlichkeit und Billigkeit.

Empfehlung.

Blei- und Cremserweiß, feinst in Oel abgerieben, so wie alle übrigen bunten Farben im trockenen Zustand, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Christian Fink.
Lauferggasse S. Nro. 1406.

(Zu vermiethen.) Zwei freundliche Gartenwohnungen sind, mit allen Bequemlichkeiten in einem großen Garten, täglich, oder an Walburgi zu vermiethen.

Dutzendteich.

Heute Sonntag den 9. April, findet musikalische Produktion unter Leitung des Herrn Musikmeisters Dorsch statt, und ist für Speisen und Getränke bestens gesorgt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

Fischer,
Pächter der Dutzendteichwirtschaft.

Empfehlung.

Unterzeichneter eröffnet mit dem 3. Mai einen Lehrkurs der Gymnastik und Anstandslehre für junge Mädchen von 8—13 Jahren, und empfiehlt sich verehrten Aeltern, welche den Nutzen und die Nothwendigkeit dieser Leibesübungen zur Ausbildung des weiblichen Körpers erkennen, zu geneigter Theilnahme für die Ihrigen ganz ergebenst

Anton Kleining.
Neue Gasse 1178.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt Schinken, geräuchertes Fleisch und Cervelatwürste zu jeden beliebigen Portionen und bittet um geneigte Abnahme.

Falkenstörfer, unterm weißen Thurm.

Anzeige.

Unterzeichnete empfiehlt nochmals ihre Strohhut-Wasch-Anstalt, und bemerkt zugleich, daß daselbst alle Arten abgetragene Herren- und Damen-Strohhüte (auch Roßhaar-Hüte) ganz schön schwarz gefärbt werden, bittet daher ein werthes Publikum um zahlreichen Zuspruch

Babette Wolf,
in der Stadt Wien, Brunnengasse No. 876

(Zu vermiethen.) Eine freundliche Gartenwohnung vor dem Laufer-Thor für Sommer und Winter; bestehend aus 2 heizbaren Zimmern, 2 Kammern, Boden, Keller, und sonstigen Bequemlichkeiten, ist von Walburgi an zu vermiethen. Nähere Auskunft wird ertheilt in S. Nr. 71.

(Verloren.) Von der Kugelapotheke bis zum Agnesgäßchen ist am Freitag den 7. d. ein weißer Kopfkissüberzug mit L. F. gezeichnet verloren worden. Der Finder wolle solchen in der Exped. d. Bl. gegen ein Trankgeld zurückbringen.

(Zu verkaufen.) Circa 130 Eimer frisch ausgeleerte und circa 230 Eimer trockene in Eisen gebundene Weinfässer in der Größe von 8 bis 30 Eimer, sind billig zu verkaufen in Auftrag bei Büttner und Aichmeister Schumann L. Nr. 1674 an der Maxbrücke.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich jeder Hausarbeit willig unterzieht, und mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. S. Nro. 1351 in der Hirschelgasse.

(Anzeige.) In der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist so eben wieder angekommen:

Der Hygrometer oder Wetterprophet. Ein Product aus dem Planzenreiche stammend, welches mit bewunderswürdiger Genauigkeit, jede Veränderung des Wetters 12—24 Stunden vorher anzeigt. Preis 12 kr.

Arena.

Sonntag den 9. April. Zum Erstenmale. „Zriny, oder die Erstürmung von Sigeth." Historische Darstellung in 8 Abtheilungen nach Th. Körner für die Arena eingerichtet. Mit Musik, Chören, Tänzen, militärischen Zügen und Schlachtscenen.

Die Anführer der Ungarn und Türken erscheinen in der letzten Abtheilung bei der Erstürmung Sigeths theilweise zu Pferd.

Kassa-Eröffnung und Musik-Anfang 4 Uhr.
Anfang des Schauspiels 5 Uhr. Ende 7 Uhr.

Bei gänzlich ungünstiger Witterung

im Stadt-Theater

Zum Erstenmale: „Jean Bart am Hofe." Original-Lustspiel in 4 Akten von Berger, wozu die Zettel Mittags werden ausgetragen werden.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

33 61 76 6 20

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 7. April.) Gestern hielt die Kammer der Reichsräthe eine öffentliche Sitzung, die jedoch nur von sehr kurzer Dauer war. Es wurde von dem Justizminister nachfolgender Gesetzentwurf über „Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens eingebracht. Der Gesetzentwurf lautet: S. Majestät der König haben nach Versammlung Ihres Staatsraths mit Beirath Allerhöchst Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches unter Beobachtung der in §. 7, Tit. X der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Form beschlossen und verordnen. Art. I. Die Rechtspflege soll von der Verwaltung, selbst in den untersten Behörden, gänzlich getrennt werden. Art. II. Bei der Anordnung der Gerichte und der Festsetzung ihrer Zuständigkeit soll von folgenden Grundlagen ausgegangen werden. Art. III. Den untersten Gerichten werden zweckmäßige, mit den bisherigen im Allgemeinen übereinstimmende Sprengel angewiesen werden. Art. IV. Sie urtheilen in Civil-Sachen als Einzelnrichter, über diejenigen Streitigkeiten, welche hiezu durch die Geringfügigkeit des Streitgegenstandes, oder durch die Einfachheit des Sach- und Rechtsverhältnisses oder durch die Nothwendigkeit einer schleunigen Entscheidung wegen Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder wegen Gefahr auf dem Verzuge geeignet sind. Art. V. Bei Festsetzung dieser Zuständigkeit soll die in den Prozeßgesetze vom 17. Nov. 1833. § 1 gegebene Aufstellung der zum beschleunigten Verfahren im mündlichen Verhör verwiesenen Streitigkeiten zum Anhaltspunkt dienen, vorbehaltlich zweckmäßiger Revision der dort aufgestellten Kategorien. Art. VI. Diesen untersten Gerichten soll das Vormundschaft- und Hypotheken-Wesen belassen werden. Für die Notariats-Geschäfte sollen besondere Beamte aufgestellt werden. Artikel VII. Im Strafrecht sollen die untersten Gerichte ebenfalls als Einzelnrichter über die geringsten Strafsachen urtheilen, außerdem steht ihnen in Betreff der Untersuchung über Vergehen und Verbrechen der erste Zugriff und die Aufnahme der Anzeigen zu, so wie die Vollziehung der ihnen von den Untersuchungs-Richtern ertheilten Aufträge. Artikel VIII. Die Bezirksgerichte sollen in Civil-Sachen in der Regel die erste Instanz bilden. Ausnahmen bilden die den Handelsgerichten und die den Einzelnrichtern zugewiesenen Streitigkeiten, und diejenigen, welche vermöge eines befreiten Gerichts-Standes einem höhern Gerichtshof zugewiesen sind. Sie sind die Berufungsinstanz für die von den Einzelnrichtern abgeurtheilten Sachen, und überwachen dieselben in den übrigen ihnen zugewiesenen Funktionen. Artikel IX. Im Strafrecht haben sie: 1) die Leitung der von besonders bezeichneten Mitgliedern des Gerichts, (Untersuchungsrichtern) zu führenden Voruntersuchung über Verbrechen und Vergehen. 2) Sie erkennen in zweiter Instanz über die von den Einzelnrichtern abgeordneten Strafsachen. 3) In erster Instanz über die Vergehen, 4) aus den Bezirksgerichten soll das Kriminalgericht gebildet werden, welches unter Zuziehung von Geschwornen zur Entscheidung über die Schuld von Verbrechen-Sachen zu erkennen hat. Als jeweiliger Vorsitzer des Kriminalgerichts soll ein Rath des Appellationsgerichts bezeichnet werden. Artikel X. In jedem Kreise soll ein Appellationsgericht bestehen, als Berufungs-Instanz für die Urtheile der Bezirksgerichte in Civil-Sachen und über Vergehen. Bei Verbrechen soll die Anklage von dem Appellationsgericht erkannt werden. Artikel XI. In den Fällen, in welchen verfassungsmäßig ein befreiter Gerichtsstand von dem Appellationsgerichte stattfindet, treten diese sowohl in bürgerlichen Streitsachen, als auch in Strafsachen an die Stelle der Bezirks-Gerichte. Artikel XII. Der oberste Gerichtshof ist die Berufungsinstanz für die von den Appellationsgerichten in erster Instanz abgeurtheilten Civilsachen. Artikel XIII. Eine vorzügliche Bestimmung des obersten Gerichtshofs soll darin bestehen, daß dieselbe durch Verrichtung der Civil- und Straf-Urtheile, welche eine Verletzung oder falsche Auslegung oder unrichtige Anwendung der Gesetze enthalten, die Einheit der Rechtssprechung im ganzen Reiche vermittelt. Artikel XIV. Einen wesentlichen Bestandtheil der neuen Einrichtung soll die Aufstellung von besondern Staatsanwalten bei den sämmtlichen Civil-Gerichten bilden, zur Vermittlung der Aufsicht der Regierung auf die gesammte Rechtspflege insbesondere zur Einwirkung auf die Beschleunigung der Vollständigkeit und den gesetzlichen Gang der Untersuchungen zur Durchführung der Anklagen, zur Aufrechthaltung der Disciplin und der Dienstordnung. Die Stellung und Wirksamkeit der Staatsbehörden ist in solcher Art anzuordnen, daß durch dieselbe die Unabhängigkeit der Gerichte auf keine Weise gefährdet, die richterliche Thätigkeit vielmehr um so vollständiger und reiner auf ihrem Standpunkte befestigt wird. Art. XV. Das Verfahren in Civilsachen soll die unmittelbar mündliche öffentliche Verhandlung vor dem urtheilenden Gerichte zu wesentlichen Grundlagen erhalten. Dieser Hauptverhandlung soll bei den Kollegialgerichten eine nach dem Bedürfniß bemessene schriftliche Einleitung vorangehen, welche die Bestimmung hat, die streitigen Punkte zwischen den Parteien festzusetzen und dem mündlichen Vertrage eine gründliche Unterlage zu verleihen. Art. XVI. Bei der Ausführung dieses Systems soll hauptsächlich von den auf dem deutschen linken Rheinufer bestehenden Einrichtungen, so weit sie sich durch Erfahrung erprobt haben, ausgegangen werden. Was das bestehende Prozeßrecht und die neuern Prozeßgesetze an brauchbarem Märterial darbieten, soll sorgfältig benützt und auf die Beibehaltung des bestehenden, so viel als möglich Bedacht genommen werden; jedoch unbeschadet der konsequenten Durchführung der Grundprinzipien, welche jenem System zu Grund liegen. Art XVII. Das strafrechtliche Verfahren soll ebenfalls im Wesentlichen und nach dem Vorbilde der auf dem linken Rheinufer bestehenden Gesetzgebung geordnet werden. Insbesondere soll hiebei von folgenden Grundzügen ausgegangen werden: Art. XVIII. Niemand kann wegen Verbrechens zu einer Strafe verurtheilt werden, außer vermöge eines nach vorgängiger Anklage gefällten Erkenntnisses. Art. XIX. Kein Straferkenntniß kann außer als nach einer vor den urtheilenden Richten abgehaltenen mündlichen, die ganze Beweisaufnahme umfassenden Verhandlung gefällt werden. Art. XX. Die Verhandlung über die erhobene Anklage ist bei Strafe der Nichtigkeit öffentlich mit einziger Ausnahme derjenigen Fälle, in welchen das Gericht dafür hält, daß durch die Verhandlung Aergerniß oder Verletzung des Schaamgefühls entstehen würde. Artikel XXI. Bei allen Anklagen, welche gegen Verbrechen gerichtet sind, gehört der Ausspruch über Schuld oder Nichtschuld des Angeklagten zur Zuständigkeit der Geschwornengerichte. Der Begriff des Verbrechens wird durch die Strafgesetzgebung bestimmt. Art. XXII. Das neue Polizeistrafgesetzbuch soll sich auf jene geringe Rechtsverletzungen übertragen wird. Das Staatsministerium der Justiz und das Staats-Ministerium des Innern sind mit dem Vollzug des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. (gez.) Heinz.

"† Motive zu dem Gesetz-Entwurfe, „die Zahl der Abgeordneten zur Stände-Versammlung aus der Pfalz betr." Nach §. 9 Titel VI zur Verfassung-Urkunde soll den adelichen Gutsbesitzern ein Achttheil der sämmtlichen Abgeordneten zur Stände-Versammlung zugetheilt werden. Da der Regierungsbezirk der Pfalz dieser Standesklasse entbehrt, so wird derselbe nothwendig an der Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung verkürzt. Seine Majestät der König haben in allergnädigster Würdigung dieser Verhältnisse das Staatsministerium des Innern allerhöchst beauftragt, einen zur Abhilfe dieses Mißstandes geeigneten Gesetzesentwurf an die Stände des Reiches und zwar zunächst an die sehr geehrte Kammer der Abgeordneten zu bringen. Indem der Unterzeichnete diesen allerhöchsten Auftrag vollzieht, beehrt er sich, hiezu Nachstehendes zu bemerken: Die Zahl der der Pfalz zuzutheilenden Abgeordneten zur Ständeversammlung für den Entgang der Abgeordneten aus der ersten Wahlklasse ist nach durchschnittlicher Berechnung auf drei festgesetzt und zwar mit Rücksicht auf die textuelle Bestimmung der Verfassungs-Urkunde, wonach ein Viertel der Abgeordneten aus den Städten und Märkten, und zwei Viertel aus der Klasse der Landeigenthümer zu stellen sind, dann mit Rücksicht auf die gewerblichen und industriellen Verhältnisse der Pfalz, Einen aus der Klasse der Städte und zwei aus der Klasse der Landeigenthümer. Um das Wahlsystem und die verfassungsmässigen Grundbestimmungen bei der Vertheilung der Abgeordneten nach Klassen unverändert zu belassen, sofort dem Vollzuge des gegenwätigen Gesetzes die möglichste Einfachheit zu sichern, wurde die Bestimmung getroffen, daß die fragliche Zahl der die Pfalz noch treffenden Abgeordneten nach geschehener Vertheilung sämmtlicher Abgeordneten des Königreichs in Klassen am Schlusse der Gesammtzahl der Abgeordneten noch gesondert beigesetzt werde. München, den 4. April 1848. Freiherr v. Thon-Dittmer.

"† Motive zu dem Gesetzentwurfe „die Behandlung neuer Gesetzbücher betr." Um den innern Zustand des Vaterlandes in mannigfaltigen Beziehungen und besonders in Betreff der Rechtsverwaltung auf jene Stufe zu erheben, welche das Wohl des bayerischen Volkes und das Bedürfniß der Gegenwart erfordern, haben Se. Maj. der König beschlossen, den Ständen des Reiches mehrere größere Werke der Gesetzgebung, namentlich zunächst die Gesetzbücher über das Verfahren in Civil- und Strafsachen, die Wechselordnung, das Polizei- und das Strafgesetzbuch 2c. 2c. vorlegen zu lassen. In möglichst naher Zeit sollen ferner ein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch und ein Handelsgesetzbuch zu Stande gebracht werden. Jene größeren Gesetzgebungsarbeiten bieten zusammen ein Material von großem Umfange zur ständischen Berathung dar, dessen Bewältigung mit um so größerer Schwierigkeit verbunden sein wird, da die das Gerichtsverfahren insbesondere betreffenden Einrichtungen und Formen auf neue, von der bestehenden Procedur wesentlich abweichende Grundlagen — das unmittelbare mündliche und öffentliche Verfahren — angeordnet werden sollen. Dem nächsten ordentlichen Landtage steht ohnehin die große Aufgabe des Budgets für die VI. Finanzperiode und die Berathung verschiedener anderer das Wohl des Landes bezweckender Gesetze vor. Sollte daher die Berathung der mannchfachen Bestimmungen, welche jene größeren Gesetzgebungswerke umfassen werden, in der bis jetzt verfassungsmäßig bestehenden Weise stattfinden, so würde, nach den vorliegenden Erfahrungen über den Gang solcher Berathungen, die Verhandlung sich zu einer ganz exorbitanten Dauer verlängern müssen, was weder den Regierungsgeschäften zuträglich, noch auch billigerweise mit den häuslichen Verhältnissen vieler Mitglieder der beiden Kammern vereinbar wäre. Die bessere Gestaltung unserer vaterländischen Rechtsverwaltung erscheint aber so dringend, daß dieselbe ohne große Verantwortung nicht länger verschoben werden kann. Auch haben frühere Vorgänge gezeigt, daß der Durchführung eines solchen Werkes nur dann mit einiger Zuversicht entgegen gesehen werden kann, wenn sie in einem Zuge geschieht, und nicht von einem Landtage auf den andern übergeht. Es drängt sich daher die Nothwendigkeit auf, die Form der ständischen Berathung in solcher Art zu modificiren, daß der Zweck erreicht werden kann, ohne der Wesenheit nach den verfassungsmäßigen Grundsätzen über die Mitwirkung der Stände zur Gesetzgebung zu nahe zu treten. Zu dieser sehr erhebliche Rücksicht auf den erforderlichen Zeitaufwand gesellt sich aber noch der höhere Gesichtspunkt, daß der Weg, auf welchem einzelne, aus wenigen Artikeln bestehende Entwürfe, nach der gewöhnlichen ständischen Geschäftsbehandlung ganz füglich berathen werden können, überhaupt bei größeren Werken der Gesetzgebung keinen glücklichen Erfolg verspricht. Hier ist es kaum möglich, daß den Mitgliedern der berathenden Versammlung bei der Beurtheilung der vorgeschlagenen Abänderung des Regierungsentwurfes und der Vorschläge der Ausschüsse der ganze Zusammenhang der häufig an verschiedenen Stellen des Gesetzes zerstreuten Bestimmungen so klar vor Augen liege, daß nicht große Mißgriffe unterlaufen könnten. Es gilt dieses vorzugsweise von den Gesetzbüchern über den Civil- und Strafproceß, bei welchen ohnehin so viele feine juristische Begriffe und Erfahrungen über den Zusammenhang der proceßualischen Handlungen zu einer gründlichen Entscheidung über jede einzelne legislative Frage vorausgesetzt werden, daß die ruhige Erörterung in einem kleineren Kreise von Sachkennern befriedigendere Resultate verspricht, als die Debatten einer großen Versammlung, welche gerade hier am leichtesten durch die Inspirationen des Augenblicks zu einer der Sache nicht entsprechenden Abstimmung hingerissen werden könnte. Diese Schwierigkeiten haben in mehreren deutschen Ständeversammlungen praktische Anerkennung gefunden. Als im Jahre 1831 bei den Ständen des Großherzogthums Baden die Berathung einzelner Bestimmungen des von der Regierung vorgelegten Entwurfes der Proceßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten begonnen hatte, beschloß die zweite Kammer, den Antrag zu stellen, daß der ganze Entwurf ohne artikelweise Berathung, angenommen und bloß dem nächsten Landtage die Revision des Gesetzbuches vorbehalten bleiben soll, indem bis dahin die Stimme der Erfahrung besser gehört werden könne. Verhandlungen der zweiten Kammer Heft 27. S. 275. Heft 32. S. 91. Die erste Kammer trat diesem Vorschlage bei, Verhandlungen der ersten Kammer Heft 6. S. 272. und die Proceßordnung erhielt vom 1. Mai 1832. an Gesetzeskraft. Eine Novelle von 13 Artikeln, die am 3 August 1837 erlassen worden ist, Staats- und Regierungsblatt S. 187. wurde für hinreichend erachtet den beim Vollzuge des Gesetzes zum Vorschein gekommenen Mängeln abzuhelfen.

größeren Werken der Gesetzgebung wesentlich erleichtert und besonders auf die Herbeiführung des Einklanges zwischen den mit der Berathung beauftragten Ausschüssen der beiden Kammern hingearbeitet. Als dessen ungeachtet bei der Berathung des Entwurfes eines Strafgesetzbuches im Jahre 1840 eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Kammern unausgeglichen blieb, beschlossen dieselben, in Betreff dieser Punkte der Staatsregierung anheim zu geben, diejenige Wahl zu treffen, welche sie für die angemessenste erachte, und sie in das Gesetzbuch aufzunehmen. So wurde das Gesetzbuch am 18. Okt. 1841 verkündet und ist seit dem 1. April 1842 in Kraft getreten. S. Breidenbach Commentar über das G. Hessische Strafgesetzbuch S. 127. Auch in Würtemberg haben sich gewichtvolle Stimmen für eine angemessenere Behandlung solcher Gesetzgebungsarbeiten erklärt. Der Abg. Hufnagel entwickelte in der Sitzung vom 29. Juli 1833 einen Antrag über die Abfassung der Gesetze, worin er seine Ueberzeugung aussprach, daß die Stände verzichten müßten, ein ganzes Gesetzbuch Artikel für Artikel zu berathen, daß sie vielmehr, wenn ihre sachverständigen Mitglieder den Geist und die Hauptgrundsätze des Ganzen dargestellt haben, und die Stände damit einverstanden sind, das Gesetzbuch annehmen und nur Revision sich vorbehalten sollten. Vergl. Mittermaier im Archiv für die Civ. Praxis Bd. 17 S. 134. In ähnlicher Weise haben sich Scheuerlen über die Abfassung von Gesetzbüchern, insbesondere einer bürgerlichen Proceßordnung für Württemberg S. 118. und Mittermaier a. a. O. S. 138 u. f. ausgesprochen. Die vaterländischen Gesetze vom 9. Aug. 1831 und 1. Juli 1834, die Behandlung neuer und revidirter Gesetzbücher betreffend, waren einerseits für die verfassungsmäßige Dauer der damaligen Ständeversammlung gegeben; auch ihrem Inhalte nach genügen sie aber dem oben entwickelten Bedürfnisse nicht, indem sie ohne Abänderung der Verhandlungsweise selbst sich darauf beschränken, zu gestatten, daß die für solche Gesetzgebungsarbeiten erwählten Ausschüsse auch nach der Schließung oder Vertagung der Sitzung der Stände in Thätigkeit gesetzt werden. Die Regierung hat bereits in dem Landtagsabschiede vom 17. Nov. 1837 I. A. 1. und in dem Landtags-Abschiede v. 25. Aug. 1843, Abschn. VI. §. 33 auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche die bestehende Form der landständischen Berathung dem Zustandekommen größerer Gesetzgebungswerke entgegengesetzt. Dieselbe Ansicht hat sich auf dem jüngsten außerordentlichen Landtage in beiden Kammern der Stände des Reiches in der nachdrücklichsten Weise kund gegeben. Der Entwurf nimmt die Bestimmungen der beiden angeführten Gesetze im wesentlichen auf, er führt aber vorzüglich ein passenderes, sicherer zum Resultate führendes Verfahren während der Sitzung der Stände selbst ins Leben und bezweckt dabei, die gesammte Intelligenz der Kammer für diese Arbeit zu gewinnen, auf welche dermal die Augen der Nation mit Recht gerichtet sind. Zu diesem Ende sollen nicht nur in beiden Kammern besonders verstärkte Ausschüsse erwählt und allen Mitgliedern, welche in sich dazu Beruf fühlen, die Beiwohnung zu den Berathungen derselben gestattet werden, vergl. den Vorschlag Mittermaier's a. a. O. S. 143 Nro. 5, sondern die sämmtlichen Mitglieder werden auch aufgefordert, Anträge zur Verbesserung des Entwurfes einzureichen, welche in die Berathung der Ausschüsse aufgenommen werden, wobei dem Proponenten die nähere Entwicklung und Begründung freigestellt ist. Auf solche Weise wird solchen Vorschlägen eine ruhige, reifliche Prüfung gesichert und die Gefahr beseitigt, welche die Stellung neuer Anträge im Laufe einer Plenarverhandlung stets darbietet. Auch der Verkehr den zwischen beiden Ausschüssen muß in einer fruchtbaren Weise umgestaltet und dem freien vollständigen Ideen-Austausche die Bahn geöffnet werden. Zu diesem Ende werden sie zur gemeinschaftlichen Berathung angewiesen, die Stellung jedes Ausschusses, der betreffenden Kammer gegenüber, wird aber dadurch unverändert erhalten, daß die Abstimmung gesondert stattfindet. Eine ähnliche Anordnung, wie diejenige, welche der Art. V. des Entwurfes in dieser Beziehung enthält, hat im Großherzogthum Hessien sich als sehr nützlich und fruchtbar erwiesen. Vergl. Breidenbach S. 112. Art. 6. des angeführten Gesetzes von 1836. S. 124. Nr. 2, S. 125. Bei einem solchen Zusammenwirken der besten Kräfte der beiden Kammern, und dem Entgegenkommen der Regierung bei zweckmäßigen Verbesserungsvorschlägen, werden die zur Vorlage gebrachten Werke der Gesetzgebung voraussichtlich in solcher Gestalt zur Entscheidung der Kammern gelangen, daß nur wenige Punkte ausnahmsweise der umständlichen Verhandlung in denselben nach dem gewöhnlichen Verfahren bedürfen werden, während das ständische Recht der Einwirkung auf die Gesetzgebung der Wesenheit nach vollständig gewahrt bleibt.

†† Motive zu dem Gesetz-Entwurfe „die Amnestirung betreffend“ Durch die jüngst eingetretenen, außerordentlichen Zeitereignisse haben sich im Königreiche allenthalben lebhafte politische Aufregungen ergeben, durch welche die Strafgesetze über öffentliche oder Staatsverbrechen und Vergehen vielfach verletzt wurden, und auch in der denselben vorhergegangenen Zeit sind mehrere Staatsangehörige wegen politischer Gesetzes-Uebertretungen in Untersuchung und Strafe gerathen, deren Folgen noch vielfach schwer gefühlt werden. In Ansehung der letzteren haben Se. Majestät der König durch das Begnadigungspatent vom 20. März d. J., Vergebung und Nachlaß aller noch nicht vollzogenen Strafen eintreten lassen; daß aber auch den ersteren sogleich Verzeihung zu Theil werde, ist ein dringendes Erforderniß zur Herbeiführung einer allgemeinen Aussöhnung der in politischen Ansichten verschiedenartig sich Entgegenstehenden, welche um so mehr zu wünschen ist, als sich eine feste, sichere und gesetzmäßige Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse nur bei einer ruhigen und zufriedenen Stimmung des öffentlichen Lebens erwarten läßt. Eine Vergebung politischer Verbrechen oder Vergehen bahnt den Weg zur Versöhnung aufgeregter Leidenschaften, — sie ist unabweislich da geboten, wo sich mit höchster Wahrscheinlichkeit annehmen läßt, daß diese Gesetzes-Uebertretung größtentheils nur in leidenschaftlicher Hitze, — in einer durch außerordentliche Zeitverhältnisse herbeigeführte Aufwallung — in einer aus trügerischen Ansichten und Ideen hervorgegangenen Verblendung oder in einer Verwirrung der Begriffe von Recht und Unrecht begangen wurden. Der Weg zu dieser Versöhnung und Beruhigung, der aus der Bahn der Gesetze gewichenen Bestrebungen läßt sich im Hinblick auf § 4, Tit. VIII der Verfassungs-Urkunde augenblicklich nur in einer Amnestie für alle Verbrechen und Vergehen finden, welche gegen den Staat, das Staatsoberhaupt oder die öffentlichen Gewalten begangen wurden; — nur in einer Niederschlagung aller deßhalb bereits eingeleiteten, oder nach Vorschrift der Gesetze noch einzuleitenden Untersuchungen. Durch eine nach beendigter Untersuchung und Aburtheilung nachfolgende Königliche Begnadigung, — durch einen Nachlaß richterlich erkannter Strafen im Wege der Gnade wird das Ziel der erwünschten Versöhnung entweder gar nicht oder nur theilweise und bei einem großen Theile der [illegible] Ueber-treter nur sehr spät erreicht, indem die rechtlichen Folgen der Strafen theilweise gar nicht beseitigt werden würden, und Begnadigungs-Akte nur nach einer lange andauernden Untersuchung gegen eine große Zahl von Theilnehmern eintreten können. Die Niederschlagung jeder gerichtlichen Verfolgung gegen eine große Anzahl pol. Verbrecher rechtfertiget auch eine strengere Anwendung der Gesetze gegen später nachfolgende Uebertretungen und bringt den Strafgesetzen wieder neue Kraft und Stärke. Die vorgeschlagene Amnestie erstreckt sich auch nur auf die sogenannten politischen im Gesetzentwurfe genau bezeichneten Verbrechen und Vergehen, und hierin nur auf jene, welche vor dem Regierungs-Antritte Seiner Majestät des Königs Maximilian II. verübt wurden. Gemeine Verbrechen und Vergehen, welche bei Gelegenheit oder in Verbindung mit jenen politischen Verbrechen begangen worden, sollen von der Amnestie ausgeschlossen, sonach gerichtlich verfolgt und bestraft werden. In keinem gerechten Verhältnisse stehen endlich die rechtlichen Folgen der Strafe zu dem Reate derjenigen, welche in einer Verwirrung von Rechtsbegriffen in einer durch den Strom außerordentlicher Umwälzungen des staatlichen Lebens aufgeregten Leidenschaft wegen politischer Uebertretungen entweder in Strafe verurtheilt, oder nur von der Instanz entlassen wurden, wenn sie der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte, der Fähigkeit zu Ehrenstellen und öffentlichen Aemtern verlustig bleiben sollen. Angemessen und billig erscheint es daher, auch diese aus der Bahn des Gesetzes Gewichenen in den Genuß des vollen Staatsbürgerrechtes wieder eintreten zu lassen, und sie zu allen öffentlichen Aemtern und Ehrenvorzügen für wieder befähigt zu erklären.

†* (Nürnberg, den 8. April.) Mit dem heutigen Morgenzuge kam Dr. Eisenmann hier an und wurde im Bahnhofe mit einem lauten Hoch der harrenden Menge empfangen. Ein Mitglied des Ausschusses begrüßte den deutschen Mann als Ehrenbürger unserer Stadt und drückte ihm den Dank für die Art und Weise seines Auftretens in der vorberathenden Versammlung für das deutsche Parlament aus. Mehrere Ausschußmitglieder begleiteten Dr. Eisenmann in seine Wohnung, wo er Einiges mittheilte, woraus man hoffen darf, daß die Sache des konstitutionell-monarchischen Prinzips siegen wird.

(Würzburg, 7. April.) Gestern Nachmittag fand eine große Versammlung im Theatergarten statt. Dieselbe wurde durch die Herren Dr. Eisenmann, Quante und Rinecker veranlaßt — jedoch waren die letzten beiden nicht erschienen. (Rinecker konnte nicht kommen, weil die Schienen der Taunuseisenbahn ausgerissen waren). Der ganze Theatergarten war mit Menschen erfüllt, und trotzdem ging — wir sagen es mit Stolz — die ganze Verhandlung mit größter Ruhe von statten. Eisenmann, und die beiden Herren Abgeordneten von hier, sprachen über die Ereignisse in Frankfurt; ersterer mit der Hinweisung darauf, daß er gesonnen ist, hier als Kandidat zum Parlamente aufzutreten. (N. W. Z.)

Hannover. (Hannover, 4 April.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kamen Anträge auf Abschaffung der Bevorzugung des Adels zur Sprache. (Wes. Z.)

Freie Städte. (Hamburg, 4. April.) Die lang erwarteten preussischen Hülfstruppen für Schleswig-Holstein sind diesen Nachmittag, halb 5 Uhr, hier angelangt. Es sind heute im Ganzen 1400 Mann hier eingetroffen, 2 Bataillone vom Alexander-Garde-Regiment; morgen und übermorgen folgt eine gleiche Anzahl preussischer Soldaten. Die heute eingerückten sind wahre Kerntruppen. Sie marschirten $^1/_2$7 Uhr nach Altona durch, wo sie einquartirt wurden. Morgen früh um $^1/_2$6 Uhr werden sie mit einem Extrazuge nach Rendsburg abgehen. (Wes. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 3. April, Abends.) Die Verhandlungen der Stände, welche heute von 5 bis 9 Uhr Abends geführt wurden, betrafen die Vorbereitungen zu einer schleswig-holsteinischen Landesverfassung. Nachdem verschiedene Anträge auf Ausarbeitung eines Verfassungsgesetzes als unzeitgemäß verworfen worden, beschloß die Versammlung mit 73 gegen 6 Stimmen, die provisorische Regierung zu ersuchen, baldthunlichst ein neues Wahlgesetz vorlegen zu lassen. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 4. April.) Unsere Vorhut, die, wie wir berichtet, bereits nach Apenrade vorgerückt war, hat sich, um die Stadt vor einem Bombardement von Seiten der dänischen Kriegsschiffe zu schützen, freiwillig auf das Hauptkorps der Armee bis in die Gegend von Bau zurückgezogen, worauf die Dänen mit 1500 Mann in Apenrade eingerückt sind. Bürgermeister Show und Stadtsekretär Suadicani sollen gefangen sein. Ihre Vorposten sollen bereits eine Meile diesseits Apenrade geplänkelt, jetzt aber wieder zurückgegangen sein. — Heute Morgen kam der preussische General Bonin, welcher die preussischen Hülfstruppen commandiren soll, hier an; zugleich auch der in preussischen Diensten stehende Prinz Waldemar von Augustenburg. (Dieser Prinz, und nicht der Prinz Waldemar von Preussen, ist durch Hamburg gekommen.) — Um 2$^1/_2$ Uhr rückte das 6. Bataillon unter dem Kapitän Kammerherrn v. Hedemann aus, um zu der Armee zu stoßen. — Der königlich preussische Premierlieutenant v. Berger vom 2. Garderegiment ist in dem Stabe des Generalkommando's, der preussische Secondelieutenant v. Katzeler vom 2. Garderegiment als Premierlieutenant im Stabe des Generalmajors von Krohn angestellt worden. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 4. April.) Im Club fand gestern eine überaus interessante Sitzung statt. Blanqui, der als des Verraths der Emeute von 1839 angeklagt, Präsident dieses Clubs, sollte sich rechtfertigen. Doch die Kommission erklärte, daß die Untersuchung noch nicht beendet sey. Blanqui selbst, der den Präsidentenstuhl verlassen, und von der Estrade herab leichenblaß zu den zum Theil bewaffneten Zuhörern gesprochen hatte, bat seine Freunde, „wenn er noch deren hätte“ ebenfalls um Aufschub, rücksichtlich ihres Urtels über seine Schuld oder Unschuld. Diese Sitzung war wahrhaft klassisch und verdient durch den Pinsel irgend eines Künstlers verewigt zu werden.

Die sonderbarsten Entdeckungen häufen sich mit jedem Tage. Am nächsten Freitag wird die Liste aller der aus den Geheimen Polizei-Geldern bezahlten Freunde der gestürzten Regierung veröffentlicht. Man kennt von Deutschen: 1) Baron Eckstein, Korrespondenten der Allg. Augsb. Ztg. 2) Karl Weil in Stuttgart. 3) H. H. (Heinrich Heine) soll mit 4000 Franken — für die Artikel zu Gunsten Nemours in der Augsburgerin (datirt aus den Pyrenäen) ? — ebenfalls auf der Liste stehen (?!)

Italien.

(Botzen, den 4. April. Die Stellung der österreichischen Truppen in Italien ist nach den jüngsten verläßigen Berichten folgende: das erste Armeecorps zog sich an die Chiese zurück; das zweite unter General d'Aspre hält die Festungen Peschiera, Mantua, Legnago und V[illegible]

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10. April 1848. № 101 Montag: Daniel.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 8. April.) Heute hielt die Kammer ihre fünfte öffentliche Sitzung. Am Ministertische sind gegenwärtig: die HH. Minister Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Beisler; ferner die Min.-Räthe v. Lehner, Bening. Der zweite Präsident Dr. Müller führt den Vorsitz und ermahnt die Abg., künftig präcis zur anberaumten Stunde zu erscheinen. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und Bekanntmachung des Einlaufs, welcher neuerdings 142 Nummern enthält, wurden sämmtliche Ausschußwahlen mitgetheilt: I. Ausschuß: v. Habermann, Dr. Edel, Frhr. v. Closen, Dek. Deininger, Stockinger, Schäfer, v. Scheurl, Zenger, Engelhard; Vorstand: Closen, Sekr.: Edel. II. Ausschuß: Dek. Vogel, Frhr. v. Rotenhan, Reuffer, Langguth, Fischer, Graf Hegnenberg, Brunck, Dr. Schwindl, Frhr. v Schätzler; Vorstand: Fischer, Sekr.: Vogel. III. Ausschuß: Dr. Edel, Rabl, Kolb Gottfried, Dek. Bauer, Dr. Schwindl, Schlund, Frhr. v. Lindenfels, Rath, W. Eser, Zeyer; Vorstand: Schwindl, Sekr.: Lindenfels. IV. Ausschuß: Keim, Schwager, Bestelmeyer, Graf v. Geldern, Frhr. v. Fraunhofen, Sattler, Unterberger; Vorstand: Sattler, Sekr. Fraunhofen. V. Ausschuß: Dek. Förch, Dek. Goetz, Frhr. v. Künsberg, Schnetzer, Dr. Rammoser, v. Scheurl, Eppelsheim; Vorstand: Förch, Sekr.: Goetz. VI. Ausschuß: der I. Präsident der K. d. Abg. Dr. Kirchgeßner, in dessen Verhinderung der II. Präsident der. K. d. A. Dr. Müller, Edel (Ersatzmann Zenger), Hegnenberg Dux (Ersatzmann Schätzler), Zeyer (Ersatzmann Schätzler), Unterberger, Künsberg; Vorstand: Unterberger, Sekr. Hegnenberg. Hierauf erstattete der Referent des III. Ausschusses Bar. v. Lindenfels Vortrag über den Gesetzentwurf die Zahl der Abg. in der Pfalz. Der Ausschuß hat beschlossen, den Gesetzentwurf seinem ganzen Umfang nach zur Annahme zu empfehlen und nur am Schlusse desselben nach dem Worte „beauftragt“ den Zusatz anzufügen: „und hat sofort die nöthigen Ergänzungswahlen anzuordnen.“ Endlich erstattete der Sekretär des Petitionsausschusses Vortrag über die geprüften Anträge der Abgeordneten. — Am Beginne der Sitzung bemerkte der II. Präsident, obgleich die Einläufe keineswegs sämmtlich, wie die Geschäftsordnung es vorschreibt, von Abgeordneten angeeignet worden sind, so sollen sie bei der Dringlichkeit der Verhältnisse doch nicht ad acta gelegt, sondern den Ausschüssen überwiesen werden. — Der Hr. Justizminister Heinz übergibt einen Gesetzentwurf, die Ministerverantwortlichkeit betr.; die Verweserschaft hört auf und das Gesetz verbreitet sich über den ganzen Umfang der Verantwortlichkeit. (Wir werden die Gesetz-Entwürfe nachtragen.)

Der Minister verliest nach einer kurzen Einleitung und Mittheilung des Inhalts den Gesetzentwurf selbst, welcher sich unter Anderem dahin ausspricht, daß nicht blos für die Aufrechthaltung der Verfassung, sondern auch die Gesetze die Minister verantwortlich sind; es sollen keine juristische Deuteleien den Minister entlasten können; Geschworne und rechtskundige Richter haben über die Anklagen zu entscheiden; Dienstentlassung, Dienstentsetzung, Cassation ɪc. sind die über die Minister zu verhängenden Strafen; vom Recht der Begnadigung wird der König keinen Gebrauch machen; die Stände können allein darüber entscheiden ɪc. Ueber die Bildung eines Staatsgerichtshofs, welcher über die Verbrechen und Vergehen des Ministers zu entscheiden hat, der aus Geschwornen und Rechtsmännern besteht, soll in 8—10 Tagen ein eigener Gesetz-Entwurf eingebracht werden. Der Hr. Finanzminister Bar. v. Lerchenfeld stellt über Verbesserung des Looses der arbeitenden Classe durchgreifende Maßregeln der Staatsregierung in Aussicht. Man verlangt Erhöhung des Lohns und Herabsetzung der Arbeitszeit. In jetziger Zeit stehen nun große Hindernisse diesen Anforderungen entgegen. Eine direkte Verfügung hält der Hr. Minister im höchsten Grade gefährlich; der Billigkeit der Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer müsse man die Frage überlassen, ohne daß die Gesetzgebung eingreifen könne; auch hier müsse unbedingte Freiheit bestehen. Er wolle keine Versprechungen geben, deren Verwirklichung nicht möglich ist! Der Staat werde so weit seine Kräfte geben, alles aufbieten, namentlich durch Verleihung von Arbeit ɪc., auch wird später durch Steuerumgestaltung der arbeitenden Klasse eine Erleichterung werden. Dr. Stockinger spricht sich über die Nothwendigkeit der Initiative bei Gesetzen von Seiten der Kammer aus und stellt an den Minister-Tisch die Frage, ob und wann die Regierung bereit sei, diesem Wunsche Folge zu leisten. Minister Heinz hält diese Frage nicht für den Augenblick so dringend; am nächsten Landtag wird eine Revision der Verfassung nöthig werden, wo auch diese Entscheidung erfolgen wird. Wie in England ein Gesetz mehrmals eingebracht werden muß, so sei auch bei uns dringend etwas Aehnliches nöthig. Er verweist auf das Biergesetz vom J. 1846, das offenbar übereilt war. Der Min. Lerchenfeld bemerkt, daß eine solche improvisirte Interpretation die Minister in Verlegenheit bringen müsse; wenn sie zwei Tage vorher denselben vorgelegt worden wäre, so hätten sie sich darüber berathen können. Er vertröstet auf demnächst hierüber zu geschehende Maßregeln; eine Diskussion darüber, die der II. Präsident einleiten wollte, hält er nicht jetzt am Platze.

Stockinger erklärt seine Motion nicht zurücknehmen zu können, wenn er sie auch für den Moment fallen lasse; das ganze Land habe diesen Gegenstand für zu wichtig erkannt. Der Min. der Finanzen bemerkt, daß bei der kurzen Zeit der Portefeuilleübernahme noch nicht Alles geschehen sein könne. Abg. Christmann bemerkt, daß man nicht etwas, sondern Alles geben müsse, die Kammer, das Land fordern jetzt durchgreifende Maßregeln. Bar. Closen hält die Minister gar nicht für verpflichtet, auf eine solche improvisirte Interpellation überhaupt einzugehen. Dek. Bauer glaubt, daß so wichtig auch die Geschäfte der Minister seyen, doch die Frage der Initiative die wichtigste sey. Christmann spricht sich wiederholt in diesem Sinne aus. Der Präsident wünscht die Abstimmung; der Min. Bar. Lerchenfeld hält dies gegen die Geschäftsordnung. Der II. Präsident wünscht, daß die Kammer eine Erklärung zu Protokoll gebe, ob sie die Initiative wünsche. Man frage im Lande, warum die Kammer seit 3 Wochen versammelt sey, ohne daß sie etwas gethan habe. Dek. Deininger: Wir haben uns in der Adresse darüber ausgesprochen, wir haben heute die Frage erweitert, die Minister haben sich darüber befriedigend erklärt; dieß müsse dem Lande genügen. Closen glaubt, wenn dieses Ueberflüssige zur Protokollgabe Beruhigung geben konne, so möge dieß geschehen. Christmann hebt hervor, daß er „baldigst“ beantragt habe. Schlund stimmt dem Antrag Christmanns bei; denn was in der Adresse ausgesprochen wurde, sey ja deßhalb noch nicht bewilligt, wie die Erfahrung lehre. Min. Heinz bemerkt, in der nächsten Sitzung eine beruhigende Erklärung hierüber geben zu wollen, womit die Kammer zufrieden gestellt ist.

Abg. Kern hat seinen Austritt wegen Kränklichkeit erklärt, die Reihe als Ersatzmann trifft den Abg. Renker, welcher ebenfalls wegen Krankheit seinen Austritt begehrt. Stockinger bestätigt diese Verhinderungsursache. Der Gegenstand bleibt aber vorerst ausgesetzt. — Eine Einladung des landwirthschaftl. Vereins, welcher der Kammer einen Katalog mittheilte, wird vorgelesen und ein Dank votirt. Der Präsident fordert den Frhr. v. Closen auf, ob er seiner Wahl zur Nationalversammlung nach Frankfurt, Folge leisten werde. — Bar. Closen bemerkt, daß er um Urlaub habe nachsuchen wollen, was er auch hiemit thue. Die K. ertheilt demselben 4wöchentlichen Urlaub — Der II. Präsident bedauert die vielen Austritte von Mitgliedern und wünscht, daß die Kammer sich erkläre, über welche Gesetzentwürfe sie außer dem Wahlgesetz und die Initiative sie noch entscheiden wolle. Pfarrer Ramoser legt Verwahrung ein gegen eine frühere Aeußerung des Abg. Stockinger, daß die gegenwärtige Kammer nicht die hinreichende Intelligenz habe. Praktische Männer wiegen eben soviel als intelligente. Stockinger entgegnet, daß das Verhältniß des Census, die Ausschließungen, das frühere Wahlgesetz lästig auf der ganzen gegenwärtigen Kammer ruhe; ein neues Wahlgesetz sey das Bedurfniß; er zähle sich selbst unter die privilegirten, der nach dem bisherigen Census gewählt sey. Dek. Bauer fühlt sich überrascht, daß die Kammer selbst ein Mißtrauensvotum gegen sich abgeben und ihre Auflösung beantragen soll. Die Hauptstadt München habe selbst dieser Kammer an jenen berühmten Märztag ihre Zustimmung ertheilt, indem sie jenem Auflösungsdekret sich widersetzt. — Gerade die jetzige Kammer habe die heißesten Schlachten gegen den Absolutismus des Ministerisches gekämpft; hätte man die Worte dieser Kammer gehört, so wäre es nicht zu Demonstrationen auf den Straßen gekommen, die durch die Fensterscheiben ihren Weg nahmen. (Lautes Bravo) Dr. Schwindl spricht sich im Sinne dieses Redners aus und erklärt sich mit Unwillen gegen eine Verdächtigung von Seite des II. Präsidenten, welcher der Kammer ein testimonium paupertatis gegeben habe, der Redner zählt alles auf, was dieselbe ins Werk setzen wolle, namentlich das Ablösungsgesetz müsse noch durch diese Kammer kommen.

Der II. Präsid. weist die Insinuation zurück. Bar. Closen bemerkt, daß die jetzige Kammer eine freisinnige sei; ihre Adresse sei vom National als Muster anerkannt worden. Die Auflösung oder Vertagung der Kammer stehe der Regierung zu; anderes sei verfassungswidrig. — Es wird vielseitig nach der Tagsordnung begehrt. (Große Unruhe) Graf Hegernberg-Dux. Es sei jetzt an der Zeit zu handeln, nicht mit Interpellationen und Episoden die Zeit zu verlieren. (Beifall.) Endlich wird zur Tagsordnung geschritten; der Referent des III. Ausschusses hält seinen schon obenerwähnten Vortrag, die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung in der Pfalz betr. Die Kammer beschließt die sofortige Berathung, und bei dem allgemeinen Theile nimmt zuerst Dr. Schwindl das Wort. Die Interessen der Pfalz haben durch die bisherige Vertretung nicht gelitten; in einigen Wochen soll ohnediß eine neue Wahlordnung ins Leben treten, wozu also jetzt noch die Einführung dieses transitroischen Gesetzes. Auch Stockinger (ein Pfälzer) hält diesen Gesetzentw., welcher 1846 gewünscht wurde, jetzt für überflüssig. Er wolle nicht, wie der Redner vor ihm, Rückschau halten über das, was die Pfalz in den frühern Jahren erlangte; übrigens habe die Pfalz dem Fortschritt stets Rechnung getragen. Die Pfälzer seyen vor Allem von der Belastung des Grund und Bodens Feinde und deßhalb schon sei eine Verstärkung von drei Ersatzmännern nützlich. Redner bringt in diesem Sinne eine Modifikation zum Antrag des Bar. Lindenfels, nemlich: »Es seien 3 Ersatzmänner sogleich einzuberufen.« Schlund stimmt dieser Modif. bei. Min. Rath Lehner erklärt, daß die Regierung nie anders gewillt war, als diese Modifikation beantragt. Es beginnt nun die spezielle Debatte. Art. I. u. II. werden ohne Debatte angenommen. Zu Art. III. hat der Aussch. die Modif. gestellt — »und hat sogleich in Betracht der Dringlichkeit die nöthigen Ergänzungswahlen anzuordnen.« Hiezu kommt obige Modifikation des Abg. Stockinger, Schnetzer bemerkt, wenn die Kammer ihr Todesurtheil nicht unterzeichnen wolle, (große Bewegung) so seien die 3 Ersatzmänner sogleich einzuberufen. — Der Referent spricht sich noch durch einige Worte zu Gunsten sämmtl. Anträge aus. Min. Rath Lehner erklärt sich wiederholt für

die Modifikation des I. Secretärs, welche lautet: „Der Minister des Innern ist mit Vollzug des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt „und hat sogleich 3 Abgeordnete aus der Pfalz einzuberufen.“ Der Artikel mit der Modif. wird einstimmig angenommen. — Ueber den ganzen Gesetzentwurf wird nun durch Namensaufruf abgestimmt und derselbe mit 114 Stimmen angenommen.

Noch hält der Abgeordnete Dr. Edel als Referent einen Vortrag über den Entwurf des Gesetzes: „Die Amnestirung“ betreffend. Am Beginne votirt Referent einen Dank für den hochsinnigen Geber dieses Gnadenaktes, und bringt demselben ein warmes Vivat. Der Gesetz-Entwurf wurde in folgender Weise modifizirt: „Wegen aller vor dem 21. März dieses Jahres verübten politischen Verbrechen oder Vergehen, welche unter die Bestimmungen der Artikel 299 bis 336, 404 bis 424 des ersten Theiles des St. G. B. von 1813, dann der Artikel 75 bis 108, 201 bis 233, 237 bis 248, 260 bis 264, 283 bis 294 des pfälzischen Strafgesetzbuches fallen, soll keine strafgerichtliche Verfolgung eröffnet oder fortgesetzt werden. Die Kosten der hiedurch niedergeschlagenen Untersuchungen werden von der Staats-Kassa übernommen.“ Minister Lehner bemerkt, daß Sorge getroffen sey, mehrere Gefangene sogleich in Freiheit zu setzen. Die Kammer beschließt, daß die Berathung sogleich stattfinden solle. Pfarrer Dittmar eröffnet die allgemeine Debatte, und verbreitet sich mit Wärme über die Leiden der politischen Gefangenen, beantragt aber ein Vertrauensvotum für das jetzige Ministerium, durch unverkümmerte Annahme seines Gesetzentwurfes. Dekan Deininger hält die Zusätze des Ausschusses nicht für Zerstückelungen, sondern Ergänzungen. Wie der Redner von ihm erinnert er an Dr. Eisenmann, welcher nun geehrt in Deutschland dastehe. Pfarrer Ramoser bemerkt, daß aus dem Referate hervorgehe, durch das ursprüngliche Gesetz seyen noch nicht die vollständigen Rechte hergestellt, deßhalb sey er für die Ergänzungen des Ausschusses. — Der Referent Professor Edel vertheidigt sein Referat. — Bestelmeyer stellt an den Ministertisch die Frage, ob den Amnestirten auch die Prozeßkosten erlassen werden, und erhält eine bejahende Antwort. Es wird zur speziellen Debatte geschritten. Zu Artikel I. bemerkt Abgeordneter Stockinger, daß die in der Modifikation enthaltene Stelle Preßvergehen in der Pfalz betreffe, wo wegen Flugschriften Untersuchungen eingeleitet, ja ein Individuum gefangen eingezogen sey. Es entspinnt sich eine kurze Debatte, auf welche hin der Referent seine Beisätze vertheidigt, deren Nothwendigkeit er in's klare Licht setzt.

Baron Closen: der Ausschuß war einstimmig für diese Zusätze. Min.-Rath Lehner hat gegen dieselben nichts einzuwenden, und vertheidigt nur die ursprüngliche Abfassung, indem er sich über die Natur der Vergehen und Verbrechen verbreitet. — Art. I. wird angenommen. — Nach der veränderten Fassung des Gesetzentw. soll Art. II. wegbleiben; der Referent vertheidigt seinen deßfallsigen Antrag. Min.-Rath Lehner glaubt, der gemeine Mann könnte glauben, durch die Amnestie sey alles verziehen, die Beamten wüßten wohl das zu entscheiden. Bar. Closen bemerkt, daß sich das Amnestie-Gesetz ja auf vergangene Verbrechen beziehe, nicht auf zukünftige. Wenn ein gemeiner Verbrecher hierüber im Irrthum sei, so würde er schon darüber belehrt werden. Der I. Secr. vertheidigt den Abstrich des II Art. Min.-Rath. Lehner wiederholt seine frühen Ansichten. Die Kammer entscheidet sich für den Antrag des Ausschusses. Bei Art. III (nunmehr Art. II) spricht der I Secr. dem Zusatz des Ausschusses, civilrechtliche und staatsbürgerliche Rechtsfähigkeiten das Wort, indem diese für die Pfalz von Wichtigkeit sey, und ebenso der Referent. Min.-Rath Lehner erklärt sich auch für diese Modification. Dieser vom Ausschuß also modificirte Artikel wird von der Kammer gleichfalls angenommen.

Bei der nachfolgenden Modifikation des Ausschusses erklärt sich von vornherein der Minister.-Rath Lehner für die Annahme dieses Zusatzes, welchem Beispiel der Abg. Neuffer nachahmt. — Der I. Sekr. vertheidigt diesen Zusatz von pfälzischen Standpunkte aus; in der Pfalz ist der Umfang von Verbrechen und Vergehen viel weiter. Wer in der Pfalz statt eines Bockes eine Geis schießt, verliert dort sein Standschaftsrecht, wer ein, ihm gebornes King in 2mal 24 Stunden nicht anzeigt, wer im Rausch seinem Nachbarn eine Ohrfeige gibt, wer von der Straße sich entfernt und auf einen Nebenweg geht u. s. w., verliert in der Pfalz seine Standschaftsrechte. Die pfälzische Gesetzgebung vermehrt auf solche Weise die Kategorie der Delikte und vergrößert sie überdieß. Was diesseits Vergehen ist, wird in der Pfalz gleichfalls fortfahren, die ständischen Rechte zu entziehen. Durch die Modifikation wird blos eine Ausdehnung der pfälzischen Rechte auf die Pfalz erzielt. Redner verbreitet sich weitläufig über das Thema der pfälz. Gesetzgebung im Vergleich zur diesseitigen. Dekan Pflaum bemerkt, der Pfälzer, welcher bei einer solchen Gesetzgebung den Zutritt in die Kammer erhalte, müsse wahrhaft ein Heiliger sein. Er führt übrigens Gründe gegen die Modifikation an, eben so Dek. Götz. — Dr. Schwindl kann eine Crimirung der Pfalz diese Art gleichfalls nicht billigen, wünscht, vielmehr einen eigenen Antrag. Bar. Closen äußert sich für die Modifikation eben so Abg. Christman und Neuffer. Abg. Rabl fragt, ob dieses Gesetz für die Vergangenheit oder für die Zukunft gemacht sey. (Allgemeiner Zuruf: Für die Vergangenheit.) Er stimmt in Folge dessen für die Modifikation. Stockinger vertheidigt wiederholt die Modifikation, weil dadurch eine Gleichstellung der pfälz. Gesetzgebung mit der diesseitigen erzweckt wird. Redner kennt einen Bürgermeister in der Pfalz, der durch eine Ohrfeige sein staatsbürgerliches Recht verloren, nach pfälz. Recht aber noch Bürgermeister ist. Der Zusatz enthält nur Zurückgabe der politischen Rechte.

Dr. Schwindl erwiedert von demselben Standpunkte der Rechtsgleichheit, und glaubt daß diese Modifikationen in ein Amnestiegesetz nicht gehören. v. Schätzler wünscht einen eigenen Antrag an die Krone deßfalls zu stellen. Schnetzer äußert sich für die Annahme der Modifikation. (Abgang der Post.)

* (Nürnberg, den 9. April.) Privatnachrichten aus Leipzig melden, daß das erste und solide Banquierhaus „Hammer u. Schmidt“ so eben seine Zahlungen eingestellt hat. Der Statusquo soll gegen 12 Millionen Thaler betragen. Mit dieser Firma stürzen viele inländische Fabrikanten, wenn das Finanzministerium unseres Landes nicht schnelle Hilfe leistet.

Baden. (Heidelberg, 5. April.) Von einer Republik will die überaus überwiegende Mehrzahl der Einwohner Heidelbergs durchaus nichts wissen, und sichtlich wendet man sich von den Republiks-Aposteln entschieden weg. Gleiche Stimmung herrscht überall im ganzen Großherzogthum, und es wird sehr bedauert, daß die Volksversammlung in Engen im Hegau sich entschieden zur Republik hinneigte, was weder von den der Offenburger, noch von der Heidelberger Volksversammlung geschehen ist. (Frkft. J.)

In dem Mannh. Journ. findet sich folgender Abschiedsgruß der Soldaten des badischen 4. Regiments: Bei unserm Ausrücken aus dem uns so theuer gewordenen Mannheim fühlen wir uns gedrungen, den edlen Bürgern und Einwohnern dieser Stadt, neben dem herzlichsten Lebewohl, unsern Dank zu sagen für die Theilnahme und Freundschaft, die sie uns so lange erzeigt haben. Ob wir wiederkehren, das wissen wir zwar nicht, aber das wissen wir, daß wir, treu unserer Pflicht, uns dieser Freundschaft jederzeit würdig beweisen, und, sollte es zum Kampfe kommen, unsern Mitbürgern durch die That zeigen werden, daß wir die Ehre, deutsche Soldaten zu heißen, über Alles schätzen! Lebt wohl, Mitbürger! An den Marken Deutschlands wollen wir für die Ruhe und Selbstständigkeit des theuern Vaterlandes wachen, und, wenn es seyn muß, freudig mit unserm Blute den Bund besiegeln, den das Vaterland mit seinen Söhnen geschlossen hat.

Braunschweig. (Braunschweig, den 29. März.) Der König von Hannover hat den Regierungen von Braunschweig, Mecklenburg und Oldenburg seine Ansichten über die in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu nehmenden Maßregeln mitgetheilt, um eine Verständigung über das, was zum Schutze der deutschen Nationalität nöthig ist, herbeizuführen. Der Herzog von Braunschweig hat den hannoverschen Abgesandten Major von Wissel erklärt, daß es Pflicht sey, eine Abreißung Schleswigs von Deutschland und eine Verletzung des Bundesgebiets nicht zu dulden, solche vielmehr als Kriegsfall anzusehen und einen Angriff mit Gewalt der Waffen zu vertreiben. Er werde also kräftig zur Abwehr einer Invasion von dänischer Seite mitwirken. Im gegenwärtigen Augenblicke könnten Truppensendungen nicht stattfinden, weil größere Abtheilungen im Lande detachirt und manche Truppentheile nicht kriegsfertig ausgerüstet seyen. In etwa 14 Tagen würden aber hoffentlich die nöthigen Ausrüstungen vollendet seyn, und dann sollten eintretenden Falls alle disponibeln Truppen an den Kriegsoperationen Theil nehmen. (Z. f. d. d. V.)

Freie Städte. (Frankfurt, 8. April.) Bekanntmachung der Beschlüsse der zu Frankfurt a. M. am 31. März und 1. bis 4. April 1848 abgehaltenen Versammlung zur Vorbereitung der deutschen konstituirenden Nationalversammlung. Das zu Frankfurt a. M. abgehaltene Vorparlament hat über die nachfolgenden Gegenstände Beschlüsse gefaßt. Wir theilen sie dem deutschen Volke mit. Aufgabe der Versammlung. Die Versammlung hat ihre Aufgabe darin erkannt, die Art und Weise festzustellen, in welcher die konstituirende Nationalversammlung gebildet werden soll. Sie hat dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dieser vom Volke zu erwählenden konstituirenden Nationalversammlung zu überlassen sey. Das Bundesgebiet. Schleswig, staatlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, ist unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen und in der konstituirenden Versammlung gleich jedem anderen deutschen Bundesstaate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten. Ost- und Westpreussen ist auf gleiche Weise in den deutschen Bund aufzunehmen. Die Versammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht. Sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken. Sie spricht dabei den Wunsch aus, daß die deutschen Regierungen den in ihr Vaterland rückkehrenden Polen freien Durchzug ohne Waffen und, so weit es nöthig, Unterstützung gewähren mögen. Zahl der Volksvertreter in der deutschen konstituirenden Versammlung. Auf je 50,000 Seelen wird ein Vertreter zur deutschen konstituirenden Versammlung gewählt. Ein Staat mit weniger als 50,000 Seelen wählt einen Deputirten. Bei Berechnung der Seelenzahl ist die letzte Bundesmatrikel maßgebend. Wahlart der Abgeordneten zur deutschen konstituirenden Versammlung. In Betreff der Wahlart gelten für jedes der deutschen Länder folgende Bedingungen: Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit darf nicht beschränkt werden durch einen Wahlcensus, durch Bevorrechtung einer Religion, durch eine Wahl nach bestimmten Ständen. Jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige ist wahlberechtigt und wählbar. Der zu Wählende braucht nicht dem Staate anzugehören, welchen er bei der Versammlung vertreten soll. Die politischen Flüchtlinge, die nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder antreten, sind wahlberechtigt und wählbar. In allen übrigen Beziehungen ist es jedem einzelnen deutschen Staate überlassen, auf welche Weise er die Wahlen zu ordnen angemessen findet; die Versammlung erachtet jedoch die direkte Wahl im Prinzipe für die zweckmäßigste. Ort der konstituirenden Nationalversammlung. Die konstituirende Nationalversammlung hält ihre Sitzungen in Frankfurt a. M. Zeit des Zusammentritts. Das Wahlgeschäft ist von den einzelnen Staaten in der Art anzuordnen, daß die Nationalversammlung am 1. Mai dieses Jahres ihre erste Sitzung halten kann. Permanenter Ausschuß der Versammlung. Die gegenwärtige Versammlung wählt einen permanenten Ausschuß von fünfzig Mitgliedern, der bis zum Zusammentreffen der konstituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. verweilt. Der Ausschuß wird aus den Mitgliedern der Versammlung in der Art gewählt, daß jeder Wahlzettel fünfzig Personen bezeichnet, in Betreff derer die Versammlung voraussetzt, daß jeder Wählende alle Theile des Vaterlandes in dem Ausschusse vertreten sehen wolle. Dieser Fünfzigerausschuß ist beauftragt, die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung selbstständig zu berathen und die nöthigen Anträge an die Bundesversammlung zu bringen; er ist beauftragt bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sofort wieder einzuberufen. Der Ausschuß wird bei den Regierungen dahin wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern schleunigst ins Leben gerufen werde. Der Ausschuß hat dafür zu sorgen, daß ihm sechs Männer aus Oesterreich als weitere Ausschußmitglieder beitreten. Die Verhandlungen des Ausschusses mit der Bundesversammlung sind durch die Presse zu veröffentlichen. Die Versammlung verlangt, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines konstituirenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossage und die Männer aus seinem Schooße entferne, welche zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben. — Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes. Die

Versammlung empfiehlt, mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung, dem konstituirenden Porlamente zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung die nachstehenden Anträge, welche bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit verlangen und die im deutschen Volke lebenden Wünsche und Forderungen aussprechen. Gleichstellung der politischen Rechte ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Volle Preßfreiheit Freies Vereinigungsrecht. Petitionsrecht. Eine freie volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister. Gerechtes Maas der Steuerpflicht und der Steuerkraft. Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts. Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern. Unbeding es Auswanderungsrecht. Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. Lehr- und Lernfreiheit. Schutz der persönlichen Freiheit. Schutz gegen Justizverweigerungen. Unabhängigkeit der Justiz. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen. Ferner: Ein volksthümliches Kreditsystem mit Ackerbau und Arbeitkreditkassen. Schutz der Arbeit durch Einrichtung und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerblosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerb- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln. Anerkennung endlich der Auswanderung als Nationalangelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer. Dank der Versammlung. Der Dank der Versammlung wird ausgesprochen den zu Heppenheim und Heidelberg zusammengetretenen Männern; den Behörden und den Bürgern der Stadt Frankfurt a. M. für die gastliche Aufnahme und ihre Anordnung; dem Vorstande der Versammlung für seine Mühewaltung; der Bürgerwehr für ihren Schutz und den Turnern für ihre dienstliche Mitwirkung in der Versammlung. Frankfurt a. M., 3. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses. Soiron, als Vorsitzender. H. Simon, als Schriftführer. (Fr. O.-P.-Z.)

Hessen. (Mainz, den 5. März.) Gestern hatten wir einen wiederholten Cravall, verursacht durch unsere Voranzieher, die ihren Zweck so weit erreichten, daß kein Schleppschiff mehr Fahrzeuge hier vorbeischleppen darf. Ermuthigt durch diesen ersten Erfolg, ist nun auch ein Theil der Taunuseisenbahn zerstört worden. Gesetz und Obrigkeit scheinen nicht mehr zu bestehen. Keiner unserer Kaufleute, der Pferde hat, darf solche zum Ziehen der ihm zugehenden, oder von ihm abzusenden Güter gebrauchen, indem dieses durch Hafenarbeiter von nun an geschehen soll. Diese Vorschrift wurde heute sämmtlichen Kaufleuten mitgetheilt. Einem hiesigen Steinkohlenhändler, der die Kohlen seinen Kunden mit eigenem Fuhrwerk in's Haus lieferte, wollten die Fuhrleute solches untersagen, bei welcher Gelegenheit eine Rauferei statt fand, in der ein Fuhrknecht von Seiten des Kohlenhändlers durch einen Messerstich verwundet wurde. An dem Hause des Bauunternehmers Lothari, der mehrere hundert Arbeiter beschäftigt, wurden heute Abend sämmtliche Fenster eingeworfen; auch bezeichnet man einige größere Etablissements, welche dem Verderben geweiht seyn sollen. Polizei und Gendarmerie sind zu schwach um solchem Treiben Einhalt zu thun und das Militär verhält sich neutral. Wir befinden uns am Vorabend einer vollständigen Anarchie. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 5. April.) Der Kaiser hat den großen Entschluß gefaßt, die Krone und die Insignien Carl des Großen, welche seit der ersten Invasion der Franzosen im Jahr 1796 von Nürnberg hieher gebracht und in der Schatzkammer aufbewahrt wurden, den jetzt versammelten Reichsständen in Frankfurt zurückzustellen, was hier einen allgemeinen freudigen Eindruck machte, besonders da man zugleich die Worte des Monarchen vernahm, welche er hierüber aussprach: „Meine akademische Jugend hat zuerst das Reichsbanner erhoben, und Niemand ist würdiger als sie, um diese Kleinodien dem Sitz des Reichstags zu übergeben." So sprach der gütige Fürst, und heute noch werden die hiezu bestimmten Deputirten, an deren Spitze Professor Endlicher steht, die Mission übernehmen. (A. A. Z.)

(Krakau, den 25. März.) Ein ungemeines Aufsehen erregt hier die gestern erschienene Nummer der Gazeta Krakowska, worin sich das Testament Peters des Großes abgedruckt findet. Wir lassen es in einer deutschen Uebersetzung folgen: »Das Testament Peters des Großen, Kaisers von Rußland. Der Allmächtige, dem wir unser Daseyn und unsere Krone zu verdanken haben, und der uns stets mit seinem Wissen erleuchtet und mit seiner göttlichen Kraft unterstützt hat, gestattet uns, in dem russischen Volke einen zukünftigen Herrscher von ganz Europa zu sehen. Deshalb hinterlasse ich nachstehende Vorschriften und verordne, daß denselben unaufhörlich Aufmerksamkeit geschenkt und sich stets nach ihnen benommen werde. Erhaltet das russische Volk auf dem immerwährenden Kriegsfuße, damit der Soldat fortwährend beschäftigt werde, und lasset nur so viel Frieden zu, als er euch zur Ausbesserung der Finanzen, zur Ergänzung des Heeres und zum Ablauern einer günstigen Gelegenheit zum Angriffe nothwendig ist. Es sey daher euer Bestreben, daß der Friede dem Kriege und der Krieg dem Frieden dienstbar werde im Interesse der Erweiterung und Verbesserung des Zustandes Rußlands. Laßt mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln aus fremden aufgeklärten Ländern zur Zeit des Kriegs Feldherren und zur Zeit des Friedens Gelehrte nach Rußland kommen, und seht darauf, daß die russische Nation sich alle Vorzüge des Auslandes aneigne, ohne ihm etwas von den eurigen zu Theil werden zu lassen. Benutzt jede Gelegenheit, jeden Streit und jedes Zerwürfniß in Europa und vorzüglich in Deutschland, welches, als euch näher gelegen, euch um so mehr angehen soll. Bezwecket die Theilung Polens durch Nährung des Streites und der Zwietracht, nachdem ihr euch des Adels durch Geldmittel bemächtigt habt; wirket bestechend auf die Reichstage ein, um als Leiter der Königswahlen die Krone blos den Fügsamen zugängig zu machen, bietet ihm euren Schutz an, sendet ihm häufig russische Truppen zu und haltet sie dort so lange, bis sie daselbst festen Fuß gefaßt haben. Reißet von Schweden, so viel als nur möglich, an euch und überlasset ihm den Angriff im Zwecke seiner Unterjochung. Demgemäß schüret den Zank zwischen Dänemark und Schweden an, und pfleget sorgfältig den gegenseitigen Haß; auch trachtet zwischen den russischen Großfürsten und deutschen Prinzessinnen eheliche Verbindungen anzuknüpfen, um durch Ausbreitung der Familienverhältnisse die Deutschen für uns zu gewinnen und unsern Einfluß zu stärken. Breitet euch unermüdet längs des Baltischen Meeres und gegen das Schwarze Meer zu aus. Rückt so weit thunlich immer mehr gegen Konstantinopel und Indien zu. Wer dort herrscht, wird die ganze Welt beherrschen. Demzufolge fachet unaufhörlich Krieg zwischen Türkei und Persien an. Hütet euch vor wahrhaft freundschaftlichen Verbindungen mit Oesterreich, unterstützet anscheinlich seine Anschläge und Pläne in Absicht auf die künftige Beherrschung Deutschlands, und machet es unter der Hand kleinern Fürsten gehässig. Lasset den und jenen russische Hülfe ansprechen, und gewährt den Ländern eine Art Schutz, welcher die Grundlage der künftigen Herrschaft bilden soll. Locket an euch Bekenner der griechischen Religion, auch die des nicht unirten Ritus an, welche in Ungarn, in den türkischen Ländern und im südlichen Polen zerstreut sind, hebet euch zu ihrem Centralpunkte, ihrem Schirm und Herd empor und schaffet euch unter der Form der Kirchengewalt eine allgemeine Herrschaft über sie.

Preussen. (Berlin, 5. April.) Nach Verlesung des Protokolls in der heutigen Sitzung des Vereinigten Landtags ergriff zunächst der Staatsminister v. Auerswald das Wort, um auf die gestrigen Interpellationen wegen der innern Landesangelegenheit zu antworten. Der Redner äußerte im Wesentlichen: Sowol die Provinzialbehörden als das Ministerium hätten alles Mögliche gethan, um der Anarchie zu wehren und den im Lande herrschenden Nothständen abzuhelfen. Ueberall, wo militärische Hülfe zur Herstellung oder Aufrechterhaltung der Ruhe verlangt worden, sei sie gewährt und dem Ermessen der Civilbehörden zur Verwendung überwiesen. Ebenso sei an die Justizbehörden verfügt, schleunig einzuschreiten, um die Herrschaft der Ordnung und des Gesetzes zu sichern. Jede Pflichtvergessenheit, jeder Mangel an Energie und Umsicht müsse in dieser Zeit der Bedrängniß bei den Beamten doppelt schwer geahndet werden. Wo es gelte, dauernde Uebelstände, welche Unruhe erregten, zu beseitigen, wie bei den Lasten und Verpflichtungen gegen die Grundherren, da sei es im beiderseitigen Interesse, auf gesetzlichem Weg eine Einigung herbeizuführen. An manchen Punkten seien hier provisorische Maßregeln getroffen worden. Was die Unruhen aus Mangel an Arbeit betreffe, so sei es die ernste Sorge der Regierung, das Uebel möglichst bei der Wurzel zu erfassen. Aber es müsse hier mit der größten Behutsamkeit verfahren werden, damit nicht Wünsche und Ansprüche rege würden, die zu befriedigen kein Staat im Stande sei. Ueber die militärischen Maßnahmen fügte der General v. Reyher hinzu, daß die commandirenden Generale angewiesen seien, zur Dämpfung von Unruhen auf Erfordern sofort Truppen zur Disposition zu stellen und nöthigenfalls zu diesem Zweck auch die Landwehr einzuberufen. Ueber die Maßregeln zur Abhülfe der Noth der arbeitenden Klassen bemerkte der Finanzminister noch weiter, daß zahlreiche Bauten unternommen und die Bestimmungen über die Mahlsteuer sowie über die Discontokassen getroffen seien, um namentlich für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Diese Mittel müßten noch vermehrt werden, um das öffentliche Vertrauen herzustellen. Nur das Bewußtsein, daß Mittel genug vorhanden seien, um allen Uebelständen kräftig zu begegnen, werde die thörichte Furcht der Zaghaften verscheuchen. Das größte Uebel der Gegenwart sei der plötzliche Uebergang zur Freiheit aus dem Zustande langer Bevormundung. Die Nation habe sich an den Gebrauch der Freiheit noch nicht gewöhnt und sei gerade zu einer Zeit zu ihr gelangt, wo alle bisher geheimen Uebel an die Oeffentlichkeit getreten seien und eine schnelle Lösung verlangten. Indessen hege die Regierung zu Allen das Vertrauen, daß eine kurze Erfahrung Jeden überzeugen werde, wie ohne Ordnung die Freiheit nicht gedeihen könne. Der Abg. v. Bismark vermißt in der ihm übrigens genügenden Erklärung der Minister jeden Aufschluß über die Zustände der Provinz Posen, sowie über das Wesen und den Zweck der hier verheißenen nationalen Reorganisation. Der Minister v. Auerswald stellt in Kürze dar, was in jüngster Zeit in Bezug auf Posen geschehen, und bemerkt dann weiter: die ganze Tendenz der nationalen Reorganisation gehe dahin, den polnischen Unterthanen des Königs die ihnen früher gemachten Zusicherungen zu erfüllen, wobei es sich von selbst verstehe, daß der Nationalität und den Interessen der deutschen Bevölkerung des Großherzogthums derselbe Schutz zu Theil werde wie denjenigen der polnischen. Der Abg. v. Kraszewski kann nicht begreifen, wie die Regierung mit ihren Berichten aus Posen zufrieden sein könne, während er und seine Collegen Nachrichten erhielten, welche stündlich trauriger lauteten. Die Behörden hätten den Polen gegenüber eine Haltung angenommen, welche die Aufreizung der Polen, ihre Herausforderung zu einem blutigen Kampfe zum Zwecke zu haben scheine. Ganz neuerdings sei erst das Standrecht proclamirt und die Stadt Posen in Belagerungszustand erklärt worden, während die Polen Frieden wollten und alles Mögliche thäten, um ein gutes Einvernehmen aufrecht zu erhalten. Polen sei die natürliche Schutzwehr Deutschlands gegen den östlichen Barbaren. Die noch keineswegs vollendete politische Wiedergeburt Deutschlands bedürfe eines Freundes als Nachbar. Dieser Freund sei Polen, dem Deutschland die Hand reichen und ihm in seinen nationalen Bestrebungen beistehen müsse. Das geschehe aber nicht durch das Verfahren von Behörden, welche den kürzlich ausgesprochenen königl. Intentionen entgegen handeln. Hierauf erwiederte der Minister v. Auerswald: Die Maßregeln der Behörden seyen leider durch Ausschreitungen von polnischer Seite hervorgerufen. Wie sehr dieselben im Einzelnen gerechtfertigt seyen oder nicht, könne man ohne genaue Sachkenntniß nicht entscheiden. Aber um einen Begriff davon zu geben, was in Posen vorgefallen, bemerke er, daß Aufreizungen zur Steuerverweigerung stattgefunden, und die Landeszeichen geändert seyen; Alle Dinge, welche doch gewiß mit den königlichen Intentionen nicht in Uebereinstimmung ständen. Der General v. Reyher fügte hinzu: er habe gestern durch eine Depesche erfahren, daß Posen in Belagerungszustand erklärt worden. Er wisse, daß der commandirende General stets den Grundsatz befolgt habe, die möglichste Milde walten zu lassen, und namentlich jedes Blutvergießen zu vermeiden. Derselbe könne nur durch ganz außerordentliche Umstände zu der Maßregel gebracht sein, und allerdings hätten sich die Polen viele Gewaltthätigkeiten erlaubt, hätten preussische Adler abgerissen, preussische Behörden vertrieben, und in der Stadt Posen selbst Truppen organisirt. Der Minister Camphausen bemerkte noch zum Schlusse, der Abgeordnete aus Posen habe nicht so gesprochen, um deutsche Sympathien zu gewinnen, und Polen sey verloren, wenn es diese Sympathien nicht besitze. Nach dieser mit vielseitiger wiederholter Beistimmung aufgenommenen Erklärung der Minister ging die Versammlung zur Tagesordnung, d. h. zur Berathung des Wahlgesetzentwurfs über, wobei der Abgeordnete v. Vincke als Referent das Abtheilungsgutachten vortrug und vertheidigte. Die Versammlung war im ganzen Verlaufe der Diskussion im Wesentlichen mit der Abtheilung einverstanden, und nahm auf deren Antrag das ganze

Gesetz mit Ausnahme des ersten Paragraphen, wo die Abtheilung im Sinne der Erweiterung des Wahlrechts mehrere Anträge gestellt, ohne jene wichtige Modifikation im ursprünglichen Wortlaut an. Bei §. 1, welcher lautet: „Jeder heimathberechtigte Preusse, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, ist in der Gemeinde, worin er seit Jahresfrist seinen ordentlichen Wohnsitz hat, stimmberechtigter Urwähler, in so fern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung oder ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost bezieht," beantragte die Abtheilung, daß 1) der Verlust der bürgerlichen Rechte nur durch rechtskräftiges richterliches Erkenntniß eingetreten sein dürfe; daß 2) statt der Jahresfrist eine Frist von sechs Monaten gesetzt werde; daß 3) statt der Worte: seinen ordentlichen Wohnsitz" gesagt werde „seinen Wohnsitz oder Aufenthalt;" daß endlich die Schlußworte von „oder" an ganz wegfallen. Sämmtliche Anträge wurden nach kurzer Erörterung mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen. Eine längere Diskussion wurde durch den bei §. 5 von dem Abgeordneten Sperling gestellten Antrag hervorgerufen, die im Gesetz auf 30 Jahre normirte passive Wahlfähigkeit ebenfalls auf 24 Jahre anzusetzen. Vornehmlich auf die treffenden Bemerkungen des Referenten, so wie des Ministerpräsidenten wurde dieser von dem Abgeordneten Zimmermann unterstützte Antrag entschieden abgewiesen. Der Minister machte namentlich bemerklich, wie mit 30 Jahren die Männer meist Familienväter seyen, und wie es gerade in dem Wesen der Volksvertretung liege, daß nicht der einzelne Mensch, sondern die Familie mit ihren Interessen vertreten werde. Nach Annahme des Entwurfs verlas der Landtagsmarschall die Namen der Mitglieder der Finanzabtheilung, welche heute Abend 7 Uhr zusammentreten wird, und kündigte an, daß morgen früh 9 Uhr provinzenweise die Wahl der preussischen Abgeordneten zur deutschen Nationalvertretung erfolgen werde, worauf die heutige Sitzung geschlossen wurde. (D. A. Z.)

(Berlin, den 2. April.) An dem heutigen bedeutsamen Tage der Eröffnung des Vereinigten Landtags wurde auf der Kuppel des Schloßthurmes die preußische Fahne neben der deutschen aufgezogen, in der Art, daß von der letzteren wenig zu sehen war, während die erstere mit dem preussischen Adler geschmückt, recht sehr in die Augen fiel. Auch auf einigen andern Hauptgebäuden fand Aehnliches statt. (S. M.)

Sachsen. (Koburg, 3. April.) Heute hat der Herzog den außerordentlichen Landtag mit einer Thronrede eröffnet. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 5. März.) Heute Vormittag ist der Generalstab der deutschen Handwerker-Legion, mit Hrn. Bornstedt an der Spitze, nach Strasburg aufgebrochen.

Italien.

(Rom, den 29. März.) Bereits gestern Abend hat Pius der IX. durch den Cardinal Castracane dem Pater Roothaan eröffnen lassen, daß er die Entfernung der Gesellschaft Jesu beschlossen habe. Als die Deputation der verschiedenen hiesigen Casinos, welche sich durchaus wie politische Körperschaften geriren, diesen Morgen dem Polizeiminister die Forderung stellten, die Auflösung dieses Ordens bei Sr. Heiligkeit im Interesse der öffentlichen Ruhe zu beantragen, erhielten sie zur Antwort, daß ihrem Wunsche bereits Genüge geleistet sei. Da die Abreise dieser Väter schon seit mehreren Wochen vorbereitet worden ist, so wird sie alsbald erfolgen. Die Generaladministration des Ordens ist dem Cardinal Bizzardelli übertragen worden. (A. A. Z.)

(Como, den 30. März.) Die Revolution, deren Banner in der ganzen Lombardei weht, ist auch in Como eingekehrt. Auch hier sind die Doppeladler verschwunden, das österreichische Militär gefangen, in Kirchen und Kasernen eingesperrt. (Schw. M.)

Mailänder Kriegsbericht vom 2. April, Abends: „Auf dem Po sind bei Brescello sechs mit Korn beladene für die Oesterreicher bestimmte Schiffe weggenommen. Bei Suzzara ist ein Schiff mit Geld genommen. Gestern (am 1. April) haben sich die östreicher Truppen nach Desenzano und Peschiera zurückgezogen. Die Oesterreicher in Mantua werden auf 10,000 Mann geschätzt. Die Oesterreicher concentriren sich aus dem Venezanischen gleichfalls in Verona, weil ihnen von den italienischen Tyrolern der Rückzug abgeschnitten ist. (Glaubt man in Mailand an dergleichen?) In Brescia ist am 1. April General Bes mit seinen Truppen eingezogen. In Chignolo trafen 500 Mann von Pavia unter dem Grafen Biccarretti ein." Die Mailänder Zeitung berichtet, daß in einem Gefecht bei Monte Chiari 500 Oesterreicher geblieben, 300 verwundet seyen, während von den Schweizern bloß 40 umkamen; daß 600 Tyroler welche dort umherzogen, ihren Major tödteten und nach Brescia flüchteten; daß endlich Radetzky mit der provisorischen Regierung von Brescia flüchteten; daß endlich Radetzky mit der provisorischen Regierung von Brescia habe capituliren wollen, von ihr aber zurückgewiesen sei, weil man mit regelmäßigen Truppen, nicht aber mit Mördern capitulire. Da die Mailänder Sieger bleiben, so stände es ihnen gut an mit der Wahrheit etwas genauer zu nehmen, als offenbar bei diesen Angaben der Fall ist. (A. A. Z.)

Nach der Mailänder Ztg. wurde der Herzog von Parma nun doch verjagt.

(Botzen, den 5. April) Das erste Armeekorps hat sich an den Mincio zurückgezogen; auf morgen oder übermorgen ist hier das Generalkommando der lombardisch-venezianischen Truppen angesagt, es wird jenen Piemontesen ist das, wovon wir bedroht sind, das Volk des Trienter Kreises wird schon thätig durch Flugblätter bearbeitet. (A. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. April 1848. № 102. Dienstag: Julius.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 9. April.) Gestern hielt auch die Kammer der Reichsräthe eine Sitzung, in welcher der Austritt des OberkonsistorialPräsidenten und der Eintritt seines Nachfolgers zur Verhandlung kam. Endlich beschloß die hohe Kammer, daß ihre Sitzungen von nun an öffentlich gehalten werden sollen. Sie werden wahrscheinlich im Sitzungssaal der Kammer der Abgeordneten an Tagen, wo diese keine öffentlichen Sitzungen halten, stattfinden.

Die Kammer der Abgeordneten machte sich gestern noch nach einer weitern kurzen Debatte, an welcher die Abg. Schätzler, Goetz, Closen, Reuffer sich betheiligten, schlüssig und nahm den Gesetzentw. in folgender modifizirter Fassung einstimmig an:

Beschluß über den Gesetzentwurf die Amnestirung betreffend. Die Kammer der Abgeordneten hat sich über den von dem königl. Staatsministerium der Justiz an sie gebrachten Gesetzentwurf „die Amnestirung betreffend", durch ihren I. Ausschuß Vortrag erstatten lassen, und nach hierüber gepflogener Berathung in ihrer 5. heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung beschlossen, daß derselbe nur unter den beigefügten Modificationen anzunehmen sei. Art. I. Dieser Artikel soll folgende Fassung erhalten: „Wegen aller vor dem 21. März d. J. verübten politischen Verbrechen und Vergehen, welche unter die Bestimmungen der Artikel 299—330; 404—424 des Iten Theiles des Stafgesetzbuches von 1813, dann der Artikel 75—108, 201—233, 237—248, 260—264, 283—294 des pfälzischen Strafgesetzbuches fallen, soll keine strafgerichtliche Verfolgung eröffnet, oder fortgesetzt werden. Die Kosten der hiedurch niedergeschlagenen Untersuchungen werden von der Staatskasse übernommen. Art. II. Dieser Artikel fällt weg. Art. III. Dieser Artikel, welcher nunmehr als Art. II erscheint, soll nachstehende Fassung erhalten: „Alle, welche wegen der im Artikel I bezeichneten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt, oder von der Instanz entlassen wurden, werden für die Zukunft in die volle civilrechtliche und staatsbürgerliche Rechtsfähigkeit wieder eingesetzt." Als Artikel III wird der Zusatz-Artikel des Ausschuß-Protokolls eingeschaltet: „Diejenigen, welche in der Pfalz wegen eines sonstigen Vergehens verurtheilt wurden, das nach dem diesseitigen Strafgesetzbuche von 1813 kein Vergehen ist, erhalten ihre staatsbürgerlichen Rechte zurück. Ausgenommen sind die gemäß Art. 401 des pfälz. Strafgesetzbuches Verurtheilten." Art. IV. Dieser Art soll am Eingange folgenden Zusatz erhalten: „Gegenwärtiges Gesetz ist vom 21. März d. J. an, zu Gunsten der Betheiligten wirksam.« Ferner hat die Kammer der Abg. nachstehendem Wunsche ihre Zustimmung ertheilen zu sollen geglaubt: Se. Maj. sei zu bitten: „dem Dr. Eisenmann und dem Bürgermeister Behr für ihre materiellen — in Folge der gegen sie eingetretenen strafrechtlichen Verhandlungen erlittenen Verluste eine billige Entschädigung zu gewähren, welche von dem Staats-Minister der Finanzen, benehmlich mit den Ministern des Innern und der Justiz, auszumitteln ist. München den 8. April 1848. Dr. Müller: II. Präsident. Stockinger: I. Sekretär.

Beim Schlusse der erst um halb 3 Uhr endenden Sitzung beantragte Bar. v. Closen: S. M. den König zu bitten, den HH. Dr. Beer und Eisenmman, welche durch ihre Verurtheilung und vieljährige Gefangenhaltung so viel gelitten, eine Entschädigung zu gewähren. Die Kammer ertheilte diesem Antrag ihren einstimmigen Beifall. Wir geben hiemit den in der gestrigen Sitzung eingebrachten Gesetz-Entwurf über Verantwortlichkeit der Minister vollständig:

Gesetzentwurf: die Verantwortlichkeit der Minister betreffend. Seine Majestät der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsraths und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen und verordnen, was folgt: Art. 1. Die bleibende Führung eines Ministeriums kann jeder Zeit nur einem Staasrathe im ordentlichen Dienste übertragen werden. Art. 2. Eine vorübergehende Leitung der Ministerialgeschäfte soll nur stattfinden 1. wenn der wirkliche Staatsminister an der Ausübung seines Amtes legal verhindert ist, oder 2. im Falle der Erledigung eines Staatsministeriums bis zu dessen alsbaldiger Wiederbesetzung. Art. 3. Der König wird seine Regierungs-Anordnungen jedesmal von den Ministern oder von den zeitlichen Stellvertretern gegenzeichnen lassen, in deren Geschäftskreis die Sache einschlägt. Ohne solche Genehmigung sind die besagten Anordnungen nicht vollziehbar. Art. 4. Derjenige Staatsbeamte, welcher den Vollzug einer ohne ministerielle Gegenzeichnung ergangene Regierungsanordnung des Königs auf sich nimmt, macht sich des Mißbrauchs der Amtsgewalt schuldig. Artikel 5. Jeder Staatsminister und jeder, welcher vorübergehend mit der Leitung eines Staatsministeriums betraut ist, übernimmt durch die Gegenzeichnung Königlicher Entschließungen, so wie durch die Unterzeichnung der in eigener Kompetenz getroffenen Ministerial-Verfügungen — die volle Verantwortlichkeit für deren Inhalt. Artikel 6. Die Minister sind den Ständen des Reichs verantwortlich für jede vorsätzlich begangene oder wissentlich zugelassene Verletzung der Gesetze. Artikel 7. Hält der Vorstand eines Ministeriums eine ihm angesonnene Amtshandlung für verfassungs- oder gesetzwidrig, so ist er befugt, dieselbe abzulehnen, und im Falle seine Gegenvorstellungen erfolglos bleiben sollen, die Enthebung von seiner Ministerstelle sich zu erbitten. Demselben bleiben solchen Falles seine erworbenen pragmatischen Rechte vorbehalten. Artikel 8. Einem Staatsminister, welcher von dieser Befugniß Gebrauch gemacht hat, dürfen die amtlichen Behelfe zur Rechenschaftsablage über seine Amtsverwaltung nicht vorenthalten werden, wenn er derselben zu seiner Rechtfertigung vor dem Könige, oder den Ständen des Reichs bedarf. Artikel 9. Erachten die Stände des Reichs die Voraussetzungen des Artikels 6 für gegebene, und demnach durch ihre Pflichten sich aufgefordert, gegen einen Minister oder Ministervertreter formliche Anklage zu erheben, so wird der König, nachdem das durch den §. 6 Abth. I und II der Verf. U. k. vorgeschriebenen Verfahren statt gefunden hat, den Angeklagten verlaufig suspendiren und die erhobene Klage durch einen hiezu besonders zusammenzuberusenden Staatsgerichtshof unverzüglich zur Entscheidung bringen lassen. Die Bestimmungen des §. 10 der IX. Verfassungs Beilage bleiben hiebei außer Anwendung. Art 10. Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes sind mündlich und öffentlich. Die Einreichung und Vertretung der Anklage geschieht durch Bevollmächtigte der Stände des Reichs; jede der beiden Kammern hat zu diesem Behufe zwei ihrer Mitglieder durch absolute Stimmenmehrheit auszuwählen und abzuordnen. Ueber die Thatfrage der Anklage haben Geschworne, über die Rechtsfrage rechtskundige Richter zu entscheiden. Im Uebrigen richtet sich die Zusammensetzung und das Verfahren des Staatsgerichtshofes nach dem einschlägigen besonderen gesetzlichen Bestimmungen. Art. 11. Wird der angeklagte Minister oder Minister-Vertreter auf Grund der Anklage für schuldig erkannt, so wird derselbe mit Berücksichtigung der etwa vorliegenden Milderungs- oder Schärfungsgründe; 1) mit einfacher Entfernung vom Dienste unter Belassung ihm nach §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage gebührenden Ruhegehaltes, 2) mit Dienst-Entlassung ohne Ruhegehalt, oder 3) mit Dienstes-Entsetzung (Kassation) bestraft. Art. 12. Bezüglich der im Art. 11 vorgesehenen Strafen wird der König von dem Rechte der Begnadigung keinen Gebrauch machen. Die Rehabilitirung des Verurtheilten kann nur mit Zustimmung der Stände des Reichs erfolgen. Art. 13 Durch das Verfahren vor den Staatsgerichtshofe wird 1) die zuständige Wirksamkeit der ordentlichen Strafgerichte bezüglich der etwa konkurrirenden gemeinen oder Amts-Verbrechen oder Vergehen, so wie 2) die Verfolgung der Entschädigungs-Ansprüche vor den Bürgerl. Gerichten nicht ausgeschlossen. Art. 14. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung durch das Gesetzblatt in Wirksamkeit und soll als ein ergänzender Bestandtheil der Verfassungs-Urkunde und als ein Grundgesetz des Reichs angesehen werden, welches nur in der Tit. X. §. 7. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Weise wieder abgeändert werden kann. Für die Richtigkeit des Gesetz-Entwurfes (L. S.) Heintz, Staatsminister der Justiz.

† (München, den 5. April.) König Otto von Griechenland will seiner Krone entsagen und hieher kommen. Griechenland wird dann wohl eine Republik werden, Andere aber meinen, der Herzog von Leuchtenberg werde vom König Otto dazu ersehen, den griechischen Thron zu besteigen. Unsere Stände bewegen sich in ihrer gewohnten Langweiligkeit und Langsamkeit, sie genießen vom größten Theile des Bayernvolkes aus kein Vertrauen. Statt sie den Wahlmodus berathen zu lassen und sie alsdann heimzuschicken, um einer anderen Kammer Gelegenheit zu geben, für das Wohl des Landes zu tagen, dürfen diese Volksvertreter ihre wirklich theilweise grundschlecht geführten Debatten zu Markte bringen.

(München, 8. April.) Der Gesetzentwurf über die Wahlen für das deutsche Parlament wird heute im Ministerrath unter Vorsitz des Königs berathen, und es ist zu erwarten, daß derselbe auf einer wirklich volksthümlichen Wahlbasis beruhen werde. Ist dies der Fall, so können die hiebei zur Anwendung kommenden Grundsätze nicht ohne die tiefste Einwirkung auf das erwartete neue Wahlgesetz für die bayerischen Kammern bleiben, denn man kann sich keine einzelnen territorialständischen Wahlen denken mit Beibehaltung der verschiedenen Standesklassen, wenn bezüglich der deutschen Volkswahlen das allgemeine Wahlrecht zur Geltung gelangt. So stürzt der alte Bau in seinen Fundamenten allmählich zusammen. (A. A. Z.)

Bayern hat nach dem Maßstab von 70,000 Seelen auf Einen Vertreter 60 Repräsentanten zum deutschen Parlament zu senden, nach dem Maßstab von 50,000 deren 87. Davon treffen auf Oberbayern 14, Niederbayern 10, Pfalz 12, Oberpfalz und Regensburg 9, Oberfranken 10, Mittelfranken 10, Unterfranken und Aschaffenburg 11, Schwaben und Neuburg 11. Wie sollen diese gewählt werden? Durch direkte Wahlen, so daß z. B. Schwaben für seine 11 Vertreter sich in 11 Wahlbezirke eintheilte, auf deren jeden etwa 6 bis 10,000 Wähler kämen? Sollen diese Wahlversammlungen von Zehntausend an einem Orte zusammenkommen — natürlich im Freien — und sollen sie dann durch Stimmzettel wählen? Oder ist es nicht besser, daß wie bei den einfachen englischen und manchen schweizerischen Wahlen, Candidaten sich aufstellen oder aufgestellt werden, über die dann die Wählerschaft durch Hände aufheben entscheidet, auf welches erst die Stimmenzählung (der Poll) einzutreten hätte, wenn jenes Händemehr kein unzweifelhaftes Resultat gäbe? Man sieht, es thut noth, daß darüber in jeder größern Gemeinde alsbald Berathungen gepflogen werden, und daß die Presse dabei hülfreiche Hand leiste. Soll Bayern 60 oder 87 Männer in den Reihen des deutschen Parlaments senden, so müssen es die Würdigsten, die Verdientesten sein, denn sie haben für Jahrhunderte die größte Aufgabe zu erfüllen, die einem deutschen Mann, einem deutschen Staate werden kann. Wir kommen morgen und so wohl jeden Tag, bis die große Wahl vollendet ist, auf diese Frage zurück. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 10. April.) Es soll sich hier ein Central-

punkt, zum Behuf der Aufstellung von tüchtigen Wahlkandidaten aus Mittelfranken für das deutsche Parlament bilden, was in den anderen Kreisen des Landes Nachahmung finden dürfte.

(Augsburg.) Sicherem Vernehmen nach wurde der kgl. General-Major und Brigadier J. Dombort von Se. k. Maj. aus allerhöchstem Vertrauen zum Kommandanten der für ganz Deutschland so wichtigen Bundesfestung Ulm ernannt und dieses dem Hrn. General, der bis jetzt in unserer Mitte weilte, von Se. k. Maj. selbst mit dem freundlichen Beisatze ausgedrückt, daß er dieses in ihn gesetzte königl. Vertrauen rechtfertigen werde. (A. A. Z.)

(Oggersheim, den 6. April.) Einige der Minoriten sind allmählig wieder hieher zurückgekehrt. (N. Sp. Z.)

(Speyer, den 7. April.) Die hiesige Zeitung bespricht in einem längeren Artikel die Zustände der Gegenwart und äussert sich darin auch über die Regierungsformen. Unter anderem kommen die gerade jetzt zu beherzigenden Stellen vor: **Wir müßten es als ein allgemeines Landesunglück betrachten, wenn heute in unserm Vaterlande es irgendwo gelänge, die Republik zu proklamiren. Das hieße, den Bürgerkrieg über unser unglückliches Vaterland bringen; es hieße, alle in der jüngsten Zeit erlangten oder in sichere Aussicht gestellten Fortschritte im Hazardspiel auf eine Karte setzen! Dies kann die Absicht keines besonnenen Mannes sein, der sein Vaterland liebt. Unsere Losung ist in der jetzigen Zeit arger Stürme mit aller Bestimmtheit: k e i n e R e p u b l i k, aber eine w a h r h a f t e R e p r ä s e n t a t i v v e r f a s s u n g, sonach mit entschieden volksthümlichen Institutionen, und mit Bürgschaften gegen eine Wiederkehr des Gaukelspiels, das so lange getrieben ward, und unter dessen Herrschaft das Volk nach einem 33jährigen Frieden großentheils geistig verkümmert und materiell in maßloses Elend gestürzt ist.**

(Würzburg, den 8. April.) Das Kollegium unserer Gemeinde-Bevollmächtigten hat in seiner gestrigen Sitzung darauf angetragen, den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Würzburg, den schwergeprüften Dr. Behr in hiesiger Stadt einzuladen, und ihm Gehalt und Ehrenrechte als Bürgermeister wieder einzuräumen. (N. W. Z.)

B a d e n. (Karlsruhe, den 7. April.) Die heutige Sitzung, fast ganz ausgefüllt durch eine Verhandlung über den Beizug von Truppen des 8. Armeekorps zum Schutze der ausgedehnten Landesgrenze gegen Einfälle aus Frankreich und der Schweiz, schloß mit dem vollständigen Siege echt deutscher Gesinnung, mit der Niederlage der Spaltungsversuche, mit einem Beschlusse der großen Mehrheit für Billigung der Maßregel zu unserm Schutze gegen fremden Ueberfall. (D. Z.)

(Donaueschingen, den 6. April.) Seit gestern leben wir hier in förmlichem Kriegszustande. Es fand sich nämlich um die Mittagsstunde ein württembergischer Ordonnanz-Offizier hier ein, um für ungefähr 1200 Mann würtembergische Truppen Quartiere anzusagen. Gleichzeitig wurde bekannt, daß auch ein Regiment von Tuttlingen aus entlang der Donau im Anmarsch sey. Da weder unsere Staats- noch Gemeindebehörden von der badischen Regierung irgend eine Mittheilung hierüber erhalten hatten, so gewann der Gedanke an einen auf den Seekreis abgesehenen Handstreich alsbald die Oberhand. Die Folge war, daß Prinz Emil v. Fürstenberg und Stadtbürgermeister Rans sich alsbald nach Rottweil zum kommandirenden General verfügten, um gegen den Einmarsch mit dem Bemerken zu protestiren, daß derselbe unsägliches Unglück hervorrufen würde. Der Weg nach Donaueschingen gehe nur über die Leichen der Bürger. Die Antwort war: die würt. Heerabtheilung sei zum Schutze der obern Donau gegen fremden Einfall bestimmt; sie komme nicht als Feind, sondern als deutsch-brüderliche Aushülfe und hätte der Hoffnung Raum gegeben, mit offnen Armen empfangen zu werden. Unter diesen Umständen soll aber unverzüglich eine Estaffette an Se. Majestät den König abgeordnet werden, um weitere Verhaltungsbefehle einzuholen. Inzwischen waren nach allen Richtungen Eilboten versendet, so daß schon Abends 8 Uhr eine gut bewaffnete Bürgerwehr von etwa 3000 Mann hier der Antwort von Rottweil aus harrte. Diese Antwort wurde oben schon gemeldet, worauf die entfernteren Bürgerwehrmannschaften hier Quartier bezogen, die nächste aber sich nach Hause verfügte. Heute früh 8 Uhr rückte aber die ganze Baar und der angränzende Schwarzwald etwa mit 5000 Mann wohlbewaffneter Wehrmänner hier zusammen und gewährte einen imposanten heroischen Anblick. Die ganze Mannschaft, zum Aeußersten entschlossen, muthig und keck, schaarte sich auf weitem Felde zusammen und beschloß während eines Donner und Regen versendenden Gewitters, unverzüglich eine Deputation nach Karlsruhe an die zweite Kammer zu senden mit der kategorischen Erklärung, daß innerhalb dreimal 24 Stunden das Ministerium Bekk und Markgraf Wilhelm vom Kommando des achten deutschen Armeekorps abzutreten haben, widrigenfalls der Seekreis sich von der bestehenden Regierung lossage, da man den beabsichtigten Einmarsch für einen Handstreich, für Verrath ansehe. Inzwischen bleibt die Mannschaft unter den Waffen und soll täglich durch weitern Zuzug verstärkt werden. Auch der Einmarsch der Württemberger auf der Seite von Tuttlingen wurde verhindert und die Donaubrücke bei Mähringen abgetragen. Zur Versammlung hatte sich eine Deputation von Freiburg eingefunden und die Nachricht hinterbracht, daß sie den Seekreis nachdrücklichst unterstützen werden und aus dem Breisgau bereits ein Korps unterwegs sei, um bei Neustadt sich aufzustellen. Wer den jetzigen Geist des hiesigen Volkes kennt, muß im Interesse des Vaterlandes wünschen, daß jede Demonstration unterbleibe. Die Masse ist zum Aeußersten entschlossen. Wir leben in einem Kriegslager. (Schw. M.)

F r e i e S t ä d t e. (Frankfurt, 9. April.) Protokoll der zweiten Sitzung des Fünfziger Ausschusses. Die Sitzung wird um 4 Uhr eröffnet, und nach einer umfassenden Verhandlung über die einzelnen Paragraphen der Geschäftsordnung, wird dieselbe in folgender Art angenommen. Geschäftsordnung. Art. 1. Die Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich, doch kann der Ausschuß, wo der Gegenstand es gebietet, sich in ein Comite verwandeln. Die Sitzungen werden, Fälle äußerster Eile ausgenommen, Tags zuvor in den Blättern angezeigt, und zwar zugleich mit der Tagesordnung. Art. 2. Der Präsident eröffnet und schließt die Sitzungen, leitet die Berathungen, verleiht das Wort nach der Ordnung den darum Nachsuchenden und hält die Ordnung aufrecht. Er kann, vorbehaltlich der Berufung an die Versammlung, einem Redner, der über fünf Minuten redet, das Wort entziehen. Art. 3. Den Anfang jeder Sitzung macht die Verlesung des mindestens die Anträge und Beschlüsse umfassenden Protokolls der früheren, den Schluß die Feststellung der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Art. 4. Abweichungen von der Tagesordnung erfordern die Zustimmung der Versammlung. Anträge, die sich nicht auf den Gegenstand der Tagesordnung beziehen, müssen schriftlich eingereicht werden und kommen, vorbehaltlich der Bestimmung der Versammlung, in der Ordnung ihrer Einreichung zur Verhandlung. Anträge, die nach erfolgter Begründung nicht wenigstens von zwei Mitgliedern unterstützt werden, kommen nicht zur Verhandlung. Art. 5. Jedes Mitglied kann vor der Eröffnung der Berathung eines Gegenstandes die Vorfrage über die Zulässigkeit und nach eröffneter Berathung den Schluß der Berathung beantragen. Art. 6. Das letzte Wort hat der Antragsteller, im Falle einer Berichterstattung der Berichterstatter. Art. 7. Ueber die Fragestellung entscheidet der Präsident, es kann aber Berufung an die Versammlung eingelegt werden. Art. 8. Die Abstimmung geschieht durch Aufstehen und Sitzenbleiben, außer wenn drei Mitglieder die namentliche Abstimmung verlangen. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Präsident, welcher außerdem kein Stimmrecht hat. Art. 9. Zu einem gültigen Beschluß der Versammlung ist die Anwesenheit von 30 Mitgliedern erforderlich. Art. 10. Die Versammlung wählt ihre Commissionen und Deputationen, kann aber, wenn Niemand widerspricht, solche Wahl dem Präsidenten überlassen. Art. 11. Die Protokolle werden baldmöglichst durch den Druck veröffentlicht. Tragen drei Mitglieder darauf an, so muß das betreffende Protokoll nach der Aufzeichnung und Uebersetzung des Schnellschreibers der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Den nächsten Gegenstand der Verhandlung bildet ein Kommissionsbericht des Herrn Dr. Wiesner über die Art, wie die sechs Oesterreicher, die dem Fünfziger-Ausschuß sich nach einem Beschlusse des Vorparlaments zugesellen sollen, zu wählen seyen. Der Bericht beantragt anstatt sechs Oesterreicher deren neun zum Fünfziger-Ausschuß zuzuziehen, und die Wahl derselben durch die Magistrate in den größeren Städten Oesterreichs veranlassen zu wollen. Nach gepflogener Berathung beschließt der Ausschuß, daß nur sechs Oesterreicher zuzuziehen seyen und daß zu dem Ende von den anwesenden Mitgliedern des Ausschusses ihnen bekannte tüchtige österreichische Männer vorgeschlagen werden sollen. So wurden genannt: die Herren E. v. Andriani, — Dr. Schuler, Archivar in Insbruck, — Schuselka in Leipzig, — Zusachi, — Palazki, — Bach, Advoka in Wien, — Prof. Hie, — Dr. Kuranda, — Alf. Meisner, — Prof. Scota in Wien, — Kaufmann Lychs in Triest, — Braunschweig von Wien, — Schwarzer (aus Triest) von Wien, — Graf Auersperg, — Joseph Kitka von Wien. Der Ausschuß beschließt dann, daß diejenigen seiner Mitglieder, die die die obigen Namen genannt, zusammentreten und sechs aus Genannten wählen sollen. Dieß geschah und das Ergebniß ist, daß die Herren: Schwarzer, — Adriani, — Bach, — Schuler, — Palazky, — Schuselka zum Fünfziger-Ausschuß zugezogen werden. Dieselben sollen unmittelbar benachrichtigt, und zugleich aufgefordert werden, daß sie für den Fall der Verhinderung einen Mann ihres Vertrauens als Stellvertreter zu senden berechtigt sein sollen. Herr J. Venedey theilt einen Auszug aus einem Privatbriefe von Dr. Schulz mit, in dem diesem aus Straßburg geschrieben wird, daß dort eine mißverstandene Aeußerung des Abgeordneten Welcker die größte Aufregung veranlaßt habe. Bei Gelegenheit der Verhandlung des Beschlusses durch den das Vorparlament die Zuziehung von Abgeordneten aus Posen zur konstituirenden Versammlung abwieß, sagte der Abg. Welcker, daß es ebenso wenig zu rechtfertigen seyn würde, wenn man Posener zur konstituirenden Versammlung, als wenn man Elsaß und Lothringen, mit hinzuziehen wolle. Diese Aeußerung wurde in Straßburg so ausgelegt, als ob in der Paulskirche Rede davon gewesen, Elsaß und Lothringen zur konstituirenden Versammlung einzuladen. Der Brief deutet die Gefahr an, die aus einem solchen Mißverständnisse hervorgehen kann. Hr. Venedey fragt, ob es nicht räthlich sey, in dieser Beziehung irgend einen Schritt zur Aufklärung und Beruhigung zu thun. Die Versammlung aber beschließt, zur Tagesordnung überzugehen, nachdem in der Verhandlung sich klar genug herausgestellt, daß nur von einem Mißverständniß die Rede, welches sich bald genug von selbst aufklären werde. Der stellvertretende Vorstand Abegg macht dann darauf aufmerksam, daß zwischen dem Bundesbeschlusse, der die Wahl zum ersten Parlament anordnet und den Beschlüssen des Vorparlaments über diese Wahl sehr wesentliche Widersprüche bestehen. 1) Der Bundesbeschluß fordert 1 Abgeordneten auf 70,000 Seelen. Das Vorparlament hat dagegen 1 Abgeordneten auf 50,000 Seelen beschlossen. 2) Im Bundesbeschluß soll die Wahl auf verfassungsmäßigem Wege stattfinden. Nach dem Beschlusse des Vorparlaments muß die Wahl unmittelbar und sofort stattfinden, was nicht immer verfassungsmäßig möglich sein wird. 3) Der Bundesbeschluß spricht nur von sämmtlichen dem deutschen Staatensysteme angehörigen Ländern. Das Vorparlament hat beschlossen, zugleich Schleswig, Ost- und Westpreussen mit zur constituirenden Versammlung zu ziehen. Der Ausschuß beauftragt, nach reiflicher Berathung, den Vorstand und die beiden Stellvertreter unmittelbar beim Bundestag die nöthigen Schritte zu thun, um diese Änderungen zu veranlassen. Auf den Antrag des Abg. Güllich aus Schleswig wird dem Vorstande und den beiden Stellvertretern zugleich der Auftrag ertheilt, die unmittelbare Aufnahme Schleswigs in den Bund zu betreiben. Die Sitzung wurde um 8 Uhr geschlossen. Frankfurt a. M., 5. April 1848. Der Vorstand: Soiron. Der Schriftführer: J. Venedey.

An das deutsche Volk! Deutsche! Euch Allen, die Ihr deutsche Lande bewohnt, und ein deutsches Herz im Busen tragt, Euch Allen gilt unser Ruf. Hört auch Ihr es, Männer in Schleswig, in Ost- und Westpreussen, bisher durch Diplomatenkünste von uns getrennt, jetzt mit uns innig verbundene Brüder! Unser deutsches Vaterland muß einig, groß, frei werden. Das ganze deutsche Volk will es, und was ein Volk will, geschieht. Männer des öffentlichen Vertrauens haben in Frankfurt sich vereinigt, die Ausführung des Volkswillens vorzubereiten. Nicht aus regelmäßigen Wahlen hervorgegangen, haben sie es für Pflicht erachtet, eine constituirende Nationalversammlung zu berufen, und dieser einzig und allein die Bestimmung der künftigen Verfassung Deutschlands zu überlassen. Das ganze deutsche Volk muß in der Nationalversammlung vertreten sein. Kein Unterschied des Standes, des Vermögens, des Glaubens wird die Freiheit der Wahlen beschränken. Jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige ist in seinem Lande Wähler, in ganz Deutschland wählbar. Als Grundlage des Volkswohls hat die Versammlung anerkannt: Unbedingte Freiheit der Meinungsäusserung, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Vereinigungsrecht, Schutz der persönlichen Freiheit, Unabhängigkeit der Rechtspflege und Schwurgericht, Schutz

er arbeitenden Klassen; Gerechte Vertheilung der Staatslasten, Selbstständigkeit der Gemeinden, mithin volle Gewährung dessen, was die Gerechtigkeit gegen Alle, die Unterordnung des Einzelnen unter das Gesammtwohl und die freie Entwickelung des Volksgeistes fordern. Zum Schutz dieser höchsten Güter, und damit nie mehr der Einzelwille dem Gesammtwillen sich widersetzen könne, hat die Versammlung Allgemeine Volksbewaffnung beschlossen. Wehrhaft und gerüstet müssen wir auch gegen äußere Feinde dastehen. Die Versammlung hat Schleswig, Ost- und Westpreussen in den deutschen Bund aufgenommen, hat die Schmach der Theilung Polens von Deutschland abgewälzt, und dem deutschen Volke die Pflicht auferlegt, dahin zu wirken, daß den Polen das Vaterland zurückgegeben werde. Was immer aus diesen Beschlüssen folge, Deutschland ist stark genug, die Folgen auf sich zu nehmen. Der Geist der Eintracht, die allgemeine Wehrhaftigkeit sind Bürgschaft des Sieges. Männer Deutschlands! Ihr wißt jetzt, was geschehen, was bevorsteht. An Euch ist es zu vollenden, was die Versammlung in deren Namen wir zu Euch sprechen, begonnen hat. In ihrem Namen fordern wir Euch auf, in Ernst und Ordnung an das Wahlgeschäft zu gehen, zu der Nationalversammlung Männer zu entsenden, schlicht und bieder, Männer, die vor den Augen des Volks bekundet haben, daß ihnen das Gesammtwohl höher stehe, als jedes Sonderinteresse, die Gerechtigkeit höher, als Standesrücksichten und Vorurtheile, die Wahrheit höher, als der Sieg der eigenen Meinung. Bedenkt, was in Eure Hand gelegt ist! Bedenkt, daß Eure Väter auf Euch sehen, daß Eure Enkel dereinst von Euch Rechenschaft fordern, wie Ihr den großen Augenblick zum Heile des Vaterlandes benutzt habt. Seyd einig, seyd wachsam und thätig! Ruhet nicht, bis das große Werk: Ein einiges freies Deutschland vollendet ist. Frankfurt a. M., den 6. April 1848. Der Fünfziger-Ausschuß Soiron, als Vorsitzender, Simon, als Schriftführer. (Frkf. O.-P.-Z.)

Deutsche! In wenigen Wochen wird eine freigewählte constituirende Nationalversammlung unserem Vaterlande eine Verfassung geben, welche die unveräusserlichen Volksrechte, welche Freiheit und Wohlstand für immer begründen soll. Ganz Deutschland sieht mit Spannung dem großen Zeitpunkte entgegen; es bedarf zu diesem Werke vor allem der Ruhe und Ordnung. Dennoch ist in verschiedenen Theilen des Vaterlandes die Sicherheit der Person und des Eigenthums angetastet, der freie Verkehr durch Zerstörung von Eisenbahnen und Dampfschiffen gehemmt worden. Solche Friedensbrüche wirken der Erringung der Freiheit feindlich entgegen, sie führen zur Anarchie, und diese war oft schon das Grab der Freiheit. Die Geschichte beweist es, ein in Anarchie versunkener Staat wird leicht der Raub eines kühnen gewaltigen Menschen, den Zeiten der Gewalt noch immer geboren. Männer Deutschlands! im Namen der großen Versammlung der Volksfreunde, die uns verpflichten, sprechen wir zu Euch, wir sprechen im Namen von Millionen deutschen Brüdern, die eins mit uns sind in der Begeisterung für die heilige Sache des Vaterlandes. Haltet fest zusammen, nichts darf Eure Einigkeit, nichts Euern Eifer, Euer Wirken für die Freiheit stören, selbst die Frage, ob Republik, ob Monarchie, darf Euch nicht trennen: denn nicht die Form, sondern das Wesen einer Verfassung ist es, was die Bürgschaft der Freiheit in sich trägt. An Euch auch richten wir unser Wort, die Ihr der Ordnung und dem Eigenthume den Krieg erklärt habt. Glaubt Ihr die Freiheit zu fördern, indem Ihr sie aufhebt, glaubt Ihr für den Wohlstand Aller thätig zu seyn, indem Ihr das Eigenthum Einzelner zu Grunde richtet, glaubt Ihr Quellen des Erwerbs zu öffnen, indem Ihr Verkehr und Handel lähmet? Laßt ab von Eurer Verirrung, schließt Euch den wahren Freunden des Vaterlandes an, die für unseres Volkes Ehre und Freiheit Alles zu opfern bereit sind. Ihr insbesondere, deutsche Jünglinge und Wehrmänner, seid eingedenk, daß Ihr die Waffen tragt zum Schutze der Freiheit gegen innere und äußere Feinde, seid eingedenk der großen Aufgabe der Zeit. Ihr habt die Kraft, jede Unordnung zu verhindern, die der Wiedergeburt unseres Vaterlandes hemmend entgegentritt, schaart Euch zusammen, bildet eine Schutzwehr dem Rechte und der Freiheit, sie wird unüberwindlich seyn und Deutschlands große Zukunft fest und sicher stellen. Frankfurt a. M., den 6. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses. Soiron, Vorstand. Simon, Schriftführer. (Fft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 7. April.) Wie ich höre, ist auf Antrag der „Männer des öffentlichen Vertrauens“ die Bundesversammlung darauf eingegangen, die Seelenzahl von 50,000 auf einen Abgeordneten, so wie die übrigen Bestimmungen des Vorparlaments in Bezug auf Alter, Census, Stand und Glaubensbekenntniß sämmtlichen deutschen Regierungen als Grundlagen für die Wähler zur konstituirenden Versammlung zu empfehlen. Ein deßfallsiger Bundesbeschluß soll noch heute oder morgen zu erwarten sein. Preußen muß dann nothwendig seine bereits gemachten Wahlanordnungen wieder abändern. (D. Z.)

Hessen. (Mainz, den 7. April. Die energischen Maßregeln, welche gestern gegen die zerstörungslustigen Rotten ergriffen und sogleich zur Ausführung gebracht wurden, haben die besten Folgen gehabt; es sind weder Unordnungen noch sonstige unruhige Auftritte während der Nacht vorgekommen, und wäre man schon vor 14 Tagen mit gleicher Entschlossenheit gegen einen Theil der tobsüchtigen Rheinarbeiter aufgetreten, so würden wir nicht einen Gewaltact zu beklagen haben, der alle wahren Freunde der Freiheit und des Gesetzes mit dem tiefsten Schmerze erfüllen muß. Aus welchen Beweggründen diese plötzliche Zerstörungswuth, namentlich dieses vandalische Vernichten der Eisenbahn, hervorgegangen ist, läßt sich in diesem Augenblicke schwer ermitteln; wenn es aber wahr ist, was man sich hier erzählt, daß nämlich einige unter den hier und in Kastel Verhafteten ausgesagt haben, sie seyen bezahlt, also zu der Frevelthat förmlich gedungen worden, so wird man hoffentlich der finstern Partei bald auf die Spur kommen, welche durch solche nichtswürdige Umtriebe die kaum errungene, und noch erst fest zu begründende Freiheit im Keime vergiften und gänzlich unterdrücken will. Hier hat man zwei der Hauptaufhetzer verhaftet und ihnen ihr sauberes Handwerk gelegt. Indeß ist mit diesen Vorsichtsmaßregeln nur für den Augenblick geholfen; es müssen nun auch eben so schnell Radikalmittel angewendet werden, um die arbeitende Klasse zu beruhigen, und dies kann nicht anders geschehen, als durch Eröffnung neuer Nahrungsquellen. Dies ist für ganz Deutschland eine der wichtigsten politischen Fragen, und der Lösung derselben sollten sich sofort alle dazu befähigten Männer unterziehen. Kein Opfer darf gescheut werden, um mit dieser schwierigen Angelenheit ins Reine zu kommen, und erst, wenn dies gelungen ist, läßt sich die rasche Entwickelung des neuerwachten politischen Lebens in Deutschland mit Zuversicht erwarten. (Frankf. J.)

(Mainz, 7. April.) Ein Brief aus Ingelheim unter der Aufschrift: »An den Fürsten Metternich auf Rheineck« wurde von dort der hiesigen Post zurückgeschickt. Auf dem Umschlag war folgende naive Erklärung geschrieben: »Ist nicht hier, wird gar nicht erwartet, wird auch wohl nicht kommen.“ (Fft. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 8. April.) In einem mit 2000 Unterschriften bedeckten Manifeste wird es ausgesprochen, daß man in Nassau die Republik nicht wolle.

Oesterreich. (Wien, 6. April, Nachmittag 2 Uhr.) Die Ligorianer haben so eben unter dem Schutz der Nationalgarde die Stadt verlassen. Das Volk erstürmte das Kloster, und nur dem kräftigen Einschreiten der bewaffneten Bürger gelang es, das bedrohte Leben dieser Priester zu retten. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin.) Das Gerücht, daß der Kaiser von Rußland Polen freigegeben und ihm den Herzog von Leuchtenburg zum König gesetzt habe, entbehrte, wie sich denken läßt, jedes Grundes. Dagegen bestätigt sich eine von der Voss. Z. mitgetheilte Nachricht, daß 300 Polen, welche vom Preußischen aus in das Königreich Polen einzudringen versucht hätten, jenseit der Grenze sämmtlich gefangen genommen wurden.

(Berlin, den 7. April.) Auf eine Eingabe der Provinzialstände des Königreiches Preussen, (der Provinz Preussen nämlich,) in welcher um Aufnahme dieser Provinz in ihren gegenwärtigen Gränzen ganz und ohne irgend eine Schmälerung in den deutschen Bund ohne Zeitverlust gebeten wird, antwortete der König in einer Botschaft: Wir Friedrich Wilhelm ꝛc., König von Preussen ꝛc. ꝛc. haben aus der Erklärung unserer getreuen Stände der Provinz Preussen vom 3. d. M. mit Wohlgefallen ersehen, daß dieselben, in Uebereinstimmung mit unserem in dem Patente vom 18. v. M. ausgesprochenen Wunsche, die Einverleibung der Provinz Preussen in ihrer gegenwärtigen Begrenzung in den deutschen Bund beantragen. Wir haben in Folge dieser Erklärung unser Staatsministerium beauftragt, schleunigst die zur Aufnahme der gedachten Provinz in den Deutschen Bund erforderlichen Einleitungen zu treffen, was wir unseren getreuen Ständen hierdurch vorläufig eröffnen. (D. A. Z.)

(Berlin, den 6. April.) Der fortgesetzte Aufenthalt des Prinzen von Preussen in London erfährt hier die mannichfachsten Deutungen. Die geschäftlichen Aufträge des Prinzen, zu denen ihm der mit ihm gereiste Graf v. Pourtales an die Seite gestellt ist, betreffen offenbar weniger den englischen Hof selbst, als die bei demselben noch aufgestellte diplomatische Vertretung der europäischen Großmächte. Besonders hat man Grund anzunehmen, daß der keineswegs unterbrochene diplomatische Verkehr Preussens mit Rußland, jetzt über London gepflogen wird, und von dort aus eine Vereinbarung über die nächsten unvermeidlichen Folgen der allseitig vollbrachten Staatsumwälzungen erzielt werden soll. Von London aus hat man hier briefliche Nachrichten über den eifrigen Verkehr des Prinzen von Preussen mit dem russischen Botschafter Herrn v. Brunnow, die wenigstens schließen lassen, daß Preussen und Rußland noch in Unterhandlungen über die gegenwärtige Lage der Dinge in Europa mit einander begriffen sind. (D. A. Z.)

(Berlin, den 7. April. Der Vereinigte Landtag hat heute keine Sitzung gehalten, obgleich eine solche gestern Abend allgemein angekündigt wurde. Dem Vernehmen nach trägt die Abtheilung, welche mit der Abfassung des Gutachtens über die Finanzvorlage beauftragt ist, die Schuld an diesem Aufschub. Dieselbe soll der Absicht, neue Geldmittel aufzunehmen, nicht sehr günstig sein, indem, wie in der Stadt erzählt wird, es sich herausgestellt haben solle, daß in dem Staatsschatz und in der Kriegskasse über Erwarten reiche Geldmittel vorhanden seien. Jedoch ist es erklärlich, wenn der Finanzminister Bedenken trägt, diese Geldmittel bis zur völligen Erschöpfung anzugreifen, indem die Möglichkeit eines baldigen Krieges das Aufsparen vorhandener Kräfte fordert, um wenigstens den Ansprüchen des ersten, vielleicht überraschenden Augenblicks gewachsen zu sein. (D. A. Z.)

(Aus der Provinz Preussen, 4. April.) Morgen wollen mehrere Tausend Polen in Kulm zusammentreffen, um eine große Demonstration gegen die deutschen Bewohner Westpreussens zu machen. Auch der Fürst Czartorviski wird dabei erwartet. In mehren Städten dieser Provinz haben die Deutschen sich zu kräftiger Abwehr gegen dieses Treiben vereinigt. — Nach einem Briefe aus Tilsit haben sich am 30. März vier russische Offiziere in Uniform, jedoch waffenlos, im Gasthofe des tilsiter Brückenkopfs, der jenseit des Stroms in einer alten von den Franzosen errichteten Schanze liegt, eingefunden und ohne Heimlichkeit Situationspläne der Gegend aufgenommen; dies ist in jüngster Zeit schon mehrmals geschehen. (D. A. Z.)

(Aus Westpreußen, den 3. April.) Vor Danzigs Hafen kreuzen, wie man wissen will, französische Schiffe mit Waffen für Polen. Eine Anzahl von Gewehren und Piken, soll über Danzig bereits in's Posen'sche eingeschmuggelt worden seyn. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Köln, 7. April.) Eine gestern Abend in dem Harff'schen Saale stattgehabte Bürger-Versammlung suchte dem allgemeinen Befremden über den Wahl-Modus für die frankfurter National-Repräsentation einen Ausdruck zu geben. Nach langen Debatten wurde eine Adresse an den König beschlossen, welche heute auch von einer zahlreich besuchten Versammlung bei Stollwerck adoptirt wurde und sich in großer Schnelligkeit mit zahlreichen Unterschriften bedeckte. In derselben wird entschieden die Art und Weise, wie die Deputirten zum constituirenden deutschen Parlament gewählt werden sollen, nämlich durch den Vereinigten Landtag, abgelehnt. Das preussische Volk besäße das unveräußerliche Recht, seine Deputirten zu wählen. Es wird sofort in der Adresse die Zurücknahme des diesen nicht beliebten Wahlmodus enthaltenen Dekrets vom 3. d. M. verlangt. Die Sprache dieser Adresse ist durchaus eine andere, als die frühere timide, in der man an den König sich zu wenden gewohnt war.

Sachsen. (Leipzig, den 1. April.) Am gestrigen Abend fand hier eine Versammlung statt, wie sie weder hier, noch anderwärts je stattgefunden hat. Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer politischen Krisis, deren Folgen wir noch gar nicht absehen können. Nun tritt hier ein Verein von Männern auf, welche kirchliche Grundsätze veröffentlichen, die ebenfalls einen ungeheueren Riß in das Staatsleben machen müssen. Dr. Zille, evangelischer Prediger hier, Herausgeber der tüchtigen Zeitung für die christliche Kirche, besprach sich mit einigen hiesigen Männern, Pred. Rauch und den DD. Haltaus und Zestermann, ob es nicht zeitgemäß und segenbringend sei, die Grundsätze,

welche allen Konfessionen gemeinsam sind und ein gegenseitiges Band des religiösen Friedens sind, aufzustellen und zu veröffentlichen. Genannte Herren kamen überein, diese Idee zu verfolgen und deßhalb intellektuelle Männer der verschiedenen hiesigen Konfessionen zur Realisirung dieser Idee aufzufordern. Die ersten Schritte fanden sogleich Anklang und schon in einer der nächsten Sitzungen beschlossen die anwesenden Glieder des Vereines, den aufgeregten Zeitpunkt zu benutzen und eine Adresse an die soeben in Frankfurt zusammengekommenen Männer der politischen Freiheit Deutschlands zu richten, in welcher sie folgende Ansichten öffentlich vertreten: Hauptquelle aller kirchlichen Zerwürfnisse ist die verschiedene Behandlung der Konfessionen von Seite des Staates, indem er einige bevorzugt, andere zurücksetzt. Daher verlangen sie gegen die Zurücksetzung „völlige Rechtsgleichheit für jedes religiöse Bekenntniß und jeden kirchlichen Verein, der nicht mit den Gesetzen des Staates im Widerspruch steht.“ Keinen kirchlichen sog. christlichen Staat. Keine bloße Duldung. Gleiche bürgerliche Berechtigung für alle Konfessionen, welche den gleichen Zweck sittlicher Vollendung der Menschheit haben. Gegen die Bevorzugung verlangten sie: Trennung der Kirche vom Staat. Und zwar keine Staatskirche; der Staat sei unabhängig von der Kirche. Der Staat knüpfe an die religiösen Anschauungen, Versammlungen und Handlungen keine rechtlichen staatsbürgerlichen Folgen; er führe Geburts-, Schulentlassungs-, Ehe- und Todtenverzeichnisse, verwandle den Eid in eine öffentliche und feierliche Versicherung und betrachte die kirchlichen Feiertage als bürgerliche Ruhetage. Die Kirche sei unabhängig vom Staate. Jede kirchliche Gemeinschaft habe das Recht der Anordnung und Leitung ihrer Angelegenheiten durch aus ihrer Mitte gewählte Vertreter und Beamte, das Recht der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Beaufsichtigung ihres Gemeinwesens. Das bischöfliche Recht des Landesherrn und des Patronats sei aufgehoben. Die Kirche erziehe dem Staat sittliche Bürger, der Staat schütze und stütze die Kirche und übe das Recht der Nichtbestätigung und Verbietung, wenn einzelne kirchliche Einrichtungen und Gebete oder ganze kirchliche Gemeinschaften dem Staatszwecke zuwider seyn sollten. Diese Grundsätze, nicht neu, erhalten eines Theils durch ihre Zusammenstellung, andern Theils dadurch eine welthistorische Bedeutung, daß sie, was noch nie geschah, als Grundsätze und Wünsche der Prediger von fünf hier lebenden verschiedenen Konfessionen gemeinsam aufgestellt und einem deutschen Parlament als Adresse vorgelegt werden. (D. Z.)

(Leipzig, den 6. April.) Hier wurde von einem Vereine deutscher Männer folgendes Programm entworfen: 1) Eine Anzahl von Männern ist zu einem Vereine zusammengetreten, dem sie, weil er der Sache des deutschen Vaterlandes geweiht sein soll, den Namen des Deutschen Vereins gegeben haben. 2) Die Mitglieder des Vereins bekennen sich zu der Ueberzeugung, daß, nach der Lage und Art der Verhältnisse unserer Zeit für die Gestaltung und Erhaltung eines einigen, freien und starken Deutschlands die sicherste Gewähr geboten werde: a) durch einen Bundesstaat mit volksthümlichen Parlamente, der die Gesammtheit des deutschen Vaterlandes umfaßt; b) und in den einzelnen Staaten durch konstitutionelle Monarchie, ruhend auf breitester demokratischer Grundlage. 3) Die Wirksamkeit des Vereins soll dieser Ueberzeugung entsprechen; daher faßt er die Bewegungen und Forderungen der Zeit, insofern sie das gesammte Vaterland oder einzelne Theile desselben insbesondere unsere sächsische Heimath berühren, in ihrem unzertrennlichen Zusammenhang ins Auge und verständigt sich über sie durch parlamentarische Erörterung. Wo der Verein es für nöthig hält, tritt er durch die Rede, die Schrift, die Presse und die Sammlung in öffentliche Thätigkeit. 4) Wenn Gefahr für das Vaterland eintritt, wird er es als seine ernsteste Aufgabe erkennen, für die Vertheidigung desselben nach Kräften mitzuwirken. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 6. April.) Dekret, das zu Gunsten der Staatskasse folgende Gehaltsabzüge verfügt. Von 2001 bis 2500 Frk. Gehalt werden 4 Centimen per Frk.; von 2501 bis 3000 Frk. — 5 Cent.; von 3001 bis 4000 — 8; von 4001 bis 5000 — 10; von 5001 bis 6000 — 12; von 600. bis 7000 — 13; von 7001 bis 8000 — 15; von 8001 bis 9000 — 16; von 9001 bis 10,000 — 18; von 10,001 bis 15,000 — 20; von 15,000 bis 18,000 — 23; von 18,001 bis 20,000 — 25; von 20,001 bis 25,000 — 28; von 25,0001 und darüber 30 Cent. Ausgenommen hievon sind nur die Offiziere der Land- und See-Armee bis zum Bataillons-Chef, Corvetten, Kapitän u. s. w.

Die Reform trägt bei der provisorischen Regierung auf Erlassung nachstehenden Dekrets an: 1) Das Amt eines Landtagsabgeordneten ist mit jeder anderen amtlichen und bezahlten Beschäftigung unverträglich. 2) Jeder Beamte, der die Abgeordneten-Wahl annimmt, geht seines Amtes verlustig, und ist sofort zu ersetzen.

Graf Montalembert hat nun auch sein Wahlmanifest erlassen, und möchte gern in die Nationalversammlung gewählt werden. Das wird einen schönen Skandal absetzen, wenn derselbe Mann, der in der Pairskammer das Andenken an die Republik verfluchte, im Saale erscheinen sollte! Wir erleben das Unglaubliche! —

Rußland.

(Petersburg, den 22. März.) Der Kaiser scheint mehr den Beobachter zu spielen und weder zu Gunsten Preußens noch Oesterreichs interveniren zu wollen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tummel.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12. April 1848. № 103 Mittwoch: Eustorgius.

Deutschland.

Bayern. † (Bamberg, 10. April.) Die heutige Bürgerversammlung war eine der besuchtesten von allen bisherigen, (20,000 Menschen circa) aber auch eine sehr stürmische. Unter den zwei hier befindlichen Parteien, deren eine Republikaner, die andern konstitutionelle Monarchisten, trat die republikanische unter der Führung von Titus entschieden hervor. Da erschien unerwartet Dr. Eisenmann und sprach rüstig und ergreifend für die konstitutionelle Monarchie. Die Opposition bekämpfend, die Massen, die durch die Republikaner bearbeitet waren, belehrend, den Republikanern selbst einen redlichen Willen zugestehend, brachte Eisenmann endlich die Versammlung auf die Seite seiner Gesinnung und es möchte sich die Hoffnung an diese Schritte reihen, daß Bamberg einen konstitutionell-monarchisch gesinnten Deputirten zum deutschen Parlamente senden werde.

Die Speyerer Zeitung enthält folgenden beherzigungswerthen Artikel: Ein ernstes Wort an Alle, welche die Freiheit und das Vaterland lieben. Wir haben den Sieg der deutschen Freiheit mit begeisterter Freude begrüßt, und Gott unsern heißen Dank für das Geschenk dieses hohen Gutes aus vollem Herzen dargebracht; aber jetzt ergreift uns Schmerz und Besorgniß, da wir sehen, daß die Sache der Freiheit auf's Neue von großer Gefahr bedroht ist. Diese Gefahr droht ihr nicht etwa von Seiten mancher rückwärts strebenden Landesregierungen, den sie vermögen nichts gegen die Kraft des entschiedenen und begeisterten Volkswillens. Auch die Rüstungen Rußlands fürchten wir nicht; denn wenn der Kosackenfürst einen Angriff gegen unsere Freiheit wagen sollte, so werden alle freien Männer in Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich, Italien, Polen und Ungarn sich ihm entgegenstellen wie Ein Mann, und die Freiheit bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen. Von dieser Seite her kann der Freiheit keine Gefahr, sondern höchstens ein Kampf, aber nur ein glorreicher, bevorstehen. Aber von anderer Seite droht ihr eine große Gefahr, nämlich gerade von Seiten Mancher unter Denen, welche sie lieben, welche aber, mit allzustürmischem Eigenwillen, sie auf einem Wege erjagen wollen, der leicht zum Verderben ausschlagen kann. Ich rede von Denen, welche jetzt, theils offen, theils im Geheimen, darauf hinarbeiten, daß in Deutschland die Republik proclamirt werde. Ich spreche es unverholen aus: ich liebe die Republik so heiß als Einer, aber jenes Beginnen kann ich weder für Recht halten, noch Gutes davon erwarten. Die Freiheit Deutschlands ist bereits errungen. Sämmtliche deutsche Regierungen haben sich dazu einverstanden, die höchste Gewalt in die Hände der Nation zu legen, indem ein durch das Volk gewähltes deutsches Parlament (Reichsversammlung) eine neue Verfassung für Deutschland auf den breitesten Grundlagen der Freiheit entwerfen soll. — Können wir mehr begehren? Ist es jetzt nicht unsere Pflicht, die bereits errungene Freiheit auf dem ruhigen Wege dieser Volksvertretung sich entwickeln zu lassen? Ist es nicht eine schwere Versündigung, wenn jetzt Einzelne, seien es wenige oder viele; die Neugestaltung des deutschen Vaterlandes nicht den rechtmäßigen Vertretern desselben überlassen, sondern eigenmächtig und gewaltthätig eingreifen wollen? Bedenken diese denn nicht, daß dadurch nicht allein den rechtmäßigen, von der ganzen deutschen Nation berufenen Gesetzgebern vorgegriffen, sondern auch Zwiespalt unter die deutsche Nation geworfen, und diese dadurch geschwächt und den Feinden der Freiheit preisgegeben wird? Bis den 1. Mai wird der deutsche Reichstag in Frankfurt zusammentreten. Ihm, ihm allein steht es zu, zu entscheiden, was für eine Verfassung und Regierungsform Deutschland in Zukunft haben soll. Was diese höchste gesetzgebende Nationalversammlung beschließt, muß gelten. Beschließt sie die Republik, — wohlan! so waffne sich jeder deutsche Arm für dieselbe! Spricht hingegen der deutsche Reichstag aus: Deutschland soll seine bisherige Regierungsform, jedoch mit Sicherstellung der Einheit und Freiheit, beibehalten, so werde auch diesem Beschlusse die freudige Zustimmung Aller, welche das Vaterland wahrhaft lieben! — Wer aber vor oder nach den Beschlüssen dieser Reichsversammlung eigenmächtig und gewaltthätig auf die Errichtung der Republik hinarbeiten wollte, der würde nicht im Sinne der Freiheit, sondern des Aufruhrs handeln; es wäre nicht Liebe zum Vaterlande, sondern Verrath an demselben. Besinnet euch doch, ihre Alle, die ihr aus allzu ungestümer Liebe zur Freiheit euern Willen dem der Mehrzahl entgegensetzet! Besinnet euch, Brüder! haltet ein, versündigt euch nicht an der Freiheit und an dem Vaterlande, die wir Alle gleich sehr lieben. Schon ist die Freiheit errungen; sehet doch wohl zu, daß sie nicht wieder auf's Spiel gesetzt werde! helfet doch lieber, daß sie, wo möglich, sich friedlich entwickele, und unser Vaterland ihre süßen Früchte genieße, ohne sie erst noch durch Kampf und Blut theuer bezahlen zu müssen. — Soll und muß noch Kampf für die Freiheit sein, so werde er nur gegen die Feinde derselben geführt; aber Gott verhüte es, daß ihre Freunde die Schwerdter noch gegen einander selbst kehren! Im Namen der Freiheit und im Namen des Vaterlandes! Besinnet euch, bedenket, was ihr thut! Ich unterzeichne diesen Zuruf mit meinem Namen, denn es ziemt sich, daß Jeder, der in so ernster Sache öffentlich mitsprechen will, sich auch nicht scheue, es offen zu thun. — Ingenheim, den 5. April. Fr. Th. Frantz. (N. Sp. Z.)

Baden. (Mannheim, den 8. April.) Nachmittags ½ Uhr. Der heutige Tag hat in Mannheim den Sieg der Freiheit über die Intriguen einer auf den Umsturz der bürgerlichen Ordnung hinarbeitenden Fraction, so Gott will auf immer entschieden. Hören Sie, was sich begeben hat. Schon in meinem letzten Brief deutete ich auf die schmählichen Mittel hin, welche diese Fraction anwendete, die untersten Volksklassen aufzuwiegeln und sie mit ihren sogenannten republikanischen, eigentlich aber mit ihren anarchischen Ideen vollzupfropfen. Die gestrige Volksversammlung im Aulasaale kann nur einem wüthenden Jakobinerklubb an die Seite gestellt werden. Unsere sogen Volksmänner boten alle Mittel der Agitation auf, die Mannheimer Einwohner einer Republik geneigt zu machen. Nichts wurde unterlassen, diesen Zweck zu erreichen; die politische Tartüfferie zeigte sich in ihrer ganzen Nacktheit. Dennoch schien sie den Kampfplatz siegreich verlassen zu haben, denn ein Theil der unteren Klassen des Volkes jauchzte ihr ja Beifall! Da entsteht heute Morgen gegen 9 Uhr plötzlich das Gerücht, in Karlsruhe habe Hr. Mathy den Redacteur der „Seeblätter", Dr. Fickler, auf dem Bahnhof arretiren lassen und denselben als Landesverräther den Gerichten übergeben. Die Aufregung, welche diese Nachricht hervorrief, war ungeheuer. Zugleich hörte man, daß Hr. Mathy hier angelangt sey, um den Gemeinderath Rechenschaft von seiner Handlung abzulegen. Alsbald versammelte sich eine wüthende Pöbelrotte vor seinem Hause und Bedenkliches stand zu erwarten. Herr Mathy mußte gegen 12 Uhr seine Person unter den Schutz der Bürgerschaft stellen und begab sich, geleitet von einigen hiesigen angesehenen Bürgern, auf das Rathhaus. Aber mit der Aufregung wuchs auch hier die Zahl des Volkes. Vergebens suchte man die aufgeregten und von ihren Coryphäen immer mehr aufgehetzten und zu offener Thätlichkeit angefeuerten Massen zu beruhigen; es mußte zuletzt der Generalmarsch geschlagen und die Bürgerwehr unter die Waffen gerufen werden. Die beiden Bataillone und das Corps der Sensenmänner stellten sich sofort auf dem Rathhausplatze auf und das Gemeinderathsmitglied, Jean Joerger, einer unserer wackersten Bürger, erschien auf dem Balcon. Er verlas zuerst folgende Erklärung des Herrn Mathy: „Aufgefordert durch die Gemeindebehörde, eine Erklärung zu geben über die Verhaftung des Herrn Fickler, welche heute früh in dem Bahnhofe zu Karlsruhe von mir vorgenommen wurde, entspreche ich dieser Aufforderung in Folgendem: Gestern Vormittag in dem Ständehause und gestern Abend bei Herrn Präsidenten Mittermaier überzeugte ich mich, daß urkundliche Beweise vorliegen, welche darthun, daß Herr Fickler im Auslande Verbindungen mit Deutschen und Ausländern gepflogen hat, welche einen bewaffneten Einfall in Baden bezweckten. Diese Handlung ist Landesverrath; jeder Bürger, welcher davon zuverlässige Kenntniß erhält, hat die Pflicht, solchen Verbrechen entgegen zu treten, und diese Pflicht habe ich erfüllt, indem ich Hrn. Fickler verhaftete. Derselbe ist nun in den Händen der Gerichte, und wird sich gegen die dort vorliegenden Anschuldigungen und Beweise, welche ihn eines schweren Verbrechens bezüchtigen, verantworten und vertheidigen. Die Bürger von Mannheim, welche stets die Gesetzlichkeit als die unerläßliche Bedingung der Freiheit und der Wohlfahrt geachtet haben, werden aus dieser Erklärung entnehmen, daß ich nur eine Bürgerpflicht erfüllt habe, indem ich Bestrebungen entgegentrat, welche das Vaterland in großes Unglück zu stürzen drohten. Mannheim, 8. April 1848. K. Mathy." Hierauf verkündete Herr Joerger eine Proclamation des Gemeinderaths an die Bürgerschaft von Mannheim. In derselben wurde in höchst energischer Sprache das wühlerische Treiben der hiesigen Republikaner in seiner ganzen Verworfenheit dargestellt und die moralische Schlechtigkeit Derer, die sich, um zu ihrem Zwecke zu gelangen, nicht einmal scheuen, ihr Vaterland an Frankreich verrathen zu wollen, dargelegt. Ungeheuer war der Jubelruf, als der Schluß der Proclamation die wackeren Patrioten aufforderte, sich diesem schlechten, feigen Treiben einer kleinen Rotte mit aller Macht entgegenzustellen und dieß durch ihre Namensunterschrift zu bekräftigen. Tausende und aber Tausende von Stimmen riefen: „Ja, Ja!" worauf Herr Mathy dem Zuruf seiner Bürger Gehör geben und gleichfalls auf dem Balkon erscheinen mußte. Ich habe selten einen solchen Volksjubel gehört, als den, womit er empfangen wurde. Der wackere Mann, den sie heute Morgen noch mit ihren mörderischen Dolchen bedrohten, stand plötzlich als Sieger da und verkündet, in lauten begeisternden Worten den Sieg der wahren Freiheit, der er sein Leben geweiht. Er würde dasselbe, was er gestern Abend gethan (die Verhaftung Ficklers), jeden Augenblick noch einmal thun, denn es gelte das Glück, die Ehre und die Erhaltung seines theuren Vaterlandes. Diesen schlichten, aber festen Worten des Ehrenmannes folgte abermals ein Jubelruf, wie ihn unsere Republikaner mit allen ihren Künsten und Intriguen, mit allen ihren hohlen und wüthenden Tiraden nimmermehr hervorgebracht haben. Mathy der „Vaterlands-Verräther," stand mit Einmal als der wahre Freund, als der wackere Vertreter seines Volkes da! Wir möchten keinem rathen, ihn anzutasten. (Ffrt. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 8. April.) Soeben wird nachstehender Aufruf des Fünfziger-Ausschusses veröffentlicht. „An das deutsche Volk! Die Wahlen zu der bevorstehenden konstituirenden Nationalversammlung sind die zunächst wichtigste Aufgabe unseres Volkes. Denn diese Versammlung muß die Freiheitsrechte des Volks aussprechen und feststellen, über die Verfassung beschließen und diejenigen Gewährleistungen auffinden, welche den Bestand der neuen Schöpfung sichern. Die Ruhe ist in Deutschland nicht gesichert, der erschütterte Kredit kann nicht wieder aufblühen, der darniederliegende Verkehr sich nicht neu beleben, bis das Vertrauen auf die Zukunft wiederkehrt; dieses Vertrauen aber wurzelt einzig und allein in den Grundlagen und Grundgesetzen, welche die konstituirende Versammlung zu schaffen berufen ist. Es ist daher Pflicht jedes deutschen Mannes, der es mit des Vaterlandes Ruhe, Freiheit und Wohlstand redlich meint, alle

seine Kräfte dafür zu verwenden, daß die Wahlen sofort und im Sinne der Frankfurter Beschlüsse ausgeführt werden. Das ganze Volk soll sein Heil von Frankfurt erwarten, deßhalb muß das ganze Volk dort vertreten seyn. Kann auch bis zur Herstellung eines allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts, welches zu schaffen ebenfalls Aufgabe der konstituirenden Nationalversammlung ist, nur der Angehörige des einzelnen Staates in demselben wählen (also nur der Badner in Baden, der Sachse in Sachsen), so muß mindestens jeder Staatsangehörige wählen. Es darf kein Unterschied nach Rang, Stand, Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden; es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft, es darf kein volljähriger, selbstständiger Mann davon ausgeschlossen werden. Direkte und unmittelbare Wahlen sind das grundsätzlich Richtigste und es muß mit aller Kraft darauf gehalten werden, wo aber auch indirekte Wahlen angeordnet werden, da muß mindestens, sowie bei den unmittelbaren, die obige allgemeine Berechtigung anerkannt werden. Wählbar aber ist jeder Deutsche im ganzen deutschen Vaterlande. Deßhalb muß dem Spießbürgerthum kräftig entgegengetreten werden, welches meint, es müßten die Interessen der besondern Stadt, des besondern Landes, des besondern Standes bei der konstituirenden Versammlung vertreten seyn. Diese engherzige Ansicht hat der untergegangene Polizeistaat gezeugt und genährt, welcher das ganze Volk in Theile, Stände und Kasten spaltete, um auf diese Spaltung seine Herrschaft zu begründen. Es gibt bei der konstituirenden Versammlung keine besondern Interessen, diese sind in den Vertretungen der einzelnen Länder geltend zu machen; es gibt nur Allgemeines, nur Deutsches. Die Wahl ist daher überall auf Männer zu lenken, die ein warmes und großes Herz für das Gesammt-Vaterland und seine Freiheit haben, die Muth und Kraft besitzen, Hand anzulegen an deren Gründung. Wir fordern demnach alle wahrhaft deutschen Männer auf, die Wahlen auf das angelegentlichste zu befördern. Besonders den städtischen und Körperschaften, die sich in so ausgezeichneter Weise an den Bewegungen der Gegenwart betheiligt haben, den Wahlausschüssen für einzelne Länder, den Vaterlands- und andern Vereinen, und dem Volke in seiner freien Versammlung legen wir diese große und heilige Sache ans Herz und bitten hiermit um sofortige Kunde darüber, was in den einzelnen Ländern geschieht und geschehen ist. Laßt uns, deutsche Brüder, gemeinsam arbeiten mit Kraft und Ernst. Als Frucht unserer Arbeit ersteht, was wir Alle ersehnen und erstreben: Das eine freie deutsche Vaterland! Frankfurt a. M., 8. April 1848. Der Fünfziger Ausschuß. Soiron, als Vorsitzender. Simon, als Schriftführer." (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 8. April.) Wenn in Deutschland die religiöse Bewegung, die vor drei Jahren begann, den socialen und politischen Aufschwung besonders dadurch vorbereitete, daß ein Zunder in die Massen geworfen wurde, der diese zum Denken anregte, und ferner dadurch, daß die junge Kirche die thätige Nächstenliebe (das sociale Prinzip) zu einem ihrer Hauptgrundsätze machte; so wirkt die jetzige sociale und politische Bewegung wiederum zurück auf die religiöse; denn die junge Kirche kann nun, nachdem die Schranken gebrochen, ungehindert ihre Grundsätze geltend machen, welche ihr unter dem absoluten Fürstenregiment zum Verbrechen gemacht wurden, und in der alten Kirche beginnt die Bewegung auf's neue, mächtige Wellen zu schlagen. So hat in Preussen die protestantische Kirche bereits eine freie Gemeindeverfassung (Presbyterialverfassung) erhalten und die Laien haben somit, wie in der jungen Kirche, gleiche Rechte mit den Geistlichen. Dieser Schritt ist von der größten Wichtigkeit für die glückliche Lösung der socialen Aufgabe in Deutschland und die Wahrung der Freiheit überhaupt, denn es werden die kirchlichen Gemeinden das sociale Prinzip vom Standpunkte der Religion aus verwirklichen helfen, und eine gründliche Neugestaltung der socialen Verhältnisse nicht blos als äussere Nothwendigkeit, sondern auch als religiöse Pflicht darstellen. — Wie nun in der protestantischen Kirche, so hat auch in der katholischen die Bewegung begonnen; denn die kroatischen Bischöfe haben den Cölibat aufgehoben, und in Deutschland will sich in kurzem eine bedeutende Anzahl katholischer Geistlichen von Rom lossagen, was jedenfalls viele und große Folgen haben wird. Diese edel und deutschgesinnten Männer möchte ich vorzugsweise auf drei wesentliche Dinge aufmerksam machen: 1) Daß sie diesen Schritt in Gemeinschaft und unter Beirath ihrer Gemeinden thun, d. h. den Laien gleiche Rechte geben, und alsbald eine freie Gemeindeverfassung einführen. 2) Daß sie zwar negativ verfahren, und die Zwangsgebote der römischen Kirche abschaffen, aber auch zugleich allgemeine Grundsätze, so wie die junge deutsch-katholische Kirche aufstellen; denn es läßt sich kein neuer Tempel aufführen, ohne neuen Grundbau, und der junge Wein kann nicht in alte Schläuche gefüllt werden. 3) Daß sie sich nicht aus irgend äußeren Ursachen von ihren deutsch-katholischen Brüdern trennen, sondern mit diesen eine allgemeine christliche Kirche in Deutschland anbahnen, um die Einheit unseres Vaterlandes auch auf religiösem Gebiet zu fördern. Johannes Ronge. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 8. April.) Sicherem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung in ihrer gestrigen Sitzung für die Wahlen zur konstituirenden Nationalversammlung die Beschlüsse des Vorparlaments als Norm angenommen. Es soll demnach, unter Zugrundelegung der Bundesmatrikel, auf je 50,000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werden, wie auch ein Ueberschuß von 25,000 Seelen zur Wahl eines weiteren Abg. berechtigen. (Letzteres nach dem Gutachten des permanenten Ausschusses.) Ferner soll jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige wahlberechtigt und in ganz Deutschland wählbar sein, und der Abgeordnete nicht dem Staate, den er vertritt, angehören müssen. Die Wahlrechte sollen von jeder Beschränkung durch Census, Konfession oder Standesunterschied unabhängig sein. Die einzelnen Regierungen werden vom Bunde ersucht, die Wahlen dergestalt zu beschleunigen, daß die konstituirende Nationalversammlung am 1. Mai hier zusammentreten könne. — Unter der hiesigen Bürgerschaft wird die Frage, ob direkte oder indirekte Wahl vorzuziehen, lebhaft besprochen. Nächsten Dienstag findet deshalb eine Bürgerversammlung Statt. Uebrigens hat der Senat bereits der gesetzgebenden Versammlung in Betreff dieses Gegenstandes eine Vorlage auf den freisinnigsten Grundlagen zugesagt. (D. Z.)

(Frankfurt, den 9. April.) Deutsche Brüder aus Oesterreich sind heute früh um 4 Uhr eingetroffen. Die Mehrzahl derselben wollte die österreichischen Erbländer auf der vorberathenden Versammlung vertreten, die ihre Sitzungen am Dienstag bereits geschlossen hat. Aber nichts desto weniger werden es alle Deutsche mit Freuden vernehmen, daß wir die österreichischen Männer des Volks hier froh willkommen heißen und uns von ihrer Anwesenheit aus ihrem Wirken für die Einheit und Stärke Deutschlands Segensreiches versprechen. Die Angekommenen sind Graf v. Auersperg (Anastasius Grün), als Vertrauensmann bei den Berathungen des Bundestags mitwirkend; ferner die Herren Andriani, Schuselka, Kuranda, Endlicher, Lanmarunga, Schilling, v. Mühlfeld, v. Schmerling, Hornpostler, Giskrin, Gerold, Schneider. Begleitet sind diese Herren von sechs Wiener Studenten und den Wagen, mit welchem sie eintrafen, zierte die schwarz-roth-goldene Fahne, welche in den Wiener Märztagen im Kampf für die Freiheit von mehren Kugeln durchlöchert worden ist. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 9. April.) Als Antwort auf die bekannte „Erklärung des Centralausschusses der deutschen Legion aus der Schweiz an das deutsche Volk, ist uns von dem Herrn Wedemeyer-Schönrade, Mitglied des Fünfzigerausschusses (dem eine Anzahl Exemplare der vorbemerkten Erklärung von Seiten des Centralausschusses in Biel zugekommen), nachstehende Erwiederung zur Veröffentlichung mitgetheilt worden: „Hochgeehrte Herren! Sie haben mich beehrt durch Zusendung einer Anzahl Exemplare Ihrer Erklärung des Centralausschusses der deutschen Legion aus der Schweiz an das deutsche Volk, Biel, den 1. April 1848. Dem mir angeehrten Vertrauen habe ich durch möglichste Verbreitung dieser Erklärung entsprochen. Erlauben Sie einem alten unabhängigen Manne ein paar Worte, der sich in fast allen Fächern des öffentlichen Dienstes versucht, seit einigen dreißig Jahren aber zurückgezogen hat, weil ihm die Zustände gründlich mißfielen — der unter den ersten war, welche 1813 gegen Napoleons Tyrannei die Waffen ergriffen, und nicht der letzte seyn wird, die Waffen noch einmal gegen die Feinde des Vaterlandes und der Freiheit zu ergreifen — der, obgleich constitutioneller Monarchist, aus allen Kräften mitgewirkt hat, die Häupter der republikanischen Partei in den Fünfzigerausschuß zu bringen, damit er ein treues Bild des großen Vorparlamentes werde — und der die Verhältnisse und Stimmungen eines sehr großen Theiles von Deutschland genau kennt. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volks, vielleicht 39 Millionen gegen eine, will keine Republik. Die Einsichtigern unter jenen 39 Millionen können sie nicht wollen, weil 30 Millionen außer Stande sind, den Begriff einer Republik aufzufassen, und darunter einen Zustand verstehen würden, wo niemand Abgaben zu bezahlen, niemand zu gehorchen braucht — jeder thun und lassen kann, was ihm beliebt. Ehe diese Massen belehrt und zum gewohnten Gehorsam gegen die Gesetze zurückgeführt wären, würden Jahre, mindestens Monate vergehen, in welchen die deutsche Freiheit ihren äußern und innern Feinden aus Mangel an Organisation wehrlos gegenüberstände. Es sind aber in dieser Zeit Wochen gleich Jahrhunderten. Deutschlands Grenzen, des deutschen Volkes Recht und Freiheit können nur in der constitutionellen Monarchie gesichert werden. Außerdem, meine Herren, von dem Punkte der bis zur Nothwendigkeit gesteigerten Rathsamkeit ganz abgesehen, gehören die deutschen Fürsten auch zum deutschen Volke — sie haben mindestens so viel Recht wie jeder von uns. Verwaltet jemand von uns seine Habe als ein Verschwender, so nimmt man ihm nicht seine ganze Habe, sondern man beschränkt und schützt ihn gegen ferneren Mißbrauch. Das, meine Herren, wollen wir auch thun, und so thun, daß eine Reaktion für immer unmöglich wird. Endlich, meine Herren, hat, so viel ich weiß, Niemand die Redlichkeit Ihrer patriotischen Absichten bezweifelt, wohl aber die Zweckmäßigkeit Ihrer Rückkehr mit bewaffneter Hand. Kehren Sie einzeln zu uns zurück. Treten Sie Ihr jetzt werthvoll gewordenes deutsches Bürgerthum wieder an, und ganz Deutschland wird sich freuen, Sie wieder zu den Seinigen zählen zu dürfen. Hochachtungsvoll ergebenst Wedemeyer-Schönrade, Mitglied des Fünfzigerausschusses. Frankfurt, den 9. April 1848. An einen hochverehrten Ausschuß der deutschen Legion zu Biel in der Schweiz." (Frkf. O.-P.-Z.)

Prussen. (Berlin, den 9. April.) Die heutige Allgemeine Preußische Zeitung enthält das Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung vom 8. April, nebst dem Reglement zur Ausführung obigen Wahlgesetzes, so wie dann die in demselben getroffenen Veränderungen.

(Berlin, den 7. April.) Fortwährend gehen Truppen aus unserer Umgegend nach dem Holsteinischen ab, wo nun bald die beiden Regimenter Franz und Alexander sowie der größte Theil des ersten und zweiten Garderegiments angelangt seyn werden. Man versichert, daß diese Truppen vorzüglich zur Besetzung von Rendsburg und zur Deckung der Küsten bestimmt seien. Es erregt allgemeine Freude, daß unser Cabinet sich durch keine Unterhandlungen einschläfern läßt, sondern mit aller Energie diejenigen Maßregeln ergreift, welche nöthigenfalls geeignet sind, unsern diplomatischen Schritten Nachdruck zu geben. Leicht könnte sonst Preußens Zögerung benutzt werden, um inzwischen die noch nicht genug ausgeführten Rüstungen der Gegner zu Ende zu bringen und unserer Regierung das Nachsehen zu lassen. Uebrigens scheint es sich zu bestätigen, daß wirklich Unterhandlungen im Werke sind, um die drei Reiche Norwegen, Schweden und Dänemark, das zweite mit Hinzunahme von Finnland, unter dem König Oskar zu einem vereinigten Königreich oder Kaiserthum Skandinavien zu verbinden, während der König von Dänemark als solcher die Krone niederlegen, für seine Lebenszeit Großherzog von Schleswig und Holstein als deutscher Bundesfürst werden und der Herzog von Augustenburg als seinen Nachfolger eintreten solle. Zur Unterhandlung hierüber sollen Abgeordnete Englands, des Deutschen Bundes, Schwedens und Dänemarks, wie man wissen will, in Hamburg zusammenkommen. So fabelhaft Manches hiervon klingt, findet es doch in vielen Kreisen Glauben. (D. A. Z.)

(Berlin, den 8. April.) Das 11. Stück der Gesetz-Sammlung, enthält die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung vom 6. April d. J. (Allg. P. Z.)

(Koblenz, 8. April.) Das von unserer Staatsregierung dem vereinigten Landtag vorgelegte Propositionsdekret vom 3. d. M., wonach die Wahlen der Abg zu der am 1. k. M. zu Frankfurt a. M. stattfindenden Nationalversammlung durch den Vorlandtag sollen vorgenommen werden, hat als mit den von der vorberathenden Versammlung zu Frankfurt gefaßten Beschlüssen in direktem Widerspruche stehend, hier eine allgemeine Aufregung hervorgerufen. Gestern Nachmittag wurde deshalb auf dem Fruchtmarkt eine Bürgerversammlung gehalten und von derselben ein Protest gegen die Durchführung dieses Dekrets abgefaßt. Ein zweiter von der Versammlung gestellter Protest betraf die Proposition der indirekten Wahlen der Abgeordneten zu der konstituirenden Versamm-

lung. Ausserdem wurde die Errichtung von Clubs zur Vorbereitung der Wahl eines Abgeordneten unserer Stadt zu der deutschen Reichsversammlung beantragt. Für die Republik werden hier nur sehr wenig Stimmen laut. — Vorgestern wurden auf zwei in der Nacht hier eingetroffenen Estafetten schleunigst zwei Kompagnien des in hiesiger Gegend stationirten 27. Infanterieregiments mit Wagen nach Braunfels befördert, wo die Bauern wieder in Massen den Fürsten durch Drohungen zu Concessionen zu bewegen suchen. Ein Bataillon dieses Regiments soll nach dem Hunsrücken aufgebrochen seyn, wo ebenfalls die Bauern in größter Aufregung begriffen wären. — Das Dorf Weissenthurm, von wo die Schleppschiffe kürzlich beschossen wurden, ist stark mit Militär besetzt. Ein Schlepper kam glücklich vorüber, einem zweiten schlichen die Bauern etwa eine Stunde weit oberhalb des Ortes nach, und thaten etliche 90 Schüsse gegen denselben. (Fft. O.-P.-Z.)

(Stettin, 3. April.) Nirgends tritt der Geist der Reaktion mehr hervor als in Pommern; in Hinter-Pommern, im belgrad'schen Kreise, ja, ganz in unserer Nähe, in der Umgegend von Naugard, sind die Bauern überall von den Grundherren gegen die jetzige Bewegung durch falsche Gerüchte von Gefangenhaltung des Königs etc. aufgewiegelt worden. Deutlich genug war dies an den eben aus Hinter-Pommern eintreffenden Kriegsreservisten zu sehen, die sich gegen diejenigen, welche die National-Cocarde aufgesteckt hatten, Beschimpfungen und Mißhandlungen erlaubten. Eben so bekannt ist die Proklamation eines Herrn von Wolden, worin er das getreue Pommern auffordert, eine Deputation nach Berlin zu schicken, um dort Rechenschaft für das in Berlin vergossene Blut pommer'scher Söhne (im 2. Regimente) zu verlangen. Pommerns Metropole bleibt in einer solchen Gesinnung nicht zurück; denn da Stettin eine Festung und der Sitz des General-Kommandos, des Oberpräsidiums, des Ober-Landesgerichts, der Regierung und vieler anderen Behörden ist, so konnte sich hier eine feste Phalanx einer Rückschritts-Partei bilden. Heute Vormittag kamen von dem bewaffneten Studenten-Korps der Berliner Universität drei Studenten, von denen zwei ihre Säbel bei sich führten, bei hiesigen Verwandten zum Besuche an. Schon auf dem Wege von der Eisenbahn zur Stadt waren sie den Insulten einzelner Vorübergehender ausgesetzt, sie legten auch in der Stadt ihre Waffen nicht ab, um — wie sie sagen — nicht den Vorwurf der Feigheit auf sich zu laden. Als sie am Nachmittage mit mehreren befreundeten Referendarien nach einem Vergnügungsorte sich begeben wollten, wurden sie in einer der hiesigen Vorstädte, in Kupfermühle, von einem Schneider angefallen, der einem der Studenten, welcher zugleich Führer einer Rotten-Abtheilung ist, die Waffe mit Gewalt entreißen wollte. Vergebens bemühten sich die jungen Leute, den Menschen zur Vernunft zu bringen; die Volksmasse wurde immer größer, immer drohender; umsonst zeigten die jungen Leute ihre Studenten-Karten, und ihre Karten von der Kommandantur der Universität vor, daß sie zum Tragen der Waffen berechtigt und befugt seyen; drohend rief man ihnen zu: „ob sie Polen oder Franzosen seyen! sie wären hier in Pommern und nicht in Berlin!" Ein anständig gekleideter, ältlicher Herr, auf der Brust den Orden pour le mérite tragend, wurde von mir ersucht, die Volksmasse beschwichtigen zu helfen, statt dessen aber rief er: er weigere sich dessen, weil diese Leute an unserem Unglücke Schuld seyen. Die Volksmasse drang auf die Studenten ein, entriß ihnen die Waffen, und mißhandelte sie und zwei Referendarien, weil diese die Justiz von dem Vorfalle in Kenntniß setzen wollten. Nur mit Mühe gelang es den Studenten, der Lebensgefahr zu entrinnen. Jeder Unpartheiische kann ihnen jedoch das Zeugniß geben, daß sie sich bei dem ganzen Vorfalle mit der größten Ruhe und Mäßigung benommen, daß sie von ihren Waffen keinen Gebrauch gemacht, was die Nothwehr gestattet hätte, und daß ihr Benehmen eher die aufgeregte Masse beschwichtigen als erregen konnte. (Köln. Ztg.)

Sachsen. (Dresden, 6. April.) Die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung, welche seit 1832 die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde bezwecken sollten, sind, weil sie nicht nur zum Theile bereits ausser Wirksamkeit getreten, sondern überhaupt, den dermaligen durchaus veränderten Verhältnissen gegenüber, ihre Anwendbarkeit verloren haben, von dem sächsischen Gesammtministerium, mit Genehmigung des Königs, sofort aufgehoben worden. (Leipz. Z.)

(Meiningen, den 7. April.) Der bisherige Hofmarschall unseres Herzogs, Hr. v. Minutoli (ein Bruder des Polizei-Präsidenten in Berlin) ist gestern Morgens halb drei Uhr, in Folge eines Pistolenschusses, den derselbe den 5. d. Abends gegen dreiviertel auf zehn Uhr, meuchlings erhielt, verschieden. Der Thäter ist bis jetzt noch nicht entdeckt. (Frankf. J.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, den 5. April.) Ueber die gegenwärtige Stellung und Stärke der kriegführenden Parteien ist Folgendes zu bemerken: Die Dänen, etwa 8000 Mann im Ganzen stark, von denen aber hie und da Besatzungen zurückstehen, befinden sich etwas südlich von Apenrade; ihre Vorposten bilden eine Linie von da bis hinüber zum südlichen Theile Alsens. Unsere Armee ist mit dem noch in hiesiger Stadt einquartirten Bataillon eben so stark, und steht concentrirt unsern Flensburg, nördlich. Zuzüge sind noch in diesen Tagen zu gewärtigen, sowohl reguläres Militär als Freikorps. Heute rücken aber schon die ersten Preußen ein, die, man meint im Ganzen gegen 7000 Mann stark, nebst den zu erwartenden Hannoveranern, Oldenburgern, Braunschweigern eine ansehnliche Macht werden dürften, etwa bei Schleswig aufgestellt. Ob indeß schon in den nächsten Tagen ein Zusammentreffen stattfinden wird, scheint uns zweifelhaft. Der Prinz von Augustenburg reiste gestern hier nach Flensburg durch, kehrte aber Abends wieder zurück. Morgen soll er indeß definitiv zur Armee gehen wollen.

Der Ausgang hat gewiß nie zweifelhaft sein können; er wird aber nur um so gewisser, wenn man sieht, wie die Dänen mittlerweile, solange sie noch ungekränkt einen Theil des schleswigschen Gebietes innehaben, die Zeit benutzen, um in jener ächt dänischen Manier, die aus der Geschichte ihrer Vorzeit bekannt genug ist, ihr Müthchen an verschiedenen Personen, deren schlesw.-holst. Gesinnung ihnen denuncirt sein wird, zu kühlen. Einen jungen Beamten, der noch dazu nichts weniger als zu den Wortführer der schlesw.-holst. Sache gerechnet werden konnte, hat ein dänischer Beamter, welcher mit ihm auf gewisse Art befreundet wäre der Ripensche Amtmann Graf Sponneck, zu einer Gesellschaft eingeladen; jener ist sofort nach der Ankunft gefangen weggeschleppt! Die kranke Frau desselben ist, um jede Communikation zu verhindern, in Unkenntniß selbst über den Aufenthalt des Mannes erhalten und mit Wachen umgeben. Und dies Alles, obgleich nichts Verbrecherisches gegen den Mann vorliegt, noch ehe derselbe sogar ein Verhör bestanden! Einen anderen Beamten, den Bürgermeister von Apenrade, hat man auf ein Kriegsschiff gelockt, erst nur verzögerlich durch constatirte Täuschungen zurückgehalten, bald aber gefangen weggeführt. Gegen 20 Personen haben die Dänen auf diese Weise festgenommen; eine eben so große Anzahl ist ihnen durch Flucht und List zuvorgekommen. — Diese Schmach werden sie schon hier im Lande mit Blut zurückzahlen müssen. Dafür bürgt der Haß und die Kampflust, von der die Armee durchglüht ist. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 6. April.) In der Nacht vom 4. auf den 5. April ist hier ein preussischer Kurier durchgegangen, wie man vernimmt, um bei dem Kopenhagener Ministerium nochmalige Schritte zur Anerkennung der Selbstständigkeit der Herzogthümer zu thun, damit Preussen nicht gezwungen werde zum offenen Friedensbruche zu schreiten. (Brem. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 6. April.) Wie ich so eben aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der Generallieutenant Graf zur Lippe zum Gouverneur der Bundesfestung Ulm ernannt worden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Stuttgart, den 8. April.) Die Unterzeichneten stellen den Antrag, die allgemeine Versammlung wolle die offene feierliche Erklärung geben, daß sie die Ueberzeugung theile, daß die Freiheit und die Einheit der deutschen Nation, und insbesondere der Schuz der ärmeren Klassen nicht durch gewaltsame Einführung der Republik, sondern nur im Wege der konstitutionellen monarchischen Regierungsform möglich werden; daß die Versammlung eben so von der Ueberzeugung durchdrungen sey, daß die Freiheit nur auf dem Boden des Gesetzes und der Ordnung festgestellt werden kann, daß einseitige, unzeitgemäße republikanische oder kommunistische Bestrebungen, ebenso wie unbedachte Anpreisung oder Verkündigung der Republik zu noch größerer Kredit- und Arbeitslosigkeit, zu Eigenthums- und Rechtsverletzung, zur Anarchie, zum Bürgerkrieg und zur Unfreiheit führen und Anlaß geben können, und daß daher solche unpatriotische Bestrebungen durchaus zu mißbilligen sind; daß die Versammlung ferner überzeugt sey, daß jedenfalls die gerechte und freie Entwickelung des bürgerlichen und staatlichen Lebens und namentlich auch des materiellen Wohls unserer in volksthümlichster Weise neu eröffneten Staatsverwaltung, so wie den seit dem 31. März d. J. zu Frankfurt a. M. tagenden deutschen Volksvertretern mit Ruhe anvertraut werden kann, ohne jedoch weder die öffentliche Erörterung, noch die eigene Thatkraft der Bürger in irgend einer Frage des Rechts des Einzelnen, der Gemeine oder des Staatsvereines irgend ausschließen zu wollen, und daß endlich die Mitglieder der Versammlung bereit seyen, zu Mitwirkung in der großen und schwierigen Sache des Vaterlandes die volksthümliche Staatsregierung und ihre Organe bei Ausführung ihrer gesetz- und verfassungsgemäßen Anordnungen, zumal in der Eigenschaft als Bürgerwehr mit Gut und Blut zu unterstützen. (Schw. M.)

Schweiz.

(Biel, den 7. April.) Bei uns bereiten sich wichtige Dinge vor. Der Kanton Solothurn verlangt von der Eidgenossenschaft dringend die Reklamirung des Veltlins, eines Gebirgsthales von circa 100,000 Seelen, welches durch den Wiener Frieden der Schweiz zugesprochen war, jedoch troz dem Buchstaben des Vertrags von Oesterreich immer gewaltthätig allen Vorstellungen zum Troz behalten wurde. Jezt scheint die Zeit der Wiedervergeltung für diese und so manche andere Unbilde gekommen zu sein. Die Veltliner verlangen dringend die Vereinigung mit Graubünden. Aber auch im Westen erhebt sich der Sturm. Genf verlangt die Besatzung der neutralen Savoyer-Distrikte Chablais und Faucigny, welche ihm seiner Zeit Sardinien vorenthielt. Der Vorort Bern hat die Tagsatzung auf den 13. d. M. einberufen. Die Lage Italiens und Deutschlands läßt einen Krieg kaum vermeidlich erscheinen. Auf übermorgen ist der gesammte eidgenössische Stab nach Bern berufen. Es ist möglich, daß unsere deutsche Legion eine andere Bestimmung erhält, nachdem viele Glieder derselben eidgenössische Bürger sind, und nunmehr eine näher liegende Pflicht zu erfüllen haben. Die von gewissen Blättern über dieselbe verbreiteten Gerüchte sind ganz grundlos. Der Vorort hat nicht nur ein von der Reaktion gewünschtes Einschreiten abgelehnt, sondern auch dem muthmaßlich von der deutschen Diplomatie instruirten Stande St. Gallen wörtlich bedeutet, der Vorort werde seine Pflicht „ohne die Lektion St. Gallens" zuerfüllen wissen. Der eidgenössische Obristlieutenant Allemandi ist aus dem diesseitigen Staabe aus- und in die Dienste der lombardischen Republik getreten, 20,000 Neapolitaner ziehen in Eilmärschen nach Oberitalien. Man glaubt, daß König Karl Albert unter dem Bedinge, lebenslänglicher Präsident der Republik Italien zu werden, auf den Königstitel Verzicht leiste. Am Sonntag den 9. ds. Mts. findet ein großes Verbrüderungsfest zwischen Schweizern und Franzosen in Basel statt, an welchem auch Italiener, Polen und Deutsche Theil nehmen werden (Frankf. J.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer-Hause in Nürnberg.

Nr. 98. Landschaft, Oelgem. von Th. Götze dahier. — Nr. 99. Die drei Frauen am Grabe Christi, wie sie ihn suchen und nicht fanden, Marmorrelief von Lothsow aus München. Dieses Relief bleibt nur 3 Tage ausgestellt.

Frequenz der kgl. Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft.

Monat März 1848.

1) Von Nürnberg nach Fürth und zurück 33,297 Personen	fl. 3073. 42 kr.
2) Von Viehtransport 143 Schweine	9. 32
	fl. 3083. 14 kr.

Die Frequenz der Kreuzung liegt zur Revision vor.

Für Monat Januar wurden vergütet: für 1509 Personen, 90 Ctr. 93 Pfd. Reisegepäck, 2235 Ctr. 8 Pfd. Frachtgut . . . fl. 152. 59 kr.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Karl Binder.
Babette Binder, geb. Hutzelmeyer.

Nürnberg, den 9. April 1848.

Vom Kgl. Pfarramt St. Aegydien

wird zur Beruhigung derer, welche wegen der heute in der Aegydier Kirche stattfindenden Bürgerversammlung ihre Besorgniße laut geäußert haben, erklärt, daß das Comite in Gemeinschaft mit dem Pfarramt Veranstaltungen getroffen hat, wodurch diese Besorgniße als ungegründet erscheinen. Man darf dem guten Geiste der Nürnberger Bürger vertrauen, daß sowohl die Freunde, als die Gegner dieser Versammlung die hohe Wichtigkeit der Berathungsgegenstände so wenig, als die Heiligkeit des Ortes aus den Augen verlieren werden.

Nürnberg, den 11. April 1848.

Dr. Lösch.

Dank.

Hochgeschätzten Freunden und theuern Bekannten, besonders der achtbaren Schleifer-Innung, erstatten wir für die ehrenvolle Leichen-Begleitung unsers geliebten Gatten und Vaters, des Schleifer Herrn Joh. Gust. Geißler, den innigsten herzlichsten Dank. Es lindert unsern Schmerz der Gedanke, daß des Verstorbenen biedrer redlicher Sinn Anerkennung bei Allen Denen fand, welche ihm näher kannten und sichert denselben ein freundliches Andenken im Herzen seiner Freunde. Möge die Vorsehung Sie Alle recht lange vor ähnlichen Fällen bewahren, uns aber Gelegenheit werden bei frohen Ereignissen Ihnen unsere Theilnahme beweisen zu können.

Nürnberg, den 11. April 1848.

Barbara Geißler Wittwe.
Leonhard Geißler.
Christian Geißler.

Frage.

Die Stadtwehr in Fürth verfährt sehr roh, indem sie bei vorkommenden Exzeßen nicht ihrer Instruktion Folge leistet, denn jedenfalls hat dieselbe die Weisung, bei etwa vorkommenden Unruhen mit Jedermann human umzugehen, was dieselbe aber am vergangenen Sonntag an dem Unterzeichnetem nicht that indem sie denselben, ohne ihn zu fragen ob er bei der in Fürth stattgefundenen Arretirung eines Soldaten etwas zu thun habe oder nicht, mit folgenden Aeußerungen und Thätlichkeiten „wir wollen ihn nicht schlagen, sondern beuteln, was denn auch sogleich ins Werk gesetzt wurde, regalirt. Es kam mir bei diesem Fürther Beuteln eine Busennadel im Werth von fl. 7 weg und wurde mein Chemisset zerrissen. Ich stelle nun an jeden Billigdenkenden die Frage, ob das Benehmen der Fürther Stadtwehr human ist.

Johann Falk.

(Rüge.) Wie wenig ein Theil unserer guten Nürnberger noch politische Bildung besitzt, welchen Begriff sie von Freiheit, und insbesondere von Freiheit der Meinungsäusserung und parlamentarischer Diskussion haben, zeigt ein Vorfall, der gestern in der Himmelsleiter Statt fand.

Ein junger Mann wagte es, sich, darum befragt, seiner Ueberzeugung gemäß, als republikanisch gesinnt einem neben ihm sitzenden Monarchisten gegenüber zu bekennen, worauf er von jenem Monarchisten, dem Maler H..., der seinem eigenen Geständniß nach zu viel Bier getrunken hatte, mit einer solchen Fluth der gemeinsten Schmähungen und Schimpfworten überschüttet wurde, und das wohlverstanden, unter dem lauten Beifall so ziemlich aller Anwesenden, daß er sich veranlaßt sah, das Zimmer zu verlassen.

Einem unbefangenen Publikum bleibe es überlassen, zu entscheiden, ob ein derartiger Terrorismus einen Beweiß von politischer Bildung und Bildung überhaupt gibt, oder mit welchem Namen ein solches Verfahren eines Einzelnen sowohl als eines großen Theils einer Gesellschaft zu belegen ist.

(Eingesandt)

Leute, denen daran gelegen ist, ihren guten Namen nicht den schändlichsten Verläumdungen preisgegeben zu sehen, werden vor dem Umgange des Hrn. Hirschmann (sogenannten wohlberühmten Hrn. Kreisrath) gewarnt. Der bloße Anblick einer Person genügt schon, ihn zu so allerliebsten Histerien zu begeistern, die nur in einer gemeinen schmutzigen Seele ihren Ursprung finden können. Diese Erfindung einer ausschweifenden verdorbenen Einbildungskraft aber auch noch als Wahrheit ausgeben zu wollen, dazu gehört ein so erbärmlicher Charakter, wie ihn Herr Hirschmann bewiesen hat. Wenn er Frechheit genug hat, sich über dieses beschweren zu wollen, kann er meinen Namen, den ihm zwar sein Gewissen schon sagen wird, in der Exped. d. Bl erfahren.

(Gesuch.) Auf ganz sichere Hypothek werden bis Ziel Walburgi fl. 600 zu entnehmen gesucht.

Wiener Salon.

Musikalische Abendunterhaltung des Pianisten Herrn Körber.

(Eingesandt)

Ein Regiment aus Würtemberg, vieler Arbeiter Ruin, mit einem polnischen Hauptmann mit der 1848. Kompagnie, ist in unsere Mauern eingedrungen. Wir leisten diesem Feind Widerstand bis auf den letzten Mann, das Piket ist in ihrer Baracke und die Freischaar liegt ruhig in ihren Zelten. Das Exercitium haben wir bei der Handelsgewerbschule gelernt.

(Eingesandt.)

Montag den 10. April Nachmittags beantragten sämmtliche Schuhmacher-Gesellen in einer Versammlung unter Zuziehung einer Deputation ihres Gewerbes von Fürth eine Lohnerhöhung.

Oekonomiehof-Verkauf.

Ein schön gelegener Oekonomie-Hof nahe bei Regensburg, 60 Tagwerk Grundstücke enthaltend, wobei 5 Tagwerk gute Wiesen, ist sammt allem vorhandenen Inventar um 12000 fl zu verkaufen. — Näheres in der Exped. d. Bl

---

Anzeige.

Der Termin für die Quartalbeiträge des Unterstützungs-Vereins für das Amts- und Kanzlei-Personale ist längst vorüber.

Nürnberg, den 11. April 1848.

Müller.

(Anfrage.) Die sogenannte Mühlbrücke beim Einfluß eines Armes der Pegnitz in die Stadt ist durch das letzte Hochwaßer so demolirt worden, daß die Paßage unmöglich ist. Nach mehreren Reclamationen der Betheiligten ist zwar die Wiederherstellung der Brücke begonnen worden, aber seit neun Wochen noch nicht vollendet. Dieselbe ist nur zur Hälfte mit Brückhölzern bedeckt und nicht einmal mit einem Verschlag abgesperrt, so daß Leute, die in der Umgebung nicht bekannt sind, der größten Gefahr ausgesetzt werden. Die Bewohner der sogenannten Insel Schütt sind aber dadurch von aller Frequenz abgesperrt, da kein Wagen anders, als über diese Brücke auf die Insel gelangen kann, was insbesondere beim Fahren des Waldholzes doppelt unangenehm ist. Mehrere Betheiligte fragen daher an, ob die Sache endlich erledigt werden wird, oder ob man sie zwingen will, wenn der Magistrat nicht Sorge tragen wird, an die kgl. Regierung zu ziehen.

(Anzeige.) Wachstuch-Teppiche so wie überhaupt Wachstücher bietet zur gefälligen Abnahme an

Christian Cella, Lit. L. No. 977 bei den Salzfischern.

(Rüge.) Der Unterzeichnete mußte zur Vorlage bei dem k. Rentamte Nürnberg in einer Geschäftssache ein Zeugniß von dem Herrn Aufschläger v. Winkler haben. Als der Unterzeichnete heute Nachmittag auf die artigste und höflichste Weise sich in der Wohnung des Herrn v. Winkler dasselbe erbitten wollte, wies ihm dieser augenblicklich die Thüre mit den Worten: er habe nichts in seiner Wohnung zu thun.

Das rohe, brutale und verletzende Benehmen des Herrn v. Winkler hat schon allgemeine Mißbilligung gefunden, und es wäre endlich höchste Zeit, daß ein so roher und grober Mann, wie dieser Beamte von einer Stelle entfernt würde, die ihn in so viele Berührungen mit achtbaren Bürgern bringt, welche sich einem solchen impertinenten Benehmen nicht aussetzen wollen.

Nürnberg, den 9. April 1848.

Heinrich Büchel, Bierbrauer

(Kapital-Gesuch.) 9000-, 7000-, 6000 und 5000 fl werden gegen erste Hypothek und mehr als drei und vierfachen Werth zu entnehmen gesucht.

(Zu verkaufen) Eine Hausthür, 2 Gattern, 2 Haberkästen, 110 Pfund Gewichtsteine, eine Getraidputzmühle sind billig zu verkaufen.

(Zu vermiethen) Eine freundliche Wohnung mit 5 Zimmer, mehreren Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten, auf dem Herrenmarkte, ist bis Ziel Walburgi oder Laurenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Mitte der Stadt ist ein Logis von 4 heizbaren Zimmern nebst Kammer und sonstigen Bequemlichkeiten bis Ziel Lorenzi zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Schön gepolsterte Möbel von Nußbaum-, Eichen- und Kirschbaumholz, sind zu den billigsten Preisen zu verkaufen. Für dauerhafte Arbeit wird garantirt bei

J. L. Riedner, Tapezier S. Nr. 910 Prechtelsgäßchen.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches sich jeder häuslichen Arbeit willig unterzieht und auch Liebe zu Kindern hat, wünscht bis nächstes Ziel einen Platz. Näheres Karolinenstraße Nro 358.

(Gesuch) Man sucht aufs Land in eine Oekonomie eine erfahrne Köchin, die sich auch willig jeder andern Arbeit unterzieht. S. Nro 517.

(Gesuch) Ein sehr braves, treues und redliches Mädchen, welches im nähen, stricken und spinnen gut bewandert ist und gewiß genügende Dienste leisten wird, sucht bis Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) Ein schönes, freundliches, möblirtes Zimmer mit Alkov, in der Nähe der Post und der Lorenzer Kirche, ist sogleich zu vermiethen

---

(Gesuch.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen, auch waschen, nähen und bügeln kann, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen S. Nro. 1146 Tucherstraße.

(Gesuch.) Ein gebildetes Frauenzimmer, das schon längere Zeit als Haus- und Ladenjungfer konditionirte, und in allen weiblichen Arbeiten erfahren ist, sucht in dieser Eigenschaft oder als Haushälterin unterzukommen. Näheres in der Exp. d. Bl

---

(Gesuch) Ein an Ordnung und Reinlichkeit gewöhntes Mädchen, wird in eine Wirthschaft in Dienst zu nehmen gesucht Das Nähere in L. Nr 324 der Adlerstraße.

(Gesuch) Eine solide Köchin, welche schon mehrere Jahre bei Herrschaften diente und sich mit guten Zeugnissen ausweisen kann, sucht wieder in gleicher Eigenschaft unterzukommen Breitegaße Nro. 444

(Gesuch) Ein Mädchen vom Lande, welches Hausmannskost kochen kann und auch in andern Hausarbeiten erfahren ist, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. Zitzenberg Nro. 1008 über eine Stiege

---

(Gesuch.) Ein junger Mensch von 18 Jahren, der als Auslaufer hier schon gedient hat, im Rechnen und Schreiben erfahren ist, und sich über Fleiß, Treue und ordentlichen Lebenswandel genügend ausweisen kann, wünscht bis Ziel Walburgis als Auslaufer unterzukommen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Kapitalien-Gesuch.) Auf ein Anwesen von 2500 fl Werth, wird zur 1 Hypothek ein Kapital von 600 fl gegen 4proz. Verzinsung gesucht.

(Bitte.) Der freundliche Einsender einer mir gestern mit der Nürnberger Briefpost zugekommenen werthvollen Mittheilung würde mich verpflichten, wenn derselbe einen persönlichen Ideen-Austausch mir möglich machen wollte.

Fürth, 9 April 1848.

Friedrich Heberlein.

(Anzeige) Bei dem Widerruf, Dollinger und Joninger betreffend, in Nro. 102 d. J., hat der Widerrufer seinen Namen (J. Stiller) weggelassen, was hiemit die Betheiligten anzeigen.

Stadttheater in Nürnberg.

Dienstag, den 11. April Zum ersten Mal: „Eigensinn." Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix. Vorher: „Müller und Miller" Schwank in 2 Akten von Elz.

Mittwoch, den 12. April. Zum Benefize der Frau Meisinger, zum ersten Mal: „Die Republikaner." Drama in 5 Akten von J. Fröbel.

COURSE.

Nürnberg, den 10. April 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht. Brief	k. Sicht. Geld	2 Monat. Brief	2 Monat. Geld
Amsterdam		101 1/8		
Hamburg		87 1/2		
London		121 1/8		120 1/4
Wien in 20r.	117			
Augsburg	120			
Frankfrt. a. M.		100	99 5/8	
in die Messe				
Leipzig	105 1/2			
in die Messe				
Berlin	104 7/8			
Paris		94 1/4		
Lyon		94 1/8		
Bremen		97 5/8		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld.
Bayer. Obligat. à 3 1/2 %		
" Bank-Aktien		
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nürnberger-Fürther ditto		

Geld-Course.

	[illegible]	[illegible]
Friedrich- und Augustd'or		9 52
Neue Louisd'or	11	6
Souverainsd'or	16	15
Holländische 10 fl. Stücke		10 6
20 Francs-Stücke		9 41
Oestreich. u. Holl. Ducaten	5	39
Französisches Gold	6	—
Preussische Thaler, ganze	1	48
5Francs Stück	2	20

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13. April 1848. № 104. Donnerstag: Patricius.

Deutschland.

Bayern. (München, den 10. April.) Das heutige Regierungsblatt Nro. 17. enthält eine königliche Verordnung, die Zeitungsspedition durch die königlichen Posten betreffend, folgenden Inhalts: Maximilian II. ꝛc. Wir finden Uns bewogen, in Bezug auf die Zeitungsspedition durch Unsere Posten zu verfügen, was folgt: 1) Unsere sämmtlichen Postanstalten haben die Annahme der Pränumeration auf die im Inlande sowohl, als die im Ausland erscheinenden Zeitungen und Journale, so wie deren Versendung und Bestellung an die Pränumeranten zu besorgen. Die vorgängige Erholung einer besonderen Speditionsbewilligung ist nicht erforderlich, und es haben nur die allgemeinen postdienstlichen Normen Anwendung zu finden. 2) An die Stelle der bisherigen Berechnungsweise der Postspeditionsgebühren, nach Umfang und Preis der Blätter, nach der Beförderungs-Entfernung u. s. w. tritt ein einfacher Rabatt von fünf und zwanzig Prozent von dem durch den Verleger beliebig festzustellenden Abonnementspreise, welcher Prozentbezug ohne Rücksicht auf Entfernung als Postspeditionsgebühr, mit Ausschluß jeder weiteren Taxerhebung zu betrachten ist, so daß um den gewöhnlichen Abonnementspreis am Orte des Erscheinens jede Zeitung im Inlande überall bezogen werden kann. 3) In gleicher Weise werden auch die in's Ausland zu versendenden bayerischen Zeitungen durch Unsere Postbehörden um den gewöhnlichen Abonnementspreis den auswärtigen Postanstalten abgegeben werden. 4) Die Gebühr für die Spedition der ausländischen Zeitungen und Journale wird ohne Rücksicht auf die Entfernung, in welche die Versendung erfolgt, mit fünf und zwanzig Prozent vom ursprüglichen Abonnementspreise, höchstens aber mit sechs Gulden jährlich berechnet. Ausserdem sind noch die fremden Postgebühren zu entrichten 5) Bezüglich der transitirenden Zeitungen haben die bestehenden Vertragsbestimmungen Maaß zu geben. 6) Gegenwärtige Verordnung, welche bezüglich der neu erscheinenden Zeitungen sogleich, bezüglich der älteren aber mit Beginn des zweiten Semesters dieses Jahres in Wirksamkeit zu treten hat, ist durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. — Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: der bisherige Bundestagsgesandte E. v. Gasser wird von diesem Posten abberufen und mit dem 24. März l. J. in temporäre Quiescenz versetzt; der Staatsrath im ordentlichen Dienste Freiherr von Andrian tritt als Staatsrath im außerordentlichen Dienst in den Ruhestand; Generalmajor E. von Weishaupt wird zum Kriegs-Minister und der bisherige Polizei-Direktor F. Mark in München zum Regierungsrath bei der königlichen Regierung von Mittelfranken ernannt, Forstmeister in Hammelburg E. Stumpf zum Direktor der Forstschule in Aschaffenburg und ersten Professor der Forstwissenschaft, im Range eines Regierungs- u. Kreisforstraths befördert; Ministerialrath beim Staatsministerium der Finanzen, Dr. J. E. Wanner wird zum Direktor der Regierung von Mittelfranken, K. d. F. ernannt, und dessen Stelle dem Oberrechnungsrathe Dr. J. Aschenbrenner verliehen; der Archivar des Staatsministeriums der Finanzen Rath J. v. Auerweck und der Direktor der Regierung von Mittelfranken, K. d. F., L. H. Geret sind in den Ruhestand versetzt; der bisherige Reg.-Direktor der Regierung der Pfalz, K. d. J., A. Lufft wird in den zeitlichen Ruhestand versetzt und statt dessen die Stelle eines Direktors bei gedachter Regierung dem bisherigen Regierungsrathe daselbst F. Bettinger verliehen, der Reg.-Rath bei der Regierung von Mittelfranken, K. d. J., L. E. A. Frhr. v. Lichtenstein in den zeitlichen Ruhestand versetzt, die eröffnete Stelle des Gerichtsarztes bei dem Landgerichte Weyhers, im unterfränkischen Reg.-Bezirke dem bisherigen praktischen Arzte in Plattling, Landger. Deggendorf, Dr. J. Gierlinger verliehen, die bei der Regierung der Pfalz, K. d. Innern eröffnete statusmäßige Stelle eines Rechnungs-Commissärs dem bisherigen Funktionär bei gedachter Regierung D. Schild übertragen; bei der Polizeidirektion München wird ein statusmäßiger Registrator mit dem Range und der Uniform eines Polizei-Aktuars ernannt und diese Stelle dem dermaligen Polizei-Offizianten W. Dichtl verliehen, auf die dadurch sich eröffnende Stelle der Funktionär bei gedachter Polizei-Direktion E. Weber ernannt.

*† (München, den 11. April.) [Sechste öffentl. Sitzung der Kammer der Abg.] Am Ministertisch die HH. Min. Räthe Kleinschrod, Bezold, Roth und Daxenberger. Pfarrer Reitmaier, welcher an Dek. Lechner's Stelle und Jordan, der an Dr. Willich's Stelle eintritt, werden beeidigt. Hierauf verliest der II. Präsident den Einlauf und dann ein Gesuch des I. Präsidenten Dr. Kirchgeßner um 4wöchentlichen Urlaub wegen seiner Berufung als Vertrauensmann zur konstituirenden Versammlung nach Frankfurt. Der II. Präsident bemerkt dagegen, daß ihm eine Anzeige des Ministeriums zugekommen sey, wornach Dr. Kirchgeßner bereits von Frankfurt abberufen wurde. Es entspinnt sich dennoch eine Debatte, ob der Ständegeschäftsordnungsgemäß die Urlaubsertheilung oder Verweigerung von der Kammer entschieden werden solle, wobei Dek. Goetz, Dr. Schwindl, Deininger, Ruland theils für theils gegen eine solche Entscheidung Seitens der Kammer sich aussprechen. Ruland wünscht, mit Berufung auf die Geschäftsordnung, daß die Kammer in Zukunft doch nichts mehr gegen sich selbst sprechen und sich überhaupt genau an die Tagesordnung halten möge. (Stürmisch wird von allen Seiten durch den Ruf nach eben dieser Tagesordnung verlangt). Dek. Bauer bemerkt, bevor er zur Tagesordnung zurückkehre, er achte die freie Presse, aber fürchte sie nicht. — Dr. Kirchgeßner hätte gar nicht nach Frankfurt abgeordnet werden sollen; derselbe gehöre der Kammer und dürfe nicht anders verwendet werden. Dies sey eine Art Anwendung des §. 44. Der II. Präsident fragt die Kammer, ob dieselbe beschließe, den I. Präsident sogleich zurückzuberufen, was einstimmig beschlossen wird. Abg. Kolb sucht wegen Kränklichkeit um seinen Austritt nach, ist aber in der Kammer gegenwärtig und bittet, daß diese Frage noch auf einige Zeit suspendirt werde. Auf Einrede des I. Sekr. Stockinger erklärt er, den Geschäften eines Sekretärs aus Gesundheitsrücksichten nicht gewachsen zu seyn. — Die Kammer beschließt, daß die Berathung des Austrittgesuchs auf einige Tage suspendirt bleiben solle, daß er hingegen von der Stelle eines II. Sekr. entbunden, und ein neuer gewählt werde. — Graf Hegnen-Dux, als Sekr. des VI. Ausschusses, erstattet Vortrag über die eingelaufenen Anträge und Petitionen, worunter sich eine große Zahl Adressen, die von Kammermitgliedern angeeignet wurden, befindet. Die Berathung Letzterer, welche selbst viele Anträge enthalten, würde viele Zeit erfordern. Ueberdies seyen dieselben theils durch die Thronrede, theils durch die Kammeradresse, theils durch die eingebrachten und angekündigten Gesetze bereits beantwortet. Deshalb habe der Ausschuß beschlossen, sämmtliche Adressen zur Einsicht für jedes einzelne Mitglied im Präsidialzimmer zu deponiren. Uebrigens müsse eine der umfa greichsten — die der Münchner, besonders ins Auge gefaßt werden. Referent führt den darin enthaltenen Wunsch namentlich an, indem er sich dieselbe angeeignet habe. Wie durch die That, so haben die Münchner auch durch das Wort bewiesen, daß sie von dem Gesetze und dem Rechte durchaus nicht lassen. Die Adresse sey durch und durch konstitutionell. Der bisherige Vollzug der Konstitution habe uns so sehr rückwärts gebracht.

Die Addesse spricht das vollständigste Vertrauen zu dieser Kammer aus, welches wir rechtfertigen müssen. Außerdem seien noch 16 Adressen eingelaufen, z. B. von Schweinfurt, Kempten, Regensburg, Neustadt a. M. Bamberg wurde aufzuzählen vergessen, Dek. Bauer fragt darüber nach, indem er bemerkt, daß er sie gedruckt eingereicht und vertheilt hat. Referent erklärt, sie solle diesen Adressen eingereiht werden. Sattler und Reuffer sprechen für die Adressen von Schweinfurt und Regensburg, welche dasselbe wie die Münchener Adresse enthalten. Dr. Schwindl bemerkt auf eine Aeußerung des Graf Hegnenberg, daß unsere Verfassung ihre Gebrechen nicht im Gesicht, sondern auf dem Rücken trage, nämlich die Edikte, welche der Pferdefuß seien, man schaffe die Edikte ab und wir werden eine reine, treffliche Verfassung haben. Kolb: Unser bayerischer Staat war früher ein aristokratisch-monarchischer Staat; das Volk verlange jetzt einen demokratisch-monarchischen Staat. Jetzt sei die Hauptfrage die ständische Initiative, der man alle Aufmerksamkeit zuwenden müsse. — Schnetzer spricht mit Wärme von den Menschenrechten, die endlich doch siegen müssen, wenn auch die Herrschaft der Tyrannei sehr lang darüber spotten konnte. — Deutschland war bisher im Ausland entwürdigt, hatte bereits keinen Namen mehr. Wo sind nach einem 30jährigen Frieden dessen Früchte. Wir suchen vergebens nach einem Handel, einer Industrie, nach einer Schifffahrt ꝛc. Was vor wenigen Wochen noch eine Unmöglichkeit schien. Throne wankten, Völker standen auf, und die Freiheit ist neu erwacht. Redner verbreitet sich über Deutschlands Größe und Würde, die in Frankfurt wieder geboren werden soll. In alle Theile der Staatsverwaltung in Bayern habe sich eine Corruption eingedrängt, daher habe auch unsere Constitution keine guten Früchte tragen können. Das frühere System aber sei gefallen. Die bestehende Rechtsungleichheit sei das Grundübel. Redner ist nicht für das Einkammersystem, denn das Land, welches die freieste Verfassung besitze, habe zwei Kammern. Die Wünsche von 4 Millionen seien in der Adresse niedergelegt und als Ausdruck eines kräftigen Volkswillens zu betrachten. — Stockinger: der Ruf, den die ganze Nation ergehen läßt, sei das Verlangen nach der Initiative, welche alle Wünsche in sich faßt. Auf diese Sitzung wurde seiner Interpellation in diesem Betreffe die Antwort versprochen, gestern aber habe ihn Min. Heintz für die nun folgende Sitzung vertröstet, womit er sie beruhige.

Dek. Bauer erklärt, daß die Bamberger Adresse, wie er soeben erfahren, nur durch ein Kanzleiversehen nicht den übrigen Adressen eingereiht war, das nun aber verbessert wird. Graf Hegnenberg fährt in seinem Vortrag fort, indem er die verschiedenen Anträge verliest. Zunächst kam eine Petition der Schullehrer an die Reihe, weche Dek. Vogel sich aneignet. Mit Grund eifert er gegen den Mißstand des Centralschulbücher-Verlags, die Heimatslosigkeit der Schullehrer u. s. w., er bitte, daß auch andere Mitglieder jetzt schon den Petitionen der Schullehrer das Wort reden. Graf Hegnenberg bemerkt, daß noch einige und dreißig Petitionen von Schullehrern bei ihm zu Hause liegen, und acht vorhanden sind, über die summarischer Beschluß gefaßt werden könne, indem er sie nächstens insgesammt mit Einemmal vorlegen wolle. Dr. Schwindl, da diese Petitionen doch alle gleicher Natur seyen, so könne auch sogleich darüber verhandelt werden. Wenn die Abgeordneten, die sich selbe angeeignet haben, darüber das Wort nehmen. — Stockinger ist der Ansicht, daß diese sämmtlichen Petitionen durch den Ausschuß formulirt und — in ihrer Gesammtheit dann der Kammer übergeben werden. — Rehlen findet es beleidigend für den Lehrerstand, wenn man seine Sache nur im Vorbeigehen behandeln wollte. Unterberger wünscht besondere Berathung. Dek. Vogel ist der Ansicht, daß bei der Wichtigkeit des Gegenstandes alle dem Ausschuß überwiesen werden sollen, vorerst aber eine spezielle Motivirung über ihre Zulässigkeit zur Erörterung kommen solle. Noch wird von Keim

und andern über Formalitäten gesprochen; gegen solche spricht sich entschieden Prof. Edel aus, weil man mit Formfragen zu viel Zeit verliere. Graf Hegnenberg-Dux ist der Ansicht, daß man sich nun über die Kompetenz zu entscheiden habe. — Der Antrag des Dek. Vogel wird als zulässig befunden, und dem Ausschusse überwiesen. Ob alle auf das Schulwesen sich beziehende Anträge cumulativ behandelt werden sollen, bildet eine weitere Frage. Hierüber entspinnt sich eine verworrene Debatte. Dek. Goetz spricht sich sehr klar zu Gunsten einer Collektiv-Berathung aus. — Der II. Präsident meint, sämmtliche Anträge sollen vom Referentenen vorerst vorgetragen werden. Bestelmeyer bemerkt, daß er eine Petition der Lehrer Nürnbergs überreicht habe, die noch anderes, als bloß Verbesserung ihrer äußern Verhältnisse erziele. Diese Petition wird nun vom Referenten vorgelesen, welche der Ausschuß als zulässig befunden hat. Dasselbe ist mit noch andern sechs Anträgen dieses Betreffs der Fall.

Bestelmeyer spricht nun für den Antrag der Lehrer Nürnbergs, welchen er an die Kammermitglieder gedruckt vertheilt hat, er wunscht, daß er vom Ausschuß begutachtet werde. — Sattler spricht sich für einen von ihm angeeigneten Antrag dieses Betreffs mit Wärme aus. Rehlen schließt sich diesem Redner an. Die Kammer beschliest die Prufung dieser sämtlichen Anträge. — Ein Antrag von Dek. Wirth zielt auf die aus Frankreich zurückkehrenden deutschen Arbeiter, welchen Antragsteller das Wort redet. Die mit legalen Ausweisen nach Frankreich übergetretenen Söhne des deutschen Vaterlandes dürfe dieses nicht von sich stoßen; dies gebiete das Gesetz der Milde. Manche arbeitenden Kräfte seyen sogar zu nützen; es wäre ungerecht, sie zurückzuweisen. Stockinger wünscht eine Aufklärung vom Ministertisch. Min.-Rath Bezold erklärt, daß bereits in dieser Hinsicht die Reg. Vorsorge getroffen habe. — Ein Antrag des Abg. Schäzler betrifft die Einführung einer Vermögens- oder Einkommenssteuer, als Ersatz der Consumtionssteuer. — Bortsch hat denselben Antrag gestellt und wunscht Aufhebung der Malzsteuer und begründet denselben; ebenso motivirt Schäzler und will, daß ein Maximum festgesetzt werde und die Steuer keine vexatorische sey, doch ist er gegen Aufhebung des Malzaufschlages. Die K. beschloß, daß beide Anträge in Erwägung gezogen und dem Ausschuß zur Prufung überwiesen werden sollen.

Ein Antrag des Bar. Schäzler Errichtung eines Ministeriums für Handel, Agricultur und Industrie fällt mit einem gleichen Antrag des Abg. Trautner und Roth zusammen. Schäzler motivirt denselben, indem er sich uber Handelsverhältnisse verbreitet. Ueber 30 Millionen bezahle Deutschland jährlich für Arbeitslohn, er bedaure, daß in Preußen an der Spitze des Handels ein Mann stehe, der den bureaukratischen Tendenzen so sehr ergeben und einen so verderblichen Einfluß auf den deutschen Handel übe. — Beide Antrage werden dem Ausschuß überwiesen. Viele Antrage verschiedener Gemeinden auf Ablösung der Feudallasten, Zehenten rc. hat Abg. Rey sich angeeignet und spricht sich darüber gründlich aus; in manchen Theilen sind die Forderungen der Ablösungssumme gering, in andern sehr groß. Der Redner verbreitet sich über die unbegreiflichen und drückenden Lasten. Minister Hainz, welcher eben eintritt, bemerkt, daß der Entwurf über die Ablösung noch in dieser Woche vorgelegt werden soll. Die Kammer beschließt die Ueberweisung dieser Anträge an den betreffenden Ausschuß. Ein Antrag des Armenpflegschaftsraths von Bamberg zielt auf Befreiung des Postportos bei Armengeldsendungen, von Dek. Bauer angeeignet, wird gleichfalls zulässig befunden. Abg. Lichtenegger beantragt, daß die Distrikts- und Poststrasse von Passau über Oberzell, Ersbach und Wegscheid zur kais. österr. Grenze als Staats- oder Kreisstrasse sofort übernommen werde. Dieser vom Antragsteller motivirte Antrag wird zulässig befunden. — Ein Antrag auf bessere Bewirthschaftung der Wälder vom Dek. Göß wird ebenfalls dem Ausschuß zur Prüfung übergeben. — Endlich erfolgt Vortrag des Sekr. Dekan Göß über die zur Vorlage nicht geeignet befundenen Beschwerden. — Christmann kündigt eine Interpellation an den Ministertisch in Bezug auf die Münchner Adresse an. — Minister v. Beisler tritt eben in die Kammer ein und übergibt im Namen S. M. des Königs einen Gesetzentwurf »die Wahlen bayerischer Abgeordneter zur Volksvertretung beim deutschen Bund.« Das Verhältniß ist 1 zu 50,000; es gibt Urwähler und Wahlmänner ohne Unterschied der Confession; es werden Wahlbezirke festgesetzt; für die zweiten Wahlen eben so viel Wahlbezirke als gewählt. Den gewählten Beamten ist der Urlaub durch das Gesetz ertheilt. — (Wir werden diese Ges. Entw. vollständig nachtragen.)

Der Minister bemerkt vorläufig, daß es noch nicht festgesetzt sey, wie in Bezug auf die Einwohnerzahl der Modus festgestellt werden soll. Bayern habe dermalen 5 Millibnen Einwohner, vom Bundestag sey die ältere Norm von 3 Millionen angenommen. — Die Regierung wolle auch den dahin Abgeordneten Reisegeld bewilligen, damit Unbemittelte nicht gehindert seyen, diesem schönen Rufe Folge zu leisten. Closen wünscht, daß noch Nachmittag Ausschußsitzung stattfinde, damit dieser Gesetzentwurf noch in einer Sitzung heute Abend zur Berathung kommen kann. Dr. Schwindl: Jeder Gesetzentwurf, den uns das Ministerium einbringt, soll sogleich erledigt werden, damit wir als Ostereī dieß mit nach Hause bringen können. (Beifall.) Edel, welcher mit Wärme von der Tagung in Frankfurt spricht, beantragt einen Dank für die Bewohner der Stadt Frankfurt wegen ihres gastfreundlichen und edlen Verhaltens den Volksvertretern gegenüber. Die Kammer votirt diesen Dank. — Baron Closen richtet endlich an den Ministertisch die Bitte, da das bevorstehende Preßgesetz wohl 300 Paragraphen umfasse, sogleich und vorläufig ein Geschwornengericht zu bilden, nach den 1831 festgestellten Prinzipien, dessen Nothwendigkeit er schildert. Dagegen erwidert Minister Hainz, daß das Ministerium gar keine Zeit hätte, 300 §. lange Gesetze zu geben, es wolle weiter gehen, und nicht für Preßsachen, sondern im Allgemeinen Geschwornengerichte baldigst einführen. Wie man beim Wahlgesetz, als noch nicht einmal dessen Grundlagen festgesetzt waren, schon über dessen Inhalt sich aussprach, so scheine es auch beim Preßgesetze zu gehen. Dieses aber wird nächstens zur Vorlage kommen. — Morgen wird das Parlamentswahlgesetz in öffentlicher Sitzung zur Berathung kommen. —

Nachdem einige Worte des II. Herrn Präsidenten auf die Aeußerung des Abgeordneten Freyherrn von Closen in der jüngsten Sitzung mißverstanden und mißdeutet wurden, ließ derselbe sein Votum, von den Stenographen wortgetreu verbürgt in folgender Abschrift cirkuliren: Ich, meine Herren, kann Ihnen hiebei nicht verhehlen, daß mich ein kleiner Schauer befällt, wenn ein Mitglied nach dem andern die hohe Kammer verläßt. Wir sind schon unter den Beschränkungen einer früheren Verwaltung in den Wahlen möcht' ich sagen, beeinträchtigt worden. Viele unserer achtbarsten Mitglieder haben unsere Versammlung bereits verlassen, und allerdings wird es uns äußerst schwer werden, unter diesen Verhältnissen das Vertrauen des Landes zu wahren, und die uns noch vorliegenden Arbeiten so zu vollenden, wie wir es aus dem Grunde unseres Herzens wünschen müssen. Ich glaube deßhalb, daß die hohe Kammer in dieser Beziehung einen festen Entschluß fassen möge, welche Gesetzentwürfe sie noch zur Berathung bringen wolle, und namentlich, außer dem Gesetze über die Wahlen, über die Initiative zu Verfassungsabänderungen und über die Ablösung der Feudallasten, ob sie beschliessen wolle, noch andere zu berathen. (Hier ist also von einem testimonium paupertatis oder der Kammer fehlenden Intelligenz keine Rede.)

†† (Nürnberg den 12. April.) Die gestern in der Aegydienkirche abgehaltene wirklich großartige Volksversammlung ging ruhiger vorüber, als sich von verschiedenen Seiten vorher bedenklich darüber geäußert wurde. Keine von den prophezeiten Demonstrationen, die man theils der orthodoxen Geistlichkeit zuschrieb, theils Partheien in die Schuhe goß, welche republikanischen Elementen zugethan, gegen Dr. Eisenmann eingenommen seyn sollten, ging in Erfüllung. Die gedrängt volle Kirche nahm sich eigenthümlich aus und als der erste Redner die vor der Kanzel errichtete Rednerbühne betrat, brach ein Sturm los, der sich lange nicht legen wollte, Alles rief »auf die Kanzel!« Dr. Schwarz beschwichtigte endlich die Menge durch seine Worte, daß die Versammlung die Freiheit für sich beanspruche, daß sie aber auch die Freiheit der Ansichten Anderer ehren müsse, daß man sich hier im Hause des Friedens befinde und daher auch Ruhe und Frieden halten müsse. Als hierauf Dr. Eisenmann die Tribune bestieg, wurde er mit lauten Hochs begrüßt.

Er sprach laut und deutlich über unsere deutschen Zustände und was für die Zukunft zu thun sei, sich meistens an seine Broschüre, die in 100,000 Exemplaren durch Deutschland vertheilt werden soll, anschließend. Seinem politischen Glaubensbekenntniß treu, sprach er gegen die Einführung der deutschen Republik, auf Frankreich hinweisend, das in einigen Monaten auch sich wieder umgestalten würde, aber mit warmen Worten für die konstitutionelle Monarchie mit freiester volksthümlicher Verfassung, in der allein das Heil der Zukunft ruhe. Seine gediegene Rede wurde von mehrfältigen lauten Beifallsrufen unterbrochen und noch, als er nach geschlossener Versammlung in den Wagen stieg, brachte ihm ein Theil der vor der Kirche harrenden Menge dreimalige Hoch. Von einer republikanischen Partei war keine Spur zu bemerken, es trat auch auf Aufforderung Niemand gegen Eisenmanns Prinzipien auf die Tribune.

† (Bamberg, den 11. April.) Das Komite unserer Volksversammlungen tritt von seinem Posten ab, um einem andern förmlich gewählten Platz zu machen.

Baden. (Karlsruhe, 9. April.) Heute Morgen 7 Uhr, als der erste Bahnzug ins Oberland abgehen sollte, erschien der Abg. Mathy in Begleitung von einem Polizei-Kommissär und sechs Unteroffizieren an dem offenen Schlag eines Eisenbahn-Wagens und, auf einen tief im Fond sitzenden in eine Blouse gekleideten Mann zeigend, sagte er: »Herr Fickler! Im Namen des Gesetzes sind Sie verhaftet! Sie sind ein Vaterlands-Verräther.« — Der Angeredete, wie es schien, sehr verblüfft, erhob sich langsam und trat aus dem Wagen, indem er dem Abg. die Worte zuwarf: »Ein rechter Polizei-Mann! Sie sind ein Volks-Verräther!« Die Unteroffiziere nahmen den Agitator vom See in ihre Mitte und mit schrillem Pfiff fuhr der Zug von dannen. Nachschrift. Soeben höre ich, man habe Fickler nach Rastatt gebracht, seine Verhaftung sey durch offizielle Mittheilungen der Straßburger Behörden, die kurz vorher eingelaufen wären, veranlaßt worden. — (Die Abführung Ficklers nach Rastatt meldet auch die Oberrh. Ztg. Nach ihrem Bericht hätte sich der Polizei-Kommissär Anfangs geweigert, Fickler zu verhaften, da Mathy keinen Haftsbefehl hatte; dieser aber bestürmte ihn so lange, bis er nachgab.) (Frkft. J.)

(Mannheim, den 8. April.) Auf heute Abend 7½ Uhr war Versammlung des vaterländischen Vereins angesagt; voraussichtlich versuchte die in demselben stark vertretene Partei der Anarchisten das Aeußerste, um ihre Plane durchzusetzen. Es galt also noch einmal, festzuhalten. Anfangs verlief die Versammlung ruhig, bis Buchhändler Hoff in einem wüthenden Vortrage die Monarchie zu vernichten und die Republik, wo möglich augenblicklich zu begründen suchte. Der Terrorismus seiner Partei sollte seinen Worten Nachdruck verleihen. Als sich einige Zeichen des Mißfallens erhoben, schrie die tobende Rotte: »Hinaus mit den Feiglingen« und versuchte an dem Nächsten Besten ihr Vorhaben auszuführen. Diesmal scheiterte aber das freche Beginnen an der Festigkeit der versammelten Männer; trotz der gezückten Dolche wich Niemand von der Stelle; die Terroristen sahen ihren Plan vereitelt, und vergebens suchte Hoff durch seine wahrhaft wuthschnaubenden Vorträge die Versammlung zu gleichem Wahnsinn hinzureißen. Sein Anhang nahm sichtlich ab, und er mußte unter allgemeinem Tumult abtreten. Hecker sprach entschieden für die Republik, aber doch nicht zu alsbaldiger Gewaltthat hetzend. Wirklich ekelhaft waren die Angriffe, welche nun von Seite Hammer's und Grohe's gegen den anwesenden Mathy erfolgten, der als wahrer Unmensch, schlechter als der schlechteste Polizeischerge, an dem lammfrommen Fickler gehandelt habe. Auch dieser Sturm war vergeblich, nur der zum Voraus geworbene Anhang stimmte diesen Tiraden bei, und die gänzliche Schwäche der Partei zeigte sich zum Schluß auf das Glänzendste, als ein unbekannter junger Mensch, auf das Tiefste ergriffen, Achtung vor jeder Ueberzeugungstreue forderte; als ein Mann von unerschütterlichen Grundsätzen habe sich wie immer, so auch heute, Mathy bewiesen, den in seiner Abwesenheit zu beschimpfen, eine Schmach sei. Alle Versuche, diesen jugendlichen Redner nicht zum Worte kommen zu lassen, scheiterten an dem festen Willen der Versammelten, die Redefreiheit zu erhalten, wofür jetzt selbst ein großer Theil der anfänglichen Anhänger der HH. Hoff und Konsorten auf das Kräftigste wirkte. Durch ihre eigene ekelhafte Uebertreibung hat sich die Partei am Ende der Versammlung gestürzt, welche sie Anfangs wie gestern hatte terrorisiren wollen. Welch eindringende Lehre für alle Bürger, in einer so sturmbewegten Zeit, wie jetzt mit ausdauerndem Muthe den Posten bis zuletzt zu behaupten. (D Z)

Freie Städte. (Frankfurt, 11. April.) Bericht über die Verhandlungen der XVII. Vertrauensmänner am Bundestage. Durch Bundesbeschluß vom 10. März d. J. wurden sämmtliche Bundesregierungen eingeladen: Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar

ür jede der 17 Stimmen des engern Raths einen, alsbald (spätestens bis zu Ende d. M.) mit dem Auftrage nach Frankfurt abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichem Beirath an die Hand zu gehen. Die nach diesem Beschluß abgeordneten Männer verhandeln theils unter sich collegialisch in gesonderter Sitzung, theils in gemeinschaftlicher mit dem vom Bundestage bestellten Ausschuß für Revision der Bundesverfassung, welcher jedoch bis jetzt für sich allein seine Beschlüsse faßt. 30. März. Erste (vorläufige) gemeinschaftliche Sitzung. Die zuerst als Vertrauensmänner anwesenden Herren Albrecht (Oldenburg und Anhalt), Bassermann (Baden), v. Gagern (Braunschweig und Nassau), von der Gabelentz (Sächsische Herzogthümer), Jordan (Kurhessen), Langen (Großherzogthum Hessen), Stever (Mecklenburg), Uhland (Württemberg) und v. Wangenheim (Hannover), zu gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Bundesrevisions-Ausschuß, der aus den Herren Bundestagsgesandten von Oesterreich, Preussen, Bayern, Sachsen, Hannover, Baden und den freien Städten besteht, in den Bundespalast eingeladen, legen das Programm zu den Verhandlungen der am 31. März beginnenden Notabelnversammlung vor und empfehlen dringend, daß der Bundestag auf die Parlamentsfrage seinerseits offen eingehen möge. Hierdurch ist der noch am 30. März gefaßte und am folgenden Morgen publicirte Bundesbeschluß erwirkt. 3. April. Erste Sitzung der XVII. Neu eingetreten die Herren Dahlmann (Preussen) und Todt (Sachsen) Nachdem die Verhandlungen in der Paulskirche beendigt sind, constituiren sich heute die XVII Vertrauensmänner. Sie wählen zu ihrem Präsidenten v. Gagern, zum Vicepräsiedenten Herrn Bassermann. 5. April. Zweite Sitzung der XVII. Hinzugetreten: Die Herren Droysen (Holstein) und Petri (16. Stimme). Es wird bestimmt, daß für jeden der zu einer Curie vereinten Bundesstaaten ein besonderer Abgeordneter zu den Verhandlungen der Vertrauensmänner zulässig sei, mit der Beschränkung, daß den mehreren Abgeordneten derselben Curie zwar die volle Theilnahme an der Berathung gewährt werde, bei der Abstimmung aber dieselben sich zu einer einzigen Stimme vereinigen müssen. In Antwort auf ein eben eingelaufenes Schreiben des Revisions-Ausschusses, den Geschäftsgang betreffend, wird beschlossen, „gegen erstern den Wunsch auszusprechen: daß die Vertrauensmänner künftig bei allen denjenigen Beschlüssen der Bundesversammlung, welche in officieller Form zur Publikation kommen sollen, zum Beirath zugezogen werden; so wie den weiteren Wunsch: daß der neulich erlassene Bundesbeschluß wegen Aufhebung der Ausnahmsgesetze in officieller Weise zur Publikation gebracht werde. Nach dem vorgedachten Schreiben des Revisionsausschusses soll, unter Beziehung auf einen beigelegten Bundesbeschluß vom 30. März, die Initiative und namentlich die Aufstellung eines Entwurfs zu einer neuen Bundesverfassung dem aus den Männern des allgemeinen Vertrauens zusammengesetzten Beirathe überlassen sein. Es wird beschlossen, zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs eine Kommission niederzusetzen, und dazu werden berufen: die Herren Dahlmann, Jordan, Bassermann und Albrecht unter Zutritt des Vorsitzenden. Die Kommission wird ihre Arbeiten diesen Nachmittag beginnen. 6. April. Dritte Sitzung der XVII. Die Vorstände des von der Versammlung in der Paulskirche gewählten Fünfzigerausschusses, die Herren v. Soiron, Blum und Abegg, werden eingeführt, und erneuern die von ihnen bereits an den Herrn Präsidenten der XVII. gestellten Anträge: 1) wegen direkter und mündlicher Kommunikation zwischen dem Bundestag, den XVII. und dem Fünfzigerausschuß; 2) wegen der Ausschreiben von Seiten des Bundes zu den Wahlen in die constituirende Versammlung nach dem Maßstabe von 1 auf 50,000; 3) wegen der Stellung von Schleswig-Holstein zum Bunde. Von Seiten der XVII. wird die Bereitwilligkeit erklärt, die Vermittlung des Fünfzigerausschusses mit dem Bundestage zu übernehmen. Sodann wird beschlossen: dem genannten Ausschusse vorzuschlagen, daß für den Zweck des mündlichen Geschäftsverkehrs diesseits eine Deputation bestellt werde, welche täglich zu verabredeter Stunde die Anfragen und Anträge des Ausschusses entgegennehmen, und etwa gewünschte Erläuterungen und Mittheilungen über die Verhandlungen der XVII. ertheile. Zu dem täglichen Zusammentritt mit den Vorständen des Fünfzigerausschusses werden neben dem Präsidirenden der XVII. die Herren von Wangenheim und Todt bezeichnet. Auch wird über obige 3 Punkte der Herr Präsident der XVII. unverweilt mit dem Bundespräsidium in mündliches Vernehmen treten. Herr Droysen hat schriftlich den Zweifel erhoben, ob er von der ihm nur bedingungsweise von der Bundesversammlung gestatteten Zulassung Gebrauch machen dürfe. Auf die ihm jedoch einstimmig zugegangene Erklärung, daß die bedingten Aeusserungen des Herrn Bundestagspräsidenten die XVII. nicht abhalten können, ihn zur Behauptung seines Sitzes dringend einzuladen, hat Herr Droysen erklärt, sich an den Sitzungen wieder betheiligen zu können. 7. April. Zweite gemeinschaftliche Sitzung. Auf Seiten der XVII. sind neu eingetreten: die Herren Kirchgeßner (Bayern), Gervinus (Freie Städte) Jaup (16. Stimme, zusammen mit Herrn Petri) und Luther (sächsische Herzogthümer, gemeinschaftlich mit Herrn v. d. Gabelentz.) Gegenstand der gemeinschaftlichen Verhandlung sind die Wahlen zur constituirenden Nationalversammlung. Nach längerer Erörterung über die Frage: ob das von Preussen unter dem 3. d. M. dem dortigen Landtag übergebene Propositionsdekret für obige Wahlen — eine Abhaltung seyn könne, den Beschlüssen der hiesigen Versammlung Folge zu geben, wird im Gegentheil von Seiten der XVII. an den Revisionsausschuß das einstimmige, dringende Ansinnen gestellt, sofort zu veranlassen, daß die in obiger Versammlung bezüglich der Wahlen gefaßten Beschlüsse zum Bundesbeschluß erhoben werden. Hierauf erfolgt die Zustimmung und das Versprechen des Revisionsausschusses, daß die Bundesversammlung noch heute deßhalb eine Sitzung halten werde. Vierte Sitzung der XVII. Sogleich nach der gemeinschaftlichen Sitzung halten die XVII. noch eine gesonderte, worin folgende Beschlüsse gefaßt werden: 1) Ueber die Thätigkeit der Vertrauensmänner soll öffentliche Rechenschaft gegeben werden, und damit Uhland beauftragt seyn; 2) an die Bundesversammlung zu gesinnen, daß sie fortan ihre Beschlüsse in offizieller Form veröffentlichen lassen möge; 3) dem Wunsche der Kommission zum Verfassungsentwurfe gemäß, einige Gegenstände, die einer selbstständigen Bearbeitung fähig erscheinen, von andern Mitgliedern übernehmen zu lassen, wozu sich die Herren Jaup und Todt bereit erklären. 8. April. Fünfte Sitzung der XVII. (Vorläufiger Bericht.) Eingang des Bundesbeschlusses vom gestrigen Abend, wodurch dem in der gemeinschaftlichen Sitzung desselben Tags gestellten Ansinnen der Vertrauensmänner, hinsichtlich der in der Paulskirche über die Wahlen zur constituirenden Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse entsprochen wird. Aus Auftrag: Uhland. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 10. April.) Gestern Nachmittag um halb 5 Uhr verfügten sich die 14 österreichischen Abgeordneten, welche gestern Morgen aus Wien hier eingetroffen und im Gasthause zum »Russischen Hofe« abgestiegen waren, unter dem Zuströmen des Volkes, in fast festlichem Aufzuge, begleitet von den sechs Wiener Studirenden, mit Vorantragung der deutschen Fahne, und mit ihren Säbeln umgürtet, nach unserm Römer-Gebäude in den Sitzungssaal unserer gesetzgebenden Versammlung. Hier wurden sie von einer Deputation des Ausschusses herzlich willkommen geheißen und in den Saal eingeführt. Graf Auersberg und einige andere der österreichischen Deputirten hielten kurze, mit allgemeinem Beifalle von der Versammlung aufgenommene Reden, die Vicepräsident Abegg, in Abwesenheit des Präsidenten von Soiron (die badischen Glieder des Fünfziger-Ausschusses wurden plötzlich nach dem Großherzogthume abberufen) kräftig erwiederte. Es wurde der Antrag gestellt, und, wie man vernimmt, von der Versammlung auch angenommen, daß die österreichischen Abgeordneten selbst sechs Glieder aus ihrer Mitte erwählen sollten, welche dann in den Fünfziger Ausschuß einzutreten hätten. Weiter wurde bestimmt, daß in einer der folgenden Sitzungen des Fünfziger-Ausschusses (am nächsten Dienstage) die österreichischen Deputirten von der Versammlung offiziell (und zwar in einem andern größeren Lokale) empfangen werden sollten. Bei dieser Gelegenheit werden sich dieselben über die Lage Oesterreichs und dessen Verhältnisse zum deutschen Bund in ganz offener freimüthiger Weise aussprechen. — Heute hat der Fünfziger Ausschuß wieder eine Sitzung, in welcher dem Vernehmen nach, über eine Vorstellung an den deutschen Bund wegen des Wahlmodus (daß derselbe nach der neuesten Seelenaufnahme stipulirt werden soll, und nicht nach der von 1842 berathen werden soll. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 9. April.) Heute Nachmittag fand im Garten der neuen Anlage dahier eine Versammlung der hier wohnhaften deutschen Nichtfrankfurter statt, um die, durch den Fünfziger-Ausschuß scheinbar unbestimmt gelassene Frage: »ob jeder volljährige Deutsche auch in denjenigen deutschen Staaten, wo er nicht im engeren Staatsverbande steht, bei den bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung mitwirken könne«, schließlich dahin zu entscheiden, daß diese Angelegenheit im Geiste der vorparlamentarischen Verhandlungen aufgefaßt werden müsse, und daß somit kein denkbarer Grund stattfinde, warum den zahlreichen Deutschen, die überall in Deutschland ausserhalb ihres engeren Heimathlandes wohnhaft sind, das große und wichtige Recht, sich am Orte ihres Aufenthaltes am aktiven Wahlrecht zu betheiligen, bestritten werden könne. Die Versammlung nahm sofort durch allgemeine Zustimmung zwei Adressen an, die eine an den Frankfurter Senat, worin derselbe um Anordnung wegen Zulassung der hiesigen deutschen wahlberechtigten Permissionisten (im weitesten Sinne des Worts) zum bevorstehenden Wahlwerke ersucht wird, die andere an den Fünfziger-Ausschuß, um denselben zu einer für ganz Deutschland geltenden freisinnigen Lösung der angeregten Frage zu bestimmen. Beide Adressen werden morgen (Montag) den betreffenden Behörden durch Deputationen überreicht werden, und es ist zu hoffen, daß nicht nur den hier in Frankfurt, sondern auch den überall in Deutschland wohnhaften Deutschen aus andern deutschen Bundesgebieten, ihr volles heiliges Recht, zum Wohle des Gesammt-Vaterlandes wenigstens mittelbar mitzuwirken, ungeschmälert eingeräumt werde. (Frkft. J.)

Hessen. (Darmstadt, 9. April.) Unser constitutionell freisinniges Ministerium Gagern hat jetzt auch im Land selbst eine Opposition gefunden in der despotisch-republikanischen Partei. Anführer dieser Partei ist in unserem Hessen der Abgeordnete Zitz aus Mainz, Einer Derjenigen, welche in Frankfurt aus der Notabelnversammlung ausgetreten sind, weil ihr Einzelwille nicht allgemeiner Beschluß wurde. (D. Z.)

(Mainz, den 9. April.) Noch immer werden Verhaftungen vorgenommen, und nicht gerade in der untersten Klasse, sondern auch Personen von der höheren Staffel der bürgerlichen Gesellschaft sind der Einziehung nur durch Flucht entgangen. Man ist hier sehr gespannt auf das Ergebniß der Untersuchung, die mit allem Eifer betrieben wird, und schon so viel herausgestellt hat, daß Geld an die Zerstörer der Eisenbahn von gewisser Seite gegeben worden ist. (Fr. O.-P.-Z.)

(Kassel, den 8. April.) Bereits wird das Publikum wieder durch dunkle Gerüchte von Schwierigkeiten, welche das Ministerium in den höchsten Regionen finden soll, beunruhigt; so hieß es vorgestern, Herr Eberhard habe seine Demission verlangt, und würde noch denselben Abend Kassel verlassen; eine Anzahl Bürger begab sich sofort nach dem Posthofe, wo man erfuhr, daß für Herrn Eberhard allerdings Extrapostpferde bestellt seyen; voller Unruhe eilte eine Deputation zu Herrn Eberhard, welcher jedoch versicherte, daß seine Abreise lediglich den Zweck habe, die im Zustande der Insurrektion befindliche Stadt Frankenberg persönlich zu beruhigen. Andere beunruhigende Gerüchte wiederholen sich fast täglich. Das Vertrauen ist noch nicht wiederhergestellt; man spricht von reaktionären Einwirkungen auf den Kurfürsten, welche von den Trümmern der gestürzten Partei ausgehen sollen; noch ist Abée der frühere Generalsekretär, täglich in der Nähe des Kurfürsten; von seinem verderblichen Einflusse ist Alles zu fürchten; der vorhinnige Minister des Auswärtigen, v. Dörnberg, hat eine der höchsten Hofchargen, und v. Meyer, dem die Bekehrung der Chinesen mehr am Herzen liegt, als das Wohl Deutschlands, steht gar an der Spitze des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. So lange der Kurfürst sich dieser drei Männer nicht entledigt, so lange kehrt kein wahres Vertrauen in die Herzen des Volkes zurück. Möge dieser Wunsch, den gewiß das ganze Volk theilt, Berücksichtigung finden; das geringste reaktionäre Gelüste würde die entsetzlichsten Folgen haben; nicht noch einmal möchte es gelingen, den ausbrechenden Strom in sein Bett zurückzudämmen, denn so sehr man hier der gewaltsamen Einführung der Republik entgegen ist, so wenig ist man willens, sich noch einmal täuschen zu lassen. — Neben der Bürgergarde hat sich noch ein s. g. Schützencorps gebildet, bestehend aus denjenigen Einwohnern, welche zum Bürgergardendienst nicht verpflichtet sind; dasselbe steht unter dem Kommando des Regimentscommandeurs der Bürgergarde. Morgen wird sich dasselbe förmlich constituiren und zur Wahl seiner Offiziere schreiten. — Gestern Nachmittag hat eine Konferenz der Landtagskommission mit sämmtlichen Mitgliedern der Ständeversammlung stattgefunden, um sich über den Wahlmodus hinsichtlich der Wahl der zu dem Frankfurter Reichstag zu entsendenden

Deputirten zu vereinigen; wie ich höre, will man die bestehende Eintheilung in Kreise einstweilen zur Grundbasis nehmen. (Frkf. J.)

Preussen. (Köln, 8. April.) Gestern schnitt sich vor dem Untersuchungsrichter ein hiesiger Winkelkonsulent, welcher der Prellerei beschuldigt war und zur Haft gebracht werden sollte, mit einem Federmesser den Hals ab. Der Unglückliche war Vater von zehn Kindern. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Koblenz, den 8. April.) Die hiesigen Bürger protestiren 1) gegen die Ausführung des bekannnten Dekrets und gegen jede durch einen preussischen Landtag vorzunehmende Wahl von Deputirten zu der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt; 2) verlangen die gewissenhafteste Ausführung des angeführten Beschlusses der Frankfurter Vorversammlung; 3) bestehen auf direkte Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt durch sämmtliche großjährige Bürger Preußens. (Folgen die Unterschriften.) (Frkft. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, 6. April.) Heute ist es zum ersten Vorpostengefechte zwischen unseren und den dänischen Truppen gekommen. Die Dänen hatten ihre Vorposten bis Hostrup (ein Dorf zwischen Flensburg und Apenrade) vorgeschoben. Hier wurden sie von zwei Kompagnien Jäger und einer Abtheilung Dragoner unter Anführung des preussischen Hauptmanns Katzer angegriffen, und nach einem kurzen und lebhaften Gefecht aus dem Dorfe geschlagen, und bis Rinkenis zurückgedrängt. Auf dänischer Seite sind ein Offizier und einige Gemeine gefallen, auf schleswig-holsteinischer Seite ist Niemand gefallen und nur einige Leute sind erheblich verwundet. Unsere Soldaten haben große Kampflust gezeigt. Einzelne, die sich besonders ausgezeichnet, werden im Bulletin öffentlich belobt werden. Es war gut, daß es endlich einmal zu einem, wenn auch nur kleinen Gefecht gekommen ist; denn unsere Soldaten, namentlich die Freiwilligen, die seit länger als acht Tagen unthätig in und vor Flensburg (namentlich in der festen Stellung bei Bau) liegen, werden ungeduldig. — Die Dänen, von denen man vom Norden her einen Angriff auf Flensburg erwartete, scheinen die Absicht zu haben, unseren Truppen in den Rücken zu fallen. Im Flensburger Meerbusen sind einige dänische Schiffe erschienen, und beabsichtigen, Truppen bei Holnis, an der südlichen Seite des Meerbusens zu landen. Es sind sogleich einige Abtheilungen Scharfschützen und Dragoner unter dem preussischen Hauptmann von Herzberg von hier dahin abgeschickt; ohne Zweifel wird es dort morgen zu einem lebhaften Gefechte kommen. Unsere Truppen werden bei Holnis eine gute Stütze an der Bevölkerung von Angeln haben, welche überall einen vollständigen Landsturm organisirt hat, und vom besten Geiste beseelt ist. (Wes. Z.)

Frankreich.

(Paris, den 7. April.) Ich benutze die Abreise eines Freundes, um Ihnen aufrichtig zu schreiben. Ich hatte nicht gewagt, es durch die Post zu thun, da dieselbe durch Leute besorgt ist, welche des Schlimmsten fähig sind und sich kein Gewissen daraus machen, die Briefe aufzubrechen. Man muß es sich nicht verbergen: Wir sind hier in einer schrecklichen Lage, welche täglich schrecklicher werden kann. Man darf sich auf die Zeitungen nicht verlassen; wir haben wahre Schreckensherrschaft und Jedermann beeilt sich, dem jetzigen Stand der Dinge beizustimmen, aus Furcht vor Plünderung und Mord. — Wir sind ganz unter der Herrschaft der Arbeiter; bis jetzt wird man mit ihnen fertig, weil man ihnen Alles gibt, was sie verlangen, aber wenn die Regierung ihnen einmal etwas abschlagen muß, so werden sie sich gegen dieselbe wenden und man wird ihnen nicht widerstehen können. Sie sind vollständig bewaffnet; sie haben die Gewehre der Linientruppen und viele aus den Arsenalen genommen und die Nationalgarde allein ist nicht mächtig genug, um ihnen zu widerstehen. Was die Linientruppen anbetrifft, so sind diese demoralisirt und zu nichts mehr gut; wer weiß, ob sie sich nicht auf die Seite jener wenden. Die Bürgerschaft hat nichts zu thun, als unter den Waffen zu seyn, um das Eigenthum zu schützen und die Ordnung aufrecht zu erhalten, das kann aber nicht so fortdauern. Alle kleinen Bürger und Krämer (und diese Klasse ist die zahlreichste) müssen arbeiten, um zu leben; jetzt aber, wo alle Arbeit durch die öffentliche Unordnung ins Stocken gerathen ist, was werden und können sie thun, wenn sie das bisher erübrigte Geld verzehrt haben? Die reichen Leute verlassen Paris, die Fremden haben sich voll Furcht und Schrecken geflüchtet, Paris lebte nur von Luxus und davon gibt es keine Spur mehr. Die Kaufleute müssen Bankbruch machen, einer nach dem andern, und werden so die Zahl der Unzufriedenen und Hungernden noch vermehren. Die Fälliten folgen sich rasch, der Handel ist verschwunden und wenn die Regierung die vorgefundenen Millionen verbraucht haben wird, wird sie gelähmt seyn und nirgends sich Geld verschaffen können. Die nothwendige Folge wird seyn, daß früher oder später diese Masse Hungernder und Unzufriedener auf die benachbarten Völker losgelassen werden, und ich gebe Ihnen zu Bedenken, was für eine Art Krieg dies seyn wird.

Rußland.

(St. Petersburg, den 31. März.) Das Journ. de St. Petersbourg enthält heute einen officielen Artikel, der eine Art Erläuterung des jüngsten kaiserlichen Manifestes zu bilden scheint. Es wird darin erklärt, daß das Manifest durchaus nichts für den Frieden Beunruhigendes enthalte. Rußland wolle blos seinen Besitzstand vertheidigen; es werde Niemand angreifen, wenn es nicht angegriffen wird.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Todes-Anzeige.

Heute Mittag 12 ½ Uhr verschied plötzlich und sanft unser geliebter Oheim

Herr Wilhelm Cramer senior

im 86. Jahre seines Lebens.

Geboren zu Werden an der Ruhr in beschränkten Verhältnissen erwarb er sich durch Fleiß und Redlichkeit äusseren Wohlstand, der für Viele zur Quelle reichen Segens wurde.

Dies anerkennend hat seine zweite Vaterstadt, Nürnberg, ihm vor Jahren das Ehrenbürgerrecht verliehen.

So wie sein Andenken im engeren Kreise der Seinen ewig fortlebt, so wird sein Name nie erlöschen in den dankbaren Herzen seiner Mitbürger, deren Wohl ihm noch Gedanke seiner letzten Stunden war.

Nürnberg, den 10. April 1848.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 13 April Vormittags 9½ Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhofe statt.

Trauer-Anzeige.

Ein sanfter Tod endete am 12. dies früh gegen 6 Uhr die langen Leiden unserer guten Frau und Base,

Frau Anna Margaretha Wißmath,

geborne Zißmann,

nachdem sie ein Alter von 77 Jahren 8 Monaten zurückgelegt hatte. Indem wir diese betrübende Anzeige nahen und entfernten Verwandten und Freunden widmen, bitten wir um deren stille Theilnahme.

Nürnberg, den 12. April 1848.

Joh. Wißmath, Großpfragner,
nebst Base.

Trauer-Anzeige.

Sanft und seelig zu einem bessern Erwachen, entschlief unsre innigstgeliebte Gattin, Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Anna Helena Wagner.

Ergeben in den Willen des Herrn und gestärkt durch den Glauben an ihren Erlöser, ertrug sie ihre Jahrelangen und schweren Leiden mit christlicher Geduld, bis heute der unerbittliche Tod sie in ein besseres Jenseits in einem Alter von 69 Jahren und 7 Monaten in Folge einer Entkräftung zu sich rief. Diese Trauerkunde widmen wir nahen und fernen Verwandten, Freunden und Bekannten und bitten um stilles Beileid.

Friede ihrer Asche.

Nürnberg und Wunsiedel, den 10. April 1848

Die trauernden Hinterbliebenen.

(Zu vermiethen.) In L. Nr 602 ist die 2. Etage von sechs an einander reihenden tapezirten Zimmern, nebst übrigen Bequemlichkeiten am Ziel Laurenzi zu vermiethen.

Die Kirchenverwaltungen zu Wöhrd und St. Johannis

haben sich in ihrer in Nro. 92 dieses Blattes ausgesprochenen Erwartung nicht getäuscht. Herr Dr. Eisenmann hat die in seinen Ideen 2c. aufgestellte grundlose Behauptung: daß man den armen Gärtnern zu St. Johannis von 4—5 Erndten den Zehenten abnehme, in der erschienenen dritten Auflage pag. 30 in einer Anmerkung, und zwar mit folgenden Worten berichtiget: „Ich fühle mich verpflichtet, zu obiger Angabe die Berichtigung zu machen, daß der zum Kirchenfond von St. Johannis fällige Zehent bereits fixirt ist.“ Indem man dieses hiermit bekannt macht, wird zugleich bemerkt, daß auf anonyme Angriffe, wie der in Nro. 94 dieses Blattes befindliche, keine Rücksicht genommen werden kann.

Nürnberg, den 11. April 1848.

Lösch, Pfarrer. Bär, Pfarrverweser.

Tscherkessenmesser und Leibvertheidiger,

so wie alle Sorten Säbel, Hirschfänger 2c verfertigt und reparirt billigst

A. Hofman,
Messerschmied u. Schwerdverfertiger.
L. Nr 769 der Theatergasse

(Eingesandt.)

Alles schreitet zum hellen Lichte, warum bleibt in unserer so ehrbaren Stadt noch so mancher Punkt im Dunkeln, es betrifft nämlich das Wort „Er“, mit dem die männlichen Dienstboten angeredet werden. Ist nicht mancher Dienstbot als ein Mitglied des Hauswesen anzusehen? hat sich nicht mancher durch Treue, Fleiß und langjähriger Dienstzeit, als ein braver und solider Mann ausgezeichnet, oder soll er wider Gott murren, warum er ihn keinen andern Beruf gegeben hat, wozu in unserer Zeit „Er“? „Du“ verlangen wir, und hat sich ein Dienstbot durch oben angeführte Tugend ausgezeichnet, so wäre auch das Wort „Sie“ nicht zu verwerfen. Einsichtsvolle Herrschaften werden diese Forderung nicht mißbilligen und baldige Abhülfe verschaffen.

Mehrere männliche Dienstboten.

(Zu vermiethen.) Ein schönes Gartenlogis ist für Winter und Sommer, in der schönsten Gegend, am Ziel Walburgis zu vermiethen.

Fünftes Abonnements-Conzert

von Grobe und Erdmannsdörffer, am Freitag den 14. April, Anfang 8 Uhr.

Abonnements und einzelne Billets sind in der Riegel und Wießner'schen Buchhandlung und im Wagner'schen Kaffeehause zu haben.

(Anfrage) Warum öffnet man den Schalter der Oberpostamts-Zeitungsexpedition erst um 8 Uhr, während Einzelnen die Zeitungen schon viel früher verabreicht werden?

Ein Gleichheitsfreund.

(Zu verkaufen.) Ein Stutz nebst Handschnur für einen Unteroffizier der Landwehr ist zu verkaufen in L. Nr 1458 B der Mohrengasse in Nürnberg.

(Verloren) In der gestrigen Bürgerversammlung wurde eine goldene Uhr nebst dergleichen Kette verloren, auf deren geripptem Gehäuse der Name des Eigenthümers sich befindet, um deren Zurückgabe in Nro 111 der Königsstraße gegen eine angemessene Belohnung gebeten wird.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, und sich der vorkommenden Hausarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. S. Nr. 728. Wolfsgasse.

(Gesuch.) Ein sehr solides und gebildetes, mit guten Zeugnissen versehenes Frauenzimmer wünscht nächstes Ziel als Ladenjungfer oder als Stubenmädchen unterzukommen.

(Gesuch) Ein solides Mädchen vom Lande, welches Hausmannskost kochen kann und in andern häuslichen Arbeiten erfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Familie unterzukommen. Nro. 1300 b Weidersplatz.

Stadttheater in Nürnberg.

Wegen Vorbereitung zur Donnerstägigen Benefiz-Vorstellung bleibt Mittwochs den 12. April das Theater geschlossen

Donnerstag den 13 April. Zum Benefize der Frau Meisinger zum Erstenmale: „Die Republikaner.“ Drama in 6 Akten von Julius Fröbel.

Nachmittags 3 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

† Ueber Bürgerversammlungen.

Unsere Verhältnisse in Deutschland sind noch lange nicht geordnet. Es können Umstände eintreten, in denen es von Wichtigkeit ist, daß Städte, wie Nürnberg, binnen 24 Stunden ein Urtheil abgeben. Für diesen Zweck besonders sind Bürgerversammlungen und für die gegenwärtigen politischen Verhältnisse eigens gewählte Organe der Bürgerschaft nothwendig. Die städtischen Kollegien haben ihre eigenen Branchen, und können ihren Wirkungskreis nicht wohl auf das politische Feld erstrecken, sie haben es nur mit städtischen Angelegenheiten zu thun, und sind nur für diese gewählt, für uns aber handelt es sich in gegenwärtigem Augenblick vornehmlich um den öffentlichen Ausdruck der Ansichten der Nürnberger Einwohnerschaft gegenüber der Verhandlungen, die mit dem ersten Mai in Frankfurt beginnen sollen. Wir haben bis jetzt schon Bürgerversammlungen gehabt; man ist den Unternehmern derselben Dank schuldig, und ihre Beschlüsse wären gewiß im Sinne der ganzen Bürgerschaft. Aber wir finden in der gegenwärtigen Organisation dieser Versammlungen keine hinreichende Berechtigung, daß sie ihre Beschlüsse als Beschlüsse der Bürgerschaft kund geben. Die Versammlungen waren bisher im Verhältniß zu der Zahl der Nürnberger Bürgerschaft nur spärlich besucht; öfters hat nicht der zwanzigste Theil stimmfähiger Bürger Antheil genommen und in der Regel waren nur dieselben Männer anwesend. Wir glauben, die Sache müßte eine Umgestaltung erleiden in der Weise, daß die Beschlüsse wirklich als ein Ausdruck der Gesinnung der gesammten Bürgerschaft gelten können und machen daher folgende Vorschläge: 1) das gegenwärtige Comite schickt jedem ansäßigen Bürger oder Insassen einen gedruckten Wahlzettel ins Haus, oder auch es bezeichnet Orte, wo solche Zettel abgeholt werden können. Niemand ist zur Wahl gezwungen. 2) Jeder Wähler zeichnet in diese Listen nach eigenem Gutbefinden 15 Männer, die das 30. Jahr erreicht haben müssen, für einen zu erwählenden Bürgerausschuß ein. Der Wähler hat seinen Namen, sein Gewerbe und seine Hausnummer auf dem Zettel zu unterzeichnen. 3) Nach diesen Wahlzetteln werden diejenigen hundert Bürger, welche die meisten Stimmen haben, ausgewählt, um den Bürgerausschuß zu bilden. 4) Diese hundert Bürger verpflichten sich, bei jeder ausgeschriebenen Volksversammlung zu erscheinen und nur in den dringendsten Fällen auszubleiben. Auf diese Weise wird allen denjenigen Bürgern, welche durch Geschäfte oder sonst wie verhindert sind, an der Versammlung Theil zu nehmen, die Garantie gegeben, daß die Bürgerschaft auf eine entsprechende Weise vertreten sey. Es kann kein gültiger Beschluß gefaßt werden, wenn nicht ²/₃ des Ausschusses anwesend sind. 5) Dieser Ausschuß von hundert Bürgern wählt aus sich fünf Mitglieder, welche das Komité bilden. 6) Das Komite schreibt die Versammlungen aus, und berathet sich in dringenden Fällen mit dem Ausschuß. Diejenigen, welche in der nächsten Versammlung Vorträge halten wollen, haben dieses vorher anzuzeigen. Es wäre wünschenswerth, wenn immer öffentlich bekannt gemacht würde, wer sprechen will, und über welchen Gegenstand. Denn bei wichtigen Materien würde mancher Bürger gerne sein Geschäft für ein paar Stunden ruhen lassen, um zu kommen, während ihm bei unwichtigen seine Zeit gereuen dürfte. 7) Die Wahl des Komites und Ausschusses erstreckt sich auf ein halbes Jahr bis 1. November 1848. 8) Jeder Wähler verpflichtet sich zu einem halbjährigen Beitrag von zwölf Kreuzern, um die Kosten zu decken, welche der Druck der Wahlzettel und sonstige kleine Ausgaben bei den Versammlungen selbst in Anspruch nehmen. Das Komite legt darüber Rechnung ab. Tritt eine Zeit ein, wo dergleichen Bürgerversammlungen nicht mehr nothwendig erscheinen, und es wäre ein Ueberschuß vorhanden, so wird dieser der Armenkassa übergeben. 9) Die Versammlungen selbst sollen nicht gehäuft und auf diese Weise die Zeit der Ausschußmänner unnöthiger Weise in Anspruch genommen werden. Die Nothwendigkeit des Anberaumens einer Versammlung bestimmt das Comite. Sollten sich in dieser Beziehung Differenzen ergeben, so daß vielleicht einzelne Bürger für ihre Anträge eine Versammlung alsobald wünschten, das Comite aber eine solche für unnöthig hielte, so gilt die Bestimmung, daß die Versammlung gleichwohl gehalten werden muß, wenn 15 Ausschußmänner darauf antragen.

Deutschland.

Bayern. (München.) Se. Maj. hat folgendes Handschreiben an den Minister des Innern gerichtet. »Das Wohl Meines theuern Bayern-Volkes, welches Mir so sehr am Herzen liegt und dem Ich alle Meine Kräfte weihe, erfordert dringend, alle Klassen desselben mit gleicher Liebe zu berücksichtigen, allen Interessen gleiche Würdigung zuzuwenden, und namentlich jenen Meine väterliche Liebe zu bethätigen, welche auf die Arbeit ihrer Hände ausschließlich angewiesen, derselben gegenwärtig, wo Gewerbe und Handel so vielfach stocken, in um so höhern Grad bedürfen, um so das innige Band, welches zwischen Mir und Meinem Volke besteht, noch mehr zu befestigen. Vereint werden wir allen Stürmen der Zeit widerstehen. Die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, wird stets ein Gegenstand Meiner vorzüglichsten Sorgfalt seyn, allein soll dieselbe ins Leben treten, so müssen die beabsichtigten Maßregeln auf fester Grundlage ruhen. Nicht durch eitle Versprechungen, deren Erfüllung außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, kann dieselbe erreicht werden. Fest entschlossen, niemals Versprechungen zu machen, deren Ausführbarkeit nicht vollkommen gesichert ist, werde Ich Mich nie dazu verstehen, Hoffnungen zu erregen, deren Verwirklichung nicht auf dem Fuße folgen kann. Nur durch das innige Zusammenwirken aller Kräfte, durch das Wiederaufblühen von Handel und Gewerben, durch Befestigung des gesunkenen Kredits rc. kann die Lage der arbeitenden Klasse eine günstigere werden. Dieß zu bewirken, liegt nicht allein in der Macht der Regierung. Dieser liegt außer den von ihr zu treffennden Maßregeln in jener Beziehung vorzüglich die Sorge ob, den Arbeitsuchenden, so weit immer möglich, Gelegenheit dazu durch den thätigsten Betrieb der öffentlichen Arbeiten zu geben. Ich beauftrage Sie sonach, alle Eisenbahn-, Wasser- und Strassenbauten, soweit es nur immer die Mittel der Staatskassa gestatten, in Angriff zu nehmen, dann in ungehinderter Thätigkeit zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, daß auch außerdem die Arbeitsquellen auf jede mögliche Art erweitert werden. München, den 9. April 1848. (Unterz.) Maximilian. An den Staatsminister des Innern v. Thon-Dittmer. (A. A. Z.)

(München, den 10. April.) Es ist gestern hier bekannt geworden, daß unsere Truppen bei ihrer Ankunft an der badischen Gränze eine wenig freundliche Aufnahme, ja eine Art Widerstand gegen ihr Einrücken in badisches Gebiet gefunden haben. Der Grund davon soll gewesen sein, daß die badischen Civilbehörden an der Grenze vom großherzoglichen Ministerium keine Nachricht erhalten hatten über die Ankunft unserer Truppen. Gestern Mittag wurde nun aus Anlaß dieser Anstände unter Vorsitz des Königs, und in Gegenwart des Befehlshabers der achten Bundesarmeedivision des Prinzen Karl von Bayern ein Ministerrath gehalten, in welchem Beschlüsse gefaßt, und dem Kommandanten unserer Grenzarmee General Baligand zugefertigt wurden, durch welche hoffentlich ähnliche Anstände für die Zukunft verhütet werden, da die gegenwärtigen nach eingegangenen Nachrichten als bereits beseitigt zu betrachten sind. Prinz Friedrich von Baden, welcher heute unsere Stadt verließ, war mit dem Gegenstande vertraut gemacht worden, und wird persönlich in Karlsruhe darüber berichten. (A. A. Z.)

† (Nürnberg den 12. April.) Die Herren Schöneker und Wiedmann suchen in der Würzburger Zeitung ihr Benehmen bei der Versammlung in Frankfurt ihrem Mandate gegenüber zu rechtfertigen. Wir haben dagegen Folgendes zu bemerken. Die beiden Herren haben allerdings nicht ausdrücklich für die Republik gestimmt, allein Das hat Niemand in der Minorität gethan, und Das ist gerade das Unredliche von vielen Mitgliedern der Minorität, daß sie es nicht wagen, ihre republikanischen Bestrebungen einzugestehen, dagegen aber für alles votiren, was die constitutionelle Monarchie unmöglich macht und die Republik herbeiführen muß. Wer für die Permanenz einer Versammlung stimmt, welche improvisirt und mit keiner gesetzgebenden Gewalt begleitet war, Der stimmt nicht für die constitutionelle Monarchie, Der stimmt für die Unordnung und für die Dictatur; wer eine Versammlung verläßt, weil seine Partei von der Majorität überstimmt worden ist, Der verläßt den parlamentarischen Weg und appellirt an die Leidenschaften; es haben einzelne Mitglieder der Minorität bei ihrem Austritt aus der Versammlung laut ausgerufen: »Die Volksfreunde sind ausgetreten, die Verräther sind geblieben!« Was damit erzweckt werden soll, begreift Jeder. Herr Wiedmann hat überdies offen erklärt, daß er seinen Grundsätzen nach Republikaner sey; wir tadeln ihn nicht darum, aber wir tadeln ihn, wenn er ein Mandat annimmt, welches mit seiner Ueberzeugung im Widerspruch steht, denn wer kann mit ganzer Energie für die constitutionelle Monarchie wirken, wenn er im Herzen ein Republikaner ist? Wir gehören nicht zu Denen, welche die Personlichkeit anfeinden, wenn dieselbe Träger einer andern politischen Meinung ist; wir werden uns daher nie hingehen lassen, unsern Gegner zu verdächtigen. Aber ohne alle Verletzung des parlamentarischen Anstandes können wir sagen: Wähler, welche Abgeordnete wie die Herren Schöneker und Wiedmann ins deutsche Parlament senden, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie statt der deutschen Einigkeit den Bürgerkrieg, statt des gewünschten Rechtszustandes die Plünderung der besitzenden Klassen, statt der Freiheit die Despotie, statt des Wohlstandes der Arbeiter die Brodlosigkeit bekommen. Nun, Ihr Wähler von Unterfranken, wir appelliren an Eure Vaterlandsliebe, an Eure anerkannte Intelligenz, wählt nach Eurem Gewissen! (Wenn die Neue Würzburger Zeitung jene Unpartheilichkeit besitzt, die wir mit Recht von ihr erwarten dürfen, so wird sie diesen Artikel gewiß auch in ihre Spalten aufnehmen, nachdem sie so manchen gegnerischen Artikel aufgenommen hat. Der Einsender.)

Baden. (Karlsruhe, 9. April.) [48. Sitzung der zweiten Kammer.] Schon gestern sollen die in Frankfurt befindlichen Abgeordneten zur badischen zweiten Kammer hieher berufen worden seyn, wenigstens sind dieselben mit dem ersten Frankfurter Bahnzuge vor 11 Uhr hier eingetroffen, und es wurde auf heute 12 Uhr eine öffentliche Sitzung angeordnet. Die Gallerien waren überfüllt, eben so alle Eingänge zum Sitzungssaale. Als Mathy in letztern eintrat, empfing ihn das Publikum mit einem lange andauernden Hoch, eben so die Abgeordneten Welcker, Bassermann und Soiron. Auch dem Präsidenten der Kammer, Mittermaier, wurde ein Hoch gebracht. Nach geraumer Zeit traten die Vertreter der Regierung, Staatsrath Bekk an der Spitze, ein; ihm folgten Staatsminister v. Dusch, Staatsrath Nebenius, Finanzministerialpräsident Hoffmann und der Präsident des Kriegsministeriums, Hoffmann. Kaum wurde das Publikum des erstern und der übrigen Regierungs-Kommissäre ansichtig, so ertönte von allen Seiten ein donnerndes Hoch. Nach eingetretener Ruhe ergriff Staatsrath Bekk das Wort, und verbreitete sich in ausführlichem und eindringlichem Vortrage über den jetzigen Zustand unseres Landes, über die in Donaueschingen bei der letzten Volksversammlung gefaßten Beschlüsse, und über die Art und Weise, wie das Volk wegen des Einmarsches von Truppen aus Bruderstämmen irre geführt und zu Schritten verleitet werde, die nicht nur dem badischen, sondern auch dem gemeinsamen deutschen Vaterland unheilbringend seien, und einen Bürgerkrieg herbeiführen müßten. Auf so eben erwähnte Donaueschinger Beschlüsse, welche seinen und seiner Kollegen Austritt, mit Ausnahme eines einzigen (Finanzministerialpräsident Hoffmann), verlangen, hinweisend, bemerkt er ferner, daß es für die Regierung gefährlich wäre, auf den Ausspruch einer großen, und in der Regel nicht gehörig belehrten Volksmenge zu bauen; sie müsse sich an die gesetzlichen Vertreter des Volkes, an die Kammer, halten, und wenn diese seinen und seiner Kollegen Rücktritt verlangten, so solle dies heute noch geschehen, zumal es in jetziger Zeit viel besser sei, sich zurückzuziehen, als auf dem Posten zu bleiben und seine Pflicht zu erfüllen. (Allgemeiner Ruf: Bravo! Da bleiben! Nicht abtreten!) Nachdem der Redner das so eben ausgegebene Programm der Mannheimer Gemeindebehörde, welches zur Erhaltung der Gesetzlichkeit und Ordnung aufruft, verlesen, fordert er alle übrigen Städte und Gutgesinnten auf, in ähnlicher Weise zu handeln und dadurch die unserem Vaterlande drohende Gefahr abzuwenden. Bassermann, Welcker, Soiron, Bissing und Andere sprachen in demselben Sinne, und es gibt die Regierung die Zusicherung, daß sie jeder Ungesetzlichkeit mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln entgegentreten werde. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 10. April.) Die heutige Vormittags-Sitzung des permanenten Ausschusses des Vorparlaments dauerte von 9 bis 1 Uhr an. Zuerst wurde von der betreffenden Commission über die Zulassung der österr. Deputirten Bericht erstattet;

und beschlossen, Professor Endlicher, Dr. Kurandа, Dr. Schuselka und Fabrikant Hornbostl, als stimmberechtigte Mitglieder zuzulassen, nachdem schon Baron Andriani (der aber nicht bleiben kann, und Dr. Schilling substituirte) und v. Mühlfeld (?) als solche zugelassen waren, da sie 2 der sechs einberufenen Oesterreicher sind. Den übrigen Mitgliedern der österr. Deputation wurde eine berathende Stimme zuerkannt. (Hier will ich noch bemerken, daß v. Schmerling zweiter österr. Bundestagsgesandter und Baron Somaruga Vertrauensmann ist.) Nach Erledigung des obigen Gegenstandes wurde der Antrag des Ausschußmitglieds Simon in Berathung genommen und diese überaus erörternd geführt. Simon beantragte, ein Schreiben an den Bundestag zu erlassen, und darin zu beantragen, es solle der Bundesbeschluß vom 7. dahin verändert werden, daß nicht auf Grund der Bundesmatrikel von 1819 (resp. von 1842), sondern nach der wirklichen Volkszahl die Wahlen für die konstituirende Versammlung vorgenommen werden. Der Abg. Wedemann beantragte die Verwerfung dieses Antrages, und fast Alle, welche den Antrag bestritten, kamen darin überein, daß es dem Ausschuß nicht zustehe, einen Beschluß des Vorparlamentes umzustoßen, daß man das moralische Ansehen desselben und des Ausschusses schwäche, Verwirrung bei den Wahlen herbeiführen, und es sich in Frage stellen werde, ob am 1. Mai die konstituirende Versammlung zusammentreten könne. Der Antrag wurde andererseits hartnäckig vertheidigt, aber doch mit großer Majorität verworfen, der Wedemanns also angenommen. Morgen findet keine Sitzung statt. (N. Würzb. Z.)

(Frankfurt a. M., den 8. April.) Gestern Abend hatten wir Gassenlärm. Er war durch das (falsche) Gerücht hervorgerufen worden, Rothschild habe bei der Sammlung von Beiträgen für Schleswig-Holstein nur mit einem Gulden sich betheiligt, vorgebend, er sei ein armer Mann geworden. Dieses Gerücht veranlaßte schon vorgestern Abend in hiesigen Wirthslokalen eine Kollekte, wozu alle Gäste mit einem Heller beitrugen, und die zweitausend Heller eingetragen haben soll. Um ihm diese zu überbringen, begab sich ein Trupp Leute aus dem Volk vor des ältesten Rothschild Haus auf der Zeil, wo sich derselbe in allerlei mißliebige Aeusserungen ausließ, auch mit Steinen gegen den Thorweg warf. Bevor es jedoch zu weiterem Unfug kam, hatten sich einige hundert rechtliche Bürger, worunter zwanzig bewaffnete Stadtwehrmänner, eingefunden, denen es bald gelang, die Lärmmacher zu zerstreuen. (Schw. M.)

Hessen. (Darmstadt, 9. April.) Heute sind sehr viele Einwohner hiesiger Stadt nach Reisen, einem Dorfe nicht weit von Birkenau, abgegangen. Durch ein Comite, welches sich nicht nannte, und Namens desselben durch einen Schullehrer dortiger Gegend, wurde auf heute eine Volksversammlung dorthin berufen. Man vermuthet, daß die Unternehmung von bekannten Volksführern in Mannheim ausgehe, und daß diese sich der Leitung der Versammlung zu republikanischen Zwecken bemächtigen wollen. In Folge dessen hat der hiesige vaterländische Verein und dessen Ausschuß alle Vorkehrungen getroffen, sowohl einem Versuch einer badischen Partei, sich der Leitung einer Volksversammlung auf hessischem Boden zu bemächtigen, als der etwa beabsichtigten Schilderhebung zu Gunsten der Republik kräftig entgegen zu treten. Es wurde eine für jenen Fall zu verbreitende Protestation entworfen und gedruckt, sodann ein Programm über die von Hessen aus im Sinn der konstitutionell-monarchischen Regierungsform zu leitende Versammlung aufgestellt. (Schw. M.)

Oesterreich. (Wien, 8. April.) Es sind Aufrufe der Tiroler und des Erzherzogs Rainer ergangen gegen die italienischen Bewegungen, welche auch Tirol zu bedrohen scheinen. Soeben erfahre ich aus ziemlich sicherer Quelle daß bestimmte Befehle abgegangen, sich Venedigs um jeden Preis wieder zu bemächtigen. Die Division des Generals Nugent wird von der Landseite operiren, während das österreichische Geschwader Pola verlassen und zur See den Angriff gegen Venedig unterstützen wird. Inzwischen soll sich Radetzky am rechten Ufer des Mincio gegen die Lombardei zu behaupten suchen, ohne angriffsweise zu verfahren. (A. n. Z.)

(Wien, den 5. April.) Die zur Notabelnversammlung nach Frankfurt gewählte Deputation verlangte vom Erzbischof Milde die feierliche Einweihung ihrer schwarz-roth-goldenen Fahne, welchem Begehren zu entsprechen derselbe nicht für angemessen erachtete, und aus diesem Anlaß sind, wie es heißt, heute Nacht hauptsächlich von Studirenden Excesse vor seiner Wohnung mit Katzenmusik und Fenster-Einwerfen begangen worden, wodurch der edle Sieg unserer Freiheit nicht geehrt werden kann. Der Minister des Innern, Frhr. v. Pillersdorf, bezeichnet dieselben als „verbrecherisch,“ und alle Ruheliebenden wünschen mit ihm dieser Willkür gesteuert zu sehen. Vom erzbischöflichen Palast zog die Schaar vor die päpstliche Nunciatur, wurde aber durch Zureden einiger Besonnener von Gewaltthätigkeiten (wodurch die Gewaltthätigkeiten in Rom in dem österr. Botschaftspalast geahndet werden sollten) abgehalten. Uebrigens wiederholte dieselbe nach Mitternacht vor dem Kloster der Liguorianer, welche Excesse sich heute Mittag dort mit der Vertreibung der Geistlichen wiederholt haben. Die Liguorianer haben Wien unter dem Schutz der Nationalgarde verlassen. (In Betreff der Gewaltthätigkeiten im österreichischen Botschaftspalast in Rom enthält die Wiener Zeitung einen amtlichen Artikel, der am Schluß sagt: „In Erwägung der Umstände ist beschlossen worden, den K. K. Botschafter in Rom anzuweisen, seine Funktionen daselbst wieder anzutreten, in so fern die Wiederaufrichtung des österreichischen Wappens an dem Palaste der Botschaft stattgefunden habe, und die päpstliche Regierung im Stande seyn wird, ihm den völkerrechtlichen Schutz zu gewährleisten, ohne welchen diplomatische Beziehungen nicht denkbar sind. Im entgegengesetzten Falle wird Graf Lützow den Kirchenstaat verlassen.“)

(Schw. Merk.)

(Innsbruck, den 9. April.) Eine Estafette brachte heute die Nachricht von der Einnahme von Brescia und Vicenza und man behauptet, auch Treviso sei wieder in den Händen der kaiserlichen Truppen. Die Piemonteser sollen bei der ersten Stadt eine große Schlappe erlitten haben. — Nord-Tirol ist besten Geistes und Waffen das Tagsgespräch. (A. Abd. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, den 6. April.) Aus Süddeutschland haben wir eine Freischaar ehestens zu erwarten. In einem aus Würzburg an den Advokaten Baudiß am 3. d. M. eingegangenen Schreiben, wird vorgefragt, ob ein Freikorps aus Franken gewünscht werde? Man habe in öffentlichen Blättern gelesen, daß wir uns Freischaaren verbäten. Mit Genehmigung der betreffenden Behörde ist darauf umgehend nach Würzburg geschrieben, daß wir der Ankunft unserer süddeutschen Brüder und Mitkämpfer mit freudiger Ungeduld entgegen sehen. (Brem. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, den 10 April.) Dem Vernehmen nach ist Generallieutenant Graf zur Lippe, bisher Gouverneur von Stuttgart, zum Gouverneur der Bundesfestung Ulm ernannt.

(Schwb. M.)

Frankreich.

† (Paris, 8. April, Abends.) Lord Brougham, das originelle Parlamentsmitglied, das sich einer so innigen Freundschaft Louis Philipps, erfreute, scheint sich — ob aus Furcht vor dem hereinbrechenden chartistischen Ungewitter oder aus andern diplomatischen Gründen, das wollen wir ununtersucht lassen — plötzlich in die französische Republik verliebt zu haben; denn er hat, Scherz bei Seite, sich mit der Bitte um Verleihung des französischen Bürgerrechts an die provis. Regierung gewandt. Man setzt sogar hinzu, daß der edle Lord die Absicht habe, als Wahlkandidat für die Nationalversammlung aufzutreten. Diesen letzteren Punkt wollen wir nun freilich als eine politische Windbeutelei betrachten, die ihm seine Feinde aufbürden.

(Straßburg, den 7. April.) Lanciers durchsprengen die Stadt und werden vom Volke neugierig umdrängt. Es ist gestern zu Mormontier im Elsaß zu blutigen Kämpfen zwischen einer Rotte von mehreren hundert gutbewaffneten Landleuten und den dort garnisonirenden Lanciers gekommen. Erstere haben einen völlig unerwarteten und genau vorbereiteten Angriff auf die Truppen gemacht, bei welchem von letztern 12 bis 13 Mann geblieben sind. Nach einem hitzigen Kampfe, in welchem die Aufrührer viele Leute verloren haben sollen, wurden diese endlich zur Flucht genöthigt — ihr Anführer ist gefesselt eingebracht worden. Auch in Hochfelden haben Bewegungen stattgehabt, und sind mehrere angesehene Personen der Stadt, namentlich ein Notar, als Rädelsführer gefänglich eingezogen werden. (A. Allg. Z.)

Italien.

(Botzen, 9. April.) Gestern Abends hier eingetroffene Armeeberichte melden von zwei für die österreichischen Truppen günstigen Vorpostengefechten. Das eine befehligte Oberst v. Benedek, der bei einer Recognoscirung von Mantua gegen Marcaria auf die Vorhut der Piemontesen traf und 10 Dragoner nebst 13 Pferden nahm. Ein anderer Zusammenstoß erfolgte bei St. Bonifacio mit den im Römischen, Toskanischen, und den benachbarten Herzogthümern aufgelesenen Freischaaren, die sich Kreuzfahrer nennen und von Geistlichen geführt werden. Nachdem anfänglich die österreichischen Vorposten vor ihnen zurückgewichen waren, wurden sie von den Kroaten geworfen. Feldmarschall Radetzky beantragte die Auswechselung der Geiseln. Die Straße von Villach nach Udine ist wieder geöffnet. (A. A. Z.)

Bekanntmachung.

Alle Diejenigen, welche sich bei einer im vorigen Jahr cirkulirenden Adresse für Schleswig-Holstein unterzeichnet haben, werden gebeten, sich Donnerstags den 13 d. Nachmittags 5 Uhr im Katharinensaale einzufinden.

Bekanntmachung.

(Anwesen des Handelsmannes Abraham D. Neuburger zu Obermässing betr.)

Zum Verkaufe des Anwesens des Handelsmannes Abraham D. Neuburger zu Obermässing, das s. g. Gnotgut genannt, bestehend in Wohnhaus, Scheune, Stall im Hause und Hofraum Pl.-Nr. 53 a zu 0,10 Dez., Werth . . . . 1800 fl.
Pl.-Nr. 53 b. Gras- und Wurzgarten 0,24 Dez., Werth . . . . 387 fl.
" 291, 3 Beet Acker am wilden Gäßen, 0 64 Dez., Werth . . . . . 707 fl.
" 921 a Acker am Beratzingerweg, 1,52 Dez., Werth . . . . . . 100 fl.
" 1393. Acker beim Sommerkeller am Leberberg, 0,93 Dez., Werth 115 fl.
" 618. Wiese Gewaltheil zweimähdig (alter Gemeindetheil), 0 76 Dez., Werth . . . . 80 fl.
" 921 b Oedung am Beratzingerweg, 0,40 Dez., Werth . . . . 10 fl.
" 10 ½. Ein Pflanzbeet und Gemeinderecht zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen, Werth . 25 fl.

Lit. B Gemeindetheile vom Jahre 1807.

Pl.-Nr. 1271, Acker am Wirthsmühlweg 0, 48 Dez., Werth . . . . . . 45 fl.
" 1091½ Der Dumsdirnacker 0 38 Dez., Werth . . . . 25 fl.
" 1312. Wiese bei der Figur am Schnaßweg zweimähdig 0, 22 Dez., Werth . . . . 55 fl.
" 778. Waldung im Saukacker 0, 69 Dez., Werth . . . . 23 fl.
Lit. C. Pl.-Nr. 1052½. Acker Dietarein im Bühlfeld 0, 56 Dez., Werth 60 fl.

Lit. D. Ausbruch aus dem Leitlbauernhofe.

Pl.-Nro. 565. Die Kreutwiese zweimähdig, 1, 05 Dez., Werth . . . . . 120 fl.

Lit. E. Ausbrüche aus dem rothen Bauernhofe.

Pl.-Nro. 261 zu 0,90 Dez.
" 261½ zu 0, 19 Dez. } Zellenacker, Werth . . . . 118 fl.
" 261⅓ zu 1, 03 Dez.
Lit. F. Pl.-Nro. 51, ein Krautgärtchen, worauf der nunmehr abgebrochene Zehentstadel stund, 0 06 Dez., Werth . . . . 20 fl.
Pl.-Nro. 1091, Acker s. g. Bauernhanzel, 1 62 Dez., Werth . . . . 180 fl.

gerichtlich taxirt auf . . 3998 fl.

ist Tagsfahrt auf

Dienstag den 9. Mai l. Jrs. Vormittags von 10—12 Uhr

im Orte Obermässing anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach § 64 des Hypothekengesetzes und der Bestimmungen der §§ 98 bis 101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 erfolgt.

Die auf dem Anwesen ruhenden Lasten und Abgaben, so wie die Kaufsbedingungen werden am Versteigstermine bekannt gegeben werden.

Beilngries, am 29. Febr. 1848.

Königliches Landgericht Beilngries.

Der Kgl. Landgerichts-Verweser.

Häckl.

[Schluß.]

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, constitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. April 1848. № 105. Freitag: Tiburt.

†*† Erwiederung auf den Artikel in Nro. 100 d. Blattes: „Nothwendige Folgen einer deutschen Republik."

Entweder hat der Verfasser dieses Artikels sehr beschränkte Begriffe von allem republikanischen Wesen, oder er gehört zu den entschiedenen Gegnern desselben und hebt geflissentlich das Schlimmste hervor, um den ruhigen und wohlhabenden Theil der Bürger mit Schrecken und Abschen vor jeder Republik zu erfüllen. Vortheile und Bedenklichkeiten sind anderwärts schon besprochen werden und werden es noch mehr werden, so beschränken wir uns hier nur darauf, das Irrige in dem angezogenen Artikel zu beleuchten. Was zuerst den geleisteten Eid betrifft, so muß die Pflicht gegen d e Fürsten der unbedingt höhern Rücksicht des Volkswohles weichen, weil die Fürsten für das Volk da sind, und nicht das Volk für die Fürsten, und jede Nation das unbestreitbare Recht hat, ihre Verfassung zu ändern, sobald sie dieselbe mit ihrer Wohlfahrt nicht mehr vereinbar erkennt. Und sind uns nicht die Fürsten mit dem Beispiel des Eidbruches vorausgegangen? Unsere deutschen Fürsten waren sämmtlich Vasallen von Kaiser und Reich und trugen als solche ihre Lande zu Lehen, sie haben, man übersehe dies nicht — als Vasallen die Reichs-Verfassung beschworen. Diesen Schwur hat zuerst Preussen gebrochen, indem es im Jahre 1795 im Frieden zu Basel, einseitig vom Reich abfiel, diesen Schwur haben dann später die Fürsten von Bayern, Würtemberg und Baden gebrochen, indem sie sich vom Reich lossagten und an den Feind anschlossen, um Souverainetät und Gebiets-Vergrößerung zu erlangen. Dadurch sind sie aus Reichs-Vasallen, Reichs-Verräther geworden. Warum thaten sie dies? Gewiß nicht zum Wohl des Volkes, sondern zum Vortheil ihrer Häuser. Ferner waren die Nichterfüllung der 1813. gegebenen Verheißungen, die Karlsbader Beschlüsse und die Masregeln gegen die einzelnen Verfassungen in den Jahren 30—33 nicht ebenfalls Eidbrüche? — Also, nur Rücksicht auf unser Wohl, nicht die Pflichten gegen die Fürsten, soll unsere Handlungen bestimmen. Die Vortheile, welche man Fürsten und Adel abnehmen will, sollen nach einem billigen Maasstabe abgekauft werden, man will Niemand Unrecht thun, aber abgelößt müssen die Feudallasten werden, weil nur durch Freiheit des Bodens größere Ergiebigkeit und damit leichtere Ernährung der vergrößerten Bevölkerung möglich ist. Darüber sind die verständigsten Männer einig. Nun meint der Verfasser, wird man auch bald das Erbrecht der Güter und des Geldes bestreiten wollen und auf Theilung antragen. Nein, Herr Verfasser. Man will Republik, aber keinen Kommunismus, man will relative Gleichheit, keine absolute; wir wissen besser, als Sie uns glauben machen können, daß diese nicht haltbar wäre, man will das Mißverhältnis dadurch etwas ausgleichen, daß man den redlichen Arbeitern Gelegenheit giebt, etwas für die Zeit der Noth zu erübrigen, indem man die Lasten, die er bis jetzt allein tragen mußte, auch auf Andere überträgt, die bisher so ziemlich leer ausgingen. Ist das unbillig? Gewiß nicht! Oder wäre es besser, aus Deutschland ein Irland zu machen, wo auf Einen Reichen hunderttausend Bettler kommen? Dahin würde es gewiß kommen, Herr Verfasser, wenn man den alten Schlendrian fortbestehen ließe. Die Hauptmasse der deutschen Arbeiter wird uns hierin beistimmen, gewiß, alle arbeiten gerne von Morgens bis Abend, wenn sie nur zu thun haben, und ein erträgliches Leben damit bestreiten können. Die einzelnen Auswüchse unter ihnen, verfallen, wie jeder andere Uebelthäter, der Strafe des Gesetzes. Sehe man doch auf die in Deutschland oft so sehr verschrieene Schweiz, der uns nächsten, und ältesten Republik. Im Kanton Bern z. B. besteht seit 1830 eine unbeschränkte Volks-Regierung. Wer hat gehört, daß die vom Staats-Ruder verdrängten Aristokraten, größtentheils sehr reiche Familien, in ihrem Eigenthum gekränkt worden sind? Sie leben ruhig und sicher unter der Herrschaft des Volkes! Eben so die Millionäre in Basel. So es einer anders weiß, der möge es sagen. Will man dem deutschen Volke weniger Rechtlichkeit zutrauen, als den Schweizern? Was nun die Beamten betrifft, so beliebt der Herr Verfasser ebenfalls zu übertreiben. Man eifert nur gegen das vornehme Herabsehen, die Brutalität der Beamten, und ihren Kastengeist, darum soll man sie vermindern, absetzbar machen, wo es thunlich ist, und beschränken, indem man die niedern Verwaltungsstellen den Bürgern gegen geringe oder gar keine Vergütung abwechselnd überträgt, wie dies ebenfalls in der Schweiz schon lange der Fall ist. Die Bewaffnung betreffend, so ist es bereits allgemein anerkannt, daß Volksbewaffnung zweckmäßiger und billiger ist, als die bisherigen stehenden Heere. Denke man sich Deutschland als eine Republik, und das ganze Volk in Waffen, eifersüchtig auf seine Freiheit, und bereit, dieselbe zu vertheidigen, welche Nation würde wagen, uns anzugreifen? Keine von allen! Der Herr Verfasser meint, man solle nachrechnen, was der letzte Bürgerkrieg der Schweiz kostete; natürlich, jeder Krieg kostet Geld, das wissen wir wohl; der Herr Verfasser sagt aber nicht, was der Schweiz die stehenden Heere bisher nicht gekostet haben, weil sie keine hatte. Und nun vollends noch die Theilung des baaren Geldes und des Bodens. O heilige Einfalt! Giebt es wohl in Deutschland noch einen Schulknaben, der nicht schon einsieht, daß dies nicht geschehen kann, nicht geschehen wird, und nicht bestehen würde. Nein, nie kann und wird der Faule so viel haben, als der Fleißige, der Liederliche so viel wie der Ordentliche, das weiß und billigt jeder Vernünftige, daher hätte sich der Herr Verfasser die Rechnung, was auf den Einzelnen kommt, wohl ersparen können. Tausende aber könnten in glücklichere Lage versetzt werden, wenn man die Millionen, welche in Deutschland die Fürsten, das stehende Heer, die überflüssigen Beamten, die Diplomaten und aller weitere nutzlose Anhang verzehren, wenn man diese Millionen vereinigte, um Volks-Erziehung und Industrie durch großartige öffentliche Anstalten zu heben. Nur dadurch wäre dem Volke zu helfen, und das Proletariat, und der Kommunismus mit der Wurzel auszurotten. Dies ist aber nur in der Republik möglich. Wir werden gelegentlich darauf zurückkommen, und mehreres darüber sagen. Indessen glauben wir, daß vor der Hand die constitutionelle Monarchie die beste Verfassung ist, weil das Volk noch nicht reif ist für die Republik, weil die Republik Bürger verlangt, welche aus Vaterlandsliebe und Achtung vor den Gesetzen jedes Privatinteresse, jede Leidenschaft unterdrücken, und nur das Wohl des Ganzen im Auge haben. Wir haben zur Zeit weder genug solcher Bürger und noch weniger solcher Beamter; aber wir werden sie haben; die Republik wird trotz allen Hindernissen und Verdächtigungen doch siegen, weil es so seyn muß, weil es in der Natur der Sache liegt. Auf die Herrschaft der Kirche und des Adels im Mittelalter, folgte die absolute Monarchie, welche in Ludwig XIV., welcher sagen durfte „Der Staat bin ich" ihren Höhepunkt erreicht hatte; hierauf folgte die constitutionelle Monarchie, es giebt gegenwärtig nur noch zwei absolute Herrscher in Europa, den Czaar in Rußland und den Sultan, und auf die constitutionelle Monarchie wird die Republik folgen, weil sie allein die natürlichste, vernunftgemäßeste Regierungsform ist.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 12. April.) Der Gesetzentwurf die Wahl der bayr. Abgeordneten zur Volksvertretung beim deutschen Bunde, welcher gestern noch vom I. und II. Ausschuß in Berathung genommen wurde und worüber bereits heute in einer öffentlichen Kammersitzung Vortrag erstattet wird, lautet: Art. 1. Die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutsch.n Bunde geschieht nach dem Bundesmatrikularfuße im Verhältnisse von je einem Abgeordneten auf 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreiches Bayern. Art. 2. Die hienach auf jeden einzelnen Regierungsbezirk treffende Zahl von Abgeordneten wird mit Rücksicht auf das Ergebniß der jüngsten Unions-Volkszählung durch das Staats-Ministerium des Innern festgesetzt. Art. 3. Die Wahl findet in zwei gesonderten Wahlhandlungen statt, nemlich 1) mittels Wahl der Wahlmänner (durch die Urwähler), 2) mittels Wahl der Abgeordneten (durch die Wahlmänner). Art. 4. In der ersten Wahlhandlung wird auf 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes (Art. 8) wählen einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner. Art. 5. Zu beiden Wahlhandlungen ist ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses jeder bayerische Staatsbürger (Tit. IV §. 3 der Verfassungs-Urkunde) sowohl wahlberechtigt als wählbar, sofern er das 25te Lebensjahr zurückgelegt hat, und nicht an Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gesetzlich gehindert ist. Art. 6. Für jede der beiden Wahlhandlungen werden besondere Wahlbezirke gebildet. Art. 7. Die Bildung der Urwahlbezirke geschieht durch die Distrikts-Polizeibehörden (in der Pfalz durch die Landkommissariate) in der Art: 1) daß jeder solche Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt und möglichst nach den Grenzen der politischen Gemeinden bemessen wird; 2) daß kleinere Gemeinden zu diesem Ende in einen Wahlbezirk vereinigt, oder einer benachbarten größeren Gemeinde zugewiesen werden. Art. 8. Die Bildung der Wahl-Bezirke zur Vornahme der Abgeordneten-Wahlen liegt dem Staats-Ministerium des Innern ob. Es sind für die zweite Wahlhandlung ebenso viele Wahl-Bezirke zu bilden, als Abgeordnete zu wählen sind. Artikel 9. Die Wahl der Wahlmänner findet aus der Zahl der Wähler des einschlägigen Urwahl-Bezirkes statt. Die Wahl zum Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden. Art. 10. Den gewählten Beamten ist der Urlaub durch das Gesetz ertheilt. Art. 11. Die Wahlen geschehen durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel; die Gewählten müssen absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Art. 12. Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder der andern Wahl zu entscheiden. — Jeder Gewählte kann die auf ihn fallende Wahl ablehnen. Art. 13. Im Falle der Ablehnung der Wahl oder der Erklärung des Gewählten für einen andern Wahlbezirk tritt der Ersatzmann an dessen Stelle. Art. 14. Die Wahl erfolgt an den von der Staats-Regierung zu bestimmenden Tagen. Art. 15. Die Wahlkommissäre werden von der Regierung bestimmt. Art. 16. Die Wähler und Wahlmänner ernennen für ihre Wahlverhandlungen einen Ausschuß von 7 Mitgliedern aus ihrer Mitte. Art. 17. Die Wahl-Ausschüsse bescheiden alle Wahl-Reklamationen auf der Stelle durch Stimmenmehrheit. Eine Berufung gegen diesen Ausspruch ist unzulässig. Art. 18. Für den Fall, daß von der Bundesversammlung statt des Matrikularfußes der Bevölkerungs-Maßstab angenommen werden sollte, ist die Staatsregierung ermächtigt, die erforderlich weiteren Abgeordneten aus den Ersatzmännern einzuberufen. Unsere Staats-Minister des kgl. Hauses und des Aeussern, dann des Innern sind mit dem Vollzuge dieses durch das Gesetz-Blatt bekannt zu machenden Gesetzes beauftragt. Gegeben München im April 1848. Für den Entwurf (L. S.) v. Thon-Dittmer. Graf Waldkirch.

Bei der gestern Abend stattgefundenen Wahl des II. Sekretärs der Kammer der Abg., wurde im II. Scrutinium bei 119 Stimmenden

(also absolute Mehrheit 60 Stimmen) der Abg. Regierungsdirektor Dr. Schwindl mit 61 Stimmen gewählt.

(München, den 11. April.) Se. Maj. der König hat den Staatsminister der Justiz Hrn. Heintz und den Vorstand der Handelskammer von Schwaben und Neuburg Hrn. Karl Forster in Augsburg zu lebenslänglichen Reichsräthen der Krone Bayerns ernannt. (A. Z.)

(München, den 11. April.) Seit einiger Zeit schon sprach man in vertraulichen Kreisen davon, daß der bayerische Gesandte am St. Petersburger Hofe, Graf Bray, hieher berufen werden soll, um das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen. Wie ich heute bestimmt erfahren, wird sich durch dessen definitive Ernennung dieses Gerücht demnächst bestätigen. — Das Gesetz über die neue Civilprozeßordnung, mit dessen Ausarbeitung bekanntlich Ministerialrath Molitor betraut worden, ist der Vollendung nahe; ebenso das von Ministerialrath v. Hermann bearbeitete über die Ablösung der Grundlasten u. s. w., dessen alsbaldige Vorlage deßhalb in der heutigen Kammersitzung zugesagt werden konnte. — Bei der jetzt schon sich geltendmachenden großen Nachfrage nach gebildeten Offizieren für die auf den vollen Kriegsfuß zu bringende Armee ist es erfreulich zu sehen, wie zahlreiche Studenten, Polytechniker, Rechtspraktikanten, Accessisten sich freiwillig für den Kriegsdienst melden. Viele derselben werden schon sogleich als Offiziere eintreten, oder doch bald dazu vorrücken; es soll aber, wie billig, der Staat keine Garantie zu leisten geneigt sein für deren Beibehaltung nach Beendigung des Kriegs, was gewiß auch von den meisten dieser Freiwilligen nicht erstrebt wird. Unsere Stadt ward in den letzten Tagen wieder mehrmals in Spannung versetzt durch Gerüchte von Aufreizung der Arbeiter und der niederen Klassen überhaupt zu Exzessen und Angriffen auf öffentliches und Privat-Eigenthum, weßhalb die noch hier weilenden Garnisonstruppen, die Bürgergarden und Freikorps fortwährend Nachts zu patrouilliren und die, nach der Sage bedrohten Punkte, wie gestern noch den Bahnhof und die Eisenbahn, zeitweilig zu besetzen haben. Im Ganzen können wir annoch zuschauen bei diesen Wühlereien, welche mehr blinder Lärm als von wirklicher und ernster Bedeutung zu sein scheinen; und sollte es den Anwieglern gelingen, abermals Unordnungen hervorzurufen, so wird die jetzt schon in ziemlich ausgedehntem Maße bewaffnete Einwohnerschaft aufstehen, wie ein Mann, um der Anarchie, welche anderwärts schon so herbe Früchte trägt, hier in ihrem ersten Beginn mit aller Kraft entgegenzutreten. — Die Zahl unserer Oberappellationsgerichtsräthe wird demnächst um drei vermehrt werden, zum Zweck möglichst beschleunigter Ausarbeitung der zahlreichen Rückstände bei diesem obersten Gerichtshofe; auch erhält letzterer wieder das seit dem Jahr 1830 entzogene Recht zur Besetzung erledigter Stellen beim König Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Mit dem 1. April hat der König Max sämmtliche Hofämter und Hofstellen mit allen zur Zeit Angestellten ohne Aenderung ihrer Chargen und Gehaltsbezüge von seinem königl. Vater definitiv übernommen. — Hr. Schönwerth, welcher unserm König, als er noch Kronprinz war in der Eigenschaft eines Privatsekretärs diente, wird auch ferner die Privatgeschäfte Sr. Maj. führen und zwar unter dem Titel eines Hofsekretärs. (A. A. Z.)

(Pfalz.) Die beiden Mitglieder des Fünfzigerausschusses aus der Pfalz haben an die Volksversammlung zu Kaiserslautern eine Zuschrift gesendet, worin es heißt: „Es wird die neue Verfassung Deutschlands statt des bisherigen Prinzips der Legitimität, das Prinzip der Volkssouveränetät aufstellen und in alle Staatseinrichtungen durchführen, dagegen die republikanische Staatsform nicht annehmen. Dieses Ideal einer freien Verfassung liegt der großen Mehrheit unserer Stammesgenossen namentlich in Oesterreich und Preussen noch allzuferne, als daß wir annehmen dürften, bei ihnen hiefür Sympathien zu finden. Eine Republik unseren übrigen deutschen Brüdern mit Gewalt aufzudrängen, kann aber nicht unsere Absicht sein: denn wir dürfen keinen Bürgerkrieg hervorrufen und unser Hauptbestreben muß der Einheit Deutschlands gelten, nur durch sie kann die künftige Größe unseres Vaterlandes herbeigeführt und Freiheit und Wohlstand aller gesichert werden. Auch hat die Frage; ob Republik, ob Monarchie, eine untergeordnete Bedeutung, wenn nur einmal klar ausgesprochen ist, daß einzig der Wille des Volks, nicht aber die Laune eines Fürsten herrschen soll und kann. Dieser Ausspruch ist unzweifelhaft, der Grundsatz der Volkssouveränetät ist bereits faktisch anerkannt, er wird und muß auch recht zu Anerkennung gelangen, und alle Einrichtungen im Gefolge haben, welche der Freiheit die breiteste Grundlage geben. Dieß liebe Freunde und Mitbürger ist unsere Ansicht von der Sache, in diesem Sinne wollen und werden wir wirken, möge unser Entschluß Eure Billigung finden, wir aber werden dann feststehen in Einigkeit und Liebe zu Freiheit und Vaterland. Frankfurt a. M., den 8. April 1848. Euere Mitbürger: C. Spatz. G. F. Kolb. (N. S. Z.)

Baden. (Aus Baden, 10. April.) Außer Fickler, dessen Verhaftung ich bereits vor zwei Tagen gemeldet, ist auch der kürzlich amnestirte Literat Blind wieder festgenommen worden, und ein gleiches Schicksal traf einen Artillerie-Unteroffizier, welcher durch das Amnestie-Gesetz begnadigt worden, aber nachher gleichwohl wieder Patronen ausgetheilt hat. Ueber Ficklers Verhaftung erfährt man folgende Thatsachen: Derselbe hat sich nämlich schriftlich an die provisorische Regierung in Paris gewendet, mit dem Ersuchen, sie möge die deutschen Arbeiter bewaffnet über den Rhein senden und denselben möglichst zahlreiche Franzosen sich anschließen lassen; sie würden im Seekreis mit offenen Armen empfangen werden. Die provisorische Regierung, welcher es unzweifelhaft mit der Erhaltung des Friedens voller Ernst ist, hat jedoch das Schreiben Ficklers an das badische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übersendet, und damit unserer Regierung die Beweise von Ficklers schändlichem Landesverrath in die Hände gegeben. Der Abg. Mathy hat demnach nur die Pflicht eines treuen Bürgers erfüllt, als er die Verhaftung Ficklers ausführte. Wie in Mannheim und Karlsruhe, in letzterer Stadt in und ausser der Kammer, so spricht sich überall im Lande der entschiedenste Unwille gegen die republikanische Partei aus, und letztere hat in der That in diesem Augenblick eine moralische Niederlage erlitten, wie es durch physische Macht nicht möglich gewesen wäre. In der Mittheilung der französischen Regierung sollen auch noch zwei Deputirte unserer zweiten Kammer als betheiligt bei Ficklers Planen bezeichnet seyn. Wir können diesem Gerüchte keinen Glauben schenken, dürfen aber nicht verhehlen, daß schon gestern in der Kammersitzung durch Zischen und Pfeifen gegen einen und den andern Abgeordneten, die für die Republik sich thätig zeigen, ein starker Unwille sich kund gab, und es dürfte schon in wenigen Tagen die Frage praktisch werden, ob ein Ehrenmann in einer konstitutionellen Versammlung, in der er dem Großherzog und der Verfassung Treue schwört, noch länger sitzen kann, sobald er erwiesener Maßen für die Verwirklichung einer Republik, also für den Umsturz der bestehenden Verfassung, arbeitet. Nach dem gemeinen Menschenverstand ist dies Meineid. (F. J.)

(Mannheim, den 9. April.) Diesen Nachmittag kam der Abgeordnete Soiron hier an, und begab sich auf den Balkon des Rathhauses. Eine große Volksmenge hatte sich auf dem Marktplatz versammelt, um die Worte des Abgeordneten zu vernehmen. Er gab eine Schilderung der Wirksamkeit des deutschen Parlaments, und forderte das Volk auf, mit vollem Vertrauen und mit Ruhe der politischen Gestaltung des Vaterlandes entgegen zu sehen. Mannheim besonders müsse ein Beispiel dem übrigen Deutschland geben, damit dasselbe sehe, was Freiheit sey, und mit Freuden sich der neuen Ordnung der Dinge anschließe. Eine solche würdige Haltung sey besonders nothwendig für Preussen und Oesterreich, damit die Reaktionäre keinen Vorwand bekämen, statt des Gesammtdeutschlands das Sonder-Interesse zum Panier zu erheben. An den Sieg der Reaktion sey übrigens gar nicht zu denken; sollten es aber dennoch einzelne Regierungen versuchen, sich dem Willen des deutschen Parlaments nicht unterzuordnen, so werde dasselbe alle Kraft entfalten, und sogar die Reichsacht aussprechen. Diese Rede wurde mit ungeheurem Beifall aufgenommen. Zu beklagen ist, daß zuletzt ein Attentat gegen Soiron stattfand; es trat ein Mann aus dem Volk auf ihn zu, und erkundigte sich mit derben Worten und Manieren nach dem Schicksal Ficklers, worauf Soiron versetzte, daß dieser sich dort befinde, wohin er gehöre, er sey ein Hoch- und Landesverräther. Die Angriffe dieses Mannes mußten mit bewaffneter Hand der Bürgerwehr abgewiesen werden. Die Stadt befindet sich in großer Aufregung, die republikanische Partei scheint es aufs Aeusserste ankommen lassen zu wollen. Leider ist ein Zusammenstoß beider Parteien zu befürchten. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 11. April.) 1. Auszug Protokolls der 27. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 2. April 1848. Beschluß. Auf den in der 22. Sitzung vom 23. März d. J. §. 176 erfolgten Antrag der freien Städte für Frankfurt, daß, da die seit dem Jahre 1819 erlassenen sogenannten Ausnahmsgesetze des Deutschen Bundes unter veränderten Umständen bereits allenthalben ausser Wirksamkeit getreten, dieselben auch von Seiten des Deutschen Bundes förmlich als aufgehoben und beseitigt zu erklären seyen; beschließt die Bundesversammlung: daß die gedachten beanstandeten Ausnahmsgesetze und Beschlüsse für sämmtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beseitigt zu betrachten, und wo es noch erforderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seyen. 2. Auszug Protokolls der 28. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 4. April 1848. Beschluß. 1) Die Bundesversammlung erklärt in Gemäßheit des Artikels 38 der Schlußakte, daß Gefahr eines Angriffs für das deutsche Bundesland Holstein vorhanden ist, und spricht ihre volle Anerkennung für die in föderalem und nationalem Sinne von Preussen und den Staaten des 10. Bundesarmeekorps zum Schutz der Bundesgrenze in Holstein getroffenen Einleitungen aus; 2) Die Bundesversammlung, um eine einheitliche Leitung in die zu jenem Zwecke etwa noch ferner nothwendigen Maßregeln zu bringen, ersucht Preussen, sich mit den Staaten des 10. Armeekorps hierüber ins Einvernehmen zu setzen; 3) die Bundesversammlung ist bereit, behufs Verhütung von Blutvergießen und zum Zwecke der Herbeiführung einer gütlichen Einigung die Vermittlung zu übernehmen, und ersucht Preussen, das Vermittlungsgeschäft Namens des Deutschen Bundes auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins, namentlich auch auf die staatsrechtliche Verbindung mit Schleswig, zu führen. Als selbstverstanden wird dabei vom Bunde vorausgesetzt, daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden und der status quo ante wieder hergestellt werde. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 10. April.) Die von dem städtischen Bürger- und Universitäts-Ausschusse in Wien nach unserer Stadt abgeschickte Deputation besteht aus Männern, die nicht nur als Literaten bedeutende Namen haben, wie Anastasius Grün, Schuselka, Professor Endlicher und Kuranda, sondern auch aus solchen, die sich im ständischen und Bürger-Ausschusse zu Wien befinden und das Vertrauen des Volkes in vollem Maße besitzen, wie der alte Gerold, Endlicher, Schmerling, Andrian, Hornpostler, Sumaruga und Mühlfeld; endlich aus zwei jungen Musensöhnen, dem Doktor und Docenten Giskra und dem Juristen Schneider, dem Verfasser der Adresse an Se. Maj. den Kaiser, welche am Tage des Revolutionsausbruches von den Studenten überreicht wurde. So jung der Mann auch ist, eben so besonnen und ernst ist jedes seiner Worte, so wie seine ganze Haltung. Alle aber sind nur von Einem Geiste beseelt, dem Geiste der brüderlichen Liebe für ganz Deutschland, dem Geiste der Eintracht, der Ordnung und der Gesetzlichkeit. Schickt uns Oesterreich lauter oder nur die Mehrzahl solcher Männer (und daran ist nicht zu zweifeln) zur großen Nationalversammlung, dann können wir getrost einer schönen, ruhigen Zukunft entgegensehen und bald wird das sturmbewegte Meer wieder eine stille ruhige Wasserfläche werden, in der sich Alle mit Selbstbewußtseyn spiegeln können, welche zur Erhaltung der Ruhe und Einheit Deutschlands redlich beigetragen haben. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 11. April.) In Folge der in Kassel stattgehabten blutigen Ereignisse beschloß in heutiger, in der reformirten Kirche stattgehabter Sitzung der Fünfzigerausschuß des Vorparlaments eine aus 3 Mitgliedern (Wippermann, Blachière und Heckscher) bestehende Kommission nach Kassel alsogleich zu senden, welche die unter den obwaltenden Umständen nöthigen Maßregeln dort zu ergreifen, vor der Abreise sich mit Prof. Jordan zu besprechen und noch besondere Instruktionen zu empfangen hat. (N. W. Z.)

Hessen. (Kassel, 10. April, Morgens 1 Uhr.) Während ich diese Zeilen schreibe, durchtobt der fürchterlichste Aufruhr die Straßen der Stadt. Die Allarmtrommel ruft die Bürgergarde unter Waffen, die Sturmglocke tönt schauerlich durch die Nacht. Wie ich Ihnen in meinem vorgestrigen Schreiben meldete, hatte eine Anzahl Einwohner ihre Antipathie gegen den Exfinanzminister v. Motz durch einen Charivari kundgegeben. Vorgestern Abend wurden diese Demonstrationen vor den Häusern der vorherigen Kriegsminister, der Herren Dehn-Rothfelser und Abbée in größerer Ausdehnung wiederholt, wobei auch Beschädigungen fremden Eigenthums, leider auch Verwundungen von

Bürgergardisten vorkamen. Gestern Abend beabsichtigte eine große Anzahl junger Leute eine Demonstration entgegengesetzter Art, man wollte sämmtlichen Ministern ein Lebehoch bringen, vor der Wohnung des Ministers Eberhard war dieß bereits ausgeführt, in aller Ruhe und Ordnung begab man sich zu dem Justizminister v. Baumbach; da wurde der Zug in der Nähe der Gardecorps-Kaserne von einem Piquet Garde-Corps angehalten, welche sofort auf die unbewaffnete Menge scharf einhieben und mehrere verwundeten, von denen bereits einer verschieden ist. Die Erbitterung über diesen durch nichts provocirten Gewaltstreich ist schwer zu beschreiben. In allen Straßen erhoben sich sofort Barricaden, das Zeughaus wurde gestürmt und bis auf die letzte Pistole ausgeleert; ehe der Angriff gegen die Gardecorpskaserne erfolgen konnte, hatten diese aber das Weite gesucht, jedoch verfolgt von den Schüssen der wenigen anwesenden bewaffneten Bürger. Durch einen Pistolenschuß aus einem Fenster der Kaserne war noch ein junger Mensch verwundet worden, worauf von allen Seiten Schüsse gegen die Kaserne fielen; als man jedoch in dieselbe eindrang, war außer wenigen Kranken kein Mann mehr vorhanden. Das Haus wurde von Grund demolirt, den Anstrengungen des Oberbürgermeisters gelang es mit Mühe, das Volk von der Anzündung der Kaserne zurückzuhalten. Mehr als 4000 Menschen stehen unter Waffen, man sieht Knaben von 14 Jahren mit den prächtigsten Karabinern und Pistolen durch die Straßen ziehen, und dieselben abfeuern. Um 3 Uhr. Da mit der Entfernung der Gardecorps der Gegenstand der allgemeinen Erbitterung beseitigt ist, so hat sich der Sturm einigermaßen gelegt; die Barrikaden stehen jedoch noch und werden bewacht, man will die Waffen nicht eher niederlegen, als bis die Gardecorps aufgelöst und die Offiziere, welche den Angriff geleitet, verhaftet sind. Letztere sollen einige junge adelige Leute sein, die sich schon vor einigen Tagen geäußert hatten, bei der nächsten Gelegenheit auf die Bürger einhauen zu lassen. Noch immer durchziehen zahlreiche bewaffnete Volkshaufen die Stadt, ihre Gewehre von Zeit zu Zeit abfeuernd. Wir werden sehen, was der Tag uns bringt. Minister Eberhard war während der ganzen Nacht auf dem Schauplatze des Aufruhrs inmitten der Bürger. (Ffkrt. J.)

Oesterreich. (Grätz, 6. April.) Gestern sind auch hier Volkstumulte wie in Wien ausgebrochen, und Brand und Eigenthumsverletzungen bezeichneten ihre Spur. Das Mauthgebäude an der eggenberger Linie wurde in Brand gesteckt, um eine Gefällenwache, die aus dem Fenster feuerte, bei verschlossenen Thüren zu verbrennen. Bäckerläden wurden vom Pöbel geplündert, welcher auch gegen die Fleischer heranzog, die sich jedoch mit geschwungenen Beilen, unterstützt von der Nationalgarde, kräftigst vertheidigten. Die Unzufriedenheit mit dem neuen Preßgesetze, womit diese Volkshetze freilich in keiner Berührung steht, das aber von den Leitern der Bewegung, den Studenten, zur Schilderhebung benutzt worden, war der nächste Grund dieser Excesse, in Folge deren die Entfernung des Bürgermeisters sowie des Gouverneurs verlangt worden ist. Um den Unordnungen zu steuern, ist das Standrecht publicirt worden. (D. A. Z.)

Preussen. Berlin, den 10 April. In der heutigen Sitzung des Vereinigten Landtags theilt der Ministerpräsident mit, daß nach einer inzwischen erfolgten modificirten Bestimmung der Wahlen zur deutschen constituirenden Versammlung von Seiten des Deutschen Bundestages die bereits vom Vereinigen Landtage vollzogen Wahlen nicht ausreichend seien. Der König wünsche, daß der Vereinigte Landtag auf seine Wahlen verzichte und daß das Ministerium sofort die neuen Wahlen, nach dem Beschlusse des Bundes, ohne Unterschied des Bekenntnisses und des Standes, anordnen werde. Der Landtagsmarschall fragt die Versammlung, ob sie die bereits vollzogenen Wahlen als nicht geschehen ansehen wolle. Fast einstimmig wird die Frage bejaht. Abg. Knoblauch, Referent der Commission, verliest hierauf das Gutachten der dritten Abtheilung über die Finanzfrage. Das Gutachten beantwortet die beiden Fragen: 1) machen die herrschenden Zustände außerordentliche Geldbewilligungen unabweislich, und 2) in welcher Art kann dem Bedürfnisse genügt werden? zu 1 dahin, daß allerdings eine außerordentliche Geldbewilligung nöthig sei, denn die Bestände der Schatzkammer, welche am Anfang des Jahres 1847 sich auf 19,500,000 Thlr. belaufen hätten, wären seitdem bis auf 8,500,000 Thlr. vermindert worden und würden, nachdem weitere 5,000,000 Thlr. zu verschiedenen Zwecken daraus entnommen wären, bis auf 3,500,000 Thlr. schwinden, eine überaus mäßige Summe, welche man theils als ein zu reservirendes Minimum betrachten müsse und von dem höchst wahrscheinlich ein großer Theil zur Unterstützung von Disconto- und solchen Instituten werde verwendet werden müssen, welche eine erleichterte Beleihung bezwecken. Es müsse daher, in Beantwortung der Frage 2, ausgesprochen werden, daß die Regirung zur Aufnahme von 15 Mill. Thlr. auf außerordentlichem Wege ermächtigt werde. Die Abtheilung hat demnach über folgende zwei Fragen: Beschließt die Abtheilung zu befürworten, daß die Regierung ermächtigt werde: 1) auf außerordentlichem Wege zum äußern und innern Schutz der Monarchie eine Summe von 15 Mill. Thlr. zu beschaffen; 2) zur Herstellung des Credits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirthschaft Garantien bis zum Gesammtbetrage von 25 Mill. Thr. unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst gestrebt werde, Verluste für den Staat, welche diese Garantien zur Folge haben könnten, zu verhüten? abgestimmt, und die erste Frage einstimmig, die zweite mit 17 gegen 2 Stimmen bejaht. (D. A. Z.)

(Posen, den 8. April.) Einige Stunden nach der Willisen'schen Proklamation erschien eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten v. Beurmann und des commandirenden Generals v. Colomb folgenden Inhalts: »Durch Aufrufe, durch Reden und Gespräche hat man euch, Bewohner des Großherzogthums Posen, veranlaßt die Waffen in die Hand zu nehmen, und euch auf ein gegebenes Zeichen zu versammeln. Diejenigen, die euch das gesagt oder befohlen haben, bilden nicht eure Obrigkeit. Euer oberster und erster Herr ist der König, und eure Obrigkeiten sind die Behörden, die dazu ausdrücklich eingesetzt sind. Diese befehlen euch nun auf Grund der Gesetze, die Waffen niederzulegen, und euch nicht in großer Anzahl zu versammeln rc.«; der Schluß lautet: „Legt ihr die Waffen, Sensen rc. nicht nieder, versammelt ihr euch dennoch zu Hunderten, um den Behörden und dem Militär zu trotzen, so setzt ihr euch harten Strafen aus.“ Nach dem Städtchen Schroda, wo etwa 4000 Kossinieren (Sensenträger) eine Art Lager bezogen haben, sollten schon gestern die nöthigen Streitkräfte zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung von hier abgehen; indessen ist das noch nicht geschehen, weil man nach dem Wunsche des Herrn v. Willisen noch einige Tage anstehen will, um erst den Erfolg der Proklamation abzuwarten. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Leute friedlich auseinandergehen werden, und so dürfte es daselbst leicht zu einem blutigen Zusammenstoße kommen. Eben so steht es bei der Stadt Trzemeszno, wo circa 5000 Kossinieren versammelt sein sollen. Nach wenigen Tagen müssen also die hiesigen Differenzen zur Entscheidung kommen. In der Provinz wird von den Polenhaufen bereits arg gehaust, sie brandschatzen die Einwohner, und requiriren ohne weiteres Lebensmittel und Pferde; ja auf der Post in der Stadt Wreschen haben sie gestern sogar eine an die Regierung adressirte Summe von 400 Thaler weggenommen. Dieser Zustand von Auflösung und Anarchie muß durchaus ein Ende nehmen. So eben geht hier die Kunde ein, daß auch in der Kreisstadt Samter, vier Meilen von hier, bedenkliche Unruhen ausgebrochen seyen. Unsere militärische Besatzung hat sich noch vermehrt, indem heute Nachmittag noch das siebente Landwehrregiment aus Schlesien hier eingerückt ist; dagegen hat die einheimische Landwehr gestern unsere Provinz verlassen. Aus dem Königreiche Polen ist die auffällige, jedoch verbürgte Nachricht hier eingetroffen, daß die Russen ihre Truppen wieder von der Grenze mehr ins Innere des Landes zurückziehen. Man kann sich diese Erscheinung hier nicht erklären, meint aber, man wolle dadurch nur die hiesigen Insurgenten zum Einfall ins Königreich verlocken, um sich ihrer dann sofort zu bemächtigen. (D. Z.)

(Aus der Provinz Preussen, 6. April.) Wie sehr in den langen Friedensjahren und unter der vormundschaftlichen Regierung alle Entschlossenheit und Thatkraft der Bürger an vielen Orten eingeschlafen ist, zeigt das Schicksal der Stadt Tiegenhof (zwischen Elbing und Danzig), die am 26. und 27. März von raublustigem Pöbel, der anfangs nur auf schwarz-roth-goldene Cokarden fahndete, dann aber stehlend in die Häuser eindrang, fast ausgeplündert worden ist, ohne daß die Bürger Muth hatten, ihr Eigenthum zu vertheidigen. Erst als der Landrath aus Marienburg dazu kam und den Bürgern eindringlich zuredete, traten diese zusammen, um sich zu wehren. Nun wurde nach einem kurzen Kampfe das Gesindel besiegt, die gesetzliche Ordnung wieder hergestellt, und die Bürger wunderten sich, daß sie nicht 24 Stunden früher auf den Einfall gekommen waren, dem Pöbel entgegenzutreten. (D. A. Z.)

(Gnesen, 5. April.) Trzemeszno, eine zwei Meilen von hier gelegene Stadt, ist in diesen Tagen der Mittelpunkt der ganzen polnischen Bewegung für die nordöstlichen Theile unsers Großherzogthums. Die vielen polnischen Elemente, die dort seither besonders in dem fast von 400 polnischen Schülern besuchten Gymnasium sich vorfanden, veranlaßten, daß gleich am Tage nach dem ersten Auftreten des polnischen Comite in Posen in dem von Militär entblößten Orte die preussischen Wappen abgerissen und die polnische Republik proklamirt wurde. Darauf erfolgte, wie anderwärts, die Entsetzung der Kreisbeamten, an deren Stelle Polen traten, und die Beschlagnahme der öffentlichen Kassen. Seitdem, also seit 14 Tagen, befindet sich Trzemeszno vollkommen in den Händen der Polen, und es besteht zur Zeit in und um Trzemeszno die polnische Republik. Zwar haben wir hier eine bedeutende Besatzung preußischer Truppen, auch einige Kanonen sind hier angelangt, und jenseit Trzemeszno sollen nicht unbedeutende militärische Massen von Thorn aus herangezogen sein, sodaß die Stadt zwischen zwei Feuer genommen werden könnte: doch ist bis heute von keiner Seite ein ernstlicher Versuch gemacht worden, der neuen Ordnung der Dinge in Trzemeszno ein Ende zu machen, vielmehr ist es nur zu gewiß, daß die Organisirung eines polnischen Nationalheeres dort in vollem Gange ist, daß aus der ganzen Umgegend, besonders aus Kujawien her, viele Bauern zusammenströmen und daß in und um Trzemeszno eine Masse von mindestens 4000 bewaffneten Polen beisammen ist, die täglich Zuwachs erhalten und einexercirt und equipirt werden. Heute wurde mit eine eine aus Trzemeszno erlassene, von Garczynski, als Kommandanten der bewaffneten Macht für die Kreise Mogilno, Gnesen, Inowraclaw, Bromberg, Schubin und Wirsitz, unterzeichnete Proclamation mitgetheilt, in welcher nicht nur alle waffenfähige Polen der genannten Kreise aufgefordert werden, sich in Trczemeszno zum Nazionalheere zu stellen, sondern auch die Bitte ausgesprochen wird, Naturalien und Kriegsbedürfnisse dorthin zu liefern. So verwickelt sind schon die Verhältnisse in unserer Provinz. (D. A. Z.)

(Breslau, den 8. April.) Die Gazeta Polska enthält eine Auffoderung „an die Russen“, in der sie ermahnt werden, das Beispiel der westeuropäischen Völker nachzuahmen und ihr Sklavenjoch abzuschütteln.

Sachsen. (Leipzig, 11. April.) Bei den eigenthümlichen und schwierigen Verhältnissen der Provinz Posen zu Preussen möchte wohl nicht übersehen werden dürfen, daß, wenn der König von Preussen die gewünschten Zugeständnisse nicht machte oder nicht erfüllte, Rußland den Polen Konzessionen machen könnte, welche von diesem mit Freuden angenommen würden. Rußland würde dann sich an die Spitze der ganzen slawischen Bevölkerung stellen und Deutschland die Spitze bietend eine Reaktion herbeiführen können, die dessen ganze Civilisation gefährdete. Bekanntlich gab es schon nach dem letzten Aufstandsversuche der Polen eine große Partei unter ihnen, welche sich Rußland anvertrauen wollte, gewiß nur in der Voraussetzung — und diese ist noch weit wahrscheinlicher — daß ihnen von dort her Konzessionen gemacht würden; und es muß darum der König von Preussen jetzt vor Allem den festesten Willen bethätigen, daß er es mit der Wiederherstellung Polens ernstlich und ehrlich meint. Aber auch Deutschland hat darü er zu wachen, daß dies geschieht, denn nicht Preussen allein, ganz Deutschland würde unter der angedeuteten Vereinigung zu leiden haben. Mit Galizien ist es derselbe Fall. Auch gegen dieses sei man ehrlich; man gebe es frei, gestatte wenigstens, daß man sich dort konsolidirt und so Rußland moralisch zwingt, das Königreich Polen, eingekeilt von den beiden Provinzen, zu verlassen. Dann wird das Polen erstehen, wie es 1815 wiederhergestellt werden sollte, eine starke und kräftige Vormauer gegen Rußland. (D. A. Z.)

(Leipzig, den 11. April.) E. M. Oettinger fordert in der deutsch. allg. Ztg. auf, die Asche Ludwig Börnes vom Kirchhofe (père la chaise) in Paris zu holen und nach Frankfurt a. M., der Vaterstadt des großen Todten, zu bringen, um sie dort in der Paulskirche niederzusetzen.

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 6. April.) Bei Holnitz wird seit gestern geschossen. Unsere Truppen schießen vom Dorfe Bockholm aus auf die Fahrzeuge des Feindes mittelst des aufgestellten schweren Geschützes sowohl als durch Pelotenfeuer. Gestern ge-

lang es, die Fahrzeuge stark zu beschädigen, und den Mast des einen derselben abzuschießen. Wie viele Feinde getödtet worden, ist unbekannt, von unseren Truppen sind zwei Leute kampfunfähig gemacht worden. Heute wird das Gefecht fortgesetzt, worüber indeß noch keine näheren Nachrichten haben eintreffen können. (Wes. Z.)

(Von der Niederelbe, den 9. April.) Am 7. Abends setzten sich die Dänen mit Hülfe ihrer Schiffe auf der Spitze von Holnis fest. Die Schleswig-Holsteiner rückten ihnen von Glücksburg aus entgegen. — Sie führten zwei Kanonen bei sich und es gelang ihnen, die dänischen Schiffe zu vertreiben; doch behaupteten die dänischen Soldaten ihre Schanzen. (Wes. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 10. April.) Fast wäre es heute zu einem blutigen Zusammentreffen zwischen Volk und Militär gekommen, wodurch großes Unheil hätte angerichtet werden können, wenn nicht die Behörden die größte Mäßigung und Umsicht bewiesen hätten. Ein wohl mehrere tausend Köpfe betragender Volkshaufe, der schon vorher durch eine eben stattgehabte stürmische Bürgerversammlung erregt war, sammelt sich vor der Hauptwache, um gewaltsam die Freigebung eines wegen undienstlicher Aeusserung gestern verhafteten Unteroffiziers zu bewirken. Schon rückten mehrere Kompagnien Infanterie an, die Gardereiter und Feldjäger besetzten den Schloßplatz, und man erwartete bald wilde Scenen, als es ruhigen und allgemein geachteten Bürgern noch gelang, durch gütliches Zureden und die Versicherung, der Betreffende sey schon auf dem „Asberg", werde aber in diesen Tagen wieder freigegeben werden, die Menge zu beschwichtigen, so daß sie endlich ohne weitere Exzesse zu verüben auseinander ging. Ein neuer Beweis, wie viel mehr bei solchen Gelegenheiten geachtete Bürger vermögen, als Soldaten. Die Nachricht von dem in Mannheim und Karlsruhe errungenen entschiedenen Sieg der Sache des Gesetzes über Verblendung und Anarchie hat hier im allgemeinen einen äusserst wohlthätigen und beschwichtigenden Eindruck gemacht. (A. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Mit den Gefühlen des bittersten Schmerzes bringen wir theilnehmenden Verwandten und Freunden zur Anzeige, daß es Gott gefallen hat unsere innigst geliebte Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Anna Stoller,

nach einem mehrmonatlichen Brustleiden in einem Alter von 48 Jahren in ein besseres Leben abzurufen.

Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, den 12. April 1848.

Johann Stoller, als Gatte.
Lisette Sommer
Georg Sommer,
Egydius Sommer, } Kinder

Bekanntmachung.

Bei der letzten Generalversammlung des Gewerbvereins wurden nachfolgende Herren als Wahl-Ausschuß gewählt:

J. J. Heller, Mechaniker, mit 86 Stimmen; C. H. Keßmann, Magistratsrath, mit 63 St.; Dr. Binder, 1. Bürgermeister, mit 46 St.; J. J. Schnerr, Magistratsrath, mit 46 St.; C. v. Forster, Kaufmann, mit 45 St.; J. Zeltner, Kaufmann, mit 45 St.; J. G. Kugler, Perlesenzfabrikant, mit 34 St.; Dr. Rose, Rektor, mit 34 St.; H. Lodenhofer, Kaufmann, mit 30 St.; J. C. Meißner, Wechselsensal, mit 28 St.; Ph. F. Siebenkees, Gürtler, mit 25 St.; Fr. Kaufmann Drahtfabrikant, mit 23 St.

Warnung.

Der Unterzeichnete warnt hiemit seine Mitbürger, namentlich solche die in zweiter Ehe leben, vor dem guten Rath des Herrn Lochner, früheren Accessisten im Hypothekenamt. Mein Vater verehelichte sich nach dem Ableben meiner Mutter zum Zweitenmale, derselbe wollte mich auf Anregung meiner Stiefmutter enterben, da ich aber nie meinem Vater sowohl als auch meine Mutter kränkte, so war hiezu kein Grund vorhanden, und es mußte mir ein Pflichttheil ausgesetzt werden. Nun gibt Herr Lochner meiner Stiefmutter nebst dem Vater den erbärmlichen Rath, für den er fl. 40 erhält, daß mein Vater meiner Stiefmutter sein Haus käuflich abtreten solle, damit ich mit meinem Pflichttheil auch auf die Seite gesetzt würde. Meine Stiefmutter redete meinem Vater daher so lange zu, bis er einwilligte, und der Scheinkauf durch Herrn Lochner kam zu Stande. Gründliche Beweise, daß mein Vater diesen Schritt nur durch Ueberredung gethan sind das, daß er vor 8 Jahren öffentlich bekannt machen ließ, es hätten sich verläumderische Menschen erfrecht zu sagen, er hätte seinem Sohne Uebles nachgeredet, was er als eine offenbare Lüge erklärte. Wer daher einen guten Rath dieser Art benöthigt ist, der wende sich an Herrn Lochner, der kann für fl. 40 helfen.

Philipp Weinberger.
Schuhmachermeister

Gesangbücher.

Bei herannahender Konfirmationszeit empfehle ich eine Auswahl geschmackvoll gebundener Gesangbücher, mit schönen Pressungen und Stahlstichen zu möglichst billigen Preisen.

Georg Leonhard Bär,
Buchbinder.
Waizenstraße L. Nr. 1508 a.

Damenstrohhüte

aller Art, aus den renommirtesten Fabriken, von neuester und schönster diesjährigen Façon sind in großer Auswahl zu den möglichst billigen Preisen zu haben bei

C. Kreller, Karlsstraße S. Nro. 91
nächst dem Weinmarkt.

Weiters eingegangene Beiträge für das Schleswig-Holsteiner Freikorps bei Hrn. Dr. Schwarz.

C. F. C. Kl. 7 fl. — G. F. R. 2 fl. 42 kr. C. S. 24 kr. Dr. C. 2 fl.

Literarischer Verein.

Freitag den 14. d. findet grössere Versammlung der Mitglieder des liter. Vereins im Saale des Gasthofes zum rothen Hahn statt.

Der Vorstand.

Bitte um Erklärung.

Da Herr Pfarrer Dr. Lösch schon öffentlich gezeigt, wie streit- und kampfgerüstet er in irdischen Dingen sei, was die Johannisfelder Angelegenheiten beweisen: so fragt Unterzeichneter auch öffentlich, warum der Herr Pfarrer denn in himmlischen Dingen nicht auch so gewissenhaft ist? Den Beweis dafür liefert: daß der Herr Pfarrer meinen in Gott seelig, aber ganz arm entschlafenen Vetter, nicht als einen Mann, sondern als eine Frau zur ewigen Seeligkeit auf dem Kirchhof einsegnete.

Bei einer so feierlichen Handlung sollte der Geistliche doch nicht oberflächlich handeln und dadurch die heiligsten, vom tiefsten Schmerz durchdrungenen Gefühle der Hinterbliebenen ganz unverantwortlich auf irdische Gedanken führen, das paßt schlecht mit der „Ostergabe" zusammen.

Da Unterzeichneter als Vormund der armen zwei Waisen des Verstorbenen vier Gulden von dem übergroßen Zoll abhandelte, welcher den geistlichen Zollbeamten an der Gränze ihres Kirchspiels für ein Erzeugniß Gottes das wieder zurück in sein himmlisches Vaterland geht, bezahlt werden muß, so drängt sich ihm der Gedanke auf, daß der Minderbezahlung wegen, eine Gleichgültigkeit, und dadurch diese lächerliche Einsegnung stattfand.

Sollte nun Herr Pfarrer Dr. Lösch einen andern Grund anführen können, der ihn aber wirklich entschuldigt, so wünsche ich dies schon seines Amtes wegen.

Nürnberg am 13. April 1848.

F. W. Ziegler, Seidenfärber.

(Anzeige.) Morgen wird bei uns ausgegeben:

Dr. Eisenmann's Portrait.

Lithogr. chines. Pap. 4to. Preis 24 kr.

Obiges Portrait ist nach einem Daguerreotyp aufgenommen und höchst gelungen und ähnlich ausgefallen; auch wird der billige Preis gewiß dazu beitragen, unser in die Hände Jedes gelangen zu lassen — Wir erlauben es uns daher allen Freunden und Verehrern dieses um die teutsche Sache so verdienten Mannes bestens zu empfehlen.

Schrag'sche Buch- und Kunsthandlung in Nürnberg.

(Empfehlung.) Neue Empfänge von netten Strohkäppchen für Kinder und feine Damenhüte, Roßhaar-, Reise- und Eisenbahntaschen, Schlafröcken, Herrnmützen und verschiedenen Sommerartikeln empfiehlt zu gefälliger Abnahme bestens

J. C. Meinecke am Markt.

(Empfehlung.) Alle Sorten Farben, trocken und in Oel abgerieben, besten schwarzen Lederlack in ¼ und ½ Flaschen, so wie alle anderen Lacke und Firnisse empfiehlt zur gefälligen Abnahme

W. Farberreuther, L. Nr. 432.

Herzliche Bitte.

Die beiden liebenswürdigen Mädchen, die eine mit rother Nase, die andere kleinere mit schielem Blick, werden ersucht, ihre, am Donnerstag den 6. April Nachmittags um 2 Uhr so auffallend gemachte Fensterpromenade, von der Sternapotheke an in der Bindergasse, der Weintraubengasse vorbei bis an den Trödelmarkt, nochmals zu wiederholen, da er allgemeinen Beifall gefunden hat.

(Anzeige.) Das vielverlangte Schriftchen Eisenmann's „Bericht an seine Wähler ꝛc." ist von heute Nachmittag 4 Uhr an in allen Buchhandlungen zu haben; dabei wird bemerkt, daß die Exemplare, welche zur unentgeldlichen Vertheilung bestimmt waren, bereits vergriffen sind.

(Gefunden.) Ein neuer seidener Schlips ist gefunden worden. Wer sich als Eigenthümer ausweist, kann selchen in Nro 9 vor dem neuen Thor gegen Ersatz der Einrückungsgebühr abholen.

(Empfehlung.) Zur geneigten Abnahme empfiehlt Unterzeichneter Gesangbücher in verschiedenen Einbänden.

Martin, Buchbinder
Schustergasse S. Nr. 81.

(Anzeige.) Die vom Unterzeichneten für den 17. d. M. angekündigte Auktion findet eingetretener Hindernisse wegen erst am Mittwoch nach Ostern statt.

G. Schell, Gelbgießer
in Burgfarrnbach

Oekonomiehof-Verkauf.

Ein schön gelegener Oekonomie-Hof nahe bei Regensburg, 60 Tagwerk Grundstücke enthaltend, wobei 2 Tagwerk gute Wiesen, ist sammt allem vorhandenen Inventar um 12000 fl. zu verkaufen. — Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen.) In Nro 1174 am Spitalplatz sind zwei Logis mit Bett und Möbeln an solide Herren bis den 1. Mai zu vermiethen.

(Anzeige.) Ein seidener Regenschirm, bezeichnet mit dem Namen des Eigenthümers, wurde am Dienstag aus dem goldenen Adler mitgenommen und ein anderer zurückgelassen; um Austausch wird gebeten.

(Mieth-Gesuch.) Es wird eine Wohnung bestehend aus 2—3 heizbaren Zimmern und anderen Bequemlichkeiten, bis Ziel Laurenzi zu miethen gesucht.

(Zu verkaufen.) Ein noch wenig gebrauchtes 6oktaviges tafelförmiges Fortepiano ist billig zu verkaufen.

(Ersatzmann.) Es wünscht Jemand als Ersatzmann sogleich einzustehen. Näheres S. Nro. 432.

(Kapital zu verleihen.) Auf erste Hypothek von Häuser sind bis Ziel Walburgi 6000 fl. im Ganzen oder getheilt zu verleihen.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches hier schon längere Zeit in Wirthschaften diente und sehr gut darin bewandert ist, sucht einen Dienst als Kellnerin oder Hausmagd unterzukommen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

(Gesuch.) Eine fleißige Magd, welche Hausmannskost gut kochen kann und sich jeder andern Arbeit willig unterzieht, sucht bis Walburgis in Dienst zu treten. Näheres in S. Nro. 574 im Brunnengäßchen.

(Gesuch.) Ein junger Mensch, der rechnen und schreiben kann, und von der Gärtnerei etwas Kenntnisse besitzt, wird als Auslaufer bis zum Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein ordnungsliebendes Mädchen vom Lande, welches noch nicht hier diente, im Waschen, Bügeln und allen andern Arbeiten erfahren ist, über Treue und Reinlichkeit sich auszuweisen vermag, sucht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Eine treue und fleißige Magd wird Ziel Walburgi in Dienst zu nehmen gesucht L. Nr. 349 im 2. Stock.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches treu und fleißig ist und sich willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel wieder unterzukommen. Näheres Nr. 1568 auf dem Spitzenberg.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen, welches gut Hausmannskost kochen kann, im nähen und stricken was leistet, wünscht bei einer stillen Familie unterzukommen. Näheres in S. Nro 759 Egydienplatz.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches kochen kann und sich willig allen andern Hausarbeiten unterzieht, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Hause in Dienst zu treten.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches sehr gut nähen kann, kann auf mehrere Tage Beschäftigung erhalten in S. Nr. 1160 Neuegasse.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 14. April. Zum Erstenmale: „Jean Bart am Hofe." Originallustspiel in 4 Akten von Berger.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15. April 1848. № 106 Samstag: Olympius.

⊙ Deutsche Vorschläge.

Eine Jedem, auch dem übersprudelndsten Freiheitskopfe, einleuchtende Wahrheit enthielt die vortreffliche Rede des Hrn. Dr. Eisenmann bei der am 11. d. abgehaltenen großen Volksversammlung, indem er nämlich zur Ruhe, Ordnung und Geduld ermahnte und die Erfüllung der gerechten Forderungen des deutschen Volkes als eine dem in wenigen Wochen zusammentretenden Parlamente in Frankfurt a. M. zur Lösung vorbehaltene große Aufgabe bezeichnete. Ja, wahr ist es, mit großer, mit gespannter Erwartung blickt ganz Deutschland, ja ganz Europa dem Tage entgegen, an welchem die Repräsentanten der Nation in der der alten Krönungsstadt am Main ihre gewichtigen Worte in die Waagschale für Bürgerglück und Volkswohl zu legen berufen sind. Da wird sich aber auch unwillkürlich jeder denkende Mann die Frage aufwerfen, was ist das Dringendste, das Nothwendigste, was zu geschehen hat? Ferne sei es von uns die geistigen Güter, als freies Wort in Rede und Schrift, Associationsrecht, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren mit Geschwornen, Religionsfreiheit ꝛc., welche wir theilweise schon errungen, theilweise uns schon fest zugesagt sind, gering zu achten, nein, wir achten und schätzen jedes einzelne dieser Güter als ein heiliges Palladium der Freiheit, das wir, sollte das Medusenhaupt der Reaktion uns nur im Entferntesten bedrohen, jederzeit, wenn es nothwendig wäre, mit unserem Herzblut zu vertheidigen wissen werden. Aber verhehlen wir es uns deswegen auch nicht, daß jetzt vor Allem praktische materielle Hilfe noth thut, denn sehen wir um uns, so erblicken wir nichts als gesunkenen Kredit, Mangel an Geld und Arbeit, Mißtrauen überall, Stockung des Handels und der Industrie und wenn wir auch hie und da Männer voll hoher Bürgertugend hervorragen sehen, welche es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, ihre sittlichen, intelligenten und materiellen Kräfte dem Volkswohl mit edler Hingebung und Aufopferung zu widmen, so stehen aber leider auch dicht neben ihnen hundert Andere, welche mit philiströser Indolenz gefühllos den fieberhaften Pulsschlag der Jetztzeit nicht zu bemerken scheinen. Noch einmal: Hilfe thut noth! Wir glauben vor Allem Anderen ist das Dringendste: Freiheit des Handels innerhalb ganz Deutschland! Die Zollschranken müssen fallen! Von der Nord- und Ostsee bis zum adriatischen Meere, vom Bodensee bis nach Memel müssen die Produkte unseres Bodens wie unserer Industrie in freiem Austausch frisches Leben in die Adern unserer Geschäfte bringen. Wollen wir nicht allzu ängstlich die Vor- und Nachtheile, welche dadurch allenfalls für den Einzelnen herbeigeführt werden könnten, abwägen; reichen wir uns gegenseitig die deutsche Bruderhand; die alte meerbeherrschende Hansa theile ihren Ruhm mit den Schwesterstädten an Istriens Gestaden; die Freiheit rüttle so lange an den morschen Schlagbäumen eines abgelebten, einer unseligen Politik angehörenden Zollsystems, bis sie zusammenbrechen, dann wird, dann muß es besser werden. Dann erst wird Deutschland auch in der Politik des Handels als eine geachtete, ja vielleicht gefürchtete Macht dastehen, dann werden wir auch im Stande seyn, unsere Industrie im Inneren durch die nöthigen Schutzzölle gegen Außen zu sichern und ohne gerade ein Utopien zu träumen, so können wir doch getrost uns sagen, daß wir einer bessern Zukunft entgegen gehen, wenn das Gebäude der Freiheit, daß Ihr deutschen Männer in Frankfurt aufzuführen berufen seyd, den wichtigsten Grundpfeiler, den eigentlichen Eckstein »Freiheit des Handels und der Industrie« zur festen Basis gewonnen hat.

Deutschland.

Bayern. ††(München 12. April.) [Vor Postabgang.] So eben werden die in der Journalistenloge anwesenden Journalisten zu der morgen Mittag abzuhaltenden Sitzung der Kammer der Reichsräthe (in ihrem bisherigen Sitzungssaale) eingeladen

*† (München, den 13. April.) Die gestrige Sitzung endete erst kurz vor 3 Uhr. Die übrigen Paragraphen wurden mit weniger Debatte angenommen, so daß nun der Beschluß der Kammer der Abg. über den Gesetz-Entwurf »die Wahl der bayer. Abg. zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betr.«, also lautet: Die Kammer der Abg. hat sich durch ihren vereinigten I. und III. Ausschuß über oben bezeichneten Gesetz-Entwurf Vortrag erstatten lassen, und nach gepflogener Berathung in ihrer heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung beschlossen, daß derselbe nur unter den beigefügten Modifikationen anzunehmen sey. Art. I. soll lauten: »Die Wahl der bayer. Abg. zur allgemeinen deutschen Volks-Vertretung geschieht nach dem Bundes-Matrikular-Fuße im Verhältnisse von je einem Abg. auf 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreiches Bayern.« Art. II bleibt unverändert. Art. III bleibt unverändert. Art. IV soll lauten: »In der ersten Wahlhandlung wird auf 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes (Art. VIII) wählen einen Abg. und zwei Ersatzmänner in 3 gesonderten Wahlakten.« Art. V soll lauten: »Aktivwahlfähig ist ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses jeder volljährige bayerische Staatsangehörige, welcher dem Staate eine direkte Steuer entrichtet, in so ferne er nicht wegen eines andern als eines politischen Verbrechens oder wegen Vergehens der Fälschung, des Betruges, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist. Passiv wahlfähig ist jeder volljährige deutsche Staats-Angehörige, gegen welchen eine solche Verurtheilung nicht vorliegt.« Art. VI bleibt unverändert. Art. VII soll sub Nr. 1 nachstehende Fassung erhalten: »daß jeder solche Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt; jedoch mit möglichster Beachtung der Gränzen der politischen Gemeinden und der bestehenden Distrikts-Eintheilung in den Städten.« Art. VIII bleibt unverändert. Art. IX soll nachstehende Fassung erhalten: „Aktiv wahlberechtigt ist jeder in dem Wahlbezirke, wo er sein Domicil hat. Als Wahlmann kann jeder in dem Urwahl- oder Gemeinde-Bezirke seines Wohnsitzes gewählt werden. Die Wahl der Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden." Art. X bleibt unverändert. Art. XI bleibt unverändert. Art. XII soll lauten: „Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder der andern Wahl zu entscheiden. Jedermann kann die auf ihn gefallene Wahl ablehnen." Art. XIII bleibt unverändert. Art. XIV bleibt unverändert. Art. XV bleibt unverändert. Art. XVI bleibt unverändert. Art. XVII bleibt unverändert. Art. XVIII soll nachstehende Fassung erhalten: „Für den Fall, daß von der Bundesversammlung statt des Matrikular-Fusses der Bevölkerungs-Maßstab angenommen werden soll, ist die Staatsregierung ermächtigt, die erforderlichen weiteren Abgeordneten verhältnißmäßig unter die Regierungs-Bezirke zu vertheilen, und dieselben aus den vorhandenen Ersatzmännern, und zwar zunächst aus den ersten Ersatzmännern nach der Entscheidung des Looses einzuberufen.« Der Schlußsatz bleibt unverändert. Am Schlusse der Sitzung macht Dek. Bauer die Bemerkung, wie erfreulich es sei, daß die jetzigen Minister, welche aus der Mitte der Kammer, in derselben nicht mit glänzenden Uniformen erschienen, und wünschte, daß dieß auch in Zukunft der Fall sei. Bar. Closen sprach den Wunsch aus, daß alle deutschen Regierungen auf der Bahn des Fortschritts so vorangehen möchten, wie dieß unsere bayr. Regierung mit dem jetzigen Gesetzentwurfe gethan habe. — Heute um 10 Uhr ist Reichsrathsitzung.

(München, 12. April.) Se. Maj. der König Ludwig wird morgen in der Früh von hier über Füssen und Reutte nach der Schweiz reisen und einige Zeit dort verweilen. In welche Gegend der Schweiz sich Se. Majestät begibt, ist zur Zeit unbekannt. (A. A. Z.)

(München, den 12. April.) Der gestern vom Ministerium vorgelegte Gesetzentwurf über die Wahlen zum deutschen Parlament hat wie in der Kammer so auch ausserhalb derselben Widerspruch gefunden, zumal bei den jungen Männern der gebildeteren Klassen, und dieser spricht sich speziell in einer von den Studirenden ausgehenden Adresse an die Kammer aus, zu deren Unterschrift sie jedermann einladen, der gleicher Gesinnung ist. In derselben wird gebeten 1) um direkte Wahlen, 2) um die Bestimmung, daß jeder majorenne Bayer aktiv, und jeder Deutsche passiv wahlfähig sey, 3) daß man von der Bundesmatrikel Umgang nehme, und sich an die neueste Volkszählung halte. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß ja die in diesen drei Punkten ausgesprochenen Grundsätze im Vorparlament den einzelnen deutschen Staaten als normgebend empfohlen worden seyen, und daher um so mehr Berücksichtigung verdienen. (A. A. Z.)

Baden. †(Aus Baden, 11. April.) Bei uns ist bis heute noch nicht im Geringsten das Eigenthum gefährdet worden, mit Ausnahmen einiger Juden deren Häuser demolirt wurden, da sie seit Jahren des Wuchers beschuldigt waren, und einigen tyranischen Bezirksbeamten, die fortgejagt wurden ohne sich an deren Eigenthum zu vergreifen. Von Einfällen von Frankreich aus ist nichts zu befürchten, indem die gehörigen Maßregeln getroffen sind, dieselben mit Erfolg zurückzuschlagen, indem beinahe das ganze 8. Armeekorps von hier bis Konstanz aufgestellt ist und sollte dasselbe nicht ausreichen, so stehen binnen 24 Stunden mehr als 30,000 Bürger unter den Waffen. Dies sind die Vorkehrungen im Falle räuberische Einfälle stattfinden sollten. Anders sieht es aber aus, wenn das Volk seine Wünsche in Frankfurt a. M. nicht befriedigt sieht, ein Theil unsers Oberlandes ist jetzt schon republikanisch gestimmt, wird aber durch den Kern des Volkes im Zaum gehalten, indem man die Frankfurter Verhandlungen abwarten will und der schroffe Uebergang der bis jetzt bestandenen Tyrannei zur völligen Freiheit für gefährlich gehalten wird. Sollte das deutsche Parlament sich mehr mit schönen Worten beschäftigen, was bei einer so gelehrten Versammlung leicht der Fall sein könnte, als energische Beschlüsse fassen, und dieselben mit Kraft durchführen, so ist bei uns der Bürgerkrieg unvermeidlich, denn das Volk ist argwöhnisch, und mit allem Recht, und verlangt Handlungen statt Versprechungen. Die Wahlen zu den Wahlmännern des deutschen Parlaments haben bei uns begonnen und scheinen mit Ruhe und Ernst zu enden.

Freie Städte. (Frankfurt, 13. April.) Verhandlung der Bundesversammlung. 31. Sitzung vom 11. April 1848. 1) In der heutigen ausserordentlichen Sitzung wurde beschlossen, die kurhessische Gesandtschaft zu ersuchen, unverzüglich von ihrer Regierung Auskunft über die Veranlassung und den Hergang der heute bekannt gewordenen neuesten Ereignisse zu Kassel zu verschaffen und der Bundesversammlung mitzutheilen. 2) Auf den Antrag, welchen die kgl. preussische Regierung in Uebereinstimmung mit den betheiligten Provinzen gestellt hat, Ost- und Westpreussen in den deutschen Bund aufzunehmen und die zur Ausführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßregeln bezüglich einer Abänderung der Bundesmatrikel u. s. w., vorerst von dem betreffenden Ausschuß begutachten zu lassen.

Verhandlungen der 17 Beigeordneten am Bundestage. Sechste Sitzung. Vorsitzender: v. Gagern. Neu eingetreten: Für Oesterreich Appellationsrath von Schmerling, und Landrath von Sommaruga. Zur Tagesordnung stand die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Ehe zur Erörterung darüber geschritten wurde, fand sich der königlich sächsische Herr Bundestagsgesandte in der Versammlung ein, und eröffnete, daß die beantragte Publikation des Bundesbeschlusses vom

2. d. M., wegen Aufhebung der Ausnahmsgesetze, und des Bundesbeschlusses vom 4. d. M., in Betreff Schleswig-Holsteins, seitens der hohen Bundesversammlung noch heute erfolgen werde. Bei der Erörterung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit wurde von dem Beschlusse der Versammlung, dahin lautend: „Schleswig, staatlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, ist unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen, und in der konstituirenden Versammlung gleich jedem andern deutschen Bundesstaate durch frei gewählte Abgeordnete zu vertreten“ ausgegangen. Sodann wurde der Bundesbeschluß vom 4. d. M. mit den auf ihn sich beziehenden Bundestagsprotokollen verlesen. Das Ergebniß der weiteren Berathung war der einstimmige Beschluß, bei der hohen Bundesversammlung zu beantragen: 1) daß die provisorische Regierung für Schleswig-Holstein im Sinne ihres eigenen Antrages von Seiten des deutschen Bundes anerkannt werden möge; und 2) daß von hoher Bundesversammlung das Nöthige sofort veranlaßt werde, um die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund zu bewerkstelligen. Rücksichtlich der Modalitäten, unter welchen die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund werde geschehen können, wurde auf den Antrag und die Bekanntmachungen der schleswig-holsteinischen provisorischen Regierung Bezug genommen. Zur Beglaubigung: Petri.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen (Kassel, den 10. April, Mittags 2 Uhr.) Die Aufregung der Nacht hat bis jetzt ununterbrochen fortgedauert. Es stellt sich jetzt heraus, daß die Gardedukorps unter der Anleitung eines Offiziers, des Secondlieutenants von W., ohne höhere Ordre in einem Hinterhalt aufgestellt waren, bei dem Herannahen des Volkszuges aus demselben vorfielen, und mit blinder Wuth die wehrlosen Zuschauer verfolgten. Insbesondere war eine zur Aufrechthaltung der Ordnung aufgestellte Bürgergardeabtheilung das Ziel des verrätherischen Angriffs; mehrere Bürgergardisten wurden schwer verwundet, da der Angriff unerwartet kam, und man sich nicht sofort sammeln konnte. Die Gardedukorps wurden jedoch bald in die Kaserne zurückgedrängt, und mit Schüssen verfolgt. Ein wüthendes Geschrei nach Rache durchtobte die Stadt, alle Bande der Ordnung waren zerrissen, selbst die Befehlshaber der Bürgergarde erhielten kein Gehör, Jeder folgte nur den Eingebungen der Leidenschaft. Heute morgen wurde die Inschrift an der Gardedukorps-Caserne abgenommen, und eine schwarz-roth-goldene Fahne auf derselben aufgesteckt. Das Freicorps ist vollständig bewaffnet worden und wird so eben beeidigt. Fortwährend fallen Schüsse in den Straßen, die Barrikaden sind zum Theil noch nicht hinweggeräumt. Exemplarische Strafe muß die Mißhandlungen und namentlich ihren Anführer treffen, die in ihrem soldatischen Uebermuth die Ruhe der Stadt, wer weiß nicht, ob noch mehr gefährdet haben. Denn Niemand verhehlt sich jetzt die Lage der Dinge. Es stehen Leute unter Waffen, von denen das Schlimmste zu fürchten ist. Gebe Gott, daß die Nacht ohne weiteres Unglück verläuft.

Soeben erscheint folgende Proklamation: Mit tiefem Schmerze beklage Ich ein Ereigniß, das in der letzten Nacht zu bedauerlichen Störungen der öffentlichen Ruhe Meiner Residenzstadt Veranlassung gegeben hat. Finde ich auch darin Beruhigung, daß, soweit der Sachverhalt bis jetzt ermittelt werden konnte, ein Menschenleben nicht zu beklagen ist, und daß nur einzelne Garde du Corps es waren, welche sich ohne Commando Exzesse gegen hiesige Einwohner zu Schulden kommen ließen, so habe ich Mich dennoch alsbald veranlaßt gesehen, den Ausmarsch der Garde du Corps und nun die Auflösung derselben anzuordnen. Die Schuldigen wird die Strenge des Gesetzes treffen und es wird zu diesem Ende die nothwendige Untersuchung alsbald eingeleitet werden. Ich setze in die Bürger Meiner Residenz das Vertrauen, daß sie in den bereits getroffenen Anordnungen den Beweis Meines ernsten Willens zur gesetzlichen Ahndung des fraglichen Vorfalles erkennen, darin Beruhigung finden und sich nicht zu Schritten verleiten lassen, die für sie selbst und das Land nur die traurigsten Folgen haben können. Kassel, am 10. April 1848 Friedrich Wilhelm. vdt. Baumbach. Schwedes. Weiß. Meier. Eberhard.“

Obergerichtsrath Abée, der vorherige Kriegsminister Schmidt und Ex-Finanzminister Motz haben die Stadt verlassen. Ob obige Proklamation die von Stunde zu Stunde sich steigende Aufregung beschwichtigen wird, steht sehr dahin; man läßt es sich nun einmal nicht ausreden, daß ein Secondelieutenant und wenige Kürassiere ein solches Attentat auf eigene Faust gewagt haben würden. Ohnedies ist die Ministerkrisis von 8. der Anlaß der ganzen Aufregung gewesen.

Es bestätigt sich nunmehr auch offiziell die Nachricht von der definitiven Ernennung des Professor Jordan's zum Gesandten am Deutschen Bunde. (Frkft. J.)

(Hanau, den 11. April.) Gestern ging von hier eine Petition der Bürger an das Gesammt-Staatsministerium ab, in der die Unterzeichner sich namentlich darüber beschweren, daß die von der Regierung gemachten Zusicherungen bis jetzt noch nicht vollständig verwirklicht worden wären; daß die Wahlen zur künftigen Nationalversammlung in Frankfurt noch nicht begonnen und überhaupt noch gar keine Einleitungen dazu getroffen seyen; daß die Hof-Camarilla wieder ihr Haupt erhebe u. s. w. Am Schlusse heißt es: „Wir petitioniren demnach um beharrliche Durchführung einer volksthümlichen Regierung nach den angedeuteten Rücksichten.“ (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 11. April.) Die Allgemeine Preussische Zeitung enthält Folgendes: I. Verordnung über die Wahl der preussischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung. Wir Friedrich Wilhelm rc. König von Preussen rc. verordnen, in Gemäßheit des von der deutschen Bundesversammlung in der Sitzung vom 7. April d. J. gefaßten Beschlusses wegen Einberufung einer deutschen Nationalversammlung auf den Antrag unsers Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Jeder großjährige Preusse, welcher nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezieht. §. 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 500 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht 500, übersteigt aber 300 Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht 300 Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als 1000 Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begrenzen haben, daß in Einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeindeverbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen. §. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirke zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist. §. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen. §. 5. Jeder großjährige Deutsche, der den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar. §. 6. Die Zahl der von Preussen nach Maßgabe des Bundesbeschlusses vom 7. April d. J. zu wählenden Abgeordneten wird auf die Provinzen nach den Verhältnissen ihrer Bevölkerung zur Gesammtbevölkerung der zum deutschen Bunde gehörigen Landestheile vertheilt. §. 7. Die Oberpräsidenten haben in jeder Provinz so viel Wahlbezirke von möglichst gleicher Einwohnerzahl zu bilden, als Abgeordnete zu wählen sind. §. 8. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung. §. 9. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo ein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeindeeinrichtungen unser Staatsministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (§. 12) feststellen. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar nach der nähern Festsetzung des Oberpräsidenten in einem der Hauptorte des Wahlbezirks. §. 11. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eignen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden. §. 12. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat unser Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen. Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten königl. Insiegel. Gegeben Berlin, den 11. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher. II. Reglement zur Ausführung der Verordnung vom 11. April d. J. über die Wahl zur deutschen Nationalversammlung wird hierdurch festgesetzt, daß die Wahlen der genannten Abgeordneten überall nach dem Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. für die zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung abgehalten werden sollen. Es treten nur folgende Modifikationen dabei ein: Zu §. 1. Die Verzeichnisse der stimmberechtigten Wähler werden nicht nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 1 des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. sondern nach Maßgabe der allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage aufgestellt. Zu §. 5. Die Wahlen der Wahlmänner werden ebenfalls im Umfange der ganzen Monarchie am 1. Mai d. J. vorgenommen, jedoch erst nachdem die Wahlen, welche durch das Reglement vom 8. April d. J. angeordnet sind, abgehalten sein werden. Die Wahlen sind in getrennten Wahlacten vorzunehmen, wobei jedoch die bei den ersten Wahlen gewählten Wahlmänner bei den letztern nicht ausgeschlossen sind. Zu §§. 22 und 31. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird im ganzen Umfange der Monarchie am 10. Mai d. J. abgehalten. Doch bleibt den Oberpräsidenten überlassen, da, wo der Umfang der Wahlkreise solches zuläßt, die Abhaltung der Wahlen schon am 8. Mai d. J. zu gestatten, und kommen dann die vorstehenden Bestimmungen für die Urwahlen zur Anwendung. Die Zahl der vom preußischen Staate abzusendenden Abgeordneten berechnet sich nach dem Beschluß der Bundesversammlung vom 7. April d. J. mit Ausschluß der Provinz Preußen auf 159 und mit Einschluß dieser Provinz auf 191. Dieselben werden auf die Provinzen wie folgt vertheilt: Brandenburg 27, Pommern 15, Schlesien 39, Sachsen 23, Westphalen 20, Rheinprovinz 35, Preußen 32. Zu §. 31. Die Wahlverhandlungen werden zur Mittheilung an die Versammlung dem königlichen Bundestagsgesandten zu Frankfurt a. M. zugesendet werden. Berlin, den 11. April 1848. Königliches Staatsministerium Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher. III. Bekanntmachung. Der Unterzeichnete ist von vielen Seiten aufgefodert worden, gegen die Uebergriffe der Presse in den letzten Tagen am hiesigen Orte gesetzlich einzuschreiten. Bei der großen Zahl dieser Auffoderungen und ihrer theilweisen Anonymität ist der Unterzeichnete genöthigt, seine Antwort auf diesem Wege zu geben. So lange die Presse sich nur in dem Felde des Allgemeinen, in Theorien über Reform des Staats, der Gesellschaft, des Verkehrs bewegt, seien die Vorschläge auch noch so übertrieben, noch so sehr das Bestehende angreifend, so lange hält der Unterzeichnete jedes Einschreiten der Strafgewalt dagegen für unzulässig. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, selbst des böswilligsten in dieser Sphäre, gibt es keine andern Waffen als die des Geistes. Zuchthaus, Geldbußen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Verbreiter zu Märtyrern des Volkswohls zu erheben. Gegen die Unwahrheit gibt es nur Ein Mittel, das: sie zu widerlegen, und zwar in der gleichen einfachen verständlichen Weise, in welcher jene ihre Verbreitung zu erlangen sucht. Je mehr jeder Ansicht, auch der äußersten, Raum gestattet wird, sich öffentlich auszusprechen, um so gefahrloser wird sie. Die Gefahr beginnt erst mit dem Moment, wo die Verfolgung solcher Ansicht sie nöthigt, ihre Verbreitung im Geheimen zu suchen. Wer Preßfreiheit will, muß auch deren Misbräuche zu ertragen wissen. Die Neuheit der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung wird auch den verführerischten solcher Theorien zu widerstehen wissen, wenn ihnen nicht blos Bitten und Ermahnungen entgegengestellt, sondern das Unhaltbare und für den Arbeiter selbst Verderbliche solcher Lehren ruhig und ernst dargelegt wird. Der Unterzeichnete wird deshalb nur dann gegen Uebergriffe der Presse einschreiten und hält sich im Geiste des neuen Preßgesetzes nur dann dazu befugt, wenn eine Druckschrift, das Gebiet des Allgemeinen verlassend, zu einem bestimmten Verbrechen Rath der Anleitung geben oder die Ehre und Integrität bestimmter Personen verletzen sollte. Berlin, den 11. April 1848. Der Staatsanwalt beim königl. Criminalgericht, v. Kirchmann.

(Berlin, den 11. April.) Der gestern erfolgte Schluß des Vereinigten Landtags hat sowohl durch die Finanzbewilligungen der Stände wie durch das unserm neuen Ministerium damit gegebene Vertrauensvotum eine nach allen Seiten hin ermuthigende und stärkende

Wirkung gehabt, und wir können jetzt erst sagen, daß wir den organischen Weg für unsere neue Staatsentwickelung zu betreten anfangen. Die Resultate der an erhebenden Momenten reichen Schlußsitzung des Landtags verbreiteten sich unmittelbar nach Beendigung derselben an unserer Börse, welche ihre Berichterstatter in dem Ständesaale hatte, und die preussischen Staatsschuldscheine gingen gestern sofort bis auf 82 in die Höhe. Aus den Verhandlungen und Erklärungen in dieser letzten Landtagssitzung stellte sich zugleich über die gesammte Finanzlage Preussens eine bestimmte und neubelebende Ansicht fest, die besonders auf der gewonnenen Ueberzeugung ruht, daß unser Finanzhaushalt, wenn auch der Augenblick der gegenwärtigen Krisis ein höchst gefahrvoller und fast verzweifelter war, doch ein dauerhaft begründeter ist, und innere Hülfsquellen besitzt, die mit sicherm Erfolg befruchtend in den allgemeinen Staatswohlstand hinüber geleitet werden können. Wer in der letzten Zeit von einem möglichen Staatsbankerott Preussens gesprochen, hat schon die gewaltige Basis nicht erwogen, welche allein die Domänengüter unseres Staats dem Nationalreichthum unterbreiten. Den wirklichen Ertragswerth der preussischen Domänen möchte man leicht auf 300 Millionen angeben können, wenn auch unter den gegenwärtigen Umständen und Bedingungen ihre Bewirthschaftung noch nicht die Hälfte dieser Summe hat erreicht werden können. In Erinnerung ist uns das Wort eines der größten Finanzmänner Preussens, Maaßen, der zu äussern pflegte, daß der preussische Staat noch einen bedeutenden Vortheil haben würde, wenn er seine Domänen verschenkte, indem dann auf der einen Seite die Kosten für Verwaltung, Bauten, Verbesserungen und dergleichen wegfielen, auf der andern Seite aber allein die Erträge der Steuern und der Stempelgelder die Einnahmen auf eine bedeutende Höhe stellen müßten. Das immer sehr räthselhaft gewesene Institut des Staatsschatzes hat zwar jetzt sehr niederschlagende Entdeckungen herbeigeführt, da sich der vorgefundene Baarbestand nur in 8½ Millionen ergeben hat, während man bisher selbst von kundigen Finanzmännern die Ansicht hatte aussprechen hören, daß der preussische Schatz auf eine Höhe von 60—70 Millionen veranschlagt werden müsse. Die bedeutendste Fundirung dieses Staatsschatzes war unter Friedrich Wilhelm III. ohne Zweifel durch die französischen Kontributionsgelder geschehen, aber der Zusammenhang des Staatsschatzes mit dem Privatvermögen des königlichen Hauses war immer unerforschlich geblieben, was mit den leitenden Prinzipien des ganzen vergangenen Regierungssystems untrennbar zusammenhing. Wenn man aber die jetzt angegebenen geringen Baarvorräthe des Staatsschatzes nichts desto weniger unbegreiflich finden will, so ist zu bemerken, daß sich die noch vorgefundenen 8½ Millionen nur auf die im Metall enthaltenen Summen beziehen können, der unzweifelhaft außerdem vorhandene Vorrath an Staatspapieren aber nicht darunter begriffen ist. Unsere Minister hatten aus der Finanzfrage eine Kabinetsfrage gemacht, und waren sämmtlich zu einem Rücktritt aus ihren Stellen entschlossen, wenn die Stände mit ihren Bewilligungen zurückgehalten hätten. Man kann daraus die finanzielle Dringlichkeit des Moments ermessen, in dem sich unsere Regierung nach der materiellen Seite ihrer Aufgabe hin gegenüber der Kriegs-, Arbeiter- und Gewerbsfrage befindet. Herr v. Vincke hat gestern in seiner begeisterten und hinreißenden Rede, in welcher er an den Patriotismus Preussens appellirte, dem neuen Ministerium seine volle Unterstützung zugesagt, und der Wunsch, diese, die schwierigste Stellung mit den größten Aufopferungen verbindenden Männer erhalten und gekräftigt zu sehen, wird in diesem Augenblick hier um so allgemeiner, als man zugleich die Ueberzeugung hat, daß es jetzt so gut wie unmöglich sein dürfte, ein anderes Ministerium zu Stande zu bringen. Selbst in der radikalen Volksversammlung unter den Zelten, die gestern Abend eigentlich mit der Absicht zusammengekommen war, einen Protest gegen das Ministerium wegen der Wahlen zur Nationalvertretung zu beschließen, wurde den Ministern ein Lebehoch gebracht, als die Annullirung der hier allgemein zurückgewiesenen Wahlen des Landtags bekannt gemacht wurde. Wir hoffen jetzt, wo unsere Nationalvertreter aus Volkswahlen hervorgehen werden, die Versammlung in Frankfurt a. M. durch andere Männer beschicken zu können, als sie der Landtag zum Theil in abgenutzten und compromittirten Organen der gestürzten Gewalt uns bestellt hatte. Der größte Theil unserer Landtagsdeputirten hat uns schon gestern Abend verlassen. Herr v. Beckerath war schon mehrere Tage vorher plötzlich in seine Heimath zurückgereist, da ihm beunruhigende Nachrichten aus der Rheinprovinz eine Besorgniß für seine Fabriketablissements eingeflößt zu haben schienen. (D. A. Z.)

(Berlin, 11. April.) Der Minister der geistlichen Angelegenheiten hat in der Ueberzeugung, daß die wegen Mitbenutzung evangelischer Kirchen durch evangelische oder katholische Dissidenten seither ergangenen Verfügungen mit der von dem Könige seinem Volke zugesicherten Religionsfreiheit nicht vereinbar seyen und die Befugniß der Gemeinden, über die Kirchen zu verfügen, mehr beeinträchtigen, als es selbst nach der bestehenden Gesetzgebung geboten erscheint, so eben in einer an sämmtliche Consistorien und Regierungen erlassenen Verfügung bestimmt, daß den Dissidenten die Mitbenutzung evangelischer Kirchen zu gestatten sey, sobald Patron und Gemeindevertreter ihre Zustimmung erklärt haben. In Betreff der Kirchen landesherrlichen Patronats ist angeordnet worden, daß die von Seiten der Patronatsbehörde zu ertheilende Zustimmung nicht zu versagen, wenn die Gemeindevertreter Dissidenten die Mitbenutzung der Kirche gestatten wollen. Ausserdem sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen, um auch im legislativen Wege durch angemessene Aenderung des Patents und der Verordnung vom 30. März v. J. der freien Religionsübung Raum zu gewähren. (D. A. Z.)

(Magdeburg, den 9. April.) In einer großen Bürgerversammlung ist beschlossen worden, eine Petition an das Cultusministerium zu richten, worin um Auflösung des gesammten hiesigen Consistoriums und Entfernung der seitherigen Mitglieder desselben gebeten wird, weil bei der jetzigen Zusammensetzung desselben aus Männern der pietistischen Richtung nur nachtheilige Folgen für die Provinz zu erwarten seien. (Köln. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 12. April.) Heute wurde nachstehende Verordnung, die Wahl deutscher Nationalvertreter für das zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende deutsche Verfassungswerk betreffend, vom 10. April 1848, ausgegeben: Wir Friedrich August von Gottes Gnaden König von Sachsen ꝛc. finden, in Verfolg des wegen der Wahl von Nationalvertretern für das zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende deutsche Verfassungswerk gefaßten Bundesbeschlusses für diesmal und zu dem vorliegenden Zwecke Nachstehendes zu verordnen uns bewogen: §. 1. Für das Königreich Sachsen sind 24 Vertreter zu ernennen. §. 2. Behufs der Wahlen derselben ist das gesammte Königreich in die aus der Anfuge zu ersehenden 24 Wahlbezirke eingetheilt, und für jeden dieser Bezirke die dabei bemerkte Stadt zum Sitze der Bezirkswahldeputation bestimmt worden. (Dieses Verzeichniß wird alsbald nachfolgen.) §. 3. Diese Deputation besteht aus der nach Vorschrift von §. 131 der allgemeinen Städteordnung gebildeten Wahldeputation des Orts unter der Leitung eines derselben zugeordneten Regierungskommissärs. §. 4. Stimmenberechtigt bei diesen Wahlen sind nur großjährige sächsische Staatsangehörige unbescholtenen Rufs, und zwar: a) in den Städten die Bürger und Schutzverwandten nach den Vorschriften der §§. 41—81 der Städteordnung vom 2. Febr. 1832; b) auf dem Lande die Mitglieder der Landgemeinden nach §§. 24—35 der Landgemeindeordnung vom 7. Nov. 1838; c) Staatsdiener, Professoren, akademische Privatdocenten, Kirchen- und Schuldiener, Offiziere und Angestellte in der Armee mit Offiziersrang und Rittergutsbesitzer, selbst wenn sie in keine der sub a und b angegebenen Klassen gehören. Sie nehmen an den Wahlen der Gemeinde ihres Wohnorts Antheil. §. 5. Diejenigen, welche als stimmberechtigt an der Wahl Theil nehmen wollen, lassen ihre Namen bei der Gemeindeobrigkeit binnen einer Frist von drei Tagen von der deshalbergehenden Aufforderung an, unter dem Nachweis ihrer Stimmberechtigung in ein deshalb anzulegendes Verzeichniß eintragen und erhalten einen Stimmzettel. §. 6. Die gedachte Aufforderung haben die Gemeindeobrigkeiten ungesäumt nach Publikation gegenwärtiger Verordnung in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise zu bewerkstelligen. §. 7. Auf je 100 der eingetragenen Stimmberechtigten wird ein Wahlmann ernannt. §. 8. Bei größern Gemeinden sind auf dem Stimmzettel so viel Namen zu verzeichnen, als die Zahl der angemeldeten Stimmberechtigten durch die Zahl 100 sich theilt; was mit mehr als 49 überschießt, gilt für volle 100, ein Ueberschuß unter 50 zählt nicht. §. 9. Nach Ablauf des Anmeldungstermins bestimmt die Obrigkeit, in der Stadt mit Zuziehung der nach §. 131 der Städteordnung gebildeten Wahldeputation, auf dem Lande mit Zuziehung eines oder des andern Mitgliedes des Gemeinderaths die Zahl der sonach für die Gemeinde zu ernennenden Wahlmänner, und macht bekannt, wie viel demgemäß Namen auf die ausgegebenen Stimmzettel zu schreiben sind; sie setzt dabei einen oder nach Befinden bei größeren Städten mehre Tage fest für die Abgabe der letztern. §. 10. Wenn jedoch in größern Orten die Zahl der zu ernennenden Wahlmänner mehr als 30 beträgt, so sind für die Abstimmung so viel Abtheilungen zu bilden, als erforderlich ist, um auf einen Stimmzettel nicht mehr als 30 Namen zu bringen; die Abstimmenden sind aber bei der Aufzeichnung an die Wählbaren ihres Bezirks nicht gebunden. §. 11. Wegen der kleinern Gemeinden, in welchen 100 Stimmberechtigte nicht angemeldet sind, reichen die Obrigkeiten die aufgenommenen Verzeichnisse sofort nach Ablauf des Anmeldungstermins an die Wahldeputation des Bezirks ein, welche dann Wahlabtheilungen von durchschnittlich 100 Stimmberechtigten bildet, deren jede einen Wahlmann zu ernennen hat. §. 12. Die Bezirkswahldeputation macht die gebildeten Wahlabtheilungen bekannt und bestimmt für jede diejenige Obrigkeit, bei welcher die Stimmzettel abzugeben sind. §. 13. Letztere macht sodann den Tag bekannt, an welchem die Stimmzettel bei ihr einzureichen sind. §. 14. Jeder Stimmzettel kann nur von dem Stimmberechtigten persönlich abgegeben werden. §. 15. Zum Wahlmann wählbar ist jeder nach §. 4. in der Gemeinde oder der Wahlabtheilung Stimmberechtigte. §. 16. Ueber die Ernennung zum Wahlmann entscheidet die relative Mehrheit der eingegangenen Stimmen. §. 17. Die Obrigkeit, welche das Wahlgeschäft der Gemeinde oder der Wahlabtheilung leitet, stellt dem ernannten Wahlmann, wenn gegen seine Stimmberechtigung nach §. 4. ein Bedenken nicht vorwaltet, eine Legitimation über die erfolgte Ernennung aus und meldet die Vollendung des Wahlgeschäfts der Bezirkswahldeputation. §. 18. Sobald die Wahlmännerernennungen im Bezirke zu Stande gekommen, macht die Bezirksdeputation die Tage bekannt, an welchen die Wahlmänner des Bezirks am Sitze der gedachten Deputation sich persönlich einzufinden und durch die ihnen ausgestellte Legitimation auszuweisen haben, um einen Wahlzettel zu erhalten, welchen sie mit dem Namen eines für den Bezirk zu ernennenden Nationalvertreters ausfüllen und in das dazu bestimmte geschlossene Gefäß einlegen. §. 19. Zum Nationalvertreter wählbar ist jeder volljährige selbstständige deutsche Staatsangehörige unbescholtenen Rufs. §. 20. Nach Ablauf der zur Abgabe der Stimmzettel bestimmten Tage werden die eingegangenen Stimmzettel bei der Wahldepution des Bezirks ausgezählt, und es ist derjenige für gewählt zu achten, welcher die relative Stimmenmehrheit für sich hat, seine Wählbarkeit vorausgesetzt. §. 21. Bei Stimmengleichheit entscheidet allenthalben das Loos. §. 22. Der Gewählte hat sich binnen drei Tagen über die Annahme der Wahl zu erklären, sowie auch der etwa in mehren Bezirken Erwählte darüber, welche der Wahlen er annehmen will. §. 23. Sollte aus irgend einem Grund der in einem Bezirke für erwählt zu achtende Nationalvertreter ausfallen, oder auf längere Zeit behindert sein, so tritt statt seiner Derjenige ein, welcher nach ihm die meisten Stimmen hatte. §. 24. Zweifel über die Stimmberechtigung oder Wählbarkeit, sowie über das Verfahren entscheidet in Ansehung der Urwähler und Wahlmänner, die die Urwahl leitende Obrigkeit und Wahldeputation für den vorliegenden Fall definitiv, wegen eines Nationalvertreters die Bezirkswahldepution, vorbehaltlich eines dem Erwählten gegen eine abfällige Entscheidung an das Ministerium des Innern nachgelassenen Rekurses. §. 25. Vom schließlichen Ergebnisse der Wahl ist dem Ministerium des Innern Anzeige zu machen, bei welchem dem erwählten Nationalvertreter die erforderliche Legitimation ausgefertigt wird. §. 26. Ueber das für die Ausführung obiger Vorschriften in formeller Hinsicht noch Erforderliche die nähern Bestimmungen zu treffen, bleibt den Bezirkswahldeputationen überlassen, und es sind dieselben, — wie alle bei dem Wahlgeschäfte betheiligten Obrigkeiten für schleunigste Besorgung der ihnen obliegenden Geschäfte verantwortlich. §. 27. Wegen der den Nationalvertretern zu gewährenden Reise- und Tagegelder wird sich weitere Bestimmung vorbehalten. Unser Ministerium des Innern ist mit Ausführung dieser nach §. 88 in Verbindung mit §. 89 der Verfassungsurkunde erlassenen Verordnung beauftragt. Gegeben zu Dresden, am 10. April 1848. Friedrich August. (L. S.) Dr. Alex. Karl Hermann Braun. Dr. Ludwig Karl Heinrich v. d. Pfordten. Robert Georgi. Martin Oberländer. (D. A. Z.)

Frankreich.

(Straßburg, den 9. April.) Seit gestern bemerkt man viele Mitglieder der deutschen republikanischen Legion, welche aus Paris kommen und nach ihrer Heimath zurückzukehren gedenken, in unsern Straßen. Wir glauben nicht, daß dieselben die Absicht haben den Frieden jenseits des Rheins zu stören, wie das seit einiger Zeit viele deutsche Blätter zu verbreiten suchen. Diesen Abend werden sie eine große Zusammenkunft halten, zu welcher alle Bewohner Straßburgs eingeladen sind. Fast jeden Tag treffen Polen hier ein, die auch alsbald ihre Reise fortsetzen. Die größte Colonne wird erst zu Ende der Woche ankommen. (Mannh. J.)

Italien

(Mailand, den 5. April.) Die Oesterreicher haben gestern Abend Montechiaro, Calcinate und Lonato geräumt, und sich nach Mantua und Verona zurückgezogen. Die piemontes. Truppen folgen ihnen, um Verona einzuschließen. Radetzky hat diese Stadt in Belagerungsstand erklärt, und die Einlieferung der Waffen binnen 24 Stunden bei Todesstrafe befohlen, da die Bürgergarde sich weigerte, in den österreichischen Reihen zu kämpfen, wurde sie aufgelöst und entwaffnet. Der Stadt legte Radetzky ein Anlehen von 3 Millionen Lire auf, und da die Munizipalität sich dazu außer Stande erklärte, gab er 24 Stunden Bedenkzeit, und legte mittlerweile auf alle Kassen Beschlag. Um Sturmläuten zu verhindern, wurden die Kirchthürme mit Militär besetzt. In Verona liegen 11,000 Mann. Die, die Stadt umgebenden Forts sind sämmtlich mit Batterien versehen. In Mantua legte der Gouverneur den reichsten Israeliten eine Kontribution von 1 Million Lire auf. — In Magnavacca und Cimagnio haben die Oesterreicher mit Zurücklassung von Waffen und Gepäck kapitulirt. Padua und die übrigen Städte im Venetianischen organisiren ihre Vertheidigungsmittel. Das paduanische Freicorps unter Sanfermo rückt gegen Verona vor. — Triest ist von einem bedeutenden österr. Truppencorps besetzt, aber von den Insurgenten umzingelt. Nach Briefen aus Dalmatien sollen die Engländer Lissa und den Hafen von Zara okupirt haben. (Frankf. J.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel

Anzeigen

Erwiederung
auf die Injurien des Seidenfärbers F. W. Ziegler in Nro. 105 dieses Blattes.

1. Ich habe niemals etwas von dem Johanniser Feldern bezogen, folglich auch nie um ein Recht auf dieselben zu streiten gehabt. Mein Gegner befindet sich in einem totalen Irrthum.

2. Den Namen seines verstorbenen Vetters hat er zu nennen vergessen. Ich weiß von der ganzen Sache gar nichts, und kann daher vor der Hand blos so viel sagen:

a. Die Leichengebühren für die drei Geistlichen an der Kirche, welche der erste Pfarrer vereinnahmt, betragen bei Bemittelten und Hausbesitzern 4 fl. 30 kr, bei denen, welche beides nicht sind, 2 fl 15kr. Wie daher H. Ziegler von mir 4 fl. will heruntergehandelt haben, mögen bessere Rechner, als ich bin, ausrechnen. Er scheint hier so verwirrt und unwissend zu seyn, wie bei N. 1.

b. Die Leicheneinsegnungen bestehen ganz einfach in einem vorgeschriebenen Gebete, ohne allen Lebenslauf, ja ohne die Nennung des Namens von dem Verstorbenen. Eine Verwechslung des Geschlechts kann daher blos in einzelnen Worten, einem er oder sie oder dergl. vorkommen und ist allerdings leicht möglich.

Ich stehe 30 Jahre als Prediger, Seelsorger und Schulinspektor, und seit 10 Jahren als Stadtpfarrer hier im Amte, und meine Handlungen sind allerdings, wie die Thaten jedes anderen Menschen, der hinter dem Rücken geschäftigen Verläumdung bloßgestellt, sie brauchen aber gottlob das Auge der Welt nicht zu scheuen; und es wäre, im Angesicht meiner Mitbürger, die mich kennen, unter meiner Würde, mich gegen solche gemeine und niedrige Deutungen, wie sie H. Ziegler versucht, rechtfertigen oder ihn wegen Injurien belangen zu wollen.

Nürnberg, den 13. April 1848.

Dr. Lösch, Verf. d. Ostergabe.

(Erinnerung.)

(Eingesandt.) Am 1 Mai findet das wichtige Ereigniß Deutschlands, der Zusammentritt der deutschen Abgeordneten zum Frankfurter Kongresse statt; das Programm des Fünfziger Ausschusses ist schon am 6. d. Monats gehaltvoll erlassen worden. Ohne Mitwirkung des Magistrats haben Nürnbergs Bürger ihr politisches, ihr religiöses Glaubensbekenntniß, und sogar ihren Vertreter in Frankfurt gewählt; — — der Magistrat von Nürnberg — der doch vor dem deutschen Vaterland Nürnbergs Gesammtinteresse, Intelligenz und Ehre zu vertreten hat — sollte er sich abermals durch Nichtanregung der Deputirten-Wahl den Vorwurf machen lassen müssen, daß eine Bürgerversammlung, ohne Anfrage, seine ihm unter den jetzigen politischen Verhältnissen obliegende Pflicht vertritt, weil zur Wahl, so viel man weiß, noch keine Einleitungen getroffen werden! Wenn Nürnbergs Bürger ferner einen solchen Indifferentismus dulden sollten, der ihren Magistrat im In- und Auslande in ein so theilnahmloses Licht setzt, oder wenn ein dem Fortschritt entgegenendes Prinzip ihm auf diese Weise Nürnbergs politisches Interesse zu vertreten, veranlaßt, so bedürfen wir Stadtvorstände, die solche zeitgemäß vertreten, und wer dieß nicht kann, oder will:

Nach Hause!

(Offerte.) Für einen bemittelten Tischler bietet sich in der Stadt Berching, L.-G. Beilngries, eine hübsche Gelegenheit zur Ansässigmachung dar. Es ist daselbst ein zweistöckiges Haus, worauf die reale Schreinergerechtsame ruhet, mit Stadel, Gemüsegärtchen, 3 Gemeindetheilen, sammt Vorrath an Brettern und Handwerkszeug, im Werthe zu 3000 fl. zu verkaufen. Die Hälfte dieser Summe kann auf dem Anwesen stehen bleiben. Hierauf Reflektirende wollen sich in frankirten Briefen wenden an

Joseph Kirsch,
Bürger zu Berching.

(Zu verkaufen.) Eine Uniform für einen Landwehrjäger ist in L. Nro. 1165 in der Mohrenstraße in Nürnberg zu verkaufen.

Entgegnung.

Auf Anfrage bei der Redaktion d. Bl., wurde mir eine gewisse ledige Gürtlers Tochter Mamsell Strobel, die ältere von hier, welche früher in Berlin sich einige Zeit aufhielt, als Einsenderin des Aufsatzes in Nro. 103 d. Bl. benannt; ich erkläre nun ein- für allemal darauf, daß der unwahre, frivole Inhalt dieses Aufsatzes nur aus der Seele eines ganz verdorbenen Wesens hervorgegangen sein kann, übrigens ist bekannt, daß der Einsenderin jungfräuliche Unbescholtenheit durch harte Stöße so schwer gelitten hat, daß jeder Versuch, Jemand anders blamiren zu wollen, vergebens ist.

G. J. Hirschmann.

Das Bildniß des Herrn Dr. Eisenmann
während seines Kerker-Aufenthalts.

Der ergebenst Unterzeichnete beehrt sich hiemit, die vorläufige Anzeige zu machen, daß er durch die besondere Güte des Herrn Dr. Eisenmann die Erlaubniß erhielt, ein ausgezeichnet schönes Porzellangemälde copiren zu dürfen, welches den allgemein verehrten deutschen Mann in der sprechendsten Aehnlichkeit und in der Zeit darstellt, wo er mit seinem lieben, treuen Pudel im Kerker sich befindet. Ein Bildniß dieser Art, mit der reinsten Freudenumgebung geschmückt, berührt die tiefsten Saiten des Herzens. Wahrhaft ergreifend und in der Seele des Beschauers die schmerzlichsten Empfindungen erweckend, sitzt der vortreffliche, geistesthätige Mann da, mit einer bemerkenswerthen Ruhe und Ergebung sein hartes Loos ertragend, das ihm ein im Purpur geborner Erdenisohn fünfzehn Jahre lang auferlegt hatte.

Ich werde mir alle mögliche Mühe geben, das herrliche Bild, welches mit einem passenden Wahlspruch signirt ist, in einer solchen Vollkommenheit zu lythographiren, wie es die Würde des Gegenstandes und die Liebe der unzähligen Herzen, die dem ächt teutschen Manne entgegenschlagen, erfordert.

G. W. Faber, Lithograph und Steindruckereibesitzer Tucherstraße S. Nro. 1156.

(Nachricht.) Die Vogelsammlung des Unterzeichneten ist jeden Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 12 kr. für die Person geöffnet. — Zu jeder andern Zeit kann der Zutritt nur gegen ein Eintrittsgeld von 30 kr. für die Person stattfinden.

Nürnberg, den 13. April 1848.

Sturm,
Panierstraße S. Nro. 709.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag den 16. ds, findet Musikalische Unterhaltung statt. Hiezu lade ich ein geehrtes Publikum ergebenst ein.

Anfang 4 Uhr.

Kellermann.

Das Kleeblatt

producirt sich auf geehrtes Verlangen Samstag Abends bei Unterzeichnetem, wozu höflichst einladet

Herbst in der Theresienstraße

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag Nachmittag bei ungünstiger Witterung Produktion im Saale vom „Kleeblatt,“ wo Herr Dr. Eisele und Baron Beisele, mit dem deutschen Michl von Berlin kommend, als Doppelgespräch gegeben werden, zu zahlreichem Zuspruch ladet höflichst ein

Neubauer.

Das Kleeblatt

Sonntag Abends am Tafelberg, wozu ergebenst einladet

Herst.

(Empfehlung.) Die J. A. Endter'sche Buch- und Kunsthandlung dahier empfiehlt bei herannahender Osterzeit ihr wohlassortirtes Lager von

gebundenen Gesangbüchern,

unter Versicherung der billigsten Preise zur gefälligen Abnahme.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Sonnabend ist Metzelsuppe, wozu hiemit höflichst einladet

J. Neubauer.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 16. April findet Gesang-Unterhaltung von Herrn Fischer mit ganz neuen Vorträgen statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Für Zeitungsleser.

In meinem Verlage sind zu haben

Landkarte von Schleswig-Holstein und Dänemark. Preis 12 kr.

Desgleichen von Italien. Preis 12 kr.

Nürnberg, April 1848.

Fr. Nap. Campe.
Weinmarkt 320

(Anzeige.) In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Hülfskassen
für Ackerbau und Gewerbe
als
Rettungsmittel in der Noth der Zeit.
Von
Joh. Carl Leuchs.

Nürnberg. Verlag von C. Leuchs und Comp.
Preis 9 Kreuzer.

Diese Schrift bespricht einen Gegenstand, dessen Nothwendigkeit sich bald als dringend erweisen wird, und der am Zweckmäßigsten durch Zusammenwirken von Privatpersonen ins Leben gebracht werden kann.

Theater-Anzeige.

Sonnabend den 15. April findet zum Besten der hiesigen Freischaaren im Stadttheater J. Priems „Die Dänen in Holstein“ statt, wozu alle Bewohner mit dem Ersuchen eingeladen werden, ihre Theilnahme an dieser ernst deutschen Angelegenheit durch recht zahlreiches Besuchen thatsächlich zu beweisen.

Das Komite.

(Zu verkaufen.) Zwei noch ganz neue Matratzen, mit Roßhaar gefüllt, ein Sopha von Nußbaumholz und eins von Eichenholz sind billig zu verkaufen.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Rathhauses ist ein Logis, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Kammer, Küche, Boden, Waschhaus, Wasser im Haus und Keller am Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Gesuch.) Zwei Logis-Herren werden in S. Nro. 1216 der neuen Gasse in eine freundliche Wohnung anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine brauchbare Magd, welche gute Hausmannskost zu kochen versteht und in jeder Hausarbeit wohl erfahren ist, wünscht wieder in gleicher Eigenschaft bis Ziel in Dienste zu treten.

(Gesuch.) Zwei Steindrucker und ein Preßzieher werden schleunigst auf einige Zeit zur Aushülfe gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches sehr gut nähen kann, kann auf mehrere Tage Beschäftigung erhalten in S. No. 1186 Neuegasse.

(Gesuch.) Ein Spezerei-Laden wird zu pachten gesucht. Näheres bei H. Haas, Waarensensal

---

Stadttheater in Nürnberg.

Sonnabend, 15. April. Zum Besten der hiesigen Schleswig-Holsteiner Freischaar: „Die Dänen in Holstein.“ Historisch-romantisches Originalschauspiel in 5 Akten von J. Priem.

Nachmittags 6 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Beilage Nr. XXXVII. zu Nro. 106 der Mittelfränkischen Zeitung.

Deutschland.

†* Bayern. (München, den 12. April.) [VII. öff. Sitz. der Kammer d. Abg.] Am Ministertisch: die HH. Minister Heinz, Waldkirch, Beisler und die Min.-Räthe Bezold, Dareneberger und Lehner. Der zweite Präsident eröffnete die Sitzung mit Verlesung des in 38 Nummern bestehenden Einlaufs, hierauf eine in einer gestrigen Volksversammlung hiesiger Bürger, Künstler, Gelehrte, Studenten ꝛc. an die Kammer abgefaßte Adresse, bezüglich des Wahlgesetzes zum deutschen Parlament. Christmann bemerkt, daß er sich diese Adresse aneigne, und da sie nicht erst geschäftsordnungsgemäß an den Ausschuß verwiesen werden kann, indem schon heute die Berathung des betr. Gesetzes statt fand, so werde er bei der Debatte über die einzelnen §§. darauf Bedacht nehmen. Diese Adresse lautet: Der gestern bei der K. der Abg. eingebrachte Gesetzes-Entwurf über die Wahlen zum deutschen Parlamente läßt zwar das Bestreben erkennen, den gerechten Volkswünschen insbesondere hinsichtlich der Einigung Deutschlands Rechnung zu tragen, gleichwohl glaubt der an die Spitze des Münchner-Volksvereins gestellte Ausschuß mit Rücksicht auf die längst erkannte Gesinnung seiner Wählerschaft die Mittheilung der Mängel des Entwurfs, welche schon ein flüchtiger Blick in denselben offenbart, einer hohen Kammer der Abgeordneten, nicht vorenthalten zu dürfen. Diese Mängel sind vorzugsweise: 1) Das rücksichtlich der aktiven Wahlfähigkeit der bisherige beschränkte Begriff des Staatsbürgerrechts festgehalten ist. Uebrigens in Ansehung der Dringenheit des gegebenen Zwecks dürfte vorerst folgende Fassung genügen: „aktiv wählbar ist jeder bayerische Staatsbürger (§. 8 des I. Edikts zur V.-U.), jedoch ohne Rücksicht auf die Beschränkung der Verfassungsurkunde tit. IV. §. 9. Abs. 3;“ — 2) Daß in Ansehung der passiven Wahlfähigkeit ohne Berücksichtigung der Münchner-Adresse ein bayerisches Staatsbürgerrecht bedingt durch Ansässigmachung auf besteuerte Gründe, Renten, Rechte, besteuerte Gewerbe und Eintritt in ein öffentliches Amt entscheiden soll, während lediglich das Vertrauen der Wähler gebunden an ein deutsches Indigenat und Volljährigkeit entscheiden kann, wobei indessen der mehrseitige Wunsch feststeht, daß alle deutschen Regierungen auf diesen Wahlmodus eintreffen möchten; 3) daß indirekte Wahlen beliebt wurden, ohne bestimmte Hinweisung, ob der Abgeordnete auch außer dem Kreise der Wahlmänner gesucht werden darf; während doch Verantwortlichkeit und Vertrauen zwischen Wähler und Abgeordneten nur das Ergebniß direkter Wahlen sein kann; 4) daß in Art. 17. des Entwurfs das Berufungsrecht des Reklamanten ausgeschlossen ist, was offenbar allen gesunden Rechtsbegriffen widerstrebt, indem aller Orten die Entscheidung dem Palamente zusteht, endlich 5) daß gegen das Interesse von Bayern der Bundesmatrikularfuß aufrecht erhalten werden will, während andere deutsche Staaten, insbesondere Preußen, bereits die Vereinszählung von 1846 zu Grund gelegt haben.

Der Referent des I. und III. Aussch. Professor Edel schickt seinem Vortrag einleitende Worte über die Bedeutung der Volksversammlung in Frankfurt, über den Volksbund, über deutsche Verfassung, die politische Stellung Deutschlands voraus. Redner spricht mit Kraft gegen eine Centralisation, gegen eine Metropole, er wolle eine Centralgewalt, einen Bund wahrer konstitutioneller Monarchien, er führt dieses Thema gründlich durch, indem er an die Sympathien der Kammer in dieser Hinsicht appellirt. Wir dürfen unsre Selbstständigkeit nicht in einer uns von anderwärts diktirten Mediatisirung untergehen lassen, wir geben dem Kaiser, was des Kaisers ist und dem Volke, was des Volkes ist. Bar. Closen. Wir wollen drei Sachen, gleiche Rechte mit Allen, 2) wir wollen Bayern bleiben, und Deutsche seyn. 3) dem Auslande gegenüber uns eine Kraft sichern. (Allgemeiner Zuruf.) Dieß seyen auch die Ansichten des vorhergehenden Redners. Der Präsident wünscht zur Berathung des Ges. Entwurfes sogleich überzugehen. Stockinger beantragt, die Berathung des Ges. Entw. auf morgen zu vertagen. Da Adressen gegen diesen Gesetz Entw. eingekommen seyen, und eine reifliche Erwägung nöthig ist. Hiefür stimmt Eppelsheimer. Bar. v. Rotenhan glaubt, daß man sich sogleich schlüssig machen sollte, indem am 1. Mai schon die Einberufung des Parlaments erfolgt und wir heute schon am 12. sind. Christmann hielt die Volksstimme für zu wichtig, als daß man die Adresse der gestrigen Volksversammlung nicht berücksichtigen solle. Dek. Bauer meint, man solle jetzt auf die deutsche Gründlichkeit verzichten und rasch zur Berathung schreiten. Der I. Secr. ist durchaus gegen diese Uebereilung, da wir das Ausschuß-Protokoll erst seit einer Stunde in Händen haben. Bar. Closen sieht in der Adresse der Münchner Volksversammlung 2 Punkte vom Gesetz Entwurf abweichen, worüber alle bereits nachgedacht haben, so daß man heute Vormittag noch zum Schlusse kommen könnte.

Min. Heintz. Es handle sich, ob direkte oder indirekte Wahlen stattfinden sollen. Die Debatte würde entscheiden, was man wolle. Die Regierung sey ja gern geneigt, wenn man direkte Wahlen wünsche, auch darauf einzugehen, das Ministerium huldige der vollen Wahlfreiheit, es wolle keine gekünstelte Vertretung; man könne der Stimme der Volksversammlung in München volle Berücksichtigung widmen. In diesem Sinne äußert sich auch Baron v. Rotenhan wiederholt. Die Kammer beschließt, daß der Gesetz-Entwurf sogleich zur Berathung komme. Mit der speziellen Debatte wird begonnen. Zu Artikel 1. brachte der I. Sekretär die Modifikation, daß statt der Worte „zur Volksvertretung beim deutschen Bunde“ gesetzt werde: „zur allgemeinen deutschen Volksvertretung.“ Der Antragsteller motivirt kurz seine Modifikation. Christmann, welcher in Frankfurt war, unterstützte dieselbe. — Min. Baron v. Lerchenfeld war nicht in Frankfurt, aber er kenne doch die Stimmung; wir seyen noch nicht so weit, keinen deutschen Bund mehr zu haben; wenn auch der Bundestag in seiner Form nicht mehr bestehe. Christmann vertheidigt wiederholt die Modifikation. Min. Baron v. Lerchenfeld widerspricht. Ramoser stimmt ihm bei. Closen spricht dem „Bundestag“ das Wort, indem dieser jetzt kein Metternich'scher mehr sey, sondern ein Willich, Jordan, Bassermann ꝛc. denselben bilden. Christmann widerlegt den Redner. — Schwindl bemerkt, daß er im Ausschusse diese Modifikation selbst angeregt habe, aber er sehe in dieser formellen Fassung keinen Grund zu lebhaften Debatten; es ist mehr ein Streit um Worte, nachdem vom Ministertische erklärt wurde, daß es sich nicht um eine Vertretung beim Bundestage, sondern beim Bunde handle. — Dittmar ist derselben Ansicht. Graf Hegnenberg sieht auch nur eine Wortklauberei in dieser Debatte. Min. v. Beisler sieht in den hier gewählten Worten doch eine hohe Bedeutung. Professor Edel habe richtig bemerkt, in Frankfurt soll die deutsche Verfassung vereinbart werden. Möge man sich vor dem Ausdrucke constituirende Versammlung hüten, es könnte sonst dazu kommen, daß wir bald kein Bayern mehr haben, sondern Departements, Kreise ꝛc. Christmann theilt diese Befürchtung nicht. Min. v. Beisler: Die Versammlung in Frankfurt war nur eine des Vertrauens, und nicht von ganz Deutschland, welches nicht einstimmen würde, daß unsere speziellen Verhältnisse geändert würden. Stockinger: Man unterscheide wohl zwischen dem alten und neuen Bunde. Wolle man, daß blos durch die Kabinette die künftige Gestaltung Deutschlands festgesetzt werde, dann müssen wir eine Deputation an den deutschen Bund schicken; widrigenfalls wir Volksvertreter hinschicken müssen, die mit dem deutschen Bunde neben hergehen. Minister v. Beisler gibt erläuternde Erklärungen. Min. v. Lerchenfeld: Auf solchem Wege gelange man zur Revolution. (Sensation.)

Stockinger: Wenn er revolutionäre Tendenzen verfolgen wollte, so hätte er in der Pfalz Gelegenheit genug hiezu gehabt, wo er aber gerade das Gegentheil thue. Prof. Edel nimmt das Wort, um vom staatsrechtlichen Standpunkte die Stellung des deutschen Bundes zu vertreten. Min. Lerchenfeld erklärt, daß er Niemanden hier den Vorwurf revolutionärer Tendenzen machen wollte und erläutert seine frühere Behauptung. Die erwähnte Modifikation wird endlich bei der Abstimmung verworfen, und Art. I. nach kurzer Debatte in der vom Ausschuß gegebenen Fassung angenommen. Art. II wird unverändert und ohne Debatte angenommen. Zu Art. III brachte der I. Sekr. einen Zusatz: „die Wahl hat direkt zu geschehen.“ Derselbe motivirt diese Mod. mit dem Bemerken, daß 50,000 Personen nichts hindere, sich zu versammeln, um die sie treffende Wahl eines Abg. vorzunehmen. Graf Hegnenberg stimmt für indirekte Wahl. Es komme viel darauf an, auf welcher Bildungsstufe diejenigen stehen, welche direkte Wahlen vornehmen. Um Jemanden zu wählen, muß man den kennen, den man wählt und muß wissen, welche Eigenschaften der zu Wählende haben soll. Diese politische Bildung und dieses Kennen fehlt. In Baden, das ein freisinniges Wahlgesetz habe, werde indirekt gewählt und dort spreche die Praxis für dieses Prinzip. Nur mit indirekten Wahlen sey es in der kurzen Zeit möglich, die Wahl zu Stande zu bringen. Christmann theilt diese Ansicht nicht. Bar. Closen spricht sich für indirekte Wahlen aus. Schnetzer, direkte Wahlen seyen am freisinnigsten. Dek. Bauer, direkte Wahlen setzen ein öffentliches Leben voraus, welches bei uns früher gewaltsam darniedergedrückt zu werden pflegte; direkte Wahlen setzen politische Bildung auch des Landvolks-Interesse für das öffentliche Leben voraus. So gerne er sie verwirklicht sehen möchte, so fehlen doch diese Voraussetzungen und deshalb stimme er für indirekte Wahlen. — Pf. Rammoser hält das Volk, das eben erst aus der Sklaverei heraustritt, wie Schnetzer bemerkt habe, nicht fähig in die volle Freiheit einzugehen. Korruptionen stehen auch nicht gar so fern. Mit Sorge verlasse das Landvolk heut zu Tag sein Haus, er ist daher für indirekte Wahlen. Schnetzer entgegnet, daß er seine Aeusserung nicht zurücknehme, daß die Regierung und eine gewisse Partei zwar an dem Werke der Sklaverei gearbeitet haben, daß es ihnen aber doch nicht gelungen sey, das Volk in einer Verdummung zu erhalten. (Gelächter.)

Dek. Gotz ist nicht für direkte Wahlen, da das Volk seine Vertrauensmänner nicht kennen kann. Stockinger: Es gab allerdings eine Zeit, wo man dem Volke vorschrieb, wie es essen, wie trinken, wie schlafen soll, (große Heiterkeit) daß es aber dennoch mündig sey, beweisen die vielen Adressen, die vom Lande eingehen. Wie, wir als Vertreter des Volkes sollen sagen, daß es nicht mündig sey? Es ist gerade, als wenn wir den Israeliten sagen wollten: macht euch zuvor mündig, dann wollen wir euch emancipiren. (Lautes Bravo von allen Seiten.) Closen verwahrt sich, als sey er deßhalb für indirekte Wahlen, weil er das Volk nicht für mündig halte. — Min. Heinz spricht sich über die Schwierigkeit aus, womit direkte Wahlen im Stand zu setzen wären. Wie kann man 50,000 Menschen zusammenbringen, ohne daß die Regierung Reisegelder bewilligen müßte

Deßhalb habe man die Wahldistrikte festgesetzt. Rotenhan stimmt den klar entwickelten Ansichten des Hrn. Ministers bei. Dr. Schwindl (erregt Heiterkeit, indem er in seiner Aeußerung den Ausdruck Jesuiten und Israeliten verwechselt.) Wie die Israeliten nemlich in der Vorzeit, schicke man Kundschafter aus, um die Stimmung des Volkes zu prüfen; man lege sein politisches Glaubensbekenntniß ab ic. Redner verbreitet sich, wie direkte Wahlen in Frankreich und England geschehen und will einen darauf bezüglichen Vorschlag machen.

Min. v. Lerchenfeld: Der Mangel eines öffentlichen Lebens lasse sich nicht in 14 Tagen ersetzen; im jetzigen Augenblick sei ein derartiges Amendement daher nicht am Platze. Dieses Gesetz sei ohnehin ein transitorisches; seiner Zeit können auch direkte Wahlen bei uns möglich werden. Der Referent Prof. Edel: In Frankfurt seien 600 Notabilitäten versammelt gewesen und war ihre Leitung sehr schwierig. Wie wird bei einer Monstreversammlung von 50,000 die Leitung möglich sein. Endlich verwirft die Kammer die Modifikation des I. Sekr. und nimmt den Art. III in seiner unsprünglichen Fassung an. Zu Art. IV erachte der Ausschuß eine Modifikation, am Schlusse die Worte einzuschalten: „in 3 gesonderten Wahlakten.“ — Graf Hegnenberg ist für den Zusatz, da Minoritätswahlen keine Vertrauenswahlen seien. — Der Kultusminister bemerkt, daß es ohnehin die Absicht des Ministeriums war, keine Minoritätswahlen einzuführen. Der Ref. wünscht gleichwohl, daß dieser Zusatz stehen bleibe und die Kammer beschließt dessen Annahme. — Art. V wurde vom Ausschuß in folgender Weise modifizirt: Zu beiden Wahlhandlungen ist ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubens jeder selbstständige und volljährige bayr. Staatsbürger (Tit. IV, §. 3. der V.-U.) sowohl wahlberechtigt, als wählbar, sofern er nicht wegen eines andern, als eines politischen Verbrechens oder wegen Fälschung, Betrugs, Diebstahl oder der Untersuchung verurtheilt worden ist.“ Der I. Sekr. hat zu dieser Modifikation noch eine weitere Aenderung vorgeschlagen: „Jeder volljährige Bayer ist wahlfähig und jeder staatsangehörige Deutsche wählbar, wenn er nicht durch andere als politische Verbrechen ausgeschlossen ist.“ Der I. Sekr. motivirt seinen Antrag von der Voraussetzung, daß nicht ganze Stände von den Wahlen ausgeschlossen sein müssen, wie z. B. Künstler und Studenten, welche die Freiheit mit errungen haben, aber von ihrem Rath ausgeschlossen sein. — Closen brachte eine Modifikation statt Staatsbürger „Staatsangehörige“ zu setzen; und motivirt seinen Antrag. Schwindl wollte eine Modifikation einbringen, die er aber mit der Rede des Bar. Closen zu verschmelzen beabsichtigt. — Christmann spricht sich für Aufhebung des Census aus, dessen Nachtheile er hervorhebt; er spricht sich für die Modifikation des I. Sekr. aus. Graf Hegnenberg: Die Frankfurter Beschlüsse zielen auf Feststellung der Grundlagen und sprechen zugleich aus, daß jedem Lande es nach seinen Gesetzen gestattet sei, die Wahlen festzusetzen. Er wünscht, daß gewisse Eigenschaften festgesetzt werden, wodurch Einer passiv wahlfähig ist, als Bürgschaften. Er ist nicht für die Modifikation des Ausschusses, wohl aber für die des Bar. Closen und Dr. Schwindl, wofür er seine Gründe auseinandersetzt. Es entspinnt sich eine Frage über den Ausdruck „Selbstständigkeit“, welcher, wie Closen bemerkt, in Frankfurt angenommen worden sei. Graf Hegnenberg meint, ein Student sei nicht selbstständig; Stockinger bemerkt, mit dem 21ten Jahre höre die väterliche Gewalt auf. Bar. v. Rotenhan will, daß dem Gesetze bestimmte Grundlagen gegeben werden, über das Wort Staatsangehörige und selbstständige Staatsangehörige keine bestimmte Definition bestehe; eine große Zahl Schwierigkeiten würde durch diese vage Bestimmung herbeigeführt werden. Min. Heinz. Die Minister waren zur Auffindung eines festen Begriffs bemüht, den sie am besten in der Verfassung selbst finden konnten, indem sie den Ausdruck Staatsbürger wählten. Der Ausschuß des Volksvereins habe in seiner Adresse in dieser Hinsicht sich trefflich ausgedrückt, indem es heißt: „aktivwählbar ist jeder Staatsbürger“, ganz conform mit der Verfassung. — Bar. Closen gibt eine Erklärung über den Ausdruck Staatsbürger, wogegen der Justizminister bemerkt, daß jetzt schon Begriffsverwirrungen entstehen, wenn man den Ausdruck ändere. Bar. v. Rotenhan spricht sich wiederholt gegen die Modif. des Bar. Closen aus. — Der I. Secr. spricht für seine Modifikation, durch welche die Schwierigkeiten, welche sich durch die Mod. des Bar. Closen erheben, beseitigt werden. Eppelsheimer ist gegen das Ausschließungssystem, wer sich für das Vaterland todtschießen lasse, der müsse auch mitreden dürfen. (Zuruf). Der Justizminister schlägt eine Mod. vor nach dem Ausdruck Stabtsbürger einzuschalten „gemäß des §. 8. des I. der Verf. Urk.“ Stockinger sieht darin nur eine Wiederholung des in §. 5 Enthaltenen. Der Justizminister entgegnet, daß seine Modif. auf aktive Wählbarkeit sich beschränke. Auch dagegen macht der I. Sekr. in Bezug auf die Pfalz Einwendung. Der Just. Min. Heinz bemerkt, wer selbstständig sei, bezahlt Personalsteuer. — Es entspinnt sich hier eine leidige Zwischenfrage, die eine allzugroße Ausdehnung gewinnt. Der Just. Minister erklärt auf eine Frage des II. Präsid. daß er seine Modif. nicht als Abg. sondern als Minister eingebracht habe. Dek. Götz wünscht, daß der Ausdruck „selbstständig“ beibehalten werde. Bar. Closen übergibt eine weitere Modif. „Wählbar ist jeder volljährige Deutsche“ am Schlusse des Art. hinzuzufügen, die er im Sinne der Münchner Adresse motivirte. — Stockinger stimmt diesem Antrag bei, wünscht aber eben deßhalb, daß jeder volljährige Bayer aktiv wählbar seyn könne. Rammoser erklärt sich gegen die passive Wahlfähigkeit der Jugend, welche zwar Waffen trage, aber deßhalb noch nicht im Rath sitzen könne. Er spricht hiebei den Studirenden den Dank für das, was sie gethan aus, aber er ist gegen diese Ausdehnung der Wahlfähigkeit. (Zeichen des Beifalls, größere des Mißfallens auf den dicht besetzten Tribunen). Prof Edel bringt eine Modifikation, welche er ausführlich motivirt: Passive Wahlfähigkeit soll ganz frei seyn. Aktiv wählbar, wer eine direkte Steuer bezahlt. Man öffne die Thore zu den Wahlen einer Masse, welche in hoher Aufregung sich befindet. Er verweist auf die Zustände, wie sie sich jetzt in Baden zeigen. — Der Justizminister nimmt seine Modif. zurück. — Schnetzer redet der freiesten Wahlfähigkeit das Wort; Pf. Ruland thut das Gegentheil und auf der Tribune äußern sich im Laufe seiner langen Rede Zeichen des Mißfallens, wodurch der Präsident veranlaßt ist, zu erklären, daß wenn die Ordnung in der Art gestört würde, er genöthigt sey, die Sitzung zu schließen. Der Redner ist namentlich der Ansicht, daß die Jugend noch nicht jene Reife habe, um mitrathen zu können. Was man im 21. Jahr glaube und denke, das ändere sich im reifern Alter; er glaube deßhalb nicht, daß alle Stände wählbar seyn sollen. Dr. Schwindl spricht seiner und des Abg. Closen Modif. wiederholt das Wort, die Modif. des Prof. Edel beruhe auf einer zu engen Basis. Prof. Edel denkt sich in die Situation eines Taglöhners oder Handlungskommis, welcher mit Verwunderung sich umschauen wird, daß Dr. Schwindl ihn für einen Rentier betrachte. Letzterer fragte, ob denn der Taglöhner nicht auch Staatsbürger sey? Christmann meint, die Kammer solle den Beschluß des Vorparlaments mit dem des Ausschußes vereinbaren.

Prof. v. Scheurl ist für die Ansicht des Prof. Edel und bedauert nur, daß die Studirenden von der Wählbarkeit ausgeschlossen seien, indem er ein Freund der Studirenden sey; aber er sey überzeugt, daß sie dieses Opfer gerne bringen.

Eppelsheimer vertheidigt seine frühere Ansicht. Schlund hält die passive Wählbarkeit im Sinne der ganzen Nation und stimmt daher für die Modif. des Prof. Edel. Closen hält die Modif. des I. Sekretärs nicht für demo- sondern aristokratisch, indem Personen, welche Almosen beziehen, auch in diese Kategorie fielen, also die reichen Herren auf diese einwirken können. In Amerika seyen einmal Zuchthäusler zur Wahl herbeigelassen worden, das könne hier auch kommen. — Der I. Sekr: Das geistige Kapital, welches vom Batzen unabhängig, soll in Umlauf kommen; man könne also seine Modifik. nicht aristokratisch nennen. Die Zuchthäusler sind ja schon durch den Art. selbst beseitigt. Der Referent Prof. Edel bemerkt, daß ein Steuer zahlender Taglöhner möglicher Weise ein Staatsbürger, oder ein Staatsangehöriger seyn kann. Dieß als Antwort für Dr. Schwindl. Er spricht noch für seine Mod. Es wird nun zur Abstimmung über 4 vorliegende Modifikationen geschritten, außer der Fassung des Ausschusses. Die Modifikation des I. Sekretärs Dr. Stockinger wird verworfen. — Die vereinigte Modif. des Bar. Closen und Dr. Schwindl wird gleichfalls verworfen. Die Modif. des Prof. Dr. Edel hingegen wird angenommen. Art. 6 des Ges.-Entw. wird in der ursprünglichen Fassung einstimmig angenommen. Art. 7 wurde einstimmig mit der Modifikation angenommen, daß unter Ziffer I., statt der im Entwurf enthaltenen Bestimmungen folgendes gesetzt werden soll, daß jeder Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt, jedoch mit möglichster Beachtung der Gränzen der politischen Gemeinden und der bestehenden Distriktsmittheilung in den Städten. Ebenso Art. 8 in der ursprünglichen Fassung.

†* (München, den 13. April.) [Halböffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.] Die Sitzung beginnt um halb 11 Uhr; Journalisten und Stenographen sind gegenwärtig. Nach Entschuldigung mehrerer Mitglieder wird der Einlauf verlesen, worunter der Ges.-Ent. die Wahlen in's Parlament betr. Fürst Hohenlohe als Referent erstattet hierüber mündlichen Vortrag, indem er das Gesetz freudig begrüßt. Graf Giech nimmt zuerst das Wort und verbreitet sich über das direkte und indirekte Wahlverhältniß, da aber noch die allgemeine Debatte gepflogen wird, so geht Redner nicht näher ein. — Fürst Wallerstein bemerkt: Er war so glücklich, die Proklamation vom 6. März mit zu unterzeichnen. Der Anarchie muß entgegengewirkt werden, aber eine große Bewegung wird nicht geschehen ohne große Stoße. Redner zweifelt nicht, daß das Parlament seine große Aufgabe erfüllen wird; er erklärt sich jedoch gegen jene Centralisation, welche das Blut nach dem Kopfe wälze, die Glieder aber verdorren lasse. Der deutsche Organismus vertrage nicht eine solche Centralisirung. Redner verbreitet sich über die Einheit Deutschlands, dessen Autonomie, seine Territorialverfassungen. Redner beklagt die einzelnen anarchischen Erscheinungen, diese werden aber andererseits auch die Massen von dem Bedürfniß der Ordnung überzeugen. Die spezielle Debatte wird nun eröffnet. Art. I. u. II. wurden vom Aussch. begutachtet und von der Kammer keine Debatte darüber gepflogen. Bei Art III. bemerkt Fürst Wallerstein, daß die Wahl nur dann eine Wahrheit werde, wenn sie direkt ist; Redner erklärt sich für direkte Wahlen. Es muß bei uns die Sitte kommen, daß ein Wahlcandidat vor die Wähler hintrete, ihre Frage beantworte u. s. w. Aus diesen gegenseitigen Aufklären treibt die Wahrheit der Wahl hervor.

Direkte Wahlen seyen in England erprobt, ebenso in Frankreich. Ihm scheint das Gesetz kein provisorisches, sondern so lang ein bleibendes, als das deutsche Parlament kein definitives gemacht habe. Er gebe dieses Votum nicht um einer Popularität willen, selbst von der conservativsten Ueberzeugung aus müsse man dem Grundsatz der

direkten Wahlen huldigen. Graf Giech hält für den Augenblick indirekte Wahlen am geeignetsten. Hr. v. Niethammer glaubt das Gesetz für den vorliegenden Fall gegeben. Die Zeit ist zu kurz für direkte Wahlen. Graf Armannsperg schließt sich letzterem Redner an, es wäre ein Unglück, Verzögerungen zu veranlassen, da Bayern sonst leicht am Anfang des Zusammentrittes in Frankfurt nicht gehörig vertreten seyn könnte. Direkte Wahlen würden eine große Beweglichkeit erfordern, die auf dem Lande jetzt nicht rathsam wären, indem die Wahlen mit Lauheit betrieben würden. Fürst Wallerstein. Direkte Wahlen würden das Wahlgesetz beschleunigen. Wenn man die Candidaten nicht kenne, dann gerade sey die direkte Wahl nöthig, die Candidaten müssen sich zeigen, und man werde sie kennen lernen. Graf Armannsperg erwidert, daß er von dem Gesichtspunkte ausgegangen sey, daß bei direkten Wahlen dem Gesetze eine ganz andere Grundlage gegeben werden müßte, so daß dann das ganze Wahlgesetz nicht rechtzeitig erscheinen könnte. Referent Fürst Hohenlohe nimmt das Wort zu Gunsten des Art. III. wie er von der II. Kammer begutachtet wurde. Er zweifelt nicht an der Mündigkeit, aber an der politischen Bildung des bayerischen Volkes, die jedoch bei direkten Wahlen unerläßlich sey. Mit Allen gegen eine Stimme wird der Art. III. angenommen. Art. IV. wird ohne Debatte angenommen.

Bei Artikel 5 bemerkt Graf Karl Seinsheim, wie das gegenwärtige Gesetz kein transitorisches sey, so kann er mit dem Ausdruck »politische Verbrecher« sich nicht einverstanden erklären, indem er diese Gattung Verbrecher als die höchsten bezeichne. Mit dem Ausdruck „volljährig" sey er gleichfalls nicht einverstanden, da das 21te Jahr bei uns die Zeit der Volljährigkeit sey, wo noch kein Reifen herrsche. Er stimme daher für die ursprüngliche Fassung, wie sie von der Regierung im Gesetz-Entwurf eingebracht worden sey. — Baron v. Stauffenberg war anfänglich auch der letzteren Ansicht; nachdem aber die Regierung selbst der Kammer ihre Zustimmung ertheilte, und ihre ursprüngliche Redaktion änderte, trage er kein Bedenken, seine Zustimmung zu ertheilen. Es entspinnt sich hier eine Zwischendebatte zwischen Fürst Wallerstein, Montgelas und Armannsperg, bezüglich der in Frankfurt festgesetzten Jahre zur Volljährigkeit. Fürst Wallerstein bemerkt, wie relativ der Begriff der politischen Vergehen sey. Hätte Louis Philipp im Jahre 1830 nicht gesiegt, so wäre er von der Pairskammer des Charles X. zum Tode verurtheilt worden, nun aber hätten ihn alle Potentaten anerkannt. — Das große Mittel gegen Anarchie ist, daß alle junge Männer bald auf den faktischen Boden geführt werden, wo sich die Vorurtheile und Ansichten aufklären. Er hält die Modifikation der Kammer der Abgeordneten für um so geeigneter, als die Regierung selbst ihr ihre Zustimmung ertheilt. Graf Karl Seinsheim: Verbrechen bleiben Verbrechen, der Erfolg ändere nichts, und Hochverrath sey ein politisches Verbrechen der höchsten Art, dessen Ausschluß nothwendig. Fürst Wallerstein widerlegt mit einigen Worten. v. Niethammer: Manche junge Männer haben mit 21 Jahren oft mehr geleistet, als andere mit 40 und mehr Jahren; er fürchte nicht, daß man nach Frankfurt nur junge Männer schicken werde. Graf Armannsperg verbreitet sich über die Natur politischer Verbrechen, und stimmt für die Aussch.-Modifikation der II. Kammer. Die ursprüngliche Fassung des Ges.-Entw. wird mit allen gegen 4 Stimmen verworfen. Die angenommene Fassung der II. Kammer wird mit Mehrheit der Stimmen angenommen. — Artikel VI. wird ohne Debatte angenommen. Artikel VII. wurde mit der Fassung der II. Kammer vom Ausschuß der Kammer der Reichsräthe begutachtet, und diese Kammer nimmt ihn gleichfalls in dieser Fassung an.

Art. 8 wird ohne Debatte angenommen. Bei Art. 9 reicht der Reichsrath Arnold eine Frage ein in Bezug auf Doppelwahlen, welche zu vermeiden seien. Referent sieht diesen Fall in einem andern Art. vorgesehen. Nach kurzer und unwesentlicher Debatte wird dieser Artikel angenommen, ebenso Art. 10 ohne Debatte.

Bei Art. 11 spricht sich Fürst Wallerstein über die Möglichkeit der Korruption aus, die bei direkten Wahlen nicht zu fürchten wäre. Redner würde einen Antrag in diesem Betreffe stellen, wenn er auf Unterstützung hoffen dürfte. Der Art. 11 wird angenommen, eben so Art. 12, 13, 14, 15, 16 und 17 ohne Debatte. Art. 18 mit der Fassung der Kammer der Abg. nimmt die hohe Kammer ohne Debatte an. Der Gesetzentwurf, wie er in der zweiten Kammer modifizirt wurde, wird von der I. Kammer einstimmig angenommen. Das Gesetz über die Amnestirung kommt nun zur Berathung. Frhr. v. Schrenk erstattet darüber Vortrag. Der Gesetz-Entwurf selbst wurde vom Ausschuß angenommen. — Ohne vorausgängige allgemeine Diskussion schreitet man zur speziellen. Der Referent verbreitet sich über Art. I, welchem er mit dem Ausschuß der I. Kammer seine Zustimmung ertheilt; derselbe wird angenommen. Ein Antrag des Grafen Aug. Seinsheim bei Art. II hinzuzufügen, daß gemeine Verbrechen von der Amnestie ausgenommen seyen, findet keine Unterstützung. Art. II des urspr. Gesetz-Entw. bleibt ebenfalls weg und der nunmehr. Art. II wird in der Fassung der zweiten Kammer angenommen, nachdem Bar. Freyberg einige unerhebliche Bemerkungen machte. Fürst Wallerstein. Der Gnadenakt des Königs sey bereits ins Blut der Betheiligten gedrungen und er sey deshalb schon für die unverzögerte Annahme, damit das Gesetz sogleich in Vollzug gesetzt werden könne, noch bevor das Wahlgesetz in Wirksamkeit trete. Der vorhergehende Art. III ist Art. II geworden. Art IV unterliegt keiner Debatte. Das ganze Gesetz kommt nun zur Abstimmung und wird nach dem Beschluß der zweiten Kammer angenommen. Dem Zusatz der Kammer der Abgeordneten in Bezug auf eine Entschädigung der Herren Dr. Eisenmann und Bürgermeister Behr kann Referent Baron von Schrenk nicht beistimmen, indem er nicht glaube, daß die Stände hiezu kompetent seyen; dieser Wunsch verstößt gegen die Vorschrift des Edikts X. zur Verf.-Urkunde Abschn. I. § 36; S. M. solle thatsächlich zu erkennen geben, daß die urtheilenden Gerichte Unrecht begangen haben. (Bar. Schrenk war bekanntlich früher Justizminister.) Armannsperg, Reigersberg und Maurer hatten dem Wunsche im Ausschuß beigestimmt, letzterer mit einer Modifikation.

Fürst Wallerstein spricht sich gegen den Antrag des Referenten aus, weil er für den Wunsch ist. Aber auch gegen den Beschluß des Ausschusses, welcher den Wunsch mit der Modifikation begutachtet, zu setzen „in Rücksicht auf die sonstige Ehrenhaftigkeit dieser Männer." Redner nimmt Anstand an dem Wort „sonstige", er halte die Dr. Behr und Eisenmann für durchaus ehrenhafte Männer. Redner verbreitet sich über die Bewegungen vom J. 1830 und 31 an. Beide Männer haben mit heißer Gluth für die Ideen der Freiheit sich ausgesprochen, nie hat Einer derselben auf Umsturz der Dynastien gezählt, sie haben beide die Einigung und Erstarkung Deutschlands gewollt und namentlich Behr habe schon im J. 1819 das erstrebt, was jetzt als höchster Patriotismus betrachtet wird. Der Fürst spricht sich für die ursprüngliche Fassung dieses Wunsches der II. Kammer aus. Graf Reigersperg beantragt in der Ausschuß-Modifikation das Wort „sonstige" wegzulassen. Graf Giech geht auf die Gründe und Art der Verurtheilung beider aus. Sie wurden ohne öffentliche Gründe verurtheilt; Dr. Eisenmann, weil er in das Würzb. Abendbl. einen gestrichenen Artikel ohne Bewilligung des Censors aufnahm, hiemit wurden seine politischen Bestrebungen im J. 1824 verbunden und ein Tendenzprozeß geliefert. Redner sei früher mit Dr. Eisenmann in innigster Verbindung gestanden, als Mitarbeiter jenes Würzburger Abendblattes; es habe in neuester Zeit Eisenmann ihm Dinge gesagt, die ihn tief erschüttert haben. Eisenmann wurde wie Behr wegen entfernten Versuchs zum Hochverrath zu dieser Strafe verurtheilt; die öffentliche Stimme sagt, daß es keine unbefangenen Gerichte waren, welche diese beiden Männer verurtheilt haben. Eisenmann ist von ächt constitutionell-monarchischen Gesinnungen erfüllt, mit denen er wirkt. Wir haben in ihm eine sehr erfreuliche Stütze gefunden. Redner tritt daher dem Wunsche der 2. Kammer vollständig bei.

Bar. Freiberg würde keinen Anstand an dem Wunsche nehmen, wenn er nicht fürchtete, er könnte einen üblen Einfluß auf andere üben. Niethammer: Nach dem frühern Gerichtsverfahren seien sie mit Recht veurtheilt, jetzt begnadigt und jetzt könne man auch diese Begnadigung noch weiter ausgedehnt wünschen. Armannsperg glaubt, die Reg. werde sich selbst berufen fühlen, beiden Männern eine Berufung oder Entschädigung zu verleihen. Es kommt zur Abstimmung; die anwesenden Prinzen Adalbert und Max geben zuerst ihre Zustimmung zu dem ursprunglichen Wünsche der beiden Kammern und der Wunsch wird mit Allen gegen 1 Stimme (Frhr. v. Schrenk) angenommen. (Der Präsident hat an die Modifik. des Ausschusses „in Rücksicht auf die sonstige Ehrenhaftigkeit dieser Männer" vergessen, abstimmen zu lassen und entspinnt sich nachträglich eine kurze Zwischendebatte, bei welcher nur Wiederholungen des Gesagten zum Vorschein kommen. Fürst Wallerstein spricht für Weglassung, — die auch geschieht.

Der Gesetzentwurf die Zahl der Abg. zur Ständeversammlung in der Pfalz kommt nun an die Reihe. Der Ausschuß ist der Fassung der zweiten Kammer beigetreten. Der Referent Graf Karl v. Seinsheim erstattet darüber Vertrag, indem er seine Zustimmung auch zu dem Zusatz des III. Art. ertheilt. Ohne Debatte nimmt die Kammer den Gesetzentwurf in seiner Fassung durch die zweite Kammer einstimmig an. — Der 5. Außschuß erstattet Anzeige von seinem Beschluß über den Nachtrag zur Beschwerde der Gemeinde Amerfeld nnd Consorten wegen Rechstreu und Weiderechte, die dem Finanzministerium zugewiesen wurde. Der 6. Aussch. macht Anzeige über die Zulässigkeit des Antrags des Hrn. Reichsr. Fürst v. Oettingen Wallenstein, die Fürsorge für die minder bemittelte und besitzlose Staatsbürger-Klasse betr. Dieser Antrag wurde als zulässig befunden. Fürst Wallerstein hält es nöthig, daß man der untern Klasse nicht blos beweise, daß man für sie spreche, sondern auf legalem Wege auch für sie handle. Der Antrag wird an den 3. Aussch. verwiesen. Die Sitzung endete um halb 8 Uhr; noch ist in dem Reichsrathsaal keine Tribune hergerichtet und die Journalisten nahmen im Sitzungssaale selbst Platz. Heute Nachmittag 4 Uhr hielt die Kammer der Abgeordneten eine öffentliche Sitzung.

Der Fürst von Leiningen stellt alle jene Rechte und Privilegien, welche ihm das Edict über die staatsrechtlichen Verhältnisse der vormals reichsständischen Fürsten, Grafen und Herrn verfassungsmäßig zugesichert, zur Verfügung der kgl. bayerischen Regierung. Er verzichtet: auf alle Gerichtsbarkeit, Polizei- und Forstjurisdiktion sowohl in seinen Besitzungen in Unterfranken, wie in Oberbayern gegen Uebernahme sämmtlichen bei seinen Herrschaftsgerichten Amorbach und Miltenberg und Patrimonalgerichte Hohenburg angestellten Personals und dahin gehörigen Pensionisten, dann gegen Uebernahme des Forstpersonals, soweit dasselbe für die Forst-Jurisdiktion und Beforstung der Gemeinde-Waldungen bestellt ist. — Er verzichtet ferner: Auf das Patronat der

Kirchen und Schulen gegen Uebernahme der auf diesen haftenden Lasten, auf den privilegirten Gerichtsstand; auf das Recht der Siegelmäßigkeit.

*† (München, den 12. April.) Motive zu dem Gesetzentwurfe über die Verantwortlichkeit der Minister. Die königliche Proklamation vom 6. März l. J. hat ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister feierlich verheißen. Dieses königliche Wort zu lösen, ist das Staatsministerium der Justiz mit Einbringung des einschlägigen Entwurfes bei den Ständen des Reichs und zunächst bei der hohen Kammer der Abgeordneten Allerhöchst beauftragt. Alles dasjenige, was die Verfassungsurkunde über constitutionelle Gewährschaft, über Verantwortlichkeit der Minister, sowie über Geltendmachung dieser Verantwortlichkeit in allgemeinen Andeutungen enthält, soll durch diesen Entwurf zur vollen Wahrheit gemacht und mit festen Schranken gegen Mißbrauch und Willkür umgeben werden. Der Entwurf geht von dem Gesichtspunkte aus, daß diejenigen Beamten, welche durch das Vertrauen der Krone auf den verantwortungsvollsten Posten der Monarchie berufen sind, um hier für die unverbrüchliche Beobachtung der Staatsverfassung und der Gesetze, sowie für die Vertretung und Pflege der höchsten National-Interessen einzustehen, — daß diese Beamten auf jenen Grad von Selbstständigkeit gehoben werden müssen, welcher die Grundlage aller Verantwortlichkeit bildet. Die Artikel 1 und 7 sind der Ausdruck dieses Gesichtspunktes. Das Institut der Minister-Verweserschaft hat weder in der Ueberzeugung der Regierung noch in den Sympathien des Landes einen Halt. Im Artikel 2 ist Vorsorge getroffen, daß solch ein Zwischenzustand der Minister-Verweserschaft fortan nicht weiter ausgedehnt werde, als die Nothwendigkeit es erheischt. Die Artikel 3 und 4 bieten ausreichende Gewährschaften, daß die Staatsminister bezüglich keiner Regierungs-Anordnung des Königs sich ihrer ministeriellen Verantwortlichkeit, sei es auf direktem oder indirektem Wege, irgendwie entziehen können. Im Artikel 5 und 6 sind die Voraussetzungen aufgestellt, unter welchen die Staatsminister von den Ständen des Reichs zu Verantwortung gezogen werden können. Diese Voraussetzungen umfassen nicht nur die Fälle der Verfassungs-, sondern auch die der Gesetzes-Verletzungen. Das Bereich der ministeriellen Verantwortlichkeit wird hienach im Vergleiche zu den bisherigen Verfassungsnormen eine sehr wesentliche und tief eingreifende Erweiterung erfahren. Der Ausspruch über das Vorhandensein eines rechtswidrigen Vorsatzes auf Seite des betheiligten Staats-Ministers ist dabei laut Art. 10 der innern durch keinerlei Beweistheorie gebundenen Ueberzeugung eines unabhängigen Geschwornengerichts anvertraut, sohin gewiß die sicherste Gewährschaft dargeboten, daß der strafende Arm des Gesetzes nicht erlahme über etwaigen, juristischen Deuteleien. Der besagte Artikel 10, im Zusammenhalte mit Artikel 9, sichert überdieß den Ständen des Reichs das Recht der Erhebung und Verfolgung der Anklage mit unbedingter Beseitigung aller bisherigen Hemmnisse; er stellt die Gerichtsverhandlungen unter die Gewähr der Mündlichkeit, unter die Controlle der Oeffentlichkeit, er bietet mithin im vollen Maaße Alles dasjenige, was die wissenschaftliche Spekulation und die praktische Erfahrung der freiesten Völker als die sicherste Gewährschaft unaufhaltsamer und unabhängiger Rechtspflege bisher erkannt und erprobt hat. Er soll gleich dem ganzen Gesetzentwurfe als integrirender Bestandtheil der Verfassungsurkunde erklärt werden, wogegen die Detail-Bestimmungen über das Verfahren einem besonderen, unabhängig von den Bestimmungen der Verfassungsurkunde Titl. X. §. 7. zu erlassenden Gesetze vorbehalten wurden, worüber gesonderte Vorlage erfolgen wird, da es wohl mit Recht mehr als Hemmniß, denn als Gewähr eines freisinnigen Fortschrittes betrachtet werden müßte, — sollte auch die ganze Masse der Detail-Bestimmungen über die Procedur in die Verfassung mitaufgenommen werden. Der Art. 9. huldigt nebstdem offen dem Grundsatze, daß derjenige Staatsminister, auf welchem das Gewicht einer ständischen Klage lastet, seinem Amte von diesem Momente an und in so lange nicht weiter mehr vorstehen könne, bis er durch Urtheil und Recht für schuldlos erklärt worden ist. Der Art. 8., indem er dem betheiligten Minister den freien Gebrauch der zu Gebot stehenden Vertheidigungsmittel sichert, ist der Ausdruck eines unbestreitbaren Rechtsprinzips. Art. 11 bestimmt die Strafen, welche der Staatsgerichtshof zu verhängen hat; es steht aber diese Bestimmung im unmittelbaren Zusammenhange mit der des Art. 13., welcher dafür Sorge trägt, daß der Angeschuldigte auch dem Arme des ordentlichen Richters nicht entgehe, wenn er unter den Voraussetzungen des Art. 6, zugleich das allgemeine Strafgesetz im Verbrechens- oder Vergehensgrade übertreten oder eine civilrechtliche Haftbarkeit auf sich geladen haben sollte. Im Art. 12. ist dafür gesorgt, daß das Straferkenntniß des Staatsgerichtshofes durch das Begnadigungsrecht der Krone nicht wirkungslos gemacht werden könne. Indem nun die Regierung den gegenwärtigen Entwurf den Ständen des Reichs zur verfassungsmäßigen Würdigung übergibt, glaubt sie getrost deren Urtheil entgegensehen zu dürfen, ob dieser Entwurf eine loyale Lösung des Königlichen Versprechens enthalte. München den 8. April 1884.

† (Nürnberg, den 14. April.) Der Landwehrartillerieoberlieutenant Krämer wurde zum Major des hiesigen Landwehrregiments ernannt.

Freie Städte. (Frankfurt, den 13. April.) In der heutigen Vormittagssitzung des Fünfziger-Ausschusses wurde beschlossen, eine aus den HH. Schleiden und Mathy bestehende Commission nach Berlin zu senden, um die preußische Regierung aufzufordern, den wegen der Einverleibung Schleswigs gefaßten Beschluß zur Ausführung zu bringen, einen Commandeur des zehnten Armeekorps nach Schleswig zu senden, die Eider von den preußischen Truppen überschreiten zu lassen, die Dänen aufzufordern, Schleswig zu räumen und die als Geißeln fortgeschleppten Männer wieder frei zu geben. Die Commission soll heute Abend nach Berlin. (N. M. Z.)

A n z e i g e n

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16. April 1848. № 107. Sonntag: Aaron.

Deutschland.

Bayern. *†(München, 14. April.) [IX. öffentl. Sitzung der K. d. Abg.] Der I. Präsident Dr. Kirchgeßner ist zwar anwesend, aber doch führt der II. Präsident Dr. Müller den Vorsitz. Am Ministertisch: der Kriegsminister Weishaupt, Heinz und Beisler, die Min.-Räthe v. Roth. Der I. Präsident erklärt so eben den Bahnzug verlassen und sich in die Sitzung begeben zu haben. Er erklärt den Grund seiner Abwesenheit; nachdem die berathende Versammlung in Frankfurt sich in eine konstituir. verwandelt habe, habe er in der Nacht vom 3. April die Aufforderung erhalten, sich nach Frankfurt zu begeben, ohne irgend ein Mandat, als das seiner Ueberzeugung. Es wurde ihm die Ernennung als Vertrauensmann von dem Minist. mitgetheilt; der Bund hatte 17 Vertrauensmänner gewünscht. Sogleich bei seiner Einkunft begab er sich zu Willich und er trat sogleich in den Rath der Vertrauensmänner ein und glaubte solange diese Stellung einzunehmen, bis diese Abberufung erfolgt sey; vorgestern habe die Stimme in der Kammer sich erhoben, welche seine Rückkehr verlangt und er habe derselben sogleich Folge geleistet. — Der zweite Präsident verliest hierauf den Einlauf und stellt die Frage, ob da, Hr. Min. v. Heinz zum Reichsrath ernannt sey, der Ersatzmann einzuberufen sey. Der Hr. Justizminister erklärt, da von Morgens 7 bis 9 Uhr die Minister, welche gegenwärtig das Ablösungsgesetz berathen, beschäftigt seyen, so konnte er seinen Austritt in der Kammer noch nicht anzeigen. Der II. Präsident drückt sein Bedauern über diesen Austritt aus, durch welchen die Kammer ein so treffliches Mitglied verliere. Redner verbreitet sich über Heinz's ausgezeichnete Eigenschaften. Der Justizminister erwiedert, daß seine Wirksamkeit allerdings in dieser Kammer gewesen wäre; jedoch um für das Vaterland heilsam zu wirken, sey überall der Platz.

Hierauf schickte der Ref. des I. Aussch. einige Worte seinem Vortrage über den Gesetzentwurf die Behandlung neuer Gesetzbücher betr. voraus, worin er u. A. bemerkt, daß der Ges.-Entw. zwar nicht mehr an der Zeit wäre, die Kammer möge sich aber dennoch die Berathung darüber nicht gereuen lassen. Man schreitet sogleich zur speziellen Berathung. Art. 1 wird ohne Diskussion angenommen. Zu Art. 2 hat der Aussch. noch die Worte: »von neuen Mitgliedern« beantragt einzuschalten »zur Berathung des Handels- und Wechselgesetzbuchs ist der Aussch. d. K. d. Abg. durch 2 Mitglieder, wo möglich vom Handelsstande zu verstärken.« Diese Modif. wird angenommen. Art. III und IV. werden in ursprünglicher Fassung angenommen. Zu Art. V gab der Ausschuß die Modif. Nach den Worten »ihrer Vorstände« einzuschalten: »Zur Vorberathung der Berathung wählt der vereinigte Ausschuß einen Referenten und einen Coreferenten durch Stimmenmehrheit, in der Art, daß der Conferent einer andern Kammer als der Referent angehört.« Der I. Sekr. bringt eine weitere Modif. ein, des Inhalts: In dem Aussch. hat eine besondere Berathung und Beschlußfassung über den Vortrag der bestellten Referenten und über die von den Mitgliedern der Kammer eingebrachten Modifikationen zu bestimmen, dann vereinigen sich beide Ausschüsse zur gemeinschaftlichen Berathung unter dem Vorsitz ihrer ältesten Referenten. Der Antragsteller vertheidigt seine Modif., indem er hiemit den des Aussch. Prof. Edel vergleicht und die Unterschiede zwischen dem aristokratischen und demokratischen Prinzip der Berathung anführt. Redner wäre für die Mod. des Prof. Edel, wenn nicht das Zweikammersystem noch bestünde; so aber wünsche er, daß beide Kammern sich getrennt schlüssig machen; an die Stelle der Kammer wollen wir selbstständige Ausschüsse setzen, damit das demokratische und aristokratische Prinzip sich selbstständig aussprechen, später erst sollen sie sich zur definitiven Beschlußfassung vereinigen unter dem Vorsitz der ältesten ihrer Vorstände.

Prof. Edel bemerkt, daß diese bereits dem Ausschluß vorliegende Modifikation von diesem nicht angenommen wurde. Wir befinden uns in einer Justiznoth sonder Grenzen; wegen politischer Gründe könne man die Gesetzgebung nicht verzögern. Dieses setzt Redner ausführlich auseinander. Das Recht soll ein neutrales Gebiet, nicht der Tummelplatz für Politik sein. Solche Prinzipienfragen gibt es jetzt fast nicht mehr, das demokratische Prinzip hat einen unbeschreiblichen Sieg errungen; eine aristokratische Scheidewand ist unmöglich geworden. Das demokratische Prinzip werde sich auch in den Ausschüssen geltend zu machen wissen. Eine politische Gefahr bestehe nicht. Dek. Bauer widerlegt des Referenten Ansichten. Er glaubt nicht, daß die Gesetzgebung um 2 Jahre hinausgeschoben wird. Es handle sich um eine kurze Verständigung der Ausschußmitglieder. Bei der Berathung über das Ablösungsgesetz werden wir's zwar erleben, daß politische Meinungen gegen einander zu Feld ziehen. Aber er findet die Selbstständigkeit, welche der I. Sekr. wünscht, ganz billig. Schlund sieht unsere Ausschüsse schon genug mit Aristokraten besetzt, werden von oben noch einige herunterkommen, so werden wir ganz überfluthet. Prof. v. Scheuerl äußert sich für die Modifikation des Prof. Edel. Stockinger: Gesetze sollen nicht übereilt werden. Das Surrogat der Kammer habe man in 2 Ausschüssen gefunden; eine vorläufige Verschmelzung der Redner-Elemente sei noch nicht denkbar, deßhalb wolle er die Selbstständigkeit erhalten. Bei Gesetzen, wo es sich um Strafen, Hochverrath, Todesstrafe rc. handle, wolle man wohl wissen, was das demokratische Prinzip darüber denke. Dr. Schwindl: durch diesen Gesetzentwurf soll eine Verschmelzung beider Kammern herbeigeführt werden. Redner sei stets für das Einkammersystem gewesen und diesem nähere man sich dadurch. Würde man diesem Artikel nicht beistimmen, so würde man sagen, es soll das Zweikammersystem fortbestehen. Die Zeit der Vereinigung ist gegeben; wo der exclusiven Richtung der Boden unter den Füssen genommen ist, da falle man sich wie Brüder vertraut in die Arme (Heiterkeit). —

Der I. Präsident erwägt den praktischen Werth der Modif. des I. Sekret.; das Volk hat ein Recht zu verlangen, wie die Stimmung des Ausschusses in jeder Kammer sey; jeder Ausschuß sollte sich daher selbstständig machen; er stimme daher für die Modif. des I. Sekret. Bar. v. Rotenhan: Es fragt sich, ob der Zweck des I. Sekret. nicht auch ohne seine Modif. erfüllt werden kann. Was hindert denn die Mitglieder der beiden Ausschüsse an der Versammlung sich separat zusammen zu finden und mit ihrem Beschlusse in den vereinigten Ausschuß zu treten. Der I. Sekret. der Ausschüsse solle über gewisse Prinzipien sich vorher verständigt haben müssen, nicht blos können; darin liege ihre Gewähr. Gewöhnlich studiere zuerst sich der Referent in eine Sache hinein und dann kommen die Ausschüsse und machen sich darüber schlüssig. Nach der Ansicht des Referenten kommen 9 Demokraten und 7 Demokraten und machen sich gemeinschaftlich schlüssig. Es sey aber besser, wenn die Prinzipien vorher festgestellt und dann die Berathung rasch vor sich ginge.

Min. Heinz: Die Regierung habe nicht politische Interessen, sondern Beschleunigung der Berathung bei der Abfassung des Gesetzes im Auge gehabt. In der Ausführung werden die Ausschüsse sich verständigen, ob man das Eine oder Andere annehme, und es würde kein großer Unterschied dabei herauskommen. Dek. Bauer: Die Ausschüsse sollen separat zusammentreten müssen, bevor sie sich vereinigen. Unterberger: wo die Kammer vereint zu entscheiden habe, sollen auch die Ausschüsse vereint entscheiden. — Der Referent bemerkt schließlich, wir haben es mit sechs Gesetzbüchern zu thun, deren Berathung einen bedeutenden Zeitaufwand erheische. Wenn man dieß übereilen wolle, dürfe man alle sechs Wochen einen Referenten begraben lassen. — Was das Volk zu wissen verlange, erhalte es in den Ausschußreferaten und Protokollen. Die Kammer könne sich nach Artikel 10 gegen eine diktatorische Gewalt der Ausschüsse wahren. Er vertheidigt daher den Ausschuß-Antrag. Die beiden dem Gesetz-Entwurfe vom Ausschuß angehängten Wünsche kommen nun an die Reihe — (vide Referat des Professors Edel) und werden beide Wünsche ohne Debatte angenommen. Hiermit ist die Tagesordnung erledigt. Staatsminister v. Beisler übergibt der Kammer einen Gesetz-Entwurf über die Freiheit der Presse. — Nach diesem Gesetz ist die Kompetenz dem Minister der Kirchen- und Schulangelegenheiten unterworfen, und auf dem Entwurf von 1831 basirt, mit Schwurgerichten. Die Polizei soll nur das Auge des Gesetzes seyn, welches transitorischer Natur ist. Die Regierung wird diese Uebergangsperiode möglichst abkürzen. — So viel uns bis jetzt scheint, beruht der Entwurf auf sehr freisinnigen Prinzipien, der erste Eindruck ist als ein günstiger zu bezeichnen. — Das Preßgesetz tritt erst mit der Einführung der neuen Gesetzgebung in Wirkung. Das deutsche Parlament wird in kürzester Zeit diesen Gegenstand, der schon längst Aufgabe des Bundestages gewesen wäre, in Berathung nehmen.

†* (München, den 13. April.) [Achte öffentliche Sitz. d. K. d Abg., Abends 4 Uhr.] Am Ministertisch Hr. Min. Rath. Bening. Nach Verlesung des Einlaufs, worunter viele Gesuche um Ablösung und eine Eingabe von Handwerksgesellen verschiedener Gewerbe in München „die Arbeitszeit in München betr., angeeignet von Prof. Edel, wurden folgende Gesammtbeschlüsse verlesen: 1) über den Ges. Entw. „die Wahl der bayr. Abg. zum deutschen Bunde"; 2) über den Ges.-Entw. „die Zahl der Abg. aus der Pfalz zur Ständeversammlung betr." und 3) über die Amnestie. Diese Gesetzentwürfe werden morgen Sr. Maj. dem König übergeben werden. Hiemit wurde diese ganz kurze Sitzung geschlossen. —

(München, den 14. April.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 19 enthält folgende Kgl. Proklamation: Bayern! An Euch ergeht unter allen deutschen Stämmen zuerst der Ruf, aus Eurer Mitte, aus der des ganzen Volkes die Abgeordneten zu wählen zur deutschen Nationalvertretung. Seyd stolz darauf und erkennet die Größe Eurer Aufgabe! Einer der ältesten, edelsten deutschen Stämme, im Herzen unseres Gesammtvaterlandes gelegen, seyd Ihr bestimmt, mitzuwirken zur Gestaltung des großen Nationalwerkes. Deutschland soll nach Innen und Außen gekräftigt die ihm gebührende Stellung einnehmen unter den Staaten Europa's, zum mächtigen Schutze seiner Freunde, zur Abwehr seiner Feinde. Dieses Ziel zu erreichen, thut Eintracht Noth; mit Deutschland stehen und fallen wir. Wir sind Alle Kinder einer Mutter, Söhne eines Volkes. — Ihm verdanken wir Sprache, Gesittung, Freyheit und Recht, der Menschheit höchste Güter. Doch jeder deutsche Stamm in seiner eigentlichen, selbstständigen Entwicklung trug zu ihrer Erlangung bei, durch Wort und That, durch Gut und Blut. Drum vergesset auch nicht, daß Wir Bayern sind! Ueber ein Jahrtausend zählt unsere Geschichte. Bayern wollen wir seyn und bleiben. Schreitet nun mit Gott, dem Herren, an Euer wichtiges Werk; flehet seinen allmächtigen Beistand an, daß er Euch erleuchte und stärke. Wählet nach Pflicht und Gewissen, frei von Leidenschaft und niedrigen Parteizwecken. — Bayern, höret auf die Stimme Eures Königes, er trägt Euch Alle in seinem Herzen; Eure Ehre, Euer Ruhm, Euer Glück sind die seinen! Lasset uns zusammenhalten in guten wie in bösen Tagen, wie es unsere Vorfahren gethan; sie haben vollendet, wir haben noch zu kämpfen. Gedenket des Gebers unserer Verfassung, unseres Vaters Max; er blickt segnend auf uns herab; sein Geist umschwebe Euch in der Stunde ernster Berathung über das Werk natio-

naler Einigung zwischen Deuschlands Fürsten und Völkern. Ringen wir vereint nach innerer derlicherer Entfaltung des heiligen Vermächtnisses der Vergangenheit in Religion, Recht und Wahrheit. — Kinder und Kindeskinder werden auch auf uns einst stolz und zufrieden zurückblicken, wenn wir unsere Aufgabe gelöst, Bayern und Deutsche zu seyn. München, den 14. April 1848. Maximilian.

) (Nürnberg, den 15. April.) Man macht es uns mit der Republik gefährlicher, als es aussieht; Deutschland will keine Republik und wenn da einige Angrenzer in Frankreich auf dem Vorparlament in Frankfurt etwas Lärm gemacht haben, so hat dies gar keine Gefahr Der badische Seekreis und ein paar vereinzelte Deputirte aus Würtemberg und Hessen sind nicht Deutschland Die Wahlen zum eigentlichen Parlament werden in so allgemeiner Masse für die konstitutionelle Monarchie ausfallen, daß ein paar Republikaner, die vielleicht darunter gerathen möchten, verschwinden. Man muß den Teufel nicht an die Wand malen, sonst findet er sich ein. Wir sehen nicht recht ein, warum man auch hier in Nürnberg so großen Lärm schlägt, daß man sich gegen die Republik setzen solle und ja keinen republikanischen Kandidaten für das Volksparlament wähle. Wo sind denn in Nürnberg republikanische Kandidaten und wo ist die Partei unter der Bürgerschaft, die eine Republik will? Niemand dachte bisher an dergleichen; durch Gegendemonstrationen könnte man erst eine Gegenpartei hervorrufen. Die Nürnberger denken zu gesund, um sich in solchen Träumen zu ergeben; doch klingende Worte von Gleichheit und Freiheit, Organisation der Arbeit, Ausgleichung zwischen Arbeit und Kapital — solche Phrasen machen es nicht aus. Wir erinnern uns noch sehr gut an die republikanischen Freiheits- und Gleichheitsmänner, die in den neunziger Jahren aus Frankreich kamen und uns ausplünderten; das war eine schöne Freiheit und Gleichheit! Und sehen wir nur auf den jetzigen Zustand von Paris; die Arbeiter ziehen in hunderttausenden herum, halten Reden über Freiheit und Gleichheit: aber was haben sie denn dabei gewonnen? Sie schreien gegen die besitzende Klasse: aber gerade Paris erzeugt nur Luxusartikel und braucht eine besitzende Klasse für den Absatz seiner Produkte. Jetzt sind alle Fremden fort, alle Besitzenden ziehen sich aus der Stadt hinaus, der Kredit ist dahin, die Fabriken müssen aufhören, und die Arbeiter, welche früher täglich 3 Franken verdienten, arbeiten jetzt um 1½ Franken auf der Strasse. Was wir gegenwärtig vor Allem brauchen, ist Ruhe und Ordnung. Alles arbeitet darauf hin, Regierung und Stände, das Loos der arbeitenden Klassen zu verbessern: aber das kann natürlich nicht in 14 Tagen ausgeführt werden. Gewiß, unsere braven, fleißigen Handwerker, die vom frühen Morgen bis in die späte Nacht klopfen, um sich und ihre Familie kümmerlich zu erhalten: sie verdienen die vollste Berücksichtigung: von ihnen aber muß man unterscheiden eine Masse von Schreiern, die lieber „stücken", als arbeiten und nicht daran denken mögen, sich in Zeiten, wo sie guten Verdienst haben, einen Kreuzer für die Tage der Noth aufzusparen, die weniger Hunger leiden, als einen großen Durst und wenn sie Viel haben, Viel ins Wirthshaus tragen. Für Nürnberg wird eine bessere Zeit anbrechen; das dürfen wir überzeugt seyn. Die Zollschranken von Oesterreich, von Polen, wer weiß? vielleicht auch von Rußland werden fallen und den Nürnberger Produkten einen weiten Markt öffnen.

(Bamberg, den 14. April.) Gestern fand dahier eine Bürgerversammlung statt, welche folgende Punkte beschloß: 1) sie erklärt sich mit vollster Entschiedenheit für die konstitutionelle Monarchie auf den Grundlagen, welche von den Vertretern des deutschen Volkes zu Frankfurt bereits ausgesprochen wurden, zu der die Ständeversammlung Bayerns sich gleichfalls bekannt, welche die bayerische Staatsregierung als die ihrigen sich anzueignen und zu handhaben versprochen hat; 2) sie erklärt sich mit vollster Entschiedenheit gegen die Einführung der Republik in Deutschland. 3) Nach diesen Grundsätzen will und wird sie für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung mit aller Kraft offen thätig sein. 4) Zu diesen Zwecken, so wie zur Wahrung aller Volksrechte und Freiheiten, zur Leitung der hiefür weiter zu berufenden Versammlungen wählt sie ein Komité von 15 Mitgliedern durch geregelte schriftliche Stimmgebung. 5) Diese Wahl wird unverzüglich durch einen Wahlausschuß beschäftigt, alsdann 6) vom Komité die Versammlung zur weiteren Berathung und Beschlußnahme wieder berufen. (Bamb. Tgbl.)

Braunschweig. (Braunschweig, 10. April.) Heute ist ein Bataillon unseres Infanterie-Regiments ausgerückt, um nach der Elbe zu marschiren; alle unsere entbehrlichen Truppen werden nachfolgen. Unser Herzog ist selbst nach der Eltgegend gereist, wo er sich überzeugt hat, daß die hannover'schen Truppen dort sehr weit von einander stehen. Er hat darauf gedrungen, daß man bis zur Eider vorrücken möchte, und hat, wie es heißt, deßhalb die dringendsten Anträge in Hannover machen, auch dem preuß. General in Rendsburg erklären lassen, daß er die hiesigen Truppen, sobald die Preussen deren bedürften, abgesehen von den übrigen Contingenten des 10. Armeekorps, zu seiner Verfügung stelle. Nach einer Antwort, die der Herzog einer Deputation des Bürgervereins ertheilt hat, muß man schließen, daß nur, wenn seine Gegenwart hier dringend erforderlich sein sollte, er sich abhalten lassen würde, an einem etwaigen Feldzuge gegen Dänemark persönlich Theil zu nehmen. (Köln. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 14. April.) Verhandlungen der Bundesversammlung. 31. Sitzung vom 11. April 1848. In der heutigen außerordentlichen Sitzung wurde beschlossen: 1) die kurhessische Gesandtschaft zu ersuchen, sich unverzüglich von ihrer Regierung Auskunft über die Veranlassung und den Hergang der heute bekannt gewordenen Ereignisse zu Kassel zu verschaffen und der Bundesversammlung mitzutheilen. 2) Auf den Antrag, welchen die k. preussische Regierung in Uebereinstimmung mit den betheiligten Provinzen gestellt hat, Ost- und Westpreussen in den deutschen Bund aufzunehmen, diese Aufnahme mit freudiger Anerkennung der hierdurch bethätigten nationalen Gesinnungen auszusprechen, die zur Ausführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßregeln aber bezüglich einer Abänderung der Bundesmatrikel u. s. w., vorerst von den betreffenden Ausschüssen begutachten zu lassen. 32. Sitzung vom 12. April 1848. In der heutigen Sitzung trat als neuer kurhessischer Gesandter der Professor Dr. Jordan ein. Von badischer Seite wurden die aus öffentlichen Blättern schon bekannten Maßregeln wegen Weiterbeförderung der aus Frankreich kommenden Polen zur Kenntniß der Bundesversammlung gebracht, welche Anzeige einem Ausschuß überwiesen wurde, weil Baden erwartet, daß ihm die durch jene Maßregeln erwachsenden bedeutenden Kosten nicht ausschließlich zur Last bleiben und zu erwarten ist, daß auch von andern Staaten ähnliche Reklamationen erhoben werden. Von dem Militärausschuß wurde über die Verproviantirung der Festung Mainz und die Ergänzung der Lazaretherfordernisse Bericht erstattet und beschlossen, für diese Ausgaben weitere 350,000 fl. zu verwenden. Auf den Antrag des Ausschusses für die schleswig-holsteiner Angelegenheiten erklärte die Bundesversammlung im weitern Verfolg des Beschlusses vom 4. d. M.: Daß falls von königl. dänischer Seite die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den eingerückten dänischen Truppen nicht erfolgt sein sollte, dieß zu erzwingen sei, und das durch den Bund zu schützende Recht Holsteins auf die Union mit Schleswig zu wahren. 2) Daß, da nach der Ueberzeugung der Bundesversammlung die sicherste Verbürgung jener Union durch den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund würde erlangt werden, die preussische Regierung zu ersuchen sei, bei dem ihr übertragenen Vermittlungsgeschäft auf jenen Eintritt hinzuwirken. 3) Daß sie die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein, welche sich mit Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens desselben zur nothgedrungenen Vertheidigung der Landesrechte constituirt hat, als solche und in diesem Maaß anerkenne und daher von der vermittelnden k. preussischen Regierung und deren Anhänger schützen werde.

Verhandlungen der XVII Beigeordneten am Bundestage. Frankfurt a. M., 12. April 1848. Siebente Sitzung. Vorsitzender: v. Gagern. Der Vorsitzende legte eine durch das provisorische Comite des constitutionellen Vereins in Danzig eingesandte Petition vieler Einwohner der Stadt Danzig vor, in welcher der lebhafte und dringende Wunsch ausgesprochen wurde, daß die Provinz Preussen und der Netzdistrikt sofort und für alle Zukunft als integrirender Theil dem vereinigten Deutschland untrennbar angeschlossen werde. — Denselben Wunsch, in Betreff des Netzdistrikts, drückte eine andere vom Vorsitzenden vorgelegte Petition der deutschen Bewohner des Regierungsbezirks Bromberg aus. Beide waren von Dahlmann übergeben werden. Sie waren an die am 31 v. M. und an den folgenden Tagen hier versammelt gewesenen Abgeordneten der deutschen Nation gerichtet und hierher abgegeben, weil die Versammlung der Abgeordneten zur Zeit ihres Eingangs sich bereits getrennt hatte. Da der Vertreter jener Versammlung der Fünfziger-Ausschuß ist, so wurde beschlossen, die beiden Petitionen an ihn gelangen zu lassen. Die XVII vereinigten sich zu dem einstimmigen Antrage an die hohe Bundesversammlung, die hohe Bundesversammlung möge erklären: 1) Die Schleswig-Holsteinsche Sache sei durch die Einsetzung der provisorischen Regierung und die Bildung von Freischaaren zugleich Angelegenheit des innern Friedens Deutschland geworden; 2) langjährige Erfahrung habe gezeigt, daß für die nähere Verbindung Schleswigs mit Holstein von der königl. dänischen Regierung unter den bisherigen Verhältnissen keine befriedigende Garantie zu erwarten sei; der deutsche Bund verlange von der königl. dänischen Regierung die Bewilligung der Aufnahme Schleswigs in den Bund als die einzige befriedigende Garantie für jene Verbindung Ferner stellten die XVII einstimmig den Antrag, die hohe Bundesversammlung möge die mit der Vermittlung beauftragte königl. preussische Regierung veranlassen, daß sie die sofortige Räumung des Herzogthums Schleswig von dänischen Truppen fordere, und sie nöthigen Falls mit den Waffen erzwinge. In Betreff der Anerkennung der schleswig-holsteinschen provisorischen Regierung Seitens des deutschen Bundes nahmen die XVII wiederholt auf den Antrag vom 10. d. M. Bezug. Hiermit wurde die gemeinsame Sitzung geschlossen.

Nachdem die Versammlung zu besonderer Sitzung wieder zusammen getreten war, wurde eine Deputation des Ausschusses der Fünfziger angemeldet, welche, eingetreten, der Versammlung die gestern vom Fünfziger-Ausschusse in Betreff Schleswig-Holsteins gefaßten Beschlüsse mittheilte, und deren Berücksichtigung empfahl. Die Deputation wurde von den eben mit dem Revisionsausschusse der hohen Bundesversammlung gepflogenen Verhandlungen in Kenntniß gesetzt, durch welche jene Beschlüsse im Wesentlichen sich erledigt fanden. Nach Entfernung der Deputation wurde auf die zu Anfang der Sitzung zur Berathung verstellten Gegenstände zurückgegangen. Die Erörterung darüber führte zu dem Beschlusse, bei hoher Bundesversammlung die Anträge zu stellen: 1) Es möge von hoher Bundesversammlung dafür gesorgt werden, daß, so weit es nicht bereits geschehen, sofort in allen deutschen Staaten eine allgemeine Volksbewaffnung eingeführt werde. 2) Hohe Bundesversammlung möge, so weit es die Umstände gestatten, das Geeignete vorbereiten, damit auch zur See der bewaffnete Schutz Deutschlands nicht fehle. 3) Hohe Bundesversammlung möge die unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands erforderlichen Einrichtungen alsbald in Erwägung nehmen. Die von einem Mitgliede der Versammlung schriftlich eröffneten speziellen Ansichten und Vorschläge in Beziehung auf die in diesen Anträgen berührten Gegenstände sollen der hohen Bundesversammlung vorgelegt werden, damit sie bei der weiteren Verhandlung darüber, so weit es angemessen erscheinen möchte, benutzt werden können. Zur Beglaubigung: Petri. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 12. April.) Bevor in der heutigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses zur Tagesordnung geschritten wurde, trug der Präsident viele eingelaufene Schreiben und Anträge vor, von denen wir nur die wichtigsten hervorheben: 1) Professor Buren warnt in einem Schreiben vor unregelmäßiger Zusammensetzung der Freischaaren, und wünschte, daß jemand vom Fünfziger-Ausschusse ernannt werde, die Freischaaren zu organisiren. Es wurden 5 Mitglieder als Kommissien zur Bildung der Freischaaren ernannt. (Kuranda, Graf Bissing, Raveaux, Stedmann und Wydemeyer). 2) Aufruf zur Bildung eines deutschen Nationalvereins von Dr. Strecker in Mainz. Hierauf stellte Herr Stedmann den Antrag, eine Präsenzliste aufzulegen, um in jeder Sitzung zu wissen, welches von den Mitgliedern fehle. 3) Wurde ein Schreiben des XVII. Ausschusses in Betreff der Angelegenheit von Schleswig-Holstein vorgetragen. 4) Eine Eingabe der Weilburger Mitglieder des Sicherheitsausschusses, daß die Besetzung der deutschen Grenze gegen Frankreich auf die Grenzfestungen beschränkt werden möge. 5) Frankfurter Kaufleute bitten ein Verbot gegen Ausfuhr des Geldes aus Deutschland zu erlassen. Hierzu wurde eine Kommission ernannt, welche aus den Herren Duckwitz, Hornbostel, Mühlfeld, Biedermann und Wiesener besteht. 6) Die Permissionisten in Frankfurt beantragten die Erlaubniß, daselbst ihr Wahlrecht auszuüben. Wurde der Wahlkommission überwiesen. 7) Ein Mitglied des Fünfziger-Ausschusses beantragte die Bildung

einer Petitionskommission. Dieser Antrag wurde verworfen. 8) Vogel von Frankfurt glaubt in seinem Schreiben, es sey Aufgabe des Fünfziger-Ausschusses, brodlosen Arbeitern Brod und Arbeit zu verschaffen. Herr Siemens meinte, man solle die Eingabe für die constituirende Versammlung aufheben. Robert Blum glaubte, der Fünfziger-Ausschuß sey es sich selbst schuldig, das Schreiben einer Kommission zu überweisen. Die Herren Wächter und Freudentheil stimmten bei. Zur Kommission wurden erwählt: die Herren Raveaux, Abegg, Rüder, Schilling und Hergenhahn. 9) Eingabe des Leipziger Vaterlandsvereins, die Unabhängigkeitserklärung Italiens bezweckend. Wurde der Kommission des Auswärtigen überwiesen. Auf der Tagesordnung stand unter Anderm der Antrag des Herrn Andriani, daß die einzelnen Nationalitäten in Deutschland garantirt werden möchten. Herr Kuranda machte diesen Antrag zu dem seinigen, und wir lassen hier seine eigenen Worte folgen: „Der Ausschuß möge bei dem Bund die Erklärung veranlassen, daß den den fremden Sprachstämmen angehörenden Bewohnern des deutschen Bundes, ungeachtet ihres Verbandes mit Deutschland, die Freiheit ihrer Sprache, und der darauf bezüglichen Institutionen innerhalb ihres Landes gesichert werden. Herr Schuselka berichtigte einige Aeusserungen des Herrn Kuranda insbesondere hinsichtlich der Czechen. So viel er aus Böhmen wisse, so werde dort den Czechen in Hinsicht des Unterrichtes genügt. Sie sollen nicht Unterthanen Deutschlands, sondern Glieder desselben seyn. Sie stifteten ihr Wappen im deutschen Reiche, sie kämpften mit und für uns Schlachten, ihre Fürsten saßen auf unserem Throne. Wir wollen sie ja nicht unterdrücken, sie seyen Bundesgenossen und mögen Theil nehmen an allen Rechten des deutschen Vaterlandes. Mühlfeld sprach für Garantie ihrer Sprachen und aller ihnen gebührenden Rechten. Wiesner erinnerte, daß er im Vorparlament wiederholt für die Unantastbarkeit der slavischen Nationalität gesprochen habe. (Auf seinen Antrag wurde damals in den Wahlartikeln statt: Jeder deutsche Staatsbürger, jeder Staatsangehörige in den deutschen Bundeslanden gesetzt.) Seiner Ansicht nach genügt die Erklärung, daß die Slaven unbeschadet ihrer Nationalität berufen seyen, an den großen Errungenschaften und bürgerlichen Freiheiten Deutschlands brüderlich Antheil zu nehmen. Auersperg (Anast. Grün) sprach herzliche Worte über Ilirien, Steyermark, Krain und Kärnthen. Nach ihm sprachen noch die Herren Abegg, Bissing, Blum und Venedey, welcher letztere insbesondere in der Bürgschaft der Freiheit auch schon die Bürgschaft für die nationalen Bestrebungen erblickte. Rüder stellte den Antrag für heute der Wichtigkeit des Gegenstandes wegen keinen Beschluß zu fassen. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Sitzung geschlossen.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 12. April.) In der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 10. April 1848 wurde zur Kenntniß der Versammlung gebracht: 1) daß der k. k. österreichische Gesandte, Graf v. Colloredo-Walsee, durch eine neue Vollmacht zum Präsidialgesandten definitiv ernannt, 2) daß nach erfolgter Abberufung des bisherigen k. würtembergischen Gesandten, Frh. v. Blomberg, der Obertribunalrath, Frhr. v. Sternenfels, zum Bundestagsgesandten für Würtemberg ernannt, und 3) daß für Oesterreich der niederösterreichische ständische Verordnete, Appellationsrath Ritter v. Schmerling als Beirath behufs der Revision der Bundesverfassung anher obgeordnet, und ihm der Landrath Frhr. v. Sommaruga zur Beihülfe im Geschäfte, so wie zur Substituirung in Verhinderungsfällen zugetheilt worden sey. Ferner wurde angezeigt, 4) daß Se. k. Hoh. der Prinz Friedrich von Würtemberg zum Befehlshaber des 8. Bundesarmeekorps, und 5) der k. würtembergische Generallieutenant Graf zur Lippe Bisterfeld zum Gouverneur der Bundesfestung Ulm ernannt worden sey. In derselben Sitzung wurde sodann beschlossen, Bewilligungen für die Bundesfestung Ulm, nachträgliche Kredite im Betrag von 300,000 fl. zu diesem Zweck zu eröffnen. 2) Die von der Bundesmilitärkommission gelieferten Nachweisungen des bleibenden Approvisionnements der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg als völlig befriedigend anzuerkennen. 3) auf das Schreiben des Präsidiums des von der vorberathenden Versammlung zur Begründung eines neuen verfassungsmäßigen Zustandes in Deutschland gewählten Fünfzigerausschusses zu Frankfurt vom 7. d. M. in Betreff des Geschäftsverkehrs mit dem Ausschuß und den 17 Vertrauensmännern durch das Präsidium der Bundesversammlung zu erwiedern: a) daß die Bundesversammlung die ihr mitgetheilten und ferner mitgetheilt werdenden Ansichten und Wünsche des Ausschusses seither schon beachtet habe und auch ferner beachten werde; b) daß die Form der fortlaufenden Berathungen und Verhandlungen mit den siebenzehn Männern des Vertrauens schon zur gegenseitigen Zufriedenheit geregelt sey und daß die Bundesversammlung auch in Fällen, in welchen der Gegenstand und das Bedürfniß eines leichteren, zeitersparenden Geschäftsganges es wünschenswerth mache, gemeinschaftlich mit jenen Männern berathen werde. c) daß die Bundesversammlung unterm 4. d. M. beschlossen habe, die k. preuß. Regierung aufzufordern, zum Schutz deutschen Bundeslandes Holstein mit Hannover und den übrigen Staaten des 10. Bundesarmeekorps sich in's Einvernehmen zu setzen, und Preussen zu ersuchen, auf Grundlage der unverkürzten Aufrechthaltung der Rechte Holsteins, namentlich seiner staatsrechtlichen Verbindung mit Schleswig, eine Vermittlung zu versuchen; daß ferner der Beschluß der Bundesversammlung (wie solcher bereits veröffentlicht worden) mitgetheilt werde und ähnliche weitere Mittheilungen vorbehalten bleiben.

(Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 13. April.) Die von Würzburg heute Abend spät hier eintreffende freiwillige Mainschaar, welche über Köln mittelst der Eisenbahn nach dem Norden Deutschlands, nach Schleswig-Holstein, sich begibt, wird Freitag den 14. d., Morgens 10 Uhr, im „Gasthaus zum Donnersberg“ (in der Nähe des Fahrthors am Main) versammelt seyn. (Frkft. J.)

Hessen. (Darmstadt, den 12. April.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte Staatsminister v. Gagern einen Gesetzentwurf wegen der Wahl der Mitglieder für das constituirende deutsche Parlament vor, der in mehrere Paragraphen zerfällt: Wahl von zwölf Abgeordneten. Mittelbare Wahl, als dem Zweck angemessener (Urwahlen, Bezirkswahlen) — Wahlfähig, jeder, der 21 Jahr alt und Staatsbürger ist — Religion, kein Hinderniß — Spielraum für die Candidaten — Wählbar jeder volljährige deutsche Staatsbürger. Der Gesetzesentwurf wurde sogleich an den Gesetzgebungsausschuß gewiesen, der bis morgen berichten soll. Auf übermorgen ist die Berathung vorausbestimmt. Wahrscheinlich wird der Minister morgen einen Gesetzentwurf zur Regelung der standesherrlichen Verhältnisse an die Kammer bringen; er kündigte dieses heute an. (F.-O.-P.-Z.)

(Mainz, den 11. April.) Heute Abend wurden die verschiedenen Sectionen unserer Bürgerwehr zusammenberufen und derselben mitgetheilt, der Vicegouverneur der Bundesfestung habe dem Bürgermeister schriftlich die Erklärung gegeben, daß bei Vorkommnissen, wie die in der letzten Woche, das Gouvernement in die Nothwendigkeit versetzt seyn würde, Festung und Stadt in Belagerungszustand erklären zu müssen, mithin die Polizeigewalt zu übernehmen, weßhalb der Bürgermeister unverzüglich binnen acht Tagen für die Organisirung der Bürgerwehr zu sorgen habe. Die Bürgerwehr schritt nun sogleich zur Eintheilung in Compagnieen und zur Wahl ihrer Offiziere. Einen sehr guten Eindruck machte es, daß der Herr Vicegouverneur der Bürgerwehr Gewehre aus dem Zeughause zusagte. In unserm heutigen Wochenblatte weisen die hiesigen Schiffleute auf's entschiedenste die gegen sie erhobenen Beschuldigungen, wegen vorgeblicher Antheilnahme an der Eisenbahnzerstörung zurück, und erbieten ihre Dienste zu nächtlichen Streifwachten, indem sie rufen: „Keine Freiheit ohne Ordnung und Gesetz.“

(F.-O.-P.-Z.)

(Kassel, den 11. März.) Die Ruhe ist seit gestern Abend wieder hergestellt. Sähe man nicht die Spuren der Barrikaden in den Straßen und erblickte man nicht hin und wieder Bewaffnete, so würde Niemand der Stadt ansehen, daß sie gestern der Schauplatz so großer Aufregung gewesen ist. Das Militär hat gestern Abend mit den Bürgern die Waffen gemeinschaftlich bezogen, Soldaten und Bürgergardisten fraternisirten, erstere bezeigten sämmtlich ihre tiefste Entrüstung über das Bubenstück, welches die Garde-du-Corps feiger und meuchlerischer Weise gegen unbewaffnete und friedliche Bürger ausgeführt haben. Auch im Offiziercorps herrscht nur eine Stimme hierüber. Personen, welche der geflüchteten Garde-du-Corps begegnet sind, versichern, daß dieselbe in dem kläglichsten Zustande sich befand; als das Volk gegen die Kaserne anrückte, warf sich Jeder aufs Pferd, wie er war; sie zogen in 2 Abtheilungen aus der Stadt; die Freischaaren verfolgten sie eine Strecke weit mit Flintenschüssen; in der Weißensteiner Allee bezeichneten Blutspuren den Weg, den sie genommen. Es sollen sich 8 bis 10 Verwundete unter ihnen befinden, welche sie in drei Wagen nachführten. Alle Bewohner der umliegenden Gegend haben ihnen die Aufnahme versagt, und selbst das erste Husarenregiment zu Hofgeismar weigerte sich, ihre Caserne mit ihnen zu theilen; sie mußten den ganzen Tag im Walde campiren. Die Garde-du-Corps sollen entschlossen seyn, der ihre Auflösung verfügenden Ordre nicht zu gehorchen, sie wollen ihre Waffen und Uniformen nur mit dem Tode abliefern, und verlangen von ihren Befehlshabern gegen die Stadt geführt zu werden. Sollte es den Herren wirklich einfallen, einen solchen verzweifelten Versuch zu wagen, so können sie auf einen ernsten Empfang gefaßt seyn; Tausende von Kugeln sind bereit, die Mißhandlung der Bürger zu rächen. — Die Ständeversammlung hielt gestern mehrere Sitzungen. Es wurde eine Adresse an den Kurfürsten beschlossen, welche drei Punkte enthielt: 1) Auflösung der Gardeducorps und Bestrafung der Schuldigen; 2) sofortige Zusicherung dieser Maßregeln durch eine Proclamation; 3) Entfernung aller Personen, welche das Vertrauen des Volks durch frühere Amtführung verscherzt haben, und Beachtung der Rathschläge der Minister, welche das vollkommene Vertrauen des Volkes besitzen. Die Stände begaben sich mit dieser Adresse in corpore zu dem Kurfürsten, worauf die gestern mitgetheilte Proclamation erfolgte. Auch haben in Folge dessen außer den Herren Abée, Schmidt und v. Motz, Regier.-Rath Schröder sowie, dem Vernehmen nach, O.-Appell.-Ger.-Rath v. Dehn-Rothfelser die Stadt verlassen müssen. In einer weiteren Sitzung wurde der Gesetzentwurf wegen der Wahlen zum deutschen Parlament berathen. Kurhessen wählt 11 Vertreter; es finden Urwahlen statt, welche auf den 18. April festgesetzt sind. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen. Die seit 17 Jahren vergeblich ersehnten Gesetzentwürfe wegen Wildschadens und Auseinandersetzung der Lehns- und Meierverhältnisse wurden gestern den Ständen vorgelegt. Wir schließen diesen Bericht mit der Bemerkung, daß nur das unbedingte und offenste Anschließen an die neue Ordnung der Dinge von Seiten des Kurfürsten das tief erschütterte Vertrauen zwischen Volk und Thron wieder herzustellen vermag; die Ruhe ist zwar äußerlich wieder hergestellt, aber die Aufregung der Gemüther ist damit noch nicht beschwichtigt; es bedarf des geringsten Anlasses, um den glimmenden Funken zu einer zerstörenden Flamme anzufachen. Man hörte gestern Nacht an vielen Orten den Ruf: Es lebe die Republik, weg mit dem Kurfürsten! und wahrlich nicht von solchen, die der untersten Volksklasse angehören, sondern von Leuten, die politische Bildung besitzen, und die fest entschlossen sind, ihre Ansichten auch thatsächlich durchzusetzen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.

Nachschrift. So eben hören wir, daß die Gardeducorps in vollständiger Auflösung begriffen ist, die Pferde sind in die Kavallerie-Kaserne zu Hofgeismar eingeliefert; die Mannschaft ist nach Hause geschickt. Auf der Flucht von Kassel, wurde sie von den Landleuten aus den umliegenden Ortschaften mit Gewehrschüssen verfolgt, wodurch noch mehr verwundet sind. (Frf. J.)

Preußen. (Berlin, 12. April.) Die neulich erwähnte Kommission zur Berathung einer neuen Verfassung der evangelischen Kirche ist gestern unter dem Vorsitz des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zusammengetreten. Der Minister eröffnete die Sitzung mit Darlegung der Grundsätze, welche künftig für das Verhältniß des Staats zur Kirche maßgebend seyn werden; er hob insbesondere hervor, daß der Staat in Zukunft jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche sich zu enthalten haben werde, und daß es bezüglich der evangelischen Kirche daher zunächst darauf ankomme, ihr durch eine aus ihr selbst hervorgegangene Verfassung die Selbstständigkeit zu sichern, die sie befähige, ihre Freiheit nach allen Seiten hin zu wahren. Natürlich könne ein solcher Organismus der Kirche nicht von außen her gegeben werden, sondern nur darauf könne es ankommen, und nur dies könne Aufgabe der jetzigen Berathung sein, derselben die Möglichkeit zu gewähren, durch freigewählte Organe diejenige Verfassung zu begründen, welche sie zu ihrem dauernden, selbstständigen Bestehen für nothwendig und ersprießlich erachte. Dabei werde aber der Begriff der evangelischen Kirche nicht zu eng gefaßt, namentlich die Union nicht als die Gränze oder Bedingung der neuen Verfassung festgehalten werden dürfen. Es werde vielmehr rathsam sein, allen Gemeinden, welche sich als Angehörige der evangelischen Kirche betrachten, insbesondere auch denjenigen, welche sich, wie die Alt-Lutheraner und die in neuerer Zeit entstandenen sogenannten freien Gemeinden, einstwei-

len von der evangelischen Landes-Kirche getrennt haben, die Gelegenheit zu geben, an der Berathung der neuen Verfassung Theil zu nehmen, um so, wenn irgend möglich den Frieden und die Einheit in der Kirche wiederherzustellen. Die Kommission erklärte sich mit dieser Auffassung vollkommen einverstanden und erkannte als ihre nächste Aufgabe die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes, auf Grund dessen die Vertreter sämmtlicher evangelischer Gemeinden in Preußen, unter Betheiligung aller Gemeinde-Mitglieder und angemessener Berücksichtigung des Predigtamts, zunächst zu Kreis- und Provinzial-Synoden zusammen zu treten haben werden, aus denen Mitglieder zu einer möglichst schleunig einzuberufenden Landes-Synode zu wählen, die, gleichsam als konstituirende Versammlung, in völliger Selbstständigkeit, nach dem Maße des ihr inwohnenden christlich evangelischen Geistes über die der evangelischen Kirche zu gebende Verfassung zu berathen haben wird. Dieses Wahlgesetz wird unverzüglich ausgearbeitet werden.

(A. Pr. Z.)

(Köln, den 11. April.) Groß war heute die allgemeine Bestürzung, denn in dem Gefangenhause, wo an tausend Sträflinge sitzen, war ein Aufruhr ausgebrochen. Einige Sträflinge hatten sich Pistolen zu verschaffen gewußt, zwei Aufseher niedergeschossen, einen tödtlich und drei andere leichter verwundet. Die im Gefangenhause befindliche Militärwache war jedoch stark genug, die Empörer zu bewältigen, und die Bürgerwehr besetzte nur das weitläufige Gebäude, um den Pöbel abzuhalten. Denn seit einigen Tagen war das Gerücht verbreitet, man wolle das Gefangenhaus stürmen. Alles ging indeß ruhig vorüber.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Köln, den 12. April.) Man ist hier im Begriff, ein konstitutionelles Wahl-Komite für den Regierungs-Bezirk Köln zu bilden.

(Köln. Z.)

Sachsen. (Leipzig, den 13 April.) §. 4 der gestrigen Verordnung über die Wahl deutscher Nationalvertreter lautet in veränderte Fassung wie folgt: „Stimmberechtigt bei diesen Wahlen sind alle volljährige, selbstständige sächsische Staatsangehörige unbescholtenen Rufes.“

(D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 9. April Abends.) Heute Mittag ist Flensburg von unseren Truppen geräumt. Es waren von früh Morgens an lebhafte Gefechte bei Bau, bei Krusau und bei Glücksburg. Unsere Truppen waren überall im Vortheil; auf beiden Seiten zahlreiche Todte und Verwundete. Gegen 12 Uhr erschienen vier dänische Kriegsschiffe und eine Anzahl Kanonenböte unmittelbar vor Flensburg, und drohten die offene Stadt zu bombardiren, wenn sie nicht geräumt werde. Der König selbst soll auf den Schiffen gewesen seyn. Unsere Truppen zogen sich aus der Stadt, die nicht mehr zu halten war, zurück. Die Position bei Bau ist aufgegeben. Die Dänen haben Flensburg besetzt; Glücksburg wird noch vertheidigt. Die nächste Position wird jetzt bei Hollebeck zwischen Flensburg und Schleswig, in Angeln genommen werden. Einige unserer Truppenabtheilungen sollen abgesprengt sein.

(Brem. Z.)

Würtemberg. In unserem Lande findet das Streben, die Republik einzuführen, durchaus keinen Anklang.

(Schw. M.)

(Stuttgart, den 13. April.) Wir hören, daß sich die Regierung hinsichtlich der Wahl der Vertreter des Landes bei der deutschen Nationalversammlung gegen Kreiswahlen entschieden hat; es werden einzelne Bezirke für die Wahl je eines einzelnen Abgeordneten gebildet werden.

(Schw. M.)

(Stuttgart) Das Fünfundzwanziger Komité schlägt zum Vertreter Stuttgarts und der Umgebung bei der deutschen Nationalvertretung Paul Pfizer vor.

(Schw. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Stadtwehr betreffend.

Sämmtliche Stadtwehrmänner der Compagnie des Jakober Viertels werden ersucht, sich nächsten Montag den 17. April a. c. Abends 6 Uhr in dem Hause des Herrn Bereiters Neupert, Katharinengasse L. No. 1063, pünktlich und mit Gewehr einzufinden. Von denjenigen Herren, welche ohne Angabe eines triftigen Grundes nicht erscheinen, müßte angenommen werden, dieselben seyen nicht mehr gesonnen, in der Compagnie eingereiht zu bleiben.

Nürnberg, den 14. April 1848.

Korte.

Zur Nachricht.

Auf Herrn J. G. Hirschmanns Inserat in Nro 106 d. Bl. diene zur Nachricht, daß von mir weder eine Tochter in Berlin noch überhaupt je verreiet war.

G. T. Strobel, Gürtler-Meister, Karlsstrasse.

Empfehlung.

Tscherkessenmesser von 5 fl. bis 12 fl. per Stück, und

Körpervertheidiger, (sogen. Neuntödter zu 1 fl. per Stück

verfertigt und verkauft

A. Hofman,
Messerschmied u. Schwerdverfertiger.
L. Nro. 796 der Theatergasse.

Empfehlung.

Tscherkessenmesser in großer Auswahl empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Nikolaus Hofmann, jun., am Ecke der Spitalgasse No 825 in Nürnberg

Jammerthal.

Heute Sonntag den 16. April

Salvator-Bier.

Regensburger Hof.

Montag den 17. April „Metzelsuppe.“ Wozu ergebenst einladet

Schmidt

Wiener Salon.
Sonntag den 16 April
Salvator.

(Fahr-Gelegenheit.) Montag den 16. April geht eine Chaise leer nach Regensburg, wo man billig mitfahren kann bei Lohnkutscher Pickel, Unschlittmarkt Nro 1513.

(Kapital-Gesuch) Man sucht ein Kapital von fl. 5000 gegen doppelten Werth auf Grundstücke, die in der Nähe Nürnbergs liegen und von bester Beschaffenheit sind, aufzunehmen. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

Berichtigung

der Erwiederung des Herrn Dr. Lösch in No. 106 dieses Blattes.

Die Bemerkung, welche der Herr Dr. im 1 Punkte seiner Erwiederung aufstellt ist der Wahrheit gemäß, ich habe mich in der Person geirrt, und dieser Irrthum ist mir sehr leid.

Was den zweiten Punkt anbetrifft, ist es mir eben wieder leid, daß der Herr Dr. von der ganzen Sache nichts weiß, da ich doch gleich nach erfolgter Verwechselung dem Todtengräber Herrn Neidhardt die Anzeige davon machte, in der gerechten Erwartung, daß dieser Fehler einer Entschuldigung werth sey, welche aber nicht erfolgte.

Was der Herr Dr. in dem Satz a von den Leichengebühren anführt, ist mir wohlbekannt, und schon aus diesem, wie aus dem Grunde, daß mir durch den Herrn Stadtpfarrer Osterhausen vier Gulden von den Begräbnißkosten erlassen wurden, geht klar hervor, daß ich nicht den Herrn Dr. als denjenigen bezeichnen konnte, welchem ich besagte vier Gulden abgehandelt. In meiner Bitte um Erklärung steht auch in dieser Beziehung kein Wort vom Herrn Dr., was derselbe bei genauer Durchlesung wohl finden wird, der Herr Dr. ist hier selbst sehr im Irrthum.

Was der Satz b enthält, wird kein unpartheiischer Beurtheiler zugeben, denn hier heißt es: solche Verwechselung sei allerdings leicht möglich, dagegen behaupte ich: wer so viel Würde besitzt, daß er es unter seiner Würde hält, sich, wie er es zu nennen beliebt, gegen gemeine und niedrige Deutungen zu rechtfertigen, dem soll es wenigstens nicht leicht möglich sein, bei einer so feierlichen Handlung so zu fehlen.

Sollten meine Deutungen wirklich gemein seyn, so bin ich durch die traurigsten Erfahrungen zu diesem Styl getrieben. Was jetzt hier in dem Munde Tausender über mehrere des protestantisch-geistlichen Standes Stadtgespräch ist, trägt wahrlich nicht dazu bei, meinen Styl zu veredeln. Gott sey Dank, finden auch sehr rühmliche Ausnahmen statt, als z. B. der Herr Pfarrverweser Bär ꝛc.

Ich bin freilich gegen den Herrn Dr. nur der Zöllner im Evangelium und nur erst 3 Jahre als Färber hier; ob ich als solcher leiste, was die Zeiterfordernisse erheischen, stelle ich dem Urtheile meiner Mitbürger, die mich kennen, anheim, aber auch schon seit 30 Jahren, wo ich anfing selbstständig zu denken, schlägt in mir ein Herz für einen einigen Gott, für Vaterland, Freiheit und Recht.

Weit entfernt, den Herrn Doktor beleidigen zu wollen, sagte ich nur die Wahrheit. Wir sind durch Gottes Beistand und unsern teutschen Muth dahin gelangt, den gekrönten Majestäten ihr begangenes Unrecht öffentlich sagen zu dürfen, ohne damit Majestätsverbrechen oder Injurien zu begehen. Herr Dr. Lösch wird nun doch keine Ausnahme machen wollen? das wäre den Zeitverhältnissen gerade entgegen.

Der Herr Doktor scheut nicht das Auge der Welt, und ich gebe mir alle Mühe, auch nicht das Auge Gottes zu scheuen, der in die verborgensten Falten unseres Herzens sieht.

Schließlich spreche ich noch den Wunsch aus, welcher schon früher von anderer Seite öffentlich in der Mittelfränkischen Zeitung ausgesprochen wurde, daß doch bei der Einsegnung armer Leute der Name derselben am Grabe genannt werde, schon dadurch würde solchen Verwechselungen vorgebeugt werden. Tragen Sie, Herr Dr., durch Ihre Mitwirkung dazu bei, und ich bin nicht mehr erzürnt über Ihren begangenen Fehler.

Nürnberg, den 15 April 1848.

J. G. Ziegler, Seidenfärber.

Nach Haus!!

(Eingesandt)

Die ganze bisherige Haltung der Kammer der Abgeordneten in München, so wie speziell ihre Verhandlung über das Wahlgesetz zur konstituirenden Versammlung in Frankfurt, erfordert jetzt um so ernster ihre schon längst erwartete Auflösung, als man überhaupt dies von ihr erwartet hat, daß sie lediglich ein neues Wahlgesetz für die Abgeordneten zur Ständekammer einführen und sich alsdann auflösen werde. Nach den jüngsten Verhandlungen in der Kammer aber will dieselbe ein Vertrauen sich anmaßen, was ihr aber wohl nicht mehr geschenkt werden kann. Es wird daher das verehrliche Komite für die Volksversammlungen dahier höflichst ersucht, schleunigst eine Versammlung zu berufen, in welcher der Vorschlag gestellt werden wird, eine Adresse an die Kammer der Abgeordneten zu richten, in welcher sie aufgefordert wird, alsbald ein neues Wahlgesetz für die Abgeordneten zur Kammer einzuführen und sich sofort dann aufzulösen. Mangel Vertrauens.

(Canalgebühren.) Die Mißverhältnisse in dem bis jetzt bestandenen Canalgebühren-Tarife haben bei dem Handel- und Schifffahrttreibenden Publikum den lebhaften Wunsch einer sachgemäßen Revision schon längst rege gemacht und wir geben uns auch der gerechten Erwartung hin, daß der bisher bestandene Tarif besseren, jetzt auf Erfahrung gegründeten, Stipulationen den Platz einräumen werde.

Für heute begnügen wir uns einen der wichtigsten Transportgegenstände in Anrege zu bringen

Holz, das allgemeine Bedürfniß armer wie bemittelter Hausstände, verdient nach unserer Ansicht eine gerechte Berücksichtigung.

Das Klafter Holz, zwischen Kelheim und Riedenburg eingeladen, kostet mehr als fl 2 Canalgebühren bis in den hiesigen Hafen geliefert, demnach 30 pCt. vom ursprünglichen Ankaufspreis

Dieses Faktum spricht deutlich genug aus, daß eine Ermäßigung dieser Gebühr nicht allein im Interesse des Publikums, sondern auch zugleich in dem der Canal-Verwaltung begründet ist, indem die in der Nähe der Donau wohnenden Holzbesitzer ihre Vorräthe deshalb nach Regensburg verschiffen, welche sie ursprünglich zum Transport nach den mittelfränkischen Städten bestimmt hatten und dadurch dem Canal-Transporte jetzt ganz entgehen —

S.

(Gesuch) Eine Köchin, welche gute Zeugnisse hat und schon lange bei angesehenen Herrschaften hier diente, wünscht wieder bis Ziel unterzukommen

(Zu vermiethen.) Ein Familien-Logis in schönster Lage des Marktes, erste Etage, ist nächstes Ziel oder später zu vermiethen

(Zu vermiethen) Ein großer Keller ist in der Nähe des Museums täglich zu vermiethen.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 16 April bleibt die Bühne geschlossen.

Montag den 17 April Zum Erstenmale: „Der Lovelace, oder, was eine Frau will geschieht doch“ — Lustspiel in 3 Akten nach dem Französischen von Herrmann

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17. April 1848. № 108. Montag: Rudolph.

↔ Die Wahl zum deutschen Parlament.

Das deutsche Parlament versammelt sich am 1. Mai. Innerhalb der nächsten 14 Tage muß die Wahl geschehen und die Abgeordneten sollen an ihrem Bestimmungsorte, Frankfurt, angelangt sein. Das nöthige Wahlgesetz ist bereits genehmigt Nach demselben werden einzelne Wahlbezirke gebildet: je 50,000 Seelen wählen einen Abgeordneten und 2 Ersatzmänner, bilden also einen Wahlbezirk, und innerhalb dieses Bezirkes wählen je 500 Seelen einen Wahlmann: Urwahlbezirke. Dieses Gesetz ist ein blos für diese Wahl gültiges und eine direkte Wahl deßhalb umgangen, weil eine solche eine große Verzögerung verursachen würde. Da unsere Stadt keine 50,000 Seelen hat, so wird jedenfalls ein Theil des Landgerichts zur Ergänzung des Wahlbezirks hinzugerechnet werden. Urwahlbezirke, in welchen die Wahlmänner gewählt werden, möchten unsere Stadt nach unvermeidlicher Maaßgabe einer früheren Volkszählung 60 und einige treffen. Aus den Urwahlen, bei denen jeder 21 Jahr alte, welcher eine direkte Steuer zahlt, wählen kann, gehen dann die Wahlmänner hervor, welche den Abgeordneten selbst zu wählen haben. Zum Abgeordneten kann jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 21 Jahr zurückgelegt hat, gewählt werden. Die **Nähe** des Termins verlangt für das Wahlgeschäft die dringendste **Eile**, die Wichtigkeit der Sache aber fordert die sorgfältigste **Ueberlegung**. Da in dem angenommenen Wahlgesetze verlangt wird, daß die Gewählten die **absolute Stimmenmehrheit**, also über die Hälfte der wählenden Stimmen für sich haben müssen, so ist es nothwendig, durch vorhergehende Besprechung die möglichste Uebereinstimmung für die Wahl zu gewinnen, damit dieselbe wegen mangelhaften Zahlenergebnisses nicht allenfalls mehrmals vorgenommen und dadurch Zeit verloren werden müßte; und da es sich um die zur Zeit wichtigste Angelegenheit des Vaterlandes, die Beschickung des obersten Rathes des deutschen Volkes handelt, so ist es nothwendig, daß selbst schon die Wahl der Wahlmänner von denjenigen Rücksichten geleitet werde, die gegenwärtig jedem Freunde des Vaterlandes heilig sein müssen.

Als unerläßliche Eigenschaften eines guten Wahlmannes für die jetzige Zeit stellen sich aber heraus: **ungeheuchelte, reine Vaterlandsliebe, möglichste politische Einsicht** und **Fähigkeit, unbescholtener Leumund** und **allgemeines Vertrauen**. Im höchsten Grade aber muß diese Eigenschaften der zu wählende Abgeordnete besitzen, denn er soll würdig seyn, mit jenen Männern zu tagen, denen das Wohl und das Wehe unseres Vaterlandes in die Hände gegeben ist. Das deutsche Volk kann nur dann mit der nöthigen Beruhigung ihren Beschlüssen entgegenharren, wenn es schon vorher von der Tüchtigkeit ihrer Einsicht und ihres Charakters überzeugt ist. Gebe Gott, daß wir die Blüthe unsrer vaterländischen Tugenden in jenem Rathe versammelt sehen können. Bei unsren bisherigen bürgerlichen Verhältnissen, wo das öffentliche Leben und die Presse in so beschränkten Grenzen sich bewegten, war es auch unmöglich, daß die Einwohner einer Stadt und eines Landes ihre befähigteren Köpfe hätten kennen lernen können, und es wird mit auf die Rechnung der Errungenschaften unsrer Zeit als wichtiges Moment gebracht werden müssen, daß künftig einem jeden Talente, aus jedem Stande, Gelegenheit gegeben ist, sich Anerkennung zu verschaffen Aber gegenwärtig sind wir in letzter Beziehung nur um Weniges weiter gekommen, als wir vor einigen Wochen waren, wo es sich um die Wahl eines Ersatzmannes für unsere Stände-Abgeordneten handelte.

Es wird daher von der hiesigen Einwohnerschaft gewiß nur von der **richtigen** Seite aufgefaßt und beurtheilt werden, daß sich bereits eine Anzahl hiesiger Bürger im Einvernehmen mit den Distriktsvorstehern es zur Aufgabe gemacht hat, aus den vielen zur Wahl befähigten Männern hiesiger Stadt eine Auswahl zu treffen, um in einer demnächst abzuhaltenden Volksversammlung die nöthigen **Vorschläge** zur Wahl machen zu können. Jedenfalls aber macht, wir erlauben uns noch Einmal daran zu erinnern, die ausdrückliche Bestimmung des Wahlgesetzes einer **absoluten Stimmenmehrheit**, welche möglicher Weise die Wiederholung einzelner Wahlen nothwendig machen und dadurch die Forderung des Wahlgeschäftes **verzögern** könnte, das Bedürfniß vorberathender Zusammenkünfte und Verständigungen zur dringenden Aufgabe. So möge denn der Geist der **Einigkeit** und der **Vaterlandsliebe** auch die Gesinnung unsrer hiesigen Einwohnerschaft beseelen, damit das Ergebniß unsrer Wahl dem der besten im ganzen deutschen Volke würdig an die Seite gestellt werden könne.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 14. April.) Am Schlusse der heutigen Sitzung brachte Christmann seine angekündigte Interpellation vor, was das Ministerium in Bezug auf die in der Adresse der Kammer auf die Thronrede ausgesprochenen Wünsche: **Association, Volksbewaffnung**, und **politische Gleichstellung aller Glaubensbekenntnisse** zu thun Willens sey. — Minister **Heinz**: bei der großen Geschäftsmasse habe er nicht geglaubt, daß diese Punkte dem Ablösungsgesetze, welches ihm jetzt das dringendste erscheine und woran zur Zeit die Minister von früh Morgens bis spät Abends thätig seyen, vorzuziehen wäre. Volksbewaffnung sey im Gange, das ganze Land, jedes Städtchen verlange Waffen, was möglich, sey geschehen. Auch in die Pfalz wurden bereits Waffen geliefert und werden noch mehr folgen. — Association habe die Regierung faktisch anerkannt, sie lege den Volksversammlungen nichts in den Weg die politische Gleichstellung sey schon ihm Wahlgesetz für das Parlament sanktionirt. In kurzer Zeit wird auch das Wahlgesetz für diese Kammer vorgenommen werden und da soll gleichfalls diese Scheidewand fallen. Die Regierung werde übrigens betreffende Gesetzesvorlagen machen. — **Christmann** ist der Meinung, daß diese Kammer nur noch das Ablösungs- und Wahlgesetz vornehmen und dann ihre Thätigkeit schließen soll. Er wolle keine umfassenden Gesetze; bezüglich der Association könne man das Gesetz von 1790 versuchen. — Minister Heinz will formulirte Gesetze vorlegen. — Die Aufklärung des Herrn Ministers könne gewissermassen beruhigen. Das Associationsrecht könne der Regierung nur angenehm sein, um die Stimmung des Volks kennen zu lernen. Die Aengstlichkeit der Beamten jedoch gehe oft zu weit. In Würzburg werden auch Volksversammlungen abgehalten; nun wollten Nichtbürger, Handwerksgehilfen u. s. w., lauter wackere und redliche Leute ebenfalls ein Versammlung veranstalten, letztere aber ward untersagt und so das Volk gegen die Ordnung aufgereizt, deßhalb halte er eine gesetzliche Verordnung von Nöthen. — Die Association gehöre ins Ressort des noch immer durch Krankheit verhinderten Ministers des Innern, Bar. v. **Thon-Dittmer**, welchem davon unterrichtet werden soll; das Ministerium habe nichts gegen Volksversammlungen. Def. **Bauer** hatte selbst eine solche Interpellation eingebracht und dankt deshalb dem Abg. Christmann. Wenn man auch zu dem jetzigen Ministerium Vertrauen habe, so muß man doch alle Wünsche äußern; das Volk wacht und wir als dessen Wächter wollen auf der Warte stehen. Die durch ganz Bayern sich äußernde Anhänglichkeit an die konstitutionelle Monarchie sey erfreulich, aber sie muß zur Wahrheit werden und deßhalb sey die Initiative einer der dringensten Volkswünsche. Keiner der drei Faktoren der Gesetzgebung soll einen Vorzug vor dem anderen haben, jeder soll das Veto einlegen können. Minister **Heinz** erkennt gleichfalls die Macht des unabweisbaren Bedürfnisses in der Formulirung der Initiative; sie müsse gegeben werden und haben bereits Besprechungen statt gefunden; nur wenige Ausnahmen werden statuirt, das monarchische z. B. Erbfolge u. s. w. dürfen nicht angefochten werden. Auch hierüber muß zuerst ein Entwurf ausgearbeitet und Se. M. dem König vorgelegt werden. Das materielle Interesse der Ablösung beruhige das Volk mehr, und dieser Gesetzes-Berathung unbeschadet kann gleichzeitig und nebenbei die Berathung der kleineren Gesetze geschehen, so daß die Kammer deshalb nicht länger beisammen zu seyn brauche, die Session werde überhaupt nur mehr von kurzer Dauer seyn. Von den jetzigen Ministern habe man eine Reaktion nicht zu fürchten, sie würden eher ihre Portefeuilles niederlegen. **Stockinger** wünscht Gesetze, die er faktischen Zuständen vorziehe. **Bestelmeyer** bemerkt, daß manche polizeilichen Verordnungen in jetziger Zeit doch unausführbar seyen, z. B. die Verordnung vom 3. Sept. 1843, welche die Polizeistunde nach Klassen beschränke u. s. w. Er empfehle deren Abschaffung dem Ministertische. Heinz: Man könne ja nicht Alles auf einmal thun, der Minister des Innern sey krank, es kommen immer neue Zumuthungen. **Bestelmeyer** wollte dem Minister des Innern keinen Vorwurf gemacht haben. — **Heinz** wünscht Einer von der Kammer möge nur in seiner Lage sein, er habe am verflossenen Tag von Morgens 3 bis Nachts 11 Uhr gearbeitet. **Schlund** will einen Antrag bezüglich der Polizeistunde stellen. Der 1. Sekretär endlich, welcher mit der Erklärung über die ständische Initiative noch nicht zufrieden ist, behält sich vor, darauf zurückzukommen. (Hiemit endete die Sitzung um 2 Uhr.)

Entwurf eines Edikts über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. Seine Majestät der König haben das Edikt über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 26. Mai 1818 einer Revision unterwerfen lassen, und nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsraths, und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs, unter Beobachtung der in der Verf.-Urk. Titl. X. §. 7 vorgeschriebenen Formen, beschlossen, und verordnen, was folgt: §. 1. Die in der Verf.-Urk. Titl. IV. §. 11 ausgesprochene Freiheit der Presse und des Buchhandels gewährt jedem Verfasser, oder wer dessen Rechte erworben hat, für seine Schriften den freien Gebrauch der Presse, die freie Herausgabe und den freien Verlag; jedem gewerbsberechtigten Inhaber einer Schriftdruckerei oder lithographischen oder wie sonst zur Vervielfältigung von Schriften dienlichen Anstalt den freien Druck der zur Presse übergebenen Schriften, jedem gewerbsberechtigten Buchhändler den freien Verkehr mit den aus dem Drucke hervorgegangenen Schriften. §. 2. Bei keiner Art von Schriften ist das Erscheinen derselben von obrigkeitlicher Prüfung und Genehmigung des Inhalts, oder überhaupt von irgend einer obrigkeitlichen Erlaubniß abhängig. Dies gilt auch von politischen Zeitungen, so wie von periodischen Schriften politischen und statistischen Inhalts. §. 3. Die in Ansehung der Schriften erworbenen Eigenthums- und Nutzungsrechte sollen unter dem Vorwande der Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht gestört, vielmehr sollen die gesetzlichen Verfügungen zum Schutze solcher Rechte gehandhabt werden. §. 4. Staatsdiener sind rücksichtlich der Bekanntmachung amtlicher Arbeiten, so wie jeder Thatsache oder Urkunde, deren Wissenschaft nur durch das Dienstverhältniß erlangt werden konnte, an die Dienstes-Vorschriften und an die Gesetze über die Amtsverschwiegenheit gebunden. §. 5. Andere Beschränkungen, als in den Gesetzen enthalten sind, finden bei Ausübung der Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht statt. Keine Schrift darf verfolgt, Niemand darf einer Schrift wegen zur Verantwortung gezogen werden, außer in den Fällen, welche als Polizei-Uebertretungen, Ver-

gehen oder Verbrechen gesetzlich mit Strafe bedroht sind. §. 6. Ueber Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen, begangen durch die Presse, haben nach öffentlichem und mündlichem Verfahren Schwurgerichte zu erkennen. Wie fern Ausnahmen von der Oeffentlichkeit des Verfahrens zulässig sind, bestimmen die Gesetze über das Straf-Verfahren. §. 7. Bei Polizei-Uebertretungen, welche durch die Presse begangen werden, so wie bei Uebertretungen von Vorschriften über die Polizei der Presse und des Buchhandels steht die Strafgerichtsbarkeit nicht den Polizei-Behörden, sondern den Gerichten zu. §. 8. Die polizeiliche Beschlagnahme von Erzeugnissen der Presse kann nur wegen Uebertretung eines in der Verfügung anzuführenden Strafgesetzes geschehen, und muß die Einleitung des in den Gesetzen bestimmten strafgerichtlichen Verfahrens längstens binnen 8 Tagen nach sich ziehen. §. 9. Was von Schriften verordnet ist, gilt auch von Gemälden, Bildern, Zeichnungen, Kupferstichen, Erzeugnissen der Lithographie, Holzschnitten und überhaupt von jeder Art und Form sinnlicher Darstellungen und Mittheilung an das Publikum. §. 10. Vorstehende Bestimmungen sollen als ein Grundgesetz des Reichs, als ein ergänzender Bestandtheil der Verf.-Urk. angesehen, und können nur auf die durch den Titl. X. §. 7. dieser Urkunde vorgeschriebene Weise abgeändert werden, dieselben treten mit dem Tage der Bekanntmachung durch das Gesetzblatt, beziehungsweise durch das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit, und von eben diesem Tage an ist das Edikt über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 26. März 1818 aufgehoben. §. 11. Die §§. 6 und 7 des gegenwärtigen Gesetzes treten erst mit dem Erscheinen des neuen Gesetzes über das Strafverfahren in Wirksamkeit, bis dahin bleiben die bisherigen Gesetze hierüber in Geltung. Gegeben für den Entwurf. (L. S.) Beisler.

Motive zum Entwurfe eines Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. Durch die k. Proklamation vom 6. März l. Js. und die Rede vom Throne ist die Einbringung eines Preßgesetzes verheißen. Der betreffende Entwurf hat zu umfassen: 1) Staatsgrundgesetzliche Bestimmungen, welche die sämmtlichen Gewährschaften vollständiger Preßfreiheiten in ihren Hauptmomenten enthalten; 2) Fest abgegränzte jede Willkür hindernde Bestimmungen über die Polizei der Presse; 3) Strafgesetzliche Normen über Preßverbrechen und Preßvergehen; 4) Die Bestimmungen über das Verfahren bei Aburtheilung von Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen im Bereiche der Presse. Die ersten beiden Entwürfe berühren die Kompetenz des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, und es ist demnach dasselbe allerhöchst beauftragt, zuvörderst den Entwurf der staatsgrundgesetzlichen Bestimmungen über die Freiheit der Presse und des Buchhandels als das Wichtigste und Inhaltschwerste der gesammten Preßlegislatur den Ständen des Reichs und zwar zunächst der hohen Kammer der Abgeordneten zu übergeben.

Dieser Entwurf stützt sich auf die legislativen Vorarbeiten des Jahres 1831 mit gewissenhafter Berücksichtigung sowohl der damals von den Ständen des Reichs ausgegangenen modifizirenden Beschlüsse, als überhaupt aller jener Anforderungen, welche im Interesse des freien geistigen Verkehrs an die Gesetzgebung gestellt werden können.

§. 1 Bestimmt die Rechtsverhältnisse der Verfasser, Verleger und Drucker. §. 2 bringt das Institut der Censur für immer zu Grabe. §. 3 trägt Sorge, daß das schmähliche Gewerbe des Nachdrucks unter dem Vorwande der Preßfreiheit nicht etwa Geltung sich verschaffe. §. 4 beseitigt die Hindernisse, welche den öffentlichen Beamten den freien Gebrauch der Presse bisher verkümmerten, bis auf jenes Minimum, welches in höheren Staatsrücksichten seine unzweifelhafte Rechtfertigung finden dürfte. §. 5 spricht grundsätzlich aus, daß der freie geistige Verkehr nicht in der Willkür sondern lediglich in der Vorschrift des Gesetzes seine Begränzung zu erkennen habe. §. 6 überweist die Zuständigkeit zur Aburtheilung von Preßverbrechen und Preßvergehen den Schwurgerichten und proklamirt den Grundsatz der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens. — §. 7 und 8 trennt das Strafverfahren in Preßpolizeiübertretungen von dem Wirkungskreise der Polizeibehörden, und weiset es dem Forum der ordentlichen Gerichte zu. Die Polizei soll fortan nur das Auge des Gesetzes sein. §. 9 spricht den ohnehin in der Natur der Sache gelegenen Grundsatz aus, daß, was von Schriften verordnet ist, überhaupt von jeder Art und Form sinnlicher Darstellungen und Mittheilungen, an das Publikum zu gelten habe. §. 10. erklärt diese sämmtlichen Grundbestimmungen über Freiheit der Presse und des Buchhandels als integrirenden Bestandtheil der Verfassungs-Urkunde. §. 11. ist transitorischer Natur und hat die Aufgabe zu verhüten, daß während der Uebergangsperiode bis zum Erscheinen des neuen Procedurgesetzes nicht ein völlig rechts- und gesetzloser Zustand im Gebiete der Presse sich entfalte. — Die Regierung wird es sich zur besondern Aufgabe machen, die Dauer dieser Uebergangsperiode möglichst abzukürzen, und stellt die Prüfung und verfassungsmäßige Bereifung des gegenwärtigen Gesetzent-Entwurfes den Ständen des Reichs vertrauensvoll anheim. München, den 14. April 1848. (L. S.) Beisler.

(München, den 14. April.) Wie ich höre, hat Se. Maj. der König Ludwig seine Reise nach der Schweiz vertagt. (Ein anderer Brief sagt, das ganze Reisegerücht sey ein unbeglaubigtes gewesen.) Die Sitzungen in unsern beiden Kammern folgen sich jetzt rasch hintereinander, auch wird jetzt der formelle und etwas schleppende Gang, welcher besonders in der Kammer der Abgeordneten beobachtet wurde, jetzt weniger eingehalten. Man glaubt allgemein, daß bis zum 1. k. M. die Kammern werden geschlossen werden. (Allg. Z.)

†† (Nürnberg, den 16. April.) Gestern wurde ein Theil unserer Chevauxlegersmannschaft mit den ausgesuchtesten Pferden schleunigst nach München beordert, da nach einem neuen Kriegsministerialreskript die Bildung einer reitenden Artillerie befohlen wird, welche mit der leichten Kavallerie mannövriren kann und zu welcher jede Eskadron Chevauxlegers 40 Mann stellt.

Baden. (Aus dem Badischen, 15. April.) Wir stehen in unserm Baden, wenn nicht alle Zeichen trügen, an einem glücklichen Wendepunkt. Die Partei der Republik hat Trumpf gespielt und — verloren. Es war in der That hohe Zeit, daß eine Entscheidung eintrat, wenn nicht ein unheilvoller Bürgerkrieg unsere kaum gewonnene Grundlage wahrer bürgerlicher Freiheit wieder zerstören, wenn wir nicht einer communistischen Schreckens- und Gewaltherrschaft unterthan werden sollten. Der Kern des Volkes wollte und will keine Republik, aber er will die bürgerliche Freiheit fester begründet, erweitert sehen, und glaubt dieses Ziel in der constitutionellen Monarchie mit einem selbstgewählten, großen deutschen Parlament zu erreichen. Es war also eine Unwahrheit, wenn Fickler vor drei Wochen in den „Seeblättern" ausrief: „Das badische Volk im Seekreis, auf dem Schwarzwald und in Mittelbaden will die Republik." Wohl hat die Rührigkeit und der entschlossene Muth der Republikaner im Seekreis und im Oberland eine gefahrdrohende Stimmung hervorgebracht; man scheute aber auch kein Mittel, die Aufregung möglichst zu verbreiten und nachhaltig zu machen. Sodann suchte man die Linientruppen gegen ihre Vorgesetzten aufzustacheln und durch „Freibier" alle Garnisonen zu gewinnen. Auf Volksversammlungen, in der Mannheimer, Freiburger und Konstanzer republikanischen Presse wurde die wohlfeilste Regierung, die man nur in der Republik finden zu können vorgab, zum Aushängeschild gemacht, und drohende Forderungen wurden von Volksversammlungen an den Regenten und die Regierung gestellt. Man verbreitete ferner mit aller Emsigkeit das Gespenst der Reaction, an welche die Führer selbst nicht glauben, und drohte die Bewachung der westlichen Grenze durch „fremde", d. h. deutsche Truppen mit Gewalt einzuschreiten, wie wenn es Kosaken wären, die man zu unserm Schutz gerufen. (Frkft.O.-P.-Z.)

(Karlsruhe, den 13. April.) (51 Sitzung der zweiten Kammer.) Zittel erstattet ausführlichen Bericht über eine ihm von mehreren hiesigen Bürgern und Einwohnern, welche einen Verein zur Unterstützung der aus Frankreich zurückkehrenden deutschen Arbeitern gegründet, übertragene Sendung nach Straßburg. In diesem Berichte wird u. A. gesagt, daß der Berichterstatter sowohl bei den betr. Arbeitern selbst, die durch eine eigene Kleidung (Uniform) kenntlich seien, als auch bei dem Führer derselben (Herwegh), so wie bei andern Privatpersonen und bei den französischen Behörden genaue Erkundigungen eingezogen habe. Diesen zu Folge sei eine Kolonne aus Lyon in Straßburg angekommen, jedoch nach ihrer Ankunft bitter enttäuscht worden, wie dieß auch schon in einem durch die Karlsr. Z. veröffentlichten Schreiben näher ausgeführt wäre, weßwegen sie mit den Pariser Ankömmlingen zerfallen seien und ohne Waffen in ihre Heimath zurückzukehren wünschen. Eine andere Kolonne, ungef. 60, habe sich von Grenoble aus gegen Hüningen begeben, soll aber dort, wo sie sich die nothwendigsten Lebensbedürfnisse mit Gewalt verschaffen wollte, zerstreut worden sein. Elf von ihnen haben sich bei Marlen auf das rechte Rheinufer begeben und seien, wie Einer derselben, welcher nach Straßburg wieder zurückgekehrt, aussage, von einem Badener aufgenommen und nach Donaueschingen befördert worden. In Straßburg selbst befinde sich eine Abtheilung der ersten Legion, beziehungsweise der Vortrab der von Paris kommenden Arbeiter, allenfalls 250 an der Zahl, welchen in dieser Woche noch weitere 500 und später eine noch viel größere Zahl folgen solle. Nach der Angabe Herweghs, welcher über diese Sache ganz offen spreche, dürften letztere in 1500 bis 2000 Mann bestehen; nach der Angabe von Reisenden aber sollen dieselben mehrere Tausend Mann stark sein, was wohl daher kommen möge, weil sich dem Zuge unterwegs auch noch andere Arbeiter, insbesondere aber auch Franzosen, unter dem Vorgeben, sie seien Polen, anschlößen. Die Vorhut, welche er gesehen, sei vortrefflich organisirt, auch herrsche die strengste Subordination, indem bei ihnen das Standrecht verkündet sein solle und keiner, wenn er auch wollte, ohne die größte Lebensgefahr zurücktreten könne. Ihre Waffen seien von Paris nach Straßburg gesendet worden, sollen von einem ihrer Führer aufbewahrt und erst dann verabfolgt werden, wenn sie die Gränze überschreiten. Was den Geist dieser die Vorhut bildenden Arbeiter betreffe, so seien sie alle fanatisirt, und jeder glaube in einer Republik das zu finden, was er wünsche — von einer friedlichen Heimkehr wäre also gar keine Rede, sondern mit den Waffen in der Hand wollten sie erscheinen. Ueber die Frage, wo und wie der Einfall bewerkstelligt werden solle, wäre keine Auskunft zu erhalten gewesen, außer, daß man erst die andern Brüder abwarten, aber auch nach deren Ankunft keinen Einfall auf eigene Faust machen, sondern vielmehr zusehen wolle, bis auf dem rechten Rheinufer eine Schilderererhebung für die Republik, was mit Zuversicht erwartet werde, stattfinde. Da jedoch nach einem dem Führer Herwegh gestern zugekommenen Schreiben die Hoffnung in letzterer Beziehung, wenigstens zur Zeit geschwunden, so wolle jetzt die ganze Schaar, wenn sie vereinigt sein werde, auf dem linken Rheinufer gegen Basel ziehen, um dort abzuwarten, was weiter geschehe. Subsistenzmittel seien nur noch für acht Tage vorräthig, nach deren Umfluß sich die vereinigten Kolonnen nicht mehr halten könnten und auseinandergehen müßten. Trete der letzte Fall ein, und kommen deutsche Arbeiter ohne Waffen in das Land, dann wäre es an der Zeit, daß der zu ihrer Unterstützung sich gebildete Verein in Wirksamkeit trete. Nebst diesen bewaffneten Arbeitern, von welchen seither schon öfters die Sprache gewesen, befände sich aber auch noch eine Menge anderer deutscher Arbeiter, welche aus Frankreich ausgewiesen und welche ohne Waffen in ihre Heimath wandern wollen, unter Wegs, weßwegen auch für Unterstützung dieser gesorgt werden müsse. (Schwäb. M.)

Braunschweig. (Braunschweig, den 11. April.) Reißt die schwarz-roth-goldne Fahne herunter, laßt verstummen die Lieder vom einigen Deutschland, Ihr Deutschen, wenn Ihr Eure Gesinnungen nicht durch Thaten zeigen wollt! Der armselige Däne greift unser deutsches Schleswig-Holstein zu Wasser und zu Lande an, nachdem er es vorher wehrlos gemacht hat, und was geschieht von dem starken, einigen Deutschland? Preußen schickt ein paar Regimenter und ein paar Kanonen hin, und von dem 10. Armee-Corps liegen ein paar armselige Bataillone müßig und weitzerstreut an der Elbe und wagen nicht vorzurücken, bis die s. g. deutsche Bundes-Versammlung, welche sich in Frankfurt a. M. aufhält, den Krieg erklärt hat. Und unterdessen wehren sich unsere schleswig-holsteinischen Brüder wie Verzweifelte gegen die dänische Uebermacht! Unser Herzog hat schon seit längerer Zeit Alles aufgeboten, um, ganz im Sinne des Volkes, ein energischeres Handeln zu bewirken, aber vergeblich. Heute nun traf die Nachricht von dem Treffen bei Flensburg hier ein, wobei die Schleswig-Holsteiner trotz der tapferen Gegenwehr so sehr gelitten haben, und rief eine allgemeine Aufregung und Entrüstung hervor. Man versammelte sich überall, an öffentlichen Orten und auf den Straßen; überall rief man nach Rache, überall verlangte man, den deutschen Brüdern zu Hülfe zu eilen. Die Mittheilungen eines Mannes, der gestern aus jenen Gegenden zurück gekommen war, über die Leiden, über den edlen Muth der Einwohner erhöheten diese Stimmung. Man eilte zum Herzoge und fand diesen in derselben Stimmung, man fand ihn bereit, sogleich mit dem ganzen Corps auszurücken und sich mit zu schlagen, ohne auf Jemand zu warten. Es fehlte nur an der ständischen Bewilligung der Gelder. Man holte die Abgeordneten zusammen, man verlangte, daß sie sogleich noch am Abend zusammen tre-

ten sollten; allein es fehlte an der Proposition. Die Sitzung muß daher bis morgen Vormittag aufgeschoben bleiben, und übermorgen werden dann unsere Truppen, vollkommen gerüstet, ausrücken. Eine große Menge von Bürgern blieb bis Nachts 11 Uhr in dem landschaftlichen Hause versammelt, mehrere Abgeordnete eilten zu den Ministern, welche Alles zu thun versprachen, um dem entschieden ausgesprochenen Volkswillen gemäß zu handeln. Aus dem Blute, das schon geflossen, werden Rachegeister gegen das übermüthige, prahlerische Dänemark erstehen, es wird, wenn es das deutsche Schwert auf seinem Rücken fühlt, nicht mehr der deutschen Worte spotten! (Köln. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. April.) Verhandlungen der Bundesversammlung. 33. Sitzung vom 13. April 1848. Von Seiten des königl. preussischen Gesandten wird die Mittheilung gemacht, daß, da die dänische Regierung ihre Absicht, Schleswig mit Gewalt von Holstein zu trennen, unausgesetzt verfolge, zur Aufrechthaltung des Status quo an die königl. preussischen Truppen unterm 10. April der Befehl, in Schleswig einzurücken und nach der Lage der Dinge zu handeln, ergangen sei; wobei zur Vermittlung auch ferner die Hand geboten und die Rechte des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig stets anerkannt worden seien. Die Bundesversammlung vernahm mit anerkennender Befriedigung diese Mittheilung, wodurch der Bundesbeschluß von gestern theilweise schon im Voraus seine Erledigung gefunden hat. Um übrigens keine Vorsichtsmaßregeln unberücksichtigt zu lassen, wurde beschlossen, die königl. preussische Regierung zu ersuchen, bei der Verhandlung mit Dänemark zugleich ein Hauptaugenmerk auf die Sicherung des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt in der Ost- und Nordsee zu richten, und wo möglich durch Vertrag mit einer Seemacht für Schutz der deutschen Küsten- und Seestädte Vorsorge zu treffen.

An die Deutschen in Frankreich und in der Schweiz. Ihr habt vernommen, daß die Versammlung deutscher Männer in Frankfurt beschlossen hat, eine konstituirende Nationalversammlung zu berufen, und ihr einzig und allein die Ausrichtung der Verfassung für unser Vaterland zu überlassen. Am ersten Maitag wird sie in Frankfurt zusammentreten. Brüder! Es gilt, der Welt das Beispiel zu geben, wie die deutschen Stämme auf dem Weg der freien Berathung sich einigen zu einer großen Nation, wie sie Freiheit und Wohlstand dauerhaft gründen auf dem unerschütterlichen Boden deutschen Volkswillens! — Er soll entscheiden, und wem die Ehre, wem die Einheit der deutschen Nation einen Werth hat, der wird, der muß sich ihm unterwerfen. Brüder! Euch Allen steht die Heimath offen; Deutschland kennt keine Verbannten mehr. Aber wir beschwören Euch, verzichtet auf den Gedanken — wenn ihr ihn anders, wie öffentliche Blätter berichten — gehegt haben solltet, in bewaffneten Massen in das Vaterland zurückzukehren. Ein solches Beginnen könnte das Werk Eurer Brüder in Deutschland, könnte auch Eure Hoffnung auf ein freies einiges Vaterland gefährden und würde unabwendbar mit Eurem eigenen Untergang endigen. Wir mißtrauen nicht Eurem ernsten Willen, mit uns für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu streiten. Aber wir mahnen Euch, jetzt nicht den Ruf Einzelner für den Ruf des gesammten deutschen Volkes zu achten. Nur dann werden wir alle sicher sein, über den Willen dieses Volkes nicht getäuscht zu werden, wenn wir die Entscheidung seiner Vertreter erwarten. Brüder! Wir müssen einig sein, wollen wir stark sein; wir müssen stark sein, wollen wir frei sein. Es lebe die deutsche Einheit, es lebe die deutsche Freiheit! Frankfurt, den 12. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses: Soiron. Briegleb, als Schriftführer. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 13. April.) In der gestrigen Sitzung des Fünfzigerausschusses überreichte Herr Kullich von Diebach seine Vollmacht zur constituirenden Nationalversammlung. Er ist vom Bauernstand des Traunkreises gewählt worden. Der wichtigste Antrag der heutigen Tagesordnung war der von Herrn Raveaux gestellte, welcher also lautet: Eine Deputation zu wählen, und derselben die ausgedehntesten Vollmachten für die Wiederherstellung der durch Gewalt gestörten freien Rheinschifffahrt zu ertheilen. Der Antrag wurde von verschiedenen Rednern unterstützt, und durch Herrn Lehne amendirt, in Betreff der Dampfschleppschifffahrt wegen Berücksichtigung der Arbeiter und Gewerbsleute. Nach längerer Erörterung, bei welcher die Herren Schuselka, Brunck, Venedey, Buhl und Biedermann sich betheiligten, wurde Abstimmung begehrt, und der Antrag des Herrn Raveaux angenommen. Zu Bevollmächtigten wurden die Herren Raveaux, Lehne und Blum ernannt. Nun traten die vorgestern nach Kassel gesendeten Herren in den Saal. Herr Heckscher berichtete: In Kassel angekommen, setzten wir uns mit dem Gesammtministerium ins Benehmen. Es wurde von uns demselben dargethan, daß den bewegten Vorfällen keine Reaktionsbestrebungen zu Grunde liegen, auch kein Bürgerblut bei dem letzten Ereigniß geflossen sey, und das Ministerium das Vertrauen des Volkes besäße. Die Garde du Corps hätten der von ihnen verübten Exzesse aus eigener Ueberhebung sich schuldig gemacht, da ihnen durchaus kein Befehl ertheilt worden, gegen die Bürger einzuschreiten. Die Untersuchung habe bereits begonnen, die Schuldigen hätten strenge Bestrafung zu gewärtigen. In ähnlicher Weise sprachen auch die Herren Wippermann und Blachiere. Herr Biedermann glaubt einiges in dem Bericht zu vermissen, was der Deputation aufgetragen worden sey, nämlich: den Ministern zu erklären, daß sie im Nothfalle ohne Rücksicht auf einen Einzelwillen zu handeln hätten. Herr Raveaux bemerkte, die Deputirten hätten einen Auftrag erhalten, dessen sie nur theilweise sich entledigt zu haben schienen. Auch Herr Venedey wollte eine wesentliche Lücke bemerken, und stellte deßhalb einen Antrag, der nicht angenommen wurde. Schluß der Sitzung. (Frkf. O.-P.-Z.)

Hannover. (Hannover, 11. April.) Der heutige Tag hat einen Sieg der Volkskammer zuwege gebracht, der als der wichtigste, nach Beseitigung des Paragraphen 180 der Landes-Verfassung, in der diesjährigen Sitzung angesehen werden kann. Nachdem die Dankadresse von der zweiten Kammer angenommen, in welcher der Todesstoß für den Adel ausgesprochen war, indem derselbe aller seiner Vorrechte der Geburt, unbeschadet seiner Privatrechte, verlustig erklärt wurde, so mußte dieselbe, um rechtkräftig aus den Kammern hervorzugehen, von der Adelskammer sanktionirt werden. — Die erste Kammer lehnte in einer Sitzung vom 8. die Fassung des Satzes »die Aufhebung der Vorrechte der Geburt für den Adel« ab, und wollte statt ihrer die Worte: »Beseitigung aller rechtlich bestehenden und thatsächlich gestatteten Vorzüge der Geburt und des Standes bei Besetzung der Civil- und Militärämter« ausgesprochen haben. So gelangte der Adresse-Entwurf heute früh an die Volkskammer zurück. Die Aufregung war groß, indem man offenbar sah, daß der Adel seine Vorrechte nicht schwinden lassen wollte. Die Kammer faßte sich sehr kurz, indem der Adelskammer die Alternative gestellt wurde, dem Adresse-Entwurfe beizutreten, oder die zweite Kammer würde sich auflösen, und die Deputirten würden ins Land zurückkehren. Man ließ der ersten Kammer zwei Stunden zur Berathung Zeit. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Thatsache durch die Stadt, und im Falle, daß die erste Kammer nicht weichen würde, war das Schlimmste vorauszusehen, und unabsehbare Folgen würden daraus erwachsen, wenn die Deputirten in ihre Provinzen zurückgekehrt wären. Nach zweistündiger Berathung gab die erste Kammer nach, und der Adresse-Entwurf ist so angenommen, wie ihn die Volkskammer entworfen hat. **Hiermit hat der Adel, der wie ein Alp auf dem Königreich Hannover lag, faktisch zu existiren aufgehört.** (Köln. Z.)

Hessen. (Kassel, 11. April.) Auszug aus dem gestern publicirten Gesetz über die Wahl von „Nationalvertretern.“ §. 3. Wählbar ist jeder volljährige selbstständige deutsche Mann. §. 4. An der Wahl nehmen alle volljährigen selbstständigen Staatsangehörige Theil. §. 5. Als selbstständig ist derjenige nicht zu betrachten, über dessen Vermögen ein gerichtliches Concursverfahren entstanden ist, so lange nicht völlige Befriedigung der Gläubiger stattgefunden hat; auch derjenige nicht, welcher unter Curatel oder in Kost und Lohn eines andern steht. §. 6. Ausgeschlossen von der Wahlberechtigung und Wählbarkeit sind diejenigen, welche ohne von der Anschuldigung völlig freigesprochen zu sein, wegen solcher Vergehen vor Gericht gestanden haben, die entweder nach gesetzlichen Bestimmungen oder nach allgemeinen Begriffen für entehrend gehalten werden. (Frkft. O. P.-Z.)

Oesterreich. (Linz, den 11. April.) Gestern erhielten die PP. Jesuiten den Auftrag, abzureisen. Allgemein ist man der Regierung für diese Anordnung dankbar. Schreiber dieses, selbst Katholik, muß gestehen, daß er sich wie von einem Alp befreit fühlt, denn der Zweck ihrer Wiedereinführung mußte jeden denkenden Menschen empören. (A. A. Z.)

Preußen. (Posen, 11. April.) Die Expedition gegen Schroda ist gestern nicht ans Werk geschritten; wie aus Willisens' Proklamation zu ersehen, hat man ihnen eine Frist von 24 Stunden gewährt. Wir haben nun bis jetzt von keiner Kapitulation gehört, leider aber schon von betrübenden Vorfällen, indem eine Patrouille vom 2. Husaren-Regiment von Sensenmännern überfallen, theils getödtet, theils geknebelt worden ist. Die Geduld des kommandirenden Generals ist jetzt zu Ende, wir wissen bestimmt, daß auch er mit Willisen gespannt ist. Wenn heute um 9 Uhr früh nicht Alles die Waffen gestreckt, sollen die ersten Granatenschüsse fallen. Die Expeditionskolonne kommandirt der Generalmajor von Dunker, indeß ist gestern der kommandirende General selbst mit einer Husarenabtheilung und dem liegnitzer Landwehr-Bataillon zu derselben abgegangen. — Wir müssen die Wahrheit gestehen, wir befürchten ein großes Blutbad. Vorgestern wurde eine kleine Infanterieabtheilung in Kurnik mit Waffen und Gepäck gefangen genommen, die Erbitterung der Truppen ist groß; Ihre Landsleute, die schlesischen Wehrmänner mit ihren Offizieren (Männer aus den verschiedensten Ständen) haben Rache an der, wie sie sie nennen, unedlen, undankbaren Nation gelobt. — Ein Herr von Potocki soll schon als Opfer derselben gefallen sein. — In unsrer Stadt war gestern Nachmittag eine unbegreifliche Aufregung, die Gerüchte, daß sich von verschiedenen Seiten bewaffnete Trupps, Sensenmänner, derselben nahten, haben sich bestätigt; der Ausbruch von Unruhen war sehr möglich, wenn nicht gegen Abend ein starkes Gewitter mit einem Platzregen plötzlich hereingebrochen wäre und namentlich letzterer nicht die ganze Nacht angehalten hätte. — Heut also fällt die Entscheidung! — Gestern rückten das 2. Bataillon 7. Infanterie-Regiments, das hirschberger und das samter'sche Landwehr-Bataillon hier ein. (Bresl. Z.)

(Posen, den 11. April Abends per Estafette.) Oberst Lestock hat in Trzemeszno einen Kampf mit der polnischen Bevölkerung zu bestehen gehabt; nachdem derselbe sämmtliche in der Stadt errichtete Barricaden bereits genommen und die Häuser, aus denen geschossen worden, geräumt hatte — wobei 13 Polen geblieben sein sollen — erreichte ihn eine Contreordre von Seiten des Generals Colomb, des Inhalts, daß er mit der Anwendung der Gewalt inne halten solle, weil Deputationen aus den verschiedenen Kreisen in Posen eingetroffen, die sich dafür verbürgt haben, daß die Waffen niedergelegt werden würden, um zu einer Ausgleichung auf friedlichem Wege zu schreiten. (D. A. Z.)

(Breslau, den 12. April.) Die Nachricht von der entdeckten Militairverschwörung unter der russischen Garnison in Warschau bestätigt sich. Eine Menge Offiziere, zum Theil aus der Citadelle, sind in Folge dessen verhaftet worden. (D. A. Z.)

(Köln, den 12. April.) Am 10. d. M. zog eine Schaar von 35 jungen Männern nach Schleswig. Ihre Ausrüstung hatten sie selbst bestritten; nur daß Einer oder der Andere einen Beitrag durch freiwillige Gaben erhielt. Schon heute ist eine Freischaar von 21 Männern der ersten nachgefolgt, und eine weit stärkere Anzahl ist bereit, am Montag eben dahin abzugehen. Sie werden jetzt leider Schleswig nicht mehr zu vertheidigen, sie werden es zu erobern haben. (K. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 11. April.) Der provisorische Ausschuß des hiesigen deutschen Vaterlandsvereins zur deutschen konstituirenden Nationalversammlung hat ein Wahlmanifest erlassen, dem wir folgende Punkte entnehmen. Unsere Losungsworte sind: Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle! Die bevorstehende konstituirende Nationalversammlung hat Grundgesetze zu geben, nach denen das deutsche Volk einig und stark diese höchsten Güter der Menschheit auf dem Wege des Gesetzes in Ordnung erreichen kann. Wir verlangen 1) Herstellung einer einigen und kräftigen Vertretung Deutschlands nach außen; nur das Parlament und die von ihm einzusetzende Bundesgewalt habe deutsche Gesandte, Geschäftsträger, Konsuln zu ernennen und mit Weisungen zu versehen. 2) Herstellung der innern Einheit Deutschlands, Einheit der Gesetzgebung, im Verfahren Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und Schwurgerichte; Einheit der bewaffneten Macht zu Land und See, Einheit im Verkehr und Zollwesen, in Münze, Maß und Gewicht, allgemeines Bundesbürgerrecht und Freizügigkeit. 3) Verbürgung der allgemeinen deutschen Rechte: Vollständige Freiheit der Presse, der Versammlungen und Vereinigungen; Schutz der Person und des Eigenthums; Glaubens-, Lehr- und Lernfreiheit. 4) Aufhe-

bung aller auf Stand, Rang, Geburt und Herkommen begründeten Vorrechte; Aufhebung aller Standesherrlichkeit und Patrimonialgewalt, des Lehnwesens, Ablösung aller Feudallasten und Bannrechte, aller Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel; Aufhebung aller auf der Benutzung von Flüssen, Strassen, Brücken ruhenden Abgaben, Verminderung der stehenden Heere durch Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung. 5) Wir erkennen es als eine dringende Aufgabe, Verbesserungen und neue Einrichtungen zu treffen, welche den Handarbeitern es erleichtern, zu Bildung und Wohlstand zu gelangen. Wir verlangen unentgeldlichen Unterricht Aller auf Kosten des Staats; unmittelbare Erleichterung durch gerechte Vertheilung der Steuern, nach den Grundsätzen der progressiven Einkommensteuer; die durch wohlfeile Regierung zu ersparenden Summen müssen vor Allem zu jenen Zwecken verwendet werden. Wir verlangen, daß die Arbeiter selbst, wie dies in Sachsen schon angeordnet ist, so auch in ganz Deutschland zur Berathung der Verbesserungen und neuen Einrichtungen hinzugezogen werden, und daß ein besonderes Bundesministerium für die hochwichtige Angelegenheit Sorge trage. (D. A. Z.)

Frankreich.

(Strasburg, den 12. April.) Die einzelnen Mitglieder der deutschen republikanischen Legion aus Paris durchwandern schon seit einigen Tagen ganz friedlich unsere Stadt. Von einem Ausbruche derselben nach Deutschland merkt man noch immer nichts, obwohl es schon gestern hieß, daß ihr Abmarsch nicht lange mehr auf sich warten lasse. Es scheint, daß demselben unvorhergesehene Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß die ganze Legion ruhig und friedlich nach ihrer Heimath zurückkehre, und das ist auch das Verlangen unserer Behörde, welche keinen Anlaß haben möchte, daß Deutschland an der Freundschaft des Elsasses und Frankreich zweifle. Die deutsche Legion ist ohne Waffen bei uns angekommen. Die französische Regierung läßt ihnen eben so wenig als den Polen, die mehrmals in Paris darum nachgesucht haben, solche zukommen. Die republikanische Regierung hat es sich zum Grundsatze gemacht, Alles zu verhüten, was die freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland stören könnte. — Heute sind wieder viele Polen angekommen. Die Sympathie für diese Unglücklichen ist eine allgemeine. Möge der Himmel ihren patriotischen Pilgerzug mit dem besten Erfolge segnen! (Frkft. J.)

Dänemark.

(Kopenhagen, den 9. April.) „Fädrelandet" läßt auf die Mittheilung der Nachricht, daß preußische Truppen durch Rendsburg marschirt sind, und sich in schleswigsche (bekanntlich noch zu Holstein gehörende) Dörfer einquartiert haben, die Frage folgen, wie sich dieses mit der Erklärung des preußischen Ministers (auf dem Landtage) vereinigen lasse? Sey dieses wahr, so hätten wir Krieg mit Preußen, und es sey zu hoffen, daß die Regierung nicht zaudere, alle dem entsprechende Maßregeln zu treffen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

Der nach § 8 der Statuten des Gewerbvereins gebildete Wahlausschuß hat in der gestern abgehaltenen Wahl folgende Mitglieder des Direktoriums, sodann Vorstände und Sekretaire der resp. Ausschüsse gewählt:

I. Direktor: Bürgermeister I. Dr Binder.
II. Direktor: Bürgermeister II. Seſtelmeyer
I. Sekretair: Kaufmann Reßmann.
II. Sekretär: Lehrer Kellermann. Vertreter Priv. Meixner
Cassier Kaufmann C. von Forster.
I. Ausschuß: Mechanikus Heller. Kfm. Grieninger.
II. Ausschuß: Kaufmann J Zeltner. Magistratsrath Schnerr
III Ausschuß: Wechselsensal Meißner. Fabrikbesitzer Lobenhofer. Auditor Frhr. v Holzschuher
IV. Ausschuß: Kaufmann J von Forster. Kaufmann Gmeiner.
V. Ausschuß: Portefeuilleur Kugler. Bronzearbeiter Siebenkees.
VI. Ausschuß: Rektor Dr. Rose. Drathfabrikant Kaufmann.
Außerordentlicher Ausschuß: Professor Heideloff. Kaufmann J. Seſtelmeier. Kaufmann Jakob Hager.

Nürnberg, den 15. April 1848.

Das Direktorium des Gewerb-Vereins in Nürnberg.
Dr. Binder.
Reßmann. Sekr.

Trauer-Anzeige.

Mit blutendem Herzen bringen wir zur Anzeige, daß unser innigstgeliebter Sohn, Bruder und Neffe,

Herr Johann Carl Ott,
Handlungs-Commis,

heute Morgens 1 Uhr in dem Herrn entschlafen ist.

Am Ende des vorigen Jahres seinem Wirkungskreis in Oberleutensdorf bei Brüx in Böhmen freudvoll zugeeilt, kehrte er krank zurück in die Arme der Seinigen, aus welchen er trotz Sorgfalt und liebender Pflege in die des Todes sinken sollte

Der Hoffnungen viele sind auch uns in seinem schönen Alter von 21 Jahren zu Grabe gegangen. — Wir blicken glaubensvoll auf zu dem, der, wenn auch unbegreiflich, Alles mit liebender Vaterhand regiert

Um stilles Beileid bitten
Nürnberg, den 15. April 1848.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag Nachmittags um 3 Uhr auf dem St. Rochus-Kirchhof statt

Schlußerklärung.

Herr Neidhardt hat mir keine Anzeige gemacht, folglich war eine Entschuldigung nicht möglich. Jetzt, nachdem man erfährt, daß Herr Pfarrer Osterhauser von den Leichen-Gebühren nachgelassen hat, wird der Ausfall des Herrn Ziegler vollends jedem unerklärlich seyn. Der noch im Grabe schändlich Verläumdete, auf welchen Herr Ziegler anspielt, wird, sobald die altenmäßigen Erhebungen vollendet sind, glänzend gerechtfertigt werden.

Dr Lösch, Pfarrer.

Freundschafts-Verein.

Bei der heutigen Produktion lassen sich die Herren Weherich und Wildner mit neuen Vorträgen, um der Gesellschaft einen angenehmen Abend zu verschaffen, hören Es sieht zahlreicher Theilnahme der Mitglieder und antheilnehmender Freunde entgegen

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

(Gesuch.) Zur Begleitung einer betagten Wittwe bis von Nürnberg nach Pesth wird Jemand gesucht Auskunft ertheilt Herr Gastwirth Böhm zur blauen Flasche.

Aufforderung.

Es hat das gewerbliche und handeltreibende Publikum, überhaupt jeden Patrioten gewiß nur angenehm überraschen können, daß einer unserer Mitbürger schon vor mehreren Wochen bei dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten den Antrag auf Unterstützung unbemittelter Gewerbsleute durch unverzinsliche Darlehen stellte, dieses Collegium in Folge dessen den Magistrat dazu aufforderte und solcher die erbetene Hülfe schon bereitwillig zugesichert haben soll.

Der Vorstand der Handelskammer hat auch in richtiger Würdigung der bestehenden Verhältnisse und der nur zu begründeten Ueberzeugung, daß Industrie und Gewerbe — sollen sie ihrem Ruin nicht entgegen eilen — einer großartigen Unterstützung die nur aus Staatsmitteln gewähret werden kann, bedürfen, zu diesem Ende bei der vorgesetzten hohen Königl Regierungsbehörde die geeigneten Anträge bereits gestellt und damit den Aufforderungen vieler hiesiger und Fürther Geschäftsleute schon im Voraus entsprochen.

So lobenswerth ein solches Erkennen der Zeit wie ihrer Bedürfnisse und Forderungen auch ist, so reicht hier der gute Wille allein doch nicht aus.

Die Hülfe von oben läßt vielleicht lange auf sich warten und da sie theilweise schnell nöthig ist, so sollten sich alle Organe, wie die Commune, so auch die des Handels vereinigen, um wenigstens eine die erste Noth lindernde Summe aufzubringen.

Magistrat und resp die Gemeinde haben ihren guten Willen dazu bereits bewiesen, die Königl Bank soll ebenfalls zu einem Vorschusse bereit seyn und da der Handelskammer keine verzinslichen Mittel zu Gebote stehen, **wohl aber der Handels-Vorstand ansehnliche aus frühern Leistungen des Handelsstandes gebildeten Fonds von ca. fl. 120,000 besitzt,** so wird es bei diesem wohl nur der Aufforderung und bei den Bemittelten aller Classen auch nur der Bildung eines Comites bedürfen, um Zuschüße zu gleichem Zwecke zu erlangen und dadurch zu beweisen, daß auch hier noch der alte Patriotismus und Wohlthätigkeitssinn existiren, welche das Loos ihrer minderbegüterten Mitbürgern zu erleichtern trachten, denn für Industrie im ausgedehnteren Maaße, wird hoffentlich von Seiten des Staats Darlehensweise etwas geschehen.

Empfehlung.

Allen Denjenigen, die sich für unsere augenblicklich wichtigste Angelegenheit, die Wahl zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M, interessiren, empfehlen wir das bei Riegel und Wießner hier zu habende Schriftchen:

Bestreitung der „Grund-Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung des Dr Eisenmann" von Gottfr. Widmann.

(Anzeige.) Bei Unterzeichnetem liegen fortwährend noch Subskriptionslisten zur Deckung der bereits aus den Volksversammlungen und der Mission nach Frankfurt a M erwachsenen und noch weiter erwachsenden Kosten zu gefälliger Einzeichnung auf.

C W Engelhard, Kaufmann.
S. Nro 876.

(Bitte) Der Herr Distriktsvorsteher Eckerdt wird hiemit freundlich ersucht, mit mehr Energie diejenigen längst bekannten Anträge zu verfolgen, welche die Abhilfe unserer mangelhaften Straßenbeleuchtung in Gostenhofe zum Zweck haben

Der nächtliche Angriff auf eine Landbötin vor einigen Tagen, ganz in der Nähe seiner Wohnung, kann nur ein weiteres Motiv an die Hand bieten, daß ein längst ausgesprochener allgemeiner Wunsch der Gostenhofer Bewohner in endliche Erfüllung gebracht werde.

Mehrere Bewohner in Gostenhof, welche keine Stiefkinder bleiben wollen.

Wohnungs-Veränderung.

Wir wohnen von heute an in S. Nro. 890 der innern Laufergasse bei Herrn Handschuhfabrikant und Armenpflegschaftsrath Barthelmeß und empfehlen uns unserer bisherigen so wie der neuen Nachbarschaft auf das Freundschaftlichste.

Nürnberg, den 14. April 1848.

Wittwe Friederich und Familie.

Palmkuchen

zum Thee und Kaffee ist Morgen zur gefälligen Abnahme vorräthig bei

Conditor Decke, Bindergasse
S. Nro. 918.

Empfehlung.

Schöne frische und vorzüglich gute

Chocolade-Lämmer

empfiehlt

Joh. Victor Raeſtrazl,
Chocolade-Fabrikant. Kaiserstrasse L. 112.

Empfehlung.

Unterzeichnete empfiehlt den verehrlichen Eltern ihr Institut für Mädchen von 4—6 Jahren zur Bildung und Beaufsichtigung, so wie auch für Erwachsene zum Unterricht in allen weiblichen Arbeiten.

Nürnberg, den 17 April 1848.

Elise Helschmann,
Albrecht-Dürersplatz S 519.

Weiters eingegangene Beiträge für das Schleswig-Holsteiner Freikorps

bei Hrn Dr. Schwarz.

J M. M. 6 fl 24 kr. — Ehr Pr. 1 fl. — G. M. 2 fl. — J. K D. 3 fl. 42 kr. — G. L. Kr. 1 fl 45 kr. R. II. 30 kr. G. H 2 fl — B. u Cp 1 fl 45 kr. L L 1 fl 45 kr. — J. G. B. 30 kr. — Mdm. Kn. 2 fl. 42 kr — Eugenie 2 fl. — D. 1 fl. 45 kr. — R. 2 fl. 24 kr. Oberl. L. M 1 fl 12 kr. Sammlung des Hrn. Hebenstreit 6 fl. 9 kr. — Ehr H. 1 fl. 30 kr. — J L H. 2 fl. 24 kr. — K G. 1 fl. 30 kr. Pf. D 2 fl 24 kr. Summa 43 fl. 21 kr.

Das Resultat der Sammlung in den Wohnungen wird seiner Zeit bekannt gemacht.

Cocarden an die Stadtwehrhüte

sind sehr schön zu haben im Laden L. 101 der Königsstraße vis a vis dem Herrn Kaufmann J Seſtelmeyer.

Weißbart.

Zur Nachricht.

Sonntag den 16. d. Mts. Abends 8 Uhr, außerordentliche Versammlung des polit. Vereins.

Empfehlung.

Eine Auswahl schön gebundener evangelischer und katholischer Gesangbücher, auch Denkmappen empfiehlt zur gefälligen Abnahme J F Frank im Laden Nro. 44 der Tuchgasse über.

Baron Powder

give lessons of the English language. — My method is very good. — J live in the street of king L. N. 7 to Nuremberg.

To speaking daily to 1 of 3.

Erklärung.

Denjenigen, welcher mir am 15. April einen anonymen Brief zugesandt, erkläre ich hiemit als einen Schuft, so lange er mir seinen Namen nicht angibt.

Peter, jun., Schneidermeister.

Bayern. *† (München, 14. April.) In der heutigen auf 11 Uhr anberaumten neunten öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten hält Prof. Edel folgenden Vortrag über den Gesetzentwurf „die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend“: Der vorliegende Gesetz-Entwurf hat sein früheres Interesse großentheils verloren. Referent lebt des Glaubens und der Hoffnung, daß die künftige Gesetzgebung Deutschlands außerhalb des Bereiches des Partikularismus fallen werde, daß das neuvereinigte Vaterland recht bald seine besten juristischen Kräfte vereinigen werde, um die Gleichheit aller Deutschen vor dem einen Gesetze zu verwirklichen, und eine volksthümliche Rechtspflege zu begründen, über deren Gestalt dem deutschen Parlamente die Endentscheidung vorbehalten sein dürfte. Indessen soll durch diese Erwägung die Berathung des Gesetzentwurfes nicht aufgehalten werden, weshalb Referent sich seines Auftrages durch das nachstehende Gutachten entledigt. Es ist wohl keine Frage mehr, daß für die ständische Berathung größerer Gesetzbücher, ein Gesetz im Sinne des vorliegenden Entwurfs unentbehrlich ist. Referent bezieht sich in dieser Beziehung lediglich auf seinen in den Kammerverhandlungen von 1847 über den Antrag von 21 Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten, erstatteten Vortrag (Beilagen Bd. I S. 149—165); gegen dessen wesentlichen Inhalt auch nicht Eine Stimme des Widerspruches weder in den beiden Kammern, noch von Seite der Krone, oder des Landes vernommen worden ist. Der vorgelegte Entwurf ist in seinen Prinzipien und seinen Detailbestimmungen im Allgemeinen annehmbar, und mit den früher besprochenen Ansichten übereinstimend. Im Einzelnen wünscht Referent folgende Modifikationen und Zusätze:

Zu Art. II. Nach den Worten »von neun Mitgliedern« möge der Satz eingeschaltet werden: »Zur Berathung des Handels- und Wechselgesetzbuches ist der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten durch zwei Mitglieder wo möglich vom Handelsstande zu verstärken.« Der Zweck dieses Zusatzes ist klar. Es soll nemlich bewirkt werden, daß diese Gesetzbücher, bei deren Abfassung soviel auf technische Kenntnisse, Gebräuche und Erfahrung der Handelswelt ankommt, nicht ohne Zuziehung der Männer vom Fache berathen werden. Zu Art. V. Nach den Worten »ihrer Vorstände« soll der Satz gesetzt werden: »Zur Vorbereitung der Berathung wählt der vereinigte Ausschuß einen Referenten und einen Correferenten durch Stimmenmehrheit, in der Art, daß der Correferent einer andern Kammer, als der Referent angehört.« Der Schlußsatz »die Abstimmung geschieht in jedem Ausschuße gesondert,« soll in folgender Weise abgeändert werden: »die Abstimmung erfolgt für jeden Ausschuß gesondert, kann jedoch in ein gemeinsames Protokoll aufgenommen werden.« Die Ausschußberathung wird allerdings am meisten vereinfacht, wenn sie sofort in der Vereinigung beider Ausschüsse vorgenommen wird, wie es der Gesetzentwurf vorschlagt, es wird jedoch in demselben eine Bestimmung darüber vermißt, wie die Berathung der vereinigten Ausschüsse vorbereitet werden soll. Nach dem gewöhnlichen Geschäftsgang müßte jeder Ausschuß einen Referenten wählen, welcher ein selbstständiges Referat aufzustellen hätte. Dieß Verfahren wäre höchst zeitraubend und zweckwidrig; es ist daher weit angemessener, wenn die vereinigten Ausschüsse nur einen gemeinschaftlichen Referenten nach Stimmenmehrheit aufzustellen haben. Die Wichtigkeit der Sache macht jedoch die Aufstellung eines Correferenten wünschenswerth, welcher die Aufgabe hat, seine Ansichten in so weit durch das Correferat zu begründen, als sie von den Ansichten des Referenten abweichen. Das Bestehen des vereinigten Ausschußes aus Mitgliedern zweier Kammern führt darauf hin, daß der Referent und der Correferent über dieselbe Gesetzesvorlage immer verschiedenen Kammern angehören sollen.

Die Abänderung der Schlußbestimmung bezweckt eine weitere Geschäfts-Vereinfachung, ohne die gesonderte Abstimmung des Ausschusses einer jeden Kammer zu gefährden. Die nach dem gewöhnlichen Geschäftsgange nöthige Führung eines Separatprotokolles über die Abstimmung eines jeden Ausschusses würde sich als eine nutzlose und zeitraubende Vielschreiberei darstellen. Es ist vielmehr genügend und sogar die Uebersicht erleichternd, wenn beide Abstimmungen separat in ein gemeinsames Protokoll aufgenommen werden. Zu Art. X nach den Worten »ohne besondere Berathung abgestimmt« möge mit Abänderung des (.) in (;) folgender Satz eingeschaltet werden „so ferne nicht ein Kammermitglied unterstützt von mindestens 25 Mitgliedern in der Kammer der Abg. oder von 7 Mitgliedern in der Kammer der Reichsräthe die besondere Berathung bestimmter Punkte beantragt.« Die Bestimmung, daß über jene Punkte, worüber eine Vereinbarung der Ausschüsse, und der Regierung vorliegt, ohne besondere Berathung abgestimmt werden soll; ist zwar sehr geeignet, zeitraubende Debatten abzuschneiden, allein sie giebt den Ausschüssen eine sehr diktatorische Gewalt gegenüber der Kammer. Zur Wahrung der Rechte der Kammer und ihrer übrigen Mitglieder muß daher eine Auskunft getroffen werden, wodurch auch über solche Punkte die spezielle Diskussion möglich wird. Diese kann durch den Antrag eines Kammermitgliedes veranlaßt werden, wenn derselbe von einer verhältnißmäßig bedeutenden Zahl von Kammermitgliedern unterstützt wird; würde ein solcher Antrag nur eine geringe Unterstützung finden, so ergiebt sich ebendadurch die Unnöthigkeit der geforderten speziellen Diskussion von selbst. Dagegen wird es zu einer weitern Geschäftsvereinfachung förderlich sein, wenn auf Seite 1 statt des Wortes »Punkte« gesetzt wird: „Artikel, oder zusammenhängende Abschnitte“, weil hiedurch eine kumulative Abstimmung über ganze Kapitel oder andere zusammenhängende Abschnitte möglich gemacht wird. In Folge dieser Modificationen würde daher der erste Theil des Artikels X. folgender Maßen lauten: „In jeder Kammer wird über diejenigen Artikel oder zusammenhängenden Abschnitte, hinsichtlich welcher eine Vereinbarung der beiden Ausschüsse und Regierung vorliegt, ohne besondere Berathung abgestimmt, sofern nicht ein Kammermitglied, unterstützt von mindestens 25 Mitgliedern in der Kammer der Abgeordneten oder von 7 Mitgliedern in der Kammer der Reichsräthe, die spezielle Berathung bestimmter Puncte beantragt.“ In Bezug auf alle übrigen Artikel begutachtet Referent die unveränderte Annahme. München am 13. April 1848. Edel.

Protokoll des ersten Ausschusses. München, den 13. April 1848. Der Abgeordnete Edel erstattete Vortrag über den Gesetzentwurf: die Berathung neuer Gesetzbücher betreffend. Nach gepflogener Berathung wurde der Gesetzentwurf mit folgenden Modifikationen angenommen. Art. II. soll folgende Fassung erhalten: »Zur Berathung der im Art. I. bezeichneten Gesetzentwürfe werden besondere Ausschüsse gewählt, in der Kammer der Reichsräthe von 7, in der Kammer der Abgeordneten von 9 Mitgliedern; zur Berathung der Handels- und Wechsel-Gesetzgebung ist der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten durch 2 Mitglieder wo möglich vom Handelsstande zu verstärken, ausserdem werden von jeder Kammer 3 Ersatzmänner für den Fall dauernder Verhinderung der Ausschußmitglieder erwählt. Diese Modifikation wurde einstimmig beschlossen.

Art. V. soll folgende Fassung erhalten: „Beide Ausschüsse vereinigen sich zur gemeinschaftlichen Berathung unter dem Vorsitze des ältesten ihrer Vorstände und lassen sich durch die Referenten eines jeden Ausschusses Vortrag erstatten. Die Abstimmung erfolgt für jeden Ausschuß gesondert, kann jedoch in ein gemeinsames Protokoll aufgenommen werden.“ Diese Modifikation wurde von 6 Stimmen beschlossen; Eine Stimme wünschte, daß nicht nur in jedem Ausschuß durch dessen Referenten ein besonderes Referat gefertigt, sondern auch in jedem Ausschuß eine gesonderte Vorberathung und vorläufige Beschlußfassung stattfinden solle, nach welcher sodann die Berathung im vereinigten Ausschusse zu erfolgen habe. Zu Art. VIII wurde folgender Zusatz am Schluße einstimmig beschlossen: Während der Kammerberathung darf keine Modifikation eingebracht werden, welche nicht rechtzeitig der Ausschußberathung unterstellt worden war.

Zu Art. IX. wurde einstimmig folgender Schluß-Zusatz beschlossen: »Eine im Ausschuß verworfene Modifikation kann nur unter der im Art. X. vorgesehenen Voraussetzung in die Kammer gebracht werden.“ Art. X. soll folgende Fassung erhalten: »In jeder Kammer wird über diejenigen Artikel der zusammenhängenden Abschnitte, hinsichtlich welcher eine Vereinbarung der beiden Ausschüsse und Regierung vorliegt, ohne besondere Berathung abgestimmt, so ferne nicht ein Kammermitglied unterstützt von mindestens 25 Mitgliedern in der Kammer der Abgeordneten oder von 7 Mitgliedern in d. K. d. Reichsräthe die spezielle Berathung bestimmter Punkte beantragt.

Diejenigen Punkte, worüber eine Vereinbarung der beiden Ausschüsse nicht erzielt, oder den übereinstimmenden Beschlüssen der Ausschüsse die Zustimmung der Regierung versagt wurde, werden zur besonderen Berathung und Abstimmung der Kammer gebracht.« Schließlich wurde einstimmig beschlossen, dem Gesetzentwurfe folgende Wünsche beizufügen: »Se. K. Maj. möchten 1) während der gegenwärtigen Kammersitzung von der Ausführung der Art. II und XI Umgang nehmen; 2) dagegen möchten die Entwürfe der im Art. I. erwähnten Gesetze möglichst bald durch den Druck veröffentlicht werden.« Hiemit wurde das Protokoll geschlossen genehmigt und unterzeichnet. Frhr. v. Habermann, Vorstand. v. Scheurl. Deininger. Schaefer. Stockinger. Engelhardt. Zenger. Edel.

(Würzburg, den 14. April.) Hr. Dr. Eisenmann verweilte heute Nacht hier; er wurde sowohl im Posthofe, als in den gedrängt vollen Salen des Himmelstein'schen Gasthofs mit einem Hoch empfangen. (N. W. Z.)

Oesterreich. (Wien, 9. April.) Die nächtlichen Exzesse gegen Geistliche und geistliche Korporationen nehmen in beunruhigender Weise überhand, und können durch die mit großem Diensteifer auftretende Nationalgarde nicht mehr verhindert werden. Die Tummultuanten sind meist brodlose Arbeiter, und es steht bei uns eine Auflösung der Gesellschaft nach unten zu befürchten. Selbst Schulknaben vertreiben ihre Lehrer oder erpressen ihnen gewaltthätig Konzessionen. Gestern sah man das Kloster der Piaristen, wo ein Gymnasium ist, von zwölf- bis sechzehnjährigen Schülern mit Gewehren und Säbeln belagert, und die Nationalgarde mußte einschreiten. Bei den Michitaristen, welche eine Buchdruckerei besitzen, wurde der Schild derselben herunter gerissen und das Kloster ernstlich bedroht. Eine wiederholte Demonstration geschah auch wieder gegen das Schottenstift, die jedoch, bei der zahlreichen Anwesenheit der Nationalgarde, blos mit einer Katzenmusik endete. Eine solche wurde dem päpstlichen Nuntius gebracht, von dessen Palast auf geschehene Anordnungen glücklicher Weise das römische Wappen schon am Tage heruntergenommen war, denn hier gebärdete sich die Menge am heftigsten. Der nächtliche Zug setzte dann seine Wanderung noch zu zwei Pfarreen in der Leopoldstadt fort. (Schw. M.)

(Wien, den 10. April.) Es ist kein Zweifel mehr, daß den Galiziern ihre Forderungen werden vollkommen bewilligt werden, obschon Rußland Alles aufbietet, dieses Zugeständniß von Seiten Oesterreichs zu verhindern, da durch die beabsichtigte Reorganisation Posens und Galiziens auf der Basis der Freiheit und Nationalität die russ. Herrschaft in Polen den Todesstoß erhält. Der Kaiser von Rußland hat beim hiesigen Kabinet anfragen lassen, ob eine in Galizien einrückende russische Armee daselbst von Seite der österreichischen Behörden als Freund oder Feind behandelt werden würde; die hiesige Antwort ist entweder noch nicht ertheilt, oder bisher unbekannt geblieben. Ein russisches Bündniß ist in diesem Augenblick eine reine Unmöglichkeit, weil es sofort einen Aufstand in der Hauptstadt zur Folge haben würde. (Bresl. Z.)

Preußen. (Posen, 10. April.) In Werschen, Schreda und Nogowo haben die Polen befestigte Lager errichtet und dort die Hauptmassen ihrer bewaffneten Corps concentrirt. Es wird mit Gewißheit angegeben, daß es zusammen zehntausend Mann sind. Mörser und hölzerne Kanonen sollen ihre Artillerie bilden. Da bisher die Aufforderungen zur Entwaffnung keine Resultate herbeigeführt haben, so ist gestern von hier eine große militärische Expeditions-Colonne gegen die Insurgenten ausgerückt, um die genannten Orte, im Vereine mit den Truppen des II. Armee-Corps, mit Waffengewalt einzunehmen. (Bresl. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 10. April.) Flensburg hat nach einem blutigen Kampfe geräumt werden müssen. Noch läßt sich weder der Verlauf der Schlacht, die gestern rund um Flensburg geliefert ist, noch die Größe des beiderseitigen Verlustes genau angeben. Unsere Stellungen sind aufgegeben, unsere Armee ist im Rückzuge begriffen und in wenigen Tagen kann Rendsburg belagert sein. Doch vorher ist der dänischen Uebermacht ein tapferer Widerstand geleistet. Nördlich, westlich und südlich von Flensburg wurde gestern lange und erbittert gekämpft. Die Dänen hatten 16—20,000 Mann reguläre Truppen, wir waren mit Einschluß der größtentheils ungeübten Freischaaren nur etwa 8—9000 Mann stark. Dazu kam der unermeßliche Vortheil, den die Dänen durch ihre Kriegsschiffe hatten, welche überallhin ihr Kartätschenfeuer gegen unsere Regimenter richteten, ohne daß es bei unserer Schwäche an Artillerie erwiedert werden konnte. Denn die Dänen haben uns die Kanonen eben so gut wie alles Uebrige geraubt. Die Stellung unserer Truppen soll dem Feinde durch einen flensburger Kaufmann, Andr. Christiansen, der schon längst als ein niederträchtiger Dänenfreund bekannt ist, verrathen sein, indem er seine Windmühle als Telegraphen benutzt hat, gleichzeitig ward ein Angriff gemacht im Norden Flensburgs bei Bau und Krusau; im Westen hatte eine starke dänische Abtheilung die Position von Bau umgangen; und von Süden her griffen bei Glücksburg die bei Holnis ge

landeten Dänen an. Ein Ueberblick über den ganzen Verlauf des Kampfes ist noch zu gewinnen. Gewiß ist, daß man auf deutscher Seite überall mit ausgezeichneter Tapferkeit gefochten hat, und daß ohne ihre Kriegsschiffe die Dänen geschlagen sein würden. Der Verlust auf beiden Seiten an Todten und Verwundeten ist sehr groß. Auf deutscher Seite sind im heftigsten Feuer gewesen: das 16. Infanteriebataillon, das 1. Dragonerregiment, das 5. Jägerkorps, das kieler Studenten- und Turnerkorps. Ueber das Schicksal der Studenten und Turner weiß man noch gar nichts. Sie standen bei Krusau, im Norden Flensburgs. Während schon an allen andern Punkten gefochten wurde, landeten die Dänen-Truppen in ihrer Nähe bei der Kupfermühle. Die Studenten und Turner und das 5. Jägerkorps haben sich gegen eine weit überlegene Macht mit der größten Tapferkeit lange gehalten, darauf haben sie sich dreimal, fast umzingelt, wieder durchgeschlagen. Nur Wenige von ihnen sind zum Gros der Armee zurückgekommen; man weiß nicht, ob alle gefallen, ob sie zum Theil gefangen und abgeschnitten sind. — Vom 16. Bataillon haben sich 2 Kompagnieen unter Kommando des Grafen Baudissin drei Stunden lang gegen drei dänische Infanteriebataillons und 1 Kavallerieregiment gehalten. Bis jetzt sind hier etwa 20 Mann von diesen Kompagnien angekommen; die Uebrigen sind hoffentlich zum Theil nur versprengt. Ausserdem hat sich besonders ein freiwilliges Schützenkorps unter Hegereiter Bracklow ausgezeichnet; lauter geübte Scharfschützen; fast jede Kugel hat einen Dänen getödtet; leider sind von ihnen auch viele gefallen. Man hat unter den Dänen russische Offiziere bemerkt; einige von ihnen sind auch gefallen. Um 12 Uhr commandirte der Prinz den Rückzug; die Dänen sind darauf in Flensburg eingerückt. Unsere Truppen setzen sich jetzt bei Idstedt, eine Meile nördlich von der Stadt Schleswig; aber man bezweifelt, daß diese Position lange gehalten werden kann; kann sie nicht vertheidigt werden, so ist auch Schleswig aufzugeben, und dann wird der Kampf um die Festung Rendsburg beginnen. — Heute Morgen hat man von Eckernförde aus auf der Rhede zwei dänische Kriegsschiffe bemerkt; Eckernförde ist, wie alle unsere Seestädte, eine offene Stadt, und kann eine dänische Landung schwerlich verhindern. — Wir freuen uns, daß so weit wir bemerkt haben, diese erste unglückliche Schlacht keine Muthlosigkeit oder Niedergeschlagenheit hervorgerufen hat. Ueberall zeigt sich noch dieselbe Gewißheit des endlichen Sieges, eine wüthende Erbitterung gegen die Dänen und gegen jede Gemeinschaft mit ihnen und nur den Einen Wunsch hört man aussprechen, daß endlich einmal die heillosen diplomatischen Vermittelungen und Unterhandlungen aufhören, daß man endlich in Berlin den Versicherungen Orla Lehmann's mißtrauen möge, während der dänische Feind jetzt schon durch blutigen Kampf sich den Weg bis in den Süden des deutschen Herzogthums geöffnet hat. Während man sich wenige Meilen von hier schlägt, gehen unsere preuß. Hülfstruppen hier auf dem Paradeplatz spazieren, warten mit Sehnsucht und Ingrimm auf die Marschordre, aber wie kampfbegierig auch sie sind, in diesen entscheidenden Augenblicken können sie, weil das preuß. Ministerium sich hat hinter's Licht führen lassen, nichts weiter thun, als sich von den zurückkehrenden Verwundeten erzählen lassen, wie es in der Schlacht hergegangen ist. — Aus Schleswig kommen hier viele Flüchtlinge an; namentlich die Familien der deutschgesinnten Beamten. (Brem. Z.)

(Rendsburg, den 10. April, Abends.) Die Bedeutung der gestrigen Schlacht und der Umfang des erlittenen Verlustes wird erst jetzt vollständig klar. Heute ist auch die Stadt Schleswig aufgegeben, und die Dänen werden bereits heute Nachmittag dort eingerückt sein. Unsere Truppen werden zu sehr versprengt, als daß eine Vertheidigung der offenen Stadt möglich gewesen wäre. Der gestrige Kampf ist furchtbar blutig gewesen; man giebt unser'n Verlust an Todten auf 800 Mann an; der der Dänen soll nicht geringer sein; wir hoffen noch, daß diese Angaben übertrieben sind. Der Prinz steht jetzt mit dem Hauptquartier in Wittensee, zwischen Rendsburg und Eckernförde, um die Dänen, welche heute in Eckernförde gelandet sein werden, zu empfangen. Ob es möglich sein wird, mit den ermatteten und halb aufgelösten Truppen lange Widerstand in offenem Felde zu leisten, muß dahin gestellt sein. Die Schlacht bei Flensburg ist hauptsächlich durch die dänischen Kriegsschiffe entschieden; sieben Fregatten und Corvetten und eine Anzahl von Kanonenböten kanonirten fortwährend auf unsere gegen solchen Angriff wehrlosen Regimenter. Unsere braven Soldaten haben sich mit dem Muth der Verzweiflung geschlagen. Ein außerordentliches Unglück war auch der Mangel an Offizieren. Mit beispielloser Tapferkeit hat Graf Baudissin an der Spitze des 16. Bataillons gefochten, von welchem allein 200 Mann geblieben sein sollen. Das furchtbarste Unglück ist das Schicksal des Kieler Studentenkorps; dieses Korps, die ganze [illegible] ist fast gänzlich aufgerieben; zehn einzelne Versprengte von demselben sind hier angekommen; die Uebrigen sind theils gefallen, theils gefangen nach Rendsburg gebracht. Unter den gefallenen ist ein Graf Reventlow, ein Graf Rantzau; zwei Rantzau's sind schwer verwundet. Nachdem alle ihre Munition verschossen war, fochten die Studenten mit Hirschfängern gegen die weit überlegenen und wohlbewaffneten dänischen Dragoner. Das 5. Jägerkorps unter Major Michelsen ist ebenfalls zum größten Theil aufgerieben; ebenso die Kieler Turner. Unter den deutschen Freischaaren haben sich besonders die Braunschweiger ausgezeichnet. Das bracklow'sche freiwillige Scharfschützenkorps wurde, nachdem es mit kaltblütiger Todesverachtung gekämpft, umzingelt; es hat sich nach Westen hin, nach Bredstedt und Husum durchgeschlagen. Die Flensburger Krämer, deren niederträchtige Gesinnung von jeher bekannt war, haben bei dieser Gelegenheit vollends ihre hündische Gemeinheit bewiesen. Nachdem sie 8 Tage lang deutsche Fahnen ausgesteckt hatten, haben sie, als die Dänen siegten, aus den Fenstern auf ihre im Rückzug begriffenen deutschen Landsleute geschossen. Der schurkischste Verräther ist Andr. Christiansen, der mit seinen Mühlen fortwährend signalisirte.

Und während dies Alles geschah, während die Blüthe unserer Jugend hingeschlachtet wurde, gingen unsere Bundesgenossen, die Preußen, in Rendsburg spazieren! Wir klagen die preußischen Officiere und Soldaten nicht an; sie knirschen vor Wuth, daß die bestimmtesten Befehle sie diesseits der holsteinischen Gränze fesseln. Der König von Preußen hat versprochen, mit den geeignetsten Mitteln die deutsche Sache in den Herzogthümern unterstützen zu wollen; der König von Hannover hat 10,000 Mann zugesagt. Wir haben geglaubt, daß jetzt die Zeit einer hochherzigen deutschen Politik beginne, daß jetzt nicht mehr die Zeit zu halben Maßregeln sei. Aber nur halbe Maßregeln sind genommen. Während der Feind ein deutsches Herzogthum verwüstet, während er mit blutiger Gewalt der Ehre Deutschlands Hohn spricht, stehen die Hannoveraner unthätig bei Harburg, vergeuden die unverbesserlichen deutschen Diplomaten die kostbare Zeit in nutzlosen Unterhandlungen und Vermittelungsversuchen bei den Dänen, die der deutschen Schwachköpfigkeit spotten; erläßt der deutsche Bund einen nichtssagenden Beschluß, der seiner schlechtesten Zeit würdig ist. Wir haben den deutschen Fürsten getraut; im Vertrauenen auf ihre Versprechungen hatten wir eine Stellung eingenommen, die nur mit Hülfe der erwarteten deutschen Truppen zu halten war. Wir sind getäuscht, bitter getäuscht; das vergossene Blut schreit um Rache. Verlassen uns die Fürsten, so wenden wir uns an das deutsche Volk. Es wird nicht dulden wollen, daß in dieser Zeit der großartigsten Erhebung Deutschland den Schimpf erlebe, ein deutsches Herzogthum nicht gegen das winzige Dänemark haben vertheidigen zu können; es wird verlangen, daß jetzt endlich an die Stelle feiger Halbheit thatkräftige Entschiedenheit trete. Die Ueberzeugung unseres Volkes ist dieselbe nach dieser Niederlage wie vorher. Es ist keine Zeit zu Unterhandlungen, so lange ein dänischer Soldat diesseits der Königsau steht; bis dahin ist nichts möglich als Krieg, blutiger Krieg gegen den Feind Deutschlands. Und wenn die Dänen aus dem Lande gejagt sind, so ist jetzt die erste Bedingung des Friedens: die Auflösung der Verbindung unter einem bluttriefenden Landesherrn. (Brem. Z.)

Italien.

(Mailänder Bulletin vom 8. April.) Peschiera ist noch österreichisch. Canneto, Piadena, Bozzolo und Marcaria (Orte einige Meilen westlich von Mantua) von den Piemontesen besetzt. Das piemontesische Heer im Anmarsch auf den Mincio. Die Legion Torre's steht schon auf der Linie dieses Flusses als Vorhut der Abtheilungen Trotti und Be's, welche den Auftrag hatten, jede Verbindung zwischen Mantua und Verona abzuschneiden. Der verfolgte Feind hat die Brücke von Goito gesprengt, indem er diesseits einige hundert Husaren und Croaten ließ, die von den unsern so eben verjagt sind. Anordnungen werden getroffen, um den Paß del Tonale (zwischen Lombardei und Tirol, offenbar in der Nähe des Gardasees) zu befestigen. — Vom 9. April. Am Morgen des 8. haben die piemontesischen Truppen die Oesterreicher (die obenerwähnten Husaren und Croaten?) in der Nähe der Brücke von Goito angegriffen (Goito liegt hart am rechten Mincioufer, deckt also die Wasserstraße zwischen Mantua und Peschiera). Nach etwa zweistündigem lebhaften Gefecht machten sich die Piemontesen zu Herren der Stellung, wobei sie dem Feinde vier Kanonen und 2000 Gefangene abnahmen. — Der Generalsecretär des Kriegs, der diese Berichte veröffentlicht, fügt bei, die letztere Nachricht komme von dem Postcommissariat in Castiglione delle Stiviere. Wir verweisen auf die nachfolgenden österreichischen Berichte über diese Treffen. (Allg. Z.)

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18. April 1848. **№ 109.** **Dienstag: Valerian.**

†† Eine deutsche Schmach.

Als der verstorbene König von Dänemark jenes seltsame Aktenstück perfider Diplomatie, den offenen Brief, erließ, der den völkerrechtlichen Bestand eines germanischen Bruderstammes alteriren wollte, da rührte sich Deutschland in seinem gerechten Zorn und unter seinen Fürsten stampften einzelne mit dem Schwerte auf den Boden und gelobten, was an ihnen, auch nicht eine Spanne Landes vom deutschen Boden losreißen lassen zu wollen und von deutschen Städten gingen bis zu den kleinsten hinab Adressen hinüber zu den wackern Bewohnern der beiden Herzogthümer, Adressen, die voll waren der heißesten Sympathie, der theuersten Versprechungen des thatkräftigsten Beistandes, wenn derselbe nöthig werden sollte. Die wackeren Holsten trauten dem allenthalben so hoch gepriesenen deutschen Worte, wie einem Schwur auf Thatenwirklichkeit. Christian VIII. aber muß anderen Sinnes gewesen sein und seinen Dänen, welche die Deutschen jederzeit mit »Tyske Windbydel« (deutsche Windbeutel) bezeichneten und noch bezeichnen, mehr geglaubt haben, als dem deutschen Worte; denn bis auf das Sterbebette setzte er seine Plane der Danisirung fort, die nach seinem Tode Friedrich VII. energischer aufzunehmen von der fanatischen Dänenpartei gezwungen wurde. Bis an die Eider sollte das deutsche Herzogthum um jeden Preis dänisch werden. Was im Herzogthume dagegen geschah, ist bekannt: Bildung einer provisorischen Regierung, unblutige Einnahme der Festung Rendsburg rc. Daß Deutschland diese deutschen Bestrebungen gegen dänische Uebergriffe in den Herzogthümern mit aller Macht und Stärke in Vereinigung mit den deutschen Fürsten kräftig unterstützen würde, wer hätte daran zweifeln wollen und können? Deutschland hat noch unter dem schweren Drucke seiner Verhältnisse den Schleswig-Holsteinern die Hand zur Hülfe, wenn nöthig, gereicht, um wie viel mehr konnte diese Hülfe werth seyn, nachdem in allen deutschen Ländern die Fesseln gefallen sind, welche die Freiheit nur leise aufathmen ließen, nachdem alle Fürsten ihren Völkern die Zugeständnisse gemacht, welche Bewußtseyn, Mündigkeit und Billigkeit längst mit vollem Rechte beanspruchen durften, nachdem die deutschen Farben in allen Ländern prangen, wo deutsche Sprache gilt. Was ist aber bis jetzt geschehen, das den so natürlichen Bund zwischen Deutschland und Schleswig-Holstein fester besiegeln muß? Von den Fürsten darf nur der Herzog von Braunschweig seinen treuen guten Willen und Sinn für die deutsche heilige Sache der Frage gegenüberstellen, die anderen aber verdienen den herbsten Tadel der Gegenwart, denn sie blickten mit ängstlichen Rücksichten bald nach Rußland, bald nach England, und obgleich seit am letzten 4. April vom Bundestag, dieser allmählig etwas mobiler gewordenen Zopfmaschine deutscher Fürstenvergangenheit, erklärt wurde, Schleswig und Holstein sey hinfort nur ein deutsches Land, wurde doch diese Erklärung bei weitem nicht gehörig nach ihrer vollen Bedeutung gewürdigt. Das deutsche Volk kennt nach seinem Wiedererwachen noch Viel zu wenig seine sich selbst aufzuerlegenden Pflichten gegen sein nunmehr in Einigkeit und Stärke sich ausgleichendes Vaterland, sonst würde es andere Beweise für die Sache der Schleswig-Holsteiner liefern, als spärliche Geldbeiträge und vereinzelte Freischaarenzuzüge, die noch dazu alle nur erdenklichen Temporisirungscalamitäten zu erfahren haben. Und die deutschen Fürsten? Ja, die deutschen Fürsten, sie verstehen es, die unsichtbaren Händedrücke ihrer hochgebornen Alliirten wieder heimlich zu erwiedern, wenn auch Schaam und Zorn ihre Völker darob überkommen sollte. Weniger kann dies von den süddeutschen Fürsten gelten; zunächst soll hier mehr von den norddeutschen Fürsten die Rede seyn, deren Truppen das 10. Armeekorps bilden. Der König von Hannover läßt seine Krieger in langer Ausdehnung an den Ufern der Elbe müssig lagern, Mecklenburg und Oldenburg rühren sich nur schläfrig, und der König von Preussen, der nach der blutigen Revolution in Berlin vom 18. auf den 19. März sich als der freisinnigste constitutionelle Fürst an die Spitze der deutschen Angelegenheiten zu stellen beliebte, läßt seine Soldateska, deren Waffen noch von dem preussischen Bürgerblute geröthet sind, nach Rendsburg marschiren und observiren, während die Dänen die edelste Jugendschaar Schleswig-Holsteins in ungleichem Kampfe niedermetzeln und siegestrunken in Schleswig einziehen. Ist das die Hegemonie des Königs von Preussen? Ist das die Aeusserung deutscher Gesinnung, mit der der König von Preussen nach dem 19. April so freigebig gewesen? Die Niederlage der Schleswig-Holsteiner von den Dänenschaaren bleibt eine ewige Schmach Deutschlands. Wofür muß uns Deutsche das kleine Inselvolk halten, das nur allzulange schon sich die Herrschaft über den Sund angemaßt? Wofür muß es uns halten, wenn nicht für feig? Wahrlich, um diese Scharte auszuwetzen, giebt es nach einer der hingeopferten deutschen Jugendschaar geweihten Mannesthräne nur ein Mittel: ein rascher vollständiger Sieg über die Dänen, denen nur vor Kopenhagen die Punkte des Friedens diktirt werden sollen.

Deutschland.

Bayern. *†(München, 16. April.) In dem Saale der Kammer der Reichsräthe wird gegenwärtig die Tribune erbaut, welche jedoch nicht mehr als 120—30 Mann fassen wird. Deshalb können auch jetzt keine Sitzungen stattfinden. Die Kammer der Abg. hält morgen ihre 11. öffentliche Sitzung. — Volksversammlungen wurden die ganze Woche jeden Abend abgehalten; in einer gestrigen wurde beschlossen, in einer Adresse Sr. Maj. zu bitten, daß diese Kammer und das Wahl-Ablösungsgesetz berathen, dann aufgelöst und eine neue, aus intelligenten Bestandtheilen zusammengesetzte einberufen werde. Prof. Neumann, Min.-Rath Hermann, viele Gelehrte, Beamten, Schriftsteller, Studenten, aber auch Arbeiter sind bei diesen Versammlungen, worunter sich die schönsten Rednertalente entwickeln.

(München, den 15. April.) König Ludwig und Königin Therese begeben sich Ende dieses Monats nach Aschaffenburg. (Augsb. P.)

(München, den 15. April.) Besonders lebhaft wurde und wird jetzt noch gegen das von den Kammern angenommene Wahlgesetz agitirt, und eine heute hier an drei Orten der Stadt zur Unterschrift aufgelegte Volksadresse an den Fünfzigerausschuß in Frankfurt, ausgehend von dem sogenannten Bauhof-Club, spricht sich dahin aus, daß man sich, falls eine veränderte Fassung des Wahlgesetzes nicht mehr möglich sey, für jetzt zwar fügen wolle, aber wenigstens den Ausdruck der Mißbilligung von Seite des Ausschusses über die Beschlüsse unserer beiden Kammern fordert. — Der interimistische französische Geschäftsträger, Humann, hatte die Ehre, heute Mittags von Seiner Majestät dem König in einer Privataudienz empfangen zu werden. (A. A. Z.)

Baden (Karlsruhe, 16. April, Abends 6 Uhr.) Heute Nachmittag zirkuliren ungünstige Gerüchte in unserer Stadt; doch kann ich darüber noch nichts Sicheres melden. Hecker soll mit 4000 Mann von Stockach aus in einer Proklamation die Rupublik verkündet haben; die Republikaner sollen sich mit den einziehenden Bundestruppen schlagen, und der Einfall aus dem Elsaß geschehen seyn oder ganz nahe bevorstehen. Alles ist sehr ängstlich. (Schw. M.)

Die Oberrh. Ztg. theilt mit, daß von dem heil. Vater zu Rom der Bann über sie ausgesprochen sei, und gibt das Sendschreiben desselben an den Erzbischof von Freiburg.

Bürgermeister Hüetlin in Konstanz hat unter dem 11. April der würtembergischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Friedrichshafen angezeigt, er könne laut Gemeinderathsbeschluß keine würtembergischen und bayerischen Truppen einlassen, die Konstanzer würden nöthigenfalls die Dampfschiffe, welche Truppen bringen wollen, mit Kanonen zurückweisen. (Schw. M.)

(Donaueschingen, den 12. April.) So eben verbreitet sich hier das Gerücht, das Volks-Bezirks-Komité habe das erste Aufgebot der Aemter Meßkirch, Stockach, Engen, Donaueschingen, Hüfingen und Villingen aufgemahnt. Es soll sich die Mannschaft morgen Mittag in Donaueschingen sammeln und unter der Leitung Heckers gegen Karlsruhe marschiren. Sobald ich etwas Bestimmtes erfahre, werde ich Ihnen weitere Nachricht geben. Es wird sich bei diesem Anlaß die Stärke der Partheien herausstellen (Schw. M.)

(Vom Bodensee 15. April.) Den 13. früh 7 Uhr ertönte der Generalmarsch in Konstanz. Es erschienen bewaffnete Bürger. Hecker und Struve als Blusenmänner! Endlich Abmarsch zum Rheinthor hinaus unter Heckers Commando, um sich in Stockach mit einer Abtheilung aus Ueberlingen zu vereinigen. Wohin? Die Regierung des Seekreises hat auf Ministerialbefehl hin bekannt gemacht »daß die mit den Seeblättern ausgegebenen nähern Bestimmungen in Bezug auf die Wehrbarmachung des Seekreises in Widerspruch mit dem mit Zustimmung der Stände inzwischen erlassenen Gesetze über die Errichtung der Bürgerwehr stehen.« Die unbedeutende Küstenstrecke gegen Kreuzlingen hin soll durch Schanzen gedeckt werden, damit keine Bundestruppen landen können. Es sind Schichten von Koth und Backscheitern bis zur normalmäßigen Höhe, und die Verbindung ist erzweckt durch eine einfache Wand von horizontalen Bohlen, hinter welche sich die Schützen postiren. Ich glaube Flintenkugeln würden diese Schanzen aushalten. In die 4 Schanzen gehören die der Stadt gehörigen Vierpfünder. Mit Munition und Bedienung soll es bis jetzt schlecht aussehen. — Nachschrift. Ich habe nur so viel Zeit, Ihnen zu schreiben, daß es bedenklicher wird. Struve und Hecker sind von zahlreichen Freischaaren umgeben. (A. A. Zeit.)

Braunschweig. (Braunschweig, 12. April.) Die Ständeversammlung hat den Wünschen des Herzogs und des Volks entsprochen, sie hat heute sofort die erforderlichen Gelder zur Ausrüstung des Feldkorps u. s. w. bewilligt, sich damit einverstanden erklärt, daß ausser dem bereits ausgerückten Infanteriebataillon und der morgen mit 6 Geschützen und der Pionierabtheilung ausrückenden Artillerie noch ein Infanteriebataillon nach Holstein ausrücke, um unsern dortigen bedrängten Brüdern zu Hülfe zu eilen. Sie hat ferner die Erwartung ausgesprochen, daß allen künftigen, diese nationale Ehrensache betreffenden Bundesbeschlüssen auf das schnellste Folge geleistet würde, indem sie bereit sei, die dazu erforderlichen Gelder sofort zu bewilligen. Einstimmig wurden diese Beschlüsse gefaßt, welche die allgemeinste Freude erregt haben. (Brem. Z.)

(Braunschweig, den 10. April.) Der Herzog hat die Deputation überaus gnädig empfangen, und derselben zur Antwort ertheilt, daß er es für seine Pflicht halte, stets da zu bleiben, wo er am meisten nützen könne, wenn er also hier mehr nützen könne, würde er zwar hier bleiben, allein er habe nicht bisher Uniform getragen, um, wenn es gelte, hinterm Ofen zu bleiben, wie manche Andere. Diese mannhafte Antwort hat hier den größten Anklang gefunden. (H. C.)

Freie Städte. (Frankfurt, 16. April.) 34. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 14. April 1848. In der heutigen Sitzung trat für den abberufenen königl. hannöverischen Gesandten von Lenthe der Klosterrath von Wangenheim ein. Der seitherige königl. dänische Gesandte für Holstein und Lauenburg war gestern schon in

Folge des in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gefaßten Beschlusses aus der Bundesversammlung getreten. Von dem kurfürstlich-hessischen Gesandten Professor Dr. Jordan, wurde offizielle und vertrauliche Auskunft über die neuesten Vorfälle in Kassel gegeben, wonach die Bundesversammlung keinen Anlaß fand, weiter in dieser Sache vorzugehen, da die Ruhe im verfassungsmäßigen Weg vollständig hergestellt erscheint. Auf den Antrag des Revisions-Ausschusses wurden sämmtliche Regierungen aufgefordert, unverzüglich anzuzeigen, wann bei möglichst zu beschleunigenden Wahlen sämmtliche Abgeordnete zur Nationalversammlung gewählt sein werden. Deßgleichen wurde genehmigt, daß die als das allein geeignete Lokal zur Aufnahme der Nationalversammlung erscheinende Paulskirche sofort für jenen Zweck hergerichtet und insbesondere der zur Beseitigung der akustischen Mängel erforderliche Kostenbetrag auf die Bundeskasse angewiesen werde. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 14. April.) Aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren wir eben, daß der deutsche Bundestag auf Anregung der Siebzehnercommission die Errichtung einer deutschen Kriegsmarine in lebhaften Angriff genommen hat! Freudig begrüßen wir dieses erste Zeichen der neuen Erkräftigung des deutschen Bundes! Heil Deutschland, wenn auf der nun glücklich eingeschlagenen Bahn rasch und kräftig vorgeschritten wird. (Frkft.O.-P.-Z.)

Aus Frankfurt, den 13. April, schreibt man dem „Mannh. Journal“: Aus sicherster Quelle geht uns soeben folgende wichtige Nachricht zu: Das demokratische Comite in Frankfurt wird seinen Aufruf zurücknehmen und sich an den Fünzigerausschuß anschließen.

(Frankfurt, 14. April.) Unter den in der heutigen Sitzung des 50er Ausschusses verlesenen Einläufen befand sich auch ein Schreiben aus Braunschweig über die Kriegsvorfälle in Schleswig. Der ungünstige Erfolg der ersten Operation wird darin dem Mangel an Offizieren, an Kavallerie und Artillerie zugeschrieben. Freiwilliger Zug sey erwünscht, jedoch nur mit Waffen, da es an solchen im Lande fehle. Auf Antrag des Hrn. Siemens beschloß der Ausschuß, die hannov. Regierung zu kräftiger militärischer Einschreitung und zur Aushülfe mit Waffen und Geschütz aufzufordern. An der Tagesordnung war das Gesuch des hiesigen Handelsstandes um Verwendung für alsbaldige Zurücknahme des Verbots der Ausfuhr von Geld und edlen Metallen aus Oesterreich. Der Ausschuß beantragte, die kais. Regierung zu ersuchen, eine Maßregel, welche mit dem allenthalben zur Geltung gelangten Prinzip der deutschen Einheit in Widerspruch stehe, und Handel und Verkehr empfindlich störe, baldmöglichst zurückzunehmen. Nach einigen Debatten, an welchen die Herren Kolb, Endlicher, v. Mühlfeld, Kuranda und Andere Theil nahmen, wurde der Kommissionsantrag angenommen. Der öffentlichen Sitzung war eine geheime Comiteberathung vorangegangen. Nächste Sitzung: Montag 4 Uhr. Tagesordnung: Antrag mehrerer Mitglieder, eine Geschäftsordnung für die konstituirende Nationalversammlung betreffend; dann Kommissionsberichte. (Ffrt. J.)

(Frankfurt, den 15. April.) Der Fünfziger-Ausschuß hat gestern in seiner Sitzung beschlossen, an den Konig von Hannover die Aufforderung zu erlassen, die sich meldenden Schleswig-Holsteiner Freischaaren mit den in den dortigen Zeughäusern befindlichen Flinten auszurüsten. Auch ist den Freischaaren freier Transport zugesichert, und werden sie wahrscheinlich die auch hier gesammelten Geldmittel zur Ausrüstung und Anschaffung von Fahnen rc. erhalten. Diejenigen jungen Leute, die sich durch die jetzt so bedrängte Lage Schleswigs veranlaßt fühlen, unsern nordischen Brüdern zur Hilfe zu eilen, mögen sich bis Montag in Mainz im Gasthaus zum Landsberg melden. (Ffrt. Journ.)

Nassau. (Wiesbaden, 13. April.) Gestern sind die vier Mitglieder des hiesigen Sicherheitskomite's aus dem Amte Usingen zurückgekehrt, welche dahin gegangen waren, um den Nothstand der sieben bassenheimischen Orte Wernborn, Cransberg, Pfaffenwiesbach, Arnoldshain, Schmitten, Seelenberg, Reisenberg zu untersuchen. — Das ist das nassauische Schlesien und während hier Alles in Saus und Braus ging, verhungerte dort das Volk, und dieser Jammer wurde von den Landständen ganz ignorirt. Aber die Stunde der Erlösung hat für dieses ausgehungerte und systematisch seit Jahrhunderten ausgepfändete Volk geschlagen. Der Herr Graf Hugo von Bassenheim zu München, der jährlich aus diesen armen Nestern 30,000 Gulden Revenuen zog und diesen Unglücklichen auf alle Beschwerden nie eine Antwort gab und sich nie sehen ließ in jener Gegend, muß jetzt große wirksame Zugeständnisse machen, oder es wird dort zu schlimmen Dingen kommen. Heute noch geht der Bericht des Sicherheitskomite's an den Hrn. Grafen ab. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 10. April.) In der von den hier anwesenden böhmischen Landständen dem Kaiser überreichten Addresse zeichnen sich besonders folgende zwei Petita aus: 1) Daß die czechische Nationalität der deutschen Nationalität überhaupt und insbesondere im Unterrichte und in der öffentlichen Verwaltung in Böhmen vollkommen gleichgestellt werde. 2) Daß in der Hinkunft in Böhmen nicht nur der Bürgerstand, sondern soviel als möglich auch die Classen aller andern bis jetzt nicht oder nicht entsprechend vertretenen Grundbesitzer, und zwar auf die umfassendste Weise mittelst selbstgewählter Deputirter auf dem Landtage oder sonstigen Landesversammlungen vertreten werden. (Ffrt. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 14. April.) Es verlautet, daß der König gestern Abends die Kabinetsordre unterzeichnet habe, welche die Lostrennung der zehn Kreise Fraustadt, Bomst, Birnbaum, Meseritz, Czarnikau, Chodziesen, Wirsitz, Bromberg, Szubin und Inowraclaw von der Provinz Posen und somit deren Ausschließung von der nationalen Reorganisation des Großherzogthums ausspricht. (D. A. Z.)

(Spandau, 14. April.) Gestern kam es in hiesiger Strafanstalt zu bedauerlichen Unruhen. Spuren von Ungehorsam zeigten sich schon Vormittags. Gefangene weigerten sich wegen der Arbeitspensa vor dem Direktor zu erscheinen. Als dieser darauf in Begleitung der übrigen Beamten sich nach dem Arbeitssaale begab, wollte man ihm nicht Rede stehen, und einer der Züchtlinge, im Namen der übrigen, erklärte, von den Arbeitspensen könne keine Rede mehr seyn. Indessen bewirkte der Zuspruch des Direktors die Beruhigung. Doch Abends 7 Uhr brach ein förmlicher Aufstand aus. Utensilien, Fenster, Thüren wurden demolirt, die Beamten damit geworfen. Die Revolte nahm einen immer bedrohlichern Charakter an und militärische Hülfe war dringend nothwendig. Auch jetzt blieben wiederholte Aufforderungen unbeachtet, erfolglos. Es mußte, als man das Dach zu zerstören und mit den Ziegeln als Waffen anzugreifen begann, zum äußersten geschritten werden. Es fielen wenige Schüsse, und einer der Züchtlinge, der wegen wiederholten Strassenraubes vor zwei Jahren zu 20jährigem Zuchthaus verurtheilt war, wurde getödtet. Ein anderer erhielt eine Stichwunde. Entwichen ist Niemand. (A. P. Z.)

(Breslau, 12. April.) Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Herr Pinder, macht an der Spitze der hiesigen Blätter folgendes bekannt: »Die sich immer wiederholenden Gerüchte, daß Rußland eine Invasion in die diesseitigen Staaten beabsichtige, und daß zu diesem Zwecke bedeutende russische Truppenmassen an der diesseitigen Grenze zusammengezogen würden, haben mich veranlaßt, genaue Nachrichten über deren Richtigkeit einzuziehen. Nach den mir zugegangenen, völlig zuverläßigen amtlichen und ausserordentlichen Nachrichten sind indeß alle derartigen Behauptungen unbegründet. Bis jetzt sind russische Truppen in ungewöhnlicher Anzahl an der diesseitigen Grenze nicht aufgestellt, und alles, was Rußland, in Folge der Ereignisse in Deutschland, bisher gethan hat, beschränkt sich auf eine schärfere Beobachtung der Grenze und eine strenge Ueberwachung des Handels- und Reiseverkehrs zwischem den russischen Kaiserreiche und den diesseitigen Staaten. Unsererseits sind und werden nichts desto weniger alle Vorbereitungen so getroffen, daß allen Eventualitäten wirksam begegnet werden kann. Die ganze Ostgränze von Krotoszyn ab bis gegen Krakau ist durch diesseitige Truppenaufstellungen beobachtet, und gegen jeden unvermutheten Handstreich gesichert. Um aber jeden ernstlichen Angriff, von welcher Seite er auch kommen sollte, mit Energie zurückweisen zu können, thut die Befestigung der Ruhe und Ordnung in unserm Staate, und die Zuversicht auf die zweckentsprechenden Anordnungen der Behörden vor allem Noth. Ich vertraue, daß die Einwohner der Provinz Schlesien zur Erreichung dieses Zwecks mit allen Kräften mitwirken werden.“ (Fft. O.-P.-Z.)

(Bromberg, den 10. April.) Von hier ist im Namen und Auftrage des ganzen Netzdistrikts eine Adresse an das Staatsministerium in Berlin abgegangen, in welcher gegen die polnischen Bestrebungen, den Netzdistrikt von Deutschland zu trennen und in polnische Selbstständigkeit zu bringen, energisch protestirt wird. Die Adresse schließt: Wir, der preussischen Staatsregierung und unserm edlen Könige mit der unverbrüchlichsten Treue ergebene deutsche und deutsch gesinnte Bewohner des Netzdistrikts beschwören ein hohes Staatsministerium, bei Preussens Ehre und Preussens Ruhm, unsere gerechte Sache dahin kräftigst zu vertreten, daß, ohne Zeitverlust die Verwaltung des Netzdistrikts von der des Großherzogthums Posen abgetrennt und provisorisch dem Regierunspräsidio in Bromberg übertragen werde. Wir müssen die allergrößte Beschleunigung beantragen, damit kein Bürgerblut vergossen werde und der Ruf nicht ertöne unter den sich kreuzenden Waffen: Es ist zu spät! Bromberg, den 9. April 1848. Die Bewohner des Netzdistrikts. (Unterschriften.) Auch ist eine in ähnlichem Sinne verfaßte Adresse aus Lissa vorhanden. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Elbing, den 9. April.) Es wurde in der letzten Bürgerversammlung eine Proklamation an die Polen jener Gegend beschlossen, die mit einigen Modifikationen auch von Stadtverordneten und Magistrat adoptirt ist. Sie lautet: „Polen! Einige unbesonnene und boshafte Männer wollen Euch einreden, daß Westpreussen ein polnisches Land sey, und daß Ihr gerechte Ansprüche auf den Besitz selbst von Elbing und Danzig habet. Laßt Euch durch so thörichte und lügnerische Vorspiegelungen nicht verführen. Auch wir wünschen, daß es Euch gelingen möge, einen freien polnischen Staat innerhalb derjenigen Grenzen zu erwerben, die unstreitbar dem polnischen Volke angehören. Solltet Ihr Euch aber verleiten lassen, auch nur eine Hand breit Landes von Westpreussen an Euch reißen, oder die Bestimmung zwischen polnischer und deutscher Grenze innerhalb des jetzigen Großherzogthums Posen auf irgend einem andern Wege, als auf dem der gütlichen Vereinbarung mit den Vertretern des deutschen Volkes treffen zu wollen, alsdann werdet Ihr an den Deutschen eben so entschiedene Feinde finden, wie Ihr jetzt noch entschieden auf ihre Freundschaft rechnen dürft. Die Waffen, welche wir mit Euch gegen Rußland führen möchten, werden alsdann gegen Euch gerichtet sein. Der Fluch eines Krieges zwischen zwei Völkern, welche dazu bestimmt sind, um in inniger Verbrüderung den Barbaren des Ostens zu widerstehen, wird nicht auf unsre, sondern auf Eure Häupter fallen. (D. Z.)

(Magdeburg, den 12. April.) Schon mehrere Abende hinter einander ist auf die in den Außenwerken der Festung stehenden Schildwachen geschossen worden, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, der nichtswürdigen Thäter habhaft zu werden. In der vorigen Nacht wurde dem auf dem Hauptwalle vor dem Ulrichs-Thore aufgestellten Posten durch den ersten Schuß die Helmspitze abgeschossen, mit dem zweiten bald darauf folgenden der Helm selbst in seinem oberen Theile, dem Anscheine nach von einer Büchsenkugel, durchlöchert. (K. Z.)

(Posen, 11. April, Abends.) In der Stadt Trzemeszno hat der Kampf begonnen. Die Sensenmänner, zwar von den Truppen zurückgedrängt, hatten doch noch den größten Theil der Stadt inne. (A. A. Z.)

(Posen, den 12. April.) Die bewaffneten Polen haben sich ohne Schwertstreich ergeben. Wir preisen das Schicksal, das diesen Ausgang geschehen ließ, der ein Blutvergießen verhinderte, das nur unheilbringend für beide Theile ausfallen konnte; mancher brave polnische Bürger und Bauer hätte zwecklos verbluten müssen, während unsre Soldaten schwerlich die Sympathien für sich gehabt hätten.

Nachschrift. Durch den General Willisen ist die Kapitulation abgeschlossen. Während der drei nächsten Tage soll das Auseinandergehen erfolgen, die Sensenmänner können mit ihren Sensen einzeln abziehen, ein Theil bleibt zurück, um in die 10. Division einverleibt zu werden. — Dem General Willisen brachten die deutschen Bürger gestern ein tausendstimmiges Pereat, (?) und sollen (?) es durchgesetzt haben, daß Colomb seine Entfernung beantragt hat. Außerdem sagt man bestimmt, daß die Offizier-Corps und Soldaten mit den deutschen Bürgern vereint höchst entschiedene Schritte vorbereiten. (Bresl. Z.)

Sachsen. (Leipzig, den 3. April.) Das allgemein geachtete Handelshaus Hammer und Schmidt, hat heute, zu allgemeiner Freude, seine Zahlungen wieder aufgenommen. (Schles. Z.

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 11. April. Endlich haben die Preußen Befehl zum Vorrücken in Schleswig. Gestern Abend spät kamen der Herzog von Augustenburg und Prinz Waldemar von Berlin zurück und brachten die definitiven Beschlüsse Preußens mit, welche endlich eine klare und bestimmte Sprache führen. Noch in dieser Nacht ist ein preußischer Palamentär ins dänische Hauptquartier abgegangen, um bestimmt zu verlanzen, daß das Herzogthum Schles-

wig sofort von dänischen Truppen geräumt werde; im Weigerungsfalle haben die preußischen Truppen Befehl, sogleich inn Herzogthum Schleswig einzurücken und den Krieg gegen Dänemark zu beginnen und fortzuführen, bis die Dänen aus Schleswig vertrieben sind. Dieselben Maßregeln werden ohne Zweifel auch von den Staaten des 10. deutschen Armeekorps genommen werden. Die mecklenburgische Kavallerie ist schon gestern in Holstein eingerückt und wird heute hier erwartet; ebenso der Herzog von Braunschweig an der Spitze seines Kontingents; die Hannoveraner werden jetzt gewiß auch nicht länger auf sich warten lassen. — Wäre dieser Beschluß in Berlin nur wenige Tage früher gefaßt worden, so hätte unserem Lande großes Unglück erspart werden können. (Brem. Ztg.)

(Rendsburg, den 11. April, Abends.) Die Hauptstärke unserer Truppen, etwa 6000 Mann stark, steht gegenwärtig nördlich vom schleswig-holsteinischen Kanal, von Sehestedt bis Wittensee. Der Prinz Friedrich mit dem Generalstabe ist heute Nachmittag wieder in Rendsburg eingetroffen, wo jetzt wieder das Hauptquartier ist. Heute Mittag sind die ersten dänischen Dragoner in der Stadt Schleswig eingerückt. Der preußische Parlamentär an den König von Dänemark, mit der Aufforderung zur Räumung Schleswigs, ist noch nicht zurück; die Antwort kann bei der jetzigen Siegestrunkenheit der Dänen nicht zweifelhaft sein, und der Kampf wird also binnen Kurzem von Neuem beginnen. Vorerst werden unsere ermatteten Truppen sich einige Tage in ihren jetzigen Quartieren ausruhen; unterdessen werden die noch fehlenden deutschen Hülfstruppen, namentlich eine bedeutende Verstärkung an Artillerie, eintreffen. Wenn bis dahin die Dänen keinen Angriff unternehmen, so wird man dann von hier aus mit vereinter Macht gegen Norden vorrücken und Schleswig zurückerobern. Ein eben eintreffender Kurier aus Kiel meldet, daß dänische Kriegsschiffe und einige Kanonenböte im Kieler Hafen gesehen und daß einige Dänen bei Bülck (welches aber noch auf schleswigschem Boden liegt) gelandet sind. Bis jetzt haben die Dänen nur Schleswig angegriffen, haben aber einen direkten Angriff auf wirkliches deutsches Bundesgebiet vermieden. Wenn sie jetzt wirklich eine Landung bei Kiel versuchen wollen, so ist es wahrscheinlich ihre Absicht, von da bis Neumünster zu dringen und dort durch Zerstörung der Eisenbahn den raschen Zuzug deutscher Hülfstruppen nach Rendsburg zu verhindern. Es sind indeß die nöthigen Vorkehrungen getroffen, um die Ausführung eines solchen Planes zu vereiteln. — Heute sind hier wiederum eine Batterie preussischer Artillerie mit 6 Kanonen und 1000 Mann Infanterie angelangt. Der unglückliche Ausgang des Treffens bei Flensburg ist in der That dadurch veranlaßt, daß die erwartete und versprochene Hülfe der Preussen sich von einem Tage zum andern verzögerte. Aus politischen Gründen und um das Land nicht zu entmuthigen, wollte man die wichtige Stellung bei Bau und mit ihr einen sehr großen Theil des Herzogthums nur ungern aufgeben. Aber schon seit mehreren Tagen war es klar, daß die Position mit unsern alleinigen Kräften gegen die Uebermacht der Dänen nicht gehalten werden konnte. Man zögerte in der Hoffnung auf Preussen fortwährend mit dem Aufgeben der Stellung. Endlich, als die Dänen bei Holnis landeten, reiste Prinz Friedrich selbst von Rendsburg ab, um den Rückzug nach Idstedt anzuordnen und zu leiten. Er kam in Flensburg am Sonntag Morgen an, als die inzwischen von allen Seiten stark koncentriten Dänen bereits angegriffen hatten und der Kampf rings um Flensburg wüthete. Während des Kampfes selbst war außer dem Uebergewicht der Dänen an Truppenzahl, an Artillerie und Kavallerie, außer dem großen Vortheil, den sie durch ihre Kriegsschiffe hatten und außer der Verrätherei des dänischgesinnten Theiles der Flensburger, vornehmlich der Mangel an Offizieren auf unserer Seite eine Ursache des Unglücks. Einzelne ganze Bataillone hatten nur vier oder fünf Offiziere, da die früheren dänischen Offiziere alle abgegangen sind. So waren große Truppentheile oft ohne die genügende Leitung. Aber daß unsere Soldaten sich tapfer geschlagen haben, bezeugen Alle und namentlich die preussischen Offiziere, welche an der Schlacht Theil genommen haben. Jetzt sind viele preussische Offiziere in die vakanten Stellen eingetreten; aber es ist noch immer großer Mangel an tüchtigen Anführern. Eine furchtbare Erbitterung herrscht überall gegen die, freilich längst bekannte Niederträchtigkeit der Flensburger, und wenn wir erst die Stadt wieder erobert haben, so wird sie ihren Verrath schwer zu büßen haben. Es ist leider wahr, daß beim Rückzuge durch die Stadt viele unserer Soldaten durch Schüsse aus den Häusern und Fenstern gefallen sind. Die Brutalität (ob der Dänen oder der Flensburger, bleibt dahin gestellt) ist so weit gegangen, daß man selbst in das Militärlazareth hinein zwischen die Verwundeten und Sterbenden geschossen hat. — Von dem Schicksal des fünften Jägerkorps und der Studenten, weiß man noch immer fast nichts. Die Studenten sollen sich zuletzt in eine Eisengießerei in der Nähe von Flensburg geworfen, und von hier in verzweifelter Gegenwehr den Dänen noch großen Verlust beigebracht haben. Endlich soll das Gebäude gestürmt, und die Studenten alle niedergemacht sein; doch läßt sich diese Erzählung, die hoffentlich übertrieben ist, nicht verbürgen. Gewiß ist nur so viel, daß fast Niemand von diesen beiden Korps zurückgekommen ist. Ein anderes, aber ebenfalls unverbürgtes Gerücht geht dahin, daß ein Theil der Studenten sich gegen Westen nach Husum durchgeschlagen habe. — Es läßt sich nach allem nicht läugnen, daß unser Verlust groß ist, und daß das Land viele seiner edelsten Söhne verloren hat; aber Niemand ist entmuthigt, und Alle, die im Kampfe gewesen sind, Offiziere so wohl als Gemeine, haben keinen andern Wunsch, als nach wenigen Tagen Ruhe Gelegenheit zu erhalten, um diese Scharte auszuwetzen. Jedenfalls hat uns dieses blutige Treffen den Vortheil gebracht, daß jetzt auch den Besonnensten die Fortdauer der Personalunion mit Dänemark als eine Unmöglichkeit erscheint. (Brem. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, den 14. April.) Das heute Mittag ausgegebene Reg. Bl. enthält die K. Verordnung, welche nach Anhören des Geh. Raths und auf Grund des Art. 89. der Verfassungs-Urkunde die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung anordnet. Die Hauptbestimmungen sind folgende: Die Zahl der Volksvertreter beträgt unter Zugrundlegung von 1 zu 50,000 Einw. und der Bundes-Matrikel, wonach die Bevölkerung zu 1,395462 Einwohner angenommen ist, 28, zu deren Wahl das Land in 28 Bezirke abgetheilt wird. Zur Theilnahme an der Wahl berechtigt ist jeder volljährig oder für volljährig erklärte selbstständige Staatsbürger, also nicht Personen, welche unter väterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehen, solche, die gegenwärtig aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung beziehen, oder gegen welche ein Konkursverfahren gerichtlich eröffnet ist. Auch diejenigen nicht, welche in einem dienenden Verhältnisse Kost und Wohnung erhalten. Jede Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß, auf Stand, auf das gemeindebürgerliche Verhältniß oder auf Besteurung ist ausgeschlossen. Hienach sind Israeliten, christliche Dissidenten jeder Art, der standesherrliche und ritterschaftliche Adel, Staats-, Kirchen- und Schuldiener, die Angehörigen anderer Gemeinden u. s. f. gleichmäßig in den Gemeindebezirk ihres Wohnorts wahlberechtigt. Wer in mehreren Gemeindebezirken wohnhaft ist, wird in demjenigen Wohnorte beigezogen, wo er zur Zeit der Abfassung der Liste sich aufhält. Ausgeschlossen sind die zu entehrenden Strafen, zur Stellung unter polizeiliche Aufsicht während der Dauer derselben, so wie zur Dienst-Entsetzung Verurtheilten. Die durch einen allgemeinen oder einen besonderen Gnadenakt Amnestirten sind wahlfähig. — Wählbar ist jeder volljährige Angehörige eines deutschen Staats, welcher selbstständig und im Besitze der bürgerlichen Dienst- und Ehrenrechte ist, oder die letzteren in Folge einer Amnestie wieder erhalten hat. Die gerichtliche Eröffnung eines Gantes entzieht die Fähigkeit, die Stelle eines Abgeordneten zur National-Versammlung zu bekleiten. Für den Gewählten wird von Wahlkommissären eine Legitimationsurkunde ausgefertigt. Wer die meisten Stimmen von Seite der Gesammtheit der erschienenen Wahlmänner erhalten hat, ist als gewählt zu betrachten. Im Falle der Stimmengleichheit zwischen zwei Gewählten giebt das höhere Lebensalter den Vorzug. Die Kosten der Wahl werden, so weit es die Belohnung der Kommissäre und den allgemeinen Aufwand betrifft, von der Staatskasse, hinsichtlich der Belohnung der Urkundspersonen aber von den Amtskörperschaften, in deren Verband die Gemeinden der einzelnen beigezogenen Urkundspersonen gehören, bestritten. (Schw. M)

(Schwenningen, den 14. April.) Nach eben eingelaufenen sichern Nachrichten hat die Anwesenheit Struves und Heckers im Seekreis die schon sehr beschwichtigte Aufregung von neuem angefacht, und heute soll noch der Marsch nach Karlsruhe zu beginnen, um der dortigen Regierung ein Ende zu machen; der erwartete bewaffnete Zuzug entspricht aber nicht den anarchischen Hoffnungen, und in Villingen, wie in Donaueschingen, wird von der bei Weitem größern Mehrzahl dem Einrücken unserer Truppen mit Sehnsucht entgegengesehen. Wie es heißt, soll der Einmarsch am Montag stattfinden. Generallieutenant v. Müller hat sich durch sein freundliches und wohlwollendes Benehmen die Zuneigung der badischen Gränzbewohner in hohem Grade erworben. (Schwb. M.)

Frankreich.

(Straßburg, den 13. April.) Ein deutscher Arbeiter, Namens Ritz, welcher mit der Lyoner Kolonne in Straßburg eingetroffen ist, veröffentlicht im »Frankfurter Journal« Folgendes: So wie die erste Lyoner Kolonne, so hat auch die am vergangenen Sonntag und Montag angekommene Kolonne deutscher Arbeiter aus Paris, obgleich überall, so auch hier großmüthig aufgenommen, doch mit vielen Mühseligkeiten zu kämpfen gehabt. Sie besteht aus 200 und einigen 20 Mann. Herwegh hat gestern Nachmittag den 12. April eine Rede an sie gehalten, nach welcher sie eingesehen haben, daß sie in ihren Hoffnungen sehr getäuscht worden sind. Herwegh sagte selbst, daß Deutschlands Verhältnisse es jetzt nicht gestatteten, einen Einzug mit bewaffneter Hand in dasselbe zu halten. Man wolle doch nicht mit »Windmühlen fechten und sich von den Bauern todtschlagen lassen. Besser wäre es, daß, wenn in höchstens 8 Tagen sich nichts änderte, Jeder friedlich nach Hause ging. Diese Rede wurde mit großem Mißfallen aufgenommen. Man sagte, es sey ihnen in Paris viel versprochen, viel gesagt worden, jetzt werde nichts gehalten, nichts sey wahr. Zurück- oder auseinandergehen sey eine Schande, ohne Legitimation aus Paris fortgegangen, erwarte sie in Deutschland nichts als Gefängniß, oder ein Leben unter hoher polizeilicher Aufsicht; nein, lieber mit den Polen, nach Schleswig-Holstein oder nach Italien gehen! Ende dieser Woche werden noch 400 deutsche Arbeiter aus Paris erwartet. Gott und unser deutsches Vaterland gebe, daß ihnen Allen eine wahre, richtige Kenntniß der Dinge zugehe, und unter ihnen Eingang finde. Möchten diese muthigen Männer für unser deutsches Vaterland nicht verloren seyn! Möchte es ihnen noch vorbehalten seyn, für die wahre Freiheit zu kämpfen, die keine Gesetzlosigkeit, keine Anarchie im Gefolge hat!

Italien.

(Botzen, den 13. April.) Die Piemontesen sind in Judicarien eingebrochen und bis Tione, nach andern bereits bis Stenico vorgedrungen, amtliche Mittheilungen darüber fehlen. Ihre Anzahl wird auf 600 Mann regulären Militärs und 2000 Mann Freischaaren angegeben. Die ihnen gegenübergestandenen Feldjäger sind dem Vernehmen nach vor der Uebermacht zurückgewichen. Heute rückte hier ein Bataillon Schwarzenberg Infanterie ein, welches die bedrohten Stellen verstärken wird. Aus Vintschgau langte gestern Abends eine Staffette an, die den Einfall einer Freischaar von 4—500 Mann über das Stilfser Joch und ihr Vorrücken bis zur Franzenshöhe meldete. Die letzte Nachricht spricht bereits vom Brand einer Cantine. Vor Glurns steht eine Kompagnie Tiroler Jäger, die Passeirer rückten mit 2 Kompagnien über das Gebirg zu Hülfe, die Bevölkerung von Vintschgau ist aufgeboten, von hier ging heute eine Abtheilung Chevaulegers, etwa 100 Mann Fußvolk und 2 Kanonen dahin ab. Deutsche Brüder! wir brauchen nicht blos Pulver, Blei und Mundvorrath, sondern Hülfe deutscher Männer. Allem Anschein nach ist die ganze Gränze von den Welschen bedroht. (A. A. Z.)

(Mailänder Berichte vom 10. April: General-Bes bewegt sich von Pozzolengo aus um Peschiera anzugreifen. Gestern (9.) demontirte eine piemontesische Colonne unter General Broglio, abhängig von der Division Sonnaz, mit ihrer Artillerie die österreichischen Batterien auf dem entgegengesetzten Ufer des Mincio zwischen Monzambano und Valeggio. Sie stellte mit Hülfe der Anwohner die nahe Brücke wieder her, warf Truppen und Geschütz auf das linke Ufer, trieb die Oesterreicher in die Flucht und bezog auf dem Schlachtfeld ein Lager. Die venezianer Regierung publicirt: »vom 9. April 12 Uhr: Während wie es scheint am Mincio eine Schlacht stattfand, machten die Oesterreicher, um sich vor einem Angriff von unserer Seite her zu sichern, eine Bewegung gegen Montebello. Die Unsrigen behaupteten längere Zeit mit Vortheil die Stellungen von Sorio und von der Brücke della Fracanzana, dann zogen sie sich wegen Mangels an Zahl auf Vicenza zurück, wo bereits die Kreuzfahrer von Venedig angekommen waren.« In Bo-

zug auf diesen Kampf bei Montebello hat der venediger Kriegsminister am 10. April einen Tagsbefehl erlassen. Die Freiwilligen haben sich tüchtig benommen; daß sie sich zurückzogen weil ihre Zahl zu klein und ihre Stellung zu ungünstig war, schmälert ihr Recht auf die Dankbarkeit des Vaterlandes nicht. Volles Lob unsern wackern Kämpen von Montebello! Es leben die edlen Freiwilligen! Es lebe der Kreuzzug! (A. A. Zeit.)

Rußland.

(St. Petersburg, den 2. April.) Das Journal de St. Petersbourg veröffentlicht heute das folgende, von gestern datirte Circular des Hauses Stieglitz und Comp. an seine auswärtigen Correspondenten: „Da es von Tag zu Tag an allen europäischen Börsen schwieriger wird Wechsel auf Paris zu negociren, so ersuchen wir unsere Correspondenten für alle Zahlungen welche sie auf unsere in Umlauf befindlichen Creditbriefe zu machen haben sollten, in üblicher Weise ihren Rembours auf John Mollett, Austin Friars Passage in London, statt des angebenen Rembourses auf Paris zu entnehmen, und Hrn. Molett die Duplicate der Quittungen einzusenden. Gez. Stieglitz u. Comp."

Schweiz.

(Basel, 13. April, Abends 6 Uhr.) Auch der heutige Tag ist wieder vergangen, ohne daß von Straßburg deutsche Freischaaren angekommen wären. Die militärischen Vorkehrungen sind aber eher ausgedehnt als vermindert worden, und morgen kommt selbst basel, landschaftliches Militär hieher. Die hiesigen, wie die landschaftlichen Truppen tragen seit heute die eidgenössische Binde; eidgenössischer Befehlshaber Oberst Bontems. Die schweizerisch-französische Gränze unserer Nachbarschaft ist auf das Dichteste besetzt, so daß ein unvorgesehenes Eindringen der Deutschen in die Schweiz außer Frage steht, und man ist schweizerischer Seits fest entschlossen nöthigen Falls den massenhaften und bewaffneten Uebergang der Freischaaren über den Rhein durch Waffengewalt zu verhindern. Reisende, die eben aus Nancy hier anlangten, versichern, daß sie in dieser Stadt mehrere tausend Deutsche angetroffen, die in Eilmärschen gegen Straßburg sich bewegen; dieselben sollen aber durchaus keine Waffen besitzen. (Schw. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel

Anzeigen

Vor dem unterzeichneten Stadtgerichte

haben

1) Herr Ludwig Freiherr von Kreß'eig aus Fürth, daß er die Leisten zu den ult. September 1846 abgelaufenen Zinsen- und Dividendenscheinen der mit Nummer 1915 und 1916 bezeichneten Actien der Kammgarn-Spinnerei zu Pfaffendorf bei Leipzig gegen Ende April oder Anfang Mai 1843 auf offener Straße in Nürnberg verloren, und

2) Herr Ernst Wilhelm Naegler aus Gera, daß er den Dividendenschein Nr. IV. zu den Actien-Nummern 2481. 2482. 2483. 2484. 2485. 2486. 2493. 2494. 2495. 2371. 3523. 3524. 3525. 3526. 3527. 3528. 3529. 3530. 3545. 3546. 3547. 3548. 3549. 3550. der nämlichen Kammgarn-Spinnerei Ende September 1844 aus einem Mißverständniße verbrannt habe, — und zwar Letzterer unter dem von dem Direktorium der Kammgarn-Spinnerei genehmigten Erbieten zu eidlicher Erhärtung dieser Thatsache —

angezeigt, und um Einleitung des Mortificationsverfahrens gebeten.

Wenn nun diesem Suchen statt zu geben kein Bedenken obwaltet, da die nach § 12 der mittelst Decrets des Königl. hohen Ministerii des Innern vom 26. Juni 1841 bestätigten Statuten des Actienvereins der Kammgarn-Spinnerei für Fälle der fraglichen Art verordneten Verjährungsfristen von 3 Jahren dermalen abgelaufen sind; so werden alle diejenigen, welche an den vorgedachten Leisten oder Dividendenscheinen Ansprüche zu haben glauben, andurch vorgeladen, daß sie

den 28. Juli 1848

Vormittags um 11 Uhr auf hiesigem Rathhause in der Verhörstube entweder in Person, oder durch hinlänglich soviel Ausländer betrifft, gerichtlich legitimirte Anwalte erscheinen, ihre Ansprüche an besagten Leisten und Dividendenscheinen mit Beibringung der erforderlichen Legitimation liquidiren, mit den Anbringern der Edictalien, deren jeder binnen 12 Tagen vom Termine an gerechnet, auf das betreffende Vorbringen bei Strafe des Eingeständnisses und der Ueberführung sich einzulassen und zu antworten, auch die producirten Urkunden bei Strafe des Anerkenntnisses zu recognosciren hat; eintretenden Falls auch mit dem Actor besagter Spinnerey von 6 zu 6 Tagen rechtlich verfahren, mit der Quadruplik beschließen, und

den 22. September 1848

der Inrotulation der Akten nicht minder

den 9. Oktober 1848

der Publikation eines Bescheids oder Urtheils sich gewärtigen.

Diejenigen, welche im erstgedachten Termine nicht erscheinen, oder nicht gehörig liquidiren, sollen für präcludirt und ihrer Ansprüche, auch der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für verlustig erachtet, auch soll die Publikation des Bescheids oder Urtels in dem dazu bestimmten Termine Mittags 12 Uhr in contumaciam der Nichterschienenen bewirkt werden, und haben auswärtige Liquidanten zu Annahme künftiger Ladungen einen Bevollmächtigten unter der Gerichtsbarkeit der Stadt Leipzig bei 5 Thaler — Strafe zu bestellen.

Leipzig, am 13. Oktober 1847.

Das Stadtgericht zu Leipzig.

Dr. Winter, G.-R., R. d. K. S. V. O.

Klemm, G.-Schr.

Trauer-Anzeige.

Nach einem Krankenlager von nur 6 Tagen starb heute früh 5 Uhr unser guter und unvergeßlicher Vater, Schwager und Onkel,

Herr Caspar Moßhammer,

in einem Alter von 70 Jahren. — Wer den Biedermann kannte, wird unsern gerechten Schmerz ermessen und uns stille Theilnahme nicht versagen.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Donnerstag früh 8 Uhr bei St. Johannis statt.

Nachruf

am Grabe des Herrn

Georg Christoph Wunder.

Was ist des Menschen Loos in diesem Leben?
Nichts, als ein ew'ges Kämpfen, Ringen, Streben,
Bis uns der Tod reicht seine kalte Hand!
Und keiner hat wohl was er sucht gefunden,
Denn jeder hofft noch Bess'rung in den letzten Stunden,
Auf Bess'rung in dem unbekannten Land

Auch Du hast viel geduldet, viel gelitten; —
Als Krieger hast' für's Vaterland gestritten
In mancher heißen, blut'gen Schlacht,
Am Donaustrand und in Tyrols Gebirgen,
In Rußland, Danzig, bis durch Menschenwürgen
Bei Leipzig der Koloß zum Sturz gebracht.

Und was ist Dir als Lohn dafür geblieben?
Ein siecher Körper, daß zu früh den Lieben
Ein guter Vater, Du verschieden bist
Für alte Fesseln mußtest neue tragen,
Und kaum sahst Du den schönern Morgen tagen,
Der endlich für uns angebrochen ist

Doch was gescheh'n, wir wollen nimmer rechten,
Es hat's die Zeit gerächt an manchen Schlechten,
Will's Gott, die Knechtschaft hat ihr End erreicht!
Du schlafe sanft in Deinem kühlen Grabe,
Und nimm den Segen mit als letzte Gabe,
Dir sey die Erde zwiefach leicht! —

C. Weiß.

Aufforderung.

Die im gestrigen politischen Verein beschlossene Adresse an Se. Majestät den König liegt von heute Abend 4 Uhr in der Expedition der mittelfränkischen Zeitung und in der Wohnung des Königl. Advokaten Dr. Zehler L. Nro. 305 bis künftigen Mittwoch Mittag zur Unterzeichnung auf, zu welcher alle Bürger aufgefordert werden, welche mit deren Inhalt einverstanden sind.

Nürnberg, den 17. April 1848.

(Zu vermiethen.) In S Nr. 566 ist ein billiges Logis für einen oder zwei Herren sogleich zu vermiethen.

Anzeige.

Mittwoch den 19. April

Große musikalische Academie

anstatt des letzten Abonnementsconcerts von Grebe und Erdmannsdörffer.

Anfang 8 Uhr.

Erwiederung.

Auf die an mich gestellte Bitte in No. 108 der mittelfränkischen Zeitung hinsichtlich meiner Amtsführung als Distriktsvorsteher, muß ich den Herren Einsendern bemerken, daß ich den Vorwurf hinsichtlich der mangelhaften Beleuchtung nicht verdiene, indem ich und noch sechs andere Herren Distrikts-Vorsteher vor circa 3 Monaten in dem magistratischen Turnariat hinsichtlich dessen uns zu Protokoll gaben, ist aber leider bis heute noch nichts geschehen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir sämmtlich dem Burgfrieden angehören. — Wir Gostenhöfer könnten uns zwar doch eher zufrieden stellen als die andern, indem wir doch wenigstens den herrlichen Geruch von der Gasfabrik haben.

Gostenhof den 17. April 1848

Eckerdt.

(Verloren.) Vergangenen Sonntag wurde von der Aegydienkirche, durch die Theresienstraße, ein kleiner französischer Schlüssel verloren. Um dessen Zurückgabe man gegen eine Erkenntlichkeit bittet in S. Nr. 992 der Tucherstraße am Obstmarkt.

Einladung.

Mittwoch den 19. d. Mts. Abends 7½ Uhr findet im Gasthause zum goldenen Schwan in Wöhrd eine Versammlung zur Berathung über eine für Wöhrd und die Gärten bei Wöhrd zu organisirende Sicherheitswache statt, wozu sämmtliche Bewohner Wöhrds und der Gärten bei Wöhrd hierdurch eingeladen werden.

Wöhrd, den 17. April 1848

Der Ausschuß.

Schleswig-Holstein-Marsch.

In unserm Verlag ist erschienen und empfehlen wir dem musikalischen Publikum besonders:

Hamm, Wanke nicht mein Vaterland! Schleswig-Holsteiner Marsch für das Pianoforte componirt. Mit passender Titelvignette. Preis 12 kr.

J. A. Sadler'sche Buch- und Musikalienhandlung

(Zu verkaufen.) Ein ganz neues, modernes Chaischen ist um billigen Preis zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) 2 elegante Kinderkordwägen (Wagnerarbeit) und auf Druckfedern ruhend, sind billig zu verkaufen.

Berichtigung.

Herr Adam Hofmann hat sich bei seiner Anzeige als Schwertverfertiger unterzeichnet; derselbe ist aber Messerschmidtmeister und Stahlgalanteriearbeiter, und kann sich daher die Benennung als Schwertverfertiger (Schwertfeger) unter keiner Beziehung zueignen.

Alois Troßel, Schwertfeger-Meister, als Vorgeher, im Namen seiner Mitmeister.

Versammlung.

Dienstag den 18. April, Abends 7 Uhr, findet eine zweite Versammlung von Landwehrmännern im Saale zu den drei Kronen statt

---

Anfrage.

Wie kommt es denn, daß die Militärpflichtigen von 1825 und 1826 geholt werden, da doch zum Regiment sehr viele überkomplett sind. Werden diese verschont und nicht einberufen zum Regiment, oder haben sie mehr Recht wie die Freigeloosten.

(Zu vermiethen.) In der schönsten Lage am Hauptmarkt ist die zweite Etage, aus mehreren Zimmern, Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten bestehend, zu vermiethen. Auch könnten Stallung, Gewölbe und Remise dazu gegeben werden.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 187 der Kaiserstraße ist ein geräumiges freundliches Logis von zwei Zimmern mit Betten und Möbeln an einen oder zwei solide ledige Herren bis Monat Mai zu vermiethen

---

(Zu verkaufen.) Bei Büttner Riegel, im Rathhauskeller sind ganz gute 1846er Frankenweine zu verkaufen und wird in Quantum bis zu einem Eimer abgegeben. Dieselben können alle Morgens dortselbst versucht und der Preis ertheilt werden.

(Offerte.) Für einen bemittelten Tischler bietet sich in der Stadt Berching, L.-G. Beilngries, eine hübsche Gelegenheit zur Ansässigmachung dar. Es ist daselbst ein zweistöckiges Haus, worauf die reale Schreinergerechtsame ruhet, mit Stadel, Gemüsegärtchen, 3 Gemeindetheilen, sammt Vorrath an Brettern und Handwerkszeug, im Werthe zu 3000 fl. zu verkaufen. Die Hälfte dieser Summe kann auf dem Anwesen stehen bleiben. Hierauf Reflektirende wollen sich in frankirten Briefen wenden an

Joseph Kirsch, Bürger zu Berching.

Empfehlung.

Schöne frische und vorzüglich gute

Chocolade-Lämmer

empfiehlt

Joh. Victor Maestrani

Chocolade-Fabrikant Kaiserstraße L. 113.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

⁜ Die Republik.

Paris ist nicht die Welt, die Pariser Arbeiter sind nicht Frankreich oder gar die ganze Menschheit. Wenn die großen Städte zu viele arbeitende Hände haben, wenn die Industrie überfüllt ist — so wende man die überschüssige Arbeitkraft wieder der Kultur des Lebens, dem Feldbau zu. Platz gibt es noch auf der Welt genug; noch nicht die Hälfte guten Bodens ist angebaut. Dies die einfachste und sicherste Lösung der gegenwärtigen Zeitfrage: Auswanderung auf Staatskosten! Bisher sind blos bemittelte Landleute ausgewandert; die Städte aber werden vom Lande her immer mehr überfüllt. In der That, es ist ein schöneres Loos, in frischer Luft, sey es auch die amerikanische, sein eigenes Feld zu bebauen, als im dumpfen Winkel tagelang an der Feueresse sitzen, sey sie auch eine deutsche! Wir brauchen nicht zu erschrecken vor den Arbeiterbewegungen in den großen Städten; denn es stünde ihnen die zehnfache Bevölkerung des platten Landes entgegen, die sich in Frankreich schon rüstet, weil sie wegen der Pariser Arbeiter keine höheren Steuern zahlen will: aber helfen müssen wir unseren bedrängten Mitbürgern, und gründlich geholfen kann nur durch Auswanderung werden, welche den übersetzten Gewerbstand verringert! — Darüber ein anderes Mal. Für diesmal soll über die Republik gesprochen werden, die schon in einigen Artikeln dieses Blattes Gegenstand der Betrachtung gewesen ist. Man begreift nicht wohl, wie es nach den großen Erfahrungen in der Geschichte es doch immer noch Leute gibt, die für die Republik eifern, nachdem die neue Zeit eine Staatsverfassung erfunden hat, welche die Vortheile der Republik in sich vereinigt, und ihre Nachtheile beseitigt, nämlich die constitutionelle Monarchie. Man weise uns nicht auf Nordamerika hin; ein Land, das so dünn bevölkert ist, wie jenes, mag sich wohl als eine reine Republik erhalten können. Aber zeigen sich denn nicht auch dort Uebelstände genug, die man in Monarchien nicht findet, wenigstens lange nicht in dem Grade? In einer Republik geht Alles darauf aus, möglichst wenig Steuer zu zahlen, und dabei können eine Menge Anstalten nicht zu Stande kommen, die namentlich den Dürftigen zum Nutzen gereichen sollen! Wie traurig sieht es in Nordamerika mit der Rechtspflege, mit den Sanitäts-, Armen- und Schulanstalten aus! Dann muß jeder für sich selbst sorgen; Niemand kümmert sich um sein Schicksal! Man hat auf die Schweiz hingewiesen, die Schweiz verdankt ihren Wohlstand weniger ihrer republikanischen Verfassung, als den unzähligen Fremden, die jährlich dahin strömen; und die Schweiz soll wohl frei und bei ihrer Verfassung außerordentlich glücklich sein? In den aristokratischen Staaten hatte man ja bis auf die neuesten Zeiten herauf hunderte von Herren, statt eines einzigen, wie auch wir einst in unserer Nürnberger Republik; in den demokratischen Staaten stürzte ein Regiment das andere, es war und ist nirgends ein ruhiger, sicherer Zustand. Die Erfahrung aller Länder zeigt, daß die Staatsverfassungen ein Centrum nöthig haben, das in einem Einzelnen seine Spitze findet. Selbst die Römer haben die Nothwendigkeit eingesehen, statt ihrer zwei Consuln in schwierigen Lagen einen Diktator zu ernennen. Ein konstitutioneller König ist kein Selbstherrscher mehr; er ist durch die Konstitution und die Kammern gebunden; er ist die Spitze der exekutiven Gewalt. Sein Dasein ist heilsam für den Staat und nothwendig, so lange die Menschen nicht vollkommen sind. In allen Republiken, das bezeugt die Geschichte in hundert traurigen, ja gräßlichen Beispielen, drängt der Egoismus, der Ehrgeiz, die Herrschsucht der Menschen Einzelne hervor, die Parteien bilden, um selbst zur Herrschaft zu gelangen. Mit dem bürgerlichen Frieden, mit der Ruhe, die für die Erwerbung der täglichen Bedürfnisse, für die Betreibung der Geschäfte so nothwendig ist, hat es sodann in solchen freien Staaten ein Ende. Man beginnt den Kampf mit Worten und endet ihn mit den Waffen. Von einer Freiheit der Meinungen ist da keine Rede mehr; der Terrorismus, die rohe Gewalt der mächtigeren Partei drückt jede andere Meinung nieder; wir haben es erst dieser Tage in Paris gesehen, wo die Leute, die so laut von Freiheit und Gleichheit schreien, gleichwohl einen Emil Girardin, der weit vernünftiger sprach, als sie alle, nicht mehr reden ließen. Und was ist das Ende von allem dem? Ein Despot tritt hervor, der mit Gewalt der Waffen sich zum unumschränkten Selbstherrn macht und alle Freiheit, auch die wahre und nützliche, unterdrückt. Geht es in Frankreich so fort, wie man angefangen, so kann die Anarchie nicht ausbleiben und ein neuer Despot, wie Napoleon, wird nicht lange auf sich warten lassen! Die Hauptvorwürfe, welche die Republikaner der konstitutionellen Monarchie machen, sind: die Civillisten und die stehenden Heere. Auch wir können diese allzugroßen Civillisten nicht loben; sie werden wohl bei den jetzigen Verhältnissen auf ein billigeres Maaß herabgebracht werden müssen. Bedenken muß man aber doch, daß ein König auch nicht mehr als einen Magen hat und für seine Privatperson Wenig bedarf, der Aufwand für seine Hofhaltung aber einer Menge von Menschen zu Gute kommt. Ein König soll anständig, wenn auch nicht übermäßig gestellt seyn. Der Vortheil für das Land ist weit größer, wenn er von seinem Centrum aus da und dort hülfreich, unterstützend, ermunternd einschreiten kann, als wenn der einzelne Einwohner etwa jährlich ein paar Sechser weniger Steuer bezahlt. Was die stehenden Heere anlangt, so haben sie allerdings den absoluten Königen viel Geld gekostet, das die Unterthanen aufbringen mußten. Ein echtkonstitutioneller König braucht aber kein stehendes Heer mehr für seine Person, er kann darauf eben so leicht verzichten, wie die Republik. Doch wir fürchten, daß Deutschland, selbst wenn es eine Republick wäre, für jetzt noch ein stehendes Heer haben müsse. Wir dürfen nur an Verminderung, nicht aber an völlige Aufhebung der stehenden Heere denken, so lange nicht auch die angrenzenden Staaten darauf verzichten. Schlüßlich können wir den Gedanken nicht unterdrücken, daß unsere wenigen Republikaner die Rechnung denn doch gar zu sehr ohne den Wirth machen. Sie thun, als wären die Fürsten gar nicht mehr vorhanden, als sey jetzt zwischen einer Regierungsform zu wählen. Die Fürsten haben bis jetzt nachgegeben und sind zu einer Erneuerung Deutschlands auf einer völlig freien Grundlage bereit. Wollte man aber daran gehen, das monarchische Prinzip völlig abzuschaffen; so würden sie natürlich auch die äußersten Mittel aufbieten, sich zu erhalten, und ein Theil der stehenden Heere würde sicher auf ihre Seite treten. Wir hätten einen jahrelangen Bürgerkrieg in Deutschland, in welchem sich Rußland für das monarchische, Frankreich für das republikanische Prinzip mischen würde und müßten wieder einmal die Zeche bezahlen; denn bei uns würde der Kampf ausgefochten. Wie aber die Sache ausgehen würde, könnte man gar nicht vorhersagen; vielleicht gar mit einem Militärdespotismus! — Wir unsererseits sind deshalb Gegner der Republik, weil wir in der ganzen Weltgeschichte sehen, daß die Verfassungen der Staaten vom Despotismus ihren Weg zu immer größerer Volksfreiheit bis zur alleinigen Herrschaft der unteren Volksklassen machen, dann aber wieder in Despotismus umschlagen. Von der constitutionellen Monarchie haben wir immer noch die Republik vor uns. Ist die Republik aber einmal erreicht, dann kommt die Herrschaft der Massen, aus welcher sich bald ein einzelner Despot hervorarbeitet, um alle Freiheit zu unterdrücken und die Welt wieder von vorne anfangen zu lassen. —v.

Deutschland.

Bayern. (Würzburg, 15. April.) Es hat sich hier eine Gesellschaft „der Freunde der constitutionellen Monarchie“ gebildet, die als ihren Zweck Folgendes erkennt: Belebung und Erstarkung der Gesinnungen für das constitutionell monarchische Princip und Einführung dieser Staatsform in ganz Deutschland mit den breitesten Unterlagen der Volksfreiheiten und der Volksrechte, also constitutionelle Monarchie, ganz verschieden von der, wie sie seither in Deutschland bestanden hat. Aus den Bestimmungen über die Organisation der Gesellschaft heben wir hervor: daß die Gesellschaft sich frei durch Zusammentritt constituirt, daß ein Vorstand an der Spitze steht, und mehrere Ausschüsse für die Gesellschaftszwecke wirken, insbesondere einer für die Angelegenheiten der arbeitenden Classen und die Hülfsbedürftigen in den Städten und auf dem platten Lande. Das Programm schließt mit den Worten: Wir haben die Vereinigung gegründet und ihre Organisation entworfen, in der Absicht, für das Wohl unseres theuern Vaterlandes zu wirken. Dieses Wohl, und ein einiges, freies, großes Deutschland ist das Motiv unserer Handlungen. Und aus diesem Motiv rufen wir wiederholt die Bewohner von Unterfranken und Aschaffenburg auf, schaart Euch um unser Panier. Würzburg, am 14. April 1848. (N. W. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. April.) Wegen der im bad. Oberseekreise und Oberlande beabsichtigten Schilderhebung sandte der permanente Ausschuß der Sechsundfünfziger gestern eine aus den HH. Venedey und Spatz bestehende Deputation nach Baden und Straßburg ab. So eben erließ auch der Ausschuß ein Manifest an das Volk, worin er es von der Absicht der Republikaner, den Bürgerkrieg in Deutschland zu entzünden, in Kenntniß setzt und auffordert, dessen Bestrebungen muthvoll entgegen zu treten. Gestern sollten die bewaffneten Schaaren bei Donaueschingen zusammentreffen, sich auf sechs Tage mit Munition und Lebensmiteln versehen und mit den aus Frankreich eindringenden deutschen und französischen Arbeitern vereinen und landabwärts marschiren. Wie man aber so eben vernimmt, hat der permanente Ausschuß die beruhigende Nachricht erhalten, daß sich bei Donaueschingen nur wenige Bewaffnete eingefunden haben. Gleichwohl wird alle militärische Vorsicht geübt werden. (N. W. Z.)

Preussen. (Breslau, 13. April.) Gestern und heute sind eine große Anzahl Polen hier angekommen, um sich in ihre Heimath zu begeben. Einige erzählten, daß morgen Skrzynecky hier eintreffen würde. (Bresl. Z.)

Frankreich.

(Straßburg, den 11. April.) Das Comite der polnischen Emigranten zu Paris hat an die Völker Deutschlands folgende Zuschrift gerichtet: „Eine allgemeine in den Annalen der Geschichte unerhörte Revolution hat die Befreiungsstunde aller Völker herbeigeführt. Werdet Ihr in einem Augenblick, wo ihr mit muthiger Hingebung und mit deutschem Blut das einige Vaterland hergestellt, Eure leidende Schwester vergessen, Diejenige welche seit 60 Jahren die Märtyrerin Eurer Freiheit war? Werdet Ihr in einem solchen Augenblick Polens nicht gedenken, jener Vorhut, welche die Vorsehung den civilisirten Völkern, als Schild gegen die Barbarei des Nordens und Ostens, bestimmt hatte? Seine heilige Aufgabe, war sie nicht mit Treue und Aufopferung erfüllt? Und welches dürfte das endliche Schicksal Eurer neuerrungenen Freiheit seyn, wenn Polen nicht bestehen würde, um Deutschlands Friede und Sicherheit zu decken: Frankreich von Euch geschützt, kann ruhig das große Werk seiner Wiedergeburt fortsetzen. Wie aber dürfte Euer Vaterland seine fernere Gestaltung vollenden, wenn wir ihm aus unsern Körpern nicht einen Wall bilden dürfen? Völker Deutschlands! Die Zeit der Eroberungen ist vorüber; »Staaten bilden sich jetzt nach Nationalitäten.« Solltet Ihr an jenen Ländern, welche uns Immoralität und Ruhmsucht ehemaliger Regierungen, mit Hintansetzung der heiligsten Gesetze der Gerechtigkeit und Menschheit, entrissen, ohne daß Ihr den geringsten Vortheil davon hattet? Nein! wir sind Dessen gewiß: Deutschland wird auf das ungerecht Erworbene Verzicht leisten. Liebe und Brüderschaft regieren jetzt die Welt, und unrechtmäßiger Besitz ist diesen Begriffen geradezu entgegen. Polen rechnet auf Eure Theilnahme. Erhebet Eure mächtige Stimme für unser liebes Land. Seine Sache muß mit der Eurigen eng verschlungen seyn! Bringt Eure Behörden, Eure Parlamente dahin, daß sie Polen als den Schlußstein des europäischen Systems betrachten! — Unsere Landsleute verlassen kolonenweise die Erde der Verbannung; sie ziehen durch Eure Gauen, um unter das heimathliche Dach zurückzukehren, um von neuem den Kampf für's Vaterland zu beginnen. Begrüßt sie als Brüder; gestattet ihnen den Durchzug durch Eure Länder mit derselben Liebe und Theilnahme, mit welcher Ihr sie vor 17 Jahren empfangen, als Polens Kinder in's Exil zogen. Es lebe Deutschland! Es lebe Polen! Der General Dwernicki. Anton Hlusniwicz. C. A. Hoffmann. Heinrich Jakubowski. Thomas Malinowski. Heinrich Niewenglowski. B. Zalewski. Paris, am 4. April 1848, im Palast National-Elysee, Vorstadt St. Honore.“

Italien.

Neueste Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Italien. Nachdem

man in Erfahrung gebracht, daß eine starke Abtheilung von Insurgenten von Lazise und Castelnovo besetzt hätten, wodurch die Communication mit Peschiera unterbrochen wäre, ward ein Commando, bestehend aus 2 Bataillon Piret und einigen Compagnien Haugwitz-Infanterie, einigen Geschützen und etwas Kavallerie unter den Befehlen des Generals Fürst Taxis gegen diesen Ort geschickt. In der Höhe von Osteria del Bosco zeigten sich zuerst größere Haufen von bewaffneten Bauern, die durch unsere Plänkler nach Castelnovo zurückgeworfen wurden. Castelnovo fanden wir auf das stärkste verrammelt und verbarricadirt, aber mit kühnem Muthe stürzte die kleine Abtheilung Haugwitz unter dem braven Hauptmann Maurer sich in das Feuer der Insurgenten, und nahm die erste Barricade mit Sturm, wobei der Feind einen großen Verlust erlitt. Jetzt wurden noch einige stark besetzte Häuser und der Glockenthurm beschossen, wobei der Ort in Brand gerieth. Das Bataillon Piret griff den Ort in seiner Fronte, zwei andere Abtheilungen denselben in der rechten und linken Flanke an. Nichts konnte dem Ungestüm unserer tapfern Truppen widerstehen; die Ueberlebenden flohen in wilder Flucht gegen Lazise. Unser Verlust an Todten beträgt 4, an Verwundeten einige Mann. Die Nacht war unterdessen hereingebrochen, der Ort bot keine Unterkunft mehr, daher die Truppe vor Castelnovo ihr Lager bezog. Nach Aussage der gemachten Gefangenen war das Haupt der Insurgenten ein gewisser Manara aus Mailand. (A. A. Zeit.)

---

* (Nürnberg, den 17. April.) Unter dem Titel: Hülfskassen für Ackerbau und Gewerbe, als Rettungsmittel in der Noth der Zeit. Von J. C. Leuchs. Preis 9 kr. ist so eben eine Schrift erschienen, die wir allen Handwerkern, Fabrikanten, Kaufleuten zur ernsten Berücksichtigung empfehlen, indem die darin gemachten Vorschläge namentlich in jetziger Zeit der Noth am ersten steuern können. Der Verfasser weist die Mangelhaftigkeit unserer jetzigen Creditanstalten nach, zeigt die gute Wirkung der in Nordamerika und England bestehenden, und gibt die Einrichtung der in jeder Stadt zu errichtenden an, durch welche dem Geldmangel gesteuert und den Thätigen die Mittel zum Verdienst gegeben werden können. Wir wollen wünschen, daß die Ausführung diesen Vorschlägen auf dem Fuße nachfolgt.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Um über die so wichtige Angelegenheit der nun demnächst bevorstehenden Wahlen zum teutschen Parlamente und der solchem vorausgehenden Urwahlen eine allgemeine Besprechung zu veranlassen, hat das Komité ausschließend für diesen Zweck

1) auf Dienstag den 18. April Nachmittag 3 Uhr für die Sebalder Seite, Wöhrd und St. Johannis,
2) auf Mittwoch, den 19. April Nachmittag 3 Uhr für die Laurenzer Seite und die dorthin gelegenen Vorstädte

jedesmal im Catharinensaale Versammlungen anberaumt.

Da bei der Wichtigkeit der Sache eine zahlreiche Theilnahme sich erwarten läßt und der Katharinensaal für eine einmalige Versammlung unzureichend erscheinen dürfte, so bittet das Komité obige Eintheilung zu beachten.

Auf den Grund eines in der vorletzten Versammlung gefaßten Beschlusses wolle Jeder beim Eintritte in den Katharinensaal einen geschriebenen Zettel abgeben, auf welchem der eigene Name, Stand und die Hausnummer geschrieben steht, eine Einrichtung, welche für jetzt und zukünftig deshalb nöthig ist, um zu wissen, wer jedesmal an den Versammlungen und Abstimmungen Theil genommen hat.

Da am Schlusse der Versammlung das Komité wieder neu zu wählen ist, so wolle ferner jeder, der mitwählen will, einen geschriebenen Zettel mitbringen, auf welchem die Namen und der Stand derjenigen achtzehn Personen deutlich geschrieben ist, welche der Wähler für das Komité wünscht.

Diese Zettel sind am Ende mit dem Vor- und Zunamen, dann dem Stand sowie der Hausnummer der Wähler zu versehen. Die Mitglieder des bisherigen Komités sind wieder wählbar. Die Wahlhandlung für das Komité wird an den beiden Tagen Dienstag und Mittwoch vorgenommen, so daß also Jeder, der an einer dieser beiden Versammlungen Theil nimmt, mitwählen kann.

Nürnberg, den 17. April 1848.

Das Komité.

Dr. Barthelmeß. Kaufmann Engelhardt. Flaschner Eichner. Kaufmann Gebhardt. Kaufmann Günther. Weber Kob. Adv. Korte. Rothgießer Körnlein. Dr. Krafft. Adv. Lindner. Dr. Lunkenbein. Dr. Mayer. Gastwirth Renner. Magistratsrath Schnerr. Dr. Schwarz. Tuchbereiter Thieme. Drechsler Schellhöfer.

Weiters eingegangene Beiträge für das Schleswig-Holsteiner Freikorps bei Hrn. Dr. Schwarz.

K. G. M. 2 fl. 42 kr. — Pf. Hr. 3 fl. — W. z. K. 2 fl. — Al. B. 5 fl. 24 kr. Wohlthl. Bür. 3 fl. 42 kr. —

Das Korps wird am Mittwoch Mittag, oder Donnerstag Morgen abgehen. Ertrágniß der bisherigen Beiträge etwas über 300 fl. Anschlag der Kosten 800 fl., wenn der König die Gewehre hergibt — Die Reichhaltigkeit der bisherigen Gaben (ein Patriot gab 50 fl!) läßt auf einen ergiebigen Fortgang derselben schließen.

(Anzeige.) Diejenigen Schuhmacher-Meister, welche sich mit Fertigen von Militär-Arbeit (Bundschuhe) befassen wollen, können beschäftigt werden von

Joh. Gg. Otto, in der Winklerstraße.

(Zu vermiethen.) Der Garten Nro. 3 vor dem neuen Thore an der Allerwiese ist mit Wohnhaus, enthaltend 5 Piecen, Küche und Keller, sogleich zu vermiethen. — In demselben Garten ist auch ein Gartenflächen zu vermiethen. Näheres im Garten No. 4.

Bekanntmachung.

Am

Freitag den 5. May d. J., Nachmittags 1 Uhr, werden nachbemerkte zur Verlassenschaft des Cattler Georg Scherzer in Feucht gehörige Immobilien:

Nr	Pl.-Nr.	Tag	Dez	Taxe	
1	26, 30	—	—	3300 fl.	Wohnhaus Nr 14 mit Stallung, Schupfe, Schweinstall, Hofraum, dann halben Scheuer
2.	27.	—	19	150 fl.	Gras- u Wurzgarten.
3.	412 b.	—	41.	48 fl.	Hopfengarten am Altdorfer Weg.
4.	327.	—	92.	100 fl.	Der Schießhausacker.
5.	310.	—	68.	60 fl.	Schneckenacker.
6.	412 a.	4	16.	500 fl.	Altdorferwegacker.
7.	355.	1	84	350 fl.	Wiese im Stollech
8.	309.	1	40.	400 fl.	Schneckenwiese.
					Das Gemeinderecht
9.	—	—	—	525 fl.	Als Streu-, Weide- und Forstrecht, aus dem Laurenzerwalde
10	354 a.	1	56	400 fl.	Acker im Stollech.
11.	354 b.	—	20.		Wiese alldort.
12.	354½.	—	56.	130 fl.	Hopfengarten alldort.
13	157.	6	31.	400 fl.	Waldung im Röthenbacher Holz

unter den am Termine bekannt zu gebenden Bedingnissen gerichtlich und öffentlich im vormals Georg Scherzer'schen Hause zu Feucht versteigert, und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen, unbekannte oder solche Strichslustige, deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft ist, haben sich über ihr Zahlungsvermögen genügend auszuweisen.

Altdorf, am 25. März 1848.

Königliches Landgericht.

Schumacher.

Ergebenste Notiz für das verehrliche Publikum.

Nachdem die Mehrzahl der hiesigen Herren Schreinermeister sich mit dem Antrag an den Magistrat gewendet hat, mir das Möbel-Magazin zu sperren, weil darinnen eine Beeinträchtigung ihres Gewerbes liege, demnach mir Verantwortung abgefordert wurde; so habe ich freiwillig heute mein Möbel-Magazin geschlossen. In dem vorgestern bei dem Magistrat aufgenommenen Protokolle habe ich nachgewiesen, daß ich im vorigen Jahre 10 auswärtige Schlösser und Gebäude z. B. der Herren Fürsten von Hohenlohe u. s. w. vollständig möblirt habe. Wenn es demnach die löbliche Schreinerzunft, von der viele Meister bedeutenden Nutzen daraus gezogen, ihrem Gewerbe für vortheilhafter erachtet, daß diese Absatz-Gelegenheiten, welche ⅞ meiner Bestellungen ausmachten, sowohl für sie, als andere Gewerbe z. B. Tapezierer, Schlosser, Nagelschmiede, Fuhrleute, Posamentirer u. a. m. verloren gehen; so kann ich dermalen nichts anderes thun, als dem weitern Beschluße der löblichen Zunft darüber entgegensehen und die erst in den letzten Tagen bei hiesigen Meistern gemachten Bestellungen hiermit widerrufen, da mir der weitere Absatz gesperrt ist.

Nürnberg, den 17. April 1848.

G. H. Bestelmeier.

(Gesuch.) Es wird auf zwei Jahre ein Einstandsmann gesucht.

Empfehlung.

Von den in England patentirten, sogenannten Putzsteinen, geformt aus einer nur im Westen dieses Landes zu findenden feinen weichen und sandfreien Erde, zum Putzen aller Metalle, als: Messing, Kupfer, Zinn, Eisen, Stahl, Neusilber, Silber u. s. w., habe ich mir eine Parthie kommen lassen und empfehle solche einem verehrlichen Publikum zur gefälligen Abnahme.

Ueber die Vortrefflichkeit dieses Artikels erlaube ich mir blos zu bemerken, daß seit dem Bestehen desselben, in England kein einziges Haus mehr existirt, in welchem derselbe nicht benützt würde, wofür bürgen mag, daß in London allein monatlich 150,000 Stücke verbraucht werden.

Um beliebige Versuche mit diesem vorzüglichen und billigen Putzmittel machen zu können und damit er auch von Jedermann benützt werden kann, verkaufe ich solches in Stücke geschlagen, per Pfund à 8 kr.

Ich sehe recht lebhafter Abnahme entgegen und bringe noch meine führenden Spezereiwaaren, sowie Tabacke und Cigarren, Pulver, Schrote und Zündhütchen in empfehlende Erinnerung, unter Versicherung reellster und billigster Bedienung.

G. C. D. Eidam,
am neuen Thor.

(Zu verkaufen.) Ein ganz neuer guter Zwilling, eine Scheiben-Büchse, eine einfache Flinte und eine Bürsch-Büchse sind zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein gußeiserner Ofen, Sopha und Sessel und mehrere Hauseinrichtung ist wegen Abreise in L. Nro. 282 der Ludwigsstraße zu verkaufen.

(Gesuch.) Eine Stillamme wird sogleich anzunehmen gesucht; oder auch eine ordentliche Person, die ein zweites Kind noch in der Art befriedigen könnte, würde unter vortheilhaften Bedingnissen angenommen.

COURSE.

Nürnberg, den 17. April 1848

Wechsel-Course.

	k. Sicht. Brief	k. Sicht. Geld	2 Monat Brief	2 Monat Geld
Amsterdam		01½		
Hamburg		87½	8	6½
London		121½	12	1¼
Wien in 20r.	115			
Augsburg	120			
Frankfrt. a. M		100	9	9½
in die Messe				
Leipzig	104½			
in die Messe				
Berlin		104½		
Paris		94½		
Lyon		94½		
Bremen		97½		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld
Bayer. Obligat. à 3½ %		
„ Bank-Aktien		
Ludwigs Kanal-Aktien		
Münchn. - Augsbg. - Eisenbahn - Aktien		
Nürnberger - Fürther ditto		

Geld-Course.

	a. hab.	gesch.
Friedrich und August d'or		9 54
Neue Louisd'or	11	6
Souverainsd'or	16	15
Holländische 10 fl. Stücke		10 5
20 Francs-Stücke		9 41
Oestreich. u. Holl. Ducaten		5 38
Französisches Gold	5	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	20

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, constitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19. April 1848. № 110. Mittwoch: Hermogen.

△ Die Wahl für das Parlament.

Mitbürger! Freunde! Die Aufgabe, welche das jetzt durch uns zu wählende Parlament Deutschlands zu lösen hat, ist unendlich groß und wichtig. Von ihrer Lösung hängt die ganze Zukunft unseres Vaterlandes, Wohl und Weh unserer Kinder ab. Fällt die Lösung schlecht aus, so ist die Zukunft Deutschlands sicher die jammervollste und traurigste; fällt sie aber gut aus, so wird Deutschland groß und mächtig zu Land und zur See, und seine Wohlfahrt wird dann herrlich gesichert. — Soll aber die Lösung der großen Aufgab. des Parlaments gut werden, und das ist doch wahrlich unser innigster Wunsch, da unser eigenes Wohl mit dem Wohl des Vaterlandes aufs Engste zusammenhängt; so müssen wir jetzt als Urwähler unsere Pflicht thun und dafür sorgen, daß durch unsere Wahlmänner die geeigneten Männer in das Parlament kommen, Männer, welche Bildung und Erfahrung, Besonnenheit und Kraft, redlichen Willen, und das edelste und menschliche Freiheits- und Rechtsgefühl, unerschrockenen Muth und unerschütterliche Vaterlandsliebe besitzen. Richten unsere Wahlmänner ihr Auge nicht auf solche Männer; lassen sie sich etwa verleiten, solchen Männern ihre Stimme zu geben, die etwa nur freisinnig und vaterländisch gesinnt scheinen, es aber im Grunde des Herzens nicht sind; so laden sie das Unglück der Nachwelt, den Fluch von Jahrhunderten auf ihr Gewissen, und dieser Fluch fällt auch auf uns, auf die Urwähler zurück. In das deutsche Parlament müssen durchaus Männer kommen, die Deutschlands Geschichte und Weltberuf kennen, die da wissen, wie das Wesen und die Form der verschiedenen Staatsverfassungen mit dem Menschenherzen zusammenhängen, — die da wissen, was in jeder Staatsverfassung gut und böse ist und wirkt und wie die sichersten Garantien für die Freiheit und Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Völker und der gesammten Nation zu erringen sind. Wenn gleich nicht jedes Parlamentsmitglied ein Dahlmann, Jordan, Eisenmann, Welcker, Bassermann oder Mathy sein kann, — denn das ist unmöglich; so soll und muß doch jedes Mitglied des deutschen Reichstages im Stande sein, die leitenden Gedanken und Ansichten solcher wohlgesinnter Anführer zu verstehen; — so muß es doch, wenn es gilt, über Wichtiges abzustimmen, Wahrheit und Recht höher achten, als ein etwa in Aussicht gestelltes Ordensband in dem Knopfloche oder einen glänzenden Titel, womit zeither nur Blinde oder Eitle beglückt werden konnten. Es müssen Männer sein, die nicht reden, um ihr Bißchen Wissen auszukramen und ihr Talent zu zeigen, sondern die kurz, bündig, kräftig erklären: das muß so seyn, weil es aus den und den Gründen zum Heil des deutschen Volkes und Europa's nicht anders sein darf. — Sollen aber solche gebildete und erfahrene, mit wahrer Menschen- und Vaterlandsliebe ausgerüstete Kernmänner in das Parlament; so müssen wir als Urwähler den größten Fleiß auf die Auswahl verständiger und redlicher, ächt deutschgesinnter Wahlmänner verwenden. Nicht Jeder taugt zum Wahlmanne. Bedenken wir daher recht wohl, was die Erfahrung schon so oft gepredigt hat, daß die Dummen gerne den Dümmsten zu ihrem Kaiser, die Schufte gerne den größten Schuft zu ihrem Führer machen. Nach dieser Erfahrung, die uns sagt, was wir nicht thun sollen, lassen Sie uns weise sein und tüchtige Umschau halten, damit wir recht einsichtsvolle und gutgesinnte Wahlmänner erhalten. Ein einziger ungeeigneter oder leicht verleitbarer Wahlmann kann ein großes Unglück bei der Wahl der Parlaments-Mitglieder veranlassen. Sei der Wahlmann immerhin ein Schneider oder Schuster, Fabrikant oder Beamter, Advokat oder Richter, Schulmeister oder Professor, Jude oder Christ, Katholik oder Protestant, darauf kömmt gar nichts an: wenn er nur Einsicht in die Wichtigkeit unserer Aufgabe, wenn er nur Redlichkeit, nur Sinn für Recht, Ordnung und Freiheit, wenn er nur Vaterlandsliebe, wenn er nur diese Edelsteine besitzt. Ein solcher Wahlmann gibt dann gewiß keinem unwürdigen Manne seine Stimme; ein solcher Wahlmann trifft gewiß den nöthigen Ehrenmann von ächtem Schrot und Korn. — Wollen wir aber als Urwähler solche Wahlmänner erzielen, so haben wir nichts Angelegentlicheres zu thun, als alles das zu unterlassen, was zeither bei unsern Wahlen für den Magistrat, Landrath oder Landtag so häufig die Wahlen unglücklich ausfallen ließ. Halten wir nur den Zweck, nur das Vaterland im Auge! Wählen wir nur nicht den Vetter und Gevatter und Freund, weil er eben Vetter, Gevatter und Freund ist! Wählen wir nur nicht den Reichen und Gönner, weil er uns unterstützte oder noch unterstützen könnte! Sehen wir nur den Stand und den Glauben nicht an! Lassen Sie uns nur dem geeigneten, dem klugen, redlichen und wahrhaft freien Manne, der den Menschen und das Vaterland liebt, aufrichtig liebt, unsere Stimme zu Theil werden! — Glaube und Stand, kein äußeres zufälliges Verhältniß darf unsre Wahl bestimmen, Kopf und Herz allein sind zu beachten. Fragen wir nur, ehe wir unsere Stimme für den Wahlmann abgeben: 1) ist er ein edel und frei gesinnter Mann? 2) Hat er hellen Geist? 3) Hat er ein menschlich schlagendes, für das Wohl und Weh unserer Brüder lebhaft mitfühlendes Herz? 4) Hat er den redlichsten Willen und gar kein Gelüste nach Titel und Ordensbändern und eitlen Schätzen? 5) Ist er im Stande, sich unter Gebildeten, überhaupt unter den Menschen zurecht zu finden und kann er nöthigenfalls sich kurz und gut und klar im Reden fassen? — Fragen wir uns das, und finden wir, daß wir dieß alles mit einem unpartheiischen Ja beantworten können: gut, der soll dann unsere Stimme als Wahlmann haben. So allein erfüllen wir unsere Pflicht gegen unser Vaterland; anders begehen wir an demselben einen unheilvollen Verrath. — Erlangen. — Dr. Leuchs[?]

Deutschland.

Bayern. *† (München, 17. April.) Heute Nachmittag wird, nachdem vom Referenten des V. Ausschusses über die Beschwerde des Priesters Kaspar Wolf in Regensburg gegen den Magistrat in Augsburg verweigerten Aufenthalts wegen Vortrag erstattet ist, der Referent im II. Ausschuß Bar. v. Rotenhan Vortrag halten über die von dem k. Staatsminister der Finanzen der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Nachweisungen über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staatseinnahmen pro 1845/46, demgemäß die Einnahme nach dem Abschluß für die IV. Finanzperiode und zurück beträgt: 7,984,788 fl. 24 kr. 1 pf., die Ausgabe 1,894,642 fl. 44 kr. 2 pf., Aktivrest 6,090,145 fl. 39 kr. 3 pf.

(München, den 16. April.) Der König hat den verschiedenen Ministerien die im Jahre 1825 festgesetzten, seit dem letzten Decennium aber vielfach verrückten größeren Kompetenzen wieder eingeraumt. Es ist diese dienstförderliche und der Landeswohlfahrt gewiß sehr zuträgliche Maßregel wohl als unmittelbare Folge von der thatsächlichen Aufnahme der Ministerverantwortlichkeit in die Zahl unserer neuen Staatsgrundsätze zu betrachten, und verdient vom ganzen Lande mit Dank aufgenommen zu werden. Vom Staatsministerium für die auswärtigen Angelegenheiten ist der bayerischen Gesandtschaft in Wien vor einigen Tagen der Auftrag geworden, bei der österreichischen Regierung mit allen zuständigen Mitteln dahin zu wirken, daß die Volksvertretung am deutschen Bunde dortselbst nach einem freien, und nicht bloß alt-landständischen Wahlmodus zu Stande komme. — Heute Morgens las man hier an allen Strasseneckeu einen mit »Mehrere Bürger Münchens« unterzeichneten Aufruf an die Bewohner von München und an alle Bayern. Derselbe warnt in eindringlichen Worten vor jenen Umtrieben, welche auch hier allenthalben den schwankenden Zustand für die republikanischen Zwecke auszubeuten suchen, weist dabei auf das Beispiel von republikanischer Glückseligkeit hin, das wie bei jener ersten Revolution, so auch jetzt wieder das benachbarte Frankreich uns vor die Augen stellt, und dringt auf festes, inniges Zusammenwirken für die wahre Freiheit, wie sie allein in der constitutionellen Monarchie, wie solche in diesen Tagen allgemein verstanden wird, zu finden ist. (A. A. Z.)

† (Ansbach.) Im Vollzuge des von den Kammern der Ständeversammlung angenommenen Gesetzes die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung beim deutschen Bunde betreffend und in Gemäßheit der hiezu von dem kgl. Staats-Ministerium des Innern ertheilten instruktiven Vorschriften werden die nach Maßgabe der Gesammt-Bevölkerung abgetheilten Wahlbezirke, die Orte zur Vornahme der Wahl, und die für jeden Bezirk bestimmten Wahl-Kommissäre bekannt gegeben. Wahl-Bezirke I Ansbach Stadt 12254, Ansbach Landgericht 13977, Heilsbronn Landgericht 16516, Herrieden Landgericht 12136, Leutershausen Landgericht 11657. 66510 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Regierungsrath Mark.

Wahlbezirk II. Nürnberg Stadt 50460, Altdorf Landgericht 14763. 65223 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Regierungsrath von Röthlein.

Wahl-Bezirk III. Fürth Stadt 15812, Nürnberg Landgericht 16678, Cadolzburg Landgericht 13722, Erlbach Landgericht 14475, Burghaslach Herrsch.-Gericht 3034, Sugenheim Herrsch.-Gericht 2314. 66065 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Stadt-Kommissär Wellmer.

Wahl-Bezirk IV. Erlangen Stadt 10770, Erlangen Landgericht 17083, Hersbruck Landgericht 14444, Lauf Landgericht 14917, Hohenlandsberg Herrsch.-Gericht 5338, Schwarzenberg Herrsch.-Gericht 4379. 66931 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Landrichter Meinel.

Wahl-Bezirk V. Rothenburg Stadt 5170, Uffenheim Landgericht 14629, Windsheim Landgericht 15279, Neustadt Landgericht 19201, Mkt. Bibart Landgericht 10136, Rüdenhausen Herrsch.-Gericht 299. 64714 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Regierungs-Assessor Wigard.

Wahl-Bezirk VI. Dinkelsbühl Stadt 3053, Dinkelsbühl Landgericht 10839, Rothenburg Landgericht 9690, Schillingsfürst Landgericht 3476, Feuchtwangen Landgericht 15341, von Gunzenhausen Landgericht 10048, Wassertrüdingen Landgericht 12234. 66671 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Stadt-Kommissär von Grauvogel.

Wahl-Bezirk VII. Eichstädt Stadt 7537, Eichstädt Landgericht 11605, Beilngries Landgericht 15373, Greding Landgericht 13458, Kipfenberg Landgericht 8738, von Heidenheim Landgericht 2000, Pappenheim Herrsch.-Gericht 7096. 65807 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Regierungs-Assessor Schraß.

Wahl-Bezirk VIII. Pleinfeld Landgericht 14678, Schwabach Stadt 7125, Schwabach Landgericht 14512, Ellingen Herrsch.-Gericht 8147, von Heidenheim Landgericht 12612, von Gunzenhausen Landgericht 4000, Weissenburg Landgericht 4791. 65865 Seelenzahl. Wahl-Kommissär: Regierungs-Assessor von Branca

△ (Fürth, den 18. April.) Gestern hatten wir hier eine große Versammlung zur Wahl eines Komités, das die Wahlen zur constituirenden Reichsversammlung in Frankfurt a. M. leiten soll. Die gedrängt volle Michaelskirche, die Empore hatte man zur Vorsicht gestutzt, war wohl der unpassendste Ort, den man zu einer derartigen Versammlung wählen konnte, in der sich schon vonherein zwei Parteien scharf abgränzten, eine kirchliche konservative und eine liberale, der demokratischen Seite sich stark zuneigende. Deßhalb kam es auch nach der gediegenen Rede des Präsidenten zu keinem geordneten Gange der Versammlung, die mehr einem sogenannten polnischen Reichstage glich. Als vollends plötzlich in die Versammlung von einer Stimme hereingerufen wurde; man höre draußen Generalmarsch schlagen, drängte die

liberale Partei eilig aus der Kirche, während die Uebrigen, denen mehrseitig dieser Coup zugetraut wurde, sitzen geblieben sind. Alle Vorschläge zu Abstimmungen blieben fruchtlos, weil eine Begriffsverwirrung von freier Wahl und Wahl durch Akklamation genährt worden zu seyn schien. Ein Theil einigte sich endlich dahin, mit Stimmenzetteln die Wahl entscheiden zu lassen, das Wie wird sich noch heraus stellen. Daß Fehler und absichtliche Prärogtive von der kirchlichen (sit venia verbo) Partei vorgekommen sind, kann wohl nicht in Abrede gestellt werden, aber die liberale (demokratische) Partei ging doch auch wohl etwas zu weit, ihre Stimmungen gegen anders Denkende so mißfällig laut werden zu lassen, wie sie Männer der Ihrigen triumphirend empfingen. Ungarische Parteikämpfe passen nicht nach Deutschland.

(Speyer, den 15. April.) Auch in unsern provinziellen Angelegenheiten siegt mehr und mehr die Stimme des Volkes, ein Beweis, daß sie die richtige ist, denn nach verschiedenen Mittheilungen ist der würdige Pfarrer Frantz von Jugenheim, in dessen Interesse die ganze Pfalz petitionirte, seit dem 9. d. Mts. wieder in sein Amt eingesetzt. Außer der Wiedereinsetzung des Pfarrers Frantz sehen wir in nächster Zeit, wie das Gerücht sagt, noch manchen dem Laufe der Zeit entsprechenden Neuerungen entgegen, die in ganz Bayern, besonders aber in der Pfalz mit Freude begrüßt werden. Es gehören dahin: Aenderungen im Oberkonsistorium und Konsistorium, Abhaltung einer Generalsynode, Studienfreiheit, Vereinigung der Schullehrerseminarien, Aufhören des getrennten Geschichtsunterrichts u. dgl. Es sind dieß alles Gegenstände, welche die Eingaben, die unsere große pfälzische Deputation Sr. Maj überreichte, enthielten. (N. Sp. Z.)

(Bamberg, den 17. April.) In einer am 14. d. M. zu Culmbach abgehaltenen Volksversammlung, welche sich entschieden für die konstitutionelle Monarchie aussprach, wurde unter Anderm beschlossen, den Bericht des Dr. Eisenmann ꝛc. über unsere Zustände und Aufgaben schnellstens an alle Gemeinden der Umgegend in gehöriger Anzahl hinauszugeben und nur Kleider aus inländischen Stofen zu tragen (Bamb. Tagbl.)

Baden. (Mannheim, 15. April, ein Viertel auf Eins) Soeben schlägt es Generalmarsch! — Wie ich höre, soll hier die Republik verkündigt worden seyn. — Im Oberlande sind die Republikaner aus dem Felde geschlagen. (Frkft. J.)

(Mannheim, den 15. April, Nachmittags.) Die nächste Veranlassung des Generalmarsches, der unsere Bürgerwehr unter die Waffen rief, war ein Rescript des großh. Ministeriums, welches bekannt machte, daß in Folge der im Seekreis ausgebrochenen Unruhen die Regierung entschlossen sei, den Aufruhr, veranlaßt durch Hecker und Struve, mit Gewalt der Waffen zu unterdrücken. Dieses Rescript wurde den versammelten Bürgern durch Herrn Jörger vom Balcon des Rathhauses verlesen und mit allgemeiner Acclamation aufgenommen. Einige Leute wollten zwar aus dem Glied heraus eine Antwort auf die Anrede des Oberbürgermeisters versuchen, wurden aber durch ihre Nebenmänner zum Schweigen gebracht. — Alle Nachrichten aus dem Oberland, welche heute Mittag hier eintrafen, lauten günstig; Hecker und Struve sollen nirgends reussiren und nur unter den alleruntersten Klassen einigen Anhang finden. In Constanz sowohl als in Stockach hat sich der bessere Theil der Einwohnerschaft endlich ermannt und damit ist allem unsinnigen und verbrecherischen Treiben ein schnelles Ende geworden. Wie Struve und Hecker ihre Handlung rechtfertigen wollen, wissen wir nicht. Offene Empörung, frevelhaftes Aufreizen der Massen, Waffengewalt gegen Gesetz und Fürst — mit anderen Namen kann man ihre Thaten nicht bezeichnen. Doch hoffen wir, daß das Gesetz die Schuldigen erreichen möge. Folgende Nachricht wird so eben in Tausenden von Exemplaren hier verbreitet: „Zur Nachricht! Mit der heutigen Morgenstunde ist der Nimbus, der den europäischen Namen Hecker umgab, hoffentlich auf immer verschwunden, es mag sein Treiben von heute an ausfallen wie es will! Nachdem sein Aufruf zur Einführung der Republik mit bewaffneter Hand in der gestern hier stattgefundenen, sehr zahlreichen Volksversammlung am guten Sinn der hiesigen Bürgerschaft, ohne die geringste Unterstützung abprallte, und die allgemeine Entrüstung über sein Ansinnen so weit ging, daß es einer Ermahnung bedurfte, seine Person gegen zu befürchtenden Angriff in Schutz zu nehmen, ging Hecker so weit, in Begleitung von Willich (gewesener preussischer Artillerie-Lieutenant) und einem aus Frankreich gekommenen Arbeiter, an der Spitze von ungefähr vierzig bewaffneten jungen Leuten und Lumpen, heute früh um 7 Uhr über die Rheinbrücke hinaus zu ziehen, um seine vaterlandsverrätherischen Zwecke auszuführen; er selbst im blauen Ueberhemde und bewaffnet. — In Wollmatingen (einem großen Dorfe, eine Stunde von Constanz) ging nicht ein Mann mit, und sind wir recht unterrichtet, so wird Hecker selbst bis über Donaueschingen hinaus, wenige oder gar keine Anhänger finden. Struve operirte gestern in Ueberlingen in demselben Sinne, er wird sich heute von dort aus wohl mit Hecker vereinigen. Eine gedruckte Proklamation der Republik cirkulirte gestern Nachmittag schon vor der Volksversammlung in wenigen Exemplaren, welche die Verbreiter wieder zu bekommen suchten. — Zu bemerken ist, daß sich bei dem heutigen Auszug nicht einer der Anführer der Bürgerwehr befindet. Zogelmann; Dr. Vanotti (Arzt); Kazenmayer; Kaiser ꝛc., sind alle zurückgeblieben. Constanz, den 13. April 1848." (Ffkrt. J.)

(Mannheim, den 14. März.) Hier sind badische Abgeordnete und andere Bürger zu einem Komité zur Unterstützung der aus Frankreich zurückkehrenden mittellosen Deutschen zusammengetreten. (Frkft. O.-P.-Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 13. April.) In Folge des gestrigen Beschlusses der Ständeversammlung ist nun heute die Pionierabtheilung und unsere Artillerie mit sechs herrlichen Geschützen auf der Eisenbahn von hier abgegangen. Eine unabsehbare Volksmenge hatte sich auf dem Bahnhofe versammelt, wo das Musikkorps bis zum Abmarsche patriotische Lieder spielte, der Enthusiasmus war ausserordentlich, besonders auch auf Seiten unserer wackeren Soldaten und Offiziere. Mögen sie noch zur rechten Zeit kommen, um die Dänen für ihren Uebermuth züchtigen zu helfen. (Wes. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 17. April.) 35. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 15. April 1848. Auf die der Bundesversammlung gemachte Mittheilung, daß im badischen Seekreis in Folge eines von Hecker und Struve aus Konstanz erlassenen Aufrufs, sich am 14. April in Donaueschingen, mit Proviant auf 6 Tage versehen, zu versammeln, um in Verbindung mit den Zuzügern aus Frankreich die vermeintlichen Volkswünsche mit Gewalt durchzusetzen, der Ausbruch eines Aufstandes zu besorgen ist, wird beschlossen: an die Regierungen von Hessen-Kassel und Nassau die Aufforderung zu erlassen, in Gemäßheit der Bundesbeschlüsse vom 29. März, 4. und 10. April alle disponiblen Truppen zum Anschluß an das achte Bundesarmeekorps sofort in Marsch zu setzen und daß dies geschehen, so wie die Ernennung der Kommandirenden der Bundesversammlung unverzüglich anzuzeigen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 15. April.) So eben erscheint folgender Aufruf: Der Fünfzigerausschuß an das deutsche Volk! Im See- und Oberrheinkreise Badens wird ein Aufruf an das Volk verbreitet, nach welchem es an der Zeit seyn soll, das, was die Verfasser jenes Aufrufs die Forderungen des Volkes nennen, mit den Waffen in der Hand zu verwirklichen. Die ganze Volkswehr des Seekreises soll sich am 14. April in Donaueschingen bewaffnet einfinden, mit Munition, so wie mit Lebensmittel auf sechs Tage versehen, und dort die weiteren Weisungen empfangen. Man will auf Kehl marschiren, sich mit der aus Frankreich kommenden Arbeiter-Freischaar verbinden und landab ziehen. Männer in Baden, Würtemberg, Rheinbayern und Hessen! Zum Bürgerkrieg, zu dem Entsetzlichsten, was ein Land treffen kann, ruft man Euch auf! Ihr sollt die Waffen gegen Eure Mitbürger führen, um Meinungen einer Partei dem ganzen Deutschland aufzudrängen. Und das zu einer Zeit, wo der Wille des deutschen Volkes sich binnen wenigen Wochen in der constituirenden Nationalversammlung aussprechen wird, zu einer Zeit, wo Deutschland im Begriff ist, den Forderungen aller seiner Stämme durch wahrhafte Volksvertreter ihr Recht zu verschaffen. Der Fünfziger-Ausschuß ist der Zuversicht, daß Ihr die Zumuthungen jenes Aufrufs mit Entrüstung von Euch weisen, und als freie Bürgerwehr, an der Seite der aufgebotenen Truppen, jenen Verblendeten mit Kraft entgegentreten werdet. Man will Euch überreden, daß die Euch zu Hülfe kommenden Bundestruppen fremde Truppen seyen. Freunde! Es sind Eure Brüder, mit Euch aus einem Volke, mit Euch auf demselben Wege zur Freiheit und zur deutschen Einheit. Man will Euch überreden, daß durch diese Truppen reaktionäre Schritte unterstützt werden sollen. Seyd versichert, daß wir mit kräftiger Hand jeden solchen Versuch beseitigen würden; die That hat gezeigt, daß wir den Willen und durch das Vertrauen des Volkes auch die Macht hierzu haben. Aber denkt, daß das Unheil der Reaktion, wenn diese in Deutschland jetzt möglich, nur noch durch derartige gewaltsame Vernichtung aller staatlichen Ordnung herbeizuführen wäre. Darum laßt uns mit aller Macht den Despotismus einzelner Parteien bekämpfen. In Euren Händen liegt das Heil Deutschlands; Ihr werdet Eure unermeßliche Verpflichtung zu würdigen wissen. Frankfurt a. M., den 15. April 1848. Soiron, Vorsitzender. Simon, Schriftführer. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 15. April.) Die hier anwesende Deputation aus Wien hat folgende Worte des Dankes an die Bewohner Heidelbergs erlassen: »Heidelberger! Wir kamen zu Euch mit dem Brudergruße aus der großen Donaustadt. Wir kamen, Euch zu sagen, daß wir, die nun auch frei geworden, mit Euch gehen wollen, und werden auf gleichen Wegen im großen einigen Deutschland. Ihr nahmet diesen Gruß der Boten aus dem Osten-Reiche Deutschlands, mit echtem deutschen Bruder-Sinn und Herzen auf. Habt darum Dank, Ihr Bürger der schönen Neckarstadt, Ihr Jünger und Ihr Meister der Ruperto Carolina! Wir sind nun Alle Brüder geworden in unserem großen schönen Deutschland, und werden Brüder bleiben wie jetzt, so immerdar. Die Ordnung soll unser Boden seyn, das Recht die Keimkraft geben, und der Freiheit starker Baum in Deutschlands Gauen wird goldne Früchte tragen, um die uns alle Welt beneiden soll. Das wollen wir, und dafür Alle stehen wir am Rhein wie an der Weichsel, an der Eider wie an der Donau, wie es deutschen Mannen ziemt. Lebet wohl! Frankfurt a. M., den 15. April 1848. Für die Deputation aus Wien. Deren Senior Karl Gerold.« (Frkf. Journ.)

(Frankfurt, den 15. April.) Nach einer hier eingetroffenen diplomatischen Nachricht aus Paris stellte die französische Regierung das Ansinnen an Preussen, 30,000 Franzosen den Durchzug nach Polen zu gestatten. Wir hoffen, daß man in Berlin diese Zumuthung mit aller Energie zurückweisen wird, und daß man gleichzeitig verstehe, es gelte schon jetzt, auf die wichtigsten Ereignisse im Westen gefaßt zu sein. Es ist ganz unmöglich, daß Frankreich über die Masse seiner unruhigen Köpfe und unbeschäftigten Hände anders Herr werden kann, als indem es sie über die Grenze schickt. Kein Anlaß könnte ihm erwünschter sein, als der polnische. Dahin würden Proletarier zu werfen sein; nach Italien mußte man Soldaten schicken. Man wird sagen, es sei besser diesen Leuten den Durchzug nach Polen zu öffnen, als sie auf uns fallen zu lassen. Aber sie würden auf uns fallen, wenn sie erst in unsrer Mitte wären. Wenn die Republik kein Heimathsrecht bei uns haben soll, muß sie auch kein Durchzugsrecht haben. Ein Krieg mit Frankreich, der sich aus dieser Weigerung allmählich entspinnen könnte, dünkt uns viel weniger gefährlich für uns, als wenn es zwischen Proletariat und Bürgerthum in Frankreich zum Bürgerkriege käme. Ein Sieg des Ersteren in solch einem Konflikte würde schreckliche Folgen und Nachwehen in Deutschland haben. (D. Z.)

(Frankfurt, den 14. April.) Achte Sitzung. (Vorsitzender von Gagern.) Der Vorsitzende legte ein Schreiben des Herrn Bundestagsgesandten für das Königreich Sachsen, das Großherzogthum Hessen und die freien Städte vor, in welchem angezeigt wurde, daß die drei Herren Gesandten von dem Revisionsausschusse der hohen Bundesversammlung beauftragt seyen, im Einverständnisse mit den Beigeordneten am Bundestage die nöthigen Vorbereitungen zu der bevorstehenden Nationalversammlung zu treffen. Es waren in dem Schreiben zugleich die einzelnen Fragen hervorgehoben, welche eine Erledigung bedürften, und es wurde um baldige Aeußerung darüber ersucht. Nach vorläufiger Berathung über die zur Frage gestellten Gegenstände wurden drei Mitglieder, Todt, Jaup und v. d. Gabelentz, ernannt, um mit der Kommission der hohen Bundesversammlung in weiteres Vernehmen darüber zu treten. Es wurde beschlossen, der Kommission mit der Anzeige davon zugleich ein Gutachten mitzutheilen, welches von einem Mitgliede über einen Theil der zur Berathung verstellten Fragen ausgearbeitet worden. Es sind eingegangen: 1) Aus Lissa und Bromberg von dem »Vereine deutscher Interessen in Posen«, und von den »Bewohnern des Netzdistriktes« mehrere Druckstücke, die Verhältnisse der Provinz Posen betreffend, — eingesandt durch die Redaktion der Oberpostamts-Zeitung. 2) Aus Offenbach ein »Protest gegen den Beschluß des Fünziger-Ausschusses (in seiner ersten Sitzung) bezüglich

des Stimmrechts bei der nächsten Parlamentswahl und dessen Ausübung durch die ortsabwesenden in Deutschland wohnenden, wahlberechtigten Staatsbürger,« eingesandt durch Dr. August W gner an Uhland zur Abgabe hierher. Ein Schreiben an die XVII. unterzeichnet »Bürger von Sachsen, Württemberg, Bayern, Preussen, Hannover, Darmstadt, Nassau,« und die Bitte enthaltend, »zu handeln, was Recht ist und dem Bundestage eifrigst beizustehen« u. s. w. Die unter 1 genannten Eingaben sollen dem Fünfziger-Ausschusse zugestellt, die andern beiden zu den Akten genommen werden. (Frfr. J.)

(Frankfurt, den 15. April.) Neunte Sitzung für das Königreich Hannover trat statt des Klosterraths von Wangenheim, welcher in die Bundesversammlung versetzt worden, der Professor Zachariä ein. Zur Tagesordnung stand der Entwurf der deutschen Reichsverfassung. Die in der zweiten Sitzung niedergesetzte Kommission trug das Ergebniß ihrer Berathungen vor. Es wurde beschlossen, den Entwurf mit den Motiven zu veröffentlichen, sobald die Versammlung sich über die Hauptgrundzüge dazu vereinigt haben würde. Sodann wurde mit der vorläufigen Besprechung der wesentlichsten Bestimmungen, von welchen das Reichsgrundgesetz würde ausgehen müssen, begonnen. Die Fortsetzung der Berathung steht für die nächste Sitzung aus. Zur Beglaubigung: Petri. (Frankf. J.)

Hannover. (Hannover, 12. April.) In Folge der niederschlagenden Nachrichten aus Schleswig-Holstein beschloß heute Abend eine stürmische Volksversammlung — welche indeß ausserdem kein Interesse bot — die Entsendung einer Deputation an das Ministerium um Beschleunigung unsrer Kriegsmaßregeln. Diese Deputation kehrte sehr bald zurück mit dem offiziellen Bescheide: daß an die bei Harburg stehenden Truppen augenblicklich der Befehl ergehen solle, nicht die Vereinigung der übrigen Abtheilungen zu erwarten, sondern sogleich in Holstein einzumarschiren, und wenn die Noth es erheische, auch die Eider zu überschreiten. (Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 15. April.) Das Ergebniß der Berathung in der gestrigen Sitzung der 2. Kammer über das Wahlgesetz zur konstituirenden Versammlung war für indirekte Wahlen. Dieser Modus wurde in der Hauptsache durch 30 Stimmen gegen 8 angenommen. Für direkte Wahlen haben nur Steinherr, Mohr, Behlen, Köster, Hillebrandt, Grode, Zulauf und Zitz gestimmt. Die in dem offenen Schreiben an unsere hessischen Mitbürger in allen Theilen des Großherzogthums über die Wahlen zur konstituirenden Versammlung (zum deutschen Parlament) von Seiten des vaterländischen Vereins, und in der Ansprache: »an meine hessischen Landsleute« von dem Staatsrath Jaup veröffentlichten erfahrungsgemäßen Ansichten über das Wahlverfahren werden also, trotz aller Bestrebungen der entgegenwirkenden Minderheit zur Ausführung gebracht werden. (Frkft O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 15. April. Von den Gesetzesvorlagen, welche die Regierung in Aussicht stellte, sind heute einige höchst wichtige in die Kammer gebracht worden. Ministerialrath Eigenbrodt legte einen solchen vor, welcher alle Vorrechte der Standesherren und adeligen Gerichtsherren aufhebt und sie fortan den übrigen Bürgern gleichstellt. Alle jene Rechte gehen auf den Staat über. Minister von Gagern legte ein 69 Artikel umfassendes Gesetz über Errichtung einer allgemeinen Bürgerwehr in allen Gemeinden des Landes vor, zur Vertheidigung gegen äußere Feinde und zum Schutze der Verfassung und Ordnung im Innern. Ministerialrath v. Lindelof brachte einen Gesetzentwurf, welcher die Eidesformeln abschafft, die sich auf Religionsunterschiede beziehen. Die Formel wird künftig einfach seyn: Ich schwöre... so wahr mir Gott helfe." — Tags zuvor hatte Justizminister Kilian einen Gesetzentwurf in die Kammer gebracht, welcher das neue protestantische Kirchenrecht auf die neuen (deutschkatholischen) Kirchengemeinden ausdehnt, ihren Geistlichen in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen das Recht gleich den übrigen zur Führung der Civilstandsacten gibt, auch nach dem Personenrecht Bestimmungen über die Ehe und deren Losung ertheilt.

(F.-O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Krakau, 10. April.) Der seitherige Vertreter des Hofkommissärs, Baron Krieg, ertheilte heute Nachmittag dem Polizei-Direktor Kröbl den Befehl, alle Emigranten sofort zu verhaften, und nahm dessen Entlassung an, als derselbe erklärte, er werde keine Maßregeln ausführen, welche den Ruin der Bevölkerung zur Folge haben müßte, indem ein sofortiges Losschlagen der Polen nach diesem eben so harten, als nach der heutigen Staatsverfassung nicht zu rechtfertigenden Verfahren zu erwarten stände. Baron Krieg wandte sich hierauf mit gleichem Befehle an die untern Polizei-Beamten, empfing aber dieselbe vernünftige Antwort und die Bitte um Entlassung aus dem Staatsdienst. Sofort wendeten sich die Bürger, als dieser Vorfall bekannt wurde, an den Militärgouverneur, Grafen Castiglioni, welcher den Polizei-Direktor und dessen Beamten sogleich wieder in ihre Aemter einsetzte und ihr Verfahren durchaus billigte. Auch wurde augenblicklich eine Estaffette nach Wien entsendet, um die schleunige Abberufung des Kreishauptmanns Krieg, der den Untergang der Stadt zu beabsichtigen scheint, zu verlangen. (Bresl. Z.)

Preussen. (Berlin, 15. April.) Des Königs Majestät hat den Staats-Minister von Rother auf sein Ansuchen von seinen Aemtern als Präsident der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, als Chef der Seehandlung und als Chef der preussischen Bank entbunden und mit der einstweiligen Verwaltung des letztgedachten Amtes den Präsidenten des Hauptbank-Direktoriums, von Lamprecht, beauftragt.

Seine Majestät der König hat auf den Antrag des Staats-Ministeriums die Sanktion dazu ertheilt, daß das durch Verordnung vom 28. Januar d. J. errichtete, bis jetzt jedoch nicht in Wirksamkeit getretene Ober-Konsistorium wieder aufgelöst werde und die vor Errichtung desselben gültigen Bestimmungen über das Ressort-Verhältniß der Kirchen-Behörden bis dahin wieder in Kraft treten, daß die neue Kirchen-Verfassung begründet ist. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 13. April) Die in den Jahren 1819 und 1834 auf den Grund von Bundestags-Beschlüssen erlassenen Verordnungen für die deutschen Universitäten sind unter dem Einfluß von Verhältnissen und Regierungs-Grundsätzen entstanden, welche gegenwärtig eine so durchgreifende Umgestaltung erfahren haben, daß es die Pflicht der Regierung ist, die Universitäten durch eine angemessene Modifikation oder Beseitigung jener Verordnungen von dem Druck des ihnen durch dieselben bewiesenen, und, wie die Erfahrung gelehrt hat, völlig unverdienten Mißtrauens zu befreien, und ihnen diejenige Selbstständigkeit wiederzugeben, deren sie zu einer freudigen Wirksamkeit und zur Entwickelung eines kräftigen, korporativen Lebens bedürfen. Der Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten hat daher die Universitäten des Landes zu gutachtlichen Vorschlägen darüber aufgefordert, ob und inwieweit die erwähnten Verordnungen, namentlich in Betreff der polizeilichen Attributionen der ausserordentlichen Regierungs-Bevollmächtigten, aufzuheben, und beziehungsweise ohne Nachtheil für die administrativen Interessen der Universitäten zu modifiziren sein möchten. Damit soll zugleich eine Berathung über eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Umgestaltung der akademischen Gerichtsbarkeit und Disziplin verbunden werden. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 12. April.) Freitag brachen die hiesigen Freischaaren nach dem Schleswig'schen auf. Die eine wird von den Herren v. Szypanski, einem Bonner, Feenberg, einem Russen und Arend, einem Kurländer, alle drei Literaten, angeführt und besteht aus 200 Mann. Es ist die ausdrückliche Verbindung gestellt, daß kein Arbeitsloser darin aufgenommen werde, damit es nicht das Aussehen gewinne, als wolle Berlin auf eine gute Manier seiner überzähligen Bevölkerung los werden. Die andere Freischaar, 300 Mann stark, besteht ausschließlich aus Studenten. (Schw. M.)

(Köln, den 15. April.) Wie wir aus bester Quelle vernehmen, ist bereits gestern den hiesigen Truppen ein Befehl des General-Commando's über die Art mitgetheilt worden, in welcher das Militär an den Wahlen Theil nehmen soll. Die in der Stadt wohnenden Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten wählen mit dem Bezirke, in welchem ihre Wohnung, die in den Casernen wohnenden mit demjenigen Bezirke, in welchem die Caserne liegt. In die Listen für die Wahlen zur deutschen National-Versammlung würden nur diejenigen Militärs, welche 21 Jahre, in jene für die Wahlen zur Preußischen Volksvertretung diejenigen, welche 25 Jahre zählen, eingetragen. — als Deputation des Fünziger-Ausschusses zu Frankfurt in der Angelegenheit des Dampfschiffs-Verkehrs auf dem Rheine sind gestern die Herren Rob. Blum, Lehne und Raveaux hier eingetroffen. Sie haben sich heute Morgen zu dem Regierungs-Präsidium begeben. (Köln. Z.)

Sachsen. (Leipzig, den 13. April.) In den herrschaftlichen Dörfern um Leipzig hat sich seit einigen Tagen ein mehr oder minder heftiger Kampf der Landbewohner für Abschaffung der noch übrigen Feudallasten entsponnen, welcher theilweise nur durch bedeutende Zugeständnisse der Rittergutsbesitzer beendigt werden konnte Wiederholt hat man hierbei die Erfahrung gemacht, daß nicht sowohl die durch die Lehnsinstitute gedrückten angesessenen Bauern, als vielmehr ganz Unbetheiligte jene zur Theilnahme vermochten. Die Aufwiegler sind meist Winkeladvocaten, Schreiber rc. (F.-O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 12. April.) Unsere Truppen halten nur noch den Grenzpunkt des Herzogthums Schleswig an der Eider bei Schestedt und die angränzende Gegend besetzt und die Vorposten des preuß. Herzogthums sind längs der Sorge aufgepflanzt. Man kann zwar nicht sagen, daß das Herzogthum mit Ausnahme jener kleinen Theile im Besitz der Dänen ist, da sie den ganzen Westen des Landes noch kaum betreten haben; allein von unsrer Seite wird dort nichts besetzt gehalten. Das Eindringen der Dänen in die schleswigschen Marschen, namentlich in Eiderstedt, welche so viele naturliche Mittel der Vertheidigung darbieten, wird von dem wohlbewaffneten tapfern Friesenstamme ohne Zuziehung regulären Militärs abgewehrt werden. Heute Morgen ist die Stadt Eckernförde, deren offener Hafen den Zugang von Kriegsfahrzeugen ungehindert gestattet, sowie von der Seeseite, als auch vom Lande her von den Dänen occupirt worden. Westlich stehen die Dänen von Danewirke bis über Hollingstedt hinaus. — In Eckernförde als einer Seestadt übt der Feind die empörende Barbarei, daß er alle Männer zwischen dem zwanzigsten und fünfzigsten Jahre fortschleppt, um sie als Matrosen auf den dänischen Schiffen dienen zu lassen. — Die Beamten und eine große Anzahl Bürger der Stadt, sowie fast alle Gutsbesitzer und Pächter auf den Gütern bis zur holsteinischen Grenze haben ihre Heimath verlassen, um persönlichen Mißhandlungen der Dänen zu entgehen. — Die Dänen scheinen sehr übermüthig zu sein und es auf eine Unternehmung gegen die Festung Rendsburg abgesehen zu haben, wohin jedoch alle Wege mit preussischen und unseren Truppen besetzt sind. In der Nähe dieser Stadt wird mehr als eine Schlacht aller Wahrscheinlichkeit nach geschlagen werden. Die preußischen Hülfstruppen werden nunmehr sehr bald die Offensive ergreifen. Der König von Dänemark hat dem preussischen Parlamentär, welcher ihn zur Räumung der Herzogthümer aufforderte, erklärt, daß, wenn preussische Truppen den schleswigschen Boden betreten sollten, er dies als eine Kriegsthat Preussens ansehe, und seiner Seits er Preussen den Krieg erklären werde. — Inzwischen sind doch die dänischen Vorposten, als sie bei Sorgbrück auf den Weg zwischen Rendsburg und Schleswig die preussischen Vorposten ansichtig wurden, in aller Eile davon gelaufen und haben auf der Flucht ihre Waffen von sich geworfen.

(Wes. Z.)

(Rendsburg, den 13. April.) Gestern Nachmittag trafen die Behörden der Stadt Eckernförde, auf einem Umwege durch Holstein hier ein. Aus dem mündlichen Berichte derselben theilen wir Folgendes mit. Um 2 Uhr gestern Morgen kamen auf der Rhede von Eckernförde mehrerer Kriegsschiffe in Sicht, um 5 Uhr näherten sie sich der Stadt; es waren 2 Dampfschiffe, 1 Corvette und ein Kanonenboot. Letzteres fuhr im Hafen eine Weile auf und ab, dann legte es an die Brücke. Einer Aufforderung an die Stadt, ihre Behörden an Bord des Commandeurschiffes zu senden, konnte nicht Folge geleistet werden, weil Bürgermeister und Rath nicht mehr zur Stelle waren. Der Advokat Lübbes erschien nun als Vertreter der Stadt bei dem dänischen Commandeur und empfing von ihm dem Befehl, sofort die Danebrogsfahne auf den Kirchthurm zu stecken; geschähe das nicht innerhalb einer halben Stunde, so solle Eckernförde bombardirt werden. Die Stadt, von allen Vertheidigungsmitteln entblößt, ergab sich; die Dänen landeten und preßten die ihnen gerade in die Hände fallenden Männer bis zu 50 Jahr; die meisten jüngeren Männer hatten sich der Matrosen-Presse durch zeitige Flucht entzogen.

Der König von Dänemark soll bereits in die Stadt Schleswig eingezogen sein. Die dänischen Vorposten sind bis auf eine Meile von hier vorgerückt. (Wes. Z.)

Frankreich.

(Straßburg, den 16. April.) Heute sind abermals viele der Demokratenlegion angehörige Deutsche dahier eingetroffen. Es wird ihnen von Seite der Departementalbehörde derselbe Bescheid werden,

welchen die bereits abmarschirte Abtheilung erhielt. Frankreich kann eben so wenig als die Schweiz ein bewaffnetes Ueberschreiten der Gränze zugeben. Da die Führer der Demokratenlegion in ihren Aufrufen von friedlichem Einwirken auf die deutschen politischen Verhältnisse sprechen, so würden sie gut daran thun, wenn sie die Legion veranlaßten, in einzelnen Gruppen nach ihrem Vaterlande zu ziehen, wie ihnen das von den benachbarten Regierungen vorgeschlagen wurde. Es sind wieder viele Polen dahier angekommen. Das auf morgen anberaumte republikanische Fest verspricht sehr großartig zu werden. In den etwa verschiedenen Gasthäusern und bei Privatleuten sind für etwa 15,000 Personen aus der Umgegend und den benachbarten Staaten Wohnungen bestellt.

Italien.

Mailänder Kriegsbulletin vom 12. April. „Die piemontesische Division unter General Bes steht vor Peschiera, und der Kampf ist eröffnet. Gestern (10) begab sich ein Theil der Compagnie Manara von Salò über den Gardasee an das jenseitige Ufer. Ueber Bardolino und Lazise kommend griff er die Pulvermühle von Peschiera an, welche etwa eine Viertelstunde von der Stadt entfernt liegt. Nach kurzem Kampf mit der Besatzung derselben nahm er die Pulvermühle, welche 500 Pulverfässer und 72 Menschen enthielt. Sechzehn der letzteren, Kroaten, wurden als gefangene nach Salò geführt, die andern, Italiener vom Regiment Geppert, kämpfen jetzt für die gemeinsame Sache in der Vorhut der Schaar Manara.“ In Venedig ist am 10 die Consulta zum erstenmal zusammengetreten. Nach dem venezianischen Bericht haben die Piemonteser, die zuerst „2000 Gefangene bei Goito gemacht haben wollten, deren ungefähr „100“ genommen. (Allg. Z.)

Schweiz.

(Luzern, 13. April.) Heute hat unser großer Rath mit 64 gegen 28 St. das Kloster St. Urban aufgehoben, und die darin befindlichen Klosterfrauen mit denjenigen in Eschenbach vereinigt. Große Sensation machte es als Dr. Steiger im großen Rath eröffnete: es habe ihm neulich in Bern der apostolische Nuntius Luquet einen Besuch gemacht und dabei erklärt, er wünsche zwar, daß Luzern seine Klöster bestehen lasse, anerkenne aber, daß deren Aufhebung in der Kompetenz der Landeshoheit liege, so wie der heilige Vater dieses anerkenne und daher dagegen nicht protestiren werde. (A. A. Z.)

Aus Bern, 14. April, schreibt man, daß die Tagsatzung eine geheime Sitzung hielt — zu Mittheilung diplomatischer Aktenstücke. Man glaubt, daß es sich um das Anerbieten eines Schutz- und Trutzbündnisses von Seiten der französischen Republik, um eine sardinisch-schweizerische Allianz und das Gesuch um Gestattung des Durchmarsches eines französischen Heers nach Italien durch die Schweiz handle. Der Vorort scheint geneigt zu sein, das Neutralitätssystem aufzugeben. Eine wichtige Finanzmaßregel hat die Tagsatzung in ihrer letzten Sitzung beschlossen. — auf Antrag des Vororts soll eine Anleihe von 3,200,000 Fr. im Inland aufgenommen werden, um die durch den Sonderbundskrieg erschöpfte Kriegskasse wieder anzufüllen. (A. A. Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Soldatenlied.

Wir waffnen freudig Herz und Hand
Und zieh'n in schönen Tod,
Wenn unserm deutschen Vaterland
Der Feind von Außen droht!
Doch wenn des deutschen Volkes Muth
Sein freies Recht ersicht,
Rührt Mann für Mann
Nicht Waffen an, —
Denn gegen unsre Brüder
Marschiren wir nicht!

Es komm' der Russe, riesengroß —
Er soll empfangen sein!
Wir lassen unser Feuer los
Und hau'n mit Flammen drein!
Doch wenn des deutschen Volkes Kraft
Tyrannenketten bricht, —
Rührt Mann für Mann
Nicht Waffen an, —
Denn unsre deutschen Brüder
Erschießen wir nicht!

Und wenn der Feind gerüstet käm'
Mit aller Teufelsmacht, —
Wohl jeder deutsche Krieger nähm'
Sein Leben nicht in Acht!
Doch wenn des deutschen Volkes Geist
Den Kranz der Freiheit flicht,
Rührt Mann für Mann
Nicht Waffen an, —
Denn unsre deutschen Brüder
Verrathen wir nicht!

Wir waffnen freudig Herz und Hand
Und zieh'n in schönen Tod,
Wenn unserm deutschen Vaterland
Der Feind von Außen droht!
Doch wenn des deutschen Volkes Muth
Die Freiheit sich ersicht,
Schließt Mann für Mann
Dem Volk sich an, —
Denn unsre deutschen Brüder
Verlassen wir nicht!

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20. April 1848. **№ 111.** **Donnerstag: Sulpitius.**

Deutschland.

Bayern. *† (München, 17. April.) [11. öffentliche Sitzung der Kammer der Abg., Abends 4 Uhr] Am Ministertische: der Finanzminister Bar. v. Lerchenfeld, die Min.-Räthe Bezold, Bening, Kleinschrod und Aschenbrenner nach Verlesung des Einlaufs, welcher 85 Nummern enthält. Der I. Präsident zeigt an, daß drei Schreiben des kgl. Staatsministeriums eingelaufen seyen, wornach 2 Gesetzentwürfe a) über ein freiwilliges Anlehen und b) über die Sparkassen vorgelegt werden sollen. Das dritte Schreiben enthält die Rücknahme der Beschlüsse des Augsburger Magistrats und des Ministeriums gegen den Priester Kaspar Wolf, die Verweigerung seines Aufenthalts in Augsburg betr., weshalb dieser auf der Tagesordnung gestandene Gegenstand keiner weiteren Erörterung unterliegt, da das jetzige Ministerium obenerwähnte ungerechte Beschließungen gegen den Beschwerdeführer ausser Wirksamkeit setzt. (Der Ausschuß hatte die Beschwerde gleichfalls begründet gefunden). Der Referent bevorwortet den Antrag des Beschwerdestellers auf Ahndung der betreffenden Behörde und Entschädigung für die Entziehung des Tischtitels, und bittet das Ministerium darauf Rücksicht zu nehmen — Der Präsident meint, die verläumdete Ehre und die listig gewaltthätigen Uebertreter an den Tag zu bringen, wie der Beschwerdesteller beantragt, gehöre nicht hieher. Die Kammer stimmt dieser Ansicht bei.

Der Finanzminister übergibt zwei Gesetzentwürfe, welche die jetzigen Zeitverhältnisse zunächst berühren, deren Aufgabe er darlegt. Der erste betrifft ein Anlehen von 7 Millionen. Zur Sicherung der deutschen Grenzen sey die Mobilmachung eines Heeres von 35,600, und der Reserven von 11,000 Mann nothwendig geworden. Bayern muß im jetzigen Augenblick zur Sicherstellung der Festungen ein Heer von mehr als 60,000 Mann in Bewegung setzen. Die Kosten der Unterhaltung dieses Heeres betragen in jedem Monat über 600,000 fl. mehr, als im Budget vorgeschrieben ist; das Heer kostet somit 6,878,000 fl. Dies ist aber nicht blos die einzige Ausgabe im jetzigen Augenblick; es muß Sorge getragen werden, daß die öffentlichen Arbeiten nicht ins Stocken kommen, und die Eisenbahndotation darf nicht geschmälert werden. Das Arrosirungsanlehen hat bis jetzt leider nur 4,600,000 fl. betragen; vom Festungsbau kommen hiezu 1,700,000 fl. Auch die industriellen Unternehmungen müssen unterstützt werden. Die Ludwig-Berbacher-Eisenbahn macht eine Anforderung von 800,000 fl., um ihre Arbeiten vollenden zu können. Die Regierung hat für die Industrie 1 Million in Anschlag gebracht, mehr könne sie für den Augenblick nicht leisten. — Um diese Ueberschüsse zu decken, habe man die Ueberschüsse der V. Finanzperiode überwiesen. Die Summe von 2,125,000 fl. des Armeereservefonds habe man in früherer Zeit der Schuldentilgungskasse angewiesen, welche aber jetzt nicht im Stande ist, sie aus ihren Mitteln aufzubringen, da durch den Eisenbahnbau und die drängenden Sparkassen sie zu sehr in Anspruch genommen ist. Der Staat hat jetzt ein Anlehen von 7 Millionen nöthig, und man appellire hiebei an die Vaterlandsliebe des Volkes, an die man sich in Bayern nie vergeblich wendete. Der Minister fordert die Kammer und das ganze Volk auf, in dieser dringenden Lage, der Regierung durch pekuniäre Mittel und Vertrauen beizustehen.

Die Regierung beabsichtigt das Anlehen in ganz kleinen Partialen von 20, 50 und 100 Gulden zu machen. Die Regierung glaubt, da das Anlehen in 4 Jahren zurückbezahlt werden soll, lieber einen hohen Zinsfuß, 5 ja 6 pCt. festzustellen, als es unter Pari herabzusetzen.— Im Namen des Ministeriums des Innern und in seinem Namen übergibt der Finanzminister den zweiten Gesetzentwurf, »die Verhältnisse der Sparkassa betr. (Wir werden beide Gesetzentwürfe mit den Motiven nachtragen, welche der Finanzminister in der heutigen Sitzung verliest.) Wir erfahren durch den Hrn. Minister, daß die Sparkassen gegenwärtig über 12 Millionen bei der Staatsschuldentilgungskassa liegen haben; der Herr Minister setzt die frühern Verhältnisse der Sparkassen und die gegenwärtigen mit Beziehung zur Staatsschuldentilgungskassa umständlich auseinander, die Anforderungen der Sparkassen an die Staatsschuldentilgungskassa seyen enorm herangewachsen, je mehr erstere von ihrem ursprünglichen Zwecke sich entfernten und die Staatsobligationen im Curse zurückgegangen sind. Alle Einlagen, welche unter 200 fl. betragen, sollen in baarem Gelde zurückbezahlt werden. Alle höhern Einlagen aber sollen sie mit jenen verzinslichen Obligationen zurückbezahlen dürfen, welche sie von der Staatsschuldentilgungskassa erhalten. Diese Maßregel ist nothwendig, weil die Sparkassa nicht der einzige Gläubiger der Staatsschuldentilgungskassa ist, welche sonst leicht in die Verlegenheit der Zahlungsunfähigkeit gelangen könnte. Die Regierung habe den im Gesetzentwurfe enthaltenen Vorschlag als den ersprießlichsten anerkannt, wenn die Kammer einen besseren zu machen wüßte, so würde das Ministerium von dem seinigen abstehen.

Fhr. v. Rotenhan als Referent des II. Ausschusses hält nun seinen bereits in unserem gestrigen Berichte erwähnten Vortrag über die Nachweisungen zc. Referent beantragt, die Prüfung der Nachweisungen über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staatseinnahmen pro 1845/46 der nächsten Ständeversammlung vorzubehalten. Das Referat setzt die Gründe auseinander, welche diese aufzuschiebende Prüfung wegen der vielen dringenden Arbeiten als nothwendig erscheinen lassen. Der Finanzminister hat erklärt, daß gegen die Vertagung nichts einzuwenden und die Prüfung der Nachweisungen den nächsten Ständeversammlungen vorbehalten werden dürfe. Der II. Ausschuß ist gleichfalls diesem Antrag beigetreten. — Der Finanzminister wiederholt die im Ausschuß bereits gegebene Erklärung auch heute in der Kammer, ebenso daß jene Gerüchte, welche sich über den Bestand der Staatskasse erheben, ungegründet sind. In der Staatskasse haben sich 4 Millionen baares Geld vorgefunden; das griechische Anlehen sei kein Geheimniß mehr, im Uebrigen verhalte sich alles wie im vorigen Jahre. Es haben sich noch 175,757 Gulden an kleinen Posten vorgefunden, dessen Verrechnung noch erfolgen wird. Ausgabspapiere seien nothwendige Folgen der Rechnungsmanipulationen und unvermeidlich. Eine eigentliche Kriegskasse haben wir nicht. Das Kriegsministerium habe seinen budgetmäßigen Kredit, es erhalte je nach den Umständen von der Staatskasse Vorschüsse oder treffende Beträge zc.

Die Kammer stimmt dem Vorschlage des II. Ausschusses und dessen Referenten in Betracht der Dringlichkeit der Erledigung des Gesetzentwurfes bei, — nachdem Bestelmeyer als Referent des IV. Ausschusses ein Bedenken äußert, welches aber dadurch ausgeglichen wird, daß auch der IV. Ausschuß über den Gegenstand Bericht erstatten soll. — Obwohl die Tagesordnung hiemit erledigt, erließ der I. Präs. ein Schreiben des Ministeriums, wonach dem Antrag des Dek. Würth in der jüngsten Sitzung bereits Folge geleistet und an alle Kreisregierungen die Weisung ergangen ist, von der franz. Regierung entlassenen unbewaffneten deutschen Arbeitern den Uebertritt ins Vaterland zu gestatten, sie mit den nöthigen Geldmitteln zu unterstützen und ihnen jeglichen Vorschub zu leisten. — Noch bemerkt der I. Präsident, daß zwar nach §. 54 der Geschäftsordnung, die von Abg. nicht angeeigneten Beschwerden ad acta gelegt werden sollen; nachdem aber deren Anzahl sehr beträchtlich und die Zeit eine so bedrängte ist, so seyen die in diese Kategorie gehörigen sämmtlichen Anträge im Präsidialzimmer zur Einsicht für die Abgeordneten und allenfallsige Aneignung der in die betreffenden Kreise gehörigen Deputirten aufgelegt. Am Schlusse der Sitzung äußert Weinzierl, daß wenn nicht binnen 8 Tagen das Ablösungsgesetz vorgelegt werde, sie nichts Sonstiges mehr vornehmen oder berathen wollen. Der Staatsminister Bar. v. Lerchenfeld erklärt, daß die Vorlage dieses Gesetzes wahrscheinlich schon in übermorgiger Sitzung erfolgen werde. Ein Gesetz, wie dieses, erfordere reife Ueberlegung, die Regierung wollte kein zusammengestoppeltes vor die Kammer bringen. (Hiemit endete die Sitzung gegen 7 Uhr.)

*† München, 18. April.) Heute Mittag ist das erste Inf.-Reg. (König) gleichfalls von hier abmarschirt. — Unser Proletariat befindet sich in einem hohen Zustande der Aufregung; daß es von der Volksbewaffnung ausgeschlossen ist, gibt ihm reichen Stoff zur Gährung. Man fand es nöthig, am Sonntag Abend die Vorstadt Au und Haidhausen militärisch abzusperren. Gestern Abend fürchtete man Tumulte, wogegen aber umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen waren; die Patrouillen des Nachts sind seit länger schon bedeutend verstärkt. Fast täglich haben wir Volksversammlungen, woran größtentheils nur junge Leute, die sich gerne reden hören, keineswegs aber der Kern der Bürgerschaft und der Intelligenz sich betheiligen.

(München, den 16. April.) Die Beschränkung der aktiven Wahlfähigkeit (in dem Gesetze über die Wahlen des deutschen Parlaments auf jene bayerischen Staatsangehörigen, welche direkte Steuer bezahlen, hat von mehreren Seiten Anfechtung gefunden. Es wäre sehr wünschenswerth, daß in Ihrem Blatte darüber Aufklärung gegeben würde, wie groß der Kreis derjenigen ist, welche Familiensteuer — bekanntlich eine direkte Steuer — bezahlen. Nach der Verordnung vom 10. Dec. 1814 (R. B. 1814 S. 1777) hat jedes Familienhaupt die Familiensteuer zu bezahlen, als »Familienhaupt« ist aber (nach §. 2. §. 4. 1. 2.) jede Person männlichen oder weiblichen Geschlechts zu betrachten, welche irgend ein eigenes, nicht blos in Alimentation oder Almosen bestehendes Einkommen hat, ohne Rücksicht, ob jemand ledig oder verheirathet, weltlich oder geistlich, ansässig oder nicht ansässig sey, einen eigenen Herd habe oder nicht. Von der Steuer befreit sind sonach nur solche Personen, welche von der Unterstützung anderer leben, gebrödete Diener. Hiernach dürfte die Bestimmung unsers Gesetzes über aktive Wahlfähigkeit mit dem von dem Vorparlament und der Bundesversammlung ausgesprochenen Grundsatz: „daß jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige aktiv wahlfähig sein solle," im wesentlichen im Einklange stehen, und die in der von hier aus an den Fünfzigerausschuß eingereichten Beschwerde vorkommende Behauptung: daß fast alle Literaten, Gelehrten, Künstler, Arbeiter in Bayern nicht aktiv wahlfähig seien, ist nach obigem offenbar irrig. (Vergl. §. 6. I. II. IV. der allg. Verordnung.) Die Militärs (auch Officiere sind zwar nach §. 3 ausnahmsweise von der Familiensteuer befreit, bezahlen aber ihre Steuer in die Wittwen- und Waisenkasse. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Bundesversammlung und dem Fünfzigerausschuß auf officiellem Wege Aufschluß über den Umfang der direkten Steuerpflichtigkeit in Bayern gegeben werden wird, allein es ist wünschenswerth, daß auch das deutsche Publikum, besonders jener Theil desselben bei welchem eine Kenntniß der bayerischen Steuergesetze nicht vorausgesetzt werden kann, die Ueberzeugung gewinne, daß die Beschlüsse der bayerischen Regierung und Stände mit jenen des Vorparlaments und der Bundesversammlung im wesentlichen übereinstimmen. (A. A. Z.)

(München, den 15. April.) Unser Tagblatt wendet sich an den Reichsrath Fürsten von Wrede mit der offenen Anfrage, ob er wirklich den Vandalismus begangen habe, eine seinem Vater von der Stadt Augsburg gewidmete silberne Reiterstatue vor einigen Tagen

in die hiesige Münze zum Einschmelzen zu schicken? Wir wollen uns im voraus um das Ja oder Nein nicht kümmern, aber es ist doch gewiß, daß seit 14 Tagen gerade von solchen adeligen Herrschaften, die nie auf ihre Güter gehen, sondern ihre großen Einkünfte in der Hauptstadt oder in Bädern zu verzehren pflegen, sehr bedeutende Massen an Gold- und Silbergeräth in die Münze geschickt haben, um es in baares Geld verwandeln zu lassen. Selbst die sonst unbeliebteste Goldmünze wird jetzt zu jedem Preise angekauft. So sind gestern 20 Frankenstücke in größeren Partien mit 11 fl. 30 kr. bezahlt worden. Am wohlfeilsten können sich Liebhaber mit Luxuspferden versehen. Was noch vor wenigen Monaten mit 80 Louisdors angekauft wurde, wird jetzt häufig zu 20 angeboten. Wahr ist, daß die meisten Adeligen ausserordentliche Verluste in österreichischen Papieren erleiden, wahr also auch, daß die Vernünftigen sich beeilen, zu sparen. Davon, daß dies geschieht, legen die entlassenen Bedienten, verkauften Equipagen &c. den sprechendsten Beweis ab. (Frkft. O.-P.-Z.)

(München) Der Standesherr und erbl. Reichsrath Graf v. Giech hat vor mehreren Tagen den Ministerien Erklärungen überreicht, nach welchem er, von dem hohen Ernst der Zeit durchdrungen, und erkennend, daß es ein Gebot derselben sey, zur Begründung einer neuen Ordnung im Vaterlande auf Vorzüge und Rechte zu verzichten, welche dieser Gestaltung hindernd entgegentreten könnten, der Staatsregierung seine standesherrlichen Rechte zur Förderung der neuen Gesetzgebung zur Verfügung stellt, insofern dieselben nach dem Ermessen der Regierung mit der neuen Gestaltung im Volks- und Staatsleben nicht mehr in Einklang stehen sollten. Graf Giech hat gleich jetzt verzichtet auf den privilegirten Gerichtsstand bei dem Appellationsgerichte, auf das nur Bayern eigenthümliche Recht der Siegelmäßigkeit und gegen Uebernahme der darauf ruhenden Lasten von Seite des Staatsärars, auf die Grundgerichtsbarkeit, sowie auf sein standesherrliches Dekanat und auf das Patronat über die dieses Decanat bildenden Pfarreien. (A. A. Z.)

(Aus Franken, den 17. April.) Das neue Gesetz für die Wahl zum deutschen Parlament hat überall im Lande die größte Entrüstung hervorgerufen, und von allen Seiten werden Protestationen dagegen laut. Es ist in der That eine schreiende Ungerechtigkeit, daß man die ganze arbeitende Klasse, Studenten, Künstler, Literaten u, s. w. von dem Rechte, Wähler zu sein, blos darum ausschließt, weil sie keine direkte Steuer an den Staat bezahlen; während man sie doch auf der andern Seite für gut genug hält, Blut und Leben für die Vertheidigung des Vaterlandes einzusetzen. Diese Ungerechtigkeit tritt aber noch greller hervor, wenn man erwägt, daß ein großer Theil unserer Steuern durch indirekte Abgaben aufgebracht wird, und daß nach der Vertheilung dieser Steuern auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse gerade die arbeitende Klasse die meisten Steuern bezahlt, der Proletarier oft weit mehr als der reiche Kapitalist. Nach der Ansicht der Regierung und der Kammern sind diese Leute sonach nur gut, zu arbeiten, zu zahlen, und Kanonenfutter zu liefern, politische Rechte aber dürfen sie nicht besitzen. Sie sind die Parias, die Heloten der Gesellschaft. Die Gestattung des passiven Wahlrechts (des Rechts gewählt zu werden) an alle Staatsangehörigen, welche das 21. Jahr erreicht haben, kann der arbeitenden Klasse keinen Ersatz für die Entziehung des Rechtes, selbst wählen zu dürfen, gewähren. Denn einmal ist die Zahl der zu Wählenden an sich nur äusserst gering, anderntheils aber ist ja von vorneherein diesen Leuten die Möglichkeit abgeschnitten, einen Mann aus ihrer Mitte zum Vertreter erwählt zu sehen, wenn sie selbst an der Wahl keinen Antheil nehmen dürfen. Das Aergste bei der Sache ist, daß sie nach dem bayerischen Gesetze bei der Frankfurter Versammlung rechtlich gar nicht vertreten sein werden, wenn auch zu hoffen, daß sich ihrer alle diejenigen Männer, die es mit der Sache des Volkes wirklich wohl meinen, kräftig annehmen werden. Die bayerischen Stände haben dadurch aufs Neue den Beweis geliefert, daß sie entweder nicht den guten Willen haben oder unfähig sind, den Bedürfnissen der Zeit und den Anforderungen des Volkes die gebührende Rechnung zu tragen. Wir sind begierig, wie lange man diese sogenannte privilegirte Volkskammer, die eben so arm an Geist als an Gesinnungstüchtigkeit ist, die täglich hinfälliger und schwächer wird, noch berathen lassen will. In der öffentlichen Meinung ist sie längst eine Leiche, die Regierung aber suchte ihr Scheinleben so lange als möglich aufrecht zu erhalten, weil sie es bequemer findet, und ihren Interessen für zuträglicher hält, mit diesen Automaten die Gesetze zu machen, als mit einem aus dem wahren Volkswillen hervorgegangenen, lebensfrischen, kräftigen Körperbau. Dem Volke wird sonach nichts Anderes übrig bleiben, als durch einen Adressensturm jene Kammerleiche so bald als möglich zu Grabe zu läuten. Die ewige Ruhe, d. h., daß die privilegirten Phrasenmacher und die schweigsamen Fünfguldenmenschen nicht mehr mit der Volksvertretung belästigt werden, dafür ist ohnedies gesorgt. (Frk. M.)

Baden. (Karlsruhe, 15. April.) Geh. Referendär v. Stengel ist von hier mit dem Verhaftbefehl für Hecker und Struve abgegangen. (Schw. M.)

(Karlsruhe, den 16. April.) Gegen Struve ist eben ein Verhaftsbefehl erlassen worden; in Bezug auf Hecker muß zum Behufe eines Verhaftsbefehles noch vorerst die Zustimmung der Kammer erfolgen, als deren Mitglied er nur in dem Falle verhaftet werden kann, wenn er auf der That des Verbrechens ergriffen wird. Dies scheint uns wirklich der Fall, denn er hat offen, mit den Waffen in der Hand, die Revolution begonnen. Die Kammer wird zunächst den Ausschluß Heckers aus der Kammer zu beschließen haben, da er seinen Eid als Abg. gebrochen. Ganz richtig ist jüngst die Frage in Anregung gekommen, ob ein Ehrenmann in einer constitutionellen Versammlung sitzen könne, in welcher er dem Großherzog und der Verfassung Treue geschworen, sobald er für den Umsturz dieser Verfassung offen aufgetreten. Hat aber die Kammer Hecker unwürdig erklärt, länger Mitglied derselben zu seyn, so fällt die Zustimmung zu einem Verhaftsbefehl von selbst weg. Jedenfalls kann aber Hecker's Wahlbezirk nimmer zögern, demselben sein Mandat abzunehmen, wenn er sich nicht der Schuld des Hochverraths theilhaftig machen. (Frkft. J.)

(Mannheim, den 16. April, Mittags 1 Uhr.) Unsere Stadt ist in der größten Aufregung, die von Minute zu Minute wächst. Gestern Abend und einen Theil der Nacht hindurch war Cravall in allen Gassen. Man brachte von Seiten der Freunde Heckers zuerst diesem, dann Struve (obwohl beide bekanntlich abwesend, Vivats vor ihren Häusern; diesen folgten Charivaris, bei denen vornehmlich einige angesehene hiesige Bürger (darunter Bassermann, Jörger) bedacht wurden. Auch der Redakteur des „Mannheimer Journals“ bekam vor seiner Wohnung am Fruchtmarkt eine zweimalige Demonstration der Art zu hören. — Man sieht mit Bangen dem heute Nachmittag 2 Uhr hier eintreffenden Bahnzug aus dem Oberland entgegen. Bringt er die Republick, so haben wir sie; dies klingt zwar etwas doppelsinnig, es ist aber dennoch an dem, – dann haben wir die Republick! Was weiter geschieht, werde ich Ihnen melden. — (Nach der Mannh. Abdztg. ist Hecker am 15. April in Mannheim mit großer Stimmenmehrheit zum Wahlmann gewählt worden.) (Frkft. J.)

Freie Städte. (Hamburg, den 13. April.) Dem auch am Rheine vilfach bekannten Literaten Prinz ward 1843 wegen der von ihm herausgegebenen „Lieder eines Hanseaten“ das Bürgerrecht verweigert; jetzt, nachdem das deutsche Parlament in Frankfurt bereits ein allgemeines deutsches Heimatrecht berathen hat, nachdem man einen großen Theil der politisch Mißliebigen ins Parlament berufen hat, jetzt weis't man in Hamburg noch einen Mann wegen eines im Jahre 1843 herausgegebenen Buches aus, obgleich seine Frau eine eingeborne Hamburgerin, die Tochter eines hamburgischen Staatsbeamten ist. (Köln. Z.)

Hessen. (Mainz, 14. April.) In allen Gesellschaften, Wirths- und Kaffeehäusern streitet man sich darüber, welche Regierungsform, ob Republik oder Monarchie, die bessere sei, ohne zu bedenken, daß eine Republik für Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen eine Unmöglichkeit ist. Was uns zunächst Noth thut, das ist die Einheit unseres Vaterlandes, die Eintracht aller Stämme: denn nur durch sie kann Deutschland das werden, was wir alle wünschen, eine große mächtige Nation: durch Eintracht allein entgehen wir der heillosen Zersplitterung, welche seither auf Deutschland lastete, und den höhern Aufschwung lähmte. Preussen, Oesterreich und Bayern, die drei größten Bestandtheile unseres Gesammtverlandes, wollen von einer Republik nichts wissen, sie halten fest an der constitutionellen Monarchie. In Sachsen, in den sächsischen Herzogthümern, in Hannover, Würtemberg (mit alleiniger Ausnahme des Arbeitervereins in Stuttgart), ja selbst in Kurhessen erhebt sich keine überwiegende Stimme für die Republik. Auch in Baden und im Großherzogthum Hessen will die weit überwiegende Mehrheit der Staatsbürger von einer Republik nichts wissen, obschon sich die Stimmführer der republikanischen Partei und einige aufgeblähte Zeitungsschreiber alle erdenkliche Mühe geben, dem deutschen Volk glauben zu machen, was jedoch der Fall nicht ist, daß sie die öffentliche Meinung in Baden und Hessen verträten. Als vor einigen Tagen die sämmtlichen Bürgerausschüsse von Rheinhessen zu einer allgemeinen Besprechung in Wörrstadt zusammentraten, konnten die Herren, welche gern ganz Europa republikanisiren möchten, deutlich erkennen, daß man auf dem Lande ihre Republik nicht wolle, nur mit Mühe gelang es den anwesenden Mainzern, die Landbewohner zu überzeugen, daß auch die Bürger von Mainz jene Republik nicht wünschten. Den Landbewohnern sagt der Radikalismus: die Städter wollen die Republik, und den Städten sagt man: das Land will sie, den Einwohnern von Hessen und Nassau sagt man: in Baden wolle das ganze Volk Republik, und den Badensern sagt man: Hessen und Nassau wollen sie. Ist das Wahrheit, ist das ehrlich gehandelt? Wenn es nun jedem klar ist, daß unter solchen Umständen die Republik für Deutschland noch keine dringende Nothwendigkeit geworden, worüber die Verhandlungen des am 1. Mai in Frankfurt zusammentretenden allgemeinen deutschen Reichstages selbst dem Blindesten die Augen öffnen werden, so ist es Pflicht der geringen Minderheit, sich der weit überwiegenden Mehrheit zu fügen, und mit gemeinschaftlichen Kräften ein einiges starkes Deutschland begründen zu helfen. Nicht allein in der Republik, sondern auch in der constitutionellen Monarchie ist die höchste Freiheit möglich; nicht allein die Monarchien, sondern auch die Republiken erzeugen Despoten. Die Schweiz ist eine Republik; Belgien und Norwegen sind monarchische Staaten. Wir fragen Jeden, der mit den politischen Verhältnissen dieser Länder vertraut ist, ob Belgien und Norwegen weniger Freiheit genießen, als die schweizerische Eidgenossenschaft? Ist etwa Frankreich frei, seit es eine Republik ist? Nein, und abermals nein. Das Manifest des Herrn Ledru-Rollin bezüglich der Wahlen zur Nationalversammlung, athmet es Freiheit oder Despotismus? Welchen Lärm schlugen die liberalen Blätter, und zwar mit Recht, als unter der Regierung Ludwig Philipp's die Vorlesungen der Professoren Michelet und Quinet eingestellt wurden, und jetzt setzt die provisorische Regierung der Republik den großen Nationalökonomen Chevalier ab, weil er anderer Meinung ist, als die Herrscher der Gewalt. Unter der ersten französischen Republik herrschte der furchtbarste Terrorismus; alle gesellschaftlichen Bande waren zerrissen, die Staatsgelder wurden verschleudert, der Credit war in seinen Grundfesten erschüttert, die Industrie gelähmt. Erst unter dem Consulat hob sich Frankreich wieder, und durch die Kraft, mit welcher der erste Consul das Staatsruder führte, war in wenigen Jahren die Ordnung wieder hergestellt. Und was war das Consulat anders, als eine Monarchie mit demokratischen Institutionen? Das ist es denn auch, was die eilf Zwölftel des deutschen Volkes wollen, und was Deutschland erlangen wird, trotz der Wühlereien der ultraradikalen Partei, welche wohl das Niederreißen aber nicht das Aufbauen versteht. (F.-O.-P.-Z.)

(Kassel, den 15. April.) Die Mitglieder der aufgelösten Gardedu corps, welche an dem meuchlerischen Attentat nicht Theil genommen, haben, wie versichert wird, das Verlangen kund gegeben, nach Schleswig-Holstein geführt zu werden, um die von ihren Cammeraden dem ganzen Corps zugefügte Schande sühnen zu können. Die Untersuchung ist eingeleitet, aber auffallend ist es, daß dieselben, namentlich die angeschuldigten Offiziere, sich noch auf freiem Fuße befinden; das Verbrechen, welches ihnen zur Last fällt (wir wissen demselben keine andere rechtliche Seite, als die des Meuchelmordes abzugewinnen,) ist so schwer, daß augenblickliche Verhaftung hätte eintreten müssen. Die Caserne des Corps ist in „National-Caserne“ umgetauft worden und dient dem Freicorps zum Wachthaus. Vorgestern sollte eine Abtheilung des hiesigen Husarenregiments in dieselbe einquartiert werden; das Freicorps wollte dies jedoch nicht zulassen, und man stand deshalb davon ab. Ein an diesem Tage in den Ställen der Caserne angelegtes Feuer wurde bald gelöscht. (Frkft. J.)

(Kassel, den 15. April.) Einer heute den Ständen gewordenen Mittheilung zufolge, wird alsbald ein kurf. Commissär nach Dänemark abgeordnet werden, um den beiden Prinzen des kurf. Hauses, Landgraf Wilhelm und Prinz Friedrich (letzterer der präsumtive Thronfolger) aufzugeben, aus dem dänischen Militärdienst zu treten. Hr. Begk wies auf das Betrübende hin, daß zwei deutsche Fürsten die Waffen

gegen Deutschland tragen, oder daß einer derselben sogar 20000 Rthlr. zu dem Krieg gegen Deutschland beigetragen habe. (Frkft. J.)

(Von der Murg, den 16. April.) Die Würfel sind gefallen; Hecker und Struve haben im Seekreis die Fahne der Empörung aufgepflanzt und Donaueschingen zum Sammelplatz ihrer Anhänger bestimmt. Ihr Anhang ist ein sehr geringer; die Regierung ist gerüstet und wird der Rausch rasch vorübergehen. Badische und hessische Truppen stehen mit wenigstens 20 Geschützen und mehreren Abtheilungen Reiterei am Rhein und decken zugleich die Ausgänge des Höllen- und Kinzigthals; die würtembergischen und bayerischen Truppen sind von Schwaben her im Seekreis eingerückt; ein Bataillon Hessen liegt in Karlsruhe und 2000 Bayern werden noch am Rheine erwartet. Ein wenn auch noch so unbedeutender Erfolg der Aufrührer ist daher um so weniger zu efürchten, als der Kern des Volkes nichts mit ihnen gemein haben will. Hat doch selbst Konstanz sich losgesagt, indem nur 40 bis 50 junge Leute der Fahne Heckers folgten. Bereits ist gegen Struve der Haftbefehl erlassen, und morgen wird die Kammer zu einem Haftbefehl gegen Hecker ihre Einwilligung geben. Ein gleiches Verfahren, wie gegen Struve wird auch gegen Bruhn, Willmann, Raus und Rasina in Donaueschingen eintreten, welche in dem Aufruf von Hecker und Struve als Führer der Revolution bezeichnet sind. Nachdem die Thatsache des Aufstandes vorliegt, ist nicht mehr zweifelhaft, aus welchen Gründen die Seegegend bis herauf auf den Schwarzwald und theilweise bis in das Rheinthal die Bevölkerung gegen das Einrücken würtembergischer und bayerischer Truppen aufgestachelt wurde. Zum Führer der badischen Truppen ist nun, da auch Markgraf Max zurücktritt, der ehemalige niederländische General von Gagern ernannt, welcher als Generallieutenant in badische Dienste tritt. (Fr. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 15. April.) Man spricht von den Grundzügen unserer Konstitution, als von der liberalsten, welche wir nur wünschen können, und wir verweisen Sie in dieser Beziehung auf einen Artikel in der heutigen Wiener Zeitung. Wir wollen hoffen, daß wir nicht wieder so traurig enttäuscht werden, wie bei Gelegenheit des Preßgesetzes. — Die Proklamation Karl Alberts an seine Truppen erregt hier nur Lächeln, aber mußte es unsere Regierung durch ihren unverzeihlichen Mangel an Energie so weit kommen lassen, daß Sardinien eine solche Sprache gegen Oesterreich führen darf? — Aus Preßburg ist heute ein Grenadierbataillon hier eingerückt; morgen gehen zwei Grenadierbataillone von hier an den Isonzo. — Vorgestern schon wurde durch einen Befehl des Hofkriegsrathes der Haselstock bei der Armee abgeschafft; kein offizielles Blatt thut davon Erwähnung, und das ist ein Fehler, denn man vernachlässigt die Gelegenheit, sich Vertrauen zu gewinnen. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 16. April.) Das 15. Stück der Gesetzsammlung enthält die Verordnung, betreffend das Verfahren bei politischen und Preßvergehen in der Rheinprovinz und die Wiederherstellung des rheinischen Strafrechts und Strafverfahrens bei politischen und Amtsverbrechen, von 15. April. Desgleichen über die Herstellung des rheinischen Civilgesetzbuchs in Betreff der Schließung der Ehe für die zum Bezirke des reinischen Appellationsgerichtshofs gehörigen Landestheile des ehemaligen Großherzogthums Berg, von demselben Tage; und das Gesetz vom 15. April über die Gründung der öffentlichen Darlehenskassen und Verausgabung von Darlehenskassenscheinen. (D. Allg. Z.)

— (Swinemünde, den 12. April.) Am 3. d. M. sind endlich Anstalten zur Befestigung unseres Hafens getroffen, d. h. es ist ein Transport Kanonen, ein Ingenieur-Hauptmann und vier Pioniere von Stettin angekommen, um zunächst zwei Schanzen zur Deckung der Einfahrt aufzuwerfen, und sodann den längst projektirten Bau in Ausführung zu bringen. Heute früh gegen 10 Uhr erschien ganz unangemeldet eine dänische Corvette, aus Westen kommend, ¼ Meile vom Leuchthurme, jagte ein im Ausgehen begriffenes hiesiges Schiff durch seine bloße Erscheinung zurück, salutirte einen eingelaufenen englischen Schooner, desgleichen das hiesige mit Parlamentärflagge nahende Lootsenboot, und entfernte sich, ehe letzteres mit ihr kommuniciren konnte, nach der Richtung, won welcher sie gekommen. — 13. April, Gestern Abend war die dänische Corvette bis dicht an den Hafen gekommen; ein preussisches Schiff, »Robert,« Kapt. Scharlan hatte sie, weil die Flagge nicht gleich gezogen worden, mit einem blinden Schusse begrüßt, dasselbe aber nachher ungehindert passiren lassen. Die Vertheidigungsmaßregeln werden durch Sperrung des Hafens mittelst einer Kette fortgesetzt. Bei einbrechender Nacht, als man sich schon beruhigt hatte, erdröhnte plötzlich ein Schuß vom Dänen, dem dann Signalraketen folgten. Dies allarmirte die Bürgerschaft aufs Neue; jeder bewaffnete sich nach Möglichkeit und eilte an den Strand, um Scenen, wie sie aus Schleswig berichtet werden, wo die Dänen Nachts landen und die Bürger aus den Betten als Gefangene fortschleppen, vorzubeugen. Es geschah indeß Seitens der Corvette nichts weiter. Heute früh bei Tagesanbruch, war das Schiff nicht in Sicht; seit einer Stunde aber steuert es, aus Osten kommend, unserm Hafen wieder zu. Eine aus Westen kommende preussische Barke muß mit ihm zusammentreffen, und ist man gespannt, ob die Begegnung eine freundliche sein wird. Daß der Däne den Hafen nicht überfallen will, ist jetzt wohl mit Gewißheit anzunehmen; er würde sonst seine Pläne gestern sicher ausgeführt haben, während er sich heute selbst sagen muß, daß er durch sein verdächtiges Erscheinen jetzt eine Ueberrumpelung unmöglich gemacht hat. Man tadelt es bitter, daß Seitens der oberen Militärbehörden durchaus keine energischen Schritte zur Sicherung des Hafens gethan worden. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Aachen, den 15. April, Abends 9 Uhr.) Unsere Stadt ist in großer Bewegung; die Bürgergardisten sind sämmtlich unters Gewehr getreten. Um 7 Uhr etwa begannen am Kölnthore ernstliche Reibungen zwischen einigen Kriegs-Reservisten und einer Anzahl Arbeiter; sie wurden sehr blutig; man entwaffnete die Soldaten, und ihrer zwei sollen getödtet worden seyn. Die Arbeiter schreien „Militär fort!" und durchziehen in großen Haufen, zum Theile mit Haken und Spaten bewaffnet, einzelne Straßen. Das Militär ist bereits in den Casernen consignirt, und man hat versprochen, daß die Kriegs-Reservisten morgen von hier abziehen sollen. Die Reservisten des 34. Regiments zogen vorgestern hier erst ein und forderten sogleich die Stimmung gegen sich dadurch heraus, daß sie mit einer schwarz und weißen Fahne einmarschiert und mehreren Bürgern in frechem Uebermuthe die schwarz-roth-goldne Cocarde abrissen, auch sonst Unziemlichkeiten sich herausnahmen. (Köln. Z.)

Der Redaction der Kölnischen Ztg. ist folgende Erklärung zur Veröffentlichung zugegangen: Mit wahrem Schmerze erfahren wir so eben durch die „Kölnische Zeitung" die für uns fast unglaubliche Nachricht, daß wahrscheinlich binnen Kurzem Feindseligkeiten zwischen unseren Brüdern im Großherzogthume Posen und dem preuß. Militär und also in Folge dessen mit unsern guten Freunden und Brüdern, den Deutschen, zu erwarten sind. — Wir, die, auf der Rückreise nach unserem Vaterlande begriffen, heute die hiesige Stadt auf einen Augenblick berühren, halten es für die heiligste Pflicht, hiedurch öffentlich gegen den bloßen Gedanken eines ähnlichen Krieges zu protestiren, und erklären, daß nur ein böser und der allgemeinen Sache der Völker schaden wollender Geist denselben im Angesichte unseres gemeinsamen Feindes im Osten hervorgerufen und eingegeben haben konnte. Im Namen der heute durchreisenden Polen, Karnicki. (Köln. Z.)

Sachsen. (Dresden, 15. April.) Im Mai wird der sächsische Landtag beginnen. Man glaubt, daß ausser einem neuen Wahlgesetze und einer Anleihe den Ständen auch andere dringende Gesetzentwürfe vorgelegt werden sollen. Früher war man nämlich der Meinung, daß die Kammern nach Berathung des Wahlgesetzes aufgelöst werden würden. Zu den Vorlagen wird die Frage: ob eine oder zwei Kammern?, ferner Regulirung der kirchlichen Verhältnisse gehören. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Leipzig, den 17. April.) Heute Morgen ging die hier gebildete Freischar unter Anführung des Dr. Hamm nach Holstein ab. Es waren gegen 50 meist junge kräftige Leute, denen eine zahllos versammelte Menge unter dem Schall der Musik ein donnerndes Lebewohl nachrief. — Gestern Abend fand im Colliseum die angekündigte Versammlung der Dienstmädchen statt, und wie die Ankündigung besagt, wurden Herren nur auf den Galerien zugelassen. Es mochten gegen 300 Mädchen versammelt seyn, unter denen sich bald mehre Sprecherinnen hervorthaten und in vielleicht grellen Farben die Bedrückungen und Zurücksetzungen schilderten, die sie von Seiten mancher Herrschaften zu erdulden hätten. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 14. April.) Die dänische Seemacht wird s hr übertrieben, denn nach dem Staatskalender darf man die Marine nicht berechnen. Die darin angeführten sechs Linienschiffe liegen abgetakelt in den Docks von Kopenhagen und werden, um auslaufen können, eine Summe von mehreren Millionen kosten. Im activen Dienste befinden sich dermalen 2 Fregatten, 3 Corvetten, 1 Brigg, 2 Dampfschoner und 6 Kanonenböte. Damit lassen sich die Elbe, Elder, Oder und die ganze Küste von Memel bis Kiel, sowie die Nordufer Schleswigs und Holsteins unmöglich blockires. Zu verwundern ist aber, warum deutscherseits nicht einzelne Kauffahrteischiffe und Dampfboote, deren Bauart es erlaubt, armirt und wenigstens zur Vertheidigunz der Häfen und Küsten aufgeboten werden. In Bremen hat man deßhalb bereits ernsthafte Ansprache gethan und das Anerbieten der blankeneser Schiffer, als Kaper auszugehen, sollte nicht zurückgewiesen werden. — In Altona vermuthet man einige versteckte Dänenfreunde, zumal unter der reichen Kaufmannschaft. Ein Matador derselben des Etatsrath D., dessen Schwiegersohn einer der jetzigen Minister, soll, so wurde gestern allgemein in der Stadt erzählt, mehrere Sendungen Pulver und Munition nach Kopenhagen befördert haben. Schon seit Jahren besteht ein allgemeiner Unwille gegen den gedachten Mann und sollte sich der Ve dacht bestätigen, so dürfte an dem Verräther des Vaterlandes strenge Züchtigung geübt werden. Uebrigens relata refero und enthalte mich jedes persönlichen Urtheils.

Im Meerbusen von Eckernförde liegen zwei dänische Dampfschooner und eine Corvette, von den Thürmen der Stadt flattert der Danebrog. Die Einwohner sind zum großen Theil auf der Flucht, werden aber aufgefangen und wer davon tauglich, zum Seedienste gepreßt. Mit Eckernförde ist die letzte Küstenstadt Schleswigs, der für das Einlassen großer Schiffe geeignetste Hafen in die Hände des Feindes gefallen. Die kleine Strand-Batterie Friedrichsort, an der Einfahrt in den kieler Meerbusen, ist von den Unsrigen wieder aufgegeben worden, und sehen wir jeden Augenblick ihrer Besetzung durch die Dänen entgegen, welchen alsdann Kiel auf Gnade und Ungnade sich wird ergeben müssen. Dahin ist es durch das unverantwortliche Zögern des Bundestages gekommen! — Der commandirende General der dänischen Landarmee ist der Kriegsminister selbst, Hr. Tscherning. (Köln. Z.)

Württemberg. (Ulm, 17 April.) Sicherm Vernehmen nach hat der König in Beziehung auf die wegen der Mainunruhen vorigen Jahrs verurtheilten Tumultuanten eine allgemeine, den Grundsätzen der Milde wie der wahren Gerechtigkeit entsprechende Begnadigung eintreten lassen, wornach die mit Gefängnißstrafen bis zu einem Jahr Belegten mit dem Rest ihrer Strafe begnadigt sind, während den schwerer gravirten und Verurtheilten verhältnißmäßiger Nachlaß von der Hälfte bis zu einem Viertheile der Strafe bewilligt worden ist. (A. A. Z.)

Donaufürstenthümer.

(Bukarest, 12. April.) Wir sind vor der Hand dem Ausbruche einer gewaltsamen Umwälzung entgangen, doch ist die Gefahr nicht beseitigt, und das Feuer glimmt unter der Asche fort. Eine Verschwörung der Bojaren erster Klasse (von der zweiten und dritten Klasse war nur ein Theil betheiligt) ist entdeckt worden, deren Zahl nicht über 160 stieg. Ihr hauptsächlicher Zweck war, die Absetzung der gegenwärtigen so sehr verhaßten Minister, ferner die Regulirung des Gerichtswesens und der damit verbundenen Erpressungen und Bestechungen zu fordern. Diese Punkte verlangten die Bojaren erster Klasse vom russischen Kabinet; die andern Klassen aber auch die Aufhebung des Tributs an die Pforte, die Errichtung einer Nationalgarde, die Aufhebung der Censur und die Redefreiheit, Aufhebung des Adels und eine gleichmäßige Steuereinrichtung, endlich die Abschaffung der so drückenden Roboten nach dem dermaligen System in Ungarn. Die unterste Klasse der Bojaren glaubte das mit Hülfe des Stadtpöbels und der Landbauern mittels allgemeiner Plünderung und Brandlegung zu bewerkstelligen, dem jedoch der höhere Adel wirksam entgegentrat. Durch ihn und den Fürsten sind diese demokratischen Bewegungen nach Petersburg berichtet worden, und es ist vom dortigen Kabinet, wie man versichert, bereits eine Antwort des Inhalts eingelaufen, daß der Kaiser in keinem Falle eine solche Revolution billigen würde, und die hiesige Regierung zur Anwendung aller möglichen Mittel, um die Gemüther zu beschwichtigen und die Ruhe zu erhalten, verpflichtet. Die Furcht vor Plünderung und Brand steigt von Tag zu Tag. Der Fürst selbst hat alle seine Kostbarkeiten auf sein im Gebirge nahe bei Kronstadt gelegenes Gut Komarnik

bringen lassen. Noch weitere vier Stück Sechspfünder sind aus den Kasernen in seinen Hof gebracht worden, und alle Wachen sind bei Tag und Nacht verdoppelt. Man verbreitet das besorgliche Gerücht, daß der gewesene Hospodar Konstantin Ghika aus Petersburg kommen und das Kommando der Truppen übernehmen werde. Mehre Bojaren zweiter Klasse sollen exilirt werden. Die großen Bewegungen in Europa haben uns indeß das Gute gebracht, daß der Fürst von der Erhebung neuer drückender Steuern, die den Ständen zur Genehmigung unterbreitet waren, zurückgegangen ist. Alles versieht sich mit Pulver und Blei, und viele bringen ihre Habseligkeiten zur Sicherung in fremde Consulatsgebäude. Gebe der Himmel, daß wir mit der bloßen Angst davonkommen! (D. A. Z.)

Türkei.

Briefe aus Konstantinopel vom 5. April bringen die Meldung, daß man dort einer reactionären Verschwörung auf die Spur gekommen sey; in Folge davon hätten einige Ulemas die Köpfe verloren. Wegen Besorgniß über die Zustände in Serbien wurde Truppen dahin gesendet. Die Cholera nahm fortwährend überhand.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Wir bringen hiermit unsern hiesigen und auswärtigen Freunden und Verwandten die betrübende Kunde, daß unser innigst geliebter Gatte, Bruder und Schwager,

Herr **Johann Schmidt**,
kgl. Güterlader,

am 14. d. M Nachts 10 Uhr in seinem 45 Lebensjahre seelig in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Theilnahme bitten

Nürnberg, den 18 April 1848

Die sämmtlichen Hinterbliebenen

Dank.

Wir bezeigen hiemit unsern tiefgefühlten Dank allen den verehrten Personen, welche durch so zahlreiche Begleitung unsers Sohnes, Bruders und Neffen, Johann Carl Ott, zu seiner Ruhestätte ihm das letzte Zeichen ihrer Liebe, und uns durch ihre innige Theilnahme linderunden Trost reichten in unserm großen Schmerze. — Möchten wir Ihnen Allen hiefür bei freudigen Gelegenheiten zeigen können, wie tief wir dieses fühlten und nie vergessen werden.

Nürnberg, den 19 April 1848.

Die Hinterbliebenen.

Anzeige und Empfehlung.

Ich erlaube mir meiner verehrten Nachbarschaft, so wie meinen guten Freunden und Bekannten, und dem Gesammt-Publikum in und außer der Stadt die ergebene Anzeige zu machen, daß ich das Gasthaus zu Eule, in der äußeren Laufergasse käuflich übernommen habe.

Außer gutem Bier, kann man bei mir zu jeder Tageszeit kalte und warme Speisen haben; namentlich jeden Sonnabend und Sonntag vorzüglich gute Beefstaeks.

Da ich Alles aufbieten werde, meinen verehrten Gönnern Genüge zu leisten, so bitte ich um einen zahlreichen und gütigen Zuspruch.

Auch können bei mir mehrere Herren Kost und Logis erhalten.

Hochachtungsvoll

Sebastian Schuster,
aus Heroldsberg.

Geschäfts-Eröffnung.

Da mir von der königl Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, die Concession zur Errichtung einer

Gold- und Silberplattirwaaren-Fabrik

auf hiesigem Platze ertheilt wurde, so zeige ich dem verehrten Gesammtpublikum hiemit ergebenst an, daß ich bereits in meinem Hause ein ziemlich assortirtes Lager meiner Fabrikate eröffnet habe, empfehle daher dasselbe vorkommenden Falles zu geneigter Berücksichtigung und indem ich noch die Versicherung beifüge, daß mein fortwährendes Streben auf Anfertigung der modernsten Gegenstände aller Art gerichtet ist, werde ich auch durch preiswürdige Waare mir das Vertrauen meiner geehrten Abnehmer zu erwerben und zu erhalten suchen, und zeichne mit achtungsvoller Ergebenheit

Nürnberg, den 18. April 1848.

J. A. Wellhöfer,
Gold- und Silberplattirwaaren-Fabrikant
Oelberg, S. Nro. 478

Anzeige.

Zu dem sich gebildeten freiwilligen Stadtwehr Bataillon sind bis jetzt eingeübte Tambours in der erforderlichen Zahl noch nicht zugetreten.

Angehörige der hiesigen Gemeinde oder jedenfalls Bayern, deren Leumund ungetrübt ist und welche mit dem Trommeln entweder schon vertraut sind, oder solches zu erlernen Lust haben, werden zum Eintritt hiemit aufgefordert, und haben sich bei einem der Herren Kompagnie-Kommandanten

Freih. v. Bibra, Nr. 614 auf der Veste,
J. Wanschka, im Fünferhaus,
F. v. Schwarz, bei Lorenzen,
E. Korte, Nr. 37 in Gostenhof,
H. Hahn, Nr. 59 daselbst,

anzumelden.

Nürnberg, den 18. April 1848.

Anzeige.

Heute geben wir Bogen 69—71, 1, von den sieben Todsünden aus, was wir hiemit den verehrlichen Abonenten derselben anzeigen.

Mit Bogen 71 ist der fünfte Band beendigt.

Exped. d. Mittelfränk. Zeitung.

Heute Mittwoch im Wiener Salon!

Das Nürnberger Freicorps für Schleswig-Holstein feiert heute Abend mit seinen österreichischen Brüdern den Abschied und ladet alle Patrioten dazu ein.

Empfehlung.

Hiermit erlaube ich mir die Anzeige zu machen, daß ich von meinen sämmtlichen Chocolade-Sorten eine Niederlage bei dem Herrn Leonh. Carl Lösch, im Hause des Herrn Pfister, Uhrmacher, Winklerstraße S. Nr. 1 etablirt habe und dieselbe hiemit bestens empfehle

Nürnberg, den 18. April 1848.

J. Martin Schorcs,
Chocoladefabrikant.

Berichtigung.

Wegen Ungefälligkeit des Herrn Instrumentenmachers Weißling, welcher das für die heutige Akademie versprochene Pianoforte nicht verabfolgen läßt, sehen wir uns genöthigt, das auf dem Programm angekündigte Clavierconzert von Mendelsohn wegzulassen, dafür am Schluße der Academie: Ouverture von Reissiger

Grobe. Erdmannsdörffer.

Versammlung.

Donnerstag, den 20. April, Abends halb 8 Uhr, findet im Saale des Bamberger Hofes eine weitere Versammlung der sämmtlichen Landwehrmänner hiesiger Stadt und des Burgfriedens statt. In derselben soll der Bericht des provisorischen Ausschusses vorgelegt, zu weiterer Berathung geschritten, und über die berathenen Punkte Beschluß gefaßt werden.

Der provisorische Ausschuß der Versammlung der Landwehrmänner.

Empfehlung.

Bei Herannahen der Osterfeiertage empfehle ich meine verschiedenen Sorten

Chocolade

und erlaube mir zugleich auf die billigen Preise derselben, so wie auf deren besondere Güte, aufmerksam zu machen.

Wilhelm Dieterich,
am Heugäßchen

Erklärung und Aufforderung.

Da meiner Theilnahme an dem Nürnberger Freischaarenzuge nach Schleswig-Holstein von bösen Zungen eine gemeine Absicht unterlegt wurde, so bin ich es meiner Ehre und meinem guten Namen schuldig, von diesem mit wahrhaften Enthusiasmus für die deutsche Sache gefaßten Entschluße abzustehen, dem ich bereits nicht unbedeutende Opfer gebracht habe

Ich erkläre dieß um fernerer, vielleicht noch schlimmerer Verläumdung zu begegnen hiemit öffentlich, und fordere zugleich Alle diejenigen, welche irgend eine Forderung an mich zu haben glauben, auf, dieselbe zwischen heute und morgen zu stellen, da ich übermorgen abreise

Keilling, Schauspieler.
L. Nr. 766.

(Verloren) Heute Mittwoch früh wurde von der Tuchgaße über die Fleischbrücke bis an das Waisenhaus zwei leinwandene Knabenhemden, das eine gefertigt und mit J. K. gezeichnet, das andere halb verfertigt, verloren. Der redliche Finder wird dringend gebeten, solche gegen ein Trankgeld im Waisenhaus abzugeben.

Empfehlung.

Beste frische Schweizer-Butter,
Feinstes Kunstmehl,
Feinsten Kunstgries

empfiehlt billigst

George Geppelt.

(Anzeige) Im Kanal-Hafen zu Nürnberg sind beständig alle Sorten weiche Fichten-Bretter, 10 bis 21 Fuß lang 8 bis 24 Zoll breit und von verschiedener Stärke, um annehmbare Preise zu haben.

Georg Deisenhofer, eigenthümlicher Holzhändler.
Johann Bächer dahier. Verkäufer.

Weiters eingegangene Beiträge für das Schleswig-Holsteiner Freikorps

bei Hrn. Dr. Schwartz.

G. u K. 3 fl. Dr. Gh. 1 fl 20 kr. C G. R 3 fl. 1 fl. K 1 fl 45 kr. Pl. 1 fl. 12 kr, J H 5 fl. 24 kr. B 1 fl J. C. 1 fl. 30 kr J G. Schmitt 1 fl. L S. 1 fl. 40 kr. H W. 1 fl K 1 fl R. 2 fl.

(Verlaufen) Ein schwarzer Dachshund, weiblichen Geschlechts, hat sich verlaufen, man bittet denselben in S. Nro. 464 zurückzubringen.

(Anzeige.) Ein oder zwei junge Leute, welche die hiesigen Lehr-Anstalten besuchen wollen, oder sich der Handlung widmen, werden von einer achtbaren Familie in Kost und Logis zu nehmen gesucht. Näheres unter A. M. durch die Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 3 heizbaren Zimmern, Alkov, 2 Kammern, Küche und sonstigen Bequemlichkeiten ist zu vermiethen

(Zu verkaufen.) Eine Bierwirthschaft nebst Pferdsrei ist zu verkaufen, wo beinahe das ganze Kapital darauf stehen bleiben kann.

(Zur Nachricht.) Auf anonyme Briefe kann keine Rücksicht genommen werden, obgleich man die gute Absicht derselben anerkennt.

(Zu verkaufen.) Eine vollständige Garnitur nußbaumene Möbel ist wegen Abreise billig zu verkaufen.

(Gesuch) Eine Köchin, welche sich aller Arbeit unterzieht, wünscht sogleich oder am Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch) Eine ordentliche Magd, welche Hausmannskost kochen kann und sich in eine Wirthschaft eignet, wird künftiges Ziel in Dienst zu nehmen gesucht. — Näheres in L. Nro. 866 Hallplatz

(Gesuch) In ein Schnittwaaren-Geschäft wird ein Ladenmädchen, welches die erforderlichen Eigenschaften besitzt, gesucht. Offerten P. M.

(Gesuch) Man wünscht ein kleines Kind in die Kost zu nehmen. Näheres in Nro. 1371 der äußeren Laufergaße.

(Gesuch) Es wird ein Kindsmädchen, welches schon kleine Kinder verpflegte, bis nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine junge Wittwe wünscht als Haushälterin oder Kindsmagd unterzukommen. Karthäusergaße Nr. 1065.

(Gesuch.) Gegen hypothekarische Sicherheit werden 1000 fl. bis nächstes Ziel Walburgi zu entnehmen gesucht. Darleiher werden ersucht ihr Anerbieten unter der Adresse J. M. in der Exped. d. Bl abzugeben.

(Gesuch.) Ein auswärtiges solides Mädchen, 24 Jahr alt, sucht als Ladenjungfer, Stubenmädchen, welche sich auch gern Kinder zu warten unterzieht, bis nächstes Ziel oder 14 Tage nach dem Ziel unterzukommen. Das Nähere ist zu erfragen in der Neuengaße S. Nr. 1217 über zwei Stiegen.

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

12 50 81 40 36

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Bayern. (München, 16. April.) Die Parteien zeigen bereits große Rührigkeit in der Aufstellung und Empfehlung von Kandidaten für die konstituirende Versammlung. Die Rückschrittsmänner im engen Bunde mit den Ultramontanen haben eine Liste von nicht weniger als 30 Kandidaten in Umlauf gesetzt, welche ein so buntes Bild darstellen, daß man sich bei Durchlesung derselben eines Lächelns nicht erwehren kann. Eine Zahl freisinniger Männer ist geschickt verstreut unter die zahlreichen Namen solcher, welche an die Abel'sche Zeit erinnern; und um das Bild vollständig zu machen, sind politisch ganz indifferente Charaktere nicht vergessen. Neben Männern, wie Guido Görres, Döllinger, Lassaulx, Ringseis, Sepp, Arco-Vallei, Moy, Seinsheim, Phillipps, Reithmaier, v. Freyberg u. a. Gesinnungsgleichen stehen die bewährten Namen eines Closen, Spengel, Hegnenberg-Dux, Edel, Hermann, Arnold, Rotenhan, Giech, Heintz u. s. w. Die Zahl der ersteren ist jedoch so überwiegend, daß man auf den ersten Blick sieht, die letzteren seyen blos aufgenommen als Figuranten, und ein hiesiges Blatt (Der Landbote) bemerkt nach Aufzählung aller Vorgeschlagenen: »Es ist gewiß nur ein Versehen der Verfertiger dieser Wahlliste, daß Herr v. Abel, Höffler, die ultramontanen Bischöfe und deren Generalvicare übergangen sind!« Daß in kleinen Städten und auf dem Lande durch Wahlumtriebe für Wahlen im Sinne dieser Herren viel geschehen kann und wird, ist sicher vorauszusetzen; es dürfen deshalb die Führer der liberalen Partei die Hände nicht in den Schooß legen. Gerade weil man geglaubt, republikanischen Bestrebungen überall mit aller Macht entgegenarbeiten zu müssen, und solche oft selbst da sieht, wo aufrichtig freisinniger Fortschritt erstrebt wird, ist es leicht möglich, daß viele Wähler — besonders aus den Bürgern und den besitzenden Ständen überhaupt — sich verleiten lassen, im Sinn der Rückschrittspartei zu wählen, während sie müßten konservative Elemente in die Versammlung senden, als Damm gegen die Republikaner. Von den Liberalen hörte ich bis jetzt nur folgende Namen als Kandidaten bezeichnen: Prof. Neumann (der bereits vorgestern im Bauhof-Club als solcher auftrat, und ein dreizehn Punkte umfassendes politisches Glaubensbekenntniß ablegte), Advokat Riedl (welcher dasselbe that), Prof. Hermann, Oberkonsistorialpräsident v. Arnold, Graf Hegnenberg-Dux, Oberbergrath Feder, Dr. Ludwig Steub. (A. A. Z.)

(Nürnberg, den 18. April.) Die Grundideen zu einer deutschen Reichsverfassung von Dr. Eisenmann befinden sich ohne Zweifel in den Händen Vieler. Damit nun auch gegentheilige Stimmen, Bekämpfungen dieser Ideen unter das Publikum kommen, geben wir eine Schrift von Wichmann wieder, welche ebenfalls des Beherzigungswerthen sehr Viel enthält. Diese Schrift lautet:

Dr. Eisenmann schrieb Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung. Es sind darin viele Wahrheiten enthalten. Allein die Grundansicht selbst ist falsch, und sie muß bestritten werden, was hier geschieht. Eisenmann macht S. 12, Nro. 10, 12, 13 folgende Vorschläge: „Die gesetzgebende Gewalt des Reiches wird geubt a) durch das zeitliche Reichsoberhaupt. b) durch den Rath der Fürsten, c) durch die deutsche Volkskammer.“ „Nur durch das Zusammenstimmen dieser drei Gewalten können rechtsgültige Gesetze entstehen.“ „Der Rath der Völker „Der Rath der Fürsten bilden zusammen das deutsche Parlament. Beide Häuser berathen und votiren getrennt. Nur bei der Abfassung allgemeiner teutscher Gesetzbücher und bei Interpretationen und Abänderungen derselben senden die Fürsten ihre Volksvertreter in die Volkskammer zu einer gemeinschaftlichen Berathung, weil sonst eine Verständigung zu schwierig wäre. In einer solchen gemeinsamen Versammlung aber hat jeder Fürst, resp. dessen Gesandter so viele Stimmen, als sein Land Vertreter in die deutsche Volkskammer sendet, weil sonst zwischen beiden Kammern kein Gleichgewicht bestünde.“ Hiernach soll das deutsche Reichsparlament aus zwei Kammern bestehen, und ein Reichsgesetz nur dann zu Stande kommen, wenn die drei Gewalten, nämlich das Reichsoberhaupt, der Fürstenrath und die deutsche Volkskammer zusammstimmen. Stimmt also auch nur Eine der drei Gewalten dagegen, so kann kein Reichsgesetz entstehen. Es ist sodin sehr schwer, daß ein für das Reich gültiges Gesetz in das Daseyn trete. Die Gewalt des Reichsoberhauptes und des Fürsten Rathes ist um ein Dritttheil stärker, als die der Volkskammer. Hierin, in dieser großen Ungleichheit liegt ein Mißverhältniß. Es sollte in der Gewalt der Fürsten und des Volkes ein gleicheres Machtverhältniß bestehen. Wohl ist es möglich, daß der Volkswille sich Geltung verschaffe, aber es ist dieses nicht gewiß; denn, wenn das Reichsoberhaupt oder der Fürstenrath der Volkskammer nicht zustimmt, so ist der Nationalwille zurückgewiesen. Das ist eine Widernatürlichkeit. Es soll Gewißheit gegeben sein, daß der Wille der Nation verwirklicht werde, worin der Friede und die Ordnung garantirt ist. Aus der Nichtverwirklichung des Nationalwillens gehen alle Revolutionen hervor. Sollten sie vermieden werden, so darf es nicht dem Zufalle überlassen werden, daß der Volkswille Geltung erhalte, sondern es muß die Gewißheit gegeben sein, daß der Wille der Nation geachtet und jenes Gesetz verwirklicht werde, dessen Verwirklichung für nothwendig erachtet ist. Das ist die Natur der Sache, und diese muß man respektiren, wenn man nicht wieder den Samen zu Rückschritten und Reaktionen ausstreuen will. Der Eisenmannische Vorschlag für ein deutsches Parlament, welches aus zwei Kammern bestehen soll ist daher zu verwerfen. Ja! das Zweikammersystem ist von Dr. Eisenmann selbst verworfen, indem er in Nro. 13 behauptet, „daß bei der Abfassung allgemeiner deutscher Gesetzbücher die Fürsten ihre Stellvertreter in die Volkskammer zu einer gemeinschaftlichen Berathung zu senden hätten.“ Es sollen also in diesem Falle die zwei Kammern in Eine Kammer übergehen. Der Verfasser der Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung giebt somit selber zu, daß es bei Beschlußfassungen über die wichtigsten Verhältniß nothwendig sei, daß in Einer Kammer berathen und beschlossen werde. Und warum nun die Aufstellung von zwei Kammern verlangen, wenn man die Güte der Einen Kammer selbst anerkennt? Allein dem Dr. Eisenmann ist es mehr darum zu thun, die Vorrechte zu schützen, als die Rechte der deutschen Nation sicher zu stellen. Deswegen heißt es am Ende der Nr. 13: „In einer solchen gemeinsamen Versammlung hat jeder Fürst, resp. dessen Gesandter, so viele Stimmen, als sein Land Vertreter in die deutsche Volkskammer sendet, weil sonst zwischen beiden Kammern kein Gleichgewicht bestünde.“ Das ist falsch. Hiernach besteht kein Gleichgewicht sondern ein Uebergewicht, weil das Reichsoberhaupt in der Regel mit den Fürsten stimmen und somit den Ausschlag zu Gunsten der hohen Häupter gegeben wird. Man sei doch ehrlich einmal, und anerkenne, daß gerade zum Nachtheile der Fürsten gewirkt wird, wenn man ihre Rechte mit denen der Völker nicht in das Gleichgewicht zu bringen sich bestrebt. Jeder deßfallsige Vorschlag ist Gift und Arsenik, womit freilich die Herren Aerzte so vielen Mißbrauch zu machen pflegen. Bei dem ersten Anblicke stellt es sich klar heraus, daß die Organisation der gesetzgebenden Gewalt des Reichs, wie sie Dr. Eisenmann vorschlägt, keine Garantie für die Volksrechte enthält. Die hohen Häupter, welchen zwei Dritttheil der Stimmen an der gesetzgebenden Gewalt eingeräumt, können unter allen Umständen den Nationalwillen und die beantragten Nationalgesetze unwirksam machen. Der Nationalwille, welchem nur ein Dritttheil der Stimmen eingeräumt ist, liegt unmächtig darnieder. Was ist das für eine betrübende Verfassung? Laden nicht diejenigen schwere Schuld auf sich, welche einem solchen Glaubensbekenntnisse Beifall zujauchzen welches, wenn es in das Leben gerufen würde, für die Rechte des deutschen Volkes keine Sicherheit gewährte? Mögen sie bedenken, daß es, und gerade in der jetzt so aufgeregten Zeit, heilige Pflicht ist, dem Rechte den Sieg zu verschaffen. Die Rechte der Fürsten und Völker sollen gleichmäßig garantirt sein. Es hat die Willkühr aufzuhören und an ihre Stelle die rechtliche Nothwendigkeit zu treten. Erwägt man, daß es eines der ersten Erfordernisse der Reichsgesetzgebung seyn muß, die Gesetze schnell zu Stande zu bringen, so ist dieses nach dem Eisenmannischen Vorschlage nicht zu erwarten, weil drei Gewalten miteinander zusammenstimmen müssen. Wie lange dauert es, bis diese Uebereinstimmung zu Stande kömmt? Da ersteht wieder der Geist der deutschen Reichsverfassung, in welcher ewig gesprochen, aber nicht gehandelt und nichts zu Stande gebracht wird. Dieß wird um so gewisser der Fall seyn, wenn Nro. 8. in Betracht genommen wird, wornach ein Reichsstaatsrath, gebildet durch sämmtliche Monarchen des Reichs oder deren Gesandte und aus einem ständigen Ausschusse der teutschen Volkskammer, ferner ein Ministerium des Reichs mit dem entsprechenden Ministern der Reichsverwaltung dem Kaiser zur Seite stehen soll. Welcher complicirte Organismus ist dieses nicht? Hier tritt die Erfahrung ein, daß alle complicirte und künstliche Organisationen von keinem Werthe sind. Es ist aber noch weiter zu bedenken, daß die von Eisenmann vorgeschlagene Wahlart in das deutsche Parlament so beschaffen, daß sich kein reiner und ungetrübter Nationalwille kund geben kann. Die durch Ansehen und Reichthum privilegirten Klassen sind so gut bedacht, daß sie alles für sich, für die Erhaltung ihres Vortheils durchzusetzen vermögen, während die unvermögenden Klassen in der alten Erbärmlichkeit zu schmachten haben. Denn nach Nro. 24. zerfallen die Volsvertreter der einzelnen Staaten in zwei, der Zahl nach gleich starke, Kategorien, nämlich in die des Besitzes und die der Intelligenz und der Gesinnung, und aus einer solchen Volkskammer wird nach Nro. 11. die Volkskammer des deutschen Parlaments gewählt. Hiernach ist gewiß, daß die Volkskammer des deutschen Parlaments der Hälfte nach aus Besitzenden und aus Intelligenzen bestehen muß. Berücksichtigt man aber, daß der Einfluß der Besitzenden von großem Gewichte ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß ein großer Theil der Intelligenz den Besitzenden sich anschließen und ihnen dienen wird. Die Lage der Mittellosen bleibt dann die alte, elende und gedrückte, und es wird geschehen, was in England, Frankreich und in den Repräsentativ-Staaten Deutschlands geschehen ist, daß die Besitzenden sich bestreben, von den Staatslasten möglichst frei zu seyn und dieselben in der Form der indirekten Steuern auf die Besitzlosen zu werfen. Dieses egoistische System hat fast den vollen Ruin von England, Frankreich und Deutschland herbeigeführt, und darum ist es so schwer, aus der jetzigen zerrütteten Finanzkrise herauszukommen. Diesem egoistischen Systeme huldigt Dr. Eisenmann, und es ist offenbar, daß in der Beibehaltung desselben das Proletariat nur vermehrt und hierdurch die Anarchie herbeigeführt wird. Deutschland, England und Frankreich sind mit unzähligen Schulden überhäuft und dadurch in die gefährlichste Lage versetzt, weil die Privilegirten und Besitzenden auf Kosten der Besitzlosen den Regierungen durch die Vermehrung der indirecten Steuern allen Willen gethan haben. Und deßwegen haben die Regierungen den Privilegirten und Besitzenden wieder allen Willen erwiesen, und die Einkommenssteuer nicht oder nur zeitweise in das Dasein gerufen. Wer erinnert sich nicht, daß vor Kurzem in England die Einkommenssteuer nur auf etliche Jahre eingeführt und auf dem vereinigten preussischen Landtage sogar verworfen wurde? Dasselbe wird überall und aller Orten geschehen, wo die Kammern nach dem Principe des Egoismus gebildet werden. Es wird sich also auch ereignen in dem deutschen Parlamente, weil es der Hälfte nach aus Besitzenden und Intelligenten bestehen soll. Deßwegen ist nicht nur kein Heil, sondern alles Unheil zu erwarten. Es verbleibt alles beim Alten, und die Lage der Mittellosen wird täglich schlechter und finsterer. Hier muß Abhilfe geleistet werden. Tragen wir die Güte und Sittlichkeit in unsern Herzen, so müssen wir die Lage der Armen verbessern, und ist dieses geschehen, dann ist zu hoffen, daß der Stern des Glückes an dem deutschen Himmel aufgehen werde. Mit dem Eisenmannischen Principe geht er unter, und verhüllt sich in die Tiefe der Nacht, und dieß um so mehr, weil Dr. Eisenmann S. 28 sagt: »Ich muß gestehen, daß ich die Uebung der Strafrechtspflege durch völlig unabhängige Richter den Schwurgerichten weit vorziehen würde, und wer die Geschichte der Schwurgerichte unter Jacob II. in England kennt, wird von seiner Begeisterung für dieses Institut gewiß zurückkommen.« Eisenmann ist also auch gegen die Schwurgerichte, gegen das oberste Palladium der Volksfreiheit. Der Nichtbesitzende und die freie Intelligenz ist dadurch in die größte Gefahr gesetzt. Sollte es dem Verfasser der Ideen gelingen, seine Ueberzeugung gegen die öffentliche Meinung geltend zu machen, so muß er in Folge der Consequenz die Schwurgerichte bestreiten oder sie wenigstens so schwächen, daß die Richter die Oberhand gewinnen. O dann umschließe sich Deutschland mit dem Trauerflor! Eine volksthümliche Justiz, ein volksbegriffenes und nationelles Recht ist dann undenkbar, und unter dem Fluche des Kasten-Rechtes wird das Vaterland sich nie zu einem gefühlten und verstandenen Nationalrechte erheben. Es wird der Sclave der Gelehrten und ihrer Spitzfindigkeiten verbleiben, sein Recht nicht verstehen und nicht lieben und darum nicht lieben in Glut seine Institutionen. Was die Schwurgerichte unter Jacob II. betrifft, so beweisen damalige Mißgriffe nichts dagegen, weil die Geschwornen nicht frei waren, indem ihnen mit dem Henker gedroht wurde. Wie wenig praktisch-volksthümlichen Sinn Dr. Eisenmann in der Beurtheilung der Schwurgerichte an den Tag legt, so wenig praktisch-volksthümlichen Sinn hat derselbe in den Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung kund gegeben. Sein ganzer Bau ist ein künstliches Wesen, welchem es aber an einer lebendigen, aus sich selbst herausbildenden Seele fehlt. Das mag daher kommen, daß die Medicin, in deren Wissenschaft Dr. Eisenmann als eine Notabilität gilt, selbst ein kunstfertiges Gebäude ist, wo die Seele, welche die fein gegliederten Theile verbindet, noch nicht durchschaut ist. Es mag dieses ferner daher kommen, weil Dr. Eisenmann durch die harten Erfahrungen, welche er gemacht, das Vertrauen zu dem Volke modificirt hat.

Nein, möge Freund Eisenmann sein Vertrauen zu der Nation erheben, sie ist besser, als er vermuthet, sie trägt eine tiefere Güte in ihrer Seele, als er ahnet. Vertraue er der deutschen Nation und ihrem thatkräftigen Werthe, glaube er von ihr, daß sie Geist und Seele in sich trägt und gewinnt derselbe die Ueberzeugung von ihrer Tüchtigkeit wieder, so hauche er seinem künstlichen Organismus Leben ein, d. h. führe ihn auf einfache, natürliche Gesetze zurück, und lasse ihn aus der Kraft des Volkes sich selbst heraus entwickeln. Erinnere er sich der Worte, welche wir in den Tagen der Gefangenschaft durch die dicken Mauern einander zuflüsterten: Hoffnung in die Güte der deutschen Nation! Hoffnung zu ihr, edler Freund! Nun zu meinem Glaubensbekenntnisse: Es ist ganz einfach und natürlich und volksthümlich, und lautet so: Es ist Ein deutsches Parlament oder mit andern Worten Eine deutsche Nationalversammlung. Die Fürsten sind kraft des Gesetzes in ihr und alle Stände der Nation, die ganze Nation ist sohin in ihr durch die Wahl vertreten. Die Wahlen sind unmittelbar. Die durch Stimmenmehrheit gefaßten Beschlüsse sind Gesetze. Das Oberhaupt, umgeben mit einem verantwortlichen Ministerium, sanctionirt dieselben, und steht an der Spitze des Reichs. Das Reichsoberhaupt muß das Drittemal die vorgelegten Gesetze sanctioniren. Dieß ist mein Glaubensbekenntniß, auf dem Grunde dessen die Rechte von Allen gesichert sind. Es besteht also Eine Kammer, in welcher die Fürsten kraft des Gesetzes selbst entweder in eigener Person oder durch ihre Gesandte Sitz und Stimme haben. Alle andern Mitglieder und aus allen Ständen und auch aus der Geistlichkeit, welche Eisenmann S. 14 Nro. 24 ungerechter Weise ausschließen möchte, welchen wir nicht beistimmen können, da es so würdige Männer der Geistlichkeit giebt, werden unmittelbar in das deutsche Parlament gewählt, welches in dieser Zusammensetzung die ganze Nation repräsentirt. Hier dürfte sich kein Theil über das Ganze erheben, und deßwegen müssen die Rechte der Nation vollständig gesichert sein. Der Wille der Nation giebt die Gesetze, und jetzt ist es möglich, daß Geist und Wohlstand sich frei erheben und entwickeln kann. Auf diese Weise erst ist die Blüthe des Geistes und des Wohlstandes möglich. Die vorgeschlagene Verfassungs-Form ist nicht complicirt, und existirt Einheit und Raschheit in der Durchführung des Nationalwillens, in dessen Geltung allein das Glück der Fürsten und der Völker besteht. Sonst nur Unheil! Vermeiden wir es, indem wir dasjenige nicht länger mißkennen, was wahr und recht ist. Wird die Verfassung des Reichs nach diesem meinem Glaubensbekenntnisse organisirt, dann ist es gewiß, daß Deutschland einig, stark und frei werde; daß gemeinsame deutsche Gesetzbücher mit Schwurgerichten hervorgehen; die Freiheit der Presse ohne Censur und Caution beglücke; die volle Glaubens- und Gewissens-Freiheit und die gleiche Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse obwalte; das Associationsrecht seine herrliche Kraft ausübe; die Geistlichen, Lehrer, Beamten des Civilstandes und des Kriegs eine selbstständige Stellung mit entsprechenden Honoraren gewinnen; eine allgemeine Landesbewaffnung die Brust eines jeden Deutschen mit Stolz erfülle; jene Abgaben cessiren, welche an dem Marke der Nation zehren, und überhaupt sollte Institutionen in das Dasein gerufen werden, welche zum Glücke und zur Freiheit des deutschen Volkes führen. Das Reichsgrundgesetz, die gesetzgebende Gewalt, muß gut organisirt sein. Sie ist das Herz, die Seele, von wo aus das warme und reiche Leben fließt. Mögen alle Freunde des Vaterlandes schreiben und reden und dem Volke sagen, daß es auf die gut zu organisirende gesetzgebende Gewalt anzukommen habe. Ist diese gut, dann ist alles gut, ist diese schlecht, dann ist alles schlecht. Sie ist werthbeschränkt, wie sie Eisenmann vorgeschlagen; sie ist werthvoll, wie ich sie beantragt habe. Doch bescheide ich mich eines Besseren, wenn ich eines Besseren belehrt werden sollte.

Preussen. (Aus dem Großherzogthume Posen, d. 13. April.) Wir nehmen den Bericht über die Vorfälle in Ostrowo da auf, wo wir gestern abgebrochen. Abends 8 Uhr marschirte das dort im Verlaufe des Tages eingerückte Militär, nach vorhergegangener starker Besetzung der Hauptwache, außerhalb der Stadt ins Bivouak. Vedetten wurden nach allen Seiten ausgestellt und zahlreiche Patrouillen durchzogen nicht nur die Stadt, sondern auch alle zur Stadt führenden Hauptstraßen, während den Bürgern der gemessene Befehl zuging, verschlossen in ihren Häusern sich ruhig zu verhalten. Doch nur wenige Augen schloß der Schlaf, der größte Theil harrte in banger Erwartung der Dinge, die kommen sollten. Denn wenn auch die Masse des Landvolkes noch Vormittag sich verlaufen, so waren doch noch Viele in der Stadt geblieben, die ihre Aufregung durch häufigen Genuß berauschender Getränke wach zu halten gesucht, und obwohl eine Proklamation an allen Ecken angebracht war, die dem eben so lügenhaften als schändlichen Gerüchte: die Juden und Deutschen hätten die Absicht, die katholische Kirche zu plündern und zu verbrennen, aufs Bestimmteste widersprach; so vermochte diese treuherzige Versicherung doch nicht den von der Geistlichkeit den Bauern eingeimpften Wahn zu benehmen. Und so geschah es, daß eine aus Infanteristen und Kürassieren bestehende Patrouille von den Bauern angefallen und angegriffen wurde. Der sie führende Unteroffizier wurde von einem Sensenmanne nicht nur sehr bedeutend verwundet, sondern sogar vom Pferde gerissen. Doch sollen von den Bauern 4 Todte und 1 Verwundeter seyn. Weiter war jedoch nichts vorgefallen. Während ich dieses schreibe, wird Allarm geschlagen und Befehl gegeben, Thüren und Fenster zu schließen. Das Militär steht auf dem Ringe unterm Gewehr, alle Kaufmannsläden sind geschlossen und nur wenige Neugierige, unter denen mehres Landvolk, steht an den Ringecken. Was dieses Alles zu bedeuten habe, und welche Auftritte man zu gewärtigen hat, ist noch ungewiß; diese Ungewißheit aber steigert die Angst um das Doppelte, und man fürchtet weniger einen Einzug polnischen Militärs, als das Hereinbrechen des um die Stadt in sehr zahlreichen Haufen zusammengerotteten Landvolkes. Ob diese Mittheilung noch heute an ihren Bestimmungdort abgeht, läßt sich bei der Sachlage nicht vorherbestimmen. Die Posten von Ostrowo nach Pleschen und zurück haben für den Augenblick aufgehört, und die nach Berlin abgesandten Päße an den russischen Konsul sind heute mit dem Vermerk zurückgekommen, daß keinem Fremden der Uebertritt über die Gränze gestattet werde. Hierdurch wären also die frühern dießfälligen Mittheilungen aufs Bestimmteste widerlegt. Das Militär zieht so eben nach dem an der Stadt gränzenden Dorfe Krempe, dem Sammelplatz der Sensenmänner, um solche auseinander zu jagen. Verstärkung hat man erst morgen zu erwarten. (Bresl. Z.)

(Koblenz, den 10. April.) Bekanntlich hatten die Bauern des Standesgebiets Solms-Braunfels dem dortigen Fürsten durch ihr massenhaftes gebieterisches Auftreten viele bedeutende Konzessionen abgenöthigt, wodurch der Fürst seine sämmtlichen Revenüen eingebüßt haben würde. Auf die deshalb vom Fürsten bei der Staats-Regierung erhobenen Beschwerden wurde der geheime Ober-Revisionsrath Kiel von Berlin als königlicher Kommissarius zur rechtlichen Ordnung dieser Angelegenheit nach Braunfels geschickt. Derselbe kam gestern auf der Rückreise nach Berlin hier an, und es ist ihm gelungen, nicht nur einen großen Theil der Bewohner der Standesherrschaft dahin zu vermögen, freiwillig von den meisten der dem Fürsten abgenöthigten Konzessionen abzustehen, sondern er führt auch die Urkunde des Fürsten mit sich, worin derselbe der seither in erster und zweiter Instanz ausgeübten Gerichtsbarkeit entsagt, und eben so die in Braunfels bestehende fürstliche Regierung über das Standesgebiet auflöst, und beide Gerechtsame an die Staatsregierung abtritt. Es wäre zu wünschen, daß sämmtlichen deutschen Standesherren diesem Beispiele des Fürsten von Braunfels aus freiem Entschlusse nachfolgten. — Der Oberpräsident der Rheinprovinz ist gestern nach Köln abgereist. Wie man bei seiner Abreise von ihm vernommen hat, werden die kräftigsten Maßregeln getroffen, um die in neuerer Zeit stets wiederholten gewaltsamen Angriffe gegen die Dampfschleppboote auf dem Rheine mit aller Macht zu verhindern. Kam doch vorgestern ein Schlepper „Haniel“ hier an, der von Linz aus an mehreren Orten ein förmliches Bombardement bestanden, und einige fünfzig Kugelschüsse von Standbüchsen sogar und Böllern davon getragen hat. Man ist hier ernstlich darauf bedacht, auf jede Weise der durch das Darniederliegen alles Verkehrs und Handels, namentlich unter dem Handwerkerstande eingerissenen Noth zu steuern.

(Bresl. Ztg.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 13. April.) Die Dänen werfen an der Schlei Verschanzungen auf und halten die Linie von Danewirke besetzt. Man glaubt indeß, daß sie in der nächsten Zeit einen Versuch machen werden, die Festung einzunehmen oder zuforderst einzuschließen. Sie müssen allerdings besorgen, wenn sie sich nicht sehr beeilen, von einer überlegenen Macht vernichtet zu werden. — Der Amtmann, Kammerherr von Cossel, der General-Kriegskommissär Bramte, der Hauptkassirer Fischer, der Postmeister Justizrath Achenfeld sind auf dringendes Anhalten der Rendsburger Bürger, weil des Verkehrs mit den Dänen verdächtig, ihrer Aemter entlassen und gleichzeitig mit dem pensionirten Obristen Kammerherrn Hoegh, dem Obristen Hoest und Anderen aus der Festung entfernt. — In Schleswig sollen die Dänen sich sehr brutal betragen, insbesondere auf die Plünderung der zurückgelassenen Weinvorräthe bedacht sein. — Die Wittwe des Königs Christians VIII. ist nach einer glaubhaften Mittheilung von den Dänen verhaftet und in das Kastel bei Kopenhagen abgeführt worden, weil sie einen Brief an den Herzog von Augustenburg abgesandt hatte, der von den Dänen aufgefangen ist.

(Unfall der Hamburger Freischaar.) Einem uns gütigst mitgetheilten Privatbriefe entnehmen wir Folgendes über ein Mißgeschick, welches in Eckernförde der Hamburger Freischaar begegnet ist. Das Corps, an welches sich Kieler Freischaaren angeschlossen hatten, war am 11. Abends sehr ermattet, (da die Nacht vorher sehr beschwerliche Dienstleistungen erfordert hatte) in Groß Königsförde angekommen und hatte am folgenden Morgen, als daselbst die Nachricht eintraf, die Dänen seien in Eckernförde gelandet, Befehl erhalten dorthin abzugehen. Das Corps traf spät dort ein und es wurde der Einmarsch in zwei Abtheilungen angeordnet. Die erste einrückende Abtheilung überzeugte sich sehr bald, daß die Dänen nachdem sie die dänische Fahne aufgepflanzt und Leute gepreßt, sich wieder eingeschifft hatten. Als die Freiwilligen die Fahne wieder entfernen wollten, wurde ihnen vorgestellt, daß die Dänen daraus Veranlassung nehmen würden, die Stadt zu beschießen, und sie fanden daher eine Besprechung mit dem bei der andern Abtheilung befindlichen Befehlshaber nothwendig. Als sie zu dem Zwecke die andere Abtheilung aufsuchten, trafen die beiden Abtheilungen Nachts um 12 Uhr vor Eckernförde zusammen. Man rief sich gegenseitig an. In der Dunkelheit der Nacht und da von dem General-Commando keine Parole noch Feldgeschrei ausgegeben worden war, konnte man sich nicht verständigen: auf den aus einer der Abtheilungen erschallenden Ruf: die Dänen! fiel ein Schuß, der mit einem Peletonfeuer erwidert wurde. Als der Irrthum sich aufklärte, fand sich, daß durch die Schüsse ein Mann getödtet und vier bis sechs verwundet worden waren. Drei der Verwundeten liegen in Kiel im Hospital. — Aus demselben Berichte ersehen wir, daß am 12. bei Osterrade ein Freicorps von 30 Mann aufgehoben worden ist, welches ein gewisser Schirmer, der mit dem braunschweigischen Freicorps in Rendsburg eingerückt, aber weil er seine Kameraden den Dänen zuführen wollte, cassirt worden war, im dänischen Interesse errichtet haben soll. (W. Z.)

Erwiederung.

Erstaunt und überrascht von der Güte des Herrn Bestelmeier, daß er freiwillig? — — — sein bisher dahier, bloß zu seinem, vieler Landmeister, und einiger weniger hiesiger Meister Vortheil, unserm überaus zahlreichen Gewerbe gegenüber bestandenes Möbelmagazin geschlossen hat, können wir nur bewundern, warum derselbe nach eigener Aussage, die viele Beschäftigung und angeregte Ausmöblirung von zehn Schlössern, statt diesem freiwilligen Verzicht zu Protokoll erklärte, indem hierdurch der Magistratsbeschluß vom 17. d. M., in welchem ihm die Schließung seines Möbelmagazins **befohlen** wurde, überflüssig geworden wäre. Wir wissen besser, was unser Vortheil ist, als Herr Bestelmeier wahrscheinlich glaubt, und werden uns freuen, nicht mehr so viele Arbeit von auswärtigen Schreinern, nach gewöhnlich kurzem Gebrauch, repariren zu müssen. Was aber noch mehr als alles Andere ist, betrifft die für uns so nachtheilig bisher ausgesprengten Aussagen, daß die hiesigen Schreiner nicht mit der Mode fortgehen, indem nur er allein die neuesten Journals hätte; wir jedoch auf Verlangen nachweisen können, daß viele unserer hiesigen Schreinermeister dieselben Journale schon seit vielen Jahren ebenfalls beziehen, und darnach, noch obendrein um dieselben Preise, gute und solide Arbeiten fertigen. Wir haben freilich nicht die Gelegenheit, in vornehmen gesellschaftlichen Zirkeln wie H. B. unsre Arbeit gleich beim Bekanntwerden von Verlobungen den verehrlichen Eltern der Verlobten anzupreisen, wie dieß Herrn Bestelmeier möglich ist.

Was aber diejenigen Meister betrifft, die das Glück hatten, für Herrn Bestelmeiers Magazin zu arbeiten, so werden diese von dem **bedeutenden** Nutzen, welchen sie davon hatten, schon zu leben haben, bis sie vom geehrten Publikum auch wieder beschäftigt werden. Nochmals dankend, für die freiwillige Schließung, und hoffentlich nicht zu erneuern suchende Konzession, wünschen wir auch, daß der noch vorhandene Möbelhändler, früherer Käufel, Herr Kraus, auch freiwillig schließen möchte, um vielleicht nicht unfreiwillig schließen zu müssen. Uns in aller Ergebenheit dem verehrlichen Publikum empfehlend, bitten wir um recht viele Aufträge, welche deren Güte uns recht bald zuwenden wolle.

Die Mehrzahl der hiesigen Schreinermeister.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. April 1848. № 112 Freitag: Adolarius.

Deutschland.

Bayern. (München, 18. April.) Das heutige Regierungs-Blatt Nr. 21 enthält eine Bekanntmachung, die Zehentfixationen der geistlichen Pfründen und Stiftungen für das Verwaltungsjahr 1846/47 betr. Dann eine Bekanntmachung, die Hauptrechnung der allgemeinen Brandversicherungs-Anstalt für das Jahr 1846/47 betr., wonach sich das am Schlusse des Jahres 1845/46 bestandene Assekuranz-Kapital zu 593,140,210 fl. im Laufe des Jahres 1846/47 in Folge neuer Beitritte und Erhöhungen nach Abzug der Minderungen um die bedeutende Summe von 17,784,000 fl. vermehrt hat, und betrug am letzten Sept. 1847 — 610,924,210 fl. wovon sich in die I. Klasse 184,794,690 fl., II. Klasse 191,062,230 fl., III. Klasse 55,876,980 fl. und in die IV. Klasse 179,190,310 fl. reihen. — Die Brandentschädigungen stellen sich im Jahre 1846/47 auf die Summe von 1,231,791 fl. 26 kr. 2 hl., wovon 136,891 fl. 39 kr. 6 hl. den Vorjahren, und 1,094,899 fl. 46 kr. 4 hl. dem Jahre 1846/47 angehören. Für das Jahr 1845/46 hatte sich die Summe der diesem Jahre angehörigen Brand-Entschädigungen auf 1,273,547 fl. 12 kr. 4 hl. und jene der Entschädigungen auf den Bestand der Vorjahre zu 133,205 fl. 29 kr. 4 hl. berechnet; es ist somit bei der ersteren eine Minderung von 178,647 fl. 26 kr., bei der letzteren eine Mehrung von 3,686 fl. 10 kr. 2 pf. sohin im Ganzen eine Minderung von 174,961 fl. 15 kr. 6 hl. eingetreten. Die Zahl der Brandfälle hat sich im Jahre 1846/47 auf 893 — und die Zahl der hiebei beschädigten Gebäude-Inhaber auf 2,031 entziffert; es bietet sohin das Jahr 1846/47 gegen das Vorjahr 1845/46 bezüglich der Brandfälle eine Mehrung von 33 und hinsichtlich der beschädigten Gebäude-Inhaber eine Mehrung von 84 dar. Die spezielle Veranlassung ist bei 675 Bränden unentdeckt geblieben; 31 Brandfälle sind durch Blitz, 25 durch fehlerhafte Bauart und Schadhaftigkeit der Kamine, dann 44 durch Fahrlässigkeit herbeigeführt worden. In 118 Fällen ist die Brandstiftung theils erwiesen, theils wahrscheinlich gemacht, und es kommt sonach in dieser Beziehung das Jahr 1846/47 dem Vorjahre vollkommen gleich. — Unter den Dienstesnachrichten folgende: der bisherige Advokat in Frankenthal Dr. F. J. Willich, wurde zum geheimen Rath und Bundestags-Gesandten, dann ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem kurhessischen und großherzoglich hessischen, dann herzoglich nassauischen Hofe ernannt; der quiescirte Präsident des protestantischen Ober-Konsistoriums, Staatsrath im ausserordentlichen Dienste, F. v. Roth, wurde zum Staatsrathe im ordentlichen Dienste befördert, der Rentbeamte C. P. Schöpf zu Höchstadt für immer in den Ruhestand versetzt, auf die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt erledigte Assessorstelle der Accessist des Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg J. von Baur-Breitenfeld ernannt; dem Staatsministerium der Justiz wurden zwei Ministerialräthe ausser dem Status für die Gesetzgebungs-Arbeiten beigegeben, und hiezu die beiden Oberappellationsgerichts-Räthe, Dr. F. Ringelmann und Dr. K. Kleinschrod befördert; die eröffnete Landrichterstelle zu Regenstauf, wurde dem bisherigen Landrichter in Rittenau K. Frhrn. v. Lichtenstern verliehen; auf die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Monheim, wurde der dermalige II. Assessor dieses Landgerichtes H. v. Kolb versetzt, und die hiedurch sich erledigende Stelle dem Appellationsgerichts-Accessisten M. Wiedemann verliehen, auf die eröffnete Stelle eines II. Assessors bei dem Landgerichte Pleinfeld der Appellationsgerichts-Accessist F. Lindig aus Eichstädt, auf die eröffnete Stelle eines II. Assessors bei dem Landgerichte Gemünden der Appellationsgerichts-Accessist B. Stenger aus Aschaffenburg ernannt, auf die eröffnete I. Landgerichts-Assessorstelle in Eltmann der bisherige Aktuar des Landgerichts Kitzingen J. B. Schmittbüttner versetzt, und die hiedurch sich erledigende Stelle dem Accessisten des Appellationsgerichtes von Mittelfranken J. F. Zeitler aus Weißenstadt verliehen, endlich die eröffnete Landrichterstelle zu Nordhalben dem dermaligen I. Landgerichts-Assessor in Neunburg v. W., A. Stöcklein übertragen.

(München, den 18. April.) Se. Maj. der König hat dem erblichen Reichsrath Grafen v. Waldbott-Bassenheim das erledigte Kreiskommando der Landwehr in Schwaben und Neuburg mit der dieser Stelle anklebenden Eigenschaft eines Generalmajors der Landwehr übertragen. (A. A. Z.)

(München, den 18. April.) Das königl. Staatsministerium des Innern hat auf allerhöchsten Befehl folgende Weisung an sämmtliche Kreisregierungen über die Wahl der Abgeordneten zur Volksvertretung beim deutschen Bunde erlassen. „Dem k. Regierungspräsidium wird zur Berichtigung eines bezüglich der Wahlfähigkeit zur Volksvertretung am deutschen Bunde erhobenen Bedenkens nachstehendes eröffnet: Wenn auch die von den Officieren und Militärbeamten entrichteten Wittwen- und Waisenfondsbeiträge, da solche nicht in die Staatskasse fließen, als direkte Steuern nicht angesehen werden können, so kann es denn doch im Hinblick auf den Gesetzentwurf und auf die Berathungen desselben in der Kammer der Abgeordneten keinem Bedenken unterliegen, daß Officiere und Militärbeamte zur Wahl der Abgeordneten für die Volksvertretung am Bundestage nicht nur passiv, sondern aktiv wahlfähig seien. Der Gesetzentwurf nennt das Staatsbürgerrecht als Vorbedingniß der aktiven Wahlfähigkeit und spricht damit klar aus, daß Officiere und Militärbeamte wahlberechtigt sind. Die Modifikation der Kammer, daß die aktive Wahlfähigkeit, an die Entrichtung einer direkten Steuer gebunden sei, hatte keineswegs die Absicht, das Wahlrecht, wie solches im Gesetzentwurf beantragt wurde, zu beschränken, beziehungsweise die Officiere und Militärbeamten auszuschließen; dieselbe wollte vielmehr den Kreis der Wahlberechtigten möglichst weit ausdehnen, und lediglich den Begriff eines selbstständigen Staatsangehörigen nach jener Richtung hin feststellen, wo die Gränze zweifelhaft war. Das k. Regierungspräsidium hat hienach ungesäumt das weitere zu verfügen. München, den 18. April 1848. Auf Sr. k. Maj. allerhöchsten Befehl. (A. A. Z.)

(München, den 18. April.) Ein von einem Studirenden angeregter Plan, durch gemeinschaftlichen Ankauf eines Grundstückes zahlreiche von der aktiven Wahlfähigkeit ausgeschlossene junge Männer in das Verhältniß der Steuerpflichtigkeit zu versetzen, fand freudigen Anklang, und der Gedanke soll heute bereits in praktischer Ausführung begriffen seyn. (Allg. Z.)

Baden. (Aus dem badischen Oberland, 16. April.) Es bestätigt sich vollkommen, daß die republikanischen Bewegungen im Seekreis und am Oberrhein als ganz erfolglos und gescheitert zu betrachten sind. Die Freiburger Blätter, die entschieden freisinnige „Oberrheinische" sowohl, wie die gemäßigte „Freiburger Zeitung" bringen übereinstimmende Berichte in diesem Sinn. Hecker und Struve setzten ihre Bemühungen zu Gunsten der Republik bis vorgestern fort, fanden aber der „Oberrh. Ztg." zufolge so wenig Anklag, daß sie ihr ganzes Unternehmen als mißglückt und fernere Versuche aufgeben mußten. Als dann noch die Kunde hinzukam, daß bereits württembergische Truppen von Villingen her im Anzug seien und sich mitunter zweideutige Gesinnungen auf Seite derjenigen, die früher mit Gut und Blut für Republik zu streiten gelobt hatten, kund gaben, so trennten sich die beiden Führer, um mit einer kleinen Schaar Getreuer ihre Rettung im Ausland zu suchen. So meldet die „Oberrheinische;" hiermit übereinstimmend berichtet man der „Freiburger Zeitung" aus Donaueschingen sowohl wie aus der Baar, daß Hecker und Struve verschwunden seien, und sich vermuthlich nach der Schweiz gewendet hätten. Ihr Haufe, aus 6 bis 700 Theinehmern bestehend, zerstreute sich, als am 16. Abends etwa 3000 Mann mit 6 Kanonen und entsprechender Reiterei, kommandirt von dem General v. Miller und unter Vortritt des geh. Referenten v. Stengel aus Karlsruhe in Donaueschingen einrückten. Struve eilte als Parlamentär dem württembergischen General entgegen, und wollte unterhandeln. „Wollt Ihr nicht," rief er, als man ihn abwies, „so mögt Ihr sehen, was es gibt." Worauf General v. Miller: „Gut, ich will's verantworten." v. Stengel ließ sogleich den Bürgermeister Raus von Donaueschingen verhaften, und fand von keiner Seite den geringsten Widerstand. Vor dem Rathhaus angekommen, ließ v. Stengel der Menschenmenge durch zwei Trompeter dreimal Zeichen geben und rief jedesmal dazwischen aus: „Im Namen Sr. königl. Hoh. des Großherzogs fordere ich alle gute Bürger zur Ordnung auf!" Hieran schloß sich die Mittheilung, daß das Militär nicht als Feind komme, es werde nichts gegen die gesetzliche Freiheit unternehmen und jedem ordnungsliebenden brüderlich und deutsch Gesinnten die Hand reichen. Der Kern der Bürgerschaft schien ernst gestimmt, zum Jubel nicht aufgelegt, aber im Innern erfreut, daß die bisherige Unordnung und der Meinungszwang sein Ende erreicht habe. Der „Oberrh. Ztg." zufolge sind auch ultramontane Geistliche den republikanischen Wühlereien nicht fremd gewesen. Nach Lörrach sind starke Militärabtheilungen verlegt, die Grenze nach Frankreich zu bewachen. (Ffrt O.-P.-Z.)

(Aus dem badischen Oberlande, den 17. April.) In Donaueschingen hat die republikanische Partei die letzte und entscheidende Schlappe erhalten, wie ein von dort kommender geachteter Kaufmann berichtet. Allerdings traten dort noch zu den 30 Mann, welche Hecker mitbrachte, andere 250. Die Würtemberger aber sind bereits ohne Widerstand nach einer fast komischen Scene eingerückt, deren Mittheilung wir uns nicht versagen können: Auf die Nachricht, daß die Würtemberger schon ganz in der Nähe ständen, begab sich Hecker als Parlamentär zu ihrem Befehlshaber, und versicherte (oder vielmehr versuchte, ihm vorzudemonstriren), es seyen 6000 Republikaner in der zum Aeussersten entschlossenen Stadt; er gebe dem General zwei Stunden Zeit, um sich zu überlegen, ob er die Verantwortung für den zu erwartenden Kampf und die daraus für die Stadt erwachsenden Folgen tragen wolle. Der General sah ruhig auf seine Uhr und sagte: »Jetzt ist es halb sechs, Herr Hecker; um 6 Uhr werde ich in Donaueschingen eintreffen.« Letzteres geschah auch ohne Widerstand. Hecker soll sich mit seinem Anhang nach Schaffhausen geflüchtet haben. (Frkf. J.)

(Mannheim, den 17. April, 3 Uhr Nachmittags.) Die Katastrophe naht schneller, als ich bei meinem Schreiben vom heutigen Morgen ahnen konnte; Bürgerblut ist geflossen! — In einer Bierkneipe entspann sich zwischen mehreren der berüchtigsten Individuen von hier, worunter einige entlassene Zuchthaussträflinge und einem Bürgerssohn ein politischer Wortwechsel, der damit endete, daß einer der Republikaner dem Letzteren mit einem Beile in's Genick hieb, daß er wie todt zusammenstürzte. Andere Leute, die Frieden stiften wollten, erhielten mehr oder minder schwere Wunden. — Alsbald entstand in der ganzen Stadt die höchste Aufregung, die Freunde der Republik schaarten sich zusammen, der Tumult ging aus einer Kneipe in die andere, und erst nach dem ernstlichen Auftreten einiger entschlossener Bürger (ihre Zahl war jedoch sehr klein) gelang es, 6 der Haupträdelsführer zu arretiren. Das ist denn der Anfang unserer Republik! (Frkf. J.)

(Mannheim, den 17. April, Morgens 9 Uhr.) Abermals hatten wir gestern Abend einen republikanischen Rumor. Zahllose Menschenmassen zogen von 8 Uhr an durch die Strassen, und trieben Unfug aller Art. Ein Theil drang in die Wohnung des bekannten Uria, der durch die früheren Censurkämpfe mit Struve sich allerdings keiner Popularität zu erfreuen hat. Zum Glück fanden die Tumultuanten den Gesuchten nicht. Unter dem Geschrei: »Es lebe die Republik!« zog der Haufen ab. Dem Advokat Th. Eller wurden

Läden und Fenster eingeschlagen, an der Harmonie, dem Gesellschaftslokale der höheren Stände, wurde der »Bourgeoisie« ein infernalisches Charivari gebracht. Nirgends zeigte sich von Seiten des ordnungsliebenden Bürgers ein Widerstand, obwohl man nicht zu viel sagt, wenn man behauptet, daß höchstens ein paar Dutzend Individuen, Angesichts von Tausenden, so allem Gesetz Hohn sprachen, und eine ganze Bevölkerung in Sorge und Gefahr versetzten. Ja, wir hören sogar, daß ein Mann, der einige der wüthendsten Lärmmacher zur Ruhe ermahnen wollte, im Gesicht durch einen Messerstich schwer verwundet wurde. Wir fragen: Wo und wann wird dieser heillose Unfug enden? Stehen wir außerhalb des Gesetzes, oder sind wir noch unter seinem Schutz? Die Karlsruher Regierung zeigt eine unverantwortliche Schwäche. Ein einziges entschiedenes Auftreten gegen diese Ruhestörer würde in einem Tage dem ganzen Unfug ein Ende machen. Diese Regierung, die sich noch jüngst so thatkräftig zeigte, die in ihrem ersten Vertreter, dem Präsident Bekk, am 1. März erklärte, es sey die Zeit des Muthes und der entschiedenen Gesinnung gekommen, dieselbe Regierung duldet jetzt solche Anarchie! Wahrlich! Wenn Etwas geeignet wäre, ihr das letzte Vertrauen zu entziehen, so ist es diese ganz unverantworliche Schwäche. Erleben wir heute Abend Aehnliches, ohne daß im Verlauf des Tages Vorkehrungen getroffen werden, so ist Alles zu besorgen.

(Frkf. Journ.)

(Karlsruhe, den 18. April.) „Aus einem Kammerberichte über die gestrige Sitzung entlehnen wir nur kurz die Ergebnisse. Im Eingang gab Staatsrath Beck noch genauere Erklärungen über die Vorfälle im Seekreis, erklärte aber, daß die Regierung nicht nöthig habe, von der Kammer die Erlaubniß zur Verhaftung Heckers einzuholen, da nach den jetzt vorliegenden Beweisen und der Art des Auftretens Hecker's dieser in frischer That des Verbrechens begriffen und so der Ausnahmsfall des §. 49. der Verfassungsurkunde vorhanden sey, wozu die Ermächtigung der Kammer nicht nothwendig wäre. Hierauf stellte Soiron den Antrag, daß die Kammer einen Schritt thun müsse, um Deutschland gegenüber den festen Willen, den Aufruhr zu unterdrücken, klar auszusprechen, und zu Protokoll den Willen eines kräftigen Zusammenwirkens mit der Regierung ebenso wie die Mahnung an die verirrten Bürger und die Aufforderung an die Gutgesinnten energisch an den Tag zu legen. Er erklärte, daß sich einige Freunde vereinigt hätten, den Entwurf einer solchen Erklärung, die zugleich als Proklamation an das Volk dienen könnte, zu verfertigen. Nachdem er den Entwurf vorgelesen hatte, ließ der Präsident namentlich abstimmen und alle Mitglieder stimmten bei. Der Beschluß lautet: Die Kammer beschließt, auf den Grund des Vortrags des Präsidenten des Ministeriums des Innern über die neuesten aufrührerischen Bewegungen im Seekreise einstimmig zu Protokoll zu erklären und ihren Beschluß ungesäumt durch die Presse zu veröffentlichen: Mit tiefem Schmerz hat die Kammer vernommen, daß eine irregeführte Anzahl unserer Mitbürger im Seekreise und in einem Theile des Oberrheinkreises, die von ihnen erstrebte Freiheit auf dem Wege des Aufruhrs zu gewinnen sucht. Sie hält sich für verpflichtet, alle badischen Bürger von der Theilnahme an diesem verbrecherischen Unternehmen abzumahnen und sie aufzufordern, demselben, so viel sie vermögen, Widerstand zu leisten. Sie müssen bei einiger Ueberlegung es einsehen, daß durch jenes Unternehmen alle Errungenschaften der gegenwärtigen großen Bewegung in unserem Vaterlande wieder auf das Spiel gesetzt, der Reaktion die Thore geöffnet und dem Auslande gegenüber unser gesammtes deutsches Vaterland, geschwächt und in sich selbst zerrissen, preisgegeben wird. Jeder wirkliche Vaterlandsfreund hat jetzt die große Pflicht, den Beschlüssen der in wenigen Wochen zusammenkommenden deutschen Nationalversammlung sich zu unterwerfen und seine eigenen Wünsche und Ansichten zum Opfer zu bringen, um nicht durch innere Zwietracht das Vaterland in namenloses Unglück zu stürzen. Diejenigen unserer Mitbürger aber, welche in trauriger Verblendung die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt haben, mögen erkennen, welche tiefe Wunde sie ihrem Vaterlande zu schlagen im Begriffe stehen und von ihrem Vorhaben ablassen. Der ganze Ernst des Gesetzes wird Diejenigen treffen, welche mit frevelhafter Hand gewaltsam ihre Plane in das Leben führen wollen. Die Regierung wird in der kräftigen Handhabung der Gesetze eine unwiderstehliche Macht bewähren, weil sie, wie wir hier ausdrücklich versichern, von der ganzen Kammer darin unterstüzt wird, und auf die Zustimmung und Mitwirkung aller wohlgesinnten Bürger rechnen darf.

(D. Z.)

(Vom Bodensee, 17. April Abends 10 Uhr. Heute ward in Constanz folgendes gedrucktes Blatt ausgegeben: „Zur Nachricht. Constanz, 17. April. Die badische Regierung des Seekreises ist mit allen betreffenden Stellen vermittelst Beschlusses vom Volk heute Mittags 12 Uhr abgesetzt worden. Der gewesene Regierungsdirekter Peter (Mitglied der Kammer der Abgeordneten) wurde als Statth lter ernannt, was er auch angenommen hat. Freude, Brüdervereinigung und Friede unserem Vaterland.« Unwillen, Bestürzung und Rathlosigkeit reichen sich die Hand.

(A. A. Z.)

(Breisach, 16. April.) Ich komme so eben vom linken Rheinufer; mit eigenen Augen habe ich sehen wollen, wie es mit den vielbesprochenen und vielbefürchteten Arbeiter-Schaaren steht, die zu uns herüberbrechen wollen. Ich traf deren etwa 230 Mann, gekleidet in graue Blousen, weißen Turnhüten, geschmückt mit Federn und schwarz-roth-goldenen Bändern, und mit nichts anderem als mit Pistolen und Dolchen bewaffnet. Es mögen etwa 50 Deutsche (meistens Badener) darunter gewesen seyn, die anderen sind Polen und Franzosen, zum Theil wildgewachsene Söhne der Pariser Barrikaden. Von Straßburg fortgewiesen, zogen sie rheinaufwärts und zwar zu Fuße, da sie die Mittel zur Eisenbahnfahrt nicht besitzen. In Neubreisach wollte sie der Festungs-Kommandant nicht einlassen aus Befürchtung für die öffentliche Sicherheit. Auf Verwenden des Maires jedoch gestattete man dem größeren Theil den Einlaß, und die Bürgerschaft quartierte sie aus Mitleid bei sich ein. Etwa 80 fanden ihr Unterkommen in Biesheim. — Ich fand sie guten Muthes, voll Entschlossenheit und über den Erfolg ihres Unternehmens gewiß. Man hatte sie von Altbreisach aus eingeladen, einzeln herüber zu kommen, wo man ihnen beistehen, sie unterstützen und in ihre Heimath bringen werde. Davon wollten sie nichts wissen. Als man sie auf den Militär-Kordon aufmerksam machte, erwiederten sie lachend, man werde ihnen von drüben, d. h. vom Schwarzwald aus, schon den Uebergang frei machen. Bei Breisach machten Einige Miene zum Uebergang; als sie aber unsere Bajonette sahen, zogen sie sich wieder zurück. Heute nun sind sie weiter aufwärts gegangen, wahrscheinlich, um den Uebergang bei Hüningen zu versuchen. Andere sollen nachkommen, wie viele, gaben sie verschieden an, bemerkend, das hänge von ihrem General Herwegh ab, der zu Straßburg im Rebstöckel sein Hauptquartier habe.

(Fr. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 19. April.) 30. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 17. April 1848. Nachträglich zu dem Bericht über die 35. Sitzung wird bemerkt, daß in dieser Sitzung auch die königlich preußische Regierung aufgefordert worden ist, unverzüglich den Oberbefehlshaber über die in Schleswig-Holstein zu agiren bestimmten preussischen und die zum 10. Armeekorps gehörigen Truppen zu ernennen und der Bundesversammlung hievon Anzeige zu machen. In der heutigen Sitzung wurde auf den Antrag des Militärausschusses ein Gesuch von sardinischer Seite um Freigebung einer Partie nach Turin bestimmter Pferde, in Folge des die Ausfuhr verbietenden Bundesbeschlusses vom 8. März abgelehnt und einem Protest der großh. luxemburgischen und herzogl. holsteinischen Gesandtschaften gegen die Anwendung jenes Verbots in Luxemburg, Limburg, Holstein und Lauenburg keine Folge gegeben. Der zum Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps ernannte Prinz Karl von Bayern k. H., wurde unter Mittheilung des von ihm auszustellenden eidlichen Reverses aufgefordert, diesen Revers vollzogen einzusenden und unverzüglich anzuzeigen, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen habe, um seine Thätigkeit so schnell entwickeln zu können, wie die gegenwärtigen Zeitverhältnisse und insbesondere die im badischen Oberlande und am Oberrhein überhaupt bestehenden Zustände nothwendig machen. Zugleich wurden ihm ebenso wie dieß bezüglich des nassauischen Kontingents schon geschehen war, diejenigen kurhessischen Truppen bis auf weitere Verfügung untergeordnet, welche auf das Ersuchen der badischen Regierung nach dem Bundesbeschlusse vom 15. d. M. in Bewegung zum Anschluß an das 8. Armeekorps gesetzt worden sind. In Beziehung auf die neuerdings in Straßburg eingetroffenen Polen wurde die großherzogl. badische Regierung ersucht, dieselben Maßregeln einzuhalten, welche nach der Anzeige in der Sitzung vom 12. d. hinsichtlich der früher schon durchpassirten Polen getroffen waren.

(Frkfr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. April.) So eben kommt uns ein Ausschreiben der provisorischen Korrespondenzkommission der Versammlung der Volksverordneten in Hannover vom 12. April zu, wodurch dieselbe die Kommunen des Landes in Anbetracht der Gefahren des Vaterlandes u. insbesondere der wenig befriedigenden Haltung der Ständeversammlung, zur Wahl, Bevollmächtigung und Absendung von »nicht mehr als zwei Abg. für eine jede auffordert, die sich am 16. April im »Römischen Kaiser« in Hannover einfinden sollen. Es wird dabei erklärt, die Versammlung beabsichtige keine Demonstration, keine Einschüchterung durch Massen, sondern nur eine Vereinigung der sämmtlichen Kommunen des Landes zur Berathung einer gemeinschaftlichen Petition, damit König, Ministerium und Stände sehen, daß das ganze Land nur ein Ziel verfolge. Hauptsächlich ist es auf den schleunigen Fall der Adelskammer, Abhülfe allgemeiner Beschwerden, Beschleunigung des Ganges der Regierung wie der Stände und die Erwirkung eines provisorischen Wahlgesetzes zum Behuf einer konstituirenden Versammlung, der allein das Land die Berathung der neuen Verfassung anvertrauen könne, abgesehen.

(Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. April.) Es sind nunmehr die Vertrauensmänner der 17 Stimmen am Bundestage ernannt und hier eingetroffen; v. Schmerling und v. Somaruga für Oesterreich; Dahlmann für Preussen; Kirchgeßner (bereits wieder abgereist) für Bayern; Todt für Sachsen; Uhland für Würtemberg; v. Wangenheim, seit dem 15. April durch Zachariä von Göttingen ersetzt, für Hannover; Bassermann für Baden; Droysen für Holstein; Langen für Großherzogthum Hessen; Jordan für Kurhessen; Willmann für Luxemburg; Albrecht für Oldenburg und Anhalt; v. Gagern für Braunschweig und Nassau; v. Gabelenz und RR. Luther für die sächsischen Herzogthümer; Streder für Mecklenburg; Petri und Jaup für die 16. Stimme; Gervinus für die vier freien Städte (die 17. Stimme.)

(Fr. O.-P.-Z.)

Hessen. (Kassel, 14. April.) Es zeigt sich überall im Lande mehr und mehr die Ansicht, daß unser Beamtenwesen einer totalen Reorganisation bedarf. Die Unmasse von Dienststellen und Staatsdienern, in denen mit ein Hauptgrund des erbärmlichen Zustandes unserer Staatsverwaltung bestand, muß entfernt, die ganze Verwaltung vereinfacht werden. Man kann sagen, daß unsere Bureaukratie, die gewiß zu den anmaßendsten Deutschlands gehörte, wesentlich dem Verfalle aller unserer geistigen und materiellen Interessen in die Hände gearbeitet hat. Vor allen Dingen Vereinfachung der Verwaltung und Entfernung der unnöthigen Dienststellen, so wie der unfähigen, unthätigen, so wie auch übelberüchtigten Diener, deren das Volk bereits in allen Theilen des Landes eine ziemliche Anzahl bezeichnet.

(Frkf. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 17. April.) Ein Ereigniß drängt das andere und jeder Tag bringt merkwürdige Neuigkeiten. Gestern ist der Volksmann Hergenhahn zum Präsidenten des Ministeriums ernannt worden, und morgen werden die Wahlmänner gewählt, welche die sechs Parlamentsmitglieder wählen am 25. April und die Deputirten zu unserer Ständekammer am 1. Mai.

(Fkft. J.)

Oesterreich. (Wien, d. 16. April, Nachmittags 4 Uhr.) Nachdem gestern Nachts allarmirende Gerüche über eine heutige Volks-Demonstration verbreitet waren, ließ heute der Minister des Innern, Pillersdorf, in aller Frühe eine beschwichtigende Proklamation anschlagen. Schon um 6 Uhr zogen Arbeiter-Massen mit drohenden Fahnen, „Noth und Tod", von den Vorstädten herein, als plötzlich der Ruf: „Feuer in der Burg!" erschell. Es entstand allsogleich Allarm in allen Kasernen und bei der Bürgergarde. Die Arbeiter zogen sich gegen 10 Uhr zurück, und das Feuer in der Burg war zufällig. So sind wir heute mit dem Schrecken davon gekommen. Es heißt, man wolle nun den Emissär Schütte heute Nacht arretiren lassen. — Aus Verona bis 12. nichts Neues. Aus Krakau vom 14. Abends sehr bedenkliche Berichte.

(A.Abd.-Z.)

Preussen. (Berlin, 17. April.) Hier ist folgende Anordnung erschienen: Auf den Antrag des Staatsministeriums bestimme ich hierdurch, was folgt: I. Auf das nach meiner Ordre vom 27. v. M. nunmehr zu bildende Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, welches vorzugsweise auch den arbeitenden und gewerbtreibenden Klassen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung seine Fürsorge zu widmen hat, gehen über: 1) von dem Ressort des Finanzministeriums: sämmtliche Geschäfte der Abtheilung für Handel, Gewerbe und Bauwesen und der Abtheilung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen; 2) von dem Ressort des Ministeriums des Innern: die Gewerbe- und Baupolizei, soweit dieselbe diesem Ministerium gegenwärtig zusteht und die gesammte landwirthschaftliche Polizei, insbesondere die obere Leitung der Regulirungen der gutsherrlich-bäuerli-

chen Verhältnisse, der Gemeinheitstheilungen, der Ablösungen gutsherrlicher und anderer Reallasten, der Vorfluts- und Fischereipolizeisachen, aller Anstalten zur Beförderung der Landwirthschaft, einschließlichen der Konkurrenz bei dem unter der Leitung des Oberstallmeisters stehenden Gestütwesen und der landwirthschaftlich-technischen Lehranstalten; 3) das Postdepartement; 4) die Geschäfte des Handelsamts, welches ich dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einverleibe, während die nach der Verordnung vom 7. Juni 1844 dem Handelsrathe zugewiesene Wirksamkeit auf das Staatsministerium übergehen soll. Die Leitung des neugebildeten Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten will ich einstweilen dem wirklichen geheimen Legationsrathe Dr. v. Plätow anvertrauen. II. Um das Ressort des Finanzministerums auf eine seinem Zwecke entsprechende Weise festzustellen, will ich 1) die früher damit verbunden gewesene, gegenwärtig aber von einer besondern Abtheilung des Ministeriums meines Hauses geführte Verwaltung der Domainen und Forsten dem Finanzministerium wieder übertragen und 2) demselben das Seehandlungsinstitut unterordnen. Ich beauftrage das Staatsministerium, diese Anordnungen, welche durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen sind, sofort zur Ausführung zu bringen. Potsdam, den 17. April 1848 Friedrich Wilhelm. Camphausen. (D. A. Z.)

(Berlin, den 14. April.) Vor Kurzem erschien, ohne alle Anmeldung, eine Anzahl Artillerie mit 16 Stück Geschütz vor einem unserer Thore, wurde aber von der Bürgerwehr zurückgewiesen. Man fragt sich, wie ein solcher beabsichtigter Truppenmarsch ins Werk gesetzt werden konnte, und was er eigentlich zu bedeuten habe? Wie man es aber noch anderweit mit unserer Bürgerwehr, dem jungen, die künftige Verfassung schützenden Institut vorhat, mag folgende Thatsache bekunden: Vorgestern kehrten die Kadetten, junge Leute bis zu 16 Jahren, künftige Secondelieutenants, von Potsdam zurück. Zuvor erschien ein Kriegsrath, Namens Meslag, und kündigte der Wache der Bürgerwehr an, daß sie sich vor den »Herren Kadetten« zurückzuziehen habe, da mit deren Erscheinen eine Bürgerwache von selbst aufhöre. Die Wache und der anwesende Hauptmann weigerten sich dessen natürlich. Da erschien aber der Bürgermajor, ein Herr Haack und verfügte den Abzug der Bürgerwache, welche sich jetzt endlich zu fügen genöthigt war. Solche Thatsachen sind wahrlich bemerkenswerth. Ueberhaupt spricht sich in der Bürgerwehr großer Widerstand, namentlich gegen die vorläufige Quasiwahl der Majore aus, da diese meist den Beamtenschichten entnommen sind. (Wes. Z.)

(Köln, den 17. April.) Gestern Abends zog eine neue Freischaar, bestehend aus 65 Kölnern, 15 Bonnern und mehreren anderwärtigen Freiwilligen aus benachbarten Orten, nach Rendsburg ab. Unter dem lauten Jubel der Bevölkerung und mit klingendem Spiele zogen sie dem Bahnhofe zu, wo Hr. Claussen, Mitglied der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, sie mit einer erhebenden Anrede empfing und mit einem Lebewohl in die schwerbedrängte Heimath entließ. (Köln. Z.)

(Aachen, den 17. April, 6 Uhr Morgens.) Von der Zeit an, wo gestern Nachmittag die ersten Schüsse der Bürgergarde fielen, ist in längeren oder kürzeren Pausen bis Nachts 11½ Uhr geschossen worden. Es hat leider Menschenleben gekostet, man spricht von 6 Todten. Des Abends zogen große Haufen Menschen vor die Thüren derjenigen Bürger, von welchen man behauptete, sie hätten zuerst Befehl zum Schießen gegeben. Es war der Bäcker Zilleken, den sie zu ertappen wußten und persönlich mißhandelt haben, und Dr. Metz, dessen Haus durch Fenstereinwerfen und sonstige Zerstörungen sehr gelitten hat. Die Reservisten sind gestern Nachmittags in der Stille auf der Eisenbahn abgezogen.

Nach einem anderen Briefe ist von der Bürgerwehr, mit Ausnahme von einigen durch Steinwürfe Verwundeten, Niemand blessirt. Das Schießen auf die Masse, das am 16. um 3 Uhr begann, ist dadurch veranlaßt worden, daß die aufgeregte Masse mit langen Balken die Linien der Bürgerwehr gewaltsam durchbrechen wollte. (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, den 14. April.) In den militärischen Operationen ist seit einigen Tagen ein gewisser Stillstand eingetreten. Die Dänen haben ihre Vorposten bis auf eine Meile diesseits Schleswig bis Kropp vorgeschoben; von unseren Truppen stehen die Vorposten bei Sorgebrück. Die Dänen fühlen sich nicht stark genug, einen Angriff auf Rendsburg zu versuchen, und von deutscher Seite wird erst die Ankunft der weiteren Verstärkungen abgewartet werden, ehe von Neuem vorgerückt und ein Angriff auf die dänische Armee unternommen wird. Ueber den endlichen Sieg der deutschen Sache in Schleswig ist natürlich jetzt Niemand mehr zweifelhaft, seitdem die Frage über das Einrücken deutscher Bundestruppen günstig entschieden ist. Man mag es immerhin beklagen, daß das erste ernsthafte Zusammentreffen so zahlreiche und schmerzliche Opfer gekostet hat und daß vorläufig wenigstens der größte Theil des Herzogthums Schleswig in der Gewalt der dänischen Waffen ist, jedenfalls hat dies Ereigniß den Vortheil gehabt, auch den Kurzsichtigsten es klar zu machen, wie unhaltbar die Fortdauer der Personalunion mit Dänemark ist. Nachdem wir diesen von einem deutschen Bundesfürsten gegen den Bund selbst geführten Krieg erlebt haben, wird man die Frage aufwerfen, ob überhaupt ein deutscher Bundesfürst zugleich die Krone eines auswärtigen Landes tragen kann. Wenigstens wenn wir wirklich zu einer einheitlichen deutschen Politik im Innern und nach Außen gelangen sollen, ist es nothwendig, daß kein deutscher Fürst zugleich über solche außerdeutsche Länder herrsche, deren Interessen mächtig genug sind, ihn mit denen Deutschlands in Konflikt zu bringen. An ein gütiges Nachgeben Dänemarks ist, wie wir vorher gesagt haben, auch nach den neuesten Erklärungen Preußens nicht zu denken. Der preußische Parlamentär, welcher mit dem Ultimatum ins dänische Hauptquartier abgeschickt war, ist zurückgekehrt mit der Antwort, daß Schleswig nicht von dänischen Truppen werde geräumt werden. Der König hatte sich nur dazu verstehen wollen, nicht über die Eider zu gehen und während Schleswig von den Dänen, Holstein von Deutschen besetzt sei, Unterhandlungen anzuknüpfen. Als der preußische Parlamentär darauf erwiederte, in diesem Falle hätten die Preußen Befehl, in Schleswig einzurücken, soll der König geantwortet haben, dann werde er nach Kopenhagen zurückgehen und Verstärkungen holen. Zum Glück wird durch diese Drohung, wenn es eine seyn soll, Niemand geschreckt werden; denn mit dem Nachrücken dänischer Verstärkungen hat es aus guten Gründen nicht viel auf sich. Im Uebrigen fahren die Dänen in ihrer völkerrechtswidrigen Art, den Krieg zu führen, fort. Wohin sie kommen, nehmen sie alle Männer, die sich irgendwie durch ihre patriotische Gesinnung bemerkbar gemacht haben, gefangen und schleppen sie nach Dänemark. An einigen Orten sind sie noch weiter gegangen. So haben sie aus Augustenburg den Hofrath Barth, einen ganz unschuldigen Mann, der sich nie in politische Dinge gemischt und der bis dahin zufälliger Weise noch gar nicht die provisorische Regierung anerkannt hatte, und einige andere Beamte des Herzogthums fortgeführt. Es scheint, daß es nach dänischen Begriffen schon ein Staatsverbrechen ist, zu dem Herzog von Augustenburg in irgend einem Verhältniß zu stehen. Das Schloß Augustenburg haben die Dänen als Feldlazareth eingerichtet, und den Bauern auf den Gütern des Herzogs haben sie vorgespiegelt, sie brauchten in Zukunft, wenn sie sich zu den Dänen hielten, keinen Pacht mehr zu bezahlen. — Eckernförde wo die Dänen vorgestern gelandet waren, ist gestern wieder von ihnen verlassen; ein von ihnen eingesetzter Magistrat, mit Advokat Lübbers als Bürgermeister an der Spitze, hat nur eine eintägige Dauer gehabt. (Brem. Z.)

(Rendsburg, den 14. April.) Einzelne kleine Vorpostengefechte mit den Dänen finden von Tag zu Tag statt, wobei die Unsrigen stets im Vortheil sind. In den nächsten Tagen werden mehr entscheidende Treffen geschlagen werden. Wir dürfen hoffen, daß die deutschen Bundestruppen nicht zu spät kommen werden, um sich bei dem bevorstehenden Kampfe zu betheiligen. (A. A. Z.)

(Rendsburg, 15. April.) Ohne Zweifel von den Führern der Dänen veranlaßt, erschienen heute aus Flensburg der Justizrath Callisen und die Deputirten-Bürger Schwennsen u. Danielsen zuerst bei dem preuß. Obristen Bonin und von diesem abgewiesen bei der provisorischen Regierung, um Friedensvorschläge zu machen. Diese gingen dahin, daß Dänemark behalten solle, was es jetzt vom Herzogthum inne habe. Die ganze Mission ward schon wegen mangelnder Legitimation abseiten der provisor. Regierung zurückgewiesen, indeß erklärt: daß nicht eher unterhandelt werden würde, als bis die Dänen das ganze Herzogthum Schleswig und ihre Fahrzeuge unsere Gewässer geräumt haben würden. Man sieht aus der Mission, daß die Gewalthaber in Dänemark das Vertrauen zu ihrer Sache nicht mehr besitzen, womit sie sich bisher so breit machten. Eine zweite Aufgabe der Deputation war, den Nachrichten über den von Flensburger Einwohnern gegen unsere Truppen geübten Verrath zu widersprechen. Indeß gegen die Thatsachen zu reden ist vergeblich.

In der Stadt Schleswig ist der König von Dänemark in sofern schlecht empfangen worden, als sich Niemand bei seinem Einzuge blicken ließ. Nach zwei Stunden, in welchen er auch die Verschanzungen von Dannewirke besehen hatte, verließ er die Stadt wieder. Die Zahl der Dänen in Schleswig soll 8000 Mann betragen, von denen die Einwohner sehr belästigt werden. An Nachrichten über einzelne Brutalitäten fehlt es nicht. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 16. April Abends 5 Uhr.) Gestern Abend und heute Morgen sprach man unruhig von zwei Demonstrationen, die heute stattfinden sollten. An der Spitze der einen stand Cabet, die andere leitete Blanqui. Man erzählte sich, daß dieser die provisorische Regierung stürzen und sich die Macht mit Waffengewalt aneignen wollte. Gegen halb 2 Uhr Nachmittags wurde Generalmarsch geschlagen. Bewaffnete und nicht bewaffnete Nationalgarden eilten nach allen Richtungen zu ihren Mairien. Andere begaben sich rasch nach dem Hôtel de ville, um die provisorische Regierung zu schützen. Um 3 Uhr wurde der geräumige Vorplatz des Hôtel de ville von zahlreichen Bataillonen der Nationalgarde besetzt, um die Regierung gegen einen Handstreich zu vertheidigen. Diese Truppen waren voll Enthusiasmus und Hingebung. Jeden Augenblick kamen neue Zuzüge von Nationalgarden aus allen angrenzenden Strassen, welche sich längs der ganzen Weite des Platzes aufstellten. Es erschallten patriotische Lieder, wie die Marseillaise, dann mourir pour la patrie etc. Die Mitglieder der prov. Regierung erschienen am Fenster und dankten allen Mitbürgern, die zu ihrer Vertheidigung beitragen wollten. Die Nationalgarden und das Volk riefen einstimmig: »Es lebe die provisorische Regierung, es lebe die Republik!« Die auf dem Marsfelde zusammengekommenen Arbeiter beabsichtigten gleichfalls eine Demonstration und defilirten über den Platz der Revolution und über die Quais Arm in Arm in Reihen von 10—12 mit Fahnen, worauf folgende Inschriften zu lesen waren: »Verhinderung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«, — »Würdigmachen der Arbeit durch Vereinigung.« Am Hôtel de ville konnten sie die Bataillone der Nationalgarde, welche es vertheidigten, nicht bewältigen, aber es ist wahrscheinlich, daß die Abgesandten der Corporationen doch vor die Mitglieder der provisorischen Regierung gelassen werden dürften.

Griechenland.

Nach aus Athen eingetroffenen Briefen hat sich der Gemüther der dortigen Bevölkerung eine gewaltige Aufregung bemächtigt, und man beabsichtigt von Seiten der eingebornen wie der fremden Griechen des Königreichs, namentlich der Thessalier und Macedonier, eine Schilderhebung gegen die Türken. Die Sache wird mit großem Eifer theils in Athen, theils ausser Athen betrieben und findet in allen Klassen des Volks, namentlich auch bei den Professoren und Studirenden in Athen, lebhaften Anklang und thätige Unterstützung. (D. A. Z.)

Italien

(Venedig, den 12. April.) Eine emancipirte Venezianerin, Maria Grazziani, erließ gestern einen feurigen Aufruf zur Schilderhebung an alle Frauen und Jungfrauen der Lagunenstadt. Es heißt darin unter anderm: ihre Mitbürgerinnen sollen den Männern in Vaterlandsliebe und thätiger Aeußerung derselben nicht länger nachstehen, und mit gewappneter Hand zwei feindliche Mächte bekämpfen, erstens die Oesterreicher, und zweitens den Wahn, als seyen die Frauen bloß geschickt, Nadel und Spindel zu handhaben. Heute wurde der radicale Aufruf von einer conservativen Venezianerin erwiedert, welche sehr verständig die Mittel angab, wie die Frauen daheim dem Vaterlande weit nützlicher seyn könnten, als wenn sie gegen die Kroaten auszögen. (A. A. Z.)

In Mailand kam am 9. April Mazzini an. In Bergamo ist Donizetti mit Tod abgegangen. (A. A. Z.)

Mailänder Bericht vom 13. April: »Die Freiwilligen der Kolonne Manara, welche die Pulvermühle bei Peschiera nahmen, wurden auf dem Marsch über Castelnuovo plötzlich von einem starken österreichischen Korps aus Verona angegriffen. Sie erlitten einigen Verlust (18 bis 20 Mann Todte oder Gefangene), sprengten vieles von dem gewonnenen Pulver in die Luft, sicherten bei Lazise 150 Pulverfässer, und zogen sich über den Gardasee nach Salo zurück. Die Oesterreicher wandten sich wieder nach Verona, und zündeten Castelnuovo an, indem sie wie gewöhnlich gegen die wehrlose Bevölkerung alle Arten unerhörter Grausamkeit begingen.« (Es sind, wie

gesagt, Mailänder, die berichten.) »Die Freiwilligen unter Allemandi, die Kolonnen Vicari und Thannberg vereinigen sich zu einem Einfall in Tyrol. Bestone, Condino und Tione haben dem provisorischen Gouvernement von Brescia ihren Beitritt erklärt. Bei Beleggio versuchten die Oesterreicher vergebens die Piemontesen aus einer starken Stellung zu vertreiben. Villafranca ist von den Oesterreichern verlassen.« (N. A. Z.)

(Mailand, den 16. April, 3 Uhr Nachmittags.) Peschiera ist genommen. Karl Albert hat seinen Einzug daselbst gehalten. (A. A. Ztg.)

Schweiz.

(Schaffhausen, den 16. April.) Gestern hat die Kantonsregierung Befehl zu Mobilmachung des Bundesbataillons Nr. 71 gegeben. Heute rücken die verschiedenen Compagnien dieses Bataillons, mit scharfer Munition versehen, an die betreffenden Kantonsgrenzen. Gleichfalls wurde eine Schwadron reitender Jäger in Dienst einberufen. An das großherzoglich badische Amt Radolfzell wurde noch in der Nacht durch einen Expressen eine Mittheilung von der Kantonsregierung abgesendet, gemäß welcher hierseits angenommen werden will, daß das badische Dorf Büsingen, eine Enklave im Kanton Schaffhausen, mit deutschen Truppen nicht werde besetzt werden, um jede Verwickelung in Bezug auf Verletzung der Neutralitätsverhältnisse möglichst fern zu halten. — Die Gattin des Dichters Herwegh traf gestern früh mit der Baseler Post hier ein, begab sich sogleich nach Engen, wo der Abg. Hecker die aufrührerischen Banden des Seekreises organisirt; am Nachmittag kehrte diese Dame von Engen zurück und eilte hierdurch nach den Gemeinden Instetten und Lottstetten, um namentlich im letzteren Orte den bereits dort wankenden Muth der freischärlerischen Führer aufzufrischen. Auf dem großherzl. Postamte Stockach hat der Abgeordnete Hecker, unter Begleitung seines Adjutanten, eines ehemaligen preussischen Militärs, (Willich) die Vorzeigung aller amtlichen Depeschen rc. begehrt: auch wurde gestern der Postwagen von Konstanz nach Donaueschingen zum Behufe genauester Durchsuchung nach allen amtlichen Briefschaften von den Aufrührern angehalten. In Stockach hat sich die Einwohnerschaft sehr passiv verhalten und alle Anzeichen geben kund, daß die Hoffnungen der Wühler im Seekreise sehr im Sinken sind. (Fr. O.-P.-Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel

A n z e i g e n

Mit allerhöchster Genehmigung des königlichen Ministeriums des Innern.

Ankündigung

des

EAU D'ATIRONA

oder der

feinsten flüssigen Toiletten-Seife

gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten,

von **Carl Kreller** in **Nürnberg**

Sommersprossen und Leberflecken gehören zu denjenigen Verunreinigungen der Haut, welche sie bis zur Häßlichkeit entstellen können und besonders dem schönen Geschlecht viel Aerger und Unmuth machen, und ein Mittel, das der Entstellung der Hautschönheit durch diese Flecken sicher begegnet, ohne jemals nachtheilig für die Gesundheit zu werden, dürfte allen Denen willkommen seyn, welche mit Sommersprossen und Leberflecken behaftet sind. Ein solches Mittel findet sich in der flüssigen Atironaseife, die sich des ausgezeichnetsten Beifalls und der größten Verbreitung erfreut. Es sind über den merkwürdigen und raschen Erfolg dieses cosmetischen Mittels die erfreulichsten Belege vorhanden, und wer es noch nicht in den Gebrauch genommen hat, wird sich durch einen Versuch bald von dem besten Erfolg überzeugen. Es befreit diese Seife die Haut leicht und schmerzlos von allen Unreinheiten, stärkt und schützt sie vor den schädlichen Einflüssen des Sonnenlichts und der trocknen Luft, deren Angriffen sie bei fleißiger Benützung ganz widersteht, erhält die Haut weiß, geschmeidig und in frischem belebten Ansehen, und zeichnet sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch aus; sie gehört daher mit vollem Rechte zu den ersten Schönheits- und Verjüngungsmitteln, die je in den öffentlichen Verkehr gekommen sind. Nachstehende Zeugnisse angesehener Männer lassen über die Bewährung dieser trefflichen Atirona-Seife keinen Zweifel übrig

Z e u g n i s s e.

Die mir von dem technischen Chemiker Herrn Carl Kreller zur Untersuchung übersandte, von demselben mit Eau d'Atirona oder Atironaseife bezeichnete Flüssigkeit enthält, meinen Versuchen gemäß, außer feiner Natron-Seife und wohlriechenden Beimischungen eine chemische Verbindung, welche früherhin von ausgezeichneten Aerzten mit glücklichem Erfolge gegen Sommersprossen angewendet worden ist, und außerdem durchaus keine Nachtheile hinsichtlich ihrer Einwirkung auf die Haut fürchten läßt, wie denn überhaupt diese flüssige Seife von schädlichen Beimischungen frei sich zeigt.

Erlangen, den 12 Juli 1837. (L. S.) Dr. **Kastner**,

ordentlicher Professor der Physik und Chemie, und k. b. Hofrath.

Das mir von dem technischen Chemiker Herrn Karl Kreller zur Untersuchung vorgelegte Eau d'Atirona ist durch dieselbe als eine feine Seifenflüssigkeit mit sehr angenehm wohlriechenden Beimischungen und ohne alle schädliche metallische Bestandtheile vorgefunden worden. Indem ihm dieses hiedurch pflichtgemäß bezeugt wird, fügt man noch hinzu: daß dieses cosmetische Mittel niemals verletzend auf die Haut einwirken könne, aber allerdings die Kraft besitze, Sommersprossen und andere Hautunreinigkeiten zu beseitigen. Nürnberg, den 13 Juli 1837

(L. S.) Dr. **Solbrig**, k. Kreis- und Stadtgerichts-Physikus.

Das dem Unterzeichneten von dem technischen Chemiker Herrn Karl Kreller zur Untersuchung vorgelegte Eau d'Atirona ist durch dieselbe als eine ganz feine Seifenflüssigkeit mit angenehm riechenden ätherischen Beimischungen und ohne alle schädliche metallische Bestandtheile befunden worden. Demnach ist dieses sogenannte Eau d'Atirona als ein ganz unschädliches cosmetisches Mittel zu erklären. — Indem man dieses andurch pflichtgemäß bezeugt, wird in Beziehung auf dessen Anwendung noch bemerkt, daß dieses cosmetische Mittel besonders zur Reinhaltung der Haut, Beseitigung der Sommersprossen und anderer Hautunreinheiten mit Nutzen gebraucht und empfohlen werden kann.

München, den 15 Februar 1838. (L. S.) Dr. **Kopp**,

k. Kreis-, Stadtgerichts- und Polizei-Physikus.

Ich empfehle übrigens dieses Eau d'Atirona allen Damen und Herren, welchen an Reinhaltung ihrer Haut gelegen ist, und gebe das große Glas zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. sammt Gebrauchszettel ab. Nicht weniger Empfehlung verdienen:

Mailändischer Haar-Balsam,

zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare,

das große Glas zu 54 kr. und das kleine zu 30 kr. samt Bericht mit vielen authentischen Zeugnissen über die Wirksamkeit dieses erprobten Haarwuchsmittels.

Eau de Mille fleurs,

nach neuester Pariser Composition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen dieser lieblich duftenden ätherisch-geistigen Flüssigkeit sind hinreichend, dem Waschwasser, der Leibwäsche, Sacktüchern, Kleidern, Handschuhen rc. den köstlichsten und dauerndsten Wohlgeruch zu ertheilen;

Duft-Essig,

ein vortreffliches Zimmerparfüm und Luftreinigungsmittel das Glas zu 15 kr. Dasselbe ist nicht blos im Winter bei geheizter Stube als das beste Räucherwerk zu gebrauchen, sondern dient zu jeder Jahreszeit als ein äußerst liebliches und erquickendes Parfüm, dessen höchst angenehmer und bleibender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. Auswärtige Bestellungen und Baarsendungen werden franco erbeten und für Verpackung beliebe man nach Umständen 4 bis 6 kr. beizufügen.

Carl Kreller,

Karlsstraße S. Nr. 91, nächst dem Weinmarkt.

Entschuldigungs-Erklärung.

Die Herren Grobe und Erdmannsdörffer beschuldigen mich öffentlich als ungefällig, weil ich ihnen das versprochene Fortepiano zu der Akademie nicht verabfolgen ließ; ich erkläre aber hiemit, daß ich ihnen kein Fortepiano versprochen habe und es in meinem Charakter nicht liegt über ein Fortepiano eigenmächtig zu verfügen, welches vor einem halben Jahre schon bestellt, somit auch nicht mein Eigenthum war; und da ich keine Verbindlichkeiten gegen sie habe, so hätte ich von solchen Herren nicht erwartet, daß sie gegen meine Frau so unartig wären, ich könnte mir auch nicht einfallen lassen mir die Freiheit zu nehmen in einem fremden Zimmer zu rauchen, wie es der Herr Erdmannsdörffer bei mir gethan hat

Weißling.

Schloßzwinger.

Heute Freitag Blechmusik.

Politischer Verein.

Sonnabend, den 22. d. M. Abends, Versammlung.

Gasthaus-Verkauf.

Ein Gasthaus zweiter Klasse nebst Weinschenke ist Familien-Verhältnisse wegen täglich aus freier Hand zu verkaufen. Das Haus ist frei und eigen und kann auf Verlangen gleich bezogen werden. Näheres in der Exped. d. Bl.

E m p f e h l u n g.

Frisches Rakoczy und Selterserwasser ist bereits angekommen und empfiehlt dieses so wie alle übrigen Mineralwasser zur gefälligen Abnahme

Carl Schäffer am Kaiserplatz.

(Zu vermiethen.) Im Hause L. Nro. 310 a der Karolinenstraße ist ein möblirtes Zimmer an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Anzeige.) Die dem Herrn G. P. Lämmert aus Schweinfurt zum Incasso und zur Aufnahme von Geldern im November vor. J. ertheilte Vollmacht nehme ich hiermit zurück.

Frankfurt a. M., 16. April 1848.

M. D. Cahn,
zum goldenen Stern.

(Pacht-Gesuch) Innerhalb oder doch wenigstens sehr nahe an der Stadt wünscht man einen möglichst eingeschlossenen Platz von circa 50—60 Schritt des Gevierte — Rasen-, Feld- oder Kiesboden — für die Sommermonate zu pachten. — Offerten erbittet man sich schriftlich unter Chiffre G. H. durch die Exped. d. Blattes.

(Dienst-Gesuch) Eine sehr gut beleumundete geschickte Köchin sucht als solche auf bevorstehendes Ziel einen Dienst. Näheres im Gostenhof No. 65 a neben dem sogen. Feuerhäuschen

(Gestohlen) Am vergangenen Mittwoch wurde aus einer Küche ein Mörser gestohlen. Vor dem Ankauf desselben wird gewarnt.

Katharina Lechner, Hebamme
S. Nro. 1660.

(Gesuch.) Auf ganz sichere Hypothek, doppelten Werth und pünktliche Zinsen werden bis Ziel Walburgi à 600 fl. zu entnehmen gesucht. Näheres unter Adresse A. P.

(Anzeige) Unterzeichneter bringt hiermit zur Anzeige, daß er diese Ostermesse nicht bezieht, und bittet daher seine werthgeschätzte Kundschaft so wie ein verehrliches Publikum um zahlreichen Besuch in seinem Hause S. Nro 1320 der Hirschelgasse, wo zu jeder Zeit eine große Auswahl von Frauen- und Mannsarbeit zu haben ist.

Witwe Richter, Schuhmachermeister.

(Gesuch.) Ein noch gut erhaltener Betttisch (nicht zum Auseinanderlegen) wird zu kaufen gesucht in L. Nro 272.

(Gesuch.) Einige Mädchen, welche im Cigarrenmachen gewandt sind, können Beschäftigung erhalten.

E m p f e h l u n g.

Das Eisenlager von Gustav Häußler am weissen Thurm bietet eine große Auswahl von blechenen Kochröhren mit gebundenen, gußeisenen Platten, nebst anderen Ofenbestandtheilen (?) für irdene Oefen stets vorräthig, deren Abnahme zu den billigsten Preisen empfohlen wird. Ferner werden daselbst mehrere gußeisene Oefen wegen Mangel an Raum, zu ausnehmend billigen Preisen verkauft.

(Zu verkaufen.) In S Nro. 688 der Tetzelstraße sind 3 Tische und 2 Bänke, welche sich in eine Wirthschaft eignen, billig zu verkaufen.

E m p f e h l u n g.

Bei Herannahen der Osterfeiertage empfehle ich meine verschiedenen Sorten

C h o c o l a d e

und erlaube mir zugleich auf die billigen Preise derselben, so wie auf deren besondere Güte, aufmerksam zu machen.

Wilhelm Dieterich,
am Heugäßchen

(Gesuch) Eine Kellnerin wird in eine solide Bierwirthschaft in Dienste zu nehmen gesucht.

† Zur Beherzigung.

Grau, Freund, ist alle Theorie
Und grün des Lebens goldner Baum!

Göthe

Jeder Staatsbürger sollte sich jetzt bemühen, Mängel und Gebrechen unserer bisherigen Staatsverwaltung, nach besten Kräften aufzudecken und deren Abhilfe bei den versammelten Ständen zu beantragen. Anstatt durch leere Tiraden, über eine eingetretene Flauheit zu klagen, das Vertrauen zu den Volksvertretern zu schwächen, ein Vertrauen, das sie sich in der That nicht selbst gegeben haben, welches vielmehr die Nation zu ihnen hatte, indem sie diese Repräsentanten wählte, sollte jeder Staatsbürger, der nicht durch gewaltsame Umwälzung alles Bestehenden nur seinen eignen Vortheil beabsichtigt, die materiellen National-Interessen im Auge behalten. Sehet doch nur nach Frankreich! Leset aus der Augsb. Allg. Zeitung vom 9. ds. das grenzenlose Elend, die allgemeine Verwirrung, welche die französische Revolution herbeigeführt hat, leset dort, wie die Menschen, welche Arbeit genug hatten, nun mit Thränen in den Augen betteln müssen, weil ein fanatischer Pöbelhaufen die provisorische Regierung cujonirt und alle Ordnung aufgelöst hat. Was kann auch Anders erfolgen, wenn der Soldat seinen Fahneneid bricht, wenn der Staatsbürger — der Beamte, der öffentliche Diener ihre Pflichten mit Füßen treten? Unser Vaterland ist im Verhältniß zu anderen Staaten noch immer ein glückliches Land zu nennen. Noch kennt es keine Verarmung, kein eigentliches Proletariat, kennt nicht ein Heer von arbeitslosen Menschen, keinen Chartismus, keine gottlosen Clubb's, die verschiedene Ansichten endlich zum Terrorrismus führt, keinen Partheigeist der Extreme, welcher blutige Aufstände hervorrief. Selbst in der beispiellosen Theuerung 1846 — 1847 vertraute der Bürger seinem Nächsten und nirgends kamen in Bayern Hunger-Typhus und andere Trübsale vor. Nun nachdem der liebe Gott — ohne Unterschied wie ihn die Menschen anbeten — durch ein gesegnetes Jahr die Hungersnoth beseitigt hat, versündigt man sich mit revolutionären Ideen, um eine Ernährungsnoth herbeizuführen. Eine unausbleibliche Armuth ist die Frucht einer Staatenumwälzung! Wären die Franzosen in den 1790ger Jahren nicht nach Deutschland gedrungen, die Massen hätten sich in Frankreich so wenig genährt, wie jetzt, wo sich die Arbeiter von der Regierung füttern lassen, bis Alles verprasset ist, dann werden sie nach Deutschland trachten, das ihnen so lange wohlbehagt hat. Das Wort »Proletarier« als Schimpfwort hasse ich! Es ist eine Erfindung der Bösen! Ein Proletarier ist ein Mensch, der viele Kinder hat, und kommt von proles d. h. Nachkommen, Kinder. Gleich als ob viele Kinder eine Ehe beschimpften, welche sonst von Gesetzen und Völkern begünstigt war. Man nenne die Leute, welche nicht mehr arbeiten, sondern Freibeuter machen wollen, »Räuber!« Aber man beschimpfe mit Kindern gesegnete Väter nicht und den Segen der Natur mit. Wenn nun jetzt Unzufriedenheit mit den Zuständen sorglich hervortritt, wenn der politische Umschwung in andern Staaten rückwirkend auf Bayern, eine Stockung des Verkehrs und Arbeitsmangel herbeigeführt, so werden sich diese Uebelstände nur vermehren, wenn nicht Mannsinn und Selbstgefühl und mit ihnen Ordnung der konstitutionellen Monarchie aufrecht erhalten werden. Darum sollte jeder redliche und gewissenhafte Staats Angehörige in der Zeit wo der despotische Kampf gegen den Fortschritt, wo Willkühr, wo Nichtachtung der bürgerlichen Rechte gebrochen sind, wo wir einen König haben, der nur wahres Verdienst gerecht zu fördern versprochen hat, der mit verantwortlichen Ministern umgeben ist, darum sage ich, sollte jeder brave Mann, dieser neuen Regierung mit Aufdeckung aller Mängel und Unthaten, die er kennt, in die Hand arbeiten. Darum ihr Mitbürger, besonders Ihr Staatsdiener Ihr „gepeinigten Vorstände der Landgerichte, die Ihr Eure Besoldungen und die Pensionen Eurer Hinterlassenen unter voriger Regierung auf die kargste ungerechteste Weise beschnitten sahet, richtet Euer Augenmerk auf diese schmählich verabsäumten Interessen des Landes, durchforschet die Sparten Eures Wirkungs Kreises und deckt schonungslos die Gebrechen und Krebsschäden im Einzelnen auf, so wird sich endlich eine Besserung im Allgemeinen von selbst ergeben. Was helfen alle leere Jeremiaden und Phrasen, welche die Aufregung täglich steigern, wenn nicht praktisch Beispiele vorgeführt werden, wo ein schädlicher Uebergriff, eine Aussaugung Eures Vermögens, eine Antastung der menschlichen Rechte an Leib, Ehre und Gut, die vorige Regierung bemackelt! Darum thut Euch mit solchen Beschwerden auf, schonet Niemanden der verschuldet hat, verlaßt dabei den Weg der Ordnung nicht und seyd zufrieden, daß die Presse frei ist, um dem gepreßten bisher geknickten Herzen Luft zu machen. Mit solchem Verhalten muß es besser werden! Die Zeit wird dann nahen, wo alle europ. Länder ein freier Verkehr umfaßet wo Arbeitsamkeit und Ordnung dem braven Staatsbürger auch ferner Segen und Verdienste bringen wird, denn nur Arbeit bringt Segen, unrecht Gut bringt Fluch und wer nichts durch Arbeit zu dem Wohle des Ganzen beiträgt, verdient, wenn er Andern beschwerlich fällt, gelinde gesagt, keine Achtung.

---

*Von dem kgl. Advocaten Dr. Toussaint ist folgende Petition an die Stände des Reichs gebracht worden.

Nürnberg am 12. April 1848.

Hohe Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayern.

Gehorsamster Antrag des königl. Advokaten Dr. Toussaint zu Nürnberg die ungebürlichen Sportulirungen in Bayern betreffend.

Wie in dem letzten Jahrzehent von den Finanzbehörden jede Gelegenheit ausgebeutet und auf das Scharfsinnigste ausgespitzt wurde, um in den Säckel der Staatsbürger einzusteigen, daß wird kaum ein einziger unter den versammelten Ständen des Königreiches nicht mitempfunden haben. Da blieb keine Gelegenheit unbenutzt, um sich bei den oberen Stellen beliebt zu machen. War der Vorschlag nur geeignet, die Taxen zu vermehren, gleich wurde er zum Gesetz erhoben. Das letzte arge Beispiel ist ganz neu. Achtunddreißig lange Jahre dachte kein Mensch daran, die Nachlaß-Verzeichnisse zur Ermittlung des Testamentsstempels auf einen Gradationsstempel zu schreiben. Auf einen Bericht vom 21. August 1846 erschien in dem Ansbacher Kreis-Intelligenzblatt 1847 ein Reskript, des königlichen Finanz-Ministeriums vom 28. November 1847, worin es heißt: daß auch diejenigen Inventarien dem Gradations-Stempel unterliegen, welche lediglich zum Zweck der Testamentsstempelberechnung angefertigt werden. Nachdem nun seit 38 Jahren nur der Testamentsstempel erhoben wurde, muß nun auch noch ein Vermögens-Specifications-Stempel bezahlt werden. Wer demnach 1000 fl. erbt, muß anstatt 2 fl. nun deren 4 fl. bezahlen, bloß weil es einem Wohldiener der Finanzen einfiel, daß hier noch die Stempel-Presse um das doppelte angezogen werden könne. Daß dies eine positive neue gesetzliche Bestimmung und keine doktrinäre Interpretation war, wozu das Finanz-Ministerium nicht ermächtigt gewesen, bedarf keiner Commentirung. Die Einnahmen der Tax-Aemter sind da, wo ein rechter Taxbeamter vorsteht, seit Jahren unendlich gestiegen. Das Budget für die Finanz-Perioden weißt folgende Steigerung nach 1819—1825 jährlich a) an Stempeln 552,000 fl., b) an Taxen und Sporteln 1,703,933 fl., 1843—1849 a) an Stempeln 919,800 fl., b) an Taxen 2,170,000 fl. Es wurden also nach verflossenen 29 Jahren a) an Stempeln jährlich beinahe 4 mal hunderttausend Gulden, b) an Taxen beinahe eine halbe Million mehr, als zu einer Zeit vereinnahmt, wo der Druck der Nahrungslosigkeit und Armuth nicht so schwer auf der Bevölkerung lastete, wie bisher und jetzt. Durch das neue Hypotheken-Gesetz, durch ein zweimaliges Gestike an der Prozeß-Ordnung hätte man billig eine Minder-Einnahme erwarten können. — Es ist nun zwar allerdings Aussicht vorhanden, neue Gesetze zu erhalten, denn es ist ja bereits ein Gesetz-Entwurf übergeben worden, in welche Mödel man sie gießen will. Daß aber noch einige Jahre in Anspruch genommen werden, bis diese neue Gesetzgebung in's Leben treten wird, kann von Sachkundigen nicht bezweifelt werden. Unterdessen aber wird nach wie vor, der Staatsbürger auf eine ungerechte Art fortsportulirt, und wer hätte wohl je gehört, daß ein Taxbeamter von den Aufsichtsbehörden Unrecht bekommen hätte, wenn er mehr und nicht zu wenig berechnet hatte? Wer könnte die Kosten aufzuwenden wagen, um einer Abweisung dennoch gewiß zu sein. Das obige Finanz-Ministerial-Reskript zeugt für das Bestreben, die Stempel und Taxen nur immer noch höher zu schrauben. Der den hohen Ständen übergebene Gesetz-Entwurf enthält auch kein Wort der Beruhigung darüber, und doch ist es höchst nothwendig, den Uebergriffen im Tax-Sportel- und Stempelwesen ein schleuniges Ziel zu setzen. Der Unterzeichnete glaubt im allgemeinen Interesse der bayerischen Staatsbürger zu handeln, wenn er darauf ehrerbietigst anträgt, daß noch in der gegenwärtigen Stände-Versammlung folgende Modificationen im Tax- und Stempelwesen an Seine Majestät den König in Vorschlag gebracht werden. I. Die obige Finanzbestimmung wegen Erhebung eines besonderen Inventar-Stempels, zur Berechnung eines Testaments-Stempels, sey sofort ausser Wirkung zu setzen und da, wo ein solcher bereits erhoben worden, sey der Inventar-Stempel an den Bezahler unweigerlich zu restituiren. II. Die Schulden einer Verlassenschaftsmassa, werden, wenn diese unter 5000 fl. beträgt, bei Berechnung der Stempel- und Inventur-Taxen nicht abgezogen. Wenn demnach ein Familienvater stirbt und hinterläßt eine unversorgte Familie in Ueberschuldung; so zieht der Staat von jedem Gulden des Activ-Standes 1 kr. bis 500 fl., und über 500 fl. ½ kr., außer dem Gradations-Stempel. Gesetzt der Nachlaß betrüge Activ 4500 fl. — an einem Hause 500 fl. — an Mobiliare dann Pasiv 6000 fl. —; so zieht der Staat für Inventurtaxen und Stempel 54 fl. — von der überschuldeten Nachlaßmassa ein, welche sogar den Hypothek-Gläubigern vor- und den verlassenen Kindern entgehen, denn die Sporteln gehen im Concurse selbst den Hypotheken vor. Frägt man, warum? So kann man nur antworten weil der Staat an Elternstatt die Ober-Curatel übernimmt, beginnt er sogleich mit der Plünderung des Nachlasses. Ein Rechts-Grund, von dem überschuldeten Nachlasse sich etwas zuzueignen, ist in der That nicht denkbar. Daß aber der Staat armen, verlaßenen Waißen beistehen soll, liegt in seiner Verpflichtung, ohne sich dafür bezahlen zu lassen, und daß der Staat bei materiell vorhandener Ueberschuldung sich noch zu einem bevorzugten Gläubiger macht, ist ein offenbares Unrecht und dieses wolle abgeschafft werden. III. Eine fernere ungerechte Tax-Vermehrung, liegt in der Anordnung gerichtlicher Zwangs-Inventur, damit die hohen Inventurtaxen nicht verloren gehen. Eigentlich besteht dafür kein Gesetz, daher haben sich schon Anno 1809 darüber Streitigkeiten erhoben, welche durch ein Justizministerial-Reskript vom 19. Mai 1809 beschieden wurden, daß der Erlaß einer gerichtlichen Inventur, Gnadensache des Königs sey. Wo aber kein Rechts-Grund vorliegt, da braucht auch keine Gnade nachgesucht zu werden, und möchte daher Eine Hohe Kammer die Inventurtaxen in Curatelsachen da, wo gerichtliche Inventur gesetzlich als nothwendig erscheint, aus dem Grunde abzuschaffen beantragen, weil Curanten vom Staate Schutz über ihr Vermögen zu erwarten berechtigt sind, ohne daß sie ihm vorerst ein tüchtiges Salair bezahlen. IV. Eine besonders ungerechte Handlung von Seiten des Staat oder der Taxämter ist es, daß die Armen-Prozesse nicht für beide Theile tax- und stempelfrei behandelt werden. Wenn der Staat das Recht ausübt, einer Parthei das Armenrecht zu geben; so muß er auch die Gegen-Parthei nicht schon im Voraus als unterliegender Theil sportuliren, sondern warten, bis der Prozeß zu Ende und der Beklagte in die Kosten condemnirt ist. Das geschieht aber nicht, sondern der Beklagte wird gleich als Extrahent in einen Theil der Kosten condemnirt, weil er es nur wagt, sich zu vertheidigen. So gewinnt der Staat selbst noch an den frivolsten Armen-Prozessen an Stempeln und Sporteln. Besonders solche exorbitante Sportulirungen sind erst Ergebnisse der neueren Zeit, der Wohldienerei! V. Alle Reskripte der Kreisregierungen, welche sonst stempel- und taxfrei ergiengen, werden seit Jahren taxirt und bezahlt. Diese Sportelsucht erstreckte sich auch auf die äußeren Aemter. Dafür, daß einer Regierung Dominikal-Renten zum Ankauf für den Staat angeboten wurden, mußte man 1 fl. 8 kr. Regierungstaxen, 12 kr. Porto und 1 fl. 37½ kr. Sporteln an das Rentamt bezahlen, so daß man gleich an dem ersten Rescript genug hatte, weil der Staat durch Sporteln den Kaufschilling gleich wieder an sich gezogen hätte. Ebenso werden die meisten Verhandlungen der Verwaltungsbehörden sportulirt, wenn nur irgend eine Möglichkeit existirt, dem Staatsbürger sie aufzubürden. Erst in der Verordnung vom 11. März 1847 wurde von dem königlichen Ministerium der Finanzen bestimmt, daß die Verhandlungen über Ansässigmachungsgesuche, einschlüssig der Einvernehmung des Pflegschaftsrathes, als reine Privatsachen zu betrachten seien. Als Privatsachen, — obschon sie der Staat als Oberaufsichtsbehörde behandelt, obschon

sie ihn eigentlich nichts angehen, eben weil es Privatsachen sind. VI. Ein fernerer Sportelerceß wird bei Ausfertigung der Kaufbrief-Duplikate begangen, welche ebensoviel wie das Haupt-Exemplar kosten. Kauft jemand ein Haus und läßt wegen einer Servitut oder Dispositionsbeschränkung etwas im Hypothekenfolium vermerken; so genügt dem Sportelamte neben dem theuern Hauptexemplare die Fertigung einer beglaubigten Abschrift nicht, sondern es muß ein Duplikat mit den nämlichen Taren ausgefertigt werden. Wenn ich also ein Haus um 10,000 fl. kaufe und darauf 1000 fl. schuldig bleibe, muß ich aus 10,000 fl doppelte Stempel und Taren bezahlen, obgleich ich nach menschlichen Begriffen, nur den zehnten Theil zu bezahlen haben sollte. Offenbar sollte hier für das Duplikat der Ausfertigung, welches mit dem 19 fl. Stempel über 100 fl. kostet, eine beglaubigte Abschrift auf — 15 kr. Stempel mit 2 bis 3 fl. — Kosten genügen. VII. Ist es eine verfassungswidrige Einrichtung, daß Sportelbeschwerden von den Finanz-Stellen entschieden werden. Allerdings kann man einen Proceß gegen den Fiskus führen, wenn man sich dem Finanzbescheid nicht unterwerfen will. Aber gerade in kleinen Sportel-Ansätzen wiederholen sich die Beschwerden am öftesten und sollte die Justizbehörde z. B. das Stadtgerichtskollegium zu sprechen haben, während es gar keine Kenntniß von den obigen Uebergriffen nehmen darf. So ist hier der Betheiligte, gegen die Constitution, seinem eigenen Richter entzogen und an seinen Gegner als Richter verwiesen! Da nun diese Stempel und Sportel-Excesse schwer und täglich auf dem Staatsbürger lasten, besonders aber auf minderjährigen Waisen; so würde es eine dem ganzen Lande erwiesene Wohlthat sein, wenn eine hohe Stände-Versammlung die obigen VII Punkte einer hochgeneigten Erwägung würdigen und für die Abschaffung der darin enthaltenen Sporteln und Stempel-Excesse die erforderlichen Anträge stellen wollte. Daß diese Last für das Land eine ungeheure ist, beweist der Umstand, daß die Stempel 919,880 fl. dagegen alle Gewerbe-Steuern nur 743,000 fl. betragen und die Sporteln die Hälfte der gesammten Grundsteuer, die Hälfte der Zollgefälle erreicht haben. — Wer kann hier den Krebsschaden verkennen? Möchten die hohen Stände für die schleunigste Heilung die gewissenhafteste Sorge tragen!

In großer Verehrung verharre

Einer

Hohen Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayern.

aufrichtig ergebener

Dr. Toussaint.

† (Nürnberg, den 19. April.) Jede Leistung, welche mit zu den allgemeinen ordentlichen Staatslasten gehört, muß nothwendig abgelöst werden können; ihre Ablösbarkeit muß durch ein Gesetz ausgesprochen; — es müssen für das Wie feste Normen aufgestellt und dabei berücksichtigt werden, daß durch die Art und Weise, wie die Ablösung zu geschehen hat, die Geld- und Credit-Verhältnisse nicht zu leiden haben. — Ich würde zu diesem Zwecke folgende Bestimmungen vorschlagen: 1) Von allen Feudallasten, überhaupt von allen Leistungen, welche nicht zu den allgemeinen ordentlichen Staats-Lasten gehören, und welche nicht an sich schon in einer jährlichen freien Geld-Rente bestehen, sei dieselbe nach dem Durchschnitt zu ermitteln; 2) diese jährlichen Renten seien durch Multiplikation mit 25 in 4procentige Kapitalien umzuwandeln; 3) es seien diese Kapitalien bei Besitzveränderungen sogleich, außerdem aber erst nach Ablauf von 10 Jahren aufkündbar, wenn bis dahin die Heimbezahlung im Einverständniß zwischen Gläubiger und Schuldner nicht erfolgt sein wird. Auf solche Weise halte ich die nun einmal nicht länger aufzuschiebende Befreiung von Grund und Boden ohne Rechtsverletzung und, was mir mit am wesentlichsten erscheint, ohne künstliche Mittel für ausführbar; von welchen Grundsätzen hoffentlich denn auch jener Gesetzentwurf ausgehen wird, welcher bei der Kammer unserer Abgeordneten demnächst zur Vorlage kommen soll. Hth.

(Würzburg, den 18. April.) Durch höchste Entschließung des Staatsministeriums des Innern ist die Bildung eines freiwilligen Landwehr-Korps durch die Studirenden der hiesigen Universität zum Zwecke der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit dem Beifügen genehmiget worden, daß dieses Korps mit selbst gewählten Führern der dahier bestehenden aktiven Landwehr sich anzuschließen, und unter den Befehlen des Landwehr-Kommandanten zu stehen habe. — Zugleich ist das königliche Kriegsministerium jenseits ersucht worden, die Abgabe der nöthigen Waffen baldmöglichst anzuordnen, wobei demselben das von mehreren in das königliche Heer eingereihten Studirenden angebrachte Gesuch, daß es ihnen gestattet werden möge, statt im Garnisonsorte, in Würzburg die Waffenübungen vorzunehmen, zur thunlichsten Berücksichtigung empfohlen worden ist. (N. W. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 15. April.) Der heutigen Sitzung der 50er präsidirte Hr. Abegg, da Soiron noch nicht aus Karlsruhe zurückgekehrt ist. Eisenmann wohnte der Sitzung des Ausschusses zum ersten Male, Prof. Endlicher zum letzten Male bei, da er nach Wien zurück muß. Dafür ist Hr. Hübner, Repräsentant des österr. Lloyd, eingetreten, da der einberufene Hr. Schwarzer nicht eintreffen kann. Eine ausführliche Debatte erzeugte der Antrag des Riegolewski, einer Colonne von 500 Polen von Straßburg durch Deutschland ohne Waffen den Marsch zu gestatten und zwar auf Kosten der Regierungen. Der Ausschuß verwendet sich in Folge eines Beschlusses bei dem Bunde, um rasch das Gesuch der Polen zu erfüllen. (N. Würzb. Z.)

Preussen. (Posen, 13. April.) Nach heute eingetroffenen näheren Nachrichten haben in Cerniejewo (auf der Straße von Gnesen nach Wreschen), in Nekla und bei Kurnik Gefechte mit preussischen Truppen stattgefunden. [1]) In Cerniejewo wurde dem Generalmajor v. Hirschfeld der Eingang verwehrt und seine Truppen mit Flintenschüssen empfangen, darauf ließ der General sofort Kanonen auffahren und vier Schuß abfeuern, alsdann mußten die Blücherschen Husaren einhauen und jeder Widerstand war gebrochen; an den beiden andern Orten soll ebenfalls die Gegenwehr bald gehoben worden sein. [2]) Unsere Vorposten stehen denen der Insurgenten dicht gegenüber, sie bilden einen Halbkreis vor Schroda, nur die Seite nach der russischen Grenze ist offen gelassen. [3]) Der kommandirende General, mit dem jetzt Willisen einverstanden, hat als Ultimatum bestimmt, daß, wenn nicht heute Mittag sämmtliche Waffen gestreckt wären, die feindlichen Operationen gegen Schroda beginnen würden. [4]) Vorgestern war es auch schon so weit, daß Geschütze auffuhren und die Kolonnen anfingen, sich dicht vor Schroda zu entwickeln, als General Willisen noch einmal aufs Parlamentiren einging und er in Folge dessen im Einverständniß mit Colomb, die gestern schon berichtete dreitägige Frist zum Auseinandergehen gewährte. Dieses zunächst war der Grund, der die Truppen gegen den General so übel stimmte. Wodurch die deutsche Bevölkerung auf Willisen so gehässig gestimmt wurde, hat folgende natürliche Beweggründe: es sind die ungetheilten Sympathien für die Polen, denen er, durch seine gewaltigen Vollmachten in Stand gesetzt, die Herrschaft der Provinz in die Hände zu geben gesonnen schien; und in der polnischen Herrschaft glaubt der hiesige Deutsche seinen völligen materiellen Ruin zu sehen. Bei seinem heutigen Abgange nach Wreschen, wo er das Möglichste zur Streckung der Waffen ebenfalls thun will, mußte v. Willisen durch Bürgerwachen geschützt werden. Der General Colomb soll seinen Truppen ein entschiedenes Einschreiten im Interesse der Deutschen mehrmals fest zugesichert und sich dabei auf sein Manifest vom 11. April berufen haben. — Heute gehen noch ein Bataillon Landwehr und 2 Geschütze von hier ab. (Bresl. Z.)

(Posen, 14. April.) Schroda ist von den Insurgenten geräumt, indessen nicht in einer Weise, die zur Beruhigung der Provinz dienen kann. Sie haben nämlich nicht die Waffen niedergelegt, sondern sind mit denselben in das Lager von Wreschen gezogen, so daß dieser Ort jetzt den Centralpunkt der Insurgentenmacht bildet. In die Kreisstadt Schroda sind unsere Regierungs-Behörden wieder eingesetzt, und zwar ist als Landrath ein Herr von Saczeski vom Ober-Präsidium bestellt worden, da der bisherige, Hr. v. Schmidt, nicht mehr zurückzukehren wünscht. Unsere Truppen sind den Insurgenten sofort nachgezogen und haben sie in Wreschen, bis auf den Ausweg nach der russischen Grenze völlig umschlossen. Ueber den innern Zustand im dortigen Insurgentenlager haben unsere Behörden folgende Nachrichten: Es sind daselbst verschiedene Parthieen entstanden, welche sich feindlich gegenüberstehen und sich vielleicht gegenseitig vernichten werden. Ein Theil will kapituliren, der andere nicht. Die adeligen Anführer können ihre Untergebenen nicht mehr bändigen. Es soll schon Blut geflossen sein. Die abentheuerlichen Versprechungen vermochten den gemeinen Polen, die Sense zur Hand zu nehmen; jetzt, wo er anfängt, seine Thorheit zu begreifen, läßt er seine Rache an dem Edelmann aus. Unter solchen Umständen ist es möglich, daß der Angriff unserer Truppen auf die Insurgenten, indem heut auch für Wreschen, die Capitulation zu Ende geht, von sehr günstigem Erfolge sein wird. Wird angegriffen, so ist natürlicherweise nicht mehr an die bisherigen Capitulations-Bedingungen zu denken, Alles muß die Waffen strecken, und die Anführer fallen der Strafe des Gesetzes anheim. — Die Post, welche von Warschau durch Wreschen kam, ward an letzterem Orte geplündert und kam gestern hier mit abgerissenen Adlern an, die sich an den Thürflügeln befinden. — Ueber die Ereignisse in Trzemeszno wissen wir jetzt folgendes Nähere. Der Oberst von Herrmann rückte an der Spitze des 14. Regiments vor einigen Tagen daselbst ein, als seine Truppen plötzlich aus verschiedenen Häusern mit Flintenschüssen empfangen wurden; nachdem er darauf den Befehl zur Erstürmung der Häuser gegeben hatte, kam eine Staffette an, welche die Nachricht von der durch Willisen abgeschlossenen Capitulation ihm überbrachte. Der Oberst wurde dadurch genöthigt, die Stadt sofort zu verlassen — und nun begannen die schauderhaften Gräuel. Diese Capitulation überlieferte, da die Sachen schon bis zum Aeußersten gediehen waren, die wehrlosen Deutschen der rohen Rache der Polen. Unsere Truppen standen ihnen an allen Punkten an jenem Tage schon gegenüber, am Abende wären die Insurgenten sämmtlich wehrlos gewesen, und die Ruhe der Provinz hergestellt. Statt dessen gab der General den Polen Zeit, sich zu verstärken, und sich an den Deutschen zu rächen. Schauderhafte Morde sollen in Trzemeszno vorgefallen sein. Jetzt, aber zu spät, sieht Willisen sein Unrecht ein; wir hören, daß er seine Mission aufgegeben hat. — Angriffe auf unsere Truppen sind an den verschiedensten Punkten erfolgt, in der Nähe von Posen, in Schrimm, Kurnik und andern Orten. Stets wurden die Angreifenden mit großem Verlust zurückgeschlagen oder gefangen. Obwohl jetzt in Posen selbst, wo sich noch viele Polen befinden, und von außerhalb kein Angriff gegen dasselbe erfolgt ist, hatte man bisher immer noch Befürchtungen, da jetzt wenig Militär hier steht, indessen der Respekt vor der Energie des General Steinäcker schreckt zu sehr zurück. Polen aus Paris sind gestern hier angekommen, von denen man glaubt, daß sie Absichten haben, einen Sturm auf Posen oder in Posen zu organisiren. Von den Geistlichen wußte man, daß sie die Absicht hatten, das Sturmläuten der Glocken nicht zu verhindern. Der Erzbischof soll dem General Steinäcker erklärt haben, daß es nicht in seiner Macht stände, demselben Einhalt zu thun; da erwiderte der General: zwölf Mortiere sind jeden Augenblick auf Ihren Palast gerichtet. Beginnt das Sturmläuten im Dom, so fallen die Bomben in ihr Palais. Darauf versicherte jener, daß er alles Mögliche thun würde, das Läuten zu verhindern. (Bresl. Z.)

Italien.

(Mailand, den 15. April.) Die Unterhandlung mit dem österreichischen Befehlshaber von Peschiera hat zu keiner friedlichen Lösung geführt. Der Kommandant wollte mit Sack und Pack, Trommel und Fahne und mit allen Kriegsvorräthen ausziehen; der piemontesische General dagegen verlangte, daß nur die Officiere den Säbel behalten sollten; die Truppen sollten zum Rückzug nach der Heimath (nicht zur österreichischen Armee) einen von uns vorzuschreibenden Weg, ohne Waffen, einschlagen, auch sollte alles Festungsgeschütz zurückgelassen werden. Von keiner Seite wurden die Vorschläge angenommen, und somit hat mit dem 13. früh die regelmäßige Beschießung Peschiera's begonnen. Nach einer gestern Abend erhaltenen Staffete war eine Bresche schon offen, und wir erwarten stündlich die Nachricht der Besetzung. (A. A. Z.)

---

[1]) In Trzemeszno und Wolajewo bei Obornik haben schauderhafte Gemetzel stattgefunden, indem die dortigen Polen über die wehrlosen Deutschen hergefallen sind. Die Nachricht ist verbürgt

[2]) Anderweitige Nachrichten über diese letztgedachten Vorfälle haben wir nicht erhalten, und sehen wir daher der Bestätigung entgegen. Red.

[3]) Vergl. ** Posen, 14. April. Red.

[4]) Nach Obornik soll auch ein Theil unserer Truppen gegangen sein, und, wie wir eben hören, sollen schon Gefechte dort stattgefunden haben.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22. April 1848. № 113. Samstag: Sother.

„Daran erkenn' ich meine Pappenheimer."

Schillers Wallenstein.

Daß es bei den gegenwärtigen großen Weltereignissen, in denen der eiserne Tritt des Schicksals, jedem nicht ganz trüben Ohre, ziemlich vernehmlich klingt, noch genug Leute gibt, die dadurch nichts vergessen haben und — auch nichts lernen werden, beweißt uns der sehr naive Ausspruch eines kgl. Reichsrathes, in einer der jüngsten Kammersitzungen zu München. Bei Gelegenheit der Frage: ob wegen früherer politischer Vergehen Verurtheilte wahlfähig wären oder nicht, stimmt H. Reichsrath S. gegen die Zulassung solcher Männer, indem Hochverrath und Majestätsbeleidigung die größten Verbrechen wären, die er kennt. — Wir geben zu, Hochverrath (Volksverrath) ist allerdings ein großes Verbrechen, die Majestätsbeleidigung möchten wir aber doch näher in das Auge fassen und weil sich die Legimität oder der Absolutismus so gerne auf göttliche und historische Rechte stützt, so nehmen wir dieselbe Basis fur unsere Ansicht an. Von dem christlichen Standpunkte aus, steht Gott höher, als die Fürsten! In Rußland mag das anders seyn; bei uns wurde es bis jetzt wenigstens so gelehrt. Aber hört! Im vorigen Jahre wurde in Preussen ein Bauer wegen Gotteslästerung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt; wenn es eine Majestätsbeleidigung gewesen wäre, so würde er nicht so weggekommen seyn, er hätte wenigstens drei Mal so lange sitzen müssen, und wäre dann noch lange unter besonderer polizeilicher Aufsicht geblieben. Sie sehen, hier kommt der liebe Gott offenbar zu kurz, wir glauben, daß auch der raffinirteste Theolog nichts anderes herausbuchstabiren können wird. Die Demuth, wie sie uns eingebläut wurde, möchten die gekrönten Häupter am allerwenigsten auf sich anwenden. Sehen wir nun in die Geschichte, so finden wir unter den früheren gewaltigen Herrschern Deutschlands nicht einen, welcher den Götzendienst seiner Person so weit trieb, daß er sich über Gott erhob; in einer Zeit, wo das Volk noch viel ungebildeter war. Karl der Große und die edlen Hohenstaufen, auf die wir immer noch mit Stolz blicken, kannten diese kleinliche Tyrannei des freien Wortes nicht, und wußten sich ihr Ansehen dennoch besser zu erhalten. Das wahrhaft Würdige und Große kann nicht verunglimpft werden. — Das bisherige Verfahren gegen sogenannte Verbrechen wegen Majestätsbeleidigung ist hart und grausam, läßt sich weder von dem Standpunkte der Religion noch der Vernunft rechtfertigen, ja es ist den Ketzergerichten des Mittelalters gleichzustellen; jene waren für religiöse, diese für politische Freidenker. Für den gebildeten Mann ist die Strafe des Gefängnisses von 16 und mehr Jahren größer, als ein gewaltsamer Tod! — Um auf den Hrn. Reichsr. S. nochmals zu kommen, so glauben wir, daß er den meisten unserer Leser nur ein mitleidiges Lächeln abgezwungen hat; auch wir hassen solche Leute nicht, müssen aber bedauern, daß ein solcher Mann, dem, wie vielen seines Schlages, statt der Intelligenz und dem Deutschsinn großer Ahnen nichts geblieben ist, als der besternte Rock, die Pudeltreue und der Trieb der Selbsterhaltung — die Interessen eines Staates mit berathen soll und darf.

M—r.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 20. April.) Die Kammer der Abg. hielt gestern ihre zwölfte öffentliche Sitzung, Nachmittags 4½ Uhr, wobei die k. Staatsminister der Finanzen, der Justiz und des Cultus, dann mehrere Ministerialräthe gegenwärtig waren. Nach Verlesung des Einlaufs, welcher 53 Nummern enthält und des Protokolls der vorigen Sitzung richtet Dr. Müller eine Frage an den Ministertisch, in Bezug auf die Besteuerung im Kreise Aschaffenburg, wo die Steuern nach Gemeinden vertheilt seyen, und in diesen Manche, welche keine Steuern zu bezahlen brauchen, z. B. Künstler, unrechtmäßiger Weise von den Wahlen ausgeschlossen wären. Min. Heintz erklärt, daß die Regierung Willens sey, die Wahlfähigkeit so weit als möglich auszudehnen, wie dieß z. B. in Bezug auf die Offiziere bereits geschehen sey; übrigens ressortire diese Frage ins Ministerium des Innern, welches davon unterrichtet werden solle. Der Justizminister übergibt hierauf folgenden Gesetzentwurf „Einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahr 1813 betr." Se. Maj. der König haben in der Absicht, mittelst einiger Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 den Landestheilen diesseits des Rheins noch vor dem Erscheinen der neuen, das ganze Königreich umfassenden Strafgesetzgebung die Vortheile einer mündlich-öffentlichen Strafrechtspflege mit Schwurgerichten zu gewähren und zugleich einen den gegenwärtigen Anforderungen an die Strafgesetzgebung nicht mehr entsprechende Strafarten zu beseitigen, nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im §. 7. Tit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen: Art. 1. Durch unverzüglich zu entwerfende Gesetze sollen diejenigen Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 und der bestehenden Gerichts-Organisation getroffen werden, welche nothwendig sind, um in den Landestheilen diesseits des Rheins ein mündlich-öffentliches Strafverfahren mit Schwurgerichten einzuführen. Diese Gesetze sollen jedoch nur bis zur Einführung der neuen allgemeinen Strafgesetzgebung wirksam seyn, und der Revision der künftigen Ständeversammlung unterstellt werden. Art. 2. Durch diese Gesetze soll die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Verhandlungen bei allen Verbrechens- und Vergehens-Fällen eingeführt werden, und eine Beschränkung der Oeffentlichkeit darf nur dann stattfinden, wenn das Gericht dafür hält, daß durch die Verhandlung Aergerniß oder Verletzung des Schamgefühls entstehen werde. Art. 3. Den Schwurgerichten werden durch diese Gesetze einstweilen die mit Todes-, Ketten- oder Zuchthaus-Strafe bedrohten Verbrechen, desgleichen die durch Mißbrauch der Presse verübten Verbrechen und Vergehen zugewiesen werden. Alle übrigen Verbrechen und Vergehen werden in erster Instanz von Bezirksgerichten, wozu vorläufig die Kreis- und Stadtgerichte und nöthigenfalls Landgerichte mit verstärktem Richterpersonale zu bestimmen sind, in zweiter Instanz von den Appellationsgerichten abgeurtheilt. Art. 4. Zur Prüfung der im Art. 1 bezeichneten Gesetzentwürfe sollen besondere Ausschüsse nach der Vorschrift der Art. 2 bis 5 des Gesetzes über die Behandlung neuer Gesetzbücher gewählt werden. Art. 5. Diese Ausschüsse erhalten von der Ständeversammlung die Vollmacht, in ihrem Namen die Zustimmung zu den zu machenden Gesetzen zu ertheilen. Sie treten zu dem Ende nach dem Schlusse der Ständeversammlung in Thätigkeit, sind jedoch nicht befugt, andere Verhandlungen vorzunehmen. Art. 6. Mit dem Tage der Bekanntmachung des gegenwärtigen Gesetzes treten die in dem Strafgesetzbuche im Jahr 1813 enthaltenen Vorschriften über körperliche Züchtigung, Widerruf u. Abbitte vor dem Bildniß des Königs außer Wirksamkeit. Statt dieser Strafen soll, je nachdem sie als Hauptstrafen oder nur als Schärfungen zu verhängen wären, auf verhältnißmäßiges Gefängniß oder auf eine andere Schärfungsart erkannt werden. Eben so soll in denjenigen Fällen, in welchen die körperliche Züchtigung als Ungehorsamsstrafe im Untersuchungsverfahren angedroht ist, eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe, und wenn der Ungehorsame sich schon im Verhafte befindet, eine Schärfung des Gefängnisses eintreten. Art. 7. Die Staatsminister der Justiz, des Innern und der Finanzminister sind mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragt, sie haben zu dem Ende die für Formalitäten der Strafgerichte, sowie für Einführung und allmählige Entwickelung des Instituts der Staatsanwaltschaft erforderlichen Einrichtungen und Anordnungen auf dem Wege der Verordnung zu treffen. Der Staasminister der Justiz wird ermächtigt, selbstständige Untersuchungsrichter aufzustellen, und zur Bildung der öffentlichen Gerichtsverhandlungen, sowie zur Durchführung der Anklagen, Räthe des Justiz-Ministeriums, welche bereits das Richteramt bekleidet haben, deßgleichen Räthe des Oberappellationsgerichts und der Appellationsgerichte temporär abzuordnen. Mit Durchführung der Anklagen kann er auch Staatsanwälte und deren Substituten aus dem pfälzischen Kreise beauftragen. Gegeben München den .... April 1848. Für den Entwurf: Thon Dittmer. Heintz. Lerchenfeld.

Der Referent des 1. Ausschusses hielt hierauf einen Vortrag über das Gesetz „die Freiheit der Presse." Der Ausschuß hat nach gepflogener Berathung folgende Beschlüße gefaßt: Der Eingang und §. 1. wurden einstimmig unverändert angenommen; zu §. 2. schlug Referent folgende Modifikation vor: vor dem Worte „abhängig" soll beigefügt werden: „eben so wenig kann von Verfassern, Herausgebern oder Druckern eine Sicherheitsbestellung verlangt werden, außer in Folge eines Richterspruches." Dieser Zusatz wurde von sämmlichen übrigen Votanten abgelehnt, weil das System der Cautionen bisher in Bayern durchaus nicht zu den gesetzlichen Präventiv-Maßregeln gegen die Presse gehört habe, und ohne eine neue gesetzliche Vorschrift nicht eingeführt werden könne, weßhalb es nicht nothwendig sei, gegen dasselbe ein gesetzliches Veto einzulegen, und nicht räthlich, jetzt schon eine bedingte Zulassung dieses Systems auszusprechen; §. 3. und 4. wurden einstimmig angenommen. Bei der Berathung des §. 4. wurde zwar anerkannt, daß die Ordnung des öffentlichen Dienstes und das Wohl des Landes für manche Angelegenheit die strenge Beobachtung amtlicher Verschwiegenheit unerläßlich erfordere, daß jedoch die jetzt bestehenden Dienstes-Vorschriften nebst den gesetzlichen Bestimmungen des bayerischen Strafgesetzbuches Theil I. Art. 4, 141 und 142 den Ideen einer freisinnigen Zeit durchaus nicht entsprechen. Vielmehr enthalten die erwähnten Vorschriften und Gesetze solche Bestimmungen, welche mit einem öffentlichen und volksthümlichen Staatsleben durchaus unvereinbar sind, und in der Wirklichkeit um so weniger beobachtet werden, als sie mit ängstlicher Geheimthuerei mehr fordern, als recht und billig ist. Es wurde deßhalb beschlossen, am Schlusse des Entwurfes einen hierauf bezüglichen Antrag beizufügen. Die §§. 5. und 6. wurden einstimmig angenommen. Zu §. 7. wurde vom Referenten vorgeschlagen, statt des Ausdruckes „Polizei der Presse" den Ausdruck „Beaufsichtigung der Presse" zu gebrauchen, was jedoch einstimmig als unerheblich und nicht den richtigen Sinn gebend abgelehnt wurde. Es wurde hierauf der Vorschlag gemacht, dem Artikel folgende Fassung zu geben: „Bei Polizei-Uebertretungen, welche durch die Presse begangen werden, sowie bei Uebertretungen gesetzlicher Vorschriften über Presse und Buchhandel steht die Strafgerichtsbarkeit nicht den Polizeibehörden, sondern den Gerichten zu."

Durch diese Fassung sollte ausgedrückt werden, daß alle über den Gebrauch der Presse und über die Ausübung des Buchhandels möglicherweise zu erlassenden Staatsvorschriften, nur gesetzliche Vorschriften, nicht polizeiliche Verwaltungsvorschriften sein dürften. Für diese Fassung sprachen sich 5 Stimmen aus; die Majorität, gebildet durch die übrigen Stimmen beschloß die Beibehaltung der Fassung des Entwurfes. Die §§. 8., 9. und 10. wurden in der ursprünglichen Fassung beibehalten. Zu §. 11. wurde folgende Fassung vorgeschlagen: „Der §. 6. des gegenwärtigen Gesetzes tritt erst mit dem Erscheinen des neuen Gesetzes über das Strafverfahren in Wirksamkeit; bis dahin bleiben die bisherigen Gesetze hie-

rüber in Geltung. So lange in dem zu erlassenden allgemeinen Polizei-Straf-Gesetzbuche nichts anderes hierüber bestimmt ist, erfolgt die Untersuchung und Aburtheilung der im §. 7. erwähnten Uebertretungen in den Kreisen diesseits des Rheines nach den für Behandlung von Polizei-Strafsachen bestehenden Bestimmungen durch die unmittelbar königl. oder standesherrl. Gerichte, in deren Bezirk die Uebertretung verübt wurde, mit Zulassung der Berufung innerhalb 14 Tagen an das einschlägige Appell.-Gericht.«

Bei der allgemeinen Debatte nehmen Theil die Abgeordneten Deininger, Wirth, Schnetzer, Stockinger und Schwindl, welche Grabreden für die hingeschiedene Censur und die wiederauferstandene Preßfreiheit Lobreden halten. Die spezielle Debatte wird nun eröffnet. §. 1. Dr. Ruhland übergab eine Modifikation folgenden Inhalts: am Schlusse »anstatt aus dem Druck zu setzen »Aus den Pressen des In- und Auslandes" welche er motivirt. Dem Referent erscheint dieser Antrag unbedenklich, welchen die Kammer annimmt, dem so motifizirten §. 1 wird einstimmig beigepflichtet. §. 2. Hiezu kommen Modifikationen des Pfarrers Ruhland und Ramoser. Ersterer beantragt statt »Schriften" zu setzen „Erzeugnisse der Presse« und am Schlusse einzuschalten „von den zum Druck bestimmten Erlassen und Schriften der geistlichen Obern. Der Antragsteller motivirt seine Modifikation; wenn ein Bischof in einem Katechismus eine Aenderung vornehmen wollte, so würde dieser §. ihm entgegen treten. Freiheit sey allen Kirchen gleichmäßig. — Die Modifikation des Pfarrer Ramoser geht dahin, statt „von Schriften politischen und statistischen Inhalts« zu setzen von allen periodischen Schriften. Es gebe auch, bemerkt der Antragsteller, Kirchenzeitungen, denen kein Zwang aufgelegt werden dürfe. Dies Vertrauen setze er zwar in das gegenwärtige Ministerium, aber man habe sich zu oft schon an den bloßen Buchstaben gehalten. Der Kultusminister beanstandet diese Modifikation keineswegs, es soll allen gleich Recht zu Theil werden. Schwindl unterstützt die Modifikation des Pfarrers Ramoser, auch den ersten Theil des Antrags des Pfarrer Ruhland, nicht aber den zweiten Theil, gegen welchen ein verfassungsmäßiges Gesetz bestehe, es handle sich, ob die Kirche befugt sey, ohne Zustimmung der weltlichen Obern kirchliche Anordnungen zu treffen, die Kirche bilde noch immer einen kleinen Staat im Staate. Dekan Vogel spricht der kirchlichen Freiheit das Wort, der katholischen Kirche dürfen künftig keinerlei Beschränkungen aufgelegt werden, daß volle Freiheit in kirchlicher Beziehung für alle durch ein Gesetz hergestellt werden müsse, dafür müssen Katholiken und Protestanten stimmen, doch halte er die Modifikation des Pfarrer Ruhland nicht für erheblich. — Dekan Bauer spricht sich über die Eskamotirung des Pfarrer Ruhland mit Bewundern aus. Von der einen Seite werde eine Freiheit der Kirche in Anspruch genommen, die für die andere eine Knechtung ist. Das Placetum regium lasse sich nicht wegnehmen. Erst seit die katholische Kirche in Bayern nicht mehr die herrschende ist, will sie die allgemeine Freiheit der Kirche. Redner verbreitet sich über das Wesen und die Anwendung des Placetum regium, und deutet endlich manche Verhältnisse an jenen Orten an, wo Katholiken und Protestanten neben einander wohnen, namentlich die Begräbnisse von Protestanten, wovon er Beispiele nicht anführen wolle, aber auffordern, ob man ihm gewisse Thatsachen wiederlegen könne.

Dek. Vogl hält eine kirchliche Diskussion nicht für gerathen, er habe für gleiche Berechtigung aller Culte zu jeder Zeit gesprochen, es werde dieß auch sein Votum bei der Kniebeugungsfrage beweisen. Die katholische Kirche habe das placetum regium nur in dem Sinn angenommen, wo es sich um eine Beschränkung der Kirche handle. Dek. Ruhland: so eben erfahre man den Beweis, daß man den Bischöfen ihr Recht nicht nehmen wolle. Professor Edel: Mit dem placetum regium hätte man keine Kirche stiften können, man dürfe der katholischen Kirche die vollste Freiheit nicht entziehen. Stockinger tritt der letzten Modifikation des Pf. Ruhland entgegen. Man solle in diesem Gesetze nur das aufnehmen, was zur Begründung des Grundsatzes gehöre. Was den einen Culten noch nicht gewährt werde, dürfen die andern nicht in Anspruch nehmen, Geburt, Ehe und Tod — wird dieß dem Staat überlassen, oder dem Clerus? — Man möge daher diese unzeitigen Fragen jetzt beseitigen. Rabl spricht sich gegen die Modif. aus. Rammoser bemerkt, daß in seiner Modif. nichts versteckt sei, er wollte nur für die Kirchenzeitungen die Freiheit beantragen. Christmann spricht sich gegen die Modif. des Abg. Ruhland aus. Der 1. Präsident bemerkt, da es anfängt, dunkel zu werden, so wollen wir die Berathung einstweilen sistiren (Allgemeine Heiterkeit). In der That ist über diese theologische Debatte die Nacht hereingebrochen. Dek. Deininger ist für selbstständige Stellung der Kirche, eine Lostrennung derselben aber vom Staate könne man doch nicht so en passant abmachen, wie dieß durch die Modif. des Pfarrer Ruhland geschehen, er bittet deßhalb den Antragsteller, seine Anträge auf eine bessere Zeit zu verschieben. Pfarrer Ruhland: wenn Preßfreiheit sei, so müssen auch die Bischöfe befugt sein dürfen zu drucken, was sie wollen. Dek. Bauer appellirt an die Logik des Pf. Ruhland, es handle sich um Freiheit der Presse. Pf. Ruhland aber wolle die Freiheit zu befehlen, was jeder Bischof wolle. Ein solcher werde nie gehindert, sein Gedichte, Predigten u. dgl. drucken zu lassen, er stimmt dem 1. Theil seiner Modif. und der des Pfar. Rammoser bei. Dek. Scholler: Durch ganz Deutschland gehe jetzt eine große kirchliche Bewegung, die Parteien scheiden sich, die einen halten bis zum kleinsten Buchstaben fest, die andern verwerfen selbst die Fundamente des christlichen Glaubens. Wenn diese Partheien ihre Tendenzen wie bisher verfolgen, dann müssen sich die Sekten vervielfältigen und der Staat wird sie nicht mehr beaufsichtigen können. Wenn die bisherige Aufsicht gemildert oder ganz aufgehoben werden soll, dann muß eine Auseinanderscheidung vorangehen. Die Frage, so richtig sie ist, sollte heute uns nicht beschäftigen, da die auf der Tagsordnung befindliche Frage und diese zwei heterogene Gegenstände sind. Min. v. Beisler: Das Ministerium wird kein protestantisches und kein katholisches, sondern ein christlich-konstitutionelles sein, und jeder Kirche ihre Rechte sichern. Die Modif. des Pf. Ruhland werfe aber eine Frage auf, die nicht incidenter abgemacht werden könne. Sie wird auch noch zur Diskussion kommen. Das placetum regium kann nicht aufgehoben werden. Die Kirche kann alle Erlasse veröffentlichen, so lange und so weit sie dazu befugt sei. Rammoser erklärt sich für das eben Vernommene, er unterscheidet wohl zwischen den verschiedenen Arten von Schriften, die ein Bischof schreibe.

Prof. Edel spricht den Wunsch aus, daß Pfarrer Ruhland seine Modif. an diesem Orte zurücknehme, wenn wir diesem Gegenstand jetzt nicht folgen, so möge man nicht glauben, daß man ihn fallen lasse. Möge nur mit den freisinnigen Maaßregeln nicht zu lange gewartet werden. In Bezug auf die neuen Gesellschaften ist eine rasche Entscheidung nöthig. Pfarrer Ruhland fühlt sich durch den Gang der Verhandlung gleichfalls überrascht, nimmt aber seine Modif. unter feierlichem Vorbehalt, sie ein andermal vorzubringen, zurück. Der Ref. findet die erste Modif. des Pf. Ruhland unbedenklich, aber auch überflüssig und ist deshalb gegen die Annahme. Auch könnte sie gebracht werden, um die zweite genommene Modif. anzuwenden. Die Modif. des Pfarrer Rammoser scheint ihm eine Verbesserung der Redaktion des Gesetz-Entwurfs, deren Annahme er empfiehlt. Die zwei Modif., die erste des Pf Ruhland und die des Pf. Rammosers erhalten sofort die Zustimmung der Kammer. §. 2 wird mit diesen 2 Mod. §. 3 und 4 in der ursprünglichen Fassung ohne Debatte angenommen. Der neu eintretende Finanzminister übergibt einen Gesetz-Entwurf über Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Ablösung. (Die Aufhebung der Gerichtsbarkeit geschieht ohne Vergütung, die Ablösung durch Erlag der 18fachen Erlegung des jährl. fixirten Betrags; die Staatskassa opfert 4 Mill. und verliert alljährl. 2 Mill., das verloren gehende Kapital könne man auf 100 Mill. anschlagen). Der Hr. Minister übergibt ein zweites Gesetz, »Ablösung der Lehenbande« betr., welches nur eine Ergänzung des vorhergehenden Gesetzes ist.

Gesetz-Entwurf die Ablösung des Lehenbandes betr. Se. Majestät der König haben nach Vernehmung des Staatsrathes mit Beirath und Zustimmung Allerhöchst Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, unter Beobachtung der §. 7 Tit. X der Verf.-Urk. vorgeschriebenen Formen, beschlossen und verordnen, wie folgt: Art. 1. Alle lehenbaren Güter gehen gegen Uebernahme einer, der gesetzlichen Lehenreichniß entsprechenden jährlichen Abgabe, in das volle Eigenthum der Vasallen über. Art. 2. Ausgenommen sind: a) die thronlehenbaren Würden, b) jene Lehen, welche auf kgl. Dotation oder auf Staats-Verträgen beruhen, so ferne denselben nicht ein Rechts-Anspruch zu Grunde liegt. c) Ausgenommen bleiben ferner diejenigen Lehen-Güter, welche auf dem Heimfalle stehen. Als auf dem Heimfalle stehend sind jene Lehen zu betrachten, welche nur noch auf vier Augen stehen, wenn Besitzer und beziehungsweise Anwärter bereits das fünfzigste Lebensjahr erreicht haben. Art. 3. Lehen, welche urkundlich als aufgetragene (feuda oblata) nachgewiesen werden, verwandeln sich in volles Eigenthum ohne Entgelt. Art. 4. Die im Art. 1 bestimmte jährliche Abgabe besteht im zehnten Theile der einfachen Lehen-Taxe und nimmt die Eigenschaft eines Bodenzinses an. Sie ist ablösbar nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Fixirung und Ablösung von Grundlasten. Art. 5. Die fideikommissarischen Verhältnisse der Lehen, so wie Berechtigungen zur Erbfolge werden hiedurch nicht verändert. Art. 6. Wenn auf einem Lehengute ausser den gesetzlichen Lehengebühren noch andere Reichnisse, z. B. Canon, Gilt &c. haften, so richten sich solche nach den Bestimmungen des Gesetzes über Fixirung und Ablösung von Grundlasten. Art. 7. Die Staats-Minister des kgl. Hauses und des Aeussern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München den ... April. Für den Entwurf (L. S.) Frhr. v. Lerchenfeld. Graf v. Waldkirch.

Gesetzentwurf über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten. S. Maj. der König haben auf Antrag der Staatsministerien des Innern und der Finanzen und nach Vernehmung des Staatsraths mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs, und unter Beobachtung der in Tit. X. §. 7. der Verf. Urk. vorgeschriebenen Formen, beschlossen und verordnet, wie folgt. I. Abschn. Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und der Patronatsrechte Art. 1. Die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit wird ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben. Dieselbe hört auf mit dem 1. Juli 1848, von welchem Tage an die standes- und gutsherrlichen Gerichtsbeamten und Diener und die Pensionen aus pragmatischen Anstellungen solcher Beamten unter den Anstellungsbedingungen und Pensions-Normen, die am 12. April 1848 bestanden, vom Staate übernommen werden. Art. 2. Die Aufhebung der gutsherrlichen Patronatsrechte und die Regelung der auf denselben haftenden Lasten bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten. II. Abschn. Aufhebung der auf dem Boden haftenden Lasten und Abgaben. Art. 3. Alle Natural-Frohndienste, gemessene wie ungemessene, werden ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben; damit cessiren auch alle Gegenreichnisse für dieselben. Art. 4. Die Erhebung des Mortuariums (Besthaupt) cessirt ohne Entschädigung. Art. 5. Der Blutzehent und der noch nicht zur Erhebung gekommene Neubruchzehent hören ohne Entschädigung der Berechtigten auf. Art. 6. Die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Eigenthum, wie es bisher bestand und über die künftige Ausübung der Jagd wird durch Gesetz bestimmt werden. Art. 7. Alle rein persönlichen, nicht auf Grund und Boden haftenden Abgaben an den Grund- oder Gerichtsherrn hören ohne Entschädigung der letzteren auf, insbesondere die Kanons- u. Ordinari-Steuer, die Kleinhantlöhne, Handlohnsgebühren, die Zehentabzugsgelder, Zehentpacht-Ratifikations-gebühren, Gebühren für Ertheilung gutsherrlicher Consense, die Kammerneuern, Reutersteuern und Reuter-Anlagen, das Meistergeld, Wandergeld, Bürgergeld, Judenbegräbniß-Geld, Kleppergeld, Gansgeld, Hundefütterungsgeld, Aculterien und Formikations-Strafen, das Ungenossen-Recht, die Nachsteuer, das Ramptions-Herbergs- und Schutzgeld, namentlich der Juden, die Gewerbs-Recognition, das Einzuggeld, Siegelgeld, Herdgeld. Art. 8. Die übrigen, im Eigenthum der Privaten der Stiftungen und Communen, befindlichen Grundgefälle gehen unter den nachfolgenden Bestimmungen in das Eigenthum des Staates über. III. Abschn. Fixirung unständiger Grundlasten. Art. 9. Alle nicht durch Abschnitt II dieses Gesetzes aufgehobenen unständigen Gefälle und Zehenten, alle Besitzänderungs-Abgaben, dann alle Holzrechte sind sofort zu fixiren, das heißt, in eine jährliche unveränderliche Abgabe von den pflichtigen Grundstücken umzuwandeln. Alle über Fixation oder Umwandlung von Frohen und Grundgefällen bereits rechtsgültig abgeschlossenen Verträge bleiben in Kraft. Art. 10. Das Zehentfixum ist eine, dem gegenwärtigen reinen Durchschnittsertrag des Zehentes gleichkommende unveränderliche Abgabe, die bei Getreid-Zehenten in den Getreidearten, in denen der Zehent bisher vorherrschend bestand, bei allen andern Zehenten in Geld ausgedrückt wird. Art. 11. Zur Ermittlung des durchschnittlichen Zehent-Ertrags wird der wirkliche Ertrag des Zehents, wie er sich durch Sammlung oder Verpachtung rechnungsmäßig ergeben hat, aus den 18 Jahren von 1828

bis 1845 erhoben. Von diesem rohen Zehent-Ertrag sind alle nach Gesetz, Vertrag oder Herkommen bisher dem Zehentberechtigten obgelegenen Lasten und Arbeiten bei der eigenen Einbringung, so auch die Ausgaben bei der Verpachtung bis zur Herstellung beziehungsweise dem Empfang der verkäuflichen Früchte, nach genauer — nöthigenfalls durch Sachverständige vorzunehmender Ermittlung und Schätzung abzuziehen. Der jährliche Durchschnitt aus den in solcher Weise hergestellten reinen Erträgnissen des Zehents während der angedeuteten Jahre ist die an die Stelle des Zehents tretende fixe Jahresabgabe. Art. 12 Hierbei werden folgende besondere Bestimmungen getroffen: 1) Läßt sich der Zehent-Ertrag nicht aus den Art. 9 bezeichneten 18 Jahren rechnungsmäßig nachweisen, so genügt eine geringere Anzahl Jahre, doch nicht weniger, als die sechs letzten bis 1845 einschließlich. 2) Fehlt diese rechnungsmäßige Nachweisung oder erhebt der Pflichtige gegen die Richtigkeit der vorliegenden Rechnungen Einwendungen, welche die Gerichte gegründet finden, so wird der Rohertrag der Grundstücke an zehentbaren Früchten durch Schätzung (unter Berücksichtigung des Grund-Steuerdefinitivums, wo es bereits besteht, sodann der Zehentrechnungen benachbarter Gutsbesitzer) ermittelt und nach ihm der Zehent berechnet; diese nach Abzug der im Art. 11 Abs. 2 bezeichneten Lasten ist das Zehentfixum. 3) Diese, wie alle übrigen in gegenwärtigem Gesetze vorgeschriebenen Schätzungen, wird durch drei Sachverständige vorgenommen, von denen der Berechtigte und der Pflichtige jeder einen, das Gericht den dritten ernennt. Unter ihnen entscheidet Stimmenmehrheit. Sind die Schätzer der Partheien verschiedener Ansicht, so entscheidet der Ausspruch des amtlich aufgestellten Schätzers; er muß sich aber immer zu den, von den Schätzern der Partheien angenommenen Größen halten. Art. 13. Bei Weinzehent ist bei Ermittlung des Durchschnittsertrags zugleich der Ertrag im ganzen Rentamtsbezirke zu berücksichtigen. Bei Heu-, Obst- und Hopfenzehent genügt auch eine kürzere Zeit als 6 Jahre, doch nicht unter 3 zur Berechnung des Durchschnittsbetrags und die Jahre, aus denen der Zehent berechnet wird, können bis zum Jahre 1847 herabgenommen werden. Art. 14. Zehentpachtverträge lösen sich mit der Zehentfixirung ohne Entschädigung des Pächters auf. Art. 15. Die fixirte Zehentabgabe nimmt die rechtliche Natur eines Bodenzinses mit den in §. 12 Ziffer 3 und 4 des Hypothekengesetzes und §. 12 Ziffer 7 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 festgesetzten Vorzügen an. Dieselbe ist an dem vertragsmäßig oder herkömmlich bestimmten Tage, in Ermanglung eines solchen spätestens am 15. Dezember jedes Jahres zu entrichten. Art. 16. Das Aequivalent für das Obereigenthum und das Recht der Erhebung einer Besitzänderungsabgabe ist bei Erbrecht und Freistift der ein und ein halbfache Betrag, bei Leibrecht, Neustift, der doppelte Betrag des letzten einfachen Antrittshandlohns, ohne Einrechnung von Kleinhandlöhnen oder Gebühren in dasselbe. Dieses Aequivalent ist mit der nächsten Besitzänderung nach Erlaß des gegenwärtigen Gesetzes fällig. Ist das bei dem letzten Gutsantritt erhobene Handlohn nicht bekannt, so ist der Gutswerth durch Schätzung (nach Art. 12 Ziff. 3) zu ermitteln, und hieraus nach dem beim Antritt üblichen Procente das einfache Handlohn zu berechnen. Von dem für das Obereigenthum hier festgesetzten Aequivalente ist bei der nächsten Besitzänderung ein ganzer Handlohnsbetrag baar zu entrichten, der Rest kann als ein zu 4% verzinsliches Bodenzins-Kapital auf dem pflichtigen Grundstücke liegen bleiben. Art. 17. Mit dieser Fixirung der Besitzänderungsabgaben consolidirt sich das Eigenthum in der Person des Grundholden und derselbe übernimmt die, der bisherigen Dominicalsteuer entsprechende Grundsteuer vom Handlohn. Art. 18. Vom Erscheinen dieses Gesetzes an darf keine Verleihung unter Vorbehalt des Obereigenthums (Leibrecht, Neustift, Freistift, Erbrecht) mehr stattfinden.

Art. 19. Holzrechte werden im Falle eines Widerspruchs über den Umfang der Berechtigung nach dem Durchschnitt der Holzabgabe in den letzten 10 Jahren bemessen. Sollte während dieser Jahre keine Holzabgabe vorgekommen sein, oder gegen die Zugrundlegung derselben Einwendung erhoben werden, so tritt Schätzung ein — bei Bauholz unter amtlicher Beigabe eines Baubeamten. Das so gefundene Holzquantum durch die Zahl der Jahre, während denen es abgegeben wurde, getheilt, gibt hier das jährliche Fixum. Die fixe jährliche Holzabgabe wird nach den Forstpreisen jeder Holzgattung aus den letzten 5 Jahren zu Geld veranschlagt. Art. 20. Hievon gehen die Gegenreichnisse der Berechtigten ab, insbesondere die bisher zu bezahlen gewesenen Holztaxen oder ermäßigten Forstpreise des Holzes. Bestand das Holzrecht blos in dem Recht des Bezuges eines Holzquantums zu den Forstpreisen, so wird dasselbe auf ein Zehentel des nach Art. 19. berechneten Durchschnittspreise festgesetzt.

Art. 21. Dieser Geldanschlag des Holzrechtes bildet einen fixen Bodenzinns, der auf dem pflichtigen Grundstückrecht und alljährlich am 15. Dezember zahlbar ist. Art. 22. Sind die Berechtigten den Besitzern der pflichtigen Forsten an Zehenten, Gilten und andern fixen Grundabgaben, dann Handlöhnen zahlungspflichtig, so kompensirt sich der jährliche Betrag der Holzrechte mit den der erwähnten Reichnisse. In diesem Falle ist nur der einer oder der andererseits sich ergebende Mehrbetrag an fixen Bodenzinsen auf die pflichtigen Grundstücke zu übernehmen. Art. 23. Die Streu- und Weidrechte in Waldungen wird das Forstpolizeigesetz normiren. (Schluß, siehe Beilage.)

△ (Nürnberg den 20. April.) Der Magistrat und das Kollegium der Gemeinde-Bevollmächtigten unserer Stadt haben in ihren heutigen Sitzungen einmüthig eine feierliche Protestation gegen den Gesetzentwurf, die Verhältnisse der Sparkassen und die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt vorliegenden Sparkassengelder betr., insbesondere gegen die u n g e e i g n e t e Art und Weise der Zurückbezahlung, der von den Sparkassenverwaltungen bei der Staatsschuldentilgungsanstalt angelegten Kapitalien u. s. w. beschlossen. Diese Protestation wird sofort an die Ständeversammlung, Kammer der Abgeordneten, abgehen.

B a d e n. (Heidelberg, den 19. April.) Hecker befand sich mit seinen Freischaaren zwischen Bonndorf und Freiburg und gestern erwartete man einen Zusammenstoß zwischen den Truppen und den Rebellen. Die Oberländer Post, die heute Morgen nach 9 Uhr anlangen sollte, ist nicht gekommen, weil der Zug, der sie bringen sollte, bei Ettlingen stecken geblieben ist; so berichtete ein abgegangener Extrazug. (D. Z.)

F r e i e S t ä d t e. (Frankfurt, 20. April.) 37. Sitzung der 17 Vertrauensmänner betreffend: 1) Die Einführung allgemeiner Volksbewaffnung. 2) Bewaffneten Schutz Deutschlands zur See. 3) Einrichtungen für Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands, ward beschlossen: Zu 1) den Regierungen diese Maßregel dringend zu empfehlen und sie aufzufordern, hierher mitzutheilen, welche Anordnungen in dieser Hinsicht getroffen seyen. Zu 2) diese Frage an eine besonders niedergesetzte Kommission zu verweisen. Zu 3) sich vorbehalten, in dieser Beziehung den Umständen gemäß zu handeln und — falls es nützlich scheinen würde, besondere Missionen zu veranstalten. Ein Antrag des badischen Gesandten, welcher dahin geht: in Gemäßheit des Art. 19 der deutschen Bundesakte allgemeine Verkehrs- und Zollfreiheit zwischen allen Staaten des deutschen Bundes einzuführen und zu diesem Zweck die Regierungen zu Absendung von Bevollmächtigten nach Frankfurt einzuladen, wird an die für diesen Gegenstand bestehende Kommission gewiesen. Aus Veranlassung einer Mittheilung der Vertrauensmänner wird von den badischen Gesandten der Antrag gestellt sämmtliche Regierungen aufzufordern, die bei der Neugestaltung des Bundes unfehlbar zu begründende exekutive Bundesgewalt bis zur Beendigung des Verfassungswerkes provisorisch jetzt schon in der Weise ins Leben zu rufen, daß von Oesterreich und Preußen je ein Mitglied und ein drittes Mitglied durch die übrigen Bundesglieder aus drei von Bayern vorzuschlagenden Kandidaten ernannt würde, welche drei Mitglieder unter eigener Verantwortlichkeit und in wichtigen Fällen nach dem Rathe der Bundesversammlung die zum Wohl des Gesammtvaterlandes nöthigen Maßregeln zu treffen, insbesondere auf Ernennung eines Bundesoberfeldherrn Bedacht zu nehmen, die gesammten Vertheidigungsanstalten und die Volksbewaffnung zu leiten und für Vertretung Deutschlands gegenüber dem Auslande zu sorgen hätten. Dieser Antrag ward an die Verfassungskommission zur Begutachtung gewiesen. Auf den Antrag der Bundesmilitärkommission wird beschlossen, daß die Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps der Bundesversammlung von der Aufstellung und Bewegung der unter ihrem Befehle stehenden Truppen fortwährend in Kenntniß erhalten, ferner die badische Regierung um Nachricht zu ersuchen, ob das Vorrücken der kurhessischen und nassauischen Truppen ins Badische gewünscht werde. Ein Bericht des badischen Divisionskommandanten v. Gagern aus Willstett vom 16. April über Bewegungen deutscher und französischer bewaffneter Arbeiter auf dem linken Rheinufer und deren zu erwartendes Eindringen in Deutschland wird zur Kenntniß der Bundesversammlung gebracht. Auf ein Gesuch der fürstlich waldeckischen Behörde aus Veranlassung dort ausgebrochener Unruhen wird gestattet, daß die in der Nähe gelegenen kurhessischen Truppen zur Hülfeleistung herbeigezogen werden. (Fr. O.-P.-Z.)

H e s s e n. (Kassel, 17. April.) In dem benachbarten Arolsen, der Residenz des Fürsten von Waldeck, sind bedeutende Unruhen vorgekommen. Etwa 800 Bauern zogen lärmend in die Stadt ein und zerstörten die Wohnungen des Kammerpräsidenten von Neumann, des Geheimeraths Hagemann und eines dritten Beamten. Alle Möbel wurden vernichtet und die Häuser unbewohnbar gemacht. Die Eigenthümer konnten nur mit größter Mühe ihr Leben retten. Der Befehlshaber der Truppen wurde vom Pferde gerissen, mißhandelt, und hatte nur dem muthigen Dazwischenkommen des Prinzen Herman von Waldeck die Rettung seines Lebens zu danken. Unter den Aufrührern wurde die Drohung laut, daß sie nächstens das Schloß Waldeck, wo einige hundert Verbrecher sitzen, stürmen, und diese befreien würden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Gießen, den 17. April.) Zwei unserer Mitbürger, welche am Vorparlament in Frankfurt waren, Carriere und Vogt, haben bereits Wahlmanifeste erlassen, um als Kandidaten für die konstituirende Versammlung aufzutreten. Beide verlangten eine Reihe von Rechten, die jedem Deutschen garantirt seyn sollen, eine Nationalversammlung mit einem Bundeshaupt an der Spitze von Deutschland und für die Einzelstaaten die Befugniß, ihre innern Angelegenheiten selbst zu ordnen, so daß weder die republikanische, noch die monarchische Regierungsform ausschließlich verlangt werde, weil Niemand etwa den freien Städten wider Willen des Volks einen erblichen Regenten einsetzen, noch uns Hessen den verehrten Fürsten entziehen solle. Vogt erklärt die nordamerikanischen Freistaaten für sein Ideal, ist aber jetzt für Deutschland mit der Mehrheit für konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage; auch Carriere erklärt die letzte für die dem Volke erwünschte und zeitgemäße Staatsform für die einzelnen Länder, die er innerhalb der einheitlichen Nationalversammlung noch besonders durch einen Senat vertreten wünscht. »Jedes Land sende zwei Männer, deren einen die Minister, den andern die Stände ernennen; der Senat kann der Volkskammer Vorschläge machen und hat ihre Beschlüsse zu bestätigen; im Falle eines Zwiespalts würde er mit Angabe seiner Gründe eine nochmalige Berathung in der Nationalversammlung veranlassen, an derselben Theil nehmen und mitstimmen; das nun von der Mehrheit angenommen wäre Gesetz.« Dies scheint uns beachtenswerth, da hierdurch die besondern, oft örtlichen Interessen der einzelnen Länder berücksichtigt werden und ohne Hemmnisse das Wohlthätige einer doppelten Berathung gewonnen wird. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Offenbach, den 18. April.) Wenn es wahr ist, daß die Hessen-Rumpenheimer Prinzen in Kopenhagen nicht nur gegen ihre Landsleute, die Schleswig-Holsteiner, feindlich handeln; wenn es wahr ist, daß sie ihren Vaterlandshaß so weit treiben, bedeutende Geldunterstützungen unserm gemeinsamen Feind zu geben: so glauben wir, daß es eben so recht wäre, gegen diese Prinzlein zu verfahren, wie es Recht und Ehre fordern; wir sagen, eben so recht wäre es, als es recht war, gegen Herrn Fickler einzuschreiten. Fickler soll mit Ausländern unterhandelt haben, um bewaffnet in Deutschland einzufallen. Dieses ist ein Verrath an deutscher Sache; es läßt sich jedoch noch von Seiten seiner Anhänger mit einem Scheine von Patriotismus umgeben, indem sie sagen: „der Mann ist so für seine Idee eingenommen, daß er glaubte, er handle recht.“ Was läßt sich aber für diese beiden Prinzlein, von denen einer sogar einmal einen deutschen Thron besteigen will, als Entschuldigung vorbringen? Unserer Ansicht nach haben sich Beide des Vaterlandes verlustig gemacht, und glauben wir, daß die Maßregel der kurhessischen Regierung ganz überflüssig ist, diese Herren zurückzurufen; vielmehr sollte sie jetzt gerade aussprechen, sie sollten bleiben, wo sie sind, und es nicht wagen, jemals das deutsche Land wieder zu betreten, das Land, das sie so schmählich verrathen haben. Gibt es hiefür keine Repressalien? (Frankf. J.)

(Aus der Provinz Sachsen, den 16. April.) Das so friedliche Merseburg, welches Jahn recht treffend die Beamtenkaserne nennt, ist gestern Nacht leider der Schauplatz blutiger Scenen geworden. Ein Fleischer wollte einem Justizcommissär eine kleine Schuld nicht nur nicht zahlen, sondern mißhandelte ihn noch überdem. Unablässig verfolgt, ergriff er einen Spaten, traf den Gegner damit ins Gesicht und schlug ihm die Nasenspitze ab. Blutend lief der Fleischer auf die Straße und wie-

gelte das Volk auf. Gegen Abend füllte sich der Markt mit Menschen; diese rückten vor das Rathhaus und forderten die Herausgabe des Justizkommissärs. Gegen 12 Uhr schritt endlich die Bürgerwehr ein und suchte Ruhe zu stiften. Da man sich aber an einigen Bürgern vergriff, so zogen diese vom Leder, und trieben den Pöbel mit Gewalt auseinander, wobei vier Tumultuanten auf dem Platze blieben, die schwer am Kopf verwundet waren. Auch etliche Bürger haben Messerstiche erhalten. (Fft. O.-P.-Z.)

(Johannisburg in Ostpreussen, den 14. April.) Die Nachrichten aus Warschau werden hier immer seltener. So viel wir erfuhren, rüstet sich indeß Rußland, aber mit großer Heimlichkeit Es sollen bereits gegen 200,000 M. regulärer Truppen die ganze westliche Grenze der Provinz Polen besetzt halten. Den dortigen Gutsbesitzern ist alle Getreideausfuhr verboten und ihnen befohlen worden, alle ihre zum Verkauf aufgespeicherten Vorräthe von jetzt ab bis auf weiteres als dem Kaiser angehörig zu betrachten. Die Hälfte des Preises wird ihnen von der Krone sogleich, und zwar in Staatsbons, ausgezahlt, die andere Hälfte später. Edelleute aus dem vormaligen Königreiche sprechen heimlich von allgemeinen Rüstungen ihrer Brüder in Deutschland, von polnischen Freischaaren, die sich allerwegen unter den Augen deutscher Behörden bilden. So erfreut diese Männer auch über alle diese Kraftanstrengungen sind, so meinen sie doch, daß Russisch-Polen nur dann einen glücklichen Versuch zur Abwerfung des Czarenjoches machen könne, wenn disciplinirte Truppen unter einigen tüchtigen Führern von Posen aus die neue Ordnung der Dinge proclamirten. „Haben wir aber keinen freundlich gesinnten Nachbar im Rücken, sagten sie, hegt Deutschland Groll gegen Polen, so sind wir der Despotie für immer verfallen; wir und die Posener Agitation mit uns. Sobald nicht Alles zur Einigung über jeden Streit in Posen selbst aufgeboten wird, ist für Polen keine Rettung zu hoffen!" Es wäre gewiß sehr wünschenswerth, wenn unsere von größern Festungen entblößte Gegend mindestens eine stärkere Militärbesatzung erhielte. Mag Rußland oder Polen einst feindselig gegen Deutschland auftreten, so sind wir immer die Ersten, welche unter dem Drucke des seine Grenze überschreitenden Feindes zu leiden haben. (D. A. Z.)

(Tilsit, den 12. April.) An Militär steht auf russischer Seite ungefähr das Vierfache gegen früher; alle zur Bedienung der Kanonen brauchbare Pferde sind aufgekauft; die Quartiere für bedeutende Armeen bei Kowno und Mariapol bestellt; die nach 25jähriger Dienstzeit Beurlaubten einbeordert, mehre Edelleute in Wilna wurden theils gehängt, theils mußten sie Spießruthen laufen. (D. A. Z.)

In Kiew sollen über hundert Studenten gehängt sein; in Petersburg hat der Czar 4000 donische Kosaden in folgender Weise empfangen. Nachdem er ihnen Alles auseinandergesetzt, was er bereits für sie gethan, hat er die Aeltesten vorgerufen, sie umarmt und geküßt und dann sie entlassen, wonach er noch Jedem einen Rubel geschenkt; das Hurrahrufen dieser Horden soll noch fortgedauert haben, als schon die Czarenstadt ein paar Werste hinter ihnen lag. Großfürst Michael hat sich in Gegenwart der Kaiserin über sein Vorhaben die Preussen zu züchtigen, in so starker Weise geäußert, daß diese ohnmächtig geworden ist. Täglich erscheinen in Polen neue Proklamationen des Kaisers, welche voll von Friedensversicherungen und Todesdrohungen sind. Kaiserliche Emissäre haben die Bauern seit längerer Zeit so bearbeitet, daß diese kaum auf Seite der Insurgenten treten möchten, wenn es den Edelleuten, von denen sie bisher gepeinigt wurden, einfallen sollte, ein neuerstandenes Polen zu proklamiren. (D. A. Z.)

Schweiz.

(Schaffhausen, den 17. April.) Die widersprechendsten Gerüchte über die Maßnahmen des Volksbezirkscomite im badischen Seekreise, zur Aufnehmung der Freischaaren aus den Aemtern Mößkirch, Stockach, Engen, Donaueschingen, Hüfingen und Villingen, mit der sogenannten Baar bei Möhringen, unter das Kommando Heckers sich zu sammeln, waren gestern in unserer Stadt verbreitet. Thatsächlich ist, daß der am Samstag Abends von hier nach Offenburg abgegangene Eilwagen nicht weit von der ersten Poststation Blumberg, in dem Dorfe Riedberingen, von den dort Nachtquartier haltenden Freischaaren, einige hundert Mann stark, angehalten wurde; der Postconducteur mußte vor Hecker erscheinen, und alle bei sich habenden Gegenstände abliefern, die ihm am nächsten Morgen unversehrt, zur Fortsetzung der Reise nach Donaueschingen, wieder zugestellt worden sind. Die in Donaueschingen und dessen Umgegend waltende Abneigung gegen den Einmarsch würtembergischen Militärs ist seit gestern früh durch die endliche Ankunft würtembergischer Truppen, bestehend aus Infanterie, Kavallerie und einer Fußbatterie faktisch überwunden worden; eine Schwadron Ulanen sind Mittags schon bis Blumberg vorgerückt. Die Republikaner hatten diesen Ort bereits verlassen, und zogen in der Richtung nach Stühlingen. Ueberall hat Hecker in dem feurigsten Vortrage die schnellste Revolution zu Gunsten der Republik gepredigt, und nach allen Seiten hin eilen Boten, mit der Mahnung zum schleunigsten Zuzuge nach Bonndorf, wo heute das Hauptquartier der Freischaaren genommen werden soll, um sofort von da nach Freiburg und Karlsruhe vorzudringen. Der heute früh von Freiburg angekommene Postconducteur wurde in Bonndorf angehalten, und vor den Freischaarenchef Hecker geführt, welcher, ihn persönlich kennend, freundlich ihm die Hand reichte, mit den Worten: »So treffen wir hier zusammen.« Nach einem kurzen Verhöre über das Neueste aus der bereits zurückgelegten Gegend wurde der Postconducteur wieder entlassen, und konnte seine Reise nach Schaffhausen fortsetzen. Bei solcher Lage der Dinge scheint man einem baldigen Zusammenstoße des Militärs mit den Aufrührerischen entgegensehen zu müssen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Nachschrift. 12 Uhr Mittags. So eben geht die sichere Nachricht hier ein, daß die badischen Gemeinden Lottstetten, Jestetten, Rack und Palm, die ersteren unter Anführung des Gastwirths Weißhaar, und letztere unter Leitung des Posthalters Holzscheiter von Jestetten, an der Zahl gegen 500 Mann stark, gut bewaffnet, gegen Riedern nach dem Schwarzwalde in drei Haufen, jeder mit 2 Trompetern an der Spitze, abgezogen seyen. Weiber und Kinder sollen weinend in den genannten Dörfern umherstehen, die Wankelmüthigen wurden unter den ärgsten Drohungen zum Ausmarsche gezwungen. Diesem zufolge wird obige Nachricht über das auf heute zu Bonndorf festgesetzte Zusammentreffen der Freischaaren bestätigt. (Frkf. O.-P.-Z.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Heute Morgens um 6 Uhr entschlief in den Herrn unsere vielgeliebte Tochter, Schwester, Nichte und Enkelin,

Maria Karolina Zangerle,

nach achttägigem Leiden an der Unterleibs-Entzündung, in der Blüthe ihrer Jahre im 17. ihres Alters. Schmerzlich fühlen wir ihren Verlust und bitter das traurige Loos, das uns heimgesucht hat. Unsere schätzbaren Verwandten und Freunde, denen wir diese Nachricht widmen, bitten wir um stille Theilnahme und empfehlen uns Ihrem gütigen Wohlwollen.

Nürnberg, den 19. April 1848.

Die Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden bringe ich mit gerührtem Herzen die traurige Anzeige, daß es Gott gefallen hat, meine geliebte Gattin

Sabina Winkler,

geb. Weiller

nach langen Leiden am Zehrfieber, zu sich von meiner Seite abzufordern. Um stille Theilnahme bittet

Nürnberg, den 20. April 1848.

Johann Winkler,
Regimentstambour.

Einladung und Bitte.

Meinen verehrten Freunden und Bekannten mache ich hiemit die ergebenste Anzeige, daß ich die Wirthschaft zum Schwedenkrug am Bergauerplatz pachtweise übernommen habe, und daselbst die Wirthschaft heute Samstag den 22. d. eröffne, ich lade daher zu recht zahlreichem Besuch mit dem Bemerken höflichst ein, daß ich es mir stets angelegen seyn lassen werde, jedermann zur vollkommenen Zufriedenheit zu bedienen. Meine verehrte Nachbarschaft lade ich besonders zu zahlreichem Besuch ergebenst ein, und bitte um freundschaftliche Aufnahme in ihre Mitte.

Joh Georg Schmieg
nebst Frau.

(Zu verkaufen.) Eine jetzt schon bei Nacht singende Nachtigall ist zu verkaufen in L. Nr. 693 des Kühnertsgäßchens.

Anzeige.

Seit einiger Zeit läuft ein wüthender Hund in Nurnbergs Mauern, aber nicht zu Nürnbergs Ehre, Glück und Ruhm, umher. Es ist ein rother Spitz und hört auf den Namen „Barbarossa." Schlägt man denn dieses kläffende Ungethüm nicht auf den rothen Schädel, um es unschädlich zu machen?

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

J. Neubauer.

Wiesen-Verkauf.

Am Dienstag, den 2. Mai dieses Jahres Nachmittags 2 Uhr werden in dem Kindlerischen Gasthause zu Erlenstegen 12 Tagwerk Grund-Wiesen in 6 Parcellen an den Meistbietenden verkauft, oder, wenn annehmliche Kauf-Gebote nicht gelegt werden, verpachtet, wozu Kauf- und Pachtliebhaber eingeladen werden.

Die Einweisung besorgt auf Verlangen Georg Abraham in Erlenstegen.

Weiters eingegangene Beiträge für das Schleswig-Holsteiner Freikorps

bei Hrn. Dr. Schwarz.

P. 1 fl. 30 kr. Gf. T. u. Wittw. 1 fl. Bf. W. 2 fl. Wdlm. 1 fl. G. 1 fl. Job C. a. 6 fl. 30 kr. Portf. K. 1 fl. und ausserdem kamen viele Geschenke zur beabsichtigten Versteigerung.

(Empfehlung.) Mein auf das Beste assortirtes Lager von allen Sorten gesponnenen Roßhaaren zu Matratzen und Möbeln 2c. empfehle ich bei eintretender stärkeren Verbrauchszeit zu den billigsten Preisen zur gefälligen Abnahme.

Nürnberg, den 22. April 1848.

Joh. Fried. Goetze.
Nr. 418 der Bergstraße.

(Gesuch.) Man wünscht zwei erwachsene älternlose Mädchen bei einer soliden Wittwe oder Familie gegen Vergütung in Kost und Logis unterzubringen.

(Gesuch.) Ein schönes Zimmer mit Alkov, Kammer, Küche und Holzlage wird zu miethen gesucht. Näheres in L. Nr. 60 Unterbergauerplatz.

(Kapital-Gesuch.) 800 fl. werden bis Ziel Walburgi, auf ein Haus und Feld, in der Nähe Nürnbergs, zu entnehmen gesucht. Näheres unter der Adresse A. B.

(Gesuch.) Zu einem sehr soliden und gangbaren Geschäfte wird ein wohlerzogener junger Mensch gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Kindermagd, welche mit neugebornen Kindern gut umzugehen weiß, sucht bis Ziel oder vierzehn Tage nach dem Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres Nro 930 in der Judengasse.

(Zu vermiethen.) Ein hübsch meublirtes Zimmer mit Schlafstube ist an solide Herren oder Frauenzimmer mit oder ohne Bett vom 1. Mai an billig zu vermiethen. Auch würde es sich für eine kleine Familie eignen, da es Küche und Keller hat.

(Gesuch.) Ein junges Mädchen, welches schon längere Zeit in einem Dienst ist, Liebe zu Kindern hat, auch kochen kann und sich über Treue und Fleiß auszuweisen vermag, sucht bis nächstes Ziel einen Platz.

(Literatur.) In meinem Verlage erscheint und kann durch alle Postämter bezogen werden:

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Redigirt von G. Diezel. Vierteljähriger Pränumerationspreis 45 kr., für das laufende Vierteljahr nur 36 kr.

Es erscheinen wöchentlich 3 Nummern.

Probeblätter werden gratis ausgegeben.

Nürnberg, den 20 April 1848

Fr. Campe.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 20. April) [Schluß des im Hauptblatt abgebrochenen Artikels.] Art. 24. Die Fixirung der Grundlasten wird den Distrikts-Polizei-Behörden von Amtswegen, in summarischem Verfahren vollzogen. Die Berufung gegen deren Beschlüsse geht an die k. Kreisregierungen, K. d. J., gegen deren Beschlüsse eine weitere Berufung nicht stattfindet. Der Berufungstermin ist auf 30 Tage bestimmt. — Die Oberaufsicht des hinzuberufenen Ministeriums ist vorbehalten. Die durch die Fixirung veranlaßten amtlichen Verhandlungen sind tax- und stempelfrei, die Schätzungskosten tragen die Parteien gleichheitlich. Die Regierung wird ermächtigt, den Distrikts-Polizei-Behörden besondere Komissäre auf Staatsrechnung beizugeben. Das Nähere des Verfahrens wird eine Instruktion normiren. Art. 25. Ist das Recht oder der Umfang der zu fixirenden Reichnisse bestritten, so bleibt der Rechtsweg vorbehalten. IV. Abschnitt. Ablösung aller Grundlasten. Art. 26. Alle Bodenzinsen, für welche ein bestimmtes Kapital auf die pflichtigen Realitäten bereits hypothekarisch vorgemerkt ist, sind durch Baarerlag dieses Kapitals ablösbar. Art. 27. Alle übrigen, bereits ihrer Natur nach ständigen oder nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes fixirten jährlichen Grundabgaben kann der Pflichtige durch baare Erlegung des Achtzehnfachen ihres jährlichen Betrags jederzeit ablösen. Mit dieser Zahlung hört jeder weitere Anspruch des Berechtigten auf; der Pflichtige übernimmt zugleich die Grundsteuer von der abgelösten Dominikal-Rente.

Art. 28. Naturalabgaben werden behufs dieser Ablösung nach den Sätzen zu Geld angeschlagen, welche die Verordnung vom 13. Februar 1826, die Ablösung ständiger Dominikalgefälle des Staats betreffend enthält mit der besonderen Bestimmung, daß bei Wein die durchschnittlichen Ortspreise der letzten 10 Jahre zu nehmen sind. Art. 29. Von dem Art. 8 verfügten Uebergange in das Eigenthum des Staates sind die aus Holzrechten entstandenen Bodenzinsen ausgenommen, welche nur nach Art. 27 ablösbar sind, dann die in Art. 26 bezeichneten Bodenzinsen. Art. 30. Die Staatskasse vergütet für alle fixe jährliche Grundabgaben, die so nach Art. 8 übernimmt, den zwanzigfachen Betrag der fixen Rente in 4procentigen Staatsschuldscheinen nach dem Nennwerthe der letzteren. Art. 31. Ist bereits vor Feststellung des im Art. 16 bestimmten Aequivalents für das Obereigenthum und Handlohn eine Besitzänderung eingetreten, so tritt keine Vermittlung der Ablösung des Aequivalents von Seite des Staates ein. Wird aber die Feststellung des Aequivalents während der Besitzdauer vorgenommen, so übernimmt das Aerar dasselbe gegen Bezahlung von 7 Pct. seines Betrags in 4pctigen Ablösungsschuldbriefen nach dem Nennwerthe.

Art. 32. Zu diesem Zwecke werden besondere Ablösungs-Schuldbriefe in runden Summen auf 1000 fl. 500 fl. 100 fl. und 25 fl. auf Namen oder Inhaber ausgestellt, welchen die damit erworbenen Grundgefälle zum Unterpfand dienen, und deren 4%ige Zinsen aus diesen Bodenzinsen bezahlt werden. Art. 33. Wer in Folge dieser Uebernahme von Privat-Grund-Renten oder ursprünglich dem Staate eine jährliche fixe Grundabgabe schuldet, hat forthin statt derselben nur den 4%igen Zins des für dieselbe normirten Ablösungskapitals also statt 100 fl. Grundabgabe blos 72 fl. Zins bis zur Abtragung des Kapitals selbst zu entrichten. — Mit dieser Umwandlung und Reduktion übernimmt der Pflichtige die Steuer von der bisherigen Grundabgabe und alle Ansprüche derselben auf Nachlaß cessiren. Art. 34. Will der Pflichtige das Ablösungs-Kapital mittelst Annuitäten abtragen, so bezahlt er entweder seine ganze bisherige Grundabgabe 34 Jahre lang, nach Ablauf dieser Fristen ist er dann jeder weiteren Verpflichtung enthoben, und die Ablösungssumme getilgt. Art. 35. Dem Pflichtigen ist gestattet, während dieser Zeit die bereits eingezahlten Tilgungsraten sammt Zinses-Zinsen zu 4% durch Erlegung des Restes seines Ablösungs-Kapitals zu ergänzen und so die vollständige Tilgung des letzten vor Ablauf der im Art. 34 festgesetzten Termine zu bewirken.

Art. 36. Die ganzen Ablösungs-Kapitale, die jährlichen Tilgungsraten, und die im Art. 35 gestatteten Restzahlungen können in Ablösungs-Schuldbriefen nach dem Nennwerthe an die Staatskasse entrichtet werden. Art. 37. An den für Uebernahme der Privat-Grundzinsen vom Staate ausgegebenen Schuldbriefen, wird alljährlich durch baare Abzahlung nach dem Nennwerthe getilgt: 1) die in Annuitäten eingehende Summe; 2) die in Baarzahlungen von den Pflichtigen eingehenden Tilgungskapitale und Restzahlungen; 3) der Belauf der Zinsen sämmtlicher mittelst Annuitäten und ihrer Restzahlungen bereits rückgekauften Ablösungs-Schuldbriefe. Waren unter 1 und 2 statt baarer Zahlung bereits Ablösungs-Schuldbriefe eingegangen, so geht deren Betrag von der zu tilgenden Summe dieses Jahres ab. Die wirklich jedes Jahr nach dem Nennwerth zur Einlösung gelangenden Ablösungs-Schuld-Briefe wurden durch das Loos bestimmt. Art. 38. Dauernde Lasten, die auf den Grundrenten ruhen, werden zu Kapital angeschlagen und vom Staate übernommen, der diesen Kapitalwerth derselben von der Ablösungssumme abzieht und den Berechtigten nur den Ueberschuß der letzteren über jenen Werth der Last vergütet. Rechte von Mitbetheiligten oder Hypothekengläubigern gehen auf die als Ablösungswerth vom Staate empfangenen Schuldbriefe über, und jene Berechtigten können zu ihrer Sicherheit verlangen, daß diese Schuldbriefe gerichtlich in Verwahrung genommen werden. Art. 39. Die Tilgungsraten der Staatsgrundrenten werden nach Vorschrift des Finanzgesetzes jeder Periode verwendet. Art. 40. Die Staatsschuldentilgungs-Kommission ist mit dem Vollzuge dieser Anordnung in Art. 32 bis 39 beauftragt. Die näheren Bestimmungen über deren Durchführung wird eine Instruktion enthalten. Art. 41. Die Bestimmung des Art. 25 bezüglich der Ablösung nach dem 18fachen Betrage gilt auch von den Grundrenten in der Pfalz, auf welchen Regierungsbezirke die übrigen Normen dieses Gesetzes keine Anwendbarkeit haben. Art. 42. Vorstehendes Gesetz ist in allen den Theilen, wo es Bestimmungen der Verf. Urk. abändert, ganz so zu betrachten, als ob es der Verf. Urk. selbst einverleibt wäre. Dasselbe ist durch das Gesetzblatt bekannt zu machen, und die Staatsminister des Innern und der Finanzen sind mit dessen Vollzuge beauftragt. München, den . April 1848. Für den Entwurf: (L. S.) v. Thon-Dittmer. Lerchenfeld.

Bei der nun wieder fortgesetzten Berathung über das Preßgesetz übergibt Professor Edel zu Artikel V. eine Modifikation; es solle am Schlusse eingeschaltet werden: »und können im Verwaltungswege nicht eingeführt werden.« Hiedurch solle allen für die Zukunft möglichen Beschränkungen vorgebeugt werden. Min. v. Beisler. Für jede beschränkende Verordnung könne der Minister zur Verantwortlichkeit gezogen werden. §. 5 wird mit der Modifikation des Professors Edel, §. 6 unverändert und ohne Debatte angenommen. §. 7 nimmt die Kammer in der Fassung des Ausschusses an, wozu Professor Edel und Stockinger bemerken, daß die Kompetenz dadurch nur den Civilgerichten zustehen werde, und es werde diesseits gesetzlich bestimmt, was in der Pfalz längst bestehe. §. 8 wird ohne Debatte, §. 9 mit einem auf der veränderten, §. 2 bezüglichen Redaktionsänderung, und §. 10 unverändert ohne Debatte angenommen.

Bei §. 11 tritt wieder eine veränderte Fassung des Ausschusses ein und Abgeordneter Stockinger bemerkt dazu, daß binnen 8 Tagen die Verfolgung eintreten muß, da sonst Verjährung eintreten würde. Prof. Edel: Diese Modif. erziele die Verweisung an die ordentlichen Gerichte. Die Kammer stimmt dieser Fassung bei. Der ganze Gesetzentwurf mit den hinzugekommenen Modifikationen wird nach Abstimmung mittelst Namenaufruf einstimmig angenommen. Dem vom Ausschuß angehängten Wunsche ertheilt die Kammer gleichfalls ihre Zustimmung. Noch erstattet der Referent im IV. Ausschuß Abg. Bestelmeyer Vortrag über den Gesetz-Entwurf, das neue Anlehen betreffend, und nach Verlesung des Protokolls über die Freiheit der Presse endet die Sitzung um 9 Uhr. — Diesen Mittag 12 Uhr hält die Kammer der Reichsräthe wieder eine öffentliche Sitzung, in welcher der Gesetzentwurf die Behandlung neuer Gesetz-Bücher zur Berathung kömmt.

*† (München, den 19. April.) Sitzungs-Protokoll des II. und IV. Ausschusses. Nachdem gestern in der Sitzung des IV. Ausschusses bei Berathung des Gesetzes über ein Anlehen von 7,000,000 fl. auf dem Wege der freiwilligen Subskription, die Ansicht ausgesprochen wurde, wie es wünschenswerth sei, über den Art. III dieses Gesetzes auch die Ansichten des II. Ausschusses zu vernehmen, so versammelten sich heute Vormittags 11 Uhr die unterzeichneten Mitglieder des II. und IV. Ausschusses, um sich über den Art. III des fraglichen Gesetzes zu berathen, und Beschluß zu fassen. Die Vorstandschaft übernahm der Abg. Sattler als der ältere der beiden Ausschußvorstände, die Geschäfte als Protokollführer hat der Sekretär des IV. Ausschusses nach dem Ausspruche der versammelten Ausschüsse zu übernehmen. Zuvörderst erklärten die Mitglieder des II. Ausschusses, daß nach ihrer Ansicht die Berathung sich auf das ganze Gesetz auszudehnen habe, wogegen von Seite des IV. Ausschusses durchaus nichts eingewendet wurde. Demnach erstattete der Abg. Bestelmeyer Vortrag, und verlas die einzelnen Artikel: Der I. Art. wurde einstimmig nach seinem ganzen Inhalte angenommen. Der II. Art. wurde einstimmig mit der Modif. des IV. Ausschusses angenommen. Der von dem Abg. Schätzler beantragte Zusatz zu diesem Artikel lautend: „die Bestimmung des Zinsfußes bleibt dem Staatsministerium der Finanzen überlassen,“ wurde mit 9 gegen 5 nicht angenommen. Art. III wurde einstimmig angenommen. Art. IV wurde einstimmig angenommen. Desgleichen der Art. V. Der Abg. Brunck erklärt am Schlusse der Berathung, daß er zwar dem Gesetz-Entwurf beigestimmt habe, jedoch unter dem Vorbehalte, daß die Gesetze über die Wahlen, über die Ablösung der Grundlasten, über Associations- und Versammlungsrecht und über die Initiative vorher an die Kammer vorgelegt werden. Womit beschlossen und unterzeichnet worden. Die Mitglieder des II. Ausschusses. (Folgen die Unterschriften.)

†* Beschluß der Kammer der Abgeordneten über die von dem kgl. Staatsminister der Finanzen vorgelegten Nachweisungen ꝛc. für das Jahr 1845/46. Die Kammer der Abgeordneten hat sich durch ihren II. Ausschuß bezüglich der von dem k. Staatsminister der Finanzen an sie gebrachten hiemit beifolgenden Nachweisungen über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staatseinnahmen für das Jahr 1845/46 Vortrag erstatten lassen, und in ihrer heute stattgefundenen XI. öffentl. Sitzung beschlossen: „Es sei, in Erwägung daß bei der außergewöhnlichen Aufgabe des gegenwärtigen Landtages und der überwiegenden Dringendheit der Gesetzes-Vorlagen die gleichzeitige Prüfung der von dem Staatsminister der Finanzen den Ständen des Reichs und zunächst der Kammer der Abg. vorgelegten Nachweisung über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staats-Einnahmen für das Jahr 1845/46 voraussichtlich nicht mit der, diesem Gegenstande gebührenden Gründlichkeit ausführbar ist, diese Prüfung der nächsten Ständeversammlung vorzubehalten.“ Mit ausgezeichneter Hochachtung. München, den 17. April 1848.

†* Gesetzentwurf über die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription. Seine Majestät der König haben in Berücksichtigung des außerordentlichen Kostenaufwandes, welchen die Mobilmachung Allerhöchst Ihres Heeres, die Unterstützung der Industrie, und die Fortsetzung der öffentlichen Arbeiten erfordern, nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reiches, beschlossen und verordnen was folgt: Art. I. Der Staatsminister der Finanzen ist ermächtiget, im Wege der freiwilligen Subscription ein verzinsliches Anlehen von 7,000,000 fl. aufzunehmen. Art. II. Ueber dieses Anlehen werden auf 20 fl., 50 fl. und 100 fl. lautende Staatsschuldscheine von der königl. Staatsschulden-Tilgungskommission unter Mitwirkung der ständischen Kommissäre ausgefertiget. Art. III. Dieses Anlehen ist auf die grund-, zins-, zehent- und lehenherrlichen Gefälle des Staates versichert, und wird aus diesen Gefällen alljährlich verzinset. Bei den an den Staat für die Ablösung dieser Gefälle zu zahlenden Summen sind diese neuen Staatsschuldscheine nach dem Nennwerthe bis zur Hälfte des Ablösungsbetrages, wenn derselbe 40 fl. erreicht oder übersteigt, anzunehmen. Erreicht der Ablösösungsbetrag 400 fl., so kann ein Viertel auch in älteren 3½ procentigen Staatsschuldscheinen nach dem Nennwerthe erlegt werden. Die eine Hälfte ist jedoch immer baar zu entrichten. Art. IV. Sollte in den Jahren 1848/49 und 1849/50 auf die im Art. III. bezeichnete Weise die vollständige Aufräumung dieses Anlehens von 7,000,000 fl. nicht bewerkstelliget seyn, so ist der verbleibende Rest in den Jahren 1850/51 und 1851/52 im Wege der Verlosung zu tilgen. Art. V. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Gegeben, München den .... 1848. (L. S.) Für den Entwurf Frhr. v. Lerchenfeld.

*†° Zu dem Artikel „Nürnberg, den 18. April. Zur Parlamentswahl“ in der Beilage zum Nürnberger Kurier Nro. 111. Donnerstag, den 20. April 1848. Der Schreiber jenes Artikels meint es mit der vorwürfigen Sache gut, nimmt Theil an ihr — und dafür sey ihm Dank. Wie noth es aber thut, daß sich bei unserem jungen öffentlichen Leben noch solche der Sache annehmen, deren reine Gesinnung er selbst anerkennt, dafür gibt er den Beleg. Er will in der sogenannten Inauguralrede von einleitenden Schritten gehört haben, welche von einem Wahlkommissär bereits getroffen seyen, um

eines erwünschten Erfolges sicher zu seyn — in dieser ganzen Rede ist so etwas nicht vorgekommen. Den Wahlkommissär hat die königliche Regierung zu ernennen; er ist ernannt, aber er hat, so viel Schreiber dieses bekannt, hier noch keine solche Schritte gethan, auch mit dem Wahlcomité noch entfernt keinen Verkehr gehabt. So unklar ist man also in der Sache! Das Komité zur Leitung der Volksversammlung hat, um mehrere Wahlen zur Erreichung einer absoluten Mehrheit bei der Wahl der Wahlmänner zu umgehen, eine Wahlliste entworfen. Es faßte diesen Entschluß im Vertrauen, daß ihn seine einzelnen Persönlichkeiten gegen jede Mißkennung schützen werde, und glaubte, das ihm bisher von den Bürgerversammlungen gezeigte Zutrauen erheische es auch hier, die Theilnahme an den Wahlen zu wecken. Dieser Hauptzweck ist theilweise schon erfüllt; es regt sich in den verschiedensten Kreisen das Interesse an dem Wahlakt, und so wäre ein Gutes schon erwirkt. Wenn kein Komitemitglied, kein Distriktsvorsteher etwas von dem Herrn Tadler des bisherigen Verfahrens je etwas erfahren hat, so ist volle Entschuldigung dafür da, wenn er nicht auf der Liste genannt seyn sollte. Er scheint aber auch die Stellung der Distriktsvorsteher durchaus zu mißkennen, scheint so viele der anerkanntesten Ehrenmänner unter ihnen nicht zu kennen, sonst würde er nicht zu einem so verfehlten Vergleich haben greifen können, als der mit dem Kammerdiener ist. Man verlangt immer Wahlen aus dem Volke! Wer steht nun diesem näher, als gerade die Distriktsvorsteher, die aus ihm hervorgegangen sind, täglich in allen gemeindlichen Angelegenheiten mit ihm verkehren, und Wohl und Wehe am nächsten mit ihm theilen? Das Wahlcomite hat bei Anfertigung der Wahlliste sich zuerst mit Männern des allgemeinen Vertrauens namentlich aus dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten — auch selbst gewählten Vertretern der Gemeinde — verstärkt, hat mit diesen die Sache besprochen, dann mit Zuziehung der Distriktsvorsteher die Liste zusammgesetzt — ein Weg, der als rein vorbereitender gewiß so natürlich als nur möglich ist und der auch nicht Unerlaubtes an sich trägt, nachdem alle Vorberathung und Vorbesprechung der Wahl gesetzlich gestattet ist.

Das Comité hat aber, um mit seinem Thun nicht als maßgebend zu erscheinen, noch mehr gethan: es hat diese Liste nicht in der Volksversammlung vorgelegt, sondern hat nur gesagt, was es in bester Absicht gethan, und hat die Listen nur bei den Distriktvorstehern zur Einsicht hinterlegt. Wer darinnen eine Art von unrechter Bevormundung sieht, braucht ja nur nicht zum Distriktsvorsteher zu gehen. Hätte man längere Zeit gehabt, die wichtigste Wahl, die leicht vorgekommen ist, vorzubereiten, hätte manches Andere geschehen können, so drängte jeder Tag, jede Stunde, und so mußte man zuletzt auch noch in soweit für das Volk handeln, daß man die Wahl selbst auf die Weise den Einzelnen erleichterte, wie man es gethan hat. Allen kann man es nicht recht machen und Viele sind damit, was geschehen, zufrieden. Der Vorschlag, der jenseits gemacht wird, war und ist in so lange nicht ausführbar, als die einzelnen Wahldistricte nicht bekannt waren und zur Stunde es noch nicht sind. Ein Zusammentreten der einzelnen Urwähler, sobald sie einmal wissen, wie sie zusammengehören, ist natürliche Folge von dem, was wir gethan haben; allein Alles zu seiner Zeit. Es wird dann hoffentlich eine eigene Zusammenberufung der Urwähler durch die Stadtbehörde, welche sich gewiß aus ganz anzuerkennenden Gründen bisher nicht in die Wahl gemischt hat, nicht bedürfen, sondern die Urwähler werden selbst sich zusammenfinden, oder einzelne Bürger oder Distrikts-Vorsteher werden sie zusammenrufen und wenn so viel Leben in die Sache gebracht ist, ist erzielt, was hat erzielt werden sollen. Es ist auch in der gestrigen Volksversammlung die Anfertigung der Wahlliste als eine Bevormundung angesehen und deshalb der Vorschlag gemacht worden; sich so weit zu emancipiren, daß man die Liste gar nicht ansehe. Dieser Vorschlag hat viel Einnehmendes und wäre vortrefflich, wenn die Wahlliste von der Art wäre, wie sie sich der Vorschlagende vielleicht irrig gedacht hat und wenn wirklich mit ihr versucht worden wäre, irgend der freien Wahl des Einzelnen Zwang anzuthun. Die Die Liste qu. ist aber so ganz und gar nicht als eine Parteisache betrachtet worden; bei ihrer Anfertigung ist so einfach und zwanglos verfahren worden, daß ein weiterer Kampf darüber als ein Windmühlenkampf erscheinen würde und ein Blick in dieselbe solches am meisten bestätigen wird.

Jenem Vorschlag kann deßhalb der Vorwurf zu großer Aengstlichkeit, ja einer unzeitigen Furcht gemacht werden, weil ja doch gewiß jeder Wähler sich so viel Selbstständigkeit zusprechen muß, daß nicht ein Lesen der Liste ihn schon um jene bringen werde. Deßhalb hier wie sonst auch: lest Alles, prüfet Alles und das Beste behaltet. Es ist zu wetten, der verehrliche Erfinder des eben berührten Vorschlages hat die Liste nun doch auch schon gelesen und er wird zugeben, daß er die Sache zu schwarz angesehen habe. Dagegen wird diesseits mit seinem gestrigen Vorschlag: bei der Wahl vor Allem darauf zu sehen, ob einer frei von Herzen und frei vom Kopfe sey, aus Herzensgrund übereingestimmt. Nürnberg, den 20. April 1848. K.

* Was ist Wahrheit? Wahrheit ist, daß derselbe Redner, welcher am 19. d. M. in der Volksversammlung die Anfertigung einer Wahlliste zur Wahl der Wahlmänner von Seite des Comites für zu insultirend an-gab und deshalb den Antrag stellte, diese Liste nicht zu lesen, an demselben Abend im politischen Verein sich sofort mit als Candidat zum Parlament selbst aufstellen ließ, und nachdem drei Candidaten dahin benannt waren, eine neue Liste für die Wahlmänner erst selbst noch mit anfertigte. Insultirend ist das freilich nicht; aber es ist mehr als das. Nürnberg, den 20. April 1848. K.

Frankreich.

† (Paris, den 17. Abends.) Die kommunistischen Klubs waren gestern Abend fast alle geschlossen. Das geschah indessen nicht auf Befehl der Regierung, sondern lediglich aus Vorsicht gegen die aufgeregte Bürgergarde, der man die fabelhaftesten Dinge vorgeschwätzt hatte. Unter anderm wurde ihr aufgebürdet: Louis Blanc sei auf dem Marsfelde ermordet worden. Marrast und Cremieux wollten die Regentschaft proklamiren; das Privateigenthum, die Religion und die Familie sollten sofort abgeschafft werden; alle Welt solle gleich dem Vieh auf dem Felde ꝛc. arbeiten ꝛc. Kurz die widersinnigsten Dinge wurden bis Mitternacht diskutirt, wo endlich die letzten Trommelschläge verhallten.

Die prov. Regierung hielt um 8 Uhr eine geheime Sitzung, in der sie der Nationalgarde für ihren Diensteifer zu danken beschloß.

Heute ist Paris von seinem kommunistischen Schreck wieder geheilt. Alles geht den Tagesgeschäften wieder nach und es herrscht keine Spur mehr von der gestrigen Aufregung.

Griechenland.

Briefe aus Athen vom 9. April bringen die Widerlegung aller in der letzten Zeit ausgestreuten Gerüchte über dort ausgebrochene Unruhen. Auch der 6. April, der Tag der Revolutionsfeier, für den einige Besorgniß geherrscht hatte, ging ohne Störung vorüber. Der König erließ an ihm eine Amnestie. (A. Z.)

Italien.

(Botzen, den 17. April.) Der kleine Krieg streift mit einzelnen Schreckschüssen immer näher, der Ruf vergrößert aber wie gewöhnlich den wenig furchtbaren Feind. In Male, einem Dorfe im Nauberg, zeigten sich vor einigen Tagen bei 150 Freischärler, gestern oder vorgestern ungefähr 100 Mann auch in Fondo. Eine Ueberschreitung der Mendola zu begegnen, rückten ihnen gestern zwei Compagnien Infanterie und heute früh eine Schaar hiesiger Freiwilligen unter Murmann mit schwarz-roth-gelber Fahne entgegen. Vor dem Auszug musterte sie der Erzherzog Vicekönig und ermunterte zu heldenmüthigem Kampfe. Aus Judicarien liefen günstige Berichte über die Zusammendrängung des Feindes bis Stenico ein. In Trient wurden 24 mit Waffen in der Hand ergriffene Aufwiegler und Meuterer erschossen; die Stadt ist in Belagerungsstand erklärt und ihre Thore gesperrt. Oberst Zobel schreitet gegen die heuchlerischen und treulosen Verbündeten der Welschen mit Nachdruck ein. Erzherzog Johann ist hier noch nicht angekommen, über die gehoffte Vereinigung des Corps Nugent mit Radetzky fehlen seit zwei Tagen die amtlichen Berichte. (A. A. Z.)

(Bülletin von Brescia, 15. April.) Am 12. früh Morgens begann die piemontesische Artillerie Peschiera zu beschießen. Es wurden dem Feinde 11 Kanonen demontirt, welche größtentheils auf der Verschanzung zur Rechten unsers Lagers standen. Am Nachmittag des 13. d. entsandte Karl Albert, der den ganzen Tag in dem größten mit 8 Feuerschlunden besetzten Laufgraben sich befand, einen Parlamentär mit weißer Fahne, um zur Vermeidung von Blutvergießen eine Uebergabe der Stadt auf Gnade und Ungnade hervorzurufen. Dieser Aufforderung scheint der Kommandant erwiedert zu haben: er könne die Festung nicht ohne ausdrücklichen Befehl Radetzy's überliefern, und vielleicht wurde gerade in Erwartung dieses Befehls das Beschießen um 5 Uhr Nachmittags am 13. eingestellt. Am 14. ward gar nicht kanonirt, ohne daß ein förmlicher Waffenstillstand verkündet gewesen wäre. Am 13. ward kein Piemontese getödtet; nur drei wurden verwundet.“ Die Besatzung von Peschiera soll zum Theil aus Italienern bestehen. Im Felsineo von Bologna ist ein aufgefangener Brief eines österr. Officiers aus Montechiaro vom 6. April 1848 abgedruckt, der eine traurige Schilderung des österr. Heeres macht. „Radetzky hat durch das Unglück und das Alter den Kopf verloren und bringt oft den ganzen Abend beim Spiel zu; im Kriegsrath herrscht eine Uneinigkeit, die jeden Augenblick ausbricht; unter den Officieren haben nicht zwei dieselbe Meinung; im Lager ist Mißmuth und eine Fülle bald wirrer bald treuloser Pläne u. s. w.“ Der von uns früher erwähnte Aufsatz im Venezianer Libero Italiano hat in Sardinien sehr böses Blut gemacht. Alle uns von dorther zukommenden Blätter sprechen ihren Unwillen darüber aus, daß im gegenwärtigen Augenblick Karl Albert angegriffen werde. In einigen aber regt sich der Lokalpatriotismus auf eine Weise, die zeigt, daß die Einheit Italiens in den Gemüthern noch manchen harten Strauß zu bestehen haben wird, ehe sie eine Wahrheit ist. Die Lega Italiana schreibt in einem leitenden Artikel vom 14.: längst wisse sie, daß die piemontesischen Truppen in der Lombardei Hunger leiden; die provisorischen Regierungen dort, die Lokalbehörden trügen die Schuld. (A. A. Z.)

Niederlande.

Haag, den 17 April.) Heute erschien der Entwurf zu einer neuen Verfassung. Wir bemerken in derselben folgende wesentliche Bestimmungen: Civilliste für den König: Eine Million Gulden. Die Person des Königs unverletzlich; die Minister verantwortlich. Ein Staatsrath. Zwei Kammern, beide aus Volkswahlen hervorgegangen, welche letztere durch Steuerpflichtige vollzogen werden, bei einem Census der nicht unter 20 Gulden bleiben und nicht 225 fl. übersteigen darf. Die Zahl der Volksvertreter wird nach der Bevölkerung festgestellt, und zwar im Verhältnisse von Einem Mitgliede auf 45,000 Einwohner. Jeder unbescholtene Niederländer ist für die zweite Kammer wählbar. Der Candidat für die erste Kammer muß 40 Jahre zurückgelegt haben und 800—1200 Gulden Steuern zahlen. Die gesetzgebende Macht wird gemeinschaftlich durch den König und die beiden Kammern ausgeübt. Religionsfreiheit. (Köln. Z.)

---

* Ein Wort an die Vertreter des Schulstandes der Stadt Nürnberg und des Burgfriedens.

Schon öfters haben die Schulverweser der hiesigen Stadt die Bitte um gehörige Aufbesserung der so niedrigen Stellen dahier und um definitive Besetzung der seit mehreren Jahren errichteten Vorbereitungsklassen beim Magistrat angebracht. — Wenn man auch annehmen durfte, daß dieser Gegenstand von dem verehrten I. Vorstande des Magistrats und mehreren Magistratspersonen nicht mit Achselzucken allein abgemacht werden würde, so konnte man sich dennoch nicht verhehlen, daß die Majorität nicht die Volkserziehungsangelegenheit recht ins Auge fassen und die Existenz des Verwesers zu sichern gedenke. So war es. — Bis zur Stunde hat der Verweser noch keine Hilfe erhalten, noch soll er mit täglich circa 24 kr., „dem Lohne eines Kanalarbeiters“, Kost, Kleidung, Logis, Licht, Holz ꝛc. bestreiten, so wie noch obendrein jährlich 2 fl. 32 kr. Wittwenkassa-Beitrag, 1 fl. 36 kr. Armengeld und eine Familien-Steuer entrichten; noch ist ein ebenso harter als ungerechter Beschluß, der einem im Dienst erkrankten Verweser im November v. J. zukam, worin es heißt: „daß dergleichen Gehälter (zu täglich 24 kr.) nur für die Dauer der Funktionszeit ausbezahlt werden dürfen (im Falle ein Verweser erkrankt, bekommt er — Nichts) da man durch verschiedene Umstände genöthigt sei, diesen Grundsatz strenge aufrecht erhalten“, nicht zurückgenommen. — Man wendet sich deßhalb öffentlich an alle Vertreter des Schulstandes der Stadt und des Burgfriedens, geeigneten Orts den beregten Gegenstand kräftigst anzubringen und dahin zu wirken, daß baldigst den entmuthigten Verwesern die entsprechende Hilfe geschafft werde.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23. April 1848. № 114 Sonntag: Albertus.

* Politisches Glaubensbekenntniß.

Durch einen Abgeordneten des hiesigen politischen Vereins bin ich im Namen desselben aufgefordert worden, mein politisches Glaubensbekenntniß öffentlich abzulegen. So wenig ich mich unaufgefordert zu einem solchen Schritt hätte entschließen können, da es allerdings gegen unser deutsches Gefühl von Bescheidenheit geht, sich selbst unter die Candidaten zu einer Wahl zu stellen; so würde es doch auch am unrechten Orte seyn, wenn ich einer derartigen Aufforderung nicht entsprechen wollte. Ich bin aus voller Ueberzeugung für die echt constitutionelle Monarchie, weil ich sie für diejenige Staatsform halte, in welcher die Vortheile einer Republik genossen werden können, ohne sich zugleich den Nachtheilen einer republikanischen Staatsverfassung unterwerfen zu müssen. Diese Nachtheile finde ich vornehmlich in dem Mangel eines festen Zentrums, in dem ewigen Treiben der Parteien, das die öffentlichen Zustände unsicher macht, in der beständigen Gefahr vor ehrgeizigen Parteimännern, die sich an die Spitze zu drängen suchen. In der Monarchie hat man einen Herrn, in der Republik oft zehn und hunderte, die einen Terrorismus ausüben, wie er in einer constitutionellen Monarchie nicht möglich ist. Was die neue Organisation der gesetzgebenden Gewalt für das deutsche Gesammtvaterland betrifft, so geht meine Ansicht gegen den Vorschlag des Herrn Dr. Eisenmann, daß giltige Gesetze nur durch das Zusammenstimmen der drei Gewalten a) Reichsoberhaupt b) Rath der Fürsten c) deutsche Volkskammer entstehen konnten. Es ist vorauszusehen, daß das Reichsoberhaupt und der Rath der Fürsten in der Regel gleiches Interesse verfolgen. Die Volkskammer hätte zwei Gewalten sich gegenüber und könnte für ihre vorgeschlagenen Gesetze wohl gar oft die Beistimmung der anderen Gewalten nicht erhalten. Bei sonstigen Differenzen zwischen den drei Gewalten, wo es keine neuen Gesetze betrifft, und wo wohl die Zusammenstimmung zweier gegen die dritte entscheiden müßte, würde die Volkskammer ohnehin in der Regel den Kürzeren ziehen. Was das Wahlrecht anlangt, so würde ich dafür stimmen, daß das 25ste Jahr zum Wähler; das 30ste zum Deputirten erforderlich sey. Im 25sten Jahre werden die meisten Leute ohnedin eine kleine Steuer entrichten. Wer in diesen Jahren der besten Kraft dem Staate nicht einmal ein Paar Sechser jährlicher Steuer geben kann und für die öffentlichen Bedürfnisse gar nichts leistet: der ist auch kein Individuum, das einen Wähler abgeben kann. Denn alle Männer, auch wenn sie vom Hause aus gar kein Vermögen haben, werden gerade in diesen jüngeren Jahren in der Lage seyn, dem Staate eine Kleinigkeit abzugeben, falls sie fleißig sind und Etwas haben lernen mögen. Das 25. Jahr würde ich deßhalb dem 21. vorziehen, weil wir Alle aus Erfahrung wissen, daß man in der Regel erst gegen das 25. Jahr anfängt, aus dem Blüthentraum der Jugend herauszutreten und die Welt von ihrer wahren und ernsten Seite zu betrachten. Beeinträchtigt würde durch ein solches Gesetz Niemand, da Jeder mit seinem 25. Jahre in das gleiche Recht eintrate. Was die materiellen Interessen betrifft, so geht meine Meinung dahin: 1) das Landvolk wird durch eine billige Ablösung der Feudallasten Erleichterung finden. 2) Die Unbemittelten in den Städten werden Hülfe erlangen müssen a) durch das Abschaffen der indirekten Steuern, die auf den nothwendigsten Lebensbedürfnissen lasten und durch die Einführung einer Einkommensteuer, b) durch Hebung ihres Nahrungsstandes. Letzteres wird dadurch geschehen, daß man von überfüllten Gewerben diejenigen Familien, welche es wünschen, auf Staatskosten auswandern läßt, daß der deutsche Staat selbst Kolonien anlegt, an die Leute Ländereien als Eigenthum vertheilt, wofür sie dann, wenn sie zu Kräften kommen, jährlich kleine Abschlagszahlungen leisten können; weiter wird auf die Hebung des Nahrungsstandes dadurch einzuwirken sein, daß sich die Regierungen dieselbe zur besonderen Aufgabe machen, daß man ein eigenes Ministerium für Handel, Gewerbe und Ackerbau errichtet, daß nicht bloß Leute, die am Studiertische aufgewachsen sind, sondern praktische Geschäftsmänner zu Rathe gezogen werden, daß man Hilfskassen anlegt, bei welchen Gewerbsleute kleine Darlehen erhalten können. Dies sind im Wesentlichen meine Ansichten über die gegenwärtigen politischen und socialen Fragen.

Dr. Ghillany.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 20. April.) [Sechste Sitzung der Kammer der Reichsräthe, um 12 Uhr Mittags.] Der kgl. Staatsminister Heintz wird als Reichsrath beeidigt. Der 1. Präsident verliest den geringfügigen Einlauf. — Der Referent des 1. Ausschusses Staatsrath v. Maurer erstattet Vortrag über den Gesetzentwurf, die Behandlung neuer Gesetzbücher betr. Bei der allgemeinen Berathung nimmt hierauf Graf Reigersberg das Wort und spricht seine Hoffnungen auf eine allgemeine deutsche Gesetzgebung mit volksthümlichen Institutionen aus, erkennt aber die Nothwendigkeit der neuen Gesetzbücher an, indem er auf die vielerlei Gesetze und Rechte, je in den verschiedenen Provinzen angewendet, hinweist. — Bar. v. Zu-Rhein erklärt sich mit dem Gesetzentwurf zwar einverstanden, doch bemerkt er, auf dem Wege der bisherigen Gesetzgebung sey nicht immer das Beste erzielt worden, häufig waren die Gesetzentwürfe viel besser, als die promulgirten Gesetze. So wenig als möglich sollen bei der Gesetzgebung die Hand ans Werk legen, viele können nicht gute Gesetze machen. Was Bayern früher für treffliche Gesetzgeber hätte, davon zeugen die Namen Gönner und Feuerbach; es möchte auch jetzt noch tüchtige Männer geben. Redner ist der Ansicht, daß die Kammern nur die Prinzipien der Gesetzgebung festzustellen haben sollten und Einzelne sollten darauf die Gesetze bauen, welch letztere dann wieder an die Stände gebracht werden sollten, um zu prüfen, ob die Prinzipien gehandhabt worden seyen. — Fürst Wallerstein hegt gleichfalls die Ansicht, daß Deutschland zu einer Gesammtgesetzgebung gelangen wird und muß. Bisher gingen die Gesetze aus den geheimen Kanzleien hervor und kamen an die unvorbereiteten Stände, ohne daß die öffentliche Meinung Muße gehabt hätte, sich darüber auszusprechen. Redner vergleicht die jetzige Gesetzgebung mit der früheren, indem er die Gebrechen und Vortheile je der einen wie der andern umständlich schildert.

Der vorliegende Gesetz-Entwurf will verstärkte Ausschüsse, die für die ganze Wahlperiode unter Mitwirkung aller Glieder derselben feststehen, und wenn sie sich mit der Regierung einigen, soll der Kammer nur die Bejahung oder Verneinung gestattet seyn, das vereinige sich aber nicht mit der Autonomie der Stände, und andererseits könnte das Resultat häufig den Wünschen, weder der Kammer, noch der Nation entsprechen. Redner legt aber wenig Werth auf den Gesetzentwurf, weil aus der gegenwärtigen Ständeversammlung nach Beschließung der zweiten Kammer noch keine Ausschüsse gewählt werden, und weil der ganze ständische Organismus in nächster Zukunft eine Verjüngung erfahren dürfte. Nur drei Wünsche werde er beantragen: 1) Wenn eine Modifikation in pleno der Kammer gelassen wird, so soll auch dann eine Diskussion stattfinden, wenn Regierung und Ausschüsse dazu bereits einig sind. — 2) Den Ausschüssen soll das Recht zu Theil werden, Männer aus allen Klassen herein zu ziehen, und sich mit ihren Einsichten zu berathen, und 3) daß die Ausschüsse ihre Berathungen öffentlich halten. Nachdem der Redner die Wünsche motivirt, behält er sich vor, bei der speziellen Berathung darauf zurück zu kommen. v. Niethammer wünscht, daß sogleich mit der Uebergabe an die Ausschüsse die Gesetz-Entwürfe der Presse mitgetheilt werden mögen, damit diese sich darüber aussprechen. — Graf Reigersperg erklärt sich von mancherlei Gesichtspunkten aus mit dem Gesetz-Entwurf nicht ganz einverstanden, doch glaubt er, daß das Möglichste mit ihm geschehen sey. — Baron v. Zu-Rhein glaubt, daß durch seine Meinung die Einwirkung der Kammer oder der Nation noch viel mehr erweitert werde. Es werde das Rechtselement gehoben, das Mechanische der Gesetzgebungskommission überlassen werden.

Bei der speziellen Debatte wird Art. 1 ohne Diskussion angenommen, eben so Art. 2, 3 und 4. — Art. 5 beantragen Referent und Ausschuß in der Fassung der zweiten Kammer anzunehmen. Bar. v. Freyberg führt mannichfache Gründe gegen diese Fassung, welcher Graf Armannsperg das Wort redet. Beide Redner erörtern ihre Meinung mit juristischer Gründlichkeit. — Bar. v. Schrenk spricht sich für die Ansichten des Bar. v. Freyberg aus, während Graf Reichersperg der Modifikation der Kammer der Abg. beistimmt, indem auf die Gründlichkeit bei Berathung von Gesetzen Alles ankomme. — Die Kammer der Reichsräthe nimmt die Modifikation der zweiten Kammer mit allen gegen eine Stimme an. Art. 6 wird ohne Debatte angenommen, eben so Art. 7. — Bei Art. 8 beantragt Fürst Wallerstein einen Zusatz im Sinne des Nr. 1 und 2 seiner eben erwähnten Wünsche und motivirt denselben. — Reichsr. u. Min. Heinz fürchtet, es könnten auf diese Weise in den Gesetzentw. Modif. hineinkommen, die zu jenen nicht passen, es müßten denn im Laufe der Berathung dieselben wieder weggenommen werden. ad. 2 bemerkt Redner, daß die Zuziehung von einsichtigen Personen in die Berathung ja ohnedieß stattfinden könne. Fürst Wallerstein weist die Wichtigkeit seines Antrags nach, v. Niethammer spricht sich dagegen aus. — Graf Armannsperg äußert sich dafür, eben so Bar. Freyberg, zumal der Untermodif. des Hrn. Justiministers von Seite des Antragstellers beigepflichtet wurde. — Fürst Wallerstein verliest nun seine Modifikation verschmolzen mit einem Antrag des Justizministers, welche vereinigte Modifikation nun dahin zielt, daß Modificationen, welche in der zweiten Kammer von 25 in der ersten von 7 Mitgliedern unterstützt werden, auch während der Berathung in der Kammer eingebracht werden dürfen, in welchem Falle aber dieselben zuerst an den Ausschuß zurück verwiesen werden müssen.

Die vereinigte Modifikation, so wie die beiden Zusätze des Fürsten Wallerstein werden angenommen. Art. 9. wird ohne Debatte angenommen, eben so Art. 10, 11, 12 und 13. Bei Art. 14. stellt Fürst Wallerstein seinen Antrag auf Oeffentlichkeit der Berathungen. — Minister Heintz hielt Oeffentlichkeit der Berathung in den Ausschüssen nicht für zweckmäßig, indem das anwesende Publikum doch störend einwirke, zumal da die Lokale der Ausschußberathung so beschränkt seien, da dieselbe während der Ständeversammlung statt finden. Fürst Wallerstein wünscht nun wenigstens den Druck der Ausschußverhandlungen. Min. Heintz: hierüber müsse er sich mit den übrigen Ministern zuvor besprechen. Staatsr. v. Maurer hält mit Bezug auf den zweiten Wunsch diesen Antrag für überflüssig. Fürst Wallerstein erklärt, ins Protokoll niederlegen zu wollen, daß in den Zwischenräumen, wenn nicht Sitzung der Kammer sei, öffentliche Berathungen statt finden sollen und daß die Verhandlungen der Ausschüsse im Druck erscheinen. Graf Reigersperg erklärt sich für den Druck, aber Oeffentlichkeit der Sitzungen der Ausschüsse scheint ihm aus vielen Gründen nicht zweckmäßig; und auch würde die Gründlichkeit der Berathungen dabei verlieren. Fürst Wallerstein spricht seine Ueberzeugung aus, daß wenn die Ausschüsse zusammtreten, gewiß ihr Wunsch nach Oeffentlichkeit gehen wird. v. Niethamer bringt seinen schon bei den Abg. angeregten Wunsch vor, den er zum Gesetz erhoben wünscht: „die Entwürfe der neuen Gesetzgebung sollen spätestens bei ihrer Uebergabe an die Kammer oder die ständischen Ausschüsse durch den Druck veröffentlicht werden. Nachdem Art. 14, 15 und 16 ohne Debatte angenommen worden, reiht sich der Wunsch des Reichsr. v. Niethammer als Art. 17 an, welcher einstimmig angenommen wird, ebenso Art. 17, nunmehr

Art. 18. Die beiden Wünsche der zweiten Kammer unterliegen keiner Diskussion und werden genehmigt. Der ganze Gesetzentwurf wird unter dieser Gestaltung angenommen. (Ende halb 3 Uhr)

*) Gesetzentwurf über die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freywilligen Supscription. Seine Majestät der König haben in Berücksichtigung des außerordentlichen Kostenaufwandes, welchen die Mobilmachung Allerhöchst Ihres Heeres, die Unterstützung der Industrie und die Fortsetzung der öffentlichen Arbeiten erfordern, nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen d. Stände des Reiches beschloßen und verordnen was folgt: Art. I. Der Staatsminister der Finanzen ist ermächtiget, im Wege der freywilligen Supscription ein verzinsliches Anlehen von 7.000,000 fl. aufzunehmen. Art. II. Ueber dieses Anlehen werden auf 20, 50 und 100 fl. lautende Staats-Schuldscheine von der Königl. Staatsschulden-Tilgungs-Commission unter Mitwirkung der ständischen Commissäre ausgefertigt. Art. III. Dieses Anlehen ist auf die grund-, zehent- und lehenherrlichen Gefälle des Staates versichert, und wird aus diesen Gefällen alljährlich verzinset. Bei den an den Staat für die Ablösung dieser Gefälle zu zahlenden Summen sind diese neuen Staatsschuldscheine nach dem Nennwerthe bis zur Hälfte des Ablösungsbetrages, wenn derselbe 40 fl. erreicht oder übersteigt, anzunehmen. Erreicht der Ablösungs-Betrag 400 fl., so kann ein Viertheil auch in älteren $3\frac{1}{2}$ prozentigen Staatsschuldscheinen nach dem Nennwerthe erlegt werden. Die eine Hälfte ist jedoch immer baar zu entrichten. Art. IV. Sollte in den Jahren 1848/49 und 1849/50 auf die im Art. III. bezeichnete Weise die vollständige Aufräumung dieses Anlehens von 7,000,000 fl. nicht bewerkstelligt seyn, so ist der verbleibende Rest in den Jahren 1850/51 und 1851/52 im Wege der Verlosung zu tilgen. Art. V. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Gegeben München den .... April. (L. S.) Für den Entwurf. Lerchenfeld.

*) Gesetz-Entwurf. Die Verhältnisse der Sparkassen, und beziehungsweise die bei der Staats-Schuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparkassa-Kapitalien betreffend. Seine Majestät der König haben nach Vernehmung Ihres Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches, in Beziehung auf die Sparkassen beschlossen und verordnen, was folgt: Artikel I. Die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparkassa-Kapitalien werden statt wie bisher zu $3\frac{1}{2}$, vom 1. April 1848 anfangend, mit 4 vom Hundert verzinst, Artikel II. Jede Zurückbezahlung dieser Kapitalien von Seite der Staatsschuldentilgungs-Anstalt an die Sparkasse-Verwaltungen findet, sie mag ganz oder theilweise nachgesucht werden, von ein an in vierprozentigen Staatsschuld-Mobilisirungs-Obligationen zu dem Nennwerthe statt. Artikel III. Dagegen sind die Sparkasse-Verwaltungen nur jenen Einlegern gegenüber, welche Dienstboten, Handwerksgesellen, Taglöhner, Fabrik-Arbeiter oder Militärs, vom ersten Unteroffiziere abwärts sind, verpflichtet, den ganzen Einlagebetrag, so ferne derselbe die Summe von 200 fl. nicht übersteigt, baar zurück zu vergüten. Bezüglich aller andern Einleger sind sie von nun an nur gehalten, jene gekündeten Einlagen, deren Gesammtbetrag 100 fl. nicht erreicht, baar zurückzubezahlen. Erreicht oder übersteigt das Guthaben den Betrag von 100 fl., beziehungsweise 200 fl., so sollen die Sparkassen ermächtiget sein, die Rückzahlung dieses Guthabens in vorerwähnten 4prozentigen Staatsobligationen zu leisten. Artikel IV. Die Hälfte der jährlich zur baaren Heimzahlung der ältern Staatsschuld bestimmten Beträge soll der Rückzahlung der in den vorhergehenden Artikeln II. und III. erwähnten Mobilisirungs-Obligationen zugewendet werden, zu welchem Behufe dieselben mit einem entsprechenden, eigenen Stempel zu versehen sind. Artikel V. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem heutigen Tage in Wirksamkeit. Die Staats-Ministerien des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge desselben beauftragt. München, den 21. April 1848. Thon Dittmer. Lerchenfeld.

Baden. (Mannheim, 19. April, Nachmittags 2 Uhr.) So eben läuft hier die Nachricht ein, daß Hecker mit 3000 Mann aus der Schweiz nach Konstanz gezogen, Struve mit 200 Mann in Donauechingen steht und der als Regierungsdirektor erst neulich nach dem Seekreise geschickte Deputirte Peter, zum Gouverneur von Konstanz durch die Republikaner ernannt, dort die Republik proklamirt habe. Auch der hiesige frühere Lieutenant Siegel soll 1500 Mann zusammengebracht haben, die entschlossen sind für die Republik zu kämpfen. Hecker hat bereits ein Zusammentreffen mit würtembergischen Uhlanen gehabt, die nur die Schnelligkeit ihrer Pferde vor einer Niederlage hat schützen können. So erzählen wenigstens hier die Freunde Heckers und die Feinde der Uhlanen. Die Schienen der Eisenbahn zwischen Freiburg und Offenburg hat das Volk aufgerissen. An letzterem Orte hatte ein Theil der Aufrührer auch Barrikaden errichtet, die aber, als Militär mit der Drohung herannahete. Feuer zu geben, das Volk selbst alsbald wieder zerstörte. (Fr. J.)

(Karlsruhe, den 19. April.) Heute früh sind die regelmäßigen Bahnzüge aus dem badischen Oberlande ausgeblieben, dagegen wurde die Nachricht überbracht, daß in Offenburg die Republik ausgerufen, Barrikaden errichtet und der Bahnhof mit Bürgern besetzt worden, die alle Kommunikation abgeschnitten. Zu dem um Offenburg liegenden Militär wurde heute früh vor 9 Uhr noch ein weiteres dahier garnisonirendes Bataillon durch die Eisenbahn entsendet, und es brachte der nach 12 Uhr Mittags angekommene Oberländer Bahnzug die Nachricht, daß durch die Truppen die Kommunikation wieder hergestellt und den Offenburgern eine zweistündige Bedenkzeit gestattet worden, nach deren Umfluß ernstlichere Maßregeln ergriffen würden. So eben, Abends 5 Uhr, höre ich, die Ruhe sei wieder hergestellt und die Barrikaden weggeräumt. Der Abgeordnete, Regierungsrath Schmitt, hat die Weisung erhalten, sich als Civilkommissär nach Offenburg zu begeben, wohin er bereits abgereist seyn soll. ((Schw. M.)

(Karlsruhe, den 19. April.) Der letzte gestrige Oberländer Bahnzug wurde von der Offenburger Bürgerschaft, ihren Bürgermeister an der Spitze (!), mit bewaffneter Hand angehalten, Lokomotivführer und Kondukteure, so wie auch eine Dragoner-Patrouille von vier Mann gefangen genommen, das Brieffelleisen erbrochen, und die Verbindung gesperrt. Der Bahnhofvorstand fand jedoch Gelegenheit, einen Diener auf einem Umweg schnell nach Appenweier zu senden, wo der Kehler Zug auf den Oberländer wartete; der Diener kam um 1 Uhr Nachts in Appenweier an, und der Zug brachte uns diesen Morgen die überraschende Nachricht, worauf sogleich das seit zwei Tagen hier liegende Bataillon des ersten Regiments nach Offenburg abgieng. Inzwischen sind heute Nacht noch hessische Chevauxlegers und Geschütz nach Offenburg gerückt, haben die Meuterer zurückgetrieben, Brieffelleisen und Gefangene zurück verlangt und erhalten, und die Bürgerschaft ist nun in die Stadt zurückgedrängt. Der erste heutige Oberländer Zug konnte ungestört passiren, und fand den Bahnhof mit Hessen besetzt. — Heute Abend rückt das Bürgerwehrcorps zum Feuern aus. — Die elende Erklärung der Freiburger Bürgerschaft, „neutral zu bleiben," — also nicht für Recht, Gesetz und Ordnung einzustehen, hat hier allgemeine Indignation erregt.

(Karlsruhe, den 18. April.) In Mannheim fand allerdings wieder ein Cravall mit Demonstrationen gegen verschiedene Häuser und Personen statt, doch wüthete dieser Unfug des unteren Volkes, wobei Mehrere, einer selbst tödtlich verwundet worden, in sich und alle ordentlichen Bürger sind darüber indignirt. Ein Bataillon des Leibregiments ist eingerückt, ein schöner, kräftiger Schlag Menschen. In Karlsruhe viel Bewegung. Man ist äußerst gespannt auf Nachrichten aus dem Oberlande. Hecker soll mit einigen Hunderten Verblendeter in Lenzkirch von dem würtembergischen Truppen eingeschlossen seyn und man sieht stündlich der Nachricht von der Gefangennehmung dieses Landes- und Hochverräthers entgegen, über welchen ich überall den öffentlichen Unwillen in den stärksten Ausdrücken sich äußern hörte. Man wünscht allgemein, daß die Regierungen aufs kräftigste auftreten möchten gegen dieses verderbliche Spiel mit der deutschen Republik. Ein Bataillon Hessen ist seit vorgestern aus Worms hier eingetroffen und aufs herzlichste und freundlichste von den Karlsruhern aufgenommen worden, aufgenommen worden, ein erfreulicher Contrast gegen das Benehmen der überreizten Mannheimer und der irregeleiteten Oberländer. Man hofft, daß in den nächsten Tagen der tolle Aufruhrversuch im Seekreise gänzlich unterdrückt seyn werde. (Frkftr. J.)

(Lenzkirch, im badischen Schwarzwald, den 17. April Abends.) Gestern trafen von Bonndorf zwei Staffetten nach einander hier ein, die eine nach Neustadt, Trieberg rc., die andere nach Freiburg bestimmt. Von diesen vernahm man die Nachricht, daß Hecker mit seinen Sensenmännern in vollem Anzuge sei und man aller Orten Sturm läute. Ein panischer Schrecken bemächtigte sich der ganzen Gegend; man wußte nicht, ob Widerstand oder Anschluß das Beste wäre. Gegen 7 Uhr entschlossen sich zwei junge Leute, sich nach Bonndorf zu begeben, um selbst zu hören und zu sehen, wie zahlreich die Mannschaft sey und wie sich betrage. Gegen Mitternacht kehrten sie mit der Nachricht zurück, daß ihre Anzahl sich gegen 1000 Mann belaufe, aber noch circa 600 nachfolgten. Gleiches bestätigte auch der Postkondukteur, dem seine Pakete Wellendingen geöffnet wurden. Weißhaar von Lottstetten und Struve würden den Weg über Waldshut nach Lörrach einschlagen, und daß Hecker sich über St. Blasien nach dem Wiesenthal wenden würde, glaubte man um so mehr annehmen zu dürfen, da die Würtemberger sich beeilten, das Höllenthal zu erreichen, bevor die Schaaren dort eintreffen könnten. — Heute Morgen um 6 Uhr traf hier eine Extrapost von Freiburg mit 2 jungen Männern aus Offenburg ein, die Hecker entgegen reisten. Kurze Zeit darauf vernahmen wir, daß man in allen Gemeinden des Amtes Bonndorf das 1. und 2. Aufgebot aufhebe, und Hecker mit etwa 1500 Mann hier Mittag zu machen gedenke. Gegen 11 Uhr kam von Loeffingen die Nachricht, daß 400 würtembergische Lanciers nach Neustadt durchmarschirt seyen, denen noch ungefähr 2000 Mann Infanterie auf dem Fuße folgten. Kaum hatten wir diese Nachricht, so zeigte sich Hecker's Zug und es kamen circa 1500 Mann zwei Kanonen und vielen Bagagewägen, die hier Mittag machten. Der Zugführer ist eigentlich der frühere Lieutenant Willich aus Köln. Am Nachmittag traf die Nachricht ein, daß die Würtemberger bereits die Höllensteige besetzt hätten, und in Bonndorf ebenfalls eingerückt seyen, wodurch die zweite Colonne von Hecker den Weg über Waldshut einzuschlagen genöthigt worden sey. Gegen 2 ging die Schaar von hier aus über Menschschwand und Bernau weiter. Kaum war die Kolonne abgezogen (die Konstanzer immer voran), so hieß es, daß Würtemberger Cavallerie über Saig herbeieile. Dies geschah gerade, als unsere Wehrmannschaft sich bewaffnen und dem Zuge sich anschließen sollte. Der Abzug wurde sehr beeilt; die Unsrigen blieben hier.

Nachschrift. Soeben treffen die angekündigten Würtemberger Truppen ein. Sie bestehen aus Infanterie, Cavallerie und Artillerie. Es sollen Versuche gemacht werden, die Sache friedlich zu schlichten. (Frkft. J.)

(Neustadt im Schwarzwalde, den 18. April.) Die am 15. d. M. bei Donaueschingen durchgelassenen Freischaaren hatten sich von Neuem gestern und vorgestern in der Gegend bei Lenzkirch in Anzahl von ungefähr 800 Mann nebst zwei kleinen Geschützen unter Struves Kommando versammelt. Auf diese Nachricht brach gestern Nacht von Donaueschingen und Hüfingen eine würtembergische Kolonne auf, um den Freischaaren den Weg durch das Höllenthal zu verlegen, während eine andere Kolonne etwas später auf demselben Wege nachrückte, bei Neustadt links gegen Lenzkirch ausbog, und bei Saig mit ihrer aus anderthalb Schwadronen bestehenden Spitze auf die Vorposten der Anarchisten traf, die alsbald in der Richtung nach Bernau und Schönau (gegen St. Blasien und das Wiesenthal) abzogen. Das Hauptquartier des Generallieutenants v. Miller ist seit gestern bei uns, und Lenzkirch Kappel u. s. w. sind stark besetzt, während die Reservekolonne weiter zurück ist. Heute haben die in diesiger Gegend liegenden Truppen Ruhetag. Morgen wird wahrscheinlich gegen das Wiesenthal, Lörrach zu, vorgerückt werden, während die Bayern über Stockach heranziehen und ein Theil der würtembergischen Truppen die Verbindung mit ihnen unterhält. Die würtemb. Truppen sind auf den Dorfschaften ohne Ausnahme als Ruhebringer sehr gut empfangen worden, während in den kleinen Städten weit größere Aufregung herrscht. — Eben wird eine unter dem heutigen Datum erlassene Proklamation der Abg. Venedey und Spatz hier den Einwohnern bekannt gemacht, in welcher sie sagen, daß ihre Friedenesendung bei den Führern des Aufstandes, Hecker und Struve kein Gehör gefunden; sie wenden sich daher abermals an alle Bewohner des Seekreises und ermahnen sie im Namen Deutschlands, jenen Männern kein Gehör zu schenken. — Die Verbindung des rechten Flügels der würtemb. Truppen ist durch das Höllenthal mit den hessischen und badischen Truppen hergestellt. — Wahrscheinlich wird es doch noch irgendwo zu einem feindlichen Zusammenstoß kommen, indem sich gegen Lörrach zu viel Freischärler sammeln sollen. — Venedeys Proklamation ist in Lenzkirchen heute Morgen verfaßt worden, und er hat eine vortreffliche Rede an das Volk gehalten. Struve und Hecker schildert er als wahre Karl Moors; ihr Rückzug ging durch Schnee und Eis gegen das Wiesenthal. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 19. April.) An dem Gerüchte von der Thätigkeit des Bundestags für eine deutsche Marine ist Folgendes das Wahre. Die Versammlung der 17 Vertrauensmänner hat die Initiative ergriffen, um an den Bundestag zwei Anträge zu brin-

gen. Der eine geht dahin, er solle eine Kommission Sachkundiger nach Bremen berufen, um dort einen detaillirten Plan zu sofortigem Angriff und zur allmähligen Ausbildung einer deutschen Kriegsflotte auszuarbeiten, der demnächst der konstituirenden Versammlung vorgelegt werden solle. Als Kern der Kommission ward der Prinz Adalbert von Preußen, der österreichische Admiral Sourdeau und ein von den Hansestädten zu ernennender Seemann vorgeschlagen, die sich dann die weiteren Mitglieder selbst zuordnen möchten. Der zweite Antrag ging dahin, Bevollmächtigte mit unbegrenztem Kredit nach England zu schicken, um ein vortreffliches amerik. Kriegsdampfschiff zu kaufen, das am 20. d. in Liverpool eintrifft und nach eingegangenen Berichten wahrscheinlich käuflich zu erwerben steht, und außerdem die Gelegenheit zur Erwerbung anderer kriegsfähigen Dampfschiffe wahrzunehmen. Der Fünfzigerausschuß hat beide Anträge auch zu den seinigen gemacht. Der Bundestag ist sofort in seiner gestrigen Sitzung darauf eingegangen und hat Beauftragte nach England geschickt, leider aber ohne Kredit. Es begreift sich, daß dies der Sache die Spitze abbrechen heißt. Denn was soll aus einem unsichern Hin- und Herberichten werden, wo Alles auf die Minute ankommt? Man weiß, daß ein dänisches Kriegsschiff, das vor Bremerhafen erscheint, dem deutschen Handel unermeßlichen Schaden zufügen kann; es kam darauf an, sogleich, ohne eine Stunde Zeitverlust einen so kostbaren und zeitgemäßen Erwerb zu beschaffen. Was hat d.r Bundestag für Bedenken gerade bei dem Geldpunkte? Eine Summe für einen solchen Zweck, von den 50 und 17 verlangt, würde durch eine Nationalsubskription in 14 Tagen gedeckt sein. Wir haben Grund, zu hoffen, daß noch nachträglich die Schritte gethan werden, die die Sendung nach England wirksamer und von unmittelbarerem Erfolg machen werden. (D. Z.)

Hannover. (Hannover, 18. April.) Seit gestern, als zu Hildesheim in Erfahrung gebracht war, daß ein Verhaftsbefehl gegen Adv. Weinhagen erlassen sey, sind dort alle Bande der Ordnung gelöst. Die Aufrührer haben den Landdrosten und andere Beamte verhaftet; alle Obrigkeit ist außer Wirksamkeit. Man hat die Sturmglocken geläutet und von den Wällen geschossen, um das Landvolk herbeizurufen. Als gestern Abend der Bahnzug von Hannover nach Hildesheim kam und die Nachricht brachte, daß Weinhagen, ungeachtet der erzwungenen Zurücknahme des Verhaftsbefehls, in Hannover auf Befehl der Regierung wieder festgenommen sey, steigerte sich der Tumult; es wurden Häuser verwüstet, und Mobilien zerstört. Die Nacht verging jedoch ohne die gefürchteten noch größern Unthaten. Heute Morgen scheint die Ankunft zahlreicher Militärkräfte die Frevler einigermassen zur Besinnung gebracht zu haben. Doch sind die Thore noch gesperrt, die errichteten Barrikaden nur zum Theil beseitigt. Die Truppen stehen außerhalb der Stadt, welche sie umstellt haben, sodaß Zugang von außen nicht mehr möglich ist. Wie es heißt, hat man den Aufrührern eine Frist gesetzt, nach deren fruchtlosem Ablaufe Gewalt werde gebraucht werden. Die königl. Regierung hat den Schatzrath Rasch als Civilkommissär abgesandt; auch ist der Generaladjutant, Oberstlieutenant Jakobi, dorthin abgegangen. — 5 Uhr. Hildesheim hat sich unterworfen. Die Waffen sind zurückgegeben. Um 3 Uhr ist das Militär friedlich in die Stadt gerückt. (Hann. Z.)

Preussen. (Berlin, 20. April. Die heutige allgemeine preussische Zeitung enthält folgende Aktenstücke: I. Ich erkläre mich mit der auf Veranlassung verschiedener Petitionen der deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen mir vorgetragenen Ansicht des Staatsministeriums dahin völlig einverstanden, daß die der polnischen Bevölkerung der Provinz verheißene nationale Reorganisation auf diejenigen Landestheile des Großherzogthums, in welchen die deutsche Nationalität vorscherrschend ist, nicht ausgedehnt werden darf. Vielmehr ist es mein Wille, daß der von diesen Landestheilen beantragte Anschluß derselben an den deutschen Bund ohne Verzug bei der deutschen Bundes-Versammlung vermittelt werde. Durch eine solche Trennung der deutschen Landestheile der Provinz werden sogleich die wesentlichsten Hindernisse, welche der nationalen Reorganisation des polnischen Theiles des Großherzogthums entgegentreten könnten, beseitigt werden, sodaß diese Reorganisation nunmehr um so vollständiger zur Ausführung kommen kann. Potsdam, den 14. April 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. Camphausen. v. Auerswald. II. Ew. Hochwohlgeb. haben uns angezeigt, daß am nächsten Donnerstag, den 20. d. M., von einer hiesigen Volksversammlung beabsichtigt wird, eine Petition um Abänderung des bestehenden Wahlgesetzes in einem zahlreichen Aufzuge nach dem Schlosse zu überbringen und dem Staatsministerium zu überreichen. Wir können eine solche Demonstration, welche auf die Absicht der Einschüchterung der Behörden schließen läßt und dazu geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, nicht für gesetzlich zuläsfig halten und fordern daher Ew. Hochwohlgeb. auf, der Ausführung derselben, wenn solche Ihrer Abmahnungen ungeachtet versucht werden sollte, durch die Ihnen zu Gebote stehenden Mittel, unter Mitwirkung der Bürgerwehr, entgegenzutreten, an deren Commandeur wir das abschriftlich beifolgende Schreiben gerichtet haben. Wir zweifeln nicht, daß die hiesige Bürgerschaft den zur Aufrechterhaltung der Gesetze und der öffentlichen Ruhe getroffenen Anordnungen willig Folge leisten und denselben ihren Beistand gewähren wird. Berlin, den 18. April 1848. Das Staatsministerium. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher. An den königl. Polizeipräsidenten Hrn. v. Minutoli, Hochwohlgeboren. III. Bekanntmachung. Es ist neuerdings mehrfach vorgekommen, daß Gesellen und Arbeiter plötzlich die Arbeiten eingestellt, ihre Gewerksgenossen, in Fabriken, Werkstätten oder auf Bauplätzen beschäftigt, gezwungen haben, zu feiern und in Zügen mit Fahnen und Musik zu Versammlungen auf Plätzen oder vor den Thoren sich zu vereinigen, um sich über die Erhöhung des Lohns oder Verminderung der Arbeitszeit und sonstige Bedingungen, unter denen die Arbeit nur fortgesetzt werden dürfe, zu besprechen. Man hat bei dieser Gelegenheit solche Arbeiter, welche sich den übrigen nicht anschließen wollten, weil sie mit ihren Arbeits- und Lohnverhältnissen zufrieden waren, durch Drohungen und Mißhandlungen zu zwingen gesucht und bedauerliche Exzesse begangen, welche sogar Verwundungen herbeigeführt haben. Dies ist ein Verfahren, welches ohne Auflösung der öffentlichen Ordnung nicht geduldet werden darf. Die Freiheit des Einzelnen soll durchaus nicht beschränkt werden. Es bleibt jedem Arbeiter unbenommen, die Arbeit, wenn er nicht contractlich oder durch die bestehenden Bestimmungen an eine gewisse Kündigungsfrist gebunden ist, aufzugeben; es soll Niemand beschränkt werden, um mit dem Gewerbsgenossen über Lohn und Arbeitsverhältnisse zu berathen, so lange man sich hierbei innerhalb der gesetzlichen Schranken bewegt; es ist aber nicht gestattet, daß Arbeiter zur Einstellung der Arbeit, zur Theilnahme an öffentlichen Berathungen und zur Annahme der dortigen Beschlußnahmen gezwungen werden. Derartige Versuche werden als Auflehnung gegen Ruhe und Ordnung dem Richter zur Untersuchung und Bestrafung übergeben und an den nicht Ortsangehörigen außerdem mit Verweisung aus der Stadt gerügt werden. Oeffentliche Aufzüge mit Musik, Fahnen und Waffen sind nur auf vorhergegangene Erlaubniß gestattet und werden ohne dieselbe als Störungen der öffentlichen Ordnung angesehen und verhindert werden. Da im Allgemeinen die bisherige Haltung der hiesigen Gesellen und Arbeiter mit Recht eine öffentliche Anerkennung verdient, so muß vorausgesetzt werden, daß es nur dieser Andeutung bedarf, um auch für die Folge in dieser Beziehung nur Lobenswerthes zu bemerken. Berlin, den 18. April 1848. Der Polizeipräsident v. Minutoli.

(Aachen, den 18. April.) Gestern Nachmittag ist leider wieder gefeuert worden, wodurch abermals 2 Personen getödtet und 6—8 verwundet wurden. Aber auch hier geschah der Angriff durch beharrliches Steinwerfen von den Volksmassen, bis endlich der die Militärabtheilung kommandirende Offizier, nachdem er mehre Mal, jedoch vergeblich, zur Ruhe aufgefordert und gewarnt hatte, zum Aeussersten schritt. Im Ganzen sollen jetzt gegen 8 Menschen todt und 14 verwundet seyn. Auch die im städtischen Busch beschäftigten 500 Arbeiter hatten sich mit Knütteln versehen und standen im Begriff, in Aachen einzuziehen, als sie von einer Abtheilung Dragoner auseinander gesprengt und gegen 30 der Bande gefangen genommen wurden, die in das hiesige Arresthaus abgeliefert worden sind, und gegen welche die gerichtliche Untersuchung bereits begonnen hat. Auch unser Ober-Prokurator kam sogar in den Fall, zu seiner Vertheidigung die Pistole zu ziehen. — Uebrigens ist starker Verdacht vorhanden, daß das Volk durch Geldaustheilungen aufgereizt worden ist; vielleicht ergibt die gerichtliche Untersuchung hierüber etwas Näheres und im voraus darf man sagen, daß solche Verführer die vollste Verachtung ihrer Mitbürger treffen würde. — Augenblicklich ist die Stadt ruhig; ein Theil der Läden aber noch immer geschlossen. Der Dr. Metz scheint das Opfer böswilliger Verdächtigungen geworden zu seyn; nach seiner in der hiesigen Zeitung abgegebenen Erklärung hat er nicht geschossen. (F. J.)

(Posen, den 17. April.) Alle hier eingegangenen offiziellen Nachrichten aus der Provinz stimmen darin überein, daß die Insurgententrupps sich aller Orten die entsetzlichsten Gräuel zu Schulden kommen lassen. Die zu Schroda auseinandergegangenen Haufen sind nur theilweise in ihre heimathlichen Dörfer zurückgekehrt; eine große Anzahl derselben hat sich zu Banden vereinigt, die jetzt die kleinen Städte überfallen und ausplündern, und die jüdischen Einwohner mißhandeln, ja zum Theil ermorden. Eine solche Horde überfiel gestern die 5 Meilen von hier gelegene Stadt Kosten, und verübte dort arge Exzesse, ohne daß die Garnison, welche aus einer Kompagnie Infanterie besteht, die Einwohner schützen konnte. Sobald die Nachricht von diesem Ueberfall gestern Nachmittag hier einging, wurden sogleich 500 Mann auf Wagen dorthin geschickt, aber sie kamen zu spät, denn die Horde hatte die Stadt schon am Abend wieder verlassen. Ein anderer Haufe fiel in die Stadt Grätz ein, und hauste hier ärger als eine Räuberbande; die Häuser der Juden und Deutschen wurden gänzlich demolirt, und eine Menge Menschen gemißhandelt. In Trzemeszno sind bei dem dortigen Scharmützel an 30 Menschen geblieben, und nach dem Abzuge der Truppen haben die Insurgenten vier unschuldige Juden auf schaudervolle Weise ermordet. Die ärgsten Gräuelthaten sind jedoch in der Kreisstadt Wreschen verübt worden, wo bekanntlich einer der vier großen Insurgentenhaufen sein Lager aufgeschlagen hatte. Dieser sollte nach der am 11. April vom General v. Willisen mit den Polen abgeschlossenen Konvention die Stadt gestern räumen, und sich nach Miloslaw zurückziehen, welcher Punkt ihm vom commandirenden General v. Colomb zum Auseinandergehen bestimmt war. Bevor der Haufe jedoch abzog, beging er in Wreschen die entsetzlichsten Exzesse an Deutschen und Juden, insbesondere an letztern. Heute Namittag ist eine Deputation aus Wreschen hier eingetroffen, welche den Behörden einen offiziellen Bericht über die dort verübten Gräuel abgestattet hat; das Haar sträubt sich bei der Erzählung der dortigen Gräuelscenen. Unter den hiesigen Deutschen und Juden herrscht solche Erbitterung, daß die heutige Volksversammlung, die mehre tausend Köpfe zählte, sich um jeden Preis bewaffnen wollte, um Rache an den Polen zu nehmen; glücklicherweise hat der Kommandant, General v. Steinacker, ihnen die Waffen versagt. Inzwischen ist zur allgemeinen Bestürzung aller Deutschen aus Berlin die Nachricht hier eingetroffen, daß der König alle bisherigen Pacifikationsmaßnahmen des Generals v. Willisen genehmigt hat und darunter auch den am 11. April zu Jaroslawiec mit den Polen abgeschlossenen Vertrag, der bekanntlich die Deutschen in solche Erbitterung versetzt hat. — Mit Bestimmtheit wird soeben verkündet, daß General v. Colomb die Exzesse zu Wreschen als Bruch der Konvention betrachtet, und von den Polen bei Miloslaw die Auslieferung der Mörder und Räuber verlangt hat, widrigenfalls er „mit Kanonen sprechen würde.“ Die Polen haben mit dem Bruch der Konvention das Recht, zum Theil unter Waffen zu bleiben, vor allen Dingen jedes Anrecht an eine Amnestie verscherzt;“ so lauteten die Anträge der heutigen außerordentlichen Bürgerversammlung. (D. A. Z.)

(Danzig, den 17. April.) Nachrichten aus Warschau zufolge soll die ganze Stadt mit Militär angefüllt und in den strengsten Belagerungsstand erklärt worden sein. (D. A. Z.)

(Braunfels, den 16. April.) Gestern Abends und heute sind die Bauern des fürstlichen Gebiets, theils um von den Fürsten abermals Zugeständnisse zu erpressen, theils um zu demoliren und wegen mehrerer vorgenommener Verhaftungen Rache zu üben, vor den Ort Braunfels gerückt. Eine Compagnie des 27. Infanterie-Regiments hatte den Ort besetzt und operirte zum Schutze gemeinschaftlich mit der Bürgergarde. Von beiden wurde mit lobenswerther Geduld die Ordnung gehandhabt. Es ward von 8—12 Uhr Abends mit den Bauern unterhandelt. Inzwischen waren schon zwei Patrouillen von bewaffneten Bauern angefallen. Jene haben von der Waffe Gebrauch gemacht und zwei der Angreifer erschossen. Die Bauern zogen sich gegen 1 Uhr Nachts von dem Orte zurück und zündeten Wachtfeuer an. Am andern Morgen demolirten und plünderten sie das am Ende des nicht besetzten Theiles des weitläufigen Ortes belegene Haus des Müllers Weiß und mißhandelten den Besitzer dergestalt, daß er wohl den Geist aufgeben wird. Die Bürgergarde und das Militär machten einen Zug dahin, wurden von Bauern mit Flintenschüssen empfangen, worauf das Militär sich tapfer wehrte, sie hinter einer Gartenmauer, wo sie sich aufgestellt hatten, vertrieb, einen tödtete und einen verwundete. Die Bauern ergriffen die Flucht und wurden dann völlig verjagt. Diesen wortgetreuen Hergang des Vorfalles theilen wir Ihnen, um Entstellungen zuvor zu kommen, mit. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 18. April, Mittags.) Diesen Morgen rief die Trommel

wiederholt die Bürgergarde zu den Waffen. Starke Abtheilungen durchziehen jetzt noch, meist wohl heimkehrend, die Straßen unter dem Rufe: »Nieder mit den Kommunisten! Nieder mit Cabet! Nieder mit Blanqui!« — Aus Vincennes sind bedeutende Munitionsvorräthe herbeigeschafft und diese Nacht seien — heißt es — mehrere Wachtposten gestürmt und entwaffnet worden. Wir stehen am Ausbruch eines Prinzipienkrieges.

Der Moniteur bringt heute einige sehr wichtige, obgleich unscheinliche Beschlüsse: 1) Proklamation, worin die provisorische Regierung den Bürgern ihren Dank für ihren bewaffneten Eifer vom Sonntage abstattet. Der 16. April wird darin neben den 17. März gestellt und als abermaliger Rettungstag der Republik begrüßt. Bürger, heißt es darin, die Einigkeit der prov. Regierung stellt die Einigkeit der Republik dar, Das habt Ihr begriffen und darum empfanget unseren Dank etc. etc. Diese Proklamation wird viel böses Blut hervorrufen. Denn wer sind die unsichtbaren Feinde, welche die Bürger am Sonntage niederschmetterten? Die Kommunisten Cabets? Wie man sehen wird, befand sich kein Einziger von ihnen weder im Hippodrome noch auf dem Marsfeld.

Dekret, das auf die Verbrüderung der Armee mit der Nationalgarde oder auf die sogenannte Fahnenweihe am 20. April (übermorgen) Bezug hat. Es erklärt diesen Tag als einen Festtag, an welchem die Bank, Börse, Schulen und Gerichtshöfe geschlossen sein müssen. Das Fest selbst findet an der Stern barriere statt, wo die Zimmerleute so eben die Gerüste aufschlagen. Die ganze Armee wird vertreten sein.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

A n z e i g e n

Trauer-Anzeige.

Nach schwerem Leiden endete Donnerstag Abends halb 5 Uhr unser guter Gatte, Vater, Großvater, Bruder und Onkel,

Herr Anton Carl Loeblein,

in einem Alter von 66 Jahren sein irdisches Dasein

Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, Fürth und Leipzig den 20. April 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

NB. Die Beerdigung findet heute Sonntag den 23. April bei St Johannis statt. Die Leichenbegleitung versammelt sich Augustinstraße S. Nr. 168.

E i n l a d u n g.

Mehrere Hausbesitzer, welche die große Last haben, Eigengelder zu bezahlen, haben eine Vorstellung an die Kammer der Abgeordneten anfertigen lassen und laden ihre Mitbürger, welche mit gleicher Last beschwert sind, ein,

Dienstag den 25. April c. Nachmittags 4 Uhr

im Fleischmann'schen Wirthshause (Eingang von dem Spitalplatze aus) sich einzufinden, die bereit liegende Vorstellung zu lesen und zu unterzeichnen.

Um eine Zusammenstellung sämmtlicher Eigengelder zu machen, werden die treffenden Hausbesitzer eingeladen, ihre Quittungsbüchlein mitzubringen.

Nürnberg, am 17. April 1848.

Im Namen mehrerer belasteter Bürger
Distriktsvorsteher Passing, Machet und Fink.

Prater.

Sonntag den 23. d. Nachmittags, als am Osterfest, Produktion vom Kleeblatt, wobei sich Herr Dr. Eisele und Baron Beisele, von Berlin kommend, dem verehrten Auditorium bestens empfohlen werden

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Am ersten und zweiten Osterfeiertag

Gesangs-Unterhaltung von Hrn. Fischer

mit den neuesten Piecen, wozu ergebenst einladet

Sturm

Zwinger-Eröffnung.

Bei dem Eintritt der günstigen Jahreszeit sieht sich Unterzeichneter veranlaßt, heute, Sonntag den 23. d. Mts. sein Wirthschafts-Lokale im Frauenthor-Zwinger zu eröffnen. Indem derselbe ein hochverehrliches Gesammt-Publikum und die sehr werthe Nachbarschaft ergebenst einladet, glaubt er durch prompte und reelle Bedienung, durch gutes Bier, wie nicht minder durch vorzüglichen Kaffee und Backwerk sich das Vertrauen der verflossenen Jahre seiner Wirthschaftsführung auch heuer wieder zu erwerben.

Jean Schrögler.

Harmonie - Musik

in dem Garten-Lokale zur „weißen Taube" am Webersplatz am ersten und zweiten Osterfeiertage, wozu unter Versicherung der besten Bedienung sich hochachtend empfiehlt

Th. Müller.

Köcherts-Zwinger.

Ich mache hiemit den verehrlichen Abonnenten die ergebenste Anzeige, daß von heute Sonntag den 23 April an der Zwinger zum gefälligen Besuche geöffnet ist. Hochachtungsvollst

J. D. Köchert.

Ball im Saale des Bamberger Hofes.

Einem verehrlichen Publikum zeige ich hiermit an, daß Montag, als am zweiten Feiertag, Ball stattfindet, wobei ich mich dem verehrlichen Publikum bestens empfehle. Entree für Herren 24 kr. Damen 12 kr.

Fuchs.

Nach Haus!!

Mit dieser jetzt beliebten Firma beginnt ein Artikel in der mittelfränkischen Zeitung Nro. 107, in dem der Kammer der Abgeordneten der freundschaftliche Rath gegeben wird, sich aufzulösen. Der Einsender dies ist weit entfernt, für die Kammer in die Schranken treten zu wollen; sie wird dem Einen zu wenig, dem Andern zu viel thun, und so wird es auch den nachfolgenden Kammern trotz des freisinnigsten Wahlsystems ergehen. Folgende Fragen möchte aber der Einsender beantwortet haben:

Auf die bekannten Vorgänge in München hat die königliche Proklamation vom 6. März, die Zusammenberufung der Stände verheißen, welchen ungesäumt eine Reihe von Gesetzesvorlagen gemacht werden sollten. Allgemeiner Jubel empfing diese K. Proklamation; sollen nun die Stände auseinander gehen, ohne den Vollzug dieser Verheißungen gesichert, ohne den Zweck ihrer Einberufung erfüllt zu haben?

Wohin denn die Masse der Petitionen, welche täglich bei der Kammer der Abgeordneten einlaufen, wenn diese alles Vertrauens baar und quitt ist?

Soll die Kammer auseinander gehen, ohne den gerechtesten und billigsten Wünschen dieser Petitionen Genüge gethan zu haben?

Soll sie neue Zweifel und neue Unruhe in die Gemüther bringen?

Es wird verlangt, die Kammer soll sich selbst auflösen; das heißt, sie soll die Verfassung selbst umstoßen, welche nur der Krone das Recht dazu giebt; sie soll sich selbst alles Vertrauen absprechen und endlich sich selbst die Verantwortlichkeit aufladen, daß sie auseinander geht, ohne den Zweck ihrer Einberufung erfüllt zu haben!

Jeder der Abgeordnete bleibt nur aus Pflichtgefühl auf seinem Posten und jeder sieht mit Sehnsucht dem Ende eines Landtags entgegen, dessen Resultate insbesondere in der Ablösungsfrage dem Einen zur größten Befriedigung, dem Andern zur größten Unzufriedenheit gereichen werden.

Der Sterbliche muß noch geboren werden, der Allen Recht zu thun vermöchte!

Goldner Hahn am Obstmarkt.

Der ergebenst Unterzeichnete zeigt hiemit einem verehrlichen Publikum, besonders den Liebhabern des Billardspiels höflichst an, daß heute bei ihm ein ganz neues Billard aufgestellt ist. Er empfiehlt dasselbe daher zur gefälligen Beachtung.

J. G. Weidinger.

St. Leonhard.

Den ersten und zweiten Osterfeiertag »Harmonie-Musik,« wozu ergebenst einladet

A. Feldmann.

Einladung zum Dutzendteich.

Zu den bevorstehenden Feyertagen ladet der ergebenst Unterzeichnete das hochverehrliche Publikum im Dutzendteichparke, die herrliche Frühlings- und Blüthezeit zu genießen, ein. Gutbesetzte Harmonie-Musik, von Herrn Musikmeister Dorsch geleitet, wird die Unterhaltung erhöhen. Für solide Bedienung und gute Speisen und Getränke wird eben so gesorgt werden, wie für das Vergnügen der Teichfahrt

Fischer, Pächter der Dutzendteichs-Wirthschaft

Laden-Eröffnung und Empfehlung.

Hiemit mache ich einem verehrlichen Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich unterm Heutigen meinen Laden in meinem Hause L. Nro. 341 der Karolinenstraße eröffnet habe, und daselbst alle Arten ganz elegant gearbeiteter Damenschuhe und Stiefeletten zu haben sind. Ich empfehle solche zur geneigten Abnahme bestens.

Nürnberg, den 22. April 1848.

M. Weber,
Schuhmacher-Meister

Schloßzwinger.

Heute Sonntag und Morgen Montag Blechmusik.

(Einladung.) Nächsten Montag, als am zweiten Feiertag, ist „Tanz-Musik in Almoshof," hiezu ladet ergebenst ein

Wild.

Politischer Verein.

Heute Sonnabend den 22. April Versammlung im rothen Hahn. Abends 8 Uhr.

Gasthaus St. Peter.

Montag den 24. April, als am zweiten Osterfeiertag, findet

T a n z - M u s i k

statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Gefrornes

ist beide Osterfeiertage vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß

Haus-Verkauf.

Das Haus L. Nro 1293 in der Engelhardsgasse, frei, lauter und eigen, bestehend in 5 Zimmern, 3 Kammern, 3 Böden und Hofraum, ist zu verkaufen und Termin hiezu auf Dienstag den 25 April Vormittags 10 Uhr anberaumt, wozu Kaufsliebhaber im Hause selbst eingeladen werden.

(Erklärung) Ich erkläre hiemit, daß das Inserat in Nro. 105 d. Bl., bezeichnet „Herzliche Bitte" nicht von mir ist.

Johann Kraußer.

(Zu vermiethen) Ein gemeinschaftliches Logis für 2 Herren, mit Bett und Möbeln, ist in Gostenhof Nro. 132, zunächst der Fürther Eisenbahn, täglich zu vermiethen.

(Zu verkaufen) Eine hübsche goldne Cylinder-Uhr ist zu verkaufen.

(Zugelaufen) Ein Königshund, schwarz von Farbe mit weißer Kehle und rothem Halsband ist Jemand zugelaufen. Der Eigenthümer kann solchen in L. Nro. 1164 der Nadlersgasse gegen Ersatz der Einrückungsgebühr und des Futtergeldes in Empfang nehmen

(Anzeige) Wer Bausand gebraucht, findet solchen zwischen der Weidenmühl und der Hallerwiese zu beliebiger Bedienung

(Gesuch.) Ein 10 Schuh langer Meßstand, oder auch eine Halb-Boutik wird für die Dauer der Ostermesse zu miethen gesucht.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches Hausmannskost kochen, auch spinnen und nähen kann, wünscht am Ziel oder 14 Tage nachher bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres in Nro. 143 Trödelmarkt.

(Gesuch) Ein junger Mensch von 16 Jahren, der schon 6 Jahre diente, sucht hier als Ausläufer oder in einer Wirthschaft unterzukommen.

(Gesuch) Ein junges solides Mädchen sucht bei einer stillen Familie als Stubenmädchen unterzukommen. Näheres in Nro 1216 der neuen Gasse über 2 Stiegen.

(Gesuch) Ein solides Mädchen wird in eine ordentliche Wirthschaft bis Ziel Walburgis gesucht in S. Nro 666 über zwei Stiegen.

(Zu verkaufen.) Ein ganz neuer eleganter Kinderkorbwagen ist zu verkaufen. Das Nähere in der Exped. d. Bl.

(Literatur) In meinem Verlage erscheint und kann durch alle Postämter bezogen werden:

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Redigirt von G. Diezel. Vierteljähriger Pränumerationspreis 45 kr., für das laufende Vierteljahr nur 30 kr.

Es erscheinen wöchentlich 3 Nummern.

Probeblätter Nro. 1—4 werden gratis ausgegeben.

Nürnberg, den 20 April 1848.

Fr. Campe.

Arena.

Montag den 24 April. „Das Käthchen von Heilbronn." Großes romantisches Ritterschauspiel in 4 Akten nebst einem Vorspiel: „Das heimliche Gericht" in 1 Akt nach H. v. Kleist für die Bühne bearbeitet von F. v. Holbein

Bei gänzlich ungünstiger Witterung im Stadt-Theater.

Zum Erstenmal: „Die Kinder des Hauses." Drama in 5 Akten nach dem Entwurf in Fr. v. Schillers Nachlaß

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. April 1848. № 115 Montag: Georgius.

† Ist es rathsam, Adelige und Geistliche ins deutsche Parlameut zu schicken?

Diese Frage, das Erzeugniß des Ehrgeizes und der Herrschsucht, die gegenwartig an Geltung verloren haben und noch mehr verlieren werden, ist seither hie und da aufgeworfen word.n. Sie wurde entweder von liebdienenden Freunden hoher Herren, die sich im Laufe der Zeit selbst entadelten, oder von knechtischen Anhängern jener Geistlichen vorgebracht, die gleichfalls ihren Beruf vergaßen und die unheilträchtige Finsterniß mehr als das segenspendende Licht d.s Gedankens liebten. Mit dieser Frage wollte man den Boden, die Gesinnung sondiren. Daß man daran dachte, ob es nicht gut seyn dürfte, wenn an dem künftigen Hauptsize der deutschen Staaten-Union Vorrechte und Vorurtheile eines Standes wieder geltend gemacht würden, welche jetzt dem Sturmschritt der Zeit und öffentlichen Meinung verfallen mußten; wer will das übel nehmen! Schiffbrüchige suchen sich zu retten.

Man braucht aber weder ein Feind des Adels noch der Geistlichkeit zu seyn, und man muß doch die Frage für die Mehrzahl der Mitglieder beider Stände entschieden verneinen. Man darf nur die Geschichte der Vergangenheit über die Stellung befragen, welche Adel und Geistlichkeit bis auf diese Stunde einnahmen und dann zusehen, ob diese Stellung in der Gegenwart und in der Aufgabe des deutschen Parlaments noch gehalten werden kann oder nicht.

Bei unseren Urahnen, in der ältesten deutschen Zeit war der Adel wahrer Adel, Träger, Bürge und Schutzer des freien Vollbürgerthums, sowohl in Friedens- als in Kriegszeit. Er war im Volke der Geist und das Leben, und sonach eine Wohlthat für alle Glieder desselben. Das dem Menschenherzen so eigene Hungern und Lungern nach einem Mehr von Gewalt gegenuber von Gleichberechtigten gebar aber den Feudalismus, und verrackte dadurch den ursprünglich herrlichen Standpunkt des Adels. „Kein Land ohne Herren!“ — und: „Jeder Baron ist König in seinem Lande!“ Diese Grundsätze wurden angenommen und es erfolgte eine Anmaßung um die andere; und jede Anmaßung wurde für Andere eine Rechtsverletzung und Rechtsschmalerung. Die Consequenzen dieser Grundsätze und die Art, wie man sie geltend machte auf Kosten der übrigen Menschheit, erzeugten zuletzt in der großen Mehrzahl des Adels sogar die Einbildung, es sey wirklich in dem Geiste des Barons ein anderes Gesetz als in dem Geiste eines Menschen vom Volk, und in seinen Adern ströme eine ganz andere Lebensfluth als in den Adern eines Burgerlichen, es müsse deßhalb auch der Baron ganz andere und auch weit mehr Rechte, Vorrechte und Ehren haben, als die gemeinen Lumpen. Diese Einbildung aber hat den Adel gestürzt; und so lange er nicht wahrhaft hochherzig und frei unt.r gleiche Rechte mit Allen in die Einheit unserer Staaten und deren Landeshoheit zurücktritt und wieder ist, was er war: so lange werden alle seine Bestrebungen für das Volk und die deutsche Gesammtwohlfahrt mit Mißtrauen beobachtet und wo möglich sogar gelähmt und abgewiesen werden. Wer nicht vollständig mit uns ist, ist wider uns. Wie könnte das deutsche Parlament auch, wenn es Deutschlands Einigkeit und Einheit zum Z.el hat, dulden und zugeben, daß außer den nothwendigen Regenten in den deutschen Ländern es noch ein Heer nicht nothwendiger Regentlein gebe? Muß ihm nicht vielmehr alles daran gelegen seyn, daß in dem Staatenbunde Deutschlands so wenig als nur möglich eintrachtstörende Elemente sin? Daß darin alle Bürger oh.e Berucksichtigung des zufälligen Standesunterschiedes gleiche Berechtigung und gleiche Verpflichtung haben? Es muß ihm wahrlich Alles darum zu thun seyn, daß wir alle zu unserem altdeutschen Uradel kommen, und daß wir dann nicht mehr entarten. Die vollbürgerliche uralte deutsche Race muß gelten und bleiben. Und mit den geistlichen Herren, die da die Finsterniß des Geistes lieber haben als das segenspendende Licht seiner Freiheit? Was ist es mit denen? Sagen wir gleich die Wahrheit! Von jeher waren diese, in allen Jahrhunderten, die ärgsten Despoten, und liebten nur die unbedingt gläubigen Knechte, deren üb.rfrommer Eifer Gut und Blut zur Mehrung ihres gottherrlichkeitlichen Ansehens opferte. Ihre Aufgabe war, den Geist des Menschen frei zu seinem Urquell emporstreben zu lehren, den Menschen von innen heraus zu einem wahren Sohne Gottes zu weihen, damit er im Stande sey, in allen Lebenslagen das Beste und Menschwürdigste zu thun: allein sie machten den Geist des Menschen zu einem Jesuiten und Heuchler, lehrten ihn kriechen, wo er hätte fliegen müssen, und schlafen, wo er hätte wachen sollen. Was ist aber wohl der selbst, der Jesuiten und Heuchler bildet? Und wenn der Herr, der jetzt die Tenne fegt, die Jesuiten und Heuchler fast überall wie vogelfrei stellen läßt: da sollen wohl wir anders handeln als Er, und in das Parlament, das unsere günstige und staatliche Freiheit für immer retten und sichern soll und will, die Unfreien zu lassen, die dem freien Verkehr des Geistes nie hold waren und niemals hold seyn werden, so lange sie aber bleiben, was sie sind, die schlechteste Kopie von ihrem Urbilde.

Also kurz! Trau, schau, wem! Jedenfalls gehört der wahre Adel, wo er zu finden ist, und auch der wahre Gottesdiener, der wahre Priester der vernunftbegabten Menschheit, wo er zu finden ist, nicht unter diej.nigen, für welche ich die Frage mit Nein beantworte.

Dr. Leutbecher.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 19. April.) Die Kammer der Reichsräthe hielt heute eine ganz öffentliche Sitzung, welche von 11 bis gegen 3 Uhr währte. Nur 27 Mitglieder waren anwesend und da zur Berathung eines Verfassungsgesetzes $^2/_3$ der Mitglieder erforderlich sind, so wurde nach dem einer Staatsrathsitzung anwohnenden neuen Reichsrath und Justizminister Heintz geschickt, welcher im Laufe der Sitzung, so wie Se. kgl. H. Prinz Adalbert, der Sitz aber noch keine Stimme hat, erschien. Die neuen Reichsräthe HH. Just.-Min. Heintz und Fabrikant Forster, obgleich sie nicht im Besitz von Taufscheinen sind, werden von der Legitimationskommission als einführbar anerkannt. — Hierauf beginnt die Berathung über den Gesetz-Entw. „die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht. Nach einem Vortrag des Referenten Staatsr. v. Maurer über die Grundbestimmungen dieses Entwurfes sprechen mehrere Reichsräthe ihre Anerkennung über diese neue Einrichtung aus, namentlich die Grafen Armannsperg, Reigersperg und Fürst Wallerstein. — Hierauf beginnt die spezielle Debatte und die ersten 7 Artikel des Gesetzentwurfes werden unverändert angenommen. Zu Art. 8 stellte der Ausschuß den Antrag: die Worte und diejenigen rc. bis sind zu streichen. Der Antrag wurde materiell unterstützt. Doch wünschten Graf Armannsperg, v. Niethammer, Fürst Wallerstein eine andere Fassung. v. Niethammer namentlich bemerkte, daß wohl alle darüber einig seyen, daß der privilegirte Gerichtsstand aufgehoben werden müsse und der Grundsatz der Verfassung — Gleichheit vor dem Gesetze — zur Wahrheit werde. Die Modif. des Ausschusses spreche dies aber nicht vollständig aus, weßhalb er einen eigenen am Schlusse des Gesetzentwurfs einzuschaltenden Artikel beantragen werde, des Inhalts: der privileg.rte Gerichtstand hierauf und alle deßfallsigen Verfassungsbestimmungen seyen aufgehoben. Fürst Hohenlohe und Bar. v. Stauff.nberg halten diese Modif. für überflüssig; es handle sich hier nicht um die Verzichtleistung, sondern nur um eine legislative Bestimmung, um Festsetzung der Grundlagen der neuen Gesetzgebung. Auch Fürst Leiningen ist dieser Ansicht. Nachdem v. Niethammer seine Modif. zurückzieht wird der Art. in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu Art. 9 übergibt Graf Armannsperg einen umständlich motivirten Antrag, wonach die Geschwornen aus zu bestimmenden Capacitäten nach freien Wahlen gebildet werden sollen. Fürst Wallerstein unterstützt diese Modif. und will nur das Wort Capacitäten gestrichen wissen. Ob.-Konsist.-Präs. v. Arnold spricht sich gleichfalls für diese Modif. aus, mit dem Zusatze „aus dem Volke.“ Sämmtliche Antragsteller motiviren ihre Modif. und es entspinnt sich eine lange Debatte über die Natur der Geschwornengerichte. Min. Heintz äusert, daß es sich von selbst verstehe, daß die Geschwornen aus dem Volke und nicht aus Gelehrten gebildet werden; gute Geschwornengerichte müssen aus selbstständigen Leuten bestehen, die wenigstens einige Bildung haben und das Vertrauen des Volkes besitzen. Frhr. v. Zu-Rhein zieht die eingebrachten Modifikationen zusammen und beantragt Folgendes: „die Geschwornen sollen nicht von der Regierung ernannt, sondern aus der Wahl des Volkes hervorgehen.“ Mit dieser Modif. so wie mit einer anderen des Grafen Armannsperg, daß bei den Bezirksgerichten Preßvergehen mit Zuziehung von Geschwornengerichten abgeurtheilt werden sollen, wurde Art. 9 angenommen. Art. 10—22 wurden ohne Debatte, (Art. 13 mit nur unbedeutender Redaktionsänderung) angenommen, Art. 11 und 12 haben wegzubleiben. Fürst Wallerstein schlug folgenden dreiundzwanzigsten Artikel vor: Die Richter aller Abstufungen sind unabsetzbar. Sie können wider ihren Willen nur kraft rechtskräftigen Richterspruchs ihrer Stellen enthoben oder versetzt werden. Dieser Zusatz wurde einstimmig angenommen. Der ganze Gesetzentwurf wurde endlich mit Stimmeneinigkeit angenommen. Wegen vorgerückter Zeit konnte die Tagsordnung nicht erschöpft werden und ward die nächste Sitzung auf morgen anberaumt.

Nach einem Schreiben aus München beschäftigt sich das Ministerium des Innern auf das lebhafteste mit den Abhülfsmitteln gegen die allgemeine Stockung des Gewerbe- und Handelsverkehrs. Vorerst ist das Versammlungs- und Berathungsrecht nur zu Besprechung allgemeiner bürgerlicher und politischer Rechte benützt worden. Um die Berathungen dagegen praktisch zu gestalten, scheint es höchst nothwendig, daß sich die Gewerbtreibenden ihrer eigenen Zustände vollständig bewußt würden; denn diese Kenntniß allein kann ihnen Mittel und Wege zu deren Verbesserung an die Hand geben. Aehnlich haben allerdings gewerbliche Vereine in Fürth, Nürnberg und andern Orten Bayerns schon gewirkt, indem sie vorzugsweise die örtlichen Interessen beriethen, gewerbliche Büchersammlungen anlegten, Ausstellungen veranstalteten, die Gesellen für den Besuch in einem bestimmten industriellen Fache ausgezeichneten Orte unterstützten u. s. w. Dieser Thätigkeitskreis kann und muß jedoch noch erweitert werden; besonders sind die Zustände der Lehrlinge und Gesellen zu beachten. Aufsicht über deren Haltung, Leben und Fortkommen ist dringend geboten. Man muß schon im Lehrling und Gesellen den künftigen Genossen eines freien Gemeinwesens anerkennen, ihn dafür vorbereiten. Uebrigens wird die Regierung zunächst durch Bauunternehmungen in München rc. soweit irgendmöglich Verdienst gewähren. Sie wird aber auch im angedeuteten Sinne die Bildung lokaler Gewerbsvereine anregen und sonst thun, was in ihren Kräften steht, namentlich alle einschlägigen Fragen in besondern Komites berathen lassen. (A. A. Z.)

(Speyer, den 19. April.) Durch allerhöchste unmittelbare Entschließung vom 7. d. M. wurde die ausgesprochene Amts-Suspension des Pfarrer Franz von Ingenheim aufgehoben und zugleich verfügt,

daß die Kosten der Verwesung der Pfarrei Ingenheim für das erste Jahr der Suspension dem Pfarrer Frantz selbst, die weiteren Kosten aber der prot. Pfarr-Unterstützungskasse hingewiesen werden sollen. Der langjährige Streit über die Frage, ob die Symbol- und die sogenannten symbolischen Bücher in der vereinigten Kirche der Pfalz authentische, oder blos doktrinelle Giltigkeit haben, wäre sonach faktisch entschieden. (N. Sp. Z.)

(Landau, den 17. April.) Leider hatten wir heute hier Gelegenheit, uns zu überzeugen, daß auch aus der bayerischen Armee der alte Haarzopf noch nicht ganz verbannt ist. Während jeder ächte wahre Deutsche die absurder Weise so lange verpönten Nationalfarben als das äussere Abzeichen seiner wirklich patriotischen Gesinnung mit einem gewiß anerkennenswerthen Stolze offen zur Schau trägt, während diese Farben von dem Bundestage gesetzlich anerkannt worden, während Preussen, Braunschweig und andere Bundesstaaten ausdrücklich den Befehl erließen, daß ihre Truppen die deutsche Kokarde tragen müssen, während auch bereits die bayrischen Regimenter fast allenthalben und unangefochten von ihren Regimentsobern sich mit der deutschen Kokarde geschmückt haben, während alles dies offen und vor Jedermanns Augen geschieht und geschehen ist, fällt es hier, in der deutschen Bundesfestung Landau dem bayerischen Oberstlieutenant der Artillerie Herrn v. Pöllath ein — und dies ist keine Fabel, wie vielleicht ein wohlwollender Leser zu glauben geneigt sein könnte, — seinen von Zweibrücken mit der deutschen Kokarde geschmückt heimkehrenden Soldaten das Tragen dieser Kokarde, sage der deutschen Kokarde, bei Strafe des Arrestes zu verbieten. (N. Sp. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 20. April.) Die nach Offenburg geeilten hessischen und badischen Truppen haben schnell den Bahnhof gesäubert, da ihnen jedoch der Eintritt in die Stadt verweigert werden wollte, so ließ der Kommandirende, v. Gahling, Angesichts der widerspenstigen Bürgerschaft zehn Kanonen laden und verlangte Entfernung der Barrikaden binnen einer halben Stunde, widrigenfalls er werde räumen lassen. Die Barrikaden verschwanden, die Truppen zogen ein, die Bürgerschaft ist entwaffnet und der Bürgermeister Ree soll — dem Verlangen gemäß — ausgeliefert worden sein. Der thörichte und lächerliche Aufstand ist erdrückt. — Während man hier gestern wegen Offenburgs und des Oberlands noch mancherlei Besorgnisse hegte, sind die gestern Abend und heute eingelangten Nachrichten so günstig, daß man mit Recht an die baldige Wiederherstellung der innern Ruhe glauben darf, Dank den Bemühungen der verbündeten und eigenen Truppen. — Heute Nachmittag sind 700 Nassauer in Heidelberg eingezogen, weitere 800 sollen folgen. In dieser Stadt soll der republikanische Geist stark herrschen, Bürgermeister Winter steht dort an der Spitze. (Schw. M.)

(Karlsruhe, den 19. April, Abends.) Hecker steht in Schopfheim, ist ringsum von Truppen eingeschlossen und soll, wie man sagt, von seinen eigenen Leuten bewacht werden. (A. A. Z.)

(Mannheim, 20. April.) Diesen Mittag rückte ein Bataillon nassauische Infanterie, auf der Eisenbahn kommend, hier ein und bezog die Kaserne. Eine starke Militärabtheilung Bayern, man spricht von einigen Regimentern, wird morgen erwartet. Das Einrücken dieser Truppen wird von einem Theile der Einwohner gern gesehen, dagegen erblickt der andere Theil in dem Zusammenziehen der bewaffneten Macht Gefahr für die Freiheit, und es heißt, es werde nicht ohne Demonstration abgehen. Ob es aber wirklich dazu kommen wird, darf in Zweifel gezogen werden. — Es wird hier versichert, Hecker habe einen großen Theil seines Vermögens, man redet von 20,000 fl., in baarem Gelde mitgenommen. Die Sympathien für diesen Volksmann sind hier keineswegs unbedeutend, übrigens glauben Wenige an das Gelingen des republikanischen Aufstandes; man beklagt das Opfer an Menschenleben und befürchtet, daß der Niederlage der Republikaner Reaktion folgen könnte. (Schw. M.)

(Von der württemb. Gränze, den 20. April.) Durch fortwährende Drohungen geängstigt, hat endlich auch Möhringen dem Ansinnen der Aufständischen nachgegeben. Vierzig Mann haben sich freiwilig zum Anschluß an die Heckersche Bande angeboten, und sind gestern, sämmtlich mit Gewehren bewaffnet und mit einer Börse von 500 fl. versehen abmarschirt. Dem Mann ist ein Taggeld von 1 fl. bewilligt und die zurückgelassene Familie erhält für die Dauer der Abwesenheit des Oberhauptes 30 kr. per Tag. Auch die Gränzorte Immendingen, Emmingen, Hattingen, Liptingen haben Mannschaft verabfolgen lassen. Man denke sich den Ausfall in dem Gemeindehaushalt dieser Ortschaften and die finanzielle Noth so mancher Familien. (Schw. M.)

Braunschweig. (Braunschweig, 16. April.) Der hiesige Bahnhof war von heute Morgen 7 Uhr an von Tausenden von Menschen angefüllt, die den Herzog und das zweite Bataillon abreisen sehen wollten. Bald nach 7 Uhr fuhr der Herzog mit einem Extrazuge auf der hannoverschen Eisenbahn ab; heute Abend wird er schon in Rendsburg sein; ein unablässiges Vivatrufen begrüßte den Fürsten, der die schwarze Uniform trug, die Friedrich Wilhelm, sein Vater, ebenfalls getragen, so wie die Schärpe und den Degen, deren sich derselbe in der Schlacht bei Waterloo bediente. Gegen 9 Uhr kam mit voller Musik, freudig und stolz, das zweite Bataillon des Regiments heran. Die Zeichen der Theilnahme und des Beifalls wollten kein Ende nehmen, die Liedertafel sang vom Balkon des Bahnhofes patriotische Lieder, u. A.: »Was ist des Deutschen Vaterland?« und »Schleswig-Holstein meerumschlungen«. Unter den herzlichsten Wünschen der vielen tausend Anwesenden setzte sich endlich der Zug mit der tapferen Schaar in Bewegung. Das hier zurückbleibende Leibbataillon ist höchst niedergeschlagen darüber, daß es nicht gegen die Dänen mitausrücken kann. (Brem. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 22. April.) Beschlüsse des Fünfzigerausschusses. In der Comitesitzung des Fünfzigerausschusses vom 19. April 1848 wurde der folgende Kommissionsantrag gestellt: Die hohe Bundesversammlung wolle die Ausübung der ihr gemäß der Bundesverfassung zukommenden exekutiven Gewalt alsbald an drei geeignete Personen übertragen, welche bis zur Errichtung einer definitiven Bundesexekutivgewalt die oberste Leitung der allgemeinen deutschen Angelegenheiten, insbesondere die des Heerwesens sowohl zur Sicherung der Integrität Deutschlands nach außen, als auch nöthigenfalls gegen Anarchie im Innern zu übernehmen und unmittelbare diplomatische Verbindungen im Namen des deutschen Bundes mit auswärtigen Staaten eintreten zu lassen hätte. Der Fünfzigerausschuß beschloß, daß auf diesen Antrag, so wie auf mehrfache Modifikationen desselben nicht einzugehen sei, dagegen 1) den Bund aufzufordern, sofort zu der in der Bundesverfassung vorgesehenen Wahl eines Bundesoberfeldherrn zu schreiten und diesem die oberste Leitung aller Militärangelegenheiten zu übertragen; 2) den Bund aufzufordern, dem Ausschuß schleunigst Mittheilung darüber zu machen, was bereits zur Abwehr der von außen drohenden Gefahren, zur Concentrirung und Bereithaltung aller nothwendigen Vertheidigungsmittel geschehen sei; 3) eine Kommission zu erwählen, welche sich sofort mit dem Bundestage darüber benehme: wie die Herstellung eines geeigneten Mittelpunktes für gemeinsame und einheitliche diplomatische Verhandlungen mit dem Auslande fördersamst zu bewirken sei, und über das Resultat dieser Besprechung auf das allerschleunigste dem Ausschuß Bericht erstatten. Die stenographischen Berichte über die Sitzungen, in welchen diese Beschüsse gefaßt, werden demnächst veröffentlich werden. Frankfurt a. M., den 19. April 1848. Der Fünfzigerausschuß. Abegg. Simon, Schriftführer.

38. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 20. April 1848. In der heutigen Sitzung wurde ein Schreiben des Fünfzigerausschusses verlesen, worin beantragt wurde, die Bundesversammlung möge unverzüglich zur Ernennung eines Oberfeldherrn schreiten, und dem Fünfzigerausschuß Kenntniß von den zur Sicherung der deutschen Grenzen getroffenen Maßregeln geben, auch mit einer Emission des Ausschusses wegen einheitlicher Leitung der diplomatischen Angelegenheiten sich benehmen. Der königlich preussische Gesandte zeigte an, daß, damit die Dänen mit Erfolg gezwungen werden könnten, Schleswig zu räumen, die preussischen nach Schleswig-Holstein bestimmten Truppen bedeutend verstärkt, und unter den Oberbefehl des Generallieutenants Fürsten Radziwill gestellt worden seyen. Von dem kurhessischen Gesandten wurde angezeigt, daß der kurfürstliche Major von Eschenhausen nach Kopenhagen geschickt worden sey, um die Landgrafen Wilhelm und Friedrich von Hessen aufzufordern, Dänemark für jetzt zu verlassen. Derselbe Gesandte zeigt an, daß statt des Regierungsraths Wippermann der Professor Bergk in Marburg zum kurhessischen Vertrauensmann ernannt worden sey. Eben so, daß in Folge des Bundesbeschlusses vom 15. d. M. eine mobile Kolonne, bestehend aus 6 Bataillonen Infanterie, 2 Kompagnien Jäger, 6 Schwadronen Husaren, 2 Batterien und einer Abtheilung Pionieren am 19. d. M. von Kassel nach der Provinz Hanau aufgebrochen sey. Von preussischer Seite wurde angezeigt, daß ungeachtet alles Bestrebens, die Wahlen zur Nationalversammlung in Gemäßheit des letzten Bundesbeschlusses möglichst zu beschleunigen, demnach die nöthigen Vorarbeiten in einem geographisch so ausgedehnten Land nicht so zeitig hätten beendigt werden können, daß es möglich gewesen wäre, die Wahlen bis zum 1. Mai zu beendigen. Nach den genauesten Berechnungen über die Zeit, welche die Wahloperationen erfordern werden, sey es unmöglich, daß die sämmtlichen preussischen Abgeordneten vor dem 18. Mai in Frankfurt würden eingetroffen seyn. Deßhalb erscheine der Antrag vollständig begründet, hohe Bundesversammlung wolle die Eröffnung der Nationalversammlung bis zu dem genannten Zeitpunkt — 18. Mai — vertagen. Hannover machte dieselbe Anzeige, und stellte den nämlichen Antrag. Mehrere andere Regierungen ließen anzeigen, daß in ihren Staaten zwar die Wahlen bis zum 1. Mai oder in den ersten Tagen dieses Monats würden beendigt seyn, daß sie aber, in Berücksichtigung der Nothwendigkeit, die Versammlung nicht ohne die Theilnahme der Abgeordneten aus den größern Bundesstaaten zu eröffnen, ebenfalls dem Antrag auf Aussetzung dieser Eröffnung bis zum 18. Mai beitreten müßten. Die Bundesversammlung behielt sich vor, nach Eingehung der in den ersten Tagen zu erwartenden weiteren Anzeigen unverzüglich den Tag festzusetzen, an welchem die Eröffnung der Nationalversammlung möglicher Weise erfolgen könne ohne eine bedeutende Faction von Abgeordneten von der Theilnahme auszuschließen. Weiter beschloß die Bundesversammlung in Bezug auf eine in öffentlichen Blättern enthaltene Nachricht, daß die Lauenburger Jäger auf Verfügung der Lauenburger Regierung von den Holsteiner Truppen getrennt worden seyen, — die k. preuß. Regierung zu ersuchen durch den bestellten Oberbefehlshaber die Nachricht näher prüfen und nach Befund die geeigneten Maßregeln ergreifen zu lassen, daß die Wiedereinverleibung des Lauenburger Contingents in das Holsteinische sofort wieder erfolge. Auf die Anträge der in der 37. Sitzung bestellten besondern Commission wurde ein eigener Abgesandter des Bundes nach England abgeordnet, um daselbst die Interessen des Bundes bezüglich der durch die Versuche Dänemarks, Schleswig gewaltsam zu incorporiren, dem deutschen Handel und der deutschen Schifffahrt drohende Gefahren zu wahren und bei dieser Gelegenheit zu erforschen, ob dort Acquisitionen von Kriegsdampfschiffen und unter welchen Bedingungen gemacht werden können. (F.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 21. April.) Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß die energische Betreibung der schleswig-holsteinischen Sache von Seite Preussens nicht sowohl von den Herren Camphausen und Hansemann, als vielmehr von dem Könige selbst unmittelbar und Herrn v. Arnim ausgeht. General Wrangel ist zum Oberbefehlshaber der Truppen in Schleswig-Holstein ernannt worden. England hat in Berlin seine Vermittelung in Betreff Dänemarks angeboten, ist aber von dem preussischen Kabinette bedeutet worden, daß der Krieg nach Beschluß des deutschen Bundes geführt werde, und die Vermittelungsvorschläge daher in Frankfurt anzubringen sind. So wären wir nun endlich einmal thatsächlich auf den Standpunkt gekommen, den die deutsche Bundesversammlung schon im Jahr 1817 hätte einnehmen sollen. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Hessen. (Mainz, 20. April. Folgender Aufruf circulirt so eben durch die ganze Provinz Rheinhessen. Derselbe wird wohl nicht geringen Einfluß auf die bevorstehende Parlamentswahl haben. Er lautet wörtlich: „Bürger Rheinhessens! In Zeiten tiefgehender politischer Parteiungen ist Unthätigkeit Verrath am Vaterland. Wer da, in träger Ruhe sich bergend, nicht Allen gleich verdächtig erscheinen, die theuersten Güter dem Spiel des Zufalls opfern will, muß sich einer der herrschenden Parteien anschließen! Der Wahlkampf des jungen Deutschlands steht bevor. Die Entschiedenheit der Gesinnungen, die Macht der Ueberzeugungen, gedrängt Glied an Glied in unabsehbarer Folge, bilden die Wucht, welche die Wahlschlacht entscheidet. Rüstet Euch! — In Rheinhessen stehen sich zum Theil zwei Parteien schroff gegenüber: Die Eine, mit der Vergangenheit brechend, ihre Form von den Franken borgend, nennt „Republik“ ihre Parole. Die Andere, die Vergangenheit nicht von sich stoßend, die Freiheitspalme gleich kühn erstrebend, an Mark und Zahl zehnfach stärker wohl, sieht Deutschlands Einheit, Stolz und Größe im „Deutschen Parlament“: „Ein

ächter, freier, deutscher Bund von Bruderstämmen, ein Bund, der einzeln schwach, im Ganzen stark und unzerbrechlich." Für diesen neuen Bund, der das Parlament, des deutschen Volkes frei gewählte Männer, zur großen breiten Stütze hat, der Schirm und Schutz der Freiheit, Recht und Ordnung leiht: — für diesen Bund setzt Eure Ehre, setzt, wenn es gilt, das Leben ein, — und hoch zum Himmel streckt das deutsche Banner „Freiheit, Recht und Eintracht" rufend! — Gott schütze das Vaterland! das Deutsche Parlament! Aus dem Herzen der Provinz." (Frankf. J.)

Oesterreich. (Wien, 17. April.) Die Unglücksberichte aus Schleswig über die erste Niederlage der Deutschen haben auch unter den Patrioten Wiens Betrübniß, Entrüstung, Wuth hervorgerufen, und der Schrei der Rache tönt hier so laut wie im nördlichen Deutschland. Es hat sich sogleich eine Freischaar von 200 jungen Männern, die meist den bessern Ständen angehören, gebildet, um nach Schleswig-Holstein zu ziehen. Seit drei Tagen hält dieses Korps regelmäßige Versammlungen, und sein ungestümer Kampfesmuth wünscht sich Flügel, um zum Kriegsschauplatz an der Eider nicht zu spät zu kommen. Ueberhaupt herrscht unter unserer Jugend ungemeine Kriegslust, wozu außer der allgemeinen fieberhaften Gemüthsaufregung auch die furchtbar zunehmende Nahrungslosigkeit das ihrige beiträgt. Die Werkstätten und Fabriken entlassen täglich eine beträchtliche Anzahl Arbeiter, da es den Besitzern mit aller Aufopferung nicht länger wird, sie zu beschäftigen. Wollte unsere Regierung einen populären Krieg z. B. gegen Rußland führen — ich glaube, es würden Hunderttausende von Kriegslustigen Freiwilligen unter die Fahnen eilen. (A. A. Z.)

(Wien, den 19. April.) Die Regierung hat heute eine Verordnung hinsichtlich der Wahlen für das deutsche Parlament bekannt gemacht. Da die Bevölkerung der zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs nur nach dem alten Bundesmatrikelfuße auf 9,482,227 Seelen angeschlagen ist (die Bevölkerung beträgt gegenwärtig über 12,300,000 Seelen), so werden die Wahlbezirke nach dem Wahlprogramm von 70,000 Seelen gebildet. Oesterreich wählt im Ganzen 190 Abgeordnete. Es sind mittelbare Wahlen vorgeschrieben. In der Provinz Oesterreich versammeln sich die Urwähler am 26. April, um die Wahlmänner zu wählen; diese wählen am 28. d. die Abgeordneten und ihre Stellvertreter. Der Konstitutionsentwurf für den österreichischen Kaiserstaat soll, wie man mit Bestimmtheit versichert, am 25. April veröffentlicht werden. (A. A. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 18. April.) Unser Großherzog ist bedenklich erkrankt; für die Dauer seiner Krankheit hat er bereits die Regierungsgeschäfte seinem Sohne übertragen, der auch gestern schon in der Kabinetssitzung den Vorsitz geführt hat. (Brem. Z.)

Preussen. (Berlin, 20. April.) Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen ꝛc. ꝛc. nachdem Wir die Bildung von Bürgerwehren genehmigt haben, so verordnen Wir zur Beseitigung entstandener Zweifel, daß den mit Zustimmung der Obrigkeit gebildeten Bürgerwehren behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Befugnisse der bewaffneten Macht nach den gesetzlichen Bestimmungen zustehen. Die Bürgerwehren sind daher insbesondere befugt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, wenn sie bei ihren Dienstleistungen angegriffen oder mit einem Angriff gefährlich bedroht werden oder Widerstand durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohung stattfindet. Eben so sind sie befugt, bei einem Auflauf von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die versammelte Menge nicht aus einander geht. Gegeben Potsdam, den 19. April 1848. Friedrich Wilhelm. (A. Pr. Z.)

(Berlin, 20. April.) Unterm 17. April ist folgende Kabinetsordre an den Handelsamts-Präsidenten v. Rönne ergangen: Die in meiner Ordre vom 27. v. J. verheißene Bildung eines besondern Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten macht es nothwendig, dem Handelsamte seine bisherige Selbstständigkeit zu entziehen und dasselbe dem neugebildeten Ministerium einzuverleiben. Indem ich Ihnen die darüber an das Staatsministerium ergangene Ordre anbei abschriftlich zugehen lasse, ernenne ich Sie zugleich zu meinem ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika und habe zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie mir auch in dieser neuen Stellung Ihre Dienste mit derselben Pflichttreue widmen werden, durch welche Sie sich bisher auf meinen Dank und meine Anerkennung Anspruch erworben haben. Potsdam, am 17. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Arnim.

Dem Vernehmen nach sind dem königlichen Gesandten am Bundestage von unserer Regierung bereits die nöthigen Instruktionen zugegangen, um die Aufnahme in den Deutschen Bund für das Gebiet des ehemaligen Netzdistrikts und für die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, sowie für die überwiegend deutschen Theile der Kreise Bück und Kröben, zu beantragen. (A. P. Z.)

(Breslau, den 18. April.) Nachdem schon seit vorgestern sich ein Haufe unruhiger Köpfe in Katzenmusiken und sonstigen Insulten gegen verschiedene Personen versucht hatte, kam es gestern zu gröbern Excessen namentlich gegen Bäcker und Kleidermagazine, zuletzt aber zu ernsten Conflicten mit der Bürgerwehr, wobei von beiden Seiten heftig gekämpft, auch geschossen wurde. Die Bürger behielten die Oberhand und überließen es erst gegen 12 Uhr dem Militär, die Straßen vollends zu säubern. Ein Angriff auf das Stadtgefängniß ist hauptsächlich durch die Buchdrucker zurückgetrieben worden. (D. A. Z.)

(Pleschen, 18. April.) Gestern Abend ist in Wytaszyce zwischen dem Gen. v. Willisen und dem hies. National-Comité eine Konvention abgeschlossen worden, die uns, wenigstens für den Augenblick, den lang ersehnten Frieden bringt. Die Grundzüge dieser Uebereinkunft sind: der Landrath, der hiesige Bürgermeister bleiben von ihren Aemtern entfernt; zum Kommissarius für den Kreis ist der Bürger Zychlinski auf Twardow, ein um die polnische Sache sehr verdienter Mann, ernannt; ihm zur Seite steht der Bürger und Hauptmann Stiegler auf Sobotka, ein Deutscher, der zugleich mit der Verwaltung des Landraths-Amtes beauftragt ist. Die polnischen Truppen, von denen der größte Theil der Sensenmänner bereits in diesen Tagen entlassen worden ist, ziehen sich mit Ausnahme von 50 Schützen, die zum Schutz der Städte Pleschen und Jarocin verwendet werden sollen, nach Koszkow und Adelnau zurück, wo sie in ein zu bildendes Freikorps eingereiht werden sollen. In diesem Augenblick befinden sie sich bereits zum größten Theil auf dem Marsche dahin, die Barrikaden verschwinden, und unsere Flüchtlinge können getrost zurückkehren. Wer den faktischen Zustand der Provinz kennt, nicht blind gegen den Willen und den eigenen Vortheil Deutschlands und gerecht gegen die Forderung der Polen ist, wird das einsichtsvolle Benehmen Willisen's besser als seine Katzenmusikfreundlichen Gegner in Polen zu würdigen wissen. (Bresl. Z.)

Sachsen. (Dresden, 20. April.) Durch Bekanntmachung vom 19. April wird die Versammlung der Stände des Königreichs Sachsen auf den 18. Mai zu einem ausserordentlichen Landtage nach Dresden einberufen. — Es ist eine Verordnung, eine wegen Vergehen ertheilte Amnestie betreffend, erschienen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 17. April, Mittags.) So eben trifft der Herzog von Braunschweig mit dem Bahnzuge von Altona hier ein. Derselbe begab sich sogleich nach dem Paradeplatz und theilte den versammelten preussischen Offizieren die Nachricht mit, daß der Prinz von Preussen binnen Kurzem hier eintreffen werde. Das wird den Muth der dänischen Offiziere sicherlich nicht erhöhen. Gestern Abend schon erwarteten wir den Herzog und hatten zu seinem festlichen Empfange unsere Häuser und öffentlichen Plätze erleuchtet. — Beide Heere stehen noch immer unbeweglich in ihren bisherigen Positionen; gestern sprach man wieder von einem Waffenstillstande bis zum 19. d. Niemand weiß aber etwas Bestimmtes darüber, indeß läßt man jedenfalls den Dänen Zeit genug, sich gehörig zu verschanzen, was sie denn auch nicht verabsäumen sollen. Bei Eckernförde und Schleswig haben die Dänen sich tüchtig verschanzt. Mit der Gefangennehmung des dänischen Seeoffiziers Dirking-Holmfeldt verhält es sich so: Einer der Bauern von Fehmarn, welche den Gefangenen hier eingebracht, erzählte: »In großer Entfernung von der Insel (große Schiffe können derselben, wegen des seichten Wassers nur bis auf eine halbe Meile nahe kommen) ankerte ein dänisches Kriegsschiff. Man sah vom Lande aus, wie ein Theil der Besatzung in eine Schaluppe stieg und ein Boot hinter sich herschleppend dem Lande zusteuerte. In der Nähe des Strandes hielt die Schaluppe an; zwei Matrosen und der Kommandant Dirking-Holmfeldt sprangen in das Boot und fuhren so nahe an den Strand, daß der Kommandeur die Wache des Landsturms anreden konnte. Ersterer befahl, die deutschen Kokarden und Fahnen abzunehmen, widrigenfalls er die Insel bombardiren werde. Als Antwort erfolgte ein Schuß eines Landsturmmannes, wodurch einer der Matrosen getödtet und der andere veranlaßt ward, aus dem Boote zu springen und der Schaluppe zuzuschwimmen. In demselben Augenblick watete der Justizrath v. Leesen an das Boot, packte den Kommandeur und schleppte ihn ans Land, man brachte nun den Gefangenen in die Stadt Burg aufs Rathhaus. Der Magistrat war schon im Begriff, den Gefangenen wieder frei zu geben, da erschien ein Landsturmmann und drohte, jenen erschießen zu wollen. Nun erst war die Abführung des Gefangenen nach Rendsburg verfügt. Das Kriegsschiff hat gar nicht geschossen, sondern die Anker gelichtet.« (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 19. April.) Der kommunistische Sturm hat sich gelegt. Paris ist wieder ruhig und bereitet sich zu dem morgigen Feste vor. Zu welchem Mittel wird jetzt die Reaktion ihre Zuflucht nehmen, um die Republik in Verlegenheit zu setzen?

Dekret, das in Erwägung, daß die Nahrungsverhältnisse des Volks eine der Hauptbeschäftigungen der Republik bilden müssen ꝛc., die Schlachtsteuer aufhebt, und eine Luxussteuer dagegen einführt. diese Luxussteuer trifft zunächst a) alle Eigenthümer und Miether von Häusern mit einem Zins von über 800 Fr. b) Wagen, Hunde, Lakaien ꝛc. Ein männlicher Diener ist steuerfrei. Der Finanzminister hat für sofortige Einführung dieser Maßregeln auch in den Provinzen zu sorgen.

Schweiz.

(Basel, 19. April, Abends 6 Uhr.) Es verlautet, die von Struve und Weißhaar geführte republikanische Colonne würde heute Nachts in dem 2 Stunden entfernten Lörrach einziehen, aus welchem die kleine badische Besatzung schon gestern Abends eiligst abmarschirte. Ein aus Säckingen vom 15. d. datirter Aufruf »des Oberkommando's der Deutschen aus der Schweiz,« unterzeichnet von J. Ph. Becker, und gerichtet an die Deutschen in der Schweiz, spricht davon, das unter Struve und Hecker von Constanz ausmarschirte Häuflein sey bis zum 18. zu einer Armee von 8000 (!) Mann angewachsen und sey mit 10 Kanonen versehen; sie dehne ihren rechten Flügel bis Hüningen und ihren linken bis Säckingen aus. Ständlich komme mehr Zuzug. Man rechne darauf, daß die republikanische Armee bald auf 14,000 Mann angewachsen sey. Auch die Brüder in Würtemberg ständen gerüstet zum Kampfe für die Eine deutsche Republik. Mannheim, Heidelberg, Prag und Breslau hätten sich für sie erhoben!! — In diesem Tone und mit solchen Lügen und Rodomondaten fährt der Becker'sche Aufruf fort. Er bedarf keines Commentars. Doch scheint aus ihm hervorzugehen, daß die Vorhut der deutschen Legion bei Säckingen den Rhein überschritten und mit einem Theil der Republikaner sich vereinigt habe. Allein man weiß noch nichts Näheres hierüber, so wie auch nichts über die Position der Abtheilung unter Hecker. Der morgige Tag dürfte über Manches entscheiden. (Frf. Z.)

Privat-Hülfskasse für Ackerbau und Gewerbe.

Das Kapital derselben wird durch Aktien von 500 Gulden herbeigeschafft, deren Inhaber Theil am Gewinn haben. Die Einzahlung kann in Posten von 5, 50, 100 Gulden geschehen, und werden für dieselbe Haftscheine ausgegeben, für die im Januar jeden Jahres eine Aktie verlangt werden kann. Die Hülfskasse gibt Vorschüsse gegen Hinterlegung sicherer Werthe, kann daher nie etwas verlieren, und berechnet dafür 4 bis 6 Pct. Zinsen. Die Vorschüsse werden nicht zurück verlangt, so lange die Werthe ihren Werth behalten und die Zinsen richtig bezahlt werden. Im entgegengesetzten Fall macht sich die Hülfskasse durch Verkauf der verpfändeten Werthe bezahlt. Werthe, auf welche die Hülfskasse Vorschüsse gibt, sind: Silber, Gold, nicht dem Verderben unterworfene Waaren jeder Art, Hypothekenbriefe, gute Aktien, Häuser, Grundstücke. Die Hülfskasse eröffnet jedermann, der bei ihr Gelder oder Sicherheiten hinterlegt, eine Rechnung, empfängt Gelder und leistet Zahlungen für denselben. Hiedurch ist man der Mühe der Geldannahme, Geldausgabe, Geldaufbewahrung überhoben und kann jeden Gulden, den man unbenutzt hat, für jeden Tag zins-

tragend machen. Sie errichtet ferner Niederlagshäuser für Waaren und insbesondere für einzelne Fabrikate und gibt den Verfertigern angemessene Vorschüsse, für welche sie sich bei dem Verkauf der Waaren bezahlt macht. Bei dieser Einrichtung vereinigt die Hülfskasse die Vortheile der besteingerichteten Kassen der Art, wie sie schon längst in Nordamerika, in England bestehen, hat für sich die vollkommenste Sicherheit und einen gewissen, nicht unbedeutenden Gewinn, und gewährt sie auch den Theilnehmern, unter deren allgemeiner Aufsicht sie steht. Das Nähere sehe man in der Schrift: Hülfskassen für Ackerbau und Gewerbe, als Rettungsmittel in der Noth der Zeit. Von J. C. Leuchs. Preis 9 kr.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Tanzmusiken betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

als Polizei-Senat

wird hiemit zur Kenntnißnahme und Darnachachtung der Betheiligten bekannt gemacht, daß in Gemäßheit der zur Zeit noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen Tanzmusiken unter Anderem vom Aschermittwoch bis zum ersten Sonntag nach Ostern **einschließlich** nicht, im heurigen Jahr also erst von Montag, den 1. Mai curr. an stattfinden dürfen, wenn nicht inzwischen eine abändernde Bestimmung einlaufen sollte.

Nürnberg am 23. April 1848.

Dr. Binder

Löhner.
v. n.

Bekanntmachung.

(Die Vornahme der Wahlen der bayerischen Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Vertretung betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird hiemit den wahlstimmberechtigten Bewohnern des 3ten, 7ten und 9ten Stadtbezirks Sebalder Seite bekannt gegeben, daß die Wahl nicht in dem Gasthaus zu St. Sebald, sondern im Berliner Hof vorgenommen wird.

Nürnberg am 23. April 1848.

Dr. Binder.

Löhner,
v. n.

Eheliche Verbindung.

Joh. Sig. Karl Reichel.
Babetta Reichel, geb. Goll.

Nürnberg, den 23. April 1848.

Trauer-Anzeige.

Heute Morgen 6 Uhr verschied nach 3wöchentlichen Leiden unser innigstgeliebter Gatte, Vater, Schiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, der pens. Hauptmann

Herr Georg Molzberger,

in einem Alter von 76 Jahren. Diesen unsern unersetzlichen Verlust bringen wir hiermit mit der Bitte um stilles Beileid theilnehmenden Freunden zur Kenntniß

Nürnberg, den 22. April 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Lebewohl.

Allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Nürnberg, den 24. April 1848.

Johann Sigmund Sauer.

An die Wähler in Nürnberg.

Alle Wähler der Stadt Nürnberg werden gebeten, sich wegen Besprechung und Vorberathung für die so hochwichtige Nationalangelegenheit — die Wahlen für das deutsche Parlament sich

heute Nachmittags 5 Uhr im Katharinensaale

einzufinden.

Nürnberg, den 23. April 1848.

Der Ausschuß des politischen Vereins.

Einladung.

Unter Bezugnahme auf die magistratische Bekanntmachung vom 20. d., die Vornahme der Wahlen der bayer. Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Volksvertretung betreffend, werden die sämmtlichen Urwähler des Bezirks VIII. Hausnummer 1 bis 17 der Lorenzer Stadtseite, zu einer freien Besprechung über den am kommenden Dienstag vorzunehmenden Wahlakt auf

Montag, den 24. April, Vormittags 11 Uhr,

in den Saal der politechnischen Schule hiemit eingeladen, und ist ein recht zahlreiches Erscheinen um so wünschenswerther, als lediglich durch eine derartige Vorberathung eine absolute Stimmenmehrheit, für die Wahlmänner der einzelnen Bezirke erreicht, auch somit die ganze Wahlhandlung wesentlich gefördert werden kann.

Nürnberg, den 23. April 1848.

Mehrere Urwähler des XIII. Bezirks.

Einladung.

Mehrere Hausbesitzer, welche die große Last haben, Eigengelder zu bezahlen, haben eine Vorstellung an die Kammer der Abgeordneten anfertigen lassen und laden ihre Mitbürger, welche mit gleicher Last beschwert sind, ein,

Dienstag den 25. April c. Nachmittags 4 Uhr

im Fleischmann'schen Wirthshause (Eingang von dem Spitalplatze aus) sich einzufinden, die bereit liegende Vorstellung zu lesen und zu unterzeichnen.

Um eine Zusammenstellung sämmtlicher Eigengelder zu machen, werden die treffenden Hausbesitzer eingeladen, ihre Quittungsbüchlein mitzubringen.

Nürnberg, am 17. April 1848.

Im Namen mehrerer belasteter Bürger Distriktsvorsteher Passing, Macher und Fink.

Anzeige.

Zu dem sich gebildeten freiwilligen Stadtwehr-Bataillon sind bis jetzt eingeübte Tambours in der erforderlichen Zahl noch nicht zugetreten.

Angehörige der hiesigen Gemeinde oder jedenfalls Bayern, deren Leumund ungetrübt ist und welche mit dem Trommeln entweder schon vertraut sind, oder solches zu erlernen Lust haben, werden zum Eintritt hiemit aufgefordert, und haben sich bei einem der Herren Kompagnie-Kommandanten

Freih. v. Bibra, Nr. 614 auf der Veste.
J. Wanschka, im Fünferhaus.
J. v. Schwarz, bei Lorenzen.
C. Korte, Nr. 57 in Gostenhof.
H. Hahn, Nr. 59 daselbst.

anzumelden.

Nürnberg, den 18. April 1848.

Volksfest auf der alten Veste.

Zur Feier der allgemeinen deutschen Volksvertretung in Frankfurt wird

am 1. Mai

auf der alten Veste — diesem durch den Kampf um die Geistesfreiheit Deutschlands historisch merkwürdigen Orte — ein Volksfest abgehalten. Die benachbarten Liederkränze hatten bereits die Güte, ihre Mitwirkung hiezu zuzusichern und es ergeht zugleich an alle Sänger und Freunde der deutschen Volksfreiheit die Einladung: zur beabsichtigten Großartigkeit dieses Festes durch zahlreiche Theilnahme das Ihrige beizutragen. Sollte ungünstige Witterung eintreten, so findet dieses Fest am nächsten darauf folgenden schönen Maitage statt.

Welsgarten bei Erlangen.

Am zweiten Osterfeiertage, Montag, den 24. April, findet gutbesetzte Harmonie-Musik statt, wozu der ergebenst Unterzeichnete die verehrl. Bewohner Nürnbergs und der Umgegend mit dem Bemerken höflichst einladet, daß der Welsgarten einen imposanten Anblick auf die in voller Blüthe prangende Umgegend gewährt. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt, und sieht einem zahlreichen Zuspruch entgegen

C. Kugler.

Politischer Verein.

Die Mitglieder dieses Vereins werden ersucht, Sonntag, den 23. April, Abends 8 Uhr „im Jammerthal" zu erscheinen, um in Betreff eines Besuchs der in Altdorf auf Montag den 24. April angekündigten Volksversammlung das Nähere zu besprechen.

Jammerthal.

Die zweite Sendung Salvator-Bier ist angekommen und als vorzüglich zu empfehlen. Höflichst ladet hiezu ein

Ammersdorffer.

(Empfehlung.) Spazierstöcke in großer Auswahl nach neuestem Geschmack fortirt, verschiedene deutsche Wappenköpfe, Cigarrenspitzen ꝛc. empfiehlt

A. J. Städtler,
Jacobsstraße nächst dem Jacobsplatz.

Bamberger-Hof.

Der angezeigte Ball findet nicht statt.

Schießhaus St. Johannis.

Am 24. April, als am 2. Osterfeiertag, findet Streichharmonie-Musik statt, hiezu lade ich ergebenst ein

Kellermann.

Einladung und Bitte.

Meinen verehrten Freunden und Bekannten mache ich hiemit die ergebenste Anzeige, daß ich die Wirthschaft zum Schwedenkrug am Bergauerplatz pachtweise übernommen und daselbst die Wirthschaft am 22. d. eröffnet habe, ich lade daher zu recht zahlreichem Besuch mit dem Bemerken höflichst ein, daß ich es mir stets angelegen seyn lassen werde, jedermann zur vollkommenen Zufriedenheit zu bedienen. Meine verehrte Nachbarschaft lade ich besonders zu zahlreichem Besuch ergebenst ein, und bitte um freundschaftliche Aufnahme in ihre Mitte.

Joh. Georg Schmieg
nebst Frau

Bamberger-Hof.

Heute Montag Blech-Musik, im großen Saal.

Allmoshof.

Heute Montag den 2. Osterfeiertag findet Musik statt, wozu hiemit höflichst einladet

Wild.

(Anzeige.) Montags Nachmittags von 4 Uhr an ist in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung um drei Kreuzer zu haben:

Unmasgebliche Meinung, wie ein Wahlmann und ein Abgeordneter zur allgemeinen deutschen Volksversammlung beschaffen seyn sollte.

(Ueberschuß der Druckkosten gehört dem Armenfond.)

Gasthaus St. Peter.

Die auf Montag, den 2ten Osterfeiertag, angezeigte Tanzmusik zu St. Peter findet nicht statt, was ich hiemit dem verehrlichen Publikum zur Kenntniß bringe und für die Folge um zahlreich geneigten Zuspruch bitte.

Kaiser.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Dienstag den 25. d. M. Produktion Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

(Bitte.) Wem ein weißer Königshund mit rothbraunen Ohren und 2 dergl. Flecken am Rücken und dem Zeichen Nro. 81 versehen, zugelaufen ist, wird dringend gebeten, solchen gegen eine gute Belohnung in No. 266 der Albrecht-Dürerstraße baldigst zurückzubringen.

(Einstandsmann.) Ein Mann, welcher seine gehörigen Zeugnisse aufweisen kann, wünscht als Infanterist einzustehen

(Zu vermiethen.) Eine gegen Morgen und Mittag liegende Wohnung, welche aus 7 Piecen und andern Bequemlichkeiten besteht, dann Garten und laufendes Wasser am Hause, ist am Ziel Lorenzi zu vermiethen

(Anzeige.) Ganz vorzügliches, frisches Zeltner'sches Lagerbier findet man „im Schwarzbauerhof", worauf wir Freunde eines ausgezeichneten Tröpfleins aufmerksam machen.

Mehrere Biertrinker.

(Verloren.) Vergangenen Donnerstag früh wurde von der Karlsbrücke bis auf dem Panierplatz eine schon gebrauchte braun- und schwarzgeblumter Tischteppich verloren. Man bittet den Finder denselben gegen Belohnung in S. Nro. 63 abzugeben.

(Gesuch.) Zu einem sehr soliden und gangbaren Geschäfte wird ein wohlerzogener junger Mensch gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag, den 24. April. Zum Erstenmal: „Die Kinder des Hauses." Drama in 5 Akten nach dem Entwurf in Fr. v. Schillers Nachlaß.

Mit vier Beilagen.

1, 2, die Vornahme der Wahlen der bayerischen Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Volksvertretung betreffend.
3. Eine Beilage mit der vom Wahl-Komité der Volks-Versammlung entworfenen Liste der Wahlmänner.
4. An meine Mitbürger. Von Julius Merz.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. April 1848. № 116 Dienstag: Marcus.

† Ihr Bürger von Nürnberg.

Es ist mir die Nachricht zugekommen, daß eine gewisse Partei im Finstern gegen mich arbeitet, und mich um Euer Vertrauen bringen will. Zu dieser Partei gehören Männer, die mir bis in die letzte Zeit nicht blos ihren Beifall, sondern selbst ihre Verehrung wiederholt ausgedrückt haben, und die nur meine Entfernung von Nürnberg abwarteten, um gegen mich zu intriguiren. Als ich in der letzten Volksversammlung in der Aegidien-Kirche meine Rede geendet hatte, forderte Herr Dr. Schwarz jeden auf, die Tribüne zu besteigen, welcher gesonnen sey, meine Ansichten zu bekämpfen. Warum hat sich damals unter 10,000 Menschen nicht Einer gemeldet, um mir zu widersprechen? Wer seinem Gegner nicht frei und offen entgegen tritt, sondern dessen Entfernung abwartet, um ihn dann rücklings zu verdächtigen, der ist kein redlicher, braver Mann, und wenn ihr einem solchen glaubt oder gar die Vertretung Eurer Stadt anvertraut, dann seyd Ihr nicht nur arg getäuscht, sondern es ist auch die Ehre Eurer Stadt gefährdet. Als ich in Frankfurt mit einem Fackelzug empfangen wurde, da erklärte ich: diese Ehre nehme ich nicht an für meine Person, sondern für die Sache, für die Stadt, die mich gesendet. Wollt Ihr nun einen Deputirten senden, dessen höchster Ruhm darin bestehen könnte, daß er mich in die Ferse gestochen, so werde ich es gewiß für mich nicht beklagen, sorgt aber nur, daß Ihr es nicht zu beklagen habt. Für Nürnberg steht mehr auf dem Spiel, als gewisse Wirthshaus-Politiker zu ahnen vermögen: es handelt sich nicht bloß um die Freiheit, welcher gewiß jeder nach Frankfurt wandernde Abgeordnete dienen wird, es handelt sich auch um Eure materiellen Interessen, um Euren Wohlstand, um die Beschäftigung Eurer Fabrikarbeiter, um die Wiederherstellung Eures Handels. Glaubt Ihr wirklich, daß Leute, die in den verschiedensten Lagen des Lebens wohl sehr viel Eitelkeit, aber nie eine Spur von höherem Talent gezeigt haben, diese wichtigen Fragen durch einige leere republikanische Phrasen zu Euren Gunsten entscheiden können, so wählt sie in Gottes Namen. Aber verzichtet auch auf jede Klage, wenn Ihr erntet, was Ihr gesäet habt.

Wenn Ihr ein unbefangenes Urtheil habt, so müßt Ihr den Werth meiner Gegner schon daraus erkennen, daß sie mir die ungegründetsten Dinge nachsagen. Einer hat sogar in meinen Ideen zu einer teutschen Reichsverfassung gefunden, daß ich gegen die Schwurgerichte bin, während ich ausdrücklich gesagt habe: die öffentliche Meinung hat sich so entschieden für die Schwurgerichte ausgesprochen, daß ich es gar nicht wage, einen Einwurf gegen dieselben zu machen. Wäre ich ein Wahlkandidat von allerneustem Schlag, so müßte ich wohl auch dem Volke zu schmeicheln; ich könnte eben so gut wie andere ihm Dinge versprechen, deren Erfüllung unmöglich ist, ich könnte eben so gut mitwirken, um eine namenlose Verwirrung herbeizuführen, wie sie jetzt in Frankreich besteht, ich könnte eben so gut die Mittel zu meinem Zweck nach jesuitischen Grundsätzen wählen — aber nein! ich kann es nicht. Ich war nie ein Fürstenknecht und will eben so wenig ein Volksknecht seyn. Aber für die Freiheit, für die Ordnung, für das materielle Wohl, und für die Ehre unseres gesammten Vaterlandes will ich kämpfen, solange Gott mir die Kraft dazu erhält.

Frankfurt, den 22. April 1848.

Dr. Eisenmann.

Offene Erklärung.

Die Unterzeichneten, welche durch die Wahl bestimmt worden sind, das Comité der hiesigen Volksversammlungen zu bilden, finden sich veranlaßt, durch die Presse ihr politisches Glaubensbekenntniß offen darzulegen, nach welchem sie im öffentlichen Leben, sowie bisher, so auch in Zukunft sprechen und handeln werden. Wir wollen und erstreben alle die Einrichtungen, welche den Menschen theilweise als angeborene Rechte zukommen, theilweise nothwendig sind, um die zu einem Staate vereinigte Gesellschaft von Menschen auf eine dauernde Weise glücklich zu machen. Als solche erkennen wir an: 1) Ein Gesetz für die persönliche Freiheit und Sicherheit durch eine entsprechende Akte. 2) Unbedingte Gleichheit vor dem Gesetze. 3) Abschaffung besonderer Gerichtsstände, Privilegien des Census u. s. w. 4) Oeffentliche Rechtspflege mit Schwurgericht in Preß-, politischen und Criminal-Sachen. 5) Ein allgemeines Recht in Straf- und Civil-Sachen, also auch ein deutsches Handels- und Wechsel-Recht. 6) Gleiches Maaß, Gewicht und Münze. 7) Allgemeines deutsches Staatsbürger- und Ueberzugs-Recht. 8) Preßfreiheit in der ausgedehntesten Bedeutung. 9) Trennung der Kirche vom Staate und gleiche Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse. 10) Möglichste Verminderung indirekter, die Unbemittelten am härtesten drückenden Abgaben. 11) Festsetzung einer direkten Vermögenssteuer (Einkommensteuer). 12) Abschaffung, beziehungsweise Ablösung der den Grund und Boden drückenden Lasten (Feudallasten u. s. w.) 13) Freiheit des inneren Verkehrs und Einführung eines Schutzzolles an den äusseren Grenzen Deutschlands zum Schutze der innern Industrie. 14) Freie Gemeinde-Verfassung und Selbstverwaltung der Gemeinde-Güter. 15) Möglichste Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen. 16) Verminderung der stehenden Heere, soweit dies irgend thunlich, und Erlaß eines umfassenden Volksbewaffnungs-Gesetzes. Zur Wahrung der Rechte und Interessen nach Aussen bedarf es: 1) Unverzügliche Feststellung eines Bundesheeres unter Leitung eines Bundes-Oberhaupts. 2) Herstellung einer deutschen Flotte auf Bundeskosten. Wir sind ferner der Meinung, daß dem künftigen Reichs-Oberhaupte ein Antheil an der gesetzgebenden Gewalt neben der Volkskammer und dem Fürsten-Rathe nicht zustehen könne, sondern daß jenem nur die vollziehende Macht gebühre. Wir sind ferner der Meinung, daß, was die Volkskammer auf zwei Reichstagen beschlossen hat und von dem Fürsten-Rathe zurückgewiesen wurde, bei abermaliger Vorlage auf dem dritten Reichstage auch ohne Zustimmung des Fürsten-Raths Gesetz werden muß. Wir halten aber auch fest an dem konstitutionell-monarchischen Staate, weil in solchem allein alle diejenigen Garantien zu finden sind, daß jede zeitgemäße Freiheit Eingang findet, gewaltsame plötzliche Ueberstürzungen aber verhindert werden, weil die Einführung einer Republik zur Zeit gegen den entschieden ausgesprochenen Willen der bei Weitem größten Anzahl deutscher Bewohner ist, und weil der Versuch, die Republik einzuführen nur einen Kampf der Bürger unter sich herbeiführen müßte. Bei den dermaligen sozialen Verhältnissen der Länder und ihrer Bevölkerungen würde aber ein Bürger-Krieg — unter allen Umständen schrecklich — jeden Besitz vernichten, jede Gelegenheit zerstören und uns zur Beute des Auslandes machen. Wir theilen daher die Ansicht derjenigen nicht, welche, ob bei dem Parlamente eine republikanische oder konstitutionell-monarchische Regierungsform zu wählen sey, für eine untergeordnete Form-Frage halten, sondern halten diese Lehre für eine irrthümliche und gefährliche. Wir glauben, daß diese Lehre, wenn sie Eingang fände, der Anarchie Bahn brechen, Bürger gegen Bürger waffnen und uns und unsere Kinder um alle Segnungen dessen, was wir gesäet haben, bringen würde. Dies ist unsere Ansicht und unser offenes Bekenntniß. Nach diesem haben wir bisher gehandelt und werden wir handeln. Die Rechte des Volks sind uns heilig, und wir werden, soviel an uns liegt, allen reaktionären und anarchischen Gelüsten, woher und unter welcher Form sie auch auftauchen mögen, auf das Entschiedenste entgegen zu treten wissen. Für dieses Glaubensbekenntniß muß sich derjenige aussprechen, den die Unterzeichneten für würdig halten sollen, als Abgeordneter nach Frankfurt zu gehen; derselbe muß in seinen Talenten, in seinem Charakter, in seiner ganzen Vergangenheit alle Garantieen dafür bieten, daß er den von uns ausgesprochenen Grundsätzen nach Möglichkeit Eingang und Geltung verschaffen könne. Als einen solchen Mann erkennen wir den Dr. Eisenmann. Seine in den Ideen zur Reichsverfassung ausgesprochenen Ansichten haben theilweise Anstoß gefunden und wollen nun gegen ihn geltend gemacht werden; allein dieselben haben durch die energischen eingetretenen Zeitereignisse nach unserer Ueberzeugung diejenige Richtung erhalten, welche den Anforderungen der Jetztzeit allein genügen. Um aber alle Zweifel zu beseitigen, haben wir den Dr. Eisenmann aufgefordert, sich noch vor der Wahl bestimmt zu erklären, daß er die hier ausgesprochenen Grundsätze auch als die seinigen annehme und verträte.

Nürnberg, den 23. April 1848.

Auernheimer. Dr. Barthelmeß. Eichner. Wm. Engelhard. Heinr. Gebhardt. Ludw. Günther. Körnlein. Rod. Korte. Dr. Krafft. Lindner. Dr. Friedr. Mayer. J. N. Renner. Heinr. Schanz. Schnerr. Dr. Schwarz. Thieme.

⁎ Eisenmann oder nicht Eisenmann?

Das ist jezt die Frage in Nürnberg. Jedem, dem das Wohl Deutschlands, seines theuren Vaterlandes am Herzen liegt, kann kein Zweifel sein, zwischen Wahl von Republik oder Monarchie; er wird nicht stillschweigend erwarten wollen, was das Parlament ihm gibt, ob das eine oder das andere, sondern wird das Seinige dazu beitragen, daß die Wahl des Parlamentes, so geleitet werde, daß nicht der Wille Einzelner, sondern der Wille der überwiegenden Mehrheit des Volkes ausgesprochen werde? Republik würde im Augenblik unserm Vaterland nur innere Zwietracht, Anarchie und Krieg bringen; ob eine Republik in Europa bestehen kann, wird uns Frankreich zeigen. Kein redlicher Mann darf dieselbe jetzt in Deutschland einführen wollen; also Monarchie, doch keine, die Zwietracht säen würde. Jeder weiß, was die Ständekammern in Deutschland gewirkt haben, wie die Regierungen sie reden ließen, wieder nach Hause schickten, um — ihre Rathschläge nicht zu befolgen. Soll unser deutsches Parlament wieder eine solche Ständekammer werden, die viel Geld verschlingt und nichts wirkt? — Nein. — Früher hatte Deutschland nur einen Kaiser; Herzoge und Kurfürsten waren nur seine Vasallen, keiner war Souverain; wie sie ihre Unabhängigkeit, durch Kriege gegen das Reich, durch Bündnisse mit Feinden des Reiches erworben haben, ist bekannt, und es kann keine Frage mehr sein, ob sie mit Recht oder Unrecht Souveraine sind. Ein heiliger römisch-deutscher Kaiser ist jetzt nicht mehr passend, doch gibt es noch etwas heiligeres, als ein Kaiser, es ist des Volkes Wille. Vox populi, vox dei! Dem Willen des Volkes, der mit Majorität im deutschen Parlament ausgesprochen, dürfen Alle gehorchen, selbst die Fürsten, denn ihretwegen sind nicht die Völker, wohl aber sie der Völker wegen da. — Eisenmanns Antrag nun ist ein deutscher Kaiser, eine deutsche Fürstenkammer und ein deutsches Parlament; eine heilige Dreifaltigkeit, in der jeder der drei eine gleiche Stimme hat; können nun da des Volkes Wünsche Erhörung finden?? — Ein Parlament wollen wir, wie es jene Staaten haben, die im jetzigen Sturme der Revolutionen unerschüttert dastehen, ein Parlament, in dem des Volkes Wille, dreimal mit Majorität ausgesprochen, als Gesetz gilt Und während man in Deutschland überall das Zweikammersystem aufheben möchte, will Eisenmann noch eine besondere Fürstenkammer, in der jeder der Fürsten so viel Stimmen haben soll, als er Vertreter zum Parlament schickt, wie leicht könnten nicht da 32 Fürsten, die einen redlichen Willen haben, von Oestreich, Preussen und einen dritten überstimmt werden. Und das deutsche Oberhaupt, wieder eine Stimme? — Nein, das wäre der Saame zu Unzufriedenheit und zu einer neuen Revolu-

tion binnen Jahresfrist. Sieht Eisenmann dieses ein, und ändert in dieser Beziehung seine Meinung, so wählt ihn, doch wählet nicht wegen Persönlichkeit oder Märtyrerthum. — Aufhebung der indirekten Steuern, Feudallasten, Revision der Gewerbsteuer, Einführung von Einkommensteuer, Errichtung von Hülfskassen sind recht und billig, werden aber dem Nothstand nicht gründlich abhelfen, nicht viel mehr die Verminderung der Civillisten der Fürsten, und der stehenden Heere im Frieden, ein Mittel, das viele nur durch Einführung der Republik für möglich halten, während es in der konstitutionellen, demokratischen Monarchie eben so gut erreichbar ist. Colonieen werden auch nicht helfen; zur Hebung des gesammten Wohlstandes muß es ein Deutschland ohne Zollschranken im Innern und mit richtigen Schutzzöllen gegen Außen geben. Deutschland war der Markt fremder Erzeugnisse, und tausende von fleißigen Händen mußten ruhen, weil aus andern Ländern, in welchen Industrie und Handel in blühenderem Stand, und besser geschützt, als bei uns, alle Erzeugnisse billiger zu uns und nach den Ländern kamen, wohin wir früher Absatz fanden. Ein Hauptaugenmerk des Volkes muß also auch dahin gerichtet sein, daß diesem Uebelstande so schnell als möglich Abhülfe werde, dann wird unsere Industrie, Handel, Schiffahrt rc. und somit der gesammte deutsche Wohlstand gehoben und gefördert werden, und mit Ruhe kann dann jeder Staatsbürger einer bessern deutschen Zukunft entgegensehen.

Die bevorstehende Wahlangelegenheit eines Abgeordneten der Stadt Nürnberg zum deutschen Parlament in Frankfurt a/M.

In der gegenwärtigen unstreitig wichtigen Periode, in der wir leben, dürfte es nicht überflüßig, ja vielmehr höchst dringend geboten seyn, zu Förderung und Erreichung der guten Sache, nach welcher gewiß alle echten Vaterlandsfreunde streben, durch ein Wort zu seiner Zeit nach möglichsten Kräften mitgewirkt zu haben. Die Bedeutung und ihre möglichen Folgen unserer jetzigen großen und ernsten Zeit erst näher beleuchten zu wollen, halten wir für unnöthig, da bereits Viel hierüber schon gesagt ist und jeder Denkende seine eigene Anschauung und Urtheil selbst in sich trägt. Das Auftreten eines in der jetzigen Zeitfrage thätigen und interessanten Mannes Dr. Eisenmann, ist Jedem bekannt; eben so aber auch, wenn vielleicht noch nicht allen doch einem großen Theile, wie in der jüngsten Zeit, über das Wirken dieses Mannes verschiedene Stimmen und Ansichten laut geworden sind. Was nun zunächst diese verschiedenen Stimmen hervor gerufen hat, so sind dies einzelne Punkte seiner „Grundideen zu einer deutschen Reichsverfassung" selbst, die von Widmann angefochten und bestritten werden. Wir für unsern Theil haben es uns zur strengen Aufgabe gemacht, in dieser so hochwichtigen Angelegenheit, von allem Parteigeiste fern zu bleiben und es lediglich der Entscheidung des unbefangenen Publikums zu überlassen, demselben aber vor allem einen Vergleich beider Schriften und deren genauste Prüfung dringend an das Herz zu legen; nur dadurch wird es allein möglich, ein selbstständiges richtiges Urtheil zu erlangen. So wie nun überhaupt alles zwei Seiten hat, und auf verschiedenerlei Ansichten beruht, so ergeht es auch den „Grundideen zu einer deutschen Reichsverfassung." Dieselben finden in den Verehrern des Dr. Eisenmann vielen Anklang, sie haben aber auch nach ihrer innern Tendenz und — jedenfalls aufmerksam geworden durch ihre Bekämpfung von „Widmann" Stimmen hervorgerufen, die sich bereits in dem dahier constituirten „politischen Verein" einen Ausdruck zu verschaffen suchen. Daß durch solche getheilte Ansichten und Stimmen offenbarer Zwiespalt entsteht, welcher die schlimmsten Folgen nach sich ziehen kann, ist einleuchtend, um wie viel mehr sollte man daher, statt sich gegenseitig zu entzweien und anzufeinden oder sogar zu verdächtigen, sich aufgefordert fühlen, zu einem so großen Werke sich brüderlich die Hände zu reichen und nur, durch ein gegenseitiges Einverständniß zur Erreichung des vorgesteckten gesetzlichen Zieles gemeinsam hinzuarbeiten.

Das Glaubensbekenntniß des politischen Vereins ist unseres Wissens, vor öffentlicher zahlreicher Versammlung abgelegt, und huldigt ebenfalls nicht minder wie alle gutgesinnten Vaterlandsfreunde dem auf die umfassendsten Grundlagen zu erbauenden konstitutionell-monarchischen Prinzip; dennoch aber sucht man sogar von einzelnen Seiten demselben eine andere entgegengesetzte Richtung unterzuschieben, die leider von einem Theile deßhalb Unterstützung findet, weil derselbe in die eigentliche Sache nicht gehörig eingeweiht ist, sondern wie es so häufig zu geschehen pflegt, immer der Eine sich auf die Richtigkeit der Meinung resp. des Gesagten vom Andern verlassend — ihm nachspricht, ohne der Sache selbst auf den Grund gegangen zu sein. Zwar war für Alle, welche die „Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung" nicht schon aus der hierüber erschienenen Broschüre kannten, in die Beilage der mittelfränkischen Zeitung Nr. 110, Gelegenheit geboten, einige der Hauptparagraphen derselben, so wie dagegen die von Widmann erhobenen Widersprüche kennen zu lernen, allein nicht immer werden dergleichen Mittheilungen mit der nöthigen Aufmerksamkeit gewürdigt und in dem Sinne aufgefaßt, als sie es ihrer Bedeutung nach verdienen. Dies scheint nun auch nach unserer Meinung bei dieser Angelegenheit der Fall zu sein, da wir uns selbst mehrfach überzeugten, daß regelmäßige Zeitungsleser diesen Artikel theils gar nicht — theils zwar gelesen, aber bei späterer Conversation hierüber, nichts weniger als unterrichtet waren, dennoch aber in offenbarer Befangenheit ihr blindes Urtheil entschieden aussprachen.

Wir glauben, daß in dieser Beziehung das schon oft gediente so allgemein bekannte Motto: Eines Mannes Red ist eine halbe Red rc. auch hier eine Stelle finden dürfte. Deshalb wiederholen wir bei der höchsten Dringlichkeit der Sache, da bereits auf den 25. ds. die Wahlverhandlungen angesetzt sind, die nachdrückliche Empfehlung einer genauen Prüfung beider genannten Schriften des Dr. Eisenmann und Widmann und verweisen zu dem Ende alle Interessenten, auf den erwähnten bereits in Nr. 110 der Beilage der Mittelfränkischen Zeitung erschienenen Artikel wovon wir in gedrängtester Kürze Einiges folgen lassen. Nach den Vorschlägen des Dr. Eisenmann bilden die gesetzgebende Gewalt, a) das zeitliche Oberhaupt, b) der Rath der Fürsten, c) die deutsche Volkskammer, und können nur durch das gemeinsame Zusammenstimmen dieser drei Gewalten, rechtsgültige Gesetze entstehen. Da nun die beiden Gewalten, nehmlich die des Reichsoberhauptes und die der Fürstenkammer zunächst in ihrem Interesse stimmen werden, so ist es klar, daß $^2/_3$ auf dieser Seite stehen, während nur $^1/_3$ auf der Seite der Volksrechte bleibt. Ferner will Dr. Eisenmann den Fürsten resp. deren Gesandten nicht weniger Stimmen, vielmehr gerade eben so viele eingeräumt wissen, als den Vertretern des Volkes ins Gesammt gebühren, wodurch nothwendig eine überwiegende Gewalt auf Seiten der Fürsten hervortritt.

Ferner will Eisenmann die Volksvertreter zur Hälfte aus der Kategorie der Besitzenden, die Hälfte aus der Kategorie der Intelligenten, hieraus läßt sich folgern, resp. befürchten, daß sich ein Einfluß der Besitzenden auf die Intelligenten geltend machen wird. Zuletzt finden wir, daß Eisenmann der allgemein anerkannten Vortrefflichkeit der Schwurgerichte keineswegs huldigt, vielmehr die Uebung der Strafrechtspflege durch unabhängige Richter vorzieht.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 22. April.) [Dreizehnte öffentl. Sitzung der Kammer der Abg., Nachmittags 4 Uhr.] Am Ministertisch die HH. Min.-Räthe Roth, beide Kleinschrod, Ringelmann, Sutner; später die HH. Staatsminister: Thon-Dittmer, Heinz, Lerchenfeld und Beisler. Die Sitzung wird vom I. Präsidenten mit Verlesung des aus 75 Nummern bestehenden Einlaufs eröffnet, worunter die allerhöchste Ernennung des Generallieut. und Referenten im Kriegsministerium v Heidegger zum ständischen Kommissär, ein Antrag des Abg. Kirchgeßner auf Gleichstellung der Militärbeamten mit den Offizieren. — Der I. Präs. bemerkt, daß, nachdem viele Anträge trotz seiner neulichen Aufforderung sich von den Abgeordneten der betreffenden Kreise nicht angeeignet wurden, er sich dieselben sämmtlich angeeignet habe. — Der I. Präsident verliest ferner ein Gesuch des Staatsr. v. Berks und Raths Auerweck an die Kammer, mit der Bitte in Folge der wegen des Bräuhausverkaufs im Nürnberger Kurier über sie ergangenen Schmähungen böswilliger Art aus den vorliegenden Akten Einsicht zu nehmen; zugleich geben sie eine Darlegung des Thatbestandes, wodurch der fragliche Artikel im Nürnberger Kurier als gänzlich grundlose Thatsachen enthaltend sich erweist. Der I. Präsident bemerkt, daß eine Untersuchung über diese Frage nicht in die Kompetenz der Kammer falle; er bedauert, daß die gekränkte Ehre dieser beiden Männer nicht von der Kammer rehabilitirt werden könne. Graf Hegnenberg als Sekretär des VI. Ausschusses erstattet hierauf Vortrag über folgende geprüfte Anträge der Abg. Nr. 1. und 2. Pfarrer Rammoser begründet diese Anträge, indem er die Benachtheiligung der Gewerbe durch das Submissionsverfahren darthut. — Der k. Kommissär v. Sutner weist die Unmöglichkeit nach, alle Militärarbeiten durch Civilhandwerker verfertigen zu lassen. — Die Kammer beschließt, beide Anträge in Erwägung zu ziehen und sie dem zuständigen Ausschusse zur Vortragerstattung zu überweisen. 3. und 4. Der I. Präsident begründet dieselben, indem er auf einen gleichen im J. 1846 von ihm unterstützten Antrag verweist.

Sattler unterstützt mit Wärme diesen Antrag; das für unsere Zeit nicht mehr passende Gesetz, welches besonders in Unterfranken große Mißverhältnisse hervorruft, habe schon genug Unzufriedenheit erregt. Beide Anträge werden dem betreffenden Ausschuß zur Prüfung und Vortragerstattung zugewiesen. 5 und 6) Der I. Präsident begründet auch diese beiden Anträge, ebenso der II. Sekretär Dr. Schwindl. Die Kammer beschließt, selbe in den Ausschuß zu verweisen. Dek. Vogel, Prof. Edel, Städler, Bestelmeyer, Reuffer, Sattler, Unterberger, Schwindl und der I. Präsident unterstützen kräftig sämmtliche Petitionen. 8) — Die Abg. Wicklein, Leibold, Würth, Edel, Rotenhan, Bestelmeyer und mehrere andere Abg. begründen diese Petitionen, welche gleichfalls dem betreffenden Ausschusse zugetheilt werden. 9) — unterstützt vom Dek. Vogel wird dem Ausschuß ebenfalls überwiesen. Gleiches Schicksal erfahren folgende Anträge unterstützt von Dr. Müller (folgt Nr. 10 und 11). 12) Diesen Antrag begründet Kirchgeßner und die Kammer beschließt seine Verweisung in den Ausschuß. 13) Wird vom I. Präs. begründet und von der Kammer in den Ausschuß verwiesen. — Der Ref. des I. Ausschusses erstattet hierauf Vortrag über den Gesetzentwurf, einige Abänderungen des Strafgesetzbuches im J. 1813 betr., welcher jedoch wegen vorgerückter Zeit heute nicht mehr zur Berathung kommt. — Noch erstattet derselbe Ref. folgenden Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe, den Gesetz-Entwurf über die Berathung neuer Gesetzbücher betreffend, wobei folgende Beschlüsse gefaßt wurden. Dem zu Art. VIII gewünschten weiteren Zusatze: „so ferne nicht die treffende Modifikation in der Kammer der Abgeordneten mindestens von fünf und zwanzig in der Kammer der Reichsräthe mindestens von 7 Mitgliedern unterstützt wird, in welchem Falle nach erfolgter Vorerörterung deren Hinweisung an den Ausschuß und deren sofortige Berathung stattfinden kann," — soll mit der Redaktions-Aenderung stattgegeben werden, daß statt der Worte: „und deren sofortige Berathung stattfinden kann", — gesagt werde: „oder deren sofortige Berathung in der Kammer stattfinden kann." Die Redaktions-Aenderung dürfte auch dem Sinne der Kammer der Reichs-Räthe entsprechen, da nach gepflogener Vorerörterung über eine eingebrachte Modifikation nur Eines von beiden beschlossen werden kann, entweder die Rückerweisung an den Ausschuß, oder die sofortige Berathung in der Kammer. Daher dürfte der Setzung des Wortes „und" statt „oder" nur auf einem Kanzlei Versehen beruhen. Dem weiteren Zusatze zu Art. VIII.: „die Ausschüsse, sowohl im Einzelnen als vereint, sind befugt, auch Männer, welche nicht Mitglieder der Ständeversammlung, aber durch wissenschaftliches oder praktisches Vertrautsein mit der treffenden Materie bekannt sind, einzuberufen, und sie über bestimmte Fragen zu vernehmen," — wurde einstimmig beizutreten beschlossen, weil sich dieser Zusatz durch seine Zweckmäßigkeit empfiehlt. Dem beantragten neuen Art. XVII.: „die Entwürfe neuer Gesetzbücher müssen spätestens bei Uebergabe derselben an die Kammer oder an die ständischen Ausschüsse durch den Druck veröffentlicht, und dadurch der allgemeinen Beurtheilung unterstellt werden," wurde einstimmig beigetreten. Hienach besteht unter der Voraussetzung, daß die Kammer der Reichsräthe die bei Art. VIII. besprochene Redaktions-Aenderungen nicht beanstande, in allen Punkten ein Gesammt-Beschluß. Nach einer Diskussion (über die Formalität dieser Modifikation) zwischen dem Referenten und dem Justizminister, welch Letztere seine schon in der Kammer der Reichsräthe hierüber geäußerte Ansicht vertritt, an deren Schluß die Ausschußmitglieder und Professor Edel und I. Sekretär ein Mißverständniß eingestehen, wird die erste Modif. d. K. der Reichsr. und der Zusatz, ebenso der neu hinzugekommene Antrag einstimmig angenommen.

† (Nürnberg, den 24. April.) Gestern zog die kleine Freischaar die sich hier für die Sache der Schleswig-Holsteiner gebildet, vollständig bewaffnet, mit der roth-gold-schwarzen Standarte nach ihrem ernsten Bestimmungsorte aus. Unter einem enormen Zudrang von Menschen begab sich die Schaar in die St. Lorenzkirche, um dort vorher noch den Segen zu empfangen. Mit klingendem Spiele der Landwehr-Blechmusik marschirte die Freischaar vor der unter das Ge-

wehr getretenen Hauptwache vorüber nach dem Bahnhofe, wo sie vor dem Komite den Eid der Treue für die heilige Sache leistete. Ein ergreifender Moment war die Abfahrt selbst, als durch die Klänge der Blechmusik, das Läuten der Zeichenglocke und den schrillen Pfiff der Lokomotiv, auf das Hurrah der Schaar in den Waggons ein Hoch der versammelten Menge antwortete. Wir geben ihnen die besten Wünsche für den Sieg der guten Sache über die schlechte mit, an den Satz erinnernd: concordia res parvae crescunt!

Baden. (Karlsruhe, 19. April.) Folgende offizielle Berichte über ein Treffen bei Kandern kommen der »Deutschen Zeitung" so eben zu: Ministerium des Innern. Karlsruhe, den 21. April 1848. Nro. 5946. In einem von dem Direktor des Oberrheinkreises eingetroffenen Berichte von gestern Abend ist gesagt: »Gestern (Mittwoch) nach Ankunft in Schliengen sandte General v. Gagern eine Truppenabtheilung nach Lörrach zu; er selbst zog mit der grosseren Abtheilung nach Kandern, und traf dort auf Hecker's Schaar. Der Civilkommissär forderte die Aufrührer wiederholt auf, die Waffen abzulegen und auseinander zu gehen; zuletzt gab man ihnen noch 10 Minuten Bedenkzeit. Sie zogen sich hinter Kandern zurück, und nahmen eine vortheilhafte Positition auf dem bergigen Wege gegen Schlechtenhaus. Als die Truppen anrückten, — so wird versichert — ward zuerst von den Aufrührern auf sie geschossen, und ihnen einiger Schaden zugefügt, worauf sie zum Angriff schritten, und die Freischaaren zurückdrängten; die Reiterei machte eine Charge und nahm ihnen die beiden Kanonen. Das Gefecht war nicht beendigt, als die Nachricht abging; der Kampf zog sich gegen Schlechtenhaus hin. Das Militär hat einige Todte und Verwundete. Die Aufrührer müssen bedeutend gelitten haben, da ein Wagen mit Todten, worunter Willich und ein anderer Führer, nach Kandern kam. Wo die Truppen heute Abend stehen, ist nicht bekannt; sie sollen sich sämmtlich sehr brav geschlagen haben. »Die Angaben über die Zahl der Aufrührer variiren; das Wahrscheinlichste ist, daß Hecker circa 1000, Weißhaar 6 — 700 Mann hat." Bekk. Reinhard. Ministerium des Innern. Karlsruhe, den 21. April. Nro. 5955. So eben, diesen Nachmittag 3 Uhr ist ein Bericht des Direktors der Regierung des Oberrheinkreises vom Heutigen eingekommen, worin er ein Schreiben mittheilt, welches der den Truppen im Oberland als Civilkommissär beigegebene Regierungsrath Stephani gestern Abend 8 Uhr von Lörrach aus an den Regierungsdirektor gerichtet hat. Dasselbe lautet wie folgt: »Wir sind Morgens 3 Uhr nach Kandern von Schlingen aus aufgebrochen, 1 Bataillon Hessen, 1 Bataillon vom Leibregiment, 1 Bataillon vom 2. Regiment, 2 oder 3 Schwadronen Dragoner und Geschütz. Vor Kandern erfuhren wir, daß die Rebellen das Städtchen noch besetzt hielten. Ich ging allein mit einem hessischen Hornisten hinein, obgleich man mich vor dem ersten Hause nicht durch die Vorposten lassen wollte. Ich ließ den Kommandirenden rufen, es war Literat Kaiser aus Konstanz. Er versprach, mich zu Hecker zu führen, wir gingen ihm fast durch's ganze Ort nach, wo es hieß, er sey mit 600 Mann bereits abgezogen. Dies, sowie die Wahrnehmung, daß ihre zwei Kanonen (vielmehr Böller) mit der Kasse und dem Pulverwagen, alles schlechte Karren, noch unangespannt waren, veranlaßte mich, vor dem Rest der Truppe, ungefähr 200 Mann, die Aufruhrakte zu verkünden, und sie aufzufordern, die Waffen niederzulegen. Ungefähr 15—20 antworteten mit Nein, die andern waren still. Zu unsern Truppen zurückgekehrt, erklärte ich dem General von Gagern, daß nun sein Amt beginne, theilte ihm aber die mir gewordene Nachricht mit, daß wir oben auf der Scheide des Berges durch Scharfschützen, die rechts und links im Walde aufgestellt seyen, empfangen werden würden. Mit Eifer ging das ganze Korps vor, oben am Berge gegen Schlechtenau zu ritt von Gagern und Major Kunz noch an der Spitze der Kolonne; da trat Hecker vor und meinte, man solle auf seine Leute nicht schießen lassen. v. Gagern erwiderte, daß Leute ohne Waffen geschont würden, andernfalls nicht. Hecker zog sich zurück, und in dem Augenblick begann der Kampf; der edle v. Gagern fiel sogleich, er ist todt, und wir führen die Leiche in einem Wagen mit. Wir werden ihm in Freiburg die letzte Ehre erzeigen. Major Kunz ist ganz unbedeutend am Fuße verwundet. Beider Pferde blieben todt auf dem Platze; ein Dragonerpferd verloren wir durch einen Schuß in den Fuß Ganz leicht ist noch ein hessischer Hauptmann Keim, von unsern Offizieren Dern und Sartori unbedeutend verwundet. Ein Offizierbedienter blieb auf dem Platze. Kein Soldat ist geblieben, verwundet ungefähr 20 Hessen und 15 Badener. Drei oder vier Pferde sah ich todt an der Straße; ein desertirter Soldat vom 2. und einer vom 4. Regiment wurden zusammengehauen. Von da nahmen wir ungefähr 8 gefangene Rebellen mit, die ich kaum vor der Wuth unserer Leute schützen konnte. Hier fanden wir ungefähr 800—100 Mann in den Wald postirt uns gegenüber. Sie wurden ganz zersprengt; eine Menge Flinten, Sensen, Mistgabeln lag auf dem Kampfplatze. Von dort zogen wir nach Schlechtenau, wo leider ein Bauer, der eine Mistgabel trug und fortlief, erschossen worden ist. Unsere Soldaten waren in Wuth. Von Schlechtnau verfolgten wir die Rebellen weiter über Kloster Weitenau gegen Steinen. Am Ausgange des Thales (Ausmündung ins Wiesenthal) hatten sich Struve und Weißhaar aufgestellt; das Feuern begann von Neuem, aber mit Vorsicht, und auch diese Schaar von ungefähr 1000 Mann wurde zersprengt. Dieser Kampf kostete uns ungefähr 6 bis 10 Verwundete. In Steinen und allen andern Orten wurden wir mit Jubel empfangen, Alles bewirthet. Struve und Weißhaar haben hier und in Steinen mit Mord und Brand gedroht, wenn nicht Alles von 18 bis 30 Jahren mitzöge, oder 200 bis 500 fl. zahle; es ging aus dem Wiesenthal kaum ein Man mit. Unter unsern Gefangenen, vielleicht 15 an der Zahl, sind nur 4 oder 5 aus Schönau und Schopfheim, die andern sind aus dem Seekreis. So eben erfahre ich, daß die Zersprengten sich im hintern Wiesenthal und in Wehr sammeln. Hier in Lörrach ist man sehr aufgebracht über die Schimpfreden, welche die hiesigen Freunde Struve's und Weißhaar's von ihnen erhielten. Unsere Truppen wetteifern mit den Hessen, die vorzüglich sind. Unsere Gefangenen hätte ich gerne hier abgeliefert, allein die Ortsverhältnisse Lörrachs und der Wunsch der Offiziere, jene noch auf dem Transport mitzunehmen, so wie die Aeußerungen der hiesigen Beamten veranlaßten mich, auf meinem Verlangen nicht zu beharren. Morgen werde ich die Ehre haben, weiter zu berichten.« So unglücklich diese Nachricht wegen mehrerer Verluste, und insbesondere wegen des Todes des edeln und trefflichen v. Gagern ist, so beruhigend erscheint dieselbe auf der andern Seite wegen des glücklichen Erfolges, den die treuen und tapfern badischen und hessischen Truppen in ihrem Kampfe gegen die Rebellen im Allgemeinen gehabt haben. Es ist zu hoffen, daß die Hochverräther dem Arme der Gerechtigkeit nicht entgehen, und daß die Verblendeten, die sich ihnen anschlossen, die Schwere des Verbrechens erkennend, zum Gehorsam und zur Treue zurückkehren, so wie daß diejenigen, welche nur gezwungen dem aufrührerischen Zuge sich anschlossen, endlich Muth fassen, um sich von ihren Nöthigern zu befreien, und sich friedlich in ihre Heimathsorte begeben. Bekk. vdt. Reinhard. — Die »Basler Zeitung« vom 21. April bringt einen Bericht über das Gefecht bei Kandern, der in allen Hauptpunkten mit dem offiziellen Berichte übereinstimmt; nur ist letzterer in Einzelnheiten offenbar von größerer Genauigkeit. Ausserdem berichtet das genannte Blatt: Die würtembergischen Truppen rückten unaufhaltsam vor, und werden heute bereits über Waldshut hinaus sein. Die heute angelangte Schaffhauserpost berichtet, daß sie dieselben bereits bei Dogern (hieher Waldshut) getroffen. Die Straße war voll flüchtiger Freischärler, die würtembergischen Truppen entwaffneten sie und ließen sie laufen. — Hecker ist so eben über Rheinfelden in Basel eingetroffen.

Freie Städte. (Frankfurt, 20. April.) Die Epuration des Bundestages geht ihren Gang fort. Nachdem Sternenfels für Würtemberg, Jordan für Kassel und v. Wangenheim für Hannover eingetreten sind, wird nun für Oldenburg ein ausgezeichneter Militär, Obrist Mosle, (ich weiß nicht, ob ich den Namen recht schreibe), erwartet; an Curtius Stelle, den übrigens die Reinigungsforderung des Vorparlaments nicht treffen konnte, von der Hude aus Lübeck. Die Ernennung des neuen Gesandten für Nassau verzögert sich etwas durch das Einholen der Zustimmung von Braunschweig; die der Gesandten von Preußen und Mecklenburg dadurch, daß ihre beiderseitige Wahl auf Dahlmann fiel, der abgelehnt hat. Der Gesandte der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, Prof. Madai, ist gestern Abend hier eingetroffen. Als die Anerkennung unlängst in der Bundesversammlung ausgesprochen wurde, verließ der dänisch-holsteinische Gesandte v. Pechlin sogleich die Sitzung und würde wohl nicht mehr in Frankfurt sein, wenn ihn der Besitz eines Hauses nicht noch hier fesselte. Es verlauten ungesichtete Gerüchte über eine Verstärkung der exekutiven Gewalt des Bundestages, die, wenn sie sich bestätigen, wohl noch weitere Personalveränderungen nach sich ziehen würden. Von einer Ueberweisung der englischen Vermittlung in der schleswig-holsteinischen Sache aus Berlin nach Frankfurt, von der in den Blättern steht, weiß man hier zur Zeit noch Nichts. (D. Z.)

Ueber den Tod des Generals von Gagern meldet die Frankfurter Oberpostamtszeitung Folgendes: Am Donnerstag Morgens um 5 Uhr führte der General von Gagern seine Truppen von Schliengen gegen Kandern hin, dem Aufrührer Hecker entgegen. Vor Kandern traf man zusammen. Noch einmal erging durch einen Commissär der Regierung die Aufforderung an die Empörer, die Waffen niederzulegen; vergebens. Dann rückten die Truppen weiter vor, und die Aufwiegler wichen zurück bis jenseits Kandern, wo sie eine günstige Stellung einnahmen. Noch war kein Schuß gefallen; sie ließen den General zu einer Besprechung einladen. Er, ohne Zweifel die Größe des Momentes erwägend, wo es galt, hier den Geist der Truppen zu heben und zu stärken, dort das Blut der Bürger zu schonen, näherte sich ganz allein und versuchte sie durch eine ergreifende Anrede zu retten. Aber die einzige Erwiderung war ein lärmender und ganz erfolgloser Aufruf an die Truppen zum Verrath, und da sich der General nunmehr umwandte und sein Pferd bestieg, ein mörderisches Feuer, in welchem zuerst von drei Kugeln durchbohrt der edle Gagern fiel. Das also war die erste Heldenthat der republikanischen Freiheit! Die Truppen gingen sofort voll Begeisterung in den Kampf gegen die Verräther und Mörder. Nach einer halben Stunde wich die Bande, etwa 100 Mann mögen gefallen seyn, von den braven Truppen kaum der fünfte Theil. Die Insurgenten wurden verfolgt und gänzlich zersprengt, theils ins Gebirg, theils über den Rhein; eine Fahne wurde ihnen genommen. Der Obrist von Hinkeldey, der das Commando übernommen hatte, begnügte sich nicht mit diesem ersten Siege, und griff vielmehr alsbald die zweite Hauptschaar der Aufrührer an, und setzte bis zum Einbruch der Nacht deren Verfolgung fort.

Eben trifft noch die Frankfurter Post vom 21. April ein. Der Fünfzigerausschuß stellt bei dem Bundestag den Antrag auf Aufstellung eines Oberfeldherrn. Bei dem Bundestag selbst waren Erklärungen einiger Regierungen angelangt, welche dem Wunsch Preussens und Oesterreichs auf 14tägige Verschiebung des Zusammentritts der Nationalversammlung beitreten. Der Bundestag behielt sich Entschließung vor. Nach England ward ein eigener Abgesandter des Bundes geschickt in Betreff der deutschen Schifffahrt bei den Bedrohungen durch die dänischen Händel, und zugleich zu Erkundigungen über den Ankauf einiger Kriegsdampfschiffe. (A. A. Z.)

Preussen. (Posen, 18. April.) Aus Warschau ist die wichtige Nachricht hier eingegangen, daß mit Genehmigung des Fürsten Stadthalters eine Deputation einflußreicher Polen nach Petersburg abgegangen ist, um den Czar zu bitten, den Polen gewisse Zugeständnisse zu bewilligen, um sich zum Herrn von ganz Polen zu machen. Diese Nachricht wird von hiesigen Polen als durchaus wahr verkündigt. Sie sagen, sie wollen sich jetzt dem Kaiser Nicolaus in die Arme werfen, um mit seinem Beistande ein panslavisches Reich zu gründen. Sollten die hiesigen Polen zu einem solchen Plane die Hand bieten, was nicht unwahrscheinlich ist, so wäre das unter ihren vielen unüberlegten Handlungen gewiß die unüberlegteste. (Frkfr. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 19. April.) Am Morgen dieses Tages hatte ein Treffen bei Wittensee stattgefunden, in welchem von den Deutschen zwei Wagen voll dänischer Waffen erbeutet, und 12 Dragoner gefangen genommen wurden. Unsre Truppen hatten einige Verwundete. Das Treffen entstand wahrscheinlich dadurch, daß die dänischen Vorposten durchbrochen werden sollten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Von der Schlei, den 17. April.) In den Verschanzungen beim Dannevirke liegen die Regimenter, welche in Fridericia gelegen haben, das ehemalige schleswigsche Regiment, jetzt das 13. Bataillon, welches aus Schleswig rekrutirt wird und noch ein anderes, welches ebenfalls daher seine Mannschaft bezieht. Ihnen soll bedeutet seyn, daß wenn sie gegen die „Insurgenten" nicht fechten würden, man sie von den hintenstehenden Truppen niederschießen lassen werde. Die Leute sind in Verzweiflung. Zwei von ihnen sind glücklich entkommen und sollen diese Nachricht mitgebracht haben. Die Linie zwischen Schleswig und Eckernförde ist unbesetzt. In letzterer Stadt liegen nach heute eingegangenen Briefen 200 Mann. Nicht bloß die Soldaten, sondern auch die Offiziere sollen sehr trübe gestimmt seyn, da sie nicht geglaubt haben, gegen regelmäßiges Militär ankämpfen zu sollen. Ja man hat den Leuten sogar eingebildet, daß die an Sorg-

brück aufgestellten Preußen keine Preußen wären, sondern daß der Prinz in Hamburg nur die Uniformen gekauft und die Schleswig-Holsteiner hineingesteckt habe! In Flensburg hat eine deutsche Kundgebung stattgefunden. Die deutschen Fahnen wurden aufgezogen. Die Sache ist so bedeutend, daß man von Schleswig zwei Bataillone und etwas Artillerie dorthin gesandt hat. Wenn am 19. der Krieg wieder losbricht, dann sollen Sie sehen, wie der Aufstand sich in Eiderstadt, Friesland und Angeln schnell entfalten wird. In Schleswig ist der König von Niemand begrüßt worden. In Rendsburg werden täglich Spione eingebracht. Unsere Verbindung mit Schleswig ist nicht ganz abgeschnitten. Die Bürger sehnen sich nach der Befreiung und bald schlägt die Stunde der Erlösung. — Nach einer Bekanntmachung über die Ausklarirung schleswig-holsteiner Schiffe nach Häfen des Königreichs Dänemark fällt das erlassene Verbot vom 4. d. M. weg, wenn von dem Rheder oder Führer derselben der am Abgangsorte befindlichen Zollbehörde ein von dem königl.-dänischen Marineminister oder in dessen speziellem Auftrage ausgestellter Seepaß eingeliefert werde, welcher für die unbehinderte Beendigung der beabsichtigten Reise Gewähr leiste. (Brem. Z.)

(Von der Schlei, den 18. April.) Gestern Abend wurde unter Begleitung der Musik der preußischen Garderegimenter, dem Herzoge von Braunschweig ein rauschendes Hoch dargebracht. Herr Advokat Baudiz brachte das Hoch aus. Er ging davon aus, daß Braunschweigs Stände zuerst unter den Ständen Deutschlands sich für die Sache Schleswig-Holsteins erklärt hätten, daß dadurch unsere Sache zur allgemeinen deutschen Sache geworden sei. Darum sei es so hocherfreulich, daß eben Braunschweigs Landesfürst, der dem Heldengeschlechte des Welfenstammes entsprossen, jetzt als erster deutscher Bundesfürst herbeigeeilt sei, um Schleswig-Holsteins gerechte Sache gegen die Dänen zu vertheidigen. Der Herzog dankte für das ihm dargebrachte Hoch und ließ das deutsche Vaterland und Schleswig-Holstein hochleben. Der Paradeplatz und die anstoßenden Straßen waren erleuchtet. (Brem. Z.)

Von der Nordsee, 19. April. Aus guter Quelle macht die Wes. Ztg. die Mittheilung daß von Seiten des englischen Gouvernements an die deutschen Regierungen ein Protest gegen das Einschreiten derselben in Schleswig ergangen ist. — Der Grund dieses Protestes ist Aufrechthaltung der Verträge von 1825. — Was soll man von der übermüthigen Politik dieser Briten sagen? Haben sie jemals diese Verträge aufrecht erhalten, wo es auf ihren Vortheil ankam? Und jetzt will dasselbe Gouvernement, welches jene Verträge wiederholt brach, welches alle die großen Bewegungen in Europa geschehen ließ und sogar wie in Italien, offen begünstigte, uns vorschreiben, wie sich Deutschland seinen geknechteten Brüdern gegenüber zu verhalten habe? — Was übrigens dergleichen englische Proteste praktisch bedeuten, haben die Polen und Krakauer genugsam erfahren; und sollte Lord Palmerston wirklich für die Dänen zärtlicher besorgt seyn, als für jene, so haben auch wir noch praktische Mittel, um dem stolzen Volke an der Themse ein empfindliches Gedenkzeichen zu geben, daß wir vom Dictiren nichts mehr wissen wollen. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris 20. April, Morgens 10 Uhr.) So eben findet unter dem Herbeiströmen großer Volksmassen die große Revue der Nationalgarde, oder wie sich der National ausdrückt, das Verbrüderungsfest zwischen Heer und Bürgerwehr statt. Die Regierung hat, so drückt er sich aus — die Obersten des Heeres und der Bürgerwehr zusammengerufen, nicht blos um ihnen neue Fahnen zu übergeben, sondern um ihnen den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß zwischen Bürger und Soldat kein Unterschied mehr herrsche; daß sie alle von der Ueberzeugung durchdrungen seien, künftig nur gleiche Brüder der französischen Staatsfamilie zu bilden, die sich nicht hassen, nicht bekämpfen sondern lieben sollen. Das sey die Bedeutung des heutigen Nationalfestes — leider nicht von schönem Wetter begünstigt. Börse, Bank, Behörden, Schulen und alle öffentlichen Institute sind heute geschlossen. Die Mehrzahl der Journale zeigt an, daß sie morgen nicht erscheinen. — Mit dem Schlage 12 Uhr werden heute Abend die Listen für die Generalwahlen der Nationalversammlung geschlossen.

Schweiz.

(Basel, 20. April.) Daß in unsern friedlichen Mauern seit mehreren Tagen eidgenössische Besatzung liegt, um das Eindringen der französisch-deutschen Legionen zu verhindern, wissen Sie bereits, sowie daß sich von dieser bis jetzt nur 150 Mann und zwar gestern unserer Gränze näherten, aber auf die Verweigerung des Eintritts gegen Hüningen wandten, um über die dortige Schiffbrücke in das Badische einzudringen. Nun ist aber die schweizerische Gränze von anderer Seite bedroht, nämlich von Baden. Die Mannschaft vom Seekreise hat sich bis auf einige Stunden genähert, von Lörrach flüchtete, was flüchten konnte, auf Schweizerboden, und ein ziemlicher Theil unserer Truppen mußte die letzte Nacht in dieser Richtung bivouakiren. Heute traf nun die Nachricht ein, daß das hiesige Observationscorps auf 5000 Mann verstärkt werden soll, wovon für diesen Tag bereits 1½ Bataillons angesagt sind. Wir gehen also ziemlich belebten Ostern entgegen. Freilich ist das Kriegsgetümmel in der heiligen Zeit vielen unserer Frommen ein Gräuel, und im heiligen Eifer befahl letzten Sonntag ein aus der Kirche stürzender Pfarrer den Trompetern einer daselbst ausmarschirenden Truppe von Baselland Stillschweigen; wie ihm gehorcht wurde, können Sie sich denken. (F. J.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel

Erklärung.

In einem durch den hiesigen politischen Verein verbreiteten Verzeichniß empfohlener Wahlmänner finden die Unterzeichneten auch ihre Namen aufgeführt; sie erklären hiemit, daß sie mit den Ansichten jenes Vereins nicht durchweg einverstanden sind, noch weniger aber dem von ihm vorgeschlagenen Kandidaten Herrn Dr. Lunkenbein zur Wahl für das Reichsparlament ihre Stimme geben werden, falls sie durch das Vertrauen ihrer Mitbürger zu Wahlmännern ernannt werden sollten.

Nürnberg, den 22. April 1848.

Dr. Bartelmeß.	Hertel, Apotheker.
Dr. Bock.	Nik. Hoffmann, Instrumentenmacher.
Briegleb, Tapetenfabrikant.	J. F. Kaufmann, Drahtfabrikant.
Dr. Dietz, Professor.	Kob, Kaufweber.
Domeier, Kaufmann.	Meyer, Drechsler.
Eichner, Flaschner.	Michels, Rothgerber.
W. Engelhard, Kaufmann.	Reßmann, Kaufmann.
Farnbacher, Brauereibesitzer.	Reisch, Kaufmann.
Gebhardt, Kaufmann.	Schanz, Kaufmann.
L. Günther, Kaufmann.	Spitta, Kaufmann.
Heinlein, Essigfabrikant.	Toderer, Kaufmann.
Heller, Mechanikus.	Wich, Juwelier.
Hermann, Kaufmann.	Wild, Gastwirth.
Haeußler, Kaufmann.	Winter, Konditor.

Mit obiger Erklärung sind vollkommen einverstanden

Nürnberg, den 24. April 1848.

Friedrich Bach. Christian Fink. N. F. Pröbl.

Anzeigen

Bürger-Versammlung.

Der Magistrat

Der Stadt Nürnberg

wünscht am Vorabend der Urwahlen für die Wahl der Abgeordneten zur deutschen Volksvertretung in Frankfurt öffentlich zu seinen Mitbürgern zu sprechen — nicht um sie in der Freiheit der Wahlen beschränken zu wollen, das sey nach wie vor ferne von ihm, sondern um ihnen dringend ans Herz zu legen, was das Wohl Nürnbergs und das Wohl von ganz Deutschland fordert. Der Magistrat ladet zu dem Ende seine Mitbürger auf

heute Nachmittags 4 Uhr

in die von dem K. Stadtpfarramt requirirte

St. Aegydien-Kirche

hiemit ein.

Nürnberg, den 24. April 1848.

Dr. Binder.

Müller.

Erklärung.

Gerüchte über Aeußerungen welche ich in Bezug auf die Staatsschuld gethan haben soll, erkläre ich hiemit aufs Entschiedenste für Albernheit oder absichtliche boshafte Lüge.

Dr. Lunckenbein.

Aufforderung.

Diejenige Person welche sich erfrecht, dem Unterzeichneten durch die Stadtpost einen anonymen Brief zuzusenden, wird hiemit aufgefordert, durch Kundgebung ihres Namens die Schranken der Oeffentlichkeit zu betreten, als ausserdessen dieselbe hiemit als ehrlos erklärt wird

k. Kreis- und Stadtg.-Rath Frhr. v Zoller

(Fahr-Gelegenheit.) Mittwoch den 26 April fährt Lohnkutscher Rebar, L. Nro. 332 in der Pfannenschmiedsgasse mit einem leeren Omnibus nach Kitzingen.

Versteigerung.

Freitag den 28. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr werden im Hause Lit. S. Nro. 212 der Weißgerbergasse folgende Gegenstände, als:

Silber, Weißzeug, Zinn, Kupfer, Messing, Schreinwerk und Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

(Dank) Innigen Dank unsern wackern Mitbürgern, Herren Advokat Riedner, Dr. Kalb und Dr. Bartelmeß für ihre so trefflich gehaltenen Reden in der gestrigen Versammlung im Katharinensaale.

C. F. Schäfer im Namen mehrerer Gleichgesinnten.

Wiener Salon.

Am 3. Osterfeiertag

Produktion

der Musikgesellschaft des Herrn Lippert.

Anzeige.

Unterzeichnete beehrt sich hiemit, ihrer verehrten Kundschaft so wie allen schätzbaren Damen anzuzeigen, daß sie wieder die neuesten Muster von Visits und Mantillen erhalten hat

B. Schumann,

S. 210 der Weißgerbergasse.

Musicalischer Verein.

Donnerstag, den 27. April

Musikalische Abendunterhaltung

im goldnen Hirschen an der Lauferstrasse,

wozu die resp. Mitglieder zu recht zahlreichem Besuch einladet

Der Vorstand.

(Verloren) Am 23 April, als am ersten Osterfeiertag Nachmittag, hat ein Knabe vom Obstmarkt bis in die Tucherstraße eine schwarze Sammthaube verloren. Der redliche Finder erhält ein Trankgeld. S. No

Empfehlung.

Von den in England patentirten, sogenannten Putzsteinen, geformt aus einer nur im Westen dieses Landes zu findenden feinen weichen und sandfreien Erde, zum Putzen aller Metalle, als: Messing, Kupfer, Zinn, Eisen, Stahl, Neusilber, Silber u. s. w., habe ich mir eine Parthie kommen lassen und empfehle solche einem verehrlichen Publikum zur gefälligen Abnahme.

Ueber die Vortrefflichkeit dieses Artikels erlaube ich mir blos zu bemerken, daß seit dem Bestehen desselben, in England kein einziges Haus mehr existirt, in welchem derselbe nicht benützt würde, wofür bürgen mag, daß in London allein monatlich 150,000 Stücke verbraucht werden.

Um beliebige Versuche mit diesem vorzüglichen und billigen Putzmittel machen zu können und damit er auch von Jedermann benützt werden kann, verkaufe ich solches in Stücke geschlagen, per Pfund à 8 kr.

Ich sehe recht lebhafter Abnahme entgegen und bringe noch meine führenden Spezereiwaaren, sowie Tabacke und Cigarren, Pulver, Schrete und Zündhütchen in empfehlende Erinnerung, unter Versicherung reelster und billigster Bedienung.

C. C. D. Gibam,
am neuen Thor

(Anzeige.) Die angekündigte Produktion des Apollo-Vereins Dienstag den 25. April, kann eingetretener Hindernisse wegen erst Montag den 1 May stattfinden.

Der Vorstand

Einladung.

Wegen Beschränktheit des Raumes werden die Urwähler des VII. Wahldistrikts, resp. der Stadt-Distrikte XV. und XVI., (Distrikts-Vorsteher Riedt und Löscher), eingeladen, sich statt im Rohrmännischen Schulhause, im Gartensaal des Herrn Fleischmann, Eingang am Spitalplatz, zu versammeln.

Orth,
Wahlkommissär.

Stadttheater in Nürnberg.

Dienstag, den 25 April Zum Erstenmale „Der Louisd'or," oder „Was eine Frau will, geschieht doch." Lustspiel in 3 Akten nach dem Französischen von Herr-

An meine Mitbürger.

Entgegnung und Bekenntniß.

In der Beilage zu Nro. 113 der Mittelfränkischen Zeitung bespricht Herr K. die, in dem Artikel: »Zur Parlamentswahl« in Nr. 111 des Nürnberger Kuriers, aufgestellten Ansichten eines mir bis gestern unbekannt gebliebenen Verfassers. Der Letztere äußert sich darin ganz übereinstimmend mit dem von mir in der Bürgerversammlung vom 19. ds. Ausgesprochenen: daß das Entwerfen einer Liste, welche eine Anzahl hiesiger Bürger und Einwohner als Wahlmänner in Vorschlag bringt, in der besten Absicht unternommen worden sein mag, daß jedoch bei dem Gebrauche derselben, ein anderes Resultat, als das der durchaus freien Volkswahl gewonnen wird.

Die in diesem Artikel aufgestellten Ansichten sowohl, als die mir bei Darlegung der meinigen, durch Zeichen des Beifalls ausgedrückte Zustimmung, bestättigen mir, daß ich bei Besprechung dieses Gegenstandes von einem richtigen Gefühle geleitet worden bin. Mich trieb auch in der That kein anderes Motiv an, gegen die qu. Liste mich zu erklären, als das im Namen vieler meiner Mitbürger verletzte Gefühl, in die eben errungene Wahlfreiheit schon wieder leitende Eingriffe gemacht, und das Urtheil über politische Befähigung, der Ansicht Weniger unterstellt zu sehen. —

Ich bin der Meinung, daß Diejenigen, welche sich in unsern Tagen politischer Bewegung, an die Spitze Jener stellen wollen, die von dem Interesse der Gegenwart durchdrungen sind, selbst das Geringste vermeiden sollen, was auch nur den Schein eines Partheigeistes nach sich ziehen könnte. — Dadurch aber, daß die Anfertigung einer solchen Liste nicht vorher in einer Bürgerversammlung bekannt gemacht und die allgemeine Theilnahme für Herstellung derselben in Anspruch genommen wurde, während ein Divergiren in den Grund-Ansichten immer merklicher hervortrat, ward dieser Schein nicht vermieden.

Ich würde es unterlassen haben, auf diese Sache zurückzukommen, nicht darum, weil ich, darüber zu sprechen für einen Kampf mit Windmühlen halte, sondern weil ich glaube, daß sie inzwischen schon bei Jedem die rechte Erledigung wird gefunden haben; aber die Nachschrift des Hr. K. mit der Frage beginnend: Was ist Wahrheit? — verpflichtete mich, sie wieder aufzunehmen und zur Entgegnung das Wort zu ergreifen.

In dieser Nachschrift versucht es Hr. K. die Lauterkeit und Consequenz meines Charakters, mit sichtbarlich siegestrunkener Miene in Zweifel zu stellen. — Ich will ihm antworten.

Mehr absichtlich als zufällig, habe ich am 19. ds. die Versammlung des politischen Vereins besucht. Auch dort habe ich mich ganz in demselben Sinne, wie vorher in der Bürgerversammlung, ausgesprochen und nur, als mir entgegnet wurde, daß gegen die Anfertigung jener Liste im Allgemeinen nichts eingewendet werden wolle, daß man sich jedoch vorbehalte, nachdem von anderer Seite dies geschehen sei, auch in diesem Kreise ein Verzeichniß von Wahlmännern anzulegen, konnte ich das Recht nicht bestreiten, durch Anfertigung einer zweiten Liste, den Einfluß der nicht zurückgezogenen ersteren zu neutralisiren.

Gleichwohl erachte ich, selbst jetzt noch, das Anfertigen solcher Listen, als dem Zwecke der bevorstehenden Wahl nicht entsprechend, ja es ist sogar die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß es selbst hindernd darauf einwirkt, denn; wenn z. B., wie wir annehmen dürften, 6 oder 8 der hervorragendsten Persönlichkeiten in 3, 6, oder mehr Wahldistrikten zugleich, als diejenigen erscheinen, welche die nöthige absolute Stimmenmehrheit erlangt haben, so wird sich nach gezogenem Resultate ein größerer oder geringerer Ausfall in der bedingten Zahl der Wahlmänner ergeben. Es wird sehr leicht möglich, daß sich an die Namen von 40 oder 50 Notabilitäten, nur noch Namen mit ungültigen Minoritätswahlen anreihen, und daß wir so das Vergnügen hätten, das Wahlgeschäft von Neuem zu beginnen.

Die Herren Vertheidiger der ersten Liste, haben als die, der Anfertigung zu Grunde gelegene Absicht, auch diejenige aufgestellt, daß man denen damit habe an die Hand gehen wollen, welche Raths bedürften und suchten.

Ich glaube der Nothschrei wäre nicht groß gewesen, hat man aber das Gegentheil angenommen, so frage ich: Welche Ehre erwüchse daraus, aus der Wahl solcher hervorzugehen? — Man hat ferner die gute Absicht gehabt, durch Listen die Stimmen zu koncentriren und dadurch die absolute Stimmenmehrheit um so leichter zu erzielen. — Aber man hat falsch gerechnet, so einfach auch das Exempel ist. — Es mag zwar für Hrn. X. sehr schmeichelhaft seyn, , wenn er in 4—5 Distrikten durch absolute Stimmenmehrheit als Wahlmann figurirt und dadurch mehr als 1000 Stimmen, Herr Y. auf dieselbe Weise 900 erhält; allein X. besitzt davon mindestens 700 und Y. ebenfalls 600 auf ganz unnöthige Weise. — Ich gönne einen so großartigen Ausdruck von Vertrauen Jedermann von ganzem Herzen, aber dieser Ueberschuß von 1300 Stimmen, ist den Uebrigen entzogen und sie laufen dadurch um so mehr Gefahr in die Reihen der Minoritätswahlen hinabgedrängt zu werden.

Will man die Stimmen koncentriren, so muß dies mit Rücksicht auf die Männer jedes bestimmten Wahldistriktes geschehen. Nur so wird es möglich seyn, das Wahlgeschäft sicher zu erledigen.

Darum wiederhohle ich denn auch hier: Gehe jeder Wähler so viel als möglich stelbstständig zu Werke. Prüfe er, wem er reine Liebe zum Vaterland und seinen Mitmenschen zutrauen kann. Es muß diese Mannestugend in ihrem ganzen Umfange und vor Allem besitzen, wer für die bedeutsamen Fragen unserer nächsten Zukunft wirksam in die Schranken treten will. —

Noch wird mir von Herrn K. zum Vorwurf gemacht, »daß ich mich an demselben Abend im politischen Verein mit als Kandidat zum Parlamente selbst aufstellen ließ.« Daß dieß geschah, ist nicht meine Schuld. Wenn dort diese Stimme sich für mich erhoben hat, so habe ich dies nicht mir, sondern allein der Wahrheit zuzuschreiben, die in den Worten lag, welche ich an die Versammlung richtete.

Oder hat Herr K. erwartet, daß ich das in solcher Weise mir kundgegebene Vertrauen hätte ablehnen sollen? —

Darauf antworte ich: Nein, das konnt ich nicht! —

Ich habe nie nach Ehrenstellen im bürgerlichen Leben gegeizt, und werde dies auch in Zukunft nicht thun, aber ich halte es für eine heilige Pflicht, daß Keiner sich weigere, der Sache des Vaterlandes zu dienen, der durch das Vertrauen seiner Mitbürger dazu berufen werden wird.

Wenn man glaubte, ich sey ein Mann des Fortschrittes, so hatte man das Recht dazu. Ich habe es in meinem Geschäftsleben durch Förderung freier Tendenzen, sowohl im Gebiete des Socialismus wie der Religion, bewiesen, und wenn hie und da Censurinstruktionen ihr veto einlegten, so habe ich der Härte in der Deutung und der Gewalt in der Vollziehung des Gesetzes mich gefügt.

Darum aber, weil ich es verschmähte, da, wo nichts damit erzielt wurde, in hohlen Redensarten das Bestehende anzuklagen, und die Erfahrung, im staatlichen wie im Privatleben, dem Streben nach Freiheit, immer noch so viel Zwang, dem Streben nach Wahrheit, immer noch so viel Heuchelei entgegengesetzt zu sehen, mich geneigter für das zurückgezogene als öffentliche Leben machte, — ich sage, darum hat man noch nicht das Recht, mich, wie es jetzt schon geschieht, des Servilismus zu beschuldigen.

Ungerne habe ich so viel zur Beleuchtung meiner Gesinnung gesagt, aber da sie angegriffen wurde, so ist es meine Pflicht sie darzuthun. Möchte meine Hoffnung sich bald verwirklichen, daß dem konstitutionell-monarchischen Systeme, der neue lebendige Geist eingehaucht werde, der nicht zu beschwichtigen, sondern der zu befriedigen verlangt. Wenn dieß rasch, und wenn es mit voller Wahrheit geschehen wird, dann reichen wir uns Alle nach kurzer Noth und kurzem Bangen die Bruderhand, und das Jahr 1848 feiert ein zweites Friedensfest, da nach dreißigjährigem Kampfe des Geistes, deutscher Biedersinn und deutsche Treue, in der Kraft der Einheit den Sieg sich errungen haben.

Nürnberg, am Ostermorgen 1848.

Julius Merz,

Besitzer der Buchhandlung Bauer u. Raspe.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26. April 1848. **№ 117** **Mittwoch: Cletus.**

* Die Parlamentswahl und der Magistrat von Nürnberg.

Und frei seid ihr noch nicht geworden,
Wenn ihr das Recht nicht festgestellt
Aus einem Briefe des Herrn Dr.
Mönch in Stuttgart

»Ist Einer unter euch, der mit diesen Grundsätzen nicht einverstanden?« so fragte der Nürnberger Magistrat (denn das stellte wohl Bürgermeister Dr. Binder diesesmal vor) die am Ostermontage in der Egydien-Kirche versammelten Bürger. — Ein lautes Ja ertönte von allen Seiten und auch ich, ich sagte ja. —

Aber zu etwas anderem sage ich nein, ewig nein, — zu der Einmischung des Magistrats als Behörde in die Wahlen. — Bürger, ich sage euch, und ich würde es euch schwören; wäre nicht der Schwur herabgekommen von seiner erhabenen Bedeutung, hätte ich nicht sehen müssen, und müßte ich es nicht noch täglich sehen, daß Menschen, was sie gestern noch verflucht und verwünscht und bestraft haben, heute als das Höchste preisen und zu dem ihrigen machen — ich bin kein Republikaner und sage doch nein. — Glaubt ihr mir es, wenn ich euch sage, daß ich die Vorgänge in Baden bedaure, ja beweinen möchte; daß ich es für ein Unglück halte, in Deutschland jetzt die Republik auftauchen zu sehen; daß ich es für ein noch größeres Unglück halte, wenn Bürgerkriege das Land zerfleischen, — glaubt ihr mir es, wenn ich euch betheure, daß ich mir hierin Welker den Bundestagsgesandten zum Muster nehme, der sagte »wenn Deutschlands Glück und Größe eine Republik fordert, so wird sie auch auf friedlichem Wege nicht ausbleiben«, so hört meine Wort ohne Vorurtheil.

Ich liebe die Freiheit als das höchste Gut, ich liebe das Recht, weil es der Völker Glück begründet, ich liebe Freiheit und Recht, ich vertheidige sie für Alle, weil mein Herz Alle mit gleicher Liebe umfaßt.— Ich stehe nicht auf den Zinnen der Parthei, meine Parthei ist das Recht; — ich mag das Unrecht finden bei Freund oder Feind, ich bekämpfe es. Darum protestire ich auch gegen den Akt in der Egydienkirche, der, ich sage es mit Schmerzen, das Recht verkümmert und gezeigt hat, daß man unsere freien Institutionen nicht begriffen, oder nicht begreifen will. — Ist es gesetzlich verboten oder geboten, daß Behörden auf die Wahlen einwirken sollen, oder hat vielleicht der Magistrat der Stadt Nürnberg nicht ganz direkt, und gerade als Behörde eingewirkt? — Ist der Magistrat als Behörde dazu da, einen oder den andern Wahlkandidaten vorzuschlagen, einen oder den andern Wahlkandidaten durchsetzen zu müssen; ist er dazu da, eine oder die andere Parthei zu vertheidigen, sich mit einer Parthei zu vereinigen? Muß nicht jede Behörde erhaben sein über Partheitreiben, und hat sie nicht gerade die Aufgabe über beide zu wachen, sie zu beschirmen, so lange sie gesetzlich sind? — Hat das der Nürnberger Magistrat gethan, oder ist einer der beiden Partheien ungesetzlich? Ich sage zu beiden Punkten nein. — Man sagt Partheien verhindern das Bürgerglück, sie führen Nürnberg, ganz Deutschland an den Rand des Abgrundes, sie führen es zu Anarchie, Blut, Raub und Mord.

O, sagt mir doch, wie sähe es denn jetzt aus in Deutschland, wenn nicht Partheien seit Jahrzehenten das Leben aufrecht erhielten, sagt mir, hat man in den dreißiger Jahren und noch früher nicht auch dem Welker, dem Jordan und dem Eisenmann nachgesagt, sie führen das Vaterland in das Verderben? — Wollt ihr haben, daß es so werden soll, wie es war, so gebt euch zur Ruhe, fabrizirt Schlafmützen statt freier Blätter, legt euch schlafen und — o Freude, o Wonne, wenn ihr aufwacht, — dann wird sie da sein, die Zeit, wo die Lüge eines Fürsten mehr galt, als die Wahrheit des gemeinen Mannes, wo ein adelicher Fußtritt süßer war, als der Kuß des Knechtes; wo der ehrliche Mann darnieder gehalten, der unredliche käuflich zu Würden gehoben wurde, wie man, o himmlische Güte, die Menschen in dieser Welt nur deßhalb drückte, damit ihnen in jener die Seligkeit desto süßer schmecken sollte. — Wollt ihr das, so legt euch schlafen. — Gute Nacht.

—i.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 24. April.) Die vom „Bauhofklubb“ angeordnete große Volksversammlung hat diesen Vormittag um 10 Uhr ihren Anfang genommen, wohl 10—12000 Menschen, größtentheils aus den untersten Schichten des Volkes, auch viele Landleute fanden sich in den Versammlungsort in Neuberghausen ein. Bis jetzt (eine Stunde vor Postabgang) wurde die Ordnung nicht im mindesten gestört. Wahlmännerlisten werden vertheilt, Reden gehalten, welche bei dem großen Andrang von Menschen nur die Nächststehenden hören können. Man ist jedoch nicht ohne Besorgniß für den Ausgang der Dinge; denn wer auswärts den Bauhof- oder irgend einen der anderen Clubbs oder Reunions als Organ der eigentlichen Volksmeinung erachten möchte, würde sich dem größten Irrthum hingeben. Meist junge, aber auch ältere anmaßende Leute drängen sich auf die Rednerstühle, werfen dem größtentheils aus der untersten Volksklasse bestehenden Individuen hohle Phrasen unter dem Titel von Glaubensbekenntnissen in's Gesicht, lassen sich in Folge ihrer Perorationen als Candidaten ausrufen oder stellen sich selbst als solche dar und verfertigen so Listen, über die alle vernünftigen Bürger mitleidig lächeln und die jeder ruhig denkende perhorrescirt. Das Wahlresultat wird zeigen, daß ich nicht in's Schwarze male. Von Seite der guten Bürgerschaft herrscht eine sehr bedrohliche Stimmung gegen dieses Clubbunwesen; ihre Tendenzen selbst, die hie und da bis zum übertriebensten Pessimismus verkannt werden, feindet man aber deßhalb nicht selten auf die ungerechteste Weise an. Mit einem Worte — den Clubbs fehlt aller und jeder solide Credit. Von der heutigen Volksversammlung fürchtet man überdieß die schlimmen Folgen in so fern, als Tausende der anwachsenden Proletarier nach dem Schlusse der Volksversammlung, einmal zusammengekommen sich nicht sobald wieder trennen und irgend ein Attentat auf die Stadt versuchen könnten. Unsere Bürgermiliz und die Linie hat daher den Auftrag, sich diesen Abend frühzeitig in Bereitschaft zu halten und den Patrouillendienst zu übernehmen. Es sind in den letzten Tagen die unsinnigsten Aufwieglungen vorgekommen, welche dem Freunde der Ordnung und des monarchisch-konstitutionellen Fortschritts Wachsamkeit anempfehlen.

Morgen werden unsere Wahlen vor sich gehen und — wir tragen die zuversichtlichste Ueberzeugung — sie werden alle Partheidiatriben, wie sie auch heißen mögen — vernichten; der Sinn unsrer Bürgerschaft ist gesund und die wahrhaft Intelligenten theilen deren Gefühle. Bayerns Genius wird auch ferner wachen, daß nicht unsere schönen Bestrebungen den Umtrieben theils hirnloser, theils ordnungsfeindlicher Menschen zum Opfer werden.

München, den 24. April. Das heutige Regierungsblatt Nr. 24. enthält eine königl. Entschließung, die Polizeistunde betreffend, dahin lautend: Maximian II. 2c. Wir finden Uns bewogen, den Artikel der königlichen Entschließung vom 3. September 1843, die Bewilligung von Tanzmusiken und Freinächten betreffend, unter Aufrechthaltung aller sonstigen, in jener königl. Entschließung ertheilten Vorschriften dahin abzuändern, daß von nun an die Polizeistunde 1) in allen Städten des ganzen Königreichs auf 12 Uhr Mitternacht, 2) in den Märkten mit magistratischer Verfassung durchgängig auf 11 Uhr vor Mitternacht, und 3) in den Landgemeinden vom 1. April bis 30. September auf Abends 11 Uhr, während der übrigen sechs Monate aber auf Abends 10 Uhr festgesetzt wird. Wir vertrauen zu allen Unseren Unterthanen, daß sie in diesen, den verschiedenartigen Lebensverhältnissen entsprechenden Anordnungen Unsere Rücksichtnahme auf ihre Bedürfnisse, gleichzeitig aber auch die Nothwendigkeit anerkennen werden, zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung durch Beobachtung der hierauf zielenden allgemeinen Vorschriften auch ihrerseits mitzuwirken. Dann eine königl. Entschließung das Ausschenken von Sommerbier auf den Lagerkellern der Brauer betreffend, folgenden Inhalts: Maximilian II. 2c. Damit die Befugnisse der Brauer zum Minuto-Verschleiße von Sommerbier auf ihren Lagerkellern gleichmäßig geregelt werden, verfügen Wir, unter Beibehaltung aller sonstigen einschlägigen Bestimmungen, was folgt: 1) Unter Aufhebung der Bestimmung in der Ministerial-Entschließung vom 24. Juni 1835, den Vollzug des Art. 5. der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen bezüglich der Gewerbsbefugnisse betreffend, Abschnitt III., Ziffer 3, Absatz 2, wird von nun an jedem Brauer, ohne Rücksicht auf örtliches Herkommen, die Befugniß zum Minuto-Verschleiße von Sommerbier auf den Lagerkellern innerhalb der hiefür bestimmten Zeit zugestanden. 2) Die Schenkzeit auf den Lagerkellern wird unter Erweiterung der, in der königl. Entschließung vom 4. Jänner 1812 ertheilten Bewilligung auf die Monate Mai, Juni, August und September ausgedehnt.

Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: Auf die erledigte I. Assessors-Stelle bei dem Landgerichte Eichstädt rückt der dermalige II. Assessor dieses Landgerichtes, Brems, vor und die sich hiedurch eröffnende Stelle wurde dem Appellations-Gerichts-Accessisten und derzeitigen Advokaten Concipienten in Regensburg, Loritz, verliehen, ferner die eröffnete Landrichterstelle zu Waißmain dem bisherigen Ministerial-Sekretär I. Classe bei dem Staats-Ministerium des Innern, Rüßler, übertragen; dem geheimen Sekretär im Staatsministerium der Finanzen, Rath Hüther, wurde die Entlassung aus dem Staatsdienste bewilligt; dem weltlichen Rathe des protest. Oberkonsistoriums, Dr. von Grupen, wurde die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand bewilligt, an seine Stelle der bisherige Ministerial-Assessor im kgl. Staats-Ministerium des Innern, von Bezold ernannt.

(München, den 22. April.) Der Oberappellationsgerichtsrath Dr. Cucumus ist als Vertrauensmann für Bayern zum Bundestag abgeschickt worden. Derselbe wurde bekanntlich 1830 als damaliger Staatsrechtslehrer an der Universität Würzburg, gleichzeitig mit Seuffert, Schönlein und Andern von der Professur entfernt.

(Agsbrg. Postz.)

(München, den 23. April.) Se. königliche Hoheit Prinz Karl von Bayern wird sich morgen als Bundes-Oberbefehlshaber des VII. Armeekorps nach Stuttgart und Karlsruhe begeben. (A. A. Z.)

†** (Nürnberg, den 25. April.) Gestern hatten wir hier einen argen Krawall, wodurch das Gasthaus zum Erbgroßherzog von Hessen arg zugerichtet wurde. Der Krawall steht jeder politischen Bewegung fern und ist mehr in seiner Veranlassung aus dem Gebiete der Wirthshausgeschichten zu schöpfen. Die herbeigezogenen Hülfen fruchteten Nichts, einige mehr oder minder gefährliche Verwundungen kamen leider vor. Möchte doch Jeder, dem die Ehre, Ordnung und Ruhe der Stadt lieb ist, sich von so beklagenswerthen sittlichen Störungen zurückhalten und seinen ganzen Einfluß benützen, auf andere begütigend einzuwirken.

†† (Altdorf, den 24. April.) In der heutigen großen Versammlung zum Behufe der Wahlen für das deutsche Parlament hat das konstitutionell-monarchische Prinzip den Sieg davongetragen, ohne daß jedoch ein bestimmter Wahlkandidat auftreten kann.

(Aus Franken, den 28. April.) Mit nicht geringem Staunen hat man vernommen, daß der pensionirte Oberkonsistorial-Präsident v. Roth zum Staatsrath im ordentlichen Dienste ernannt worden ist.

Dieser Mann war bekanntlich einer der Hauptstützen des Hrn. v. Abel und ein Verkämpfer für alle reaktionären Maßregeln. Unter den Aristokraten in der Kammer der Reichsräthe war er der aristokratischste aus seinem Munde ist niemals ein wahrhaft freisinniges Wort hervorgegangen, jeder wahre Fortschritt war ihm ein Dorn im Auge gegen ihn zog er mit allen zu Gebote stehende Mitteln zu Felde und wenn es in seiner Gewalt gestanden hätte, so würde er über Bayern sehr gerne eine ewige ägyptische Finsterniß herbeigeführt haben. Wie er die Interessen seiner eigenen, der protestantischen Kirche von Hrn. v. Abel verrathen, wie er auch hier jede freiere Regung niederzudrücken wußte, ist bekannt. Und einen solchen Mann ruft man in Bayern zu einer Zeit in den Staatsrath, wo allgemein Klage darüber geführt wird, daß in dieser Versammlung der Hemmschuh für alle wahrhaft liberalen Maßregeln zu suchen sey, zu einer Zeit, wo man anderwärts die reaktionsmänner und Finsterlinge aus allen einflußreichen Stellen entfernt und unschädlich macht. — Die Regierungsblätter bringen den Landrathsabschied für Oberfranken. Er ist sehr dürftig und mager ausgefallen; das Ganze besteht aus den Rechnungen über die Kreisausgaben und einigen meist abschlägigen Bescheiden auf die gestellten Wünsche und Anträge. Es zeigt sich immer mehr, daß das Landrathsinstitut in seiner dermaligen Einrichtung unter der Vormundschaft der Bureaukratie für die wahren Interessen des Landes nur einen sehr geringen Werth besitzt. Eine Umgestaltung derselben im Geiste unserer Zeit ist dringend nothwendig und wir erwarten, daß die nächste Ständeversammlung, welche hoffentlich nicht in die Fußtapfen der gegenwärtigen treten wird, eine solche erwirken wird. (Fränk. M.)

Baden. (Von der Schweizer Gränze, 21. April.) Die republikanische Schilderhebung hat nun ihr Ende erreicht, und zwar ein klägliches. Nach allen Richtungen haben sich die Banden zerstreut, und wie wir vernehmen, hat Hecker im Laufe dieser Nacht sich auf schweizerischen Boden geflüchtet. Struve soll in Säckingen gefangen seyn. Einige hundert Freyschaarenmänner, die auf ihrer Flucht aargauisches Gebiet betreten hatten, sind entwaffnet worden. Wir haben flüchtige Abtheilungen der geschlagenen Republikaner auf der Straße nach Säckingen getroffen, die nur zu deutlich zeigten, daß der Tag für sie verloren sey. Es waren Knaben von 16—18 Jahren unter ihnen, die kaum eine Muskete zu tragen vermocht hätten, und die mit kleinen Hellebarden bewaffnet waren. Sensenmänner, mit alten Gewehren Versehene, Morgensternträger, Alles lief bunt durcheinander, und wäre der Anlaß nicht ein so trauriger gewesen, so hätte man über den bunten Aufzug lachen mögen. (Karlsr. Z.)

(Mannheim, den 22. April.) Diesen Vormittag verbreitet sich das so ziemlich verbürgte Gerücht, Hecker habe von Basel aus seiner Frau und seinem Vater geschrieben und sie ersucht, zu ihm zu kommen. Beide sollen bereits dahin abgereist seyn. (Dies bestätigt auch die Karlsr. Zeitung.) (Schw. M.)

(Donaueschingen, den 20. April.) In einer stürmischen Gemeindeversammlung wurde beschlossen, durch eine Deputation bei dem Großherzog die Entlassung der Verhafteten, Rau, Rasinas ꝛc. auf Kaution nachzusuchen, um damit etwaige traurige Folgen entfernt zu halten. Hier, in Hüfingen und Bräunlingen lagert außer einer Schwadron Reiterei das würtemb. 5 Infanterie Regiment. Die Soldaten befinden sich sehr gut. Gestern befand sich das Hauptquartier des würtemb. Armeekorps in Stühlingen; einzelne Heerabtheilungen sind schon nach Waldshut vorgeschoben. Die ganze Gränze des Kantons Schaffhausen ist militärisch besetzt. Die würtemb. Truppen haben bis jetzt etliche 20 Mann Nachzügler der Freischaaren gefangen genommen. (Schw. M.)

(Bonndorf, den 20. April.) Gestern brach die am weitesten vorgeschobene Kolonne der würtemb. Truppen, nachdem sie durch das Höllenthal die Verbindung mit dem Rheinthal hergestellt hatte, von Neustadt und der Umgegend auf und rückte bis Stühlingen, wo das Hauptquartier des Kommandirenden sich befindet, um zwischen diesem Orte und Bonndorf Quartiere zu beziehen, wo sie heute zum Theil noch stehen. Nachdem die badische Regierung in Uebereinstimmung mit der Kammer hat proklamiren lassen, daß jetzt die Zeit der Milde gegen Struves und Heckers Banden vorüber sei, weil diese sogar die ihnen von dem Fünfziger Ausschuß in Frankfurt durch die Abgeordneten Venedey und Spatz angetragene Verzeihung, wenn sie ihre Horden entlassen wollten, ausgeschlagen hatten, sind in verflossener Nacht 60 Freischärler von dem ersten Infanterie Regiment bei Grimmelshofen, hart an der Schweizer Gränze, eine Stunde von Stühlingen, gefangen genommen und einer dabei erschossen worden; andere Patrouillen erbeuteten ein Pferd des bekannten Weißhaar und mehrere solche Waffen. Ein Theil dieser Kolonne ist heute gegen Waldshut aufgebrochen, um sich mit dem von Radolfzell anrückenden Bayern in Verbindung zu setzen. Die Reservekolonne steht von Donaueschingen bis Engen ꝛc. Wahrscheinlich wird jetzt gegen das Wiesenthal vorgerückt werden, um die Freischärler, deren Stärke von Niemand über 12 — 1500 Mann angegeben wird, am Gebirge herunter gegen Lörrach und Basel zu treiben und ihre Verbindung mit der Schweiz abzuschneiden. Die meisten von ihnen sind durch schwere Drohungen zum Mitziehen gezwungen worden und müssen von den betreffenden Gemeinden täglich einen Gulden erhalten. Sie scheinen in dem noch mit Schnee bedeckten Hochgebirge schon jetzt mit großem Mangel kämpfen zu müssen, und haben schon vielen Gemeindekassen bedeutende Summen entnommen. Sie werden wohl, ohne daß es zu ernstlichen feindlichen Berührungen kommt, größtentheils in kurzer Zeit auseinanderlaufen. Die ganze Sache hat bis jetzt viel Aehnlichkeit mit dem letzten Kriege in der Schweiz und dürfte auch so endigen. Der bad. Geheimerath v. Stengel und der würt. Regierungsrath v. Schott befinden sich als Regierungskommissäre im Hauptquartier. In hiesiger Gegend wurden die würt. Truppen bei ihrem Einrücken in die von den meisten männlichen Bewohnern verlassenen Ortschaften Anfangs mit Furcht und Zittern empfangen, nach sehr kurzer Zeit stellte sich aber gegenseitiges Vertrauen her, als die Einwohner sahen, daß die Truppen nur zu ihrer Befreiung von dem schweren Joche der Anarchisten dienen sollten und keineswegs als Feinde kamen, wie ihnen von jenen vorgespiegelt worden war. (Schwab. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 22. April.) In einer heute von 11 bis 1 Uhr abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses wurde über eine Verwahrung des Volksraths in Hanau, gegen die beabsichtigte Verlegung eines kurh. Truppenkorps in die Provinz Hanau, berathen. Der Ausschuß beschloß, dem Volksrath, insofern derselbe auf die Möglichkeit eines Reaktionsversuches aufmerksam macht, für seine patriotische Wachsamkeit zu danken, insoweit aber seine Protestation die Verwendung der kurh. Truppen gegen den Aufstand im Badischen betrifft, demselben zu erklären, daß die Verwendung deutscher Truppen, auf Requisition des deutschen Bundes gegen Aufruhr im Innern und bewaffneten Zuzug von Außen, keineswegs ungesetzlich oder unzweckmäßig sey. Ferner wurde beschlossen, die Bundesversammlung um Auskunft über die Bestimmung des kurhessischen Truppenkorps, so wie darüber, ob (wie die Hanauer Eingabe behauptet) Kontrakte zur Verpflegung der Truppen während der Dauer der constituirenden Versammlung geschlossen worden, und endlich darüber, ob nicht die kurhessische Regierung eine Schuld treffe, weil sie die Truppen, anstatt dem Bundesbeschluß zufolge nach Baden, blos in die Provinz Hanau beordert habe, zu ersuchen. Mehrere Redner erklärten sich lebhaft gegen die Aufstellung von Truppen in die Nähe Frankfurts während der Dauer der constituirenden Versammlung. Es solle auch nicht der Schein aufkommen, als ob dieselbe unter dem Einfluß der Bajonette berathe; ihren Schutz vertraue sie Frankfurts Einwohnern und im Nothfall dem deutschen Volke an. Zu Anfang der Sitzung theilte der Präsident die offizielle Nachricht mit, daß der bad. General v. Gagern, während er als Parlamentär bei den Insurgenten weilte, meuchlings getödet worden sey. Herr Stedtmann beantragte, daß der Ausschuß seine Theilnahme an dem Schicksal des würdigen Mannes, sowie seinen Abscheu über den verübten Meuchelmord ausspreche. Die ganze Versammlung schloß sich durch Erheben von ihren Sitzen diesem Antrage an. Eine zweite öffentliche Sitzung findet um 4 Uhr statt. (Fft. J.)

Hannover. (Hannover, 20. April.) Zur Strafe für das aufrührerische Hildesheim ist sowohl Justizkanzlei als Landdrostei von dort genommen und nach Goslar verlegt. (Wes. Z.)

Preussen. (Berlin, 22. April.) Die beabsichtigte Demonstration gegen die indirekten Wahlen, durch einen Aufzug in Massen, wozu Gewerks-Genossenschaften und Arbeiter vorgestern aufgefordert waren, hat nicht stattgefunden. Schon am Abend vorher, so wie am Donnerstag Morgen, war es wohlgesinnten Männern, welche die Freiheit im vollsten Maße, aber auch die Ordnung und die dem Gesetz und den Anordnungen der gesetzlichen Gewalten schuldige Achtung wollen, durch die Kraft überzeugender Ansprache gelungen, den größten Theil derjenigen, welche man zu jenem Schritt hatte veranlassen wollen, von einem solchen Vorhaben abzubringen. Zwar hatte sich im Laufe des vorgestrigen Tages noch eine Anzahl von Arbeitern auf dem Alexander-Platze und in der Umgegend versammelt, aber auch diese zogen sich vor den an sie gerichteten Vorstellungen und vor der achtunggebietenden Haltung der Bürgerwehr zurück. Es kam nirgends zu einer Ruhestörung, und gestern herrschte so vollkommene Ordnung in der ganzen Stadt, daß die Bürgerwehr nicht in anderer als der gewöhnlichen täglichen Weise in Anspruch genommen war. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 20. April.) Mit Spannung hatte man in Preussen und ganz Deutschland auf die Ernennung des Ministers für Gewerbe, Handel und öffentliche Arbeiten gewartet: als man hörte, Hr. v. Patow sey dazu ausersehen, war die Enttäuschung nicht gering. Nun aber bringt vollends die neueste Allg. Preuss. Zeitung eine Kabinetsordre, welche Hrn. v. Rönne, welcher vor allen der Mann für jene Stelle gewesen wäre, wieder nach Nordamerika schickt als Gesandten! Wie kann Preussen einen Staatsmann, der die Verhältnisse des Welthandels vielleicht besser als irgend einer seiner andern Beamten kennt, übers Meer senden, in einem Augenblick, wo es sich darum handelt, die Zolleinheit und den freien Verkehr im Innern zu einem Gemeingut Deutschlands zu machen. Man hätte denken sollen, Hr. Camphausen würde, seit er Ministerpräsident von Preussen geworden, die deutsche Handelsflagge höher auffassen, als zu der Zeit, da er in der Handelskammer von Köln gesessen. (Köln. Z.)

(Königsberg, den 19. April.) Die Furcht vor einer Intervention Rußlands, der durch Einmarsch russischer Truppen Nachdruck gegeben werden könnte, ist vollständig verschwunden, dagegen erregt die mißliche Lage der Deutschen im Großherzogthum Posen und in einigen Theilen Westpreussens große Besorgnisse. Alle Privatnachrichten und Berichte von Reisenden stimmen darin überein, daß der anarchische Zustand im Großherzogthum durch den polnischen Adel und die katholische Geistlichkeit genährt und in den meisten Fällen die Bewaffnung der polnischen Bauern nur durch Hülfe des Fanatismus erreicht wurde. Ihren Glauben, predigt man ihnen, wolle man bekämpfen. Die Getäuschten bilden Haufen, sie rauben und plündern, ja morden sogar, wo sie auf Widerstand stoßen. Die Erpressungen, die viele Juden erlitten haben, sind ungeheuer. (D. A. Z.)

(Stettin, den 19. April.) So eben hat der Höchstcommandirende der Provinz, General v. Wrangel, auf der Börse von der hiesigen Bürgerschaft Abschied genommen, weil er in einigen Stunden nach Schleswig-Holstein abreist, um daselbst den Oberbefehl über die Kriegsoperationen des zehnten Armeekorps zu übernehmen. General Wrangel, als tapferer Diener seines Königs bekannt und erprobt, verläßt gerne seine ihm in vieler Hinsicht lästige Stellung in Stettin, um das ihm wohlbekannte »Feld der Ehre« aufs neue aufzusuchen. (A. A. Z.)

(Breslau, den 18. April.) Gestern Abend fanden hier sehr bedauerliche Auftritte Statt, welche um so wichtiger sind, als zum ersten Male ein Auflehnen und ein Kampf des eigentlichen Proletariat gegen die Bürgerschaft erfolgte, — ein Ereigniß, welches lange befürchtet worden ist. Schon vorgestern Abend waren Haufen von arbeitslosen und arbeitsscheuem Volke, wohl nicht ohne Einfluß des hiesigen demokratischen Clubbs, in der Stadt umher gezogen und hatten dem Abgeordneten Milde, dem interimistischen Verwalter des Policei-Präsidiums, Regierungs-Rath Kuh, dem Stadtrath Ludewich, dem Stadtverordneten-Vorsteher Gräff und dem Stadtverordneten Siebig, alles Männer, welche durch ihre liberale Gesinnungen bekannt sind und die vollste Achtung ihrer Mitbürger besitzen, Katzen-Musiken gebracht und von ihnen das Niederlegen ihrer Stellen verlangt. Es war gewiß, daß gestern Abend sich ähnliche Excessen in erhöhtem Maße wiederholen sollten die Führer der Bürgerwehr beriethen sich deßhalb schon am Morgen, und nachdem am Nachmittage eine große Brauerei gestürmt und der Eigner gezwungen war, ein paar Fässer Bier zum Besten zu geben, als sich Abends große Haufen auf den Straßen bildeten, ertönte gegen 8 Uhr der General-Marsch und rief die Bürger unter das Gewehr. Inzwischen hatte der Pöbel mehrere Bäcker- und andere Läden auf der Ohlauer-Straße und dem Ringe erbrochen und geplündert, und setzte den anrückenden Bürger-Compagnieen, welche sich auch nicht besonders zahlreich eingefunden, thätlichen Widerstand ent-

gen. Der erste Schuß soll aus dem blauen Hirsch, wo viele Polen sich aufhalten, gefallen seyn; ihm folgten bald mehrere, und es mögen wohl 80 bis 100 Schüsse, worunter jedoch viele blinde, gewechselt worden seyn. Außerdem hat man sich der Pflastersteine bedient; an mehreren Puncten kam es zum Handgemenge, in welchem die Bürger nicht immer im Vortheil blieben. Das schließliche Ergebniß war die Requirirung des Militärs von Seiten der Bürger zu ihrem eigenen Schutze. Cuirassire, Schützen und Infanterie rückten geschlossen in die Straßen, welche die Bürgergarde geräumt und die nach kurzer Zeit auch von den Aufrührern verlassen wurden, ohne daß das Militär von irgend einer Waffe Gebrach gemacht hätte. In dem vorhergegangenen Kampf zählt man einen Todten und 30 bis 40 Verwundete. Die Folgen dieser Excesse lassen sich für den Augenblick noch nicht übersehen; nur hat sich so viel herausgestellt, daß unsere 12,000 Mann starke und vollständig mit Gewehren bewaffnete Bürgerwehr zur Aufrechthaltung der Ordnung allein nicht stark genug ist. Man erwartet heute Abend eine Wiederholung der gestrigen Auftritte. (Kln. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 23. April.) Nach Nachrichten aus Petersburg soll eine Versendung von Gold hieher zurückgewiesen worden sein, wonach auch ein Verbot der Versendung von Gold und Silber aus Rußland zu erwarten steht. Von einer Zurücknahme des österreichischen Ausfuhrverbots verlautet offiziell noch nichts. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 18. April, Nachmittags.) Die Langsamkeit und Saumseligkeit, welche bei dem Zusammenziehen der Truppen des 10. Armeekorps eine so laute Entrüstung überall in Deutschland hervorgerufen hat, ist auch mit ins Hauptquartier an der Eider ausgezogen. Die „Hannov. Morgenzeitung“ veröffentlicht ein Schreiben, welches von einem mit der provis. Regierung in naher Verbindung stehenden Manne herrührt und an ein Mitglied der 2. Kammer in Hannover gerichtet ist. „Rendsburg, 18. April, Nachmittags. Ew. ꝛc wollen sich nicht wundern, daß ich heute wiederum Ihre patriotische Mitwirkung in Anspruch nehme. Folgende hiesige Zustände werden es rechtfertigen. Heute Vormittag hatte der General Halket sich hierselbst bei dem Herzoge von Braunschweig eingefunden. Letzterer hoffte endlich einmal von einem Operationsplane mit raschem Angriff zu hören. Statt dessen hat Ihr braver General, dessen Geduld bald ermüden könnte, erklären müssen, daß er nach Befehl des Königs nichts unternehmen dürfe, als bis aus Berlin Ordres käme. Der Prinz oder Fürst Ratziwill, Höchstkommandirender der Preussen, ist gestern Abend von Berlin hier angekommen, hat aber keine Befehle zum Vorrücken mitgebracht und auch mit dem heute Mittag 12 Uhr angekommenen Bahnzuge nichts erhalten. Der Herzog von Braunschweig hat darauf ein energisches Schreiben an den König von Preussen erlassen und seinen Flügeladjutanten, Obristlieutenant v. Bause, mit dem heute bis Hamburg abgehenden Bahnzuge nach Berlin gesandt. Derselbe wird also morgen, Mittwoch, gegen Abend daselbst ankommen. Dieses ist authentisch, denn ich habe es aus dem Munde Sr. Hoh. des Herzog von Braunschweig selbst vernommen. Wenn es nun recht rasch in Berlin geht, können bis zum 21. April hier Befehle anlangen. Unterdeß stehen die schleswig-holsteiner Truppen seit dem 13. April concentrirt an der Eider zwischen hier und bis auf 1 Stunde von Kiel; einige preuß. Bataillone auf schlesw. Gebiete nördlich eine Meile und nord-östlich von hier. Die Cantonnementsplätze und Orte sind überfüllt, auf einigen grossen Gütern stehen 6—700 Mann. Die Truppen werden durch Feldwachen u. s. w. ermüdet und Verpflegung ist, trotz aller Anstrengung und aufopfernder Thätigkeit der Landesbewohner, bei so langem, dichtem Zusammenstehen, mangelhaft. Daß der Geist der Truppen, die so in endloser Unthätigkeit ermüdet werden, leidet, ist begreiflich. Die hannöverschen Truppen liegen zurück bis Itzehoe; die braunschweigische Batterie 6 Meilen südlich von hier, die Infanterie etwas weiter vor. Preussische Kavallerie soll bis auf einige Meilen angerückt sein. Man könnte den Feind zurückwerfen mit den schleswig-holsteinischen und preussischen Truppen, wenn die Hannoveraner und Braunschweiger näher ständen. Aber so vergeht ein Tag nach dem andern. Sollen die Operationen von Berlin aus geleitet werden? Soll auf die Ankunft des Prinzen von Preussen gewartet werden, der in London ist? und von dem man nicht einmal weiß, ob er kommt; nur, daß es des Königs Wunsch ist. So leidet unser Land unter der Zerrissenheit und Eifersüchtelei der verschiedenen Potentaten und der obersten Leiter. Die Dänen triumphiren mit Recht über die deutsche Uneinigkeit und werden immer unverschämter. Das alles muß der deutsche Mann sich gefallen lassen! — Wäre der Herzog von Braunschweig nicht hier, würde alles im Schneckengang bleiben oder gar den Krebsgang gehen. Heute hatte er bereits bis nahe an die dänischen Vorposten rekognoscirt. Wenn er sich mit seinen Braunschweigern an die schleswig-holsteinischen Truppen anschließt, kann der Feind schon aus den nächsten Positionen zurückgeworfen werden, aber was nützt es, wenn die Preussen und Hannoveraner stehen beiben, und erst aus Berlin Befehle erfolgen sollen? Uebrigens sollen die Freikorps schon äußern, daß sie unter ihm, den Prinzen von Preussen, nicht stehen wollen. Was wird aus der deutschen Sache? Es ist zum Erbarmen. Die Hannoveraner ärgern sich nicht weniger. Weder Oberbefehlshaber sämmtlicher Hülfstruppen, noch Befehl für die einzelnen Korps! kann man noch von einem einigen Deutschland sprechen? Wenn nicht die hannoverschen Stände und Hannovers biederes Volk ernst fordern, daß nicht mehr gezaudert werde, so geht alles schlecht und der übermüthige Däne bekommt Recht in seinen höhnenden Rodomontaden über den deutschen Bund. Der Herr der Heerschaaren, der Gott der die Herzen der Fürsten und des Volkes lenkt, wolle darein sehen und die Schmach Deutschlands nicht länger dulden. (Wes. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 16. April.) Der demokratische Verein, welcher sich in der besten Absicht hier gebildet, aber durch Ungeschick Einzelner in den Ruf, gewaltsam die Republik einführen zu wollen, gebracht hatte, fand es angemessen, durch vorläufige Auflösung die Gemüther zu beruhigen. (Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 21. April.) Seit den Zeiten Napoleons bot wohl Paris kein großartigeres militärisches Schauspiel als gestern. Vom Triumphbogen Neuillybarriere bis zu den Tuillerien; von der Magdalenenkirche bis zum Bastillenplatze, wogte ein Meer von Bajonetten, Helmen, Schakos, Kuirassen und sonstigem Waffengeräth an dessen Spitzen dießmal Blumensträuße statt Patronen prangten. Um 12 Uhr langte die provis. Regierung am Arc. de Triomphe an. Sie nahm unter Kanonendonner auf den für sie im Halbzirkel aufgestellten Sitzen der Estrade Platz: Dupont (Eure) in der Mitte; zu seiner Rechten Lamartine, Ledru Rollin und Albert; zu seiner Linken Arago, Cremieux, A. Marrast, Marie, Flocon, Garnier Pages und Louis Blanc. Die Unterstaatssekretäre, der Staatsrath mit Cormenin an der Spitze, der Kassationshof mit Portalis und die sonstigen höchsten Landesbehörden gruppirten sich hinter sie. Unter dem himmelhohen Schwibbogen selbst befanden sich etwas höher die Plätze für die Damenwelt, unter der wir auch George Sand bemerkten. Entblößten Hauptes und inmitten eines sehr unangenehmen Regenschauers eröffnete Arago als Kriegsminister die Feier mit einer auf die hohe Bedeutung derselben in politischer und militärischer Beziehung anspielende Rede. Hiernach begann die Fahnenvertheilung. Die Konsulwache (garde urbaire wie die Guides unter Napoleon) erhielt die erste Fahne, das Geniekorps die zweite, die mobile Nationalgarde, Linientruppen aller Gattungen folgten der Reihe nach. Bei jeder Uebergabe einer Fahne riefen Dupont oder ein anderes Glied der provisorischen Regierung: „Obersten! Im Namen der Republik nehmen wir Gott und die Menschen zum Zeugen, daß Ihr dieser Fahne Treue schwört.“ Bei diesen Worten schwangen die einzelnen Truppen-Chefs ihre Säbel und riefen: Ich schwöre es. Dann übergab der Oberst die Fahne dem Fahnenträger seiner Truppe und zog vorüber. Diese Zeremonie dauerte von 10½ Uhr Vormittags bis gegen Mitternacht: 250,000 Mann Linien und Nationalgarden von allen Sorten hatten vorbei zu marschiren der Kavalerie und Artillerie war nicht zu gedenken. Die Glieder der prov. Reg. ohnedieß durch übermäßiges Arbeiten angestrengt fühlten sich wie gerädert. Gegen 8 Uhr verkündete neuer Kanonendonner den Beginn der Illumination am Arc de Triomphe, welchem Beispiele auch bald ganz Paris folgte. Kein Gebäude blieb finster. Unter den öffentlichen Gebäuden zeichneten sich die Thürme von Notre Dame, der Pantheon und die an den Seine-Ufern (den Quais) gelegenen Staatsgebäude (Institut ꝛc.) als am imposantesten wie gewöhnlich aus.

Die Verbrüderung zwischen Linientruppen und Nationalgarden vollständig zu machen, nahmen Viele der letzteren einige Peckios und Relintetios (auch Turluru von Paul de Kock genannt) in ihre Behausung mit sich. Unglücksfälle sind trotz der enormen Volksmasse und der Abwesenheit aller Polizei nicht vorgefallen. Die Ruhe ist keinen Augenblick gestört worden, obwohl man nach dem Aufhören des Regens dasselbe Gedränge fürchtete wie bei einigen früheren Veranlassungen auf dem Marsfelde. Nach Mitternacht wurde Paris allmählig stiller. Heute ist Alles an sein Tagwerk zurückgekehrt.

(Straßburg, den 22. April.) In der vergangenen Nacht sind die noch hier gewesenen deutschen Freischärler, etwa 150 Mann, nach Hüningen zu abmarschirt. Sie werden wahrscheinlich mittelst Schiffe daselbst über den Rhein zu kommen und sich mit Struve zu vereinigen suchen.

Großbritannien.

(London, 20. April.) »Daily News“ spricht von Schleswig-Holstein, als wenn Deutschland eine dänische Provinz erobern wollte, fährt aber dann mit richtiger Würdigung der Stimmung in Deutschland fort: »Schon besteht überall unter den Deutschen, und besonders unter den freisinnigen, ein starkes Vorurtheil gegen England, und gerade deßhalb, weil England in den Angelegenheiten des Festlandes eine Diktatur in Handel wie in der Politik auszuüben sich anmaße. Werfen wir uns zu Beschützern der Dänen auf, so werden wir Schleswig dem König wahrscheinlich nicht erhalten, während wir in dem freien Deutschland uns einen erbitterten und gefährlichen Feind schaffen.« „Daily News« führt das Beispiel Italiens an, wo England in der letzten Zeit durch den Versuch einer Einmischung alle frühere Gunst verscherzt habe. „Die Wiederholung einer so thörichten Politik würde noch unwillkommenere Ergebnisse herbeiführen.« Der »Globe« enthält einen Artikel über Schleswig, welcher offenbar, wenn nicht aus Lord Palmerston's Feder, doch aus seinem Geiste geflossen ist. „Herrn Disraeli's Rede,« heißt es darin, »war gewiß der Aufmerksamkeit werth, mit welcher sie gehört wurde. Aber wenn er behauptet, daß Herr Bunsen in seiner Denkschrift an Lord Palmerston einseitig sey, so waren seine eigenen Bemerkungen es gewiß nicht minder. Wenn man seine Rede hörte, so mußte es offenbar scheinen, als ob die gegenwärtigen Feindseligkeiten allein aus den Verlegenheiten Preussens in seinem Innern entständen, und Preussen auf fremde Kosten eine Diversion machen wollte. Es ist aber weder weise, noch gerecht, zu verheimlichen, daß lange vorher über Schleswig-Holstein eine weit verbreitete Stimmung in Deutschland herrschte, von welcher Preussen sich nur zum Organe macht. Recht oder Unrecht, die öffentliche Meinung ist da. Man kann sie nicht durch Spötteleien über die »Träumereien deutscher Professoren« aus der Welt hinausschaffen. Die Träumereien der Professoren können gerade in diesem Augenblicke sich sehr leicht in Fleisch und Blut verwandeln. Und vielleicht sind sie am Ende den Träumereien der Journalisten und Deputirten vorzuziehen, da sie mehr von Forschung zeugen und sich auf mehre Punkte der Untersuchung einlassen. Wir sollten Alles aufbieten, um unparteiisch zu bleiben. Dies ist nicht der Augenblick, um vierzig Millionen eines stammverwandten Volkes durch Ungerechtigkeit zu erbittern. Freilich werden wir weder die Dänen noch die Deutschen überzeugen, daß sie ganz und gar in dieser Sache Unrecht haben. Wenn eine Frage einmal die Sache des Gefühles geworden ist, so sind die Nationen taub gegen alle Argumente. Daß Aeußerste, was wir zu bewirken hoffen können, ist ein Uebereinkommen, welches beiden Parteien zu glauben gestattet, daß ihre entgegenstehenden Ansprüche bei der Vermittelung eine billige Berücksichtigung gefunden haben, und daß sie nicht mehr vor ihren Ansprüchen aufgeben, als was nöthig ist, um den Frieden Europa's zu erhalten.“ Die „Times“ klagt darüber, daß sich die Theilnahmlosigkeit des englischen Publikums für auswärtige Angelegenheiten durch die Ereignisse der letzten acht Wochen in eine so lebhafte Theilnahme verwandelt habe, daß die inneren Angelegenheiten darüber vernachläßigt würden. Der Nutzen dieser ganzen Parlaments-Sitzung sei infinitesimal. Sie fordert dringend auf, die noch übrige Zeit besser zu benutzen. Fürst Metternich und seine Gemahlin, Prinz Richard, Baron Karl Hügel und eine zahlreiche Begleitung sind heute Morgen in Blackwell (einem Vorhafen Londons) gelandet. Der Prinz von Preussen ist heute von der Insel Wight zurückgekehrt. Der Fortschritt der meuterischen Partei in Irland verursacht dem Führer der friedlichen Repealer, J. O'Connell, so viel Verdruß, daß man glaubt, es sey ihm

ernster mit seiner Erklärung, er wolle sich ganz vom öffentlichen Leben zurückziehen und zugleich mit der Asche seines Vaters sein undankbares Vaterland verlassen. Die Spaltungen ist seiner Partei werdern immer größer. Im Oberhause vertheidigte der Herzog v. Wellington, die Sicherheits-Bill. Außerordentliche Zeiten, sagte er, machten außerordentliche Maßregeln nöthig. Er hoffe, daß die Bill auf das schleunigste einstimmig angenommen werden würde. Doch trat Lord Campbell dagegen auf. Die Bill ward zum zweiten Male verlesen. Nachdem im Unterhause Lord J. Russell auf Vertagung zum Sonnabend und dann zum 1. Mai angetragen, trat der Freund des Schutzes, Herr Disraeli, zur Beschützung Dänemarks auf. In der neueren Geschichte soll es nämlich nichts geben, das unverantwortlicher wäre, als daß das skandinavische Herzogthum Schleswig zu einem deutschen gemacht werden solle. Er trat heftig auf gegen die Denkschrift des Herrn Wimsen, in welcher derselbe nachzuweisen versucht, daß die Garantie Englands für den Vertrag von 1720 bereits erloschen sey. Er drohte Preussen damit, daß England, wenn es jene Garantie nicht mehr wolle gelten lassen, auch nicht mehr die Garantie für die erworbenen Theile des Königreiches Sachsen zu übernehmen brauche! Der witzige Wortmacher schloß mit einer gewaltigen Peroration, und betete zu Gott, daß er den Frieden Europa's durch die Macht und Gerechtigkeit Englands erhalten möge. Wir brauchen nicht daran zu erinnern, daß von allen politischen Partien in England diejenige, welche Herr Disraeli vertritt, die schwächste ist. Lord Palmerston sagte, das Haus werde ihn gewiß entschuldigen, wenn er dem Redner nicht folge, und sich in ein Für und Wider der Sache für jetzt nicht einlasse. Ihrer Majestät Regierung habe der dänischen Regierung, so wie der preussischen, welche in dieser Angelegenheit den deutschen Bund vertrete, sich zur Vermittelung bereit erklärt. Unter diesen Umständen würde es sich für ihn nicht schicken, seine Meinung auszusprechen, auf welcher Seite das Recht vorherrsche. Er sey allerdings Herrn Disraeli's Meinung, daß durch Verträge übernommene Garantieen zu respektiren seyen; aber er erinnere das Haus daran, daß die preussischen Truppen in die Herzogthümer nicht mit der Absicht eingerückt wären, um das Herzogthum Schleswig der dänischen Krone zu entreißen, sondern um eine Partei in Schleswig zu unterstützen, welche glaube, daß ihre alte Verfassung sie berechtige, mit Holstein incorporirt zu sein und nicht mit Dänemark. Er hoffe übrigens, daß der Streit durch eine freundschaftliche Uebereinkunft der streitenden Parteien geschlichtet, und daß er nicht zu dem traurigen Ergebnisse des Krieges führen werde — einem Ergebnisse, welches jeder vernünftige Mann bedauern müßte. Uebrigens nahm Lord Palmerston Herrn Bunsen in Schutz gegen die erbitterten Angriffe des Herrn Disraeli

Schweiz.

(Basel, den 21. April.) Reisende, die heute Morgen von Schaffhausen angekommen, erzählen, daß die ganze Strasse mit flüchtigen Freischaaren angefüllt, und viele derselben durch würtembergisches Militär, das unterhalb Waldshut steht, entwaffnet worden seyen. Gestern Abend zwischen 8—9 Uhr hat eine kleine deutsche Freischaar die Schustersinsel besetzt, welche aber wieder verlassen werden mußte, da hessisches Militär entlang des Rheins aufgestellt wurde. Die Nachrichten, welche uns eben zugehen, stimmen darin überein, daß das Unternehmen Heckers auf allen Punkten gescheitert ist, und seine Schaaren nirgends mehr Stand halten. Daß seine Sache gänzlich verloren ist, geht am klarsten aus der Thatsache hervor, daß Hecker heute um 12 Uhr mit einigen seiner Begleiter mit dem Aargauer Postwagen über Rheinfelden in Basel angelangt ist. — Wahrscheinlich in Folge der gestern erlittenen Niederlage der Republikaner, sind 200 Deutsche, welche gestern Nachmittag in Großhüningen anlangten, diesen Morgen wieder nach Straßburg zurückgekehrt, ohne den Versuch zu machen, schweizerischen oder deutschen Boden zu betreten. (Schw. M.)

(Basel, den 22. April.) Gestern früh sah man hier eine ziemliche Anzahl von der Hecker'schen Schaar, unter derselben Struve. — Die Hessen, welche gestern die Schustersinsel und Leopoldshöhe besetzten, zogen sich im Laufe des Tages gegen Schliengen zurück; aus welchem Grunde weiß man nicht (Schw. M.)

(Aus der Schweiz, vom 22. April) Aus Briefen von Biel erfährt man, daß zu Anfang der Woche viele Deutsche in der Absicht sich gesammelt, durch das Münsterthal und über Basel nach Baden sich zu begeben. Die Zahl derselben wird sehr verschieden, von 200 bis 800 gehend, angegeben. Um diesen Zug zu hindern, ist bereits ein Bataillon Berner im Münsterthal aufgestellt und hat auch Baselland seine Vorkehrungen getroffen. (Schw. M.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von W. Tümmel.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Am 21. d. Früh 6 Uhr endete nach kurzem Krankseyn, an den Folgen einer Lungenlähmung unsere vielgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Anna Schlönner

in ihrem 78. Lebensjahre. Wer die unermüdete Sorgfalt, mit welcher sie stets alle die Ihrigen umfaßte, wer den christlichen Sinn derselben kannte, wird unsern herben Verlust ermessen, und uns stille Theilnahme schenken.

Nürnberg den 26. April 1848

Die sämmtlichen Hinterbliebenen

Lebewohl.

Der Unterzeichnete ruft allen seinen Freunden und Bekannten, von denen er nicht mehr persönlich Abschied nehmen konnte, hiemit ein herzliches Lebewohl zu und bittet, ihm ein freundliches Andenken zu bewahren

Auernheimer.

Erklärung.

Ich erkläre hiermit, daß ich deswegen, und nur deswegen dem politischen Verein dahier beigetreten bin, weil derselbe sich ursprünglich zur Aufgabe gestellt hat, politische Bildung, politische Aufklärung über alle schwebenden Zeitfragen durch sein Organ den „freien Staatsbürger" zu verbreiten, daß ich aber nie der republikanischen, sondern entschieden der konstitutionel monarchischen Gesinnung zugethan war und noch bin. Ich erkläre aber auch, daß, so viel ich den Geist des Vereins zu beurtheilen vermochte, in den Versammlungen, denen ich beiwohnte, keine andere Richtung vertreten worden ist

Müller, Oberlehrer.

Erklärung.

An die jüngsten Protestationen gegen die Ansichten des hiesigen politischen Vereins und gegen Herrn Dr. Lunckenbein als Wahlkandidaten für das deutsche Parlament reiht seine Unterschrift aus voller Ueberzeugung an

Nürnberg, den 25. April 1848.

Reif, Bierbrauereibesitzer

Ergebenste Bitte.

Da Herr Dr. M. M Mayer in neuerer Zeit sein Schatzerhebungs-Projekt als zuverläßige Sache wieder in den Vordergrund gestellt hat, so wird er hiemit ergebenst ersucht, für den Nothstand der Nürnberger Industrie diese versprochene reichhaltige Quelle zu öffnen.

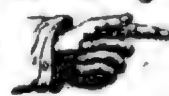
Mehrere Industrielle.

Protestation.

Mehrere Wählende der Distrikte 1283—1524 protestiren gegen den Wahlkommißär Kaufmann G B Briegleb, der vor wenigen Tagen noch ein ganzes Institut gegen seine Obern aufreizte, die schmählichsten Worte ausstieß ec. deswegen in Criminal-Untersuchung ist, hiemit feierlichst, erscheinen deßhalb nicht

Pferde- und Wagen-Verkauf.

Im Stalle des Herrn Stallmeisters Lorsch dahier stehen 3 fehlerfreie braune Wagen-Pferde, Mittelschlag, Stuten, 6jährig, so wie ein sehr schönes 3½jähriges Pferd, Fuchs, Stute von 16 Faust Höhe zu verkaufen. Desgleichen sind eine 4sitzige fast ganz neue Chaise, ein starker Leiterwagen, einige gute Pferdegeschirre zu verkaufen. Das Nähere ist Karlsstraße Nro 106 zu erfahren



J. B. Fensterer,

Parapluis-Fabrikant aus München,

bezieht diese Messe wieder mit seinem schon bekannten bedeutenden Lager

modernster Regen- und Sonnenschirme.

Indem er zu recht zahlreichem Besuche ganz ergebenst einladet, verspricht er bei stets reeller und gutgefertigter Waare die billigsten Preise.

Seine Bude befindet sich in der III. Reihe nächst dem Gießhause mit der Nr. **91**.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen wird abgegeben

in der Bude Nro. 24 vor dem Hause des Herrn Glockengießers Rupprecht am Eingang zum Wildbad bei J. Wolpers.

Eine große Auswahl in Kattunen, die Elle zu 9, 10 bis 11 kr. Französische Kattune, wobei die so sehr beliebten Jenny-Lind-Muster sind, zu 12—18 kr., feine Rosa-Kattune ganz ächtfärbig 15 kr., Orleans und Tibet 30—56 kr., eine große Auswahl Shawls, wobei feine Partie 14/4 Tücher per Stück zu 1 fl. 15 kr. 50 Dutzend viereckige rein seidene Damenkravatten à 15 kr., ein Foulard 24 kr. 100 Stck. Wollnmusselin und Poil de Mousselin-Kleider zu 3½ bis 7 fl. Glanz-Zitz und Möbeldamast zu Vorhängen und Roleaux 10—16 kr. Damascirte Komod-Decken 54 kr., desgleichen Tischdecken 1 fl. 30 kr. Feine Schlesinger Leinwand (rein Leinen) 20—24 kr. Tischtücher ohne Nath 1 fl. 36 kr. und höher. Servietten 24 kr., halbleinene Taschentücher 7—9 kr. Schwere Niederländische und Englische Hosenzeuge 14—20 kr. Die neuesten Westenzeuge 24 kr. bis 3 fl. Eine große Partie wollene Halsbinden und Schlips 30 kr. Ganz ächtfärbige Schweizer-Taschentücher 24—27 kr. Seidene Taschentücher und Binden ganz billig. Jakonnet-Binden 6 kr., in ältern Mustern 12—15 kr.

Nur in der Bude Nro. 24 vor dem Hause des Herrn Glockengießers Rupprecht und werden Vormittags Proben abgegeben.

Versteigerung.

Montag den 1 May, Nachmittags 2 Uhr werden im Hause Lit. L. Nro 7 b der Königsstraße folgende Gegenstände, als:

Weißzeug, Zinn, Kupfer, Kleider, Betten, Schreinzeug und Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert, und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Versteigerung.

Mittwoch den 3 Mai, Vormittags 9 Uhr, werden im Hause Lit. S. Nro. 403 der Füllstraße folgende Gegenstände, als:

Weißzeug, Zinn, Kupfer, Meßing, Betten, Schreinwerk, worunter Sopha und Sessel von Nußbaumholz und Hausgeräthschaften,

gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

(Kapital zu verleihen.) 2000 fl. sind auf erste Hypothek hiesiger Stadt zu verleihen.

(Zu vermiethen.) Ein schönes Zimmer im ersten Stock mit Bett und Möbeln ist an einen soliden Herrn zu vermiethen. S. Nr. 764 c.

(Bitte.) Um die Zurückgabe eines jungen gelbbraunhärigen Hundes (Ruß) mit gestutzten Ohren und Schwanz, bittet man in S. Nr. 548.

Berichtigung.

In der gestrigen Beilage, mit der Aufschrift: „An meine Mitbürger" — soll es statt: Mehr absichtlich als zufällig habe ich die Versammlung des polit Vereins besucht, heißen: Mehr zufällig als absichtlich ec.

Julius Merz.

(Zu vermiethen.) Eine sehr freundliche Wohnung ist sogleich zu vermiethen, in L. Nro. 748 der Lorenzergasse.

(Entlaufener Hund.) Vergangenen Montag Nachmittag hat sich ein sogen. Königshund (Wachtelhund) männlichen Geschlechts, weiß und schwarz gefleckt, verlaufen. Wer denselben in L. 526 zurückbringt, erhält eine angemessene Belohnung.

(Zu verkaufen) Ein großer Kleiderschrank, eine Komode und anderes Schreinzeug ist billig zu verkaufen in der Johannisgasse Nr. 662.

(Verloren) Gestern Nachts wurde in der Jakobsstraße eine dunkelblaue Tuchschirm-Mütze mit einem gestickten Emplem verloren, um dessen Zurückgabe in der Exped. d Bl gebeten wird.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch, 25. April: „Der verwunschene Prinz." Lustspiel in 3 Akten von Plötz. Hierauf zum erstenmal wiederholt: „Eigensinn." Lustspiel in 1 Akt von Benedix.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. April 1848. № 118 Donnerstag: Anastasius.

Eine deutsche Flotte.

In Rendsburg ist ein Ausschuß zur Bildung einer deutschen Flotte zusammengetreten, der alle Deutschen zu Beiträgen auffordert. Schon ehe dieser Aufruf laut wurde, hatte sich in München und Augsburg ein kleiner Kreis von Frauen und Jungfrauen in dem Gedanken vereinigt, die deutsche Frauenwelt zu einer großen Sammlung für eine deutsche Flotte aufzufordern. Der Aufruf wird alsbald erscheinen. In allen deutschen Städten und Städtchen werden sich hoffentlich Vereine zu diesem Zwecke bilden. Die Allg. Ztg. — in welcher der selige List unaufhörlich jenen Gedanken predigte — leider ein Prediger in der Wüste — wird die Namen aller Orte mit den Summen ihrer Beiträge von Woche zu Woche bekannt machen.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 24. April.) In der heute abgehaltenen Volksversammlung sprachen sich alle Redner entschieden für die konstitutionelle Monarchie aus und alle Zuhörer stimmten damit überein.

†* (Nürnberg, den 26. April.) Von den freiwilligen Landwehrmännern (die Stadtwehr mußte sich ja anfangs gleich entfernen), ist gestern ein wackerer Bürger an erhaltenen Wunden gestorben, mehrere liegen noch an denselben darnieder. Da es bekannt wurde, daß gestern die Unruhen sich erneuern sollten, so war für diesen Fall tüchtige Fürsorge getroffen. Durch die Schelle ward bekannt gemacht, daß die Lehrjungen und Kinder zu Hause behalten werden sollten, die aufgebotene Landwehr hatte scharfe Patronen gefaßt und die Chevauxlegerspatrouille durchritten den ganzen Nachmittag über die Straßen. Trotz diesen Vorsichtsmaaßregeln rottete sich wieder ein tumultuirender Haufen zusammen und versuchte das wohlverwahrte Haus des Großpfragners Heß zu demoliren, was aber durchaus nicht gelang. Die Kavallerie der Landwehr und die Chevauxlegers zersprengten die Haufen durch scharfes Einhauen, so daß die Ruhe der Stadt nicht weiter gestört wurde. Leider scheint das Gerücht, als neige sich ein großer Theil des Linieninfanterieregiments zu den unlauteren Gelüsten einer verdammungswerthen Rotte stark hin, nicht radikal wiederlegt werden zu können und Vorkommnisse bedauernswerther Art in Fürth, durch hiesige Soldaten hervorgerufen und fortgesetzt, die nur durch energisches Einschreiten der dortigen Landwehr, Stadtwehr und hiesiger Linienoffiziere neutralisirt wurden, so wie das Befreien eines von einem Gensdarmen transportirten Soldaten auf der Landstrasse durch zusammengeschaarte Massen am gestrigen Tage, geben obigen Gerüchten noch eine bestimmtere Folie. Wahrlich, wenn alle diese Begebnisse Glieder einer abscheulichen Kette sind, so erscheint es hohe Zeit, dieselbe aus ihrer Fügung mit allen Mitteln zu sprengen und die einzelnen Theile vollständig zu vernichten und zu diesem Behufe der Ordnungsherstellung die bisher ungeschickt betriebene allgemeine Volksbewaffnung mit aller Kraft ins Leben treten zu lassen.

† (Erlangen, 25. April.) Die Wahl der Wahlmänner, welche zum deutschen Parlament nun am nächsten Freitag die Abgeordneten und die Ersatzmänner zu wählen haben, ist hier zwar mit einiger Mühe, aber doch im Ganzen ziemlich nach Wunsch vollzogen worden. Nach den 5 Wahlbezirken der Stadt sind die Wahlmänner: HH. Prof. Dr. Nägelsbach, Kaufm. Pauli, Bürgermeister Dr. Lammers, Bäckermeister Krafft, Kaufm. Weinmann, Dek. von Ammon, Prof. Dr. Hoffmann, Dr. von Liederskron, Dr. Wollner, Kaufm. Wolfing, Prof. Dr. Roßhirt, Prof. Dr. Schmidtlein, Kaufm. G. Loschge, Brauer Erich, Prof. Dr. Fleischmann, Bäcker Barthelmes, Kfm. H. Schmidt, Fabrik. Rogler, Rik. Fleischmann, Bäcker Löscher, Kfm. Aug. Fischer, Melber Prechtel. — Dr. Leutbecher.

(Bamberg, den 23. April.) Gestern Abends 7 Uhr fielen höchst betrübende Auftritte bei der Hauptwache vor. Ein hiesiger Einwohner, welcher sich den Verdacht zugezogen hatte, die höchst inhumane Behandlung hiesiger Komitémitglieder in Staffelstein bewirkt zu haben, wurde auf dem Wege von der Eisenbahn nach der Stadt von verschiedenen Seiten bedroht, die Zahl der Drohenden mehrte sich lawinenartig und vor der Hauptwache, wohin sich der Angegriffene geflüchtet hatte, brach der Sturm los. Dem immer nachdrängenden Haufen mußte Alles weichen, der Geflüchtete wurde herausgezogen und auf eine schreckliche Weise mißhandelt. Männer, die beruhigen wollten, wurden zurückgewiesen und nur dem gütlichen Zureden unseres geachteten Hrn. Rechtsraths Reichert, des Hrn. Stadt-Kommandanten und des Hrn. Rechtsanwaltes Titus gelang es endlich, den fürchterlichen Sturm zu beschwören. Der Mißhandelte wurde Nachts 1 Uhr von der Hauptwache in einem traurigen Zustande ins allgemeine Krankenhaus gebracht. Die Ruhe der Nacht wurde Dank dem Eifer der Landwehr und der Sicherheitswache nicht weiter gestört. (B. T.) (In Nürnberg geht das Gerücht der Gemißhandelte sey bereits gestorben.)

Baden. (Freiburg, den 22. April.) Nach heute hier eingetroffener officieller Nachricht hat Struve mit seiner Schaar auf dem Wege von Lörrach nach Steinen, wohin er der Abtheilung Heckers zur Hilfe ziehen wollte — sich in Auflösung in das Rheinthal geworfen, als er Heckers Niederlage bei Kandern erfuhr. Struve wurde bei der Rheinbrücke nächst Rheinfelden verhaftet und ist nach Säckingen abgeführt. Seine Schaar ist gleichfalls zerstreut. Dahier verendet die Bewegung in einer heute haranguirten Volksversammlung von etwa 2000 Köpfen, deren Hauptzweck, ein Zuzug für Hecker zu sein, an den neuern Nachrichten und der rings um die Stadt aufgestellten imposanten Truppenmacht scheiterte. (D. A. Z.)

(Karlsruhe, den 22. April.) Das Ministerium des Innern macht bekannt: »Es ist zur Anzeige gekommen, daß über die Ereignisse im Oberland mehrfach falsche Gerüchte verbreitet werden. Personen, welche keine Scheu haben vor den Gräueln eines Bürgerkriegs, und welche es gerne sehen würden, wenn die vom Seekreis ausgezogenen Aufrührer in ihrem frevelhaften Benehmen einen günstigen Erfolg hätten, bemühen sich, böswillig allerlei Lügen auszustreuen, um das Publikum zu hintergehen, als wenn die aufrührerische Sache günstig stände und man sich den Aufrührern, um sicherer zu gehen, anschließen müßte. Das Publikum wird daher gewarnt, daß es solchen Ausstreuungen keinen Glauben schenke. Man wird sich angelegen seyn lassen, täglich die Thatsachen, wie sie aus sichern Quellen anher gelangen, öffentlich bekannt zu machen. Bekk. Schwarzmann.« (Frkf. J.)

Der Karlsruher Zeit. entnehmen wir heute noch folgende Schilderung des Gefechts bei Kandern und des Tods des Generals Gagern, welche ihr ein Augenzeuge aus Mühlheim schreibt: Der Anblick war feierlich, als am Eingange des Defilees, auf einer Brücke, General v. Gagern, Hecker, der in blauer Blouse, mit zwei Pistolen im Gürtel, Flinte und Säbel bewaffnet, und mit einem weißen Schlapphute bedeckt war, noch 10 Minuten Frist bot, um den Entschluß zu fassen, das Blutvergießen durch ein ruhiges Auseinanderschicken seiner Schaar zu vermeiden. Hecker wollte Antwort sagen lassen, schickte sie aber nicht, und benutzte diese Frist, sich mit seinen Schaaren (etwa 1000 bis 1200 Mann, manche nur in Lumpen gehüllt, zum Theil sogar ohne Schuhe, und mit Waffen aller Art armirt) auf die steilen Anhöhen zurückzuziehen, welche sie dicht besetzten. Nun gingen die hessischen und badischen Schützen vor, die Kolonne folgte, und etwa nach einer halben Stunde Zeit stieß man auf die Schaaren Heckers, welche sich dicht gereiht wieder auf einer Anhöhe versammelt hatten, und mit lautem „Hurrah! Vivat, ihr deutschen Brüder! Kommt zu uns! Es lebe die Freiheit!“ die Truppen anriefen. Gen. v. Gagern, in seiner deutschen Biederkeit und mit seinem unbegränzten Muthe, glaubte nochmals, diese Leute zum Bessern zurückführen zu können, und als Hecker hervortrat, um mit ihm zu sprechen, war der General der Meinung, er wolle ihm einen Vergleich anbieten. Als er sich hierin getäuscht sah, und Hecker nun noch den letzten vergeblichen Versuch zu einem Haranguiren der Truppen machen wollte, so kehrte sich der General mit den Worten um: „Nun, so wird die Sache mit den Waffen entschieden werden!“ Kaum hatte er diese Worte gesprochen, so erhob sich ein starkes Gewehrfeuer aus verschiedenen Verstecken von Seiten der Freischärler, und die Truppen, welche auf einen meuchlerischen Anfall während des Parlamentirens nicht gefaßt waren, geriethen in Wuth, als sie ihren tapfern General, meuchlings aus einem Hinterhalt von zwei Kugeln getroffen, todt zu Boden sinken sahen. Auch dem Major Kuntz wurde das Pferd unter dem Leibe erschossen.

(Mannheim, den 23. April.) Gestern und diesen Nachmittag rückten Nassauer nebst 4 Geschützen hier ein, morgen kommen 2 Bataillons an, und der Herzog selbst wird erwartet. Bayerische Quartiermacher trafen an, die Truppen werden heute oder morgen einziehen. (Schw. M.)

(Heidelberg, 24. April.) Gestern Nachmittag gelangte eine 500 bis 600 Mann starke Schaar Rebellen über Güntersthal bis in die Nähe von Freiburg, wurde dort von den Truppen auf die energischste Weise empfangen, zurückgeworfen und ins Gebirge verfolgt; 9 Uhr Abends hörte man noch Kanonendonner und Kleingewehrfeuer. Die in Freiburg befindlichen Aufrührer hatten die Stadtthore geschlossen, auf Androhen des kommandirenden Generals, die Stadt beschießen zu lassen, wurde letztere wieder geöffnet, innerhalb derselben aber die Kanonen, welche die Rebellen der Bürgerartillerie abgenommen hatten, aufgepflanzt. Ein Theil dieser Rebellen soll ferner den Versuch gemacht haben, sich mit den über Güntersthal herbeigekommenen zu vereinigen, wurde davon aber durch die Truppen zurückgehalten. — Ein nicht unbeträchtlicher Theil derselben verließ dagegen, als die Kanonen donnerten, mithin während des obgedachten Kampfes, ohne Waffen die Stadt, um theils mit der Eisenbahn, theils mit andern Gelegenheiten in ihre Heimath zurückzukehren; — die Truppen aber waren gestern Abend noch nicht in Freiburg eingerückt. Diese Nachrichten sind offiziell, bedürfen aber der Vervollständigung. Als ein Gerücht wurde mir mitgetheilt, daß die deutschen Arbeiter den Uebergang über den Rhein bei Breisach zu forciren versucht hätten. Näheres ist mir hierüber nicht bekannt. Professor Hecker soll in Freiburg bekannt gemacht haben, es habe ihm sein Bruder von Basel zur weitern Kundgebung geschrieben, daß er von seinem Unternehmen abstehe. Die Rebellen trauten der Nachricht nicht und lachten darüber. So eben erfahren wir, daß die Verkündigung des Kriegsgesetzes im See- und Oberrheinkreis beschlossen ist. (D. Z.)

(Kandern, den 21. April.) Gestern hat auf der Straße zwischen hier und Schlechtenhaus gegen Schopfheim) ein bedeutendes Gefecht stattgefunden. Ich war selbst dabei. Es ging so zu: Vorgestern Abend 9 Uhr rückte Hecker mit 900—1000 Freischärlern hier ein, sie wurden bei den Bürgern und in den Wirthshäusern einquartirt und stellten Vorposten aus. Willich war dabei anwesend. Sie betrugen sich ruhig, die hiesigen zwei Gendarmen wurden verhaftet, aber wieder auf Zureden des Bürgermeisters und andrer hiesiger Einwohner freigelassen. Ebenso 2 Dragoner, welche, einer Streifwache angehörig, gefangen worden waren. Morgens 7 Uhr stellte sich die Schaar, worunter anständig gekleidete Männer, aber auch viel mit Sensen, Spießen rc. bewaffnetes Gesindel, in der Hauptstraße auf. Zwei badische Soldaten in voller Uniform befanden sich dabei. Diese waren kurz

vorher übergegangen, man sagt von Lörrach aus. Bald darauf rückten die Truppen herbei. Reg.-Rath Stephani kam allein herein und verlas die Aufruhrakte. Kein Enthusiasmus war zu sehen! Kaum war dies vorbei, als die Infanterie einrückte. Ihr folgten Dragoner, reitende und Fußartillerie. Die Hessen waren an der Spitze. Die Freischärler zogen sich zurück durch den Wald auf der Straße Schopfheim, von den Truppen verfolgt. Man hätte mit Kartätschen sie beim Eingang des Waldes beschießen können, was aber nicht geschah, überhaupt war die größte Schonung unverkennbar. Auf der sogenannten Scheideck, dem höchsten Punkt der Straße, angelangt (¾ Stunden von hier) setzten die Freischärler sich fest, wo sie durch das Terrain, namentlich durch einen Weg, dessen oberer Rand höher ist und den dichten Wald eine sehr geschützte Stellung hatten. General Gagern war an der äußersten Spitze seiner Truppen (einer hessischen Schützenkompagnie). Allgemein glaubte man, die Rebellen würden sich ohne Feuer zurückziehen, allein sie ließen die Truppen bis auf wenige Schritte anrücken und gaben alsdann Feuer. Gagern erhielt zwei Kugeln auf die Brust und eine in den Schenkel, er starb nach wenigen Augenblicken. Sein Pferd wurde gleichfalls getödtet, ferner ein Soldat vom Leibbataillon und ein Offiziersbedienter. Eine augenblickliche Stockung war die Folge, aber alsbald wurden die Freischärler von den aufs Höchste erbitterten Truppen mit dem Bajonett angegriffen und geworfen. Sie haben mehrere Todte, 3 habe ich gesehen, hier aber wurden im Ganzen 12 eingebracht. Sie sind total zersprengt und flohen nach allen Richtungen, meist die Waffen wegwerfend. Ich sah viele Sensen auf dem Kampfplatz wie aufs Kommando abgelegt liegen. Die Truppen haben sich sehr brav gehalten, sie zählen viele Verwundete, sind aber vom besten Geiste beseelt. Hessen und Unsere empfingen sich mit jubelndem Zuruf in Schlechthaus, durch welches Dorf ein Theil der Freischärler floh, ohne den geringsten Widerstand mehr zu leisten. Ich verließ die Kolonne bei ihrem Marsch ins Wiesenthal. Ein badischer Offizier, wie ich glaube, ein Infanterieadjutant, dessen Name ich leider noch nicht weiß, hat bei dem Angriff auf die Scheideck sich mit seinem Pferde ins ärgste Getümmel geworfen und so tüchtig drein gehauen, daß mir zwei Hessen, ein Soldat und ein Unteroffizier, welche in seiner Nähe mit dem Bajonett standen, seine Tapferkeit nicht genug rühmen konnten. Er sey nachher vom Pferde gesprungen und habe diese Beiden, die ihn unterstützt hatten, brüderlich umarmt. Hätte die Reiterei und das Geschütz, welches keinen Schuß gethan hat, angewendet werden können, so würden ohne Zweifel die Aufständischen einen bedeutenden Verlust an Todten erlitten haben, allein in Folge des dichten Waldes konnte nur Fußvolk gebraucht werden, welches sich, als noch nie im Feuer gestanden, sehr brav hielt. Eine Menge Freischärler läuft ohne Waffen umher, man hat hier mehrere gesehen. Sie sollen sich meistens in den Röttler Wald gegen Lörrach hingezogen haben, können aber nicht mehr stark sein, da sie nach allen Richtungen flohen. In Lörrach soll dagegen ein bedeutender Haufe man sagt 1200 oder noch mehr stehen, die gestern das Rheinthal herabkamen. Hoffentlich wird ein gleiches Schicksal sie nicht treffen und werden sie auseinander gehen. Mich dauern die armen Leute, von denen Viele gar nicht wissen, um was es sich handelt und nur gezwungen waren, mitzugehen. Von hier ging Niemand, und sie sollen hierüber sich geäußert haben, daß ihre Erwartungen getäuscht wären, denn sie hofften zugleich auf Uebergang des Militärs. Was ich Ihnen hier schreibe, darauf können sie sich verlassen, ich habe miterlebt. Gagerns Tod wird allgemein bedauert, er wurde in einer Chaise mitgeführt. Stephani ist bei den Truppen. Hier liegen mehrere Verwundete. Viele Soldaten wurden beim Sturm auf die Stellung an der Scheideck an den Füssen verwundet, weil die Freischärler tiefer standen. Auch ein Pferd erhielt einen Schuß in den Vorderfuß überm Huf und mußte getödtet werden. Ein anderes Pferd lag neben dem Gagerns von mehreren Kugeln getroffen. Ein Deserteur wurde erschossen. Etwa 7 oder 8 Gefangene wurden mitgeführt, wahrhaft konfiscirte Gesichter, und einige junge Bürschchen darunter. Soweit die Geschichte. Allgemein wurden die Truppen aufs Beste empfangen, und die wenigen Anhänger der Freischärler machen bedenkliche Gesichter. (D. A. Z.)

(Vom oberen Neckar, den 22. April.) Die Schilderhebung der Republikaner unter Hecker und Struve im badischen Seekreise findet auch in Würtemberg fast allgemein den schärfsten Tadel und man hofft, daß unsere braven Truppen dem unsinnigen Aufruhr ein Ende machen werden. Indessen halten es die verständigen Vaterlandsfreunde, welche überzeugt sind, daß Deutschland nur in der Befestigung und Ausbildung der errungenen Freiheiten auf der Basis ächt volksthümlicher Institutionen Heil finden, die so nöthige Einheit und politische Größe erringen, könne, für ein glückliches Ereigniß, daß jene Rebellion noch vor dem Zusammentritte der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt Statt fand. Edle deutsche Männer, wählt in die deutsche Nationalversammlung Männer, welche dem Vaterlande eine feste Verfassung zu geben, Ruhe und Ordnung herzustellen und dauernd zu kräftigen, das so tief gesunkene Vertrauen wieder aufzurichten, Credit und Gewerbthätigkeit, was so sehr nöthig, neu zu beleben verstehen! Wie dringend dies nothwendig, lassen Sie mich von tausend Beispielen nur eines aus der Nachbarschaft anführen. In der badischen Fabrikstadt Pforzheim, welche sonst wohl an 1500 Arbeiter beschäftigte, sind deren jetzt kaum 400 in Arbeit. Die Fabrikherren haben, statt fortarbeiten zu lassen, in dieser ganz vertrauens- und nahrungslosen Zeit es vorgezogen, während der nächsten 4 Monate über 25,000 fl. den brodlosen Arbeitern zu zahlen, jede Woche nämlich 1500 fl. Einzelne haben mit 50, 60 und mehr Gulden, ja Einer sogar mit 300 fl. wöchenlich unterzeichnet. Wo soll ein solcher Zustand hinführen, macht man ihm nicht bald ein Ende? (Frankf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 25. April.) 30. Sitzung der Bundesversammlung vom 22. April. Auf eine Mittheilung des Fünfziger-Ausschusses, wonach derselbe sich für den Antrag verwendet, daß für das Fürstenthum Birkenfeld und die Herrschaft Kniphausen, als selbstständige Territorien Deutschlands, eigene Vertreter zur Nationalversammlung gewählt werden möchten, bemerkt der Gesandte Oldenburgs, daß diese Distrikte, welche gegenüber vom deutschen Bunde durch Oldenburg vertreten werden, in die hier gebildeten Wahldistrikte zur Nationalversammlung bereits eingetheilt seyen und mit den übrigen Einwohnern Oldenburgs ihr Wahlrecht ausüben werden. Es wurde hierauf beschlossen, diese Bemerkung, wodurch sich die Reklamation erledige, dem Fünfziger-Ausschuß mitzutheilen. Es wird ein Schreiben des Professors v. Madai vorgelegt, wonach derselbe von der provisorischen Regierung zu Rendsburg zum Bundestagsgesandten für Holstein ernannt worden ist. Mit Ausnahme des Präsidialgesandten, welcher auf Instruktions-Einholung anträgt, vereinigen sich alle Stimmen für den Eintritt des ernannten Gesandten in die Bundesversammlung. Preussen stellt den Antrag, daß mehrere an das deutsche Bundesgebiet anstoßende Distrikte des Großherzogthums Posen, in welchen die Mehrzahl der Bevölkerung deutsch ist, mit einer Seelenanzahl von 593,000, dem Wunsche der Einwohner gemäß, in den deutschen Bund aufgenommen werden. Diesem Antrage wird einstimmig entsprochen. Bayern zeigt an, daß zum zweiten Kommandanten in Landau der Obrist Purkart ernannt worden sey. Würtemberg zeigt an, daß zum Vicegouverneur von Ulm der Generalmajor v. Gaisberg und zu weiteren Stellvertretern desselben der Generalmajor v. Maisrimmel und Obrist v. Hahn ernannt worden seyen. (Frkft. J.)

(Frankfurt, 22. April.) Die heutige Abendsitzung des Fünfzigerausschusses betraf den Zusammentritt der konstituirenden Versammlung. Nach einer lebhaften Debatte wurde der Reh'sche Antrag angenommen: da der Zusammentritt der konstituirenden Versammlung vom Vorparlament auf den 1. Mai festgesetzt worden, die Eröffnung aber von der Anwesenheit einer hinreichenden Anzahl Mitglieder abhänge, so möge der Bundestag von der Festsetzung eines Zeitpunktes sowohl für den Zusammentritt, als die Konstituirung der Versammlung abstehen. Dazu kam auf Mathy's Antrag der Zusatz: der Ausschuß erwartet zuversichtlich, daß eine hinreichende Anzahl Mitglieder sich einfinden werde, um spätestens am 18. Mai die Versammlung eröffnen zu können. (D. Z.)

Hessen. (Hanau, 23. April.) In Folge einer Deputation des Volksraths in Hanau an den Fünfzigerausschuß wegen des nach Hanau, Bergen, Bockenheim und der ganzen Umgegend heranziehenden Militärs ist nach mehrfachen Sitzungen in Frankfurt mit dem Bundestag der Beschluß in Betreff dieser Maaßregel aufgehoben worden, so daß das Militär aus unserem Bezirke fern bleibt, was nur von guten Folgen sein wird. (Ffrt. J.)

Oesterreich. (Aus Tyrol, 20. April.) Deutsches Bundesgebiet ist nun von den Italienern bereits in Besitz genommen worden. Die drei Gerichte Tione, Stenico und Condino in Judikarien hat die Mailänder Regierung von Tirol losgetrennt und als zum Departement Brescia gehörig erklärt. Piemontesische Truppen haben diese Gegenden förmlich erobert. So wird es mit Riva, Arco, Roveredo gehen! — Soll es also aufgegeben, verloren werden, was vor tausend Jahren unsere Väter erwarben und wir unbestritten bis heute »deutschen« Besitz nannten? Darf man uns dies bieten? — Der Bundestag, die fünfzig in Frankfurt, müssen zur Stunde die Vertheidigung der Südgrenze zur Sache des gesammten Deutschlands machen. Wie den Dänen muß dem treulosen König von Sardinien der Krieg erklärt werden. Wir Leute in Tirol fechten gerne — aber wir begehren unser Recht als Deutsche — unsere obersten Gewalten müssen Hilfe schaffen. (D. Z.)

Nach einem österreichischen Kriegsberichte, der uns heute aus Botzen, 21. April zugeht, ist es während der letzten Tage in Tirol lebhafter als in Italien zugegangen. Die Piemontesen standen laut Nachrichten vom 18, 19 noch immer hinter dem Mincio. Zu Varone bei Riva wurde eine Insurgentenschaar von 600 Mann durch die Oesterreicher geschlagen; bei Sclemo am 19. eine zweite von 1200, die nach Stenico zurückwich und hier am 20. den Oesterreichern in einem um 10 Uhr Vormittags noch unentschiedenen Gefecht stand hielt. Cles wurde am 19. von den Oesterreichern wieder eingenommen, Malè von ihnen am 20. besetzt, nachdem 5 bis 600 Insurgenten ohne ernsthaften Kampf entflohen waren. Aus Botzen, 22. früh, wird gemeldet: die Insurgenten sind gegen den Tonale, dann von Stenico nach Tione, von Riva bis Candino zurückgeworfen, haben am 21, bei 2000 Mann stark, mit vielen Blessirten Tione geräumt und sind über Condino nach Lodron zurückgegangen. (A. A. Z.)

(Wien, den 21. April.) Die »Wiener Zeitung« bringt heute eine wichtige Erklärung der österreichischen Regierung über ihr Verhältniß zum deutschen Bund. Eine gewisse separatistische Tendenz ist darin unverhohlen ausgesprochen. Das österreichische Kabinet will die Sonderinteressen seiner Gebietstheile nicht aufgeben, es behält sich seine besondere Zustimmung zu jedem vom Bunde gefaßten Beschluß ausdrücklich vor und erklärt sogar: im Falle letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes nicht vereinbarlich erkannt würde, dem deutschen Bunde gar nicht beitreten zu wollen. Erlassen Sie mir Ihnen den Schmerz, den Unwillen zu schildern, den diese Erklärung bei allen Freunden der guten Sache, bei allen deutsch gesinnten Männern hervorgerufen. Ich fürchte sehr, dieselbe wirft eine Brandfackel der Zwietracht in die Nation, die nur den Republikanern und Demagogen am Rhein zu gut kommen wird. Die so oft wiederholte Betheurung der deutschen Sympathien zeigt sich als hohle Phrase, die lautern Wünsche für deutsche Einheit waren nichtiges Geschwätz. Zu diesem Seperatismus stimmt leider auch ein großer Theil des Volks. Daß ohne Opfer eines Theils der Souveränetätsrechte und Partikularinteressen kein inniger Staaten- und Völkerbund möglich ist — diese einfache Wahrheit scheint vielen erst seit gestern einzuleuchten. Beharrt Oesterreich bei diesem egoistischen Partikularismus, so sagen wir ihm selbst die verderblichsten Folgen voraus. Das zweimal zahlreichere slavische Element wird das deutsche in dem vom deutschen Bund getrennten Oesterreich meistern und zu Boden drücken, und Istrien und die adriatischen Häfen dürften ohne die mächtige Unterstützung des deutschen Bundes für Oesterreich ganz verloren gehen. Zu spät wird man alsdann die Urheber einer jämmerlichen Sonderpolitik verwünschen. (A. A. Z.)

(Wien, den 22. April.) Die neuesten Berichte Radetzky's vom 17. melden die Ankunft von Abgeordneten aus Mailand mit Friedensvorschlägen. Der Marschall wies dieselben zurück und forderte Unterwerfung, sandte aber zugleich den Grafen v. Wallmoden nach Wien, um von der Regierung bestimmte Verhaltungsbefehle zu verlangen. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 23. April.) Nach amtlichen, soeben eingegangenen Nachrichten hat die dänische Regierung unter dem 19. d. M. die Beschlagnahme aller in dänischen Häfen befindlichen deutschen Schiffe angeordnet, gleichzeitig auch ihren Kriegsschiffen den Befehl zur Aufbringung der preussischen Handelsschiffe ertheilt. (A. P. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 19. April.) Die Stimmung ist hier, seitdem das ewige Zögern der deutschen Bundestruppen bekannt geworden, begreiflicherweise schlecht. Man ist erbittert, man verwünscht die verdammte deutsche Langsamkeit und Uneinigkeit,

die uns oft ins Verderben geführt hat, man spricht davon, daß eine deutsche Einheit und Einigkeit unmöglich, so lange noch 37 souveräne Herren in Deutschland regieren oder wenigstens hemmend eingreifen, wo der Volkswille „vorwärts" ruft. Es scheint aber, daß die deutschen Fürsten nicht daran denken, welche Gefahr ihnen und ihren ohnehin schwankenden und wankenden Thronen aus der schleswig-holsteinischen Sache erwachsen kann. Sie bleiben die alten, wenn ihnen gleich das Messer an der Kehle sitzt. Es giebt wohl kaum ein wirksameres Mittel, als diese Schwäche und dieser Mangel an Energie der Fürsten, um dem Republikanismus auch im Norden Deutschlands immer mehr Anhänger zuzuführen. Jetzt soll wieder unterhandelt und vermittelt werden, während die Dänen sich des glücklichen Besitzstandes freuen und wenigstens für's Erste in's Fäustchen lachen! Wird der deutsche Bund ruhig zusehen, wenn die Ausführung seines Beschlusses vom 12. d. M., die sofortige Räumung des Herzogthums Schleswig von den eingerückten dänischen Truppen zu erzwingen, durch unzeitige diplomatische Verhandlungen aufgehalten, sein ohnehin geschwächtes Ansehen von seinen eigenen Gliedern völlig untergraben wird?!

(Rendsburg, den 21. April.) Endlich geht's vorwärts! und das haben wir dem tapfern Herzoge von Braunschweig zu danken. Derselbe hat auf seine dringende Vorstellung beim Könige von Preussen endlich zur Antwort erhalten: Die nutzlosen Vermittelungs-Versuche sollten nunmehr aufhören und die Gewalt der Waffen entscheiden. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 20. April.) Am heutigen Tag hat ein ziemlich hitziges Vorpostengefecht auf dem rechten Flügel unserer Stellung stattgefunden. Die Dänen waren 800—1000 Mann stark (andere wohl übertriebene Angaben sprechen von 2000) von Eckernförde frühzeitig aufgebrochen. Sie trafen in der Gegend von Altendorf auf das von dem bayerischen Major v. d. Tann befehligte Freikorps, welches auf seiner Hut gewesen war. Alsbald entspann sich ein lebhaftes Gefecht. Eine der ersten Kugeln traf den Major v. d. Tann in den Leib, doch konnte er noch eine zeitlang zu Pferde das Kommando fortführen. Der Graf Eltz, sein Adjutant, früher in österreichischen Diensten, erst vor einigen Tagen hier eingetroffen, und dem Tann'schen Korps zugetheilt, erhielt einen Schuß in die Brust; doch werden beide Verwundungen für nicht sehr gefährlich gehalten. Anfangs zurückgeworfen, drangen die Unsrigen, sobald sich eine einigermaßen hinreichende Anzahl gesammelt hatte — es sind von unserer Seite gegen 500 im Gefecht gewesen, — wieder vor und so wogte der Kampf gegen 6 Stunden hin und her. Von dänischer Seite focht reguläres Militär und Freischaaren, von unserer nur Freischaaren. Endlich machten die Unsrigen durch einen Bajonettenangriff der Sache ein Ende — ein um so kühneres Manövre, als nur ein Theil mit Bajonetten versehen war. Der Feind ward bis unter die Kanonen seiner Schiffe zurückgeworfen. Die Berliner Freiwilligen, die Kölner und Hamburger, sowie ein Theil der Kieler Turner theilen die Ehre des Tags. Unsere Freikorps haben sich wieder trotz den besten Regulären geschlagen. Während unser Verlust zu 21 Todten und 50 Verwundeten angegeben wird, ist der Verlust auf dänischer Seite, obschon begreiflicherweise nicht genau anzugeben, doch viel größer. Madame Luise Aston welche das Berliner Freicorps hierher begleitet hat, widmet den Verwundeten ihre Pflege. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 20. April.) Auf Befehl des Generalkommandos der Herzogthümer Schleswig-Holstein wird hiedurch zur öffentlichen Kunde gebracht, daß nach dem 26. d. M. bis weiter keine Freiwilligen mehr in die Freikorps aufgenommen werden. Zugleich wird in Erinnerung gebracht, daß bis dahin nur wirklich waffengeübte und vollständig ausgerüstete, unbescholtene Männer eintreten können und daß bei Mangel dieser Erfordernisse Zurückweisung stattfinden muß. Rendsburg, den 19. April 1848. Bureau der Freiwilligen. K. Sammer. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Ratzeburg, den 14. April.) Ueber das Treffen zwischen den Dänen und Schleswig-Holsteinern, in welchem die beste Jugend Schleswig-Holsteins, das Kieler Studentenkorps, einen so bedeutenden Verlust erlitt, berichtet man der „Deutschen Zeitung" Folgendes: Nördlich von Flensburg, bei dem Dorfe Krusau, stand das 5. (Kieler) Jägerbataillon mit der Turnerschaar und dem Studentenkorps unter dem Kommando des tapfern Majors Michelsen. Sie erhielten Befehl, diesen Posten aufs Aeusserste zu vertheidigen, um den Rückzug des gros der Armee zu decken. Ruhig standen sie dort, ohne den Feind zu ahnen. Inzwischen hatten Verräther in der Stadt Flensburg (Schmach und Verderben über sie!) dem Feinde Zeichen gegeben, mit Windmühlenflügeln ihm die Stellung, Stärke und Abzeichen unserer Truppen signalisirt. In Folge dessen rückten die Dänen mit 14,000 Mann am 9. in des Morgens Frühe heran; unserer Armee gelang es, zu retiriren, aber das 5. Bataillon, Turner und Studenten, hielten wacker Stand; sie wurden abgeschnitten, blieben also ohne Nachricht von den Ihrigen, und wurden von dem ganzen feindlichen Heere von 2 Landseiten zugleich angegriffen, während von der Seeseite (Flensburger Hafen) die Kugeln von 6 feindlichen Kanonenbooten mit deutschen Fahnen (!) in ihre Mitte sausten. Die dänischen Dragoner, von den Verräthern belehrt, hatten ihre Helme mit Kohle schwarz gefärbt, und den Pferden die Schwänze abgeschnitten ein Abzeichen der Unsrigen! Die sammelten sich rasch; unter des tapfern Michelsens Kommando sollen sie sich meisterhaft gegen den überlegenen Feind gewehrt (sie waren 900 Mann gegen 10,000!) und in größter Ordnung sich zurückgezogen haben bis in einen Hohlweg, wo Michelsen sie zum begeisterten Kampf auf Tod und Leben, für Freiheit und Vaterland aufforderte. Als der wüthende Feind heransprengte, hieß es: Scharfschützen vor! Das waren die Studenten und Turner. Meisterhaft haben sie geschossen, und ein wahres Blutbad angerichtet. Aber bald sank die erste Reihe hin, unter ihnen Kier, Ludwig Reventlow, Simon, 2 Falk ꝛc.; im zweiten Gliede standen mein Bruder, mein 16jähriger Vetter Christian Rantzau, Kiene, Otto Rantzau ꝛc. Als die Hälfte von ihnen niedergeschossen war, haben sie einen Bajonett-Angriff gemacht; aber was half es ihnen gegen den sich immer ersetzenden Feind! Wie Löwen haben sie gefochten, den Feind immer wieder und wieder zurückzuschlagen über die Leichen ihrer Brüder. Mein Bruder erhält eine Kugel ins Bein; sein Vetter, dieser 16jährige Junge stellt sich vor ihn, und schießt so noch 3 Dänen nieder; dann schleppt er ihn fort; aber Beide werden gefangen. Ein Jäger, der neben ihnen gestanden bis dahin, entkam mit Noth und erzählte dies in Kiel. Mörderisch ist das Treffen gewesen. Von den 900 Mann hat Michelsen, durch 3 Schüsse verwundet, 2 Mal gefangen, sich endlich doch mit 200 Jägern nach Rendsburg durchgeschlagen; von den Turnern haben sich 40 Versprengte bis jetzt wieder zusammengefunden. Von 160 Studenten sind bis jetzt 10—12 in Kiel angelangt, die Alle Urlaub gehabt, weil man an keine Schlacht dachte, nur 2, die mit im Treffen waren! Letztere gaben die Nachricht. Die übrigen Alle sind theils verwundet und gefangen, theils — dies die Mehrzahl — fürs Vaterland gefallen. Die Namen von Letzteren kennt man noch nicht. Mein Bruder, Otto Rantzau und Friedrich Heintze sind verwundet in der Gefangenschaft der grausamsten Behandlung ausgesetzt! Ferner gefangen: Christian Rantzau, Brodersen, Ottens, Baudissin und noch gegen 20 Andere, lauter bekannte Namen. Die Gefagenen werden auf ein Blackschiff und später in die Citadelle zu Koppenhagen geschleppt; sey Gott ihnen gnädig und erhalte sie uns. — Der König hat der Herzogin von Augustenburg geschrieben: ihre Söhne würde er mit eigener Hand niederschießen, Falls sie gefangen würden. Und dabei stehen 8000 Preussen an Schleswigs Grenze, und sehen zu! 10,000 Hannoveraner bei Harburg — o deutsche Langsamkeit und Schmach über sie! sie hat uns unsere besten Leute gekostet! Aber keine Entmuthigung ist im Lande, nur Erbitterung und dreifacher Siegesdurst, und wir werden siegen! Der Landsturm ist jetzt in Angeln und den friesischen Landen aufgestanden, jetzt (o, wenn doch 8 Tage früher!) rücken die Preussen in Schleswig ein, und Alles glüht für den Kampf, für Freiheit und Recht. Bald werdet Ihr von einem Siege hören.

Frankreich.

† (Paris, 22. April.) Proklamation der provis. Regierung, worin sie ihre Freude über die Großartigkeit des Militärfestes vom Sonntage ausspricht und mit vollem Recht dem Auslande zuruft: „Nicht nur Frankreich, sondern auch ganz Europa werden morgen die Beschreibung desselben mit Erstaunen lesen. Möge Europa hieraus auf die unermeßliche Macht einer Nation schließen, die in einer Nacht und in einer einzigen Stadt 300,000 Wehrmänner kampffertig aufzuzustellen im Stande ist u. s. w.

(Strasburg, den 22. April.) Die Colonne der deutschen Arbeiter hat diesen Morgen unsere Stadt verlassen und sich mittelst der Eisenbahn noch dem Oberelsaß gewendet. Sie ist unbewaffnet von hier abgezogen. Der Präsident der Demokratenlegion, Herwegh, so wie die übrigen Führer haben dieselben begleitet. — Durch telegraphische Meldung aus Paris erfahren wir, daß daselbst die größte Ruhe herrscht und das Vertrauen mit jedem Tage wächst. — Das vorgestrige Fest dahier ward mit der größten Ordnung und ungeheurem Jubel begangen.

Italien.

In Palermo hat das Parlament am 13. April beschlossen: Ferdinand Bourbon und seine Dynastie sind für immer des sicilischen Thrones verlustig. Sicilien wird sich konstitutionell regieren und einen italienischen Fürsten auf den Thron rufen, sobald es seine Verfassung reformirt haben wird. Das officielle Mailänder Blatt bringt das in Palermo dießfalls erlassene Dekret, das unterzeichnet ist: der Präsident der Kammer der Gemeinen, Marchese die Torrearsa. (A. A. Z.)

Nach Privatbriefen aus Triest vom 19. April ist das Armeekorps in stetem Vorrücken, die Rebellen haben mehrere Dörfer in Brand gesteckt und stehen jetzt bei Romanz. Die österreichischen Truppen halten sich musterhaft, eben so das freiwillige Korps unter Schwarzenberg.

Rußland.

Ein Artikel der Augsb. allg. Ztg. gibt an, das der russische Selbstherrscher für Deutschland keine Furcht erwecken kann, da er im Kaukusus und in Polen über genug zu thun habe, ja nicht einmal hinreichende Truppenkräfte zur Unterdrückung eines etwaigen Aufstandes im ganzen Königreiche Polen aufwenden könne und in ganz Polen bis Ende März nicht 60,000 Mann gewesen seyen. Das Spionirsystem wird in dem Artikel als schrecklich geschidert.

Schweiz.

(Basel, den 22. April.) Ueber die deutschen Freischaaren, welche aus der Schweiz nach Baden gehen wollen, sind immer noch keine sicheren Berichte eingegangen, aus Liestal erfährt man jedoch, daß ein kleiner Trupp von 14 Mann gestern daselbst angelangt ist. Es wird versichert, daß das Birsfeld ihr Sammelpunkt werden und von dort aus ihnen ihre nähere Bestimmung gegeben werden soll. Aus dem benachbarten Elsaß berichtet man, daß in Kämpts (etwa 4 Stunden unterhalb Basels) eine Schaar deutscher Arbeiter von etwa 1000 Mann vereinigt sey und dieselben wahrscheinlich heute noch über den Rhein setzen werden: Reisende, die sie gesehen haben, versichern, daß sie gut organisirt seyen. Diese Umstände, verbunden mit der Thatsache, daß sich im Wiesenthal die republikanischen Schaaren festhalten, läßt vermuthen, daß dieselben die Hoffnung auf das Gelingen ihres Planes noch nicht aufgegeben haben und vielleicht morgen schon ein weiterer Versuch zum Vordringen gemacht werden wird. Einstweilen aber rücken die Würtemberger ziemlich rasch abwärts; sie haben diesen Morgen in der Früh Säckingen besetzt und ihr Vortrab wird um diese Zeit schon in Bruggen eingetroffen sein. Wenn daher nichts Ungewöhnliches sich im Laufe der Nacht erreignet, so darf man sie morgen Abend in unserer Nachbarschaft erwarten. — Nachschrift. So eben, 6 Uhr Abends, sehe ich 90 deutsche unbewaffnete Arbeiter in blauen Hemden und von ziemlich gutem Aussehen unter militärischer Begleitung durch unsere Stadt ziehen. Sie werden auf die badischen Gränzen gebracht und dort natürlich frei gegeben. Es sind darunter viele Würtemberger und Badener, welche in Locle und Lachauxdefonds arbeiteten. Da sich in diesem Augenblick kein Militär auf der badischen Gränze befindet, so können die Leute hingehen, wohin es ihnen beliebt. Heute Nacht noch sollen Würtemberger in Lörrach einrücken. (Schw. M.)

(Schweizergränze.) Die aargauischen Blätter melden, daß eine Menge der zersprengten badischen Republikaner bei Waldshut, Säckingen und Rheinfelden über die Gränze gekommen und entwaffnet worden seien. — Aus dem Bezirke Bülach von der Rheingränze her wird gemeldet, daß badische Republikaner von der Kolonne Weishaar haufenweise und ohne Waffen sich flüchten; sie eilen Jestetten und dem Seekreise zu.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Anzeigen.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Bei Gelegenheit meiner Wohnungsveränderung von S. Nro. 33 in S. Nro. 510 a im Krämersgäßchen fühle ich mich verpflichtet meiner hochverehrlichen Kundschaft so wie dem verehrlichen Gesammtpublikum zur schuldigen Anzeige zu bringen, daß ich das Schreiner- und Orgelmacher-Gewerbe unter der Leitung meines Sohnes fortbetreibe, und empfehle mich deshalb zu ferneren gütigen Aufträgen bestens. Auch empfehle ich mich im Flechten von Rohrsesseln, sowohl neuer als auch zu Reparaturen und versichere solide und billige Bedienung.

Kth. Häfner, Schreiner- und Orgelmachers-Wittwe.

Dankerstattung.

Den vielen Anverwandten, Nachbarn und Bekannten, darunter vorzüglich den Herren Güterladern, welche durch eine außerordentlich zahlreiche Begleitung meiner seel. Frau bei der am gestrigen Tage erfolgten Beerdigung die letzte Ehre erwiesen, statte ich für diese so innige Theilnahme meinen herzlichsten, verbindlichsten Dank ab, mit dem aufrichtigsten Wunsche, daß sie vor ähnlichen Trauerfällen möchten recht lange verschont bleiben.

Nürnberg am 25. April 1848.

Joh. Gg. Knoll, ehemaliger Güterlader.

Erklärung.

In einem Anhange zu dem durch den hiesigen „politischen Verein" verbreiteten Verzeichniß empfohlener Wahlmänner ist auch mein Name aufgeführt. Gleich Anderen vor mir, denen jenes Verzeichniß früher zu Handen gekommen war, erkläre ich hiemit, daß ich die unterscheidenden Ansichten dieses Vereines nicht theile, so wie ich auch dessen Versammlungen niemals beigewohnt habe.

Nürnberg, den 25. April 1848.

Julius Gebhard, Kaufmann.

Erklärung.

Auf die von mehreren Industriellen an mich gestellte Bitte, für den Nothstand der Nürnberger Industrie die versprochene reichhaltige Quelle zu öffnen, erkläre ich den sehr geehrten Herren hiermit, daß, sobald ich mich mit dem Herrn Stadtkommissär und dem ersten Bürgermeister Herrn Dr. Binder über die zu treffenden Anstalten, mich gegen meine Mitbürger gesetzlich öffentlich näher erklären zu können, besprochen haben werde, „was, sobald es die jetzigen Umstände erlauben," geschehen soll, ich mit Freuden und von ganzem Herzen die an mich gestellte Bitte, welche ja nur mein sehnlichster Wunsch ist, zu erfüllen bereit bin.

Ihr zwar tief gekränkter und schwer geprüfter, dennoch aber nicht entmuthigter

Dr. Moritz Maximilian Mayer.

Bekanntmachung.

Um genau bestimmen zu können, wie viel Gewehre für die Stadtwehr in Wöhrd und Gärten bei Wöhrd nöthig sind, werden diejenigen, welche ihren Beitritt zu diesem Corps noch nicht angezeigt haben ersucht, es baldigst zu thun und ihren Namen in die im Gasthause zum goldnen Hirschen an der Lauferstraße, so wie im Gasthause zum goldenen Schwan in Wöhrd aufliegenden Listen einzuzeichnen.

Nürnberg, den 25 April 1848

Friedrichshaller Bitterwasser

ist nun auch in halben Krügen wieder in ganz frischer Füllung bei Unterzeichnetem eingetroffen.

Joh Engelhard sen. in Nürnberg.

Pferde- und Wagen-Verkauf.

Im Stalle des Herrn Stallmeisters Lorsch dahier stehen 2 fehlerfreie braune Wagen-Pferde, Mittelschlag, Stuten, 6jährig so wie ein sehr schönes 3½jähriges Pferd, Fuchs, Stute von 16 Fäust Höhe zu verkaufen. Desgleichen sind eine viersitzige ganz neue Chaise ein starker Leiterwagen, einige gute Pferdegeschirre zu verkaufen. Das Nähere ist Karlsstraße Nro. 100 zu erfahren

Erklärung.

Ich erkläre hiemit, daß ich mit dem hiesigen politischen Verein durchaus nicht in näherer Verbindung stehe.

Nürnberg, den 26. April 1848

Albr. Eder, Zimmermeister

Aechten deutschen Senft

in Bent. und offen empfiehlt

Nürnberg, den 26. April 1848.

Christian Fink, Laufergasse S. Nr. 1406

(Gesuch.) Zu einem gangbaren Geschäfte wird ein junger Mensch gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Im Hause des Herrn Pabst auf der Schütt

im ersten Stock werden zu auffallend billigen Preisen ausverkauft:

Regenschirme in schwerster Seide pr. Stück fl. 4 bis fl. 5 48 kr. Regenschirme in feinen Zeug pr. Stück fl. 1 12 kr. bis fl. 2. Höchst elegante Sonnenschirme Prachtmuster pr. Stück fl. 2 42 kr. bis fl. 5. Haus- und Schlafröcke in guten Zeug pr. Stück fl. 2 42 kr. bis fl. 5 30 kr. Sommerröcke und Paletots. Cravatten in Atlas und Lasting pr. Stück 30 kr. bis fl. 1. Herrenshawls in Wolle und Seide pr. Stück 30 kr. bis fl. 2 30 kr. Westenstoffe in Wolle, Seide, Cachemir und Pique pr. Stück 30 kr. bis fl. 1 45 kr. die eleganteste Atlas-Weste. Hosenzeuge, die vollkomme Hose pr. Stück fl. 1 30 kr. bis fl. 3. bei **E. Hanau** aus Frankfurt a/M. Der Verkauf ist nur im Hause des Hrn. **Pabst** schräg über der Heuwage.

Die Hauptniederlage der ächt englischen Stahlschreibfedern befindet sich während der Messe im Hause des Hrn. Pabst auf der Schütt.

144 Schul-Federn von 12 kr. bis 24 kr.
144 Correspondenz-Federn von 24 kr. bis 36 kr.
144 Beamten-Federn von 48 kr. bis fl. 1 12 kr.

Fernern: was ganz Neues in dreispaltigen Stahlschreibfedern die alle bisherige Sorten übertreffen, das Dutzend 12 kr. bis 18 kr. bei **E. Hanau** aus Frankfurt a/M. Nur im Hause des Herrn Pabst, auf der Schütt, schräg über der Heuwage.

G. Selling aus Fürth

in der ersten Reihe nächst den Schuhmachern hat zur gegenwärtigen Messe sein bekanntes Lager in

Leinwand, Weisswaaren und Stickereien

bestens assortirt, und empfiehlt zugleich sein

Strohhut-Fabrik-Lager,

bestehend in allen Sorten Italiener-, Brüßler-, Roßhaar- und Doppel-Strohhüten für Damen und Kinder zu auffallend billigen Preisen.

Wiederverkäufer erhalten besondern Rabatt.

Anzeige und Empfehlung.

Ich Endesunterzeichneter mache einem hohen Adel und verehrten Publikum die Anzeige, daß ich mit meinen nach der Natur verfertigten Blumenstücken sammt andern schönen derartigen Gegenständen hier angekommen bin. Ich bitte um zahlreiche und gefällige Abnahme. Ich werde so billig wie möglich bedienen, um so mehr, da ich mich nicht lange hier aufhalten kann, weil andere dringende Geschäfte mich in Anspruch nehmen.

Mein Verkaufsplatz ist auf der Schütt beim Spital.

Es empfiehlt sich bestens

Joseph Märkt aus Augsburg.

Noch nie so billig dagewesen wie dieses Mal.

In der Bude Nro. 24 vor dem Hause des Herrn Glockengießers Rupprecht am Eingang zum Wildbad

werden während der Messe abgegeben ⁵/₄ breite Kattune, die Elle 6, 9 und 10 kr., Model-Zitz und Vorhäng-Jaconnet 10—16 kr., wollene Stoffe zu Kleidern 8, 9 und 10 kr., wollene Sommer-Tücher, ¹²/₄ breit, 1 fl. 15 kr., wollene Damen-Cravatten pr. Stück 6 kr., seidene Damen-Cravatten 15 kr., in Atlas 24—30 kr., weiße Taschentücher 7—9 kr. pr. Stück, Sommerbinden und Halstücher für Kinder 6 kr., die neuesten Westenzeuge in Seide, Wolle und Pique 24—48 kr., Hosenzeuge 14—24 kr., feine Schlesinger Leinwand 20—27 kr.

Nur vor dem Hause des Herrn Glockengießers Rupprecht.

Pariser und Wiener

Umschlagtücher u. Shawls-Lager

prachtvollste Auswahl empfehlen diese Messe

Gebrüder Dombrowsky

aus Leipzig.

Das Gewölbe befindet sich auf der Schütt.

(Gesuch). Man wünscht einen Herrn oder ein solides Mädchen in Logis zu nehmen.

J. G. Bär,

Leinwand-Fabrikant aus Eybau in Sachsen,

empfiehlt sich während der hiesigen Ostermesse wieder mit seinen schon bekannten Leinen-Waren, als: Leinwand, weißen und bunten leinenen Taschentüchern a Stück 45 kr. bis 1 fl. 30 kr, desgleichen Binden Tücher a Stück 10 kr, dann Tisch-, Tafel- und Handtücher in verschiedener Größe ohne Nath, desgleichen Damast-Gedecke und Tischdecken in allen Größen, und auch eine große Auswahl echten leinenen Zwirn.

Seine Bude befindet sich in der mittlern Reihe, dem Herrn Ottensoßer gegenüber.

Anerkennung.

Obgleich die Stadtwehr in der Nacht vom 24. d. durchaus weder von Seiten des Linien- noch des Bürger-Militärs die Unterstützung gefunden hat, die ihr gebührte, und die sie mit Recht erwarten konnte, so sieht sich doch der Unterzeichnete veranlaßt, das humane Benehmen der Besatzung der Kaserne während seines Aufenthalts daselbst hiemit dankend anzuerkennen

Nürnberg, den 25. April 1848.

George Renner.

Wunsch und Bitte.

In meinem und im Namen vieler meiner Mitbürger spreche ich hier den Wunsch aus, daß die projektirten Distrikts-Sicherheitswachen unverweilt ins Leben möchten gerufen werden

Herzogenrath.

(Empfehlung) Mit ächten russischen Lein, und mehreren Klee- und Futtergräser-Saamen empfiehlt sich zu billigsten Preisen

Joh. Th. Hofman.

(Zu verkaufen) Nr. 313 b nächst der Karolinenstraße ist ein fast ganz neuer aufrechtstehender Flügel von schönem Nußbaumholz, gutem weichen Ton und 6½ Oktav, billig zu verkaufen

(Zu verkaufen) Zwei bis drei Betten sind billig zu verkaufen und werden auch einzeln abgegeben Nr. 963 in Kapadozia hinterm Obstmarkt.

(Zu verkaufen) Junge Hunde von ganz feiner Race (Russen) sind zu verkaufen L. Nro. 277 Ludwigsstraße

(Zu vermiethen.) In einer der schönsten Straßen, ist ein Logis, bestehend in 4 Zimmern, 3 Kammern, Speis, Küchen, Böden und Waschhaus-Antheil, zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) In der Nähe der St. Lorenzer Kirche sind 2 Zimmer an ein oder zwei solide Herren zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) In der Nähe der Lorenzer Kirche sind zwei schön möblirte Zimmer für ledige Herren sogleich zu vermiethen.

(Gesuch.) In Mitte der Stadt wird eine hübsche Wohnung von 5 heizbaren Zimmern, einigen Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten, wenn auch in zwei Etagen, zu miethen gesucht

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 27 April „Der verwunschene Prinz" Lustspiel in 3 Akten von Plötz. Hierauf: „Eigensinn." Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. April 1848. № 119 Freitag: Vitalis.

††† Die Wahrheit in der Eisenmann'schen Sache.

Der Einsender kennt Herrn Dr. Eisenmann nicht persönlich; obwohl er ihm von vielen Seiten als rechthaberisch, rauh und unumgänglich geschildert worden ist, so konnte dies seine Hochachtung für ihn doch nicht beeinträchtigen; er hat sich vielmehr innig gefreut, daß eine Stadt wie Nürnberg durch ihre Wahl die Verdienste dieses Mannes öffentlich anerkennen will. Aber Uebertreibungen schaden auf jede Weise; es lebt ein Gefühl für Wahrheit in dem Menschen, das sich ebenso gegen übermäßige Lobeserhebungen sträubt, wie gegen ungerechten Tadel. Wir sagen dies in Beziehung auf die Rede des Herrn Bürgermeisters Dr. Binder in der Aegidienkirche. Wir können Herrn Dr. Eisenmann hochachten und ihm für seine Verdienste und Leiden um die freiere politische Entwicklung aufrichtig und herzlich dankbar seyn, wir brauchen ihn aber deßhalb nicht für den vollkommensten der jetzt existirenden Menschen zu erklären. Es müßte eine solche Sprache unangenehmer empfunden werden, als sich wohl die meisten Hörer unwillkührlich um ein Viertel- oder Halbjahr zurückversetzten und sich fragten: Hätte wohl Herr Dr. Binder damals auch dem Herrn Dr. Eisenmann eine solche Lobrede gehalten? Sehr ungeeignet war der öffentliche Vortrag des Briefes von dem ehemaligen hiesigen Rector Herrn Dr. Mönnich. Es kann Einer republicanische Gesinnungen haben (der Einsender hat sie n i c h t) ohne ein Dummkopf oder Schurke seyn zu müssen; die Republicaner zählen die edelsten Männer und größesten Caractere in ihren Reihen. Wir wollen nun aber in diesem Eisenmann'schen Streite aufrichtig und wahr aus unseren Herzen sprechen, und glauben, daß alle, welche dieser Angelegenheit u n p a r t e i i s c h gefolgt sind, uns recht geben müssen. 1) Dr. Eisenmann hat in dem früheren bayerischen Volksblatt Viel, sehr Viel für die freie politische Entwicklung geleistet. Obwohl uns der eigentliche Grund seiner Gefangensetzung nie recht bekannt geworden ist, ob sie nämlich herbeigeführt worden sey durch Absichten auf den Umsturz der damaligen Verwaltung, durch Verbindungen mit dem Auslande; unter allen Umständen war sie eine solche seiner Bestrebungen für die Volksfreiheit. Er hat fünfzehn Jahre im Gefängniß für diese Bestrebungen gelitten, er ist standhaft geblieben und hat nie um Begnadigung nachgesucht; oft hatte es uns wehe gethan, wie sein Name mehr und mehr unter dem Volke in Vergessenheit kam, indeß er fortwährend für dasselbe litt; jetzt ist der Zeitpunkt da, wo das Volk, wo eine Stadt wie Nürnberg i h r e A n e r k e n n u n g a n d e n T a g l e g e n muß. Die Stadt wählt ihn zum Volksparlament nach Frankfurt, sie muß ihn wählen! 2) Es hat uns gefreut, daß Dr. Eisenmann von einer Bürgerversammlung schon zum Vorparlament beordert wurde; aber die Art und Weise war nicht die rechte. Die Versammlung wurde nur ein paar Stunden vorher angekünndigt; die meisten Einwohner Nürnbergs haben Nichts davon gewußt; es war, als müsse man das Publikum überrumpeln, sonst gehe die Wahl nicht durch. Die Abordnung dieses Mannes war gewiß im Sinne der Bürgerschaft, aber der Akt selbst kann nicht als ein Akt der gesammten Einwohnerschaft, sondern nur als ein Akt Weniger angesehen werden. Die Bürgerversammlung, die in neuerer Zeit in den Zeitungen das Prädikat „a l l g e m e i n e" erhält, kann diesen Namen auch erst beanspruchen, wenn sie nach dem von dem Einsender vor kurzem in diesen Blättern vorgeschlagenen oder nach einem ähnlichen Modus ein Ausdruck der gesammten Bürgerschaft geworden ist. Unangenehm hat uns weiter eine andere Angelegenheit berührt.. Es kam ein Brief hieher, worin Herr Dr. Eisenmann von großer Gefahr sprach und daß man sogleich eine der größten Kirchen für eine Volksversammlung auswirken solle, er müsse vor dem Volke sprechen. Am Freitag dachte man nach diesem Briefe nicht anders, als in Frankfurt sey die Republik proklamirt. Man glaubte, daß Entsetzlichste zu vernehmen, große Inschriften verkündigten, daß außerordentlich Wichtiges vorgetragen werden solle. Der Samstag, der Tag der Rede kommt; Herr Dr. Eisenmann ist heiser. Man erwartet, er werde die wichtigen Nachrichten doch wenigstens schleunig durch den Druck bekannt geben; nein; man wird hingezogen bis zum Dienstag, und was erfährt man? Was man schon lange wußte. Es war also nur um eine große Volksversammlung zu thun; die Monarchie brauchte aber in Nürnberg dieser Errettung nicht; wir glauben vielmehr, in der bis dahin schlafenden republikanischen Gesinnung wurde durch diesen gesuchten Eclat erst das Bewußtseyn einer Bedeutsamkeit geweckt, sie wurde erst rege gemacht. Das ist es, was uns nicht gefallen hat. 3) Was die Gedanken zur deutschen Reichsverfassung anlangt, so muß man berücksichtigen, daß Herr Dr. Eisenmann dieselben v o r dem Umschwung der Dinge niedergeschrieben hat. Sie sollen auch nicht die Ursache abgeben, daß man ihn wählt, sondern seine alten Verdienste, die Dankbarkeit für Das, was er gelitten hat. Man muß anerkennen, daß diese Grundzüge Manches enthalten, was das Parlament schwerlich anerkennen wird, wie die drei Gewalten, die Bevorzugung des Adels, der die Hälfte des Parlaments soll ausmachen können, die Abgeneigtheit gegen die Schwurgerichte. Aber Her Dr. Eisenmann steht ja nicht im Parlament allein; er allein hat die deutsche Reichsverfassung nicht zu geben, mehr als 600 stehen neben ihm, die werden auch ihre Ansichten geltend machen, und er selbst wird jetzt, nachdem sich die Verhältnisse geändert haben, mit seinem Maximum der Volksrechte höher gestiegen sein. Man sagt, hätten sich seine Ansichten indessen geändert, so könnte er in der dritten Auflage seines Schriftchens gleichfalls abgeändert haben: allein wer einmal so einen Entwurf in den Druck gegeben hat, der mag nicht schon nach einigen Wochen wieder daran ändern. Noch spricht man: Wer hat die hunderttausende von Exemplaren bezahlt, die von der Ansprache Eisenmanns in Massen überall vertheilt wurden? Was kümmert das uns. Wir haben nur nach den G r u n d s ä t z e n zu fragen, die in dieser Ansprache dargelegt sind. Stimmen wir mit diesen überein (und wir thun es nach ihrem größten Theile) so mag die Broschüre vertheilen, wer da will, je zahlreicher, desto besser. Ich meinerseits würde, wenn ich in einer Broschüre meine Ansichten niedergelegt hätte, durchaus keinen Anstand nehmen, der Regierung, wenn sie wollte, die Verbreitung derselben zu überlassen. Hat die Regierung die Eisenmann'sche Broschüre verbreitet, so hat sie es augenscheinlich nur gethan, um den republikanischen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, und das wünschen wir ja selbst. Herr Dr. Eisenmann weist auf das Urtheil Deutschlands hin, wenn ihn Nürnberg nicht wählen würde; das gefällt uns zwar nicht recht; es will sich nicht recht ziemen, mit derartigen Drohungen seine Person hervorzuheben; auch ist er ja in der That nicht von der Stadt Nürnberg zum Vorparlament gewählt worden, sondern von einer kleinen Anzahl Bürger und man könnte nicht sagen, die Stadt habe ihre Meinung wieder geändert, aber bedenken muß die Stadt, daß, da Herr Dr. Eisenmann für das Parlament tüchtig und würdig ist und da die Sachen nun einmal in der Oeffentlichkeit so weit sind, es für den vielgeprüften Mann eine schwere Kränkung seyn würde, wenn er nun in Wahrheit nicht gewählt werden sollte. —p.

Deutschland.

†* B a y e r n. (München, 25. April.) [Vierzehnte öffentliche Sitzung der Kammer der Abg. Nachmittags 4 Uhr.] Am Ministertische v. M o l i t o r, v. H a b e l, A s c h e n b r e n n e r, später Minister H e i n t z, und dann Minister Bar. v. L e r c h e n f e l d. Nach Verlesung des Einlaufs, der seit dem 22. schon wieder auf ungefähr 60 Nummern angewachsen ist, worunter eine Anzeige des k. Ministeriums, daß schon in der nächsten Sitzung ein Gesetzentwurf über Kapital- und Einkommensteuer eingebracht werden wird, dann Protestationen mehrerer Städte, namentlich Nürnberg, Fürth und Bamberg, gegen das Gesetz „die Sparkassen" betr., folgt die Mittheilung des Gesammtbeschlusses über den Gesetzentwurf: die Behandlung neuer Gesetzbücher betr. — Hierauf erstattet der Referent im I. Ausschuß Vortrag über den Gesetzentwurf die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation rc. Prof. E d e l entwickelt hiebei wiederholt die Prinzipien dieses Gesetzentwurfs und theilt die wenigen Modifikationen der ersten Kammer mit. Der zweite Präsident eröffnet die allgemeine Debatte, er würde dem Ges.-Entw. nicht beistimmen, wenn derselbe nicht ein transitorischer wäre. Nicht von den Juristen erwarte man der Völker Fortschritt und Freiheit; der Völker Freiheit besteht in ihrer Wachsamkeit. Hieran reiht sich sogleich die spezielle Berathung. Art. I. wird ohne Debatte angenommen. Bei Art. II. nunmehr nach der Fassung des Ausschusses Art. III. erhebt Pfarrer Ruland das Bedenken, ob nicht für Aufhebung der Privilegien ein eigener Gesetzentwurf eingebracht werden müsse, da dadurch ein anderes bestehendes Gesetz aufgehoben wird. — Abg. Stockinger: die Garantie, welche bisher dem priv. Gerichtsstande inwohnte, wird nicht vermindert, sondern verstärkt; der oberste Schutz für alle Rechte wird der Kassationshof seyn, deßhalb haben die Reichsräthe, dieses einsehend, den §. 8 gestrichen wissen wollen; die zweite Kammer greift dieses schöne Beispiel auf und integrirt dieses Prinzip der Verfassung. Der I. Präsident, wo es sich um Kompetenz der Gerichte handle, da müsse man auch einen allgemeinen Grundsatz ohne Rücksicht auf die Verfassungsbestimmungen einführen. Der II. Präsident: Verfassungsabänderungen dürfen im gegenwärtigen Falle um so mehr vollzogen werden, als dieses Gesetz selbst eine Verfassungsabänderung ist.

Dek. B a u e r. Er habe bei der Adreßberathung eine Revision der Verfassung vorgeschlagen. Kein Vorrecht soll bestehen. Alle die sich Bürger eines und desselben Staates nennen, sollen gleich an dem Gesetz seyn. Auf den befreiten Gerichtsstand habe die Geistlichkeit nie einen hohen Werth gelegt. Die Siegelmäßigkeit aber bestehe in einem materiellen Vortheil; wenn die Taxen in die Staatskassa fließen. Es sey auch hier Gleichheit in der Besteuerung und Belastung, darum falle auch dieses Vorrecht weg. Bar. F r a u n h o f e n bekennt sich zu diesen Ansichten, eben so Schwager und Sattler, welche sich freuen, daß diese Gesinnung der Aufhebung der Vorrechte von Oben herab komme. Letzterer wünscht, daß das lästige Vorrecht der Siegelmäßigkeit nicht auf einem Stande ruhe, sondern auf alle Stände ausgedehnt würde, für Geschäftsleute wäre dieß von hoher Wichtigkeit. Der 1ste Sekretär. In der Pfalz seyen die Bürger in gewisser Hinsicht ohnedieß siegelmäßig jeder von ihnen ausgestellte Privatvertrag habe dieselbe rechtliche Geltung, wie wenn sie der Vormundschaft der Advokaten überlassen wären. — B e s t e l m e y e r nimmt hier Bezug auf die unmäßigen Taxen und Sporteln. v. Habermann erklärt sich für die Annahme des modifizirten Gesetzes. — Referent Prof. Edel findet in dem von den Reichsräthen vergenommenen Abstrich einen stillschweigenden Verzicht auf die Vorrechte, den man dankbarst an- und sogleich zu Protokoll nehmen solle. (Beifall.) Min.-Rath v. M o l i t o r drückt die Freude der Regierung aus, daß von der hohen Kammer der Reichsräthe die Initiative zur Aufhebung der Privilegien gegeben wurde, für welche die Regg. ein eigenes Gesetz später hätte einbringen müssen. Art. III. (Aufhebung der Siegelmäßigkeit) wie ihn der Ausschuß beantragt, wird von der Kammer einstimmig genehmigt. Art. IV. (früher Art. 3.) wird ohne Debatte angenommen, eben so Art 5. u. 6. Beim Art. 7. bringt Pfarrer Ruland eine Modifikation ein mit Bezug auf das Ver-

lassenschafts- und Vormundschaftsrecht. Die Modif. geht dahin: Das Verlassenschafts-, Vormundschafts- und Hypothekenwesen soll den Gerichten zustehen und die Notariatsakten der niederen Gerichtsbarkeit überlassen werden. Steckinger glaubt, daß diese Modif. gut gemeint sey, widerlegt aber die von dem vorhergehenden Redner angeführten Gründe. Die niedere Gerichtsbarkeit habe ohnedieß viel zu thun. Die Notare in der Pfalz genießen dieselbe Achtung wie jeder andere Beamter und ihnen wird die Auseinandersetzung aller Verlassenschaften übertragen; wenn Minderjährige vorhanden, dann treten die Gerichte prüfend ein; die Notare seyen die Vertrauensmänner. Dr. Kirchgeßner setzt die Verhältnisse unserer diesseitigen Gerichtsbarkeit auseinander; wie unsere Gerichte belastet seyen; gerade die Verlassenschaften sollten den Richtern entzogen werden, bei Testamentsaufnahmen sollen die Richter, welche das Testament fertigen, die Exekutoren desselben seyn. Habermann erklärt sich für die Notare. Pfar. Rammoser führt Gründe für Rulands Antrag an, welche der erste Sekr. widerlegt. Bei Eröffnung von Verlassenschaften gibt es häufig Collisionen von verschiedenen Rechtsantheilen; Vormundschafts- und Verlassenschaftswesen seyen keineswegs eng verbunden; deßhalb wünsche er, daß Vormundschaften bei dem Richter verbleiben, die Verlassenschaften aber dem Notare überlassen werden. Pfar. Rammoser glaubt, der erste Sekr. nehme vorzüglich auf die Pfalz Rücksicht.

Der I. Präsident setzt wiederholt die verschiedenen Theile dieser Geschäfte auseinander. Der Referent Prof. Edel weißt nach, daß durch diese Modif. das Institut der Notare ruinirt würde, wozu er die Beweise darlegt; die Notare lassen sich zwar gut bezahlen, aber auch bei den Gerichten seyen die Geschäfte kostspielig; wenn man die zahllosen Gänge rechnet, die man vergebens machen muß, bis es dem Oberschreiber beliebt, die Verhandlung vorzunehmen. Der Notar macht gehorsame Complimente, der Oberschreiber Grobheiten u. s. w. Min.-Rath v. Molitor spricht gleichfalls zu Gunsten der Notare und des urspr. Artikels. — Die Modif. des Pfarer Ruland wird verworfen. Art. 7 wird ohne Debatte angenommen, eben so Art. 8. Die von der Kammer der Reichsräthe gestellte Modif. zu Art. 9 hat der Ausschuß der zweiten Kammer gut geheißen. Der also modifizirte Artikel wird nach einer unerheblichen Diskussion zwischen dem Abg. Schäfer und dem Referenten und eine Erklärung des Min.-Raths v. Molitor über den Rechtsgang und die Ausdehnung der Gerichte wird einstimmig angenommen. Bei Artikel 10 trat der Ausschuß der Modifikation der Kammer der Reichsräthe Ziffer 3 nicht bei und beschloß eine modifizirte Fassung. Rabe beantragte den Zusatz „und die Malzdefraudationsfälle," den er begründet, indem er eine Schilderung der Oberaufschlagämter gibt. Habermann vertheidigt diese Modifikation, die Referent für unnöthig darstellt, — da dieser Betreff einem eigenen Gesetze eingereiht wird. Min.-Rath v. Molitor stimmt letzterem Redner bei. Der I. Secr. wäre für die Modif. des Abg. Rabl, wenn die Competenz dieser Fälle so weit fest stünde, ob sie den Bezirksgerichten oder anderen überlassen würde; Rabl und Unterberger begegnen den Einwendungen. Edel: die künftige Gesetzgebung wird zeigen, ob Malzdefraudationen zu Vergehen oder Verbrechen gezogen werden. Jetzt sey aber seine Modif. unmöglich. Ministr. Heintz bemerkt, daß mit dieser Modif. den Betheiligten selbst ein schlechter Gefallen geschehen würde, indem man bei der kleinsten Malzdefraudation an das entfernte Bezirksgericht, anstatt zu den Friedens- oder Landrichter laufen müßte. — Die Modif. des Abg. Rabl wird mit großer Stimmenmehrheit verworfen.

Die Modif. des Ausschusses und somit Art. 10 für die Reichskammer wird angenommen. Art. 11 gibt die Kammer ohne Debatte ihre Zustimmung. Art 12 und 13 beantragt der Ausschuß wegzulassen und die Kammer pflichtet bei. Dem Art. 12 wird in der Fassung des Ausschusses beigestimmt. Art. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 wird ohne Diskussion und 21 in der Fassung des Ausschusses angenommen. Art 21 führt gleichfalls zu keiner Diskussion und die Kammer nimmt denselben mit dem von der Kammer der Reichsräthe proponirten Zusatz einstimmig an. Ueber den ganzen Gesetzentwurf in dieser erwähnten Fassung wird durch Namensaufruf abgestimmt und wird derselbe einstimig eingeommen. Der Herr Staatsmin. der Justiz übergiebt einen Gesetzentwurf über den „Statsgerichtshof in Bezug auf die Aburtheilung der in Anklagestand versetzten Minister." Min. Heintz bemerkt, daß er gerne auch das Wahlgesetz und das Gesetz über die ständische Initiative eingebracht hätte. Ersteres sey aber so eben erst im Staatsrathe vollendet worden und werde morgen zur Vorlage kommen; die Initiative soll in den nächsten Tagen an die Reihe gelangen. — Das Staatsgerichtshof-Gesetz umfaßt 59 Paragraphen, wir werden es nach seinem ganzen Inhalte nachtragen. Der Hr. Staatsmin. der Finanzen übergibt einen Gesetzentwurf über die Kapital- und Einkommensteuer. Der Hr. Min. leitet seine Uebergabe mit den Motiven zu dem Gesetze, welche beide wir morgen nachliefern werden. Der Ausfall, den das Ablösungsgesetz in den Staatseinnahmen jährlich macht, beträgt 2½ Mill. der Ausfall des im künftigen Jahre aufzuhebenden Lottos 1½ Mill. u. s. w., jedenfalls wird man einen Ausfall von jährlich 3 Mill. künftig zu gewärtigen haben. Der Gesetz-Entwurf über die Vermögenssteuer beruht auf dem Grundsatz, daß Vertrauen auch wieder Vertrauen fordere und die Regierung ist dabei von allen fiskalischen Untersuchungen abgegangen; nur wenn sich erweißt, daß die Vermögenserklärung unrichtig war, tritt eine kleine Strafe ein. Das Gesetz bestimmt die Vermögenssteuer vorläufig nur auf ein Jahr. — Drei Kreuzer sollen vom Gulden bezahlt werden und die Familiensteuer tritt mit dem September dieses Jahres außer Wirksamkeit und die Einkommen-Steuer an ihre Stelle. Bei der Einkommen-Steuer habe man ein progressives Verhältniß angenommen; wodurch die Dürftigen fast gar nicht oder wirklich nicht besteuert sind, die mit hohen Einkommen hingegen wieder stärker belastet werden. Es sind Klassenabtheilungen angeordnet, so daß ein Einkommen von 250 fl. die Steuer von 30 kr., von 10,000 fl. schon 120 fl., von 30,000 fl. 600 fl. von 50,000 fl. 800 fl., von 75000 fl. 1500 fl. Steuer zahlt und so geht dieses Verhältniß in steigender Skala fort. — Auch diese Steuer wird vorläufig für 1 Jahr — vom 1. Okt. anfangend eingeführt.

Hieran reihte sich eine Interpretation des Abg. Schnetzer, welcher den dringenden Wunsch äußert, daß diesen Besteuerungsgesetzen baldigst Gesetzentwürfe über das Associationsrecht und über Volksbewaffnung nachfolgen mögen. Er hätte gewünscht, daß bei dem im Lande gegen die Kammer herrschenden Mißtrauen diese Gesetze vor einem Steuergesetze eingebracht worden wären. Der Staatsminister der Finanzen erwiedert, obgleich die Minister in fortwährender Thätigkeit, so stelle man doch unaufhörlich neue Anforderungen an sie, die alles Maaß überschreiten. Einem Theile der Kammer scheine nimmer genug geschehen zu können. Es bestehe kein Verbot gegen Volks-Versammlungen, da der einschlägige Bundesbeschluß bekanntlich aufgehoben sey. Wo kein Verbot bestehe, sey also auch keine Erlaubniß nöthig. Ueberall finden Versammlungen statt, ohne daß ihnen irgend ein Hinderniß in den Weg gelegt werde. — Die Volksbewaffnung greife so tief in alle Verhältnisse ein, daß zur Vorberathung eines deßfallsigen Gesetz-Entwurfs einige Zeit nothwendig wäre. In keinem Staate sey die Volksbewaffnung jetzt schon so allgemein, wie in Bayern; keine Regierung habe dem Volke so viel Waffen in die Hand gegeben, wie die bayerische. Wolle man auch hierüber einen Gesetzentwurf, so wie über vieles andere, so müsse die Kammer Monate lang beisammen bleiben, während man auf der anderen Seite Auflösung verlange. Der I. Präsident. Die Kammer verkenne den guten Willen und die große Thätigkeit der Minister nicht; aber die Kammer habe die Verpflichtung, die Wünsche des Volkes offen darzulegen. Abgeordneter Schnetzer habe solche Wünsche des Volkes ausgesprochen. Den Ministern werde indessen kein Vorwurf gemacht, was bisher geschehen, erkenne man dankenswerth an. Wenn das Versammlungsrecht jetzt auch faktisch bestehe, so sey zu bedenken, daß die Kammern nicht blos für die Gegenwart, sondern für die Zukunft zu sorgen haben. Die Minister von heute seyen es nicht für immer, und künftige Minister könnten das, was jetzt bestehe, wieder entziehen, wenn es nicht durch ein Gesetz garantirt sey. Abgeordneter Schnetzer: die Kammer habe der öffentlichen Stimme Rechenschaft zu tragen, in diesem Sinne lautete sein Wunsch. Eppelsheimer stellt vor, daß keine neuen, sondern bereits in der Adresse enthaltenen Wünsche zur Sprache gekommen seyen, welche, so lange sie nicht realisirt werden, die Kammer immer wiederholt aussprechen müsse. —

Min. Heintz: Es könne ihn nach dem, was vorgegangen, nicht befremden, daß das Volk mit Ungestüm die Erfüllung seiner Wünsche verlange. Wenn aber diese Wünsche ein so unbedingtes Echo in der Kammer finden und man derartig dränge, so müßten die Minister nur ein Mißtrauen gegen sich darin sehen. Sie seien aber in fortwährender Thätigkeit; erst heute waren sie von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abend unausgesetzt im Staatsrathe, ohne sich nur von ihrem Sitze zu erheben, bis sie in die Kammer sich begaben. Die Wünsche an sie seien allerdings nicht unbillig, aber übereilt. Wollte die Kammer noch mehr Gesetzentwürfe, so müßte sie erklären, daß sie noch längere Zeit beisammen bleiben wolle (Zuruf: nein! nein!); außerdem solle sie, die Kammer, die Vorlagen bringen. Der I. Sekr: Die Kammer habe dem Volke Rechenschaft zu geben. Das Volk von München hat die Kammer berufen, als ihre Auflösung schon beschlossen war, weil es wollte, daß die von der Krone ausgegangenen Versprechungen dem Staatsgrundgesetze einverleibt werden. Das wollen wir; das Wahlgesetz soll berathen und dann die Kammer aufgelöst werden. Ueberall hat das Volk die Initiative ergriffen, voll Sehnsucht nach einer besseren Ordnung und nur wir, die Vertreter des Volks können die Initiative nicht ausüben. Zur Aufforderung aber des Hrn. Ministers gehöre die Initiative. In Preussen habe man in einem Artikel das Versammlungs- und Associationsrecht gegeben; das Propositionsdekret enthalte dieses, Gleichheit aller Glaubensbekenntnisse und vieles andere. Das Associationsrecht bestehe bei uns nicht überall rechtlich, z. B. in der Pfalz gebe es bestimmte Gesetze dagegen. Während man bei uns auf so einfache Gesetze noch immer warten müsse, erhalten wir neue Steuern und Anlehen. Muß die Kammer, wenn sie materielle Forderungen bewilligt, nicht auch Rechenschaft geben von der Erlangung geistiger Güter?

Der II. Präsident meint, der Wunsch des Abg. Schnetzer sey mißverstanden worden, derselbe habe gewünscht, daß die Steuergesetze zuletzt gekommen wären, welchen Wunsch er theile. — Bar. Rotenhan ist der Ansicht, daß das fortwährende Drängen der Minister nicht anders erscheine, als den Männern, die aus der Mitte der Kammer ins Ministerium traten, im Vertrauen des Volkes zu schaden. (Nein, Nein! von allen Seiten.) Er bedauert ein solches Bestreben, das nur von einer Minorität ausgehe. — Der I. Präs.: Wenn man Umfrage hielte, ob die Minister das Vertrauen des Volks besitzen, so würde wohl durchgehends die Antwort bejahend lauten. (Ja, ja! von allen Seiten) — Bar. Rotenhan: Wenn dem so, dann möge man von den Ministern auch nichts Unbilliges verlangen. — Eppelsheimer: Nicht die Minorität, sondern die ganze Kammer habe die desfallsigen Wünsche in der Adresse ausgesprochen. — Bar. v. Lerchenfeld: Die Minister haben diese Wünsche vollkommen gewürdigt, aber es sey ein Unterschied zwischen Würdigung und sofortiger Erfüllung. Sie sollen nicht unerfüllt bleiben, aber die betreffenden Ges.-Entwürfe können nicht früher geschehen, als die Vorarbeiten beendet seyen. Die bayer. Minister sind weit entfernt, sich mit den an der Spitze von Preussen stehenden Männern messen zu wollen; Preussen sey aber auch kein vollständig konstitutioneller Staat, dort sey es leichter, mit wenigen Worten ein Gesetz einzuführen, weil es nicht einem Staatsgrundgesetze integrirt werden musse. Man werfe ihnen vor, daß sie schon jetzt mit einem neuen Steuergesetze kommen. Darauf habe er zu bemerken, daß der preuss. vereinigte Landtag in seiner ersten Sitzung einen Credit von 40 Millionen bewilligt habe. Der I. Sekr.: Wenn er von Sachen spreche, so habe er nicht die Personen im Auge; er gehöre zu der erwähnten Minorität, die fortwährend auf die Erfüllung der Zeitforderungen und Volkswünsche drängt. Erst heute sei ihm wieder eine Adresse aus der Pfalz von einer dortigen Volksversammlung zugekommen, worin man von ihnen den Austritt aus der Kammer verlange, weil die Wünsche des Volkes noch nicht realisirt seien. Auch die diesseitige Bevölkerung möchte wünschen, daß das Wahlgesetz berathen und die Kammer dann aufgelöst würde. Man hätte immerhin dem Volke zuerst geistige Güter bieten sollen, bevor man materielle von ihm verlangt hätte. Dek. Deininger: Man solle doch nicht immer wiederholen, daß man sich selbst stranguliren wolle. — Dek. Bauer: Auch er achte die Stimme des Volks. Wenn man aber Selbstauflösung verlange, so rühre dieß von Leuten her, die nicht über das ABC der Verfassung hinausgekommen. Wir müssen berathen, so lange nicht eine höhere Aufforderung die Auflösung beschließt. — Oeffentliche Blätter haben von uns geschrieben, daß wir nur der Tagsgebühren wegen beisammen bleiben. Darauf antworten wir mit stiller Verachtung. Man wollte den Umstand, daß zuerst die Steuergesetze eingebracht worden, die Deutung geben, als wolle man zuvor das Volk belasten und ihm dann erst die Freiheiten geben. Er glaube

aber, die heutigen Steuergesetze seien der Gleichheit der Belastung wegen eingebracht worden und damit die Regierung die Mittel in Händen habe, wenn die Gefahr des Vaterlandes dieselben nöthig mache. (Sensation).

Professor Edel: Das Heiligste des Menschen ist die Ehre. Tag für Tag aber wirft man uns die Unfähigkeit vor, und die Kammer müsse sich so zu sagen in's Gesicht schlagen lassen, und dieß von einigen Abgeordneten selbst aus ihrer Mitte. Habe das Vertrauen des Volks zur Kammer aufgehört, so entlasse man uns auf der Stelle, muthe uns aber nicht immerwährend einen Selbstmord zu. Eine Kammer, welche kein Vertrauen besitzt — wie könnte sie es wagen, so wichtige Gesetze, wie die bereits vorliegenden zu berathen. Da müsse man der Regierung alles überlassen, und ihr Vollmacht geben, eine constituirende Versammlung nach einem von ihr beliebten Modus zu berufen. Welche Gefühle aber müßten die Brust eines Jeden bestimmen, der Alles aufopferte, um den Wünschen des Volkes zu entsprechen, und sich dann doch immer sagen lassen soll, daß er, um das Volk zu vertreten, nicht tüchtig genug sey. Pf. Ramoser ereifert sich über die Auflösung der Kammer. Das Volk in München habe diese Kammer gewollt; er war am 4. März auf dem Rathhause, und habe dem Volke das Auflösungsdekret interpretirt, aber es sey darauf bestanden, daß diese Kammer sofort einberufen werde. Diese Kammer sey jetzt versammelt, und nun wollen Mitglieder Steine auf sie werfen. Wenn das Volk kein Vertrauen zu ihr hätte, so würden nicht so viel Petitionen aus allen Theilen des Landes eintreffen.

Die Kammer verlangt nach dem Schluß.) Stockinger: Jeder habe seine Gedanken und auch er die seinen; er verzichtet nicht auf seine Ueberzeugung, seine Worte gelten nicht allein der Ehre der Kammer, sondern des Ministeriums, er glaube, daß wir die öffentliche Meinung nicht gehörig repräsentiren. Dek. Bauer fragt, was man öffentliche Meinung nenne? Die Pfälzer wollen ein provisorisches Wahlgesetz und sonst nichts, die diesseitigen Kreise aber wollen vor Allem das Ablösungsgesetz u. s. w. Ein provisorisches Wahlgesetz sey eine Schmähung. Der 1. Sekr.: In wenigen Tagen werde man die Antwort lesen auf die Adresse von Kaiserslautern, woraus man die Ansichten der pfälzischen Abgeordneten ersehen werde. Er habe nur beklagt, daß die Gesetze, welche er verlange, nicht schon früher gekommen sind.

Diese sehr heftige Diskussion nahm die Zeit der für die Berathung der auf der Tagesordnung weiter anberaumten Gegenstände in Anspruch und die Sitzung wurde daher auf morgen Nachmittag 4 Uhr vertagt. (Ende der heutigen Sitzung um halb 10 Uhr.)

* † (München 26. April.) Gestern Abend hielt der sich gebildete monarchisch-conservative Clubb seine erste Sitzung. Nach den Statuten zu schließen fürchten wir fast, daß das »conservative« in dem früher übelriechenden Sinne, Metternich- und Abel'schen Angedenkens verstanden und synonym mit reaktionär verstanden wird. Wir hoffen, daß dieß eine Täuschung, widrigenfalls werden wir nicht ermangeln, unsre Warnungssignale aufzustecken. — Die Wahlmännerwahlen gingen gut von Statten; allen Diatriben der Ultramontanen Partei ungeachtet ist dieselbe fast gänzlich unterlegen. — Auf den 28. dies sind die Wahlen zur constit. Versammlung angeordnet; München bildet den ersten, sämmtliche übrigen Bezirke von Oberbayern den zweiten Wahlbezirk; im Rathhause finden sich sämmtliche Bezirke zusammen. — Gestern wurde unser Stadtgerichtsdirektor Barth nach Erding zur Ablegung seines Glaubensbekenntnisses eingeladen.

(Bamberg, den 26. April.) Das durch die Volkswahl aus den unterfertigten Mitgliedern bestehende Komité für Volksversammlungen hat einstimmig die Annahme der Wahl erklärt und sich als solches förmlich konstituirt. Es hat sich ebenso einstimmig als die Aufgabe seiner künftigen Thätigkeit vorgezeichnet: die in der Adresse vom 4. März d. J. einzeln aufgeführten 14 Artikel auf verfassungsmäßigem Wege zu verwirklichen. Bewohner Bambergs! Wir setzen in Euch das unbedingte Vertrauen, daß Ihr das aus Eurem Gesammtwillen hervorgegangene Komité in der Durchführung dieser ebenso großen als schwierigen Aufgabe durch die Aufrechthaltung der strengsten Ordnung und öffentlichen Ruhe kräftigst unterstützen werdet. Reichert, Hoh, Titus, Ad. Ulrich, Schimbach, Demuth, Barlet, Heger, Heinkelmann, Morgenstern, Dörfer, Prell, Dotterweich, Burkart II., Eichfelder.

Aus sicherer und zuverlässiger Mittheilung wird der Bevölkerung Bambergs bekannt gegeben, daß der K. Eisenbahn-Inspektor Dr. Löhner dem ausgesprochenen Volkswillen in der Art nachgekommen, daß er sich bereits aus hiesiger Stadt entfernt hat, um seine Versetzung von dem hiesigen auf einen anderweitigen Posten im Königreich einzuleiten. (Fränk. M.)

Baden. (Karlsruhe, den 24. April, Abends.) So eben geht hier die Nachricht ein, daß in Freiburg, wo sich mehrere tausend Aufständischer eingeschlossen und verbarrikadirt hatten, von dem Oberbefehlshaber von Hoffmann die Aufforderung zur Uebergabe ergangen war. Da diese Aufforderung erfolglos blieb, so wurde die Stadt von früh halb fünf bis Mittags zwölf Uhr beschossen und dann von den nassauischen Truppen mit Sturm genommen. Die Insurgenten sind zersprengt. Die Stadt soll ziemlich gelitten haben und die Zahl der Gefallenen gegen 40 bis 50 betragen. Im Oberrhein- und im Seekreis ist das Martialgesetz verkündet worden. Hier in Karlsruhe kam es heute Nachmittag, als ein badischer Artillerist, der desertirt war, eingebracht wurde, um erschossen zu werden, zu einem Auflauf bei welchem ein anderer Artillerist, der ein Faschinenmesser gegen einen Offizier zog, zusammengehauen worden ist. (F.-O.-P.-Z.)

(Heidelberg, 21. März, Abends 9 Uhr.) So eben kommt uns folgender Bericht zu: Ministerium des Innern. Karlsruhe, 24. April 1848. Gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr, als die Truppen unter dem Kommando des Generals Hoffmann in die Stadt Freiburg einrücken wollten, kam der Zug der Aufrührer, der sich bei Todnau gesammelt hatte, bei Güntersthal vom Gebirge herab, worauf die Truppen sich gegen dieselben wendeten. Von 4 Uhr bis nach 7 Uhr wurde gefeuert. Die Rebellen zerstreuten sich fliehend, worauf die Truppen sich in die naheliegenden Orte begaben und heute früh gegen die Stadt Freiburg rückten. Die Thore waren mit Barrikaden verrammelt. An den Eingängen der Stadt hatte von 9 Uhr an ein Kleingewehrfeuer statt, und zugleich wurde die Stadt mit Kanonen beschossen. Um 11½ Uhr drangen die Truppen über die Barrikaden in die Stadt, die darin befindlichen Rebellen flüchteten sich. Die Stadt ist jetzt im Besitze der Truppen und Alles ist ganz ruhig. Bekk. (D. Z.)

Ueber die Vorfälle vom 23. erhalten wir folgenden Auszug aus einem Privatschreiben: Freiburg, 23. April, Nachts 10 Uhr. Um 2 Uhr wurden der Bürgermeister und Stadtdirektor vom General Hoffmann, der mit seiner Mannschaft jenseits der neuen Dreisambrücke stand, beschieden und ihnen aufgegeben, bis 3 Uhr die Stadt von den Bewaffneten (die dort übernachtet hatten) zu räumen, oder es werde mit Waffengewalt geschehen, — auf einmal hieß es, Hecker kommt mit einer Schaar, und wirklich kamen mindestens 2000 Männer von Güntersthal her marschirt. General Hoffmann sammelte seine disponiblen Truppen und zog ihnen entgegen. Drei Salven mit Kartätschen, am Waldhorn, der Ecke des Waldes, zerstreute sie zwar, aber mit wenig Unterbrechung dauerte eine Viertelstunde herwärts von Günthersthal das Schießen fort, und nun begann es an der Dreisambrücke mit hiesigen und Bauernbanden und dauerte bis 8 Uhr, wo das Feuer schwieg. Die Banden waren total geschlagen und haben viele Todte und Verwundete. General Hoffmann steht noch vor der Stadt. (D. Z.)

(Heidelberg, den 24. April.) Wir hatten heute hier eine Revolution, auf welche man seit zwei Tagen vorbereitet war, deren Ausgang aber glücklicher Weise unblutig, ja sogar komisch war. Die benachbarten Bauern nämlich waren im Namen der Gemeinderäthe Ohlinger und Rasp schriftlich eingeladen worden, heute in Heidelberg einzurücken, wo die Republik proklamirt werden sollte. Schon gestern war dies öffentlich bekannt und da es sich herausstellte, daß jener Aufruf ohne Wissen gedachter Männer, und unter fälschlicher Benutzung ihrer Namensunterschriften erlassen worden, nahm man den dieser Fälschung Verdächtigen, den ehemaligen Studenten Wolff fest, und heute rüstete sich das Bürgermilitär, um jeder Ruhestörung entgegenzutreten. Gegen zwei Uhr rückten etwa 300 bis 400, theils mit Gewehren, theils mit Sensen bewaffnete Bauern, größtentheils in sehr abenteuerlichem Aufzug ruhig ein, stellten sich vor dem Rathhause auf, ohne sich zu kümmern, daß sie in Zeit von 10 Minuten durch ein Quarré hiesiger Bürger und Zuziehung einer Schaar Studirender umzingelt waren. Niemand wußte, was weiter werden sollte, als plötzlich bei dem Erscheinen des Bürgermeisters Winter der Ruf: „Vivat die Republik,“ erscholl. Die Anführer der Schaar bestürmten Winter, die Republik zu proklamiren, fanden aber kein Gehör. Es machten einige Miene, in das Rathhaus zu dringen, wurden aber von den Bürgern nicht eingelassen, und nun hieß es »Nieder mit den Waffen!« Ein panischer Schrecken ergriff plötzlich die Bauern. Ruhig legten die meisten die Gewehre und Sensen nieder, etwa 40 entkamen mit denselben, da an einer Stelle der Andrang zu groß war, so daß eine Lücke in das Quarré gebrochen wurde; mehrere wurden dagegen an den Thoren entwaffnet, die meisten blieben ruhig und erklärten, sie seyen in ganz friedlicher Absicht gekommen, was denn auch als wahr anzunehmen war, da die Republikaner, d. h. die Schreier an einem Plätzchen koncentrirt waren, die übrigen hatten sich zum Mitmarschiren verstanden, ohne irgend etwas im Schilde zu führen, ruhig durften diese ihre Wagen besteigen und fuhren ganz vergnügt wieder davon. (Fr. O.-P.-Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 23. April.) Seit einiger Zeit hat sich das Bestreben des Bundestags immer mehr kund gegeben, den Fünfzigerausschuß in den Hintergrund zu drängen, und gleichsam moralisch zu annulliren. Der Ausschuß selbst hat dazu möglichst viele Gelegenheit gegeben: seine Beschlüsse ermangeln vielfach der nöthigen Kraft, und überdies verhandelt er auch noch fortwährend in geheimen Sitzungen, während nur in der Oeffentlichkeit sein Ansehen zu wurzeln vermag; alle Gegenbestrebungen von Seiten der Minorität, welche volle Oeffentlichkeit begehrt, blieben bis jetzt fruchtlos. Zu allem diesem trug der Umstand bei, daß eine große Anzahl der intelligentesten und liberalsten Mitglieder sich als Deputationen abwesend befanden. (Blum, Raveaux, Spatz, Lehne.) Jenes Streben des Bundestages gab sich namentlich während der letzten Woche auf mehrfache Weise kund. Durch ein Mitglied des Ausschusses war die Bildung einer deutschen Kriegsmarine und ein Vorschlag zur Verwirklichung dieses Gedankens in geheimer Sitzung angeregt, und dieser Antrag vom Ausschusse angenommen worden. Kaum war der deßfallsige Beschluß an den Bundestag gelangt, als dieser einen gleichen Beschluß faßte, und denselben seinerseits veröffentlichte, ohne den Ausschuß nur zu erwähnen. Sodann wurde der Plan angeregt, eine Diktatur zu bilden zur Leitung aller innern und außern Angelegenheiten Deutschlands, und diese Diktatur an drei (vom Bunde zu ernennende) Männer zu übertragen. Der Gedanke wurde von einem Mitgliede des Bundestags angeregt (der wirkliche Urheber war bis jetzt noch nicht zu entdecken.) Der Ausschuß berieth in zwei geheimen Sitzungen darüber. Als er endlich den Plan der Hauptsache nach ablehnte (dabei aber eine Centralisirung der deutschen Militäranstalten rc. selbst betrieb), erschien von Seiten des Bundes eine Veröffentlichung, welche keinen Zweifel darüber ließ, daß man den Ausschuß in dieser Sache voranzuschieben gesucht hatte. Außerdem ließ diese Verkündigung noch Manches errathen. Am meisten Unzufriedenheit mußte ein anderer eben veröffentlichter Bundesbeschluß erregen, nach welchem sich der Bundestag »vorbehält, den Tag der Eröffnung der constituirenden Nationalversammlung seinerseits »festzusetzen.« Es ist dabei auch nicht die geringste Rücksicht auf den Fünfzigerausschuß genommen, und das Ganze in einer Weise aufgefaßt, als ob es sich nur um eine neue »octroyirte« Verfassung handle. Dies ging denn doch zu weit. Lehne, Heckscher und Reh stellten in der gestrigen Sitzung Anträge hiegegen. Dieselben wurden zwar von Mathy und Andern bekämpft, zuletzt aber in der von Reh formulirten Weise angenommen. Darnach erklärt der Fünfziger-Ausschuß dem Bundestag, daß als Tag der Zusammenberufung der 1. Mai gelten müsse, daß über die Zeit der wirklichen Constituirung der Bundestag nichts zu bestimmen habe, und daß er ersucht werde, davon abzustehen, in dieser Beziehung Festsetzungen treffen zu wollen. — Mathy setzte nun den Antrag durch, zu erklären, daß man hoffe, die wirkliche Constituirung werde spätestens am 18. Mai stattfinden. (Die Minorität hatte gewünscht, daß ein solches förmliches Hinausschieben gar nicht ausgesprochen werde.) Blum entwickelte nun einen Antrag, dahin gehend: Seit drei Wochen liege nun der Beschluß des Vorparlaments vor, daß diejenigen Bundestagsgesandten ausscheiden sollten, welche zu den berüchtigten frühern Bundestagsbeschlüssen mitgewirkt hätten; — seit 3 Wochen sei dies versprochen, aber noch immer nicht erfüllt. Der Bund sei deshalb

an die Verwirklichung zu erinnern. — Nach stattgehabter Verhandlung wird dieser Antrag zum Beschluße erhoben. (N. Sprpr. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

† Ihr Bürger von Nürnberg!

Der „freie Staatsbürger" hat es für zweckdienlich erachtet, mich euch zu verdächtigen, und nennt es unredlich, daß ich meinen Gegnern Republikanismus, Kommunismus rc. vorgeworfen und behauptet: über meine Grundprincipien habe bereits das Vorparlament in Frankfurt das Verdammungsurtheil ausgesprochen. Ich will dagegen hier nur folgendes bemerken: im Vorparlament zu Frankfurt kamen meine Grundprincipien gar nicht zur Berathung und Abstimmung, wie aber das Vorparlament über mich und meine Ansichten geurtheilt hat, mögt ihr daraus ersehen, daß es mich mit 363 Stimmen in den Ausschuß gewählt hat. Mein politisches Bekenntniß habe ich drucken lassen und lege Euch dasselbe vor, und ihr werdet daraus entnehmen, ob und wie weit die Angaben meiner Gegner begründet sind. Was die Redlichkeit des Kampfes betrifft, so darf ich mich derselben wohl rühmen, denn ich bin offen aufgetreten, während meine Gegner in Nürnberg mir nicht unter das Gesicht traten, sondern meine Abreise abwarteten, um mich dann zu verdächtigen.

Wie weit eine gewisse Partei geht, könnt Ihr aus einem offenen Briefe des Herrn Titus in Bamberg entnehmen, der ein Gewebe von Lügen, Entstellungen und Niederträchtigkeiten enthält, und der absichtlich kurz vor der Wahl versendet wird, um mir eine Erwiderung darauf unmöglich zu machen, und der, obwohl an mich gerichtet, mir nur zufällig zu Gesichte kam. Ich werde diesen Brief später beantworten und Euch zeigen, was Titus und Consorten für Leute sind und was an seinen Verläumdungen Wahres ist. Jedenfalls werdet Ihr mich nicht ungehört verurtheilen. Immer aber werde ich behaupten: Wer die konstitutionelle Monarchie mit nur Einer Kammer für das deutsche Reich fordert, der weiß entweder nicht, was er will, oder er ist unredlich und will die Republik auf Schleichwegen erreichen und wird unser Vaterland in die größte Verwirrung stürzen, wenn sein Plan durchgeht.

Dr. Eisenmann.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

(Die öffentliche Ruhe und Ordnung betr.)

V o m

Magistrat der Stadt Nürnberg.

Die öffentliche Ruhe und Ordnung der Stadt ist am Abend des 24. April aus Privatrache durch gewaltsamen Angriff auf ein Bürgerhaus gestört worden, und ein Menschenleben ist nachher in Folge eines Steinwurfs zu Grund gegangen. Gestern wurden gleiche Angriffe auf ein anderes Bürgerhaus versucht, und nur durch schnelles und energisches Einschreiten der vorsorglich requirirt gewesenen bewaffneten Macht ist die Vollendung der Privatrache verhindert worden.

Mitbürger! bietet durch Wort und That Alles auf, daß solche Frevel nicht wiederkehren. Würde es aber nochmals versucht werden, so wisset, daß die bewaffnete Macht, also auch die k. Landwehr, ausdrücklich angewiesen ist, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Bereits gestern hat man vor den Augen der gewaltsamen Störer der Ruhe und Ordnung scharf laden lassen, und Alle, welche zum Schutze der Stadt berufen sind, werden nach vorausgegangener mündlicher Warnung durch einen Civilkommissär mit allem Ernste einschreiten. **Wenn dadurch Blut fließt**, so ist es die Schuld der Empörer gegen Gesetz und Ordnung, nicht der Behörden, die Beydes zum Schutz der Bürgerschaft aufrecht zu halten verpflichtet sind.

Deshalb bleibe aber auch Jeder, der seine gute Gesinnung an den Tag legen will, fern von jedem Zusammenlauf; er beherrsche seine Neugierde, er erwäge im Voraus, daß ein Andringen an den Schauplatz öffentlicher Ruhestörungen nur die Vermessenheit der Empörer aufreget, er denke an sein Leben und an die Seinigen, denn ist das Schwert aus der Scheide, die Kugel aus dem Laufe, so kann sie den Unschuldigen so leicht treffen, als die Schuldigen.

Nur durch diesen gesetzlich gebotenen Ernst wird die Ruhe und Ordnung unserer Stadt bleibend wieder befestiget, und die Scharte die Nürnbergs Ehre geschlagen wurde, ausgewetzt werden.

Nürnberg, den 26. April 1848.

Dr. B i n d e r.

Löhner v. n.

Trauer-Anzeige.

Am 25 April Mittags 12 Uhr endete unser innigst geliebter und unvergeßlicher Gatte und Vater, der Maler und Kanzleibesitzer

Herr Christoph Leonhard Deutsch,

in seinem 43 Lebensjahre. Der bedauerliche Verfall am 24. April Abends rief ihn zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, als uniformirter Landwehrmann an seinen Posten, wo er von einem Bösewicht durch einen Steinwurf oder Fußtritt am Kopfe dergestalt verwundet wurde, was am Tage darauf seinen Tod zur Folge hatte. Er war uns ein treuer Gatte und liebender Vater, und wer je Gelegenheit hatte mit ihm näher bekannt zu werden, wird seinen deutschen Biedersinn erprobt haben; durch ihn verlieren wir die Stütze unserer Familie, doch der Gedanke, ihn in einer bessern Welt verklärt wiederzufinden, gibt uns Trost und Beruhigung in unserm Schmerz.

Indem wir daher verehrten Verwandten und den vielen Freunden des Entschlafenen diese für uns so schmerzliche Trauerkunde widmen, bitten wir uns stilles Beileid nicht zu versagen.

Nürnberg, den 28. April 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Beerdigungs-Anzeige.

Freitag den 28 April, Vormittags halb 11 Uhr, findet die Beerdigung des Landwehr-Feldwebels Herrn D e u t s c h statt. Auf welche Art sein Tod herbeigeführt wurde, ist leider jedem bekannt; es ergeht daher an alle seine Kameraden und Landwehrmänner die Bitte, welche geformt sind denselben die letzte Ehre zu erweisen, sich bis 10 Uhr auf dem Trödelmarkt zu versammeln.

Trauer-Anzeige.

Das heute erfolgte Dahinscheiden unsers innigst geliebten theuern Bruders, des Lieut. im k. Infanterie-Regiments Zandt,

Herrn **Johann Leonhard Müller**,

zeigen wir anmit unseren nahen und entfernten Verwandten und Freunden an, bitten um stille Theilnahme und empfehlen uns zum ferneren Wohlwollen.

Nürnberg den 25. April 1848.

Die tieftrauernden Geschwister.

E i n l a d u n g.

Die sämmtlichen Wahlmänner werden hiermit freundlichst eingeladen, zu einer Vorberathung zum Behuf der Wahl des Abgeordneten nach Frankfurt am Main

Heute Donnerstag Abends um 6 Uhr im Bayerischen Hof

zu erscheinen.

Nürnberg, den 27. April 1848.

Im Auftrag mehrerer Wahlmänner

H. Gebhard.

Verwahrung.

Sintemal es Mode geworden ist, sich öffentlich vor der Theilnahme an dem politischen Vereine zu verwahren, so fühlen sich Unterzeichnete gedrungen, hiermit zu erklären, daß sie weder dem politischen Vereine noch dem Wahlausschuß-Vereine angehören, auch niemals irgend eine Versammlung besucht haben, vielmehr fürdersamst ihrer behaglichen Ruhe willen mit sich einig geworden sind, gar keine politische Meinung zu hegen.

Im Namen aller Zöpfe der

H a u p t z o p f.

Oeffentliche Erklärung.

Da ich bisher mit dem hiesigen politischen Verein durchaus in keiner näheren Verbindung stehe, so bringe ich dieses zur allgemeinen Kenntniß.

J. D. Matti.

Der politische Verein an die Wähler Nürnbergs.

Der politische Verein erklärt hiemit öffentlich, daß, um seinerseits jeden weitern Anlaß zu Zwitracht zu entfernen, Dr. L u n c k e n b e i n als Bewerber zur Volksvertretung beim deutschen Parlament z u r ü c k t r i t t. Der Verein, der niemals Persönlichkeiten, sondern nur die Sache, d. h. die Wahl eines freisinnigen, für des Volkes Beste begeisterten Mannes im Auge gehabt, protestirt indessen noch immer feierlich gegen die Wahl des Dr. Eisenmann, sowie eines derjenigen Männer, welche bisher als unbedingte Vorfechter für seine Candidatur aufgetreten sind. Der Verein stellt endlich an jeden Bürger Nürnbergs die Frage, ob die ganze Wahl als eine freie betrachtet werden kann, und ob nicht Einmischungen der Behörden im Interesse der Eisenmann'schen Partei von der einflußreichsten Art Statt gefunden haben, so daß der ganze Wahlakt als null und nichtig betrachtet werden könnte. Der Verein wird sich dem Ergebniß der Wahl fügen, er bittet aber auch die Wahlmänner Nürnberg's, zu bedenken, daß noch Männer von anerkannter Tüchtigkeit in unsern Mauern weilen, und daß sie verantwortlich sein werden für die Folgen, welche Dr. Eisenmann's Wahl für das Wohl und Wehe des deutschen Vaterlandes haben wird.

Der Ausschuß des politischen Vereins.

Musicalischer Verein.

Die für Donnerstag den 27. d. angekündigte Abendunterhaltung findet eingetretener Hindernisse wegen nicht statt.

Der Vorstand.

Pariser und Wiener

Umschlagtücher u. Shawls-Lager

prachtvollste Auswahl empfehlen diese Messe

Gebrüder Dombrowsky

aus Leipzig.

Das Gewölbe befindet sich auf der Schütt.

(G e s u c h.) Ein Portefeuiller-Arbeiter oder ein Buchbindergehülfe, der im Goldpressen bewandert ist, wird sogleich anzunehmen gesucht. Auch kann daselbst ein Lehrling zur Buchbinderei und Portefeuillergeschäft unterkommen. S. Nro. 366 in der Albrecht-Dürer-Strasse.

Haus-Verkauf.

Ein gut ausgebautes Haus in der Jakobsstraße (Steig) ist zu verkaufen und kann täglich eingesehen werden.

(A n z e i g e) Soeben ist angekommen und in der von Ebner'schen Buchhandlung in Nürnberg zu haben:

Offener Brief

an

Dr. Eisenmann.

Preis 3 kr.

(Z u v e r m i e t h e n.) Im Stöpselgäßchen S. Nro 691 sind zwei Wohnungen kommendes Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Z u v e r l e i h e n.) 2000 fl. sind auf erste Hypothek gegen doppelten Werth in hiesiger Stadt zu verleihen.

(E i n s t a n d s m a n n.) Ein ausgedienter Soldat wünscht einstehen zu können. Näheres in S. Nro. 1385 in der Beckschlagergasse.

(Z u v e r k a u f e n.) Schöne diverse blühbare Georginen, in großen Wurzeln, sind billig zu verkaufen.

(Z u v e r k a u f e n.) Eine Nachtigall (Nachtvogel) ist zu verkaufen. S. Nr. 1470 in der Münzgasse.

Z u v e r k a u f e n) Ein Gewehr, Säbel und Patrontasche ist zu verkaufen.

(A n z e i g e) Holländische Zinscoupons, holländische 10 fl Stücke, und preußische Cassenanweisungen (Tresorscheine) werden zu vollem Werthe einzuwechseln gesucht. S. Nr. 1376 äußere Laufergasse im ersten Stock.

(G e s u c h.) Ein junger starker Mensch vom Lande, der auch mit Pferden umgehen kann, wünscht als Kutscher, Ausläufer oder Hausknecht unterzukommen. Pfannenschmiedgasse Nro 528.

(Gesuch.) Solide Frauenzimmer, welche im Stern- und Rosensticken gut bewandert sind, können dauernde Beschäftigung erhalten.

(Gesuch.) In der Lammsgasse sucht man die Mittelfränkische Zeitung mitzulesen, sowie auch das Intelligenzblatt.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag, 28. April. „Richelieu, oder der erste Waffengang." Lustspiel in 2 Akten. Frei nach dem Französischen von F. H e i n e.

Nachmittags 3 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29. April 1848. № 120. Samstag: Sibylla.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 27. April.) [Fünfzehnte öffentl. Sitzung der Kammer der Abg. am 26. Nachmittags 4 Uhr.] Am Ministertische: die Min.-Räthe Sutner, Lehner und Kleinschrod, später die HH. Minister Bar. v. Thon-Dittmer, Heintz und Bar. v. Lerchenfeld. Nach Verlesung des Einlaufs beginnt die Berathung über den Gef.-Entw.: „Einige Abänderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betr. Der Ausschuß hat zu diesem Gesetze verschiedene Modifikationen gemacht, zu denen einige vom Abg. Stockinger und Rabl hinzukommen, in welcher Fassung der Gef.-Entwurf mit allen gegen 1 Stimme (des II. Präsidenten) angenommen wurde. Die Debatte, bei welcher die Abg. Deininger, Schnetzer, Dr. Müller, Prof. Edel als Referent, Rabl, Schlund, Unterberger und Min.-Rath Kleinschrod sich betheiligten, hatte mehr ein juristisches Interesse, weshalb ich durch deren Mittheilung Ihnen nicht den Raum für Interessanteres entziehen will, indem ich mich darauf beschränke, Ihnen den formulirten Beschluß mitzutheilen. — Nun kam die Berathung des Gesetzes „Eine Anleihe im Wege freiwilliger Subskription“ an die Reihe. Die allgemeine Debatte eröffnete der zweite Präsident mit dem Antrag, den Gef.-Entwurf noch einmal an den Ausschuß zurückzuverweisen, damit die Frage über die Ausgabe von Partialschuldscheinen, wie er sie im vorigen Landtage beantragt, zuerst erörtert werden. Uebrigens soll ein Theil des Anlehens für die Ablösung verwendet, zuvor müsse aber über diese Beschluß gefaßt seyn. Der Finanzminister erklärt sich kräftig gegen diesen Antrag, weil dadurch die Berathung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit verschoben würde. Wenn man den Gef.-Entwurf nicht wolle, so möge man es lieber gleich offen erklären. Die Ablösung könne nach der Verordnung des 15. März ja auch jetzt schon stattfinden und seyen auch wirklich bedeutende Verträge abgeschlossen. Die Industrie warte mit Schmerzen auf Unterstützung, die ihr die Regierung nicht bieten könne, da die Budget-Position längst erschöpft sey. Die Verbacher Eisenbahn würde sich in 8 Tagen zur Einstellung ihrer Arbeiten genöthigt sehen; wenn man die Berathung über das Anlehen verschiebe, so wolle er die Verantwortlichkeit nicht übernehmen. (Der Minister entschuldigte seine aufgeregte Sprachweise, die angestrengte Arbeit sey die Ursache, indem er heute schon wieder 16 Stunden ununterbrochen beschäftigt sey.) Bestelmeyer findet die Verweisung in den Ausschuß nicht zweckmäßig, und würde ein neues Gesetz vorziehen. Dek. Vogel gesteht zu, daß beide Gesetze im Ausschusse sehr übereilt berathen wurden, wunscht aber dennoch, daß die Vornahme dieses Gef.-Entwurfs sogleich geschehe. Redner verbreitet sich über unseren Finanzzustand mit vieler Einsicht, und erklärt ihn trotz dem neuen Anlehen als vortrefflich.

Der I. Sekr. erklärt sich für den Antrag des II. Präsidenten. Gestrige Scenen wolle er nicht wiederholen, aber bemerken müsse er, wenn das Gesetz heute berathen würde, so würde er und seine Pfälzer Collegen gegen das Gesetz stimmen. Abg. Sattler ist gegen Zurückweisung, man solle nur jetzt nicht die Verlegenheit der Regierung vermehren, wo Handel und Industrie auf Unterstützung warten. Im ähnlichen Sinne äußert sich Bar. Schätzler; gestern sei ja die Zusage der schon heute oder morgen einzubringenden Gesetze über die ständische Initiative und die Wahlen bestimmt geschehen. — Der II. Sekr. dankt dem Abg. Stockincker, daß er bestimmt ausgesprochen, was der II. Präs. nur verdeckt sagte, daß man aus politischen Gründen den Gesetzentwurf vertagen soll; man solle ihn gleichsam als Geißel zurückhalten, bis die verlangten Gesetze vorgelegt seien. Dieß sei aber offenbar ein Mißtrauen gegen die Minister, welche dieses nicht verdienen, indem sie allen Erwartungen bis jetzt entsprochen haben. Man dürfe das Vertrauen des Volkes zu denselben nicht erschüttern. Der Vorschlag des II. Präsidenten bezüglich der Ausgabe von Partialschuldscheinen sei unausführbar. Der I. Sekr. erwiedert, daß er nach seiner gegebenen Erklärung sich zwar nicht weiter an der Debatte betheiligen wolle; die Minister würden wohl kein Vertrauensvotum verlangen und die Pfälzer würden ein solches auch nicht so leicht geben. Herr Dr. Schwindl habe zu allen Zeiten allen Ministern Vertrauensvota gegeben. Er wolle lieber dem Volk zuerst die geistigen Güter erringen, dann die materiellen. Der II. Präs. verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er versteckt sprach; stets war seine Gewohnheit, frei und offen aufzutreten. Dr. Schwindl widerspricht dem I. Sekr. und fordert ihn auf, zu sagen, wann er je ein Vertrauensvotum ausgesprochen habe. Heute habe er es für heilige Pflicht erachtet, ein solches zu geben; die Regierung müsse jetzt die Mittel haben; es sei eine böse Zeit, wo Saturn seine eigenen Kinder verschlinge. Den II. Präsid. habe er stets für einen ehrlichen und offenen Biedermann gehalten, parlamentarische Taktik besitze derselbe aber so gut wie Andere!

Bar. v. Rotenhan. Es handle sich nicht um ein Vertrauensvotum, sondern um ein Votum der Vaterlandsliebe. Die Regierung muß alle Mittel erhalten, um den von Innen und nach Außen drohenden Gefahren kräftigst begegnen zu können; die Truppen müssen ausgerüstet, die Industrie unterstützt werden; man könne dieß nicht aufschieben. Wozu auch? Das Wahl- und Initiativgesetz sey bereits zugesagt, wenn er nicht wäre, so lägen beide Gesetze bereits auf dem Ministertische; er könne also diese Auflehnung gegen das Gesetz nicht begreifen. Sattler äußert sein vollstes Vertrauen für die jetzigen Minister, von denen er wünsche, daß sie noch recht lange am Ministertische sitzen mögen. Christmann: Die Adresse auf die Thronrede sey auch von Vaterlandsliebe diktirt worden; ihre Wünsche seyen aber unerfüllt geblieben. Durch diese 7 Millionen werde die Ruhe des Landes nicht gesichert, wohl aber durch Gewährung geistiger Güter. — Staatsminister Heintz: Die Minister wollten bis jetzt sich nicht in die Debatte mischen, weil es sich um ein Mißtrauensvotum handelte; denn so nehme er die Absicht des I. Sekretärs und seiner pfälzischen Kollegen; aber bedauern müsse er, daß man hiezu einen das materielle Wohl des Volkes betreffenden Gesetz-Entwurf wählte, den man vereiteln wolle. Ein solches Mißtrauensvotum hier auszusprechen, sey nichts mehr und nichts weniger, als Deutschland seines Schutzes berauben, sei nichts mehr und nichts weniger, als der Anarchie Thür und Thor öffnen, sey nichts mehr und nichts weniger, als der Industrie die Unterstützung entziehen, sey nichts mehr und nichts weniger als der am Hungertuche nagenden Armuth die nöthige Hülfe versagen. — (Ein furchtbarer Sturm erhebt sich, selbst die Gallerien geben Beifallszeichen und Zischlaute von sich, eine Menge Stimmen rufen durcheinander, viele begehren das Wort, andere den Schluß, wieder andere wollen Abstimmung; der Präsident sieht sich genöthigt, die Glocke zu handhaben, endlich erhebt sich Dek. Bauer, um gegen den vielseitig verlangten Schluß zu sprechen und erhält das Wort.)

Dekan Bauer führt gewichtige Gründe an, warum die Debatte jetzt nicht unterbrochen werden dürfe. — Die Kammer beschließt die Fortsetzung. Der I. Sekretär: Von einem Mißtrauensvotum sey keine Rede, er habe Vertagung gewünscht, damit die Pfälzer beistimmen können. Wenn sie Mißtrauen hegen würden, so könnten sie die verlangten Fonds den Ministern ja überhaupt nicht anvertrauen. Sie wollen diese Fonds ihnen aber gewähren, jedoch erst dann, wenn dem Volke auch die gewünschten geistigen Güter bewilligt seyen. Man verlange Volksbewaffnung! Verlange man etwa diese, um Unruhen zu befördern und nicht gerade für Aufrechthaltung der Ordnung? Die Pfalz sey bei einem Angriff von Frankreich her zuerst ausgesetzt, sie wolle Volksbewaffnung, um sich schützen zu können. Das Militär habe man vermehrt; diese Kosten wären aber zu ersparen gewesen, wenn vollständige Volksbewaffnung bestände. Industrie und Armuth haben keinen besseren Vertreter als die Pfälzer, aber diesen seyen die materiellen Güter nicht Alles. — Dekan Bauer kann trotz aller Bemühung des vorhergehenden Redners sich nicht überzeugen, daß er kein Mißtrauensvotum beabsichtigte. Er spreche immer von geistigen Gütern, sey denn die Vorlage der Wahl- und Initiativgesetze nicht gesichert? Wenn man nun dieser Zusage nicht traue, was sey dies anders, als ein Mißtrauensvotum? Das Ministerium habe bereits ein freisinniges Preßgesetz eingebracht, zu welchem fast gar keine Aenderung nöthig war; sey dies nicht ein geistiges Gut? — Noch verbreitet sich Dekan Goetz über die Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieses Anlehens, das sogleich in Berathung genommen werden möge. (Rufe: Schluß, Schluß!) Professor Edel macht den Versuch, daß die Kammer sich in Frieden einige. Sie habe sich ja schon bei wichtigeren — bei Prinzipienfragen geeinigt. Dem Vaterlande sey nicht gedient, wenn sich die Kammer spalte. Alle haben die Initiative verlangt; sie sey bereits zugesagt, und es handle sich also nur um ein oder zwei Tage Geduld. Den Pfälzern kann es mit der Verwerfung des Gesetz-Entwurfes nicht Ernst seyn, sie wolle nur als eine Art Zwangsmittel das Anlehensgesetz zurückhalten. Möge man für heute die Debatte aussetzen, da es schon sehr spät sey; die Pfälzer werden sich gewiß noch mit uns einigen. Die Minister, die fast den ganzen Tag im Staatsrathe waren, seyen wohl ebenfalls sehr müde, man könne wohl morgen die Debatte fortsetzen. Die Kammer nimmt den Vorschlag mit Beifall an. Die Debatte wurde auf heute vertagt. — Vor dem Schlusse der Sitzung übergibt der Staatsminister des Innern den Gesetz-Entwurf: „Die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung,“ (welche auf den Prinzipien des Parlamentswahlgesetzes basirt ist) und den Gesetz-Entwurf: die ständische Initiative betreffend. Nun, erklärt der I. Sekretär Stockinger, nachdem diese Gesetz-Entwürfe vorgelegt seyn, werden die Pfälzer auch dem Anlehensgesetze beistimmen. — Die Sitzung wurde auf heute Vormittag um 9 Uhr vertagt, die oben erwähnten Gesetz-Entwürfe werden wir mit nächster Post nachtragen. — Die Kammer der Reichsräthe nimmt heute in einer auf 11 Uhr anberaumten öffentlichen Sitzung das Preßgesetz in Berathung.

(München 27. April. Der Bundestagsgesandte, Geh. Rath Willich wurde auf dessen wiederholtes Ansuchen in Berücksichtigung seines zunehmenden Augenleidens von seinem Posten abberufen und mit seinem Standesgehalt in Disponibilität versetzt, wobei sich aber der König vorbehalten, von dessen ausgezeichneten Diensten wieder Gebrauch zu machen, sobald die Gesundheitsumstände Willichs solches gestatten. An seiner Stelle wurde der königl. Kämmerer und Abgeordnete Frhr. v. Closen zum bayerischen Bundestagsgesandten ernannt. Der bisherige Bezirksrichter Hr. Emil Cotta ist zum Appellationsgerichtsrath in Zweibrücken befördert worden. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 28. April.) Heute Morgen traten die Wahlmänner des betreffenden Bezirks in dem kleinen Rathhaussaale zusammen und vollzogen das ihnen obliegende Geschäft. Das glänzende Resultat ist folgendes: Dr. Eisenmann wurde einstimmig zum Deputirten für die konstituirende Volksversammlung zu Frankfurt a. M. gewählt und nach einem von ihm vorgelesenen Briefe nimmt derselbe die Wahl auch an. Als erster Ersatzmann wurde der kgl. Advokat Dr. Krafft, als zweiter der kgl. Stadtgerichtsassessor Dr. Kalb designirt.

(Augsburg 26. April.) Mit einer gewissen ängstlichen Spannung sieht man hier der Entscheidung der Regierung über das Sparcassengesetz entgegen. Es enthält dieses Gesetz eine Ungerechtigkeit und eine Unmöglichkeit zugleich, indem es einerseits die Baar-Rückzahlung beschränkt, andrerseits diese den besondern Sparcassenverwaltungen auf-

legt, welche selbst nur 4proc. Papiere erhalten. Augsburg zählt etwa 10,000 Einleger mit einem Gesammtcapital von 1,150,000 fl. Kommt das Gesetz zu Stande, und werden den einzelnen Sparcassenverwaltungen wie bei dem erwachenden Mißtrauen nicht anders zu erwarten, auch nur die Einlagen von 100 und resp. 200 fl. baar abverlangt, so könnte die Sparcassenverwaltung in den Fall kommen, 7 bis 800,000 fl. zu bezahlen, deren Aufbringung unter den gegenwärtigen Umständen zu den Unmöglichkeiten gehört. Es wird wohl kaum etwas anders übrig bleiben, als daß die Regierung erklärt: die Baar-Rückzahlungen der Sparcassen sollen wie bisher ohne allen Anstand fortdauern. Jeder andere Weg würde Verwirrung ohne Ende hervorrufen. (A. A. Z.)

Baden. (Freiburg, 21. April.) Das Feuer endete gestern gegen 7 Uhr Abends, ohne bestimmten Ausgang für die eine oder die andere Seite; beide hatten aber viele Verwundete und Todte, hierzu auch Offiziere und Anführer gerechnet. Die Nacht selbst verging ruhig. Aber Böses mußte auf heute befürchtet werden. Da das Militär während der Nacht ausserhalb der Stadt lagerte, zog sich ein Theil der Insurgenten in dieselbe zurück, und verbarrikadirte mit den Bürgern die hauptsächlichsten Eingänge, namentlich die Schwaben-, Breisacher- und Zähringerthore. Diesen Morgen um 7 Uhr kamen frische nassauer Truppen an. Alsbald eröffneten die Freischärler das Feuer auf dieselben, und tödteten ihren Anführer. Jetzt entbrannten diese vor Zorn, und sogleich begann der gemeinsame Angriff der Hessen und Badener gegen die Stadt. Mit mehreren groben Geschützen gab es einen fürchterlichen Kampf. Die Bürger mit dem fremden Gesindel (denn hierbei befand sich weder Hecker's noch Struve's Schaar) ohne alle Anführung und Ordnung wurden total geschlagen. In wilder Flucht lösten sie sich auf. Man sagt, daß selbst Bürger auf Bürger geschossen haben. Bald nach der Einnahme der Stadt schlug den sogenannten Erzliberalen eine fürchterliche Stunde. Sie wurden nach einander gefänglich eingezogen. Die Angesehensten davon sind der neu gewählte Bürgermeister Rotteck, ferner Advokat Rotteck, Emmerling, Ulmer und andere. Diesen werden noch viele nachfolgen müssen, wenn nicht neue Angriffe von Aussen die Regimenter anderswohin verlangen. Abends 4 Uhr. Generalmarsch wird geschlagen; es heißt, Herwegh mit 10,000 Mann rücke an. Struve und Hecker halten fortwährend die Waldungen bei Güntersthal und Horben besetzt. Ein schweres Geschick liegt somit noch über Freiburg. Die hauptsächlichsten Gefechte waren bis jetzt vor dem Schwabenthor in der Wiehre und bei der Eisenbahn. Die in dieser Richtung liegenden Strassen sind furchtbar mitgenommen. Mehrere Bürger, worunter Dr. v. Waenker, Mädchen etc. wurden in den Zimmern durch Kugeln verwundet. Auf heute Nacht wird sich die Militärmacht bedeutend verstärken, man spricht von 8000 bis 10,000 Mann. Soll sich bewahrheiten, daß Herwegh, Struve und Hecker mit ihren Kräften sich auf die Stadt werfen, so entsteht ein mörderischer Kampf, und man darf über dessen Ausgang zu Gedanken sich kaum Raum lassen. Die Erbitterung der Soldaten ist schrecklich. Verwundete und Todte von Truppen und Freischaaren füllen das hiesige Spital. Mehr als 200 Freischaaren sind als Gefangene im hiesigen Kasernenhofe, worunter sich die oben genannten befinden. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Von der Oos, den 24. April.) Fünfundzwanzig Freischärler, welche bei Freiburg gefangen wurden, sind heute Mittag, zwei und zwei aneinander gebunden, nach Rastatt in die Kasematten gebracht worden. Es sind meistens Bauern und Handwerksburschen. Einer der Soldaten, welcher die Gefangenen begleitet, hat im Kampfe eine Fahne der Freischärler erbeutet. Generallieutenant Hoffmann zog seine Uhr aus der Tasche und machte sie dem Soldaten zum Geschenk. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mannheim, den 25. April.) Die Nassauer werden hier von verschiedenen Seiten nicht gern gesehen; es kam auch bereits zu Neckereien und kleinen Thätlichkeiten, die übrigens sonst keine politische Bedeutung haben. An diese Truppen soll der Herzog vor ihrem Abmarsche 80,000 fl. als besonderes Handgeld ausbezahlt haben. Es dürfte dieses nicht unbegründet sein, wenigstens zeigen diese Soldaten viel Geld. Hier herrscht vorerst noch Ruhe. (Schw. M.)

(Aus Mittelbaden, den 25. April, Morgens.) Gestern am Ostermontag ist Freiburg mit Sturm genommen worden. Schon Morgens haben die Aufständischen, deren Zahl wir nicht anzugeben vermögen, die aber offenbar sehr stark waren, mit ihren der Stadt genommenen Kanonen den Kampf begonnen und auf die Truppen gefeuert. Nun gab Genrallieutenant Hoffmann den Befehl zu einem allgemeinen Angriff. Die Geschütze feuerten zunächst mit Kartätschen und zerstörten die Barrikaden. Die Wirkung muß sehr kräftig gewesen seyn; denn alsbald rückten die hessischen Scharfschützen vor und brachten den Republikanern viele Verluste bei. Hinter den Hessen drein stürmte die übrige badische Infanterie vor, wobei namentlich die fünfte Campagnie des 4. Regiments mit gefälltem Bajonett eindrang. Der Kampf mag ein sehr blutiger gewesen seyn; denn die Republikaner standen nicht bloß in den Straßen den Truppen gegenüber, sondern es wurde sogar aus den Kellerlöchern und von den Dächern auf dieselben geschossen. Aber die hessischen und badischen Truppen haben mit einem Muthe und mit einer Ausdauer gefochten, die bewundernswerth waren, vor Allem die 5. Kompagnie des 4. Regiments, welche eine alte Scharte ruhmvoll ausgewetzt. Die Republikaner wurden durch die Straßen bis auf den Karlsplatz getrieben. Dort hat ein Peletonfeuer sie völlig geworfen. Es sollen ihrer eine große Anzahl geblieben seyn. Der Rest flüchtete sich auf die nahen Anhöhen in die Wälder. Soviel über diese blutige Entscheidung. Nähere Einzelnheiten werden die amtlichen Berichte wohl heute schon bringen. (Frankf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 27. April.) 40. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 25. April 1848. In der heutigen Sitzung wurde der neue Gesandte der provisor. Regierung für Holstein, Professor v. Madai eingeführt. Preussen zeugte an, daß der General v. Wrangel zum Oberbefehlshaber der preussischen und der zum 10. Armeekorps gehörigen in Schleswig-Holstein agirenden Truppen ernannt worden sei, worauf diesem General der nach der Kriegsverfassung auszustellende Revers zugefertigt und derselbe angewiesen wurde, künftig seine Berichte unmittelbar an den Militär-Ausschuß zu richten. Verschiedene Anzeigen des Oberbefehlshabers des 7ten und 8ten Armeekorps über die Operationen der Truppen im badischen Oberlande wurden verlesen, bei welcher Gelegenheit der badische Gesandte sich anerkennend über die Treue, den Eifer und die Tapferkeit der operirenden Bundestruppen aussprach. Der nassauer Gesandte zeigte an, daß die nassauer Brigade vom Obristen v. Ahlefeld befehligt würde. Der badische Gesandte zeigte an, daß die Wahlen zur Nationalversammlung im ersten Drittheil des Monats Mai im Großherzogthum Baden würden bewerkstelligt sein; der Gesandte für Luxemburg, daß in Luxemburg und Limburg die nöthigen Einleitungen zur Vornahme der Wählen getroffen seien. Der österreichische Gesandte zeigte an, daß in allen österreichischen zum deutschen Bunde gehörigen Ländern die Wahlen zur Nationalversammlung eingeleitet seien, die Abgeordneten aber vor dem 18. k. Mts. nicht würden in Frankfurt eintreffen können und deßhalb die Verlegung der Eröffnung der Nationalversammlung bis zu jenem Zeitpunkt beantragt werden müsse, weil sonst Oesterreich die Beschlüsse einer ohne Mitwirkung seiner Deputirten zusammentretenden Versammlung nicht als bindend anerkennen könne. Diese Anzeigen wurden dem Revisions-Ausschuß zur baldigen Begutachtung überwiesen. Der Militär-Ausschuß erstattete über viele Militärangelegenheiten Berichte, namentlich die Armirungskosten der Festung Mainz, die Anschaffung von Pontons für dieselbe, die Bestreitung mehrerer Ausgaben der Festung Luxemburg u. s. w. — Aus Veranlassung eines Berichts der Militär-Kommission wurde die großherzoglich hessische Regierung ersucht, unverzüglich zu bewirken, daß nicht im Widerspruch mit den §§. 14 und 15 der Festungsreglements die Bürgerbewaffnung in Mainz unabhängig vom Festungsgouvernement ausgeführt werde, sondern die Bestimmungen jener §§. genau beachtet würden. Die Eingabe vieler Einwohner von Lauenburg, die Erfüllung der Bundespflichten von Seiten des Fürstenthums Lauenburg betreffend, wurde einer Kommission zur Begutachtung überwiesen, ebenso eine Anzeige der hannöverschen Regierung daß sie auf Requisition der lauenburger Regierung Truppen zu deren Disposition gestellt habe, zum Schutz des Landes gegen innere Unruhen. Der hannöversche Gesandte zeigte ferner an, daß seine Regierung die erforderlichen Vorkehrungen zum Schutz ihrer Küsten getroffen habe, dieserhalb auch mit den Hansestädten in Benehmen getreten sei. Der luxemburgische und der meklenburgische Gesandte zeigen an, daß ihre Regierung der Aufforderung des Bundes gemäß die Ausfuhr der Pferde verboten hätten. Der badische Gesandte beantragte eine, wenn auch nur provisor. Festsetzung angemessener Bestimmungen bezüglich der für die Verpflegung von Bundestruppen in andern Bundesstaaten zu leistenden Vergütungen, welcher Antrag einer Kommission zur Begutachtung überwiesen wurde. Dasselbe wurde hinsichtlich einer Eingabe des Ausschusses des Vereins für die Leitung der Auswanderung beschlossen, worin dieser Ausschuß bat, die Bundesversammlung möge sich mit ihm wegen Beförderung der nationalen Zwecke des Vereins ins Benehmen setzen. Eine gleiche Beschlußnahme erfolgte auf einen Antrag der bayerischen Regierung wegen Verschaffung der erforderlichen Räume zur Kasernirung der Besatzungstruppen in Ulm auf Kosten des Bundes. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 25. April.) [Oeffentliche Sitzung des Fünfzigerausschusses vom 25. April, Nachmittags 4 Uhr.] Für die nach Böhmen bestimmte Deputation, welche heute noch abreisen wird, wurden Kuranda und Abegg, und, als letzterer aus Gesundheitsrücksichten die Wahl ablehnte, Wächter gewählt. Nach einer Mittheilung von Schott, daß die würtembergischen Wahlen zur konstituirenden Versammlung morgen beginnen würden, wurde der Entwurf der heute Morgen beschlossenen Proklamation nach Baden von Reh vorgelegt. Nachdem beschlossen worden war, daß in derselben nicht blos (wie in dem Entwurfe in sehr entschiedener Weise) gegen die Aufständischen sich ausgesprochen, sondern auch noch die Anerkennung der von der badischen Regierung ergriffenen Masregeln, sowie die Erwartung ausgedrückt werde, daß dieselbe von allen Seiten kräftige Unterstützung finden würde, wurde der Entwurf zur Vervollständigung an die Kommission zurückgewiesen. Sodann kam die, bereits früher berührte und an eine Kommission überwiesene Frage über die Zulässigkeit der gleichzeitigen Berufung von konstituirenden Versammlungen in einzelnen deutschen Ländern (während der Dauer der allgemeinen deutschen konstituirenden Versammlung), zur Berathung. Es wurde nach Antrag der Kommission beschlossen, der Bundesversammlung zur Beschlußnahme und geeigneten Ausführung mitzutheilen, daß nach der Ansicht des Ausschusses es dem Einzelnen, welcher gleichzeitig zu der konstituirenden Versammlung und für die Kammer eines besondern Landes gewählt werde, frei stehen solle, beide Wahlen oder erstere anzunehmen, und daß dieß als gesetzlicher Grund für Urlaub oder Ablehnung der Wahl für eine Landeskammer zu gelten habe; 2) daß es wünschenswerth erscheine, daß während der Dauer der konstituirenden Versammlung die Landtage in den einzelnen Ländern nur in den dringendsten Fällen zusammengerufen werden; 3) daß der Ausschuß der Ueberzeugung sey, daß konstituirende Versammlungen in den einzelnen Ländern nicht vor Beendigung des allgemeinen deutschen Verfassungswerks zusammentreten sollten, damit nicht Beschlüsse, die den, für letzteres angenommenen Grundsätzen widersprechen, gefaßt würden. Bei der Berathung wurde hervorgehoben, daß hierbei dringend nothwendige Einrichtungen, wie solche z. B. für Oesterreich erwähnt wurden, nicht ausgeschlossen wären. Schließlich begründete Wiesner einen schon früher eingebrachten Antrag, daß den Tirolern, die gerade jetzt ihre und die deutschen Grenzen gegen italienische Angriffe zu vertheidigen hätten, die Sympathien Deutschlands in entschiedener Weise zu erkennen gegeben und gleichzeitig, da nach den eingegangenen Nachrichten einzelne Theile des südlichen Tyrols von italienischen Freischaaren besetzt seyen, dem König von Sardinien, als faktischem italienischem Oberfeldherrn, durch die Bundesversammlung die Aufforderung zugehen solle, das deutsche Gebiet bei Vermeidung des im Weigerungsfalle nach der Wiener Schlußakte. (Art. 39) eintretenden Kriegsstandes unverzüglich zu räumen Im Laufe der Verhandlung wurde angeführt, daß die Tiroler, ihrer eigenen nach Wien gerichteten Erklärung nach, selbst im Stande seyen, die Freischaaren abzuwehren und dies bereits mit Erfolg gethan hätten. Es sey deßhalb zu dem zweiten Theil des Antrags keine Veranlassung, da auch nicht sardinische Truppen, sondern bloß Freischaaren den Einfall gemacht hätten. Besonders Schuselka und Bissing (aus Oesterreich) machten ersteres unter Bezugnahme auf ihnen zugegangene Mittheilungen geltend. Hiernach wurde beschlossen, sich zunächst auf eine Proklamation zu beschränken, zu deren Entwerfung eine Kommission niedergesetzt wurde. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 26. April.) Der Fünfziger-Ausschuß hielt heute Vormittag und Nachmittags Sitzungen, und die Hauptverhandlung war die auf der Tagesordnung gestandene Polenfrage. — Bei Eröffnung der Vormittagssitzung entspann sich alsbald, nach einer aus Posen gemachten Eingabe, eine lebhafte Diskussion. Es wurde nämlich in dieser Eingabe beantragt, einen Deputirten aus Posen in den Ausschuß aufzunehmen, was aber nicht angenommen, ja nicht einmal beliebt wurde, einem solchen Deputirten eine berathende Stimme im Ausschusse zu verleihen. — Auf die später vom Präsidenten v. Soiron und vom Vicepräsidenten Blum vor-

gelesenen neuen Briefe aus Baden, entspann sich eine Debatte über die Glaubwürdigkeit dieser Berichte, worin Blum und Mathy hart aneinander rannten, die aber den Wunsch laut werden ließ, in Zukunft nur beglaubigte Mittheilungen zur öffentlichen Kenntniß gelangen zu lassen. — Pagenstecher erstattete darauf im Namen der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten tief eingehenden Bericht über die Polenfrage, und stellte einen aus sechs Artikeln bestehenden Antrag, gegen den aber mehrere Kommissions-Mitglieder Einsprache thaten. In der Nachmittagssitzung sollte deßhalb ein neu formulirter Antrag vorgelegt werden, und sobald diese eröffnet war, erklärte der Präsident, die Kommission habe sich dahin vereinigt, daß nur der einfache Antrag gestellt werden solle: eine Depution nach Posen zu senden, um die Verhältnisse genau zu ermitteln. — Es entspann sich nun eine überaus lange und lebhafte Debatte, an welcher fast alle Mitglieder Theil nahmen, mehrere u. a. Reh, Venedey, Blum und Schuselka rc. unbedingt für Wiederherstellung Polens sprachen, andere vermitteln wollten, jeder aber fast einen andern Antrag stellte. (N. W. Z.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Im Fürstenthum Sigmaringen sind statt der früher beabsichtigten indirekten Wahlen, zu welchen bereits die Wahlmänner aus dem sogenannten Unterlande in der Residenz eingetroffen waren, nunmehr auch direkte Wahlen angeordnet. (Sweb. M.)

Oesterreich. (Wien, 23 April.) Man darf jeden Tag darauf gefaßt sein, die Nachricht einer Revolution aus den Donaufürstenthümern zu hören. Das Gerücht der Verjagung der Hospodare in Jassy und Bucharest hat sich zwar bis jetzt nicht bestätigt, aber der Wille dazu ist im Volke vorhanden, die Aufregung ist groß, und mit jedem Tage wächst der Sturm auf dem flachen Land, wo der Bauer, wie in Galizien, auch das Joch der Edelleute abschütteln, oder sie todtschlagen will. Die liberale Partei der gebildeten Städter verlangt ausgedehnte Reformen, Volksvertretung, Preßfreiheit. In Bulgarien, am ganzen Donauufer von Belgrad bis zu den Sulina-Mündungen spukt ebenso der revolutionäre Geist, der das türkische Joch und das russische Protektorat sich zu gleicher Zeit vom Halse schaffen will. In Galizien sind die Edelleute und alle Polenfreunde in Verzweiflung; denn alle Versuche selbst mit gänzlichem Nachlaß der Robot, den Bauer für die polnische Sache zu gewinnen sind, gescheitert. Von Tarnow bis Lemberg stehen hunderttausende Dreschflegel, Mistgabeln und Sensen erhoben, nicht um die polnischen Flüchtlinge aus Frankreich zur Wiederherstellung des alten Polens zu unterstützen, sondern vielmehr sie beim ersten Versuch dazu sammt den Edelleuten und die ganze in Schnürröcke gekleidete fashionable polnische Gesellschaft zu spießen und todtzudreschen. Wahrlich, schlimme, sehr schlimme Aussichten für Polens Wiedergeburt! Furchtbar rächt sich die Sünde des Feudalunwesens, welche der polnische Adel heute wieder gut zu machen sucht — aber nun erheben auch die polnischen Bauern den großen Völkerschrei unserer Tage: es ist zu spät! (A. A. Z.)

(Bozen, den 23. April.) Seit dem 15. März ist die Stellung eines Jesuitencoadjutors an der Spitze des tiroler Guberniums eine unhaltbare geworden, man kann nicht zugleich der Konstitution und der Geistesknechtung, dem Engel der Freiheit und dem Dämon der Finsterniß dienen. Dies sollen die Herren, die stets die evangelische Wahrheit und Taubeneinfalt im Munde führen, erkennen. Die Jesuiten in kurzen und langen Röcken, dünkt es freilich besser, die mühsam erschlichenen Sitze so lange möglich zu wahren, letztere bieten sogar der Innsbrucker Bürgerschaft Trotz, indem sie in den umliegenden Dörfern Unterschriften für eine Erklärung sammeln, die sich für ihr Bleiben ausspricht, und mit der Hülfe der Bauern drohen. Sie halten sich jedes Opfers werth, gälte es auch die Ruhe der Stadt und das Blut der Bürger. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 24. April.) In Folge des von der dänischen Regierung an ihre Kriegs-Marine ertheilten Befehls, die deutschen Schiffe aufzubringen, ist der Königlich preussische Gesandte angewiesen worden, unverzüglich seine Pässe zu fordern, da dieser Schritt, der noch vor dem Ueberschreiten der Bundesgrenze durch die deutschen Truppen gethan worden, einer Kriegs-Erklärung von Seiten Dänemarks gleich zu achten ist. Die Bundes-Versammlung hat den hanseatischen Gesandten, Senator Banks, nach London gesandt, nicht um neue Unterhandlungen anzuknüpfen, sondern um dem englischen Kabinet die Lage der Sachen einfach darzustellen, den allgemeinen deutschen Gesichtspunkt ihm gegenüber auszusprechen; zugleich auch, um zu sehen, welche Maßregeln sich zu schleuniger Herstellung einer deutschen Marine und Wahrung der deutschen Handels-Interessen treffen lassen; er wird in beiden Beziehungen gemeinsam mit dem Königlich preussischen Gesandten, Dr. Bunsen, handeln, da Preussen in dieser ganzen Angelegenheit sich vollkommen mit dem Bunde identifizirt. Auf Ansuchen der Hansestädte hat die Königlich hannoversche Regierung Einleitungen getroffen, um durch die schleunigste Herstellung von Küsten-Batterien die Elb-Schifffahrt zu sichern. (A. Pr. Z.)

(Provinz Sachsen, den 23. April.) In allen, selbst den kleinsten Städten unserer Provinz, sind Bürger- und Volksversammlungen, so in Schraplau, Mücheln, Querfurt und Schkölen, obgleich es nicht an reaktionären Bestrebungen fehlt. So verbot der Probst H. drei Lehrern in Sch., die als vollberechtigte Staatsbürger an den Bürgerversammlungen lebhaften Antheil nahmen, den Besuch dieser Versammlungen, und als man sein Verbot mißachtete, reichte er eine Denunciation beim Ephorus ein, der nicht ermangelt hat, dieselbe an die vorgesetzte Behörde zu befördern. (Frkft. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Leipzig, 24. April.) Gestern Abend ging durch Leipzig die Ordre vom Bundestage, die sächsische Armee sofort mobil zu machen. (L. A. Bl.)

Schleswig-Holstein. Ein Extrablatt der allg. preuß. Zeitung bringt folgende Nachricht von dem Expeditions-Corps in Schleswig: Berlin, 25. April. Ein so eben eingegangener Bericht aus Schleswig vom 23. April, 3 Uhr Nachmittags, enthält Folgendes: „Die Königlich preussischen Truppen haben heute, wie ich gestern im voraus gemeldet, Rendsburg verlassen und waren bis dicht vor Schleswig (an den alten Dänenwall) vorgerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Der General der Kavallerie, von Wrangel, hatte ursprünglich den Plan gehabt, den Angriff der sehr festen dänischen Position bis auf den folgenden Tag aufzuschieben, wo der General-Lieutenant Halkett mit seinen Truppen in einer Zahl von 5—6000 Mann zur Unterstützung heranzurücken versprochen hatte. Vor Schleswig indeß angekommen, änderte der General von Wrangel seinen Plan und beschloß, mit den unter dem Kommando des General-Lieutenant Fürsten Radziwill stehenden Königlich preussischen Truppen die sehr feste Stellung der dänischen Armee in der Front anzugreifen. Der Erfolg des um 11 Uhr beginnenden Gefechtes war für die preussischen Waffen um so ehrenvoller, als demselben ein Marsch von 4 Meilen vorhergegangen war. Daß dieser Erfolg an dem folgenden Tage und mit vermehrten Streitkräften ein noch größerer gewesen wäre, glaube ich behaupten zu dürfen. So wie er sich darstellt, ist er indeß glänzend. Die Königl. Truppen sind nach einem fast ausschließlich mit der Avantgarde unter Leitung des General-Lieutenants Fürsten Radziwill geführten blutigen Treffen im Besitze der ganzen festen Stellung vor Schleswig und des südlichen Theiles der Stadt bis an den nach dem Schlosse Gottorp führenden, so viel wir wissen, von den Dänen minirten Damm. Das Schloß und der nördliche Theil der Stadt sind noch im Besitz der Dänen; es scheint mir indeß sehr wahrscheinlich, daß dieser Besitz nicht von Dauer seyn wird, indem die unter dem General von Bonin den rechten Flügel der dänischen Position umgehende Kolonne, wenn sie im Vorrücken bleibt, den Dänen ein längeres Halten des Schlosses und des nördlichen Theiles der Stadt unmöglich machen wird. Bis jetzt sind wir ohne Meldungen von den rechts über Missunde vorgehenden holsteinischen Truppen und Freischaaren, und wissen von der Kolonne des General von Bonin nur, daß sie im Marsche begriffen war, um sich auf die Rückzugslinie der Dänen zu werfen. — Nachschrift. Nach einem etwas späteren Berichte aus dem Hauptquartier Schleswig wurde am Nachmittag des 23. noch eine Umgehung der Stadt ausgeführt, wodurch die Dänen sich veranlaßt sahen, das Schloß Gottorp zu verlassen. Die Truppen drangen dabei siegreich über Königswill bis auf die schleswig flensburger Chaussee vor."

Griechenland.

(Athen, den 9. April.) Das Revolutionsfest vom 25. März bis 6. April brachte eine Amnestie, wovon die Generale Th. Grivas und Griziotis und der Major Votzaris ausgenommen sind. Halbe Maßregel. Abends wurden zwanzig Studenten von einer Kavalleriepatrouille niedergeritten und mit Säbelhieben traktirt, weil sie Arm in Arm die Breite der Hauptstraße einehmend, unter dem Rufe: „es lebe Griechenland, die Freiheit, der konstitutionelle König, die französische Republik, das regelmäßige Militär", nach dem Palaste zogen, eine Adresse zu überreichen. Auch ein schwangeres Weib wurde zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Zwei Beschädigte trug man hinweg, als der Haufe der Zuschauer, welcher in wilder Flucht in einem Seitengäßchen sich übereinander wälzte, verlaufen war. Mehrere Studenten sind verwundet. Ein Deutscher wurde mit Blut bespritzt, hatte aber Geistesgegenwart genug, sich an den Steigbügel eines Reiters anzuklammern, und setzte so über die Niedergestürzten hinweg. Selbst ein Offizier hat auf die Wehrlosen eingehauen. Die Adresse an Nationalgarde wurde indessen von den übrigen Studenten überreicht. So hätte denn die Agitation begonnen. Sie ist jedoch keineswegs gegen das Königthum gerichtet. Die Opposition meint es gut mit dem König, sagte neulich Rendis, der bekannte Volksvertreter bei der Nationalversammlung vom 3. Sept. 43. — wir wollen ihn uns gerne gefallen lassen, wie er ist, und noch warten bis unsre Zeit kömmt, wenn nur durch Einigkeit und Zusammenhalten im Innern ein kräftiges Auftreten nach Außen möglich wird. Die Republik will Niemand, denn nach Xanthos, des alten Häteristen, treffenden Worten, würden sich ohne König die Griechen untereinander aufzehren. Menschliche Kräfte andererseits übersteigt es, sie noch lange in diesem Prokrustes Bette zurückzuhalten, in welches sie die heilige Allianz eingeklemmt und die Metternichsche Politik angeschmiedet hat. Von der griech. Bevölkerung, welche eine Million beträgt, sind nur 742,500 Eingeborne des Königreichs. Die Uebrigen sehnen sich in ihre Heimath zurück, mit der sie in ununterbrochener Verbindung stehen. Diese verschiedenen Heimathen aber sind von sieben Millionen Griechen bewohnt, deren Recht auf Freiheit nicht verjährt ist. Die Gesandten von Oesterreich und Preußen bereiten sich zur Abreise vor. Ihr Wirken war kein segenreiches. Möchte doch bald der neue deutsche Bundestag einen Botschafter schicken mit der Ermächtigung, sich aus den deutschen Philhelenen einen tüchtigen Schreiber und einige Konsuls auszuwählen. Oberst Johann Stratos ist in der Klissura bei Missolonghi in einem Hinterhalt gefallen und, nachdem er, schon verwundet, den Räuberchef durch einen Pistolenschuß getödtet hatte, von den übrigen ermordet worden. In dieser Zeit ein trauriger Tod für einen tapferen Mann. (D. Z.)

Italien

Ein uns eben aus Triest vom 23. April zukommendes Schreiben bringt eine Bekanntmachung aus Nugents Hauptquartier. Derselbe hat Udine zu beschießen begonnen. Die provisorische Regierung leitete am folgenden Morgen die Kapitulation ein, und setzte am 22. Nachmittags mit Nugent die Präliminarien zur Unterwerfung von ganz Friaul fest. (A. A. Z.)

(Bülletin aus Botzen, den 23. April.) Am 21. haben die Oesterreicher bei Bevilacqua eine 500 Mann starke Schaar von Kreuzfahrern und päpstlichen Freiwilligen geschlagen, und sind als Sieger in Cologna (links der Etsch, in der südlichen Mitte von Verona und Padua) eingezogen. Am 24. April. Schloß und Ort Bevilacqua sind den Flammen übergeben. Am 19. unternahmen die Piemontesen (nach der Aussage eines Gefangenen zwei Infanterieregimenter, ein Cavallerieregiment und eine Batterie von acht Geschützen) eine Demonstration gegen das Fort Belfiore, wurden aber von der Mantuanischen Besatzung mit Verlust zurückgetrieben. Der Gefangene sagte ferner aus, daß unter den piemontesischen Truppen große Unzufriedenheit und Mißmuth herrsche und häufige Desertionen vorkommen. (A. A. Z.)

Rußland.

Die letzte Nummer des »Warschauer Couriers« bringt die Nachricht, daß sich auf Veranlassung des Fürsten-Statthalters eine Deputation der vier ersten Magnaten Polens, an deren Spitze Krasinski, nach Petersburg zum Kaiser begeben werde, um denselben zu bitten, das ehemalige Königreich Polen in der Verfassung, wie es vor der Revolution gewesen, wieder herzustellen und die geeigneten Schritte dahin zu thun, daß die jetzt dabei nicht befindlichen Theile desselben gleichfalls unter russischem Zepter vereinigt würden. Unter den letzten sind jedenfalls Galizien und Posen verstanden. Nimmt man nun an, daß der Fürst-Statthalter hierbei schwerlich aus sich selbst gehandelt habe, so ist diese Nachricht sehr bedeutungsvoll für Deutschland.

Schweiz.

(Basel, den 24. April.) Wir sind bis an die Zähne bewaffnet, um den Zuzug von bewaffneten Freischaaren abzuhalten. Aber obschon z. B. unser Comtoir und die Offizin sechs Mann gestellt hat, so haben wir doch nicht hindern können, daß ganze Schaaren unbewaffneter Handwerksbursche die Gränze überschreiten und die vorausgeschickten Waffen jenseits zur Hand nehmen. Hecker, der gestern Abend noch sich in St. Louis aufhielt und seine Sache für verloren ansah, ist dennoch heute in der Frühe mit beiläufig 1000 Deutschfranzosen über den Rhein gegangen und hat sich, um das Militär zu vermeiden, nach der gleichen Gegend begeben, wo er den 20. geschlagen worden ist.

(Schwb. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten widmen wir die schmerzliche Kunde, daß heute Abend 6 Uhr unsere theuerste, unvergeßliche Gattin, Mutter, Schwester, Schwieger-, Großmutter und Tante,

Frau Sibilla Barbara Knoll,
geb. Büchel,

in dem Alter von 71 Jahren und im 44. einer beglückten Ehe nach kurzem aber schweren Leiden von uns geschieden ist.

Noch war es ihr vergönnt, vor ihrem Scheiden sich von dem Kreise aller der Ihrigen umgeben zu sehen. — Eine treue, fleißige Gattin, eine für das Wohl ihrer Kinder bis zum letzten Lebenshauche unermüdlich besorgte gute Mutter sinkt in die stille Gruft.

Thränen der innigsten Liebe und des heißesten Dankes folgen ihr nach. — Nur der Glaube, daß ihr die Erde leicht sei und ein dereinstiges frohes Wiedersehen kann uns in unserm gerechten Schmerz stärken

Schenken Sie der theuren Entschlafenen ein stilles Andenken, uns aber Ihre fernere Freundschaft und Gewogenheit.

Nürnberg und Rothenburg a. Tauber,
den 26 April 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen

Oeffentlicher Dank.

Der Abtheilung des Bürgermilitärs so wie der unmondirten Landwehrkompagnie und der Stadtwehr mache ich hiemit für ihr schnelles Einschreiten bei der mich am 24 d. bedrohten Gefahr meinen herzlichsten Dank. Leider haben diese Herren gegen die rohen Rotten nichts ausrichten können, weil sie, - aus welchen Gründen ist nicht bekannt, von den auf dem Platze aufgestellten Linienmilitär in ihrem Unternehmen nicht unterstützt wurden Insbesondere aber unterlasse ich nicht, der k. Kavallerie für ihr rechtliches energisches Einschreiten, denn diese war es, welche den Platz räumte und so die Ruhe herstellte und mein Haus vor gänzlicher Demolirung schützte, besondern Dank abzustatten, der ihr im vollen Maaße gebührt. Möge die Vorsehung alle meine Mitbürger vor ähnlichen Gefahren stets bewahren und mir Gelegenheit zu Theil werden lassen, ihnen, sowohl als auch der k. Chevauxlegers-Abtheilung dienen zu können. Zugleich erkläre ich hiemit, daß die im Nürnberger Kurier und im Korrespondenten v. u. f. Deutschland enthaltenen Angaben über den Thatbestand, der diesen Tumult veranlaßte, entstellt sind.

Johann Bierlein,
Gastwirth zum Erbgroßherzog von Hessen.

Lebewohl.

Bey unserer Abreise von hier nach München, sagen wir allen geschätzten Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl, und bitten uns Ihre Freundschaft auch in der Ferne zu bewahren.

J. G. Meyer, Bureaudiener der k. Eisenbahnkassa.
B. Meyer, geb. Heimbrecht

Abschied.

Das nach Schleswig-Holstein aus hiesiger Stadt abgezogene Freikorps entledigt sich hiemit der unabweisbaren Pflicht, allen biedern Nürnbergern, welche zu der Ausrüstung desselben beigetragen, und ihnen die letzten Stunden vor dem bewegten Abschiede noch so viel wie möglich erheiterten, worunter namentlich Herr Schenk im Wiener Salon, und Herr Guth im Hirschlein, den herzlichsten Dank darzubringen. Die freundlichen Gesinnungen, welche dem Freikorps in Nürnberg so vielfach zu Theil geworden sind, sollen es zu seinem ernsten deutschen Berufe begleiten, und es in dem Kampfe für die heilige Sache des Vaterlandes mit Kraft und Muth neu beleben.

Kulmbach, den 24. April 1848.

Das gesammte Freikorps für Schleswig-Holstein.

Annonçe.

Ich ersuche Herrn K. B. E. A. M sich am 2 Mai Nachm. 2 Uhr im Gasthaus zum Mondschein in Gostenhof einzufinden, um sich mit mir zu besprechen.

Z.

Einladung.

Zu der nächsten Sonntag den 30. April stattfindenden Feier des Vestner-Jahresfestes lade ich meine schätzbaren Freunde und Gönner, so wie ein verehrliches Gesammt-Publikum zu einem recht zahlreichen Besuch ergebenst ein.

Johann Schmidt, zum grünen Maulbeerbaum nächst der Veste.

(Verloren.) Ein neuer Kinderhandschuh ist verloren worden. Man bittet um gefällige Zurückgabe in der Exped. d. Bl.

Zwinger-Eröffnung.

Ich gebe mir hiemit die Ehre, einem hochverehrten Gesammt-Publikum so wie meinen werthen Gönnern und Freunden die ergebenste Anzeige darzubringen, daß ich heute

Sonnabend den 29. April

auf meinem Zwinger die Wirthschaft eröffne.

Die vollständige Orchester-Musik wird die besten und beliebtesten Musikstücke produziren, und ich werde mit verschiedenen kalten und warmen Speisen und Getränken, so wie mit sehr gutem Felsenkellerbier aus der Brauerei des Herrn F. Farrnbacher alle meine verehrten Gäste auf das billigste und prompteste zufrieden zu stellen suchen; auch wird zur Erhöhung des Vergnügens am Abend Illumination des Zwingers nebst bengalischen Flammen stattfinden, daher ich recht zahlreichem Besuch vertrauensvoll entgegensehe.

Die musikalische Produktion beginnt Nachmittags 4 Uhr, und findet ein Entree von 6 kr. à Person statt. — Hiebei erlaube ich mir noch zu bemerken, daß mein Zwinger jeden Mittwoch ausschließend nur für die Versammlungen der verehrten Gesellschaft des Singvereins geöffnet ist.

Schlüßlich empfehle ich noch denjenigen verehrten Personen, welche für diesen Sommer die Wasserkur gebrauchen wollen, frisches Mineral-Wasser, das ich stets vorräthig halte.

J. G. Kißkalt.

Babette Braun,

Holländische Waffelbäckerin, empfiehlt sich während der Messe mit ihren jeden Tag frischgebackenen ächt Holländischen Waffeln, sowie mit einer ganz neuen Sorte magenstärkender Zimmtwaffeln und bittet um gütigen Zuspruch.

Ihre Bude befindet sich gegenüber der Heuwaage.

Versteigerung.

Dienstag den 2. Mai l. Jhrs., Nachmittags 2 Uhr, werden im Hause Nro. 118 zu St. Joh auf der Bucherstraße folgende Gegenstände:

Sopha Sessel, Kommode, Bettstätten ꝛc., von Kirschbaum und Eichenholz und mehrere Haus-Geräthschaften gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Anzeige.

Den Freunden des verstorbenen Herrn Malers Deutsch diene zur Anzeige, daß dessen Portrait in Nro. 163 der Oberwöhrdstraße über 2 Stiegen zu haben ist.

Bade-Anstalt.

Samstag den 29. April ist meine Bade-Anstalt im Wildbad auf der Schütt zur gefälligen Benützung geöffnet, so daß ohne Vorausbestellung gebadet und abonnirt werden kann, welche ich einem geehrten Publikum gehorsamst empfehle.

Nürnberg, 28. April 1848.

Bromig, Badmeister.

Lebewohl.

Bei der in Folge der Verlegung der kgl. Eisenbahnbau-Commission von hier nach München heute stattfindenden Abreise, wünschen wir allen Freunden und Bekannten, von denen wir nicht mehr persönlich Abschied nehmen konnten, ein herzliches

„Lebewohl“

und bitten um ferneres Wohlwollen

Nürnberg, am 29. April 1848

Schler.
Ponater.
Mercy
Erhardt.
Röder

Allmoshof.

Sonntag den 30. April ist Tanzmusik, wozu ergebenst einladet

Wild.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Samstag den 29. d ist Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

J. Neubauer.

(Gesuch.) 6000 fl. werden gegen dreifache Versicherung und vierteljährige Zinsenzahlung aufzunehmen gesucht, und die Brandversicherung beträgt 6200 fl. — Näheres in der Exped. d. Bl.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 30 d. „Harmonie-Musik“ vom Blechfertett des Herrn Sprecher; da nicht gesammelt wird, so ist ein Entree mit 3 kr. festgesetzt. Sehr gutes Lager-Bier von Herrn Lederer jun., wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Schloßzwinger.

Zur Feier des Vestner Jahresfestes empfiehlt sich zum gefälligen Besuch, wobei Sonnabend, Sonntag und Montag Musik stattfindet.

Fuchs.

(Anzeige) Frisches Reh-Wildpret ist um die billigsten Preise zu haben in der Schulgasse bei

Jacob Sonnenleiter.

(Anzeige.) Einem verehrten Publikum mache ich die ergebenste Anzeige, daß ich zum erstenmale die Messe mit einer großen Auswahl Korbgalanterie-Arbeiten bezogen habe, und bitte um gütige Abnahme.

Mein Platz ist am Spital.

Michael Geißler, Korbmacher
Wohnhaft auf dem Milchmarkt

(Vertauschter Regenschirm.) Am Charfreitag Vormittag wurde im Gasthof zum Wallfisch ein neuer schwarzseidener Regenschirm mitgenommen und ein anderer ganz ähnlicher, aber älterer und größerer Schirm zurückgelassen Es ist dies aus Versehen geschehen und bittet man solchen in obigem Gasthof wieder umzutauschen.

(Zu verkaufen.) Eine Parthie altes grobes Eisen, schwere Axen und 6zöllige geschmiedete Reife, auch 4 Stück neue Reife, schmale, sind im schwarzen Kreuz am Neuenthor zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Fünf Stuck sardinische Obligationen, Ziehung den 1 Mai a. c., werden verkauft und ist Nähe es zu erfragen in der Theresienstraße S Nro. 551. —

(Zu vermiethen.) Es ist ein Logis mit 5 Zimmern, Kammern, Küche, Keller und sonstigen Bequemlichkeiten bis Ziel Lorenzi zu vermiethen in L. Nr. 524.

Zu vermiethen.) Im Eckpfelgäßchen S. Nro. 691 sind zwei Wohnungen kommendes Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Eine kleine galvanische Säule ist zu verkaufen in S. Nr. 1029 der Judengasse.

(Literatur.) So eben ist erschienen und in Nürnberg durch J A. Stein zu beziehen:

Volksbedürfnisse und Reformen.

1)

Generalia.

Preis 3 kr.

2)

Proletarier und Proletariat.

Preis 15 kr

Lotterie.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

21 83 17 67 20

Deutschland.

Bayern. C (Nürnberg, 27. April.) Im Distrikte des Schreibers dieser Zeilen, ist die Wahl folgender Maaßen vor sich gegangen. Wir hatten einen mehr leidenden als leitenden Wahlkommissär. Am Vorabend wurde eine vorberathende Wahlversammlung gehalten. Nicht der Wahlkommissär, sondern ein anderer Mann machte da denn Sprecher. Dieser Mann wurde zum Wahlmann gewählt. Am anderen Tage machte wieder nicht der Wahlkommissär, sondern ein Advokat den Sprecher. Dieser Advokat wurde gleichfalls gewählt; außer ihm noch der Wahlkommissär selbst und ein ihm beigegebener Distriktsvorsteher. Wir haben gegen diese Männer gar nichts auszusetzen, allein es geht daraus die Erfahrung hervor: Es werden diejenigen gewählt, welche bei der Leitung der Wahl officiell betheiligt sind, oder sich dieselbe ohne Beruf aneignen. Dieß ist auch kaum anders möglich, wenn man verlangt, daß innerhalb der Distrikte gewählt werden soll, ohne daß man bei dem Wahlakt die Namen derjenigen kund gibt, die im Distrikte wohnen. Es sind sich die nächsten Bekannten im Wahlzimmer begegnet, ohne daß sie vorher gewußt haben, daß sie zu dem nämlichen Distrikt gehören. Die Wahlen wären weit besser durch die ganze Stadt frei geblieben und man hätte dabei nicht absolute, sondern nur relative Stimmenmehrheit verlangen sollen.

* (Nürnberg, 27. April.) Die Urwahlen für die deutsche Parlamentsangelegenheit haben hier folgendes Resultat ergeben. Als Wahlmänner stehen fest:

1) Popp, Kaufmann, Vorstand der Gemeindebevollmächtigten. 2) Dr. Mehmel. 3) Hertel, Apotheker. 4) Lützelberger, Pfarrer. 5) Auernheimer, Gastwirth und Gemeindebevollmächtigter. 6) Pabst, J. G., Spielwaarenfabrikant. 7) Merkel, J., Kaufmann und Handelsappellationsgerichts-Assessor. 8) Schröder, T. Leonh., Hafnermeister und Distriktsvorsteher. 9) Crämer, C. W., Kaufmann, Gemeindebevollmächtigter und Vorstand der mittelfränkischen Handelskammer. 10) Toussaint, Dr., kgl. Advokat. 11) Korte, k. Advokat. 12) Geißler, P. C., Kupferstecher und Armenpflegschaftsrath. 13) Günther, Ludwig, Kaufmann. 14) Winter, F. C., Conditor und Gemeindebevollmächtigter. 15) v. Tucher, k. Kreis- und Stadtgerichtsrath. 16) Dr. Zehler, prakt. Arzt. 17) Dr. Krafft, kgl. Advokat. 18) Schmidt, Moritz, Kaufmann. 19) v. Königsthal, k. Advokat und Consulent. 20) Krafft, Kaufmann. 21) Neßmann, Kaufmann und Magistratsrath. 22) Engelhardt, Kaufmann und Armenpflegschaftsrath. 23) Mainberger, Carl, Eisenbahn-Director. 24) Zahn, J. W., Kaufmann und Handelsgerichtsassessor. 25) Orth, Christian Abdias, Kaufmann. 26) Barthelmeß Dr. Richard, prakt. Arzt. 27) Rudolph, Johann Andr., Brauereibes. 28) Müller, Andr., Kaufm. 29) Memminger, Hr., Kfm. 30) v. Oelhafen, kgl. Hauptmann. 31) Ringler, Erhard, Schullehrer. 32) Langhans, J. Andreas, Webermeister. 33) Schanz, Heinrich, Kaufmann und Gemeindebevollmächtigter. 34) Fleischmann, C. W., Kaufmann. 35) Fink, Christian, Kaufmann. 36) Briegleb, Ottomar, Kaufmann und Gemeindebevollmächtigter. 37) Fuchs, Paul Christian, Drathfabrikant. 38) Ismayer, Johann Michael, Flaschnermeister und Distriktsvorsteher. 39) Bromig, Johann Christoph, Badmeister. 40) Wünsch, Gottlieb, Kaufmann. 41) Dr. Schwarz, prakt. Arzt. 42) Daßdorf, Martin, Chirurg. 43) Klein, Johann Georg, Pfragner und Kirchenpfleger. 44) Müller, Eduard, Apotheker. 45) Hammer, Wilhelm, kgl. Appellationsgerichts-Accessist. 46) Ernst, Ludwig, Oekonom. 47) Klein, Theodor, Saamenhändler. 48) Lohrer, J. M., Schullehrer und Cantor. 49) Dr. Kalb, königl. Kreis- und Stadtgerichts-Assessor. 50) Waydelin, Karl, Kaufmann und Gemeindebevollmächtigter. 51) Heinlein, Gg., Essigfabrikant und Distriktsvorsteher. 52) Merkel, Apotheker und Magistrathsrath. 53) Dr. Dietz, kgl. Professor. 54) Göschel, Apotheker und Sekretair der Gemeindebevollmächtigten. 55) Lindner, k. Advokat. 56) Wich, Goldarbeiter und Distriktsvorsteher. 57) Schrag, Johann Leonhard. 58) Merk, J. Chr., Marktsvorsteher. 59) Solger, städtischer Baurath. 60) Cnopf, C. C., Baquier. 61) Dr. Göschel, prakt. Arzt. 62) Gebhardt, Kaufmann. 63) Fleischmann, Gg., Nadelfabrikant. 64) Lindner, Joh. Carl, Güterbestätter. 65) Dr. Rose, Heinrich, kgl. Rektor. 66) Domeyer, Fr., Kaufmann. 67) Reif, Johann Georg, Bierbrauereibesitzer. 68) Stahl, Johann, Wagnermeister. 69) Baader, Max, Gastwirth in Galgenhof. 70) Heller, Johann Jakob, Mechanikus. 71) Pillhofer, Großpfragner und Distriktsvorsteher. 72) Mendel, Jakob, Tünchnergeselle in Tafelhof. 73) Lehner, Gottlieb, Kaufmann. 74) Frhr. v. Sundahl, k. Oberpostrath u. Landwehr-Generalmajor. 75) Wagner, Johann Conrad, Kaufmann. 76) Link, Johann Jakob, Kaufmann. 77) Farnbacher, Friedrich, Brauereibesitzer. 78) Engelhardt, August. 79) Schroll, G. H., Kaufmann. 80) Hüttlinger, J. Jakob, Kaufmann. 81) Richter, Gastgeber zum fränkischen Hof. 82) Birkner, Joachim, Kaufmann. 83) Stein, Carl, Privatier. Neumann, Fr., Großpfragner. 84) Kalb, Johann, Zinngießermeister und Gemeindebevollmächtigter. 86) Bär, Leonhard, Buchbindermeister. 87) Toberer, J. H., Kaufmann. 88) Zeltner, Brauereibesitzer. 89) Schroll, J. C. sen., Kaufmann. 90) Eckert, J. N., Zündholzfabrikant u. Distriktsvorsteher. 91) Elßmann, Ferdinand, Apotheker. 92) Drechsler, Johann David, Kaufmann.

Freie Städte. (Frankfurt, den 25. April.) Der 50iger Ausschuß hielt heute Vor- und Nachmittags öffentliche Sitzungen und zwar in dem Kaisersaal im Römer. Es wurde unter Anderm auf Kuranda's Anregung und Reh's Antrag und auf die Unterstützung der österreichischen Deputirten beschlossen, eine Deputation nach Böhmen zu senden, um den Deutschland feindlichen Excessen entgegen zu wirken. Kuranda und Wächter wurden gewählt, und reisten alsogleich ab. — Präsident v. Soiron machte darauf Mittheilung über die Zustände und die neuesten Ereignisse in Baden, welche bei dem tapfern Geiste der Truppen und den getroffenen Maßregeln beruhigend lauten, obwohl der Aufstand an Ausdehnung gewonnen. An diese Mittheilung fügten Reh und Biedermann den Antrag an, eine Proklamation und eine Erklärung zu erlassen, welcher auch angenommen, aber Nachmittags wegen der gegen Reh's vorgelesenen Proklamation gemachten Einwände beschlossen wurde, morgen eine andere Proklamation vorzulegen. — Der von Jacobi erstattete Bericht der Wahlcommission hatte eine lange Debatte zur Folge, in welcher mannigfache Beschwerden erläutert wurden, namentlich auch in Betreff des Wahlcensus in Bayern, doch ging man zur Tagsordnung über, und überließ es dem Parlament, über die Wahlen zu richten. (N. Wrz. Z.)

Hessen. (Mainz, 21. April.) Endlich tritt hier dem Wühlen der Republikaner eine Widerstandskraft entgegen. Veranlaßt durch die grenzenlose Extravaganz der ultrarepublikanischen Mainzer Zeitung, haben sich die Konstitutionellen zusammengeschaart, um der Welt zu zeigen, daß diese Tendenz der Mainzer Zeitung nicht die Tendenz der Mainzer Bevölkerung, sondern nur die Tendenz einer kleinen Koterie ist, die Deutschlands Wohl nur in dem Umsturz aller Verhältnisse finden zu können glaubt. Die Zahl dieser für die konstitutionelle Monarchie mit der breitesten demokratischen Unterlage gestimmten hiesigen Bewohner aller Stände ist sehr groß und ganz geeignet, den Ausdruck der Bevölkerung darzustellen. Der erste Schritt, den man that, besteht darin, daß man beschloß, sich von der Mainzer Zeitung abzuwenden und ein neues politisches Organ zu gründen, das vom eben bezeichneten konstitutionellen Standpunkte die Zeitfragen behandelt. Dieses politische Organ wird auf Aktien gegründet, und das Unternehmen hat bereits einen guten Fortgang. Aber dabei blieb man nicht stehen; vielmehr tritt auch eine „konstitutionelle Association" zusammen, eine sociale Verbindung, deren Mitglieder sich zu dem politischen Glauben bekennen, der in der neuen Zeitung seinen Ausdruck nimmt und die auch zusammenhalten gegen Angriffe, von welcher Seite sie kommen mögen. Endlich hat man von Seite dieser Konstitutionellen eine Loyalitätsadresse an den Minister v. Gagern vorgeschlagen, angenommen und mit Tausenden von Unterschriften bedeckt. (D. Z.)

Preussen. (Aus der Provinz Preussen, 18. April.) Die Dänen drohen unseren Handel zu zerstören, und die deutsche Bundes-Versammlung, was kann sie anders beschließen, als die sofortige Bewaffnung unserer Handelsmarine, als die Ausrüstung von Kapern, als die Organisirung des kleinen Krieges zur See, als die schleunige Deckung unserer Hafenorte? O nein! Sie beschließt, die preussische Regierung zu ersuchen, daß sie, wo möglich, durch Vertrag mit einer Seemacht für den Schutz der deutschen Küsten- und Seestädte Vorsorge treffen möge! Wahrhaftig, unsere deutschen Seeleute an der Nord- und Ostsee werden sich schämen, daß der deutsche Bund ihnen nicht zutraut, sie würden gegen das kleine Dänemark das unternehmen, was vor noch nicht einem Menschenalter die Griechen gegen die Türken gethan haben, und was einst das damals kleine England gegen die unüberwindliche Armada eines Königs unternahm, in dessen Reiche die Sonne nicht unterging. Das Vorwärts, welches Sie nach Kundwerdung des ersten Bundesbeschusses gegen Dänemark dem Könige von Preussen zuriefen, wir rufen es jetzt allen den deutschen Männern zu, deren Heimath das Meer ist! An ihnen ist es, endlich die Schmach zu rächen, welche die Dänen durch die Sperrung des Sundes uns angethan haben und welche sie jetzt durch ihre Drohungen gegen unsere Schifffahrt zu verzehnfachen sich nicht entblöden. Oder wollt Ihr bei den Engländern oder gar bei den Holländern betteln gehen, daß sie der wehrlosen Deutschen sich erbarmen? Vorwärts! Vorwärts! Rettet euch und uns vor dem Schimpfe, den das kleine Inselvolk auf uns schleudert! Vor Allem Ihr, Städte der alten Hansa! gedenket der Zeiten, wo Ihr die Herren unserer deutschen Meere waret und die dänischen Könige Eure Vasallen! (Köln. Z.)

(Bromberg, den 18. April.) General Willisen hat gestern, mit Umgehung der hiesigen Regierung, die Landräthe des Departements benachrichtigt, daß er ihnen polnische Kommissarien an die Seite geben werde. Er hat dadurch nicht nur seine Vollmacht überschritten, sondern auch sein gegebenes Wort, daß selbst von einer vorläufigen Organisation der Netzdistrikt unberührt bleiben solle, gebrochen. Die k. Regierung hat deßhalb heute die Landräthe angewiesen, keinerlei Kommissarien neben sich zu dulden, und jede derartige Anmaßung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen. General v. Wedell wurde ersucht, die Landräthe mit Militär zu unterstützen, und beim Ministerium wurde die Abberufung Willisens beantragt. Das hiesige deutsche Comite hat den Antrag gestellt, Willisen als Landesverräther in Anklagestand zu versetzen. — Vom 20. April. So eben rückt pommersche Landwehr aus Neu-Stettin bei uns ein. Der General v. Wedell besetzt in unserm Departement die von den polnischen Insurgenten geplünderten und beraubten kleinen Städte. Diejenigen Insurgenten, welche sich in Znin verschanzt hatten, sind beim bloßen Anzuge der preuß. Truppen davongelaufen; sie sammeln sich aber in den nächsten Orten und führen einen förmlichen Guerillakrieg. In Pakosc herrschte noch gestern die vollständigste Anarchie, indem der Bürgermeister, ein Mann polnischer Nationalität, die Bekanntmachungen der königl. Regierung öffentlich vernichtete und sich auf die vom General v. Willisen verheißene Straflosigkeit bezog. (Frankf. J.)

Sachsen. Leipzig, 24. April.) Gestern Nachmittag fand hier im Saale des Coliseums die zweite Versammlung der Dienstmädchen unter dem Vorsitze des Herrn de Marle statt. Der untere Raum des Saales war für die Mädchen und jene Frauen bestimmt, die den Verhandlungen beiwohnen wollten. Männer fanden (gegen ein Entrée) auf der Gallerie Zutritt. Wir können nur bedauern, daß die Versammlung von den betheiligten Mädchen selbst nicht zahlreich besucht war. Den Vorsitz der Versammlung, die sich gleich bei Eröffnung derselben als Verein constituirte, führten sechs mit schwarz-roth-goldenen Bändern geschmückte Mädchen, die abwechselnd sprachen, und in schlichten Vorträgen auf die Nothwendigkeit hinwiesen, daß auch die bisher so wenig geachteten Dienstmädchen durch das Gesetz gegen Willkür von Seiten der Dienstherrschaften zu schützen seyen. Eine Rednerin machte auch darauf aufmerksam, daß die öffentliche Meinung sich laut genug gegen den Verein ausgesprochen, der doch nur edle Zwecke verfolge, indem er sich der Sache der Unterdrückten annehme, und Sittlichkeit zu verbreiten suche, daher eher Unterstützung als Tadel verdiene. Der Verein sucht das materielle Wohl seiner Mitglieder zu befördern, wird, mit einem Krankenunterstützungsverein verbunden, kranken Dienstmädchen Beistand leisten. Er überwacht das Betragen der Einzelnen, sucht Moralität und das Gefühl der Sittlichkeit unter seinen Mitgliedern zu erwecken, die er gegen eine ungerechte Behandlung von Seiten der Herrschaften schützen will. Der Verein will die Mädchen nicht aus ihrer Sphäre herausreißen, sondern im Gegentheil sie dafür geschickt machen, sie nicht über ihren Stand erheben, aber sie auch nicht zu Sklavinnen entwürdigen lassen. (D. A. Z.)

Frankreich.

(Straßburg, 23. April.) Nachdem gestern etwa 700 Mitglieder der deutschen Demokratenlegion von hier abgezogen waren, trafen auf den Abend wieder hundert aus dem südlichen Frankreich bei uns ein, welche diesen Morgen nun ebenfalls unsere Stadt verließen und sich nach dem Oberelsaß wendeten. Ob sie mit ihren vorangegangenen Gefährten über den Rhein kommen, wird bezweifelt, da die jenseitige Gränze allenthalben sehr stark von deutschen Bundestruppen besetzt ist. — Hier verharrt die Behörde auf dem Beschlusse, keinem der polnischen oder deutschen Flüchtlinge Waffen auszuliefern. Frankreich will mit Deutschland im Frieden bleiben. Hätte es andere Absichten, so ständen ihm mächtigere Mittel zu Gebote. — Es treffen viele

fremde bei uns ein, namentlich aus Italien, die sich nach deutschen Bädern wenden.

Großbritannien.

(London, 21. April.) Der Fürst und die Fürstin Metternich mit ihrem Gefolge langten bei der für sie gemietheten Wohnung am Hanover-Square in einem, wie die „Times“ es nennt, plebejischen Fuhrwerke an — in vier gemietheten Cabs. Der österreichische Gesandte, Graf Dietrichstein, machte sogleich seine Aufwartung und schickte einen Kurier nach Wien ab, um die glückliche Ankunft des Fürsten zu melden. Der Fürst sah sehr wohl aus. Sein alter Freund, der Herzog von Wellington, hatte sich schon Tags vorher nach seiner Ankunft persönlich erkundigt und will ihn nach seinem Landsitze einladen. Der Fürst will möglichst incognito bleiben; er hat mit seiner Gemahlin den Namen von Herrn und Madame Mittigua angenommen und beabsichtigt, sich in dem schönen, großartigen Seebade Brighton oder in Richmond, in lieblicher Gegend an der Themse, wenige Stunden oberhalb Londons, niederzulassen.

Rußland.

(St. Petersburg Anfangs April.) Der Kaiser hat nachträglich zu dem letzten Manifest erklären lassen, daß die darin ausgesprochene Defensive soweit zu verstehen sey: daß selbst dann, wenn Freischaaren die russische Grenze überschreiten würden, diese bloß zurückgeschlagen werden sollen, ohne daß Rußland in solchen einen Friedensbruch erkennen würde. Gleich nach der Erklärung Karl Alberts hat Rußland den russischen Gesandten von Turin zurückberufen und dem sardinischen zu St. Petersburg seine Pässe zustellen lassen. (Augsb. A. Z.)

Schweiz.

(Basel, den 24. April.) Das würtembergische Militär hat sich nach kurzem Aufenthalt in Säckingen wieder unerwartet gegen Waldshut gezogen, anstatt, wie allgemein erwartet wurde, die Umgegend von Lörrach zu besetzen. Dagegen ist gestern Abend zwischen 6—7 Uhr badisches Fußvolk und einige Reiterei in genannter Stadt eingezogen und sind auch die umliegenden Dörfer Brenzen, Hauingen ꝛc. militärisch besetzt worden. Von einem großen Theil der Bevölkerung sind die Truppen mit Freuden aufgenommen worden. Der untere Theil des Wiesenthales hat schon vor dieser Demonstration sich entschieden gegen die republikanischen Freischaaren ausgesprochen, Schopfheim sogar Barrikaden errichtet, um dieselben von sich abzuhalten. — Die deutschen Arbeiter, welche vorgestern durch eidgenössisches Militär bis an die badische Gränze geführt wurden, haben sich im Laufe des gestrigen Nachmittags in Grenzach gezeigt und sind bis an die Schweizergränze gekommen, um das dort befindliche badische Zollhaus zu untersuchen. Man sagt aber, daß sie nichts gefunden. Gestern Abend setzten 12 deutsche Freischaarenmänner mit einer dreifarbigen Fahne versehen, bei Hünningen über den Rhein und kündigten sich als Vortrab einer großen Schaar (sie sprachen von 800 Mann) an, die ebenfalls über den Rhein gehen wolle. Eine Bürgerwache aus Weil ließ sie bei der Schustereinsel landen; sie suchten auf Umwegen nach Grenzach zu kommen. Da sich nun wieder badische Truppen in der Gegend befinden, so dürfte dieser Tage schon der Rhein besetzt und dem weiteren Eindringen von Freischaaren begegnet werden. — Nach vielfachen Angaben befindet sich Hecker im Elsaß. (Schw. M.)

(Aus der nördlichen Schweiz, 22. April.) Die schweizerischen Behörden haben bei der republikanischen Schilderhebung im Seekreise längs der Rheingränze alles mögliche gethan, um Gränzverletzungen durch betreffende Schaaren abzuhalten. Schaffhausen hat sein gesammtes Kontingent unter die Waffen gerufen, Zürich seine Gränzen unter die Obhut des Obersten Ziegler gestellt, Aargau in die Rheinbezirke Munition gesendet, die Kommandanten derselben bevollmächtigt, nöthigen Falles Truppen aufzubieten und die Stromübergänge zu schützen, was in wenigen Stunden bewerkstelligt werden kann; in Basel läßt Oberst Frei so wohl die deutsche als die französische Gränze scharf bewachen, und hat die beabsichtigte Versammlung deutscher Bewaffneter streng untersagt. Sowohl den Aufständischen, als den würtembergischen Truppen, welche in Verfolgung der Republikaner schon bis Waldshut gedrungen sind, wurde von der Regierung von Schaffhausen der Durchzug durch schweizerisches Gebiet abgeschlagen. Uebrigens scheint die ganze Sache jetzt beendigt zu seyn. Der gewesene Obervogt, Abgeordneter und Regierungsdirektor, zuletzt republikanischer Oberbeamter Peter soll nach Kreuzlingen im Kanton Thurgau geflohen sein, Struve und Hecker haben sich mit mehreren Hundert ihrer Anhänger zunächst über die Säckinger Brücke nach Stein zwischen Laufenburg und Rheinfelden geflüchtet, und bereits suchen viele dieser Versprengten ohne Waffen (die noch Waffen haben, werden, wie der Schweizer Bote meldet, auf Befehl der aargauischen Regierung entwaffnet) auf der Straße nach Baden und Zürich wieder ihre Heimath zu gewinnen. Viele von ihnen sind nur durch Drohungen gezwungen worden, den Befehlen der Anführer Folge zu leisten, und es ist zu wünschen, daß, wenn strafend eingeschritten wird, dieser Umstand wohl beachtet werde (geschieht in vollstem Maße). Die Verbindung zwischen Hecker und Herwegh scheint hauptsächlich durch die Frau dieses letztern stattgefunden zu haben, welche mehreremale zwischen Basel und Constanz hin- und her gereist sein soll. Wenn nun auch ein neuer Versuch zu Republikanisirung Oberdeutschlands, zu dem Hecker entschlossen zu seyn scheint, gemacht werden sollte, so scheint ihm ein noch kläglicheres Ende vorausbestimmt zu sein. (S. M.)

(Zürich, den 23. April.) Gestern sind über hundert Republikaner aus Baden hier angelangt. Die Entfernung der Flüchtlinge von der Gränze wurde durch das Kommando der eidgenössischen Truppen verfügt. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

„Hie Weiblingen! hie Welf! —
Wo, deutsches Volk bist du?

In einer Nummer d. Korrespondenten v. u. f. Deutschl. mit der Ueberschrift: „Parlamentswahlen in Nürnberg,“ ist das Gemälde von einer „Koterie,“ welche sich im Schooße unsrer Stadt befinden soll, mit den grassesten Zugen entworfen und mit den scheußlichsten Farben des Hasses hingestellt worden. Wehe uns! wenn das Gemälde Wahrheit wäre, wehe uns, wenn die Wünsche jenes menschenfeindlichen Zeloten in Erfüllung giengen. Fragen wir, verdient das Nürnberg? Wir sagen nein! Die Ehre unsrer Vaterstadt erfordert es, hier die Wahrheit zu sagen, nein! — Die politische Entwicklung Nürnbergs hat ruhig begonnen, wurde bis jetzt auch nicht durch die kleinsten Versuche gegen die öffentliche Ordnung gestört und wir hoffen zu Gott, daß auch der Fortgang und das Ende ein ruhiger werden möge. Beiläufig gesagt, wissen wir recht gut, daß Anarchie nicht im Interesse der Freiheit, sondern in dem des Despotismus und der Reaktion liegt. Jeder ächte Volksfreund, jeder brave Mann, sein politisches Glaubensbekenntniß sey welches es wolle, muß der entschiedenste Feind von Aufreizungen sein, welche die öffentliche Ruhe gefährden müssen. Auch wir erkennen den für keinen Ehrenmann, welcher Haß predigt. In jenem Machwerk aber ist ein Theil der Nürnberger Bewohner mit einer wahrhaft teuflischen Berechnung auf eine Weise verläumdet, die für uns beispiellos ist. Das ist nicht genug, man fordert ungescheut zur Nichtduldung, zu gesetzlosen Gewaltmaßregeln auf! Die Bürger hetzt man auf, in ihren eignen Eingeweiden zu wühlen und warum? Weil sich nicht alle für die Wahl Eisenmanns bisher einigen konnten, weil sie Gebrauch von der Freiheit machen wollen, nach eigner Ueberzeugung zu handeln, wie es Männern und überhaupt vernünftigen Wesen geziemt. — Von allem, was jener Schandartikel enthält, ist nichts wahr. Das erklären wir hiemit als gute Bürger, als solche, welche es für ihre Pflicht halten, nichts zu dulden, was den guten Ruf unsrer Vaterstadt verdächtigen, nichts, was die Fackel der Zwietracht herein werfen möchte. Wenn man Beispiele vom Mißbrauch der freien Presse verlangt, so sehe man in die letzten Nummern des Korrespondenten v. u. f. Deutschland. Der bezeichnete Artikel sieht wie ein ächtes Bubenstück aus und ein Freund der Gesetzmäßigkeit kann ihn nur dafür erklären.

Mehrere Bürger.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. April 1848. **№ 121** **Sonntag: Eutr.**

Deutschland.

Bayern. (München, 27. April.) Heute Mittags 11 Uhr wurde Ihre Maj. die Königin von einem Prinzen glücklich entbunden. (A. A. Z.)

*† (München, den 28. April.) Morgen wird der neugeborne Königssohn getauft. Der Akt wird sehr feierlich geschehen nach einem eigens hierüber erscheinenden Programme. Der Prinz erhält zunächst den Namen seines königlichen Pathen Otto und nebenbei die Namen Luitpold und Waldemar. — Heute Vormittag nahmen die Wahlmänner auf unserem Rathhause die Wahlen nach Frankfurt vor. Die Zahl der Wähler des I. Wahlbezirks betrug 119. Ministerialrath Professor v. Herrmann wurde mit 77 Stimmen gewählt; Prof. Edel erhielt 20 Stimmen, Oberappell.-Rath Cucumus 19, Prof. Fallmerayer 3 Stimmen. Im zweiten Wahlbezirke wurde von 124 Wählern Prof. Fallmerayer mit 116 Stimmen gewählt, Min.-Rath v. Hermann erhielt 6, Prof. Edel 2 Stimmen, als Ersatzmänner wurden im I. Wahlbezirk Oberappell.-Rath Cucumus mit 92, Schwindl mit 80 Stimmen gewählt. Im zweiten Bezirk erhielt Cucumus 125 und Oberstlieutenant Xylander 114 Stimmen.

† (Nürnberg, den 29. April.) Für Fürth und die dazu gehörigen Bezirkstheile soll nach eingegangenen Nachrichten zum Deputirten für das deutsche Parlament Kaufmann Gebhard und in Regensburg Frhr. von Zerzog gewählt worden seyn. In Kulmbach rc. wurde Dr. Eisenmann ebenfalls gewählt. In Ellingen, Weissenburg und Pleinfeld fiel die Wahl auf den Präsidenten des Oberkonsistoriums Arnold.

† (Ansbach, den 28. April.) Hier wurde als Abgeordneter zur konstituirenden Versammlung gewählt: Advokat Kühnsberg. Als erster Ersatzmann: Bürgermeister Maier, Als zweiter Ersatzmann: Oekonom Herrlen von Windsbach. Darüber waren alle Wahlmänner einig, keinen kgl. Beamten und keinen Geistlichen zu wählen. Das politische Glaubensbekenntniß dieser 3 Männer ist: Constitutionelle Monarchie auf den breitesten volksthümlichen Unterlagen.

△ (Erlangen, den 28. April.) Die Wahl für das deutsche Parlament ist hier vollzogen. Als Parlamentsmitglied wurde Dr. Eisenmann mit großer Majorität gewählt. Man schenkte ihm hier mehr Vertrauen, als man anderwärts thut; man kennt den Mann und hofft, daß er dies Vertrauen zu ehren weiß. Einzelne seiner Ansichten konnten nicht gegen ihn einnehmen. — Als erster Ersatzmann wurde Hr. Oberappellationsrath Glück in München gewählt, ein Mann voll Ehrenhaftigkeit und entschiedener deutscher Gesinnung, unbeugsam für das ewige Recht. — Zweiter Ersatzmann wurde Hr. Posthalter Stöcker in Langenfeld, der bekannte Freund des Volks. Merkwürdig bei der Wahl war die Einigkeit, mit welcher der Adel und die Geistlichkeit, als Freunde der Reaktion, gleich von vorneherein perhorrescirt wurden; und wie viel Mühe sich auch einzelne Wahlmänner gaben, Stimmen für Adelige zu gewinnen, sie wurden gehört und zuletzt blieben sie doch in der entschiedensten Minorität.

(Augsburg, den 28. April.) Wie wir so eben noch erfahren, hat bei der heute stattgehabten Wahl zum Abgeordneten nach Frankfurt Advokat Dr. Paur die Stimmenmehrheit erhalten. Als erster Ersatzmann ist Advokat Dr. Fischer gewählt. Die Wahl des zweiten Ersatzmannes fiel auf Dr. E. Widemann. (Bayer. Bl.)

(Würzburg, 28. April.) Die heutige Wahlen zum Parlamentsmitglied für den Wahldistrikt Würzburg hatten folgendes Resultat: Unter 126 Stimm n mit 110 Eisenmann. Nach ihm erhielten Stimmen: 10 Widmann, 6 Geigel, 1 Quante. Zum ersten Ersatzmann Quante mit 97 Stimmen. Nach ihm erhielten Stimmen: 15 Widmann, 16 Geigel, 3 Edel, 1 Frie rich. Zum zweiten Ersatzmann mit 90 Stimmen Geigel, Oberappellations-Gerichtsrath in München. Nach ihm hatten Stimmen: 20 Kirchgeßner, 5 Widmann, 9 Edel, 1 Friedreich, 1 Lauk. (N. W. Z.)

(Speyer, den 26. April.) Folgender von Arago, dem Marine- und Kriegsminister der provisorischen Regierung in Frankreich in der Neuen Speyerer Zeitung veröffentlichter Brief verdient die höchste Beachtung, da derselbe alle die absichtlich verbreiteten Gerüchte von bewaffneten Einfällen in Deutschland wiederlegt: „Ich habe dem General Gemeau zu Straßburg die strengsten Befehle ertheilt, daß er keinen Mann von Bewaffneten die Grenze überschreiten lasse. Sollte, was aber gar nicht anzunehmen ist, der General diesen Befehlen nicht strenge nachkommen, so würde ich ihn unverzüglich absetzen. Wir haben keine Absicht, kein Interesse, in den Angelegenheiten Deutschlands zu interveniren, dieses muß seine Interessen so regeln, wie es dieselben auffaßt. Ueber diesen Punkt herrscht in der provisorischen Regierung nur eine Meinung. — Wir können die Fremden nicht abhalten, Frankreich zu verlassen; unsere finanzielle Lage nöthigt uns selbst, so viel möglich das Fortziehen der fremden Arbeiter zu begünstigen; es würde uns schwer fallen, sie zu ernähren. — An unseren Grenzen haben wir keine Maßregeln ergriffen, dieselben sind vollständig entblößt, dermassen, daß man ohne die geringste Schwierigkeit bei uns eindringen könnte. Darin liegt wahrlich nichts Feindseliges gegen Deutschland. Allerdings wäre es anders, wenn Deutschland den Russen einen Durchzug gestattete; dann würden wir nur das Recht unserer Sebsterhaltung zu Rathe ziehen."

(Speyer, den 26. April.) Sichern Nachrichten zufolge wird Rust am längsten im Oberkonsistorium gesessen haben. Seine Quiescirung ist unvermeidlich, nur ist man darüber noch nicht ganz einig, wer an seine Stelle kommen und die vereinigte Kirche der Pfalz würdig vertreten soll. Höhern Orts soll die Meinung vorherrschen, Einen aus den Pfarrern, der mit den kirchlichen Zuständen aus unmittelbarer Anschauung vertraut ist, auszuwählen. Wir sind mit dieser Ansicht ganz einverstanden, und wünschen daher, daß zum Obekonstorialrath für die vereinigte Kirche der Pfalz ein Pfarrer gewählt werde, der 1) freisinnig, 2) tüchtig in der Wissenschaft und 3) ein gewandter Redner ist. Mit diesen Eigenschaften kann ein Vertreter der pfälzischen Kirche sich den Vertreter der lutherischen Kirche in München würdig an die Seite stellen. (N. Speyer. Z.)

(Würzburg, den 27. April.) In der eben stattgefundenen Versammlung im Theatergarten verkündeten die HH. Dr. Eisenmunn und Dr. Zorn, daß Hr. Konsulent Quante zu Gunsten des Ersteren von seiner Bewerbung als Kandidat zum deutschen Parlament zurückzutreten gedenke. (N. W. Z.)

(Bamberg, den 28. April.) Die auf heute anberaumte Wahl eines Gesandten und 2 Ersatzmänner zum deutschen Volksparlamente in Frankfurt wurde heute Vormittag zu der festgesetzten Stunde im großen Rathhaussaale vorgenommen. Nachdem der k. Wahlkommissär den Akt eröffnet hatte, interpellirte der Wahlmann Hr. Landrath Rienecker von Scheßlitz und forderte nach engl. Sitte Hrn. Rechtsanwalt Titus das pol. Glaubensbekenntniß ab. Dieser legte es auch in so edler, offener und freimüthiger Weise ab, daß die ganze Versammlung laut ihren Beifall kund gab. „Seiner Ueberzeugung nach erkenne er zwar die republ. Staatsform als die zweckmäßigste, aber da sich die Majorität für die konstitutionelle Monarchie ausspreche, so würde er, im Falle er zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt würde, den Willen seiner Mandanten in diesem Sinne vertreten. Sollte jedoch die Majorität im Parlamente sich für die Republik erklären, so würde er gar nicht stimmen und augenblicklich nach Bamberg zurückreisen, um sich für diesen Fall ein neues Mandat einzuholen." — Hierauf begann der Wahlakt in vorgeschriebener Weise und es ergab sich als Resultat, daß Herr Rechtsanwalt Titus mit beinahe Stimmeneinheit (119) zum Deputirten gewählt wurde. (B. Tgb.)

(Bamberg, den 27. April.) Der Redaktion des Fränk. Merk. ist heute nachstehendes Schreiben unter dem Ersuchen um Aufnahme in die Spalten ihres Blattes zugegangen: Verehrliche Redaktion; Gestern Abend schon traf von Culmbach die Nachricht ein, daß der Dr. Friedrich Löhner rc. auch von dort durch einstimmigen Beschluß der Culmbacher Bürger ausgewiesen worden ist. Diese Nachricht bestätiget sich heute, der Grund hiefür wird wie folgt angegeben: Am 23. Dez. kam wie bekannt in Mainleus durch Mangelhaftigkeit eines Wechsels die Schlepp-Maschine Scharrer aus den Schienen und es wurde von dort aus nach Culmbach um Hülfe signalisirt. Die Culmbacher Bürger kamen bereitwilligst (circa 100 Mann) und wurden aus Dankbarkeit durch den rc. Löhner mit bekannter Brutalität und Gemeinheit fortgejagt, und gezwungen, 2 Stunden Wegs nach Hause zu laufen! Ausserdem liegen gegen benannten Herrn von Seite der Culmbacher noch andere Beschwerden vor.

Baden. (Mannheim, den 26. April.) Diesen Mittag gleich nach 12 Uhr hatten wir hier fürchterliche Auftritte. Die Reibereien, welche seit einigen Tagen zwischen den nassauischen Truppen und einem Theile der Bürgerschaft stattgefunden, erreichten heute den höchsten Punkt. Die Soldaten sollen sich nicht allein gegen die Freischaaren (Sensenmänner), sondern auch gegen die Bürgerwehrmannschaft häufig beleidigend gestellt und die Uniformsmützen herunter geschlagen haben, ja, es wird sogar behauptet, sie hätten sich Unziemlichkeiten gegen Frauenzimm r auf öffentlicher Straße erlaubt. Plötzlich entstund nun ein furchtbarer Lärm auf den Straßen, man schrie: Bürger heraus! Generalmarsch wurde geschlagen, die Sturmglocken heulten, die Bürgerwehr versammelte sich mit Blitzesschnelle auf dem Marktplatze, jeder Mann faßte scharfe Patronen, und man lud die Gewehre. Die Freischaaren eilten mit ihren Sensen herbei, und viele hundert Pe sonen versammelten sich mit allerlei Mordinstrumenten. Man sprach durch die Glieder laut das Verlangen aus, daß die Nassauer unverzüglich die Stadt verlassen müßten. Während sich dieses zutrug, waren die Stadtbehörden, Stadtdirektor und Gemeinderath auf dem Rathhause versammelt, beriethen sich und hatten eine Deputation an den Obersten der Nassauer geschickt. Nach einer Weile trat H. Hoff in Begleitung des Majors Jörger auf die Altane und verkündeten, daß der Oberst der Nassauer unverzüglich alle seine Soldaten in der Kaserne konsignirt habe und die Wachtposten der Bürgerwehr übergeben werden und daß er bereit sei, die Stadt zu verlassen, sobald er hiezu Befehl habe, was er aber begreiflicher Weise ohne diesen nicht thun könne. Hoff fuhr fort, daß nun unverzüglich eine Deputation nach Karlsruhe abgehe, um die Abberufung der Truppen zu verlangen und darauf anzutragen, daß die Stadt ferner mit Soldaten verschont bleibe, da man sich selbst beschützen könne. — Während sich nun dieses begab, hörte man aus der Ferne Flintenschüsse, und die Sturmglocke heulte von Augenblick zu Augenblick. Es ward ein verwundeter Knabe vorübergetragen, der an der Rheinbrücke geschossen wurde. Dort hatte sich Folgendes mittlerweile zugetragen: Sensenmänner waren mit Scharfschützen dorthin geeilt, und bei ihrem Herannahen hatte die nassauische Mannschaft sich eilends über die Brücke aufs bayerische Ufer geflüchtet; die bayerischen Soldaten eilten ihnen zu Hülfe, und als ein Joch der Rheinbrücke plötzlich abgeführt wurde, so daß es jetzt Rheinabwärts treibt, gaben die Bayern Feuer. Die Freischaaren und Scharfschützen postirten sich nun auf dem Brückenkopf und schossen ebenfalls. Drüben stürzten mehrere Soldaten nieder: es sollen drei todt und die übrigen verwundet seyn. Die Freischaaren zählen drei Verwundete. Während sich dieses ereignete, begab sich eine Bürgerdeputation mit der Friedensfahne nach Ludwigshafen und wird ohne Zweifel dem dortigen Kommandanten die wahre Sachlage dargethan haben. Starke Bürger-

patrouillen, man kann sagen, alle wehrfähige Mannschaft, durchstreift die Straßen und die Umgegend der Stadt. Ob und wann die Nassauer abziehen, steht zu erwarten. Alles ist auf die Rückkehr der Deputation aus Karlsruhe gespannt. Diese ganze Begebenheit trägt keinen politischen Charakter an sich, niemand dachte an Republik oder dergleichen, sondern man versammelte sich nur, um die Angriffe der Soldaten auf Unbewaffnete und friedliche Menschen abzuwehren. Es gingen Reitende auf die benachbarten Ortschaften, um die Landleute zu benachrichtigen. So stehen Abends 4½ Uhr die Dinge.

(Schwäb. Merk.)

Freie Städte. (Frankfurt, 28. April.) 41. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 26. April 1848. Nachdem die sämmtlichen Bundesregierungen unterm 7. April aufgefordert worden waren, die Wahlen der Abgeordneten zur konstituirenden Versammlung so zu beschleunigen, daß wo möglich die Sitzungen derselben am 1. Mai beginnen können, und nachdem durch Bundesbeschluß vom 14. April sämmtliche Regierungen ersucht worden waren, sogleich Nachricht darüber zu geben, zu welchem Zeitpunkt bei dringend zu empfehlender Beschleunigung die Wahl der Nationalvertreter vollendet sein werde; so haben unterm 20. und 25. April die Regierungen mehrerer Bundesstaaten, deren Abgeordnete zwei Drittheile der Gesammtzahl bilden, angezeigt, daß die Abgeordneten dieser Länder nicht bis zum 1. Mai, sondern erst acht Tage bis drei Wochen später hier werden eintreffen können. Hiernach hat sich also — abgesehen von dem Umstande, daß die Einrichtungen des Sitzungslokals ebenfalls erst später fertig werden — die Unmöglichkeit herausgestellt, die Sitzungen der Nationalversammlung am 1. Mai zu eröffnen. Nach den eingegangenen Anzeigen der Regierungen ist dieselbe jedoch gleich nach der Mitte des Mai möglich, und die Bundesversammlung beschließt daher: diejenigen Regierungen, in deren Landen die Wahlen nicht schon früher vollendet sein können, aufzufordern, dieselbe in der Weise zu beschleunigen, daß die Sitzungen der Nationalversammlung am 18. Mai beginnen können, und demgemäß die sämmtlichen Regierungen zu ersuchen, alle gewählten Abgeordneten einzuladen, sich spätestens bis zum 18. Mai in Frankfurt einzufinden. Auf eine Mittheilung des Fünfzigerausschusses, daß es wünschenswerth sei, daß in keinem Bundesstaate die Annahme der Wahl zur konstituirenden Versammlung von einer Regierungserlaubniß abhängig gemacht, daß ferner während der Dauer der konstituirenden Versammlung die Landtage der einzelnen Staaten vor der Beendigung des Verfassungswerks in Deutschland nicht berufen werden möchten, wird beschlossen: die Bundesregierungen auf diese Wünsche aufmerksam zu machen. Es wird Anzeige gemacht von der Ernennung des Oberappellationsgerichtsraths Dr. Cucumus als Vertrauensmann für Bayern. Nachdem der k. k. Hofrath, Ritter v. Weißenberg seine Stelle als Kanzleidirektor und Protokollführer der Bundesversamlung niedergelegt hat, wird auf den Antrag des Präsidialgesandten der k. k. Legationsrath, Freiherr v. Thierry, mit diesen Funktionen beauftragt. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 26. April.) In der 21. öffentlichen Sitzung des Fünfzigerausschusses (vom 26. April Nachmittags 4 Uhr) kam die bereits mehrmals vertagte Polenfrage zur Verhandlung. In Folge der Ereignisse in Posen waren verschiedene Eingaben, sowohl der polnischen, als der deutschen Einwohner des Großherzogthums — von letzteren die Bitte um Schutz der deutschen Interessen gegen polnische Uebergriffe, von ersteren eine Verwahrung gegen die bereits ausgesprochene Theilung des Großherzogthums und die Einverleibung der Grenzkreise in den deutschen Bund, eingelaufen. Der Kommissionsantrag ging dahin, eine Deputation nach Posen zur genauern Feststellung der Sachlage abzuordnen; dagegen und daneben wurden verschiedene Anträge, die wichtigsten von Reh auf Verwendung für die unverzügliche vollständige unbedingte Reorganisation und Freigebung des preussischen und österreichischen Theils von Polen; von Schleiden auf motivirte Tagesordnung, von Gülich auf Verweisung an die constituirende Versammlung gestellt. Darin waren so ziemlich alle Redner einverstanden, daß Polens Schicksal eine Sühne verlange, und daß die Reorganisation und Freigebung nur ein Akt der Gerechtigkeit des deutschen Volkes sey, welches die Schuld der Kabinete, die es zugelassen, wieder gut zu machen habe. Ueber die Mittel und die Zeit waren die Ansichten verschieden. Auf der einen Seite, am bestimmtesten von Reh und Blum, wurde für unbedingte Reorganisation geltend gemacht, daß Polen nur dann als Schutzmauer Deutschlands gedeihen könne, wenn ihm der bis jetzt versagte Raum zur Entwicklung, zur Vereinigung gegönnt werde. Darum müsse es vor allem freigegeben werden, nicht mit einem gefnechteten, nur mit einem freien Volke könne über die Grenzen verhandelt werden. Man habe gewarnt vor einem Kriege mit Rußland, diese Gefahr sey doppelt bei dem Verharren bei dem bisherigen Verfahren. Zuerst habe man Hoffnungen erweckt, die man dann niedergedrückt habe mit eiserner Gewalt. Man solle sich hüten, daß nicht, wie es bereits angedeutet worden, Polen sich Rußland in die Arme werfe, wenn dieses, ohnehin stammverwandt, die verlangte Gewährschaft biete. Habe man gefragt, ob ganz Schleswig deutsch spreche, als man den ganzen deutschen Boden verlangte; habe man dieß gethan, als man gestern eine Deputation nach Böhmen entsandte, als man für Tirol die Räumung der deutschen Grenze forderte? Die Gerechtigkeit, ohnehin höher als die Klugheit, doch auch diese, machen die Freigebung nothwendig. Es gebe ein System, welches den Frieden von Basel geschlossen habe, und welches jetzt noch über Polens Leiche die Hand zum russischen Bündniß reichen könnte. — Dagegen wurde von Schleiden, Eisen, Wiesner rc. darauf aufmerksam gemacht, daß Italien selbst noch nicht einig sey über die nächsten Schritte. Im Oesterreichischen und Preussischen, ja selbst im russischen Polen seyen Anträge gestellt auf Reorganisation, jedoch unter Beibehaltung der bisherigen Oberherrlichkeit. Würde Posen und selbst Galizien sofort freigegeben, so sey zu besorgen, daß die dortigen Polen, noch nicht gekräftigt, aber ungeduldig nach weiterer Ausdehnung, Rußland zum Kriege reizen und als Opfer fallen, also auch unserm Feinde zur Vergrößerung dienen würden. Auch im Innern fehle es nicht an Parteien: wolle man eine Wiederkehr der Gräuel in Galizien? Darum eine vollständige Trennung, Aufhebung der Realunion, aber vorläufige, und bis zur Erstarkung des Volkes fortdauernde Oberherrlichkeit von Preussen und Oesterreich. Keinesfalls aber dürften die im Lauf der Zeit deutsch gewordenen Grenzbezirke als Opfer einer sentimentalen Politik fallen. Auch die militärische Rücksicht müsse gelten, und deßhalb müsse auch die Festung Posen wenigstens vorläufig besetzt bleiben. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Verweisung an die constituirende Versammlung angenommen, die beiden andern erwähnten abgelehnt. Außerdem wurden die vom Vorparlament ausgesprochenen Sympathien für Polen wiederholt, ein Ausspruch, welcher übrigens die den deutschen Interessen schuldige Rücksicht nicht ausschließen könne. Da noch zur Sprache gebracht worden war, daß in neuerer Zeit den, in ihr Vaterland zurückkehrenden Polen gegen einen früheren Beschluß des Auschusses Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, wurde einstimmig angenommen, durch Vermittellung des Bundestags die Regierungen zu ersuchen, dem Durchzuge der Polen nicht hemmend entgegenzutreten. Zum Schluß der Sitzung erstattete Soiron Namens einer früher niedergesetzten Kommission Bericht über die Mittel zur Bildung einer einstweiligen Bundescentralgewalt. Hiernach ist sich zwischen jener Kommisson und einem Ausschusse der Vertrauensmänner und des Bundestags dahin verständigt worden, daß die Bundesversammlung um drei Mitglieder verstärkt werden solle, welche im Benehmen mit dem Fünfzigerausschuß und den Vertrauensmännern der Regierungen von der Bundesversammlung vorgeschlagen werden sollen. Diese drei Mitglieder, eine Art Bundesministerium, sollen in eiligen Fällen allein, sonst nach Berathung mit dem Bundestag die nöthigen Vorkehrungen zum Vollzuge der gefaßten Beschlüsse treffen und den auswärtigen diplomatischen Verkehr besorgen, alles dieses unter Verantwortlichkeit vor dem deutschen Volke und vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung der zusammentretenden konstituirenden Versammlung. Der Berichterstatter führte aus, daß auf diesem Wege, ohne die früher für bedenklich erachtete Einrichtung eines neuen Organs neben dem Bundestage ein gerade jetzt so nothwendiges Executivorgan geschaffen werde, während gleichzeitig die Verantwortlichkeit und die der konstituirenden Versammlung freigelassene ändernde Verfügung ein Damm sei, gegen etwaige gefährliche Versuche des Uebergriffs. Die Berathung über diesen wichtigen Gegenstand wurde nach kurzer Debatte auf heute festgesetzt. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 26. April.) Die „Oberpostamts-Zeitung" gibt in ihrer Nr. 117 aus der „Wiener Zeitung" eine officielle Erklärung des österreichischen Ministeriums, daß Oesterreich einem deutschen Staatenbunde nicht beitreten würde, sofern damit eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung verbunden und Oesterreich nicht unbedingt vorbehalten bliebe, seine besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesverfassung gefaßten Beschluß zu geben. Wenn man nöthig halten sollte, diese Erklärung für irgend wen noch deutlicher zu geben, so würde sie lauten: Oesterreich erklärt, daß es den innigsten Antheil an Deutschland nehme, im übrigen aber in seiner jetzigen staatlichen Stellung zu Deutschland verharren werde. Wenn das in den Erstlingstagen des deutschen Frühlings, also am grünen Holze geschieht, was werden wir am dürren erleben! Sollte sich hiernach nicht der Fünfzigerausschuß veranlaßt finden, einen feierlichen Protest einzulegen gegen dieses Lossagen des jetzigen österreichischen Ministeriums von der deutschen Sache, die weiteren Schritte dem deutschen Parlamente vorbehaltend.

(Frankfurt, den 27. April.) Nach Briefen aus Mannheim von gestern Abend ergibt sich, daß nach vorläufigen Neckereien von Seiten der Sensenmänner gegen das in genannter Stadt einquartirte nassauische Militär, es zwischen jenen und diesem bald nach 12 Uhr Mittags zu ernstlichen Auftritten gekommen. Von beiden Seiten fielen Schüsse, es wurde Sturm geläutet und Generalmarsch geschlagen. Die Bürgerwehr trat unter die Waffen, alle Läden wurden geschlossen und die Erbitterung steigerte sich von Minute zu Minute. Inzwischen wurden zwei Joche der Rheinbrücke abgefahren, um den Zuzug der in Ludwigshafen rc. stehenden bayerischen Truppen zu verhindern. Da später das nassauische Militär in den Kasernen sich concentrirte und eine Bürgerdeputation nach Karlsruhe abging um die Abberufung der Nassauer zu vermitteln, so wurde gegen 6 Uhr Abends die Ruhe wieder hergestellt. Auf beiden Seiten sollen mehrere verwundet und zwei Sensenmänner getödtet worden seyn. Die Mannheimer Zeitungen sind heute, mit Ausnahme der „Deutschen Volkszeitung" hier nicht eingetroffen. Der in der letzten enthaltene Artikel ist im Wesentlichen mit dem Inhalt der vorerwähnten Briefe aus Mannheim übereinstimmend.

(F.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 27. April.) Der Fünfziger-Ausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung nachstehenden Aufruf erlassen: Tiroler, Brüder! Ihr steht wieder gewappnet auf Deutschlands herrlicher Felsenburg. Haus und Hof habt Ihr voll edler Begeisterung für Euere, für Deutschlands Freiheit verlassen. Ihr schirmt mit dem alten Heldenmuth unsere Südgrenze. Hofer's Geist schwebt über Euch, kämpft mit Euch! Nehmt unsere freudige dankbare Anerkennung Euerer Hingebung zum Heile des gemeinsamen deutschen Vaterlandes! Deutschland ist eins! die alten Scheidewände, welche die deutschen Stämme trennten, sind zusammengestürzt unter der Siegeskraft des erwachten Nationalgeistes. Euere Sache ist unsere Sache! Sendet sichere Botschaft über Euere Lage, den Feinden gegenüber. Deutschland ist bereit, Euch beizustehen mit Gut und Blut, sobald Euere erprobte Kraft nicht ausreicht, sobald ihr unserer Hülfe bedürft. Wir kennen unsere Pflicht! Keine Spanne der heiligen deutschen Erde darf aufgegeben werden! Hört es, wackere Brüder auf den Hochwarten Tirols, hört es, ihr Feinde Tirols! Die Deutschen stehen für ihre Freiheit und Unabhängigkeit, Einer für Alle und Alle für Einen. Frankfurt a. M., den 26. April 1848. Der Fünfziger-Ausschuß des deutschen Vorparlaments. gez. Soiron. gez. Briegleb. (F. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 27. April.) Wie bereits aus den Berichten in hiesigen Blättern zu ersehen, so erzeugte eine in der heutigen Vormittagssitzung des Fünfziger-Ausschusses von hier (aber nicht von Hiesigen) eingereichte Adresse, welche sich drohend gegen die Zusammenziehung der Bundestruppen in Baden ausspricht, eine lebhafte Debatte. Wenn es auffallen sollte, daß namentlich Dr. Mappes, der Deputirte Frankfurts, die einfache Tagesordnung beantragte, welche auch angenommen wurde, so muß ich dadurch erklären, daß dieser gerade am besten wissen mußte, welche Zwecke auch die republikanische Partei dahier erstrebt.

In der heutigen Nachmittagssitzung wurde die Berathung über die Diktaturfrage fortgesetzt. Da sich fast alle Mitglieder als Redner einschreiben ließen, mußte die Debatte sich lang hinspinnen. Es sprachen viele Redner für den Kommissions-Antrag (die Bundesversammlung um drei Mitglieder zu vermehren, um ihnen die exekutive Gewalt zu übertagen rc.), allein auch mehrere, namentlich die preussischen Deputirten, entschieden gegen den Antrag, und stellen Deuschland ein schlimmes Prognostikon, wenn der Antrag durchgehe. Die Berathungen waren am Schlusse des Briefes noch nicht beendigt. (N. W. Z.)

Hannover. (Hannover, 23. April.) Gestern hat einer der Hil-

desheimer Gefangenen den Versuch gemacht, sich gewaltsam zu befreien. Als nämlich der Gefangenwärter in die Koje desselben eintrat, hat der Verhaftete ihm eine Quantität Schnupftabak in das Gesicht geworfen, um wenn dadurch die Augen des Gefangenwärters getrübt sein würden, zu entfliehen. Der Wurf ist jedoch mißglückt und es entstand nun ein heftiger Ringkampf zwischen beiden, der endlich, nachdem die Wache auf den Lärmen herbeigekommen war, mit der Ueberwältigung des Gefangenen endete. — Durch eine so eben erschienene General-Ordre ist die Strafe der körperlichen Züchtigung beim hannoverschen Militär nunmehr auch bei der zweiten Soldatenklasse, bei welcher sie bis dahin noch bestand, abgeschafft worden. (Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 26. April.) Ich habe Ihnen die traurige Kunde mitzutheilen, daß nach der Mainz. Ztg. eine Bürgerversammlung vorgestern in Oberingelheim beschlossen hat, die Regierung zu bitten, daß unsere Truppen nicht länger mehr gegen die Republikaner zur Unterdrückung des Aufstandes benutzt werden. So ist es denn endlich den Deklamationen der Mainz. Zeit. und den Wühlereien der Mainzer Republikaner geglückt, daß von einer Bürgerversammlung der offene Aufruhr heilig gesprochen wird. Sie sehen, dies fängt ebenso an, wie in Baden, und wird auch wahrscheinlich noch weiteren Fortgang nehmen. Ich fürchte, daß auch unser Ministerium nicht den Muth hat, kräftig genug zu handeln. Bei Manchem, was da vorgeht, sollte man meinen, es beständen gar keine Strafgesetze mehr. Warum ist gegen die gemeinen Judenverfolgungen in Bingen noch nicht kräftig eingeschritten worden? (D. Z.)

Oesterreich. (Wien, 25. April.) Heute ist die Konstitution verkündet worden. Der Kaiser beschwört die Verfassung. Der Eid der Armee auf die Verfassung wird in den Fahneneid aufgenommen. Der Reichstag, welcher im Vereine mit dem Kaiser die gesetzgebende Gewalt ausübt, ist in zwei Kammern, den Senat und die Kammer der Abgeordneten, getheilt. Die Dauer des Reichstages wird auf fünf Jahre mit jährlicher Einberufung desselben festgesetzt. Der Senat besteht: a) aus Prinzen des kaiserlichen Hauses nach vollendetem 24sten Jahre; b) aus den von dem Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt auf ihre Lebensdauer ernannten Mitgliedern; c) aus hundertfünfzig Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Kammer der Abgeordneten besteht aus dreihundert drei und achtzig Mitgliedern. Die Wahl sämmtlicher Mitglieder der Kammer der Abgeordneten beruht auf der Volkszahl und auf der Vertretung aller staatsbürgerlichen Interessen. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Außerdem haben in den einzelnen Ländern Provinzial-Stände zur Warnehmung der Provinzial-Interessen und zur Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse, so weit solche nicht unter den allgemeinen Staats-Erfordernissen begriffen sind, zu bestehen. Den bisherigen Provinzial-Ständen wird, insoferne die Verfassungsurkunde keine Aenderung enthält, ihre Einrichtung und Wirksamkeit erhalten. Das größere Publikum hat die Konstitution mit entschiedenem Beifalle aufgenommen. Allein unter der radikalen Partei zeigt sich eine Opposition gegen das Zweikammersystem. (A. Ab.)

Preussen. (Berlin, 27. April.) In meiner Ordre vom 24. v. M. habe Ich die Bewilligung einer nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen an die Bedingung des wiederhergestellten Landfriedens geknüpft. Da diese Bedingung in der Hauptsache erfüllt ist, so will ich nicht, daß unter der an einigen Orten noch stattfindenden ungesetzlichen Haltung einzelner Irregeleiteter die Gesammtheit leide, und habe daher in der festen Zuversicht, daß von nun an alle Störungen der öffentlichen Ordnung aufhören und Meine getreuen Unterthanen polnischer Abkunft hierin ein neues Pfand Meiner landesväterlichen Gesinnungen erkennen werden, auf den Antrag Meines Staatsministeriums beschlossen, schon jetzt die nationale Reorganisation des Großherzogthums beginnen zu lassen. Ausgeschlossen von dieser Reorganisation bleiben: das Gebiet des ehemaligen Netzdistrikts, mit Ausnahme eines Theils des Kreises Inowraclaw, die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Samter, Buck, der westliche Theil der Kreise Obornik und Posen, einschließlich der Stadt und Festung Posen, der südliche Theil der Kreise Kröben und Krotoschin, endlich die Stadt Kempen. Die nähre Bezeichnung der Gränzlinie bleibt der weiteren Ausführung vorbehalten. Nachdem die Ruhe vollständig hergestellt und die Reorganisation in dem polnischen Antheil begonnen haben wird, will Ich die alsdann noch hervortretenden weitern Wünsche beider Nationalitäten, welche anderweitige Bestimmungen über einzelne Distrikte begehren sollten, gern berücksichtigen. Für die von der Reorganisation auszunehmenden Theile des Großherzogthums soll, so weit noch nicht durch den Bundestags-Beschluß vom 22. d. M. darüber entschieden ist, die Einverleibung in den deutschen Bund unverzüglich nachgesucht werden. Die übrigen Theile des Großherzogthums Posen erhalten eine eigene konstitutionelle Verfassung. Der höhere und niedere Schulunterricht, die Gerichtsverfassung und Administration wird eine nationale sein. Die Beamtenstellen aller Kategorieen werden mit Landes-Angehörigen besetzt. Das von diesem Landestheil zur Armee zu stellende Kontignent wird aus Eingebornen gebildet. Die polnische Sprache wird die Geschäftssprache, der deutschen Sprache aber bleiben die Rechte garantirt, welche seither der polnischen Sprache zustanden. Die Ordre vom 2. Februar 1833, welche die ständischen Wahlen der Landräthe für das Großherzogthum Posen suspendirt hat, tritt sofort außer Kraft. Die Wahlen der Landräthe werden angeordnet. Das Wappen des Großherzogthums verbleibt diesem Landestheile. Die Großherzogthums-Farben werden mit den preussischen vereinigt getragen. Das Staats-Ministerium hat wegen der Ausführung der hier in den Grundzügen angedeuteten nationalen Reorganisation unverzüglich das Geeignete einzuleiten. Die Polen, welche in dem deutschen Theile und die Deutschen, welche in dem polnischen Theile des Großherzogthums leben, mögen alle Besorgnisse wegen ihrer religiösen, persönlichen und Besitzverhältnisse schwinden lassen. Sie mögen auf die Gleichheit vor dem Gesetze und auf dessen kräftige Handhabung fest vertrauen. Berlin, den 26. April 1848. Friedrich Wilhelm. (A. Pr. Z.)

(Berlin, den 24. April.) Auf der Heimkehr nach Schlesien rückten (wie es heißt, am 22. d. M.) preußische Jäger und Kürassire in Adelnau, einer Posenschen Kreisstadt, ein, um dort Quartier zu machen. Die Quartiermeister verfügen sich auf das Rathhaus. Die Soldaten halten in vollster Ruhe und Ordnung auf dem Markte. Plötzlich öffnen sich die Häuser. Bewaffnete Polen in Masse stürzten auf das deutsche Militär. Aus den Fenstern ringsumher wird geschossen. Zwei oder drei Jäger bleiben auf der Stelle todt; mehrere Kürassire werden verwundet. Die Ueberlebenden wehren sich tapfer ihrer Haut. Aber die Salven aus den Fenstern machen es rathsam, sich dicht vor der Stadt auf einem freien Platze zu sammeln. Unterdeß rückt Verstärkung heran; die Deutschen nehmen die verrätherische Stadt ein, und (angeblich) hundertfünzig Polen bleiben auf dem Platze. (D. Z.)

(Von der Oder, den 25. April.) Bei den dänischen Verwickelungen ist es besonders der preussische und deutsche Handel, welcher in Folge dänischer Repressalien große Verluste fürchtet. In der That erscheint die dänische Seemacht, als Uebermacht gegen die deutsche See-Ohnmacht, sehr zu fürchten zu sein. Eine Sperrung des Sundes blockirt die sämmtlichen preussischen Ostseeküsten; dänische Kaper würden den deutschen Handel in der Ost- und Nordsee wenigstens lähmen, wo nicht vernichten. Allein diese Gefahr ist nichts weniger als wahrscheinlich, da Preussen und Deutschland im entstehenden Falle genügende Repressalien ergreifen könnten. Erklärt nämlich Dänemark an Deutschland und den deutschen Handel nach der schleswiger Intervention den Krieg, dann müssen die Deutschen Jütland ohne Weiteres besetzen, und als Schadloshaltung für die etwanigen Prisen erklären; sie müssen ferner, sobald ein widriger Wind die dänische Flotte aus den Belten vertriebe, diese schmalen Meerengen überschiffen, was mit Transportfahrzeugen leicht geschehen kann, Fünen, Seeland und sämmtliche dänische Besitzungen besetzen, Kopenhagen erobern, und dort den Frieden diktiren. Hoffen wir, daß die Aussicht darauf die Dänen bewegen wird, von Angriffen auf den deutschen Handel zu abstrahiren. (D. A. Z.)

Sachsen. (Dresden, den 26. April.) Gestern ist hier der Befehl zur Mobilmachung des sächsischen Bundescontingents ergangen. Die Truppen sollen schon in künftiger Woche marschiren und sind vorerst nach Bayern nachzurücken bestimmt, da die dortigen Truppen theils nach Tirol, theils an den Rhein gehen. (D. A. Z.)

(Leipzig. 22. April.) Die Finanzverhältnisse auf hiesigem Platze scheinen sich schon etwas besser zu gestalten, allgemein hört man, daß, nachdem der letzte April überstanden, mit Anfang Mai und der dann zu leistenden ersten Abzahlung von Hammer u. Schmidt, im Betrage von mindestens 2—300,000 Thlrn., wieder mehr Vertrauen und freiere Circulation von Kapitalien eintreten wird. Auch die Aussichten zur Messe, in merkantiler Hinsicht, sind nicht schlecht, es gehen von vielen Seiten namhafte Aufträge ein, mit einem Wort, die Aussichten lichten sich. (Br. Zeit.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig-Holstein, den 23. April, Abends.) So eben treffen in Rendsburg Nachrichten aus Schleswig ein. Das 20. und 31. preussische Füsilierregiment hat die Verschanzungen von Danewerk heute Morgen gestürmt. Man verfolgte den Feind in Bustrupp (Burgdorf) einem Dorfe, welches vor Schleswig liegt, und mit demselben zusammenhängt, hinein. Dasselbe brannte. Die preussischen Garderegimenter haben Schleswig besetzt, und die Dänen werden jenseits der Stadt, wie es heißt, verfolgt. Heute sind von 4 Uhr Morgens bis zu diesem Augenblick Truppen aller Art durch Rendsburg nach Schleswig gezogen. Preussen, Mecklenburger, Braunschweiger, Oldenburger, Schleswig-Holsteiner, vortreffliche und schöne Mannschaft. Das 20. Regiment, welches gestern Abend noch so munter auf den Strassen tanzte und wogte, soll bei der Stürmung sehr gelitten haben. Daß die Dänen die Absicht gehabt haben, sich zurückzuziehen, geht wohl daraus hervor, daß sie zu Morgen 200 oder 400 Wagen von der Westseite nach Flensburg bestellt, und daß sie Eckernförde verlassen haben. — Der Graf Luckner, der den Landsturm in Angeln organisiren wollte, ist mit seinen Gefährten glücklich den Händen der Dänen entgangen; er hat sich einem Freikorps angeschlossen, das heute bei Stubbe, einem adeligen Gute an der Schlei oberhalb Missunde in Angeln eingedrungen ist, um die Dänen, die von dem 5. Bataillon und andern unserer Truppen vor Kosel, dem gegenüberliegenden Kirchdorfe, geschlagen, dorthin gedrängt worden sind, von der Seite anzugreifen. Zwei Kanonen, Munition und Waffen sind uns in die Hände gefallen. — Bei Bunge, im Westen unseres Landes, sind unsere Truppen gesehen worden. Wahrscheinlich wird die Kavallerie die Chaussee nach Flensburg zu gewinnen streben, um den Dänen den Rückzug abzuschneiden. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Schleswig-Holstein, den 23. April.) Der König von Dänemark leidet an eine Brusterkältung und befindet sich in Fridericia; sein Uebel soll der Anfang einer Halsröhrenschwindsucht seyn. Bei einem etwaigen Ableben des Königs würde manche Schwierigkeit leichter erledigt werden. Der Erbprinz und einzige Agnat, Prinz Ferdinand, würde sicher auf den dänischen Thron, auf die Regierung in Schleswig-Holstein, verzichten. Der Prinz Wilhelm wird wahrscheinlich veranlaßt werden, nach Hessen-Kassel zurückzukehren. Dänemark würde dann entweder zur republikanischen Form übergehen, oder die Töchter Friedrichs des Sechsten würden folgen. Schleswig-Holsteins Recht auf die agnatische Erbfolge hat Preußen bereits anerkannt. Die republikanische Tendenz hat sich bis hieher in den Herzogthümern keine Anhänger erwerben können. In einem Wahlausschuß, welchen die aufwallende Jugend dominirt, wurde die republikanische Form für Deutschlands künftige Gestaltung verworfen. (F.-O.-P.-Z.)

Württemberg. (Stuttgart, 27. April.) Vorgestern Abend um halb elf Uhr ist der kommandirende General des siebenten Armeecorps, Prinz Karl von Bayern, hier angekommen. Er begab sich heute wahrscheinlich nach Karlsruhe. (Fkfrt. O.-P.-Z.)

Vom Mittelrhein, 21. April Abends. Eine Feierlichkeit absonderlicher Art ging gestern Abend in Mainz im Kasernenhof der österreichischen Artillerie vor sich. Die amtlich abgeschafften Korporalstöcke wurden nämlich von der Mannschaft zu einem Scheiterhaufen zusammengeworfen und verbrannten unter dem Jubel der Soldaten, die gewiß zu einem Gaudiamus igitur bei dieser Gelegenheit den gerechtesten Anlaß hatten. (Wes. Zeit.)

Frankreich.

† (Paris, den 25. April.) Ledru Rollin hat gestern Abends seine Demission eingereicht, sie aber auf vieles Zureden seiner Kollegen wieder zurückgezogen. Er wollte Beamten des Ministeriums des Innern der Stimmzählung beiwohnen lassen, ungeachtet der von den Municipalbehörden getroffenen Vorsichtsmaßregeln. Es soll einen heissen Kampf zwischen Marrast und Ledru Rollin abgesetzt haben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Eheliche Verbindung und Empfehlung.

Unsere am 27. April vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiemit ergebenst an.

George Wolfg. Macher
Nanette Macher, geb Keller.

Zugleich erlaube ich mir hiemit ergebenst anzuzeigen, daß ich mein Geschäft in demselben Laden S. Nr 857 der Spitalgasse, wie bisher fortbetreibe. Ich ersuche daher ein verehrliches Publikum mir ferner ihr Zutrauen zu schenken; ich werde dasselbe durch solide und prompte Bedienung zu erhalten suchen.

G W. Macher, Friseur.

Oeffentliche Danksagung.

Für die ehrenvolle Leichenbegleitung, welche unserm lieben Gatten und Vater, dem Maler Herrn **Christoph Leonhard Deutsch**, dessen schredliche Todesart jedermann bekannt ist, bei seiner Beerdigung von den Herren Stabs- u. Subaltern-Offizieren des k. Linien- u. Landw.-, den Herren Offizieren des k. Chevauxlegers-, den Herren Offizieren des k. Landwehr-Regiments, den Herren Führern der unmontirten Land- und Stadtwehr, den Herren Unteroffizieren des k. Chevauxlegers-, Linien- und Landwehr-Regiments, der sämmtlichen Landwehr so wie auch der unmontirten Land- und Stadtwehr-Mannschaft, dann den vielen Freunden und Bekannten des Dahingeschiedenen, und unserer verehrten Nachbarschaft zu Theil wurde, statten wir hiemit unsern herzlichsten Dank ab, mit der Bitte zu Gott, daß er sie Alle stets vor solchem Unglück bewahren, und uns recht bald Gelegenheit geben möge, Ihnen unsere Dankbarkeit bei freudigen Vorkommnissen an den Tag legen zu können.

Nürnberg, den 30 April 1848.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Dank.

Brüderlichen und herzlichen Dank statten die Unterzeichneten hiemit der königl. Landwehr-Kavallerie für die gute Aufnahme ab, welche ihnen selbe nach dem heutigen Leichenbegängniß des Herren Deutsch zu Theil werden ließ.

Die Unteroffiziere des Chevauleg.-Regts.
Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg.

Bekanntmachung.

Um genau bestimmen zu können, wie viel Gewehre für die Stadtwehr in Wöhrd und Gärten bei Wöhrd nöthig sind, werden diejenigen, welche ihren Beitritt zu diesem Corps noch nicht angezeigt haben ersucht, es baldigst zu thun und ihren Namen in die im Gasthause zum goldnen Hirschen an der Lauferstraße, so wie im Gasthause zum goldnen Schwan in Wöhrd aufliegenden Listen einzuzeichnen.

Nürnberg, den 25. April 1848.

Einladung.

Zu der am nächsten Sonntag, den 30. April, stattfindenden Feier des Bestner Jahresfestes, so wie auch zur Eröffnung des Schnepper-Grabens, lade ich meine schätzbaren Freunde und Gönner, so wie auch die werthe Bogenschützen-Gesellschaft, Kegelfreunde und das verehrte Gesammtpublikum ergebenst ein. Sonntag und Montag ist Harmoniemusik und ist für Speisen und gutes Felsenkellerbier bestens gesorgt

Zöltsch.

Rüge.

Als die bei dem Bäckermeister S—f vom 1. Februar bis 4. April in Diensten gestandene Stillamme in ganz bescheidener Weise die ihr lange vorenthaltene Gebühr von täglich 1 Maas oder auch nur ½ Maas Bier verlangte, wurde sie von ihrer Dienstfrau mit bitterem Tadel überhäuft und ihr sogar vorgeworfen, daß auch sie die gegenwärtigen politischen Verhältnisse zur Stellung ungemessener Forderungen mißbrauche; obgleich es Thatsache ist, daß die arme Stillamme in Folge schmaler Kost so entkräftete, daß sie Blutbrechen bekam, die Stillung des Kindes aufgeben und sich zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit in ihre Heimath verfügen mußte. Möchten doch alle Geizhälse beherzigen, daß selbst den Sklaven in der Barbarey — wenn auch die Freiheit, doch die nöthige Nahrung nicht entzogen ist, um folgerecht auch die nöthigen Kräfte zu ihrem sauren Berufe zu behalten

Johann Thiem.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 1. Mai Kränzchen im goldenen Adler, wobei Fremde nur durch Mitglieder Karten erhalten können. Dieselben werden Sonntag Nachmittag von 1 bis 2 Uhr im Gasthaus zur Blumenkönigin abgegeben.

Anfang 7½ Uhr.

Der Vorstand

(Zu verkaufen) Eine goldne Repetiruhr ist billig zu verkaufen.

MUSEUM.

Dienstag den 2. d Monats

kleiner Ball.

Anfang 7 Uhr.

Nürnberg, den 28. April 1848.

Der Vorstand.

St. Leonhard.

Sonntag den 30. April Harmonie-Musik Wozu ergebenst einladet

A. Feldmann

Ball im Saale des Bamberger Hofes.

Einem verehrlichen Publikum zeige ich hiemit an, daß heute Sonntag, zur Feier des Vestner Jahresfestes, Ball stattfindet mit dem Entree für Herren 24 kr, Damen 12 kr. Zum gefälligen Besuch empfiehlt sich

Fuchs.

Einhorn.

Von heute Sonntag an, aber nur einige Tage

Münchner Salvator,

wozu einladet

Meisenbach.

Mai-Tanz

findet morgen Montag den 1. Mai im Rohlederers-Garten statt, zugleich bemerke ich, daß von heute an „Extra-Bier" zu haben ist, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Gasthaus St. Peter.

Nächsten Sonntag den 30. April findet die gewöhnliche Tanzmusik statt, wozu hiemit höflichst einladet

Kaiser.

Dutzendteich.

Bei größerer Gunst der Witterung, als an den beiden Festtagen, wird morgenden Sonntag gutbesetzte Harmonie-Musik unter Leitung des Herrn Musikmeisters Dorsch im Park stattfinden, und empfiehlt sich unter Versicherung bester Bedienung und Bewirthung ergebenst zu zahlreichem Besuch.

Fischer,
Wirthschaftspächter.

Schwarzbauern-Hof.

Heute Sonntag Abends 8 Uhr findet musikalische Unterhaltung vom Blechsextett des Herrn Sprecher statt, wobei gutes Lagerbier verabreicht wird, wozu ergebenst einladet

Entree 6 kr.

B. Kracker.

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß

Pariser- und Wiener

Umschlagtücher u. Shawls-Lager

prachtvollste Auswahl empfehlen diese Messe

Gebrüder Dombrowsky

aus Leipzig.

Das Gewölbe befindet sich auf der Schütt.

Meß-Anzeige.

Unterzeichneter bezieht die diesjährige Ostermesse wieder mit seinem aufs reichhaltigste assortirten

Spitzen-Waaren-Lager

und empfiehlt außer diesem besonders gehäckelte Betthängspitzen zu 1, 2, 3 und 4 kr die Elle, so wie auch eine Partie gestickte Leibchemisetts zu 24, 30, 36—45 kr das Stück, und bittet um geneigten Zuspruch.

Die Bude befindet sich in der Mittelreihe, neben Herrn Lehmaier, mit Firma versehen.

B. Hamburger Helm
aus Fürth

Turn-Verein.

Montag den 1. Mai Abends 8½ Uhr

General-Versammlung

bei Herrn Kißkalt

Vorlage: Feuerlöschangelegenheit und Sommerturnplatz.

(Zu vermiethen) Im Stöpselgäßchen S Nro 691 sind zwei Wohnungen kommendes Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu verkaufen) Schöne diverse blühbare Georginen, in großen Wurzeln sind billig zu verkaufen. S. Nr 575 c.

J. G. Bär,

Leinwand-Fabrikant aus Eybau in Sachsen,

empfiehlt sich während der hiesigen Ostermesse wieder mit seinen schon bekannten Leinen-Waaren, als: Leinwand, weißen und bunten leinenen Taschentüchern à Stück 15 kr. bis 1 fl. 30 kr., desgleichen Kinder-Tücher à Stück 10 kr, dann Tisch-, Tafel- und Handtücher in verschiedener Größe ohne Nath, desgleichen Damast-Gedecke und Tischdecken in allen Größen, und auch eine große Auswahl ächten leinenen Zwirn.

Seine Bude befindet sich in der mittlern Reihe, dem Herrn Ottensoßer gegenüber.

(Ersuchen.) Der Herr von Gestern Abend wird freundlich ersucht rundaus zu sagen, von welcher Zeit sich seine — nachbarlich mit angehörten — älteren Ansprüche datiren? Vielleicht von gestern

Nürnberg den 29. April?!!

Anzeige.

Daß ich von dem wohllöblichen Magistrat der Stadt Nürnberg als Tschakofabrikant angenommen wurde, zeige ich hiermit einem verehrten Publikum ergebenst an, und bemerke zugleich, daß ganz nach der Vorschrift, welche in München ausgegeben wurde, bei mir gearbeitet wird. Interims-Tschako, nach Münchner Vorschrift, für die k. Gendarmerie so wie auch für Polizeimannschaft sind stets bei mir vorräthig.

Joh. Jakob Maurer, Tschakofabrikant.
Aeußere Laufergasse S Nro 1380

(Einladung) Unterzeichneter bringt hiemit zur Anzeige, daß heute Sonntag das Vestner Jahresfest gefeiert wird und musikalische Abendunterhaltung bei ihm anzutreffen ist. Er ladet alle Bekannten und Nachbarn höflichst ein

Zimmermann, Bierwirth
auf der Veste

(Einladung) Bei Gelegenheit des Vestner Jahresfestes ladet der Unterzeichnete seine Gönner, Freunde und Nachbarn zum Besuche seines Lokals freundlichst ein. Für eine Auswahl kalter Speisen und vorzüglich gutes Lederer'sches Felsenkellerbier ist bestens Sorge getragen.

Gustav Nelf zur Stadt Stralsund
auf dem Paniersplatz

(Empfehlung.) Mit ächten russischen Lein, und mehreren Klee- und Futtergräser-Saamen empfiehlt sich zu billigen Preisen

Joh. Th. Hoffman.

(Anzeige.) Meiner verehrlichen Nachbarschaft, so wie dem geschätzten Publikum mache ich hiemit die ergebenste Anzeige, daß ich vom 1. Mai an berechtigt bin Bier über die Gasse zu schenken. Ich bitte daher um geneigten Zuspruch

Friedrich Kirsch im gelben Löwen
in der Schildgasse.

(Zu verkaufen) Eine Parthie altes grobes Eisen, schwere Aren und 6zöllige geschmiedete Reife, auch 4 Stück neue, schmale Reife, sind im schwarzen Kreuz am Neuenthor zu verkaufen.

(Zu vermiethen) In L. Nro. 341 der Karolinenstraße ist eine schöne Wohnung, erster Etage, aus 3—4 heizbaren Zimmern, Speise heller Küche, mehreren Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten bestehend, nach Ziel Walburgi oder bis Laurenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Es ist ein Logis mit 5 Zimmern, Kammern, Küche, Keller und sonstigen Bequemlichkeiten bis Ziel Lorenzi zu vermiethen in L. Nr. 524.

(Gesuch.) Ein junger Mensch, mit guten Attesten versehen; wünscht als Auslaufer oder sonst einem dergleichen Geschäft sogleich unterzukommen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

(Gesuch.) Ein wo möglich tafelförmiges Pianoforte mit 6 oder 6½ Oktaven wird zu miethen gesucht.

(Gesuch.) Es wird bis 14 Tage nach dem Ziel Walburgi eine Köchin, die sich jeder Hausarbeit willig unterzieht, und mit guten Zeugnissen versehen ist, in einem Gasthause gesucht. Näheres in L. Nro. 323 der Pfannenschmiedsgasse.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, wünscht bei einer honetten Herrschaft, hier oder auswärts als Kindsmädchen oder Ladenjungfer unterzukommen.

Arena.

Sonntag den 30. April. „Das Käthchen von Heilbronn." Großes romantisches Ritterschauspiel in 5 Akten nebst einem Vorspiel: „Das heimliche Gericht" in 1 Akt Von Heinrich v Kleist und für die Bühne bearbeitet von F. v. Holbein.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 27. April.) [Vierte öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsr. am 27. April.] Nach Verlesung des Einlaufes fand die Berathung über das Edikt Freiheit der Presse und Buchhandel betreffend statt. Ref. Graf Stauffenberg bedauert, daß mit diesem Gesetze nicht zugleich Geschwornengerichte eingeführt werden können. Bei der allgemeinen Debatte drücken Graf Reigersberg und Präsident Arnold ihr Bedauern aus, daß man mit der Erledigung der Entwürfe so dränge; ein Repressivgesetz wäre erwünscht gewesen, wühlerischen und irreligiösen Bestrebungen einen Damm zu setzen. Fürst Wallerstein spricht sich entgegen aus und geht in's Detail in die Geschichte der deutschen Presse ein; seit Kotzebues Mord schreibe sich die Reaktion her, von da an sind die Regierungen in die Dienste der Journalistik getreten, nur in Bayern habe die Censur erst später Eingang gefunden (möge sie in Deutschland nimmer wiederkehren!) und in der neuesten Zeit sei die Presse so entfesselt worden, daß man die Februar- und März-Ereignisse ungehindert besprechen konnte. (!!) Sofort wurden die einzelnen §§. berathen. §. 1. mit der Modif. der zweiten Kammer angenommen. Bei §. 3. legt der Erzbischof Graf Reisach, wie sein Vorgänger Ruland, eine Verwahrung gegen das Placetum regium ein und will sie zu Protokoll geben. v. Maurer glaubt, daß dieß nach den Verfassungs-Normen nicht statt finden könne, Fürst Wallerstein giebt es bei der vorbehaltenen Frage über die Stellung der Kirche zu und Seinsheim führt sogar gesetzliche Bestimmungen für deren Zulassung an. Nachdem noch Graf Armansberg und v. Niethhammer dagegen gesprochen, vertheidigt der Erzbischof seine Verwahrung und trägt auf Niederlegung in's Protokoll an »daß er die Rechte der Kirche gewahrt habe.« (Bewegung.) Graf Reigersberg findet es sonderbar, warum die Curie 1818 nichts gegen das Placet eingewendet und sich jetzt in diesem Saale eine Stimme dagegen erhebe und Armannsberg erklärt, der Erzbischof als Reichsrath habe nicht die Rechte der Kirche zu wahren. Art. 2. u. 3. wurden sofort angenommen. Zu Art. 4. macht v. Zu-Rhein die Modif. »statistische Notizen sind ausgenommen, in so fern sie auf strategischen Verhältnissen beruhen« und Fürst Hohenlohe: »wenn ein Staatsdiener angegriffen wird, muß die Redaktion auch die Vertheidigung aufnehmen.« Nach lebhaften Debatten wurden die Paragraphen 4. u. 5. mit den Modif. angenommen. Die Kammer vertagte sich auf Freitag den 28. dieß.

†* (München, 28. April.) [Fünfte öffentl. Sitzung d. K. der Kammer der Reichsräthe] Frhr. v. Zu-Rhein formulirte seinen gestern gestellten Antrag bezüglich der Auslieferung amtlicher Akten mit Ausnahme strategischer Akten, in welch neuer Fassung dieselben angenommen wurden. Allen übrigen Artikeln nach unerheblicher Diskussion, so wie dem ganzen Ges. Entwurf ertheilte endlich diese Kammer ihre Zustimmung. — Hierauf wurde die Rückäusserung der zweiten Kammer über den Ges. Entw. »die Gerichtsorganisation« in Berathung genommen und der von der K. d. Abg. gestellten Modif. mit Ausnahme der auf Siegelmäßigkeit bezüglichen die Zustimmung ertheilt. In Bezug auf letztere liegt der Kammer der Reichsräthe die edle Absicht zu Grunde, daß dieselbe auf alle Stände ausgedehnt werde.

*† (München, den 27. April.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe kam das Preßgesetz zur Berathung. Bei der allgemeinen Debatte wurde viel über das Bedürfniß eines Repressivgesetzes gesprochen; die vorzüglichsten Stimmen sprechen sich gegen dessen Nothwendigkeit aus. Lebhaft wurde die Diskussion beim Art. 11, wo sich der Hr. Erzbischof Graf Reisach des in der zweiten Kammer verworfenen Antrags von Pf. Ruland gegen das Placetum regium annahm und eine Verwahrung im Protokoll niedergelegt wissen wollte. Hierin wurde er vom Grafen Carl Seinsheim unterstützt; da aber die meisten Redner sich gegen diesen Wunsch erklärten, so drang der Hr. Erzbischof nicht durch. — Im Laufe der weitern Diskussion wurde noch mehrere Anträge eingebracht, auf die wir, sowie auf das Resultat der Berathung zurückkommen werden, da wir wegen Postabgang abbrechen müssen.

†* (München, den 27. April.) [16. öffentliche Sitzung d. K. d. Abg.] Am Ministertische die HH. Staatsminister v. Beisler, Baron v. Lerchenfeld, von der Mark, Heintz und mehrere Min.-Räthe. Nach Verlesung des Einlaufs wird zur Berathung des Gesetz-Entwurfs »das Anlehen von 7 Millionen auf dem Wege freiwilliger Subskription betreffend«, nachdem der Präsident die gestrige Berathung als eine präjudiziale bezeichnet, und nicht die allgemeine Debatte zu beginnen anordnete, geschritten. — Ramoser wünscht, wer nichts Neues zu sagen habe, möge in Betracht der Kostbarkeit der Zeit lieber schweigen. — Städler wünscht, daß die Industrieunterstützung sich nicht blos auf größere Etablissements, sondern auch auf kleinere Gewerbe erstrecke. — Dr. Schwindl hätte gewünscht, daß in dem Ges.-Entw. ausgesprochen würde, wofür die einzelnen Theile verwendet würden, damit nicht einzelne Gesellschaften zu viel erhalten, wie z. B. die große für die Pfalz bestimmte Summe. Redner spielt auf die gestern vorgekommene Widerspruchslust der Pfälzer an und die Abg. Christmann und Stockinger stehen von ihrer Widerlegung nur auf Vermittlung des Präsidenten ab, welcher befürchtet, daß man wieder zu sehr abschweife. Reuffer bedauert, daß man der Industrie von diesen 7 Millionen zuwenden wolle, was in der jetzigen Zeit viel zu wenig sey. Der Hr. Finanzminister gibt von der Rednerbühne aus Erläuterungen über die Verwendung dieser 7 Mill. und verbreitet sich namentlich über die eigenthümlichen Verhältnisse der Verbacher Bahn zur Regierung. — Die Unterstützung der Gewerbe und die Vertheilung der Summen an große oder kleine Etablissements bieten allerdings Schwierigkeiten und man müsse dies der Mitwirkung der Gewerbekorporationen überlassen. Nicht rathsam sey es, daß die Regierung selbst Arbeit gebe. — Dittmar erklärt sich für den Anlehensentwurf, auf die Nothwendigkeit, das Heer stark zu machen, hinweisend. Mit der Volksbewaffnung könne man nicht an die Grenze ziehen. Vorerst kämpfe man nur immer mit Adressen, aber es möchte doch die Zeit kommen, wo wir einem größeren Feinde zu begegnen haben und hiezu ist Geld nöthig. Rabl kann sich mit der Redaktion des Ges.-Entw. nicht begnügen; schon im Titel sey nur der Modus, nicht der Zweck des Anlehens angegeben. Er habe sich Augen und Ohren verschlossen, um nicht zu sehen, wer am Ministerlische sitze; diese Männer achte er sehr hoch; aber man müsse an die Zukunft denken; es könnten Ministerien wieder kommen, wie das frühere. — Unterberger findet es nicht nöthig, daß man für ewige Zeiten festsetze, was mit diesen 7 Mill. geschehen soll. Jeder Tag, wo man diese Anlehen hinhalte, sey ein Verbrechen. Von allen Grenzen rücken Heere gegen das Vaterland an, man sollte nicht so geizen; das Vaterland, nicht die Kammer schaffe das Anlehen her.

Bar. v. Rotenhan schildert die verschiedenen Gefahren, in deren Erwägung sich die Ausschüsse nicht bei kleinlichen Fragen aufhalten zu dürfen glaubten über Fassung, Redaktion u. dgl. Wir dürfen nicht allzusehr provinzielle Rücksichten vorwalten lassen. In so kritischen Zeiten muß das Sondere schweigen, damit das Ganze erhalten werde. Die Pfalz befinde sich gegenüber der Gährung in Frankreich und in Baden in einer schwierigen Lage, man kann auf 8 Tage nicht voraussehen, wann dort Hilfe nöthig wird. — In Oberfranken bei der großen Armuth der dortigen Weber rc. kann von 8 zu 8 Tagen Hilfe nöthig werden; die dortige Bevölkerung ist in einer sehr kritischen Lage. — Die Volksbewaffnung kann für einen auswärtigen Krieg nicht viel nützen, das Heer muß mit aller Umsicht eingerichtet werden. Er räth zur Annahme des Gesetzentwurfs. Bar. Schätzler spricht sich gegen die Zersplitterung des Geldes durch Unterstützung kleiner Etablissements aus und widerlegt durch Beispiele aus seiner Erfahrung die Ansichten einiger vorhergegangener Redner. In Bezug auf die Verbacher Bahn theilt der Redner die vom Finanzminister gegebenen Erörterungen. Schlund bemerkt, daß es den Gemeinden, die ohnedieß überlastet, nicht möglich ist, die kleinen Gewerbe zu unterstützen und befragt das Ministerium, warum die Eisenbahnbauten nach Lindau so lässig betrieben werden? Im vorigen Jahre sah er an einem Orte 4 Arbeiter und 7 Aufseher. — Er habe vom Ministerium 2500 Gewehre für die Allgäuer verlangt, welche bis auf den letzten Mann stehen und fallen, ehe sie einen Republikaner einen Fuß auf ihren Boden setzen ließen; sie haben nur 115 Stück Gewehre erhalten. Er fordert das Ministerium auf, indem er in der jetzigen Zeit, wo es sich nicht mehr um Paraden, um Soldatenspielerei handle, jede Ausgabe hiefür anerkennen wird, Waffen auszuliefern und sich überhaupt in Bezug auf die Sicherung der Grenzen zu erklären. Der Kriegsminister antwortet, daß bereits 2 Comp. Artillerie nach dem wichtigen Punkte Landau abgegangen sind, viel Linienmilitär gleichfalls; die Tiroler Grenze werde ebenfalls gehörig gedeckt; Herzog Max entwickle dabei großen Eifer rc. — Schlund bemerkt: wir können nicht mehr länger mit den Waffen warten, schnell, jeden Tag müssen wir sie haben! (Heiterkeit). Er wünsche zu wissen, was denn für die Eisenbahnbauten geschehe. Der Finanzminister: wenn der Herr Abg. jetzt nach Hause reise, werde er mehr als 4 Arbeiter und 7 Aufseher treffen; man habe alle Vorsorge zur Fortsetzung der Arbeiten getroffen; übrigens bemerkt Redner, daß Mangel an Arbeitern vorhanden ist. — Schlund: Er war gestern zu Hause und habe von der Vermehrung der Arbeiter nichts bemerkt. — Nun tritt ein Intermezzo ein. Der Präsident verkündet der Kammer, daß J. M. unsere Königin von einem Prinzen glücklich entbunden wurde und fordert auf, dieses freudige Ereigniß mit einem Hoch der Königsfamilie zu begrüßen. Die Kammer stimmt ein dreimaliges Vivat an. Noch spricht Ref. Abg. Bestelmeyer, nachdem der Schluß der allgemeinen Debatte gelegenheitlich dieses freudigen Anlasses verlangt wurde, zu Gunsten des Ges.-Entw., vorhergegangene Ansichten reassumirend, und selbe theils widerlegend, theils erläuternd. Der Herr Finanzminister widerlegt alle etwaigen Zweifel über die Zweckbestimmung, wenn man auch die einzelnen zu verwendenden Summen nicht bezeichnen könne. Redner widerlegt manchel angeführte Bedenklichkeiten, und erklärt, daß die Regierung die Interessen Aller im Auge haben wird. Schluß folgt. Wir bemerken nur, daß das Gesetz mit einigen Modifikationen angenommen wurde, worauf wir morgen zurückkommen werden.

*† Der Gesetzentwurf die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betreffend, lautet: Seine Majestät der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsraths mit Beirathung und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, unter Beobachtung der im Titel X. §. 7 der Verf.-Urkunde vorgeschriebenen Form, beschloßen und verordnen wie folgt: Art. 1. Die Wahl der Abgeordneten zur Stände-Versammlung geschieht im Verhältnisse von je einem Abgeordneten auf 35,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreichs. Art. 2. Die hiernach sich ergebende Zahl von Abgeordneten wird durch die Regierung auf die einzelnen Kreise vertheilt. Art. 3. Die Wahl findet in zwei gesonderten Handlungen statt: a.) mittelst Wahl der Wahlmänner (Urwahl) b.) mittelst Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner. Art. 4. Zu jeder giltigen Wahl ist die persönliche Anwesenheit des Wählenden erforderlich. Stellvertretung findet nicht statt. Nur derjenige wird zur Wahl gelassen, welcher eine amtliche Bescheinigung über die geschehene Ableistung des Verfassung-Eides vorlegt. Die Wahlmänner haben außerdem bei der Wahlhandlung den im Art. 17 vorgeschriebenen Wählereid zu schwören. Art. 5. Activ wahlfähig ist, ohne Rücksicht auf Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses jeder Staatsbürger (§. 3 Tit. IV. der Verf.-Urkunde) und jeder volljährige Staatsangehörige, welcher dem Staate eine direkte Steuer entrichtet, in so ferne er nicht wegen Verbrechen, oder des Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist. Art. 6. Als Wahlmann kann jeder bayerische Staatsbürger (§. 3 Tit. IV. der V.-Urk.) gewählt werden, soferne er das 25. Lebensjahr zurückgelegt und die übrigen Eigenschaften des Art. 5 für sich hat. Art. 7. Als Abgeordneter ist Jeder wählbar, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, und die Uebrigen im Art. 6 angegebenen Eigenschaften besitzt. Art. 8. Für jede der beiden Wahlhandlungen werden besondere Wahlbezirke gebildet. Art. 9. In der ersten Wahlhandlung wird auf je 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes wählen die gemäß Art. 11 und 12 zu bestimmende Zahl der Abgeordneten und einen Ersatzmann für jeden derselben in gesonderten Wahlhandlungen. Art. 10. Die Bildung der Urwahlbezirke geschieht durch die Distrikts-Polizeibehörden, und in der Pfalz durch die Landkommissariate in der Art: 1) daß jeder solcher Bezirk in der Regel 2000 Seelen umfaßt, jedoch mit möglichster Beachtung der Gränzen der politischen Gemeinden und der bestehenden Distriktseintheilung in den Städten; 2) daß kleinen Gemeinden zu diesem Ende zu einem Wahlbezirke vereinigt oder einer benachbarten größeren Gemeinde zugewiesen werden. Art. 11. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten für jeden einzelnen Regierungsbezirk wird vor jeder Wahl öffentlich bekannt gemacht. Art. 12. Zur Vornahme der Abgeordnetenwahlen werden von dem

Staatsministerium des Innern 4 bis 6 Wahlbezirke in jedem Regierungsbezirk bestimmt. Art. 13. Aktiv wahlberechtigt ist Jeder in dem Bezirk, wo er sein Domicil hat. Als Wahlmann kann jeder in den Urwahl- oder Gemeindebezirk seines Wohnsitzes gewählt werden. Die Wahl der Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden. Art. 14. Die Wahl erfolgt an den von der Regierung zu bestimmenden Tagen. Art. 15. Die Wahlkommissäre werden von der Regierung bestimmt. Art. 16. Die Wähler und Wahlmänner ernennen für ihre Wahlhandlungen einen Ausschuß von 7 Mitgliedern aus ihrer Mitte. Art. 17. Jeder Wahlmann hat vor der Wahlhandlung folgenden Eid abzulegen: ich schwöre, daß ich meine Wahlstimme nach freier innerer Ueberzeugung, wie ich solches zum allgemeinen Besten des Landes für dienlich erachte, ohne Berücksichtigung einer Drohung, eines Versprechens oder eines Befehles abgeben werde, und diesfalls von Niemand unter was immer für einen Namen weder mittel- noch unmittelbar irgend eine Gabe oder Geschenk angenommen habe, noch annehmen werde. Art. 18. Die Wahlen geschehen durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel. Die Gewählten müssen absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Unvollständige oder unförmliche Wahlzettel werden nicht beachtet. Art. 19. Der zum Abgeordneten Gewählte ist verpflichtet, unmittelbar nach der Anzeige der ihn getroffenen Wahl die Ablehnung oder Annahme zu erklären. Art. 20. Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder andern Wahl innerhalb drei Tagen zu entscheiden. Im Falle der Ablehnung der Wahl, oder der Erklärung des Gewählten für einen andern Wahlbezirk, tritt der Ersatzmann an dessen Stelle. Art. 21. Die Wahlausschüsse bescheiden alle Wahl-Reklamationen auf der Stelle durch Stimmenmehrheit. Eine Berufung gegen diesen Ausspruch ist unzulässig. Art. 22. Der Urlaub wird gewählten Beamten und öffentlichen Dienern nicht verweigert werden, eben so wenig den Offizieren und Militär-Beamten, so ferne nicht ausserordentliche Dienstverhältnisse derselben oder ihre Heeresabtheilungen entgegen stehen. Art. 23. Die Wahlhandlungen müssen von den Kommissarien mit pflichtmäßiger und rücksichtsloser Unbefangenheit geleitet werden. Jede Beschränkung der Freiheit der Wahl und jede Benützung eines obrigkeitlichen Einflusses auf die Wähler wird strenge geahndet und nach Umständen mit der Dienstes-Entlassung bestraft. Art. 24. Die Bestechung der Wähler soll die Ungültigkeit der Wahl und den Verlust der aktiven und passiven Wahlfähigkeit für den Bestecher und den Bestochenen als Strafe zur Folge haben, mit Vorbehalt der ferneren sowohl auf den Meineid als sonst in den Gesetzen angeordneten Strafen. Art. 25. Die Wahlhandlungen selbst beschränken sich einzig auf den Gegenstand der Wahlen und jede Einmengung von andern Gegenständen, von besondern Anträgen, Beschwerden oder Instruktionen, auf was immer für eine Art, sind von der Wahlkommission ohne weiters zurückzuweisen. Art. 26. Ueber jedes Wahlgeschäft ist eine schriftliche Verhandlung aufzunehmen und von dem Wahlausschusse sowohl, als von dem Wahlkommissär zu unterschreiben. Art. 27. Die während der Dauer der Versammlung in Erledigung kommenden Stellen von Abgeordneten werden aus den Ersatzmännern und nöthigenfalls durch Zwischenwahlen ergänzt. Art. 28. Den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten, welche nicht am Orte der Versammlung selbst wohnen, wird auf die Dauer der Versammlung, eine bemessene Entschädigung der Reise- und Zehrungskosten in der Art gegeben, daß ihnen a) von dem zur Erscheinung bestimmten Tage bis zum Schluße der Versammlung, jedoch mit Einschluß des vorhergehenden und nachfolgenden Tages eine Tagsgebühr von 5 fl. — b) für die Reisekosten eine Gebühr von 1 fl. für die Wegstunde verabfolgt werden solle. Art. 29. Vorstehende Bestimmungen sollen als Bestandtheil der Verfassungsurkunde angesehen werden, dieselben treten mit der nächsten Wahl in Wirksamkeit und können nur in der durch den Tit. X. §. 7 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Form abgeändert werden. Die §§. 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 14. des Titels VI der Verfassungsurkunde, dann der Abschnitt 1 und 2. des Tit. I der Beilage X zur Verfassungsurkunde werden hiedurch aufgehoben; ebenso 1) Gesetz vom 23. May 1846 der §. 44 Lit. c. Tit. I der X. Beilage, 2) Gesetz vom 15. April l. J., die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betreffend. Das Staatsministerium des Innern ist mit dem Vollzuge beauftragt. Gegeben München im April (L. S.) Für den Entwurf: v. Thon Dittmer.

Preussen. (Posen, 23. April.) Als fast offiziell kann ich mittheilen, daß den 22ten dieses Monats die Quartiermeister eines nach Kozmin gehenden Bataillons — ein Unteroffizier und zwei Mann in der Stadt selbst, unweit des Rathhauses, aus welchem sie die Quartierbillets holten, meuchlings aus Häusern niedergeschossen wurden. Das Landwehrbataillon, was später ankam, fand die Brücke, welche nach der Stadt von Gostyn aus, führte, abgetragen, und einen Haufen Sensenmänner aufgestellt, welche den Eingang zu vertheidigen suchten. Das Bataillon stürmte und besetzte die Stadt, erhielt hierauf von ausgestellten Vorposten die Nachricht, daß von Borek aus eine bedeutende Anzahl bewaffneter Insurgenten und Sensenmänner nahe. Die Truppen rückten nebst einer Schwadron Landwehrulanen ihnen entgegen. Auf die Aufforderung, sich zu ergeben, antwortete der bewaffnete Haufe mit einigen Flintenschüssen, hierauf erfolgte der Angriff der Truppen. Die Insurgenten flohen auf alle Seiten, und wurden nun von den Ulanen verfolgt. Von der Seite der preussischen Truppen sind 1 Mann todt, 2 schwer verwundet, die Insurgenten hatten 24 Todte und viele Verwundete in beiden Gefechten — nach anderen Nachrichten fielen in Kozmin 17 Mann, vom Boreker Haufen 27. (Bresl. Z.)

(Posen, 23. April.) Am 19. rückte der Major v. Müller mit einem Bataillon Infanterie und einer Eskadron Ulanen in friedlichem Marsche auf die Stadt Gostyn zu. Schon war die Avantgarde weit in die Stadt hinein, als die Insurgenten plötzlich von allen Seiten auf sie feuerten, so daß die Avantgarde sich zurückziehen mußte. Nun verbarrikadirten die Polen die Stadt. Zweimal wurden die Insurgenten durch Trommelschlag zum Auseinandergehen aufgefordert. Sie folgten aber dem Rufe nicht, sondern schossen fortwährend auf die Truppen. In der Stadt wurde Sturm geläutet. Jetzt erst ging der Major zum Angriff über und wurde bald Herr der Stadt, obgleich man aus den Fenstern und vom Thurm herunter kräftig auf das Militär schoß. Bemerkenswerth ist, daß sich beim Sturmläuten vorzugsweise der Probst Ostrowski und zwei Laienbrüder des Philippiner Klosters auszeichneten. Diese mit vielen Andern wurden verhaftet; der kommandirende General hat jedoch mit Rücksicht auf das nahe Fest die Geistlichen wieder entlassen. — Noch bedeutsamer ist ein Vorfall, der sich am 22. April in Kozmyn zugetragen hat. Dorthinsandte nämlich Major Johnston 40 Infanterie und 15 Mann Kavallerie zum Quartiermachen. Als die Quartiermacher aufs Rathhaus gegangen waren, und die übrige Mannschaft ruhig auf dem Markte stand, stürzten plötzlich Bewaffnete hervor und schossen meuchelmörderischer Weise auf die Soldaten. Natürlich gaben nun auch diese Feuer, zogen sich aber dann zum Bataillon zurück. Doch war schon ein Unteroffizier und ein Gemeiner getödtet, vier Gemeine schwer verwundet. Das Militär nahm nun die Stadt, unter dem heftigsten Widerstande der Insurgenten. Hierbei sollen von diesen etwa 20 gefallen, und Viele blessirt seyn. Hierauf ging die Nachricht ein, daß in der Gegend von Borek ein Trupp sich gesammelt habe, der Kozmyn anzugreifen beabsichtige. Der Major sandte ihnen eine Eskadron entgegen. Auch hier kam es zum Gefechte: dabei wurde 1 preussischer Unteroffizier, 1 Ulan und 1 Pferd leicht verwundet, während die Insurgenten 7 Todte auf dem Platze ließen. (Bresl. Z.)

Schweiz.

(Basel, den 25. April, Mittags.) Den ganzen Vormittag hört man hier Kanonendonner und Kleingewehrfeuer, es fehlen uns aber alle genauen Nachrichten aus der Nachbarschaft, und namentlich wissen wir nichts über die gestern in Kandern eingerückten französischen Freischaaren, nur so viel haben wir aus einem Briefe von gestern Nachmittag aus Kandern vernommen, daß Herwegh und dessen Frau sich unter den besagten Schaaren befinden. Letztere ist in Mannskleidern, trägt zwei Pistolen im Gürtel und wirbt für die republikanische Sache durch persönliche Ansprachen. (Daß Hecker bei ihnen sei, haben wir gestern gemeldet. Es wird dieß auch dadurch wahrscheinlich, daß er, nach der Fr. Z., den 24. bei Liestal an der Spitze von Arbeitern gesehen wurde.) Gestern Abend um 5 Uhr sind 200 Mann Freischaaren bei Hüningen über den Rhein gegangen und haben sich auf der Schusterinsel festgesetzt. Gestern Nachmittag fuhr ein Schiff mit etwa 30 Mann Bewaffneten durch unsere Brücke den Rhein hinab und verstärkte die Truppe auf der Schusterinsel. Jetzt ist der Befehl erlassen, auf derartige Schiffe zu feuern, wenn sie nicht sofort anhalten. (Sch. M.)

---

†* (Nürnberg, den 29. April.) Gestern Morgen wurde der an seiner erhaltenen Wunde bei der Emeute am 24. Abends gestorbene Maler Deutsch unter einem Zudrange von unzähliger Menschenmasse begraben. Der Leichenkondukt war einer der imposantesten, die vielleicht je in Nürnberg gesehen worden sind, nicht gerade durch glänzende Veranstaltungen, sondern durch die Theilnahme aller Stände an dem langen Zuge. Möge dem Verstorbenen die Erde leicht werden, er war ein wackrer Mann, geliebt von Allen, die ihn kannten. An dem Grabe wurden von einem der Führer einer Kompagnie der Stadtwehr folgende Worte gesprochen:

Freunde, Kameraden und Brüder!

Auch uns sey es vergönnt, an diesem Grabe, welches eben so ernste als schmerzliche Empfindungen in uns aufregt, unsern Gefühlen einige Worte zu geben, in so weit es die tiefbewegte Brust zuläßt. — Den uns allen wohlbekannten, hier im Grabe vor uns liegenden theuern Verewigten, hatten periodische körperliche Leiden gezwungen, vom aktiven Landwehrdienste, dem er sich 20 Jahre lang als Wehrmann und Unteroffizier mit aller Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue weihte, befreien zu lassen. Wohleinsehend, daß die bewegten Zeitverhältnisse, daß die von Außen und Innen bedrohte öffentliche Ordnung und Ruhe seine Dienstleistungen beanspruche, glaubte er strengem Gewissen und redlicher Bürgerpflicht zu genügen, indem er dem in den jüngsten Wochen errichteten freiwilligen Landwehrkorps mit wahrhaft begeisterter Vaterlandsliebe sich anreihte. — Der am vergangenen Ostermontag Abends stattgehabte Ausbruch roher Gewalt, welcher in so höchst bedauerlicher Weise dem Eigenthum eines hiesigen Bürgers gefährlich wurde, hat ihn, mit vielen von uns höhere Befehle befolgend, zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung und Ruhe, sowie zum Schutze des arg verletzten Besitzes, an jene Stelle geführt, wo nur bewaffnete Macht weiterm Unfug zu steuern vermochte. Und dort — dort sollte er ein Opfer treuer Pflichterfüllung werden! Schmerzlich mußte es uns im allgemeinen berühren, daß unser Pflichteifer bei jenen bedauerlichen Vorfällen so auffallend verkannt zu werden schien, und unsere Bemühungen zur Herstellung des Vaterstadtfriedens nur mit Hohn und blutigen Wunden gelohnt wurden. Noch tiefer und schmerzlicher aber muß es uns betrüben, daß unser verewigter allgemein geachteter Freund und Kamerad die Erfüllung seiner Dienstpflicht mit dem Leben bezahlen mußte. Durch einen von gewaltsamer Hand geführten Steinwurf am besagten Abende hart verletzt, hatte dieser schon am nächsten Morgen seinem Leben ein Ziel gesteckt. Ihm nun, dem auf so traurige Weise Vollendeten, noch am Grabe die innige Liebe und Achtung auszusprechen, die wir für den Lebenden empfanden, ihm des wahren Bürgers wohlverdiente Ehrenkrone noch hier auf seinem Sarge niederzulegen, achten wir für heilige Bürger-, Freundes- und Kameraden Pflicht. Wollen wir über diesem Grabe die gegenseitigen Versicherungen erneuern: Nur aus reinem Ehr- und Pflichtgefühl uns dem Gemeinwohl unserer Vaterstadt und, wo Gelegenheit, des ganzen Vaterlandes zu weihen, die uns anvertrauten Waffen auch fernerhin besonnen und ruhig, wenn es aber gilt, selbe auch mit aller Energie gegen die Feinde und muthwilligen Störer öffentlicher Ordnung und Ruhe zu gebrauchen. Wohlan, Freunde, Kameraden und Brüder! Treu den Gesetzen der Ehre und den Pflichten guter Bürger laßt uns — einer kleinlichen Partei-Rivalität niemals Raum gebend — Alle fest zusammen halten, bis zum letzten Athemzuge. Du aber nun in den kühlen Schooß der Erde gesenkter Waffenbruder, der du gefallen bist in dem treuen Eifer für das Wohl unserer Stadt, Dir sey unser herzlichster Dank und Scheidegruß in die Gefilde der Ewigkeit hiemit feierlichst nachgerufen. — Schlafe wohl! Wir wünschen Dir Frieden im Grabe und hoffen auf ein dereinstiges frohes Wiedersehen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. Mai 1848. № 122 Montag: Walburgi.

Nachricht!

Zu meinem innigsten Bedauern muß ich meine verehrten Mitbürger, vor Allem die Wahlmänner des Wahlbezirks Nürnberg und Altdorf durch Mittheilung des nachfolgenden Briefes in Kenntniß setzen, daß sich Herr Dr. Eisenmann aus höhern Rücksichten bewogen gefunden hat, die hier auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten nach Frankfurt abzulehnen, und dagegen jene von Würzburg anzunehmen.

Ludwig Günther.

(Würzburg, den 28. April.) Die Lage der Dinge hat sich dahier ganz anders gestaltet, als ich und jeder Andere erwarten konnte. Die Wahl schwankte zwischen Quante und mir, und ich war, wie ich Ihnen geschrieben, fest entschlossen, Quante den Platz zu räumen, im Falle ich hier und in Nürnberg gewählt würde, und habe solches auch meinen politischen Freunden dahier offen erklärt. Dennoch wurde ich mit 110 von 126 Stimmen zum Abgeordneten für Würzburg, Quante zum ersten, Oberappellrath Geigel zum zweiten Ersatzmann gewählt. Nach der Wahl erklärte ich laut meinen Entschluß, meinen Platz dem Amtmann Quante zu räumen, aber Quante, der die Durchsetzung meiner Wahl vorausgesehen hatte, war gestern in den Wahlbezirk von Arnstein gegangen, hatte sich dort als Kandidaten präsentirt, wurde heute mit 102 von 119 Stimmen gewählt, und hat die Wahl dort angenommen. Ueberdieß lief zugleich die sichere Nachricht ein, daß Geigel in Kitzingen gewählt worden sei. Somit hätte Würzburg durchaus keinen Abgeordneten gehabt. Daß ich unter solchen Umständen und bei der dadurch entstandenen Aufregung die Wahl für Würzburg annehmen mußte, besonders da man mir mit Recht bemerkte, daß Nürnberg sich ohnmöglich in einem solchen Fall wie Würzburg befinden könne, welches sicherlich einen oder den andern tüchtigen Ersatzmann habe, werden Sie gewiß einsehen, resp. zugeben. Ich stelle an Sie die höflichste Bitte, Sie wollen mich diese unvorhergesehenen Umstände nicht entgelten lassen und auch bei den Bewohnern von Nürnberg durch Bekanntmachung dieses Briefes entschuldigen, im Falle die Wahl in Nürnberg wirklich auf mich gefallen sein sollte. Auch drücke ich Ihnen, dem verehrlichen Komité und den Bewohnern von Nürnberg meinen tiefgefühlten Dank für Ihr Vertrauen und für alles Freundliche aus, das Sie an mir gethan. Eisenmann.

Die Wahrheit vorstehender Angaben und namentlich die Thatsache, daß die Annahme der Wahl von Seite des Herrn Dr. Eisenmann nothwendig war, um die bereits entstandene Aufregung zu beschwichtigen, bezeugen die Unterzeichneten.

Zwanziger, Herrschaftsrichter. Treppner, k. Advokat. F. W. Geys.
Sippel, Hofapotheker. J. Köchel jun. G. F. A. Elsasser.

* Die Wahlen in Nürnberg.

Nachdem jetzt die Wahlen zum Parlament vorüber sind, möchte es in der That nützlich seyn, uns ihren wirklich kläglichen Verlauf nochmals vor Augen zu stellen, um aus der tiefen Demüthigung unserer Vorstellungen von unserer politischen Mündigkeit wenigstens eine Lehre für die Zukunft zu gewinnen. Wer unsere Stadt diese Wochen her gesehen, der möchte wohl geglaubt haben, es herrsche hier das regste politische Leben, eine Entschiedenheit des Charakters, eine Selbstständigkeit der Ansichten und des Urtheils, die bis zur Hartnäckigkeit geht und die ernstlichsten Spaltungen befürchten lasse. Du lieber Himmel, wie sehr ist er jetzt, wie sehr sind wir selbst über das enttäuscht, was wir von uns erwarteten! Es gibt kein leichter zu leitendes Volk, als wir guten Leute es sind; es dürfen da nur ein paar Männer an die Spitze treten und die Schnur ziehen, dann nicken alle mit den Köpfen. Zu einem Parlamentskandidaten sind wir gekommen, wir wissen selbst nicht wie. Dr. Eisenmann lebte hier, fast völlig unbekannt; nur die Aerzte standen mit ihm in Verbindung und aus ihrem Munde hörte man gerade keine besondern Lobsprüche über seine Persönlichkeit. Er wolle im ärztlichen Verein dominiren, hieß es, allein recht haben, sey herrisch und auffahrend; bald hatte er sich auch aus dem Verein wieder zurückgezogen. Da erscheint auf einmal Nachmittag 3 Uhr ein Anschlag an den Strasseneckn: Um 5 Uhr Bürgerversammlung! Bürgerversammlung; die Kaufleute sollen ihren Schreibtisch, die Handwerker ihre Werkstatt plötzlich verlassen und laufen. — Wer glaubt man wohl, daß zu solchen improvisirten Bürgerversammlungen komme? Leute, die viel Arbeit zu Hause haben, gewiß nicht! Eine kleine Zahl von Einwohnern hiesiger Stadt findet sich ein. Man proponirt, Eisenmann zum Vorparlament nach Frankfurt zu senden; auffallend, daß Eisenmann auch schon persönlich anwesend ist und zum Erstaunen der Anwesenden alsbald auf der Bühne erscheint. Die kleine Versammlung maßt sich an, die Stadt vorzustellen und Dr. Eisenmann abzusenden; der Magistrat muß ihn auch noch freiwillig in aller Schnelligkeit zum Ehren-Bürger machen. Wir haben gegen die Auszeichnungen des Hrn. Dr. Eisenmann selbst gar nichts einzuwenden; man hat ihn hier viel zu gleichgültig behandelt, er hätte das Ehrenbürgerrecht erhalten sollen, so wie er sich angekauft hatte; aber die Art und Weise, wie man jetzt diese Auszeichnungen im Sturmschritt zu erbeuten suchte, kann nimmermehr gebilligt werden. Die Unzufriedenheit, welches sich über dieses Verfahren gar nicht unverholen überall kund gab, verstummte, als Eisenmann in Frankfurt so glänzend aufgenommen worden, und jene in ganz Deutschland Epoche machenden Worte gesprochen hatte. In einer neuen Versammlung, die er bei seiner Rückkunft berief — über die eigentlichen Ursachen dieser Berufung existiren verschiedene Meinungen — war er bereits der Mann der Stadt. Es hätte neben der bereits gedruckten Ansprache einer Versammlung und öffentlichen Rede gar nicht mehr bedurft. Da trat nun aber ganz unerwartet ein anderer Mann als Gegenkandidat auf. Man war erstaunt, wie Jemand, der in der Stadt noch neuer war, als Eisenmann, ohne seinen alten Ruf und sein politisches Märtyrerthum für sich zu haben, auch nur daran denken konnte, gewählt zu werden; ja, der Mann verhehlte es noch oben ein gar nicht, daß er Republikaner sey. Die Geschichte kam uns vor, als solle durch einen Gegensatz nur etwas Leben in die Leute gebracht werden; denn an ein Reussiren konnte doch wahrlich nicht gedacht werden; und was wäre es zuletzt gewesen, wenn der andere Kandidat ein paar Stimmen erhalten hätte? Das Wahlresultat würde dann doch wenigstens ein Zeugniß von Selbstständigkeit der Wähler gehabt haben. Anders aber faßte man die Sache in der Stadt auf, wozu die drohender sich gestaltenden Verhältnisse in Baden wohl ihren guten Theil mögen beigetragen haben. Man glaubte den politischen Verein, aus welchem jener Wahlkandidat hervorgegangen, nun möglichst schnell mit aller Macht todtschlagen zu müssen.

Eine Menge Leute verwahrten sich öffentlich in den Zeitungen vor der Ehre, auf einer republikanischen Liste der Wahlmannskandidaten zu stehen; Einer ahmte dem Anderen nach, man besann sich gar nicht mehr, daß der Verein eben dadurch, daß er so viele eine öffentliche Verwahrung gegen die Republik für nothwendig erachtende Elemente auf seine Liste gesetzt hatte, den Beweis gegeben, daß er denn doch eigentlich kein republikanischer sein könne, sondern wohl nur jeder politischen Meinung freie Aeußerung gestatte. Es ist die empfindlichste Kränkung, wenn man eine zugedachte Auszeichnung deßhalb zurückweist, weil sie aus dieser und nicht aus einer anderen Hand kommt, und nichts kann mehr wirken, einen Einzelnen, eine Gesammtheit vor der Oeffentlichkeit in den Staub zu treten, als ein solcher Akt. Seitdem war auch der politische Verein vernichtet; wie er plötzlich aufgetaucht, so ist er plötzlich wieder verschwunden. Wir bedauern das nicht, wenn er wirklich ein republikanischer war; wir hätten aber zur Wahrung der Selbstständigkeit der Wahlen gewünscht, daß eine Gegenparteĳ mit einem anderen Kanditaten aufgetreten wäre, mit einem Manne von bedeutendem Namen, wie Bürgermeister Behr, Gervinus, Dr. Wirth und ähnliche. So aber trat jetzt in der That ein Eisenmann'scher Terrorismus ein; wer keine Begeisterung für die Eisenmann'sche Wahl an den Tag legte, der war ein Republikaner; es war, als gäbe es in Deutschland außer Eisenmann gar keinen fähigen Menschen mehr. (Schuß folgt.)

Deutschland.

Bayern. †* (München, 29. April.) (Siebzehnte öffentliche Sitzung der Kammer der Abg. Am Ministertische: die Staatsminister des Innern und der Finanzen Ministerialräthe Benning und Aschenbrenner. — Auf der Tagesordnung steht zuerst Vortrag des Referenten im 4. Ausschuß. Abg. Bestelmeyer, über die Rechnungen der Staatsschulden-Tilgungs-Kasse für 1845/46. Referent und Ausschuß beantragen, es möge aus denselben Gründen, wie jüngst, die Nachweisungen über die Verordnung der Staatdeinnahmen, auf die Rechnungen der Staatsschulden-Tilgungs-Kasse dem nächsten Landtage zur Prüfung vorbehalten bleiben, — womit sich die Kammer vollkommen einverstanden erklärte.

Abgeordneter Bestelmeyer als Referent desselben Ausschusses erstattet den Vortrag über den Gesetz-Entwurf der Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise die bei der Staatsschulden-Tilgungs-Anstalt anliegenden Sparkassen-Kapitalien betr. — Dieser Ges.-Entw. wurde hierauf sofort in Berathung genommen. — Abg. v. Schätzler sprach sich aus bekannten Gründen gegen den Ges.-Entw., stimmt aber der vom Ausschuß vorgeschlagenen Modifi. bei, da, wenn diese angenommen werden, alle Partheien zufrieden sein können. — Der Staatsminister der Finanzen erklärt sich, zur Abkürzung d. Debatte, für die Modifi. des Ausschusses. Wenn, bemerkt derselbe, die Kammer auf diese Modifi. eingehe, so würde bei ruhiger Ueberlegung Niemand bei Sparkassen etwas riskiren. Der Herr Minister gedenkt hiebei der vielen Mißbräuche, die bei der Sparkasse stattfinden, namentlich daß von reichen Leuten so oft größere Summen in verschiedenen kleinen Beiträgen eingelegt würden, wodurch die ganze Calamität entstände.

Abg. Ramoser, Sattler, Unterberger schließen sich gleichfalls der Mod. des Ausschusses an. Abg. Pf. Ruland glaubt, daß auch diese Mod. nicht genügen könnte, den Sparkassen müßte im Standpunkte des Rechts auch der ganze Bedarf zurückbezahlt werden. — Der Staatsminister der Finanzen widerspricht dem, und die Abg. Unterberger, Keim, Graf Hegnenberg, schließen sich dann gleichfalls der Mod. des Ausschusses an, letzterer äußert hiebei den Wunsch, daß die Sparkassen bald von der Verwaltung der Gemeinden getrennt, und der Verwaltung von Bürgern, die sich derselben unentgeldlich unterziehen würden, anvertraut werden möchten. — Abg. Dek. Bauer, gleichfalls für die Mod. des Ausschusses, womit die allgemeine Debatte geschlossen wurde. — Der Staatsminister des Innern erklärt hierauf auch seinerseits die Zustimmung zu den Ausschuß-Beschlüssen. — Zu Art. 1 brachte Abg. II. Sekr. Dr. Schwindl die Mod., daß die Zinserhöhung von $3\frac{1}{2}$ auf 4 pCt., ausschließlich

den Einlegern der Sparkassen zugeben soll. — Der II. Präs. und Del. Bauer unterstützt die Mod. in ihrer Wesenheit, glaubt aber, daß sie nicht ins Gesetz aufgenommen werden soll, weil kaum durchführbar, da ja die Sparkassen nicht alle ihre Gelder bei der kgl. Schuldentilgungskasse angelegt hätten.

Der Staatsminister der Finanzen äußert dasselbe Bedenken, die Sparkassen würden ohnedieß möglichst hohe Zinsen gewähren, damit nicht so viele Gelder zurückverlangt würden. — Abg. v. Schätzler ist aber der Ansicht, daß, wenn die Sparkassen auch nicht alle ihre Gelder bei der Staatsschuldentilgungskasse angelegt hätten, sie dieselben doch anderswo unter 4 Procent wohl nicht anliegen hätten. Der Staatsminister des Innern ist gegen die Modif. daß sie schwer ausführbar, auch nicht nöthig, denn die Sparkassen-Sammlungen, die ein höheres Ziel erhielten, hätten schon die moralische Verpflichtung, auch den Einlagen eine solche zu gewähren, und würden es gewiß auch thun. Dieser Ansicht schließen sich Abg. Städler und Del. Bauer u. A. an, und es wurde die Modif. schließlich verworfen. Art. I unverändert angenommen. Art. II wird nach der Modif. des Ausschusses angenommen. Art. III, gleichfalls nach der Modif. des Ausschusses angenommen. Art. IV, ebenso Art. 8 nach der ursprünglichen Fassung. — Die hierauf erfolgte Abstimmung durch Namensaufruf, ergibt einstimmige Annahme des Modifikationsentwurfs, womit die Sitzung geschlossen wird.

*† (München, den 29. April.) Abgeordneter Bestelmeyer, als Referent des IV. Ausschusses, erstattet folgenden Vortrag über die Rechnungen der Staatsschulden-Tilgungs-Casse für das Jahr 18$^{45}/_{46}$. Unterm 4. April d. J. wurden in obigem Betreffe dem IV. Ausschusse die von dem Herrn Staatsminister der Finanzen am gleichen Tage der Kammer gemachten Vorlagen zugestellt und mir der Hauptbericht, dem Herrn Abgeordneten Schwager das Referat über die Veränderungen der Staatsschuld, und dem Herrn Grafen von Geldern das über den Bericht des ständischen Kommissärs, Hrn. Abgeordneten Rietzler, übertragen. Ich hatte bereits den mir aufgetragenen Bericht fast vollendet, als die Kammer auf den Antrag ihres II. Ausschusses beschloß, die Prüfung der Nachweisung über die Verwendung der dem Centralfonde zugewiesenen Staats-Einnahmen für das Jahr 18$^{45}/_{46}$ der nächsten Ständeversammlung vorzubehalten. Obschon hinsichtlich des Staatsschuldenwesens bei weitem nicht die umfassenden Arbeiten herzustellen sind, wie bei den obengenannten Rechnungen und obschon sämmtliche Referenten des IV. Ausschusses bereit waren, ihre Vorträge zu erstatten, so glaubte derselbe doch, wegen der Analogie und wegen der manchfachen Beziehung, welche beide Vorlagen zu einander haben, denselben Antrag wie der II. Ausschuß stellen zu sollen. In Folge dieser und der Erwägung, daß andere weit vordringlichere Gesetze vorliegen, hat der IV. Ausschuß laut anliegendem Protokoll vom 25. d. Mts. beschlossen, den Antrag zu stellen, „daß die Prüfung der von dem Staatsminister der Finanzen den Ständen des Reichs und zunächst der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Rechnungen und Nachweisungen über die Verwendung der Fonds der Staatsschuldentilgungsanstalt für das Jahr 18$^{45}/_{46}$ der nächsten Ständeversammlung vorbehalten werden soll." Im Falle dieser Antrag von der hohen Kammer zum Beschluß erhoben wird, werde ich den von mir inzwischen vollendeten Hauptbericht zu den Akten des Ausschusses geben; ich lege insoferne einen Werth darauf, als ich darin versuchte, einen viel kürzeren Weg des Berichterstattens bezüglich dieser Rechnungen einzuschlagen.

*† (München, den 25. April.) Protokoll des IV. Ausschusses. Die Mitglieder des IV. Ausschusses haben sich heute vereinigt, um sich bezüglich der Vortrags-Erstattung über die von Herrn Bestelmeyer, Schwager und Graf Geldern zugetheilten Referate zu besprechen, welche den Hauptbericht über den Stand der Staatsschuld, die Veränderungen der Staatsschuld, die Einweisungen an dieselbe aus älteren Rechts-Titeln und den Bericht des ständischen Kommissärs umfassen. Nachdem die genannten Herren Referenten sich zur sofortigen Erstattung ihrer Vorträge bereit erklärt, beschloß der Ausschuß auf den Antrag eines Mitgliedes, es dem Ermessen der hohen Kammer anheim zu stellen, ob es nicht bei der überwiegenden Dringlichkeit der Gesetzes-Vorlagen zweckmäßig seyn dürfte, gleich den Nachweisungen über die Verwendung der dem Central-Fond zugewiesenen Staats-Einnahmen, auch vorstehend erwähnte, die Staatsschuldentilgungs-Anstalt berührende Referate der Prüfung der nächsten Stände-Versammlung vorzubehalten, mit welchem Antrage sich sämmtliche Mitglieder des Ausschusses einverstanden erklärten.

§ (München, den 28. April.) Das heutige Regierungs-Blatt Nro. 26 enthält die Enthebung des Vorstandes der Handelskammer in Augsburg, K. Forster von der Würde eines lebenslänglichen Reichsrathes der Krone Bayern. — Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: 1) bei dem Merkantil-, Friedens- und Schiedsgerichte zu Nürnberg rücken die Markt-Vorsteher und Assessoren, J. W. Fuchs und J. Ch. Merk, jener in die erste, dieser in die zweite Assessors-Stelle vor, dann wird zu der sich hiedurch eröffnenden dritten Assessors-Stelle der technische Handels-Appellationsgerichts-Assessor, Kaufmann und Banquier J. K. Cnopf, unter Enthebung von seiner bisherigen Funktion, jedoch mit Vorbehalt des Titels und Ranges als technischer Handels-Appellationsgerichts-Assesser, berufen; 2) bei dem Handels-Appellationsgerichte zu Nürnberg wird die durch die Versetzung des dritten technischen Assessors, J. K. Knopf, freigewordene Stelle dem bisherigen vierten technischen Assessor dieses Gerichtes, Kaufmann J. G. G. Herold, die durch diese Vorrückung sich eröffnende vierte Assessors-Stelle dem dermaligen ersten technischen Assessor am Handelsgerichte I. Instanz zu Nürnberg, J. B. Zahn, endlich die durch den Rücktritt des Assessors, J. J. Hertel erledigte fünfte Stelle eines technischen Assessors dem dermaligen zweiten technischen Assessor am Handelsgerichte I. Instanz zu Nürnberg, J. J. Herzogenrath, verliehen; 3) bei dem Handelsgerichte I. Instanz zu Nürnberg wird die erledigte Stelle des ersten technischen Assessors dem bisherigen dritten technischen Assessor des nämlichen Gerichtes, F. A. Herdegen, und die erledigte Stelle des zweiten technischen Assessors dem bisherigen vierten technischen Assesser daselbst, J. G. M. Ebermaier, übertragen, dann zur dritten technischen Assessors-Stelle der Kaufmann G. Friederich zu Nürnberg, endlich zur vierten der Kaufmann und Banquier G. Kalb von dort ernannt; die eröffnete Landrichters-Stelle zu Nittenau, im Regierungsbezirke der Oberpfalz und von Regensburg, wurde dem bisherigen Kommissär der kgl. Polizei-Direktion München, K. Staiger, verliehen und der Regierungs- und Kreis-Baurath bei der Regierung von Oberfranken, K. d. J., G. A. Kraft, für immer in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

†* (Nürnberg, den 30. April.) Gestern Abend wurde ein ruhig nach Hause kehrender Bürger von zwei Burschen angefallen und durch mehrere Stiche so gefährlich verwundet, daß er heute Morgen gestorben seyn soll. Die Thäter sind zur Haft gebracht.

(Donauwörth, 28. April.) Hier wurde der rechtskundige Bürgermeister von Neuburg a. d. D., Weber, als Abgeordneter nach Frankfurt gewählt. Ersatzmänner sind: I. der rechtskundige Bürgermeister Franz Förg von Donauwörth; II. Rentamtmann Weber von Höchstädt. (A. Abdz.)

In Dünkelsbühl einstimmig Rechtsrath H. v. Raumer; erster Ersatzmann Kaufmann L. Günther in Nürnberg; zweiter Ersatzmann Chr. Scheuing (früher Landtagsabg) in Ansbach. In Nördlingen Cucumus; in Kempten Prof. Haggenmüller. (A. A. Z.)

(Regensburg, den 27. April.) Bei der heute stattgefundenen Wahl des Abgeordneten und der Ersatzmänner zum Reichstage in Frankfurt wurden gewählt: 1) Als Abgeordneter mit 77 Stimmen unter 132 Stimmenden: Kreis- und Stadtgerichtsrath August Reitmayr, 2) als erster Ersatzmann Adolf v. Zerzog mit 82 Stimmen unter 130 Stimmenden, und als zweiter Ersatzmann: Professor Rätschmayer mit 80 Stimmen unter 115 Stimmenden. (R. T.)

(Aschaffenburg, den 28. April.) Hier wurde als Abgeordneter zu der konstituirenden Versammlung in Frankfurt gewählt: Dr. Müller von Damm, II. Präsident der Kammer der Abgeordneten, mit 120, als erster Ersatzmann Direktor Papius mit 96, als zweiter Ersatzmann Bürgermeister v. Herrlein mit 91 unter 125 Stimmen.

Wahlresultat in Arnstein. Zahl der Wahlmänner 119. Mit 102 Stimmen wurde Konsulent Quante als Abgeordneter gewählt (17 Stimmen Landr. Sotier), 1. Ersatzmann Oberappell.-Ger.-Rath Dr. Lunck 77 Stimmen (Rentamtmann Degenhard von Karlstadt 28 Stimmen, Sotier 12 Stimmen.) 2ter Ersatzmann: Prof. Edel. Bei Abgang der Nachricht 66 Stimmen. (N. W. Z.)

(Bamberg, den 29. April.) Bei der gestrigen Wahl eines Abgeordneten nach Frankfurt, wurden der Rothgerbermeister und Magistratsrath Ultsch und der Oekonom und Gemeinde-Vorsteher Frank zu Bischberg zu Ersatzmännern gewählt. (B. T.)

(Forchheim, den 28. April.) Unter 120 Wähler erhielt als Abgeordneter Rechtsanwalt Burkart II. von Bamberg 80 Stimmen, als 1. Ersatzmann Kaufm. Bachmeier von Forchheim 91 St.; 2. Ersatzmann wurde Landg.-Assessor Vierzigmann von Herzogenaurach. (B. T.)

Baden. (Karlsruhe, 26. April.) Wie wir aus guter Quelle erfahren, haben sich die aus dem Elsaß herübergebrochenen Haufen, von Straßburgern mit Waffen versehen, am Oberrhein zwischen Basel und Schliengen gesammelt; die Truppen haben sich dorthin in Bewegung gesetzt, so daß die Beendigung der Rebellion in den nächsten Tagen zu erwarten steht. (D. Z.)

(Mannheim, den 27. April.) Die verflossene Nacht ist ganz ruhig abgelaufen; die Nassauer blieben in der Kaserne und die Bürgerwehr patrouillirt. — In Betreff des gestrigen Auftritts ist zur Vervollständigung noch nachzutragen, daß Barrikaden an dem Marktplatze errichtet wurden, und man das Straßenpflaster theilweise aufgerissen hat. Ferner sprach sich H. Hoff von der Rathhaus-Altane dahin aus, daß Herr v. Uria augenblicklich die Stadt verlassen müsse, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Uria wird hier als der Lenker der Reaktionspartei bezeichnet; der Haß gegen ihn ist allgemein, er soll schon gestern sich von hier entfernt haben. Sein ferneres Verbleiben vertrüge sich auch durchaus nicht mit der Ruhe der Stadt. Man erfährt heute, daß der Generalmarsch anfänglich nicht auf Anordnung der Behörde geschlagen wurde, und daß der Befehl zum Sturmläuten ebenfalls nicht von ihr ausgieng — In verflossener Nacht rückten sehr viele bayerische Truppen, darunter starke Artillerie-Abtheilungen, in Ludwigshafen ein. Gestern gegen Abend kam eine Kompagnie bayerische Infanterie hier durch, welche auf das Herzlichste empfangen wurde; der kommandirende Hauptmann beklagte den Vorfall, der vor seinem Eintreffen stattgefunden, dankte für seine Aufnahme und bat, daß die Stadt Mannheim seinen nachrückenden Kameraden ein Gleiches widerfahren lassen möge. Diesen Mittag rückten 1600 Mann kurhessische Infanterie hier ein. Um 3 Uhr wird Artillerie dieses Staates erwartet, und sechs Schwadronen Husaren werden gleichfalls vielleicht heute noch eintreffen. Die Nassauer sind noch hier, nach gewisser Mittheilung verlassen sie um 3 Uhr die Stadt, nach anderer Nachricht bleiben sie aber vorerst noch hier. (Schw. M.)

(Freiburg, den 26. April.) So eben geht die zuverlässige Nachricht ein, daß die würtembergischen Vortruppen bei Todtnau auf eine Abtheilung Freischaaren gestoßen sind, dieselben zersprengt und ihnen zwei kleine Konstanzer Kanonen weggenommen haben. (Schw. M.)

Braunschweig. (Braunschweig, 25. April.) Bei der heute hier stattgefundenen Wahl eines Nationalvertreters im ersten Wahlbezirke wurde der Advokat Hollandt mit 65 Stimmen gewählt. (Wes. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 29. April.) Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 27. April 1848. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung hatten sich die Vertrauensmänner eingefunden, um den von ihnen ausgearbeiteten Entwurf einer Verfassung für Deutschland zu überreichen und das hiezu von Professor Dahlmann gefertigte Vorwort zu verlesen. Sie erklärten hierbei, daß sie beabsichtigten, jeden Entwurf nebst diesem Vorwort als ihr der Bundesversammlung übergebenes Gutachten baldigst durch den Druck zu veröffentlichen, welches Vorhaben die Bundesversammlung nicht beanstandet. Jedoch behielt sich die Bundesversammlung vor, nunmehr den Entwurf selbst erst zu prüfen, und weitere Beschlüsse dem Resultat dieser Prüfung gemäß zu fassen. Die Bundesversammlung eröffnete sogleich den Vertrauensmännern, daß sie wünsche, es möchten dieselben fernerhin hier anwesend bleiben, um der Bundesversammlung in den geeigneten Fällen, insbesondere bei der Verhandlung über den von ihnen eingereichten Verfassungsentwurf beiräthlich seyn zu können. Von herzoglich nassauischer Seite wurde angezeigt, daß bereits nahe über 3400 Mann nebst 8 Geschützen in Folge der badischen Requisition ins Großherzogthum Baden eingerückt, beziehungsweise einzurücken im Begriffe seyen. Vom Militärausschuß wurden verschiedene Berichte erstattet. Die herzoglich sächsische Regierung zu Gotha brachte den Entwurf einer neuen Verfassung für das Herzogthum Gotha zur Kenntnißnahme der Bundesversammlung und ließ anzeigen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung in den Herzogthümern Gotha und Coburg bis zum 1. Mai beendigt seyn würden. Der Gesandte der provisorischen Regierung für Holstein beantragte die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund, welcher Antrag einer Commission zur Begutachtung überwiesen wurde. Der preußische Gesandte theilte einen Bericht des Generals v. Wrangel d. d. Schleswig,

23. April mit, wornach die preußischen Truppen siegreich vorgerückt waren und die Stadt Schleswig besetzt hatten. (F.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 27. April.) Bei der Berathung über die Polenfrage in der heutigen Abendsitzung äußerte sich von allen Seiten lebhafte Sympathie für Polen, aber auch Mißbilligung zu weit gehender Ansprüche, und entschiedene Gesinnung, den Rechten Deutschlands und der deutschen Bevölkerung Posens Nichts zu vergeben. Es wurde namentlich hervorgehoben, daß bis zur gänzlichen Reorganisation der polnischen Gebietstheile Stadt und Festung Posen unter preußischer Herrschaft bleiben muß. Von andern Seiten drang man sogar darauf, daß Stadt und Festung Posen als Schlüssel Deutschlands niemals abgetreten werden dürfe. Die Versammlung beschloß: die Entscheidung der polnischen Frage der Nationalversammlung zu überlassen, dabei schon jetzt im Sinne der Beschlüsse des Vorparlaments als ihre Ansicht auszusprechen, daß das durch die Theilung Polens verübte Unrecht durch Wiederstellung desselben, als selbstständiger Staat zu sühnen sei, daß übrigens der Beschluß des Vorparlaments keineswegs die Wahrung der Interessen Deutschlands und der Deutschen im Großh. Posen ausschließen wollte und könnte. Da durch Reh angeregt worden war, daß dem Beschlusse des Ausschusses zuwider, den durch Deutschland in ihre Heimath ziehenden Polen in den Weg gelegt und namentlich der Eintritt in Preußen erschwert wurde, so daß viele derselben in Dresden und Braunschweig liegen bleiben mußten (Jürgens versicherte, der Anstand liege darin, daß ihre Päße vom preußischen Gesandten in Paris nicht visirt seien!) so wird der Bundestag dringend ersucht, bei den Regierungen den ungehinderten Durchzug der Polen zu vermitteln. Die von der Kommission beantragte Absendung einer Deputation nach Polen wurde nicht genehmigt. Von Soiron berichtet über den in Gemeinschaft mit dem Bundestag und den Vertrauensmännern entworfenen Vorschlag in Betreff der Exekutivgewalt des Bundes. Die Bundesversammlung soll durch drei Mitglieder verstärkt werden, welchen die Wahl des Oberfeldherrn, die Leitung des diplomatischen Verkehrs mit dem Ausland, und in dringenden Fällen auf eigne Verantwortung (außerdem aber nur nach vorgängiger Berathung des Bundestags) die vollziehende Gewalt zu übertragen wäre. Die 3 Mitglieder sollen von der Bundesversammlung nach erfolgter Rücksprache mit Vertrauensmännern und dem Fünfziger-Ausschuß den Regierungen vorgeschlagen werden, der deutschen Nation für ihre Wirksamkeit verantwortlich seyn, und letztere nur solang dauern, als sie die Nationalversammlung für passend findet. Hr. v. Soiron glaubt, daß bei der schwierigen Lage Deutschlands nach Innen und Außen eine solche Behörde sich besser zu vollziehender Gewalt eigne, als eine vielköpfige von Instruktionen abhängige Diplomatenversammlung. Durch die obigen Bestimmungen sei hinlängliche Garantie gegen Reaktionsgelüste — wenn solche bei der entschiedenen Haltung des deutschen Volkes irgend möglich wären, dargeboten. Das sicherste Mittel gegen Reaktionen liege übrigens darin, daß man Empörung und Anarchie mit kräftiger Faust darniederhalte. Der Vorschlag wird in der morgenden Vormittagssitzung berathen werden, obgleich Jakobi, darauf gestützt, daß ähnliche Vorschläge in 2 geheimen Sitzungen des Ausschusses bereits verworfen worden seien, die Diskussion bis nach Veröffentlichung dieser geheimen Verhandlungen, d. h. bis übermorgen, ausgesetzt wissen wollte. (D. Z.)

(Frankfurt, den 27. April.) Wiener Briefe melden die baldige Ankunft des Erzherzogs Johann dahier. Die Gegenwart dieses vortrefflichen, wahrhaft deutschen Fürsten, dessen ganzes Wesen eben so schlicht, als kraftvoll und entschieden ist, kann nur vom heilsamsten Einflusse sein; namentlich in einem Augenblick, wo das österreichische Ministerium durch den ungeschickten Artikel der Wiener Z. in ganz Deutschland einen Ruf des Unwillens erweckt hat. (D. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 27. April.) Zwischen Infanterie und Kavallerie unserer Garnison war seit einigen Tagen eine Spannung eingetreten, welche gestern Abend in einem Wirthshause in der Altstadt in offene Feindseligkeiten überging. Es kam in der Wirthsstube zu einem wahrhaft schrecklichen Kampfe, der von dem Feinde im Felde nicht furchtbarer hätte geführt werden können. Mit geschärften Säbeln hieben die kämpfenden Parteien aufeinander ein: es gab schwere Verwundungen. Einem wurde der Kopf gespalten, Andere verloren Finger, Ohren oder andere Theile des Leibes, und es war eben ein Blutbad, welchem der Tod zur Seite zu stehen schien. Aus der Wirthsstube, deren Inneres den Anblick der gräuelhaftesten Zerstörung und des furchtbaren Gemetzels darbot, indem die Blutspuren bis an die Decke hinauf reichen — aus dieser Stube wälzten sich die Streitenden hinaus in die Obergasse und von da in die Ochsengasse hinauf auf den Marktplatz, wo der Kampf sich erneuerte und neue Verwundungen vorfielen. Die Bürgergarde trat sofort unter das Gewehr und trug das Ihrige dazu bei, weiterem Unheil vorzubeugen. Wie man allgemein hörte, so ist einer der Verwundeten bereits heute früh gestorben, und sechszehn andere, die ebenfalls schwer verletzt sind, liegen in dem Lazareth darnieder. Es war ein wilder Kampf, der auf Tod und Leben zu gehen schien, und einige der Streitenden, die entwaffnet worden waren, sollen darin noch ihre einzige Rettung gefunden haben, daß sie wehrlos unter die Tische stürzten, während die Säbel über ihnen zusammen schlugen. Wer die Wahlstatt in Augenschein genommen, hat seine Blicke mit Entsetzen davon abgewendet, und man erinnert sich nicht, je einen ärgeren Soldatenstreit hier erlebt zu haben. Der ganze Streit soll jedoch durchaus keinen politischen Charakter tragen. (Ffrt. J.)

(Aus Kurhessen, den 27. April.) Es scheint, als ob von allen deutschen Staaten der Kurhessische am meisten sich beeilt habe, den Beschlüssen des Vorparlaments in Beziehung auf die Wahl der Nationalvertreter überall nachzukommen, denn hier zu Lande ist nicht nur directe Wahl beliebt worden, sondern auch bereits vollendet. Es sind bis jetzt folgende Wahlergebnisse offiziell bekannt geworden: a) vom ersten Wahlbezirk (Kassel) Obergerichtsanwalt Schwarzenberg zu Kassel, b) vom zweiten Wahlbezirk (Eschwege, Schmalkalden rc.) Bibliothekar Dr. Bernhardi zu Kassel, c) vom dritten Wahlbezirk (Hofgeismar, Rinteln rc.) Stadtsecretär Wippermann zu Kassel, d) vom fünften Wahlbezirk (Hersfeld rc.) der Gymnasiallehrer Jacobi zu Hersfeld, e) vom sechsten Wahlbezirk (Melsungen rc.) Fabrikant Schwarzenberg zu Kassel, f) vom siebenten Wahlbezirk (Ziegenhain rc.) Justizrath Envrim zu Frankfurt, g) vom achten Wahlbezirk (Marburg rc.) Professor Hildebrand zu Marburg, und vom zehnten Wahlbezirk (Hanau rc.) Oberbürgermeister Rühl zu Hanau Unbekannt sind nur noch die vom neunten und elften Bezirke (Fulda und Gelnhausen) zu erwählenden Mitglieder des constituirenden Parlaments. Der vierte Wahlbezirk (Fritzlar rc.) hatte ebenfalls den Bibliothekar Dr. Bernhardi gewählt, und muß eben deßhalb in aller Kürze zu einer nochmaligen Wahl schreiten (Frkft. O.-P.-Z.)

Nassau. Mit der Stelle eines Ministers war bisher ein Gehalt von 14,000 fl. verbunden. Hergenhahn hat seine amtliche Wirksamkeit damit begonnen, daß er erklärt hat, nur einen Gehalt von 4000 fl. anzunehmen. (N. Sp. Z.)

(Wiesbaden, 27. April.) Heute Nacht nach zwölf Uhr wurden wir durch Alarm aufgeweckt. Die Helfershelfer der Unruhestifter hatten es auf einen Angriff auf das ohnweit der Stadt gelegene Pulverhaus abgesehen, der aber gänzlich mißglückte. Sie wurden von der Bürgerwehr und mehreren bespannten Geschützen unserer Artillerie verscheucht, ohne daß man ihrer jedoch hätte habhaft werden können. Um 2 Uhr war die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Die Pulverwache wird nun wahrscheinlich des Nachts durch Bürgerwehr verstärkt werden. (F. J.)

(Wiesbaden, 26. April.) Im 5. Wahlbezirk ist Regierungsrath Hehner dahier, und im 3. Wahlbezirk Conrektor Schulz in Weilburg als Abgeordneter zur constituirenden Versammlung gewählt worden. (F. J.)

Preussen. (Berlin, 27. April.) Die Allgemeine Zeitung bringt eine Verordnung in Betreff der freiwilligen Beiträge zur Bestreitung des außerordentlichen Staatsaufwandes. Man ersieht daraus, daß aus vielen Theilen des Landes dergleichen, oder Anerbietungen dazu eingegangen. Dieselben sollen nicht zurückgewiesen, sollen aber auch nicht als Geschenk, sondern als eine vom Staate mit 5 Proc. verzinsliche, in Schuldverschreibungen zu 10, 20, 50 und 100 Thlr., nach dem Gesetze vom 17. Jan. 1820, verbriefte Schuld betrachtet werden, deren Verzinsung vom ersten Tage des auf die Einzahlung folgenden Monats beginne, zu deren Rückzahlung der Staat, nach sechsmonatlicher Kündigung, zu jeder Zeit berechtigt, aber erst nach zehn Jahren verpflichtet sei, die jedoch auch inzwischen bei einer nach Verhältniß des Vermögens ausgeschriebenen Anleihe oder Steuer angerechnet werden könne. Dargeliehenes ungemünztes Gold und Silber soll zur Münze abgeliefert und dem Einsender der volle Metallwerth ohne Abzug der Verschmelzungs- und Prägungskosten in Anrechnung gebracht werden. Beiträge anderer Art als in edlen Metallen eignen sich nicht zur Annahme. Die Verschreibungen werden nur für bestimmte, abgerundete Summen ausgestellt, was auch durch Nachzahlungen vermittelt werden kann.

(Berlin, den 25. April.) Demnächst sollen dem Könige folgende Aenderungen zur Bestätigung vorgelegt werden. Die erste derselben betrifft die Auflösung des Garde-Landwehr-Corps als Vorläufer einer gleichen Auflösung des Garde-Corps. Die zweite, noch ungleich wichtigere bestimmt die Aufhebung sämmtlicher Cadettenhäuser, aus welcher sodann Arbeiterstellen gebildet, die Wohnungen für Arbeiter eingerichtet werden sollen. Diese Maßregeln werden, wenn sie bestätigt werden sollen, woran wir keinen Augenblick zweifeln, einen der folgenreichsten Schritte bilden zur Neugestaltung des Staates gegen die sociale Zukunft hin. (Köln. Z.)

(Aus Westfalen, den 24. April.) Unsere Bauern haben jetzt die Köpfe ganz voll von den Prophezeihungen des »flüchtigen Paters.« Wie sie erzählen, soll bis jetzt Alles eingetroffen sein, was derselbe prophezeit hat, sie wünschen aber, daß er von jetzt an lügen möchte. Nach seinen Nachrichten soll es nämlich 1850 einen furchtbaren Krieg geben und Alle gegen einander aufstehen; erst 1852 würde der Friede kommen, alsdann aber auch nur noch wenig Menschen da sein, die sich freudig die Hände reichten. Wir kennen diese Prophezeihungen nicht, haben aber wohl auch schon früher davon gehört, zu wünschen wäre daher, daß irgend eine Zeitschrift uns Näheres darüber mittheilte.

(Köln, den 26. April.) Die Taglöhner am neuen Hafen hatten gestern, statt 11, 12 Sgr. Tagelohn gefordert, was ihnen verweigert wurde. Gegen 8 Uhr zogen sie vor die Wohnung des Bürgermeister-beigeordneten, um diese zu demoliren. Tausende waren in wenigen Augenblicken auf dem Platz vor derselben und in den anstoßenden Straßen versammelt; sogleich rückte aber auch Bürgerwehr heran, sich vor dem Hause aufstellend. Die Tumultuanten wagten nun keinen Angriff und verliefen sich. (Ffrt. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Koburg, 25. April.) Heute wurde der Hofadvokat Moriz Briegleb, Schriftführer des Fünfzigerausschusses, mit 224 Stimmen als Abgeordneter des Herzogthums Koburg zur deutschen konstituirenden Nationalversammlung erwählt. (D. Z.)

Schleswig-Holstein. Die Losung »Vorwärts für Deutschland!« mit welcher der Oberbefehlshaber, General v. Wrangel, am 22. d. M. seine Truppen aus Rendsburg ins Feld führte, hat sich bewährt. Der Einnahme Schleswigs ist die Einnahme Flensburgs gefolgt. Die dänische Losung wird also wohl »Rückwärts nach Dänemark" heißen. Eine Depesche des optischen Telegraphen von Altona, 25. April Abends, meldet diese Nachricht: »Schleswig, Gottorf, wie auch Flensburg ist in unsern Händen. Ein Bataillon Dänen ist gefangen, und ein Bataillon ist in die Schlei getrieben.« Der Schirrmeister der heute Morgen angekommenen Hamburger Post hat einige weitere, indeß natürlich der Bestätigung bedürfende mündliche Nachrichten mitgebracht: Flensburg, wird erzählt, soll mit Sturm genommen seyn, wobei von diesen Seiten sehr viele Menschen gefallen seyen; der Kirchhof sey 4 Fuß hoch mit Todten ganz bedeckt gewesen. Ungefähr 700 Dänen sollen ins Wasser getrieben worden und ertrunken seyn, 800 gefangen genommen, eine große Menge zu den Siegern übergegangen, so wie viele Schiffe erobert seyn. — Der König von Dänemark befindet sich dem Vernehmen nach wieder in Odensee. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Berlin, den 27. April.) Die allgemeine preußische Ztg. meldet mit größeren Lettern gedruckt Folgendes: Aus zuverlässiger Quelle ist uns aus Rendsburg vom 25. April, Abends 10 Uhr, folgende Nachricht vom Kriegsschauplatze zugegangen: So eben komme ich in Rendsburg an und erfahre bei meiner Meldung auf der provisorischen Regierung, daß bereits heute früh 10 Uhr die Preußen die Stadt Flensburg genommen haben. — Die Dänen sind gänzlich vertrieben und ist ihnen der Weg zu ihren Schiffen über Holnis abgeschnitten; sind dieselben nicht schon über Apenrade aufs Wasser gekommen, so werden sie von unseren Truppen aufgefunden und hoffentlich gänzlich vernichtet werden. 24 Kanonen sind den Dänen genommen worden, auf der feindlichen wie unserer Seite sind viele Verwundete und von den Grenadiren des Kaiser Franz Regiments mehrere Todte aufgefunden worden. (circa 20 dänische Gefangene.) Außer einzelnen kleinen Abtheilungen holsteinischer Truppen sind wiederum die Preußen allein auf dem Schlachtfelde gewesen und haben glänzend gesiegt."

Aus Würtemberg, den 26. April. Dem Spruche: Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes, so wird Euch alles Uebrige zufallen, wird gegenwärtig bei uns eine ganz neue Auslegung gegeben von einer Anzahl evangelischer Geistlichen. Sie scheinen nämlich zu glauben, daß das Studium der Theologie vorzugsweise befähige zur Wahl in die deutsche Nationalversammlung. Kaum ist einer oder der andere Wahlbezirk, in welchem nicht ein, zwei, drei Geistliche als Bewerber auftreten. Und zwar sind es Männer von allen Abschattungen des dogmatischen Verhaltens, vom grassesten Pietisten bis zum Phanteisten. So traten z. B. in Ludwigsburg zu gleicher Zeit auf: Hofmann, das Haupt des unduldsamsten Pietismus, welcher noch nicht lange selbst unsere zahmen deutschen Verfassungen als Teufelswerk in seiner süddeutschen Warte bekämpfte, und sein Altersgenosse Strauß. Dessen Freund Vischer, vielfach bekannt durch die über ihn verhängte Amtseinstellung, war Bewerber in mehr als einem Bezirke. So ferner der als philosophischer Schriftsteller thätige Wirth, ein Dekan Scholl und noch viele andere völlig unbekannte Größen; daß unter ihnen Einzelne ganz passende Männer sein mögen, wie der Pfarrer Süßkind, soll nicht in Abrede gezogen werden; allein bei der überwiegenden Mehrzahl bleibt sehr unklar, was sich wohl diese Herren unter der Aufgabe des deutschen Parlaments denken, und wie sie ihrer Befähigung dazu sich bewußt sein mögen? Behüte uns doch der liebe Gott vor einer Kirchenversammlung und vor einer Berathung über die symbolischen Bücher! (D. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 26. April.) Der heutige Moniteur bringt folgendes Dekret: Zerstreut die deutschen Freischaaren an der Gränze. Dasselbe lautet wörtlich: Französ. Republik, Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Im Namen des französ. Volks: In Erwägung, daß sich die in den östlichen Departements versammelten Deutschen organisiren und ungeachtet der dagegenlautenden obrigkeitlichen Vorschriften bewaffnen; in Erwägung, daß diese Anhäufung von Fremden auf Einem Punkte eine Last für die Bevölkerung jener Departements werden; in Erwägung, daß die Regierungen Deutschlands ihre Gränzen den Landesangehörigen, wenn sie einzeln und ohne Waffen zurückkehren, öffnen; in Erwägung, daß diese Versammlungen Veranlassung zur Unruhe und einen Vorwand zur Bewaffnung der deutschen Gränzländer abgeben und zum Grund eines Mißverständnisses zwischen Deutschland und der franz. Republik werden können; in Erwägung endlich, daß der Friede existirt und sich zwischen den Staaten des deutschen Bundes und der französischen Republik enger schließen soll und daß es vom Willen einiger bewaffneter Fremder nicht abhängen darf, die Gefühle des republikanischen Frankreichs gegen Deutschland zu entarten — verordnet die provisorische Regierung: Die Versammlungen von Deutschen in den Ostdepartements werden aufgelöst. Die Minister des Auswärtigen, des Innern und des Krieges sind mit Ausführung des gegenwärtigen Dekrets beauftragt. So geschehen zu Paris, im Rathe der Regierung, am 19. April 1848. (Unterschriften.)

Italien.

(Görz, den 24. April.) Nach erfolgter Radifizirung der Convention rückten die k. k. Truppen gestern Nachmittag ein Uhr in Udine ein, wo sie Waffen, Munition und drei Kanonen gefunden haben. Die von Tarvis anrückenden k. k. Truppen griffen den Feind bei Pontebo mit Nachdruck an und zwangen ihn zum Rückzuge. Eilboten gehen in alle Richtungen der Provinz Friaul ab, um die Feindseligkeiten einzustellen und die Wege gangbar zu machen. Heute setzen die Truppen ihren Marsch von Udine fort und besetzen Codroipo. Graf Hartig, an Se. Exc. den Hrn. Minister des Aeußern. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Basel, den 26. April.) Immer ist noch nichts Entscheidendes über die Herwegh'sche Freischaar zu berichten. Nach den einen Berichten hätte sich dieselbe aufgelöst; nach andern würde sie noch beisammen seyn, deren Hauptquartier auf dem Bürgler Schloß sich befinden und gänzlich gegen das Rheinthal hin von hessischen und badenschen Truppen eingeschlossen seyn. — Eine Schaar von etwa 200 Mann deutscher Arbeiter hält sich immer noch auf der Schuster-Insel hinter einigen Verhauen und schnell aufgeworfenen Brustwehren auf und macht Miene, sich gegen einen Angriff zu vertheidigen. Man geht von hier aus ziemlich ungehindert dahin, und auch ich machte diesen Morgen einen Gang zum kleinen Lager. Es sind meist hübsche junge Leute, die von Baden hieher kamen und allgemein Gewehre zur Waffe haben. Sie schienen nur wenig Hoffnung mehr auf das Gelingen ihres Planes zu hegen und eher Niedergeschlagenheit als Begeisterung unter ihnen zu herrschen. Da sich ihre Stellung an die Schiffbrücke anlehnt, so werden sie, im Falle ein ernsthafter Angriff erfolgt, wieder auf die andere Seite des Rheines gehen. Man erwartet, daß dieß im Laufe des Tages geschehen werde. Hekker befindet sich immer noch auf französischem Boden. Gestern wurde den umliegenden badenschen Dörfern bekannt gemacht, daß das Land in Kriegszustand erklärt worden sei, und die Gemeinden für allen Schaden zu haften haben. Da man heute Nacht einen Angriff der deutschen Bundestruppen auf die Schuster-Insel erwartete, so wurden im Laufe des gestrigen Abends entlang der schweizerisch-deutschen Gränze unsere Posten um das Doppelte vermehrt. Noch hört man von keinem Truppenanzug. In Folge hier und in Baselland getroffener Maßregeln gegen den Durchmarsch Bewaffneter und nunmehr gegen Waffentransporte sind zwei Wagen mit Waffen angehalten worden, und die Kunde davon hat den allgemeineren Zuzug zum Stocken gebracht. Viele Arbeiter wollen nun den Gedanken auf bewaffnetes Einschreiten aufgeben und sich wieder auf propagandistische Wirksamkeit für die Republik beschränken. — Nachschrift: So eben geht die Nachricht ein, daß wieder neue Freischaaren in Kems angelangt sind und im Laufe des Tags noch einige Züge ankommen werden. (Schw. M.)

(Zürich, den 25. April.) Als Hecker vorige Woche nach dem unglücklichen Gefecht bei Kandern eine Nacht in Basel zubrachte, suchten die Konservativen einen Ausweisungs-Beschluß gegen ihn zu bewirken, allein einige Rathsglieder widersetzten sich aus allen Kräften und bürgten mit ihren Personen für sein ruhiges Verhalten. Seine Freunde Brenner, Stumm, Goundie (amerikanischer Konsul) suchten ihn auf jede Weise zu überreden, daß er in der Schweiz bleibe, er reiste aber am folgenden Morgen wieder ab, von einer zahlreichen Schaar begleitet und mit einer schönen Summe Geldes ausgerüstet. — Die Flüchtlinge, welche in hiesige Stadt kamen, und diejenigen, welche die Gränze bei Schaffhausen bei Basel überschritten haben, sind alle wieder heimgekehrt, um einen zweiten Versuch zu machen, den verunglückten Versuch bei Freiburg. (Schwäb. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. *† (München, den 29. April) Der Gesetzentwurf die Kapitalsteuer betreffend, lautet: Seine Majestät der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen und verordnen wie folgt: Gegenstand und Maßstab. Art. 1. Alles rentirende bewegliche Vermögen, welches unter dem Namen von verzinslichen Darleihen, Schuldbriefen, Staats-Obligationen, Aktien und dgl. begriffen zu werden pflegt, unterliegt der Kapitalsteuer ohne Unterschied, ob es inner, oder ausser Landes anliegt. Die vortragsmäßige Uebernahme dieser Steuer durch den Schuldner ist ungiltig. Art. 2. Die einfache Steueranlage besteht in einem Kreuzer vom Gulden des jährlichen Ertrages. Art. 3. Ausgenommen von der Kapitalsteuer sind: 1) der Staat, 2) die Wohlthätigkeits-Anstalten, 3) die Banken, öffentliche Leihanstalten, Spar- und Hülfskassen rücksichtlich der zum Betrieb ihrer Geschäfte zusammengelegten oder aufgenommenen Kapitalien, 4) Kapitalien unter 500 fl., so ferne sie das einzige Vermögen des Steuerbaren bilden. Art. 4. Steuerpflichtig ist jeder am Orte seines Wohnsitzes. Die Steuer ist innerhalb drei Monaten nach Aufstellung der Steuerlisten fällig, und mit einem Male zu erheben. Die Steuerlisten müssen bis zum ersten September 1848 aufgestellt sein. Verfahren. Art. 5. Jeder Steuerpflichtige, oder dessen gesetzlicher Vertreter hat nach ergangener Aufforderung entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll auf Ehre und Gewissen eine Erklärung abzugeben; ob und welche steuerbare Kapitalien er besitze, dann wie hoch er deren jährlichen Ertrag anschlage. Diese Erklärung hat sich nach dem Vermögensstande und Zinsertrage des Jahres 1847/48 zu richten. Dieselbe hat innerhalb der in der Aufforderung vorgesteckten Frist, oder an dem hiezu anberaumten Tage (Termine) bei der Gemeindebehörde, welche die Aufforderung erlassen hat, zu geschehen, und wird von derselben sogleich an den Prüfungsausschuß (Art. 1.) übersendet. Art. 6. Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert. Nach wiederholter Mahnung und Abfluß der letzten Frist gibt die Gemeindebehörde hievon dem Prüfungsausschusse (Art. 7) Kenntniß, welcher sodann nach Vernehmung des Vertreters des Staatsärars, (Art. 8.) die Steuerpflicht des Säumigen von Amtswegen festgestellt. Artikel 7. In jeder Gemeinde wird ein Prüfungsausschuß gebildet, welcher ausser dem ersten Gemeindebeamten, oder dessen Stellvertreter in Städten und Märkten aus zehn Mitgliedern und fünf Ersatzmännern, in den Landgemeinden aus sechs Mitgliedern und drei Ersatzmännern besteht. Die Ersatzmänner haben im Falle der Verhinderung oder Betheiligung der Mitglieder einzutreten. Zu Mitgliedern und Ersatzmännern sind die erfahrensten und geachtetsten Gemeindeglieder zu wählen. Die Wahl derselben steht in Städten und Märkten mit magistratischer Verfassung dem Magistrate unter Beiziehung der Gemeindebevollmächtigten, in Landgemeinden dem Gemeindeausschuß zu. Der erwähnte Gemeindebeamte oder dessen Stellvertreter führt den Vorsitz, leitet die Verhandlungen des Ausschusses, und sorgt für Vollziehung der Beschlüsse. Artikel 8. Der Prüfungs-Ausschuß unterwirft die Erklärungen der Steuerpflichtigen einer vorläufigen Prüfung, bestätigt sie als unbedenklich, oder fügt seine Bedenken bei und theilt die Erklärungen der Steuerpflichtigen mit den Ausschuß-Erinnerungen dem von der Finanzverwaltung hiezu beauftragten Beamten zur weitern Prüfung und Erinnerung mit. Der Vertreter des Staatsärars ist zu diesem Zwecke befugt, von den Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekbüchern Einsicht zu nehmen; dieser so wie der Prüfungs-Ausschuß ist zur strengsten Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Artikel 9. Wird die Erklärung des Steuerpflichtigen weder von dem Ausschusse noch von dem Vertreter des Staatsärars beanstandet, so setzt der Ausschuß die Steuerpflicht sogleich definitiv fest. Ausserdem werden die erhobenen Bedenken dem Steuerpflichtigen schriftlich und mit der Aufforderung bekannt gegeben, an einem zu bestimmenden Tage vor dem Ausschusse zu erscheinen, und seine Erinnerungen vorzutragen. Diejenige Erklarung, welche der Steuerpflichtige hierauf abgibt, dient dem Steueranlage zur Grundlage; deren Unrichtigkeit wird nach Art. 12 bestraft. Art. 10. Gegen die Divinitiv-Beschlüsse des Ausschusses — (Art. 6) ist weder Remonstration, noch ein anderes Rechtsmittel zuläßig. Art. 11. Alle Verhandlungen sind tax- und stempelfrei. Die unvermeidlichen Kosten trägt die Staats-Cassa. Art. 12. Wer den Besitz steuerbarer Kapitalien verschweigt, und dessen überwiesen wird, unterliegt nebst Nachzahlung der treffenden Steuer einer Strafe zum Besten des Orts-Armenfondes, welche in dem fünffachen Betrage der Steuer von dem verschwiegenen Kapitale besteht. Unterwirft sich der Betheiligte nicht freiwillig der dießfalls von Seite des kgl. Rentamtes an ihn gestellten Anforderungen, so haben die in Polizei-Uebertretungen zuständigen Behörden darüber zu erkennen und das Verfahren richtet sich nach den §. §. 16 bis 18 des Gesetzes vom 1. Juli 1834. Verletzungen der Zollordnung betreffend. Art. 13. Die Kapitalsteuer wird vorläufig auf ein Jahr für die Zeit vom 1. Oktober 1848 bis dahin 1849 erhoben werden mit je 3kr. vom Gulden des Jahresvertrages. Der nächsten Stände-Versammlung soll über Fortbestand oder Abänderung derselben Vorlage gemacht werden. Die in §. 6 Abtheilung VI. des Familiensteuer-Edikts vom 10. Dezember 1814 angeordnete Besteuerung der Kapitalisten tritt dagegen vom 1. Oktober 1848 an außer Wirksamkeit. Art 14. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München, den .... ten April 1848. Für den Entwurf. Frhr. v. Lerchenfeld.

(Kitzingen, den 28. April.) Von 133 Wahlmännern erhielt Oberappellationsrath Geigel in München alle Stimmen als Abgeordneter. Zum ersten Ersatzmann wurde gewählt Quante mit 77 und zum zweiten Ersatzmann Rechtsanwalt Vorhaus mit 95 Stimmen.

(Schweinfurt, den 28. April.) Als Abgeordneter nach Frankfurt wurde hier Ober-Appell.-Ger.-Rath Cucumus ernannt.

(Stadtprozelten, den 28. April.) Die Wahl für den Abgeordneten zum deutschen Parlament fiel im hiesigen Wahlbezirk auf Apellat.-Ger.-Rath Seuffert in München. Erster Ersatzmann Eisenmann, zweiter Ersatzmannn Ober-Appell.-Ger.-Rath Cucumus.

(Gemünden, den 28. April.) Im 7. Wahlbezirke wurden heute aus freier Wahl in jedem ersten Skrutinium der drei Wahlakte folgende drei Männer zur deutschen Volksvertretung nach Frankfurt gewählt: Dr. Karl Edel, k. Professor der Rechte an der Universität zu Würzburg zum Abgeordneten, der k. Rentbeamte Eckart von Lohr zum ersten Ersatzmann, und k. Appellationsgerichtsrath Friedrich zu Aschaffenburg zum zweiten Ersatzmann. (N. W. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 28. April.) Der Fünfziger-Ausschuß nahm am Schlusse der gestrigen Nachmittags-Sitzung den Comissions-Antrag in Bezug der Errichtung einer exekutiven Central-Gewalt beim Bunde mit 23 gegen 15 Stimmen an. Die Minorität will eine Erklärung erlassen. Es soll demnach die Bundesversammlung um drei Mitglieder, welche von der Bundesversammlung unter Vereinbarung mit dem Fünfziger-Ausschusse und den Vertrauensmännern den Regierungen vorzuschlagen sind, verstärkt werden. Diese drei Mitglieder, für ihre Handlungen dem Volke verantwortlich, haben den diplomatischen Verkehr mit dem Auslande zu leiten, sowie die vollziehende Gewalt in eiligen Fällen allein, außerdem unter Beirath der ganzen Bundesversammlung zu üben. Der constituirenden Versammlung ist es überlassen, diese Gewalt nach Gutbefinden zurückzuziehen. (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 28. April.) Der Fünfziger-Ausschuß war in heutiger Sitzung, die um 4 Uhr anfing, kaum beschlußfähig, doch fanden sich später noch mehrere Mitglieder ein. Unter den vorgelesenen Eingaben befand sich auch eine vom Hanauer Arbeiterverein, an Schuselka eingesendet, welche für 10,000 Arbeiter, die nicht in der Heimath abstimmen können, einen Stellvertreter im Parlamente verlangen, welcher Antrag der Wahlcommission überwiesen wurde. — Es wurde hierauf die an das badische Volk zu erlassende Proklamation berathen und mit einem Zusatze von Spatz angenommen. — Wießner motirirte darauf den Antrag, die Bundesversammlung zu ersuchen, der deutschen Flagge in allen Meeren Anerkennung zu verschaffen. Duckwitz sprach dagegen, will die Sache, da sie ein Theil des Schifffahrts-, Handels- und Zollwesens sey, dem Parlamente überweisen, und trägt an, zur Tagesordnung zu schreiten, was auch angenommen wurde. Jacoby stellte nun einen Antrag, um in Bezug der Gesinnung, welche die österr. Regierung in einem Artikel der Wiener Zeit. bezüglich der Anerkennung des Reichsparlaments ausgesprochen, eine Commission zu ernennen, um die geeigneten Mittel zu erfinden, um diesen die Einheit Deutschlands gefährdenden Gesinnungen entgegenzuwirken. So entstand nun eine lebhafte Debatte. (N. W. Z.)

Preussen. (Posen, den 24. April.) In einigen Dörfern haben die rückkehrenden Sensenmänner die Häuser ihrer Herren, welche sie zum Aufstande auf jede Weise genöthigt hatten, drohend umringt und die vom polnischen General-Comité öffentlich durch Anschlag und Zeitungen versprochenen 3 Morgen Land oder deren Aequivalent in Geld in Anspruch genommen. (Bresl. Z.)

(Breslau, 26. April.) Es geht uns heute spät noch ein vom 25. datirtes Schreiben aus Posen zu, das eine dorthin per Estaffete aus Berlin angelangte Nachricht meldet, in Betreff der wichtigsten Grundlage für die Reorganisation des Großherzogthums. Die ganze Provinz verbleibt in ihrer früheren Integrität, kein Distrikt wird abgelöst und einer andern Provinz einverleibt, also der Provinzialverband nicht gestört. Dagegen wird die innere Eintheilung eine andere. Der nördliche Theil — Netzdistrikt — mit Ausnahme des Gnesener und Mogilnoer Kreises und der westliche, die Stadt Posen mit eingerechnet bleiben deutsch, und der dritte östliche Theil erhält eine polnische Regierung und ein Nationalheer. Der Sitz dieser polnischen Regierung wird entweder Posen sein, der auf diese Weise zwei Regierungen bekäme oder Gnesen. Es wird hienach keinen Oberpräsidenten der Provinz, sondern drei Chefspräsidenten der drei Abtheilungen geben, die mit dem Ministerium in unmittelbarer Verbindung stehen werden.

Wir bemerken schließlich, daß die in der heutigen Zeitung, Nr. 97 über denselben Gegenstand enthaltene Nachricht, die von der eben mitgetheilten ganz abweichend lautet, aus Posen vom 22., also drei Tage früher als diese letztere Nachricht, datirt ist. (Bresl. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Dank und Bitte.

Nachdem ich mein elterliches Haus und Bäckergeschäft, welches ich seit 31 Jahren in Besitz hatte, heute an meinen künftigen Schwiegersohn Hrn. Georg Simon Fehn käuflich abgetreten habe, fühle ich mich verpflichtet, meiner sehr verehrten Kundschaft für das mir so vieljährig bewiesene Vertrauen den verbindlichsten Dank abzustatten mit der Bitte, dasselbe gütigst auch auf meinen Nachfolger übergehen zu lassen.

Meiner werthgeschätzten Nachbarschaft aber in deren Mitte ich meine Lebenszeit beschließen will, danke ich für alle mir bisher bezeugte Freundschaft und Liebe verbindlichst und bitte, mir dieselbe auch in Zukunft zu bewahren.

Nürnberg, den 1. Mai 1848.

Conrad Wolfgang Weidinger,
dessen Gattin und Familie.

In Bezug auf Obiges, beehre ich mich, einem Gesammt-Publikum, insbesondere der werthen Kundschaft meines zukünftigen Herrn Schwiegervaters, zur Kenntniß zu bringen, daß ich dessen Haus und Geschäft käuflich an mich gebracht und bereits übernommen habe, und bitte zugleich, das Zutrauen, mit welchem sie denselben seit einer langen Reihe von Jahren beehrten, auch auf mich gütigst übergehen zu lassen, indem ich mich bestreben werde, solches stets zu rechtfertigen.

Die werthe Nachbarschaft aber bitte ich um ihr geneigtes Wohlwollen und freundliche Aufnahme in ihrer Mitte.

Georg Simon Fehn
und dessen Verlobte
Elise Weidinger.

Danksagung, Bitte und Empfehlung.

Nachdem der Unterzeichnete sich 26 Jahre hindurch der Gunst des sehr verehrlichen Publikums, insbesondere seiner werthen Nachbarschaft zu erfreuen hatte, stattet derselbe für das ihm geschenkte Wohlwollen seinen ergebensten Dank hiermit ab, unter der Bitte, ihm dasselbe auch fernerhin zu erhalten und seinen Nachfolger mit demselben ehrenden Zutrauen gütigst zu erkennen

Jakob Fleischmann.

Unter Bezug auf vorstehende Danksagung und Bitte versäume ich nicht, bei der am 1. Mai bevorstehenden Uebernahme der Wirthschaft des Herrn Fleischmann mich einem sehr verehrten Gesammt-Publikum so wie meiner neuen schätzbaren Nachbarschaft aufs Beste zu empfehlen, mit dem Bemerken, daß mir die reellste und prompteste Bedienung stets die angenehmste Pflicht seyn wird.

Karl M. Pink.

Anzeige.

J. K. Michel aus Erlangen

bezieht die gegenwärtige Ostermesse mit einer großen Auswahl selbstfabrizirter Korb- und Strohgeflechten in den verschiedensten Sorten:

Herren-Hüte, hohe und niedere			
	Köpfe von	3 fl. 30 kr	— 1 fl. 12 kr.
Knabenmützen von		2 fl. 42 kr.	— 36 kr.
Damenhüte, italienische		6 fl	— 2 fl 42 kr
„	Brüßler	3 fl 42 kr.	— 1 fl. 18 kr.
„	Geflochtene von Doppelgeflecht	2 fl 12 kr	— 1 fl. 45 kr.
„	Roßhaarborden sehr große Auswahl	4 fl. 30 kr.	— 1 fl. 45 kr.
„	Spatrie	1 fl. 45 kr.	— 1 fl. 12 kr.
„	Melirt und gestreift verschiedene Farben	1 fl. 12 kr.	— 48 kr.
Knabenhüte		3 fl. 30 kr	— 15 kr.
Gartenhüte für Damen		1 fl.	— 24 kr.

Mädchenhüte von allen Sorten und Preißen.

Kinderwägen Papier-, Arm-, Wasch-, Wand- und Nähkörbe, gestickte und ungestickte. Strohtaschen, Tischdecken in allen Sorten, so wie alle in dieses Fach einschlagende Artikel, alles bester Qualität und schönster Façon.

Indem ich meine Fabrikate einer gefälligen Beachtung und gütigen Abnahme, unter Zusicherung der möglichst billigsten Preise empfehle, bitte ich zu beachten, daß sich mein Lager diesmal am Eck des obern Durchganges nächst den Hafnern auf der Schütt befindet.

J. G. Bär,

Leinwand-Fabrikant aus Eybau in Sachsen,

empfiehlt sich während der hiesigen Ostermesse wieder mit seinen schon bekannten Leinen-Waaren, als: Leinwand, weißen und bunten leinenen Taschentüchern a Stück 15 kr. bis 1 fl. 30 kr., desgleichen Kinder-Tücher a Stück 10 kr., dann Tisch-, Tafel- und Handtücher in verschiedener Größe ohne Nath, desgleichen Damast-Gedecke und Tischdecken in allen Größen, und auch eine große Auswahl echten leinenen Zwirn.

Seine Bude befindet sich in der mittlern Reihe, dem Herrn Ottensoßer gegenüber.

Versteigerung.

Im Gasthaus zum wilden Mann in Gostenhof werden am Donnerstag den 4. Mai d. J., Morgens 11 Uhr, drei Pferde, nämlich 2 6jährige braune Wagenpferde und ein 3jähriges noch ungebrauchtes Pferd, Fuchsstute, an den Meistbietenden versteigert.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen wird abgegeben

in der Bude Nro. 24 vor dem Hause des Herrn Glockengießers Rupprecht am Eingang zum Wildbad bei J. Wolpers.

Eine große Auswahl in Kattunen, die Elle zu 9, 10 bis 11 kr. Französische Kattune, wobei die so sehr beliebten Jenny-Lind-Muster sind, zu 12—18 kr., feine Rosa-Kattune ganz ächtfärbig 15 kr., Orleans und Tibet 30—56 kr., eine große Auswahl Shawls, wobei eine Partie $^{10}/_4$ Tücher per Stück zu 1 fl. 15 kr. 50 Dutzend viereckige rein seidene Damenkravatten à 15 kr., ein Foulard 24 kr. 100 Stck. Wollnmusselin und Poil de Mousselin-Kleider zu $3^1/_2$ bis 7 fl. Glanz-Zitz und Möbeldamast zu Vorhängen und Roleaux 10—16 kr. Damascirte Komod-Decken 54 kr., desgleichen Tischdecken 1 fl. 30 kr. Feine Schlesinger Leinwand (rein Leinen) 20—24 kr. Tischtücher ohne Nath 1 fl. 36 kr. und höher. Servietten 24 kr., halbleinene Taschentücher 7—9 kr. Schwere Niederländische und Englische Hosenzeuge 14—20 kr. Die neuesten Westenzeuge 24 kr. bis 3 fl. Eine große Partie wollene Halsbinden und Schlips 30 kr. Ganz ächtfärbige Schweizer-Taschentücher 24—27 kr. Seidene Taschentücher und Binden ganz billig. Jakonnet-Binden 6 kr., in ältern Mustern 12—15 kr.

Nur in der Bude Nro. 24 vor dem Hause des Herrn Glockengießers Rupprecht und werden Vormittags Proben abgegeben.

☞ *Nothgedrungener Ausverkauf*

während der Messe im Färbereigebäude auf der Schütt im Hause des Herrn Pabst 1ten Stock **E. Hanau** aus Frankfurt a. M.

ist wegen der jetzigen Geschäftskrisis genöthigt, seine sämmtlichen Waaren zu folgenden ausserordentlich billigen Preisen bis auf das letzte Stück auszuverkaufen:

☞ Westenstoffe in Wolle, Seide, Cachemir und Pique pr. Weste 30 kr., 48 kr. bis fl. 1. 54 kr. die eleganteste Atlaßweste; Sommerhosenzeuge sehr dauerhaft die vollkommene Hose fl. 1. 20 kr. bis fl. 2. 48 kr.; Haus- und Schlafröcke doppelt wattirt in (besten wollnen Stoffen) pr. Stück fl. 2. 54 kr. bis fl. 5. 48 kr.; Sommerröcke und Paletots pr. Stück fl. 3 bis fl. 5. 48 kr.; Regenschirme in schwerster Seide pr. Stück fl. 4 bis fl. 5. 48 kr.; die besten Regenschirme in feinstem Tuch pr. Stück fl. 1. 12 kr. bis fl. 2; Sonnenschirme (neueste Pariser Prachtmuster) mit Fischbein pr. Stück fl. 2. 30 kr bis fl. 5; Reisesäcke in gutem Stoff und dauerhafter Arbeit pr. Stück fl. 1. 45 kr. bis fl. 2. 36 kr.; Cravatten in Atlaß und Lasting pr. Stück 30 kr. bis fl. 1. 30 kr.; Herren-Atlaß-Shawls und Schlips pr. Stück fl. 1. 30 kr. bis fl. $2^1/_2$; Jaconnet-Binden für Herren für den Sommer geeignet ächtfärbig pr. Stück 18 kr. bis 48 kr.

Nur bei E. Hanau aus Frankfurt a. M. im Färbereigebäude auf der Schütt im Hause des Herrn Papst im 1ten Stock.

☞ Ganz was Neues in dreispaltigen Stahlschreibfedern,

die alle bisherigen übertreffen und den Gänsekiel ganz entbehrlich machen, das Dutzend 12 kr. und 18 kr., ferner Schulfedern 144 Stück 18 kr. bis 24 kr.; Beamten-, Correspondenz-, Zeichen- und Notenfedern und noch 50 verschiedene Sorten elastische Federhalter pr. Stück 3 kr. nur bei E. Hanau aus Frankfurt a. M. Der Verkauf ist im Färberei-Gebäude auf der Schütt im Hause des Herrn Pabst 1ten Stock.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Meß-Anzeige.

Unterzeichneter beehrt sich bei gegenwärtiger Messe sein Waarenlager bestens zu empfehlen.

Dasselbe besteht aus Faden, baumwollenen und schwarzen seidenen Spitzen, schwarzen und weißen Halbschleier, auch lange Brautschleier. Feine gestickte, große und kleine Krägen, Unterhemdchen, Taschentüchern rc., sehr feine Moll-Jaconet, Batist, platten und broschirten Vorhang-Moll, Franzen, Borten, Pique, Halbpique, Köper, Bettdecken, Unterröcke und dergleichen.

Da ich immer die reellste Bedienung und billige Preise mir zur Pflicht mache, hoffe ich auch diesmal wieder recht viel Abnehmer genannter Gegenstände zu finden. Die Bude ist in der ersten Reihe auf der Schütt.

Ferdinand Lorenz,
aus Zwota in Sachsen.

Meß-Anzeige.

Unterzeichneter bezieht die diesjährige Ostermesse wieder mit seinem aufs reichhaltigste assortirten

Spitzen-Waaren-Lager

und empfiehlt außer diesem besonders gehäckelte Vorhängspitzen zu 1, 2, 3 und 4 kr. die Elle, so wie auch eine Partie gestickte Leibchmisetts zu 24, 30, 36—45 kr. das Stück, und bittet um geneigten Zuspruch

Die Bude befindet sich in der Mittelreihe, neben Herrn Lehmaier, mit Firma versehen.

B. Hamburger Helm
aus Fürth

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen, welches schon längere Zeit dient, im Waschen, Bügeln und andern Arbeiten erfahren ist, auch mit neugebornen Kindern umzugehen weiß, und sich über Treue und Fleiß ausweisen kann, sucht bei einer soliden Herrschaft entweder bis Ziel oder mit 14 Tagen als Kinds- oder Stubenmagd unterzukommen.

(Zu verkaufen) Eine gut erhaltene Stockuhr und Schillers Werke sind billig zu verkaufen

---

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Wöhrderthores, S Nro 1532, sind 2 Schlafstellen zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein ganz neuer großer Kasten, in eine Spezereihandlung passend, ist zu verkaufen S. Nro. 1583 auf dem Spitzenberg.

Erklärung.

Es haben sich in hiesiger Stadt mehrfach die Gerüchte verbreitet, als hätten sich sämmtliche hier arbeitenden Schreinergesellen bei den am 24. April Abends ausgebrochenen Unruhen betheiligt, und werden dieselben sogar als die Rädelsführer bezeichnet. Es kann nicht mit Bestimmtheit in Abrede gestellt werden, daß vielleicht einige an diesen Unruhen Antheil genommen haben, eben so wenig kann aber vorausgesetzt werden, daß sich alle hier anwesenden Schreinergesellen an den Vorgängen betheiligten. Es ergeht daher hiermit von den Unterzeichneten an alle verehrlichen Bewohner Nürnbergs die Erklärung, daß sich fast alle Schreinergesellen während des Krawalls ruhig auf ihrer Herberge verhalten haben. Mögen daher nicht ähnliche falsche Gerüchte verbreitet werden, die dem größten Theil einer Innung, die sich stets in der Ordnung erhält, und ferner erhalten wird, nur Haß und Mißgunst zuziehen.

J. Kuhn Lettinger.
Derzeitige Altgesellen der hiesigen Schreinerzunft.

☞ (Kapital-Gesuch.) Gegen mehr als zehnfache Sicherheit werden 6000 fl. auf ein Oekonomieanwesen zur ersten Hypothekstelle aufzunehmen gesucht.

Weiters eingegangene Beiträge für das Schleswig-Holsteiner Freikorps
bei Hrn. Dr. Schwarz.

Durch Hrn. Tümmel 3 fl. von J. R., eine Busennadel und sonstige Geschenke für die demnächstige Auktion, welche dort ohnedieß zur Controlle vorliegen werden. Man bittet dringend um reichliche Gaben, da die Kosten noch lange nicht g deckt sind.

(Zu vermiethen) In L. Nro. 341 der Karolinenstraße ist eine schöne Wohnung, erster Etage, aus 3—4 heizbaren Zimmern, Speise, heller Küche, mehreren Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten bestehend, nach Ziel Walburgi oder bis Laurenzi zu vermiethen

---

(Zu vermiethen.) Es ist ein Logis mit 5 Zimmern, Kammern, Küche, Keller und sonstigen Bequemlichkeiten bis Ziel Lorenzi zu vermiethen in L. Nr. 524.

Arena.

Montag den 1. Mai. „Das Epigramm" Lustspiel in 4 Akten von Kotzebue.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. Mai 1848. № 123 Dienstag: Sigmund.

*, Die Wahlen in Nürnberg.

(Fortsetzung.)

Wie wenig man sich in der Stadt über die eigentliche Stärke des politischen Vereins auskannte, zeigt das Beispiel des Magistrates, der gegen den Vereinscandidaten und zu Gunsten des Dr. Eisenmann noch eine eigene große Volksversammlung veranstalten zu müssen glaubte. Es ist gegen allen Gebrauch, daß sich eine Behörde in Corpore auf solche Weise in die Volkswahlen einmischt; und wenn man wollte, könnte man die ganze sogleich in den nächsten Tagen auf diesen officiellen Akt erfolgte Wahl mit vollem Rechte beanstanden. Schwer abzusehen ist es, wie der Magistrat noch jenen gallichten Erguß in dem Briefe eines Mannes benützen konnte, der sich ganz unnöthiger Weise aus einer guten Stellung in hiesiger Stadt nach der Schweiz gewandt, dort seine Rechnung nicht gefunden, und sodann, wir wissen nicht unter welchen Mühen, wieder in das monarchische Würtenberg gezogen hatte. Wer die Verhältnisse kannte und wußte, daß Herr Dr. Mönnich, schon ehe er nach Nürnberg gekommen, einmal in der Schweiz gelebt hatte, und vor einigen Jahren gleichwohl seine günstige hiesige Stellung mit jener in einer Republik vertauschen konnte, dem war es kein Geheimniß, daß zu diesem nachträglichen bittern Urtheil wohl unangenehme Privatverhältnisse das Meiste mögen beigetragen haben. Aber was soll man zu dem Takte sagen, wenn eine Behörde in einem Moment, wo man Ursache hat, alle Aufregung zu vermeiden, was soll man zu dem Takte dieser Behörde sagen, wenn sie in einem solchen Moment die Republikaner, die sie für so stark hält, mit Schmähungen übergießen läßt, wie sie jenes Schreiben aussprach? Die Mäßigung, mit welcher das Publikum alle diese übergegriffenen Worte hinnahm, zeigt wohl am besten, daß es keine republikanische Partei in der Stadt gibt; außerdem wären die Folgen wohl andere geworden. Der Brief hatte keine andere Wirkung, als daß man glaubte, ein Mann, an den gar Niemand dachte wolle sich durch diesen Erguß unter die Wahlcandidaten stellen, habe sich aber natürlich gleich von vorn herein unmöglich gemacht, das Schreiben war jedoch augenscheinlich nicht eingetroffen, um öffentlich vorgetragen zu werden. Als nun der mit so großer Spannung erwartete Wahltag selbst kam, zeigte es sich sogleich, daß die Theilnahme an den politischen Interessen sich in Nürnberg noch ganz und gar nicht so weit verbreitet habe, wie man glaubte, ja daß die große Mehrzahl der Einwohner sich nicht einmal das Bischen Zeit nehmen mochte, bei dem Wahlakte auch nur zu erscheinen. Es wäre interessant, das Verhältniß der Zahl stimmfähiger Einwohner mit jener der wirklich erschienenen in Vergleich setzen zu können; wir sind der Meinung, daß nicht die Hälfte der Berechtigten eine Stimme wirklich abgegeben habe. Der Wahlakt der Wahlmänner selbst wurde — freilich ohne Absicht in einer Art vorgenommen, welche die rathlosen Neulinge, die hier zum ersten Mal bei einer solchen Angelegenheit erschienen, sogleich den Händen Weniger überlieferte, die da thätig waren. Es war wahrhaft traurig zu sehen, wie fast gar Niemand eine bereits fixirte Wahl in seinen Gedanken wirklich mitbrachte, sondern geradezu die auf seine Liste nahm, die sich durch die Leitung der Wahlangelegenheit bemerklich machten. Anfangs hieß es, man könne in der ganzen Stadt wählen; da hätte denn auch Jeder im Gedächtniß seine Männer gefunden. Als man nun aber zum Wählen kam, hörte man, es sey doch besser, die Wahlmänner aus seinem Wahldistrikt zu nehmen, da sonst keine absolute Stimmenmehrheit zusammenzubringen sey. Allerdings; deßhalb ist eben auch ein Fordern von absoluter Stimmenmehrheit für die Wahlmänner sehr unzweckmäßig. Nachdem aber einmal eine solche verlangt war, so hätten die Wähler vor Allem belehrt werden müssen, wer Alles in ihrem Distrikt wohne und wählbar sey. Man hätte entweder die Namen aller Wählbaren laut und langsam vorgelesen oder Verzeichnisse anheften, vielleicht durch den Druck vorher bekannt machen müssen. Statt dessen traten in einem Theil der Distrikte die Wähler in dem Zeitraum von mehreren Stunden einzeln ein. Da sahen sie einige Männer am Wahltische sitzen; die Männer waren nicht übel, man wählte sie also. Gewiß sind drei Viertheile aller Wahlmänner solche, die bei der Wahl officiell betheiligt waren oder sich von freien Stücken dabei zu schaffen machten. In anderen Bezirken begann man die Sache auf andere Weise. Man forderte Jemanden auf, Mehrere als Wahlmänner vorzuschlagen oder wünschte, es möchten Einige selbst sich aussprechen, daß sie Wahlmänner werden wollten; und da glaubt man nun wohl, daß nach unserer deutschen Art sodann etwa Jemand hervortreten und öffentlich erklären würde: Nein, diesen Mann wünsche ich nicht; ich wünsche einen anderen. Wer sich vorschlug oder von einem Anderen vorgeschlagen wurde, der war dadurch auch schon Wahlmann, um so sicherer, da es hieß: Ja, meine Herren, übereinstimmen müssen wir, denn der Wahlmann braucht so und so viele Stimmen, sonst müßten wir bis heute Abend wählen! Auf diese Weise war bei dem Verlangen absoluter Stimmenmehrheit die Wahl der Wahlmänner in die Hand einiger Weniger gelegt; wir haben also gewiß die Erfahrung gemacht, daß diese Wahlart für uns bis jetzt nicht taugte. Kommen wir nun aber auf die Wahl des Deputirten selbst. Es ist ein edles Bestreben, daß die Deutschen für das deutsche Parlament vor anderen Solche suchen, die neben der Tüchtigkeit des Wissens und des Charakters auch ein Märtyrerthum für die Sache der Freiheit aufzuzeigen haben. Eisenmann hat die Wahl durch eine Stadt, wie Nürnberg, verdient; es ist dagegen durchaus nichts zu sagen, obgleich ich offen gestehe, daß dieser ungewöhnliche Eifer, diese ausserordentliche Thätigkeit für die Monarchie nach fünfzehnjährigem politischem Gefängniß für mich etwas Unnatürliches hat. Ich glaube, daß Dr. Eisenmann aus Ueberzeugung der Monarchie anhängt; ich finde es edel, daß er sie vertheidigt; aber der wahre Edelmuth darf nicht viel Geräusch machen. Hätte man nun aber doch nur andere Märtyrer aus Bayern, wie den Bürgermeister Behr, den Dr. Wirth nicht so ganz vergessen, weil sie sich nicht auch als Retter der Monarchie hervordrängten. Dr. Eisenmann hatte für unsere Stadt eben so wenig besondere Verdienste, als sie. Wir haben uns für ihn abgekämpft, und er nimmt jetzt unsere Wahl nicht einmal an! Das ist der Dank! Man kann jetzt nicht mehr glauben, daß es ihm um Nürnberg besonders zu thun gewesen sey; er wollte nur überhaupt irgendwo gewählt werden, erschien in Würzburg, Culmbach, Erlangen rc. als Wahlkandidat, um seiner Person sicher zu seyn; geht es da nicht, so geht es dort! (Schluß folgt.)

Deutschland.

Bayern. *† (München, 30. April.) In Folge einer gestern Abend durch einen Gensd'armen vorgenommenen Arretirung eines Individuums rottete sich gestern Abend eine Anzahl Personen vor dem Polizeigebäude zusammen, und nahm eine drohende Haltung an. Bald stellte sich Militär vor dem genannten Amtslokale auf, sperrte die Strassen und verhinderte den weiteren Andrang. Im Vergleich zu der geringfügigen Erscheinung der Unruhigen war die Entwicklung der militärischen Macht höchst übertrieben, und allenfalls nur geeignet, einen größeren Zusammenlauf zu veranlassen. Die Bräuer haben sich entschlossen, 2 Pfennige von dem Biersatze nachzulassen; dennoch fürchtet man morgen Bierkrawall, zumal da der Bock morgen ausgeschenkt wird, der stets viele erhitzte Köpfe macht. Umfassende Vorsichtsmaaßregeln sind getroffen. — Heute ging eine Kompagnie des Leibregiments nach Tölz ab, morgen geht eine andere nach Aibling; die Bauern weigern sich, der Konskription Folge zu leisten; gestern wurden 4 Rekruten geschlossen von Gensd'armenbedeckung hier eingebracht.

†* (Nürnberg, den 1. Mai.) Mit Vergnügen berichtigen wir ein gestern mitgetheiltes Gerücht dahin, daß der vorgestern Abend von Burschen angefallene und durch mehrere Stiche verwundete hiesige Bürger nicht gestorben ist, daß selbst seine Wunden nicht lebensgefährlich sind.

†† (Nürnberg, den 1. Mai.) Heute Morgen wurden die vier Sechspfünder (Feldkanonen) der hiesigen Landwehr in die Halle des Rathhauses gebracht, und von der Mannschaft Pulver und Kartätschen gefaßt.

(Regensburg, den 29. April.) Heute erfahren wir, daß Herr Reitmayr auch in den Wahlbezirken Neunburg v. Wald und Weiden zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt wurde. Es ist daher zu erwarten, daß er dem an ihn ergangenen so ehrenvollen Rufe eines dieser Wahlbezirke folgen werde, wodurch dann der zum ersten Ersatzmann für Regensburg gewählte Herr Adolf v. Zerzog zum Abgesandten des Wahlbezirks vorrücken, und wir die Freude haben würden, beide von gleicher Gesinnung beseelte Männer des Vertrauens in Frankfurt beim Reichstage zum Wohle des Vaterlands wirken zu sehen. (Rgsbrg. Tgblt.)

(Passau, den 29. April.) Ergebniß der gestrigen Wahlverhandlung: Als Deputirter Minister Beisler mit 68 Stimmen. Erster Ersatzmann: Oberstudienrath Neumaier mit 76 Stimmen. Zweiter Ersatzmann: Kreis- und Stadtgerichts-Rath Haubenschmid mit 79 Stimmen unter 125 Wahlmännern. Drei Männer, die Vertrauen verdienen und dieses Vertrauen rechtfertigen werden. (Rgsbrg. Tgblt.)

(Abensberg, den 28. April.) In der so eben hier abgehaltenen und vollendeten Wahl der Abgeordneten zum deutschen Reichsparlament wurde als Abgeordneter erwählt: Professor Dr. v. Lasaulx mit 61 Stimmen unter 108 Wählern, als erster Ersatzmann Professor Dr. Philipps mit 61 Stimmen, als zweiter Ersatzmann Seine Durchlaucht der Fürst von Leiningen-Amorbach mit 66 Stimmen. (Rgsbrg. Z.)

(Neumarkt in der O.-Pf., den 28. April.) Die Wahlen unseres Bezirks (Neumarkt, Parsberg, Hemau, Riedenburg und Hilpoltstein) sind so eben beendet. Von 135 Wählenden erhielt Dr. Friedrich, Dompropst in Bamberg, 119 Stimmen als Abgeordneter. Dr. E. v. Lassaulx 115 als erster, und Generallieutenant Frhr. v. Gumppenberg 129 als zweiter Ersatzmann. (A. Postz.)

(Speyer, den 28. April.) So eben hat die Wahl der Abg. für die konstituirende Versammlung aus dem Wahlbezirke Speyer (Kantone Speyer und Germersheim und ein Theil des Kantons Edenkoben) stattgefunden. G. F. Kolb von Speyer erhielt die Stimmenmehrheit. Ersatzmänner sind: 1) Kreiskassier Rebenack, 2) Not. Reichard. (N. Sp. Z.)

In Hofheim wurde zum Abg. Prof. Edel, zum 1. Ersatzmann Dr. Eisenmann, zum 2. Ersatzmann Kaufmann Reinhard aus Neustadt gewählt. (N. W. Z.)

(Aschaffenburg, den 29. April.) Nach einem heute hier angelangten Kriegs-Ministerialrestript kommt das Depot-Kommando vom Regiment „Zandt“ und 2. Jäger-Bataillon in unsere Stadt, wodurch dieselbe 6 Kompagnien an Mannschaft erhält. (Asch. Z.)

(Kaiserslautern, den 25. April.) In dem benachbarten Landstuhl kam es gestern zu nicht unbedeutenden Excessen. Die Soldaten einer dort garnisonirenden Kompagnie des 15. Regiments verlangten von

ihrem Hauptmanne die völlige Auszahlung ihrer Löhnung; von der man ihnen, wie sie behaupteten, 3 fl. per Mann abgezogen hätte. Der Hauptmann weigerte sich, dieser Forderung zu entsprechen, und ließ den Wortführer der Soldaten verhaften und in das Kantonsgefängniß abführen. Nun schaarten sich die Soldaten und viele Bewohner Landstuhls zusammen, erbrachen das Gefängniß und befreiten den Gefangenen mit Gewalt. Der Hauptmann ließ ihn zum zweiten Male festnehmen und zum zweiten Male wurde er aus dem Gefängnisse befreit. Nun ließ der Hauptmann Generalmarsch schlagen und durch ungefähr 30 Mann den Gefangenen nach Kaiserslautern abführen, um zur Strafe gezogen zu werden. (Kais. B.)

(Bamberg, den 30 April.) Gestern Abends wurde dem zum Volksparlamente in Frankfurt gewählten Abgeordneten Titus von vielen hundert Personen ein großer Fackelzug gebracht. Der Zug mit dem Musikkorps der Landwehr-Regiments-Musik an der Spitze setzte sich um 8 Uhr vom Domplatze aus in Bewegung, zog unter Vortragung mehrerer schwarz-roth-goldener Fahnen in musterhafter Ordnung über die obere Brücke, durch die Langgasse, über die Promenade, durch die Fleischgasse, und stellte sich auf dem Marplatze in einem großen Vierecke auf. Alsbald erschien Herr Titus am Fenster seiner Wohnung, und hielt eine Anrede an die Tausende des versammelten Volkes. „Eine so ehrenvolle Demonstration, sagte er, wenn sie seiner Person gelten sollte, könne er nicht annehmen, wohl aber wenn sie der Sache, die er vertrete, wenn sie dem ganzen großen demokratischen Deutschland gelte. Er werde in Frankfurt Alles thun, was in seinen Kräften stehe; er werde an den 14 Artikeln unverbrüchlich festhalten, allein er sey unter vielen Hunderten nur Ein Mann, und wenn er nicht Alles erreiche, was sie hofften und erstrebten, so sey er überzeugt, daß ihn das Volk bei seiner Rückkehr eben so freundlich empfangen werde. Man habe ihn und seine Gesinnungsgenossen fort und fort zu verdächtigen gesucht, und intriguire auch jetzt noch, wo man geglaubt habe, daß Einigkeit hergestellt worden sey, er fordere aber das gesinnungstüchtige Volk Bambergs, das sich so entschieden wie in keiner andern Stadt Bayerns bewiesen habe, auf, solchen Verdächtigungen und Aufhetzereien keinen Glauben zu schenken. Freiheit, Gesetz und Ordnung, das sey sein, das sey ihr Wahlspruch, an dem sie festhalten würden. Er wolle die zwieträchtigen Worte „Republik“ und „constitutionelle Monarchie“ nicht gbrauchen, er spreche nur von der Demokratie in reinem ächtem Deutsch von der unbeschränkten Volksherrschaft. Das Volk solle und müsse regieren. Er verstehe nicht dem Volke zu schmeicheln, das sey gegen seine Gesinnung, wenn aber das Volk nach Jahre langem Drucke sich seiner Rechte bewußt werde, wie er sich seiner Mannesrechte schon seit Jahren bewußt sey, wenn es diese Rechte auch zu behaupten und zu vertheidigen wissen werde, dann wolle er ihm als Gesinnungsgenossen schmeicheln, aber sie müßten wie Ein Mann zusammen halten, das schwöre er, und das solle das Volk mit ihm schwören. Er werde nie eine andere Stelle annehmen, er wolle Anwalt und Vertreter des Volkes und seiner Rechte bleiben, jede andere Stelle wäre ihm unerquicklich.“ Diese Anrede wurde durch immer wiederholte Vivats unterbrochen, so daß von den ferne Stehenden, trotz des kräftigen und weithin tönenden Organs des gefeierten Redners doch nicht Alles genau vernommen werden konnte. Gegen den Schluß derselben bemerkte er auch noch: „Es wurde jüngst Mitgliedern des alten Volks-Komités in Staffelstein schwere Schmach zugefügt, er ermahne aber das Bamberger Volk nicht mit dem Knittel in der Hand dafür Rache zu nehmen, sondern die Thäter zu verachten. Man solle Jedermann, der von Staffelstein hierher komme, unangetastet wandeln lassen.“ — Wir sind überzeugt, daß diese Worte allgemeinen Anklang und Beachtung finden werden, und hoffen, daß dadurch ein Zwiespalt werde beseitigt werden, wodurch später nur auch Unschuldige für die Schuldigen leiden müßten. Möchten überhaupt die Worte des Redners recht beherzigt werden, und wir sind überzeugt, daß die nothwendige Beruhigung der aufgeregten Gemüther im Interesse Aller endlich wieder hergestellt werde. (Bambg. T.)

Baden. (Mannheim, 28. 28. April.) Die Sympathieen für Hecker sind hier bedeutend in der Ebbe; Leute, welche noch vor wenigen Tagen für ihn und sein Unternehmen geschwärmt haben, würden jetzt viel darum geben, wenn sie die stattgehabte Empörung ungeschehen machen könnten. Uebrigens wird Hecker bedauert, während man Struve, den man als Heckers Verführer bezeichnet, (?) zu hassen beginnt. — Die Rheinbrücke wurde heute wiederhergestellt. — Der bayerische Offizier, welcher vorgestern auf der Brücke verwundet wurde, ist nicht gestorben, sondern als gerettet zu betrachten. (Schw. M.)

(Donaueschingen, den 27. April.) Vor dem Abmarsch des 5. württemb. Inf.-Reg. und einer Schwadron des 3. Reiter-Regiments, welcher heute in der Richtung von Bonndorf und St. Blasien auf dem Schwarzwalde erfolgte, wurden der auf dem Rathhause versammelten Gemeinde ernstlich und eindringlich die Folgen weiterer politischer Demonstrationen vor Augen gehalten, und dieser Schritt hatte namentlich die wichtige Folge, daß sich nun die große Mehrzahl der terrorisirten Bürger zur Aeusserung ihrer Willensmeinung bestimmt fand, so daß die Schreckensherrschaft sich bei der ersten Wiederholung ihres anmaßenden Zwangs auf einen kräftigen und ernsthaften Gegenstoß gefaßt halten darf. Die Erklärung unserer Gegend in den Kriegsstand hat eine große Sensation bei allen Parteien veranlaßt. — Die Republikaner meinen es so gut mit dem deutschen Vaterlande, daß sie jetzt auf Franzosenhülfe hoffen; täglich verkünden sie Unruhen und Aufstände im Würtembergischen; man brauche bald die Soldaten jetzt dort; eine andere Maßregel zur Revolutionirung des württembergischen Volkes bezwecken sie durch Entlassung würtembergischer Dienstboten. Würtembergische Truppen sind jetzt gar keine mehr bei uns, dagegen rückte heute eine Schwadron bayerischer Chevauxlegers bei uns ein, der morgen bayerische Infanterie folgen soll. (Schw. M.)

(Schönau im Wiesenthal, den 27. April.) Anstatt der Freischaaren, die nach ihren Niederlagen bei Kandern und Freiburg in der hiesigen Gegend herumzogen und sich wieder zu sammeln suchten, sind seit vorgestern württembergische Truppen hier und seit gestern das Hauptquartier des Generallieutenants v. Miller. Der rechte Flügel seines Korps, der am 25. durch das Wiesenthal nach Müllheim im Rheinthal vorrücken sollte, mußte auf die Nachricht, daß Freiburg in den Händen der Aufrührer sei, noch am 24. Abends gegen das Höllenthal aufbrechen, gieng jedoch auf die neue Nachricht, daß Freiburg von den badischen Truppen wieder genommen sei, am 25. in der frühern Richtung über St. Blasien und Bernau gegen das Wiesenthal vor. Viele von Freiburg vertriebene Freischärler zogen im Gebirge am Feldberg herum, um über Schopfheim die Schweizergrenze zu erreichen. Eine am 25. bis Todtnau vorgeschobene Kompagnie des dritten Infanterie-Regiments gerieth hier mit einer Aufrührer-Abtheilung ins Gefecht, tödtete ihr 4—5 Mann und erbeutete vier Kanonen (zwei Dreipfünder und zwei kleinere Geschütze), viele Gewehre, Sensen und andere Waffen, mehrere Fahnen, Gepäck und Feldgeräthschaften, ohne auch nur einen Verwundeten zu haben. Gestern wurden in Todtnau, welches ein Hauptsammelplatz der Aufrührer gewesen zu sein scheint, noch viele Waffen und andere Ausrüstungsgegenstände aufgefunden und nebst mehreren schwer gravirten dortigen Bürgern hieher abgeliefert. Auch in dem Dörfchen Präg kam eine andere Kompagnie des dritten Regiments in Berührung mit den Aufrührern und machte mehrere bewaffnete Gefangene. — Das von der badischen Regierung jetzt für den Oberrhein- und Seekreis verkündigte Martialgesetz wird hoffentlich dem Freischaaren-Unwesen ein gründliches Ende machen und diese auf das Aeußerste aufgeregten Gegenden endlich zur Ruhe bringen. — Die bayerischen Truppen sind den württembergischen in die Gegend von Bonndorf rc. nachgerückt, der linke Flügel der letztern ist am Rhein herab gegen Basel zu vorgerückt, wohin auch wahrscheinlich morgen der rechte Flügel vorgehen wird, d. h. nach Lörrach, Mühlheim rc. — Nachschrift: Das Hauptquartier ist heute (den 27.) nach Schopfheim verlegt, und aus Zell sind wieder einige Hundert Freischärler verjagt worden. Das Gebirge bleibt noch besetzt, weil noch mehrere Banden in demselben sich befinden und keinen freien Paß in die Schweiz finden können. (S. M.)

(Karlsruhe, den 28. April.) Der Abgeordnete der zweiten Kammer, Karl Mathy, ist zum Staatsrath und Mitgliede des Staatsministeriums ernannt worden. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 28. April.) Eine mit ein paar hundert Unterschriften bedeckte Eingabe an den Fünfzigerausschuß, beschuldigt diese einzige Centralbehörde, die wir jetzt in Deutschland haben, das Princip der Volkssouveränetät, ihre eigne Mutter, dadurch zu verläugnen im Begriffe zu stehen, daß sie Veranlassung gewesen, daß man von andern deutschen Staaten Truppenmassen zur Unterdrückung der Willensäußerung des badischen Volks aufgeboten, ganz Baden damit überzogen, und so die Fackel des Bürgerkrieges in unser deutsches Vaterland geschleudert habe. Die Unterzeichner protestiren gegen diß Verfahren und „verlangen im Namen des deutschen Volkes, daß alle nicht badischen Truppen ungesäumt zurückberufen werden, und daß man dem badischen Volke die Festsetzung seiner Regierungsform selbst überlasse. Am Schluß heißt es: „Werdet Ihr nicht sofort helfen, so wird sich das deutsche Volk selbst helfen, es wird alsdann sein Recht wieder in die Hände nehmen und wehe denen, die es verschuldet, wenn der Ruf: Verrath und Rache durch alle Gauen Deutschlands ertönt!“ — Diese Adresse an den Fünfzigerausschuß gab Veranlassung, daß in der gestrigen Versammlung unseres Montagskränzchens der Beschluß gefaßt wurde, auf Samstag den 29. d. M. eine Volksversammlung in die Katharinenkirche zusammen zu berufen, um mittelst einer Adresse den wahren Ausdruck der hiesigen Bürger- und Einwohnerschaft an den Fünfzigerausschuß gelangen zu lassen. — Man sprach sich mit Kraft und Entschiedenheit dahin aus, dieser deutschen Volksbehörde die Sympathie aller wahren Vaterlandsfreunde dafür auszusprechen, daß sie bisher mit Ruhe und Besonnenheit jedwedem Reactionsversuch, er komme von Oben oder von Unten, entgegengetreten sey. Wir freuen uns über den Beschluß dieser ächt patriotischen Gesellschaft, und glauben, daß das deutsche Volk und der von ihm als sein Geschäftsführer anerkannte Fünfzigerausschuß nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet ist, jedes Gelüste, es komme von Fürsten oder von einer Anzahl Privatpersonen, mit den Waffen in der Hand ihre besondere Willensmeinung dem Volk als Gesetz aufzuzwingen, entschieden zurückweisen und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln bekämpfen muß. Das deutsche Volk hat das Recht, in Schrift und Wort für seine Ansichten aufzutreten und zu werben. Offen ist der Kampfplatz für alle Meinungen, und die konstituirende Nationalversammlung wird auf den Willen des Volkes hören müssen, denn sie ist sein Organ. Nehmen aber Einzelne die Waffen in die Hand, um ihre besondere Meinung mit Gewalt durchzusetzen, so hat das gesammte Vol., und darum sein Geschäftsführer, der Fünfzigerausschuß, die Verpflichtung auf sich, die öffentliche Ruhe und Ordnung, durch dasselbe Mittel der Waffen, welches eine Anzahl Irregeleiteter trauriger Weise ergriffen, wieder herzustellen. (F.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 29. April.) Die Wahl eines Mitgliedes zur Vertretung der freien Stadt Frankfurt bei dem bevorstehenden deutschen Reichstage, welche in Stadt und Gebiet gestern zu ihrem Ende gelangte, hat folgendes Ergebniß geboten: Dr. jur. Jucho gewählt auf 8611 durch 6650 Stimmen. Von den in diese Zahl nicht inbegriffenen Stimmen erhielten Dr. jur. Reinganum 1404, Schöff Dr. Souchai 421, Dr. jur. Kilp 70, Dr. jur. Binding I. 22, Dr. jur. Schlemmer 8, Friedrich Funck 6, Dr. Mappes 3, J. J. Finger 2 Stimmen; vereinzelt waren 10 und verloren gingen 11 Stimmen. (Frkt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 29. April.) (Oeffentliche Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 28. April, Nachmittags 4 Uhr.) Von dem Vorsitzenden wurde bei Verlesung der Einläufe ein Schreiben des Barons Adriani aus Wien mitgetheilt, in welchem über die Bildung eines Centralcomites berichtet und die Nachricht gegeben wird, daß bis zum 5. Mai die Wahlen in allen Provinzen vorgenommen, und die österreichischen Abgeordneten bis zum 12., höchstens 15. Mai hier eintreffen würden. Schuselka übergab eine Erklärung der Mitglieder der Handwerkervereine von Hanau und Offenbach, welche anzeigen, daß sie, da ihnen als nicht Staatsangehörigen die Theilnahme an der Abgeordnetenwahl verweigert worden sei, zur Ausübung ihres Wahlrechts auf 10,000 Wähler einen Abgeordneten ernennen und zur konstituirenden Versammlung senden würden. Die nach einem früheren Beschuß des Ausschusses vervollständigte Proklamation nach Baden wurde mit einem von Spatz vorgeschlagenen Zusatze (siehe öffentliche Sitzung vom 27. Vormittags 11 Uhr) angenommen. Erster Gegenstand der Tagesordnung war ein Antrag von Wiesner, den Bundestag aufzufordern, ohne Verzug auf Anerkennung der deutschen Flagge hinzuwirken. Bereits wehe das schwarz-roth-goldne Banner im Mittelmeer auf den Kriegsschiffen Oesterreichs, welche gegenwärtig durch 20 bewaffnete Dampfschiffe verstärkt würden. Dort also werde man der Flagge einigen Schutz geben können. Anders sei es in andern Meeren; nach einer (später von Freudentheil mitgetheilten) Vorstellung aus Hannover sei die Flagge von den Holländern mehrmahls

beschimpft worden. Die förmliche Anerkennung schneide jede Entschuldigung ab. Mit der Sache waren alle Redner einverstanden; gegen den Antrag im besondern wurde von Abgeordneten aus Seestädten erinnert, daß solche Schritte nur nach der vollendeten Einigung Deutschlands mit Erfolg geschehen, und überhaupt, als tief in die bisherigen Handels- und Schifffahrtsverhältnisse eingreifend, der zukünftigen einheitlichen Gewalt Deutschlands überlassen werden müßten. Die Flagge sei Grundlage der von den einzelnen deutschen Staaten mit den Seemächten abgeschlossenen Verträge. Wenn erwähnt werde, daß die deutsche Fahne auf österreichischen Schiffen wehe, so geschehe dieß in Bremen schon seit fast einem Jahre. Dieß sei aber keine Flagge nach Seerecht, sondern ein Schmuck des Schiffes; denn nebenbei müsse die eigentliche Flagge des Landes geführt werden. In Berücksichtigung dieser Bemerkungen wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der von Jacoby bereits in einer frühern Sitzung angekündigte Antrag, daß aus Veranlassung einer amtlichen Erklärung der „Wiener Ztg." auf nur bedingte Anerkennung der Beschlüsse der konstituirenden Versammlung eine Kommission zur Erörterung der Sache und Stellung geeigneter Anträge, ernannt werden sollte, wurde angenommen, und die Kommission am Schluße der Sitzung erwählt. Ebenso wurde der von Venedey eingebrachte Entwurf der zur Gründung eines Parlamentskorps einer Kommission überwiesen. Nach diesem Entwurf soll zur Unterdrückung von Aufständen, wie zum Schutze der konstituirenden Versammlung ein Korps von 10,000 Mann verschiedener Waffengattungen unter Befehl eines von der Versammlung ernannten Anführers gebildet werden. Die Begründung des Antrags führte aus, daß mit solchen, nicht einem bestimmten Staate angehörigen Truppen viel wirksamer, auch ohne Anwendung der eigentlichen Waffengewalt einem Aufstande begegnet werden könne, denn das, wenn auch ungegründete Vorurtheil bestehe einmal. Auch bedürfe die konstituirende Versammlung eines unbedenklichen Schutzes, der nicht allein und andauernd den Bürgern von Frankfurt zugemuthet werden könne. Man habe dem Bund gestern ein beinahe unbedingtes Vertrauensvotum gegeben (von mehreren Seiten entschieden widersprochen), nun müsse man auch dem Parlament eine Waffe in die Hand geben. In den Schanzen von Schleswig sey nach den Zeitungen gerufen worden, es lebe der Prinz von Preussen, und das heiße, es lebe die Reaktion. Gegen den Antrag wurde vorläufig bemerkt, daß die Maßregel unnöthig und gefährlich sey. Unnöthig, denn zur Unterdrückung von Aufständen gebe es Truppen, und man dürfe diejenigen, welche sie Fremde nennten, nicht in dem Mißtrauen oder in Schlimmerem unterstützen. Auch an Schutz für die Versammlung werde es nicht fehlen. Für größere Aufstände und Angriffe aber reiche die vorgeschlagene Zahl nicht hin. Aber auch gefährlich sey die Maßregel, denn sie könnte von der Minderheit gegen die Mehrheit benutzt werden. — Ein Antrag von Simon, den Bundestag zu veranlassen, daß der von den Vertrauensmännern ausgearbeitete und zur Vorlage an die konstituirende Versammlung bestimmte Verfassungsentwurf sofort gedruckt und der Prüfung des deutschen Volkes vorgelegt werde, erledigte sich durch die Notiz, daß der Druck bereits geschehe. — Nächste Sitzung am 29. Nachmittags 4 Uhr.

(Frkfr. O.-P.-Z.)

(Hamburg, den 28. April.) Ein Nordamerikaner, Sam. Ludwigh, der Redakteur der früher in Philadelphia erscheinenden deutschen Zeitung: »Alte und neue Welt«, sollte von hier ausgewiesen werden, weil er in Hamburg eine Rede zu Gunsten der Republik im Bürger-Vereine gehalten hat. Ludwigh hat aber in dem von August Prinz redigirten »Republikaner« erklärt, daß er Hamburg freiwillig nicht verlassen werde, sondern nur der Gewalt der Polizei zu weichen beabsichtige; er habe durch seinen hiesigen Konsul bei dem amerikanischen Gesandten in Berlin um Verhaltungsregeln angefragt und werde keines Falles vor Eintreffen der Antwort vom Platze weichen, ausserdem werde er den Fall auch bei dem nächsten Kongresse in Philadelphia zur Sprache bringen, damit derselbe Schritte zum Schutze seiner Bürger thun könne; er verlange als amerikanischer Bürger dieselbe Freiheit, denselben Schutz, der den deutschen Bürgern in Amerika zu Theil werde. (Köln. Z.)

Hessen. (Aus Kurhessen, 28. April.) Der neunte Wahlbezirk (Fulda) hat den Obergerichtsrath Werthmüller zu Fulda und der elfte Wahlbezirk (Gelnhausen) den Regierungsrath (nicht Stadtsekretär, wie früher irrig angegeben) Wippermann zu Kassel, zum Abgeordneten in der Nationalversammlung erwählt. Also auch dieser elfte Bezirk wird, gleich dem vierten zu einer nochmaligen Wahl schreiten müssen, da Wippermann sowohl als Bernhardi, bereits anderweit, und zwar dort mit größerer Stimmenzahl, gewählt worden waren. (F. O.-P.-Z.)

Mecklenburg. (Schwerin, 24. April.) Die Landeswahlen zur Frankft. Deputirtenversamlung sind folgendermaßen ausgefallen: I. Wahlkreis (Rostock): Oberappellationsgerichtsrath Hierulff; Ersatzmann: Dr. Kippe. II. Wahlkreis (Wismar): Dr. Haupt; Ersatzmann: Wendhausen-Gerschendorf. III. Wahlkreis (Schwerin): Amtsverwalter Böcker; Ersatzmann Dr. Marcus. IV. Wahlkreis (Boitzenburg): Rector Reinhard; Ersatzmann: Schlettwein-Baudelsdorff. V. Wahlkreis (Parchim): Oberappellationsrath Kiernlff-Rostock; Dr. Drechsler-Rostock. VI. Wahlkreis (Güstrow): Pogge-Roggow; Ersatzmann: v. Thünen-Thellow. VII. Wahlkreis (Waren): Dr. Sprengel. (H. C.)

Oesterreich. (Prag, 26. April.) Während das hiesige Nationalkomité einstimmig eine Petition gegen den erst heute publizirten kaiserlichen Erlaß vom 21. April über die Anordnungen der Wahlen für Frankfurt a. M. beschlossen und solche bereits durch eine Deputation nach Wien geschickt hat, kommt heute ebenfalls in der »Prager Zeitung« aus dem ganz czechischen Städtchen Deutschbrod eine energische Erklärung gegen die bisherigen Beschlußnahmen des erwähnten Nationalkomité; es verlangt die Auflösung desselben und spricht entschieden für den Anschluß an Deutschland und Betheiligung am deutschen Parlament. Man sieht also immer mehr, daß die hiesigen Ultraczechen sich unberufen zu Wortführern des ganzen Landes aufwerfen, um ihre Plane durchzusetzen, während man in den Provinzen, selbst in den ganz czechischen, durchaus nicht mit ihren Bestrebungen und separatistischen Ideen einverstanden ist. Gott gebe nur, daß wir nicht das Schlimmste, nämlich einen Bürgerkrieg, bekommen! (D. A. Z.)

(Krakau, den 26. April. Abends 11 Uhr.) Oesterreichische Soldaten besetzten heute die Werkstatt des aus Frankreich zurückgekehrten Schmieds Müller, nahmen die dort vorgefundenen, nur eben angefertigten Piken und Sensen in Beschlag und wollten sich mit diesem Fund aufs Schloß zurückziehen, als Polen sich auf sie stürzten und einen Theil der Waffen erbeuteten. Es blieben beiderseits einige Mann bei diesem Scharmützel. Die Lärmschüsse vielen sofort vom Schloß und die auf der nahen Blonja versammelte Nationalgarde rückte auf den Markt hin, woselbst große Militärmassen bereits aufgestellt waren und sofort ein anhaltendes Feuer eine Stunde lang auf die fast unbewaffnete Volksmenge eröffneten. Diese behielt aber dennoch den Platz und das Militär zog sich auf das Schloß zurück, von wo aus mehre Brandraketen in die Stadt geschleudert wurden, die an zwei Orten zündeten, indeß keinen besondern Schaden verursachten. In wenigen Minuten waren zahllose Barrikaden in den zum Ringe führenden Strassen von den in diesem Fach auf den Strassen zu Paris und Berlin in letzter Zeit erprobten Männern errichtet, welche wohl schwerlich hätten genommen werden können. Es trat ein Waffenstillstand auf 1½ Stunde ein, während dessen, wie ich höre, dem Ansinnen des verwundeten Generals Castiglione, die nicht einheimischen Emigranten zur Abreise aus dem Gebiete zu veranlassen, durch die Letztern selbst Genüge geschah, indem dieselben die Stadt durch ihre längere Anwesenheit nicht den Gefahren des sonst angedrohten Bombardements aussetzen wollten. Etwa 30 Mann sollen auf beiden Seiten zusammen gefallen sein. In der Stadt ist bis auf lärmend umherziehende Rotten, eine besondere Aufregung bis jetzt um 12 Uhr Nachts nicht zu verspüren. (Bresl. Z.)

Preussen. (Berlin, 27. April.) Statt der gewöhnlichen Nummer der »Allgem. Preuss. Zeitung« erläßt die Redaktion des Blattes nachstehende Erklärung: „Die gestörten Verhältnisse zwischen den Buchdrucker-Prinzipalen und Gehülfen haben es der Druckerei unmöglich gemacht, die heutige Nummer der »Allgem. Preuss. Zeitung« erscheinen zu lassen. Die Gehülfen derselben haben im Interesse ihrer Kollegen in einigen anderen Instituten nicht geglaubt, sich von einer Demonstration zurückziehen zu dürfen, zu welcher ihnen speziell in keiner Weise Veranlassung gegeben war.

Sachsen. (Dresden, 27. April.) Das sächsische Kontingent ist nach Bayern bestimmt, wo, und zwar zwischen Bamberg und Nürnberg, ein Bundesheer von 50,000 Mann aufgestellt werden soll, um bei allen möglichen Eventualitäten bei der Hand sein zu können.

(D. A. Z.)

(Eisenach, den 27. April.) Prof. Weißenborn, ein durch Einsicht, Gesinnung und Beredtsamkeit gleich ausgezeichneter Mann, ist heute zum hiesigen Abgeordneten für das deutsche Parlament gewählt worden. Der weimarische Bezirk hat einstimmig den Geh. Staatsr. von Wydenbrugk gewählt. (F. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. Schleswig, den 25. April.) Ich schreibe Ihnen aus dem befreiten Schleswig und werde nun nach Flensburg vorrücken, welches ebenfalls jetzt von Dänen geräumt ist. Letztere hielten sich sehr brav und schossen, nach dem Urtheil erfahrener preußischer Ingenieure, ausgezeichnet; aber die Garde war unüberwindlich mit ihrem Hurrah und ihren Bajonetten. Die Dänen, die den Angriff am Ostersonntage nicht erwartet hatten, hielten sich von früh ½ 11 bis Abends 7 Uhr, wo sie von dem Bracklow'schen Corps aus dem Gehölze von Gottorf vertrieben wurden. Ihr Verlust ist groß. Die Schanzen und überhaupt die Position der Dänen waren so günstig, daß die Preußen behaupteten, sie hätten sich hier sechs Wochen halten können. (Frankf. J.)

(Schleswig, den 25. April.) Die dänische Kriegskasse ist von Braunschweiger Freiwilligen erbeutet. Die Dänen schiffen sich jetzt bei Eckernförde mit Zurücklassung ihrer Pferde ein. Alles ist voll Siegeszuversicht. — Gestern hörte man Kanonendonner bei Eckernförde. Man spricht, daß Schweden landeten. (Frankf. J.)

(Altona, den 26. April.) 600 Verwundete, großentheils Dänen, sind nach Rendsburg und Kiel gebracht worden. Professor Langenbeck in Kiel hat allein 16 Schenkel abgenommen an Einem Nachmittage. Mehr als 400 Gefangene sind von Flensburg aus eingebracht worden; viele Offiziere unter andern auch der Oberst Alsten, sind gefangen. Die Braunschweiger, Hannoveraner, Mecklenburger und die Freischaaren haben sich eben so wacker gehalten, wie die Preussen, und es war ein wahres Drängen, den Feind zu erreichen. Die Dänen sind unaufhaltsam im Rückmarsche, da man ihnen weis gemacht hat, daß man sie erschießen würde, sobald sie gefangen genommen werden.

(Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 27. April.) Sind die uns aus guter Quelle zugekommenen Notizen richtig, so hat Paris und seine Umgegend (Seine-Departement, dieses Herz Frankreichs) folgende hinlänglich bekannte Männer in die Nationalversammlung gewählt: 1) Lamartine, 2) Dupont, 3) F. Arago, 4) Marrast, 5) Garnier Pagès, 6) Marie, 7) Beranger, 8) Cremieux, 9) Carnot, 10) Bethmont, 11) Duvivier, 12) Lasteyrie, 13) Bavin, 14) Buchez, 15) Recurt, 16) Cavaignac, 17) Peupin, Arbeiter, 18) Corbon, Arbeiter, 19) Schmit, Arbeiter, 20) Perdiguier, Arbeiter, 21) Pagnerre, 22) Lamennais, 23) Caussidière, 24) Cormenin, 25) Ledru Rollin, 26) Albert, Arbeiter, 27) Flocon, 28) Louis Blanc. Diese 28 haben das absolute Stimmenmaß. 29) Bastide, 30) Goudchaux, 31) Pascal, Arbeiter, 32) Bellu, Arbeiter, 33) Danguy, Arbeiter, 34) David v. Angers, 35) Wolowski, 36) Garnon, 37) Degoussée, 38) Guinard, 39) Coquerel, protestant. Pfarrer, 40) Berger haben das relative Stimmenmaß d. h. nach jenen die meisten Stimmen. Uebrigens läßt sich vor morgen Abend kein definitives Resultat melden, da erst morgen früh 8 Uhr die Zusammentragung der Sektionsstimmlisten im Beiseyn von 800 Sektionsabgeordneten im Johannissaale des Stadthauses erfolgt. Die Theilnahme am Wahlakt ist größer, als man Anfangs vermuthet hatte. Aus Paris, Sceaux und St. Denis, die das Seinedepartement bilden, sind nahe an 260,000 Stimmlisten in den Urnen vorhanden, deren Entzifferung volle drei Tage erforderte. Cabet, Raspail, Blanqui zählen durchschnittlich etwa 100 Stimmen per Arrondissement oder Wahlzirkel und haben also wenig Aussicht, im Seine-Departement gewählt zu werden. Cabet ist, wie es heißt, vorgestern nach Lyon gereist, von wo er morgen zurückerwartet wird.

Schweiz.

(Basel, den 27. April.) Aus dem obern Wiesenthal wird berichtet, daß am gestrigen Tage ein Treffen zwischen württembergischen Truppen und republikanischen Freischaaren stattgefunden habe, in welchem Erstere den vollständigen Sieg davon getragen, viele Gefangene gemacht und den Rest zerstreut hätten. Ob es die Schaar war, in deren Mitte sich Herwegh befindet oder ein Theil der bei Freiburg

geschlagenen Republikaner, weiß man noch nicht. Wie es scheint, rücken endlich die Württemberger der hiesigen Gegend näher; denn Leute aus Degenfeld, die heute in die Stadt kamen, sagen, daß ihnen für heute Abend Quartier angesagt sei. Die Schuster-Insel ist immer noch im Besitz der deutschen Arbeiter; es dürfte dieß aber nicht lange mehr der Fall sein. Bei denselben ist Karl Heinzen; auch Hecker soll sich gestern von Hüningen aus dahin begeben haben, um sie aufzufordern, auseinanderzugehen, da ihre republikanischen Bestrebungen doch nicht den gewünschten Anklang fänden. — Vor Abgang der Post: Ich habe nur so viel Zeit, um in wenigen Worten zu melden, daß heute Vormittag die württembergischen Truppen das Herwegh'sche Corps, welches über Schopfheim gegen Rheinfelden ziehen wollte, gänzlich zerstreut haben. Flüchtige sind im Laufe des Nachmittags in unserer Nachbarschaft angelangt und Schreiber dieser Linien hat selbst einige gesprochen. Herwegh und dessen Frau scheinen in einem Wagen entkommen zu sein. (Schw. M.)

(Basel, den 28. April.) Gestern Abend gegen 9 Uhr hörten wir hier für kurze Zeit lebhaftes Gewehrfeuer, und allgemein glaubte man, daß der verschanzte Punkt auf der Schusterinsel von württembergischen Truppen angegriffen worden sei. Diesen Morgen hat es sich nun herausgestellt, daß die deutschen Arbeiter gestern Abend um die erwähnte Stunde freiwillig unter Abfeuern ihrer Gewehre nach Großhüningen sich zurückgezogen haben. Nicht Wenige haben sich jedoch von dem Trupp getrennt und suchen entweder wieder ihr Gewerbe zu treiben, oder nach ihrer Heimath zurückzukehren. Gestern Abend drangen, landauswärts kommend, etwa 60 M. würt. Reiterei bis nach Lörrach vor, die in diesem Städtchen das Hauptquartier des Generals Miller zu treffen hofften; da dieser aber noch des gestrigen Gefechtes bei Schopfheim halber im höhern Theil des Wiesenthales sich befand, so zogen sie wieder Thal auswärts. Im Laufe des gestrigen Tages rückte anderes würtembergisches Militär in Warmbach, gegenüber von Rheinfelden, ein, und besetzte die Brücke dieses Städtchens auf der deutschen Seite, welcher Umstand den beabsichtigten Rückzug der gesprengten Herweg'schen Schaaren nach der Schweiz unmöglich macht. (Schw. M.)

Amerika.

(New-York, 8. April.) Die hiesigen Zeitungen melden den Tod eines der reichsten Männer des Jahrhunderts. Johann Jakob Astor, geboren in dem Dorfe Waldorf, nahe bei Heidelberg, ist am 29. März, 85 Jahre alt, gestorben. Er hatte sich seit 1784 in New-York niedergelassen und sein ungeheures Vermögen, welches man auf 50 Millionen Dollars schätzt, im Pelzhandel erworben. Sein Vermögen fällt an seine beiden Söhne, von denen einer seit seiner Geburt blödsinnig ist. (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr Friedrich Mayer

A n z e i g e n

Aufruf

an den wohlhabenden und vermögenden Theil der Bevölkerung Nürnbergs zu Beiträgen für die nothleidenden Gewerbe.

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg.

Durch die welterschütternden Ereignisse, welche von Frankreich heranstürmend mehr oder weniger über fast ganz Europa sich verbreitet haben, sind dem Handel tiefe Wunden geschlagen worden. Stockungen der Geschäfte, Creditlosigkeit, der Sturz großer für unerschütterlich gehaltener Häuser, Mangel an Vertrauen, lähmen alle Thatkraft. Solche traurige Erscheinungen mußten ihre Wirkungen auch auf unsere Stadt äussern, denn sie ist eine Handels-, Fabrik- und Gewerbsstadt, ihre Nahrungsquellen fließen aus dem lebhaften Betrieb des Manufakturhandels und der für ihn arbeitenden Gewerbe; stockt daher jener, so stocken auch diese und Erwerbslosigkeit und Noth schreiten entmuthigend vorwärts.

Einem solchen jammervollen Zustande kann die Stadt mit städtischen Mitteln nicht entgegen treten, denn sie reichen kaum für die nothwendigsten Zwecke aus.

Auch die Manufaktur-Kaufleute allein können dies nicht, denn sie leiden auch nicht weniger unter dem schweren Drucke der Zeitverhältnisse, und könnten, mit den größten Opfern, wollten sie nicht selbst zu Grunde gehen, die Erhaltung der ärmeren Gewerbsklassen nicht allein auf sich nehmen. Hier müssen vielmehr alle, alle Wohlhabenden und Vermögenden einig, kräftig und aufopfernd zusammenstehen.

Alle, die so viel besitzen, um monatlich oder wöchentlich Beiträge geben zu können, durch welche alsdann die ärmeren Gewerbtreibenden vermittelst des Gewerbevereins in verhältnißmäßigen Portionen zur Anschaffung von Arbeitsmaterial unterstützt werden, Alle, Alle müssen zusammenhelfen, müssen ihren fleißigen, aber der Arbeit entbehrenden Mitbürgern solche wieder verschaffen helfen, und unsere Manufakturisten werden ihre Produkte ihnen dann wieder abnehmen.

Bereits ist eine nambafte Zahl derselben mit Unterzeichnung ergiebiger monatlicher Unterstützungsbeiträge rühmlich vorangegangen und auch die Staatsregierung ist vom Magistrat um Zuschuß einer bedeutenden Summe angegangen worden. Wollen wir jedoch zunächst, weil die Zeit drängt, der eigenen Kraft vertrauen!

Darum Mitbürger aller Stände, denen Gott Reichthum und Wohlstand gegeben hat, die Ihr wißt, wovon Ihr täglich leben könnt, denkt mit barmherzigem Sinne an Eure armen gewerbtreibenden Mitbürger, die das nicht können, und zeichnet Euch ein mit nambaften monatlichen oder wöchentlichen Beiträgen in die Listen, welche Euch werden vorgelegt werden.

Acht sehr achtbare Mitbürger des Kaufmannsstandes haben sich bereit erklärt, in jedem Stadtviertel durch je 2 derselben und 2 von ihnen auszuwählende Gewerbsmeister und Distriktsvorsteher die Sammlung der Beiträge persönlich vorzunehmen. Es sind dies die Herren Gebhard, Cramer-Klett, Zahn, Ludwig Herrmann, Fuchs, Beckh, Grieninger (Bauereiß und Müller), Paraviso

Mitbürger, wirkt aus allen Kräften mit, daß ihre Sendung erfolgreich werde!

Es hat vor nicht lange entschwundener Zeit ein Privatverein dahier durch freiwillige Beiträge zur damaligen Anschaffung wohlfeileren Brodes Großes gewirkt. Mitbürger, folgt diesem edlen Beispiele!

Ihr habt Euch so oft bei fremder Noth überaus wohlthätig erwiesen; bietet auch jetzt der heimischen Noth die rettende Hand, sie ist größer, als in dem letzten Theuerungsjahre, sie fordert größere und nachhaltigere Mittel, aber noch größer auch ist der Lohn, noch erhebender das Bewußtsein in der eigenen Brust, und denkt hiebei, daß vielleicht wenige Monate den Verkehr der Gewerbe und des Handels wieder herstellen können, wo dann Eure Hülfe nicht mehr nöthig ist.

Nürnberg, den 28. April 1848.

Dr. Binder.

Loehner v. u.

Bekanntmachung.

Die zur Concursmaße der Paul Schmid'schen Eheleute von Kucha gehörigen, im diesseitigen Gerichtsbezirke liegenden Immobilien, nämlich:

G e g e n s t ä n d e.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.		
1.	29 a.	—	7.	Wohnhaus mit Stallung, halbem Backofen und Hofraum,	Taxe 800 fl
2.	29 b.	—	8.	Wurzgarten	
3.	999 b.	—	16.	Hopfengarten, Brühl oder Büschelsdorfer Anger,	Taxe 175 fl.
4.	999 a.	—	50.	Acker, Brühl oder Büschelsdorfer Anger,	
5.	995	—	76.	Brühlwiese, Taxe	230 fl.
6.	369	—	78.	Waldung das Hutholz, Taxe 100 fl.	
7.	215.	—	44.	Acker, die Erlenleithen, Taxe 120 fl.	

werden am

Montag den 15. Mai d. Js. Mittags 12 Uhr

im Maultschen Wirthshause zu Kucha gerichtlich nach § 64 und 69 des Hypoth.-Ges. und den Vorschriften des Proz.-Ges. vom 17. Novbr. 1837 gerichtlich versteigert, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Die Lasten und sonstige Beschreibung der Immobilien können täglich in diesseitiger Registratur eingesehen werden

Unbekannte Streicher haben sich über ihre Zahlungsfähigkeit genügend auszuweisen

Altdorf, den 30. März 1848.

Königliches Landgericht.

Schumacher.

Wohnungs-Veränderung.

Bei meinem Umzuge in S. Nro 792 der innern Laufergasse erstatte ich meiner bisherigen Nachbarschaft für die mir bewiesene Liebe meinen aufrichtigen Dank, und empfehle mich zugleich der jetzigen zur freundlichen Aufnahme.

Lotte Steinmetz.

L e b e w o h l.

Bei unserer Abreise von Nürnberg nach München sagen wir allen Freunden und Bekannten, von denen wir nicht mehr persönlich Abschied nehmen konnten, ein herzliches Lebewohl, und bitten, uns auch in der Ferne in gutem Andenken zu behalten.

Jakob Stöltner, Bureaudiener bei der k. Eisenbahnbau-Kommission.

Lisette Stöltner, geb. Singer

(Zu vermiethen.) In einer der schönsten Straßen ist ein Logis, bestehend in 4 Zimmern, 3 Kammern, Speiß, Küchen, Boden und Waschhaus-Antheil, zu vermiethen. Näheres in der Expedition d. Bl.

(Gesuch.) Ein Ersatzmann wird auf 2 und ½ Jahr gesucht.

A n z e i g e.

Das Portrait des verstorbenen Hrn. Malers Deutsch, lithographirt, ist zu haben Oberwöhrdstrasse Nro. 163, sowie in den Buchbinderladen am Markt.

Auf chines. Papier, Preis 12 kr.

M. Morgenthau

aus Ludwigshafen am Rhein

bezieht gegenwärtige Messe mit einem großen Lager in nachstehenden Artikeln, sämmtliche Waaren für den Sommer gut assortirt.

Da derselbe den Ausverkauf untenstehender Waaren beabsichtigt, ohne alle Marktschreiereien, verkauft er zu nachstehenden Preisen, nämlich eine schöne Auswahl Sommerröcke von 2 fl. 30 kr. bis 14 fl. Schlafröcke 2 fl. 30 kr. bis 12 fl. Herren-Hemden, weiße und gestreifte, per Stück 1 fl. 30 kr. bis 4 fl. Unterbeinkleider von 48 kr. bis 2 fl. Alle möglichen Herrenbinden von 24 kr. bis 5 fl. 24 kr. Reise-Taschen von 1 fl. 48 kr. bis zu fl. 6.

Ferner macht derselbe das geehrte Publikum besonders auf alle möglichen Westenzeuge aufmerksam, im Preise von 24 kr. bis 4 fl.

NB. Sollte vielleicht Jemand gesonnen seyn im Großen kaufen zu wollen, würde er noch billiger Abgeben.

Seine Bude befindet sich im ersten Gang, und ist mit Firma versehen.

M. Morgenthau,
aus Ludwigshafen a/R.

Sehr billig!

Alle Sorten wollene Tuche, leinene und wollene Hosen- und Rockstoffe von 18 kr. bis fl. 4 die Elle; moderne wollene, seidene und Piquewesten von 24 kr. bis fl. 5.; seidene Binden und Shlips von fl. 1 12 kr. bis fl. 4 empfehle ich zur geneigten Abnahme.

Meine Bude befindet sich in der 3. Reihe.

M. Theilheimer.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 3. Mai große Produktion.

Der Vorstand.

V e r s t e i g e r u n g.

Freitag den 5. Mai, Vormittags 9 Uhr, werden im Hause S Nro 978 a am Obstmarkt

Kleidungsstücke, Zinn, Kupfer, Messing, 1 schöne Wäschmang, Schreinzeug, Eisenwerk, und mehrere Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert, wozu Kaufsliebhaber hiemit eingeladen werden.

Tanz - Unterricht.

Montag den 8 d. M. beginnt ein neuer Cours des Tanzunterrichts. Achtungsvoll empfiehlt sich

J Christ. Bruckner, Tucherstraße S. Nro. 1138, ersten Stock.

(Anzeige.) Dienstag den 2. Mai Mittag 3 Uhr, und die 8—10 folgenden Dienstage, Privatimpfung bei Dr. Schwarz.

(Zu vermiethen.) In der Nähe der Lorenzer Kirche sind zwei schön möblirte Zimmer für ledige Herren sogleich zu vermiethen.

Arena.

Dienstag den 2. Mai „Der Pariser Taugenichts,“ Lustspiel in 4 Akten nach dem Französischen von Dankel. Vor Anfang des Lustspiels „Ungarischer National-Ensemble-Tanz,“ ausgeführt von 6 Kindern

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3. Mai 1848. **№ 124** **Mittwoch: † Erfindung.**

Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes.

Da nach der Erfahrung eines ganzen Menschenalters der Mängel an Einheit in dem deutschen Staatsleben innere Zerrüttung und Herabwürdigung der Volksfreiheit, gepaart mit Ohnmacht nach Außen hin, über die deutsche Nation gebracht hat, so soll nunmehr an die Stelle des bisherigen deutschen Bundes eine auf Nationaleinheit gebaute Verfassung treten. Artikel I. Grundlagen. §. 1. Die zum bisherigen deutschen Bunde gehörigen Lande, mit Einschluß der neuerdings aufgenommenen preussischen Provinzen und des Herzogthums Schleswig, bilden fortan ein Reich (Bundesstaat). §. 2. Die Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten wird nicht aufgehoben, aber, so weit es die Einheit Deutschlands fordert, beschränkt. Diese Beschränkung liegt theils darin, daß einzelne Staatsangelegenheiten fortan ausschließlich der Reichsgewalt anheimfallen (s. Art. II), theils darin, daß dem Volke gewisse Grundrechte und Einrichtungen von Reichswegen gewährleistet werden (s. Art. IV). Artikel II. Bedeutung des Reichs. §. 3. Der Reichsgewalt steht fortan ausschließlich zu: a) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten nach Außen, mithin das Recht der Verträge und des gesammten diplomatischen Verkehrs zu diesem Zweck; ingleichen die Ueberwachung der von den einzelnen Staaten unter sich oder mit dem Auslande abzuschließenden Verträge. (Ständige Gesandtschaften zwischen den einzelnen Staaten finden nicht weiter statt); b) das Recht über Krieg und Frieden; c) das Heerwesen, beruhend auf stehendem Heere und Landwehr, und auf dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ohne Stellvertretung; d) das Festungswesen; e) die Sicherung Deutschlands zur See durch eine Kriegsflotte und Kriegshäfen; f) das Zollwesen, so daß das ganze Reich ein Zollgebiet bildet; g) das Postwesen; h) Gesetzgebung und Oberaufsicht über Wasserstrassen, Eisenbahnen und Telegraphen; i) Ertheilung von Erfindungspatenten, die sich auf das ganze Reich erstrecken; k) die Gesetzgebung im Gebiet des öffentlichen und Privatrechts, in so weit eine solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist, wohin insbesondere ein Gesetz über deutsches Heimathsrecht und Staatsbürgerrecht, so wie ein Gesetz über ein für ganz Deutschland gleiches Münz-, Maaß und Gewichtssystem gehört; l) die Gerichtsbarkeit in dem (§. 24) bezeichneten Umfange; m) die Verfügung über sämmtliche Zoll- und Posteinkünfte und sofern diese und sonstige Reichseinnahmen (Taxen, Konzessionsgelder u. s. w.) nicht ausreichen, die Belegung der einzelnen Staaten mit Reichssteuern. Artikel III. Verfassung des Reichs. Die Fülle der Reichsgewalt ist in dem Reichs-Oberhaupt und dem Reichstage vereinigt. Die Verwaltung einzelner Zweige derselben geschieht durch eigene Reichsbehörden, an deren Spitze Reichsminister stehen; die Gerichtsbarkeit insbesondere übt ein Reichsgericht aus. A. Das Reichsoberhaupt. §. 5. Die Würde des Reichsoberhaupts (deutschen Kaisers) soll um der Sicherstellung der wahren Wohlfahrt und Freiheit des deutschen Volks willen erblich seyn. §. 6. Das Reichsoberhaupt residirt zu Fransurt a. M.; es bezieht eine mit dem Reichstage zu vereinbarende Civilliste. §. 7. Der Kaiser hat die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten des Reichs, ernennt die Reichsbeamten und die Offiziere des stehenden Heeres und der Marine, sowie die Stabs-Offiziere der Landwehr; desgleichen verfügt er über die Vertheilung des stehenden Heeres. Auch zur Ertheilung von Erfindungspatenten (§. 3. i.) bedarf es der Zustimmung des Reichstages nicht. §. 8. Dem Kaiser steht die außerordentliche Berufung (vergl. §. 18), die Vertagung, Schließung und Auflösung des Reichstages zu. Die Beschlüsse des Reichstages erhalten durch seine Verkündigung verbindliche Kraft für alle Theile des Reichs. Er erläßt die zur Vollziehung der Reichsgesetze nöthigen Verordnungen. Das Recht des Vorschlags und der Zustimmung zu den Gesetzen theilt er mit dem Reichstage. §. 9. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus. Von ihm werden die Gesandten und Konsuln ernannt, und bei ihm beglaubigt. Er schließt die Verträge mit auswärtigen Staaten, und überwacht die Verträge der einzelnen deutschen Staaten (§. 3 a.) Er entscheidet über Krieg und Frieden. §. 10. Der Kaiser ist unverletzlich und unverantwortlich, dagegen müssen alle von ihm ausgehenden Verfügungen von wenigstens einem der Reichsminister unterzeichnet werden, zum Zeichen der Verantwortlichkeit desselben für die Zweck- und Gesetzmäßigkeit der Verfügung. Der Mangel einer solchen Unterschrift macht die Verfügung ungültig. B. Der Reichstag §. 11. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Oberhause und dem Unterhause. §. 12. Das Oberhaus besteht aus höchstens 200 Mitgliedern, nämlich: 1) aus den regierenden Fürsten. Sie haben das Recht, einen Stellvertreter zu schicken, der aber im Laufe einer Sitzungsperiode nicht abgerufen werden darf; 2) aus einem Abgeordneten von jeder der 4 freien Städte, welche die Regierungen mindestens für die Dauer einer Sitzungsperiode schickt; 3) aus Reichsräthen, welche aus dem Kreise der bewährten Verdienste des Vaterlandes von den einzelnen Staaten auf 12 Jahre gewählt werden, so daß alle vier Jahre ein Drittel austritt. Die Wahlberechtigung ist unter den einzelnen Staaten mit Rücksicht auf deren Bevölkerung vertheilt. In Staaten, die nur einen Reichsrath schicken, steht das Wahlrecht den Ständen, und in den freien Städten den gesetzgebenden Körpern, in solchen, die mehrere schicken, steht es zur Hälfte den Ständen, zur Hälfte den Regierungen zu; die Reichsräthe müssen dem Staate, von dem sie gewählt werden, angehören, und das 40. Lebensjahr vollendet haben. §. 13. Das Unterhaus besteht aus Abgeordneten des Volks, welche auf 6 Jahre gewählt werden, so daß alle 2 Jahre ein Drittel austritt. Auf je 100,000 Seelen der wirklichen Bevölkerung kommt ein Abgeordneter, jedoch so, daß auch Staaten von geringerer Volkszahl einen Abgeordneten schicken, und ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen ebenfalls zu einem Abgeordneten berechtigt. Die Wahl geschieht durch das Volk (nicht durch die Ständeversammlungen,) ob aber direkt oder indirekt (durch Wahlmänner) bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen. Wähler ist jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige, mit Ausschluß der wegen eines entehrenden Verbrechens Verurtheilten; wählbar jeder Wahlberechtigte nach vollendetem 30. Lebensjahr, ohne Unterschied des deutschen Staates, dem er angehört. Die näheren Bestimmungen bleiben einer von Reichswegen zu erlassenden Wahlordnung vorbehalten. Beamte bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung. §. 14. Die Reichsräthe und die Mitglieder des Unterhauses beziehen Reise- und Tagegelder aus der Reichskasse. §. 15. Jedes Mitglied des Reichstages, mit Einschluß der §. 12 Nro. 1 und 2 erwähnten Stellvertreter und Abgeordneten, vertritt ganz Deutschland, und ist an Instruktionen nicht gebunden. §. 16. Zur Gültigkeit eines Reichstagsbeschlusses gehört die Uebereinstimmung beider Häuser. Das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde und der Adresse, deßgleichen die Anklage der Minister steht jedem Hause für sich zu. Der Voranschlag des Reichshaushalts ist stets zuerst dem Unterhause zur Beschlußnahme vorzulegen, deren Ergebniß das Oberhaus nur im Ganzen verwerfen, in den einzelnen Ansätzen nicht verändern darf. §. 17. Zu einem Beschluß eines jeden Hauses gehört die Gegenwart von wenigstens einem Drittel der Mitglieder und die absolute Mehrheit der Stimmen. §. 18. Der Reichstag versammelt sich von Rechtswegen jährlich einmal zu einer ordentlichen Sitzung in Frankfurt am Main, die am .... ihren Anfang nimmt. Ausserordentliche Sitzungen können vom Kaiser zu jeder Zeit berufen werden (s. §. 8.) Eine Vertagung dis Reichstages durch den Kaiser darf nicht über sechs Wochen ausgedehnt werden. Einer Auflösung soll die Anordnung neuer Wahlen binnen 14 Tagen nachfolgen, widrigenfalls tritt der Reichstag, drei Monate nach der Auflösung in seiner alten Gestalt zusammen, wenn die Zeit der ordentlichen Sitzung nicht früher fällt. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. §. 19. Die Mitglieder des Reichstages können von der Verpflichtung, an den Verhandlungen desselben Theil zu nehmen, nur durch das betreffende Haus des Reichstags entbunden werden. §. 20. Sie können, außer im Fall der Ergreifung auf frischer That, bei einem peinlichen Verbrechen, während ihrer Anwesenheit auf dem Reichstage, und auf der Hin- und Herreise nicht ohne Zustimmung des Hauses, dem sie angehören, verhaftet werden. Auch können sie wegen ihrer Aeußerungen im Hause an keinem anderen Orte zur Rechenschaft gezogen werden. §. 21. Die Reichsminister haben nur Stimmrecht in dem einen oder anderen Hause, wenn sie Mitglieder desselben sind. Sie haben Zutritt in jedem Hause, und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Jedes Haus kann die Gegenwart der Minister verlangen. C. Das Reichsgericht. §. 22. Das Reichsgericht besteht aus 21 Mitgliedern. Sie werden zu einem Drittel vom Reichsoberhaupte, zu einem Drittel vom Oberhause, zu einem Drittel vom Unterhause auf Lebenszeit ernannt, und wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten und den Vicepräsidenten. Unvereinbar mit der Stelle eines Reichsrichters ist die Bekleidung jedes anderen Reichs- oder Staats-Amtes, und die Mitgliedschaft des Ober- und Unterhauses. §. 23. Das Reichsgericht hat seinen Sitz in Nürnberg. Seine Sitzungen sind öffentlich. §. 24. Die Zuständigkeit des Reichsgerichts umfaßt Folgendes: a) Streitigkeiten jeder Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten oder zwischen regierenden Fürsten, in so fern sie nicht in das Gebiet der Reichs-Regierungssachen gehören, und mit Vorbehalt der gewillkührten Austräge; b) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den deutschen Staaten, unter demselben Vorbehalt; c) Klagsachen von Privatpersonen gegen regierende deutsche Fürsten, insofern es an der Zuständigkeit eines Landgerichts fehlt; d) Klagsachen von Privatpersonen gegen deutsche Staaten, bei welchen die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist; e) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines einzelnen Staats und dessen Ständen über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung; f) alle Klagen gegen den Reichsfiskus und dessen einzelne Zweige; g) Entscheidungen in oberster Instanz über die nach der Verfassung eines jeden Landes zu beurtheilenden Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege; h) Anklagen gegen die Reichsminister oder die Landesminister durch eines der Häuser des Reichstages, deßgleichen Anklagen gegen die Landesminister durch die Landstände wegen Verletzung der Reichs- beziehungsweise der Landesgrundgesetze. Die Frage wegen Ausdehnung des Anklagerechts auf andere Fälle bleibt der näheren Bestimmung eines Reichsgesetzes vorbehalten; i) Kriminalgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworene in Fällen des Hoch- und Landes-Verraths gegen das Reich, sowie bei Majestätsverbrechen gegen das Reichsoberhaupt. Der in diesen Fällen dem Reichsoberhaupt zustehenden Begnadigung muß ein Gutachten des Reichsgerichts vorausgehen. Außerdem hat das Reichsgericht auf Erfordern der Reichsregierung, wegen angeblicher Verletzung reichsgesetzlich verbürgter Rechte durch Gesetze oder Regierungshandlungen der einzelnen Staaten Gutachten zu geben. Die Vollziehung der reichsgerichtlichen Sprüche wird durch ein Reichsgesetz näher bestimmt. Art. IV. Grundrechte des deutschen

Volkes. §. 25. Das Reich gewährleistet dem deutschen Volke folgende Grundrechte, welche zugleich der Verfassung jedes einzelnen deutschen Staates zur Norm dienen sollen: a) eine Volksvertretung mit entscheidender Stimme bei der Gesetzgebung und der Besteuerung und mit Verantwortlikeit der Minister gegen die Volksvertreter; b) Oeffentlichkeit der Ständeversammlungen; c) eine freie Gemeindeverfassung auf Grundlage selbstständiger Verwaltung in Gemeindeangelegenheiten; d) Unabhängigkeit der Gericht-, Unabsetzbarkeit der Richter außer nach Uhrteil und Recht; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Schwurgerichten, in Kriminalsachen und bei allen politischen Vergehen; Vollziehbarkeit der rechtskräftigen Erkenntnisse deutscher Gerichte im ganzen Gebiete des Reichs; e) Gleichheit aller Stände in Betreff der Staats- und Gemeindelasten und der Amtsfähigkeit; f) Allgemeine Bürgerwehr; g) freies Versammlungs- und Vereinsrecht, mit Vorbehalt eines Gesetzes gegen den Mißbrauch; h) unbeschränktes Petitionsrecht sowohl der Einzelnen als der Körperschaften; i) das Recht jedes Betheiligten, Beschwerde über gesetzwidriges Verfahren einer Behörde, nach vergeblichem Anruf der vorgesetzten Behörden, an die Landstände und, so fern eine Verletzung von Reichsgesetzen behauptet wird, an eines der Häuser des Reichtages mit der Bitte um Verwendung zu bringen; k) Preßfreiheit ohne irgend eine Beschränkung durch Censur; Concessionen und Cautionen; Aburtheilung der Preßvergehen durch Schwurgerichte; l) Unverbrüchlichkeit des Briefgeheimnisses, unter gesetzlicher Normirung der bei Kriminaluntersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen; m) Sicherstellung der Person gegen willkürliche Verhaftung und Haussuchung durch eine habeas-corpus- Akte; n) Berechtigung aller Angehörigen des deutschen Reichs, in jedem einzelnen Staate und an jedem Orte ihren Aufenthalt zu nehmen, und unter den nämlichen Bedingungen, wie die Angehörigen des betreffenden Staates Grundstücke zu erwerben und Gewerbe zu betreiben; o) Auswanderungsfreiheit; p) Freiheit der Wahl des Berufs und der Bildung dazu im In- und Auslande; q) Freiheit der Wissenschaft; r) Freiheit des Glaubens und der privaten und öffentlichen Religionsübung; Gleichheit aller Religionsparteien in bürgerlichen und politischen Rechten; s) Freiheit volksthümlicher Entwickelung, insbesondere auch der nicht deutschen Volksstämme durch Gleichberechtigung ihrer Sprache in Rücksicht auf Unterricht und innere Verwaltung. Artikel V. Gewähr des Reichsgrundgesetzes. §. 26. Das Reichsoberhaupt leistet beim Antritt seiner Regierung einen Eid auf das Reichsgrundgesetz vor dem versammelten Reichstage, der bei jedem Thronwechsel unverzüglich und ohne Berufung in der Art zusammentritt, wie er das letztemal versammelt gewesen ist. §. 27. Die Reichsminister und die übrigen Beamten des Reichs, ingleichen das Reichsheer werden auf das Reichsgrundgesetz vereidigt. §. 28. Den in den einzelnen Staaten vorgeschriebenen Verpflichtungen auf die Landesverfassung wird die Verpflichtung auf das Reichsgrundgesetz beigefügt. §. 29. Zu Abänderungen des Reichsgrundgesetzes ist die Uebereinstimmung des Reichstags mit dem Reichsoberhaupte, in jedem Hause die Anwesenheit von wenigstens Dreiviertel der Mitglieder und eine Stimmenmehrheit von Dreiviertel der Anwesenden erforderlich. §. 30. Alle Bundesbeschlüsse, Landesgesetze und Verträge zwischen einzelnen deutschen Staaten sind, insoweit sie mit einer Bestimmung des Reichsgrundgesetzes im Widerspruch stehen, hiermit außer Kraft gesetzt. (Frt. O.-P.-Z.)

---

* Die Wahlen in Nürnberg.

(Schluß.)

Was soll man aber über die Wahl der Ersatzmänner sagen? Es gehörte in der That eine ziemliche Keckheit dazu, wenn ein Jurist auftreten konnt und erklären: Man solle nur Juristen wählen! Daß die Wahlmänner auf diesen Vorschlag einstimmig mit dem Kopfe nicken konnten, zeigt einen Mangel an Selbstständigkeit, eine Gefügigkeit in den Willen einzelner Weniger, welche das Wort führen, die in der That an Schwäche grenzt! Hätte die Bürgerschaft das gewollt, dann hätte sie sich den ganzen Wahlact ersparen können; sie hätte einfach an Herrn Director Seuffert geschickt, er möge ein paar Juristen auswählen. Wenn die Regierung so etwas proponirt hätte, so würde man Zeder geschrieen haben; wenn aber ein Jurist selbst seine Kaste, seine Freunde empfiehlt, so findet man das höchst geeignet. Hätten wir deutsche Celebritäten der Jurisprudenz in unserer Stadt, würde man auf solche, seyen sie auch anderwärts, hingewiesen haben, Niemand hätte dagegen Etwas sagen können; Herr Consulent v. Holzschuher wäre vielleicht der einzige juristische Name gewesen, der auch außer unseren nächsten Kreisen weiterhin in Deutschland bekannt ist. Warum wählt man aber gerade die Herren Dr. Kraft und Dr. Kalb? Sie sind beide brave Männer und gute Juristen. Sind das aber nicht Männer wie Herr Director Seuffert, Kreisrath von Landgraf, Advokat Toussaint, u. s. w auch? Haben sich diese und ähnliche Männer weniger bürgerfreundlich betragen? Warum ist bei der Annahme des Grundsatzes auch gar keine Stimme auf sie gefallen? Merkt man denn nicht, daß man in den Händen einiger Wenigen ist, welche die Sache zuvor abgemacht haben und zuletzt nur an der Schnur zogen, um die Übrigen Unselbstständigen nicken zu lassen? Hr. Dr. Kalb ist ein reicher Mann. Es war eine Zeit, wo es an finanziell unabhängigen Männern fehlte, welche die Sache des Volkes, die Sache der Freiheit hätten öffentlich vertreten können. Manche würden gerne das Wort ergriffen haben, aber sie konnten ihre Besoldung nicht riskiren. In solchen Zeiten muß der lieberale Mann, der unabhängig gestellt ist, eine besondere Verpflichtung in seinen Verhältnissen finden, das laut zu sagen, was Andere nicht öffentlich vertreten können. Ist Herr Dr. Kalb aber unter dem Ministerium Abel auch nur einmal für die immermehr verkümmerte Volksfreiheit in die Schranken getreten? Niemals! — Jetzt ist es leicht, sich öffentlich zu zeigen und den Redner zu machen! — Wir müssen nun aber die Meinung, als solle man nur Juristen wählen, als eine gänzlich unzweckmäßige entschieden zurückweisen. Ein Parlament, das blos aus Juristen bestehen würde, wäre kein Volksparlament; der Geist unserer Zeit sucht im Gegentheil die bisherige Alleinherrschaft der Juristen zu beseitigen. In einer Versammlung, wie die in Frankfurt, werden alle öffentlichen Verhältnisse zur Sprache kommen und es ist nothwendig, daß man daselbst aus allen Zweigen kenntnißreiche und charaktertüchtige Männer habe, da es nun auf platter Hand liegt, daß man in der großen Zahl unbedeutender Städte, und auf dem Lande ohnedieß in der Regel keine andere Wahl haben wird, als einen Juristen zu nehmen; so hätten gerade große Städte wie Nürnberg, wo man eine Auswahl an Leuten hat, die besondere Verpflichtung, keinen Juristen zu bestimmen, wenn nicht eminente Qualitäten für ihn sprechen, um eine auf solche Weise die nothwendig entstehenden Lücken bei der Vertretung anderer Zweige nach Möglichkeit auszufüllen. Nürnberg ist eine Handels- und Gewerbsstadt. Dr. Eisenmann hat noch zuletzt geschrieben: Ihr Nürnberger, thut die Augen wohl auf, euer Deputirten hat nicht blos Gesetze zu machen, bei euch bedarf es auch der Vertretung des Handels und der Gewerbe! Da sollte nun freilich im Hintergrunde der Schluß gezogen werden: Und diese Vertretung kann in würdiger und entsprechender Weise nur von mir, Dr. Eisenmann, erwartet werden; allein wir wagen es, in dieser Beziehung eine andere Meinung zu haben. Dem Herrn Dr. Eisenmann waren wir die Wahl schuldig wegen seiner Vergangenheit; da wir aber allerdings auch dem Handel und den Gewerben kenntnißreiche Vertreter wünschen; so hätten wir wenigstens zu Ersatzleuten derartige tüchtige Männer wählen sollen; Männer, die vielleicht zugleich auch durch eine magistratische Thätigkeit sich gewöhnt haben, öffentlich zu sprechen. Es fehlt uns nicht an solchen tüchtigen Männern in Nürnberg; wir wollen hier nur die Namen Marktsvorsteher Fuchs, Herold, Kaufmann Günther, Fick, Gebhard, Schmidtmer u. s. w. nennen. Ist Niemandem von den Wahlmännern ein solcher Gedanken gekommen, gar Niemandem? Haben ein paar juristische Redner jeden selbstständigen Gedanken unterdrückt? — Es ist unmöglich! Aber die Nichtjuristen wagten nicht, ein öffentliches Wort zu sprechen, sie waren zu schüchtern, zu bescheiden, sie fühlten sich nicht gewachsen, sie hatten sich nicht auch vorher zusammengethan, sie genirten sich, weil man glauben könnte, sie sprächen für ihre Person! Wo es so steht, da ist man allerdings mit freien Institutionen noch in der Kindheit. Darüber wollen wir uns also auch kein Geheimniß machen; wer bei uns hervortritt, der hat gewonnen, man hält es gegen den guten Ton, für ein Verfehlen gegen die Höflichkeit, ihm zu widersprechen; wer wird sich auch wegen solcher Dinge anderen unangenehm machen? Ist er aber kein Mann von der Stadt und fängt einmal einer von städtischen Namen an, Steine nach ihm zu werfen, dann tritt man ihn auch völlig in den Koth, wiederum aus Gefälligkeit.

Deutschland.

Bayern. †† (Nürnberg, 2. Mai.) Morgen marschirt der Stab mit den ersten beiden Bataillons des hiesigen Infanterieregiments in die Gegend von Stockach ab. Das dritte Bataillon bleibt als Depot in hiesiger Stadt zurück.

(Speyer, den 29. April.) Die Abgeordnetenwahlen zur konstituirenden Nationalversammlung gehen, so weit unsere Nachrichten reichen, in allen Theilen unserer Pfalz ohne die geringste Unordnung vor sich. Aus vielen Gegenden beschwert man sich, daß ein Theil der Geistlichkeit in einer Weise Einfluß auf diese Wahlen auszuüben versuchte, der in hohem Grade unwürdig und unrecht ist, und überdies in der jetzigen Zeit doppelt tadelnswerth erscheint, da hiedurch muthwillig herausgefordert und erbittert wird. Indessen sind diese Machinationen, diese elenden Verdächtigungen, überall zu Schanden geworden. (N. Sp. N.)

(Pfalz) Wahlen von Abgeordneten zur konstituirenden Nationalversammlung:

Wahlbezirk Neustadt (Kantone Neustadt und Dürkheim). Abg.: Rud. Christmann von Dürkheim. Ersatzmänner: 1) Dr. Hepp von Neustadt, 2) Eppelsheim von Dürkheim.

Wahlbezirk Landau (Kant. Landau, Annweiler und Theile des Kant. Edenkoben). Abg.: Anwalt Glaß von Landau. Ersatzmann: 1) Prinz von Landau, 2) Not. Köster von Annweiler.

Wahlbezirk Bergzabern (Kant, Bergzabern, Dahn und Kandel). Abg.: G. F. Kolb von Speyer. Ersatzm.: 1) Friedrich Schüler (1831 Abg. zu München, bis 1832 Anwalt in Zweibrücken, seitdem Flüchtling in Metz., 2) Friedensrichter Umbscheiden in Dahn.

Bezirk Frankenthal: Abg. Anwalt Spatz von Frankenthal; Ersatzmänner: 1) Richter Bopé, 2) Anwalt Heintz von Frankenthal.

Bezirk Kirchheimbolanden: Abg. Notar Reichard von Speyer; Ersatzm.: 1) Anwalt Spatz von Frankenthal, 2) Pfarrer Berkmann von Einzelthum.

Bezirk Zweibrücken: Abg. Pfarrer Tafel von Zweibrücken; Ersatzmänner: 1) Pfarrer Weber von Pirmasens, 2) Friedrich Schüler, dermalen zu Metz.

Bezirk Kaiserslautern: Abg. Nic. Schmidt von Kaiserslautern; Ersatzmänner: 1) Posthalter Ritter von Frankenstein, 2) Dr. Meuth von Kaiserslautern. (N. Sp. Z.)

(Speyer.) Durch eine unterm 10. d. M. an die k. Generalzolladministration ergangene Entschließung des k. Staatsministeriums der Finanzen, wurde das Verbot der Kartoffelausfuhr nach Frankreich aufgehoben. (N. Sp. Z.)

(Speyer, den 27. April.) Dieser Tage trat hier der durch wissenschaftliche Leistungen rühmlich bekannte ehemalige Benediktinermönch Bonifacius Huber (aus der Abtei St. Stephan in Augsburg) zur vereinigten protest. Kirche der Pfalz über. (Huber ist Verfasser der von der philos. Fakultät zu München gekrönten Preisschrift über Otto von Freising.) (N. Sp Z.)

(Pfalz.) Die kgl. Regierung hat folgendes Reskript erlassen, dessen Inhalt sich ohne allen Zweifel der Zustimmung der großen Mehrheit aller Pfälzer, wie überhaupt aller Unbefangenen, zu erfreuen hat: „Unter den Wünschen, welche in der dermaligen Zeit vielfach hervorgetreten sind, besteht auch das dringende Verlangen, daß die Trennung der Volksschulen nach Konfessionen aufgehoben werden möchte, indem durch die Vereinigung für den eigentlichen Schulunterricht die Gemeindelasten beträchtlich vermindert werden könnten. Um diesen Antrag gehörig würdigen zu können, ist eine genaue Berechnung erforderlich: 1) Welchen Aufwand die Gemeinden dermalen für die konfessionellen Schulen zu tragen haben, und welche Zuschüsse aus Kreisfonds geleistet werden, und 2) wie der Aufwand unter Beibehaltung der Zuschüsse aus Kreisfonds für die Gemeinden vermindert und beschränkt werden kann, wenn die konfessionelle Trennung aufhört. Die kgl. Landkommissariate werden diese Berechnung baldmöglichst herstellen lassen, und mit wohlbemessenem Gutachten über die Räthlich- und Zweckmäßigkeit der Maßregel begleiten, dabei aber mit der Vorsicht verfahren, daß es im Publikum nicht den Anschein gewinnt, als sei die Aufhebung der konfessionellen Schulen eine beschlossene Sache.“ (N. Sp. Z.)

Baden. (Mannheim, 29. April.) Die heute Vormittag dahier Verhafteten, an der Spitze der hiesigen revolutionären Bewegung gestandenen Hoff, Grohe, Spieß und Betz sind per Eisenbahn nach Bruchsal gebracht worden. (Frkft. J.)

(Oos, den 24. April.) Bezeichnend für den Charakter des Heckerschen Freischaarenzugs ist gewiß die Art, wie die Leute dazu überredet und verführt werden. So wurden heute in einem hiesigen Wirthshause mehrere Bauernbursche von einem der modernen Weltbeglücker durch die Lockungen des krassesten Kommunismus zum Aufruhr und Anschluß an Hecker zu verleiten gesucht. »Wenn Hecker siegt«, sprach der edle Apostel, »wenn Hecker siegt, sind wir glücklich; wir gehen zuerst hinter die Pfaffen und dann hinter die Reichen.« Wer Ohren hat, der höre! (Frkft. J.)

(Schopfheim, den 27. April.) Soeben hat ein Gefecht zwischen den Würtembergern und einer Kolonne französischer Arbeiter, eine kleine halbe Stunde von hier, stattgefunden und ist für die Erstern glänzend ausgefallen: Es wurde nämlich heute Morgen kund, daß etwa 800 Freischärler in einem benachbarten Orte durchgekommen seien; alsobald wurden die hier seit gestern anwesenden würtembergischen Truppen auf verschiedene Seiten ausgesandt, so daß zufällig nur eine Kompagnie Infanterie auf die fragliche Kolonne stieß. — Diese war auf günstigem Terrain. Dennoch griff die würtembergische Kompagnie rasch an und kämpfte während etwa drei Stunden allein gegen eine bedeutende Uebermacht, bis endlich von mehreren Seiten Hilfe von Infanterie, Artillerie und Kavallerie anrückte und den Kampf beendigte. — Von dem Militär soll es keine Todte, wohl aber Verwundete, worunter der Hauptmann, gegeben haben. Von den Freischaaren sind bereits 8 Todte eingeliefert, noch ungefähr 30 sollen in Feld und Wald liegen, und an Gefangenen sind bereits über 100 eingebracht, außer Zeug, wie man Mühe haben würde, es zusammen zu finden. Man will wissen, daß eine zweite Kolonne deutscher Arbeiter aus Frankreich in unserer Nähe stehen soll. — Wenn es wahr ist, so gibt es morgen wieder einen Kampf, dem sie nicht entlaufen können, da das Militär alle Passagen besetzt hat. Generallieutenant v. Miller und General Valois sind mit ihrer Division hier. (O. Z.)

(Von der Schweizergränze, den 28. April.) Sie haben wohl ohne Zweifel schon von der neuen Republik Schusterinsel gehört, die in dem monarchischen Winkel zwischen den Republiken Frankreich und Basel ihre Banner aufgepflanzt hat. Ungefähr 200 Burger verschiedener Zungen — sehr viele dieser deutschen Patrioten verstehen kein Wort deutsch — bilden dieselbe; ohne Schwertstreich haben sie den Boden erobert und verschanzen sich nun durch umgehauene Bäume. Diese Verschanzungen aufs Aeußerste zu vertheidigen, scheinen sie nicht im Sinn zu haben, da sie von der franz. Behörde in Hüningen die Erlaubniß erbeten und erhalten haben, sich im Fall der Noth wieder über den Rhein zurückzuziehen. Man weiß nicht, über was man sich mehr wundern soll, über die Geduld dieser Leute oder über die Geduld der badischen Regierung, die nun schon seit vier Tagen diesen Afterstaat duldet. Gestern ist dieser Staat wieder um einige Bürger vermehrt worden; gegen Abend kam aus dem Wiesenthale herüber eine Anzahl deutscher und französischer Flüchtlinge, ohne Waffen, die Blusen zum Zeichen friedlicher Absichten meist unter dem Arm tragend. Sie waren von der Herwegh'schen Schaar und erzählten, daß sie gestern Morgens 10 Uhr in der Nähe von Schopfheim plötzlich von den Würtembergern angegriffen wurden, die nicht viel parlamentirten, sondern gleich ihre Waffen gebrauchten. Ihre Schaar sei bald zerstreut und Viele gefangen genommen worden. Ueber Herwegh beklagten sie sich bitter; er habe sie im Stiche gelassen. Seine Frau besitze noch mehr Muth als er. Sie vermuthen, daß er in einem Chäischen, das er mitgeführt, entkommen sei. Bernstedt, wollten Einige wissen, sei geblieben. Ein anderes Gefecht, vermuthlich mit der Siegel'schen Kolonne, sollen die Würtemberger bei Todtnau bestanden haben; darüber fehlen jedoch noch genaue Nachrichten. (O. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 29. April.) Nachstehender Aufruf an alle Deutsche ist soeben von dem Fünfziger-Ausschuß erlassen worden: „Das verbrecherische Unternehmen Einzelner, mit bewaffneter Hand Deutschland eine Staatsverfassung aufzudringen, ist aller Abmahnung ungeachtet, zum blutigen Ausbruch gekommen. Nochmals erhebt der Ausschuß des Vorparlaments seine Stimme; er erhebt sie namens des deutschen Volkes, er erhebt sie für die Zukunft Deutschlands. Jene, die sich die Freunde des deutschen Volkes nennen, sind seine schlimmsten Feinde. Um ihren Willen geltend zu machen, setzen sie alles aufs Spiel, was Deutschland nach langem Kampfe und mit schweren Opfern errungen hat: seine Einheit, seine Freiheit. Der Reaction öffnen sie Thür und Thor, den äußern Feinden stellen sie das deutsche Land blos. Auf denn ihr deutschen Brüder in den bedrohten Landen, die ihr treu seid der Sache des Vaterlandes, unzugänglich der Verlockung zum Abfall, fest in Euerem Vertrauen, daß in den Tagen des Mai freigewählte Abgeordnete aller deutschen Bruderstämme einen Bau deutscher Einheit und deutscher Freiheit gründen werden, der fest steht für alle Zeiten — auf denn zu männlicher That. Die badische Regierung hat zu Unterdrückung des Aufruhrs ein Gesetz verkündet, welches die Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde findet. Unterstützt die Ausführung dieses Gesetzes. Deutsche Krieger eilen herbei zur Bekämpfung der Empörer. Erkennt in diesen Kriegern Eure Brüder. Als Eure Freunde nehmt sie auf, und steht ihnen bei, soweit ihr könnt. Wenn Ihr das thut, wenn Ihr den Aufrührern Eure Städte, Eure Dörfer verschließt, wenn Ihr die Unterstützung verhindert, die Uebelgesinnte ihnen bieten möchten, so wird bald der Aufruhr unterdrückt, und in friedlicher Weise der freie Ausdruck des wahren Volkswillens möglich werden, von welchem allein die Aufrichtung der künftigen Verfassung von ganz Deutschland und von jedem deutschen Einzelstaate abhängen kann. Frankfurt a. M., den 28. April 1848. Der Fünfziger-Ausschuß. Abegg. Briegleb, als Schriftführer. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Fankfurt, den 30. April.) Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 29. April 1848. Eine Mittheilung des Fünfzigerausschusses, worin darauf angetragen wird, die Bundesversammlung durch drei Mitglieder, welche, unter eigner Verantwortlichkeit die vollziehende Gewalt auszuüben haben, zu verstärken, wird an den Ausschuß für Revision der Verfassung zur Begutachtung verwiesen. Von Bayern wird angezeigt, daß General v. Damboer zum Commandanten von Ulm ernannt worden sey; desgleichen daß in Landau die deutsche Bundesfahne aufgepflanzt werden soll. Von Landau wird über die den Truppencommandos beigegebenen Civilcommissäre Mittheilung gemacht. Der Ausschuß für Revision der Verfassung beantragt, zur Vorbereitung der formellen Angelegenheiten der constituirenden Versammlung eine aus Mitgliedern des Bundestags, Vertrauensmännern, Mitgliedern des Fünfzigerausschusses und des Frankfurter Senats gemischte Commission niederzusetzen; welcher Antrag genehmigt wird. Auf eingekommene Nachricht, daß die dänische Regierung auf deutsche Schiffe Beschlag gelegt habe, wird beschlossen, gegen derartige Beschädigung deutschen Eigenthums die wirksamsten Maßregeln zu treffen.

An die Stürmer der Schanze Dannewerk bei Schleswig. Brüder! Wir sind stolz auf die erste Waffenthat des neu erstandenen Deutschlands. Ihr habt Eure Pflicht wie freie Männer gethan, und das Vaterland wird Euch Dank dafür wissen. Das ist die rechte Kampfart und die Feinde Deutschlands an seinen Grenzen im Norden oder Süden, im Osten oder Westen, werden durch diesen ersten Schlag hinlänglich belehrt seyn, daß die Zeit vorüber ist, wo man ungestraft sich in die Angelegenheiten Deutschlands mischen durfte. Für diese Lehre, die Ihr der Welt gegeben, werden Euch Eure Nachkommen segnen. Es treibt uns, Euch dieß im Namen des Vaterlandes zu sagen. Ihr kämpft mit dem Schwerte von Stahl und Eisen, wir mit dem Schwerte des Wortes und des Gedankens. Euer Sieg ist unser Sieg, wie unsere Sache die Eurige. Und so stimmen wir hier auf dem Felde der geistigen Kämpfe in Euren Schlachtruf ein: „Vorwärts für Deutschland! — und mit Gott im Herzen ist der Sieg unser — der Sieg der Freiheit, der Ordnung, der Volksrechte, der Sieg des einigen, selbstständigen und mächtigen Deutschlands!" Vorwärts für Deutschland! Frankfurt a. M., den 29. April 1848. Der Fünfziger Ausschuß. Soiron. Venedey.

(Frankfurt, den 30. April. Statt der „Mannheimer Abendzeitung" geht uns ein Quartblatt mit folgender Nachricht zu: „Mannheim, den 29. April. Wir sind verhindert gewesen, heute unsere Zeitung erscheinen zu lassen, weil der Redacteur derselben, Hr. J. P. Grohe, verhaftet und von hier entfernt worden ist, werden aber morgen unsern Abonnenten gegenüber den übernommenen Verbindlichkeiten in gehöriger Weise nachkommen. Außer den schon Genannten wurden Hr. Buchhändler H. Hoff, Bierbrauer Spieß und Hr. Betz Sohn festgenommen und unter Bedeckung wahrscheinlich in die Festung Rastadt gebracht." (F.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 30. April.) Morgen in den Frühstunden werden die sterblichen Reste des braven Generals Friedrich von Gagern, der, von den Kugeln der Rebellen getroffen, sein Leben auf dem Altar des Vaterlandes verblutet hat, durch unsere Stadt geführt, um in dem nahen nassauischen Dorf Hornau, einem Landsitz der Gagern'schen Familie, beigesetzt zu werden. Die Mitglieder des Fünfzigerausschusses, die Behörden unserer Stadt, unsere Bürgergarde und Linienmilitär werden der Leiche bis an das Ende der Stadt das kriegerische Ehrengeleit geben. (F.-O.-P.-Z.)

(Hamburg, 27. April.) Der heute Vormittag hier angekommene Kap. Müntendamm vom holländ. Schiff »Jacoba« (von Hamburg in Ballast nach Hobroe in Jütland bestimmt), berichtet, daß, als er am 26. April Nachmittags aus dem schlesw.-holst. Kanal habe auslaufen wollen, ein dort liegendes dänisches Kriegsschiff eine Kanone auf ihn abgefeuert und ihn zurückgewiesen habe. Auf seine Bemerkung, daß er neutrale Flagge führe und nach Hobroe wolle, erwiederte das Kriegsschiff, kein Schiff welcher Nation es auch angehöre, dürfe passiren. Die „Jacoba" ist nach Holtenau zurückgegangen. (Wes. Z.)

Von Altona geht diesen Nachmittag eine 30 Mann starke Nürnberger Freischaar nach dem Kriegsschauplatze ab. (Wes. Z.)

Preussen. (Berlin, 29. April.) Da die Hindernisse, welche gestern das Erscheinen eines Blattes der Allg. Preuß. Ztg. unmöglich machten, noch fortbestehen, so sieht die Redaktion sich auch heute noch nicht wieder in den Stand gesetzt, ein vollständiges Blatt erscheinen zu lassen, und muß sich auf die Mittheilungen desjenigen beschränken, was durch die in der Druckerei vorhandenen Arbeitskräfte zu expediren war. (A. P. Z.)

(Berlin, den 28. April.) Sämmtliche Buchdruckergehülfen haben heut Morgen ihre Arbeiten eingestellt und die Preßbengel haben Ferien, die Setzkasten bleiben unangerührt; es wird also morgen keine Zeitung ausgegeben werden können, die „Allg. Preuß. Ztg.", die „Zeitungs-Halle", das Intelligenzblatt sind auch heute Abend nicht erschienen; eine oder die andere Morgenzeitung wird morgen einige dürftige Nachrichten vielleicht noch bringen, weil sie entweder noch dieß oder jenes Artikelchen im Satz stehen hatte, oder durch unerhörte Anstrengungen mittelst der Lehrburschen und Prinzipale einige Spalten neuen Satz zuwege brachten; aber eine ordentliche Zeitung mit Berliner Klatsch, Eingesandt's, Verlobungsanzeigen oder wenns hoch kommt, Wahlangelegenheiten wird wohl keine Redaktion zu Stande bringen, und man kann sich denken, welche Verlegenheit es absetzen wird, wenn der Berliner morgen beim Kaffee seine „Vossische" vermißt, die ihm die Parole für den ganzen Tag brachte. Dazu kommt, daß das tägliche liebe Brod, die Maueranschläge, ebenfalls fehlen werden, schon heute sieht man deren geschriebene an den Ecken und daneben macht sich der mit schönen Decker'schen Typen in der königl. Hofbuchdruckerei gedruckte des „Comite der Buchdruckergehülfen" sehr breit, welcher anzeigt, daß die Herren Gehülfen sich genöthigt gesehen, ihre Arbeit einzustellen, weil ihren „gerechten und billigen" Forderungen nach vierwöchentlichen Verhandlungen Seitens der Prinzipale nicht genügt worden sei. Ich weiß nicht, ob die Forderungen der Gehülfen gerecht und billig gewesen, einige mögen diese Epitheta verdienen, andere kommen mir sehr unvernünftig vor; aber das weiß ich, daß es den Buchdrucker-Gehülfen, die gern den Vorzug der Bildung vor andern Handwerkern beanspruchen, nicht wohl ansteht, ihre Sonder-Interressen auf Kosten des Allgemeinen in einem Augenblick geltend zu machen, wo man ihrer Mitwirkung bei den bevorstehenden Wahlen am nöthigsten bedarf, und ungeachtet das Gesetz ihnen verbietet, die Arbeit vor vorangegangener vierzehntägiger Kündigung einzustellen. Uebrigens werden heute Abend sowohl die Prinzipale als die Gehülfen besondere Versammlungen halten, es ist auch wahrscheinlich, daß die Behörden auf irgend eine Weise einschreiten werden; über den Erfolg werden wir morgen zu berichten haben. (Magd. Z.)

(Berlin, den 27. April, Abends 10 Uhr.) Ich begebe mich auf den Bahnhof, um Ihnen zu melden, daß, authentischen Nachrichten zufolge, Se. Maj. der König von Dänemark verstorben ist, und zwar am 25. April. (Bresl. Z.)

(Von der Weser, den 27. August. Die Dänen haben alle deutschen Schiffe mit Beschlag belegt; dafür ist einem ihrer Fahrzeuge gestern im Oldenburgischen Hafen Brake an der Weser ein Gleiches

geschehen. Ob sie nun Kaper ausrüsten, ist die Frage, gewiß bleibt, daß sie über uns Meister zur See sind. Natürlich wir haben keine Kriegsflotte; die Amazone, von der man noch keine Kriegsthat gehört hat, blieb ohne Nachfolger. Nun soll Hals über Kopf die nöthige Seevertheidigung eingerichtet werden. Was wollten wir auf unserer vierhundert Stunden langen Küste anfangen, wenn es Sr. Hoheit, dem Sultan von Marokko beliebte, uns zu blockiren und unsern Handel zu schädigen? Er könnte mit uns schalten, wie er wollte, denn er hat doch einige Dutzend Kriegsschiffe, wir dagegen besitzen nicht ein einziges. Marokko kann auf der See Deutschland und Preussen Gesetze vorschreiben. Ist das ein natürliches Verhältniß, ist das eine würdige Stellung? So lange Deutschland zerstückelt war und der eine Staat hierhin, der andere dorthin zog, so lange man an dem eben so falschen als thörichten Satze hängen blieb: es gebe in Deutschland verschiedene, einander feindlich gegenüberstehende Interessen, so lange mochte es hingehen, daß die Binnenstaaten glaubten, sie seien bei den Seeinteressen nicht betheiligt. Aber bildet die See nicht die Nordgrenze Deutschlands? Würde man nicht mit Recht laut aufschreien, wenn Frankreich uns angriffe und wir Deutschen hätten am Rhein keinen Mann Soldaten stehen? Würde man es Preußen verzeihen, wenn es an der östlichen Grenze nicht gerüstet wäre? Gegen die Dänen aber liegen wir nackt und bloß! (Magdb. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 26. April, Abends.) Gestern um 5½ Uhr wurden die Gefallenen beerdigt. Es waren 102 Leichen. Die gemeinen Soldaten, 37 Preussen und andere Deutsche, die übrigen Dänen, wurden in eine große Grube, mit Kalk gefüllt, niedergelegt, und neben ihnen neun oder zehn Särge mit den gefallenen Offizieren. Eine zahllose Menschenmenge wohnte dieser traurigen Bestattung bei. Auf der Erdhöhe stand der Probst Nielsen, ein katholischer Geistlicher, der preussische Prediger und der Nachmittags-Prediger der Friedrichsberger Kirche, mehrere preussische Offiziere und ein gefangener dänischer Offizier. Nachdem ein Choral gesungen war, sprach zuerst Probst Nielsen ergreifende Worte, in denen er unserer guten, gerechten Sache gedachte, während den Besiegten ja nichts Anderes gelehrt und versprochen worden sey, als sey sie eine schlechte. Er knüpfte den Akt des Begrabens an die christliche Weltanschauung des Auferstehens und an das Osterfest an. Der katholische Geistliche hielt ein Gebet für die Befreiung der sündigen Seelen; der preussische Feldgeistliche sprach den Segen. Die Nachrichten besagen mit Bestimmtheit, daß Flensburg von den Dänen, theilweise in großer Konfussion geräumt worden ist. Wohin sie sich aber zurückgezogen, ist zweifelhaft. Die Gerüchte sagen nach Tondern, um Riepen zu gewinnen; dann müßten sie aber von der Ostseite des Landes abgeschnitten sein. Betten, Leinwand, Hemden werden von den mildthätigen Einwohnern Schleswigs erbeten. Zwei Kriegskassen sind in die Hände der Sieger gefallen. Wir sprachen gestern zwei Soldaten vom zweiten und zwölften Regimente, die sich dahin äusserten, daß sie kein Pardon geben werden, da die Dänen ihre verwundeten Kameraden mit den Kolben todtgeschlagen hätten, während man diesseits die Wunden der verwundeten Dänen ausgewaschen, und sie in die Häuser, auf die Wagen gebracht habe. Ist dies der Fall, so kommt dies von den traurigen Vorstellungen her, die ihnen schändlicherweise von den Deutschen beigebracht worden sind. So fragte noch gestern auf dem Wege nach Rendsburg Einer, ob er dort nicht gehenkt werden würde? Welche schwere Verantwortung trägt die Eiderpartei des dänischen Volks, so den Menschen entmenschlicht zu haben. Daß man mit Rehposten geschossen, ist leider ebenfalls wahr. Unter den nachgelassenen Sachen eines Offiziers findet sich ein Handschuh mit dieser Munition. Heute gingen viele Wagen von Rendsburg mit Proviant unserer Armee nach. Es thut sehr Noth. In den großen Gemächern auf Gottorf werden Lazarethe angelegt. Die Zahl der Verwundeten nimmt zu. Die beiden preussischen Offiziere, denen jedem ein Bein von einer der letzten Kanonenkugeln weggenommen worden ist, werden Nermann und v. Bang genannt. Beide sind amputirt. (Wes. Z.)

In Flensburg ließen die Dänen sich nur kurze Rast. Am 23. und 24. kam die dänische Armee daselbst ziemlich ge- und zerschlagen, wie ein Brief in der Börsenhalle sich ausgedrückt, an, und verließ schon am 24. auf den Ruf »die Deutschen kommen«! wieder die Stadt. Am 25. sind diese dann auch zahlreich eingerückt. Die Dänen hatten so eilig, daß sie ihr Gepäck auf den Strassen zurückließen. Somit ist der Auftrag, welchen die deutsche Armee zunächst zu erfüllen hatte, nämlich das Herzogthum Schleswig von den Dänen zu räumen, so gut wie ausgeführt anzusehen. Der Status quo ante, welchen der Bund verlangte, ist hergestellt und die gerechte Forderung Schleswigs, die Aufnahme in den deutschen Bund wird, jetzt bei dem Dänenkönig wohl ein geneigteres Ohr finden. (Wes. Z.)

(Altona, den 27. April.) Die Dänen gehen nach Tondern, um Ripen zu erreichen; zu Alsen sind sie abgeschnitten, ihre Batterien bei Holnis sind genommen. (Brem. Z.)

(Von der Schlei, den 26. April.) Holnis, Ueberfahrt nach Hendewitt, wo die Dänen sich verschanzt hatten, ist genommen und hier eine Batterie aufgeführt. Aus Flensburg sollen die Dänen sehr unregelmäßig vorgestern Abend zurückgewichen sein. Einige sagen, daß sie nach Apenrade, Andere daß sie nach Tondern sich zurückgezogen haben. (Brem. Z.)

Italien.

(Rom, den 21. April.) Sicilien also hat sich von dem König von Neapel losgesagt, sich als selbstständiges aber konstitutionelles Königreich erklärt, und den Pater Ventura zum Pair desselben und als seinen Repräsentanten beim heil. Stuhl ernannt. Auch aus Neapel, Mailand und Venedig sind die Abgesandten hier angelangt, welche die Eröffnung des italienischen Bundestags vorbereiten sollen. General Durando wird durch die Befehle der päpstlichen Regierung hinter der Gränze zurückgehalten, während die Freiwilligen dieselbe bereits überschritten haben, und in die Dienste der Republik Venedig getreten sind. Auch steht zu erwarten, daß Durando sich um die Befehle des Papstes wenig bekümmern und den Po allernächst mit den regulären Truppen überschreiten werde, wodurch das hiesige Gouvernement natürlich seiner ängstlich bewahrten Neutralität mit Gewalt entrissen werden würde. (A. A. Z.)

(Mailänder Bülletin vom 27. April.) Das Hauptquartier Karl Alberts ist in Valleggio; das ganze piemontesische Heer nimmt eine Stellung auf dem linken Mincio-Ufer ein. In der Umgegend von Villafranca überfielen die Piemontesen ein Korps Oesterreicher, von dem ein Theil entfloh, die übrigen gefangen wurden. Radetzky nimmt in Verona, Geiseln die er nach Innsbruck schickt; darunter ein Greis von 72 Jahren und ein Kranker. (A. A. Z.)

Rußland.

(Von der polnischen Grenze, 25. April.) Nachrichten aus Rußland zufolge soll unter der Petersburger Garde ein Aufstand ausgebrochen sein; Dasselbe wird auch aus Moskau berichtet. Vielleicht hängt hiemit auch die Abreise des Kaisers nach Warschau zusammen, die ebenfalls gemeldet wird. — Unter den russischen Truppen im Königreiche Polen herrscht ein für die Bestrebungen der Polen nur günstiger Geist. Offen sprechen die Offiziere ihre Sympathie für die Polensache aus, schon fängt der Soldat an, die gedrückte Lage der Polen zu begreifen und selbst über seine eigne Stellung Reflexionen zu machen. In diesem Umstand ist wohl auch die Erklärung zu suchen, warum die russische Regierung nur sehr wenig Truppen an die Grenze geschickt hat; wie auch darin, daß von den Militärposten längs der Grenze zahlreiche Desertionen stattfinden. Man spricht sogar von der Desertion der ganzen Bedienungsmannschaft eines Geschützes mit dem Geschütze selbst in das Großherzogthum Posen. In Lithauen, Volhynien, Podolien, der Ukraine, wie überhaupt im ganzen Königreiche Polen ist die Bevölkerung auf den Aufstand vorbereitet und wartet nur den günstigen Zeitpunkt aus Posen und Galizien ab. (D. A. Z.)

Schweiz.

(Basel, den 28. April.) Heute Mittag kamen 50 flüchtige Freischärler hier an unter militärischer Begleitung, die man auf gleichem Wege über die Gränze schaffen wird. Natürlich waren sie ohne Waffen. Aus Rheinfelden vernimmt man, daß es Herwegh gelungen ist, sich auf Schweizer-Boden zu flüchten. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 1. Mai.) (Achtzehnte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: Min.-Rath v. Roth, Molitor, Bening. Vor dem Beginne der Sitzung wird an die Mitglieder der Kammer ein von den Professoren der Universität Würzburg gegen den Antrag des I. Präsidenten Dr. Kirchgeßner gerichtetes Promemoria vertheilt, welches in einer so bittern, gelehrten Männern ganz und gar übel anstehenden Sprache gehalten ist, daß bei der allgemeinen Werthschätzung, deren sich unser erster Kammerpräsident erfreut, der Eindruck dieser Art Pamphlets ein für die Würzburger Professoren nichts weniger als schmeichelhafter ist. — Nach Verlesung des Einlaufs und Ertheilung eines 14tägigen Urlaubs an den Abgeordneten Hofmann aus Mülzheim werden die Beschlüsse über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungskassa und über die Verhältnisse der Sparkasse verlesen und genehmigt. —

Der Abg. Edel erstattete als Referent nachstehenden mündlichen Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe auf den Beschluß der Kammer der Abg. über den Gesetzentwurf: »die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichts-Organisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreffend.« Die Kammer der Reichsräthe hat beschlossen: daß in dem diesseits vorgeschlagenen neuen Art. II. die Worte: »sowie das Vorrecht der Siegelmäßigkeit« wegzulassen seien. Aus den Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe geht hervor, daß dieser Modifikation keineswegs die Absicht zu Grunde liegt, das neben den neuen Rechtsinstitutionen und gegenüber den Anforderungen der Zeit unhaltbar gewordene Institut der Siegelmäßigkeit zu retten, vielmehr geht auch die Kammer der Reichsräthe von der Ansicht aus, alle Staatsbürger von den bisherigen lästigen Beschränkungen des Rechtes der eigenen Urkundenfertigung zu emanzipiren, und es sind großtentheils nur formelle Bedenken, abgeleitet aus Titel X §. 7 der Verfassungs-Urkunde, welche den Beschluß der Kammer der Reichsräthe veranlaßt haben. Allein gleichwohl dürfte dem Beschlusse der jenseitigen Kammer aus nachstehenden Gründen nicht beizutreten sein: Die Kammer der Abgeordneten hat jederzeit den Grundsatz festgehalten, daß die Stände zwar das Recht der Initiative zu Verfassungs-Aenderungen nicht besitzen, daß sie jedoch in dem Falle, wenn die Staatsregierung eine solche Initiative ergriffen hat, im Wege der Modificationen andere, damit zusammenhängende Aenderungen der Verfassungs-Urkunde, vorschlagen dürfen. Dieser Fall ist hier gegeben. So wesentlich als die Aufhebung des persönlich privilegirten Gerichtsstandes, mit der künftigen Organisation der streitigen Gerichtsbarkeit zusammenhängt, ebenso wesentlich steht die Aufhebung der Siegelmäßigkeit mit der künftigen Einrichtung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere mit dem Institute des Notariats in Verbindung. Wenn die künftige Gesetzgebung auch voraussichtlich das Recht der Aussertigung von Privat-Urkunden sehr erweitern wird, so kann dieses doch unmöglich durch Ausdehnung des bisherigen Standesvorrechtes der Siegelmäßigkeit auf alle Staatsbürger geschehen. Das Wesentliche dieses Vorrechts besteht darin, daß die Urkunden siegelmäßiger Personen gleiche Kraft wie obrigkeitliche Urkunden besitzen. Dieses staatsrechtliche Institut muß jedenfalls mit der zukünftigen Gesetzgebung hinwegfallen. Das Eingehen in die Modifikation der Kammer der Reichsräthe würde ferner den politischen Nachtheil haben, daß dem Volke, welches blos formelle Gründe selten vollständig würdigt, die fragliche Weglassung als ein materieller Rückschritt erscheinen würde; deßhalb beantragt Referent, lediglich auf dem früheren Beschlusse der Kammer der Abgeordneten zu beharren. Dieser Antrag wurde von dem vereinigten Ausschusse einstimmig angenommen.

Bei der Debatte hierüber wünscht der zweite Präsident auch die Aufhebung des privilegirten Gerichtsstands beim Militär. Der Referent sieht keine Nothwendigkeit, da dieser ohnedieß bald wegfallen wird. Die vom zweiten Präsidenten gewünschte Ergänzung würde nur eine Verzögerung herbeiführen. Der I. Präsident ist der Ansicht, daß der Beschluß bereits gefaßt sey, und der Konsequenzen wegen, indem man nicht leicht zu einem Gesammtbeschluß kommen könne, jetzt ein Zusatz nicht mehr stattfinden solle. — Der I. Sekretär hingegen erwiedert, daß, so lange kein Gesammtbeschluß erzielt sey, Modifikationen von der einen oder anderen Seite möglich seyn müssen. Uebrigens hält er den Zusatz selbst nicht für nöthig, da jetzt doch nur allgemeine Grundsätze aufgestellt werden, welche später erweitert und ausgeführt werden. — Der zweite Präsident vertritt seine Motive, ohne jedoch nachdrücklich darauf bestehen zu wollen. — Dekan Würth ist der Ansicht, daß man auf dem früheren Beschlusse beharren müsse. — Referent bemerkt, daß die Motive des II. Präsidenten das Gute haben, bei der künftigen Gesetzgebung zur Notiz zu dienen, wie die Kammer über diesen Punkt des privilegirten Gerichtsstands des Militärs denke. Die Kammer tritt dem Beschlusse ihres Ausschusses bei, wornach die Modifikation der Kammer der Reichsräthe wegfällt.

Hierauf erstattet Prof. v. Scheuerl Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe, den Entwurf eines Edikts die Freiheit der Presse und des Buchhandels betreffend. Die Modification der Kammer der Reichsräthe zu Artikel XI wird von der Kammer ohne Diskussion verworfen. Die Modification der Kammer der Reichsräthe, den §. 10 des Entwurfs als §. 11 und letzteren als § 10 zu bezeichnen, wurde nach dem Antrage des Referenten einstimmig abgelehnt. — Die Kammer beschließt gleichfalls deren Verwerfung. — Der von der Kammer der Reichsräthe beigefügte Antrag Ziff. I. wurde nach dem Antrage des Herrn Referenten in der vorliegenden allgemeinen Fassung durch Stimmen-Mehrheit abgelehnt. Eine Stimme, nämlich jene des Abg. Bürgermeisters Kolb stimmte dem Antrage der Reichsräthe bei; dagegen wurde einstimmig nach dem Antrage des Herrn Referenten beschlossen den früher angenommenen diesseitigen Wunsch durch einen im Sinne der Kammer der Reichsräthe gehaltenen Schluß-Zusatz zu vermehren, wornach dieser Wunsch nunmehr im Ganzen lauten soll, wie folgt: Seine Majestät möchten geruhen, bey der neuen Strafgesetzgebung die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Verletzung der Amtsverschwiegenheit einer Revision in freisinniger Richtung unterwerfen, und in gleichem Geiste auch die dermalen bestehenden Dienstesvorschriften umgestalten zu lassen, namentlich auch mit Berücksichtigung billiger Ansprüche der Staatsdiener auf Vertheidigung gegen öffentliche Angriffe auf ihre Amtsehre und im Interesse der Statistik." Der I Secr. ist für die Modif. der Kammer der Reichsräthe; der Staatsregg. muß selbst daran gelegen seyn, daß die Ehre ihrer Beamten vertreten werde, — ebenso Unterberger. — Referent erklärt sich nur gegen jene Fassung, weil nicht gesagt sey, ob mit Recht oder Unrecht der Beamte angegriffen ist. — Die Kammer versagt den Anträgen der ersten Kammer ihre Zustimmung und ertheilt dieselbe einstimmig den vom Ausschuß beantragten Zusatze zu dem früheren Wunsche der zweiten Kammer. Der von der Kammer der Reichsräthe beschloßene Antrag II wurde nur in der nachstehenden von dem Herrn Referenten begutachteten Fassung einstimmig angenommen. "Der Herausgeber einer Zeitung oder periodischen Schrift ist schuldig, in Beziehung auf die in derselben vorgetragenen Thatsachen jede amtlich beglaubigte Berichtigung unentgeltlich, sowie jede andere Berichtigung des Angegriffenen gegen die gewöhnlichen Inserationsgebühren, sogleich nach deren Mittheilung in das nächstfolgende Blatt, Stück oder Heft aufzunehmen." Nachdem der Referent diese modifizirte Fassung motivirt, erklärt sich Graf Hegnenberg-Dux, gegen dieselbe und beantragt den Zusatz: „Bis zum Erscheinen eines Preßpolizeigesetzes kann der Zuwiderhandelnde von den Betheiligten zu einer Strafe von 5 bis 20 fl. angehalten werden. — Der I. Sekr. entwickelt triftige Gründe gegen das Vorschreiben einer solchen Geldbuße, da die Calumniegesetze in sich selbst den nöthigen Schutz bieten. — Graf Hegnenberg hingegen weist das Mangelhafte unserer Calumniegesetze nach.

Unterberger wünscht eine Zeitbestimmung angegeben, wann die Entgegnung von dem Redakteur aufgenommen werden muß. — Der erste Sekretär bemerkt, alle Preßvergehen werden ja in Zukunft öffentlich verhandelt, die Oeffentlichkeit bietet schon das, was man durch eine Strafe erzielen will. Er hätte selbst viele Wünsche in Bezug auf die Pfalz, aber jetzt könne man sich, da dieses Gesetz nur ein provisorisches sey, unter Vorbehalten für die Zukunft begnügen. — Der I. Präsident nimmt seinen Sitz — als Abg. ein, weil er sich an der Diskussion betheiligen will. — Bar. Rotenhan ist gleichfalls gegen die Bestimmung einer Strafe, eben so gegen die von Unterberger gewünschte Zeitbestimmung. — Der I. Präsident ist für die Modif. des Grafen Hegnenberg, indem er zwischen Angriffen und Injurien unterscheidet und die verschiedenen weitläufigen Gerichtswege anführt, welche eine Masse Zeit absorbiren, während sogleich die öffentl. Erörterung in einem Journal möglich ist. — Der erste Sekr.: die Modif. soll die Verwirklichung der Aufnahme erzielen; wenn aber der Redakteur den Artikel nicht aufnehmen will, so zahlt er die Entschädigung, er ist also nicht gebunden zur Aufnahme, was jedoch der Fall ist, wenn man die Strafbestimmung wegläßt. — Der I. Präsident erblickt doch eine Art Satisfaktion, wenn wenigstens die Strafe gezahlt wird, da man dann der öffentlichen Stimme das Urtheil über einen solchen Redakteur anheimstellt. —

Der Referent zollt zwar der Modifik. des Grafen Hegnenberg seinen Beifall, vertheidigt aber dennoch obigen vom Ausschuß modifizirten Antrag. Min.-Rath v. Molitor: Das Publikum eines Gerichtssaales steht in keinem Verhältniß zu dem Publikum eines gelesenen Journals, billig ist es, daß dasselbe Journal, welches den Angriff enthielt, auch die Entgegnung aufnehme. Die Wunden der Presse können nur durch die Presse geheilt werden. Die Kammer nimmt den Antrag ihres I. und III. Ausschusses und den Zusatz des Grafen Hegnenberg an. — Pfarrer Riede stellt einen Antrag, S. M. den König zu bitten, die Aufhebung der in der Pfalz noch bestehenden napoleonischen Dekrete, welche die Freiheit des Buchhandels beschränken, möchten aufgehoben werden. Nach einer kurzen Motivirung von Seite des Antragstellers bittet denselben der Referent, er möge nähere Aufschlüsse über die Natur dieser Dekrete geben. — Der I. Sekr.: Napoleon war bekanntlich kein Freund der Preßfreiheit, deßhalb schuf er die Dekrete, um den Buchdruckern das Handwerk zu legen, die sich ihrer Presse nur bedienen sollten, wo es der Regierung genehm wäre. Dieß sage er im Allgemeinen, da er die Dekrete nicht speziell vor Augen habe. Hr. Riede verdiene den Dank, ob dieser gemachten Anregung. Molitor: Die Dekrete seyen Administrativmaßregeln, über welche die Justizbehörde keinen Aufschluß geben könne. — Min.-Rath v. Roth bemerkt, daß auch von Seite des Ministers des Innern kein Aufschluß gegeben werden könne. — Christmann äußert sich dahin, daß seit 1818 diese Dekrete also der Verf.-Urkunde widersprechend angefochten werden, wodurch die Buchhändler fortwährend mit Aufhebung ihrer Konzessionen bedroht sind. — Die Diskussion wird ausgesetzt, da man diese Dekrete näher kennen lernen will, deren Herbeischaffung (in 10 Minuten) der I. Sekr. verspricht. — Der Sekretär des Petitionsausschusses erstattet mittlerweile Vortrag über die geprüften Anträge der Abgeordneten und schlägt vor, daß dieselben sogleich dem dritten Ausschuß zugewiesen werden sollen, ohne daß darüber noch weiter debattirt werde, soweit nämlich sie sich auf die Ablösung der Grundlasten beziehen, um hiedurch eine Beschleunigung zu erziehlen. Die Kammer ertheilt diesem Vorschlag ihre Zustimmung. — Es kommt nun eine Reihe von Petitionen zur Prüfung und Zulässigkeit der Verweisung in die Ausschüsse an die Reihe, welche von vielen Abgeordneten vertreten werden, über die Aufhebung der Verordnung „die Radfelgen betreffend", des Verbots „das Anhängen mehrerer Wägen aneinander betreffend," das Alluvionsrecht (von Dekan Vogel »Alluvionsunrecht« bezeichnet.)

Ein die Alluvion betreffender Antrag, resp. dessen Aufhebung und Entschädigungen Seite des Staats von Se. Maj. dem König allerunterthänigst zu erbitten, wird sogleich von der Kammer genehmigt. Die erwähnten Petitionen aber werden dem betreffenden Ausschuß zugewiesen. Weitere Gesuche über das Einquartirungssystem und mehrerer Gewerbsvereine in München um Abkürzung der Arbeitszeit sollen dem Ministerium zur Hilfe empfohlen werden.

Ein das Hypothekenwesen betreffender Antrag des Abg. Weinzierl wird von diesem in sehr kategorischer Weise motivirt, wobei er u. A. bemerkt: die Kammer sei sein Beichtstuhl, nur mit dem Unterschied, in der Kirche klage er sich selbst an, hier aber andere. Im vorigen Jahr habe er in gleichem Betreff sich beschwert; viele Landgerichte haben gar keine gebundene Hypothekenbücher, über 200,000 fl. Hypotheken seien gar nicht eingetragen. Sein Landrichter, welcher sich betroffen fühlte, habe ihn darüber zur Rede gestellt und als er ihn auf die gedruckten Protokolle verwies, bemerkte derselbe, daß er dieses Geschwätz nicht lese. Unter großer Heiterkeit der Kammer verbreitet sich dieser Redner in seiner bekannten Kraftsprache, wobei er in andere Themata ausschweift und da er aus geschriebenen Papieren herauszulesen anfing, wurde ihm von Präsidenten dieß als nicht erlaubt bedeutet. Weinzierl drückt darüber seinen größten Schmerz aus: 3 Stunden habe er daran geschrieben und nun dürfe er es nicht verlesen. — Min.-Rath v. Roth weist mehrere gegen Beamte erhobene Angriffe zurück. — Die Prüfung der Petition wird endlich abgebrochen und zu dem vorhin unterbrochenen Gegenstand übergegangen. Riede verliest die in Frage stehenden napoleonischen Dekrete.

besiebe. Uebrigens sei auf Wirth und Siebenpfeifer das Dekret von 1810 angewendet worden, so wie überhaupt die Regierung sich der Anwendung desselben bedient, wo es ihr eben genehm war. — Der Wunsch des Herrn Pfarrer Riede erhält einstimmig die Genehmigung der Kammer. Hiemit endet die Sitzung 1½ Uhr.

*† (München, den 1. Mai.) Gestern Nachmittag wurde der Bockkeller eröffnet, und um 5 Uhr bereits wieder geschlossen, um die Köpfe nicht in zu große Hitze gerathen zu lassen. In der That wurde die Ordnung nicht gestört; eine Art militärischer Cordon bildete sich um die Bockballen und ganz überflüssig forderte ein unbeliebter Polizeibeamter die Menge zum Auseinandergehen auf, obgleich sich diese ganz ruhig verhielt; der Polizeimann schätzte endlich sich selbst glücklich, unter dem Schutze der Militairmacht entkommen zu können. — Linienmilitair, Landwehr und Freikorps hielten gestern sehr starke Patrouillen; die Nacht verfloß ruhig; nicht geringere Vorsichtsmaßregeln werden heute entwickelt. Bei dem vorgestrigen Excesse vor dem Polizeigebäude wurden an diesem allerdings wieder einige Fenster eingeworfen; eine politische Tendenz lag diesem Excesse nicht zu Grunde. — Der Bauhofklubb hielt gestern wieder eine öffentliche Versammlung, wobei es zwischen einem Mitglied und dem vorsitzenden Billing beinahe zum Raufen gekommen wäre. Ersterer legte sein Präsidium nieder. Wie ich voraussagte, ist bekanntlich der Bauhofklubb bei all seinen Bestrebungen in Bezug auf die Wahlen gänzlich durchgefallen, und ist deßhalb im Begriffe, gegen die Wahlen eine Protestation beim Fünfzigerausschuß einzureichen. — Das Landwehrfreikorps wird nun ebenfalls sich uniformiren, graue Röcke mit gleichen Beinkleidern, schwarz ausgeschlagen, nebst Muskete. —

† (Nürnberg, den 2. Mai.) Unser Freikorps steht bereits vor dem Feinde. Am 27. Abends in Altona angekommen, schickten sie noch in der Nacht ihren Kameraden Hertlein nach Rendsburg, um sich anmelden zu lassen. Sie werden am 28. Rasttag gehalten und sich am 29. unter die Fahne der Schleswiger gestellt haben. Auf ihrer Reise ging es ihnen theilweise sehr gut. Bis Kulmbach auf unserer königl. Eisenbahn unentgeldlich befördert, wurden sie von dort bis Reichenbach in Kost und Fuhre vollkommen frei gehalten. Von Kulmbach und Staffelstein bekamen sie sogar Geldgeschenke. Das von Reichenbach bis Leipzig bereits bezahlte Fahrgeld erhielten sie in letzterer Stadt wieder zurück und wurden dort sehr gastfreundschaftlich aufgenommen, sogar mit Musikbegleitung verabschiedet. Von Leipzig bis Braunschweig mußten sie für den Mann 2 Thlr. 15 Sgr. Fahrgeld bezahlen. Von Braunschweig aber bis Altona hatten sie wieder freie Fahrt. Die Altonaer waren sehr erfreut, ein so trefflich gerüstetes Hülfskorps zu sehen und quartirten sie in die besten Häuser ein. Die ihnen nach Hamburg vorausgeschickte Summe von 200 fl. haben sie bereits in Empfang genommen. Daß sie nicht im geringsten Mangel zu leiden hatten, wird sich aus der Zusammenstellung der Reisekosten mit den Mitteln, die ihnen das Komite in die Hände gegeben, herausstellen. Obige Nachrichten stützen sich auf einen Bericht ihres Rechnungsführers Schiller vom 27. Abends aus Altona.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

☞ Zu beispiellos billigen Preisen wird ausverkauft:

Haus- und Schlafröcke, doppelt wattirt pr. Stück fl. 2. 42 kr. bis fl. 5. 48 kr., die besten Damast-, Schlaf- und Sommerröcke und Sommerpaletots pr Stück fl. 3 bis fl. 5. 48 kr., Westenstoffe in Seide, Wolle, Cachemir und Pique die Weste 30 kr., 48 kr. bis fl. 1. 45 kr. die feinste Atlaßweste, Hosenzeuge für den Sommer, die vollkommene Hose 54 kr. bis fl. 3, Herrenshawls in Wolle (3 Elle groß) pr. Stück 24 kr. bis 48 kr., in schwerer Seide pr. Stück fl. 1. 24 kr. bis fl. 2½ große Reisesäcke pr. Stück fl. 1. 45 kr. bis fl. 2. 24 kr., die größten Regenschirme in schwerer Seide pr. Stück fl. 4 bis fl. 5. 48 kr., Regenschirme in feinem Zeug pr. Stück fl. 1. 12 kr. bis fl. 2. 12 kr., höchst elegante Sonnenschirme pr. Stück fl. 2. 24 kr. bis fl. 4. 30 kr. bei **E. Hanau** aus Frankfurt a. M.

Der Verkauf ist im Färbereigebäude auf der Schütt im Hause des Herrn Pabst 1ten Stock.

☞ 50000 *Gross der besten Stahlfedern*

werden à tout prix ausverkauft.

144 Stück Schulfedern 18 kr. bis 24 kr. ohne Ausschuß, Beamten-, Correspondenz-, Zeichen-, Damen- und Notenfedern, das Kistchen von 144 Stück 30 kr. bis fl. 1. 24 kr., das Dutzend von 3 kr. an bis 10 kr. Ganz was ausgezeichnetes in dreispaltigen Stahlfedern die besten die existiren das Dutzend 12 kr. bis 18 kr. bei **E. Hanau** aus Frankfurt a. M.

Der Verkauf ist im Färberei-Gebäude auf der Schütt im Hause des Herrn Pabst 1ten Stock.

Bekanntmachung.

(Die Verstärkung der kgl. Landwehr durch freiwilligen Eintritt betr.)

Diejenigen Personen, welche sich zum freiwilligen Eintritt in die kgl. Landwehr diesseits erklärt haben, haben sich am Freitag und Samstag zur Empfangnahme der Gewehre in der diesseitigen Regiments-Kanzlei L. Nro 314 der Adlerstraße einzufinden, woselbst ihnen der Ort der Verpflichtung eröffnet wird.

Nürnberg, den 2. Mai 1848.

Kgl. Landwehr-Regiments-Commando.

Clericus,
Oberst.

Dank, Bitte und Empfehlung.

Nachdem der Unterzeichnete seine bisher im Besitz gehabte Garküchenwirthschaft „zum goldnen Schnepfen“ verlassen hat, stattet derselbe für das ihm geschenkte Wohlwollen seinen ergebensten Dank hiermit ab, mit der Bitte, ihm dasselbe auch fortan zu erhalten und seinem Nachfolger mit demselben ehrenden Zutrauen gütigst zu erfreuen. Unserer bisherigen Nachbarschaft dankend für die Beweise Ihres Wohlwollens, bitten wir die Neue um gütige Aufnahme in Ihre Mitte

Georg Adam Kerschbaum,
dessen Gattin und Familie.

Unter Bezug auf vorstehende Danksagung und Bitte versäume ich nicht, bei der Uebernahme der Wirthschaft des Herrn Kerschbaum mich einem sehr verehrlichen Gesammt-Publikum so wie meiner neuen schätzbaren Nachbarschaft aufs Beste zu empfehlen, mit dem Bemerken, daß mir die reellste und prompteste Bedienung stets die angenehmste Pflicht sein wird.

Georg Schmidt und Familie.

Erklärung.

Ich erkläre hiemit das mir erst jetzt zu Ohren gekommene Gerücht: als hätte ich den hiesigen Goldschlagergesellen Meisel angezeigt, derselbe sey bei dem vor dem Bierlein'schen Gasthaus dahier am 24. April 1848 stattgehabten Krawall betheiligt gewesen, als eine boshafte Verläumdung, indem ich besagten Meisel gar nicht kenne und dieß auch bereits vor Gericht als Zeuge vernommen, erklärte.

Nürnberg, den 1. Mai 1848.

Chr. Putschky,
Brillenmeister.

Wiener Salon.

Maitrank
empfiehlt ergebenst
Schenk.

Versammlung.

Mittwoch den 3. Mai ist monatliche Versammlung der Herren Distrikts-Vorsteher

Der Ausschuß.

Versammlung.

Versammlung der Gewerbs-Vorgeher Donnerstag den 4. Mai Abends halb 8 Uhr Krone.

Versammlung.

Versammlung der Drechsler-Meister Samstag den 6. Mai Abends halb 8 Uhr.

Alte Veste bei Zirndorf.

Alle Mittwoch und Sonntage während des Sommers ist daselbst Harmonie-Musik.

Versteigerung.

Im Gasthaus zum wilden Mann in Gostenhof werden am Donnerstag den 4 Mai d. J. Morgens 11 Uhr, drei Pferde, nämlich 2 6jährige braune Wagenpferde und ein 3jähriges noch ungebrauchtes Pferd, Fuchsstute, an den Meistbietenden versteigert.

J. G. Bär,

Leinwand-Fabrikant aus Eybau in Sachsen,

empfiehlt sich während der hiesigen Ostermesse wiederum mit seinen schon bekannten Leinen-Waaren, als: Leinwand, weißen und bunten leinenen Taschentüchern à Stück 15 kr bis 1 fl. 30 kr, desgleichen Kinder-Tücher à Stück 10 kr, dann Tisch-, Tafel- und Handtücher in verschiedener Größe ohne Nath, desgleichen Damast-Gedecke und Tischdecken in allen Größen, und auch eine große Auswahl ächten leinenen Zwirn.

Seine Bude befindet sich in der mittlern Reihe, dem Herrn Ottensoßer gegenüber.

Heinrich Poeskel,

Strohhut-Fabrikant aus Bruchsel,

zeigt hiemit ergebenst an, daß er die gegenwärtige Messe mit seinem wohlassortirten Lager von

Damen-Strohhüten

bezogen hat, und empfiehlt dieselben zu ganz besonders billigen Preisen

Meine Bude ist in der ersten Reihe vom Pabstischen Hause vis a vis.

Babette Uebel aus Regensburg

empfiehlt sich die gegenwärtige Ostermesse wieder mit ihrem ausgezeichneten Waarenlager von Steingut, welches in ganz Deutschland seiner Güte wegen berühmt ist, indem man darin Kochen und Sieden kann, und verkauft alles unter den billigsten Preisen. Auch hat sie ganz billige gedruckte Teller und Tassen, Garten- und Blumentöpfe. Ihr Lager befindet sich am Eingang des Heumarkts.

Anzeige.

Von heute an wohne ich bei Herrn Bijouterie-Fabrikant Schmitt, Albrecht-Dürers Straße, Ecke der Lammsgasse, S Nro 397, im 2 Stock

Joh. Gottl Falcke, Kaufmann, Lehrer der französischen, spanischen und portugiesischen Sprache.

(Verloren.) Als am Montag den 1 Mai Abends das Linienmilitär zum Frauenthor einmarschirte, verlor ein Dienstmädchen in der Nähe der Klarakirche oder Klaragasse, ein aus klein n geschliffenen Korallen und goldenem Schlößchen bestehendes Kinderhalsgehäng. der redliche Finder wird bestens ersucht, es in L. Nr 802 Klaragasse gegen Erkenntlichkeit abzugeben, da es sonst das Dienstmädchen ersetzen müßte.

☞ (Kapital-Gesuch.) Gegen mehr als zehnfache Sicherheit werden 6000 fl. auf ein Oekonomieanwesen zur ersten Hypothekstelle aufzunehmen gesucht.

Wohnungs-Veränderung.

Die Veränderung meiner Wohnung von S. No 842 der Schildgasse in Nro 433 der obern Schmidgasse (am Thiergärtnerthor) zeige ich hiemit ergebenst an.

F. W. Langenbach,
Graveur

(Eingesandt.)

Auf die Aufforderung des löblichen Magistrats in Betreff der Beiträge von Seite der Bemittelten, zur Linderung der gegenwärtigen Noth, ist es zu erwarten, daß ein jeder mit Liebe und nach Kräften dazu beisteuern wird, — besonders wenn man die Zuversicht haben könnte, daß in unsern Mauern die Nächte nicht mehr durch Ausgelassenheit und Trunkenheit gestört würden — Möge doch ein jeder einsehen, daß durch Ordnung allein unsere allgemeine Lage sich nur bessern kann — und die Zukunft mit Vertrauen abwarten.

Im Namen mehrerer Einwohner
der Stadt.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 241 der Karolinenstraße ist eine schöne Wohnung, erster Etage, aus 3—4 heizbaren Zimmern, Speise, heller Küche, mehreren Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten bestehend, nach Ziel Walburgi oder bis Laurenzi zu vermiethen

St. Leonhard.

Heute Vormittag den 3. Mai 8stimmige Blechmusik, wozu höflichst einladet
Feldmann.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von 15—16 Jahren der sich aller vorkommenden Hausarbeit unterzieht, wird anzunehmen gesucht

(Zu vermiethen.) Am Markt in der Winklerstraße Nro. 30 ist die erste und zweite Etage, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, großer Küche und noch anderen Bequemlichkeiten an solide Personen zu vermiethen

(Gesuch.) Ein junger Mensch von 18 Jahren vom Lande, der die Metzgerei erlernt hat, sucht irgendwo unterzukommen.

(Gesuch.) Ein junger Mensch wird zur Buchbinderprofession in die Lehre zu nehmen gesucht L. Nr. 22 am Oberbergauerplatz

Arena.

Mittwoch, den 3. Mai. Zum Erstenmale „Der Lenitzer, oder was eine Frau will geschieht doch“ — Lustspiel in 3 Akten nach dem Französischen von Dunkel

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. Mai 1848. № 125 Donnerstag: Florianus.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 2. Mai.) Die bekannte Berliner Anekdote: »Wir müssen nicht nur Preßfreiheit haben, sondern auch Censur," scheint in unserer Hauptstadt, die seit den jüngsten Ereignissen hie und da ein zweites Schilda zu werden anfängt in die Wirklichkeit überzutreten. Hören Sie die Geschichte. Ein hiesiges Lokalblatt liefert seit einiger Zeit ganz freie Artikel, die im Gegensatz zu dem früheren Servilismus unserer Presse allerdings etwas auffallen. Eine Gesellschaft unserer Spießbürger, deren Treiben Aufgeklärte nicht ohne Unmuth betrachten können, that sich zusammen, ein an der Spitze stehender Schweinmetzger fahndete auf den Redakteur des genannten Blattes und zitirte selben in seine Wohnung. Der gute Mann, offenbar überrumpelt, und vielleicht auch von Neugier getrieben, folgte dem bürgerlichen Ruf, betrat die Schwelle seiner Justiz, und siehe — an einem weiß überdeckten Tisch saß ein Vehmgericht von etwa 25 »angesessenen« Leuten; der Präsident, Schweinmetzger Stainer, verlas einen im fraglichen Blatt enthaltenen Artikel gegen die Ultramontanen, worauf die ganze Versammlung in die heftigsten Aeusserungen ausbrach, daß ein Redakteur schlecht genug sein könne, dergleichen aufrührerische Dinge aufzunehmen u. s. f. Ich könnte es nicht über mich bringen, all' den Unsinn, und die Unverschämtheit, welche diese Barbaren von sich gaben, nieder zu schreiben. Sie sehen, wir haben eine organisirte Jesuitenpartbei, wir haben Bürger, die mit Händen und Füssen an der Reaktion arbeiten, wir haben eine ultramontane Parthei, die sich durch Terrorismus geltend machen will und keine Schändlichkeit scheut, die junge Freiheit mit Füssen zu treten. Besagter Redakteur mußte noch eine Schrift unterzeichnen, von der ich nichts Näheres erfuhr, und wurde dann seiner Wege geschickt. Das sind gepriesene Münchner Bürger, die sich um die Freiheit so verdient gemacht haben! So weit geht die Frechheit einer Spießbürgercensur — sollte man's für möglich halten? Und leider doch Alles wahr! — Gestern Nachmittag, als man schon um die fünfte Nachmittagstunde, ein nächst der Hauptwache gelegenes Bocklokal schloß (der Bockkeller selbst wurde Vorsichtshalber gar nicht geöffnet) fing eine Anzahl betrunkenen Pöbels zu spektakuliren an, zerschlug alle Mobilien und Schenkgeräthschaften und trieb Angesichts der Hauptwache, vor welcher Kavallerie und Linienmilitär aufgestellt war, unter bestialischem Geschrei und Pfeifen den Skandal so lange fort, bis das Militär ernstlich einschritt, und die Tumultuanten verjagte. Ein Lieutenant wurde jämmerlich mißhandelt, und liegt stark verwundet darnieder. In manch anderen Straßen rotteten sich dichte Massen Pöbels zusammen, wurden aber durch das Linien- und Bürgermilitär, so wie die Freikorps verjagt, welche die ganze Nacht stark patrouillirten. Dennoch wurden an einem einsamen Orte (in der Löwengrube) einem Bierbräuer (Löwenbräu) die Fenster eingeworfen, Thüren und Läden zertrümmert. An der Mauth steckten sie einen Fuhrmannswagen in Brand, welcher gänzlich ein Raub der Flammen wurde, ohne daß jedoch weiter von den Frevlern beabsichtigte Folgen entstunden. Die ganze Nacht biwouakirte vor der Hauptwache das Militär unter Wachtfeuern, welche Tageshelle verbreiteten. Den ganzen gestrigen Abend waren die Straßen äusserst belebt; obgleich das Militär, häufig mit Steinen geworfen, stark auf die Ruhestörer eindrang, haben wir doch von keiner weiteren Verwundung vernommen.

(München, den 1. Mai.) Se. Maj. der König hat den Formationsstatus des Staatsministeriums für Kirchen- und Schulangelegenheiten in der Art abgeändert, daß dasselbe statt der bisherigen vier Ober-Kirchen- und Schulräthe künftighin aus vier Ministerialräthen und zwei Oberkirchenräthen zu bestehen hat. (A. A. Z.)

*† Der Gesetz-Entwurf die ständische Initiative betreffend lautet: Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beyrath und Zustimmung der Lieben und Getreuen der Stände des Reiches, unter Beobachtung der im §. 7. T. X. der V. U. vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen, was folgt: Art. 1. Das Recht der Initiative für Gesetze, welche keine Abänderung in den Bestimmungen der V. U. zum Gegenstande haben, steht jeder der beiden Kammern zu. Art. 2. Das nach T. X. §. 7. der V. U. dem Könige ausschließend zustehende Recht, Abänderungen in den Bestimmungen der V. U. oder Zusätze zu derselben in Vorschlag zu bringen (Recht der Initiative) wird in Ansehung der in den Titeln IV. VII. VIII. et X. §. 1—6 der V.-Ur. enthaltenen Bestimmungen und der hierauf Bezug nehmenden Verfassungs-Beilagen und Gesetze auch den Ständen des Reiches eingeräumt. Art. 3. Das Recht, die Kammern in der von der Verfassung festgesetzten Zeit zusammenzuberufen, dieselben zu eröffnen und zu schließen, dieselben zu verlängern, zu vertagen, oder die ganze Versammlung aufzulösen, bleibt jedoch der Krone nach den bisherigen Bestimmungen vorbehalten. Art 4. Bezüglich der in Titl. VI. der V.-U. enthaltenen Bestimmungen stehet, so weit sie die Kammer der Reichsräthe betreffen, dieser, so weit sie die Kammer der Abgeordneten betreffen, der letzteren das im Art. 1. bezeichnete Recht der Initiative ebenfalls zu. Art. 5. Anträge zur Abänderung der im Art. 1. und 2. bezeichneten Verfassungs-Gesetze sind sofort nach ihrer Einbringung einer vorläufigen Verhandlung zu unterwerfen; wenn dieselben hienach von der Hälfte der anwesenden Mitglieder der treffenden Kammer unterstützt werden, so können sie zu keiner weiteren Berathung gelangen. Im Falle der Unterstützung werden die Ausschüße auf die doppelte Zahl ihrer Mitglieder verstärkt. Art. 6. Bei allen von den Kammern vorgeschlagenen Abänderungen der Verfassungs-Urkunde oder Zusätzen derselben, den Beilägen und Verfassungsgesetzen ist in Zwischenräumen von wenigstens 8 Tagen, eine dreimalige Berathung und Beschlußfassung in Gegenwart von drei Viertheilen der bei der Versammlung anwesenden Mitglieder in jeder Kammer und eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen erforderlich. Art. 7. Dem König bleibt das Recht vorbehalten, seine definitive Entschließung über die also gefaßten Gesammtbeschlüsse auf ein Jahr zu vertagen, um inzwischen die noch nothwendig erscheinenden Erhebungen und Vernehmungen pflegen zu lassen. Art. 8. In Bezug auf ein in Folge gegenwärtiger gesetzlicher Bestimmungen erlassenes Gesetz darf die ständische Initiative vor Ablauf von 12 Jahren nicht wieder geübt werden. Art 9. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem heutigen Tage in Wirksamkeit und wird zum Staatsgrundgesetz erhoben. Der Staatsminister des Innern ist mit dem Vollzuge beauftragt. Gegeben München, den . . ten April 1848. (L. S.) Für den Entwurf: v. Thon-Dittmer.

†† (Nürnberg, den 3. April.) Das schon so lange hier in Garnison gelegene Infanterieregiment Erdgroßherzog von Hessen ist heute Morgen vor acht Uhr unter einem Zulaufe von Tausenden und aber Tausenden ausmarschirt. Die Landwehr bezieht von nun an bis auf weiteres die Thorwachen und die Hauptwache.

† (Nürnberg, 3. April.) Der Aufsatz im „Nürnberger Kurier" vom 10. April l. J. — »auch das wäre an der Zeit« — hat gewiß jeden ächt konstitutionellen Staatsbürger, der es mit seinem Könige und Vaterlande redlich meint, im höchsten Grade erfreut, und Jeder gab sich der frohen Hoffnung hin, daß er gerechte Würdigung finden werde. Die hohe Staats-Regierung hat nun diesem Wunsche auch durch Vorlage eines Gesetz-Entwurfs — einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend — in so ferne entsprochen, als nach Art. 5. desselben die in dem erwähnten Gesetzbuche enthaltenen Vorschriften über körperliche Züchtigung u. s. w. außer Wirksamkeit gesetzt, also aufgehoben werden sollen. So erfreulich dieser Entwurf im Allgemeinen ist, und so sehr derselbe den Fortschritt des gegenwärtigen Gesammt-Staats-Ministeriums in der Humanität beurkundet, so bleibt doch noch zu wünschen übrig, es öffentlich ausgesprochen zu sehen, daß die so entehrende Strafe der Prügel auch beim vaterländischen Heere für immer abgeschafft sey, worauf besonders die beiden hohen Kammern der Ständeversammlung bei Berathung des fraglichen Entwurfes die geeignete Rücksicht zu nehmen sicher nicht unterlassen werden.

(Augsburg, den 2. Mai.) Auch Unsere Stadt war gestern Abend in Folge des Bieraufschlags und der Erhöhung der Krankenhausbeiträge ziemlich bewegt. Es fanden Zusammenrottungen statt, die sich durch Schreien und Pfeifen Luft machten; man fand sich deshalb veranlaßt, die bewaffnete Macht aufzubieten. Jedoch kam es außer einigen Fenster- und Laternen-Einwürfen zu keinen erheblichen Exzessen, so daß man von den Waffen keinen Gebrauch machen durfte. Soeben erscheint ein Anschlag von Seite des k. Stadtkommissariats und des Magistrats, welcher die Bürger auffordert, durch Zurückhalten ihrer Untergebenen zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung beizutragen. (Augsb. Abdz.)

(Aus Franken, den 1. Mai.) Die Regierung hat endlich den Ständen das Gesetz über die Wahl der Abgeordneten zur bayerischen Ständeversammlung vorgelegt. Es ist im Wesentlichsten auf dem jüngsten Gesetze für die Parlamentswahl begründet, enthält aber ausserdem noch mehrere weitere Beschränkungen, so unter Andern, daß Niemand Wähler sein kann, der nicht 25 Jahr alt ist, und daß Niemand gewählt werden kann, der nicht das 30. Jahr zurückgelegt hat. Im Uebrigen ist auf alle Klagen und Wünsche, welche in der letzten Zeit über die Monopolisirung der Wahl laut geworden sind, keine Rücksicht genommen, denn das Wahlrecht ist auch hier an eine direkte Steuer gebunden. Wenn man diesen Grundsatz denn durchaus durchführen, wenn man eine große Klasse gegen alle Billigkeit mit einem Federzuge ihrer politischen Rechte berauben will, so würde es wenigstens auch der Grundsatz der Rechtsgleichheit fordern, daß man ihr die schweren Lasten und Abgaben abnehme, die sie jetzt für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse in die Staatskasse zahlen muß. Es wäre billig, daß man auf diese Weise die Preise von Brod, Bier und Fleisch herabsetzte; aber davon war bis jetzt noch keine Rede. Zum Bezahlen und zum Kanonenfutter ist die arbeitende Klasse gut genug; wenn es sich aber um politische Rechte handelt, sucht man sie überall auszuschließen. — Ein anderer Wunsch des Landes, der in der Kammer vielfach laut wurde, daß statt der indirekten direkte Wahlen angeordnet werden möchten, hat ebenfalls keine Beachtung gefunden, obschon das direkte Wahlprinzip offenbar das einfachste, natürlichste und allein richtige ist. Man scheint sich überhaupt in München um die Wünsche des Landes nur sehr wenig zu kümmern. Die Regierung legt der gegenwärtigen Kammer fortwährend neue Gesetze vor, welche aufs tiefste in die Rechts- und Eigenthumsverhältnisse eingreifen, weil sie weiß, daß sie mit dieser Versammlung Alles durchbringen kann, was vielleicht mit einer andern nicht der Fall sein würde. So verlangt man jetzt, nachdem erst ein Anlehen von 7 Millionen Gulden bewilligt worden ist, die Einführung einer ausserordentlichen Einkommensteuer, welche die Last der bestehenden Abgaben beträchtlich vermehren wird, ohne auf der andern Seite irgend eine Erleichterung zu schaffen. Mit Anforderungen aller Art war man von jeher in Bayern nicht säumig, wenn es aber galt, den Wünschen des Landes Rechnung zu tragen, dann mußte stets die lange Bank herhalten und so ist es so ziemlich auch heute noch. (Fränk. M.)

Baden. (Karlsruhe, 29. April.) Wir haben heute in der ersten Kammer eine Scene erlebt, welche für manche reaktionäre Hoffnung eine gute Belehrung hat. Freiherr v. Andlaw hatte auf heute die Begründung der Motion in der ersten Kammer in nachstehender Weise angekündigt: »in einer Adresse den Großherzog zu bitten, eine Untersuchung zu befehlen, ob nicht Mitglieder der hohern Staatsbehörde oder der Regierung nahe stehende Männer thatsächlich die Plane der Revolutionspartei im Lande fördern und somit entweder des Verraths an ganz Deutschland oder einer höchst strafbaren Vernachläßigung ihrer Pflichten, wo nicht des Eidbruchs schuldig sind. Sollte jedoch nur die Einsicht und die Befähigung dieser Männer den Ansprüchen des Augenblicks nicht genügen, so wolle es in Hinblick auf die Gefahr für das deutsche Vaterland dem Großherzog gefallen, diese Staatsdiener zu entlassen.« Die Ankündigung dieser Motion hatte bei allen Verständigen einen unangenehmen Eindruck gemacht. Man staunte über die Beschuldigung, die nach der Fassung der Ankündigung Mitgliedern des Staatsministeriums zutraute, daß sie einen Staatsverrath verübt haben könnten, da in dem Worte »Verrath« nur die absichtliche Pflichtverletzung liegt; man ärgerte sich noch mehr über den Mangel an politischem Takt des Herrn v. Andlaw, der bei einigem Nachdenken einsehen mußte, daß es unverständig sey, unter den jetzigen Umständen die Energie der Regierung zu lähmen. Heute begründete nun v. Andlaw bei sehr gefüllten Gallerien die Motion. Der Redner sprach aus, daß die öffentliche Stimme die der Entrüstung über unsere Zustände sey; er begann mit dem Sündenregister der Regierung, erinnerte an die Auftritte in der zweiten Kammer am 1. März, an die vielfachen Petitionen, welche die 12 Wünsche aussprachen, erklärte die Brandstiftung im Hause des Ministeriums des Aeußern als eine politische Demonstration gegen den deutschen Bund, hob dann die in der 2. Kammer geforderten 12 Wünsche hervor, die berechnet waren, die Staatsverwaltung zu lähmen; durch die Volksversammlung in Offenburg sey bewirkt werden, daß neben der Regierung die Volksgewalt herrschte; und die Regierung habe einzelnen Beschlüssen jener Versammlung nachgegeben, sie habe sich der durch Petitionen beantragten Decimirung der Kammer nicht widersetzt, sie habe im Seekreis einen Beamten angestellt, der mit der Aufruhrpartei im Zusammenhang gestanden, und die vom Volke angefeindeten Beamten entlassen. Man durfte, sagt der Redner, von Seite der Regierung sich nicht den Wünschen der Revolutionspartei unterwerfen; die Regierung ließ es geschehen, daß die Republik an manchen Orten proklamirt wurde, sie verläugnete ihre Kraft und lähmte die Macht derjenigen, welche sich den Unruhen wiedersetzen wollten. In Frankfurt sey der Wendepunkt eingetreten. Einzelne Männer zeigten sich dort offen als Republikaner und nahmen eine Stellung an, die mit ihrem Verfassungseide nicht in Einklang war; und dennoch (fährt v. Andlaw fort) erschienen diese Männer noch in der zweiten Kammer; die Regierung zauderte, sie gab selbst die Gefangenen frei, ertheilte Amnestie, versicherte, daß von nun an die Strenge des Gesetzes den Schuldigen treffen würde, aber sie habe ihr Wort nicht gehalten; sie habe Fickler nicht verhaftet, sondern Mathy habe es gethan, die Regierung habe keine bewaffnete Macht in den Seekreis gesendet, sie habe von dem Anmarsch der Truppen anderer deutschen Staaten keine amtliche Anzeige den Einwohnern gemacht, sie habe überall Schonung gegen die Verbrecher gezeigt, sie sey nicht gegen den schwer verletzenden Beschluß der Stadt Konstanz eingeschritten, habe die dortige bewaffnete Volksversammlung nicht gehindert, sie habe den Aufruhr wachsen lassen, die Untersuchungen lahm geführt, sie habe mit den Rebellen parlamentirt, G. Struve entwischen lassen, sie habe Ehrlose auf ihr Ehrenwort, statt sie gefangen zu nehmen, freigegeben, sie habe die Verführung der Soldaten geduldet, die zügellose Presse nicht verfolgt. Die Sache der Freiheit ist (ruft v. Andlaw) nicht ohne Mitschuld gefährdet; er versichert zwar, daß er den Präsidenten des Ministeriums des Innern wegen seiner Gesinnung und Rechtlichkeit sehr achte, aber ihn doch des Schwankens und der Halbheit beschuldigen müsse, um so mehr als nach der öffentlichen Meinung dies Folge des Einflusses einer nicht verantwortlichen Kamarilla wäre. Andlaw stellt daher den oben angegebenen Antrag. Nachdem v. Goler den Antrag Andlaws unterstützt, v. Gemmingen nur für einige Ansichten Andlaws sich ausgesprochen hatte, erhob sich der Präsident Bekk. Er erklärt, daß es für Personen, die außerhalb des Kampfes ständen, leicht sey, an politischen Verhältnissen zu tadeln; er habe keine Vorschläge, was man hätte thun sollen, gehört; Bekk gibt zu, daß betrübende Verhältnisse im Lande vorgekommen seyen, daß an den schlimmen Zuständen die Nachbarschaft Badens an Frankreich und der Schweiz Schuld sey, daß die Revolutionäre auf die Unterstützung der Auswärtigen gerechnet hätten; Bekk erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die Regierung sogleich überall, wo Unordnungen gedroht hätten, geeignete Verfügungen erlassen, aber selbst tüchtige Beamte berichteten, daß ihnen alle Möglichkeit fehlte, die Befehle zu vollziehen. Nach seiner Versicherung würden im Augenblicke, in dem man in Konstanz versucht haben würde, Fickler zu verhaften, alle Beamten verjagt worden sein. Die Regierung habe, weil sie gewußt, daß die Aufrührer auf den Beistand der Fremden rechneten, bedeutende militärische Macht für nothwendig gehalten, man habe das Einrücken der Truppen anderer deutschen Staaten veranlaßt; leider aber dauere es nach den deutschen Verhältnissen lange, bis solche Anstalten in Bewegung gesetzt werden könnten; sie habe den Einmarsch der Truppen dem Volke nicht früher verkünden können, bis die Regierung selbst sichere Zusagen dieses Einmarsches erhalten hätte. Herr v. Andlaw habe wohl vergessen, daß der badischen Regierung keine freie Verfügung über die Dislokationen und das militärische Benehmen der Truppen zustehe, daß daher die Regierung auch nicht zu tadeln sey, wenn Manches anders ausgeführt werden, als manche Leute wünschten. Die Regierung habe nichts versäumt, aber der Vollzug ihrer Befehle sey oft an der Gewalt der Umstände gescheitert. Staatsrath Bekk erklärt: die Regierung überlasse es der Kammer und dem Publikum, den Stab über sie zu brechen; er selbst würde von verschiedenen Seiten angegriffen, so daß es ihm zuletzt gleichgültig wäre, wenn es auch in der ersten Kammer geschehe. Er hält den Motionssteller für unfähig, die Verhältnisse zu beurtheilen, achte ihn als einen Ehrenmann, beklage aber seine Verirrung, die ihn verleiten konnte, die Regierung selbst der verbrecherischen Theilnahme an Komplotten zu beschuldigen; Thatsachen seyen nicht angeführt worden; Verdächtigungen, wie sie vorgebracht worden, weise er mit Indignation zurück. v. Dusch und Nebenius erklärten sich in gleichem Sinne; v. Gemmingen tadelt den Mangel der Energie der Regierung, so wie die Amnestieertheilung, findet aber auch die Nachgiebigkeit der zweiten Kammer bei den Scenen am 1. März tadelnswerth. v. Andlaw entgegnete hierauf, daß Herr Bekk die Motion irrig aufgefaßt, daß er die Regierung nur einer thatsächlichen, aber nicht einer absichtlichen Begünstigung des Aufruhrs beschuldigt habe; daß das Volk vor den Verbrechern nur deßwegen Furcht gehabt habe, weil es bei der Regierung keinen Schutz gefunden hätte. Er werde, weil man jetzt Angaben von Thatsachen vermisse, später eine Anklage gegen das Ministerium erheben. v. Göler erklärte hierauf, daß er warten wolle, bis die Anklage gestellt würde, die Motion aber nicht unterstütze, weil es an Angabe bestimmter Thatsachen fehle. Vogel unterstützt die Motion nicht, weil er nach der Verfassung der Kammer das Recht nicht einräumt, Untersuchung zu beantragen, wohl aber Anklage gegen die Minister zu stellen. Mit scharfen Waffen griff hierauf Mathy (zum erstenmale als Staatsrath auftretend) die Motion an. Er erklärte, daß diejenigen, welche seit Jahren den Boden unterwühlten, jetzt in England lebten, oder auf ihre Güter sich zurückgezogen hätten. Er zeigte, daß, wenn man auch die Begründung der Motion zugeben wollte, doch der Antrag nicht gerechtfertigt würde. Nach Mathy's Erklärung trifft die Motion Andlaw's zusammen mit der Freiburger Volksversammlung; beide lähmten die Regierung. Man besorge nicht ohne Grund wieder das Wirken der Reaktion. Möge (ruft Mathy aus) der Antrag des Motionsstellers nicht auch zu den Mitteln der Unterstützung des Aufruhrs gerechnet werden! Nachdem der Redner viele Beamte der Pflichtwidrigkeit beschuldigt, und erklärt hatte, daß er auch gegen sie ein Martialgesetz angewendet haben wolle, schließt Mathy mit den Worten: die Regierung hat hinreichend Kraft gezeigt, daß sie dem starken Andringen auf Aufhebung der ersten Kammer nicht nachgegeben hat. Die HH. v. Marschall, Beger und Hüffel erklärten hierauf, daß sie die Motion nicht unterstützen könnten; nachdem im gleichen Sinne Klüber und v. Rüdt gesprochen hatte, stellte der Letzte noch den Antrag, daß die Kammer den Wunsch ausspreche, daß die Regierung kräftige Maßregeln zur Unterdrückung des Aufruhrs treffen, und die Beamten zur gewissenhaftesten Pflichterfüllung auffordern möchte. Dieser Antrag wurde von der Kammer angenommen, nachdem v. Andlaw erklärt hatte, daß er seinen Antrag zurücknehme.

Der Eindruck, den die heutige Sitzung machte, war ein dem Motionssteller ungünstiger. Die Waffen, deren er sich gegen das Ministerium bediente, kehrten sich insoferne gegen ihn, als die allgemeine Stimme der Regierung recht gab und den Motionssteller tadelte. Man konnte nicht begreifen, wie Andlaw in dem Augenblicke, in welchem es darauf ankam, das Ministerium zu unterstützen und ihm Kraft zu geben, harte Angriffe gegen die Minister schleudern konnte. Die Fassung seines Antrages war auf jeden Fall eine schwere Verdächtigung. Auch wir sind überzeugt, daß durch früheres thatkräftiges Einschreiten der Behörden, z. B. Verhaftung mancher Aufrührer, durch Auflösung von Freicorps und insbesondere Einschreiten gegen die Sensenmänner an manchen Orten dem Ausbruch des Aufruhrs hätte vorgebeugt werden können; aber wir kennen auch die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu kämpfen hatte. Wenn die vornehmen Herren, die jetzt die Regierung tadeln, in der Lage des badischen Ministeriums gewesen wären und der Neigung dieser Herren, die Welt durch Verachtung der Volkswünsche und durch Kanonen zu regieren, am Anfang März gefolgt hätten, so wäre jetzt ein ganz anderer, weit verbreiteter Brand entzündet. Wir wünschen eine kräftige Regierung, aber auch eine solche, die, wenn sie die Gesetze streng handhabt, die gerechten Forderungen des Volks erfüllt. Widerlich ist es, wenn die, welche gegen die Freiheitsbewegungen des Volkes sich erheben, und so viel von Strenge sprechen, ganz vergessen, daß die lange Mißhandlung des Volkes, dessen heiligste Rechte man unterdrückte, die Hauptursache ist, warum jetzt das von der erlangten Freiheit berauschte, in einer Art Fieber liegende Volk die Freiheit, deren es ungewohnt war, nicht recht zu gebrauchen weiß und von schlauen Verführern und ehrgeizigen Aufwieglern leicht irregeleitet werden kann. (D. Z.)

(Von der Schweizergrenze, den 29. April.) General von Miller mit den Württembergern hat gestern sein Hauptquartier in Lörrach bezogen. Der Zusammenstoß der Truppen mit der Herwegh'schen Schaar war am 28. 11 Uhr Morgens bei Dossenbach, wo die 6. Kompagnie des 6. Regiments unter Hauptmann Lipp, allein nach einem 2stündigen Gefechte, die Freischaaren sprengte. Aus dem Munde von Augenzeugen vernehmen wir, daß gegen 30 Freischärler erschossen und noch mehr verwundet werden, während von den Truppen, außer dem verwundeten Hauptmann, kein Mann weder geblieben ist noch verwundet worden. Dreimal soll die Freischaar aus einem Walde hervor zum Angriffe auf die am Abhange des Berges tiefer gestellten Truppen vorgedrungen, jedesmal aber durch die wohlgezielten Schüsse der würtembergischen Scharfschützen zum Rückzug gezwungen worden sein, bis endlich von Seite der Soldaten eine förmliche Jagd auf die Fliehenden gemacht wurde. Gleich im Beginne des Gefechtes verschwand Herwegh, der vor Schreck fast ohnmächtig geworden und ward feldflüchtig. Die Entschlossenheit seiner Frau allein rettete ihn in einem Wägelein, dessen Spritzleder sein Versteck ward, so oft die Flucht mitten durch Züge von Reitern ging, denen nicht in den Sinn kam, ein fahrendes Weib anzuhalten, und so entkam er über die Brücke bei Rheinfelden. Einen mannhafteren Führer aber hatten die Freischaaren an Schimmelpfennig, Vulgo Rheinhard. Dieser drang, als er seine Sache verloren sah, mit dem Säbel in der Hand auf Hauptmann Lipp ein. Es entspann sich zwischen Beiden ein Zweikampf, in welchem Hauptmann Lipp einen Hieb in die Hand, Schimmelpfennig einen solchen über Kopf erhielt. Soldaten sprangen nun ihrem Hauptmann zu Hilfe und einer derselben stieß sein Bajonett dem Schimmelpfennig in den Mund, daß es durch den Kopf drang und den Getroffenen niederstreckte, worauf noch Schüsse und Kolbenstöße seinem Leben ein Ende machten. Die Reste der Freischaar, die noch vereint den Rückzug nach Rheinfelden fortsetzten, hatten den Nachmittag bei Schwörstätten noch ein unbedeutendes Gefecht, in welchem sie völlig zersprengt wurden, zu bestehen. Gegen 400 Gefangene fielen den Truppen bei Dossenbach und Schwörstätten in die Hände. Ein Zug von 95 kam gestern nach Lörrach in Gewahrsam, darunter aber 20 Franzosen vom liederlichsten Gesindel. Auch ward gestern von den eidgenössischen Truppen ein Haufe von 50 Flüchtigen mit ihrem Führer Bernstedt durch Basel über die franz. Grenze abgeführt. Es ist ein Jammer, die irregeführten Leute zu sehen und ihre Klagen zu hören, wie man sie auf das Frevelhafteste hintergangen,

betrogen und belogen. Herwegh und seine Genossen haben den Tod derer zu verantworten, die für eine so schlechte Sache ihnen folgten. Das Gefecht, das die Würtemberger am 27. bei Zell den flüchtigen Freischaaren der Siegel'schen Bande lieferten, kostete nur einem Freischärler das Leben. Die vier Konstanzer Kanonen, die Feldwagen und viele Waffen der Freischaaren sind von den Truppen erbeutet worden, die guten Muthes nun diesen Feldzug zu Ende gebracht haben und in heiterster Stimmung den neuen und größeren Gefahren entgegen sehen, welche kurz oder lang über das Vaterland kommen können. Die Offiziere loben auf das Entschiedenste den Geist der Zucht und die Unverdrossenheit, die ihre Truppen bei allen Anstrengungen und Entbehrungen dieses Gebirgskrieges bewährt haben. Uebereinstimmend aber wird beklagt, daß von Seite der badischen Kriegsführer den Würtembergern auch nicht die geringste Nachricht über den Stand der Dinge bei Freiburg und Kandern gegeben worden, daß sie überhaupt ohne alle Kunde von diesen gelassen waren, und daß die Begegnung mit den Freischaaren nur in Folge eines zufälligen Zusammentreffens stattgefunden. Alle Uebereinstimmung im Handeln fehlte. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, Ende April.) Von einem bewährten Freunde der ruhigen und sichern Entwickelung der deutschen Freiheit wird uns nachstehender Vorschlag zur Veröffentlichung mitgetheilt: Vorschlag. Es existirt ein Hemmschuh für das redliche Vorwärtsschreiten, auf den hingewiesen werden möge. Es ist jene Armee der noch aus dem alten Regime stammenden Beamten, von denen ein großer Theil gar kein so ausserordentliches Interesse dabei findet, die feste Konstituirung einer neuen Zeit übertrieben rasch heraufzubeschwören. Die früheren reaktionären Minister sind zwar fast überall beseitiget, dagegen sind in Oesterreich, Preussen und auch in andern Staaten die aus dem früheren System hervorgegangenen Direktoren und Räthe der Ministerien, Präsidenten der Verwaltungskollegien und die unteren selbstständigen Verwaltungsbeamten, wie Landräthe u. dgl. fast überall in ihren Stellungen verblieben. Nun ist aber jede Thätigkeit auch der besten Minister gehemmt, sofern ihren Entschlüssen durch fehlende Harmonie mit den Ministerialräthen und vorzugsweise mit den Provinzialbehörden die tüchtige Ausführung nicht verbürgt ist. Der Minister kann lediglich die Idee geben, die Ausführung ist in der Wirklichkeit seinen Händen fast gänzlich entzogen und der Tüchtigkeit und dem guten Willen der Provinzialbeamten überlassen und eben so wie erfahrungsmäßig ein guter Geist in diesen letzteren von einem schlechten Ministerium nicht so leicht zu beseitigen ist, so ist umgekehrt ein schlechter Geist der Provinzialbeamten auch dem besten Ministerium gefährlich und nur durch die entschiedensten Mittel zu bannen. Wir machen demgemäß im Interesse des ruhigen Ausbaues unserer jungen Freiheit den Vorschlag, daß in jeder deutschen Provinz diejenigen der erwähnten Beamten, die sich anerkanntermaßen durch ihre volks- und freiheitsfeindliche Thätigkeit ausgezeichnet haben, namentlich zusammengestellt und dem Volke, damit es sich vor ihnen hüte, durch die Zeitungen vorgeführt werden mögen. Die Regierungen werden dadurch genöthiget seyn, diese Beamten, sofern sie wirklich der neuen Ordnung der Dinge widerstehen, zu pensioniren, während der zu Unrecht in eine solche Liste Aufgenommene die Gelegenheit hätte, sich vor seinen Mitbürgern zu rechtfertigen. Die Schmach eines unrechtmäßigen Angriffs würde auf den Angreifenden zurückfallen; es erscheint unnöthig, darauf hinzuweisen, daß nur die entschiedensten Thatsachen ein Recht geben können, Jemanden vor dem Volke in der gedachten Art anzuklagen. Aber das können wir dem Volke garantiren, daß ohne die Beseitigung jenes noch thätigen Heeres reaktionärer Beamten allem zu Gunsten des Volkes Geschehenden die Spitze abgebrochen werden wird. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 1. Mai.) Es sind bereits Mitglieder des Parlaments eingetroffen, welche heute eine vorbereitende Zusammenkunft hielten. — Das Protokoll wird noch heute veröffentlicht. Der heutigen, ganz kurzen Sitzung des 50ger Ausschusses wohnte Savoye, der französische Gesandte, bei, und wurde von den rhein-bayerischen Abgeordneten besonders herzlich begrüßt. Die Versammlungen boten nichts Besonderes; doch will ich eines Schreibens des 1. Wahldistrikts Münchens gedenken, das 11—12000 Unterschriften zählt, und die Aufrechthaltung der konstitutionellen Verfassung verlangt. (N. Wzb. Z.)

Mecklenburg. (Schwerin, 28. April.) Heute Morgen ist der außerordentliche Landtag durch den Großherzog in der Domkirche eröffnet worden. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 29. April.) Die hier beschäftigten Buchdrucker-Gehilfen haben seit dem gestrigen Tage allgemein die Arbeit eingestellt. Da nach den geltenden Bestimmungen alle fremde Gewerbe-Gehilfen, sobald sie 3 Tage lang ohne Arbeitsgelegenheit und Beschäftigung gewesen sind, aus der hiesigen Stadt entfernt werden sollen, so wird hiernach gegen sämmtliche nicht einheimische Buchdrucker-Gehilfen, die bis zum Dienstag den 2. Mai nicht wiederum in Arbeit getreten sind, ohne Aufschub und mit aller Strenge verfahren werden. Berlin, 29. April 1848. Der Polizei-Präsident von Minutoli. (A. P. Z.)

Die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preussischen Verfassung vom 6. d. M. (Gesetz-Sammlung S. 87) disponirt in §. 4 wörtlich: Alle Preussen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechts einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden ꝛc. Zur Vermeidung etwaiger Irrthümer sehe ich mich veranlaßt, die Ordner von Volksversammlungen auf die obigen gesetzlichen Vorschriften mit dem Bemerken hinzuweisen, daß von jeder beabsichtigten derartigen Versammlung hierher rechtzeitige Anzeige zu erstatten ist. Minutoli. (A. P. Z.)

Schleswig-Holstein. Der „Alton. Mek.“ enthält in seinem amtlichen Theil folgendes aus dem Kriegsdepartement: In Beziehung auf mehrere Zeitungsartikel über das Verfahren der lauenburgischen Regierung u. s. w. finde ich mich veranlaßt, zu veröffentlichen: Vier Tage vor meinem, durch Bedrohung meiner beiden Flanken gebotenen Rückzug von Flensburg meldeten sich 93 Mann vom lauenburgischen Jägercorps mit der Aeußerung: daß sie nach Nachrichten aus ihrem Vaterlande nicht nöthig hätten, länger zu dienen und nicht länger mit uns fechten würden. — Sie wurden nach Rendsburg zurückgesandt. — Zwei Tage darauf meldeten sich abermals, mit gleicher Erklärung, 46 Mann; und endlich am Tage vor dem Rückzug meldeten sich wiederum 44 Mann. Alle wurden sofort nach Rendsburg zurückgesandt und werden hoffentlich unversehrt bei den lieben Ihrigen angekommen seyn. — Hiedurch ward das Corps des braven Major v. Michelsen um fast 20g Mann vermindert, welches mit in Anschlag zu bringen ist, wenn von der Gefangennehmung seines ganzen Corps die Rede ist. — Ich zweifle nicht an dem guten Willen und der Tapferkeit der braven lauenburgischen Jäger; aber ich zweifle, daß es je der lauenburgischen Regierung gelingen wird, Angesichts Deutschlands ein Verfahren zu rechtfertigen, wofür ich die wahre Bezeichnung einstweilen unausgesprochen lasse. Rendsburg den 26. April. Krohn, General-Major.

(Altona, den 30. April.) Aus Schleswig wird gemeldet, daß sich dort 5 bis 600 Verwundete befinden, worunter keine 200 deutsche sind. Auch sind dort 400 Gefangene untergebracht und in Rendsburg 500. — Drei dänischen Kriegsschiffen soll der Rückzug bei Holnis abgeschnitten sein. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 28. April.) Heute Morgen wurden 11 dänische Offiziere kriegsgefangen hier eingebracht, und diesen Nachmittag erwartet man 400 gefangene dänische Soldaten. Letzteren ist Logis in der Altstädter Kirche bereitet. Unsere Truppen sollen bereits die jütländische Grenze überschritten haben; die Dänen sind nirgends zu finden, nur ein Theil hat sich nach der Insel Alsen gewandt, wahrscheinlich, um sich dort einzuschiffen; sie werden verfolgt. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 29. April.) Die Eröffnung der Nationalversammlung ist um einem Tag, von 4. auf 5. Mai verschoben, wahrscheinlich aus rein fatalistischen Gründen, denn am 5. Mai wurden die ehemaligen Generalstaaten eröffnet; am 5. Mai starb Napoleon und am 5. Mai kehrte Ludwig XVIII. aus der Verbannung zurück.

In Rouen haben bei Gelegenheit der Wahlen, wie an vielen anderen Orten, nicht nur blutige Unruhen stattgefunden, sondern es hat dort eine förmliche Schlacht zwischen Arbeiterthum und Bürgerthum (Nationalgarden, unterstützt durch Linientruppen) abgesetzt. Hier wie überall sah sich das Volk um seine Lieblingskandidaten geprellt (wozu namentlich auch Hr. Deschamps, Kommissarius der Regierung und Freund Ledru Rollins, Louis Blancs u. s. w. gehörte) und griff an dem Abende, wo das Wahlresultat proklamirt wurde, zu den Waffen. Mehrere Plätze und Straßen wurden schnell barrikadirt, fielen aber bei Tagesanbruch in die Hände der Bürger und Truppen. Man zählt leider von beiden Seiten viele Opfer und noch ist die Ruhe nicht überall hergestellt. Die provisor. Regierung durch den Telegraphen benachrichtigt, hat gestern 1200 Mann der mobilen Nationalgarde auf der Eisenbahn dahingeschickt. Nach einem späteren Berichte sind weitere Gefechte nicht vorgefallen. Die neuesten Berichte gehen bis zum 29. Morgens, und melden: daß das Arbeitervolk zu unterhandeln begehrt habe. Wahrscheinlich hat sich der Sturm jetzt schon gelegt. Man zählt 22 Todte, an 200 Verwundete und über 400 Gefangene.

(Strasburg, den 30. April.) Durch ministerielle Entschließung ist den dahier eingetroffenen politischen Flüchtlingen der Aufenthalt in den an Deutschland gränzenden Departements untersagt. Es sind ihnen mehrere Departements, wie das des Jura, der Ardennen, des Daubs und des Obersaone als Aufenthalt angewiesen. Sie erhalten Pässe und Reiseunterstützung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

In der Konkurssache des Wirthschaftsbesitzers Johann Merkel im Vogelsgarten bei Wöhrd werden nach nunmehr erfolgter Dismembration das Gesammtbesitzthum im Vogelsgarten nachfolgend beschriebene Immobilien nach Vorschrift des Prozeßgesetzes vom 17. Nov. 1837 § 114 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt. Tagsfahrt hiezu wird auf

Donnerstag den 18. Mai im Geschäftszimmer Nro. 6

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber vorgeladen werden, und zwar

I. auf Vormittags 9 Uhr

1 Tagw. 93 Dez. und 34 Dez. Wiese am rothen Gatter Pl.-No. 44 a und b und 1 Tagw. 18 Dez. Wiese, die Schanzwiese Pl.-No. 50 im Distrikt Galgenhof, erbzinslehenbar zur v. Tetzelschen Stiftung mit dem Handlohn zu 10% in allen Veränderungsfällen unter Lebenden nach Nürnberger Recht, für 1 Henne 15 Kreuzer und 4 Nürnberger Metz Korn Naturalgilt belastet, geschätzt auf 1715 fl.

II. auf Vormittag 9½ Uhr

die Schneidmühle Nro. 47 b im Vogelsgarten, neu und massiv gebaut, 2 Stockwerk hoch, in deren erstem das Triebwerk, ein laufender Brunnen, Pferdstall zu 4 Pferden, Vorplatz, Stube, Küche und Kammer, im zweiten die Schneidsäge, Stube, Kammer und Küche, unter dem Dache ein Boden, freieigen, in der Brandkasse versichert für 7000 fl., geschätzt für 5500 fl., mit 26 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 111½, und 73 Dez. ausgefüllter Weiher Pl.-Nro 112½, geschätzt für 300 fl., sodann 4 Dez. Oedung Pl.-Nro 111½, geschätzt für 4 fl., zusammen mit 30 kr. 3 Heller Lehenzins, dann 49 kr. 4 Heller, desgl. für das Fischwasser zum k. Rentamt behaftet, endlich noch hiezu 10 Dez. Oedung an der Saubrücke, Pl.-Nro. 113½, geschätzt für 30 fl.

III. auf Vormittags 10 Uhr.

Das Haus Nro 47 a im Vogelsgarten, 1 Stock hoch, massiv gebaut, enthält 2 Tennen, 2 Stuben, 2 Kammern, 2 Küchen, unter dem Dache einen Boden, in der Brandkassa versichert für 1500, geschätzt für 900 fl., mit 14 kr. 3 Heller Lehenzins zum k. Rentamte behaftet; hiezu 12 Dez. Oedung an der Saubrücke, Pl.-Nro. 113½, geschätzt für 36 fl.

IV. auf Vormittags 10½ Uhr

Das Wirthschaftsanwesen zum Vogelsgarten mit realer Bierwirthschaftsgerechtigkeit und a) dem Wirthschaftsgebäude Haus-Nro 43 und 44, welches enthält: im ersten Stock: 4 Vorplätze, 1 Wirthszimmer, 1 Wohnzimmer, 3 Kammern, 2 Küchen; im zweiten Stock: 2 Vorplätze, 1 Wirthszimmer, 1 Stube, 4 Kammern, 2 Küchen, 1 Abtritt; unter dem Dach: 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche mit dem Vorplatz vereinigt, 1 Dachboden; in der Brandkassa versichert für 5800 fl., geschätzt für 5000 fl.; b) eine bedeckte Kegelbahn, versichert für 500 fl., geschätzt für 400 fl.; c) ein Kellerhaus, massiv gebaut mit 2 Abtheilungen und 1 Boden, versichert für 150 fl., geschätzt für 600 fl.; d) 1 Stallung für 5 Stück Vieh, theils massiv, theils von Fachwerk gebaut, 1 Stock hoch, versichert für 250 fl., geschätzt für 400 fl.; e) 4 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 108½ und 23 Dez. desgl. Pl.-Nro. 111, geschätzt für 10 fl.; f) 6 Dez. Oedung Pl.-Nro. 111½, und 1 Tagw. 73 Dez. zum Theil ausgefüllter Weiher, Pl.-Nro. 112, geschätzt für 400 fl., zehentfrei, jedoch mit 2 fl. 44 kr. Lehenzins, sodann 1 fl. 38 kr. 2 Heller, desgl. für das Fischwasser zum k. Rentamte belastet.

V. auf Vormittags 11 Uhr.

Das Haus Nro 45 im Vogelsgarten, 2 Stockwerk hoch von Fachwerk; im ersten Stock: 2 Vorplätze, 2 Stuben, 2 Kammern, 2 Küchen; im zweiten Stock 2 Vorplätze, 2 Stuben, 4 Kammern, 2 Küchen; unter dem Dache: ein Boden; in der Brandkassa versichert für 2400 fl., geschätzt für 2000 fl., mit 5 Dez. Wurzgarten Pl.-Nro. 108 b und 4 Dez. desgl. Pl.-Nro 111½ geschätzt für 36 fl., zehentfrei, mit 10 kr. Lehenzins zum k. Rentamt.

VI. auf Vormittag 11½ Uhr.

Das Haus Nro. 46 im Vogelsgarten, 1 Stock hoch, massiv gebaut, mit 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Küche, 2 Kammern, 1 Stall zu 2 Stück Vieh; im Dacherker: 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Küche, 1 Kammer, 1 Dachboden, versichert für 1500 fl., taxirt für 1000 fl., mit 16 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 111½, geschätzt für 64 fl. und mit 24 kr. Lehenzins behaftet; hiezu 9 Dezim. Oedung an der Saubrücke, Pl.-Nro. 113½, geschätzt für 27 fl.

Nürnberg, am 11. März 1848.

Seuffert.

c. Heuber.

(Anzeige) Gegenstände für die Nürnberger Naturbleiche zur weißen Au nimmt auch dieses Jahr wieder an

Johann Albrecht Bull
am Lauferthor S. 1632

(Zu vermiethen) Eine hübsche Wohnung, bestehend aus 1 Zimmer nebst Alkov, 1 Kammer, Küche, Speisekammer, verschließbarem Vorplatz und Holzboden, ist an 2 solide Personen bis kommendes Ziel zu vermiethen in L. Nro 1000 B der Jakobsstraße.

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden zeigen wir hiermit an, daß es Gott gefallen hat, unsern geliebten Gatten, Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder, den Metzgermeister

Herrn Johann Georg Heydolph,

aus diesem Leben abzurufen. Er starb nach dreiwochentlichem Krankenlager gestern den 1. Mai Abends 8 Uhr an Entkräftung in einem Alter von 72 Jahren, 11 Monaten und 24 Tagen.

Wir preisen Gott für Alles, was er an dem Verblichenen gethan; für die große Gnade und Barmherzigkeit, womit er ihn während seines Pilgerlaufes gekrönt und endlich nach des Tages Last und Hitze eingeführt hat zu der Ruhe, die noch vorhanden ist dem Volke Gottes.

Das Gedächtniß des Gerechten bleibt im Segen, seine Werke folgen ihm nach.

Nürnberg, den 2. Mai 1848.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Erklärung.

Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß Schreinergesellen in großer Zahl am Tage des Begräbnisses des Herrn Hauptmann Wölzberger in die Wirthschaft „zur Stadt Erlangen“ eingedrungen seien und die Zeche nicht bezahlt, oder nach anderen Gerüchten gedroht hätten, Abends ihr Geld schon wieder holen und die Wirthschaft demoliren zu wollen. Diesen Lügen kann Unterzeichneter mit allem Nachdruck widersprechen, im Gegentheile hinzufügen, daß die an dem bezeichneten Tage in seinem Wirthschaftslokale im Garten Befindlichen sich zwar heiter unterhalten, aber durchaus die Grenzen der Ordnung und Sittlichkeit nicht verlassen haben, daß es demnach auch nicht angenommen werden kann, es hätten sich einige aus der Gesellschaft der Schreinergesellen unter Jenen befunden, die einen Soldaten von dem Transporte durch einen Gensdarmen in der Nähe des Wirthschaftslokales des Unterzeichneten gewaltsam befreit haben.

Es ist leicht, einen ganzen unbescholtenen Stand der arbeitenden Klasse zu verdächtigen, dagegen ist es aber auch Pflicht, Verläumdungen durch die Wahrheit gehörig entgegen zu treten, was hiedurch geschieht.

Nürnberg, den 1. Mai 1848.

Luzner, Gastwirth zur Stadt Erlangen bei St. Johannis.

Aufruf.

Schon gegen Ende des Monats März haben wir uns an das Publikum gewendet, und die Aufmerksamkeit desselben auf zwei wichtige Institute, die Einrichtung einer Sparlade und einer Arbeitsnachweisungs-Anstalt zu errichten gesucht. Die Sparlade ist seit dem 1. April in Thätigkeit. Die Arbeitsnachweisungs-Anstalt sollte dagegen erst heute eröffnet werden, und ist auch heute eröffnet worden. Aber schon vor der Eröffnung haben sich viel Personen eingefunden, und dringend um Beschäftigung und Verdienst gebeten, ja es sind herzzerreißende Beispiele von Familienvätern vorgekommen, die zu jeder Arbeit sich bereit erklärten, um nicht durch Almosen ihr und der Ihrigen Dasein fristen zu müssen.

Mitbürger! die Anstalt kann nicht Arbeit verschaffen, wenn Ihr nicht Arbeit gebet und Arbeiter begehret. An Euch ergeht daher die wiederholte dringende Bitte: laßt Euch die vielfach durch Stockung der Geschäfte herbeigeführte Noth zu Herzen gehen! Setzt uns in den Stand, recht Vielen, die nicht fremdes, geschenktes, sondern ihr eigenes, durch ihre Arbeit verdientes Brod essen möchten, die Gelegenheit dazu zu gewähren; und Gott wird Euch dafür lohnen.

Das Bureau, in welchem jede beliebige mündliche Auskunft bereitwilligst ertheilt wird, und an das sich die Arbeitgebenden auch schriftlich wenden können, ist in der Schustergasse S. Nr. 87.

Nürnberg, den 1. Mai 1848.

Die Vorstände der beiden Anstalten.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 4. Mai

Produktion

im goldnen Hirschen an der Lauferstrasse.

Anfang 8 Uhr Abends.

Der Vorstand.

Heinrich Poesket,

Strohhut-Fabrikant aus Brucksel,

zeigt hiemit ergebenst an, daß er die gegenwärtige Messe mit seinem wohlassortirten Lager von

Damen-Strohhüten

bezogen hat, und empfiehlt dieselben zu ganz besonders billigen Preisen.

Meine Bude ist in der ersten Reihe vom Pabstischen Hause vis a vis.

Lebewohl.

Verehrten Bekannten und Freunden, so wie allen jenen, die mich in ärztlicher Beziehung mit ihrem Vertrauen beehrten, sage ich bei meiner Abreise von hier ein herzliches Lebewohl mit der Bitte um freundliches Andenken.

Nürnberg, den 3. Mai 1848.

Dr. Sicherer,
I. Bataillons-Arzt.

Lebewohl.

Allen Freunden und Bekannten sagen Wir bei unserer Abreise von Nürnberg ein herzliches Lebewohl, mit der Bitte, auch in der Ferne uns Ihr gütiges Andenken zu bewahren.

Nürnberg, am 13. Mai 1848.

Conr. Wassermann, Carl Dechant, } Vice-Corporäle.

Lebewohl.

Bei unserem Abmarsche von Nürnberg sagen wir den biedern Bewohnern dieser uns so theuer gewordenen Stadt, insbesondere unsern Gönnern und Freunden ein herzliches Lebewohl.

Nürnberg, den 3. Mai 1848.

Sprecher, Hautboist im Infanterie-Regim. Erbgroßherzog von Hessen, im Namen des bekannten Blechseptetts.

J. G. Bär,

Leinwand-Fabrikant aus Eybau in Sachsen,

empfiehlt sich während der hiesigen Ostermesse wieder mit seinen schon bekannten Leinen-Waren, als: Leinwand, weißen und bunten leinenen Taschentüchern à Stück 15 kr. bis 1 fl. 30 kr., desgleichen Kinder-Tücher à Stück 10 kr., dann Tisch-, Tafel- und Handtücher in verschiedener Größe ohne Nath, desgleichen Damast-Gedecke und Tischdecken in allen Größen, und auch eine große Auswahl echten leinenen Zwirn.

Seine Bude befindet sich in der mittlern Reihe, dem Herrn Ottensoßer gegenüber.

(Vertauscht) Wer das Jäger-Gewehr No 66 am Montag gegen das seine Nro. 10 vertauscht hat, wolle es gegen das seinige in L. Nro. 419 zurückstellen.

(Verlaufen) Ein kleiner weißer Spitz (Hündin, halbgeschoren, der auf den Namen „Netti“ hört, hat sich vorgestern verlaufen. Wer denselben zurückbringt, erhält eine Belohnung.

(Kauf-Gesuch.) Ordonnanzmäßige Offizierssäbel werden zu kaufen gesucht.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 407 ist an eine einzelne Dame oder Herrn ein freundliches Zimmer nebst Kabinet täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Mitte der Stadt ist ein Logis mit Bett und Möbeln monatlich um 3½ fl. zu vermiethen.

(Gesuch) Ein junger Burgersmann wünscht des Tags über Beschäftigung zu erhalten oder einige Herren zu bedienen, da er sich schon früher in diesem Fache gute Zeugniße erworben hat.

(Gesuch) Für Unterricht im Gesang und Guitarrespiel werden noch einige Scholaren gegen billiges Honorar anzunehmen gesucht. Breitegasse Nro. 490, 2 Stock.

(Gesuch) Ein lediger Mann sucht bis 1 Juni ein hübsch meublirtes Logis zu miethen. Offerten unter Chiffre R. P. besorgt die Exped. d. Bl.

(Gesuch) Ein junger Mann, welcher gut mit Pferden umzugehen weiß, kann sogleich in Dienst genommen werden.

(Gesuch) Ein junger, gutgesitteter Mensch von 13½ Jahren, der gute Schulkenntniße besitzt, wünscht in einem Gasthause als Kellnerjunge unterzukommen.

(Gesuch) Eine Hausmagd, welche mit guten Zeugnissen versehen ist und gut nähen kann, wird in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches nähen, stricken und spinnen kann, wünscht bei einer honetten Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Liebe zu Kindern hat, wünscht 14 Tage nach dem Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Nro. 610 der breiten Gaße.

(Gesuch.) Es wird eine hübsche Wohnung in der Neuenthor- oder Irrerstraße täglich oder in 14 Tagen zu miethen gesucht.

(Gesuch) Eine Magd, die im Kochen sehr gut erfahren, sich jeder Arbeit unterzieht und mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht sogleich in Dienst zu treten. Obere Schmiedgaße S. Nr. 474.

Arena.

Donnerstag den 4. Mai. 9. Vorstellung im ersten Abonnement. „Die gefährliche Tante.“ Original-Lustspiel in 4 Akten von Albini.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. Mai 1848. № 126 Freitag: Gotthard.

Deutschland.

Bayern. (München, 2. Mai.) Vermöge allerhöchsten Reskripts wurde der Rath bei der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer der Finanzen, G. Reber, zum Rath am Oberstrechnungshof ernannt. Auf die zweite Ministerial-Assessorstelle beim Staatsministerium des Innern wurde der dermalige dritte Ministerialassessor K. Epplen ernannt. (A. A. Z.)

(München, den 30. April.) Sie haben kürzlich der Adresse erwähnt, welche 264 Künstler dahier an König Ludwig, bei Gelegenheit seiner Thronentsagung, richteten. In Erwiederung hierauf ward gestern jedem der Unterzeichner unter eigener Adresse ein Gedicht von König Ludwig übersandt. Es ist betitelt „an die 264 Künstler.“ Der k. Dichter spricht in demselben auf das wärmste seinen Dank für die Adresse und seine unvergänglichen Sympathien für die Kunst aus. Wir entnehmen folgende Strophen:

Kein Opfer war's, der Herrschaft zu entsagen,
Daß für die Kunst ich weniger vermag.
Das ist das Einzige was schwer zu tragen;
Der Schatten ist es nur in meinem Tag . . .

Der Herrschaft Größe vor der Kunst verschwindet,
Für welche liebeglühend schlägt mein Herz.
Auch ich empfinde das, was ihr empfindet,
Ich fühlte mit des Künstlers Wonn' und Schmerz.

Die Reiche enden und die Throne stürzen,
Vertilgend ziehet über sie die Zeit;
Die Kunstgebilde nur das Leben würzen,
In ihnen währet die Vergangenheit.

(A. A. Z.)

†* Der Gesetz-Entwurf die Einkommenssteuer betreffend lautet: Seine Königliche Majestät haben nach Vernehmung des Staatsraths mit Beirath und Zustimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs beschlossen und verordnen, wie folgt: Gegenstand und Maasstab. Art. 1. Jedes reine Einkommen, ohne Unterschied, ob es von einer der übrigen Steuergattungen getroffen ist oder nicht, ob es in Geld, Geldeswerth oder in Selbstbenützung besteht, ständig oder unständig ist, auf Rechtsverbindlichkeiten oder freien Willen Anderer beruht, unterliegt der allgemeinen Einkommenssteuer. Art. 2. Von Entrichtung der Einkommenssteuer sind frei: 1) unverheirathete Personen, wenn ihr jährliches, reines Einkommen nicht 250 fl., 2) Familien ohne oder mit nicht mehr als drei noch im elterlichen Brode stehenden Kindern, wenn es nicht 400 fl., 3) Familien mit mehr, als drei im elterlichen Brode stehenden Kindern, wenn es nicht 500 fl. erreicht, 4) Wohlthätigkeitsanstalten, öffentliche Leihanstalten, Hilfs- und Spaarkassen. Art. 3. Ausländer unterliegen der Einkommensteuer von ihrem aus Bayern zu beziehenden Einkommen. Art. 4. Steuerpflichtig ist jeder am Orte seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts nach dem Stande am 1ten Juli l. Js. Ausländer sind da zu besteuern, wo der steuerbare Gegenstand sich befindet. Ab- und Zugänge am Einkommen während des Jahres ändern die Steuerschuldigkeit nicht. Erlischt aber ein steuerbares Einkommen während des Jahres durch Tod in anderer Art gänzlich, so sind nur die bis dahin fällig gewordenen Raten zu erheben. Art. 5. Die Steuer ist innerhalb eines Monats nach Aufstellung der Steuerresten fällig und wird in der Pfalz in monatlichen, in den übrigen Kreisen in vierteljährigen Raten erhoben. Die Steuerlisten müssen längstens bis zum 1ten September 1848 aufgestellt sein. Art 6. Jedes steuerbare Einkommen ist nach seinem jährlichen Gesammtbetrage in eine der folgenden Klassen einzureihen:

Klasse	Einkommen	Steuer	Klasse	Einkommen	Steuer
1.	220 fl.	— „ 30 kr.	14.	5000 fl.	45 fl. — kr.
2.	300 „	— „ 45 „	15.	6000 „	60 „ — „
3.	400 „	1 „ — „	16.	8000 „	90 „ — „
4.	500 „	1 „ 16 „	17.	10000 „	120 „ — „
5.	600 „	1 „ 30 „	18.	12000 „	150 „ — „
6.	800 „	2 „ — „	19.	15000 „	200 „ — „
7.	1000 „	3 „ — „	20.	20000 „	300 „ — „
8.	1200 „	4 „ — „	21.	30000 „	450 „ — „
9.	1500 „	7 „ — „	22.	40000 „	600 „ — „
10.	2000 „	10 „ — „	23.	50000 „	800 „ — „
11.	2500 „	16 „ — „	24.	60000 „	1000 „ — „
12.	3000 „	20 „ — „	25.	75000 „	1500 „ — „
13.	4000 „	30 „ — „			

Je weitere 25000 fl. werden mit 500 fl. Steuer angelegt. Verfahren. Art. 7. Jeder Steuerpflichtige oder dessen gesetzlicher Stellvertreter hat nach ergangener Aufforderung entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll eine Erklärung auf Ehre und Gewissen abzugeben, welche enthalten muß: a) seine Einkommensquellen, b) die Klasse, in welche er gemäß Art. 6 sein jährliches Gesammteinkommen einreiht, oder im Falle solches die 25te Klasse übersteigt, den beiläufigen Betrag desselben, c) die Befreiungsgründe, welche er gemäß Art. 2 in Anspruch nehmen zu können glaubt. Diese Erklärung hat innerhalb der in der Aufforderung vorgesteckten Frist oder an dem hiezu anberaumten Tage (Termine) bei der Gemeindebehörde, welche die Aufforderung erlassen hat, zu geschehen, und wird sogleich an den Prüfungsausschuß übersendet. Artikel 8. Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgiebt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert. Nach wiederholter Mahnung und Abfluß der letzten Frist gibt die Gemeindebehörde hievon dem Prüfungs-Ausschusse (Artikel 9) Kenntniß, welcher sodann nach Vernehmung des Vertreters des Staatsärars (Artikel 10) die Steuerpflicht des Säumigen von Amtswegen feststellt. Artikel 9. In jeder Gemeinde wird ein Prüfungausschuß gebildet, welcher ausser dem ersten Gemeindebeamten oder dessen Stellvertreter in Städten und Märkten aus 10 Mitgliedern und 5 Ersatzmännern, in den Landgemeinden aus 6 Mitgliedern und 3 Ersatzmännern besteht. Die Ersatzmänner haben im Falle der Verhinderung oder Betheiligung der Mitglieder einzutreten. Zu Mitgliedern und Ersatzmännern sind die erfahrensten und geachtetsten Gemeindeglieder zu wählen. Die Wahl derselben steht in Städten und Märkten mit magistratischer Verfassung dem Magistrate unter Beiziehung der Gemeindebevollmächtigten; in Landgemeinden dem Gemeindeausschusse zu. Der erwähnte Gemeindebeamte oder dessen Stellvereter führt den Vorsitz; leitet die Verhandlungen des Ausschusses, und sorgt für Vollziehung der Beschlüsse. In größeren Städten können mehrere Ausschüsse niedergesetzt werden. Artikel 10. Der Prüfungsausschuß unterwirft die Erklärungen der Steuerpflichtigen einer vorläufigen Prüfung, bestätigt sie als unbedenklich, oder fügt seine Bedenken bei und theilt die Erklärungen der Steuerpflichtigen mit den Ausschußerinnerungen den von der Finanz-Verwaltung hiezu beauftragten Beamten zur weiteren Prüfung und Erinnerung mit. Der Vertreter des Staatsärars ist zu diesem Zwecke befugt, von den Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekenbüchern Einsicht zu nehmen. Dieser, so wie der Prüfungs-Ausschuß ist zur strengsten Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Artikel 11. Wird die Erklärung des Steuerpflichtigen weder von dem Auhschusse, noch von dem Vertreter des Staatsärars beanstandet, so setzt der Ausschuß die Steuerpflicht sogleich definitiv fest. Ausserdem werden die erhobenen Bedenken dem Steuerpflichtigen schriftlich und mit der Aufforderung bekannt gegeben, an einem zu bestimmenden Tage vor dem Ausschusse zu erscheinen, um seine Erinnerungen vorzutragen. In der hiezu anzuberaumenden Sitzung ist nach Vernehmung des Steuerpflichtigen und des Vaterlandes des Staatsärars nach absoluter Stimmenmehrheit Beschluß zu fassen. Bilden sich mehr, als zwei Meinungen, so werden die Stimmen für den höchsten Steuersatz zu den Stimmen für den nächst niederen hinzugezählt, bis sich für einen Steuersatz eine Mehrheit ergibt. Art. 12. Gegen den Definitiv-Beschluß des Prüfungs-Ausschußes steht dem Steuerpflichtigen außer dem Fall des Art 8 das Recht der Berufung an ein Schiedsgericht zu. Die Berufung ist innerhalb einer unerstrecklichen Frist von 14 Tagen von Eröffnung des Beschlusses an bei dem Prüfungsausschusse zu Protokoll zu geben oder schriftlich einzureichen, und von dem Prüfungsausschusse unter Anlage der dazu gehörigen Akten an das Schiedsgericht zu übersenden. Die Berufungsfrist läuft vom Tage der Eröffnung des Beschlußes in der Ausschußsitzung, wenn der Steuerpflichtige anwesend war, ausserdem vom Tage der schriftlichen Mittheilung an denselben. Im ersteren Falle muß von der Anwesenheit des Steuerpflichtigen im Sitzungsprotokolle ausdrücklich Erwähnung geschehen und auf Verlangen noch am nämlichen Tage eine Abschrift des Beschlusses hergestellt werden. Art. 13. Für jeden Polizeibezirk wird ein Schiedsgericht aus 11 beeidigten Mitgliedern und 8 Ersatzmännern in folgender Weise gebildet: Der Magistrat der Stadt oder des Marktes oder der Ausschuß der Landgemeinde, wo die Polizeibehörde ihren Sitz hat, wählt unter Beziehung der Gemeidebevollmächtigten und der Vorsteher der zum Bezirke gehörigen Gemeinden 24 Schiedsmänner, aus welchen die Mitglieder und Ersatzmänner des Schiedsgerichtes durch das Loos berufen werden. Der Losungsakt wird von dem Distrikts-Polizeibeamten, oder in Städten, deren Magistrate den Kreisregierungen unmittelbar untergeordnet sind, von dem Bürgermeister geleitet. Art. 14. Der Distrikts-Polizeibeamte oder der ihm gleichstehende Bürgermeister (Art. 13) führt den Vorsitz im Schiedsgerichte, sorgt für rechtzeitige Vorladung der Betheiligten (Appellanten) und des Vertreters des Staatsärars, leitet die Verhandlung und eröffnet den Beschluß. Demselben steht aber keine entscheidende Stimme zu. Art 15. Dem Steuerpflichtigen ist gestattet, vor dem Schiedsgerichte seine Berufung mündlich auszuführen, und auch neue Nachweise beizubringen. Der Vertreter des Staatsärars hat hierauf seine Anträge zu stellen. Beide müssen nach dem Schluß der Verhandlung abtreten. Art. 16. Das Schiedsgericht faßt seine Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit (Art. 11) Die zu entscheidenden Fragen hat der Vorsitzende mit Bestimmtheit zu stellen. Zur Eröffnung des Beschlusses sind die im Sitzungsgebäude noch anwesenden Parteien wieder vorzurufen. Art. 17. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts ist kein Rechtsmittel zulässig. Art. 18. Für Reisekosten und Zeitverlust können die Mitglieder des Schiedsgerichts angemessene Entschädigung in Anspruch nehmen. Diese und andere unvermeidliche Kosten trägt die Staatskasse. Alle Verhandlungen bei dem Prüfungsausschusse und Schiedsgerichte sind tax- und stempelfrei. Art. 19. Wenn ein Steuerpflichtiger den Besitz steuerbaren Einkommens verschweigt, so soll er nicht nur den Betrag der Steuer, welche er dadurch unterschlagen hat, nachzahlen, sondern unterliegt einer Strafe zum Besten des Orts-Armenfonds, welche in dem fünffachen jenes Betrages besteht. Unterwirft sich der Betheiligte nicht freiwillig der dießfalls von Seite des k. Rentamts an ihn gestellten Anforderung, — so haben die in Polizei-Uebertretungen zuständigen Behörden darüber zu erkennen und das Verfahren richtet sich nach den §§. 15 — 18 des Gesetzes vom 1. Juli 1834 — Verletzungen der Zollordnung betreffend. Art. 20. Die allgemeine Einkommensteuer wird vorläufig auf 1 Jahr für die Zeit vom 1. Oktober 1848 bis dahin 1849 erhoben werden. Der nächsten Ständeversammlung wird über deren Fortbestand oder Abänderung Vorlage gemacht werden. Art. 21. Dagegen wird in den Kreisen diesseits des Rheins die Verordnung vom 10. Dezbr. 1814. — Läuteration des Ediktes über das Familienschutzgeld betr. — dann in der Pfalz das Gesetz vom 3. Nivose 7 über die Personal- und Mobiliensteuer

ausser Wirksamkeit gesetzt. In den noch nicht definitiv besteuerten Theilen von Unterfranken und Aschaffenburg werden alle diejenigen Personal-Staatsauflagen nicht mehr erhoben, welche nach dem Gesetz vom 25. Aug. 1843 mit dem Eintritte der Familiensteuer erlöschen. In den Kreisen diesseits des Rheins sind diejenigen bisher blos der Familiensteuer unterliegenden freien Gewerbe (§. 6. III. der Vog. v. 10. Dezbr. 1814) welche anderen konzessionirten Gewerben gleichgeachtet werden können, mit der für gleichartige Gewerbe treffenden Gewerbsteuer zu belegen. Art. 22. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge beauftragt. Gegeben München, den April 1848. (L. S.) Lerchenfeld.

(Bamberg, den 2. Mai.) So eben erfahren wir aus direkter Quelle, daß Herr Hofrath Dr. Behr in Folge einer neuerlichen Deputation der Stadt Kronach sich hat bewegen lassen, seinen früheren Entschluß zu ändern, und die Wahl als Abgeordneter zum deutschen Parlamente für den Wahlbezirk Kronach anzunehmen. (Fr. M.)

(Würzburg, den 2. Mai.) Das vierte Jägerbataillon wird in einigen Tagen von Straubing dahier eintreffen. Dadurch und da die dritten Bataillone vom 12. Regiment (König Otto), 6. und 9. Regiment sowie die Reserve des 3. und 4. Jägerbataillons in Würzburg gebildet werden, erhält der Präsentstand eine bedeutende Mehrung, so daß solcher in kurzer Zeit mehr als 4000 Mann stark wird. — Die dritten Bataillons kommandiren die Oberstlieutenants, denselben wird ein majorisirender Hauptmann als Vorstand der Oekonomie-Kommission beigegeben. Bei 3 Kompagnien der dritten Bataillons befinden sich Hauptleute, die übrigen werden durch Oberlieutenants kommandirt. Die neuere Verfügung des Kriegs-Ministeriums die Regimenter mit ihren Nummern zu bezeichnen, hat allgemein Anklang gefunden. (N. W. Z.)

(Aus Franken, 1. Mai.) Die Regierung hat endlich nach langem Drängen von Seite eines Theils der Kammer sich dazu verstanden, den Ständen einen Gesetzentwurf über die Initiative, wodurch beiden Kammern das Recht eingeräumt wird, neue Gesetze und Abänderungen der Verfassung zu beantragen, vorzulegen. Dieses Recht hat bis jetzt ausschließlich dem Könige zugestanden und dieser Beschränkung ist es größtentheils zuzuschreiben, daß unsere Verfassung seit dem Jahre 1818 fast gar keinen erheblichen Fortschritt gemacht hat. Das Ministerium hatte auch jetzt keine sonderliche Neigung an den Tag gelegt, den Ständen dieses Zugeständniß zu bewilligen und nur dem entschiedenen Auftreten einiger pfälzischer Abgeordneten ist es beizumessen, daß man sich endlich ungern entschloß, einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf in die Kammer zu bringen. Aber was ist das für ein Gesetz? Wir haben uns niemals der sanguinischen Hoffnung hingegeben, daß das Ministerium dem entschiedenen Fortschritte einen sonderlichen Vorschub leisten werde, etwas derartiges hätten wir aber von Männern nicht erwartet, von denen man wenigstens verlangen kann, daß sie ihre Zeit und deren Bedürfnisse doch einigermassen begreifen würden. Man höre und urtheile selbst. Das Recht der Initiative wird für Gesetze, welche keine Aenderung in der Verfassung bezwecken, beiden Kammern unbeschränkt eingeräumt, wo es sich aber um Verfassungsveränderungen handelt, soll dasselbe nur auf einzelne Theile der Verfassung auf die Titel IV, VII, VIII und IX der Verf.-Urkunde beschränkt werden. Bezüglich aller übrigen Theile der Verfassung bleibt dieses Recht, wie bisher, ausschließlich dem Könige vorbehalten. Das ist aber noch nicht Alles. Anträge zur Abänderung der Verfassungsgesetze sind sofort nach ihrer Einbringung einer vorläufigen Verhandlung zu unterwerfen; wenn dieselben hienach nicht von der Hälfte der anwesenden Mitglieder der betreffenden Kammer unterstützt werden, können sie zu keiner weitern Berathung gelangen. Bei allen von den Kammern vorgeschlagenen Abänderungen der Verf.-Urk. ist in Zwischenräumen von wenigstens acht Tagen eine dreimalige Berathung und Beschlußfassung, in Gegenwart von drei Viertheilen der bei der Versammlung anwesenden Mitglieder in jeder Kammer und eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen erforderlich. Dem König bleibt das Recht vorbehalten, seine definitive Entschließung über die also gefaßten Gesammtbeschlüsse auf ein Jahr zu vertagen, um inzwischen die noch nothwendig erscheinenden Erhebungen und Vernehmungen pflegen zu lassen. In Bezug auf ein in Folge gegenwärtiger gesetzlicher Bestimmungen erlassenes Gesetz darf die ständische Initiative vor Ablauf von 12 Jahren nicht wieder geübt werden. — Ein solches Gesetz wagt man uns in Bayern zu einer Zeit zu bieten, wo alle andern neueren Verfassungen, die neapolitanische, die toskanische, die sardinische, die römische und selbst die österreichische das Recht der Initiative ganz unbedingt bewilliget, in Bayern, wo durch eine Adelskammer und durch anderweitige Hemmnisse ohnehin mehr als billig dafür gesorgt ist, daß man sich im Fortschritt nicht überstürze und daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wenn diese Bestimmungen zur Annahme kommen, so wird es ganz unmöglich seyn, die so nothwendige Umgestaltung der bayer. Verfassung durchzusetzen. Das Gesetz ist demnach nicht nur ein illiberales, sondern auch in jeder Beziehung ein höchst gefährliches, weil ihm offenbar die Absicht zu Grunde liegt, die einseitigen maßlosen Rechte der Regierung und das alte Privilegienwesen ungeschmälert aufrecht zu erhalten. Es ist in der That nichts weiter als ein Reaktionsgesetz, das lediglich zum Zwecke hat, jeder Verfassungsveränderung, wenn nicht einen unübersteiglichen Damm, so doch die größten Hindernisse in den Weg zu legen. Wäre unsere Verfassung wirklich eine freisinnige, würde sie den Ansprüchen der Zeit und des Volkes genügen, hätten wir nur eine Kammer, wären sämmtliche Privilegien aufgehoben, wäre das ständische Willigungsrecht zur Zeit nicht ein bloßer Schatten, so könnten wir uns ein solches Gesetz, obschon ihm immer der Vorwurf der Illiberalität bleiben würde, noch gefallen lassen. Unter den gegenwärtigen Umständen aber müssen wir mit aller Entschiedenheit dagegen protestiren. Wenn nicht die die ganze Zukunft unserer Verfassung von vornherein verdorben und verpfuscht werden soll, so muß dieses Gesetz entweder einfach verworfen werden, oder die Annahme darf nur dann erfolgen, wenn die Initiative auch in Bezug auf Verfassungsveränderungen unbedingt gewährt wird. Wir fürchten aber sehr, daß die gegenwärtige Kammer das Pferd wieder beim Schweife aufzäumen werde. (Frk. M.)

Baden. (Mannheim, 1. Mai.) Heute Vormittag rückten 3000 Mann Bayern allen Waffengattungen angehörend, in die hiesige Stadt ein und stellten sich mit den übrigen dahier und in der Umgegend in Besatzung liegenden Truppen am Schloßplatze auf. Zu gleicher Zeit wurden alle Wachen bedeutend verstärkt und alle Ausgänge der Stadt besetzt. Anfangs schwebte man in Zweifel und Ungewißheit über den Grund dieser militärischen Maßregeln, allein alsbald wurde ein Staatsministerialreskript veröffentlicht, welches näheren Aufschluß hierüber gab. Nach Inhalt dieses Erlasses ist nämlich die Stadt Mannheim aus Veranlassung der bedauerlichen Vorfälle in letzterer Zeit in Kriegszustand erklärt und die Entwaffnung der Bürgerwehr binnen 3 Stunden anbefohlen. Letztere ging denn auch rasch von Statten, indem die Mehrzahl der Bürgerschaft dabei nicht bloß dem gebieterischen Gebote der Gewalt und des Zwanges, sondern auch der eignen freien Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel gefolgt ist. Dafür spricht der Umstand, daß heute früh, noch bevor das Regierungsreskript erschien, eine große Anzahl von Gewehren schon abgeliefert worden war. — Außerdem wurden noch einzelne Personen verhaftet, welche bei dem Vorfalle am 26. v. M. eine thätige Rolle gespielt haben. Derjenige Tag, an welchem das erste deutsche Parlament zusammentreten sollte, wurde somit in hiesiger Stadt, welche sich wohl nicht ganz mit Unrecht rühmen darf, den ersten Impuls in Baden und Deutschland zu einer so herrlichen Erhebung gegeben zu haben, mit Verkündigung des Kriegsgesetzes, mit Arrestationen und Bürgerentwaffnung begangen! Wenn aber ein giftiger Mehlthau auf die junge Knospe unserer Freiheit gefallen ist und sie zu verkümmern droht, wem haben wir dies zu verdanken? Wem anders, als der Schwäche, Rathlosigkeit und Feigheit der Bessergesinnten und der Gewissenlosigkeit und dem Wahnsinn einiger politischen Fanatiker!

(D. Z.)

(Karlsruhe, den 30. April.) Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Seit einiger Zeit sind in Mannheim wiederholte Störungen der öffentlichen Ordnung eingetreten. Eine Anzahl anmaßender und verwegener Leute hat die größere Zahl der ruhigen und wohlgesinnten Bürger durch ein keckes und gewaltthätiges Auftreten beherrscht, und die öffentlichen Behörden in ihrer gesetzlichen Wirksamkeit gelähmt. In den letzten Tagen steigerten sich die öffentlichen Gewaltthätigkeiten zu einem bedenklichen Grade und selbst bis zu verbrecherischen Handlungen gegen ein verbündetes Nachbarland. Im Interesse der Staatsordnung und zum Schutze und zur Ermuthigung der Gutgesinnten haben Wir daher nöthig gefunden, eine stärkere Militärmacht in Mannheim zusammenzuziehen, und zugleich zu verordnen, wie folgt: 1) Die Stadt Mannheim wird in Kriegszustand erklärt. 2) Sämmtliche Bürger haben, da eine vorläufige Ausscheidung nicht möglich ist, innerhalb drei Stunden von der Bekanntmachung dieser Verordnung an gerechnet, ihre Waffen aller Art an den vom Militärkommando bestimmten Ort abzuliefern, bis der gesetzliche Zustand in der Stadt wieder hergestellt seyn wird. 3) Denjenigen, welche die Waffen innerhalb der bestimmten Frist nicht ausliefern, werden dieselben im Wege der Exekution hinweggenommen und konfiszirt. Gegeben in Unserem Staatsministerium Karlsruhe, den 29. April 1848. Leopold. v. Dusch. Nebenius. Bekk. C. Hoffmann. Mathy. Auf allerhöchsten Befehl Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs: Büchler. (Mannh. J.)

(Karlsruhe, den 1. Mai.) Die Herren Hecker und Struve sind von ihren Funktionen als Anwälte suspendirt und mit den übrigen Theilnehmern ihres verbrecherischen Unternehmens zur Fahndung ausgeschrieben. Für den Bezirk Weinheim, Ladenburg wird unverzüglich eine neue Abgeordnetenwahl an Heckers Stelle angeordnet. Die übrigen erledigten Abgeordnetenstellen, wozu durch den Austritt von Straub und Helbing zwei weitere kommen, werden so schnell als möglich durch neue Wahlen wieder besetzt werden. (D. Z.)

(Karlsruhe, den 1. Mai.) Es werden jetzt wieder Verhaftungen vorgenommen, unter den Verhafteten befinden sich bereits Kaufmann Engelhard, der Sohn von J. A. Rauen, und mehrere Sensenmänner. Der Flüchtigen werden immer mehr, und die Zahl der Festgenommenen wird sich bis heute Abend bedeutend vermehrt haben.

(Schw. M.)

(Heidelberg, den 29. April.) In Mannheim, so wie auch in Heidelberg ist ein Civilkommissär; Untersuchungen sind in beiden Städten eingeleitet. Auch in Heidelberg haben fortdauernd Verhaftungen statt. Unter den Verhafteten werden genannt; Student Herdmer, Silberarbeiter Alten und ein gewesener Volksschullehrer, welcher später als Wirth sich in Heidelberg niedergelassen, mit Namen Bümler. Ob sie auch nach Bruchsal gebracht worden sind, können wir nicht angeben. Nach den bei den vorgesetzten Behörden eingelaufenen Berichten ist gegen die Sinsheimer Schaar, welche Heidelberg am Ostermontag beunruhigte, von Seiten des dortigen Amtes eine scharfe Untersuchung eingeleitet, und die Gefängnisse in Sinsheim sind bereits überfüllt. Das Geld, welches die Schaar vor ihrem Abzuge den öffentlichen Kassen in Sinsheim abgenommen hatte, ist denselben wieder zugestellt worden. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 2. Mai.) Geschehen Frankfurt am Main den 1. Mai 1848, Vormittags 11 Uhr im Kaisersaal. Auf Einladung der zu Frankfurt wohnhaften Abgeordneten Dr. Emerim, gewählt im 7. kurhessischen Wahlbezirke und Dr. Jucho, gewählt zu Frankfurt, waren folgende als gewählt bis jetzt bekannte Abgeordnete zur deutschen constituirenden Versammlung erschienen, nämlich: Dr. Schott von Stuttgart. Jürgens von Braunschweig. Rühl von Hanau. Murschel von Stuttgart. Emerim von Frankfurt. Dr. Heckscher von Hamburg. Robert Blum von Leipzig. Hehner von Wiesbaden. Schwarzenberg von Kassel. Dr. Eisenmann von Würzburg. Wippermann von Kassel. Reß von Hamburg. Dr. Briegleb von Koburg. G. F. Kolb von Speyer. Schepp von Wiesbaden. Dr. Eucumus von München. Dr. Hergenhahn von Wiesbaden. Dr. Jucho von Frankfurt am Main. Als Altersvorstand übernahm Dr. Schott aus Stuttgart die Leitung der heutigen Verhandlung, und wählte als Schriftführer Dr. Jucho aus Frankfurt. Nachdem sich die Erschienenen gegenseitig als für vorläufig legitimirt anerkannt hatten, vereinigten sich dieselben über folgende Punkte: 1) Bei der nach Beschluß des Fünfziger-Ausschusses niedergesetzten Kommission sich anzumelden: 2) von ihrem Hierseyn und dem Beginn des Zusammentritts der constituirenden Nationalversammlung dem Fünfziger-Ausschuß Anzeige zu machen; 3) Donnerstag den 4. d. M., Vormittags 11 Uhr, im Kaisersaale des Römers sich wieder zusammenzufinden, hierzu 4) durch Bekanntmachung gegenwärtiger Abrede, die inzwischen in Frankfurt sich einfindenden Abgeordneten ebenfalls einzuladen; endlich 5) die noch nicht eingetroffenen Abgeordneten zur schleunigen Hierherreise aufzufordern. Zur Beurkundung: Der Altersvorstand, gez. Dr. Schott. Als Schriftführer: Dr. Jucho.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 3. Mai.) 44. Sitzung der Bundesversammlung vom 1. Mai 1848. In der heutigen Sitzung trat der neue k. bayer. Gesandte von Closen und für Hamburg Senator Lutteroth ein. Die herzogl. sächsische Regierung zu Altenburg ließ anzeigen, daß im Herzogthum der k. sächsische Staatsminister a. D. von Lindenau und Hofadvokat von Sonnenkalb zu Abgeordneten in die Nationalversammlung gewählt worden seien. Die Bundesversammlung nahm von dieser

Anzeige Veranlassung, sämmtliche Regierungen zu ersuchen, die Verzeichnisse der zur Nationalversammlung gewählten Abgeordneten sobald thunlich, einzusenden. Von einer Einforderung sämmtlicher Wahlakten wurde abgestanden und der Nationalversammlung vorbehalten, bedürfenden Falls diese Akten sich mittheilen zu lassen. Der Präsidialgesandte verlas ein Schreiben des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, wodurch Hr. Savoye ermächtigt wird, officieusement les bons rapports avec la confédération germanique vor der Hand zu unterhalten. Um die Kosten zur bevorstehenden Nationalversammlung, soweit solche nicht von den einzelnen Staaten getragen werden, zu bestreiten, wurde ein Ausschlag nach der Bundesmatrikel beschlossen. Der k. preuß. Gesandte beantragte die Aufnahme der Stadt und Festung Posen, nebst einem die Verbindung mit den übrigen deutschen Landen erhaltenden Grenzdistrikt, in den deutschen Bund. Derselbe zeugte an, daß der General von Radowitz seine Entlassung genommen habe, und der k. Obrist From nunmehr allein die preuß. Stimme in der Militärkommission führe. Der oldenburgische Gesandte zeigte an, daß zur Vertheidigung der oldenburgischen Seeküsten Strandbatterien errichtet worden seien. Aus den eingegangenen Berichten des Generals v. Wrangel erhellte, daß, nachdem die preuß. Truppen den Kampf eröffnet hatten, auch den hannöverischen und braunschweigischen Gelegenheit gegeben wurde, sich auszuzeichnen und von den hannöverischen Husaren insbesondere der Obrist des feindlichen Regiments nebst mehreren andern Offizieren gefangen, auch eine Standarte erobert wurde, während die braunschweigischen Jäger die dänischen Schützen nach heldenmüthiger Gegenwehr zum Niederlegen der Waffen zwangen. General v. Wrangel rühmte die Ausdauer nnd militärische Tüchtigkeit, sowie die gute Mannszucht sämmtlicher unter seinen Befehlen stehender Truppen, welche große Mühseligkeiten zu erdulden hatten. Ebenso rühmt er die wahrhaft deutsche Freundlichkeit, Zuvorkommenheit und Gastfreiheit, womit die Truppen allenthalben in Schleswig aufgenommen werden. Nach den Berichten des Oberbefehlshabers des 7. und 8. Armeekorps trafen die würtembergischen Truppen am 27. April bei Niederossenbach auf eine Kolonne von 8—900 militärisch organisirten Arbeitern, welche bestimmt gewesen war, bei Freiburg mitzuwirken. Es entspann sich ein Gefecht, welches mit der wildesten Flucht der Aufständischen endigte. Ueber 400 derselben wurden gefangen, unter diesen Bornstedt. Getödtet wurden die Anführer Reinhard, Schimmelpfenning und Lamotte. Herwegh war vor Beginn des Kampfes mit seiner ihn in Männertracht begleitenden Frau entflohen. In den Waldungen fanden die Soldaten viele Waffen, Fahnen und schriftliche Dokumente, weil die Flüchtigen einzeln und unbewaffnet leichter durchzukommen hofften. Mannheim ist in der Art militärisch jetzt besetzt, daß die Regierung mit Entschiedenheit aufzutreten und die Ordnung wieder herzustellen vermag. Die Sensenmänner, welche an der Rheinbrücke zu Mannheim die bayerischen Truppen angegriffen hatten, sind verhaftet und nach Bruchsal abgeführt. Die auf der Schusterinsel verschanzten deutschen Arbeiter sollen von der französischen Regierung genöthigt worden sein, die bekanntlich theils zu Frankreich, theils zum Großherzogthum Baden gehörige Insel zu verlassen. (Ffrt. J.)

(Hamburg, den 29. April.) Preussen will seine Streitkräfte für die Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark noch imposant verstärken; nach der bereits eingetroffenen Magdeburgischen Artillerie schwersten Kalibers, die in drei Schleppkähnen, mit dem vollständigen Zubehör an Munition u. s. w., die Elbe herabkam, sehen wir auch heute wieder solchen Sendungen entgegen. Man sprach uns von nicht weniger als 50,000 Stück Kugeln, welche in gleicher Art nach dem Kriegsschauplatze befördert werden sollen, ferner von 6000 Mann frischen Truppen, eine Zahl, die noch nicht einmal ausreichen dürfte, wenn Preussen, was die einfachste Kriegspolitik unter den gegebenen Verhältnissen wäre, jetzt ohne weiteres Jütland besetzt und von da aus dem verblendeten Dänenvolk seine Friedensbedingungen diktirt. Preussens vortreffliche Armee kann und wird dem Feinde zu Lande wieder abnöthigen, was er zu Wasser geraubt hat. Sie muß daher, um preussischen Unterthanen die Freiheit, so wie ihr von den Dänen aufgebrachtes Kaufmannsgut zurückzugeben, so energisch und so schleunig handeln, wie nur immer möglich. Nicht nur preussisches Eigenthum von beträchtlichem Werthe, auch preussische Ehre wird, daran ist nicht zu zweifeln, glänzend aus diesem gewissermassen seltsamen Kampfe hervorgehen. Die preussischen Truppen sind von dem Bewußtsein ihrer militärischen Ueberlegenheit so erfüllt und belebt von einem so kriegerischen Geiste, der alle Regimenter wie Einen Mann erfüllt, daß sie auch mit dem fröhlichsten Muthe nach Seeland übersetzen würden, könnte sich der Kriegsplan bis zu einer Eroberung Kopenhagens ausdehnen lassen. O, daß wir doch nur die Bruchstücke einer Flotte hätten! — Der Werth des bereits von Dänischer Seite mit Beschlag belegten Deutschen Eigenthums beträgt, wie wenigstens die Dänen angeben, bereits 4 Millionen! — Der Feind wird aber dafür auch keine wohlfeile Kriegsrechnung erhalten. — Die provisorische Regierung der Herzogthümer hat beschlossen, jede Postverbindung zwischen diesen und Dänemark aufhören zu lassen. Diese Maßregel wird theils getadelt wegen der nun noch mehr verletzten Privatinteressen, theils gerechtfertigt durch die gebieterischen Forderungen des Krieges. Der bisherige Dänische Post-Director Graf v. Holt hatte sich geweigert, diesen Anordnungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten und den Titel „Königl. Dänisches Oberpostamt" in „Schleswig-Holsteinisches" umzuändern. Graf Holt ward gestern durch ein hieher gekommenes Mitglied der provisorischen Regierung von seinem Posten entfernt. Auch Hadersleben soll bereits von preußischen Truppen besetzt seyn; nach den neuesten Nachrichten ist sogar der beabsichtigte Uebergang nach der Insel Alsen als schon vollbracht anzunehmen. Die Dänische Armee hält wohl nirgend mehr Stand. (Magdb. Z.)

Hessen. Darmstadt, den 1. Mai.) Heute hielt, nach den Ferien von 14 Tagen, die zweite Kammer unserer Stände wieder eine Sitzung. Bei Eröffnung derselben hielt der Präsident Hesse folgende Rede: „So betrübend es seyn muß, daß es einer kleinen Zahl von Aufrührern, die um jeden Preis ihren Willen gegen denjenigen der Nation durchzusetzen versuchten, gelungen ist, in einem jedoch kleinen Theile unseres deutschen Vaterlandes, wenn auch nur auf kurze Zeit den gerade in gegenwärtiger Zeit so nothwendigen inneren Frieden zu stören, um so beklagenswerther ist, daß diesen verbrecherischen Unternehmungen das Leben eines edlen deutschen Mannes zum Opfer wurde, auf welchen das Vaterland für den Augenblick der wirklichen Gefahr mit gerechten Hoffnungen seine Blicke richtete, so erfreulich muß es für jeden Freund gesetzlicher Ordnung seyn, daß diese den Sieg über die Anarchie erlangt und das Heer den Erwartungen entsprochen hat, welche Deutschland von ihm zu erwarten berechtigt ist. Mit Beruhigung dürfen wir sodann in dem gegenwärtigen Augenblick nach dem Norden von Deutschland, nach Schleswig blicken, wo einem längst vom ganzen Vaterland ausgesprochenen Verlangen Genüge geleistet und der Verletzung deutscher Nationalität mit Kraft und, wie wir hoffen, mit Erfolg entgegen getreten wird. Erheben wir uns, ich fordere Sie, meine Herren, dazu auf, um unsere Entrüstung über den verübten Verrath, gleichzeitig aber unsere Anerkennung für den Sieg der gesetzlichen Ordnung im Süden und der nationalen Waffen im Norden auszudrücken." Alle Mitglieder der Kammer, mit Ausnahme der Abgeordneten Mohr und Behlen, die das Wort ergriffen, um ihr Sitzenbleiben zu motiviren, erhoben sich zum Zeichen der Beistimmung. Abgeordneter Zitz war nicht gegenwärtig. (F.-O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Prag, 29. April.) Heute Vormittag waren die HH. Kanzler v. Wächter, Dr. Schilling und J. Kuranda, als Deputirte von Frankfurt an die böhmische Nation, in der aus Anlaß ihrer Anwesenheit veranstalteten außerordentlichen Sitzung der Sektion des Nationalvereins für die auswärtigen Angelegenheiten und erhielten daselbst von den anwesenden Mitgliedern, etwa 15 an der Zahl, die Antwort auf ihre Anträge und Wünsche. Dr. Schilling sprach von der dringenden Nothwendigkeit, daß auch Böhmen sich an das deutsche Parlament anschließen müsse, da ja Oesterreich sich der deutschen Nation anzuschließen verlange, und selbst die Regierung die Wahlen bereits ausgeschrieben habe. Darauf erwiederte der Graf Mathias Thun, der erste Landesbeamte Böhmens, wie wenig er und mit ihm die Masse des Nationalausschusses sich mit dem Ausschreiben des Ministeriums einverstanden erklären könne, da man bei aller Liebe, die man zur deutschen Nation hege, und bei aller Achtung, die man dem Frankfurter Parlamente zolle, in Böhmen doch nie anders denn als Böhme sich fühlen, und sich nie dem deutschen souveränen Parlamente als Unterthan unterwerfen könne. Dies gestatte weder das nationale Gefühl, noch die politische Lage Böhmens zum Kaiserstaate; Böhmen wolle österreichisch, nie aber deutsch sein; dies sey es nie gewesen, und werde es nie werden. Es war dies eine warme, offene, entschiedene und entscheidende Sprache, welche zwar die Herren aus Frankfurt a.M. beklagen, leider aber nicht ändern konnten. Wiederholt kam es zu sehr heftigen Erklärungen, zu Appellationen an das Schwert, selbst von Männern sehr friedlichen Charakters, ohne das indeß weder die Achtung für die Gäste noch die eigne Würde nur einen Moment verletzt wurde. Am unvortheilhaftesten wirkte die Erscheinung des Hrn. Kuranda, der bei der Nationalpartei sehr unbeliebt ist, und fast die Ursache zu allzugroßer Heftigkeit geworden wäre. Außerordentlich wohlthuend dagegen war die stille, würdevolle Haltung Wächter's, der sogleich in der ersten Conferenz mit Palacky die ganze Sachlage überblickt und tief erkannt hatte, wie es sich hier nicht mehr um die bereits mit dem entschiedensten Nein beantwortete Frage wegen der Absendung von Gesandten, sondern lediglich darum handelte, ein Freundschaftsband gegenseitiger Achtung zwischen der deutschen und czechischen Nation zu knüpfen. Denn das ist Jedermann, der unsere Lage jetzt ruhig und ohne Brille überblickt, ersichtlich, daß von einer Unterwerfung unter das Parlament bei uns keine Rede mehr seyn kann, so sehr auch einige Herren, darunter auch Ausländer, sich bemühen, eine deutsche Partei zusammen zu bringen. Die Masse, die unbedingten Frieden verlangt, sieht diese Herren als Störer der Ruhe an, und 4000 Arbeiter haben erklärt, den Ersten, der den Frieden durch Aufreizung bräche und sie um ihren Erwerb brächte, sogleich todtzuschlagen. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 29. April.) Die Setzergehülfen hatten heute Vormittag abermals eine große Zusammenkunft im Freien, worin ihnen ein Schreiben eines Druckerei-Besitzers mitgetheilt wurde. Viele der Arbeitsniederleger warten indeß nur auf eine gute Gelegenheit, wieder eintreten zu können. Das Komité der Gehülfen hat daher auch schon Abgeordnete an die einzelnen Prinzipale Behufs der Unterhandlung gesandt, um diejenigen, welche keine Zugeständnisse zu machen geneigt sind, kennen zu lernen. Am Dienstag wird Alles wohl in das alte Geleise zurück gekehrt sein. (Köln. Z.)

Sachsen. (Weimar, 29. April.) In einzelnen Orten des Landes kommen noch immer aufrührerische Versuche vor. So sind gestern Nacht wieder 400 Mann Militär nach Stadt Remda aufgebrochen, wo die ungefähr 1000 Einwohner zählende Bevölkerung in vollem Aufruhr ist und sich gegen alle gesetzlichen Bestimmungen widerspenstig zeigt. Remda besitzt einige Fabriken. Diese, sowie das Amthaus, so geht das Gerücht, habe das aufständige Volk durch Brand zerstört und den Amtmann thätlich gemißhandelt nach Einigen sogar erschlagen. Die Bewohner verweigern hartnäckig jede Steuer, wollen sich vom Großherzogthum trennen und Schwarzburg-Rudolstädtisch werden. Heute heißt es, man habe das Militär nicht einrücken lassen, was ich jedoch in Betracht der geringen Anzahl der Bevölkerung noch bezweifeln möchte. Auch in dem nahen Apolda hat am 25. d. ein ernster Aufstand stattgefunden, wobei man sogar durch Anschlagen der Glocken die Bevölkerung der umliegenden Dörfer herbeigerufen hat. Die Veranlassung war das daselbst befindliche, der Akademie Jena gehörige Detalgut, das auf allgemeinen Wunsch der Bewohner zerschlagen und Grundstücke an die Aermeren verkauft oder verpachtet werden sollten. Der Rath hat auch vor vier Wochen schon eine Aufforderung erlassen, daß Diejenigen, welche ein Stück Land wünschten, sich melden sollten. An Bewerbern hatte es nicht gefehlt und die Sache schien in Ordnung. Da plötzlich erscheinen am 25. d. die Leute des Pachters der bisherigen Hutäcker und fangen an sie zu bestellen. Das gab das Zeichen zum Auflauf. Man stürmt, verjagt die Leute und eilt in Masse nach dem Stadthaus, um den Stadtrichter zur Rede zu setzen. Dieser schiebt die Schuld auf den eine halbe Stunde davon wohnenden Pachter. Da veranlassen die versammelten Tausende den Stadtrichter, mit ihnen zu dem Pachter zu gehen. Dieser verständigt die Leute und aus seinen Worten schimmert die klare Unschuld. Man hält sich von dem Rath für hintergangen, schleppt den Stadtrichter wieder mit zurück und entsetzt sämmtliche Rathsglieder ihres Amtes. Auch das Privilegium des Braurechts, das auf einigen Häusern haftete, und einige andere veraltete Mißbräuche sind bei dieser Gelegenheit abgeschafft worden. (Frankf. J.)

Schweiz.

(Basel, den 30. April.) Nachdem die Last der deutschen Freischaaren durch ihre blutige Auflösung nicht mehr auf unseren Grenzen drückt, und daher die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der schweizerischen Neutralität nicht mehr in Gefahr steht, so sind heute etwa 1500 Mann vom Observationskorps entlassen worden, mit dem Bedeuten jedoch, auf den ersten Trommelschlag bereit zu sein. Und in der That scheint diese Vorsichtsmaßregel nicht ganz überflüssig zu seyn, denn unsere Nachbarorte erhalten nicht unbedeutenden Truppen-

zuwachs, und man spricht sogar von 40—50,000 Mann, die in unserer nächsten Nachbarschaft von Colmar nach Altkirch zusammengezogen werden sollen. In einem solchen Falle wäre es gewiß sehr unklug, Basel nicht stark besetzt zu halten, und Frankreich somit den Schlüssel für die Schweiz eben so gut als für Deutschland in die Hand zu geben. (Frkf. J.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Auf den Antrag eines Hypothekengläubigers wird das Anwesen des Maurermeisters Georg Michael Wening und dessen Ehefrau Margaretha Kunigunda in Zirndorf dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dieses Anwesen umfaßt:

1) Ein Wohnhaus nebst Scheune, Haus-Nr. 107 und 108, halben Antheil des Brunnens und Hofraums, zusammen 17 Dezimalen Grundfläche enthaltend, Pl.-Nro. 172 a. Das Wohnhaus ist geschätzt auf 1200 fl., die Scheune auf 800 fl.
2) 0 Tagw. 0,6 Dezim. die Hälfte des Gemüsgartens Pl.-Nro. 172 b in der 11 Bonitätsklasse, geschätzt auf 25 fl.
3) 3 Tagw 64 Dezim. Acker, den Banderbacher Wegacker, Pl.-Nro 682½ a in der 7 Bonitätsklasse, auf 475 fl. gewerthet.
4) 4 Tagw. 39 Dezim. Acker den Banderbacher Wegacker, Pl.-Nro. 682½ b in der 4. Bonitätsklasse, Werth 200 fl.

Auf diesem Anwesen haftet der Handlohn zu 10 pCt. nach Nürnberger Observanz und 1 Schäffel 1 Metzen Korngilt, wogegen für ein Giltmehl 1 fl. Gegenreichniß von der Gutsherrschaft zu entrichten ist.

Zur öffentlichen Versteigerung dieses Anwesens wird hiemit Termin auf

Donnerstag den 15. Juni, Nachmittags ½ 3 Uhr,

zu Zirndorf anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach § 64 des Hypothekengesetzes und §§. 97—100 des Prozeßgesetzes vom 17 November 1837 erfolgt, die nähere Beschreibung des Gutes aber bis zum Termin in der diesseitigen Registratur eingesehen werden kann.

Nürnberg, den 25 April 1848.

Königliches Landgericht.

Meyer.

c Henning

Bekanntmachung.

(Die Verstärkung der kgl. Landwehr durch freiwilligen Eintritt betr.)

Diejenigen Personen, welche sich zum freiwilligen Eintritt in die kgl. Landwehr diesseits erklärt haben, haben sich am Freitag und Samstag zur Empfangnahme der Gewehre in der diesseitigen Regiments-Kanzlei L. Nro. 314 der Adlerstraße einzufinden, woselbst ihnen der Ort der Verpflichtung eröffnet wird.

Nürnberg, den 2. Mai 1848.

Kgl. Landwehr-Regiments-Commando.

Clericus.

Oberst.

Ein Lebewohl

dem scheidenden Freunde

Herrn

Anton Kneidl

Kadett im I. Regimente Erbgroßherzog von Hessen.

Es rief das Vaterland, Du folgst der Pflicht,
Zogst Theurer fort, der Freund ist nun allein.
Nichts aber ist, was uns're Freundschaft bricht,
Bist du auch fern, des Freundes Herz ist mein.
Zwar schmerzt Dein Scheiden mich, o Freund, so sehr;
Denn uns're Herzen kannten sich so lang.
Mein Leben, Alles scheint mir öd und leer,
In meinem Innern ist's so trüb und bang;
Doch weiß ich, daß in Deinem Herzen blüht
Der Freundschaft Blume für mich immerhin;
Drum, wenn Dich auch mein Auge jetzt nicht sieht,
Sei dies ein Trost für meinen trüben Sinn. —
Es perlen herbe Thränen mir so heiß,
Der Schwestern und der Mutter Auge weint,
Ihr Geist geleitet Dich; mein Herz flehet leis:
Leb' wohl, Anton, leb' wohl mein theurer Freund!

F—r.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 4. Mai

Produktion

im goldnen Hirschen an der Lauferstrasse.

Anfang 8 Uhr Abends.

Der Vorstand.

J. G. Bär,

Leinwand-Fabrikant aus Eybau in Sachsen,

empfiehlt sich während der hiesigen Ostermesse wieder mit seinen schon bekannten Leinen-Waaren, als: Leinwand, weißen und bunten leinenen Taschentüchern a Stück 15 kr. bis 1 fl. 30 kr., desgleichen Kinder-Tücher a Stück 10 kr., dann Tisch-, Tafel- und Handtücher in verschiedener Größe ohne Nath, desgleichen Damast-Gedecke und Tischdecken in allen Größen, und auch eine große Auswahl ächten leinenen Zwirn.

Seine Bude befindet sich in der mittlern Reihe, dem Herrn Ottensoßer gegenüber.

(Zu vermiethen.) In Nr. 390 der Albrecht-Dürerstraße ist der 2. Stock sogleich oder bis Ziel Laurenzi zu vermiethen, auch sind daselbst 6 nußbaumene Sessel, ganz schön gearbeitet, zu verkaufen.

Erklärung.

Gegenüber dem in unserer Stadt nunmehr vollzogenen Wahl-Geschäfte und dessen Resultat hat sich in dem Aufsatze „die Wahlen in Nürnberg" Nr. 122—124 dieser Zeitung eine Stimme der Unzufriedenheit erhoben.

Inwieferne der Verfasser hiebei auf einem allgemeinen Standpunkte sich befindet, oder seine Mißstimmung auf irgend verletzten Sonder-Interessen beruht, — bleibe dahin gestellt; auch habe ich hier nicht die gegen die gesammten Wahlmänner gerichtete kecke Anklage der Unselbstständigkeit und Schwäche zu bekämpfen. Auf die gegen die Wahl meiner Person zum II. Ersatzmann gerichteten Angriffe und Zweifel habe ich aber einfach zu erwidern:

daß ich nie in Wort oder That, direkt oder indirekt irgend eine freiwillige Anregung gegeben habe, die Stimme der Wahlmänner auf mich zu richten, und folglich das mir dennoch zugewendete Vertrauen meiner Mitbürger als einen wahren Ausdruck ihrer Gesinnung mit gutem Gewissen annehmen kann.

Ich habe es nie einen Augenblick bezweifelt, und schon oftmals ausgesprochen, daß Würdigere als ich zu jener Wahl vorhanden gewesen wären, aber ich muß den neben der zweideutigen Hinweisung auf vermeintlichen Reichthum, mir gemachten Vorwurf, in letzter Zeit durch öffentliches Auftreten nach einem wohlfeilen Ruhm gestrebt zu haben, als eine Verleumdung entschieden zurückweisen.

Ich habe bisher meinen Ruhm zunächst nur in meinem Berufskreise, sowie in einem ehrenhaften Wandel gesucht, auch früher niemals eine Veranlassung erhalten, die Volksrechte öffentlich zu vertreten; und wenn ich in dem Drange der neuesten Zeit, wo eine Theilnahmslosigkeit nirgends mehr bestehen kann, ein paar Worte in öffentlicher Versammlung gesprochen habe, so war dieß, wie alle dort Anwesenden selbst erkennen mußten, lediglich durch den Augenblick veranlaßt, um einer nach meiner Ueberzeugung guten Sache noch einige Gründe zuzuführen, nimmermehr aber in der Absicht, um die Blicke auf meine Person zu lenken.

Somit unterwerfe ich auch den Werth oder Unwerth jener Angriffe getrost dem Urtheile meiner Mitbürger.

Nürnberg, am 3. Mai 1848.

Dr. Kalb,

k. Kreis- u. Stadtgerichts-Assessor.

M. Morgenthau

aus Ludwigshafen am Rhein

bezieht gegenwärtige Messe mit einem großen Lager in nachstehenden Artikeln, sämmtliche Waaren für den Sommer gut assortirt.

Da derselbe den Ausverkauf untenstehender Waaren beabsichtigt, ohne alle Marktschreiereien, verkauft er zu nachstehenden Preisen, nämlich eine schöne Auswahl Sommerröcke von 2 fl. 30 kr. bis 14 fl. Schlafröcke 2 fl. 30 kr. bis 12 fl. Herren-Hemden, weiße und gestreifte, per Stück 1 fl. 30 kr. bis 4 fl. Unterbeinkleider von 48 kr. bis 2 fl. Alle möglichen Herrenbinden von 24 kr. bis 5 fl. 24 kr. Reise-Taschen von 1 fl. 48 kr. bis zu fl. 6.

Ferner macht derselbe das geehrte Publikum besonders auf alle möglichen Westenzeuge aufmerksam, im Preise von 24 kr. bis 4 fl.

NB. Sollte vielleicht Jemand gesonnen seyn im Großen kaufen zu wollen, würde er noch billiger abgeben.

Seine Bude befindet sich im ersten Gang, und ist mit Firma versehen.

M. Morgenthau,

aus Ludwigshafen a/R.

(Anzeige.) In unserm Verlag ist so eben erschienen:

Münchner Bock-Galopp.

Für das Piano-Forte componirt von C. Birkner. Mit dem Titel entsprechender Einfassung. 12 kr.

J. A. Endter'sche Buch-, Kunst- und Musicalienhandlung.

Freundschafts-Verein.

Sonntag den 7. Mai findet Ball im Bamberger Hof statt. Karten für Fremde sind beim Vorstand in Empfang zu nehmen. Dieses bringt den verehrten Mitgliedern zur gefälligen Anzeige

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

(Anerbieten.) Mehrere Frauenzimmer, welche im Goldsticken bewandert sind, können dauernde Beschäftigung finden.

Bierbrauerei-Verkauf.

Eine reale Bierbrauerei und Wirthschaftsgerechtigkeit in Miltenberg ist aus freier Hand um 2500 fl. zu verkaufen. Das Anwesen liegt mitten in der Stadt an der Hauptstraße und besteht aus einem dreistockigen Wohnhause, einem damit verbundenen Anbau zur Brauerei, den Brauereieinrichtungen, einem Sudwerke von 4 bayerischen Schäffeln, einem neuen Kühlschiffe und Malzdarre, einem eigenen Malz- und Gährkeller und einem in Felsen gesprengten Bierkeller von 6° R. mit sehr gutem Luftzuge, welcher 500 Eimer fassen, und der auch beliebig erweitert werden kann; dazu ein Hof mit eigenem Brunnen und ein 15 Ruthen großer Garten mit Obstbäumen. Bei Zahlung von 500 fl. Kaufschilling können 2000 fl. zu 5% auf dem Anwesen stehen bleiben. Nur die Zeitverhältnisse, und daß der gegenwärtige Besitzer dieses Geschäft nicht betreiben kann, erklären diese günstigen Kaufsbedingnisse. Das Nähere auf portofreie Anfrage unter der Adresse F. E. in Miltenberg am Maine.

Rosenau.

Den verehrten Abonnenten die ergebenste Anzeige, daß heute Freitag den 5. Mai der erste Gesellschafts-Tag mit Harmonie-Musik stattfindet. Um zahlreichen Besuch bittet

Ch. Fr. Schott.

Zugleich empfehle ich verschiedene Mineralwasser zum gefälligen Gebrauch.

HARMONIE.

Freitag den 5. Mai ist das Winterlocale geschlossen und das Sommerlocale zum täglichen Besuch geöffnet.

Der Vorstand

Hummelstein.

Heute Freitag, den 5. Mai, findet bei günstiger Witterung 6stimmige Blechmusik statt, wozu hiemit höflichst einladet

Jahner

(Anzeige.) Bei Unterzeichnetem sind fortwährend fertige Ordonanz-Mäntel für die Landwehr in allen Waffengattungen vorräthig und billig zu verkaufen, auch empfehle ich zugleich mein wohl assortirtes Kleidermagazin bestens

Friedrich Huber

S. Nr. 1174 am Spitalplatz.

(Zu vermiethen.) S. Nr. 1171 am Spitalplatz ist ein möblirtes Zimmer mit Kabinet an einen ledigen Herrn täglich zu vermiethen

(Zu vermiethen.) Es sind zwei schön möblirte Zimmer an der Lorenzer Kirche für ledige Herren sogleich zu vermiethen L. Nr 43

(Zu vermiethen.) Eine Gartenwohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Alkov, Kammer, Küche und geraumigem Boden, ist für Sommer und Winter bis Laurenzi zu vermiethen

(Zu vermiethen.) An einen soliden Herrn ist täglich ein Zimmer mit Möbeln, doch ohne Bett, zu vermiethen

(Zu vermiethen.) In einem soliden Hause ist ein freundliches Logis mit Möbeln an einen oder zwei Herren täglich zu vermiethen.

(Anzeige.) Die bisher in der Behausung S. Nro 855 b in der Spitalgasse gewaschen werdenen halbseidenen und seidenen Zeuge aller Art, schwarze Spitzen rc. werden nun in dem Hause S Nro. 397 in der Albrecht-Dürerstraße, Ecke der Lammsgasse, im 2. Stock, abgegeben

(Gesuch.) Es wird eine hübsche Wohnung in der Neuenthor- oder Irrerstraße täglich oder in 14 Tagen zu miethen gesucht.

Pferdgeschirr-Verkauf.

2 Paar noch gut beschaffene Pferdgeschirr mit engl. Kummet und die andern Sielen sind billig zu verkaufen.

Näheres in der Exped. d. Bl.

Arena.

Freitag den 5. Mai. 10. Vorstellung im 1 Abonnement „Der Bär und der Bassa." Vaudeville-Burleske in 1 Akt. Musik von mehreren Komponisten. Hierauf: „Eigensinn" Lustspiel in 1 Akt von Benedix.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6. Mai 1848. № 127 Samstag: Dietrich.

Deutschland.

Bayern. †° (München, 4. Mai.) [IX. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.] Auf der Tagesordnung steht zuerst Berathung über den Gesetz-Entwurf einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend. — Referent Reichsrath Maurer und der Ausschuß beantragen Annahme dieses Gesetz-Entwurfs mit den von der II. Kammer beschlossenen Modifikationen, mit einziger Ausnahme: 1) des Eingangs des Entwurfs, wo nach den Worten „vom Jahre 1813" einzuschalten sey, „und anderen Strafbestimmungen. — 2) Des Artikels 6 Abs. 3, wo nach den Worten „Strafgesetzbuch Th. II. art. 188" die Worte „und folgende" gestrichen, und dafür „bis 195" gesetzt werde. 3) Dann im neuen Artikel 7, wo Abs. 3 nachfolgende Fassung erhalten soll: »den ordentlichen unmittelbaren Gerichten zu überweisen. Die Erkenntnisse a) in allen Aufschlags-Defraudationen, und b) in Wildschadenssachen, — ferner beantragt der Ausschuß Annahme des von der II. Kammer, dem Gesetz-Entwurf beigefügten Antrag wegen Begnadigung, der nach dem Wilddiebstahlsgesetze vom 9. August 1806 Verurtheilten. — An der kurzen allgemeinen Debatte nahmen die Reichsräthe Graf Giech, Armansberg, Arnold, Niethammer, Wallerstein und Reigersberg für den Gesetz-Entwurf Theil. — Hierauf wurde der Eingang und Artikel I. des Entwurfs ohne Debatte angenommen. Bei artikel II. wünscht Fürst Hohenlohe, daß nicht jede gesetzliche Beweistheorie ausgeschlossen werden soll. Fürst Wallerstein theilt diese Ansicht, sucht aber die Garantie in den Eid der Geschwornen.

v. Maurer, der Ref. hält die Beweistheorie mit dem neuen Verfahren, insbesondere mit den Geschwornengerichten, nicht vereinbarlich. — Graf Armansberg ist d rselben Ansicht, ebenso der Staatsminister der Justiz. — Art. II wird mit der Modif. der II. Kammer angenommen. — Art. III, Graf Armansberg, Graf Reigersberg und Graf Giech beanstanden, daß nicht sofort überall Bezirksgerichte gebildet werden sollen, sondern neben die Kreis- und Stadtgerichte, nöthigenfalls auch die Landgerichte mit verstärkten Richterpersonal hiezu bestimmt werden sollen. Graf Reigersberg bringt daher hinzu die Modif., daß nur Kreis- und Stadtgerichte, die nöthigenfalls um einige neu zubildende vermehrt werden sollen, hiezu zu bestimmen seyen. — Wallerstein und der Referent halten diese Modif. für ganz unwichtig, weil die Regierung ohnehin die nöthigen Gerichte mit dem geeigneten Personal ins Leben rufen werde. Die Modif. ward jedoch und mit ihr Art. III angenommen. — Art. IV ohne Debatte angenommen. — Art. V. Reichsrath Arnold brachte hiezu die Modif., daß die zu wählenden Ausschüsse ihre Vollmacht selbst in dem Falle einer Auflösung der Kammer so lange behalten soll, bis die neue Kammer Ausschüsse für die betr. Gesetzentwürfe gewählt hat. — Der Referent stimmt dieser Modif. nicht bei, mit Auflösung der Kammer müssen auch die Ausschüsse aufgelöst werden. Dieser Ansicht ist auch Graf Reigersberg. Staats-Min. v. Heinz hält die Modif. für überflüssig und bemerkt hiebei, daß vor dem kommenden Winter die neue Kammer nicht werde einberufen werden.

(München, den 3. Mai.) Justizministerialrath Molitor erhielt von Seite der großherzogl. badischen Regierung den Ruf zur Uebernahme des Justizministeriums in Baden. Dieser treffliche Rechtsgelehrte hat erwähntes Anerbieten bereits abgelehnt. — Im Kampfe bei Schleswig wurde einer unserer wackeren Offiziere, der Lieutenant Waldmann, vom Regiment König Ludwig, schwer verwundet, und starb drei Stunden später in Folge der erhaltenen Verletzung. (A. A. Z.)

(München, den 1. Mai.) Das Getriebe der Ultramontanen bei den Wahlen in Niederbayern und den Eindruck, welches dieses bei den intelligenteren Theile macht, erfährt man aus nachfolgenden 2 Briefen im „Fränkischen Merkur": I. Straubing, am 28. April 1848. Meine Herren! Bei der heute zu Straubing Statt gefundenen Wahl zur deutschen Volksvertretung in Frankfurt ist es durch die Umtriebe der Geistlichen dahin gekommen, daß Hr. Professor Dr. Arndts zum Abgeordneten, Herr Dr. Laßaulx zum 2ten Ersatzmann gewählt wurde. Die Umtriebe der Geistlichen waren von der Art, daß Früh 6 Uhr die Wahl, welche doch erst um 8 Uhr begann, schon entschieden war. Die Geistlichen schrieben ihren Pfarrkindern die 3 Namen, welche sie gewählt haben wollten, auf besondere Zettel, und diese blindlings ihren Anführern folgend, malten die ihnen fremden Namen nach. Die von der freisinnigen Minderheit vorgeschlagenen Kandidaten blieben unbeachtet, während die Geistlichen Tags zuvor öffentlich vor allen Wahlmännern sammt und sonders erklärt hätten, Hrn. Dr. Arndts, der ihnen nur von irgend Jemand empfohlen worden sey, ganz und gar nicht zu kennen, und von Herrn Dr. Laßaulx mündlich gar nicht gesprochen worden war. Die Minderheit protestirte am Schlusse der Wahl wegen der geschehenen Umtriebe (die nähere Ausführung dieser Protestation, sich nachträchlich vorbehaltend) und legte ihr Mißtrauensvotum gegen die genannten zwei Herren ins Protokoll nieder, ließen auch an Letztere Beide, die hier abschriftlich anliegende Erklärung abgeben. Im Auftrage der Minderheit, und derselben angehörend, bitte ich nun, über das betrefflich dieser Angelegenheit zu beobachtende weitere Benehmen mir und meinen Auftraggebern Ihre Ansicht mitzutheilen. Diese Umtriebe der Geistlichen sollen sich durch ganz Niederbayern ausgebreitet haben. Hochachtungsvoll ergebenst Jos. Schwaiger, Advokat zu Straubing. — II. Straubing, am 28. April 1848. Euer Wohlgeboren! Durch Umtriebe der Geistlichen sind Sie heute in Straubing als Abgeordneter (als 2. Ersatzmann) zur deutschen Volksvertretung in Frankfurt gewählt worden, gewählt von nur solchen Wahlmännern, welche Ihre Person und Ihren Namen nicht kennen. Wir Unterzeichnete, ebenfalls Wahlmänner zu Straubing, erklären Ihnen, daß wir auf Sie das nöthige Vertrauen, das ein deutscher Volksvertreter haben soll, nicht setzen können, daß wir Sie vielmehr mit Mißtrauen betrachten, und dieß nicht blos wegen der Weise, wie Sie heute gewählt worden sind, sondern auch an sich schon wegen der Richtung, welcher Sie huldigen. Wir gewärtigen, was Sie mit Ihrer Ehre vereinbarlich halten, in diesem Falle zu thun, und ob Sie nicht glauben, daß Sie dem deutschen Vaterlande und der guten Sache durch Annahme dieser Wahl schaden. Hochachtungsvollst. (Folgen die Unterschriften.)

†° (Nürnberg, den 5. Mai.) Das 5. Infanterie-Regiment hat plötzlich eine andere Bestimmung erhalten und wird künftig in München garnisoniren. Hieher rückt heute das 4. Infanterie-Regiment mit dem Regimentsstabe, um vorläufig hier zu bleiben. Eine Eskadron Chevauxlegers traf gestern von Neumarkt hier ein. Die Oberpfalz ist demnach so ziemlich von allem bayerischen Militär entblößt. Wozu diese Dislokationen nützen sollen, begreift wohl schwerlich Jemand, Geld kosten sie dem Lande indeß genug.

(Bamberg, den 4. Mai.) Da die Geschäfte des hiesigen Stadt-Kommissariats in der jüngsten Zeit sich so gehäuft haben, daß sie mit dem Amte eines Landrichters, ohne dessen Amtsgeschäfte im höchsten Grade zu benachtheiligen, nicht länger vereinigen lassen, so wird der seitherige Stadt-Kommissär Hr. v. Haupt seiner Funktion als Stadtkommissär (als Landrichter bleibt Hr. v. Haupt) enthoben und in der Person des seitherigen k. Landrichters Hrn. Ihl in Werneck bis auf Weiteres ein eigener Stadt-Kommissär aufgestellt. Derselbe ist bereits hier eingetroffen und wird seinen Posten sofort antreten. (B. T.)

Baden. (Karlsruhe, 2. Mai.) In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer berichtet Baum über das provisorische Martialgesetz. Die Kommission trägt einstimmig auf Annahme mit wenigen Aenderungen an. Die Berathung wird in einer der nächsten Sitzungen stattfinden; man vernimmt, daß als Ergänzung eine Vorlage über Einführung des Standrechtes gegen die in Räuberbanden aufgelösten fremden Aufrührer und gegen meuterische Soldaten folgen werde. Welcker benützte diesen Anlaß, um sich über die Zustände und die ungerechten Vorurtheile, welche daraus im übrigen Deutschland gegen Baden abgeleitet werden, zu äußern. Noch vor wenig Tagen würde er für die Berathung des Gesetzes in abgekürzter Form gestimmt und vielleicht vorgeschlagen haben, die Waffen der Regierung noch zu verstärken. Zum Glücke sei dieß jetzt nicht mehr nöthig. Die Bewegung sei im Wesentlichen überwunden, und er fühle das Bedürfniß, jetzt entschieden im Interesse der Freiheit und Ehre des badischen Volkes seine Stimme zu erheben. Im Auslande sei man nur zu geneigt, Beschuldigungen gegen Baden zu schleudern, die Ehre und den wohlerworbenen Ruhm des Landes als zerstört anzusehen. Getrübt allerdings müssen diese hohen Güter erscheinen, aber in unserer Lage wäre es Andern nicht besser gegangen. An einer Grenze von mehr als hundert Stunden Länge ist Baden den unmittelbarsten Einwirkungen der Erregtheit in zwei revolutionirten Republiken ausgesetzt. Alle deutschen Länder haben zu dem Aufruhr in Baden ihre Kontingente gestellt. Preussen, Würtemberger, Sachsen, Holsteiner, Bayern u. A. befinden sich unter den Führern und Aufwieglern der verrätherischen Unternehmung gegen das Vaterland, deren Theilnehmer selbst den Franzosen so verächtlich geworden, daß sie sich für Polen ausgeben mußten, um in Frankreich nicht mißhandelt zu werden. Die Fortschritte der Verführung sind eine Folge des früheren Unterdrückungszustandes, auf die Regierungen und ihre Beamten fällt ein großer Theil der Schuld. Es hat sich ein Mangel an politischer Einsicht gezeigt, vor dem man erschrecken könnte. Die Bethörten haschen nach einer Form und einem Worte, jetzt, wo Deutschland im Begriff steht, die herrliche Freiheit zu erringen und zu befestigen. Es ist ein Unsinn, jetzt von Republik zu reden, in einem Augenblicke, wo sie am Wenigsten möglich ist, wo der in ihrem Namen erhobene Aufruhr unsere kostbarsten Errungenschaften gefährdet. Ihre angeblichen Anhänger haben sich feig bewiesen in Vertheidigung derselben, sie haben das Volk belogen und selbst zum Meuchelmord gegriffen. Ebenso hat sich vielfach Feigheit gezeigt in der Vertheidigung der Ordnung. Das sind betrübende Erscheinungen, aber dennoch ist der Kern des Volkes gut und kein anderes deutsches Volk hätte es in unserer Lage besser gemacht. Bereits ist im Lande der bessere Sinn erwacht und kömmt zu Kräften. Mehr noch als für die Ehre und den Ruhm spricht der Redner im Interesse der Freiheit. Er besorgt, daß viele Bürger durch die erlebten Gräuel der Anarchie zu einer Erkältung gegen die Freiheit geführt, der Reaktion in die Arme fallen, der einzige Weg, auf welchem eine Reaktion möglich wäre, sowie auch, daß Beamte, welche mit bewaffneten Verbrechern feig gebuhlt, sich jetzt wieder reaktionären Verfolgungen hingeben könnten. Gegen solche Früchte des Aufruhrs muß man auf der Hut sein, aber die Kraft des Gesetzes darf nicht gelähmt werden. (D. Z.)

(Karlsruhe, den 2. Mai.) In Folge der Ergebnisse, welche die Disciplinaruntersuchung gegen Peter geliefert, hat das Ministerium ihn nun vor Gericht gestellt. (D. Z)

(Mannheim, den 2. Mai.) Gestern früh von 8 Uhr an stellten sich die Truppen, Nassauer, Kurhessen und Bayern, am Schloßplatze auf, alle Stadtausgänge wurden stark besetzt. Um 10 Uhr erschien eine Bekanntmachung, wonach die Stadt in Kriegszustand erklärt, und die Ablieferung aller Waffen binnen drei Stunden befohlen wurde. Man beeilte sich in auffallender Weise, dem Befehl Folge zu leisten; das Drängen am Rathhaus, wo die Waffen entgegen genommen wurden, war so groß, daß Manche stundenlang warten mußten. Sonderbar ist, daß Kaufmann Engelhardt, der am 26. seine Kompagnie gegen die Brücke geführt und auf Aufforderung des Buchhändlers Hoff sich die Stelle eines Obersten der Bürgerwehr angemaßt hatte, schon am 30., also einen Tag vor Verkündung der allgemeinen

Entwaffnung seiner Kompagnie die Ablieferung der Waffen ansagen ließ. Er wurde gestern verhaftet, ebenso ein Sohn des Kaufmann Nauen der die Freischaar zur Brücke geführt haben soll. Dr. Welcker, der Sohn unseres gefeierten und allgemein verehrten Deputirten und Bundestagsgesandten Welcker, soll sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen haben. Man spricht noch von andern, theils schon geschehenen, theils bevorstehenden Verhaftungen. Nach den Vorgängen der frühern Tage hätte man vermuthen sollen, daß eine allgemeine Aufregung, Erbitterung durch diese ernsten und entschiedenen Maßregeln der Regierung erzeugt würde. Aber Nichts weniger als das. Man tadelt zwar hie und da diese Maßregel als zu weit gehend, man findet da und dort die Entfaltung einer so großen militärischen Macht, es sind vielleicht 5000 Mann mit vieler Artillerie aufgestellt, für überflüssig; Manche klagen über die große pekuniäre Last, welche der Stadt aufgebürdet werde; aber im Ganzen sieht man die Nothwendigkeit der Wiederherstellung einer kräftigen Regierungsgewalt ein, da wir bewiesen haben, daß uns selbst nicht der Muth und die Thatkraft inne wohnt, der Herrschaft einzelner Terroristen mit kühner Stirne entgegen zu treten. Der Eintritt von Mathy in das Ministerium ist uns eine hinlängliche Bürgschaft dafür, daß wir nicht der Reaktion, welche ja schon die Hand nach dem Ruder ausstreckte, anheim fallen; die erste Probe hat uns dieser wahre Volksfreund und Staatsmann schon bei der Debatte in der ersten Kammer gegeben, als er den Hrn. von Andlaw daran erinnerte, daß der Tarpejische Fels nicht weit vom Capitol steht. Daß diese Herren, welche in Gemeinschaft mit ihren Gesinnungsgenossen in Wien, Berlin, München, Stuttgart, Dresden, Hannover u. s. w. von jeher alles Unglück über Deutschland gebracht und darum allein die beklagenswerthen Verirrungen des Volkes, welche hie und da vorkamen, verschuldet haben, jetzt schon wieder wagen, das Haupt zu heben und wider die gesammte Regierung Sturm zu laufen, sollte uns doch mahnen, nicht die Hände in den Schooß zu legen, sondern achtsam auf der Warte unserer jungen Freiheit zu stehen. (D. Z.)

(Mannheim, den 2. Mai.) Die Untersuchung gegen die hiesigen Anarchisten leitet, wie man vernimmt, auf weit verzweigte Plane, daher denn auch täglich weitere Verhaftungen vorgenommen werden. Es bestätigt sich, daß schon am Morgen des Tages, an dem man hier die Sturmglocke zog, reitende Boten auf das Land entsendet waren, um die Bauern herein zu holen. Da man aber nicht lange vorher die sogenannten fremden Arbeiter hier verjagt hatte, so war in der Umgegend auch alle Begeisterung für das herbeizuführende Paradies verschwunden. Bei dem Redakteur der Abendzeitung, J. P. Grohe, soll sich ein sehr wichtiger Briefwechsel vorgefunden haben, wie denn überhaupt Mannheim der Hauptsitz der Verschwörung war, von wo die Fäden einestheils nach Mainz, Frankfurt, Hanau und Köln, anderntheils nach Straßburg und Paris reichten. O, hätten wir doch nicht diese Schmach erlebt! Der schlechteste Franzose wäre nicht schlecht genug, um sich mit dem Auslande gegen sein Vaterland zu verschwören. Aber der völlige Mangel an sittlichem Gehalt bei den Empörern stellt sich auf allen andern Seiten ihres Thuns dar: Herwegh, der die Republik zur Religion erklärt, verbirgt die Begeisterung für diese Religion unter dem Spritzleder eines Wägeleins, Hecker und Struve geben von Basel und Rheinfelden aus mit heiler Haut Befehle an die armen Verführten, die da glaubten, ihre Führer würden wenigstens für ihre gute Sache zu sterben wissen; daß Hecker selbst auf den edlen Gagern gefeuert, bezeugen alle Soldaten, die bei Kandern in der vordersten Reihe Augenzeugen waren: in Freiburg schossen die Rebellen aus ihren Verstecken auf die Aerzte, die auf den Strassen die Wunden der Soldaten verbanden; und diese selben Soldaten, die sie zwei Wochen vorher nicht genug mit Liebkosungen hatten überhäufen können, so lange sie auf den Meineid gehofft, nennen sie nun in einer neuen Proklamation von Straßburg aus „verthierte Söldlinge!“ — Aber das Geschwür ist aufgebrochen und die Krankheit ist gehoben. Für ganz Deutschland haben wir Badener die schmerzliche Operation bestanden, möge Deutschland uns dafür nicht mit Abneigung lohnen. Es kann nun mit Ruhe und Würde daß große Werk, die Wiederherstellung deutscher Größe und Macht, vollenden. Auf trüben April scheint nun die Sonne des verheißenden Mai. Die tapferen Thaten an der Eider wie am Gardasee verbürgen uns den Frieden; gehen wir getrost der Zukunft entgegen. (D. Z.)

(Mannheim, den 2. Mai.) Die hiesige Postbehörde zeigt an, daß die „Mannheimer Abendzeitung“, die „Deutsche Volkszeitung“ und der „Deutsche Zuschauer“ bis auf weiteres nicht mehr erscheinen werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 30. April.) Es verlautete vor einiger Zeit, daß in der Ständeversammlung eine Anklage gegen den Minister Schulz erhoben werden solle. Er hat es nicht gewagt, den Ständen gegenüber sein freilich unhaltbares Finanzgesetz, das den bekannten Verfassungsstreit herbeiführte, zu vertheidigen, sondern hat, statt zu erscheinen, seine Entlassung eingereicht, um somit ohne Ruhm vom Schauplatze abzutreten. Er hat jedoch seine Entlassung noch immer nicht. Die Ständeversammlung hat nunmehr vor ihrem Auseinandergehen noch beschlossen, zu erklären, daß sie die Verfassung durch das Verfahren des Ministeriums und das Finanzgesetz für verletzt halte und sich alle Rechte und Maßregeln deshalb reservire. (Frkft. O.-P.-Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 3. Mai.) Heute wurde dem Fünfziger-Ausschuß in seiner öffentlichen Sitzung durch eine Deputation von Bürgern dieser Stadt nachstehende Adresse überreicht: An den Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt. Hohe Versammlung! Edle deutsche Männer! Mit Entrüstung haben die Bürger und Einwohner unserer Stadt, wie die Angehörigen unserer Landgemeinden, mit Entrüstung haben sie vernommen, daß man die Versammlung des Fünfziger-Ausschusses mit Vorwürfen überhäuft, die sie nicht verdient, daß man sie für das Bürgerblut verantwortlich machen will, welches im Süden unseres Vaterlandes vergossen wird, daß man sie für ein Werkzeug der Reaktion erklärt, daß man ihr mit offner Empörung, mit der Rache des Volkes droht, und als den Gesinnungsausdruck einer großen Volksversammlung, welche in unserer Stadt gehalten worden sey, sucht man diese Verleumdungen darzustellen. — Von hier aus wurden sie in zwei Flugblättern über die Nachbarländer verbreitet, und sie können dazu dienen, den Fünfziger-Ausschuß, ja unser ganzes Volk, über die Stimmung zu täuschen, welche bei uns herrscht. Dieß muß uns bestimmen, den Wühlereien, welche auch unsere Gegend erreicht haben, und täglich frecher ihr Haupt erheben, durch ein entschiedenes Entgegentreten ein Ende zu machen. Eine, öffentlich zu diesem Zwecke berufene Volksversammlung treten wir vor Euch, edle Männer hin, und bringen Euch die wahre Gesinnung unseres Volkes dar. Wir haben keinen Theil an jener Adresse vom 25. d. M., und an jenem noch schmählicheren Flugblatt: „An das Volk“ überschrieben. Wir erkennen sie nicht an, als den Ausdruck des hier herrschenden öffentlichen Geistes, der ein ganz anderer ist; sie sind das Werk einer unverständigen Anmaßung. Durch solches Auftreten wird einzig und allein der Reaktion von oben in die Hände gearbeitet, und die Zertrümmerung des kaum begonnenen Bau's der deutschen Einheit und Freiheit vorbereitet. Wir, die wir alle dem entschiedenen Fortschritte huldigen, und von Euch ein Gleiches erwarten, die wir die Freiheit des Vaterlandes wollen, und darum Feinde sind aller Bestrebungen, die dessen Zersplitterung zur Folge haben, die wir darum eben so entschieden das Sonderstreben des Wiener Kabinets, die die anarchischen Schilderhebungen in Baden als volksfeindlich verurtheilen; wir erklären Euch: Ihr seyd für uns in Eurer Gesammtheit vor wie nach die Männer des Vertrauens, bis jetzt das einzige Organ des souveränen Volkswillens, das wir geachtet und stark wissen wollen, damit ihr aus dem Volke die Kraft gewinnt, der Anarchie und der Reaktion entgegenzutreten. Ihr habt uns insbesondere die Ehre erwiesen, Euch selbst und die künftige deutsche Reichsversammlung unserm Schutze anzuvertrauen. Wohlan, wir wollen uns dieser Ehre würdig erzeigen; wir übernehmen diesen Schutz. Unsere Jugend steht bereit, unsere Greise sind gerüstet, die Brust des freien Mannes soll Eure Mauer und Euer Wall seyn. Mögen Euch Angriffe drohen, von welcher Seite sie wollen, wir werden wachsam und thätig seyn. Die anarchischen Gelüste, welche sich auch bei uns zu regen beginnen — wir werden sie zu ersticken wissen; die Versuche der Reaktion, sie sollen scheitern an unserm und des ganzen Vaterlandes ehernem Willen. Das geloben wir Euch, das geloben wir unserm großen Volke! Das ist der Geist, der in Frankfurts alten Mauern weht! Es lebe die Freiheit! Es lebe die Ordnung! Es lebe das Recht! Es lebe die Einheit unseres Volkes! es lebe das deutsche Parlament! Frankfurt, den 29. April 1848. (Folgen an 5000 Unterschriften.) (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 2. Mai.) [45. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 2. Mai 1848.] Da nach eingegangenen Nachrichten von Seiten Rußlands den bisher flüchtigen Polen der Eintritt in das Königreich Polen nicht gestattet wird, und die Anhäufung dieser Flüchtlinge in dem Großherzogthum Posen der öffentlichen Ruhe gefährlich ist, so beschließt die Bundesversammlung auf den Antrag Preussens, der badischen Regierung den Wunsch auszudrücken, daß zum Eintritt aus Frankreich und weitern Transport in der bisherigen Weise, nämlich in Partien zu 50 Mann und auf Kosten der Regierungen, nur solche Individuen zugelassen werden, welche sich ausweisen konnen, daß sie aus preussisch Polen stammen. Auf den Antrag Preussens wird die Stadt und Festung Posen, nebst dem Gebiete, welches die Verbindung derselben mit den übrigen deutschen Landen herstellt, mit einer Bevölkerung von 273,500 Köpfen, in den deutschen Bund aufgenommen. Ein Antrag von Preussen wegen Beseitigung der Unsicherheit der Dampfschifffahrt, namentlich der Dampfschleppschifffahrt auf dem Rhein, wird an eine aus den Gesandten der Rheinuferstaaten zusammengesetzte Kommission gewiesen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. Mai.) Ein Theil der Berathung in der gestrigen Versammlung des Montagskränzchens drehte sich um den von den Vertrauensmännern der Bundesversammlung vorgelegten Verfassungsentwurf für Deutschland. Mit großer Entschiedenheit sprach sich die Ansicht aus, daß ein solcher Entwurf nur von Vertrauensmännern der Fürsten, nicht aber des Volkes, habe ausgehen können; man hob hervor, daß die vom Vorparlament proklamirte Volkssouveränetät von Vertrauensmännern in dem fraglichen Entwurf zur Fürstensouveränetät geworden; man verwahrte sich namentlich gegen den ungeschickten Ausdruck des Vorworts „an unsre Fürstenhäuser knüpft sich die Gewohnheit des Gehorsams“: das neue Deutschland kenne nur einen Gehorsam, den Gehorsam gegen das Gesetz; für diesen Gehorsam wolle es leben und sterben. Als Resultat des Meinungsaustausches stellte sich endlich die Ansicht auf: unsere neueste Professorenweisheit scheine den Geist, der in unsern Tagen die Geschicke der Völker bewege, gänzlich mißverstanden zu haben; das deutsche Volk dürfe und könne dazu nicht stillschweigen; überall im deutschen Vaterlande werden sich sicherlich die Stimmen aller Stadt- und Landgemeinden erheben, um der konstituirenden Nationalversammlung zu erkennen zu geben, daß in dem vorliegenden Entwurf der Vertrauensmänner weder die Zukunft noch das Heil Deutschlands enthalten sei. Den deutschen Brüdern in allen Gauen gegenüber, möge daher Frankfurts freisinniger Reformverein durch seinen Vorstand eine ähnliche Erklärung veröffentlichen. Von dem herrlichsten Geiste beseelt trennte sich die Versammlung nach 11 Uhr. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. Mai.) In der heutigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses erstattete die aus Böhmen zurückgekehrte Deputation (Kanzler v. Wächter, Kuranda) Bericht über die bis jetzt traurige Erfolglosigkeit ihrer Sendung. Vorläufig bemerken wir, daß die Verhandlungen ein ausserordentliches Interesse boten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 2. Mai.) Die Herzogin von Orleans ist gestern hier durchgereist; sie wird sich nach Fulda begeben, wo bereits ein Haus für sie auf längere Zeit gemiethet seyn soll. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Bozen, den 26. April.) So eben erscheint hier folgendes Bulletin mit Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Italien und Südtirol: In Folge einer Beschießung am 21. d. M. Abends knüpfte die faktische Regierung der Stadt Udine mit dem Feldzeugmeister Grafen Nugent eine Unterhandlung an, welche am 22. Nachmittag 1 Uhr die Präliminarien zur definitiven Unterwerfung der Provinz Friaul lieferte, die zu sehr befriedigenden Resultaten führen werden. Udine wurde mit Haubitzgranaten und Raketen beworfen, der theilweise entstandene Brand richtete aber keinen wesentlichen Schaden an. (D. Z.)

Bozen, 25. April. So eben komme ich von einer Festlichkeit, die mich mit inniger Freude erfüllte. Nach der heutigen kirchlichen Feier des Geburtstages unseres Kaisers wurde auf dem hiesigen Rathhause, Stadtpfarrthurme und Schießstand die deutsche Fahne aufgehißt und Arndt's begeisterndes Lied gesungen. Deutsch also sind wir, deutsch, oft kamen mir stille Zweifel darüber, nun aber steht die Sprache der Herzen, der begeisterte Ausruf der überwiegenden Mehrzahl dafür ein, das war „Ein Ziel aufs Innigste zu wünschen!“ — Heute zogen auch zwei Kompagnien freiwilliger Schützen aus Kufstein ein, welche an die welsche Grenze rücken und unsere Bauern ablösen. Sie wollen Mailand sehen und Radetzky schrieb auffordernd: „ein tiroler Schütze sei ihm lieber, als ein italienischer König.“ (D. Z.)

Preussen. Die Preussische allgemeine Zeitung, welche fortan „Preußischer Staats-Anzeiger“ heißt, enthält folgende Proklamation des Königs an die Armee. Ich habe bereits durch Meine Proklama-

ten vom 18. März Meine feste Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß Unser gemeinschaftliches deutsches Vaterland nur dadurch zu seiner alten Macht und Glorie und zu dem ihm gebührenden Ansehen in Europa gelangen könne, wenn es selbst in seiner Gesammtheit, so wie in allen Staaten, die es bilden, durch verfassungsmäßige Freiheiten gekräftigt und erhoben würde. Darauf habe Ich in Folge dieses Ausspruchs Meinen Erblanden eine solche Verfassung aus freiem Entschlusse verheißen und beschlossen, sie für Mich und Meine Nachfolger in der Krone anzunehmen. Ich werde Mich, unterstützt von Meinem treuen und biederen Volke, ihrer vollsten Entwickelung und Ausführung zum Heil des Vaterlandes weihen und sie durchführen, so Mir Gott hilft. Ihr nun, treue und tapfere Krieger Meines Heeres, seid berufen, mitzuwirken an der Vollbringung dieses großen Werks, und um Euch dazu zu kräftigen, rufe Ich voran in Euch die Erinnerung auf, wie unter Unseren glorreichen, mit Sieg und Segen gekrönten Farben Eure Vorfahren den Ruhm des preussischen Namens begründet und erhalten haben. Die Mühen dieser oft schweren Kämpfe haben Eure Könige und Eure Mitbürger zu allen Zeiten dankbar erkannt und geehrt. Was Eure Vorfahren und Ihr bisher für Preussen gethan und gewesen, das werdet Ihr bei der unter Gottes gnädigem Beistande zu vollendenden Einigung Unseres deutschen Vaterlandes für dieses ferner thun und sein, und so tragt Ihr neben Unseren alten Farben zugleich die des tausendjährigen deutschen Reichs, um stets eingedenk zu sein, daß Ihr mit Euren deutschen Waffenbrüdern des ganzen einigen Deutschlands Schutz und Wehr seid. In dem Bewußtsein dieses hohen Berufs werdet Ihr streben, immer die ersten zu sein unter den tapfern deutschen Brüdern, wenn es den Kampf gilt, mit Blut und Leben für die Freiheit des theuern Vaterlandes. Aber nicht allein nach außen ruft Euch die Pflicht, sondern Euer Arm soll auch dienen, um im Innern die Ordnung zu wahren, dem Gesetz Achtung und Gehorsam zu sichern und Unsere Verfassung aufrecht zu erhalten. Für Erreichung dieses großen hohen Ziels und Erfüllung dieser rühmlichen, aber schweren Pflichten wird Euch kein Opfer zu theuer sein. Ich erwarte dies mit fester Zuversicht von Euch, Meine treuen und tapferen Krieger, in dem Bewußtsein, Euch mit Meinem Beispiele voranzugehen. Potsdam, 1. Mai 1848. Friedrich Wilhelm. (gez.) Graf Canitz.

(Berlin, den 30. April.) Die Buchdrucker- und Setzer-Gehülfen sind heute Morgen größtentheils zu ihrer Arbeit zurückgekehrt; die übrigen, die es noch nicht gethan, werden es wahrscheinlich übermorgen thun, da morgen wegen der Wahlen überhaupt nicht gearbeitet wird. Wie das alles gekommen, kann das Publikum im Allgemeinen nicht interessiren; nur das ist hervorzuheben, daß der Schritt der Gehülfen ein freiwilliger, auf der Ueberzeugung von der Ungesetzlichkeit ihrer verunglückten Demonstration beruhender ist. Das wollen wir ihnen gern zur Ehre anrechnen, da das Eingeständniß eines Irrthums keine Schande ist. Die Gehülfen haben eine dahin lautende Erklärung unterzeichnet und die Buchdruckerei-Besitzer in Folge davon heute beschlossen, die Arbeiten in ihren Offizinen wieder aufzunehmen und alle diejenigen Arbeiter wieder zu beschäftigen, welche, zu ihrer Pflicht zurückkehrend, diese Erklärung unterzeichnet haben oder bis Dienstag unterzeichnen werden. Alle diejenigen Arbeiter, welche diese Erklärung nicht vollziehen und dadurch zu erkennen geben, daß sie aus der Korporation gänzlich ausscheiden wollen, werden in ein Verzeichniß eingetragen, das diejenigen Gehülfen umfaßt, die fernerhin in den verschiedenen Druckereien der Korporations-Mitglieder nicht mehr angestellt werden dürfen. Nachdem so dem Gesetz und der Ordnung ihr Recht geworden, wird die Bildung einer Korporation, in die sowohl die Gehülfen als die Prinzipale vereinigt werden sollen, beschleunigt und möglichst noch vor dem 1. Juni beendigt, inzwischen aber auch die Vereinbarung in Betreff der Forderungen der Gehülfen wegen Lohnerhöhung und Verminderung der Arbeitszeit betrieben werden. (Köln. Z.)

(Aus der Provinz Preussen, den 27. April) Mit nicht geringer Freude theile ich Ihnen die, hoffentlich wohl verbürgte, Nachricht mit, daß, nach Eingang der neuesten Nachrichten aus Dänemark, eine Anzahl von Danziger Schiffs-Kapitänen die Militär-Behörde sofort um Ueberlassung von Kanonen gebeten hat. Sie wollen ihre Schiffe auf der Stelle umtakeln, um sogleich gegen die Dänen in See zu gehen. Möchte doch ihr Beispiel recht zahlreiche Nachahmung finden, damit wir endlich die Schmach von uns abwälzen, daß das deutsche Volk in seinen eigenen Meeren von fremden Nationen sich muß Gesetze vorschreiben lassen. (Köln. Z.)

(Aus Westpreussen, 29. April.) Von Danzig aus meldet man, es seyen bereits deutsche Handelsschiffe, darunter preussische, von den Dänen gekapert worden. In Folge dieser Nachricht hat die kgl. Regierung in Danzig sofort eine Menge von Schiffbauholz, welches hier für Rechnung der dänischen Marine lagert, in Beschlag genommen. Auch ist Danzigs Hafen in Kriegszustand gebracht worden. Das freundliche Gehölz auf der Westerplatte vor Weichselmünde ist umgehauen und der Platz am Strande mit Batterien versehen worden. Ebenso sind in Pillau die Strandbatterien in Angriffszustand gebracht, und mit Glühöfen ausgerüstet worden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Posen, den 30. April.) Ich beeile mich, noch einen kurzen Bericht über das äußerst blutige Gefecht mitzutheilen, welches gestern Nachmittag bei dem Städtchen Xions (im Kreise Schrimm, sechs Meilen von hier) stattgefunden hat. Hier hatte sich seit etwa acht Tagen die Hauptmacht der Polen konzentrirt und eine feste Stellung eingenommen. Ihre ganze Stärke ist nicht genau bekannt, doch hatten sie außer zahlreichen Sensenmännern auch Reiterei, mehre kleine Kanonen und ein Korps mit Schießwaffen versehener Cambattanten. Alle Versuche, sie zum Niederlegen der Waffen und zum Auseinandergehen zu bewegen, blieben erfolglos, und so wurde denn gestern Mittag zum Angriff, unter Anführung des Brigadiers Obersten v. Brandt, geschritten. Die Insurgenten stoben nicht, wie zumeist bisher, sofort aus einander, sondern nahmen den Kampf an, der über zwei Stunden dauerte und worin sie eine große Bravour an den Tag legten. Um 2 Uhr Nachm. waren die Polen indessen auf allen Punkten überwunden und auseinandergesprengt. Ueber 300 sollen mit den Waffen in der Hand gefangen genommen und sofort nach der Festung Küstrin abgeführt worden seyn; sie sollen mehrere Hundert Todte und Verwundete zählen, unter erstern einen ihrer Führer, den Hrn. v. Dombrowski, aber nicht den, der bei Siedlce, traurigen Andenkens, sich einen Namen gemacht hat. Wie blutig es bei Xions hergegangen seyn muß, geht daraus hervor, daß das Städtchen großentheils in Flammen aufgegangen ist und daß das preußische Militär über vierzig Todte und eine namhafte Anzahl Verwundeter zählt; unter Erstern befindet sich jedoch nur ein Offizier, Lieutenants Michaelis, vom sechsten Regiment, untern Letztern vier Offiziere. So viel wir bereits wissen, sind die bei Miloslaw lagernden Polen, die ebenfalls sehr zahlreich sein sollen, heute angegriffen worden, doch können wir von dem Resultate des Treffens vor morgen Mittag nicht füglich Kunde erhalten. Hier verhalten die Polen sich ruhig, doch fürchtet man jetzt wieder für den 3. Mai, den Jahrestag der berühmten Konstitution, die freilich nie zur Ausführung gekommen ist, aber von den Polen alljährlich gefeiert wird. Die Polen sind fortwährend entschlossen, an den Urwahlen morgen nicht Theil zu nehmen. (D. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 2. Mai.) Der Reichsgrundgesetzentwurf findet im ganzen hier wenig Anklang. Namentlich ist es der Punkt der Erblichkeit eines zukünftigen Reichsoberhauptes, an welchem die Meisten Anstoß nehmen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Stuttgart, den 2. Mai.) Unter unsern 28 württembergischen Reichstagsabgeordneten haben 5 ihren Wohnsitz gewöhnlich außerhalb Württembergs, nämlich Mathy, Wurm, R. Mohl, Gfrörer, Rheinwald; letztere 4 sind geborene Württemberger, Mathy ist Badener. Drei begleiten gegenwärtig die höchsten Staatsstellen, Pfizer und Römer in Württemberg, Mathy in Baden. Staatsdiener (ohne die Kirchen- und Schuldiener) sind folgende 6: Pfizer, Römer, Mathy, Schoder, M. Mohl, Wiest. Der einzige gewählte Adelige ist der Fürst Zeil. Besonders stark ist der Stand der Theologen (10) vertreten durch angehörige der Kirche und Schule, nämlich durch einen protestantischen Geistlichen und Lehrer an einem Privaterziehungsinstitut: Hoffmann (ein Hauptpietist), 2 katholische Geistliche: Kauzer und Pfadler (zugleich Präzeptor) und 7 Lehrer, nämlich die Universitätsprofessoren Vischer und Gfrörer, Prof. Wurm, Rekt. Rümelin, die Prof. Haßler, Frisch, Zimmermann. Zu den Lehrern kommen noch R. Mohl und Rheinwald, beide Juristen. Juristen sind 13 gewählt, nämlich Uhland, Pfizer, Römer, R. Mohl, Wiest, Schoder, Rheinwald und die 5 Advokaten Schott, Rödinger, Tafel, Fezer, Murschel. Sehen wir von Uhlands jetziger Sendung in Frankfurt im Dienste des Staats ab, so war er seither wie bis noch vor Kurzem sein Freund Pfizer, Privatgelehrter, eine Beschäftigung, der wenn er gewählt worden wäre, hier auch Strauß beigerechnet werden müßte. Die Gewerbe sind speziell vertreten durch Nägele und Hentges, Gewerbskunde, Handel, Nationalökonomie durch die beiden Mohl, Mathy, Wurm. (Schw. M.)

(Vom Neckar, 2. Mai.) Aus dem amtlichen Bericht des württembergischen Generallieutenant v. Miller ergibt sich, daß in dem Gefecht bei Schopfheim von den Arbeitern, die in einer zwischen 800 und 900 Mann starken Kolonne den Truppen gegenüber standen, 30 geblieben, viele verwundet und 400 gefangen genommen worden sind. Ausser Rheinhardt Schimmelpfennig sind noch von Anführern ein Bataillonschef (weitern Nachrichten zufolge ein Franzose) und zwei Hauptleute geblieben. Unter den Gefangenen befindet sich der dritte Bataillonschef; — die wichtigste Person aber ist Bornstedt, Vicepräsident des Komites der Arbeiter. Herwegh selbst und seine Frau, die ihn in Männertracht begleitete, ist nach eingegangener Nachricht, sobald er die Annäherung der Truppen erfahren, noch vor Beginn des Kampfes entflohen. Struve ist einem amtlichen Berichte zufolge in die Schweiz gegangen. Aus Zürich wird gemeldet, daß daselbst am Abend des 28. Weißhaar und Langsdorff mit einer Menge deutscher Flüchtlinge eingetroffen waren. Ueber den innern Zusammenhang der republikanischen Schilderhebung und insbesondere über die Betheiligung der einzelnen Persönlichkeiten werden ohne Zweifel die Papiere Aufschluß geben, deren man nach dem Schopfheimer Gefecht habhaft geworden ist. (F.-O.-P.-Z.)

Vom Main, den 3. Mai. Der jüngst veröffentlichte Entwurf der deutschen Reichsverfassung hat allenthalben eine so ungünstige Stimmung erregt, daß wir es für eine heilige Pflicht erachten, dem Volke die Namen derjenigen patriotischen Größen und politischen Staatskünstler kund zu geben, welche als sogenannte Vertrauensmänner an jenem Entwurfe Theil nahmen, womit der deutsche Bund in Gemeinschaft mit dem Parlament unser armes deutsches Vaterland zu beglücken gedenkt. Sie sind: Oesterreich: v. Schmerling aus Wien und Sommaruga aus Wien. Preussen: Dr. Dahlmann aus Bonn. Bayern: (nicht vertreten). Königreich Sachsen: Todt aus Adorf. Hannover: Dr. Zachariä aus Göttingen. Würtemberg: Dr. Uhland aus Tübingen. Baden: Bassermann aus Mannheim. Kurhessen: Dr. Bergk aus Marburg. Großherzogthum Hessen: Dr. Langen aus Rheinhessen. Holstein: Dr. Droysen aus Kiel. Luxemburg: Willmar aus Luxemburg. Sächsische Häuser: von der Gabelentz aus Altenburg und Luther aus Meiningen. Braunschweig und Nassau: von Gagern aus Wiesbaden. Mecklenburg: Stever aus Meckenburg. Oldenburg u. s. w.: Dr. Albrecht aus Leipzig. 16. Stimme: Jaup aus Darmstadt und Petri aus Detmold. Freie Städte: Dr. Gervinus aus Heidelberg. (Frk. M.)

Schweiz.

Basel, den 1. Mai.) Herwegh und seine Frau sind in Rheinfelden (K. Aargau) angekommen. Hecker verweilt laut der Baseler Nationalzeitung im Wirthshaus zum Schlüssel in Muttenz.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Verlobung.

Karl, Karl; Rothschmieds-Drechsler.
Nannette Kimmelmann; Schneidermeisterstochter

Anzeige und Empfehlung.

Ich sehe mich veranlaßt, mehrerer Nachfrage zufolge, einem hochverehrlichen Gesammtpublikum ergebenst anzuzeigen, daß ich heute von München wieder dahier angekommen, und mit einer reichen Auswahl, der allerneuesten Verzierungen versehen bin, sehe daher recht vielen Aufträgen entgegen.

Hochachtungsvoll empfiehlt sich

Nürnberg, den 6. Mai 1848.

Gabriel Huber,
Zimmermaler.
L. Nr 757 der Peter-Vischergasse.

Warnung:

Unterzeichnete warnen hiemit alle hiesigen und auswärtigen Anverwandten, Freunde und Bekannten, Niemanden, es sey auch wer es wolle, auf unsern Namen etwas zu borgen oder verabfolgen zu lassen, indem wir keine Zahlung dafür leisten.

Joh. Phil. Milbradt,
Flaschner-Meister, nebst Gattin.

Anzeige und Empfehlung.

Einem hochverehrlichen Publikum so wie auch allen schätzbaren Freunden und Bekannten bringe ich hiedurch zur ergebensten Anzeige, daß ich Sonntag den 7. Mai meine Wirthschaft eröffne. Da ich es mir angelegen seyn lassen werde, meine verehrlichen Gäste auf das Pünktlichste und Prompteste zu bedienen, so bitte ich, mich mit Ihrem gütigen Zuspruch zu beehren.

Achtungsvoll empfiehlt sich

Peter Schwenold, zum schwarzen Bären in Schweinau

Eröffnung

der Molkenkur und Molkenbad-Anstalt zum Ochsen in Gais Canton Appenzell.

Der Unterzeichnete hat hiemit die Ehre, einem ehrsamen Publikum die ergebenste Anzeige zu machen, daß er bei dieser ausgezeichneten Witterung seine Anstalt schon mit Mitte d. Monats eröffnen wird; er empfiehlt sich zu geneigtem Zuspruch

Gais, den 1 Mai 1848.

Heim,
Gastgeber.

Bitte und Bemerkung.

Die Unterzeichnete bittet ihre werthe Kundschaft um sorgfältigere Aufbewahrung der, gegen gebrachte Stoffe oder Kleidungsstücke, erhaltenen Zeichen, um so vielen Verdrüßlichkeiten auszuweichen, da sonst, ohne Zurückgabe derselben, das Gebrachte nicht zurückverlangt werden kann. Zugleich wird bemerkt, daß für Stoffe, die über ein Jahr liegen bleiben sollten, künftighin nicht mehr Garantie geleistet werden kann.

Marie Geyer, Dekateurswittwe.

Nachruf.

Unserm theuren Freunde, dem Herrn Sergeanten Peter Friedrich Dorst im k. 5. Infant.-Regim. Erbgroßherzog von Hessen, welcher heute aus unserer Mitte schied, rufen wir ein herzliches Lebewohl zu, mit der Bitte, daß derselbe auch in der Ferne uns im steten Andenken behalten möge.

Nürnberg, den 5 Mai 1848

Im Namen aller Freunde
St...t

BELVEDERE.

Morgen Sonntag findet die Eröffnung meines Zwingers am Wöhrderthor statt, mit der Bitte um recht zahlreichen Besuch

Für guten Kaffee, feines Backwerk, warme und kalte Speisen und sehr gutes Sommerbier ist bestens gesorgt.

Zugleich bitte ich auch um ferneren Besuch in meinem Gasthaus zum goldnen Hirschen an der Laufersraße.

Hochachtungsvollst empfiehlt sich

Sturm.

Tanz-Musik

Sonntag den 7 Mai in

Muggenhof.

Empfehlung.

Zur gothischen Blatt-Stickerei in Ausstattungen und schon fertigen Wäschen, per Dutzend 24 kr mit 2 Buchstaben und Nummer, empfiehlt sich, Louise Seidel, S Nro. 258 an der Marbrücke

(Gesuch.) Man sucht noch einige Mitschülerinnen zur Erlernung aller nützlichen und feinen weiblichen Arbeiten und künstlich angelegten Stickereien, auch wird dabei ganz gründlicher Unterricht im Zeichnen und Malen ertheilt

Mit höchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Cocos-Nuss-Oel-Soda-Seife

von ächtem bestem Cocosnußöl ist bei Unterzeichnetem troz der bedeutenden Steigerung dieses Oels fortwährend in Stücken zu 3, 6, 9 und 12 kr. und in ganzen Riegeln zu 48 kr zu haben, so wie alle andern Tollettenseifen, namentlich Windsorseife in großer Auswahl, Palmseife, Transparentseife, Königsseife, Rasirseife, englische Militärseife Savon Naval, Seifenpulver, das Schächtelchen zu 6 kr., Bimssteinseife in Stücken zu 8, 10, 18 und 24 kr., Seifenkugeln, flüssige Althenaseife gegen Sommersprossen Leberflecken und sonstige Hautunreinigkeiten, das große Glas zu 40 kr und das kleine zu 20 kr., sammt Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen berühmter Aerzte; ferner frische Pommaden in vielen Gattungen und Blumengerüchen, von 9 kr. bis 48 kr per Topf. Haar- und Bart-Pommaden in Stangen, blond braun und schwarz; Pommade cosmétique, schwarze und braune Pommaden zum Haarfärben, Cosmétique Kephalia zur Verschönerung der Haare, Mailändischen Haarbalsam, anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, das große Glas zu 54 kr und das kleine zu 30 kr., Haaröle in allen Gerüchen, von 5 kr bis 42 kr. das Glas, Macassaröl, ächtes Eau de Cologne von J M Farina und Carl Anton Zanoli, Eau de Cologne triple zu 12, 18 und 24 kr. das Glas, Quintessence d'Eau de Cologne ambrée das Glas zu 48 kr., Extrait d'odeurs in den feinsten und stärksten Blumengerüchen, Eau de Mille Leurs nach neuester Pariser Composition zu 18 kr. und zu 36 kr. pr Glas, Duft-Essig, ein höchst köstliches Zimmerparfüm und Luftreinigungsmittel das Glas zu 18 kr., weiße und rothe Schminken in allen Qualitäten, Riechkissen zum Parfümiren der Wäsche und Kleider, und viele andere in das Parfümeriefach einschlagende Artikel von bester Qualität zu den möglichst billigen Preisen sind stets vorräthig bei

Carl Kreller,
Karlsstrasse S. Nro. 91 nächst dem Weinmarkt

Ersuchen.

Die neueste königliche Verordnung in Betreff der Polizeistunde, wornach die frühern vom 3. Sept. 1843 dahin abgeändert wurde,

> daß von nun an die Polizeistunde in allen Städten des ganzen Königsreichs auf 12 Uhr Mitternacht, in den Märkten mit magistratischer Verfassung durchgängig auf 11 Uhr vor Mitternacht, und in den Landgemeinden vom 1. April bis 30. Septbr. auf Abends 11 Uhr, während der übrigen 6 Monate aber auf Abends 10 Uhr festgesetzt wird,

hat namentlich die Landgemeinden in ihren Erwartungen nicht vollständig befriedigt, sie finden vielmehr in dieser neueren königlichen Verordnung den alten Uebelstand der Ungleichheit vor dem Gesetze nicht beseitiget, und fühlen sich deßhalb gedrungen, in einer besonderen Petition den fraglichen Gegenstand, wiederholt durch das treffende Ministerium an den Thron zu bringen, welches Vorhaben demnächst in Ausführung gebracht werden soll. Da nun unter der Hand verschiedene Nachbargemeinden erklärt haben, sich bei der Sache gleichfalls betheiligen zu wollen, so werden dieselben hiemit ersucht, ungesäumt und längstens innerhalb 8 Tagen der unterzeichneten Gemeindeverwaltung die bestimmte Anzeige hievon zu machen, um hierauf bei Abfassung der Petition die geeignete Rücksicht nehmen zu können.

Wir Alle — Städter oder Landbewohner — sind Unterthanen eines Staates, tragen gleiche Lasten nach einem bestimmten Maßstabe und haben folglich auch gleiche Rechte anzusprechen, welche Absichten der gravirlichen Classifikation bei Festsetzung der Polizeistunde zu Grunde liegen mögen, ist uns zwar unbekannt; wir vermögen aber einen eigentlichen Grund um so weniger einzusehen als eben die Landbewohner es sind, deren Beruf ihnen ungleich weniger Erholungsstunden gönnt, als sich die Städter erfreuen, da ihre Arbeitszeit im Sommer sich erst um 9 Uhr endigt, und mindestens doch eine Stunde zum Abwaschen, zur Einnahme der Abendmahlzeit und theilweisen Umkleidung erforderlich ist. Die ersehnte Erholungszeit würde sich dann auf eine Stunde reduciren! — Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hoffen wir auf gesetzlichem Wege nachträglich die ausgedehnte Polizeistunde gleich den Stadtbewohnern durchweg bis 12 Uhr und die verdiente Gleichstellung mit denselben zu erlangen.

Die Verwaltung der Gemeinde
Glaishammer.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 7. Mai findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Almoshof.

Morgen Sonntag den 7. Mai ist Tanzmusik, wozu ergebenst einladet

Wilk.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 6. Mai findet vollständige Orchestermusik, Entree 6 kr. à Person, statt, wozu hiemit höflichst einladet

Kißkalt.

Schießhaus St. Johannis.

Morgen Sonntag findet gutbesetzte Tanz-Musik statt, wozu ich ein geehrtes Publikum ergebenst einlade.

Kellermann.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 7 Mai findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Lebewohl.

Allen werthen, theuern Freunden und Bekannten rufe ich bei meinem heutigen Abmarsche aus hiesiger Garnison ein herzliches Lebewohl zu, mit der Bitte, mir auch in der Ferne ihre Freundschaft zu erhalten.

Nürnberg, am 5. Mai 1848.

Friedr. Dorst Sergeant im 5. königl. Infanterie-Regiment Erbgroßherzog von Hessen.

Versteigerung.

Montag den 8. Mai, Nachmittags 2 Uhr, werden im Garten Nro. 88. zu St. Johannis verschiedene Gegenstände, als:

Kleider, Wäsche, Schreinzeug, worunter schöne Sophas und 6 Sessel, Kommode und Behälter und sonstige Hausgeräthschaften

gegen sogleich baare Bezahlung verkauft und hiezu Kaufliebhaber eingeladen werden

Schloßzwinger.

Da bei dem vergangenen Sonntag gewesenen Bestaer-Jahresfeste die Witterung so ungünstig war, so wird heute Sonnabend, Sonntag und Montag dieselbe zur Nachfeier daselbst gefeiert, wobei Blech-Musik stattfindet, zum gefälligen Besuch empfiehlt sich

Fuchs.

Versammlung.

Sonnabend den 6. Mai, Punkt 8 Uhr Abends, Versammlung der königl. Landwehr-Artillerie-Kompagnie in der goldnen Krone am Obstmarkt.

Eintracht.

Montag den 8 Mai ist Produktion im Lokale des Bamberger Hofes. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

(Gefunden.) Am 4. d. M. ist ein Herrnhemde, gezeichnet mit W. S. Nro 2 gefunden worden.

(Zu vermiethen.) Eine freundliche, auf der Mittagseite gelegenen, aus Stube und Stubenkammer bestehende Wohnung, ist mit oder ohne Möbeln, an einen oder zwei solide Herrn bis Ziel Lichtmeß zu vermiethen. Es kann auf Verlangen die Kost dazu gegeben werden.

(Verlaufen.) Ein brauner, langhäriger Hühnerhund, männlichen Geschlechts, mit weißer Brust, welcher auf dem Namen „Hektor" geht, hat sich verlaufen. Wem derselbe zugelaufen ist, wolle sich an die Exped. d. Bl. wenden.

(Anzeige.) Wer ein gutes Glas Zeltner'sches Lagerbier trinken will, finde sich bei Hoch im Hausschlüssel hinterm Tezel ein.

(Zu vermiethen.) Zu Hummelstein ist eine Wohnung (ganzes Haus) mit 2 heizbaren Zimmern für Sommer und Winter an eine kleine Familie zu vermiethen.

(Gesuch.) Eine Hausmagd, welche auch mit Kühen umzugehen weiß, wird anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine gewandte Köchin, welche sich auch gerne anderen Hausarbeiten unterzieht, wünscht bis 14 Tagen nach dem Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres Rosengasse L. 615.

(Kauf-Gesuch. Eine große spanische Wand, ganz gut gehalten, wird zu kaufen gesucht, in L. Nro. 341 der Karolinenstraße.

Arena.

Samstag den 6. Mai. 11. Vorstellung im ersten Abonnement „Der Zeitgeist" Posse in 4 Akten von Dr. E. Raupach

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. Mai 1848. № 128. Sonntag: Gottfried.

⁑ Auch über Einkommensteuer.

Der Einkommensteuer werden wir uns freilich fügen müssen, aber nicht weil sie die beste und gerechteste Art der Besteuerung ist, sondern weil, nachdem mit dieser so viele und unbefriedigende Wege eingeschlagen worden sind, man von ihr ein besseres Ergebniß erwartet, weil die Stimmführer der Gegenwart sie als ein namentlich zur Deckung der Ausfälle im Staatshaushalt einzig zweckdienliches Mittel vorgeschlagen haben, und weil endlich die Masse des vierten Standes, dem man durch die Einführung derselben Hoffnung auf Ermäßigung oder gänzliche Aufhebung der auf den nothwendigen Lebensbedürfnissen lastenden Abgaben (indirekte Steuern) gemacht hat, bereit ist, dieses staatswirthschaftliche Experiment nöthigenfalls auch mit Gewalt der Fäuste zu unterstützen. Indessen kann man sich den Grundsatz, daß die Besitzenden und Vermöglicheren zur Erhaltung des Staates mehr als die Andern, ja vielmehr Alles beitragen sollen, ganz wohl gefallen lassen und es liegt demselben dieselbe gesunde Vernunft zu Grunde, welche zu Solons und zu Servius Tullius Zeiten den athenischen Staat und das römische Volk in Klassen nach dem Vermögen abtheilte, wäre nur nicht ein anderer dem gesunden Vernunftprinzip wiederum entgegengesetzter Grundsatz dabei, nämlich erstens, daß die Vermöglicheren mit diesem Opfer, das sie bringen, sich begnügen und weiter nichts, als das beruhigende und trostreiche Bewußtsein davon haben sollen, für die Erhaltung des Staats und die Bedürfnisse der Armen alles Mögliche gethan zu haben, die Rechte aber nur in gleichem Maaße mit diesen zu genießen. Gleichheit der Rechte bedingt, wie uns bedünkt, auch Gleichheit der Pflichten; liegen aber die Lasten der Pflichten lediglich auf einer Seite, und soll diese ganz allein zur Erhaltung der andern beitragen, so scheint es höchst unbillig, sie nicht auch durch die Vertheilung der Rechte dafür zu entschädigen, sondern blos auf das lohnende Bewußtsein, den Schutz, den man im Staate genießt, dadurch sich verschafft zu haben, eine Anweisung auszustellen. Es ist das im Grunde nichts Anders, als eine mit zierlichen Worten ausgesprochene Verpflichtung der Besitzenden, unter welche der Verfasser des Artikels im Korresp. v. u. f. D. Nr. 125 die Kapitalisten, die größeren Erwerbenden (Kaufleute und Fabrikanten) und die Beamten rechnet, die Nichtbesitzenden oder den vierten Stand zu erhalten. Diese Ungerechtigkeit wird aber um so größer, als zugleich auf die für den Staat dadurch gegebene Möglichkeit hingedeutet wird, zu allen andern Bedürfnissen einen Distributions-Maßstab zu haben. Dies ist namentlich hinsichtlich der Armensteuer der Fall. Wird diese nach der projektirten Einkommensteuer regulirt, so ist vorauszusehen, daß allmählig in Folge der hohen Besteuerung die Zahl der Unvermögenden, namentlich aus dem Beamtenstande, nur vermehrt wird. Bei diesem nämlich ist die Besoldung immer nur so angesetzt, daß sie zum nothdürftigen Unterhalt des Einzelnen hinreicht und ihm nur in besonders günstigen Verhältnissen ein Vermögen zu erwerben oder zu ersparen erlaubt. Wir wollen gar nicht einmal anführen, daß nicht blos uns, sondern auch Andern bereits die Besteuerung des Beamten im Widerspruch zu seyn scheint, denn wer gibt ihm den Gehalt? Der Staat. Wer nimmt ihm den Gehalt? Der Staat. Es ist das also eigentlich keine Besteuerung, sondern eine Besoldungsschmälerung. Indessen mag es darum seyn; in der gegenwärtigen Zeit würde jedes noch so billige Wort für die Lage der Beamten eine reaktionäre Tendenz genannt werden. Gehen wir also auf die oben schon bezeichnete Ungerechtigkeit zurück, die sich dadurch um so ärger herausstellt, daß also nicht nur 1) der Besitzende alle Lasten zur Erhaltung des Staates tragen, sondern auch 2) zur besondern Unterhaltung der Pauperes oder des vierten Standes sich eine besondere Abgabe gefallen lassen, und endlich 3) alle Rechte mit ihnen theilen soll. Dieses Verhältniß ist zu unnatürlich, als daß es bestehen könnte, und wenn es auch für den Augenblick von der Furcht vor dem Proletariat und von dem falschen oder wahren Fanatismus der Ideologen durchgesetzt wird, so wird es doch früher oder später einer vernünftigen Vertheilung der Rechte und Pflichten wieder weichen müssen. Wenn die Einkommensteuer eine Ermäßigung oder Aufhebung aller Konsumtionssteuern, das heißt, aller auf Brod, Fleisch, Salz, Bier, andere zu Markt gebrachte Viktualien gelegten Abgaben zur Folge hat, so wird von dieser Veränderung natürlich der vierte Stand die Wohlthat verspüren, aber die andern Stände nicht minder; ob aber der dadurch entstehende Ausfall in der Einnahme durch die Mehreinnahme der Einkommensteuer wird gedeckt werden, steht vorerst noch dahin. Die geringe Anlage der Kapitalisten hat wohl hie und da gerechte Entrüstung erregt, allein daß durch die Einkommensteuer ein anderes größeres Uebel als Geldnoth hervorgerufen werde, scheint uns sehr wahrscheinlich, nemlich die Entsittlichung. Man hat die Mauthen als ein indirektes Mittel der Demoralisation betrachtet, weil der Schleichhandel und die Aussicht, das Gesetz zu umgehen und umzustoßen, dadurch veranlaßt worden ist; aber läßt sich bei einer Einkommensteuer etwas Anderes erwarten? Man baue nur ja nicht auf Treu und Glauben, wenn es sich um Geld und Gut handelt; diesem und jenem kann man wohl nachrechnen, wie z. B. dem auf seine feste Einnahme angewiesenen und beschränkten Beamten, wie aber dem Kaufmann, nicht blos dem Krämer, sondern auch dem Großhändler? Der alte Cato sagt: „Manchmal mags gut seyn, durch Handelschaft reich werden zu wollen, wenn es nur nicht so gefährlich wäre, und eben so Wucher zu treiben, wenn es nur honett wäre." Aber freilich die Ansichten des Alterthums passen nicht mehr auf die Jetztzeit.

Deutschland.

Bayern. †° (München, 4. Mai.) [Schluß der neunten Sitzung der Kammer der Reichsräthe.] Bei Art. 5 erhob Ob.-Conf.-Präs. v. Arnold Bedenken wegen des Fortbestehens der Ausschüsse, falls die zweite Kammer bereits aufgelößt wäre und beantragt einen bestimmten Ausspruch im Gesetze. Fürst Wallerstein unterstützte diesen Antrag, wogegen Graf Reigersperg einwendet, wenn die Kammer aufhöre, müßten auch die Ausschüsse aufhören. Min. Heintz hält einen derartigen Zusatz für überflüssig. In 2 Monaten können die Vorlagen erledigt und so lange brauche die Kammer nicht aufgelöst zu werden. Wenn aber die Kammer aufgelößt würde, so würde man eine neue einberufen, deren Ausschuß dann zu wirken anfange. Bar. v. Zu-Rhein spricht den Ausschüssen einer aufgelösten Kammer alle Befugniß der Legislatur ab, weil sie aufhöre, ständische Kraft zu besitzen. Der Antrag des Ob.-Conf.-Präs. wird endlich verworfen und Art 5 mit der Modif. der zweiten Kammer angenommen; ebenso Art 6 ohne Diskussion, nachdem ein Antrag des Reichsr. v. Arnold auf Aufhebung der Kettenstrafe, wofür lebenslängliche Zuchthausstrafe gesetzt werden soll, keine Unterstützung fand. — Art. 7 veranlaßt eine längere Debatte. Referent beantragte folgende Zusätze: a) den ordentlichen unmittelbaren Gerichten zu überweisen die Erkenntnisse: „1) in allen Aufschlagsdefraudationen, b) in Wildschadensachen." Gegen diese Judikatur der Aufschläge, so wie gegen die Willkühr der Strafbestimmungen äußern namentlich die Grafen Giech und Reigersperg Bedenken. Der schlechte Zustand unserer Gefängnisse, den Graf Giech ergreifend schildert, veranlaßt den Grafen C. Seinsheim, der Prügel- den Vorzug vor der Gefängniß-Strafe zu geben. v. Arnold und Reigersperg sind für Verweisung der Malzdefraudationen vor die Geschwornengerichte; letzterer führt eine schlagende Stelle Swift's gegen die Prügelstrafe an, als die höchste Ungleichheit der Bestrafung in sich führend. Starke Naturen ertragen Prügel leichter, als schwache; starke Naturen geben kräftigere Prügel, als schwächere; die empfangenen Prügel können, wenn sie ungerecht waren, Einem nicht mehr abgenommen werden. Fürst Wallerstein bemerkt, daß in den Jahren 1832 bis 1837 die Prügelstrafe nach der im J. 1816 erschienenen Verordnung nur auf Dienstboten ꝛc. angewendet wurden; von 1837 an sey erst ein anderer Usus gehandhabt worden. Dagegen tritt Graf Seinsheim verneinend auf, indem er, damals Präsident von Oberbayern, viele deßfallsige Reklamationen empfangen habe; nach 1837 sey keine neuere Verordnung erschienen. Fürst Wallerstein beruft sich auf das Zeugniß der gewesenen Reg.-Präs. Giech und Wrede und Ersterer weist auf die von Abel 1838 erlassene Verordnung hin, wonach auch Bauernsöhne (bei Raufhändeln) mit Prügeln bestraft werden sollen. — Bar v. Zu-Rhein spricht sich warm gegen körperliche Züchtigung aus. Endlich nimmt die Kammer den §. 7 mit der Mod. ihres Ref. an. — Art. 8 (früher 7) unterliegt keiner Debatte und wird in der Fassung der zweiten Kammer angenommen. — Der Wunsch der zweiten Kammer bezüglich der Begnadigung der wegen Wildfrevels hart Bestraften wird von den Grafen C. u. L. Seinsheim undelikat gefunden, während Fürst Wallerstein es für das schönste Recht der Stände hält, die Gnade des Monarchen anzuflehen. Auch dieser Wunsch wird (gegen 9 Stimmen) angenommen. Der Gesetzentwurf endlich wird in der also modifizirten Gestalt einstimmig angenommen.

Da die Zeit schon weit vorgerückt ist (3 Uhr) wurde die Berathung der ferner auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstände auf morgen 10 Uhr anberaumt. —

*† (München, den 5. Mai.) [Zehnte öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe, Anfang 10 Uhr.] Am Ministertische der Finanzminister Bar. v. Lerchenfeld. — Nach Verlesung des Einlaufs schreitet die hohe Kammer sogleich zur Berathung des Anleihe-Gesetzes. Referent ist v. Niethhammer. Bar. Lotzbeck ergreift das Wort, giebt dem Gesetze seine volle Zustimmung und weist vorzüglich auf die englischen Tressort-Scheine hin. Er glaubt, daß die Zeit nicht mehr ferne sei, wo die Kammer nun mehr über die Größe und Nothwendigkeit einer Anleihe entscheiden und die Zustandebringung derselben der freien Thätigkeit des Ministeriums anheim stellen werde. Ihm stimmt v. Stauffenberg bei, nur bezweifelt er, ob es der Regierung möglich seyn werde, dieses Anlehen auf dem Wege der freiwilligen Subskription zu Stande zu bringen. Minister v. Lerchenfeld gibt später die Erklärung ab, daß man zwar hoffe, es werde dies durch Emission kleiner verzinslicher Papiere möglich seyn, widrigenfalls man zu Banquiers seine Zuflucht nehmen werde. Bischof Richarz versagt dem Gesetze seine Zustimmung, weil er der Zukunft nicht eine Last überwälzen will, die sie bei den zu befürchtenden harten Verhältnissen zu tragen nicht im Stande seyn möchte. Zu bedauern sey, daß man nach einem 34jährigen Frieden im Angesichte der Gefahr sogleich seine Zuflucht zu einem Anleihen nehmen müsse.

Fürst Wallerstein: Bis zum Jahre 1840 seien unsere Finanzen ausgezeichnet gut gewesen; so schlimm hätten sie sich gestaltet durch die Herabsetzung des Zinsfußes, durch die Uebernahme der Eisenbahnen auf Staatskosten und durch die ungeheuern Rüstungen, welche gegenwärtig zur Sicherung der bayrischen Subsistenz nothwendig sind. Er wünscht, daß neben der Hebung der Industrie die Agrikultur unterstützt und bei Verwendung der Gelder auch die unumgänglich nothwendige Volksbewaffnung nicht vergessen werde. v. Zu-Rhein wünscht, daß das Ministerium an den Patriotismus und die Großherzigkeit des bayrischen Volkes appellire, welcher hinter dem Feuer-Eifer unserer Jugend nicht zurückbleiben werde. Auf solche

Weise möchten wohl ein paar Millionen auf den Altar des Vaterlandes gelegt werden. Ganz seiner Meinung ist Fürst Wallerstein, allein er glaubt, an den Patriotismus des Volkes später zu appelliren, um durch ihn die gewiß zu Stande kommende Ausrüstung der Freiwilligen, das Inslebentreten allgemeiner Volksbewaffnung zu erzwecken. v. Seinsheim legt, angeregt durch des Fürsten v. Wallersteins Worte über die Verwaltung von 1840 eine umständliche Beichte über sein Wirken als Finanzminister vom Jahr 1840—46 ab, indem er viele bedeutende Ausgaben hervorhob. Nachdem auch Graf Reigersperg gegen die Mehrung von schwebender Schuld gesprochen und der Referent für die unbedingte Annahme des Gesetzes sich erklärt hatte, schritt die Kammer zur Abstimmung. Das Gesetz wurde angenommen. — Sofort Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten, die Aufhebung der Siegelmäßigkeit betreffend. Die hohe Kammer beschließt nach langen, langen Debatten, Verwickelungen und Aufklärungen mit 19 gegen 11 Stimmen bei ihrem früheren Beschluß zu verharren. Der Ausschuß hatte die Modifikation gemacht: mit dem Notariats-Gesetze soll auch die Siegelmäßigkeit als Vorrecht aufhören, um eine Vereinigung sich entgegenstehender Ansichten der beiden Kammern herbeizuführen. (Postabgang.)

Lt (München, den 5. Mai.) [Neunzehnte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] — Am Ministertische: Min.-Rath v. Bening. — Der I. Präsident ermahnt, die Diskussion wegen der vielen dringenden Arbeiten so viel als möglich abzukürzen. — Die Sitzung beginnt nach 9 Uhr. Nach Verlesung des Einlaufs, einige 50 Nummern enthaltend, erstattet Referent des II. Ausschusses Abg. Neuffers Vortrag über den Gesetzentwurf, die Kosten auf die Abordnung zu der Volks-Vertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt betreffend. (Auf Antrag des Abgeordneten Bestelmeyer in Betracht, daß die Ausschüsse heute noch das Ablösungs-Gesetz vollenden müssen, damit es morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden könne, wird der Vortrag des Petitionsausschusses heute sistirt.) Bei der Debatte über den erwähnten Gesetzentwurf beantragt Höfer, weil es in Frankfurt theuerer zu leben ist, die Diäten der Abgeordneten auf acht Gulden zu erhöhen. — Dekan Dittmar äußert sich dagegen, wolle aber keine eigene Modifikation einbringen. (Heiterkeit.) Professor Edel will nicht als Cicero pro domo austreten; sie würden alle umsonst hingehen, wenn das Wohl des Vaterlandes es erfordert, man solle sich also um die Diäten keine Sorge machen. Sie werden in Frankfurt die Ehre des Vaterlandes zu vertreten wissen. Im gleichen Sinne äussert sich der II. Präsident. Dr. Schwindl hat alle Hoffnung aufgegeben, daß das Ablösungsgesetz zu Stande käme, er werde aber im Interesse aller Landeigenthümer keinem Gesetz seine Zustimmung geben, bevor nicht diese wichtige Frage erlediget ist. — Der zweite Präsident bemerkt, er habe neulich bei einer andern Frage sich viel gelinder über eine solche Tendenz wie der I. Sekretär geäussert, da habe sich aber ein ungeheuerer Sturm erhoben, er hätte gewünscht, daß in diesem Betreffe gar kein Gesetz eingebracht worden wäre, die Regierung wäre wohl ermächtigt gewesen, die Diäten selbst zu bestimmen. (Allgemeines Verlangen nach Schluß, der ganze Gesetzentwurf wird ohne spezielle Diskussion angenommen.) (Ende nach 10 Uhr.)

Baden. (Vom Bodensee, 2. Mai.) Fickler ist gestern Abend 6 Uhr in Constanz angelangt, er kam friedlich an und wurde ebenso empfangen. Der am 28. verhaftete Egneter (B. Dalei), seit einiger Zeit Mitarbeiter an den Seeblättern, ist dagegen noch im Hauptquartier. Ersterer wird vom Hofgericht abgeurtheilt werden. Die Enragés (ich meine die zahlreich in Kreuzlingen wohnenden Republikaner von Baden, die sich nicht mehr in die Stadt zu kommen getrauen) behaupten, Fickler sey nur als Lockvogel da, um die Sinnesverwandten anzuziehen, die man dann mit einem Schlag im Garne haben könne. In den dem Bodensee nahegelegenen badischen Städtchen sieht man die Bundestruppen als Retter von der Anarchie an, und hat für sie nur freundlichen Willkomm und deutschen Händedruck. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 5. Mai.) [46. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 3. Mai 1848.] In der heutigen Sitzung beschloß die Bundesversammlung, dem General v. Wrangel und den unter seinen Befehlen stehenden Truppen den Dank des Vaterlandes für die bethätigte Tapferkeit, Ausdauer und Mannszucht auszusprechen. Der preussische Gesandte gab Auskunft, daß die Matrikular-Bevölkerung der zum deutschen Bunde gehörigen Länder nach der erfolgten Aufnahme von Ost- und Westpreussen auf 9,570,000 Köpfe sich belaufe. Der Gegenstand eines Schreibens des Fünfziger-Ausschusses wegen der Wahlen zur Nationalversammlung in den Reuß'schen Landen jüngerer Linie hatte seine Erledigung bereits dadurch gefunden, daß die Bundesversammlung die betreffenden Regierungen schon früher aufgefordert hatte, nicht drei sondern zwei Abgeordnete wählen zu lassen. Von der königlich sächsischen Regierung wurde angezeigt, daß die Wahlen zur Nationalversammlung bis zum 10. Mai beendigt sein würden. Deßgleichen vom Gesandten für Luxemburg, daß die niederländische Regierung für Limburg einen eigenen Kommissär bestellt habe, um die Vollziehung sämmtlicher Bundesbeschlüsse zu bewirken und insbesondere auch den wegen der Wahlen zur Nationalversammlung, so daß zu erwarten sei, es würden diese Wahlen bis zum 18. d. beendigt sein. Ferner wurde über den in der 37. Sitzung vom badischen Gesandten gestellten Antrag erfolgter Berichterstattung von Seiten des Revisionsausschusses berathen und beschlossen: um dem von den Vertrauensmännern sowohl als auch dem Fünfzigerausschuß anerkannten Bedürfniß zu genügen, daß die verfassungsmäßigen Vollziehungsrechte der Bundesregierungen auf die heilsamste Weise für die großen vaterländischen Aufgaben und Bundeszwecke in den gegenwärtigen schwierigen Zeitverhältnissen ausgeübt werden, den Bundesregierungen vorzuschlagen, unverzüglich drei Abgesandte zu bezeichnen, und der Bundesversammmlung anzuschließen, welche in eiligen Fällen nach eigener Entschließung, sonst aber nach dem Rath der Bundesversammlung zu handeln haben und dem deutschen Volk und den Regierungen verantwortlich sind. Deren Aufgabe wäre vorzugsweise, die für die innere und äußere Sicherheit und Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes nöthigen diplomatischen Verhandlungen und Maßregeln zu führen und zu ergreifen, die obere Leitung sämmtlicher Vertheidigungsanstalten einschließlich der Volksbewaffnung zu übernehmen und der Vermittlung der Regiminalansichten und Wünsche gegenüber der Nationalversammlung in Beziehung auf die ins Leben zu berufende neue Verfassung für Deutschland sich zu unterziehen. (Ffrt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. Mai.) In der heutigen öffentlichen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses (Vormittags 11 Uhr) erstattete die aus Böhmen zurückgekehrte Deputation (welcher sich in Prag Schilling Mitglied des Fünfziger-Ausschusses, angeschlossen hatte) Bericht über das Ergebniß ihrer Sendung. — Die czechische Partei in Böhmen, gebildet einestheils durch die wirklichen Slaven, deren Streben nach Erhaltung und Ausbildung ihrer Volksthümlichkeit die Anerkennung nicht zu versagen ist; und anderntheils aus Deutschböhmen, welche, als böhmische Staatsangehörige, die böhmische Sprache für die berechtigte halten, oder, ganz gesinnungslos, nur ihrem Vortheil nachgehen. Diese czechische Partei hat durch ihre Rührigkeit und Entschiedenheit, gegenüber der Apathie der Deutschen, die Gewalt thatsächlich in die Hände bekommen. Nach Ausbruch der Revolution in Wien hatte sich aus einer Anzahl von Beamten und aus andern Elementen ein sogenannter (zur Zeit aus etwa 130 Mitgliedern bestehender) Nationalausschuß gebildet, dessen Vorsitz der Oberstburggraf von Böhmen, nicht im Stande oder nicht wagend entgegenzutreten, angenommen hat, und so den Beschlüssen eine Art gesetzlicher Bestätigung gibt. Die, erst auf Verlangen der deutschen Theile, etwa zu einem Viertel zugezogenen deutschen Mitglieder sind, nachdem jede mündliche Aeusserung ihrer Meinung, selbst innerhalb des Sitzungssaales stets durch rohen Lärm der Zuhörer niedergehalten und unterdrückt wurde, zum größten Theile wenigstens wieder ausgeschieden. Da dieser Nationalausschuß erst kurz vor Ankunft der Kommission einstimmig beschlossen hatte, für die constituirende Versammlung nicht zu wählen, und in diesem Sinne eine Deputation nach Wien geschickt worden war, hielt es die Kommission nicht für zweckmäßig, mit dem gesammten Ausschusse in's Benehmen zu treten, und es geschahen die Verhandlungen mit einem aus 19 Mitgliedern bestehenden Ausschusse. Von diesem wurde gegen die Beschickung der Frankfurter constituirenden Versammlung die Unmöglichkeit behauptet, während des in der nächsten Zeit zusammentretenden unverschieblichen böhmischen Landtags, die nach Frankfurt zu sendenden Kräfte für die Konstituirung des Landes selbst zu entbehren. Doch abgesehen hiervon könnten sie nicht zugeben, daß Oesterreichs und Böhmens Selbstständigkeit durch eine staatliche Verbindung mit Deutschland beschränkt, und damit die Bildung eines großen slavischen Oesterreichs, die Aufgabe der österreichischen Länder, gehemmt oder unmöglich gemacht werde. Nachdem der deutsche Bund thatsächlich aufgehört habe zu bestehen, gehöre Böhmen nicht mehr zu Deutschland, und könne als Grenzmauer zwischen Deutschland und Rußland höchstens nach erfolgter Organisation Deutschlands zu einer völkerrechtlichen Verbindung die Hand bieten. Die Erwiederung der Kommission — daß, wenn auch die Souveränetät der einzelnen zu Deutschland gehörigen Staaten bedeutend müsse gemindert werden, dieß die Nationalität der einzelnen Stämme, die ausdrücklich gewährleistet sey, nicht gefährde; daß ein ganzes gebildet werden solle, mit welchem Oesterreich und auch das seit Jahrhunderten mit Deutschland verbundene Böhmen gehen müsse, wenn es nicht seine von Deutschland empfangene gegenwärtige Kultur für eine slavische, erst noch zu bildende, ja selbst sein Dasein aufs Spiel setzen wolle; daß die bedeutenden deutschen mit den böhmischen gleichberechtigten Elemente in Böhmen nicht von Deutschland aufgegeben werden könnten; fand nicht die erwünschte Aufnahme und es mußte nach heftigen Erörterungen die Hoffnung auf sofortige Einigung mit der czechischen Partei aufgegeben werden. Dagegen muß von der Kräftigung des konstitutionellen (die deutschen Interessen vertretenden) Vereins und dessen Verbindung mit den deutschen Grenzkreisen, welche in demselben ihren Mittelpunkt gewinnen sollen, eine Wahrung dieser Interessen gehofft werden. In welcher Weise diesen Bestrebungen die nöthige Ermunterung und Unterstützung Deutschlands, das in Böhmen vorzüglich die Umtriebe Rußlands zu bekämpfen hat, zu Theil werden solle, war nach Anhörung des Kommissionsberichtes Gegenstand lebhafter Verhandlung. Schilling sprach sich auf das Entschiedenste dahin aus, daß Böhmen, wenn nicht mit Güte, dann mit der Schärfe des Schwertes festgehalten werden müsse. In gleicher Weise, wie Deutschland, seyen die Magyaren, gegen welche die slovakische Bevölkerung in Ungarn selbst zu Metzeleien aufgewiegelt worden, bedroht. Es gelte also mit diesen gemeinschaftliche Sache zu machen, um slavischen Bewegungen, welche durch Emissäre in Illyrien, Bosnien, Bukowina genährt würden, wirksam zu begegnen. Bereits sey in Mähren und Schlesien, auch in Krain erlangt worden, daß zur konstituirenden Versammlung nicht gewählt werde. In Oesterreich selbst, in Wien habe er einen bedauerlichen Umschwung der Stimmung getroffen; in den gebildetern Kreisen freilich sey noch dieselbe Sympathie für Deutschland, dagegen im Bürgerstand sey man gegen eine Einigung mit Deutschland, welche Wien, das die Hauptstadt eines Oesterreichs an der Donau werden müsse, zur Provinzalstadt machen werde. Doch sey zu hoffen, daß bessere Erwägung wieder zum Bessern führen werde, und dafür bürge die ihm von Vielen ausgesprochene Gesinnung, im äußersten Falle lieber die Dynastie, wenn diese in jenen Interessen auch die ihrigen finden würde, als Deutschland aufzugeben. Dann müsse aber ohne Zögern der feste Wille Deutschlands Allen gegenüber ausgesprochen, und insbesondere der schwankenden österreichischen Regierung die Unterstützung Deutschlands zugesichert und mit den Magyaren in Ungarn eine Verbündung geknüpft werden. Wiesner, damit einverstanden, daß Böhmen bei Deutschland bleiben solle, war der Meinung, daß, nachdem auch die Deutschen in Böhmen erwacht, in Folge dessen eine wohlthätige Krisis eingetreten sey, deren Wirkung erst abgewartet werden müsse, bevor man zu jenen Maßregeln greife. Wenn man die österreichische Regierung in dieser Weise angehe, so werde das die Stellung der Deutschen nur verschlimmern, indem dann die slavische Bevölkerung in der Meinung, daß man der Regierung von Frankfurt aus Befehle gebe, ihre Antipathie gegen die nationalen Bestrebungen der Deutschen verdoppeln würde. Nachdem noch mehrere Redner (Eisenmann, Schuselka, Kuranda, Stedtmann rc.) gesprochen, wurde auf Jacobys Veranlassung beschlossen, der bereits bezüglich der österreichischen Ministerialerklärung niedergesetzten Kommission die aus Böhmen zurückgekehrten Kuranda, Wächter und Schilling beizuordnen und derselben die weiteren Vorschläge anheimzugeben. — Unter den Einläufen wurde eine mit 5000 Unterschriften versehene Adresse von Frankfurter Staatsangehörigen verlesen, in welcher die Anerkennung der Leistungen des Fünfziger-Ausschusses (gegenüber den Anklagen einer jüngst überreichten Adresse), in energischer Weise ausgesprochen ist. — Nächste Sitzung am 4. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: ein Schreiben an die Bundesversammlung wegen Aussetzung von constituirenden Versammlungen in einzelnen Ländern; sodann Kommissionsberichte. (Fft. O.-P.-Z.)

(Hamburg, 2. Mai.) Heute ging eine Abtheilung unserer Garnison, die 6. Kompagnie, jedoch verstärkt durch Mannschaft von einer andern, (im Ganzen waren es etwa 200 Mann) nach Ritzebüttel ab, zur Vertheidigung des Hamburgischen Gebietes. Hr. Roß verfolgt unermüdlich seinen Plan, den Anfang einer deutschen Flotte ins Leben treten zu lassen; er will denselben mit der Erbauung von mehreren Kanonenböten machen, jedes eingerichtet zu einer 24pf. Kanone, und 30 Ruder à zwei Mann; bei wachsenden Geldmitteln — übrigens wachsen die Beiträge schon erfreulich an — will er zum Bauen von Kuttern und größeren Kriegsschiffen fortschreiten.

Wir kamen gestern Abend von einem mehrtägigen Ausfluge nach dem bisherigen Kriegsschauplatze hieher zurück; zu Rendsburg befindet sich ein hannoversches Bataillon als Garnison, kampffähige preussische Soldaten sind fast keine mehr daselbst; die leicht Verwundeten oder Kranken folgen gleich nach ihrer Wiederherstellung der Armee. Es begegneten uns auf dem Wege zwischen Schleswig und Rendsburg, gestern Vormittag mehrere Wagen voll preussischen Militärs, die sich ebenfalls ihren unter den Waffen befindlichen Kameraden anschließen wollten. Auch ein stattlich uniformirter Trupp neuer Freischaaren, das Nürnberger Korps zog denselben Weg. Truppen und Freischaaren waren in der heitersten Stimmung; letztere glaubten gewiß nicht, daß man ihre Hülfe in dem kaum ausgebrochenen Kriege bereits als etwas Ueberflüssiges betrachtet. Es waren junge, kräftige Männer, ihre Tracht durchgängig dunkel, Bewaffnung Büchse und Hiebbajonnet. (Wes. Z.)

Hannover. (Hannover, den 1. Mai.) Die Hannov. Ztg. veröffentlicht das nachstehende Preßgesetz: Unter verfassungsmäßiger Mitwirkung der getreuen Allgemeinen Stände des Königreichs erlassen Wir hiermit das folgende Gesetz: §. 1. Die Censur der Erzeugnisse der Presse wird aufgehoben. §. 2. Verbrechen und Vergehen, welche mittelst der Presse begangen werden, sind nach den bestehenden Gesetzen zu bestrafen. Die gesetzlichen Beschränkungen, zufolge deren einzelnen Klassen von Unterthanen die Verfolgung zugefügter Beleidigungen im Civilverfahren nicht gestattet ist, kommen bei Preßvergehen nicht zur Anwendung. §. 3. Es gelten jedoch folgende nähere Bestimmungen: 1) Der Verfasser, welcher den Druck genehmigt hat, der Herausgeber (Redacteur) und in dessen Ermangelung der Verleger haften unbedingt als Urheber. §. 4. 2) Die Untersuchung von Preßvergehen ist nur auf Antrag, und zwar nur wider die in dem Antrage bezeichnete Person einzuleiten. In den Fällen, wo die bestehenden Strafgesetze einen Antrag schon voraussetzen, bleibt es bei den Bestimmungen derselben. In anderen Fällen ist der Antrag der Regierung erforderlich. §. 5. 3) Neben der Strafe ist, auf begehren dessen, der die Untersuchung beantragt hat, die Vertilgung der strafbaren Stellen der in Untersuchung gezogenen Druckschrift, und so weit es für diesen Zweck erforderlich ist, die Beschlagnahme und der Verfall der noch nicht ausgegebenen, so wie der im Buchhandel vorräthigen Exemplare vom Richter zu erkennen. §. 6. 4) Die erkennende Behörde hat auf Begehren dessen, der die Untersuchung beantragt hat, die Veröffentlichung des ergangenen rechtskräftigen Erkenntnisses zu verfügen. In sofern das Vergehen in einer Zeitschrift begangen, ist der Herausgeber zur Aufnahme verpflichtet. §. 7. Preßerzeugnisse, auf deren Verfall erkannt ist, können von der Polizeibehörde verboten werden. In diesem Falle kommt der §. 64 des Polizeistrafgesetzes zur Anwendung. §. 8. Der Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift ist schuldig, jede amtliche Berichtigung der darin mitgetheilten Thatsachen unentgeltlich, jede andere Berichtigung gegen die gewöhnliche Einrückungsgebühr in das auf den Empfang folgende Blatt oder den Umständen nach spätestens in die zweite der auf den Empfang folgenden Nummer des Blattes aufzunehmen. §. 9. Keine Druckschrift darf ausgegeben oder verbreitet werden, auf welcher nicht der Name des Verlegers, oder bei Zeitungen und Zeitschriften des verantwortlichen Redakteurs und des Druckorts angegeben ist. §. 10. Die Uebertretung der Vorschriften der §§. 8 und 9 ist im Wege des Polizeistrafverfahrens mit einer Strafe bis zu 50 Rchthlr. zu ahnden. Falsche Angaben über die Gegenstände des §. 9 sind mit Gefängniß bis zu 6 Wochen oder mit Geldbuße bis zu 100 Rchthlr. zu bestrafen. Gegenwärtiges Gesetz ist in die erste Abtheilung der Gesetzsammlung aufzunehmen. Gegeben Hannover, den 27. April 1848. Ernst August. Stüve. Dr.

Hessen. (Kassel, den 2. Mai.) Der im höchsten Auftrage nach Kopenhagen entsandte Major v. Cochenhausen ist bereits vorgestern Abend von dort zurückgekehrt. Er hat ein Schreiben des Landgrafen Wilhelm an den Kurfürsten überbracht, worin derselbe anzeigt, daß er schon früher seinen Abschied bei dem König von Dänemark eingereicht, und daß er, sobald er denselben erhalten werde, sich nach Kassel verfügen wolle. Auch der Prinz Friedrich von Hessen hat erklärt, Dänemark verlassen zu wollen. So wäre denn diese Sache auf eine der Ehre unseres kurfürstlichen Hauses und dem Verhältniß dessen Mitglieder zu Deutschland und Kurhessen entsprechende Weise erledigt. (Frankf. J.)

Oesterreich. (Botzen, 2. Mai.) Das heute ausgegebene eilfte Bulletin enthält vom Kriegsschauplatze in Italien folgendes: »Nachdem bereits am 28. und 29. April mit den von Verona vorgeschobenen Truppen bei Pastrengo kleine Gefechte stattgefunden, unternahm die Armee am 30. eine größere Rekognoscirung gegen die Höhen von S. Giustina und Pastrengo, um sich von der Stärke und Stellung des Gegners Gewißheit zu verschaffen. Die darüber entsponnenen Gefechte dauerten bis 3 Uhr Nachmittag, worauf die dabei verwendeten Truppen wieder in ihre frühern Aufstellungen, jene bei Pastrengo aber, weil ihre Stellung zu sehr ausgesetzt erschien, auf das linke Etschufer nach Ponton rückten. Aus Judicarien sind keine weiteren Nachrichten eingelaufen.« (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 3. Mai.) Dem auswärtigen Ministerium ist heute ein Bericht des Ober-Präsidenten von Pommern zugekommen folgenden Inhalts: »So eben (am 2. Mai) geht mir durch Estafette von dem Landrath des usedom-wolliner Kreises die Mittheilung zu, daß gestern Nachmittag die dänische Fregatte »Harfruen« (»Seejungfer«) vor der swinemünder Rhede erschienen ist und sich etwa $\frac{3}{4}$ Meilen von dem Eingang des Hafens vor Anker gelegt hat; die beiden englischen Kauffahrteischiffe »Margareth Skelly«, Kapitän Tapping aus Glasgow, von Bahia mit Zucker, und »Enquisite«, Kapitän Narlor aus Sunderland mit Steinkohlen, sind von der Fregatte mit einem scharfen Schusse angehalten und haben die Weisung erhalten, in keinem preussischen Hafen einzulaufen, wie dies von den beiden ans Land gekommenen Kapitänen berichtet ist. Die Fregatte sowohl, wie die beiden englischen Schiffe, liegen auf der Rhede vor Anker. Gestern Abend $9\frac{1}{2}$ Uhr ist in Swinemünde noch die jedoch unverbürgte Nachricht eingegangen, daß von der dänischen Fregatte vier Böte abgesetzt seien.« Die für den Hafen von Swinemünde und dessen Umgegend getroffenen Vertheidigungs-Maßregeln sind vollkommen hinreichend, um einen etwaigen Versuch der Dänen zur Landung, für welche jedoch bis jetzt keine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, auf das kräftigste abzuwehren. Zugleich gehen von anderen Seiten sichere Nachrichten ein, daß Dänemark seine Maßregeln gegen die preussische Handels-Marine nun auch faktisch gegen die gesammte deutsche Marine ausgedehnt hat durch Aufbringung mehrerer hanseatischer und anderer Schiffe. Das Hauptquartier des preussisch-deutschen Armee-Korps befindet sich, aller Wahrscheinlichkeit nach, heute in Colding innerhalb Jütland, und die Avantgarde muß bis gegen die kleine Festung Friedericia vorgeschoben sein. Die Truppen haben eine solche Stellung, daß sie die Verbindungen von Fünen mit dem festen Lande beherrschen. Die Bundes-Truppen werden auf dänischem Gebiet die Sicherung der deutschen und preussischen Handels-Interessen erzwingen. (Pr. St.-Anzeiger.)

(Köln, den 2. Mai.) Die Wahlmännerwahlen sind hier, in Bonn und andern Orten vom Rheinland überwiegend zu Gunsten der kirchlichen Partei ausgefallen. (A. A. Z.)

Schleswig-Holstein. Briefe aus Rendsburg vom 30. April in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ melden, daß die Gerüchte von gänzlicher Auflösung der dänischen Armee nach den Zusammenstößen mit den Bundestruppen weit übertrieben waren. Allerdings ist die Armee nicht wieder zum Stehen gekommen, aber sie befindet sich in ganz leidlichem Zustand auf Alsen, während nur die Kavallerie, das dritte Bataillon und die Jäger sich nordwärts wendeten. Alsen zu besetzen, wird höchst schwierig sein, Jütland steht dagegen offen, dennoch beeilt man sich nicht, es zu besetzen. Der Mangel an Schiffen, die deutsche Seeunmacht wird den Krieg sich in die Länge ziehen lassen! Nur die Theuerung und der Lebensmittelmangel in Dänemark geben einige Hoffnung, daß sich der dänische Starrsinn beugen werde. Man deutete es auf Friedensversuche, daß Graf Karl Moltke zum König berufen wurde, auch gehen Parlamentäre hin und her; Wrangel, der General „Drauf“ genannt, rückt nur langsam vor.

(Schleswig-Holstein.) Das Neueste vom Kriegsschauplatze ist der durch die Hamburger Blätter gemeldete, und durch eine Depesche des Generallieutenants Halkett als bevorstehend in Aussicht gestellte Einmarsch der preussischen Truppen in Jütland. Dieselben sollen ihr Hauptquartier nach dem jütischen Orte Kolding bereits verlegt haben. Damit ist der Krieg, der mit der Räumung des Herzogthums Schleswig beendet zu sein schien, in ein neues Stadium getreten. (Wes. Z.)

Würtemberg. (Ludwigsburg, 1. Mai.) Ich kann nicht umhin, Sie von der allgemeinen Trauer in Kenntniß zu setzen, welche die Wahl des Pietistenhauptes C. Hoffmann in's Parlament unter allen Besserdenkenden hier hervorgerufen. Ganz Ludwigsburg hat öffentliche Trauer angelegt. Die Brunnen sind mit Trauerweiden umgeben, von welchen schwarze Bandschleifen herabhängen, Trauerfahnen wehen von den öffentlichen Plätzen, von Stunde zu Stunde erschallt Trauermusik von den Thürmen und selbst das Militär hat die Käppis mit Flor umhüllt. Dr. Strauß hat nur mit Mühe und auf eine Weise, die seinen edlen Charakter in's schönste Licht stellt, thatsächliche Beweise des Unwillens gegen Hoffmann verhindert. Die fanatisirten Kornwestheimer pietistischen Bauern bewachen den Apostel der Volksverdummung, — jenes herrliche und würdige Parlamentsmitglied, das noch vor Kurzem in seiner „süddeutschen Warte“ die Frechheit hatte, Angesichts der deutschen Nation zu erklären: alle Verfassungen seien Teufelswerk und selbst die hannöverische sei noch für das deutsche Volk zu gut! Man hofft indeß noch immer, Hoffmann werde von selbst zurücktreten. (Nach Privatnachrichten ist er wirklich zurückgetreten.) — In Oeringen und Herrenberg wurde Dr. Rödinger zugleich gewählt. Es wird also für einen dieser Wahlkreise eine neue Wahl nöthig. Man hat Dr. Strauß, Pf. Heribert Rau und Dr. Scherr in Erwähnung gebracht. (Ffrt. J.)

Frankreich.

† (Paris, den 2. Mai.) Der Moniteur und die Mehrzahl der pariser Blätter bringen heute das Eröffnungsprogramm für die Nationalversammlung am 4. Mai. Die Repräsentanten haben sich um 12 Uhr Mittags im Saale einzufinden, die provis. Regierung wird um 1 Uhr erscheinen und ihr Präsident Dupont die Sitzung durch eine kurze Anrede eröffnen. Demnächst werden sich die Volksvertreter in 18 Büreaus à 50 Köpfe zurückziehen und die Vollmachten untersuchen. Diese Untersuchung soll um 3 Uhr vollendet sein. Sind mindestens sechshundert Glieder vollständig legitimirt, so schreiten sie zur Wahl des Präsidenten und des definitiven Bureaus. Der neue Präsident erhebt sich und sagt: „Vertreter des Volks! Im Namen der einigen und untheilbaren Republik, ist die Nationalversammlung definitiv konstituirt. Es lebe die Republik.“ Hienächst verlangt Dupont Präsident der provis. Regierung das Wort und verliest einen Rechenschaftsbericht über die Lage Frankreichs vom 24. Febr. bis heute. Am Schluß desselben legt er die der provis. Regierung durch Volksbeifall verliehene Staatsgewalt nieder und ersucht die Volksvertreter, eine definitive Regierung zu wählen. Ehe die Versammlung zu dieser Wahl schreitet, tragen noch die Minister die Berichte über ihre verschiedenen Verwaltungsfächer seit dem 24. Februar vor. Soweit das Programm. Man sieht daraus, daß die provis. Regierung ernstlich entschlossen ist, uns so rasch wie möglich aus dem Provisorium in einen bestimmten Zustand zu versetzen. Möge ihr dieser ohne Anstoß gelingen!

Ein Dekret der provis. Regierung schafft die Sklaverei der Schwarzen in den Kolonien ab. Nachdem der Sklavendienst mit den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderschaft als unverträglich geschildert, heißt es darin: Art. 1. Zwei Monate nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Dekrets muß die Sklaverei in den Kolonien abgeschafft seyn. Vom Tage der Bekanntmachung an hört jede körperliche Züchtigung und jeder Sklavenhandel auf. Art. 2. Das System des Sklavengewerbs am Senegal ist unterdrückt. Art. 3. Die Reg. Kommissarien in unseren Kolonien Martinique, Guadelupe Reunion (Bourbai) Guyane, Senegal, Mayoth, Algerien, an den Westafrikanischen Küstenufern haben die sofortige Ausführung der zur Befreiung nöthigen Maaßregeln zu besorgen. Art. 4. Volle Amnestie für gestrafte Kolonisten. Art. 5. Die Nationalversammlung regulirt die

Entschädigungssummen der Kolonialbesitzer. Art. 6. Die dergestalt befreiten Kolonien sowie unsere Besitzungen in Indien haben demnächst ihre Vertreter in die Nationalversammlung zu schicken. Art. 7. Der Grundsatz, daß jeder Sklave bei Berührung des französischen Bodens frei wird, erhält von jetzt an volle Anwendung (dieser Artikel zur Desertion einladend, wird die Engländer am meisten ärgern). Art. 8. Kein Franzose darf auf fremdem Gebiet irgend ein mit dem Sklavenhandel in Verbindung stehendes Geschäft fortan betreiben. Denjenigen, die durch frühere Verträge gebunden sind, ist hiermit eine Frist von drei Jahren bewilligt, um sich dem Dekret zu unterwerfen. Thun sie dieß nicht, so gehen sie der Eigenschaft eines französischen Bürgers verlustig! Dasselbe gilt für alle Erben und sonstigen Besitztitel-Inhaber des ehemaligen Sklavereibetriebs.

Rußland.

(Von der polnischen Grenze, den 30. April.) Wie groß die Hast der Flüchtlingen aus Polen in das Ausland ist, geht schon aus den offiziellen Bekanntmachungen des Oberpolizeimeisters von Warschau hervor, nach denen allein 66 Personen aus Warschau sich heimlicherweise entfernt haben. Daß Rußland überhaupt die Absicht hegt, einen Feldzug von Polen aus vorzubereiten, scheint unter Andern auch aus dem Bau der Schiffbrücke bei der Festung Nowo-Gieorgiewsk (Modlin) über die Weichsel hervorzugehen. Bekanntlich ist die Vermehrung der Zahl der Uebergänge über die Weichsel in Polen von großer strategischer Wichtigkeit, welche die Russen noch aus dem Kriege von 1831 recht gut kennen. Damals war es Preußen, das den Russen hart an der Grenze auf preußischem Gebiete, bei dem Dorfe Schilno oberhalb Thorn, den Uebergang auf das andere Weichselufer gestattete u. so die Belagerung von Warschau, seine Einnahme und endlich den damaligen Untergang der Selbständigkeit Polens herbeiführte. Die Brücke bei Modlin kann auch durchaus keinen andern als einen strategischen Zweck haben, da durch jene Festung keine Handelsstrasse geht, wohl aber die Anlegung einer solchen durch dieselbe keineswegs beabsichtigt werden wird. — Ueber die in Warschau entdeckte Verschwörung unter den Offizieren der russischen Garnison theile ich Folgendes aus durchaus zuverlässiger Quelle mit: bereits waren die Plane der Verschworenen so weit gediehen, daß sie sämmtliche Geschütze der Citadelle vernagelt hatten, als, es ist vorläufig unbekannt, durch welchen Zufall die Verschworenen, 55 an der Zahl, entdeckt und verhaftet wurden, worauf bereits fünf erschossen sind. Man sieht hieraus, daß in Rußland die Rylejeffs, die Turgenieffs und Bestuscheffs noch nicht ausgestorben sind. (D. A. Z.)

---

† (Nürnberg, den 6. Mai.) In der jetzigen Zeit, wo nächtliche Anfälle rc. nicht mehr zu den Seltenheiten gehören, ist es sehr räthlich, sich mit Vertheidigungsmitteln zu versehen, die ohne zu den verbotenen Waffen zu gehören, einen so hohen Grad der Wirkung besitzen, daß damit selbst Schwache Ausserordentliches ausführen können. Es sind dies die sogenannten „Leibvertheidiger", welche bei Herrn Hofmann L. Nr. 796 in der Nähe der Theatergasse zu haben sind. Die Wohlfeilheit dieser Vertheidigungsmittel und die praktische Verwendbarkeit derselben zum tüchtigen Selbstschutze gegen jeglichen Angriff lassen dieselben Jedermann bestens empfehlen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

V o m

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden alle diejenigen, welche an den verlebten Archivdiener Thomas Sindel Forderungen zu machen haben, aufgefordert, ihre Ansprüche in dem auf

Mittwoch den 10. Mai c. Vorm. 10 Uhr im Kommissions-Zimmer Nro. 7

anstehenden Liquidationstermine anzumelden, und nachzuweisen, widrigenfalls die vorhandene Masse ohne Rücksicht auf sie vertheilt werden würde.

Nürnberg, den 15. April 1848.

S e u f f e r t.

Anzeige und Empfehlung.

Unterzeichneter gibt sich hiemit die Ehre, den verehrlichen Mitgliedern des Industrie- und Kultur-Vereins ergebenst anzuzeigen, daß er unterm heutigen die Oekonomen-Stelle daselbst übernommen hat. Derselbe bittet hiemit sämmtliche Vereins-Mitglieder ihn Sonntag den 7. d. M. mit ihrem gütigen Zuspruch recht zahlreich zu beehren, wobei er mit warmen und kalten Speisen, Kaffee, Backwerk und vorzüglichem Zeltner'schen Felsenkeller-Bier bestens versehen ist; auch wird derselbe für die Folge alles aufzubieten suchen, sich die Zufriedenheit sämmtlicher verehrl. Mitglieder zu erwerben.

Hochachtungsvoll empfiehlt sich

Nürnberg, den 5. Mai 1848.

J. Beer,
Vereins-Oekonom.

Wohnungs-Veränderung.

Von heute an wohnen wir im Hause S. Nro 416 der Bergstrasse, bitten die bisherige verehrliche Nachbarschaft um geneigtes Andenken, die jetzige aber um freundliche Aufnahme.

Nürnberg, den 4. Mai 1848.

Verwalter Neuslinger und Familie.

Empfehlung.

Ich erlaube mir hiemit die Anzeige zu machen, daß nächsten Sonntag, den 7. Mai frisches Felsenkeller-Lager-Bier im Garten-Lokale zur weißen Taube am Webersplatz geschenkt wird.

Zu zahlreichem Besuche empfiehlt sich ganz ergebenst

Th. Müller.

Vereins-Versammlung.

Morgen Montag den 8. Mai Abends 7 Uhr ist eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie- und Kultur-Vereins, wozu dieselben hiemit ergebenst einladet

Nürnberg, den 6. Mai 1848.

Das Direktorium.
D. Weidenkeller, I. Direktor.

(Empfehlung.) Eine reiche Auswahl ausgezeichneter Pulverhörner, so wie verschiedene Sorten Körpervertheidiger empfehle ich zur geneigten Abnahme.

D Meinecke, Drechsler.

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß.

(Zu verkaufen.) Ein kleiner Flügel ist wegen Abreise billig zu verkaufen in L. Nro. 1423 Schlotfegergasse.

Wohnungs-Veränderung.

Gegenwärtig wohne ich in S. Nro. 190 der Karlsstrasse.

G. Jung,
Lehrer der englischen Sprache.

Bekanntmachung und Empfehlung.

Daß wir unsere Wirthschaft zum „grunen Baum" an die Sackenreuther'schen Eheleute verpachtet haben, machen wir hiemit bekannt und bitten zugleich unsere werthe Nachbarschaft und Freunde um gütige Aufnahme derselben.

Galgenhof, den 5. Mai 1848.

Johann Loos.
Katharina Loos.

Dank und Empfehlung.

Daß wir nunmehr die Wirthschaft auf dem Tafelhof, zum tiefen Keller genannt, verlassen und dagegen die zum „grunen Baum" auf dem Galgenhof von den Loos'schen Eheleuten pachtweise übernommen haben, machen wir hiemit ergebenst bekannt. Unserer früheren Nachbarschaft sagen wir unsern ergebensten Dank für ihr gütiges Zutrauen und bitten Sie, uns auch ferner recht oft mit Ihrem Besuch zu beehren. Unsere neue Nachbarschaft bitten wir dagegen um gütige Aufnahme und empfehlen derselben unsere Wirthschaft bestens.

Galgenhof den 5. Mai 1848

Peter Sackenreuther.
Maria Sackenreuther.

Grüner Baum zu Galgenhof.

Sonntag den 7. Mai ist gut besetzte Tanzmusik mit 24 kr. Entree, wozu ergebenst einladet

P. Sackenreuther.

St. Leonhard:

Sonntag den 7. Mai „Harmonie-Musik," wozu höflichst einladet

A. Feldmann.

Wiener Salon.
Frischer Maitrank.

A n z e i g e.

Eine Fabrik, welche Ambergin, eine Art Fayence fabrizirt, wünscht eine Niederlage ihrer Fabrikate auf hiesigem Platze zu etabliren; weshalb alle diejenigen, welche darauf reflektiren, binnen 14 Tagen deshalb die näheren Bedingnisse Lit. S. Nro. 735 Panierstraße gefälligst entgegennehmen wollen.

Nürnberg, den 7. Mai 1848.

Haus-Verkauf.

Zum Verkauf des Hauses L. Nro. 1293 der Engelhardsgasse, welches aus 5 Zimmern, 8 Kammern, 3 Böden, Hofraum und Gärtchen besteht, wird hiemit Termin auf Montag den 8. Mai, Vormittags 10 Uhr, im besagten Hause festgesetzt, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

(E r s u c h e n.) Ein fremder Handwerksgeselle ist am 5. d. hier, von Bamberg kommend, in irgend einem Wirthshaus, wahrscheinlich in der Nähe des Frauenthors, eingekehrt und hat von da aus einen Spaziergang weiter in die Stadt gemacht, und konnte nachdem das Wirthshaus, in welchem er eingekehrt war und sein Felleisen gelassen hatte, nicht wiederfinden. Es wird daher derenige Wirth ersucht, das Felleisen in die Exped. der Mittelfränkischen Zeitung schleunigst zu befördern.

(A n z e i g e) Durch den Abzug der kgl. Militär-Musik ergiebt sich die Gelegenheit für gründlichen Musik- und Gesangunterricht um recht billiges Honorar durch einen geprüften Lehrer in L. Nr. 1529.

W a r n u n g.

Unterzeichnete warnen hiemit alle hiesigen und auswärtigen Anverwandten, Freunde und Bekannten, Niemandem, es sey auch wer es wolle, auf unsern Namen etwas zu borgen oder verabfolgen zu lassen, indem wir keine Zahlung dafür leisten.

Joh. Phil. Milbradt,
Flaschner-Meister, nebst Gattin.

E m p f e h l u n g.

Von den in England patentirten, sogenannten Putzsteinen, geformt aus einer nur im Westen dieses Landes zu findenden feinen weichen und sandfreien Erde, zum Putzen aller Metalle, als: Messing, Kupfer, Zinn, Eisen, Stahl, Neusilber, Silber u. s. w., habe ich mir eine Parthie kommen lassen und empfehle solche einem verehrlichen Publikum zur gefälligen Abnahme.

Ueber die Vortrefflichkeit dieses Artikels erlaube ich mir blos zu bemerken, daß seit dem Bestehen desselben, in England kein einziges Haus mehr existirt, in welchem derselbe nicht benützt wurde, wofür bürgen mag, daß in London allein monatlich 130,000 Stücke verbraucht werden.

Um beliebige Versuche mit diesem vorzüglichen und billigen Putzmittel machen zu können und damit er auch von Jedermann benützt werden kann, verkaufe ich solches in Stücke geschlagen, per Pfund à 8 kr.

Ich sehe recht lebhafter Abnahme entgegen und bringe noch meine führenden Spezereiwaaren, sowie Taback und Cigarren, Pulver, Schrote und Zündhütchen in empfehlende Erinnerung, unter Versicherung reellster und billigster Bedienung.

C. G. D. Eibam,
am neuen Thor.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des weißen Thurms ist ein Parterre-Logis, aus 2 Zimmern, 1 Alkof, 1 Kammer, 1 Küche und sonstigen Bequemlichkeiten bestehend, sogleich zu vermiethen. Näheres L. No. 341.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 75 ist der erste Stock, bestehend aus 5 heizbaren Zimmern, 1 Kammer, Küche, Keller und Waschgelegenheit bis Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 407 ist an eine einzelne Dame oder Herrn ein freundliches Zimmer nebst Kabinet täglich zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) Ein freundlich möblirtes Zimmer mit oder ohne Bett, ist bei einer gebildeten Familie an eine Dame oder soliden Herrn billig zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 1381 der Ludwigsstrasse ist die zweite Etage sogleich oder bis Ziel Laurenzi an einer stillen Familie zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein Süport zum Metalldrehen, ein französischer Schraubstock, eine Maschine zum Ueberspinnen der Peitschenstöcke, und einige Centner reines Blei sind zu verkaufen.

(Z u v e r k a u f e n.) In S. Nr. 658, Schildgasse, sind mehrere hübsche Möbeln, große Kupferstich-Rahmen und ein sehr gutes Pianoforte von H. Kießling wegen plötzlicher Abreise billig zu verkaufen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8. Mai 1848. № 129 Montag: Stanislaus.

Protest.

Herr Präsident!

Der Fünfziger-Ausschuß hat mir, dem Deputirten eines neuerdings zu Deutschland geschlagenen Gebiets, welches fast so groß ist als das Großherzogthum Baden, die Theilnahme an seiner Berathung versagt. Daß ich aber kraft des Volkswillens des gedachten Landestheiles hier bin, mögen die Anlagen nachweisen, deren Zahl sich täglich mehrt. Der Fünfziger-Ausschuß kann keine andere Basis für sein Dasein anführen, als eben den Volkswillen, und ich zweifle, ob viele seiner Mitglieder in der Lage sind, eine gleiche Legitimation aufweisen zu können, als ich. Der Fünfziger-Ausschuß hat, indem er die Nichtvertretung eines so bedeutenden Gebietes Deutschlands beschloß, mit dessen Zuständen völlig unbekannt zu sein er selbst ausgesprochen hat, gegen jenen Landestheil, welcher von den Gräueln eines Bürger- und Religionskrieges schwer heimgesucht wird, einen Akt ausgeübt, über den die konstituirende Versammlung und das deutsche Volk richten mag. Indem ich diese Vorlagen Ew. Hochwohlgeboren und dem Fünfziger-Ausschuß mache, will ich zugleich den Beweis führen, daß jener Theil Deutschlands kraft des Willens seiner Bevölkerung und nicht durch einen Akt der Willkür der preussischen Regierung und des deutschen Bundestages zu Deutschland geschlagen ist. Wer diesen Volkswillen mit der Schmach einer vierten Teilung Polens zu bezeichnen wagt, erkennt die Volkssouveränetät nicht an, und ist er ein Mitglied des Fünfziger-Ausschusses, der bekanntlich keine andere Basis seines Daseins hat, so schmäht er einen Volkstheil, der nicht im Fünfziger-Ausschuß vertreten ist, gegen dessen Vertretung er vielleicht absichtlich gestimmt hat. Weiter hat der Fünfziger-Ausschuß den Regierungen Deutschlands die Pflicht auferlegt, die Korps polnischer Emigranten, zu vielen hundert Mann vereinigt, ungehindert und kostenfrei in ihr Vaterland gelangen zu lassen, hat aber dieses Vaterland nicht näher bezeichnet. In Erwägung, daß diese durch Deutschland ziehenden Truppen keine preussischen Staatsangehörigen sind, in Erwägung, daß diese Leute in ihrer Heimath, dem russischen Polen, keine Aufnahme finden, in Erwägung, daß die polnische Bevölkerung der Provinz Posen einen barbarischen Krieg gegen die deutschen Bewohner jener preussischen Provinz führt, ein Krieg, der wesentlich zugleich ein Religionskrieg ist, in Erwägung, daß die ihnen zu Hülfe ziehenden, von dem Fünfziger-Ausschuß unterstützten Polen, keine andern Existenzmittel besitzen, als solche, welche der Krieg gegen die Deutschen ihnen liefern kann, in Erwägung endlich, daß die polnischen Horden selbst das Bundesgebiet nicht achten; protestire ich im Namen der zahlreichen Bevölkerung, welche ich zu vertreten die Ehre habe, laut und feierlichst gegen Beschlüsse, wie der genannte in Betreff des Durchzuges polnischer Korps durch Deutschland und mache den Fünfziger Ausschuß für jeden Tropfen deutschen Blutes verantwortlich, den die Schaaren, welche er uns nach Posen sendet, vergießen sollten. Frankfurt a. M., 2. Mai 1848. Kerst, Deputirter der zu Deutschland gehörigen Kreise der Provinz Posen. (Fr. O.-P.-Z.)

† Schulwesenangelegenheiten.

In keiner Zeit noch wurde so viel von einer freien und selbstständigen Stellung der Volksschule gesprochen, als in den Tagen der letzten Monate. Nicht, als hätten dieselben erst diese Ansicht geboren, nein, aber die neuesten Zeitereignisse, Concessionen, die sich das Volk erkämpfte, sie haben eine freie und selbstständige Stellung der Schule unumgänglich nothwendig gemacht und die allgemeine Ueberzeugung hervorgerufen, daß ohne eine solche — allgemeines Volksbewußtsein, politische Bildung auch der niedern Volksklassen wohl immer nur ein frommer Wunsch bleiben dürfte. Man hat dies schon so oft durch Gründe bewiesen. Mögen diese Zeilen zu derselben ein Beispiel bringen: Bereits seit mehreren Monaten ist nämlich im protestantischen Schullehrerseminar zu Altdorf den Zöglingen der Anstalt, die theils in ½ Jahr, theils in 1½ Jahren in das Amt übertreten durch den Inspektor (Direktor) derselben, Herrn Bauer, das Lesen jeder Zeitung strengstens verboten, weil dazu keine Zeit vorhanden sei und die Zöglinge sie auch nicht verständen. Auf die eingebrachte Bitte der Seminaristen um Zurücknahme dieses Verbots wurde im Lehrerrath beschlossen, die treffenden Geschichts- und Geographielehrer sollten denselben „bei Gelegenheit" „das Wichtigste" mittheilen. Man sollte es kaum glauben, wenn man es nicht gewiß wüßte. Herr Inspektor B. mag ein sehr tüchtiger Theologe sein; ob aber derselbe seine Stellung als Seminarinspektor begriffen habe, das ist eine andere Frage. Oder spricht sich hier das Seminar nicht selbst das Urtheil? Der gemeinste Mann liest seine Zeitung, liest sie mit Interesse und spricht davon. Wenn nun ein Lehrerseminar dies nicht einmal seinen Zöglingen zutraut, hat er dann wohl seine Aufgabe gelöst? Oder welches Heil mag der Schule, dem Volke aus Lehrern erwachsen, die unter dem Einflusse eines solchen Systems gebildet werden? Kann man unter solchen Umständen wohl je eine politische Bildung des Volkes erwarten, über deren Mangel mit Recht so allgemeine Klage geführt wird? Einsender überläßt die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen dem Urtheile des freundlichen Lesers. Aber der Bemerkung kann er sich nicht erwehren: die Kirche benützt die Schule für ihre Zwecke. Zur Förderung politischer Volksbildung und höherer Volksinteressen hat die Schule noch nichts gethan und wird und kann nichts thun, so lange dieselbe nicht einer freien und selbstständigen Stellung sich erfreut.

R.

Deutschland.

Bayern. †* (Nürnberg, den 7. Mai.). Heute Morgen wurde die Stadtwehr feierlich verpflichtet.

†† (Nürnberg, den 7. Mai.) In den Distrikten unserer Stadt lassen die Distriktsvorsteher Nro. IV. der „fliegenden Blätter für politische Volksbildung" cirkuliren. Diese Nummer enthält einen Aufsatz unter der Aufschrift: Ordnung! Ordnung! Ordnung! Wenn wir auch mit warmer Liebe mit der aufrichtigsten Anhänglichkeit der, gesetzlichen Ordnung zugethan, wenn wir in jedem Augenblicke bereit sind, Gut und Blut freudig für die Aufrechthaltung derselben hinzugeben, so können wir doch wahrlich mit solchen Volksverdummungsversuchen keinen Moment einverstanden seyn. In einem erbärmlich salbadernden Predigttone geschrieben, (der doch wahrlich keine edle Volkssprache seyn soll) greift dieser Aufsatz nicht die Anarchie, sondern die republikanische Ansicht an. Alle Bessergesinnten sind darin einig, daß die Republik in dieser Zeit nicht ohne Anarchie zu Tage gefördert werden könne, Alle erkennen in dem constitutionell-monarchischen Prinzipe allein die periodische Rettung. Aber ein einseitiger Mensch muß darum nicht ein System angreifen wollen, zu dessen Höhe sein geistiger Blick nicht reicht, er muß eine Staatsverfassung nicht seinem Geifer besudeln, die da, wo sie in voller Größe mit sich entwickeln — ruhig entwickeln kann, vor allen Staats-Verfassungen den Vorzug verdient. Wenn derselbe der Presse resp. ihren Trägern (nach seinem Ausdrucke: Zeitungsschreibern) Bestechlichkeit und den gemeinsten Materialismus vorwirft, so legt er dadurch am besten an den Tag, weß Geistes Kind er ist. In den Zeiten, wo man die Presse in Fesseln legte, wo man ungestraft die Rechte des Volkes mit Füssen treten, seine Stimme durch einen Censurstrich unterdrücken durfte, da hätte ein so gewaltiger Vertreter der Verdummung, wie der Herr Verfasser des beregten Aufsatzes, vielleicht Orden, Lorbeeren und Ehrenstellen verdienen können, heut zu Tage wird er sich höchstens eine Ehrenstelle am Pranger der öffentlichen Meinung damit erwerben. Einen Stand anzugreifen, der in der neusten Zeit unter allen Umständen eine ehrenwerthe Haltung an den Tag gelegt, der, wie früher zur Erringung des höchsten Gutes, der heiligen Freiheit des Volks und seiner Rechte, so jetzt zu einer kräftigen Entwicklung auf dem Boden des Gesetzes mit aller Macht durch Wort und Lehre gewirkt, verräth entweder Mangel an Intelligenz oder grassen Jesuitismus. Im ersten Falle geht dem Verfasser sohin die geistige, im zweiten die moralische Befähigung zu einem Volkslehrer ab. Freilich ist solchen Herren die freie Presse, die das Volk wach erhält und es nicht in den alten Schlaf zurücksinken läßt, die ihm täglich zuruft: Ruhe, gesetzliche Ordnung, Vertrauen zu Euern Vertretern, aber Wachsamkeit gegen alle Reaktion! ein gewaltiger Dorn im Auge. Um das Volk zu belehren, muß man alle Meinungen ehren, man darf nicht einseitig die eine oder die andere verdammen und ihm verdächtig machen, man muß ihm die gute, wie die schlimme Seite jeder Regierungsform vor Augen führen, man muß es dahin bringen, daß es fähig wird, die Verschiedenheit dieser Formen zu erkennen und eine eigene Wahl aus Gründen zu treffen. Das ist dann ehrlich! Wie der Herr Verfasser des obigen Aufsatzes aber mit seiner Volksbelehrung zu Wege gehen will, ist unehrlich und schmachvoll. Sollte aber die Cirkulation dieses Artikels wirklich den Distriktsvorstehern offiziell anbefohlen sein, dann ist dies auch ein offizieller Schritt zur Reaktion, und wer es gut meint, muß einen solchen verdammen. Will die Behörde das Volk belehren, so geschehe es im Geiste der demselben hoch und theuer gelobten wahren Freiheit; aber sie achte jede Meinung und hüte sich vor allem Streben, den alten Zustand zurückzuführen. Sicherlich stehen ihr dann auch Männer zu Gebote, die es mit Regierung und Volk wahrhaft gut meinen und die Fähigkeit besitzen, Volks-Lehrer im wahren Sinne zu werden; sie bediene sich nicht der Feder eines Mannes, dem etweder gesunder Menschenverstand oder der redliche Wille abgeht.

(Bamberg, den 6. Mai.) Verlässigen Nachrichten zu Folge erscheint in wenig Tagen ein neuer sehr großer Armeebefehl, in welchem 250 neue Lieutenants angestellt werden sollen. Unter den dazu bestimmten Personen sind sehr viele ältere Unteroffiziere, dann Studenten ꝛc., welche Letztere nur auf Kriegsdauer beibehalten werden, nach ihrer Entlassung aber noch ein halbes Jahr die Gage fortbeziehen sollen. Zu Oberlieutenants sollen mehr als 130 Lieutenants befördert werden. — Gestern 6 Uhr kam mit einem Extra-Bahnzug von Nürnberg ein Bataillon von dem in Regensburg garnisonirenden Infanterie-Reg. hier an, wurde von dem hiesigen Offizier-Korps am Bahnhof freundlichst empfangen und mit der Regiments-Musik des Chev.-Reg. in die Stadt begleitet, die Truppen, welche vorläufig auch hier bleiben werden, sind sogleich in den Kasernen untergebracht worden. — Die Hauptwache, so wie die übrigen Wachtposten am k. Schloß ꝛc. werden seit gestern von der Infanterie bezogen. — Nach Regensburg kommt ein Bataillon vom 8ten Regiment (in Passau).

(Regensburg, den 5. Mai.) Heute Mittags ist die erste Marschkolonne der angekündigten österreichischen Truppen, ein Bataillon vom k. k. Infanterieregiment Wellington, 1400 und einige Mann stark, dahier eingetroffen und in die Quartiere vertheilt worden. Morgen geht dieselbe wieder ab. (Regensb. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 4. Mai.) Wie wir aus ganz sicherer Quelle erfahren, sollen die Mitglieder unserer beiden Kammern schon am 16. d. M. beurlaubt und erst nach Beendigung der Sitzungen der konstituirenden Versammlung zu Frankfurt, sofern nicht höchst wichtige Fälle einen alsbaldigen Wiederzusammentritt nothwendig machen, einberufen werden. (Schw. M.)

(Karlsruhe, den 4. Mai.) [58. Sitzung der zweiten Kammer.] Einer Mittheilung der ersten Kammer zu Folge ist diese dem an sie gelangten Gesetzesentwurfe in Betreff der Steuerverweigerung ohne alle

weitere Modifikationen beigetreten. Nach erfolgter Uebergabe mehrerer Petitionen kommt Junghanns auf einen in der Karlsruher Zeitung erschienenen Korrespondenzartikel, zu sprechen wornach er sich seinen Wahlmännern gegenüber dahin verbunden haben soll, daß er nicht für die Republik stimmen werde. Er führt unter Anderem aus, daß seinen Wahlmännern so gut wie ihm bekannt sey, wie es in unserem konstitutionellen Staate für einen Abgeordneten eine Unmöglichkeit sey, sich in der Kammer für eine Republik zu erklären, und daß man die Entscheidung der Frage, welche Verfassung Deutschland künftighin erhalten solle, der in kurzer Zeit zusammentretenden Nationalversammlung überlassen müsse, daß nach unserer Landesverfassung ein Abgeordneter keine Aufträge annehmen dürfe, und daß er auch keine erhalten, wohl aber seinen Wählern vor der Wahl sein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt habe. (Schw. M.)

— Aus einem Privatschreiben im Schwäbischen Merkur entnehmen wir noch Folgendes über das Gefecht der Würtemberger bei Dossenbach: „Ich war gerade mit meinem Zug (einer halben Kompagnie, etwa 80 Mann) am Rhein postirt, um ein Dorf und den Uebergang zu besetzen, als mir von meinen Vorposten gemeldet wurde, man höre in der Nähe Gewehrfeuer; zugleich sprengte ein Ordonnanz-Offizier im Galopp auf mich zu: die Kompagnie des würtembergischen Hauptmann Lipp sey bereits in heftigem Kampf mit den Arbeiterschaaren begriffen. Ich zog nun schleunigst meine Leute zusammen, und marschirte rasch auf waldigen Gebirgswegen in jene Richtung, wo ich feuern hörte. Bald kam ich am Kampfplatz an, stellte mich in Gefechtsordnung am Saum eines Waldes, und ließ mit dem Horn zum Angriff blasen. Jetzt stürzten meine Leute wie die Löwen auf jene Schaaren, und kämpften mit Schuß und Bajonnet. Durch mein unerwartet schnelles Zuhülfekommen waren die bereits ermüdeten Leute des Hauptmanns Lipp wieder aufs Neue begeistert, die Freischaaren aber, durch mich von der Flanke angegriffen, ganz verblüfft, zogen sich unter fortwährender Vertheidigung und nicht unbeträchtlichem Verlust gegen den nächsten Wald zurück, wo sie dann, förmlich eingeschlossen, sich als Gefangene ergaben, und die Waffen niederlegten. Zum großen Wunder hatten wir keinen Todten; verwundet ist nur der Hauptmann Lipp. Unsere Bestimmung für die nächste Zeit ist uns unbekannt. Unser bisheriger Zweck dürfte jetzt erreicht seyn. Doch wird es mit dem Rückmarsch noch nicht so schnell gehen."

Freie Städte. (Frankfurt, den 6. Mai.) 47. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 4. Mai 1848. Statt des ausgetretenen Gesandten tritt für die freie Stadt Lübeck Senator von der Hude ein. Auf den Vorschlag von Preußen wird die Frage, ob gemeinschaftliche Maßregeln für ganz Deutschland wegen Beschlagnahme dänischer Schiffe zur Vergeltung des von Dänemark auf deutsche Schiffe gelegten Beschlags zu ergreifen seyen und ob der deutsche Bund auf andere Weise eine Garantie für den durch Dänemark gestifteten Schaden zu übernehmen habe, an eine eigens niedergesetzte Commission gewiesen. Zur Bestreitung der Kosten für die nothwendigen Wohnungsutensilien für die Besatzungstruppen von Ulm werden die nöthigen Mittel bewilligt. Deßgleichen wird die von Oesterreich, Bayern und Württemberg für die Besatzung von Ulm zu stellende Mannschaft an Reiterei und technischen Truppen festgesetzt. Die Absendung hannöverscher Truppen in das Herzogthum Lauenburg zur Unterstützung der dortigen Behörden bei zu befürchtenden Unruhen wird gut geheißen. (F.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 4. Mai.) (Oeffentliche Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 4. Mai, Nachmittags 4 Uhr.) Bei Verlesung der Einläufe gab eine Beschwerde über die den zurückkehrenden Polen von einzelnen Regierungen gemachten Schwierigkeiten Venedey Veranlassung, gegen den in der Sitzung der Bundesversammlung vom zweiten Mai gefaßten Beschuß bezüglich der polnischen Flüchtlinge, als den Bestimmungen des Vorparlaments, wie den jüngsten Beschlüssen des Fünfziger-Ausschusses zuwiderlaufend, entschiedene Verwahrung zu beantragen. Nachdem man den Polen die Aussicht auf ungehinderte Rückkehr eröffnet habe, und ihnen, selbst nach Bundesbeschluß, der Durchzug gestattet worden sei, trete man auf einmal denjenigen, die im Vertrauen darauf ihre bisherige Stellung in Frankreich aufgegeben haben, bei ihrem Durchzuge unter dem Vorwande entgegen, daß, da Rußland den Eintritt in das Königreich Polen nicht gestatte, die Anhäufung der Flüchtlinge in Posen der öffentlichen Ruhe gefährlich werden könnte. — Im ähnlichen Sinne sprechen sich Schuselka, Abegg, Blum, Ree 2c. gegen jene Maßregel aus. Man könne den Polen nicht verwehren, den Versuch der Rückkehr nach dem Königreich Polen zu machen oder das ihnen, in dem polnischen bereits von Preussen behufs der Reorganisation abgetrennten Theile von Posen gerne verwilligte vorläufige Asyl anzunehmen. Wolle man denn wirklich durch fortgesetzte widersprechende Maßregeln und durch Feindseligkeiten Polen in die Arme Rußlands treiben, dessen Intriguen schon jetzt nur zu wirksam sich gezeigt hätten. Dagegen wurde (von Siemens, Pagenstecher, Jürgens 2c.) geltend gemacht, daß bei aller Sympathie für Polen die nächsten Interessen Deutschlands nicht der Unbesonnenheit und Leidenschaftlichkeit der Polen, die allerdings eine Gefährdung der Sicherheit und des Friedens besorgen lasse, Preis gegeben werden dürften. Seit den Beschlüssen des Vorparlaments hätten sich, zumal in Posen, die Verhältnisse sehr geändert. Man möge den bereits Eingetroffenen die Gastfreundschaft, wie in Frankreich gewähren, den an der Grenze noch Ankommenden bedeuten, daß ihnen die Rückkehr in das Königreich Polen nicht möglich sei. Nach geschlossener Debatte, welche sich auch auf die geschehene Einverleibung eines Theils von Posen in den deutschen Bund erstreckte, wurde auf Schuselka's und Abegg's Antrag beschlossen: 1) die Bundesversammlung im Namen der Ehre Deutschlands aufzufordern, den Polen das ihnen von dem Vorparlament feierlich gegebene Wort zu halten; 2) der Bundesversammlung zu erklären, daß der Ausschuß bei den frühern Beschlüssen, welche den Polen den Durchzug gestatten, beharren, und daß die Regierungen, welche jene Maßregeln nicht vollständig ausgeführt hätten, dazu veranlaßt werden sollten. Nach Verlesung der Einläufe wurde Absendung eines bereits früher entworfenen Schreibens an die Bundesversammlung, wegen Erledigung der auf Verschiebung von konstituirenden Versammlungen der einzelnen Länder gefaßten Beschüsse, angenommen, nachdem Heckscher einen entgegenstehenden Antrag zurückgezogen hatte. Bezüglich der, in der „Wiener Ztg." enthaltenen amtlichen Erklärung wurde nach Antrag der Commission durch Acclamation beschlossen, zu Protokoll zu erklären, daß die Aufgabe der constituirenden Versammlung dahin gehe, ein einiges Deutschland zu gründen, und daß diesem die Sonderinteressen der einzelnen Staaten unterzuordnen seyen, so weit dieselben keine Berücksichtigung finden könnten; daß daher jede Erklärung, die einen andern Sinn habe, unstatthaft sey, daß jedoch, da der constituirenden Versammlung einzig und allein die Bestimmung der zukünftigen Verfassung Deutschlands überlassen sey, die Versammlung zur Tagesordnung übergehe. Deßgleichen wurde der weitere Kommissionsantrag: 1) Proklamation die Böhmen, Mähren, Schlesier und Illyrier zur Beschickung der constituirenden Versammlung mit dem Beifügen aufzufordern, daß Deutschland fest entschlossen sey, die Grenzen der zum deutschen Bund gehörenden Länder unverkürzt festzuhalten, und daß die etwa blos von der deutschen Bevölkerung vorgenommenen Wahlen von der constituirenden Versammlung ohne Zweifel würden anerkannt werden; 2) die österreichische Regierung zum kräftigen Schutze der Deutschen aufzufordern, am Schlusse der Sitzung angenommen. Eine von Schuselka mitgetheilte Eingabe der Sachsen in Siebenbürgen, in welcher gebeten wird, dem Nationalparlamente die Vertretung der durch die neuesten Versuche der Magyaren gefährdeten, durch alle Verträge gewährleisteten deutschen Nationalität in Siebenbürgen zu empfehlen, — wurde auf die morgentliche Tagesordnung gesetzt. — Von Heckscher wurde sodann auf den Inhalt des Bundesbeschlusses vom 3. Mai bezüglich der Bildung einer ausübenden Bundescentralgewalt, und auf die in demselben enthaltenen Abweichungen von dem deßfallsigen Beschlusse des Fünfziger-Ausschusses aufmerksam gemacht. Als solche sehr auffallende Abweichungen (Fälschungen) seyen zu bezeichnen: 1) daß in ersterm allein den Regierungen die Bezeichnung der Mitglieder überlassen ist, während diese von der Bundesversammlung nach Vereinigung mit dem Fünfziger-Ausschuß den Regierungen vorgeschlagen werden sollten; 2) daß nach der Fassung des Bundesbeschlusses eine bleibende Einrichtung beabsichtigt sey, während der Beschluß des Fünfziger-Ausschusses nur ein provisorisches, der Dauer nach von der constituir. Versammlung abhängiges Organ habe schaffen wollen; 3) daß von einer Vermittlung der Regiminalansichten den Wünschen der constituirenden Versammlung gegenüber gesprochen werde, während doch dieser einzig und allein die Bestimmung der Verfassung zu überlassen sey; 4) daß überhaupt die ganze Fassung auf das Entschiedenste mit dem Geiste der von dem Vorparlament und dem Fünfziger-Ausschuß gefaßten Beschlüsse im Widerspruch stehe. Der auf die Ausführung dieser Punkte gestützte Antrag: der Bundesversammlung zu erkennen zu geben, daß der Fünfziger-Ausschuß mit Befremden von jenem Beschlusse Kenntniß genommen habe, und daß er gegen alle Abweichungen desselben von seinen (des Fünfziger-Ausschusses) Beschlussen auf das Entschiedenste protestire, wurde einstimmig angenommen. — Es wurde ferner von Heckscher zur Sprache gebracht, daß, nachdem von Dänemark preussische Privatschiffe mit Embargo belegt worden seyen, von Preussen Repressalien gebraucht, und nach zuverlässigen Nachrichten bei der Bundesversammlung der Antrag auf allgemeine Annahme jener Maßregel gestellt worden sey. Dieß Verfahren stehe jedoch als Angriff gegen Privateigenthum nicht im Einklange mit den von der Versammlung in dieser Beziehung schon anerkannten Grundsätzen der Humanität, und könne, da Preussen, wie überhaupt die deutschen Seestaaten, bei ihrem ausgedehnten Handel 2c. großem Schaden ausgesetzt sey, auch nicht für zweckmäßig gelten. Es könne allerdings nicht verlangt werden, daß Preussen den Schaden allein trage; es sey aber in der Besetzung Jütlands der letzte Ausweg gegeben. Er stelle den Antrag, daß die Bundesversammlung und auch die preussische Regierung ersucht werde, einem etwaigen Antrag auf Erklärung von Embargo keine Folge zu geben. Von Wiesner wurde gegen den Antrag bemerkt, daß in jener Maßregel, welche Preussen bei dem Mangel an Kriegsschiffen und damit eines genügenden Schutzes seiner Küsten zur Sicherung des Eigenthums seiner Staatsangehörigen ergreifen mußte, nur eine völkerrechtlich zulässige, wirksame Repressalie zu sehen sey. Man müsse die Edelmuthspolitik aufgeben. Nachdem noch von Duckwitz angeführt worden war, daß nach einer ihm gewordenen Mittheilung bereits von der Bundesversammlung eine Kommission zur Erörterung der Frage niedergesetzt worden sey, wurde der erste Theil des Antrags von Heckscher angenommen. — Nach Erledigung einiger Berichte der Wahlkommission wurde die nächste Sitzung auf den 5. Mai, Nachmittags 4 Uhr festgesetzt. (Frkf. O.-P.-Z.)

In einer längeren Schilderung der jüngsten Ereignisse in Krakau theilt der Abg. aus Krakau Dr. Trentowski die Ueberzeugung der Krakauer mit, wie er sie bei seiner Abreise hat aussprechen hören: 1) Man ist sich bewußt, daß man alles gethan, um die Sympathie der Deutschen nicht zu verlieren und mit den österreichischen Truppen Brüderschaft zu schließen; die Oesterreicher haben aber das gute Verhältniß vernichtet. Daraus schließt man, daß es in Posen auf dieselbe Art und Weise zum unseligen Hader gekommen seyn müßte; 2) man ist überzeugt, daß die Büreaukratie an allem Unglücke in Krakau und in Posen Schuld sey, daß Metternich selbst zwar nicht mehr, aber immer sein System noch herrsche; 3) man ist genau unterrichtet von den Agenten des Czars, welche in Posen und in Galizien wirken, die Polen gegen die Deutschen und die Deutschen gegen die Polen aufhetzen, und hier mit Rubeln, und dort mit demagogischen Reden ihren Zweck erreichen. Unterdessen lasse Paszkiewicz eine Deputation aus Warschau nach Petersburg abgehen, um den Czaar um Herstellung des ganzen alten polnischen Reichs zu bitten. Wenn es dahin käme, daß die Polen alle Hoffnung auf die Redlichkeit der deutschen Absichten verlören, dann müßten sie ihre Blicke wohl dem Czaar zuwenden. Wahrlich, eine gar feine und feither — ganz glückliche Politik! 4) man begreife die Deutschen nicht; entweder ihre Politik oder ihre Gesinnung in Bezug auf sie scheine falsch zu seyn; sie riefen von allen Seiten aus, daß es ihre Ehre und Pflicht erheische, Polen wieder herzustellen. Wohlan! sie, die Polen wollten Nationalgarden bilden, um sie, im Falle der Noth, in kriegerische Schaaren gegen den Czaar zu verwandeln, sie wollten mit ihren Kräften die deutsche Macht an der Nord- und Ostgrenze vergrößern, was weise zu befördern und nicht mit Waffengewalt zu verhindern, Klugheit und eigenes Interesse den Deutschen anrieth. Einen Einfall in das Königreich würde man nicht machen, ohne Gutheißen Deutschlands; denn man wisse recht gut, daß, so lange Deutschland mit sich selber zu schaffen habe, es Polen nicht thatkräftig helfen könne. Wie einfach ist diese Politik und wie vielmal haben die Polen sie den Deutschen offen und aufrichtig kundgegeben! Und siehe da, was haben die Deutschen in Posen und in Krakau gethan! Sogar in Frankfurt ist die neue Theilung Polens bestätigt worden! Wer aber wird die Früchte dieser ganz verstellten Politik genießen? Die Antwort darauf ist: „der Czaar!" (Frkft. O.-P.-Z.)

(Hamburg, den 2. Mai, Morgens 6 Uhr.) Der gestern Abend von Rendsburg angekommene Bahnzug bringt die Nachricht, daß die verbündeten deutschen Truppen auf Jütland vorrücken. Das Hauptquartier war in Kolding. Man erwartete schweres Geschütz um Alsen anzugreifen. Gestern berichtete der Telegraph aus Stade die Rück-

kunft des dortigen Dampfschiffes Gutenberg mit der dänischen Brig Thorwaldsen und einem Kutter als Prisen im Schlepptau. (A. A. Z.)

Hessen. (Hanau, 4. Mai.) Als der Buchhändler Hoff in Mannheim jüngst verhaftet wurde, fanden sich verschiedene Papiere, welche auf die republikanische Partei in Deutschland Bezug hatten, vor. Es sollen namentlich einige darunter seyn, die auf eine Schilderhebung der Republik in Hanau hinwiesen. Diese sollte auf den 4. Mai fallen. Daher erklärte sich denn die Truppenzusammenziehung um Hanau. Das Regiment von Offenbach rückte heute Nacht noch mit zwei Kanonen in unser Weichbild. Aus Wetzlar, Friedberg u. s. w. kamen uns auch Soldaten zu Gesicht. Sie waren hauptsächlich vorerst dazu bestimmt, den Zuzug von bewaffneten Proletariern für den Nothfall zu verhindern. In Hanau selbst war die Zeit her alles ziemlich im alten Geleise geblieben. (F. O.-P.-Z.)

Oesterreich. Nach den eingehenden Nachrichten aus Wien vom 3. Mai hat die Regierung amtlich die von Mähren und Böhmen gegen die Vornahme der Parlamentswahlen ausgegangenen Proteste beseitigt und die alsbaldigen Wahlen auch für diese Provinzen, wie für alle ihre deutschen Bundesländer wiederholt angeordnet. (A. A. Z.)

(Eger, den 30. April.) In einer von dem hiesigen Bürger-Ausschuß entworfenen, und an den Kaiser abgesandten Petition werden folgende Punkte beantragt: 1) Trennung des egerer Bezirkes von böhmischen Ständen, weil der egerer Bezirk, obgleich seit Jahrhunderten an die Krone Böhmens um 40,000 Mark Silber verpfändet, doch nicht in der böhmischen Landtafel als ein Bestandtheil Böhmens erscheint; 2) Aufrechthaltung der deutschen Nationalität im egerer Bezirke, und Anschließung an den deutschen Bund; 3) Steuer-Revision. (Köln. Z.)

Preussen. (Berlin, 5. Mai.) Der König hat am 3. d. M., Abends 6 Uhr, im hiesigen Schlosse den spanischen Kammerherrn, Senator, General-Lieutenant und General-Inspektor des Genie-Korps, Don Antonio Remon Zarco del Valle, in einer Privat-Audienz empfangen und aus seinen Händen das Schreiben entgegengenommen, durch welches derselbe von der Königin Isabella von Spanien als ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am hiesigen Hoflager beglaubigt wird. (Auch Preussen wird einen Gesandten nach Spanien schicken und so die politischen und kommerziellen Verhältnisse Deutschlands und Preussens sich näher bringen.)

(Tilsit, den 30. April.) Nach einer so eben eingegangenen Korrespondenz-Nachricht ist der Kaiser von Rußland in Riga angekommen. Er war daselbst erst zum 29. April angemeldet, aber, wie gewöhnlich, überraschte er und kam drei Tage früher. Von dort soll er nach Kowno und Polen gehen. (Echo a. M.)

(Swinemünde, den 2. Mai.) Zu den zwei englischen Schiffen „Exquisite", Capitain Naylor, von Sunderland, und „Margarethe Skelly", Capitain Todding, von Bahia, welche durch die dänische Fregatte „Havfruen" angehalten worden sind, haben sich bis jetzt Morgens 8 Uhr, noch eine englische Bark, 10 englische Briggs und ein englischer Schooner gesellt, die theils schon in der Nähe der Fregatte Anker geworfen haben, theils noch um sie herum unter Segel sind, um bald ein Gleiches zu thun, oder umzukehren, da ihnen das Einlaufen in irgend einen preussischen Hafen (wie der bereits im Register des Kapitän Naylor auf Veranlassung des Befehlshabers der dänischen Fregatte gemachte Vermerk besagt) untersagt ist. Während der letzten Nacht hörten wir hier von der Seeseite mehrere Schüsse fallen, die den angekommenen Schiffen gegolten haben. Die gestern erwähnten Schiffe „Exquisite" und „Margarethe Skelly" haben beide in Wirklichkeit einen scharfen Schuß bekommen, nachdem sie dem zu erst erhaltenen blinden Schuß nicht sofort Folge leisteten. Zur Blokade von Danzig, Memel, Wolgast 2c. sollen ebenfalls dänische Schiffe abgegangen sein. (Ostsee-Ztg.)

* In Trier hat es der Wahlen wegen Kämpfe zwischen Bürgern und Militär gegeben, wobei letzteres Gebrauch von seinen Waffen gemacht hat.

(Magdeburg, den 2. April.) Der Ausbruch des 3. Armeekorps gegen die bayerische Gränze bin bestätigt sich; auch das hier garnisonirende 8. Infanterie-Regiment wird uns, und, wie es heißt, schon in nächster Woche verlassen und nach Nürnberg dirigirt werden. Außerdem sollen noch 60 hiesige Geschütze mit ihren Mannschaften an dieser Expedition Theil nehmen. (Köln. Z.)

(Posen, 2. Mai abends.) Soeben gehen hier vom Schauplatze des Kampfes in unserer Provinz neue Nachrichten ein. Mieroslawski hat mit seinem durch Zulauf von allen Seiten bedeutend verstärkten Heerhaufen die Gegend von Miloslaw verlassen, und sich etwas mehr nördlich nach Wreschen zu gezogen. Gleichzeitig hat die eine der großen Insurgentenschaaren, die bisher bei Pleschen stand, und einige Tausend Köpfe stark angegeben wird, ihre zeitherige Position verlassen, um sich mit Mieroslawski zu verbinden, der somit in diesem Augenblicke eine imposante Macht befehligt, die zu vernichten, die jetzt bei Schroda vereinigten Detachements des Generals v. Blume und des Obersten v. Brandt schwerlich stark genug sein dürften; indeß rücken von Norden her der General v. Wedell und der General v. Hirschfeld mit ansehnlichen Streitkräften heran, und morgen oder übermorgen dürften wieder 10,000 Mann kampfbereit den Insurgenten gegenüber stehen. Die moralische Wirkung des günstigen Erfolges der Affaire bei Miloslaw ist für die Insurgenten von unberechenbarem Werthe; denn die schon völlig kleinmüthig gewordenen Polen erheben sich aller Orten wieder, und rings um uns wimmelt es wieder von kampfbegierigen Sensenmännern; man sagt, Miroslawski und einige fanatische Geistliche hätten bereits einen Aufruf zu einer allgemeinen Schilderhebung aller Polen erlassen.

Heute Nachmittag ist eine neue Hiobspost hier eingetroffen: Eine Abtheilung hiesiger Landwehr, etwa 150 Köpfe stark, darunter aber 120 Polen, sollte von hier nach Glogau marschiren; 2½ Meilen von hier, bei dem Städtchen Stenszewo, wurden sie heute Mittag auf der großen breslauer Chaussee von einer großen Masse Sensenmänner überfallen und sammt und sonders gefangen genommen. Wahrscheinlich haben die Polen sich leicht gefangen nehmen lassen und die Insurgenten haben durch sie eine hübsche Verstärkung, die überdieß mit guten Schießwaffen und mit einer Kasse versehen ist, erhalten. Zu bedauern sind die 20 bis 30 Deutsche darunter, zumeist junge Leute von hier. In unserer Stadt sieht es auch wieder sehr bewegt aus; auf allen Straßen wogt es von aufgeregten Menschen, und mehrmals ist es schon zum Handgemenge gekommen, das bis jetzt glücklicher Weise ohne ernstere Folgen geblieben ist. Man fürchtet aber für die Nacht und den morgenden Tag — den 3 Mai polnisches Constitutionsfest! — zumal es heißt, daß von allen Seiten Tausende von Sensenmännern gegen Posen, das in diesem Augenblick nur schwach besetzt ist, anrücken. Indessen sind gute militärische Vorsichtsmaßregeln genommen, die Warthebrücke wird so eben noch verpallisadirt, und man hat versprochen, die deutschen Bürger sämmtlich zu bewaffnen, falls Gefahr für die Stadt eintreten sollte. Heute Nachmittag sollte die hiesige Bürgerwehr — über die Hälfte Polen — ihre Gewehre wieder abliefern — die Deutschen haben es gethan, die Polen aber nicht; was nun der General von Steinäcker thun wird, ist nicht bekannt. (D. A. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 5. Mai.) Die folgende für die jetzt beginnende Jubilatemesse nicht unwichtige Bekanntmachung ist heute hier von Handelsstand ergangen: Auf Antrag des Handelsvorstandes und die hierauf eingetretene kräftige Verwendung unserer hohen Staatsregierung ist in Betreff des österreichischen Geldausfuhrverbots soeben folgende offizielle Mittheilung eingegangen: „Das Landespräsidium in Prag wird von der k. k. österreichischen Regierung ermächtigt, zu Baarsendungen, die zufolge beigebrachter glaubwürdiger Handelskorrespondenzpapiere oder anderer Nachweisungen zu Besorgung oder Schlichtung von Handelsgeschäften auf der Leipziger Ostermesse bestimmt sind, bis einschließlich 5000 fl. C. M. Ausfuhrpässe zu ertheilen. Ferner ist jede Durchfuhr von Gold und Silber gestattet, wenn dieses schon beim Eintritt nach Oesterreich als Durchfuhrgut erklärt wird." Wir beeilen uns, den geehrten Handels- und Fabrikstand hiervon in Kenntniß zu setzen. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 3. Mai.) Der Moniteur erschien heute als förmliche Broschüre, nämlich in zwei und ein halb Foliobläattern! Der größte Theil seiner heutigen Dekrete bezieht sich indeß nur auf die Organisation der befreiten Kolonieen. 1) Leistet den Greisen und Waisen angemessene Unterstützung. 2) Verpflichtet die Sklavenjugend zum Schulbesuche. 3) Bestimmt den Wahlmodus. 4) Errichtet eine Jury. 5) Befiehlt die Anlage von National-Werkstätten, wo alle Welt Arbeit finde. 6) Verbietet den Bettel und die Landstreicherei, die in den Kolonieen eine entsetzliche Plage. 7) Verordnet Sparkassen für die befreiten Sklaven. 8) Zieht die Grundlagen eines neuen Steuersystems. 9) Dekretirt ein allgemeines Sklavenbefreiungs- und Frei-Arbeiter-Fest, bei welchem Preise bis zur Höhe von 200 Frc. vertheilt werden sollen. 10) Spricht sich über die Vertretung der Kolonieen in der Nationalversammlung aus; drei für Martinique, drei für Guadeloupe, einen für die Guyani, drei für Bonsbon (Reuion) einen für Senegal und einen für die französischen Besitzungen in Indien. 11) Schafft die Censur in den Kolonieen ab. 12) Organisirt die Befreiten militärisch, damit sie ihre Freiheit und die Mutter-Republik nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand vertheidigen können. Die übrigen Dekrete sind rein administrativer Natur und bieten für das Ausland kein direktes Interesse.

† (Paris, den 3. Mai, Abends 5 Uhr.) Es zeigt sich in gewissen Kreisen einige Beunruhigung wegen der morgigen Eröffnungsfeier. Man befürchtet den Ausbruch von Unruhen und wir selbst befanden uns noch vor kaum einer Stunde in einer Gesellschaft wo ein Nationalgarde-Offizier alles Ernstes erklärte: er wäre sehr froh, wenn die morgige Eröffnung der Nationalversammlung ohne Flintenschüsse ablaufe. Wir glauben indessen nicht, daß sich diese Befürchtungen erfüllen. Es herrscht zwar zwischen der Bürgerschaft und den Arbeitern eine sehr große Spannung. Sobrier, Hauptredakteur der Commune, Blanqui, Raspail, Barbere 2c. möchten ohne Zweifel das Joch der Bourgeoisie gern abschütteln; allein wir glauben nicht, daß sie dieß morgen schon versuchen werden. Entsetzliche Angst scheint in neuester Zeit der Grundzug unserer Bürger zu sein.

Italien.

Ein Mailänder Bülletin vom 2. Mai, ausgegeben vom Kriegsminister, berichtet über den Sieg bei Pastrengo, es gibt 400 österreichische Gemeine und 5 Offiziere als von den Piemontesen gefangen an. Ein Mailänder Bülletin vom selben Tag, ausgegeben von der Regierung, enthält neuere Nachrichten. „Von Pastrengo ward das italienische Hauptquartier nach St. Giustina verlegt. Carl Albert hatte beschlossen am Morgen des 1. Mai Bussolengo anzugreifen: aber schon in der Nacht rückten die Soldaten, belebt vom jüngsten Sieg und vom heroischen Beispiel des Königs, auf das Dorf, griffen es mit dem Bajonnet an, und besetzten es, indem sie den Feind über die Etsch trieben. Das Hauptquartier des Königs war gestern in Bussolengo. Alles führt zu dem Glauben, daß heut der Paß über die Etsch, der sonst so viel Blut kostete, unser seyn wird. Es waren zwei ruhmreiche Tage. Einen Augenblick mußte Carl Albert selbst, der immer bei den Vorposten war, den Degen ziehen, um seine Person zu vertheidigen, die von einer feindlichen, dem Hauptquartier auf 300 Schritt nahe gekommenen Truppe bedroht war. Den Oberbefehl über das feindliche Treffen führte Erzherzog Sigismund, Sohn des Erzherzogs Rainer. Die Oesterreicher hatten viele Todte; wie es heißt, sind 1740 Oesterreicher vom Gros der Armee abgesprengt, und von den Unsern zwischen Peschiera und Lazise gefangen. Mit diesem Sieg ward dem Feind der Rückzug nach Tirol abgeschnitten und ihm die Hoffnung einer Verstärkung von dort genommen." (??) (Aug. Z.)

Aus Verona, 1. Mai erhielt man in Südtirol folgende Proclamation Radetzky's: „Treue, tapfere und hochherzige Männer Tirols! Ich weiß, es wird Euren redlichen Herzen Freude machen, wenn ich Rühmliches von Euren Söhnen erzähle. Das Regiment, Eure Kinder, das Ihr mir zugesandt, ist Eurer würdig. Jeder Tag bringt neue Gefechte, jedes Gefecht neue tapfere Thaten der braven Tirolerjäger. Ich kann nicht jedem einzelnen Vater sagen, wie tapfer sein Sohn gefochten; ich richte diese Worte an Euch Alle, denn Alle sind gleich, in Allen lebt noch derselbe Geist, der einst die Schaaren eines Welteroberers zwang, besiegt und fliehend Eure stillen Thäler zu verlassen. Zum Schutze Eurer Landesmarken kämpfe ich jetzt gegen einen Feind, der da wähnt, es sey eben so leicht die mannhaften Tiroler zu besiegen, als hinterlistig aus Kellern und Fenstern auf den keines Angriffes gewärtigenden Soldaten seines eigenen Monarchen zu feuern. Auf Tiroler! Zu den Waffen! Nehmt sie herab von der Wand, die nimmer fehlende Büchse, mit der Ihr einst unter Eures Hofers Führung so manchen bessern Mann zu Boden gestreckt, und Eure bedrohte Freiheit gerächt! An dem Ausgange Eurer Thäler erwarte ich Euch; dort beut Euch den ehrlichen Händedruck ein alter Soldat, der Euch, Eure Tugenden und Tapferkeit liebt und bewundert! Männer Tirols, folgt mir in den Kampf für Eure Freiheit, für Euren Kaiser, der Sieg ist unser, und Euer der Ruhm! Radetzky, F. M." (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Eheliche Verbindung.

Unsere gestern dahier vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiemit allen unsern verehrten Verwandten, Freunden und Bekannten hiemit ergebenst an, und bitten um fernere Wohlgewogenheit.

Großgründlach, den 8. Mai 1848.

Leonhard Falkner, Chirurg.
Magdalena Pauline Falkner.
geb. Goetz aus Nürnberg.

Berichtigung.

Der kürzlich in der Mittelfränkischen Zeitung erschienene Aufsatz: „Die Wahlen in Nürnberg" greift diese von vielen Seiten an. Die Unterzeichneten, obgleich in mehreren Punkten, namentlich dem der Bevormundung der Wahlen, ganz anderer Ueberzeugung als der Verfasser, haben dennoch keine Polemik gegen ihn im Sinne, und wollen blos folgenden Satz:

„Was soll man aber über die Wahl der Ersatzmänner sagen? Es gehörte in der That eine ziemliche Keckheit dazu, wenn ein Jurist auftreten konnte, und erklären: „man solle nur Juristen wählen"

berichtigen, wozu sie sich als Mitglieder des Komités der Volks-Versammlung nicht allein aufgefordert, sondern auch befähigt finden.

Die Behauptung, daß Juristen die geeignetsten Männer für das gegenwärtige Parlament in Frankfurt seien, weil es sich da um eine ganz neue Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deuschlands handelt, ist allerdings in den vorberathenden Versammlungen des Komité's (und daß es sich mit dieser hochwichtigen Frage beschäftigte, wird ihm wohl nicht als Bevormundung ausgelegt werden können) mehrfach ausgesprochen worden, aber gerade nur von Mitgliedern aus dem Handels- und Gewerbsstande, und nicht von Juristen. Im Gegentheil drangen diese standhaft darauf, es müsse wenigstens Einer der Candidaten dem Gewerbsstande angehören, und versuchten bis zum letzten Augenblicke die Ernennung eines Solchen durchzusetzen.

Wenn ihre Bestrebungen an der festausgesprochenen Weigerung der Vorgeschlagenen, die für eine so hohe Mission nicht die gehörige Befähigung in sich fühlten, dennoch scheiterten, so ist den Juristen kein Vorwurf darob zu machen, noch weniger der, daß sie sich als Kandidaten hervorgedrängt und empfehlen hätten, denn mehrere sehr befähigte Männer unter ihnen erklärten gleich von vorneherein, daß sie die Wahl unter allen Umständen ausschlagen müßten, und Andere waren nur mit vieler Mühe zu der Erklärung zu bewegen, daß sie sich zwar der Wahl zu Ersatzmännern nicht geradezu widersetzen wollten, es aber immerhin als ein großes, der Pflicht und dem Vaterland gebrachtes Opfer betrachten würden, wenn das Loos, nach Frankfurt zu gehen, sie gegen Erwarten träfe.

Was endlich die Wahl des Hrn. Dr. Kalb betrifft, so geben wir die Versicherung, daß solche ohne alle vorgängige Rücksprache mit ihm, von Einem aus unserer Mitte in der am 26. April gehaltenen Zusammenkunft mehrerer Wahlmänner angeregt, und von sämmtlichen Anwesenden oder doch dem bei Weitem überwiegenden Theil gebilligt wurde.

Dieß zur Steuer der Wahrheit und zur Rechtfertigung verkannter Ehrenmänner.

Ludw. Günther.
Friedr. Aurnheimer.
Heinr. Gebhardt.

Empfehlung.

Der ergebenst Unterzeichnete erlaubt sich allen Herren Kupferstechern sein selbst verfertigtes Glaspapier zu empfehlen, welches nach dem Urtheile mehrerer Herren Kupferstecher dem französischen gleichkommt, und zeichnet sich dasselbe nicht allein durch seine Güte, sondern auch durch seine Billigkeit aus.

Erste Sorte, weißes.

Die ganze Tafel von 22 Zoll Länge u. 15 Zoll Breite . . . 48 kr.
Die halbe do. . . . . 24 kr.

Zweite Sorte, gelbweiß.

Die ganze Tafel . . . . 40 kr.
Die halbe do. . . . . 20 kr.

Um aber den Ankauf zu erleichtern, gebe ich auch nach jeder beliebigen Größe nach obigem Verhältniß berechnet ab.

1. Sorte 30 Quadratzoll 7 kr.
2. „ „ „ 5 kr.

Um dessen gefällige Abnahme bittet

Frank. S. Nro. 157 nächst dem bayer. Hof im 3. Stock.

(Vermißt.) Seit einiger Zeit wird ein goldenes Armband vermißt, bestehend in kettenähnlichen Gliedern von Matt- und Glanzgold mit einfachem Schlößchen. Der redliche Finder erhält ein Douceur. Näheres L. Nro. 1385 im dritten Stock.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 407 ist an eine einzelne Dame oder Herrn ein freundliches Zimmer nebst Kabinet täglich zu vermiethen.

Anzeigen

☞ 50000 *Gross der besten Stahlfedern*

werden a tout prix ausverkauft.

Schulfedern 144 Stück 15 kr. bis 24 kr. ohne Ausschuß, Beamten-, Correspondenz-, Noten-, Zeichnen- und Damenfedern, 144 Stück 30 kr. bis fl. 1 12 kr., das Dutzend von 3 kr. bis 10 kr. Ganz was Ausgezeichnetes in dreispältigen Stahlschreibfedern, das Dutzend 12 kr. bis 18 kr. bei **E. Hanau** aus Frankfurt a. M.

Der Verkauf ist im Färberei-Gebäude auf der Schütt, im Hause des Herrn Pabst im 1ten Stock.

☞ Nur noch bis Uebermorgen wird zu beispiellos billigen Preisen ausverkauft: ☜

Haus- und Schlafröcke gut wattirt pr. Stück fl. 2. 42 kr. bis fl. 5. 15 kr.; Sommerröcke und Sommerpaletots pr. Stück fl. 2. 48 kr. bis fl. 5½; Westenstoffe in Wolle, Seide, Pique und Halbseide die Weste 24 kr. bis fl. 1. 48 kr. die eleganteste Atlaßweste; Hosenzeuge die vollkommene Hose 54 kr. bis fl. 2. 48 kr.; Cravatten in Atlaß und Lasting pr. Stück 30 kr. bis fl. 1; Herrenshawls in Wolle (3 Ellen groß) pr. Stück 24 kr. bis 48 kr.; Herrenshawls in Atlaß pr. Stück fl. 1. 24 kr. bis fl. 2½; Sommerbinden für Herren ächtfärbig pr. Stück 15 kr.; große Reisesäcke pr. Stück fl. 1. 45 kr. bis fl. 2½; Regenschirme in schwerer Seide pr. Stück fl. 4 bis fl. 5. 48 kr.; Regenschirme in feinem Zeug pr. Stück fl. 1. 6 kr. bis fl. 2; höchst elegante Sonnenschirme pr. Stück fl. 2. 12 kr. bis fl. 4 bei **E. Hanau** aus Frankfurt a. M.

Der Verkauf ist nur im Färbereigebäude auf der Schütt im Hause des Herrn Pabst im 1ten Stock.

M. Morgenthau

aus Ludwigshafen am Rhein

bezieht gegenwärtige Messe mit einem großen Lager in nachstehenden Artikeln, sämmtliche Waaren für den Sommer gut assortirt.

Da derselbe den Ausverkauf untenstehender Waaren beabsichtigt, ohne alle Marktschreiereien, verkauft er zu nachstehenden Preisen, nämlich eine schöne Auswahl Sommerröcke von 2 fl. 30 kr. bis 14 fl. Schlafröcke 2 fl. 30 kr. bis 12 fl. Herren-Hemden, weiße und gestreifte, per Stück 1 fl. 30 kr. bis 4 fl. Unterbeinkleider von 48 kr. bis 2 fl. Alle möglichen Herrenbinden von 24 kr. bis 5 fl. 24 kr. Reise-Taschen von 1 fl. 48 kr. bis zu fl. 6.

Ferner macht derselbe das geehrte Publikum besonders auf alle möglichen Westenzeuge aufmerksam, im Preise von 24 kr. bis 4 fl.

NB. Sollte vielleicht Jemand gesonnen seyn im Großen kaufen zu wollen, würde er noch billiger Abgeben.

Seine Bude befindet sich im ersten Gang, und ist mit Firma versehen.

M. Morgenthau,
aus Ludwigshafen a/R.

Warnung.

Unterzeichnete warnen hiemit alle hiesigen und auswärtigen Anververwandten, Freunde und Bekannten, Niemandem, es sey auch wer es wolle, auf unsern Namen etwas zu borgen oder verabfolgen zu lassen, indem wir keine Zahlung dafür leisten.

Joh. Phil. Milbradt,
Flaschner-Meister, nebst
Gattin.

Entgegnung.

Diejenigen erbärmlichen, ehrlosen und gliederlosen Menschen, welche die Verlobung in Nr. 126 d. Bl. bekannt gemacht haben, werden ersucht, in Zukunft ihr Geld zu ihren Schulden anzuwendn. C..l K.......n.

Politischer Verein.

Montag den 8. Mai Abends 8 Uhr ausserordentliche Versammlung des politischen Vereins im Gasthof zum rothen Hahn.

(Anzeige.) Den verehrlichen Eltern wird hiemit kundgegeben, daß unter der Leitung des Unterzeichneten die orthopädisch-gymnastischen Uebungen für Mädchen, Montag den 8. Mai beginnen. Die verehrlichen Eltern wollen die Gefälligkeit haben, die Schülerinnen selbst vorzustellen, um die nöthigen Rücksprachen nehmen zu können, da bey dem Turnen sorgfältig darauf Rücksicht genommen werden muß, und etwa vorhandene Verkrümmung oder sonstige Schwäche des Kindes durch die geeigneten Uebungen beseitigt werden kann.

J. P. Hofmann, Orthopäd.
Garten Nr. 163 c vor dem Laufertthor.

Garten-Eröffnung.

Unterzeichneter macht hiemit die ergebenste Anzeige, daß Montag den 8. Mai sein Gartenlokal mit gutbesetzter Harmonie-Musik eröffnet wird. Für warme und kalte Speisen so wie für gutes Lagerbier ist bestens gesorgt.

Einem zahlreichen Besuch entgegensehend verharret hochachtungsvoll

C. Linz, Gastwirth zum Krippelein.

Schusters-Keller.

Heute Montag „Harmonie-Musik"

BELVEDERE.

Heute Montag den 8 Mai

Harmonie-Musik.

Wozu ergebenst einladet

Entree nach Belieben.

Sturm.

Einladung.

Montag den 8. Mai Abends halb 7 Uhr ist Versammlung der 5. Füsilier-Kompagnie der Königl. Landwehr im Schnepperggraben, möchten sich hiezu die Herren Kammeraden recht zahlreich einfinden.

(Zu vermiethen.) Eine schöne, freundliche Wohnung, mit Garten und laufendem Wasser am Haus, ist am Ziel Laurenzi zu vermiethen. — Näheres L. Nro. 951 a der Grasersgasse.

(Zu vermiethen.) Das Haus L. Nr. 633 der Pfannenschmiedsgasse ist bis Ziel Laurenzi zu vermiethen, enthaltend: 3 heizbare Zimmer, 3 unheizbare Zimmer, 2 Küchen, Speise, 2 Böden, Keller und sonstige Bequemlichkeiten. Näheres bei Lohnkutscher Netzer vormals Kolb. Nr. 632.

(Zu vermiethen.) Zwei schön möblirte Logis sind an solide Personen täglich oder bis zum 1. Juni zu vermiethen. L. Nro. 944 am Hallplatz.

(Ersatzmann.) Ein Mann, welcher mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht auf 6 Jahre einzustehen Näheres S. 433.

(Gesuch.) Es kann ein junger Mensch bei einem Buchbinder gegen annehmbare Bedingungen in die Lehre treten. L. Nro. 293

(Gesuch.) Ein auswärtiges, solides Mädchen sucht bei Kindern, oder bei einer kleinen Familie unterzukommen. Näheres in Nro. 49 am Schleifersteg.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches schön und flink näht, wünscht bei einer Kleidermacherin Beschäftigung zu erhalten.

(Gesuch.) Ein braves auswärtiges Mädchen, welches schon längere Zeit hier in einem soliden Hause diente, und besonderen Umständen wegen genöthigt ist, ihren Dienst zu verlassen, auch von der bisherigen Herrschaft sehr gut empfohlen werden kann, sucht vierzehn Tage nach dem Ziehl einen Dienst.

Zwei Flugschriften von allgemeinem, größten Interesse!

In allen Buchhandlungen ist sogleich vorräthig zu haben:

Freimüthige Beleuchtung **der gegenwärtigen Verhältnisse des Adels** zu Fürst, Bürger und Bauer. Von Freiherrn von Bibra, Dr. med. et phil. 8. geh. 12 kr. = 4 Sgr.

Ein Wort zu seiner Zeit, an das Volk und seine Stände über die **Lehrerbildung und die Volksschulen,** wie sie jetzt sind, und wie sie den gerechten Anforderungen der Zeit gemäß in Zukunft werden müssen. Von einem Schulmann. 8. geh. 12 kr. = 4 Sgr.

Verlagsbuchhandlung von

J. L. Lotzbeck in Nürnberg

Arena.

Montag den 8 Mai. Erste Vorstellung im 2. Abonnement: „Pächter Feldkümmel von Tippelsdorf." Posse in 5 Akten.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9. Mai 1848. № 130 Dienstag: Hiob.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 8 Mai.) [Zwanzigste öffentl. Sitzung der Kammer der Abg., Nachmittags 4 Uhr.) Am Ministertische Minister Bar. v. Thon-Dittmer, v. Beisler, Bar. v. Lerchenfeld und Heintz, die Ministerialräthe Kleinschrod, Roth und Sutner. Nach Bekanntgabe des Einlaufs und Verlesung des Beschlusses über den Ges.-Entwurf die Kosten auf die Abordnung zur Volksvertretung im deutschen Bunde zu Frankfurt erstattet Dr. Schwindl als Referent im III. und II. Ausschuß Vortrag über den Ges.-Entw. die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Firirung und Ablösung von Grundlasten betr. — Nachdem Referent in einer Einleitung den Sturz des gothischen Baues schildert und in humoristischer Weise unser Geschlecht als die lachenden Erben eines Hinsterbenden darstellt, geht er auf die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes über. — Dr. Schwindl verweist auf die hohe Wichtigkeit dieses Gesetzes, welches eine völlige Umwälzung unseres staatlichen Lebens verwirklicht. Viel, sehr viel werde genommen; gegeben — Nichts! Allein hier sey nicht die Themis mit der Augenbinde, sondern die rächende Nemesis. Man könne allerdings fragen, wie man die von der Verfassung garantirten Rechte so mit einem Federstrich aus der Tafel der Gerechtigkeit hinwegtilgen könne? Darauf antworte er: kann nicht auch Gerechtigkeit geubt werden, die Billigkeit sey gewiß gehandhabt und er fordere die hohe Kammer auf, sich den Segen der Nachkommenschaft zu verdienen, indem sie diesem von der Forderung der allgebietenden Zeit hervorgerufenen Gesetze ihre Zustimmung gebe. — Hierauf erstattet der Sekretär des Petitionsausschusses Vortrag über die geprüften Anträge der Abgeordneten. Der bereits mitgetheilte Antrag des k. Adv. Dr. Toussaint die ungebührlichen Sportulirungen in Bayern betr. wird von Abg. Bestelmeyer auf das wärmste vertreten; derselbe bemerkt u. A. wie ungerecht die Taxen gesteigert und erhöht wurden; während im J. 1824 die Sporteln beim Stadtgerichte Nürnberg um 15,000 fl. betrugen, haben sie im J. 1844 schon die doppelte Summe erreicht. Die Kammer beschließt den Antrag in den betr. Ausschuß zu verweisen. — Ein Antrag des Abg. Dr. Edel, die Beitragspflicht zu Gemeindeumlagen betr., vom Antragsteller und dem II. Präsidenten motivirt und unterstützt, wird gleichfalls dem Ausschuß zugewiesen. Der Staatsminister des Innern bemerkt bei diesem Anlaß, daß eine Revision des Umlagegesetzes bereits im Werke ist. — Eine Vorstellung mehrerer Gemeinden- und Grundbesitzer des ehemaligen Fürstenthums Aschaffenburg, Aufhebung des Jagdrechts, resp. Verletzung konstit. Rechte durch die bisherige Ausübung dieses Regals betr. hat sich der II. Präsident angeeignet, wird dem Ausschuß übergeben; ebenso ein von demselben vertretener Antrag mehrerer Gemeinden des nämlichen Bezirks auf Organisation des Forstwesens. — Ein Antrag des Unterl. Thumser im dritten Jäger-Bataillon, 1) auf selbstständige Vertretung des Wehrstandes, 2) Selbstvertretung des Heeres durch dienst- und sachverständige Offiziere mit Entfernung der zweideutigen Beamten, welche dienst- und truppenunkundig sind. 3) Vereinigung der Militärjustiz und Krankenpflege mit den allgemeinen Civil-Gerichten und Krankenhäusern. 4) Hebung des wissenschaftlichen Unterrichts durch Unterrichtsanstalten. Erweiterung der Universitäten mit Militärlehranstalten rc. 5) Ertheilung einer Dienstpragmatik für den Wehrstand und Ernennung einer Kommission zur Prüfung von Vorschlägen, Erfindungen und Verbesserungen im Heerwesen, und 6) Regelung der Gehalte und Bezüge der Offiziere und Mannschaft wird vom II. Präsident und Habermann vertreten. Ministerial-Kommissär v. Sutner wahrt die Militärverwaltung gegen die ihr gemachten Beschuldigungen. — Der Antrag wird theilweise dem Ausschuß überwiesen. — Ein Antrag des Abgeordneten Kirchgeßner, Meisterprüfungen betreffend, bezweckt die Beseitigung des unnützen Kostenaufwands, von diesen dahin begründet, daß die häufig gefertigten Gegenstände nicht leicht verkauft werden können, wird gleichfalls dem Ausschuß zugetheilt, eben so ein Antrag des Vereins der Maurer und Zimmermeister zu Würzburg, Beseitigung militärischer Einsprache bei Bauunternehmungen betreffend, vom I. Präsidenten vertreten. Ein Antrag mehrerer Bürger und Einwohner von Obergünzburg, das aktive Wahlrecht der Universitätsstudenten zur National-Vertretung in Frankfurt wird vom I. Sekretär vertreten, und dem Ausschuß zugetheilt. Anträge mehrerer Lehrer von Unterfranken, Neustadt a. d. A., Dinkelsbühl, Bayreuth und anderen oberfränkischen Orte, Verbesserung des Volksschulwesens betreffend, Rothenburg a. d. T. Insingen, Erlangen von Kirchgeßner, Sattler, Schwindl, Rehlen, Leybold, Dr, v. Scheurl vertreten, werden dem Ausschuß zugewiesen. — Ein Antrag der Israeliten in Unterfranken, daß die Errichtung einer obersten Kirchenbehörde für die Israeliten gänzlich unterbleiben wird, von Dr. Kirchgeßner vertreten, und soll dem Staatsministerium des Innern zur Notiz mitgetheilt werden. — Dem Ausschuß wird zugewiesen: ein Antrag der Gemeinde Omersheim, das Verwaltungswesen der Gemeinde betreffend, von Dr. Kirchgeßner angeeignet; eben so Anträge und Wünsche von 19 Gemeinden des Landgerichts Obergünzburg 12 Punkte berührend, und von Dr. Kirchgeßner vertreten; ein von Stockinger angeeigneter Antrag vieler Landgemeinden, Aufhebung drückender Adelsrechte, allgemeine Konkurrenzpflichtigkeit der Gutsherren zu Gemeindelasten, Ausdehnung der Landwehrverfassung auch auf die Landbewohner. — Ein die Universitäten betreffender Antrag, in welchem von verschiedenen Seiten eingelaufene Wünsche zusammengefaßt sind, wird sehr warm von Professor Edel vertreten, welcher im Eingange seiner Motivirung bemerkt, daß vielleicht zum Letztenmale der Universitätsprofessor in diesem Saale für die Hochschulen das Wort nehme, die in nächster Zukunft schwer bedroht sein möchten. — Die Anträge werden dem betreffenden Ministerium empfohlen. Professor Edel spricht bei diesem Anlaß den Wunsch auf Reaktivirung mehrerer nicht aus dienstlichen Rücksichten entfernten Professoren aus, an denen die Studirenden mit Liebe hängen. Professor Engelhard spricht der Hebung der Universitäten gleichfalls das Wort. Der I. Präsident spricht warm für die vom Professor Edel so schön dargelegten Ansichten, wünscht aber die Aufhebung der Verordnung, die Stundung der Honorarien betreffend, so wie die Wiederherstellung der stiftungsgemäß öffentlichen honorarfreien Kollegien an der Universität Würzburg. Der Antragsteller führt triftige Gründe an, und verwahrt sich mit Umsicht gegen die von den Professoren der Universität Würzburg gegen ihre erhobenen Beschuldigungen.

Prof. v. Scheurl wahrt den allgemein verehrten ersten Präsidenten gegen den in dem Promemoria der Würzburger Professoren erhobenen Insinuation, als sey sein Liberalismus erst von gestern und der II. Präsident, welcher vom Präsidentenstuhle aus erinnerte, daß es sich nur um Begründung des Antrags handle, bemerkt, daß die ganze Kammer wohl von selbst sich gegen jede Verdächtigung unseres hochverehrten Präsidenten erheben werde — Die ganze Kammer gibt durch einmüthige Erhebung ihre Verehrung für ihren sich in größter Konsequenz stets gleich gebliebenen ehrenhaften I. Präsidenten zu erkennen. — Prof. Edel schließt sich dieser Manifestation an, indem er an jenem Promemoria nicht den kleinsten Antheil nahm, nimmt aber die Würzburger Professoren gegen den Vorwurf in Schutz, als hätten sie stiftungsmäßige Honorarien unrechtmäßig in Anspruch genommen und schildert die Zustände der Würzburger Universität umständlich. — Minister v. Beisler bekennt die Wichtigkeit der Universitätsfrage, welche nur durch die dringenden Ereignisse in den Hintergrund getreten wäre, aber vom Ministerium in die reiflichste Erwägung genommen werden soll. Die akademische Jugend habe sich in den letzten Tagen durch ihr schönes Verhalten würdig gezeigt, daß man sie als ein kostbares Kleinod schirme und wahre. v. Scheuerl spricht noch Einiges zu Gunsten der Universitäten, worauf Pf. Ruland sich dem Wunsche des Prof. Edel auf Restituirung der abgesetzten Professoren anschließt und sich gegen das Stundungswesen ausspricht. — Ein Gesuch der Lateinlehrer zu Rothenburg a. d. T. Ungleichstellung sämmtlicher Lateinlehrer in Betreff der Rechte und Gehaltsbezüge wird von Dek. Bauer vertreten. Der Antrag bezweckt die Erlangung pragmatischer Rechte und Gehaltsverbesserung und wird in den Ausschuß verwiesen. Antrag der Lehrer von Zirndorf, Nürnberg, Altdorf, Wunsiedel auf Organisation der deutschen Volks-Elementarbildung, das Wahlrecht der Schullehrer zur Volksvertretung rc. von Dr. Schwindel vertreten wird in den Ausschuß verwiesen. — Ein Antrag des Pfarramtes Miltenberg auf Verlängerung der Schulpflichtigkeit in den Elementarschulen wird von Dr. Ruland begründet und dann dem betreffenden Ministerium mit Empfehlung übergeben. Obgleich die Tagsordnung bereits erledigt ist, so wird doch noch die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über das Edikt „die Freiheit der Presse“ betr. in Erwägung gezogen. — Die Mod. der I. Kammer beim zweiten Antrag geht dahin, statt „kann“ das Wörtchen »soll« zu setzen. — Die Kammer hat gegen diese Redaktionsänderung nichts einzuwenden und es wird somit der Gesammtbeschluß verlesen.

(München, den 6. Mai.) Die Vorstellungen welche die k. bayerische Regierung in Betreff des Geldausfuhrverbotes an die österreichise Regierung richtete, haben den Erfolg gehabt, daß von der letzteren Freipässe für alle 500 fl. Conv. M. nicht übersteigenden Baarsendungen nach Bayern zugesagt wurden, welche erweislich zur Deckung diesseitiger Forderungen privatrechtlicher Natur und zur Zahlung von Zinskoupons österreichischer Staatspapiere bestimmt sind. Zur Erleichterung des Gränzverkehrs, namentlich an der tirolischen Gränze, sind noch besondere Verfügungen bereits an die Zollämter ergangen. Zugleich spricht die k. k. Regierung in der diese Mittheilungen enthaltenden Note an die k. bayerische Regierung die Hoffnung aus, daß sie noch vor Ende Junius im Stande seyn werde, das Geldausfuhrverbot ganz wieder aufzuheben. (Allg. Z.)

(Aus Franken, den 6. Mai.) Der Gesetzentwurf über die Ablösung der Grundlasten ist von dem Referenten der Kammer der Abgeordneten, Regierungsdirektor Schwindl, einer Revision unterworfen und in vielen Beziehungen abgeändert, die Hauptsache aber, der achtzehnfache Ablösungsbetrag, auch von ihm beibehalten worden. Es schwindet demnach die Hoffnung, daß dieser hohe Ansatz eine entsprechende Abminderung erfahre, immer mehr. Wie in anderer, so ist auch in dieser Beziehung von einer Kammer nichts zu erwarten, in der die Bevorrechteten geistlichen und weltlichen Standes eine so große Hand haben. Daß es Schwindl, der seit dem Jahre 1831 unter allen Regierungen die Rolle des Fuchsschwanzes spielt, troß der glatten Phrasen, die er von Zeit zu Zeit vom Stappel laufen läßt, in dieser Beziehung mit der Regierung und dem Adel nicht verderben werde, hatte sich wohl voraussehen lassen. Wir haben in diesen Blättern schon früher darauf hingewiesen, daß in Würtemberg für die Ablösung der Grundlasten der zwölffache Betrag von der Regierung vorgeschlagen worden ist. Wir haben geglaubt, daß dieser Maßstab auch für Bayern anzunehmen sei, obschon wir auf der andern Seite sehr gut wußten, daß uns die Pflichtigen, welche entweder die unentgeltliche Aufhebung der Grundlasten erwarteten, oder nur den sechs-

fachen Betrag als Entschädigung leisten wollen, dafür keinen Dank zollen würden. Wir nahmen aber diesen verhältnißmäßig allerdings noch hohen Betrag als Norm an, weil wir auch den Berechtigten gegenüber, obschon sie es nicht immer verdienen mögen. Wir möchten nun aber wissen, welche Gründe die bayerische Regierung und der Herr Regierungsdirektor Schwindl dafür geltend zu machen haben, daß das bayerische Volk schlechter behandelt werden solle, als das würtembergische? Haben unsere Adeligen ihre Grundholden seit Jahrhunderten weniger geschunden als die würtembergischen, haben sie nicht wie jene auch den Schweiß und das Blut des Landmanns an sich gezogen, sind die zweifelhaften Rechte, die sie allenfalls auf dem Grund und Boden gehabt haben, nicht hier wie dort, hundert ja oft tausendfach abgekauft? Oder hat die bayerische Regierung größere Verpflichtungen gegen die Bevorrechteten als die würtembergische? Wenn man in München die Stimmung des Landes nur einigermaßen etwas näher kennte, so würde man sich gewiß eines Bessern besonnen haben. Das Eine nur geben wir der Regierung zu bedenken, daß nicht zur Beruhigung beitragen kann, wenn das Volk in den Stand gesetzt ist, mit den Verhältnissen eines Nachbarlandes Vergleiche anzustellen, die zum eigenen Nachtheile ausschlagen. Noch müssen wir erwähnen, daß wir in dem Gesetzentwurfe die Bestimmung vermissen, daß alle jene Leistungen, deren rechtliche Natur nicht klar und bestimmt nachgewiesen werden kann, ohne alle Entschädigung wegzufallen haben. Einen solchen Nachweis hat man früher in Baden verlangt und da haben sich denn Resultate ergeben, die keineswegs zu Gunsten der Berechtigten ausgefallen sind. (Fr. M.)

Baden. (Karlsruhe, 5. Mai.) Heute Mittag kam eine Abtheilung Militär von Freiburg, welche die dort erbeuteten vier Kanonen hieher überbrachte. Im Zeughaushof wurden die Kanonen aufgestellt. Eine derselben hat ein durchschossenes Rad und eine Dulle im Rohr, in ihr steckt noch der Schuß; eine andere ist sehr mit Blut bespritzt — So viel ich habe erfahren können, wurden von den Freischärlern folgende Summen bei öffentlichen Kassen weggenommen: in St. Blasien etwas über 900 fl. und 1500 Malter Früchte verschiedener Gattung, in Thiengen ungefähr 2880 fl., in Kadelburg etwa 3000 fl., in Sinsheim bei der Obereinnehmerei etwas über 400 fl., bei dem Stift 1700 fl. (beide letzte Posten sind bereits ersetzt). In Donaueschingen, Bonndorf, Engen, Stockach, Konstanz, wo die Freischärler auch waren und sich verschiedene Kassen befinden, wurde nichts geraubt. (Schw. M.)

(Freiburg, den 4. Mai.) Für die Untersuchung der Freischärler Gefangenen wird ein gemischtes Komité, aus Militär- und Civilbehörden bestehend, ernannt, und sind bereits Befehle deshalb ertheilt. Wie die Untersuchung ausfallen wird, läßt sich denken; denn es sind unter den Gefangenen bis jetzt nur wenige, welche stark gravirt sind, die andern sind meist Verführte, welche zum größten Theile ihre Thorheit bereuen. Hier in Freiburg werden täglich noch Arrestationen vorgenommen. (M. J.)

Das »M. J.« schreibt aus Mannheim den 5. Mai. Noch immer dauert der Kriegszustand und die drückende Einquartirung in hiesiger Stadt fort. Wie wir so eben hören, hat der Gemeinderath hiesiger Stadt heute früh Deputationen an die Kammer und an den Fünfzigerausschuß abgeordnet, um die Herstellung eines gesetzlichen Zustandes in hiesiger Stadt durch energische Vorstellungen zu veranlassen.

Freie Städte. (Frankfurt, den 5. Mai.) In der heutigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses wurde die von einer Kommission entworfene Proklamation an die Böhmen, Mähren und Schlesier verlesen und genehmigt. Hr. Wedemeyer stellte den Antrag: der deutsche Bund wolle erklären, daß er nun und nimmermehr die Losreißung irgend eines auf dem deutschen Bundesgebiete einheimischen Völkerstammes gestatten werde. Nach mehrfachen Erörterungen wurde dieser Antrag mit dem von Hrn. Kolb vorgeschlagenen Zusatze angenommen, daß nach „Völkerstammes“ gesetzt werde: „oder irgend eines zu Deutschland gehörenden Gebietes“, und daß am Schlusse beigesetzt werde: „der Bund wolle vorkommenden Falles die geeigneten Maßregeln ergreifen.“ Ebenso trat der Ausschuß dem Antrage des Hrn. Schuselka bei: Der Ausschuß empfiehlt der National-Versammlung, sich an den ungarischen Reichstag mit dem freundnachbarlichen Ersuchen zu wenden: die Ungarn durch die wichtigsten politischen Interessen mit Deutschland verbunden, möchten die Sachsen in Siebenbürgen in ihrer Nationalität nicht verkürzen. Der von Hrn. Kuranda erstattete Kommissionsbericht über Volksbewaffnung führte zu dem Beschlusse, die Bundesversammlung zu ersuchen, sie wolle dahin wirken, daß in den einzelnen Bundesstaaten nicht blos Bestimmungen über die Volksbewaffnung erlassen, sondern diese selbst schleunig in's Leben geführt werde. (Frankf. J.)

(Bremen, den 4. Mai.) In Bremerhaven ist heute Morgen eine Helgolander Schaluppe angekommen, welche berichtet, daß gestern um 11 Uhr Vormittags die dänische Fregatte »Gesting« (»Gesion«?) von 40 Kanonen auf der Höhe von Helgoland erschienen sei und sämmtliche gestern von der Elbe ausgegangenen Schiffe angehalten habe. — Der Oberlootse Eitmann berichtet unterm 3. Mai: Die Lootsen, welche heute Morgen die Schiffe ausgebracht, sind diesen Augenblick zurückgekehrt und berichten; daß sie mit den Schiffen um 3 Uhr Nachmittags in See gekommen, wo ihnen der Bremer große Lootsenkutter unter vollen Segeln entgegengekommen, welcher sie benachrichtigt, daß er N. O. von Helgoland eine Fregatte gesehen, welche die von der Elbe kommenden Schiffe angehalten, worauf der Lootsenkutter der Weser zugeeilt sei. Der große Bremer und der große hannov. Lootsenkutter seien darauf um 8½ Uhr Abends bei der 9. schwarzen Tonne geankert; auch hätten sie verschiedene Male Kanonenschüsse gehört, das letzte Mal noch bei der 4. Tonne. (Wes. Z.)

Hessen. (Mainz, 5. Mai.) Da sich das Schießen auf Posten der äusseren Festungswerke wiederholt, so hat der Festungs-Kommandant Kavallerie-Patrouillen angeordnet, die beständig Tag und Nacht die Festungswerke umritten. An unserm Rathhause geht es sehr lebhaft zu in Betreff der Wahl zum Parlament. Die republikanische Partei hat in der unmittelbaren Nähe ein Bureau errichtet, mit einem riesengroßen Schild, und vertheilt von da an alle, welche wählen wollen, ihre Stimmzettel. An Gegenbestrebungen fehlt es auch nicht, so daß das Treiben unterm Rathhause ein sehr großartiges Bild gewährt. Man glaubt allgemein, daß der Sieg der republikanischen Partei um so gewisser ist, als auch von mehreren Gegenparteien, dasselbe Ziel erstrebt werden soll, nämlich Herrn Dr. Zitz in's Parlament zu bringen. Nachts werden die Urnen von der Bürgerwehr bewacht. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien den 3. Mai.) Die ohnedieß gereizte Stimmung gegen den Minister des Aeußern, Grafen Fiquelmont, welche durch die freundliche Aufnahme des Metternich von Seite des Grafen Dietrichstein in London sehr gesteigert wurde, hat sich vergangene Nacht durch eine Katzenmusik, welche die Studenten vor der Wohnung Fiquelmont's veranstalteten, Luft gemacht. Es wurde die deutsche Fahne von diesem Pallast heruntergerissen und geschrieen, er sey nicht würdig, sie aufzupflanzen. Noch schlimmer gings heute dem Erzbischof Milde. Dieser hatte die Unvorsichtigkeit oder den kecken Muth, ein Bittgesuch zur Rückkehr der verhaßten Liguorianer zu unterschreiben. Kaum war dieß bekannt, so stürmten die Studenten in die Aula, allwo sie beschlossen, das Gesuch, welches sich bereits bei der Regierung befand, in Original zurückzufordern. Der Minister des Innern hatte seine Unterschrift verweigert, und im Ministerrath gegen die Rückkehr dieser unheilvollen Priester protestirt. Nachts strömten Tausende vor den Pallast des abwesenden Erzbischofs, rissen seine Fahne herunter, und eine gräßliche Katzenmusik begann. Es ist mehr als beklagenswerth, daß dieser Versuch einer geistlichen Reaktion unter solchen Umständen gewagt wurde, und man fragt mit bitterm Schmerze, was soll daraus werden, wenn die Ruhe der Kaiserstadt, auf welche alle Provinzen mit Sehnsucht blicken, nicht erhalten werden kann? So werden wir schwerlich die Periode eines Reichstags erleben. Es ist zu fürchten, daß sich die Provinzen emancipiren, ehe wir dieses Ziel erreichen. — P. S Graf Fiquelmont soll im Begriff seyn, sein Portefeuille niederzulegen. (A. Abd. Z.)

(Prag, den 30. April.) Statt 68 Deputirten, welche Böhmen nach Frankfurt zu senden hätte, werden etwa 10 bis 12 erscheinen, aus den Wahlen der Städte Reichenberg, Saaz, Leitmeritz und Carlsbad. Würden die deutschen Kreise sich vereinigen und organisiren können, so würden sie wenigstens 30 Deputirte aufbringen, da sie die dichteste Bevölkerung des Landes haben, da ihnen aber zur Zeit noch ein Mittelpunkt fehlt, und die Hauptstadt von fanatisirenden Czechen und achselträgerischen, für ihre Patrimonialrechte besorgten Adeligen beherrscht ist, so bleiben die Deutschen mit ihren Bestrebungen isolirt. Die Czechenpartei ist stark organisirt und sucht sich Stimmen in der deutschen Presse zu erobern. An gesinnungslosen Blättern fehlt es in Deutschland ohnehin nicht; die „Deutsche Allgemeine« hat bereits angebissen, und läßt sich von einem solchen czechischen »nationalen« Korrespondenten ihre Berichte aus Prag schreiben. Die Lage der Deutschen in Böhmen ist viel schlimmer, als die der Schleswig-Holsteiner war, und es ist Pflicht der gesammten und vaterländischen Presse, den geknechteten Landsleuten in Böhmen ihre Unterstützung zuzuwenden, und jene verrätherischen Stimmen, welche aus Eigennutz und Gesinnungslosigkeit sich zu Schleppträgern der Herren Palazky und Consorten machen, eben so zu behandeln wie die bezahlten Dänenadvokaten, die sich vor zwei Jahren unserer Zeitungen zu bemächtigen suchten. An reichen Geldmitteln fehlt es der slavischen Partei nicht, nicht zu gedenken der russischen Quellen, welche allerdings nur den Auserwählten zufließen, steht ihnen der Adel und die Kaufmannschaft zu Gebote, die durch freiwillige Kontribution etwaigen gewaltsamen zuvorkommen wollen. Dem deutschgesinnten Bankier Fiedler hat man sogleich durch eine Katzenmusik einen Vorgeschmack nachdrücklicherer Zukunft beizubringen gesucht. Der „Nationalausschuß“, der jetzt das Land regiert, hat heuchlerischer Weise einigen der „deutschsprechenden Bewohnern“ Prags Sitz und Stimme eingeräumt, aber die wenigen gesinnungsvollen Männer, die man hierzu gewinnen wollte, haben nach einigen Sitzungen eingesehen, wie man ihre Gegenwart bloß mißbrauchen wollte, da sie mit allem, was sie vorbrachten, in der Minderheit blieben. Sie traten daher aus, und nur ein paar Winkelschreiber blieben in der Hoffnung auf eine Anstellung zurück. In der That erhoben sich von allen Seiten des Landes, aus den böhmischen wie aus den deutschen Theilen Protestationen gegen die usurpirte Gewalt, welche sich dieser sogenannte Nationalausschuß anmaßt, und die Regierung, welche sich von ihm das Ruder aus den Händen reißen ließ, wird am allerschwersten büßen, wenn die Saat aufgeht, die er in diesen sechs Wochen gesäet hat. (Frkf. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 4. Mai.) In Folge der am 19. April von der dänischen Regierung angeordneten feindseligen Maßregeln gegen die preussischen Handelsschiffe sind so weit Nachrichten darüber bis jetzt vorliegen, vierzig und einige Schiffe theils in dänischen Häfen, theils auf der Fahrt durch den Sund mit Beschlag belegt worden. So betrübend es indessen auch ist, daß die Zahl der Schiffe, welche dieses Schicksal gehabt haben, so beträchtlich ist, so wird man doch den preussischen Behörden im In- und Auslande das Zeugniß nicht versagen dürfen, daß sie nach Kräften bemüht gewesen sind, solche Verluste thunlichst zu verhüten. Noch an demselben Tage, an welchem die Nachricht von dem diesfälligen Beschlusse der dänischen Regierung hier eingegangen war, wurde dieselbe sämmtlichen Provinzial-Regierungen, deren Verwaltungsbezirke die See berühren, zugefertigt, auch den königl. Gesandtschaften im Haag und in Paris, so wie dem königl. General-Konsulate in Antwerpen, mitgetheilt, um überall die preussischen und andern deutschen Schiffe vor der ihnen drohenden Gefahr zu warnen. Gleichzeitig wurde Sorge getragen, die Nachricht durch die öffentlichen Blätter zu verbreiten. Der königl. Gesandtschaft zu London war eine diesfällige Benachrichtigung direkt von Kopenhagen aus zugegangen, wodurch es möglich wurde, daß schon unter dem 22. April sämmtliche preussische Konsuln und Vicekonsuln in den Häfen Großbritanniens die Aufforderung erhielten, die preussischen und anderen deutschen Schiffe zu warnen. Eine solche Warnung wurde außerdem auch durch das Komite des londoner Lloyd sofort veröffentlicht. Unterstützt wurden diese Maßregeln noch durch die von mehreren Assecuradeurs Hamburgs, Bremens rc. unter Mitwirkung des k. Generalkonsuls zu Hamburg getroffene Vorsorge, einen Bevollmächtigten nach dem englischen Kanale eigens zu dem Zwecke abzusenden, um mittelst der an den Küsten stationirenden Lootsen die passirenden Schiffe von den feindlichen Maßregeln Dänemarks unterrichten zu lassen. Damit aber auch solche Schiffe, welche den englischen Kanal passiren, ohne sich den Küsten zu nähern, nicht ohne Nachricht bleiben möchten, ist von dem preussischen General-Konsul in London ein Dampfschiff gemiethet und nach dem Kanal abgesendet worden, welches dort zu kreuzen und den betreffenden Schiffen schriftliche Benachrichtigung von der ihnen drohenden Gefahr zukommen zu lassen bestimmt ist. Besondere Erwähnung verdient das vortreffliche Benehmen mehrerer

preussischer Konsuln, welche es sich haben angelegen sein lassen, unmittelbar nachdem sie die Nachricht von den Anordnungen der dänischen Regierung erhalten hatten, für deren weitere Verbreitung und die Beförderung derselben an die dem Sunde zusegelnden preussischen und anderen deutschen Schiffe mittelst Fischer- und Lootsenböte zu sorgen. Auf diese Weise gelang es unter Anderem am 21. April einer Anzahl aus der Nordsee kommender Schiffe, welche sich we.en konträren Windes in einiger Entfernung von Helsingör gesammelt hatten, durch ein Fischerboot die Warnung so zeitig zugehen zu lassen, daß dieselben umkehren und der Gefahr glücklich entgehen konnten. Wenn die Verluste der preussischen Rhederei nicht noch größer gewesen sind, als es leider der Fall ist, so darf man dies wohl dem Erfolge der gemachten Anstrengungen, nach allen Richtungen hin jene Warnungen zu verbreiten, zuschreiben. (Pr. St.-A.)

(Berlin, den 5. Mai.) Die in Schleswig vereinigten Bundestruppen haben am 2. Mai die jütische Gränze überschritten und sind bis auf eine Stunde vor Fridericia vorgerückt. Der General von Wrangel hat dabei an die Jütländer eine Proklamation erlassen, worin er erklärt, daß er nicht als Eroberer komme, die Einwohner zu friedlichem und ruhigem Betragen ermahnt und sie des Schutzes für Eigenthum in der Achtung für ihre National-Farben versichert und die Behörden auffordert, ihren Posten nicht zu verlassen. Nach aus dem Hauptquartiere eingegangenen Nachrichten war dänischerseits der Vorschlag zu einem Waffenstillstande auf drei Wochen gemacht, nach welchem bei Beschränkung der deutschen Truppen auf das feste Land von Schleswig, die Einstellung der feindlichen Maßregeln zur See während des Waffenstillstandes angeboten wurde. Der Ober-Befehlshaber hat dagegen erklärt, es könne von keinem Waffenstillstand und keiner Einstellung der Feindseligkeiten die Rede sein, bevor nicht auch Alsen und alle zu Schleswig gehörigen Inseln geräumt und alles mit Beschlag belegte preussische und deutsche Eigenthum zurückgegeben und der Handel mit allen deutschen Häfen frei geworden sey; bei einer solchen Uebergabe der Insel Alsen sey er bereit, die auf derselben befindlichen Blessirten nicht als Kriegsgefange zu betrachten, sondern sie nach ihrer Heilung zurückzusenden. Ob die dänische Regierung auf diese sehr mäßigen Bedingungen eingehen wird, ist zu erwarten; inzwischen würden die Operationen unserer Truppen keine Verzögerung erleiden. (Pr St.-A.)

(Trier, 3. Mai.) Die Ruhe unserer Stadt ist seit gestern Abend ernstlich gestört. Der Einmarsch eines Bataillons vom 26. Linien-Infanterie-Regimente, in Verbindung mit der vorgestrigen bedauerlichen Störung der Wahl in der Maximin-Kaserne, bildete die Veranlassung. Seit gestern Nachmittags verbreiteten sich unter der Bürgerschaft die bedauerlichsten Gerüchte über herausfordernde Worte der 26e., über Ausstecken von schwarz-weißer Fahne, über Androhungen wider den Geist der hiesigen Bevölkerung. Abends sah man 26er Arm in Arm, von Spirituosen erhitzt, durch die Straßen ziehen und so das mißtrauische Volk noch mehr reizen. Gegen halb eilf Uhr wurde Generalmarsch für die Bürgergarde geschlagen: es hieß, die Stadtthore seyen besetzt, um dem Heranrücken der Ulanen und 26er von St. Pauli her Widerstand entgegen zu setzen. Von eilf Uhr an läuteten die Sturmglocken zum ersten Male in der diesjährigen Bewegung. Truppen vom 30. Infanterie-Regimente rückten aus. Alles zog sich nach der Diedrichsstrasse und dem Arresthause hin, wo Soldaten und Volk in Gemeinschaft die sofortige Befreiung von fünf Militär-Arrestanten verlangten, welche wegen der Zurückführung des Bürgers Heis ins Wahl-Lokal des 12. Bezirks dem Disciplinar-Verfahren unterworfen seyn sollten. Alle Zugänge zum Arrest-Locale waren gesperrt; in der Diedrichsstrasse fielen Schüsse, und zwei unglückliche. Der Bürger Peter Hoffmann erhielt eine Kugel durch die Weiche, ein zweiter Bürger wurde von hinten nach vorn durch den Bauch geschossen. Beide sollen noch leben; man zählt noch andere, minder schwer Verwundete. Der erste Schuß scheint seiner Natur nach von oben herunter gefallen zu seyn. Die ganze Nacht wurden Barricaden errichtet. Der kölner Postwagen sperrt noch zur Stunde die ganze Breite der Fleischstrasse. Ein Theil des Volkes ist gar nicht zu Bette gekommen. Die Bürgergarde, entschiedener als je zuvor, stand heute Morgen auf dem Kornmarkte unter den Waffen, die Sturmglocken gingen von Neuem. Das Ober-Bürgermeisterei-Amt publicirte in geschlossenem Carré, der Herr Ober-Präsident der Rheinprovinz und der General von Schreckenstein, beide gerade in Trier anwesend, hätten die sofortige Untersuchung der nächtlichen Vorfälle angeordnet, und die Dislocation der mißliebigen Truppen würde augenblicklich erfolgen, sobald es sich herausstelle, daß von ihnen die Provocation ausgegangen sey. Unterdessen sollten die Barricaden bleiben und das Volk dieselben bewachen. Alle Militärs seien in den Kasernen consignirt, keiner dürfe sich auf der Strasse blicken lassen. Sämmtliche Personen, die unter Leistung des Eides Einzelheiten über die betrübenden Vorfälle deponiren könnten, seyen ohne Weiteres aufgefordert, auf dem Stadthause zu erscheinen. Ein volksthümlicher Jurist wurde vom Volke als Vertrauensmann zu der beginnenden Instruktion abgeordnet, und auf den Antrag eines andern Redners gingen Deputationen von je zwei Bürgern dem Zuzuge aus den betreffenden Landgemeinden entgegen, von denen zu erwarten stehe, daß sie auf das Signal der Sturmglocken den Trierern zu Hülfe eilen würden. Die Deputation sollte die Landgemeinden mit den obwaltenden neuen Umständen bekannt machen und ihren Zuzug vorläufig verhindern. Es herrscht, so weit unser Blick reicht, Einigkeit unter der Bevölkerung von Trier, und das bisherige Entgegenkommen der Behörden läßt erwarten, daß jede gerechte Forderung erfüllt werden wird. Man baut noch immer neue Barricaden, aber man hat sich das Wort gegeben, die Energie mit ruhiger Würde zu paaren. Wiederum ein Beweis, wie wenig der neue Zustand der Dinge überall ein offizieller, ein anerkannter ist und was von oben herunter seit lange vernachlässigt worden ist. 26er Soldaten haben gestern schwarz-roth-goldene Cocarden heruntergerissen! Der Stand der Dinge ist jetzt, Nachmittags 2 Uhr, wo die Zeilen zu Presse gehen, der der Erwartung auf das provisorische Ergebniß der Instruction. Um 3 Uhr Veröffenlichung an das Volk. Alle Läden sind geschlossen." (Köln. Z.)

(Stettin, den 3. Mai.) An unserer Börse liegt folgendes Dokument auf: Die Herren Vorsteher der Kaufmanschaft zu Stettin werden hierdurch benachrichtigt, daß in Gemäßheit der Anträge in der Vorstellung vom 27. v. M. sowohl einerseits der Königliche Bundestags-Gesandte angewiesen ist, bei der Bundes-Versammlung darauf anzutragen, daß der deutsche Bund sich eben so, wie für die allgemeinen Kriegskosten, auch hinsichtlich der Verluste am Privat-Eigenthum, welche dem diesseitigen Handelsstande in Folge der Ausführung der Bundesbeschlüsse wegen Schleswig-Holstein erwachsen sind und noch erwachsen möchten, in solidum für verantwortlich erkläre, — als auch andererseits die nöthigen Aufträge gegeben worden sind, damit Dänemark für jede auch nur temporaire Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande die Bedingung gestellt worden, daß gleichzeitig auch jede Feindseligkeit zur See aufhören und alles mit Beschlag belegte Privat-Eigenthum diesseitiger Staats-Angehörigen freigegeben werden müsse. Indem das unterzeichnete Ministerium sich weitere Mittheilung in der einen und anderen Beziehung vorbehält, bemerkt derselbe nur noch, daß wegen der an die den englischen Kanal passirenden preussischen und deutschen Schiffe zu richtenden Warnungen vor den Maßregeln Dänemarks das Erforderliche schon vor dem Eingange Ihrer Vorstellung vom 27. v. M. veranlaßt worden war. Berlin, den 1. Mai 1848. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Im Auftrage Bock. (Ostsee-Ztg.)

(Swinemünde, den 4. Mai.) Die von dem Befehlshaber der dänischen Fregatte dem hiesigen dänischen Vice-Konsulat mitgetheilte „Deklaration" in Bezug auf die Blokade, lautet wie folgt: „Deklaration. Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark u. s. w. thun kund hiermit, daß wir in Folge der zwischen Uns und Sr. Majestät dem Könige von Preussen, Sr. Majestät dem Könige von Hannover, Ihren Königlichen Hochheiten den Großherzogen von Oldenburg und Mecklenburg, so wie den freien und Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen eingetretenen Feindseligkeiten, Uns veranlaßt gesehen haben, die Häfen, Küstenstrecken und Flußmündungen dieser Staaten, so wie die Häfen in Unseren eingenen Landen, welche von Ihnen besetzt sind, in Blokade-Zustand zu erklären. Wir haben Unseren Kriegsschiffen den Befehl ertheilt, diese Maßregel auszuführen und sowohl den eigenen, als den Schiffen alliirter, freundschaftlicher und neutraler Mächte nicht zu gestatten, in die gedachten, von Unsern Kriegsschiffen blokirten Häfen einzulaufen. Dieses zur Nachricht und Gelebung aller Beikommenden. Urkundlich unter Unserem Königlichen Handzeichen und beigedruckten Insiegel. Gegeben in Unserer Königlichen Residenzstadt Kopenhagen, den 29. April 1848. Frederik R." Wie man so eben vernimmt, hat der Befehlshaber der dänischen Fregatte das Auslaufen von neutralen Schiffen bis zum 10. d. gestattet. Die dänische Fregatte ist mit einem Netze umspannt, um das mögliche „Entern" zu erschweren. Wie stark deren Bemannung, ist mit Bestimmtheit heute nicht zu erfahren. Nach einer Angabe soll sie aus 400, nach einer anderen nur aus 200 Mann bestehen. Von Seiten des englischen Vice-Konsulats ist gestern ein zweiter Rapport an die Gesandtschaft nach Berlin abgegangen und darin vornehmlich hervorgehoben, daß die englischen Kapitäne über das Anhalten ihrer Flagge um so entrüsteter seien, als die Blokade erst mit deren Eintritt bekannt geworden, während sie doch vorher für neutrale Schiffe hätte notifizirt werden müssen. Bis jetzt sind 26 Schiffe durch die dänische Fregatte am Einlaufen in unseren Hafen verhindert. Fünf von diesen Schiffen sind noch nicht bekannt, darunter befinden sich anscheinend 4 englische und 1 holländisches. Ein englisches Barkschiff dessen Name ebenfalls noch unbekannt ist, hält seit seiner Ankunft auf der Rhede unter Segel. (Ostsee-Ztg.)

(Breslau, den 2. Mai.) Bei den Wahlen der Wahlmänner hat die entschieden demokratische Partei, welche durch den demokratischen Clubb vertreten wird, den vollständigen Sieg davon getragen über die konstitutionellen Vertreter und den konstitutionellen Clubb dergestalt, das erstere allein die Deputirten sowohl für Berlin als für Frankfurt ernennen wird. (Frkft. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Gravenstein, den 28. April.) Gestern Morgen verließen wir Gelau und marschirten nach Quarz, wo das Hauptquartier der Oldenburger ist. Hier vereinigten wir uns mit unserm zweiten Bataillon, unserer Reiterei und mit den braunschweigischen, mecklenburgischen und hanöverschen Husaren, um den Feind von hier aus zu verfolgen. Alle deutschen Truppen sind jetzt in drei Divisionen getheilt, von denen die erste, bestehend aus den Schleswigern, Holsteinern und Freischaaren, nach Tondern zog, die zweite, aus den Preußen bestehend, nach Apenrade und wir Oldenburger nach Sonderburg auf Alsen rücken. An diesen drei Orten soll der Feind sich einschiffen wollen. Die Dänen, ging gestern das Gerücht, seien von Schweden Unterstützung gewärtig, was man hier aber nicht glaubt. Vor einer halben Stunde sollen die Feinde noch hier in Gravenstein gewesen seyn, aber bei unserem Einrücken sich gleich aus dem Staube gemacht haben. Auf Alsen liegen 15,000 Mann Dänen, mithin wird es nicht leicht seyn, jene Insel zu nehmen. (Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 4. Mai.) [Eröffnung der Nationalversammlung.] Vom schönsten Wetter begünstigt, fand dieselbe heute Mittag statt. Um 9 Uhr rief Trommelschlag die Nationalgarde und Linientruppen auf ihre Appellplätze. Ein großer Theil derselben wandte sich dem Vendomeplatze in der Nähe des Tuileriengartens zu, von wo er vom Hause des Justizministers aus über die Boulevards und den Revolutionsplatz bis zur ehemaligen Deputirtenkammer hin, in deren Vorhof der neue Saal errichtet wurde, Spaliere bildete, zwischen welchen die auf dem Vendomeplatz (bei Cremieux) versammelten Volksrepräsentanten schritten. Im Saale angekommen, wurden in dem Augenblick, wo Dupont (de l'Eure) die Nationalversammlung als eröffnet erklärte und alle anwesenden Glieder der Republik ihren Beifall zuriefen, einundzwanzig Kanonenschüsse von den Invaliden abgefeuert, denen die in den elysäischen Feldern, dem Invalidenhotel schräg über aufgestellte Artillerie Schuß auf Schuß antwortete. Von diesem Augenblicke an, wo alle Nationalgarden und Truppen, das Gewehr präsentirten und ein rollender Zuruf: vive la republique! durch die Lüfte schallte, ist die einige und untheilbare Republik als unwiderruflich festgestellt zu betrachten. Nach Duponts Rede wählte die Kammer ihr provis. Büreau unter Vorsitz ihres Alterspräsidenten und zog sich dann Behufs Prüfung der Vollmachten in ihre Büreaus zurück. Bis diesen Augenblick ist uns trotz der unübersehbaren Volksmenge, die von nah und fern hergeeilt, der Eröffnungszeremonie beiwohnte, nicht die geringste Störung gemeldet worden. (Der Bericht über die erste Sitzung folgt in der heutigen Beilage.)

Rußland.

(Von der Weichsel, den 24. April. Ueber die russischen Truppenmärsche und Rüstungen theile ich Ihnen aus zuverlässigster Quelle

folgende Nachrichten mit. Im Königreich Polen sind gegenwärtig bestimmt schon 100,000 Mann Russen, nämlich drei Armee-Korps, von denen das eine die Spitze bildet und sich von Warschau bis Kalisch erstreckt. Andere 150,000 Mann sind im Marsch, um sich in der ganzen Breite von Kurland bis Podolien hinter dem Bug aufzustellen, und diese können in den ersten Tagen des Mai sämmtlich in ihre Stellungen eingerückt seyn. Die große Reserve, wieder 100,000 Mann, wird gegen die Mitte des Mai hinter dem Niemen beisammen seyn, gleich bereit, westwärts vorzudringen oder südlich der Hauptarmee nachzurücken. Alle Festungen, nicht nur die an der Weichsel — Modlin, Warschau, Damblin — sondern auch die rückwärts liegenden Brzesc-Litewski, Dünaburg und Kiew, werden eifrigst in Vertheidigungsstand gesetzt und durch neue Festungswerke verstärkt, die zum Ende des August oder spätestens um die Mitte des Septembers vollendet seyn müssen. In Warschau wird die Citadelle durch ein detaschirtes Fort verstärkt und die große Windmühle bei der Marymont'schen Barriere durch ein vorgeschobenes festes Werk verschanzt; auch auf dem rechten Weichselufer wird an den Werken des Brückenkopfs mit allem Fleiß gearbeitet und die schon starke Befestigung bedeutend vermehrt; zwischen dem Brückenkopf und der Citadelle wird unverzüglich eine Militärbrücke gebaut, bei Modlin sind deren schon zwei fertig, eine über die Weichsel, die andere über die Narew. Daß man die Anlegung von Magazinen nicht versäumt, versteht sich von selbst, man häuft unermeßliche Vorräthe. Genug, die Sachen haben ein furchtbar ernstes Ansehen, und die gewaltigen Anstalten dürften mehr bezwecken, als eine bloße Sicherung der Gränzen oder die Erhaltung der Ruhe im Königreich Polen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Im Wege der Hülfsvollstreckung werden am

Samstag den 27. Mai l. J. Vormittags 9 Uhr anfangend,

folgende den Bauern Georg und Anna Strebel'schen Eheleuten von Kotzenhof gehörige Realitäten, nemlich:

Lit. A. Der Gutsrest des l. g. Friedrich Weimersbofes mit Tagwerkerhaus

Gebäude und Rechte.

Pl.-N. 442, 66 Dez. Wohnhaus No. 1 mit Scheune, Kastengebäude, Brennen, Backofen u. Heuraum, Taxe 3470 fl.

" 447 a, 10 Dez. Tagwerkerhaus, Haus-No. 3 mit Strenschupfe, Taxe 1115 fl.

Waldrecht im St. Sebaldiforst, Taxe 350 fl.

An Gärten.

Pl.-N. 447 b. 0 Tagw. 25 Dez. Wurz- und Hopfengarten. Taxe 30 fl.

" 448. 0 " 42 " Grasgarten, Taxe 50 fl.

" 482 c 0 " 48 " Hopfengarten u. Acker am großen Acker, Taxe 30 fl.

An Aeckern.

Pl.-N. 450. 2 Tagw. 73 Dez. lange Acker, Taxe 200 fl.

" 452. 3 " 86 " die 2 Kohläcker, " 200 fl.

" 455. 1 " 34 " Kohläckerl, Taxe 60 fl.

" 465. 2 " 2 " Steinbruchacker, T. 100 fl.

" 471. 3 " 44 " Röthenbenacker od. Röthenberacker, Taxe 200 fl.

" 473. 6 " 53 " Hofacker, Taxe 500 fl.

" 477. 1 " 96 " Baumzeilacker, T. 150 fl.

" 482 b. 7 " 84 " der große Acker, T. 900 fl.

" 484. 2 " 37 " hinterer Stockacker, Taxe 300 fl.

" 485. 1 " 31 " Stockacker, Taxe 175 fl.

An Wiesen.

Pl.-N. 478 a. 2 Tagw. 67 Dez. Bemelswiese, T. 475 fl.

" 478 b. 0 " 22 " Bemelswiese, T. 30 fl.

" 482 a. 0 " 97 " am großen Acker, T. 160 fl.

" 482 b 0 " 29 " desgleichen, Taxe 35 fl.

" 484 b. 0 " 95 " hinterer Stockacker, T. 160 fl.

An Waldungen.

Pl.-N. 483. 1 Tagw. 63 Dez. beim großen Acker, Taxe 175 fl.

" 486 a. 10 " 61 " Leerschüssel, Taxe 2000 fl.

" 486 c. 5 " 72 " Weidenschaft an der Leerschüssel, Taxe 325 fl.

Groß- und Kleinzehentrecht.

Auf Pl.-N. 211½ und 212 und von einem Acker der Stadtgemeinde Lauf ꝛc., Taxe 20 fl.

B. Ausbrüche aus dem Leonhard Langfritz'schen Gute, Haus-No. 1. u. 3. zu Kotzenhof.

Wiese.

Pl.-N. 499. 1 Tagw. 22 Dez. vordere Strengenbergwiese, Taxe 220 fl.

" 500. 1 " 78 " Strengenbergwiese, T. 300 fl.

Weidenschaft.

" 458. 1 " 82 " Laufer Viehtrieb vom Strengenbergweg bei Pl.-No. 499 an bis zum Reichswald, Pl.-No. 507. Taxe 10 fl.

Aecker.

Pl.-N. 460 a. 0 Tagw. 45 Dez. Rehfeld, Taxe 50 fl.

" 460 b. 3 " 41 " desgl. Taxe 200 fl.

C. Walzende Objekte.

Pl.-N. 487 b. 0 Tagw. 18 Dez. Acker u. Hopfengarten an der Sandbleeren, Taxe 25 fl.

" 487 c. 0 " 82 " Wald an der großen Sandbleeren, Taxe 40 fl.

" 487 1/3 1 " 0 " allda, Taxe 50 fl.

" 487 1/4 1 " 0 " allda, Taxe 50 fl.

" 487 1/5 2 " 75 " allda, Taxe 140 fl.

" 487 1/6 1 " 30 " allda, Taxe 25 fl.

" 487 1/7 1 " — " allda, Taxe 30 fl.

" 487 1/8 1 " — " allda, Taxe 20 fl.

" 487 1/9 1 " 0 " allda, Taxe 20 fl.

" 487 1/10 1 " 0 " allda, Taxe 20 fl.

" 487 1/11 1 " 0 " allda, Taxe 20 fl.

" 487 1/12 1 " 0 " allda, Taxe 20 fl.

" 489. 1 " 0 " allda, Taxe 20 fl.

" 490. 1 " 31 " kleine Sandbleeren, T. 20 fl.

" 459 1/2 1 " 21 " do. Taxe 15 fl.

" 459 1/3 1 " 0 " do. Taxe 15 fl.

" 492. — " 0 " do Taxe 15 fl.

[illegible] " 60 " do. Taxe 10 fl.

in deren Wohnhaus zu Kotzenhof, unter den im Termine bekannt gemacht werdenden Bedingungen nach §. 64 des Hypothekengesetzes, dann den Bestimmungen des VI. Abschnitts der Gesetznovelle vom 17. Novbr. 1837 an den Meistbietenden öffentlich verkauft und werden besitz- und zahlungsfähige Käufer hiezu unter dem Bemerken eingeladen, daß die auf den Realitäten haftenden Lasten und Abgaben bis zum anstehenden Termine in der landgerichtlichen Registratur eingesehen werden können.

Lauf am 9. April 1848.

Königliches Landgericht.

Dolhopf.

Meyer

SINGVEREIN.

Mittwoch den 10. Mai zum Erstenmale Harmonie-Musik im Sommerlokal. Anfang 5 Uhr.

Der Vorstand.

(Bitte.) Bei Herrn Leuchs zum Posthorn ist am Sonntag den 30. April Mittags zwischen 12 und 1 Uhr ein ganz neuer schwarzseidener Regenschirm mitgenommen und ein anderer dagegen zurückgelassen worden, weßhalb um gefällige Austauschung gebeten wird.

Nur noch bis Uebermorgen wird zu beispiellos billigen Preisen ausverkauft:

Haus- und Schlafröcke gut wattirt pr. Stück fl. 2. 42 kr. bis fl. 5. 15 kr.; Sommerröcke und Sommerpaletots pr. Stück fl. 2. 48 kr. bis fl. 5½; Westenstoffe in Wolle, Seide, Pique und Halbseide die Weste 24 kr. bis fl. 1. 48 kr. die eleganteste Atlaßweste; Hosenzeuge die vollkommene Hose 54 kr. bis fl. 2. 48 kr.; Cravatten in Atlaß und Lasting pr. Stück 30 kr. bis fl. 1; Herrenshawls in Wolle (3 Ellen groß) pr. Stück 24 kr. bis 48 kr.; Herrenshawls in Atlaß pr. Stück fl. 1. 24 kr. bis fl. 2½; Sommerbinden für Herren ächtfärbig pr. Stück 15 kr.; große Reisesäcke pr. Stück fl. 1. 45 kr. bis fl. 2½; Regenschirme in schwerer Seide pr. Stück fl. 4 bis fl. 5. 48 kr.; Regenschirme in feinem Zeug pr. Stück fl. 1. 6 kr. bis fl. 2; höchst elegante Sonnenschirme pr. Stück fl. 2. 12 kr. bis fl. 4 bei **E. Hanau** aus Frankfurt a. M.

Der Verkauf ist nur im Färbereigebäude auf der Schütt im Hause des Herrn Pabst im 1ten Stock.

Eheliche Verbindung und Empfehlung.

Unsere gestern vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiemit Verwandten und Freunden ergebenst an, und bitten um Fortdauer ihrer Freundschaft.

Leb. Schuster
Josephina Schuster, geb. Wichmann aus Paderborn

Zugleich verbinden wir hiemit die ergebenste Anzeige, daß wir das Gasthaus zur „Eule“ in der äussern Laufergasse käuflich übernommen haben. Wir laden daher verehrte Freunde und Gönner zu recht zahlreichem Besuch ein. Wir werden Sorge tragen, unsere verehrten Gäste aufs beste und freundlichste zu bedienen, und bemerken noch dabei, daß bei uns jeden Samstag und Sonntag gute Backstück zu haben sind, so wie auch stets gutes Bier.

Insbesondere bitten wir unsere verehrte Nachbarschaft um gütigen Besuch, und empfehlen uns derselben um geneigte Aufnahme in ihre Mitte.

Die Obigen.

Einladung.

Die Mitglieder der diesseitigen Anstalt werden zur gesetzlich vorgeschriebenen Quartal-Versammlung auf

Mittwoch den 10. Mai curr. Abends 5 Uhr

in das Konferenz-Lokale, im Gasthause zum silbernen Löwen in der innern Laufergasse hiemit eingeladen, und wird hiebei bemerkt, daß in derselben sowohl die inzwischen eingelangten Bewerbungen um die Aufnahme in die Anstalt, als überhaupt die sie betreffenden Angelegenheiten werden berathen werden.

Nürnberg, den 28. April 1848.

Die
Administration der allgemeinen Pensions-Anstalt für Wittwen und Waisen aus allen Civilständen.
Huber. von Königsthal. Dr. Schwarzenbach.
Wagler

(Eingesandt.)

Einige Bürger fragen hiemit an, ob es erlaubt ist, daß die Frau S......... dahier mit Pfandzetteln wuchert, da doch verpflichtete Versatzständlerinnen hiezu von Gerichtswegen aufgestellt sind. Man würde über dieses wucherische Treiben besagter Frau schweigen, wenn ihre Habsucht nicht so weit ginge, daß sie vom Gulden auf ganz kurze Zeit 24 kr. Zinsen nimmt, und wie oft kommen arme Nothleidende in die Verlegenheit, sich einige Gulden leihen zu müssen, und wenn sie dann in die Klauen einer solchen Wucherin gerathen, die in seidenen Kleidern einhergeht und in Pracht und Ueppigkeit lebt, so ist es um so empörender, wenn solche Leute beinahe die Hälfte ihres Eigenthums als Zinsen hergeben müssen. Es ist daher an der Zeit, dem Magistrat und das Publikum auf diese habsüchtige Wucherin aufmerksam zu machen, damit derselben in ihrem Treiben Schranken gesetzt werden.

(Gesuch.) Eine treue und fleißige Magd, welche Hausmannskost kochen kann, wünscht 14 Tage nach dem Ziele bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein Marqueur wird sogleich gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Entwendet.) In einem hiesigen Hause wurde am Samstag Vormittag folgende Gegenstände entwendet:

1) Ein Brautschleier von ächtem Brüßler Tüll, etwa vier Ellen lang mit schmaler Bordure und größern und kleinern Blumen durchwirkt.

2) Eine Berthe von derselben Art.

3) Ein Fadenbatist-Sacktuch mit schmaler, gestickter Bordure, einem dergl. Eck und in demselben die Namen E. C. gothisch und durchbrochen eingestickt, mit einer 4 Finger breiten Valenciennes-Spitze besetzt.

4) Ein Moll-Chemisette, auf jeder Seite 2 schmale Säumchen, mit einem reichgestickten Krägelchen.

5) Ein Herrn-Hemd von feiner Bielefelder Leinwand mit breiten Brustfalten, Achselstücken, Kragen und Manschetten, mit C. und einer Nummer gezeichnet. Man warnt vor dem Ankauf dieser Gegenstände, erbietet sich jedoch im Falle dieses schon geschehen, die Auslage wieder zu ersetzen und bittet daher in diesem Falle die Expedition der Mittelfränkischen Zeitung das Nöthige mitzutheilen.

Berichtigung.

Die auf meinen Namen, von anonymer Hand, in Nro. 127 der mittelfränkischen Zeitung gemachte Anzeige, Klafterholz und Waschgelegenheit betreffend, ist dahin zu berichtigen, daß Erstere gottlob ausgezogen sind, sich aber trotz Waschgelegenheit leider nie rein waschen konnten.

Portner, Schreinermeister.

Einladung.

Zur Besprechung wichtiger Zeitfragen ladet der Unterzeichnete Freunde politischer Unterhaltungen auf Dienstag den 9. Mai Abends 8 Uhr in die Krone am Obstmarkt ein.

Dr. Schwarz.

Arena.

Dienstag den 9. Mai. 2 Vorstellung im 2 Abonnement. Zum Erstenmale: „Ein Ständchen in der Schule.“ Vaudeville-Posse in 1 Akt nach Lockroy von W. Friedrich. Vorher: „Fräulein Gattin.“ Lustspiel in 1 Akt von Friedrich.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Beilage Nr. XXXXVII. zu Nro. 130 der Mittelfränkischen Zeitung.

Deutschland.

Bayern. (Augsburg, den 7. Mai.) Gestern Mittag um 1 Uhr traf das seither in Nürnberg stationirte Infanterie-Regiment „Erbgroßherzog von Hessen", mit einem von 3 Lokomotiven gezogenen Extrabahnzug hier ein, und setzte nach kurzem Verweilen die Fahrt nach Buchloe fort, von wo es sodann den Marsch nach dem badischen Seekreis antritt. (A. Abdz.) (Danach berichtigt sich unsere jüngst gegebene Nachricht von einer Marschänderung dieses Regiments.)

Oesterreich. (Wien den 4. Mai.) Der gestrige Abend hat die Bevölkerung der Kaiserstadt in nicht geringe Bestürzung und Unruhe versetzt. Der auf's Neue angefachte Haß gegen die Liguorianer und deren Beschützer, den Erzbischof Milde, einen geborenen Wiener, machte sich auf alle erdenkliche Weise Luft. Schon Nachmittag strömte das Volk aus allen Vorstädten zahlreich herbei. Die Studirenden hatten auf der Universität einen geheimen Agenten der Polizei, hier „Raderer" genannt, ergriffen, auf dem Balkon der Universität öffentlich ausgestellt und sodann auf die Bürgerwache abgeführt. Das erbitterte Volk war mehr als einmal im Begriff, Volksjustiz zu üben. Abends 9 Uhr zogen die Studenten in ganzen Schaaren aus und nun begannen die Katzenmusiken nach allen Seiten. Bis 2 Uhr nach Mitternacht war keine Ruhe. Lärmend und singend wurde der Minister des Aeußern, Fiquelmont verhöhnt und eine Deputation, seine Entlassung dringend verlangend, an ihn abgeschickt. Nachts 2 Uhr verkündete der Schwiegersohn desselben, Fürst Clary, daß der Minister seine Entlassung eingereicht hätte. Der Nationalgarde-Oberkommandant Graf Hoyos hatte schon in Folge der vorgestrigen Vorfälle, bei welchen sich die Nationalgarde ganz passiv verhielt, seine Entlassung gegeben. Heute begab sich eine Bürger-Abtheilung zu demselben, um ihn zu bitten, den Befehl wieder zu übernehmen. Allein er verlangte diese Bitte von allen Kompagnien schriftlich. Die Studenten, von der lärmenden Volksmenge begleitet, zogen beinahe bis zum Tagesanbruch in den Straßen herum. Der Pallast des Erzbischofs wurde wohl nur zum Schutz vor weiterer Demonstration als National-Eigenthum erklärt, und die Studenten-Legion übernahm die Aufsicht. Ein verhaßter Pfarrer in der Leopoldstadt wurde verjagt, und die Erbitterung gegen die Geistlichkeit läßt leider noch sehr ernste Ereignisse befürchten. — Aus den Provinzen lauten die heutigen Nachrichten auch nicht beruhigender. (A. Abd. Z.)

(Wien, den 3. Mai.) Das ungarische Ministerium hat einen Befehl an sämmtliche Militär-Kommando's dieses Landes erlassen, worin es sein Befremden darüber ausspricht, daß der Hofkriegsrath in Wien denselben noch immer Weisungen zukommen lasse, und zugleich erklärt, daß dieselben nur von dem ungarischen Ministerium Befehle anzunehmen hätten, und jeder Ungehorsam als Widersetzlichkeit gegen das Gesetz betrachtet werde. Ferner hat das Ministerium die alsbaldige Rückberufung des ungarischen Militärs aus Italien verlangt, indem es sonst für nichts stehen könne. Und Angesichts solcher Schritte, Angesichts der feindlichen Stellung der Tschechen in Böhmen, ist eine gewisse Partei noch verblendet genug, zu glauben, daß Oesterreich sein Heil in sich selbst finden könne. Das Ministerium hat das Begehren des tschechischen National-Commité's für Böhmen, keine Wahlen zur deutschen Reichsversammlung vornehmen zu lassen, ablehnend beschieden, zugleich aber auch die Bewahrung der Nationalität zugesichert. (A. Abdz.)

(Von der böhmischen Grenze, den 3. Mai.) Der Panslawismus, der bisher Deutschland nur von fern bedrohte, bereitet sich nun vor, seiner Einheit, folglich seiner Kraft, eine erste, aber tiefe Wunde zu schlagen. Böhmen, vom Czechenthume in Anspruch genommen, kehrt in seiner slawischen Bevölkerung Deutschland den Rücken, und weigert sich theilweise, Abgeordnete zum deutschen Parlament nach Frankfurt zu schicken. Was Niemand früher glauben wollte, weil es allerdings unwahrscheinlich, so unglaublich schien, wird in Böhmen jetzt offen ausgesprochen, nämlich Trennung von Deutschland, Anschluß an Rußland. Abgesehen von den moralischen und geistigen Bedenken, welche der letztere Anschluß so unabweisbar involvirt, hat denn die czechische Partei in Böhmen die Folgen ihres Entschlusses bedacht? Wir geben zu, daß die frühere österreichische Regierung sich in religiöser wie in politischer Hinsicht schwer an Böhmen versündigt hat: allein beherrscht nun dieselbe Regierung nicht ein anderer, namentlich die verschiedenen Nationalitäten achtender Geist? Und wie hat es Deutschland, mit welchem Böhmen seit Jahrhunderten verbunden ist, dem es früher sogar Kaiser gegeben hat, verschuldet, daß dasselbe sich wegen reinösterreichischer früherer Maßregeln nun von Deutschland trennen will? Doch wir appelliren von diesen böhmischen Antipathien an das eigne Interesse des böhmischen Volksstammes, besonders der Czechen. Was wird denn die Folge davon sein, wenn ihr euch von Deutschland trennt? Betrachtet die Lage eures Landes, und ihr werdet sehen, daß ihr mit einer solchen Trennung euch gewissermaßen von der ganzen Welt abschließet. Ihr wollt euch unbegreiflicherweise mit Rußland verbinden, das heißt, ihr wollt die österreichische Ruthe mit den russischen Scorpionen vertauschen. Nun, das wäre eure Sache. Aber wie wollt ihr denn mit Rußland in Verbindung treten, da ihr mit demselben keinen Zusammenhang habt? Mähren und Schlesien schließt euch ja von dem russischen Paradiese ab. Und mit was wollt ihr denn nach der Trennung von Deutschland euern Handel günstig fortsetzen, dessen Bilanz so sehr zu euerm Vortheil ist, da eure Ausfuhr die Einfuhr weit übersteigt? Trennt euch von Deutschland, und dies wird euch dann rundherum mit seiner Zolllinie umgeben, denn ihr grenzt rundherum an dasselbe. Wo ihr dann günstig eure Exporte werdet machen können, das ist freilich eure Sorge; ich und wahrscheinlich kein ehrlicher, auch kein noch so raffinirter Deutscher könnte euch aus dieser Circumvallationslinie heraushelfen. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 4. Mai.) Der Moniteur bringt eine Masse von Dekreten und Proklamationen: Proklamation, worin die prov. Regierung Abschied nimmt: „Bürger, heißt es darin, wir übergeben die Regierungsgewalt den Repräsentanten des Volks, das sie durch seinen Zuruf in unsere Händen gelegt hatte. Indem wir unser Amt niederlegen, danken wir Euch für den ergebungsvollen Beistand, den uns Euer Patriotismus gewährte. Ihr habt der Welt in schwierigen Umständen ein schönes und großes Beispiel gegeben. In einer so großen Stadt, wie Paris, wurde die Achtung für die Obrigkeit, die sich das Volk selbst gesetzt, ungeachtet der unbeschränktesten Freiheit, keinen Augenblick verletzt. Seid einig vor der Nationalversammlung! Unsere Republik wird durch Einigkeit und der Brüderung leben. Keine Reaktion, keine Gewaltstreiche, sondern Gelassenheit, die das Bewußtsein der Stärke: die Majestät der Republik ist. Die Ruhestörer begreifen dann, daß die Republik von Allen genehmigt, unerschütterlich ist. Bürger! das Königthum ist für immer besiegt; keine Privilegien mehr, sondern Gleichheit; keine Amtsunterschiede, keinen Kastengeist, sondern Verbrüderung! Volk, die Regierung der Republik ist die Regierung Aller. Umgeben wir sie mit unserer Liebe, vereinigen wir alle unsere Willensmeinungen, damit sich die Fahne der Republik rein und glorreich erhebe u. s. w.

[Nationalversammlung. Erste Sitzung.] Kurz vor 11 Uhr öffneten sich die Thüren des Saales. Die für das Publikum bestimmten Tribünen waren bald angefüllt. Wir bemerken viele feine Damentoiletten; in der zweiten Galerie (im dritten Stock könnte man sagen) dagegen viele Blusen. Nach und nach füllte sich der Saal mit den Repräsentanten. Etwa siebenhundert scheinen anwesend. Kurz nach 1 Uhr nahm das gestern Abend gewählte, diesen Vormittag vervollständigte provisorische Bureau mit Audry v. Puicaveau an der Spitze auf der Erhöhung seine Plätze ein. Bald folgten auch die Repräsentanten diesem Beispiele. Die Gruppen zertheilten sich und alles begab sich an seine Plätze. Wir bedauren, noch keine Tabelle vor uns zu haben, um hier die vorzüglichsten Gruppen folgen zu lassen. Das kann erst später geschehen, wenn sich die politischen Lagen festgesetzt haben werden. Dicht unter uns auf der linken Seite fällt uns Lamenais, Beranger, Birryes und eine Tracht besonders auf: es ist der Pater Lacordaire in seinem weissen Ordenskleide als Dominikanermönch! Sonst herrscht der schwarze Frack mit weisser Weste (jedoch ohne der berüchtigten Robspierreschen Ueberschlagskräge und die Schärpe) unter den Gliedern vor. Hier und da hat sich wohl auch manch blauer Ueberrock eingeschlichen. Während wir so unsere Blicke im Saale umherschweifen ließen, rief man plötzlich im Saale: keine Waffen! Einige Nationalgarden-Offiziere wollten nämlich durch die dem Präsidentensitz zunächst gelegenen Thüren in den Saal dringen, wurden aber zurückgewiesen. Zwei davon legten ihre Degen nieder, um ihre Neugierde zu befriedigen.

In diesem Augenblick (1 Uhr 45 Minuten) verkündigten 21 Kanonenschüsse von den Invaliden her und aus den elysäischen Feldern die Annäherung der provisorischen Regierung. Dupont, am Arme Louis Blanc's und gefolgt von den übrigen Gliedern der provisorischen Regierung trat bald darauf in den Saal. Ein glänzender Generalstab folgte ihnen bis vor die Estrade, in deren ersten Bankreihe die Glieder der provis. Regierung Platz nahmen. Ein enormer Beifall begrüßte die prov. Regierung. Es lebe die Republik! erscholl es aus tausend Kehlen. Audry de Puicaveau erklärte hierauf die Sitzung für eröffnet und ertheilte Dupont (Eure) als Präsidenten der provis. Regierung das Wort. Unter allgemeinem Stillschweigen las derselbe mit fester Stimme die Eröffnungsrede ab, in welcher er die Versammlung auffordert, Frankreich eine starke demokratisch-republikanische Staatsform zu geben. Diese Rede lautet:

Bürger, Vertreter des Volks, die prov. Regierung der Republik beugt sich in diesem Augenblick vor der Nation und huldigt der höchsten Gewalt, mit der Sie bekleidet sind. Auserwählte des Volks! seyen Sie willkommen in der großen Hauptstadt, wo Ihre Anwesenheit ein Gefühl des Glücks und der Hoffnung erzeugt, das nicht getäuscht werden wird. Bürger, in deren Hände die National-Souveränetät gelegt ist, Sie werden unsere neuen Institutionen auf den breitesten Grundlagen der Volksherrschaft gründen und Frankreich die einzige Konstitution geben, die ihm dienlich seyn kann: die republikanische. Aber nachdem Sie das große politische Gesetz, welches künftig die definitive Konstitution des Landes bildet, proklamirt haben, werden Sie sich mit uns beschäftigen, den möglichst wirksamen Staatsakt abzufassen in den Beziehungen, welche die Nothwendigkeit der Arbeit unter allen Bürgern begründet, und welche sich auf die heiligen Gesetze der Gerechtigkeit und des Bruderthums stützen. Endlich ist der Augenblick für die provisorische Regierung gekommen, in welchem sie unbegränzte Gewalt, mit welcher die Revolution sie bekleidet in Ihre Hände niederlegt. Sie wissen, ob diese Diktatur für uns etwas Anderes gewesen, als eine moralische Macht inmitten den schwierigen Umständen, welche wir durchgekämpft haben. Getreu unserem Ursprung und unsern persönlichen Ueberzeugungen, haben wir keinen Anstand genommen, die aus den Februartagen hervorgegangene Republik zu proklamiren. Heute beginnen wir die Geschäfte der Nationalversammlung mit dem lauten einmüthigen Rufe: „Es lebe die Republik!"

Die Versammlung rief stürmischen Beifall am Schlusse dieser kurzen Rede und schritt dann in ihre Büreaus zur Prüfung der Wahlvollmachten. Um 3 Uhr 40 Minuten wurde die Sitzung wieder aufgenommen und die Berichterstatter der Büreaus verlasen ihre Berichte. Kaum hatte der Erste derselben die Verlesung beendigt und auf Zulassung seiner Kandidatenliste angetragen, als sich ein Gironde-Deputirter, Olivier Demosllun erhob und darauf antrug: jedes Glied anzuhalten, auf die Tribune zu steigen und den politischen Eid auf die eine und untheilbare Republik zu schwören. Dieser Antrag rief einen förmlichen Sturm des Widerspruchs hervor. Cremieux, Justizminister, eilte auf die Tribüne und bekämpfte den Antrag in energischer Weise. Wir haben, sagte er, während der früheren Regierungssysteme, eine solche Masse politischer Eide schwören sehen, daß diesem Skandale ein Ende gemacht werden müsse. Der ganze Saal erdröhnte von dem Beifall, den Cremieux's Rede erntete. Der politische Eid ist für immer begraben. Das Mitglied des Gironde-Departements zog ihn übrigens selbst wieder zurück, als es den einstimmigen Trotz von allen Bänken gewahrte. Die Wahlprüfung bot ausser diesem Intidenzpunkt wenig von allgemeinem Interesse. Das Fehlen der Geburtsscheine wurde zwar bei Einzelnen desiderirt; indessen nicht als hinreichender Grund der Aus-

schließung angenommen. (Die Nationalversammlung war noch mit diesen Förmlichkeits-Erledigungen beschäftigt, als die Poststunde schlug.)

Rußland.

(Von der polnischen Grenze bei Kalisch.) Niemand wird hinaus, Niemand hereingelassen. Die äußerste Anmeldegrenze (Karwacki) ist mit Kosaken besetzt, das Grenzamt (Szczorno) mit Husaren. Patrouillen ziehen fortwährend mit scharf geladenen Gewehren nach allen Richtungen. Von Kalisch bis Peisern stehen 18,000 Mann, worunter 3 Batterien Artillerie und 800 Tscherkessen. Letztere sind bei Stawiszyn stationirt, woselbst sich auch der junge Paskewitsch (Kapitän) befindet. — Bei dem russischen Militär hat sich die Nachricht verbreitet, es werde gegen die Franzosen geschickt werden, wovor es einen panischen Schrecken empfinden soll. — In Kalisch befindet sich eine Anzahl russischer Spione, und hat sich daselbst auch ein Brieferöffnungsfabrikant eingefunden, der es in dieser Kunst zur Meisterschaft gebracht haben soll. (Bresl. Z.)

Dem Londoner Standard zufolge hätte der Kaiser von Rußland 100,000 Mann zur Hülfe Dänemarks einschiffen lassen. (???!!!)

Türkei.

ΔΔ (Konstantinopel, 26. April.) Nach einem mehrtägigen Aufenthalt in Konstantinopel kann ich mich nicht enthalten zur Steuer der Wahrheit einige Beobachtungen mitzutheilen, namentlich solchen Blättern gegenüber, welche, ich weiß nicht ob aus Unwissenheit oder Interesse, bemüht sind die Türkei in Farben zu malen, wovon man in der Nähe in Wahrheit auch nicht eine Spur findet. Es ist nichts bemerkbar als die alte Barbarei und Intoleranz, ein systematisch betriebenes Aussaugen und Pressen, ein schmutziger Egoismus, der kein Mittel scheut, um seinen Zweck zu erreichen. Tiefe Unwissenheit fesselt die Geister, jeder Begriff von Recht und Unrecht schwindet, und nur die Macht des Geldes oder die rohe Gewalt entscheidet. Selbst der Jude, der doch sonst immer seine Gewinnsucht auf kriechende und schmarozende Art zu befriedigen sucht, bedient sich hier der Gewaltthaten. So sah ich selbst auf offener Straße einen Juden gegen seinen Schuldner, einen Armenier, eine Faustrechtsjustiz ausüben, welche einen Auflauf verursachte, den ich als Fremder durch mein Dazwischentreten nur mit vieler Mühe zu beschwichtigen vermochte, da die Erbitterung der Partheien bis zur Wuth gediehen war. Wie in der Hauptstadt und auch noch ärger ist es in den Provinzen. Allenthalben preßt und drückt man die Christen, um mit dem vom Blute und Schweiße der Armen befleckten Gelde die Beutel der Unterdrücker zu füllen. Nur Bilder des Abscheues und Gefühle des Schmerzes drangen sich dem Beobachter auf. Es ist unverzeihlich, daß eine unselige Politik diesen Gräueln kein Ende machen läßt. Man läßt sich blenden durch glänzende Geschenke, die eine oder die andere hervorragende Persönlichkeit nach einer Aufwartung rc. bei Hofe davon trägt, und macht dann schöne Phrasen von türkischer Bildung und Fortschritt, in der That aber sieht man keinen Fortschritt, wenn man nicht zur Bezeichnung der immer zunehmenden Gesetzlosigkeit und Ungerechtigkeit dieses Wort mißbrauchen will. Erst in den jüngsten Tagen wurden einige hohe Würdenträger nach einem Besuche bei der Sultanin Mutter jeder mit einer Brillanten-Dose im Werth von zwanzig tausend Piaster und das sie begleitende Gefolge mit Geschenken von je fünftausend Piaster Werth entlassen. Der Gedanke, daß solche und Millionenmal größere Summen der Armuth durch Erpressung auf ungerechte Weise entrissen und unnütz verschwendet werden, erfüllt den Zuschauer mit Wehmuth. Täusche man sich nicht länger mit der Hoffnung auf türkische Civilisation, denn der Wolf ändert nur die Haare. Von Grund aus muß die Heilung erfolgen. Die türkische Regierung scheint selbst einzusehen, daß ihre letzte Stunde nicht mehr ferne sein dürfte, und fürchtet sehr richtig mehr Feinde im Innern des Landes als von Außen. Es ist ein Körper ohne Haupt. Alle Bewegungen sind ohne Leben. Darum ihr Völker Europas, die ihr nun die süßen Früchte der ausgedehntesten Freiheiten zu genießen so glücklich seid, gedenket euerer noch unter dem eisernen Joche der tiefsten Sklaverei und Tyrannei seufzenden Mitbrüder! Ewig Schade wäre es, die dortige schöne Erde noch länger in den Händen ihrer Verwüster zum gänzlichen Ruin zu lassen.

Frequenz der kgl. Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft.

1) Von Nürnberg nach Fürth und zurück 33172 Personen .... fl. 3628. 3 kr.
2) Von Nürnberg nach Fürth 109 St. Schweine . 7. 16 .

fl. 3635. 19 kr.

Die Frequenz der Kreuzung unterliegt der Revision.
Für dieselbe pr. Monat Februar wurden nachträglich vergütet für 1511 Personen, 58 Ctr. 87 Pfd. Bagagegut, 1778 Ctr. 8 Pfd. Frachtgut .... fl. 136. 47 kr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

(Das Verfahren bei Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung betr.)

Vom
k. Kommissär der Stadt Nürnberg
und
Vom
Magistrat der k. Stadt Nürnberg
als Polizey-Senat

wird als Nachtrag zur Bekanntmachung vom 26. April obigen Betreffs folgende Warnung veröffentlicht.

Wenn bei öffentlichen Ruhestörungen von den Waffen Gebrauch gemacht werden muß, so wird gemäß Mittheilung der k. Stadtkommandantschaft das Signal hiezu von der kgl. Infanterie und also auch von der kgl. Landwehr und Stadtwehr durch einen Trommelwirbel, und von der Cavallerie durch einen Trompetenruf gegeben.

Hierauf folgt unmittelbar die mündliche Aufforderung des Civilcommissärs an die versammelte Menge, augenblicklich sich zu zerstreuen und sogleich nach Haus zu gehen.

Geschieht dies nicht, so erfolgt nach 10 Sekunden dasselbe Signal zum zweitenmale, und unmittelbar darauf der zweite Aufruf.

Zerstreut sich dann nicht augenblicklich die versammelte Menge und geht sie nicht sogleich ruhig nach Haus, so erfolgt nach 10 Sekunden dasselbe Signal zum drittenmal und unmittelbar darauf der dritte Aufruf durch den Civilkommissär.

Ist auch dies vergeblich gewesen, so wird die bewaffnete Macht zum scharfen Gebrauch der Waffen (auf Stoß, Hieb und Schuß) kommandirt.

Nürnberg, den 8. Mai 1848.

Leutz. Dr. Binder.

Müller.

(Gesuch.) Nahe bei Lorenzen wird ein Logis, bestehend aus 2 Zimmern, 4 Kammern, Küche, Holzlage und Keller, bis Ziel Lorenzi oder Allerheiligen zu miethen gesucht.

☞ **50000 *Gross der besten Stahlfedern***

werden a tout prix ausverkauft.

Schulfedern 144 Stück 15 kr. bis 24 kr. ohne Ausschuß, Beamten-, Correspondenz-, Noten-, Zeichnen- und Damenfedern, 144 Stück 30 kr. bis fl. 1 12 kr., das Dutzend von 3 kr. bis 10 kr. Ganz was Ausgezeichnetes in dreispaltigen Stahlschreibfedern, das Dutzend 12 kr. bis 18 kr. bei **E. Hauau** aus Frankfurt a. M.

Der Verkauf ist im Färberei-Gebaude auf der Schütt, im Hause des Herrn Pabst im 1ten Stock.

Erklärung.

Es hat sich das irrige Gerücht verbreitet, ja es ist vielleicht sogar von böswilligen Leuten niedriger Gesinnungsart geflissentlich verbreitet worden, ich hätte mich bei der Abfassung mehrerer seit einiger Zeit in diesem Blatte erschienenen Anzeigen betheiligt gehabt. Allen denen, welche der Sache eine unbefangene Betrachtung widmen wollen, diene daher zur Nachricht, daß sich meine Verantwortlichkeit nur auf den Theil des Blattes erstreckt, der von mir unterzeichnet ist; die Inserate dagegen in ein anderes Ressort gehören, mit welchem mein Redaktionsgeschäft durchaus nichts gemein hat.

Nürnberg, den 8. Mai 1848.

Dr. Friedrich Mayer.

Anzeige.

Eine Fabrik, welche Ambergin, eine Art Fayence fabrizirt, wünscht eine Niederlage ihrer Fabrikate auf hiesigem Platze zu etabliren; weshalb alle diejenigen, welche darauf reflektiren, binnen 14 Tagen deshalb die näheren Bedingnisse Lit. S. Nro. 735 Paniersstraße gefälligst entgegennehmen wollen.

Nürnberg, den 7. Mai 1848.

(Zu verkaufen.) Ein noch sehr gut erhaltenes Pianoforte von Nußbaumholz und 6 Oktaven ist billig zu verkaufen.

Zwei Flugschriften von allgemeinem, größten Interesse!

In allen Buchhandlungen ist sogleich vorräthig zu haben:

Freimüthige Beleuchtung **der gegenwärtigen Verhältnisse des Adels** zu Fürst, Bürger und Bauer. Von Freiherrn von Bibra, Dr. med. et phil. 8. geh. 12 kr. = 4 Sgr.

Ein Wort zu seiner Zeit, an das Volk und seine Stände über die **Lehrerbildung und die Volksschulen**, wie sie jetzt sind, und wie sie den gerechten Anforderungen der Zeit gemäß in Zukunft werden müssen. Von einem Schulmann. 8. geh. 12 kr. = 4 Sgr.

Verlagsbuchhandlung von

J. L. Lotzbeck in Nürnberg

(Zu vermiethen) In Mitte der Stadt und sehr angenehmen Lage sind zwei Logis mit Meublement an ledige Herrn zu vermiethen; ebendaselbst sind einige Zimmer zur Bewohnung erwachsener politechnischer Schüler oder Gymnasiasten, wozu auch die Kost gegeben werden kann, zu vermiethen.

(Verlaufen.) Vergangenen Sonntag Abend hat sich ein rothgelber Hund russischer Race mit messingenem Halsband und den darauf befindlichen Zeichen Nr 652 verlaufen und wird Derjenige, dem er zugelaufen ist, um gefällige Zurückgabe gegen Erkenntlichkeit gebeten.

COURSE.

Nürnberg, den 8. Mai 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht. Brief	k. Sicht. Geld	2 Monat. Brief	2 Monat. Geld
Amsterdam		101 1/8		
Hamburg		87 1/4	86	
London		121	12	[illegible]
Wien in 20r.				
Augsburg		120		
Frankfrt. a. M.		100	9	9 1/8
in die Messe				
Leipzig		104 1/8		
in die Messe				
Berlin		104 1/8		
Paris		94		
Lyon		98		
Bremen		97 1/8		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld
Bayer. Obligat. à 3 1/2 %		72
" Bank-Aktien		
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Muenchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nurnberger-Fürther ditto		

Geld-Course.

	fl. hab.	gesucht.
Friedrich- und Augustd'or	9	54
Neue Louisd'or	11	4
Souverainsd'or	16	15
Holländische 10 fl. Stücke	10	6
20 Francs-Stücke	9	41
Oestreich. u. Höll. Duc. etc	5	38
Französisches Geld	5	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	20 1/8

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10. Mai 1848. № 131 Mittwoch: Viktoria.

Deutschland.

Bayern. (München, 8. Mai.) Das heutige Regierungs-Blatt Nr. 30 enthält eine kgl. Entschließung, die Aufrechthaltung der Ruhe im Lande betr. folgenden Inhalts: Maximilian II. ꝛc. Seit Unserem Regierungs-Antritt in dieser so ernstbewegten Zeit ist Unsere unausgesetzte Fürsorge dem Wohl Unseres Landes gewidmet. Die von Uns gemachten, alle dahin gerichteten Zusagen zur vollen Wahrheit zu machen, ist das Ziel Unseres rastlosen Strebens. Die den Ständen des Reiches gemachten Gesetzes-Vorlagen, und die in denselben ausgesprochenen Grundsätze geben hievon beredtes Zeugniß. Nicht minder beschäftigt Uns die Sorge für das Wohl der arbeitenden Klassen und für die hievon unzertrennliche Hebung des überallhin gestörten Verkehres. Soll dieses Ziel aber erreicht werden, so thut es vor Allem Noth, daß Gesetz und Ordnung überall wieder die Herrschaft erlange, und dadurch das erschütterte Vertrauen in die Ruhe des Landes wieder befestiget werde. Es ist Unserem Herzen erfreulich und beruhigend, zu sehen, wie alle Gutdenkenden Uns hierin zur Seite stehen, und mit Uns dieselbe Aufgabe zu lösen redlich bemüht sind. Um so tiefer müssen Wir es beklagen, daß dieser gesetzliche Sinn nicht überall gleiche Wurzel gefaßt hat. Höchst bedauerliche Störungen der Ordnung — unverantwortliche Angriffe gegen Privateigenthum und Personen, — Auflehnung gegen Gesetz und Recht, — sträfliche Selbsthilfe und Nichtachtung aller bestehenden Verhältnisse, — endlich ein bis zum bedenklichen Terrorismus gesteigerter Partheigeist sind hin und wieder in einer Weise aufgetaucht, welche Uns ernsteste Beachtung und strengste Einschreitung zur Pflicht macht. Wir beklagen dieß um so mehr, je mehr Wir Uns gerne der Ueberzeugung hingeben, wie solche Vorgänge zunächst nur durch verwerfliche Irreleitung der Massen, durch böswillige Entstellung, der besten Absichten, durch arglistige Einflüsterungen einzelner wühlerischer Elemente hervorgerufen werden konnten. Diesem Treiben aber mit allem Nachdruck einen Damm zu setzen, und der Ordnung und der Gesetzlichkeit wieder überall eine feste Stätte zu sichern, ist Uns heilige Regentenpflicht. Eingedenk Unseres Wahlspruches Freiheit und Gesetzwidrigkeit werden Wir dieser Pflicht im Vollmaß nachzukommen wissen. Der strafende Arm der Gerechtigkeit darf nicht aufgehalten werden; er muß mit voller Schwere Alle treffen, die auf sträfliche Weise die Ruhe Unseres Landes stören, und dem Gesetze Hohn sprechen wollen. An alle Unsere Behörden des Königreichs ergeht daher die ernste Anmahnung, kraft ihrer beschworenen Pflichten und ihres Amtes, so viel an ihnen liegt, hiezu kräftig mitzuwirken. Wo es gilt, Gesetz und Ordnung aufrecht zu halten, kann nicht länger Langmuth und Nachsicht walten. An alle Diener der Kirche ergeht nicht minder der Aufruf, die ihnen anvertrauten Gemeinden über die wahre Lage der Dinge, über ihre Pflichten gegen den Staat, und über die traurigen Folgen sträflicher Verirrungen hierwegen zu belehren und aufzuklären. An Euch, geliebte Bayern, aber wenden Wir Uns mit dem offenen Vertrauen, daß Ihr festhaltend an der dem Könige beschworenen Treue, an dem dem Gesetze schuldigen Gehorsam, und an dem Grundgesetze des Reiches, Euerem Könige dem Schmerz ersparen werdet, strafend einzuschreiten, wo er so gerne nur Liebe säen und ernten möchte! Wenn so alle Kräfte zum Wohle des Vaterlandes sich einigen und zusammenstehen gegen Alle, die da nicht müde werden, den Boden des Gesetzes zu unterwühlen, da wird, da kann solches Treiben nicht weiter um sich greifen, und es wird gelingen, — Wir sprechen es mit Zuversicht aus, — die Ruhe überall herzustellen, aber auch alle Diejenigen der gerechten Strafe zuzuführen, welche in einem Augenblicke als Feinde des Vaterlandes, des Gesetzes und der Ordnung aufzutreten wagen, wo uns allen nur die eine große Aufgabe vorschweben sollte, ein einiges, nach Innen und Außen kräftiges, ein wahrhaft freies und glückliches Deutschland zu schaffen und zu erhalten!

(München, den 7. Mai.) Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichtsassessor Linhard in Passau zum Rath bei dem dortigen Gerichtshofe, den Kreis- und Stadtgerichtsrath Gresbeck in München zum Appellationsgerichtsrathe in Freising, den Appellationgerichtsassessor v Lupin zu Bamberg zum Rathe bei dem Appellationsgericht in Neuburg, den Appellationsgerichtsassessor Dr. Lotz in Bamberg zum Rathe bei dem Appellationsgerichte in Aschaffenburg, und den Appellationsgerichtsassessor v. Renner in Neuburg zum Rath außer dem Status bei dem dortigen Appellationsgericht befördert. — Der Präsident des k. Appellationsgerichts in Unterfranken und Aschaffenburg Hans Karl Frhr. v. Thüngen wurde auf die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand versetzt. (Allg. Z.)

†* (Nürnberg, den 8. Mai.) Der Aufsatz über die „Wahlen in Nürnberg“ hat in der öffentlichen Meinung ein verschiedenes Schicksal gehabt. Er hat den Wenigen, die bei den Wahlen näher betheiligt waren, allerdings nicht gefallen, (das konnte er auch nicht anders erwarten); sehr Viele dagegen meinten, was er sage, sey richtig und gut, und es sey dankenswerth, daß Jemand das Gefühl öffentlich ausgesprochen habe, das sich jedem Unparteiischen bei dem ganzen Verlauf dieser Angelegenheit habe aufdringen müssen. Man will durch die Gegenerklärungen keine weitere Polemik hervorrufen und daran thut man wohl; sie soll unterbleiben, denn sie könnte weiter führen, als es gut ist, und wir bedürfen vor Allem Ruhe, weder politischer Vereinsversammlungen, noch solcher im Katharinensaale. Die Zeiten werden immer bedenklicher; wir müssen Alles meiden, was uns im Inneren zersplittern und zerfleischen könnte, es droht Krieg im Westen und Osten, und die materielle Wohlfahrt erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Mögen sich nur die Männer, welche sich „Komité der Volksversammlung“ nennen, und die allerdings diesmal die Abgeordneten so ziemlich allein gemacht haben, aus der sehr gemäßigten Opposition, welche sich in dem Aufsatze kund gab, die Lehre nehmen, daß ein Komité, um im Namen der Bürgerschaft zu handeln, auch von der Bürgerschaft, und nicht von einigen Wenigen, die sich im Katharinensaale zusammenfinden, autorisirt sein müsse. Der Schluß ist ganz falsch, daß die im Katharinensaale gefaßten Beschlüsse für den Ausdruck der Nürnberger Bürgerschaft gelten müssen, weil jeder Bürger Zutritt habe und stimmen könne. Mit demselben Rechte könnte sich eine ähnliche Versammlung auf der anderen Stadtseite, etwa in der Arena, aufthun, und gleichfalls Beschlüsse im Namen der Bürgerschaft fassen, und wir würden in Bälde die Stadt in mehrere Lager gespalten sehen. Uns schiene es am besten, vor der Hand alle derartigen Versammlungen ganz zu unterlassen; da dies aber blos von dem Willen der Einzelnen abhängen und vielleicht doch nicht völlig unterbleiben würde, auf jenen Vorschlag zurückzukommen, nach welchem jeder Einwohner 15 Männer, die das 30. Jahr erreicht haben, aufschriebe, von diesen jene Hundert, welche die meisten Stimmen haben, einen Bürgerausschuß bildeten, der aus seiner Mitte ein Komite von 5 Männern wählte und sich verpflichtete, bei jeder Versammlung zu erscheinen. Man hätte auf diese Weise einen Bürgerausschuß, dessen Beschlüsse in Wahrheit für einen Ausdruck der Gesinnung der Bürgerschaft gelten könnten und ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale legen würden, wenn sich etwa noch einige Klubs in der Stadt bilden sollten, für diesmal hat das Komite der sogenannten Volksversammlung die Wahlen allerdings in der Tasche gehabt; aber bei der nächsten Gelegenheit würde man sich wohl vor derartiger Bevormundung verwahren; denn wenn mans geradezu heraussagen soll, so haben die Herren Komitémitglieder nicht nur die Deputirten bestimmt, sondern auch nur aus ihrem Kreise gewählt Es ist ein sehr naives Geständniß, das in der »Berichtigung« abgelegt wird, es sey von den Juristen selbst im Komite verlangt worden, daß wenigstens der zweite Ersatzmann der gewerblichen Klasse angehöre, das müsse man zur Rechtfertigung der Juristen öffentlich erklären; aber da sich die proponirten Kaufleute im Komite nicht für hinreichend tüchtig gehalten hätten, so sey von diesen selbst darauf gedrungen worden, daß man nur Juristen wähle. Also hat es wohl außerhalb des Komites keinen Kaufmann mehr gegeben, der sich vielleicht doch befähigt gefühlt hätte? — Ein ähnlicher Fall ist mit den Juristen selbst, Man hat ebenfalls wieder nur Komitémitglieder im Auge gehabt; und als sich die Advokaten aus Rücksicht für ihre Praxis verwahrten, so nahm man Herrn Dr. Kalb, dessen spezielle Freunde die juristischen Komitémitglieder sind und der deßhalb von ihnen empfohlen wurde, daß es noch andere fähige Juristen in der Stadt gäbe, davon war wiederum keine Rede. Es ist natürlich, daß Hr. Dr. Kalb nicht selbst für sich geworben hat; davon wurde auch in dem Aufsatz nicht gesprochen; es mußte nur etwas eigenthümlich erscheinen, daß er gerade in den letzten Versammlungen vor der Wahl auftrat, während er dieß in den ersten und überhaupt bedenklicheren Verhältnissen nicht gethan hatte. Uebrigens ist so viel gewiß, wird wenigstens von Wahlmännern versichert, daß die Proposition, nur Juristen zu wählen, bei der Versammlung der Wahlmänner im bayerischen Hof als eine bereits gesicherte Uebereinkunft von einem Juristen den nicht weiter eingeweihten Wahlmännern mitgetheilt worden sey, die denn auf diesen Zug mit der Schnur auch so dienstwillig zunickten, daß nur zwei es wagten, einen anderen Juristen, als die beiden im Komité bereits ernannten, auf ihren Zettel zu setzen.

Baden. (Karlsruhe, 6. Mai.) Frankreich hat geduldet, daß in Paris, Lyon und an mehreren Orten Schaaren von Deutschen, Franzosen und Angehörigen anderer Länder sich bildeten und in den Waffen übten, mit der erklärten Absicht, vom französischen Gebiete aus feindlich in Deutschland einzufallen. Es hatte ferner den Anschein, als ob Frankreich zugeben wolle, daß die zurückgeflohenen Trümmer der eingebrochenen Banden sich an der Grenze zu neuen Unternehmungen sammelten und rüsteten. Die Führer kündigten diese Absicht unverhohlen im niederrheinischen Kurier an; sie hatten sogar die Frechheit, einen badischen Artillerieoffizier, der in bürgerlicher Kleidung nach Straßburg gekommen war, gefangen zu nehmen, nach Schiltigheim abzuführen und dem Kommandanten in Kehl anzuzeigen, daß sie die Auslieferung von drei in Bruchsal verhafteten Bandenführern verlangten, widrigenfalls der Offizier erschossen werde. Auf das Begehren des Kommandanten wurde dann doch der Offizier von einer Abtheilung französischer Truppen befreit. Die französische Regierung hat endlich auch die Entfernung der Flüchtlinge von den Grenzen angeordnet, und man darf glauben, daß der Anmarsch der Fremdenlegion aus Algerien gegen den Rhein, welchen das Gerücht meldete, nicht stattfinden werde. Der Sieg Lamartine's und seiner Freunde in den Wahlen spricht ebenfalls dafür, daß Frankreich weitere Verletzungen des Völkerrechts gegen Deutschland vermeiden werde. Es ist für das Wohl beider Nationen zu wichtig, daß ihre inneren Entwicklungen ohne Krieg vor sich gehen, als daß die verständigen Patrioten nicht Alles aufbieten sollten, um den Frieden zu erhalten. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 6. Mai.) [48. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 6. Mai 1848.] In der heutigen

Sitzung traten die neuen Gesandten für Braunschweig, Legat.-Rath Dr. Liebe, und für die 15. Kurie (Oldenburg ic.), Obrist [illegible], ein. Die großherzoglich hessische, so wie die herzoglich sächsische Regierung in Gotha und Meiningen ließen anzeigen, daß wegen der allgemeinen Volksbewaffnung die erforderlichen gesetzlichen Einleitungen getroffen seyen. Die großherzoglich Sachsen-Weimarsche, die Sachsen-Meiningsche und die herzoglich nassauische Regierung ließen anzeigen, daß die Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt seyen. Ein Erinnerungsschreiben des Fünfziger-Ausschusses bezüglich gleichzeitiger Abhaltung von Ständeversammlungen in einzelnen Staaten mit der Nationalversammlung hatte seine Erledigung durch den Bundesbeschluß vom 26. April bereits erhalten. Auf ein Schreiben des Fünfziger-Ausschusses, den Durchzug der Polen betreffend, wurde beschlossen: demselben den Bundesbeschluß vom 2. Mai nebst Motiven mitzutheilen, zugleich wurde angezeigt, daß von badischer Seite auf preussischen Antrag alle Vorkehrungen getroffen seyen, um soweit thunlich zu verhindern, daß solche Polen in Baden eingelassen und weiter befördert werden, welche von der russischen und österreichischen Grenze nach den neuerdings bekannt gewordenen Verfügungen der russischen und österreichischen Behörden zurückgewiesen werden. Auf den Kommissionsbericht wegen der Störungen der Dampfschleppschifffahrt auf dem Rheine wurde beschlossen: Die königlich preussische, großherzoglich hessische und herzoglich nassauische Regierungen aufzufordern, unverzüglich im Einverständniß die geeignetesten energischesten Maßregeln zu ergreifen, um die gewaltsamen Störungen der Dampfschleppschifffahrt, welche den Handel und die Gewerbe so sehr gefährden, baldigst zu beseitigen. Bezüglich der Verhältnisse des Herzogthums Lauenburg wurde beschlossen: die Regierung in Ratzeburg aufzufordern, ihren Bundespflichten gehörig nachzukommen, und da seither in der Bundesmatrikel Holstein und Lauenburg vereinigt gewesen sind, wegen Repartition der Bundeslasten mit der provisorischen Regierung in Rendsburg sich zu verständigen. Die würtembergische Regierung ließ den Antrag stellen, die Sitzungen der Bundesversammlung öffentlich zu halten. Professor Berndt in Bonn überreichte eine Abhandlung über die deutschen Farben, und Buchhändler Weber in Leipzig 20 Exemplare der „Illustrirten Zeitung,« welche den Entwurf zu einer Verfassung für Deutschland enthält.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 5. Mai.) Das Montagskränzchen, unser trefflicher Reformverein, der mehrere Jahre lang Licht und Fortschritt auf dem Gebiete des religiösen Lebens in den Kreisen der hiesigen Bürgerschaft zu verbreiten suchte, und in dieser Eigenschaft auch weithin in unserem Vaterlande Anerkennung gefunden hatte, trägt nun, nachdem die Sonne des neuen Völker-Frühlings über Europa aufgegangen, auch das Panier der politischen Freiheit den Bewohnern unserer Vaterstadt voran. Das deutsche Volk hat erkannt, daß nur die Erringung seiner Einheit seine Freiheit verbürgt. Fest geschlossen, wie ein Mann, in Uebereinstimmung und Eintracht muß unser Volk vorangehen, will es nicht in die alte Schwäche und Machtlosigkeit zurücksinken. Die Landesinteressen der Volksstämme und einzelner Staaten müssen sich an die Machtfülle der einen deutschen Nation hingeben, wenn nicht unsere ganze jetzige Erhebung zum Gespötte der Wälschen werden soll. Schon erhebt die Zwietracht in Oesterreich ihr Haupt; schon stellen dort ungeschickte Räthe der Krone in eitlem Wahne die besonderen Geschicke jenes Volksstammes neben oder gar über die Majestät und Machtvollkommenheit des ganzen deutschen Volkes. Will unser Volk durch untreue Räthe der einzelnen Volksstämme nicht seine kaum anbrechende Herrlichkeit verlieren, will es diesmal seine Einheit mit eiserner Faust erringen und festhalten, so müssen die Völkerstämme wachsam sein und diesem Sonderbundtreiben mit aller Kraft und Entschiedenheit entgegentreten. In der gestrigen sehr zahlreichen Versammlung des Montagkränzchens wurde darum der Antrag gestellt: Dieser Volksverein möge unverweilt seine Wirksamkeit dahin eintreten lassen, daß überall im deutschen Vaterlande in allen Städten und Orten sich ähnliche Vereine bilden, welche miteinander in Verbindung stehend, und eine festgeschaarte Volksmacht bildend, allen Reaktions- und Sonderbundsgelüsten von Oben, wie allen anarchischen Wühlereien von Unten, den eisernen Widerstand des Gesammtvolkes entgegenzusetzen hätten. Dieser Vorschlag, von allen Seiten mit Jubel begrüßt, wurde sofort einer Kommission von 9 Mitgliedern zur Prüfung und schleunigen Begutachtung überwiesen. Haltet fest, deutsche Brüder im ganzen Vaterland das höchste Gut: Einheit mit Freiheit! (Fr. J.)

(Bremen, den 5. April.) Die Blokade unseres Stromes durch ein dänisches Kriegsschiff hat begonnen; obwohl nach den bisherigen Nachrichten die Fregatte „Gefion“ noch keine aus der Weser ausgelaufene Fahrzeuge angehalten hat. — Ein heute hier eingegangenes Schreiben des Herrn Kapitän Hederich aus London, 1. Mai, meldet, daß die ganze englische Küste entlang an alle Lootsen und Fischerböte eine Warnungsanzeige des preussischen Generalkonsuls Hrn. Hebeler vertheilt worden ist, durch welche die preussischen und überhaupt die deutschen Schiffe von der Kriegsgefahr unterrichtet und gewarnt werden, nicht nach der Nordsee zu segeln. Ausserdem ist ein Dampfboot für 30 St. wöchentlich mit freiem Kohlenverbrauch gemiethet worden, welches zwischen Dungeneß und Calais kreuzen und alle den Kanal passirenden deutschen Schiffe auf die sie erwartende Gefahr aufmerksam machen wird. Ein zuverlässiger deutscher Mann ist an Bord mitgegeben worden. (Wes. Z.)

(Hamburg, den 4. Mai.) Die heute Morgen hier angelangte Nachricht von dem Beginn der Elb- und Weserblokade durch die dänische Fregatte »Gefion« und ein kleineres Schiff hätte eigentlich kaum Ueberraschung erregen sollen, da man ja schon seit einiger Zeit diese Maßregel als gewiß betrachten konnte. Dennoch schien man plötzlich vom Unerwarteten betroffen zu sein und mit dem sehr natürlichen Unmuth über die dänische Keckheit machte sich gleichzeitig das Erstaunen Luft. An der Börse war heute auffallend geringer Besuch; wir sahen daselbst seit geraumer Zeit keine so spärliche Versammlung. Natürlich bildete auch hier vor Allem die begonnene Elbblokade das Hauptgespräch. Der hiesige dänische Geschäftsträger Hr. Westenholz, erst seit Kurzem für den suspendirten früheren Minister-Residenten interimistisch angestellt, hat dem Senate angezeigt, daß er auf Befehl des Kopenhagener Kabinets seine diplomatischen Beziehungen abzubrechen habe. (Wes. Z.)

(Bremerhaven, den 4. Mai.) Von einem so eben von Helgoland Kommenden höre ich, daß das gestern daselbst angekommene dänische Kriegsschiff bereits vier aus der Elbe kommende Schiffe genommen, worunter gewiß ein hamburger und muthmaßlich ein oldenburger. Eine Barke hat entschlüpfen wollen, aber sie hat nach einigen Schüssen beigelegt. Die Hälfte der Matrosen ist von den Schiffen genommen und durch Dänen ersetzt worden. Der Kommandant des Schiffs hat auf Helgoland, wo er gelandet, gesagt, daß noch mehrere große Kriegsschiffe kommen würden. Dieses führt 48 Kanonen und noch 480 Mann. Zwei andere Kriegsschiffe sollen nach dem Texel gegangen sein. Der Gouverneur von Helgoland hat gleich einen Bericht nach London abgehen lassen. Vorstehendes wird auch noch durch einen Brief von Helgoland bestätigt. (Brem. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 4. Mai.) Der von den Vertrauensmännern in Frankfurt ausgearbeitete Entwurf des Reichsgrundgesetzes findet hier die verschiedenste Aufnahme. Nur über die Unhaltbarkeit einer erblichen Kaiserwürde ist man völlig einig. Wozu die Zahl der Fürsten noch vermehren? so fragt man. Wozu mit einem Aufwande von Millionen einen Kaiser an die Spitze stellen, der, schon durch die Geburt dazu bestimmt, nur zu leicht schwach und unfähig sein kann, während doch allein Energie und Intelligenz diesem hohen Posten seine Bedeutung verleihen können? (Brem. Z.)

Preussen. (Berlin, den 6. Mai.) Eben eintreffende Nachrichten aus dem Hauptquartier Fridericia bringen folgenden Bericht über die Besetzung dieser kleinen Festung: Fridericia, 3. Mai. Da die Nachrichten, die man über das Verlassen der Festung Fridericia dänischerseits hatte, sich durch ausgesandte Patrouillen vollkommen bestätigten, ließ der General-Lieutenant Fürst Radziwill schon in der vergangenen Nacht ein Bataillon der Avant-Garde in diesen Ort hineinwerfen, und es ist demselben heute das Hauptquartier dahin gefolgt. Die Geschütze sind von den Wällen nach Fünen hinübergschafft worden, und der hier zurückgebliebene dänische Kommandant hatte die Anordnungen zur Einquartierung von 1500 Mann getroffen. (!) Es sind so eben zur Feier der Besitznahme 101 Kanonenschüsse gelöst werden. Außer dem unmittelbar am kleinen Belt gelegenen Seefort ist die Festung übrigens völlig dem Verfall anheimgegeben und, irgend einen ernstlicheren Widerstand zu leisten, völlig unfähig. Eine heftige Kanonade hat heute Mittag bei Snoghoe zwischen zwei dänischen Kanonenschaluppen und der preußischen Artillerie, welche nebst einem Bataillon zur Deckung dieses Laandungsplatzes aufgestellt war, stattgehabt. Von unserer Seite ist dabei ein Kanonier erschossen worden, doch scheint der Feind bedeutender gelitten zu haben. Die holsteinischen Truppen unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg haben Veile besetzt und sind gegen Horsens vorgeschoben. In und um Fridericia steht nebst dem Hauptquartiere die Avantgarde und die vom General von Bonin befehligte Brigade. Die Bevölkerung ist ernst und hat den Takt, keine Gefühle zu heucheln, die sie für uns nicht empfinden kann, doch zeigt sie vollständiges Vertrauen in die Mannszucht unserer Truppen. Von den Freischaaren haben sich viele den preußischen Truppentheilen als Tirailleurs attaschiren lassen, so z. B. die kieler Studenten dem Regiment Alexander, die thüringer Schützen dem 2. Infanterie-Regiment.

(Pr. St. Z.)

(Von der Mosel, 5. Mai.) Die traurigen Ereignisse, deren Schauplatz Trier war, knüpften sich an einen Wahlstreit im zwölften Bezirke in welchem Militär und Bürger vereint zu wählen hatten. So viel wissen Sie aus der „Trier'schen Ztg.“ Um es aber zu verstehen, wie sich daran so schnell Barrikaden anreihten und ein großer Theil der Bürgerwehr eine so drohende Haltung annahm, wird man auf die Stimmung zurückgehen müssen, die in Trier schon vor den Wahlen sich kund gab. Zur Aufklärung derselben möchte es dienlich sein, ein „Eingesandt“ mitzutheilen, in welchem über die den Urwahlen vorhergegangenen Versammlungen und deren Verhandlungen und Streitfragen Aufklärung ertheilt wird. In demselben, das gegen den Advokat-Anwalt Zell gerichtet ist, heißt es: „Herr Zell sagt in seiner klugen Auseinandersetzung: „„Was soll aus der gehofften Einigkeit werden, wenn jeder kleine Theil Deutschlands sich mit seinen Gelüsten vordrängt und deren Verwirklichung von der Minute fordert?““ Gern werden wir alle unsere Rechte aufgeben, wenn der Reichstag beschließt, daß alle deutschen Staaten sich zu einem einzigen Ganzen zu einigen hätten. Aber ebenso werden wir, wenn hingegen einzelne Staaten bestehen bleiben sollen, uns auf unsere Rechte stützen und verlangen, daß die Einverleibung der Rheinlande zum preussischen Königreiche aufgelöst werde. — Herr Zell sagt ferner: „„Ihr, die ihr auf Straßen und Plätzen und in allen Wirthshäusern die Losreißung von Preussen, nicht dem alten, nein, dem jetzigen Preussen, fordert, habt ihr euch denn auch gefragt, was ihr an die Stelle setzen wollet, und habt ihr die Möglichkeit geprüft, das, was ihr vielleicht wollet, zu verwirklichen?““ Daß wir es wollen, steht fest, und daß es verwirklicht werden kann, das hat Herr Zell in dem Sinne, wie wir es meinen, selbst auseinander gelegt. Wir antworten also auf seine obige Frage mit einer andern Passage seines Aufsatzes: „„Wenn die Majorität der Bevölkerung der Rheinlande im Vereine mit anderen stammverwandten Staaten einen neuen, ihnen mehr Glück und größere Festigkeit verheißenden Staats-Verband gründen will, während die stammverwandten Völker Norddeutschlands sich mit einem kräftigen Ganzen bilden: dann gibt es kein „„altes Recht““, dieß zu verhindern; wohl aber geziemt es dem Reichstage, dem ausgesprochenen Willen dieser Völker in allen Fällen starke Hand zu leisten.““ Es genügt, dieser Mittheilung hinzuzufügen, daß Zell und alle Anhänger des demokratisch-konstitutionellen Programms in den Urwahlen ihren Gegnern vollständig unterlagen. (K. Z.)

(Tilsit. 1. Mai.) Rußland hat seine Grenzen jetzt vollkommen abgesperrt und läßt nur noch die Briefpost passiren. Personen und Waaren, selbst wenn sie mit einem russischen Consularpasse versehen sind, werden auf das entschiedenste zurückgewiesen. — Den hiesigen Kahnschiffern, welche Salzfrachten nach Kowno übernommen und ihre Fahrzeuge bereits beladen haben, ist die Weisung zugegangen, daß sie schon bei Georgenburg, und zwar unter folgenden Bedingungen löschen müssen: Jedem Kahnschiffer ist es streng verwehrt, den russischen Boden unter irgend einem Vorwande zu betreten. Alle Geschäfte, die er in Georgenburg abzumachen hat, sowie der Einkauf von Lebensmitteln ic. müssen durch russische Unterthanen, welche von ihrer Regierung angestellt sind, besorgt werden. Sobald das Fahrzeug sich seiner Fracht entledigt und den nothwendigen Ballast eingenommen hat, muß es unverzüglich seine Rückreise antreten. Alle aus Rußland nach hier gerichteten Briefe sind in einem höchst lakonischen Style abgefaßt und beschränken sich nur auf Geschäftsangelegenheiten. Aus dem westpreussischen Grenzorte Pieczienia wird berichtet, daß der Kommandeur des russischen 14. Infanterieregiments den preussischen Zoll-

beamten die Versicherung gegeben habe, daß von einem Vordringen russischer Truppen über die preussische Grenze keine Rede sey, und das freundschaftliche Verhältniß beider Mächte nicht gestört werden solle. Er habe indeß die strengsten Befehle, alle Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, die er für passend halte, um etwanige Uebergriffe von polnischer Seite auf jede nur mögliche Weise zu verhindern.

(D. A. Z.)

(Posen, den 3. Mai.) Mehre Offiziere und Soldaten sind heute von Moschin aus, versehen mit einem Geleitsbriefe des polnischen Zweigkomité daselbst, wohlbehalten hier eingetroffen. Die Offiziere sind, mit Abrechnung einer schrecklichen Stunde, am gestrigen Abende, wo die Sensenmänner Rache verlangten, durchaus human und von einigen edlen Polen mit großer Theilnahme behandelt worden. Die Offiziere hatten vor ihrer Freilassung in Moschin nachstehendes Protokoll unterzeichnet: »Verhandelt Moschin, den 3. Mai. Den am gestrigen Tage durch die Partisanen der Republik Polen gefangen genommenen Herren Offizieren: dem Lieutenant Burgund und dem Lieutenant Brachvogel, wurde im Auftrage des Chefs des Stabs der Partisanen bekannt gemacht, daß sie unter der Bedingung auf freien Fuß gestellt werden, wenn sie ihr Offiziersehrenwort geben, nicht gegen die »Republik Polen« zu kämpfen.« Dem Kommando ist die Kasse im Betrage von 120 Thlr. abgenommen worden, desgleichen die Waffen, dagegen ist das Privatgepäck der Offiziere und der Leute unberührt geblieben; 17 Mann haben sich selbst ranzionirt. (B. Z.)

(Posen, den 4. März, Abends.) Seit 24 Stunden befinden wir uns mitten im Schauplatze des Kampfes, der sich schon bis dicht an unsere Mauer herangezogen hat. Gestern wurde ein Kommando Husaren und Infanterie abgeschickt, um die bei Stenszewo gefangenen deutschen Landwehrmänner, einige zwanzig an der Zahl, zu befreien (sie waren inzwischen schon in Folge von Unterhandlungen entlassen worden); als dasselbe auf dem Rückwege das Dorf Gorczyn, kaum eine halbe Meile von hier, passirte, wurde es plötzlich von einer großen Schaar Sensenmänner angegriffen, und es entspann sich ein bitziges Gefecht, in welchem ein Infanterist und ein Husar, und, wie verlautet, 9 Sensenmänner auf dem Platze blieben. In der verflossenen Nacht sollen diese Kossinieren bis vor die Thore unserer Stadt herangekommen sein, und man war heute nicht ohne Besorgniß vor einem Ueberfalle, gegen den hier schnell alle mögl chen Vorkehrungen getroffen sind; alle Ausgänge sind verbarrikadirt, die Brücken mit Pallisadenwerken versehen, und die Schleusen in Stand gesetzt, um sofort eine Inundation möglich zu machen. Solche Maßnahmen sind um so mehr nöthig, als der größte Theil der Truppen nach allen Seiten gegen die Insurgenten hat entsandt werden müssen, sodaß unsere Stadt und Festung in diesem Augenblick kaum genügend besetzt erscheint; aus diesem Grunde ist heute Nachmittag auch die hiesige deutsche Freischaar militärisch eingekleidet und bewaffnet worden, sie ist bereits an 1000 Köpfe stark. Diese Erneuerung des Kampfes auf allen Punkten des Großherzogthums soll lediglich eine Folge des an alle Polen ergangenen Mieroslawski'schen Aufrufs zur Nationalerhebung sein; alle Dörfer stehen seitdem unter den Waffen und die Sensenmänner gehen mit der größten Unerschrockenheit in den Kampf. Der Hauptschauplatz desselben ist im gegenwärtigen Augenblicke die Stadt Wreschen, wo Mieroslawski selbst den Oberbefehl führt, und wo 42,000 Polen versammelt sein sollen, eine Masse, die es dem gegen ihn kommandirenden Generallieutenant v. Wedell bis heute unmöglich gemacht hat, ihn mit Erfolg anzugreifen; da er noch nicht Truppen genug hat zusammenziehen können. Inzwischen hat er den Insurgenten doch vorgestern Abend einen furchtbaren Verlust beigebebracht. Durch einen Scheinangriff nämlich mit der Hirschfeld'schen Cavallerie und Artillerie hat er die Polen in den Bereich der Geschütze gelockt und dann entsetzlich unter ihnen aufgeräumt, ohne daß sie den Soldaten großen Schaden zufügen konnten, weil es ihnen an Schießwaffen fehlte. Die Polen haben ungefähr 800 Todte auf dem Platze gelassen. Unsere Militärs geben ihnen aber das Zeugniß, daß sie mit wahrer Todesverachtung in den Kampf gegangen seien. In den nächsten Tagen dürfte nun wohl bei Wreschen der Hauptschlag fallen. Auch bei dem Städtchen Obornik wird es morgen zum Gefechte kommen, weil sich hier eine zahlreiche Insurgentenschaar festgesetzt hat, gegen die bereits ansehnliche Steitkräfte abgeschickt sind.

(D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, 2. Mai, Nachmittags.) Die große Neuigkeit des Tages ist, daß heute früh 2½ Uhr nach einem gestern in dem Herrnhuterdorf Christiansfeld (2 Meilen diesseits der Königsau) gehaltenen Kriegsrathe die preussischen Truppen vorwärts gerückt und wahrscheinlich schon um 6 Uhr in Kolding angekommen sind. Prinz Friederich v. Augustenburg mit den Schleswig-Holsteinern und dem Zostrowschen Korps, dem die Freischaaren angehören, wird diese Bewegung 2 Meilen oberhalb Koldings unterstützen. Die Stärke dieser aktiven armee beläuft sich auf etwa 17—18,000 Mann. — So wird denn heute zum ersten Male ein deutsches Heer den Fuß über Jütlands Grenze gesetzt haben. Folgende Proklamation ist in dänischer Sprache an die Jüten erlassen: „An die Bewohner von Jütland! Ein siegreiches deutsches Heer wird morgen die Gränzen Eures Landes überschreiten; nicht in feindlicher Absicht kommt es zu Euch, deshalb rufe ich Euch zu: Bleibt in Euren friedlichen Wohnungen, flieht nicht mit Weib und Kind von dem Euch so theuern Herd. Ich, der Höchstkomandirende der Armee, bürge Euch dafür, daß Eure Person uns heilig sein wird und daß Euer Eigenthum und Eure Nationalfarben gegen jede willkührliche Behandlung geschützt werden sollen, so lange das Heer innerhalb Eurer Landesgrenzen steht; aber ich kann es Euch nicht erlassen, die Bedürfnisse des Heeres aufzubringen, und dazu bedarf ich in Eurem eigenen Interesse die Mitwirkung Eurer gesetzlichen Obrigkeit. Deshalb werden hierdurch alle k. dänischen Civilobrigkeiten ernstlich aufgefordert, auf ihren Posten zu bleiben und in der Erfüllung der Pflichten und Verbindlichkeiten fortzufahren. Gleichfalls fordre ich die Geistlichkeit auf, in ihren Kirchspielen zu bleiben und ihren ganzen Einfluß zur Beruhigung ihrer Gemeinden anzuwenden. Sollten die k. dänischen Obrigkeiten dieser Vorsicht nicht nachkommen, so sind die schlimmsten Folgen für Euch unvermeidlich, weil dann meine Truppen gezwungen werden, sich selbst einzuquartiren und sich selbst alle zu ihrem Unterhalt nöthigen Mittel nach eignem Ermessen zu nehmen, wobei bei dem besten Willen willkürlichem und ordnungswidrigem Handeln nicht immer Schranken gesetzt werden können. Aber alles Unglück, was daraus folgen kann, würde ausschließlich Eurer Obrigkeit zugeschrieben werden, die Euch verläßt im Augenblick der Bedrängniß. — Jütländer, nehmt meine Truppen gastfrei auf; Ihr sowohl, als Eure Weiber und Kinder werden dann eben so sicher mitten zwischen den edlen deutschen Kriegern sein, welche ich anzuführen das Glück habe, als unter Euren eigenen Brüdern. Hauptquartier Christiansfeld, den 1. Mai 1848. Der Oberbefehlshaber der Armee v. Wrangel, k. preussischer General der Cavallerie."

(Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 4. Mai.) [Schluß der ersten Sitzung des Nationalkonvents.] Das Seine-Departement, unter dessen Vertretern sich auch die Glieder der prov. Regierung befinden, gab zu einer glänzenden Manifestation Veranlassung. Nachdem die Wahlprüfung des berüchtigten Schmit verschoben worden, und die Annahme aller übrigen beifällig ausgesprochen worden, las der Berichterstatter Berger, den Entwurf einer Proklamation an die ganze Nation vor, worin die Republik als unauflösliche Regierungsform erkannt wird. Sie wurde mit stürmischen Beifall angenommen. Hiernächst schwang sich Courtay, in der Generalsuniform als Chef der Nationalgarde auf die Tribune, um der Versammlung anzuzeigen, daß ganz Paris vor den Eingängen der Nationalversammlung harre und ihre Glieder zu sehen wünsche. Einige reaktionäre Glieder fanden diese Forderungen des Volks ziemlich sonderbar und drangen auf Fortsetzung der Tagesordnung. Flandin zeichnete sich hierin besonders aus. Aber Babaud-Lariviere drückte seine ganze Entrüstung über solche Weigerung aus und riß die Versammlung zum stürmischen Applaus hin. Die Glieder, Schreiber, Redaktoren u. s. w. verließen in Masse den Saal und begaben sich unter Vortritt der prov. Regierung auf die große Treppe vor dem Säuleneingange, wo sich eine unbeschreibliche Volksmasse mit Nationalgarden untermischt befanden und in einen großen Jubel ausbrach, als wir auf dem Peristyle erschienen. Diese Ceremonie drückte eigentlich das Siegel auf die neue Proclamirung der Republik. Sie wird im Gedächtniß aller Anwesenden einen mächtigen Eindruck hinterlassen. Alles verbrüderte sich, umarmte und reichte sich die Hände. Unter Nationalgesängen und Trompetenschall schritt die provis. Regierung, gefolgt von den Gliedern der Nationalversammlung durch die Volksmenge und die „Burgunderstraße" dem jenseitigen Eingange des Sitzungssaales zu. Von einer Fortsetzung der Geschäfte konnte natürlich nach solchen Manifestationen keine Rede mehr sein. Um 6 Uhr 20 Minuten ging die Versammlung auseinander.

† (Paris, den 5. Mai.) [Zweite Sitzung der Nationalversammlung.] Um 1 Uhr beginnt die öffentliche Sitzung. Derselbe Andrang wie gestern. Die Tribünen mit Damen und Arbeitern reichlich besetzt. Die Zahl der Repräsentanten scheint ebenfalls angeschwollen. Das Amtskostüm wird dagegen immer seltener. Der Anzug der Repräsentanten verräth durchaus nichts Außerordentliches, wenn wir einige runde Hüte mit breiten Rändern, einige geistliche Ordenskleider ꝛc. abrechnen. Hr. v. Lamartine, den körperliches Unwohlsein gestern gezwungen hatte, den Saal zu verlassen, ist wieder auf seinem Platze unter seinen Kollegen der provis. Regierung. Er trägt sogar Sommerkleider und scheint völlig hergestellt. Nach Verlesung des Protokolls durch Bastide, setzte die Versammlung die Vollmachtsprüfung ohne irgend welche erheblichen Inzidenzien fort. Im ganzen zeigte sich die Versammlung in Beobachtung der Förmlichkeiten eben nicht engherzig. Vorausgesetzt, daß keine offenkundigen Rechtsverletzungen zur Sprache gebracht wurden, ging sie rasch vorwärts. Unter den Verificirten befand sich auch Murat, der Sohn des bekannten Schwagers Napoleons, ehemaligen Königs von Neapel.

Um 2½ Uhr schienen die Prüfungen so weit vorgerückt, daß mehrere Glieder den Antrag stellten, zur definitiven Präsidentenwahl und der übrigen Glieder des Vorstandes, z. B. Vicepräsidenten, Sekretäre u. s. w. zu schreiten. Dieser Antrag kam Vielen etwas überrascht und stieß auf Widerspruch. Allein er ging doch durch. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Art der Wahl des Präsidenten und seine Amtsdauer; es wurde entschieden, daß er nur provisorisch auf Einen Monat gewählt werden dürfe und zwar mit absoluter Stimmenmehrheit. Die Abstimmung geschah durch Namensaufruf und Bülletin, wodurch viel Zeit weggenommen wurde. Als Kandidaten werden uns genannt Buchez, Trelat und Recurt. Buchez ist katholisch, sonst ebenso vollblütiger Demokrat als die beiden Letzteren. Bis Postschluß (4½ Uhr) war das Skrutinium noch nicht enthüllt.

Großbritannien.

(London, den 4. Mai.) Die »Times« bespricht den Entwurf zu einer deutschen Reichs-Verfassung, welchen die 17 Vertrauensmänner ausgearbeitet haben. „Der Journalist und der Professor," sagt sie, „regieren jetzt die Welt, es muß sich zeigen, ob die deutschen Gelehrten ihre Ideen zu verwirklichen im Stande sind. Wir wünschen dem großartigen Plane den besten Erfolg; aber er wird große Schwierigkeiten zu besiegen haben. Die Fürsten müssen sich gefallen lassen, bloße Peers des neuen Reiches zu werden, und neben der Hauptstadt Frankfurt müßten Wien, Berlin und München Provinzial-Städte werden." (Sie sind es ja auch gewesen.) Die »Times« hält es für sehr wahrscheinlich, daß man in Frankfurt damit beginne, eine vorläufige Regentschaft, bestehend aus Erzherzog Johann einem preussischen Prinzen und einem von Bayern und den übrigen Staaten zu ernennenden Mitgliede einzusetzen.

Niederlande.

(Amsterdam, 4. Mai.) Die Verletzung des Völkerrechtes, welche die Dänen sich gegen die niederländische Flagge haben zu Schulden kommen lassen, indem sie sich mit Gewalt deren Durchfahrt der Kauffahrteischiffe des neutralen Hollands durch den Sund widersetzt haben, hat einen allgemeinen Ruf des Unwillens in der Presse erregt. Wir hoffen, daß Holland seine Flagge nicht ungestraft beschimpfen lassen, sondern, seines alten Ruhmes eingedenk, durch seine treffliche Flotte in Kopenhagen selbst Genugthuung für jene schnöde Verletzung des Völkerrechts fordern wird. Es ist ohnehin Zeit, mit der mittelalterlichen Tyrannei, welche die Dänen am Sund ausüben, ein Ende zu machen. Nicht blos für Holland, sondern für die ganze Handelswelt ist dies eine Lebensfrage, und es würde unseren Nachbarn zu nicht

geringer Ehre gereichen, in derselben die Initiative genommen zu haben. (Köln. Z.)

Amerika.

(Washington, den 18. April.) An der Mündung des Potomac wurde ein Schooner mit 77 entronnenen Sclaven an Bord von dem kleinen Dampfschiffe „Salem" von Georgetown genommen. Die armen Sclaven haben ein hartes Loos zu erwarten. Wann wird die Sclaverei in unsern freien Staaten aufhören? Wann wird der rothe Streifen in unserer Flagge nicht mehr der „blutige Striemen der Sclavenpeitsche" genannt werden dürfen? (K. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

Die zur Concursmasse der Paul Schmid'schen Eheleute von Kucha gehörigen, im diesseitigen Gerichtsbezirke liegenden Immobilien, nämlich:

G e g e n s t ä n d e.

Nr.	Pl.-Nr.	Tagw.	Dez.		
1	29 a.	—	7.	Wohnhaus mit Stallung, halbem Backofen und Hofraum,	Taxe 800 fl.
2.	29 b.	—	8.	Wurzgarten	
3.	999 b	—	16.	Hopfengarten, Brühl oder Püscheldorfer Anger,	Taxe 175 fl.
4.	999 a.	—	50.	Acker, Brühl oder Püscheldorfer Anger,	
5.	995	—	76.	Brühlwiese, Taxe . . .	230 fl.
6	369	—	78.	Waldung das Hutholz, Taxe 100 fl.	
7.	215.	—	54.	Acker, die Erlenleithen, Taxe 150 fl.	

werden am

Montag den 15. Mai d. Js. Mittags 12 Uhr im Maul'schen Wirthshause zu Kucha gerichtlich nach § 64 und 69 des Hypoth.-Ges. und den Vorschriften des Proz.-Ges. vom 17. Novbr. 1837 gerichtlich versteigert, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Die Lasten und sonstige Beschreibung der Immobilien können täglich in diesseitiger Registratur eingesehen werden.

Unbekannte Streicher haben sich über ihre Zahlungsfähigkeit genügend auszuweisen

Altdorf, den 30. März 1848.

Königliches Landgericht.

Schumacher.

Bekanntmachung.

Damit dahier in der Stadt Nürnberg in Folge vielseitigen Wunsches ein braunes Doppelbier um billigen Preis, mit Umgehung der Kosten für Fracht von aussen, verleit gegeben werden könne, hat die kgl Regierung von Mittelfranken Kammer der Finanzen nach Ertheilung allerhöchster Genehmigung für dieses Jahr versuchsweise nur eine kleine Quantität einbrauen lassen, welche an Private und auch an alle Wirthe, soweit der Vorrath ausreicht, abgegeben werden soll

Die Bestellung erfolgt in der kgl. Braunbierbrauerei S. Nr 1031

Der Besteller ist zur Abnahme gehalten, damit man wisse wie viel für auswärts übrig bleibt

Bei dem Empfang ist sogleich baare Zahlung zu leisten.

Nürnberg, den 9. Mai 1848.

Königl. Brauadministration.

Schneider Meyer

Ladenveränderung und Empfehlung.

Da ich meinen Laden in der Waggasse verlassen, und einen neuen am rothen Roß bei Herrn Gallimberti gemiethet habe, so bitte ich das hochgeehrte Publikum und den geehrten Handelsstand um gütige Abnahme von Taschen- und Stockuhren. Zugleich danke ich der alten Nachbarschaft für ihr gütiges Wohlwollen und bitte die neue um freundliche Aufnahme in ihre Mitte.

Babette Dötschmann,
Uhrmachers Wittwe.

Auf obige Anzeige Bezug nehmend, empfehle ich mich in allen vorkommenden Reparaturen von Taschen- und Stockuhren. Ich werde nicht ermangeln, Jedermann auf das beste und billigste zu bedienen.

Sebastian Hegele,
Geschäftsführer.

HARMONIE.

Mittwoch den 10. Mai

Theatralische Abendunterhaltung.

A n f a n g 8 U h r.

Eintrittskarten für wirkliche Fremde und nach den Statuten einführbare Nichtmitglieder werden Nachmittags zwischen 1 und 3 Uhr ausgegeben, mit dem Bemerken, daß ohne solche der Eintritt durchaus nicht stattfinden kann.

Der Vorstand

A. Ott

am Hauptmarkt in Nürnberg

empfiehlt zu geneigter Abnahme abgenähte Cattun-Couverts, Schlafröcke, Kleiderstoffe in großer Auswahl, Buckskins zu Beinkleidern, Westenzeuge, so wie überhaupt seine übrigen bereits bekannten Schnitt- und Modewaaren

Commissions-Lager.

Herrenhemden von Bielefelder- resp. Holländer Leinen d, so wie auch färbige, zu festgesetzten Preisen.

Flußbad-Eröffnung.

Mittwoch den 10. d. M. ist mein Flußbad für Herren zur gefälligen Benützung geöffnet. Auch werden auf Verlangen wieder Abonnements-Karten
24 Stück fl. 2 — und
12 Stück fl. 1 — verabreicht.
Die Eröffnung der Damenbäder wird seiner Zeit noch besonders angezeigt werden.

Hochachtungsvoll
Bromig, Badmeister.

A n z e i g e.

Von heute an wohne ich bei Herrn Liqueur-Fabrikant Schmitt, Albrecht-Dürers Straße, Ecke der Lammsgasse, S Nro 397, im 2 Stock

Joh. Gottl. Falcke, Kaufmann, Lehrer der französischen-, spanischen- und portugiesischen Sprache.

V e r k a u f s - A n z e i g e.

Eine Bauhütte, nächst dem Kanalhafen bei der Sündersbühler Kanalbrücke, welche 36 Fuß lang, 30 Fuß breit und mit Brettern und Ziegeln gedeckt ist; nebst 2 großen Hüswinden, 2 Leiterwäg n und einem sehr guten Kettenhund sind zu verkaufen.

Wabenlier

Theater-Anzeige.

Dem geehrten Publikum erlaube ich mir gehorsamst, die Mittheilung zu machen, daß am Mittwoch den 10. Mai das neue Lustspiel von Roderich Benedix: **Die Banditen, oder Abenteuer einer Ballnacht,** zu meinem Benefiz gegeben wird. Ich glaube durch die Wahl dieses Stückes Ihnen meine Hochachtung zu bezeugen, und habe die Ehre zu dieser Vorstellung ergebenst einzuladen.

Ludwig Heuser,
Mitglied des hies. Stadttheaters.

(Warnung.) Man warnt hiermit Jedermann sich vor den verläumderischen Zungen jener 3 Personen zu hüten! K. R. Hallplatz, M. R. Albrecht-Dürrersplatz, A. Tucherstrasse.

(Bitte) Diejenige verehrl. Familie, welche am 2 d. Mts. einen hiesigen Lehrer auf den 3 Mai Nachm. zwischen 2—3 Uhr wegen Uebernahme von Privatunterricht zu sich einladen ließ, aber in dem bezeichneten Hause der Weißgerbergasse nicht getroffen wurde, wird um gefällige nähere Bezeichnung des Namens und der Hausnummer gebeten.

(Verkauf.) Zu billigem Preise ist ein ganz neuer, sehr eleganter, leichter Wiener-Wagen (Fäton) und ein Paar Pferde (Rappen) mit neuen Geschirren, auch für einen Geschäftsreisenden geeignet zu verkaufen.

(Anzeige.) Bei Frau Herzog in Großreuth hinter der Veste ist täglich und zu jeder Zeit kuhwarme frische Milch zu haben.

(Anzeige) Der Mittagtisch besteht bei Unterzeichnetem nach wie vor, diejenigen verehrlichen Personen, welche noch an demselben Antheil zu nehmen wünschen, können die Bedingungen bei ihm erfahren

J G. L. Leiter,
zum Rößel's Kaffeehaus.

(Mieth-Gesuch.) Eine bessere Wohnung wird sobald als möglich zu miethen gesucht; bestehend aus 1 Wohnzimmer, 2 Kammern, 1 hellen Küche, Holzlager und Antheil eines Kellers oder Gewölbes. Dieselbe wird von 2 Personen bewohnt, welche ein geräuschloses Geschäft betreiben Anzeige davon bittet man in der Exped. d. Bl. an E. F. abzugeben.

(Mieth-Gesuch). Zwei Damen wünschen eine unmöblirte Wohnung, bestehend aus 1 oder 2 Zimmern, 1 Kabinet, 1 Kammer, Küche, Holzlage, mit oder ohne Bedienung und Kost. Unter A. B C. Offerten an die Expedition.

(Berichtigung) In der Verkaufs-Anzeige in Nro. 128 d. Bl. mit einem Fortepiano von Kißling, soll Weißling heißen

(Gefunden.) Am vergangenen Freitag hat Jemand in der Theresienstraße ein Ridikül, in welchem sich ein Sacktuch und ein silbernes Strickfütterchen befunden, gefunden, und kann dasselbe gegen Ersatz der Einrückungsgebühr in Empfang genommen werden.

(Verloren) Am 9 d. verlor ein Kind von S. Nro. 900 bis auf den Heumarkt eine Nummer des Leipziger Modenjournals

(Zu verkaufen.) Schöne Georginen, große blühbare Wurzel, sind wegen Mangel an Raum billig zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Sehr schönes Bettstroh ist Schüttweiß zu verkaufen. S Nr 1147 der Neuen Gasse.

(Zu vermiethen.) Zwei kleine möblirte Zimmer sind in S. Nro. 320 der Irrerstraße täglich zu vermiethen

(Zu vermiethen) In Mitte der Stadt und sehr angenehmen Lage sind zwei Logis mit Meublement an solide Herrn zu vermiethen; ebendaselbst sind einige Zimmer zur Bewohnung erwachsener politechnischer Schüler oder Gymnasiasten, wozu auch die Kost gegeben werden kann, zu vermiethen

(Zu vermiethen) In der mittlern Kreuzgasse Nro. 1520 ist bis nächstes Ziel für eine stille Familie ohne Kinder eine Wohnung zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Eine freundliche, Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Alkov, Kammer, Küche und allen sonstigen Bequemlichkeiten ist zu vermiethen in S. Nro. 704.

(Zu vermiethen.) Eine kleine Wohnung ist täglich zu vermiethen, auch kann Bett und Möbeln dazu gegeben werden. S. Nr. 1649.

(Gesuch.) Ein Mädchen sucht als Haus oder Kindsmädchen unterzukommen, wenn es vorläufig auch nur gegen die Kost wäre. L. 703 der Kühnertsgasse.

(Gesuch.) Eine Magd, welche gut kochen kann und sich jeder andern Handarbeit unterzieht, wünscht sogleich unterzukommen. Hirschelgasse No. 1351.

(Gesuch.) Eine Magd, welche kochen, nähen und spinnen kann, wünscht bei einer) soliden Herrschaft unterzukommen Obere Schmiedsgasse Nro. 626.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen wünscht als Kinds- oder Stubenmädchen hier oder auswärts unterzukommen.

(Gesuch.) Ein junger lediger Mann wird in S. Nro. 518 sogleich in Dienst zu nehmen gesucht

(Gesuch.) In der Mitte der Stadt wird eine Wohnung von 2 Zimmern, Küche, Holzlage rc bestehend, wird zu miethen gesucht.

(Gesuch). Ein Ersatzmann wird gesucht. Das Nähere in der Exped. d. Bl

(Gesuch.) Ein Marqueur wird sogleich gesucht. Näheres in der Exped d. Bl.

(Gesuch.) Eine solide Magd, welche Hausmannskost kochen kann, auch in den vorkommenden Hausarbeiten wohlerfahren ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft 14 Tage nach dem Ziel oder auch sogleich unterzukommen.

(Gesuch) Eine Magd, die durch die Abreise ihrer Herrschaft ausser Dienst kam, wünscht, da sie mit den besten Zeugnissen versehen ist, baldmöglichst wieder unterzukommen. Auskunft Nr 1154 der Tucherstraße ebner Erde.

A r e n a.

Mittwoch den 10. Mai Abonnement suspendu. Zum Vortheil des Herrn Heuser zum Erstenmal: „Die Banditen, oder Abentheuer einer Ballnacht." Lustspiel in 4 Akten von Benedix.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. Mai 1848. № 132 Donnerstag: Adolphus.

Deutschland.

Bayern. (München, 8. Mai.) Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ wird von Seiten des Reichsraths Fürsten v. Wrede auf einen Irrthum aufmerksam gemacht, der, seine Person betreffend, in dem ständischen Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 7. Mai enthalten ist. „Dort heißt es (schreibt der Herr Fürst), ich habe mit dem Grafen Seinsheim in der Minorität für Beibehaltung der Prügelstrafe gestimmt. Dieß ist nicht allein gänzlich unwahr, sondern, wie hätte ich, der bei der Ständeversammlung von 1845/46 einen Antrag auf Inanklagestellung des damaligen Ministers Abel wegen der von ihm eingeführten Prügelstrafe eindrachte, jetzt im Jahre 1848 für letztere stimmen können?

†* (Nürnberg, den 10. Mai.) Die Kammer der Abgeordneten in München beschäftigt sich gegenwärtig mit der Berathung über den Gesetzentwurf die Aufhebung der guts- und standesherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten betreffend. Die Debatten darüber wollen wir nach dem Wunsche vieler unserer Leser nicht abdrucken lassen. In drei Sitzungen sind die Abgeordneten erst bis zu der speciellen-Debatte über Artikel I, welche nicht geschlossen ist, gekommen. Das Resultat werden wir nach dem Schluß der Berathung dieser Gesetzentwürfe bringen. Es muß jetzt dringend daran gemahnt werden, daß unsere Abgeordneten, die keineswegs das Vertrauen des ganzen Landes besitzen, und in ihrer Langsamkeit früheren Ständeversammlungen nichts nachlassen, endlich selbst darauf antragen, daß sie aufgelöst werden.

(Regensburg, 8. Mai.) Das 2. Bataillon des 8. Infanterie-Regiments, von Passau kommend, ist 922 Mann stark heute Mittags hier eingerückt. An der Fahne des Bataillons war eine Schleife in den deutschen Farben ersichtlich, was um so freudiger wahrgenommen wurde, als die beiden Bataillone des dahier garnisonirenden 4. Regiments ohne ein solches Abzeichen ausmarschirt sind. Man scheint es vielleicht von mancher Seite her nicht gerne zu sehen, daß sie Truppen des deutschen Bundes sind. Eine prachtvolle Schleife in schwarz, gold, roth, welche von hiesigen Frauen und Jungfrauen dem Kommandanten des 4. Infanterie-Regiments vor dem Ausmarsche des 1. Bataillons übermacht werden wollte, um die Fahne damit zu zieren, wurde nicht angenommen, wahrscheinlich weil der Herr Obrist nicht den Muth hatte, ohne vorgängige Anfrage ein deutsches Abzeichen an der Fahne anzubringen, oder weil er ein solches gar für überflüssig hält. Hoffentlich wird den bayerischen Truppen bald von München aus der Befehl zum Tragen der deutschen Farben zukommen; damit dieselben nicht die letzten sind, die sich dadurch als deutsche Truppen zu erkennen geben. (Rgsbrg. Tgblt.)

(Straubing, den 6. Mai.) Auf die gegen die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Volksvertretung in Frankfurt hier von der Minorität eingelegte Protestation veranlaßte die königliche Kreis-Regierung von Niederbayern den neuerlichen Zusammentritt des Wahlausschusses. Von diesem wurde heute die Wahl für null und nichtig erklärt. (Rgsbrg. Tgbl.)

Baden. (Karlsruhe, 7. Mai.) Fickler sitzt noch in guter Ruhe hier im Rathhausthurme und die Untersuchung gegen ihn wegen Hochverraths ist in vollem Gange. Zu dem Gerüchte, daß er freigelassen worden sey, mag der Umstand die Veranlassung gebildet haben, daß das Hofgericht zu Bruchsal die Aburtheilung der gegen ihn verhängten besonderen Preßprozesse an die Constanzer Behörden als die hierin zuständig verwiesen hat. Heute Nacht kam ein französischer Kurier hier durch, der aussagte, er sey der Ueberbringer eines Ultimatums der französischen Regierung an die österreichische in Bezug auf Italien. Da man bei uns, wenn auch nicht dem Wiener Kabinette, doch wenigstens dem Wiener Volke ebensoviel Entschlossenheit rücksichtlich Italiens zutraut, als den Berlinern in Bezug auf Posen, so wird man einen Krieg mit Frankreich jetzt nicht anders ansehen, als vor sechs Wochen, nämlich als ein Ereigniß, das in jedem Falle eingetreten wäre, mögen nun Italien oder Polen, Böhmen oder Ungarn, Schleswig oder die landesverrätherischen Aufstände unserer Republikaner dazu die nächste Veranlassung geben. (A. A. Z.)

Freie Städte. (Hamburg, 5. Mai.) An der heutigen Börse war in Folge der von Dänemark ergriffenen extremen Maßregeln die lebhafteste Bewegung. Wir hören, daß unter den bei Helgoland angehaltenen hanseatischen Schiffen sich ein Fahrzeug des Hrn. C. Godeffroy befindet; es werden hier jetzt Stimmen laut, welche bei einem weiteren Vordringen der Dänen nicht nur die muthvollste Vertheidigung unserer Häfen und Küsten, sondern einen unerschrockenen Angriff ausgeführt wissen wollen, wenn nur rasch die erforderliche Armirung und Ausrüstung von Kauffahrtheischiffen, großen Böten u. s. w. erfolge. Das Beispiel einiger hundert Pillauer Matrosen, welche einen Bund schlossen, dessen Theilnehmer sämmtlich ihr Leben daran wagen wollen, die etwa vor dem Pillauer Hafen ankernden dänischen Kriegsschiffe mit bewaffneten Böten zu überfallen und in den Grund zu bohren, scheint hier Nacheiferung erwecken zu wollen! Möge man nun an einen praktischen Erfolg solcher heroischer Entschlüsse glauben oder nicht, einstweilen sind die von den Behörden angeordneten Schutzmaßregeln mit Dank anzuerkennen. Auf der südlich von Hamburg liegenden Elbinsel Steinwärder ist man beschäftigt Batterien anzulegen; die wichtigen Uferpunkte Twielenfleth und Brunshausen (wo die Kanonen das Fahrwasser in der ganzen Breite auf das Kraftvollste bestreichen können) wurden von hannoverscher Seite mit schwerem Geschütz versehen; unsere nach Curhaven abgegangene 6. Kompagnie hat ihr Schanzzeug mitgenommen und an Vertheidigung durch armirte Flöße, Prahme, Schutten u. s. w. hat man nicht minder gedacht. Die höchst empfindliche allseitige Geschäftsstörung durch die Blokade wird freilich mit den wirksamsten Defensiv-Vorkehrungen nicht beseitigt werden können. — Schmidts telegraphische Nachrichten meldeten heute, daß Fredericia am 2. von den Preußen besetzt, die starke Stellung bei Kolding widerstandslos von ihnen geräumt wurde. Man fand daselbst nur 7 Geschützröhren, aber viel Getreidevorräthe. (Wes. Z.)

Die „Börsenhalle“ enthält folgenden Aufruf: „Die deutsche Flagge ist nicht mehr frei und die deutschen Häfen sind durch dänische Kriegsschiffe gegen jeden Verkehr gesperrt! Auf denn, Deutsche, wehret Euch und ergreift die Mittel, ein Joch und Fesseln abzuschütteln, die die deutsche Flagge nicht dulden und nicht tragen darf! Bewaffnet Dampfboote und Kauffahrtheischiffe und besetzt sie mit Männern, die entschlossen sind, unsere Flagge von der erniedrigenden Schmach zu befreien und wenn auch theuer erkämpft, so wird der Sieg unser sein! Auf denn, erstehe, junge Marine, zur Vertheidigung der deutschen Flagge! Nur rasch an's Werk gegangen und die Ausführung muß gelingen! Die Unterzeichneten fordern zu einer allgemeinen Versammlung am Sonnabend, den 6. Mai, um 2 Uhr, im großen Saale der Börsenhalle, auf und werden dann ihre Pläne vorlegen. Hamburg, 5. Mai 1848. J. C. Godeffroy u. Sohn. R. M. Sloman.“

(Hamburg, den 2 Mai.) Der erste Anfang zu Gründung einer deutschen Flotte im Norden hat begonnen. Gestern sahen wir die ersten Hammerschläge thun, die ersten Rippen zusammenfügen, Deutschlands Flotte hat somit zu existiren angefangen, und es wird nicht allzulange währen, so wird die schwarz-roth-goldene Fahne auf dem ersten Kanonenboote wehen. Werden unsere Schiffe auch keine Fregatten seyn, so werden sie doch die Fähigkeit besitzen, die Elbe vor dem Eindringen fremder Kriegsschiffe zu schützen. (A. A. Z.)

Oesterreich. (Wien, 6. Mai.) Der gestrige Abend und die vergangene Nacht ist so ziemlich ruhig vorübergegangen. Man hatte eine großartige Demonstration gegen die Kaiserin-Mutter, welche das Volk als Schild der Liguorianer bezeichnet, befürchtet. Allein die Nationalgarde hatte sich gestern ermannt, und eine imposante Haltung der akademischen Jugend gegenüber entfaltet. Letztere sah sich vielleicht dadurch veranlaßt, mittelst einer Erklärung ihren festen Willen auszudrücken, Alles zur Aufrechthaltung der Ruhe beizutragen. In der Aula wurde eine Bitte der Universität in Betreff des zu erwartenden Wahlgesetzes berathen, und an den Minister des Innern übergeben. Heute finden die nämlichen Vorsichtsmaaßregeln von Seite der Nationalgarde statt. — Aus Ungarn lauten die heutigen Berichte fortwährend beunruhigend. Allein aus Kroatien wird von ziemlicher Ruhe geschrieben. Aus Galizien wird nichts Neues gemeldet. (A. Abdztg.)

Preussen. (Berlin, 5. Mai.) Gestern Abend hatten wir wieder einmal Bürgerwehr-Allarm, ohne daß ein Grund dazu da war. Eine Volksversammlung in den Zelten hatte beschlossen, durch eine massenhafte Deputation um die Freilassung des jüngeren Schlöffel zu petitioniren, und setzte sich zu dem Ende, etwa 1500 Menschen, aber in größter Ordnung und Stille, nach der Wohnung des Kammergerichts-Präsidenten Koch in Bewegung, schickte, hier angekommen, eine Deputation hinauf, trug ihr Anliegen mündlich vor und gab, als Hr. Koch sich erst über die Lage der Sache instruiren zu müssen erklärte und deßhalb die Deputation auf künftigen Sonntag zur Abholung des Bescheides wieder zu sich einlud, eine bereit gehaltene Petition ab. Nachdem das Resultat den draußen Harrenden verkündigt war, entfernten sie sich eben so ruhig und still, wie sie gekommen waren. Mittlerweile war in verschiedenen Distrikten die Bürgerwehr durch das Signal-Horn zusammenberufen; der Policei-Präsident erschien zu Pferde, Gensdarmen galoppirten zum ersten Male seit dem 18. März wieder durch die Straßen; da es aber an einem Objekte zur Einschreitung fehlte, so nahm die Stadt nach und nach wieder ein friedliches Ansehen an, und die Bürgerwehr ward gegen Mitternacht wieder entlassen. Ein Fremder, der während des Allarms in die Stadt gekommen wäre, hätte nicht anders denken können, als daß ein neuer Straßenkampf in Aussicht stehe. Wenn doch die Behörden, anstatt ohne Noth die ganze Stadt in Aufregung zu bringen, sich einfach auf die Ausführung der Gesetze beschränkten! Das würde am ehesten zu dem Gefühle der Sicherheit wieder verhelfen, woran es uns eigentlich nur fehlt, und damit von selbst die Ruhe und Ordnung zurückkehren. Aber ein offenes und männliches Auftreten mit dem Gesetze in der Hand da, wo man ihm Achtung verweigert! Statt dessen zieht man es vor, offenbare Uebertretungen des Gesetzes zu übersehen, um hinterher den Einen oder Anderen, der als der Sündenbock bezeichnet wird, in der Stille durch eine Ausweisung oder dergleichen zu beseitigen; und gleichsam, als müßte man das erst Versäumte an dem Ersten Besten wieder gut machen, läßt man sich durch die übertriebensten Gerüchte zu Machtentfaltungen verleiten, die hinterher als unnöthig und darum als lächerlich erscheinen. (K. Z.)

(Berlin, den 7. Mai.) Die Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen geben das traurigste Bild der dortigen gänzlich aufgelösten Zustände, in denen die Königlichen Truppen nur unter den größten Opfern kämpfend die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen suchen. Viele polnische Dörfer haben ihre Kontingente von Sensenmännern und zum Theil Jägern, die sich zu Ueberfällen und Hinterhalten nach Vorschrift vereinigen oder dem Hauptkorps auf kürzere oder längere Zeit sich anschließen. Tagtäglich sind Ueberfälle und

Gefechte, stets mit Verlust auf beiden Seiten. Vorgestern und gestern ist in Buk gekämpft worden, das zuletzt von unseren Truppen behauptet werden ist. Heute früh hat ein Ueberfall auf Obornik stattgefunden; da man aber gestern von dem Plane des Feindes unterrichtet war, ist sofort ein starkes Detaschement zur Unterstützung hingeschickt worden. Bei dieser Lage der Dinge, und da man Ursache hat, auf Posen selbst eine Unternehmung zu befürchten, so durfte nicht mehr gezögert werden, das Martialgesetz zu verkündigen. Zugleich hat der Königliche Kommissarius, General von Pfuel, folgendes Manifest erlassen, welches den deutlichen Beweis liefert, wie sehr die Königliche Regierung bemüht ist, selbst in dem Augenblick, wo ihre Aufgabe ihr von der polnischen Bevölkerung selbst so unendlich erschwert wird, ihren gegebenen Verheißung Erfüllung zu sichern, während sie zugleich mit allem Nachdruck den Zustand des Friedens herzustellen bemüht ist, den die ruhigen Einwohner ein Recht zu fordern haben: Manifest. Se. Majestät der König haben mich nach Posen gesandt, um die Reorganisation der Provinz nach den in der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 26. April c. enthaltenen Bestimmungen einzuleiten. Diese Reorganisation setzt vor Allem Ruhe und Ordnung im Lande voraus; dagegen finde ich überall den vollständigsten Aufruhr, angefacht durch die allergrundlosesten Befürchtungen für Religion und Nationalität. Der dringenden Lage der Verhältnisse angemessen, ist daher von den obersten Behörden der Provinz das Martial-Gesetz erlassen worden, welches ich, kraft meiner Vollmacht, bestätige. Um indessen der irregeleiteten polnischen Bevölkerung den Beweis zu geben, wie ernst es Sr. Majestät dem Könige mit der baldigsten Erfüllung seines gegebenen Versprechens ist, so soll dessenungeachtet sofort der Anfang mit der Organisation derjenigen Kreise gemacht werden, welche als rein polnische zu betrachten sind. Die Demarkationslinie der Theilung soll indessen noch vertagt werden, so daß über diejenigen Kreise, in welchen eine Theilung stattfindet, einstweilen noch nicht bestimmt werden wird, um vor der definitiven Feststellung alle etwa noch hervortretenden Wünsche beider Nationalitäten in gehörige Erwägung nehmen zu können. Diese Vergünstigung soll aber auch in den übrigen Kreisen überall da, wo die Lokalität oder die Verhältnisse es gestatten, die möglichste Berücksichtigung finden, und wird der Anfang der Reorganisation darin bestehen, daß unverzüglich für die bezeichneten Kreise, Gnesen, Wreschen, Schroda, Schrimm, Kosten, Pleschen, Adelnau, Schildberg mit Ausnahme der Stadt Kempen, eine besondere polnische Regierung eingesetzt werden wird, mit deren Zuziehung sämmtliche administrations-zweige geordnet werden sollen. Posen, den 5. Mai 2848. Der kgl. Kommissarius. General der Infanterie, von Pfuel. Die näheren Details über die Vorfälle in Buk giebt der folgende Bericht des die Unternehmung dorthin befehligenden Majors Breetz: Am 4. d. M, früh 1½ Uhr rückte der Hauptmann von Boenigk mit der 5ten Kompagnie 8ten Infanterie-Regiments in Buk ein. Es hatte sich eine Bürgerwache konstituirt, da die 5te Kompagnie 7ten Landwehr-Regiments bereits am 3. d. M., Abend 8 Uhr, Buk verlassen. Auf die Versicherung der hiesigen Bürgerwache Ruhe und Ordnung zu erhalten, quartierte der ꝛc. von Boegnik ein und soll nur eine schwache Wache etablirt haben. Gegen 4 Uhr früh, den 4. d. M., wurde er von den Insurgenten überfallen und die Soldaten von ihren polnischen Wirten entwaffnet und niedergehauen. Sämmtliche Offiziere waren eine kurze Zeit von den Insurgenten gefangen; da machten 10 Soldaten die meisten Polen, einen entschiedenen Angriff, trieben die Insurgenten zurück und befreiten ihre Offiziere. Es gelang, die Leute nunmehr zu versammeln, in der ungefähren Stärke einer Kompagnie. Der Hauptmann von Boenigk griff die Rebellen an, vertrieb sie aus der Stadt und behielt diese bis gegen 11 Uhr Mittags, wo er auf die Nachricht, daß immer neue Insurgenten-Banden anziehen, Buk verließ und seinen Rückzug nach Pinne antrat. Todte Soldaten sind 6, blessirte 16. Unter Ersteren wurden gestern früh einem Manne die Augen von den Rebellen ausgestochen, und erst gegen Abend verschied der Unglückliche. Ein Gendarm aus Buk brachte die Anzeige von dem gegen den ꝛc. von Boegnik unternommenen Ueberfall an den Major Breetz nach Grätz. Sofort entsendet derselbe um 7 Uhr früh die 7te Kompagnie 18ten Infanterie-Regiments zu Unterstützung des von Boenigk. Gegen 10 Uhr ging in Grätz die Nachricht durch deutsche Bauern ein, Buk wäre sehr stark von den Insurgenten besetzt, die Truppen niedergemacht oder gefangen, sämmtliche entwaffnet. Dies bewog den Major Generalmarsch schlagen zu lassen und gegen Buk zu maschiren. Um halb zwölf Uhr Vormittags verläßt er Grätz. Das 3te Bataillon 18ten Landwehr-Regiments in Rackwitz benachrichtigte den Major von der Lage der Sache und ersuchte ihn, Grätz zu besetzen. Dies ist gestern Nachmittag 4 Uhr geschehen und die Ruhe in Grätz nicht gestört. Hinter Opalenica vereinigte sich der Major Breetz mit der vorausgesandten Kompagnie und ging mit allen Vorsichtsmaßregeln gegen Buk vor, auf ein blutiges Gefecht vorbereitet. Die Insurgenten räumten indeß die Stadt und zerstreuten sich nach allen Gegenden. Der Widerstand war schwach, die Truppen wurden beschossen, die Schützen nahmen die Stadt. Der hiesige Vikarius stellte sich unweit der katholischen Kirche mit Sensenmännern unserer Landwehr entgegen und wurde erschossen. Außerdem sind bis jetzt 38 Leichen aufgefunden, die theils in dem Morgen-, theils in dem Nachmittags-Kampf geblieben sein mögen. Buk ist von den Insurgenten vor ihrem Abmarsch gänzlich ausgeplündert; viele Weiber waren mit herbeigezogen und schleppten die geraubten Sachen mit fort. Nur sehr wenige Einwohner sind zur Zeit in Buk, es flüchtet, was flüchten kann. Alle Gegenden umher sind insurgirt, es ist kein Krieg, es ist ein Morden; Blut um Blut. Die Insurgenten in Stenszewo sind übrigens dieselben, welche den Ueberfall auf Buk unternommen und sich in Kloster Gorka gelagert hatten. Der Ueberfall ist, so weit es sich übersehen läßt, vom Oberst von Niegolewski geleitet. Ebenso hat Eugen von Szczaniecki, welcher im Gefecht als Gefangener eingebracht ist, den Ueberfall thätig geleitet. (gez.) Breetz. (Pr. St.-Anz.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 4. Mai.) Aus dem Schreiben eines Augenzeugen. Wer nicht selbst die Verwüstung des Schlosses Glücksburg, des Wittwensitzes der hochbejahrten Herzogin von Holstein-Glücksburg, gesehen hätte, würde den Thatsachen keinen Glauben beimessen. Nicht genug, daß die Dänen, worunter sich wenigstens 3 Landoffiziere und mehrere Studenten befanden, die Dirnen aus den benachbarten Dörfern herbeischleppten und den Charfreitag durch Tanz und Musik und das wildeste Trinkgelage entweiheten — sie entblödeten sich nicht einmal, die Altardecke der Schloßkirche, nachdem sie zuvor die Franzen derselben abgeschnitten und für sich behalten hatten, als Tischtuch zu gebrauchen, und sich der Kelche als — Punschbecher zu bedienen. Als sie hier während ihres, von dänischen Blättern so hoch gepriesenen Rückzuges hausten, zertrümmerten sie den größten Theil der kostbarsten Mobilien wie Spiegel, Sophas, Tische, Stühle ꝛc., deren Ueberreste im buntesten Gewirre überall zerstreut lagen; die Ueberzüge der Sophas und Stühle, Gardinen, kostbare Gemälde, Dokumente und Briefschaften wurden zerstückelt gefunden, den Porträts der herzoglichen Familie waren die Köpfe abgeschnitten, und diese, wie den Rumpf, hatten sich die Dänen zur Zielscheibe ihrer Kugeln gewählt. Alles, was nur irgend zu zertrümmern war, ward auf die roheste Weise zersplittert; die werthvollsten Sachen schleppte man jedoch in frühester Morgenstunde auf Schiffe. (Wes. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, den 6. Mai.) Der württembergische Reiteroffizier, der mit einem Kommando von 50 Mann den gefangenen Struve zu bewachen hatte, und sich, ohne Widerstand zu leisten, auf bloße Drohung hin, die Freilassung des Verhafteten abzwingen ließ, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Dem Vernehmen nach hat die badische Regierung bei dem Bundestag Beschwerde darüber erhoben, daß der württembergische General v. Lützow, welcher die bei Vaihingen und Illingen an der badischen Gränze aufgestellte Colonne befehligte, ihren Wünschen nach Baden vorzurücken, nicht entsprochen hat. Diese Beschwerde ist indeß unstatthaft, da der betreffende General die gemessenste Anweisung von Seiten unseres Königs hatte, ohne seinen vorhergegangenen ausdrücklichen Befehl die Grenze nicht zu überschreiten, also nur seiner Pflicht gemäß gehandelt hat. — Der heutige „Beobachter" bringt ein langes Schreiben des Dr. Carl Weil, in welchem sich dieser gegen die Angriffe, die seine politische Ehre durch die Veröffentlichung der Summen, welche er seit einer Reihe von Jahren aus den geheimen Fonds der französischen Regierung erhalten hat, erfuhr, vertheidigt. Er beweist des Langen und Breiten, daß an seiner publicistischen Thätigkeit kein Makel hafte, aber von der Hauptsache von dem Gelde — schweigt er ganz und gar, so daß es gleichwohl einem jeden unbenommen bleibt, beliebige Schlüsse aus dieser Thatsache zu ziehen. (F.-O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 6. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 5.] Dieselbe begann um 1 Uhr und endigte nach Mitternacht. Trotz dieser Länge läßt sie sich in wenige Worte zusammenziehen, ihr ganzer Inhalt bestand im Sammeln von Stimmzetteln. Eine einzige Prinzipienfrage gab zu unbedeutender Diskussion Veranlassung, nämlich die Amtsdauer des Präsidenten. Viele Glieder drangen auf eine Dauer von zwölf oder mindestens drei Monaten. Der Vorschlag der provis. Regierung, ihn nur auf Einen Monat zu wählen, siegte. Von 727 Gliedern wurde Buchez, der Verfasser der bekannten histoire parlamentaire, zum Päsidenten, die Bürger Recurt, Cavaignac, Corbon, Guinard, Cormenin, Senard zu Vizepräsidenten und die Bürger Peupin, Robert (Ardennen Dep.), Degeorges, Felix Pyat, der bekannte Dramaturg, Chacrosse und Emile Pean zu Sekretären gewählt. Nach diesen Wahlen, die bis 11 Uhr Nachts dauerten, trat der Alterspräsident Puyraveau dem Neugewählten den Vorsitz mit einer Rede ab, aus der wir folgende Stelle entnehmen: „Volksvertreter! Die Republik, die Ihr so eben bestätigt, muß groß, stark und muthig wie das Volk sein, das sie eroberte. (Beifall.) Lasset, ich bitte Euch, dieses Volk nie aus Eueren Gedanken. Möchten die Staatseinrichtungen, über die Ihr zu berathen hier seid, dem hohen Verstande würdig sein, den er gezeigt: Die Republik muß demokratisch sein (Ja! Ja!) das souveräne Volk proklamirte sie vor Euch.« Stürmischer Beifall schloß diese Rede, nach welcher Buchez den Präsidentenstuhl einnahm und seine Amt mit einer Rede begann, in der uns nachstehende Worte als die bezeichnendsten erscheinen: »Bürger! Ich danke Euch für die mir erwiesene Ehre. Ich betrachte deren Annahme als eine Pflicht, deren Erfüllung, hoffe ich, Ihr mir erleichtern werdet. Nie besaß eine Versammlung größere Macht als diese. Ihr seid von Millionen Stimmen erwählt; Ihr stellt hier das vereinigte Frankreich dar; Ihr habt seinen Willen mit Einstimmigkeit beurkundet. Ihr habt gestern zum Beispiel siebenzehn Male die demokratische Republik im Laufe der Sitzung proklamirt. (Bravos) Ich erwähne dies hier, weil es eine Verpflichtung unserer Seits für die Zukunft enthält. (Ja! Ja!) Wir Alle sind durch Alle erwählt und haben daher auch die Pflicht, für Alle zu sorgen und ganz besonders uns mit jener armen, unglücklichen Klasse zu beschäftigen, mit der man sich nie beschäftigte. (Beifall) Wir wollen es nicht wie die gestürzte Regierung machen, nicht die Augen schließen, nicht die Fragen aufschieben. (Nein, Nein!) Alle diese (sozialen) Fragen können gelöst werden und sie werden es ohne Zweifel nur durch die Reife, Weisheit und Erfahrung von Männern sein, die eine große Nation vertreten; von Männern, die eine Nation vertreten, welche in ihren Werken stets vorsichtig war, zwar langsam im Handeln, aber stets in bestimmter, fester und vollständiger Weise auftraten.« Ungeachtet des Vorschlages, die Wahl der Quästoren auf den anderen Tag zu verschieben, zog es die Versammlung vor, dieselben sogleich anzunehmen und die Bürger Degoussée, Ingenieur, Bureaux de Pusy, Exdeputirter und General Negrier wurden zu Quästoren ernannt. Vierzig Minuten nach Mitternacht ging die Versammlung auseinander.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 6. Mai.] Präsident Buchez erklärt sie um 1 Uhr eröffnet. Die neuen Sekretäre sitzen auf ihren Plätzen, unter ihnen Felix Pyat. Im Saale zeigt sich eine gewisse Lebhaftigkeit, Gruppen bilden sich und man unterhält sich mit Wärme. Felix Pyat, bisher ziemlich indifferent an den Präsidentenstuhl gelehnt, nähert sich dem Schreibtisch, um der Versammlung anzuzeigen, daß er abdanke und die auf ihn gefallene Wahl nicht annehme. Die Versammlung schritt hierauf zur Fortsetzung der Wahlprüfungen. Die Wahl des Priesters, Bürger Fayet (Lozere Dep), rief heftigen Widerspruch hervor. Es scheinen dort arge Intriguen gespielt worden zu sein, denn die Versammlung rief einstimmig nach Untersuchung. Larochejaquelin eilte auf die Tribune, um den Bekämpften zu vertheidigen; allein trotz des weithinschallenden Tons seiner Stimme wurde der Antrag auf strenge Untersuchung votirt. Hierauf hörte die Versammlung den Bericht über die berüchtigte Wahl des sogenannten Arbeiters Schmit an, der sich aber als ehemaliger Ministerialbeamter und Staatsrath herausstellte. Das Bureau trug auf Annullirung der Wahl an, weil das Gewissen der Wähler berückt worden. Mehrere Freunde des ehemaligen Kultusministerialbeamten kamen dem Bedräng-

ten zu Hilfe. Allein vergebens. Die Wahl wurde einstimmig vernichtet. Berryer, der bekannte Legitimist, wünschte sodann wenigstens den Moreau, als nächsten 35ten Mehrbestimmten als Repräsentanten ernannt zu sehen. Allein Flocon bekämpfte dieses System mit Glück. Die Wahl eines neuen Seine-Dep.-Repräsentanten wurde durch Kugelentscheid mit 414 weissen gegen 298 schwarze Kugeln verworfen. Das Seine-Depart. hat also eine neue Wahl vorzunehmen.

Dupont (Eure) Präsident der provis. Regierung erhielt das Wort für die offizielle Mittheilung. Er entschuldigte sich jedoch durch Schwäche seines Organs und substituirte Lamartine zum Verlesen des Rechenschaftsberichts der Staatsverwaltung seit dem 24. Febr. Lamartine bestieg die Tribüne und begann die Vorlesung des Berichts. Der erste Theil desselben bietet nichts als eine glänzende Wiederholung der Geschichtserzählung bekannter Ereignisse, den Heldenmuth des Volkes, die ersten Verfügungen der Regierung, ihre Beförderungen in der Land- und Seemacht, sowie ihre sonstigen Maßregeln fanden darin ihre Rechtfertigung. Die provis. Regierung fordert im Berichte die Nationalversammlung auf, an das Werk der Verfassung zu schreiten; die Religion aufrecht zu erhalten, das Eigenthum zu achten, die Steuern gehörig zu vertheilen und den Arbeiterklassen zu helfen. Der Bericht trat hier in große Details ein, schilderte die Handels-, Industrie- und Finanzkrisen sowohl in Frankreich als England und ersuchte die Versammlung, der Organisation der Arbeit durch Assoziation ganz besonders ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Eine Staatskommission sei von ihr zur Prüfung aller Arbeitsverhältnisse niedergesetzt worden, die vor sie die nöthigen Anträge bringen werde. Der Bericht schloß mit Ermunterung zur Einigkeit und Verwirklichung der erhabenen republikanischen Grundsätze.

Stürmischer Beifall folgte diesem Vortrage. Nach ihm erhielt Ledru Rollin das Wort. Sein Vortrag erregte nicht geringe Spannung. Er schilderte die scharfen Angriffe, deren Ziel er gewesen und erzählte die Gründe, warum er in seinen Rundschreiben so große Energie bewiesen. Die Verantwortlichkeit, die auf ihm ruhte, sey enorm gewesen. Er sey bereit, seine ganze Handlung vor die Versammlung zu legen. Sein Ziel habe darin bestanden, die Grundsätze der Revolution rein zu erhalten. Der Minister zählt hierauf die verschiedenen Maaßregeln auf, die er getroffen. (Postabgang.)

Die gestrigen Abstimmungen können als Vorzeichen der neuen politischen Parteigesinnungen der National-Versammlung gelten. Die Moderirten, Legitimisten und Barrotisten, stimmten offenbar bon gré mal gré für Buchez, der ihnen immer noch besser galt, als Trelat und Recurt. Buchez erhielt von 727 anwesenden 382, Trelat 234, und Recurt 91 Stimmen. Bedenkt man, daß Trelat und Recurt als Exaltirte galten, und Mancher ihrer Freunde für Buchez stimmte, um dessen Wahl zu sichern; so kann man die Zahl der entschiedenen Fortschrittsmänner jetzt schon auf 450 anschlagen, und ihren Sieg kaum in Zweifel ziehen. Trelat und Recurt sind beide Aerzte. Raspail ist bekanntlich auch Doktor.

Die provisorische Regierung hat sich bei der Bank 15 Millionen Franken für die Alpen-Armee reservirt, die, wie es scheint, unter Oudinot in Piemont einrückt, um den Mailändern und Venetianern zu Hülfe zu eilen. Dieser Entschluß findet allgemeinen Beifall.

Heute ist der Tag, an dem sich die Schicksale Frankreichs zu formuliren beginnen. Gegen 2 Uhr wird die provis. Regierung der Nationalversammlung ihren Rechenschaftsbericht über die Verwaltung seit dem 24. Februar vorlegen und dann wird die Versammlung wohl zur Erneuerung einer neuen provis. Regierung schreiten, welche die Staatsgeschäfte Frankreichs bis zur definitiven Verfassungs-Annahme zu leiten hat. Das Journal des Debats stellt zwei Mittel in Aussicht: 1) fünf Glieder zu ernennen, die sich verantwortliche Minister beiordnen, 2) Eine Art Ministerrath, mit einem Präsidenten an der Spitze. Der erste Vorschlag taugt offenbar nichts, der zweite praktischere, dürfte aber heiß bekämpft werden, weil die Radikalen der Lamartineschen Popularität überdrüßig sind. Wie wäre es, wenn man die provisorische Regierung noch einmal provisorisch bestätigte. Die Verfassungsbäckerei kann doch nicht allzulange dauern.

Das Gerücht, woraus die provis. Regierung von den deutschen Bundesstaaten die Erlaubniß zum Durchmarsch eines Armee-Corps von 30,000 Mann nachgesucht habe, um damit den Polen zu Hilfe zu eilen, machte leider die Runde durch alle Journale. Irren wir nicht, so veröffentlichte die berliner Zeitungshalle zuerst einen Pariser Brief, worin es hieß: daß Depeschen von hier aus nach Berlin und Wien abgegangen seien, denen Armeeen bald folgen dürften. Diese Angabe entbehrt jedoch jedes Grundes. Es ist der provis. Reg. gar nicht eingefallen, ein solches Verlangen an Deutschland zu stellen. Sie besitzt Strategie genug, um zu begreifen, daß es ein Unsinn wäre, mit einer Handvoll Leute mitten durch Deutschland gegen Rußland zu Felde zu ziehen, ohne vorher der Beistimmung und des Geleits des gesammten deutschen Volk's versichert zu seyn. Hat sich das gesammte deutsche Volk erst die Ueberzeugung gewonnen, daß Frankreich nicht daran denkt, auch nicht einen Zoll breit von seinen Rechten und seinem Gebiet zu beanspruchen; hat sich erst die geistige Vereinigung Deutschlands mit Frankreich geschlossen: dann ist keine Störung des Weltfriedens durch Rußland zu fürchten und Polen von selbst hergestellt. Deutschland einig mit Frankreich, bilden eine uneinnehmbare Barriere gegen die öffentliche Barbarei.

Morgen, den 7. Mai Mittags 1 Uhr, beginnt Professor Michelet in einem der Sorbonne-Auditorien wieder seine berühmten geschichtlichen Vorträge.

(Straßburg, den 6. Mai.) Niemand zweifelt hier daran, daß Frankreich in Italien interveniren wird, und von sonst gut unterrichteten Männern wird behauptet, daß nach den letzten Nachrichten ein Theil der französischen Armee, namentlich Artillerie, bereits bis dicht an die Gränze vorgeschritten ist. Auch in Straßburg erwartet man in kurzem eine bedeutende Verstärkung der Garnison. Frankreich steht furchtbar bewaffnet da, 600,000 Mann der herrlichsten kriegsmuthigsten Truppen erwarten mit Ungeduld den Augenblick, in welchem es ihnen gestattet wird, die Gränzen zu überschreiten, um die Selbständigkeit der Nationalitäten zu sichern und den Sieg der politischen Ideen des neuen Frankreichs auch im Ausland herbeizuführen. Die Zeughäuser sind überfüllt mit Kriegsmaterial (Straßburg allein kann eine Armee mit Kanonen versehen), und hinter dieser Macht steht eine Nation, welche, wenn auch noch im Gährungsproceß begriffen, doch mit gleicher Begeisterung für die Freiheit Italiens und Polens und vor allem für die Verbreitung der Grundsätze der Republik erfüllt ist. So eben wird mir eine Proclamation des Commandirenden der Alpenarmee des ausgezeichneten und persönlich äußerst tapfern Generals Oudinot (Sohn des Marschalls) an seine Truppen, datirt Grenoble, mitgetheilt; er sagt darin unter andern, daß sie wahrscheinlich zuerst berufen sein werden, für die Unabhängigkeit der Nationalitäten, für die Freiheit Italiens, des Landes, auf welchem Frankreich seine schönsten Lorbeeren gepflückt, zu kämpfen.

Schweiz.

(Basel, den 6. Mai.) Unser Basel wird ein wahrer Kriegsplatz; nicht nur ziehen Franzosen und Würtemberger durch unsere Straßen, Infanteristen und Kavalleristen (diese natürlich nur mit Permission), sondern auch unsere eigenen Leute, die heute verabschiedet werden sollten, müssen, wie es heißt, die Uniformen noch länger auf dem Leibe behalten, sogar die bereits Entlassenen zu Stadt und Land sie wieder hervorsuchen, weil (abermals, wie es heißt) Baden in drohender Sprache die Auslieferung der politischen Flüchtlinge, namentlich Hecker's, verlangt habe, eine Forderung, der die Schweiz nicht zu entsprechen geneigt sey. Wir wollen nun sehen, was aus diesem Zankapfel werden wird. (Frkft. J.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Solide, sichere und anempfehlenswerthe Capitalanlage.

Das

große Badische Staatsanlehen

von 14 Millionen Gulden, von den Landesständen errichtet und garantirt, bietet Gewinne von 14mal **50,000**, 54mal **40,000**, 12mal **35,000**, 23mal **15,000**, 2mal **12,000**, 55mal **10,000** bis abwärts fl **42**

Die nächste Verloosung findet am 31 Mai 1848 statt und sind hierzu bei unterzeichnetem Handlungshaus Originalloose à 28 fl zu beziehen. Plane und jede Auskunft gratis.

Julius Stiebel jun., Banquier
Bureau, Wollgraben in Frankfurt am Main

Alle von mir bezogenen Loose nehme bis zum 30. Juni l. J. im Falle solche in dieser Ziehung nicht herauskommen sollten jederzeit à 26 fl 30 kr. zurück, daher die Einrichtung getroffen ist, daß zur Postersparung nur der Coursverlust von 1 fl 30 kr. einzusenden ist.

Solide Männer, die sich mit dem Debit befassen wollen, erhalten einen schönen Rabatt.

Die s. g. Leibvertheidiger.

Mittelfr. Zeitung Nro 128

Es gehört zu den Uebertreibungen der Gegenwart nächtliche Ueberfälle nicht mehr als selten zu bezeichnen, und darauf hin empfiehlt man sogleich die s. g. Leibvertheidiger als Vertheidigungsmittel Mit Recht fragt Einsender dieses, wie man dazu kommt, den Sicherheitszustand einer Stadt zu verdächtigen, wenn seit geraumer Zeit nur der einzige Fall zwischen dem s. g. Centumazgarten und dem Hallerthürlein sich ereignet hat? Kann diese Frage, und Einsender weiß, daß solches unmöglich ist, nicht beantwortet werden, so möge der Verfasser jenes Artikels hieraus Veranlassung nehmen, sich künftig solcher unwahrer Angaben zu enthalten, welche geeignet sind, auf die Stadt ein übles Licht zu werfen

---

Mozarts-Verein.

Die letzte Versammlung im Stadtlokale ist Donnerstag den 11. Mai Abends 8 Uhr.

Der Vorstand des Mozart-Vereins.

Kündinger. Mainberger. Röder.

Einhorn.

Von heute an aus der Königl. Brauerei dahier

Doppel-Bier,

das Glas zu 4 kr., auch fortwährend mehrere Sorten warmes Frühstück, wozu einladet

Meisenbach.

Schnell-Lauf.

Heute Donnerstag den 11. Mai vom Schusterskeller bis auf das Pulvermagazin.

Christmeyer

Rohlederers-Garten.

Heute Donnerstag findet „Musik" und Abends große „Illumination" statt, wobei für sehr gutes Felsenkeller-Bier von Hrn Lederer jun. gesorgt ist. Es ladet hiezu ergebenst ein

Kaiser.

BELVEDERE.

Heute Donnerstag

Blech-Harmoniemusik.

Entree nach Belieben.

Zu dieser Abendunterhaltung ladet der ergebenst Unterzeichnete das Gesammt-Publikum so wie seine Freunde und Gönner mit dem Bemerken ein, daß alle Abend warme und kalte Speisen verabreicht werden, auch ist die Kegelbahn ganz neu hergerichtet. Bitte daher um recht zahlreichen Besuch.

Sturm.

Schusters-Keller.

Heute Donnerstag den 11. Mai
Harmonie-Musik.

Einladung.

Nächsten Sonntag den 14. Mai wird auf dem Zollhaus bei Wendelstein das Jahresfest (Kirchweih) gefeiert, und ist für gutes frisches Felsenkellerbier so wie für verschiedene warme und kalte Speisen bestens gesorgt. Auch findet an diesem Tage 6stimmige Blechmusik statt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

Wittwe Weiß.

Musikalische Abendunterhaltung

der achtjährigen Klavierspielerin Ludovika Steinwender (Schülerin des Kantor Grebe) am Freitag den 12 Mai im goldenen Adler. Anfang halb 8 Uhr. Abonnementsbillete einzeln zu 30 kr., bei Abnahme von mehr als zwei Billetten zu 24 kr sind in der Karolinenstraße Nr. 300 III. Stock zu haben. An der Kasse ist der Preis 30 kr Nurnbergs kunstsinnige Bewohner werden hiemit gehorsamst eingeladen.

Zur Entgegnung.

In der Mittelfränkischen Zeitung vom 8. Mai 1848, befindet sich ein kurzer Aufsatz, betitelt Schulwesenangelegenheiten. Da in demselben einige Unrichtigkeiten sich befinden, so diene hierauf in der Kürze folgendes zur Berichtigung. Bereits seit 2 Jahren nicht seit Monaten, wurde von den Seminaristen Altdorfs eine Zeitung im Seminar nicht mehr gelesen, erst die neuesten Zeitereignisse haben in den Seminaristen den Wunsch zur Lesung derselben wieder angeregt. Dieser Wunsch blieb auch nicht unerfüllt, und es wurde nicht, wie jenes Inserat sich auszudrücken beliebt, jede Zeitungslectüre strengstens verboten. Wichtige Nachrichten wurden den Seminaristen nicht allein von den Lehrern der Geschichte und Geographie, sondern von dem gesammten Lehr- und Aufsichtspersonal sowohl auf Spaziergängen als auch bei sonstigen Gelegenheiten mitgetheilt, und die Blätter ihnen auch in die Hand gegeben, da zum vollständigen Lesen der umfangreichen Zeitungsblätter, bei einer angestrengten täglichen Beschäftigung von $5\frac{1}{2}$ Uhr Morgens bis $9\frac{1}{2}$ Uhr Abends, namentlich während des Wintersemesters, keine Zeit vorhanden war; von einer politischen Verkümmerung der Seminaristen kann daher nicht die Rede seyn. Der Ausdruck: die Zöglinge verständen die Zeitung noch nicht, ist Unwahrheit und wurde gar nicht gebraucht. Zum Schluße nur noch die Bemerkung. Die von der Staatsregierung den Seminarien gestellte Aufgabe ist, tüchtige Lehrer und keine Politiker zu bilden. Auf die Persönlichkeiten des anonymen Verfassers antwortet der Unterzeichnete nicht.

Altdorf, am 9. Mai 1848.

Bauer, k. Seminar-Inspektor.

Einladung.

Die hier wohnenden Schweizer werden freundlich eingeladen, sich nächsten Samstag den 13. dies Abends im Jammerthal einzufinden

---

(Anzeige.) Dienstag, den 16, 23 und 30. d. M. Nachmittags 3 Uhr nehme ich Privatimpfungen vor

Dr. Steinmetz

Einladung.

Donnerstag den 11. Mai gibt es bei Unterzeichneten guten Kaffe nebst frisch gebackenen Heffenküchlein, und Kalbsbraten mit Spargel-Salat. Wozu ergebenst einladet

Georg Koch,
Gastwirth zu Steinbühl.

(Anzeige) Die bisher in der Bewohnung S Nro 853 b in der Spitalgasse gewaschen gewordenen halbseidenen und seidenen Stoffe aller Art, schwarze Spitzen rc, werden nun in dem Hause S. Nro. 397 in der Albrecht-Dürers-Straße, Ecke der Lamms-Gaße, im zweiten Stock abgegeben.

(Anzeige.) Allen denen Hrn. Landwehr-Offizieren, die bisher noch nicht mit Ordonanz-Säbeln bedient werden konnten, diene hiemit zur Nachricht, das diese Woche dergleichen fertig werden, weshalb ich dieselben höflichst einlade

Joh. Jacob Ritzer,
Schwerdtverfertiger

Anzeige.

Eine Fabrik, welche Ambergin, eine Art Fayence fabrizirt, wünscht eine Niederlage ihrer Fabrikate auf hiesigem Platze zu etabliren; weshalb alle diejenigen, welche darauf reflektiren, binnen 14 Tagen deshalb die näheren Bedingniße Lit. S. Nro. 735 Panierstraße gefälligst entgegennehmen wollen.

Nürnberg, den 7. Mai 1848

(Verloren) Montag, den 8. Mai ist vom Waitzenbräuhaus bis auf die Schütt ein grün seidenes Geldbeutelchen mit Geld verloren gegangen, da es ein Andenken ist und es dem Verlierer nicht gehört, so wird der redliche Finder gebeten es gegen eine gute Belohnung zurückzugeben.

(Gesuch.) Ein an Ordnung und Reinlichkeit gewöhntes Mädchen welches schon längere Zeit diente, in Waschen und Bügeln wohl erfahren ist, auch mit neugebornen Kindern umzugehen weiß, wünscht entweder gleich oder mit vierzehn Tagen als Kinds- oder Stubenmädchen unterzukommen Näheres in der Thalgasse S. Nr 1070.

(Gesuch.) Ein geringes Dienstbotenbett wird sogleich zu kaufen gesucht. Näheres im Laden No. 63 am Markt.

(Gesuch) Es wird 14 Tage nach dem Ziel eine erfahrne Köchin in Dienst zu nehmen gesucht

---

(Zu vermiethen.) Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Alkov, Kammer, Küche und allen sonstigen Bequemlichkeiten ist zu vermiethen in S. Nro. 704.

(Zu vermiethen.) Ein oktaviges Forte-Piano von gutem starken Ton ist zu vermiethen. S. 533 in der Burgstraße.

(Zu vermiethen.) In Gostenhof, nahe am Spittlerthor, ist ein möblirtes freundliches Zimmer an einen Herrn täglich zu vermiethen.

(Gesuch.) In einem hiesigen Gasthofe ist eine Kellner-Lehrlings-Stelle gegen Lehrgeld zu besetzen

---

Ankündigung.

Zu Ende der Osterwoche erschien im Selbstverlage des Unterzeichneten:

Zum Besten der Armen Drei Pfennig-Stiftung

ein Werklein:

Der Armen Vater

betitelt.

Es ist ein Liebes-Werk, — es ist ein Gottes Werk

Wehe dem der darüber spottet — deß Auge sieht den Vater nicht —

Alle bekümmerten Herzen sollen frei von Sorgen werden! —

Aller Armen Kindlein soll sich die Stiftung annehmen.

Alle sollen genähret, gekleidet, und gut erzogen werden! —

Sie sollen, sobald ihnen Gott die Kräfte dazu verleihet — ihre eigenen Ernährer seyn

Sie werden vom Mutterleibe an aufgenommen, — sie sollen dereinst der Menschheit Bildner und Lehrer werden — und den Ueberschuß ihrer Arbeit der Welt mit tausendfachen Segnungen begleitet wieder zurückgeben

Nicht fragt die Stiftung weß Glaubens das liebe Kind sei; sie nimmt Aller Armen Kindlein auf.

In der Liebe zu einander muß Alles Eins sein, — die Engel müssen wieder in der Welt hausen aus der sie die Bösen verjagt haben! —

Nicht fragt auch die Stiftung wessen Eigenthum sie sei, sie gehet alle Menschen an, alle Menschen sollen sie ins Leben rufen helfen, darum gehet sie auch Alle an.

Der Friede muß der Welt gegeben werden! —

Alle Menschen sollen sich des Lebens freuen! —

Wehe den Völkern! — Wehe den Fürsten! — die dieses Friedenswerk stören!

Euch Völker, Euch Fürsten aller Zungen rufe ich im Namen Gottes zu, — lasset Neid und Habsucht und alle Götzen der Welt fahren, lasset sie fahren dahin, — sonst trifft Euch der Fluch Gottes! —

Alles was ihr darauf bauet, muß zu Schanden werden, und lieber will ich haben, daß der Erdball in Feuer und Flammen aufgeht, ehe ich fort und fort die Gräuel der Welt mit anschauen will So wahr mir Gott helfe! —

Ansbach, den 22. April 1848.

Wilhelm Ferdinand Mackeldey,
Bürger und Krämer.
Nürnbergerstraße Lit. C. Nr. 119.

Anmerkung

Das Werklein, $2\frac{1}{2}$ Bogen, kostet 12 kr. Gerne hätte ich den Preis verdoppelt, doch es steht jedem frei, daß er es thue; denn es gehört ja nur für die Armen. Ich will ein treuer Sachverwalter sein.

Der Verfasser.

Arena.

Donnerstag den 11. Mai. „Die beiden Foster, oder das Glück und seine Launen." Schauspiel in 5 Akten von Töpfer.

Berichtigung.

In dem gestrigen Artikel die kgl. Entschließung die Aufrechthaltung der Ruhe in Bayern betreffend, ist ein sinnstörender Druckfehler stehen geblieben, Spalte 1 Zeile 36 soll es nämlich heißen: Freiheit und Gesetzmäßigkeit statt Freiheit und Gesetzwidrigkeit.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12. Mai 1848. № 133 Freitag: Pancratius.

Deutschland.

Bayern. (München, 7. Mai.) Die Reaktion ist eingetreten. 19 Mitglieder der Kammer der Reichsräthe haben es gewagt, die Siegelmäßigkeit ihrer sogenannten Standesgenossen in Schutz zu nehmen, und dieses verhaßte Vorrecht soll in dem Gesetzentwurf »die Grundlagen zur neuen Gerichtsorganisation« beibehalten werden. Vernehme es, edles Volk, und du heldenmüthige vaterlandsliebende Jugend! 19 Männer, die theils vermöge ihres ererbten oder erheiratheten Grundbesitzes oder der Gnade ihres frühern Fürsten, keineswegs in Folge ihrer dem Vaterland geleisteten Dienste, oder ihrer eminenten politischen Bildung, zu deinen Gesetzgebern gestempelt wurden, wollen ein Privilegium beibehalten wissen, das sie schon seit Jahrhunderten zu ihrem Privatvortheil ausgebeutet haben! Fürst Leiningen und Graf Giech, diese wahrhaft edlen Männer, haben freiwillig auf dieß ominöse nur noch in Bayern übliche Vorrecht verzichtet und die beiden Seinsheim, die Schrenk und andere Männer dieser Farbe, deren Namensverzeichniß ich Ihnen nächster Tage übersenden werde, erröthen nicht im Jahr 1848, wo die ruhmvollen Tage des 6. und 7. März noch in frischem Andenken stehen, Vorrechten, d. h. Unrechten das Wort zu reden, die jedem denkenden Staatsbürger ein Aergerniß. Gott verzeihe ihnen, diesen Kurzsichtigen, denn sie wissen nicht, was sie thun, sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Die Geschichte der neuen Zeit ist spurlos an ihnen vorübergegangen! Sie wissen nicht, welch unaussprechliches Unglück ihre Partei noch über unser geliebtes Vaterland bringen kann, sie wissen nicht, daß von dem Augenblick an, wo der Bürgerstand, dem man gerne noch möchte glauben machen, in den Adern der privilegirten Stände fließe ein edleres Blut, sie verläßt, ihre und ihrer Familie Existenz auf dem Spiel steht. Alle Freunde der Freiheit und Ordnung sollten sich vereinen, um auf gesetzlichem Weg die Kammer der Abgeordneten aufzufordern, auf ihren frühern Beschlüssen zu bestehen und jedes Vorrecht, es heiße wie es wolle, zu beseitigen. (N. Tagbl.)

(München, den 6. Mai.) Das gesammte bayerische Truppenkorps, welches zur Zeit in Baden sich befindet, und in Konstanz, Radolfszell und Stockach dislocirt ist, besteht aus dem Infanterieregiment »Erbgroßherzog von Hessendarmstadt«, aus sechs einzelnen Bataillons Infanterie von verschiedenen Regimentern, aus sechs Schwadronen Chevaurlegers und einer und einer halben Batterie. Nebst dieser Truppenmacht liegen noch in der bayerischen Pfalz, mit Ausnahme der Festungsbesatzung von Landau und Germersheim, drei vollzählige Infanterieregimenter, ein Jägerbataillon, ein Regiment Chevaurlegers und eine Batterie Artillerie, so daß bis jetzt an der Westgränze Deutschlands, die Festungsbesatzungen abgerechnet, allein zwischen 14 bis 15000 Mann bayerische Soldaten jeden Augenblick verfügbar sind. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 11. Mai.) Gestern wollte ein Fuhrmann aus dem hiesigen Zeughause den Rest der den Uffenheimer Bürgern bewilligten Waffen abholen, wurde aber mit dem Bescheide abgewiesen, daß der Landwehrgeneralmajor von Sundahl diese Waffenabgabe verweigere, so daß der Fuhrmann unverrichteter Dinge wieder abfahren mußte. Es fragt sich nun, was der Grund dieser Weigerung wohl seyn mag, und eine Aufklärung darüber wäre um so mehr an der Zeit, da sich ohnehin die Befürchtung vor Reaktionen sehr stark unter uns regt und diese Befürchtungen in so manchen Erscheinungen der Gegenwart stichhaltige Gründe suchen und wohl auch finden lassen.

• (Nürnberg, den 11. Mai.) Ein Korrespondent der deutschen Zeitung aus Frankfurt schlägt vor, daß sämmtliche deutsche Heere einerlei Uniform erhalten, vor der Hand aber nur eine schwarz-roth-goldne Armbinde als äusseres Zeichen des deutschen Bundesheeres tragen möchten.

Das Frankfurter Journal berechnet, daß unter 36 Millionen Deutschen nur etwa 100,000 für die Republik seyen, daß sich diese Partei folglich im günstigsten Falle wie 1 zu 360 verhalte.

Baden. (Karlsruhe, 8. Mai.) Obgleich heute wieder zwei neugewählte Mitglieder, Berger und Prestinari, in die zweite Kammer traten und beeidigt wurden, so waren doch zeitweise kaum die zu einem Beschlusse nöthigen 35 Stimmen zusammen zu bringen, weil Einzelne den Aufenthalt in dem Garten jenem im Saale vorziehen, und Andere, welche hier anwesend sind, nur selten in den Sitzungen erscheinen. So z. B. der Abg. Christ, der höchstens auf Augenblicke sichtbar wird, um dann wieder zu verschwinden. Der Abg. Weller sprach im Interesse der Stadt Mannheim den Wunsch aus, daß der Kriegszustand aufhören und die Militärlast gemindert werden möchte. Er habe die Maßregel von Anfang an nicht für gerechtfertigt gehalten und würde sich gefreut haben, wenn seine Bemühungen den Erfolg gehabt hätten, daß Umgang davon genommen worden wäre. Viele halten die Maßregel für verspätet, weil sie eintrat, nachdem die Ursachen schon beseitigt, die Führer der Anarchisten verhaftet waren. Die längere Dauer der Last beunruhige auch diejenigen Bürger, welche Freunde der gegenwärtigen Regierung sind, die für ihre Person Alles aufgeboten haben, um die Ruhe zu erhalten, was auch insofern gelungen sei, als der Aufstand nicht zum Ausbruche kam. Sachs schloß sich dieser Ausführung an und stellte die Frage, warum die beschlossene Truppenminderung noch nicht vollzogen sei. Der Zweck der Besetzung sei erreicht, eine längere Dauer würde als Strafe erscheinen. Zugleich klagte der Redner über das Benehmen bayerischer Officiere in Mannheim. Brentano will jetzt noch nicht untersuchen, ob der gegen seine Vaterstadt verhängte Kriegszustand gerechtfertigt sei oder nicht; zu der Untersuchung werde die Berathung des provisorischen Gesetzes Gelegenheit geben. Auffallend sei, daß eine so außerordentlich harte Maßregel so spät verhängt worden sei. Er habe Briefe aus Freiburg, welche schauderhafte Beispiele von Elend in Folge des Kriegszustandes anführen, er preise sich glücklich, nicht zu denen zu gehören, welche zu solchen Maßregeln gerathen haben. Endlich führte der Redner einen Vorfall aus Offenburg an, wobei die Nassauer sich verletzend gegen einen Bürger benommen hätten; auch Gefangene in Bruchsal, z. B. Advokat Reich, seien nicht, oder doch nicht in der Weise vernommen worden, wie der §. 15 der Verfassung vorschreibe, welcher geradezu verhöhnt worden sei. Ueber den Druck der Militärlast in Freiburg klagte der Abgeordnete Mez, mit dem Bemerken jedoch, daß seit gestern eine Minderung eingetreten sei. Viele Bürger, die an dem Aufruhr keinen Antheil genommen, haben schwer gelitten, und es wäre doch nicht nöthig gewesen, die Kaserne leer zu lassen, und alle Truppen zu den Bürgern zu legen. Wäre am Ostersonntag früh nur eine kleine Anzahl der Truppen, welche in der Umgegend müßig standen, in der Stadt gewesen, so wäre das große Unglück nicht eingetreten. — Für Offenburg wünscht Zentner eine Verminderung der Truppenzahl, was durch Verlegung eines Theiles in die großen und wohlhabenden Rheinorte leicht geschehen könne. Auf diese Aeußerungen und Wünsche erwiderte zuerst Staatsrath Bekk in Bezug auf Mannheim: die Ursachen der Maßregel seien offenkundig; die besten Bürger hätten sich außer Stand erklärt, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Man habe auf verschiedene Art versucht, der Ruhestörer Meister zu werden, es sei aber nicht gelungen, sondern so weit gekommen, daß die Sturmglocke geläutet, Barrikaden errichtet, die Nassauer an der Brückenwache verjagt, die Brücke abgeführt und auf die Bayern geschossen worden. Da ward es freilich nothwendig, stärkere Maßregeln zu ergreifen; die Verspätung sei zu bedauern, allein darüber sollte Mannheim nicht klagen, da der spätere Anfang eine kürzere Dauer begründe. Eine natürliche Strafe liege allerdings auch vor, wo ein großer Bruch der öffentlichen Ordnung stattgefunden habe. Es werde übrigens abgeholfen werden; der Oberkommandant treffe morgen in Mannheim ein, und werde wahrscheinlich andere Dispositionen anordnen. Es sei unklug, durch unbewiesene Anschuldigungen die Truppen zu reizen. — In Freiburg hätten die Bürger zwar nicht zu den Unruhen mitgewirkt, aber eine große Schuld treffe sie, nämlich die Neutralitätserklärung, welche die civilisirte Welt entsetzt habe; die Zukunft werde lehren, wie weit sich die Bürgerschaft davon reinigen könne.

General Hoffmann fügte bei: Sobald der deutsche Bund Armeekorps ausstellt, liegt die Dislokation der Truppen nicht mehr in der Hand der Regierung, sondern des Befehlshabers. In Offenburg und anderwärts war es so lange nicht ruhig, als die Besatzungen schwach waren; wenn man heute die Truppen herausziehe, würden die Unordnungen morgen wieder beginnen; es sei dort noch gegen andere, als von Aussen kommende Zuzüger Schutz nöthig. Gegen die frühere Besetzung von Freiburg hatte der Gemeinderath selbst protestirt; als aber 800 Freischärler in der Stadt und eben so viele den Truppen im Rücken standen, da konnte nicht länger unterhandelt werden; es war eine traurige Nothwendigkeit, daß ich eine badische Stadt stürmen lassen mußte. Den Truppen, die man »fremde« nennt, bin ich das Zeugniß schuldig, daß sie sich musterhaft betragen haben; nach dem Sturm wurde kein Exceß begangen, was fast ohne Beispiel ist. Die Kasernen dienen zur Aufbewahrung von Gefangenen und der Waffen der Bürgerwehr. Sind sie leer, so ziehen die Truppen ein. Es sind mir auch keine Klagen zugekommen. Wer Grund hat, sich zu beschweren, soll es thun; die Redner aber sollten statt allgemeiner Beschuldigungen Thatsachen anführen. — Die Regierung wünscht so sehr als irgend Jemand, daß die Truppen zurückgezogen und wieder auf den Friedensstand gesetzt werden konnen. — St.-R. Mathy findet Wellers Wunsch und seine Bemühungen für baldiges Aufhören in dessen Liebe zu seiner Vaterstadt Mannheim wohl begründet; Weller habe sein Begehren in einer Form vorgetragen, wie sie einem gebildeten Manne ansteht. Auch Er (Mathy) habe das Seinige gethan, um die Maßregel zu verhüten, indem er persönlich, und nicht ohne einige Mühe, dazu beigetragen, die Bürgerwehr zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie keinen Unfug mehr dulden werde: aber leider sei es anders gekommen, und es ist Thatsache, daß ihre Führer erklärten, sie könnten für die Mannschaft nicht stehen; Thatsache, daß ein Aufstand nur darum nicht ausbrach, weil sich die Stadt ohne nachdrücklichen Widerstand von den Anarchisten in Schrecken setzen ließ. Daß die nothwendige Maßregel nicht früher eintrat, bedauert der Redner; daß sie möglichst bald aufhöre, sei sein lebhafter Wunsch. Auf die Aeusserung des Abg. Brentano, er schätze sich glücklich, nicht zu Denen zu gehören, welche den Kriegszustand angeordnet — erwidert der Redner, daß er seinerseits froh sei, sich nicht unter denen zu befinden, welche so harte Maßregeln verschuldet haben. Der Abg. Brentano habe gegen den Schutz der Grenzen deklamirt, die amtlichen Nachrichten über den verabredeten Einfall von Außen abgeleugnet, und auch heute habe er nur Worte des Tadels gegen die Truppen, aber kein Wort des Tadels gegen Diejenigen, welche Aufruhr und Kriegslasten in das Land gebracht haben. Das Gefühl der Unsicherheit sei die Hauptquelle der Geschäftsstockung und des Elendes, welche durch den Aufstand noch vermehrt werden mußten. Diese Ursachen wegzuräumen und das Vertrauen auf Sicherheit des Rechtes, der Person und des Eigenthums herzustellen, sei die dringendste Aufgabe. Alsdann erst können Bemühungen zur Abhilfe der Noth fruchten,

Bemühungen, die sich ein Jeder sollte angelegen sein lassen. — Brentano entgegnete, der ehrenwerthe Charakter des Staatsraths Mathy (er wiederholte und betonte den Titel in so auffallender Weise, daß der Abgeordnete Helmreich fragte, was dies zu bedeuten habe) bürge dafür, daß er ihn nicht verdächtigen wolle. Mathy erwiderte, er sei eben so überzeugt, daß Brentano keine Verdächtigung gegen ihn beabsichtigt habe, als er ihn am 1. März vor einer stark aufgeregten Volksmenge beschuldigte, die Volkswünsche todtschlagen zu wollen, eine Aeußerung, welche leicht hätte Folgen haben können. Eben so wenig finde er eine Verdächtigung in der Erklärung Brentanos (in der Abendzeitung) über Ficklers Verhaftung, obgleich dieselbe nicht geradezu zu seinem Vortheil laute. Hiermit wurde dieser Gegenstand verlassen und die Kammer berieth zunächst die Rechnungsnachweisungen des Staatsministeriums und nahm dann das Gesetz über die theilweise Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit einstimmig an. (D. Z.)

(Karlsruhe.) Der vaterländische Verein zu Karlsruhe hat an Badens Wahlmänner für das deutsche Parlament einen Aufruf erlassen, worin eine Liste für die Wahlen nach Frankfurt vorgeschlagen ist. Sie enthält 26 Namen; Mathy, als schon gewählt, befindet sich nicht darunter; folgende drei sind bereits anderwärts gewählt: Dahlmann, R. Mohl, Schott, Rauschenplat ist in Hannover Bewerber. Die übrigen 22 (Baden hat 20 Abgeordnete zu wählen) sind die bisherigen badischen Abgeordneten Bader, Bassermann, Baum, Blankenhorn, Buhl, Helbing, Mittermaier, Soiron, Welker, Weller, Zittel, der frühere Abg. Gottschalk, Staatsrath Bekk, die Professoren Gervinus und Häusser in Heidelberg, Wessenberg, Fabrikant Delisle in Constanz. Nichtbadener sind den Wählern empfohlen: Strauß, Beseler, Gagern, Stüve, Vincke. Wir vermuthen leztere vier werden wohl auch in ihrer nächsten Heimath (Schleswig, Hessen rc.) gewählt werden. Unter den Vorgeschlagenen fehlen, wie man sieht, die Abgeordneten Itzstein und Rindeschwender. (A. A. Z.)

(Heidelberg, den 8. Mai.) Die Untersuchung gegen diejenigen, welche entweder von der am Ostermontag hier eingetroffenen bewaffneten Schaar aus Sinsheim und der Umgegend Kenntniß hatten, oder einer Theilnahme verdächtig sind, wird immer weiter ausgedehnt. So wurden gestern Apotheker Olinger, Mitglied des engeren hiesigen Bürgerausschusses, und Kaufmann Rasp, Mitglied des städtischen Gemeinderaths, verhaftet, und der erste auf das Mannheimer, der zweite auf das Brückenthor gebracht. Rasp war es, welcher in einer großen, in der Universitäts-Aula stattgefundenen Versammlung am stärksten gegen das Einrücken „fremder“ Truppen in das Badische sprach. Gleicher Ansicht war auch der größte Theil des Gemeinderaths, und dieser sendete sogar eine Deputation nach Karlsruhe und Frankfurt, damit keine „fremden“ Truppen hieher kämen. Die Deputationen, welche keineswegs im Sinne der Mehrzahl der Bürger abgeschickt worden, kehrten unverrichteter Sache wieder hieher zurück. Heidelberg erhielt nassauisches Militär, welchem kurhessisches folgte, das noch hier liegt und sich einer freundlichen Aufnahme und aufmerksamen Behandlung von Seiten der Bewohner erfreut. Es haben nicht nur die Bürger hier Einquartierung, sondern auch die Universitäts-Professoren und Staatsbeamten und Miethsleute. Viele von denselben könnten gesetzlich nicht angehalten werden, Einquartirung zu nehmen, aber auch die nicht Verpflichteten haben sich freiwillig dazu erboten. Uebrigens ist es sehr auffallend, daß hier wie anderwärts, gerade diejenigen, welche gegen die „fremden Truppen am heftigsten sprachen, mehr oder weniger bei den eingeleiteten politischen Untersuchungen jezt kompromittirt erscheinen. (Schwb. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 10. Mai.) [49. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 8. Mai 1848.] In der 47. Sitzung hatte der preussische Gesandte den Antrag gestellt, zur Wiedervergeltung des von Dänemark auf deutsche Schiffe gelegten Embargo auch an die deutschen Küsten oder in deutschen Flüssen befindliche dänische Schiffe Beschlag zu legen. Hierauf wurde heute beschlossen, daß die Bundesversammlung zwar eine solche Maßregel anzuordnen das volle Recht habe, jedoch von einer derartigen allgemeinen Verfügung abstehen wolle, und sich vorbehalte, bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen darauf zu dringen, daß Dänemark für den verursachten Schaden vollen Ersatz leiste. Ein Schreiben des Fünfziger-Ausschusses, wonach in mehreren zum deutschen Bunde gehörigen Theilen von Oesterreich die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verweigert werden, so wie ein — den gleichen Gegenstand betreffender Antrag des großherzoglich hessischen Gesandten wird dem Revisionsausschuß zugewiesen. Auf einen Antrag des Fünfziger-Ausschusses, daß allgemeine Volksbewaffnung schleunigst ins Leben gerufen werden möchte, wurde beschlossen, denselben auf den Beschluß vom 18. April hinzuweisen, wonach die Regierungen bereits aufgefordert seyen, mitzutheilen, welche Anordnungen in dieser Beziehung getroffen worden. Auf eine Mittheilung des Fünfziger-Ausschusses über den in dessen Sitzung vom 4. Mai wegen der exekutiven Bundesgewalt gefaßten Beschluß wurde auf den Antrag des würtembergischen Gesandten beschlossen, Folgendes zu erwiedern: Die Bundesversammlung hätte erwarten dürfen, daß der Fünfziger-Ausschuß, bevor er den Beschluß vom 3. Mai über die vollziehende Gewalt des Bundestags zum Gegenstand einer Berathung machte, und eine Mittheilung darüber an die Bundesversammlung beschloß, die Veröffentlichung des amtlichen Bundesprotokolls oder eine vollständige Mittheilung desselben, zu welcher bereits Einleitung getroffen war, abgewartet, und nicht auf einen außeroffiziellen Zeitungsartikel seine Einsprache gebaut hätte. Die Bundesversammlung hat den fraglichen Beschluß, zu welchem der erste Vorschlag aus ihrer Mitte hervorging, im reinsten Gefühl, dem deutschen Vaterlande einen Dienst zu leisten, selbstständig gefaßt, und als Motiv hiezu angeführt, daß auch der Fünfziger-Ausschuß das Bedürfniß eines concentrirteren, und, wo es nöthig ist, beschleunigte Thätigkeit entwickelnden Organes anerkannt habe. Zur vorläufigen Einsetzung dieses Organs die erforderlichen Einleitungen zu treffen, fand sich die Bundesversammlung, da solches lediglich ein Ausfluß ihrer gesetzlich bestehenden Autorität seyn soll, und demselben keine anderen Befugnisse übertragen werden sollen als solche, welche ihr nach der allseitig anerkannten gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Ordnung zustehen, vollkommen befugt. Wenn der Fünfziger-Ausschuß von der Voraussetzung ausgeht, daß die Bundesversammlung hiebei an den von ihm unterm 27. April gefaßten Beschluß irgendwie gebunden sey, so kann man hierin nur eine Verkennung der Stellung des Fünfziger-Ausschusses und der — der Bundesversammlung gegenüber den Regierungen zukommenden Befugnisse erblicken; und indem die Bundesversammlung ihr Bedauern ausspricht, daß bei den nach ausdrücklichem Beschluß des Fünfziger-Ausschusses veröffentlichen Verhandlungen desselben so maßlose Angriffe eines seiner Mitglieder vorkommen konnten, wie solche in öffentlichen Blättern zu lesen sind, muß sie die Protestation des Fünfziger-Ausschusses gegen den gesetzmäßigen Gang dieser Angelegenheit entschieden zurückweisen. Schließlich wird ein Schreiben des General von Wrangel über das siegreiche Eindringen der Deutschen in Jütland verlesen. (Frkft. O.-P.-Ztg.)

(Frankfurt, den 9. Mai.) Die heutige Sitzung des 50ziger Ausschusses hatte ein zahlreiches Publikum angezogen, da man wohl annehmen konnte, daß der heute erschienene, dem Ausschusse zu Leibe gebende Bundesbeschluß Veranlassung zu heftiger Debatte geben werde. Eine Introduktion dazu bildete das gleich nach Verlesung des Protokolls der lezten Sitzung gestellte Begehren des Präsidenten v. Soiron, es solle noch darin aufgenommen werden, er habe Heckschers Ausdruck „Fälschung“ (der Triumviratsfrage) als unparlamentarisch bezeichnet. Nachdem nun vom Präsidenten die eingelaufenen Schreiben verlesen waren, ergriff der Vizepräsident Abegg das Wort, und verlas den den Ausschuß so sehr verletzenden Bundesbeschluß vom 8. d. Er beleuchtete ihn ausführlich und suchte darzuthun, daß der Bundestag den Ausschuß beschimpft habe, daß er sich wieder fühle, ganz der alte wieder werde, und zeuge, daß er nichts verlernt habe. Das Auditorium rief einstimmig Bravo, was der Hr Präsident verbat. Abegg stellte den Antrag, eine entschieden abweisende Erklärung im Protokoll niederzulegen und zu veröffentlichen. Eisenmann stellte dagegen den Antrag, die Sache einer Komission zu überweisen, die morgen schon Bericht zu erstatten habe, was auch nach langer Debatte angenommen wurde, nachdem der Antrag des Dr. Linke auf sofortige Diskussion durchgefallen war. Zuvor hatte aber der Präsident ein Schreiben des badischen Bundestagsgesandten Welcker verlesen, das den Bundesbeschluß vom 3. in der Triumviratssache erläuterte. Heckscher stellte nun mehrere sich auf Unterstützung der Marinebestrebungen der norddeutschen Seestädte beziehende Anträge, welche per Acclamation angenommen wurden, und zu deren Prüfung sofort eine Kommission ernannt wurde. Mappes stattete hierauf Kommissionsbericht über den Venedey'schen Antrag die Parlamentswahlen betreffend ab, welcher ablehnend lautete. (R. W. Z.)

(Hamburg, 6. Mai.) Nun wird es selbst der Börse, dieser Stütze aller hiesigen Reaktion, aller servilen und antinationalen Gesinnung, zu arg! selbst die Börse sieht endlich die gänzliche Unfähigkeit des gegenwärtigen Gouvernements ein! Es herrscht aber auch unter allen besonnenen gewissenhaften Leuten nur Eine Stimme darüber, daß der Senat abgesetzt zu werden verdient. Am 2. Mai, Dienstags Abends hat der Senat hier die Depesche aus Kopenhagen vom 1. erhalten, in welcher ihm die Blokadeerklärung der Elbe und die Wegnahme aller hamburgischen Schiffe angezeigt ward, und Donnerstag den 4. Mai veröffentlicht er erst diese wichtige Nachricht an der Börse, nachdem er sie am 3. Mittags vorläufig den Oberalten (!) mitgetheilt hatte!!! Ueber zwanzig Schiffe sind zwischen der Zeit, daß die Nachricht von der Blokade der Elbe und Wegnahme hanseatischer Schiffe durch die dänischen Kriegskreuzer in Händen des Senats war und daß er sie bekannt machte, ausgesegelt und vielleicht weit über 3 Millionen Thalern Pr. Werth von den Dänen genommen! Gestern Abend 7 Uhr kam wieder eine telegraphische Depesche von Cuxhaven, die ganze Börse war in Unruhe, zweimal fuhr der Präses des Kommerciums zum Syndikus Kauffmann, der aber nicht zu treffen war und bei dem gestern Abend nach 9 Uhr noch die Depesche uneröffnet lag!! (Brem. Z.)

(Hamburg, den 7. Mai. Mittags 12 Uhr.) Noch gestern waren bereits 5 Schiffe und gegen 160,000 Mark zur deutschen Flotte zur Dispositien gestellt.

Laut neueren Nachrichten aus St. Petersburg hieß es, daß der Großfürst Konstantin zum Schutze des russischen Handels am 23. April (5. Mai) mit einer Flotte nach dem Sunde abgehen werde. (Wes. Z.)

Hessen. (Mainz, 7. Mai.) Gestern rückten 700 Mann großherzoglich hessische Truppen mit 4 Kanonen in Bingen ein. Der Staatsprokurator begann die Untersuchung; zwei Hauptunruhstifter wurden in das Detentionsgefängniß gebracht, man bezeichnet noch viele, die durch die morgen fortzusetzende Untersuchung eingezogen werden sollen. Bei der heute vorgenommenen Arretirung versuchte man Sturm zu läuten, was aber verhindert wurde, worauf der Generalmarsch die Truppen zusammenrief, um die Masse zu zerstreuen. Man ist für die heutige Sonntagnacht sehr besorgt, besonders wegen Judenverfolgungen!! (Frkf. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 8. Mai.) Der wirkliche geheime Rath Graf v. Dönhoff ist von dem Posten eines Gesandten und bevollmächtigten Ministers am deutschen Bundestage abberufen und dieser Posten dem bisherigen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim päpstlichen Hofe, Kammerherrn und wirklichen Legationsrathe v. Usedom übertragen, ingleichen auch der durch den Abgang des General-Majors a. D. v. Radowitz, so wie des zu einer anderen Bestimmung berufenen Obersten Fröm erledigten Posten eines Militär-Kommissarius bei der Militär-Kommission der deutschen Bundes-Versammlung, dem General-Major v. Peucker verliehen worden. (Pr. St.-A.)

(Berlin, den 8. Mai.) Die heute ausgegebene Nr. 21 der Gesetz-Sammlung enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 6. Mai 1848, betreffend die Abschaffung der Strafe der körperlichen Züchtigung: „In Folge der durch die neueren Gesetze allen Meinen Unterthanen gleichmäßig verliehenen politischen Rechte bestimme Ich hierdurch auf den Antrag des Staats-Ministeriums, daß fortan von Civil- und Militär-Gerichten die Strafe der körperlichen Züchtigung nicht mehr verhängt, sondern statt derselben auf verhältnißmäßige Freiheitsstrafe erkannt werden soll. In denjenigen Fällen, in welchen eine körperliche Züchtigung bereits anerkannt, aber noch nicht vollstreckt worden, ist dieselbe in eine verhältnißmäßige Freiheitsstrafe durch die zuständigen Gerichte zu verwandeln. Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Potsdam, den 6. Mai 1848. Friedrich Wilhelm.“ (Pr. St.-Anz.)

(Breslau, den 7. Mai.) Ueber die Vorgänge im Großherzogthum Posen sind wir seit gestern ohne alle direkte Nachricht. Die Post, welche von hier nach Posen geht, ist nur bis Kosten gekommen und von dort wieder hierher zurückgeschickt worden. Der Kondukteur dieser Post will bei Kosten in der Ferne Kanonendonner gehört haben. Ebenso ist seit gestern der Postenlauf zwischen Krotoschin

und Posen eingestellt worden, sowie der zwischen Kozmin und Gnesen. Alles Dies deutet darauf hin, daß der Aufstand im vollen Gang ist. (D. A. Z.)

Von der Unstrut, den 5. Mai. Während der Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt seine Zeit mit Entwerfen von Proklamationen zubringt, schließen sich die Fürsten fester an einander und treffen Maßregeln der drohendsten Art. Man behauptet allgemein, daß es darauf abgesehen sey, die gegenwärtige Bewegung wieder gewaltsam zu unterdrücken und man den eigenen Truppen nicht mehr traue. Deßhalb sollen preussische Soldaten, nämlich 8 Infanterieregimenter, eine Pionirabtheilung, eine Abtheilung Jäger, 4 Regimenter Reiterei, 2 reitende Batterien, 2 Sechspfünder und 2 Zwölfpfünder, in der Gegend von Bamberg sich aufstellen, während wir fremde Truppen erhalten, so daß nirgends eingeborenes Militär steht und es nicht zu erwarten ist, daß es sich weigere, auf das Volk zu schießen. Auch die sächsischen Truppen sollen verlegt werden und nach Thüringen und Bayern kommen. Wir wissen nicht, wie weit dies der Wahrheit gemäß ist, aber man darf nicht versäumen, bei Zeiten auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. (Fr. O. P.-Bl.)

Donaufürstenthümer.

In Jassy ist am 1. April ein Ausbruch der Bojaren und des Volks zu Stande gekommen, der aber vom Fürsten durch nächtliche Gefangennehmung der Bojaren unterdrückt wurde. — Ein Brief vom 20. April aus Bukarescht theilt die unverbürgte Nachricht mit, daß die Aufständischen den Fürsten Stourdza ermordet hätten. Fürst Bibesco soll gemeinschaftlich mit den Petitionirenden zeitgemäße Reformen anstreben und dadurch sehr an Popularität gewinnen.

Frankreich.

† (Paris, 7. Mai.) Die Nationalversammlung sitzt heute nicht. Der Baumeister des Saales wird diesen Feiertag benutzen, um einige Aenderungen im Saale vorzunehmen.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 6. Mai.] Ob zwar schon um 1 Uhr begonnen, bot sie doch bis 3 Uhr fürs Ausland wenig Interesse. Nur zwei Punkte verdienen Erwähnung: 1) die Wahl des Abbé Fayet, Bischofs von Orleans, wurde wegen begangenen Intriguen einer Untersuchungskommission anheimgewiesen; 2) die Wahl des berühmten Arbeiters Schmit, Ministerialchefs und Ritters &c. annullirt. Nach 3 Uhr wurden die Verhandlungen interessanter. Die provis. Regierung stattete der Versammlung Rechenschaft über ihre Staatsverwaltung seit dem 24. Febr. ab. Es war dieß eine Art Rückschau auf die Ereignisse der letzten zwei Monate, die alle Welt kennt, aber im Munde Lamartine's immer wieder neues Leben gewinnt. Der Präsident Dupont (für den Lamartine den Generalbericht vorlas) war sicher nicht der Verfasser. Man versichert vielmehr ganz offen, daß Lamartine und Marrast ihn fast ganz allein aufsetzten. Ausser den zahlreichen Reformen, worunter natürlich der Sieg über die rothe Fahne, die Abschaffung der politischen Todesstrafen obenan stehen, enthält der Bericht die Erklärung, daß die provis. Regierung der Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf vorlegen wolle, doch ermuntern sie die Versammlung: Gott, Eigenthum und Familie zu beschützen, die Steuern gehörig zu vertheilen und der Arbeiterfrage ihre möglichst größte Aufmerksamkeit zu widmen. Ledru Rollin bestieg hierauf die Tribüne, um als Minister des Innern die Reihe der Specialberichte über die Staatsverwaltung zu beginnen. Seine Stellung war offenbar die delikateste und sein Vortrag wurde mit gesteigertem Interesse gehört. Allein es will uns bedünken, daß derselbe einen viel zu persönlichen Charakter trug. Er entwickelte alle die gegen ihn gerichteten Angriffe mit viel zu großer Empfindlichkeit, während er den Nadelstichen des Constitutionnel gänzliche Verachtung hätte entgegensetzen sollen. Das Journal des Debats sagt deßhalb heute sehr geistreich: „....Hr. Ledru Rollin ist sehr undankbar; man will aus ihm einen großen Mann machen und er mag nicht.“ Diese Rache könne man dem ehemaligen Organe Guizots unmöglich Uebel nehmen, denn Hr. Ledru Rollin, der Robespierre der Julirevolution, machte sich in der That lächerlich, als er die Vorwürfe von Anarchie und Kommunismus mit dem Ausrufe zurückwies: Niemand anders als Er habe den Appel zur berüchtigten Windmühlenschlacht gegen den Kummonismus am 16. schlagen lassen. Diese Rolle eines Angeklagten passe sich für einen der Väter der Februarrevolution durchaus nicht. Ganz anderer Natur war darum der Eindruck, den Louis Blanc's Rede auf die neuen Gesetzgeber machte. Trotz der jugendlichen Physiognomie des Redners, der so klein ist, daß er auf ein Fußbänkchen trat, um die Brust vor der Bühne desto freier lüften zu können, lief kalter Ernst durch den Saal und auf allen Gesichtern malte sich die Furcht vor dem Gespenst des Kommunismus. In lebhaften Farben schilderte er der Präsident des Parlaments, die Lage des eigentlichen Souverains und mehr als einem Mitgliede lief es eiskalt über den Rücken, als der Redner die gesellschaftl. Wunden aufriß und Heilmittel forderte. „Wir sind,“ schloß er „nicht ausschliesslich mit den Interessen des Proletariers beschäftigt; wir wollen nicht blos das Wohl dieses oder jenes Volks, sondern der ganzen Menschheit“. Die Carnotsche und Garnier Pagesschen Vorträge, mit denen die Sitzung schloß, enthalten Zahlen und müssen darum gelesen werden.

Die Montags-Abendsitzung der National-Versammlung verspricht einen interessanten Wahlkampf. Es wird in ihr die neue Regierung gewählt, die uns bis zur definitiven Verfassungs-Annahme regieren soll. Zahlreiche Intriguen entspinnen sich von allen Seiten. Ein Theil will Lamartine, Arago und Marie als Triumvirat, ein anderer Theil Lamartine, Arago, Marie, Bethmont und Marrast als fünfköpfiges Gouvernement. Ein dritter Theil endlich will.... Nun was wird das Volk zu all diesen Constellationen sagen? Soviel steht fest, daß ohne ein bedeutendes Blutbad die radikalen Glieder (Ledru Rollin, Blanc, Flocon, Albert u. s. w.) nicht erdrückt werden. Ständen wir vielleicht am Vorabend einer neuen Bewegung? Eines 18 Brümaire?

Italien.

(Rom, 1. Mai.) Auch wir befinden uns jetzt inmitten der Revolution. Die Minister haben gleich nach dem Erscheinen der Allocution vom 29. April, also bereits vorgestern Abend dem Papst ihre Entlassung abverlangt. Sie seyen compromitirt, da sie Befehle gegeben, welche jetzt von ihm desavouirt würden. Der Papst hatte ihre Abdankung halb und halb entgegengenommen und sich Bedenkzeit ausgebeten. Gestern Nachmittag wurde der Fürst Corsini zu ihm abgesandt, um ihm erneute Vorstellungen zu machen. Er zeigte sich unbeweglich, und gestern Abend hieß es, Cardinal Ferretti sei mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Unterdessen waren die verschiedenen Clubs zusammengetreten, um sich über die Errichtung einer provisorischen Regierung zu berathen. Die Bürgergarde hatte mittlerweile alle Thore besetzt, und ließ nicht einmal diejenigen Cardinäle heraus, welche auf der Spazierfahrt begriffen waren. Die Furcht, daß der Papst sich nach Subiaco in seine Partei zurückziehen möge, hat wohl wesentlich zu dieser Maßregel mit beigetragen. Diesen Morgen langte ein Abgesandter mit folgendem Bescheid an: der Papst habe sich durch die urplötzliche Abdankung der Minister verletzt gefühlt. Zu dieser sei kein Grund vorhanden. Er habe keine ihrer Maßregeln mißbilligt. Für die weltliche Regierung seyen sie verantwortlich. Als Papst könne er keinen Krieg zwischen seinen Söhnen (Krieg mit Oesterreich) gutheißen. Im übrigen möchten sie thun, was ihnen gut und nothwendig scheine: Bewaffnung, Reserve-Einberufung &c. sollten demnach sofort erfolgen. Nun, hieß es ferner, sey der Graf Mamiani, welcher mit der Abfassung einer Adresse an den Papst beauftragt war, selbst zum Papst gegangen, und um Mittag wurde eine Antwort erwartet. Das Volk ist ruhig. Zwar spricht man davon, es habe verlangt, daß die 17 in der Engelsburg gefangen gehaltenen Verschwornen des Juliuskomplots diesen Nachmittag auf Piazza del Popolo erschossen würden. Dieß scheint indeß nur ein leerer Schreckschuß zu sein. — Nachmittags 2 Uhr. Das alte Ministerium ist in seiner Ganzheit beibehalten worden. Nur die weltlichen Geschäfte gibt Card. Antonelli an den Grafen Mamiani ab, der statt seiner das Präsidium führen wird. Card. della Genga ist als ein Hauptorgan der retrograden Partei in dem Augenblick der Abreise angehalten und durch die Civica auf sein Zimmer beschränkt worden. Alle an die Cardinäle gerichteten Briefe, welche die Post diesen Morgen überbracht hatte, sind ebenfalls in die Hände der Civica gelangt. Angeblich hat man sie verdächtigen und verdächtigenden Inhalts befunden. Einer modifizirenden Erklärung des Papstes sieht man in der Gazzetta di Roma entgegen. Zur Kriegserklärung giebt er seine Unterschrift durchaus nicht. Diese wird durch die verantwortlichen Minister ersetzt. (A. A. Z.)

(Verona, den 7. Mai.) Ein mörderischer Kampf fand gestern in unserer unmittelbaren Nähe statt. Der Feind, durch die zahlreichen Freischaaren den Unsern vielleicht dreimal numerisch überlegen, mußte weichen, und zog sich auf Valleggio zurück. Die österreichischen Truppen fochten wie die Löwen, und verloren darum leider viele der ihrigen. Unter den Gefallenen beklagen wir den tapfern General Salis, der durch die Brust geschossen wurde, den Obristlieutenant Leuzendorf und andere. Von den Truppen erlitten den bedeutendsten Verlust das 10te Jägerbataillon, bestehend aus Niederösterreichern — also Deutschen, und theilweise auch die italienischen Grenadiere. Dem Feinde wurde wahrscheinlich eine vierfache Anzahl kampfunfähig gemacht. Sieben Stunden ununterbrochen donnerten die Kanonen, von 11 bis 2 Uhr Nachmittags in solcher Nähe, daß die feindlichen Kugeln bis an unsere Thore heranrollten. Die Stadt blieb und ist ruhig. (A. A. Z.)

Nach einem andern uns aus Verona den 6. Mai Abends 10 Uhr zugekommenen Briefe war der rechte Flügel der Oesterreicher von d'Aspre, der linke von Wratislaw befehligt, die Truppen jenseits der Etsch von Welden. Die Macht der Piomontesen wurde auf 50,000 Mann geschätzt. Sie schlugen sich tapfer, vorzüglich die Schweizer Schützen in ihren Reihen. Die italienischen Truppen Radetzky's wichen, während ihre deutschen Kampfgenossen aufs heldenmüthigste die deutsche Waffenehre behaupteten. Bei S. Lucia und San Massimo hielten sich drei Kompagnien gegen 4 Bataillone sechs Stunden lang, ohne dem Feind einen Zollbreit Raum zu gönnen. (A. A. Z.)

Rußland.

(Wien, den 6. Mai.) Die heutigen Berichte aus Krakau melden, daß von der russischen Gränze die Nachricht eingetroffen ist, Kaiser Nikolaus sey am 3. d. in Warschau ankommen. (Wien. Ztg.)

Schweden und Norwegen.

(Stockholm, 28. April.) Ueber die Kriegsverhältnisse Dänemarks mit den Herzogthümern Schleswig-Holstein bringt die „Augsb. Allg. Ztg.“ Folgendes: Daß die Jugend, vom skandinavischem Geist ergriffen, feuereifrig Dänemarks Partei nimmt, ist eine sehr erklärliche Erscheinung, aber weit kühler beurtheilt man die Sache von Seite der Regierung und des besonnenern Theils des Volks. Diese kennen das Wesen des Streites zwischen Dänemark und Schleswig, sowie die daran sich knüpfenden Plane der Dänen zu gut, als daß sie sich dafür enthusiasmiren sollten. Eine kurze Zeit hegte man ernste Besorgnisse, indem man glaubte, eine russische Flotte werde nach Kopenhagen kommen und sich in die Sache mischen; seitdem man hierüber sicher ist, hat sich die ernstere Aufregung gelegt und man sucht die übereifrige Jugend zu beschwichtigen. Der Ton, mit welchem z. B. das Aftonblad die Krieg schnaubenden Artikel, die man ihm einsendet, bevorwortet, ist ein hinreichender Beweis, daß man sich nicht in einen Streit mischen will, der nur zum Vortheil Rußlands ausschlagen könnte, das gewiß sehr gern sähe, wenn Schweden und Deutschland mit einander in Krieg kämen. So thöricht ist man aber weder diesseits, noch jenseits des baltischen Meeres, und König Oscar wird nur sein Möglichstes thun, um dem nutzlosen Kampf ein baldiges Ende zu machen.

Schweiz.

(Basel, den 7. Mai.) Dr. Hecker erklärt wiederholt in einem besonderen Druck-Blatt, daß es eine boshafte und schändliche Erdichtung sey, als sey General von Gagern meuchlings gefallen. Wiederholt erzählt nun Hecker den Hergang, „wie er sich wirklich zugetragen habe“ und schließt diesen Bericht mit den Worten: „Es ist also eine wahre Schändlichkeit, behaupten zu wollen, Gagern sey beim Parlamentiren erschossen worden, und kein Ehrenmann, mag er auch mein politischer

Feind seyn, wird je glauben, daß ein Republikaner, daß ich fähig sey, einen Meuchelmord auch nur durch Zusehen zu gestatten, geschweige ihn zu verhehlen oder zu vertheidigen, dafür bürgt mein ganzes Leben." (Frankf. J.)

Amerika.

(New-York, den 20. April.) Heute geht von hier nachstehende Adresse ab: „Dem freien deutschen Volke! Den vorbereitenden großen Bewegungen in Deutschland für eine endliche politische Wiedergeburt des Vaterlandes waren wir längst mit freudigem Interesse gefolgt; die Kunde von den Ereignissen, die als unmittelbare Folgen der Pariser Revolution in den süddeutschen Staaten zum Ausbruch kamen und wie ein elektrischer Schlag alle Theile unseres Vaterlandes durchzuckten, hatten wir jubelnd vernommen; aber noch hing unser Blick mit bangen Erwartungen an den finstern Wetterwolken, die sich um Preussens Hauptstadt unheilschwanger und drohend zusammenzog. Diese Wetterwolken — die letzten Ereignisse haben sie zerissen, und jubelnd begrüßen wir die Sonne der Freiheit, die nach so manchen Jahren schmachvoller Prüfung unserm Volke entgegen leuchtet, verheißend eine bessere, glücklichere Zukunft. — Kein Oesterreich, kein Preussen! Ein einiges Deutschland! Ein Fürst sprach's und es blieb leerer Schall. Ein Volk will es — und es wird zur That! — Ja, Ihr deutschen Brüder! werdet, seid, bleibt ein Volk, ein freies Volk, und laßt als solches Euch die brüderliche Hand aus dem einigen, freien Staatenbunde Amerikas reichen — der groß und blühend, weil er frei — stark und mächtig, weil er einig ist. So schreitet denn auch Ihr fort auf der einmal siegreich betretenen Bahn, mit Kraft und Muth, und was Ihr Edles begonnen, Ihr werdet es vollenden! Nicht auf den Verheißungen Eurer Fürsten beruht unsere Zuversicht; nein! auf dem kräftig erwachten Freiheitssinn der Nation, auf der Macht der öffentlichen Meinung. — Ehre den Männern, die den richtigen Augenblick erfaßt und verstanden haben, nicht allein den schlummernden Freiheitssinn des Volkes zu wecken, sondern auch demselben eine feste und bekannte Richtung zu geben. Ehre denen, deren freie Worte zur kühnen That entflammten! Heil aber, drei Mal Heil ihnen, die unveräußerliches Recht bestanden, und denen, welchen der Todesengel den Lorbeer um die blutigen Schläfe wand. Diesen Zuruf bringt Euch unser »Washington«, geschmückt mit den Flaggen des freien Deutschlands, und wenn schwarz-roth-gold stolz neben dem Sternenbanner unserer Republik weht, wenn es Washingtons Geist ist, der beide Flaggen umschwebt, dann wird es diesseit und jenseit des Ozeans in den Herzen aller deutschen Brüder jubelnd wieder ertönen: »Gott segne Deutschland!« Das Komité: Hessenberg, Christ, Dr. Gescheidt, W. Löschigk, Dr. H. Ludewig, J. Kuhnhardt, Dr. Henschell, F. J. Schlesinger.« Mit vorstehender Adresse geht der Ertrag einer dahier zum Besten der Verwundeten in Berlin veranstalteten Kollekte mit circa 4000 Dollars (fl. 10,000) nebst einer schwarz-roth-goldnen Fagge ab.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

† Es ist auf Freitag den 11. dieses Monats im Katharinensaale eine Volksversammlung anberaumt, die zum Zweck hat, eine Adresse und eine Erklärung gegen ungeeignete militärische Maßregeln, und einen Protest gegen den bekannten Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes der Siebzehner, an das deutsche Parlament vorzulegen; der Einsender dieses spricht hiemit im Namen vieler seiner Mitbürger den Wunsch aus, daß sich Nürnbergs Bewohner zu dieser Versammlung recht zahlreich einfinden mögen, damit benannte Adressen mit recht vielen Unterschriften versehen werden. Möge daher ein jeder die Wichtigkeit dieser beiden Adressen ins Auge fassen, und nicht denken, daß auch ohne seine Unterschrift dieselben an ihre Bestimmung abgehen können.

T. F.

Anzeigen

Wohnungs-Veränderung.

Bei unserm Umzug von der breiten Gasse in die Sterngasse Nro. 881, können wir nicht umhin, unserer alten Nachbarschaft für die vielseitigen Beweise von Freundschaft und Wohlwollen herzlich zu danken und uns unserer Neuen auf das Innigste zu empfehlen.

Nürnberg, den 10. Mai 1848

Lorenz Hettig, Locomotivführer.
Tobias Wurster seel Wittwe

Auf obige Anzeige mich beziehend, benütze ich diese Gelegenheit, mich meinen geschätzten Geschäftsfreunden auf das Angelegentlichste zu empfehlen, mit der Bitte das mir seit Jahren geschenkte Vertrauen auch in meiner neuen Bewohnung zu bewahren, indem ich alles aufbieten werde, mich desselben sowohl durch solide als billige Bedienung würdig zu zeigen.

Nürnberg, den 10. Mai 1848.

Tobias Wurster Federkielfabrikant seel. Wittwe

Wohnungs-Veränderung.

Das Commissions-Büreau des Unterzeichneten, so wie auch das Putzgeschäft der Unterzeichneten befindet sich in L. Nr. 101 der Adlerstrasse (sonst Roßmarkt genannt)

Der verlassenen Nachbarschaft herzlich dankend, empfehlen wir uns der neuen zur gütigen Aufnahme

Nürnberg, den 10. Mai 1848.

J J Pfeiffer, jun,
Nanette Pfeiffer.

Wohnungs-Veränderung.

Daß ich meine bisherige Wohnung verlassen und meine jetzige im Prächtelsgäßchen S Nro. 913 bezogen habe, mache ich hiemit mit der Bitte bekannt, alle Aufträge an mich dahin gelangen zu lassen. Zugleich bitte ich meine neue Nachbarschaft um gütige Aufnahme.

C. L. Böhm, Röhrenmeister

Empfehlung.

Bei herannahender warmer Witterung empfehle ich mich zur Aufbewahrung alter Pelzwaaren, und sonstigen dem Motienfraß ausgesetzter Kleidungsstücke. Dieselben können in meinem Laden im Rössels Kaffeehaus, und in meiner Wohnung Nro. 385 der Albrecht-Dürers-Straße abgegeben werden.

J. D. Schenk, Kürschner.

Zugleich empfehle ich eine schöne Auswahl moderner Mützen, in Tuch- und Seidenstoffen zur gefälligen Abnahme.

Glace-Handschuhe

in allen Farben werden schön gewaschen, ohne Geruch, das Paar zu 4 kr. und schön gefärbt für 8 kr. in der Schlotfegergasse Nr. 1425.

Fränkischer Kaseluchen

ist täglich frisch zur gefälligen Abnahme vorräthig bei Conditor Decke, Bindergasse S. Nro. 915.

(Gesuch.) Ein noch gut beschaffner lederner Reise-Koffer wird zu kaufen gesucht. L. Nr. 363.

Versammlung.

Freitag den 12. Mai Nachmittags 5 Uhr soll eine Volks-Versammlung im Katharinen-Saale stattfinden:

a) auf Verlangen des polit. Vereins, um einen Protest an das Parlament gegen den Reichsgrundgesetz-Entwurf der Siebzehner,
b) auf Verlangen mehrerer Bürger, um eine Erklärung gegen gewisse militärische Maßregeln des deutschen Bundes

der Versammlung Behufs der Betheiligung mittelst Unterschrift vorzulegen.

Angenommenen früheren Bestimmungen gemäß ist der Ausschuß gehalten, die nöthige öffentliche Einladung hiedurch zu besorgen

Dr. Schwartz, als Vorsitzer.

Wiener Salon!

Aechten Münchner Bock von vorzüglicher Qualität, Extra-Bier und *frischen Maitrank* empfiehlt ergebenst

Schenk.

Oeffentlicher Dank.

Ich fühle mich verpflichtet, dem Herr Dr. med. Sommer dahier, für die bei der so gefahrvollen und höchst lebensgefährlichen Entbindung meiner lieben Frau an den Tag gelegte ausgezeichnete Geschicklichkeit und unermüdete Ausdauer, so wie für dessen Sorgfalt und Pflege, da Mutter und Kind mit dem Leben davon kamen, hiermit öffentlich meinen tiefgefühltesten Dank mit dem Wunsche auszusprechen, daß Gott diesen in seinem Fache so geschickten und humanen Manne noch lange zum Besten des — seine Hilfe bedürfenden Publikums, erhalten möge.

Nürnberg, am 8. Mai 1848.

Joh. Valentin Engelhardt, Locomotivführer bei der k Süd-Nord-Eisenbahn

(Zu vermiethen.) In dem freistehenden Haus L. Nro. 1110b am Kornmarkt, vormals Färberei, ist die erste und zweite Etage täglich zu vermiethen. Jede besteht aus fünf freundlichen geschmackvollen Piecen, drei davon heizbar, auf Verlangen können aber die fünf heizbar werden; großem Laden, Antheil am Keller und sonstigen Bequemlichkeiten. Noch wird bemerkt, daß der am Hause gelegene Garten mitbenützt werden kann.

(Verloren.) Mittwoch den 10. Mai wurde auf der Messe ein fünf Ellen langes seidenes Band verloren. Man wolle es gegen ein Trankgeld zurückbringen.

Einladung.

Nächsten Sonntag den 14. Mai wird auf dem Zollhaus bei Wendelstein das Jahresfest (Kirchweih) gefeiert, und ist für gutes frisches Felsenkellerbier so wie für verschiedene warme und kalte Speisen bestens gesorgt. Auch findet an diesem Tage 6stimmige Blechmusik statt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

Wittwe Weiß.

Platners-Anlage.

Heute Freitag den 12. Mai „Metzelsuppe," wozu ergebenst einladet

F Stützer.

(Zu vermiethen) Auf einem frequenten schönen Platze, ohne Gegennachbar, ist eine anständig möblirte Wohnung, bestehend aus einer heizbaren und nichtheizbaren Stube, beide tapezirt, an einen oder zwei solide Herren oder Damen sogleich oder später billig zu vermiethen. Es würde sich auch für eine kleine Familie eignen, da es Küche hat, oder auch für Personen, die im Winter in der Stadt zu wohnen pflegen

(Zu vermiethen.) In Nro 324b am Neuenthor ist eine Wohnung, aus 1 heizbaren- und 2 Nebenzimmern, 2 Vorplätzen, Küche, Holzlage rc. bestehend, bis zum Ziel Lorenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein schön möblirtes Logis ist an einen soliden Herrn täglich zu vermiethen. L. Nr 1038 Jacobstraße

(Gesuch.) Ein junger lediger Mensch, der sich jeder Arbeit willig unterzieht, sucht baldige Beschäftigung.

(Gesuch) Ein Ersatzmann wünscht einzustehen. Näheres in der Exped d. Bl.

(Gesuch. Ein sehr solides Frauenzimmer, die in allen Arbeiten wohl erfahren ist, wünscht in einem soliden Hause unterzukommen. Näheres Nr 91 auf dem Hauptmarkte

(Gesuch.) Ein junger Mensch, der schon in einem Gasthause diente, wird anzunehmen gesucht

(Gesuch) fl 100 3½proz. Bayr Staats-Obligationen werden billig zu kaufen gesucht. Adlerstrasse L. Nro. 191

(Gesuch.) Bei einem soliden Geschäft kann ein junger Mensch gegen Lehrgeld unterkommen. Näheres S. Nr. 1.

Arena.

Donnerstag den 12. Mai. Auf vieles Verlangen: »Die Banditen oder Abentheuer einer Ballnacht« Lustspiel in 4 Akten v. Benedix.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

86 23 35 6 83

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Beilage Nr. XXXXVIII. zu Nro. 133 der Mittelfränkischen Zeitung.

Bayern. *† (München 9. Mai.) [Vierundzwanzigste öffentl. Sitzung der K. d. Abg. Nachmittags 5 Uhr.] Am Ministertische: Bar. von Lerchenfeld, Bar. v. Thon-Dittmer, Bar. v. Beisler, Heintz, die Minist.-Commissaire v. Hermann, Kleinschrod, Bening u. m. A. Auf der Tagesordnung befindet sich Fortsetzung der Berathung über das Ablösungsgesetz ꝛc. — Die Ausschüsse beantragten. — Art. 2. solle wegfallen, weil die Patronatsrechte nicht zu den gutsherrlichen gehören, da sie nicht nur Gutsherren sondern auch anderen Privaten, Gemeinden und Stiftungen zustehen, auf dem Titel der Fundation beruhen ꝛc. Die Ausschüsse modifizirten den Artikel 3 nun in folgender Weise: alle Natural-Frohndienste, gemessene wie ungemessene, mit Ausnahme jener bestimmten Dienste, welche nach Ausweis der Bezugsregister und der gepflogenen Liquidationen herkömmlich immer in Geld, obgleich unter alternativem Vorbehalte der Naturalleistung entrichtet worden sind, werden ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben; damit cessiren auch alle Gegenreichnisse für dieselben. Der Finanzminister erklärt sich gegen Aufhebung des Patronatsrechtes und wünscht Beibehaltung des Art. 2., wozu auch der erste Sekretair, Dek. Bauer u. m. a. Redner geneigt sind. — Referent Dr. Schwindel frägt, wem dann die Patronatsrechte zufallen sollen, etwa den Bischöfen? Er beantrage daher mit der Majorität des Ausschusses dessen Weglassung; die Kammer entscheidet sich gleichfalls hiefür. Art. 3. heißt also nun Art. 2. — Bar. v. Rotenhan schlägt einen Termin vor bis zum Jan. 1849, bis zu welcher Zeit man sich vorbereiten kann und schlägt überhaupt folgende Modif. vor; nach dem Wort »werden« setzen: vom 1. Jan. 1849 an und den Zusatz: Wenn Oekonomie Güter mit den von denselben zu leistenden Frohnen verpachtet sind, so können beide Theile für die nächste Pachtperiode den Pacht aufkünden, wenn keine Vereinbarung über angemessene Minderung des Pachtschillings zu Stande kömmt." — Abg. Rath Rey übergiebt gleichfalls eine Modif., auf Aufhebung der Naturalfrohnen ohne Entschädigung, worin die mit Geld fixirten nicht begriffen sind, eben so Aufhebung der Natrualscharwerke, mit Wegfallung der Gegenreichnisse an die Pflichtigen. Beide Antragsteller begründen ihre Modifikationen. — Der erste Secretair, welcher keine historischen Rechte, sondern nur historische Unrechte kennt, verbreitet sich über die Natur der Frohndienste, spricht gegen die Modif. des vereinigten Ausschusses, und schließt sich der Modif. des Bar. von Rotenhan an. — v. Habermann hingegen vertheidigt die Modif. des Ausschusses, erklärt sich gegen die des Abg. Rey, wohl aber für die des Abg. Rotenhan. Pickler-Limpurg bemerkt, daß er längst keine Frohnen mehr habe und spricht sich gegen alle Frohnen überhaupt aus. — Ebert äußert sich in ähnlicher Weise. Prof. Edel geht vom Prinzip der Billigkeit aus; die Frohnen sind unbedingt auf die linke Seite, auf die Seite der Verdammten gestellt worden, er habe sich aber überzeugt, daß in der Oberpfalz die meisten Renten darin bestehen. Es würde eine Ungleichheit eintreten, die Einen haben ihre Hauptrenten in Zehnten, die Anderen in Frohnden, warum sollen also die Letztern leer ausgehen und keine Entschädigung erhalten. — Schnetzer äußert sich für die Modif. des Bar. v. Rotenhan, jedoch gegen die Fassung dieses Artikels vom Ausschuß. — Dek. Bauer will, daß sowohl die neuabgelösten, als die bereits fixirten Frohnden ohne Entschädigung abgelöst werden, und ist aus den Gründen des Prof. Edel gegen die Modif. des Ausschusses; das Fixirungs- und Ablösungsgeschäft wäre sonst auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben, jeder Landtag würde sonst neue Anträge bringen; er empfiehlt dagegen die Modif. des Bar. v. Rotenhan. Habermann und Rabl sprechen sich dagegen aus. — — Bestelmeyer bemerkt, daß er schon im Ausschusse sich für die Ansichten des Prof. Edel ausgesprochen habe und führt seine Gründe hiefür an. — Graf Hegnenberg-Dux will lieber ein Unrecht, als zwei thun; er will nicht, wie der erste Sekretair auch noch die fixirten Frohnden aufgehoben wissen. Er würde sich gern einer Modif. im Sinne des Prof. Edel anschließen. Auch Bar. Lindenfels stimmt hiefür, der Art. 3 (jetzt 2.) solle vorerst gestrichen werden, wie Prof. Edel einen ausdrücklichen Antrag übergiebt. — Schlund spricht entschieden für Aufhebung der Frohndienste ohne Ausnahme; schon das Wort Frohndienst klingt ganz knechtisch in einer Zeit, wo von »Freiheit und Gleichheit« die Rede ist. Es könnte uns begegnen, wenn wir mit Frohnden nach Hause kämen, mit Knitteln begrüßt zu werden. Ramoser fühlt sich auch nicht disponirt den Prügeltod zu sterben, aber die Committenten werden begreifen, daß es ungerecht ist, die Frohnden sammt und sonders aufzuheben, wo das Vermögen Vieler ganz und gar in Frohnden besteht. Manche Pfarrer im Ries z. B. haben Holzbezüge in fern gelegenen Gegenden; auf dem Wege der Frohnden muß ihnen nun das Holz herbeigeschafft werden; aber dies könne nicht geschehen, wenn sie nicht für die Frohnden entschädigt werden. Er stimmt für den Antrag des Prof. Edel. Prof. v. Scheurl hat zwar im Ausschusse für Aufhebung der Frohnden ohne alle Entschädigung gestimmt, aber er sehe sich nun veranlaßt, für den Antrag des Prof. Edel sich zu erklären. — Abg. Schlund übergibt eine Modifikation; zwischen »Natural« und »Frohndienste« einzuschalten: »oder in Geld umgewandelt.« Derselbe motivirt seinen Antrag, den die Kammer unterstützt. — Der zweite Präsident erklärt sich für den zweiten Artikel in seiner ursprünglichen Fassung und entfaltet seine Ansichten über die verschiedenen eingebrachten Modifikationen, von denen nur die des Bar. v. Rotenhan seinen Beifall erhalten. — Leppold will, daß die Aufhebung nicht auf die bereits fixirten zurückwirken solle. Dek. Getz: Man appellire hier an die Freiheit mit schnödem Egoismus. Sey es gerecht, für einen großen Verlust eine billige Entschädigung zu verweigern, wo Viele ihr ganzes Vermögen verlieren? Der Name Frohnden solle künftig aus allen Wörterbüchern verschwinden, aber billig sey es, eine Entschädigung dafür zu gewähren. Er stimmme daher für die Modifikation des Prof. Edel.

Der 1. Sekr.: Die Frohndienste sind aus dem Hörigkeits- oder Leibeigenschaftsverhältnisse entsprungen. Wenn man bei den Frohnden nicht von Freiheit sprechen solle, so komme ihm das vor, wie wenn von Aufhebung der Sclaverei die Rede ist, derjenige sich beschwert, welcher erst 100 Stück Sklaven gekauft hat. Dek. Getz bemerkt, daß ein Volk, welches die Freiheit sehr hoch achtet, eine Entschädigung für die Sklavenbesitzer bewilligt hat. — Prof. Edel bemerkt, daß es fest stehe, wie Frohnden verschiedenen Ursprungs seien, auch aus grundherrlichem Verbande stammen; er wolle nur eine mäßige Entschädigung, weil manche sonst adelige Familien ärmer würden, als ihre ärmsten Untersaßen. Der Finanzminister bemerkt, daß die Frohnden in sehr vielen Fällen ein Ausfluß des grundherrlichen, in andern des Gerichtsbarkeitsverhältnisses seyen. Hätte die Regierung den Ursprung der verschiedenen Frohnden finden können, so würde sie sich darüber anders ausgesprochen haben. Bisher hatte der Pflichtige stets die Abschaffung gewünscht, mit wenigen Ausnahmen, und zwar aus Folge übertriebener Ansprüche von Seite der Berechtigten, deßhalb habe die Regierung auch den Art. IX. vorgeschlagen. Wenn die Kammer eine geringe Entschädigung für die Ablösung der Frohnden bewilligen will, so werde die Regierung sich nicht widersetzen. — Bestelmeyer äußert sich ungefähr eben so für Entschädigung. — Schnetzer bemerkt, daß in Würtemberg die Frohnden entschädigt, der Ablösungsmodus aber billiger gestellt sey; wäre dies bei uns eben so, dann würde er für Entschädigung stimmen; so aber sei er für den ursprünglichen Art. des Gesetz-Entwurfes. — Reuffer motivirt seine im Ausschuß abgegebene Stimme für die Modification und seine nunmehrige Ansicht für den Antrag des Prof. Edel. — Abg. Unterberger bemerkt, daß, wenn die Aufhebung der Frohnden ein Unrecht sey, so sey die Aufhebung ohne Entschädigung doch wenigstens ein konsequentes Unrecht. Die Modification des Bar. Rotenhan sey billig, er erklärt sich für den Edel'schen Antrag. — Zaier (Landbesitzer) ist für Aufhebung ohne Entschädigung, jedoch mit den billigen Bedingnissen des Bar. Rotenhan. — Rabl bemerkt in Bezug auf die Modification des Abg. Rey, daß Schaarwerk und Frohnen sinonym seyen; Rath Rey widerspricht dem. — Schlund hat ungefähr ein halbes Hundert Frohnden oder Knechtschaftsdienste aufgezeichnet; es würde nothwendig werden, daß alle bisher in Geld geleisteten Frohnden in ein ungleiches Verhältniß mit den jetzt aufgehobenen kämen; er besteht daher auf seiner Modification. — Bar. Freilitsch geht auf das Entstehen und die Art der verschiedenen Frohndienste über und bekennt sich zu dem Antrag des Prof. Edel. — Barsch führt Gründe an für den Art. in der ursprünglichen Fassung — ohne alle Entschädigung. Der Finanzminister bemerkt, daß der Staat nie seine Frohnen umsonst hergegeben habe, heute noch beziehe er daraus eine jährliche Rente von 200,000 fl. — Der Referent glaubt, Gesetze werden für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit gegeben, bestehende Verträge können nicht aufgehoben werden, wie Pachte aufgehoben werden, das passe nicht in dieses Gesetz herein, sei Sache der Privatverträge, auch gegen die Aufschiebung bis zum 1. Jan. 1849 und somit gegen die Modif. des Bar. Rotenhan müsse er sich erklären. — Der Staatsminister des Innern: die Regierung sey von jenen Frohnden ausgegangen, welche der Zeit am meisten mißfallen, zu statistischen Belegen war keine Zeit mehr vorhanden, als der Gesetz-Entwurf eingebracht wurde. Die Staatsreg. werde einer billigen Entschädigung nicht entgegentreten. Bedenklich wäre es, wenn man rechtsgültige Verträge, die aus der Vergangenheit feststehen, in Frage ziehen wollte; alle Rechtsverhältnisse würden sonst durch einander gebracht werden. — Redner scheint es, daß der Würde einer solchen Versammlung es nicht zusage, wenn bei jeder Gelegenheit des Knittels erwähnt würde. Hier soll die freie Ueberzeugung entscheiden, mögen Knittel oder Pflastersteine unser Loos sein. (Beifall.) — Der Antrag des Prof. Edel, daß der Art. 3 (nunmehr 2) gestrichen werden soll, wird verworfen. Die Modifikation des Abgeordneten Schlund (NB. der Zusatz: »oder in Geld umgewandelte«) wird gleichfalls verworfen, eben so der Antrag des Abgeordneten Rath Rey. Die Modifikation des Ausschusses hingegen wird mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Die Zusätze des Baron v. Rotenhan zu diesem Artikel werden gleichfalls angenommen. Der also gestaltete Artikel mit den Zusätzen wird angenommen. —

Art. 4 (nunmehr 3) erhielt vom Ausschuß folgende Fassung: „Die Erhebung der Mortuarien und des Todfallhandlohns cassirt ohne Entschädigung." Für diesen Artikel erhebt sich Abg. Unterberger; dagegen spricht v. Lindenfels, Dek. Ruland, Bar. Rothenan, dafür Rabel; v. Scheurl, welcher zwischen Sterb- und Besitz-Handlohn unterscheidet erklärt sich gegen Aufhebung des Mortuariums ohne Entschädigung, ebenso Dek. Spies, welcher über das Verhältniß des Besthaupts in Niederbayern sich äußert. Mehrere andere Redner verbreiten sich über dieses Thema mit Distinktionen von Besthaupt, Sterb- und Besitzhandlohn und sprechen sich theils für, theils gegen den betr. Artikel aus. — Der Min.-Commissär v. Hermann geht auf diese Unterschiede näher und gründlich ein. Redner bemerkt unter anderen, wenn man dem Berechtigten das Mortuarium wegnehme, verliere er nichts; wenn man es ihm einrechne, gewinne er nichts. Er führt diesen Satz umständlich aus und folgert, daß man allerdings den Todtenhandlohn füglich weglassen könne; übrigens rathe er zur Annahme des urspr. Artikels im Ges. Entw. — Referent Dr. Schwindl betrachtet das Handlohnwesen wie eine wahre Hydra mit hunderttausend Köpfen, das die größten und mannichfachsten Mißbräuche mit sich führe; er führt ein langes Register von solchen Handlohnen an, deren Wesen mit ihren verschiedenen Observanzen er schildert, das lästigste aber war stets das Besthaupt, welches von der beweglichen Verlassenschaft verlangt wurde, das beste Stük Vieh, dem Armen wurde nur das beste Kleid genommen. Bis auf den heutigen Tag bestehe noch dasselbe, nur unter verschiedenen Formen, man trachtet förmlich, den letzten Kreutzer aus der Tasche des Unterthanen zu ziehen. Deßhalb habe Referent beantragt, daß neben dem Besthaupt auch das Sterbhandlohn ohne Entschädigung wegfalle. — Die Fassung des Ausschusses wird mit großer Majorität genehmigt.

Den Art. 5 modifizirt der Ausschuß in folgender Weise, zwischen den Worten „Neubruchzehent" und „ohne" einzuschalten: „so wie der Kleinzehent da, wo er nicht bereits hergebracht oder durch Verträge oder Vergleich anerkannt ist, hören." Dek. Vogel kann sich zur Aufgabe des Blutzehents, sowie des Neubruchzehents entschließen, so groß er auch die Opfer betrachtet, welche die Geistlichkeit hier auf den Altar des Vaterlandes legt; der dürftigen Volksklasse könne dadurch genützt werden, so sehr Einige schmerzlich darunter leiden. — Dek. Deininger: durch den Blutzehent werden zwar die protestantischen Geistlichen am härtesten getroffen, dessen ungeachtet stimmt er für dessen Aufhebung, sowie für die ganze Fassung des Ausschusses. — Baron Rotenhan scheint die Fassung des Ausschusses sehr bedenklich; wo

der Zehent nicht hergebracht sei, könne er ja auch nicht aufgehoben werden, der Richter könnte durch diese Modif. leicht beirrt werden. — Dittmar schließt sich der Aeußerung des Dek. Deininger an. Habermann, Rabl und Ruland betheiligen sich noch ferner an der Diskussion, theils für, theils gegen die Ausschuß-Fassung sich erklärend. Letzter Redner will für den Blutzehent eine Entschädigung; manchem Geistlichen werde dadurch sein Lebensunterhalt an dem heutigen Abend genommen. Pfarrer Ramoser schließt sich diesem Redner an. Wo durch den Entgang die Existenz gefährdet ist, da müsse doch wohl die Billigkeit eintretten. Dek. Goetz, welcher gleichfalls die Existenz ganzer Familien gefährdet sieht, baut nicht allein auf die Gerechtigkeit der Gemeinden, sondern auch der Regierung. — Weinzierl erzählt eine Prozeßgeschichte aus seinem eigenen Leben; wer 30 Jahre auf dem eignen Acker die Frucht gebaut hat, der hat genug erobert: Jeder weiß aus Erfahrung, wer einen Prozeß hat, dem kostet das etwas und er weiß davon zu sagen. In meinem Deputirten-Herzen (Heiterkeit) muß ich mit Dek. Vogel gegen den Blutzehent stimmen. Dr. Schwindl als Referent bemerkt, wie ein zweiter Apostel Paulus sprach Dek. Vogel, indem er freudig sich zu dem nöthigen Opfer bequemte. Die Ausdehnung des Kleinzehents habe viele Schmerzen verursacht. — Der Staatsminister des Innern bemerkt, daß der Artikel in seiner ursprünglichen Fassung die Kleinzehentrechte wegließ, der Ausschuß sie aber bedindungsweise einführte; diese Bedingung halte er für überflüssig, weil dadurch Mißverständnisse entstehen können. — Die Kammer beschließt die Annahme der Ausschußmodifikation mit 52 gegen 46 Stimmen. (Ende nach 9 Uhr.) Die nächste Sitzung wurde auf morgen 9 Uhr anberaumt.

*† (München, den 10. Mai.) [Fünfundzwanzigste Sitzung der Kammer der Abg.] Am Ministertische: die Minister von Thon-Dittmer, Lerchenfeld und Heintz. — Auf der Tagesordnung Fortsetzung der speziellen Debatte über das Ablösungsgesetz. Art. 6 und Art. 5 handelt von der Aufhebung des Jagdrechts, Entschädigung dafür zu bieten. — Abg. Habermann glaubt, daß wenn das Jagdrecht aufhöre, es billig sey, daß der Staat auch die Jäger mit übernehme. — Abg. Dekan Bauer hielt dies für zu viel gefordert. Für Aufhebung des Jagdrechts müsse auch er sich erklären. — Abg. Ruland hielt es für eine große Ungerechtigkeit, daß das Jagdrecht ohne Entschädigung fallen soll, besonders da viele das Jagdrecht gekauft hätten. — Abg. Dek. Vogel vertheidiget die Modifikation des Ausschusses und schildert die Nachtheile, die das Jagdrecht der Kultur bringen. Ein Recht der Aufhebung sey allerdings nicht vorhanden, aber die Berechtigten werden es als ein Opfer zum Besten des Landes aufgeben. — Abg. Neuffer stimmt der Ansicht des Redners vor ihm bei. Obwohl er selbst Besitzer einer großen Jagd, deren Aufgeben ihm sehr hart komme, so bringe er demungeachtet gerne dieses Opfer dem Lande. — Abg. Schlund bezweifelt, ob das Jagdrecht überhaupt nur ein Recht sei; denn in vielen Gegenden sei es ein Krieg gegen die Kultur des Landes. Redner schildert das große Unrecht, welches durch die Jagd in einem konstitutionellen Staate begangen würde, indem sogar materieller Schaden dadurch dem Landmann zugefügt wird.

Der Minister der Finanzen hielt es für überflüssig, die Gründe, welche für Aufhebung des Rechtes der Jagd sprechen, hier umfassend zu erörtern; — denn dieses Jagdrecht soll ja eben aufgegeben werden. Ein deßfälliges Gesetz liege bereits im Staatsrathe und soll schon in einigen Tagen den Kammern vorgelegt werden. Der erste Sekretär Stockinger spricht sich für die modificirte Fassung des Ausschusses aus, da dadurch das Jagdrecht einstweilen durch ein provisorisches Gesetz aufgehoben werden könne. Die Vorlage eines neuen Gesetz-Enfwurfs wünsche er nicht mehr. — Abg. v. Rotenhan protestirt gegen eine vom Abg. Schlund gebrauchte Aeußerung, daß das Leben eines Haasen von manchem Jagdberechtigten höher geachtet werde, als das Leben eines Menschen. Auf Verlangen der Kammer geht es zum Schluß der Debatte, nachdem noch der I. Hr. Präsident bemerkt hatte, daß Abg. Schlund keinen Persönlichkeiten zu nahe zu treten beabsichtiet habe. Der Referent macht noch einige Bmerkungen über die Vortheile, welche durch Aufhebung des Jagdrechtes der Landeskultur zugehen werden. Der Artikel wurde dann nach der modificirten Fassung des Ausschusses angenommen. — Als (neuen) Art. VI. schlägt der Ausschuß folgenden die Weiderechte betreffend, vor. „Die Weide auf Aeckern während ihrer Fruktifikation und auf Wiesen während der Hegezeit wird ohne Unterschied, ob sie auf Herkommen, Verjährung und darauf gegründeten Titeln, oder auf ausdrücklichen besondern Concessionen und Verträgen mit den Eigenthümern beruhe, ohne Entschädigung aufgehoben. Die Ablösung der Weiderechte auf Gemeinde-Markungen oder sonstigen Weidedistrikten muß auf Verlangen der Mehrheit der Verpflichteten stattfinden, wenn sie für den ganzen Komplex gefordert wird. Der Entschädigungsbetrag wird durch Schätzung nach Ziffer 4 des Art. 12 von den Kulturbehörden ermittelt und festgesetzt.«

Abg. Ruland spricht gegen den Artikel indem er insbesonders auf Unterfranken hinweißt, wo durch Aufhebung der Weiderechte großer Nachtheil der Viehzucht zugehen würde. Abg. v. Feilitsch ebenfalls gegen Aufhebung. Abg. Zayer widerspricht Dr. Ruland indem durch die Aufhebung in Unterfranken der Nachtheil einem sehr kleinen Bezirk zukommen und bei dem größeren Theile allgemeine Freude erregen wird. — Abg. Barsch stimmt für die Aufhebung wegen der großen Nachtheile, welche das Weiderecht auf fremden Boden hervorbringt. Abg. Leipold will die Aufhebung aber mit Entschädigung. Abg. v. Feilitsch übergiebt die Modif. resp. den Zusatz, daß auch die Hutungen in den Waldungen cessiren sollen. — Abg. Schlund und Schrauten stimmen für den Artikel. Abg. Barsch übergiebt eine Modif., die eine etwas erweiterte Fassung des Art. bezweckt. Der II. Präsid. erklärt die Modif. resp. der neue Art. des Ausschusses habe den edlen Zweck, den Grund und Boden auch noch von dieser Seite hin zu befreien. Man könne ja demselben ganz wohl zustimmen, da den Berechtigten volle Entschädigung werden soll, so bald sie solchen rechtlich beanspruchen können. Er stimme daher für den Art.; jedoch gegen die Modif. des Abg. Barsch wegen Verletzung privatrechtlicher Verhältnisse und gegen die Modifikation v. Feilitsch wegen ihrer Unausführbarkeit. Abg. v. Rotenhan erklärt sich ebenfalls gegen die Modif. des Abg. Barsch, da dadurch alle Schäfereien aufgehoben, der Viehzucht großer Nachtheil zukommen würde. Der k. Ministerialrath übergibt zu dem vom Ausschusse vorgeschlagenen Art. 6. einen Zusatz; daß nach Aufhebung der Schafweiderechte, den Berechtigten das Weidrecht noch auf 3 Jahre zu belassen sey. — Wenn der Art. des Ausschusses angenommen werde, hielt der Herr Ministerialrath die Zustimmung seines Zusatzes für billig.

Abgeordneter Ney übergibt eine Modifikation, nach welcher die Hegezeit vom 1. April bis 1. Oktober festgesetzt werde, mit Ausnahme jener Gegenden, wo bereits eine frühere Hegezeit stattfindet. — Es sprachen noch die Abgeordneten Habermann, Barsch, Limer, Ebert und der II. Präsident darüber; zuletzt sprach auch wiederholt der Referent für Annahme des Artikels nach dem Beschlusse des Ausschusses sich aus. — Der königliche Staatsminister des Innern spricht sich gegen diesen Artikel aus; denn er hält denselben für nicht hieher gehörig, und den Gegenstand für viel zu wichtig, als daß derselbe durch einen einzelnen improvisirten Artikel erledigt werden könnte, da durch denselben zu viele Rechtsverhältnisse verletzt werden. Er spricht sich gegen die Modifikation des Abgeordneten Barsch aus denselben Gründen aus. Sollte indessen die Kammer den Artikel des Ausschusses annehmen; so wünschte er wenigstens, daß der Zusatz des Ministerialraths Herrmann angenommen werde. — Bei der darauf erfolgten Abstimmung wurden die Modifikationen der Abgeordneten Barsch, Feilitsch, Ney, und der vom Ministerialrath Herrmann vorgeschlagene Zusatz verworfen. — Der Artikel daher nach dem Beschlusse des Ausschusses angenommen. Artikel VII. Er lautet nach der modifizirten Fassung des Ausschusses folgendermaßen: »Alle rein persönlichen, nicht auf Grund und Boden haftenden Abgaben an den Grund- oder Gerichtsherrn hören ohne Entschädigung des letztern auf, z. B. die Canon- und Ordinari-Steuer, die Kleinhandlöhne, Handlohnsgebühren, die Zehentsatzungsgelder, Zehentpacht-Ratifikationsgebühren, Gebühren zur Ertheilung gutsherrlicher Konsense, die Kammersteuern, Reutersteuern und Reuter-Anlagen, das Meistergeld, Wandergeld, Juden-Begräbnißgeld, Bürgergeld, Kleppergeld, Gansgeld, Hundefütterungsgeld, Adulterien- und Fornikationsstrafen, das Ungenossengeld, die Nachsteuer, das Resumtions-, Herbergs- und Schutzgeld, namentlich der Juden, die Gewerbs-Recognition, das Einzuggeld, Siegelgeld, Herdgeld."

Hiezu kommen eine Menge Modifikationen von den Abg. Ney, Edel, Bestelmeyer, Fischer, Ewer und Barsch, die zum Theil sehr umfassend sind, größtentheils aber noch zur Ergänzung und Vermehrung der im Art. VII enthaltenen Namen von Steuerlasten beitragen. — Abg. und I, Sekr. Stockinger schließt sich den verschiedenen Modifikationen an, da durch dieselben der Artikel vervollständiget wird. — Abg. Scheurl wünscht Annahme des Artikels nach dem Vorschlage des Ausschusses; da die daselbst aufgeführten Lasten ja die zur Aufhebung bestimmten persönlichen Abgaben hinlänglich charakterisiren und nur als Beispiele in dem Artikel aufgeführt werden sollen. — Abg. Dr. Ruland glaubt, es herrsche viele Verwirrung in der Aufführung der Lasten. — Abg. v. Habermann will aus dem Grunde wie Abg. Scheurl Annahme des Artikels nach Fassung des Ausschusses. — Abg. Dr. Ramoser spricht sich ebenfalls dahin aus.

Abg. Leipold bringt (zur allgemeinen Heiterkeit) die Modifikation: die Abgabe — »Gansgeld« möge gestrichen werden, indem genannte Abgabe nach seiner Ansicht sich nicht unter den Art. 7 subsumiren lasse. — Da die Mod. des Hrn. Leipold keine Unterstützung fand, so kam auch diese Modification nicht in Berathung. Der Hr. Minister der Finanzen wünscht, daß die Kammer sich nicht zu weit in Spezialitäten einlasse; denn man musse diese dem Ermessen der Richter überlassen. Darum möge man den Artikel lassen, wie Ausschuß bestimmt hat, ausserdem Abgaben, die nicht aufgenommen werden können, sich demselben beimengen möchten. (Postschluß.)

† (Nürnberg, den 11. Mai.) Es geschehen bei Unterzeichnetem Anfragen wegen der Hülfskasse, welche zeigen, daß Viele den Zweck derselben nicht begriffen haben, und ebenso tauchen fortwährend Vorschläge zur Beseitigung der Geschäftsstockung auf, und beweisen, daß unrichtige Ansichten über die Ursachen derselben herrschen. Vor allem muß man von der Wahrheit überzeugt sein, daß kein Land so viel baares Geld besitzt, um auch nur zwei Monate die Bedürfnisse seiner Einnahme damit bezahlen zu können, und daß dieß nur dadurch für Monate und Jahre möglich wird, daß das Geld fortwährend von einer Hand in die andere geht (umläuft), Ereignisse, welche dieses Einnehmen und Ausgeben von Geld (den Geldumlauf) vermindern oder stocken machen, bringen das hervor, was man Geldmangel nennt, und von dem Geschäftsstockung die unmittelbare Folge davon ist. Eine solche Zeit ist aber jetzt nicht nur für uns, sondern für das ganze civilisirte Europa eingetreten. Unsere Reichen und Wohlhabenden haben, verführt durch den langen Frieden und der Bequemlichkeit der Zinserhebung durch bloses Couponabschneiden, den größern Theil ihres Vermögens in Staatspapiere und Aktien gesteckt. Diese sind jetzt theils unverkäuflich, theils um die Hälfte im Preise gefallen. Sie sehen also, wenn auch vorerst nur in der Einbildung, ihr Vermögen um die Hälfte vermindert und können nicht einmal von dieser Hälfte einen Gebrauch zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse machen. Die natürliche Folge davon ist, daß sie ihre Ausgaben einschränken, und daß das Geld, das diesen Fall von 50 Pct. nicht erlitten hat, gesucht, zurückbehalten, mitunter selbst vergraben wird. Hieher rührt die Geschäftsstille und der Geldmangel, und dieß wird und kann sich nicht eher ändern, bis das Vertrauen zurückkehrt. Die Bankiers und Kaufleute, denen es bei stockendem Geldumlauf am ersten an Geld fehlt, können nicht helfen, und es stehen ihnen kein Mittel zu Gebote, das zurückbehaltene Geld hervorzutreiben. Man muß daher den Zustand lassen, wie er ist, wo das Vertrauen wiederkehrt, wo er sich von selbst und plötzlich hebt, oder die Möglichkeit schaffen, todte Werthe, kürzere oder längere Zeit als Geld zu benützen, und diese gibt die Hülfskasse. Sie gestattet das, was jetzt unnütz ist, weil niemand dafur Geld gibt und geben kann, als Geld zu benützen, bis das Geld wieder in genügender Menge in Umlauf kommt. Sie wirkt so lang die Krisis dauert, selbst nützlicher, als wenn wir baar Geld schaffen (durch Einschmelzen unserer Silbergeräthe), denn auch dieses würde bald in Hände kommen, die es zurückhalten und daher dem Verkehr entzogen werden, während das Mittel der Hülfskasse, ihrer Natur nach, im Umlauf bleiben und daher diesen befördern. (J. C. Leuchs.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13. Mai 1848. № 134 Samstag: Servatius.

†* Zum deutschen Volksschulwesen.

In Nr. 129 der Mittelfränkischen Zeitung ist eine Mittheilung über ein einzelnes Verhältniß des Schullehrerseminars zu Altdorf, das bekanntlich unter der Leitung des Hrn. Inspektors Bauer steht, enthalten. Es wird darin mit kurzen Worten bewiesen, wie wenig oder eigentlich gar nichts für die politische Bildung der Seminarbildung gethan wird. Wundere man sich nicht, wenn wir die politische Bildung der Seminaristen **einen Zweig** der Seminarbildung nennen, obgleich derselbe in keinem besonderen Artikel des Reglements vorgesehen und verordnet ist. Es wird nach unserem Dafürhalten mit Recht darüber geklagt, daß den Seminaristen das Lesen politischer Blätter strengstens untersagt ist, und daß man ihnen auf eingereichte Bitte um die Erlaubniß, solche Blätter, gegenwärtig von dem allgemeinsten und höchsten Interesse, in ihren Freistunden ungehindert unter sich lesen und sich also auch mit der gegenwärtigen Zeit politisch fortbilden zu dürfen, die Auskunft ertheilte: „bei Gelegenheit des Geschichts- und Geographieunterrichts das Wichtigste daraus mitzutheilen." Das wäre also eine Concession, aber wir halten dafür, daß sie bei weitem nicht ausreicht und daß sie sogar in doppeltem Widerspruche mit dem Bedürfnisse steht. Dieß ist der Fall einmal deswegen, weil ein Geschichtsunterricht über die neuesten politischen Ereignisse und Errungenschaften ꝛc. in Bayern, Deutschland und Europa bei der gegenwärtigen Verwirrung der Verhältnisse gar nicht denkbar ist. Ein Geschichtsunterricht, der diesen Namen verdienen soll, kann doch wohl nur über einen, sowohl dem Raume der Zeit, als den Verhältnissen des Völkerlebens nach **abgeschlossenen** Abschnitt der Geschichte, und nicht über einen erst in der Entwicklung begriffenen, gegeben werden? Ebenso ist es mit dem Unterrichte in der Geographie. Wenn es sich darum handelt, die Selbstständigkeit einzelner Nationalitäten wieder herzustellen, folglich einzelne Staaten und Ländertheile Europas anders zu gestalten, als sie seit längerer Zeit in dieser Beziehung gestaltet waren, so mußte dies ein ziemlich in's Blaue gehender, politisch-geographischer Unterricht werden, den man „gelegenheitlich" an die gegenwärtig noch schwebenden Wirren und Zeitfragen anknüpfen wollte. Uns will es also **bedünken**, daß aus der gemachten Concession nicht viel Ersprießliches für den gewünschten Zweck hervorgehen dürfte. So steht diese Sache in Altdorf. Das Seminar in Schwabach sympathisirt mit dem Altdorfer. Herr Seminar-Inspektor Jacobi ist von den dortigen Seminaristen ebenfalls um die bewußte Erlaubniß in geeigneter Weise angegangen worden, aber der Erfolg war noch ein weit geringerer, ja nach unserer Meinung geradezu schroffer. Herr Inspektor Jacobi hält dafür, daß das Zeitungslesen „verwirrte Köpfe unter den Seminaristen mache, und will dem Seminare Schwabach nicht die Schmach anthun, daß Leute aus demselben kommen, die den Bauern ihre Pfarrer helfen fortjagen."

Enthalten wir uns jedes Urtheils über solche Ansichten, der Leser möge es sich selbst bilden. Wir sind nur der Meinung, daß, wenn Studenten, polytechnische Schüler, Gymnasiasten, wenn alle Schuster- und Schneiderjungen jetzt das Recht haben, eine Zeitung zu lesen, so sollte man dieses Recht **den** jungen Leuten wenigstens nicht streitig machen, die die eigentlichen Volksmänner in den untersten Schichten der Gesellschaft zu werden bestimmt sind, und deren Aufgabe es wird und sein muß, vermöge ihres Wirkungskreises auch in dieser Richtung künftig etwas mehr Licht zu verbreiten. Oder bildet es eine gesunde politische Ansicht, sich durch „gelegenheitlich eingestreute Bemerkungen beim Geschichts- und geographischen Unterrichte" von selbst? Wir sind der Ansicht, daß die Kontrolle auch dieses Bildungselementes allerdings der verehrlichen Inspektion zustehe, und daß der im Werden und Wachsen begriffene geschichtliche Stoff der Gegenwart von höchstem, bildendem Interesse für Jedermann, also auch für den Seminaristen sey; daß aber ein absichtliches Absperren von demselben weder amtlich verboten, noch auf humane Grundsätze gegenwärtig basirt werden könne. Haben denn die Herren Inspektoren als Gymnasiasten und Studenten nicht auch Zeitungen gelesen, oder sind die Zöglinge eines Schullehrerseminars gefährlichere Menschen, oder als die Parias der deutschen Volksbildner zu betrachten?

M.

Deutschland.

Bayern. †(München, 11. Mai.) Die Kammer der Abgeordneten beschäftigt sich noch immer mit dem Ablösungsgesetz. Wir wollen nur sehen, wie lange die Herren noch beisammen bleiben und uns mit ihren Diskussionen und Debatten langweilen.

(München, den 9. Mai.) In unserm Kultusministerium ist man damit beschäftigt, mehrere längst gewünschte Veränderungen in den innern Universitätsverhältnissen vorzubereiten, durch welche die Professoren sowohl als die Studirenden auf eine liberalere, der Zeit angemessenere Grundlage gestellt werden. So erwartet man Verfügungen über Lehr- und Lernfreiheit Ausdehnung der Theilnahme am Professorenrathe und an andern bis jetzt nur den ordentlichen Professoren zustehenden Befugnissen und Rechten auf die außerordentlichen Professoren (wodurch dem nach der seitherigen Praxis zu sehr begünstigten Kastengeist entgegengewirkt wird); ferner bessere Stellung der Privatdocenten und anderes mehr. Auch spricht man mit ziemlicher Bestimmtheit von dem Plane, das so zu sagen außerhalb der Stadt liegende Universitätsgebäude anderweitigen Zwecken zu übergeben und, wie schon vor Beginn des Baues angelegentlichst allein ohne Erfolg vorgeschlagen war, an der weit geeigneteren Stelle des königl. Kadettenkorps ein neues Universitätsgebäude aufzuführen Bestätigt sich dieses Gerücht sammt gewissen Voraussetzungen, welche man damit verbindet, so würde noch dazu aus der Durchführung des erwähnten Planes nicht nur kein Nachtheil, sondern sogar ein direkter Gewinn für das bekanntlich sehr geschwundene und einer Aushülfe dringend bedürftige Vermögen unserer Universität erwachsen. — In einer diesen Nachmittag abgehaltenen Staatsrathssitzung kam der Entwurf eines Repressivgesetzes als Ergänzung unseres Preßgesetzes zur Berathung. — (A. A. Z.)

* (Nürnberg, den 12. Mai.) Nach einem Generale hat das k. Staatsministerium des Innern schon unterm 24. März l. Js. — also 3 Wochen vor dem wiederholten Antrag des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten hiesiger Stadt — verfügt, daß die Magistrate und die Kollegien der Gemeindebevollmächtigten mit ihren Aeusserungen vernommen werden sollen, in welcher Ausdehnung die Oeffentlichkeit der Verhandlungen derselben zulässig und ausführbar erscheinen. Durch diese allerhöchste Entschließung glaubt das genannte Kollegium sich zur Zeit beruhigen zu können.

(Bamberg, den 12. Mai.) Der in Bamberg zum deutschen Parlamente gewählte Abgeordnete Titus legt sein Mandat in die Hände seiner Wähler nieder, weil er erfahren, daß die Wahl keine vollkommen gesetzliche und freie gewesen sey.

(Würzburg, den 11. Mai.) Gestern und heute gingen Truppenabtheilungen nach den Spessartgegenden ab, um den dort überhandnehmenden Waldfreveln zu begegnen. (N. W. Z.)

Baden. (Karlsruhe, den 8. Mai.) Das großh. bad. Regierungsblatt vom Heutigen enthält nachstehendes Gesetz, die in verschiedenen Theilen des Landes versuchte Steuerverweigerung betreffend. Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Es ist zu Unserer Kenntniß gekommen, daß in einigen Theilen des Landes Verweigerungen der gesetzlichen Abgaben vorgekommen sind, zu deren Aufbringung die gewöhnlichen Mittel nicht hinreichen. Wir haben daher beschlossen, zur Beseitigung dieses gesetzwidrigen Treibens außerordentliche Zwangsmaßregeln in Anwendung zu bringen, und verordnen mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt: Art. 1. Wenn Verweigerungen der gesetzlichen Abgaben vorkommen, zu deren Beseitigung die gewöhnlichen gesetzlichen Mittel nicht hinreichen, so hat das Oberamt den Gemeinderath des betreffenden Ortes aufzufordern, der Steuerbehörde bei Erhebung der gesetzlichen Abgaben, nöthigenfalls durch Aufgebot der Bürgerwehr, die erforderliche Unterstützung zu leisten. Art. 2. Gibt der Gemeinderath, aus welchem Grund es auch seyn mag, dieser Aufforderung keine Folge, so ist das Finanzministerium davon in Kenntniß zu setzen, welches den Militärcommandanten angeht, eine den Umständen angemessene Anzahl Truppen zur Vollstreckung in die betreffende Gemeinde abzusenden, und diesem Ansuchen ist sofort ohne Verzug zu entsprechen. Art. 3. Außer der freien Verpflegung dieser Truppenabtheilung während des Hin- und Rückmarsches und des Aufenthaltes in der betreffenden Gemeinde, hat jeder einzelne Mann des Commandos 24 Kreutzer für jeden Tag des Aufenthaltes an Vollstreckungsgebühr zu beziehen. Art. 4. Die betreffende Gemeinde hat die Kosten, vorbehaltlich des Rückgriffes auf die Schuldigen, zu tragen, und zwar die Verpflegung während des Aufenthaltes in Naturalleistungen, den Betrag der Marschkosten aber nach dem gesetzlichen Reglement, und die Vollstreckungsgebühren in baarem Gelde, durch unmittelbare Bezahlung an das Truppencommando, noch während dessen Aufenthaltes in der Gemeinde. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 6. Mai 1848. Leopold. C. Hoffmann. Auf allerhöchsten Befehl Seiner königl. Hoheit des Großherzogs: Büchler.

Freie Städte. (Frankfurt, den 10. Mai.) In der heutigen Sitzung der Sechsundfünfziger war auf der Tagesordnung der Commissionsbericht über den Bundesbeschluß vom 8. und dem gestrigen Abegg'schen Antrag. Bevor aber Abegg dazu schritt, beantragte er, einen ihm auf vertraulichem Wege zugekommenen geheimen Bundesbeschluß vom 4. d., den Verfassungsentwurf der Sechsundfünfziger betr., vorlesen zu dürfen, da er viel Licht über die Triumviratsfrage verbreitete. Nach kurzer Debatte wurde es Abegg anheimgestellt, den Beschluß vorzulesen. Er ist als ein Separatbeschluß des Bundestags und in der 47. Sitzung gefaßt worden. Er ist sehr ausführlich, und zeigt aufs deutlichste, daß der Bundestag Alles aufbietet, um auf die konstituirende Versammlung, von der er besorgt, daß sie eine solche werde, und den einzelnen Regierungen die Verfassung oktroyire, — einen leitenden Einfluß, besonders in Feststellung der Verfassung, zu gewinnen und nur auch in dieser Absicht das Triumvirat proponirte. — Der Beschluß erzeigte einen tiefen Eindruck und lebhafte Debatte, an welcher alle Mitglieder Theil nahmen, und in welcher mehrere Anträge gestellt wurden. Es wurde zuerst der Lehne's angenommen, an den Bundestag ein Schreiben zu richten, und darin anzufragen, ob der in Abschrift beizulegende Beschluß ächt sei. — Abegg erstattet darauf den Kommissionsbericht, allein die Berathung desselben wurde bis übermorgen ausgesetzt, bis wohin der Bund seine Antwort habe erfolgen lassen. — Schließlich kam die betr. Kommission nochmals auf die Aachener Ereignisse durch den jüngsten Protest des Aachener Magistrats zurück. — Kolbs Antrag, bei den herrschenden schwierigen Umständen und der sich im Bunde kundgebenden Reaktion die gewählten Parlamentsmitglieder zur ungesäumten Herkunft aufzufordern, wurde auf die nächste Tagesordnung gebracht. (N. W. Z.)

Hannover. (Hannover, 5. Mai.) Einen Zopf mag das Dienstpersonal der hiesigen Domänenkammer tragen, aber der Schnurbart

ist ihm verboten. Man sollte es in diesen Tagen kaum für möglich halten, daß der Kammerdirektor von Boß sich über das Tragen des Schnurrbartes von Seiten des genannten Dienstpersonals ereifern konnte. Aber der Erlaß liegt vor. Die Sache ist wahr, und troz ihrer Geringfügigkeit bezeichnend genug. (Frkft. O.-P.-Z.)

In Göttingen haben die Studenten am 1. Mai ihren festlichen Einzug gehalten. Mit ihnen sind für Stadt und Universität neue Hoffnungen eingekehrt. An 600 Musensöhne hatten sich in Nordheim versammelt und wurden von dort von den Göttinger Bürgern festlich eingeholt. Ehrenpforten waren gebaut und hunderte von Fahnen flatterten in dem Zug. Abends war den Studenten zu Ehren ein großes Festmahl von 950 Kouverts, an welchem alle Professoren und Notabilitäten der Stadt und Umgegend Theil nahmen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 8. Mai.) Seit zwei Tagen und Nächten haben wir endlich wieder friedliche und ruhige Stunden erlebt. Auf die Addressen der Universität, des Bürger-Ausschusses und der National-Garde hat der Minister des Innern sehr befriedigende Antworten ertheilt, und was das Beste für die Aufrechthaltung der Ruhe in der Kaiserstadt ist, es wurden Anstalten getroffen, daß von heute an alle brodlosen hiesigen Arbeiter Beschäftigung aller Art zugewiesen sind. Es ist deßhalb ein Arbeiter-Comité zusammengesetzt. Eine gestern hierüber publizirte Proklamation des Ministers des Innern machte unter dieser Klasse eine magische Wirkung. Die Kaiserstadt bot gestern wieder zum erstenmale das Bild des Friedens dar. Auf der Universität tauchen freilich noch immer Wünsche und Anforderungen auf, die ein großer Theil der radikalen Partei zu unterstützen sucht, und wir möchten es nicht garantiren, ob man von dieser Seite nicht noch ernstlich auf die Entfernung der kaiserlichen Mutter und des Erzherzogs Ludwig, die man offen als die Feinde der Reform bezeichnet, dringen wird. — Aus den Provinzen nichts Erhebliches. — Nachschrift. So eben verlautet, daß der hiesige päpstliche Nuntius Viala Prela, der noch vor 8 Tagen so freundschaftliche Versicherungen gegen Oesterreich heuchelte, während der päpstliche General Durando schon zur Rettung Treviso's heranzog, von unserm Ministerium des Aeußern die Päße zu seiner Abreise zugeschickt erhalten hat. **Oesterreich wird sich wahrscheinlich vom päpstlichen Stuhl lossagen.** (A. Abdz.)

(Wien, den 8. Mai.) Ein kaiserlicher Befehl verfügt die Aufhebung der Gesellschaft Jesu und der Kongregation der Redemptoristen. Minister v. Pillersdorff, der diesen Antrag bereits vor acht Tagen stellte, fand einiges Widerstreben; die ehrwürdigen Väter hatten bekanntlich sehr hohe Gönner und Gönnerinnen. Es half alles nichts. Die riesigen Katzenmusiken der vergangenen Woche machten die hohen Fürsprecher verstummen, und Jesuiten und Ligorianer müssen auch Oesterreich Lebewohl sagen. Wohin sollen sie nun ziehen? Immer kleiner wird der Raum, wo man ihnen noch eine Ruhestätte gönnt! Eine Riesendeputation des Magistrats, der Universität, der Bürgerschaft und sämmtlicher Vereine Wiens begibt sich morgen nach Prag, um zu vermitteln und Frieden zu stiften zwischen Tschechen und Deutschen. Frieden stiften? Ihre Freunde meinen, sie könnten sich das Postgeld ersparen. Wer den Geist der tschechischen Fraktion von Prag kennt, wird diesen Vermittlern entgegenrufen: „lasciate ogni speranza!“ Der Mai 1848 wird ein wichtiger Monat für das Slavenwesen. Auf den 14. Mai ist die große süd-slavische Erhebung, die von Kroatien bis zum schwarzen Meer sich erstrecken soll, festgesetzt. Belgrad — sagen die Slaven — wird die Hauptstadt des neuen Staates Slovenia. Ende Mai's versammeln sich die Slaven aus allen Weltgegenden in Prag. Der Graf Mathias v. Thun steht an der Spitze! Werden seine deutschen Großväter an jenem Tage sich im Grabe nicht umkehren? (A. A. Z.)

(Prag, den 4. Mai.) In der heutigen Sitzung des böhmischen National-Comite's, in welcher zum erstenmale Leo Thun präsidirte, trat die aus Wien zurückgekehrte Deputation auf, welche die Beschickung des Parlament verhindern sollte, und erstattete Bericht über den Erfolg ihrer Sendung. In der Antwort des Ministers Pillersdorf sind die wesentlichsten Punkte folgende: Er erklärt, daß die allen Völkern des Kaiserstaates durch die Verfassung verbürgte Nationalität durch die Wahlen weder einem Angriffe ausgesetzt, noch durch irgend einen Beschluß bedroht werden könne; daß eben so wenig durch die zu fassenden Beschlüsse den Rechten der Regierung für die Wahrung der Interessen der Monarchie zu nahe getreten werden dürfe. Er erklärt weiter, daß die Regierung sich als Mitglied des Bundes auch nicht der Pflicht entschlagen könne, durch die Theilnahme an den Verhandlungen zur Kräftigung und zeitgemäßen Entwickelung des Bundes mitzuwirken; daß keinem einzelnen Staatsbürger des österreichischen Kaiserstaates die Pflicht auferlegt worden sei, sich bei den Wahlen zu betheiligen, daß es dagegen wider die Rechte der einzelnen Staatsbürger verstoßen würde, ihnen die Mittel zu entziehen, an den Verhandlungen derselben Theil zu nehmen. — Der Minister will also bei der geschehenen Ausschreibung der Wahlen verharren, versicherte aber auch zugleich der Deputation zur Beruhigung, „daß die Beschickung jener Versammlung eben so wenig den staatsrechtlichen Verhältnissen Böhmens, als irgend einem anderen Theile der Monarchie präjudiciren könne.“ Diese Antwort hatte schon die Deputation nicht entfernt befriedigt, und sie hatte es für nöthig gehalten, gegen alle möglichen daraus entspringenden Folgen sich feierlichst zu verwahren. Auch in dem National-Comite rief sie stürmische Debatten hervor, in welchen die czechische Anmaßung von Neuem in ganzer Stärke hervortrat. Endlich wurde beschlossen: „zu allgemeiner Beruhigung von Seiten der allerhöchsten Regierung die bestimmte und offene Erklärung zu erbitten, daß dieselbe entschlossen sei, die Integrität und staatliche Selbstständigkeit der Monarchie mit allen Kräften aufrecht zu erhalten und keine Verbindung mit Deutschland zuzulassen, wodurch die volle Souverainität des Kaiserthumes Oesterreich auch nur im Mindesten geschmälert würde.“ (K. Z.)

(Triest, den 5. Mai.) In Venedig sollen sich starke Sympathien für Oesterreich äußern, und verschiedene Demonstrationen gegen Manin gemacht worden seyn. Die Kommunikation mit Venedig ist seit beinahe 14 Tagen zu Lande, und nun durch die Blokade auch zur See völlig abgebrochen; nur ausnahmsweise wird hin und wieder irgend einem Fahrzeuge die Spedition bewilligt, und zwar lediglich im Interesse des Handelsstandes, der sonst durch die gänzliche Absperrung gar zu sehr leiden würde. (A. A. Z.)

In einem Schreiben aus Lemberg, welches die constitutionelle „Donau-Zeitung“ mittheilt, heißt es unter anderm: „Alle Nachrichten bestätigen, daß die nach Czernowitz geflüchteten Bojaren aus der Moldau die entschiedenste Gesinnung der Moldau für Oesterreich äußern. Sie sagen, die ganze Moldau sey bereit, für den österreichischen Kaiser Gut und Blut einzusetzen.

(Salzburg, den 28. April.) Im Herzogthum Salzburg wurden die Wahlen der Abgeordneten zum konstituirenden Parlament in Frankfurt am 25. April vorgenommen. Das Resultat war kein günstiges. Die Wahlen fielen mit einer einzigen Ausnahme auf k. k. Beamte. Unsere Abgeordneten werden in Frankfurt alles eher als das Volk vertreten. Es ist bekannt, daß die Beamten in Oesterreich vom Volke durch viele Schranken getrennt sind. Wie kommt es nun, daß man da, wo die Stimme des Volkes gehört werden soll, nicht Männer aus seiner Mitte nach Frankfurt sendet? Da steht ein kaiserlich-königlicher Beamter neben dem andern, so daß es einem ganz schwarzgelb vor den Augen wird. Konnte man keinen unabhängigen bürgerlichen, keinen einzigen aus dem Stande der Bauern wählen? Haben beide Klassen der Staatsbürger nichts auf dem Herzen, was sie nun hier einfach und lauter aussprechen könnten? Nach dem Wahlresultate wird im Herzogthume Salzburg einzig und allein die Bureaukratie in Frankfurt vertreten seyn!

(Frkft. O. P.-Z.)

Preussen. (Königsberg, 2. Mai.) Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft hat das Staatsministerium in einer energischen Adresse aufgefordert, nicht eher mit Dänemark Frieden zu schließen, als bis völlige Genugthuung und Schadloshaltung für die Wegnahme der deutschen Schiffe erfolgt sey. Zugleich wird um Aufhebung des Sundzolls gebeten, der allein den Dänen die Unterhaltung einer Flotte möglich mache, während er den deutschen Handel lähme. „Die preussischen Häfen hätten diesem Algier an der Ostsee das Geld zu den Fesseln zollen müssen, in die sie nun selbst geworfen würden.“ (Frkft. O.-P.-Z.)

(Posen, den 6. Mai.) Die von Mieroslawski aufgerufene Landesbewaffnung ist nunmehr allgemein; alle Ortschaften sind von den kampffähigen Männern verlassen, so daß man in denselben nur Greise, Weiber und Kinder findet. Ueber die Stellung der Insurgenten hat man nie sichere Nachrichten: sie sind hier und dort, überall, wo sie die Truppen überwältigen zu können glauben. Bei dem letzten Treffen mit dem General v. Hirschfeld bei Wreschen am 2. sollen die Polen mit wahrer Todesverachtung gefochten haben. Obgleich ihnen vier Kanonen gegenüber standen, die unaufhörlich Kartätschen und zuletzt Shrepnells (mit bis 150 Kugeln gefüllte Granaten) gegen sie schleuderten, und wahre Löcher in ihre Massen rissen, formirten sie sich doch immer augenblicklich wieder unter dem Kugelregen, ohne nur einen Schritt anzuhalten, und zwangen die Hirschfeld'sche Kolonne nicht nur zum Weichen, sondern sprengten sie selbst. Es sollen gegen 800 Polen in diesem Kampfe gefallen sein, und zwar 460 Todte. Man verhaftet jetzt alles, was nur als der Theilnahme an der Bewegung verdächtig erscheint. Die Behandlung und Verpflegung der zahlreichen Gefangenen auf Fort Winiari soll sehr schlecht sein. In der Nacht vom 4. zum 5. ist ein Bataillon des 18. Infanterie-Regiments in Buk von den Insurgenten angegriffen, und, nachdem wiederum gegen 200 in die Reihen der Polen übergetreten waren, wie man gestern sagte, fast ganz vernichtet worden. Auch andere kleine Kämpfe sind vorgefallen. Seit der Einäscherung der ganzen Stadt Xions durch die Truppen haben dieselben, so viel bekannt, überall den Polen weichen müssen. Die Taktik Mieroslawski's ist eine ganz eigene und neue, die unsere Generale sehr in Verlegenheit zu setzen scheint, und das Militär selbst soll sehr entmuthigt sein, so wohl durch den Löwenmuth, mit dem die Polen überall siegreich kämpfen, wie durch die grausenerregende Art des Anmarsches der Sensenmänner. Diese wetzen nämlich die bis zum Augenblicke des wirklichen Einhauens in der Hand kurz gefaßte Sense, so daß die Funken fliegen, und singen dazu ihr brausendes Volkslied: „Noch ist Polen nicht verloren;“ so rücken sie nach dem Takt des Liedes an, fallen bei der ersten Gewehrsalve, die ihnen entgegen kracht, aufs Knie und stürzen dann geschlossen vor; nur wenn sie gegen Kanonen anrücken, singen sie einen Choral, und scheinen mit geschlossenen Augen resignirend in den Tod zu gehen. Dieser furchtbare Kampf der Polen, die ihre Freiheit als ein Geschenk von Deutschland erwarteten, und sich ursprünglich gegen Rußland rüsteten, wird nur mit ihrer Vertilgung enden können, und wie man sagt, soll auch die ganze Garde-Artillerie (36 Geschütze) hieher unterwegs sein, um dann mit 60 bis 70 Geschützen und mit Kartätschen und Shrepnells die Metzelei zu führen. Gestern Abend bald nach 10 Uhr fielen hier vom Fort Winiari und dem Wilda-Fort in Zwischenräumen mehrere Kanonenschüsse, und gegen 11 Uhr wurde Generalmarsch geschlagen. Das Schießen dauerte mit kleinen Unterbrechungen bis nach 1 Uhr Nachts, doch erfolgte kein wirklicher Angriff auf die Stadt, und wahrscheinlich haben sich der Festung nur Sensenmänner genähert, um die Besatzung zu alarmiren. Das dürfte sich wohl noch öfters wiederholen, da die Operationen Mieroslawski's darauf berechnet sind, das Militär systematisch zu ermüden. General v. Colomb hat auf eigene Hand hin das Standrecht an demselben Tage wieder eingeführt, wo Mieroslawski die gefangenen Landwehr-Offiziere und Wehrmänner ungekränkt in Freiheit gesetzt hatte; allein Mieroslawski ist der Mann dazu, bei wirklicher Ausführung desselben fürchterliche Repressalien zu üben, und auf der andern Seite wird es die Insurgenten mit noch größerer Todesverachtung im Kampfe erfüllen, wenn sie wissen, daß doch jeder Gefangene erschossen wird. Dieses ist hier schon viel gesprochen und nicht gehalten worden. (Köln. Z.)

(Köln, den 7. Mai.) Die Partei der Geistlichkeit hat nicht bloß im Rheinland, sondern auch im katholischen Westfalen in den Urwahlen an den meisten Orten gesiegt. Doch laufen von allen Enden Klagen, Spott und Hohn gegen die geistlichen Umtriebe ein. (A. A. Z.)

(Köln, 8. Mai.) Für Frankfurt sind heute der Erzbischof Herr v. Geissel gewählt und der Ministerpräsident Hr. Camphausen, dem troz der Bemühungen der äussersten Partei eine bedeutende Mehrheit zugefallen ist. Auch in Düsseldorf ist es zwischen dem Militär und den Bürgern zu Thätlichkeiten gekommen. (A. A. Z.)

(Breslau, 8. Mai.) Junge Leute, welche am Sonnabende hierselbst aus Polen angekommen sind, und auf ihrer Flucht von Warschau bis hierher mit den mannigfachsten Drangsalen zu kämpfen hatten, und mehrfachen Verfolgungen glücklich entkommen waren, erzählen, daß ganz neuerdings viele von den in Warschau und dessen Umgegend postirten Truppen wieder zurück nach Rußland berufen werden. Als Grund dieser Maßregel geben sie an, daß in Petersburg wirklich ein Militäraufstand ausgebrochen sey daß der Kaiser in Folge dessen Petersburg habe verlassen müssen, und daß letzterer

ihn nur vermöge der aus größerer Ferne herbeigezogenen Truppen dämpfen zu können gedenkt. Wir geben diese Nachricht, ohne uns für deren Glaubwürdigkeit besonders zu verbürgen. (Bresl. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 6. Mai.) Der Angriff auf Alsen ist beschlossen, weßhalb man alle Verwundeten von Flensburg, Schleswig und Rendsburg nach Altona bringen will, um in den dortigen Lazarethen Platz für die neuen Verwundeten zu machen. Der Angriff auf Alsen wird viel Menschenleben kosten, da das Ufer sehr hoch ist. Man verschob deshalb den Angriff von Tag zu Tag, da man den möglichen Verlust auf nicht weniger als 2000 Mann anschlug.

Nachschrift. So eben geht die Nachricht ein, daß die Dänen die Insel Alsen verlassen; man sieht vom Hauptquartiere aus Dampfschiffe voll nach Fühnen segeln und leer zurückkehren. Somit wäre also das Land ganz von dänischen Besatzungen befreit. Die Partei der Eider-Dänen ist ganz entmuthigt; sie sieht ein, daß alle ihre Demonstrationen zu nichts führen und daß sie damit den Ruin des Landes nur näher rücke und den Staats-Bankerott um 50 Jahre früher herbeiführe. (Köln. Z.)

Vom Main, 9. Mai. Die zahlreichen, aber zerstreuten Gemeinden der freien Kirche rüsten sich zu innigerer Verbindung, zu einem kirchlichen Bundesstaate, in welchem der lebendige Geist des Fortschrittes das Bundesoberhaupt seyn und jede Individualität in ihrem Rechte schützen wird, damit niemals Einerleiheit statt der Einheit und die Leibeigenschaft des Dogmas statt der freien und freudigen Selbstthätigkeit eindringe. Die freien protestantischen Gemeinden des preussischen Sachsens haben jüngst eine Synode gehalten; die Deutschkatholiken der südwestdeutschen Kirchenprovinz werden nächstens in Alzei dasselbe thun. Ronge wird vielleicht zu Neumarkt, Loose zu Reichenbach in Schlesien für den Reichstag gewählt. Wo nicht, so wird Ronge nach Böhmen gehen, wo sich bereits eine erste deutschkatholische Gemeinde konstituirt hat und Prediger Kodym Gottesdienst halten wird; Loose dagegen würde dann einen Wirkungskreis in dem heimathlichen Süddeutschland suchen. Seiner zwiefachen Befähigung zum geistlichen Lehramte und zu publicistischer Förderung religiösen und socialen Fortschrittes wird jener Wirkungskreis hoffentlich nicht lange fehlen, da mehrere Gemeinden am Main und Rhein eines tüchtigen Führers bedürfen. (Fft. J.)

Frankreich.

† (Paris, den 8. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 8. Mai.] Präsident Buchez. Der Redestuhl ist um einige Metres vorgerückt, damit die am Entferntesten sitzenden Glieder die Vorträge besser verstehen. Gleich nach Anfang der Sitzung (12½ Uhr) trug ein Glied darauf an, daß die Protokollvorlesung ein für alle Mal unterdrückt werde. Jedes Glied könne sich aus dem Moniteur von dem Inhalte der Verhandlungen des vorigen Tages hinlänglich überzeugen. Die Zeit sei kostbar und dürfe nicht durch unnütze Förmlichkeiten verschwendet werden. Zahlreiche Stimmen riefen jedoch: Nein! Nein! und dabei blieb es. Nach Erneuerung der Büreaus für die üblichen Vorarbeiten bestieg der Finanzminister Garnier Pages den Redestuhl. Er las den zweiten Theil seines am Sonnabend begonnenen Generalberichts über den Staatshaushalt vor, woraus wir folgende Hauptresultate entnehmen. Das Budget vom 24. Febr. 1849 an würde sich nach seinen Berechnungen belaufen auf 1,546,000,000 Frk. Einnahme und nur auf 1,500,000,000 Frk. Ausgabe. Wir waren sehr aufmerksam zu hören, durch welche Steuern der Minister diesen Ueberschuß von 46,000,000 Frk. zu Tage fördern würde. Allein sein Bericht beobachtet darüber gänzliches Stillschweigen. Nach Garnier Pages bestieg Arago die Tribune, um seinerseits der Versammlung über die Kriegsministerialverwaltung Rechenschaft abzulegen. Er schilderte die Maßregeln, welche die prov. Regierung getroffen, um jeden Kriegseventualitäten die Spitze zu bieten; charakterisirte die Reserven, die er im Heere vorgenommen und knüpfte bei dem Kapitel Algiers die Erklärung daran, daß Frankreich diese Kolonie sich vollständig assimiliren müsse. Sein Rath sei, diese schöne Besitzung entschiedener als je als einen integrirenden Bestandtheil Frankreichs zu pflegen. Sein Vortrag erhielt die volle Beistimmung der Versammlung. Nach Arago erhielt Marie, Minister der Staatsbauten &c. das Wort. Er schilderte den Zustand seines Departements vor der Revolution und lenkte die Aufmerksamkeit der Vers. auf mehrere bedeutende Projekte der prov. Regierung, die zum Theil schon in der Ausführung begriffen, worunter vorzüglich die Vollendung der Eisenbahnen. Die Expropriationsfrage bleibt reservirt. Der Staat habe sich vorläufig einer Linie bemächtigen müssen, die nicht mehr habe marschiren können. Uebrigens bedürfe er zur Hebung der Staatsarbeiten heroischer Mittel, denn mit ihnen stände das Volkswohl und das Gedeihen der Republik im innigsten Zusammenhange.

Lamartine, Minister des Auswärtigen, folgte dem Redner. Er begann mit einer philosophischen Darstellung über den Geist der Revolution früherer Jahrhunderte und über den Gegensatz, in dem sie zu den neuesten Bewegungen, namentlich in Frankreich stehen. Er wollte zur größeren Verständlichkeit der Versammlung eine historische Entwickelung der Ereignisse von 815 bis 1830 vorlesen. Allein die Versammlung wünschte dies nicht und der Redner (einen großen Stoß von Folioblättern weglegend) ging auf die Gegenwart über. Frankreich werde sich, sagte er, nicht nur zur demokratischen Republik bilden, sondern es sey auch Soldat, um der Verbrüderung aller Völker zu helfen. Diese Erklärung, obgleich im scharfen Gegensatze zu dem bekannten Moderantismus des Redners in Italien und Deutschland, rief großen Beifall hervor. Er warf nun einen Blick auf die Ereignisse aller Staaten, begann mit Neapel und schloß in Wien und Berlin seine Rundschau. Das deutsche Parlament wurde von ihm ganz besonders gerühmt: es werde aus zwei Kammern bestehen und die Demokratie in Deutschland einführen. Das Wort Republik entfuhr nicht seinen Lippen; Deutschland soll demokratisirt aber nicht republikanisirt werden.

In seiner Schilderung der Stellung Frankreichs war der Minister nicht weniger vorsichtig. Er glaubt nicht an den Krieg, so lange Frankreich mit Moderation fortschreite. England habe es in Spanien nicht mehr zu beeifersüchtigen; Rußland sei nicht zu fürchten, wenn Frankreich den slavischen Völkern die Bruderhand reiche. Die Demokratie Europas, schloß der Redner, werde keinen dreißigjährigen Krieg zu führen brauchen. Endlich drückt er seine Freude aus, daß die provis. Regierung die Zügel der Regierung der Nationalversammlung im vollsten Genusse des inneren Friedens übergebe. Ein Antrag, diese Rede in Specialabdrücken an alle Höfe Europa's zu schicken, wurde von Lamartine selbst bekämpft. Solche Abdrücke könnten als eine Demonstration gedeutet werden. Hierauf las der Präsident einen Brief Beranger's, in welchem derselbe seine Entlassung einreicht. Die Versammlung entschied jedoch einstimmig, diese Entlassung nicht anzunehmen. Wir entsinnen uns nicht, daß eine Nationalversammlung je eine solche Weigerung votirt hätte. Nächstdem erhielt Dornès, ehemaliger Redakteur des National, das Wort. Ich mache, begann er, der Versammlung den Vorschlag, den Gliedern der provis. Regierung Anerkennung und Dank der Nation für alles Gute und Große, was sie gethan, zu votiren, und folgende fünf Glieder derselben als Regierungs-Kommission zu bestätigen..... Ein furchtbarer Sturm unterbrach den Redner. „Wie können Sie, rief Dupont (Eure), Präsident der Regierung, „uns so kompromittiren?“ Die ganze Versammlung brach in neuen Lärm aus. Der Redner suchte ihn zu bezwingen, und wollte seine Proposition fortlesen. Allein der Tumult wurde so groß, daß sich der Präsident bedeckte und die Sitzung um 2½ Uhr aufhob.

Erstes Vorspiel der nächsten parlamentarischen Kämpfe (4 Uhr.) Lebhafte Gruppen bildeten sich im Saale; um 4 Uhr nahm der Präsident wieder seinen Platz ein. Er erklärte die Sitzung wieder eröffnet und ermahnte die National-Versammlung zur Ruhe. Dornès erhielt zuerst das Wort und sagte, er werde nimmer weder dem Präsidenten noch der Versammlung das Recht zugestehen, Propositionen vorzubringen oder vorzulesen. Um den Frieden zu erhalten, wolle er jedoch den persönlichen Theil (die Namen der 5 Reg. Commissionsglieder) weglassen. Dies geschah und Dornès (ehemaliger Redakteur des National) liest seinen Vorschlag vor. Der erste Punkt desselben (die Dankadresse) wurde von mehreren Rednern unterstützt. Der zweite Punkt dagegen solle den Bureaus unterworfen werden. Während dessen erfolgt eine 2. Proposition. (Postschluß)

† (Paris, den 8. Mai.) Heute abend geht das Provisorium zu Ende: eine Regierungs-Commission tritt an seine Stelle. Sie wird Frankreich so lange regieren, bis die Nationalversammlung ihre Aufgabe zur Zufriedenheit des Volks gelöst hat.

Die „Reform“, Organ Ledru Rollins, sagt: Streitet man sich doch jetzt gerade so um Ledru Rollin und Lamartine, als früher um Guizot und Duchâtel. Möge die Constituante die Volksanträge nicht über diesen Personenkrieg vergessen: wir würden sonst keinen Augenblick zögern, es dem Volke anzuzeigen. Wir thaten dieß unter der Monarchie und werden unter der Republik unserer Pflicht nicht untreu seyn.“ Das heißt mit anderen Worten: Seid Demokraten und keine Phraseologen, sonst gibt's Flintenschüsse.

Die Republik beweist sich nicht weniger gnädig als die Monarchie. Als Beweis lassen wir hier das Budget eines Freundes des National (Marast's) folgen: 1) Der Bürger Thomas erhält als Central-Kassierer jährlich 20,000 Franks. 2) Als Entschädigungssumme (einmal) 20,000 Francs. 3) Sein ältester Sohn (26 Jahre alt) als sein Helfer 6000 Francs. 4) Sein zweiter Sohn (22 Jahre alt) als sein Helfer 2400 Francs. 5) Sein jüngster Sohn (Inspektor der Dampfschiffe) 6000 Francs. 6) Sein Schwiegersohn als Obersteuer-Einnehmer 43,000 Francs. 7) Eine der Töchter im Tabaksbüreau zu 1500 Francs, in Summa 100,900 Francs. O, Garnier Pages, ruft die „Reform,“ der wir diese Notiz entnehmen, aus: Wie konnten Sie unter Louis Philipp so unbarmherzig gegen jenen armen Steuer-Einnehmer verfahren, der doch weiter nichts verbrochen hatte, als für sich und seine Freunde einige Millionen zusammenzuscharren?! Man sieht: Staats- und Privatinteresse gerathen hier ziemlich hart aneinander. Die Stimmung zwischen Reform und National wird täglich gereizter.

Italien

(Rom, 2. Mai.) Diesen Morgen erschien ein Erlaß von Pio IX., in welchem er die Schwierigkeiten seiner Lage schildert, sich von jeder Theilnahme an dem Krieg wiederholt lossagt, aber für die nach der Lombardei gegen seinen Willen vorgedrungenen Landeskinder Sorge tragen zu lassen verspricht, über die Drohungen laut klagt, welche die Liberalen ausgestoßen haben, und zuletzt selbst mit einer Drohung der ihm belassenen Gewalt schließt. Einige böse Buben rissen es auf der ganzen Linie des Corso überall ab. Kurze Zeit darauf veröffentlichte der Polizeiminister Galletti einen Aufruf an die Römer, in welchem er sie durch gutgemeinte Vorstellungen vor dem Eingreifen in seine Rechte abmahnt und zur Ordnung zurückzuführen sucht. Der Konflikt zwischen dem Verlangen des Volks und dem Willen des Papstes ist der Art, daß eine Ausgleichung schwer, wenn nicht unmöglich ist. Viele Familienväter erklären, daß sie ihre Söhne nur unter der Voraussetzung hätten mitziehen lassen, daß der Krieg legal, von der weltlichen Autorität gebilligt, und durch den Staat garantirt sei. Der Papst erklärt von allem dem das Gegentheil, und fügt noch ausdrücklich hinzu, daß er alle diejenigen, welche sich bei ihm beurlaubt hätten, in diesem Sinne zugesprochen habe. Auch seien die Erklärungen, welche er den Repräsentanten der auswärtigen Regierungen abzugeben veranlaßt gewesen sei, in gleicher Weise erfolgt. (A. A. Z.)

(Verona, 7. Mai.) Noch immer wiederhallt in meinen Ohren der gestrige Kanonendonner und das Schlachtfeuer, welches eine gute halbe Stunde dauerte. Darauf war es einen Moment ruhig; die Piemontesen gingen zurück und neue Bataillone rückten vorwärts, um die Geschichte von neuem und noch schärfer zu beginnen, aber vergebens. Der Grund des Zurückweichens bei Santa Lucia war, daß erstens dort italienische Truppen waren, und dann daß der dort mitfechtenden Jägerkompagnie die Patronen ausgingen. Sie hatten die sechzig Patronen, die jeder zählte, so schnell verschossen, daß es für den Augenblick an Munition fehlte; man war auf ähnliches nicht gefaßt. Soeben erzählt man, daß gegen 500 verwundete Piemontesen hereingebracht wurden nebst 4 Trommeln, noch 20 liegen auf dem Schlachtfelde mit Gewehren, Waffen, Tschakos, Kessel u. s. w. in Menge. Es waren im ganzen 50 Wagen Verwundete. (A. A. Z.)

Ein ausserordentliches Mailänder Bülletin, aus dem piemontesischen Hauptquartier Somma-Campagna vom 6. Mai datirt, versichert die rückgängige Bewegung der Piemontesen sey nur angeordnet worden, weil die Gegner sich hinter ihre Verschanzungen und Mauern zurückgezogen hätten; doch sey, als die Oesterreicher Santa Lucia wieder besetzt, dasselbe noch einmal genommen worden, von dem Herzog von Savoyen, der bei dieser Gelegenheit bis unter die Mauern von Verona vorgerückt sey. Der Verlust auf piemontesischer Seite sey nicht gering, noch größer auf österreichischer. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Das Verfahren bei Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung betr.)

Vom

k. Kommissär der Stadt Nürnberg

und

Vom

Magistrat der k. Stadt Nürnberg

als Polizey Senat

wird als Nachtrag zur Bekanntmachung vom 26. April obigen Betreffs folgende Warnung veröffentlicht.

Wenn bei öffentlichen Ruhestörungen von den Waffen Gebrauch gemacht werden muß, so wird gemäs Mittheilung der k. Stadtkommandantschaft das Signal hiezu von der kgl. Infanterie und also auch von der kgl. Landwehr und Stadtwehr durch einen Trommelwirbel; und von der Cavallerie durch einen Trompetenruf gegeben.

Hierauf folgt unmittelbar die mündliche Aufforderung des Civilcommissärs an die versammelte Menge, augenblicklich sich zu zerstreuen und sogleich nach Haus zu gehen.

Geschieht dies nicht, so erfolgt nach 10 Sekunden dasselbe Signal zum zweitenmale, und unmittelbar darauf der zweite Aufruf.

Zerstreut sich dann nicht augenblicklich die versammelte Menge und geht sie nicht sogleich ruhig nach Haus, so erfolgt nach 10 Sekunden dasselbe Signal zum drittenmal und unmittelbar darauf der dritte Aufruf durch den Civilkommissär.

Ist auch dies vergeblich gewesen, so wird die bewaffnete Macht zum scharfen Gebrauch der Waffen (auf Stoß, Hieb und Schuß) kommandirt.

Nürnberg, den 8. Mai 1848.

Lentz. **Dr. Binder.**

Müller.

Bekanntmachung.

Auf Andringen eines Hypothekengläubigers wird das den Bauerseheleuten Johann und Elisabetha Vogl'schen, zu Leiß gehörige Oekonomie-Anwesen, nämlich

Besitz Lit. A.

Das Wohnhaus mit gebauter Scheuer Backofen, Schweinstall und Hofraum, im letztern ein Schöpfbrunnen in gemeinschaftlicher Benützung mit Haus-No 36a zu 0,16 Tagw. Pl.-No. 36a und folgende Bestandtheile

Gärten.

Pl.-Nr. 35b	— 0,02 Tagw.		Wurzgärtchen.
„ 36¹/₁	— 0,33	„	Gras- u Baumgarten.

Aecker.

Pl.-Nr. 461	— 1,13 Tagw.		Keller- oder Schusteracker
„ 430¹/₂	— 0,67	„	vom Buchenbüchel.
„ 168	— 0,66	„	Felsenacker.
„ 169	— 0,47	„	desgl.
„ 187	— 1,72	„	vordere Ackerlänge.
„ 189	— 2,03	„	mittlere Ackerlänge.
„ 201	— 1,98	„	hintere Ackerlänge.
„ 263a	— 0,44	„	Baumäckerl.
„ 263b	— 0,73	„	desgleichen
„ 280	— 1,07	„	Windnerhöh
„ 283	— 2,45	„	lange Ackerläng.
„ 336	— 0,91	„	hinteres Stuckäckerl.
„ 337	— 1,23	„	Schettbreitl.
„ 339	— 1,63	„	lange Ackerlang.
„ 430	— 3,87	„	Buchenbüchel.
„ 474	— 0,82	„	Kerlasteigäckerl.
„ 493	— 0,61	„	Bigar-Aeckerl.
„ 494	— 1,37	„	Faller-Acker.
„ 496	— 2,23	„	mittlere Ackerläng am tiefen Weg
„ 498	— 0,31	„	Rödiger-Aeckerl.
„ 501	— 1,01	„	das Breitl.
„ 511	— 0,60	„	das kleine Aeckerlein am Dörnderfer Weg
„ 517	— 3,31	„	Keller-Acker
„ 539¹/₂	— 0,80	„	Hoher Ranken

Wiesen.

Pl.-Nr. 476	— 0,48 Tagw.		das innere Kerlasteigäckerl
„ 487	— 0,74	„	Görgnacker (Acker)
„ 490	— 0,86	„	Görgenwiese.

Pflanzbeet

in Pl.-Nro. 43 (Gemeindegrund) und

Gemeinderecht

zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen — mit einer Gesammttaxe von 5350 fl

Besitz Lit. B.

Pl.-Nr. 7	— 1,57 Tagw.		Wiese die Burgwiese, geschätzt auf 215 fl
„ 309	— 5,48	„	Waldung, der Kirchbacher Schachen, geschätzt auf 450 fl.

Besitz Lit. C.

Pl.-Nr. 316	— 4,31 Tgw.		Waldung, das Crampersdorfer Weghölz', geschätzt auf . . . . . 300 fl

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und hiezu Bietungstermin auf

Mittwoch den 21. Juny d. J., Vormittags 10 bis 12 Uhr

anberaumt

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß das Schätzungsprotokoll, sowie das Lastenverzeichniß in der Registratur des unterfertigten Gerichtes täglich eingesehen werden kann, und daß der Hinschlag nach §. 64 des Hyp.-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§ 98—101 des Proz.-Ges. vom 17. Nov. 1837 erfolge.

Beilngries am 21. April 1848

Königl. Landgericht.

Martin.

Bekanntmachung.

(Die Zahlung der Reluitionsbeiträge betr.)

Die reluitionspflichtigen Bürger und Insassen der hiesigen Stadt und des Burgfriedens werden hiemit aufgefordert, ihre rückständigen Reluitionsbeiträge von den Vorjahren, als auch von den Etatsjahren 1846/47 und 1847/48 an die unterzeichnete Oekonomie-Kommission im Hause L. Nro. 314 der Adlerstrasse an jedem beliebigen Tag zu bezahlen.

Man giebt sich hiebei der Hoffnung hin, daß die Reluitionspflichtigen die Kommission nicht veranlassen, die Rückstände mittelst der vorgeschriebenen Mahnungen ꝛc. einzuheben und dieselben wohl berücksichtigen werden, daß die Reluitions-Anlagen durchaus in keinem Verhältniß stehen gegen die Leistungen der aktiven Wehrmänner, welchen dieselben sich namentlich in der jetzigen Zeit hinzugeben haben.

Nürnberg, den 9. Mai 1848.

Königl. Landwehr-Oekonomie-Kommission.

Memmert,
Oberstlieutenant.

Lehnhard,
Actuar.

Gastwirthschafts-Uebernahme und Empfehlung.

Dem verehrlichen Gesammtpublikum und insbesondere den Herrn Reisenden bringe ich hiemit zur Kenntniß, daß ich das nächst dem Frauenthor dicht am Nürnberg-Bamberger Eisenbahnhof gelegene

Gasthaus zur Eisenbahn

von Hrn. Hertlein käuflich übernommen und bereits eröffnet habe.

Elegante und bequeme Zimmer setzen mich in den Stand, die resp. Reisenden angenehm zu logiren und ich werde durch prompte und billige Bedienung, das hiemit erbetene Vertrauen gewiß rechtfertigen. Ferner habe ich Sorge getragen, daß zu allen Zeiten des Tages warme und kalte Speisen und Getränke jeder Art, namentlich aber Kaffee und verschiedenes Backwerk in vorzüglicher Güte verabreicht werden können, sowie andererseits geräumige Lokalitaten nebst Billard dem verehrlichen Publikum den Besuch und Aufenthalt in meinem Gasthause so angenehm als entsprechend machen dürfte. Unter solchen Umständen schmeichle ich mir, von Seite des hiesigen, wie auswärtigen Publikums mich recht zahlreichen Zuspruches zu erfreuen. Bei diesem Anlaß sage ich meiner bisherigen Nachbarschaft meinen herzlichen Dank für vielfach bewiesenes Wohlwollen, bitte meine neue um freundliche Aufnahme in ihre Mitte und um gefällige Berücksichtigung meiner ergebenen Einladung.

Nürnberg, den 11. Mai 1848.

Wilhelm Lux.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Meine aus Lit. S. Nro. 100 nach Lit. S. No 107 der Karlsstrasse erfolgte Wohnungsveränderung erlaube ich mir einem geehrten Publikum zur Anzeige zu bringen. Zugleich empfehle ich mich demselben, besonders den verehrlichen Herren Manufakturisten, in allen in mein Fach einschlagenden Artikeln auf das Angelegentlichste, indem ich mich stets bemühen werde, das in mich gesetzte Vertrauen durch prompte und billige Bedienung zu verdienen und zu erhalten. Hochachtungsvollst

Nürnberg, den 13. Mai 1848.

Bernhard Marr, Portefeuillier,
Karlsstrasse, Lit. S. Nro. 107 nächst dem Bayrischen Hof.

(Gesuch) Ein Familienvater in den 30er Jahren, für dessen Brauchbarkeit, Treue und Fleiß sein Dienst seit 19 Jahren einen hiesigen Kaufmanns- und Fabrikgeschäft, hinlänglichen Beweis liefert, nun aber durch Geschäftsstockung ganz brodlos ist, sucht in diesem oder einem ähnlichen Fache, wenn auch nur einige Tage der Woche, Beschäftigung. Nöthigenfalls könnte man auch einige fl. 100 Kaution leisten und bittet das Nähere in der Exped. d. Bl. zu erfragen.

Bekanntmachung.

Das zum Nachlasse der Frau Delanswittwe Magdalena Barbara Weillodler gehörige Gartenanwesen Hs.-Nr. 151 bei Wöhrd — nächst der Nürnberg-Bayreuther Strasse gelegen — ist verkäuflich.

Kaufsliebhaber können die Realität selbst täglich besichtigen und die Verkaufsbedingungen bei dem Unterzeichneten erfahren.

Nürnberg am 8. Mai 1848.

v. Königsthal, kgl. Rechtsanwalt
S Nr. 557.

Politischer Verein.

Samstag den 13. Mai Abends 8 Uhr, Versammlung des politischen Vereins im Saale des Bamberger Hofs.

Da in dieser Versammlung, nach Ablauf des ersten Monats seit dem Bestehen des Vereins, den Statuten gemäß ein neuer Ausschuß zu wählen ist, so werden die eingezeichneten stimmberechtigten Mitglieder des Vereins diesmal vorzugsweise aufgefordert, bei derselben sich zahlreich einzufinden.

Schloßzwinger.

Die vollständige Musik des Regiments Gumpenberg spielt heute Sonnabend daselbst, wozu höflichst einladet

Fuchs.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 14. Mai findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Schießhaus St. Johannis.

Morgen Sonntag findet mit vollständigem Orchester-Tanzmusik statt. Hiezu lade ich ein geehrtes Publikum zu zahlreichem Besuch ergebenst ein.

Kellermann.

Regensburger Hof.

Samstag den 13 Mai „Metzelsuppe." Wozu ergebenst einladet

Schmidt.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 14. Mai findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet Kaiser.

Jammerthal.

Sonntag den 14 Mai „Münchner Bock" nebst „Bockwürsten"

G. H. Amersdorffer.

Einladung.

Heute Samstag den 13 Mai ist bei Unterzeichnetem „Metzelsuppe," und findet musikalische Abendunterhaltung statt. Für frisches Lederer'sches Felsenkellerbier ist bestens gesorgt; es ladet daher zu recht zahlreichem Besuch hiemit höflichst ein

Andreas Küll
am Neuenthor.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Morgen Sonntag den 14. Mai findet bei Eröffnung meines Gartenlokals Blechmusik von einer Abtheilung des Musikkorps des aus Regensburg hier angekommenen 4. Inf.-Regiments statt. Für Kaffee und Hefenküchlein so wie für verschiedenes anderes Backwerk, warme und kalte Speisen und für vorzüglich frisches Felsenkellerbier ist bestens gesorgt.

Samstag den 13. Mai ist

Metzelsuppe.

Es ladet auf heute so wie auf Sonntag zu recht zahlreichem Besuch hiemit höflichst ein

J. Neubauer.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 13. Mai findet vollständige Orchestermusik, Entree 6 kr. à Person, statt, wozu hiemit höflichst einladet

Kißkalt.

(Empfehlung) Kegel und Kugeln, letztere sowohl von Buchs und Lignum-Sanctum als auch Weißbuchenholz, sind von vorzüglicher Güte zu äusserst billigen Preisen zu haben bei

J. Chr. Herold, S. No. 805
am Egydienplatz.

(Aufforderung) Beim Königlichen 2. Jäger-Bataillon zu Germersheim sind dermalen mehrere Hornistenstellen vacant, und werden Individuen, welche einer 1. Stimme vorstehen können und hiezu Lust tragen, aufgefordert, sich beim Bataillons-Kommando zu melden.

(Vermißte Dose) Eine silberne Dose, mit einem Jagdstück auf dem Deckel, an der Seite beschädigt, wird seit Donnerstag vermißt; vor Ankauf derselben wird gewarnt. Der Ueberbringer erhält S. No 1009 einen Kronenthaler Belohnung.

(Gesuch.) Man wünscht zwei Herren in Kost und Logis zu nehmen in S. Nro. 228 am Marplatz.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. Mai 1848. **№ 135** **Sonntag: Christian.**

Der Entwurf des Reichsgrundgesetzes.

Der von den Vertrauensmännern verfaßte Entwurf eines deutschen Reichsgrundgesetzes findet im Allgemeinen sehr wenig Beifall. Man findet darin zu viel Wissenschaft und zu wenig Leben, zu viel Theorie und zu wenig Praxis, zu viel Vergangenheit und zu wenig Gegenwart. Man hoffte auf den kühnen Wurf eines großen Gedankens, hervorgegangen aus dem innersten Herzen der Zeit, und man erhielt eine fleißig gearbeitete historisch-staatswissenschaftliche Probeabhandlung. — Von allem Andern abgesehen, so ist es besonders das erbliche Kaiserthum, welches bei Leuten der verschiedensten Richtung Anstoß erregt. Denn es ist hier begreiflicherweise nicht genug, daß der abstrakte Satz aufgestellt wird, Deutschland solle einen erblichen Kaiser haben, sondern es handelt sich dann sogleich um die weitere konkrete Anwendung: Wer soll Kaiser, und zwar erblicher Kaiser von Deutschland werden? Mit einem Worte, wie ist unter den gegenwärtigen Umständen ein solches erbliches Kaiserthum in Deutschland zu realisiren — und welche Aussichten hätte es auf Bestand. Kurz wir halten schon in dieser einen Hinsicht den Entwurf für völlig unausführbar, und es gehört unstreitig wenig Voraussicht zu der Prophezeihung, daß er aus dem embryonischen Stadium des Entwurfs nicht heraustreten wird.

Deutschland.

Bayern. (München.) Die Abänderungen des ständischen Wahlgesetzentwurfs, welche der Ausschuß vorschlägt, sind im Wesentlichen folgende: 1) Aktiv wahlfähig ist, mit Abstrahirung von einer Besteuerung, jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige, der nicht wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen verurtheilt wurde. »Wer nicht von eigenem Einkommen oder Erwerbe lebt, oder wer als gebrödeter Diener in Kost, in Wohnung eines Dienstherrn steht, kann nicht als selbstständig angesehen werden.« 2) Zur größern Deutlichkeit soll ein neuer Artikel eingeschaltet werden, des Inhalts: »weder die aktive noch die passive Wahlfähigkeit ist an ein bestimmtes Glaubensbekenntniß gebunden.« 3) Jeder Abgeordnete kann mit Zustimmung der Kammer aus derselben treten; wer ein Staatsamt, eine Beförderung oder eine Hofcharge annimmt, muß sich einer neuen Wahl unterziehen. 4) Dem Gesetze sollen zwei Wünsche an den König angehängt werden; a) daß dem nächsten Landtag ein Gesetzentwurf über zeitgemäße Umbilduug der Kammer der Reichsräthe vorgelegt werden möge, b) daß die Gesetze über die Wahlen zur Kreis-, Bezirks- und Gemeindevertretung zeitgemäß und den Prinzipien des oben berührten neuen Wahlgesetzes angemessen revidirt werden. (A. A. Z.)

†* (Nürnberg, den 13. Mai.) Die gestrige stark besuchte Volksversammlung im Katharinensaale hatte laut Ankündigung zwei Gegenstände zum Zwecke, von denen jedoch nur einer zur Sprache kam, ein Protest gegen den Entwurf einer deutschen Reichsverfassung, der von dem Redakteur des »Freien Staatsbürgers«, Gustav Diezel, einer kritischen Beleuchtung unterworfen wurde, in welcher mehrere von der Versammlung beifällig aufgenommene, zuweilen Heiterkeit erregende kaustische Bemerkungen vorkamen. Bei den übrigen Rednern zeigten sich manichfache Schattirungen der konservativen sowohl, als der demokratischen Elemente, die mehremale an Leidenschaftlichkeit anstreiften; der Protest lag zur Unterschrift auf und wurde bereits von Vielen unterzeichnet.

(Würzburg, den 12. Mai.) Gestern Abend veranstalteten die Freunde und Verehrer unseres ehemaligen Bürgermeisters, Hrn. Hofrath Dr. Behr, welcher als Parlamentsmitglied auf seiner Reise nach Frankfurt hier ankam, eine Serenade und Lampenzug. Zu bedauern ist es, daß diese Feierlichkeit eine Unterbrechung erlitt. Ueber die Veranlassung zu dieser, wenn auch nicht bedeutenden, doch nicht minder unangenehmen Störung, behalten wir uns genauere Mittheilung vor, da, wie verlautet, eine Untersuchung eingeleitet wurde. Höchst anerkennenswerth ist es, wie man fast von allen Seiten sich bemühte, alsobald die erregten Leidenschaften zu dämpfen. Die Stadtwehr und die Studenten waren sogleich zu Patrouillendienst bereit; allein man sah schon kurze Zeit nach dem Vorfall, daß der augenblickliche Exceß durchaus zu keinen ernsteren Folgen führen werde. (N. Würzb. Z.)

Baden. (Mannheim, 9. Mai.) Die Erleichterung der die Gesammteinwohnerschaft sehr drückenden Last der Einquartirung und Verköstigung von 7000 Mann Soldaten wurde bereits am 4. d. M. im Staatsministerium beschlossen, ist aber bis heute noch nicht vollzogen, wahrscheinlich weil die Befehle über die Dislocirung der Truppen vom Prinzen Karl von Bayern erst noch erwartet wurden. Heute ist nun dieser in Person hier eingetroffen und hat einer Deputation des Gemeinderaths, welche ihm das Anliegen der Stadt vortrug, die Versicherung gegeben, daß morgen ein großer Theil der Exekutionstruppen abgehen wird. Daß auch der Kriegszustand aufgehoben werde, scheint eine voreilige Hoffnung gewesen zu sein. Uebrigens herrschte seit den bekannten Ereignissen in unserer Stadt die vollständigste Ruhe, die trotz der vielen Verhaftungen auch nicht einen Augenblick gestört wurde. Der Deutsche Zuschauer ist unter einem andern Redakteur (Karl Hoff, Bruder des Buchhändlers Hoff) wieder erschienen, die Abendzeitung noch nicht; für diese hat sich wohl ein Redakteur in der Person des Druckers Hähner gefunden, aber die Kaution konnte bis jetzt nicht gestellt werden. (D. Z.)

(Aus Baden, 9. Mai.) Das Anzeigeblatt der Karlsruher und Freiburger Zeitungen ist jetzt täglich mit Steckbriefen gegen solche Personen angefüllt, die an der republikanischen Schilderhebung im badischen Oberland sich betheiligt oder sonstwie des Landes- und Hochverraths verdächtig sind und sich der gerichtlichen Untersuchung durch die Flucht entzogen haben. Unter den einigen und dreißig, welche in der neuesten Nummer der Karlsruher Zeitung steckbrieflich verfolgt werden, befindet sich auch der »ehemalige Obergerichtsadvokat Gustav Struve.« Mit dem Wirth Weißhaar von Lottstetten und acht andern Flüchtigen steht er in Untersuchung »wegen Theilnahme an dem bekannten hochverrätherischen Aufruhr und theilweise wegen Beraubung öffentlicher Kassen und gewaltsamer Gelderpressung.« (Fft. O.-P.-Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 11. Mai.) In der heutigen Sitzung des 50ger Ausschusses war der Präsident bereits im Stande, die Antwort des Bundestages auf die gestrige Anfrage mitzutheilen. Der Bundestag nimmt keinen Anstand zu erklären, daß der geheime Beschluß vom 4. d., der gestern mitgetheilt worden, ächt sey. Er habe nicht die Veröffentlichung zu scheuen, sey aber bedauerlicherweise auf dem Wege der Indiskretion dazu gelangt. Separat-Protokolle seyen aber nicht dazu bestimmt; der Bundestag lege das betreffende Aktenstück hier bei und berufe sich auf §. 3 desselben. Es wurde nun lange darüber debattirt, auf welche Weise der Gegenstand behandelt werden solle. Es wurde beschlossen, den Gegenstand von dem Abegg'schen Antrag zu trennen, über ihn morgen Vormittag vor der Berathung des Abegg'schen Antrags Bericht erstatten zu lassen und zwar durch die mit 2 Mitgliedern zu verstärkende ältere Kommission. In Folge weiterer Mittheilung des Präsidenten kam die Debatte wieder auf die polnische Frage, die aber bald verlassen und der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen wurde. Auf den Antrag der Parlaments-Vorbereitungs-Kommission wurde einstimmig eingewilligt, für das Parlament in ganz Deutschland einen Gottesdienst abhalten zu lassen. — Heckscher erstattete hierauf Bericht der Commission über die Errichtung einer deutschen Flotte, und stellte den einstimmig angenommenen Antrag, ein Schreiben an die Uferstaaten, eines an den Bundestag und einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen. Auf den Antrag Kolb's erstattete nun nachträglich die betreffende Kommission Bericht über die gestrige Konferenz, welche sie mit der Bundestags-Kommission in der Triumviratfrage gehabt hatte. (N. Wrzb. Z.)

(Frankfurt, den 11. Mai.) 50. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 10. Mai 1848. In der heutigen Sitzung wurde auf eine Anzeige des Fünfziger-Ausschusses beschlossen, nähere Erkundigung einzuziehen, ob die Gerüchte begründet seien, daß in der Schweiz gegen die Deutschen als solche Mißhandlungen verübt werden. Sodann wurde der großh. Luxemburgischen Gesandtschaft angesonnen, über die Wahlen zur Nationalversammlung in Limburg und die deßhalb getroffenen Anordnungen baldigst Auskunft zu geben. Auf mehrere von den Vertrauensmännern eingeschickte Adressen, welche den Wunsch aussprechen, es möge der deutsche Bund, ebenso wie dieß früher von den übrigen europäischen Großmächten geschehen sei, die beständige Neutralität von Belgien garantiren, wurde beschlossen, den in Aussicht gestellten Eröffnungen von Seiten der belgischen Regierung selbst entgegen zu sehen. Eine Anfrage der Vertrauensmänner über ihre fernere Stellung und etwaige Ergänzungen wurde an einen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen. Von der k. preussischen Regierung wurde angezeigt, daß für die Unterkunft und Verpflegung der aus Krakau und von der russischen Grenze zurückgewiesenen, nach Frankreich aber nicht zurückkehrenwollenden Polen Vorkehrungen getroffen seien. Von derselben, daß sie übereinkunftsmäßig die Bundeskontingente von Lippe und Waldeck für die Besatzung von Luxemburg fernerhin stellen werde. Vom Militärausschuß wurde über das Gesuch der Angestellten in der Kanzlei, der Militärkommission, in ihren dienstlichen Verhältnissen den Beamten in der Bundeskanzlei gleich gestellt zu werden, berichtet, und dem Gesuch entsprochen. Die würtembergische Gesandtschaft überreichte das Gesetz über die Volksbewaffnung. Der badische Gesandte verlas den Bericht über seine Verhandlung mit dem Fünfziger-Ausschuß bezüglich der von der Bundesversammlung den Regierungen gemachten Vorschläge wegen einer Bundesexekutivbehörde. Der Gesandte für Holstein erinnerte, daß der Ausschuß zur Vollziehung des Art. 19 der Bundesakte baldigst über den in der 37. Sitzung der Bundesversammlung von badischer Seite gestellten Antrag wegen der Zollverhältnisse berichten möge. Derselbe beantragte, daß die Festung Rendsburg zur Bundesfestung erhoben werde, desgleichen, daß eine Kommission bestellt werden möge zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs zu einem allgemeinen bürgerlichen und peinlichen Gesetzbuch für Deutschland. (Ffrt O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 10. Mai.) [Oeffentliche Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 10. Mai Nachmittags 4 Uhr.) Nach Erledigung einer, von Heckscher bezüglich des Protokolls der letzten Sitzung gemachten Erinnerung wurde von dem Vorsitzenden die gestern für den Abegg'schen Antrag niedergesetzte Kommission zur Berichterstattung (der heutigen Tagesordnung) aufgefordert. Der von der Kommission gewählte Berichterstatter, Abegg, stellte die Anfrage, ob ihm die Versammlung gestatten wolle, von einem, ihm persönlich auf vertraulichem Wege zugekommenen, wahrscheinlich nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Bundesbeschlusse Mittheilung zu machen, welcher nach seiner Ansicht über des Bundestags eigentliche Intention hinsichtlich des Triumvirats ein unzweideutiges Licht zu verbreiten, und ebenso auf den Gegenstand der Tagesordnung Einfluß zu üben geeignet sey. Nach einigen Bemerkungen über die Zulässigkeit der sofortigen Mittheilung, da die Sache nicht auf der Tagesordnung stehe, wurde Abegg, wel-

cher auf Befragen über die Beweise der Authenticität erklärt, daß die zu beliebigem Gebrauch gemachte Mittheilung von einem, ihm unbedingt verläßigen Manne herrühre, überlassen, nach seinem Ermessen die Mittheilung zu geben. Das nun verlesene Separat-Protokoll der 47. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 3. Mai 1848 enthält gelegentlich eines Berichts der Verfassungsrevisions-Kommission über den von den 17 Vertrauensmännern übergebenen Verfassungs-Entwurf ein eingereichtes Promemoria des großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten, dessen Inhalt, soweit es die Vorlesung gestattete, im Nachstehenden zusammengefaßt ist. Nachdem der Verfassungsentwurf eingereicht worden, sey zu beschließen, ob Instruktion der einzelnen Regierungen abzuwarten oder gleich zu berathen und mit den einzelnen Gesandten sich zu verständigen sey; und zwar ob zuerst durch den Revisionsausschuß oder für die besondere Wichtigkeit des Gegenstandes durch zwei oder drei eigens gebildete Sektionen, oder sofort in pleno. Leider könne nicht verkannt werden, daß es jedenfalls ganz unthunlich erscheine, daß so zeitig die Aeußerungen der einzelnen Regierungen eingeholt würden, daß der Nationalversammlung ein gemeinschaftlicher Entwurf vorgelegt werden könnte, welcher im Vertragswege angenommen würde. Verhielten sich die Regierungen ganz unthätig; so sey vorauszusehen, daß die Versammlung eine rein konstituirende sein und den Regierungen eine Verfassung oktroyiren werde, selbst wenn die Mehrzahl aus Gemäßigten bestehe. Am geeignetsten würde sein, wenn eine Ministerbank gebildet würde; doch es sey zweifelhaft, ob eine solche zugelassen würde, und da beginne gleich ein gefährlicher Prinzipienkampf. Sey nun auch darum dieser Weg zu verlassen, so müsse doch dafür gesorgt werden, daß nicht, da die Versammlung ihr Prädikat als konstituirende Versammlung ausbeuten werde, die einzelnen Regierungen ihren Rechten völlig entsagen müßten, um in einem Bundesstaate auf und unterzugehen, anstatt daß Deutschland, vorbehaltlich der nothwendigen Einigung seinen Partikularismus behalte, welcher gewiß auch gute Früchte getragen habe. Wünschenswerth sey es, daß die erforderlichen Organe in der Mitte der Versammlung selbst gefunden würden; es sey aber zu besorgen, daß dieselben jetzt, wo allgemeine Verdächtigung herrsche, sogleich in ihren Einflüssen bei der öffentlichen Meinung geschwächt werden würden. Auch frage es sich, ob man an Beamten, welche den neuen Ideen huldigen, eine genügende Anzahl mit dem erforderlichen Geiste und der nöthigen Kraft in der Vertretung finden werde; und selbst dann sey zu bedenken, daß sie auch in den einzelnen Ländern, wo gleichfalls auf Umgestaltung gedrungen werde, nothwendig seyen. Die Bundesversammlung selbst könne nicht verhandeln. Die zu berücksichtigenden dreifachen Interessen, — der Regierungen unter sich, und des Partikularismus — zu vereinbaren und gleichzeitig zu wahren, sey eine schöne und erhabene, doch jetzt kaum zu lösende Aufgabe. Wenn sich nun über die schon lange besprochene, noch nicht ausgeführte Exekutivgewalt nicht verständigt werden könnte, so sey doch die Nothwendigkeit der Einigung der allseitigen Interessen nicht zu verkennen. Selbst wenn es nicht gelingen sollte, die vorhandenen Bedenklichkeiten zu beseitigen und wenn an einzelnen Bestimmungen der Bundesacte festgehalten werden wollte, während sie doch in der neuesten Zeit auf das Gebot der Nothwendigkeit vielfach umgegangen worden seyen, so sey doch die Bildung einer einheitlichen Gewalt, in etwa drei Personen zur Wahrung der bezeichneten Interessen eine augenfällige Nothwendigkeit. Bezüglich dieses Promemoria ist der Revisions-Ausschuß (der Bundesversammlung) der Ansicht, daß es zwar durch den am 3. Mai gefaßten Beschluß Erledigung gefunden, daß es jedoch bei den darin enthaltenen Andeutungen, welche den Regierungen von Interesse sein könnten, diesen mit dem Ersuchen mitgetheilt werde, die Gesandten bezüglich des Entwurfs der Vertrauensmänner, so wie überhaupt bezüglich ihres Verhaltens gegenüber der konstituirenden Versammlung mit ausgedehnten Instruktionen zu versehen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. — In der sich nach der Vorlesung entspinnenden Debatte stellte Wippermann den später zurückgenommenen Antrag, die Sache an die constituirende Versammlung zur Kenntnißnahme zu verweisen. Die Verhandlung, auch wenn ächt, sey im Ganzen nicht auffällig, denn es sey natürlich, daß sich der Bundestag mit der Frage beschäftiget, ob er sich von der constituirenden Versammlung eine Verfassung solle octroyiren lassen. In ähnlicher Weise äußerte sich Schwarzenberg. Auch Wedemeyer sah in dem Beschlusse nur eine gewöhnliche Klugheitsregel; denn man wisse nicht, wie die constituirende Versammlung ausfallen werde. Jenseits der Elbe könne man darauf rechnen, daß 150 Taglöhner gewählt werden würden, aus reinem Mißverständniß der Beschlüsse über die Wahlen. Lehne stellte den Antrag, sich vorerst über die Aechtheit des Beschlusses durch Anfrage bei dem Bundestage zu überzeugen. Bezüglich des andern auf der Tagesordnung stehenden Gegenstandes sey durch den frühern Beschluß bereits das Recht gewahrt, und es komme nun nicht mehr auf den Tag an. Buhl war der Ansicht, daß über den Commissionsbericht selbst sofort verhandelt und beschlossen werden könne, ohne daß ein Präjudiz stattfinde. Blum sprach sich dahin aus, daß nach Feststellung der Echtheit das Weitere zu thun sey. Bei dem Bundestagsbeschluß vom 18. Mai handelte sich es darum, ein unwürdiges Verfahren zurückzuweisen; sey es Thatsache, daß man keine constituirende Versammlung wolle; wolle man dem Volke durch einen nach alter Weise gefaßten Beschluß das Recht nehmen, seine Verfassung selbst festzusetzen, so sey das Vaterland in Gefahr, und dann müsse man das Vorparlament wieder anrufen. Nach Beendigung der Debatte, nachdem noch Heckscher, Kolb, Abegg, Eisenmann gesprochen, wurde beschlossen, die von Lehne beantragte Anfrage an die Bundesversammlung zu richten, und die weitere Verhandlung und Beschlußnahme auf den 12. Mai zu vertagen. Der gesetzte Termin soll dem Schreiben an den Bundestag beigefügt werden. Ein von Kolb, Spatz, Jacoby rc. gestellter Antrag, im Hinblick auf die Verhältnisse Deutschlands und das immermehr sich erhebende Reactionsgelüste, die bereits fast überall gewählten Mitglieder der constituirenden Versammlung in einem öffentlichen Aufrufe zum schleunigsten Eintreffen einzuladen, wurde auf die morgentliche Tagesordnung gesetzt. Nächste Sitzung den 11. Mai, Nachmittags 4 Uhr. (F.-O.-P.-Z.)

(Hamburg, den 8. Mai.) Nachdem Sonnabend Mittag schon an der Börse die Zeichnungen zur Begründung einer Kriegsmarine rasch ein so glänzendes Resultat hatten, belief sich am nächsten Morgen das hiefür bestimmte Kapital schon auf 270,000 Mark Banco und hat seitdem wiederum eine sehr namhafte Steigerung erfahren. (Wes. Z.)

Mecklenburg. (Schwerin, 6. Mai.) Mecklenburg wird in Zukunft die freieste Verfassung in Deutschland und nächst Frankreich und Nordamerika in der Welt haben. In ihrer heutigen 11. Sitzung hat sich die Landtagsversammlung, nachdem die Regierung die Alternative wegen Annahme ihrer modificirten Proposition oder der Wahl nach der Kopfzahl gestellt hatte und das letztere Prinzip in der 9. Sitzung angenommen war, auf Vorlage des dritten Komiteberichts mit 136 gegen 16 Stimmen für direkte Wahlen und mit 79 gegen 76 Stimmen für Nichtcensus entschieden. (Ein seltsamer Umschwung der Dinge! Das ehemals stockaristokratische Mecklenburg hat fortan die freieste Verfassung und Wien gegenwärtig die radikalste Presse in Deutschland!) (D. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 9. Mai.) Das Staatsministerium macht im Namen des Herzogs bekannt, daß derselbe unsere Truppen aus Baden zurückberufen wird, so bald dieß mit unserer Pflicht vereinbar ist, daß aber die Gerüchte, als wünsche die badische Regierung die Zurückziehung unserer Truppen, oder als sollten sächsische oder preussische Truppen das Herzogthum besetzen, allen Grundes entbehren. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 7. Mai.) Dringend rufen wir nochmals dem deutschen Bunde zu, daß er die Lage Böhmens nicht bloß in ernstliche Erwägung ziehen, sondern rasche Vorbereitung zum Handeln treffen möge, will er nicht ruhig geschehen lassen, daß ein Bundesland im Herzen Deutschlands zu einem Bollwerk des Panslavismus werde. Der edle Graf Friedrich Deym, bekanntlich ein warmer Freund Böhmens, der es aber auch mit Deutschland wohl meint, kommt in einem Schreiben an den tschechischen »Nationalausschuß« in Prag unsern Ansichten zu Hülfe, indem er sagt: „in der Unterlassung der angeordneten Wahlen Böhmens zur Nationalversammlung in Frankfurt, sehe ich den faktischen Losreißungsversuch vom deutschen Bund, aus dessen Verband Böhmen einseitig zu treten nicht befugt ist, daher, wenn Deutschland es sich nicht gefallen läßt, und die Integrität des Bundesgebiets aufrecht zu erhalten beschließt, ein bewaffnetes Einschreiten, wie gegenwärtig in Schleswig-Holstein eintreten kann, und zwar ist in Böhmen der deutsche Bund noch weit mehr in seinem Recht als dort.“ Ihr deutschen Volksvertreter in Frankfurt, horcht auf diese Stimme, und treffet in Zeiten kräftige Maßregeln zur Abwendung der größten Gefahr, die Deutschland bedroht! Wehe Deutschland, wenn es die ungeheure Wichtigkeit der böhmischen Frage verkennen würde! (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 10. Mai.) Insofern Offiziere des Heeres zu Abgeordneten bei der Versammlung der deutschen Volksvertreter in Berlin oder Frankfurt erwählt worden, unterliegt es keinem Zweifel, daß denselben sofort von ihren Vorgesetzten Urlaub ertheilt werde, um diesem ehrenvollen Ruf schleunigst zu folgen. Berlin, 9. Mai 1848. Kriegs-Ministerium. (Pr. St.-A.)

(Berlin, den 9. Mai.) Nach heute hier eingangenen zuverlässigen Nachrichten, welche in der Versammlung der Wahlmänner für das deutsche Parlament öffentlich durch einen Offizier mitgetheilt wurden, ist der Bürgerkrieg im Großherzogthum Posen als beendet anzusehen. Die Haufen der bewaffneten Polen, gegen 13,000 Mann, haben am 7. d., unter Mieroslawski's Anführung, die Waffen gestreckt und sich auf Gnade und Ungnade den preussischen Truppen, welche von dem General-Lieutenant v. Colomb selbst angeführt wurden, ergeben. Der nähere Hergang wird nach einem von General v. Colomb hierher geschickten Briefe folgendermaßen erzählt. Die preussischen Truppenkorps, unter Anführung der Generale v. Brandt, Blumen und Wedell, hatten die Insurgentenhaufen von drei Seiten umstellt und ließen ihnen nur die Wahl, entweder einen Verzweiflungskampf, dessen Ausgang nicht zweifelhaft war, zu wagen, oder nach dem Königreich Polen zu entfliehen, wo wiederum die aufgestellten russischen Streitkräfte sie erwarteten. Am Vormittage versuchten die Insurgenten die Linie der Preussen zu durchbrechen, um sich aus ihrer unglücklichen Lage zu befreien. Der Versuch mißlang jedoch vollständig. Die Insurgenten zogen sich darauf auf Mielczyn (zwischen Gnesen und Wreschen) zurück, wo sie, einsehend, daß Rettung unmöglich sey, eine Kapitulation beantragten. Der kommandirende General v. Colomb wies jedoch die Anträge Mieroslawski's zurück und bewilligte den Polen nur eine kurze Frist, um zu einer Unterwerfung ohne alle Bedingung zu kommen. Bei der Gewißheit ihres Untergangs, der sie hier im Kampfe mit den Preußen, jenseits im Kampfe mit der Russischen Uebermacht erwartete, streckte hierauf das ganze Corps die Waffen und überlieferte sich der Großmuth und Milde der Sieger, die, wir glauben dieß voraussagen zu können, diese Hoffnungen nicht täuschen werden. — Die Zeitung für das Großherzogthum Posen ist heute nicht eingetroffen. (M. Z.)

(Berlin, den 9. Mai.) Der Ausfall des gestrigen Wahlkampfes ist nun bekannt. Er hat den Erwartungen der conservativ-liberalen Partei so wenig als den des politisch-indifferenten Bourgeois entsprochen. Beide Schichten unserer Gesellschaft sind erschreckt über die Majorität unserer Deputirten, die der radikal-demokratischen Partei angehört. Wir rechnen zu dieser Partei vor allen Jung, Zacharias, Behrends und Waldeck, von Kirchmann und Grabow gehören mehr oder weniger auch dieser Partei des demokratischen Konstitutionalismus an. Die Weißbier trinkende Berliner Bürgerschaft ist über Jungs Wahl aufs Höchste entrüstet. Er — der Präsident des politischen Clubs, dieser verdammten Rotte, die die Arbeiter aufwiegelt, direkte Wahlen durch eine Arbeiter-Demonstration erzwingen will, solch' einen Menschen hat man zum Deputirten gewählt, statt ihn wie seinen Freund Schlöffel ins Loch zu stecken! Diese und ähnliche Redensarten hörte man gestern Abend an allen öffentlichen Orten, wo die guten Berliner sich zusammen fanden, und ihr gepreßtes Herz gegen einander ausschütteten. Der bekannte D. A. Benda, Wahlmann des Bezirkes, in welchem Jung gewählt worden ist, wurde von diesem beklagenswerthen Ereignisse so tief ergriffen, daß er noch in der Wahl-Versammlung, als Jungs Wahl entschieden war, die Worte ausrief: »Nun ist Preussen verloren!« Die radikal-demokratische Partei hat einen Sieg erfochten, den sie noch am Tage vor den Wahlen nicht erwartete. Ihre Majorität ist, wie sich aus der Stimmenzahl der Wahlmänner ergiebt, freilich nur eine geringe. Möge sie sich dies merken, und nicht siegestrunken alle Mäßigung vergessen. Wir wünschen gewiß, daß sie auch in der Kammer die Majorität für ihre Ansichten gewinne. Sie kann dies aber nur durch ein Achtung gebietendes, festes Auftreten, so wie durch Entfernthalten von allen socialistischen und republikanischen Extravaganzen. Unsere heutigen Zeitungen geben die bestimmte Nachricht, daß der Kaiser von Rußland die Wiederherstellung des König-

reichs Polen unter der Regierung des Herzogs v. Leuchtenberg proklamirt habe (??). Obschon dies Ereigniß von dem Momente zu erwarten stand, als das Preussische Gouvernement feindlich gegen die Polen aufgetreten ist, ohne dennoch von seiner schwankenden Politik ihnen gegenüber abzulassen, so sträubt man sich hier vielseitig, daran zu glauben. Es erscheint den meisten Leuten als ein Märchen aus der Feenwelt. Der russische Czaar sollte freiwillig die Fesseln eines Volkes lösen, das er 25 Jahre lang mit Füßen getreten, geknutet und gebrandmarkt hat! Doch von dem Standpunkte der höheren russischen Politik ist diese Maßregel ein nothwendiges Glied in der Kette von Verräthereien, welche nöthig sind, damit Rußland seine Grenzen bis zur Mündung der Weichsel ausdehne. Die Polen, das ist nur zu klar, werden in die russische Falle gehen, um so schneller, als sie in diesem Augenblicke von Preussen und dem übrigen civilisirten Europa nichts für die Befreiung ihres Vaterlandes zu erwarten haben. Was ihnen die Civilisation mit Grausamkeit bisher vorenthalten hat, ihre Freiheit, bietet ihnen die Barbarei jetzt freiwillig an; und der lebendige, feurige Pole sollte das russische Geschenk nicht annehmen, zumal wenn ihm Rußland die Gelegenheit zur Rache an Preussen und Oesterreich zu geben verspricht? Polen wird sich, wir sind dessen leider gewiß, dem russischen Barbaren in die Arme werfen; Preussens unglückselige Politik, sein System des Zauderns und Zupassens treibt es dahin. (Mgdbrg. Z.)

(Königsberg, den 7. Mai.) Die Nachricht trifft hier ein, daß in dem nur 4 Meilen von hier entfernten Städtchen Dommau ernstliche Unruhen ausgebrochen sind, und ein großer Theil der Stadt in Flammen steht. Beim Abgange der Estaffette sollen bereits 45 Gebäude niedergebrannt sein, auch die Stadtkirche ist durch das Feuer zerstört worden. Die Unruhen in hiesiger Gegend mehren sich von Tag zu Tag, und wir werden von den schrecklichsten anarchischen Zuständen bedroht. Die Gutsherrschaften führen förmlich Krieg mit den tumultuarischen Instleuten und Scharwerkern, müssen sich verschanzen und verbarrikadiren mit ihrem Haus- und Dienstpersonal, fallen aber doch oft in die Hände der Aufrührer, und müssen diesen dann geben und bewilligen, was sie wollen, wenn sie nicht ihr Leben oder ihre Gesundheit aufopfern. So eben marschirte wieder eine Kompagnie Infanterie nach dem eine Meile von hier belegenen Gutenfeld, wo große Unruhen entstanden sind; eine Escadron Kürassiere marschirte heute früh ebenfalls aufs Land, und mehre Abtheilungen Infanterie und Kavallerie sind gegen die Aufrührer auf dem Lande aktiv. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 8. Mai.) Trotz der strengen Blokade der deutschen Häfen durch Dänemark und der gewaltigen See-Rüstungen, welche in Kopenhagen vorgenommen werden, glaube ich die sichere Erwartung aussprechen zu dürfen, daß der Krieg als beendigt anzusehen ist. Es bestätigt sich die Vermittlung Englands vollkommen, so wie, daß sie von beiden streitenden Theilen angenommen worden. Die Sendung des russischen Gesandtschafts-Sekretärs, Hrn. v. Evers, in das preussische Hauptquartier hängt damit zusammen, und die Frage schwebt nur noch darüber, wie weit der Status quo ante von beiden Seiten wieder hergestellt werden soll. Darüber hat man sich leicht geeinigt, daß, wenn Alsen von den Dänen geräumt wird, die deutschen Truppen sich wieder diesseits der Königsau zurückziehen werden. Schwieriger ist eine genügende Uebereinkunft wegen der mit Beschlag belegten Schiffe zu erzielen. Hier genügt nicht allein die Aufhebung des Embargo, sondern es kommt auch die Frage wegen der Entschädigung in Erwägung, und welche Garantien Dänemark dafür bieten kann. Von Stettin aus hört man den Sundzoll als die Buße bezeichnen, welche Dänemark von Deutschland auferlegt werden muß. [Es ist das keine vereinzelte stettiner Ansicht, sondern ganz Deutschland ist darüber einig, daß die Aufhebung des Sundzolles eine sich von selbst verstehende Sache und die erste conditio sine qua non bei den Friedens-Bedingungen seyn muß. Wir sind überzeugt, daß kein verantwortlicher Minister es auf sich nehmen würde, einen anderen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Es mag das dem dänischen Finanz-Minister sehr hart ankommen; aber Dänemark wird sich endlich einmal in die Nothwendigkeit finden müssen, sich auf redliche Weise zu ernähren.] Jedenfalls hoffen wir, daß die Diplomaten nicht verderben werden, was die Soldaten gut gemacht haben, und daß man in Frankfurt kein Seperat-Abkommen zwischen Preußen und Dänemark dulden, sondern das deutsche National-Interesse als oberstes und alleiniges Gut schätzen werde. (Köln. Z.)

(Altona, den 8. Mai.) Das Hauptquartier der verbündeten Truppen ist in Kolding; General von Bonin steht in Fridericia, Prinz Friedrich in Veile und General von Möllendorf in Snoghoi, an dem Uebergange nach Fühnen; die schleswig-holsteinischen Truppen sind durch Riepen nach der Königsau vorgerückt; Kolding und Fridericia sind von den Preußen besetzt, wogegen General Halkett mit den Hanoveranern die Insel Alsen besetzt haben soll. — Von großer politischer Wichtigkeit ist, daß Schweden die provisorische Regierung in den Herzogthümern anerkannt hat, wie uns so eben von Flensburg aus berichtet wird, wo der schwedische Consul die schwedische Flagge aufzog und auf Befragen, warum er dies thue, geantwortet haben soll, daß die schwedische Regierung die provisorische Regierung anerkannt habe. — Nicht allein zum Blokiren der Häfen benutzen die Dänen ihre Kriegsschiffe, sondern auch zum Menschenraube; so setzte man in diesen Tagen bei Hadersleben ein Boot ans Land, welches den Oberforstmeister von Krogh bei Stenderup, im Amte Hadersleben, nebst zwei Begleitern aufgriff und gefangen wegführte. Eben so wurden von einem Kriegsschiffe Bomben in das Dorf Ninkenis, nahe bei Flensburg, geworfen, die aber nur zwei Häuser zündeten; besser gelang einem anderen Kriegsschiffe die Wegnahme eines Dampfschiffes, welches es aus dem flensburger Hafen holte. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 9. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 8., Schluß.] Die zweite Proposition, die beim gestrigen Postschluß gemacht wurde, ging von einem bisher unbekannten Advokaten in einem der Süddepartements, Namens Alem Rousseau, aus. Sie unterschied sich nur in der Redaktionsweise von der Dornes'schen, stellte sonst dieselben Anträge: 1) Danksagung an die abtretende provis. Regierung. 2) Zurückziehen der Nat.-Vers. in ihre Abtheilungssäle, um eine Kommission zu wählen, welche die Regentschafts- (sagen wir lieber Regierungs-) Kommission der Republik wählen sollen, welche Wahl dann der Nat.-Vers. zu unterwerfen. Baroche, sein bekannter Pariser Kollege, unterstützte diesen Antrag, hätte es aber lieber gesehen, wenn die Nat.-Versammlung einen **Ministerrath** mit irgend einem Präsidenten an der Spitze für die interimistische Leitung der Republik gewählt hätte. Darauf ging die Versammlung, die ihre Kandidaten längst in petto hatte, nicht ein, sondern rief eine Abstimmung über den verstümmelten Dornes'schen Vorschlag. Im Augenblick aber, wo sie ad 1 den Dank an die prov. Regierung stimmen wollte, verlangte Barbes das Wort: „Ehe Sie der prov. Regierung Dank sagen, muß ich gegen eine Menge ihrer Handlungen protestiren.“ Man kann sich den Sturm denken, den dieser Protest in dem ganzen Saale hervorrief. Unter den Gliedern der prov. Regierung gibt es tüchtige Bürger, ehrenwerthe Männer; aber unter der Herrschaft der prov. Regierung sind nichts destoweniger unvolksthümliche Handlungen verübt worden. Ich verlange zunächst Rechenschaft von ihr über die Metzeleien der Bürger gegen das Volk in Rouen. (Zur Ordnung! Zur Ordnung! Unerhört!) Ich meine die Schlächtereien der Nationalgarde von Rouen gegen das dortige Volk. (Furchtbarer Lärm.) Doch das ist nicht Alles. Ich verlange ferner Rechenschaft von der prov. Regierung über ihr Benehmen gegen die fremden Flüchtlinge, gegen die Belgier, Polen, Deutsche und Italiener. Ebenso soll sie sich über die schüchterne, fast demüthige Rolle rechtfertigen, in der sie Frankreich dem Auslande gegenüber auftreten läßt. Ehe sie sich über diese Anklage gerechtfertigt, lege ich im Namen des Volks hiermit Vorbehalt rücksichtlich der Dankabstattung ein.“ Wir wollen nicht versuchen, den Eindruck zu beschreiben, den diese geharnischte Erklärung auf die Versammlung ausübte. Wie Dolchstiche durchzuckten die Worte Metzeleien und Schlächtereien die Herzen aller Anwesenden. Senard, Generalstaatsanwalt in Rouen, rannte vom äussersten Ende des Saales ganz ausser sich auf die Tribune, um das Verfahren der Nationalgarde zu rechtfertigen. Sein Vortrag war Anfangs energisch; als er aber auf die Darstellung der eigentlichen Ereignisse überging, verließ ihn sein theatralischer Pathos und die Versammlung zeigte sich weniger enthusiastisch, als man es hätte voraussetzen dürfen. Cremieux, der Justizminister, übernahm die Vertheidigung der prov. Regierung. Er erklärte, daß eine Doppeluntersuchung (eine richterliche und polizeiliche) angeordnet seien. Barbes, von dem Eifer beider bürgerlicher Untersuchungskommissionen wenig Erfolg für den Arbeiter erwartend, nahm noch einmal das Wort, um die Nat.-Vers. zu veranlassen, wenigstens von sich aus eine Untersuchung anzustellen. Doch die Nat.-Versammlung berücksichtigte weder seinen Vorbehalt, noch seinen Unters.-Antrag, sondern zog sich gegen 6 Uhr in ihre Abtheilungen zurück, um die Kommission zu wählen, die ihr eine interimistische Regierung vorschlagen soll.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 9. Mai.] Der Andrang zu der öffentlichen Tribüne stark. Die Repräsentantenzahl ist gewachsen. Präsident Buchez eröffnete die Sitzung um 11½ Uhr. Peupin, Berichterstatter der gestern ernannten Kommission zu Vorschlägen von Regierungskandidaten, erhielt das Wort. „Die Nationalversammlung, so drückte er sich ungefähr aus, nennet durch individuelles Skrutinium und absolute Majorität 9 verantwortliche Minister, unter dem Vorsitz eines Conseilpräsidenten ohne Portefeuille. Diese Regierungs-Kommission bildet die intermistisch-exekutive Staatsgewalt der französischen Republik zur künftigen Verfassung.“ Ehe die Diskussion über diese Kommissions-Anträge eröffnet wurde, versuchte Brunet die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die kommunistische Revolution in Limoges zu lenken, allein die Versammlung verschob die dießfälligen Aufschlüsse. Nach diesem Incidenz eröffnete Vignerte die Zahl der Redner für und wider den Kommissionsantrag. Er bekämpfte ihn und wollte lieber zum gestrigen Dornes'schen Antrage zurückkehren, der ad 2 bekanntlich in erfolgter Bestätigung der provis. Regierung bestand. Dessessarts, der ihm folgte, vertheidigte den Plan der Kommission. Durrieu, Redakteur des Courrier, wollte von dem kommissionellen Antrage nichts wissen; er liebt die Ministerräthe nicht und möchte lieber die Sache aufgeschoben wissen, mit andern Worten, die provis. Regierung noch fortbestehen lassen. Im Grunde stehe der Versammlung gar nicht das Recht zu, Minister zu wählen. Lherbette erhob sich sehr lebhaft gegen jeden Aufschub und vindizirte namentlich der Nationalversammlung das Recht der Ernennung von Ministern. Mehrere andere Redner sprachen mit mehr oder weniger Geist für und gegen den Antrag. Wir nennen hier nur Chacamaule, Bac, Bezin und Faru, welche die Versammlung mit langen Reden grausam langweilten. Aufmerksamkeit erregte das Auftreten Lacordaire's, des berühmten Dominikaners. Er hielt eine kurze und durch zu grosse Organ-Anstrengung vielleicht erdrückte Rede zu Gunsten des Vorgängers. Favre hatte nämlich eine Regierungs-Kommission vorgeschlagen, welche im Namen der Nationalversammlung den Ministerrath zu wählen hätte. Er, Lacordaire, sei zwar kein Republikaner de la veille sondern ein Republikaner du lendemain; er sei ein alter Monarchist. Indessen wolle er die Besiegten nicht ausschließen. Arnoult beschwichtigte den Redner wegen seiner Befürchtung, daß die Nationalversammlung irgendwie verlegen sein könne. Sie sei ebensowenig verlegen, eine Regierungskommission als einen Ministerrath zu ernennen. Er ziehe den letzteren vor, er stimme für die sofortige Ernennung von Ministern. v. Lasteyrie rieth der Versammlung, praktische Männer zu wählen und konnte vor allem nicht zugestehen, daß man, kaum am Anfang der Session schon von Siegern und Besiegten spreche. Odilon Barrot, der Heros der Legalität und des Juste Milieu's seit 1828, der in den letzten zwei Monaten um zehn Jahre gealtert, schilderte die Nothwendigkeit der Annahme des kommissionellen Antrags, da ein Beiordnen von Kommissionsgliedern im Favre'schen Sinne auf praktische Unmöglichkeiten stosse.

Lamartine erhob sich darauf unter großer Aufmerksamkeit. Es war in der That wichtig, seine Ansicht zu hören. Er gab Barrot vollkommen Recht. Barrot sey in gouvernementalen Dingen eine Autorität, die er anerkenne. Nimmermehr werde er sich einem Favreschen Mechanismus unterwerfen. Schwebe irgend eine diplomatische Unterhandlung ob, liege irgend eine wichtige Parteifrage vor, erhitze z. B. ein Ereigniß die Gemüther, so würden tägliche Interpellation und Rechtschaffenheitziehungen vorfallen, denen kein Mensch sich aussetzen könne, ohne alle Amtsgeheimnisse zu verrathen. Diese Regierungskontrolle am offnen Herde sey unverträglich, so wenig er auch die innern Parteigetriebe fürchte. Die Ansicht einiger Glieder der Vers., der provisorischen Regierung die Fortsetzung des Provisoriums aus Anerkennung schuldig zu seyn, müsse er bekämpfen. Die prov. Regierung sey am 24. Februar vom Volke wohl weise aus allen Fraktionen der Gesellschaft gerufen worden; keine Partei sey ausschließlich von ihr bevorzugt darum. Dieser Volksbeifall sey die schönste Belohnung für ihr Streben; sie jetzt durch Portefeuilles belohnen zu

wollen, müsse er im Namen der provisorischen Regierung abweisen. Peupin, der nach Lamartine sprach und Berichterstatter der Kommission war, versicherte, daß die Kommission keine Partei habe vorziehen wollen. Der Geist, der sie beseelte, sey der Geist der Conciliation gewesen. So wichtig auch der Gegenstand war, schien der Versammlung eine längere Diskussion nach Lamartine's Erklärung für den Kommissionalantrag überflüssig und der Präsident, nicht ohne neuen Kampf über den Stimm-Modus (wie dies bei einer Versammlung ohne Reglement leicht erklärlich) schritt zur Abstimmung über den Kommissions-Antrag der Kommission: zehn Minister direkt durch die Volksversammlung zu wählen. Die Abstimmung geschah durch Kugeln und war bis zum Postschluß noch nicht entschieden

Italien.

Nach eben einlaufenden Briefen aus Rom vom 5. Mai war ein neues Ministerium gebildet, mit einem eigenen Porteseuille für weltliche auswärtige Angelegenheiten. Dieses erhielt Graf Marchetti, den Vorsitz im Conseil Cardinal Ciacchi (bekannt von Ferrara!) und das Innere Graf Mamiani. Noch immer hatte der Papst zu der Kriegserklärung sich nicht verstanden. Die Bürgergarde drang auf den italienischen Reichstag und wollte die Alpen als Gränze Italiens feststellt, den Brenner! Sie werden ihn erobern müssen! (A. A. Z.)

Rußland.

(Von der polnischen Gränze den 4. Mai.) Die Sendung des preußischen Generals v. Pfuel nach Petersburg (von Posen aus) hat auf die Polensache unmittelbaren Bezug: sie ist der Nationalitätsfrage sogar vortheilhaft, wie sonst wohl unterrichtete Personen behaupten. Rußland habe gegen die von Preußen seinen polnischen Unterthanen gemachten Einräumungen Vorstellungen erhoben, indem es die Nationalität ausschließlich für die Bewohner des Königreichs Polen anspreche. Thatsache ist, daß weiland Friedrich Wilhelm III. auf das Vorhaben, dem Armeecorps der Provinz Posen die Benennung polnische Legion beizulegen, verzichtete, nachdem von Seiten des Kaisers Alexander dagegen Einwendungen in dem erwähnten Sinne gemacht worden waren. H. v. Pfuels Sendung nach St. Petersburg, heißt es, würde bezwecken, jene Einräumungen zu rechtfertigen und die Mißverständnisse, wozu solche Anlaß gegeben haben, aufzuklären. (Schb. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Erwiederung.

Der Person M. R..l, von der H.........e gebürtig, welche sich zur Zeit als Dienstmagd in einem sehr achtbaren Hause beim Schönen-Brunnen aufhält, erwiedert man auf ihr Inserat in Nr. 131 d. Bl., daß nicht damit umgegangen wurde, sie absichtlich zu verläumden, sondern man wollte blos aus brüderlicher und schwesterlicher Pflicht ein Verhältniß, welches bei einem Fortbestand sie physisch und moralisch total zu Grunde richten würde, und sie sodann zur Schande ihrer Geschwister, welche als ehrliche Dienstboten bestehen herumlaufen würde. Dieselbe wird nun hiemit gewarnt, für die Zukunft die öffentlichen Warnungen vor verläumderischen Zungen mit den gemachten Beziehungen einzustellen, ausserdem man alle bisherige Schonung beseitigen müßte, und genöthigt wäre, ihren Namen und das quästionirte Verhältniß der Publicität zu übergeben.

K. R.
M. R.
A.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15. Mai 1848. № 136 Montag: Sophia.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 13. Mai.) In der gestrigen dreißigsten öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten, welche von Nachmittags 4 Uhr bis Nachts halb 11 Uhr dauerte, kam man endlich mit dem Ablösungsgesetz zu Ende, welches mit 113 gegen 9 Stimmen angenommen wurde. Diese Minorität bestand aus lauter betheiligten Geistlichen — Höfer, Ruland, Lemberger, Reulbach, Spies, Reitmaier, Böttinger, Reudelhuber und Pflaum, welche im Laufe der ganzen Berathung sich heftig dem Gesetze entgegenstemmten. — Die wesentlichste Modifikation, welche in dieser Sitzung vorkam und angenommen wurde, bezieht sich auf die Annuitäten bezüglich einer Ablösungskassa, ging von Prof. Edel aus und lautet: Nach dem vom Ausschusse beantragten Zusatz-Artikel 34 soll folgender neue Zusatz-Artikel beigefügt werden: Art. 35. Diese Kasse hat die weitere Bestimmung, auch den Grund- nnd Zehentholden jener Gemeinden, Stiftungen und Privaten, welche ihre Grundrenten nicht an sie überwiesen haben, die Tilgung ihrer Grundlasten durch Annuitäten möglich zu machen. Ein Pflichtiger, welcher $^{28}/_{100}$ seiner ursprünglichen jährlichen Grund-Abgabe 34 Jahre lang oder $^{18}/_{100}$ dieser Grundabgabe 43 Jahre lang an sie bezahlt, wird nach Ablauf dieser Periode von seiner Last befreit, indem die Ablösungs-Kasse alsdann das Ablösungskapital baar an den Berechtigten hinauszahlen muß. Ergänzt der Pflichtige während des Laufes der Tilgungs-Periode die bereits eingezahlten Tilgungs-Raten sammt Zinseszinsen zu 4 Prozent durch Erlegung des Restes seines Ablösungskapitals, so muß die Ablösungskasse ihn sofort durch Befriedigung des Berechtigten befreien. Die Ablösungs-Kasse ist berechtigt und verpflichtet, mittels der, bei ihr in dieser Weise eingezahlten Annuitäten, Ablösungs-Kapitale jener Rentenpflichtigen, die solche Annuitäten einzahlen, nach dem Rennwerthe abzulösen und an sich zu kaufen, und auch die 4prozentigen Zinsen dieser Kapitale in gleicher Weise zu verwenden.

Lebhaft war die Diskussion bezüglich der Stiftungen, Bestelmeyer beantragte nemlich zu Artikel 30: Ausgenommen sollen die Stiftungen der Wohlthätigkeit, des Unterrichts seyn, welche der Staat, auch wenn sie nicht an ihn übergehen, für den ihnen erwachsenden Schaden entschädigen soll. Der Finanzminister widersetzte sich dieser Modifikation kräftig, indem er für Stiftungen keinen anderen Maaßstab statuiren will. Die Staatskassa könne keine Garantie gegen alle und jegliche Verluste übernehmen. Seyen denn alle Gemeinden gleich unbemittelt? Seyen nicht gerade sie es, die den Staat bilden? Bestelmeyer kann es aber nicht glauben, daß es möglich, die Stiftungen zu benachtheiligen, und vertritt mit Wärme die Stadt Nürnberg, welche kein Kommunalvermögen, sondern 145,000 fl. indirekte Steuer habe, wo sollen die Kommunen das Geld hernehmen, um den Ausfall der Stiftungen zu decken. Der Finanzminister fragt, ob denn die Stiftungen nicht für Gemeindezwecke bestehen. Die Gemeinde Nürnberg war, als sie an den Staat überging, bankerott; Bayern hat ihre ganze Schuld anerkannt, wo es nur leere Kassa fand; Obligationen waren in Menge einregistrirt, aber nicht vorhanden. Keine Stadt hat mehr Ursache mit der Regulirung ihrer Finanzverhältnisse durch den Staat zufrieden zu seyn, als gerade die Stadt Nürnberg. Bestelmeyer behält das letzte Wort, indem er behauptet, es sey ja nicht von der Stadt, sondern von der Gemeinde Nürnberg die Rede u. s. w. — Der Vertreter Nürnbergs setzte übrigens für die Stiftungen manch Gutes durch. — Ihre Zeitung that übrigens wohl, von der langweiligen Debatte, so wenig als möglich zu berichten. Ich werde nicht ermangeln, Ihnen den Beschluß, so bald ich ihn formulirt erhalte, mitzutheilen. —

(München, den 11. Mai.) Se. Maj. der König hat die in Erledigung gekommene Stelle des Regierungs- und Kreisbauraths bei der Regierung von Oberfranken dem dermaligen Bezirksingenieur bei der Bauinspection in Aschaffenburg und functionirenden Kreisrath in Speyer, Georg May, verliehen. — Die Doctoren der Medicin, Emil Harleß aus Erlangen, und Aloys Martin aus Bamberg, die Doctoren der Rechte Rott und Held aus Würzburg, und der Doctor der Philosophie, Sendner von München, wurden von Sr. Maj. zu Privatdocenten an der Ludwig-Maximilianshochschule dahier ernannt.

(A. A. Z.)

(Bamberg, den 13. Mai.) Der Redaktion des Fränk. Merkurs ist nachstehende Adresse Staffelsteiner Bürger mit dem Ersuchen um öffentliche Kundgebung zugekommen, welches Auftrags sich dieselbe mit Vergnügen hiemit entledigt: Edle Bürger Bambergs! Euern Mitbürgern ist in Staffelstein eine Schmach widerfahren, die Euch tief kränken muß. Männer, die Euer vollstes Vertrauen besitzen, weil sie des Volkes Freiheit und Rechte schützen und wahren, sind, zu einer Volksversammlung eingeladen, zu uns gekommen und hier mit roher feiger Niederträchtigkeit behandelt worden. Glaubt uns, Bürger Bambergs, auch uns schmerzt dieses nichtswürdige Verfahren — glaubt nicht, daß die Gesinnung, der Geist unsrer Gegend ein so verächtlicher sei! Nein! — theils nur eine Horde feiler Kreaturen, die keinen Begriff von Volksfreiheit haben, theils einzelne Tückische, die des Volkes Rechte nicht verstehen wollen und böswillig unsrer Freiheit entgegenstreben, waren die Urheber dieser brutalen Excesse — es waren nicht Bürger, es war nicht Volk: es war nur Pöbel, gemeiner Pöbel! Unser wahrer Volkssinn ist Gott sei Dank noch ein gesunder, ein menschlicher! Wir verachten diesen Pöbel, wie Ihr, Bürger Bambergs, wie jeder vernünftige Bayer, wie jeder Deutsche ihn verachtet. Achtet uns, edle Bamberger, die Ihr entflammt seid für Freiheit, Recht und Vaterland, als Streitgenossen gegen die Feinde der Freiheit, des Rechtes und des Vaterlandes! Wir bieten Euch als solche unsern Gruß! Unser Wahlspruch ist, wie ihn das kräftige Komité Bambergs erkoren, für immer: Freiheit, unbeschränkte Volksfreiheit, Gesetz und Ordnung! (Folgen die Unterschriften.)

(Bamberg, den 13. Mai.) Auf eine Erklärung des Präsidenten der Regierung von Oberfranken und des Landrichters Boveri in Bamberg, daß die Wahl in Ordnung gegangen sey, nimmt Advokat Titus sein Mandat als Deputirter zum deutschen Parlament wieder an.

Baden. (Schaffhausen, 10. Mai.) Gestern rückte ganz unvermuthet ein Bataillon des würtembergischen 3. Infanterie-Regiments in dem nur eine Stunde von hier entfernten badischen Amte Jestetten ein, welches in der Nacht vorher in Waldshut den Befehl erhalten hatte, anstatt über St. Blasien nach Schopfheim zu marschiren, um auch in diesem zwischen den Kantonen Zürich und Schaffhausen eingezwängten Winkel in Baden, den die Truppen noch nie berührt hatten, die volle Achtung vor den Gesetzen wieder herzustellen und völlige Entwaffnung vorzunehmen. Abend wurde auch das benachbarte Dorf Lottstetten besetzt, der Wohnsitz des berüchtigten Engelwirths Weishaar. Diese Gegend galt als der Hauptsitz der revolutionären Partei, bei der sich viele der angesehensten Männer schon betheiligt hatten, von denen aber bis jetzt nur der Adlerwirth von Jestetten zur Haft gebracht ist und von einem außerordentlichen Kommissär schon längere Zeit inquirirt wird, während andere bei Vertreibung der großherz. Beamten und bei Entwaffnung der Gendarmen und Gränzzollaufseher nicht weniger und wohl noch mehr betheiligte Männer noch frei umhergehen. Ebenso ist auch der dem würtembergischen Hauptquartier als außerordentlicher Kommissär zugetheilte Regierungsrath von Frommherz in Jestetten eingetroffen, um die weitern Anordnungen zu treffen. Hier in Schaffhausen und ebenso in Eglisau halten sich eine Menge badischer Flüchtlinge auf, die stark an die gewaltsame Befreiung jenes in Jestetten in Verhaft befindlichen Adlerwirths gedacht haben sollen. Hoffentlich wird er nebst mehreren andern noch auf freiem Fuß befindlichen Anführern mit dem Abzuge des Militärs auch zu weiterer Untersuchung fortgeschafft werden, denn sonst hätte der militärische Besuch wohl seine Zwecke nicht erreicht. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 11. Mai.) Das Aktenstück, welches in der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 10. Mai so große Beunruhigung veranlaßte, ist — sicherem Vernehmen nach — ein sogenanntes Separat-Protokoll der Bundesversammlung vom 4. Mai. Dieses Separat-Protokoll enthält ein von dem großherz. hessischen Bundestagsgesandten übergebenes Promemoria, welches zunächst die Frage erörtert, in welcher Weise sich die Bundesversammlung mit Prüfung des von den 17 Vertrauensmännern ausgearbeiteten Entwurfs einer Verfassung zu beschäftigen habe und hieran eine Erörterung über die Stellung knüpft, welche die Regierungen bei dem Verfassungswerk der nächstens zusammentretenden National-Versammlung gegenüber einnehmen werden. Der Beschluß der Bundesversammlung, welcher hierauf erfolgte, ging dahin: dieses Promemoria den Regierungen einzusenden, da solches theilweise Andeutungen enthalte, welche Berücksichtigung verdienen. Sodann beschloß die Bundesversammlung, über den ausgearbeiteten Verfassungsentwurf und über das Verhältniß der Regierungen zu der National-Versammlung und die Verhandlungen mit derselben sich Instructionen zu erbitten. Von irgend einem decisiven Beschluß der Bundes-Versammlung war also so wenig die Rede, als von der Motivirung eines solchen durch den Inhalt des Promemoria. Daß die neue Verfassung Deutschlands auf vertragsmäßigem Wege zwischen den Regierungen und den Volksvertretern zu Stande kommen wird, ist eine Wahrheit, die so sehr in der Natur der Verhältnisse und in dem allgemeinen Bewußtseyn von ganz Deutschland begründet ist, daß sie keiner näheren Erörterung bedarf. Vor Allem lag es dem Bundestag ob, an diesem Satz festzuhalten, und schon durch seinen Beschluß vom 30. März über Anordnung der Wahlen zur National-Vertretung hat er dies aufs klarste ausgesprochen. Das Vorparlament hat zwar in seiner Sitzung vom 3. Mai beschlossen, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu wählenden National-Versammlung zu überlassen sey; nach der durch vielseitige Zustimmung unterstützten Motivirung des Antragstellers wär dies aber so zu verstehen, daß der National-Versammlung ganz freie Hand gelassen werden sollte, nachdem sie mit ihrem Geschäft fertig geworden sein werde, darüber Verträge mit den Fürsten abzuschließen, oder nicht. Nachdem also das Vorparlament selbst den Vertragsweg in Aussicht gestellt hat, kann der Fünfziger-Ausschuß doch nichts Beunruhigendes darin finden, wenn die Bundes-Versammlung über die Art und Weise, wie eine solche vertragsmäßige Uebereinkunft zu Stande kommen soll, sich Instructionen von den Regierungen erbittet. Ueber etwas Anderes, als diese Frage verbreitet sich auch das Promemoria des großherzoglich hessischen Gesandten, wie gesagt nicht, und es ist also auch nicht wohl einzusehen, wie der Inhalt desselben, welcher diese Frage ganz unbefangen beleuchtet, Besorgnissen einer Reaction Raum geben könnte. Vor einer solchen Befugniß dürften die Elemente, aus welchen die Bundes-Versammlung zusammengesetzt ist, die genügendste Garantie darbieten, denn es sind Männer darunter, welche ihr Leben lang zum Theil durch schwere Opfer dem Dienst der Freiheit gehuldigt haben und an Patriotismus sicherlich Keinem im deutschen Volke nachstehen. Das, was allein zu einer Mißdeutung jenes Separatprotokolls Veranlassung gegeben zu haben scheint, besteht darin, daß dieses Protokoll nicht zur Veröffentlichung bestimmt war. Wenn es durch vertrauliche Mittheilung in die Hände eines

Dritten gelangte, so kann die Frage, ob nicht durch die Veröffentlichung jenes Vertrauen mißbraucht wurde, unerörtert gelassen werden, weil die Sache selbst gar nichts Verfängliches hat. Wir sind kein Freund der Ausnahmen von der Oeffentlichkeit; nach der bestehenden Unterscheidung zwischen öffentlichen und Separatprotokollen (in welch letztere die der Natur der Sache nach nicht zur Oeffentlichkeit sich eignenden Verhandlungen über Verwaltungs-Gegenstände aufgenommen werde) läßt sich aber leicht ermessen, daß Vorschläge über Instructionen der Bundes-Gesandten von ihren Regierungen so wenig, als sonstige Communicationen zwischen einem Gesandten und seinem Gouvernement vor das Forum der Oeffentlichkeit gehören. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 11. Mai.) In der heutigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses wurde der gestern von Kolb beantragte vollständigere Bericht über die Verhandlungen der seiner Zeit bezüglich der Bundesexecutionsgewalt mit einem Ausschusse des Bundestags und der Vertrauensmänner zusammengetretenen Commission von Soiron, Reh, Wippermann, Stedtmann, Wächter rc. erstattet. Der im Anfange gegebene Vortrag von Soiron enthielt im Ganzen die frühern deßfalsigen, in dem stenographischen Protocoll veröffentlichten Notizen, nach welchen, bei dem Fehlschlagen einer Vereinigung der größern Commission auf Veranlassung der Bundestagspräsidenten je ein Mitglied des Bundestags, der Vertrauensmänner und des Ausschusses (Welcker, v. Schmerling und Soiron) zur nochmaligen vertraulichen Besprechung zusammentreten und in dieser sich über das von den Fünfziger-Ausschuß angenommene Project vereinbarten. Im Beginne der ersteren, etwa 2½ Stunde dauernden Sitzung war der von dem bad. Bundestagsgesandten ausgegangene Vorschlag von diesem der vereinigten Commission vorgelegt und dagegen von den Mitgliedern des Fünfziger-Ausschusses unter Hinweisung auf den schon gefaßten Beschluß die Einräumung besonderer constitutioneller Garantien, wie solche später in den vereinbarten Vorschlag aufgenommen wurden, verlangt worden. Den eigentlichen Schluß der Sitzung habe eine nochmalige Vertheidigung des Welcker'schen Vorschlags durch diesen gebildet. Das ungefähr sey verhandelt worden. Noch wolle er (der Berichterstatter) sagen, worüber nicht gesprochen worden sey, das seyen die im Separatprotocoll enthaltenen Ideen. Wären solche Zuthaten bekannt geworden, so wäre man wohl bedenklich geworden, auf die ganze Sache einzugehen. Weiter wurde auf die Aeußerung Jacoby's, daß es wünschenswerth sey, den ganzen eigentlichen Gang der Verhandlung kennen zu lernen, von Biedermann, dann von Reh bemerkt, daß, so weit sie sich bei der Länge der Zeit erinnern könnten, und so weit letztere Schreibtafelnotizen unterstützten, im Laufe der Besprechung die Idee der Bildung einer besondern Centralgewalt von drei Mitgliedern durch Oesterreich, Preussen, und durch Vorschlag und Wahl von Seiten der übrigen Staaten geäussert worden, jedoch auf die Erinnerung, daß ein solcher Vorschlag für die Majorität ein Grund zur Ablehnung seyn werde, davon nicht weiter die Rede gewesen; dagegen von Gervinus der Vorschlag zur Verstärkung der Bundesversammlung selbst um drei Mitglieder gemacht worden sey. (Biedermann.) Ein großer Theil der Sitzung sey durch die beiden Vorträge des deutschen Bundestagsgesandten ausgefüllt worden; derselbe habe über den erfahrenen Widerspruch sehr ungehalten geschienen, und bei den bestimmten Gegenvorstellungen mit Heftigkeit geäussert, ob denn der Ausschuß selbst das Ruder in die Hand nehmen wolle, und ob er der Fürstensouveränetät nicht Kraft genug zutraue, den Vorschlag selbst durchzuführen. Man solle sich über die constituirende Versammlung nicht täuschen; sie werde bei der Verfassung mithelfen, dann aufgelöst werden, und nach Hause gehen. Dagegen sey, obschon die eigentliche Sitzung schon beendigt war, dem badischen Bundestagsgesandten entschieden bemerkt worden, der Bundestag sey zu verwarnen, zu thun, wozu der Fünfziger-Ausschuß, als Organ des Volkswillens, seine Zustimmung nicht gegeben habe. Es sey gefährlich, die Fürstensouveränetät der Volkssouveränetät entgegenzustellen. Vom Ergreifen des Ruders sey keine Rede; denn es bestehe gar kein Schiff, sondern nur noch Trümmer und Balken; sey ein neues Fahrzeug gebaut, dann würden sich schon Ruder- und Steuerleute finden. Die constituirende Versammlung werde wissen, was sie im Bewußtseyn ihrer Würde und ihres Ursprungs (der Volkssouveränetät) zu thun habe. (Reh.) Auf eine Frage von Murschel, ob nach der Vereinbarung der zweiten zusammengesetzten Kommission keine weitere Mittheilung des Bundes über den Vorschlag erfolgt sey, antwortete Soiron: daß er ein Weiteres nicht gehört habe. Stedtmann schloß sich Reh an; er habe auf jene Aeusserungen seinestheils bemerkt, daß man für die Einheit allerdings eine Centralgewalt wolle, aber nicht eine, die der Freiheit des Volks gefährlich sey, obwohl diese keine Gewalt mehr zu entwurzeln im Stande seyn werde. Er verlange, daß Garantien des Nichtmißbrauches gegeben würden; zulässig sey eine Vereinfachung der bisherigen schwerfälligen Bundesgewalt. Es sey zu hoffen, daß nichts, der Freiheit entgegenstehendes unternommen werde. Wippermann: Es habe ihm geschienen, daß bei den meisten Mitgliedern der Bundesversammlung eine vorherrschende Neigung für die vorher bezeichnete Centralgewalt gewesen sey. Buhl: Er habe aus der heutigen Versammlung nichts Neues vernommen. In dem, was von dem badischen Bundestagsgesandten gesagt worden sey, erkenne er seinen Freund Welcker, der sogleich in Feuer und Flammen komme, der durch die Aufregung sich hinreissen lasse und in der Heftigkeit und beim Widerspruche konservativer sich ausspreche, als er es wirklich sey. Wächter: Er habe bei jener Verhandlung vorzüglich geltend gemacht, daß nicht eine subjektive Ansicht gelten dürfe, sondern, daß nach gefaßten Beschlüssen und nach dem wirklichen Bedürfnisse gehandelt werden müsse. Sowohl bei einem Theil der Bundestagsgesandten, als der Vertrauensmänner habe er leider keine feste Ansicht gefunden; dieser Mangel an Entschiedenheit sey besorglich. Heckscher: Er vertraue durchaus der Wahrhaftigkeit einzelner Berichterstatter; es schienen ihm übrigens wesentliche Abweichungen vorhanden, die er aufgeklärt wünschte. Nach Soiron's Aeusserung sey sonst nichts Besonderes zur Sprache gekommen; dagegen gebe Reh's Vortrag die damals schon ausgesprochenen Ideen des bekannten Promemoria. Soiron erwiederte daß er sich, wie bereits bemerkt, der Einzelnheiten nach Wochen nicht mehr erinnern könne. Auch könne ihm nicht zugemuthet werden, daß alle möglichen zufälligen Aeußerungen, wie sie im Laufe der Unterhaltung vorkämen, berichtet würden. Nicht für wichtig habe er im Feuer der Rede gefallene Worte gehalten, wo in der Vertheidigung der Ansicht nach Allem gegriffen werde. — Reh: Widersprüche könne er nicht finden; denn seine Ergänzungen verdanke er seiner Brieftasche. Die Aeußerung von Welcker sey damals nicht so sehr aufgefallen, und erst wichtig geworden nach dem Beschlusse und dem Promemoria. — Heckscher: Er mache nicht einzelnen Mitgliedern Vorwürfe. Das ganze Komité hätte früher schon über jene Aeußerungen Nachricht geben sollen; daß es nicht geschehen, sey ein Fehler. Der Mann, der den Plan gemacht habe, hege jene freiheitsmörderischen Ideen. — Wippermann: Es seyen keine freiheitsmörderischen Ideen, er habe sich schon gestern über das Promemoria geäußert. Er stimme Soiron bei, daß es ihre Aufgabe nicht gewesen, über die Aeußerung einzelner Bundestagsgesandten zu berichten. Nach einer kurzen Schlußäußerung von Soiron wurde die Sache verlassen. Der Kolb'sche Antrag wegen Einberufung der Mitglieder der konstituirenden Versammlung wurde auf Wunsch des Antragstellers auf die Tagesordnung der morgentlichen Sitzung (Vormittags 9 Uhr) gesetzt. (Frkfr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 12. Mai.) In der heutigen Sitzung des 50ger Ausschusses, die von Vorm. 10 Uhr bis halb 2 Uhr Nachm. dauerte, stattete Abegg den Kommissionsbericht über das Separat-Bundesprotokoll ab. Die Kommissionsmitglieder hatten sich zuletzt zu dem Antrage vereinigt, die Erklärung zu Protokoll zu geben, daß in Erwägung verschiedener speziell angegebener Gründe der Ausschuß sich **gegen jeden Eingriff in die Rechte des Parlaments verwahren, das Separatbundesprotokoll sowie die Handlungsweise des Bundestags aber der Beurtheilung des deutschen Volkes anheimstelle.** Die hierauf erfolgte Debatte war sehr lang, da alle Mitglieder sprachen, und aus dem Umstand, daß das Publikum öfters laut Beifall oder Mißfallen zu erkennen gab, können Sie entnehmen, daß nicht ohne Leidenschaft gesprochen wurde. Während der Diskussion war ein Schreiben des großh. hess. Staatsministers Heinrich Gagern an den Präsidenten gelangt, worin dieser erklärte, daß er durchaus nichts von dem Separatvotum des großherzoglich-hessischen Bundestagsgesandten von Lepel gewußt, daß die großherzoglich hessische Regierung es mißbillige, und eine Erklärung darüber geben werde. Der im Ausschuß sitzende herzogl. nass. Minister-Präsident Hergenhahn sprach sich im gleichen Sinne kräftig aus, was einen guten Eindruck erzeugte. Der Kommissions-Antrag wurde angenommen, und zwar ohne die Ruder'sche Motion, die Sache dem Parlament zu überweisen. Da die Zeit weit vorgerückt war, verzichteten alle Redner auf das Wort in der Diskussion über den Abegg'schen Antrag, und nur Heckscher motivirte ein Amendement, das auch mit dem Antrage, nebst einem Zusatze von Murschel, angenommen wurde. Die nächste Sitzung ist am 15. — In der heutigen 3. Versammlung der Parlamentsmitglieder hatten sich circa 15 neue angemeldet. Es wurde beschlossen, zwei Mitglieder, Mohl und Fuchs, dem 50ger Ausschuß anzureihen, und die von der Kommission entworfene Geschäftsordnung drucken zu lassen. Nächste Sitzung am 16. (N. W. Z.)

(Bremen, den 10. Mai.) Nach Berichten aus Helgoland sind gestern Morgen drei Briggs mit dunkler, man meint englischer Flagge, die der Elbe zusteuerten, von der dänischen Fregatte angehalten und darauf umgekehrt. — Aus Cuxhaven wird gemeldet, daß bei Helgoland noch der dänische Kriegsschooner »Werdreeln« angelangt ist, und daß täglich noch eine Fregatte erwartet wird. (Brem. Z.)

Eine offizielle Bekanntmachung vom 4. Mai erklärt die Städte Danzig, Pillau, Swinemünde, Stralsund, Rostock, Wismar, Kiel und die Kanalmündung für effektiv blokirt. (Brem. Z.)

Hessen. (Kassel, 7. Mai, Abends.) Vor einigen Tagen begab sich eine Deputation der hiesigen Gewerbtreibenden, Küpermeister Herbold an der Spitze, nach Wilhelmshöhe zum Kurfürsten, um denselben zur Beschäftigung des Handwerkerstandes durch größere Bauten zu bestimmen. Die Deputation erhielt anfänglich kurzweg eine abschlägige Resolution, wurde aber bald nachher zum Kurfürsten zurückgerufen, welcher, unter Mittheilung der seine erste Entschließung motivirenden Umstände, nunmehr eine zusagende Antwort gegeben. — Allgemein redet man von dieser zweiten Audienz, welche angesichts vieler Menschen auf der Esplanade neben dem Schlosse stattgefunden: Herbold hat dabei in sehr zutraulicher Weise mit dem Kurfürsten geredet, namentlich wiederholt denselben auf die Achsel geklopft, ohne daß der Kurfürst hiedurch im Mindesten unangenehm berührt geschienen. Was würde hier wohl einem Bürger, welcher vor wenigen Monaten sich so dem Regenten zu nahen gewagt hätte, damals geschehen seyn? Scheffer und Hickell würden ihn wegen grober Majestätsbeleidigung haben prozessiren lassen. (Brem. Z.)

(Kassel, den 9. Mai.) Sicherem Vernehmen ist Landgraf Wilhelm von Hessen bereits vor mehreren Tagen von Kopenhagen in Dessau eingetroffen. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 9. Mai.) Wir danken den Tschechen, daß ihre entschiedenen Führer, die Maske ablegend, ihren Plan, ein slavisches Reich im Herzen Deutschlands zu gründen, offen erklären und den Deutschen den Fehdehandschuh hinwerfen. Besser ein offener Gegner, als ein falscher Bundesgenosse. Der deutsche Bund wird den Handschuh aufheben, und wir sind begierig, bald zu erfahren, ob jene Trompeter der slavischen Wühlerei in Prag gegen die deutsche Standarte Schwarz-Roth-Gold festern Stand halten werden als die Dänen, ob Hawliczek und Palazky glücklichere Geschäfte machen werden als Laurenz Stau und Orla Lehmann. Dem erstgenannten danken wir namentlich für sein entschiedenes Programm, das hoffentlich dazu dient, die wahre Sachlage dem Blindesten in Oesterreich klar zu machen. In diesem Programm erklärt der Führer der tschechischen Exaltados: 1) Böhmen werde sich an Deutschland nicht anschließen, und die von den deutschen Kreisen gewählten Abgeordneten sollen mit Gewalt an der Abreise gehindert werden. 2) Böhmen müsse sich mit den West- und Südslaven, ja selbst (hört!) mit den Russen verbinden, welche ihnen näher ständen, als die Deutschen und die, den Kaiser Nikolaus ausgenommen, alle mit ihnen sympathisirten. Für eine so offene, ehrliche Sprache sind wir Deutschen dem Tschechenführer Hawliczek wirklich erkenntlich. „Ich dank' dir, Jud', daß du dieß Wort gesagt!" Nun wird es Zeit für die deutschen Männer in Frankfurt, mit einer That zu antworten auf jene wilden slavischen Provocationen, die bereits zum Blutvergießen geführt. Jenen biedern Tschechen außerhalb Prag, die noch nicht angesteckt sind von einem fanatischen Deutschenhaß, der an Tollheit gränzt, rufen wir die Mahnung zu: laßt euch nicht bethören von jenen Wühlern, die euch nur ins Verderben führen. Ihr habt weder das Recht noch die Macht, ein Glied Deutschlands, ein Land, das die Natur, ein Volk, das die Geschichte so innig mit den Deutschen verbunden, von unserm Leibe zu reißen. Ihr seid nicht volle drei Millionen Tschechen, gegen vierzig Millionen Deutsche, die euch rings umgeben. Hütet euch, eine blutige Entschei-

dung herbeizurufen, die euch theuer zu stehen kommen dürfte! Vergesset nicht die Warnungen der Geschichte. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 11. Mai.) Der preussische Staats-Anzeiger enthält folgende Aktenstücke: Ew. Königl. Majestät haben vor der Bildung des gegenwärtigen Ministeriums Se. Königl. Hoheit den Prinzen von Preußen mit einem Allerhöchsten Auftrage nach England zu entsenden geruht. Allerhöchstdieselben wollen uns gestatten, die Gründe ehrerbietigst vorzutragen, aus denen nach unserer Ansicht, die baldige Rückkehr Sr. Königl. Hoheit in Ew. Majestät Staaten dringend zu wünschen ist. Seitdem der Prinz von Preußen am 18. März, als erstes Mitglied des damaligen Staats-Ministeriums, das Allerhöchste Patent mit unterzeichnete, in welchem die Nothwendigkeit einer constitutionellen Verfassung für alle deutschen Länder von Ew. Majestät anerkannt wurde, ist unter Zustimmung des Vereinigten Landtages ein Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung erlassen worden, die Abgeordneten sind erwählt, und die Einberufung der Versammlung steht nahe bevor. Für den Zeitpunkt nun, wo die Vereinbarung der Staats-Verfassung zu Stande gekommen seyn wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Sr. Königl. Hoheit, als der Nächste am Throne, zu deren feierlicher Anerkennung anwesend sey. Aber auch während ihrer Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Kgl. Hoheit Veranlassung geben konnte; es ist nöthig, daß die Versammlung ihre Berathungen mit der vollen Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von Gesinnungen ablegen, welche klar zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird, wie sie uns seither nicht gefehlt hat. Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volkes erkannt hat, und diese Ueberzeugung, hervorgerufen und gekräftigt durch den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen, wird von den gemischten Gefühlen eines eben so muthigen als treuen Volksstammes bald nun die edelsten Bestandtheile zurücklassen. Wir stellen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthaltes in England zu empfehlen. Berlin, den 10. Mai 1848. Das Staats-Ministerium. Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf von Kanitz. von Patow. An des Königs Majestät.

Ich bin mit den in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom gestrigen Tage vorgetragenen Ansichten um so mehr einverstanden, als Mein Bruder, der Prinz von Preußen Königl. Hoheit. wiederholentlich Seine volle Zustimmung zu der von Meiner Regierung betretenen neuen Bahn gegen Mich ausgesprochen hat. Ich habe deshalb Se. Königl. Hoheit, nach dem Auftrage des Staats-Ministeriums, zur baldigen Rückkehr in das Vaterland veranlaßt. Zugleich habe Ich, nachdem der bisherige erste Adjutant des Prinzen, Major Graf von Königsmark, schon vor einiger Zeit aus dieser Stellung ausgeschieden ist und der Sr. Königl. Hoheit attaschirte Generalstabs-Offizier Major Oelrichs eine andere Bestimmung erhalten hat, den Major Laue zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt, Sr. Königl. Hoheit Meine Aufforderung zur Rückkehr zu überbringen. Potsdam, den 11. Mai 1848. Friedrich Wilhelm. An das Staats-Ministerium.

(Berlin, den 9. Mai.) Die Posener Zeitung schreibt: Es wird interessant seyn, zu erfahren, in welcher Art bisher die schleunige Konzentration großer Haufen von polnischem Landvolk auf einen bestimmten Fleck bewerkstelligt worden ist. Es erscheint ein berittener Bauer, meist wie ein numidischer Reiter ohne Sattel und Zaum im Dorfe oder auf dem Felde, schreit dem nächsten Landmanne zu: wyrzynaja w N. (in N. wurgen sie) und jagt weiter. Das ist die Loosung, sie pflanzt sich mit Windeseile fort, und in wenigen Minuten ist die gesammte männliche Bevölkerung auf dem Zuge nach dem bezeichneten Sammelplatze. So sah sich am 24. April ein deutscher Gutspächter in der Nähe von Grätz, der eben mit mehr als 40 Pflügen auf den Feldern war, wenige Momente, nachdem das verhängnißvolle wyrzynaja w Grodzisku! (in Grätz wird gewürgt!) auf die beschriebene Weise erklungen war, nicht nur aller seiner Leute, sondern auch aller Acker- und Hofpferde und aller Wagen beraubt. In diesem einzelnen Falle ist es freilich geschehen, daß die Leute mit Ausnahme eines Menschen — und es war dieß gerade der größte Radulist unter der ganzen Gemeinde — am späten Abende, nach dem blutigen Ende der Grätzer Begebenheit, sämmtlich zurückkehrten. (Schwb. M.)

(Berlin, den 9. Mai.) Das königl. Staatsministerium fordert durch einen Erlaß vom Heutigen die zur Nationalversammlung Gewählten auf, ihre Abreise dergestalt zu beschleunigen, daß sie bis zum 18. Mai in Frankfurt a. M. eintreffen können. (Frankf. J.)

(Berlin, den 9. Mai.) Aus bester Quelle wird versichert, daß Rußland an unser Kabinet eine Note gerichtet habe, durch welche Erklärungen erbeten werden über das Einrücken der Preussen in Jütland. — Man versichert ferner mit großer Bestimmtheit und von derselben Seite, man fange an, sich die Frage zu stellen, ob nicht in Frankfurt eine provisorische Central-Regierung zu beantragen sey. In dieser Beziehung liegen zwei Entwürfe vor. Der Eine stimmt für einen Erzherzog, einen preussischen Prinzen und einen anderen Prinzen für die übrigen Fürsten. Der zweite Entwurf ginge auf Wessenberg, Camphausen und von Gagern hinaus. Man fügt hinzu, daß eine dieser beiden provisorischen Regierungen baldmöglichst zusammentreten möchte. Auch an eine definitive Centralgewalt wird gedacht. (Köln. Z.)

Sachsen. (Dresden, den 6. Mai.) Kleine Dinge sind oft bezeichnend für größere Wendungen und Ereignisse. Wenn sonst ein österreichischer Diplomat einem deutschen unbescholtenen Bürger Schwierigkeiten machte bei Visirung seines Passes nach Wien, so war das unter dem alten Metternich'schen Systeme, — das keine höhere Politik kannte als Polizei-Schergenthum — in der Ordnung. Wenn aber heute der österreichische Gesandte in Dresden, Graf Kuffstein, einem deutschen Bürger, dem Schriftsteller Karl Gutzkow für eine amtliche Reise als Dramaturg des königl. sächsischen Hoftheaters nach Wien das Visum des Passes verweigert, oder vielmehr erklärt, daß er dasselbe erst nach sechs Tagen ertheilen könne (während der Zeit kann in Wien angefragt und die Polizei instruirt werden), so hat man keineswegs Ursache, das in der Ordnung zu finden. Die Sache scheint sehr geringfügig, aber sie scheint es auch nur. Sie ist es keineswegs. Hr. v. Kuffstein gerieth in heftigsten Zorn, als ihm der genannte Schriftsteller sein Befremden darüber aussprach, nach dem Sturze Metternichs und des Metternichianismus zu Wien bei der österreichischen Diplomatie noch die Polizei-Instructionen jenes Systems fortbestehen zu sehen. In der That, was will so ein Verhalten sagen in einer Zeit wie die jetzige? Hr Graf Kuffstein möge sich darüber öffentlich erklären, aus welchen Gründen er einem unbescholtenen deutschen Bürger die Erlaubniß verweigert, nach Oesterreich zu reisen, wenn es ihm gefällt, oder wenn er es nöthig hat. Will dieser Wurzelrest des Metternichanismus unter den österreichischen Staatsmännern und Diplomaten, der schon seine undeutschen Tendenzen durch die bekannte Erklärung über Oesterreichs Stellung zum deutschen Bundesparlamente documentirt hat, diese undeutsche Gesinnung auch in andern Verhältnissen geltend machen? (A. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 9. Mai.) Der eben ankommende Bahnzug bringt die wichtige, jedoch unverbürgte Nachricht, daß die Dänen mit 10,000 Mann von Sonderburg auf der Insel Alsen die Meerenge überschritten, und auf dem Festlande Schleswigs, bei Döppel, wieder gelandet seyen. Von deutschen Truppen können ihnen nur 3000 Mann entgegengestellt werden, da die übrigen theils im Lande zerstreut stehen, theils nach Jütland marschirt sind. [Zur Erklärung und Bestätigung dieser wichtigen Nachricht dient vielleicht folgende Mittheilung der »Schleswig-Holsteinischen Zeitung«: »In Kiel wurde in der Nacht vom 5. auf den 6. d. dem commandirenden hannover'schen Offizier durch Estaffette angezeigt, daß auf Alsen große Truppen-Bewegungen Statt fänden und eine Einschiffung des größeren Theiles der Truppen vorbereitet zu werden scheine. Obwohl dieselben nach Flensburg bestimmt zu seyn schienen, so müsse man doch überall auf einen Handstreich gefaßt sein: die Kommandanten in den Seestädten möchten ihre Vorbereitungen treffen.«]

(Altona, den 9. Mai.) Kopenhagen selbst wird nach Aussage von Reisenden über Hals und Kopf befestigt, da man einen Angriff von Seiten Englands, hervorgerufen durch die weggenommenen Schiffe, fürchtet, und die Folgen des ersten Angriffs durch die Engländer noch in zu gutem Andenken sind. Da man in Kopenhagen Vergeltung fürchtete, wollte man das Dampfschiff „Malmö« nach Travemünde nicht auslaufen lassen, und man that es erst, nachdem der Konsul eine Kaution von 40,000 Rthlrn. dafür geleistet hatte, daß es ungehindert wieder zurückkehren würde. Der »Malmö« brachte auch wiederum eine Partie deutscher Handwerker mit zurück, welche aber vorher, ehe sie entlassen wurden, beschwören mußten, daß sie weder zur See noch zu Lande gegen die Dänen kämpfen wollten, und daß sie diesen Eid geleistet haben, ward in dem Wanderbuche jedes Einzelnen bemerkt — Kapitän Suenson kreuzt wiederum mit einer dänischen Fregatte bei Apenrade. Es erregt dies große Angst, da man fürchtet, daß er beabsichtige, auf Menschenraub auszugehen. (Kölst. Z.)

(Kiel, den 8. Mai.) Professor Droysen war vorgestern aus Frankfurt in Rendsburg angekommen und reiste gestern wieder zurück. Sicherem Vernehmen nach stand diese Reise mit den bei dem deutschen Bunde eingereichten Vermittelungsvorschlägen Englands in Verbindung. Diese Vermittelungsvorschläge sollen der Hauptsache nach dahin gehen, daß die Herzogthümer unter Aufrechthaltung der Personalunion in ein Verhältniß zu Dänemark kommen, wie Norwegen zu Schweden. (Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 10. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 9., Schluß.] Wenige Minuten nach 5 Uhr erfolgte die Abstimmung. Von 796 anwesenden Gliedern stimmten 385 für und 411 gegen den Antrag der Kommission, einen Ministerrath aus zehn Gliedern bestehend, direkt zu ernennen. Die Nationalversammlung schritt demnächst zur Diskussion der Regierungs-Kommission. Aus wie viel Gliedern soll sie bestehen? Soll man die Glieder der prov. Regierung beibehalten? Eine ganz neue Staatsgewalt wählen oder was sonst machen? Senart, der diese Fragen zuerst anregte, wünschte, die Versammlung solle sich in ihre Abtheilungssäle zurückziehen, um die Wahl en famille zu treffen. Es wäre unmöglich, gewisse Persönlichkeiten unberührt zu lassen und da man auf dieser Bühne alles Persönliche vermeiden müsse, so schlage er Absonderung vor. Dieser Vorschlag fiel jedoch glänzend durch und die Versammlung schritt zur Diskussion des Dornes'schen Vorschlages einer Ernennung von fünf Staatshäuptern ad interim. Daragon wünscht nur drei; Bastide und Barbes schlugen vor, die prov. Regierung, wie sie eben bestehe, bis zur Verfassungs-Annahme zu bestätigen und die Zeit nicht mit Balgereien über gesetzgebende und vollziehende Gewaltentrennungen zu verlieren. Die Gewalt sei eins: sie sei im Volke; und schien ihm zwar vernünftig, das die Nat.-Versammlung als Volksvertreterin die Minister gewählt hätte, da man das jedoch nicht beliebte, so solle man die prov. Regierung beibehalten, damit wenigstens das sozialische Element gerettet werde. Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine überaus lebhafte, fast tumultuarische Diskussion. Dieselben Männer, die gestern der prov. Regierung zugestimmt hatten: »daß sie sich großes Verdienst um das Vaterland erworben« geriethen sich in die Haare und verriethen nur zu klar daß sie wohl einen Lamartine und Marrast, aber keinen Ledru Rollin, keinen Louis Blanc und keinen Flocon länger am Staatsruder wünschten. Ganz obskure Leute, z. B. wie Lacaze, Berard lüfteten den Schleier über die angeblichen Händel im Schooße der prov. Regierung mit einer Unverschämtheit, daß Ledru Rollin auf die Tribune eilte und eine donnernde Philippika gegen seine verkappten Feinde schleuderte. Wohlan, rief er im Feuer seines Zornes, ja, ja, wir haben diskutirt. Ja, die Einen wollten avancirtere Dinge als die Anderen; ja, über die Mittel, wie den Millionen zu helfen, die ihre Hände um Brod gegen uns streckten, waren wir nicht einig. Aber wenn die Diskussion geendigt, wenn die Mehrheit ihr letztes Wort gesprochen hatte, dann verbeugte sich die Minderheit achtungsvoll und unterschrieb. (Stürmischer Beifall: Sehr gut, sehr gut!) Wollen Sie wissen, warum man so viel von unserer angeblichen Uneinigkeit spricht? Die Leute, die so sprechen, haben die Einigkeit nur auf den Lippen, im Herzen dagegen Zwist und Verwirrung, Mißtrauen und Konfusion. Verlieren Sie darum nicht ihre Zeit mit fruchtloser Diskussion, sondern machts wie wir, machts besser, wenn Sie es können; nur handeln, handeln Sie im Sinne des Volks.« Diese Rede machte

einen bedeutenden Eindruck auf die Versammlung. Von allen Seiten drückte man dem von der Bühne steigenden, so gefürchteten Minister des Innern die Hände und sie wurde das Ereigniß des Weges genannt. Der Rest der Sitzung bot nur noch einen bemerkenswerthen Augenblick, nämlich denjenigen, wo Louis Blanc auf die Tribune stieg und erklärte: »Bürger, die Arbeiter-Staats-Kommission wurde von der Februar-Revolution geboren.« Sie war bis jetzt kein Ministerium. Ihre Macht erhielt sie vom Volke direkt, sie hängt also auch nur von Ihnen ab, da Sie das Volk vertreten.

Der Präsident und Vicepräsident legten daher ihre Beschäftigung mit dem Augenblick Ihres Zusammentritts nieder. Nach der Abstimmung, die Sie heute gethan (nämlich ein Direktorium von 5 Gliedern zu ernennen) sind wir entschlossen, jene Staatskommission nicht mehr zu leiten und sie ersuchen Sie, für ihre Ersetzung zu sorgen.« Nach dieser unendlich wichtigen Erklärung ging die Versammlung auseinander.

(National-Versammlung. Sitzung vom 10. Mai.) Die Bühnen schon seit 9 Uhr überfüllt und an den Eingängen noch viele Harrende ungeachtet die Sitzung erst um 11½ eröffnet wird. Der Präsident ließ zunächst die Tische im Hauptgange des Saales aufstellen, an welchen die Stimmzettel nach der Abstimmung zu ordnen. Während die Huissiers diesen Befehl ausführen, verlangt Senart, der bekannte conservative Generalprokurator aus Rouen das Wort. Man verbreitet in der Stadt und in den Sitzungssälen das Gerücht, daß die auf der Dornés'schen Liste verzeichneten fünf Männer (Lamartine, Arago, Ledru-Rollin, Garnier, Pagès und Marie) oder die sonstigen Glieder der prov. Regierung, die ihnen zugedachte Wahl nicht annehmen würden und daß man auf diese Weise die Versammlung in Verlegenheit setzen wolle. Um nun diesem vorzubeugen ..... Aylies unterbrechend: Wir dürfen die Versammlung durch dergleichen Gerüchte nicht zu influenziren suchen. Martin: Diese Gerüchte sind gegründet; so z. B. erklärte mir Dupont (Eure) vor kaum einer Stunde in einem der Abtheilungssäle, daß er im Falle eine Wahl auf ihn fiele, nicht annehmen wolle. Ein Repräsentat: Hat man Beranger gezwungen, sein Mandat zu behalten, so kann man Dupont auch zwingen. Diese Vordiskussion schien in einen sehr persönlichen Charakter auszuarten, als Beranger sich erhob und mit gewohnter Energie gegen alle Personenbeziehung protestirte. Auf der Tribüne müsse jede Namensbeziehung vermieden werden. Die Männer, welche an die Spitze des Staatsruders treten sollten, seyen hinlänglich bekannt, ... (Stimme Nein! Nein!) Wie? Sie sagen mir; wehe derjenigen National-Versammlung, die diejenigen Glieder nicht kannte, welche das Land regieren sollen. Ich protestire daher gegen die Verbreitung fertiger Listen und sonstiger Ohrenbläserein. Nach diesem Verzeichniß zog der Präsident die Stimmzettelsonderer durchs Loos (Lacordaire in seinem schneeweißen Mönchskleide wurde vom Loose getroffen) und die Abstimmung begann. Während dieser langsamen Operation zeigte der Präsident der Versammlung an, daß sie sich morgen Vormittag mit Zusammensetzung dreier wichtiger Kommissionen zu beschäftigen habe a) für die politische Konstitution Frankreichs, b) für Besserung der Arbeiterklasse c) für das Finanzwesen. Mehrere Glieder entgegneten, daß diese Kommissionsbildung eigentlich Sache des so eben zu bildenden neuen Ministeriums sey. Diese Ansicht drang jedoch nicht durch, G. Lafayette bekämpfte sie und die Nationalversammlung wird morgen selbst zur Bildung der drei Kommissionen aus ihrer Mitte schreiten. Inmitten dieser Zwischendiskussion hatten die Skrutatoren ihre Stimmzettelsonderung vollendet und unter allgemeinem Stillschweigen verkündigte der Präsident Buchez um 4 Uhr folgendes Resultat. Zahl der Abstimmenden: 794 absulute Mehrheit 398. Es erhielten Lamartine 643, Ledru-Rollin 458, Garnier Pagès 715 und Arago 725 Stimmen, die zur Regierungskommission proklamirt wurden.

Nachschrift. Paris 10. Mai. Man sagt, daß Duclaire, bisheriger Unterstaatssekretär, zum Finanzminister; Bartide ehemaliger Redakteur des National und jetziger Unterstaatssekretär Lamartine's, zum Minister des Auswärtigen und Buchez, Doktor med., jetziger Präsident der Nationalversammlung, zum Minister des Innern ernannt werden sollen. Buchez wolle jedoch nicht annehmen. In diesem Falle sey Pagnerre für dieses wichtige Porteseuille bestimmt. Daß diese Minister im Sinne Barrots nur Werkzeuge sein werden, bleibt sicher; denn die eigentliche Landesdirektion bleibt der fünfköpfigen Regierungskommission.

(Straßburg, den 11. Mai.) So eben trifft hier nachstehende telegraphische Depesche ein: „Paris, 10. Mai. 1848, um 6 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Regieruns-Beaustragten in den Departementen. Die Nationalversammlung hat zu Mitgliedern der Staatsregierung die fünf Bürger ernannt, deren Namen hier folgen: Arago, Garnier-Pages, Marie, Lamartine, Ledru-Rolin.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16. Mai 1848. № 137. Dienstag: Peregrinus.

Deutschland.

Bayern. †*(München, 14. Mai.) Wir geben hier versprochener Maßen den wichtigen Beschluß der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf: „die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreffend." Die Kammer der Abgeordneten hat sich über den an sie gebrachten Entwurf eines Gesetzes „über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten durch ihren vereinigten I., II., III. und IV. Ausschuß Vortrag erstatten lassen, und nach der in den öffentlichen Sitzungen vom 8., 9., 10., 11. und 12. l. Mts. gepflogenen Berathung beschlossen, daß derselbe nur unter den nachstehenden Modifikationen anzunehmen sei:

I. Abschnitt. In der Ueberschrift desselben sollen die Worte: „und der Patronatsrechte" wegbleiben. Art. 1. Derselbe soll lauten: „die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt wird ohne Entschädigung aufgehoben. Hievon sind jene Gerichtsbarkeiten ausgenommen, deren Abtretung an den Staat vor dem 12. April 1848 erklärt worden war. Die Gerichtsbarkeit hört auf mit dem 1. Oktober 1848, von welchem Tage an die standes- und gutsherrlichen Gerichts- und Polizei-Beamten und Diener unter den Anstellungs-Bedingungen und Pensionsnormen, die am 12. April 1848 bestanden, so wie die Pensionen aus pragmatischen Anstellungen solcher Bediensteten nach den am selben Tage bestandenen Normen vom Staate übernommen werden."

II. Abschn. Art. 3 nun 2. Derselbe soll nachstehende Fassung erhalten: „Alle Natural-Frohndienste, gemessene wie ungemessene, mit Ausnahme jener bestimmten Dienste, welche nach Ausweis der Bezugsregister und der gepflogenen Liquidationen herkömmlich immer in Geld, obgleich unter alternativem Vorbehalte der Natural-Leistung, entrichtet worden sind, werden vom 1. Januar 1849 ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben; damit cessiren auch alle Gegenreichnisse für dieselben. Wenn Oekonomie-Güter mit den für dieselben zu leistenden Frohnen verpachtet sind, so können beide Theile für das nächste Pachtziel den Pacht aufkünden, wenn keine Vereinbarung über angemessene Minderung des Pachtschillings zu Stande kömmt. Art. 4 nun 3 soll gefaßt werden: Die Erhebung der Mortuarien und der Todfallhandlöhne cessirt ohne Entschädigung." Derselbe soll lauten: „Der Blutzehent und der noch nicht zur Erhebung gekommene Neubruch-Zehent, sowie der Kleinzehent, da wo er nicht bereits hergebracht oder durch Verträge oder Vergleich anerkannt ist, hören ohne Entschädigung der Berechtigten auf." (Schluß siehe Beilage.)

(München, den 11. Mai.) Das neu errichtete Regiment reitender Artillerie hat den Personalstand des Stabs ein jedes Kavallerie-Regiment mit 22 Köpfen. Jede der vier Batterien erhält 6 sechspfündige Kanonen, 2 siebenpfündige leichte Haubitzen, 4 Offiziere, 12 Unteroffiziere, 3 Trompeter, 117 Bombardiere und Kanoniere. Die Fuhrwesens-Abtheilung zählt 1 Offizier, 82 Unteroffiziere und Soldaten. Die Zahl der Reitpferde ist 500, die der Zugpferde wird noch bestimmt. Stabs- und Oberoffiziere, dann die betreffenden Stabs-Individuen beziehen die Fourage-Rationen wie die bei der Kavallerie. (N. M. Z.)

* (Nürnberg, den 15. Mai.) In Folge eines eingelangten höchsten Ministerial-Reskripts vom 27. April d. Js. die Umarbeitung der Landwehr-Ordnung betr., erhielten die sämmtlichen Kreis-Kommandos den Auftrag, dafür zu sorgen, daß die Wünsche und Anträge ihrer Abtheilungen einzuholen und baldmöglichst in Vorlage zu bringen seien, um solche in dem neuen Gesetz berücksichtigen zu können. Auf dieses hin wurden bei dem kgl. Landwehr-Regimente Nürnberg aus jeder Kompagnie 3 Vertrauensmänner erwählt, welche folgende Wünsche und Anträge unter dem Vorsitz des Regiments-Kommandanten abgaben. 1) Die Dienstzeit vom 60. auf das 50. Lebensjahr festzusetzen. 2) Sanitäts-Kommission. Die Berufung an die Obersanitäts-Kommission soll aufhören, die Untersuchung aber von 3 Aerzten unter Zuziehung eines Wehrmanns von jeder Kompagnie, geschehen. 3) Recherche der Reluitionspflichtigen. Alle Reluitionspflichtigen sollen vor die Sanitäts-Kommission gestellt und bei deren allenfallsigen Tauglichkeit zum Dienste gezogen werden. 4) Reluitionspflichtigkeit. Hiezu sollen alle Angestellte mit Ausschluß der Geistlichkeit, Privatiers, alle vermögenliche Wittwen und Insassen ꝛc. gezogen werden, da auch diese den Schutz der bewaffneten Macht in Anspruch nehmen, und wo sie auch noch besonders, wenn die Landwehr mit anhaltenden Wachen beschwert ist, Wachgelder zu bezahlen haben, um solche unbemittelten Wehrmännern zufließen lassen zu können. 5) Reluitions-Beiträge. Das bisherige Maximum von 15 fl. erscheint zu niedrig und muß nach Maasgabe des Etats erhöht werden. Eben so soll jeder neuangehende Bürger und Insasse, welcher als dienstuntauglich erkannt wurde und dessen Mittel es erlauben, den Kostenbetrag einer Uniformirung von mindestens 50 fl. an die Reluitionskasse bezahlen. 6) Rechnungs-Ablage. Die alljährlich zu bringende Rechnung ist 14 Tage lang zur Vorbringung allenfallsiger Erinnerungen aufzulegen. 7) Wahl der Chargen. Jede Compagnie soll befugt seyn, ihre Chargen, welche von jetzt an abgeben, auf die Dienstzeit selbst zu wählen und sollte der Gewählte im Laufe der Zeit eine vollkommene Dienstunkenntniß an den Tag legen und nicht im Stande seyn, sich die Kenntniß im Dienste anzueignen, sie berechtigt seyn, den Ober-Commandanten zu bitten, daß derselbe Sorge trage, daß ein Solcher veranlaßt werde, seine Entlassung zu nehmen, damit ihm auf diese Art in seiner übrigen bürgerlichen Stellung keine Kränkung zugefügt werde. 8.) Vortritt der Landwehr vor der Linie. Wurde der Wunsch ausgedrückt, daß die Landwehr bei allen Ausrückungen und sonstigen Feierlichkeiten den Vortritt vor der Linie habe. 9) Disciplinarstrafen. Dieselben sollen nicht mehr aus Entziehung der Freiheit bestehen, sondern auf eine zweckmäßigere Art umgewandelt werden. Auch soll gegen jeden Strafausspruch der Rekurs ergriffen werden können, ohne daß vorher die Strafe zu erstehen sei. 10) Kirchenparaden wie bisher (nur mit dem Seitengewehr) sollen gänzlich aufhören. 11.) Pensions- und Unterstützungsbeiträge für Verunglückte aus Staatsmitteln bei Aufruhren ꝛc. Verunglückte oder Gefallene sollen so wie die Relicten eine Pension erhalten, so wie auch Stabs- und Oberoffizieren und den Cavallerie- und Trainwehrmännern in solchen Fällen für gefallene Pferde ein Ersatz zu leisten ist. 12.) Prädikat. Obgleich im Dienste Jeder per Sie angesprochen wird, wurde doch gewünscht, daß auf die Commandir-Billets und bei sonstigen Vorladungen bei den Wehrmännern ꝛc. „Herr" gegeben werde.

† (Nürnberg, den 15. Mai.) Ein Privatbrief aus München, der uns heute Morgen mitgetheilt wurde, enthält die Nachricht, daß dort vier Jesuiten, darunter Dr. Rungaldier von hier, heimlich verweilen. Bestätigt sich das Gerücht, so können wir nicht begreifen, wie sich die Polizei nicht besser um die in München sich aufhaltenden Fremden bekümmern mag. Werden die saubern Gäste von derselben aber aufgefunden, so setzen wir das Vertrauen in die Regierung, daß den Affiliirten eines mit Recht so allgemein gehaßten Ordens in Bayern auch keine Rast mehr gestattet werde. Hinaus mit der ganzen Brut aus Europa!

Baden. (Mannheim, 11. Mai.) Nach einer soeben veröffentlichten Mittheilung des hiesigen Civilkommissärs ist der Kriegszustand dahier wieder aufgehoben, sind jedoch Volksversammlungen einstweilen verboten. Es ist somit eine schwere Last von den Schultern der Bürger genommen, aber eine Maßregel über uns verhängt, welche nicht zu rechtfertigen ist. Das Recht der freien Versammlung steht uns ohne Widerspruch zu, wir können die Staatsbehörde nicht für berechtiget erachten, dasselbe in anderer Weise zu nehmen, als unter den im Gesetze angegebenen Voraussetzungen, solche liegen nicht mehr vor, nachdem der Kriegszustand aufgehoben ist. Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich in allen Fällen nur der ihr zustehenden Befugnisse bediene, und von der gesetzwidrigen Maßregel des Verbotes der Volksversammlungen alsbald wieder abgehe. Die Bürger Mannheims werden sicherlich keine Veranlassung zu gesetzlosen, ihrer Freiheit am meisten gefährlichen Unordnungen mehr aufkommen lassen, sie werden aber unter allen Verhältnissen, die Rechte freier Staatsbürger zu wahren, nicht anstehen; sollte man daher auf der besprochenen Maßregel beharren, so werden sie sich mit ihrer Remonstration an die Regierung und die Stände zugleich wenden, und wenn auch dies nicht hilft, an den Ausschuß der Sechsundfünfziger in Frankfurt. (Mannh. J.)

(Heidelberg, den 13. Mai.) Da nun die Eröffnung des Parlaments in Frankfurt auf den 18. Mai bestimmt ist, so bringen die Unterzeichneten einen Gedanken in Anregung, der gewiß auch schon in Vielen lebte. — Nach der Völkerschlacht bei Leipzig brannten auf den deutschen Bergen Feuer, da das Joch der Fremdherrschaft abgeschüttelt war — ein noch größerer Tag naht heran: Die Deutschen feiern die beginnende Einigung ihres Vaterlandes, die erste Bedingung zu dauerhafter, innerer Freiheit. — Auf unserm Kaiserstuhl wird am Vorabend des 18. Mai's ein Feuer lodern; möge auf allen Höhen, soweit die deutsche Zunge klingt, von der Nordseite bis zum adriatischen Meere Gleiches geschehen. — Die aufsteigenden Feuersäulen sollen zeigen, daß das deutsche Volk die mächtige Bedeutung des neuen Reichstags erkenne, sie sollen seine Begeisterung für denselben darthun; die Flammensäulen sollen aber auch die Männer, denen unser Heiligstes anvertraut ist, mahnen, daß das Volk wacht, daß es ein mächtiges, aber auch freies Vaterland verlangt. Otto Welcker. Karl Mittermaier. (D. Z.)

(Heidelberg, 13. Mai.) Aus Frankfurt bringt man uns soeben die für ganz sicher ausgegebene Nachricht, daß Oesterreich in Gallizien dem Beispiele Preussens folgen und das Polnische polnisch reorganisiren wird. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 14. Mai.) [51. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 12. Mai 1848.] Auf eine Anfrage des Fünfziger-Ausschusses, ob die zu dessen Kenntniß gekommene Abschrift eines Separatprotokolls vom 4. Mai in Betreff der Behandlung des vorliegenden Verfassungsentwurfs authentisch sey, hatte der Revisions-Ausschuß unter Mittheilung eines Abdrucks jenes Protokolls bejahend zu antworten beschlossen, was vor der Bundesversammlung gut geheißen wird. Ein Bericht des Prinzen Karl von Bayern, Oberbefehlshabers des 7. und 8. Armeekorps, über den Bestand dieser Armeekorps und die süddeutschen Bundesfestungen wird behufs der Frage wegen sicherer Aufbewahrung des Festungs-Armirungsmaterials der Militärkommission mitgetheilt. Der preussische Gesandte bringt nachträglich eine Eingabe von mehreren tausend Einwohnern aus der Stadt und dem Kreis Posen zur Kenntniß der Bundesversammlung, worin diese um Aufnahme in den deutschen Bund bitten. Derselbe Gesandte zeigt an, daß der Transport von Steinkohlen und Koaks rheinaufwärts bis Andernach durch Dampfschleppschiffe, und weiter auf der Achse ununterbrochen fortdaure, und der Schutz der Dampfschleppschifffahrt von Militär- und Civilbehörden nach Möglichkeit gewährt werde. Der badische Gesandte zeigt

an, daß nach eingetretener Beruhigung des dortigen Landes die Bundestruppen anderer Staaten zur Erhaltung der innern Ruhe nicht wesentlich erforderlich seyen; da die großherzoglich hessische Regierung zugleich um Zurückziehung ihrer Truppen gebeten, so wird beschlossen, dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps zu überlassen, diese Zurückziehung nach Thunlichkeit zu bewerkstelligen. Namens des luxemburgischen Gesandten wird angezeigt, daß die Wahlen im Limburgischen zur Nationalversammlung keinerlei Beschränkungen, welche mit dem Beschluß des Vorparlaments und dem Bundesbeschluß vom 7. April nicht übereinstimmen, unterworfen worden seyen, und daß indirekte Wahlen stattfinden, welche am 12. und 16. Mai vorgenommen werden sollen. Dieß wird dem Fünfziger-Ausschuß auf dessen Nachfrage mitzutheilen beschlossen. Auf einen Antrag der luxemburgischen Regierung wird beschlossen, den Gouverneur der Festung Luxemburg zu ermächtigen, zur Dämpfung von Unruhen im Großherzogthum kleinere Detaschements nöthigenfalls auch über den Rayon der Festung hinaus, unbeschadet der Sicherheit der Festung, unter eigener Verantwortlichkeit abzuordnen. Auf einen Bericht der Reklamationskommission wird beschlossen, den Buchdruckerei-Inhaber Krebs zur Veranstaltung einer Quartausgabe der Bundesprotokolle, welche unmittelbar nach Unterzeichnung derselben erscheinen sollen, zu ermächtigen. Auf eine Eingabe des Nationalvereins für deutsche Auswanderung nach Amerika wird beschlossen, das gemeinnützige Streben dieses Vereins anzuerkennen, ihm die thunliche Unterstützung wegen etwa zu beantragender allgemeiner Maßregeln zuzusichern, und die Erwartung auszusprechen, daß bei der Neugestaltung Deutschlands diese wichtige Angelegenheit zur Nationalsache werde erhoben werden. (Frkf. O.-P.-Z.)

An das deutsche Volk. Brüder! Deutsche Kriegsflotten wiegten einst ihre Masten auf allen Meeren, schrieben fremden Königen Gesetze vor, verfügten selbst über die Kronen der Feinde deutscher Macht und Herrlichkeit. Jetzt sind wir wehrlos auf der weltenverbindenden See, jetzt sind wir wehrlos selbst auf unsern heimathlichen Strömen! Ihr wißt es, was mit gerechtem, heiligem Zorn jedes deutsche Herz entflammt. Das kleine Dänemark verhöhnt das große, im Lichte jener Freiheit, im Bewußtseyn seiner hohen Weltsendung doppelt mächtige Deutschland! Ein Paar Kriegsfahrzeuge, eine Handvoll Seesoldaten dürfen es wagen, deutsche Ströme zu sperren, unsere blühende Handelsmarine dem schmähligen bereits gewagten Seeraub preiszugeben! Unsere Nationalehre ist angetastet, der deutsche Gewerbfleiß bedroht! Kann, darf ein großes, edles Volk Solches ertragen? In den Nord- und Ostseestaaten antworteten unsere wackern Brüder bereits mit der That ein mannhaftes Nein! Sie ringen, Deutschland seetüchtig zu machen. Heiliger Eifer begeistert die Wackern. Sie scheuen kein Opfer, der Schmach ein Ende zu machen. Brüder! Ganz Deutschland, das ganze Deutschland muß im gleichen Geiste wirken. Gemeinsames Handeln thut noth, nur die gemeinsame Kraft kann helfen für die Gegenwart, kann helfen für die Zukunft. Es gilt, eine deutsche Kriegsmarine zu gründen. Der Fünfziger-Ausschuß wendet sich an das deutsche Volk, damit es unverweilt das große Werk fördern helfe. Sachverständige aus alten deutschen Küstenstaaten werden am 31. Mai in Hamburg darüber tagen. Deutsches Volk, unterstütze sie mit der That. Wann hat Deutschland sein Gut gespart, so es die Ehre, die Unabhängigkeit des Vaterlandes galt? Auch der Heller des Unvermögenden wird dankbar angenommen werden. Reich und Arm muß gleichmäßig die Freude werden, zu Deutschlands Erhebung mitzuwirken! Wenn das deutsche Volk will, werden bald schwarz-roth-goldne Flaggen auf deutschen Kriegsschiffen wehen, werden bald unsere Feinde uns achten zur See, wie auf dem festen Lande. Voran, wackeres deutsches Volk, allüberall für die Entfaltung Deiner Machtherrlichkeit zu sorgen! Frankfurt a. M., den 11. Mai 1848. Der Fünfziger-Ausschuß. Soiron. Simon, Schriftführer. (Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 12. Mai.) Gestern kam in der sehr zahlreich besuchten Versammlung der hiesigen Reformfreunde das geheime Promemoria der großherzoglich hessischen Bundesgesandtschaft und der darauf gegründete eben so geheime Bundesbeschluß vom 4. Mai zum Vortrag. Wie ein Mann erhob sich die Versammlung und unterzeichnete folgende Adresse an den Fünfzigerausschuß, welche diesen Vormittag überreicht werden soll: An den Fünfziger-Ausschuß. Deutsche Männer! Durch Eure öffentlichen Verhandlungen ist es zur Kunde des deutschen Volkes gekommen, wie der Bundestag auf die Bahn alter Ueberlieferung wieder eintretend, die Kraft und den Willen des deutschen Volkes durch Heimlichkeit zu lähmen versucht, die Hoheit, die Souveränetät des Volkes verläugnet, dessen Allmacht verkennt und überdies einen zweideutig erschlichenen Beschluß über Gründung einer angeblichen Bundesvollstreckungsgewalt mißbraucht, damit diese der konstituirenden National-Versammlung ihre konstituirende Macht nehme und vereitele! Was in den beigefügten Beweggründen des geheimen Bundesbeschlusses vom 4. Mai sonst noch Unsittliches liegt, darüber richte des deutschen Volkes Ehrgefühl! Deutsche Männer! Ihr seyd uns für den Augenblick die einzigen Bürgen gegen verborgene und offene Reaktion, welche dem deutschen Volke die Früchte seiner Erhebung rauben will, noch ehe sie gereift! Werden so die blutigen Kämpfe der Söhne des Vaterlandes mißbraucht?! Schöpft man aus diesen Erfolgen etwa die Kühnheit, die Machtgeburten der verflossenen 33 Jahre wieder herauf zu beschwören?! Deutsche Männer wacht für das Volk! Wenn es nicht thunlich wäre, das Vorparlament wieder einzuberufen, wie dieses sich anheischig gemacht hat, auf Euren Ruf wieder zu erscheinen, so setzt doch wenigstens jenen erschlichenen Beschluß über das Bundestriumvirat außer aller Wirkung! Zählt auf das Volk! Vertrauet nur dem Volke! Das Volk wird sich um Euch schaaren für seine Souveränetät! Frankfurt, am 12. Mai 1848. (Frkr. O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, 10. Mai.) Bei der letzthin hier stattgefundenen israelitischen Gemeindeversammlung sollten hauptsächlich folgende Punkte zur Sprache gebracht werden: Einrichtung eines Sonntagsgottesdienstes; 2) Anwendung der deutschen Sprache; 3) Einführung einer Synodalverfassung, nach Maßgabe der Beschlüsse der Rabbinerversammlung; 4) Gebrauch der Orgel und 5) Abschaffung des Frauenbades. Diese von dem aufgeklärten und gebildeten Theil der Gemeinde vorgeschlagenen zeitgemäßen Verbesserungen des israelitischen Kultus, kamen aber nicht einmal zur Erörterung in der Versammlung, da die Altgläubigen sich allen und jeden Neuerungen beharrlich widersetzten, und gleich von vorneherein eine Verwirrung herbeiführten, die bald in Thätlichkeiten überging. Der Rabbiner der Gemeinde war zugegen, soll aber nicht, wie versichert wird, mit dem Vorsitze beauftragt gewesen seyn. Ein Mitglied der Gemeinde wollte die Eingangs erwähnten Desiderien vorlesen, mußte aber alsbald davon abstehen, da gleich Tumult dagegen erhoben wurde. Die schon lange bestehende faktische Trennung in der hiesigen israelitischen Gemeinde dürfte nun bald auch in eine äussere übergehen, da, wie wir hören, die gebildetere Klasse die Einrichtung eines ihrem Bedürfniß entsprechenden besonderen Gottesdienstes beabsichtigen soll. (Frkfrt. J.)

Oesterreich. (Prag, 8. Mai.) Der Terorismus der Czechen hat begonnen; 300 junge Fanatiker bilden hier ein Corps, gekleidet und gewaffnet wie zu Ziska's Zeiten. Sie heißen Swornoszt und warten nur der Befehle, des Winkes des National-Ausschusses zum Schlage. Ihr Sammelplatz ist das Museum; hundert sind stets in Permanenz. Sie sind da, jede deutsche Regung zu überwachen und nieder zu drücken. In Tabor, Neuhaus ꝛc. sind ähnliche Corps: im Czechenlande sollen weit über 20,000 solcher Ziska-Krieger stehen. In Prag werden die Wahlen zum deutschen Reichstage mit Waffengewalt zurückgehalten werden; die Deutschen fürchten den Hussitenkrieg, und es wird daher in unserer Stadt wohl nicht zur Wahl kommen können. Die deutschen Kreise Böhmens, voll strenger Abneigung gegen die Czechen-Bewegung, werden wählen; der Leitmeritzer Kreis wird 8 Abgeordnete stellen, der Saatzer 6, der Egerkreis 8, der Elnbogner 6, der Budweiser 3—4, der Königgrätzer 2—3; in den beiden letzteren werden die Czechen sich rühren. Zu allen slawischen Stämmen sind czechische Emissäre gesandt, auch zu den Wenden in Sachsen. Deutschland sei auf der Wacht! — Das böhmische Parlament wird aus 574 Mitgliedern bestehen, von denen die alten Stände 196 geben. (Köln. Z.)

Preussen. (Berlin, 12. Mai.) Die Kgl. schwedische Regierung hat geglaubt, daß sich an die Maßregeln des deutschen Bundes zur Vertheidigung der Rechte Schleswig-Holsteins Verwickelungen knüpfen könnten, welche das politische Gleichgewicht im Norden Europa's gefährdeten, insofern dadurch die Existenz oder Integrität Dänemarks und damit die Sicherheit auch der anderen skandinavischen Reiche bedroht erschienen. Sie hat sich dadurch zu dem Entschlusse bewogen gefunden, den sie der kgl. Regierung angezeigt hat: Im Fall des Einrückens deutscher Truppen auf eigentlich dänisches Gebiet ein Armee-Corps nach Fünen oder auf irgend eine andere der dänischen Inseln hinüber zu senden, um sich einer etwaigen deutschen Invasion zu widersetzen. Der schwedische Gesandte hat, indem er diese Erklärung überreichte, zugleich ausdrücklich bemerklich gemacht, daß diese Maßregel rein defensiver Natur sei, und daß die deutschen Schiffe nach wie vor Sicherheit und gute Aufnahme in den schwedischen und norwegischen Häfen finden würden, so lange Reziprozität beobachtet würde. Diesen Erklärungen gegenüber hat die kgl. Regierung die beruhigende Versicherung ertheilen können, daß weder von ihrer Seite, noch von Seiten des Bundes irgend eine Absicht der Eroberung Dänemark oder den skandinavischen Reichen gegenüber gehegt werde, wie sie dies auch schon wiederholt öffentlich ausgesprochen und den europäischen Mächten angezeigt habe; daß auch die Occupation eines Theiles von Jütland keinen anderen Charakter habe, als den einer nothgedrungenen Repressalie gegen die von Dänemark verfügte Wegnahme deutschen Eigenthums, und die Gewinnung einer Garantie für den Ersatz desselben; daß sie selbst sich schon bereit erklärt habe, sobald der Zweck dieser Maßregel erreicht sei, ihre Truppen aus Jütland zurückzuziehen. (Pr. Sts.-Anzgr.)

(Berlin, den 12. Mai.) Die Nachrichten aus dem Hauptquartiere Kolding melden von keinen erheblichen Kriegsoperationen. Auf dem festen Lande fand faktisch vollkommene Waffenruhe statt. Nur von der See hatten die Dänen einen ziemlich unbegreiflichen Angriff auf Fridericia versucht, indem ein Dampfschiff und mehrere Kanonenböte sich vor dieselbe gelegt und die dänische Stadt mehrere Stunden lang bombardirt haben, wobei dieselbe empfindlich gelitten hat und Niemand von unseren Truppen, wohl aber mehrere dänische Einwohner das Leben verloren haben. Unsere Batterie beantwortete das Feuer der Dänen auf das nachdrücklichste, und als die dänische Flotille sich zurückgezogen hatte, warfen die bei Snoghöi aufgestellten preußischen Haubitzen ihre Granaten über den kleinen Belt hinüber nach Fünen in ein von den Dänen stark besetztes Dorf und das Städtchen Midelfahrt, in welchen beiden man in Folge derselben Brand entstehen sah. (Pr. Sts.-Anzgr.)

(Berlin, den 9. Mai.) Der Krieg mit Dänemark scheint sich seinem Ende zu nahen. Wir haben Nachrichten aus London, nach denen England sich des Friedensgeschäftes mit allem Ernst anzunehmen entschlossen ist, und namentlich zuförderst dafür sorgen wird, daß die Beunruhigung unseres Seehandels aufhört. Aus Kopenhagen meldet man durch Privatbriefe, daß die kriegerische Stimmung sich sehr gelegt hat und die terroristische Partei Orla Lehmanns täglich zusammenschmilzt. Auch in Kopenhagen stocken alle Geschäfte, eine zunehmende Theuerung drückt auf die ärmeren Volksklassen. Die Besetzung Jütlands und die nahe Bedrohung Fühnens rufen ernsthafte Besorgnisse hervor. Der zurückgewiesene Waffenstillstand hat diese noch größer gemacht, und so eben sind, wie ich Ihnen mittheilen kann, die Anträge mit dem Zusatze wiederholt worden, daß die Dänen Alsen räumen und die mit Beschlag belegten Schiffe zurückgeben wollen, wenn die preußischen Truppen in die Gränzen Schleswigs zurückkehren wollen. Das Fridensgeschäft soll dann unter Englands Vermittelung durch Kommissäre betrieben werden nnd wahrscheinlich wird auf dieser Grundlage die Einstellung aller Feindseligkeiten erfolgen. (Brem. Z.)

(Aus Preussen, den 9. Mai.) Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen melden, daß die Dänen an der Nordküste vom Samland in Ostpreussen, bei dem Fischerdorfe Neukuhren, auf einem Kanonenboote, das von einer Fregatte aus ans Land gesandt wurde, gelandet sind und das dortige Landvolk, das wie aus den Wolken gefallen war, arg in Kontribution genommen haben. Man wird nun aber in Betreff dieser ungebetenen Gäste dort vorsichtiger werden. (Fr. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, den 9. Mai) General Wrangel hat nachstehenden Tagesbefehl an die deutschen Truppen erlassen: Soldaten der deutschen Bundesarmee! Seit Eurem Siege bei Schleswig ist der Feind unaufhaltsam zurückgewichen, und nur einmal gelang es, noch einen Theil desselben an der Bilschauer Mühle vor Flensburg zu erreichen, wo er noch eine neue Niederlage erlitt. Groß waren

seitdem Eure Anstrengungen. Ihr habt sie überwunden mit einer Ausdauer, die Eurem Muthe im Kampfe gleichkommt, und wenn Ihr auch keinen neuen Kampf mit dem Feinde bestehen konntet, weil er sich Euch durch Schnelligkeit entzog, so sind doch schon die Früchte jener beiden Siege bedeutend, Schleswig und Holstein sind vom Feinde geräumt bis auf einige Inseln, welche wir wegen Mangel an Kriegsschiffen nicht betreten können — in Jütland sind wir eingerückt und die Feste Fridericia ist unser — dort weht jetzt die deutsche Fahne, und so lange diese aufgepflanzt ist, soll kein Schiff mehr bei der Durchfahrt durch den kleinen Belt einen Zoll entrichten. — Nach diesen Erfolgen will ich Euch jetzt Ruhe geben, um neue Kräfte zu neuen Siegen zu sammeln, denn nicht eher darf der Krieg enden, als bis die Rechte unsers gemeinsamen Vaterlandes vollkommen gesichert sind und jeder durch denselben entstandene Schaden ersetzt ist. Bis dahin bleiben wir beisammen. Hauptquartier Fridericia, den 3. Mai 1848. Der Oberbefehlshaber der Armee, (gez.) v. Wrangel. (Brem. Z.)

(Altona, 9. Mai.) Vom Kriegsschauplatze erfährt man wenig Neues. Man erzählt, daß dänische Offiziere, die gefangen genommen waren und auf ihr Ehrenwort, nicht gegen Schleswig zu dienen, entlassen waren, jetzt wieder an dem Kriege Theil nehmen, weil sie das, »den Insurgenten« gegebene Wort, nicht zu halten brauchten. In dem Berichte der »Nachrichten« heißt es weiter darüber: daß der Adjutant des Kriegsministers, Tschernigg, Herr von Harbow, diese Interpretation nicht gebilligt hat, müssen wir zu dessen Ehre beifügen, obgleich solches ohne Erfolg gewesen ist. Herr Tschernigg wird sich vielleicht eher in diese bequeme Behandlung eines Ehrenwortes finden. Eine andere eben so famöse als wahre Geschichte ist die, daß man den Offizieren Dumreicher, Aschenfeldt und Friedrichsen, welche beim Ausbruche des Krieges, als Holsteiner ihren Abschied erbaten, denselben in Kopenhagen bewilligte, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich eidlich verpflichteten, nie in irgend einem deutschen Staate Civil- oder Militärdienste thun zu wollen. Da sie sich dieser Bedingung nicht fügen, aber eben so wenig gegen ihr Vaterland kämpfen wollten, müssen sie jetzt unter strenger Aufsicht Schuldienste in Kopenhagen ohne Gehalt thun. (Fst. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 11. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 10., Schluß.] Nachdem die Abstimmung über das neue interimistische Direktorium (welche um 11 Uhr begonnen) um 4 Uhr 10 Minuten beendet, erhielt Wolowski das Wort, um der Nat.-Versammlung einen, von Joseph Wysocki, Tyskiewicz und Berwinski im Namen des posen-krakau-gallizischen Ausschusses an das franz. Volk gerichteten Noth- und Hilferuf vorzulesen. Franzosen! heißt es darin, siebenzehn Jahre lang wiegte uns Euer Exkönig mit leeren Versprechungen. Im Namen unserer verwüsteten Kirchen, unserer erwürgten Frauen und Kinder, unserer verbrannten Städte und Dörfer rufen wir Euch jetzt im entscheidenden Augenblick um Unterstützung an.« Wolowski, selbst polnischen Ursprungs, unterstutzte diese Adresse durch einige Erläuterungen über die unsäglichen, aber leider nur zu oft gehörten Leiden Polens unter Oesterreich und Rußlands »Dolchen« und trug zunächst auf Erlassung einer Proklamation an, in welcher das deutsche Volk und sein Parlament in Frankfurt zur Theilnahme an der Befreiung Polens aufgefordert würden. Ducoux, ein Mann mit einer Stentorstimme, statt bei dem angeregten Thema zu bleiben, hielt eine pomphafte Rundschau aller Völker, die da leider ihr Joch schon gebrochen hätten, und trug darauf an, eine Gesammtadresse an alle Völker zu erlassen. Diesem unklaren Verlangen folgte Daragon auf die Tribune. Er bat, wandte sich an den Minister des Auswärtigen, ihm einen Tag zu bestimmen, an welchem er ihn über diejenigen Stellen seines neulichen Rechenschaftsberichts zur Rede stellen könne, welche auf Italien Bezug hätten. Lamartine, obwohl er noch nicht als vollziehende Gewalt sprechen könne, erklärte sich bereit, wann es dem Intelligenten beliebe, die gewünschte Auskunft zu ertheilen, und zwar mit derselben Wärme und Theilnahme für die Demokratie, die er auf allen Gesichtern erblicke, wiewohl er die dem Staatsmann unerläßliche Vorsicht nicht ausser Acht lassen dürfe. Der Redner solle nur einen Tag bestimmen. Ditragon, sichtlich empfindlich über die Verklausulirungen, hinter die sich der Minister seit dem Februar birgt, konnte nicht umhin, zu erklären, daß er etwas mehr Eifer und Entschiedenheit wenigstens in Bezug auf Italien erwartet hätte, indessen wolle er die Verzögerung sich gefallen lassen und es bestimmte den nächsten Montag. Lamartine beruhigte ihn mit der Erklärung, daß er ruhig aber sicher vorschreite und daß er Frankreich nicht wie 1831 ergehen werde. Die franz. Fahne werde von dem Punkt, den ihr die Regierung anweise, nicht zurückweichen! Montalembert fragte den Minister, ob er nicht in Bezug auf Polen sofort antworten wolle? Allein die Versammlung widersetzte sich und bestimmte sowohl für Polen als Italien den Montag. Nächstdem bestieg Louis Blanc die Tribune, und suchte in einer sehr energischen, und ihres entschieden sozialischen Charakters halber oft stürmisch unterbrochenen Rede die Nothwendigkeit der sofortigen Errichtung eines Arbeiter- und Fortschritts-Ministeriums nachzuweisen, wenn Paris keine Revolution des Hungers erleben solle. Peupin der Uhrmachergeselle erhob sich und mit der Hand auf die Herzen schwörend, daß er im Namen der Arbeiter spreche, bei denen er beiläufig gesagt, ja keinen Einfluß hat, protestirte er gegen ein Ministère de la routine und verlangte nur eine Untersuchung der Lage der Arbeiter-Klassen. Diese Opposition Peupins, der übrigens vom Arbeiter nichts als den Namen hat, denn die Verfertiger der feinen Taschenuhren besaßen von jeher einen wo möglich noch größeren Dünkel als der Meister selbst und Peupin sieht einem Salonhelden viel ähnlicher als einem Proletarier: bezeichnet den eigentlichen Standpunkt der Parteien. Während Louis Blanc's Rede so großen Lärmen und Mißfallen erregte, daß Barbes auf die Bühne sprang und erklärte, Louis Blanc habe sich um das Vaterland verdient gemacht, ernteten die Witzeleien Peupin's sturmischen Beifall. Wem wird die Zukunft gehören; Louis Blanc oder Peupin? Vorläufig wollte die Mehrheit der Nat.-Versammlg. von Errichtung eines Arbeiter-Fortschritts-Ministeriums nichts wissen. Sie wird sich mit einer nochmaligen Untersuchungs-Kommission (der zehnten seit 1828, irren wir nicht) begnügen. Die Rede Blancs verdient wörtliche Uebersetzung. Die Versammlung ging um 6 Uhr auseinander.

[National-Versammlung. Sitzung vom 11. Mai.] Ungeachtet die Tagesordnung zunächst nur Reglementarisches vorschrieb, und für den Anfang wenig Interesse versprach, waren doch Zugänge und Tribünen vom Publikum längst überfüllt, als Buchez, Präsident um 12 Uhr die Sitzung eröffnete. Ein Glied erhob sich, um zu fragen, auf wie lange denn die neue Regierung gewählt worden sey? Barbes hätte schon vorgestern darauf angetragen, sie auf höchstens zwei Monate zu wählen — ein Antrag, den es hierauf unterstütze. Das Glied wurde jedoch nicht gehört, und der Antrag als unnütz und überflüssig zurückgewiesen. Die neue Regierung sey ja nur eine interimistische und abrufbare: dieß genüge. David (Angers) schlug vor, sich nicht bloß mit dem leeren Dank an die provisorische Regierung zu begnügen, sondern eine Medaille zum Gedächtniß an sie schlagen zu lassen. Dieser Antrag ward nicht weniger unglücklich aufgenommen und fiel durch. Ein Glied legte darauf einen Antrag auf das Büreau nieder, welcher eine Aufhebung gewisser Militärdienstbegünstigungen zum Zweck hat. Eine frühere königliche oder ministerielle Ordonnanz enthob, wie Sie wissen, erläuterte der Antragsteller seine Proposition — diejenigen Reservesoldaten der Rückkehr in das stehende Heer, welche sich verheirathet hatten. Da die Republik eines Tages alle ihre Kinder brauchen könnte, so trage ich darauf an, daß diese Begünstigung abgeschafft werde. Der Vorschlag wurde an die Abtheilungen verwiesen und die Versammlung ging zur Tagesordnung über, Vivien, Oscar-Lafayette, Vignerte, Sinari theilten ihre Ansichten über den Entwurf eines Reglements mit. Ihre Bemerkungen boten für das Ausland wenig Interesse. Die Versammlung zog sich darauf in ihre Abtheilungen zurück, um über ein Sitzungs-Reglement und die Zusammensetzung der gestern angekündigten 3 großen Staatskommissionen zu beschließen. Während dieser Operation vertheilten die Saaldiener zwei Entwürfe 1) Gesetz-Projekt über Sprechordnung (tenue des séances). 2) Projekt eines Dekrets über die Saalpolizei. Das Erstere hat für das Ausland schwerlich Reiz. Im letzteren finden wir jedoch folgende beherzigenswerthe Stelle. §. 6. Der Präsident ist mit Aufrechthaltung der inneren und äusseren Saalsicherheit beauftragt. Zu diesem Zweck hat er das Recht, über die bewaffnete Macht und alle Obrigkeiten, deren Beihülfe er brauchen werde, zu verfügen. Er kann seine Befehle direkt an alle Offiziere, Kommandanten der Truppen u. s. w. richten, die ihm bei Strafe des Artikel 234 des Code penal gehorchen müssen.«

Um 3 Uhr wurde die öffentl. Sitzung wieder aufgenommen. Vivien, Berichterstatter über obigen Reglements-Entwürfe erhielt das Wort. Er begann mit der Erklärung, daß die Kommission von dem Grundsatze der größtmöglichsten Oeffentlichkeit aller Verhandlungen der Nat. Vers. ausgegangen sei, daß sie also a) ihre Sitzungspolizei so kurz als möglich entwerfe. Ein einziger Punkt, (obiger Art. 6) sei nur den Umständen gemäs nöthig erachtet worden. Dieser Punkt gab in der That zu lebhafterer Erörterung Veranlassung. Die Ermächtigung des Präsidenten zur Befehligung der bewaffneten Macht stach Manchen in die Augen. Anderen schien sie Viel zu milde. Die sonderbarsten Erhärtungs oder Milderungs Vorschläge wurden gemacht. Nach artikelweiser Berathung ging jedoch das Saalreglement in der ursprünglichen Form durch. Ein Antrag, der Präsident soll den Befehl schriftlich ertheilen, um Mißbräuche zu vermeiden, fand keinen Beifall. b) Vivien las den zweiten Entwurf vor, der sich bezüglich der Diskussions-Ordnung ausspricht. Bei Besprechung der Attribute des Präsidenten, trug Barrot darauf an, dem Präsidenten dürfe der Schluß der Sitzung nicht willkührlich überlassen bleiben. Nach Mehreren andern Einwendungen gegen, z. B. über zu große Aehnlichkeit der neuen Reglements mit den alten unter der Juliregierung u. s. w. verdienen kaum Erwähnung. Kein Zweifel daß der Entwurf ad b) ebenfalls durchgehe.

Nachschrift. In der Nationalversammlung geht das Gerücht, Recurt sey zum Minister des Innern ernannt worden. De Clerc sey für die Finanzen bestimmt. Die übrigen noch unbekannt. 4½ Uhr.

Großbritannien.

(London, 8. Mai.) Die hiesigen Deutschen haben einen Verein gebildet, um dem Vaterlande ein Geschenk mit einem ersten deutschen Kriegsschiffe zu machen. Es soll 25,000 Pfd. St. kosten. (N. W. Z.)

Italien.

(Rom, den 5. Mai.) Vorgestern sind folgende Personen in das neue provisorische Ministerium ernannt worden: Graf Mamiani Minister des Innern und Präsident des Ministerraths. Zum weltlichen Minister der äußern Angelegenheiten ist Graf Marchetti ernannt. Minister der Justiz, Advokat de Rossi. Advokat Lunati ist Minister der Finanzen. Duca di Rignano (Massimo) hat die Staatsbauten und den Handel. Fürst Doria Kriegsminister. Kardinal Ciacchi (bisheriger Legat in Ferrara) ist Minister des Kultus; seine Stelle wird interimisch vom Kardinal Orioli (der früher während seiner Verbannung als Professor in Korfu war) ist zum Minister des öffentlichen Unterrichts bestimmt. Galetti der bisherige Polizeiminister hat diesen Posten wieder angenommen. (Schwäb. M.)

Schweiz.

(Basel, den 11. Mai.) Gestern Abend zwischen 10 und 11 Uhr sind unmittelbar vor dem Riehenthore zwischen einigen würtembergischen Unteroffizieren und Basler Bürgern höchst bedauerliche Streitigkeiten vorgefallen, bei welchen erstere von ihren Waffen Gebrauch machten und zwei von letztern verwundet wurden. Ueber den Anlaß zu diesem beklagenswerthen Vorfalle fehlen noch genaue und zuverlässige Angaben; Thatsache ist aber, daß die besagten Soldaten von der eidgenössischen Thorwache in das städtische Gefängniß abgeführt worden sind und diesen Morgen ein würtembergischer Auditor hier angelangt ist, um von den Vorfallen genaue Kenntniß zu nehmen. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

In der Konkurssache des Wirthschaftsbesitzers Johann Merkel im Vogelsgarten bei Wöhrd werden nach nunmehr erfolgter Dismembration das Gesammtbesitzthum im Vogelsgarten nachfolgend beschriebene Immobilien nach Vorschrift des Prozeßgesetzes vom 17. Nov. 1837 § 114 dem öffentlichen Verkaufe unterstellt. Tagsfahrt hiezu wird auf

Donnerstag den 18. Mai im Geschäftszimmer Nro. 6

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber vorgeladen werden, und zwar

I. auf Vormittags 9 Uhr

1 Tagw. 95 Dez. und 34 Dez. Wiese am rothen Gatter Pl.-No. 44 a und b und 1 Tagw. 14 Dez. Wiese, die Schanzwiese Pl.-Nr. 59 im Distrikt Galgenhof, erbzinslehenbar zur v. Tetzelschen Stiftung mit dem Handlohn zu 10% in allen Veränderungsfällen unter Lebenden nach Nürnberger Recht, für 1 Henne 15 Kreuzer und 4 Nürnberger Metz Korn Naturalgilt belastet, geschätzt auf 1718 fl.,

II. auf Vormittag 9½ Uhr

die Schneidemühle Nro. 47 b im Vogelsgarten, neu und massiv gebaut, 2 Stockwerk hoch, in deren erstem das Triebwerk, ein laufender Brunnen, Pferdstall zu 4 Pferden, Vorplatz, Stube, Küche und Kammer, im zweiten die Schneidsäge, Stube, Kammer und Küche, unter dem Dache ein Boden, freieigen, in der Brandkasse versichert für 7800 fl., geschätzt für 5500 fl., mit 26 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 111½, und 73 Dez. ausgefüllter Weiher Pl.-Nro 112½ geschätzt für 300 fl., sodann 4 Dez. Oedung Pl.-Nro. 113⅛, geschätzt für 4 fl., zusammen mit 30 kr. 2 Heller Lehenzins, dann 49 kr. 4 Heller, desgl. für das Fischwasser zum k. Rentamt behaftet, endlich noch hiezu 10 Dez. Oedung an der Saubrücke, Pl.-Nro. 113⅘, geschätzt für 30 fl.

III. auf Vormittags 10 Uhr.

Das Haus Nro 47 a im Vogelsgarten, 1 Stock hoch, massiv gebaut, enthält 2 Tennen, 2 Stuben, 2 Kammern, 2 Küchen, unter dem Dache einen Boden, in der Brandkassa versichert für 1500, geschätzt für 900 fl., mit 14 kr. 3 Heller Lehenzins zum k. Rentamte behaftet; hiezu 12 Dez. Oedung an der Saubrücke, Pl.-Nro. 113⅘, geschätzt für 36 fl.

IV. auf Vormittags 10½ Uhr.

Das Wirthschaftsanwesen zum Vogelsgarten mit realen Bierwirthschaftsgerechtigkeit und a) dem Wirthschaftsgebäude Haus-Nro. 43 und 44, welches enthält: im ersten Stock: 4 Vorplätze, 1 Wirthszimmer; 2 Wohnzimmer, 3 Kammern, 2 Küchen; im zweiten Stock: 2 Vorplätze, 1 Wirthszimmer, 1 Stube, 4 Kammern, 2 Küchen, 1 Abtritt; unter dem Dach: 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche mit dem Vorplatz vereinigt, 1 Dachboden; in der Brandkassa versichert für 5800 fl., geschätzt für 3000 fl.; b) eine bedeckte Kegelbahn, versichert für 500 fl., geschätzt für 400 fl.; c) ein Kellerhaus, massiv gebaut mit 2 Abtheilungen und 1 Boden, versichert für 150 fl., geschätzt für 500 fl.; d) 1 Stallung für 5 Stück Vieh, theils massiv, theils von Fachwerk gebaut, 1 Stock hoch, versichert für 250 fl., geschätzt für 400 fl.; e) 4 Dez. Wurzgarten, Pl. Nro. 108½ und 23 Dez desgl. Pl.-Nro. 111, geschätzt für 16 fl.; f) 6 Dez Oedung Pl.-111½ und 1 Tagw. 73 Dez. zum Theil ausgefüllter Weiher, Pl.-Nro. 112, geschätzt für 400 fl., zehentfrei, jedoch mit 2 fl. 44 kr. Lehenzins, sodann 1 fl. 58 kr. 2 Heller, desgl. für das Fischwasser zum k. Rentamte belastet.

V. auf Vormittags 11 Uhr.

Das Haus Nro 46 im Vogelsgarten, 2 Stockwerk hoch von Fachwerk; im ersten Stock: 2 Vorplätze, 2 Stuben, 2 Kammern, 2 Küchen; im zweiten Stock 2 Vorplätze, 2 Stuben, 4 Kammern, 2 Küchen; unter dem Dache: ein Boden; in der Brandkassa versichert für 2400 fl., geschätzt für 2000 fl., mit 5 Dez. Wurzgarten Pl.-Nro. 108 b und 4 Dez desgl. Pl.-Nro 111½, geschätzt für 36 fl., zehentfrei, mit 19 kr Lehenzins zum k. Rentamt.

VI. auf Vormittag 11½ Uhr.

Das Haus Nro. 46 im Vogelsgarten, 1 Stock hoch, massiv gebaut, mit 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Küche, 2 Kammern, 1 Stall zu 2 Stück Vieh; im Dacherker: 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Küche, 1 Kammer, 1 Dachboden, versichert für 1600 fl., taxirt für 1000 fl., mit 16 Dez. Wurzgarten, Pl.-Nro. 111½, geschätzt für 64 fl. und mit 24 kr. Lehenzins behaftet; hiezu 9 Dezim Oedung an der Saubrücke, Pl.-Nro. 113⅘, geschätzt für 27 fl.

Nürnberg, am 11. März 1848.

Senffert.

c. Heubert.

Wohnungs-Veränderung.

Daß ich meine bisherige Wohnung verlassen und meine jetzige im Prächtelsgäßchen S. Nro 993 bezogen habe, mache ich hiemit mit der Bitte bekannt, alle Aufträge an mich dahin gelangen zu lassen. Zugleich bitte ich meine neue Nachbarschaft um gütige Aufnahme.

C. L. Böhm, Röhrenmeister.

An unsere Mitbürger.

Der Magistrat unserer Stadt hat am 28. v. M. in Folge einer Berathung mit mehreren Mitgliedern des hiesigen Handelsstandes einen Aufruf an den wohlhabenden und vermögenden Theil der Bevölkerung Nürnbergs zu Beiträgen an die nothleidenden Gewerbe erlassen.

Ehe die darin bezeichneten Sammlungen beginnen konnten, erachtete es der gewählte Ausschuß des Handelsstandes, bei der Wichtigkeit der vorliegenden Frage, für nothwendig, auch mit den Vorgehern der verschiedenen Gewerbe, resp. deren selbst gewählten Ausschuß ins Benehmen zu treten.

Das Resultat der gemeinschaftlichen Berathungen war der Beschluß, einen Hülfs-Verein nach folgenden Statuten zu gründen:

1) Es bildet sich ein Verein unter der Bezeichnung:

Hülfsverein für nothleidende Manufakturgewerbe.

2) Der Verein stellt sich die Aufgabe, bedrängte Manufaktur-Gewerbsleute durch Vorschüsse auf gelieferte Arbeiten, vorläufig für die nächsten drei Monate zu unterstützen.

3) Es sollen Lokalitäten bestimmt werden, worin die gelieferten Arbeiten aufbewahrt werden.

4) Die Mittel zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes sucht der Verein auf nachfolgende Weise:

a) Es sollen unverzinsliche Aktien ausgegeben werden, von je fl. 200.

Dieselben sollen getheilt werden in ½, ¼ und ⅛ Aktien. Die Einzahlung geschieht in drei Terminen, von je einem Monat pränumerando

b) Es sollen auch anderweitige beliebige Beiträge angenommen werden

Der Verein beabsichtigt ausserdem noch:

c) an Se. Maj. die Bitte zu stellen, sich durch Zuschüsse aus seiner Kabinetskasse bei dem Hülfs-Verein zu betheiligen.

d) Die allerhöchste Stelle wiederholt anzugehen, der Stadt Mittel zu verschaffen, den nothleidenden Gewerbstand zu unterstützen

e) Den Magistrat unserer Stadt zu veranlassen, eine namhafte Summe dem Vereine aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

f) Auch die Kirchenverwaltung zu bestimmen, daß sie aus ihren so reichen Kirchenfonds zur Abhülfe der augenblicklichen großen Noth das Ihrige beitrage.

5) Wenn die Ausschüsse aus dem Handels- und Gewerbestande gebildet sind, so erlassen dieselben eine Aufforderung an sämmtliche bedürftige Manufaktur-Arbeiter, sich bei dem Verein um Unterstützung zu melden

6) Die sich Meldenden haben dem Ausschusse anzugeben, welche Unterstützung sie nach ihren Verhältnissen beanspruchen würden.

7) Auf diese Mittheilung tritt der Ausschuß mit den Gewerbs-Vorgehern eines Theils ins Benehmen, um über die Gründlichkeit dieser Ansprüche genügenden Aufschluß zu erlangen.

8) Auf Grund dieser Erhebungen und nach Maaßgabe der vorhandenen Mittel wird sodann von dem Ausschuße des Vereins festgestellt, wie weit sich die Vorschüsse für jeden einzelnen Bewerber erstrecken können

9) Der Ausschuß bestimmt sodann diejenigen Waaren, welche angefertigt werden sollen.

10) Auf dieses werden dem Arbeiter von Seite des Vereines Bestellungszettel mit Angabe der Quantität, des Preises, der Ablieferungszeit und der Summe des darauf zu bewilligenden Vorschusses behändigt

11) Die fertigen Waaren werden von der hiezu ernannten Kommission geprüft, und wenn sie brauchbar und preißwürdig befunden, angenommen.

12) Nur an ganz Bedürftige und Ausnahmsweise kann der volle Betrag der Waaren als Vorschuß gegeben werden.

13) Sogenannte Heimarbeiter empfangen die Vorschüsse auf ihre Arbeiten durch Vermittlung ihres Verlegers

14) Die Waaren bleiben Eigenthum des Verfertigers, und ist derselbe verpflichtet, wenn er Aufträge erhält, dieselben zuförderst aus der Niederlage, gegen Erlegung des ihm geleisteten Vorschusses, zu entnehmen

15) Um dies gehörig kontrolliren zu können, werden von Seite des Vereins den Kaufleuten Notizen und Verzeichnisse der vorhandenen Waaren ertheilt.

16) Wenn binnen drei Monaten, vom Tage der Ablieferung an, die Waaren nicht wieder ausgelöst sind, hat der Verein das Recht dieselben für Rechnung des Eigenthümers zu verkaufen

17) Nach Ablauf von drei Monaten ist in einer Generalversammlung zu bestimmen, ob und bis wann der Verein sich aufzulösen hat.

18) Allenfallsige Verluste werden bei Auflösung des Vereins auf die einzelnen Aktien pro rata vertheilt

Mitbürger! Die Noth ist groß, die Hilfe unerläßlich. —

Die Unterzeichneten werden in den nächsten Tagen die Sammlungen beginnen und erwarten, daß es Jeder für seine Pflicht erachtet, die gute Sache nach Möglichkeit zu fördern.

Der Ausschuß des Handels- und Gewerbstandes.

A. Beckh. Cramer-Klett. C. Fuchs. H. Gebhardt. C. Grielsinger. L. Herrmann. C. Porzelius. J. Schmitt. J. Schuh. C. Wayhelin. A. Zahn. M. Zahn. C. Hautsch. J. J. Heller. H. A. Herdegen. J. C. Hering. J. G. Kiefall. J. G. Kugler. J. F. Lederer. G. J. Pabst. C. H. Reuter. J. C. Richter. C. H. Schäßler. C. F. Winter.

Politischer Verein.

Besonderer Umstände halber findet die nächste Versammlung des politischen Vereins am Dienstag den 16. Mai, anstatt am Mittwoch, im Bamberger Hofe statt.

Einladung zu einer Buchdrucker-Versammlung in Nürnberg.

In keiner Zeit mehr, als in der jetzigen, ist der goldene Spruch zur Wahrheit geworden: in der Einigkeit ruht die Stärke! Die Anwendung dieses Grundsatzes allein kann auch uns, dem Stand der Setzer und Drucker Deutschlands, den Antheil an unsern allgemeinen Errungenschaften sichern, welchen wir mit Recht zu beanspruchen haben. Nicht in dem von irgendwoher Gegebenen, in der freien Entwicklung aus sich selbst kann in Zukunft die Blüthe und das fröhliche Gedeihen jeder Kunst, jedes Gewerbes gesucht und gefunden werden. Wo Alle sich zu diesem Zwecke vereinigen, wollen wir allein nicht zurückbleiben. Bereits hat eine Versammlung in Heidelberg am Osterfeiertage d. Js., beschickt von sieben benachbarten Städten, einleitende Schritte gethan (norddeutsche Städte wie Leipzig, Halle, Breslau ec. sind uns bereits vorangegangen), welche uns dem beabsichtigten Ziele: „Hebung des Buchdruckerstandes in materieller und geistiger Hinsicht, näher führen können.“ Sie hat in der Gründung freier Vereine in den einzelnen Städten, wo unsere edle Kunst blüht, das Mittel zur Erreichung jenes Zieles erkannt. Eine auf den 11. Juni in Mainz, der Mutterstadt unserer Kunst, anberaumte allgemeine deutsche Buchdruckerversammlung soll den Beschlüssen der einzelnen Vereine eine allgemeine Sichtung gewähren. Wackere Genossen in unsern Nachbarstädten Erlangen, Bamberg, Weißenburg, Amberg, Sulzbach, Ansbach, Bayreuth, Schwabach, Furth ec.! an Euch wird die Einladung zum Anschlusse an unsern Verein in Nürnberg noch besonders ergehen. Wir benachrichtigen Euch einstweilen und bitten Euch, in Eurem und Aller Interesse, Euch auf Sonntag den 28. Mai hier, in Nürnberg, zu gemeinschaftlicher Berathung und allenfallsiger Wahl eines künftigen Abgeordneten aus unserer Mitte zur großen Versammlung in Mainz, einzufinden, damit auch wir in brüderlichem Zusammenwirken den Anforderungen unserer Zeit die gebührende Rechnung tragen können.

Das Komité des Nürnberger Buchdruckervereins.

Empfehlung.

Bei herannahender warmer Witterung empfehle ich mich zur Aufbewahrung aller Pelzwaaren, und sonstigen dem Mottenfraß ausgesetzter Kleidungsstücke. Dieselben können in meinem Laden im Rössels Kaffeehaus, und in meiner Wohnung Nro. 365 der Albrecht-Dürers-Straße abgegeben werden.

J. D. Schenck,
Kürschner.

Zugleich empfehle ich eine schöne Auswahl moderner Mützen, in Tuch und Seidenstoffen zur gefälligen Abnahme.

(Zu vermiethen.) Ein anständig möblirtes Zimmer nebst Vorplatz, auf der Mittagseite, in der Nähe des Albrecht-Dürer-Platzes, ist täglich zu vermiethen. Näheres in S. Nro. 448.

(Anzeige.) So eben ist erschienen und in der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg zu haben:

Kurze
Exercier-Schule
für die neu errichtete
deutsche Volkswehr.
Nach dem k. bayr. Reglement zunächst für die Wehrmänner bearbeitet.

Preis 7 kr.

Nachmittags 6 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 14. Mai.) [Schluß des im Hauptblatt abgebrochenen Artikels.] Art. 6, nun 5 soll gefaßt werden: »Das Jagdrecht auf fremdem Eigenthume hört ohne Entschädigung der Berechtigten auf, und geht, vom 1. Oktober 1848 beginnend, an die Gemeinden und Grundeigenthümer eines zusammenhängenden Gutskomplexes über. Die Größe dieses Komplexes und die Ausübung der Jagd wird durch ein eigenes Gesetz normirt werden, welches der nächsten Ständeversammlung vorzulegen ist. Bis dahin ist die Regierung ermächtigt, eine provisorische Verordnung hierüber zu erlassen.«

Als Art. 6 soll eingeschaltet werden: die Weide auf Äckern während ihrer Fruktifikation und auf Wiesen während der Hegezeit wird ohne Unterschied, ob sie auf Herkommen, Verjährung und darauf gegründeten Titeln, oder auf ausdrücklichen besondern Concessionen und Verträgen mit den Eigenthümern beruht, ohne Entschädigung aufgehoben. „Die Ablösung der Weiderechte auf Gemeinde-Markungen oder sonstigen Weidedistrikten muß auf Verlangen der Mehrheit der Verpflichteten stattfinden, wenn sie für den ganzen Komplex gefordert wird. Der Entschädigungsbetrag wird durch Schätzung nach Ziff. 4 des Art. 12 von den Culturbehörden ermittelt und festgesetzt. Im Art. 7 soll das Wort „insbesondere" verändert werden, in „zum Beispiel." Art. 8 soll lauten: „die übrigen, im Eigenthum der Privaten, der Stiftungen und Communen befindlichen Grundgefälle gehen auf Verlangen der Berechtigten unter den nachfolgenden Bestimmungen, welche bezüglich der Fixirung, sogleich allgemein in Vollzug zu setzen sind, an die zu gründende Ablösung-Casse über." Hinsichtlich der Stiftungen und Communen wird die Curatel-Genehmigung als gegeben erachtet; wenn die gesetzlich bestehenden Verwaltungen derselben sich für das Eine oder das Andere erklären." Art. 9. Hier sollen die Worte: „dann alle Holzrechte" gestrichen, und das Wort „Grundstücken" in Objekten umgewandelt werden. Der zweite Absatz des Artikels soll lauten: „Alle bereits rechtsgiltig bestehenden, oder vor der amtlichen Behandlung zu Stande kommenden Fixationen oder Umwandlungen von Frohnen und Grund-Gefällen bleiben in Kraft." Die Art. 10 u. 11 bleiben unverändert. Art. 12. Vor Ziff. 1 soll eingeschaltet werden: „Der nach Art. 11 festzusetzende Durchschnitt des reinen Erträgnisses soll wo möglich für ganze Zehent- oder Gemeindefluren, oder auch für ganze Zehentdistrikte ermittelt, sodann dieses Gesammt-Zehent-Fixum entweder durch Schätzung, oder nach Maßgabe definitiven Steuerkatasters, wo letzteres bereits besteht, auf den Besitzstand der Zehntpflichtigen subrepartirt werden; in Ziff. 1 und 2 soll statt Art. 9 „Art. 11" gesetzt werden. In Ziff. 2 und 3, sollen die Worte: „welche die Gerichte gegründet finden" ferner die Worte: sodann der Zehentrechnungen benachbarter Gutsbesitzer" weggestrichen werden. Zu dem Worte: „die" soll beigefügt werden, „Schätzungsquote." In Ziff. 3 und 4 soll statt: drei „Sachverständige" „fünf Sachverständige," sonach statt: »Jeder einen,« »Jeder zwei;« endlich anstatt: »das Gericht den dritten« »das Gericht den fünften« gesetzt werden. Ferner soll diesem Ziff. 4. der Zusatz beigefügt werden: »die Schätzer haben über ihre Verrichtung ein Protokoll aufzunehmen, welches die Gründe ihrer Schätzung ausführlich enthält. Gegen die Entscheidung der Schätzer ist eine Berufung an das Appellationsgericht binnen 14 Tagen gestattet.« Art. 13 soll lauten: „Bei Weinzehent ist bei Ermittlung des 18jährigen Durchschnitts-Ertrages von 1828 bis 1845 zugleich der Ertrag ähnlicher Lagen im Rentamtsbezirke zu berücksichtigen.« Art. 14 bleibt unverändert. In Art. 15 soll das Wörtchen: »spätestens« gestrichen werden. Art. 16. Der 1te Absatz soll lauten: Das Aequivalent für das Obereigenthum und das Recht der Erhebung einer Besitzänderungs-Abgabe ist bei Erbrecht und Freistift der ein und einhalbfache Betrag des Laudemiums, bei Leibrecht und Neustift der doppelte des Leibgeldes.« Als Absatz 2 wäre einzuschalten: »Die Heimfälligkeit der Güter, auf welchen Leibgerechtigkeiten verliehen sind, wird mit der Publikation dieses Gesetzes ohne Entschädigung aufgehoben.« Absatz 2 und 3 des Entwurfes soll mit dem Worte: »Obiges Aequivalent« beginnen. Absatz 3 und 4 soll lauten: »Die Art der Festsetzung der Besitzveränderungs-Reichnisse (Handlohn, Leibgeld u. dgl.) richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 19. Juni 1832, die Fixirung und Ablösung des Handlohns und anderer unständiger Besitzveränderungsgefälle des Staats betreffend, und den darauf bezüglichen Erläuterungs-Rescripten, mit Rücksicht auf Art. 3 des Gesetzes. Die in der Finanz-Ministerial-Entschließung vom 29. Dezember 1834 festgesetzten Durchschnitts-Jahre sollen von dem Jahre 1840 an zurückgezählt werden.« Absatz 4 und 5 bleibt unverändert.

Die Art. 17 und 18 bleiben gleichfalls unverändert. Die Art. 19, 20, 21, 22, 23 des Entwurfes sollen gestrichen, dagegen ein eigener Artikel eingeschaltet werden, dahin lautend: „Die Holz- und Streurechte, sowie die Weiderechte in den Waldungen und Gebirgen wird das Forstpolizei-Gesetz normiren, wobei auf die Gegenreichnisse einschließlich der Leistungen von Holzfrohnen, welche bis dahin fortzubestehen haben, Rücksicht genommen werden soll. Die ungemessenen Forstrechte sollen durch ein besonderes Gesetz geordnet werden." Art. 24 nun 20. Nach den Worten: „Distriktspolizeibehörden" wäre einzuschalten „ein Benehmen mit den kgl. Rentämtern." Art. 25 nun 21 bleibt unverändert. IV. Abschnitt. Hier soll ein eigener Artikel 22 vorangestellt werden, lautend: „Alle firen Grundgefälle des Staates, der Privaten, der Stiftungen und Communen sind unter den nachstehenden Bestimmungen ablösbar." Art. 26 nun 23. Derselbe soll lauten: „Alle Bodenzinse, für welche ein bestimmtes Kapital rechtsgiltig festgesetzt ist, sind durch Baarerlag dieses Kapitals ablösbar. Dieselben werden jedoch von der Ablösungskasse nicht übernommen." Art. 27 nun 24. Hier soll nach dem Worte: „Der Pflichtige" eingeschaltet werden: „ganz oder theilweise." Art. 28 nun 25. Anstatt der Worte: „Ortspreise der letzteren 10 Jahre" soll gesetzt werden: „der 18 Jahre von 1828 bis 1845." Art. 29 fällt weg. Art. 30 nun 26. Anstatt „Staatsschuldscheinen" soll es heißen: „Ablösungs-Schuldbriefen." Ferner soll der Zusatz beigefügt werden: „Die Staatskassa wird den Stiftungen der Wohlthätigkeit, des Unterrichtes und des Kultus, wenn sie auch nicht ihre Renten und Ablösungs-Kapitalien in das Eigenthum der Ablösungskassa übergeben lassen, die Entschädigung bis zum 20fachen Betrag der Ablösung gewähren." Art. 31 nun 27. Dieser Artikel soll lauten: „Ist nach dem Erscheinen des Gesetzes und noch vor der Ueberweisung der Grundrenten einzelner Grundherrn an den Staat eine Besitzveränderung eingetreten, so wird auf deren Anrufen die Regulirung des fälligen Handlohns und das nach Art. 17. festzusetzenden Aequivalents durch die Distrikts-Polizeibehörden vorgenommen. In solchen Fällen ist das von den Grundholden eingezahlte Handlohn nebst der Ablösungs-Summe baar an den Grundherrn hinaus zu vergüten, oder für die letztern nach Art. 17 der Bodenzins festzusetzen. Die Feststellung des Aequivalents für alle übrigen Fälle des laufenden Besitzes erfolgt mit der Ueberweisung der Gutsrenten. Diese festgesetzten Aequivalente werden sofort vom Aerar gegen Bezahlung von 75 Prozent des Betrages in 4 prozentigen Ablösungs-Schuldbriefen nach dem Nennwerthe übernommen. Art. 32 nun 28. Derselbe soll folgende Fassung erhalten: „Für den Zweck der Ablösung werden besondere mit 4% verzinsliche Ablösungs-Schuldbriefe in runden Summen auf 1000 fl., 500 fl., 100 fl. und 25 fl. auf Namen oder Inhaber ausgestellt, welchen die damit erworbenen Grundgefälle zum Unterpfand dienen."

Art. 33 nun 29. Im Eingange soll nach „Wer" gesetzt werden: „dem Staate oder der Ablösungskassa." Anstatt: „blos 72 fl. Zins" soll gesetzt werden blos 72 fl. Zins aus dem jenen 100 fl. entsprechenden Ablösungs-Kapitale." Anstatt „derselben" in der Schlußzeile ist „desselben" zu setzen. Ferner soll nach diesem Artikel ein weiterer Artikel 30 folgenden Inhalts eingesetzt werden: „Wer einem Berechtigten, dessen Renten an die Ablösungskasse nicht abgetreten worden sind, eine jährliche fixe Rente schuldet, ist berechtigt, statt der Fortentrichtung derselben ein zu 4 Prozent verzinsliches von seiner Seite kündbares Bodenzins-Kapital auf das 18 fache ihres jährlichen Betrages zu bestellen, von welchem Zeitpunkte an er nur mehr die 4% Zinsen des Bodenzins-Kapitals zu entrichten hat. Solche Bodenskapitalien genießen dieselben hypothekarischen Vorrechte, welche die Grundrenten, an deren Stelle sie treten, bisher genoßen haben. Mit dieser Umwandlung und Reduktion übernimmt der Steuerpflichtige sogleich die Steuer der bisherigen Grundabgabe, und verzichtet auf jeden Anspruch auf Nachlaß." Art. 34 nun 31. Hier soll statt der Worte: „seine ganze bisherige Grundabgabe" gesetzt werden: „sein bisheriges ganzes Geldreichniß oder die in Geld umgewandelte Naturalabgabe ohne Rücksicht auf die im Art. 29 normirte Reduction." Art. 35 nun 32. Die Allegation „Art. 34" soll in Art. 31 umgeändert werden. Art. 36 nun 33. Hier ist anstatt „Art. 30." "Art. 32" zu allagiren, und anstatt der Worte: an die Staatskassa" „an die Ablösungskassa" zu setzen. Art. 37 nun 34. Im Eingange wäre statt der Worte: „vom Staate" zu setzen: „von der Ablösungskassa."

Art. 38 nun 35 soll folgende Fassung erhalten: »Dauernde Lasten, welche auf den Grundrenten ruhen, werden zu Kapital angeschlagen, (bestehen sie in Jahresrenten im 20fachen Betrage derselben) und sind durch Erlegung des Kapitalwerthes in Baarem oder in Ablösungs-Schuldbriefen der zu errichtenden Ablösungskassa ablösbar. Die Rechte derjenigen, zu deren Gunsten solche Lasten aufgelegt sind, desgleichen die Rechte der Mitbetheiligten oder Hypothekengläubiger gehen auf die Ablösungskapitalien über. Die Berechtigten können zu ihrer Sicherheit verlangen, daß diese eingehenden Einlösungs-Summen oder Ablösungs-Schuldbriefe in so weit in gerichtliche Verwahrung genommen werden, als es durch den Inhalt ihrer Berechtigung gerechtfertigt ist. Fideikommißbesitzer genügen durch diese Hinterlegung der Vorschrift des §. 68 des Ediktes über die Familienfideikommisse.«

Nach diesem Artikel wäre ein Zusatz-Artikel einzuschalten sub 36 lautend: »Die über das Ablösungs-Geschäft sich ergebenden Verhandlungen, so wie die auszustellenden Fixations- und Ablösungs-Urkunden sind tax- und stempelfrei zu behandeln.« Als Art. 37 wäre Folgendes einzuschalten: »Es wird eine eigene Ablösungskassa bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt errichtet, welche unter Mitaufsicht ständischer Kommissäre das ganze Ablösungsgeschäft nach den im gegenwärtigen Gesetze enthaltenen Bestimmungen, jedoch gänzlich getrennt von der Verwaltung der Staatsschuld und ihrer Fonds zu besorgen hat.« Ferner wäre als Art. 38 einzusetzen: Diese Kasse hat die weitere Bestimmung, auch den Grund- und Zehentholden jener Gemeinden, Stiftungen und Privaten, welche ihre Grundrenten nicht an sie überwiesen haben, die Tilgung ihrer Grundlasten durch Annuitäten möglich zu machen. Ein Pflichtiger, welcher $^{23}/_{100}$tel seiner ursprünglichen jährlichen Grundabgabe 34 Jahre lang, oder $^{18}/_{100}$tel dieser Grundabgabe 43 Jahre lang an sie bezahlt, wird nach Ablauf dieser Periode von seiner Last befreit, indem die Ablösungskassa alsdann das Ablösungskapital baar an den Berechtigten hinauszahlen muß. Ergänzt der Pflichtige während des Laufes der Tilgungs-Periode die bereits eingezahlten Tilgungsraten sammt Zinses-Zinsen zu 4 Prozent durch Erlegung des Restes seines Ablösungs-Kapitals, so muß die Ablösungs-Kassa ihn sofort durch Befriedigung des Berechtigten befreien. Die Ablösungs-Kassa ist berechtigt und verpflichtet, mittelst der bei ihr in dieser Weise eingezahlten Annuitäten, Ablösungs-Kapitale jener Rentenpflichtigen, die solche Annuitäten einzahlen, nach dem Nennwerthe abzulösen, und an sich zu kaufen, und auch die 4prozentigen Zinsen dieser Kapitale in gleicher Weise zu verwenden. Art. 39. Anstatt der Worte: »die Tilgungsrenten« soll gesetzt werden: „die Ablösungs-Summe." Art. 40. Die Allegation der Art. hat sich auf Art. 26, 28, 31, 33, 34, 37 und 38 zu beziehen. Art. 41 und 42 bleiben unverändert. Ferner hat die Kammer der Abgeordneten nachstehenden Wünschen ihre Zustimmung ertheilen zu sollen geglaubt: 1) Seine Majestät sey ehrfurchtsvollst zu bitten, jenen Grundholden welche mit Grundlasten offenbar überbürdet sind, und deshalb früher bedeutende Nachlässe erhalten haben, entsprechende Ermäßigungen zu gewähren, und nur die ermäßigten Beträge bei der Fixation und Ablösung in Anschlag zu bringen. 2) Es sey Seine Majestät der König ehrerbietigst zu bitten, auf diejenigen Gemeinde- und Stiftungs-Beamte, welche bei den Stiftungs-Verwaltungen durch das vorliegende Gesetz entbehrlich werden, dann auf diejenigen standes- und gutsherrlichen Diener, welche auf Ruf und Widerruf angestellt sind, und bei denen nach §. 1 des Gesetz-Entwurfes eine Uebernahme nicht stattfindet, auf Anstellung im Staatsdienste allergnädigste Rücksicht zu nehmen. München, den 13. März 1848.

** Die Kammer der Abgeordneten an die Kammer der Reichs-

räthe. Die Kammer der Abgeordneten übergibt der Kammer der Reichsräthe den von Sr. Maj. dem Könige an sie gebrachten Gesetz-Entwurf: »die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten« betreffend, mit den hierüber gefaßten Beschlüssen, und verharrt mit ausgezeichneter Hochachtung. München den 13. Mai 1848.

*† Beschluß der Kammer der Abgeordneten über den Bericht des ständischen Archivars, die Stellung des ständischen Archivs dem Staats-Ministerium gegenüber betreffend. Die Kammer der Abgeordneten hat sich in oben bezeichnetem Betreffe durch ihren I. Sekretär Vortrag erstatten lassen, und in ihrer heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung sich durch Beschluß dahin ausgesprochen: 1) daß der Archivar durch Nichtbefolgung der ministeriellen Weisung am 2ten Februar 1848 seine Obliegenheiten begriffen, und seine Instruktion genau befolgt habe, und in eigentlichen ständischen Sachen keine anderen Weisungen als die des Direktoriums der Stände-Kammern anzuerkennen habe. In dringenden Fällen, wie z. B. Todesfall des Archivars, oder sonstiger Verhinderung des Archivars zur Verwaltung des Archivs ist, wo möglich mit Zuziehung der Direktorial-Mitglieder der letzten Ständeversammlung von der Justizbehörde das ständische Archiv bis zur Anstellung eines anderen Archivars zu obsigniren; 2) daß die Kammer dem Ministerium gegenüber das Entscheidungsrecht über die Bestimmung ihrer Archival-Urkunden und deren Edition beanspreche, und Seine Majestät zu bitten sey, ein Gesetz vorzulegen, wonach nur allein auf Antrag der Kammer eine Untersuchung wegen irgend welcher durch schriftliche Beiträge bei der Kammer der Abgeordneten begangener Verbrechen, Vergehen oder Polizei-Uebertretungen, angefangen werden dürfe; 3) daß sie die Auslieferung der Beschwerde der Kunigunde Ernst zu Draisdorf zu dem angegebenen Zwecke vor der Hand in so lange, bis die Nachweise mitgetheilt werden, daß diese Beschwerde durch die betreffenden Ministerien untersucht und für unbegründet befunden worden sey. 4) Daß die Instruktion des Archivars revidirt werden solle. München, den 1. April 1848.

*† (München, den 14. Mai.) Den Wunsch vieler Abgeordneter, die bei der Aufwartung vom 27. März l. J. von Sr. Majestät dem König an sie gerichteten Worte schriftlich mitgetheilt zu erhalten, trug der erste Präsident Dr. Kirchgeßner Sr. Maj. dem König vor, allerh. welcher durch den Hofsekretär den Ständen gestern sofort in authentischer Weise die folgenden königlichen Worte mittheilte: Ich habe nicht wohl mit jedem Einzelnen von Ihnen, meine Herrn, sprechen können, Alle aber mögen mit dem Gedanken von mir scheiden, daß ich das Interesse des Landes, dessen Vertreter Sie sind, für ein und dasselbe halte mit dem Meinigen, — daß ich der Ueberzeugung bin, daß eine gesetzmäßige aber freie Bewegung demselben ein Bedürfniß ist. Jeder unter Ihnen hat seine eigne Ansicht über das, was dem Staate frommt; in unser Aller Brust aber schlägt ein treues, bayrisches, deutsches Herz. Da unser Streben, unser Ziel nur Eins ist, so werden wir uns auch über die Mittel verständigen, welche dahin führen. Die Epoche des Mißtrauens sey hinter uns, eine neue hat begonnen. Mein ernstes Bemühen ist es, das alte so nöthige Vertrauen zwischen König und Nation wieder herzustellen; die Wahl meiner Minister sey Ihnen die erste Bürgschaft. So Gott will, wird die Basis meiner Regierung seyn: Wahrheit, Ehrlichkeit, Offenheit; — so will ich regieren, daß, wenn mich der Herr ruft, ich ruhig und getrost vor ihm werde erscheinen können. Den Augenblick, wo mir die Krone übertragen, warf ich mich auf die Knie und bat den Herrn, er möge mir beistehen in meinem schweren Amte, einen Funken seiner Liebe mir in die Seele senken, seines Lichtes, seiner Kraft. Bei der gestern stattgefundenen Wahl der Mitglieder für den Gesetzes-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten wurde von 121 Anwesenden bei einer Majorität von 61 Stimmen gewählt: Die Herren Abgeordneten: 1) v. Scheurl mit 120 Stimmen; 2) Frh. v. Habermann mit 116 Stimmen; 3) Frhr. v. Lerchenfeld mit 116 Stimmen; 4) Dirsinger mit 113 Stimmen; 5) Neumayer mit 112 Stimmen; 6) Kolb mit 112 Stimmen; 7) Frh. v. Kunsberg mit 108 Stimmen; 8) Carl ... mit 101 Stimmen; 9) Dunkler mit 90 Stimmen. Ersatzmänner die Herren: Neuffer mit 103 Stimmen; Bestelmeyer mit 102 Stimmen; Zenger mit 74 Stimmen.

X (Nürnberg, den 14. Mai.) Zur Eintragung der auf Privatwillen beruhenden Hypotheken ist der Consens des Grundherrn nothwendig. Würde die Eintragung ohne diesen Consens erfolgen, so hätte der Grundherr das Recht, die Löschung des Eintrags zu verlangen. Lehner Hyp. Recht § 168. Es ist daher natürliche Folge, daß kein Hypothekenamt eine Hypothek auf ein grundbares Haus oder Gut einträgt, wenn der Besitzer nicht den grundherrlichen Verpfändungs-Consens vorlegt. — Welche Belästigungen jedem Einzelnen daraus erwachsen, haben wir in Nürnberg vorzugsweise bisher höchst empfindlich gefühlt. Die Nürnberger Reformation schreibt sogar vor, daß der Grund- oder Eigenherr nur zur Verpfändung von ⅔ des Werths der Objekte seine Zustimmung geben dürfe, eine Vorschrift, an der man mit wenigen Ausnahmen bisher festhielt. Das Unangenehmste bei der Sache ist nun aber, daß auch die Besitzer der mit ständigen Eigengeldern belasteten Häuser gezwungen werden, bei Aufnahme eines Kapitals den Consens des Eigenherrn zu erholen, ungeachtet es klar ist, daß bei handlohnfreien Häusern von einem Erbzinslehenverbande gar keine Rede sein kann. Bei dem Umstande, daß zweijährige Grundgefällreste durch die Prioritätsordnung vollkommen gesichert sind, daß diese Rechte vor den in der III. Rubrik der Hypoth. Bücher eingetragenen Forderungen den Vorrang genießen, bei dem ferneren Umstande, daß dem Grundherrn durch das Lasten-Ablösungs-Gesetz nicht allein die Gebühren von 30 kr. für Consensertheilungen, sondern überhaupt die Rechte des Obereigenthümers entzogen werden, halten wir es für sehr zweckmäßig, daß das Hypothekengesetz zu Gunsten der Gesammtheit sogleich dahin geändert werde: es sei fortan zur Hypothekbestellung ein grundherrlicher Verpfändungs-Consens nicht mehr nöthig. Die versammelten Stände des Reichs werden daher Veranlassung nehmen, einen dieser Ansicht entsprechenden Zusatz zu dem Ablösungsgesetz zu erwirken, oder zu beantragen, daß der §. 6 des Hyp. Ges. schleunigst dahin abgeändert werde: „zur Erwerbung einer durch Privatwillen bestellten Hypothek bedarf es der Einwilligung des Grundherrn nicht, um so mehr, als das Staatsärär, wenigstens die Finanzkammer von Mittelfranken, auf Ertheilung solcher Consense längst verzichtet haben soll. Frage sich jeder Besitzer eines grundbaren Objekts, der in die Lage kommt, einen Verpfändungs-Consens erholen zu müssen, ob dieser Vorschlag nicht dem Interesse Aller entspricht?

Preussen. (Berlin, 12. Mai.) Die Berliner Zeitungshalle vom 13. Mai enthält einen längern Artikel, welcher sich tadelnd über das Benehmen des Ministeriums hinsichtlich der Bitte desselben um Zurückberufung des Prinzen von Preussen ausspricht und den wir hier im Auszuge wiedergeben: Die Minister haben den König um Zurückberufung des Prinzen von Preussen gebeten. Die Minister haben in der allerunterthänigsten Vorstellung, in welcher sie dies thun, Gründe angeführt, warum „eine baldige Rückkehr" — nachher heißt es bestimmter: schon zu den Berathungen der Abgeordneten-Versammlung — erst sagen sie: „dringend zu wünschen", weiterhin sagen sie: „unerläßlich, erforderlich, nöthig" sey. Diese Gründe sind: der Prinz von Preussen müsse, als der Nächste am Throne, zu der feierlichen Anerkennung der Verfassung, welche zwischen Volk und Fürst vereinbart werden wird, anwesend sein, ja, schon den Berathungen der Landesabgeordneten beiwohnen, Letzteres zu dem Ende, damit es den Abgeordneten unzweifelhaft werde, daß sie in »Sr. Maj. erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte, welche Se. Maj. der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sei, finden werden.« Wir begreifen nicht, aus welcher Vollmacht und kraft welcher äussern oder innern, thatsächlichen oder vorausgesetzlichen Berechtigung sie, die sich dem Volke verantwortlich erklärt haben, eine Verantwortung für das Volk zu übernehmen, für das Gefühl und die Meinung des Volks dem Könige einzustehen wagen können? Wir begreifen dies um so weniger in einem Augenblick, in welchem der Zusammentritt der Volksvertreter, die allein kompetent seyn sollten, einen Ausspruch über die Meinung und den Willen des von ihnen repräsentirten Volkes abzugeben, unmittelbar bevorsteht. Die Minister prophezeien, daß „nicht lange mehr die erregte Gegenwart sich der Ueberzeugung verschließen werde, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit dem Könige der Prinz von Preussen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volks erkannt habe." Es ist anzuerkennen, daß diese Prophezeiung das Vertrauen zu dem gründlichen und redlichen Sinne eines Volks in sich schließt, welches einer gewonnenen Ueberzeugung nicht widersteht und einer solchen seine Gefühle, seine Leidenschaften zum Opfer bringt. Aber woher die Gewißheit, daß das Volk sich der Ueberzeugung der Minister anschließen werde? Den Ministern steht es wahrlich nicht zu, die Voraussetzung zu machen, daß eine andere Ueberzeugung als die ihrige dem Volke nicht gezieme. — Der Charakter, welchen das Volk, so weit wir dasselbe vernehmen können, dem Prinzen von Preussen beimißt, und welcher eben jenes Gefühl des Volks erklärt, auf welches die Minister in der Ermahnung von „gemischten Gefühlen," deren „edelste Bestandtheile" allein zurückbleiben sollen, zart anspielen, dieser Charakter ist — ein soldatischer; denjenigen Soldatengeist, welcher dem Bürgersinne am meisten zuwider ist und welcher am entschiedensten von ihm zurückgestoßen wird, glaubt das Volk in der Person des Prinzen von Preußen gleichsam verkörpert zu erblicken, und das ist der wahre Grund seiner Abneigung gegen diesen Fürsten. Nur die Ueberzeugung, daß dieser Geist vor dem Athem einer neuen Zeit wirklich und wahrhaft aus der Seele des Prinzen gewichen sey, nur diese Ueberzeugung allein, glauben wir, wird das Gefühl des Volks, in Beziehung auf ihn, umstimmen können. Indem die Minister diesen Punkt übersehen haben oder überschleiern wollen, haben sie sich des einzigen Mittels beraubt, dessen Anwendung geeignet war, das Volk, wie wir dessen Sinn zu kennen glauben, mit dem von dem Ministerium gethanen Schritte auszusöhnen. Vielleicht haben die Minister diesen wichtigen Punkt in der That nicht übersehen, vielleicht haben sie seine Erledigung bei der unbestimmten Fassung der Worte: „freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände" und „Leben in und mit ihnen" mit vor Augen gehabt — vielleicht! aber warum alsdann dieser unbestimmte Ausdruck, diese ängstliche Verschleierung? Nach diesem Eingange erscheint es wie ein Zufall, daß der Prinz von Preussen bei dem ungeheuren Sprunge, welchen unser politischer Fortschritt aus dem Patent des 18. März in das demokratische Wahlgesetz vom 8. April machte, nicht zugegen und nicht betheiligt ward: der Prinz war nur gerade auf einer Mission nach London begriffen. Wenn es aus einer gewissen Delikatesse geschieht, daß die Minister jetzt das wahre Sachverhältniß verhüllen, so ist das die unglücklichste Art von Delikatesse, die sie erwählen können, denn die Uebung derselben ist unzertrennbar von dem Schein einer reaktionären Absicht, welche die Kluft zwischen dem 18. März und dem 8. April mit gebrechlichen Reisern zudecken und Alles, was geschehen ist, zu einem sanften Uebergang, zu einer Willensbewegung des königlichen Willens, der dem Volkswillen etwas „eingeräumt" hat, machen will, anstatt die Wahrheit anzuerkennen, daß zum ersten Male das Volk selbst auf die Bühne getreten und das Recht seines eigenen selbstständigen Handelns bewiesen und durchgesetzt hat. Wenn die Minister beweisen, daß der Prinz von Preußen den Fortschritt, den wir Alle gemacht haben, freimüthig mitgemacht hat, so wird sicherlich aller alte Groll schwinden und der Empfang des Prinzen in unserer Stadt ein herzlicher sein. Wenn sie dagegen die Wunde, die sich fühlbar genug macht, anstatt sie zu heilen, wegzuläugnen suchen, so dienen sie damit weder dem Volke, noch sich selbst, noch dem Prinzen, noch dem König. Es sei Wahrheit zwischen uns Allen!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürn erg, 17. Mai 1848. | № 138 | Mittwoch: Eibertus.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 15. Mai.) [32. öffentl. Sitzung der Kammer der Abg.] Am Ministertsch: Minister Heintz, Thon-Dittmer, Bar. v. Lerchenfeld, Graf Bray und v. Beisler und verschiedene Min.-Räthe. Nach Verlesung des Einlaufs wird dem Abg. Schumacher ein weiterer 10tägiger Urlaub ertheilt. Der Abg. Edel erstattete hierauf Vortrag über die Rückäusserung der K. der Reichsräthe auf den diesseitigen Beschluß in Bezug auf den Gesetzentwurf: „die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation ꝛc. betr.“ Referent beantragte auf dem diesseitigen Beschlusse jedoch in nachstehender modif Fassung zu beharren: im Art. II soll nach den Worten »des Fiskus soll aufhören«, gesetzt werden: »und mit Einführung des Notariats auch die Siegelmäßigkeit als Vorrecht«, wogegen die Worte: »so wie das Vorrecht der Siegelmäßigkeit«, aus dem früheren Kontexte wegfallen. Nach kurzer Diskussion, wobei sich die Abg. Neuffer, Bauer, Schwager und der Referent betheiligen, wird die vom Ausschuß beantragte Modif. angenommen. — Hierauf beginnt die Berathung über den Ges.-Entwurf: »die Wahl der Abg. zur Ständeversammlung. — Die allg. Diskussion eröffnet Dek. Goetz. Wir sind wieder an einer Grenze angelangt, wo die alte von der neuen Zeit sich trennt. Es würden diesem Ges.-Entwurf schwere Vorwürfe gemacht, wobei die Worte Republik, Anarchie, Kommunismus mit zur Sprache kamen, indem man das Prinzip nach Ständen aufgab. — Nach dem bisherigen Census konnten in manchen Landgerichten gar keine Wahlmänner gefunden werden; der Census mußte aufhören. Der Redner verbreitet sich über Volksvertretung in historischer Schilderung der Uebung verschiedener Nationen. — Der Präsident zeigt an, daß ihm soeben eine von 636 Unterschriften bedeckte, das Wahlgesetz betr. Adresse zugekommen sey, vom Abg. Christmann angeeignet, welche den Wunsch direkter Wahlen ausspricht und daß jeder volljährige Bayer ohne Unterschied des Standes und des Glaubens wählbar seyn soll. — Bar. Rotenhan sieht in diesem Ges.-Entw. keine Verbesserung, sondern nur einen Umsturz der bestehenden Wahlordnung, es sey eine Zerstörung zum Unheil des Vaterlandes. Dieser Wahlmodus werde nimmermehr die wahre Freiheit erzielen. Er fühle, daß er in seiner Ansicht mit der Anschauung des Moments im Widerspruch sey. Die Parlamentswahlart könne hiemit nicht in Vergleich kommen; ganz andere Resultate werden die Wahlen nach einigen Jahren der Anwendung eines solchen Modus haben. — Ueberall habe man, wo die Freiheit blühte, diese Wahlart mit dem Palladium der Freiheit unvereinbar gehalten. Er verweist auf die Schweiz, Frankreich, ja Norwegen und Amerika. Baden hat ein Experiment versucht, das auch wir zu wagen im Begriffe stehen; die Folge war Wahlagitationen, welche die schönen Rheinufer in hohem Grade beunruhigten; Redner verliest einen Artikel der Allg. Ztg. aus Karlsruhe vom 8. ds. — Redner citirt aus Eisenmann's Schrift einen Beleg zu seiner Ansicht und beru t sich auf Dahlmann, welcher das aktive Wahlrecht in den Städten an sehr wesentliche Bedingungen und auf dem Lande an den Besitz knüpft.

Auch Seuffert habe in neuester Zeit sich ähnlich ausgesprochen, noch vor zwei Monaten war dieß die Ansicht aller Urtheilsunfähigen. Jetzt haben sich die Ansichten geändert; nach zwei Monaten aber sollen jene Prinzipien ein Irrthum seyn? Die gegenwärtigen Ansichten können jedoch nach 2 Monaten sich abermals ändern; man müsse daher gegenwärtig wohl bedenken, ob man aufbaue oder umstürze. Dem Gesetz-Entwurf, wie er vorliege, könne er seine Zustimmung nimmermehr geben. Er gebe zu, daß viele Aenderungen gemacht werden müssen, aber den Kopfzahlmasstab könne er nicht billigen. Wenn der Referent über das Ablösungs-Gesetz am Schlusse seines Referats sagte, daß durch die Annahme desselben ein Zusammensturz der bayerischen Aristokratie erzielt werde, so nenne er das vorliegende Gesetz eine Ueberstürzung zum Unheil der Nation, das Grab der Freiheit, des gesicherten Besitzes und das Grab der Monarchie. (Großer Beifall der Kammermitglieder.) Christmann tritt diesem Redner entgegen, und wirft einen Blick in die Geschichte zurück. Der vierte Stand klopfe heute an die Thore des Staates an. Wir befinden uns im Zustande der Revolution, die wir auf dem Wege friedlicher Reform beilegen sollen. — Wäre Guizot dem Prinzip, das er selbst einst aufstellte, nicht untreu geworden, noch würde der französische Thron feststehen, und wir werden unsere Monarchie durch Annahme dieses Gesetzes nur befestigen. (Lauter Beifall der Tribunen.) Professor v. Scheurl spricht seine Ueberzeugung aus, daß das Wahlgesetz, welches alle selbstständige Bürger wahlfähig mache, den Anforderungen der Zeit am besten anpasse. Die rohe Menge solle nicht eine Stimme haben, wie die intelligente, und deßhalb solle man das vermittelnde Prinzip festhalten — mittelbare Wahlen nicht im gothischen, nicht im römischen, sondern in einem neudeutschen Style werden wir ein schönes politisches Gebäude der Zukunft aufführen; er könne dem vorliegenden Gesetze seine volle Zustimmung geben. — Der zweite Präsident kann dem Gesetze im Allgemeinen wohl seinen Beifall zollen, indem er sich mehrfache Modifikationen vorbehalte. — Der Entwurf sey unverkennbar ein gewaltiger Versuch zur freien Volksrepräsentation, aber er versage die direkten Wahlen. Das Grundprinzip des Gesetz-Entwurfes könne er nicht billigen, weil es nicht die gesammte Volksrepräsentation umfasse; Arbeit und Besitz sollen gleichmäßig, als eng miteinander zusammenhängend, vertreten werden; aus ihnen gehe eigentlich die Theorie des Zweikammersystems hervor; in der einen Kammer werde die Arbeit, in der andern der Besitz repräsentirt. In der Repräsentation der Arbeit ruht das schaffende Prinzip. Er wolle nicht die Vertretung nach Stunden proklamiren, wenn er die Arbeit repräsentirt haben wolle. — Stockinger: Wohin uns das bisherige System führte, haben wir gesehen. Adel und Geistlichkeit werden endlich einsehen, daß sie sich der allgemeinen Bewegung anschließen müssen. Die sich derselben entgegensetzen, wie Seuffert, welche sich auf Appian, Vulpian, und wie diese Herren alle heißen, berufen, widerstreben den Forderungen der Zeit. — Man hält das Volk für müde, und hofft, daß es die Reaktion herbeiwünsche, aber noch wacht das Volk; wenn auch einzelne schlafen, es wird zu erringen suchen, was die Zeit gebietet. — Es heißt nicht den Frieden bringen, sondern den Krieg beschließen, wenn man an dem alten Systeme hänge wolle. —

Wir können nur ein Wahlgesetz, daß den Forderungen der Zeit entspricht, herstellen, wenn wir eine allgemeine Berechtigung ohne Unterschied der Existenz aufstellen. Noch fehle der Kammer ein Herr v. Noailles, welcher der Kammer zurufe: Weg mit den Titeln, diesen Kindern der Eitelkeit, Tugend und Einsicht allein sollen gelten. Prof. Edel hat im Ausschuß dem Gesetze beigestimmt und motivirt sein Votum. Wer sich der Herrschaft der Zeitideen widersetzt, wird von ihnen zerschmettert. Man verwechsle Menschenrecht und politisches Recht vielleicht zu sehr. Man sey zu weit gegangen, daß man die Universitäten aus dem Wahlgesetze ausschied. Die Wissenschaft sey nicht aristokratisch, sondern bürgerlich, die Universitäten haben in diesem Saale Männer wie Harleß, Seuffert, Behr, Stahl ꝛc. gesendet. Wenn auch das Wahlgesetz manche Nachtheile habe, lassen wir es doch annehmen zum Nutzen der Zukunft. Ruland erklärt sich gegen diese Gesetze, weil das Prinzip nach Ständen durchfalle. Die Stände wurzeln in den Ideen des Volkes und werden fortwurzeln, wenn auch manche Stände sich selbst aufgeben. Es wird nicht lange dauern, so werden die Stände wieder zum Vorschein kommen. Redner spricht für Vertretung der Universitäten, überhaupt für die ganze frühere Standesvertretung indem er sich auf die Absicht der Verfassung beruft. Die Trennung der Kirche vom Staate sey noch nicht ausgesprochen, dennoch aber sey gleiche Berechtigung aller Konfessionen ausgesprochen. Könnte es nicht kommen, daß einst in diesem Saale nur Protestanten, nur Katholiken, nur Angehörige eines anderen Glaubens sitzen würden? Pfarrer Ramoser vertheidigt sein Ja bei der Abstimmung über das Ablösungsgesetz und geht hierauf zur Erwägung des Wahlgesetzes über. Die Stände aus dem Saale hinaus- und dafür das Volk hereinlassen — da habe man noch keine Gewähr, daß es besser werde. Möge daher die Kammer sorglich prüfen, daß man nicht ein Haus niederreiße, ohne im Stand zu sein, ein neues zweckmäßigeres aufzubauen. — Schnetzer begrüßt den Ges.-Entw. Es werde dem Volke jede Freiheit seiner Bewegung gegeben; jede Bevormundung falle. Aber jetzt schon werde die kaum entstandene Bewegung wieder beargwöhnt. Die im Ges.-Entw. ausgesprochenen indirekten Wahlen seyen eine solche Bevormundung, man sage, das Volk sey für direkte Wahlen noch nicht reif. So habe man in den Jahren 1813 u. 1814 den Völkern viele Rechte versprochen und nachher ihnen aber gesagt, sie seyen noch nicht reif. Im Jahre 1830 habe man sich wieder an die Völker gewendet und nachher ihnen abermals gesagt: Ihr seyd noch nicht reif und die Freiheitsmänner habe man in Fesseln geschlagen. — Wer hätte vor einigen Wochen den Völkern wie jetzt zu sagen gewagt: Ihr seyd noch nicht reif. — Seit einige Republikaner da und dort sich regten, streckt sich auch schon der Polizeimann wieder aus. Lassen wir uns nicht von Neuem die Augen blenden; nicht die Freiheit, nur die Bevormundung kann uns schaden. —

Parrer Reulbach zweifelt nicht, daß das Wahlge etz und überhaupt die ganze Verfassung einer Fortbildung fähig ware, aber es sey etwas ganz anderes, wenn man ein ganzes Gebäude mit seinen ehrwürdigen Fundamenten stürzt; so betrachte er unser Wahlgesetz, gegen welches er sich erklären müsse, wenn er auch noch so freudig jede anderweitige Verbesserung begrüßen würde. — Graf Hegnenberg erklart, dem Gesetze beizustimmen, dem § 29. aber nicht, wo diese Bestimmungen der Verfassung einverleibt werden sollen; er hätte gewünscht, daß dieses Gesetz als ein transitorisches bezeichnet worden wäre. Wer wird während eines Erdbebens ein Haus bauen wollen, das für alle Ewigkeit dauern soll? Wir leben in einer Uebergangsperiode und es müßt schon vortheilhaft seyn, Erfahrungen, die wir bei der gegenwärtigen Berathung machen werden, zu benützen. Er halte die ständische Gliederung nicht für eine absolute Nothwendigkeit, aber daß die numerische Vertretung der verschiedenen Gegensätze, Produktion, Ackerbau, Industrie ꝛc. aus dem Auge verloren ging, verschwinde, muß jedenfalls gegen die praktischen Erfolge sprechen, welche manch' wesentliche Modif. in Zukunft veranlassen möchten. — Wenn ein Wahlgesetz entsprechen solle, so müsse es die drei Faktoren, Ackerbau, Gewerbe und Intelligenz in die Kammer bringen. Die Zeit werde das, was in diesem Gesetze zu viel seyn möchte, praktisch umgestalten. — Frhr. v. Frauenhofer billigt es gleichfalls nicht, daß dieses Gesetz ein Verfassungsgesetz werden solle. Er gehe gleichfalls mit der Zeit vorwärts und stimme daher dem Gesetze mit wenigen Modif. zu. — In demselben Sinne äussert sich Schwager, dem direkte Wahlen am vortheilhaftesten erscheinen. Der Referent Dek. Bauer gibt ein Résumé der Diskussion. Die Kritik dieser Ges. Entw. wurde vom Standpunkte der Aristokratie und Geistlichkeit vernommen. Er glaube dem Bar. v. Rotenhan, diesem ächt deutschen Ritter von ganzem Schrot und Korn nicht höher seine Achtung beweisen zu können, als indem er ihn widerlege. Das Ständewesen hat seit wenigen Wochen aufgehört, es hat keine Stütze mehr in den Sympathien des Volkes. Er stehe ein für von der Rgg. fest-

gesetzte Weite und Breite, auf die das Wahlgesetz gebaut werden müsse. — Die Theorie der Kopfzahl anlangend, so bringe man die convulsivischen Bewegungen unserer Zeit als Grund dagegen vor; aber die Genehmigung des ebenso convulsivisch bewegten Volkes würde eine andere Theorie, als die der Kopfzahl nicht erhalten. — Wir huldigen nicht dem Moment, sondern dem, was in der Brust eines jeden freien Mannes lebt. Redner widerlegt die angeführten historischen Belege gleichfalls mit historischen. — Die Wahl nach der Kopfzahl in Frankreich datirt vom 17. Juni 1789, wo der Tiers-Etat unter herabströmendem Regen außen stund, während Adel und Geistlichkeit unter den Schutz traten. Das Volk wurde damals gegen Adel und Geistlichkeit erbittert. —

Man habe diesen Wahlmodus als zum Kommunismus und zur Barbarei führend bezeichnet; so urtheilen könne das Volk nicht und namentlich unser bayerisches Volk nicht. Der wogende Weltgeist manifestire sich nicht immer in Sammt und Seide, zuweilen auch im Sturm. — Was die Schlußbefürchtung des Bar. v. Rotenhan anlange, so sei dieses Gesetz allerdings das Grab der Freiheit, aber der exklusiven Freiheit. Er erinnere an das, was Justus Möser sagt, ein Knecht ist Jeder, der nicht Theil hat an dem freien Recht der Steuerbewilligung. Das Grab der Monarchie sollen wir graben? Ja, der Monarchie, die in der Aristokratie ihre Stütze sucht. Wo hat aber je die Monarchie eine feste Stütze an der Aristokratie gefunden? Man überblicke die Geschichte, wo man von dieser Seite nie einen deutschen Kaiser aufkommen lassen wollte. Redner führt eine Reihe geschichtlicher Beweise an. Die Stütze der Monarchie ist im Volke zu suchen; die Mauer zum Schutze der Monarchie mit ihren Grundsteinen soll bis tief herab ins Volk reichen. Unser Volk verdiene das Vertrauen. — Das Prinzip der Arbeit, welches der zweite Präsid. aufstellt, könne er nicht theilen; man gebe dem Volke die Freiheit, die Arbeit wird sich selbst finden. — Die in Aussicht gestellte Modif. des Grafen Hegnenberg anlangend, so sei dieselbe wohl treu und redlich gemeint, aber es könne die Deutung daraus hervorgehen, als wollte man mit derselben auf die bereits eingetretene Reaktion speculiren. Der Minister des Innern ergreift am Schlusse dieser allgemeinen Diskussion zu Gunsten des Gesetzentw. das Wort, indem er auf die verschiedenen erhobenen Bedenklichkeiten näher eingeht. Daß das Prinzip der Wahlen nach Ständeklassen bei dem erwachten Selbstständigkeitsbewußtsein des Volkes nicht länger mehr zu halten sei, war das Resultat reifer Erwägung. Auch er bedaure, daß die Universitäten keine besondere Vertretung mehr haben, doch zweifle er nicht, daß sie jetzt noch zur Volksvertretung berufen werden. — Der Kammer der Reichsräthe stehe ohnedieß eine neue Organisation in Aussicht und vielleicht werden sie dort ihren würdigen Platz finden. — Redner erörtert das Thema direkter und indirekter Wahlen und zieht die Schwierigkeiten direkter Wahlen in Betracht. Den Grundsatz des alten Staatsbürgerrechts aber müsse er dem Referenten gegenüber in Schutz nehmen, welcher Grundsatz in den freiesten Staaten in Amerika ausgesprochen sey.

Es wurden Vorwürfe laut, die man am Ministertische nicht verdiene, Tendenzen, von denen die Minister weit entfernt seyen. Er verwahre dieselben, als beabsichtige der Gesetz-Entwurf eine Bevormundung, als wolle man die Reaktion, sie stützen sich nicht auf die Bajonette, sondern auf ihr Gewissen und den gesunden Sinn des Volkes. Daß diejenigen, welche Raub und Mord im Schilde führen, nicht den Namen Republikaner verdienen, brauche er nicht zu erwähnen. — Hiemit wird die allgemeine Debatte geschlossen. — Der Minister des Innern übergibt noch einen Ges.-Entw. »Einführung der bayer. Gesetzgebung in den im J. 1847 neu erworbenen böhmischen Landestheilen betr.« (Hiemit endet die Sitzung, die nächste ist auf Abends 4½ Uhr anberaumt.)

(München, den 13. Mai.) Dem in Aussicht gestellten Gesetze über allgemeine Volkswehr ist bei uns thatsächlich nicht unbedeutend vorgearbeitet, indem im ganzen Königreich in diesem Augenblick nicht weniger als 50,500 Musketen von den Zeughäusern an Freiwillige abgegeben sind. Zu dieser Zahl neuer Theilnehmer an der Volksbewaffnung sind natürlich noch die Offiziere, und in manchem Corps auch die Unteroffiziere hinzuzurechnen. Hier allein haben die Freicorps bereits 3700 Musketen in Händen. (A. Z.)

(München, den 14. Mai.) Das neuzuerrichtende Artillerie-Regiment Nr. 3. wird vorerst hier in Garnison bleiben; es wird dasselbe nur aus reitender Artillerie bestehen, welche Waffengattung bis jetzt in unserer Armee nicht vorhanden war. — In der Kammer der Abgeordneten wird im Laufe dieser Woche noch die Berathung über das ständische Wahlgesetz, die Gesetzentwürfe über die Initiative und über Einführung einer Einkommen- und Capitalsteuer zur Berathung kommen, während sich die Kammer der Reichsräthe mit dem Ablösungsgesetze beschäftigen wird. Nach Erledigung dieser Gegenstände wird der Schluß des Landtages erfolgen. (A. Postz.)

†* (Nürnberg, den 16. Mai.) Gestern sind mehrere österreichische Deputirte zur konstituirenden Versammlung nach Frankfurt hier durchgereißt, ein trefflicher Geist für deutsche Volksfreiheit durchglüht die wackeren Männer, welche nur in diesem Sinne ihr Votum abgeben werden.

Baden. (Mannheim, 11. Mai.) Die 20. Nummer des »Deutschen Zuschauers« ist heute mit Beschlag belegt worden. Wir sind entschiedene Freunde der Ordnung und des gesetzlichen Fortschrittes, aber gerade deshalb um so eifersüchtiger auf unsere Freiheit. Die Freiheit der Presse ist eins der wichtigsten Rechte, dessen endliche Anerkennung das Volk sich errungen, wir müssen es wahren! Wir protestiren deshalb gegen die Beschlagnahme des »Deutschen Zuschauers« und verwahren uns dagegen auf's Ernsteste und Feierlichste.

(Mannheim, den 11. Mai.) Unter dem Gestrigen wurde mit der Aufhebung des Kriegszustandes zugleich verfügt, daß die Privatwaffen zurückgegeben würden. Nichtsdestoweniger sind die Waffen nicht zurückgegeben worden, weil es dem Herrn Kommandanten hiesiger Stadt nicht beliebt, der von dem Civil-Kommissär gegebenen Weisung Folge zu geben. Diese Weisung kann nur in zweierlei Begriffsverwirrungen ihre Ursache haben: Entweder dünkt sich der Kommandant als unabhängiger Gebieter in unserer Stadt, und maßregelt nach eigenem Gelüste; oder er vergißt über sonstiger Würde die mit seiner Stellung als Kommandant der Stadt verbundene Unterordnung unter die Civilbehörde und den derselben schuldigen Gehorsam. Wir halten es für völlig überflüssig, auch nur das Geringste zur Kritik solchen Benehmens beizufügen. Wir erwarten aber von einer unabhängigen Regierung, daß sie den Kommandanten in seine gebührenden Schranken kräftig zurückweise, zur Rechenschaft ziehe, und nicht dulde, daß die Rechte der Bürger auch nur für einen Moment durch Willkühr und Anmaßung eines Beamten geschmälert werden. Wir erwarten es um so sicherer, als die Bürger einer Regierung nur dann Vertrauen schenken werden und können, wenn sie wissen, daß reaktionare Gelüste von ihr kräftigst bekämpft werden. (M. J.)

(Karlsruhe, den 13. Mai.) [Sitzung der zweiten Kammer.] Es werden mehrere Petitionen vorgelegt und sofort durch Brentano darauf aufmerksam gemacht, daß bezüglich auf die in Bruchsal bevorstehenden Wahlen zur konstituirenden Versammlung zu Frankfurt, bei welchen zwei Kandidaten, Mittermaier und Itzstein, im Vorschlag seien, Unruhen zu befürchten stünden, indem jetzt schon die Wahlmänner durch eine Flugschrift, deren Inhalt näher erörtert wird, und die aus Auftrag des Staatsraths Mathy verbreitet worden seyn solle, aufgeregt werden. Er fordere daher die Regierung auf, Maßregeln zu ergreifen, wodurch diejenigen Wahlmänner, welche Itzstein ihre Stimme geben, vor Excessen geschüzt werden. Staatsrath Bekk: Er wisse von einem solchen Flugblatte nichts, werde aber, was sich schon von selbst verstehe, jeder Gesetzwidrigkeit entgegentreten. Staatsrath Mathy weist die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zurück, indem er keinerlei Auftrag zur Verbreitung einer solchen Schrift gegeben habe. Uebrigens hätte Brentano früher schon, und zwar in einer Zeit auftreten sollen, wo die ihm befreundeten Blätter wirkliche Aufregung, und zwar von den traurigsten Folgen, hervorgerufen. Zittel wundert sich, daß derartige Flugblätter in die Kammer gebracht werden. Itzstein beruft sich auf sein seitheriges Wirken in der Kammer und bedauert, wenn gerade Mathy, mit dem er immer auf freundschaftlichem Fuße gestanden, gegen ihn auftreten sollte. Bassermann: In politischen Dingen gebe es keine Freundschaft, er selbst habe schon in öffentlichen Angelegenheiten gegen seinen Vater gestimmt; auch sei es ihm erklärlich, daß Bürger vorhanden, die keine solche Männer in die konstituirende Versammlung wählen wollen, die in der Kammer immer erklärt, es werden keine fremden Arbeiter zuziehen, und welche gegen den Einmarsch benachbarter Truppen stets protestirten. Hätte man ihren Rath befolgt, so würde ein noch viel größeres Unheil im Lande entstanden seyn. Damals, wo die Mannheimer Abendzeitung und die Seeblätter gegen Mathy und ihn offen aufgereizt, und wo insbesondere er den Glasern in Mannheim zum Verdienst helfen mußte, sei keine einzige Stimme in der Kammer laut geworden, während jetzt schon eine Flugschrift zur Sprache gebracht werde. Buhl: es sei bekannt, daß man von einer gewissen Seite planmäßig dahinwirkte, benachbarte Truppen ferne zu halten, um desto leichter verbrecherische Plane durchzusetzen, weßwegen er bedaure, daß dagegen keine öffentliche Protestation erschienen, und daß Hecker von seinem Vorhaben nicht mehr zurückgebracht werden konnte. Staatsrath Bekk hätte gewünscht, es wäre früher schon in der Weise, wie es jetzt geschehe, aufgetreten worden. — Staatsrath Bekk übergibt ferner einen Gesetzesentwurf über die Vereinigung der Gemeinden Ueberachern und Aselfingen. Geh. Ref. Junghanns legt zwei solche Entwürfe vor, und zwar wegen theilweiser Einführung von Schwurgerichten, so wie in Betreff der Gerichtsverfassungen. Sie gingen an die Abtheilungen. Präsinari berichtet über den Gesetzesentwurf, die Einführung des Standrechts beim Militär betreffend, und beantragt dessen Annahme. Die Berathung darüber wird später stattfinden, dagegen jene über Bissings Bericht wegen Beeidigung der Bürger, der Beamten und des Militärs auf die Verfassung vorgenommen. Der dießfällige Entwurf wird mit wenigen Aenderungen in der Eidesformel angenommen. Hierauf führt die Tagesordnung zu Berathung des Kommissionsberichts über das prov. Gesetz in Betreff der Erklärung in den Kriegszustand, und es wird auch dieses nach lange angedauerten Verhandlungen mit wenigen Aenderungen angenommen und die Sitzung, da noch mehrere wichtige Gegenstände zu erledigen sind, auf eine Stunde aufgehoben. (Schwäb. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 14. Mai.) Rede Hergenhahn's in der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses vom 12. Mai. Ich billige vollkommen den Unwillen, welcher sich erhebt, wenn sich irgendwo ein Reaktionsgelüste zeigt. Ich billige ihn nicht allein, sondern ich theile ihn auch. Aber ich möchte davor warnen, die Gefahr der Reaktion zu übertreiben. Was ist es denn, was uns so sehr in Bewegung setzt? Das Protokoll enthält in der That nichts anderes, als die Ansichten eines einzelnen Gesandten, eines Gesandten, der heute schon von seiner Regierung desavouirt wird. Verschiedene Redner heben zwar hervor, der Bundestag habe diese Ansichten des hessischen Gesandten nicht mit Entschiedenheit zurückgewiesen, aber hat dies denn wirklich so große Gefahr, daß wir uns dadurch so sehr allarmiren lassen mußten? Sie haben den Bundestag mit einem zahnlosen Tiger verglichen. Nun, ist es denn vonnöthen, daß wir um seinetwillen — ich möchte sagen — in die Lärmtrompete stoßen? Auf die Regierungen kommt es an. Es liegt aber nichts vor, woraus hervorgeht, daß die Regierungen die Ansichten des Hrn. Lepel theilen. Aus dem Schreiben des großh. hessischen Ministers haben Sie sogar ersehen, daß derselbe ohne Instruktionen verfahren hat. Wir haben daher, meiner Meinung nach, nichts zu thun, als die Ansichten des Hrn. Gesandten für falsch zu erklären. Sie sind falsch, denn sie statuiren einen Dualismus zwischen Regierung und Volk, ein getheiltes Interesse, welches ich nicht anerkenne. In unserer Zeit gibt es nur Ein Interesse, das geistige und materielle Wohl des Volks, in welchem das Interesse der Regierung aufgeht und aufgehen muß. Auf diesem Grundsatz beruht auch der Beschluß des Vorparlaments, die Feststellung der Verfassung Deutschlands einzig und allein der konstituirenden Versammlung zu überlassen, und wir, als der Ausdruck der Mehrheit dieser Versammlung, müssen diesen Beschluß in seiner Reinheit aufrecht erhalten. Ich wenigstens erkläre, daß ich nicht allein in meiner Eigenschaft als Mitglied des Fünfziger-Ausschusses, sondern auch in meiner andern politischen Stellung (als Präsident des nassauischen Ministeriums) diesen Beschluß mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften aufrecht erhalten werde, — und ich erkläre weiter, daß ich in dem Moment, in welchem ich dazu nicht im Stande sein würde, diese Stellung verlassen, und in das Privatleben zurückkehren werde, damit ich frei und offen meinen Weg gehen kann. Denn um dieser Stellung willen, die ich nur mit Widerstreben angenommen habe, auch nur einen Finger breit von meiner Ueberzeugung abzuweichen, das möchte ich nicht, und wenn ich Millionen gewinnen könnte. Sie haben heute gehört, meine Herren, daß Heinrich Gagern, der hessische Minister, von denselben Grundsätzen geleitet wird, und ich erwarte, daß auch die mächtigsten Regierungen, — ich erwarte es, wenn ich auch dieserhalb zuweilen mit Besorgniß erfüllt bin — zu diesen Grundsätzen sich bekennen werden; denn wer heute ein Herz für das Vaterland hat, der muß vor den Gefahren zurückbeben, die er über dasselbe

heraufbeschwören würde, wenn er nach andern Grundsätzen verfahren würde. Gerade deßhalb aber schließe ich mich dem Antrag Rüders an. Ich schließe mich ihm an, weil er über die Ansicht des Ausschusses nicht den mindesten Zweifel läßt, weil er praktisch ist, indem er der konstituirenden Nationalversammlung die Beurtheilung der Sache und die Maßregeln überläßt, welche ihr geeignet erscheinen. Die Appellation an die öffentliche Meinung Deutschlands halte ich für überflüssig; die öffentliche Meinung, meine Herren, wird ohnehin darüber richten auf den Grund unserer öffentlichen Protokolle, auch ohne daß wir sie dazu aufrufen. — Unsere politische Existenz ist nur noch kurz, die konstituirende Versammlung wird in den nächsten Tagen zusammentreten; sie wird mit der ganzen moralischen Kraft, welche ihr das deutsche Volk gewähren wird, über diese Sache entscheiden.

(Fkt. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 14. Mai.) In der verflossenen Nacht ging es hier sehr unruhig zu. Es wurde von einem engagirten Volkshaufen dem abgetretenen diesseitigen Bundestagsgesandten Schöff de Harnier, vor dem Bundespalais eine lärmende Katzenmusik gebracht, und in der Wohnung eines Spezereihändlers die Fenster eingeworfen. An der schönen Aussicht wollte die Schutzwache einschreiten, allein einige von ihnen wurden mißhandelt, ihnen die Waffen abgenommen und in den Main geworfen. (N. Wrzb. Z.)

Nassau. (Aus dem Herzogthum Nassau, 10. Mai.) Nach den revolutionären Bewegungen in den ersten Tagen des Monats März, welche mit den am 4. März feierlich proklamirten Versprechungen des Herzogs endigten, dem Herzogthum eine auf den breitesten demokratischen Grundlagen aufzubauende Verfassung zu geben, versammelte sich die zweite Kammer alsbald, um ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten. Nachdem die Kammer nun, dem allgemeinen Wunsche nachgebend, beschlossen hatte, daß in Zukunft die gesetzgebende Kraft des Landes nur in einer Volkskammer ruhen solle, wurde das Wahlgesetz verfaßt, welches das Recht der Wahl und der Wählbarkeit ohne allen Census jedem volljährigen Gemeinde- und Staatsbürger gibt. Ausgeschlossen sind Diejenigen, welche nicht Gemeindebürger oder Angestellte sind, z. B. noch nicht etablirte Söhne der Bürger. Ferner wurde der indirekte Wahlmodus angenommen in der Art, daß in den Urwahlversammlungen je 100 Wähler einen Wahlmann wählen, welche Wahlmänner auf 10,000 Seelen einen Deputirten wählen. Nach diesem Wahlgesetz wurden nun die 6 Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung und die 41 Landesdeputirten gewählt. Das Volk zeigte überall bei den Wahlen viele Theilnahme. Nicht zu verkennen war jedoch die Unzufriedenheit mit der Bestimmung des Wahlgesetzes, welches die volljährigen, aber noch nicht recipirten Männer von dem Wahlrecht ausschließt. (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 13. Mai.) Nach einem Patente vom heutigen werden die Deputirten zur constituirenden Versammlung einer preußischen Staatsverfassung auf den 22. Mai nach Berlin einberufen.

(Berlin, den 13. Mai.) Das Staatsministerium erläßt im heutigen Staatsanzeiger Folgendes: Die vom Staats-Ministerium Sr. Maj. dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theil der Bevölkerung der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Nächste am Throne nicht außerhalb der Gränzen des Vaterlandes weilen darf zu der Zeit, wo das neue Verfassungswerk zwischen dem Könige und seinem Volke vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staates, doppelt wichtig in einem Augenblicke, wo Preußen mit den Waffen an den deutschen Gränzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewähren berufen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesammten preußischen Volkes anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in dem freien England und des seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Sr. Maj. des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen ist, und daß die Regierung von ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Damit werden dann alle Besorgnisse vor reactionairen Tendenzen schwinden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Klassen des Volkes, zurückkehren! Berlins Bewohner werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen in Begleitung großer Massen auf die Entschließung der Regierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungsgewalt und mit ihr die Herrschaft der Gesetze, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungs-Beschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt, als aus allen Theilen des Landes sich kundgiebt, so darf sie doch verlangen, daß dies nur auf geordnetem Wege geschehe. Die schließliche Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volksvertretung erwarten. In dieser ihrer Ansicht nach allein würdigen Stellung baut die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins.

(Berlin, den 13. Mai.) Die Zusammenberufung der preußischen National-Versammlung zu einer Zeit, in welcher auch die deutsche National-Versammlung zu Frankfurt a. M. thätig seyn wird, ist eine durch die Umstände herbeigeführte Nothwendigkeit. Der Bundestag hatte hinsichtlich des Zusammentritts der Versammlung zu Frankfurt a. M. eine keiner Abänderung unterworfene Bestimmung getroffen. Dieser Versammlung diejenige in Berlin vorhergehen zu lassen, war wegen Kürze der Zeit unmöglich; ihr dieselbe folgen zu lassen, mußte wegen der eigenthümlichen Lage, in welcher Preußen, abweichend von allen anderen deutschen Bundesländern, sich befand, bedenklich erscheinen. Es hatte nämlich mit dem Schlusse des am 2. April in Berlin eröffneten Vereinigten Landtages die bisherige ständische Vertretung ihr Ende erreicht, und am Vorabende einer auf wesentlich veränderter Grundlage beruhenden Volksvertretung war es nicht zulässig, die Wirksamkeit der scheidenden Stände-Kurien mehr als geschehen in Anspruch zu nehmen, obwohl dringende Veranlassung dazu in verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung vorhanden war. Der preußische Staat trat daher in einen Zeitraum, in welchem eine umfassende legislative Gewalt fehlte, und diesen Zeitraum möglichst abzukürzen, demnach die Berufung der konstituirenden Versammlung zu beschleunigen, mußte die Regierung um so mehr als ihre Pflicht erachten, als bei dem gegenwärtigen bewegten Drange der Gemüther ein ungewisser Zustand nicht lange ertragen, eine vom Volke anerkannte und gestützte Verfassung nicht entbehrt werden kann. Wenn hiernach die Regierung nicht übernehmen durfte, die National-Versammlung für Preußen bis zum Schlusse derjenigen für Deutschland hinauszuschieben, wenn sie sich entschließen mußte, der großen Schwierigkeit einer gleichzeitigen Vertretung des Volkes und der Regierung in Frankfurt a. M. und in Berlin zu begegnen, so hofft sie nichtsdestoweniger im Stande zu seyn, die Zwecke beider Versammlungen gleichmäßig zu fördern. Insbesondere wird in der Verfassung, sollte sie früher als die Bundes-Verfassung zur Feststellung gelangen, Vorsorge hinsichtlich der zur Übereinstimmung mit letzterer vielleicht erforderlichen Abänderungen zu treffen seyn. (St. Anzeig.)

(Berlin, den 12. Mai.) Der Prinz von Preussen ist zurückberufen; — diese Worte sind in aller Munde! — Die Aufregung ist eine furchtbare, alle Klassen der Gesellschaft sind davon ergriffen; — Berlin hat in diesem Augenblicke ganz das drohende Aussehen als in den Tagen vor dem 18. März. — Die überwiegende Majorität, selbst der Bürgerwehr ist über diesen Schritt unseres Ministeriums entrüstet, — um so mehr, da dieser Staatsstreich (?) — denn anders kann man diese Maßregel wohl kaum bezeichnen — wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen ist, und man sich von den Ministern überrumpelt glaubt. Unter den Linden und vor dem Brandenburger Thore stehen schon seit heute Morgen ununterbrochen große Volkshaufen, in denen der Erlaß des Ministeriums mit Heftigkeit debattirt wird. Diese Volkshaufen bestehen aber keineswegs zum überwiegenden Theile aus Arbeitern, sondern aus Leuten der wohlhabenden Klassen, die alle fast einmüthig ihre Entrüstung über die Rückkehr des Prinzen von Preussen in den heftigsten Worten ausdrücken. Ein hiesiger Landwehr-Lieutenant B. versuchte es, heute Vormittag einen Volkshaufen für den Prinzen von Preussen zu gewinnen. Er brachte ihm ein Lebehoch aus, und als Niemand darin einstimmte, ließ er sich von seiner Loyalität so weit hinreißen, daß er alle diejenigen für Hundsfötter erklärte, die nicht in seinen Ruf einstimmten. Sofort erhoben sich mehrere Hände, die in unsanfte Berührung mit seinem Gesichte geriethen, er erhielt rechts und links Ohrfeigen, und konnte sich nur durch eine schleunige Flucht weiteren Mißhandlungen entziehen. — Es ist aber nicht so sehr die Maßregel an sich, welche die Gemüther in diesem Grade gegen die Minister erregt hat, sondern bei weitem mehr der Inhalt des Exposés, welches sie zu diesem Zweck dem Könige vorgelegt haben. Indem die Minister darin sagen, daß der Prinz von Preussen „von seiner Mission in England“ zurückberufen werden müsse, bekennen sie, daß sie die Konsequenzen des 18. März, der sie zu Ministern gemacht hat, heute bereits vollständig desavouiren. Dem Volke gegenüber, das es noch nicht vergessen haben kann, wie der Prinz von Preussen sein Vaterland in der Stunde der Gefahr verlassen, und flüchtig geworden ist, reden diese Herren die veraltete, am 18. März begrabene diplomatische Sprache der Heuchelei. — Sie wagen es, 7 Wochen nach der Revolution die Politik der Heuchelei wieder aufzunehmen, unter der Preussen 30 Jahre lang geseufzt, die unser Vaterland an den Abgrund des Verderbens geführt hat. Männer, wie Camphausen, Hansemann und Auerswald, Männer, die nicht in der verderblichen Hofluft, nicht in dem modrigen Aktenstaube der Büreaukratie, sondern in der Frische des bürgerlichen Lebens gereift sind, sprechen heute schon genau dieselbe Sprache, wie sie die Minister des alten Regiments so lange geredet haben. Sie adoptiren durch ihren Erlaß die Lehre von dem beschränkten Unterthanenverstande, wenn sie voraussetzen, daß auch nur ein Mann des preussischen Volkes an die „Mission“ des Prinzen von Preussen glauben würde. Die Verblendung unserer Minister ist unerklärlich. Wir fürchten sehr, daß sie sie mit ihrer Stellung zu bezahlen haben werden; das Vertrauen des Volkes haben sie eingebüßt, und ohne dieses können wahrhaft constitutionelle Minister, wie jene seyn wollen, niemals regieren. An allen Straßenecken fanden sich Plakate, in denen die Nachricht dem Volke bekannt gemacht und zugleich aufgefordert wird, bei der zu Morgen bestimmten Parade der Bürgerwehr nicht zu erscheinen. Die Parade ist auch bereits abbestellt, — aber natürlich nicht deshalb, weil man voraussetzen muß, daß die Mehrzahl der Bürger nicht erscheinen werde, sondern, wie die Behörden sagen, weil eine große Anzahl Einwohner noch mit den Wahlen beschäftigt ist. Um Mittel, die Dinge zu vertuschen, ist man auch nach dem 18. März immer noch nicht verlegen! Herr General Aschoff, wie es scheint, am Wenigsten. — Die gestern erfolgte Verurtheilung Schlöffels zu sechsmonatlichem Festungsarrest war nur bis gestern Abend allgemeiner Gegenstand der Unterhaltung. Dieser erste Preß-Prozeß nach der Revolution ist den ernsteren Ereignissen gegenüber vollständig in den Hintergrund getreten. (Magd. Z.)

(Aachen, den 11. Mai.) Nach gestern aus Trier hier angelangten Privatnachrichten hatten die Häupter der dortigen Anarchisten nichts Anderes im Sinne, als sich von Deutschland loszureißen, und an die französische Republik anzuschließen. In diesem Sinne sollen sie an den Kommandanten von Metz ein Schreiben mit der Bitte gerichtet haben, nur einige Hundert Mann französische Soldaten ihnen zu Hülfe zu senden; ganz Trier und die Umgegend werde sich dann, dessen möge er sich versichert halten, sofort erheben, um das stets verhaßte preussische Joch abzuwerfen. Der Kommandant von Metz soll aber den Brief an den General von Schreckenstein geschickt haben. Da der Oberprokurator von Trier die dortigen Ereignisse selbst „als ein auf den Umsturz der gesetzlichen Ordnung berechnetes Attentat, auf welches nach den rheinischen Gesetzen die Todesstrafe stehe“ bezeichnet, so müssen doch sehr ernste Ursachen den dortigen Vorfällen zum Grunde liegen. (Frkf. J.)

(Posen, den 8. Mai.) Bei längerer Fortdauer des Kampfes darf man einen immer furchtbareren Einfluß der Geistlichkeit befürchten. Schon jetzt fanatisiren sie die Massen auf eine schreckliche Weise. Sie scheuen sich nicht, schreibt man aus Posen, mit Schleppsäbel, Reiterhosen und Reiterstiefeln mit großen Sporen unter dem Chorgewande zu gehen und die unglücklichen Verführten dem Tode entgegen zu führen. So war der jetzt als Kriegsgefangener hier behandelte Priester Hilarius Koszutski mit Genehmigung und Vorwissen des Erzbischofs Przyluski vom hiesigen National-Komité nach Xions gesendet, um dort

die Insurgenten über die Vaterlandsliebe zu belehren; und wie er diese Lehre ertheilt, hat er am besten durch das in Schrimm abgelegte Geständniß dargethan, „daß er die Mannschaften zu Wuth gegen die Deutschen angefeuert.“ Sein Feuereifer verschwindet aber in Nichts gegen den Geistlichen von Cerekwice, welcher, mit Doppelflinte und Jagdtasche bewaffnet, am 5. d. Mts. vom verunglückten Zuge gegen Obornik mit Sensenmännern heimkehrend, die neuerdings zusammengetriebenen Schlachtopfer aufforderte, »die Stadt Samter, falls die preussischen Truppen den beabsichtigten Angriff zurückschlügen, an allen vier Ecken anzuzünden, sonst aber jeden Deutschen und Juden, welcher angetroffen werde, sogleich aufzuschneiden oder todt zu schlagen.«

(Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 12. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 12. Mai.] Präsident Buchez eröffnete sie um 1 Uhr. Gleich der tropischen Hitze steigt die Theilnahme des Publikums mit jedem Tage höher. An der Tagesordnung war die Bildung der Kommissionen, die sich a) mit dem Entwurfe der neuen Staatsverfassung, b) mit Besserung des Schicksals der Arbeiterklasse zu beschäftigen haben. Luneau wünschte noch eine dritte, nämlich behufs sofortiger Prüfung des Steuer- und Abgaben-Wesens und wurde darin von einigen Gliedern unterstützt. Die Versammlung nahm hierüber indessen noch keine Entscheidung, sondern wollte, um ihre Fürsorge für die Arbeiterklasse zu beweisen, zunächst zur Bildung der Arbeiterkommission ad b schreiten. Eine Menge von Vorschlägen und Amendements zu den gestrigen Entschließungen wurde gemacht und besprochen. Callez schlug vor, 18 Glieder durch Stimmzettel und 18 Glieder aus derjenigen Kommission zu wählen, welche die neue Verfassung zu entwerfen haben würde. Etienne Arago erwiderte mit Recht, daß man in diesem Falle zuerst mit Ernennung der politischen Verfassungs-Kommission anfangen müsse, um zu wissen, ob auch wirklich 18 Glieder daraus entnommen werden können? Die Versammlung überzeugte sich von der Richtigkeit dieser Erwiderung und schritt nun zuvörderst zur Berathung über die Zahl der Glieder der Verfassungskommission. Eine fast dreistündige, mitunter tumultarische Diskussion entspann sich über die Zahl. Die Einen verlangten 36, die Andern 15, 9, 12, 25, Einer gar 150 Glieder! Endlich wurde die Versammlung des langweiligen Zankes überdrüssig und beschloß, daß die Zahl der Glieder der Verfassungskommission aus Achtzehn Gliedern bestehen solle. Die Wahl derselben wurde verschoben. Pierre Bonaparte, der eine frappante Aehnlichkeit mit seinem kaiserl. Oheim hat, bestieg die Tribune und trug darauf an, daß der Minister des Auswärtigen sämmtliche Aktenstücke, betreffend die italienische und polnische Frage, der Versammlung heute noch vorlege, um bis zum Montag hiervon noch Einsicht zu nehmen. Bastide, Minister des Auswärtigen, willigte mit Vergnügen in sofortige Vorlage aller Aktenstücke ein, nur müsse er diejenigen zurückhalten, welche auf noch schwebende diplomatische Korrespondenzen Bezug hätten. Die Versammlung schritt beim Postschluß zur Wahl einer neuen Petitionskommission.

Am Rhein wirds bald sehr kriegerisch aussehen. Die neue (interimistische) Regierung durch die Haltung gewisser deutscher Kabinette beunruhigt, hat beschlossen, die 36000 Mann, welche die Rheinarmee bilden, sofort zusammen zu rufen und sie längs des linken Rheinufers einzuquartiren. Wir glauben hinzufügen zu können, daß diese Armee nicht die leiseste feindliche Absicht gegen das deutsche Volk hegt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18. Mai 1848. № 139 Donnerstag: Liborius.

Briefwechsel zwischen dem Oberbefehlshaber der dänischen Flotte im kleinen Belt und dem General v. Wrangel.

Der provisorischen Regierung sind folgende beide Schreiben zugekommen: »An den General, Kommandant en chef der das Gebiet Sr. Majestät des Königs von Dänemark occupirenden feindlichen Truppen. (Das Original ist französisch.) Herr General! Der Unterzeichnete, d. Z. Befehlshaber der Seemacht Sr. Majestät des Königs von Dänemark auf dieser Station, hält es für seine Pflicht, Sie von den nachfolgenden Thatsachen in Kenntniß zu setzen: 1) Gestern, am 8. d., während des Kampfes vor der Citadelle von Fridericia wurden einige verwundete Matrosen von den unter meinen Befehlen stehenden Kanonenböten provisorisch in den Häusern einquartirt, welche auf der Spitze von Striib liegen, und diese Häuser wurden durch eine auf denselben angebrachte weiße Fahne bezeichnet. Die westlich in der Bucht von Fredericia aufgestellte Batterie wählte gerade diese Häuser zur Zielscheibe ihrer Haubitzen, und steckte dieselben in Brand, lange nach Beendigung des Kampfes. 2) Am gestrigen Abend ist die Stadt Middelfart bombardirt worden. In der Besorgniß, daß die Anwesenheit der Dampf-Corvette „Hekla« zu einem Angriff Veranlassung geben könnte, hatte ich den Befehl gegeben, sie von ihrer Stellung vor der Stadt zurückzuziehen, und dieser Befehl ist ausgeführt worden, aber dennoch hat das Bombardement statt gehabt, nicht auf die Corvette, sondern auf eine offene und vertheidigungslose Stadt. Ich bin überzeugt, Herr General, daß die Mittheilung dieser Thatsachen, die bisher in den Kriegsannalen civilisirter Nationen unbekannt sind, hinreichen wird, um ihre Wiederholung zu verhindern. Ich will Ihnen nur bemerken, daß es in meiner Macht gestanden hat, mehrere von feindlichen Truppen besetzte Städte zu bombardiren, und daß ich es nicht gethan habe, zurückgehalten durch die Grundsätze, welche mir diesen Brief eingeben, und daß, wenn gegen meine Erwartung die Antwort, mit welcher Sie mich beehren werden, mir beweisen sollte, daß diese Thatsachen auf Ihren Befehl geschehen sind, die dänische Marine im Stande sein wird, eine grausame Rache an den Seestädten der Ostsee zu nehmen. Ich habe die Ehre rc. Steen Bille, Kammerherr, Schiffscapitän, Befehlshaber der Seemacht Sr. Majestät des Königs von Dänemark im kleinen Belt. Am Bord des Hekla, den 9. Mai 1848.

»An den königl. dänischen Kammerherrn und Schiffskapitän, Oberbefehlshaber der Flotte im kleinen Belt, Herrn Steen Bille, am Bord des »Hekla.« Ew. Hochwohlgeboren Schreiben vom gestrigen Tage habe ich so eben erhalten und beehre mich darauf zu erwiedern. 1) Der Kampf am 8. vor Fredericia ist an diesem Tage wie derjenige an dem vorhergehenden nicht von den Truppen unter meinem Befehl, sondern von der königl. dänischen Marine selbstwillig, d. h. ohne irgend eine äußere Veranlassung begonnen worden. 2) Die königl. dänische Marine hat sich zu ihrem Zielpunkt nicht meine Truppen allein, sondern die Stadt Fredericia ausgewählt und dort durch ihr Wurffeuer mehrere Häuser angezündet, selbst das königl. Schloß theilweise zerstört und eine bedeutende Anzahl der schuldlosen ihrem Könige treuen Bewohner, darunter Weiber und Kinder getödtet und verwundet. 3) Fredericia steht jetzt unter Deutschlands Schutz. Als Beweis, daß ich nicht ungerächt Akte der Grausamkeit an Schützlingen Deutschlands begehen lasse, hat am Abende des 8. meine Artillerie Gleiches mit Gleichem vergolten und das stark von den dänischen Truppen besetzte Middelfart in Brand geschossen. Aus demselben Grunde ist das Fredericia direkt gegenüber liegende Dorf Striib beschossen worden, vor welchem überdies Batterien gegen die von mir besetzte Stadt und Citadelle aufgeworfen waren. 5) Daß eine weiße Fahne auf den gegen das Ufer vorspringenden Häusern dieses Dorfes geweht habe, ist nicht bemerkt worden; wäre dies geschehen und wäre meinen Truppen bekannt gewesen, daß dieselbe den Schutz von Verwundeten beansprechen solle, so würde das Feuer gewiß nur gegen die feindliche Batterie gerichtet worden sein. 6) Wenn Ew. Hochwohlgeboren aussprechen, daß die dänische Marine für das Bombardement von Middelfart an Häfen der Ostsee Rache nehmen werde, so lassen Sie es sich gesagt sein, daß für jedes Haus, welches die dänische Marine an deutschen Küsten in Brand schießen sollte, ein Dorf in Jütland brennen wird! Mein Name bürgt Ihnen dafür, daß es geschehen würde. 7) Ich nehme das Land, welches bis jetzt Kriegsschauplatz war, ich nehme die verwundeten und gefangenen Dänen zu Zeugen, daß ich mich bisher bemüht habe, den Krieg auf eine Weise zu führen, welche civilisirter Nationen würdig ist und dieselben ehrt. Will mich aber die dänische Marine durch ihr Verfahren zwingen, andere Maßregeln zu ergreifen, so soll wenigstens Deutschland und ganz Europa wissen, daß nicht von mir, nicht von meinen braven Truppen zuerst solche in unserer jetzigen Zeit nicht zu rechtfertigende Art Krieg zu führen ausgegangen ist. Dies Schreiben, sowie das von Ew. Hochwohlgeboren an mich gerichtete, auf welches es die Antwort ist, werde ich der Oeffenlichkeit übergeben und in der Hoffnung, daß die dänische Marine mich nicht nöthigen werde, mein hier gegebenes Versprechen zu erfüllen, verharre ich mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Hochwohlgeboren ergebenster (Gez.) Wrangel. Kolding, den 10. Mai 1848.«

Deutschland.

Bayern. †* (München 15. Mai.) [Dreiunddreißigste öffentl. Sitz. d. Kammer d. Abg. Nachmittags halb 1 Uhr.] Am Ministertische Freihr. v. Thon-Dittmar, von Lerchenfeld. Nach Verlesung des Einlaufs wird der Urlaub des Abg. Ferd. Hoffmann auf 8 Tage verlängert und hierauf die spezielle Diskussion über den Ges. Entw. „die Wahl der Abg. zur Ständeversammlung“ betr. begonnen. — An der Ueberschrift beantragte der Ausschuß consequent mit dem Inhalte des Ges. Entw. die Aenderung im Gesetz: die Wahl zur Kammer der Landtags-Abgeordneten betr. — Bar. v. Rotenhan legt Verwahrung ein, als habe er diesen Morgen dem Ministerium Tendenzen vorwerfen wollen. Der Herr Referent habe ihn mit dem schon oft angewandten Takt eines parlamentarischen Redners, als Vertreter des Adels, der Aristokratie hingestellt, als wolle er nur die Vorrechte dieser, dagegen die Unfreiheit, ja die Knechtung anderer Stände. Redner motivirt seine Ansichten und bemerkt, daß er keine andern Hoffnungen für den Adel hege, als daß derselbe eben in die Kategorie der Grundbesitzer ohne Gerichtsbarkeit eintrete. Sobald aber der 4te Stand an dieser Thüre anklopfe, so sage er, so öffne man die Thüren, und lasse ihn herein. — Er wünsche ja eben, daß alle Bestandtheile des Staates vertreten werden, aber nicht nach der Kopfzahl, sondern nach dem Maßstab der Gleichheit, der Intelligenz und der Stände, nicht des Zufalls. Diese Ansicht stimme mit den Aeußerungen des 2ten Präsid. und des Gf. Hegnenberg überein, nur mit dem Unterschied, daß ein Wahlgesetz nach seiner Ansicht, kein transitorisches sein könne. Er wünsche, daß vorerst nur provisorische Bestimmungen für die Wahlen getroffen und später erst ein Wahlgesetz geschaffen werden möge.

Dek. Bauer erklärt unter schmeichelnden Versicherungen für den vorhergehenden Redner, daß dessen Aeusserung, dieses Gesetz sey ein Grab der Freiheit, ein Umsturz der Monarchie, eine Beleidigung für das Volk enthalte, aus welchem er hervorgegangen und dem Adel gegenüber vertreten müsse. — Pf. Ramoser fragt, ob denn derjenige, welcher keine Standesinteressen vertritt, von dem es heiße fructus consumere nati zum Volke, wie er das Volk verstehe, gehöre? Er glaube, es könne keine Volksvertretung ohne Vertretung seiner Stände geben. Trotz der Eide können Agitationen nicht verhindert werden, sollen nur die heiligsten Interessen der verschiedenen Stände dem Zufall überlassen werden? Der I. Sekr. Wir haben in Deutschland Kammern, wo die Stände nicht vertreten sind. Doch finden sich die Länder wohl dabei. — In Baden z. B. vertritt jeder Abg. die Interessen seines Bezirks nach bestem Wissen und Gewissen. Wenn die Vertretung nach Ständen wegfalle, so könne man auch nicht mehr die Ueberschrift „Ständeversammlung“ sondern »Kammer der Landtagsabgeordneten« gebrauchen. — Der Minister des Innern bemerkt, daß in Baden ebenfalls die Bezeichnung dafür „Ständeversammlung« sey. — Art. I. Der Ausschuß beantragte statt „Abgeordnete zur Ständeversammlung“ zu setzen »die Wahlen der Landtagsabgeordneten.« — Dr. Schwindel stellt die Frage auf, ob die Zahl von 128 Abgeordneten für unsere Bevölkerung genüge, wie das Verhältniß von einem Abgeordn. auf 35000 Seelen hervorbringe, er könne sich nicht auf eine Minderung der Abgeordneten verstehen, Sattler wünscht, daß die Zahl von 146 Abg. bestehe. — v. Habermann wünscht dasselbe. — Dr. v. Scheuerl ist der Ansicht, daß 1 Abg. auf 30,000 Seelen als Maaßstab angenommen werde. — Ref. Dek. Bauer findet die Rechnung des Dr. Schwindl richtig, wornach wir 128 Abg. erhielten.

Dr. Schwindl übergibt eine Modifikation: 1 Abgeordneter auf 30,000 Seelen, welche Antragsteller begründet. — Der II. Präsident erinnert, daß wir künftig auch Abgeordnete für's Parlament zu erwählen haben. — Der Staatsminister des Innern vertheidigt die ursprüngliche Fassung und schließt sich der Aeusserung des II. Präsidenten an. Man möge sich von der Verfassungs-Bestimmung nicht zu weit entfernen, und er wünsche, daß man den Maßstab, 1 Abgeordneter auf 31,500 Seelen, annehme. — Dr. Schwindl hat mittlerweile seine Modifikation in dieser Weise geändert. — Artikel I wird mit dieser Modifikation des Dr. Schwindl angenommen. — Art. II, welcher vom Ausschuß folgende Fassung erhielt. Die hiernach sich ergebende Zahl von Abgeordneten wird nach obigem Verhältnisse durch die Regierung auf die einzelnen Kreise vertheilt, wird angenommen. Zu Artikel III, vom Ausschuß so modifizirt: Die Wahl findet in zwei gesönderten Handlungen statt: a) mittelst Wahl der Wahlmänner (Urwahl); b. mittelst Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner, übergibt der I. Sekretär folgende Modifikation: „Die Wahl geschieht direkt durch die Urwähler in einer einzigen Handlung.“ Der Antragsteller vertheidigt mit Wärme die Vortheile direkter Wahlen. — Das divide et impera wird sich bei der Wahl durch Wahlmänner weit eher geltend machen lassen. — In Hessen und Würtemberg seyen ihm keine nachtheiligen Folgen von direkten Wahlen bekannt. Man habe auf Baden hingewiesen; es sey ihm leid, daß man die Verblendung einer kleinen Zahl dem badischen Volke zurechne. Durch die direkten Wahlen habe die politische Bildung des dortigen Gesammtvolkes bedeutend zugenommen. Die badische Kammer war stets die vorzüglichste, aus ihr sey die Idee des deutschen Parlaments hervorgegangen. Metternich, als er von dem Hambacher Feste seiner Zeit hörte, äusserte: „Dieses Fest gut benützt, wird uns gute Früchte bringen.“ So sey es mit den Ereignissen in Baden, welche der Reaktion treffliche Aussichten liefern. Redner erklärt sich kräftig für direkte Wahlen. —

Prof v. Scheurl führt Gründe für indirecte Wahlen an. — Abg. Schlund stimmt für indirecte Wahlen, obwohl er directe Wahlen wohl zu schätzen wisse; denn bei aus 4 bis 6 Landgerichten bestehenden Wahlbezirken könne der Arme nicht theilnehmen, indem bei der ohnehin noch fehlenden politischen Bildung und Begeisterung

das Landvolk nicht 10 — 12 Stunden weit zum Wahlbezirk sich begebe. — Abg. Christmann vertritt die ihm heute früh übergebene Addresse, auf welche er später zurückkommen werde; er bedaure, daß diese Addresse ebenso wenig, wie eine von mehr als 1000 Unterschriften bedeckte, aufs Parlament bezügliche verlesen wurde. Er halte die politische Bildung des Volkes nicht für so gering, daß der wahre Volksausdruck nicht zum Vorschein käme. Er sei schon deßwegen für directe Wahlen, weil solche Wahlversammlungen voraussetzen, durch welche für die Bildung des Volkes ein großer Nutzen hervorgehe. Die directen Wahlen in Würtemberg (bei den Parlamentswahlen) haben zu bessern Resultaten geführt. Alle Blätter seien voll von den Umtrieben, die bei unsern neulichen indirecten Wahlen stattfanden. — Schlund widerspricht diesem Redner in Bezug auf die Wahlen in Würtemberg. Derselbe übergibt zugleich eine Modification einzuschalten die Wahl findet „zur Zeit," welche er motivirt, da er hoffe, daß die Zukunft eine sichere politische Bildung liefern werde, als jetzt, wo manche Theologen und andere sogenannte Gebildete von unserer Verfassung noch gar keinen Begriff haben. — Abg. Schnetzer glaubt, daß der sonst freisinnige Referent in Bezug auf seine Annahme indirecter Wahlen sich in einem Irrthum befinde. Die englische Verfassung sei alt; als sie gegeben wurde; habe das englische Volk sich wohl auch noch nicht auf jener Stufe politischer Bildung befunden, wie jetzt. er habe nie gehört, daß die directen Wahlen dort Nachtheile hervorriesen. In Frankreich, wo das Landvolk auf niedrer Bildungsstufe stehe, sind die jüngsten directen Wahlen conservativ ausgefallen. — Bei dem Einfluß der Geistlichkeit kann jetzt auf dieses „unmündige" Volk gar wohl gewirkt werden. — Redner weiß diese Umtriebe drastisch darzustellen, indem er schildert, wie es auf dem Lande zugehe. — Er geht gleichfalls zu den Vortheilen directer Wahlen über, welche die Regierung selbst als die Volksbildung befördernd, beantragen sollte. — In Bezug auf eine vom Minister des Innern heute früh gemachte Aeußerung, durch welche er zwar sich nicht persönlich betroffen fühle, verweist er auf sein ganzes Leben und seine politische Gesinnung, welche Freiheit, aber Gesetzmäßigkeit erziele. Er hasse den Despotismus, verabscheue Anarchie, huldige aber der gesetzlichen Freiheit und weise jede andere Deutung seiner Ansicht entschieden zurück. —

Der Staatsminister der Justiz, die Männer, welche sich bisher als Träger der Freiheit gerirten, wollen gerade die Freiheit der Männer beschränken. Ein späteres Amendement werde zeigen, wie man ein Concentrirung auf einen einzigen Wahlact verlange. Hierin liege die größte Beschränkung. — Die gegen indirecte Wahlen gemachten Einwendungen seien bisher ganz unerheblich gewesen. Aber auf der einen Seite fabelte man von dem Einfluß der Geistlichkeit bei directen Wahlen, während man auf der andern es für mündig halte; wo liegt da die Consequenz? Redner eifert gegen die Natur der Volksversammlungen, wo einige Schlagworte den Effect machen, von der Bildung aber, die daraus hervorgehe, sich wenig Spuren bis jetzt zeigen. — Sekr. Stockinger verwahrt sich gegen den Vorwurf der Inconsequenz und hebt die Vortheile der Volksversammlungen hervor. Wie das Volk physisch gehen könne, so gehe es auch geistig und man brauche ihm keinen Fallhut umzuthun. — Abg. Christmann widerlegt Aeusserungen, die vom „Reichsrath Justizminister" kundgethan wurden und bemerkt namentlich, daß wenn er auch in heftiger Art spreche, seine Worte selbst aber doch nicht einen so heftigen Character tragen, wie neulich die Worte des Justizministers: Wer für den Ges.-Entw. nicht stimme, wolle die Industrie nicht unterstützen, wolle die Armuth darben lassen rc. Der Justizminister vertheidiget seine damalige Aeußerung, die nur der Sache, nicht Personen galt. (Zuruf.) Sattler entwickelt seine Gründe für indirecte Wahlen. — Abg. Schwager spricht sich für directe Wahlen aus und bedauert zugleich, daß eine von ihm überreichte Adresse nicht zur Vorlesung kam. —

Der Sekr. d. Petionsausschußes Graf Hegnenberg bemerkt, daß von den 1200 eingelaufenen Adressen erst 500 erledigt und 700 noch nicht. (Heiterkeit.) Abg. Schnitzer erlangt mit Mühe das Wort, indem Kammer: Schluß! ruft. — Der Referent bemerkt: gegen direkte Wahlen liege ein Beschluß der Kammer vor, er halte sie in der Praxis nicht empfehlenswerth. Hr. Finanzminister spricht sich für indirekte Wahlen aus, indem für die ärmeren Classen nur auf diese Weise die Theilnahme an den Wahlen gesichert sei? Redner erklärt sich zuletzt noch gegen die Modif. des Abg. Schlund. — Die Modif. des ersten Sekr. (direkte Wahler) und die des Abg. Schlund werden mit großer Stimmenmehrheit verworfen und der Art. III. in der ursprünglichen Fassung angenommen. Art. IV. wurde vom Ausschluß in folgender Weise modifizirt: Zu jeder gültigen Wahl ist die persönliche Anwesenheit des Wählenden erforderlich. Stellvertretung findet nicht statt. Nur derjenige wird zur Wahl zugelassen, welcher erweislich den Verfassungseid angeleistet hat. — Die Wahlmänner haben rc. — Der erste Sekr. übergiebt eine Modif., wo bei dem Eid die Worte »und des heiligen Evangeliums« wegbleiben sollen. Redner motivirt es. — Abg. Unterberger unstützt ihn. Dr. Ruland bemerkt in Betreff der Christen, daß es nicht wegbleiben dürfe. Auf ähnliche Weise äußert sich Dek. Vogel. — Der erste Sekr. ändert seine Modif. dahin, daß der Eid von Nichtangehörigen der christl. Glaubensbekenntnisse mit Weglassung der Worte »des heil. Evangeliums« geleistet werden könne. Der Ref. vertheidigt die vom Auschuß beantragte Fassung. Die Mod. des ersten Sekr. wird einstimmig und mit ihr die Ausschußmodifikation des Artikels angenommen.

Art. 5. wurde vom Ausschuß in folgender Weise modificirt: Aktiv wahlfähig ist jeder Staatsbürger (§. 3. Tit. IV. der Verf.-Urk.) und jeder volljährige, selbstständige Staats-Angehörige, insoferne er nicht wegen Verbrechen, oder des Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist. Wer nicht von eigenem Einkommen oder Erwerbe lebt, oder wer als gebrödeter Diener in Kost, in Wohnung eines Dienstherrn steht, kann nicht als selbstständig angesehen werden. Der I. Sekr. beantragt am Eingang zu setzen: Aktiv »und passiv« wahlfähig. — Der Redner motivirt seinen Antrag. — Dek. Bauer will dasselbe erst im Art. 6. Darauf behält sich der I. Sekr. es für den nachfolgenden Art. bevor, im Falle die Kammer jetzt diese Modif. verwürfe. — Dek. Götz vertheidigt die Worte im Reg.-Entw.: »welche dem Staate eine direkte Steuer entrichtet.« — Abg. Schlund spricht gegen Census. Nachdem mehrere Abg. in Betreff des Alters zur Wahlberechtigung gesprochen, ergriff der Referent wieder das Wort, indem er den Wunsch ausdrückte, daß er auch das Recht der Jahre gewahrt wissen wolle; denn er würde für manches früher seine Stimme gegeben, was er jetzt bereuen würde; erklärt sich gegen die eingebrachte Modifikation, werde aber zu Art. 6 eine andere einbringen.

Der Minister des Innern, so wie der Finanzminister verwahren sich, daß man in dem Regierungs-Entwurf einen Census sehen wolle, da in dem Begriffe »direkte Steuer", durchaus kein Census liege, da die Familien, so wie die Einkommensteuer so niedrig gestellt seyen, daß, wer nicht ausgeschlossen von der Wahl sein will, diese Steuer von 40 oder 30 kr. leicht zahlen könne. — Die Modifikation des I. Sekretärs und Ausschusses verworfen, und Artikel 5 in seiner ursprünglichen Fassung angenommen. — Den Artikel 6 modifizirt der Referent in folgender Weise: Als Wahlmann kann jeder bayerische Staatsangehörige gewählt werden, so ferne er das 25. Lebensjahr zurückgelegt, und die übrigen Eigenschaften des Art. 5 für sich hat. Referent Dekan Bauer will die Konsequenz des Prinzips, es soll keine Exclusivität eingeführt sein. Wer im Artikel 5 zur Wahl berufen ist, soll sich nicht zurückgedrängt sehen; deßhalb will er, daß jeder Staatsangehörige wählbar sey. —

Der II. Präsident bedauert, daß Art. 5 nicht in der Ausschußfassung angenommen wurde. — Der Minister des Innern: Das Recht der Volksvertretung sei das höchste, ein bestimmter Herd, eine bestimmt Einheit, ein bestimmter Herd müsse doch dem zur Seite stehen, der dessen theilhaftig werden soll. — Die Modificat. des Dec. Bauer wird verworfen und in seiner ursprünglichen Fassung Art. VI. angenommen.

Baden. (Karlsruhe, 13. Mai.) Heute ist das Gesetz gegen die Beamten, welche ihre Pflicht nicht erfüllt, oder ihre Posten verlassen haben, in der zweiten Kammer berathen worden. Durch dieses Gesetz soll Gerechtigkeit geübt werden gegen die Beamten, welche vor der großen Bewegung den Kampf der Camarilla gegen das Volk gekämpft, und sich damit Orden, Zulagen und Beförderung erkämpft haben. Gegen dieses Gesetz sprachen auf den Grund formeller Gerechtigkeit Christ, Prestinari, Schmidt, Brentano, v. Itzstein, Schaaff, Mez, Zentner, Rettig; für das Gesetz erhoben sich Soiron, Weller, Buhl, Blankenhorn, Helbing. Stößer war nur gegen die Rückwirkung. Besonders schön für das Gesetz sprach der Berichterstatter Lamey. Sie sehen aus den Namen der Gegner, daß sich Leute von sehr gemischter Farbe darunter befinden. Itzstein und Brentano, die Männer des Volks, sind also mit Zentner, Schaaff und Rettig gerechter gegen die Beamten, als gegen das Volk. Wir wissen nicht, ob wir diese Erscheinung einem angestammten Oppositionsgeist zuschreiben, oder wie wir uns dieselbe sonst erklären sollen. Wir hoffen diese Erklärung von der Zukunft. Der Antrag, das Gesetz ohne Berathung zu verwerfen, wurde von der Kammer nicht angenommen. (M. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. Mai.) Um des Himmels willen, Deutsche, keine Komödie in so ernster Zeit! Keine Illumination, keine Zweckessen, keine Freudenfeuer, so lange das theure Vaterland sich noch in Noth und Gefahr befindet! Die HH. Mittermaier und Welcker fordern in Nr. 135 des »Frankfurter Journals« das deutsche Volk auf, am Abend des 18. d. M. zur Feier der Eröffnung des Parlaments, auf allen Bergen Freudenfeuer anzuzünden, und sie stützen sich dabei auf den Vorgang, daß man einst ein Gleiches nach gewonnener Schlacht bei Leipzig ebenfalls gethan habe — wo es, wie sich in der Folge herausstellte, leider auch noch zu früh war. Wie aber will man gar den Jubel vor beginnendem Kampfe rechtfertigen, dessen Erfolg noch keineswegs gesichert ist? — Ja, an dem Tage, wo die Reichsversammlung ihr großes Werk wird vollendet, wo Bürger, Beamte und Krieger die neue Reichsverfassung werden beschworen haben, da erschalle der Jubel von Gau zu Gau und die jauchzende Flamme möge dem deutschen Volk von Berg zu Berg seinen Sieg verkünden!

Hoch steige die flammende Säule empor
Und schlage am Himmelszelt wieder —
Gern schau't ja der ewigen Sterne Chor
Auf freie Gefilde hernieder! —
Wenn ohne Erröthen zum Himmel kann
Den Blick erheben der deutsche Mann!

L. H. Löwenstein.

Hessen. (Darmstadt, den 14. Mai.) Das vielbesprochene Promemoria des diesseitigen Bundestagsgesandten hat hier allgemein den peinlichsten Eindruck gemacht und man verhehlt sich nicht, daß Herr v. Lepel dadurch seine kaum eingenommene Stellung untergraben und sich in der öffentlichen Meinung sehr geschadet habe. Die großh. Regierung selber würde durch jenes Aktenstück in ein sehr ungünstiges Licht gestellt worden seyn, wenn nicht der Minister v. Gagern in seinem an den Präsidenten des Fünfziger-Ausschusses erlassenen Schreiben erklärt hätte, daß das Promemoria ohne Kenntnißnahme und Instruction der großherz. Regierung eingereicht sey, und daß es vor ihr mißbilliget werde. Schwerlich kann ein Gesandter von seiner Regierung in bestimmteren Ausdrücken desavouirt werden, und Herrn v. Lepel ist dadurch eben keine angenehme Alternative gestellt worden. Die demnächst zusammentretende constituirende National-Versammlung mag darinnen einen Fingerzeig erblicken, was sie von einer gewissen Seite her zu hoffen und zu erwarten hat, und was sie überhaupt thun müsse, um Deutschland gegen die Absichten der jetzt noch im Finsteren schleichenden reactionären Partei groß, frei, stark und glücklich zu machen. Noch wehet die heiße Luft der Revolution über Deutschlands Berge und Thäler; noch steht das Volk von Wien, Berlin und anderen Städten thatkräftig da, die dem engeren und Gesammt-Vaterland zugesicherten Rechte mit Zuversicht erwartend. Unter dem begünstigenden Einflusse dieser glücklichen Zeitstimmung berathe und handle die Nationalversammlung, aber klug und rasch, daß das deutsche Volk nicht Gefahr laufe, um den Preis seiner glorreichen Revolution durch die Diplomaten aus der alten Schule und ihre neuen Gehülfen, im herzlichen Einverständniß mit den Ultramontanen und den verkappten Jesuiten, schmählich betrogen zu werden. Die deutsche Nation besitzt jetzt schon vier große Bürgschaften für die Gegenwart und die Zukunft: die Preßfreiheit, das Petitionsrecht, das Versammlungsrecht und die Volksbewaffnung. Diese großen politischen Rechte unterstützen und ergänzen sich wechselseitig, und ein Volk, das von ihnen den richtigen Gebrauch zu machen weiß, kann unmöglich seiner Freiheit beraubt und in das alte Sklavenjoch wieder zurückgeführt werden. Die Volksbewaffnung insbesondere muß so organisirt sein, daß sie ihrem Zwecke entspricht, nur die starken, Arme bewehrt und nicht ohne Noth belästiget. Sie ist nöthig im Interesse der öffentlichen Freiheiten und der Staatsfinanzen, welche,

so lange unser bisheriges kostspieliges Heerwesen fortdauert (Preußen allein braucht in Friedenszeit für seine Armee jährlich mehr als 25 Millionen Thaler!), nimmermehr eine wirksame Verbesserung, den Steuerpflichtigen gegenüber, erlangen können. Das Volk, wenn es die Aufgabe der Zeit recht begreift, wenn es sich von der großen Wahrheit überzeugt hat, daß es nur von der Landesbewaffnung und der damit zusammenhängenden Verminderung der stehenden Heere die bedeutendsten Abgabenerleichterungen erwarten darf, muß daher auch folgerichtig bereitwillig in ein System eingehen, von welchem seine Sicherheit und sein Heil für jetzt und künftig hauptsächlich abzuhängen scheint — Wie auch die künftige Verfassung von Deutschland sich gestalten möge, so lasse man doch den projektirten Bundeskaiser mit einer Civilliste auf des Reiches Kosten, nebst einem verantwortlichen Reichsministerium, gänzlich fallen, da dadurch unmöglich etwas Gutes auf die Dauer bewirkt werden kann. Man scheint dadurch alte historische Erinnerungen ehren und gewisse mittelalterliche Schwärmereien mit den Interessen der Gegenwart verschmelzen zu wollen, ohne zu bedenken, daß wir jetzt etwas ganz Anderes zu thun haben, als vor einem mit zweifelhaften Machtattributen bekleideten Kaiser auf dem Throne unseren submissesten Knix zu machen und von ihm, wie von einer zweiten Versehung, Deutschlands Zukunft und Glück zu erwarten. — Bei dem nahen Zusammentritte der constituirenden Versammlung beseelt uns noch ein Gedanke, nämlich der, daß die politischen Clubbs in den Städten und auf dem Lande die Wichtigkeit der Zeit vollkommen begreifen und ihrerseits alles Mögliche thun werden, was den Absichten und Bestrebungen der Nationalversammlung nur immerhin förderlich seyn kann. Denn der alte Feind hält sich noch nicht für ganz geschlagen; er lauert vielmehr mit Ungeduld auf die Gelegenheit, wo er die Gewalt und deren Mißbrauch durch sanfte oder starke Mittel wieder an sich reißen kann. — Der feierliche Akt der hiesigen Deputirtenwahl wird nächstkommenden Dienstag in der Stadtkirche vollzogen werden. (Frkft. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 14. Mai.) So eben ziehen die Bürger scharenweise in den Schützenhof, um eine energische Protestation gegen das sogenannte Separatprotocoll des Bundestags an den Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt zu unterzeichnen. Will der Bundestag auf eine solche Weise die deutsche Nation hintergehen und das alte System heraufbeschwören? Dann ist er gewaltig im Irrthum begriffen! Das Volk steht auf der Wacht, sowohl gegen anarchische Uebergriffe, als auch gegen jesuitische Reactions-Bestrebungen, und wehe Denen, die die Schuld trifft, sollten unsere Fluren durch irgend einen Frevel mit dem Herzblute der deutschen Nation gefärbt werden! (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 14. Mai.) Folgende Note ist von der dänischen Regierung den auswärtigen Gesandten zu Kopenhagen mitgetheilt worden: Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß die Regierung des Königs sowohl aus strategischen und rein militärischen Gründen, als auch um so wenig, als es die Umstände ihr erlauben, den Handel und die Schifffahrt der befreundeten und neutralen Mächte zu belästigen, den Beschluß gefaßt hat, 1) daß für jetzt weder die Mündung der Elbe oder der Weser, noch auch irgend ein anderer Hafen an der Nordsee durch dänische Kriegsschiffe werde blokirt werden; 2) daß die Blokade der folgenden Häfen: Pillau, Danzig, Stralsund, Rostock und Wismar, vom 16. Mai an aufgehoben werden soll, daß also nur Kiel mit der Mündung des schleswigischen Kanals bei Holtenau und Swinemünde blokirt bleiben werden, daß aber die Blokade von demselben Tage an sich ausdehnen wird auf die drei Mündungen der Oder, d. h. von Wolgast, Swinemünde und Cammin. Um Mißverständnissen vorzubeugen, welche zum Bedauern der dänischen Regierung von Seiten der Befehlshaber der Kriegsschiffe vorgekommen sind, welche, der Blokade eine zu große Ausdehnung gebend, neutrale Schiffe, die nach nicht blokirten Plätzen bestimmt waren, zurückgewiesen haben, wird ein Dampfschiff diesen Abend expedirt werden, um ihnen in dieser Beziehung bestimmte Ordre zu überbringen. Ich bitte Sie, diese Anordnung gefälligst zur Kenntniß Ihrer Regierung zu bringen und zu genehmigen ꝛc. Kopenhagen, den 8. Mai 1848. (gez.) Knuth. (St. Anzg.)

(Berlin, den 12. Mai.) Ein Bericht des Generals v. Pfuel vom 11. dieses meldet, daß General v. Wedell bei Plutkowczarne, wo die Kapitulation in Ausführung kommen sollte, nur 35 Insurgenten ohne Waffen gefunden; alle übrigen hatten sich zerstreut, ihre Pferde verkauft, und zogen in einzelnen Trupps, Unfug und Plünderung verübend, herum. General v. Wedell schickte allenthalben Detaschements aus, um Gefangene zu machen, und morgen sollen alle Wälder längs der ganzen Warthe durchsucht werden. Ein nach Rogatin entsendetes Detaschement, welches die etwa wieder sich sammelnden Insurgenten und die Flüchtigen von Schroda überfallen sollte, fand nur einen kleinen Haufen Sensenmänner, welche mit Zurücklassung von vier Böllern, 2 Munitionswagen und einigen Gewehren beim ersten Schuß entflohen. In dem Schloßkeller fand man 100 Säcke Salz von einem geraubten Salztransport. Die Entwaffnung wird nun systematisch vorgehen. Der Bericht schließt: So eben wird Mieroslawski gefänglich eingebracht, er hatte sich mit noch 3 Andern bei einem Edelmanne 2½ Meile von hier verborgen; ich werde ihn sobald als thunlich nach Küstrin schicken. Er hatte sich der Kapitulation unterwerfen wollen, es aber nicht gewagt, ins Lager zurückzukehren, wie ich schon vorgestern durch Herrn v. Taczanowski wußte. — Die heutige große Feierlichkeit der Bewohner Posens zur Verherrlichung ihrer Aufnahme in den deutschen Bund ist ohne alle Störung vorübergegangen." (Berl. Z.)

(Köln, den 14. Mai.) Die beiden Actenstücke, welche die Vorläufer zu der Rückkehr des Prinzen von Preußen sind, haben auch hier, selbst noch ehe sie durch die „Kölnische Zeitung bekannt wurden, die lebhafteste Sensation erregt. Noch heute wird eine Volks-Versammlung zur Berathung einer Adresse Statt finden, um dem Könige die Stimmung der Bevölkerung über den Prinzen von Preußen kund zu thun und auf die allgemeine Aufregung hinzuweisen, welche seine Rückkehr in einer so schwierigen Lage wie der gegenwärtigen ohne Zweifel erregen würde. (Köln. Z.)

(Breslau, den 13. Mai.) Die Nachricht von der bevorstehenden Rückkunft des Prinzen von Preußen hat hier große Unruhe unter der Einwohnerschaft erregt. Morgen findet deshalb eine große Volksversammlung hier statt. Ueberhaupt ist das Mistrauen der Breslauer gegen die Regierung bedeutend im Zunehmen, wozu zunächst schon das Heranziehen fremder Truppen Veranlassung ist. Schon seit mehren Wochen ist das 22. Infanterieregiment hierher versetzt worden: morgen, spätestens übermorgen wird hier Militär aus Pommern und polnische Landwehr erwartet, welche die bisher hier in Garnison gewesenen Regimenter (das 10. und 11.) ablösen sollen. Dieser Garnisonswechsel erregt hier eine um so größere Mißstimmung, als die beiden letztern Regimenter hier in Breslau beliebt waren, was die Pommern schwerlich werden. Das 10. Regiment soll über Dresden und Leipzig nach Baiern gehen. (D. A. Z.)

Frankreich.

†(Paris, 13. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 13. Mai.] Präsident Buchez eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Während Verlesung des Protokolls durch den 1. Sekretär hört man, daß eine Kolonne von etwa 5000 Arbeitern vom Bastillenplatz abmarschirt und im Begriff sei, der Nat.-Versammlung eine Petition zu Gunsten Polens zu überreichen. Auf dem Magdalenenplatze angekommen, haben sich 200 Mann abgezweigt, und marschirten dem Sitzungsgebäude zu. Beim Eingang dieser Nachricht rückten vier Kompagnien der Nationalgarde bis vor die Seinebrücke ihnen entgegen, um ihnen den Uebergang zu sperren. Die Kommissarien, welche die Petition trugen, erklärten dem Kommandanten den Zweck ihrer Annäherung, worauf sie durchgelassen wurden. Während dies ausserhalb vorging, war die Protokollverlesung beendet und Ollivier (Demosthen) überreichte eine von 200 Bürgern unterzeichnete Petition, welche bewaffnete oder unbewaffnete Intervention in Italien und Polen verlangt. Nach ihm bestieg Barin, der bekannte Polenfreund, die Tribune. Unter allgemeinem Stillschweigen deponirte er eine von bedeutend größerer Zahl unterschriebene Petition, welche eine feierliche Erklärung der Nationalversammlung zu Gunsten Polens verlangt. Er erläuterte die Wichtigkeit des Augenblicks durch einige feurige Worte, und die Versammlung schritt zur Tagesordnung. Ausserhalb des Saales, auf dem Revolutionsplatze, vor den Gittern des Haupteinganges und in den elysäischen Feldern stationirten noch lebhafte Gruppen, doch hatte die gefürchtete Polen-Demonstration keine andere Folge. Dagegen heißt es so eben im Saale, daß man sich an der Barrière der Villette schlage. Die Trommel ruft in der That in diesem Augenblick 2¾ Uhr die Nationalgarde auf ihre Appellplätze. Die Arbeiter der Nordbahn seien bewaffnet in die Stadt gerückt und hätten die Posten an der Barrière überrumpelt. Unter diesen und ähnlichen Hiobsposten diskutirte die Versammlung die Vorschriften, die bei Bildung der Wahlkollegien, Ausschüsse und Propositions-Kommissionen ꝛc. zu beobachten. Die Diskussion bot durchaus kein allgemeines Interesse, wenn wir eine Rede Portali's abrechnen, worin er die Nothwendigkeit gleichartiger Elemente bei Bildung der Ausschüsse darstellte und sich nicht blos auf das Loos zu verlassen, das einen Mönch z. B. wie wir sie im Saale haben, z. B. in den Kriegs-, Handels- oder Justiz-Ausschuß bestimmen könnte. Lacordaire, der seinen weißen Mönchsrock angegriffen fühlte, protestirte gegen den Ausfall in heftiger jedoch ziemlich dürftiger Weise. Coquerell, evangel. Prediger, nahm das Wort. 4½ Uhr.

†(Paris, 13. Mai.) Für heute Mittag haben sich ungefähr 30,000 Mann, meistentheils aus den Klubs, auf dem Revolutionsplatze Rendezvous gegeben, um von dort der gegenüber sitzenden National-Versammlung eine Petition zu Gunsten Polens zu überreichen. Diese Demonstration wird von Vielen nur als der Vorläufer neuer bedenklicher Volksbewegungen betrachtet.

Wir glauben versichern zu können, daß der Krieg zwischen Frankreich und Oestreich heute gewiß ist.

Die Nationalversammlung hat einen großen Berg überstiegen; sie hat sich mit ziemlicher Schnelligkeit durch die üblichen Förmlichkeiten, Reglements, Ausschußernennungen ꝛc. durchgearbeitet. Vom Montag an werden ihre Sitzungen wahrscheinlich europäisches Interesse bieten. Auch dürfte sie die Kommission ernennen, welche die neue Verfassung ausarbeiten soll. Sie besteht laut ihrem gestrigen Beschlusse aus 18 Gliedern, zu denen folgende Namen, als die bekanntesten gewählt werden dürften: Cormenin, Lamennais, Reynaud, Marrast, Buchez, Louis Blanc, (Corbou und Peupin, um den Arbeitern zu schmeicheln) Pascal Duprat, Crepu und Lefranc, Journalisten, Lichtenberg, Martin von Straßburg, Bac, Dupont, Vignerte, Bonjeau (Advokaten). Natürlich sind die Stammväter Dupin, Odillon Barrot, Vivien, Remusat, Tocqueville und Gustave v. Beaumont unerläßlich. Es fragt sich nur, ob die Jesuiten Lacordaire und Montalembert auch der neuen Entbindung als Aerzte beistehen werden?

Die Arbeiter der Nordbahn sind in völligem Aufruhr gegen die Kompagnie Rothschilds. Sie verlangen 1 Franken höheren Lohn, wenn die Bahn Privat-Eigenthum bleibt und wollen für den alten Lohn forarbeiten, wenn sie Staatseigenthum wird. So schlagen die kommunistischen Ideen täglich tiefere Wurzeln.

Diesen Morgen deckten drei erwähnenswerthe Proklamationen unsere Mauern. 1) Das Polenkomité weist die Einladung zum Fest zurück, indem es unmöglich den Vorgängen in einem Augenblick die Hand bieten könne, wo seine Brüder auf der heimatlichen Erde bluten. 2) Die Pariser Gewerke, welche bisher im Luxemburg vertreten wurden, weigern sich, am Feste Theil zu nehmen. 3) Eine dritte Proklamation, die der Constitutionnel vom 13. mittheilt, ruft alle Barrikaden-Chefs zu einer vorbereitenden Versammlung im Gartensaale Dourlans, Boulevard Bezons, Barriere d l'Etoile.

Italien.

(Rom, den 6. Mai.) Die neuen Minister haben unterm 5. Mai ein Programm erlassen, in welchem sie versichern, daß sie nach denselben auf Vaterlandsliebe, Freiheit, Ordnung und Gerechtigkeit sich gründenden Prinzipien, wie ihre Vorgänger, die Leitung der öffentlichen Verhältnisse übernehmen; daß zugleich ihre angelegentlichste und erste Sorge der heiligen Sache Italiens und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit desselben geweiht sey, daß sie ferner den geordneten und friedlichen Aufschwung der öffentlichen Freiheit des vom Papst dem Staate verliehenen neuen konstitutionellen Lebens mit größtem Eifer befördern und namentlich die Beseitigung der Uebel, an denen das Volk und besonders die untern Klassen noch kranken, also die Verarmung, Zurücksetzung und Unwissenheit zum hauptsächlichsten Gegenstande ihrer angestrengtesten Thätigkeit machen werden. — Acht Kardinäle befinden sich fortwährend im Quirinal und mehrere der übrigen haben noch immer Hausarrest, obschon die Thore der Stadt heute wieder von der Bürgerwache frei sind. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Das den Melbersehelenten Johann Georg und Kunigunda Knar von Henchling zugehörige Besitzthum, nämlich

I. Bes. Lit. A. Ausbruch aus dem Birkmannschen Gütel zu Henchling Hs.-Nr. 27 b.

1) Pl.-No. 49a, 0 Tagw. 3 Dez. Wohnhaus mit Hofraum und das Recht der Mitbenützung des Backofens bei Haus-Nro. 27 b, Werth 620 fl.

2) Garten, Pl.-Nro. 49 b 0 Tagw. 4 Dez. Wurzgärtchen am Haus, Taxe 10 fl.

Ohne Gemeinderecht.

II. Lit. B. Ausbruch aus dem Kuhnhof, Hs.-Nr 1 u 3. Pl.-Nro. 374, 0 Tagw. 49 Dez. Kuhnleithen, Taxe 190 fl.

III. Bes. Lit. C: Ausbruch aus dem Richter zum Schuhrhofe zu Henchling, Hs.-Nro. 34.

Pl.-Nro 432, 1 Tagw. 23 Dez. Acker im Malzlohe, mit 400 Stück Hopfenstangen, 170 fl.

wird, da sich im Verkaufs-Termine vom 11. Febr. 1848 keine annehmbaren Gebote herausstellten, auf Antrag der Betheiligten anderweit zum Verkaufe ausgestellt und II. Strichstermin auf

Samstag den 3. Juni c. Nachmittags 2 bis 5 Uhr

in dem Wirthshause zu Henchling anberaumt, wozu Kaufsliebhaber unter dem Beifügen andurch eingeladen werden, daß in diesem Termine der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Lauf, am 13. April 1848.

Königl. Bayr. Landgericht.

Dolhopf.

Meyer.

Naumburger Petri-Pauli-Messe.

Die Messe beginnt am 20. Juni, das Auspacken der Waaren aber schon am 16 Juni c.

Der durch die gedrückten Verkehrs-Verhältnisse herbeigeführte Mangel an Waarenabsatz auf der jetzigen Leipziger Ostermesse hat mehrere angesehene Fabrikanten und Engroshändler zu dem Entschlusse veranlaßt, die hiesige Messe mit Lager zu besuchen. Es ist daher, wenn überdieß noch di politischen Verhältnisse inzwischen eine beruhigendere Gestaltung erhalten könnten, wohl zu erwarten, daß unsere Messe eine größere Frequenz als bisher bieten wird.

Uebrigens finden hier in steuerlicher Beziehung dieselben Erleichterungen statt, wie in Leipzig und andern vereinsländischen Meßplätzen, auch sind Verkaufs- und Lager-Lokale unter sehr billigen Bedingungen zu haben.

Naumburg, den 12. Mai 1848.

Der Magistrat.

Butler. Thumsbeck.

Eheliche Verbindung.

Verehrten Verwandten und Bekannten die ergebene Anzeige von unserer am 14. d. M. vollzogenen ehelichen Verbindung.

Nürnberg, den 16. Mai 1848.

Andreas Fröschels.
Auguste Fröschels,
geb Metzger

Trauer-Anzeige.

Noch ist die Wunde nicht vernarbt, die uns der vor 7 Monaten erfolgte Tod unserer unvergeßlichen ältesten Tochter Margaretha schlug, und schon wurde uns durch Gottes unerforschlichen Rathschluß eine neue nicht minder schmerzliche geschlagen.

Heute Nachmittags 2 Uhr entschlief zu einem bessern Erwachen in Folge eines langwierigen Zehrfiebers unsere innigstgeliebte Tochter

Wilhelmine Stutzer,

in dem Blüthenalter von 20 Jahren und 7 Monaten.

Wer den sanften Charakter, die seltene Herzensgüte und das rastlose Wirken der Verlebten kannte, wird unseren großen Schmerz zu würdigen wissen.

Ihr ist nun wohl, sie hat ausgerungen! Sie ist nun mit ihrer Schwester vereinigt, welcher sie stets mit inniger Geschwisterliebe zugethan war.

Nur der Aufblick zu Gott und die frohe Zuversicht mit beiden jenseits vereinigt zu werden, kann uns in unserem großen Schmerz aufrecht erhalten.

Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, den 16. Mai 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Cremser- und Bleiweisse

in Oel abgerieben und trocken, so wie alle sonstigen

Maler- und Tüncherfarben

empfehlen wir nebst unserem Lager von

hydraulischem Kalk

zur gefälligen Abnahme unter Zusicherung billigster Preise.

Hengelein und Gällich
am Thiergärtnerthor.

(Anzeige) Ich beehre hiermit dem verehrlichen Publikum zur ergebenen Anzeige, daß die beliebten feinen Seidenwatten zu Mänteln, Mantillen und Visits und seidenen Kleidern, so wie auch andern Sorten Watten von Schaaf- und Baumwolle zu Genverts bei mir stets vorräthig, schön und billig zu haben sind.

Sabina Schröder.
S. Nro. 205? Waizenstrasse.

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden widme ich die schmerzliche Trauerkunde von dem heute Nachmittag erfolgten Tod meiner geliebten Frau

Anna Elisabetha Barbara,
geb. Bräunlein.

Sie verschied, 45 Jahre alt, an den Folgen eines Zehrfiebers.

Der Herr hat sie durch langjährige schwere Leiden mannigfach geprüft, aber sie ist von uns geschieden als fromme, in Gott ergebene Dulderin, darum bleibt uns im tiefsten Schmerzen doch der beseligende Glaube, daß sie aufgenommen ist in die Wohnungen des ewigen Friedens.

Möge der Hingegangenen ein treues Andenken, mir eine stille Theilnahme nicht versagt sein.

Nürnberg, den 15. May 1848.

Sixtus, Schneidermeister,
in seinem und der Hinterbliebenen Namen.

Wohnungs-Veränderung.

Die Veränderung unserer Wohnung vom Unterbergauerplatz L. No. 61 in L. Nro. 437 der Färbersgasse einem geehrten Handelsstande hiemit ergebenst anzeigend, empfehlen wir uns sowohl der frühern als auch der jetzigen Nachbarschaft auf das Beste.

Nürnberg, den 10 Mai 1848.

Justus Dippold, Mechanikus.
Doris Dippold.

Versteigerung.

Freitag den 19. d. Mts, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr werden im Hause Lit. L. No 195 folgende Gegenstände, als:

Silber, Weißzeug Zinn, Kupfer, Messing, Porzellain, Gläser, Betten, Schreinwerk und Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert, wozu Kaufsliebhaber hiemit eingeladen werden.

Anzeige.

Heute Mittwoch, als am Vorabend des Zusammentritts der deutschen constituirenden Nationalversammlung wird, wie durch ganz Deutschland, so auch hier auf der Peterhaide, ein Freiheits-Feuer lodern — Wir zweifeln nicht, daß die Nürnberger-Gesangvereine diese wahrhaft deutsche Verfeier durch ihre Mitwirkung verherrlichen werden, um so mehr, da durch ein entsprechendes bürgerliches Musikcorps dieselben auf das Kräftigste unterstützt seyn werden.

Die Zusammenkunft findet vor 8 Uhr ausserhalb des Frauenthores statt.

Viele Bürger Nürnbergs.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 18. Mai findet

Prod.ktion

im Gartenlokale zur Rose

statt, wozu die verehrlichen Mitglieder zu zahlreichem Erscheinen einladet

Der Vorstand.

Anzeige und Empfehlung.

Ich fühle mich verpflichtet einem vere.rten Publikum anzuzeigen, daß ich durch den Verkauf meines Hauses in der Sterngasse, mein reales Färberei-Geschäft nunmehr in dem Hause S. Nro. 837 in der Spitalgasse ausübe. Indem ich mich bestrebe, das schon mehrjährige Vertrauen eines verehrten Publikums zu erhalten, empfehle ich mich forthin im Färben aller Seiten-, Schaf- und Baumwollen-, Leinen- und Halb-Zeugen unter punktlichster und reellster Bedienung.

Meiner alten Nachbarschaft sage ich herzlichen Dank für die vielen Bewei.e Ihres Wohlwollens und bitte die neue um freundliche Aufnahme.

C. A. C. Müller,
Schönfärber.

Liederkranz.

Da durch die bewegten Zeitverhältnisse es unmöglich wurde, im Wint.rhalbjahre noch e.ne grosse Produktion im Saale zu geben, so soll einiger Ersatz durch mehrere musikalische Produktionen im Freien gegeben werden, und es wird daher die erste Musik auf den Kiskaltszwinger, Donnerstag, den 18. Mai, Abends von 6 Uhr an bei günstiger Witterung stattfinden, wozu die verehrlichen Mitglieder hiemit eingeladen werden.

Der Vorstand.

Empfehlung.

Feinstes Provencer-Oel offen und in Originalflaschen, französischer Estragon und roth- und weisser Burgunder-Essig in Originalflaschen, ächte Pariser und andere französische Senfe, Düsseldorfer und Weinmost-Senf in Töpfen, süsse Orangen, getrocknete Kirschen, Mirabellen und Brünellen sind in vorzüglichen Qualitäten zu haben bei

G. C. Prückner.
Königsstrasse L. Nro. 109.

Unterrichtsinstitut für Töchter aus den höhern Ständen in Nürnberg.

Das neue Schuljahr beginnt am 29. Mai. Diejenigen Eltern, welche gesonnen sind, ihre Tocht.r demselben anzuvertrauen, werden gebeten, dieselben bei dem Unterzeichneten in den Stunden von 11 bis 2 Uhr anzumelden. Der gedruckte Bericht besagt das Nähere über die Verhältnisse der Schule und den Lehrplan der sechs Klassen derselben. Auswärtigen Eltern wird man auf briefliche Anfragen gerne Familien nennen, welchen die Töchter getrost zur häuslichen Pflege übergeben werden können.

Nürnberg, den 18. Mai 1848.

Pfarrer Port.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt seine schon bekannte Seiden- und Spitzenwäscherei bei jetziger Frühlingszeit, dem verehrlichen Publikum, so wie den Marchandes de modes in allen Sorten Seiden-Spitzen-Wäschereien, als Blondenspitzen, Points, Krepp, aller Arten Schleier, Broches dann Seidenstoffen, sowie Wollensachen, als Hals- und Shawl-Tücher, wobei vorzüglich die Farbe ganz gut erhalten wird, auf das Billigste nach neuester Art hergerichtet wird, weshalb er zahlreichen Aufträgen entgegen sieht.

Johann Michael Kugelmeier.
L. Nr. 1132, Jakobsstrasse.

(Anzeige) In Nr 137 d Bl. werden die Beschlüße der Committirten aus den Compagnien des hiesigen Landwehr-Regiments „die Verbesserung des Wehr-Instituts betreffend" bekannt gegeben. Durch einige darin vorkommende Unrichtigkeiten schließen wir, daß solche nicht aus offizieller Quelle geflossen — und wir werden darum, nachdem uns, wie beantragt, das darüber geführte Protokoll zu Händen kommt, eine offizielle Berichtigung veranlassen. Dieß zur Beachtung unserer Committenten.

Nürnberg, den 16. Mai 1848.

Friedrich Kaufmann.
Briegleb.
Schaptag
Joh. Caspar Lämmermann.
J. L. Stich.
Joh Mich. Lämmermann.
Julius Fink.
Joh Georg Söß.
Christian Fink.

Heilsame Erfindung.

Hümmert's Pollutions-Instrument,

welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbei zu führen, durchaus keine Pollution zuläßt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätiget, und durch Zeugnisse von den berühmtesten Aerzten, als: vom Herrn Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Dieffenbach in Berlin, von den Herrn Prof. Dr. Braune, Prof. Dr. Cerutti, Prof. Dr. Carus, zu Leipzig, Herrn Geh. Med.-Rath Dr. v. Blödau zu Sondershausen, und vielen Andern dargethan, weshalb ich mich jeder weitern Empfehlung enthalte. Da das Instrument in Holz bei Bewegungen im Schlafe leicht zerbricht, so sind nun auch welche in Metall zu nachstehenden Preisen zu haben, und erhält man gegen portofreie Einsendung des Betrages das Instrument nebst Gebrauchsanweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 Instrument in feinem Neusilber 10 fl.
1 „ „ „ Messing 8 „
1 „ „ „ Holz 7 „

Nordhausen, im Mai 1848.

S. Frankenheim.

Rüge.

In voriger Woche wurde ein junger Mann beim Tuchhause durch das Herabfallen eines Ballens bedeutend beschädigt. Der herbeigerufene Wundarzt ließ aber dem Unglücklichen keineswegs Hilfe angedeihen, sondern quälte und bestürmte durch Fragen beständig denselben, ob er das Krankenhaus zahle oder nicht? Einige andere menschenfreundlichere Individuen linderten des Unglücklichen Schmerzen durch kühlende Ueberschläge, worauf er dann anderwärts Hülfe fand. Ebenderselbe Wundarzt versagte selbst einem Kinde, dem vor mehreren Wochen von einem Bauernwagen das Bein überfahren wurde, den augenblicklichen Beistand, indem derselbe, horribile dictu, nicht eher Hand anlegte, bis ihm versichert wurde, daß Herr H — die Operation zahlen würde.

(Zu verkaufen) Ein Conditorei-Geschäftsrealrecht mit Einrichtung ist billig zu verkaufen; Kaufsliebhaber haben ihre Anfragen unter Adresse A. P. an die Exped. d. Bl. gelangen zu lassen.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. †° (München, 16. Mai.) [XXXIV. öffentl. Sitzung der Kammer der Abg.] Am Ministertische sämmtliche Herrn Minister und mehrerer Ministerialräthe. Nach Vorlesen des Einlaufes reichte Professor Edel einen Urlaubsgesuch ein wegen der Abreise nach Frankfurt. Darauf erklärt der I. Sekretär, daß auch er fort müsse, um vorher Privatgeschäfte zu besorgen, und dann gleichfalls nach Frankfurt fortzureisen. — Er nehme Urlaub von der Kammer, deren Protokoll-Führer er 3 Jahre gewesen, und „Beweise ihrer Weisheit in die Annalen eingetragen." Für die Vertretung des Sekretärs sey durch die Verfassung schon Vorsorge getroffen, und der Urlaub dadurch gestattet, da kraft des Gesetzes ohnehin zum Parlament derselbe gestattet werden müsse. Der Minister der Finanzen erklärte, daß einige Gesetze, darunter noch das über Einkommensteuer berathen werden müssen, wozu wohl noch diese Woche ausreichen werde. — Nach längerer Debatte darüber wurde beschlossen, die wichtigsten Gesetze noch zu berathen, und den Urlaubsnachsuchenden den Urlaub nicht zu gestatten, da die Kammer mit ihrem Abgange ebenfalls auseinandergehe. — Die Debatte bot gar kein Interesse, beschlossen wurden folgende: Artikel 7. Als Abgeordneter ist Jeder wählbar, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, und die übrigen im Artikel 5 angegebenen Eigenschaften besitzt. Hiezu bringt Abgeordneter Stockinger die Modifikation, daß statt 30, gesetzt wird 25 Lebensjahre. — Diese Modifikation wurde verworfen, der Artikel angenommen.

Art. 8 lautet: Weder die aktive noch die passive Wahlfähigkeit ist an ein bestimmtes Glaubensbekenntniß gebunden. Abg Stockinger schlägt folgende Fassung für diesen Artikel vor: „Wie die aktive, so ist auch die passive Wahlfähigkeit nicht an ein bestimmtes Glaubensbekenntniß gebunden." Diese Fassung wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. — Art. 8 nun 9 lautet: Für jede der beiden Wahlhandlungen werden besondere Wahlbezirke gebildet. In der ersten Wahlhandlung wird auf je 500 Seelen ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmänner eines Bezirkes wahlen die gemäß Art. 11 und Art. 12 zu bestimmende Zahl der Abgeordneten und einen Ersatzmann für jeden derselben in gesonderten Wahlhandlungen — ohne Debatte angenommen. Art. 9 nun 10 lautet: Die Bildung der Wahlbezirke geschieht durch die Distrikts-Polizei-Behörden und in der Pfalz durch die Landkommissariate in der Art: 1) daß jeder solche Bezirk in der Regel 2,000 Seelen umfaßt, jedoch mit möglichster Beachtung der Gränzen der politischen Gemeinden und der bestehenden Distrikts-Eintheilung in den Städten; 2) daß kleinere Gemeinden zu diesem Ende zu einem Wahlbezirke vereinigt, oder einer benachbarten, größeren Gemeinde zugewiesen werden. Abg. Sekr. Dr. Schwindel will die Zahl von Wahlmännern vermehrt haben, und bringt daher die Modif., daß statt ein Wahlmann auf 500 Seelen, ein solcher auf 200 Seelen kommen solle. — Auch diese Modif. wurde verworfen, der Art. unverändert angenommen.

Den Art. 11 nun 12 und 12 nun 13 wird ohne Debatte beigestimmt, dieselben lauten: Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten für jeden einzelnen Regierungsbezirk wird vor der Wahl öffentlich bekannt gemacht. Zur Vornahme der Abgeordneten-Wahlen werden von dem Staatsministerium des Innern 4 bis 6 Wahlbezirke in jedem Regierungsbezirk bestimmt. — Art. 12 nun 13 lautet: Aktiv wahlberechtigt ist Jeder in dem Bezirk, wo er sein Domizil hat. Als Wahlmann kann Jeder in dem Urwahl- oder Gemeindebezirke seines Wohnsitzes gewählt werden. Die Wahl der Abgeordneten ist an keinen Wahlbezirk gebunden. Abg. Sekr. Stockinger bringt ein Mod., daß statt „4—6", gesetzt werde „1—2" Wahlbezirke. — Abg. Unterberger und der Staatsminister d. Justiz sind dieser Mod. entgegen, weil die Wahlbezirke dadurch zu groß würden. Aus denselben Gründen die Abg. Dr. Schwindel und der Ref. Dek. Bauer sprechen dagegen. — Die Modif. wird verworfen und der Artikel angenommen.

Art. 13 nun 14. Die Wahl erfolgt an den von der Regierung zu bestimmenden Tagen. Abg. v. Habermann bringt hiezu eine Modif., daß jeder da aktiv wahlbefähigt sein soll, wo er sein Domizil hat oder wo er mit Grundbesitz ansäßig ist; dieses nach einer vor der Wahl abzugebenden Erklärung, wo er sein Wahlrecht üben wolle. — Diese Modif. und mit ihr der Art. wurde angenommen. Art. 14 nun 15 Die Wahlkommissäre werden von der Regierung bestimmt, wurde ohne Debatte angenommen. Art. 15 nun 16. Zur giltigen Wahl der Abg. ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittheilen der Wahlmänner nöthig. Wenn aus Mangel der Zahl die Wahl an dem bestimmten Tage nicht vor sich gehen kann, so haben die ohne hinreichende Ursache ausbleibenden Wahlmänner die Kosten der vereitelten Wahl zu tragen. Für diesen Fall ist der Wahlkommissär ermächtigt, den neuen Wahltag festzusetzen. Art. 17 nun 19 den Eid betr. lautet: Jeder Wahlmann hat vor der Wahlhandlung folgenden Eid abzulegen: »Ich schwöre, daß ich meine Wahlstimme nach freier, innerer Ueberzeugung, wie ich solches zum allgemeinen Besten des Landes für dienlich erachte, ohne Berücksichtigung einer Drohung, eines Versprechens oder eines Befehls abgeben werde, und dießfalls von Niemand, unter was immer für einem Namen, weder mittel- noch unmittelbar irgend eine Gabe oder Geschenk angenommen habe, noch annehmen werde.« Abg. Dek. Vogel bringt eine Modif. dahin gehend, daß der »Eid« in eine »Gelobung« umgewandelt werde, so daß statt »ich schwöre« gesagt werde »ich gelobe« ꝛc. Mehrere Abgeordnete unterstützten diese Modif. Der Staatsminister der Justiz äussert Bedenklichkeiten in Betreff dieser Modif.

Abg. Dekan Goetz und Nabl sind derselben Ansicht. — Abg. Dr. Schwindel aber für die Modifikation. Pf. Ramoser spricht für die Modif. und schlüßlich auch der Referent. — Der Staatsminister des Innern wünscht möglichste Beschränkung der Eide, für vorliegenden Fall halte er jedoch den Eid ganz unnöthig. Art. 18 nun 20 lautet: Die Wahlen geschehen durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel. Die Gewählten müssen absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Unvollständige oder unförmliche Wahlzettel, wenn der Wahlausschuß sie dafür erkennt, werden nicht beachtet, wurde ohne Debatte angenommen. Art. 19 nun 21, welcher folgendermaßen lautet: der zum Abgeordneten Gewählte ist verpflichtet, spätestens acht Tage nach Empfang der Anzeige über die ihn getroffene Wahl die Ablehnung oder Annahme zu erklären, wurde ebenso angenommen.

Art. 20 nun 22. Im Falle einer Doppelwahl steht dem Gewählten das Recht zu, sich für die Annahme der einen oder anderen Wahl innerhalb der im vorigen Artikel bezeichneten Frist zu entscheiden. Im Falle ꝛc. ꝛc. Art. 21 nun 23 Die Wahlausschüsse entscheiden alle Wahlreklamationen auf der Stelle durch Stimmenmehrheit. Eine Berufung gegen diesen Ausspruch ist unzulässig, jedoch die Beschwerdeführung bei der Kammer selbst den Betheiligten vorbehalten. Art. 22 nun 24. Der Urlaub darf den gewählten Staatsbeamten und öffentlichen Dienern nicht verweigert werden, eben so wenig den Offizieren und Militärbeamten, so fern nicht ausserordentliche Verhältnisse ihrer Entfernung vom Dienste entgegenstehen.

Art. 23 nun 25: Die Wahlhandlungen müssen von den Kommissarien mit pflichtmäßiger und rücksichtsloser Unbefangenheit geleitet werden. Jede Beschränkung der Freiheit der Wahl und jede Benützung eines obrigkeitlichen Einflusses auf die Wähler wird strenge geahndet, und nach Umständen mit der Dienstes-Entlassung bestraft, wurden sämmtlich ohne Debatte angenommen. Art. 24 nun 26 lautet: Die Bestechung der Wähler soll die Ungültigkeit der Wahl und den Verlust der aktiven und passiven Wahlfähigkeit für den Bestecher und Bestochenen als Strafe zur Folge haben, mit Vorbehalt der ferneren sowohl auf den Meineid, als sonst in den Gesetzen angeordneten Strafen. Abg. Stockinger bringt eine Modif., daß über die Gültigkeit der Wahlen die Kammer zu entscheiden habe.

Der Staatsminister der Justiz hält jedoch diese Mod. für überflüssig, weil der Kammer dieses Recht schon durch den Art. 24 zukomme. Die Modif. des Herrn Abgeordneten Stockinger wurde verworfen, und der Artikel 24 unverändert angenommen.

Artikel 25 nun 27, welcher lautet: Die Wahlverhandlungen selbst beschränken sich einzig auf den Gegenstand der Wahlen, und jede Einmischung von andern Gegenständen, von besondern Anträgen, Beschwerden oder Instruktionen auf was immer für eine Art, sind von der Wahlkommission ohne weiters zurückzuweisen. Art. 26 nun 28, welcher lautet: Ueber jedes Wahlgeschäft ist eine schriftliche Verhandlung aufzunehmen, und von dem Wahlausschusse sowohl, als von dem Wahlkommissär zu unterschreiben, wurden beide angenommen.

Art. 27 nun 29 lautet: Jeder Abgeordnete kann mit Zustimmung der Kammer aus derselben treten. Wer ein Staatsamt, eine Beförderung oder eine Hofcharge annimmt, muß sich einer neuen Wahl unterziehen. Die ausserdem während der Dauer der Wahlperiode in Erledigung kommenden Stellen von Abgeordneten werden aus den treffenden Ersatzmännern, und nöthigenfalls durch Zwischenwahlen ergänzt, zu welchen die noch vorhandenen Wahlmänner des Bezirkes einzuberufen sind. Abg. Götz übergibt die Modif. daß nur die Wähler das Mandat dem entziehen könnten, der ein Amt annimmt. — Diese Modification jedoch wurde verworfen und der Art. nach der Ausschußfassung angenommen. Art. 28 nun 30 lautet: Den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten, welche nicht am Orte der Versammlung selbst wohnen, wird auf die Dauer der Versammlung eine Entschädigung in der Art gegeben, daß ihnen a) von dem zur Erscheinung bestimmten Tage bis zum Schluße der Versammlung, jedoch mit Einschluß des vorhergehenden und nachfolgenden Tages eine Tagesgebühr von 5 Gulden, b) für die Reisekosten eine Gebühr von 1 fl. für die Wegstunde verabfolgt werden solle, wurde ohne alle Debatte angenommen.

Art. 29 nun 31, welcher lautet: Wie der Entwurf, nur ist bei der Aufzählung der als aufgehoben erklärten Gesetze das im Entwurfe übersehene: »Gesetz vom 18. Januar 1843.« die Zwischenwahlen von Abgeordneten zur zweiten Kammer der Ständeversammlung betr. (nach chronologischer Reihenfolge unter Ziff. 1 einzuschalten.) 1) Gesetz vom 23. Mai 1846, der § 44. lit. c. Tit. I. der X. Beilage. 2) Gesetz vom 15. April l. Js. die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz betr. Das Staatsministerium des Innern ist mit dem Vollzuge beauftragt, wurde gleichfalls angenommen. — Der Ges. Entw. wurde durch Namensaufruf angenommen.

†° (Nürnberg den 17. Mai.) Heute Mittag marschirten nach einem Vortrabe Dragoner ohngefähr 2000 Mann österreichische Truppen hier durch, eingeholt von dem Musikkorps des hier garnisonirenden Infanterieregiments, dem Stadtkommandanten und mehreren Cavallerie- und Infanterieoffizieren. Zum Zeichen, daß diese Militärs zu den deutschen Truppen gehören wollen und sollen, hatten alle die roth-gelb-schwarze Kokarde aufgesteckt und an die Fahnen waren lange breite Bänder mit den deutschen Farben geheftet. Das bayerische Militär hat diese Zierde noch nicht angenommen und es erscheint dieß wirklich unbegreiflich, da doch König Max von seinem Vater die deutsche Gesinnung geerbt haben wird, mit welcher König Ludwig zu allen Zeiten und bei allen Gelegenheiten so rasch hervortrat. Wir wollen dem Gerüchte, daß mehrere Offiziere der bayerischen Armee den Soldaten das Tragen der deutschen Farben geradezu barsch untersagt haben, dahingestellt seyn lassen, wäre dieß Gerücht aber wahr, so wüßten wir wahrlich nicht, was wir von diesem Benehmen der Offiziere halten und mit welchem Namen wir es belegen sollten.

Preußen. (Posen 12. Mai.) Seitdem gestern Nachmittag der Oberanführer der gesammten polnischen Insurgenten, Mieroslawski, das einzige hervorragende Talent unter ihnen, gefänglich hier eingebracht worden, hält man, und gewiß mit Recht, die ganze Schilderhebung in der Hauptsache für beendigt. Mieroslawski ist in dem Dorfe Kowalski, nicht zwei Meilen von hier, von dem Hauptmann v. Sanden gefangen genommen worden. Andere Führer haben sich freiwillig gestellt, so Hr. v. Brzezanski, der sich dem General v. Wedell unterworfen hat, und Szoldrski. Gestern ist unsern Truppen abermals ein wichtiger Fang gelungen. Der Lieutenant v. Rottitz vom 7ten Husarenregiment, ein höchst entschlossener Mann, stand mit einem Zuge Husaren zum Rekognosciren in der Gegend von Rogalin an der Warthe, als ihm die Nachricht hinterbracht wurde, in dem jenseit des Flusses gelegenen Walde lagere der Rest des Partisanenkorps sammt der ganzen Artillerie und Munition. Schnell entschlossen ließ er sich mit seinen 30 Husaren übersetzen, drang kühn in den Wald und überraschte die Insurgenten dergestallt, daß die ganze Masse in wilder Flucht auseinanderstob und es ihm möglich wurde, sich der gesammten Artillerie, darunter ein altsächsisches metallenes Geschütz und mehre eiserne Kano-

nen, sowie sämmtlicher Munition zu bemächtigen. Nach solchen Erfolgen unserer fliegenden Colonnen steht zu erwarten, daß die einzelnen Insurgentenhaufen von selbst auseinandergehen und in ihre Dörfer zurückkehren werden; nur die aus den kleinen Städten dürften länger Stand halten, weil in ihrer Heimath ihnen jetzt jeder Lebensunterhalt abgehen dürfte. Eine solche Horde soll sich in die Nähe der Stadt Bromberg gezogen haben, wo sie arge Excesse begeht, aber wohl bald durch General v. Hirschfeld decimirt werden wird; eine andere steht unter dem Bauer Pallacz, der bekanntlich Mitglied des polnischen Nationalcomite war, in der Gegend von Schrimm. Bei Stenczewo sind die Insurgenten gänzlich auseinander gesprengt und die Straße nach Breslau ist wieder frei. Die Capitulation des großen Hauptkorps der Insurgenten ist übrigens nicht in der Art erfolgt, wie man es erwarten durfte; nur Wenige stellten sich und legten die Waffen nieder, die große Masse hatte sich zerstreut und in den Wäldern Schutz gesucht; sie werden jetzt täglich haufenweis eingefangen, diejenigen der verhafteten Insurgenten niederer Classe, die man für verführt oder bethört hält, entlassen, nachdem ihnen vorher bekannt gemacht worden, daß, sofern sie abermals mit den Waffen in der Hand ergriffen werden, sie sofort den Kriegsgesetzen gemäß erschossen werden würden. Die gravirten werden natürlich noch sämmtlich festgehalten, namentlich die Führer, sowie die desertirten Landwehrmänner, die einer militärischen Strafe nicht entgehen können, wenngleich auch diese nicht eben hart ausfallen dürfte. Erschossen ist, des proklamirten Martialgesetzes ungeachtet, bis jetzt Niemand, auch wird diese Strafe wohl kaum zur Anwendung kommen, da man hört, daß sogar Krotowski und Lipinski den Civilgerichten übergeben werden sollen. — Soeben höre ich, daß die Demarcationslinie nun definitiv sei und alsbald bekannt gemacht werden würde; Oberst v. Stavenhagen will daher schon morgen nach Berlin zurückkehren. Nunmehr beginnt die Reorganisation des polnischen Theil der Provinz. (D. A. Z.)

(Von der posenschen Grenze, 13. Mai.) Daß selbst der erbittertste Feind Polens nichts Zweckmäßigeres in seinem Interesse hätte erfinden können, als die von Mieroslawski und Consorten angeregte Insurrection gegen Preußen, beweisen mehre uns vorliegende Briefe von der preußisch-russischen Grenze. So schreibt man von Ostrowo (etwa zwei Meilen von Kalisch,) daß die Russen bereits mit Tscherkessen über (?) die preußische Gränze gerückt wären und das nächste preußische Dorf besetzt (?) hätten. Ein anderer preußischer Krieger meldet, daß er täglich mit den Kosacken frühstücke. Allerdings haben Preußen und Rußland jetzt eine und dieselbe Politik; sie besteht darin, daß die polnische Insurrection, welche Preußen gegenüber gegen die Deutschen den grausamsten Guerrillakrieg führt und Westpreußen, Pommerellen, Danzig und Thorn verlangt, unterdrückt werde. Diese Maßregeln der polnischen Enragés nähern Preußen und Russen einander und vernichten den Haß, welcher die Erstern gegen die Letztern seit längerer Zeit beseelte. Auf Miroslawski und die andern polnischen Revolutionärs, denen das Blutvergießen im Posenschen zuzuschreiben, ist man sehr schlecht zu sprechen. Der Edelmuth, mit welchem die Berliner sie befreiten, mit welchem beim Polenproceß unsere Advocaten sie vertheidigten, wurde schlecht von ihnen vergolten. Man ist daher sehr gespannt, welche Strafe man über sie jetzt, wo man sie gefangen genommen hat, verhängen wird. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

(Verpachtung der zweiten Wohnung im s. g. Käserhaus auf der Schütt S. Nro 1690.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird zur Wiederverpachtung einer Zinswohnung in dem sogenannten Käserhaus auf der Schütt S. Nro. 1690, bestehend aus:

1 Stube, mit Küche,
5 Kammern und Gewölbe,
1 Boden,
1 Gang mit e v Abtritt,

Termin auf

Mittwoch, den 24. d. M., Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftszimmer No 29 anberaumt, wozu zahlungsfähige Pachtliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Wohnung nach erfolgter Genehmigung der Verpachtung sogleich bezogen und inzwischen tagtäglich eingesehen werden kann.

Nürnberg den 11. May 1848.

Tarkowitz.

Löhner.
v. n.

Festfeuer.

Auf Veranstaltung des politischen Vereins wird Mittwoch den 17. Mai, als am Vorabend des Zusammentritts der konstituirenden Nationalversammlung, auf der Peterhaide ein Feuer angebrannt werden. Man versammelt sich vor 8 Uhr außerhalb des Frauenthores.

BELVEDERE.

Heute Donnerstag den 18 Mai.

Blech-Harmoniemusik.

Wozu ergebenst einladet

Sturm.

Schusters-Keller.

Donnerstag den 18. May Produktion der vollständigen Musik des Regiments Gumppenberg Anfang halb 4 Uhr Entree nach Belieben.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Donnerstag, den 18. Mai, ist „Metzelsuppe", und sind auch noch verschiedene Braten sowie gebratene Tauben anzutreffen, und ist für frisches Felsenkellerbier bestens gesorgt. Es ladet hiemit höflichst ein.

J. Neubauer.

Bleiweis & Cremserweiß,

feinst in Oel abgerieben, so wie alle übrigen Farben, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Wilhelm Dieterich,
am Heugäßchen.

(Zu verkaufen) Ein Kinderkorbwagen, auf Druckfedern ruhend, noch ganz neu und ein gepolstertes Kinderstühlchen sind zu verkaufen.

Eine Blume

auf das Grab
seines
zu frühe verblichenen Freundes und Kollegen,
des Musiklehrers

Herrn Jacob Schnepf.

Hingerafft hat ihn die Hippe,
Starr liegt er, so ruft man bang,
Kalt und bleich ist seine Lippe,
Die gebar solch' süßen Sang
Nimmer schlägt des Künstlers Brust,
Die gehaucht nur Himmels-Lust.

Tückisch nagte in der Blüthe
Seiner Jugend längst ein Wurm,
Fraß und nagte am Gemüthe,
Bis der Baum erlag dem Sturm —
Alle Musen thränen-schwer,
Denn ihr Priester ist nicht mehr!

Seine Töne sind gedrungen
In den Himmel zart und kühn;
Selbst Jupiter ward bezwungen,
D'rum berief er eiligst ihn.
Dort schallt jetzt sein Ton so hell
An der himmlischen Kapell'.

Hauchet seine süßen Lieder
Zart den Engeln in das Herz;
Und beglückt schaut er hernieder
Auf die Seinen, frei vom Schmerz —
Freund! schlaf' süß im engen Schrein,
Sanft soll Dir die Erde seyn!

Bapt. Cantor.
Musiklehrer.

Oekonomiegut-Verkauf.

Aus Auftrag des Eigenthümers verkauft aus freier Hand der Unterzeichnete das Oekonomiegut Rehhof (sonst Blechhändl) bei Mögeldorf. Dasselbe enthält: ein Wohngebäude, ein Oekonomiegebäude, Stallung, Milchkeller, Backofen, Hofraum rc., 10 Morgen Feld, 10 Tagwerk Wiesen und 1 Morgen Gemüß- und Obstgarten n bester Bonitäts-Klasse, ist frei lauter und eigen. Hiezu wird Termin Donnerstag den 25. Mai 1848,

Vormittag von 9 bis 12 Uhr

im Locale L. Nr 19. Adlerstraße dahier abgehalten

Einsicht kann täglich beim Besitzer genommen werden und nähere Erkundigung bei

Nürnberg, den 15 Mai 1848.

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nr. 191. Adlerstraße.

(Gesuch) Ein ordentlicher, mit guten Zeugnissen versehener Bestellen wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres in der Exped d. Bl

(Gesuch) Man sucht ein schon gebrauchtes, aber noch gut beschaffenes Wirthschaftszelt zu kaufen.

(Gesuch) Zur Porzlanmalerei wird ein junger Mensch von soliden Eltern in die Lehre zu nehmen gesucht. —

(Zu verkaufen.) Einige tausend Stück Cigarren von Nürnberger Taback mit Rheinpfälzer Deckblättern sind billig zu verkaufen.

(Zu verkaufen) Eine vierzitzige große Chaise, ein viersitziger Char à banc, ein Leiterwagen und ein Zufuhrwagen, alles im besten Zustande, sind zu verkaufen Nähere Auskunft wird in L. Nro. 311 ertheilt.

(Zu verkaufen.) Ein Speisschrank ist zu verkaufen in L. Nro 63.

(Zu vermiethen) Ein helles, heiteres Zimmer mit Bett und Möbeln ist an einen Herrn zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Eine Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Alkov, 2 Kammern nebst Küche und Holzlage ist zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Eine helle und heitere Wohnung ist an eine stille Familie täglich oder bis Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Tetzelstraße Nr. 688 sind zwei heitere Wohnungen bis Ziel Laurenzi zu vermiethen

(Zu vermiethen) In einer freundlichen Lage ist eine Wohnung mit 3 Zimmern, 1 Kammer, Küche, Waschgelegenheit und Keller an eine kinderlose Familie ohne Geschäft billig zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In einer lebhaften Straße, ganz nahe an der Deutschhauskaserne, ist ein möblirtes Zimmer nebst Alkof im 3. Stock an einen Herrn zu vermiethen. Auch wird daselbst der 2. Stock sogleich oder bis Laurenzi vermiethet

(Zu vermiethen.) Ein sehr schönes möblirtes Logis, bestehend in Stube und Alkof, ist an solide Herren, welche eigene Betten haben, täglich zu vermiethen. Neuegasse am Spitalplatz No. 1183.

(Zu vermiethen.) Die Wohnung in dem einzeln stehenden Hause des freiherrlich von Tucher'schen Gartens zwischen dem Laufer- und Wöhrder-Thor ist täglich zu vermiethen. Wegen Einsicht des Hauses ist sich an die Gärtnerin Kohl zu wenden.

(Zu vermiethen) Ein schön möblirtes Zimmer ist täglich zu vermiethen Kaiserstraße L. 116, 2. Stock.

Zwei Flugschriften von allgemeinem Interesse!

In allen Buchhandlungen, in Nürnberg bei Korn, Raw, Recknagel, Riegel und Wießner, Schrag, Stein, Zeh ist sogleich vorräthig zu haben:

Freimüthige Beleuchtung der gegenwärtigen Verhältnisse des Adels zu Fürst, Bürger und Bauer. Von Freiherrn von Bibra, Dr. med. et phil. 8. geh. 12 kr. = 4 Sgr.

Ein Wort zu seiner Zeit, an das Volk und seine Stände über die Lehrerbildung und die Volksschulen, wie sie jetzt sind, und wie sie den gerechten Anforderungen der Zeit gemäß in Zukunft werden müssen. Von einem Schulmann. 8. geh. 12 kr. = 4 Sgr.

Verlagsbuchhandlung von

J. L. Lotzbeck in Nürnberg

Arena.

Donnerstag, den 18. Mai. „Liebe kann Alles," oder „die bezähmte Widerspenstige." Lustspiel in 4 Akten von Holbein Vorher und in dem Zwischen-Akte Variationen für die Violine. Vorgetragen von Herrn Wißbeck.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19. Mai 1848. № 140 Freitag: Potentian.

†† Proletariat und Pauperismus.

Wenn Einer sagt, die gegenwärtige Bewegung hätte sich so oder so zurückhalten oder unterdrücken lassen, so ist eine vernünftige Besprechung der Sache bei so gänzlicher Verkennung der Allgemeinheit und unabweisbaren Nothwendigkeit derselben gar nicht möglich, und wenn er der tröstlichen Hoffnung lebt, es werde sich in einigen Monaten oder gar Wochen ein ruhiger, geordneter Zustand wieder herstellen lassen, nun, so mag er sich dieser Hoffnung getrösten, obgleich man schlechterdings nicht einsehen kann, worauf sie gebaut ist. Denn gälte es blos, diese oder jene Lücke auszufüllen, diesen oder jenen Uebelstand zu beseitigen, und statt einiger morsch gewordenen Balken des Gebäudes frische und gesunde einzuziehen, so möchte man getrosten Muthes an die Arbeit gehen und in kurzer Zeit ließe sich Besserung erwarten. Wo hingegen eine gänzliche Verdorbenheit eingetreten ist, Dachwerk und Gebälk den Einsturz drohen, und die Grundpfeiler des Gebäudes bereits zerfressen und zerbröckelt sind, wie läßt sich da eine auch nur halbweg erfreuliche Herstellung in eine bessere Lage hoffen! Der Zustand Deutschlands nun ist geradezu hoffnugslos und ohne ein Wunder läßt sich nicht absehen, wie es besser werden soll. Indessen ist doch wenigstens das ein Gewinn, wenn man sich seines Uebels möglichst bewußt zu werden und es klar zu erkennen sucht. Versuche man es, die Diagnose zu stellen und wenigstens die wesentlichsten Symptome des Leidens hervorzuheben. Vielleicht, daß dadurch ein Fingerzeig gegeben wird, der uns einen Ausweg aus dem Labyrinth eröffnet. Wo so Vieles zusammenkommt, um die Lage trostlos und verzweifelt zu machen, wird man schwerlich in der Wahl des hervorzuhebenden Leidens einen Fehlgriff thun, indessen fällt keines mehr in die Augen, als das des Proletariats oder des Pauperismus, das, nachdem schon seit Jahren darauf hingedeutet worden ist, sich nnn auf einmal zu einem fressenden Krebsschaden entwickelt hat und alle gesunden Säfte des Organismus aufzusaugen droht. Aber nicht das Proletariat oder des Pauperismus an sich ist das Uebel, sondern die vorherrschende Stellung, welche diese Erscheinung eingenommen hat. Arme hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es immer geben; denn eine gleichmäßige Vertheilung der irdischen Güter liegt weder im Interesse der menschlichen Natur, welche durch Mangel und Entbehrung zur Thätigkeit angespornt werden muß und außerdem sich schlaffer Gleichgültigkeit in die Arme werfen würde, noch ist sie möglich, da die geistigen Kräfte, von denen allein der Besitz der irdischen Güter verbürgt und gewährleistet werden kann, ewig verschieden bleiben und wenn auch heute alle Güter bei Heller und Pfennig gleich vertheilt wären, durch Klugheit, Verstand, List, Thätigkeit auf der einen, Dummheit, Unverstand, Stumpfsinn, Faulheit auf der andern Seite in möglichst kurzer Frist die naturgemäße und nothwendige Ungleichheit wieder hergestellt werden würde. So lange die Menschen aus Fleisch und Blut bestehen werden, wird diese Ungleichheit der Anlagen und Kräfte ebenfalls bestehen, und nur thörichte Verblendung kann dieß leugnen oder böswillige Verführungssucht der menschlichen Eitelkeit das Gegentheil davon vorspiegeln wollen. Gegen diesen geistigen, allmächtigen Unterschied nun sind alle Maßregeln der Staatsmänner, älterer wie neuerer Zeit, durchaus nichtig, und der Geist erweist sich eben hier wie allerwärts siegreich und unbezwinglich. Je weiser daher ein Staatsmann ist, desto tiefer ist er von dieser Eigenthümlichkeit der menschlichen Natur überzeugt, und sucht nicht durch vergebliche Anstrengungen das Unmögliche zu beseitigen. Allein wenn auch diese ursprüngliche Thatsache, die Armuth und das Uebel, als eine Grundbedingung alles menschlichen Seyns, nicht wegdisputirt und radikal ausgetilgt werden kann, so fehlt doch viel, daß man zur Milderung und möglichsten Beseitigung derselben nicht wenigstens nach Kräften Versuche anstellen sollte. Nur muß man nicht mit der Hoffnung, das Uebel mit der Wurzel auszurotten, an das Werk gehen, weil man sonst einen viel zu großartigen, und in Wahrheit doch nicht ausführbaren Plan anlegen, und durch die unvermeidlich bald eintretende Enttäuschung niedergeschlagen werden würde. Man muß sich vielmehr den Gedanken, daß eine radikale Heilung unmöglich ist, recht klar machen und es kann für den, der noch nicht daran glaubt, nichts schaden, wenn er die Systeme Fourier's, Proudhon's, Owen's, neuerdings Louis Blanc's, falls er nemlich so viel Zeit zu vergeuden hat, studirt, damit er deutlich daraus ersieht, wie fruchtlos sich der menschliche Geist mit solchen Hirngespinnsten geplagt hat. Wer nicht einsieht, daß Noth und Elend eben so Grundbedingungen der Menschheit im Ganzen, des Makrokosmus, sind als Krankheit und Sterblichkeit die des Individuums, des Mikrokosmus, und wer glaubt, daß für jene Gebrechlichkeit sich durch eine politische oder religiöse, sociale oder pädagogische Maßregel eine grundmäßige Heilung aufstellen lasse, der gehört in die Klasse der Goldmacher und Alchymisten, die sich bekanntlich in die zwei Unterabtheilungen der Betrüger und der Betrogenen spalten. Ein Drittes aber gibt es nicht. Wer dem Volk, wie Louis Blanc und seine Freunde thun, von Organisation der Arbeit und ähnlichen Dingen redet, unter welchen Keiner recht weiß, was er zu verstehen hat, und Jeder sich vielmehr darunter denkt, was ihm eben beliebt, der muß sich gefallen lassen, daß ihm das eine oder das andere dieser Prädikate beigelegt werde.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Bayern. *† (München, 16. Mai.) Der Ges.-Entwurf über die Wahlen zur bayer. Kammer der Abg. wurde mit 116 gegen 7 Stimmen Minorität: Pfarrer Höfer, Pfarrer Ruland, Pickler-Limpurg, Pfarrer Reulbach, Rotenhan, Dek. Pöttinger und Schwindl angenommen. — Folgende beide vom Referenten dem Gesetze angehängte Wünsche: „daß dem nächsten Landtage ein Gesetzentwurf über zeitgemäße Umbildung der Kammer der Reichsräthe vorgelegt werden möge.“ „Daß die Gesetze über die Wahlen zur Kreis-, Distrikts- und Gemeinde-Vertretung einer zeitgemäßen, den Prinzipien des gegenwärtigen Landtags-Wahlgesetzes entsprechenden Revision zu unterstellen seien“, werden gleichfalls angenommen. Dr. Schnetzer endlich beantragt einen dritten Wunsch um Vorlage eines Ges.-Entw. zur Abänderung des §. 8, Abschn. III des I. Ed. der Verf.-Beil., daß namentlich Fremde, die in Bayern einwandern, in einem kürzeren als dem bestimmten Zeitraum (von 6 Jahren) das Staatsbürgerrecht sollen erwerben können. Auch dieser, vom Referenten gut geheißene Wunsch wird nach kurzer Debatte angenommen. — Der Finanzminister übergibt noch einen Ges.-Entw.: „die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden in den Provinzen diesseits des Rheins.“ Die Sitzung endet nach 2 Uhr.

†° (München, den 17. Mai.) (Fünfunddreißigste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: sämmtliche Minister und einige Herr Minist.-Räthe. Auf der Tagesordnung liegen 3 Gesetzentwürfe zur Berathung vor und zwar über die Einführung der bayerischen Gesetze in Böhmen, dann über dir Initiative der Kammer, und die Ministerverantwortlichkeit. Der Referent Professor Edel erklärt, daß der vorliegende Gesetzentwurf „über die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen“ keiner Veränderung bedürfe, und empfiehlt denselben der hohen Kammer in vorliegender Fassung auch zu lassen. — Der Gesetzentwurf wurde ohne alle Debatte einstimmig durch Namensaufruf angenommen, und zwar in folgender Fassung: Gesetz-Entwurf über die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen. Seine Majestät der König haben in der Absicht, die von der Krone Böhmen neu erworbenen Staatsangehörigen zu Neualbenreuth, Querenbach, Hazenreuth, Ottengrün und Ernstgrün im Landgerichte Waldsassen Allerhöchst Ihren anderen Unterthanen schon jetzt, so viel thunlich, in den Gesetzen gleichzustellen, nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes, und nach Beirath und Zustimmung Ihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reiches, im Hinblicke auf Tit. VII. §. 2 der Verfassungsurkunde beschlossen und verordnen: Artikel I. Mit dem 1. Juli 1848 treten in den Eingangs erwähnten Gebietstheilen in Kraft und Wirksamkeit: 1) der erste Theil des bayerischen Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 mit den dazu gehörigen Anmerkungen, mit den im Promulgationsedikte enthaltenen Bestimmungen, und mit allen in den Gesetz- und Regierungsblättern bis zum 1. Juli 1848 erschienenen Nachträgen, Erläuterungen und Abänderungen; 2) sämmtliche in den anderen oberpfälzischen Gebietstheilen bisher bestandenen oder vor dem 1. Juli 1848 noch erlassen werdenden allgemeinen Polizeistraf- und andere Polizeigesetze; ferner mit dem 1. Juli 1848 und mit Rückwirkung auf die Zeit der bayerischen Besitznahme, 3) sämmtliche in dem Königreiche überhaupt und in dem oberpfälzisch-regensburgischen Regierungsbezirke insbesondere giltigen allgemeinen Gesetze und Verordnungen, welche direkte und indirekte Staatsauflagen, Staatsregalien und finanzielle Staatsanstalten betreffen. Artikel II. Mit dem 1. Januar 1850 treten in den Eingangs erwähnten Gebietstheilen in Kraft und Wirksamkeit: 1) das bayerische Hypothekengesetz vom 1. Juni 1822 mit den dazu gehörigen Instruktionen, und 2) die Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 für die sieben bayerischen Kreise diesseits des Rheins; ferner vom Tage der Verkündung dieses Gesetzes anfangend, 3) alle Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1822 über die Einführung des Hypothekengesetzes und der Prioritätsordnung mit der Annahme, daß die im §. 1 dieses Gesetzes ausgesprochene dreijährige Frist, dießmal auf die Frist vom Tage der Verkündigung bis zum 1. Januar 1850 abgekürzt wird. Artikel III. Mit dem Eintritte obiger Termine hören alle entgegenstehenden Bestimmungen des österreichischen Strafgesetzbuches, des österreichischen Civilgesetzbuches, der österreichischen Prozeßvorschriften, so weit sie die Priorität in Konkursen festsetzen, und der österreichischen Polizei- und Finanzverordnungen auf. Artikel IV. Die Staatsminister der Justiz, des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt, welches im Gesetzblatte und ausserdem noch im oberpfälzisch-regensburgischen Intelligenzblatte bekannt zu machen ist. Gegeben München den . . Mai 1848. Für den Entwurf: Frhr. v. Thon-Dittmer, Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld.

Hiernach begann die Berathung über den Gesetz-Entwurf: Die ständische Initiative betreffd. — Diesen Ges.-Entw. hat der Ausschuß nur in wenigen Punkten modifizirt. Bei der allgemeinen Debatte ergriff zuerst Hr. Dek. Bauer das Wort und erklärte, daß er noch vor Monaten und Wochen viel in Betreff dieses Ges.-Entw. einzuwenden hätte für nothwendig gehalten; doch heute gebe er bloß den Rath, dieses Gesetz ganz so anzunehmen, wie es von der Regierung vorgelegt sey, ohne die Modifikation des Ausschusses zu berücksichtigen, denn ausserdem fürchte er wegen der Nichtzustimmung von Seite der Minister, daß das so wichtige Gesetz für uns nicht ganz vereitelt werde. Redner läßt von Furcht vor Reaktion, die sich hie und da zeige, etwas laut werden. — Abg. Prof. Engelhardt spricht für die Modifikationen. — Der II. Präsid. äußert sich ebenso wie Dekan Bauer. — Abg. Stockinger glaubt, der Ges.-Ent. entspreche den Wünschen des Volkes nicht, da er zu viele Ausnahmen enthalte, bei welchen den

Ständen die Initiative nicht zugestanden werden, und behält sich für die speziellen Debatten Modifikationen darüber vor. Abg. Pf. Ramoser äußert sich im Sinne des Referenten. — Der König hätte mehr nicht bieten können, ohne ein Schattenkönig zu werden, darum möge man auch das Gesetz nach der Ausschußfassung annehmen. — Abg. Pf. v. Scheurl hält den Gesetz-Entw. nicht für ein Geschenk, da die Vollständigkeit der Konstitution die Initiative verlange, wünscht indessen die Annahme des Gesetzes ohne alle entbehrliche Modifikationen. Abg. Pf. Ruland zweifelt, ob die ständischen Initiative dem Lande eine Wohlthat seyen, indem immer mehr die Rechte der Krone dadurch geschmälert werden. — Hierauf wurde die spezielle Debatte eröffnet. — Art. I. Dieser Art. soll nach der Mod. des Ausschusses folgende Fassung erhalten: »Das Recht der Initiative für Gesetze die keine Verfassungsgesetze sind, steht jeder der beiden Kammern zu.« — Abg. Stockinger bringt zu Art. 1 u. 2 eine Mod., wonach erstere also heißen soll: »Das Recht der Initiative steht jeder der beiden Kammern für Gesetze jeder Art zu, mit alleiniger Ausnahme der im Tit. II. §. 2—22 der Verf.-Urk. aufgeführten Bestimmungen.« — Prof. v. Scheuerl übergibt eine Modif., daß zwischen den Worten »steht« und „jeder" eingeschaltet werden »ohne alle Beschränkung.« — Nach längerer Debatte erklärte sich Referent gegen die Mod. des I. Sekr. Stockinger. — Der Minister des Innern äusserte sich mit großer Entschiedenheit dagegen, worauf diese Modif. verworfen wurde. Dasselbe wurde der Modif. des Abg Dr. Scheuerl zu Theil und somit der Artikel nach dem Beschlusse des Ausschusses angenommen. Art. II. bestimmt, »daß das bisher nur dem Könige zustehende Recht der Initiative zu Abänderungen der Bestimmungen der Verfassung, nun auch in Ansehung der in den Titeln IV. VII. VIII. u. X. §. 1—6 der Verf.-Urk. enthaltenen Bestimmungen und die hierauf bezugnehmenden Verf.-Beilagen und Gesetze auch den Ständen eingeräumt werden soll." — Der Ausschuß beantragt die unbedingte Annahme dieses Artikels.

Abg. Prof. Edel bringt die Modif, daß unter obigen Bestimmungen der Verfassung auch Titel V. aufgenommen werden soll. — Auch dagegen spricht sich der Minister des Innern aus, dagegen von der Kammer angenommen und mit ihr der Art. Art. III. »Das Recht der Berufung, Vertagung, Auflösung ꝛc. der Kammern wird dem König vorbehalten« wurde ohne Debatte angenommen. — Art. IV bestimmt »bezüglich der im Tit. VI. der Verfassungs-Urkunde enthaltenen Bestimmungen stehe, so weit sie die Kammer der Reichsräthe betreffe, den Letztern das im Art. II. bezeichnete Recht der Initiative ebenfalls zu« und wurde ebenfalls ohne Debatte angenommen. Art. V. »Anträge zur Abänderung der in Art. II und IV bezeichneten Verf.-Gesetze sind sofort nach ihrer Einbringung einer vorläufigen Verhandlung zu unterwerfen; wenn dieselben hienach nicht von der Hälfte der anwesenden Mitglieder der betr. Kammer unterstutzt werden, so können sie zu keiner weiteren Berathung gelangen. Im Falle der Unterstützung werden die Ausschüsse auf die doppelte Zahl ihrer Mitglieder verstärkt.« Ohne Debatte wurde der Artikel mit der Modif. des Ausschusses angenommen, daß im Art. I und III gesetzt werde Art. II und IV. — Die Art VI, VII, VIII und IX wurden hierauf mit einer nicht wesentlichen Abänderung des Ausschusses ohne Debatte angenommen. — Die hierauf erfolgte Abstimmung über den ganzen Ges.-Entwurf ergab dessen Annahme mit 106 gegen 9 Stimmen (Pf. Ruland, Grf. Pückler, Reulbach, Grf. Mandel, v. Riedheim, v. Feilitsch, Rath, Geldern, Pöttinger). — Hierauf Berathung des Ges.-Entwurfs über Ministerverantwortlichkeit.

Bei Abgang der Post wird das Ministerverantwortlichkeitsgesetz noch in Berathung genommen, wovon die ersten drei Artikel in folgender Fassung angenommen wurden: Art. I. Die Führung eines Ministeriums kann nur einem Staatsrathe im ordentlichen Dienste übertragen werden, welcher hiedurch einen sofort unentziehbaren Standesgehalt von 3000 fl. erhält, sofern ihm nicht aus früheren Dienstesverhältnissen ein höherer zukommt. Niemand ist zur Annahme eines Staatsministeriums verpflichtet. Art. II. Die vorübergehende Leitung der Geschäfte eines Staatsministeriums durch einen vom Könige zu bestimmenden Staatsrath oder Vorstand eines andern Ministeriums darf nur stattfinden: 1) wenn der wirkliche Staatsminister an der Ausübung seines Amtes verhindert ist; 2) insolange die sofort einzuleitende Wiederbesetzung eines erledigten Staatsministeriums zu keinem Resultate geführt hat. Art. III. Ein Staatsminister kann zu jeder Zeit um Enthebung von seiner Stelle bitten. Dieselbe darf ohne Rücksicht auf §. 24 der IV. Verf. Beil. nicht verweigert werden, wenn sie aus dem Grund erbeten wurde, weil der König in wichtigen Regierungs-Angelegenheiten die Rathschläge seines Ministers nicht annehmen zu können glaubt. Dem auf diese Weise in Folge seiner Bitte, so wie dem aus eigenem Antriebe des Monarchen entlassenen Staatsminister verbleibt der Standesgehalt ungeschmälert. Die Art. 4, 5 und 6 wurden in urspr. Fassung angenommen.

(München, den 15. Mai Abends.) So eben wird folgendes Circular in Umlauf gesetzt und an allen Straßen angeheftet: „Durch den Beschluß der zweiten Kammer vom 15. d. sind von der Fähigkeit, Wahlmänner zu werden, ausgeschlossen, unter anderen: Aerzte, Rechtspraktikanten, Künstler, Literaten, Accessisten, Privatdocenten, u. s. w. Diejenigen, welche sich durch diesen Beschluß in ihren staatsbürgerlichen Rechten verletzt fühlen, werden am Mittwoch, den 17. Mai, Mittags 12 Uhr, im Gasthofe zur blauen Traube eingeladen, um eine Adresse an die Kammer der Reichsräthe zu berathen."

(A. Abdztg.)

(Nördlingen, den 14. Mai) Der Magistrat von hier hat eine Petition der beiden Ständekammern abgesandt, die dahin geht, daß die Stiftungen für Kultus, Unterricht, Wohlthätigkeit und Kommunalzwecke vor den drohenden Nachtheilen möchten gewahrt werden, daß ihnen also: 1) nicht ein Theil ihrer Einkünfte ohne Entschädigung möchte gestrichen, 2) nicht eine Ablösung in Geld statt einer Fixation in Naturalien möchte aufgedrungen werden. Die Gründe sind diese, daß die Stiftungen privatrechtlicher Natur sind und bei ihnen politische Erwägungen, wie bei den Feudallasten, nicht in Betracht kommen können, daß Stiftungen ein geheiligtes Eigenthum sind, daß der Staat das Eigenthum der Stiftungen garantirt hat; daß diese Antastung der Stiftungen den kommunistischen Gelüsten die Bahn brechen müßte (?); daß diese Ablösung der Grundlasten bei den Stiftungen für das Volkswohl (Auflösung der Pfarreien, Hinsiechen (?) der Universitäten, Gymnasien, Schulen, Beschränkung der wohlthätigen Zwecke, dessen größerer Druck auf's Armenwesen, Umlagen in den Städten für Kommunalzwecke, Mangel an Hülfe durch Naturalien in theuern Zeiten) sehr gefährlich sey; daß diese Maaßregel mehr dem radikalen, als liberalen Principe angehöre und das nothwendige Element bedenklich bedrohe.

(A. Abdz.)

(Memmingen, den 13. Mai.) Die hiesige Bürgerschaft hat eine Adresse an den König erlassen, worin folgende Punkte vorkommen: Ew. Kgl. Majestät möchten allergnädigst geruhen: 1) zu umfassender Berathung der anerkannt kritischen Lage der Gewerbe, so wie der Mittel zur Abhülfe, schleunigst eine außerordentliche Versammlung intelligenter Handwerker aus verschiedenen Gegenden des Landes zu berufen, um durch solche die Bedürfnisse, Anträge und Ansichten der Handwerker vernehmen, prüfen und in ein geordnetes Ganze zusammenstellen zu lassen; zugleich aber auch 2) die Errichtung eines eigenen mit praktisch gebildeten und Sach- und Fachkenntniß ausgebildeten Männern zu besetzenden Ministeriums für Handel und Gewerbe anzuordnen, welches den Schutz und die Förderung der Handels- und gewerblichen Interessen des Vaterlandes zu vertreten, sofort auf Grund der von obiger Versammlung gepflogenen Berathungen zeitgemäße Gesetzesvorlagen in diesem Sinne schon der nächsten Kammer zu machen und die im Einvernehmen mit dem gesammten deutschen Vaterlande zu regelnde Handelsfrage der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. mit sachförderlichen, umfassenden Gutachten in thunlichster Bälde vorzulegen hätte. (Agsb. Abd. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. Mai.) In der heutigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses wurde von mehreren neuen Eingaben Kenntniß gegeben, darunter jene des Herrn Mietozewski in Posen, welcher gegen Hrn. Kerst's Erklärung protestirt, und die Absendung einiger redlichen Männer nach Posen zur Ermittlung der dortigen Zustände beantragt. Diese Eingabe wird an die constituirende Versammlung gewiesen; ebenso die Beschwerde des Schleswig-Holstein-Vereins in Hanau wegen roher Behandlung deutscher Bürger durch die Mannheimer Polizei und badische Gendarmen. Andere Eingaben gehen zu den Akten. Frhr. v. Closen übersendet einen Auszug seines nach München erstatteten Berichts über das Separatprotokoll vom 4. Mai. Hiernach war unter der Unterstützung, welche für die Regierungen im Schooße der constit. Versammlung erstrebt werden soll, eine rein moralische verstanden. Herr Abegg theilt ein Schreiben des Vorstandes der Kaufmannschaft in Breslau mit, worin neuerdings um Verwendung wegen Aufhebung des österreichischen Geldausfuhrverbots nachgesucht wird. Der Ausschuß beschließt, wiederholt eine Zuschrift in diesem Sinne an den k. k. östereichischen Präsidialgesandten zu erlassen. Hierauf Berathung der Arbeiterfrage auf den Grund des gedruckt vorliegenden Kommissionsberichts. Es sprechen zuerst Hr. Wedemeyer, welcher u. A. aus eigenen Erfahrungen die Möglichkeit und Ersprießlichkeit einer Betheiligung der Arbeiter am Gewinne nachweist; Herr Eisenmann, welcher zwischen einer Abhülfe der dringendsten Noth durch Palliativmittel und einer dauernden Abhülfe durch Organisation der Arbeit u.s.w. unterscheidet, erstere durch den Bundestag und die Regierungen alsbald ins Werk gesetzt, letztere durch die constituirende Versammlung angebahnt zu sehen wünscht. Hr. Heckscher will die ganze Aufgabe der constituirenden Versammlung vorbehalten wissen, spricht sich gegen die verderbliche Theorie einer Opposition zwischen Arbeit und Kapital, für innige Vereinigung beider, gegen Schutzzollsysteme und künstliche Fabrikation aus; Hr. Biedermann empfiehlt die in Sachsen bestehenden Arbeitskommissionen zur Nachahmung, und hebt das Bedürfniß hervor, Vertrauen und Kredit wieder herzustellen. Die HH. Stedtmann und Pagenstecher erwarten dieses Resultat hauptsächlich von einem gründlichen Eingehen der constituirenden Versammluug auf die Arbeiterfrage und von der Erhaltung des Friedens, worin auch Hr. Dutzwitz einstimmt. Dieser, so wie auch die HH. Blum und Venedey, halten die constituirende Versammlung für weit geeigneter, diese Frage gründlich zu erledigen, als den Bundestag, der sich noch im alten Geleise bewege und in jüngster Zeit an Vertrauen noch mehr verloren habe. Die HH. Blum und Schaffrath bezeichnen Gleichberechtigung der Arbeit mit dem Kapital und Begründung der politischen Freiheit und Gleichheit als Haupthebel des materiellen Wohlstandes. Hr. Raveaux spricht von dem mangelnden Vertrauen, zunächst in Rheinpreußen. Er schreibt das herrschende Mißtrauen zum Theil dem Systeme der Regierung zu. Das constitutionelle Ministerium unterschreibe lügenhafte Berichte, und [illegible] die Hand zur Zurückberufung eines allgemein gehaßten Prinzen. Die Regierungen taugen nichts, wie solle da der Bund etwas taugen? Diese Aeußerung rief eine Bewegung im Auditorium hervor, gegen welche das Präsidium abmahnend einschritt. — Nächste Sitzung: Mitwoch Nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Bericht an die konst. Versammlung über die Thätigkeit des Ausschusses. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 16. Mai.) Nachdem Herr Syndicus Dr. Harnier, auf sein Ansuchen, der Stelle eines Bundestagsgesandten hiesiger freien Stadt enthoben worden, wurde Herr Schöff Dr. Souchay zu diesem Posten ernannt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 16. Mai.) Die Parlaments-Mitglieder hielten heute Nachmittag eine vierte Versammlung. Die Zahl hat noch nicht 200 erreicht. — Morgen finden zwei Versammlungen, eine um 11 Uhr und eine um 8 Uhr statt, und dann soll es erst entschieden werden, ob übermorgen die constituirende Versammlung eröffnet werde. Man zweifelt vorerst nicht daran, auch drangen schon heute viele Redner darauf. — Der Fürst von Thurn und Taxis hat dem Parlament und dessen Gliedern in dem fürstlichen Postgebiet vom 18. an Portofreiheit angeboten; die übrigen Postadministrationen folgen wohl nach. (R. W. Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 15. Mai.) Der Bundestagsgesandte v. Lepel ist abberufen. Als seinen Nachfolger bezeichnet man den Grafen Lehrbach. (F.-O.-P.-Z.)

(Mainz, den 14. Mai.) Heute hatten wir wieder einmal zur Abwechslung einen Schleppschiffkrawall, wobei es die Bürgergarde vergebens versuchte, dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Auf die Nachricht hin, daß der Rheinadel wieder ein Schleppschiff gewaltsam angehalten und dasselbe in Masse bestiegen habe, erließ der Staatsprokurator verschiedene Vorführungsmandate und übertrug die Vollziehung derselben der Bürgergarde. Herr Zitz, welcher dieselbe als Oberst-commandirt, ging mit einer starken Patrouille hinaus an den Rhein, um die erhaltene Ordre in Vollzug zu setzen, mußte indessen bei der Masse aufgeregter Arbeiter, welche alle Gründe der Vernunft mit Hohn zurückwiesen, von seinem Verhaben abstehen. Herr Zitz kam bei dieser Gelegenheit so ins Gedränge, daß er sich genöthigt sah, die Bürgergarde zu seinem persönlichen Schutze das Bayonnet fällen zu lassen, und hatte von den Arbeitern die unangenehmsten Bemerkungen zu hö-

ren, wie z. B.: „Was, Sie wollen uns in unserm Rechte hindernd entgegentreten, Sie, der Sie Fürsten absetzen wollten, wollen uns hindern, einer Gesellschaft das Handwerk zu legen?“ u. s. w. So viel steht fest, daß die Bürgergarde ihren Zweck nicht erreichte und daß das Schleppboot nach dem Gartenfelde zurückfahren mußte, wo es heute Nacht von der hiesigen hessischen Besatzung mit geladenen Gewehren bewacht wird. (F.-O.-P.-Z.)

(Gießen, den 15. Mai.) An den Fünfziger-Ausschuß cirkulirt hier folgende Adresse, die bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt ist: Verehrte Männer! Sie haben in Ihrer Sitzung vom 12. d. beschlossen, die Rechte der konstituir. Versammlung gegen jeden Eingriff zu wahren und das Promemoria der Bundesversammlung vom 4. d., wie das Verfahren des Bundestags der Beurtheilung der öffentlichen Meinung Deutschlands zu übergeben. Noch ehe die Unterzeichneten Ihren Beschluß kannten, hatten sie in offener Versammlung beschlossen, gegen dieses Machwerk der Reaktion zu protestiren und das gesammte deutsche Volk zu gleichem Proteste aufzufordern. Wir thun dieses hiemit feierlich; wir erklären, daß wir nur der konstituirenden Versammlung einzig und allein das Recht zuerkennen, die Verfassung Deutschlands zu bestimmen; wir erklären, daß wir dem Verfahren des Bundestags, wie jedem Versuche, die Befugniß der konstituirenden Versammlung zu schmälern, entgegentreten werden; wir fordern alle Deutsche auf, sich dieser unserer Erlärung anzuschließen. Daß der großherzogl. hess. Bundestagsgesandte es war, welcher dieses Promemoria verfassen konnte, hat uns die Röthe der Schaam auf die Wangen getrieben. Wir haben mit Freuden gesehen, daß unsere Regierung sich beeilt hat, Tendenz und Meinungen dieses Promemoria entschieden zu mißbilligen und erwarten jetzt, daß sie den Gesandten, als ihres Vertrauens unwürdig, unverzüglich abberufen werde. Gießen, den 13. Mai 1848.« (Folgen die Unterschriften.) — In ähnlicher Weise wurde eine Vorstellung an das großherzogl. Ministerium entworfen und unterzeichnet. (Frkfr. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 15. Mai.) Folgendes ist die Adresse, welche an den Fünfziger-Ausschuß als Protest gegen das bekannte Separat-Protokoll erlassen werden soll; sie ist mit zahlreichen Unterschriften bedeckt: »An den Fünfziger-Ausschuß zu Frankfurt. Die von dem Bundestag trotz der ihm beigegebenen Vertrauensmänner in seinen neueren Beschlüssen kundgegebenen Absichten haben hier den tiefsten Unwillen erregt. In gleichem Maße aber hat uns hoch erfreut die Kraft und der Eifer, womit der Fünfzigerausschuß diesem unlautern Treiben entgegen getreten ist. Wir zweifeln nicht, daß der Ausschuß — getreu der ihm durch die in der vorberathenden Versammlung gefaßten Beschlüsse von dem gesammten deutschen Volke anvertrauten Sendung — auch ferner mit gleicher Festigkeit jeder reaktionären Bestrebung begegnen, und die ihm überantworteten Rechte des Volks vor jeder Gefahr bewahren wird. — Aber wir wollen auch nicht versäumen, hiermit feierlichst zu erklären, wie wir und Alle des Volks es als heilige Satzung anerkennen, daß die bevorstehende constituirende Versammlung — getreu den Grundsätzen, welche die vorberathende Versammlung festgestellt hat — den allvermögenden Willen des deutschen Volks ausspricht, und daß der Ausführung dieses Willens ebensowenig von einem der Fürsten oder ihrer Diplomaten als von irgend einer sonstigen Partei ein Hinderniß entgegengestellt werden darf. Wir erklären weiter, daß wir fest entschlossen und bereit sind, dieses oberste Recht des Volks und die Organe desselben, sowohl den Fünfziger-Ausschuß als die konstituirende Versammlung, — gegen jede feindliche Beeinträchtigung mit Gut und Blut zu vertheidigen, und daß wir dafür sorgen werden, daß das Volk allenthalben, insbesondere aber das Volk in der nächsten Umgebung der Versammlung zu ihrem Schutz stets bereit sey. — Um keinen Preis einen Rückschritt! Wir vertrauen auf Euch, vertraut ebenso auf uns. — Das Volk wacht! — Wiesbaden, den 14. Mai 1848.« (Folgen die Unterschriften.) (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 15. Mai.) Der Preussische Staats-Anzeiger enthält Folgendes: Der mitunterzeichnete Vorsitzende des Staats-Ministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Kommandeur der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunkt der Rückkehr des Prinzen von Preussen königl. Hoheit widerlegt. Dessenungeachtet ist hierüber am gestrigen Abende durch eine Deputation einer Volksversammlung eine neue Erklärung begehrt worden. Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach: Se. königl. Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der auf den 22. d. M. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter, in das Vaterland zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen constitutionellen Bahn öffentlich kundgeben. Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staats-Ministeriums ausgesprochen. Wenngleich wir dies bedauern, so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am wenigsten jetzt wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung. Wir sind dies dem ganzen Volke, — auch mit Rücksicht auf die aus der Hauptstadt, wie aus den Provinzen, uns zugegangenen zahlreichen Adressen im entgegengesetzten Sinne — schuldig. Wir sind es der Versammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amtshandlungen abzulegen haben. Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht, daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volks-Vertretung, insbesondere des Verfassungs-Entwurfes, ferner gehemmt werde. Berlin, den 15. Mai 1848. Das Staats-Ministerium. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Kanitz. von Patow.

(Posen.) Der Königl. Kommissarius, General der Infanterie von Pfuel, hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Es hat sich im Publikum die Meinung verbreitet, als sollte mit dem Insurgentenführer Mieroslawski glimpflicher verfahren werden, als Recht sei. Das Publikum mag aus Folgendem eine richtige Ansicht über diese Angelegenheit gewinnen. Herr von Taczanowski kam am 8. d. Mts Abends zu mir mit der Nachricht, daß Mieroslawski bereit sei, zu kapituliren, und erbat sich die Erlaubniß, ihn zu mir zu führen. Der General-Lieutenant von Wedell hatte bereits von mir die Capitulations-Bedingungen erhalten, und da mit einer Reise des Mieroslawski hierher eine Zögerung dieser ganzen Angelegenheit eingetreten sein würde, die nicht stattbaben durfte, so gab ich dem von Taczanowski einen Paß für sicheres Geleit für ihn und Mieroslawski, um sich mit Letzterem zum General-Lieutenant von Wedell zu begeben, und theilte ihm zugleich schriftlich die Capitulations-Bedingungen mit. Mieroslawski hatte, wie mir von Taczanowski sagte, bereits das Kommando niedergelegt und sich aus dem Lager entfernt, in der Besorgniß vor seinen Leuten, unter denen schon alle Disciplin aufzuhören begonnen hatte. Taczanowski hatte unterdeß aber seinen Entschluß geändert, und anstatt mit Mieroslawski zum General-Lieutenant von Wedell zu gehen, hatte er sich mit dem Oberst von Brzezanski dahin begeben, der nach Mieroslawski augenblicklich das Kommando im Lager führte. Oberst Brzezanski schloß die Kapitulation ab, indem er zugleich erklärt, daß er eigentlich auch nicht mehr kommandire und auch nicht mehr wage, in das Lager zurückzukehren, und daß Oberst Oborski den Oberbefehl übernommen habe. Während der Unterzeichnung der Kapitulation traf aber ein Schreiben des Oberst Oborski ein, in welchem derselbe erklärte, daß nur ein Theil seiner Truppen die Bedingungen annähmen, die übrigen aber sich zerstreut hätten. Mierolawski hatte die Einleitung zur Kapitulation gemacht und sich gewissermaßen zu meiner Verfügung gestellt, und demzufolge von mir einen sicheren Geleitbrief erhalten, welcher für ihn und Taczanowski galt. Der Kriegsgebrauch gestattet mir hiernach nicht, den Mieroslawski anders, als der Kapitulation gemäß, zu behandeln — und der Kapitulation gemäß wird er daher nach einer preussischen Festung gebracht werden, von wo er entweder nach Bestimmung des Gouvernements zuerst nach einem Depot zwischen Elbe und Weser abgeführt werden oder sogleich einen Paß nach Frankreich erhalten wird. Schließlich bemerke ich noch, daß die Kapitulation nur Geltung hat für das Insurgenten-Korps, welches am 9. Mai l. J. dem General-Lieutenant von Wedell in der Gegend von Schroda gegenüber stand. Posen, den 13. Mai 1848. Der Königliche Kommissarius, General der Infanterie von Pfuel.« (Pos. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, den 14. Mai.) Der Minister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, General-Lieutenant Graf Beroldingen, hat nun definitiv die nachgesuchte Entlassung erhalten. Sein Portefeuille wurde dem Director des geheimen Staats- und Hausarchivs, geh. Legations-Rath v. Roser, übertragen. (Frkf. J.)

(Stuttgart, den 14. Mai.) In dem Städtchen Nagold sind grobe Exzesse verübt worden, es heißt sogar, daß die Tumultuanten den dortigen Oberamtmann umgebracht haben. In Folge dieses sind gestern Abend zwei Kompagnien des 8. Infanterieregiments dahin abgegangen. (Fr. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 14. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 13., Schluß.] Kurz vor Sitzungsschluß erhielt noch Carbonnel das Wort. Er ist Abgeordneter des Loirethales und schilderte in lebhaften Worten das Elend der dortigen Gruben-Arbeiter. Könne ihnen auch der Staat nicht sofort radikal helfen, so solle er sie wenigstens beschäftigen, damit man sie von Rebellion abhalte. Er trage darauf an, zunächst die Strasse von Lyon nach Toulouse durch sie vollenden zu lassen. Nur durch prompte Beschäftigung sei der Wiederholung der täglichen Angriffe gegen Personen und Eigenthum vorzubeugen. Der Redner überreichte eine Proposition zu diesem Zweck, die er auf dem Bureau niederlegte. Dann zeigte der Präsident der Versammlung an, daß der Ministers des Auswärtigen, die für die Montaginterpellation nöthigen diplomatischen Aktenstücke auf das Bureau niedergelegt habe, wo die Nat.-Versammlung Einsicht nehmen könne. Diese Aktenstücke bestehen: 1) politische Korrespondenz rücksichlich des Herzogthums Posens. 2) Depeschen d. d. Turin 5. April, dito vom 7. April von Seite des Minister des Auswärtigen von Sardinien u. s. w. Endlich überreichte Chapuis eine Proposition, worin er darauf antrug, das Schicksal der ehemaligen politischen Verurtheilten durch Sicherung irgend einer Existenz festzustellen. Diese braven Vorkämpfer seien durch Gefängnißhaft und Entbehrungen aller Art meistentheils ruinirt und dem Bettelstade nahe. Nachdem die Quästoren wiederholt angezeigt hatten, daß das Fest nicht stattfinde, ging die Versammlung gegen 7 Uhr auseinander.

Der Präfekt des Ober-Rheins hat der Regierung gemeldet, daß sich die Ueberreste der republikanischen deutschen Legion unter Hecker und Heinzen auf französisches Gebiet geflüchtet hätten. Das Exekutiv-Komité hat, sagt man, entschieden, diese Reste mit möglichster Menschlichkeit zu behandeln, vorausgesetzt, daß sie ihre Waffen niederlegen und nicht organisirt bleiben.

Morgen, Montag, wird die Polen-Demonstration stattfinden. Alle Arbeiter, die sich für Polen's Wiederherstellung interessiren, sind eingeladen, sich Vormittags 10 Uhr auf dem Bastillenplatz einzufinden, von wo sich der Zug in die Nationalversammlung begibt.

Türkei.

Die Post aus Konstantinopel vom 3. Mai bringt einen bedeutsamen Ministerwechsel. Reschid-Pascha, der „Reformminister“, der aber wenig Reformen durchgesetzt hat, ist entlassen und ersetzt durch den bisherigen Präsidenten des geheimen Raths, Sarim Pascha, der Europa ebenfalls kennt, es wenigstens gesehen hat, da er Gesandter in London und Paris gewesen. Die Cholera griff wieder bedeutend um sich. (A. A. Z.)

Amerika.

(New-York, den 24. April.) Ueberall in den Vereinigten Staaten werden die Revolutionen Europa's mit Freudenbezeugungen begrüßt. Man sieht es meistens als ausgemacht an, daß sie zur allgemeinen Republik führen würden. Eine pennsylvanische Volks-Versammlung beschloß sogar, jedem gekrönten Haupte, welches nach Amerika einwandere, 80 Morgen Landes zu bewilligen, vorausgesetzt, daß es sich verbindlich mache, sich als guter Bürger aufzuführen. Man hat Sammlungen für die Wittwen und Waisen der gebliebenen deutschen Freiheits-Kämpfer angestellt, und der „Washington“ nimmt 4000 Dollars mit, welche der amerikanische Consul in Bremen der National-Versammlung in Frankfurt überweisen soll. Manche Deutsche haben uns verlassen, auch Hermann Kriege, dessen Abgang bedauert wird; der Aufenthalt in Amerika hat vortheilhaft auf ihn gewirkt; er hat hier seine deutschen Theorieen abgestreift. Mit Kommunismus und anderen Ueberschwenglichkeiten läßt sich in der neuen Welt noch weniger ausrichten, als in der alten. Die Abfahrt des „Washington“ ist diesmal ein Freudenfest für unsere deutschen Bürger: sie geschieht unter deutscher Flagge! (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Ansprüche an den Nachlaß des verlebten Drechslergesellen Ulrich Kräußel von Erlangen sind am

Mittwoch, den 21. Juni l. Jhs. Vormittags 9 Uhr im dießgerichtlichen Commissions-Zimmer Nro. 9

anzumelden, und gehörig nachzuweisen, widrigenfalls dieselben bei dessen Auseinandersetzung keine Berücksichtigung finden würden.

Nürnberg, den 5. Mai 1848.

Seuffert.

Bekanntmachung.

(Die Verpachtung eines Kramladens nebst Gewölbe unterm spitalischen Getraidboden S. Nro 846b am Spitalhofe dhr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

werden

ein Kramladen nebst Gewölbe unterm spitalischen Getraidboden S. Nro. 846b am Spitalhofe dahier

vom Ziel Laurenzi d. Js. an, an den Meistbietenden vorbehaltlich der Genehmigung anderweit öffentlich verpachtet, und steht hiezu Termin auf

Montag den 22. Mai l. Js. Vormittags 11 Uhr

im Geschäftszimmer Nro. 28 auf dem Rathhause dahier an, wozu zahlungsfähige Pachtliebhaber hiemit eingeladen werden.

Nürnberg, den 11. Mai 1848.

Tuchewitz.

Löhner.
v. n.

Trauer-Anzeige.

Mit den schmerzlichsten Gefühlen der innigsten Wehmuth zeigen wir allen unsern Verwandten und Freunden das Dahinscheiden unseres vielgeliebten Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Herrn

Johann Georg Schneider,

Ballenbinders dahier,

hiemit an. Er folgte seiner ihm erst vor 7 Monaten vorangegangenen Gattin gestern Mittags 11 Uhr, nach mehrmonatlichen Leiden an den Folgen der Wassersucht und im kaum vollendeten 74 Lebensjahre in die Gefilde der Ewigkeit mit Ergebung in den Willen des Herrn nach. Wer den rastlos thätigen, für das Wohl der Seinigen stets besorgten Familienvater näher kannte, wird unsern gerechten Schmerz zu würdigen wissen, und uns stille Theilnahme nicht versagen, um welche bitten

Nürnberg, den 18. Mai 1848

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Samstag den 20 May Nachmittags 3 Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhof statt.

Trauer-Anzeige.

Heute um 6 Uhr entschlief unser guter Sohn und Bruder

Eduard Alois Inzenhöfer,

Flaschner-Gesell, Sohn des verstorbenen Güterladers Inzenhöfer. Nach zurückgelegter Wanderzeit in seiner Heimath angelangt, wurde derselbe krank und endete sein junges Leben im 21. Jahre in Folge der Abzehrung. Wer die Herzensgüte dieses guten Sohnes und Bruders kannte, wird unsern tiefen Schmerz bemessen können und uns stilles Beileid nicht versagen

Nürnberg, den 16 Mai 1848.

Sämmtliche Hinterbliebene.

Die Beerdigung findet Freitag den 19 Mai Nachmittags 2 Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhof statt.

Anzeige.

Möge doch ein wachendes Auge über die Taufbuchführung des Hrn. L. in Wöhrd schweben, indem derselbe mir unterm 15. Febr. 1847 in Nro. 20 des Intelligenz-Blattes abermals am 15. Mai 1848 in Nr. 57 desselben Blattes einen Sohn mit gleichen Namen in der öffentlichen Anzeige dieses Bl. aufführte, da er doch laut Taufzettel ein Mädchen jedesmal zu taufen hatte, da nun doch diese Veröffentlichung aus dem Taufbuch extrahirt wird, so wäre sehr leicht zu erwarten, daß sich solche Verwechslung im Buch verfinden; wie würde es sich aber gestalten, wenn ich bei Konskribirung dieser Altersklassen aufgefordert würde meine Söhne zu stellen; würden dieselben nicht auf den ersten Anblick für Täuscher und bei näherer Untersuchung für Dienstunfähig erklärt werden müssen?

J. Schumacher.

Bierbrauerei-Verkauf.

Eine reale Bierbrauerei und Wirthschaftsgerechtigkeit in Miltenberg ist aus freier Hand um 2500 fl. zu verkaufen. Das Anwesen liegt mitten in der Stadt an der Hauptstraße und besteht aus einem dreistöckigen Wohnhause, einem damit verbundenen Anbau zur Brauerei, den Brauereieinrichtungen, einem Sudwerke von 4 bayerischen Schäffeln, einem neuen Kühlschiffe und Malzdarre, einem eigenen Malz- und Gährkeller und einem in Felsen gesprengten Bierkeller von 6° R. mit sehr gutem Luftzuge, welcher 500 Eimer fassen, und der auch beliebig erweitert werden kann; dazu ein Hof mit eigenem Brunnen und ein 15 Ruthen großer Garten mit Obstbäumen. Bei Zahlung von 500 fl. Kaufschilling können 2000 fl. zu 5% auf dem Anwesen stehen bleiben. Nur die Zeitverhältnisse, und daß der gegenwärtige Besitzer dieses Geschäft nicht betreiben kann, erklären diese günstigen Kaufsbedingnisse. Das Nähere auf portofreie Anfrage unter der Adresse F. E. in Miltenberg am Maine.

Solide, sichere und anempfehlenswerthe Capitalanlage.

Das

große Badische Staatsanlehen

von 14 Millionen Gulden, von den Landesständen errichtet und garantirt bietet Gewinne von 14mal **50,000**, 54mal **40,000**, 12mal **35,000**, 23mal **15,000**, 2mal **12,000**, 55mal **10,000** bis abwärts fl **42**

Die nächste Verloosung findet am 31. Mai 1848 statt und sind hierzu bei unterzeichnetem Handlungshaus Originalloose à 28 fl. zu beziehen. Plane und jede Auskunft gratis.

Julius Stiebel jun., Banquier
Bureau, Wollgraben in Frankfurt am Main.

Alle von mir bezogenen Loose nehme bis zum 30. Juni l. J. im Falle solche in dieser Ziehung nicht herauskommen sollten jederzeit à 26 fl. 30 kr. zurück, daher die Einrichtung getroffen ist, daß zur Vollziehung nur der Contraverlust von 1 fl. 30 kr. einzusenden ist.

Solide Männer, die sich mit dem Debit befassen wollen, erhalten einen schönen Rabatt.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 18. Mai findet

Produktion

im Gartenlokale zur Rose statt, wozu die verehrlichen Mitglieder zu zahlreichem Erscheinen einladet

Der Vorstand.

Haus-Verkauf.

Ein Vorderhaus, Nebengebäude und Hinterhaus, Sebalderseite, enthaltend 13 heizbare und 3 unheizbare Zimmer, 1 Speisekammer, 4 Küchen, 4 Böden und 2 Kammern, 1 Gewölbe, 1 Waschhaus, 1 Holzlage, 3 Keller, 1 Pumpbrunnen, Hofraum, 2 Dezimal Garten, u. v. 3 Abtritte rc ist billig zu verkaufen. Anfrage mit Adresse N. N. bittet man in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Ersuchen.

Herr Badmeister Bromig wird ersucht, an die Oeffnungen gegen den Fluß, bei den Abtheilungen für Herren, leichte Thüren, oder wenn diese zu kostspielig seyn sollten, wenigstens Vorhänge von ganz grobem Tuch machen zu lassen, damit man erstens vor der Sonne mehr geschützt ist und ferner Erwachsene beim Aus- und Ankleiden von den häufig anwesenden ganz jungen Leuten nicht länger genirt werden. — Herr Bromig hat schon manches Zweckmäßige geschaffen, möge er auch obigem im Namen vieler ausgesprochenen Wunsche baldigst entsprechen.

Z.

(Aufforderung.) Es ist heute an den Unterzeichneten ein Brief abgegeben worden, mit der Unterschrift Karl Fache. Da mir der Name unbekannt, so fordere ich hiemit denselben auf, mir unter die Augen zu treten, wenn er Ehre besitzt. Das Gestift aber, das er in die Kirche geben will, erspare er, da er vielleicht in Zukunft dasselbe für sich sehr nöthig brauchen könnte.

Johann Volkert,
Schuhmachergesell.

(Gefunden.) Am 16. d. hat Jemand eine mit Silber beschlagene Tabackspfeife gefunden, und kann solche von dem rechtmäßigen Eigenthümer in der Deutschhaus-Kaserne bei der 3 Schützenkompagnie in Empfang genommen werden.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von 17 Jahren, wird zu einem Handwerk gegen Lehrgeld unterzubringen gesucht.

Einhorn.

Da ich eine Sendung ausgezeichneten „Münchner Bock" erhalten habe, welcher mir zu viel ist, so gebe ich auch selbigen an Gesellschaften in kleinen Partien ab, wozu einladet

Meisenbach

Contumaz-Garten.

Heute Freitag den 19. Mai findet 8stimmige Blechmusik unter Leitung des Stabshornisten Herrn Lippert statt, wozu hiemit höflichst einladet

Zöbelein.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 22. Mai findet bei günstiger Witterung Produktion auf dem Rißkatts-Zwinger statt. Die Musik beginnt um halb 7 Uhr

Der Vorstand.

(Anzeige.) Unterzeichneter zeigt hiemit ergebenst an, daß er mit Herrn Bauernfeind für die Folge nicht mehr in Verbindung steht und bittet daher, man wolle sich bei geneigten Aufträgen direct an Unterzeichneten selbst wenden.

Joh. Kagerer, Portraitmaler.
am Marplatz S Nro. 229.

Garten-Verkauf.

In der Nähe der Nürnberg-Fürther-Eisenbahn ist ein großer Garten mit mehreren Gebäuden, 2½ Morgen groß, billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Erklärung) Unterzeichneter, als Verfasser der in Nr. 5 der Mittelfränkischen Zeitung enthaltenen „Aufforderung", nimmt die darin gegen den Metallschläger Herrn Kübler gebrauchten, beleidigenden Aeußerungen zurück und erklärt, daß es ihm leid thue sie gebraucht zu haben, und daß er der Ehre des Herrn Kübler nichts Nachtheiliges nachsagen könne.

Nürnberg am 1. Mai 1848.

F. G.

(Zu vermiethen.) Es ist ein Logis täglich oder auf Ziel Laurenzi zu vermiethen, dasselbe befindet sich in einer der schönsten Straßen der Stadt, auf der Mittagsseite, im ersten Stock, ist neu tapezirt und enthält: 3 Zimmer, 2 Kammern, Küche, Holzlagen, Keller, nebst allen sonstigen Erfordernissen und Bequemlichkeiten.

(Verlaufen.) Ein weiß-gelbgeflecktes Königshündchen hat sich verlaufen, dasselbe merkt auf den Ruf Pollux, um dessen Zurückgabe in Nro. 140 der Kaiserstraße gegen gute Belohnung gebeten wird.

Cremser- und Bleiweisse

in Oel abgerieben und trocken, so wie alle sonstigen

Maler- und Tüncherfarben

empfehlen wir nebst unserem Lager von

hydraulischem Kalk

zur gefälligen Abnahme unter Zusicherung billigster Preise.

Hengelein und Güllich
am Thiergärtnerthor.

(Gesuch) Ein braves Mädchen, welches Liebe zu Kindern hat, sich auch den vorkommenden Hausarbeiten willig unterzieht, empfehlenswerthe Zeugnisse besitzt, auch auf Verlangen im elterlichen Hause schlafen kann, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch) Ein ordentlicher, mit guten Zeugnissen versehener Destillen wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein gewandter junger Mensch, der auch einige Kenntnisse im Schreiben und Rechnen besitzt, wünscht wieder eine Beschäftigung. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Sofa mit 4 Sesseln von Nußbaumholz, modern und gut gehalten, werden zu kaufen gesucht. L. Nro. 99 in der Königsstraße.

(Gesuch.) fl 8000 à 4 pCt. werden gegen Versicherung von fl. 14000 auf ein hiesiges Anwesen mit Kosten-Kaution 10pCt sogleich aufzunehmen gesucht. Anfragen bittet man unter Adresse R. S. in der Exp. d. Bl. abzugeben.

Arena.

Freitag den 19. Mai „Der Vetter." Lustspiel in 3 Akten v. Benedix. Vor dem Lustspiel „Solo-Ländler," vorgetragen von Hrn Weßbach.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20. Mai 1848. **№ 141** **Samstag: Athanasius.**

Deutschland.

Bayern. †° (München, 17. Mai.) [Schluß der fünfunddreißigsten Sitzung.] Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz wurde im Sturmschritt fortberathen und ohne Diskussion die vom Ausschuß in nachfolgender Weise modifizirten Artikel, so wie endlich das ganze Gesetz einstimmig angenommen, eben so der demselben angehängte Wunsch. Die besagten Artikel lauten in ihrer Veränderung: Art. VII. Hält der Vorstand eines Staatsministeriums eine ihm angesonnene Amtshandlung für gesetzwidrig oder dem Landeswohl nachtheilig, so ist er verpflichtet, dieselbe abzulehnen, beziehungsweise seine Gegenzeichnung unter schriftlicher Angabe der Gründe zu verweigern. Er ist berechtiget seine Gründe dem Ministerrath darzulegen, dessen Protokoll dem Könige vorzulegen ist. Art. VIII. Jedem wirklichen oder abgetretenen Staatsminister oder Verweser eines Staatsministeriums dürfen die amtlichen Behelfe zur Rechenschaftsablage über seine Amtsverwaltung nicht vorenthalten werden, wenn er dieselben zu seiner Rechtfertigung von dem Könige oder den Ständen des Reichs bedarf. Art. IX. Ein Staatsminister oder dessen Stellvertreter, der durch Handlungen oder Unterlassungen die Staatsgesetze oder seine verfassungsmäßigen Amtspflichten verletzt, ist den Ständen des Reiches verantwortlich, und kann auf deren Anklage mit Rücksicht auf den Grad des Verschuldens und auf den Erfolg der Pflichtverletzung 1) mit einfacher Entfernung vom Dienste unter Belassung des ihm nach § 19. der IX. Verf. Beil. gebührenden Ruhegehaltes; 2) mit Dienstes-Entlassung ohne Ruhegehalt oder 3) mit Dienstes-Entsetzung (Cassation) bestraft werden. Art. XIII. Durch das Verfahren von dem Staatsgerichtshofe wird die nach den allgemeinen Gesetzen etwa begründete civilrechtliche oder strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht ausgeschlossen. Der Wunsch lautet: »Seine Majestät sei zu bitten, den Gesetz-Entwurf über den Staats-Gerichts-Hof und das Verfahren bei Anklagen gegen Minister der nächsten Ständeversammlung unverzüglich wieder vorlegen zu lassen, wenn dieser Gegenstand während der dermaligen Kammer-Verhandlung nicht mehr zur Erledigung kommen sollte.

(München, den 18. Mai.) [Sechsunddreißigste öffentliche Sitzung der Kammer der Abg.] Am Ministertische: der Staatsminister der Finanzen. Bei Beginn der Sitzung erinnerte der I. Präsident daran, daß heute das deutsche Parlament eröffnet werden soll, sprach einige Worte der Weihe und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf das einige freie Deutschland, in den die ganze Kammer herzlichst einstimmte. — Abg. Reuffer als Referent des II. Ausschusses erstattete hierauf Vortrag über den Ges.-Entwurf: die Kapitalsteuer betr. Der Ausschuß hat mehrere Beschlüsse gefaßt. Die Kammer beschloß den Gesetz-Entwurf in Berathung zu ziehen. — Der Staatsminister der Finanzen eröffnete dieselbe mit einer Rede, worin er sich über die Nothwendigkeit und Billigkeit des Gesetz-Entw. aussprach. — Abg. Dec. Vogel verweist auf sein im Ausschuß mitgetheiltes Votum. Redner will, daß der Gesetzentwurf verworfen, und dagegen dem Minister ein Credit-Votum von 4 Millionen bewilligt werde. Abg. Eppelsheimer erkennt das Princip des Gesetz-Entw. an, wünscht ihn jedoch seiner Wichtigkeit wegen für den kommenden Landtag zu verschieben, um so mehr, da die öffentl. Meinung durchaus nicht für Einführung neuer Steuern zur jetzigen Zeit übereinkommen werde. — Der Staatsminister der Finanzen widerspricht den vorhergehenden Rednern, legt wiederholt die große Nothwendigket der Einführung dieser Steuer dar, außerdem ein zu großes Defizit in der Staatskasse eintreten würde. In Bezug auf den Antrag des Hr. Dec. Vogel, bemerkt der Hr. Minister, daß bereits ein Credit von 7 Millionen gewährt sei, von welcher Summe man nicht einmal noch wisse, ob man sie auch erhalten würde. Redner erwähnt nebenbei auch, daß Bayern viel geringere directe Steuern trage, als Oesterreich, Würtemberg ꝛc. — Abg. Schnetzer spricht gegen den Ges.-Entw. und wünscht das Deficit durch bessere Ersparnisse im Staatshaushalte, insbesondere der höchsten Staatsbeamten zu decken. Er spricht sein Mißtrauen aus in Bezug der Staatsgelder, welche nach Griechenland gewandert, wie überhaupt deren Verwendung. Abg. Pf. Ramoser: Um consequent zu sein, müsse er für dieses Gesetz stimmen, weil er auch für das Ablösungsgesetz gestimmt habe, da durch dieses neue Gesetz das durch die Ablösung entstehende Defizit gedeckt würde. Zugleich wird durch diesen Ges.-Entw. eine gleichheitliche gerechte Steuer eingeführt, wie sie das ganze Land wünsche. — Abg. Dec. Würth spricht in demselben Sinne wie seine Hr. Collegen vor ihm. Abg. Bestelmeyer erörtert den Gegenstand von verschiedenen Seiten, will jedoch, daß der Entwurf der nächsten Ständeversammlung vorbehalten werde. —

Abgeordneter Frhr. v. Schätzler: Da ein Defizit von wenigstens 3 Millionen zu befürchten sey, so glaube er, damit das Defizit nicht noch größer werde, die Einführung der Kapital- und Einkommensteuer zu bewilligen, so ungünstig leider auch die Zeit dazu sein möchte. Abg. Frhr. v. Rotenhan. Daß ein Ausfall zu decken sey, darüber sey kein Zweifel, daß er von der nächsten Ständeversammlung gedeckt werden müsse, sey auch klar. Die praktische Wirksamkeit der nächsten Stände werden kaum vor Jahr und Tag ins Leben treten, also müssen Mittel zur Deckung bis zu dieser Zeit ins Leben treten. Im Falle des Krieges würde dieser Ausfall noch bedeutend größer werden, darum könne also auch die Kammer diesen Gesetzentwuf nicht zurückweisen, um so mehr die Kapital- und Einkommensteuer nicht den Armen zur Last falle, sondern auch den Reichern. Abg. Fischer ist gegen den Gesetz-Entwurf, da er die Zeit für Einführung einer neuen Steuer nicht geeignet hält. — Abgeordneter von Habermann ist für denselben. Der Staatsminister der Finanzen vertheidigt wieder den eingebrachten Ges.-Entw., wobei er jedoch die Schwierigkeiten der Ausführung nicht verkennt. Redner hebt insbesondere hervor, daß mit der neuen Steuer die Familiensteuer aufgehoben werden soll, wodurch für die Armen eine Erleichterung eintrete, und die Kapitalsteuer nur die Reichern treffe. — Der II. Herr Präsident ist zwar im Prinzipe für Kapital- und Einkommenster, will jedoch den Gesetz-Entwurf für den nächsten Landtag verschoben haben. — Abgeordneter Schlund ist für den Gesetzentwurf, will jedoch erst von dem nächsten Landtag den Tag der Einführung bestimmt haben. Abg. Dekan Bauer will die Einführung dieser Steuer. Es sey zwar kein freudiger Abschiedsgruß, mit zwei neuen Steuern nach Hause zu kommen, jedoch die Nothwendigkeit gebiete es, und sie wird überall als gerecht anerkannt werden. —

Die Abgeordneten Dr. Schwindl, Pf. v. Ramoser und Dek. Götz sprechen noch für den Ges.-Entw. — Abg. Bestelmeyer sprach nochmals dagegen, sich verwahrend, als ob er dadurch ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium aussprechen wolle. — Noch sprachen sich die Abgeordneten Sattler, Keim, Barsch, Weinzierl und Unterberger darüber aus und stimmen für den Gesetz-Entwurf. Abg. Weinzierl fordert in seiner bekannten Weise die Landeigenthümer auf, für den Entwurf zu stimmen, daß diese Steuern bloß den reichen und nicht den armen Bauern treffe. — Die allgemeine Debatte wurde hiemit geschlossen, indem Hr. Ref. Reuffer das ganze umfassend rassumirte ꝛc. Noch ergreifen das Wort die Hrn. Minister des Innern und der Finanzen, welche die verschiedenen Einwendungen widerlegen und die Annahme des Ges.-Entw. unter Angabe der triftigsten Gründe anempfohlen. (Postabgang.)

(München, den 16. Mai.) Auf Anordnung der Behörden nahm in der Nacht des 17. Mai in der Vorstadt Au eine durchgreifende Streif-Patrouille durch Gendarmerie und Freikorps Visitationen in jenen Häusern vor, wo sich schon seit längerer Zeit verwegenes Diebsgesindel in großer Zahl eingefunden hatte. Beim Anrücken dieser Streif-Patrouille an ein solches Haus gaben die zusammen gerotteten verwegenen Burschen sogleich Feuer, und es entstand ein förmliches Scharmützel, wobei auch einige Verwundungen vorgekommen sind. Ein Theil dieses Gesindels wurde verhaftet, die Uebrigen ergriffen endlich die Flucht. (A. Abdz.)

Baden. (Karlsruhe, den 15. Mai.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten werden mehrere Berichte der Petitionskommission erstattet, und zwar ein solcher durch Lamey über ein Gesuch von 400 Pforzheimer und weiteren Bürgern in andern Landestheilen um eine allgemeine Amnestie-Ertheilung für alle politischen Vergehen und Verbrechen. Die Kommission, welche den Gerichten nicht vorgreifen will, beantragt den Uebergang zur motivirten Tagesordnung. Becker bemerkt, daß mehrere, welche mit den 400 Pforzheimern unterschrieben, den Inhalt der Petition nicht kannten, indem man ihnen ganz andere Dinge vorgegeben, die in derselben stehen sollen. Itzstein glaubt eine Ueberweisung der Petition zu dem Behufe beantragen zu müssen, damit die nur verführten Gefangenen sogleich entlassen würden. Junghanns verlangt eine Ueberweisung, damit alle jene, welche nicht zu den Anführern gehörten, begnadigt werden. Staatsrath Bekk erwiedert u. A., daß es unter den Verhafteten verschiedene Kategorien gebe, die ausgeschieden werden sollten, dies müsse aber dem Richter, dem die Regierung und die Kammer nicht vorgreifen könne, überlassen werden. Uebrigens wäre zur Zeit jeder Akt einer Amnestie um so weniger am Platze, als die demagogischen Wühlereien noch keineswegs aufgehört hätten. Zum Beweise beruft er sich auf ein soeben in Karlsruhe, durch einen sogenannten demokratischen Verein vertheiltes Flugblatt, in welchem gesagt ist, daß nur eine Republik, und wenn sie auch über Tausende von Leichen gehen müsse, für Deutschland passe, daß also solche Männer in die konstituirende Versammlung nach Frankfurt gewählt werden müßten, welche dieses Ziel zu erstreben bereit seien. Da sich nun unter den dießfalls vorgeschlagenen Kandidaten mehrere Mitglieder der zweiten Kammer befänden, so halte er einen solchen Vorschlag bei gedachten Voraussetzungen für eine offenbare Verleumdung und wolle den Betreffenden Gelegenheit verschaffen, sich darüber öffentlich zu erklären. Itzstein, Junghanns, Scheffelt, Christ und Brentano thaten dieß, worauf Zittel, auf die Petition zurückkommend, den Antrag stellt, den verlesenen Kommissionsbericht zu drucken und zu veröffentlichen, damit auch das Volk die Gründe kennen lerne, warum der Uebergang zur Tagesordnung, wofür auch er stimme, beantragt worden. Nach längern Debatten wird sowohl der Kommissionsantrag als jener Zittels mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen. (Schwb. M.)

(Aus dem badischen Oberlande, den 15. Mai.) Es ist bei uns fortwährend äusserlich ruhig, doch darf man sich über diese Ruhe nicht täuschen; in der Tiefe der Gemüther behauptet sich bei der unterlegenen Partei die alte Stimmung, unterhalten und genährt durch den Ingrimm über den Ausgang der jüngsten Schilderhebung, über die Fortdauer des Kriegszustandes, die fortwährende Anwesenheit der Bundestruppen und vor Allem durch die fortdauernden umfassenden Verhaftungen und Untersuchungen, die in den verschiedenen Amtsbezirken außerordentlich abweichend, bald mit Strenge, bald in den mildesten Formen behandelt werden, so daß die Meinung Raum gewinnt, es sei in die Willkür der Beamten gelegt, ob in der Sache mehr oder weniger geschehen soll. Der Seekreis ist zur Zeit der Hauptsache nach durch bayerische Truppen in der Art überwacht, daß sich die verschiedenen Standquartiere durch starke Rekognoscirungen in

Kommunikation erhalten. Das Benehmen dieser Truppen ist musterhaft und verdient alle Anerkennung. Wer sich im Volke bewegt und dort nur einiges Zutrauen genießt, der weiß, daß bei stattfindender Entblößung von Truppen keine Bürgschaft gegen abermalige Verirrungen vorhanden wäre. Wenigstens kann man für diesen Fall offene Drohungen hören, so wie auch eine schleichende Gährung durch die albernsten Lügen geschäftig unterhalten wird. So wurde vor wenigen Tagen verbreitet, man habe ganze Wagen voll Armatur und Kleidungsstücke von württembergischem Militär durchgeführt, welches in einem neueren Gefechte gefallen sei ꝛc. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 18. April.) 53. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 16. Mai 1848. Öffentliche Erklärung der deutschen Bundesversammlung. Die Bundesversammlung glaubt es der Sache und sich selbst schuldig zu sein, die Mißdeutungen, welche in Folge der Verhandlungen des Fünfziger-Ausschusses ihr Verfahren hinsichtlich des Separatprotokolls vom 4. Mai erlitten hat, nicht mit Stillschweigen zu übergehen. Die Bundesversammlung weißt jede Verdächtigung, als wollte sie die freie Entwickelung eines einigen kräftigen Deutschlands hemmen, aufs offenste und feierlichste zurück. Das Promemoria, welches der Bundesversammlung vorgelegt worden war, wurde, ohne ein Urtheil über dessen einzelne Sätze auszusprechen, als Aeußerung eines Einzelnen den Bundesregierungen zur gutfindenden Kenntnißnahme (d. h. zur beliebigen, nicht zur gutheißenden Kenntnißnahme, wie dieß Wort umgestaltet worden ist) mitgetheilt, indem dasselbe nach der Ansicht des Revisionsausschusses, theilweise wenigstens, Bemerkungen und Andeutungen enthält, deren Berücksichtigung sich empfehlen dürfte. Zur Aufnahme in das öffentliche Protokoll wurde das Promemoria nicht geeignet gefunden, weil es bei Gelegenheit einer Instruktion, die sich die Bundestagsgesandten von ihren Regierungen erbalen, zur Vorlage kam. Die Bundesversammlung unterwirft in dieser wie in allen andern Angelegenheiten alle ihre Handlungen ruhig der unbefangenen Beurtheilung des deutschen Volkes und seiner Vertreter und übernimmt jede Verantwortung hiefür. Die auf diesen Gegenstand sich beziehenden Aktenstücke werden besonders abgedruckt werden. Folgende neue Bundestagsgesandten nahmen in der Bundesversammlung ihren Sitz ein: für Sachsen-Koburg-Gotha Geh.-Rath Baron v. Stockmar, für Sachsen-Meinigen Prof. Dr. Perthes, für Sachsen-Weimar und Altenburg Landmarschall Geh.-Rath von der Gabelentz. Die Curiatstimme für diese Staaten führt v. d. Gabelentz. Ein Schreiben des Generalls v. Wrangel vom 11. Mai berichtet über die dessen Korrespondenz mit dem Befehlshaber der dänischen Flotte wegen Beschießung der Stadt Middelfarth. Ein Schreiben der Regierung von Ratzeburg, in Betreff der Stellung des Kontingnents des Herzogthums Lauenburg zum 10. Armeekorps wird an den politischen Ausschuß verwiesen. Der preussische Gesandte zeigt an, daß statt des zum Generalmajor ernannten Obersten From der Generalmajor von Peuker zum Bevollmächtigten bei der Militärkommission ernannt worden sey. Dem Antrag der kurhessischen Regierung, daß die in Baden stationirenden kurhessischen Truppen so schleunig wie möglich zurückgezogen werden dürfen, theils um das Kontignent mobil machen zu können, theils um Unruhen im dortigen Lande zu begegnen, wird durch eine entsprechende Weisung an den Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps unter der Voraussetzung, daß keine besondern Umständen obwalten, entsprochen. Der Gesandte von Braunschweig bringt die Ansichten dieser Regierung über Ausführung der Oeffentlichkeit der Bundestagssitzungen zur Kenntniß; hiernach soll über alle Verfassungsangelegenheiten öffentlich in pleno berathen, eine Majorität von $^{2}/_{3}$ der Stimmen zur Beschlußfassung für genügend gehalten, und in einer zu entwerfenden Geschäftsordnung das weitere bestimmt werden. Dieser Vortrag wird an den Revisionsausschuß verwiesen.

(Frkfr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 16. Mai.) Der große Gedanke eines über ganz Deutschland verbreiteten allgemeinen deutschen Volksvereins schreitet rasch seiner Ausführung entgegen. Sein Panier trägt die Inschrift: »Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht.« Seine Wirksamkeit ist gleichmäßig gegen Reaktion wie gegen Anarchie gerichtet. Die konstituirende Nationalversammlung wird in dieser großartigen Vereinigung des deutschen Volkes ihre festeste Stütze finden. Hier in Frankfurt ist ein geschäftsführender Ausschuß zunächst für den hiesigen Volksverein gewählt worden, der sofort seine Thätigkeit entwickeln und dahin trachten wird, die Gliederung dieses allgemeinen Vereins über alle deutschen Gaue zu verbreiten. Die Zeit ist eine überaus ernste; das ganze Volk muß mit gemeinsamer Kraft dahin wirken, daß das allgemeine Vertrauen wieder hergestellt werde. Ohne Vertrauen werden die Pulsadern des Lebens, Handel und Gewerbe, immer mehr vertrocknen und zugleich mit ihnen wird der Wohlstand vernichtet. Mit der entschiedenen Haltung des ganzen Volkes, mit dem allgemein ausgesprochenen Willen desselben, gemeinsam einzustehen für die edelsten Güter: Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht, muß allmählig das alte Vertrauen zurückkehren und sich immer mehr befestigen. Hoffen wir daher, daß unser Volk seiner alten angestammten Kraft und Würde sich immer mehr bewußt werde, und daß es den alten goldnen Spruch nicht aus den Augen verliere: Eintracht schafft Macht! (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 16. Mai.) Wie wir hören, hat sich auf Veranlassung des Fünfziger-Ausschusses und in Einvernehmen mit der Kommission für Marine-Angelegenheiten nun auch in unserer Stadt ein Komité gebildet, welches freiwillige Geldbeiträge zur Errichtung einer deutschen Kriegsflotte sammeln und die Unterzeichnungslisten alsbald an geeigneten Orten auflegen wird. (Frkft. J.)

Hessen. (Mainz, 16. Mai.) So eben wurde das Resultat der heutigen Wahl bekannt, von 291 Wahlmännern wurden 5 vermißt, 1 Wahlzettel wegen Unlesbarkeit annullirt, Hr. Mohr erhielt 1 Stimme, Hr. Langen 43 und endlich Hr. Dr. Zitz 241; also gewählt. Heute Abend wird die Bürgergarde ihrem Oberst Hrn. Dr. Zitz aus Veranlassung dieses freudigen Vorfalls einen Fackelzug mit Musik bringen. Verflossene Nacht um 2 Uhr rückte in aller Stille eine Abtheilung Bürgergarde in Verbindung der Gendarmerie aus, um 16 Arrestationen in Folge der Sonntagsvorfälle auf dem Rhein vorzunehmen, sämmtliche waren aber schon entflohen. Die Ruhe am Rhein ist bereits wieder hergestellt und haben die Voranzieher die hieher geschleppten Schleppkähne nach alter Weise an unserer Stadt vorübergezogen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Vom Taunus, den 15. Mai.) Gestern waren die Abgeordneten der bassenheimischen Orte Reisenberg, Seelenberg, Schmitten, Arnoldshain, zu Usingen, um mit den Abgeordneten des Grafen, gestützt auf das Sicherheitscomite zu Wiesbaden, ihre Verträge abzuschließen. Dies ist nur theilweise gelungen und am selben Tage sind 15 Morgen bassenheimische Waldungen niedergebrannt worden. — Das ist die Anarchie, das ist der Bundschuh und arme Conrad des 19. Jahrhunderts. (Frkf. J.)

Preussen. (Berlin, 15. Mai.) Der gestrige Tag brachte uns eine zweite Demonstration gegen die Minister und die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, und zwar in größerem Umfange als das erste Mal, da mindestens 14 — bis 16,000 Personen sich daran betheiligten. Auf die erste Demonstration und auf alle eingegangenen Proteste hatten die Minister mit einem Maueranschlag am Sonnabend Abend geantwortet, in welchem sie die Rückkehr des Prinzen abermals für nothwendig erklärten; jedoch würde dieselbe durch Aufenthalt in Belgien verzögert werden. Dieser schon in etwas nachgebende, allein sehr unbestimmte Aufschub wurde von den Gegnern der Maßregel keineswegs für eine beruhigende Erklärung gehalten. In einer zweiten großen Volksversammlung wurde sofort am Sonnabend Abend beschlossen, von neuem zu protestiren, und ein Comite eingesetzt, in welchem außer den gewöhnlichen Leitern unserer Volksversammlungen auch der Dr. Große sich befand. Dies Comite forderte durch einen Maueranschlag am Sonntag früh zu einer großen Volks-Versammlung um 5 Uhr auf, wobei alle Die, welche das Recht hätten, Waffen zu führen, mit diesen zur Aufrechthaltung der Ordnung zu erscheinen hätten. Man rechne so auf den Anschluß eines Theils der Bürgerwehr, welcher bereits durch ein Placat erklärt hatte, in dieser Sache mit dem Volke Hand in Hand zu gehen und nicht einschreiten zu wollen. Allein die Aufforderung zur bewaffneten Versammlung wirkte im höchsten Grade beunruhigend, und die allgemeine Aufregung am Vormittage stieg durch Gerüchte, daß der Prinz schon in Potsdam sey, und daß Truppen um Berlin concentrirt wären. Am Nachmittag erschien sofort eine Erklärung des Ministers Camphausen an den Straßenecken, daß er sich verbürge, der Prinz sey noch in London und könne erst in 14 Tagen hier eintreffen. Zugleich forderten der Polizeipräsident und der Commandeur der Bürgerwehr auf, ohne Waffen sich zu versammeln, mit Berufung auf den Paragraph des von dem Landtage votirten Gesetzes über das Versammlungsrecht. Endlich veröffentlichte das obige Comite einen zweiten Maueranschlag, worin die Minister der Reaction angeklagt und beschuldigt werden, durch einen Staatsstreich das Vertrauen der Nation verloren zu haben. Die Bürger Berlins, welche die constitutionelle Verfassung erkämpften, seyen verpflichtet, diese gegen die Intriguen der Reaction bis zum Zusammentritt der Vertretter der Nation zu schützen. Die Minister sollten widerrufen und dann abdanken. Nach diesen Antecedentien fand um 5 Uhr die Volksversammlung statt und der Monsterzug vor das Hotel des Ministerpräsidenten wurde noch einmal beschlossen, um zu verlangen, daß der Prinz erst durch die Nationalversammlung zurückberufen werde. Die Prozession ging in Großartigkeit und ungestörter Ordnung von statten, jedoch unbewaffnet, da sich nur wenige mit Waffen eingefunden hatten und auch diese ersucht worden waren, sich zu entfernen. Man traf Hrn. Champhausen nicht in seinem Hotel, sondern nur v. Schwerin und v. Auerswald, welche die Deputation des Volkscomites mit einer Antwort auf heute Nachmittag um 4 Uhr vertrösteten. Das Volk ließ sich auf eine Ansprache beider Minister und des Hrn. Held dies gefallen und zog in Ruhe und Ordnung wieder fort; die Volkspartei scheint ihre Forderungen bereits dahin ermäßigt zu haben, daß Hr. Champhausen sich verbürge, daß der Prinz erst 8 Tage nach Eröffnung der Nationalversammlung zurückkomme, was der Minister in seinem letzten, obigen Placat schon angedeutet hatte. (Frankf. J.)

(Koblenz, den 16. Mai.) Die am gestrigen Nachmittage aus Veranlassung der von des Königs Majestät beschlossenen Rückberufung des Prinzen von Preussen hier im Cölling'schen Saale abgehaltene Bürgerversammlung war so zahlreich besucht, daß der geraumige Saal nicht alle Anwesenden fassen konnte. Nach einigen Vorträgen, worunter auch einer eines hiesigen Generalstabsoffiziers, welcher in beredter Weise die Rückberufung des Prinzen zu rechtfertigen suchte, ward eine Adresse an das Staatsministerium beschlossen und unterzeichnet, in welcher nicht nur gegen die erwähnte Maßregel in Betreff des Prinzen, sondern auch gegen die Einberufung der Versammlung wegen Berathung einer preussischen Staatsverfassung zu Berlin vor Beendigung des deutschen Parlaments zu Frankfurt entschieden protestirt, und der Rücktritt des Ministeriums Camphausen-Hansemann beantragt wird. War die Abneigung gegen den Prinzen von Preussen schon in der Versammlung groß und allgemein, so wurde solche noch durch einen verlesenen Brief gesteigert, in welchem ein bei der preussischen Garde stehender Soldat seinen hiesigen Eltern unter andern über die Vorfälle vom 18. und 19. März schreibt.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Köln, den 16. Mai.) Gestern hatten wir das für uns noch neue Schauspiel, an verschiedenen Straßenecken Tische mit Schreibmaterialien aufgestellt zu sehen, an welchen man die Vorübergehenden, ja, selbst auch Unerwachsene, aufforderte, die vorgestern im stollwerck'schen Saale beschlossene (gestern mitgetheilte) Protestation gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen und für die Entlassung des Ministeriums Camphausen zu unterzeichnen. [Wie wir vernehmen, ist dieselbe mit 8,295 Namen bedeckt bereits gestern Abend nach Berlin abgegangen.] (Köln. Z.)

(Düsseldorf, den 15. Mai.) Die Zurückberufung des Prinzen von Preußen hat auch in unserer Stadt einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Gleich nachdem die Nachricht eingelaufen war, hat man eine Petition gegen diesen jedenfalls vorzeitigen Schritt des Ministeriums in Umlauf gesetzt, welche, wie man hört, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt wird. (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 14. Mai.) Die Nachricht von der schwedischen Intervention, so eventuell dieselbe nach den neuesten offiziellen Erklärungen des Berliner Kabinets auch gestellt ist, hat doch die Dänen bereits ganz siegestrunken gemacht, und sie träumen schon wieder von der Eider. Wahrhaftig, nichts ist unverbesserlicher, als die dänischen Illusionen, kein Volk besitzt eine so gränzenlose Eitelkeit. Das Stockholmer Kabinet erklärt, es werde sein Hülfskorps nur auf einer der dänischen Inseln zusammenziehen, und dann, wenn diese angegriffen werden sollten, vertheidigend verfahren. Da wird es lange Gewehr in Arm stehen bleiben, denn Deutschland führt keinen Eroberungskrieg gegen Skandinavien, sondern wird sich

mit der Herstellung des guten Rechtes begnügen. Und dieses Recht der Selbstständigkeit Schleswigs, und seiner deutschen Nationalität hat Schweden stillschweigend anerkannt. Im Hintergrunde der schwedischen Intervention liegen ohne allen Zweifel russische Einflüsse; man will in Petersburg Schweden lieber nach Dänemark zu, als nach Finnland beschäftigt sehen. Auch ist es kein Geheimniß, daß in den letzten Wochen starke Baarsendungen Geldes von der Newa nach dem Sunde gegangen sind. (Köln. Z.)

(Schleswig, den 12. Mai.) Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze im Sundewitschen vor Alsen sind höchst spärlich und inhaltsleer. Verbürgt kann werden, daß am 10. Mai Morgens von dänischer Seite unter dem Schutze der Sonderburger Strandbatterien und der Kriegsschiffe wieder ein Truppenübergang bewerkstelligt wurde, der aber durch einen Bajonetangriff aus den festen Positionen in den Düppeler Bergen zurückgeschlagen, so daß die Dänen genöthigt wurden, sich wieder gegen Mittag über die schmale Meerenge zurückzuziehen. Ein Kanonenboot ward angeblich von den Hanoveranern in den Grund geschossen, ein anderes stark beschädigt. Kanonendonner, der hier selbst bei stillem Wetter gehört wird, ertönt von Morgens früh bis Mittag fast täglich. Wo sich ein Mann zeigt, oder gar 2 — 3, wird die Stelle von Sonderburg aus gleich mit Bomben beschossen, deren jede 4 — 5 Rthlr. kosten soll. Sonst gilt für die Artillerie der Grundsatz: »ein einzelner Mann ist keine Kanonenkugel werth.« Wie lange die Dänen eine so kostbare Kriegführung aushalten werden, muß die Zukunft lehren. Man giebt die Zahl der auf Alsen befindlichen feindlichen Truppen auf 7—8000 Mann an. Ihnen gegenüber stehen vom 10. Bundesarmeekorps reichlich 6000 Mann. Die Seeküste namentlich nach Apenrade hinauf ist mit einer starken Patrouillenkette besetzt, so daß jeder Versuch einer Landung gleich im Hauptquartier zu Ulderup bekannt wird. Ob die Dänen einen durch solche tägliche nutzlose Angriffe wahrscheinlich maskirten Handstreich, der vielleicht auf Raub oder Verproviantirung, oder etwa auf eine Ueberrumpelung Rendsburgs hinzielt, vorhaben, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit angeben, da ihre Kriegführung sehr auf Ueberraschungen zu beruhen scheint. Um Derartiges zu verhindern, würde namentlich bei der in Dänemark erwarteten defensiven Hülfe Schwedens gewiß im Interesse der so schwer zu erreichenden Vertheidigung der lang ausgedehnten buchtenreichen Küsten eine bedeutende Verstärkung der Bundestruppen erforderlich sein. Auf eine solche Vermehrung der Streitkräfte, oder, was doch hoffentlich vor dem Frieden nicht erwartet werden darf, auf eine rückgängige Bewegung der Truppen in Folge der schwedischen Erklärung scheint der heute hier vom Oberbefehlshaber eingetroffene Befehl (an die Magazinverwaltung) hinzudeuten, daß baldmöglichst die Magazine in Apenrade und Flensburg zum Behuf der Verpflegung bedeutender Truppenmassen completirt werden sollen. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 15. Mai.) Wieder ein kolossaler Puff! Keiner blinder Feuerlärm, der wieder einmal alle unsere Sturmglocken vergebens in Bewegung setzte! Europa glaubt nicht, was wir für Hasenfüße sind! Eine Maus kann uns in Schreck setzen. Freilich war dieser Puff keine Maus, ja es war nicht einmal eine Maus — es war nur ihr Schatten. An der Demonstration der 200 000 Arbeiter ist kein wahres Wort. Einige hundert Polenfreunde versammelten sich auf dem Bastillenplatze, um gleich ihren Kameraden von vorgestern der Nationalversammlung eine Petition zuzutragen, welche direkte und sofortige Intervention zu Gunsten Polens und Italiens fordert. Die Bürgerschaft, vorzüglich das von abgesetzten Polizeibeamten gestiftete Blatt Assemblée nationale machte aus der Mücke einen Elephanten und donnerte gegen den Uebermuth der Arbeiter. Es predigte einen neuen kommunistischen Kreuzzug und, siehe da, es wäre ihm beinahe gelungen, denn die ganze Bürgerwehr ist auf den Beinen, die Linie konsignirt und an den Strassen-Ecken und in allen Morgenblättern liest man eine Proklamation des Exekutiv-Komités, aus der wir folgende Stellen wörtlich mittheilen: »Bürger (soll heißen Arbeiter)!... Die Republik kann nur durch Ordnung leben.« Mit Ordnung allein kann die große Frage der Besserung Eures Schicksals beleuchtet und gelöst werden. Ihr begriffet diese Wahrheit, als Ihr durch Eure ebenso entschlossene als ruhige Haltung den Beifall von ganz Frankreich erntetet.... Seit gestern bilden sich indessen Zusammenrottungen in Paris, welche die Geister mit neuen Besorgnissen erfüllen.... Weshalb diese Zusammenrottungen?.... Die Exekutivgewalt wird mit Kraft und überall die bedrohte öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten wissen ꝛc. Paris, 14. Mai 1848. Die Glieder der Exekutivgewalt (gez.) Arago. Garnier Pagès. Marie. Lamartine. Ledru Rollin. (gegengezeichnet Pagnerre.)

[Nationalversammlung. Sitzung vom 15. Mai.] Das hohe Interesse, was diese Sitzung versprach, lockte eine ungeheuere Menge Zuschauer herbei, deren Neugierde leider nicht befriedigt werden konnte. An den Zugängen harrten Hunderte vergebens auf Einlaß. Im Vorhofe stationirten starke Abtheilungen der Garde Mobile. Durch die Stadt ziehen starke Haufen Arbeiter den Sitzungslokale zu mit Petitionen zu Gunsten Polens. Präsident Buchez erklärte um 12½ Uhr die Sitzung eröffnet. Beranger gibt widerholt seine Entlassung und beschwört die Versammlung, ihn nicht der Obskurität des Privatlebens zu entreißen. Nach Erledigung einiger moderner Geschäfte nahm Bastide das Wort, um in einem schriftlichen Vortrage die bekannten Grundzüge der prov. Reg. bei seinem Benehmen seit dem 24. Febr noch einmal zu wiederholen. Bastide ist sehr engbrüstig und kein Mensch versteht ihn. Arragon, der die Interpellationen hervorgerufen, folgte ihm auf der Tribune und sagte: Der Minister Baside versichert uns in seinem Vortrage wiederholt seine Liebe zum Frieden. wir Alle wollen den Frieden. Aber um ihn zu erwerben, müsse man oft zum Schwert greifen. Er fürchte darum keinen allgemeinen europäischen Brand; Deutschland sey mit seiner eignen Wiedergeburt beschäftigt, die Schweiz sey unsere Freundin; selbst vor England sey ihm nicht bange; nur Oesterreich müsse in Italien vernichtet werden. Dafür müsse die Alpenarmee organisirt werden. (Stimme: Sie zählt 30,000 Mann effectiv.) Er wolle kein Programm über geschickte Systeme, sondern eine kategorische Antwort des Ministers hören. Lamartine nahm hierauf das Wort, um die Versammlung zu bitten, erst auch die Interpellation über Polen anzuhören. Wolowsky bestieg die Tribune. Kaum hatte er aber die Schilderung der Kinder Polens und der Wichtigkeit hervorgehoben, welche diese Frage auf Europa habe. Sie sey keine bloße chevaleresle mehr ,.... als das Volk die Eingänge des Gebäudes erstürmte und bereits auf die Tribune des Sitzungssaales unter dem Rufe: Es lebe die Republik! Es lebe Polen! Es lebe Italien! eindrang. Degrassée, Quästor, bestieg die Tribune und sagte: »Das Volk hegt keine bösen Absichten. Es verlangt aber, daß die im Vorhofe aufgestellte Garde Mobile das Bajonett in die Tasche stecke.« (Fürchterlicher Lärm: Ja, Ja! Nein, Nein!) Der Tumult steigt immer höher. Die Vorsteher der Gewerbe erscheinen mit den Fahnen in den ohnedieß schon überfüllten Tribünen. Barbère betritt die Tribune.. Die äusserste Rechte und das Centrum schreien: »Nein, Nein! Barbère darf nicht sprechen!« Zur Linken: »Er soll sprechen!« Von der Tribune: »Er muß sprechen!« In diesem Augenblicke hört man Gewehrfeuer von Aussen. Der Andrang steigt. Das Volk wird ungestümer und dringt mit Blanqui, Raspail, Cahringe, Sobrier ꝛc. über Hals und Kopf in den Saal. Um 2 Uhr war Alles voll. Das Volk stürmt auch zuletzt die Bänke der Repräsentanten. Barbère, Raspail, Blanqui, Courtais, umringt von einer Menge sind auf der Tribune. Der Präsident Buchez, der seinen Sitz verlassen hatte, kehrte auf denselben. Barbes, Ledru-Rollin, Blanqui strengen sich vergebens an, Stillschweigen zu erreichen. Unmöglich. Furchtbares Geschrei durch einander, das die Schelle des Präsidenten nicht zu beherrschen vermochte. Louis Blanc ersteigt den Bureautisch, das Stillschweigen stellt sich her.

Im Namen der Volksrepräsentation, begann er, trage ich darauf an, daß die Petition, welche das Pariser Volk hierher gebracht, diskutirt werde. Um aber dasselbe thun zu können, muß Stille hergestellt werden, damit man nicht sagen könne, daß das Volk seine eigene Souveränität nicht achtete. (Bravos. Stürmischer Beifall.) Raspail beginnt die ersten Worte der Petition ... Ein Repräsentant ruft: In wessen Namen? (Furchtbarer Lärm.) Das Volk will auf den Unterbrecher losstürmen und ihn erwürgen, wird aber von den Klubspräsidenten zurückgehalten ... Raspail setzt die Vorlesung fort. Das tiefste Stillschweigen tritt im Saale ein, die Stimme des Lesers wird durch das Volksgedröhne von den Seine-Ufern her und vom Platze begleitet. Die Petition verlangt sofortige Intervention zu Gunsten Polens und wurde mit dem Rufe: Es lebe Polen! beendet. Barbère richtet einige Worte stehend von dem Präsidentenbureaus ab an die Versammlung, die wir nicht verstanden. Blanqui erhält endlich das Wort. Tiefe Stille. Er verlangt, daß die National-Versammlung sofort eine Armee zur Hülfe Polens schicke, ohne sich durch die diplomatischen Schwierigkeiten einschüchtern zu lassen. Dies sei der Hochmuth des französischen Volks. In dieser Frage dürfe es weder eine Rechte, noch eine Linke, noch eine Mitte geben. Ganz Frankreich stehe wie Ein Mann hinter der National-Versammlung. (Beifallssturm von allen Bänken.) Die Rede Blanquis zerfiel in 2 Theile. Der Erste handelte von Polen, d. h. vom Auslande. Der 2. vom Inlande. Während er über das Emporblühen des Wohlstandes sprach, wenn die Arbeitsverhältnisse unter dem Schatten einer allgemeinen europäischen Demokratie regulirt seyn wurden (das ist der Kommunismus! Stimmen zur Linken.) Blanqui's Rede erntete stürmischen Beifall. Er hatte so zu sagen die Ehre des Tages. Nach ihm errang sich Ledru Rollin Gehör. Er zählte erst die Begehren des Volks auf und erklärte: daß sie die Nationalversammlung erörtern werde und müsse, aber um dieß zu thun, müsse sie in Ordnung deliberiren können... (Unterbrechung: Wir haben lange genug gewartet.) Endlich bricht sich Lagarde, Präsident der Luxemburg-Commission, Bahn auf die Tribune. Er erklärt, daß alle Gewerke ein Arbeitsministerium verlangen und den Grundsatz der Staatsindustrie im Gegensatze zur Privatindustrie festhalten. In diesem Augenblicke erscheint die italienische Föderativfahne (grün, weiß, roth) vor der Tribune. Die Gewerke beginnen zu deliberiren. Barbès besteigt die wie durch Zauber leer gewordene Tribune. Er schlägt eine Steuer von Einer Milliarde auf die Reichen vor. (Beifallssturm.)

Der Saal ist zum Ersticken voll, die Klubbs drängen in den Saal und tragen Louis Blanc auf den Achseln im Triumphe in der Mitte des Saales umher. Barbère steigt auf die Tribune und sagt: Jetzt hört mich an: »Wenn irgend Jemand in diesem Augenblicke den Befehl gäbe, den Appell schlagen zu lassen, so wäre er als Vaterlandsverräther zu erklären (Stimmen: Man schlägt ihn schon!) So trage ich darauf an, daß die Nat.-Versammlung durch ein feierliches Votum folgenden Beschluß fasse: Das Volk von Paris ist vor der Versammlung erschienen, um seine gerechten Wünsche vorzutragen. Es hat dies ohne alle Gewaltanwendung gethan und verspricht sich in Ordnung zurückzuziehen. Jeder, der daher Befehl zum Einschreiten der bewaffneten Macht geben wollte, wird als Vaterlandsverräther erklärt. Dieser Antrag erntete stürmischen Beifall. Huber steigt auf die Brustwehr der Tribune. »Im Namen des Volks, die Nationalversammlung ist aufgelöst.« Der Präsidentenstuhl wird erstürmt. Buchez verläßt den Sitz nebst dem gesammten Vorstande. Eine Fahne mit der rothen Mütze und dem Rufe: zu den Waffen erscheint. Der Präsidentensitz ist eingenommen. Ein Klubchef schüttelt ein rothes Schnupftuch zum Zeichen der rothen Fahne und liest folgende Liste einer provisorschen Regierung: 1) Cabet, 2) Barbès, 3) Huber, 4) Proudhon, 5) Ledru Rollin, 6) Blanqui, 7) Pierre Leroux, 8) Raspail. Das Volk rief: Es lebe die prov. Regierung! Es lebe die demokratische Republik! Im Vorhofe und vor der Brücke stehen mehrere Bataillon Garde Mobile, die als wir durch ihre Reihen der Post zuschritten, riefen: Wir alle sind Republikaner! Die prov. Regierung installirt sich so eben im Stadthaus um 5 Uhr.

(Straßburg, 16. Mai.) [Telegraphische Depesche aus Paris, den 15. Mai, um halb sechs Uhr Abends.] Der Minister des Innern an die Kommissarien der Republik: Ein unsinniger Versuch gegen die Nationalversammlung hat stattgefunden, aber ohne den geringsten Erfolg; die Versammlung hat ihre Sitzungen wieder begonnen. Die Regierung ergreift die kräftigsten Maßregeln. Als Abschrift: Der Direktor des Telegraphs, Lair. Als gleichlautende Abschrift: Der Abgeordnete der Departementalverwaltung, Eissen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Cypressenkranz,

gewunden

am Grabe der am 15. May 1848 zu früh verblichenen

Jungfrau **Wilhelmine Stutzer**

von ihren treuen Freundinnen

L. und S.

Schon knirrt der Riegel an dem Friedhof ächzend wieder,
Für eine Ehren-Pilg'rin gräbt man dort ein Grab,
Und schwarz beflorte Sänger singen Todtenlieder
In einer theu'ren Freundin kalte Gruft hinab.

Sie war so traut und Allen, war so gut, so heiter,
Schon freut' sie sich der Lust, die jetzt der Frühling bringt,
Doch ach! die Parze rief: Bis hieher und nicht weiter!
Und ihres theu'ren Lebens-Verhang sinkt.

Nur Trost! verhallen läßt die dumpfen Klagelieder
Und stille steh'n die Glocke, die vom Thurme weint! —
Dich sehen wir im Land der Garben Alle wieder,
Leb' wohl! bis einst der Tod auch dich mit uns vereint.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt sich allen seinen hochgeschätzten Freunden, Bekannten und Gönnern, so wie einer verehrten Nachbarschaft und dem Gesammtpublikum mit allen in sein Fach einschlagenden Artikel, unter dem Versprechen einer soliden und stets mit guter Waare versehenen Bedienung. Hochachtungsvoll

Heinrich Müller, Pfragner.
Dörrersgäßchen L. 719.

(Erwiederung.) Herr Schuhmacher, welchem wohl, der Wahrheit auf den Grund zu kommen, ein bequemerer und löblicherer Weg, als der von ihm eingeschlagene, offen gestanden wäre, wolle sich gefällig bei dem k. Pfarramt Wöhrd einfinden, um sich zu seiner Beruhigung zu überzeugen, daß die ihm unterm 27. Jan. v. und 26. April d. Js. gebornen Kinder nicht, wie von der Person, welche für den Unterzeichneten nicht amtliche und minder wichtige Schreibereien, wie z. B. die Geburtsanzeigen im Intell.-Blatt, besorgt, irrthümlich angegeben wurde, als Knaben, sondern als Mädchen, und zwar jenes mit dem Taufnamen: „Nannette Maria Magdalena," und dieses: „Maria Margaretha Johanna" in die pfarramtlichen Geburts- und Taufregister eingetragen sind — und daß demnach die am Schlusse seines Inserats ausgesprochenen, sonderbaren Besorgnisse ganz unnötig sind.

Pfarrer Lösch.

Einladung.

Bei Unterzeichnetem ist künftigen Sonntag den 21. Mai Nachmittag Harmonie- und Abends Tanzmusik, wobei kalte und warme Speisen, auch frischgebackene Hefenküchlein verabreicht werden, es empfiehlt sich

Hochachtungsvoll

Entree 6 kr.

Joh. Gg. Koch, Gastwirth zu Steinbühl.

Versteigerung.

Samstag den 27. Mai, Vormittags 10 Uhr, verkauft Unterzeichneter aus freier Hand, Familien-Verhältnisse wegen, gegen baare Bezahlung im Gasthause zum weißen Kreuz hier

3 braune Hengste.
1 ditto Wallacher.
Ferner
4 lindauer Steppelrechte.

Auch können auf Verlangen mehrere 4—6zöllige Fuhrmannswägen abgegeben werden.

Nürnberg, den 18. Mai 1848.

J. Fr. Haaß aus Schwabach.

Anzeige und Empfehlung.

Ich fühle mich verpflichtet einem verehrten Publikum anzuzeigen, daß ich durch den Verkauf meines Hauses in der Sterngasse, mein reales Färberei-Geschäft nunmehr in dem Hause S. Nro. 857 in der Spitalgasse ausübe. Indem ich mich bestrebe, das schon mehrjährige Vertrauen eines verehrten Publikums zu erhalten, empfehle ich mich forthin im Färben aller Seiden-, Schaf- und Baumwollen-, Leinen- und Halb-Zeugen unter pünktlichster und reellster Bedienung.

Meiner alten Nachbarschaft sage ich herzlichen Dank für die vielen Beweise Ihres Wohlwollens und bitte die neue um freundliche Aufnahme.

A. A. C. Müller,
Schönfärber.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welche Hausmannskost kochen, auch Nähen, Stricken und Spinnen kann, wünscht bei einer soliden Herrschaft in Dienst zu treten. Näheres in der Nadlersgasse L. Nr. 1175.

(Gesuch.) Eine Köchin, die sich allen häuslichen Arbeiten unterzieht und auch eine Haushaltung versehen kann, wünscht sogleich unterzukommen. No. 400 Karolinenstraße.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Mailändischer Haarbalsam,

anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare von **Carl Kreller** in Nürnberg,

ist fortwährend in großen Gläsern zu 54 kr. und in kleinen zu 30 kr. zu haben. Von den vorhandenen und stets sich mehrenden authentischen Zeugnissen über die Bewährung dieses Balsams soll hier nur ein Auszug eines Attestes aus neuester Zeit mitgetheilt werden. — Zeugniß: Vor mir, dem hier wohnenden Notar, Justiz-Rath Carl Moritz Fränkel, erschien heute von Person bekannt und verfügungsfähig, der hier wohnende Kaufmann Herr Eduard Groß und gab nachstehende Erklärung ab: Im Januar vorigen Jahres bemerkte ich daß meiner Frau die Kopfhaare fast vollständig ausfielen und zu derselben Zeit stellte sich bei mir bei vollkommner Gesundheit, in einem Alter von 35 Jahren dasselbe Uebel dergestalt ein, daß mein Friseur, Herr Heyer mir voraus sagte, daß ich in höchstens vier Wochen einer Tour mich würde bedienen müssen. In unserer Verlegenheit um ein geeignetes Mittel, dem Uebel zu steuern, nahmen sowohl ich als meine Frau zu dem Mailändischen Haarbalsam des Chemikers Herrn Carl Kreller unsere Zuflucht. Schon nach achttägigem Gebrauch verlor ich kein Haar mehr und bald haben wir Beide so vollständig wie früher unser Haar wieder erhalten; ja es scheint mir sogar, als wenn das Haar meiner Frau in Farbe und Glanz sich verschönert hätte. Wir gebrauchen indessen den genannten Haarbalsam als Präservativmittel noch fort. Ich habe dieses Zeugniß Herrn Kreller nicht vorenthalten wollen. Eduard Groß. — Carl Relmelt, Kaufmann, Johann Wolfsdorf, Hausverwalter, als Zeugen. Vorstehende in das Register unter Nummer 103, Jahr 1848 eingetragene Verhandlung wird hiermit für den Chemiker Herrn Carl Kreller zu Nürnberg ausgefertigt. Breslau, am 16. März 1848. (L. S.) Carl Moritz Fränkel, kgl. Justiz-Rath, Notar im Breslauer Obergerichts-Bezirke.

Wenn nun der Mailändische Haarbalsam in den meisten Fällen der Depilation (oder des Haarausfallens) durch seine herrlichen Wirkungen sich einen großen und bleibenden Ruf erworben hat, so ist das

Eau d'Atirona,

oder die feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten nicht weniger vortheilhaft bekannt und steht besonders bei der Damenwelt in großen Ehren. Es befreit diese Seife die Haut leicht und schmerzlos von den genannten Flecken, stärkt und schützt sie vor den schädlichen Einflüssen des Sonnenlichts und der trockenen Luft, erhält die Haut weiß, geschmeidig und in frischem belebten Ansehen und zeichnet sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch aus. Das große Glas wird zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. sammt Gebrauchszettel mit Zeugnissen berühmter Aerzte abgegeben. Auswärtige Bestellungen und Baarsendungen werden franco erbeten und für Verpackung beliebe man nach Umständen 4 bis 6 kr. beizufügen.

Carl Kreller,
Karlsstraße S. Nro. 91 nächst dem Weinmarkt.

Frage.

Warum verweigert man Einheimischen, sich in ihrer Vaterstadt ansäßig zu machen, während Fremde aufgenommen werden, deren Nahrungsstand noch weniger gesichert ist, indem dieselben häufig Fabrikarbeiter oder Eisenbahnarbeiter sind, welche jede Woche zu erwarten haben, daß sie brodlos werden, und sich gezwungen sehen die Armenpflege um Unterstützung anzuflehen, da bei dem gegenwärtigen Zeitpunkte alle Geschäfte im Stocken sind und es nicht leicht ist, eine Arbeit zu bekommen; oder haben solche einen größern Anspruch auf Unterstützung des Armenpflegschaftsraths zu machen, als solche, deren Aeltern und Voraeltern ihre Beiträge zum Armenfond lieferten? Doch abgesehen von dem: Warum nimmt der Armenpflegschaftsrath von einem solchen wöchentlich 6 kr. Almosen den er (wegen ungesicherten Nahrungsstand) nicht aufnehmen zu können, vergibt? Wahrscheinlich will sich der Armenpflegschaftsrath sichern damit die Ansprüche auf Unterstützung sich nicht noch mehr häufen, allein da wäre es klüger, wenn er sich gegen solche sichern würde, welche zwar wohlhabend erscheinen aber an Wohlleben und Nichtsthun gewöhnt sind, und wenn das Bischen Flitter verweht ist, sich um ein Almosen melden, welches sie dann reichlich erhalten, als gegen solche, welche ihr Geschäft schon jahrelang betreiben, und ihre Abgaben zahlten, und ans Arbeiten von früher Jugend an gewöhnt sind, denn wenn man das Grundbuch des Armenraths nachschlagen würde, würde man wohl finden, daß die größere Summe Almosen an solche abgegeben wird, welche den höhern Kreisen angehörten, als solche, welche vom Mittelstande abstammen, da jeder rechtliche Mann des letztern suchen wird, seine Familie selbstständig zu ernähren, und es auf's Höchste kommen ließe, bis er die Gnade des Armenpflegschaftsraths in Anspruch nehmen würde.

Möge daher der Herr Rath G......r ein andermal sich nicht durch den Schein trügen lassen, und nach demselben sein Urtheil fällen.

A. B....r.

Empfehlung.

Feinstes Provencer-Oel offen und in Originalflaschen, französischer Estragon und roth- und weisser Burgunder-Essig in Originalflaschen, ächte Pariser und andere französische Senfe, Düsseldorfer und Weinmost-Senf in Töpfen, süsse Orangen, getrocknete Kirschen, Mirabellen und Brünellen sind in vorzüglichen Qualitäten zu haben bei

G. C. Prückner.
Königsstrasse L. Nro. 109.

(Anzeige.) Da Herr F. G. in Nro. 140 der Mittelfränkischen Zeitung mir wohl öffentlich Ehrenerklärung gibt, so kann ich doch dieselbe, so wie er sie gibt, noch nicht annehmen, da weder der volle Name, der Wohnort, noch die dem verehrlichen Publikum wieder ins Gedächtniß zu rufende, in No. 5 dieses Blattes von dem Hrn F. G. gegen mich ausgesprochene Ehrenkränkung angeführt ist; muß daher, wenn es binnen 24 Stunden nicht geschieht, den Rechtsweg weiter gegen denselben verfolgen.

Konrad Kübler,
Metallschläger.

Schloßzwinger.

Bei günstiger Witterung, heute Sonnabend und Morgen Sonntag, Musik von der Gesellschaft „Noris."

Apollo-Verein.

Morgen Sonntag, den 21. d. M. findet Ball im Schwan zu Wöhrd statt, wozu die verehrten Mitglieder so wie deren Freunde und Bekannte höflichst einladet

Der Vorstand.

Eintracht.

Nächsten Montag den 22. Mai findet bei günstigem Wetter Produktion auf dem Schreglers-Zwinger statt. — Fremdenkarten können in L. Nro. 229 der hintern Ledergasse in Empfang genommen werden. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 20. Mai findet vollständige Orchestermusik, Entree 6 kr. à Person, statt, wozu hiemit höflichst einladet

Kißkalt.

Almoshof.

Sonntag den 21. Mai ist Tanzmusik, dazu ladet ergebenst ein

Wild.

Wiener Salon.

Von heute an alle Tage
Frischen Munchner Bock,
das Glas 6 kr.

Anzeige.

Morgen Sonntag den 21. Mai ist der Bockeller des Unterzeichneten wieder geöffnet. Er ladet hiemit ein verehrliches Publikum mit dem Bemerken höflichst ein, daß der Bock um den Schenkpreis abgegeben wird, und gute Bockwürste so wie auch Bockbrod anzutreffen ist.

Hochachtungsvoll empfiehlt sich

Kaul
zur silbernen Kanne.

Rosenau.

Am vergangenen Dienstag wurde aus dem Gastzimmer der Rosenau eine Porzellainfigur, den Bürgermeister von Saardam vorstellend, wahrscheinlich von einem Kinde mitgenommen, um deren Zurückgabe bittet

Schott.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 19. Mai. 9. Vorstellung im 2. Abonnement. Zum Erstenmale: „Die Banditen, oder Abenteuer einer Ballnacht." Lustspiel in 4 Akten von Roderich Benedix. Parterre-Billets bis 4 Uhr 24 kr.

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

42 73 64 77 12

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

†† Proletariat und Pauperismus.

(Fortsetzung.

Allerdings mag es schmerzlich fallen, die Unmöglichkeit einer grundmäßigen Heilung der menschlichen Uebel sich eingestehen und auf die Verwirklichung der hochfahrenden und stolzklingenden Entwürfe verzichten zu müssen, aber es ist doch besser, darüber zur Einsicht und Erkenntniß zu kommen, anstatt, wie jetzt geschieht, durch chimärische Plane der einen Partei alle möglichen Wohlthaten auf Kosten der andern zu versprechen, jene zur Gewalt und Uebelthat gegen diese aufzureizen und die Rolle des Straßenräubers zu spielen, der dem überraschten Wanderer die Pistole auf die Brust setzt und den Geldbeutel oder das Leben fordert. Man hat früher die Armen, Nichtbesitzenden, nur gar zu gern mit dem Hinblick auf die ewige Seeligkeit abspeisen und ihnen gleichsam eine Anweisung auf jenseitiges Glück zur Entschädigung für diesseitiges Unglück ausstellen wollen, allein ohne daß wir die Tröstungen und Segnungen der Religion an sich gering anschlagen wollten, müssen wir doch geradezu erklären, daß diese Mittel hier gar nicht anzuwenden sind, daß zwar die Religion immerhin fortfahren möge, sich ihrer zu bedienen, daß aber der Staat hierauf gar nicht eingehen und um allen Vorwurf und Verdacht absichtlicher Täuschung abzulehnen, ihnen ganz fremd bleiben müsse. Ob eine Unsterblichkeit der Seele und ein Daseyn einer höchsten Weltursache, eines Gottes, allgemein geglaubt werde, muß der Staat ganz unberücksichtigt lassen; wenn es ihm auch lieb seyn könnte, lauter Gleichgesinnte in seinem Umfang zu zählen, so muß er doch, weil das nur ein unmögliches Verlangen seyn würde, sogleich darauf verzichten und seine Maßregeln und Anordnungen ganz unabhängig von allen religiösen Beziehungen treffen. Es wird für Staat und Kirche am besten seyn, zunächst ganz unabhängig von einander zu stehen, und wenn dieß auch nicht durchführbar seyn sollte, so kann es in dieser Zeit der Experimente wenigstens nichts schaden, den Versuch anzustellen; erweist er sich als unmöglich, so kann man ja mit gestärkter Ueberzeugung immer wieder zu dem früheren Verhältniß zurückkehren Das eine Hauptübel nun ist vorzugsweise, jedoch nicht lediglich, materieller Art, nämlich der Pauperismus, der im Zusammenhang mit allen unsern gegenwärtigen Lebensbedingungen zu einem solchen Grade gestiegen ist, daß er aller geistigen und materiellen Errungenschaft den Untergang droht. Da es aber nur eben dieser hohe Grad, nicht die Sache selbst ist, welche uns beunruhigt, indem die alte wie die mittlere und neuere Zeit sie gehabt haben, wenn auch der Name ihnen nicht so drohend entgegentrat und die Erscheinung nicht bis zu diesem abnormen und aller Beschränkung Trotz bietenden Umfang entwickelt und ausgebildet hatte, so wirft man billig die Frage auf, wodurch die neueste Zeit diese schauderhafte Höhe des Uebels, das in mäßigem Grade eine Grundbedingung der menschlichen Gesellschaft genannt werden kann, hervorgerufen hat. Auch hier lassen sich zwei Hauptursachen angeben, ohne daß die Einwirkung anderer dadurch ausgeschlossen oder geleugnet werden soll. Die erste ist die durch einen dreiunddreißigjährigen Frieden herangewachsene Uebervölkerung, die dem Einzelnen nicht mehr Verdienst und Erwerb genug zukommen läßt und durch gesteigerte Concurrenz den Werth der Hände herabsetzt. Außer dem Frieden haben auch andere an sich wohlthätige Umstände dazu beigetragen, die aus staatswirthschaftlichen und moralischen Gründen herrührende Erleichterung der Ansäßigmachung und Verehelichung und die auf Pflege der Gesundheit in erhöhtem Grade gewendete ärztliche Sorgfalt. So ist durch die Erfindung der Kuhpocken-Impfung gewiß eine alljährlich auf hunderttausende sich belaufende Anzahl dem Blattergift entrissen worden. Ueberhaupt sind verheerende Krankheiten dem mittlern Continent Europa's fast ganz fremd geblieben, denn selbst die in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre aus dem Morgenland herübergekommene Cholera hat nur einzelne Städte berührt, große Strecken, insbesondere den größten Theil des flachen Landes ganz verschont, und mehr wegen der sie begleitenden Erscheinungen und wegen der Unhinlänglichkeit der ärztlichen und gesundheitspolizeilichen Maßregeln großen Schrecken eingeflößt, als daß die Zahl der durch sie weggerafften Opfer wirklich so bedeutend gewesen wäre. Aber auch die übrigen Verhältnisse von Mitteleuropa waren im Durchschnitte so günstig, als man sie nur wünschen konnte. Dem Handel und Wandel öffneten sich allmählich die bisher verschlossenen Pforten, die Zollschranken, welche innerhalb der deutschen Länder selbst dem Verkehr drückende Hemmungen entgegenstellten, fielen fast größtentheils darnieder, zur Ausgleichung der Münzverschiedenheit traten bereits die Mehrzahl der deutschen Staaten zusammen, und auf dasselbe in Bezug auf Maß und Gewicht durfte man in kurzer Zeit rechnen. Dieß Alles konnte als Segnung des Friedens angesehen werden, aber dennoch verbesserte sich die Lage der Massen nicht, und selbst die fortwährende und zum Theil sogar organisirte Auswanderung nach Amerika gab von diesem Stand der Dinge nur ein unwiderlegliches Zeugniß, konnte aber dem Grundübel keineswegs beikommen. (Forts. folgt.)

Deutschland.

Bayern. (München 18. Mai.) Das heutige Regierungsblatt enthält eine königl. Verordnung, die Erläuterung des Artikels 12. der Bundesakte bezüglich der Versendung der Akten an deutsche Fakultäten und Schöppenstühle betr. folgenden Inhalts: Maximilian II. rc. Nachdem zufolge des in der 27. Bundestags-Sitzung vom 3 April l. Js. gefaßten Beschlusses die dem Artikel 12. der Bundesakte durch den Beschluß der Bundes-Versammlung vom 13. Nov. 1834 hinsichtlich der Aktenversendung an deutsche Fakultäten und Schöppenstühle gegebene Erläuterung außer Wirksamkeit getreten ist, so finden Wir Uns nach Einvernahme Unseres Gesammt-Staatsministeriums bewogen, das durch Verordnung vom 29. Jan. 1835 verfügte Verbot der Annahme von Akten in Kriminal- und Polizeisachen von Seite der bei den Juristen-Fakultäten Unserer Landesuniversitäten bestehenden Spruch-Collegien hiemit (jedoch ohne Veränderung der gesetzlichen Ausnahme bezüglich aller inländischen Rechtssachen) aufzuheben. Dann eine königl. Verordnung, das Fahrpost-Tarifwesen betr. folgenden Inhalts: Maximilian II. rc. Von der Absicht geleitet, größere Erleichterung des Verkehrs und zugleich Vereinfachung des Dienstes herbeizuführen, finden Wir Uns bewogen, bezüglich des Tarifwesens für Unsere Fahrposten zu verfügen, was folgt: I. Die Benutzung der Fahrposten richtet sich nach den bestehenden allgemeinen postdienstlichen Bestimmungen, insoweit solche durch gegenwärtige Verordnung selbst keine Abänderung erleiden. II. Die Meilen-Entfernung, welche dem Porto-Ausmaße zu Grunde liegt, wird, wie bisher bezüglich der Personen nach dem Straßenzuge, bezüglich der Frachtstücke in gerader Linie berechnet. III. An Frachtporto ist zu erheben 1) eine Gewichtstaxe 2) eine Werthstaxe (Assekuranzgebühr). Die Gewichtstaxe beträgt auf je eine Meile für jedes Pfund 1/8 kr., welche Taxe mit Abrundung der Taxbeträge auf Groschen berechnet wird, und zwar: a) bei Entfernungen von 1—10 Meilen für jede Meile mit 1/8 kr., b) bei Entfernungen von mehr als 10 Meilen aber für je 6 Meilen mit 3/8 kr. Hiebei ist der geringste Portobetrag a) für Sendungen bis 2 Loth schwer mit 3 kr. b) für Sendungen über 2 Loth schwer mit 6 kr. auf je 10 Meilen zu erheben. Die Werthstaxe beträgt für jedes 100 fl. des deklarirten Werthes: auf Entfernungen bis 10 Meilen 1 kr. auf Entfernungen von 11 bis 20 Meilen 2 kr. auf Entfernungen über 20 Meilen 3 kr. IV. Dem Absender bleibt es freigestellt, die Grenze der verlangten Gewähr durch die Erklärung des Werthes nach eigenem Ermessen zu bestimmen. In Verlust- und Beschädigungsfällen wird die zu leistende Entschädigung nach Maßgabe des deklarirten Werthes bemessen. Bei Sendungen, für welche ein bestimmter Werth nicht angegeben ist, erstreckt sich die Gewähr der Postanstalt höchstens bis zum Belaufe von 1 fl. für jedes Pfund der Sendung. V. Die Gewichtstaxe wird von einer jeden Sendung erhoben; die Werthstaxe ist aber dann in Ansatz zu bringen, wenn der Werth deklarirt ist, und 1 fl. für jedes Pfund des ermittelten Gewichtes übersteigt. VI. Für die Lokalsendungen zwischen den an den Eisenbahnen gelegenen Postanstalten hat der ermäßigte allgemeine Eisenbahn-Paket-Tarif in Anwendung zu kommen. VII. Für Postvorschüsse, welche nach den hierüber bestehenden speziellen Vorschriften gegeben werden, ist die Procuragebühr auf 3 kr. von jedem Gulden bestimmt. VIII. Die Personentaxen sollen auf den Eilwägen 12 kr. für die Wegstunde betragen, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen für außerordentliche Fahrteinrichtungen. Das Passagiergut ist — mit Ausschluß des freien Handgepäcks — gleich den übrigen Fahrpostsendungen zu behandeln. IX. Bei den Fahrposten sind die herkömmlichen Gebühren für Aufgabscheine allgemein auf drei Kreuzer, für Reisescheine aber auf sechs Kreuzer ermäßigt. X. Behufs der Berechnung der tarifmäßigen Gebühren sind die überschießenden Theilbeträge stets als volle Meilen, Pfunde und Hunderte anzusetzen. XI. Gegenwärtige Verordnung, deren Bestimmungen mit dem 1. Juni l. Js. in Wirksamkeit treten, ist durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Unser Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Ferner eine Bekanntmachung, die Marsch- und Quartier-Verpflegs-Kosten für vaterländische Truppen betr., wie folgt: Seine Majestät der König haben Allerhöchst zu genehmigen geruht, daß von nun an bei Märschen und Cantonirungen vaterländischer Truppen im Inlande die für die Natural-Verpflegung der einquartierten Mannschaft vom 1. Unteroffizier abwärts — nach den Einquartierungs- und Verpflegs-Regulativen vom 19. Juni 1808 und resp. 30. März 1824 an die Quartierträger zu leistende Vergütung von 10 kr. auf 20 kr. (zwanzig Kreutzer) für die tägliche Kostportion erhöht werde. In Rücksicht auf diese Allerhöchst genehmigte Erhöhung wird sich der Erwartung hingegeben, daß von Seite der Quartierträger, wie es bereits bisher in anerkennenswerther Weise geschah, für vollständig entsprechende Verpflegung der einquartierten Mannschaft Sorge getragen werde. Da übrigens, namentlich bei Benützung der Eisenbahnen und Dampfschiffahrt mehrmals die Fälle vorkommen, wo die Natural-Verpflegung auf mehrere Stationen sich vertheilt, so sind in solchen ausnahmsweisen Fällen für das Mittags-Essen einschlüssig des Trunkes 14 kr. (vierzehn Kreuzer) für die Verabreichung einer Abend- oder Morgen-Suppe je 3 kr. (drei Kreuzer) oder für beide zusammen 6 kr. (sechs Kreuzer.) an die betreffenden Quartierträger zu vergüten. In allem Uebrigen hat es bei den bisherigen Bestimmungen zu verbleiben.

Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: auf die eröffnete Landrichterstelle in Pfaffenhofen wurde der vormalige Landrichter in Schongau E. v. Sainte-Marie-Eglise versetzt, und auf die hiedurch sich erledigende Stelle der Polizeikommissär in München E. von Mangstl ernannt; die erledigte Stelle eines Rathes bei dem Oberstrechnungshofe wurde dem Rathe bei der Finanzkammer der Regierung von Schwaben und Neuburg G. Reber verliehen; dann die bei der Regierung von Mittelfranken, K. d. F., erledigte Stelle eines Regierungs-Assessors und exponirten Fiskaladjunkten in Eichstädt wurde dem Fiskalatsraths-Accessisten bei der Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. F., H. Wunderer verliehen; der gegenseitige Dienstestausch der Revierförster F. Lipp zu Irrsee, Forstamts Kaufbeuern, und H. Danner zu Wald Forstamts Mindelheim wurde genehmigt; der Funktionär bei der Regierung der Pfalz, K. d. F., C. Göttl, zum Rechnungs-Kommissär dieser Finanzkammer, und der Finanzraths-Accessist bei der Regierung von Niederbayern, K. d. F., L. Pummerer, zum Rechnungs-Kommissär bei dieser Finanzkammer ernannt; ferner zu den durch Beförderung der Appellationsgerichts-Räthe Fürst in Neuburg, Fleißner in Freysing, Schauer in Passau und Seuffert in Aschaffenburg zu Oberappellationsgerichts-Räthen, dann durch temporäre Quieszierung des Appellationsgerichts-Rathes ausser dem Status, von Moy zu Neuburg, in Erledigung gekommenen fünf Appellationsgerichtsraths-Stellen wurden 1) der Appellationsgerichts-Assessor J. B. Linhard in Passau, zum Rathe bei dem dortigen Gerichtshofe, 2) der Kreis- und Stadtgerichtsrath F. Gresbeck in München zum Appellationsgerichts-Rathe in Freising, 3) der Appellationsgerichts-Assessor Ulysses Freihr. von Lupin zu Bamberg zum Rathe bei dem Appellationsgerichte in Neuburg, 4) der Appellationsgerichts-Assessor Dr. Heinr. Lotz in Bamberg zum Rathe bei dem Appellationsgerichte in Aschaffenburg, und 5) der Appellationsgerichts-Assessor Sigm. von Renner in Neuburg zum Rathe ausser dem Status bei dem dortigen Appellationsgerichte ernannt; der Präsident des Oberappellationsgerichts von Unterfranken und Aschaffenburg H. K. Frh. v. Thüngen wurde auf die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand versetzt, die bei dem Staatsministerium der Finanzen erledigte Stelle eines Archivars dem ersten geh. Registrator

im genannten Staatsministerium, J. Drybeck verliehen; der provis. Controleur bei dem Oberaufschlagamt von Oberbayern, Chr. Lizius, in den Ruhestand versetzt; auf die eröffnete Landrichterstelle zu Landshut der bisherige Landrichter in Mitterfels, L. Wieser versetzt; die eröffnete I. Kommissärsstelle bei der Polizei-Direktion München wurde dem dermaligen Aktuar des Landgerichts Tegernsee, C. Bollwegg, die erledigte II. Kommissärsstelle bei der Polizei-Direktion München dem dermaligen II. Assessor des Landgerichts Traunstein Ed. Martin und die erledigte III. Kommissärsstelle bei der Polizei-Direktion München dem dermaligen Aktuar des Landgerichts München J. Strobel verliehen.

*(Nürnberg, den 19. Mai.) Direkte Briefe aus Schleswig-Holstein von einem Mann aus dem Nürnberger Freikorps beklagen sich bitter über das wahrhaft empörende Betragen der preussischen Gardeoffiziere (von der Berliner Revolution her in ganz Deutschland berüchtigt) gegen alle Freischaaren, die von den preussischen Königsknechten trotz aller bewiesenen Disciplin und Ehrenhaftigkeit und ohne die geringste Veranlassung Straßenräuber geschimpft werden. Diese Preussen thäten besser, ihren verlornen militärischen Ruhm in ächten Bravouren zu suchen, als sich durch dieses gassenbübische Geschimpfe noch verhaßter in Deutschland zu machen, als sie es schon sind.

△ (Aus Franken, den 19. Mai.) Es ist dieser Tage ein Institut in diesen Blättern zur Sprache gebracht worden, das schon längst verdient hätte, an die Oeffentlichkeit gezogen zu werden: wir meinen das Institut der Schullehrerseminare in Bayern. Diese Seminare sind bis jetzt völlig unter dem Einfluß der Geistlichkeit gestanden. Es möge uns erlaubt seyn, ein paar Stellen aus einem interessanten, dieser Tage erschienenen Schriftchen auszuziehen, betitelt: Ein Wort zu seiner Zeit an das Volk und seine Stände, über die Lehrerbildung in den Volksschulen. Von einem Schulmann. Nürnberg bei Lotzbeck 1848. Diese Stellen werden den Uneingeweihten einen Blick in die Anstalten werfen lassen. Der Verfasser stellt zuerst das Sachverhältniß dar, und weist auf die üblen Folgen hin, die es mit sich bringe, wenn solche Institute vornehmlich den Zwecken der Geistlichkeit dienen müssen. »Was bringen,« sagt er Seite 7, „die entlassenen Seminaristen aus dem Seminar mit in die Welt hinaus? Viele, ja die meisten eine durch die Zuchthauseinrichtung des Seminars geschwächte Gesundheit, einen durch Knechtung gebeugten Geist, Haß gegen die Anstalt, die sie verlassen haben, Furcht gegen die Geistlichkeit, deren Gewalt sie fühlen lernten, vollgeschriebene Hefte und — leere Köpfe. Ueber die Einrichtungen in den Volksschulen selbst heißt es sodann weiter: „der beste Theil der Schulzeit, die Morgenstunden, wo der Kinder Geist noch frisch und zum Lernen am empfänglichsten ist, wird für den Religionsunterricht von der Schulzeit weggenommen, und der häusliche Fleiß der Kinder, wenn er auch recht groß ist, reicht kaum hin, die Quintessenz der Bibel und der 700 Lieder des Gesangbuchs dem Gedächtniß einzuprägen. Ein überwiegendes Viertel der ganzen Lehrzeit nimmt der Religionsunterricht weg; dazu alle Zeit, fast alle, welche die Kinder zu Hause zum Lernen für die Schule verwenden können." Und fügen wir hinzu, wie ist dieser Religionsunterricht in der Regel beschaffen? Er besteht in einem ewigen Verhören von Bibelsprüchen, Liederversen und Katechismusstellen; das Gemüth der Kinder wird nur selten in Anspruch genommen; es ist ein ewiges Abquälen mit Auswendiglernen! »Der Lehrer,« sagt der Verfasser Seite 23, „war bisher der Liniensoldat des protestantischen, wie des katholischen Ultramontanismus, der streng disciplinirte Wehrmann der Reaktion, somit der wichtigste Diener der Volksfeinde. Seine Exercierzeit mußte er im Seminar aushalten; sie hat ziemlich reiche, aber schlimme Früchte getragen. Warum machten Ultramontanismus und Reaktion den Lehrer zu ihrem geknechteten Dienstmann? Antwort: Weil die Volksschule der Kampfplatz ist, wo Aufklärung und Fortschritt am erfolgreichsten geschlagen, ja vernichtet werden können. Beuge das Kind schon unter die Hand der Gewalt, halte Alles, was nach Licht, Aufklärung und Fortschritt schmeckt, von ihm ferne, lehre es nur das Unentbehrlichste, richte das Kind nur ab, bilde es aber nicht zum denkenden Menschen heran: dann muß in dem jungen Volke schon durch die kümmerliche Erziehung und Abrichtung alle geistige Regsamkeit ersterben.« — Wir machen alle Freunde des Fortschritts auf dieses Schriftchen aufmerksam. Allgemein wünscht man Trennung der Kirche vom Staate; dann aber wird es nur um so dringender werden, auch Trennung der Schule von der Kirche zu verlangen.

Baden. (Lörrach, 12. Mai.) Hecker und Struve sind noch immer in Muttenz und erneuern ihre Werbungen durch Emissäre nach allen Seiten, so daß kaum zu bezweifeln ist, daß der Einfall wiederholt wird, wenn man die Truppen zurückzieht, worauf die Republikaner allein warten. Wie man hört, sind in Hüningen bereits Militärcommissäre zur Absteckung eines Standlagers eingetroffen. Also dürfen wir bald französische Vorposten dem Rhein entlang sehen.
(A. A. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, den 17. Mai.) In der heutigen ersten Versammlung der Parlamentsmitglieder waren 203 angemeldet, allein die Zahl derselben wird in der Abendsitzung bedeutend gestiegen seyn, denn es sind unterdessen viele neue eingetroffen. — Ueber den Druck der Protokolle des Parlaments ist noch keine definitive Bestimmung erfolgt, sie ist dem Parlament überwiesen worden. Die betr. Commission wurde aber mit zwei Mitgliedern, Eisenmann und Bassermann, verstärkt, um die nöthigen Einleitungen für den Druck zu treffen. — Die heutige Sitzung des 50iger Ausschusses war kaum von 30 Mitgliedern besucht. Unter den eingelaufenen Schreiben befand sich eine Beschwerde des liberalen Vereins in Aachen, über die Verfügung des Gouverneurs von Limburg, die deutsche Fahne auf keinem öffentlichen Gebäude aufstecken zu lassen. — In Betreff des Separatprotokolls vom 4. waren von verschiedenen Orten Proteste eingelaufen. Stedmann hatte eine Adresse, resp. einen Protest von Koblenzer Bürgern gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen verlesen, welche auf Raveaux's Antrag dem Parlamente überwiesen wird. Es wurde nun von Duckwitz der Bericht an die konstituirende Versammlung über die Thätigkeit des Ausschusses erstattet und darauf die Berathung eröffnet. Sie war sehr belebt und selbst von Leidenschaft nicht ganz frei, nachdem Venedey einmal das Thema Minorität und Majorität angeregt hatte. Auch über den Schließungsmoment wurde viel debatirt und Spirons-Eisenmanns Antrag angenommen: der Ausschuß löse sich eine Stunde vor der Constituirung des Parlaments auf.
(N. Wrzb. Z.)

(Frankfurt, den 17. Mai.) Wie man vernimmt hat in der verflossenen Nacht in Offenbach eine Ruhestörung statt gefunden; es soll die Wohnung des Obristen des dort garnisonirenden Infanterie-Regiments angegriffen worden seyn.
(N. Wrzb. Z.)

Preussen. (Posen, 14. Mai.) Nachdem die Insurgentenschaaren in unserm Großherzogthum sich nunmehr nach allen Seiten hin zerstreut haben, darf man die ganze polnische Schilderhebung in der Hauptsache als beendet ansehen. Selbst der letzte große Haufe, der noch im Bromberger Regierungsbezirke hauste, und der sich bei Exin in den letzten Tagen festgesetzt hatte, ist gestern früh von dem General v. Hirschfeld erreicht, und dergestalt mit Kartätschen begrüßt worden, daß alle, die nicht niedergestreckt wurden, sich sofort in die wildeste Flucht auflösten. Die große Mehrzahl der Führer ist jetzt in den Händen der Behörde; sie sind zum Theil gefangen genommen, zum Theil haben sie sich selbst zur Haft gestellt, weil sie von ihren eigenen Leuten, die jetzt über Verführung und Verrath schreien, sich mit dem Tode bedroht sahen. Eine Menge der gefangenen Emigranten ist bereits von hier auf dem Weg über Küstrin abgeführt worden, um in die Depots zwischen Elbe und Weser gebracht, oder mit Pässen nach Frankreich entlassen zu werden. Die einzelnen kleinern Banden, die jetzt noch unter improvisirten Anführern in unserer Provinz ihr Unwesen treiben, und die freilich auf dem platten Lande noch manche Exzesse verüben können, werden wahrscheinlich bald von unsern, das Land nach allen Richtungen hin durchziehenden fliegenden Kolonnen erreicht und vernichtet werden; sie halten selbst bei Annäherung der kleinsten Militärhaufen nicht Stand, sondern ergreifen immer sofort die Flucht. Ueberdies sind nunmehr solche Einrichtungen getroffen, daß von jetzt an sämmtliche kleinere Städte unserer Provinz eine Besatzung erhalten, die hinreichend ist, um die Umgegend in Ruhe und Ordnung zu erhalten. Zu diesem Behufe sind das 8. und 12. Infanterieregiment noch eingerückt. (D. A. Z.)

Sachsen. (Koburg, 14. Mai.) Hier fand ein eigenthümlicher Tumult statt; eine bedeutende Volksmenge zog nämlich tobend vor das Schloß und veranlaßte den Herzog durch Rufen und Schreien, auf dem Balcon zu erscheinen. Es erhoben sich Stimmen für die Republik. Der Herzog erklärte, daß er gern bereit sei, dem Throne zu entsagen, wenn die Mehrzahl des Volkes sich für die Republik ausspreche. Hierauf traten Einige hervor aus der Menge und erklärten, daß es allerdings ihr Wunsch sei, daß die Republik sofort proclamirt werde, zugleich aber erhob sich auf der andern Seite der Ruf: „Es lebe die constitutionelle Monarchie; keine Republik!" Beide Parteien wurden immer heftiger, und zuletzt löste der Tumult sich in eine Prügelei auf.
(D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. Mai 1848. № 142. Sonntag: Prudens.

Die Geschäftsordnung des Parlaments.

Die „Vorschläge zu einer Geschäftsordnung des verfassunggebenden Reichstages, von R. Mohl« sind dem Vernehmen nach von der vorbereitenden Kommission in Frankfurt in ihren wesentlichen Zügen adoptirt worden, und werden also wahrscheinlich die formelle Grundlage für die Verhandlungen des künftigen Reichstags bilden. Der Verfasser, bekanntlich berufen zu dieser Arbeit wie Wenige, ist einer solchen Adoption entgegen gekommen durch strenge, auf unmittelbare Anwendung berechnete Fassung seiner Vorschläge, während die Rechtfertigungen einzelner Punkte, Resultate einer umfassenden Sachkenntniß und eigner Anschauung in deutschen und auswärtigen legislativen Versammlungen, in den Anmerkungen niedergelegt sind. Dem Gange des Entwurfes folgend, heben wir einzelne Hauptzüge aus. Die einleitenden Maßregeln sind sehr passend dem Fünfziger-Ausschuß zugewiesen, als einer bereits bestehenden, und zu diesem Zweck eigentlich niedergesetzten Behörde. Er entscheidet über die vorläufige Zulassung und veranlaßt, wenn etwa 350 Mitglieder beisammen sind, eine vorberathende Versammlung, welche einen Vorsitzenden, einige Stellvertreter und Schriftführer wählt, Alle nur vorläufig bis zur definitiven Vorstandswahl durch die volle Versammlung. — Für diesen letztgenannten, entscheidend wichtigen Akt macht der Verfasser den Vorschlag, den Vorsitzenden nur vorübergehend, auf je 4 Wochen zu wählen. Das Bedenkliche und Auffallende, was hierin liegt, verkennt er nicht; aber er macht darauf aufmerksam, daß eine constituirende Versammlung ein anderes Bedürfniß habe, als eine constituirte, daß hier, wo ein Irrthum verderbenbringend für ganz Deutschland sein würde, die Versammlung Zeit haben müsse, ihre Talente zu prüfen. Durch die Bestimmung, daß der Austretende wieder wählbar ist, wird ihr die Möglichkeit gegeben, den probehaltig befundenen Mann ihrer Wahl festzuhalten, und man darf hoffen, daß sie sich dieses Mittels bedienen werde, um den Bedenklichkeiten abzuhelfen, die bei dem Vorschlage sich immerhin aufdrängen. Wenn der Verf. sich darauf beruft, daß die Konstituante van 1789, und gar der Konvent, »ohne fühlbare hieraus rührende Nachtheile,« wechselnde Vorsteher gehabt hätten, so können wir dies nicht so leicht zugeben, und möchten daran erinnern, wie sehr z. B. der Vorsitz eines Mirabeau, Chazzelier oder Herault de Sechelles im kritischen Augenblick sich von Andern unterschied. Daß auch die vier Stellvertreter nur vorübergehend ernannt werden, ist ein Folge aus dem Vorhergehenden; dagegen soll das Amt der acht Schriftführer, wenn sie nicht selbst, nach mindestens vierwöchentlicher Führung, ihre Ersetzung verlangen, ein bleibendes sein. Besonders zahlreich und sorgfältig sind die Bestimmungen über die Wahlprüfung, vielleicht der trefflichste Theil der ganzen Arbeit. Wir können hier am Wenigsten in diese einzelnen Bestimmungen folgen, in denen auch das Kleine wichtig ist, und müssen auf die ausführliche und treffliche Rechtfertigung verweisen. Die Hauptpunkte sind diese: Ein Wahlausschuß von 15 Mitgliedern wird von dem Gesammtvorstand (Präsident, Stellvertreter und Sekretäre), unter dem Veto der Versammlung ernannt, und nach je 4 Wochen erneuert; er entscheidet über die anscheinende Echtheit der vorgelegten Wahlurkunde und über die Uebereinstimmung derselben mit dem betreffenden Landeswahlgesetz, endgiltig und ohne weitere Berufung; über die Uebereinstimmung der einzelnen Landeswahlgesetze dagegen mit den Beschlüssen der Frankfurter vorberathenden Versammlung und über die Gesammtzahl der Abgeordneten eines Landes erstattet er Bericht und Antrag an die Versammlung, der die Entscheidung hierüber zusteht. Hat der Ausschuß oder die Versammlung über die Giltigkeit einer Wahl entschieden, so darf sie von Mitgliedern der Versammlung nicht weiter angegriffen werden. Nichtmitglieder dagegen (d. h. Wähler des Bezirks und Gegenbewerber) dürfen, der Ausschuß mag bereits entschieden haben oder nicht, innerhalb der ersten 4 Wochen nach Einreichung der Wahlurkunde eine Wahl anfechten. Durch einzelne Bestimmungen, besonders über den Kostenpunkt, ist diese Anfechtung sehr erschwert, doch nicht unmöglich gemacht, denn mit Recht hofft der Verf., es werde in dieser Zeit nicht so sehr an Gemeingeist in Deutschland fehlen, daß nicht in einem bemerkbaren Falle Meinungsgenossen zusammenstünden, um ihr Recht und das des Vaterlandes zu vertheidigen. In öffentlicher Sitzung und mündlicher Verhandlung prüft der Ausschuß die Beweismittel der Partheien für und gegen die angefochtene Wahl; die Berathung und Abstimmung erfolgt in geheimer Sitzung. Die Zuständigkeit des Ausschusses oder der Versammlung richtet sich auch hier nach der oben angegebenen Richtschnur. Der Grundsatz, einer großen und ganz neu gebildeten Versammlung häufige Wahlen möglichst zu ersparen, hat den Verfasser bewogen, bei der Bildung der Ausschüsse dem Gesammtvorstand eine wesentliche Rolle zu ertheilen. Die Versammlung theilt sich zu jenem Zwecke durchs Loos in 15 gleiche, alle 4 Wochen zu erneuernde Abtheilungen, und aus diesen wählt in der Regel der Gesammtvorstand, ausnahmsweise die ganze Versammlung, die Mitglieder der Ausschüsse, so daß jede Abtheilung in der Regel ein Mitglied des fraglichen Ausschusses stellt. Der Gesammtvorstand hat bei seiner Wahl die voraussichtlich vorhandenen wesentlichsten Meinungen zu berücksichtigen, eine Bestimmung, die, wie der Verfasser bemerkt, in England, wo feststehende Gewohnheit herrscht, wegfallen konnte, bei uns aber jene ersetzen muß. Die Ausschüsse sind theils stehende, theils besondere. Weiter dürfen wir nicht ins Einzelne gehen, aber von Interesse wird es sein, die Gegenstände der Beschäftigung für die 9 stehenden Ausschüsse aufzuführen: Geschäftsordnung, Begutachtung der Reichsverfassung, auswärtige Angelegenheiten, Heerwesen und Flotte, Finanzen, volkswirthschaftliche und gemeinnützige Angelegenheiten, Wahlprüfung, bürgerliche und Strafgesetzgebung, Petitionen. Die treffliche englische Gewohnheit, daß die Ausschüsse Zeugen abhören, amtliche Auskunft verlangen und die Ergebnisse bekannt machen, hat der Verfasser auch zu seinem Vorschlag gemacht. Auf die Regeln für die Verhandlungen dürfen wir hier nicht eingehen, weil sie mehr die Eigenthümlichkeiten legislativer Versammlungen überhaupt, als die besonderen der bevorstehenden konstitutionellen Versammlung betreffen. Wir wollen nur aus der Redeordnung anführen, daß ein Redner sich zwar einschreiben lassen, aber dann nur eine halbe Stunde reden darf, während die freie Verhandlung keiner solchen Beschränkung unterliegt. Einen Vortrag abzulesen, wird nicht gestattet. Daß der scheinbar so äußerliche Umstand der Sitzordnung seine Bedeutung habe, führt der Verfasser trefflich aus und entscheidet mit überwiegenden Gründen für die freie Wahl des Platzes. Keine unfreiwillige Sitzordnung nach irgend rationellen oder irrationellen Gründen wird hiernach auf dem Reichstage die Anziehung der wahlverwandten Elemente und die augenfällige Bildung politischer Parteien hindern. Für die Abstimmung empfiehlt der Verfasser als rascheste uns sicherste Weise Sitzenbleiben und Aufstehen und bei zweifelhaftem Ergebniß die Abstimmung mit zwei Kugeln, die dem Abstimmenden eher Gelegenheit gibt, seine Abstimmung zu verbergen. Den Einwendungen, welche diesen Vorzug nicht als einen solchen anerkennen möchten, entzieht sich der Verfasser mit der Frage: ob man es vorziehe, Furchtsame gegen ihre Ueberzeugung oder nach derselben handeln zu sehen; und daß der politische Heldenmuth plötzlich allgemein geworden, zieht er in Zweifel. Aus dem letzten Abschnitt über Petionen heben wir die wichtige, durch die warnendsten Beispiele aus der franz. Revolutionsgeschichte unterstützte Bestimmung hervor, daß die Petitionen schriftlich einzureichen und in keinem Falle Deputationen in den Sitzungen zuzulassen sind. Zum Schluß weisen wir wiederholt auf die eben so reichhaltigen als klaren Motivirungen des Verfassers hin und wünschten, daß die im Obigen nackt hingestellten Sätze die Leser anregen möchten, jene selbst zur Hand zu nehmen.

(D. Z.)

Deutschland.

Bayern. †* (München, 18. Mai.) [Siebenunddreißigste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten, Abendsitzung.] Am Ministertische: der Staatsminister Frhr. v. Thon Dittmer, Heintz, Frhr. v. Lerchenfeld und mehrere Ministerialräthe. — Der Referent des II. Ausschusses Abg. v. Schätzler erstattete Vortrag über den Gesetz-Entwurf der Einkommensteuer, dessen Annahme er mit mehrfachen Modifikationen des Ausschusses empfiehlt. Es wird dieser Gesetz-Entwurf morgen zur Berathung kommen. Da in der heutigen Vormittagssitzung die allgemeine Debatte über das Kapitalsteuergesetz zu Ende gebracht wurde, so wurde sofort zur speziellen Debatte geschritten. — Artikel I. Dieser bestimmt, daß alles rentirende bewegliche Vermögen, verzinsliche Darlehen, Schuldbriefe, Staatsobligationen &c. der Kapitalsteuer unterliege, — ohne Unterschied, ob es inner- oder ausser Landes liegt. Abg. Professor Edel bringt hiezu eine Modifikation, nach welcher der Artikel also lauten soll: »Alles bewegliche Vermögen bayerischer Staatsangehöriger, oder inländischer juristischer Personen, welches durch Anlegung von Geldkapitalien auf Gewinnung von Zinsen oder Gewinntheilung gebildet ist, insbesonders verzinsliche Darlehen an den Staat oder Privaten, Ewiggeld und Bodenzinskapitalien, so ferne solche nicht von der Dominikalrentensteuer betroffen sind, Einlagen in Aktiengesellschaften und dergleichen, unterliegen der Kapitalsteuer, ob sie inner- oder ausser Landes anliegen. — Abgeordneter Bestelmeyer bringt die Modifikation, daß erst nach Abzug der auf dem Vermögen Kapital-Schulden die Kapital-Steuer eintreten soll.« — Der Staatsminister der Finanzen erklärt sich mit der Modifikation Edels einverstanden, nicht aber mit der des Abgeordneten Bestelmeyer. Mehrere Abgeordnete unterstützen beide Modifikationen, während auch der Staatsminister des Innern sich gegen die Modifikation Bestelmeyers ausspricht, da ja jeder von seinem Hause, Rechte, Gründe &c., wenn diese auch mit Schulden belastet, die Steuer zahlen müssen, daß es Ungerechtigkeit wäre, bei den Kapitalsteuern eine Ausnahme zu machen. — Der Staatsminister der Justiz ist ebenfalls gegen diese Modifikation, er wünscht die Annahme des Artikels, wie ihn die Regierung vorgeschlagen. — Die Modifikation Bestelmeyers wurde hierauf angenommen mit 54 gegen 50 Stimmen, die Modifikation Edels verworfen, und dann der Artikel (mit der Modifikation Bestelmeyers) angenommen. — Artikel II.: »Die einfache Steueranlage soll in einem Kreuzer von einem Gulden des jährlichen Ertrags bestehen.« — Dieser Artikel wurde ohne Debatte angenommen. — Artikel III. Von der Kapitalsteuer sollen ausgenommen sein 1) der Staat. 2) Die Wohlthätigkeitsanstalten. 3) Banken, öffentliche Leihanstalten, Spar- und Hülfskassen. 4) Kapitalien unter 500 fl., so ferne sie das einzige Vermögen des Steuerbaren bilden. — Hiezu stellt der Ausschuß die Modifikation, daß auch Unterrichts u. Kultusstiftungen, welche für ihre Zwecke zureichende Einkünfte nicht haben, und deßwegen aus andern öffentlichen Kassen Zuschüsse empfangen, von der Kapitalsteuer ausgenommen sein sollen, ebenso Kapitalien unter 500 fl., wenn sie das einzige Vermögen eines Einzelnen, und 1000 fl., so ferne sie das einzige Vermögen der Familien bilden; dagegen sollen öffentliche Leihanstalten der Steuer unterliegen.

Hiezu kommen noch 5 Modifikationen aus der Mitte der Kammer, die alle weitere Ausnahmen von der Kapital-Steuer bezwecken: 1) Vom Abg. Bestelmeyer, daß auch Stiftungen, die ihr Vermögen stiftungsgemäß verwenden, von der Kap.-Steuer ausgenommen sein sollen: 2) vom Pfarrer Ramoser, daß Pupillengelder bis zu 5000 fl. bis zur Volljährigkeit der Waisen ausgenommen sein sollen von der Kap.-Steuer. 3) Vom Pf. Ruland, daß alle Kultus- und Unterrichtsstiftungen ohne Unterschied ausgenommen sein sollen. 4) Vom Abg. v. Rießler, daß wenigstens jene Leihanstalten, deren Ueberschüsse zu wohlthätigen Zwecken bestimmt sind, von der Kap.-Steuer befreit sein sollen. 5) Vom Abg. Bestelmeyer, daß bei dem Vermögen unter 500 und resp. 1000 fl. der Mobiliarbesitz nicht eingerechnet werden dürfe. — Diese 5 Mod. wurden von den meisten Rednern bekämpft, ebenso vom Refer., da durch dieselben fast alles steuerfrei würde. Auch die Herren Staatsminister erklären sich gegen dieselben. Diese 5 Modifikationen wurden dann auch verworfen. Die Modifikationen des Ausschusses aber und mit ihnen der Art. angenommen. — Art. IV. (Steuerpflichtig soll Jeder am Orte seines Wohnsitzes sein, die Steuer innerhalb 3 Monat nach Aufstellung der Steuerlisten fällig und mit einem Male erhoben werden. Die Steuerlisten sollen bis 1. Sept. 1848 aufgestellt sein.) Dek. Vogel brachte hiezu eine Modif., nach welcher der Tag der Einführung der Kapitalsteuer und das Maß derselben, erst vom nächsten Landtag bestimmt werden sollen. — Daß diejenigen, welche für den Gesetzentwurf sind, gegen diese Mod. auftreten wurden, war vorauszusehen und geschah auch in umfassender Weise, wie denn auch der Refer. und die Staatsminister des Innern und der Finanzen gegen dieselbe auftraten. Es wurde diese Mod. dann auch verworfen, jedoch nur mit einigen Stimmen Majorität. Wäre die Mod. angenommen worden, so würde dadurch der Gesetzentw. als durchgefallen zu betrachten gewesen sein. — Der Art. 4 wurde unverändert angenommen und zwar mit großer Majorität. — Die nun folgenden Art. 5. 6. 7. 8. 9, die das Verfahren, welches bei der Steuererhebung beobachtet werden soll, bestimmen, beantragt der Ausschuß zu streichen, da ihm die Bestimmungen derselben als zu hart erscheinen, er beantragt für diese 5 Art. folgende 4 neue anzunehmen:

Neuer Artikel 5. Auf ergangene Aufforderung von Seite der kgl. Rentämter erholen die Gemeinde Behörden von ihren Gemeindegliedern die Erklärung, ob sie im Besitze steuerbarer Kapitalien sind, und wie hoch sie den Jahresbetrag ihrer Kapitalsrenten anschlagen." Diese Erklärungen müssen mündlich oder schriftlich innerhalb einer angesetzten Frist abgegeben werden und sind von den Gemeindebehörden in ein Verzeichniß zu bringen. Die schriftlichen Erklärungen können auch verschlossen übergeben werden, müssen aber auf der Aufschrift Namen und Wohnort des Pflichtigen enthalten. Neuer Artikel 6. Nach Ablauf des Termines übergibt die Gemeinde-Behörde die eingezogenen mündlichen oder schriftlichen Angaben dem einschlägigen Rentamte, welches dieselben in ein Generalverzeichniß nach Gemeinden einträgt. Neuer Artikel 7. Sind diese Verzeichnisse geschlossen, so bildet sich in jedem Rentamtsbezirke eine Prüfungscommission, welche aus dem Vorstande der Distrikts-Polizei-Behörde und dem Rentbeamten unter Beiziehung eines Aktuars besteht! Die Prüfung selbst wird auf dem Lande nach Gemeinden, in Städten oder größern Märkten nach zu bildenden kleinern Bezirken vorgenommen. Die Prüfungs-Kommission verstärkt sich immer mit 3 bis 5 Mitgliedern aus den Gemeinden, oder den Bezirken, dessen Fassionen geprüft werden sollen und bildet sodann den Prüfungs-Ausschuß. Dieser unterweist die Erklärungen der Steuerpflichtigen einer Prüfung, bestätigt sie als unbedenklich, in welchem Falle die Steuerpflicht sogleich definitiv festgesetzt wird, oder merkt die erhobenen Beanstandungen vor. Neuer Artikel 8. Nach vollendeter Prüfung aller Fassionen bleibt es dem kgl. Rentamte unter Mitwirkung der Distrikts-Polizei-Behörde überlassen, sich bezüglich der beanstandeten Fassionen die nöthigen Aufklärungen zu verschaffen. „Zur Bescheidung der vom Prüfungs-Ausschuß erhobenen Anstände ruft alsdann die Kommission sowohl die betreffenden Steuerpflichtigen, sowie jene Mitglieder der Gemeinde oder des Bezirkes ein, welche sie im gegebenen Falle verstärkt hatten, und entscheidet auf die Erklärung des Betheiligten definitiv über den Betrag der Steuerpflicht. Die nachweisliche Unrichtigkeit einer solchen Erklärung wird nach Art. II. bestraft. Der Minister der Finanzen erklärte sich mit diesen neuen Art. einverstanden, jedoch nur, wenn folgende Modific., die der Minister sofort einbringt, angenommen werden. Im Art. 5 soll nach dem Worte „Erklärung" zugesetzt werden „auf Bürgerpflicht." Dem Art. 6 soll am Schlusse beigefügt werden: „Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert." Mit dieser Modif. wurden diese vier neuen Art. angenommen. Art 10 nun 9 soll nach der Modif. des Ausschusses lauten: „Gegen die mit Stimmenmehrheit zu fassenden definitiven Beschlüsse des Prüfungsausschusses ist weder Remonstration, noch ein anderes Rechtsmittel zuläßig." — Eine Modif. Bestelmeyers wollte, daß der Recurs an die Regierung zuläßig sei, dieselbe wurde aber verworfen, der Art angenommen. —

Art. 11 nun 10. Diesen Art. hat der Ausschuß modifizirt, so daß er jetzt folgendermassen lautet. „Wer den Betrag seiner steuerbaren Capitalrenten ganz oder theilweise verschweigt, und dessen überwiesen wird, unterliegt nebst Nachzahlung der treffenden Steuer einer Strafe zum Besten des Orts-Armenfonds, welche in dem doppelten Betrage der (der Reg. Entw. wollte den fünffachen) der Steuer von dem verschwiegenen Capitale besteht. Unterwirft sich der Betheiligte nicht freiwillig der dießfalls von Seite des k. Rentamts an ihn gestellten Anforderung, so haben die in Polizey-Uebertretungen zuständigen Behörden darüber zu erkennen und das Verfahren richtet sich nach den §§. 15 bis 18 des Gesetz. vom 1. Juli 1834 „Verletzungen der Zollord. betreffend." — Ohne Debatte in dieser Fassung angenommen. — Art. 13 nun 12 bestimmt, daß die Kapitalsteuer vorläufig auf 1 Jahr erhoben werden soll mit je 3 kr. vom Gulden des Jahresertrages, daß der nächsten Ständeversammlung über Fortbestand oder Abänderung derselben Vorlage gemacht und die im §. 6 Abth. VI. des Familien-Steuer-Edicts vom 10. Dez. 1814 angeordnete Besteuerung der Capitalisten mit Einführung der neuen Steuer vom 1. Oktbr. 1848 ausser Wirksamkeit trete. — Der Ausschuß macht hier die Modif., daß nicht 3 kr., sondern 2 kr. vom Gulden erhoben werden sollen. Ohne Debatte wird der Art. mit dieser Modif. angenommen, ebenso der Schlußartikel 14 nun 13. — Die hierauf erfolgte Abstimmung über den ganzen Ges. Entw. durch Namensaufruf ergab die Annahme des modifiz. Entw. mit 85 gg. 27 Stimmen. — Nein stimmte, Dr Müller, Lüsteneger, Höfer, v. Rießler, Dr. Ruland, Hall, Riede, Lemberger, Fischer, Spies, Bazino, Zinn, Reithmayer, Jordan, Dr. Ramoser, Schmetzer, Killmann, Eppelsheim, Ney, Bestelmeyer, Pettinger, Wolf, Brunk, Reudelhuber, Dürring, Maffei, Diemler. — Sitz. Nachts 11 Uhr geschlossen.

*† (München, den 19. Mai.) [Achtunddreißigste Sitzung der Kammer der Abg.] Die Kammer ist mit der Berathung über das Einkommensteuergesetz beschäftigt, für und gegen welches dieselben Gründe wie gestern bei dem Kapitalsteuergesetz vorgebracht werden. Bei Postschluß ist die Debatte noch nicht geendet.

* (Nürnberg, den 20. Mai.) So eben eingegangenen sichern Nachrichten zufolge ist die beabsichtigte Bildung eines Scharfschützenkorps von der Nürnberger Schützengesellschaft vom kgl. Ministerium genehmigt.

Baden. (Heidelberg, 16. Mai.) Die über Gemeinderath Kaufmann Rasp und Apotheker Olinger verhängte Untersuchungshaft wurde heute aufgehoben. Sie sind die einzigen, welche von den hier Verhafteten bis jetzt freigegeben worden sind. (Schw. M.

Freie Städte. (Frankfurt, 18. Mai.) 51. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 17. Mai. In der heutigen Sitzung trat für den ausgetretenen Senator Harnier der Senator Souchay als Gesandter der Stadt Frankfurt in die Bundesversammlung ein. Senator v. d. Hude legitimirte sich als Stimmführer der freien Städte. Berichte des Syndikus Banks vom 13. d. M. wurden verlesen und dem Marineausschuß überwiesen. Der hannoverische Gesandte gab im Namen seiner Regierung eine Erklärung bezüglich des von den Vertrauensmännern ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs und der Grundsätze ab, auf welche die Verfassung basiren müsse, indem er zugleich anzeigte, daß er instruirt sey, auf eine Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfs einzugehen. Der badische Gesandte knüpfte hieran die Erklärung, daß auch er für eine solche Erörterung instruirt sey. Auch die Gesandten von Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Braunschweig und Oldenburg erklärten die Bereitwilligkeit ihrer Regierung, alle irgend mögliche Opfer der Freiheit Deutschlands bei Festsetzung der künftigen Reichsverfassung zu bringen und instruirt seyen auf eine Erörterung der Einzelnheiten des Verfassungsentwurfs einzugehen. Der würtembergische Gesandte überreichte das Gesetz über die Wahlen der Abg. zur Nationalversammlung. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. Mai.) In der gestern Abend um 7 Uhr gehaltenen vorbereitenden Versammlung der bereits anwesenden Mitglieder der constituirenden Versammlung (über 300) wurde beschlossen, sich heute den 18. Nachmittags 3 Uhr im Kaisersaale wieder zu versammeln, und um 4 Uhr nach der Paulskirche, dem Sitzungssaale der constituirenden Versammlung im Zuge sich zu begeben, wo sodann die Eröffnung der constituirenden Versammlung mit der Ermittlung des Alterspräsidenten stattfinden soll. Das älteste Mitglied war bis jetzt der ehemalige Bürgermeister Behr von Bamberg, gewählt im bayerischen Wahlbezirke Kronach, alt 73 Jahre.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. Mai.) Unter den entsprechenden Feierlichkeiten wurde heute Nachmittag um 4 Uhr die constituirende Versammlung eröffnet. Das Volk zeigte die lebhafteste Theilnahme und brachte dem Deputirtenzug, als er sich aus dem Kaisersaal in die Paulskirche begab, ein dreifaches Hoch. Alterspräsident war Syndicus Lang aus Hannover (Behr hatte sich bedankt) Vicepräsident Staatsminister Lindenau aus Dresden. Die Verhandlungen boten heute große Leidenschaftlichkeit und waren manchmal wahrhaft verwirrend, besonders in Bezug auf die Geschäftsordnung. Es wurde endlich derjenige Antrag angenommen, nach welchem die von Mohl ꝛc. entworfene Geschäftsordnung provisorisch angenommen, aber eine Commission von 15 Mitgliedern ernannt werden soll, um sie zu prüfen und Bericht zu erstatten. Diese Commission soll morgen gewählt werden. Eine überaus lebhafte Debatte entstand auch über die Präsidentenfrage; es wurde beschlossen, morgen zur Wahl eines provisorischen Präsidenten zu schreiten. (N. Wrzb. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 16 Mai.) Das streng konstitutionell-monarchische Darmstadt hat einen Republikaner zum Abgeordneten nach Frankfurt erhalten. Dr. Wilhelm Schulz siegte soeben mit 174 Stimmen gegen 85 über seinen Konkurrenten, Hrn. Wernher, aus Nierstein, einen der tüchtigsten Abgeordneten der zweiten Kammer unserer Stände, und zweiter Präsident derselben. (Mannh. J.)

Oesterreich. (Aus Tirol, den 14. Mai.) Aus allen eingegangenen Berichten über die Wahlen stellt es sich heraus, daß, wie zu erwarten, der Klerus vollkommen die Leitung dieser Angelegenheit übernommen hatte. Als die Wahlmänner an den einzelnen Orten zusammentraten, bemerkte man fast überall solche Massen von Geistlichen, daß eher ein kirchlicher als politischer Akt, eine Synode und nicht eine Volkswahl vorgenommen zu werden schien. Wie wenig übrigens von der Regierung die Gemeinden über den Zweck der Wahlen verständigt waren, erläutert die heitere Antwort der Bauern von Höfling, eines Bergdorfes ob Meran, die dem Wahlkommissär erklärten „sie könnten nicht mitthun, sie hätten jetzt nicht Zeit nach Frankfurt zu gehen." (D. Z.)

Württemberg. (Weinsberg, den 17. Mai.) Das den Mainhardter-Wald gesendete Militär überraschte zu Neuhütten mit großer Gewandtheit die dasigen Rädelsführer der vorgefallenen Gesetzlosigkeiten und führte sie in die Gefängnisse nach Weinsberg ab. Das Militär (600 Mann) wird wahrscheinlich bis zur Vollendung der Untersuchung auf dem Walde verweilen, wo es den Bewohnern in Hinsicht der Lebensmittel, die dort völlig mangeln, zur Unterstützung gereicht; den Soldaten werden nämlich täglich die Lebensmittel von Weinsberg aus auf Wagen zugeführt, an denen sie nun die verarmten Bewohner auch theilnehmen lassen. Der Boden auf diesem Walde gibt nur kargen Ertrag; die Kartoffeln waren v. J. meistens mißrathen, und seit Monaten ließen viele Bauern in jener Gegend die Geschäfte ganz seyn und vertranken noch, was sie hatten, in Erwartung der nun bald hereinbrechenden republikanischen Freiheit, „wo man nichts mehr bezahlen dürfe." Zu bedauern sind Weiber und Kinder. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 16. Mai, Mittags.) Paris ist keineswegs ruhig. Um 10 Uhr rief die Trommel die Nationalgarde von Neuem zu den Waffen. Caussidieres, Präfekt von Paris, soll arretirt und die Garde-Republikaine aufgelöst werden. Die letztere leistet jedoch Widerstand und will sich mit der Bürgerwehr schlagen. Die Volkschefs sind sämmtlich arretirt. Man spricht von Befreiungsversuchen. Während

wie dies schreiben, hält Lamartine einen Vortrag in der Nat.-Vers. zur Mäßigung.

Die ganze Nacht war Paris mit Truppen und Patrouillen übersäet, die in den Höfen der Staatsgebäude bivakirten. Die Befürchtung, die Arbeiter würden während der Nacht aus den Faubourgs zurückbrechen und einen Befreiungsversuch ihrer Chefs wagen, hat sich nicht bestätigt.

Fast sämmtliche Chefs der demokratischen Partei sind arretirt, darunter drei Glieder der Nat.-Vers., Barbes, Albert, Glied der ehemal. prov. Regierung und der Obergeneral Courtais. Die anderen berühmtesten Gefangenen sind: Huber, Blanqui und Sobrier. Raspail befindet sich, wie wir hören, noch frei. Cabet nahm an der Demonstration keinen Theil; wenigstens sprach er nicht auf der Tribune in der Nationalversammlung.

Clemens Thomas, der wegen seines konservativen Eifers bekannte Oberst und ehemal. Redakteur des National, wurde gestern Abend einstimmig zum Oberbefehlshaber der Pariser Bürgerwehr ernannt. Er hat es aber ausgeschlagen und der General Negries, einer der Quästoren der Nat.-Vers., ist wie wir hören zum Kommandanten der Bürgerwehr bestimmt worden. Den neuesten Nachrichten zufolge bleibt Thomas prov. Kommandant.

General Fouche hat den Oberbefehl über sämmtliche bewaffnete Macht in und um Paris erhalten.

General Tempoure, erst kürzlich zum Befehlshaber der Nat.-Garde Mobile ernannt, wurde gestern auf dem Zuge der Arbeiter in die Nat.-Vers. vom Pferde gerissen, jedoch nicht gemißhandelt. Er ist dem Volke wegen seinen rationalistischen Ideen verhaßt.

Die Untersuchung gegen die Urheber der gestrigen Demonstration ist in vollem Gange. Portalis und Landrie, beide Glieder der Nat.-Vers. und Staatsanwälte der Republik, beweisen großen Eifer.

Die gestrige Nat.-Versammlungs-Sitzung hatte in der französ. Geschichte noch nicht ihres Gleichen. Es wäre denn im Monat Prairial des Jahres V unter Romme's Anführung gegen die Versammlung, der Boissy d'Anglas präsidirte.

Caussidière, Präfekt von Paris, ist abgesetzt. Die diesfällige Ordonanz jedoch noch nicht erschienen.

† (Paris, 16. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 15. Mai. Schluß.] Die große Uhr im Sitzungssaale zeigte auf 4 Uhr 35 Minuten als Barbère, Raspail, Blanqui, Sobrier rc. umgeben von einer starken Volksabtheilung gegen das Stadthaus abzogen. Längs der Quais und auf dem Platze vor dem Stadthause stand eine unermeßliche Menge. Marrast und Adam, Ersterer aus dem Sitzungssaale geflüchtet, vertheilten Kartuschen an die Besatzung des Stadthauses. Der Widerstand war indessen nicht groß. Man leerte der Bürgerwehr die Patrontaschen und zog, etwa hundert Mann hoch, in den großen Sitzungssaal, wo die ersten provisorischen Dekrete erlassen wurden. Boten sandte man in alle Richtungen, um das Volk zu organisiren. Während dies im Stadthause vorging, hielt die Exekutiv-Komitee im Luxemburg theilweise Sitzung — theilweise, denn Lamartine und Ledru Rollin waren bis 4 Uhr in der Nat.-Versammlung. Arago, Marie und Garnier Pagès beriethen über die Maßregeln zum Schutze der National-Versammlung. Seit 2 Uhr hatten sie den Rappel schlagen lassen. Erst um 5 Uhr kamen die ersten Legionen zusammen und rückten vor die Nat.-Versammlung, die auseinander gestoben war. Nur drei oder vier Glieder befanden sich unter der Menge im Saale, die sich übrigens größtentheils nach dem Stadthause begaben. Um 5½ Uhr drangen einige Abtheilungen der Nationalgarde in den fast leeren Saal, um ihn vollends zu säubern. Mehrere Glieder der Nat.-Versammlung, die sich in den Seitengängen verloren hatten, kehrten zurück. Um 5¾ Uhr war das ganze Stadtviertel, in dem der Sitzungssaal liegt, umringt. Ein großer Theil der Nationalgarde drang um dieselbe Stunde in den Sitzungssaal der prov. Regierung und nahm einzelne Glieder derselben, namentlich Barbès und Albert, Repräsentanten, gefangen. Kavallerie beschützte das Seine-Ufer und um 7 Uhr ward die Sitzung der Nat.-Versammlung wieder aufgenommen. Portalis, der Staatsanwalt, nahm zuerst das Wort und trug darauf an, ihm die nöthige Vollmacht zu ertheilen, um den Hochverrathsprozesse gegen Barbès und Courtais, den alten greisen Volksgeneral, dessen Säbel die Bürgerwehr im Triumph zerbrochen hatte, einzuleiten. Die Versammlung genehmigte den Antrag. Garnier Pagès, Arago und Marie, aus dem Luxemburg kommend, erschienen nun im Saale. Garnier Pagès schilderte der Versammlung die getroffenen Maßregeln, Fouché, General der 1. Division, sei zum Oberbefehlshaber ernannt worden u. s. w. Leon Faucher schlägt eine Proklamation vor, die auch wirklich diesen Morgen an die Strasseneckeu von Paris geklebt wurde, und in der wir weiter nichts Merkwürdiges finden, als daß die Hergänge als ein Attentat vom Volk gegen seine eigene Souveränität (!) dargestellt werden, denen die Polenvertheidigung nur zum Deckmantel gedient hätte. Lamartine unterstützte diesen Antrag und hält eine sehr schmeichelhafte Rede zu Gunsten der Bürgerwehr, die er scharf von der faktiosen Minderheit schied. Es wurde erklärt: »daß sie sich um das Vaterland verdient gemacht.« Luneau wünscht zu wissen, ob Sobrier's Hotel in der Rivolistraße von den gefürchteten Montagnards geräumt sei. Der Minister oder vielmehr ein Kollege versichert ihm, daß die Bürgerwehr dieses Nest geleert habe. Louis Blanc, die Kleider in Unordnung, einen unbeschreiblichen Schmerz im Gesicht, erschien in diesem Augenblick an einem der Eingänge und verlangte das Wort. Er erhielt es und richtete mit unbeschreiblicher Energie, deren wir diesen schwachen Korper gar nicht fähig gehalten, eine donnernde Philippika an die Versammlung. Die Versammlung siegestrunken, unterbrach ihn mehrere Male mit großer Heftigkeit. Er zeigte aber einen Muth, schwang seine blaue Karte als Repräsentant und obgleich sich von jeder Verantwortlichkeit der ohne seine Aufmunterung geschehenen Gewaltthätigkeiten lossagend, hielt er seine Rede mit bewunderswerther Ausdauer bis zu Ende. Er zeigte einen Heldenmuth auf der Tribune. »Weder Einschüchterung, noch Beleidigung, weder Gefahr noch Todesfurcht werden mich abhalten, Euch die Wahrheit zu sagen. Ich weiß, daß Ihr alle meine polit. Gegner seid und doch bebe ich nicht zurück, das Volk zu vertheidigen und ein Ministerium der Arbeitsorganisation zuzuwenden.« Stürmische Ausbrüche der Wuth und des Zornes unterbrachen mehrfach den Redner. Marrast trug auf Vollmachts-Ertheilung gegen Albert und Barbès Verfolgungen an, die sofort bewilligt wurde. Er erzählte, wie sie im Stadthause während der Sitzung der prov. Regierung arretirt worden seyen. Zwei Glieder, Cevras und Lasterrare, die das Volk wegen ihres unpopulären Benehmens aus dem Sitzungssaale nach dem Stadthause mitgeführt hatte, versuchten der Versammlung Leidensgeschichten zum Besten zu geben. Doch bewies Letzterer soviel Takt, Hrn. Cevras nicht vollenden zu lassen, sondern trennte sich um 9 Uhr 40 Minuten Abends, um heute 10 Uhr sich wieder zu versammeln.

† (Paris 16. Mai.) [National-Versammlung. Sitzung vom 16. Mai.] Präsident Buchez eröffnet sie um 10½ Uhr. Edmond Lafayette, einer der Schreiber, liest das Protokoll vor. Die Glieder der Nationalversammlung sind fast alle auf ihren Plätzen. Die Garde Mobile, unter General Tempourés Befehl, bivouakirte die ganze Nacht vor der Brücke und hält noch an den Haupteingängen. Mehrere Züge von Festdelegirten aus den Departementen nähern sich mit Fahnen an ihrer Spitze dem Sitzungsgebäude, um der Versammlung ihre Anhänglichkeit von Neuem zu beweisen. Diese Herren zeigen sich erbittert. Sie sprechen im Namen von ganz Frankreich und aus ihren Reihen hören wir den Ruf: Nieder mit den Faktiosen! Nieder mit den Klubs! Tod den Kommunisten! u. s. w. Präsident Buchez nahm zuerst das Wort. Er suchte sich zu rechtfertigen gegen die Vorwürfe, daß er gestern von der ihm zustehenden Macht einen angeblich falschen Gebrauch gemacht habe, indem er den Befehl gegeben: Keinen Appel zu schlagen! Diese Erklärung, die vielen Gliedern der Versammlung noch neu war, wurde mit großer Mißstimmung angehört. Sie genügte offenbar der siegesberauschten Mehrheit nicht und besonders aus der Rechten erschallte es! Genug! Genug! zur Ordnung, zur Ordnung. Luneau, der ehemals radikale Deputirte, benutzte die allgemeine Stimmung gegen den Präsidenten und warf demselben vor, daß er, im offenbaren Bunde mit dem Minister des Innern, einen großen Theil des gestrigen Volkssturmes im Moniteur und dem Protokoll unterdrückt habe, wogegen er hiermit protestire. Dieses Recht stände Niemanden zu und Frankreich müsse die ganze volle nackte Wahrheit des gestern hier Geschehenen erfahren. Ihr seid seine Vertreter, rief er begeistert und Ihr müßt Eure Mandanten über Alles unterrichten. Garnier Pagès besteigt wiederholt die Tribune, um die Versammlung zu versichern, daß der exekutive Ausschuß alle Maßregeln getroffen, die irgend wie nöthig geschienen, um der Rückkehr eines ähnlichen kühnen Attentats vorzubringen und die Ruhe von Paris zu sichern. Sobrier sei arretirt, sein Haus und seine Horden, die berüchtigten Montagnards, durchsucht, aller Waffen und Munitionsvorräthe entblößt worden. Der Revolutionsklub im Palais royal, dem Barbès präsidirte; die Societe republ. Centrale, dem Blanqui vorstand rc. werden geschlossen u. s. w. Albert, Barbès, Blanqui säßen unter Schloß und Riegel, 75 Mann theilen mit ihnen das Gefängniß. Der Präfekt Caussidiere selbst werde im Sitzungssaale erscheinen, um der Versammlung Rechenschaft abzulegen. Caussidiere habe gute Gesinnungen für die Exekutivbehörde gezeigt, aber man müsse seine Umgebung wechseln. Der Chef des Generalstabs Saisset sei arretirt. Benjamin fand diese Erklärungen sehr ungenügend. Sie genügen seiner Ansicht nach keineswegs zur Ueberzeugung für die Versammlung, daß die Executivgewalt Alles, was in ihren Kräften stand, angewandt habe, um den Ereignissen vorzubeugen. Sie empfiehlt den Wechsel der Umgebung des Präfekten allein den Präfekten selbst will man beibehalten. Ich aber könnte eine Menge Verordnungen und Handlungen aufzählen, die ihn als höchst verdächtig (suspect) darstellen. (Ja, Ja! Nein, Nein!) Lamartine kam jetzt der bedrängten Exekutivgewalt und dem angegriffenen Präfekten zur Hilfe. Man stellt uns zur Rede, sagte er, wie wir hätten der Bildung zweier irregulärer Corps in Paris ruhig zusehen können; nämlich a) den Montagnards b) dem Garde-Republikanern. Wir antworten hierauf, daß die Bildung dieser beiden Corps die ersten Akte der Februar Revolution selbst waren und sie zu zerstören die Prinzipien der Revolution selbst zerstören hieße. Was ihre gestrige Haltung betrifft, so wird Bürger Caussidiere alsbald in den Nationalversammlungen selbst erscheinen, um sich vor ihren Schranken zu verantworten und zu vertheidigen. Ich will Ihrer Meinung durchaus nicht vorgreifen. Ich glaube indessen an seinen Eifer. Baroche verlangt genauere Angabe über alle diejenigen Beamten, die gestern ihren Posten nicht erfüllten. Er dringe auf speziellere Nachweise. Er behauptet, die Garde Republikaine habe sich der Nationalgarde geradewegs widersetzt. »Ich trage daher auf deren Auflösung vor allen Dingen an und erkläre mich mit den bisherigen Maaßregeln der Exekutivgewalt durchaus nicht zufrieden.«

Lamartine: Ich höre von einigen Bänken den Ruf zur Tagesordnung. Ich trage daher darauf an, daß die Versammlung dieselbe wieder aufnehme. Setzen Sie, rief Lamartine, Ihr Vertrauen in die Exekutivgewalt, wenn nicht unbegränzt, so doch vorübergehend so lange fort, bis die Ruhe hergestellt ist. (Ja, Ja!) Die Tagesordnung wird aufgenommen. v. Mornay: Ich stimmte für die Tagesordnung, muß aber noch um Berichtigung einer Thatsache bitten. Man meldet mir nämlich, daß Huber, der einflußreichste Leiter aller Klubs gestern zwar arretirt worden, aber eine Stunde später auf Befehl eines höheren Beamten wieder freigelassen worden sey. Er wollte den Beamten wissen, der so in die Räder der Justiz eingreife? Flocon zweifelte an der Richtigkeit dieser Angabe und bemerkte, daß sie untersucht werden solle. Die Versammlung schritt zur Tagesordnung zurück, welche in Berathung über die organische Einrichtung und Vertheilung der Arbeiter der National-Versammlung besteht. Billault, Exdeputirter, nahm das Wort. Gestern, begann er, während das Volk sich in den Saal drängte, habe ein Mann aus ihm gerufen: Was habt ihr denn seit 10 Tagen gemacht? Man sieht, fuhr Billault fort, das Volk begreift nicht, daß sich jeder Gesetzgeber erst konstituiren müsse, ehe man seine Früchte beurtheilen könne. Diese Volksansichten rühren großentheils von der Verläumdung seiner Führer her. Jetzt können wir uns den Arbeiten ruhig überlassen. Ich schlage Ihnen zu diesem Zwecke die Prüfung folgender drei Gesetzentwürfe vor: 1) Schöpfung eines Finanzausschusses, der sich mit der Exekutivgewalt in Verbindung setze, um die eigentliche Finanzlage Frankreichs genau zu ermitteln und über die Verordnungen zu berathen, welche zur Wiederherstellung des Kredits getroffen werden müßten. 2) In allen Departementen Arbeits-Organisations-Ausschüsse zu errichten, welche sich mit der 36köpfigen Centralkommission, die Sie vor einigen Tagen geschaffen, in Verbindung zu setzen hätten. 3) Sämmtliche Zugänge der Nationalversammlung im Umkreise von 1500 Metres durch Truppen zu besetzen, um die Verhandlungen derselben zu sichern. Senard und Jules Favre wiedersetzten sich dem dritten Gesetzvorschlage, den sie für höchst unpolitisch hielten. Die Stimmung der Bürgerschaft von Paris sey vollkommen günstig für die National-Versammlung, nur ein Theil (fast alle) Arbeiter hegen feindliche Pläne. Billault als alter Parlamentsheld, ließ sich so leicht nicht schlagen. Er sagte: die

Vorsichtsmaßregeln, die ich Ihnen gegen Aufläufe und Zusammenrottungen empfehle, sind viel sanfter als die Maßregeln und Gesetze von 1831. Mein Gesetzentwurf schlägt nur Landesverbannung gegen die Anführer vor (Ja, Ja. Nein, Nein.) Die Versammlung weist endlich den Entwurf an eine Kommission, oder vielmehr an ihre Abtheilungen, und ruhte sich dann eine halbe Stunde aus.

Gegen 2 Uhr setzten sie die Sitzung fort. Die Glieder hatten sich inzwischen das bewußte rothbandige, mit dreifarbiger Kokarde überstickte Abzeichen ins Knopfloch gesteckt; zwei Kanonen, mit Kartätschen geladen, deckten den Haupteingang und die Bürgerartillerie hatte sich zur Verfügung der National-Versammlung gestellt. Louis Blanc ist auch im Saale. Avond legt die Papiere, die man bei Sobrié ergriffen, auf den Schreibtisch; sie beweisen, daß man schon Dekrete der Auflösung und Rekonstruktion bereit hatte. In diesem Augenblicke besteigt Caussidière die Tribune. Er beginnt mit der üblichen Erklärung, daß man ihn verläumdet hätte. Seit zwei Tagen überaus beschäftigt, habe er den Sitzungen nicht beiwohnen können. Seine Ansichten seien überdies so bekannt, daß er den gestrigen Ereignissen unmöglich habe seine Billigung geben können. Er erzählte nun der Versammlung seine Dienste seit dem 24. Febr., die er sich um die Republik erworben, seit dem er Präfekt geworden. Er habe die Barrikaden geschleift, die Cirkulation hergestellt, den Mehl- und Brodpreis herabgedrückt und alle Verschwörungen gegen die Provis. Reg. entdeckt. Ich stattete (brüstete sich der Redner) täglichen Bericht an ihre Glieder ab über Alles, was sich in Paris ereignete und kannte namentlich die Absichten und Pläne Blanqui's aufs Genaueste. Ich verlangte einen Arrestbefehl gegen ihn und erhielt ihn. Aber er wurde mir wieder entzogen. (Lärm.) Ich will nicht sagen, daß dieß in böser Absicht geschah.

Allerwenigstens war es eine Schwäche. Für den gestrigen Tag hatte ich durchaus keine Befürchtung. Alles würde ruhig ablaufen, dachte ich, und es wäre dieß sicher der Fall gewesen, wenn man meinen Anordnungen Gehör gegeben. Aber man hat die Kräfte der Garde Mobile, welche den Dienst um die National-Versammlung that, annullirt und mich umgangen. Ich bin der demokratischen Sache zugethan. (?) Doch hätte ich die Zugänge zur Nationalversammlung mit Gewalt vertheidigt. Das ist meine Erklärung; ich stehe vor Ihnen, richten Sie über mich. Ich kann indessen nicht glauben, daß Sie durch Ungerechtigkeit und Schande die Dienste zu vergelten suchen werden, die ich seit zwei Monaten als Präfekt erwiesen zu haben glaube. Ich kann durch die Art meines Verfahrens gefehlt haben, aber meine Absichten waren gut. Uebrigens wurden letztere durch den Ungehorsam und die Widerspenstigkeit der Polizei-Kommissarien gehemmt, die einer anderen Autorität gehorchten oder sie fürchteten. Blanqui arretirt, hätte die gestrige Szene vereitelt. Die Zurückforderung des Verhaftsbefehls ist also Schuld..... (Stimme: Wem haben sie ihn zurückgestellt.) Bei dem Bürger Landoin trug ich vor acht Tagen auf Verhaftung Blanquis an. Allein er sagte mir, daß die provisorische Regierung aus Rücksicht auf das Concordienfest keinen Skandal erheben lassen werde. Was endlich den Widerstand der Garde Republikaine und die Montagnards anbetreffe, so habe ihre Bildung in der Februar-Revolution ihren Grund und sie lediglich die provisorische Regierung zu verantworten. Es heißt, daß in Folge Caussidieres Erklärungen in der National-Versammlung die Montagnards der Garde Republikaine die Waffen gestreckt hatte. Caussidieres wird dennoch abgesetzt werden. Er gab gestern eine Spezial-Parole. —! —

(Straßburg, den 17. Mai, 11 Uhr Morgens.) [Telegraphische Depesche von Paris, 17. Mai um 8 Uhr Morgens] Der Minister des Innern an die Kommissäre der Republik: Die Ruhe, die vorgestern einen Augenblick gestört war, ist in Paris, wo der beste Geist herrscht, überall wieder hergestellt. Der Bürger Caussidière hat seine Entlassung gegeben. Die Nationalgarde hält die Polizeipräfektur besetzt. Das Vertrauen erwacht wieder. Die Fonds sind bedeutend in die Höhe gegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 12. auf den 13. d. M. entkamen aus einem Wohnhause zu Schwarzenbach mittelst Einbruchs und Einsteigens:

1) 4 Paar lange Bauernstiefeln mit kalbsledernem Schafte und rindsledernem Untertheile, wovon 2 Paar noch ganz gut und fast neu, die übrigen 2 Paar schon alt, vorgeschuht und nicht mehr gut waren.

Von den erstbemerkten 2 Paaren hatte jedes einen Werth von 6 fl., von den beiden andern jedes einen solchen von 2 fl. 24 kr.

2) 2 Tabackspfeifen mit kurzem schwarzhornenem sogenannten Birnrohre, Ulmerkopf mittlerer Größe, einer davon etwas kleiner wie der andere, mit Silber beschlagen. Der Pfeifenkopf mit stärkerem Silberbeschläge trägt auf dem Deckel auf einem bogenförmigen Plättchen hinten die Anfangsbuchstaben

E. S.

Der kleinere Ulmerkopf hat ein leichteres Beschläg. Die Deckel an beiden Köpfen sind hoch und von durchbrochener Arbeit. Das Beschläg des kleineren Kopfes hat hinten keinen Becher. Der Ring, auf welchem der Deckel des besser beschlagenen größeren Kopfes aufsitzt, ist nur von Neusilber.

Am letzteren Kopfe befindet sich auch eine doppelte, starke, silberne Kette, mit runden Gliedern und zwei Ringen, etwas über ½ Elle lang daran.

Die eine Pfeife ist auf 8 fl., die andere auf 1 fl. 30 kr. bis 2 fl. — gewerthigt.

Es wird ersucht, auf die noch unbekannten Thäter so wie die entwendeten Gegenstände Spähe zu verfügen und im Entdeckungsfalle Nachricht anher zu ertheilen.

Altdorf, den 27. April 1848.

Königliches Landgericht.

Schumacher.

Eine Blume

auf das Grab

der früh vollendeten Jungfrau

Wilhelmine Stutzer.

Nun ist Sie uns entrissen
Die Freundin lieb und werth,
Die noch nach vielen Jahren
Gewiß manch Herz verehrt.

Sie ist von uns geschieden —
An denen treu Sie hing,
Als Ihr das Herz gebrochen,
Das Auge Ihr verging.

Ihr Auge ist erloschen,
Das uns nur Liebe gab;
Die Hand, sie ist erkaltet
Und sank in's kühle Grab.

Nicht uns'rer Liebe Thränen
Konnt halten Sie zurück —
Nicht Ihrer Eltern Flehen
Und schmerzerfüllten Blick.

Doch bleibt uns dies zum Troste,
Daß nach des Lebens Weh'n
In ew'ger Himmels-Freude
Wir dort uns wieder seh'n.

Br. Sp. H.

(Anzeige) In der Wirthschaft zum goldnen Elephanten ist vor 3 Wochen ein seidner Regenschirm stehen geblieben.

Danksagung.

Für die gütige Leichenbegleitung unseres nun in Gott ruhenden Sohnes, Bruders und Vetters, des Alois Eduard Inzenhoefer von hier, sagen wir dessen Freunden und Bekannten, so wie insbesondere dem wohllöblichen Flaschnerhandwerk, unseren innigsten tiefgefühltesten Dank.

Nürnberg am 20. Mai 1848.

Die Hinterbliebenen.

Zur Beachtung.

Am Sonntag den 28. dieses Monats soll in Lichtenfels eine Zusammenkunft der Scribenten stattfinden, um sich über die Mittel und Wege zu berathen, welche

eine Verbesserung der Verhältnisse der Schreiber in allseitiger Beziehung

erzielen könnten.

Da die Einladung zu besagter Versammlung auch hieher gelangt ist, so wird eine Vorberathung des Schreiber-Personals sämmtlicher hiesigen Behörden, Aemter, Verwaltungen, Rechtsanwälte 2c., und als Versammlungsort hiezu der Fleischmann'sche Saal in der neuen Gasse in Vorschlag gebracht, wohin man die Interessenten auf

nächsten Montag den 22. d. Abends 8 Uhr

zur vielseitigen Theilnahme an diesem wichtigen Gegenstande eingeladen haben will.

Schmausenbuck.

Sonntag den 21. Mai Felsenkeller-Eröffnung und Harmonie-Musik, wozu einladen

mehrere Bier-, Musik- und Naturfreunde.

Industrie- und Kultur-Verein.

Montag den 21. d. Mts.

Quartett-Musik.

Anfang 6 Uhr.

Dutzendteich.

Heute Sonntag den 21. Mai findet 8stimmige Blech-Musik unter Leitung des Stadshornisten Herrn Lippert statt, und ist für Kaffee und Backwerk, so wie für verschiedene warme und kalte Speisen und frisches Felsenkellerbier bestens gesorgt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

Fischer, Pächter der Dutzendteich-Wirthschaft.

Apollo-Verein.

Heute Sonntag, den 21. d. M. findet Ball im Schwan zu Wöhrd statt, wozu die verehrten Mitglieder so wie deren Freunde und Bekannte höflichst einladet

Der Vorstand.

Wiener Salon.

Heute Sonntag
der letzte frische Maitrank
für diese Saison.

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 932 am Hallplatz ist ein Logis mit 4 ineinandergehenden Zimmern, Nebenzimmern, Kammern, 2 Küchen, Speise, Garderobe, Keller und Waschgelegenheit und sonstigen Bequemlichkeiten bis Ziel Laurenzi zu vermiethen. Es kann auch eine Stallung für 2 bis 3 Pferde dazu gegeben werden. Im ganzen oder getheilt

Die Blätter für das Volk.

Herausgegeben von mehreren Volksfreunden erscheinen vom 14. d. M. an wöchentlich zweimal, und zwar am Mittwoch und am Samstag. Der Abonnementspreis beträgt bis zum 1. Juli l. Js als für ein halbes Quartal dahier 15 kr., für auswärtige Abonnenten, welche das Blatt durch die Post beziehen, 30 kr. Abonnirt kann werden bei allen k. Postämtern, außerdem dahier in S. Nro. 200 Weißgerbergasse. — Ueber die Tendenz der Blätter, Verbreitung der nothwendigsten politischen Kenntnisse, wird auf die erste Probenummer, so wie auf das demnächst erscheinende Blatt verwiesen.

Nürnberg, am 18. Mai 1848.

Anzeige.

Von heute an befindet sich mein Geschäftslokal in L. Nro. 404 Breitegasse.

Nürnberg, den 19. Mai 1848.

Carl Glotzer.

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß.

(Anzeige.) Bei Unterzeichnetem sind fortwährend frische Eier und Schmalz in großen und kleinen Parthieen zu haben.

J. G. Rägelein,
Tapezier in Wöhrd.

(Anzeige) Die Gewehre für die Wehr-Kompagnie St. Johannis werden täglich von 12 bis 2 Uhr abgegeben bei

Besserer,
Gr. Weidenmühle Nro 39.

(Einladung.) Zu dem auf Sonntag den 21. Mai im Saale des Bamberger Hofes stattfindenden Kränzchen werden solide Tanzfreunde hiemit eingeladen.

Strählein.

Versteigerung.

Montag den 29. d. Mts. Vormittags 9 Uhr werden im Hause L. Nro. 117 folgende Gegenstände, als:

Silber, Weißzeug, Zinn, Kupfer, Messing, Porzellain, Gläser, Kleider, Betten, Schreinwerk und Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

(Anzeige) Der Albrecht-Dürer-Verein hat den Dürerstag vom 20. Mai auf den Sonntag den 21. verlegt. Morgens 5 Uhr versammelt man sich im Dürerhause, um von da zur Feyer nach seinem Grabe zu ziehen.

(Zu vermiethen.) Die Wohnung in dem einzeln stehenden Hause des freiherrlich von Tucher'schen Gartens zwischen dem Laufer- und Vestner-Thor ist täglich zu vermiethen. Wegen Einsicht des Hauses ist sich an die Gärtnerin Kohl zu wenden.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 21. Mai. Unter Mitwirkung der Regiments-Musik des kgl. Infanterie-Regiments Gumppenberg. „Die Grabesbraut, oder Gustav Adolph in München.“ Mit einem Vorspiel „Die Verlobten.“ Schauspiel in 5 Akten von Bahrt.

Wegen zweifelhafter Witterung werden die Theater-Zettel Sonntags anzeigen, ob die Vorstellung im Stadt-Theater oder in der Arena stattfindet.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22. Mai 1848. № 143 Montag: Helena.

† Das Zeitungslesen in dem Schullehrer-Seminar zu Schwabach.

In Nro. 134 der Mittelfränkischen Zeitung wurde wiederholt getadelt, daß Herr Sem.-Inspector Bauer in Altdorf seinen Zöglingen das Lesen politischer Zeitungen verboten habe, und dabei auch des Sch. S. in Schwabach Erwähnung gethan. Allein die hier veröffentlichen Mittheilungen beruhen auf Unwahrheit und Entstellung. Es heißt nemlich: „Das Seminar in Schwabach sympathisirt mit dem Altdorfer. Hr. Sem. Inspektor Jacobi ist von den dortigen Seminaristen ebenfalls um die bewußte Erlaubniß in geeigneter Weise angegangen worden, aber der Erfolg war noch weit geringer, ja nach unserer Meinung geradezu schroffer. Hr. Insp. Jacobi hält dafür, daß das Zeitungslesen „verwirrte Köpfe unter den Seminaristen mache, und will dem Seminare Schwabach nicht die Schmach anthun, daß Leute aus demselben kommen, die den Bauern ihre Pfarrer helfen fortjagen." Hier ist erstens unwahr, daß Hr. Jacobi von den Seminaristen um die bewußte Erlaubniß in geeigneter Weise angegangen worden sei. Er ist gar nicht angegangen worden, sondern die Seminaristen haben, ohne nur Jemanden zu fragen, Zeitungen verschrieben, welche und wie viel sie wollten. Es heißt ferner, der Erfolg sei ein noch weit geringerer, ja geradezu schroffer gewesen. Der Erfolg des eigenmächtigen Verschreibens ist aber bis jetzt der günstigste gewesen, denn die Seminaristen lesen nicht weniger als acht politische Zeitungen. Von der wörtlich angeführten Entgegnung des Hr. Jacobi endlich sind nur die ersten Worte wahr. Die Thatsache verhält sich also: Vor vier Jahren wünschten die Seminaristen in Schwabach das Fürther Tagblatt lesen zu dürfen. Da es wenig kostet, schnell gelesen ist und die wichtigsten Ereignisse kurz mittheilt, wurde der Wunsch bereitwillig erfüllt. Allmählich wurden mehr Zeitungen verschrieben, ohne daß man anfragte. Die Nachrichten wurden immer interessanter. Die freie Zeit zur Lektüre fehlte. Man übereilte Arbeiten und Vorbereitungen auf den Unterricht, um zur Zeitung zu kommen. In einer der cirkulirenden Zeitungen kamen Artikel vor, welche geradezu dem entgegen waren, was den Zöglingen des Seminars von dem Religionslehrer als Wahrheit an das Herz gelegt wird, mit der Ermahnung, dereinst als Lehrer auf dieselbe Weise die Jugend für die Sache Gottes zu gewinnen. Da hielt es der Insp. Jacobi für seine Pflicht, den erhaltenen Instruktionen, wie seiner eigenen Ueberzeugung getreu, die Seminaristen aufmerksam zu machen, wie nothwendig ihre Köpfe verwirrt werden müßten, wenn sie in dem einen Zeitungs-Artikel die Monarchie, in dem andern die Republik angepriesen fänden, und wie sie in Gefahr schwebten, vollends allen religiösen Glauben zu verlieren, wenn das, was der Eine als göttliche Wahrheit darstellt, von dem Andern als menschliche Thorheit bekämpft und in den Staub herabgezogen werde. Um jedoch weder den Seminaristen einen Genuß oder — wie sie meinen — ein Recht zu entziehen, noch sein Gewissen mit einer Verantwortung zu belasten, stellte der Insp. J. schon vor mehreren Wochen bei der kgl. Regierung Anfrage, ob, und welche politische Zeitungen von Seminaristen gelesen werden dürften, und gestattete seinen Zöglingen, inzwischen nach Belieben Zeitungen zu lesen. Wirklich werden auch bis auf diese Stunde folgende Zeitungen von den Schwabacher Seminaristen gelesen: 1) Die Münchner Landbötin in 2 Exemplaren, 2) das Fürther Tagblatt, 3) die Mittelfränkische Zeitung, 4) die Augsburger Abendzeitung, 5) das Sonntagsblatt, 6) der Kriegs- und Friedenskurier, 7) der freie Staatsbürger, 8) die Landtags-Zeitung. Kann ein S. Inspektor liberaler handeln? Und zum Danke dafür werden Unwahrheiten, wie die oben erwähnten, in die Welt hinausgeschrieben. Wer möchte da Vorstand eines Schullehrer-Seminars bleiben?

Deutschland.

Bayern. *†(München, 20. Mai.) Die Kammer der Reichsräthe ist eben in Berathung des Ablösungsgesetzes begriffen. — Bei Postabgang steht man bei der allgemeinen Debatte; die meisten Redner (Graf Giech ausgenommen) sprechen gegen den Ges.-Entwurf.

†(München, den 19. Mai.) [Schluß der achtundzwanzigsten öffentlichen Sitzung der K. d. Abg.] Die specielle Debatte über die Einkommensteuer reiht sich mit wenig erquicklichem Interesse in großer Länge der allgemeinen Debatte an. — Wie bei der Capitalsteuer das Interesse der Besitzer hervorragte und große Hartnäckigkeit und Sonderinteressen vorherrschend waren, so machten sich auch diesmal alle jene Elemente geltend, welche die dieser Kammer so häufig gemachten Vorwürfe nicht als ungerecht erscheinen lassen. — Wir werden den formulirten Beschluß nachtragen und beschränken uns vorläufig auf Mittheilung des Resultates. Nach längerer Debatte wurde der Gesetz-Ent. mit den Modifi. des Ausschusses, bezweckend in der Hauptsache daßelbe, wie dessen Modific. zum Capital Steuergesetz, nämlich die Festsetzung und Erhebung desselben betreffend und noch zwei Modifi. der Abg. Prof. Edel und Graf Arco Stepperg angenommen und zwar mit 85 gegen 30 Stimmen. — Die Modific. des Prof. Edel erzielt die Befreiung aller Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsstiftungen von der Einkommensteuer. Die Modific. des Grafen Arco die Steuerbefreiung des Einkommens, welche Inländer durch den Besitz von im Auslande gelegenen Realit. Grundrenten und besteuerten Gewerben erhalten.

†° (München, den 20. Mai.) [Neununddreißigste Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] — Am Ministertische die Staatsminister des Innern, der Finanzen und der Justiz mit einigen Ministerialräthen. — Bei Beginn der Sitzung wird vom I. Herrn Präsidenten mitgetheilt, daß der Abgeordnete Hauk aus Zirndorf heute Morgen dahier verschieden sey. Der Herr Präsident weiht dem Verstorbenen einige ehrende Worte des Andenkens. — Hierauf Vortrag und sofortige Berathung über den Gesetz-Entwurf, „die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund- und Boden rc. betreffend." Die Artikel 1 und 2 wurden ohne Debatte angenommen. Den Artikel 3 wünschen mehrere Abgeordnete gestrichen, da zu einer Jagd ein Raum von 290 Tagwerken ohnehin zu klein sey. Der Artikel wurde aber nach kurzer Debatte angenommen, eben so der Artikel 4 mit der Modifikation des Ausschusses, daß die Worte „oder größtentheils" gestrichen würden. Artikel 5. Auch in diesem Artikel sollen die Worte „oder größtentheils" gestrichen werden. Abgeordneter Dr. Schwindel stellt die Modifikation dem Artikel beizufügen, „in so ferne solche Enclaven nicht eigene Gemeinden oder Privatjagdbezirke bilden." Artikel 5 wurde von der Kammer verworfen, so daß auch die Modifikationen wegfallen. — Artikel 6 erhielt nun die Ueberschrift Artikel 5 und wurde demselben beigestimmt, deßgleichen dem Artikel 7 nun 6. — Artikel 8 nun 7 will der Ausschuß gestrichen, und dafür gesetzt haben „Jagdpachtverträge lösen sich mit dem 1. Oktober 1848 ohne gegenseitige Entschädigung der Jagdbesitzer oder Jagdpächter auf" — angenommen ohne Debatte. Artikel 9 nun 8. Diesen Artikel will der Ausschuß ganz gestrichen haben. Vom Ministertisch wird eine Modifikation übergeben, dahin gehend, daß wenigstens die Umgebung von drei Stunden um die Residenzschlösser für die niedre Jagd, und die Schlösser Hohenschwangau, Tegernsee und Berchtesgaden für hohe und nieder Jagd von dem Gesetze, zu Gunsten des Königs, ausgenommen würde. Die betreffenden Gemeinden oder Grundbesitzer sollen dafür entschädigt werden. — Der Staatsminister Herr Heintz sucht diese Modifikation dadurch zu motiviren, daß der König den Dank des Landes verdiene. — Noch übergibt Abgeordneter Dr. Ramoser die Modifikation, daß die königliche Jagd nur mit genauer Einhaltung der gesetzlichen Jagdzeit ausgeübt werden dürfe. Beide Modifikationen, die vom Ministertische und vom Abgeordneten Ramoser werden als Artikel 9 nun 8 angenommen, eben so der Schlußartikel, die Abstimmung über den ganzen Gesetz-Entwurf ergab die Annahme des Gesetzes mit 110 gegen 2 Stimmen (Ruland und Feilitsch.) —

° (Nürnberg, den 20. Mai.) Vorgestern, am Tage der Eröffnung des deutschen Parlaments wurde den in Schweinau einquartirten österreichischen Truppen von den dortigen Bürgern ein schwarz-roth-goldenes Band mit den in Gold gestickten Worten „18. Mai 1848, Ort Schweinau," übergeben, welches von dem Kommandanten aufs Freundlichste angenommen wurde. Bei der feierlichen Ueberreichung des Bandes ließ der Kommandant das Bataillon aufstellen, und ein Bürger hielt eine deutschen Sinn athmende auf die Bedeutung, welche dieses Band für die Einigkeitsgestaltung Deutschlands habe, Bezug nehmende Anrede an die Mannschaft, und versicherte dieselbe durch einen Handschlag, den der Chef des Bataillons kräftig erwiederte, der Freundschaft deutscher Bürger. Mit der Erwiederung des Handschlags bemerkte der Kommandant zugleich, daß sich das Bataillon bestreben werde, dieser deutschen Bürgerfreundlichkeit sich stets würdig zu erweisen. Drei Jungfrauen knüpften das schöne Band unter Trommelschlag an die Fahne, während das Bataillon mit präsentirtem Gewehr aufmerksam die gewechselten Reden anhörte. Ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser von Oesterreich, den König von Bayern, die Bürger und Soldaten schloß den ersten Akt, der für unsere Gegenwart gewiß nicht ohne große Wichtigkeit und Bedeutsamkeit seyn und bleiben wird.

Baden. (Karlsruhe, 14. Mai.) Seit mehreren Tagen weilt der bayerische Ministerialrath Molitor, dem bekanntlich das Justizministerium in Baden angetragen worden ist, in unserer Mitte. Er hat jenen ehrenvollen Ruf zwar ausgeschlagen, aber sich gerne bereit erklärt, seine reifen Erfahrungen über das Institut der Schwurgerichte, die er sich in seiner frühern Stellung in Rheinbayern erworben hat, uns mitzutheilen. (D. Z.)

(Mannheim, den 18. Mai.) Die kurhessischen Truppen haben heute Befehl erhalten, von hier abzumarschiren. Sie werden in der Gegend von Frankfurt, namentlich in Bockenheim, Kantonirung beziehen. Morgen rücken dahin die Husaren aus und übermorgen wird ihnen die Infanterie nachfolgen. Diese Truppen verlassen unsere Stadt nach ihren unzweideutigen Aeußerungen nicht ohne Trauer, denn sie fanden hier, wie sie sagen, statt feindseliger Behandlung und Lebensbedrohung, als Vergiftung und dergleichen, wie ihnen vor ihrem Einzuge die böszüngige Fama in die Ohren flüsterte, nur herzliche Freundschaft und deutschen Brudersinn. Für diese abziehenden Truppen werden Bayern, insbesondere mit Bestimmtheit die Küraßiere aus München erwartet. Sie werden aber schwerlich alle in Mannheim, sondern auch in den benachbarten Ortschaften einquartirt werden. — Gestern Abend sah man auf den Höhen der beiden Gebirgsketten, soweit das Auge reichte, Freudenfeuer wegen der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung gen Himmel emporlodern. Möchten diese Feuer nur das Symbol der Wärme und Erleuchtung, aber nicht des zerstörenden Brandes gewesen seyn! — So eben verbreitet sich das Gerücht, Hecker sey durch einen Neffen des Generals v. Gagern im Duell erschossen worden. (Bedarf der Bestätigung.) (Schw. M.)

Die K. Z. meldet, daß der Prinz Karl von Bayern Mannheim am 17. Abends verlassen und sich über Heidelberg und Heilbronn nach München zurückbegeben hat, so wie daß der Prinz Friedrich von Baden am 18. Mittags wieder in Karlsruhe eingetroffen ist.

Freie Städte. (Frankfurt, 18. Mai.) Die Bundesversammlung an die deutsche Nationalversammlung. Die Macht ausserordentlicher Begebenheiten, das Verlangen, welches sich laut in unserm ganzen Vaterland ausgesprochen hat, und der aus Beidem hervorgegangene Aufruf der Regierungen haben in dieser großen Stunde eine Versammlung hieher geführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah. In seinen Grundfesten hat das alte politische Leben gebebt, und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volkes begrüßt, erhebt sich

eine neue Größe: das deutsche Parlament. Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint, und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Zeit, reichen den Nationalvertretern die Hand zum Willkomm und wünschen ihnen Heil und Segen. Frankfurt a. M., am 18. Mai 1848. Die deutsche Bundesversammlung und in deren Namen: Der Präsidirende, Colloredo. Der Abgeordnete Ziß von Mainz erklärte, daß man diesem Briefe als einem bloßen Komplimente kein Erwiederungsschreiben zu Theil werden lassen solle. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Fankfurt, den 19. Mai.) Bei der Wahl des Präsidenten der constituirenden Nationalversammlung erhielt Heinrich v. Gagern 305, v. Soiron 85, Blum 3, v. Lindenau 1, v. Vinke 1, Engrim 1, Dahlmann 1 Stimme. Es stimmten also 397 Mitglieder. Bei der Wahl des Vicepräsidenten erhielt v. Soiron 341, Robert Blum 26, Dahlmann 10, Hermann (aus München) 3, Scheller aus Frankfurt a. d. O. 1, Römer 1, Maier 1, Heckscher 1, Simon 1, Bardeleben 1, Uhland 2 Stimmen.

Rede des interimistischen Präsidenten der constituirenden Nationalversammlung, Heinrich v. Gagern, beim Antritt seines hohen Amtes. Meine Herren! Bei dem Eindruck, den Ihre Wahl auf mich macht, bin ich nur im Stande, wenige Worte an Sie zu richten. Es ist zwar nur ein vorübergehendes Amt, welches Sie mir übertragen haben, nur wenige Tage hoffe ich, werde ich dem Vertrauen zu entsprechen haben, welches die große Mehrheit dieser erhabenen Versammlung in mich gesetzt hat. Aber auch für die kurze Dauer bin ich genöthigt, ihre Nachsicht und Unterstützung im weitesten Umfang in Anspruch zu nehmen. Ich gelobe feierlich vor den Augen des ganzen deutschen Volkes, daß seine Interessen mir über alles gehen sollen, daß sie nur die Richtschnur meines Wirkens seyn werden, so lange nur ein Blutstropfen in meinen Adern rollt. Ich gelobe, als Organ der Versammlung die höchste Unparteilichkeit in der Ausübung der mir übertragenen Pflichten. Wir haben das größte Werk vor uns zu vollenden, welches je deutschen Männern zur Vollendung übergeben worden ist. Wir sollen schaffen eine Verfassung für das ganze Deutschland. Den Beruf und die Vollmacht empfangen wir von der Souveränetät der Nation (allgemeines Bravo!) In der Voraussicht der Schwierigkeit, wo nicht zu sagen, Unmöglichkeit, mit den Regierungen die Verfassung Deutschlands zu Stande zu bringen, hat das Vorparlament uns die Festsetzung der Verfassung übertragen. Deutschland will e i n Reich sein, e i n Volk. Dieß soll geschehen durch die Mitwirkung aller Stände, aller Regierungen. Diese Mitwirkung zu erzielen, liegt in dieser Versammlung. Wenn in derselben über viele Punkte die Ansichten auseinander gehen, das Verlangen nach der Einheit ist das allgemeine. Die Einheit wird die Nation haben, und sie wird sie befestigen troß aller Schwierigkeiten von außen und innen. Und so meine Vertreter des Volks, wenn ich gelobt habe, auf dem vorgezeichneten Wege zu beharren, so bitte ich Sie wiederholt um Ihre Unterstützung und Nachsicht für die kurze Zeit meiner Amtsführung. Wäre es eine längere Zeit, dann hätte ich noch einen andern Akt anzukündigen, der dann nicht ausbleiben könnte. Ich fühlte dann, daß das Amt, das ich in meinem Staate begleite, nicht verträglich wäre mit dieser Stelle (allgemeines Bravo.) Ich gehe nun zur Verwaltung meines Amtes über.

Rede des Vicepräsidenten der constituirenden Nationalversammlung, von Soiron, beim Antritt seines hohen Amtes. Ich danke Ihnen für diese mehr als ehrenvolle Wahl. Ich will nicht wiederholen. Meine Gesinnungen sind die nämlichen, wie die meines Freundes und Kollegen. Wenn ich berufen seyn seyn sollte als sein Stellvertreter, wird es mein Bestreben seyn, die parlamentarische Ordnung aufrecht zu erhalten, den Willen der Mehrheit zu ergründen und zu vollziehen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. Mai.) In der heutigen ersten Sitzung der konstituirenden Versammlung regte der Bischof von Münster unter Berufung auf die Bibelstelle: „Wo der Herr nicht mitbaut" ꝛc., die Abhaltung kirchlicher Festlichkeiten von Seiten aller Konfessionen an, um den Segen des Himmels auf das Wirken der Versammlung herabzurufen. Venedey bemerkte: daß dies theilweise schon geschehen, die Kirchenfeier aber jedenfalls, wo es sich um das gemeinsame Interesse aller handle, eine g e m e i n s c h a f t l i c h e seyn müsse. Raveaux führte, unter großem Beifall, den Spruch an: „H i l f d i r, s o w i r d G o t t d i r h e l f e n!« (Frkfr. J.)

(Frankfur, den 18. Mai.) Das folgende Aktenstück cirkulirt hier unter den angekommenen Mitgliedern der konstit. Versammlung, die soeben um 4 Uhr zusammentritt. Art. I. Nachdem in Folge der Prüfung der Wahlurkunden die Mitglieder der Versammlung sich als solche gegenseitig anerkannt haben, bestellen und erklären dieselben, sich als die gesetzmäßige Reichsversammlung für Deutschland. Art. II. Das deutsche Volk hat gegenwärtig die Macht und das Recht, dem Reiche eine neue Gestaltung zu geben, und die Reichsversammlung ist das einzige echte und wahre Organ, wodurch dasselbe seinen Willen kund thut. Art. III. Jeder Abgeordnete ist nicht Vertreter des Landestheiles, in dem er gewählt ist, sondern des gesammten deutschen Vaterlandes, und was die Mehrheit beschließt, das ist der Wille des deutschen Volks. Widerstand gegen die Beschlüsse der Reichsversammlung ist. Widerstand gegen den Willen des Volkes. Art. IV. Die Mitglieder dieser Versammlung sind nur Gott und ihrem Gewissen Rechenschaft schuldig und keiner weltlichen Macht verantwortlich. Jeder Beamte der polizeilichen oder gerichtlichen Gewalt, welcher von einem Abgeordneten wegen seiner Reden und Handlungen in dieser seiner Eigenschaft Verantwortung fordert und zu dem Ende ein Verfahren einleitet, jeder Minister, der ein solches Verfahren befiehlt, soll des Hochverraths schuldig sein. Art. V. Der Wille der Deutschen ist die Herstellung der Einheit Deutschlands durch ein inneres nicht wieder lösliches Band, die Erschaffung eines dauernden Rechtszustandes, die Gründung der bürgerlichen Freiheit der Einzelnen, der politischen Freiheit des Volkes. Art. VI. Die Reichsversammlung, als das einzige gesetzmäßige Organ des Willens des deutschen Volks, hat allein den Beruf, die Verfassung Deutschlands zu bestimmen, und wird über die künftige Stellung der Fürsten im Staate entscheiden. Art. VII. Die Reichsversammlung erklärt, daß die Staatsform Deutschlands das erbliche Königthum sein wird. Sie wird einen der deutschen Fürsten als Kaiser oder König von Deutschland erwählen, demselben die übrigen Fürsten als einen Fürstenrath an die Seite setzen und die politischen Rechte und Freiheiten des Volkes bestimmen. Art. VIII. Die Reichsversammlung erklärt, daß jeder Fürst, welcher selbstsüchtig genug ist, um seine persönl. Interessen der Ehre und dem Heile des gesammten Vaterlandes vorzuziehen, seiner fürstl. Würde unwerth ist. Sie verordnet, daß jeder Fürst, welcher sich ihren Beschlüssen nicht unterwirft, mit seiner Familie der fürstl. Würde verlustig sey und in die Klasse der Bürger herabsteige, daß dessen Kron- und Familiengut Staatseigenthum werde. Art. IX. Sie erklärt jeden Fürsten für einen Verräther am Vaterlande, der zur Vertheidigung seiner Sonderinteressen den Bürgerkrieg beginnt, und sie wird über ihn erkennen, was Rechtens. Sie verordnet, daß jeder Offizier und Beamte, welcher Hilfe leistet zum bewaffneten Widerstande gegen die Ausführung ihrer Beschlüsse, durch die That selbst ehrlos ist und unfähig bleibt, dem Vaterlande je wieder in einem Staats- oder Gemeindeamte zu dienen. Art. X. Gegenwärtiger Beschluß soll jedem deutschen Fürsten und den freien Städten mit der Aufforderung zugestellt werden, binnen zehn Tagen, angerechnet vom Tage des Empfangs, die Anerkennung des Beschlusses der Reichsversammlung einzusenden. (D. Z.)

(Frankfurt, den 9. Mai.) In der verflossenen Nacht kam es in Darmstadt zu ernsten Unruhen. Es wurden, wie man hört, verschiedene Katzenmusiken gebracht, und am Hause des Hrn. v. Lepel die Fenster zertrümmert. Man erzählt sich noch Aergeres, doch ist vorerst die Bestätigung abzuwarten. (N. Wrzb. Z.)

H e s s e n. (Darmstadt, 18. Mai.) In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer stellte ein Mitglied derselben einen Antrag, das von dem großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten in der Bundesversammlung abgegebene Separatprotokoll betreffend. Es erhoben sich Stimmen dafür, den Antrag selbst zum Gegenstand der Berathung und Beschlußnahme zu machen; indessen wurde er doch an den Ausschuß zur Begutachtung gewiesen. Herr v. Lepel soll den Grafen v. Lehrbach zum Nachfolger erhalten; indessen wird auch diese Wahl für einen Mißgriff erklärt; wenigstens erblickt das Publikum in der langjährigen parlamentarischen Laufbahn dieses Mannes keinen Grund zur Rechtfertigung dieser Wahl; das Bürgerthum ist wachsam. — An Dullers Stelle ist Dr. Draexler-Manfred, als Redakteur der Darmstädter Zeitung getreten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Kassel, 16 Mai.) Daß es unserm Ministerium mit der Verbesserung der gesetzlichen Zustände Ernst ist, das beweisen die wichtigen Gesetzentwürfe, welche den Ständen vorgelegt sind. Wir heben aus denselben hervor das Gesetz wegen Bestrafung der Preßvergehen nebst der Einführung von Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgerichten bei Preßprozessen; würde dies Gesetz baldigst zur Berathung und Vollziehung kommen, so wäre Kurhessen wohl das erste deutsche Land, welches in dem Besitze von Schwurgerichten ist. Ein anderer Entwurf überweis't die Polizeiverwaltung an die städtischen Behörden. Der Entwurf wegen Regulierung der Lehen- und Meierverhältnisse ist bereits von den Ständen angenommen; die Grundbesitzer werden durch denselben unendlich viel gewinnen, das ganze Lehnwesen hat seinen Todesstoß erhalten, und die bisher so drückenden Meierverhältnisse in der Grafschaft Schaumburg sind auf eine den Wünschen dieser Landbewohner entsprechende Weise regulirt worden. Auch der Gesetzentwurf wegen Besetzung des Oberappelationsgerichts ist gestern gegen eine unbedeutende Minderheit angenommen worden. (Frkf. J.)

O e s t e r r e i c h. (Wien, den 16. Mai.) Das Ministerium ist in Folge der neuesten Vorgänge abgetreten, führt aber bis zur Bildung eines neuen Ministerraths die Geschäfte interimistisch fort. Ausdrücklich erklärt dasselbe übrigens, die Verantwortlichkeit für die neuesten Maaßnahmen zu übernehmen. — Auf den Antrag des Kriegsministers hat der Kaiser die Auflösung des Hofkriegsraths und die Vereinigung der obersten Central-Kriegsverwaltung im ganzen Umfange in dem Kriegsministerium angeordnet.

Kundmachung. Das Ministerium hat, in Erwägung der Pflichten, welche ihm gegen den Thron obliegen, und zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther nach Kräften beizutragen, die Zurücknahme des Tagsbefehls der Nationalgarde vom 13. Mai 1848, und die Gewährung der zwei übrigen Punke der überreichten Petition beschlossen. Eben so wurde der Nationalgarde gewährt, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung der Reichsstände unterzogen, und die Bestimmungen des Wahlgesetzes, welche zu Bedenken Anlaß gegeben haben, in einer neuerlichen Prüfung erwogen werden sollen. Da in Folge dieser Zugeständnisse die Verfassung erst durch die Reichsstände festgestellt werden wird, so wird für den ersten Reichstag n u r E i n e K a m m e r gewählt werden, somit für die Wahlen gar kein Census bestehen, wodurch alle Zweifel einer unvollkommenen Volksvertretung entfallen. Wien, am 15. Mai 1848. Der Minister des Innern. Pillersdorff. (A. A. Z.)

P r e u s s e n. (Berlin, 18. Mai.) Folgende Bekanntmachung ist uns zur Veröffentlichung zugegangen: „Mit Schmerz vernimmt die Bürgerschaft Stimmen aus den Provinzen, welche die Meinung kundgeben, als ob die bewährte patriotische Gesinnung unserer Vaterstadt durch die Ereignisse der letzten Tage wankend gemacht worden wäre. Diese Gesinnung ist jedoch niemals in ihrem tieferen Grunde erschüttert worden. Wenn indeß wir, wenn viele wahre Vaterlandsfreunde bisher den Kundgebungen erregter Gemüther gegenüber Schweigen beobachtet haben, so geschah es in der Ueberzeugung, daß Zeit und Ueberlegung ihre richtige Einwirkung nicht verfehlen und in Allen, die es mit dem Vaterlande redlich meinen, den Sinn für Gesetzlichkeit und Ordnung immer mehr kräftigen würden. Unsere Erwartung hat uns nicht getäuscht. Die allgemeine Stimmung ist beruhigt. Man erkennt die Abwege, auf welchen die Leidenschaft sich so leicht verirrt. Wir sehen der Entwickelung unserer polit. Verhältnisse freudig entgegen. Die Volksvertretung ist geschaffen, und ihr Zusammentritt ist nahe bevorstehend. In ihrer Hand liegt die Berathung des Volkswohls. Von ihr darf man mit voller Zuversicht erwarten, daß sie jedes Interesse vertreten und schützen wird. Hierauf glauben wir die Forderung stellen zu müssen, daß Ruhe und Ordnung in unserer Stadt fernerhin in keinerlei Weise gestört werde. Jede Auflehnung gegen dieselbe und gegen den durch die Vertreter der Nation sich aussprechenden Gesammtwillen wird nunmehr ein Vergehen gegen das ganze Volk. Das Schicksal des Vaterlandes, so wie das von uns vertretene besondere Interesse unserer Stadt, verpflichtet uns als Obrigkeit, unseren Mitbürgern diesen Gesichtspunkt vorzuhalten, damit durch dessen richtige Auffassung Ordnung und Gesetz wieder Achtung gewinnen und die durch Nahrungslosigkeit bedrohte Wohlfahrt unserer Stadt wiederum dauernd sichergestellt werde. Berlin, den 17. Mai 1848. Der Magistrat." (P. St.-Anz.

(Posen, den 16. Mai.) Fast scheint es, als ob wir durchaus nicht zur Ruhe kommen sollten, denn in demselben Augenblicke, wo wir die Insurgenten schon gänzlich vernichtet glaubten, vernehmen wir, daß es dem Bauer Jan Palacz aus Gorzyn gelungen sey, eine neue, ziemlich zahlreiche Schaar von Sensenmännern zusammenzubringen, für deren Thätigkeit er sich abermals die Stadt und Gegend von Buk zum Schauplatz ausersehen. Es ist dieß eine wahre Räuberbande, die sengend und raubend umherzieht, die deutschen Christen mißhandelt und die Juden todt schlägt. Zu ihrer Vernichtung ist schon gestern früh

ein starkes Militärdetaschement abgeschickt, doch haben wir bis jetzt noch keine Kunde, ob die Insurgenten den Truppen Stand gehalten haben. (F.-O.-P.-Z.)

(Magdeburg, den 18. Mai.) Von den hiesigen Stadtbehörden ist unterm heutigen Tage eine Adresse folgenden Inhalts an das Staatsministerium nach Berlin abgegangen: Magdeburg, den 16. Mai 1848. Die jüngsten Nachrichten aus Berlin drängen uns, aus dem Kreise vieler Gleichgesinnten heraus, folgende Erklärung zu geben: In dem Antrage auf Zurückberufung des Prinzen von Preußen mißbilligen wir die Form, die Maßregel selbst erachten wir für nothwendig und jede sich daran knüpfende Besorgniß zumal nach den öffentlich für die Gesinnung Seiner Königlichen Hoheit zugesagten Bürgschaften für unbegründet. Wie man aber auch über den Entschluß des Hohen Staatsministerii urtheilen möge: es gibt nur einen Ort, wo daßelbe Rechenschaft zu geben hat, und der ist die Versammlung der Landesvertreter. Wir protestiren dagegen, daß einzelne Clubs oder Volksversammlungen in Berlin ihre Wünsche und Gelüste für den Willen der gesammten Nation ausgeben; wir protestiren dagegen, daß solche Versammlungen durch Aufreizung der Massen und durch Ostentation roher Gewalt einen Einfluß auf die Regierung auszuüben versuchen. Wer solche Mittel nicht scheut, ist ein Feind der Freiheit und constituioneller Staatsordnung. Einem Hohen Ministerio danken wir für die, den jüngsten Demonstrationen gegenüber bewahrte Festhaltung des constitutionellen Standpunktes und fordern für alle Folge bei weitern Versuchen, die jüngst errungenen Güter durch Willkür und Anarchie in Frage zu stellen, zu gleicher Festigkeit auf. Wir unserer Seits dürfen für unsere Stadt die Zusage geben, daß ihr moralisches und politisches Gewicht stets auf Seiten der Freiheit und also der Ordnung sein wird." — Eine Adresse gleichen Inhalts wird in den nächsten Tagen, mit vielen Unterschriften hiesiger Einwohner bedeckt, auch an das Staatsministerium abgehen. (Magd. Z.)

(Köln, den 15. Mai) Man versichert, vier Offiziere der deutzer Garnison seien suspendirt, weil sie in einem dortigen Withshause sich freimüthig ausgesprochen. Unsere Reservisten und Landwehrmänner führen aber eine Rede, die man mit Freuden hört, sie protestiren feierlichst und energisch gegen das Reskript des Kriegsministers, das den Soldaten gemeinsame Beschwerden und Klagen verbietet. Sie nennen es einen Staatsstreich und sind entschlossen, denn Ministerpräsidenten in Anklagestand zu versetzen. Ueberhaupt wird die Kamaschenmacht in ihnen einen fürchterlichen Widerstand finden den bei den Leuten heißt es nicht mehr: „Mit Gott für König und Vaterland," es heißt blos: „Für's deutsche Vaterland." Die rein preußischen Interessen, die sogenannten hohenzollerschen, sind dem Rheinländer durchaus fremde. Das sollte man in Berlin nur reiflichst bedenken; denn sollte man es sich nach einer Reaktion gelüsten lassen, wie hier so viele befürchten, dann würden die Rheinländer sich offen und fest ihrem, denselben in dem Kongresse zu Wien aufgedrungenen Regimente gegenüber durch die That zu behaupten wissen. (Brem. Z.)

Sachsen. (Eisenach, den 15. Mai.) Seit ungefähr 14 Tagen bewohnt die Herzogin von Orleans einige Zimmer dahier im großherzoglichen Schloß. Sie lebt sehr einfach und zurückgezogen mit einer einzigen Kammerfrau. Ihre beiden Söhne haben einen Hofmeister. Die hohe Frau macht in Begleitung ihrer Kinder häufige Spaziergänge in die schönen Umgebungen; fährt sie, so bedient sie sich eines Miethwagens. Dem Vernehmen nach wird sie den ganzen Sommer hier verweilen, ja vielleicht für immer in Eisenach wohnen, und während der wärmeren Monate die drei kleinen Zimmer im Ritterschloß der Wartburg (wo auch Luthers Wohnung gewesen) beziehen, welche seit längerer Zeit als Absteigquartier für die weimar'schen Prinzen in einfachem Stile eingerichtet ist. Es geht das Gerücht, daß auch Ludwig Philipp, des wohlfeilen Aufenthalts wegen, nach Eisenach übersiedeln wolle. (A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 13. Mai.) Bei der letzten Affaire am 10. vor Alsen soll von Seiten der Bundestruppen eine Anzahl von dänischen Gefangenen gemacht sein. Auch erzählt man, daß bei dem ersten Eintreffen unserer Vorposten in Horsens über Tausend Kavalleriepferde genommen seien, welche die dänischen Dragoner auf ihrer Flucht nach Fünen nicht haben mitnehmen können. Zu den jedenfalls noch unverbürgten Gerüchten gehört das in Jütland ziemlich allgemein verbreitete, der König von Dänemark habe sich in Roeskilde krönen lassen und den Kronprinzen von Schweden adoptirt. (Wes. Z.)

Aus dem Limburgischen, den 16. Mai Bei der heute Statt gefundenen Wahl zum deutschen Parlament ward für den einen Wahlbezirk (Falkenberg) des Herzogthums Limburg Herr Baron von Scherpenzel-Heusch mit 126 Stimmen als Kandidat der deutschen Partei von 149 Wahlmännern gewählt. Die holländische Partei hatte nur zwei Stimmen; zehn Zettel waren weiß. Das ganze Herzogthum ist im größten Enthusiasmus für die deutsche Sache. (Aach. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 17. Mai.) Eine Nationalversammlung, bewacht von Geschützen und Bajonetten; die Volkschefs in den Donjon von Vincennes geworfen; die Bahnhöfe der Nord- und Südlinien mit Truppen besetzt; eine Patrouille nach der anderen selbst am Tage durch die Straßen ziehend; und doch alle Welt lustig und unbesorgt vor den Cafés sitzend, das ist das heutige Bild von Paris. Wichtige Dinge müssen im Herzen des Volks vorgehen, die solche Gegensätze hervorrufen. Die Gesellschaft liegt in Kindeswehen: was wird sie gebären?

Huber und Blanqui, die beiden Hauptleiter des Staatsstreichs vom 15. Mai, sind, heißt es, entflohen. Huber wurde auf die Mairie geführt und wieder freigelassen, da man ihn nicht mit Waffen in der Hand ergriffen hatte und von den Vorgängen im Sitzungssaale der Nationalversammlung selbst noch keine Kenntniß hatte. Blanqui soll aus dem Gefängniß entwischt und bereits in Brüssel angekommen sein.

Guinard, Chef des Generalstabes der Bürgerwehr, Raisau, Gouverneur des Luxemburg, Millisille, Gouverneur von Versailles, haben ihre Aemter niedergelegt. Caussidière hat seine Demission als National-Repräsentant gegeben (?) Charles Blanc sich vor dem Kunstdirektorium ebenfalls zurückgezogen.

Die Arrestationen dauern fort. In den Klubs und Privatwohnungen sind Nachforschungen und eine Menge Papiere und Waffen weggenommen worden.

Die Blätter füllen sich heute mit zahlreichen Details und Nachträgen über die Ereignisse vom 15. Mai. Wir geben hier nur das Erheblichste wieder: Lamartine und Ledru Rollin bestiegen kurz nach dem Volksturme im Vorhofe der Nat.-Vers. zwei Pferde und ritten dem Stadthause zu, dessen Vorderseite sich bereits mit Nationalgardenlegionen und Linientruppen füllt. An der Wechselbrücke angekommen, rief ihnen die Nationalgarden zu, sie sollen sich ums Himmelswillen nicht auf den Greveplatz wagen, ihr Leben sey in Gefahr. Ledru Rollin ritt seitwärts, um die Präfektur zu erreichen, kehrte aber bald zu Lamartine zurück. Sie ritten dann von v. Mornay und v. Fallour gefolgt über die Brücke und hier wuchs ihnen der Muth, als sie den ganzen Platz voll Bürgersoldaten sahen, die sie mit Enthusiasmus empfingen. Lamartine richtete sich in den Steigbügeln aufrecht und hielt eine kurze Rede: »Bürger. Die erste Tribune der Welt ist der Sattel meines Pferdes, wenn ich inmitten der Nationalgarde, inmitten der Garde Mobile auf dem Greveplatze erscheine, besonders in der Absicht, die Faktiosen zu bekämpfen und die Ordnung in der ersten Stadt der Welt herzustellen.« Die Bürgerwehr zeigte sich natürlich durch solche hohe Worte bezaubert und öffnete dem Friedenshelden ihre Reihen bis an den großen Haupteingang unter dem Reiterbild Heinrich IV. Das Gitter stand offen und sie drangen bis vor die große Glasthüre an der oberen Treppe. Lamartine stieß eine Scheibe ein und öffnete sie von innen. »Unsere erste Handlung bestehe, sagte er, in einem Akt der Gerechtigkeit. General Fordin liegt in Ketten; befreien wir ihn, den Exilirten von Gent und arretiren wir die Verschwörer an ihrer Stelle.« Lamartine entwarf dann das Verhaftungsdekret gegen Blanqui, Barbes, Raspail, Hubert und andere, das Ledru Rollin sofort unterschrieb und expedirte. Die Thüre des Sitzungssaales der revolutionären Regierung war nur von einigen Montagnards besetzt, die bald überwältigt wurden. Unter den scheußlichsten Mißhandlungen erfolgte die Abführung der Glieder Barbes, Albert, Blanqui, Thoré u. s. w. — Raspail wurde erst am späten Abend in seinem Hause unweit des Pantheonsplatzes arretirt.

Unter den im Sitzungssaale der revolutionären Regierung am 15. Mai Abends gefundenen Papieren befand sich auch folgende Proklamation an die Nation: »Das Volk hat die Nationalversammlung aufgelöst. Es besteht in diesem Augenblick keine andere Staatsgewalt als das Volk selbst. In Folge dessen und da das Volk sie selbst bezeichnet, sind die Bürger Barbes, Louis Blanc, Albert, Ledru-Rollin, Raspail, Pierre Leroux und Thoré zu Gliedern einer provisorischen Regierung ernannt. Dieselbe erklärt sich hiermit konstituirt und ernennt die Bürger (folgt die bekannte Portefeuillevertheilung, wie sie das Journal des Debats und andere Pariser Blätter mittheilten) ..." Caussidière bleibt in seinem Amte als Präfekt bestätigt rc.« NB Das Wort „provisorische« ist auf dem handschriftlichen Original gestrichen. Diese Proklamation war eben zum Druck fertig und sollte in die Druckerei geschickt werden, als die Nationalgarde den Sitzungssaal stürmte.

Folgendes wäre das Ministerium der demokratischen Republik im Falle ihres Gelingens geworden. 1) Caussidière Inneres, 2) Flocon Auswärtiges, 3) Louis Blanc, Progreß des Handels und Ackerbaues, 4) Albert, Staatsbauten, 5) Viktor Schölcher, Marine und Kolonien, 6) Pierre Leroux, Justiz, 7) Cavaignac, Krieg, 8) Huber, Finanzen, 9) Proudhon, Kultus und öffentlichen Unterricht, 10) Sobris, Präfekt von Paris. Exekutiv-Ausschuß: Ledru-Rollin, Barbère, Blanqui, Thoré, Maire von Paris.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 17. Mai.] Mit dem Schlage 12 Uhr erklärte Präsident Buchez die Sitzung eröffnet. Die Umgegend des Sitzungsgebäudes ist mit denselben militärischen Vorsichtsmaßregeln geschützt als gestern. Starke Abtheilungen der Garde Mobile und Linie bewachen die Seine-Ufer und die Revolutionsbrücke. Nur die Kanonen vor der großen Eingangstreppe des Bourbonpalastes sind verschwunden. Im Vorhofe liegen mehrere Kompagnieen, zum Theil auf Matratzen, welche dem Orte ein kriegerisches Ansehen verleihen. Man glaubt sich in einem Feldlager. Die Verlesung des Protokolls gab zu einem kleinen Gefecht Veranlassung. Ein Glied der Versammlung wünschte einen Tadel gegen den Präsidenten Buchez wegen des Nichteinschreitens der Truppenmacht im Augenblick der Annäherung der Pariser Gewerke ins Protokoll aufgenommen zu sehen. Lacrosse, Vorleser, protestirte gegen eine solche Vervollständigung. Das Protokoll habe seiner Ansicht nach nur Geschehenes — keine Wünsche oder neue Anträge aufzunehmen. Dieser Protest ging durch und die Verhandlung begann. Ein Glied überreichte eine Adresse der Nationalgarde von Havre, worin sie Leib und Leben zu ihrer Verfügung stellt. Die Versammlung notirte ihr dafür öffentlichen Dank. Demnächst verlas Buchez als Präsident das Abdankungsgesuch Caussidière's, das, obwohl erwartet, doch eine peinliche Stimmung erregte. Staatsanwalt Alais verlangte sodann neuen Urlaub, um nach Limogere zurückzukehren und dort den Kommunistenprozeß zu leiten. Mehrere Glieder der Linken benützen diesen Anlaß, um das unverträgliche Verhältniß hervorzuheben, das zwischen Volksvertretung und Beamtengeschäften herrsche. Sie dringen deshalb auf sofortige Erledigung der Inkompatibilitätsfrage. Nachsidem erhielt der Berichterstatter über die Wahlen auf Corsica das Wort. Corsica hat nämlich die beiden Napoleoniden (Pierre Bonaparte, der seinem Onkel frappant gleicht und Pierre Napoleon Bonaparte) und Louis Blanc zu Vertretern gewählt. Es fragt sich aber, ob Napoleoniden wegen ihrer Verbannung überhaupt zulässig sind. Die Kommission hielt diese Verbannung für abgeschafft und die Versammlung trat dieser Ansicht bei. Die Prinzen bleiben. Die Wahl Louis Blancs, der auf Barbes Platze sitzt, wurde dagegen annullirt und Abbatucci zugelassen. Louis Blanc bleibt bekanntlich Seine-Repräsentant. Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl derjenigen 18 Glieder, welche die künftige Staatsverfassung Frankreichs entwerfen sollen. Vor 6 Uhr schwerlich ein Resultat.

Schweden und Norwegen.

Die Gothenburger „Handels- und Schiffahrtszeitung" vom 11. meldet aus Stockholm, daß dort der russische Großfürst Konstantin angekommen, um seine Reise nach Kopenhagen fortzusetzen. Das Aftonblad meldet aus Carlskrona vom 2. d., daß dort Befehl eingegangen sei, die Corvette, „Jaramas« nebst der Brigg „Nordenskiold" und dem Dampfschiff „Thor" schleunigst auszurüsten, damit dieselben am 20. d. mit der Fregatte „Eugenie" segelfertig sein können. Auch der Schooner „Activ" so schnell ausgerüstet werden. Die schwedische Landmacht beträgt 140,143 Mann, mit Einschluß der Landwehr, die norwegische 24,012 Mann; die schwedische Seemacht beträgt 28,031, die norwegische 29,325 Mann. Die schwedische Flotte führt 1841 Kanonen und 456 Karonaden. Das schwedische Landheer hat nur 128 Kanonen.

(Aus Christiania, 9. Mai) Ehegestern ist hier ein Befehl des Königs angekommen, der die größte Anzahl Soldaten, die der König ohne Ermächtigung des Storthings über unsere Grenzen senden darf, nämlich 3000 Mann norwegischer Truppen zu einem in Schonen zusammenzuziehenden Observationscorps kommandirt. Zugleich werden vom Storthing Geldbewilligungen für die Rüstungen verlangt. Man hofft, daß die scandinavische Aufregung die sonstige Besonnenheit der Norweger überrumpeln und sie in diese, nur im Interesse der russi-

schen Politik die Verwirrung der nordischen Angelegenheiten fördernde Einmischung hineinreißen werde? (Wes. Z.)

(Stockholm, 9. Mai.) Im Aftonblad (Abendblatt) findet folgender für Deutschland erhebliche Artikel einen Raum: »Ein Gerücht geht hier,« so heißt es darin, »daß die schleswig'sche Streitfrage eine ebenso bedeutsame als rasche Wendung genommen habe. Mag sich dies nun bestätigen oder nicht, so wäre es gut, wenn unsere streitlustigen Jünglinge sich bei Zeiten besännen, und nicht in einem unnöthigen und nutzlosen Kampf gegen die Deutschen ihre Kräfte vergeudeten die sie auf einer andern Seite mit Hülfe der Deutschen wohl brauchen möchten, und welche in jedem Fall mehr Nutzen schaffen, wenn sie friedlich für den innern Fortschritt verwendet würden. Der Skandinavismus hatte von Anfang an zwei Fehler: daß er allzusehr nach außen gerichtet u. daß er antigermanisch war. In diesem Augenblick die Waffen gegen eine große Nation zu ergreifen, welche gerade jetzt in Aufregung gekommen ist, daß hieße ziemlich dasselbe Spiel spielen wie Frankreichs Nachbarn in den neunziger Jahren. Möge die Sache mäßig schlimm für beide Theile ablaufen.« Was diesem Artikel in dem allerdings vielfach angefochtenen, aber doch immer sehr einflußreichen Aftonblad noch mehr Gewicht gibt, ist der Umstand, daß dieselbe Nummer einen Aufsatz aus der Upsala-Zeitung aufnimmt, welcher das Verhältniß zu Rußland bespricht, und darauf hinweist, welche Rolle der zum Theil mit der russischen Regierung einverstandene und von ihr erkaufte Adel im vorigen Jahrhundert gespielt, wie damals das Projekt bestand, Schweden zwischen Dänemark und Rußland zu theilen. Davon nimmt der Verfasser Gelegenheit, auf Polens Schicksal hinzuweisen, wie Rußland dessen Adel verunreinigte, zum Theil erkaufte, und so die Vernichtung des Polenreichs herbeiführte. Ein gleiches Loos stehe Schweden bevor, wenn es nicht seine Verfassung ändere, und Wache halte gegen Rußland. (A. Allg.)

Schweiz.

(Bern, den 17. Mai.) Die Tagsatzung hat sich eben mit 15 Stimmen für das Zweikammersystem erklärt. Der Vorschlag, nur Eine Kammer zu bilden, erhielt gar keine Stimme. Die Schweiz, die doch auch einige politische Erfahrung hat, hat also in bezeichnender Weise die zwei Fragen entschieden, welche jetzt Frankreich und Deutschland bewegen. Sie hat den Verfassungsrath und das Einkammersystem verworfen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Vor dem unterzeichneten Stadtgerichte

haben

1) Herr Ludwig Freiherr von Treuberg, aus Fürth, daß er die Leisten zu den ult. September 1840 abgelaufenen Zinsen- und Dividendenscheinen der mit Nummer 1915 und 1916 bezeichneten Actien der Kammgarn-Spinnerei zu Pfaffendorf bei Leipzig gegen Ende April oder Anfang Mai 1843 auf offener Straße in Nürnberg verloren, und

2) Herr Ernst Wilhelm Nägler aus Gera, daß er den Dividendenschein No. IV. zu den Actien-Nummern 2481. 2482. 2483. 2484. 248. 2486. 2493 2494. 2495 2571 3523. 3524. 3525. 3526. 3527. 3528. 3529. 3530 3545. 3546. 3547. 3548. 3549 3550. der nämlichen Kammgarn-Spinnerei Ende September 1844 aus einem Mißverständnisse verbrannt habe, — und zwar Letzterer unter dem von dem Directorium der Kammgarn-Spinnerei genehmigten Erbieten zu eidlicher Erhärtung dieser Thatsache —

angezeigt, und um Einleitung des Mortificationsverfahrens gebeten.

Wenn nun diesem Suchen statt zu geben kein Bedenken obwaltet, da die nach §. 12 der mittelst Decrets des Königl. hohen Ministerii des Innern vom 26. Juni 1841 bestätigten Statuten des Actienvereins der Kammgarn-Spinnerei für Fälle der fraglichen Art verordneten Verjährungsfristen von 3 Jahren dermalen abgelaufen sind; so werden alle diejenigen, welche an den obgedachten Leisten oder Dividendenscheinen Ansprüche zu haben glauben, andurch vorgeladen, daß sie

den 28. Juli 1848

Vormittags um 11 Uhr auf hiesigem Rathhause in der Vorrichtstube entweder in Person, oder durch hinlänglich, soviel Ausländer betrifft, gerichtlich legitimirte Anwälte erscheinen, ihre Ansprüche an besagten Leisten und Dividendenscheinen mit Beibringung der erforderlichen Legitimation liquidiren, mit den Ausbringern der Edictalien, deren jeder binnen 12 Tagen, vom Termine an gerechnet, auf das betreffende Vorbringen bei Strafe des Eingeständnisses und der Ueberführung sich einzulassen und zu antworten, auch die producirten Urkunden bei Strafe des Anerkenntnisses zu recognosciren hat, eintretenden Falls auch mit dem Actor besagter Spinnerei von 6 zu 6 Tagen rechtlich verfahren, mit der Quadruplik beschließen, und

den 22. September 1848

der Inrotulation der Akten, nicht minder

den 9. Oktober 1848

der Publikation eines Bescheids oder Urtheils sich gewärtigen.

Diejenigen, welche im erstgedachten Termine nicht erschienen, oder nicht gehörig liquidiren, sollen für präcludirt und ihrer Ansprüche, auch der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für verlustig erachtet, auch soll die Publication des Bescheids oder Urtheils in dem dazu bestimmten Termine Mittags 12 Uhr in contumaciam der Nichterschienenen bewirkt werden, und haben auswärtige Liquidanten zu Annahme künftiger Ladungen einen Bevollmächtigten unter der Gerichtsbarkeit der Stadt Leipzig bei 5 Thaler Strafe zu bestellen.

Leipzig am 13 Oktober 1847.

Das Stadtgericht zu Leipzig.

Dr. Winter. St.-R., R. d. K. S. C. V. O.

Klemm, G.-Schrbr.

Bekanntmachung.

(Verpachtung der zweiten Wohnung im s. g. Käserhaus auf der Schütt S. Nro 1090)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird zur Wiederverpachtung einer Zinswohnung in dem sogenannten Käserhaus auf der Schütt S. Nro. 1090, bestehend aus:

1 Stube, mit Küche,
6 Kammern und Gewölbe,
1 Boden,
1 Gang mit a . v Abtritt,

Termin auf

Mittwoch, den 24. d. M., Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftszimmer No. 28 anberaumt, wozu zahlungsfähige Pachtliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Wohnung nach erfolgter Genehmigung der Verpachtung sogleich bezogen und inzwischen tagtäglich eingesehen werden kann

Nürnberg, den 11. May 1848.

Tuchewitz.

Löhner. v. n.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 19. auf den 20. d. M wurden aus einem Wohnhaus zu Schwarzenbruck von zur Zeit noch unbekanntem Thäter mittelst Einbruchs und Einsteigens folgende Gegenstände entwendet:

1) 1 Paar lange Bauernstiefel mit rindsledernen Vorschuhen, werth 4—5 fl., noch gut,
2) 2 Paar kurze Stiefel, eines davon mit rindsledernen Vorschuhen, vom andern kann dieß mit Bestimmtheit nicht angegeben werden, jedes werth 3 fl, noch gut erhalten,
3) 3 Messerbestecke mit schwarzem Beingriffe, mit Zinn eingelegt werth 36 kr.,
4) 2 alte blecherne Löffel, werth 3 kr,
5) 1 8 Pfund schwerer Laib schwarzen Brods, werth 24—30 kr,
6) 1 schon abgetragener baumwollener Weiberrock mit röthlich-gelben Streifen, werth 1 fl,
7) 1 Paar Sockenstiefelein von schwarzem Tuche, mit schwarzem Leder besetzt und mit Wolle gefüttert, noch gut, werth 3 fl,
8) 1 alte schwarzseidene Halsbinde, ohne bunte Streifen, werth 18 kr.,
9) 2 rochberstene weiße Schürzen, noch gut, ungezeichnet, jeder 15 kr. werth.

Bei der Unbekanntheit des Thäter ergeht an alle Gerichts- und Polizeibehörden das dienstfreundliche Ersuchen auf den Thäter und die entwendeten Gegenstände Spähe zu verfügen und im Entdeckungsfalle sogleich anher Nachricht zu ertheilen

Altdorf, am 12. Mai 1848.

Königliches Landgericht.

Schumacher.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Da wir unser bisher im Besitz gehabtes Haus L. Nro. 591 im Katharinenkloster verlassen, und unser neu erkauftes L. Nro. 174 der Oberwöhrdstraße bezogen haben, so danken wir der alten Nachbarschaft für die vielen Beweise Ihrer Freundschaft und Gewogenheit, und bitten die Neue um gütige Aufnahme

Zugleich empfehlen wir uns mit allen in unser Fach einschlagenden Artikeln.

Nürnberg, den 20. Mai 1848.

Paulus Weiß
Teppichmacher nebst Familie.

Haus- und Bäckerei-Verkauf.

Ein hiesiges, sehr vortheilhaft liegendes, ganz neu erbautes Haus, mit realer, im guten Betrieb stehender Bäckerei, worauf der größte Theil des Kaufschillings gegen landesübliche Verzinsung stehen bleiben kann, ist zu verkaufen. Näheres durch

das öffentliche Kommissions-Bureau
von J. Et. Schmidt, S. No. 104 zu Nürnberg.

(Wohnungs-Veränderung.) Georg Groschopp, Nagelschmidtmeister und Lohnbedienter hat seine Wohnung in der Entengasse verlassen und wohnt jetzt im Münzhof an der äußern Laufergasse. Er empfiehlt sich einem verehrten Publikum, hauptsächlich seiner neuen Nachbarschaft, bestens.

Preis-Kegelschieben.

Ich Unterzeichneter mache an alle werthen nahen und fernen Kegelfreunde die achtungsvolle Einladung zu dem bei mir, auf meiner ganz neu hergerichteten Kegelbahn, Sonntag den 21. Mai beginnenden, auf altbayrische Art und in baaren Geldgewinnsten bestehenden Preis-Kegelschieben, wobei ich für die pünktlichste Ordnung und rechtlichste Verhandlung bürge.

Alles Nähere besagt der am Platz befindende Plan

Wolfgang Schaupp, Wirthschaftsbesitzer
zum Riesenschritt auf der großen Weidenmühl
bei Nürnberg

Versteigerung.

Mittwoch den 24. Mai, von früh 8 Uhr an, werden im Hause L. Nro 408 am weißen Thurm folgende Gegenstände, als: Ohren- und Fingerringe mit Brillanten besetzt, Gold- und Silberzeug, Zinn, Kupfer und Schreinzeug, Geschirr und Sattelzeug, 1 Paar Chaisengabeln und ein Paar messingene Beiskörbe gegen gleich baare Bezahlung verkauft, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden

Auch ist daselbst eine zum ein- und zweispännigfahren taugliche moderne Troschke zu verkaufen.

Haus-Verkauf.

Ein massiv gut gebautes Haus, beim weißen Thurm gelegen, mit zwei Höfen, Pumpe, zwei Kellern, mehreren Zimmern, Kammern, großem Boden und Walzrecht ist zu verkaufen.

(Bitte.) Den Jäger, dem das Gewehr No. 151 gehört, bittet man doch es abzuholen und sein fremdes dafür zu bringen in L. Nro. 48.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Montag den 22. Mai „Metzelsuppe,“ wozu ergebenst einladet

J. Neubauer.

(Anzeige.) In Nro. 141 der Mittelfränkischen Zeitung ist eine Anzeige von einem Tapezier Nägelein unterzeichnet enthalten, nach welcher derselbe mit Eier und Schmalz handelt. Da mein Name mit diesem in besagter Anzeige angegebenen verwechselt wird, so bitte ich von meinem Namen genaue Notiz zu nehmen. so bitte ich von meinem Namen genau Notiz zu nehmen.

J. G. Nägerl, Tapezier zu Rennweg und Wöhrd.

(Anzeige.) Diejenigen, welche gesonnen sind, Theater-Zettel auszutragen, wollen sich im Theater-Bureau melden.

(Zu vermiethen) In L. Nr. 760 am Theater sind 2 möblirte Zimmer mit Alkof, täglich an solide Herren zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Eine sehr gute Violine ist billig zu verkaufen.

(Zu verkaufen) Zwei Dienstbotenbetten sind ganz billig zu verkaufen

(Zu verkaufen) Ein sehr schönes Doppelbett und mehrere schöne Stücke Betten sind ganz billig zu verkaufen In Nro. 39 zwischen den Fleischbänken am Steg.

(Zu verkaufen.) Eine schon gebrauchte Drehbank mit Support, ein 4' langes gußeisernes gehobeltes Prisma für eine Drehbank, ferner eine leichte Jagdflinte, ist billig zu verkaufen.

(Anzeige.) In der Friedr. Korn'schen Buchhandlung in Nürnberg ist zu haben:

Des Königreichs Bayern Landwehr als Abtheilung des Staats-, Schutz- und Vertheidigungskräfte durch die Grundverfassung des Reichs erklärt und verbürgt. In ihrer Entstehung, Ausbildung und dermaligen Gestaltung dargestellt von Dr. F. Brügel. 15 kr.

Bayern's Gerichts-, Advokaten- und Stempel-Taxordnungen und das Diätenregulativ. Preis 18 kr.

Parlamentarisches Taschenbuch, enthaltend die Verfassungen von Nordamerika, Norwegen, Neapel, Toscana, Sardinien, Rom, Oesterreich, Belgien, der Schweiz, England und den Entwurf einer deutschen Reichsverfassung. Herausgegeben v. Rauch. 48 kr.

Arena.

Montag den 22. Mai „Die Kreuzfahrer“ Schauspiel in 5 Akten von Kotzebue.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23. Mai 1848. № 144. Dienstag: Desiderius.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 21. Mai.) Die Kammer der Reichsräthe berieth gestern in der Morgensitzung noch das Ablösungsgesetz, wo sich die Bischöfe Richarz und Reisach und mit ihnen die HH. Grafen Arco-Valley, Seinsheim, Louis Arco, Fürst Wrede und Aretin gegen das Gesetz, Fürst Wallerstein, Giech, Armansperg, Reigersperg, Stauffenberg, Zu-Rhein und der Ref. v. Niethamer für dasselbe aussprachen. — In der Abendsitzung, die von 6 bis 11 Uhr dauerte, wurden die ersten 34 Paragraphen diskutirt und in der Fassung der zweiten Kammer angenommen. Nur bei § 3 fielen die Todtenfallhandlöhne hinweg und wurde ausgesprochen, daß die durch den Blutzehent den geistlichen Herren geschwächten Congrua vom Staate müssen ausgefüllt werden. —

*† (München, den 20. Mai) [Vierzigste öffentl. Sitzung der Kammer der Abg.] Am Ministertische die HH. Staatsminister Bar. v. Thon-Dittmer, Heintz, v. Beisler und Graf Bray, dann mehrere Min.-Kommissäre. — Nach Bekanntgebung des Einlaufs und Beschlusses über den Ges.-Entw. die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Eigenthum betr. verliest der I. Präs. ein Schreiben Sr. Maj. des Königs, wornach die gegenwärtige Ständeversammlung bis zum 27. d. verlängert ist. — Auf der Tagesordnung befindet sich zunächst Berathung und Schlußfassung über den Ges.-Entwurf die Ablösung des Lehenverbandes betr. Dieses nicht minder der Kammer wie dem Publikum fremdartige Thema wurde schon diesen Vormittag vertagt, weil die Abg. noch nicht mit dem Gegenstand sich vertraut gemacht zu haben erklärten. Aber es zeigte sich auch in gegenwärtiger Sitzung, daß bei weitem die meisten Deputirten in derselben Unwissenheit verharrt sind, obgleich sie des Referenten Grafen Hegnenberg-Dux sehr gediegenen Vortrag in Händen haben. Mit Recht bemerkte daher dieser, daß Viele sein Referat gar nicht gelesen zu haben scheinen, sonst würden z. B. nicht Aeusserungen gefallen seyn, wie des Abg. Schnetzer, welcher bemerkt, daß man durch dieses Gesetz dem Adel 40 Mill. schenke. (Bar. v. Rotenhan bemerkte, daß diese Ansicht die des Abg. Schnetzer wohl einem in der Kammer cirkulirenden Zeitungsblatt entnommen sey, dessen Redakteur entweder »wissend oder unwissend diesen barbarischen Unsinn« geschrieben habe.) Bar. v. Rotenhan vorzüglich war der wärmste Vertreter dieser Lehen und entwickelte große Kenntnisse in der Geschichte und pragmatischen Verhältnissen der Lehen. Habermann und Dr. Schwindl nahmen sich d.s Gesetzes gleichfalls an und besonders beruhigte Letzterer die Kammer damit, daß der Adel nichts dabei gewinne. Der Justizminister, welcher (ebenso wie der Minister des Innern) tapfer für das Gesetz einstund, bemerkte ganz richtig, daß es jetzt wahrlich nicht an der Zeit sey, dem Adel Geschenke zu machen. Man kam übrigens nicht über die allgemeine Debatte hinaus, bei welcher vorzüglich der II. Präsident sich lebhaft betheiligte und die Abg. Ramoser, Dek. Bauer, Keim, Schlund und der Referent die weitere Diskussion führten. Die spezielle Debatte wird am Montag fortgesetzt. Aus dem Vortrag des Referenten entnehmen wir zum besseren Verständniß dieser fremdartigen Frage für unsere verehrlichen Leser Folgendes:

Eine Zeit, welche, allen Ueberresten mittelalterlicher Einrichtungen abhold, dem Eigenthume um jeden Preis eine volle Freiheit gewähren will, kann wohl ein Institut nicht unberührt lassen, das, wenn schon ein dürres Reis in der üppig wuchernden Gegenwart, gleichwohl durch sein Alter, seine historische Bedeutung und die große Zahl von Staatsangehörigen, welche von seinem Einflusse berührt sind, die Aufmerksamkeit der Staatsregierung in diesem Augenblicke um so nothwendiger auf sich ziehen mußte, als eine Umgestaltung dieses Institutes nur als natürliche Folge derjenigen gesetzlichen Bestimmungen erscheint, welche die Lösung des Grundverbandes in allen seinen Richtungen erzielen wollen. Der seit Jahren heftiger drängende Sturm hat die alte Eiche, unter deren Schutz so viele Generationen vor uns gelebt, langst wurzellos gemacht, und sie fällt unter den Streichen der Gegenwart, deren Aufgabe es scheint zu zerstören, damit die Zukunft die vorhandenen Keime frisch zu entwickeln und an die Stelle des Bestandenen Neues zu setzen vermöge. Das Staatsministerium hat einen Entwurf zur Ablösung des Lehenverbandes eingebracht, welcher im Artikel I. den Grundsatz der Aufhebung des Lehenverbandes gegen eine den gesetzlichen Lehen-Reichnissen entsprechende jährliche Abgabe ausspricht; im Artikel II. gewisse Ausnahmen statuirt, auf welche dieser Grundsatz keine Anwendung finden solle; im Artikel III. eine gewisse Kategorie von Lehen bezeichnet, welche ohne weiteren Entgelt in das volle Eigenthum der Vasallen übergehen; im Art. IV. die Norm für Fixirung und Ablösung der Lehen feststellt; im Art. V. Die Fideikommissarischen Verhältnisse der Lehen und die Erbfolgeberechtigung als unverändert fortdauernd bezeichnet; in Art. VI. die Anwendung des Gesetzes über Fixirung und Ablösung auf besondere Reichnisse bei Lehengütern ausdehnt, und endlich im Art. VII. der Vollzug des Gesetzes selbst den Staatsministerien des königlichen Hauses und des Aeussern und jenem der Finanzen zuweist. Die geltenden gesetzlichen Normen für das Lehenrecht in Bayern enthält das Lehenedikt vom 7. Juli 1808. Diesem zufolge theilen sich die Lehen in zwei Hauptgattungen, Thronlehen und Kanzleilehen. Die ersteren, worunter auch die thronlehenbaren Würden, unterscheiden sich von den letzteren dadurch, daß sie vom Könige selbst verliehen werden, und aus solchen größeren Herrschaften bestehen, mit deren Besitz die fürstliche oder gräfliche Würde verbunden ist. Als Kanzleilehen dagegen bestehen noch Tit. I. §. 6 des Ediktes solche Landgüter, welche mit eigenen Gerichten versehen sind. In Bezug auf letztere erschien sohin die lehenbare Eigenschaft schon dadurch in Frage gestellt, daß das einzige gesetzliche Criterium, woran sich das Lehenverhältniß knüpft, nemlich die nach dem Ablösungsgesetze aufgehobene Gerichtsbarkeit a priori wegfällt. Abgesehen aber davon bildet das Lehenwesen in Wirklichkeit und beinahe ausschließlich das letzte Ueberbleibsel jenes mittelalterlichen Abhängigkeits-Verhältnisses, das unter dem Namen von Feudallast eine Art von negativer Berühmtheit in unserer Zeit erlangt hat. Geleugnet kann nicht werden, daß der Lehen-Nexus vielfach hindernd der freien Benützung des Eigenthums im Wege stund, den Wirkungskreis fiskalischer Thätigkeit erweiterte, und besonders bei Heimfällen wegen Vermischung von lehenbaren und allodialen Gutsbestandtheilen, so wie in Meliorations-Fragen viele gleich lange und kostspielige Prozesse herbeizuführen geeignet war. Bedeutungslos, weil die Bedingungen, unter denen es entstand und bestehen konnte, längst aufgehört haben, verschwindet das Lehenverhältniß mit Recht aus dem bayerischen Staatsrechte. Dieses Prinzip spricht der Artikel I. des vorliegenden Entwurfes aus in der Bestimmung, daß alle lehenbaren Güter in das volle Eigenthum der Vasallen übergehen sollen. Die Entschädigung, welche dagegen in Anspruch genommen wird, ist eine jährliche, dem bisherigen Lehenreichnisse entsprechende Abgabe, deren nähere Bestimmung im Artikel 4 folgt. — Bezüglich der Fassung des Art. I. ist nichts zu erinnern, da der etwas unbestimmte Ausdruck „Lehenreichniß“ im Art. IV. des Entwurfes genau und klar bezeichnet ist. Der Art. II. des Entwurfes benennt einige Ausnahmsfälle, auf welchen die Aufhebung des Lehennexus keinen Einfluß haben solle, und bezeichnet als solche 1) die thronlehenbaren Würden, 2) jene Lehen, welche auf königlicher Dotation oder auf Staatsverträgen beruhen, sofern denselben nicht ein Rechtsanspruch zu Grunde liegt, und 2) solche Lehengüter, welche auf dem Heimfalle ruhen. — Zur Beurtheilung dieser Ausnahmsfälle ist es nöthig, deren Natur genauer zu prüfen. Was die thronlehenbaren Würden betrifft, so bestehen deren nach der Verfassung vier, nämlich: a das Kronobersthofmeisteramt, b das Kronoberstkämmereramt, c das Kronoberstmarschallamt, d das Kronoberstpostmeisteramt. Die ersten drei dieser kronlehenbaren Würden sind rein persönlich, ohne in Verbindung zu stehen mit einem Lehengute oder Besitze. Es sind Hofämter. Die Würde eines Kronoberpostmeisters dagegen ist erblich in der Familie des Herrn Fürsten Thurn und Taxis und haftet auf einem Grundbesitze. Wenn auch daher in Bezug auf Fixirungs- und Ablösungs-Normen die 3 erstgenannten Würden durchaus nicht berührt werden, so ist dieß doch bezuglich der letztern der Fall. Es rechtfertigt sich jedoch die vom Gesetze gemachte Ausnahme bezüglich der thronlehenbaren Würden auch durch die Rücksicht auf Titl II §. 13 der V. U., welcher diese kronlehenbaren Würdenträger unter gewissen Voraussetzungen zur Regentschaft beruft, wodurch deren beantragte Ausnahme von diesem Gesetze wohl hinreichend motivirt sein dürfte. Der zweite Ausnahmsfall sind die kgl. Dotationen und jene Lehen, welche auf Staatsvertragen beruhen.

Was die ersteren betrifft, so gehören selbe allerdings nicht in die Kategorie der Lehen. Sie sind lediglich Geschenke der königl. Gnade und dürften insoferne schon von den feudis datis sich unterscheiden, als ihre Entstehung erst von dem Jahre 1800 und den folgenden datirt, zu welcher Zeit das Lehenverhältniß in seiner ursprünglichen Form längst aufgehört hatte. Sie tragen daher die Natur bedingter Geschenke und ihre Ausnahme erscheint hiedurch begründet. Daß Lehen, welche auf Staatsverträgen beruhen, der Herrschaft dieses Gesetzes entzogen sind, liegt in der Natur der Sache. Der Grundsatz, bestehende Verträge, wo sie sich finden, aufrecht zu erhalten, darf auch hier nicht angetastet werden. Dagegen dürfte der Zusatz „soferne denselben nicht ein Rechts-Anspruch zu Grunde liegt,“ durch folgende Fassung klarer werden: „soferne denselben nicht ein lästiger Rechtstitel zu Grunde liegt. Referent glaubt daher, die bisher angeführten Ausnahmsfälle begutachten zu müssen. 3) Die letzte Kategorie der von der Ablösbarkeit ausgenommenen Lehen sind jene, welche auf dem Heimfall stehen, und als solche bezeichnet der Entwurf jene Lehen, welche nur noch auf 4 Augen stehen, wenn Besitzer und beziehungsweise Anwärter bereits das 50. Lebensjahr erreicht haben.

Baden. (Aus dem Badischen.) Ein Spiel des Zufalles läßt die Eröffnung des Parlamentes gerade auf den Vollmondstag fallen, auf welchen alle alten Völker ihre Staatsactionen verlegten, auf welchen, nach dem katholischen Kalender, der Tag Liborius, d. h. Freimund, gefeiert wird. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Freiburg, den 18. Mai.) Heute ist Advokat Heunisch und Traiteur Scholer wieder aus dem Gefängnisse entlassen worden, in das sie eine, wie es scheint, unbegründete Anzeige der Theilnahme an den bekannten Ereignissen der Osterfeiertage gebracht hatte. Man hofft, daß auch andere Verhaftete, gegen welche wenig Inzichten vorliegen, demnächst ihrer Befreiung entgegensehen dürften. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 20. Mai.) Die deutsche Nationalversammlung hat beschlossen, die vollständigen stenographischen Protokolle ihrer Verhandlungen drucken und veröffentlichen zu lassen, und es wurde die Vorsorge getroffen, 1) daß diese Protokolle so vollständig und treu als nur immer möglich hergestellt werden, eine Authenticität derselben kann natürlich die Nationalversammlung nicht zusagen; 2) daß die Protokolle immer am Tage nach der entsprechenden Sitzung ausgegeben werden können; 3) daß dieselben um den möglichst billigen Preis abgegeben werden, so daß je 100 Bogen in Quart nur 1 fl. C.-M. oder 1 fl. 12 kr. rhein. oder ⅔ Thlr. preuss. kostet; diese Protokolle können allenthalben von den nächsten Posten bezogen werden. Wir haben an alle Tit. Regierungen und Postbehörden das Ersuchen gestellt, daß für diese Protokolle weder eine Stempeltaxe, noch ein Porto, noch eine Expeditionsgebühr berechnet werde, und wir hoffen daher, daß die Leser in ganz Deutschland nur den oben

bezeichneten Preis, der kaum Druck und Papier deckt, dafür zu zahl haben werden. Wir ersuchen alle Redaktionen von deutschen Zeitun..., welche unsern Wunsch der möglichsten Verbreitung der bezeich...ten Protokolle theilen, daß sie diese Anzeige in ihr Blatt bald gefälligst aufnehmen möchten. Frankfurt a. M., den 20. Mai 1848. Im Namen der Nationalversammlung das mit der Veröffentlichung der Prot... beauftragte Komité. Bassermann. Biedermann, Eisenmann. Hatzler. Wigard. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 11. Mai.) [55. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 19. Mai 1848.] Statt des auf sein Ansucheh zurückberufenen bisherigen Bundespräsidialgesandten, Grafen Colloredo, tritt an dessen Stelle ein: der Appellationsrath für Niederösterreich und ständische Verordnete Ritter von Schmerling. Für Mecklenburg-Schwerin tritt in die Bundesversammlung ein der Regierungsrath Dr. Karsten. Zur 54 Sitzung ist nachzutragen die Anzeige des königl. sächsischen Gesandten, daß er für Berathung des vorliegenden Verfassungsentwurfs Instruktionen erhalten habe. Auf die Anzeige des Fünfziger-Ausschusses, daß der Bürgerverein in Limburg darüber Beschwerde geführt habe, daß von dem Gouverneur in Maestrich die in Limburg bei Gelegenheit der Wahlen zum deutschen Parlament aufgesteckten deutschen Fahnen wieder abzunehmen befohlen worden sey, wird beschlossen, durch die luxemburgische Gesandtschaft Aufklärung über diese Handlung einzuziehen. Eine Eingabe der lauenburgischen Regierung über die an sie ergangene Aufforderung des Generals v. Wrangel wegen Stellung des Kontingents zum 10. Bundesarmeekorps wird dem politischen Ausschuß zugewiesen. Der preussische Gesandte zeigt an, daß früher in Köln keine durchziehenden Polen zurückgehalten oder abgewiesen worden seyen, und daß seit der Beschränkung des unentgeldlichen Transports auf die dem Großherzogthum Posen Angehörigen keine weiteren Zuzüge angekommen; und wenige Zurückkommende ihrem Verlangen gemäß nach Straßburg instradirt worden seyen. Aus einem Bericht des Marineausschusses wurden die Maßregeln entnommen, welche wegen wirksamen Schutzes der deutschen Nordküste ergriffen worden sind. Um zu der Einführung der nohtwendigen Freiheit des innern Verkehrs und zu einem großen einheitlichen deutschen Handels- und Zollsystem in möglichst kurzer Frist gelangen zu können, beschließt die Bundesversammlung, an die sämmtlichen jetzt noch durch verschiedene Zollsysteme getrennten deutschen Bundesstaaten, nämlich: 1) an Oesterreich, 2) an Preussen und die mit Preussen in einem Zollverein verbundene Staaten, 3) an Hannover und die mit ihm in Steuervereine verbundene Staateu, 4) an das Herzogthum Holstein, 5) an die beiden Herzogthümer Mecklenburg, 6) an die drei freien Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg die Aufforderung ergehen zu lassen, sofort sachverständige Männer hieher nach Frankfurt zu senden, welche über ein gemeinschaftliches Handels- und Zollsystem sich zu verständigen und die geeigneten Vorschläge zur Ausführung zu machen haben. Der Gesandte von Braunschweig beantragt die Ergreifung von Maßregeln, wegen gleichförmiger Bildung der Landwehr neben der Bürgerwehr. Dieser Antrag wird dem Militärausschuß zugewiesen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, nen 19. Mai.) In der heutigen Nachmittagssitzung der konstituirenden Versammlung wurde die Bildung der Abtheilungen vollendet, worauf mehrere Mitglieder das Wort erhielten, um Anträge zu begründen. Raveaux brachte das Verhältniß der gleichzeitig fur die konstituirende Versammlung und den preussischen Landtag gewählten Mitglieder zur Sprache, worüber, nachdem Beckerath, Blum, Stedtmann, Henkel rc. gesprochen, die Diskussion auf Montag festgesetzt wurde. Ein Antrag v. Reden's in Betreff statistischer Erhebung über die Arbeiterfrage, eine andere von Leue, daß Posen für immer Deuschland angehören und die preussische Regierung ersucht werden soll, für die bisherigen Aufstandsversuche Amnestie zu gewähren, künftige Versuche aber mit Strenge zu unterdrücken, wurden in die Abtheilungen verwiesen, ebenso Osterraths Antrag auf Herstellung des Friedens in Posen. Auch Arndt nahm in dieser Sitzung das Wort, und wurde freudig begrüßt. Ein Mitglied beantragte, ihm für sein Lied „Was ist des Deutschen Vaterland" Dank zu votiren, worauf v. Soiron bemerkte: nicht das Lied allein, sondern Arndt's Handlungen verdienten den Dank des Vaterlandes. Jahn meinte, da des Deutschen Vaterland Gottlob keine Frage mehr sey, möge Arndt eine Strophe hinzudichten (Beifall.) Die nächste Sitzung ist Montag. Tagesordnung: Antrag von Raveaux und Kommissionsberichte. (Frkfr. Z.)

(Frankfurt, den 19. Mai.) [Vorschlag des Abg. Wesendonck aus Düsseldorf zur Bildung einer vorläufigen Central-Gewalt.] Die deutsche konstituirende National-Versammlung beschließt: §. 1. Es wird ein vorläufiger Vollziehungs-Ausschuß von neun Mitgliedern gebildet. Diese neun Mitglieder werden in neun einzelnen Wahlakten aus der Mitte der Versammlung gewählt. Die Wahl geschieht durch Skrutinium nach absoluter Stimmenmehrheit. §. 2. Der Vollziehungsausschuß vollstreckt alle Beschlüsse der National-Versammlung durch ein vorläufiges Reichs-Ministerium, welches er einsetzen wird, und welches der National-Versammlung verantwortlich ist. §. 3. Der Vollziehungs-Ausschuß ernennt einen Oberfeldherrn über die sämmtlichen Truppen der deutschen Bundes-Länder, welcher nach den Befehlen des Vollziehungs-Ausschusses handelt. Sämmtliche Truppen leisten den Eid der Treue gegen die deutsche constit. National-Versammlung. §. 4. Gegenwärtiges Gesetz bleibt nur bis zu erfolgter Constituirung der Verfassung Deutschlands und des Verhältnisses der deutschen Einzel-Staaten zu derselben in Kraft. (N. W. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 19. Mai.) Wir haben jetzt hier den ersten Preßprozeß. Der frühere Redacteur des „Volksfreundes," Herr Lippe, ist nämlich vor das Polizeiamt geladen worden wegen Injurien gegen Hrn. Schulrath Seebode, der, ohne bei Namen genannt zu werden, im „Volksfreund" scharf gerügt worden war. — Hier wirft sich uns die Frage auf: „kann ein Preßvergehen anders als von Geschwornen abgeurtheilt werden?" Herr Seebode wird, wie man vernimmt, auch gegen den Lithographen einer bei Hüttner dahier (kleine Burgstraße) erschienenen Carricatur auf das nassauische Schulwesen klagen. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 16. Mai.) Die Ungarn werden zwei Deputirte nach Frankfurt senden, um ein Schutz- und Trutzbündniß mit Deutschland zu schließen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Wien, den 17. Mai.) Schon gestern Morgens reichte das ganze Ministerium seine Entlassung ein und erklärte endlich nur bis zur Bildung eines neuen Ministeriums zu bleiben. Die siegende Aula wird nun, da die Nationalgarden ihnen die Hand bieten, ihren Ein... bei der Bildung des Ministeriums geltend machen. Die Sprache der hiesigen Blätter spricht schon von einem Bündniß mit Frankreich und Anerkennung des lombardischen Freistaates. Unterdessen läßt sich nicht verkennen, daß seit gestern unter einem Theil des Bürgerstandes Bestürzung eingetreten ist. Bei Hof herrscht eine solche Muthlosigkeit, daß auch von dieser Seite irgend ein unvorhergesehenes Ereigniß zu erwarten ist. — Die heutigen Nachrichten aus dem Hauptquartier des Feldzeugmeisters Grafen Nugent, Visnadello von Sonntag dem 14. melden, daß die Generale Nugent, Schulzig, Culloz und Schafgotsch unter die Mauern von Treviso vorgerückt sind. Graf Nugent hat der Stadt um 9 Uhr Morgens 3 Stunden Bedenkzeit zur Uebergabe gegeben, nach deren Verlauf die Stadt von allen Seiten beschossen wird. Die Vernichtung der päpstlichen und piemontesischen Truppen war Freitag eine vollständige. Die päpstlichen Dragoner wurden beinahe alle gefangen und die Gränzer verkauften Pferde zu 6 Gulden. Die Beute war ungeheuer. Die Stimmung der Truppen im Lager war eine siegestrunkene. General Welden rückt über Bassano mit 3000 Mann herab, und aus Udine und Görz sind neuerdings 4000 Mann im Anzug. Heute wird der Kurier wegen der Uebergabe der Stadt hier erwartet. (A. Abd. Z.)

(Wien, den 17. Mai.) Trotz der großen Aufregung hat das schnöde Betragen des Grafen Kuefstein in Dresden gegen Dr. Gutzkow hier Aufsehen erregt. Wer zwar die verknöcherten, feudalistischen Begriffe jenes Diplomaten, des edlen Gönners und Bundesgenossen von Hrn. v. Falkenstein, kennt, wird sich nicht wundern, daß er seine wahrscheinlich frühere Instruction dem Verfasser der „Wiener Eindrücke" den Eintritt in Oesterreich nicht zu gestatten, durch die neuen großen Ereignisse noch immer nicht erloschen glaubt. Aber das österreichische Volk hat das Recht, zu fragen, ob ein Mann, der so wenig den Geist und den Umschwung der Zeit begreift, es noch ferner an einem deutschen Hof würdig vertreten kann. (A. A. Z.)

(Wien, den 18. Mai.) Heute Morgen ist die Bevölkerung unserer Stadt von der Nachricht überrascht worden, der Kaiser, der Erzherzog Franz Karl und seine drei Söhne haben Wien verlassen, und den Weg nach Innsbruck eingeschlagen. Die Kaiserin-Mutter wollte gestern eine größere Reise unternehmen, die kaiserl. Familie und der Hof begleiteten sie im gewöhnlichen Wagen wie zu einer Spazierfahrt, Niemand versah sich einer Flucht, erst Abends um 9 Uhr wurden die Minister davon unterrichtet. Die Bestürzung ist allgemein, Befürchtungen und Gerüchte kreuzen sich. Der Erzherzog Johann soll heute hier eintreffen, seine Gegenwart in diesem Augenblick wäre von größter Wichtigkeit. (A. A. Z.)

(Wien, den 18. Mai.) „Heute in der neunten Abendstunde ist dem Ministerium die mündliche unerwartete Mittheilung zugekommen, daß Se. Maj. der Kaiser aus Gesundheitsrücksichten in Begleitung der Kaiserin und des durchlauchtigsten Erherzogs Franz Karl sammt seiner erlauchten Gemahlin und drei Prinzen die Residenz verlassen und die Route nach Innsbruck eingeschlagen habe. Das unterzeichnete Ministerium, welches die Gründe und näheren Umstände dieser Reise nicht kennt, sieht sich verpflichtet, dieselben zur Kenntniß zu bringen. Dasselbe hat es als seine erste Pflicht erkannt, in der Person des Oberkommandanten der Nationalgarde, Grafen Hoyos, eine vertrauenswürdige Person an Se. Maj. sogleich in der Nacht abzusenden und die dringende Bitte zu stellen, daß die Bevölkerung durch die Rückkehr des Kaisers oder durch eine offene Darstelluug der Gründe, welche dieselbe unmöglich machen, beruhigt werde. Derselbe dringende Wunsch wird dem Hrn. Erzherz. durch die Absendung des Präsidenten Grafen Wilczek vorgetragen werden. — Der Ministerrath erkennt ebenso in diesem wichtigen Augenblick die heilige Pflicht, den Interessen des Vaterlandes seine ungetheilte Sorge und Aufmerksamkeit zu widmen, und unter seiner Verantwortung so zu handeln, wie es die Umstände erheischen. Die Unterstützung der Mitbürger und aller Gutgesinnten wird ihn in den Stand setzen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten und zur Beruhigung der Gemüther beizutragen. Was über dieses Ereigniß zur Kenntniß der Minister gelangt, wird jedesmal getreu und vollständig zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden, sowie dieselben, sobald sie direkte Aufträge oder Mittheilungen von dem Monarchen erhalten, dieselben veröffentlichen werden. Wien, am 17. Mai 1848. Die interimistischen Minister: Pillersdorf. Sommaruga. Krauß. Latour. Doblhoff. Baumgartner." Diese Kundmachung von der Abreise des Kaisers ist heute Morgen wie ein Blitz auf Wien gefallen. Niemand hatte daran gedacht, wieviel auch in den Tagen vorher von einer Uebersiedelung des Kaisers nach Prag die Rede gewesen. Jetzt schien dieß vorbei, man sprach wohl von dem Eindruck, welche die Sturmpetition auf die Provinzen machen würde, man war in dieser Hinsicht auf bedrohliches gefaßt, aber daß der Kaiser jetzt nach einer solchen Katastrophe plötzlich gehen würde, das hat niemand erwartet. Der Eindruck hier in Wien ist ungeheuer; Wien fühlt sich im Leben bedroht, und wenn jetzt den jungen Ultras einfallen sollte von Republik zu sprechen, so stände uns ein furchtbares Dreinschlagen bevor, dessen Ausgang keinen Augenblick zweifelhaft. Bis zum Arbeiter hinab ist hier alles gut kaiserlich, und die Erbitterung gegen die Veranlasser der Sturmpetition läßt nun eine Reaktion ebenso arger Art befürchten. Das unglückliche Centralkomité kam auch des Abends wieder nur auf konservative Maßregeln — die Aula z. B. sollte von nun an nur drei Stunden des Tags geöffnet werden, die Nationalgarden zeigten sich wüthend, daß man sie gefoppt. Die Mehrzahl nämlich hat theils nicht gewußt, um was eigentlich petitionirt werde, theils ist sie so postirt gewesen, daß sie am eigentlichen Hergange gar nicht betheiligt worden, theils ist wirklich anders petitionirt worden, als man übereingekommen war. Zahlreich wurde erklärt, man trete aus. Deßgleichen zeigte das Militär plötzlich ebenfalls Erbitterung, weil man petitionirt und erreicht, daß es künftig nur auf Verlangen des Nationalgardenchefs verwendet werden solle, kurz, der Rückschlag war vollständig. Sogar die schwankhafte Presse sprach sich in einigen Organen entschieden gegen die Sturmpetition aus. Niemand dachte nun noch daran, der Kaiser könne gehen. Da geht er, und es beginnt ein ganz neuer Abschnitt der hiesigen Geschichte. Die Umsichtigen sagen, er sey zu früh gegangen für die nothwendige Reaktion. Unter dem Worte Reaktion verstehen sie aber nichts anders, als Einlenkung in den regelmäßigen konstitutionellen Gang. Eine Reaktion des Adels halten sie unter allen Umständen nicht für möglich, wenn auch eine Contrerevolution von Böhmen aus versucht werden sollte durch die dort unnatürlich verbundenen Cavaliere und Tschechen. (A. A. Z.)

(Wien, den 18. Mai Mittags.) Die hiesigen Ereignisse verlaufen wie zu erwarten stand. Ein Ruf geht durch die angefüllten Straßen: es muß ein Ende nehmen mit diesen Excessen der Freiheit, wir wollen die Freiheit, aber mit unserm Kaiser, wir wollen die wahre constitutionelle Monarchie Alle Genossenschaften, alle Streitkräfte haben sich vereinigt zu diesem Zweck, das Centralkomité ist aufgelöst und

unter der Präsidentschaft Montecuculi's ist es in einen Sicherheits-Ausschuß verwandelt, die Journalisten und Volksredner, welche den Uebertreibungen das Wort gesprochen, werden verhaftet und es ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, daß diese Krisis zu heilsamer Ordnung führen werde. Ein vorlauter junger Mann hat die Verwegenheit und Unkenntniß des Terrains gehabt, in der Mariahilfer Vorstadt Republik ausrufen zu wollen. Dieß hat er beinahe mit seinem Leben gebüßt, das Volk hat ihn aufhenken wollen, und mit Mühe ist er aus dem Getümmel gerissen und verhaftet worden. Man erwartet daß der Kaiser zurückkehren werde sobald ihm das Ministerium die Nachricht geben kann, es sey die constitutionelle Ordnung hergestellt. (A. Allg.)

(Innspruk, den 19. Mai.) Der Kaiser und die übrigen Familienglieder des Kaiserhauses wurden hier mit ungeheuerm Jubel aufgenommen.

Preussen. Berlin, 18. Mai.) Daß das Ministerium, durch die Reaktions-Partei bedrängt, sich zu den Maßnahmen der letzten Tage entschlossen hat, kann dem nicht mehr zweifelhaft seyn, der das Treiben derselben hier zu beobachten Gelegenheit hat. Die Geheimen Räthe und ihre Trabanten, Offiziere in Civilkleidern laufen Abends dutzendweise umher, und predigen unter den sich sammelnden Volksgruppen nicht Ruhe, sondern vor allem Krieg gegen die Aufwiegler, in ihren Augen alle diejenigen, die den reactionären Schritten der Regierung entgegenzutreten versuchen. Den Arbeitern reden sie ein, daß die Verbesserung ihrer Lage deshalb nicht erfolgen könne, weil die Aufwiegler die Ruhe fortwährend störten. Der neue Director im Ministerium des Innern, Hr v. Puttkammer, früherer Polizei-Präsident von Berlin, zeichnet sich besonders durch seine reactionäre Thätigkeit aus. Auf seine Veranlassung hat Hr. v. Minutoli vor einigen Tagen eine Verordnung erlassen, nach welcher das Feilhalten von Flugschriften und deren Umhertragen auf den Straßen verboten ist. Seit dem 18. März war dieß im großen Umfange betrieben worden, und Niemand hatte Anstoß daran genommen. Jetzt nach 2 Monaten beruft sich Hr. v. Minutoli plötzlich auf die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung, nach welchen ein derartiger Handel verboten ist. Mußte man aus dem factischen Fortbestande dieses Handels nach dem 18. März nicht zu dem Schlusse berechtigt seyn, das Gouvernement halte diese den bestehenden Zuständen durchaus widersprechende gesetzliche Vorschrift für eine solche, die ihrer Natur nach durch die Revolution aufgehoben sey? Und jetzt endlich wagt man es, dieses beste Kind unserer Revolution mit Polizeigewalt zu erwürgen, gestützt auf ein unanwendbares Gesetz! Dürfte man dies thun, wenn die Reaction nicht bereits wieder festen Fuß gefaßt hätte? Diese Maßregel ist keineswegs, wie der Erlaß des Hrn. v. Minutoli sie darzustellen bemüht ist, eine gewerbliche — sie ist eine politische von großer Bedeutsamkeit, denn ihre vollständige Ausführung verhindert es, daß die politische Tages-Literatur in alle Schichten des Volkes dringe; sie beschränkt einen großen Theil unserer Bewohner wieder auf die Lectüre der „Vossischen Zeitung“ und des „Beobachters an der Spree“. Das Juli-Königthum in Frankreich versuchte den ersten Schritt rückwärts durch ein ganz ähnliches Verbot in Paris; ihm gelang es damals nur zu gut. Hoffen wir, daß es hier nicht der Fall seyn werde. Trotz des ergangenen Verbotes sieht man heute noch fast in allen Straßen Flugschriften feil bieten. Wie uns einer der Colporteure mittheilte, hat der Polizei-Präsident ihnen gestattet, die noch vorräthigen Blätter zu verkaufen. (Magdb. Z.)

(Trier, den 17. Mai.) Im benachbarten Luxemburgischen sind nach eben hier eingelaufenen Mittheilungen mehrfache Unordnungen vorgekommen. In Ettelbrück soll ein Kampf zwischen der zusammengezogenen Gensd'armerie und den Unternehmern eines Republikanisirungs-Versuches Statt gefunden haben, wobei auch Barricaden ihre Rolle spielten. Ein Theil der preußischen Garnison aus Luxemburg hatte die Ruhe hergestellt. In Remich soll die republikanische Fahne ebenfalls aufgesteckt worden sein, und ist die Gensd'armerie und ein Trupp vereinigter Zollbeamten dorthin dirigirt worden. (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 15. Mai.) Ueber die Friedensunterhandlungen wird jetzt berichtet, und zwar so, daß die Dänen den Status quo ante herstellen wollen, also Alsen und Arröe räumen, die genommenen deutschen Schiffe herausgeben, die Blockade überall aufhören lassen, und in eine Auswechselung der gefangenen deutschen Beamten und Soldaten gegen die dänischen Gefangenen willigen. Dagegen verlangen sie aber die völlige Räumung Jütlands von Seiten der deutschen Truppen. Dafür spricht die heute Abend eintreffende Nachricht, daß das gestern hier angekommene schwere Geschütz 22—24pfündige Kanonen und 82—84pfündige Bombenkanonen, aus Rendsburg zu heute Abend nach Fridericia bestimmt — in Apenrade Contreordre erhalten hat. Ferner auch, daß es den Dänen auf den Inseln, namentlich in Fünen durchaus an Lebensmitteln fehlen soll; so wird erzählt, daß 6 dänische Soldaten nach Fridericia von Fünen herübergeschwommen seien, die dieses berichteten. Zur Auseinandersetzung mit Dänemark wäre vielleicht der Vorschlag ausführbar, daß der Prinz Ferdinand, der kinderlose Oheim des Königs von Dänemark, als nächstberechtigter, legitimer, schleswig-holsteinischer Thronerbe des Mannsstamms die Herzogskrone unseres Landes erhielte. Der jetzt regierende König kann, da er sich frei an der Spitze des feindlichen Heeres in den Herzogthümern befunden, doch unmöglich wieder unser Landesherr werden. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 15. Mai.) Es befinden sich jetzt zwischen 8 und 900 (nach einer näheren Angabe 873) Dänen, darunter 27 Offiziere und eine große Anzahl von Offiziersaspiranten in unserem Lande in Gefangenschaft. Außerdem sollen 47 dänische Offiziere todt oder verwundet sein. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 18. Mai.) Die Existenz unserer Exekutiv-Komité hing gestern an einem Haare. Sie war nahe daran, auf parlamentarischem Wege gestürzt zu werden! Der Angriff ging diesmal nicht von Blanqui mit seinen Blusenmännern aus, sondern von der ehemaligen dynastischen Linken: Benard, Duvergier de Hauranne, Dupin rc. Die Sache ist ernst genug, um hier in Kürze erzählt zu werden. Während die Stimmzettelsonderung für die Glieder der Verfassungskommission (eine Arbeit die zwei Tage dauert) fortgesetzt wurde und sich die Nat.-Versammlung schrecklich langweilte, bestiegen die Minister Recurt und Cremieux, die unausstehlichsten von allen Halbmännern, die Tribune, um mehrere Dekretsentwürfe im Namen unserer fünfköpfigen Regierung vorzulesen. Recurt's Dekrete verlangen: 1) diejenigen Bürger — soll heißen Proletarier — mit dreizehn Monaten bis zwei Jahren Kerker zu bestrafen, die sich mit offenen oder geheimen Waffen in die Klubs begeben. 2) Dem Exkönig Louis Philipp und seiner Familie Frankreichs Gebiet auf immer zu verbieten rc. Diese Dekrete fanden wenig Widerspruch. Nach Rekurt bestieg aber Cremieux die Tribune, um einen Dekretentwurf vorzulesen, der 1) den Gliedern der Exekutivgewalt heimstellt, ob und wann sie die National-Versammlung besuchen wollen, 2) dem Präsidenten derselben zwar das Recht des Generalmarschschlagens läßt, ihm aber die Leitung der Truppenmacht ausserhalb des Saales entzieht und sie ausschließlich dem Exekutiv-Komite anheimgibt. Benard, Duvergier de Hauranne, Vivien, Dupin rc. erhoben sich mit einer Heftigkeit gegen diese Forderungen, wie wir sie nur in den heißesten Schlachten der ehemaligen Deputirtenkammer sahen. Favre, der junge Staatssekretär und rechte Arm des Ministeriums, eilte dem bedrohten Gesetzentwurf zur Hilfe, rief aber durch die Keckheit, mit der er ihn vertheidigte, einen unerhörten Sturm hervor, denn als er ausrief: Ihr sollt und müßt mich anhören! erhoben sich alle Gegner, rannten gegen die Tribune und streckten die Arme aus, als wollten sie ihn erdrosseln. Favre mußte Abbitte thun und der Tumult legte sich nicht eher, als bis der Präsident seinen Hut ergriff und die Sitzung suspendirte.

Erst gestern Abends 10 Uhr wurde die erste Stimmzettelsonderung rücksichtlich der Verfassungs-Kommission geendet. Nur sechs Mitglieder vereinigten die nöthige Stimmenzahl, a) Cormenin mit 657 Stimmen, b) Marrast mit 646 Stimmen, c) Lamennais mit 552 St., d) Vivier mit 515 St., e) Tocqueville mit 490 St., f) Dufaure mit 395 St. sind zu Gliedern der Staatsverfassungs-Kommission ernannt worden. Die Wahl der zwölf übrigen wird heute fortgesetzt.

Duclerc, Finanzminister, hat gestern der Nationalversammlung den Gesetzentwurf vorgelegt, welcher den Rückkauf aller Eisenbahnen durch den Staat zum Zweck hat. Dieser Entwurf wird heute vorgelesen und dann zunächst in den Abtheilungen zur Diskussion gebracht. Sobald ihn der Moniteur bringt, werden wir ihn seinem wesentlichen Inhalte nach mittheilen. Die Expropriationsfrage war ja das Steckenpferd der provisorischen Regierung.

Am Nachmittag und Abend des 15. Mai wurden von Marrast und den sonstigen Behörden mehr als 2,000,000 scharfe Patronen an die Bürgerwehr ausgetheilt.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 18. Mai.] Präsident Buchez erklärte die öffentliche Sitzung um 12 Uhr als begonnen. An den Zugängen zum Sitzungssaale sahen wir heute viel geringere Truppenmacht aufgestellt als die beiden früheren Tage. Es ist erstaunlich, mit welchem Eifer sich die fremden Nationalgarden der National-Versammlung zum Schutze anbieten. Selbst die aus Clermont (über 100 Stunden Wegs) theilt Präsident Buchez ein solches Anerbieten mit. Dann las derselbe einen Brief Lacordaire's vor, worin der berühmte Advokat und Dominikaner seine Entlassung nimmt, weil er seine religiösen Pflichten über den politischen nicht vernachlässigen dürfe. Am Schlusse dieses Schreibens wünscht er übrigens der Republik Heil und Segen; besonders den Frieden. Die Versammlung sollte jetzt zur Fortsetzung der Wahl der Verfassungs-Kommissionsglieder schreiten. Ein Glied machte jedoch den Vorschlag, den Modus der Abstimmung in folgender Art zu ändern: Sämmtliche Glieder deponiren ihre Stimmzettel in die Urne, welche dann in einem der anstoßenden Säle geleert und entziffert werden sollen. Auf diese Weise könne die Versammlung ihre anderweitigen dringenden Geschäfte fortsetzen. Dieser Vorschlag fand Beifall und wurde angenommen und befolgt. Nachdem jedes Glied zwölf Namen auf seinen Zettel geschrieben und ihn in die Urne geworfen hatte, trugen die Huissiers die Urne in einen Saal, wo in Gegenwart der Schreiber die Enthüllung der Stimmzettel stattfindet. Die Abkürzung verdient in der That Nachahmung. Die Versammlung konnte sich nur an deren Vorarbeiten hingeben. Präsident Buchez benutzte zuerst die Gelegenheit, um der Versammlung anzuzeigen, daß der Kampf (!) des 15. Mai's einigen Nationalgardisten das Leben gekostet habe, welche heute beerdigt würden und daß er ein Leichengeleit von 20 Repräsentanten vorschlage, die er sofort bestimmen wolle. Zwanzig Glieder entfernten sich hierauf aus dem Saale, um den gefallenen Bürgerhelden die letzte Ehre zu erweisen. (!!) Die kommunistische Revolution in Limoges kam dann zur Sprache. Es wurde für die diesfälligen Aufschlüsse ein besonderer Tag bestimmt, der manche Leidenschaft wecken dürfte. Dornès las hierauf den Entwurf einer Proklamation an die Pariser Bevölkerung und ganz Frankreich vor. Ein anderes Glied gab auch den seinigen zum Besten. Wir werden sie wohl übermorgen an allen Straßenecken erblicken — diese Proklamationen, in denen der Heldenmuth der Bürgerwehr am 15. Mai gerühmt ist! Die Stimmzettelsonderung ist noch nicht vollendet. (4½ Uhr.)

Italien.

(Von der italienischen Gränze, den 11. Mai.) Nach Berichten aus Rom hatte der österreichische Gesandte seine Pässe verlangt, und ist wahrscheinlich von dort bereits abgereist. Vor seinem Hotel haben in den letzten Tagen mehrere Demonstrationen stattgefunden. In der Stadt herrschte noch immer eine gewisse Aufregung, obschon am 6. die außerordentlichen Maßregeln, welche die Bürgergarde ergriffen hatte, um die Abreise des Papstes und seiner Kardinäle zu verhindern, wieder aufgehoben waren. Das Volk zeigte sich fortwährend sehr unzufrieden darüber, daß der Papst nicht selbst an Oesterreich den Krieg erklären wollte, weil es glaubt, daß ihm dadurch erst die rechte Weihe gegeben werden würde. Die Leiter der radikalen Bewegung wissen diese Stimmen aufs Beste auszubeuten, und so das Volk für ihre weiteren Pläne allmählig vorzubereiten. Diese sind darauf gerichtet, dem Papste die weltliche Herrschaft ganz abzunehmen, und an seine Stelle eine provisorische Regierung, und eventuell eine römische Republik zu setzen. Das ist der Dank für das, was Pius IX. für die Römer und für ganz Italien gethan hat. (M. Z.)

Schweden und Norwegen.

(Stockholm, 12. Mai.) Heute hat der Staatsrath eine sechsstündige Sitzung unter dem Vorsitz des Königs gehalten. Man behauptet: die schwedischen Truppen seyen bestimmt, die Inseln Fünen und Alsen zu besetzen, um der dänischen Armee Gelegenheit zu geben, mit ihrer ganzen Stärke gegen die Deutschen vorzugehen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königlichen Landgericht Beilngries

wird auf Antrag mehrerer Gläubiger das Anwesen des Michael Klenast, Bäckers zu Berching, wie solches nachstehend beschrieben und gemäß gerichtlicher Schätzung vom 30. October v. J. auf die Summe von 1375 fl. gewerthet ist, hiemit dem öffentlichen Verkauf an den Meistbiethenden unterstellt und hiezu Termin auf

Montag den 17. Juli h. J., Vormittags von 10—12 Uhr

in der Stadt Berching anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 der Proceßnovelle vom 17. November 1837 stattfindet, und daß dem Gerichte unbekannte Steigerungslustige sich über ihre Leumunds- und Vermögens-Verhältnisse durch legale Zeugnisse auszuweisen haben

Beschreibung des Anwesens:

Steuergemeinde Berching.

Das s. g. Kuppenhaus, Pl.-Nr. 141, Hs.-Nr. 91, bestehend aus dem Wohnhause mit Stadel und Viehstall, Hofraum mit Schweinställen . . . . . 0,08 Dez.

Bräu- und Gemeinderecht zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen.

Pl.-Nr. 630½. Wiese beim Stadtbrunnen mit kleinen Ackerl 3 Theile . . . . . 0,33 Dez

Steuergemeinde Sollngriesbach.

Pl.-Nr. 333. Acker beim Stadtbrunnen . . . 0,17 Dez.
" " 333a. Wiese beim Stadtbrunnen . . 0,34 "
" " 332. Wiese eben daselbst . . . . 0,52 "

In der Steuergemeinde Ruderzhofen.

Pl.-Nr. 1023. Krautacker am Bügl . . . 0,93 Dez
" " 1034. Kleines Büglackerl . . . . 0,57 "
" " 1107. Acker am Hundsacker . . . 0,72 "

Beilngries am 12. Mai 1848.

Der Königliche Landrichter
Martin.

coll. Schieder.

Trauer-Anzeige.

Mit tiefgebeugtem Herzen widmen wir theilnehmenden Verwandten und Freunden die betrübende Kunde, daß es dem Herrn über Leben und Tod gefallen hat, gestern früh 8 Uhr unser geliebtes Kind

Emilie

nach schwerem Leiden, in einem Alter von 3 Wochen zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Theilnahme bittend, empfehlen wir uns ferneren geneigtem Wohlwollen.

Nürnberg, den 22. Mai 1848.

M. Robert Koenecke.
Christiane Koenecke,
geb. Zeh.

Dank.

Ich kann nicht umhin, den vielen Gönnern, Freunden und Bekannten meines seel Gatten, des Musiklehrers Georg Jakob Schnepf dahier, für die liebevolle und aufrichtige Theilnahme, welche sie während seines zweijährigen Krankenlagers bezeigten, meinen innigsten und tiefgefühltesten Dank hiemit auszusprechen. — Mögen Sie überzeugt seyn, daß solche dem Verewigten bewiesene Liebe und Anhänglichkeit mir in meinem gerechten Schmerze viel Trost und Beruhigung gewährt hat. Insbesondere bin ich meinen großen Dank dem praktischen Arzte Herrn Dr. Ruckert dahier schuldig. Dieser menschenfreundliche und erfahrene Arzt scheute keine Mühe und Aufopferung, den Theueren, wo es irgend möglich war, das Leben zu erhalten. Möge er sich recht lange zum Wohle der leidenden Menschheit dauernder Erhaltung seiner Kräfte und ungestörter Gesundheit erfreuen. Viel, unaussprechlich viel habe ich an dem Dahingeschiedenen verloren, der der beste Gatte, der zärtlichste Vater, ein treuherziger, biederer Freund war. Seine zahlreichen Gönner, Bekannte und Freunde aber bitte ich, ihm, dem im Leben seine Kunst ihre Anerkennung so reichlich erwarb, auch im Tode ein freundliches Andenken zu bewahren, mir aber mit meinen vier unmündigen Kindern ihre stille Theilnahme nicht zu versagen, und ihr gütiges Wohlwollen auf die Hinterbliebenen zu übertragen

Nürnberg, den 18. Mai 1848.

Babette Schnepf,
geb. Fleischmann.

Dank.

Zufolge Nachrichten und im Namen Mehrerer unserer Truppen-Abtheilung, sagen wir den Bewohnern Waldsee's im Königreich Würtemberg, für die gute und herzliche Aufnahme, so wie für die köstliche Verpflegung unserer aus Nürnberg im Königreich Bayern ausmarschirten Truppen unsern herzlichsten Dank. — Noch lange wird der humane Geist der biedern Waldsee'r in dem Herzen unsers braven Regiments sich erhalten.

Mehrere Bewohner Nürnbergs.

(Anerbieten.) Bey Advocat Lippert in Herzogenaurach, kann ein brauchbarer Scribent sogleich, und auf längere Zeit, Beschäftigung finden.

(Zu verkaufen.) 1 Lederkoffer, 1 Reisetasche und ein doppelter Behälter, noch gut erhalten, sind zu verkaufen in Nro. 53 am Trödelmarkt.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Da wir unsere Wohnung in L. Nro 1355 am Spittlerthor verlassen, und unser neu erkauftes Haus L. Nr. 294 am Josephsplatz bezogen haben, so danken wir der alten Nachbarschaft für die vielen Beweise Ihrer Freundschaft und Wohlwollens, und bitten die neue um gütige Aufnahme.

Zugleich empfehlen wir uns mit allen in unser Fach einschlagenden Artikeln.

Nürnberg, am 23. Mai 1848.

Joh. Friedrich Leller,
Kupferschmied-Meister nebst Familie

Goldberger's galvano-electriche Rheumatismus-Ketten

können ihrer ganz besondern Kraft und Wirksamkeit wegen, gegen Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden und Zahnschmerzen gewissenhaft empfohlen werden. Die wohlthätige Wirkung der Elektrizität auf den thierischen Organismus ist durch vieljährige Erfahrung hinreichend bekannt und sind die obenbenannten Goldberg'schen Rheumatismus-Ketten dergestalt konstruirt, daß durch sie eine fortwährende elektrische Strömung hervorgerufen wird. Viele und berühmte Aerzte haben sich bereits für deren Vorzüglichkeit ausgesprochen, und Hunderte von Genesenen haben dies in Danksagungsschreiben ꝛc. beurkundet, die in den unterzeichneten Depot zur geneigten Durchsicht aufliegen und von denen nachstehend eines folgt.

In Nürnberg sind obige Rheumatismus-Ketten nur bei Herrn Sal. Ludwig Krauß S. Nr. 551 in der Theresienstraße vorräthig und kostet das Stück mit Kästchen und Anleitung 1 Thlr. Pr.-Ct. u. stärkere 1½ Thlr. Pr.-Ct. oder 1 fl. 45 und 2 fl. 36 im 24 fl.-Fuß.

J. T. Goldberger,
in der freien Stadt Tarnowitz

Zeugniß:

Dem Gefangenen gleich, der Jahre lang mit Ketten belastet im Kerker schmachtete, und dem endlich die lang ersehnte Freiheit wird, ward auch mir zu Muthe, als ich die wohlthätige Wirkung der Goldberg'schen Galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten verspürt hatte. Durch die in meinen Kriegsjahren erlittenen Strapatzen und erhaltenen Wunden hatte sich in meinen Gliedmaßen eine so gräßliche wüthende Gicht eingeschlichen, daß keine Badekur, kein Arzt sie zu bannen vermochte, und ich glich bei dem Eintritt eines schlechten Wetters und der rauhen Jahreszeit wirklich einem gefesselten Gefangenen Da ward mir die heilsame Wirkung der Rheumatismus-Ketten des Herrn Goldberger in Tarnowitz gerühmt, und ich legte eine solche Kette um die von Gicht geplagten Glieder. Nach einem Gebrauche von einigen Wochen wich der Schmerz, und ist bis jetzt noch nicht wiedergekehrt.

Ich lohne den Erfinder nur sehr gering, daß ich die wahrhaft wohlthätige Heilsamkeit seiner Rheumatismus-Ketten hiermit durch mein Zeugniß bewahrheite.

Grenz-Zoll-Amt Ostroesnitza, 2. Nov. 1847.

Joseph von Gillern,
Königl. Hauptmann a. D. und Grenz-Zoll-Einnehmer.

Die Blätter für das Volk,

herausgegeben von mehreren Volksfreunden erscheinen vom 22 d M. an wöchentlich zweimal, und zwar am Mittwoch und am Samstag. Der Abonnementspreis beträgt bis zum 1. Juli l. Js. als für ein halbes Quartal dahier 10 kr, für auswärtige Abonnenten, welche das Blatt durch die Post beziehen, 20 kr. Abonnirt kann werden bei allen k Postämtern, außerdem dahier in S. Nro. 200 Weißgerbergasse. — Ueber die Tendenz der Blätter, Verbreitung der nothwendigsten politischen Kenntnisse, wird auf die erste Probenummer, so wie auf das demnächst erscheinende Blatt verwiesen.

Nürnberg, am 18. Mai 1848

(Aufforderung.) Am 30. April hat Jemand in der St Sebaldus kirche einen grünseidenen Regenschirm stehen lassen, welcher dann von einer andern Person in die Sakristei getragen wurde, von da aus aber ist derselbe von einem nobel gekleideten Frauenzimmer, welches denselben als den ihrigen bezeichnete, abgeholt worden. Diese Dame wird hiemit von der Eigenthümerin des besagten Regenschirms aufgefordert, denselben baldmöglichst in S Nro. 962 am Obstmarkt zurückzubringen, widrigenfalls man ihren Namen veröffentlichen wird.

Zu vermiethen.

Eine Wohnung im 2ten Stock, in der freundlichsten Lage, bestehend in 5 in einandergehenden Zimmern, 1 Kammer, Küche, Holzlage und versperrten Vorplatz nebst Waschgelegenheit ist am Ziel Laurenzi oder Allerheiligen zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein Logis am weißen Thurm, ein Laden mit Ladenstube, am Herrnmarkt, mit Gewölbe, ist zu vermiethen.

Erklärung.

Im gemeinnützigen Wochenblatt des Gewerbevereins in Köln hat ein Mann aus dem Volke (?) sich demüßigt gesehen, ein Wort an die Männer der arbeitenden Klasse ergehen zu lassen, bezüglich der hier und da vorgekommenen Zerstörungen von Fabriken. (Abgedruckt im Nürnberger Intelligenzblatt Nr. 59.) Im Uebereifer hat der Mann des Volks sich sogar erlaubt, folgenden Satz anzuführen: »Die Drucker wollen die Schnellpressen zerstören, damit in der aller nächsten Zukunft schon unsere deutschen Bücher in London oder gar in Nordamerika gedruckt werden.« — Wo geschah in Deutschland fragen wir, je etwas von Seite unsrer Kunstgenossen, daß diesen sich selbst so nennenden Mann des Volks berechtigt, eine solche Verdächtigung gegen einen ganz ehrenwerthen Stand auszusprechen? Wir weisen diese aller Wahrheit entbehrende von Seite des Schreibers vielleicht berechnete Verläumdung auf das Entschiedenste zurück und erklären hiemit, daß unser Streben, als einige Korporation darzustehen und zwar unter Verhältnissen, wie wir sie verlangen können, durch solche Angriffe nicht wankend gemacht werden kann und daß wir dabei den gesetzlichen Boden noch nie verlassen haben, noch je verlassen werden.

Sämmtliche Buchdrucker Nürnbergs.

Zur Beachtung.

In unserer Mitte befindet sich gegenwärtig ein Unglücklicher, der mehr als Andere allgemeiner thatsächlicher Theilnahme bedarf. Es ist dies der zuletzt als Theater-Sekretär an der hiesigen Bühne engagirt gewesene, sonst im Leben vielfach geprüfte, vielfach verkannte Hr. Beetz, der nahe daran ist, das Theuerste im Leben, das Augenlicht zu verlieren und mit diesem Verluste alle Erwerbsquellen einzubüßen. Obgleich nun Jedermann, der zu geben vermag, von der Noth der Gegenwart so schon vielfach in Anspruch genommen ist, so gedenken wir hier doch keine vergebliche Aufforderung zu thun, wenn wir an die Milde der hiesigen Einwohnerschaft für diesen Unglücklichen uns wenden

Mehrere Freunde des Herrn Beetz.

Aufruf.

Der gegenwärtig herrschende nahrungslose Zustand drängt zur Ergreifung jedes Mittels, Unterstützung zu schaffen Möchte es endlich an der Zeit sein, das Bier nach dem Satze zu bezahlen, und den Mehrbetrag lieber zur Unterstützung verschämter Hausarmen in die Armenbüchse zu werfen, welche ohnedem zwecklos in den Wirthschafts-Lokalitäten angebracht sind. Wie die Abschaffung des Neujahrgratulirens zu guten Zwecken stattfand, auf demselben Wege könnte auch hier die Bahn gebrochen werden, daß sich diejenigen welche zu diesem guten Zwecke die Hand bieten wollen, sich öffentlich nennen ließen.

Man wünscht, daß diese Andeutung von Nürnbergs Bewohnern in dem Sinne aufgenommen werde, als sie gegeben wurde, und die sämmtlichen hiesigen verehrl. Zeitungs-Exped werden gewiß nicht anstehen, durch gratis Aufnahme in die Spalten Ihrer Zeitungen diesen Gegenstand zu unterstützen.

(Einladung.) Zweite politische Besprechung in der Krone am Obstmarkte, Dienstag den 23. Mai, Abends 8 Uhr.

Dr. Schwarz.

(Ersuchen) Am Sonntag wurde in der Lorenzer Kirche im Stuhle Nro. 185, ein grünseidenes Sonnenschirmchen stehen gelassen Der Finder desselben wird ersucht, selbiges in L. No. 294 am Josephsplatz gegen ein Trankgeld zurückzubringen.

(Zu vermiethen.) Am Ziel Laurenzi oder Allerheiligen ist in S. Nr. 1303 a der Hirschelgasse an eine stille Familie ein sehr freundliches gegen Mittag liegendes Logis zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein kleines Stübchen, mit oder ohne Bett, ist sogleich sehr billig zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In der Nähe des weißen Thurms ist ein freundliches Logis an einen Herrn oder eine Dame täglich zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein gutsingender Meisenmönch ist zu verkaufen.

(Gesuch.) Zwei gute Büchsen werden zu kaufen gesucht.

(Gesuch) Ein gewandter Schreiber wird gesucht Näheres in der Exped. d. Bl.

Arena.

Heute Dienstag den 23. Mai Zum Erstenmal: „Das Urbild des Tuders.“ Posse in 1 Akt von Herrmann, Hierauf: „Die Zerstreuten“ Lustspiel in 1 Akt von Kotzebue. Zum Schluß: Polka, getanzt von 8 Kindern. Eigensinn. Lustspiel in 1 Akt von Benedix.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. Mai 1848. № 145. Mittwoch: Esther.

⁎ Kaiser oder Präsident?

Man verlangt für die deutsche Reichsverfassung eine einheitliche Regierung mit einer Volksvertretung auf breitester Grundlage. Die Mehrheit der Deutschen will ein monarchisches Oberhaupt, dem die nöthigen, dem Volk verantwortlichen Diener zur Seite stehen; sie will ein Oberhaus zur Vertretung der einzelnen Regierungen, und ein Unterhaus zur Vertretung des ganzen Volkes. Dieses Verlangen, die Frucht der traurigsten und bittersten Erfahrungen unserer Vergangenheit, muß befriedigt werden, wenn man nicht neue Mißgriffe machen, dieser und der nächsten Generation nicht die furchterlichsten Zerwürfnisse und Kämpfe bringen, die wankenden Throne nicht vollends stürzen, und über Bruderblut und Bruderleichen hinweg zu der jetzt [illegible] zu früben und auch vielseitig gefürchteten natürlichen Staatsform ohne Fürsten führen will. Wollte man noch einmal die Regierungsgeschäfte unsers Vaterlandes an einen nur freisinniger als zeither zusammengesetzten Bundestag übertragen, wofür sich manche Stimmen haben vernehmen lassen, so hieße das in dem Augenblick die Zeitforderung nicht verstehen, soviel wie Nichts thun, Deutschland in seiner Entwicklung aufhalten, ihm für die früher bewiesene Geduld die vollständigste Revolution zum Geschenk machen, und es mächtigen Nachbarn als gute Beute hinstellen. Ordnung und Rettung sind für unser Vaterland nur mehr in der einheitlichen Regierung, nur in der Aufstellung eines sichtbaren Oberhauptes möglich. Nun entsteht aber die Frage: soll dieß Oberhaupt ein Kaiser oder ein Präsident, ein erbliches oder ein zeitweiliges, ein hausmächtiges oder ein hausmachtbaares Oberhaupt sein? Namen sind laut Erfahrung nicht gewichtlos. Daher möchte ich zu dem Kaisertitel noch eher rathen, als zu dem eines Präsidenten. Der Kaiser erinnert an die frühere Würdigkeit unserer Nation, an die frühere Reichsgröße; und wir alle wünschen, daß Deutschland mit edlem Volksstolze und groß wie früher dem Auslande gegenüber stehe. Auch werden für einen Kaiser die Einzelregierungen, die wir nun doch einmal, wenn sie sich halten lassen, noch erhalten wollen, viel lieber auf den Theil ihrer Souveränität, auf welchen in einem Bundesstaate verzichtet werden muß, Verzicht leisten, als für einen Präsidenten. Der Kaiser ist in ihren Augen mehr Machtträger, der Präsident aber mehr bloß der Erste einer Behörde, während er in den Augen des sich klaren Volkes, beides, Machtträger und der erste Beamte ist. Mit einem Kaiser werden Fürsten und Volk zufrieden sein können. Eine andre Frage ist: soll dieses Oberhaupt eine erbliche Würde sein oder nicht? Erbliche Monarchen, wie viel sich auch dagegen sagen läßt, in sofern Regentenweisheit und Regententugenden, Regententhörigkeit und Regentenlasten dem Gesetze eines unstetigen Wechsels unterliegen, werden bei großen Reichen, besonders in Reichen mit so künstlichem Organismus, wie es die constitutionellen Staaten doch sind, von der besonnensten Staatsweisheit gefordert. Gingen daher jetzt in Deutschland alle einzelne Staaten in einen einzigen großen constitutionellen Staatskörper zusammen: so würde man wohl thun, diesem einen erblichen Kaiser zu geben. Nun ist das aber nicht der Fall, die Sachen liegen anders, die einzelnen Staaten wollen und sollen bleiben, man will bloß einen Bundesstaat, in welchem unter dem gesicherten Wohl des Ganzen die besondere Wohlfahrt und Entwicklung der einzelnen Staaten gedeihen mag. Bei dieser Sachlage kann das Oberhaupt aber nur Träger besonderer von den einzelnen Staaten auszuscheidender und zum Besten des Ganzen sich bethätigender Functionen sein; und für ein solches Oberhaupt ist meiner Ansicht nach die Erblichkeit der Würde keine Nothwendigkeit, ja, sie erscheint sogar als eine Gefahr, als eine Veranlassung zu den bedenklichsten Zusammenstößen. Mit der Aufstellung eines solchen Oberhauptes trete ein Staat an die Spitze der andern und man würde damit leicht das Streben nach Ausdehnung der Bundesmacht gegenüber den einzelnen Staaten permanent werden lassen, was schwerlich für Deutschland ein Glück sein dürfte. Also besser: kein erbliches Oberhaupt! Dieses Streben würde durch eine tüchtige Hausmacht nur mehr unterstützt werden. Daher auch besser: kein erbliches hausmächtiges Oberhaupt! Wollte man aber Erblichkeit ohne Hausmächtigkeit, ohne Landbesitz, um diesem der Macht natürlichen Streben einen Damm entgegen zu stellen, so fragt sich wieder, wie lange wird ein Oberhaupt, das Erblichkeit hat, in dem Zustande der Hausmachtlosigkeit, der Besitzlosigkeit bleiben mögen? Mit Macht des Hauses ist ein Oberhaupt, dessen Würde erblich ist, gefährlich für die einzelnen Staaten; ohne Macht ist es aber unmächtig, ein Schein. — Die beste Auskunft dürfte hier ein unter den Königen nach einem bestimmten Zeitabschnitte eingeführter Wechsel der Kaiserwürde sein. Bei einem solchen Wechsel von etwa zu fünf Jahren ist jenem Streben nach Machtausdehnung die Permanenz abgeschnitten und doch die Macht und das Ansehen des Kaisers zum Besten des Ganzen hinreichend gesichert. Das mit Recht beliebte Zweikammersystem in der Reichsverfassung kann bei guter Einrichtung die Macht des Kaisers und die Würde des Volkes wahren und zwar so, daß Kaiser, Fürsten und Volk zufrieden ein wohlgeordnetes Ganzes sind. Wenn auch ein Präsident wohlfeiler für das Reich der Deutschen wäre, so kömmt doch darauf nicht soviel an, als man glaubt; der Kaiser wäre dann doch immer das für die deutsche Nation Würdigere.

Dr. Leutbecher.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 22. Mai.) Die Kammer der Reichsräthe brachte in ihrer gestrigen (Sonntag-) Sitzung die Berathung des Ablösungsgesetzes zu Ende, zu welchem sie mehrere Modif. brachte, auf die wir bei der Diskussion in der zweiten Kammer, wenn selbe herabgelangen, zurückkommen werden. — Mit der nunmehr erfolgten Annahme des Gesetzes durch die Reichsräthe kam noch ein vom Grafen Montgelas beantragter Wunsch hinzu, wodurch für die vom Staate zu übernehmenden Beamten und gutsherrliches Gerichtspersonal die möglichste Vorsorge getroffen werden soll. — Gegen das Gesetz stimmten die Bischöfe Graf Reisach, v. Richarz und Urban, die beiden Grafen Seinsheim und Graf Arco Valley. — Im Laufe der Berathung machten sich durch glänzende Reden vorzüglich geltend Graf Arco-Valley, Fürst Wallerstein und der Finanzminister Bar. v. Lerchenfeld.

*† (München, den 22. Mai.) [Einundvierzigste öffentl. Sitzung der Kammer der Abg., Vorm. 9 Uhr.] Am Ministertisch die Staatsminister des Innern, der Finanzen und des Cultus, und mehrere Min.-Räthe. Nach Verlesung des Einlaufes wird die spezielle Berathung über die Ablösung des Lehenverbandes vorgenommen — Der 2. Präsident erklärt sich von dem Abg. der Landeigenthümer beauftragt, den Wunsch auszusprechen, daß das vorliegende Gesetz erst dann zur Berathung komme, wenn die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über die Modif. der grundherrl. Lasten ꝛc. in dieser Kammer berathen sein wird; er selber unterstützt diesen Wunsch; der 2. Präsident legt Verwahrung ein im Interesse des Princips, den Erfolg des Ablösungsgesetzes erst abwarten zu wollen; dieß sei nach der Geschäftsordnung nicht statthaft; das Lehengesetz sei ein selbstständiger Gegenstand und müsse selbstständig berathen werden. Wenn die Kammer den Gegenstand aus einem andren Motive vertagt wissen wollte, wenn sie noch nicht in die Sache sich gehörig eingeweiht fühlte, dann möge sie beides aussprechen. — Der 2. Präsident legt die Gründe der Landeigenthümer näher dar, weil man eben gegen Niemand ungerecht sein wolle, eben deßhalb wolle man das Ablösungsgesetz zuvor abwarten. Der 1. Präsident entgegnete, politische Rücksichten können eine Vertagung nicht veranlassen. — Dec. Vögel wünscht Abstimmung darüber, ob die Berathung vertagt werden soll oder nicht. — Barsch ist gesonnen, eine Modific. einzubringen, daß das Lehenges. erst nach Regulir. der Ablös. berathen werden soll. — Dr Schwindl und nach ihm auch Bestelmeyer sind der Ansicht, daß die Abstimmung nicht aber die Berathung vertagt werden solle; — der Referent sei in seinem Referat schon bis zum 33. Art. vorgeschritten. Heute noch werden die combinirten Ausschüsse in ihrer ganzen Rückäußerung der 1. Kammer zu Stande und morgen auf die Tagsordnung kommen. — Nachdem Graf Hegnenberg, welcher im Princip das Lehensgesetz mit der Ablösung zusammenhängend erklärt, will, daß man der Kammer Zeit lasse, um die mangelhaften Instructionen zu ergänzen. Dec. Bauer bemerkt, daß viele Abgd. durch die Modif. der Reichsräthe sich unangenehm berührt fühlten, wodurch die Berathung des Lehensgesetzes nicht ohne Befangenheit geschehen könne. Nach unerheblich weiteren Diskussionen beschließt die Kammer endlich die Vertagung. Es wird zu einem auf der Tagesordnung nicht befindlichen Gegenstand übergegangen. Der Referent des IV. Aussch. Dec. Bauer erstattet Vortrag über den gestern mitgetheilten Gesetzentwurf der Generalsynoden betreffd. Eppelsheimer spricht für den Gesetzentwurf seinen Dank, ebenso Jordan, welcher auch von seinem kath. Standpunkte sich noch über die 2 in der Pfalz bestehenden Klöster beschwert. Jetzt sei der Zeitpunkt günstig, wo man mit der römisch. Curie über das Concordat unterhandeln könnte. Warum haben, wie die Protestanten Generalsynoden, die Katholiken keine Conzilien. Er wolle diesen Gegenstand dem Ministerium empfohlen haben. —

Dec. Goetz schließt sich letzterer Ansicht an, wogegen Pfr. Ruland Einspruch thut, da hier kein Concilium für kath. Dinge abgehalten werde, ebenso Dr. Vogel. Die specielle Berathung liefert keinen interessanten Anhaltspunkt und werden in aller Kürze die Worte des Ges.-Entw. fast ohne alle Diskussion angenommen. — Ebenso gibt die Kammer den beiden Anträgen ihre Zustimmung mit einer Modifi. des Abg. Eppelsheimer zu Antrag I. daß auch die Diözesansynoden öffentlich sein sollen. Zum II. Wunsch übergibt Eppelsheimer abermals eine Modifi. wonach die Beiziehung von Abg. der theologischen Facultät zu Erlangen nur für die diesrheinischen Kreise gelten sollen. Endlich beantragt derselbe Abg. im dritten Wunsch, daß für die Pfalz die Generalsynode bald möglichst einberufen werden möge. — Der Cultusminister beruhigt den Antragsteller mit der Erklärung, daß dies noch in diesem Sommer geschehe. Beide Modifi., sowie der Wunsch des Abg Eppelsheimer werden mit den beiden Anträgen angenommen. Abg. Eppelsheimer fragt den Minister des Cultus, wie es sich künftig mit dem Verbot ausländischer Facultäten verhalten werde? Für die pfälzische Theol. sei der Besuch der Utrechter Universität, wo bedeutende Stiftungen bestehen, sehr wichtig. Hierauf erklärte der Cultusminister, daß erst neulich pfälzischen Theologen gestattet war, die Universität Utrecht zu besuchen, daß überhaupt eine Umgestaltung der Universitäten im Sinne größerer Freiheiten im Werke sei. — Pfr. Ramoser kündigt eine Interpellation an, in Bezug auf die Verordnung vom 18. Sept. 1845. Noch werden Interpellationen von den Abg. Schäffer, Barsch, das Lehengesetz und die Verordnungen über Schneeschnaufeln und Streurechen von Finanzminister sogleich befriedigt beantwortet. (Ende der Sitzung um ½ 12 Uhr die nächste für morgen 9 Uhr anberaumt.)

*† (München, den 22. Mai.) Heute früh ist die Kaiserin Mutter von Oesterreich in aller Stille in der kgl. Residenz eingetrof-

fen; gestern waren 2 schwer beladene Wägen ihr vorausgeeilt. Endlich ein Flüchtling, der nicht mit leerer Hand kommt. Diesen Nachmittag findet die Beerdigung des am Schleimfieber gestorbenen Abg. Hauck statt, welcher die Abg. beiwohnen, die nicht zu den combinirten Ausschüssen gehören, von denen die morgen auf die Tagesordnung kommende Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe um diese Zeit berathen wird.

Freie Städte. (Frankfurt, 20. Mai.) Die in österreichisch Schlesien gewählten Abgeordneten zur konstituirenden Nationalversammlung sind hier eingetroffen. Die Bestrebungen der Czechen, Schlesien von Deutschland abwendig zu machen, sind somit thatsächlich abgeschlagen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, 20. Mai.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde das Allgemeine des Gesetzentwurfs wegen Organisation der dem Ministerium des Innern untergebenen Verwaltungsbehörden berathen. Minister v. Gagern, welcher an der Diskussion Theil nahm, ergriff einen Anlaß, um sich wegen der Frage der Vertagung oder Auflösung der Ständeversammlung zu äußern; beide Fragen seyen mit Lebhaftigkeit angeregt worden; die Staatsregierung habe die Absicht, die Stände nicht eher aufzulösen, als bis die in Uebereinstimmung mit den Regierungen herbeizuführende Aufrichtung des deutschen Verfassungswerks gestatte, die Verfassungsurkunde zu revidiren und mit ihm in Einklang zu bringen; dagegen sey die Vertagung eine Nothwendigkeit, die Staatsregierung werde dazu schreiten, sobald die Gesetzentwürfe berathen seyen, welche darauf berechnet, das Bedürfniß der Herstellung der öffentlichen Rechtsverhältnisse zu befriedigen; wünschenswerth wäre es, wenn der Gesetzentwurf wegen Einführung des Geschwornengerichts für die diesseitigen Provinzen noch vorher berathen werden könnte; indessen würde dadurch die Vertagung hinausgeschoben werden; da aber noch vorher dieser Gesetzentwurf vorgelegt werde, so möge die Kammer mit dessen Begutachtung einen Ausschuß beauftragen, der sich in der Zwischenzeit damit beschäftige. Am Schlusse der Sitzung nahm der Minister noch das Wort, um der Kammer anzuzeigen, daß der Bundestagsgesandte Herr v. Lepel zurückberufen sei; jedoch noch seinen Nachfolger erhalten habe. Zugleich erklärte er, er halte es für eine Pflicht, ein Ereigniß zu berühren, welches allgemeines Aufsehen erregt habe (Aufmerksamkeit in dem Saale und auf den Galerien): Oeffentlich sey die Frage erhoben worden, ob er nicht nothwendig Kenntniß von jenem Promemoria gehabt habe; zur Entfernung dieser Zweifel wolle er hiemit Aktenstücke vorlegen. Am 5. d. Mts. sey ihm über jene Sitzung des Bundestags ein kurzer Bericht erstattet worden, dem jenes Promemoria nicht beigelegen habe; dieses Promemoria sey ihm erst mit einem weiteren Bericht des Bundestagsgesandten am 11. d. Mts. zugekommen, und dadurch erst habe er erfahren, was in jener Sitzung am 4. d. Mts. geschehen. Zum Schlusse berührte der Minister jene Verhandlungen der ersten Kammer in der Sitzung derselben am 17. v. Mts. deren ich in meinem gestrigen Schreiben gedachte, und deutete auf seine damalige Erklärung hin. — Seit mehreren Tagen ist das Gerücht verbreitet, daß Gagern von der österreichischen Regierung eingeladen worden sey, ins Ministerium zu treten, daß er aber diesen Antrag abgelehnt habe. (Frkft O.-P.-Z.)

(Mainz, den 20. Mai.) Nachdem der traurige Zwiespalt, der zwischen der hiesigen Bürgerschaft und der preußischen Bundesgarnison vor einigen Monaten geherrscht, schon so gut wie der Vergessenheit anheim gefallen war, ist derselbe durch einen Bierhaus-Crawall wieder in lebhafte Erinnerung gebracht worden. Aus einer, uns noch nicht klaren Veranlassung begannen mehrere Soldaten des 35. preussischen Infanterieregiments in einem starkbesuchten Bierhause Scandal, zertrümmerten Tische und sonstige Hausgeräthe, zogen ihre Säbel und sollen einige schwer verwundet haben. Das Einschreiten einer österreichischen Patrouille und der Bürgergarde, welche letztere einen preußischen Soldaten verhaftete und ihn an die preußische Hauptwache ablieferte, machte dem Unfug ein Ende; auch erschienen sofort der preußische Platzmajor und einige andere Offiziere, und, wie wir hören, sind die Namen einiger der Unruhestifter verzeichnet worden, so daß die Untersuchung alsbald eingeleitet werden kann. — Alle Vorgänge in Berlin, die dort einen Konflict zwischen Militär und Bürgern befürchten lassen, wirken auf hier zurück, und deßhalb möchten wir glauben, daß die gereizte Stimmung, die sich jetzt wieder zwischen dem Militär und der hiesigen Bürgerschaft in solchen beklagenswerthen Vorgängen kund gibt, ihre Veranlassung in den letzten Berliner Ereignissen hat. (Frankf. J.)

Oesterreich. (Wien, den 18. Mai.) Abends. Neuestes. Es heißt in diesem Augenblick allgemein, daß der Kaiser noch heute hieher zurückkehren werde. (?) Die Freude hierüber ist groß.

(Wien, den 19. Mai.) Der gestrige Tag hat die Aula von ihrer Höhe herabgestürzt, und sie wird sich von diesem Schlag sobald nicht mehr erholen. Die Nachricht von dem Entschluß des Monarchen, sich durch die Flucht der Herrschaft der Studentenschaft zu entziehen, wirkte gleich einem Donnerschlag unter der ganzen Bevölkerung. Die Universität, welcher schon vorgestern die üble Stimmung des Bürgerstandes nicht entgangen war, faßte sogleich den klugen Entschluß, die academische Legion unter die Nationalgarde einzureihen, und die Führer derselben verkündeten vom Balkon herab, daß sie keine Republik wollten. Durch diesen klugen Schritt retteten sie sich von der Volkswuth, die sich bis gegen Abend unter den Massen der Bevölkerung entwickelte. Unterdessen waren Vormittags ihre Vertreter in der Presse, der Redakteur der „Constitution", Häfner, und des „Freimüthigen" Tuwora und Mahler in die Vorstädte gefahren, und hatten dort die Republik ausgerufen. Allein dieselben Arbeiter, über welche die Aula noch vor 3 Tagen verfügen konnte, waren es, die diese Republikaner sogleich ergriffen und an die Nationalgarde einlieferten. Unter dem Geschrei: „an den Galgen" wurden sie in die Stadt gebracht. Bis gegen Abend wurden gegen 60 Individuen, unter denen eine liederliche Baronin, von dem Volke ergriffen. So scheiterte der erste republikanische Versuch in Wien. Der Schrecken vor dem Namen hat schon alles gelähmt, und die Straßen waren gestern mit Flüchtigen des hohen und niedern Ranges bedeckt, und ein unheimliches Gefühl einer gänzlichen Auflösung bemächtigte sich aller Gemüther. Das ominöse Central-Comité hat sich in ein Sicherheits-Comité unter Vorsitz des Grafen Montecuculi aufgelöst, und die ganze Bevölkerung zu Erhaltung der Ruhe sich ermannt. Hoffentlich wird jetzt auch die Presse den ernsten Moment des Augenblicks erfassen. Bedeutungsvoll erscheint uns die Adresse des ganzen hiesigen Offiziers-Korps an den Kaiser, worin dasselbe, müde der Plackereien, bittet, vor den Feind ins Feld geführt zu werden. Es herrschte heute Ruhe. Der Kaiser und die Kaiserin haben gestern Klein-München bei Linz passirt und von dort die direkte Straße nach Innsbruck eingeschlagen. (A. Abendz.)

(Wien den 19. Mai.) Der gestrige Tag ist ohne alle Störung der Ruhe vorübergegangen, der Geist der Ordnung hat überall gesiegt. Bürger und Studenten wachen über die Stadt, und so schwer auch die Vorgänge des 15. auf den meisten Gemüthern lasteten, so mußten doch Vorwürfe und Beschuldigungen dem drängenden Gefühle des Augenblicks weichen. Vor dem Burgthor war ein förmliches Lager, Soldaten und Nationalgarden friedlich neben einander und nirgends, selbst in den entlegensten Vorstädten die geringste Spur aufrührerischen Angriffs. Der Sicherheitsausschuß unter dem Vorsitz des Grafen Montecuculi hat seine Maßregeln getroffen. Jeder Bürger ist auf das strengste verantwortlich gemacht, das Standrecht ist verkündet, die Mitglieder des Ausschusses handeln mit großer Machtvollkommenheit, es ist mir aber nicht bekannt, daß ihr Einschreiten irgendwo nothwendig geworden wäre. Die Minister behalten die Leitung der Geschäfte. Sie sind fest entschlossen, sich von keinem Ereigniß beirren zu lassen. Professor Endlicher arbeitet fortwährend in der Hofkanzlei, seine Energie und der seltne Umfang seines Geistes bestimmen ihn zu einer bedeutenden Rolle. Auch an Graf Stadion in Galizien sind schon gestern Kuriere abgegangen, er wird auf das dringendste eingeladen, sich schleunigst hieher zu begeben. Das Ministerium bildet eine Art von provisorischer Regierung mit fast diktatorischer Vollmacht; alles ist der Meinung, man müsse es in dieser Krisis ohne Rückhalt und um jeden Preis unterstützen, es sey die einzig gesetzliche Macht, jede andere wäre nur eine Partei und könnte unmöglich von Oesterreich anerkannt werden. Ueber die Reise des Kaisers wissen selbst die Minister nichts gewisses. Graf Dietrichstein der Oberstkämmerer ist von ihnen auf das ernsteste und bei großer Verantwortlichkeit eingeladen worden, jede Nachricht über den Aufenthalt des Hofes sogleich mitzutheilen. Man hofft noch immer, der Hof werde sich den Slaven nicht in die Arme werfen, die Folgen eines solchen Schrittes wären nicht zu berechnen. Die dynastischen Ideen sind jetzt noch in allen Gemüthern, alle betrachten das Kaiserhaus als das natürliche und geliebte Band der einzelnen Theile der Monarchie, in manchen Provinzen ist Oesterreich bloß der Kaiser. Wer hier zu bauen und zu gründen unternimmt, darf diese Gefühle nicht verkennen. Die Hofpartei des Adels, der man allgemein die Entführung des Monarchen zuschreibt, hat großen Haß gegen sich erregt. Es hat nicht an ihr gelegen, hört man sagen, daß Bürgerkrieg, Blutvergießen und Anarchie nicht über uns hereingebrochen ist, unserer Mäßigung, dem gesunden Sinn des Volkes, verdanken wir allein unsere Rettung. (A. A. Z.)

(Wien, 19. Mai.) Das ungarische Ministerium hat an die in Frankfurt zusammentretende deutsche Nationalversammlung zwei Regierungsbevollmächtigte, die HH. Dionys Pazmandy und Lad. Szalay abgesandt. Der Zweck dieser ausserordentlichen Kommission ist bei der durch die Beschlüsse des deutschen Parlaments etwa eintretenden Veränderung in den Verhältnissen und in der Verbindung Oesterreichs zu Deutschland die Interessen Ungarns wahrzunehmen und mit denen Deutschlands in Einklang zu bringen. (A. A. Z.)

*(Prag, den 20. Mai.) Die Tschechen und Deutschen haben sich geeinigt, aller Haß und Groll ist beseitigt. Eben geht eine Deputation aus Tschechen und Deutschen bestehend, nach Innsbruck ab, um dem Kaiser diese Nachricht zu bringen und ihn zu bewegen, nach Wien zurückzukehren.

(Prag, 19. Mai.) Gestern Abends verkündete Präsident Graf Leo Thun dem Publikum die wichtige Nachricht, daß der Kaiser sammt Familie gestern Wien verlassen. Hierauf verbreitete sich hier das Gerücht, daß der Kaiser 11 Uhr Nachts in Prag ankommen werde; da er nicht kam, so wurde hier beschlossen, eine Deputation von 24 Personen heut nach Linz zu senden, das man für den Aufenthaltsort des Kaisers hielt, um ihn nach Prag einzuladen. Heut Vormittags erschien folgende Bekanntmachung des Präsidenten Grafen Thun: „Gestern Nachmittag ist nachstehende telegraphische Depesche von Wien angelangt. Durch die Vermittlung vertrauenswürdiger Personen haben Se. k. k. Maj. mir (darunter ist wohl Minister v. Pillersdorff gemeint) den mündlichen Auftrag zukommen lassen, seinen getreuen Böhmen zu verkünden: Tief betrübt über die letzten Ereignisse in Wien haben Se. Maj. es am besten gefunden, sich für einige Zeit von dort zu entfernen. Die Wahl, unter welches seiner treuen Völker sich zu begeben, habe Sr. Maj. wehe gethan, die Rücksicht auf die der Gesundheit Sr. Maj. heilsame Luft Tyrols aber Se. Maj. entschieden, dorthin in Begleitung Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Franz Carl die Reise anzutreten. Se. Maj. zähle übrigens auf seine treuen Böhmen, wenn es gelten sollte, den Thron, die verliehene Verfassung und die Macht der österreichischen Monarchie aufrechtzuhalten. Fest überzeugt, daß alle Böhmen ihren Stolz darein setzen werden, die Erwartungen seiner Maj. unter allen Umständen zu rechtfertigen, bin auch ich (hier ist der unterzeichnete Präsident Graf Leo Thun gemeint) entschlossen, auf diese Gesinnung des böhmischen Volkes gestützt, die mir von seiner Sr. Maj. anvertraute Regierungsgewalt zur Aufrechthaltung des Throns und der Verfassung so anzuwenden, wie immer es die außerordentlichen Verhältnisse verlangen mögen. Davon habe ich Sr. Maj. im geeigneten Wege und dem Ministerium in Wien die Anzeige erstattet. Graf Leo Thun. — Sogleich versammelte sich der Nationalausschuß, der wahrscheinlich eine provisorische Regierung errichten wird. Was haben die Wiener gethan? Sie vergaßen am 15. Mai der Provinzen! (A. A. Z.)

(Linz, den 18. Mai, Nachmittags 5 Uhr.) Auf die um 1 Uhr von Ens eingetroffene Nachricht, daß Se. Maj. der Kaiser daselbst so eben durchgereist sei, hat sich der Hr. Regierungspräsident, Frhr. v. Skrbensky, in Begleitung des zweiten Commandanten der Nationalgarde, Baron Gramont, sogleich auf die im Rathhause auf dem Platze untergebrachte Hauptwache der Nationalgarde begeben, wohin auch sehr viele außer Dienst befindliche Garden zugeströmt sind. Die sehr zahlreich versammelten Nationalgarden, der wehrhafte und besitzende Theil des Landes, der wahre Repräsentant des Volkes von Oberösterreich, haben einstimmig als ein Mann und wie aus einem Munde mit Begeisterung erklärt, ihrem angestammten Landesfürsten Gut und Blut zu weihen. Sie haben beschlossen, alsbald eine Deputation abzusenden, um dem Kaiser die Bitte vorzulegen, er möge Oberösterreich des Glückes theilhaftig machen, auf diesem Boden seinen Aufenthalt zu nehmen, oder wenn er sich hierzu nicht bewogen finden sollte, den Ausdruck der unerschütterlichen Anhänglichkeit ent-

gegenzunehmen, die sie jeden Augenblick mit ihrem Blute zu besiegeln bereit seien. (A. A. Z.)

(Innsbruck, den 20. Mai.) Alles war noch voll freudiger Erregung. Am Morgen waren die Grafen Wilczek und Hoyos eingetroffen; man zweifelte, daß sie den Kaiser zu alsbaldiger Rückkehr bewegen könnten. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 19. Mai.) In Bezug auf die Mission des Prinzen von Preussen, von der jetzt offiziell so viel die Rede ist, wird versichert, daß sie in dem Auftrage bestehe, in London und in Belgien ein Kriegsschiff und ein Paar Dampfer aus Königlichen Mitteln anzukaufen, die dem deutschen Volke zum Geschenk gemacht werden sollen. (Mgdb. Z.)

(Berlin, den 19. Mai.) In der Frage über die Zurückberufung des Prinzen von Preussen ist gegenwärtig eine Pause in der Diskussion eingetreten; sie wird erst in der konstituirenden Versammlung bei der Successionsfrage wieder aufgenommen werden. Der zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preussen ernannte wackere Major Laue, der bisher als Generalstabsoffizier bei der schleswig-holsteinischen Expedition thätig war, ist bereits in Brüssel eingetroffen, um dort die Ueberkunft des Prinzen zu erwarten. Ueber die Demonstration gegen die ministerielle Maßregel der Zurückberufung des Prinzen erfährt man nachträglich Details, die wenigstens bezeugen, daß man von Seite der Regierung — mit welchem Grunde lassen wir dahin gestellt — an eine Art von republikanischer Schilderhebung und demgemäß eine außerordentliche Beschützung des kgl. Schlosses und der Zeughäuser eintreten lassen zu müssen geglaubt habe. Die letztere ist erst seit zwei Tagen wieder aufgehoben. Ueber diese ganze Angelegenheit ist indessen so viel Dunkel gebreitet, daß es mindestens gewagt erscheinen muß, den Schleier davon durch Mittheilung umlaufender Gerüchte wegziehen zu wollen. (Magdb. Z.)

(Aus der Provinz Preußen den 17. Mai.) Als am 10. Mai in Neumark (Westpreußen die Wahl eines Abgeordneten nach Frankfurt stattfinden sollte, erhob der Generallandschaftsrath v. Czaski Protest dagegen und verlangte im Namen der polnischen Wähler, daß die Kreise Löbau und Strasburg, wo die polnische Nationalität vorherrschend sei, dem Großherzogthum Posen einverleibt würden. Als der Wahlcommissär ihnen erklärte, daß er auf dieses Verlangen keine Verfügung erlassen könne, und man deshalb sich an das Ministerium wenden möge, verließen fast sämmtliche Polen das Wahllokal. (D. A. Z.)

(Breslau, den 19. Mai.) Der Oberpräsident Pinder, der bekanntlich vom Ministerium seine Entlassung für den Fall verlangt hat, daß es auf seinem Beschlusse in Betreff der Zurückberufung des Prinzen von Preussen verharrt, hat gestern von einer sehr zahlreichen Menge hiesiger Einwohner ein Hoch erhalten. Die Katzenmusiken, von denen eine zu Erzessen gegen Personen und Eigenthum geführt hat, sind jetzt von den vier Behörden, dem Gouvernement, dem Polizeipräsidium, dem Magistrat und dem Obersten der Bürgerwache, durch öffentliche Anschläge untersagt. Nach diesen wird die Bürgerwache fortan mit scharf geladenem Gewehr ihren Posten beziehen und, falls es nöthig sein sollte, im Verein mit dem Militair, nach fruchtloser zweimaliger Aufforderung der versammelten Menge zum Auseinandergehen, von der Schußwaffe sofort Gebrauch machen. Auch der hiesige demokratische Verein hat heute einen Straßenanschlag erlassen, in dem er ebenfalls von der Wiederholung der Katzenmusiken abmahnt; ein Gleiches zu thun, hat ferner der hiesige Arbeiterverein in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sowie mit seinem ganzen moralischen Einfluß dahin zu wirken, daß derartige Unruhen, die in vielfacher Beziehung nur zur Gefährdung unserer jungen Freiheit dienen, fernerhin unterbleiben. — Ueber die Truppenbewegungen in Polen theile ich nach zuverlässigen Nachrichten mit, daß vom 1. bis zum 8. Mai an der galizischen Grenze unweit Michalowice sehr zahlreiche Infanterie- und Cavallerieabtheilungen nebst Artillerie angelangt sind, ferner von den irregulären Truppen Tscherkessen- und Kirgisenregimenter. Es soll in jener Gegend ein Lager errichtet werden. (D. Allg. Z.)

(Oels, den 17. Mai.) Durch den Verein der Volksfreunde angeregt, ist heut ein mit zahlreichen Unterschriften hiesiger Einwohner bedeckter Protest gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preussen an das Staatsministerium abgesandt worden. Der ganz energisch abgefaßte Protest bezeichnet diesen Schritt des Ministeriums als einen entschiedenen Reaktions-Versuch, welcher die heiligsten Gefühle des Volkes verletze. (Bresl. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 19. Mai.) Wir sind auf dem besten Wege, bald wieder kaiserliche oder königliche Unterthanen zu werden. Die National-Versammlung zeigt sich täglich reaktionärer. Dornès und Berard haben ihre zwei Adreßentwürfe an die französ. Nation vorgelegt, worin namentlich letzterer von der Nothwendigkeit der Einheit einer Staatsgewalt spricht, die nicht mit der Emeute paktisire. Ihr würdiger Kollege Hambert schlug geradezu die Aufhebung des Vereinsrechts, der kostbarsten aller Eroberungen des Febr., in einem Dekretsentwurfe vor, der also lautet: Art. I die Klubs und permanenten Vereine sind aufgehoben. Art. II die Bürger haben nur das Recht, Petitionen in ihren Versammlungen zu berathen, oder doch nur über Fragen zu diskutiren, die vorher der Obrigkeit mitgetheilt sind. Dupin endlich, der 1830 eine Monarchie mit republikanischen Staatseinrichtungen schuf, stieg auf die Tribune, um uns die Nothwendigkeit einer Republik mit kaiserlichen Institutionen zu beweisen!

Folgendes sind die Männer, welche Frankreichs neue Staatsverfassung auszuarbeiten haben: 1) Cormenin, 2) Marrast, 3) Lammenais, 4) Vivien, 5) Toqueville, 6) Dufour, 7) Martin (Straßburg), 8) Woirhaye, 9) Coquerel, 10) Courbon, 11) Thouret (Allier), 12) Gustave v. Beaumont, 13) Dupin, 14) v. Vaulabelle, 15) Odilon Barrot, 16) Pagès (Arriège), 17) Dornès, 18) V. Considerant.

In den Bureau der National-Versammlung bekämpfte Odilon Barrot den vom vollziehenden Ausschusse vorgelegten Entwurf des Verbannungsdekrets gegen Ludwig Philipp und seiner Familie als unzeitgemäß und gefährlich.

Der Constitutionnel veröffentlicht folgenden Brief: »Herr Redakteur. Einige Journale gelangen selbst bis in das Asyl zu mir, wo ich seit siebenzehn Jahren abermals eine Zufluchtsstätte gegen royalistische Verfolgungssucht zu suchen mich gezwungen sah. Ich erkläre hiemit daß Alles, was in der Sitzung vom 16. d. über mich und meine Freunde gesagt worden, nichts als ein abscheuliches Gewebe von Lügen und Verläumdungen ist. Gemach, ihr Herren! die Bajonette Eurer Bürgergarde haben mir die Zunge noch nicht ausgestochen. Ich bin frei und werde einige Worte zum Volke sprechen. Bis dahin möge man die Glaubhaftigkeit der Reaktionäre nach der amtlichen Erklärung Garnier Pagès wie der Nat.-Versammlung »daß ich arretirt sei«, bemessen. Das Weitere später. Paris den 17. Mai. (gez.) L. August Blanqui.

Seit gestern Abend werden die Dekrete zum Kauf ausgerufen, welche die Bürgerwehr im Hause Sobrier angeblich gefunden. Hieraus eine Probe: „VI. Dekret. (Art. 1 und 2 schreiben eine sofortige Zwangssteuer von 15 pCt. ungefähr aus.) Art. 3. konfiszirt das Eigenthum sämmtlicher Kapitalisten und Bürger, die sich zur Zahlung weigern. Derselbe Artikel beauftragt die Arbeiterklasse mit Ermittelung und Schätzung des Vermögens derselben. Art. 4. befiehlt alles Geld in die Gemeindekassen zu tragen und verordnet eine unmittelbare Unterstützung von 3 Franken täglich an alle Familien von 3 Personen und von 8 Franken an alle Familien, die zahlreicher sind. Art. 5 schafft jeden Vorzug ab. Die Vertheilung geschieht nach der Buchstabenreihe. Art. 6 überträgt der Arbeiterklasse die Aufrechthaltung der Ordnung. Art. 7. Jeder Trunkenbold wird eingesperrt bei Wasser und Brod, bis er sich bessert. (Die übrigen Artikel sind nicht weniger im Sinne Babeufs.) Man kann sich somit den Eifer unserer Bürgerschaft gegen den Chef der Montagnards erklären. Und wer ist denn dieser Sobrier? ... Ein steinreicher Mann, der der Febr.-Revolution mindestens einhunderttausend Franken baar opferte. Sonderbare Erscheinungen!

[National-Versammlung. Sitzung vom 19. Mai.] Linientruppen und einige Kompagnieen der benachbarten Nationalgarde bewachen die Zugänge des Sitzungssaales. Auf der Tribune stellen sich die Damen wieder in bedeutender Zahl ein, wie denn überhaupt bei dem weiblichen Geschlecht das politische Gefühl immer mehr wächst. Abbé Fayet, Bischof von Orleans, protestirte gleich nach Eröffnung der Sitzung gegen die vorgestrige Verfügung, laut welcher alles Verwenden bei der Regierung im Interesse irgend einer dritten jedem Volksvertreter verboten sein solle. Seiner Ansicht nach heiße das, der Wohlthätigkeit jede Rettung abschneiden. Lacrose einer der Schreiber der Versammlung stattet demnächst Bericht über die Begräbnißfeier der am Montage gefallenen Nationalgardisten ab und trug darauf an, daß den Hinterbliebenen ein Jahresgehalt ausgesetzt werde. Cormenin, der am Grabe eine Rede hielt, habe ihm dies bereits versprochen. Etienne Arago, sich durch einen Artikel des Konstitutionnel verletzt fühlend, bestieg die Tribune, um diesen Artikel zu widerlegen. Etienne ist Kommandant eines Bataillons der Bügerwehr und legte seine Uniform am Morgen des verhängnißvollen Montag beim Saalwächter nieder und konnte sie dann im Gedränge nicht wieder finden. Das Ausland verliert durchaus nichts, wenn wir ihm den Etienne Arago'schen Spruch vorenthalten. Präsident Buchez nahm hierauf das Wort, um sich gegen die mannichfachen Vorwürfe zu rechtfertigen, die ihn seit jenem Volkssturme getroffen. Er versicherte, daß sein Herz inmitten der Saalinvasion nicht schneller geschlagen habe als sonst und daß er die Würde eines Präsidenten vollständig bewahrt habe ꝛc. Was die sogenannten Widersprüche in den Befehlen rücksichtlich des Generalmarschschlagens betreffe, so habe es damit folgende Bewandniß: Etienne Arago und Andere hätten ihn am Vormittage schon auf die Eventualitäten des Tages aufmerksam gemacht und im Augenblicke des Eindringens des Volks in den Saal habe er den Befehl erlassen, den Generalmarsch zu schlagen. Degoussée, der Quästor, könne ihm dies bezeugen. Als aber das Volk in ihn gedrungen, den Generalmarsch nicht schlagen zu lassen, so habe er zur Beruhigung desselben mehrere Zettel unterschrieben, auf denen geschrieben stand: „Lassen Sie den Generalmarsch nicht schlagen.“ Dieß sey aber erst im Augenblicke geschehen, wo jeder Widerruf schon zu spät war; wo ihm Degoussé schon ins Ohr geraunt hatte, daß man sich nur eine halbe Stunde noch zu halten brauche, um das Gebäude von den Legionen der herbeieilenden Nationalgarde geräumt zu sehen. Auch habe er diese Zettel erst dann unterschrieben, als Barbès denjenigen als Vaterlandsverräther erklaren ließ, der den Befehl zum Generalmarsch ertheilte. Sein Gewissen sey demnach völlig frei, er habe die Versammlung vor jeder Gewaltthätigkeit schützen, vor jeden blutigen Kämpfen bewahren wollen. Was seine Charakterfestigkeit betreffe, so glaube er während seiner früheren Wirksamkeit im Stadthause unter der provis. Regierung hinlänglich Beweise gegeben zu haben. Diese Erklärung war offenbar das interessanteste Intermezzo der heutigen Sitzung. Charras, in ähnlicher Weise angegriffen, rechtfertigte sich nach Buchez, der ziemlich aufgeregt den Präsidentenstuhl verlassen hatte. Hiernächst diskutirte die Versammlung, die von uns bereits gestern berührten Adreßentwürfe ohne erhebliches Interesse bis zum Postschlusse.

Niederlande.

(Amsterdam, 19. Mai.) Das „Handelsblad,“ schreibt: Nach einigen deutschen Blättern soll die niederländische Regierung der preußischen in dem Kriege gegen Dänemark ihre Unterstützung durch Absendung einiger Kriegsschiffe angeboten haben. Wir erwähnen diese Angabe lediglich, um die Lächerlichkeit und Ungereimtheit derselben anzudeuten.

Amerika.

(New-York, 2. Mai.) Die Freudenbezeugungen über die Revolutionen in Europa dauern fort; bei den eingebornen Europäern sind sie aufrichtig. Bei den Americanern kommt dabei auch politische Berechnung ins Spiel. Die verschiedenen Parteien wollen die Fremden für die nächste Präsidentenwahl gewinnen. Die americanischen Staatspapiere sind gestiegen, weil man glaubt, daß viele europäische Capitalisten ihr Geld darin anlegen werden. (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Ediktal-Ladung.

Am 5. September 1847 verstarb zu Berching mit Hinterlassung einer letztwilligen Verfügung Walburga Beck, geborne Zimmermann, Wittwe des vormaligen Krämers und Bierwirthes Franz Beck von Berching.

Es werden nun alle diejenigen, welche an deren Nachlaß aus welch immer einem Titel Ansprüche machen wollen, aufgefordert, solche binnen

dreißig Tagen

von Veröffentlichung dieses um so gewisser hierorts geltend zu machen, als außer dessen bei Auseinandersetzung gegenwärtiger Verlassenschaftssache hierauf keine weitere Rücksicht genommen werden würde.

Beilngries, den 8. Mai 1848.

Königliches Landgericht.

Martin.

c. Schieder.

Eheliche Verbindung.

Unsere am 21. d. M. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern lieben Freunden, Nachbarn und Bekannten ergebenst an, mit der Bitte um Ihre fernere Freundschaft und Gewogenheit.

Johann Georg Pfahler
Helena Barbara Pfahler,
geb. Flintsch.

Dank.

Hiemit statten wir der verehrlichen Schmiedezunft so wie den Freunden und Bekannten unseres verstorbenen Sohnes und Bruders, des Schmiedgesellen Johann Adam Roth von Oberheumödern, welche denselben so zahlreich zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten, unsern innigsten tiefgefühltesten Dank ab, und bitten Gott, daß er Sie alle recht lange vor ähnlichen traurigen Familienereignissen bewahren möge, und uns Gelegenheit zu Theil werden lasse, ihnen bei freudigen Veranlassungen unsere Dankbarkeit an den Tag zu legen.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Wohnungs-Veränderung.

Bei Veränderung meiner Wohnung von S. Nro 1205a im Sonnengäßchen in S. Nro. 793 der inneren Laufergasse, empfehle ich mich einem verehrten Handelsstande, so wie dem verehrlichen Publikum mit Schablonen und malen von Firmatafeln ganz ergebenst, versichere die möglichst billigsten Preise, so wie ich auch solide und dauerhafte Arbeit verspreche und sehe deshalb geneigten Aufträgen entgegen.

Carl Seibert.

Zur Kenntniß.

Da ich von einem Bauherrn das Selbstgeständniß bereits erhalten habe, daß der Hafnermeister Gruber ihn verleitet habe, die mir bereits übertragene, und theils schon gefertigte Arbeit an einem zweiten meiner Kolegen zu übergeben, so fühle ich mich verpflichtet, alle geehrten Baumeister davon in Kenntniß zu setzen, beim Zusammentreffen mit oben benanntem Meister in einem Bau sich besser verwahren zu können.

Philipp Joseph Seubelt,
Zimmermaler.

Versteigerung.

Samstag den 27 Mai, Vormittags 10 Uhr, verkauft Unterzeichneter aus freier Hand, Familien-Verhältnisse wegen, gegen baare Bezahlung im Gasthause zum weißen Kreuz hier

3 braune Hengste.
1 ditto Wallachen.
Ferner
4 Lindauer Steppelrechte.

Auch können auf Verlangen mehrere 4—6zöllige Fuhrmannswägen abgegeben werden.

Nürnberg, den 18. Mai 1848.

J. Fr. Haaß aus Schwabach

Bade-Anstalten-Eröffnung.

Mittwoch den 24. Mai ist mein Badehaus am Hallerthor und auch die Damen-Flaßbäder nahe dem Wildbade zur gefälligen Benützung geöffnet. Ich bringe dieses hiemit zur schuldigen Anzeige und bitte um zahlreichen Besuch dieser Anstalten.

Nürnberg, am 23. Mai 1848.

Hochachtungsvoll
Bromig, Badmeister.

Landhaus-Verkauf.

In einer der fruchtbarsten Gegend Mittelfrankens ist ein solid massiv erbautes Wohnhaus nebst Stadel und Hausgarten, mit allen Bequemlichkeiten versehen, so daß nichts zu wünschen übrig bleibt, zu verkaufen.

An Feldern und Wiesen können 4 Tagwerk, oder auch noch mehr dazu gegeben werden. Dieses Anwesen eignet sich am besten für einen Privatmann, Pensionisten, oder auch für einen Gewerbtreibenden, und können zwei Drittheile auf demselben hypothekarisch stehen bleiben. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 24. Mai und jeden künftigen Mittwoch Harmonie-Musik im Sommerlokale.

Der Vorstand

Köcherts-Zwinger.

Mittwoch den 24. Mai Herrndienst der Regiments-Musik Gumpenberg. Abends Glasbeleuchtung Dies den verehrten Abonnenten zur gefälligen Anzeige.

J. D. Köchert

Einladung.

Heute Mittwoch den 24. Mai findet im Garten-Lokale zur weißen Taube gut besetzte Harmonie-Musik statt, wobei ausgezeichnet gutes Felsenkellerbier so wie auch verschiedene kalte Speisen verabreicht werden. Um gütigen Zuspruch bittet

Anfang 6 Uhr.

Thomas Müller.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 25. Mai
Production
im Sommerlocal der Rose,
bei Beleuchtung des Gartens.

Bei ungünstiger Witterung finden musikalische Vorträge im Winterlocal statt.

Fremdenkarten können bei dem Vorstand in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Erklärung.

Herr Pfarrer Dr. Rehlen zu Kalchreuth hat in seiner Flugschrift „Meine Erklärung an die Wähler zum Parlamente nach Frankfurt“ zwei Sätze aufgeführt, welche allein nur im Stande wären, dem Bauernstande in kürzester Zeit zum höchsten Wohlstand zu verhelfen; diese sind: die schnellste Beseitigung der grundherrlichen Lasten und die bessere Verwaltung der herrschaftlichen und Staats-Waldungen, zum Nutzen der Landwirthschaft, indem er über die bisherige sagt „sie war ein Fluch für uns, einen ewigen Zorn erregend, der uns zum Schwerte hätte greifen lassen mögen.“

Im ersten Satze mag er nicht ganz unrecht haben, wenn er namentlich die Gilt meint, welche mehrere Nürnberger Eigenherren stets nach dem höchsten Martini-Preis (im vorigen Jahre a 15 fl. pr. Schaff Korn) sich bezahlen ließen; dann das Sterbe-, Tausch- und Kauf-Handlohn 2c.; allein im zweiten Satze muß Hr. Dr Rehlen für ganz urtheilsunfähig erklärt werden, und man glaubt, daß sich derselbe bei seinen Bauern blos einschmeicheln wollte, um die sonst üblich gewesenen Geschenke, welche sie ihm in neuerer Zeit verweigerten, oder nur sehr spärlich mehr reichten —, für die Frau Pfarrerin wieder flott zu machen, oder aber, und dies mit aller Wahrscheinlichkeit, — daß ihm die Landbewohner der Umgegend gar zum Deputirten nach Frankfurt wählen sollten.

Herr Dr. Rehlen hat dabei nicht gedacht, daß er dadurch eine arge Brandfackel unter die ohnehin sehr aufgeregten Landbewohner geschleudert, welche in dieser Flugschrift einen offenbaren Aufruf zum Aufruhr, zur Willkühr und Widerspenstigkeit erblickten.

Solche Pamphlete können in dieser bewegten Zeit nur Unheil stiften, und es dürfte dagegen wohl von höchster Stelle strengstens eingeschritten werden, wenn es nicht dazu kommen solle, daß die äußern Bedienstelen alle Achtung und Eides gegen den Landmann verlieren.

Um sich zu erheben hat Herr Dr. Rehlen einen Stand verdächtigt. Entweder hat er dies aus einem jesuitischen Grundsatz gethan, und seinen Charakter hier zur Schau getragen, oder er war etwa gar geistesabwesend. Wenn das letztere der Fall ist, so wäre es sehr gut, wenn der Herr Dr. Rehlen schleunigst in eine Anstalt gebracht werden würde, die ihn von seinem republikanischen- und andern Schwindel radikal heilen würde.

Ein mittelfränkischer Forstmann.

Zu vermiethen.

In Gostenhof nächst der Ludwigs-Eisenbahn, ist ein sehr freundlich und anständig meublirtes Zimmer nebst Alkof sogleich zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Verloren.) Vergangenen Sonntag Nachmittag wurde ein Kinder-Korallen-Gehäng im Adams-Garten oder auf dem Wege bis zum Tafelhof verloren. Der redliche Finder wolle es in Nro. 1216 der neuen Gasse gegen ein gutes Douceur zurückbringen.

L. Wießel

in der Rathhausgasse in Nürnberg,

empfiehlt sein reichhaltiges Porzellain- und Steingut-Waarenlager, auch das hier sogenannte Frankfurter steinerne Geschirr zu den billigsten Preisen.

Oekonomiegut-Verkauf.

Aus Auftrag des Eigenthümers verkauft aus freier Hand der Unterzeichnete das Oekonomiegut Rehhof (sonst Blechhäubl) bei Mögeldorf. Dasselbe enthält: ein Wohngebäude, ein Oekonomiegebäude, Stallung, Milchkeller, Backofen, Hofraum 2c, 10 Morgen Feld, 10 Tagwerk Wiesen und 1 Morgen Gemüß- und Obstgarten in bester Bonitäts-Klasse, ist frei lauter und eigen. Hiezu wird Termin Donnerstag den 25. Mai 1848,

Vormittag von 9 bis 12 Uhr

im Locale L. Nr 191 Adlerstraße dahier abgehalten.

Einsicht kann täglich beim Besitzer genommen werden und nähere Erkundigung bei

Nürnberg, den 16 Mai 1848.

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nr. 191. Adlerstraße.

Haus- und Bäckerei-Verkauf.

Ein hiesiges, sehr vortheilhaft liegendes, ganz neu erbautes Haus, mit realer, im guten Betrieb stehender Bäckerei, worauf der größte Theil des Kaufschillings gegen landesübliche Verzinsung stehen bleiben kann, ist zu verkaufen. Näheres durch

das öffentliche Kommissions-Bureau
von J. St. Schmidt, S. No. 104 zu Nürnberg.

(Eingesandt.)

Aus ganz Deutschland sind die Jesuiten verjagt, aber noch sitzt einer davon in einer kleinen Stadt bei Nürnberg, wo er seit 13 Jahren seinen geistlichen Unfug treibt. Dieser Seelenverkäufer will evangelischer erster Pfarrer seyn, welcher nur gegen ein schönes Trinkgeld seine Leichen- und Lügen-Predigten hält und den Leuten die letzten Kreuzer aus der Tasche nimmt, um diese Silberlinge auf die Bank zu seinen 30,000 fl zu legen. Dieser Mann ist durch seine Schuld der gerechten Verachtung verfallen und sollte schon längst von der Kanzel und aus der Stadt gejagt worden seyn.

Die gutgesinnten Bürger dieser Stadt.

Compagnon-Gesuch.

In ein gangbares Geschäft sucht man Behufs dessen ausgedehnteren Betriebs einen vermöglichen Mann als Compagnon. Das Nähere bei Wechselnotar Wegler, L. Nro. 336.

(Verlaufen.) Ein schwarzer Hund mit gelben Pfoten und messingenem Halsband mit Schlößchen hat sich am 22. Mai verlaufen. Auf dem Halsband steht Carl Horn.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 73 am Weinmarkt ist die erste Etage, enthaltend: 5 heizbare Zimmer, Kammer und Küche nebst Waschgelegenheit bis Ziel Laurenzi oder Allerheiligen zu vermiethen. Ebendaselbst wird ein Laden mit heizbarem Ladenstübchen bis Laurenzi frei.

(Gesuch) In ein Spezereigeschäft en detail wird ein gewandter und solider Verkäufer gesucht, der einige Kaution leisten und sogleich oder in längstens 3 Monaten eintreten kann. Frankirte Offerten unter A B. besorgt die Exped. d Bl.

(Gesuch) Eine Köchin, welche sich dabei den häuslichen Arbeiten unterzieht, kann sogleich Unterkunft finden.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen wird in eine hiesige Wirthschaft als Kellnerin sogleich anzunehmen gesucht.

(Anzeige) So eben ist wieder eingetroffen:

Kurze
Exercier-Schule
für die neuerrichtete
deutsche Volkswehr.
Nach dem königlich bayer'schen Reglement für die Wehrmänner bearbeitet.

Preis geh. 7 kr.

C. H. Zeh'sche Buchhandlung in Nürnberg.

Arena.

Mittwoch den 24. Mai. „Der Vetter.“ Lustspiel in 3 Akten von Benedix

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

†† Proletariat und Pauperismus.

(Fortsetzung. siehe Beilage Nr. 141.)

Dieses, die Uebervölkerung, blieb fortwährend wie es war und wurde durch ein zweites sich dazu gesellendes Uebel noch größer. Als dieses erscheint der steigende Luxus, aber wohlgemerkt nicht der Luxus an sich, der wie eine zahlreiche Bevölkerung allerdings ein Zeichen eines recht gesunden Zustandes ist, der auch noch etwas mehr Säfte und Kräfte hat, als er gerade absolut nothwendig braucht, sondern das Uebermaß desselben, das nun auch denjenigen Kreisen verderblich wurde, denen er früher sich nur im Vorübergehen genähert hatte oder auch wohl ganz vorbeigegangen war. Dieser zeigte sich nicht nur in vermehrtem Verbrauch der zum Leben theils weniger, theils gar nicht nothwendigen Erzeugnisse der Fabrikation, sondern auch in einer vergrößerten Produktion von Stoffen aller Art. Wenn sich der Verbrauch durch die Rücksicht auf die gestiegene Wohlfeilheit und die erhöhte Annehmlichkeit des Lebens, das nun auch für den Minderbemittelten mehr Behaglichkeit und Reiz gewann, indem er sich Genüsse verschaffen konnte, die früher nur durch hohe Preise zu erkaufen waren, vertheidigen ließ, so ist in die andere Wagschale die steigende Genußsucht, die wachsende Unzufriedenheit mit dem eigenen Loose, und die Nothwendigkeit zu legen, durch welche ein neues, vorher ungekanntes Bedürfniß ein anderes und wieder ein anderes in nie befriedigter Folge hervorruft. Auch war die Wohlfeilheit häufig nur scheinbar, da z. B. die neuen Stoffe in der Kleidung die Dauerhaftigkeit der alten nicht besaßen, oder, wenn auch, weit mehr als früher von dem Wechsel der Mode abhängig waren. Die Erzeugung aber oder Produktion, welche in großartigen Unternehmungen betrieben wurde, beschäftigte zwar eine Menge Menschen mit augenblicklichem und täglichem Verdienst, machte sie aber bei jeder Stockung des Gewerbs eben so augenblicklich brodlos und hülflos, und vermöge des jedem Fabrikbetrieb zum Grunde liegenden Prinzips der Theilung der Arbeit konnte ein solcher Arbeiter außerhalb seiner Fabrik schwerlich zu einem andern als blos taglöhnernden Verdienst verwendet werden. Alle ins Große gehende Fabrikationen, betreibe sie ihr Geschäft durch Menschenhände oder durch Maschinen, spekulirt auf den Luxus und will ein künstlich erregtes Bedürfniß befriedigen. Man vergleiche Städte ohne Fabriken, die gerade so viel Handwerker haben, als das natürliche und nothwendige Bedürfniß erheischt, und solche, die wegen ihrer großen Fabrikunternehmungen bisher als Glanzpunkte der Industrie gepriesen worden sind. In jenen wird es allerdings Arme geben, wie es deren immer gegeben hat und geben wird, aber es wird ihre Anzahl durch eine Krisis wie die gegenwärtige nicht wachsen und die Mittel der Gemeinde werden, um für sie zu sorgen, nicht besonders in Anspruch genommen werden, noch sich für ganz unhinreichend erklären müssen. In einer Fabrikstadt dagegen, welche bisher Tausende durch täglichen Erwerb genährt hat, wobei freilich für die Möglichkeit, einen Nothpfennig für Krankheit, stockenden Verdienst und Alter zurückzulegen, nur ausnahmsweise gesorgt werden konnte, und die insbesondere bei dem weiblichen Geschlecht tief einfressende Sittenverderbniß im nothwendigen Gefolge dieses Erwerbs war, treten nun die furchtbaren Folgen dieses Luxus in ihrer schauderhaftesten Gestalt hervor und die von hier ausgehende Hülflosigkeit und Rathlosigkeit greift immer weiter um sich. Wir erkennen die Nothwendigkeit der Fabriken, durch welche allein gewisse Produkte geliefert werden können, allerdings an, so gewiß auch der Luxus, in einer gewissen Weise überwacht und beschränkt, dem Staate nicht verderblich ist, aber das Uebermaß, in welchem Fabriken errichtet worden sind, und die weite Ausdehnung, welche der Luxus in der Art erhalten hat, daß alle Stände davon gleichmäßig angesteckt worden sind, diese haben, um den traurigen Zustand unserer Gegenwart herbeizuführen, wesentlich beigetragen. Indem wir nun den Pauperismus oder das Proletariat als dieses traurige Resultat bezeichnen, sind wir, wie unsere ganze bisherige Darstellung gezeigt haben wird, weit entfernt, dem bloßen Wortbegriffe nach diesen Ausdruck auf Jeden anzuwenden, der eben arm ist, und einen reichen Kindersegen hat. Es wird z. B. noch Keinem eingefallen seyn, die zahlreiche Klasse der protestantischen Landpfarrer oder der Schulmänner, wenn auch nur ausnahmsweise unter ihnen sich bemittelte finden, und viele Kinder nur gar zu oft die einzige Gabe des Himmels bei ihnen sind, als Proletarier und Paupers zu bezeichnen. Ja der ganze Stand der subalternen Beamten ist in der Regel so gestellt, daß von Sammeln eines Vermögens gar keine Rede seyn kann. Aber auch eben so wenig ist dieser Name auf den Handwerker anwendbar, obgleich das Sprichwort: das Handwerk hat einen güldnen Boden, keineswegs von allen Handwerkern auf gleiche Weise gilt.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Bayern. †* (München, den 22. Mai.) Der formulirte Beschluß der Kammer der Abgeordneten überden Gesetzentwurf: „die Einkommensteuer betreffend lautet: Die Kammer der Abgeordneten hat sich über den an sie gebrachten Gesetzes-Entwurf: „die Einkommen-Steuer betreffend“ durch ihren vereinigten II und III Ausschuß Vortrag erstatten lassen und nach gepflogener Berathung in ihrer stattgefundenen XXXVIII. öffentlichen Sitzung beschlossen, daß derselbe nur unter den beygefügten Modifikationen anzunehmen sey. Art. I. bleibt unverändert. Art. II. Ziff. 1—3 bleiben unverändert; Ziff. 4 soll folgende Fassung erhalten: „Stiftungen und Anstalten für Wohlthätigkeit und Unterricht, desgleichen Cultus-Stiftungen, wenn letztere nach Entscheidung der einschlägigen Kreis-Regierung, Kammer des Innern, zur Erfüllung ihrer Zwecke ihr Einkommen vollständig bedürfen, dann Hülfs und Sparkassen.“ Art. III. soll folgende Fassung erhalten: „die Besitzer im Auslande gelegener Realitäten, Grundrenten und besteuerten Gewerbe haben das hieraus bezogene Einkommen nicht zu versteuern.“ Im Art. VII. soll statt der Worte: „Ehre und Gewissen“ gesetzt werden: „Bürgerpflicht;“ zu lit. a) soll der Zusatz gemacht werden: „ohne jedoch in Specialitäten eingeben zu müssen;“ am Schlußsatze soll statt der Worte: „an den Prüfungsausschuß“ gesetzt werden: „an das Rentamt.“ Ebendaselbst soll nach dem Worte; „übersendet“ beygefügt werden: „welches sämmtliche Angaben in ein Verzeichniß nach Gemeinden einträgt.“ Als neuer Zusatz soll aufgenommen werden: „Werden schriftliche Erklärungen verschlossen eingereicht, so sind sie von der Gemeindebehörde uneröffnet an das Renamt zu übergeben. —“ Im Art. VIII. soll nach den Worten: „gibt die Gemeindebehörde hievon“ eingeschaltet werden: „durch das Rentamt;“ die Worte jedoch: „nach Vernehmung des Vertreters des Staats-Aerars, sollen abgestrichen werden. — Statt der ursprünglichen Art. IX, X XI sollen folgende zwey neue Artikel eingeschaltet werden: Neuer Art. IX. „Ist obiges Verzeichniß geschlossen, so bildet sich in jedem Rentamtsbezirke eine Prüfungs-Commission, bestehend aus dem Vorstande der Distriktspolizeibehörde und dem Rentbeamten, unter Beyziehung eines Aktuars. Sie verstärkt sich mit 5 bis 9 Einkommensteuerpflichtigen aus dem Bezirke oder der Gemeinde, deren Fassion geprüft werden soll, und bildet sodann den Prüfungs-Ausschuß. Die Prüfung selbst wird in Städten und größeren Märkten nach zu bildenden, kleineren Bezirken, auf dem Lande aber nach Gemeinden vorgenommen. Der Prüfungs-Ausschuß untersucht die von dem Steuerpflichtigen gemachten Angaben; findet er Nichts gegen dieselben zu erinnern, so wird gleich die Besteuerungs-Classe festgesetzt; ergeben sich Anstände, so werden dieselben vorgemerkt. —“ Neuer Art. X. „Nach vollendeter Prüfung aller Fassionen bleibt es dem Rentamte unter Mitwirkung der Distrikts-Polizeibehörde überlassen, sich bezüglich der beanstandeten Fassionen die nöthigen Aufklärungen zu verschaffen. Zur Bescheidung der vom Prüfungs-Ausschusse erhobenen Anstände ruft alsdann die Kommission sowohl den betreffenden Steuerpflichtigen, als jene Mitglieder der Gemeinde oder des Bezirks ein, welche sie im gegebenen Falle verstärkt hatten, und entscheidet auf Erklärung des Betheiligten nach absoluter Stimmenmehrheit definitiv über den Betrag der Steuerpflicht. Bilden sich mehr, als zwey Meinungen, so werden die Stimmen für den höchsten Steuersatz zu den Stimmen für den nächst niederen hinzugezählt, bis sich für einen Steuersatz eine Mehrheit ergiebt. Die nachweisliche Unrichtigkeit jener Erklärung des Betheiligten wird nach Art. XVIII. bestraft.“ —

In Art. XII. (nun Art. XI.) soll im zweiten Absatze statt der Worte: »bei dem Prüfungsausschusse« gesetzt werden: »bei der Prüfungs-Kommission« und statt »von dem Prüfungs-Ausschusse«: »von derselben.« Art. XIII. (nun Art. XII.) bleibt unverändert. Art. XIV. (nun Art. XIII.) bleibt unverändert; nur soll das Citat: „Art. 13“ „in Art. 12“ geändert werden. Art. XV. (nun Art. XIV.) dann Art. XVI. (nun Art. XV.) wo statt auf »Art 11« auf „Art. 10“ hingewiesen werden soll, endlich Art. XVII. (nun Art. XVI. und Art. XVIII. (nun Art. XVII.) bleibt unverändert. Art. XIX. (nun Art. XVIII.) soll nach den Worten: »wenn ein Steuerpflichtiger den Besitz steuerbaren Einkommens«, die Einschaltung erhalten: „ganz oder theilweise.“ Art. XX. (nun Art. XIX.) bleibt unverändert. Art. XXI. (nun Art. XX.) bleibt unverändert, nur soll es statt „31. Nivose 1807« heißen: »3. Nivose 1807.« Art. XXII. (nun Art. XXI.) bleibt unverändert.

°† Beschluß der Kammer der Reichs-Räthe über den Gesetzesentwurf: die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreff. Die Kammer der Reichsräthe hat über den ihr durch gefälliges Schreiben sammt Beschluß der Kammer der Abgeordneten vom 13. d. Mts. mitgetheilten, anliegend zurückfolgenden, Gesetzentwurf im Betreff der Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung u. Ablösung der Grundlasten, in ihren Sitzungen v. 20. u. 21. Mai d. Js. berathen und beschlossen: 1) der ursprünglichen Fassung des Titels, des Einganges u. der Ueberschrift des ersten Abschnittes letztere unter Annahme der jenseitigen Modifikationen, wonach die Worte: »und der Patronatsrecht« wegzubleiben haben; zuzustimmen; 2) dem Art. I. folgende Fassung zu geben: »Die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt geht mit dem 1. Oktbr. 1848 an den Staat über. Diejenigen Besitzer von Gerichtsbarkeiten, welche deren Abtretung an den Staat erklärt haben, werden nach dem Gesetze vom 28. Decbr. 1831 entschädiget, — diejenigen Besitzer, welche diesen Verzicht bei Promulgation dieses Gesetzes noch nicht geleistet haben, erhalten ihre Entschädigung dadurch, daß die standes- und gutsherrlichen Gerichts- und Polizeibeamten und Diener unter den Anstellungsbedingungen und Pensionsnormen, die am 12. April 1848 bestanden, so wie die Pensionen aus pragmatischen Anstellungen solcher Bedienteten nach den am selben Tage bestehenden Normen vom Staate übernommen werden.« 3) Den Art. 2. übereinstimmend mit dem jenseitigen Beschlusse, hinwegzulassen; 4) der Ueberschrift des zweiten Abschnittes nur in folgender Fassung zuzustimmen: »Aufhebung und Regulierung der persönlichen, und der auf dem Boden haftenden Lasten und Abgaben.« 5) Dem Art. 3. (nun 2.) nachstehende Fassung zu geben: »Alle gemessenen Naturalfrohndienste hören v. 1. Jan. 1849 an auf; sie werden nach der Verordnung vom 8. Febr. 1825, die Fixirung und Umwandlung der zehent- und grundherrlichen Gefälle des Staates für sämmtliche Kreise, mit Ausnahme des Rheinkreises, betreffend, in Geld fixirt, auf zwei Drittel dieses Betrages herabgesetzt und nach den Normen des gegenwärtigen Gesetzes bei der Ablösung entschädiget. Die ungemessenen Naturalfrohnen hören ohne Entschädigung des Berechtigten auf. Alle Gegenreichnisse werden ebenfalls nur mit zwei Dritttheilen kompensirt. Wenn Oekonomiegüter mit den für dieselben zu leistenden Frohnen verpachtet sind, so können beide Theile für das nächste Pachtziel den Pacht aufkünden, wenn keine Vereinbarung über angemessene Minderung des Pachtschillings zu Stande kömmt.« 6) Dem Art. 4. (nun 3) in der ursprünglichen Fassung des Entwurfes zuzustimmen; folgende Fassung zu geben: »Der Blutzehent und der noch nicht zur Erhebung gekommene Neubruchzehent, so wie der Kleinzehent, da, wo er nicht bereits seit 30 Jahren hergebracht, oder durch Vertrag, Vergleich oder richterliches Erkenntniß anerkannt ist hört für die Zukunft ohne Entschädigung auf. Jenen Geistlichen, welche durch die Entziehung des Blutzehents unter die Congrua gesetzt werden, hat der Staat jährlich so viel als Sustentationsbeitrag zu entrichten, als zur Wiederherstellung der Congrua nach der superrevidirten Fassion erforderlich ist. Jenen Geistlichen, deren Gehalt bisher schon nicht einmal die Congrua erreichte, hat der Staat jährlich so viel Sustentationsbeitrag zu reichen, als der entzogene Blutzehent beträgt.« 8) Dem Art. 6. des Entwurfes ganz hinwegzulassen; 9) Dem jenseits beantragten, neuen Art. 6. (nun 5.) mit der Modifikation zuzustimmen, daß in dem zweiten Absatze nach dem Worte: »Complexe« die Worte: »des Berechtigten« eingeschaltet werden; 10) Dem Art. 7. (nun 6.) folgende Fassung zu ertheilen: »Alle rein persönlichen, nicht auf Grund und Boden haftenden Abgaben an Grund- und Gerichts-Herren hören ohne Entschädigung auf.«

11) „Den ersten Satz des Art. 8 (nun 7) zu fassen, wie folgt: Die im Eigenthume der Privaten, der Stiftungen und Kommunen befindlichen, durch gegenwärtiges Gesetz nicht aufgehobenen Grundgefälle, gehen auf Verlangen der Berechtigten unter den nachfolgenden

Bestimmungen, welche bezüglich der Fixirung sogleich allgemein in Vollzug zu setzen sind, an die zu gründende Ablösungskasse des Staates über.« Den zweiten Satz aber in der jenseits vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. 12) Den Art. 9 (nun 8) zwar gleichfalls in der jenseits beschlossenen Fassung, jedoch mit der Modification anzunehmen, daß nach den Worten „alle Besitz-Veränderungs-Abgaben“ eingeschaltet werde: »dann alle gemessene Frohnen«. 13) Den Art. 10 und 11 (nun 9 und 10) in ihrer ursprünglichen Fassung zuzustimmen. 14) Den Art. 12 (nun 11) zu fassen, wie folgt: Hiebei werden folgende besondere Bestimmungen getroffen. 1) da, wo die Grundsteuerkataster vollendet sind, soll, wenn die Mehrheit der Zehentholden einer Flur und der Berechtigte es verlangen mit Ausnahme des Weinzehntes für jede Verhältnißzahl des Zehent-Steuer-Katasters eine Getreiderente von ⅛ Schäffel Korn gegen Abzug von 15% für Perceptionskosten und Nichtwerthe als Zehentfixum ausgeworfen, und außerdem bei den nämlichen Zehentholden von dem Kleinzehent ohne weitere Entschädigung des betreffenden Großzehentberechtigten Umgang genommen, und der Zehentgemeinde die Zehendfrohnten überlassen werden. Da, wo die Mehrheit der Zehentholden einer Flur, oder der Berechtigte die vorbemerkte Fixations-Art ablehnt, oder wo die Grundsteuerkataster noch nicht vollendet sind, soll nach den hier folgenden Vorschriften verfahren werden. Die hierauf folgenden Bestimmungen unter Ziff. 2 3 und 4 nach dem Wortlaute des Inhaltes der jenseits angenommenen Bestimmungen unter Ziffer 1 2 und 3 gleichfalls mit der Aenderung, daß in Ziff. 2 nach den Worten: „Definitivums, wo es besteht“ beigesetzt werde: „nach No. 1.“ anzunehmen; ebenso der Fassung das Ziff. 4. des jenseitigen Beschlusses (nun Ziff. 5) beizustimmen, jedoch mit nachstehender veränderter Fassung des Schlußsatzes: »Das Gericht hat über die Verrichtung der Schätzer ein Protokoll aufzunehmen, welches die Gründe ihrer Schätzung ausführlich enthält. Wird die Schätzung angefochten, so geht die Berufung binnen 14 Tagen an das Appellationsgericht.“ Als Ziff. 6. folgende Bestimmung anzunehmen: »Für alle Schätzungen, welche von Amtswegen vorgenommen werden, bezahlt die Staats-Kasse, für andern der unterliegende Theil, die Kosten« endlich als Ziff. 7. die nachstehende Bestimmung zu beantragen: »Die Zehentfrohnden werden in Natura bis zur vollendeten Zehentfixation fortgeleistet.« 15) Den Art. 13. (nun 12) übereinstimmend mit der jenseitigen Modification anzunehmen; 16) dem Art. 14 (nun 13) in seiner ursprünglichen Fassung beizustimmen; 17) den Art. 15 (nun 14.) nach dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten anzunehmen; 18) den Abs. 1. des Art. 16. (nun 15.) zu fassen wie folgt: »1) Das Aequivalent für das Obereigenthum und das Recht der Erheoung einer Besitzveränderungsabgabe ist bei Erbrecht, Freistift- und Erbzinslehen der ein und einhalbfache Betrag des Laudemiums, bei Leibrecht und Neustift der doppelte Betrag der Leibgelder.“

Die Absätze 3 4 und 5 des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten als Absätze 2 3 und 4 anzunehmen, dagegen dem jenseitigen Absatze 2 (als nunmehriger Absatz 5) in nachstehender modifizirter Fassung zuzustimmen: „5) Die Heimfälligkeit der Güter, auf welchen Leibgerechtigkeiten verliehen sind, wird mit der Publikation dieses Gesetzes durch die ausgesprochene Ablösbarkeit des Grund-Obereigenthums aufgehoben. Ausgenommen hievon sind jene Güter, deren Besitzer keine Leibeserben haben! 19) Den Art. 17 (nun 16) in seiner ursprünglichen Fassung anzunehmen. 20) Den Art. 18 (nun 17) zwar in seiner ursprünglichen Fassung anzunehmen, aber mit dem Zusatze: „Jedoch können Bodenzinse, für welche ein bestimmtes Ablöskapital in das Hypothekenbuch eingetragen wird, sowohl in Geld als Getreide auf Grund und Boden gelegt werden.“ 21) Statt der ursprünglichen Art. 19 bis 23 inclusive folgenden Artikel 18 anzunehmen: „Die Holz- und Streurechte, sowie die Weiderechte in den Waldungen und Gebirgen sind nach den Grundsätzen dieses Gesetzes (Art. 23) mit Daraufzahlung aus der Staatskasse bis zum zwanzigfachen Betrage an die Berechtigten ablösbar. Die Ausführung dieser Ablösung wird dem zu erlassenden Forstpolizeigesetze vorbehalten, wobei auf die Gegenreichnisse einschließlich der Leistungen von Holzfrohnen, welche bis dahin fortzubestehen haben, Rücksicht genommen werden soll. Die ungemessenen Forstrechte sollen durch ein besonderes Gesetz geordnet werden.“ 22) Den Eingang des Art. 24 (nun 19) wie folgt zu fassen: „Die Fixirung der Frohnen und der Grundlasten wird von den Distrikts-Polizei-Behörden in Gemeinschaft mit den kgl. Rentämtern ꝛc. dem folgenden Wortlaute desselben aber nach der ursprünglichen Fassung zuzustimmen; 23) Den Art. 25 (nun 20) nach dem ursprünglichen Wortlaute anzunehmen, 24) der Ueberschrift des IV. Abschnittes gleichfalls in der Fassung des Gesetz-Entwurfes zuzustimmen; 25) dem von der Kammer der Abgeordneten vorgeschlagenen neuen Artikel 22, (nun 21) eben so 26) den Art. 26, 27 und 28 (nun 22, 23 und 24) in der jenseitigen Fassung beizustimmen; 27) den Art. 29, in Uebereinstimmung mit der Kammer der Abgeordneten hinwegzulassen, 28) den Art. 30 (nun 25) in der jenseitigen Fassung mit der Modifikation anzunehmen, daß nach den Worten: „Ablösungsschuldbriefen“ beigefügt werde: „des Staates“ daß nach den Worten: „und des Cultus“ eingeschaltet werde: „so wie der Privatgrundherren“ und daß endlich der Artikel nachstehenden Zusatz erhalte: „die Verzinsung des Staates beginnt von dem Tage der Ueberweisung der Renten, welche die Berechtigten zwei Monate vorher der vorgesetzten Kreisregierung anzuzeigen haben.“ 29) Dem Art. 31 (nun 26) in der Fassung der Kammer der Abgeordneten beizustimmen; 30) den Eingang des Art. 32 (nun 27) zu ändern wie folgt: „Für den Zweck der Ablösung werden unter voller Gewährleistung des Staates besondere mit 4% verzinsliche Ablösungs-Schuldbriefe ꝛc.“ und den weiteren Wortlaut nach dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten anzunehmen; 31) dem Art. 33 (nun 28) in der jenseits modifizirten Fassung zuzustimmen.

32) Den von der Kammer der Abg. vorgeschlagenen neuen Artikel 30 nun 29 zwar anzunehmen, jedoch mit der Modifikation, daß der letzte Satz des ersten Absatzes also zu lauten habe: »Solche Bodenzins-Kapitalien genießen dieselben Vorrechte des Hypothekengesetzes und der Prioritäts-Ordnung, welche die Grundrenten, an deren Stelle sie treten, bisher genossen haben.« 33) Dem Art. 34 nun 30 nach der jenseitigen Fassung zuzustimmen, dabei aber folgenden Schlußbeisatz anzunehmen: »Solche Annuitäten genießen dieselben Vorrechte des Hypothekengesetzes und der Prioritäts-Ordnung, welche die Gefälle, an deren Stelle sie treten, bisher genossen haben.« Diejenigen Pflichtigen, welche an diesen Annuitäten Ausstände erwachsen lassen, müssen die Annuität so viele Jahre länger entrichten, als die Zeit ihres Ausstandes beträgt.« 34) Dem Art. 35 (nun 31) in der Fassung der Kammer der Abg. beizustimmen; 35) eben so den Art. 36 und 37 (nun 32 und 33) nach der jenseitigen Fassung beizutreten; 36) dem Art. 38 (nun 34) nach dem jenseits modifizirten Wortlaute zuzustimmen, jedoch mit nachstehender Fassung des letzten Absatzes: »Fideikommißbesitzer genügen durch diese Hinterlegung den staats- und privatrechtlichen Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde.« 37) Dem von der Kammer der Abg. beantragten neuen Artikel 36 (nun 35) gleichfalls anzunehmen; eben so 38) den jenseits beschlossenen neuen Artikel 37 (nun 36); 39) ferner dem von der Kammer der Abg. vorgeschlagenen neuen Artikel 38 (nun 37) jedoch mit der Modifikation zuzustimmen, daß gegen den Schluß des 2. Absatzes das Wort: »alsdann« durch die Worte: »in diesem Falle« ersetzt werde. 40) Dem Artikel 39 (nun 38) die nachstehende modifizirte Fassung zu geben: »Die Verwendung der Ablösungssumme nach den Vorschriften des III. Titels der Verfassungs-Urkunde wird in dem Finanzgesetze jeder Periode festgesetzt, und jederzeit darin die genaue Erhaltung und Sicherstellung der Kapitalsbeträge der Annuitäten nachgewiesen, die in keinem Falle zu einem anderen Zwecke verwendet werden dürfen.« 41) Die Fassung des Art. 40 (nun 39) in der jenseits beschlossenen Weise anzunehmen; 42) dem Art. 41 (nun 40) dagegen nach seinem ursprünglichen Wortlaute beizustimmen; endlich 43) dem Schlußartikel 42 (nun 41) in seiner ursprünglichen Fassung die Zustimmung zu ertheilen. 44) Dem von der Kammer der Abg. gestellten 1. Wunsch und Antrag beizutreten, unter Umänderung des Wortes: »Grundholden« in das Wort: »Staatsgrundholden.« 45) Dem jenseitigen 2. Wunsch und Antrag in nachstehender modifizirter Fassung zuzustimmen: »Es sei Se. Maj. der König ehrerbietigst zu bitten, daß die vom Staate in Folge dieses Gesetzes übernommenen standes- und gutsherrlichen Gerichtspolizeibeamten und Diener, unter Belassung ihres ganzen Gehaltes möglichst verwendet werden sollen;« endlich 46) als eigene Wünsche beizufügen beschlossen: 3) Es sey Se. Majestät der König ferner ehrfurchtsvollst zu bitten, auf diejenigen Gemeinde- und Stiftungs-Beamten, welche bei den Stiftungs-Verwaltungen durch das vorliegende Gesetz entbehrlich werden, bei Anstellungen im Staatsdienste allergnädigst Rücksicht zu nehmen;« sodann 4) »Es sey Se. Majestät der König ehrfurchtsvollst zu bitten, wegen der durch die Ausführung dieses Gesetzes vermehrten Arbeiten das Personale der Kreisregierungen zu verstärken.« Die Kammer der Reichsräthe sieht hierüber der gefälligen Rückäusserung der Kammer der Abgeordneten entgegen und verharrt mit ausgezeichneter Hochachtung.

† Vortrag des Abgeordneten Dekans Bauer über den Gesetzentwurf: „Die protestantischen General-Synoden und den Konsistorial-Bezirk Speyer betreffend.« Der vorliegende Gesetzentwurf bezielt die Abänderung einiger verfassungsmäßiger Bestimmungen in Betreff der protestantischen Kirche von Bayern. Er bildet kein organisches Ganzes, vielmehr ist jeder Artikel als für sich bestehend zu betrachten. Der Art. I. setzt fest, daß die bisher getrennten Synoden der Konsistorial-Bezirke Ansbach und Bayreuth auf Antrag des Oberkonsistoriums mit königl. Genehmigung in eine ungetrennte an einem geeigneten Orte in einem dieser Bezirke abzuhaltende Versammlung vereinigt werden sollen. Es wird hiemit einem seit dem Bestande des Synodal-Instituts vielfach und dringend ausgesprochenen Wunsche die endliche Gewährung. Die bisherige Trennung der beiden Synoden erschwerte, wie es in der Natur der Sache liegt, das Zustandekommen gemeinsamer Beschlüsse, und hatte die bedauerlichsten Hemmungen und Störungen in der Förderung allgemeiner Kirchen-Angelegenheiten zur unvermeidlichen Folge. Zuvor hatte Referent gewünscht, daß die Vereinigung nicht, wie es im Entwurfe geschieht, facultativ, sondern unbedingt und für immer normirt werde. Da jedoch nicht abzusehen ist, daß die kirchliche Oberbehörde — ist die Vereinigung der beiden Synoden nur einmal erfolgt, zur früheren Uebung zurückkommen werde, so glaubt er, die ungeänderte Fassung dieses Artikels zur Annahme empfehlen zu können. Mit dem Art. II. beseitigt sich eine Controverse, die der hohen Kammer vom Landtage 18⁴⁵/₄₆ her noch in Erinnerung sein wird. Die im Entwurfe proponirte Aenderung der betreffenden Verfassungsbestimmung erweitert keineswegs den Wirkungskreis und die verfassungsgesetzlichen Befugnisse der Synode, sondern bezeichnet nur die bestimmte und vor Eingriff gesicherte Gränze, innerhalb welcher sie sich frei bewegen darf. Sowohl das Ministerium des Innern, als die Kammer der Abgeordneten hatte sich vor zwei Jahren in diesem Sinne ausgesprochen; und es wird sonach der gesetzlichen Feststellung des dort erzielten Einverständnisses kein weiteres Bedenken im Wege stehen können. Im Art. 3. soll der Staatsregierung die Ermächtigung gegeben werden, den Konsistorial-Bezirk Speyer von dem Wirkungskreise des protestantischen Oberconsistoriums auszunehmen, und dem mit den Kirchen-Angelegenheiten beauftragten Staats-Ministerium unmittelbar unterzuordnen, wenn die Generalsynode des genannten Konsistorialbezirkes einen hierauf gerichteten Antrag stellen sollte; in welchem Falle das protestantische Konsistorium in Speyer mit einem selbstständigen Vorstande zu versehen, und, so weit nöthig, mit geistlichen Mitgliedern zu verstärken wäre. Wenn die betreffende Generalsynode bei ihrem nächsten Zusammentritte dieß wirklich verlangt, so dürfte der vorgeschlagenen Ermächtigung hiezu unbedenklich Statt zu geben sein, wobei die Voraussetzung, daß von Seite der Staatsregierung gemäß §§. 1, 11 u. 19 lit. a des II. Anhangs zur V.-U. auch das protestantische Oberkonsistorium gutachtlich vernommen werden wird, sich von selbst verstehen dürfte. Dieser Artikel, sowie Art. IV., der lediglich den Vollzug anordnet, werden daher zur Annahme empfohlen. Schlüßlich beantragt Referent, den fraglichen Gesetzentwurf mit folgenden Wünschen zu begleiten: „Seine königl. Majestät wolle allergnädigst anzuordnen geruhen, 1) daß die Berathungen der prot. Generalsynoden fortan öffentlich zu geschehen habe, und 2) daß zu denselben ein oder mehrere Abgeordnete der theologischen Fakultät der k. Universität zu Erlangen beizuziehen seyen.« S. M. München, 19. Mai 1848. Bauer, Referent.

Schweiz.

(Aus der nördlichen Schweiz 17. Mai.) Der eidgenössische Kriegsrath hat die Anordnungen getroffen, daß in kürzester Zeit der ganze erste Bundesauszug, gegen 70,000 Mann, in die Waffen gerufen werden kann, um allen Fällen begegnen zu können. Die Armee ist in acht Divisionen getheilt, die Sammelplätze sind angewiesen, jedes Bataillon, jede einzelne Schützen- und Artillerie-Kompagnie weiß schon zum voraus, wohin sie zu marschiren hat, und so ist es möglich, in Zeit von zwei- bis dreimal 24 Stunden die ganze Gränze der Schweiz zu besetzen. (Schw. Merk.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. Mai 1848. № 146 Donnerstag: Urbanus.

†† Proletariat und Pauperismus.

(Fortsetzung.)

Zwischen den sogenannten radicirten Gewerben, Metzgern, Bäckern, Müllern, Hufschmieden u. dergl. und denjenigen, welche nicht das nächste und unmittelbare sondern ein bereits künstliches Bedürfniß befriedigen, ist ein großer Unterschied, und die Existenz der letzteren hängt vielfältig von den Schwankungen des Handels ab. Hier findet auch sehr häufig ein zunächst unter ihnen selbst durch Konkurrenz und Ueberbieten der Wenigstfordernden bewirktes nachtheiliges Drücken der Preise statt, das den wirklichen Gewinn auf ein Minimum herabsetzt und die Möglichkeit eines ausreichenden Erwerbs bei kinderreichen Familien sehr in Frage stellt. Dennoch möchten wir Bedenken tragen, selbst solche Gewerbe in die Klasse des eigentlichen Proletariats zu setzen. Es steht ihnen dennoch die Möglichkeit, einen Hausstand zu gründen, ihre Kinder zu ihrem eigenen oder einem andern Gewerbe zu erziehen, und wenn auch spärlich und kärglich, so doch frei und unabhängig zu leben, zu Gebote. Jeder, der die Aussicht hat, selbst als Meister aufzutreten, kann, wenn er dadurch auch nicht gerade goldene Berge erbeutet, doch niemals unter die eigentlichen Proletarier gerechnet werden, die lediglich von dem Willen und Belieben eines Fabrikherrn abhängen und in der Fabrik selbst nur die lebendigen Maschinen sind neben den todten und blos mechanischen. Es ist ganz dasselbe Verhältniß, aber noch augenfälliger bei dem weiblichen Geschlechte. In der öffentlichen Meinung ist die Stellung einer Magd durchgängig als ehrenhafter anerkannt, als die einer Fabrikarbeiterin; jene bildet sich in ihrer Dienstzeit durch die Besorgung der verschiedenen Geschäfte eines Hauses zu der Stellung einer Hausfrau aus, während das in der Fabrik gebildete und erzogene Mädchen, selbst wenn wir die in der Regel dort eintretende größere Entsittlichung gar nicht in Anschlag bringen, zwar zum Kindergebären, aber auch zu weiter Nichts, was man von einer Hausfrau verlangt, geeignet sein wird. Uebrigens wissen wir wohl, daß die Uebergangslinie von den niederen selbstständigen Stellungen in das Proletariat, wie wir es annehmen, herüber und hinüber schwankt, daß es sich treffen kann, daß Fabrikarbeiter einen größeren Wochenverdienst haben, als manche stockende oder heruntergekommene Gewerbe, und daß, wie man wenigstens von einzelnen Fabrikorten Amerikas versichert, die Sittlichkeit daselbst auf eine höchst erfreuliche Weise aufrecht erhalten wird. Der bessere Verdienst mag dann manchen nothleidenden Handwerker verlocken, sich lieber als Tagarbeiter in eine Fabrik zu verdingen, wo er, so lange nemlich keine Stockung derselben eintritt, einen regelmäßigen Tag- oder Wochenverdienst bezieht, der allerdings den unsichern Bestellungen, die der Manufakturist macht, vorzuziehen ist. Es ist das ganz dieselbe Erscheinung, wie im Mittelalter freigeborne Männer ihrer Freiheit sich begaben und um weltlicher Vortheile willen Lehensträger und Dienstmannen eines Andern, eines geistlichen oder weltlichen Oberherrn, wurden. Wir beschränken daher den Begriff des Proletariats auf die Arbeiter in den Fabriken und den diesen gleichstehenden Unternehmungen. Wir glauben aber, daß nicht blos aus der materiellen Industrie, sondern auch aus der intellektuellen sich ein ganz gleiches Proletariat entwickelt hat. Daß wir die subalternen Beamten nicht darunter rechnen, haben wir schon gesagt und wir dehnen das auf alle diejenigen aus, welche der Kirche, der Schule, dem Recht oder der Verwaltung, irgendwie zugethan sind. Der Kanzleidiener, der Bureaudiener, der Kirchner oder Meßner, und alle ihnen gleichstehende, haben zwar ein spärliches Einkommen, es ist ihnen aber doch gesichert, und sie wissen, daß selbst bei Altersschwäche oder anderer Dienstesunfähigkeit für sie Sorge getragen wird. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Bayern. *† (München, 23. Mai.) Die Kammer der Abg. hatte in ihrer heutigen zweiundvierzigsten Sitzung die Rückäusserung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Ablösungsgesetzes in Berathung genommen. Gleich den ersten Beschlüssen der Reichsräthe zu Art. 1 und 2, wie solche gestern mitgetheilt wurden, und die eine Entschädigung für die abzutretende Gerichtsbarkeit und für die aufzuhebenden Frohnden bezweckte, ist die II. Kammer nicht beigetreten, ob gleichwohl der St.-Minister des Innern dafür sprach, sondern beharrt bei ihrem frühren Beschlusse. Bezüglich des Art. III wurde den Reichsräthen beigestimmt, daß das Todfallhandlohn nicht (ohne Entschädigung) cessiren soll. Bei Art. 4, den Blutzehend betreffend, und nach dem Reichsrathsbeschluß den Geistlichen, welche durch Aufhebung desselben unter die Congrua gesetzt werden, eine Entschädigung aus Staatsmitteln zu bestimmen, wurde den Reichsräthen nicht beigestimmt. — Art. 5, wo von Aufhebung des Jagdrechts die Rede ist, beantragten die Reichsräthe wegzulassen, die Kammer der Abg. stimmt dagegen. — Art. 12 werden sämmtliche Modif. der Reichsräthe verworfen. (Hier wird die Sitzung auf Abends 5 Uhr vertagt.)

*† München, den 23. Mai.) Auf Ansuchen vieler Mitglieder der Kammer der Abg., um sich über die dem Staate durch die Lehen erwachsenden Erträgnisse orientiren zu können, hat das k. Staatsministerium der Finanzen folgende Aufschlüsse ertheilt: Bisheriger Ertrag der lehenherrlichen Gefälle mit Ausschluß der ständigen, welche nach Art. 6 des Gesetzentwurfs besonders abzulösen sind. Der Voranschlag der lehenherrlichen Gefälle für ein Jahr der V. Finanz-Periode beläuft sich auf 2272 fl. Der wirkliche Durchschnittsertrag der Jahre 1834/40 beträgt 5,158 fl., 1840/46 beträgt 2,645 fl. Nach den Uebersichten des Jahres 1843 bestunden als Lehen I. Klasse 16 mit einer Taxgebühr von 1000 fl. = 16,000 fl., als Lehen II. Klasse 27 mit einer Taxgebühr von 500 fl. = 13,500 fl., als Lehen III. Klasse 24 mit einer Taxgebühr von 250 fl. = 6,000 fl., als Lehen IV. Klasse 46 mit einer Taxgebühr von 100 fl. = 4,600 fl., als Lehen V. Klasse 142 mit einer Taxgebühr von 50 fl. = 7,100 fl., sohin in Summa 1100 Lehen. Rechnet man alle 10 Jahre einen Tax-Anfall, so ergibt sich nach dieser Berechnung in 10 Jahren ein Ertrag an Lehentaxen von 68,325 fl. Wird nach dem Entwurf der zehnte Theil dieses Ertrages als Bodenzins-Rente fixirt, so wirft sie jährlich dem Staate ab: 6,832 fl., sohin gegen den Voranschlag der V. Finanz-Periode mehr um 4560 fl., gegen den wirklichen Durchschnittsbetrag der Jahre 1834/40 mehr um 1671 fl., der Jahre 1840/46 mehr um 4187 fl. Der Gesammtwerth der oben bemerkten 1100 Lehen beträgt nach den Uebersichten des Jahres 1843 die Summe von 23,504,031 fl. Nach einer Zusammenstellung des Finanz-Ministeriums sind hieran vom Jahre 1826 bis 1847 incl. heimgefallen 35 Lehen mit einem Werthe von 645,305 fl. Demnach berechnet sich für Ein Jahr ein Heimfall von 1¼ Lehen im Werth von 30,738 fl. Von einem Gesammtwerthe von 23,504,051 fl. würde eine 2%ige Ablösungsquote eine Summe von 470,000 fl. abwerfen, deren jährliche Zinsrente nach 4% sich auf 18,800 fl. berechnet.

*† (München, den 25. Mai.) Unsere gestrige Mittheilung haben wir dahin zu berichtigen, daß nicht die Kaiserin Mutter von Oesterreich, sondern die Erzherzogin Adelgunde von Modena, welche über den Aufenthalt ihres Gemahls in völliger Ungewißheit lebt, hier angekommen ist.

(München, den 23. Mai.) Das heutige Regierungs-Blatt Nr. 33. enthält eine Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes vom 12. Mai 1845. über die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription betr. folgenden Inhalts: Die Geschichte Deutschlands hat kaum einen Zeitpunkt aufzuweisen, der durch den Zusammenfluß wichtigerer Ereignisse der gesellschaftlichen Ordnung größere Gefahr, den Staaten heftigere Erschütterungen und ihren Bürgern härtere Prüfungen gebracht hätte, als der gegenwärtige; aber auch kein Moment der Geschichte hat zu schöneren Hoffnungen für die Zukunft berechtigt, als der jetzige, in welchem das deutsche Volk seiner Wiedergeburt entgegensieht. Auch an Bayern sind die Bewegungen der Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Mitten aber unter dem stürmischen Ringen nach der besseren Zukunft dringt der Ruf nach Freiheit und Ordnung, nach Gesetzlichkeit und Kraft mit Macht hervor aus der Brust jedes Redlichen. Diese Freiheit aber, sie erheischt Schutz; die Aufrechthaltung der Ordnung, sie erheischt Kraft, und damit der Sinn für Gesetz und Recht nicht sinke, sondern immer mehr erstarke, muß ihren gefährlichsten Feinden entgegengearbeitet werden, dem Mangel an Erwerb, der Sorge vor Verdienstlosigkeit. Zur Erreichung dieser großen Zwecke, welche außerordentliche Geldopfer erfordern, haben die Stände des Reichs willig die Hand geboten, durch Ermächtigung zur Aufbringung eines freiwilligen Anlehens. Dadurch ist das Mittel gegeben, die dringenden Staatsbedürfnisse zu befriedigen, wozu die laufenden Einnahmen des Staates, selbst bei der strengsten Sparsamkeit, der sorgfältigsten Vermeidung jedes nicht unumgänglich nöthigen Aufwandes nicht hingereicht haben würden. Nicht vergeblich wird der Ruf des Vaterlandes erklingen, wenn es gilt, Kräfte aufzubieten zur Abwehr möglicher Gefahr nach Außen, zur Rettung der, unter dem Drucke der Gegenwart erliegenden vaterländischen Industrie, zur Milderung der Noth, durch Beschäftigung der erwerblosen Armuth. Freiwillig sollen diese Opfer gebracht werden, von denen, welche dazu die Mittel und das Vertrauen in den redlichen Willen ihres Monarchen haben, daß er nicht ohne das dringendste Gebot der Zeit seines geliebten Volkes Kräfte in Anspruch nehmen werde. Freiwillig möge der treue Bürger dem Staate seine Gabe darbringen, der mit Gewissenhaftigkeit den Vertretern des Landes von dem anvertrauten Gute Rechenschaft geben und gerne den Darleihern alle jene Sicherheit und Vortheile gewähren wird, welche Staatsgläubiger nur immer fordern können. Damit es aber jedem Bayer möglich wird, ohne besondere Beschwerde seine freiwillige Gabe dem Vaterlande darzubringen, damit ferner dem Handel und Verkehre ein neues Tauschmittel gegeben wird, werden zum Vollzuge des Gesetzes vom 12. Mai 1848 über die Aufnahme eine Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription nachstehende Anordnungen erlassen: 1) Sämmtliche allgemeine Rentämter des Königreichs haben bei allen Einwohnern ihres Amtsbezirkes Subscriptionslisten für diejenigen welche sich bei dem freiwilligen Anlehen betheiligen wollen, in Umlauf zu setzen, und bis zum 30. September lauf. Jahres zur Unterzeichnung am Amtssitze offen zu halten. 2) Ueber die Darlehen werden fünfprozentige, auf den Inhaber lautende Schuldscheine zu 20 fl., 35 fl. und 50 fl. auf feinem Papier im Wechselformat mit 4 Coupons für die Jahre 1849 bis 1852, Termin 1. Oktober, von der k. Staats-Schulden-Tilgungs-Commission ausgegeben. Die Schuldscheine sind mit einer Serie- oder Haupt-Nummer und mit einer Kassa-Kataster-Nummer versehen, erstere roth, letztere schwarz eingedruckt. Jede Serie- oder Haupt-Nummer umfaßt einen Kapitalbetrag von 700 fl. Die Kassa-Kataster-Nummern laufen dagegen auf allen Schuldscheinen fort. 3) Die Schuldscheine sind auf der Rückseite — der leichtern Zinsenberechnung wegen — mit einer Zinsentabelle versehen, und sind zugleich die wesentlichen Bestimmungen des Artikels III. des Gesetzes vom 12. Mai 1848 und des §. 13 des Gesetzes vom 11. September 1825 daselbst aufgenommen. 4) Die Zinsen laufen vom Tage der Kapitals-Erlage

an, und sind die für das Jahr 1847/48 bis inclus. 30. September 1848 treffenden Zinsenraten sogleich von den k. Rentämtern, bei denen die Gelderlage Statt findet, baar zu bezahlen. 5) Die Schuldscheine sind den Gläubigern sogleich bei der Gelderlage auszuhändigen. Sollte jedoch ausnahmsweise ein Rentamt nicht in dem Besitz der gewünschten Gattung von Schuldscheinen sein, so hat es einstweilen einen Haftschein auszustellen, und dafür Sorge zu tragen, daß längstens binnen 14 Tagen der Darleiher seine Urkunde gegen Rückgabe des Haftscheines erhält. Dasselbe hat einzutreten, wenn ein Darleiher vor dem Eintreffen der Schuldscheine bei den k. Rentämtern, was Mitte des Monats Juni der Fall sein wird, das Geld erlegen will. 6) Die Gelderlage kann bis zum Schlusse der Subscriptionslisten, d. i. bis zum September 1848 inclus., Statt finden, insoferne die gesetzliche Anlehens-Summe von 7 Millionen nicht früher aufgebracht sein sollte. Den Darleihern steht es frei, das Geld innerhalb dieses Zeitraumes zu einer beliebigen Zeit, welche aber bei der Einzeichnung anzugeben ist, zu erlegen. Jedoch macht sich jeder Subscribent zur Einzahlung der gezeichneten Summe verbindlich. 7) Die Schuldscheine und die Coupons genießen bei der Versendung mit der k. Post dieselbe Porto-Begünstigung, wie die Banknoten der bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank. 8) Die Schuldscheine werden in den im Gesetze bestimmten Fällen bei den k. Rentämtern im vollen Nennwerthe an Zahlungsstatt angenommen. Die verfallenen Coupons werden bei allen k. Kassen und Aemtern an Zahlungsstatt angenommen, und auch eingelöst. Die Einlösung findet auch noch außerdem Statt bei dem Banquier-Haus M. A. von Rothschild u. S. in Frankfurt a./M., und auch bei einigen Handlungshäusern in bedeutenderen Städten Deutschlands, welche später noch bekannt gemacht werden.

Freie Städte. (Frankfurt, 22. Mai.) Gestern Abend kam es, wie von Mainz angelangte Reisende erzählen, dort zu einem traurigen Zusammenstoß zwischen preussischen Soldaten und der Bürgerwehr. Mehrere Personen wurden getödtet, zwölf verwundet. Die Stadt soll in Belagerungszustand erklärt worden seyn. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 20. Mai.) Offiziere, die aus Baden zurückkehren, wo die Truppen aus sechs Bundesstaaten mit einander in Berührung kamen, versichern, so bereitwillig Alle gegen die Anarchie und den Bürgerkrieg zu Felde gezogen, so sicher könne andererseits das Parlament auf das deutsche Militär rechnen, wenn es deutsche Fürsten geben sollte, welche sich seinen Beschlüssen widersetzen möchten. (D. Z.)

(Frankfurt, den 21. Mai.) Es fehlt hier nicht an poln. und franz. Emissären, und es wird wohl auch an der deutschen Nationalversammlung versucht werden, wie kürzlich an der französischen, wenn auch nicht in gleicher Weise, ob nicht unter dem Namen gerechter Sympathie für fremde Nationalität gewisse Zwecke zu erreichen wären; ja man spricht davon, Frankreich wolle sich wegen der Wiederherstellung Polens mit unsrer Nationalversammlung in unmittelbare Verbindung setzen. Wir hoffen, daß, wenn Frankreich mit solcher Zärtlichkeit dafür besorgt ist, daß die eine Nationalität nicht mehr unter der Herrschaft einer anderen stehe, Deutschland zuerst in der Freigebung des Elsasses verlange, daß Frankreich mit der Verwirklichung seines Grundsatzes vorangehe. (D. Z.)

(Frankfurt, den 22. Mai.) In der heutigen 3. Sitzung der National-Versammlung war die Berathung des Raveaux'schen Antrags, betreffend das Zusammentreffen der preussischen und der deutschen constituirenden Versammlung, auf der Tages-Ordnung, zu welcher aber, der vorausgegangenen vielen formellen Gegenstände wegen erst später geschritten werden konnte. — Raveaux motivirt seinen Antrag (verwahrte sich später dagegen, daß er einen gestellt.) Durch den Antrag Hentges, keinem Redner mehr als 10 Minuten zum Sprechen zu gestatten, die Opposition Robert Blums dagegen und endlich durch den Antrag Heckschers der provisorischen Geschäftsordnung gemäß den Raveaux'schen Antrag an eine Kommission zu verweisen, entspann sich über diese Vorfrage eine bis zur Leidenschaftlichkeit gesteigerte Debatte; die meisten Redner unter anderen Eisenmann, Biedermann, Welcker rc. erklärten sich mit Heckscher einverstanden, Eisenstuck, Venedey, Wesendonck rc. mit Heftigkeit dagegen, und wollen die sofortige Berathung. — Die Verlesung der vielen Amendements (die Blum begehrte) half zu nichts und es mußte endlich durch einen Beschluß die Debatte über die Vorfrage geschlossen werden. — Die Versammlung sprach sich aber auch dahin aus, daß die Dringlichkeit des Raveaux'schen Antrags, zur Abweichung von der provisorischen Geschäftsordnung nicht vorhanden sey, und somit wurde Heckschers Antrag angenommen. Eisenstuck forderte die Minorität auf, sich namentlich zu Protokoll zu erklären. — Die Sitzung, die um 11 Uhr anfing, wurde um 2 Uhr geschlossen. Morgen um 11 Uhr ist die vierte. (N. W. Z.)

(Hamburg, den 19. Mai.) Die seit gestern sehr bestimmt gegebenen Nachrichten von einem schon so gut wie abgeschlossenen Frieden und den bereits abgefeuerten „letzten“ Kanonenschüssen erweisen sich heute als unbegründet. Uebrigens ist eine Ordonnanz, welche den Frieden als definitiv bevorstehend verkündete, wirklich durchgekommen. Ein Helgolander Schiffer behauptete, der vor einigen Tagen ans Land gestiegene Kapitän Meyer von der Fregatte „Gefion“ habe erklärt, während 3 Wochen keinerlei Feindseligkeiten wider deutsche Schiffe zu verüben; hieraus ließe sich wenigstens ein Schluß auf Waffenstillstand ziehen. (Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 21. Mai.) Vor einigen Tagen stellten mehrere dem Bauernstand angehörende Mitglieder der zweiten Kammer den Antrag: Schon oft wurde in unserer Kammer über einzuführende Sparsamkeit im Staatshaushalt gesprochen; zeigen wir, daß dieses ernst gemeint ist, lassen Sie bei uns selbst anlegen. Wir beantragen, daß der Art. 26 der Verordnung vom März 1820 dahin abgeändert werde, daß die Diäten der Abgeordneten (von fünf Gulden) auf drei Gulden den Tag und die Reisekosten auf die Hälfte unverzüglich herabgesetzt werden mögen. Hoffentlich wird dieser Antrag siegen. — In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer legte die Staatsregierung einen Gesetzesentwurf „wegen Bewilligung von Diäten für die in dem Großherzogthum gewählten Abgeordneten zur konstituirenden Nationalversammlung“ vor. Diese Diäten sollen in täglich fünf Gulden bestehen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 21. Mai.) Leider ist es durch Wirthshausstreitigkeiten zwischen zurückgekehrten Schleswig-Holsteiner und Preußen zu neuer Spannung zwischen Bürgern überhaupt und preussischen Soldaten gekommen, so daß schon zwei Abende die Bürgerwehr von ihren Exerzierplätzen in größter Eile zur Schlichtung von Händeln beordert wurde. Bemerkenswerth bleibt es übrigens, daß während die österreichische Besatzung mit der Bürgerwehr auf's herzlichste fraternisirt, die preussische Besatzung dieses Institut mit unverholener Verachtung und Verfolgung betracht, ein Zustand, der, wenn nicht bald durch kräftiges Einschreiten der obern preußischen Behörden unterdrückt, in der Folge zu bedeutenden Metzeleien führen kann, denn auf beiden Seiten steigt die Erbitterung täglich. Die Haltung der Bürgerwehr ist, trotz des kurzen Bestehens derselben, nur lobend anzuerkennen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 20. Mai.) Die Langmuth gegen die verbrecherischen Angriffe auf die Schleppbote hat nun ein Ende. Der Provinzialkommissär läßt so eben bekannt machen, daß die Regierungen der Rheinuferstaaten sich entschlossen haben, den Dampfschleppschiffahrtsgesellschaften nicht nur den vollen Schutz zu gewähren, den sie überhaupt beanspruchen können, sondern auch die einzelnen Schleppboote mit Militär zu bemannen, welches beauftragt ist, gegen jedes Attentat auf die vorbeiziehenden Boote den vollen Gebrauch der Waffen zu wenden. Zugleich aber ist dem Schifferstand in dieser Bekanntmachung eröffnet, daß seit gestern in Mainz Kommissäre der Rheinuferstaaten zusammengetreten sind, um die Interessen der rheinischen Segelschifffahrt mit den Bedürfnissen des Handels und den Rechten der Dampfschleppschifffahrt-Unternehmungen so schnell und so weit als möglich in Einklang zu bringen, und daß bereits die verschiedenen Dampfschleppschifffahrts-Gesellschaften zur Erreichung dieses Zweckes anerkennenswerthe Erbietung gemacht haben. (D. Z.)

(Mainz, 22. Mai Nachts 11 Uhr.) Unsere Stadt bietet seit einigen Stunden ein trauriges Bild dar! Ich versuche es, mitten in der größten Aufregung Ihnen einige Zeilen zukommen zu lassen. Nachdem man gestern und vorgestern schon einzelne bedauerliche Excesse zwischen Bürgern und Militär zu beklagen hatten, kam es gestern gegen Abend zum offenen Ausbruche zwischen beiden Theilen, der beiden auch schon Opfer gekostet hat. Auf mehreren Punkten wurde scharf geschossen, ich sah in der Ludwigsstraße mehrere Verwundete und einen Todten vorübertragen. Gegen 9 Uhr ließ der Vicegouverneur v. Hüser endlich Generalmarsch schlagen, und gab die Nothschüsse, ließ an verschiedenen festen Orten noch mehr Kanonen auffahren, und sandte dann seinen Adjutanten zu unserem Oberst Zitz mit der Weisung: „binnen 2 Stunden müßten alle Waffen der National-Garde ihm ausgeliefert seyn, widrigenfalls die Stadt in Brand geschossen würde.“ Die 1000 Mann starke Nationalgarde ist größtentheils vor ihrer Hauptwache am Theater aufgestellt, und die größte Erbitterung herrscht in ihren Kreisen. Doch was vermögen 1000, auch vom besten Muthe beseelte Männer in einer Festungsstadt und gegen eine derartige Uebermacht? Erlassen Sie mir vorerst alle näheren Angaben über den Beginn und die Zahl der Opfer dieses unseligen Treibens, sie sind noch zu ungewiß und nicht constatirt. Es scheint mir, als wenn mancher preußische Subalternoffizier es schon längst gewünscht hätte, die Polizei in seinen Händen zu sehen. Bei Abgang dieses Briefes hat ein großer Theil die Waffen schon abgegeben, ein anderer Theil weigerte sich noch. Die Sensenmänner zerbrachen ihre Sensen. Wo man österr. Militär begegnete, wurde „es lebe Oesterreich!“ gerufen.

Nachts 12 Uhr. So eben wird mittelst der Schelle nochmals zur Auslieferung der Waffen unter Androhung der Beschießung der Stadt aufgefordert. — Auf heute morgen 10 Uhr ist eine große Volksversammlung in der Fruchthalle anberaumt, man will im großen Zuge nach Frankfurt zum Parlament ziehen. (N. W. Z.)

(Aus Rheinhessen, den 21. Mai.) Daß man bei Anordnung der Wahlen für das deutsche Parlament dem leidigen Particularismus gehuldigt und Deutschland nicht als ein großes Ganzes in's Auge gefaßt hat, ist ein Mißgriff, der vielen wackeren Männern die Ausübung des Wahlrechtes unmöglich gemacht und die Einheit Deutschlands, die sie sich ja eben in der constituirenden Nationalversammlung zum ersten Male verwirklichen sollte, geradezu in Frage gestellt hat. Die Stimmen von Tausenden gesinnungstüchtiger Männer, die seit Jahren wegen Berufsgeschäften und anderen Verhältnissen nicht in ihrer eigentlichen Heimath leben, gleichwohl aber derselben immer noch als Bürger angehören, sind dadurch verloren gegangen, und es wäre ganz in der Ordnung, wenn diese Alle (und durch öffentliches Aufrufen ließe sich dies leicht bewirken) sich vereinigten und den entschiedensten Protest gegen dies Wahlverfahren einlegten. Wenn jeder, im vollen Besitze der Wahlfähigkeit sich befindende deutsche Bürger überall gewählt werden könnte, so müßte auch jeder deutsche Bürger an dem Orte, wo er sich zur Zeit der Wahlen befand, wählen können, und wir sehen gar nicht ein, warum man Jeden für wählbar erklärte, die Wahlberechtigung aber auf eine so unbillige, rücksichtslose Weise beschränkte. In Preußen hat man diese Unbilligkeit wohl gefühlt, und wir wissen, daß das preußische Kriegs-Ministerium der großh. hessischen Regierung den Vorschlag gemacht, alle wahlberechtigten Militärs der preußischen Bundesgarnison in Mainz an der dortigen Parlamentswahl Theil nehmen zu lassen, daß man aber in Darmstadt diesen Vorschlag abgelehnt. Die Gründe dieser Ablehnung kennen wir nicht; indeß, so viel liegt auf der Hand, daß man sich damit nicht verewigt, sondern ein Zeugniß unbegreiflicher Engherzigkeit ausgestellt hat. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, den 20. Mai.) Die „Wiener Zeitung“ vom 20. Mai enthält das provisorische Preßgesetz. Eine flüchtige Durchsicht desselben gewährt die beruhigende Erkenntniß, daß man sich großentheils an die von den Schriftstellern beantragten Abänderungen gehalten hat. Der Verfasser, und wenn dieser nicht bekannt, der Herausgeber, Verleger, Drucker und Verbreiter können verantwortlich für Preßvergehen gemacht werden. Die Aburtheilung erfolgt durch Geschwornengerichte, von denen noch Appellation frei steht. Die Geschwornen werden in jeder Stadt mit Preßgericht durch Wahl der Wähler dieser Stadt ernannt. (A. A. Z.)

(Wien, 18. Mai.) Ich habe Ihnen angezeigt, daß das ungarische Ministerium zwei Regierungsbevollmächtigte an die deutsche Reichsversammlung nach Frankfurt geschickt hat. Vorzüglich werden die ungarischen Abgesandten ihr Augenmerk auf die Reformen zu richten haben, welche in Frankfurt in Bezug auf die Zollgesetzgebung und die Handelspolitik des deutschen Bundes vorgeschlagen und durchgeführt werden sollten, und die in ihren Beziehungen auf Oesterreich auch die Handelsinteressen Ungarns so nahe berühren und für kommenden ungarischen Reichstag legislative Vorarbeiten nöthig machen dürften. Die beiden ungarischen Abgeordneten sind in dieser Hinsicht

mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen, und es ist zu hoffen, daß es ihnen gelingen wird, Beziehungen der Freundschaft und des gegenseitigen Einverständnisses zwischen zwei Nationen zu gründen und zu befestigen, welche durch die Natur sowohl, als durch große und mannichfaltige politische Rücksichten auf ein inniges Schutz- und Trutzbündniß angewiesen sind. (A. A. Z.)

(Pesth 17. Mai.) Die höchste Gefahr ist nunmehr da! Unsere Regierung erhielt einen Kurier vom General J. Hrabowsky, kaiserl. Regierungskommissär über die Militärgränze, Kroatien ꝛc., welcher den jeden Augenblick drohenden Einfall wohlbewaffneter Schaaren aus Serbien meldet. Die Kundschafter des Generals Hrabowsky geben die Zahl der Feuergewehre auf 100,000 an, welche den Serbiern zu Gebote stehen. Auch mehrere Kanonen haben sie. Viele Serbier im Banat warten nur den Einfall ihrer Stammgenossen ab, um sich ihnen offen anzuschließen. Auf solche Nachricht versammelte sich der Ministerrath sofort beim Erzherzog Stephan und sandte dem General Hrabowsky die Ordre zu, sogleich einen Militärkordon gegen die serbische Grenze zu ziehen und nur ausnahmsweise selbst Handelsreisende herüber oder hinüber zu lassen, die ganze untere Gegend in Kriegszustand zu erklären, den verdächtigen Serbiern im Banat die Waffen abnehmen zu lassen und endlich über die dortige Presse selbst die Oberaufsicht zu führen. (D. A. Z.)

(Von der Donau, den 20. Mai.) Schon seit längerer Zeit sehen wir Eilwagen mit dem österreichischen Wappen versehen und begleitet von österreichischen Postkondukteurs nach Regensburg kommen, wo ihr schwerer Inhalt umgeladen wird, um dann weiter durch Franken befördert zu werden. Alle diese Eilwagen, deren tägliches Eintreffen bei dem Geldausfuhrverbots von Seite Oesterreichs befremden muß, haben meistens eine Summe Geldes von etwa 30,000 fl. Den bayerischen Postbeamten ist die Ordre ertheilt worden, diesen Geldsendungen die Route über Seligenstadt nach Frankfurt anzuweisen. Unmöglich können diese Summen bestimmt sein, um die Bundesbeiträge Oesterreichs in Frankfurt zu berichtigen, oder zur Bezahlung der Truppen in Mainz verwendet zu werden, wie das österreichische Ministerium unlängst zur Widerlegung eines in Wien verbreiteten Gerüchtes glauben machen will. Die Sache verdient wohl eine größere Aufmerksamkeit, denn unter allen Verhältnissen bleibt es auffallend, warum gerade jetzt so große Summen baar aus Oesterreich durch Bayern geschafft werden, wo man dort alle Mittel aufbieten muß, um nur den laufenden Bedarf für die Staatsmaschine herbeizuschaffen. (Frkf. J.)

Preußen. (Berlin 17. Mai.) Das Ministerium ist gerettet, aber nur auf kurze Zeit. Sein Bestehen in dieser Zusammensetzung ist eine Unmöglichkeit. Es wird sich nicht acht Tage nach dem Zusammentritt der konstituirenden Versammlung halten können. Darüber herrscht selbst bei seinen Freunden kein Zweifel. Zunächst werden der Minister des Kriegs und des Innern als die ersten welken Blätter abfallen. Hr. v. Auerswald's parlamentarisches Talent reicht nicht aus, um seinen Mangel an Entschiedenheit und Raschheit an Thatkraft und Konsequenz als Minister zu decken. Graf Kanitz ist zwar für Hrn. v. Reyher ein Ersatz, aber nicht für einen Kriegsminister im Scharnhorst'schen Sinne, wie ihn die Zeit braucht. Graf Schwerin ist eben so wenig haltbar. Daß er während seines ganzen Ministeriums keinen einzigen entschiedenen Schritt gegen den nachgebliebenen „riesenhaften Schweif« des Ministeriums Eichhorn gethan, ist schon schlimm genug. Daß er vor Kurzem einen Befehl an die Konsistorien erließ, die Pastoren aufzufordern, „den Prinzen von Preußen wieder in das Kirchengebet einzuschließen“, war eine so große Taktlosigkeit, daß man sie Anfangs bezweifelte, ehe sie öffentlich bekannt wurde. Daß er aber am 14. Mai die Würde der Regierung durch sein anderthalbstündiges Unterhandeln mit der Volksdemonstration im Palais des Premierministers, wozu er keinen Auftrag hatte, und durch seinen Mangel an fester Haltung vor den versammelten Massen schwer compromittirte, das er im Angesichte des Standbildes seines tapfern Ahnherrn die Schwäche zeigte, zu erklären »daß es ihm zum Vergnügen gereiche, diese Versammlung hier zu sehen und zu ihr zu reden“ — das sind Fehler, welche ihm seine eigene Partei nicht vergeben kann und wird. Ein Mann aber wird sich vor Allen halten, weil er — vor allen Dingen ein Mann, ein Charakter ist. Dieser Mann ist der Finanzminister Hansemann. (Brem. Z.)

(Berlin, den 19. Mai.) In Potsdam hat die Mehrzahl der Offiziere beschlossen, aus dem Dienst zu treten, sobald das Verfassungswerk beendet ist und von ihnen der Eid auf die Verfassung verlangt werden wird. Es soll das Vorhaben in Masse mit allem Eklat ausgeführt werden, was dieser Prätorianer-Leibwache ganz ähnlich sieht. Wir können uns jedoch nur glückwünschen, auf diese Weise die ganze heilige Schaar mit einem Male los zu werden. (Brem. Z.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, den 16. Mai.) Gestern zog das Wasmersche, heute das von der Tannsche Freicorps hier durch nach Rendsburg und der Heimath zu; morgen wird nun auch das Rantzausche Corps nachfolgen, vor dem es noch vor einigen Tagen hieß, daß es zum Schutze Hadersleben, und Apenrades zurückbleiben werde. Auch an Dislocationen des Militärs fehlt es nicht ganz; so rückten heute braunschw. Truppen, die von Alsen her gekommen waren hier ein, während die bisherige mecklenb. Besatzung die schwierige Position Alsen gegenüber einzunehmen bestimmt ist. (Wes. Z.)

(Altona, den 19. Mai.) Die Nachrichten, über Einstellung der Feindseligkeiten mit Dänemark und Einleitung von Friedens-Präliminarien werden von einem Korrespondenten der Kölnischen Ztg. dahin bestätigt, daß die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund als erster Artikel voransteht und England selbst denselben als die conditio sine qua non seiner Vermittlung anerkennt. Dadurch ist Schleswig auf alle Zeiten von einer Inkorporation in die dänische Staats-Einheit gesichert.

(Apenrade, 17. Mai, Abends.) (Landungsversuch der Dänen.) Durch die heute hier in großer Anzahl an- und durchgekommenen hannöverschen Truppen (3 Bat. Infanterie,) einige Schwadronen Dragoner, mehrere Geschütze und eine gemischte hannöversch-braunschweiger Pionierabtheilung) erfährt man, daß gestern Sonderburg gegenüber die Dänen einen Landungsversuch gemacht, den sie aber mit einem verhältnißmäßig bedeutenden Verluste zu büßen hatten. Besonders waren es die Oldenburger, die sie mit den Bayonetten arg zurichteten und ans Wasser zurücktrieben, wo sie wieder von ihren Schiffen aufgenommen wurden. — Jetzt scheint sich ein großer Theil des regulären Militärs vom 10. Bundesarmeekorps hier, so wie in Loit und Hadersleben, also in gerader Richtung auf die jütländische Grenze zu postiren zu sollen. Nach Loit ist heute Nachmittag auch das Krogsche Freicorps beordert worden. In Jütland geht Alles erwünscht; das schleswig-holsteinische Hauptquartier ist noch in Veile (Wrangel soll in Middelfahrt sich festgesetzt haben (?), aber Zastrow ist schon in Aarhuus gewesen und ein kleines Detachement hat sich sogar bis nach Viborg und Aalborg vorgewagt, ohne seiner Kühnheit durch irgend einen Dänen einen Damm entgegengesetzt zu sehen. (Wes. Z.)

Aus dem Cantonnement des 10. Armeekorps im Sundewitt, den 16. Mai. Erst spät erhalten wir auf unseren Vorposten die Zeitungen, aber ihr Inhalt bewegt uns darum nicht minder. Mit Entrüstung lesen wir den Brief des dänischen Seekapitäns Bille an den Kommandirenden der Bundesarmee, worin uns grausame Kriegführung gegen die schuldlosen Einwohner und ihre friedlichen Wohnungen vorgeworfen wird. Mit Entrüstung weisen wir solche Anschuldigungen zurück und müssen sie umkehren auf die dänische Seemacht. Täglich steht es in unserer Gewalt, den Mittelpunkt der dänischen Macht auf Alsen durch unsere Artillerie in einen Aschenhaufen zu verwandeln, aber im Gefühl einer gerechten Sache, im Gefühle der Menschlichkeit, die den Krieger nie verlassen darf, vermeiden wir es, unsere Geschosse anderswohin zu richten, als auf unsere Feinde. Aber nicht so die dänischen bewaffneten Schiffe. Seit acht Tagen sehen wir es hier täglich, daß nicht allein durch die Landtruppen in der Nähe der Sonderburger Fähre alle Gebäude niedergebrannt werden, die unseren Schützen möglicherweise einige Deckung gewähren könnten, sondern ihre Schiffe groß und klein umkreisen unsere Halbinsel und richten ihr zerstörendes Bombenfeuer auf alle erreichbaren Häuser der armen und meist dänisch gesinnten Landleute, Gebäude, die für uns als Deckung gar keinen Werth haben, da der schützenden Erdwälle genug sind. Ein Haus nach dem andern fällt in Trümmern oder brennt nieder, das Vieh wird niedergeschmettert, und noch vorgestern ward ein Mann im Bette durch eine Bombe getödtet. Dazu fanden wir in nicht krepirten Bomben neben der Pulverladung allerlei Eisenstücke, Hacken, Krampen, Nägel und dergleichen — Nennt der Däne das menschliche und gerechte Kriegführung?! (Bhlle.)

Württemberg. (Stuttgart, 21. Mai.) In Folge der in vergangener Wochen an mehreren Orten stattgehabten Excesse, hat sich das Ministerium veranlaßt gefunden, anzuordnen, daß künftighin die Gemeinde des Orts, an welchem derartige Ruhestörungen vorfallen, daß zur Dämpfung derselben das Einschreiten der bewaffneten Macht nöthig wird, die Kosten der Execution zu tragen und zwar einem jeden Soldaten 24 Kreuzer auf den Tag zu zahlen habe. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 20. Mai.) [National-Versammlung, Sitzung vom 19. Mai, Schluß.] Der Proklamtionsentwurf der Glieder Berard, A. Freslon, Montrol und Hr. Beaumont schien seines pomphaften Styls halber der Versammlung am meisten zu behagen. „Eine Hand voll Aufrührer (heißt es darin) hat das größte Verbrechen in einem freien Lande begangen, das der verletzten Nation, der gewaltsamen Usurpirung der Volkssouverainetät. Bürger! Durch keine Unterhandlung, kein Wort (!), keine Geberde (!) ließen sich Eure Vertreter zur Anordnung der Gewalt zwingen, und als man wagte, die National-Versammlung aufgelöst zu erklären, eilte die entrüstete Bevölkerung von Paris zu den Waffen und setzte uns durch ihr bloses Erscheinen wieder in den Stand, Euch zu dienen und die Republik endlich zu konstituiren. Ganz Paris (?) wacht über uns; sein Patriotismus bürgt für das Pfand, das Ihr ihm anvertraut. Wir sind glücklich und stolz ob der Hingebung dieses tapferen Volkes, das uns umgibt und vertheidigt...... Die Gerechtigkeit, in ihrem regelmäßigen aber energischen Gange wird die Schuldigen, ohne Ergreifung außerordentl. Maßregeln ergreifen; wir werden ihre schändlichen Hoffnungen vernichten; wir werden keiner andern Reaktion Raum gestatten, als der Entschlossenheit der Behörden. Der Vollziehungs-Ausschuß mit Nachdruck und Einigkeit ausgeübt, wird die Unordnung nicht gestatten. Treu unterstützt von seinen Agenten, wird er die wachsamen Diener des Volks wohl von den Urhebern der Förderer der Anarchie zu scheiden wissen. Die Republikanischen Staatseinrichtungen werden künftig nicht mehr zum eignen Schaden der Republick ausgebeutet werden können. Das Petitions- und Vereinsrecht sollen künftig nicht mehr als perfide Waffen gegen die Freiheit gezogen werden u. s. w.“ Nach ziemlich lebhafter Besprechung dieses Proklamationsentwurfs schritt die Versammlung zur Wahl zweier Sekretaire, die ihr durch Felix Pyat und eine Minister-Ernennung entzogen worden waren. Die Abstimmung erfolgte wie üblich durch Stimmzettel, was lange Zeit erfordert. Gegen 5 Uhr 16 Minuten verkündete Vicepräsident Senart (von Rouen) das Resultat der Abstimmung: Armand Marrast, Maire von Paris (mit 679 Stimmen) und Bethmont (ehemal. Minister der Provis. Reg. mit 604 Stimmen) wurden zu Sekretairen proklamirt. Fünf Minuten später 5 Uhr ging die Versammlung auseinander. Jedes Glied kehrte mit einem dicken blauen Bande (Rechnungslegungen aus den Jahren 1845, 46, 47 unter Guizot enthaltend, unter dem Arm in seine Wohnung. Präsident Buchez erschien im Laufe dieser ganzen Sitzung nicht wieder auf dem Präsidentenstuhle. Morgen um 1 Uhr öffentl. Sitzung. (Paris, 6 Uhr Abends.)

[National-Versammlung. Sitzung vom 20. Mai.] Buchez befindet sich nicht auf dem Präsidentensitz. An seiner Stelle eröffnete Senart (aus Rouen) um 1 Uhr die Sitzung. Charbonnel ergreift das Wort, um darauf zu dringen, daß dem Ausschusse zur Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse ein Repräsentant jedes Departements beigegeben werde. Er hält diesen Gegenstand für den wichtigsten und beklagt sich, daß eine in diesem Sinne von ihm gestern überreichte Proposition noch keinen Platz im heutigen Moniteur gefunden. Dégoussée besteigt dann die Tribune, um die Versammlung abermals von der Nothwendigkeit äußerlicher Abzeichen bei den Sitzungen und sonstigen Feierlichkeiten zu überzeugen. Er sah dieses Mal wirklich seine Fürsorge vom besten Erfolge gekrönt. Künftig werden die Volksvertreter mit dreifarbiger goldfransiger Schärpe und einem Bande mit goldgestickten Fasces im Knopfloch erscheinen. Der Präsident las hierauf einen Brief an ihn vor, ihn welchem der Repräsentant Miscelle aus dem Departement Pas-de-Calais seine Entlassung nimmt, weil dieses Amt mit seiner Stellung und seinem Charakter unverträglich... Miscelle von seiner Bank: »Bürger-Präsident, ich reklamire hingegen.... Dieser Brief ist unächt, er ist eine Fälschung.« Der Präsident: Besteigen Sie die Bühne. Miscelle: Ich habe diesen Brief nicht geschrieben (Erstaunen). Es ist eine Fälschung, die ich dem

Staatsanwalt anzeigen werde!« Dieses Entlassungsgesuch scheint in der That eine Fopperei zu sein, die sich vor Gericht enthüllen dürfte. Matthieu (Drôme) trug demnächst darauf an, eine Wochenausgabe des Moniteur zu veranstalten, welche ausschließlich die Beschlüsse und Handlungen der National-Versammlung enthalte. Flegnat wünschte den neuen Verfassungsentwurf so schleunig als möglich den Abtheilungen zu einer Vorprüfung überwiesen zu sehen, ehe er in öffentlicher Sitzung diskutirt werde. Ein anderes Glied wunderte sich, daß die Vollziehungsgewalt der Hinterbliebenen der am 15. Mai gefallenen 2 National-Gardisten noch keine Pensionen bewilligt habe. Duclerc Finanzminister versichert dem Ungeduldigen, daß der Moniteur ehestens das diesfällige Dekret bringen werde. Man habe doch erst die Sache untersuchen müssen. Debeaux wollte demnächst eine Heerschau der Handlungen der provis. Regierung vornehmen und die Gesetzlichkeit mancher Dekrete prüfen; allein Cremieux eilte bei Zeiten auf die Tribüne, um die Versammlung zu ersuchen, auf den Debeauxschen Antrag nicht einzugehen. Dieß geschah und der Debeauxsche Antrag, der manche Leidenschaft hervorgerufen haben würde, fiel durch.

St. Romme lenkte hierauf die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die National-Handwerkstätten, deren Reorganisation er beantrage. Diese Werkstätten seien für die Moralität der Arbeiterklassen wahre Giftbuden und müssen wenigstens unter schärfere Aufsicht gestellt werden. Trelat, Staatsbautenminister, vertheidigte die Nothwendigkeit der (wenigstens vorläufigen) Beibehaltung dieser Revolutionsfrucht und ersuchte die Versammlung, den Rommeschen Antrag an den Ausschuß für das Arbeiterwohl zu weisen, was auch geschah. Ducoux bestieg endlich die Bühne, um die Vollziehungsgewalt daran zu erinnern, daß seine Interpellation rücksichtlich Polens und Italiens durch den verhängnißvollen Sturm am letzten Montage unterbrochen worden sei, und er frage hiemit an, an welchem Tage sie die Beantwortung derselben fortzusetzen geneigt sei? Lamartine erklärt sich mit Vergnügen bereit, diesen Interpellationen am nächsten Dienstag Rede zu stehen. Die neuesten Berichte seien übrigens von so befriedigender Art, daß sie der bisher befolgten Politik der Regierung völlig Recht geben. — Da die Tagesordnung erschöpft war, ging die Versammlung schon um 3½ Uhr auseinander und zog sich in ihre Abtheilungen zurück.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26. Mai 1848. **№ 147.** **Freitag: Beda.**

** Reaktion in Nürnberg.

Ein neuer sehr bedeutender Schritt zur Rückkehr in das alte System der Willkühr und Knechtschaft ist in diesen Tagen von unserm Magistrat versucht worden. Diese Behörde glaubt herausgefunden zu haben, daß der politische Verein und das Organ desselben, der freie Staatsbürger, Unzufriedenheit und Aufregung unter der hiesigen Bevölkerung erzeuge und zum Umsturz der bestehenden Ordnung auffordere; und hat daher beschlossen, den derzeitigen Vorsitzenden dieses Vereins, Herrn Dr. Gustav Diezel aus der Stadt zu verweisen, unter dem Vorwande, derselbe habe sich nicht gehörig über seine Subsistenz-Mittel ausgewiesen. Dieser Punkt ist nun sogleich auf die Behörde hinlänglich zufrieden stellende Weise beseitigt worden, allein dennoch beharrt dieselbe bei ihrem Beschlusse, und wurde Herrn Diezel freundlich gerathen, dennoch die Stadt zu verlassen oder den politischen Verein aufzulösen. Da nun der Vorwand dieses Beschlusses beseitigt ist, so bleibt als Grund nichts mehr übrig als Willkühr, hervorgegangen aus dem Streben, alles wieder in den alten, süßen, politischen Schlummer, in jene geistige Dämmerung zurückzuführen, wo man so schön im Trüben fischen, so ungestört schalten und walten konnte, ohne von einer aufmerksamen öffentlichen Versammlung beobachtet, von einem freisinnigen Blatte, besprochen zu werden. Nun fragen wir, wird die Stadt Nürnberg sich einen solchen starken Eingriff in das verbürgte Recht der freien Rede und Schrift gefallen lassen, wird es ruhig die Schmach auf sich laden, daß Männer, welche mit Aufopferungen die Interessen des Volkes überwachen und vertreten, aus ihrer Mitte herausgeholt und entfernt werden? Wenn wir dieß an Hrn. Diezel geschehen lassen, so ist nachher Niemand mehr sicher, der es wagt, seine Meinung offen zu äußern; die Fremden wird man ausweisen und die Einheimischen ins Gefängniß stecken, um ihnen das mißliebige Reden zu verleihen. Welche Entrüstung erregte es in ganz Deutschland, als die badischen Deputirten eben so willkührlich aus Berlin ausgewiesen wurden? Soll nun Nürnberg auf der Bahn des Rückschrittes vorausgehen, wollen wir dasselbe an einem Ehrenmann geschehen lassen, der nichts verschuldete, als daß er die Interessen des Volkes vertrat? Wollen wir gleichgültig zusehen, wie ein Streich nach dem Andern gegen unsre junge Freiheit geführt wird, bis sie unter den Hieben der russischen Knute ein schmähliches Ende erreicht? Wollen wir gleichgültig zusehen, wie das alte System der Verdummung des Volkes, um demselben in gesetzlicher Ruhe und Sicherheit seine letzten Heller auszupressen, wieder neu organisirt und in noch größere Vollkommenheit gebracht werde? Wollen wir uns so lange willkührlich von unsern angestammten Bedrückern regieren lassen, bis nichts mehr zu regieren ist, als eine Masse Bettler? Gewiß, das werden, das können die Einwohner Nürnbergs, können deutsche Männer nicht wollen. Darum erheben wir laut unsere Stimme, daß der willkührliche und ungerechte Beschluß des Magistrats gegen Hrn. Diezel zurückgenommen werde, damit man ferner ungefährdet die Interessen des Volkes, des gesammten Vaterlandes berathen könne.

†† Proletariat und Pauperismus.

(Fortsetzung.)

Daher auch dieses Zusammenhalten, dieser hie und da hervortretende Dünkel, den man gewöhnlich Bureaukratie zu nennen pflegt und der eben, weil er nur der Plutokratie gegenüber steht, in so fern in seinem Rechte ist, so gut als diese. Nun hat sich aber aus dem weitverzweigten Beamtenstande, der durchweg auf eine mehr oder minder umfassende Schulbildung gegründet seyn muß, eben so wie aus dem nothwendigen und durch das Bedürfniß geforderten Gewerb- und Handelstande der auf den Luxus spekulirende Fabrikant mit seinen Arbeitern hervorgegangen ist, der erst in neuerer Zeit in großer Masse zum Vorschein gekommene Literatenstand gebildet. Auch diese Erscheinung ist nichts an sich Neues, indem es Solche, die, ohne einen bestimmten Stand oder Amte anzugehören, sich vermöge der Gewandtheit ihrer Feder und einer Leichtigkeit allgemeine Gesichtspunkte aufzustellen und zu entwickeln, namentlich öffentliche Angelegenheiten, Staat, Kirche, Schule, Kunst zu besprechen, eine zwar selbstständige jedoch p.e-käre Stellung verschafften, jederzeit gegeben hat, und wenn man will schon das Alterthum in den Sophisten Vorbilder dieser Thätigkeit besaß. Mit dem Fortschritt der Zeit und der ungeheuren Ausdehnung der Zeitung und Journalliteratur haben eine Menge Solcher, die dem gelehrten Stande angehören, hier eine zum Theil einträglichere, zum Theil ihnen, weil sie nicht mit der bei einem Amte erforderlichen Unterordnung verbunden ist, mehr zusagende Erwerbsquelle und Thätigkeit gefunden und die glänzenden Erfolge, welche Einzelne gehabt haben, locken immer mehr in diese Reihen zu treten. Wie aber der Fabrikant auf den Luxus im Materiellen spekulirt, so die Literaten auf den Luxus im Intellektuellen, was durch die Programme neuer literarischer Unternehmungen, seien es Zeitschriften oder ganze Werke, die von einem Verein herausgegeben werden, zur Genüge bewiesen wird. Unstreitig hat auf diese, ebenso wie das Fabrikwesen an sich nothwendige Erscheinung, deren Heilsamkeit und Zuträglichkeit wir gar nicht in Abrede stellen, in der neueren Zeit ganz dieselbe ungeheure Ausdehnung wie der Fabrikarbeiterstand bekommen, und bildet nun das aus der Literatur und der literarischen Thätigkeit ebenso hervorgegangene Proletariat, wie jenes aus der mechanischen und materiellen Thätigkeit entsprungen ist. Schon in der Julirevolution war diese Literatenthätigkeit ersichtlich, in der Februarrevolution ist sie nun mit der Arbeiterthätigkeit nicht blos verschmolzen, sondern sie wird von derselben allem Anscheine nach ganz aufgebraucht und verschlungen werden. Indem nun die neueste Pariser Revolution die Thatsache dieses Proletariats vorfand, hat sie daran die Lüge angeknüpft, dieses Proletariat sei das Volk an sich. Was ein durch die Uebervölkerung und den Luxus entstandener Auswuchs zu nennen ist, was nur durch Abnormitäten unserer gesellschaftlichen Entwicklung entstanden ist, was also höchstens und im besten Fall ein Theil des Ganzen ist, wird als das Ganze selbst bezeichnet. Auch Friedrich Rohmers Benennung „vierter Stand" ist nicht viel besser.

(Schluß folgt.)

* Aufruf an die fränkischen Frauen und Jungfrauen, zunächst an die Bewohnerinen Nürnbergs und seiner Nachbarstädte zu Sammlungen für die deutsche Flotte.

Wohl seyd Ihr, theure Schwestern, den großartigen Ideen der Einheit, die jetzt unser deutsches Volk von den Alpen bis zur Nordsee, von den Vogesen bis zu den östlichen Gränzmarken durchdringen, so Gott will, unser deutsches Vaterland wieder zu seiner frühern Macht und Herrlichkeit erheben sollen, nicht fremd geblieben; gewiß hat Eure wärmste Theilnahme unsre muthigen Krieger nach Schleswig begleitet und innige Freude über den glänzenden Erfolg, den deutsche Tapferkeit dort wieder errungen, Euch erfüllt. Aber mitten im raschen Siegeslauf stehen unsre wackern Streiter nun gehemmt, ein schmaler Meeresarm trennt sie von dem flüchtigen dänischen Heere und dänische Kriegsschiffe wehren den Uebergang nach Alsen. Dänische Kriegsschiffe haben aber auch die Mündungen unsrer Ströme blokirt, die winzige dänische Seemacht brandschatzt die große deutsche Handelsflotte und vergebens sehen sich unsre deutschen Uferstaaten, vergebens sieht sich der deutsche Handel nach Schutz und Hilfe gegen seine übermüthigen Dränger um. Dieser Noth, dieser Schmach, daß ein Volk von mehr als 40 Millionen auch von dem ohnmächtigsten Staat ungestraft zur See alle Unbill zu erdulden habe, muß schnell und mit Aufgebot aller Kräfte gesteuert werden; die deutschen Küsten und Meere, die deutschen Handelsinteressen dürfen ebensowenig der Gewalt der Feinde preisgegeben sein, als die deutschen Landesgränzen; wehrhaft muß Deutschland dastehen zur See, wie zu Land und dieß ist nur möglich durch ungesäumte Herstellung einer deutschen Kriegsflotte. Zur Erreichung dieses großen Zweckes mitzuwirken, so viel in unsrer Macht steht, wollen auch wir nicht säumen und während Deutschlands Söhne theils schon in den Kampf gezogen sind, theils gerüstet stehen, unsre Gränzen gegen feindlichen Einfall zu vertheidigen, laßt uns, Deutschlands Töchter, einen großen Bittgang thun für die deutsche Flotte in allen Häusern — wer, dem ein deutsches Herz in der Brust schlägt, wird unsern Bitten sein Ohr verschließen? — laßt uns selbst auch unsere Gaben auf den Altar des Vaterlands niederlegen, Geld und Geldeswerth freudig der Vertheidigung unsrer vaterländischen Interessen zur See opfern! Bereits sind uns hochherzige Frauen und Jungfrauen Münchens und Wiens mit gutem Beispiel vorangegangen, bereits haben unsre deutschen Landsleute in London, unsre edeln Brüder in Hamburg, glänzende Beweise ihres Patriotismus gegeben; der alte Geist der seebeherrschenden Hansa beginnt sich wieder kräftig zu regen, und so wird auch unser altehrwürdiges Nürnberg, werden Fürth, Erlangen, wird unser ganzes gesegnetes Frankenland gewiß nicht zurückbleiben, diese heilige vaterländische Sache zu unterstützen. Es ist ja aber diese allgemeine deutsche Angelegenheit recht eigentlich auch speziell die unsrige; denn, gelingt es den Feinden Deutschlands, die durch den Unternehmungsgeist unsrer Seestädte gebahnten Absatzwege für deutschen Welthandel zu zerstören, was soll dann aus dem Binnenlande werden, was insbesondere das Schicksal des bei dem überseeischen Handel so sehr betheiligten Gewerbfleißes unsrer fränkischen Städte, und stocken einmal die Erwerbsquellen des Bürgers, was das Schicksal unsrer Landwirthschaft sein? Darum helfet Alle zusammen zu dem guten Werke, weß Standes, weß Herkommens, ob vom Land oder von der Stadt Ihr seid, gebe jedes nach seinen Kräften, dieweil es noch Zeit ist — auch die kleinste Gabe wird uns willkommen sein, seid aber, die Ihr mehr geben könnt, auch eingedenk, daß unsre Zeit großer Opfer bedarf, wenn Großes aus ihr hervorgehen, wenn Deutschland nicht eine Beute äußerer und innerer Feinde werden soll; bildet Hilfs-Comités, veranstaltet Sechsersammlungen, sammelt in gesellschaftlichen Kreisen, in Familien, in Schulen, zeiget Alle, daß Ihr wackre Deutsche, daß Ihr Eins sein wollt in dem Streben, unser theures Vaterland groß und mächtig, einträchtig und frei im Innern, unabhängig und geachtet vom Ausland zu machen; dann wird Gott auch unser Unternehmen segnen, wird schwacher Frauen Werk zu Deutschlands Stärke dienen lassen! Die Unterzeichneten werden sich persönlich der Sammlung von Beiträgen bei ihren lieben Mitbürgern und Mitbürgerinen in Nürnberg unterziehen und hoffen sich hierin auch von andern patriotischen Frauen und Jungfrauen unterstützt zu sehen; Die Kassaführung wird das hiesige Handlungshaus M. C. Huber besorgen, das sich überhaupt auch zur Annahme von Beiträgen sowohl von hier als von auswärts bereit erklärt hat und nebst Dr. H. Beckh jederzeit weitere Auskunft über die Sache ertheilen wird. Nürnberg, im Mai 1848.

Sophie Barthelmeß, S. 800. Math. Beckh, S. 880. Anna v. Behaim, Wöhrd G.-N. 164. M. Brunner, L. 984 b. Ad. Dietz, L. 255. Marg. Eckart, Gostenhof Nro. 144. Br. Farnbacher, L. 357. Wilh. Farnbacher, L. 1056. Mar. Geißler, St.

Johannis Nro. 11. Wilh. Göschel, L. 592. Joh. Günther, S. 361. Marg. v. Herzdenaher, S. 47. Kath. Hofmann, S. 836. Frl. v. Holzschuher, Wöhrd G.-N. 177. Ros. Huber, S. 558. Suf. Kalb, L. 1380. Luc. Kleinknecht, L. 87. Bab. Kolb, L. 134. El. Mach, S. 155. Kar. Merk, L. 362. Kl. Merkel, L. 95. Aug. Merkel, L. 97. El. Platner, S. 764. Christ. Reuter, L. 148. Luc. Riedt, Wöhrd G.-N. 162. Mad. Schmidmer, S. 766. Bab. Schwenk, Wöhrd 212. Mar. v. Tucher, Wöhrd G.-N. 187. Ros. Wiß, Kl.-Weidem. 61. Bab. Zellfelder, S. 1706.

Deutschland.

Bayern. (Würzburg, den 24. Mai.) Heute Morgens 7 Uhr ging von hier eine Abtheilung von 200 Mann des hier garnisonirenden Jägerbataillons nach den Gemeinden Saalbach und Burkardroth ab, um dort die Ruhe herzustellen, indem in dem Orte Saalbach, wo eine berüchtigte Familie vom Landgerichte Kissingen ausgehoben werden sollte, der Arrestation derselben durch Gendarmen und Forstpersonal sich 20 Wilderer widersetzten. Die 20 Wilderer begaben sich in das Haus jener Familie und schossen aus den Fenstern auf die Gendarmen. Man erwartet, daß, wie früher an der badischen und kurhessischen Gränze, auch dort die dahin gesandten Truppen dem Gesetze Achtung verschaffen werden. (N. Wrzb. Z.)

(Regensburg, den 23. Mai.) Im Landgerichte Hilpoltstein sind ziemlich ernsthafte Unruhen ausgebrochen. Anlaß sollen Forstfrevel sein, deren Untersuchung und Abstrafung durch die Gerichtsbehörde sich das Landvolk widersetzte. Bedauerliche Erscheinungen das! Zur Herstellung der Ordnung wurde von hier aus ein Trupp Soldaten nach dem Schauplatze der Excesse beordert. (Regsb. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 24. Mai.) 56. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 22. Mai 1848. Der großherzoglich hessische Bundestagsgesandte, Freiherr von Lepel, zeigt seine Abberufung an und substituirt vorläufig zur Führung der Stimme des Großherzogthums Hessen den kgl. würtembergischen Gesandten. Von dem Gouverneur der Bundesfestung Mainz, General von Hüser, wurde eine Zuschrift vom 21. d. M. mitgetheilt, nach welcher es an dem bezeichneten Tage zwischen dem dort garnisonirenden preussischen Militär und der Bürgerwehr von Mainz zu ernsten Konflikten gekommen, mehrere preussische Soldaten erschossen und verwundet, in Folge dessen aber von dem Festungsgouverneur die Stadt in Belagerungszustand erklärt und die Untersuchung des Vorgefallenen durch eine gemeinschaftliche Kommission in Aussicht gestellt worden war. Die in Folge dessen zur Wiederholung der Ruhe und Ordnung von dem Gouverneur ergriffenen Maßregeln unterstellte der Letztere der Genehmigung der Bundesversammlung und diese wurde denn auch, da es sich um eine Bundesfestung handelt und das Angeordnete eben eine Folge der Erklärung der Stadt in Belagerungszustand ist, nach dem Gutachten des Militärausschusses ausgesprochen, und dem Festungsgouverneur die Rückantwort ertheilt, daß er, in Verfolgung des vorschwebenden Zweckes, mit Festigkeit und Mäßigung vorschreiten solle. Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß der Bundesbeschluß vom 25. April d. J. §. 341, die Vereinbarung der über die Volksbewaffnung zu erlassenden Gesetze mit den §§. 14 und 15 des Bundesfestungsreglements betreffend, noch nicht zur Erledigung gebracht ist. Derselbe hatte zum Gegenstande, an die großherzoglich hessische Regierung das Ersuchen zu richten: sofort die geeigneten Einleitungen zu treffen, damit den §§. 14 und 15 des Bundesfestungsreglements in der Bundesfestung Mainz entsprochen werde, bei Erlassung der, die Volksbewaffnung regelnden Gesetze, auf die oben bezogenen Bestimmungen des Festungsreglements Rücksicht zu nehmen und über das Verfügte Anzeige zu erstatten. Da die letztgedachte Anzeige noch im Rückstande ist, so soll dieselbe in Erinnerung gebracht werden. Mitgetheilt wurden demnächst ein Schreiben des Oberbefehlshabers des 7. und 8. Armeekorps, die Aussage eines Gefangenen betreffend, ferner ein Danksagungsschreiben des Generals v. d. Kolding, den 15. Mai, für eine Seiten der Bundesversammlung an ihn erlassene Zuschrift, und endlich ein Schreiben vom nämlichen Dato, in welchem der General von Wrangel über den gegenwärtigen Stand der militärischen Operation Nachricht ertheilt, und aus welchen zu entnehmen war, daß in Bezug darauf wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind. Nachdem ferner einige Wahlen zur Ergänzung von unvollzählig gewordenen Ausschüssen vorgenommen worden waren, nahm der Gesandte der freien Stadt Frankfurt Gelegenheit, einer, nach öffentlichen Blättern in der hannoverschen Kammer erfolgten Erklärung des Ministers Stüve Erwähnung zu thun, nach welcher der frühere Gesandte der Stadt Frankfurt geäussert haben soll, daß der Senat für die Ruhe der Stadt nicht mehr einstehen könne. Da jedoch eine derartige Aeusserung Seiten des bezeichneten Gesandten bei der Bundesversammlung weder offiziell, noch vertraulich erfolgt ist, so beschloß man, hierüber eine berichtigende Erklärung in das Protokoll aufzunehmen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 22. Mai.) Die Unentschiedenheit und Aengstlichkeit hat in der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung wieder eine Tagesfrist gewonnen, um welche sie die Beantwortung der ersten Frage von Bedeutung und Wichtigkeit hinausschieben kann. Durch den Raveaux'schen Antrag in Betreff der preussischen konstituirenden Versammlung ist die Nationalversammlung aufgefordert, sich über ihre Stellung zu den einzelnen Theilen Deutschland's auszusprechen. Sie muß es unbedingt und klar thun, wenn nicht der gegründete Vorwurf der Schwäche, des größten Fehlers in jetziger Zeit, in Deutschland's Augen sie treffen soll. Wenn die vom Fünfziger-Ausschuß aufgeforderte Bundesversammlung es ablehnte, in einer Sache Beschluß zu fassen, die sie selbst für empfehlenswerth hielt, so mag man ihr die Entschuldigung zu gut halten, daß sie sonst vielleicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates störend einwirken könnte. Die Nationalversammlung aber kann nicht davon zurückweichen, daß sie mit Entschiedenheit eine Störung in der Entwickelung der Angelegenheiten Deutschland's verhüte. Doch auch die preussischen Abgeordneten in Berlin haben Pflichten. Deutschland und Preussen, Zuruf an die preussischen Abgeordneten am 18. Mai 1848 von Jacoby aus Königsberg — eine in den jüngsten Tagen erschienene Flugschrift — verdient gerade jetzt, wo man uns hier die Unvermeidlichkeit der Einberufung des preussischen Landtags als konstituirende Versammlung und die Räthlichkeit, ihn zur Vermeidung von Zwiespalt gewähren zu lassen, mit vielen schönen Worten beweisen will, besondern Aufmerksamkeit. Zwei Wege, sagt der Verfasser, führen zu dem von allen deutschen Stämmen ausgesprochenen Ziele, daß Deutschland ein freies und einiges Reich sey: — der eine ist sicher, der Weg friedlicher Umgestaltung; der andere unsicher, der Weg gewaltthätiger Umwälzung. Der deutsche Reichstag ist das Mittel, um die Einheit des Vaterlandes auf dem Weg friedlicher Umgestaltung zu erzielen. Wer Deutschlands Einheit will, der muß die Kraft des Volksparlaments fördern. Wer dieser Macht entgegentritt, sie hemmt oder schwächt, der ist ein Feind des Vaterlandes — der arbeitet, bewußt oder unbewußt — der Anarchie in die Hände. Mit diesen Vordersätzen vergleicht sodann der Verfasser die Handlungsweise des preussischen Staatsministeriums, die Einberufung des Landtags, die Aeußerungen des wieder erwachenden Preussenthums. Das Ministerium, beim Antritt seiner Regierung unterstützt von dem Zutrauen aller Gutgesinnten, habe die Gunst der Umstände nicht benützt. Von jedem Hauch der Parteien, dem wankenden Schilfe gleich, in Bewegung gesetzt, habe es trotz mehrfacher Aufforderung nicht den Muth gehabt, seine Ansichten über Fragen der Zeit, über die Stellung Preussens zu Deutschland und über die auswärtigen Angelegenheiten offen dem Volke darzulegen. Der Verfasser durchgeht ein Sündenregister, das mit der Zurückberufung des Prinzen von Preussen endigt; er schließt mit dem Satze, daß sie das Vaterland lieben, aber ohne die Kraft und den Muth, es zu retten. Es sind brave Männer, aber schlechte Minister, weil sie in ihrem eigenen Innern keinen Halt finden, suchen sie Anhalt und Kraft im einberufenen Landtage, der in derselben Zeit für sich tagen soll, während in Frankfurt alle deutschen Stamme — Preussen eingeschlossen — gemeinschaftlich tagen. Richtig sind die Nachtheile der Gleichzeitigkeit bezeichnet, die Zersplitterung der Aufmerksamkeit, der Verlust an geistigen Kräften und die Erweckung von Mißtrauen. Ueberall sey das gefühlt und von den Regierungen sich gefügt worden, nur in Preußen (wir müssen zusetzen auch in Hannover) nicht. Die eigenthümliche Lage Preußens sei keine Entschuldigung, denn sie sei diejenige der anderen Staaten. Hier suchten die Regierungen die gleichen Uebelstände zu bekämpfen so gut es gehe, und erwarteten vertrauend dauernde Abhülfe vom Parlamente. Leider müssen wir im letzten dem Verfasser widersprechen; auch andere Regierungen haben, wenn auch in anderer Form, ihr Widerstreben ausgesprochen. Der bayerische Verfassungsentwurf ist kein Vertrauensvotum für das Volksparlament d. h. die deutsche Einheit. Doch das nebenbei. Ein gefährlicher Feind für Deuschlands Einheit, wenn es nicht in Preußen aufgehen will, erscheint das wiedererwachende Preußenthum, die eigensinnige kleinliche Souveränetätseitelkeit, um deren Willen Deutschland so lange zum Gespötte der Völker, zu einer leichten Beute eines Nachbarn geworden. Wir wollen — so höre man sprechen — die theuer erworbene Selbstständigkeit Preußens nicht an einen Frankfurter Reichstag verschenken; wir protestiren gegen die Befehle eines deutschen Volksparlaments, gegen die rechtsverbindende Kraft seiner Beschlüsse. Doch sie hätten eines übersehen, daß Preußen nur in Deutschland bestehen könne. Die Rheinprovinz und der bei weitem größte Theil der Schlesier, Sachsen und Westphalen sei deutsch gesinnt, und eine einseitig preußische Politik müsse Preußen zerfallen machen. — Die Aufgabe des Landtags stellt Jacoby dahin, daß die Abgeordneten dem Könige die Männer ihres Vertrauens zu bezeichnen, diesen provisorisch eine unbedingte Vollmacht zu ertheilen, und dann bis zur Beendigung des deutschen Verfassungswerks sich zu vertagen haben. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 23. Mai.) Unter größter Aufregung der Versammlung und der Zuhörer wurde von Ziß Bericht erstattet über die Vorfälle in Mainz und der Antrag gestellt, daß sofort das Aufhören der Ausnahmsmaßregeln veranlaßt werde. — Nach Schluß des Berichts wird von Ziß eine eben angekommene telegraphische Depesche verlesen, daß Mainz wiederum völlig gesperrt und Generalmarsch geschlagen worden sei. Vogt stellt den Antrag, unverzüglich aus dem Schooß der Versammlung eine Kommission nach Mainz zu senden, welche über die dortigen Vorkommnisse und Verhältnisse Untersuchung pflegen und Bericht erstatten solle. Nach langer, heftiger Debatte wurde beschlossen, den Antrag von Ziß an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Begutachtung zu verweisen, welchem es jedoch zur Pflicht gemacht wird, eine Kommission nach Mainz zur Untersuchung des Thatbestandes abzusenden. Der Ausschuß soll sofort nach der öffentlichen Sitzung gewählt werden; für die abreisende Kommission soll eine Vollmacht ausgestellt werden. Die Mitglieder begeben sich sofort in ihre Abtheilungen zur Wahl des Ausschusses. Schluß der Sitzung Nachmittag 1¼ Uhr. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Mainz, den 22. Mai.) Heute Morgen um 9 Uhr wurde folgendes Placat an unsern Straßenecken angeschlagen: An die Bürger und die Bewohner der Stadt Mainz. Das Festungsgouvernement hat unterm 21. Mai, Abends 10 Uhr, Nachstehendes erlassen: Nachdem die Waffen gemißbraucht worden, und mehrere Soldaten getödtet und verwundet sind, verlangt das Festungsgouvernement die sofortige Ausführung folgender Maßregeln: 1) Sämmtliche zur Bewaffnung der Bürgerwehr- und Turnercompagnien verwendeten Gewehre, Buchsen, Sensen und Pistolen, sind sofort in der Hospitalkaserne dem k. preußischen Obristlieutenant Heusler abzugeben, welcher dieselben, auf Verlangen gegen Quittung, zu übernehmen beauftragt ist. 2) Die bewaffnete Bürgergarde ist aufgelöst und kann erst mit Erlaubniß des Festungsgouvernements wieder organisirt werden. 3) Die Polizeimaßregeln werden, bis sichere Gewährleistung zur Herstellung der Ruhe geleistet ist, im Sinne des Festungsreglements vom Festungsgouvernement gehandhabt. 4) Es dürfen keine öffentliche Zusammenrottungen und keine Versammlungen von mehreren Personen auf der Straße stattfinden. Jede Aufforderung auseinander zu gehen, ist sogleich zu befolgen. Bei Widersetzlichkeiten werden Arrestationen erfolgen und nöthigen Falls die Waffen angewendet werden. 5) Jede andere noch zur Aufrechthaltung der Ordnung sonst erforderliche Maßregel behält sich das Festungsgouvernement vor. 6) Die strengste Untersuchung und Bestrafung der heute verübten Tödtungen und Verwundungen wird durch eine gemeinschaftliche Kommission sofort veranlaßt werden. 7) Wenn innerhalb zweier Stunden nach Publication dieser Vorschriften, die Waffen nicht abgeliefert sind, wird die Stadt beschossen. Unterzeichnet: v. Hüser und Jetzer. Mitbürger! In Folge der bereits gestern Abend geschehenen Verkündigung vorstehenden Gouvernementsbeschlusses ist nur ein Theil der Waffen abgeliefert worden. Den dringenden Vorstellungen der bürgerlichen Behörden ist es zwar gelungen, die im Art. 7. angedrohte Maßregel für die vergangene Nacht abzuwenden und eine Verlängerung des Termins zur Ablieferung der Waffen bis heute Mittag 12 Uhr zu erwirken. Inzwischen bleiben die Thore gesperrt, die Dampfschiffe dürfen nicht abfahren, und aller Verkehr ist gehemmt. Es liegt da-

der in unserm allerhöchsten Interesse, alles dazu beizutragen, damit die Anordnung zur Ablieferung der Waffen auf das Schleunigste befolgt, und grenzenloses Unglück von unserer Stadt abgehalten werde. Ich lade somit alle Bewohner auf das Dringendste ein, die Waffen unverzüglich auf dem Stadthaus abzugeben, und sich überhaupt den Bedingungen des Gouvernementsbeschlusses unweigerlich zu fügen, weil nur auf diese Weise zu hoffen ist, daß der bereits eingetretene traurige Zustand für unsere Stadt baldigst aufhöre, und die unberechenbaren Folgen, welche durch eine langere Dauer entstehen, möglichst schnell wieder abgewendet werden. Mainz, den 22. Mai 1848. Der Bürgermeister, Nack. — Zu den Opfern von gestern sind heute noch zwei gekommen. Ein Schreiner, Familienvater, wollte für seine kranke Frau einen Krug Wasser holen; ein in der Nähe stehendes Piquet Preußen rief ihn an, nicht weiter zu gehen, und kaum wollte der Arme umwenden, als ihn auch schon die Kugel ins Herz traf. Ein anderer, ein Tüncher, der an der Stadtmauer wohnt, ebenfalls Familienvater, wollte seine Wohnung zu erreichen suchen, und auch dieser fiel, von einer preußischen Kugel getroffen; selbst ein junger Mann, der an einer preußischen Kaserne vorüberging, wurde durch einen Steinwurf am Kopfe aus der Kaserne heraus, verwundet. Eben so fielen heute Morgen aus preußischen Kasernen auf Vorübergehende Pistolenschüsse. Um 2½ Uhr durften die den ganzen Morgen festliegenden Boote abfahren, doch wurde noch keines zugelassen. Die Rheinbrücke ist auch wieder aufgefahren und die Eisenbahn im Gange, sonst aber noch alle Communikation gehemmt. Die Waffen sind bis auf 90 Musketen abgeliefert. Der Vice-Gouverneur war gestern in großer Gefahr, eine Flintenkugel streifte seine Epaulette.

(Mainz, den 22. Mai, Morgens 9 Uhr.) Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt! Der Gouverneur hat die Polizei übernommen. Alle Thore sind gesperrt, ein Joch der Brücke abgefahren, und weder Eisenbahn noch Dampfboote dürfen abgehen. Das Militär hat seine Kasernen verlassen und sich zum größten Theile in die Forts zurückgezogen. Alle Kanonen sind auf die Stadt gerichtet. Den Bemühungen der bürgerlichen Behörde ist es gelungen, für die Auslieferung der Waffen eine Verlängerung des Termins bis heute Mittags 12 Uhr zu erwirken. Die Nacht verlief sehr unruhig. Zwei Preussen, die sich wahrscheinlich verborgen hatten, und in ihre Kaserne zurückkehren wollten, und heute Morgen ein hiesiger Bürger und Familienvater, der in der Nähe eines preuss. Postens an einem Brunnen Wasser schöpfen wollte, wurden erschossen. So viel jetzt bekannt ist, sind im Ganzen 2 Bürger geblieben, 2 sind lebensgefährlich und mehrere Andre leicht verwundet. Auf Seite der Preussen hiegegen sollen 5 bereits verschieden, und dem Gerüchte zufolge über 20 mehr oder weniger stark verwundet seyn.

Mittags 1 Uhr. Die gefürchtete Stunde ist ruhig vorübergegangen. Der größte Theil der Waffen wurde in den Vormittagsstunden abgegeben. Die Stimmung der hiesigen Stadt ist nicht zu beschreiben, und man fürchtet noch sehr viel Unheil. Die Erbitterung auf beiden Seiten ist zu groß, und wie man sagt, soll den Anordnungen des Vicegouverneurs von den wüthenden Soldaten fast nicht Folge geleistet worden sein. Aus kleinlichen Wirthshauszänkereien Einzelner ist demnach unserer Stadt ein so trauriger Zustand erwachsen. Auf beiden Seiten mögen viele Aufreizungen Statt gefunden haben, zu denen die politischen Verhältnisse einerseits, die Volksbewaffnung und die größere Beliebtheit der Oesterreicher bei den Bürgern andrerseits wohl genügenden Anlaß gaben. — Hiesige Bürger waren dabei weniger betheiligt, und die thätigsten Schritte beim Beginn geschahen von jungen Leuten, und wie man sagt, von den aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten Freiwilligen, von denen auch Einer geblieben sein soll. (N. W. Z.)

Oesterreich. (Wien, 19. April) Wir wissen jetzt aus guter Quelle und haben es gestern schon angedeutet, welche hochverrätherische Umtriebe und Intriguen angewendet wurden, um den lange zaudernden Monarchen zu dem verhängnißvollen Entschluß der Abreise zu bewegen. Der gütige Kaiser, der biedersinnige Erzherzog Franz Karl, die erleuchtete Erzherzogin Sophie, sie alle zögerten bis zur letzten Stunde, die getreue Stadt Wien zu verlassen. Aber ein hochadeliger Kammervorsteher, eine „erlauchte" Obersthofmeisterin, ein nichtdeutscher ehemaliger Hofkanzler und sein Schwager, ein Officier, der seit mehreren Tagen auf jede Weise das Militär zu bearbeiten suchte, diese und die lange Kette ihrer vornehmen Sippschaft wußten die Gefahr als so drohend und unausweichlich darzustellen, daß es ihnen endlich gelang, den Kaiser und seine Familie in den Reisewagen zu bringen. Was der Zweck dieser Machinationen war, ist nicht nöthig auszusprechen; aber es ist nothwendig, daß alle Gutgesinnten, alle aufrichtigen Freunde der Freiheit, des Rechts, der Ordnung und der Zukunft der Monarchie sich vereinigen und denselben mit allen gesetzmäßigen Mitteln zu vereiteln streben. (A. A. Z.)

Briefe aus Innsbruck vom 21. Mai melden, daß der Kaiser sich noch immer dort befand. Daß man am 21. in Wien noch immer keine bestimmte Nachricht über die Richtung der Reise der kaiserlichen Familie haben wollte, ist auffallend genug, da man in Augsburg schon am 20. Mittags darüber genau unterrichtet und die Abreise von Salzburg nach Innsbruck schon am 19. früh halb 4 Uhr erfolgt war. In Salzburg waren in den letzten Tagen zahlreiche glänzende Deputationen von Böhmen ꝛc. durchgekommen, um den Kaiser nach Prag einzuladen.

Preussen. (Berlin, den 22. Mai.) S. Majestät der König eröffnete heute Mittag um 12 Uhr die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufene Versammlung in Person im Weißen Saale des Königlichen Schlosses. Mit einem dreimaligen Hoch empfangen, verlas Se. Majestät folgende Thron-Rede: »Meine Herren Abgeordneten! Mit freudigem Ernste begrüße Ich eine Versammlung, welche, aus allgemeiner Volkswahl hervorgegangen, berufen ist, mit Mir die Verfassung zu vereinbaren, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands bezeichnen wird. — Sie werden, davon bin Ich überzeugt, indem Sie das Werk beginnen, die doppelte Aufgabe sich stellen, dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates zu sichern und zugleich die Bande enger zu schließen, welche seit mehr als vier Jahrhunderten Mein Haus mit den Geschicken dieses Landes unzertrennlich verwoben haben. Den Entwurf der Verfassung wird Meine Regierung Ihnen vorlegen. Mit Ihnen zugleich haben sich in Frankfurt am Main die Vertreter des ganzen deutschen Volkes versammelt. — Gern hätte Ich das Ergebniß dieser Versammlung abgewartet, bevor Ich die Vertreter Meines getreuen Volkes zusammenberief. — Das dringende Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in unserem engeren Vaterlande hat dies nicht gestattet. — Die Einheit Deutschlands ist mein unverrückbares Ziel, zu dessen Erreichung Ich Ihrer Mitwirkung Mich versichert halte. — Die innere Ruhe des Landes beginnt sich zu befestigen. — Die völlige Wiederherstellung des Vertrauens, mit ihr die Belebung des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit ist wesentlich von dem Erfolge Ihrer Wirksamkeit abhängig. — Mehrseitige Anstrengungen sind gemacht worden, um während der Stockung in vielen Gewerben Gelegenheit zur Arbeit zu schaffen. — Sie müssen fortgesetzt und ausgedehnt werden. — Bis jetzt hat der gestiegene Geldbedarf die Ersparnisse der Vergangenheit noch nicht erschöpft. Meinen Bemühungen, den Wünschen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, ist es nicht gelungen, eine Auflehnung zu verhindern, die, so tief Ich sie beklage, Mich nicht abgehalten hat, den eingeschlagenen Weg unter nothwendiger Berücksichtigung der Ansprüche der deutschen Nationalität zu verfolgen. Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die friedlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den fremden Mächten nur an einem Punkte gestört worden. — Ich darf mich der Hoffnung überlassen, daß eine gern angenommene freundliche Vermittelung wesentlich dazu beitragen werde, die Beendigung eines Kampfes zu beschleunigen, zu dem Preußen nicht herausgefordert hat, den Ich aber als deutscher Bundesfürst aufzunehmen nicht anstehen durfte, als die Marken des gemeinsamen Vaterlandes bedroht erschienen und der Ruf zur Wahrung eines anerkannten Rechtes vom deutschen Bund an Mich erging. Meine Politik wird sich auch in diesem Falle als eine uneigennützige und friedliche bewähren, eine Politik, der Ich, im innigen Vereine mit Deutschland, treu zu bleiben entschlossen bin.« Am Schluß derselben erklärte der Vorsitzende des Minister-Rathes die Versammlung für eröffnet. Se. Majestät verließ darauf unter erneutem Zuruf den Saal. Die vorläufige Leitung der Versammlung übernahm als Alters-Präsident Se. Excellenz der Staats-Minister von Schön, die Functionen der Secretäre die vier jüngsten Mitglieder. Eine Kommission von 40 Mitgliedern zur Prüfung der Wahlen wurde durch das Loos bestimmt. Der Vorsitzende des Minister-Rathes verlas die Königliche Botschaft an die Versammlung, mit welcher der Entwurf des Verfassungs-Gesetzes dem Präsidenten übergeben wurde, und zeigte zugleich an, daß dieser Entwurf noch im Laufe des Nachmittags allen Abgeordneten zugehen werde.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. Nachdem in Folge Unserer in dem Patente vom 18. März d. J. ertheilten Verheißungen ein Verfassungsgesetz für Unsere zum deutschen Bunde gehörigen Lande entworfen worden ist, lassen Wir diesen Entwurf der zur Vereinbarung über die Verfassung gewählten und berufenen Versammlung der Vertreter Unseres getreuen Volkes hierdurch zu ihrer Erklärung zugehen. (Pr. Sts.-A.)

Frankreich.

† (Paris, 21. Mai.) Vor dem Montesquieu-Tanzsaale, in welchem Raspail seinen Klub jeden Sonnabend Abend zu halten pflegte, fand gestern ein Zusammenstoß zwischen Klubgliedern und der Bürgerwehr statt. Etwa zweihundert Arbeiter stellten sich wie gewöhnlich gegen 8 Uhr ein, fanden jedoch den Saal geschlossen. Sie verlangten vom Wirth, daß er ihn öffne, was die Nat.- oder Bürgerwehr nicht zugeben wollte. Es kam zum Streit, von Worten zu Kolbenstößen. Im Nu waren nahe an zweitausend Nationalgardisten herbeigeeilt, um das Häuflein Proletarier zusammenzuhauen. Gegen 11 Uhr war indessen Alles vorüber. Die Klubglieder, die Anfangs der Gewalt gewichen waren, kehrten auf Umwegen zurück, stimmten revolutionäre Lieder an und riefen zu wiederholten Malen: Es lebe Raspail! Es lebe Barbès!

Der große Staatsprozeß gegen die Aufrührer vom 15. d. beschäftigt alle Blätter. Die Zahl der Verhaftungen beläuft sich auf 390; doch ist ein großer Theil gestern Nachmittag freigelassen worden. Pierre Leroux wurde zu Nanteuil sous Jouarre arretirt, ohne daß er ahnte, was in Paris vorgegangen; der Brave wurde geschlossen und zwischen zwei Gensdarmen hierher transportirt. Die Bürger-Republik zeigt sich barbarischeren Charakters als selbst die Monarchie. Klarster Beweis ihrer Schwäche.

Die Garnison von Paris steigt täglich. Seit wenigen Wochen rückten das 11., 12., 21., 34., 45., 61. u. 32. Regiment ein. Außerdem liegen in und dicht um Paris 28 Escadronen Reiterei, die General Grouchy befehligt. Cavaignac scheint eine entsetzliche Furcht vor der Rache des Pariser Volks zu haben.

Papst Pius IX. hat angeblich einen Brief an einen unserer schwärzesten Repräsentanten (Montalembert?) gerichtet, aus welchem „La Presse" Auszüge liefert, die beweisen, daß der Papst nicht ganz die Ansichten Lamennais in Bezug auf das künftige Verfassungswerk Frankreichs theile.

Larabit ist definitiv aus dem Kriegsministerium geschieden.

(Straßburg, 22. Mai, 11 Uhr Vormittags. Telegraphische Depesche: Paris, 21. Mai, 5 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Kommissarien der Republik: Das Fest ist ein herrliches, das schönste Wetter begünstigt die Feierlichkeit, die Begeisterung ist allgemein. Mehr als 300,000 Bürger, Abgesandte der Departements, Nationalgarden, Linientruppen und Kavallerie, mobile Nationalgarden, verschiedene Arbeiterkorporationen ꝛc. sind an den Mitgliedern der ausübenden Gewalt und den Vertretern des Volks unter dem Ruf: Es lebe die Republik! Es lebe die Nationalversammlung! vorüberdefilirt. Der Zug dauert noch fort. Die vollständigste Ruhe ist keinen Augenblick unterbrochen worden.

Niederlande.

(Mästricht, 19. Mai.) Das »Journal de Limbourg« berichtet unter diesem Datum, daß am 18. Mai Nachmittags ein außerordentlicher Kurier aus dem Haag dort angekommen war mit Depeschen, nach deren Empfang der Gouverneur gleich die deputirten Stände zusammenberief. Das Journal fügt hinzu, daß man in Mästricht eine Proclamation an alle Gemeinde-Verwaltungen und sonstige Behörden erwartet, in welcher die Regierung erklären würde, daß die niederländischen Gesetze und die niederländische Gewalt allein in Limburg gelten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Meinen Freunden und Bekannten bringe ich hiemit die Anzeige, daß mein lieber Mann,

Herr Carl Raschky,

Juwelier und Goldarbeiter

in einem Alter von 72 Jahren, Sonntag Abend 9 Uhr, nach einem 5½jährigen Krankenlager unter schmerzhaften Leiden, in ein besseres Jenseits hinüber ging Ich bitte um stilles Beileid und mich und meine 6 Kinder in fernerem Andenken zu behalten.

Die trauernde Wittwe
Clara Raschky, geb. Reusch.

(Anzeige) Ich bringe hiemit zur Anzeige, daß ich mein Geschäft in die Karolinenstraße L. Nro. 291 c verlegt und auch da ein Lager von

Manufaktur und Spielwaaren

zum Engros- Detail-Verkauf eröffnet habe,

Indem ich eine recht solide wie billige Bedienung zusichere, bitte um geneigte Abnahme.

Nürnberg, 24. Mai 1848.

Joh Val. Rießner.

Offerte und Bitte.

Eine höchst bedrängte; seit geraumer Zeit kommt darnieder liegende Frau, Mutter von 2 Kindern, deren das eine ebenfalls schon Jahre lang krank ist, kam im Erbschaftswege in den Besitz einer 6stimmigen, ausgezeichnet guten, die schönsten Musikstücke spielenden, mindestens 1000 fl. werthen Flöten-Uhr.

Wenn irgend einen Menschenfreund gegen Empfangnahme dieser Uhr Veranlassung nehmen möchte, der bedrängten Familie darauf ein Darlehen von 150 bis 200 fl. zu geben, so würde diese Familie vom drohenden Untergang gerettet werden können. Allenfallsige Offerten wollen unter dem Zeichen H—r der Expedition d. Bl. übergeben werden

---

(Handlungs-Verkauf.) In Nürnberg wird wegen Familienverhältnissen ein im besten Betriebe und Renommé stehendes

Specerey- und Farbwaarengeschäft

(Realrecht) sammt schönem Haus aus freier Hand abgegeben Reflektirende wollen sich gefälligst in freien Briefen wenden

an das öffentliche Kommissionsbureau von
P. Fr. X. Eichart

Erwiederung.

Der Zuschauer in Nr. 32 ereifert sich gewaltig über die Rüge in Betreff des Wundarztes (Mittelfränk. Ztg. Nr. 139) und sucht jenen Einsender der Unwahrheit zu beschuldigen, worauf derselbe erklärt, durch sehr ehrenwerthe Männer erhärten zu können, daß jener Wundarzt nicht eher Hand anlegte, bis er wußte, wer die Operation des Kindes zahlen würde, und daß wochenlange in der ganzen Nachbarschaft mit der größten Indignation über dieses Benehmen eines Arztes gesprochen wurde. Was den Unfall mit dem Ballen betrifft, so wurde dem Einsender von einem Bürger jene Histoire wörtlich erzählt, wie sie gegeben wurde und thut ihm leid, in dieser Hinsicht jenem Arzte etwas unrecht gethan zu haben. Und nun, rubikunder Herr Dr., sind Sie Ihrem Signalement nach ganz auf dem Holzweg, wenn Sie dem Einsender jenes Artikels öfters besoffen gesehen und brummen gehört haben wollten: hundsföttisch und man darf nur Ihre Antwort auf den Angriff, hinsichtlich Ihre Chronik lesen, in welcher Sie einer Milbe gleich durch die gothischen Schnörkel aller Antiquitäten gekrochen sein sollen, um zu wissen, wen Sie meinen. Der wahre Einsender meint, daß Ihnen solches wahrscheinlich ein Herr Kollege auf der Fleischbrücke eingeblasen habe, oder ein Bruder Straubinger oder Brandenburger, mit denen Sie so häufig smolis sind, und es steht Ihnen frei, Herr Barbarossa, den Namen des Einsenders zu nennen und ihn gehörig zu charakterisiren; denn ohne gerade ein Dr. zu sein, so hat Einsender dieses doch so viel in capite und das Herz auf dem rechten Flecke, um getrost mit Eurer streitsüchtigen Gelahrtheit in die Schranken treten zu können.

Adjeu Herr Oldbuck.

Wirthschafts-Verpachtung.

Eine reale Bierwirthschaftsgerechtigkeit ist zu verpachten. Nähere Aufschlüße ertheilt hierüber

Franz Xaver Eichart,
Kommissionär

Fechtunterricht.

Künftigen Monat, den 1. Juni, beginnt ein Kurs meines Fechtunterrichts, diejenigen Liebhaber, welche sich anschließen wollen, werden ersucht, sich in meiner Wohnung einzuzeichnen

F. W. Langenbach, Fechtmeister,
obere Schmidtgaße S. No. 433.

(Zu verkaufen.) Es ist eine sehr gute Freihandbüchse in Wöhrd No. 38 zu verkaufen.

Für Rheumatismus und Gichtkranke.

Die rühmlich bekannten im Med. Korrespondenzblatt als unschätzbar empfohlenen Rheumatismus-Ableiter des Erfinders Dr. Burcand Riofrel à 18 kr. pr. Stück, sind fortwährend durch den Agenten Carl Graf in Augsburg zu beziehen; auch können Aufträge mit Betrag franco nebst 3 kr Einschreibgebühr unter der Adreße des Herrn J. Engelhard jun. in Nürnberg an ihn gerichtet werden, worauf unverzüglich die Bedienung erfolgen wird. Da alle 24 Stunden damit abgewechselt wird, so sind 2 Stücke nothwendig. Solche leisten an das Wunderbare gränzende schnelle Hülfe bei: Rheumatismen-, Gicht-, Gesichts-, Kopf-, Ohren-, Hals-, Zahn-, Brust-, Lenden-Schmerzen und Entzündungen, Gliederreißen, Krämpfen, Schlaflosigkeit, Rothlauf rc. Eines der vielen Zeugnisse lautet: Nachdem ich seit vielen Jahren gegen ein hartnäckiges Gichtleiden alle ordentlichen Mittel vergeblich angewendet hatte, so sehe ich mich endlich durch den fortgesetzten Gebrauch der Rheumatismus-Ableiter des Herrn Dr. Riofrel hievon so vollkommen befreit, daß auch nicht der mindeste Schmerz noch Steifheit zurückgeblieben ist. Die wunderbare Wirkung dieser Ableiter bewährte sich außerdem bei zwei meiner Bekannten in der Art, daß der eine von heftigen Kopfschmerzen, der andere aber von einem gefährlichen Augenübel gänzlich geheilt wurden. Bern, 3 Oktober 1846 Jacob Farsi, Kanzleirath. Die Aechtheit dieser Unterschrift bestätigt: für die Gemeindekanzlei: Girtauer. Den Gebrauchsanweisungen ist die mit eigenthümlicher nirgends existirender Schrift gedruckte Bemerkung beigefügt: „Zum Schutze gegen Nachdruck,“ welche genau ins Auge gefaßt werden wolle, damit anderwärts um mehrfach theuerere Preise ausgebotene Exemplare, deren Gebrauchsanweisungen ohne dieses Merkmal beigegeben wären, sogleich als betrügerisch verfälscht erkannt werden können.

Der freie Staatsbürger.
Ein Volksblatt aus Franken.
Redigirt von Gustav Diezel.

Dieses freisinnige Volksblatt wird, aller amtlichen und außeramtlichen Anfechtungen ungeachtet, unter dem Schutze der k. Proklamation vom 6 März fortbestehen Es ist unter dem Heutigen in andere Hände, in das Eigenthum einer Gesellschaft hiesiger Einwohner übergegangen, welche den bisherigen Redakteur des freien Staatsbürgers, Gustav Diezel, auch für die Zukunft als Redakteur aufgestellt haben. Die Bewohner Nürnbergs und die Freunde freier Meinungsäußerung überhaupt werden hiemit eingeladen, durch zahlreiche Subskription auf das Blatt ihre Mißbilligung der Willkürmaßregel auszusprechen, durch welche die Nürnberger Polizei die Wirksamkeit des Redakteurs Gustav Diezel für die Zukunft dadurch unmöglich zu machen versuchte, daß sie unter nichtigem Vorwande einen Ausweisungsbeschluß gegen ihn faßte.

Der freie Staatsbürger liefert über die Frankfurter Reichstagsverhandlungen übersichtliche Originalberichte. Abonnementspreis des dreimal wöchentlich erscheinenden Blattes für das laufende Quartal, bei Nachlieferung der bis jetzt erschienenen 14 Nummern, 36 kr., vom 1. Juli an pr. Quartal 45 kr. Auswärtige machen ihre Bestellungen bei der Post, welche das Blatt im ganzen Umfang des Königreichs ohne Postaufschlag zu liefern in Stand gesetzt ist. In Nürnberg abonnirt man in der Expedition des freien Staatsbürgers, bei Herrn Johann Georg Meyer im Mohrenhof.

Nürnberg, den 23. Mai.

Solide, sichere und anempfehlenswerthe Capitalanlage.

Das

große Badische Staatsanlehen

von 14 Million Gulden, von den Landesständen errichtet und garantirt bietet Gewinne von 14mal **50,000**, 34mal **40,000**, 12mal **35,000**, 23mal **15,000**, 2mal **12,000**, 56mal **10,000** bis abwärts fl **42**.

Die nächste Verloosung findet am 31. Mai 1848 statt und sind hierzu bei unterzeichnetem Handlungshaus Originalloose à 28 fl. zu beziehen. Plane und jede Auskunft gratis.

Julius Stiebel jun, Banquier
Bureau, Wollgraben in Frankfurt am Main.

Alle von mir bezogenen Loose nehme bis zum 30. Juni l. J. im Falle solche in dieser Ziehung nicht herauskommen sollten jederzeit à 26 fl 30 kr. zurück, daher die Einrichtung getroffen ist, daß zur Vorherjwahrung nur der Coursverlust von 1 fl. 30 kr. einzusenden ist.

Solide Männer, die sich mit dem Debit befassen wollen, erhalten einen schönen Rabatt.

Contumaz-Garten.

Heute Freitag den 26. Mai findet 8stimmige Blech-Musik unter Leitung des Stabshornisten Herrn Lippert statt, wozu hiemit höflichst einladet

Jöbelein.

(Gesuch.) Ein gewandter Schreiber wird gesucht Nur solche wollen sich melden, die vollkommen orthographisch schreiben. Anträge, die zugleich als Probe der Handschrift dienen, wollen unter Chiffer M R. in der Exped. d. Bl abgegeben werden.

Wohnungs-Veränderung.

Heute haben wir unsere seit 12 Jahren innegehabte Wohnung in L. Nro. 394 der Brunnengasse verlassen und dagegen unsere Dienstwohnung im Rathhause bezogen.

Indem wir unserer bisherigen verehrten Nachbarschaft für die vielen Beweise freundschaftlichen Wohlwollens hiemit ergebenst danken und uns deren Andenken bestens empfehlen, bitten wir unsere schätzbare neue Nachbarschaft um geneigte Aufnahme in Ihrer Mitte.

Nürnberg, den 25. Mai 1848.

J. Wolf,
Magistrats-Expeditor und Hausmeister
nebst Frau.

Politischer Verein.

Heute Donnerstag Abends 8 Uhr außerordentliche Versammlung im Bamberger Hof.

Hydraulischen Kalk

offerirt Unterzeichneter zu dem billigsten Preis von fl. 1 per Zentner bei Faß von circa 2 bis 3 Zentner und sieht vielen Aufträgen entgegen

Sal. Ludwig Krauß,
S. Nro. 551 in der Theresienstraße.

Vereins-Versammlung.

Künftigen Montag den 29. d. M. Abends 7 Uhr, ist eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie- und Kultur-Vereins, wozu dieselben ergebenst eingeladen werden, recht zahlreich dabei zu erscheinen, da ein für den Verein sehr wichtiger Gegenstand zur Berathung kommt

Nürnberg, den 25 Mai 1848

Das Directorium.
Dr. Weidenkeller, I. Director.

Rüge.

Wie gefühllos manche Personen, namentlich auch das sogenannte schöne Geschlecht seyn können, beweist vorliegender Fall Ein junger Mann, auf dem Sterbebette liegend, dem der Knochenmann mit jeder Minute die dürre Hand zu reichen scheint, und der ohne Eltern und Verwandte, einsam im Zimmer liegend, getrost seiner Auflösung entgegensieht, ist noch mit seinem letzten Pulsschlage der Tyrannei und Verläumdung einer ränkesüchtigen Person ausgesetzt indem dieselbe nicht dulden will, daß des Todtkranken Freunde ihn besuchen, da die Stiege beschmutzt werden könne, und sie das Gelaufe satt habe; selbst eine mitleidige zarte Nachbarin, welche dem Kranken noch manchmal lindernde Tropfen auf die trockene Zunge träufelte, wurde mit Vorwürfen beehrt, daß ihr der Fremde nichts angehe, der früher ein lockerer Vogel gewesen sei, und bei dem es jetzt Zeit wäre, die letzte Reise anzutreten rc.

Ist es nicht empörend, einen solchen gebildeten jungen Mann, an der Schwelle des Grabes, der allgemein geachtet und namentlich von seinen vielen Freunden hochverehrt wurde, von böser Zunge geschmäht zu sehen. Diese gefühllose Person ist eine züchtige Jungfrau von circa 50 Jahren, mit Wangen, gefaltet wie ein ausgeblasener Dudelsack, und die auf jedem Weichselbaume als eine charmante Vogelscheuche brilliren könnte, bis der weiße Thurm das Fegen braucht. Mögen sich nur die Freunde des Schwerkranken nicht abhalten laßen, ihm den letzten Trost zu bringen, zumal jene alte Jungfrau (!) nicht einmal die eigentliche Hausfrau ist.

(Gesuch) Zu den

Protocollen des deutschen Parlaments, dann zu **Kurandas Grenzboden**

werden einige Mitleser gesucht von Riegel und Wießner.

(Zu verkaufen.) 2 überwinterte Grasmücken sind für 3 fl. zu verkaufen.

(Anerbieten) In eine auswärtige Fabrik kann ein Mann, welcher treu und fleißig ist, Unterkommen finden. Er muß aber beim Eintritt fl 300 baar als Bürgschaft erlegen können. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) Ein Zimmer nebst Alkov, meublirt, vor dem Frauenthor am Bahnhof, ist bis 1. Juni billig zu vermiethen.

(Wunsch.) Es wünscht Jemand, der die besten Zeugnisse aufweisen kann, als Ersatzmann einzustehen. Näheres Nro 438 am Thiergärtnerthor.

(Verloren.) Ein Manuscript mit einem Korrekturbogen wurde Dienstag Abend verloren. Man bittet, da es Niemand nützt, um gefällige Zurückgabe im Findungsfalle.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von 17—18 Jahren wird als Kellner in eine solide Wirthschaft angenommen. Näheres bei J. F. Gebhard S. Nro. 33 Winklerstraße.

Arena.

Freitag den 26 Mai. 1 Vorstellung im 3. Abonnement: „Dorf und Stadt“ oder „Die Professorin.“ Schauspiel in 2 Abtheilungen in 5 Akten nach einer Novelle des Dr. Auerbach von Ch. Birch-Pfeiffer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, constitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürn-erg, 27. Mai 1848. № 148 S-mstag: Lucianus.

† Keine Reaktion in Nürnberg.

Unter obigem Titel geht der Redaktion dieses Blattes so eben der nachstehende offizielle Artikel zu, den wir gegen den in unserm gestrigen Blatte enthaltenen, gleichfalls eingesandten Aufsatz, auch eine Stelle einräumen, wie dies die gänzliche Unparteilichkeit der Redaktion sowohl, als auch die Vorschriften in Preßsachen erheischen:

Unter entgegengesetzter bejahender Aufschrift liest man in Nro. 147 der Mittelfränkischen Zeitung einen Artikel, in welchem die Ausweisung des Dr. Gustav Diezel aus der Stadt als ein »neuer sehr bedeuten-er Schritt zur Rückkehr in das alte System der Willkühr und Knechtschaft« bezeichnet und dieses Thema in einer gegen die Behörde durch und durch aufreizenden und aufregenden Weise commentirt wird.

Wir dagegen stellen jener Behauptung den einfachen Satz entgegen: nicht Willkühr, sondern Gesetzlichkeit ist es und Bewahrung ächter Freiheit, wenn ein Mann aus der Gemeinde entfernt wird, seit dessen Auftreten an der Spitze des politischen Vereins und als Redacteur des freien Staatsbürgers Unruhe, Spannung und Gereiztheit sich der Gemüther bemächtigt hat, und, sei es unmittelbar, sei es mi-telbar, jener Regierungsform entgegenzuwirken versucht wird, für deren Erhaltung auf breitester Basis die immense Mehrheit unserer Bevölkerung mehr als einmal öffentlich sich ausgesprochen, in deren Sinn sie durch ihre Wahlmänner ihren Abgeordneten zur constituirenden Versammlung Deutschlands in Frankfurt gewählt hat, und deren Geist und deutscher Charakter auch fur sie kämpfen wird — die constitutionell monarchische R-gierungsform. Was jetzt noch gegen dieselbe mündlich oder schriftlich geschieht in Städten, wo sich die öffentliche Meinung entschieden für jene Regierungsform ausgesprochen hat, gefährdet die Ruhe und Ordnung; denn es entsteht dadurch Verwirrung der Begriffe von Freiheit, diese Verwirrung durchdringt alle Verhältnisse des öffentlichen Verkehrs, sie erzeugt Mißtrauen gegen alle Schritte der Regierung, sie vermindert die Achtung vor dem Gesetze, und sie überstürzt alle Entwicklungen, welche nur das Resultat freier, aber besonnener Berathungen sein können.

Wir wissen, daß unsere städtische Behörde aus der Neuzeit zahllose Belege hiefür liefern könnte, wir sind daher auch überzeugt, daß sie einem solchen Treiben mit allem Rechte, wie mit aller Kraft entgegen zu treten berufen ist, und das kann sie nur, wenn sie den Mann entfernt, der durch die Rede — dessen sind diejenigen Zeugen, welche theilweise den Versammlungen des polit. Vereins beiwohnen — wie durch mehrere Aufsätze im Staatsburger (man vergleiche Nr. 5. Seite 18 u. 19, Nr. 6. Seite 23, Nr. 11. Seite 42) die gute Gesinnung für die Erhaltung der bestehenden Regierungsform zu verderben sich bemüht. Lassen sich daher diejenigen nicht verleiten, welchen die Verhältnisse weniger klar vorliegen, als der städtischen Behörde, zu glauben, daß dem Dr. Gustav Diezel durch seine Ausweisung von hier ein Unrecht geschehe. Es ist nicht blos der auch jetzt noch ungenügende Ausweis über seine Subsistenzmittel, deren Erörterung, die durch die Manifestation seiner politischen Gesinnungen erregte Aufmerksamkeit auf ihn hervorgerufen hat — es ist zugleich der Totaleindruck seiner nachtheiligen Einwirkung auf den Geist und Charakter unserer trefflichen Bevölkerung, der je mehr hervortrat, je länger man Dr. Diezel kennen zu lernen Veranlassung hatte.

Seine Entfernung von hier — laßt Euch dies nicht böswilliger Weise beibringen — geschieht nicht, um einen »alten süßen politischen Schlummer, eine geistige Dämmerung, ein Fischen im Trüben, ein ungestörtes Schalten und Walten herbeizuführen.«

Mit solchen allgemeinen, die Ehre der Behörde verletzenden Reden will man nur diese bei Euch verdächtigen, aber Ihr wißt es, daß sie zu jeder Zeit frei und muthig dem Fortschritte des Lichts und der Wahrheit das Wort geredet hat und daß sie sich nicht scheut, über alle ihre Handlungen Rechenschaft abzulegen.

Seyd daher fest überzeugt, daß sie auch ihre gegenwärtige Verfahrungsweise zu rechtfertigen vermag. Diese duldet keine Vergleichung mit der einstigen Ausweisung Heckers aus Berlin, obschon sie die jüngste Zeit gerechtfertigt hat. Sie beruht vielmehr auf einer offenen, gerade dem Geiste ächter Freiheit entsprechenden Grundlage, und es soll nur verhütet werden, daß jenes kaum errungene Palladium mit der schwersten von allen Fesseln — dem Terrorismus der Meinungen belastet werde. Diese Fessel soll von Nürnberg abgestreift, es soll dadurch in den Stand gesetzt werden, in freier Rede, aber mit Besonnenheit zu prüfen, was die deutsche, was seine Wohlfahrt zu befestigen vermag, es soll aber auch erkräftigt werden, das Errungene ohne Auswüchse zu behaupten. Nur ein Uebelgesinnter kann Euch mit dem Gespenst „des Steckens in's Gefängniß, der russischen „Knute, der V-rdummung des Vo-ks und der Auspressung des letzten Hellers« schrecken wollen. Gegen jenes wird Euch stets ein gesetzliches Verha-ten schützen und die Rede- und Preßfreiheit wird Euch unverkümm-rt verbleiben. Vor Knuten wird Euch der deutsche Gemeinsinn, der deutsche Muth bewahren, vor der Verdammung das hohe Licht des Geistes, das einst schon vor Jahrhunder-en unter einem Regiomontanus die Aufklärung hier angezündet und zur hellen Flamme entfaltet hat, und Abgaben wird man mehr nie von Euch fordern, als was zur Erfüllung der nothwendigen Zwecke der Gemeinde gehört, durch welche allein ihre Selbstständigkeit, ihre Freiheit, ihre Wohlfahrt bedingt ist.

Folgt daher nicht jenen Einflüsterungen, die Euch recht deutlich und heftig zu gesetzwidrigen Handlungen auffordern, vertraut vielmehr der Führung jener Behörde, die stets für Euch, für Euer gutes Recht, für Wahrheit und Gewissensfreiheit, für Euer Wohl gekämpft hat, und seyd fest überzeugt, daß eine Behörde, der das höchste Gut — Eure Ehre — anvertraut ist, nimmermehr, auch nur entfernt daran denken werde, sich durch einen Zeitungdartikel von einer Bahn ablenken zu lassen, welche sie als die gesetzliche erkannt hat, und die, hätte sie auch wider Erwarten nach der Eingabe einer Zahl Einwohner, andern Sinnes werden können, bei einer solchen Sprache um so fest-r von ihr behauptet wird.

Dem aber, der für Dr. Diezel gesprochen, könnt Ihr füglich zurufen: Herr bewahre m-ch vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selbst bewahren. —

Deutschland.

Bayern. *†(München, 24. Mai.) Die Kammer der Reichsräthe war heute ungewöhnlich vollzählig (38 Reichräthe, worunter die Prinzen Luitpold und Adalbert waren anwesend.) Mit wenigen und unwesentlichen Modifikationen wurde das Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister einstimmig angenommen, und dem von der zweiten Kammer angehängten Wunsche noch ein zweiter beigefügt, daß künftig jede Gegenzeichnung bemerkt sey und es nicht blos heiße, „An das Staatsministerium also ergangen, damit die Verantwortlichkeit auch evident gestellt werde." — Das Gesetz über die ständische Initiative wurde in der nämlichen Sitzung berathen, die Art. 1, 4, 5 und 8 mit den Modif. der zweiten Kammer angenommen, der modificirte Art. 2 und 6 aber abgelehnt und dafür der ursprünglichen Fassung beigestimmt. — Diesen Mittag versammeln sich die HH. Reichsräthe wieder zu einer öffentlichen Sitzung.

*†(München, den 24 Mai.) In der heutigen sechzehnten Sitzung der Kammer der Reichsräthe, wurde das Gesetz „die Einführung der bayer. Ges. in den erworbenen böhmischen Landestheilen betrffd." ohne Diskussion einstimmig angenommen. Die Kammer berieth ferner über das Gesetz der Minister-Verantwortlichkeit und kam bis zum Postabgang bis zum Art. III. Die ersten zwei Paragraphen wurden in der Fassung, wie sie aus der Kammer der Abg. gekommen, angenommen.

*†(München, den 25. Mai.) Die Kammer der Reichsräthe nahm heute zunächst den Ges.-Entw., die Einkommensteuer in Berathung. — Referent v. Niethammer empfiehlt die Annahme dieses Gesetzes. — Bei der allgemeinen Debatte spricht sich Bar. Lotzbeck für diese Steuer entschieden aus, er werde aber desto entschiedener gegen die Kapitalsteuer auftreten, da die Kapitalisten durch das Ablös. Gesetz ohnedieß Opfer genug brachten. — Fürst Wallerstein erklärt sich für das vorliegende Gesetz, da unser Steuersystem bisher so nationalöconomisch fehlerhaft als möglich war. — Nachdem Referent und der Finanzminister die Nothwendigkeit und Gerechtigkeit dieser Steuer dargethan, wird zur speciellen Diskussion geschritten. Art. 1 und 2 werden unverändert angenommen. Art. 3 mit der Bestimmung, daß Ausländer von Einnahmen, die sie aus Bayern beziehen, der Einkommensteuer unterliegen. — Art 5 und 6 werden unverändert angenommen. — Bei Art. 7 veranlaßt die Modif. der II. Kammer eine längere Diskussion. Statt der Eidesformel will nemlich Bischof Richarz die ursprüngl. Formel „auf Ehre und Gewissen" beibehalten wissen. — Der Oberconsist. Präs. Arnold mit den beiden Grafen Seinsheim und Aretin unterstützten diesen Antrag; die Kammer der Reichsräthe aber entscheidet sich für den Art. 7 in der modif. Fassung der zweiten Kammer. — Auch die übrigen Artikel werden sämmtlich in der modif. Gestalt der zweiten Kammer angenommen. — Bei Art. 10 beantragt der Ausschuß der Reichsräthe den Zusatz: die Prüfungscommission und der Prüfungsausschuß sind zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Die Kammer ertheilt dieser Modif. so wie dem ganzen Ges.-Entw. ihre Zustimmung. —

*†(München, 24. Mai.) In der gestrigen Abendsitzung der Kammer der Abg. wurden die noch übrigen Modif. der Kammer der Reichsräthe zu dem Ablösungsgesetze schnell erledigt, indem einige dieser Modif., die keine wesentliche Aenderung des diesseitigen Beschlußes bezielten, von der Kammer angenommen, andre aber verworfen wurden. Im Ganzen bestehen jetzt noch 14 Differenzpunkte zwischen beiden Kammern, die sich bis auf wenige durch die nochmalige Berathung in der I. Kammer reduziren dürften. Es ist demnach kaum zu zweifeln, daß das Gesetz zu Stande kommt.

Baden. (Mannheim, 23. Mai.) Morgen wird uns die nassauische Artillerie verlassen und in Heidelberg Quartier beziehen. Ebenso wird, wie es heißt, die nassauische Infanterie, welche seither im Oberlande verwendet wurde, in letzterer Stadt bis auf Weiteres verbleiben. Ueber den Abmarsch des hier liegenden ersten nassauischen Infanterie-Regiments verlautet noch nichts. — Prinz Karl von Bayern hat, obwohl er nach München abgereist ist, Mannheim durchaus noch nicht auf immer verlassen, im Gegentheil wird er mit jedem Tage wieder hier zurück erwartet und wird seine Wohnung im Schlosse, wo bereits die erforderlichen Vorbereitung-n getroffen werden, nach allgemein verbreiteter Aussage der bayerischen Truppen vorerst auf ein Vierteljahr lang nehmen. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 24. Mai, Nachmittags 1½ Uhr.) In der heutigen fünften öffentlichen Sitzung der deutschen Nationalversammlung ist beschlossen wor-en, durch die Abtheilungen 1) e-nen Aus-chuß für die Verfassungsfrage, 2) einen Ausschuß für die Arbeiter- und Gewerbsfrage und die damit verwandten Fragen von je 30 Mitgliedern wählen zu lassen; die Abtheil-ngen haben je

zwei Mitglieder aus ihrer Mitte zu wählen. Desgleichen soll eine Kommission von 15 Mitgliedern zum Bericht über die Priorität, der von den Mitgliedern gestellten selbstständigen Anträge gewählt werden. Derselben Kommission ist die Begutachtung über die Priorität der Petitionen zugewiesen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 24. Mai.) Gestern beschlossen die hier anwesenden österreichischen Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung ohne Verzug eine Petition an ihren konstitutionellen Kaiser zu richten, worin der Monarch ersucht werden soll, baldigst in seine alte Haupt- und Residenzstadt wieder zurückzukehren. Herrliche Gesinnungen gaben sich bei der Besprechung dieses hochwichtigen Gegenstandes kund. Die Vertreter der verschiedenartigen Provinzen Oesterreichs hatten blos das Gesammtwohl der Monarchie vor Augen, und sprachen in wackern tiefgefühlten Worten ihre Ansichten über die Lage Oesterreichs, die Nothwendigkeit der Rückkehr des Kaisers und die Politik der Minister aus. In energischer Weise sprach man von einer und der andern Seite gegen die Camarilla, die dem Monarchen die Abreise von Wien als dringend nothwendig vorgespiegelt hatte. Fest wurzelt die Ueberzeugung, daß der Kaiser die innigen Wünsche der Vertreter so vieler Millionen seines Volkes baldigst erfüllen werde. Die interimistischen Minister, dies ist unsere Ansicht, müssen nun, nahe am Ziele ihrer Laufbahn, unabsehbarem Unheil zu begegnen Alles aufbieten, um Se. Majestät wieder nach Wien zurückzuführen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt a. M., den 23. Mai.) Kraft gibt Muth, Macht verleiht Würde. Von verschiedenen Seiten her werden der verfassunggebenden Nationalversammlung theils wohlgemeinte, theils zweideutige Anerbietungen von „Schutz" gemacht, die, wie uns bedünkt, alle jedenfalls sehr wenig zu der erhabenen Stellung einer Versammlung passen, welche nichts geringeres, als die hohe Majestät der deutschen Nation darstellt. Bald hören wir von Körperschaften, Vereinen ꝛc., daß sie das Parlament gegen jeden Angriff, woher solcher auch kommen möchte, zu vertheidigen entschlossen seyen, bald vernimmt man gar, daß diese und jene, da und dort zusammengezogenen Truppen zur „Beschützung" des Reichstages gegen mögliche Eventualitäten bestimmt seyen. Setzt aber ein solcher „Schutz" nicht eine Schutzbedürftigkeit voraus? Oder vielmehr, geht das Anerbieten desselben nicht in der That aus dem Begriffe des Mangels an materieller Macht hervor? Und verträgt sich ein solcher Begriff mit der Stellung und Würde einer Versammlung, in welcher das mächtige Deutschland seinen Messias erblickt und von der es seinerseits Schutz und Hülfe erwartet? Ist ferner eine Kompetenz ohne Exekutivmacht nicht ein praktisches wie juristisches Unding? Von den Beschlüssen dieser Nationalversammlung werden die künftigen Geschicke Deutschlands und somit des gesammten Europa's abhängen, und diese Versammlung sollte auf Beschützer angewiesen sein und auf solche im Nothfalle rechnen müssen? Sie sollte nicht in ihrer eignen die materielle Gewalt besitzen, ihren Worten Achtung zu verschaffen, ihren Beschlüssen die Ausführung folgen zu lassen? Ist dies der Würde des deutschen Volkes angemessen? Wir rufen: Nein! und hoffen auf die Zustimmung aller wahrhaften Freunde unseres Vaterlandes, wenn wir an die hohe Versammlung den Antrag stellen, vor allen Arbeiten sich selbst in eine ihrem Berufe angemessene äußere Position zu versetzen und daher sowohl zu ihrem persönlichen Schutz als zur Sicherung der Ausführung ihrer Beschlüsse und für alle Fälle, aus den Bundeskontingenten eine Reichsarmee von mindestens 50,000 Mann zu bilden, dieselbe den Eid der Treue dem deutschen Vaterlande und den Beschlüssen der Nationalversammlung leisten zu lassen und sie zunächst zur eigenen Verfügung und Verwendung zu behalten. L. H. Löwenstein.

(Frankfurt, den 24. Mai.) Unter den angezeigten selbstständigen Anträgen, befand sich auch einer von Vogt aus Gießen, welcher die Auflösung des Bundestages und die Einsetzung einer Centralgewalt will. Ein anderer Antrag begehrt die Aufhebung aller Lotterien und Hazard-Spiele. Von verschiedenen Seiten wurde über den langsamen Gang der Arbeiten (was aber der Präsident später thatsächlich zu widerlegen suchte) Mißstimmung an den Tag gelegt, und es entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage, wie die Verhandlungen zu fördern seyen, namentlich in Bezug auf das Verfassungswerk. Unter den verschiedenen Anträgen, welche zu diesem Ziele führen sollten, wurde der von Nauwerk und Eisenstuck gestellte, angenommen, welcher dahin geht, einen Ausschuß von 30 Mitgliedern (welche Zahl später festgestellt wurde) je für den Entwurf der Verfassung und die Prüfung u. s. w. der Arbeits-, Gewerbs-, Handels- und Zollverhältnisse (und zwar heute Nachmittag um 4 Uhr) durch den Modus der 15 Abtheilungen wählen zu lassen: ferner wurde beschlossen, einen Ausschuß von 15 Mitgliedern in gleicher Weise zu wählen, der die Priorität der selbstständigen Anträge und Petitionen, vorbehaltlich der Verfügung der Versammlung, zu begutachten und zu entscheiden habe. Die Linke kämpfte gegen die letztere Bestimmung sehr an, unterlag aber, so wie auch Wesendonk mit seinem Antrag, daß die obigen 2 Ausschüsse nicht je in 2 Mitgliedern aus jeder Abtheilung, sondern durch alle Abtheilungen hindurch gewählt werden sollen, sehr in der Minorität blieb. — Die Sitzung bot keine besondern Momente mehr dar und wurde um 2 Uhr geschlossen. Die nächste, 6. Sitzung, ist morgen Vormittag um 11 Uhr, bis wohin die Commission aus Mainz sicher zurück ist. (N. W. Z.)

(Lübeck, den 15. Mai.) Unter den heute Morgen mit der „Alexandra" von St. Petersburg angekommenen Passagieren befindet sich der Fürst Michael Obrenowitsch. Nach einer mündlichen Mittheilung des Fürsten hatte der dänische Abgesandte, Oberhofmarschall v. Levetzow, von dem Kaiser Nicolaus bezüglich des Interventionsgesuches eine abschlägige Antwort erhalten. Der Kaiser soll sich mit großer Bestimmtheit dahin ausgesprochen haben, daß sich Rußland, so lange es irgend möglich, neutral verhalten werde. (L. C.)

Hessen. (Mainz, den 23. Mai.) Die hier erscheinende „Rheinische Ztg." meldet unterm Heutigen von 10 Uhr Morgens: Wir stehen förmlich unter der Herrschaft des Säbels. Die Stadt ist in Alarm. Preußische Soldaten rennen mit dem Säbel durch die Straßen und treiben die Bürger zu Paaren. Eben wird Generalmarsch geschlagen. Die Bauern auf dem Markte sind vertrieben und eilen nach Hause. Schaaren von Bürgern strömen nach dem Stadthause und verlangen Waffen. Zehn Minuten später: Eine Deputation des Gemeinderaths begibt sich zum Vicegouverneur. Eine andere ist nach Frankfurt abgeordnet worden, um zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung mitzuwirken. 11 Uhr. Plötzliche Todtenstille in der ganzen Stadt. Alle Läden sind geschlossen. Gemischte Patrouillen von Oesterreichern und Preußen durchziehen die Stadt. Einzelne Haufen von jungen Leuten mit Heugabeln, Prügeln und ähnlichen Waffen durchziehen mit drohendem Rufe die Straßen. Mehrere Personen, namentlich Soldaten, sind verwundet. Das Militär verhaftet einzelne Bürger von der untersten Volksklasse. 12 Uhr Mittags. Das Militär ist auf dem Thiermarkte in Reihe und Glied aufgestellt mit scharf geladenen Gewehren. Das seit gestern zum Theile von den Wällen hinweggefahrene Geschütz wird wieder aufgefahren. Die Hauptstraßen und Zugänge nach den Kasernen sind gesperrt. In der ganzen Stadt herrscht dumpfe Gährung. 1 Uhr. Die gemischte Untersuchungs-Kommission hielt in verschiedenen Häusern Durchsuchung. Mehrere Verhaftungen finden statt. Herr von Gagern wird hier mit Sehnsucht erwartet. 2 Uhr. Das Militär kehrt theilweise wieder in die Kasernen zurück. Wir sehen Geschützstücke wieder in die Depots fahren. Die Thore wieder geöffnet. Das Gerücht von bewaffneten Zuzügen von Bauern, welche die Stadt umstellten, beweist sich als unbegründet. 3 Uhr Nachmittags. Die Deputation nach Frankfurt ist noch nicht zurück. Eben erscheint eine Verfügung der Militärbehörde, wornach sogar alle Privatwaffen, sie mögen Namen haben wie sie wollen, abgeliefert werden. Halb 6 Uhr. Eine telegraphische Botschaft aus Frankfurt bringt so eben am Schlusse unseres Blattes die Nachricht, daß eine Commission der constituirenden Nationalversammlung mit dem nächsten Bahnzuge hier eintreffen wird, um den Thatbestand der neuesten Ereignisse zu constatiren und die geeigneten Verfügungen zu treffen.

(Mainz, den 23. Mai.) So eben wird folgende Bekanntmachung an unsern Straßenecken angeschlagen: „Das Festungsgouvernement hat befohlen, folgendes bekannt machen zu lassen: 1) Daß Militärpatrouillen angewiesen sind, jedes Tragen von Waffen, sie mögen einen Namen haben, wie sie wollen, nicht zu dulden und jeden solchen bewaffneten Bürger zu arretiren und nach der Citadelle zur Haft zu bringen. 2) Daß die Patrouillen ferner angewiesen sind, jedes Versammeln von Bürgern auf der Straße zu verhindern und zu verbieten. Wenn nach dreimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, diesem Befehle nicht gehorcht wird, sollen die Waffen in Anwendung gebracht werden. In Auftrag des Festungsgouvernements bringe ich dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß, mit dem dringenden Ersuchen an alle Bewohner, sich obiger Anordnung zu fügen und den Gefahren einer Zuwiderhandlung sich nicht auszusetzen, da vor Allem die Ruhe wieder hergestellt sein muß. Mainz, den 23. Mai 1848. Der Bürgermeister Nack." Abermals wurde heute durch Schießen der Preußen ein Knabe getödtet und einem Bauern ins Bein geschossen, unsere Stadt ist wie ausgestorben, unser Wochenmarkt war heute beinahe ganz leer von Landleuten, die sich alle fürchten, unsere Stadt zu besuchen. In ganz Deutschland wird es wohl einen Nothschrei herbeiführen, wenn unser Zustand und die furchtbare Handlungsweise der Preußen bekannt wird. Nachschrift: So eben kommt uns die tröstende Nachricht zu, daß durch energisches Auftreten unsers wackern Dr. Zitz eine Commission des Parlaments uns zu Hülfe eilt, dieselbe soll bereits im „rheinischen Hofe" angelangt sein, auch Hrn. v. Gagern erwartet man. Unser einziges Hülfsmittel besteht in schleunigster Entfernung der preußischen Garnison, denn die Erbitterung ist auf einen solchen Grad gestiegen, daß alle Palliativmittel rein vergeblich wären. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 24. Mai.) Nachmittags 3 Uhr. Ich beeile mich, Ihnen die freudige Mittheilung zu machen, daß in Folge der Vermittlung der vom Parlament hierhergesandten Commission der Kriegszustand unserer Stadt so eben aufgehoben wird. — Mit dem eben abgehenden Zuge kehren die Abgeordneten wieder nach Frankfurt zurück. — Während ich dieses schreibe, wird übrigens in einer benachbarten Straße ein junger Mann noch von einer Abtheilung Preußen in seiner Wohnung arretirt, — aus welchem Grunde weiß man nicht — und die Patrouillen gehen noch mit gespannten Gewehren durch die Straßen. — Bis gegen Abend wird wohl eine diesfällige Proklamation von den Behörden erscheinen. (N. Wzb. Z.)

Oesterreich. (Wien, den 22. Mai.) Seit gestern Abend sind drei Feuersbrünste in und vor der Stadt ausgebrochen, und alle durch Brandstiftungen. Ein Militärmagazin brannte fast gänzlich ab. Ein Brandstifter, den man ertappte, sagte, ein wohlgekleideter Mann habe ihm Geld dafür gegeben. Die akademische Legion wird sich nicht auflösen, aber auf Ferien gehen und in den Provinzen Einfluß auf die Wahlen nehmen. Abermals bilden die Bankangelegenheiten heute das Tagsgespräch. In der Vorstadt wird, nur zu 5 fl. gewechselt, in der Bank selbst jede Partie nur mit 25 fl. Es herrschte darüber große Mißstimmung. Eine gleichzeitige Verfügung ist in ihrer inhaltsschweren Bedeutung wohl noch nicht zur hinlänglichen Bedachtnahme gekommen. Jedermann ist gehalten, die Banknoten bei allen Zahlungen nach ihrem vollen Nennwerthe anzunehmen, gebührt die Zahlung in einer bestimmten Münzsorte, so ist sie nach der Wahl des Schuldners in dieser Münzsorte oder nach deren Werth zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten. (Allg. Z.)

(Innsbruck, den 23. Mai.) Gestern Nachmittags traf Se. k. Hoh. der Erzherzog Johann am kaiserlichen Hofe dahier ein; auch erwartet man Se. Maj. den regierenden König von Bayern. Die Wiener Deputirten sind wieder zurückgereist, ohne daß über den Erfolg ihrer Sendung etwas verlautet; dagegen ist eine Deputation aus Böhmen, 26 Köpfe stark, hier angelangt. (Augsb. Z.)

(Prag, den 19. Mai.) Der gestrige Tag wird einer der denkwürdigsten in der Geschichte des freien Königreichs Böhmen werden. Ein allgemeines Verbrüderungsfest der czechischen und deutschen Partei soll gefeiert werden! — Die Bürger-, kaufmännische und adelige Ressource, als die Träger der bisherigen verschiedenen politischen Meinungen, haben sich darin vereinigt, daß von nun an bei den hochwichtigen Ereignissen, die in Böhmen hereinbrechen, jeder Zwiespalt in den Nationalitäten und den Ständen aufhöre. Czechen und Deutsche, Söhne einer und derselben Mutter, sollen sich fortan als Brüder, als Kinder eines Landes die Hände reichen. Die genannten Ressourcen begrüßten einander durch wechselseitige Deputationen und tauschten gleiche Gesinnungen unter einander aus, daß man nur durch Eintracht und Zusammenhalten zu einem großen Ziele gelangen könne! Einige Führer der deutschen Partei erklärten feierlich, das Frankfurter Parlament werde in Böhmen auch von Deutschen nicht beschickt werden! — Augenblicklich wurden Arrangements getroffen; das Fest wird wahrscheinlich nächsten Sonntag im Baumgarten unter freiem Himmel gefeiert werden. Es wird ein Tag werden, den Prag noch nicht gesehen, ein Tag allgemeiner Versöhnung, ein Tag des Friedens, — ein Vorabend der großen Zukunft des freien

Böhmens, durch das ganze schöne Land und weit über seine Grenzen hin in Deutschlands Gauen wird der Ruf dieses Tages der Einigkeit in Böhmen wiederhallen. Dr. Belsky, Mitglied der Bürgerressource. (Frkf. O.-P.-Z.) (Diese Einigung haben wir bereits vor einigen Tagen gemeldet.)

(Pesth, den 19. Mai.) Es verbreitet sich eben das allarmirende Gerücht, daß der Ban von Croatien, Feldmarschall Jelachich siegend in Neusatz eingezogen und die ihm gegenübergestandenen Truppen entwaffnet habe. Neusatz wird von der starken Festung Peterwardein ganz beherrscht, und scheint daher das Gerücht, welches zwar eine Estaffette einem hiesigen Handlungshause überbrachte, grundlos zu sein. So viel ist aber gewiß, daß der Ban trotz der Aufforderung des Königs dem ungarischen Ministerium sich nicht unterordnen will und bald auch die Offensive ergreifen wird. Die Unfähigkeit unserer Minister, in den gegenwärtigen sturmbewegten Zeiten das Ruder zu lenken, tritt mit jedem Tage klarer hervor.

Nachschrift. Ein eben angelangtes Privatschreiben aus Groß-Canisa meldet, daß 25,000 Aufständische im Anzuge gegen die Stadt seien. (Bresl. Z.)

Preussen. (Gumbinnen, 17. Mai.) Hier an unserer östlichen Grenze gegen Rußland und Polen haben sich die Zustände nicht geändert. Von besonderen Truppen-Bewegungen Seitens Rußlands hören wir nichts, obschon wir dazu, da doch immer Verkehr Statt findet, genug Gelegenheit haben. Die Grenze ist zwar stark bewacht, doch kaum mehr als gewöhnlich, und die größere Aufmerksamkeit ist wohl nur darauf gerichtet, daß nicht Gesindel hinein und herauskommt, an dem es jetzt nirgends fehlt. Selbst unser Handels-Verkehr mit der jenseitigen Gränze, der hauptsächlich zu unserem Vortheile durch Schmuggelei getrieben wird, stockt nicht. Wir fürchten auch jetzt nichts von Rußland, wir glauben vielmehr, daß es froh seyn wird, wenn wir es in Frieden lassen, schon weil es mit sich selbst und mit seinen Polen genug zu thun hat. Die Polen hält es übrigens in ganz guter Ordnung. Die Warschauer wissen zu gut, daß bei der ersten Unruhe, die sie anfangen, Warschau aufgehört hat, zu existiren. (Köln. Z.)

Sachsen. (Dresden, 22. Mai.) Gestern eröffnete der König Person den außerordentlichen Landtag ein. Was man beim vorigen Landtage für eine pure Unmöglichkeit gehalten, ist geschehen. Das radikalste Mitglied der ersten Kammer, Herr v. Schönfels, und der Webermeister und Deutschkatholik Rewitzer sind Präsidenten der beiden Kammern geworden. -- Bei der Vorausbezahlung der bevorstehenden Einkommensteuer haben sich die Mitglieder des kgl. Hauses mit bedeutenden Summen betheiligt (Fr. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 22. Mai.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 22. Mai.] Die Zugänge waren heute von Linientruppen und einer Abtheilung der Bürgerwehr aus Orleans bewacht, welche uns die Eisenbahn gestern zugeführt hatte. Um 1 Uhr eröffnete Buchez die Sitzung. Nach Vorlesung des Protokolls theilte Lacrosse eine Adresse der Bürgerwehr aus Brest an die Versammlung rücksichtlich des Attentats vom 15 mit. Mehrere andere Glieder deponirten aus Douai, Air und anderen Orten ähnliche Adressen. Aristide de Granville überreichte einen Antrag bezüglich der ausserordentlichen Steuer von 45 Centimen, die damals von der prov. Regierung dekretirt wurde. Gouin, Vorsitzer des Finanzausschusses erwiderte, daß der Ausschuß wahrscheinlich noch im Laufe der heutigen Sitzung einen Bericht über denselben Gegenstand abstatten werde, wodurch der Antrag von selbst seine Erledigung finden dürfte. Gr. Beaumont liest darauf das Resultat der Prüfung der Corallyschen Wahl im Viennedepartement vor, das auf Zulassung dieses Abgeordn. dringt. Corally wird zugelassen. Turck erhielt das Wort, um seinen Antrag auf Errichtung von Hypothekenbanken zu entwickeln. Die Finanzkrisis, sagte er, hat alle Produktion dergestalt gehemmt, daß es vom höchsten Interesse ist, den Grundeigenthümern zur Hilfe zu kommen, wenn nicht alles Steuerverordnen eine Illusion werden solle. In gegenwärtiger Lage sei die Mehrzahl der Grundbesitzer gänzlich zahlungsunfähig. Der Redner wünscht also eine Bank gegründet zu sehen, die ihnen unter die Arme greife.

Gr. Beaumont antwortet, daß der Ausschuß für den Ackerbau sich bereits mit ähnlichen Projekten zur Hebung des Grundkredits beschäftige, weßhalb der Turk'sche Vorschlag ihm beizuordnen sey. Berryer trägt darauf an, beide Vorschläge auch dem Finanzausschusse zuzuweisen. Dies geschah. de Lecluse überreichte und entwickelte ebenfalls einen Vorschlag zur Gründung landwirthschaftlicher Banken, deren Billets durch ganz Frankreich an Zahlungsstatt genommen werden sollen. Auch dieser Vorschlag wurde unterstützt und an die Ausschüsse verwiesen. Huot entwickelt hierauf seinen Vorschlag, rücksichtlich des Verfahrens bei Gemeinderathswahlen. Ihm zufolge soll künftig bei den städtischen Behördewahlen, dasselbe allgemeine Stimmrecht ausgeübt werden, wie bei der politischen Repräsentation. Die Unterschiede zwischen Erb- und Hintersassen, Schutzverwandten und dergleichen sollen für immer aufhören, die auch in Frankreich, obwohl in anderer Form, wie in Deutschland leider noch bestehen. Der Redner dringt auf völlige Gleichheit aller Bewohner einer Gemeinde. Plegnard nahm dann das Wort, um darauf anzutragen, daß der neue Verf.-Entw. so bald er fertig gedruckt unter den Gliedern vertheilt würde. Dieselben hätten ihn dann in den Abtheilungen zu prüfen und ein Jeder, der selbst kein Redner sey und deshalb die Bühne zu besteigen in öffentlicher Sitzung nicht wage, könne seine Bemerkungen daran knüpfen. Coquerel der Chef der protestantischen Kirche, bekämpfte diesen Vorschlag. (Die Versammlung hielt ihn jedoch erheblich genug, um ihn der Berücksichtigung zu empfehlen.

Mittlerweile langte der Bericht des Finanzausschusses über die Steuer der 45% auf direkte Grundtaxen an, deren Abschaffung oder Modifikation von Chavallée schon früher beantragt worden. Es entspann sich hierüber eine Diskussion, an welcher Bavoud Larivière, Duclerc, Finanzminister und mehrere andere Glieder theilnahmen, die aber bei Postschluß wenig Interesse für das Ausland darbot. (4½ Uhr.)

Italien

(Livorno, den 18. Mai.) Aus Neapel erhalten wir soeben traurige Nachrichten. Ein zehnstündiges Morden und Brennen hat diese Stadt in die größte Verwirrung gestürzt. Es scheint, die revolutionäre Partei wollte die Sachen aufs äußerste treiben, worauf eine Reaktion erfolgte, deren Opfer zum Theil die Liberalen geworden sind. Die Nationalgarde hatte sich verkrochen. Barrikaden waren errichtet, Paläste wurden angezündet. Die französische Flotte scheint nicht ohne Antheil in diesem Conflikt geblieben zu seyn, doch mag ich Ihnen keine Details schreiben, da die, welche mir vorliegen, unter Furcht und Schrecken geschrieben sind. Die Briefe sind vom 16. Mai. Das Dampfboot Capri, welches sie bringt, ward durch die Unruhen einen Tag länger dort zurückgehalten. Der König von Neapel, der es verweigerte, dem Verlangen nachzugeben, nur eine Kammer zu constituiren und die Truppen auf 20 Stunden von der Hauptstadt zu entfernen, soll trotz der stattgehabten Vorfälle an der gegebenen Konstitution festhalten wollen. (A. A. Z.)

(Genua, 20. April.) Es sind heute durch den seit drei Tagen sehnlich erwarteten »Capri« Nachrichten der traurigsten Art aus Neapel hieher gelangt. Die zur Eröffnung der Kammern am 15. d. in Neapel versammelten Deputirten hatten in einer Vorberathung erklärt, daß sie den Konstitutions-Entwurf nur beschwören würden, wenn verschiedene Modifikationen gemacht würden. Der König weigerte sich, darauf einzugehen, rief die schweizerischen und neapolitanischen Truppen unter die Waffen, während auf der andern Seite die Nationalgarde sich in allen Straßen, namentlich Toledo, verbarrikadirte. Am 16. fielen die ersten Schüsse von der Nationalgarde, die eine mörderische Erwiederung durch die Truppen fanden. Der Kampf entbrannte bald auf allen Seiten und dauerte 7 Stunden lang mit furchtbarer Erbitterung und mit ungeheurem Verlust auf beiden Seiten, namentlich sollen die Schweizer sehr gelitten haben. Die Truppen blieben Meister der Stadt, die Nationalgarde wurde entwaffnet und die Stadt gegen aussen ganz abgeschlossen, um ihr jede Hülfe abzuschneiden. Die Polizei ist wieder in voller Thätigkeit, und man sieht einer Schreckensregierung entgegen. Dem neapolitanischen Consul wurde hier sogleich das Wappen abgerissen und verbrannt, die Aufregung ist furchtbar. (A. B. Z.)

Schweden und Norwegen.

(Stockholm, den 16. Mai.) Die Kriegsrüstungen werden mit dem größten Eifer fortgesetzt. Die sämmtlichen Regimenter des mittlern Schwedens sind marschfertig; die südlichen befinden sich theils im Marsche nach Schonen, theils sind sie bereits dort angekommen. Die Garderegimenter werden dieser Tage von hier abziehen. Die Einschiffung wird in Landskrona geschehen. Eine Menge Transportschiffe ist gemiethen. Den größten Theil der Truppen werden aber die Kriegsschiffe überführen. Zwei Linienschiffe, vier Fregatten, sechs Corvetten und kleinere Kriegsfahrzeuge werden zu Anfang des nächsten Monats aus Carlskrona abgehen um diesen Transport zu besorgen. Auch die ganze norwegische Marine wird ausgerüstet um nach den Belten abzugehen. Von der norwegischen Landarmee werden aber nur 3000 Mann auf Kriegsfuß gesetzt, weil der König nicht ohne die Genehmigung des Storthings eine größere Anzahl Truppen außer Land führen darf. Diese 3000 Mann sind angewiesen sich nach Schonen zu wenden, wo sie fürs erste campiren werden. (Allg. Z.)

Schweiz.

(Zürich, den 20. Mai.) (Schw. M.) Mit der Bundesrevision hat es in der Tagsatzung den besten Fortgang. Das Zweikammersystem ist mit 16 Stimmen angenommen worden, und auch die ersten zehn Artikel stets mit einer Mehrheit von 10 — 20 Stimmen. Es bleibt jetzt nur noch die Zollklippe zu umschiffen, allein Gefahr ist keine mehr vorhanden, man muß sich verständigen, und das ist das Beste. — Die Reaktion gegen die Wirkungen des Sonderbundskrieges ist in Schwyz und Uri vollständig, in Nidwalden theilweise durchgedrungen. In Luzern soll das Veto gegen das Klostergesetz erst angewendet werden. — Im Tessin bereitet sich ein heftiger Widerstand gegen die theilweise Aufhebung der Klöster, 22 an der Zahl, und gegen die Sequestrirung ihres Vermögens vor. In der Stadt Lugano, die 9 Klöster und blos 4000 Einwohner hat, wurde eine Volksversammlung gehalten und der Regierung erklärt, man wende sich an den Papst, wenn diese Maßregeln beschlossen werden sollen. Aehnliches geschah in Bellinzona. — In Wallis will das Volk die den Jesuiten beigeordneten Marienbrüder nicht wegziehen lassen, und doch sollte die Regierung die Tagsatzungsbeschlüsse vollziehen. Dergleichen Reibungen werden noch öfter vorkommen. — Zwischen dem Staatsrath von Neuenburg und der Bürgerschaft der Hauptstadt hat sich ein heftiger Streit über die Organisation der Gemeinde und über die Verwendung des Bürgerguts erhoben.

---

* Zur Beruhigung!

In jedem Lande, wo der Gebrauch der freien Presse nicht in Mißbrauch ausartet, wo man sich der Presse nach Belieben bedienen kann, um die Mängel des Staates in allen Stücken, so wie Fehler und Vergehen des sozialen Lebensverkehrs an das Licht der Oeffentlichkeit zu bringen, ohne deshalb in kleinliches Parteigetriebe überzugehen oder in das Gehege der Familienverhältnisse und Persönlichkeiten einzudringen, ist diese Freiheit bei längerem und abgeklärtem Bestande als unendlicher Vorzug beachtet und betrachtet worden. Das Aufdecken aller Mißstände muß aber vor Allem die Vermeidung der Wiederkehr derselben zum Motive haben und darf nicht tadelnswerthe Nebenabsichten im Gefolge führen, unter denen Schadenfreude und eine Art Rachegefühl nur gar zu gerne sich einstellen. Dadurch verliert die Anwendung dieses moralischen Mittels ihre beste Wirkung und schlägt öfters ganz in das Gegentheil um, es schadet nach allen Seiten hin, also nicht allein dem, gegen den es mit Nutzen angewendet werden soll, sondern auch dem, der es anwendet und ebenso Jenen, die eben in dieser Weise der Anwendung eine Competenz für sich suchen. Ein wesentliches Erforderniß in der Anwendung der Preßfreiheit gegen vorgekommene zu rügende Uebelstände und Gebrechen im öffentlichen Leben ist ferner die Wahrheit und Wahrhaftigkeit des der Rüge unterstellten Gegenstandes, die nur nach genauester Auffassung und Prüfung aller damit zusammenhängender Erscheinungen und Thatsachen möglich wird, wobei alles das, was nur vom bloßen Hörensagen, das sich lawinenartig weiter verbreitet und in den meisten Fällen von Mund zu Mund entstellter wird, herrührt, nothwendigerweise ausgeschlossen bleiben muß. Einen Thatbestand bis auf seine kleinsten Verkettungen und Anlässe zurück

zu verfolgen und zu würdigen, ist aber gar nicht so leicht als es auf den ersten Anblick scheinen möchte und mit je mehr Vorsicht dabei verfahren wird, mit desto mehr Takt kann diese Befugniß geübt werden. Es ist nicht schwer, durch Entstellungen, Uebertreibungen, ja selbst Lügen und Verläumdungen in unserer Zeit allgemeiner Calamitäten auf die Massen, die mit dem eigenen Schicksalen unzufrieden, gerne die Schuld daran in jedem Vorkommnisse des Tages wenigstens zum Theile suchen, einzuwirken, es ist ferner nicht schwer, bei dem jetzt vorherrschend gewordenen Mißtrauen den geringsten Fehler, der geringe Strafen nach sich gezogen, weil es eben immerhin ein strafbarer Fehler gewesen, in solches Licht zu stellen, daß dieser Fehler durch gefälschte Erzählungen als ein fluchbeladenes Verbrechen erscheint, das ein langes ehrliches, treues und fleißiges Berufswirken nichts mehr gelten läßt, den guten Namen schonungslos an den Schandpfahl schlägt und den, der ihn getragen im Bewußtsein erfüllter Pflichten, der aufgereizten Menge, die nur der Augenblick oft zu unüberlegten Handlungen treibt, Preiß gibt. Wenn die freie Presse gegen solches Treiben sich kehrt, wenn sie mit allem Ernste davon abmahnt, so handhabt sie gewiß ihr schönstes, aber auch vorzugsweise gebotenes Recht. Es sind in neuerer Zeit mehrere derartige Fälle vorgekommen, wo diese allgemeinen Ausführungen eine tiefe Beherzigung empfehlen lassen. Wir wollen hier keine Namen aufführen, weil dieselben die Sache nicht ändern, aber wir wollen nur alle Guten und wer wollte nicht gerne dazu gehören, ermahnen, zur Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit, alles Ernstes das Ihrige beizutragen und jedem Gerüchte, das geradezu von der Wahrheit der Thatbestände abweicht, entschieden zu begegnen. Unsere Behörden stehen auf der Warte der Wachsamkeit, die jedem Plane, Gesetz und Verordnungen zu übertreten, steuert, jeden geschehenen Uebertritt der festgesetzten Strafe unterwirft, denn, handelte die Behörde anders, so verdiente sie es nicht mehr zu sein. Werden daher Vorkommnisse erzählt, so erkundige sich doch ja Jeder vorher, ob sie auch wahr erzählt worden sind, er kann sich dadurch jedenfalls vor dem Vorwurfe falschen Verdachtes, schlimmer Nachrede und noch schlimmerer Thätlichkeiten bewahren, deren Reue stets zu spät einzutreten pflegt und nur gar zu häufig in Gefahren bringt, die eine lange traurige Nachfolge haben können.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Ediktal-Ladung.

Am 5 September 1847 verstarb zu Berching mit Hinterlassung einer letztwilligen Verfügung Walburga Beck, geborne Zimmermann, Wittwe des vormaligen Krämers und Bierwirthes Franz Beck von Berching.

Es werden nun alle diejenigen, welche an deren Nachlaß aus welch immer einem Titel Ansprüche machen wollen, aufgefordert, solche binnen

dreißig Tagen

von Veröffentlichung dieses um so gewisser hierorts geltend zu machen, als außer dessen bei Auseinandersetzung gegenwärtiger Verlassenschaftssache hierauf keine weitere Rücksicht genommen werden würde.

Beilngries, den 8 Mai 1848.

Königliches Landgericht.
Martin.

v. Schieder.

Bekanntmachung.

(Die Sperrung der Straße zwischen dem Plobenhof und der Spitalgasse betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg
als Polizei-Senat

wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Straßenstrecke zwischen dem Plobenhof und der Spitalgasse wegen vorzunehmender Umpflasterung, von Montag den 29 l. Monats an, auf mehrere Tage für Fuhrwerk gesperrt werden muß.

Nürnberg, den 25. Mai 1848.

Dr. Binder.

Lehner.
v. u.

Trauer-Anzeige.

Unseren hiesigen und auswärtigen verehrten Anverwandten und Freunden zeigen wir mit tiefbetrübten Herzen hiemit an, daß heute früh um 7 Uhr unsere vielgeliebte Gattin, Tante und Großtante

Frau Margaretha Barbara Meyer,

vorhin verwittibt gewesene Weglehner, geborne Schmidt,

nach vielen ausgestandenen Leiden im vollendeten 83. Lebensjahre sanft und selig gestorben ist.

Wer den frommen häuslichen Sinn, ihre strenge Rechtlichkeit und Wohlthätigkeit kannte, wird unsern großen Schmerz über diesen uns betroffenen Verlust zu würdigen wissen und uns stilles Beileid nicht versagen

Nürnberg den 25. Mai 1848

Die sämmtlich Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonntags den 28. Mai Vormittags eilf Uhr auf dem St. Rochus-Kirchhof statt.

Trauer-Anzeige.

Im Gefühle unsäglichen Schmerzes bringen wir unseren Verwandten, Freunden und Bekannten die Trauerkunde von dem erfolgten Tode unserer innigstgeliebten Tochter und Schwester

Emma.

Sie starb gestern Vormittags 11 Uhr an einer Lungenlähmung in einem Alter von 17 Jahren.

Ihrem gütigen Andenken die Verblichene empfehlend, bitten um stille Theilnahme

Nürnberg am 26. Mai 1848.

Franziska Zelffinger, als Mutter.
Amalie, als Schwester.

Die Beerdigung findet Sonntag am 28 l. M früh 11 Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhof statt.

Trauer-Anzeige und Einladung.

Gestern Morgen verschied nach einem schmerzvollen Krankenlager der Handlungsreisende

Herr Joseph Scheidler,

in dem Blüthenalter von 28 Jahren an einem chronischen Lungenleiden

Seine vielen Freunde in Nürnberg und Fürth werden hiemit höflichst eingeladen, Sonntags Nachmittags 3 Uhr der Beerdigung des verblichenen Freundes beizuwohnen, und ihm, dem Theuren, der uns Allen die Würze der Freundschaft war, die letzte Ehre zu erweisen.

Die Versammlung ist am Trauerhause im Neuengäßchen.

Nürnberg, am 26 Mai 1848.

Mehrere Freunde des Verblichenen.

Trauer-Anzeige.

Heute Morgens um 7 Uhr verschied an gänzlicher Entkräftung unser vielgeliebter Gatte, Vater, Sohn, Bruder und Schwager, Herr

Joh. Georg Philipp Zangerle,

Buchdruckerei-Verwandter,

im schönsten Mannes-Alter, von 41 Jahren. Er folgte seiner vor 5 Wochen gestorbenen Tochter zu bald nach, und ist der Schmerz den wir um ihr Hinscheiden so tief fühlten, und die Thränen nicht gestillt, so erschüttert stehen wir an seinem Sarge. Ein redlicher, treuer Gatte, ein liebender Vater seiner Kinder, ein biederer Sohn und rechtschaffener Bruder und Schwager war er, und wer ihn kannte wird uns wegen dieses betreffenen harten und herben Schlages eine Thräne des Mitleids weihen. Die Ruhe des Grabes hat er gefunden und unsere heißen Dankes-Thränen für seine uns erwiesene Liebe und Treue folgen ihm nach

Nürnberg, den 25. Mai 1848

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Ladenveränderung u. Empfehlung.

Ich zeige hiemit ergebenst an, daß ich meinen Laden, S. Nr. 900 hinterm Rathhaus am Eck der Bindergasse, verlassen, und meinen, in dem von Herrn Melber Kirschbaum, S. 900 der Obstgasse, neben der Wirthschaft des Herrn Rotter, erkauften Hause bezogen habe.

Ich danke pflichtgemäß für das mir bisher geschenkte Vertrauen und Wohlwollen, bitte mich hiemit ferner zu beglücken, und werde Alles aufbieten Jedermann mit den schönsten, modernsten, festesten und billigsten Arbeiten zu bedienen; wobei ich mich zugleich meiner verehrlichen Nachbarschaft bestens empfehle.

Nürnberg, am 25 Mai 1848

Andreas Zellhuber,
Herren- u. Damen-Schuhmachermeister.

St. Leonhard.

Zur Feier des Schweinauer Jahres-Festes Sonntag den 28. und Montag den 29. d. Blech-Harmonie-Musik.

Den 29. d. Abends Tanzunterhaltung, wozu um zahlreichen Besuch bittet

A. Feldmann.

Schloßzwinger.

Heute Sonnabend Blech-Musik.

(Anzeige.) Von heute an darf kein Schutt mehr in den sogenannten [illegible]graben gebracht werden.

Einladung.

Zu ausgezeichnetem Bier, bei kalten Speisen, ladet auf morgen Sonntag in den Ziegelsteiner Felsenkeller ein

Götz

(Hypothekenauslösung) Auf drei hiesige Häuser in schönster Lage, werden zur Auslösung erster und zweiter Hypothek, gleich oder später gesucht, auf:

Nr. 1. Werth 24000 fl., versichert zu 3.000 fl., 8000 fl
Nr. 2 „ 12000 „ „ „ 7200 „ 7000 „
Nr. 3 „ 10000 „ „ „ 8000 „ 6000 „

Näheres auf Briefe mit G. G. G. in der Exped. d. Bl.

(Anzeige.) Ich bringe hiemit zur Anzeige, daß ich mein Geschäft in die Karolinenstraße L. Nro 391 c verlegt und auch da ein Lager von

Manufaktur- und Spielwaaren

zum Engros- wie Detail-Verkauf eröffnet habe

Indem ich eine recht solide wie billige Bedienung zusichere, bitte um geneigte Abnahme

Nürnberg, 24 Mai 1848.

Joh. Val. Rießner.

Empfehlung.

Abgenähte Couverte, Herren- und Damenschlafröcke, Unterröcke mit Baum- und Schafwolle abgenäht, Badehosen, Handschuhe u. s. w. empfiehlt

Joh. Georg Meyer
am Plobenhof.

Erklärung.

Die Unterzeichneten bezeugen hiermit der Wahrheit gemäß und üblen Nachreden zu begegnen, daß dem vor zwei Monaten verunglückten Kinde des Schauspielers Curtze sogleich und ohne alle Widerrede die geeignete Hülfe von Seite des herbeigerufenen Wundarztes geleistet worden ist.

Nürnberg, den 16 Mai 1848.

H. Curtze, als Vater.
Dr. Birkmeyer.

Bleich-Eröffnung.

Ich habe die Bleiche der Rosenau gepachtet und empfehle mich zu geneigtem Zuspruch, mit der Versicherung, daß ich alle Sorgfalt aufwenden werde, dem Vertrauen vollständig zu entsprechen, welches man mir schenken wird.

Margaretha Gebhardt,
Gut Rosenau, auf der Bleiche.

L. Wiessel

in der Rathhausgasse in Nürnberg,

empfiehlt sein reichhaltiges Porzellain- und Steingut-Waarenlager, auch das hier sogenannte Frankfurter steinerne Geschirr zu den billigsten Preisen.

(Ersuchen) Die Theilnehmer der am 4. Juni stattfindenden Waldparthie werden ersucht, sich Samstag den 28 Mai Abends 7 Uhr bei Herrn Holzinger auf der Hadermühle einzufinden, da spätere Meldungen nicht berücksichtigt werden können.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 27. Mai findet vollständige Orchestermusik, Entree 6 kr. à Person, statt, wozu hiemit höflichst einladet

Kißkalt.

Cremser- und Bleiweisse

in Oel abgerieben und trocken, so wie alle sonstigen

Maler- und Tüncherfarben

empfehlen wir nebst unserem Lager von

hydraulischem Kalk

zur gefälligen Abnahme unter Zusicherung billigster Preise

Hengelein und Güllich
am Thiergärtnerthor.

(Empfehlung) Blühende Miniatur-Pflanzen, leere Töpfchen und Hängampeln, empfiehlt

Joh. Leonh. Backofen. S. Nr 1701
auf der Schütt.

(Empfehlung) Es sind 3 Celeriens von Nußbaum (Fis-Harmonica) 2 zu 6 Oct. und 1 zu 6½ Oct. billig zu verkaufen oder zu verleihen. Auch werden bei Unterzeichnetem Aufträge für diese Instrumente, so wie alle Reparaturen von Accordions bestens besorgt.

J. Reinert, Harmonicamacher.
S. Nr. 519. Spitalgasse.

(Gesuch.) Für eine stille Familie wird ein möblirtes Zimmer in einem Garten, mit Benützung desselben, sogleich zu miethen gesucht. Das Nähere in Lit. L. Nro. 750 oder in der Expedition d. Blattes zu erfragen.

(Zu verkaufen) Eine reale Bierwirthschaft mit Gastenschenke nebst Pfeiferei ist zu verkaufen

(Zu vermiethen.) 2 Schlafstellen sind täglich zu vermiethen. S. Nr. 1060 Rothschmiedsgasse.

(Zu vermiethen) Im Hause L. Nr 662 am Lorenzerplatz ist ein möblirtes Zimmer mit Bett an einen soliden Herrn täglich zu vermiethen

(Gesuch.) Der Korrespondent, die Mittelfränkische Zeitung, der Kurier und das Intelligenzblatt werden mitzulesen gesucht, in Lit. L. No 323.

(Gesuch) Ein Infanterie-Offiziers-Ordonnanz-Säbel wird zu kaufen gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. Mai 1848. **№ 149.** **Sonntag: Wilhelm.**

** Reaktion oder keine?

Wir werden von dem Verfasser des Artikels „Reaktion in Nürnberg" um Aufnahme des nachfolgenden Aufsatzes gebeten, und erfüllen dieses Ansinnen um so mehr, als wir uns Unparteilichkeit zur Pflicht gemacht und die Freiheit der Meinungsäußerung, wie sie jetzt Jedem zusteht, auch an Jedem achten, wenn wir auch nicht mit allen Ansichten einverstanden sein können. Wir haben zugesicherte Preßfreiheit, das ist faktisch und da muß der Grundsatz Geltung finden: Stimme gegen Stimme! Das Publikum mag das Urtheil fällen, wem Recht zuzusprechen ist und da wird es sich immer zeigen, daß von verschieden aufgefaßten Artikeln jeder seine Anhänger zählt. Hiemit möge aber auch diese Angelegenheit erledigt sein. Der erwähnte Artikel lautet: Der Artikel in Nro. 147 dieses Blattes hatte weder den Zweck, eine Behörde ohne Grund zu verdächtigen, noch Aufreizung unter dem Volke zu erregen, sondern einzig und allein der Reaktion mit erlaubtem Mittel entgegen zu treten. Wir hatten Vertrauen zu unserm Magistrat, besonders seit wir dessen politisches Glaubensbekenntniß in der Egydienkirche gehört woran wir uns erlauben zu erinnern; aber jetzt hat sich irgendwo der Wind etwas gedreht, und viele Menschen haben leider so viel von der Natur einer Wetterfahne an sich. Es ließe sich Viel auf die Erwiederung in Nr. 148 sagen, aber wir unterlassen es, um nicht den Schein auf uns zu laden, wir wollten nur das Volk aufreizen; es mag selbst urtheilen. Uebrigens halten wir uns an die königl. Proklamation vom 6. März. Bezüglich Wessen das Volk Ursache haben wird, Gott um Bewahrung zu bitten, wird die Zukunft lehren, wir wollen uns seiner Zeit daran erinnern.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 24. Mai.) In der heutigen 44. öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer, welcher die Herren Staatsminister Thon-Dittmer, Bray und Lerchenfeld, dann mehrere Minist.-Kommissäre beiwohnten, wurde die spezielle Berathung über den Ges.-Entw. „die Ablösung der Lehen" vorgenommen, welchen der Ausschuß in folgender Weise modificirt hat.

Neuer Art. 1. Alle bisherigen Lehengebühren können in eine entsprechende jährliche Abgabe umgewandelt werden. Neuer Art. 2. Alle Lehen können allodifizirt werden, und zwar: 1) Söhne- und Töchterlehen durch Erlag von ein Prozent des Lehen-Fassions-Werthes, 2) Mannlehen durch Erlag von zwei Prozent, und 3) Heimfällige Lehen durch Erlag von zehn Prozent des fatirten Lehenwerthes. Als auf dem Heimfalle stehend sind solche Lehen zu betrachten, welche nur noch auf vier Augen ruhen, wenn Besitzer und beziehungsweise Anwärter bereits das 50ste Lebensjahre erreicht haben. Den Vasallen steht es frei, das Ablösungs-Kapital baar oder in Ablösungsschuldbriefen zu bezahlen, oder auch dasselbe als ein mit 4 Prozent verzinsliches Bodenzins-Kapital auf das bisherige Lehen zu übernehmen. Neuer Art. 3. Ausgenommen von aller Allodifikation sind: a) die trohnlehenbaren Würden, b) jene Lehen, welche auf königlicher Dotation oder auf Staatsverträgen beruhen, so ferne denselben nicht ein lästiger Rechtstitel zu Grunde liegt. Neuer Art. 4. Lehen, welche urkundlich als aufgetragen (feuda oblata) nachgewiesen werden, verwandeln sich in volles Eigenthum gegen Fixation oder Ablösung der Lehentaxe. Neuer Artikel 5. Die fideikommissarischen Verhältnisse der Lehen, so wie die Berechtigung zur Erbfolge in denselben, werden hierdurch nicht verändert. Nach Aussterben der zur Lehen-Erbfolge Berechtigten geht das bisherige lehenbare Objekt an die Erben des letzten Besitzers über. Ein Consens der Agnaten und Mitbelehnten oder Anwärter ist weder zur Fixation der Lehentaxe, noch zur Allodifikation des Lehens nothwendig. Dagegen bleibt es dem Betheiligten überlassen, sich über ihre gegenseitigen Berechtigungen durch freies Uebereinkommen zu verständigen. Findet ein solches Einverständniß nicht statt, so steht den Erbfolgeberechtigten das Recht zu, zur Sicherung ihrer Ansprüche die Vormerkung, unter Bezug auf bestehende Dispositionen- und Familien-Verträge, in eine bei den Appellations-Gerichten zu eröffnende Matrikel, analog mit den Bestimmungen des §. 106. Tit. 7. der VII. Verfassungs-Beilage zu verlangen. Zur Anmeldung dieser Ansprüche findet ein präclusiver Termin von 2 Jahren, vom Tage der Publikation dieses Gesetzes anfangend, statt, nach dessen Umlauf ein unbedingter Verzicht der Betheiligten, sowohl dem Lehenfiskus als dem Vasallen gegenüber, gesetzlich angenommen wird.

Abg. Barsch stellt einen Antrag zu Art. 1 folgenden Inhalts: „Dem Staate lehenbare Güter, welche den Werth von 150000 fl. haben und darüber, und wenn sie zugleich die Eigenschaft der Heimfälligkeit an den Staat an sich tragen sollen, wenn solche als freies Eigenthum an den Besitzer übergeben, sollen geschätzt und von dem Schatzungswerth soll 25 Proz. Ablösungs-Quotum bezahlt werden." — Nachdem der Antragsteller seine Modif. begründet, will er selbe auf Antrag des Präsidenten zum Art. 2 einbringen — die Modif. des Ausschusses wird vom II. Präsidenten v. Scheurl, Habermann und Bar. Lindenfels vertreten. Abg. Schnetzer übergibt einen Antrag, die Erhöhung der Lehentaxe erzielend, welche nur von Dr. Schmidt und Barsch unterstützt wird. — Bas. Künsberg legt Verwahrung gegen einen so verderblichen Grundsatz ein, bei der Ablieferung der Lasten erst noch neue Lasten schaffen zu wollen; des Princips wegen erklärt er sich dagegen; ebenso Präs. Scheurl. — Der zweite Präsident will Aufschluß darüber, da mit dem Thronwechsel eine neue Belehnung nothwendig wurde, wie es sich mit der Regulirung der Taxen verhalte? Der Finanzminister bemerkt, daß die Erhebung der Taxen im fraglichen Falle erst nach einem Jahre erfolge. — Der Schnetzerschen Modif. wird von vielen Seiten entgegengetreten, endlich aber dieselbe mit dem Art. 1. der Ausschußmodifikation angenommen, obgleich Referent und der Finanzminister sich gegen den Antrag Schnetzers kräftig erheben.

Bei Art. 2 kommt obenerwähnte Modifikation des Abgeordneten Barsch an die Reihe, zu welcher sich noch viele andere gesellten, welche alle erschwerte Ablösung des Lehen erzwecken; es sind dies Modifikationen von Schäfer, Schnetzer und Reblen. Der erste Präsident beantragt die Feststellung einer sicheren Rente für die Staatskasse. — Dr. Schwindl betrachtet die beiden Gesetze der Ablösung der Grund-Lasten und des Lehens-Verbandes, als siamesische Zwillinge, die mit einander leben und sterben. Um der Ablosung der Grundrenten willen möge man dieses Gesetz nicht fallen lassen.

Schlund will es dem Adel nicht so leicht gemacht wissen. — Ramoser gibt eine Apologie des Adels. — Bestelmeyer erklärt sich für die Modifikation des Ausschusses, obgleich er den Antrag des I. Präsidenten zu würdigen weiß. — Scheurl und Fischer sprechen sich für die Ausschußfassung aus. — Schlund übergibt einen weiteren Antrag, wonach bei Nr. 1 statt 1 Pct. 1½, bei Ziffer 2 statt 2 Pct. 2½ und bei Ziffer 3 nach 10 Pct. gesetzt werden nach dem Schätzungswerthe. — Nachdem dieser Antragsteller seine Modifikation begründet und der Schluß begehrt wird, treten der Referent und der Finanzminister sämmtlichen Modif. entgegen und vertheidigen die Ausschußfassung ganz umständlich. — Die Modifikationen des I. Präsident, des Abg. Barsch und Reblen werden verworfen. Die Modif. des Abg. Schlund zu Ziff. 2 und 3 wird angenommen, zu 1 verworfen. — Eine Modif. des Abg. Schnetzer (daß der Lehenswerth durch beeidigte Schätzer festgesetzt werden soll) wird angenommen. — Nachdem über die Masse eingebrachter Modifikationen eine Art Verwirrung bei der Abstimmung sich ergeben, wird endlich doch der Art. 2 mit den beiden Modif. von Schnetzer und Schlund angenommen. — Art. 3, 4 und 5 werden in der bereits mitgetheilten Fassung des Ausschusses und Art. 6 in der ursprünglichen ohne Debatte angenommen. — Abg. Barsch beantragt folgenden neuen Art. 7 „das gegenwärtige Gesetz soll am nämlichen Tage wie das Ablösungsgesetz in Vollzug gesetzt werden." Ohne Debatte wird dieser Antrag und ebenso der ursprüngliche Art. 7 (nun 8) angenommen. Das ganze Gesetz endlich wird durch Namensaufruf mit 91 gegen 11 Stimmen angenommen. Bei der Minorität waren wieder 8 katholische Geistliche; so beweisen diese Männer bei jeder Gelegenheit, wo irgend ein Fortschritt in Frage, wie sie mit eiserner Härte dem Geiste der finsteren Versiodtheit angehören. Solche Manifestationen in gegenwärtiger Zeit angesichts der nach Freiheit allgemein strebenden Nation — gibt es Frecheres?

*† (München, den 25. Mai.) Die Kammer der Abg. ließ sich heute — nach Mittheilung des Beschlusses über die Ablösung des Lehensverbandes, dessen Fassung mehrseitig beanstandet und daher nochmaliger Formulirung übergeben wurde, und der Gesammtbeschlüsse über die Einführung der bayr. Gesetzbücher in den neuerworbenen Gebietstheilen und den Sparkassen — Vortrag erstatten über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden. — (Referent Def. Götz.) Zuvor noch stellte der Abg. Schnetzer an den Minister des Innern eine Interpellation in Bezug auf Freiheit der Presse, welche gegeben, aber bereits bedroht werde. — So habe sich der Stadtkommissär von Schwabach bereits zur Beschlagnahme einer Nummer der in Schwabach erscheinenden „Fränkische Volkszeitung" bewogen gefühlt. Wie lasse sich das mit unserer Preßfreiheit vereinigen? Der Literat Fr. Trautmann habe sich auch genöthigt gesehen, in Folge des von der hiesigen Polizei erlassenen Verbots des öffentl. Verkaufs von Flugblättern ꝛc. in den Strassen Rekurs bei dem kgl. Ministerium zu ergreifen und sehe noch immer dem Entscheide entgegen; — der Minister des Innern bemerkte, daß zwar diese Fragen in sein Ressort nicht gehören und er auf letztere nicht antworten könne. (Der Minister des Cultus ist nicht anwesend.) in ersterer Hinsicht jedoch fühle er sich wohl zur Erklärung bemüssigt, da er das fragliche, confiscirte Blatt vor sich habe. Wir haben allerdings Preßfreiheit, aber auch noch gesetzliche Bestimmungen gegen solche Uebergriffe, wo der Staat selbst angegriffen, wo die Verfassung verletzt wird. In solchen Fällen sei die Beschlagnahme nicht aufgehoben. In berührtem Blatt sei aber ein Artikel enthalten, welcher die Frage aufwerfe, ob man die 34 Winkelfürsten aus dem Lande hinausjagen oder mediatisiren solle? Eine Preßfreiheit in solcher Weise werde man doch nicht wollen? (Die Kammer antwortet mit Nein). Schnetzer entgegnet, wenn auf der einen Seite zu Gunsten des Absolutismus und der Hierarchie alles geschrieben werden dürfe, so dürfe man auch auf der anderen Seite nicht zu strenge verfahren. — Auf Vermittlung des Präsidenten wird aber die weitere Erörterung des Gegenstandes beseitigt. — Unterberger stellt im Namen des 6. Aussch. die Bitte an das Ministerium, die von den 1400 eingelaufenen Petitionen, welche von der Kammer nicht erledigt werden konnten, dem Ministerium mit Empfehlung übergeben in baldige Erwägung ziehen zu wollen, als die Holz- und Streurechte betr., den Gemeinden um Erleichterung der Verwaltung und Curatelen, der Universitäten und Studirenden um Lehrfreiheit. Nachdem der Präsident bemerkt, daß die Kammer durch ihre angestrengte Thätigkeit mit der Gesetzesvorlage nun zu Ende und nur noch die Rückäußerungen der ersten Kammer zu erledigen habe, sie aber ermahnt, nachdem bereits so viele Mitglieder sich entfernt haben, (Stockinger, Christmann, Dec. Bauer, Dr. Müller und m. A. sind bereits nach Frankfurt abgereist,) die wenigen noch übrigen Tage ihre Thätigkeit fortzusetzen, wird die Sitzung geschlossen und die nächste auf morgen anberaumt.

*† (München, den 27. Mai.) [Siebenzehnte Sitzung der Kammer der Reichsräthe.] Die hohe Kammer berieth über das Gesetz der Einkommensteuer, wobei sich vorzüglich von Wallerstein für das Gesetz aussprach und erklärte, daß man dem Ministerium für den

Versuch nicht genug danken könne, eine gleichmäßige Besteuerung einzuführen. Bar. Lotzbeck aber seine Zustimmung gab, daß er, obwohl er die progressive Skala nicht für gut und billig halte, für eine Kapitalsteuer durchaus nicht stimmen werde. Das Gesetz wurde im Wesentlichen in der Fassung der zweiten Kammer angenommen. Sofort die Wahl zur Gesetzgebungs-Kommission, wozu der Reihenfolge nachgewählt werden: Zu-Rhein, Arnold, Niethhammer, Reigersberg, Armansperg, Maurer, Freyberg; als Ersatzmänner: Erzbischof Reisach, Seinsheim, Lotzbeck. Bezüglich der Alluvionen ward der Kammer der Abgeordneten nicht beigestimmt, sondern ein Antrag von Arnold angenommen, es möge einer künftigen Kammer die bezügliche Gesetzesvorlage gemacht werden. Die Rückäusserung der Kammer der Abg. in Bezug auf Ablösung betreffend, beharrte die Kammer im Wesentlichen auf ihren Beschlüssen, so daß durchgehends der Gesetzentwurf sehr in Frage gestellt ist. Die Kammer der Abg. beräth in dem Momente zum letzten Male über die Rückäusserung der Kammer der Reichsräthe und beharrte, mit geringer Ausnahme in den Hauptpunkten bei ihren früheren Beschlüssen. — Das Gesetz macht nun seinen Weg nochmals zurück in die Kammer der Reichsräthe. —

Ueber das Ministerverantwortlichkeitsgesetz nahm die zweite Kammer die unwesentlichen Modifikationen der ersten an, ebenso den angehängten Wunsch der ersten Kammer, daß bei allen Ausschreibungen von königl. Ministerialentschließungen auf die Unterzeichnung und Gegenzeichnung, wenn sie in der Urschrift enthalten sind, in den stets amtlich zu beglaubigenden Abschriften auszudrücken seyen. — Die Rückäußerung der Kammer der Reichsr. endlich bezüglich der ständischen Initiative betr., welcher Beschluß vom Ausschuß der zweiten Kammer zur Annahme empfohlen wird, bemerkt Eppelsheimer, daß er für Annahme dieser Modif. sich erklären, nicht durch den in früheren Zeiten oft vernommenen und auch von dem gegenwärtigen Ministertische ausgegangenen Schreckschuß, daß das Gesetz fallen könnte, einschüchtern lasse, aber er wolle eben eine Vereinbarung mit den Reichsräthen erzielt wissen. — Die Reichsräthe haben die Einschaltung Tit. 5 beim II. Art. und eben so die Modif. der zweiten Kammer Art. 6 wegzulassen beantragt. — Die zweite Kammer tritt diesem Beschlusse bei. — Noch kommt die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über die Einkommensteuer in Berathung und die zweite Kammer tritt auch hier den Beschlüssen der Reichsräthe bei, — wie wir sie gestern bereits mitgetheilt habe. —

†* Nürnberg, den 27. Mai.) Gestern setzte der Literat Gustav Diezel den über ihn vom hiesigen Magistrat als Polizeisenat verhängten Beschluß der Ausweisung dadurch selbst in den Vollzug, daß er von mehreren Freunden begleitet das Weichbild der Stadt friedlich verließ. Die wegen einer befürchteten Aufregung getroffenen Maßregeln, Verstärkung der Wachen durch Militär, ꝛc. brauchten nicht in Anwendung gebracht zu werden. Der politische Verein wird nach wie vor in dem Geiste, in dem er sich gebildet, auf der breitesten demokratischen Unterlage, fortbestehen.

(Würzburg, den 25. Mai.) Die hiesige Studenten-Gesellschaft »Germania« hat, anstatt ihre Anerkennung von Seite der Regierung durch einen Kommerce zu feiern, zweihundert Gulden als Beitrag zur Erbauung einer deutschen Flotte zusammengelegt, und diese Summe unter dem Heutigen zur weiteren Beförderung nach Frankfurt abgeschickt. (N. W. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 25. Mai, Nachm. 1 Uhr.) In der heutigen Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung wurde von Stedtmann aus Koblenz als dringliche Angelegenheit das Verhältniß des Herzogthums Limburg zu Deutschland zur Sprache gebracht. Es wurde die Angelegenheit, da es sich zunächst um den Eintritt des für Limburg gewählten Abgeordneten handle, nach längerer Debatte an den Centralausschuß für die Legitimationsprüfung gewiesen. Freudige Sensation erregte eine, vom Präsidenten verlesene Vollmacht von zwei dahier angelangten ungarischen Abgesandten zur Regelung und Kräftigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Ungarn in politischer und commerzieller Beziehung. Die Vollmacht ist vom Palatin von Ungarn, dem Erzherzog Stephan und dem ungarischen Staatsministerium ausgestellt. (Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 24. Mai.) Wenn man die stürmischen Bewegungen in dem größten Theil unseres Vaterlandes mit Ruhe betrachtet, so ist es hauptsächlich ein schwarzer Punkt, der jeden Freund der guten Sache mit der höchsten Besorgniß erfüllt. Es ist nicht das Schreckbild der Anarchie, das man uns von gewissen Seiten her schaudererregend an die Wand zu malen sucht — denn alle guten Bürger sind damit einverstanden, daß kräftiger Wille und gemeinschaftliches starkes Auftreten diesen Dämon niederzuhalten im Stande ist; es ist aber eben so wenig das Schreckbild der Reaction, wie man dieß Wort gewöhnlich versteht, das den politischen Horizont unseres geliebten Vaterlandes mit schwarzen Nachtschatten umzieht — denn jedermann begreift leicht, daß die Rathlosigkeit der Fürsten in Betreff ihrer dynastischen Interessen einerseits und die Zusammensetzung der verschiedenen Regierungen mit größtentheils volksthümlichen Männern andererseits, in Verbindung mit der steten Wachsamkeit der Ständeversammlungen, ein freiheitsmörderisches Unternehmen von oben herab nicht aufkommen lassen. Reaction in diesem Sinn und Anarchie sind nur zwei Gespenster, womit sich die beiden Parteien, die Besitzenden und Besitzlosen, abwechselnd Furcht einzuflößen suchen, und es hat dieß die gute Folge, daß alle Bürger, die es mit dem Vaterlande gut meinen, nach beiden Seiten hin auf der Hut sein müssen. Deutschland's Entwicklung, Deutschland's Neugestaltung zu seiner wahren Größe hat nur einen Feind, den es zu fürchten hat, dieser besteht in der Reaction des Volkes selbst. Nicht die Reaction der Fürstenhöfe ruht verderbenschwer über dem Vaterlande, wohl aber der Stolz verschiedener Volksstämme, die hier und da sich wenigstens neben, wenn nicht gar über die Majestät des Gesammtvolkes der Deutschen stellen wollen. Werden die Elemente nicht recht gründlich überwunden und gleich im Volke selbst niedergekämpft, dann wird Deutschland vor wie nach der politische Spielball Europa's sein, und alle übrigen Nationen werden mit Recht sagen: Seht, sie haben abermals vergeblich einen Anlauf genommen, um ein starkes und mächtiges Volk zu werden. Wehe aber denen, welche dann die Verantwortung zu tragen haben, wenn Deutschland's starke Einheit abermals vereitelt wird und der Deutsche abermals verurtheilt ist, Jahrhunderte lang von andern Völkern mit Füßen getreten zu werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. Darmstadt, den 24. Mai.) Vor einigen Tagen gedachte ich eines Antrags des Abgeordneten v. Steinherr wegen Auflösung der Ständeversammlung. Diese charakteristische Motion lautet nach der inzwischen im Druck erschienenen Beilage zum 54. Protocoll vom 19. d. M. wörtlich: „In der vorgestrigen Sitzung der zweiten Kamer habe ich mündlich den Antrag auf Auflösung der Kammer gestellt und in Folge ausdrücklichen Verlangens des Herrn Präsidenten wiederhole ich denselben nunmehr schriftlich dahin: daß die Kammer gegen die Staatsregierung den Wunsch aussprechen wolle, sie unmittelbar nach sofortiger Berathung des Bürgerwehrgesetzes aufzulösen und mittelst einer von den Ständen sanctionirten Ordonanz demnächst eine aus directen Wahlen hervorgegangene neue Kammer einzuberufen. Die Gründe, welche mich zu diesem Antrage bestimmen, sind im Wesentlichen folgende: 1) weil man allgemein die Aufhebung der Kammer wünscht, indem man sie als eine Erbschaft des alten Regiments weder den Zeitverhältnissen für gewachsen, noch als den Ausdruck des Volkswillens anerkennt; 2) weil ihre besten Kräfte ihr theilweise entzogen sind und eine der drei Provinzen (Rheinhessen) beinahe gar nicht mehr repräsentirt ist, und 3) weil ich es für eine Ungerechtigkeit gegen die Kammermitglieder und gegen das Interesse der Staatsregierung selbst erachte, um jeden Preis eine Kammer fortbestehen zu lassen, gegen welche die öffentliche Meinung so unumwunden sich ausspricht, daß sie sich des Vertrauens des Volkes nicht mehr zu erfreuen habe. Die weitere Begründung bleibt der Discussion vorbehalten.« Ich habe bereits gedacht, daß das Ministerium nur eine Vertagung beabsichtigt. — Heute wird der Gesetzesentwurf, wegen der Bürgerwehr in der zweiten Kammer berathen. — Die Gestaltung der Zustände unserer Schwesterstadt Mainz zieht eben vorzugsweise die Aufmerksamkeit auf sich. Bei aller Verschiedenheit im Denken, Fühlen und Handeln fühlen wir uns doch zur Sympathie hingezogen. (F.-O.-P.-Z.)

(Mainz, den 23. Mai.) Seit gestern Mittag ist die Commission des Parlaments „im rheinischen Hofe", um alle Klagen zu Protokoll zu nehmen und überhaupt die Sache in ihrer wahren Lage kennen zu lernen. Unsere Bürger versprechen sich aber keine Hülfe davon, den man fürchtet die deutsche Langsamkeit, während uns nur schleunigste Hülfe durch ein Mittel helfen kann, nämlich die Entfernung der ganzen preußischen Garnison. Haussuchungen nach Waffen sind an der Tagesordnung. (F.-O.-P.-Z.

Nassau. (Wiesbaden, 23. Mai.) Wie wir so eben hören, soll es gestern Vormittag vor der Eröffnung des Landtags schon zu ernsthafter Erörterung zwischen unserer Regierung und den Ständen gekommen seyn. Die Deputirten haben nämlich vorab der Regierung eröffnen lassen, daß sie den in unserer Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Eid unter keiner Bedingung leisten würden. Die Regierung soll jedoch darauf bestanden und bei fortgesetzter Weigerung erklärt haben, daß der Herzog in diesem Falle den Landtag gar nicht eröffnen werde. Darauf hin sollen aber die Landstände auf das Bestimmteste sich ausgesprochen haben, daß in diesem Falle sie selbst aus eigener Machtvollkommenheit den Landtag eröffnen würden. — Nach dieser Aeußerung blieb kein anderer Ausweg übrig, als eine ganz neue Eidesformel aufzusetzen, derzufolge die Mitglieder der Ständeversammlung nur sich selbst verantwortlich sind, und einzig dem Volke den Eid der Treue leisten. So geschah es denn! Wir glauben auch nicht, daß die Stände mit gutem Gewissen einen andern Eid schwören konnten, da Niemand voraussehen kann, was die nächste Zukunft bringt. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 22. Mai.) Es stellt sich jetzt immer mehr heraus, daß die Abreise des Kaisers durch die Camarilla und durch aristokratisch-jesuitische Intriguen vorbereitet war, welchen allerdings die bedauernswerthen Ereignisse vom 15. in die Hände gearbeitet haben. Es ist unerhört, welche schändliche Mittel in Bewegung gesetzt wurden, um den schlichten Sinn des Kaisers zu bestricken, und namentlich, um ihn zu bewegen, sich dem Tschechismus in die Arme zu werfen und so unmittelbar den Bürgerkrieg hervorzurufen. Aber der Kaiser widerstand und hielt fest an Deutschland. Den heutigen Nachrichten aus Innsbruck zufolge wünscht der Kaiser sehnlich wieder in seine Residenz- und Vaterstadt zurückzukehren, und wartet nur, bis die Ruhe in derselben gänzlich befestigt sein wird. (A. A. Z.)

(Wien, den 23. Mai.) Heute in der Nacht ist Fürst Esterhazy der Minister und Hr. v. Pulszky der Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten Ungarns einerseits, und Baron Doblhoff von Seite des österreichischen Ministerrathes nach Innsbruck gereist, wo sie um die Person Sr. Maj. des Kaisers während seines Aufenthaltes daselbst verweilen werden. Der Charakter des Fürsten Esterhazy wie seine ihm von Pesth ausgegebene Instruction und andererseits die entschiedene Gesinnung und der energische Geist des Hrn. von Doblhoff bürgen uns dafür, daß jeder Versuch der aristokratisch jesuitischen Kamarilla und der panslavistischen Partei, den Monarchen zu inconstitutionellen und retrograden Schritten zu bewegen, scheitern muß.

Aus Prag vom 23. Mai erhalten wir die Nachricht, daß dort endlich die Wahlen zur constituirenden Versammlung in Frankfurt ausgeschrieben wurden. Die zwei Deputirten Prags sollten am 24. gewählt werden. Die Tschechen thaten alles, die Wahl zu hindern, rissen die Placate ab, versammelten sich in drohenden Haufen ꝛc. (A. Allg. Z.)

(Pesth, 19. Mai.) Aus dem Banat sind sehr beunruhigende Nachrichten eingegangen. Die Raizen haben sich in Carlowitz versammelt, den königl. Regierungskommissär Peter Chernowitz, Obergespann des temeser Komitats, für einen Verräther erklärt, den Erzbischof von Carlowitz abgesetzt und den General Schuplikatz, gegenwärtig bei der Armee in Italien, zu ihrem Woiwoden erwählt. — Der General Hrabowsky, welcher, wie bereits gemeldet, als k. Regierungskommissär über die Militärgrenze und Kroatien fungirt, hat seine Militärkräfte für zu gering erklärt, um mit Waffengewalt gegen den Ban von Kroatien, Feldmarschallieutenant Jellachich, auftreten zu können, und es daher vorgezogen, sich persönlich zu dem Ban zu begeben und eine Ausgleichung zu versuchen. Auch soll aus Wien dem General Hrabowsky die Weisung zugegangen sein, ohne Ermächtigung der Wiener Regierung nichts zu unternehmen. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 20. Mai.) Einige Abgeordnete waren in sonderbaren Anzügen gekommen. Einer hatte eine blaue Jacke, blaue Beinkleider von Leinwand und lange Stiefel an; ein anderer dasselbe mit Unterschied weißer Leinenhosen. Einer dieser Herren erlaubte sich, trotz dem, daß Stühle im Ueberfluß da waren, einen, der für die Prinzen gepolsterten Stühle, die rechts vom Thron aus standen, zu nehmen, und vor 12 Uhr in einen sich unterhaltenden Haufen Kollegen zu tragen, um sich darauf zu setzen. Diesem folgte bald ein anderer nach. Allein sofort erscholl es vielstimmig: „Stuhl hin!"

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Berlin, den 22. Mai) Aus der Eröffnungsfeierlichkeit unserer konstituirenden Versammlung entnehmen wir der Köln. Ztg. Folgendes: Der König war in Uniform und trug, wie die Prinzen, das große Band des Schwarzen Adler-Ordens. Der Minister-Präsident Camphausen überreichte ihm die Thronrede; der König setzte den Helm auf und begann sie sitzend abzulesen, wobei er das Blatt dicht vor die Augen hielt, da Se. Majestät bekanntlich sehr kurzsichtig ist. Der Stimmton, in welchem er dieselbe vortrug, hatte etwas Erschütterndes. Es war nicht mehr jener volle Klang, den man sonst bei ihm

lichen Gelegenheiten zu vernehmen gewohnt war. Als der König die Stelle las, in welcher die zwei Haupt-Aufgaben der Versammlung bezeichnet wurden: dem Volke die ausgedehnteste Theilnahme an der Staatsverwaltung zu sichern, und zugleich die Bande noch enger zu knüpfen, welche das Haus der Hohenzollern seit vier Jahrhunderten mit dem Lande und Volke verbinden, konnte man in der Stimme des Monarchen die tiefe Bewegung wahrnehmen, welche er nur mühsam zu unterdrücken vermochte.

(Köln, den 24. Mai.) Nach preussischen amtlichen Nachrichten wird der Anlaß und der erste Verlauf der in Mainz in den letzten Tagen Statt gehabten betrübenden Vorfälle in nachstehender Weise erzählt: Schon seit längerer Zeit ist die Aufregung der Bürger in Mainz gegen das preussische Militär, hervorgerufen durch die gehässige Stimmung der ersteren gegen die Preussen überhaupt, sehr groß. Diese Aufregung mußte zu Konflikten führen, die in den letzten Tagen einen blutigen Ausgang genommen haben. Am 19. d., Abends, saßen Bürger und preussische Soldaten in dem Bierhause »zum Goldstein.« Die Preussen tranken auf das Wohl ihres Königs und des preussischen Königshauses, welches den Bürgern einen Anlaß gab, sich der beleidigendsten Ausdrücke gegen den König und das preussische Königshaus zu bedienen. Von Insulten ging man in Thätlichkeit über, und die Folge war, daß die Bürger von den Soldaten aus dem Hause geworfen wurden. Die Bürgergarde nahm nach diesem Vorfall Veranlassung, das Bierhaus am nächsten Tage zu besetzen und den Soldaten den Eingang zu wehren. Es hätten durch diese Maßregeln sehr leicht neue Exzesse hervorgerufen werden können. Deßhalb verbot der Vicegouverneur den Soldaten den ferneren Besuch des Bierhauses. Im Gasthof »zum Grünewald« und auf den Strassen fielen aber, ohne weitere Veranlassung, am Sonntag Abend ½8 Uhr verabredeter Massen, bewaffnete Bürgergardisten, Turner und Sensenmänner über preussische Soldaten her, die zum Theile nicht einmal mit einem Säbel bewaffnet waren. Der Platzmajor, Major v. Katte, erhielt, als er sich nach dem Gouvernements-Gebäude begeben wollte, einen Kolbenschlag auf den linken Arm, einen Stoß auf den Rücken und einen Steinwurf in die rechte Seite, wurde jedoch, obgleich er hinfiel, durch zwei österreichische und mehrere preussische Soldaten gerettet. Es fielen mehrere Schüsse von Seiten bewaffneter Bürgergardisten und Turner auf der Strasse und aus den Häusern; aus denselben wurde auch mit Steinen und Blumentöpfen auf die davon eilenden Soldaten geworfen. Inzwischen hatte der Vize-Gouverneur Generalmarsch schlagen lassen, und ehe noch die Truppen auf die, für den Fall einer in der Stadt gegen das Militär ausgebrochenen Emeute bestimmten Sammelplätze gerückt waren, wurden schon Todte und Verwundete gebracht, welche die Kameraden nicht in den Händen der Ruhestörer hatten lassen wollen. Leider haben die preussischen Truppen 4 Todte und 30 Verwundete, unter denen einige schwer Blessirte, zu beklagen. Sie sind fast alle meuchlings überfallen, da die meisten Wunden sich auf dem Rücken und Hinterkopf befinden. Die Zahl der todten und verwundeten Bürger ist noch nicht genau ermittelt, doch dürfte diese nur gering seyn. Das Festungs-Gouvernement forderte alsdann durch die städtische Behörde die Ablieferung sämmtlicher Waffen und Auflösung der Bürgergarde, nebst ihrem Zubehör, bis 1 Uhr Nachts, widrigenfalls die Stadt beschossen werden sollte. Die Truppen bivouakirten auf ihren Plätzen in den Festungswerken. Um 12 Uhr kamen der Kreisrath und der Bürgermeister mit der Anzeige, daß es nicht möglich sey, in der Nacht die sämmtlichen Waffen abzuliefern. Sie baten auf das dringendste, eine abermalige Frist bis 12 Uhr Mittags zu bewilligen. Auch dies wurde von den Festungs-Behörden genehmigt, und da bis zu dieser Zeit der gestellten Forderung genügt worden seyn soll, so konnten die Truppen wieder in ihre Kasernen einrücken. Es sind bedeutende Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechthaltung der Ruhe ergriffen; allein die durch die meuchlings verwundeten und getödteten Soldaten herbeigeführte Aufregung ist unter den Truppen sehr groß, so daß, wenn denselben nicht eine hinreichende Satisfaktion verschafft werden sollte, fernere Kollisionen kaum zu vermeiden seyn dürften. (Köln. Z.)

(Görlitz, den 22. Mai.) Wie beunruhigend die böhmischen Zustände sind, das erfahren wir hier durch traurige Thatsachen immer mehr. Es muß jenseit der nahen Grenze in Böhmen sehr anarchisch aussehen, da das unruhige Volk sich nicht einmal mehr in seinem eignen Lande hält, sondern die Grenze überschreitet. Schon sind unsere preußischen Dörfer der Umgegend von Banden böhmischen Raubgesindels heimgesucht worden; ja man behauptet, daß sie selbst unsere Stadt mit einem Ueberfalle bedrohen. Deshalb geht alle Tage von hier ein Commando von 80—100 Mann der hier garnisonirenden Jäger gegen die böhmische Gränze patrouilliren, und da die Gefahr immer größer wird, so haben sich gestern sogar die hiesigen bürgerlichen Scharfschützen sowie die Turner diesen Patrouillen angeschlossen. (D. A. Z.)

(Aus der Provinz Preussen, den 22. Mai.) Ueber die im Ministerrath wegen Zurückberufung des Prinzen von Preussen gepflogenen Berathungen sind hier folgende Nachrichten verbreitet. Hr. v. Auerswald, als vermittelnder Charakter bekannt, wäre zunächst für die offizielle Rehabilitirung des Prinzen gewonnen worden und habe dieselbe im Staatsministerium zum Vortrage gebracht. Die Grafen v. Schwerin und v. Canitz pflichteten sofort bei, bald schlossen sich die Uebrigen an; nur Camphausen habe starke Bedenken geäussert und Hansemann entschieden gegen sofortige Zurückberufung gesprochen. Der Beschluß der Majorität wurde in der von den Zeitungen gebrachten Form durch Hrn. v. Auerswald redigirt. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 21. Mai.) Nach heute vom Kriegsschauplatze in Sundewit eingetroffenen Nachrichten ist es den Dänen unter dem Schutze ihrer Kriegsschiffe gelungen, von Alsen nach dem Festlande hinüber eine Pontonbrücke zu schlagen, um ihre Vorposten bis an die Verschanzungen des 10. Bundesarmeekorps vorzuschieben. Da es das Hauptquartier des General Halkett seit einigen Tagen von Ulderup nach Apenrade verlegt ist, möchte es vielleicht als im Kriegsplane desselben begründet erscheinen, die Feinde erst wieder festen Fuß auf der Halbinsel fassen zu lassen, um sie dann desto sicherer aufzureiben. Morgen wird der Theil des preußischen Kaiser Franz Grenadierregiments, der hier seit der Schlacht bei Schleswig cantonnirte, nach Kolding zu dem Armeecorps des General Wrangel abmarschiren, ohne einen Rasttag zu machen. Es werden hier wieder hannoversche Bataillone in Garison erwartet. —

(Rendsburg, 21. Mai.) Heute ist hier eine Deputation aus dem nördlichen Schleswig, bestehend aus Stadt- und Landbewohnern, eingetroffen, deren Mission dahin gerichtet ist, bei der provisorischen Regierung einen feierlichen Protest gegen die Abtrennung irgend welchen Theils des Herzogthums Schleswigs und dessen Einverleibung in das Königreich Dänemark, falls davon bei den Friedensunterhandlungen die Rede sein würde, einzulegen. (W. S. N.)

(Von der Schlei, den 21. Mai.) Morgen verläßt uns das preussische Kaiser Franz Garderegiment, um nach Kolding zu marschiren. Man erwartet die Ankunft der Schweden an den dortigen Küsten. Mehrfaches deutet an, daß neue Kämpfe bevorstehen und daß die Friedensnachrichten sehr zweifelhafter Art sind. Die Hannoveraner rücken dann wieder bei uns ein. (Brem. Z.)

(Kolding, den 18. Mai.) Der General von Wrangel hat nachstehende Proclamation erlassen: »Bewohner Jütlands! Seit 14 Tagen befindet sich ein großer Theil meiner Armee auf jütländischem Boden; ich habe genau das gehalten, was meine Proclamation vom 1. Mai Euch versprochen und habe nicht einmal alle Bedürfnisse für mein Heer gefordert, eben so wenig, wie ich Euch die Widersetzlichkeit und Abgeneigtheit, welche ich in dieser Hinsicht bei mehreren von Euren Behörden gefunden, vergolten habe. Eure Regierung fährt aber fort, deutsches Eigenthum mit Beschlag zu belegen und die deutschen Schiffe aufzubringen. Durch diese Handlungsweise zwingt mich Eure Regierung, meine Uebermacht anzuwenden, von dem Rechte des Krieges Gebrauch zu machen und in Jutland Schadenersatz für allen Schaden, welchen der deutsche Handel, die deutsche Schifffahrt und deutsches Eigenthum anderweitig leiden, zu suchen. Jütländer! Eure Regierung zwingt mich, Euch eine Contribution von zwei Millionen Spezies (3 Mill. Rthlr. Preuß.) aufzulegen. Diese Contribution soll indessen nur ein Pfand sein für den Schaden, den Eure Regierung dem deutschen Handel und Eigenthum zugefügt hat. Im Falle Eure Regierung das unter Beschlag liegende deutsche Eigenthum freigibt und Ersatz für den Deutschland zugefügten Schaden leistet, sollen Euch die Contributionsgelder wieder zurückgezahlt werden. Mit Hülfe Eurer Behörden beabsichtige ich, diese Contribution unter die verschiedenen Aemter gleichmäßig zu vertheilen, wobei ich die neuesten Steuerregister zu Grunde legen und ferner die Bestimmung gelten lassen werde, daß das freie Hartkorn doppelt so viel wie das unfreie zahlt, und daß das Eigenthum milder Stiftungen und Schulen von dem Beitrage zur Contribution frei bleiben soll. Wenn der Betrag dieser Contribution bis zum 28. d. M. nicht eingezahlt ist, wird die Eintreibung ihren Anfang nehmen. Sollten nun wider Erwarten Eure Behörden sich weigern, Euch diese Kriegslast durch gerechte und billige Repartition zu erleichtern, so werde ich diesen Auftrag anderen zuverlässigen Männern übertragen, und wären solche auch nicht zu finden, oder solltet Ihr selbst sogar die Zahlung verweigern, so lasse ich durch meine Truppen Alles uns Nöthige nehmen, wo es gefunden wird. Ich hoffe zu Gott, daß die Behörden und das Volk selbst Einsicht genug haben werden, mich nicht zu diesem letzten Mittel zu zwingen; geschieht dies doch, dann muß das Volk selbst die Verantwortlichkeit für all das Elend und Unglück, welche bei einem solchen Verfahren unvermeidlich sind, auf sich nehmen. Kolding, den 18. Mai 1848. Der Oberbefehlshaber der Armee: Wrangel, königl. preuß. General der Kavallerie. (Brem. Z.)

Roermond, den 20. Mai. Unser Deputirter für die deutsche Nationalversammlung, Baron von Scherpenziel-Heusch, ist gestern nach Frankfurt abgereist. — Es verbreitet sich jetzt die Befürchtung, daß der König der Niederlande, um Repressalien gegen die Limburger zu nehmen, die Schifffahrt auf der Maas schließen werde. Sollte das holländische Gouvernement die Dreistigkeit haben, einen Akt der Gewalt solcher Art auszuführen, so hoffen wir, daß Deutschland zum Schutze der Limburger, und Belgien in seinem eigenen Interesse sich nicht wie einstens mit dem Jusqu'à la mer Jahre lang wird herumführen lassen. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 23. Mai.) Der Moniteur enthält heute die Dekrete der Vollziehungsgewalt, welche der Raspailschen (Montesquieusaal) und Blanquischen (Conservatoire) Klub aus dem Grunde schliessen, „weil in ihnen die Vorversammlungen zum Attentat des 15. d. stattgefunden hätten.“

In Orleans erschien jüngst bei einem Messerschmiede ein Fremder und bestellte eine ungewöhnliche Zahl von Dolchen. Als sie fertig war, fand er sich wieder ein, verpakte seine Dolche, bezahlte sie und verschwand. Man kann sich denken, zu welchen Vermuthungen diese Fabel, die heute die Runde durch alle Blätter macht, Veranlassung gibt. Sie entstieg sicher dem Gehirn eines Müssiggängers.

Trelat, Staatsbauten-Minister, verlangte in gestriger Nationalversammlung 300,000 Frk. zur Fortführung der Nationalwerkstätten. Entgegengesetzten Falls sehe er sich genöthigt dieselbe zu schliessen und zweihunderttausend Proletarier brodlos auf die Straße zu werfen. Das zog. Die Nat.-Versamml. votirte Eine Million Franken.

(National-Versammlung. Sitzung vom 23. Mai.) Die Seineufer sind durch starke Kavallerie-Abtheilungen in der Nähe des Sitzungssaales gesperrt. Um 1 Uhr eröffnete Buchez die Sitzung. Ein nicht uninteressanter Zwischenfall ging den Interpellationen über Polen voran. Nachdem Bastide, Minister des Auswärtigen, die Versammlung aufgefordert hatte, die Adresse der nordamerikanischen Freistaaten durch eine Antwortsadresse zu erwiedern, nahm der General Baraguay d'Hilliers das Wort, um den ihm von der Nationalversammlung vom 15. Mai verliehenen Oberbefehl über die zur Bewachung der Nationalversammlung bestimmten Truppen niederzulegen. (Erstaunen.) Cavaignac, Kriegsminister, gab der Versammlung die nöthige Aufklärung. Es sei nämlich vom Präsidenten zur ausserordentlichen militärischen Maßregeln am heutigen Tage ersucht worden, die er getroffen. General Baraguay scheint darin eine Beeinträchtigung des ihm verliehenen Amts erblickt zu haben, woran ich übrigens nicht im Entferntesten dachte. Buchez Präsident: Gerüchte, die ihm zu Ohren gekommen, hätten ihn zu der Ansicht vermocht, die von General Baraguay getroffenen Maßregeln könnten nicht genügen und darum habe er den Kriegsminister zur Ergreifung ausserordentlicher Maßregeln ersucht. General Baraguay schien jedoch durch diese Erklärung wenig befriedigt und bestand auf seiner Entlassung, welche die Versammlung durch Stimmenmehrheit annahm. Hienächst erhielt Wolowski das Wort, um die am Montag vor acht Tagen so dramatisch unterbrochenen Interpellationen wegen Polen wieder aufzunehmen. Noch einmal begann er die Schilderung des unglücklichen Polens und schob einen nicht unbedeutenden Theil der Schuld des jüngsten mißglückten Versuches zu seiner Wiederherstellung auf Preussen, das einen durchaus reaktionären Weg eingeschlagen. Bei den Verdiensten, die sich Polen um Frankreich seit der fürstlichen Verschwisterung beider Völker bis auf das Schlachtfeld von Waterloo erworben, sei es demnach die heiligste Pflicht für Frankreich, der unglücklichen Schwester rasche Hilfe zu senden. Lavin unterstützte nicht nur die Anträge Wolowskis,

[illegible] welcher Frankreich in Erwägung, daß die Zerstückelung Polens ein ewiger Zankapfel für den europäischen Frieden bleibe, auf sofortige Wiederherstellung desselben zu dringen.

Serrons und Bachard sprachen in demselben Sinne. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit bestieg Büregr Pierre Bonaparte die Bühne. Der vorzüglichste Grund, warum er das Wort nehme, liege darin, daß die polnische Frage eine ächt französische und demokratische sei. Nichts destoweniger müsse er die Bavin'schen Anträge auf sofortige gewaltsame Wiederherstellung Polens bekämpfen. Bavin dränge: 1) sofort auf Verhandlungen mit den drei Mächten des Nordens, was einer Kriegserklärung gleichkäme, wofur Frankreich 100,000 Mann auf den Kriegsfuß setzen müßte; 2) habe er verlangt, die Nationalversammlung habe sich mit dem Frankfurter Parlament in Verbindung zu setzen, um die Befreiung Polens durch Deutschland zu erwirken oder es eventuell zu zwingen. Dieser Weg sei ein Unding, eine Nationalversammlung könne unmöglich mit der andern korrespondiren. Seiner Ansicht nach müsse dieß durch die konstituirenden Vollziehungs-Ausschüsse geschehen. Er trage daher darauf an, daß sich die vorläufige Intervention Polens darauf beziehen soll, von Preußen u. Oesterreich, in Wien und Berlin, für Posen, Krakau und Galizien die Erfüllung der Versprechungen von 1815 und dem März 1848 zu verlangen.

Bavin wunderte sich sehr über die Friedlichkeit der Anträge des Vorredners. Krieg, nicht die Diplomatie könne Polen befreien. Er gewärtige hierüber die Erklärungen des ehemaligen Ministers des Auswärtigen. Zunächst lege er die entsetzliche Lage der angekommenen Emigranten aus Polen an das Herz der Vollziehungsgewalt und empfehle sie der Milde der Versammlung — Lamartine bestieg nun die Tribune. Allg. Stille. Er begann mit der Peinlichkeitserklärung, mit welcher die angeregten Gegenstände nicht nur auf den heimischen, sondern auch schon auf der brittischen Bühne berührt würden und [illegible] den Grundsätzen der prov. Regierung treu geblieben, noch kein Tag des Egoismus könne ihm vorgeworfen werden. Die Republik wird jenen Grundsätzen der Nichtintervention und Moderation treu bleiben. Jedes Volk müsse sich selbst politisch entwickeln, die belgischen, italienischen und deutschen Legionen hätten das zur Genüge bewiesen. Diese Politik sei stark angefeindet worden, man habe sie eine Concesdenz gegen die auswärtigen Mächte genannt, allein sie sei die einzig wahre, die sich in Neapel, Rom, Toskana, und ganz Italien beschützt habe. Der Redner verliest die bekannte italienisch sardiniche Depesche. Bei Abgang der Post schritt Lamartine zur delikaten polnischen Frage, delikat nannte er sie, doch habe die Republik keine Nationen zu machen.

Großbritannien.

(Helgoland, den 21. Mai.) Der Gesion kam gestern in die Nähe der Insel und setzte ein Boot mit Offizieren ans Land. Der kleine Schooner ist wieder von Kopenhagen zurück in der Nähe der Insel. — 22. Mai. Der helgolander Kutter Royal Victoire kam gestern vom Fischen und berichtete, er habe unweit Borkum eine Bark mit gespaltener dänischer Flagge (der Kriegsflagge) und Kanonen gesehen. Es ist dies wahrscheinlich die schon seit einigen Tagen erwartete dänische Kriegskorvette. Auch ein gestern Abend hier angekommener borkumer Schiffer berichtet, daß die blankeneser Fischer eine dänische Bark gesehen und daher bei Borkum eingelaufen seien.

Schweiz.

(Bern, den 23. Mai.) Die Tagsatzung hat einen wichtigen Beschluß gefaßt: sie hat den Artikel angenommen, welcher allen Schweizern im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft freies Niederlassungsrecht gewährt. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29. Mai 1848. № 150 Montag: Christiana.

Deutschland.

Bayern. (Bamberg, 27. Mai.) Dem Vernehmen nach ist die allerhöchste Genehmigung der temporären Quiescenz des Hrn. Oberbürgermeisters Glaser bereits hier eingetroffen. Die beantragte Uebernahme desselben in den Staatsdienst wird dem ministeriellen Erlasse gemäß nach Thunlichkeit berücksichtigt werden, um der Kommune eine Erleichterung zu verschaffen. — Der Quiescensgehalt ist 700 fl. (Bamb. Tgbl.)

(Aus Rheinbayern, den 24. Mai.) Von dem königl. bayer Kriegsminister ist am 13. April 1848 ein Befehl an die Armee über die militärischen Ehrenbezeigungen ausgegangen, welche den k. Majestäten, Prinzen und Prinzessinnen, sodann »dem Hochwürdigsten« geleistet werden müssen. Wir entnehmen daraus, daß die Truppen zu Fuß nunmehr statt „das Knie zu beugen, den Kopf zu neigen" haben, wenn sich das Hochwürdigste auf 6 Schritte genähert hat, bis dasselbe auf 6 Schritte vorüber ist, und daß die in Aufstellung befindliche Reiterei sich wie bisher verhalt, jedoch statt »zum Gebet« — »zur Verehrung« kommandirt wird!! Läge dieser Ministererlaß nicht in amtlichem Abdruck vor uns, wir wären versucht gewesen, die Sache für — eine Erfindung zu halten." Darin also besteht der Fortschritt, die befriedigende Lösung der „Kniebeugungsfrage," daß der Soldat, der protestantische Soldat, zur Verehrung fortan den Kopf neigen muß? Wir gestehen, nur im peinlichsten Gefühl können wir diesen Ministerbefehl zur Kenntniß des deutschen Vaterlandes bringen, tief beklagend, daß der bayer'schen Armee, die vielleicht bald dem Feinde einen »starken Nacken« bieten muß, ein solcher Befehl ertheilt werden konnte. Auf diesem Wege fortfahrend, wird das bayerische Ministerium das Vertrauen, das sich an den Namen der Minister knüpfte, in nächster Bälde von Grund aus zerstört haben. Jedenfalls muß das Volk bei den neuen Wahlen für die bayerische Volkskammer das Augenmerk auf Männer richten, die gegen ein Regiment, das man für gefallen hielt, den Vernichtungskampf zu kämpfen gerüstet und entschlossen sind. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 26. Mai, Nachmittags 1 Uhr.) In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde bezüglich der Mainzer Angelegenheit Namens des niedergesetzten Ausschusses von Hergenhahn ausführlicher Bericht erstattet. Nach diesem sind von beiden Seiten die Grenzen überschritten worden. Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses ergeht darauf: 1) daß bei der Bundesversammlung ein Garnisonswechsel veranlaßt, 2) daß ein großherzoglich hessisches Bataillon nach Mainz verlegt werde; 3) daß die Reorganisation der Bürgerwehr nach Publikation des großherzoglich hessischen Bürgerwehrgesetzes mit Berücksichtigung der Festungsverhältnisse stattfinde. Die Minderheit des Ausschusses hat auf Tagesordnung angetragen. Nach dem Kommissionsbericht erhielt Zitz das Wort, und begründet mit größter Lebhaftigkeit seinen jüngst gestellten Antrag. Hierauf sprach Schmerling aus Wien für Uebergehen zur Tagesordnung, Blum für den Kommissionsantrag, Fürst Lichnowsky mit großer Heftigkeit und unter vielen Unterbrechungen gegen denselben. Die Diskussion wird fortgesetzt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 26. Mai, Nachmittags $2^{1}/_{2}$ Uhr.) So eben ist von der deutschen Nationalversammlung mit starker Majorität beschlossen worden, bezüglich der Mainzer Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Die Mehrzahl der Minderheit hat erklärt, ihre abweichende Ansicht sofort auf Grund der Geschäftsordnung zu Protokoll geben zu wollen. Dieses Ergebniß erregte allgemeine Sensation. Die Sitzung wurde nach $2^{1}/_{2}$ Uhr geschlossen, auf die Tagesordnung der morgen um 10 Uhr beginnenden Sitzung der Neraux'sche Antrag gestellt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 25. Mai.) Heute einigten sich die österreichischen Mitglieder der Nationalversammlung über die vom 26. erwähnte Petition an Se. Maj. den Kaiser. Das Aktenstück lautet: Euere Majestät haben sich bewogen gefunden, Ihre Haupt- und Residenzstadt zu verlassen. In vollem Vertrauen, daß Ew. Majestät bei der bewährten Gesinnung eines jeden in Wien lebenden Oesterreichers nichts für Ihre geheiligte Person zu besorgen haben, und in der innigsten Ueberzeugung, daß die Entfernung Ew. Majest. von der Residenz, dem Centrum unserer konstitutionellen Gesammtmonarchie, entschiedenes Unglück von unabsehbaren Folgen für Oesterreich und das gesammte Deutschland herbeiführen werde, fühlen sich die Unterzeichneten zur deutschen Reichsversammlung abgeordneten Oesterreicher veranlaßt und verpflichtet, Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht zu bitten, zur Beruhigung Ihrer getreuesten Unterthanen in Ihre Residenz Wien zurückzukehren. Frankfurt a. M., 24. Mai 1848. (Folgen die Unterschriften). Zugleich wurde beschlossen, nachstehende Adresse an die Bürger Wiens abzusenden: Bürger Wiens! Wir Abgeordnete Oesterreichs zur konstituirenden Nationalversammlung in Frankfurt haben eine Petition an Se. Maj. unsern konstitutionellen Kaiser übersendet, ihn zur Rückkehr in seine Haupt- und Residenzstadt zu bewegen. Wir sind überzeugt, daß Se. Maj. in Euerer Mitte sich vollkommen sicher befinden werden. Frankfurt a. M., den 25. Mai 1848. (Folgen die Unterschriften.). Bei den Debatten, die sich bei dieser Gelegenheit entspannen, sprach man sich abermals mit größter Entschiedenheit gegen die Camarilla aus, die es unbekümmert um den Frieden der Monarchie in ihrer Verblendung gewagt hatte, Se. Maj. dem Kaiser unbegründete, bei der bewährten Treue und Anhänglichkeit der Residenz ganz haltlose Besorgnisse vorzuspiegeln. Wir hätten gewünscht, daß ein recht zahlreiches Publikum den höchst interessanten Debatten beigewohnt hätte. Hoffentlich werden beide Aktenstücke die heilsame beabsichtigte Wirkung nicht verfehlen und Se. Maj. bewegen, in ihre Residenz zurückzukehren. Von einer gefährlichen republikanischen Partei, welche in Wien bei den letzten Ereignissen thätig gewesen sein soll, wollte die Versammlung nichts hören. (Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 26. Mai.) Es ist hier folgender höchst interessanter Aufruf des Montags-Kränzchens an das deutsche Volk erschienen:

Deutsche, Brüder! Die Freiheit ist auch von unserem Volke im Sturme erobert worden; aber oft ist es leichter, eine Eroberung zu machen, als sie festzuhalten. Deutsches Volk, besinne Dich, wie oft Du den Garten der Freiheit mit Deinem Herzblute getränkt hast, wie oft Du in kindlichem, gläubigem Vertrauen auf seine Früchte gehofft, und wie oft er Dir Disteln und Dornen getragen hat für die erwartete Frucht. Auch jetzt liegt das Land wohlzubereitet vor Deinen Füßen, und Du hast Deinen Willen, Deine Forderungen eingestreut, als die Samenkörner Deines künftigen Glücks. Wache, daß sie keimen und aufgehen; daß sie wachsen und gedeihen; daß Deine Enkel Dich segnen mögen ob Deiner Hände Arbeit; wache, daß kein Frost aus Norden, kein Gifthauch aus Süden über Deine Frühlingssaaten hereinbricht; daß Dich nicht der Fluch der Nachwelt trifft. Die Schergen der Gewalt, deren Händen Du Dich kaum entwunden hast, sie sind thätig in allen Gestalten, Dir das Netz wieder über die befreiten Glieder zu werfen, und Du, Du scheinst müde schon von der ungewohnten Freiheitsarbeit; Du scheinst Deinen Rausch der Freiheit unter ihrem Schilde ausschlafen zu wollen! Deutsches Volk, o schlafe nicht! Sei wachsam und gerüstet und mache Front nach zwei Seiten hin! Die Anarchie hat an Deine Pforten geschlagen. Sie, an und für sich, war Dir wenig gefährlich; Du hast sie in Deiner jungen Freiheitslust erdrückt. Aber die Reaktion hat sich an ihre Fersen geheftet. Die Reaktion bedient sich jeder anarchischen Schilderhebung als des besten Mittels zu ihren Zwecken; in ihrer Hand wird jede anarchische Schilderhebung das Messer, die kaum geborne Freiheit zu ermorden. Das ist der augenblickliche Zustand unseres Vaterlandes. Gefahren drohen ihm von Innen und von Außen; seiner Gegenwart, seiner ganzen Zukunft drohet Gefahr. Männer des Volks, da ergeht der Ruf an Euch, auf der Wache zu stehen und nicht zu dulden, daß unser Volk wieder in den Todesschlaf der Knechtschaft eingelullt werde! Männer des Volks, da ergeht der Ruf an Euch, die Vorposten, welche ihr bisher besetzt gehalten, nicht zu verlassen; für die Freiheit Eures Volkes fortzuarbeiten und zu ringen; mit der Freiheit Eures Volkes zu stehen oder zu fallen. Und diesen Ruf wer erhebt ihn, werdet Ihr fragen? Wir wollen Euch antworten auf Eure Frage. Diesen Ruf erhebt ein Verein von Männern, welcher, unter unscheinbarem Namen, lange schon, als die Nacht der Schmach noch die Augen unseres Volkes deckte, in dem Freiheitskampfe thätig gewesen ist in der einzigen Richtung, wo er damals möglich war, auf dem religiösen Gebiete. Der Kampf für die Freiheit aber, er ist nur Einer; er ist überall derselbe, er mag geschlagen werden, auf welchem Felde es auch sei. Angefeindet und gelästert, sind wir stark geblieben und treu, und wir durften, als derselbe Kampf auf dem politischen Felde begann, da nicht zurückbleiben, und wir haben es nicht gethan. Wir sind wie alle unsere Mitstreiter für die religiöse Freiheit, in die Reihen der Kämpfer für die politische Freiheit eingetreten. Wir haben uns in Wort und That für unser Volk erhoben, und unsere Losung heißt: Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht! Unter diesem Banner haben wir uns geschaart; unter ihm sind wir ausgezogen gegen jede Gefahr, welche drohte; unter ihm wollen wir weiter streiten, von ihm nicht lassen in Glück oder Noth. Es ergeht unser Ruf an alle Gleichgesinnte im Vaterlande zu gemeinsamer Thätigkeit. Es ergeht unser Ruf an alle Vereine, welche zu demselben Zwecke schon zusammengetreten sind, sich enge aneinander zu schließen; an alle Vaterlandsfreunde, solche Vereine zu bilden, wo sie noch nicht bestehen. Das Volk darf nicht mehr vereinzelt stehen wider geschlossene, wohl organisirte Gegner; es muß auch seine Colonnen schließen, seine Vertheidigung und seinen Angriff regeln. Es muß die Waffen, welche es sich erstritten hat, die freie Presse, die freie Rede, das freie Vereinigungsrecht, geordnet, überlegt, und in Uebereinstimmung gebrauchen, damit sie auch als Waffen wirken und nicht zum leeren Spielzeuge herabsinken. Das wollen wir; dazu aufzufordern, ist der Zweck dieses Aufrufs. Zeigt die Einheit des Volks nicht blos nach Außen; zeiget sie vorerst und vor Allem im Inneren. Zeiget sie in der Einheit Eures Willens, in der Einheit Eurer Forderungen, in der Einheit Eurer Mittel, und die Einheit der Wirkung wird gewaltig und unwiderstehlich seyn. Sammelt Euch, bildet Euch zu Vereinen; keine Stadt, kein Dorf soll ohne einen solchen Verein seyn. Diese Vereine alle treten in Verbindung unter einander und richten ihre Wirksamkeit auf dasselbe Ziel. Dies Ziel ist das Wohl unseres Volkes; die Macht des Volkes nach Innen und Außen hin. Was diese beiden bedrohet, ist unser gemeinschaftlicher Feind, er mag kommen, woher er will, aus den Regionen, welche sich die hohen zu nennen pflegen, und welche mit Reaktionsgelüsten schwanger gehen, oder aus denen, welche unter dem Deckmantel neuer Gestaltungen die Gesetzlosigkeit über unser Volk heraufbeschwören; oder aus denen, welche die Völker verdummen, um sie für ihre Sonderzwecke auszubeuten, oder aus denen endlich, welche aus Ruheliebe und Genußesfreude gleichgültig sind gegen jeden Fortschritt und gegen jede Erhebung, die da bedeckt sind mit dem schlimmsten Sumpfe unter allen, mit dem Sumpfe des kalten, herzlosen Indifferentismus. Gegen alle solche muß sich die Spitze unseres Kampfes wenden: denn

alle, alle, in ihrem gesetzlosen Treiben, in ihren Rückschrittsgelüsten, in ihren Verdummungsbestrebungen, in ihrer stumpfsinnigen Gleichgültigkeit, alle gefährden das Wohl des Volkes; alle sind Verächter und Feinde des Volks. Ihnen allen rufen wir unsern Wahlspruch zu, und unter ihm werden wir siegen: Es lebe die Freiheit, die Einheit, die Ordnung; es lebe das Recht! Frankfurt am Main, den 9. Mai 1848. Das Montagskränzchen und in dessen Auftrag der Vorstand: R. Hadermann. Dr. Textor. Dr. Schott. Dr. Behaghel. Simon Humbert.

Hessen. (Mainz, den 25. Mai.) Seit gestern Mittag 3 Uhr ist der Belagerungszustand wieder aufgehoben, die Bevölkerung strömt zu den geöffneten Thoren hinaus und athmet frische Luft und frische Hoffnung. In der Stadt patrouilliren wieder Oesterreicher, Preußen und Bürger (Letztere jedoch nur mit weißen Binden und ohne Waffen) zusammen und halten die Ordnung aufrecht, die arretirten Bürger sind zum Theil wieder auf freien Fuß gesetzt, und die Untersuchung wird mit Ernst und ohne Leidenschaft betrieben. Es ist offenbar, daß wir diese rasche Aenderung der Dinge zum Bessern der Intervention der Parlamentskommission verdanken, welche namentlich in Bezug auf den Belagerungszustand, dessen längere Dauer unendliches Unglück über die Stadt gebracht hätte, rasch und entschieden ein Veto einlegte. Diesen Morgen wurden die im Kampfe gefallenen Todten vom preussischen Militär begraben, und auch bei dieser düstern Handlung kam keine Störung vor, obwohl man solche befürchtete. Ob nun aber die preussischen Truppen entfernt, resp. durch andere preussische Regimenter ersetzt werden, auf diese Frage kommt jetzt Alles an. Es ist natürlich, daß die preussischen Truppen für längere Zeit hier sich in übler Lage befinden. Wer auch das Unglück vom 21. und 22. Mai verschuldet haben mag, es kann zu keinem traulichen Verhältnisse zwischen den Bürgern und diesen Truppen mehr kommen, Raufereien würden sich wiederholen und Bürger und Soldaten sich gegenseitig das Leben verbittern. Darum ist ein Truppenwechsel von Seite der preussischen Garnison in beiderseitigem Interesse nöthig. (D. Z.)

(Mainz, den 25. Mai.) Gestern Mittag ist unser Zustand etwas erleichtert worden und heute folgende Bekanntmachung erschienen: „Von Seiten des hiesigen Festungsgouvernements sind durch Parolebefehl vom heutigen nachstehende Verfügungen erlassen und den Truppen beiderseitiger Garnisonen zur Kenntniß und Befolgung mitgetheilt worden, nämlich: Die Thore und Barrieren werden wieder nach Bestimmung des Parolebefehls vom 30. April d. J. geöffnet und geschlossen und der gewöhnliche Verkehr ungehindert gelassen. Bewaffneten wird aber der Eintritt nicht gestattet, eben so wenig die Einfuhr von Waffen. Wo diese versucht werden sollte, sind Fuhrwerk und Führer anzuhalten und die Waffen abzunehmen. Die gestern angeordneten gemeinschaftlichen Patrouillen dauern fort. Auch sind die Cavalleriepatrouillen in der schon bekannten Weise täglich einmal vor Tagesanbruch auszusenden. Die Truppen haben auch wieder unter Beobachtung der bisherigen Vorsichten auswärts zu exerzieren; ferner ist die geeignete Veranlassung getroffen, daß die Gewehre nicht mehr in den Kasernen, Zimmern oder Höfen ausgeschossen, sondern der Schuß ordnungsmäßig aus den geladenen Gewehren herausgezogen werde. Obige Verfügungen sind von der verehrlichen Festungsbehörde unter der Versicherung mitgetheilt worden, daß die militärischen Anordnungen überhaupt und insbesondere der Fortsetzung der gemischten Patrouillen um Zusammenrottungen zu verhindern und Conflicte zu verhüten, nicht ferner in einem dem Kriegszustande entsprechenden Charakter stattfinden, überhaupt die Anwendung von Waffengewalt nur auf den äußersten Nothfall, wo Widerstand sich zeigt, beschränkt werden solle. In Folge dieser Zusicherungen ist im Einverständnisse mit dem Stadtvorstande die weitere Anordnung getroffen, daß Patrouillen so lange solche zur Sicherung der Ruhe und Ordnung annoch nöthig sind, stets von einigen Bürgern begleitet werden, welche die Pflicht übernehmen, jede durch die Umstände gebotene Einschreitung durch ihre Vermittlung möglichst zu beseitigen. Mitbürger! So wenig wir uns verhehlen dürfen, daß unsere Stadt, wenn auch nur kurze Zeit, in einer sehr bedenklichen Lage sich befand, so beruhigend ist es, durch die in obiger Weise abgeänderten Maßregeln einstweilen, bis völlige Abhülfe möglich ist, eine wesentliche Erleichterung des peinlichen Zustandes herbeigeführt zu sehen. Vorläufig wird dieses wenigstens dazu beitragen, das durch die jüngsten Vorfälle erschütterte Vertrauen in die Sicherheit der Stadt und ihrer Bewohner wieder zu befestigen und die zum großen Nachtheil für den öffentlichen Verkehr und unsere Wohlfahrt gehemmte Communication wieder herzustellen. — Der Stadtvorstand wird, so viel an ihm liegt, auch noch ferner Alles aufbieten, um einen völlig geregelten Zustand möglichst bald zu erwirken; er erwartet dagegen von seinen Mitbürgern, daß auch sie zur Erreichung dieses Zweckes nach Kräften beitragen und die Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung unterstützen werden. Dazu gehört vorzugsweise, daß Alles vermieden werde, was zu Aufregungen Anlaß geben und Mißverständnisse zwischen Militär und Bürger herbeiführen könnte. Möge daher jeder sich bemühen, in dem Kreis der Seinen durch Belehrung und gütliche Ermahnungen zur Erreichung dieses Zweckes hinzuwirken! Mainz, 24. Mai 1848. Der Bürgermeister Nack.“ Das Leichenbegängniß von vier Preussen fand heute Morgen 7 Uhr statt, begleitet von österreichischen und preussischen Musikbanden, dem Generalstabe und den Civilbehörden. Unruhen fanden keine statt. Abermals kommt uns so eben die Kunde zu, daß ein preussischer Posten auf den Aussenwerken erschossen worden. Die Civilbehörden untersuchen mit der größten Sorgfalt die stattgehabten Vorgänge. Von Seite der preussischen Behörde ist seit gestern das Standrecht publizirt. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Triest, 22. Mai.) Alles ist hier in Aufregung. Alarmschüsse vom Kastell rufen Alles unter die Waffen. Eine sardinisch-neapolitanische Flotte ist im Ansegeln. — Unsere Flotte liegt auf der Rhede schlachtfertig, dürfte aber wenig ausrichten, denn die Italiener haben Paixhans von 60 Pfund, die eine Meile weiter tragen als unsere Kanonen. (A. Abdz.)

(Botzen, den 24. Mai.) Zuverläßigen Nachrichten gemäß ist das Nugent'sche Armeecorps am 22. d. unter dem Commando des Feldmarschallieutenants Grafen Thurn 19,000 Mann stark in Verona eingerückt. Am 23. d. wurde Vicenza bombardirt, weil die Stadt, als unsere Truppen vorbeimarschirten, die rothe Fahne aufgesteckt hatte. Graf Nugent blieb wegen Kränklichkeit in Conegliano zurück; 6000 Mann halten die Brücke bei Priula besetzt. Am 22. d. Morgens wurde das Schloß Lodron und Caffaro von unsern Truppen, in Vereinigung mit den freiwilligen Tirolerschützen, nach vierthalbstündigem Kampfe unter Oberst Melczer mit Sturm genommen. Der Feind ward über den Caffaro geworfen und bis Rocca d'Anso und Bagolino verfolgt. Dadurch ist nicht nur dieser Gränztheil des Landes vom Feinde gereinigt, sondern auch eine starke Stellung gewonnen worden. (Allgem. Z.)

Preussen. (Berlin, 24. Mai.) Die durch das Ministerium verkündete Rückkehr des Prinzen von Preussen war, das sieht jetzt jeder Unbefangene nur zu klar ein, das Vorspiel zu der über unsere junge Freiheit hereinbrechenden Reaktion. Die Verfassungs-Vorlage ist ihre Vollendung, ihre beste Karte, die sie jetzt dem Volke gegenüber ausgespielt hat; das aus der Revolution hervorgegangene Ministerium hat durch diesen Entwurf dem ganzen Volke den Fehde-Handschuh in keckem Uebermuthe ins Gesicht geschleudert; unsere Vertreter werden ihn aufnehmen; sie werden aber auch siegen in diesem Kampfe, denn ihr Kampf ist ein gerechter, ihre Sache eine von den Ideen der Zeit getragene, unüberwindliche. Wenn die Rückberufung des Prinzen von Preussen eine durch ihre Anzahl Achtung gebietende Partei in gewaltige Aufregung gesetzt, und wegen dieser Maßregel das Verdammungs-Urtheil ausgesprochen hat, so ist in diesem Augenblick hier in Berlin von Parteien gar nicht mehr die Rede. Der Verfassungs-Entwurf wird von der ganzen denkenden Einwohnerschaft verborrescirt; — der ruheliebende, Weißbier trinkende Bürger ist über dieses Machwerk nicht weniger entrüstet, als der s. g. Aufwiegler aus dem politischen Klub. (Mgdb. Z.)

(Berlin, den 24. Mai.) Heute Vormittag fand die mehrfach angesagte und immer wieder aufgeschobene Parade der Bürgerwehr vor dem Könige endlich statt. Das Corps des Handwerkervereins, sowie ein bedeutender Theil des Studentencorps haben keinen Theil daran genommen. Gegen 12 Uhr war die Parade, die in der bekannten militärischen Weise abgenommen wurde, beendigt. Heute früh war folgender Anschlag an den Straßenecken zu lesen: „Mitbürger! Eine Vertrauensparade soll stattfinden; die gestern vorgelegte Verfassung verdient kein Vertrauen, dies zeigt der ganze Inhalt, der jedes schon gewährte Recht theils übergeht, theils zurücknimmt, theils durch Hinterthüren so täuschend macht, daß es mehr als genommen ist. Jeder Mitbürger, dem des Volkes Recht theuer ist, wird demnach urtheilen, ob er einer solchen Vertrauensparade sich noch anzuschließen vermag. Die in „Villa Collonna“ versammelt gewesenen Bürger.“ (Zeitungsh.)

(Berlin, 25. Mai.) Die heutige Sitzung unserer constituirenden Nationalversammlung beschäftigte sich mit der Prüfung der Abgeordnetenvollmachten, wobei die angezweifelten Wahlen, deren sich 20 an der Zahl ergeben hatten, in einer zum Theil sehr bewegten Debatte zur Entscheidung kamen. Es zeigte sich dabei bereits eine leise Schattirung in den Parteistellungen, woraus wir freilich keine voreiligen Schlüsse auf die politischen Elemente ziehen wollen, welche die maßgebenden und überwiegenden in der Versammlung sein werden. Die Verhandlungen boten zwei allgemein interessante Punkte hinsichtlich dieser zweifelhaften Wahlen dar. Zuerst die Frage, ob Wahlmänner, welche nicht schreiben können, dadurch von ihrem Stimmrecht ausgeschlossen werden dürfen, wie dies in einigen Wahldistricten wirklich vorgekommen war und wozu in unserm Wahlgesetze, welches selbstgeschriebene Stimmzettel bedingt, allerdings ein Anhalt gegeben lag. Die Versammlung entschied sich gegen dieses Prinzip, nachdem in der Debatte zugleich die Ansicht geltend gemacht worden war, daß dadurch Solche, die nicht schreiben können, bestraften Dieben und Verbrechern im Verluste der Ehrenrechte gleichgestellt würden. Dieses Prinzip abzulehnen, war aber für die Versammlung um so mehr eine Veranlassung da, als in ihrer eignen Mitte, wie von einem Abgeordneten bemerkt wurde, sich des Schreibens unkundige Mitglieder befinden. Diese Sache ist allerdings nicht blos mit einem humanen Schleier zuzudecken, da es sich gerade bei einer konstituirenden Nationalversammlung um die Ausübung der entscheidendsten politischen Rechte handelt, die nicht atomistisch für sich angesehen werden können, sondern, wie das Verfassungswerk selbst, am Ende im innigsten Zusammenhange mit den allgemeinen geistigen Elementen der Volksbildung stehen müssen. Es zeigt sich hier, wie genau der Volksunterricht mit dem Staatswohl und mit der politischen Mündigkeit zusammenhängt und wie in Preussen, trotz aller Großsprechereien und Koketterien, welche das alte System gerade nach dieser Seite hin trieb, doch die Elementarbildung des Volks ausserordentlich verwahrlost geblieben. Der neue Weg unsers volksthümlich konstitutionellen Staatslebens wird auch an der Ausgleichung dieser Gegensätze arbeiten und mit der Erweiterung der politischen Rechte zugleich die allgemeine Volksbildung fördern, ohne welche die erstern doch keinen höhern Lebensertrag gewähren können! Die zweite Frage betraf die Gültigkeit der Wahlen in der Provinz Posen, in der die Kriegs- und Belagerungszustände auf die freie Ausübung des Wahlrechts mehrfach hindernd eingewirkt hatten, und besonders die Polen in der Stadt Posen in der Theilnahme daran beschränkt worden waren. Diese Debatte, welche die allgemeinen polnischen Verhältnisse anstreifte, gab auch schon den Stimmführern der Partei, die sich in unserer Versammlung als die radicale wird geltend zu machen suchen, Gelegenheit zu einem ersten Debut, nämlich dem schlesischen Grafen Reichenbach und dem aus den Volksversammlungen der Zelte bekannten Assessor Jung. Graf Reichenbach wies auf Machinationen der Regierung hin, welche in Posen zur Beeinflussung der Wahlen stattgefunden haben sollten, und suchte dabei zugleich die Aeußerung zu bestreiten, welche vom Ministertische aus Hr. v. Auerswald dahin gethan, daß der Belagerungszustand der Provinz Posen für beide Theile, Polen wie Deutsche, gleichmäßig gegolten habe. Dem Assessor Jung gelang es noch weniger, seinem sogenannten radicalen Standpunkt ein günstiges Prognostikon in der Versammlung zu stellen. Diese Partei kündigte sich durch ihn mit ungemein schwachen Mitteln und mit einer gewissen politischen Halbbildung an, die in gemischten Volksversammlungen eine Art von Wirksamkeit zu erlangen vermag, die aber sogleich ihren Mangel an gediegener und in sich begründeter Haltung zeigt, wo sie in eine Versammlung von höherer politischer Basis hineingestellt wird. Die Hindeutungen auf besondere Wahlmachinationen in Posen wurden von anderer Seite her widerlegt, und die Versammlung entschied sich für die Zulässigkeit des posener Abgeordneten Neumann. (D. A. Z.)

(Berlin, den 25. Mai.) Aus ganz authentischer Quelle höre ich soeben, daß Rußland dem preussischen Kabinet erklärt hat, es werde, sobald Jütland nicht von den preussischen Truppen geräumt werde, diesen Umstand für einen casus belli ansehen. (D. A. Z.)

Belgien.

(Brüssel, den 24. Mai.) Der Prinz von Preussen ist heute in

Brüssel angekommen. Der General Cruyfemburg, aide de camp des Königs, war ihm bis Ostende entgegen gereist. — Ein spanischer Kabinets-Kurier ist gestern durch Brüssel nach London gereist, mit dem Befehle an den spanischen Gesandten, seine Pässe zu verlangen, um auf der Stelle London zu verlassen. (Köln Z.)

Frankreich.

† (Paris, 24. Mai.) Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung hat nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa großes Interesse. Die Nationalversammlung hat zwar keine Blanq[illegible] 100,000 Mann und die Barbes'sche Milliarde votirt, um durch Deutschland gegen Rußland zu ziehen, sondern nur eine einfache Adresse in der bescheidenen Form einer sogenannten motivirten Tagesordnung. Aber eine Adresse an wen? An das deutsche Parlament, um ihm zu erklären, daß Polen hergestellt werden müsse, daß aber das **deutsche Volk** allein diesen Akt vollziehen könne, und daß Frankreich vereint mit ihm handeln wolle. Dieser Schritt der Nationalversammlung ist wichtig und für die Zukunft beider Länder von unermeßlichen Folgen.

Lamartine erklärte sich mit der Absicht, eine Adresse an das deutsche Parlament zu Gunsten Polens zu schicken, völlig einverstanden. „Aber **wie** wollen Sie" — wandte er sich an die Versammlung — dieselbe an das deutsche Parlament gelangen lassen. Wollen Sie sie ohne Weiteres und in aller Eile ihm zuschicken? Dies wäre für den Ausdruck Ihrer Gefühle wenig ehrenvoll. Sie durch Abgeordnete aus Ihrer Mitte nach Frankfurt senden? Dieß wäre der Wichtigkeit und Größe des Aktes am angemessensten. Aber hier stoßen wir auf tausend diplomatische Schwierigkeiten. Frankfurt selbst gehört einer mit interessirten Macht. Die Polizei in Frankfurt sowie der Landstrecken, die Sie durchreisen, wird in Bezug auf die Pässe von den Exekutivbehörden jener Länder geleitet. Ich will hier nichts voraussetzen; man muß überhaupt nichts voraussetzen; aber bei internationalen Schritten muß man Alles erwägen. Könnte es sich nicht ereignen, daß Ihre Abgeordneten durch die üble Laune oder Böswilligkeit irgend eines Ministers oder Polizeibeamten einer Behandlung oder gar einer Beleidigung in jenen Zwischenländern, der sie zu durchreisen, ausgesetzt würden, welche einen unverwischbaren Schimpf auf die Erhabenheit des Mandat-Charakters der französ. Volksvertreter würfe, der Rache erforderte und den Frieden Ihrer eigenen Personen gefährdete! Vergessen Sie nicht, daß wir sogar verpflichtet sein würden, einen solchen Schimpf zu rächen. Oder wollen Sie die Adresse durch ein Glied des Vollziehungs-Ausschusses senden? Auch dieser Weg bietet Schwierigkeiten. Der Vollziehungs-Ausschuß hat seine natürlichen Vertreter, Diplomaten, in Frankfurt. Durch sie vermittelt er mit dem Bundestage in Frankfurt, aber noch nicht mit dem Parlament, denn dasselbe hat sich noch weder als Regierung gebildet, noch als Vollziehungs-Gewalt; es ist noch weiter nichts als eine Tribüne wie die unsrige und die Tribünen unterhandelten bis jetzt völkerrechtlich noch nicht direkt miteinander. Es liegt also etwas Verworrenes, Anormales, Gefährliches in der Form Ihrer Schritte zum Auslande. Vergessen Sie nicht, daß während Sie mit Weisheit und Energie die Politik der Republik, welche volksthümlich und friedlich zugleich ist, durchsetzen wollen, Sie durch einen bloßen Formfehler den Kern ihres Gedankens verletzen können. Darum — schloß Lamartine — wählen Sie den Weg der Presse, den natürlichen und herkömmlichen Weg der motivirten Tagesordnung, wie ich dieß dem Bürger Bavin auch bereits angedeutet habe." Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Nationalversammlungs-Ausschuß für's Auswärtige diesen Weg einschlage und demnächst aus dem halben Scheck von Proklamations-Adressen der Tagordnungsentwürfen die **motivirte** Tagesordnung formulire.

So ernsthaft der Gegenstand der gestrigen Sitzung, boten die Verhandlungen doch etwas höchst Possirliches. Daragon (nicht Aragon, wie viele Blätter irrthümlich abdrucken), der eigentlich die Interpellation über Italien hervorgerufen hatte, ließ sie fallen, „weil die jüngste Revolution in Wien die beste Intervention in Oberitalien sei." Darnach sprach Lamartine über Italien eine volle Stunde. Endlich geht er zu Polen über. Man erklärt, daß Polen nur durch Deutschland befreit werden könne. Sehr richtig, sagt Lamartine. Aber das deutsche Parlament ist noch ein Mothas für das Ausland, es hat noch keine Hände und Füße, noch keinen Kopf, mit dem man sprechen könne. Wir können doch nicht ins Blaue hinein proklamiren; unser Savoie ist beim deutschen Bundestag und nicht beim deutschen Parlament beglaubigt. Es wäre wirklich nöthig, daß das deutsche Parlament der französischen Versammlung den Weg angäbe, auf welchem man mündlich und schriftlich mit ihm korrespondiren könne. Lamartine hat vollkommen Recht. Bis heute hing das Ausland und sogar der Deutsche im Ausland von dem Grunde eines Paßvisitators ab. — Solange man also nicht durch die Luft fahren kann, wäre es nöthig, daß das deutsche Parlament für sichere Organe sorge.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 23. Nach 4 Uhr.] Nach Vorlesung der bekannten, und sich lediglich auf den Einfall zu Chambery beziehenden Depeschen, theilte Lamartine zwei Briefe aus Mailand: 1) von der Mailänder prov. Regierung, 2) von dem Ausschuß der dortigen Republikaner mit, in welchem jede Intervention Frankreichs abgelehnt wird. Die **polnische** Frage, gestand der Redner, sei schwieriger, delikater. Die Republik brauche indessen keine Rationagen zu beobachten. Aber sie müsse die Allgemeinheit der gesellschaftlichen Verhältnisse im Auge behalten; sie dürfte nicht, wie es eine Fraktion wünschte, sofort zum Angriff schreiten. Ein solcher Schritt würde alle Bande Frankreichs mit den Nordmächten zerrissen haben. Der Redner entwarf nun ein Bild der im Großherzogthum vorgefallenen bekannten Ereignisse und theilte der Versammlung einige Depeschen des mit dem Kabinet von Berlin gepflogenen diplomatischen Briefwechsels mit. Der Vortrag dieser Dokumente dauerte ziemlich lange und war ziemlich anstrengend. Die Sitzung wurde auf eine Viertelstunde aufgehoben. Um 4 Uhr 30 Minuten erklärte sie Buchez wieder eröffnet. Der Ihnen von mir vorgetragene Notenwechsel; die Darstellung der verschiedenen eingelaufenen Berichte aus amtlichen Quellen beweisen klar — fuhr Lamartine fort — daß Preussen nicht nur seine Versprechungen rücksichtlich der Wiederherstellung Posens nicht zurückgenommen, sondern sie zu erfüllen bereits angefangen hat. Krakau und Galizien, in demselben Regenerationsversuche begriffen, würden von Oesterreich keinerlei Hinderniß finden. Die slavische Race würde sich zu einem großen selbstständigen Ganzen erheben und der Kampf von Race gegen Race, Volksstamm gegen Volksstamm, Zunge gegen Zunge werde aufhören. Diese selbstständige Entwickelung aller Nationalitäten sei als der Beginn der großen Völkerfamilie zu betrachten; sie allein könne die Demokratie begründen. Die Februarrevolution habe alle Völker elektrisirt. Jede direkte Intervention Frankreichs sei unnöthig und sogar gefährlich. Man hat uns der Schwäche und sogar der Feigheit angeklagt. Aber ich frage — rief Lamartine aus — ob wir denn nach dem Februar wirklich so kühn auftreten durften, um ganz Europa zu trotzen? Jedermann kennt den Einfluß des Kriegs auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse. Durften wir die Gesammtinteressen des Inlands aufs Spiel setzen? Können wir die Heimath, Belgien und Spanien einer allgemeinen Weltkrisis aussetzen und die Interessen von Millionen Arbeitern vergessen, die durch Krieg brodlos geworden wären? Und wollen Sie wissen, wie viel unsre Armee disponible Mannschaften unmittelbar nach dem Februar zählte? [illegible]0,000 Mann! Und damit müssen wir 400 Stunden Landesgränzen besetzen. Wir konnten damit unmöglich ganz Europa entgegenrücken, namentlich Deutschland nicht, das [illegible]0,000 Mann an unsern Flanken, und 250,000 Russen im Hintergrunde hatte. Solche Eventualitäten, solche Blutbäder, solche Menschenschlächtereien habe die provis. Regierung nicht verantworten wollen. (Beifall.) Was soll nun aber geschehen zur Herstellung Polens? Ein zweiter Moskauzeltzug? Nein! Polen muß durch Deutschland befreit werden. Als Minister und französischer Bürger widersetze ich mich jedem Feldzuge zur Herstellung Polens ohne Deutschlands entschiedene Theilnahme. Die traurigen Ereignisse des letzten Montags, die meinem Herzen tiefen Schmerz verursachen, haben uns Allen die Gefahren kriegerischer Manifestationen bewiesen. Ich unterstütze von Herzen den Bavin'schen Vorschlag zur Erlassung einer Adresse an das deutsche Parlament, sowie ich mich der Abstimmung einer motivirten Tagesordnung ebenfalls nicht widersetze. Nur die Gewalt bekämpfe ich. Frieden, dieses sogenannte Utopien der Weisen, ist und sei unser Wahlspruch. Dem Rechte, der Freiheit, der Selbstständigkeit wird dann der Sieg bleiben. Sarrens fand diese Erklärung ziemlich unvollständig. Lamartine, erklärte, er habe gesprochen wie General Sebastiani vor achtzehn Jahren unter der gestürzten Regierung. Diejenigen, die den Krieg wollen, seyen keine Anarchisten, sondern ächte Demokraten, die die Verwirklichung der Grundsätze Freiheit, Gleichheit und Bruderschaft wollten. Bavin betrat nächstdem die Bühne, wollte man die Adresse erlassen oder abstehn, wenn man eine motivirte Tagesordnung in der folgenden Form erlasse. (Er las dieselbe.) Nach ihm stieg Marrast auf die Bühne und las eine Adresse der Nationalversammlung an das deutsche Parlament in Frankfurt vor. Zwei andere Glieder eilten demnächst ebenfalls mit Adresseprojekten auf die Bühne. Auch Wolowski machte einen neuen Vorschlag. Der Präsident las die sämmtlichen Anträge vor und wollte abstimmen lassen und doch zog die Versammlung vor, sämmtliche Entwürfe an den Ausschuß des Auswärtigen zu weisen, was geschah. Das deutsche Parlament kann sich demnächst auf eine Marrastische oder Bonapart'sche Adresse gefaßt machen. Finanzminister Duclerc verlangt [illegible] Franken für Leihämter. Ligueis trägt auf Errichtung von Musterpachthöfen in seinem Departement an. Um 6 Uhr 5 Minuten ist die Sitzung aufgehoben.

(National-Versammlung. Sitzung vom 24. Mai.) Da sich die gestrigen Befürchtungen eines neuen Ueberfalles in keiner Weise bestätigt, so waren heute die Zugänge des Sitzungssaales ziemlich frei von Truppen. Präsident Buchez eröffnete die Sitzung um 1 Uhr. Eine beträchtliche Zahl von Adressen der Bürgerwehren aus den verschiedenen Departementsstädten rücksichtlich des 15. Mai's wird auf den Bureautisch niedergelegt. Präs. Buchez: (Tiefe Stille) Bürger, Repräsentanten: Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß ich heute eine Doppelprotestation, unterzeichnet Henri und Louis d'Orleans, gegen das Verbannungsdekret gegen alle Glieder des Exkönigs Louis Philipps erhalten habe, das Ihnen heute vorgelegt werden soll. Ich schlage Ihnen vor, sie an die betreffende Abtheilung zu weisen. (Stimmen: Lesen Sie diese Protestation vor!) Dieselbe lautet: „Bürger, Präsident! Wir sind gezwungen, aus dem Vorbehalt zu treten, den wir uns bisher auferlegt hatten. Wir hofften, daß man das Gefühl, das uns bisher zum Stillschweigen bewog, verstehen würde.... Wir wollten Sie nicht inmitten der ernsten Interessen des Landes, die Ihnen vorliegen, mit unseren Angelegenheiten beschäftigen. Das Gerücht indessen, das bis zu uns gedrungen, die Nat.-Vers. beabsichtige ein Verbannungsdekret gegen alle Glieder unserer Familie auszusprechen, zwingt uns, unser Stillschweigen zu brechen. Wir glaubten, man würde die Entsagung, mit der wir auf den ersten Befehl Algier verließen, anzuerkennen wissen. Es scheint aber, als wolle man heute uns Beide den übrigen Gliedern unserer Familie vollständig gleichstellen und uns für die Dienste, die wir dem Lande erwiesen, keinerlei Rechnung tragen. Wir protestiren daher gegen das in Frage stehende Verbannungsdekret. (Unterschriften.)" Diese Protestation wurde mit merkwürdiger Stille angehört. Waldeck-Rousseau las hierauf den Bericht über den Vorschlag Billaults zur Anstellung einer Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse vor. Er soll mit der großen Wolowskischen Kommission verschmolzen werden. Leon Faucher trägt demnächst seinen Bericht über den Antrag auf Vorschuß von 10,000,000 Fres. zur Vollendung der Eisenbahnen nach Straßburg und Bordeaux vor. Soll morgen diskutirt werden. Dornès erhielt nun das Wort um seinen Bericht über die Verbannung der Familie Louis Philipps abzustatten. Des Eingangs obiger Protestationen halber, welche in der Abtheilung erst geprüft werden soll, wurde die Diskussion auf übermorgen verschoben. Eine Menge von Vorschlägen wurde besprochen, die jedoch für das Ausland von keinem Interesse sind, Pierre Lefranc verlangte eine Reorganisation des Briefportos, z. B. auf liberalerer Basis. Liquier will ein Gesetz hervorrufen, das die Städte und Gemeinden zwinge, **jeden Arbeiter zu beschäftigen**. Ducost besprach den Kredit für die Nationalhandwerkstätten. Ein Repräsentant wollte das Schicksal der früher polit. Verurtheilten festgestellt wissen. Barbousson ermunterte die National-Versamml., ihr Gehalt von einem Tage den Opfern der Bürgerwehr v. 15. Mai als Pension zuzuweisen. Chabotel setzte die Gründe auseinander, welche die bisherigen Sitzungen der Adressekommission bei ihren Arbeiten geleitet. Drouyn de L'huis betrat hierauf die Bühne, um die Adresse an das deutsche Parlament in Gestalt einer motivirten Tagesordnung vorzulesen. Die Abtheilung des Auswärtigen begann und schlägt Ihnen folgende Fassung vor: „Die Nat.-Vers. in den Vollziehungsausschuß rücksichtlich der Interpellation über Polen und Italien. Die Nat. Vers. ladet die Vollziehungsgewalt ein, in ihren Verhältnissen zu den ausländischen Mächten fortzufahren, die Wünsche der Nat.-Vers. als Regel

ihres Benehmens zu betrachten und welche in einem brüderlichen Vertrage mit Deutschland, in der Wiederstellung eines unabhängigen Polens und der Befreiung Italiens bestehen." Dieser Erlaß an die Vollziehungsgewalt, welche die ferneren Schritte derselben leiten dürfte, wurde durch Stimmenmehrheit genehmigt. Der Rest der Sitzung, die schon um 4 Uhr aufgehoben wurde, hat fürs Ausland sonst kein Interesse.

Italien.

(Neapel, den 17. Mai.) Seit gestern früh ist die Ruhe nicht weiter gestört worden, das heißt: es ist nirgends mehr zu irgend einem Zusammenstoßen zwischen Truppen und Bürgern gekommen; nach dem unseligen Ausbruch vom Montag mögen auch die Blindesten und Wildesten geheilt sein. Den jammervollen Zustand der Straße Toledo zu beschreiben, geht über mein Vermögen; es wird lange brauchen, bis die Spuren der allgemeinen Verheerung verschwunden sind. Noch weiß man nicht, wie groß die Anzahl der Opfer ist, welche in diesem unsinnigen Straßenkampf fielen; die Verhafteten und Gefangenen waren gestern mehr als 600, auf einigen Schiffen vertheilt. Endlich gibt die Regierung ein Zeichen von sich. Eine K. Proklamation wirft die ganze Schuld des Vorgefallenen auf die Nationalgarde, die den Akt des Mißtrauens in die Absichten der Regierung, woraus die Barrikaden entstanden, theilweise unterstützte und dann zuerst angriff. Die Wuth der Truppen, die von unsichtbarer Hand ihre Offiziere und Kameraden fallen sahen, sei nicht zu hindern gewesen. Gegen Urheber und Theilnehmer werde die strengste Untersuchung eingeleitet, die Nationalgarde aufgelöst, die Kammern mit einem nächstbevorstehenden Dekret einberufen; übrigens werde die Krone das Statut in seiner ganzen Ausdehnung aufrecht erhalten. Die Proklamation ist unterzeichnet von einem neuen Ministerium, dessen Mitglieder Bozzelli und Torella dem am Ende so verhaßten Januar Ministerium, Ruggiero dem eben abgetretenen angehören. Noch ist der Verkehr unter den besseren Klassen der Gesellschaft nicht hergestellt. Wenige wagen auszugehen, aus Furcht vor dem Pöbel, dem Toledos Ausplünderung nicht genügt. Die Truppen werden zum großen Theil in die Umgegend geschickt, weil man große Massen Provinzialen im Anzug glaubt. Die ganze französische Flotte liegt vor dem Hafen: es sind 10 — 12 Schiffe. Franzosen dirigirten theilweise die Barikaden. (Schw. M.)

Aus Neapel sind in Paris Nachrichten bis zum 18 Mai. Es heißt darin: „Nach einem Kampfe von 6 Stunden waren die K. Truppen Herr aller Stellungen: sie hatten 3 bis 400 Todte und Verwundete. Auf den Kampf folgte die Plünderung. Zwölf Franzosen wurden verhaftet und dem Kommandanten des auf der Rhede liegenden französischen Geschwaders, Admiral Baudin, übergeben. Viele Neapolitaner fanden Zuflucht auf dem Geschwader, u. A. 16 Mitglieder der Abgeordnetenkammer. Ein neues Ministerium ist gebildet unter dem Vorsitze des Fürsten Cariati. Die Bürgerwehr ist aufgelöst. Das Ministerium scheint die Bahn des Rückschritts zu betreten. Von den zwölf Franzosen, die an Bord des Friedland aufgenommen worden waren, blieb keiner in Haft." Ein Livorneser Blatt entwirft gräßliche, doch wohl übertriebene Schilderungen über die von den Lazzaroni und den Truppen begangenen Gräuelthaten: in einem Hause seien der Vater, die Mutter und vier Kinder getödtet; die Gefangenen durch Mißhandlung zum Ruf: Es lebe der König, genöthigt; von der K. Garde zwei Söhne des Marchese Bassatore im Palast der Vaters niedergemacht worden, worüber dieser wahnsinnig geworden sei. ec. (Swb. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Die Verpachtung eines Kramladens nebst Gewölbe unter dem spitalischen Getraidteboden S. Nro. 816 b am Spitalhof dahier betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

werden

ein Kramladen nebst Gewölbe unter dem spitalischen Getraidteboden S. Nro. 816 b am Spitalhofe dahier vom Ziel Laurenzi d. Js. an,

am Mittwoch den 7. Juni d. Js., Vormittags 11 Uhr

der wiederholten Verpachtung unterstellt, nachdem im ersten Termin ein Pachtliebhaber nicht erschienen ist, und werden hiezu Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtung auf dem Rathhause im Geschäftszimmer Nro. 28 vorgenommen wird.

Nürnberg, den 24. Mai 1848.

Turkowitz

Löhner
v. e.

Eheliche Verbindung.

Unsere gestern vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern schätzbaren Verwandten und Freunden hiemit ergebenst an, und empfehlen uns zur fernern Freundschaft und Gewogenheit.

Nürnberg, den 29 Mai 1848.

Georg Simon Fehn.
Elisa Fehn, geborne Weidinger

Nachruf

an

Herrn Joseph Scheidler

von

seiner Freundin L.

Zu bald, zu bald bist Du dahin geschieden!
Zu bald! — wir ahnten es kaum!
Du schläfst den Todesschlaf in Frieden!
Und ausgeträumet ist des Lebens Traum.
An Deinem Sarkophage fließen Thränen
Der Liebe, Freundschaft, Wehmuth nach —
Und immer wird ein nie gekanntes Sehnen
Nach Dir, o Theurer! in dem Herzen wach.

Wer so, wie Du, hienieden hat gewandelt!
Dem wird im Tod die reinste Huldigung!
Wer so, wie Du, gelebt, gestrebt, gehandelt,
Des Bild bleibt unvergeßlich in Erinnerung.
Sein Nachruhm ist die schönste Frucht auf Erden;
Doch schöner glänzt er dort im Sternenlicht.
Was Tugend übte, soll unsterblich werden,
Am Grabe noch, blüht ein Vergißmeinnicht

So schlaf' denn sanft im süßen Gottesfrieden!
Es walten Liebe, Glaube, Hoffnung in der Brust!
Zwar bist Du, Theurer! von uns geschieden,
Doch wartet einstens unser Wiederfindens-Lust.
Denn dorten wandelt sich der Glaub in Schauen
Und Hoffnung pflanzt der Mensch am Grab noch auf:
Der Trost soll das bekümmert' Herz bethauen
Hienieden in des Lebens Pilgerlauf.

Eintracht.

Heute Montag den 29 Mai Abends 8 Uhr ist Generalversammlung im Gasthof zum Gißgrätlein, in welcher zugleich die Gesellschaftsrechnung vorgelegt wird, wozu die verehrten Mitglieder hiemit eingeladen werden, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

(Zu verkaufen.) Eine schöne und gut chromatische Zither ist zu verkaufen.

Empfehlung einer Dampfmaschine zur Reinigung der Bettfedern.

Dieses Reinigen, durch welches die Bettfedern von allem Schweiße, Geruch oder allenfallsigen Krankheitsstoffen, so wie von allen Insekten oder Federmilben vollkommen wieder befreit werden, hat auch den großen Vortheil, daß die zusammengeballten Federn wieder ihre frühere Elastizität erhalten, und bei schweren Betten so viele Federn übrig bleiben, daß aus 4 Betten dann 5 vollständig gefüllt werden können.

Die Taxe ist: Zudeck- oder Unterbett 36 kr., Polster 15 kr., Kopfkissen 9 kr.

Die Betten können von Morgens bis Abends wieder abgeholt werden.

Mein Logis ist bei Herrn Schwarzkopf zu den 3 Königen in der Theatergasse

Ueber die Zweckmäßigkeit meines Verfahrens kann ich Zeugnisse vorlegen.

Mit der Versicherung, daß ich das mir überall zu Theil gewordene Vertrauen auch hier zu rechtfertigen suchen werde, um mir es auch für künftige Zeiten zu bewahren, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Mein Aufenthalt ist von kurzer Dauer.

Joseph König
aus Speyer.

Erwiderung.

Auf das in der mittelfränkischen Zeitung Nr. 145 auf der vierten Seite als eingesandt inserirte Pamphlet erwidern die Vertreter der gemeinten Stadt, daß die gut gesinnten Bürger derselben, sammt und sonders von dem bezeichneten Inserate gegen den ersten evangelischen Pfarrer derselben Stadt durchaus nichts wissen, und daß daher die Anmaßung des Einsenders, als sei dieses Pamphlet von gut gesinnten Bürgern der gemeinten Stadt ausgegangen, hiermit zur Ehre dieser Stadt für eine freche und unverschämte Lüge erklärt werden muß.

(Eingesandt.)

Schon seit langen Jahren klagt man mit Recht über den Zwang, der den hiesigen Bürgern dadurch angethan wird, daß man ihnen nicht einmal die freie Wahl, ihre Häuser nach Gefallen tünchen lassen zu dürfen, gestattet. Es versteht sich, daß man Rücksichten seinen Nachbarn angedeihen lassen muß, daß es nicht erlaubt werden kann, Häuser mit blendend weißer Farbe zu überstreichen, wodurch die gegenüber Wohnenden erblinden könnten; allein es läßt sich auch hiebei die goldne Mittelstraße finden, ohne daß man zu den geschmacklosen, nur von einem Manne beliebt werdenden Farben, greifen muß. Würden nach und nach die Häuser hiesiger Stadt mit der nun so häufig vorkommenden Schwalben-Nester oder D—l-Farbe übertüncht, so würde die Noris einen mehr als melancholischen Anblick gewähren, dem man mit aller Kraft entgegen treten muß. Es wird nur dieser wenigen Zeilen bedürfen, um die hiesigen Behörden zu veranlassen, nicht länger mehr dem gerügten Uebelstand zu huldigen.

Hydraulischen Kalk

offerirt Unterzeichneter zu dem billigsten Preis von fl. 2 per Zentner bei Faß von circa 2 bis 3 Zentner und sieht vielen Aufträgen entgegen

Carl Ludwig Krauß,
S. Nro. 551 in der Theresienstraße.

(Gesuch.) Auf erste Hypothek eines Hauses in hiesiger Stadt werden fl. 2000 bis fl. 2500 sogleich zu entnehmen gesucht. Man bittet, schriftliche Anträge unter der Chiffre G. K. in der Expedition d. Bl. abzugeben.

(Zu verkaufen.) Ein schöner feum dressirter Hühnerhund wird verkauft.

Kißkalts-Zwinger.

Die auf Samstag den 27. Mai angekündigte Produktion konnte der kalten Witterung wegen nicht abgehalten werden; dieselbe findet daher **heute Montag den 29. Mai** mit dem gewöhnl. Entree à Person 6 kr. statt, wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Einladung.

Heute Montag den 29 d M veranstalten mehrere Dilettanten unter freundschaftlicher Mitwirkung eines vortrefflichen Violinspielers wieder eine musikalische Abendunterhaltung, wozu Freunde der Musik und Gesanges höflichst einladet

Krauß zum blauen Pfau in der neuen Gasse.

L. Wießel

in der Rathhausgasse in Nürnberg,

empfiehlt sein reichhaltiges Porzellain- und Steingut-Waarenlager, auch das hier sogenannte Frankfurter steinerne Geschirr zu den billigsten Preisen.

(Verkauf.) Zu billigem Preise ist ein ganz neuer, sehr eleganter, leichter Wiener-Wagen (Fäton) und ein Paar Pferde (Rappen) mit neuen Geschirren, auch für einen Geschäftsreisenden geeignet zu verkaufen.

Wirthschafts-Verpachtung.

Eine reale Bierwirthschaftsgerechtigkeit ist zu verpachten. Nähere Aufschlüsse ertheilt hierüber

Franz Xaver Eichart,
Kommissionär.

(Gesuch) Es werden 1 oder 2 Knaben, von 7—15 Jahren, welche die höhern Schulen besuchen unter annehmbaren Bedingungen bei einer soliden Familie in die Kost zu nehmen gesucht. Museumsbrücke S. Nr. 814. —

(Anzeige) In Nro. 1600 der Gräbelsstraße werden feine Nachtlichter verfertigt, was hiemit dem verehrlichen Handelsstande angezeigt wird.

(Zu verkaufen) Drei Drehbänke und eine Hobelbank sind sehr billig zu verkaufen.

(Anerbieten.) Einige junge Mädchen können das Kleidermachen gegen billige Bedingungen erlernen.

(Zu vermiethen) Es ist ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet an einen oder zwei solide Herren bis den 1 Juni zu vermiethen L. 872 Hallplatz

(Zu vermiethen.) In Nro. L. 468 der Brunnengasse ist eine Wohnung von zwei Stuben, Kammer, Küche, und versperrte Holzlage bis Ziel Allerheiligen zu vermiethen

(Pferd-Verkauf) Ein fehlerfreies, 9—10 Jahre altes, zum Reiten und Fahren gleich gutes Pferd von polnischer edler Race, steht in L. 8 a zum Verkauf.

Arena.

Montag, den 29. Mai. „Christoph und Renata," oder „die Verwaisten." Schauspiel in 2 Akten von Blum. Hierauf: „Der hundertjährige Greis," oder „die Familie Rüstig." Liederspiel in 1 Akt von Angely.

Lotterie.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

70 2 68 64 19

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, constitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. Mai 1848. № 151. Dienstag: Wigand.

†† Proletariat und Pauperismus.

(Schluß von Nr. 147.)

Denn angenommen auch der Adel und die Fürsten bleiben als erster, die Geistlichkeit als zweiter Stand, so müßte Kaufmann und Handwerker als Dritter, der Landmann oder Bauer aber als vierter Stand bezeichnet werden, wie es auch in Schweden der Fall ist, und dann komme erst der Arbeiter als fünfter Stand. Es scheint aber kaum möglich, ihn als Stand zu qualificiren, da er wie gezeigt nicht einer nothwendigen, sondern einer unnatürlichen, künstlich hervorgebrachten Ursache seine Entstehung verdankt, und jedenfalls doppelt ungerecht scheint es ihn als das Volk an sich zu bezeichnen und die übrigen Stände, die der Zahl und der Bedeutung nach die überwiegenden sind, zwingen zu wollen, ihrer Rechte um seinetwillen sich zu begeben. Man ist bei dieser ganzen Sache höchst einseitig blos von der Beobachtung, die man an der Bevölkerung großer Städte gemacht hat, ausgegangen. Es ist nicht wahr, daß die andern Stände des Arbeiters bedürfen, um zu leben, sondern der Arbeiter, wie wir ihn bezeichnet haben, bedarf eben der übrigen Stände, um Arbeit und Verdienst zu bekommen. Die Gegenwart liefert den deutlichen Beweis. Wer anders empfindet die Stockung des Handels und des Verkehrs unmittelbar so sehr, als derjenige Arbeiter, den wir den Proletarier vorzugsweise genannt haben? Jeder andere, der seine Existenz nicht auf den Luxus gegründet hat, wird von der allgemeinen Noth endlich zwar auch berührt werden, aber wenn auch der Wohlstand der Uebrigen durch die Gewalt der Fäuste endlich vernichtet wird, so läßt sich doch mit Gewißheit vorhersagen, daß durch diese gewaltsame Umwälzung die Lage der Masse auch nicht um ein Haarbreit gebessert werden wird. Man kann, wie Emil Girardin ganz richtig gesagt hat, auf diesem Wege die Reichen zwar arm, aber die Armen nimmermehr reich machen. Durch die Verbindung der beiden Arten des Proletariats, der Literaten und der Arbeiter, ist nun die furchtbare Aufregung, unter welcher wir leiden, wenigstens zur Hälfte entstanden. Wie jene sich den Namen der Literaten vorzugsweise beilegen, um damit eine allgemeine und keiner besondern Thätigkeit huldigende Richtung zu bezeichnen, obgleich alle, welche wissenschaftliche Bildung genossen haben, ganz mit gleichem Rechte sich so nennen könnten, so usurpiren die Arbeiter diesen Namen ebenfalls vorzugsweise, während alle Menschen gleichmäßig nur durch Arbeit existiren, die sie entweder selbst und unmittelbar durch ihre Hände, ihren Geist, ihre Talente, oder mittelbar durch die ihnen zu Gebote stehenden Mittel verrichten, und also wir alle Arbeiter sind. Ob mit Kapitalien oder mit Händen gearbeitet wird, läuft am Ende auf Eines hinaus; Beides ist Mittel. Eben so, ob mit dem Kopfe und der Feder oder ob mit dem Körper und den Händen. Beide Arten des Proletariats aber unterstützen sich gegenseitig, die eine liefert die materielle Gewalt, die Fäuste, die andere die intellektuelle, die Lehren und Grundsätze. Allein dies ist nur die eine Hälfte der Ursachen unserer gegenwärtigen Lage. Daß sie zum Theil auf einem rechtlichen Boden ruhen, und daß es im Interesse des Staats ist, dem Nothstand einer großen Anzahl der Bevölkerung abzuhelfen, ja selbst mit ansehnlichen Opfern, das versteht sich von selbst; aber eben so von selbst versteht es sich, daß es Wahnsinn und Ungerechtigkeit sein würde, um der Noth der Einen abzuhelfen, die Andern zu ruiniren. Wenn man nun fragt, wie denn geholfen werden soll? so kann man mit dem Engländer Cobbett in einem ähnlichen Falle die gleiche Antwort geben: das ist meine Sache nicht; ich habe genug gethan, das Uebel klar hingestellt und entwickelt zu haben. Die Staatsmänner und Staatswirthschafter werden hier ihre Aufgabe finden; nur möge sich Niemand einbilden, die Heilung radikal bewerkstelligen und mit leichten schmerzlosen Mitteln ausreichen zu können. Denn es würde das an sich nicht möglich sein, doppelt unmöglich aber ist es — und das macht eben unsern Zustand, wie im Eingang gesagt, so hoffnungslos — weil noch ein anderes Uebel, eine andere unabweisbare Frage der Zeit dazu kommt.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 28. Mai.) Die Kammer der Abg. hielt gestern Abend eine sehr kurze Sitzung, in welcher sie die Rückäusserung der Reichsräthe über das Synodal-Gesetz vornahm und dem Beschlusse derselben beipflichtete, so daß also auch die angehängten Wünsche wegfallen. — Das Ablösungsgesetz, welches die Reichsräthe in ihrer gestrigen Mittagsitzung zu Stande brachten, indem sie sich dem Beschlusse der II. Kammer mit ganz unerheblichen Differenzpunkten fügten, wurde bezüglich der Gesammtbeschlußfassung von dem Abg. vorerst noch vertagt, bis sich die Reichsräthe über das Jagdgesetz schlüssig gemacht haben werden. — Gestern Abend berieth die Kammer der Reichsräthe das Gesetz, die Wahl zur Kammer der Abg. — Graf Carl v. Seinsheim (hört!) ist Berichterstatter und ist in keiner Hinsicht mit diesem Gesetze einverstanden, weil es die Gliederung nach Ständen, den Census, die Glaubensunterschiede nicht anerkennt. — Bei der Berathung in der Kammer fand er nur an dem reaktionären Bundesgenossen Staatsrath Freyberg, diesem Landknecht des Abel'schen Regiments und an seinem älteren Bruder, August Seinsheim — an Verstand und Rednergabe ihm gleich — würdige Stützen. — In der 4stündigen Debatte, welcher auch der Minister des Innern beiwohnte, wurde nichts Neues vorgebracht; kein einziger neuer Gedanke tauchte auf, welcher nicht schon in der untern Kammer ein Dutzendmal wiedergekaut worden wäre. Ich erwähne nur, daß Fürst Wallerstein sich wieder ungemein freisinnig gerirte, sogar direkte Wahlen beantragte. Es gibt Leute, welche glauben, daß es dem Fürsten mit diesen Dingen nicht ernst ist; er gefällt sich, in seiner Gabe zu reden und Ansichten zu entwickeln, womit er die alten Zöpfe in Staunen setzt, die jungen Zöpfe aber amusirt. Uebrigens trug die I. Kammer gestern eine leidlich liberale Physiognomie, sie ertheilte den ersten 10 Artikeln des Wahlgesetzes in der Fassung der II. Kammer ohne Abänderung ihre Zustimmung. — Die Fortsetzung der Berathung wurde auf heute Mittag vertagt. — In der diesen Mittag um 12 Uhr abgehaltenen 21. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurde das Wahlgesetz zu Ende berathen und das ganze Gesetz in der Fassung der II. Kammer angenommen. — Bei Postabgang wird eben Vortrag über das Jagdgesetz erstattet. Referent — Bar. v. Stauffenberg.

(München, den 27. Mai.) Das heutige Regierungsblatt Nro 24 enthält ein kgl. Rescript, die Verlängerung der gegenwärtigen Sitzung der Ständeversammlung betreffend, wonach dieselbe noch bis zum 31. Mai d. J. beisammen bleibt. Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: Der bisherige Zahlmeister bei der kgl. Kabinets-Kassa, Moehl, wurde zum Kabinets-Kassier ernannt, der Regierungsrath bei der Regierung von Niederbayern, Dr. Wiesend, in den Ruhestand versetzt, der Landrichter Giehl in Kastl und der Landrichter E. Rapp zu Hammelburg treten in den Ruhestand für immer; der Landrichter von Teng in Waldmünchen wurde in den zeitlichen Ruhestand versetzt, und auf die sich hiedurch eröffnende Stelle der I. Assessor der Landgerichts Simbach, J. Demel, ernannt, endlich die durch den Tod des Regierungs-Sekretärs F. Sonnenmayer eröffnete Sekretärs-Stelle I. Klasse bei der Regierung von Mittelfranken dem vormaligen Sekretär des aufgelösten Mediat-Consistoriums Thurnau, K. S. Kriener verliehen.

†* (Nürnberg, den 29. Mai.) Gestern fand in dem eigens zu diesem Zwecke decorirten Saale des Gasthauses zu den goldenen Hirschen eine Versammlung von Buchdruckern Nürnbergs und der Umgegend statt, in welcher mehrere auf die innern Verhältnisse des Geschäfts Bezug nehmende Vorträge gehalten wurden und namentlich die Wahl eines Deputirten zu der am 11. Juni in Mainz anberaumten deutschen Nationalbuchdruckerversammlung in Erledigung kam. Diese Wahl fiel auf den Faktor der Campe'schen Offizin Gebr. Bei der erwähnten großen Versammlung in Mainz soll eine totale Regelung aller Verhältnisse des Buchdruckereiwesens durch gründliche Berathung ausgeführt werden.

(Aschaffenburg, den 27. Mai.) Ein Privatbrief aus Frankfurt vom 26. Abends 6 Uhr bringt uns folgende höchst wichtige Mittheilung: »So eben trifft hier die Nachricht ein: der Papst ist todt (vergiftet?) Rom und Neapel in völligem Aufruhr. Die Lazzaroni haben sich in Rom mit dem Pöbel vereint. Das Morden, Sengen und Rauben dauerte bei Abgang des Schreibens noch fort.« — Indem wir diese Nachricht unsern Lesern mittheilen, haben wir nur den einen Wunsch, daß sie sich nicht bestätigen mögen. (Asch. Z.)

Baden. (Aus dem Badischen, 21. Mai.) Ueber den Ursprung und die Verzweigungen des Hecker'schen Attentats liegen, wie man aus guter Quelle vernimmt, die wichtigsten Aufschlüsse in den Händen des Untersuchungs-Gerichtes; es stellt sich dabei heraus, daß die unerwartete Verhaftung Fickler's durch Hrn. Mathy, die noch nicht reife Verschwörung zum Ausbruch brachte und Pläne vereitelte, die man mit großer Umsicht entworfen hatte. Die Fäden waren in Mannheim gesponnen, von dort die Emissäre entsandt, Geld und Druckschriften vertheilt; eine buntscheckige Schaar von Feder- und Degen-Helden hatte daselbst ihren Sitz aufgeschlagen. Die Vorbereitungen waren in der Art getroffen, daß gleichzeitig an verschiedenen Orten in Baden, in Kurhessen und Hessen-Darmstadt losgebrochen werden sollte; ob Verbindungen mit den Anarchisten in Berlin und Wien bestanden, ist zwar höchst wahrscheinlich, doch unerwiesen. Hecker sollte den Aufstand in Mannheim, Struve in Offenburg und Fickler im Seekreise leiten; die Arbeiter im Elsaß und jene in der Schweiz sollten im Breisgau und am äußersten südlichen Theile des Großherzogthums hereinbrechen. Durch einen schnellen Zug nach Karlsruhe wollten sich alsdann sämmtliche Banden die Hand reichen und dort den Sitz einer provisorischen Regierung aufschlagen. Da man des badischen Militärs sicher zu sein hoffte, so brachte die Nachricht von dem Einmarsche der Bundes-Truppen große Verlegenheit in das Lager der Verschworenen; noch einmal machten sie darum den Versuch, durch ihren Volks-Ausschuß Verdächtigungen über den Zweck dieses Einmarsches auszustreuen, in Petitionen an die zweite Kammer und selbst durch Deputationen an den Großherzog die Meinung zu verbreiten, als befände sich das ganze Volk hierüber in der größten Aufregung, und es stände nichts Anderes zu erwarten, als die maßlosesten Schritte der Reaction. Allein derartige Kunstgriffe waren bereits abgenutzt; die Kammer, deren Mitglieder so eben vom Vor-Parlamente in Frankfurt zurückgekehrt waren und dort die Absichten und Mittel der so genannten Republikaner kennen gelernt, zugleich aber gesehen hatten, daß das gesammte übrige Deutschland nichts von der Republik wissen wollte, wies die Anträge auf den Rückzug der „fremden“ Truppen nicht allein zurück, sondern gab noch in derselben Sache der Regierung ein Vertrauens-Votum. Hierdurch gestärkt, konnte letztere mit größerer Energie auftreten. Die Nachricht der unerwarteten Abstimmung in der Kammer empfing Fickler noch an demselben Tage in Karlsruhe, wo er in Begleitung des ehemaligen Lieutenants Willich und eines gewissen Doll eintraf; am andern Morgen, eben als er in den Seekreis zurückkehren wollte, wurde

er festgekommen; seine beiden Begleiter jedoch konnten mit wichtigen Papieren, die sie unterwegs vernichteten, entwischen. Was weiter erfolgte, ist allbekannt: die Verschwörer, in der Angst, gleiches Schicksal mit Fickler zu theilen, entwichen sogleich und sahen sich genöthigt, dort einen Versuch zu wagen, wo man die Aufregung am weitesten getrieben hatte. Unter diesen Umständen ist die gränzenlose Wuth zu begreifen, die bei den Anarchisten gegen Mathy herrscht; sie hatten sich bereits in die seligsten Träume eingewiegt, als ihnen plötzlich das Schwert an der Kehle saß. Mathy gebührt das Verdienst, den Staat aus großer Gefahr gerettet zu haben; er bewies bei Weitem mehr republikanische Grundsätze und Muth, als alle seine Gegner, welche die Auswüchse des Policei-Staates für sich in Anspruch nehmen und, wie die „fremden“ Truppen von der Vertheidigung des Landes, so die eigenen Staatsbürger von der Ergreifung der Verbrecher ausschließen wollen. (Köln. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 20. Mai.) Der Bericht des Ausschusses der Nationalversammlung über einen Antrag des Abgeordneten von Köln, Hrn. Raveaux, und die damit in Verbindung stehenden Verbesserungsvorschläge mehrerer anderer Mitglieder der Nationalversammlung, betreffend den Einfluß der Beschlüße der konstituirenden Nationalversammlung auf die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten (Berichterstatter Römer) geht dahin! „Die aus dem Gesammtwillen des deutschen Volkes hervorgegangene Nationalversammlung zu Gründung einer die Einheit und politische Freiheit Deutschlands bezweckenden Verfassung erklärt, daß alle Bestimmungen deutscher Verfassungen, welche nach Vollendung des allgemeinen Verfassungswerkes mit diesem nicht übereinstimmen, abzuändern, und mit der deutschen Verfassung in Einklang zu bringen sind.« Dieser Ansicht sind folgende Mitglieder des Ausschußes beigetreten: v. Beckerath. Schoder. Pfi,er. Hermann. L.tte. Heckscher. Römer. — Ein zweiter Antrag lautet folgendermaßen: Die Nationalversammlung — in dem begründeten Vertrauen, daß sämmtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer beso dern Verfassungen, die nach Vollendung des allgemeinen deutschen Verfassungswerkes mit demselben in Widerspruch stehen, abändern, und daß dieselben Abänderungen auch in den während der Dauer der Nationalversammlung zu Stande kommenden neuen Verfassungen einzelner deutscher Staaten vorgenommen werden — geht zur Tagesordnung über. Diese Ansicht vertreten Vincke, Sommaruga, Simson, Neuwald. — Ein weiterer Antrag heißt: Die deutsche Natio alversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutzchen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfass ngen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet. Sie vertritt Werner. — Ein letzter Antrag geht dahin: 1) Die Beschlußnahme über die Verfassung Deutschlands ist einzig und allein ihr, der konstituirenden deutschen Nationalversammlung, überlassen. 2) Die Verfassungen und Gesetze der einzelnen deutschen Staaten und die Verträge zwischen ihnen, so wie die Beschlüße gesetzgebender Volksvertretungenin ihnen sind nur in so weit gültig, als sie mit dieser (einzig und allein von der konsti uirenden Nationalversammlung zu errichtenden) Verfassung Deutschlands übereinstimmen. 3) Die zu Mitgliedern der konstituirenden Versammlung Gewählten können von der Verpflichtung, an den Verhandlungen derselben persönlich Theil zu nehmen, nur durch sie, die konstituirende Nationalversammlung selbst, entbunden werden. 4) Die Bestimmungen sind ein Theil der Verfassung Deutschlands. Diese Ansichten vertreten Fr. Schaffrath, G. F. Kolb, Moriz Hartmann. — (Frkf. J.)

Hessen. (Darmstatt, 26. Mai.) Ich gedachte vor einigen Tagen eines in der zweiten Kammer gestellten Antrags gegen das Adelswesen. Ich kann Ihnen nun diese Motion der Abgeordneten Kloch und Heldmann wörtlich mittheilen: »Der Art. 18 der Verfassungsurkunde vom 17. Dez. 1820 lautet: Alle Hessen sind vor dem Gesetze gleich. Diesem ungeachtet bestanden bisher Gesetze, wie z. B. das standesherrliche Edikt vom 17. Februar 1820, welche gewissen Familien angeborene Vorrechte und Befreiung von allgemeinen Landesgesetzen, z. B. den Gerichtsstand, Steuerpflicht rc. gaben. Unter diese Vorrechte gehören auch die ausschließlichen Ansprüche des hohen und niederen Adels auf die Hofstellen und zur Erlangung solcher Staatsämter, welche das Erscheinen bei Hofe nothwendig machen. Dem Adel gegenüber war das Bürgerthum nicht hoffähig, eine besondere Rangordnung machte den Roué hoffähig, wenn er ein Junker war, während der gediegenste Bürgerliche, selbst in höherer Stellung, nicht am Hofe erscheinen konnte. Obgleich man Niemand verhindern kann, sich beliebig seine Umgebung zu wählen, darf doch in Bezug auf die Ehrenansprüche der Staatsbürger durch eine Hofrangordnung kein gesetzlicher Unterschied zu Gunsten einiger Wenigen geschaffen seyn, wie dieses bisher der Fall war. Die Fürsten lebten bisher in dem Wahne, ihre Person würde durch bürgerliche Gesellschaft herabgewürdigt, ihre Stütze sey die hohe Aristokratie; so vertrauten sie wenigen Familien mehr, als dem gesammten Bürgerthum, blieben ü er die wahren Bedürfnisse ihrer Länder in Unwissenheit (und bereiteten sich dasselbe Schicksal vor, welches die Aristokratie über kurz oder lang erreichen mußte. Nur der gesunde Sinn des Bürgerthums hat die Throne vor ihrem Umsturz in Deutschland gerettet und muß den Fürsten den Weg gezeigt haben, auf welchem allein sie ihre Zukunft sichern können. Sie müssen fortan im Bürgerthum ihre Stütze suchen, wenn sie sich nicht das Schicksal des Adels bereiten wollen, und der Adel muß im Bürgerthum aufgehen. Nicht Adels, Ordens- oder Charakterverleihung darf hinfort den Werth eines Mannes bedingen, sondern dessen Würdigkeit muß es thun. Dieser Grundsatz hat in Folge der neueren Ereignisse auch bei uns Geltung gefunden, Bürgerliche sind zu den höchsten Stellen im Staate ernannt worden, Sprößlinge der hohen Aristokratie haben ihr „von“ beseitigt, in der Ueberzeugung, daß nur der innere Werth den Menschen adelt. Wie denn nun die Geburt hinfort kein Vorrecht auf Staatsämter begründen darf, kann sie auch keinen besonderen Rang mehr begründen, es bestehen aber bei uns noch Bestimmungen, welche dem Adel Vorzüge dieser Art vor dem Bürgerlichen einräumen, diese zu beseitigen ist der Vorwurf dieses Antrags, welcher dahin geht: „die verehrliche Kammer möge die großherzogliche Staatsregierung ersuchen, auszusprechen, daß eine Bevorzugung zur Erlangung von Aemtern und Rang durch Geburt nicht mehr stattfindet und in dieser Hinsicht Adel und Bürgerthum sich gleichstehen.“ Dieser Antrag wurde an den Ausschuß zur Begutachtung gewiesen. — Am 8. d. M. stellten zwei Mitglieder der 2. Kammer den Antrag: „bei der allgemeinen Stockung jeglichen Verdienstes erscheint es dringendes Bedürfniß, der ärmeren arbeitenden Klasse Verdienst zuzuweisen. Die durch Oberhessen führende Eisenbahn bietet hierzu Gelegenheit, deren Fortbau neuerdings sistirt worden ist. Theils und hauptsächlich des angeführten Grundes willen, theils aber auch, um die bereits verwendeten bedeutenden Summen nicht müßig liegen zu lassen, beantragen die Unterzeichneten: hohe Kammer wolle großh. Staatsregierung ersuchen, den Bau der durch Oberhessen führenden Eisenbahn wieder betreiben zu lassen.“ Ueber diesen Antrag ist noch nichts berichtet. — Oberappellationsgerichtsrath Siegfrieden ist mit dem Entwurf der beiden Proceßordnungen beschäftigt; beide wichtige Gesetzesentwürfe sollen den Ständen vorgelegt werden, wenn sie nach der Vertagung wieder zusammentreten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 26. Mai.) In Folge der am jüngsten Sonntag Abend zwischen Bürgern und preußischen Soldaten, und durch letztere hervo gerufenen, hier Statt gehabten blutigen Auftritte, beliebte es unserem Festungsgouvernement, unsere Stadt und unseren Hafen nicht nur in Blokadezustand versetzen zu lassen, sondern uns auch mit einem Bombardement zu bedrohen, welches ohne das besonnene Benehmen der hiesigen Bürgerschaft auch wi klich zur Ausführung gekommen wäre. Wir können nicht umbin, unsere gerechte Entrüstung gegen die Urheber dieses Verfahrens auszudrücken, und hoffen, daß dasselbe nicht nur gerügt, sondern auch gehörig geahndet werde, damit der Fall nicht wiederkehre, daß eine Stadt von 36,000 Einwohnern Tage lang unter einer Schreckensregierung lebe. In Folge dieser Maßregel, wobei jeder Verkehr gehemmt, jede Communicat on sowohl zu Wasser wie zu Land unterbrochen war, wurde unser schon seit geraumer Zeit darniederliegender Handel noch mehr erschüttert, und war von Geschäft kaum die Rede. (Frankf. J.)

Nassau (Wiesbaden, 22. Mai.) In der Redaktion des »Volksfreundes« (Druckerei von Adam Stein, Mauergasse) ist eine, bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Eingabe an die Reichsversammlung zu Frankfurt aufgelegt, in welcher beantragt wird: „Hohe Reichsversammlung möge mit aller Kraft und Entschiedenheit darauf dringen, daß der Weidig'sche Prozeß nochmals einer genauen Prüfung unterworfen und daß namentlich über den Hofgerichtsrath Georgi in Gießen eine Untersuchung verhängt werde, auf daß die Wahrheit endlich an den Tag komme, der Unschuldige vor der Welt gerechtfertigt werde, der Schuldige aber seinen gerechten Lohn empfange.“ (Frkft. J.)

(Wiesbaden, 25. Mai.) In der gestern Abend stattgefundenen Volksversammlung wurde, nachdem die genauesten Berichte über die Vorfälle in Mainz, sowohl von hiesigen als auch von einem Mainzer Bürger mitgethe lt waren, eine Adresse an die Nationalversammlung zu Stande gebracht, welche dermalen noch zur Unterzeichnung im „Schützenhof« aufliegt. Der Inhalt weicht von der früher gefertigten dahin ab, daß zugleich und hauptsächlich darin bemerkt ist, daß die dermalige preussische Garnison sofort von Mainz verlegt werden möchte, indem sonst die Reibungen kein Ende nehmen würden. Herr Pfarrer Waygandt von Sonnenberg, ein allgemein geachteter und sehr gesinnungstüchtiger Mann, machte den Vorschlag, »zugleich auch eine Adresse an die preussische Nation zu entwerfen, unter welcher es doch Leute gäbe, die deutsch und nicht preussisch sein wollten, damit diese nicht zu dem Glauben veranlaßt würden, man sey auch gegen sie empört, oder als wolle man nun in Folge der traurigen Vorfälle von der ganzen preussischen Nation nichts mehr wissen; gerade darum sey es an der Zeit, daß man Diejenigen, die deutsch sein wollen, auffordere, Hand in Hand uns am Aufbau Deutschlands thätig zu seyn, damit solche Exzesse nicht mehr vorkommen können, resp. ihre Stifter aufgeklärt würden.« Dieser Vorschlag fand allgemein Beifall, warum man aber nicht darauf zurückkam und insofort ausführte, kann ich nicht begreifen; er ist doch gewiß sehr der Beachtung werth. — Der weitere Gegenstand der Berathung war das Verhältniß des Volkes und unsere Deputirtenkammer zur National-Versammlung. Obwohl manche recht gute und beachtungswerthe Vorschläge in dieser Hinsicht gemacht wurden, so hat man doch namentlich bei diesem Gegenstand wieder so recht die Erfahrung machen m ssen, wie gerne der Deutsche leeres Stroh drischt, wenn in solchen Versammlungen nur Leute sprechen würden, die auch wirklich sprechen können und deren Rede auch immer nur aus ihrer innigsten Ueberzeugung fließt, dann würden wir weiter kommen; aber Versammlungen, in welchen immer der Eine wiederholt, was ein anderer schon längst gesagt hat und in welchen sich Leute zu Volksrednern aufwerfen, die mit ihren faustdicken Phrasen gleich im Anfange hängen bleiben und die das in blinder Begeisterung Gesprochene selten später mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren können, können unmöglich viel nützen, sie schaden nur. Es wäre deßhalb sehr zu wünschen, daß sich überall in Deutschland neben den Turn- und Gesangvereinen auch Redevereine bildeten. Oder sind diese etwa nicht zeitgemäß? — Ueber den hier neu gegründeten Arbeiterverein enthalte ich mich vorläufig noch jeden Urtheils. Er ist erst noch recht im Werden begriffen. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, den 25. Mai) Gestern sind die HH. Grafen Hoyos und Wilczek aus Innsbruck hier angelangt. Man erfährt über den Erfolg ihrer Sendung, daß der Kaiser wohl in etwa zehn Tagen hierher zurückkehren werde. Er soll sich durch die Vorgänge am 15. Mai sehr verletzt fühlen, sprach aber nichtsdestoweniger von seinen „lieben Wienern“. Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie sollen geweint haben. — (Agb. Z.)

(Wien, den 25. Mai.) Ein öffentlicher Anschlag des Unterrichts-Ministers v. Somaruga verkündete gestern, daß die Aula geschlossen sei. Um 10 Uhr strömten Arbeiter, und was viell icht auffällt, selbst Nationalgarden aus den Vorstädten herbei, rissen diese Bekanntmachung herunter, und verlangten vor der Aula, daß die Studenten sich nicht entfernen sollten. Einige derselben benützten diese Gelegenheit und hielten Anreden an das Volk. Das Ministerium bekümmerte sich nicht um diese Vorfälle. Pillersdorf hat den Gouverneur von Galizien Graf Stadion ins Ministerium beschieden, allein dieser weigert sich, ohne Befehl des Kaisers zu gehorchen. Das von Se. Maj. dem Kaiser über die Ursache seiner Flucht erlassene Manifest, welches Baron Pillersdorf schnell veröffentlichte, hat unter dem größten Theil der Bevölkerung Wiens Beifall gefunden. Die freisinnige Partei hat indeß seit vorgestern wieder festern Boden gewonnen. — Es herrscht in der Stadt und den Vorstädten Ruhe. — (Agb. Z.)

Preussen. (Berlin, den 23. Mai.) Der Verfassungs-Entwurf hat eigentlich nirgends recht befriedigt, denn man vermißt darin bereits

gemachte Verheißungen wie die Volksbewaffnung, die Aufhebung des bevorrechteten Gerichtsstandes und der Dominialpolizei, lauter wesentliche Dinge. Die beabsichtigte Einführung der erblichen Pairie heißt aber geradezu, den Geist der neuen Zeit paralysiren. Man hört daher bereits, daß Mitglieder der Verfassungs-Versammlung einen eigenen Entwurf ausarbeiten wollen, um ihn ihren Collegen zur Aufnahme und dann der Regierung zur Erklärung vorzulegen. (Wes. Z.)

(Berlin, den 24. Mai.) Die Nachrichten über Schleswig lauten bald auf Frieden, bald auf Erneuerung der Feindseligkeiten. Die es hängt natürlich von dem Uebermuthe der Dänen ab und von dem Nachdrucke, welchen England seiner Vermittelung gibt. Heute indeß ist es mir vergönnt, Ihnen aus verbürgter Quelle über den Stand der Angelegenheit einiges Nähere mitzutheilen. England fordert von den Dänen, daß sie das Embargo aufheben und die Schiffe frei lassen. Ueber den Schaden-Ersatz solle man sich später verständigen. Die Preussen verließen Jütland und Schleswig. Schleswigs Neutralität wird von England garantirt. Die Dänen rückten also nicht ein. Bei dem definitiven Arrangement wäre dem deutschen Bundesstaate mindestens der deutsche Theil Schleswigs gesichert. Ueber die Insel Alsen hat man sich noch nicht einigen können. Aus derselben Quelle erfahren wir, daß unser Kabinet dem General Wrangel Befehl gegeben habe, seiner Proklamation in Bezug auf die Kriegs-Kontribution keine Folge zu geben. Die Jüten sind arm und könnten sie kaum stellen. Andererseits würden die Dänen wahrscheinlich die mit Beschlag belegten Schiffe verkauft haben. Man glaubt schließlich, England werde von seinen Mediations-Forderungen in Bezug auf Preussen noch Manches nachlassen. (Köln. Z.)

(Berlin, den 24. Mai.) Unter den bereits anwesenden Abgeordneten befinden sich 4 Staatsminister -- Hrn. v. Schön mit eingerechnet, der, beiläufig gesagt, noch in seinen alten Tagen sehr für die englische Verfassung schwärmen soll — ferner 30 Adelige, 44 Geistliche, 3 Offiziere, 35 Verwaltungsbeamte, mit Ausnahme von 23 Bürgermeistern und Stadträthen, 87 Juristen 11 Aerzte, 29 Professoren und Lehrer 22 Kaufleute, 33 Fabrikenbesitzer und Handwerker, 47 Gutsbesitzer und Landräthe, 23 Schulzen, 2 Tagelöhner. Ein nicht unbeträchtlicher Theil dieser Versammlung besteht aus Leuten, die wenig mit sich bringen und die mehr gekommen zu sein scheinen, um sich hier erst über ihre eigene Aufgabe klar zu werden. (Köln. Z.)

(Köln, den 25. Mai.) Der in der gestrigen „Kölnischen Zeitung" Mainz, 21. Mai enthaltene Artikel ist so einseitig gehalten, daß eine Erwiderung desselben geboten ist. Bekanntlich liegen in Mainz österreichische und preußische Truppen, — warum sind die ersteren von den jetzt Statt gefundenen blutigen Conflicten unberührt geblieben? Spricht dieser Umstand nicht dafür, daß der Mainzer Sympathieen, die ihm geboten werden, zu erwiedern weiß, und hatte die preußische Garnison — oder vielmehr der die Massen leitende Stand — in den 33 Friedensjahren nicht hinlängliche Gelegenheit, sich solche ebenfalls zu erwerben? Um von der neueren Zeit zu reden, war es auch ein Werben um diese Sympathieen, wenn pommer'sche Reservisten — wie versichert wird — sich in einer Stadt, wo sie sich als Gäste zu betrachten hatten, den Bürgern die deutschen Farben von Hut und Brust rissen? Wir wollen die von den Mainzern referirten Schimpfwörte keineswegs entschuldigen, müssen aber beifügen, daß dieses nur das Aufgeben der längst gelegten Saat einer durch die Neuzeit gerichteten Politik ist, welche Weisheit darin fand, daß sie Bürger und Militär feindlich einander gegenüberstellte. Diese Politik hat es so weit gebracht, daß nicht einmal eine Verschmelzung der garnisonirenden Truppen Statt finden konnte, sondern die österreichischen und preußischen Offiziere ihre gesonderten Casinos und die Soldaten ebenfalls ihre gesonderten Wirthshäuser haben mußten. In uns zugekommenen Privat-Berichten wird versichert, daß am Sonntage die preußischen Soldaten — welche sämmtlich in trunkenem Zustande waren — den Ausbruch der Excesse herbeigeführt hätten. Wir suchen die Schuld dieser Vorgänge auf beiden Seiten, finden aber die Drohung des Militär-Gouvernements, die Stadt zu beschießen, wenn binnen 2 Stunden die Waffen nicht ausgeliefert seien, noch keineswegs gerechtfertigt. Nur durch eine Dislocation kann ferneren Reibungen vorgebeugt werden.

Schleswig-Holstein. (Schleswig, den 22. Mai) Gestern wurde in Flensburg eine Versammlung vor Eingesessenen der dänischredenden Districte des nördlichen Schleswigs gehalten, um Protest gegen eine etwa durch die Diplomatie begünstigte Trennung dieser Landestheile vom Herzogthum und Einverleibung in Dänemark zu erheben. Heute ist eine Deputation mit diesem beschlossenen Protest an die provisorische Regierung hierdurch nach Rendsburg gereist. — Heute Abend ward in einer Versammlung des hiesigen Burgervereins viel hin und her geredet über die Art der Vertheilung einer Summe von 5000 Reichsthalern Courant, welche die provisorische Regierung der Stadt überwiesen hat, um den von der großen Einquartierungslast während der dänischen Occupation besonders gedrückten kleinen Bürgern eine Unterstützung zu gewähren, bis ein Tischler Kerstens den Einfall aussprach, man möge die ganze Summe, 5000 Thaler zum Bau der deutschen Flotte hergeben und von Seiten der Stadt darauf verzichten. Dieser Vorschlag fand den einmüthigsten Anklang, und morgen soll in einer großen Versammlung aller Hausbesitzer die Sache zum Beschluß erhoben werden. — Die provisorische Regierung hat den Gebrauch der schwarz-roth-goldenen Flagge in horizontalen Streifen für die schleswig-holsteinische Handelsflotte verfügt. Heute wurden hier vom Norden 5 dänische Spione, unter denen auch ein deutscher Freischärler, gefangen nach Rendsburg durchgebracht. (W. Z.)

Vom Rhein. Die äußerliche Ordnung in Mainz ist nun zwar wieder hergestellt, aber die Ruhe in die Gemüther ist noch lange nicht zurückgekehrt; innerlich kocht es bei Bürger wie bei Militär, weil beide Theile der Ansicht sind, daß das Recht auf ihrer Seite gewesen, und daß ihnen nicht die erwartete Genugthuung geworden. Jedenfalls steht das fest, daß das Unrecht auf beiden Seiten gewesen ist. Daß die Bürger die Soldaten auf alle Weise höhnten, und durch in den Bierhäusern geführte Reden vielfach reizten, läßt sich gewiß nicht bestreiten; aber eben so haben auch die Soldaten in ihrem Uebermuthe gegen Wehrlose sich gar manche Unbill zu Schulden kommen lassen. Von der eingeleiteten Untersuchung erwartet man wenig oder nichts, da die Soldaten nicht gegen ihre Kameraden zeugen werden, wie es kein Bürger wagen wird, gegen Bürger Zeugniß abzulegen, da er sonst sich auf alles gefaßt halten müßte. Die Bürger bringen eine Reihe von Klagen vor, welche bis auf zehn Jahre zurückweichen, wo ganz andere Truppen in der Stadt in Garnison lagen als die gegenwärtigen, und die Soldaten sind ebenfalls mit Vorbringen von Klagen nicht zurückhaltend, so daß dieselben bald ganze Actenstöße bilden werden, ohne daß sich ein vernünftiges Resultat mit Gewißheit erwarten ließe. (Frkft. O.-P.-Z.)

Belgien.

(Brüssel, den 25. Mai.) Die „Independance" enthält folgende seltsame Berichtigung: Wir hatten gestern die Ankunft des Prinzen von Preußen gemeldet und sogar hinzugefügt, daß er in Laeken gespeis't habe. Das war ein doppelter Irrthum Wir vernehmen, daß der Prinz erst binnen zwei bis drei Tagen in Ostende landen und nur nach Holland durchreisen wird, wo man ihn erwartet.

Frankreich.

† (Paris, den 25. Mai.) Der Moniteur bringt heute folgenden Beschluß der gestrigen National-Versammlung rücksichtlich Polens und Italiens: „Französ. Republik. Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. .. Die Nat.-Versammlung ladet die Kommission der Vollziehungsgewalt ein, als Regel ihres Verhaltens die einstimmigen Wünsche der Versammlung zu nehmen fortzufahren, welche sich in den Worten zusammenfassen lassen: Bruderbund mit Deutschland, Wiederherstellung des unabhängigen und freien Polens; Befreiung Italiens." So berathen in der öffentl. Sitzung zu Paris, am 24. Mai 1848 (gez.) Buchez, Paupin, Lacroix rc.

Leon Faucher, der bekannte Freihändler, wird in der heutigen Nachmittagssitzung der Nat.-Vers. darauf antragen, daß man alle fremde (Nicht-Pariser) Arbeiter aus den Nationalwerkstätten entferne. Man solle sie bei den Kanalbauten rc. verwenden, oder wenn sie dies nicht wollen, mittels Zwangspässen in die Heimath weisen. Diese Maaßregel trifft, im Fälle ihrer Genehmigung, auch viele Deutsche. Wir fanden in derjenigen Werkstätte, die wir noch vor wenigen Tagen besuchten, etwa 10 Deutsche auf 100 beschäftigt.

[National-Versammlung. Sitzung vom 25. Mai.] Präs. Buchez. Herr v. Mornay nahm nach Vorlesung des Protokolls das Wort, um — ehe man zur Tagesordnung schreite — sein Befremden darüber auszudrücken, daß der betreffende Ausschuß den Dekretsentwurf noch nicht vorgelegt habe, welcher die Amtsverhältnisse zwischen der Nat.-Versammlung und der vollziehenden Gewalt regelt. Dieses Dekret ist wichtig und er trage auf Beschleunigung an. Buchez versprach, daß dasselbe der Versammlung alsbald vorgelegt werden solle. Nach Erledigung dieses sehr bemerkenswerthen Incidenzpunkts (denn dieses Dekret soll als nächste Waffe von der Reaktion zum Sturze der Vollziehungsgewalt benutzt werden) schritt die Versammlung zur Tagesordnung d. h. zur Berathung über das aus 8 Artikeln bestehende Dekret zur Verordnung einer Untersuchung der Arbeiter-Verhältnisse in Frankreich. Da kein Glied für dessen allgemeine Besprechung das Wort nahm, so schreitet die Versammlung sogleich zur artikelweisen Bestimmung. Art. 1. schreibt eine Untersuchung der Arbeits-Verhältnisse in Stadt und Land (Agrikultur und Industrie) vor Art. 2. In jeder Bezirks- oder Kreisstadt hat sich unter dem Vorsitze des Friedensrichters ein solcher National-Ausschuß zu bilden. Art. 3. Der Ausschuß wird aus einer gleichen Zahl Arbeiter und Arbeitsgeber gebildet. Die Arbeiter haben durch Wahl zur Ernennung ihrer Abgeordneten zu schreiten. Art. 4. Diese Ausschüsse haben ihr Augenmerk hauptsächlich auf Aufklärung folgender Punkte zu richten: a) Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr Alter, ihre Domizilverhältnisse u. s. w. zu ermitteln, b) die Zahl- und Lehrverhältnisse der Lehrlinge beiderlei Geschlechts in Fabriken u. s. w. zu bestimmen c) Genügen die Produktionsverhältnisse der Gegend zur Beschäftigung der Arbeiter? d) Die Wichtigkeit der bestehenden Etablissements zu ermitteln, e) Lohnhöhe, f) welche Vertragsverhältnisse waren bisher zwischen Arbeiter und Arbeitsgeber üblich? g) Wirkungen der sogenanten Untermeister und Akkordverhältnisse nachzuweisen, h) Arbeitsdauer per Tag und Gründe der Arbeitseinstellung während gewisser Jahreszeiten, i) welches sind die Motive des Verfalls oder Emporblühens der Industrie der Gegend? k) bestehen bereits Assoziationsverhältnisse und zu welchen Bedingungen zwischen Arbeit und Arbeitsgabe? l) durch welche Mittel könnte die Produktion und im gleichen Maße der Verbrauch gehoben werden? m) Einfluß der Gefängnißarbeit auf die Industrie und Arbeit der freien Bürger? n) Welche ökonomischen (Geld-)Verhältnisse rücksichtlich der Sparkasse rc. bestehen und welchen moralischen Einfluß sie üben, o) wie ist das Unterrichtswesen geregelt p) wie sind die Nahrungs-, Kleidungs- und Wohnungsverhältnisse des Proletariats beschaffen? q) Angabe der Gründe des Elends der Arbeiterklasse, r) welche Arbeiter wären sofort anzuordnen, um die brodlosen Arme der Gegend in Thätigkeit zu setzen? Art. 5. befiehlt die Form, in der die Protokolle über alle diese Fragen aufgenommen und den Ausschüssen an die Nationalversammlung eingesandt werden sollen. Art. 7. Die Bildung dieser Ausschüsse muß 8 Tage nach Veröffentlichung dieses Dekrets gebildet sein, die Untersuchung sofort begonnen werden und binnen 1 Monat eingesandt sein. Art. 8. Beauftragt die Präfekten mit Ausführung des Dekrets in allen Departements. Die Versammlung machte wenig Ausstellungen gegen dieses rein organische Vordekret und nahm es in seiner Fassung an. Inzwischen wurde folgende Rede des Generals Le Breton unter die Glieder vertheilt: »Ich verlange, daß in keinem Falle, das auf den Exkönig Louis Philipp und seine Familie bezügliche Verbannungsdekret nicht auf diejenigen Glieder dieser Familie angewandt werden könne, welche im Monat Februar von Paris abwesend waren und somit bekämpftermaßen allen Handlungen fremd blieben, welche die Vertreibung der jüngern Bourbonenlinie zur Folge hatten.«

Hiernächst schritt die Versammlung zur Berathung über Trink-(Wein)-Steuer und sonstige Departementalgesetze, die für das Ausland bis Postschluß wenig Interesse boten.

Großbritannien.

(London, 21. Mai.) Auf dem preussischen Gesandtschaftshotel hier herrscht eine aussergewöhnliche Thätigkeit, noch nie war der Depeschenwechsel zwischen London und Berlin so lebhaft. Der Prinz von Preussen trifft Anstalten zu seiner Abreise nach Berlin und hat seine Abschieds-Visiten bereits begonnen. Ich beeile mich, Ihnen bei dieser Gelegenheit ein Gerücht mitzutheilen, das in den höchsten politischen Kreisen zirkulirt und hier nicht geringes Aufsehen macht. Man versichert, der Prinz von Preussen begebe sich nach Berlin, um

den Thron zu besteigen, auf den sein königlicher Bruder sogleich nach Eröffnung des Landtags feierlich verzichten werde. (Aschaffenb. Z.)

Niederlande.

(Amsterdam, den 26. Mai.) Der „Kölnischen Zeitung“ war aus Roermond gemeldet worden: der König der Niederlande beabsichtige, die Maas-Schiffahrt zu schließen als Repressalie gegen Limburg. Das „Handelsblatt“ betrachtet diese Nachricht als durchaus unbegründet.

(Mastricht, den 23. Mai.) Es war von Seiten des hiesigen Stadtrathes eine Deputation nach dem Haag abgeschickt, um gegen die Trennung Limburgs von Niederland zu protestiren. Dieselbe ist bisher zurückgekehrt und meldet, der König habe ihr erklärt: er habe keine Gründe, um zu vermuthen, daß der deutsche Bund die bestehenden Verträge nicht ehren würde, da den Verpflichtungen Limburgs gegen denselben würde nachgekommen werden. (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

(Die Verpachtung eines Kramladens nebst Gewölbe unter dem spitalischen Getraidteboden S. Nro. 846 b am Spitalhof dahier betr.)

V o m

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

werden

ein Kramladen nebst Gewölbe unter dem spitalischen Getraidteboden S Nro 846b am Spitalhofe dahier vom Ziel Laurenzi l. Js. an,

am Mittwoch den 7. Juni d. Js., Vormittags 11 Uhr

der wiederholten Verpachtung unterstellt, nachdem im ersten Termin ein Pachtliebhaber nicht erschienen ist, und werden hiezu Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtung auf dem Rathhause im Geschäftszimmer Nro. 28 angenommen wird.

Nürnberg, den 24. Mai 1848.

T u r k o w i tz

Löhner
v. n.

Eheliche Verbindung.

Unsere am 28. Mai vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern schätzbaren Verwandten und Freunden hiemit ergebenst an, und empfehlen uns zur fernern Freundschaft und Gewogenheit.

Johann Michael Brunner,
Schreinermeister.
Maria Magdalena Brunner,
geb. Strobel

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden widmen wir die Anzeige von dem gestern erfolgten Ableben unserer innigstgeliebten Tochter, Enkelin, Schwester, Schwägerin, Nichte und Tante,

Nanette Christine Nusselt,

in einem Alter von 16 Jahren, nach dreiwöchentlichem schmerzhaften Krankenlager, an den Folgen einer Unterleibskrankheit, und bitten um stille Theilnahme.

Nürnberg, den 29. Mai 1848.

Sämmtliche Hinterbliebene.

Zum Eingesandt in Nro. 145 der Mittelfränkischen Zeitung, Seite 4.

Die k. Staatsbeamten in der kleinen Stadt bei Nürnberg haben oben angeführtes „Eingesandt“ mit Indignation gelesen. Diese Schmähung hat zwar bereits in einem ehrenhaften und durchaus genügenden Erwiederung verdiente Abfertigung erhalten; gleichwohl glauben die k. Staatsbeamten über solche meuchlerische, anonyme Angriffe auch ihrer Seits ihren tiefsten Unwillen öffentlich aussprechen zu müssen, um den tiefgebeugten Mann in Achtung und Freundschaft ihre aufrichtige Theilnahme vor aller Welt zu bezeigen. Und das soll denn hiemit geschehen seyn von

Einem für Alle.

(E m p f e h l u n g.) Ich erlaube mir, ein verehrtes Publikum aufmerksam zu machen, daß meine alleinige Niederlage von ganz ächtem Kölnischen Wasser, Eau de Cologne, fortwährend, wie immer, in dem Wierer'schen Laden am Hauptmarkt bei Bartel's Erben in ganzen und halben Flaschen zu beziehen ist. Ganze Kistchen stehen auch zu Befehl. Um Berücksichtigung bittend, verharret mit Hochachtung

der privilegirte Lieferant

der königlichen Höfe von Bayern und Preußen

J. A. Farina,

zur Stadt Mailand, Hochstraße Nr 129.
in Köln a. R.

(H a n d l u n g s - V e r k a u f.) In Nürnberg wird wegen Familienverhältnissen ein im besten Betriebe und Renommé stehendes

Spezerey- und Farbwaarengeschäft

(Realrecht) sammt schönem Haus aus freier Hand abgegeben. Reflektirende wollen sich gefälligst in freien Briefen wenden

an das öffentliche Kommissionsbureau von
P. Fr. X. Sichart.

(A n e r b i e t e n.) Für einen alternden Herrn oder Dame, ohne Geschäft, auch bei kränklicher Konstitution, bietet Jemand, welcher auch schon früher derlei Uebernahme pflegte, im eigenen Hause bequeme Gelegenheit mit treuster Sorglichkeit und Logis an. Adresse unter Chiffre A. A. 3 durch die Exped. d. Bl.

E r k l ä r u n g.

Seit einiger Zeit habe ich Briefe ohne Namensunterschrift durch die Stadtpost empfangen, welche neben den gemeinsten Schmähungen auch Drohungen enthalten, und mich insbesondere resp. mein Auftreten in den Volksversammlungen durch die Behauptung zu verdächtigen suchen, daß ich den ersten Bürgermeister Hrn. Dr. Binder von seinem Platze verdrängen und selbst Bürgermeister werden wolle. — So lange diese Briefe an mich gerichtet waren, habe ich der Niederträchtigkeit zu antworten keine Veranlassung gehabt.

Man begnügte sich aber nicht damit, sondern sandte dieselben Briefe an meine Frau und an Freunde von mir.

Auch jetzt noch schwieg ich. Nun aber erfahre ich, daß ähnliche Briefe, welche meine Person und meinen Charakter verdächtigen sollen, sogar in Wirthshäuser abgegeben worden seyen.

Dieß veranlaßt mich zur folgenden Erklärung.

Als ich im Jahre 1837 in die Magistratur eintrat, geschah es schon damals mit dem Vorsatze wieder auszutreten, sobald sich für mich die Gelegenheit darbieten würde, als öffentlicher Rechtsanwalt hier angestellt zu werden, und ich bin im Jahre 1846 nicht aus dem Magistrate ausgetreten, um in einer andern Stellung wieder in solche zu gelangen.

Ich bin mit meiner Stellung als öffentlicher Rechtsanwalt so vollkommen zufrieden, daß es eine Thorheit von mir wäre, nach einer Stelle zu geizen, für welche nicht blos Tüchtigere und würdigere vorhanden sind, sondern welche zu besitzen, mir für meine Person und nach den von mir gemachten Erfahrungen wahrlich nicht beneidenswerth ist.

Die schmutzige Quelle dieser Verdächtigungen ist mir übrigens nicht unbekannt, sie hat mit den politischen Tagesfragen nichts gemein, und ich werde mich nicht scheuen, meinen mit Gründen unterstützten Verdacht ganz rücksichtslos offen auszusprechen, wenn jene traurige Camarilla nicht aufhören sollte, ihre Wühlereien fortzusetzen.

Aus Rache will man mich verdächtigen, weil ich Personen hinderlich gewesen bin, welche zum offenbaren Nachtheile hiesiger Stadt ein jahrelanges schmähliches Unwesen getrieben haben und welche es fortzusetzen noch immer nicht aufgeben können. Erkennen diese Personen die ihnen bisher zu Theil gewordene Schonung nicht an, dann mögen sie von mir der rücksichtslosesten, offenen Wahrheit gewärtiget seyn.

Ob ein ehrliches und rechtschaffenes, ob ein feiles und lügnerisches Wirken den Sieg davon tragen, wird die Zukunft lehren.

Die auf die obenbezeichnete Weise geschriebenen, namenlosen Briefe sind von derselben Hand geschrieben und mit einem Bienenkorbe gesiegelt.

Zum Schlusse ersuche ich Jeden, der solche, mich betreffende Briefe erhalten hat, diese an mich verabfolgen zu lassen, um schon jetzt die weiteren nothwendigen Schritte thun zu können.

Nürnberg, am 28. Mai 1848.

Lindner, k. Advocat.

(B i t t e.) Viele Landwehrmänner ersuchen hiemit ihre Kameraden, sich bei der am nächsten Sonntag stattfindenden Inspection mit der deutschen National-Kokarde zu schmücken.

Goldberger's galvano-electriche Rheumatismus-Ketten

können ihrer ganz besondern Kraft und Wirksamkeit wegen, gegen Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden und Zahnschmerzen gewissenhaft empfohlen werden. Die wohlthätige Wirkung der Elektrizität auf den thierischen Organismus ist durch vieljährige Erfahrung hinreichend bekannt und sind die obenbenannten Goldberg'schen Rheumatismus-Ketten dergestalt konstruirt, daß durch sie eine fortwährende elektrische Strömung hervorgerufen wird. Viele und berühmte Aerzte haben sich bereits für deren Vorzüglichkeit ausgesprochen, und Hunderte von Genesenen haben dies in Danksagungsschreiben ꝛc. beurkundet, die in dem unterzeichneten Depot zur geneigten Durchsicht aufliegen und von denen nachstehend eines folgt.

In Nürnberg sind obige Rheumatismus-Ketten nur bei Herrn Sal. Ludwig Krauß S. Nr. 551 in der Theresienstrasse vorräthig und kostet das Stück mit Kästchen und Anleitung 1 Thlr. Pr.-Ct. u. stärkere 1½ Thlr. Pr.-C. oder 1 fl. 45 und 2 fl. 38 im 24 fl.-Fuß.

J. T. Goldberger,
in der freien Stadt Tarnowitz.

Z e u g n i ß:

Gegen Zahnschmerzen hatte ich schon alle erdenkliche Mittel, aber immer ohne Erfolg angewendet, endlich kaufte ich bei Herrn Schneider in Wettin eine Goldberger'sche Rheumatismus-Kette, welche nach Verlauf von einigen Tagen auch gute Dienste leistete. Jetzt sind die Zahnschmerzen ganz weg. Daß diese Kette ganz allein zur Beseitigung dieses Uebels beigetragen hat beweist der Umstand, daß: als ich sie einen Tag lang nicht umgehabt hatte, die Zahnschmerzen sich wieder zeigten, aber wieder aufhörten als ich dieselbe wieder umhängte; dies wird der Wahrheit gemäß bescheinigt von

Letterwitz, den 12. Januar 1848.

C. Ehsche, Gutsbesitzer.

Bockkeller im Contumaz-Garten.

Heute Dienstag den 30. Mai 11stimmige Blechmusik von den Hautboisten des Regiments Gumppenberg, wozu hiemit höflichst einladet

Zöbelein.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 31 Mai Produktion und Harmonie-Musik. —

Der Vorstand.

(Z u v e r m i e t h e n.) Zwei sehr schöne möblirte Logis ohne Gegennachbarn sind sogleich zu vermiethen. L. Nr. 944 Hallplatz.

(Z u v e r m i e t h e n.) Ein möblirtes Logis ist in S. Nro. 89 täglich zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) Sogleich oder am ersten Juni ist für einen soliden Herrn ein gut möblirtes Zimmer nebst Kabinet zu vermiethen, besonders hat es eine sehr freundliche und stille Lage, ohne Gegennachbarn.

(Z u v e r k a u f e n.) Eine schöne und gut chromatische Zither ist zu verkaufen.

(Z u v e r k a u f e n.) Ein schöner ferm dreijähriger Hühnerhund wird verkauft.

(Z u v e r k a u f e n.) Einige hundert Kufterkrüge, große und kleine, sind billig zu verkaufen im grünen Stern unterm weißen Thurm.

A r e n a.

Dienstag den 30. Mai. „Die freie Wahl.“ Lustspiel in 1 Akt von Feldmann. Hierauf: „Das Sonntags-Räuschchen.“ Lustspiel in 1 Akt von Flote. Zum Schluß: „Die Helden.“ Lustspiel in 1 Akt von Marsano. Tänze: Zwischen dem 2 und letzten Stücke ein ungarischer Nationaltanz, ausgeführt von 4 Kindern. — Zum Schluß der Vorstellung: Polka, ausgeführt von 8 Kindern. Vor der Vorstellung Variationen für die Violine, vorgetragen von Herrn Wißbeck.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 31. Mai 1848. № 152. Mittwoch: Petronella.

Deutschland.

Bayern. †(München, 29. Mai.) Die Reichsräthe nahmen gestern das Jagdgesetz in Berathung. Wenn schon das Gesetz in der ihm von der Regierung gegebenen Gestalt, wenn das Prinzip an sich, daß die Jagd auf fremdem Eigenthum aufgehoben werden solle, dieser aus lauter Nimroden zusammengesetzten Kammer nicht behagte, so fanden dieselben an den Modifikationen der zweiten Kammer natürlich noch weit weniger Gefallen. — Die Herren sprachen immer von ihren Rechten; im fremden Eigenthum zu herrschen, stund ja dem Adel seit Jahrhunderten zu, warum soll er nicht auch fortan in demselben jagen dürfen? Mit Ausnahme der Bischöfe, welchen natürlich die Jagdinteressen nicht zu Herzen gehen, begegneten wir auf diesem Schlachtfelde eben wieder denselben muthigen Kämpen zu Gunsten des Feudalismus wie beim Ablösungsgesetze, als den Referenten Bar. v. Stauffenberg, Arco-Valley, beide Seinsheim, Arretin 2c. — Die Fürsten Wallerstein und Leiningen, v. Niethammer und Reigersperg hingegen holten aus der Pandorabüchse ihres Liberalismus den kleinen Vorrath von Zeitverständniß hervor und unterstützten damit die das Gesetz verfechtenden Minister nach Kräften. — Die Reichsräthe modifizirten das Gesetz, namentlich erweiterten sie den Jagdkomplex u. s. w. Da dieser Gegenstand übrigens in der zweiten Kammer wiederholt zur Berathung kommen wird, so werden Sie das Nähere hierüber alsdann erfahren.

†* (München, den 29. Mai.) Die Kammer der Reichsr. nahm heute in ihrer dreiundzwanzigsten öffentlichen Sitzung das Lehensgesetz in Berathung. Am Ministertisch die HH. Grafen Lerchenfeld und Graf Bray; beide in Uniform, letzterer mit vielen, worunter auch einem russischem, Orden dekorirt. — Gegen dasselbe sprechen die Grafen Seinsheim und Graf Arco-Valley; Ersterer klagte, daß er in seiner ganzen parlamentarischen Laufbahn stets Hand in Hand mit der Regierung gehen konnte und nur an diesem Landlage bei den meisten Gesetzesvorlagen gegen dieselbe stimmen müsse. — Der Adel dürfe seine Stellung, seinen Glanz nicht gefährden. — Nach längerer sehr uninteressanter Debatte wird das Gesetz unter wesentlichen Abweichungen von den Beschlüssen der zweiten Kammer und des Regierungs-Entwurfs angenommen und demselben ein Wunsch angehängt, die k. Archive zu ermächtigen, auf Ansuchen der Vasallen die zum Nachweise des Lehen-Auftrags nöthigen Urkunden ohne weitere Berichterstattung und Anfrage abschriftlich mittheilen zu lassen. —

†* (München, den 28. Mai.) [Fünfzigste Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Morgens 9 Uhr.] Am Ministertische von Thon-Dittmer mit mehreren Ministerialräthen. Die h. K. berieth über die Rückäußerung der Reichsräthe bezüglich des Wahlgesetzes. Die h. K. nahm die Fassung desselben an, und stimmte zugleich auch für die zwei hinzugefügten Wünsche von Wallerstein. Gegen den zweiten hatten sich Pf. Ramoser und Minister Thon-Dittmer erhoben, weil den Ständen des Reichs im Momente die Initiative noch nicht zustehe, und der Wunsch eine Abänderung, resp. Erweiterung der Verf.-Urk. erziele. Pf. Ramoser glaubt, daß dieser Wunsch für die nächste Wahl doch nichts helfen würde, worauf Aller Begehren ausgehe, denn es müßte zuvor ein bezügliches Gesetz von allen drei Faktoren berathen werden. Möchten, meint der Hr. Pfarrer, jene, welche so unglücklich sind, wegen Mangel an 250 fl. nicht steuerpflichtig, also auch nicht wahlberechtigt zu sein, doch auch bescheiden genug sein, auf dieses Recht zu verzichten. Abg. Schlund raisonnirt, weil die »Intellectualität« nicht vertreten sey, weil man Halbheiten nach Hause bringen müsse. Zugleich spricht er den Wunsch aus, daß doch deutsche Worte ins Gesetz aufgenommen werden möchten. Was verstehe denn der Bauer von „Intellectualität“? Könnte man denn nicht „Wissenschaftlichkeit“ sagen? Weg mit allen fremden Wörtern, so lange man noch deutsche habe. Warum denn immer von Deutschthum, deutscher Einigkeit sprechen — und immer fremde Worte brauchen? (Ein lautes Bravo vom Abgeordeten Weinzierl, dem Deputirten vom »platten Lande«) Die Mod. wird angenommen und das Gesetz zum Gesammtbeschluß gebracht. Sofort ward der Gesammtbeschluß über die Kapitalsteuer verlesen. Hierauf Berathung über die Rückäußerung der Reichsräthe bezüglich des Jagdgesetzes. Die Kammer stimmt für die Annahme der Art. 2, 3, 4, 6, 7, beschließt den Abstrich des Art. 5 und beharrt bezüglich der §§. 8 u. 9 auf ihrem früheren Beschlusse; dem angehängten Wunsch gab die h. K. ihr Zustimmung. Wacker spricht sich hiebei der Refer. Schwindel und Abg. Schlund aus. Letzterer ermahnt die h. K. bei dem Interesse für die allgemeine Wohlfahrt doch auf die „Einzel-Vortheile“ zu vergessen und das Bestreben aufzugeben, mit der »Ablösung« zugleich ein Jäglein auf eigenem Grund und Boden nach Hause zu bringen, sondern die Ausgleichung lieber der Gemeinde unterzustellen.

† (Nürnberg, den 30. Mai.) Die neusten hier angekommenen Briefe aus Wien melden von neuen dort ausgebrochenen Unruhen, so daß sogar das Militär aus Wien mit Gewalt entfernt worden sein soll. Wir sehen darüber ausführlichen Nachrichten entgegen.

† (Nürnberg, den 30 Mai.) Folgende Flugblätter kursiren in Wien und geben einen Beitrag zur Erkenntniß der Stimmungen, die unter der dortigen Bevölkerung herrschen: »Was wir wollen.« Da wir erkannt haben, daß die reactionäre Parthei den Sieg des souveränen Volkes zu schmälern beabsichtige, so wollen wir: 1) daß das gesammte Militär Wien verlasse, und die russische und italienische Grenze besetze. 2) Daß alle Errungenschaften des 15. Mai ungeschmälert aufrecht erhalten, und die konstituirende Versammlung nach Wien schleunigst einberufen werde. 3) Daß von amtlicher Seite Abgeordnete in die Provinzen abgeschickt werden, welche unsern Brüdern daselbst bekannt geben, daß Alles, was wir gethan, nur im gemeinsamen Interesse der ganzen Monarchie geschehen sei. 4) Aufhebung der Klöster. 5) Einführung einer Einkommen- und Armensteuer. 6) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 7) Gleichstellung aller Nationalitäten. 8) Innigsten Anschluß an Deutschland. 9) Baldigste Rückkehr des Kaisers unter Aufrechthaltung der Errungenschaften des 15. Mai. 10) Daß Alle Jene, welche den Kaiser zur Abreise durch falsche Vorspiegelungen bewogen, vor ein Volksgericht gestellt werden. Im Namen des Volkes.

Die Constitution. Tagblatt für constitutionelles Volksleben und Belehrung. Motto: Freiheit und Arbeit! Wien, 26. Abends. Wiener! weichet nicht von den Barrikaden, tragt keinen Stein von ihnen ab, legt die Musquetten nicht nieder, bevor alle heute und schon solange vorher geforderten Punkte bewilligt sind, und trauet nicht, bis wir die volle Garantie für die Erfüllung haben. — Alles, was die Hohen seit März bis heute gethan, war ein Lug- und Truggewebe! Der Schleier ist gelüftet und die Scheußlichkeit der Camarilla steht entlarvt vor uns! Wehe ihnen! Wir stehen fest und todesmuthig und wollen sehen, ob ein freiheitsglühendes Herz den Tod nicht besser verachtet, als ein gedungener Söldner! Nur heran Windischgrätz mit deinen Regimentern, wir werden den 15. Mai aufrecht zu erhalten wissen und deine Bajonette, elende schwarzgelbe Reaktion! werden dir zu wenig werden. Für uns sind hunderttausend und — die unbezwingliche Macht der wahren Moral! Wir stehen am Rechtsboden der göttlichen Freiheit — ihr seit die Rebellen! So lange noch ein Soldat in Wien steht, so lange der Kaiser oder sein Stellvertreter nicht hier ist, so lange nicht der 15. Mai im vollsten Maaße garantirt ist — so lange können wir noch jede Stunde verrathen sein. Vertrauen gibt es nach solchen Täuschungen nicht mehr! Wir vertrauen niemanden mehr als — uns! Arbeiter, Studenten, Garden, Bürger, Ungarn, Tiroler, ja Soldaten, Mädchen und Weiber fechten in unsern Reihen. Wir werden — und müssen siegen! Wir werden Wien den Lorbeerkranz der Freiheit aufdrücken, die Provinzen werden sich beschämt vor uns beugen. Hoch, dreimal hoch die Freiheit! und nun — fort zur Barrikade! — —

Baden. (Heidelberg, 26. Mai.) Die am 10. d. M. begonnene Berathung über die künftige freiere Gestaltung der evangelisch-protestantischen Kirche wurde vorgestern dahier fortgesetzt und beendigt. Die Verhandlungen leitete Professor Dietenberger. Alle religiösen Richtungen, von dem äußersten Pietismus bis zu dem entschiedensten Rationalismus, waren durch ausgezeichnete Männer vertreten. Alle Anwesenden ohne Ausnahme sprachen einmüthig die Ansicht aus, daß die Kirche von der Bevormundung durch den Staat befreit, die Synodalverfassung vollständig entwickelt werde, dabei aber der Glaubensinhalt der Kirche nicht den Majoritätsbeschlüssen unterworfen werden dürfe. Beschlossen wurde, die Bitte an den Großherzog zu richten: in diesem Jahre noch eine Generalsynode zu versammeln und sogleich als Vorarbeit für dieselbe durch eine Kommission die bestehende Verfassung der Kirche revidiren zu lassen. (Schw. M.)

(Mannheim, den 27. Mai.) Gestern hat Ministerialrath Mair die Stadt förmlich verlassen und ist nach Karlsruhe zurückgekehrt; es ist somit anzunehmen, daß die Voruntersuchungen wegen der hier stattgehabten Ereignisse geschlossen sind. Die Last der Einquartirung, welche nun schon über 4 Wochen andauert, fängt an, den meisten Bewohnern unerträglich zu werden; es wurde deshalb die Stadtbehörde um schleunige Abhülfe dringend angegangen. Soweit es nun möglich ist, werden die Truppen in öffentlichen, freien Lokalen untergebracht werden und wird Einrichtung getroffen, daß die Soldaten ihre Verpflegung selbst besorgen können. Auch ist eine städtische Deputation gestern nach Frankfurt abgereist, um beim Bundestag und der Nationalversammlung darauf hinzuwirken, daß die Garnison vermindert und auf jene Zahl zurückgeführt werde, welche in den Kasernen Platz finden kann. Eine derartige Besatzung würde man hier mit Vergnügen sehen, weil sie nothwendig ist und verschiedenen Geschäftsleuten Vortheil brächte; dagegen sind die Mittel zur Einquartierung als völlig erschöpft zu betrachten. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 27. Mai.) Abends 8 Uhr. In der Nachmittags 5 Uhr fortgesetzten achten Sitzung hat die deutsche Nationalversammlung bezüglich des Antrags von Raveaux, den Einfluß ohne Beschlüsse der constituirenden Nationalversammlung auf die Verfassung der einzelnen deutschen Staaten betreffend (nach Werners Antrag) mit immenser Mehrheit beschlossen: Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als gültig zu betrachten sind, — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet. Während der Debatte hatten sich sämmtliche Mitglieder der Linken unter einander geeinigt, den Werner'schen Antrag anzunehmen. Hierauf erklärte Schaffrath durch Vermittlung des Präsidenten Namens der Unterzeichner des Sondergutachtens, daß dieselben zur Erzielung einer Verständigung in einer Angelegenheit von so großer Wichtigkeit den Sonderantrag zurückzögen. Dieser mit einem Beifallssturm aufgenommenen Erklärung reihte sich diejenige der Mit-

glieder der Mehrheit des Ausschusses an, daß auch sie im Interesse der Verständigung sich mit dem Werner'schen Antrage vereinigten. Der hierauf zuerst zur Abstimmung gebrachte Antrag auf motivirte Tagsordnung fiel; der Werner'sche Antrag wurde unter dem größten Jubel der Versammlung und der Gallerien als Beschluß der Versammlung vom Präsidenten verkündigt. (Frkft. O.-P.-Z.

(Frankfurt, den 28. Mai.) In der Bundesversammlung beantragte der sächsische Gesandte, der den darmstädtischen jetzt ersetzt, Garnisons-Wechsel in Mainz und Reorganisation der Bürgerwehr dortselbst. Es wurde beschlossen, von Bundes wegen eine Commission zur Untersuchung der dortigen Vorfälle zu ernennen. — Gestern Nachmittag zogen an 600 Arbeiter in geordnetem Zuge in 3 Abtheilungen, vor deren jeder eine schwarz-roth-goldene Fahne getragen wurde, nach Rödelheim, um dort mit ihren ausgewiesenen Vorständen die General-Versammlung des Arbeiter-Vereins abzuhalten. (N. Wrzb. Z.)

(Hamburg, den 26. Mai.) Anfang nächster Woche wird hier oder vielmehr wohl in Altona das Bremer Kontingent erwartet; die wackern Hanseaten gelangen nun Alle zu spät nach dem Kriegsschauplatze; schwerlich wird sich der Kampf ernsthaft erneuern. Die drängenden Beschwerden der Jüten über die Last der preussischen Einquartirung und Requisitionen, welche sie zu tragen haben, müssen in Kopenhagen jedenfalls wirken; eine Deputation aus Jütland ging dorthin bereits ab, verlangte Abhülfe, besonders in Bezug auf die von General Wrangel verlangten 2 Millionen Spezies, widrigenfalls Jütland sich unabhängig von Dänemark erklären und eine provisorische Regierung einsetzen würde. (Mgd. Z.)

Hessen. (Mainz, 25. Mai.) Heute Mittag fand wieder ein Streit zwischen zwei preussischen Soldaten, mit der Waffe in der Hand, und casteler Bürgern auf der Rheinbrücke Statt. Die schnell herbeigezogene österreichische Wache arretirte beide. Für die österreichische Garnison ist der Befehl erlassen worden, sich an die preussischen Soldaten anzuschließen und zu ihnen zu halten, und so sieht man nun, was man sonst so wenig sieht, allenthalben Preussen und Oesterreicher zusammen über die Strassen gehen. Ja, heute fand sogar zwischen wenigen hessischen Soldaten und preussischen Soldaten in dem Bierhause »zum weißen Rosse« ein Brüderschaftstrinken Statt. Alle ankommenden Eisenbahn-Convoi's werden, bevor sie in das Festungs-Rayon einlaufen, streng untersucht, ob in ihnen sich keine Waffen befinden; dasselbe geschieht bei den ankommenden Dampfbooten. Abends müssen alle Wirthschaften noch um 9 Uhr geschlossen haben. Die ganze Stadt ist wie ausgestorben. Die heitere Beweglichkeit, die sonst Mainz so sehr charakerisirt, ist verschwunden. (Köln. Z.)

(Mainz, den 27. Mai.) Gegen alle Erwartung hat gestern das Parlament in Frankfurt mit großer Majorität erklärt, in unsern Wirren zwischen Bürger und preußischem Militär nicht einschreiten zu können. Konnte man nicht um des Friedens einer Stadt willen darauf antragen, statt der hier garnisonirenden preußischen Regimenter drei andere aus der nahen Rheinprovinz hieher zu verlegen? Hoffentlich werden der Bundestag und unsere hessische Regierung nachholen, was das Parlament von sich ablehnte. Seitdem gestern hier dieser Beschluß bekannt wurde, ist die Reizbarkeit und die Erbitterung in der Bevölkerung wieder gestiegen, und obgleich die äußere Ruhe zurückgekehrt ist, fürchte ich doch Demonstrationen aller Art. Schon ist eine beschwerende Adresse an Hrn. v. Gagern abgegangen, und es wird bei dieser Adresse nicht sein Bewenden haben, wenn ihr nicht bald Hülfe nachfolgt. (A. Allg. Z.)

(Darmstadt, den 26. Mai.) Heute ist der höchst wichtige, über 200 Artikel umfassende Gesetzesentwurf über Einführung von Geschwornengerichten von Ministerialrath Emmerling der Kammer vorgelegt worden. Er ist ganz nach der rheinhessischen (französischen) Gesetzgebung, enthält aber wesentliche Verbesserungen, welche die rheinhessischen Rechtsgelehrten als von der Erfahrung an die Hand gegeben, selbst für nothwendig erkannten und wünschten. Wir können hier in keine Einzelheiten dieses wichtigen Werkes eingehen, und bemerken dabei, daß alle Preß- und politische Vergehen künftig nur vor den Geschwornen verhandelt werden. (Frkft. J.)

(Meisenheim, den 26. Mai.) Die dem Landgrafthum unterm 6. März d. J. zugesicherte und jetzt von dem Staatsrath Jaup entworfen werdende constitutionelle Verfassung wird laut ihrer acceptirten und durch öffentliche Blätter bereits bekannt gewordenen Grundzüge so freisinnig, wie bis jetzt noch kein Staat Deutschlands eine solche besessen. Schließlich aber möchten wir noch im wahren Interesse des Landes wünschen, daß Hr. Jaup den Verfassungs-Entwurf in ersteren Tagen vollenden möge, damit der erste constituirende Landtag in Homburg sofort stattfinden könne, weil unleugbar Gefahr über das Fortbestehen des Staates im Verzuge liegt. (Frankf. J.)

Oesterreich. (Wien, 22. Mai.) Gegen die Studenten wird jetzt auf vielen Seiten das Volk aufgehetzt. Lügenhafte Anklagen werden ausgestreut, und zwar mit solcher Geschäftigkeit, daß die Lage der Studenten eine höchst peinliche, ja sogar gefahrdrohende ist. Die Garden des Kärnthner- und Wiener-Viertels haben sich erboten, die Universität zu besetzen, und die Studenten gefangen zu nehmen. Was die Camarilla im Bunde mit der jesuitischen und panslavistischen Partei gewonnen hat, was sie ausführte, um einen Bruch herbeizuführen, und alles auf die Spitze zu treiben, wird den Studirenden in die Schuhe geschoben. Es heißt sogar, lächerlich genug, sie seyen mit französischem Gelde bestochen, sie sollten den Kaiser vertreiben, sie wären am 15. Mai in das Gemach des Monarchen selbst gedrungen. Unter diesen Umständen gereicht es dem Minister des Innern, Freiherrn v. Pillersdorff, zur größten Ehre, daß er selbst die Vertheidigung der so sehr verfolgten und bedrohten jungen Männer übernahm. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Prag, den 23. Mai.) Hier wird ein gemeines Lied von den Tschechen gesungen, die Uebersetzung lautet: „Neues Lied vom deutschen Parlament. Schuselka schreibt uns aus dem deutschen Reiche, wir möchten den Deutschen zu Hülfe kommen, weil es ihnen im Bauche kollert. O ihr deutschen Bengel! Wir werden mit euch kein S. iel machen, was ihr euch dort eingebrockt habt, freßt selber zusammen. Deutschland ist euer, Böhmen aber gehört uns, blaset uns nicht von Frankfurt in den slavischen Brei. Wie wird Frankfurt erschrecken und die Mütze ziehn, wenn der böhmische Löwe seine Mähne sträubt und mit dem Schweif herumschlägt! Ja, festina lente, neues Parlamente, wir geben dir zum Abführen ein, sapperment wart nur!" (A. A. Z.)

(Triest, den 25. Mai.) Die Gefahr ist vorüber: die feindliche Flotte hat sich entfernt, und ist völlig aus dem Gesichtskreise der Stadt verschwunden. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 27. Mai.) Die heutige unter dem Vorsitz des gestern erwählten Präsidenten Abg. Milde abgehaltene Sitzung der konstituirenden Versammlung begann mit Verlesung des Protokolls, welches nach vielfachen Reklamationen schließlich verworfen wurde. Zur Vermeidung von Reklamationen und um nicht die zu den Verhandlungen bestimmte kostbare Zeit auf die Erörterung des Protokolls zu verschwenden, wurde nach mehrfachen Debatten beschlossen, daß in Zukunft die Protokolle nur ganz summarisch abgefaßt würden, indem in den ausführlichen und revidirten stenographischen Berichten die Verhandlungen in ganzer Treue enthalten seien. Die Erörterung wendet sich jetzt zu einigen Punkten des Reglements über den Modus der Abstimmungen, wobei die Versammlung sich dahin einigt, daß die namentliche Abstimmung stets dann eintreten solle, wenn sich 25 Mitglieder für dieselbe erklärt hätten.

Nach dieser Beschlußnahme ergreift der Abg. Abegg (aus Kreuznach) das Wort und entwickelt in einem längern Vortrage die Nothwendigkeit, den Mißbräuchen der neuen Freiheit kräftig entgegenzutreten, wenn das Land der Wohlthaten derselben wahrhaft theilhaftig werden solle. Dem Unfuge der Redefreiheit, der Preßfreiheit, der Versammlungsfreiheit müsse gesteuert werden, ohne den Besitz dieser Freiheiten selbst dem Volke zu schmälern. Der Redner schließt mit dem Antrage: die Versammlung wolle eine Kommission einsetzen zur Ausarbeitung einer Eingabe an das Ministerium des Inhalts, daß die richterlichen und Polizeibehörden angewiesen würden, fortan allen anarchischen Bestrebungen mit Energie entgegenzutreten. Der Antrag wurde mehrseitig unterstützt. Gegen die Niedersetzung einer Kommission aber für die motivirte Tagesordnung, worin dem Ministerium die kräftige Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dingend ans Herz gelegt werde, erklärten sich die Abgg. Tamnau und Baumstark. Hiergegen beantragten die Abgg. Stein und Waldeck die einfache Tagesordnung, weil der Gegenstand zu wichtig sei, um für jetzt genügend erörtert zu werden, und weil das Ministerium von selbst schon seine Schuldigkeit thun werde. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und die Versammlung ging zu dem an der Tagesordnung stehenden Wahlgeschäft über. Bevor jedoch das Geschäft selbst begann, wurde noch von dem Abg. Pelzer der Antrag gestellt und von der Versammlung angenommen: daß alle Interpellationen an die Minister mindestens am Tage vorher angekündigt und von der Versammlung genehmigt sein müßten. (D. A. Z.)

(Köln, den 24. Mai.) Seltsame Wendung der Dinge! Der Prinz von Preußen ist in diesem Augenblicke ein gefeierter Name bei uns und seine Zurückberufung hat Wunder gethan zur Befestigung des Ministeriums. Als er nach dem 18. März geflohen war, da jauchzte alles, und jedermann fand diesen Jubel gerecht; das öffentliche Leben des Prinzen hatte ihn als einen Mann von beschränkten Geisteskräften und unbedingt dem Absolutismus ergeben gezeigt; sein Privatleben war nicht eben ein Sittenspiegel gewesen. Jetzt sollte man glauben, es gebe keinen „ritterlicheren" Charakter, kein größeres Heerführertalent, keine glänzendere legislatorische Weisheit in Preußen als den Prinzen Wilhelm! Sie wissen, wie auffallend dieser Mann sein Leben hindurch vom Unglück verfolgt wurde. Wenn er ein Pferd bestieg, so stürzte es, saß er im Wagen so schlug dieser um, schritt er über eine Brücke so fiel sie ein — seine Biographie ist eine Kette von Arm- und Schenkelbrüchen, unfreiwilligen Bädern und Verwundungen; besteigt er einst den Thron, so ist zehn gegen eins zu wetten, er wird den Fuß auf den Stufen brechen. Ganz gewiß aber ist das größte Unglück, welches ihn befallen konnte, die jetzige Manie der Parteileidenschaft aus ihm einen Spiegel aller Ehren zu machen, um ihm einen Nimbus zu geben, welcher einst traurig wieder verschwinden muß. (A. A. Z.)

(Halle, den 26. Mai.) Ich schreibe Ihnen unter dem ersten Eindrucke, welchen der ministerielle Entwurf des preußischen Reichsgrundgesetzes hier gemacht hat. Dieser Eindruck ist zwar bei den verschiedenen Parteien verschieden, was Einzelnheiten betrifft, aber darin sind alle diejenigen, welche nicht mit Bewußtsein und Absicht dem Hafen der patriarchalischen Monarchie oder des Polizeistaates zusteuern, einverstanden, daß der Entwurf den Consequenzen nicht entspricht, welche man nothwendiger Weise aus dem constitutionellen Princip ziehen muß, wenn es ein aufrichtiges sein soll. Oder will man uns manches vorenthalten, um die Möglichkeit fernerer Concessionen und einen Reservefonds gnädiger Gesinnungen zu haben? Es wäre dies das bisherige elastische System; aber jetzt muß sofort bis an die nothwendigen Grenzen vorgegangen werden, welche das constitutionell-demokratische Bewußtsein als die seinigen bezeichnet. Anders bleibt der Boden, auf dem wir stehen, ein Vulkan. Wir wollen die fürstliche Gewalt nicht vernichten, aber sie muß kraft des Volkswillens existiren, nicht von Gottes Gnaden, worauf das Volk eben so gut Anspruch macht. Deshalb müssen die Grenzen des kgl. Veto festgestellt und nicht in's Unendliche ausgedehnt werden; deshalb muß dem Volke ein Antheil an der Wahl der Beamten und der Offiziere zustehen; deshalb muß mit klaren Worten und nach dem Bedürfniß der Gegenwart eine Civilliste ausgeworfen werden; deshalb müssen auch Volks-Versammlungen im Freien, wenn dadurch der öffentliche Verkehr nicht gehindert wird, ohne polizeiliche Genehmigung erlaubt sein, weil sonst z. B. den Landleuten von vorn herein Zusammenkünfte selbst in mäßiger Zahl abgeschnitten sind. Insbesondere muß das vorgeschlagene Zweikammer-System abgeändert werden; sollen zwei Kammern bestehen, so dürfen die Mitglieder der ersten nicht Beauftragte des Königs sein — das sind sie aber, wenn dieser sie wählt, — sondern Abgeordnete des Volks; die Erblichkeit und der hohe Steuernsatz sind Schranken, welche fallen müssen, und die kgl. Prinzen gehören nicht hinein, am Wenigsten, wenn sie nach den Gesetzen, welche andere Bürger mündig sprechen, noch unmündig sind. Soll aber endlich einmal Deutschland eine kräftige Centralgewalt haben und dieser (dem Parlament, aus 2 Kammern bestehend, und dem ausführenden Organe,) wie es anders nicht möglich ist, die Gesetzgebung in allen wesentlichen Punkten zustehen, damit wir nicht ferner den Fluch der Sonderinteressen haben, so müssen die Kammern der einzelnen Länder zu dem deutschen Parlamente in ein ähnliches Verhältniß treten, wie dasselbe ungefähr zwischen den Provinzial-Landtagen und dem vereinigten Landtage obwaltete, und dann wird überhaupt die Frage nach der Nothwendigkeit von zwei Kammern sich anders stellen. Dasselbe Verhältniß wird maßgebend sein müssen in Betreff der Kriegs- und Friedensschlüsse. Fortan hat kein einzelner Staat diese Gewalt, welche

dem Central-Organ gebührt! Aber freilich, die Einheit, wann wird sie kommen? (Magdb. Z.)

(Köln, den 27. Mai.) Nachdem bereits seit mehreren Wochen die mannichfaltigsten Vorkehrungen getroffen worden, ist man gegenwärtig damit beschäftigt, die Festung Köln vollständig zu armiren. Die Forts und die Wälle 2c. werden mit Geschützen besetzt, und geschehen alle nöthigen Einrichtungen, um die Festung gegen jeden äußeren Angriff in vollständigen Vertheidigungs-Zustand zu setzen; doch werden die Glacis dem Vernehmen nach vorerst noch nicht rasirt. (Köln. Z.)

(Cleve, den 25. Mai.) Vor einigen Tagen war ein Bürgergardist von hier, Namens Cosman, in Geschäften nach der vier Stunden von hier entfernten holländischen Stadt Nymwegen gegangen. Als Kopfbedeckung trug er die Bürgergardisten-Mütze, welche natürlich mit der deutschen Kokarde geziert war. Kaum hatte er in Nymwegen einige Secunden vor dem Gasthofe gestanden, als ein Major in Uniform und begleitet von einigen Unter-Offizieren auf ihn zukam und ihn fragte, ob er nicht wüßte, daß der König von Holland zwar wohl mit dem König von Preussen, aber nicht mit Deutschland in freundlichem Einvernehmen stehe, und daß die deutsche Kokarde nicht geduldet werde. Auf diese barsche Bemerkung erwiederte unser Mitbürger Cosman, daß der König von Preussen die deutschen Farben angenommen habe, und daß eine Beschimpfung derselben auch gegen Preussen gerichtet sey. Unterdessen kam aber eine große Menge Volkes herbei, welche unter Ausstoßung von Schimpfreden „Kokarde herunter!“ rief, und so gelang denn der tapfern Bevölkerung von Nymwegen die Heldenthat, einen einzelnen Deutschen zur Abnahme der Kokarde seiner Nation zu zwingen. Gewiß werden unsere niederrheinischen Liedertafeln sich nicht an dem bevorstehenden Sängerfeste zu Arnheim betheiligten, ohne vorher die Gewißheit erhalten zu haben, daß Deutschlands Banner gebührende Achtung zu Teil wird. (Köln. Z.)

(Koblenz, den 26. Mai.) Seit zwei Tagen ist der Befehl zur Armirung der hiesigen Festung eingetroffen und ebenso soll auch Köln armirt werden. Ist die Armirung einer Festung auch noch nicht die Erklärung derselben in Kriegszustand, so grenzt solche doch nahe daran, denn die Geschütze werden auf ihren Plätzen aufgefahren 2c. Auch sind die Ordres zur Einberufung für unsere Infanterie-Regimenter bereits ausgegeben, doch erhalten letztere vorerst nicht Kriegsstärke, sondern Gardestärke, nämlich das Bataillon zu 678 Mann. Was diese Maßregeln bedeuten sollen, darüber ist man hier noch gar nicht mit sich einig. Der Federhut, welchen seither noch die Generäle, Adjutanten und nicht regimentalen Offiziere bei uns trugen, wird nun durchaus verschwinden und werden nach der jüngst hier eingetroffenen Verordnung nun diese Offiziere sämmtlich im Dienste Helme resp. Waffenröcke tragen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Koburg, 24. Mai) An der wahrhaft possierlichen Nachricht, daß vor dem hiesigen Residenzschloß kürzlich eine republikanische Demonstration und eine Rauferei zwischen Konstitutionellen und Republikanern stattgefunden habe, ist kein wahres Wort. Es hat sich hier auch gar Nichts zugetragen, was jener Erzählung nur im Entferntesten ähnlich wäre. Die D. Allg. Zeit., welche jene Nachricht zuerst brachte, und Alle, welche sie ihr nacherzählt haben, deßgleichen das ganze lesende Publikum sind auf die frivolste Weise mystifizirt. (D. Z.)

(Leipzig, den 28. Mai.) Schon seit einigen Tagen verbreitete sich das Gerücht, daß die Nachtwächter einen Mann zur Haft gebracht hätten, welcher auf der Promenade Zettel angeschlagen habe, die zu einer republikanischen Versammlung zum 27. Mai auf dem Roßplatz aufforderten; dieser Mann habe sich als ein polnischer oder französischer Emissär erwiesen. Es wurde dies Gerücht nur von wenigen geglaubt, verbreitete sich jedoch, besonders gestern, so allgemein, daß die Militärbehörde es für nöthig erachtete, die Garnison in den Kasernen zu konsigniren; auch die Komunalgarde bezog ein Bataillon stark die Wache. Gegen 9 Uhr Abends sammelten sich in den Schankbuden auf dem Roßplatz und um dieselben eine ziemliche Anzahl mitunter verdächtig aussehender Menschen, die nach 10 Uhr von vielen Neugierigen vermehrt, sich in ungeordnetem Zuge nach der Großen Windmühlenstraße begaben und vor dem Hause eines hiesigen Maurermeisters ein heftiges Geschrei erhoben; die Menge und das Geschrei nahmen immer mehr zu, doch war in dem Allen kein Plan, sondern mehr der Muthwille zu erblicken, der um jeden Preis Skandal machen und sich dabei amusiren will.

Die Kommunalgarde, durch Generalmarsch herbeigezogen, verscheuchte die Menge, die sich dann nach der innern Stadt begab, wo man im Brühl in der Gegend des Dufour'schen Hauses von den noch stehenden oder im Einreißen begriffenen Buden Barricaden errichtete. Nachdem die Gaslaternen in dieser Gegend ausgelöscht worden waren, besetzte eine Partie der Ruhestörer die Barricaden. Bei Wegnahme derselben durch die Kommunalgarde fielen einige Schüsse von Seiten der Tumultuanten, welche von der Kommunalgarde erwiedert wurden. Die Tumultuanten wurden zerstreut und es sollen ungefähr acht derselben verhaftet sein. Man weiß von einigen leicht Verwundeten von Seiten der Unruhestifter und der Kommunalgarde. Das Militär wurde zum Einschreiten nicht aufgefordert, war indeß bereit; und der Kommandant der Stadt, General Holtzendorf, war immer dort, wo es zu vermitteln galt. (A. Z.)

Schleswig-Holstein. Aus Hannover ist hier von einer Seite, welche die Nachricht beachtenswerth macht, die mündliche Kunde verbreitet, daß zur Abwendung der vom General Wrangel für Jütland ausgeschriebenen Kriegssteuer von Kopenhagen der Befehl ergangen sey, die aufgebrachten deutschen Schiffe herauszugeben und die Feindseligkeiten zur See einzustellen. Unsere heutigen Briefe aus Hamburg und verschiedenen Theilen Schleswig-Holsteins enthalten aber Nichts, was zur Bestätigung dienen könnte. (Wes. Z.)

(Schleswig, 23. Mai.) Die am gestrigen Tage nach dem Norden abmarschirte Abtheilung des preussischen Kaiser Franz Grenadierregiments hat heute Morgen hinter Flensburg vom Obergeneral Wrangel Contreordre erhalten und ist hier wieder heute Nachmittag in die alten Quartiere unter dem freudigen Zuruf der Bevölkerung zurückgekehrt, die diese musterhaft disciplinirten schönen Truppen lieb gewonnen hat. Welches der Grund dieser plötzlich veränderten Marschordre ist, kann noch nicht mit Sicherheit angegeben werden. Gerüchte sprechen von einem angeblichen Landungsversuch der Dänen in Schwansen oder bei Eckernförde, oder Kiel; auch deutet man diese Rückkehr der Truppen auf obschwebende Friedensunterhandlungen. (Wes. Z.)

(Altona, 25. Mai.) Der letzte Bahnzug des gestrigen Tages, der erst um 7½ Uhr eintraf, brachte uns eine kleine Anzahl dän. Offiziere, die bisher in Rendsburg gefangen saßen. Sie sind einstweilen hier in der Kaserne untergebracht und werden so lange durch das Bürgermilitär, dessen Stab, von einem kleinen Detachement begleitet, sie am Bahnhofe in Empfang nahm, bewacht, bis sie nach Stade abgeführt werden. Es sollen ihnen nach und nach alle übrigen bisher in Rendsburg und Schleswig aufbewahrten dän. Gefangenen folgen; auch die leichtverwundeten und kranken deutschen Militärs werden hierher befördert. Dies scheint auf den Wiederbeginn der Feindseligkeiten zu deuten. Jedenfalls ist General Wrangel auf jede Eventualität gefaßt, und es ist ihm zu jeder Stunde möglich, 10,000 Mann zu concentriren. (W. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, 27. Mai.) Auf gestern wurde eine Abordnung von Mitgliedern der Gewerbevereine des Landes hierher einberufen, welche unter Theilnahme der beiden Chefs der Ministerien des Innern und der Finanzen und mit Zuziehung einiger Mitglieder der Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe sich über die Verhältnisse des Gewerbestandes zu berathen hat. Die zu berathenden Fragen sind: 1) die gegenwärtige Noth unter dem Handels- und Gewerbestande bei der großen Stockung der Gewerbe, in welcher Hinsicht die Ansicht der Versammlung dahin geht, daß Unterstützung durch Vorschüsse von Seite des Staats, Errichtung einer Bank 2c. dringend nöthig sei, und 2) Vorschläge, auf welche Weise dem Handel und den Gewerben überhaupt aufgeholfen, und sie, abgesehen von den gegenwärtigen dringenden Zeitumständen, gehoben, und die ihnen bleibend entgegenstehenden Hemmnisse weggeräumt werden können. (Schw. M.)

Belgien.

(Brüssel, 26. Mai.) Die »Independance« meldet, daß der französische Gesandte beim belgischen Hofe, Bellacq, unmittelbar wird bestätigt und die französische Republik von Belgien wird anerkannt werden. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 26. Mai.) Der Moniteur enthält folgende motivirte Tagesordnung als Antwort auf die Adresse der nordamerik. Vereinsstaaten: Art. 1. Die Nationalversammlung, tiefgerührt von den Gefühlen, die dem Congreß der V. St. das Dekret vom 13. April diktirten, bietet dem amerikanischen Volke die Danksagungen der franz. Republik und den Ausdruck ihrer brüderlichen Freundschaft. Der Art. 2. Die Kommission der Vollziehungs-Gewalt ist beauftragt, gegenwärtiges Dekret der französ. Legation in Washingthon zugehen zu lassen, um es der amerik. Regierung zu überreichen. Paris, 25. Mai 1848. Der Präsident und die Schreiber der Nat.-Versammlung.

Ein Morgenblatt versichert, daß die Gesandten der Nordmächte gegen die motivirte Tagesordnung an das deutsche Parlament in Frankfurt, die zu Gunsten Polens erlassen wurde, protestirt hätten.

Der Moniteur bringt den Bankbericht bis zum 25. Mai Abends. Ihm zufolge betrug der Baarvorrath 64,669,363 Frk. 10 Centimes (in Paris) und 56,799,929 Franken in den Sukkursalen. Die Höhe der ausgegebenen Bankbillets allein beträgt jedoch 404,273,800 Fr. Bedenkt man, daß die Billets augenblicklich ausgewechselt werden müssen, wenn es ihre Besitzer verlangen, so kann man sich eine kleine Idee von unserer Finanzlage machen.

[National-Versammlung. Sitzung vom 26. Mai.] Präsident Buchez. An der Tagesordnung war das berüchtigte Verbannungsgesetz gegen Louis Philipp und seine Familie. General Le-Breton hatte bekanntlich ein Amendement gestellt, das wir bereits gestern mittheilten, und welches diejenigen Glieder der Familie ausgenommen wissen wollte, die im Febr. nicht in Paris anwesend waren. Andere Amendements wollten die Worte »à perpétuité« (auf ewig) weggelassen wissen; wieder Andere die Verbannung nur bis zur vollen Sicherung des Friedens ausgedehnt lassen. Nach heftiger und stellenweise nicht uninteressanter Debatte genehmigte jedoch die Versammlung mit 632 gegen 63 Stimmen den ministeriellen Vorschlag. Die Königsfamilie bleibt also auf ewig verbannt. Mehrere Glieder wollten sich nachträglich brieflich verwahren, indem sie Gründe angaben, warum sie nicht mitgestimmt. Allein die Versammlung und der Präsident fanden dieß ungebräuchlich und ihre Briefe wurden nicht vorgelesen. Die Versammlung schritt bei Postschluß zur Berathung örtlicher Vorschläge.

Großbritannien.

(London, 24. Mai.) In der gestrigen Parlamentssitzung fragte Herr Anstey den Lord Palmerston, ob Herr Bulwer darum von Madrid abgereist sey, weil er zu einem anderen Posten ernannt sey? Der Minister verneinte dies, fügte aber nach einer kleinen Pause hinzu: Indeß ist diese Abreise nicht aus einem Bruch der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen England und Spanien entstanden.

Italien.

Die Aschaffenb. Ztg. meldet nun: Unsere einem Privatschreiben entnommene gestrige Nachricht über den Tod des Papstes hat sich glücklicherweise nicht bestätigt.

(Verona, den 24. Mai.) Die Vereinigung des Armeecorps unter Nugent mit jenem Radetzky's ist gestern durch die Avantgarde des Erstern erfolgt. Eine große Menge Transportwägen und circa 200 Ochsen sind mit dieser angekommen. Der Marschall ließ sogleich wieder gegen Vizenza umkehren und schickte auch von hieraus 2 Batterien schweres Geschütz. In der Richtung von Peschiera hört man fast täglich kanoniren. Der Feind soll Schanzen zum Aufstellen von Batterien gegen die Festung zu errichten versuchen, was natürlich von dieser aus zu verhindern gesucht wird. (A. Abendz.)

Schweden und Norwegen.

(Stockholm, den 19. Mai.) In diesem Augenblick steht eine Masse von Menschen auf dem Ufer des Hafens, um die Ankunft des heute durch den Telegraphen angekündigten Dampfschiffs aus St. Petersburg abzuwarten, von dem man glaubt, daß es entweder den Großfürsten Constantin oder auch den Kaiser selbst mitbringen wird. (A. A. Z.)

Neueste Nachrichten.

(Wien, den 27. Mai.) Wir sind in einen neuen Strudel von Unruhen plötzlich wieder gerissen worden, großartiger als alle vorangegangenen. Sonnenverbrannte Arbeiter reißen das Pflaster auf und werfen die Steine zu Barrikaden und Brustwehren zusammen hinter welchen sich Bewaffnete sammeln, sie aufs Aeusserste zu vertheidigen. Die Truppen sammelten sich auf dem Glacis und besetzten die Thore und sonstige Zugänge der Stadt. Die Ursache dieser neuen Bewegungen war ein Ministerbefehl zur Schließung der Universität bis zum October und die Auflösung der verschiedenen akademischen Korps. Die Studenten auf Sympathien rechnend, riefen Bürger und Arbeiter zu den Waffen, die sich mit denselben sofort auch stellten. Generalmarsch rief die Nationalgarden auf ihre Sammelplätze, dagegen dringen auch zahlreiche Arbeiterhaufen in das Innere der Stadt, und errichten in kurzer Zeit stockhohe Barrikaden.

In dem Gasthause zur Stadt London, von dessen Fenstern man die Kugeln in drei Strassen senden kann, sind alle Etagen mit schußfertigen Bewaffneten angefüllt. Zudem schleppen die Arbeiter Massen von Steinen und sonstigem Wurfmaterial in die Zimmer, um die Angreifenden damit zu bedienen.

Unbekümmert um die Ruhe der Fremden lagern sich die Nationalgardisten auf Sophas, Sessel und Betten, während die Haufen im Hofraum nach Essen und Trinken schreien und das Bier zum Theil aus Scheffeln trinken. An Bezahlen denkt Niemand. Immer neue Haufen Bewaffneter dringen mit Schaufeln, eisenbeschlagenen Knitteln, Stangen rc. lärmend zum Postthore herein.

Der Hofsänger Formes leitet den Bau der Barricaden mit der blitzenden Klinge in der Hand als eine hervorragende Persönlichkeit. Mit ängstlicher Spannung erwartete man den Angriff des Militärs, der glücklicherweise nicht erfolgte, denn er hätte zu einem fürchterlichen Blutbade führen müssen.

Abends erscheint ein Proklama vom Ministerium, welches das Fortbestehen der akademischen Legion sichert, das Zurückziehen des Militärs in die Kasernen anordnet und verfügt, daß dieses nur dann einzuschreiten habe, wenn die Macht der Civilgewalt und der Nationalgarde zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung nicht ausreiche. Damit aber ist man nicht zufrieden, und will die Barrikaden nicht früher entfernen, als bis das Militär auf vier Meilen von der Stadt ganz entfernt werde.

Also hat die Regierung wieder einmal ein schlechtes Spiel verloren, denn sie ist gegen die Universität wieder zu Felde gezogen, die nun einmal eine unwiderstehliche Macht in der öffentlichen Meinung bei uns geworden ist.

Vorläufig werden wir in einem Belagerungszustande bleiben, und Gott weiß wie die Sache verläuft. Es geht sogar ein dunkles Gerücht, man wolle das widerspenstige Wien mit einem Cordon umschließen, ihm alle Zufuhr abschneiden und es auf diese Weise aushungern.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Es ist dahier die Schullehrers-Stelle an einer Vorbereitungsklasse, womit zur Zeit ein Gehalt von 200 fl. verbunden ist, in Erledigung gekommen.

Bewerber um diesen Schuldienst, welche die I. oder II. Prüfungs-Note erworben haben, werden aufgefordert, ihre Gesuche mit dem erforderlichen Qualifikationszeugniße binnen 4 Wochen dahier einzureichen.

Erlangen, am 22. Mai 1848.

Stadtmagistrat.

Dr. Lammers

Eheliche Verbindung.

Friedrich Klein, Rosolifabrikant.
Maria Klein, geb. Kröber aus Regensburg

Nürnberg, den 31 Mai 1848.

Der Ausschuß des Hülfs-Vereins für nothleidende Manufaktur-Gewerbe

erachtet es für seine Pflicht, für die warme Theilnahme, welche dieses Unternehmen bisher gefunden hat, zu danken und bringt zur Anzeige, daß die Einziehung der Beiträge Anfangs Juni stattfindet, da der Verein nunmehr seine Wirksamkeit beginnt, zu welchem Ende der Tag näher bekannt gemacht wird

Allenfallsige weitere Unterstützungen wollen an Herrn J. F. Klett, welcher die Kassaführung übernommen hat, eingesandt werden.

Nürnberg, 30. Mai 1848.

Im Namen des Ausschusses

Heinr. Gebhardt, Firma Gebhardt u C.
J. C. Heving, Sekretair.

Einladung.

Heute Mittwoch den 31. Mai findet gut besetzte Harmonie-Musik statt, wobei ausgezeichnet gutes Felsenkellerbier. Hosenküchlein und Kaffee nebst kalte und warme Speisen verabreicht werden. Um gütigen Zuspruch bittet

Anfang 5 Uhr.

Paulus Mulzer, zum wilden Mann in Schweinau.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Da ich meine bisherige Wohnung in der Karolinenstraße Nro. 340 verlassen und dagegen meine neue auf der Schütt in der vormals Hößer'schen Färberei No. 1704 bezogen habe, danke ich meiner alten Nachbarschaft für die vielen Beweise von Wohlwollen und bitte die neue um gütige Aufnahme.

Zugleich empfehle ich alle vorkommenden Tapeziers-Arbeiten, so wie auch vorräthige Möbel von Nußbaum- und Eichenholz, Matratzen und abgenähte Couverts zu den möglichst billigen Preisen.

M. M. Kleining,
Tapeziers-Wittwe.

Haus-Verkauf.

Es ist ein Gasthaus 1. Klasse, mit Garten, Familienverhältnisse wegen zu verkaufen, dasselbe liegt an einer frequenten Straße und erfreut sich eines sehr guten Betriebs, auch kann der größte Theil des Kaufschillings darauf stehen bleiben Darauf Reflektirende wollen unter H. K. schriftlich und portofrei an die Exped. d. Bl. sich wenden, wo ihnen das Nähere zugesendet werden wird.

Nürnberg, den 31 Mai 1848

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 75 am Weinmarkt ist die erste Etage, enthaltend: 3 heizbare Zimmer, Kammer und Küche nebst Waschgelegenheit bis Ziel Laurenzi oder Allerheiligen zu vermiethen. Ebendaselbst wird ein Laden mit heizbarem Ladenstübchen bis Laurenzi frei.

(Zu verkaufen.) Ein schöner ferm dressirter Hühnerhund wird verkauft.

Offener Brief an Herrn Dr. M. M. Mayer!

Ich wurde von einigen schlichten Bürgern gebeten eine Rüge (Mittelfränk. Zeitung Nr 239) unter deren Verantwortlichkeit zu fertigen, — da sie sich schriftlich nicht so ausdrücken konnten, wie sie es im Sinne hatten, welches ich auch bereitwillig gethan habe. — Da Sie mich daher unschuldig beleidigten, und es scheint, Hr. Doktor, Sie hätten meine „Erwiederung“ (in Nr 147 d. Bl.) nicht verstanden, daß Sie hinsichtlich jenes Verfassers auf dem Holzwege seien, so glaube ich fest, man müsse Ihnen entweder mit dem Holzschlegel winken, oder Sie wollen durchaus den Streit vom Zaune reißen, und dem Dr. Fr. Mayer, der doch effektiv ganz unschuldig ist, Ihre bizarren Launen fühlen lassen, welcher daher kaum anders glauben kann, als daß Ihre berühmte Schatzgräberei die Frau stultitia veranlaßt habe, unter Ew. Wohlgeboren rothem Dache zu wirthschaften. Da Sie, Herr Dr. nicht nur die Addreßaten gröblich beleidigen, sondern auch durch die Menge Ihrer offenen Briefe Oblaten und Siegellack außer Cours bringen, so wäre es besser, in Ihrem Blatte Ihren Hrn. Vetter im Pfeffergäßchen die gewöhnliche Rolle spielen zu laßen, als mit Ihren stereotypen Grobheiten umher zu werfen. Dies zur Beherzigung und Berichtigung Nichts für ungut Herr Dr. Mit Achtung verharrt

Bapt. Cantor.

(Bücherauktion.) Die für den 1. Mai l. J. anberaumt gewesene, aber aufgeschobene Versteigerung älterer, z. Th. mit Kupferstichen und Holzschnitten ausgestatteten Bücher, kleinerer Schriften, emblematischer Werke, Curiosen, spanischer Romanzen u. a. Gedichte, wird nunmehr am 5 Juni in S. Nro. 35 der Winklerstraße hier stattfinden. Verzeichniße sind noch zu haben bei

Nürnberg

J. A. Börner, Auctionator.

(Empfehlung) Gefaßte Diamanten zum Glasschneiden, Glansaugen, feine Zylinder-, gewöhnliche Taschenuhr- und Compasgläser, farbiges Tafelglas, dann eine Auswahl von feinen geschliffenen sowohl weißen als farbigen Glasgegenständen empfiehlt zu den billigsten Preisen

J. L. H. Lang,
Glaser und Glashändler
S. Nr. 82 u 83 Schustergasse in Nürnberg.

(Zu verkaufen.) Eine schöne und gut chromatische Zither ist zu verkaufen.

Auch unter den Thieren Jesuiten.

Du wirst doch auch den Freund zu Grab' geleiten?
Sprach traurig eines schwarzen Pempers Freund
Zu einem Häslein, das gar oft in Freuden
Mit Pempern war bei Spiel und Tanz vereint.
Da schmunzelte das splitterdürre Häslein
Und sprach: es ist zu heiß, und währt zu lang,
Entschlüpfte schnell, lief auf das nahe Gräslein
Wo einer Füchsin zarte Stimme klang. —
Gar bald spazierten beide durch die Auen
Dem Häslein ward die Zeit nicht lange hier,
Doch war's zu lang, den Freund am Grab zu schauen
Dem Häslein, diesem jesuit'schen Thier.

Sinnspruch:

Man geht halt lieber auf die Rosenau
Und auf die Kirchweih' nach Schweinau nau nau.

Hunest. nest.

Welsgarten bei Erlangen.

Morgen Donnerstag den 1. Juni, als am Himmelfahrtstage, ist Produktion der vollständigen Musik des in Nürnberg garnisonirenden Regiments Gumppenberg.

(Zu vermiethen.) Eine sehr angenehm gelegene bequeme Wohnung, aus mehreren Zimmern bestehend, ist mit dem nächsten Ziele um 110 fl. an eine stille Familie zu vermiethen.

Haus- und Großpfragnerei-Verkauf.

Ein Großpfragner-Geschäft nebst Haus ist täglich zu verkaufen. Anfragen unter Adresse A Z. nimmt die Exped. d. Bl an.

Politischer Verein.

Mittwoch den 31. d. M Versammlung des politischen Vereins. Nichtmitglieder werden ersucht beim Eintritte ihre Namen anzugeben.

Anzeige.

Listen zur Unterzeichnung der Petition an die hohe konstituirende deutsche Nationalversammlung, die Ausweisung Hrn. Dr. G. Diezel, resp. die gesetzliche Anerkennung des allgemeinen deutschen Staatsbürger- und Uebersiedlungsrecht betreffend, liegen aufgelegt in der Lämmel'schen Buchdruckerei; im Gasthof zum Strauß; bei Hrn. Kaufmann Friedr. Bauer am weißen Thurm; bei Hr. Kaufmann J. G. Mayer im Plobenhof und im Bamberger-Hof

(Verlorenes.) Vergangenen Sonntag wurde von Gostenhof bis zur Rosenau ein goldenes Granatencollier an einem schwarzen Sammtbändchen befestigt, verloren. Der redliche Finder wolle dasselbe in der Expedition d. Blattes abgeben.

(Verlaufen.) Es hat sich unterm Heutigen ein röthlich-gelber, mit gestutzten Ohren, langer Ruthe und rother Schnur um den Hals versehener männlicher kleiner Pinscherhund, verlaufen. Der jetzige Besitzer desselben wird gebeten, denselben gegen allen Ersatz in Lit. L Nro. 96 zurück zu bringen.

Nürnberg, den 29. Mai 1848.

(Zu verkaufen.) Die Encyclopädie der menschlichen Anatomie von Dr. Th. Richter mit 145 Kupfertafeln, ganz neu und schön gebunden, ist zu verkaufen.

Anzeige.

Künftigen Samstag den 3. Juni, Vormittags 11 Uhr, wird in der Bärenschanze dahier altes Bauholz versteigert.

Nürnberg, den 29 Mai 1848.

Fink, Ing.-Hptm.

(Zu verkaufen.) Scrivers Seelenschatz in gepreßtes Schweinsleder gebunden, mit messingbeschlagenen Ecken, ganz vorzüglich gut erhalten, ist zu verkaufen. Lit. S. Nro. 1613, 2. Stock.

(Zu vermiethen.) Für einen soliden Herrn ist eine Schlafstelle zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Hauptmarktes ist ein mit allen Bequemlichkeiten versehenes Haus zu vermiethen; auch kann ein Laden dazu angewiesen werden Näheres S. No 17.

(Gesuch) Zwei Handlungslehrlinge oder Schüler des Gymnasiums können in Kost und Logis genommen werden am Marplatz Nro. 228.

(Gesuch) Ein Frauenzimmer, die gut singen kann, wird zu Mitwirkung für Vokal- und Instrumental Unterhaltungen anzunehmen gesucht.

(Zu verkaufen.) Drei Betten und ein Behälter sind zu verkaufen in S Nro 1196 der Neuengaße.

Arena.

Mittwoch den 31. Mai, 'S letzt Fensterln.“ Alpenscene in 1 Akt von G. Seidl. Musik von Lachner. — Hierauf: „Das war ich.“ Lustspiel in 1 Akt von Hutt. Zum Schluß: „Drei Jahr nach'm letzten Fensterln.“ Von G. Seidl. Musik von Lachner

Mit einer Extra-Beilage, und Nachmittags 5 Uhr wird noch eine Beilage ausgegeben.

Beilage Nr. LIII. zu Nro. 152 der Mittelfränkischen Zeitung.

Den in unserm heutigen Hauptblatte mitgetheilten Nachrichten über die letzten Vorfälle in Wien lassen wir noch eine Privatkorrespondenz und ein Flugblatt folgen, betitelt: Die Barrikaden oder der 26. Mai.

Oesterreich. X (Wien, 27. Mai) Ich hätte nicht geahnt, Ihnen heute Berichte ertheilen zu müssen, die uns seit gestern früh in bangster Besorgniß erhalten, und der Allmächtige weiß es, wie das noch enden wird! Daß von Seite der Reaktion, d. h. der Aristokratie, alle Mittel aufgeboten worden sind, die Verwirrungen aufs höchste zu steigern, stellt sich täglich mehr heraus, und da die Abreise des Hofes einzig und allein nur ihr Werk war, um dann nach dessen Entfernung schonungslos verfahren zu können, beweisen nun die gestrigen Vorfälle um so mehr. Die Universität, denen oben schon längst ein Dorn im Auge, sollte den Anfang machen, und dann wäre es ohne Zweifel so fortgegangen, bis wir endlich ganz in die Hände der Regierung gefallen, und die dann, wieder gemacht haben würde, was sie gewollt. Also zur Sache. Durch die Vorgänge am 15. Mai und durch die Abreise des Kaisers, war ein Theil der Bevölkerung so gelähmt und gegen die Universität, die als Ursache zu betrachten, so eingenommen, daß die Reaction darauf bauend, in ihrem Unternehmen unterstützt zu werden, es dahin brachte, die Universität bis zum Oktober gänzlich zu schließen, wodurch der größte Theil der Studenten wegen der sonach eingetretenen Ferien dazu veranlaßt wurde, in die Heimath zu reisen. — Allenthalben hatte dies wirklich Anklang gefunden, und es soll ein großer Theil auch schon dazu entschlossen gewesen seyn, nach Hause zu reisen, obwohl sie fest überzeugt waren, daß dadurch ein großer Rückschritt gemacht würde, und dann die Regierung ohne Widerstand leichtes Spiel habe, als plötzlich gestern Morgens der Befehl erschien, die Universität sollte augenblicklich geräumt werden, und wenn nicht in Güte, so würde es mit Gewalt geschehen.

Zur Bekräftigung dessen rückte, ohne daß Jemand eine Ahnung davon hatte, plötzlich die ganze Garnison wieder aus, nahm die ganze Stadt durch Besetzung aller Thore in Beschlag, während gleichzeitig ein Bataillon Infanterie zur Universität marschirte, dieselbe umringte und die Räumung derselben verlangte. Die Stadt war aber schon in großer Aufregung, das Militär kam bei der Universität ins Gedränge, und sich überzeugend, daß es in einem solchen Knauel nicht einmal von ihren Waffen Gebrauch machen konnte, hielt es für besser, sich ohne alle Einwendung wieder zu entfernen. — Die Studenten, vom Beginne an mit den Proletariern sympathisirend, sandten gleich Anfangs der Ereignisse in alle Vorstädte, um die Arbeiter zur schleunigsten Hülfe aufzufordern, die schon früher Nachricht von den Vorfällen erhaltend, bereits gesammelt waren, und nun auf alle mögliche Weise bewaffnet, in die Stadt zogen. Auch aus der Leopoldstadt rückten sie heran, da aber die Thore gesperrt waren, begannen sie das Thor zu stürmen, wobei von Seite des Militärs geschossen wurde und ein Bürger todt blieb. — In Folge dessen stieg die Wuth aufs Höchste, in allen Straßen begann man plötzlich Barrikaden zu errichten, weil nach solchem Beweise das Aergste zu befürchten war, und man sich gegen das Militär schützen mußte.

In einem Nu war das Pflaster aufgerissen, alles Geräthe, dessen man habhaft werden konnte, wurde genommen, Wägen, Karren, Fässer, Kisten, kurz alles Bewegliche, so daß binnen kurzer Zeit die Stadt nicht mehr zu kennen war. Die übrigen Steine wurden in den Strassen herumgeworfen, damit, wenn auch die Barrikaden genommen werden sollten, der Kavallerie das Vordringen unmöglich werde. Alle Stockwerke der Häuser wurden mit Steinen versehen und diese vor die Fenster gelegt, um sie beim Anrücken des Militärs auf sie herabzuschleudern, kurz, ein Bild von dem man sich, ohne es gesehen zu haben, keinen Begriff machen kann.

Den Hauptausschlag gab der Anschluß der Bürger und der Nationalgarde an die Universität, die unterstützt von Tausenden und aber Tausenden der Arbeiter selbst das Aeußerste erwartete und sich darauf vorbereitete. Ein Glück, daß das Ministerium einsah, wie es selbst mit Militärgewalt nicht durchgreifen könne, denn sonst hätte es ein fürchterliches Blutbad gegeben. — Gegen Mittag zog das Militär in die Kasernen, und so kam es bis jetzt zu nichts Weiterem. Jedoch der Stand der Stadt hat sich in nichts geändert, denn man traut nicht und ist auf der Hut. Das Ministerium hat übrigens alles wieder bewilligt, und es wäre lächerlich, anzunehmen, daß es nicht ernste Folgen nach sich zöge, wenn solche Leute glauben, man ließe sich von ihnen noch länger zum Narren halten. Zum Staunen ist es, mit welcher Ordnung und Manier die Proletarier sich benahmen und, obwohl die ganze Nacht hindurch alles auf den Plätzen blieb, fiel auch nicht die mindeste Störung vor, ja es ereigneten sich mehrere wahrhaft beispiellose Beweise, die zu erzählen aber der Raum nicht gestattet. So weit bis heute Mittag 2 Uhr.

Ob heute Börse war, glaube ich nicht, denn man muß ja alle 10 Schritte über eine Barrikade steigen. Es hat sich hier heute das Gerücht verbreitet, der Kaiser befände sich auch in Innsbruck nicht in der besten Lage, und sey auf dem Wege nach England ?? — Von Geschäften kann keine Rede seyn, es sind auch alle Gewölbe geschlossen.

Barrikaden oder der 26. Mai. Es saust mir der Kopf, es braust mir das Gehirn, meine Füße halten sich kaum, meine Glieder sind matt und der Sessel, auf den ich mich warfe, um diese Zeilen niederzuschreiben ist mir wahrlich für diesen Augenblick eine unnennbare Wohlthat, das Barrikadenmachen, Barrikaden bewachen und Barrikaden übersteigen sind Beschäftigungen, die beinahe die Menschenkraft übersteigen, doch die Nothwendigkeit ist nicht nur die Lehrerin der Künste, sie ermuthigt auch und stählt, und hat sie noch dazu die gerechte Sache, die Wahrheit für sich, dann ist sie riesenstark und unwiderstehlich. Ihr fragt nun aber, Ihr, die Ihrs vielleicht nicht wißt: „was ist denn da eine gerechte Sache?“ So hört denn: Seit dem 18. Mai wurden den Vorkämpfern zur Freiheit und Recht, nicht nur durch Placate, sondern auch auf andere, Drohungen, Schmähungen und Verletzungen zugefügt, die entweder in niederträchtiger Böswilligkeit oder aus beinahe unglaublicher Unkenntniß des wahren Standes der Dinge entstanden. Die akademische Legion, einsehend, daß sie einerseits von heimlichen Feinden, anderseits von vielen, die sie mißverstehen, umgeben sey, und überhaupt, da sie ihre Mission am 15. Mai als beendet und abgeschlossen glaubte, beabsichtigte nun, sich von politischen Angelegenheiten ganz zurückzuziehen, um so mehr, da man ihnen in dieser Beziehung so viel Unschönes andichten wollte, und sie schmählich hier, und in den Provinzen verläumdete; in allen Compagnien wurde bereits darüber berathen, um jenen Vorwürfen ferner zu entgehen, ob die Aula gesperrt werden sollte.

Ruhe herrschte allenthalben, Handel und Gewerbe fingen wieder, nach der Aussage Vieler, besser zu gehen an, am 24. verkündete der Unterrichtsminister, daß die Ferien für dieses Jahr bereits beginnen. — Viele nahmen sich ihre Zeugnisse und nahmen sich vor, trotz dem innern Drange hier bei ihren Collegen zu verbleiben, doch allenfalls wenigstens auf einige Zeit zu ihren besorgten Eltern, Freunden und Verwandten, die sie längst mit Briefen der Nachhausekunft wegen bestürmten, einen Besuch zu machen. Es verbreitete sich oft das Gerücht, die academische Legion müsse die Waffen ablegen und sich auflösen; man traute aber seinen Ohren oder dem Munde eines Andern nicht, und hielt dieses alles für unglaublich, für Geschwätz.

Die Abgesandten nach Inspruck kehrten zurück und brachten nichts Tröstendes mit. Am 25. kündigte der Graf Colloredo, der Oberkommandant der akademischen Legion an: Er erkenne sich als ihren Vater, er rathe ihr aber, sich baldigst aufzulösen, sonst müsse er, was er ungern thäte, seinen Calabreser allein ablegen; er gab aber zum ja oder nein 24 Stunden Bedenkzeit. Schon früher hatten sich ganze Kompagnieen, vorzüglich die am Neubau, für die Studenten durch Wort und That erklärt, d. h. sie ließen durch den Druck veröffentlichen, daß man der akademischen Legion für die Errungenschaft danken müsse und ihr in jedem Falle beistehen und gaben auch vielen Stundenten aus Herzensgüte und Begeisterung für die gute Sache Kost und Quartier umsonst. Als diese Schrift vom Grafen Colloredo erschien, waren diese natürlich sehr aufgeregt. Doch nicht 24 Stunden dauerte es; am 26. in der Früh erschien vom Grafen Montecuculi ein Befehl, daß die akademische Legion sich auflösen und die Waffen niederlegen solle oder sich der Nationalgarde, was die meisten von dieser nicht einmal wünschten, einreihen solle, gleich darauf zog eine große Masse Militär aus, in Begleitung von Kanonen.

Dieses mußte allenfalls die Gemüther sehr reizen, um so mehr, da vom Militär die Stadtthore besetzt wurden und den etwaigen einzelnen Ein- und Ausgehenden die Waffen, wie man sagt, weggenommen wurden. — Man sah bewaffnete Studenten und Gardisten hin und herrennen, und die Arbeiter, die bekannten treuen Freunde der akademischen Legion schaarenweise mit ihren Instrumenten herbeieilen, nun wurden schnell hie und da Barrikaden begonnen, die Arbeiter und Nationalgarden von den Vorstädten wollten mit Gewalt in die Stadt hinein, da sollen beim rothen Thurmthor Schüsse gefallen seyn von Seiten des Militärs. Hierauf aber zogen die Nationalgarden und Arbeiter durch die März- und Studentenstrasse in die Stadt. — Einige Gassen wurden, wie man sagt, geräumt, und mittlerweile Sturm geläutet. Die Zahl der Studenten, Bürger, Nationalgardisten, die „Fortbestehen der akademischen Legion“ gedruckt auf ihren Helmen oder Hüten hatten, und die der Arbeiter wuchs außerordentlich und während dem eifrig fort Pflastersteine aus den Straßen gerissen wurden, Möbeln, Bretter, Fässer zusammengetragen und Barrikaden gemacht worden, ließ das Ministerium wieder bekannt machen „die akademische Legion“ sei nicht aufgelöst; auch zog das Militär von der Stadt ab, man spricht sogar, daß ein Theil davon sich der Nationalgarde angeschlossen, doch man scheint im Allgemeinen noch nicht recht zu trauen, die Barrikaden werden fortgemacht mit allem Eifer, und man muß wahrlich bewundern, wie schnell, wie vortheilhaft diese angelegt wurden, es ist beinahe keine Gasse, wo nicht deren zwei sind; aus allen Fenstern sieht man Standarten, Bürger, Nationalgardisten, Arbeiter mit Flinten, oder neben einen Haufen Steine oder Ziegel stehen.

Alles bereitet sich noch zum Kampfe, es hat das Ansehen, als ob man den Feind erwarten wollte; da sieht man, was Mißgriffe für Unheil zu stiften fähig wären, und wie die Bürgerschaft Wiens in Bezug der sich für das Wohl des Vaterlandes stets aufopfernden akadem. Legion gesonnen ist, alle Gemüther sind aufgeregt, alle Köpfe heiß, man fragt sich, war auch die Auflösung der akadem. Legion, das Ausrücken des Militärs, diese ruhe- und ordnungstörende Handlung nöthig? Der Tag ist noch nicht zu Ende, die Nacht ist noch nicht da. — Jetzt heißt es, die hier stationirte Garnison marschire heute noch ab. — Um 5 Uhr Nachmittag.

Um 1 Uhr des Nachts rüttelte uns Sturmgeläute und Alarmschlagen aus dem Schlafe; doch bald überzeugten wir uns, daß abermals ein Mißverständniß, jedoch kein blutiges, Schuld war, und überließen uns dem Schlummer, bis uns das neue Marienglöckchen erinnerte, unser erstes Gebet für unsere braven Studenten, unsere unübertreffliche Nationalgarde und die wackern Bürger zu verrichten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Auf Andringen eines Hypothekengläubigers wird das den Bauerseheleuten Johann und Elisabetha Bozl'schen, zu Lilz gehörige Ablexemie-Anwesen, nämlich

Besitz Lit. A.

Das Wohnhaus mit gebauter Scheuer, Backofen, Schweinstall und Hofraum, im letztern ein Schöpfbrunnen in gemeinschaftlicher Benützung mit Haus-Nr. 36 b zu 0,16 Tagw. Pl.-Nr. 36 a und folgende Bestandtheile

Gärten.

Pl.-Nr. 35 b — 0,02 Tagw. Wurzgärtchen.
„ 36⅓ — 0,21 „ Gras- u. Baumgarten.

Aecker.

Pl.-Nr. 461 — 1,13 Tagw. Kellers oder Schusteracker
„ 430⅓ — 0,67 „ vom Buchenbüchel.
„ 168 — 0,55 „ Felsenacker.
„ 159 — 0,47 „ desgl.
„ 187 — 1,72 „ vordere Ackerlänge.
„ 189 — 2,01 „ mittlere Ackerlänge.
„ 201 — 1,08 „ hintere Ackerlänge.
„ 263 a — 0,44 „ Baumäckerl.
„ 263 b — 0,73 „ desgleichen.
„ 280 — 1,07 „ Windnerbeth.
„ 283 — 2,45 „ lange Ackerläng.
„ 336 — 0,91 „ hinteres Stockäckerl.
„ 337 — 1,33 „ Schrottbrettl.
„ 339 — 1,63 „ lange Ackerlang.
„ 430 — 2,87 „ Buchenbüchel.
„ 474 — 0,82 „ Kerlasteigäckerl.
„ 492 — 0,61 „ Sigar-Aeckerl.
„ 493 — 1,37 „ Haller-Acker.
„ 496 — 2,23 „ mittlere Ackerläng am tiefen Weg.
„ 498 — 0,31 „ Rödiger-Aeckerl
„ 501 — 1,61 „ das Breitl.
„ 511 — 0,60 „ das kleine Aeckerlein am Dörndorfer Weg
„ 517 — 2,31 „ Keller-Acker
„ 529⅓ — 0,80 „ Hoher Kaulen

Wiesen.

Pl.-Nr. 425 — 0,48 Tagw. das innere Kerlasteigäckerl
„ 457 — 0,74 „ Bergnacker (Acker)
„ 490 — 0,66 „ Bergenwiese.

Pflanzbeet

in Pl.-Nro. 43 (Gemeindegrund) und

Gemeinderecht

zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen — mit einer Gesammttaxe von 5360 fl.

Besitz Lit. B.

Pl.-Nr. 7 — 1,57 Tagw. Wiese die Burgwiese, geschätzt auf 215 fl.
„ 308 — 5,48 „ Waldung, der Kirchbucher Schachen, geschätzt auf 450 fl.

Besitz Lit. C.

Pl.-Nr. 316 — 4,34 Tgw. Waldung, das Grampersdorfer Weghölzl, geschätzt auf . . . . 360 fl.

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und hiezu Bietungstermin auf

Mittwoch den 21. Juny d. J., Vormittags 10 bis 12 Uhr

anberaumt

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß das Schätzungsprotokoll, sowie das Lastenverzeichniß in der Registratur des unterfertigten Gerichtes täglich eingesehen werden kann, und daß der Hinschlag nach § 64 des Hyp.-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Proz.-Ges. vom 17. Nov. 1837 erfolge.

Beilngries am 21. April 1848.

Königl. Landgericht.

Martin.

Ladeneröffnung u. Empfehlung.

Bei meiner Laden-Eröffnung im Hause des Putzwaarenhändlers Herrn Kinkelin S. Nr. 62 Karlsbrücke am Trödelmarkt, erlaube ich mir ein verehrliches Publikum auf alle in mein Fach einschlagende Artikel aufmerksam zu machen, und hiemit ein specielles Verzeichniß meiner vorräthigen Waaren aufzuführen.

Alle Sorten Tisch-, Desert-, Transchirmesser und Gabeln, Feuerstahl, Taschen und Federmesser, nach neuester englischer Facon mit Siegel und Patent-Bleistift, Cigarren- und Champoniermesser, Rasirmesser von feinstem Silberstahl von 24 kr. bis 1 fl. 30 kr. per Stück, Schneider-Scheeren (mit neuen nach der Hand modellirten Griffen), Leinwand-, Nagel-, Papier- und Damenscheeren, Schärf-, Pappendeckel- und Metzgermesser, Hirschfänger, Tscherkessenmesser, Leibvertheidiger, Dolche, Jagdmesser und Kinder-Säbel, Stahlgalanterie-Arbeiten, Streichriemen, Mineral-Teig und Steine für Rasir- und Federmesser, Bandagen für Leisten-, Schenkel- und Nabelbrüche von 1 fl. 36 kr. bis 3 fl. per Stück nach der zweckmäßigsten anerkannten Methode, welche ich ganz besonders empfehle, Suspensorien, elastische Chatetro, Mutterkränze, künstliche Warzen für Säuglinge, Klistir-, Wund- und Halsspritzen ꝛc., Aderlaß-, Pferd- und Schrepfschnepper ꝛc.

Auch werden alle Reparaturen von genannten Gegenständen (so wie das Schleifen und Poliren von Rasir-Messern, Scheeren ꝛc. auf das pünktlichste besorgt.

Es wird stets mein Bestreben seyn, sowohl durch Dauerhaftigkeit als Eleganz und billigste Preise jeden Anforderungen des verehrten Publikums zu entsprechen, ich empfehle mich daher zur geneigten Abnahme bestens.

Ad. Hofman,
chirurgischer Instrumentenmacher, Schwertverfertiger, Stahlgalanterie-Arbeiter und Messerschmied, wohnhaft in L. Nro. 796 der Theatergasse.

An Nürnbergs Künstler!

Die Verwaltung des Albrecht-Dürer-Vereins beschäftigt sich gegenwärtig mit der Frage, ob eine diesjährige größere Kunstausstellung soll gehalten werden oder nicht? — Einsender ist der Ansicht, daß es besser wäre, keine größere Kunstausstellung zu veranstalten, weil leider jetzt schon eine größere Kunstpause eingetreten ist, welche auswärtige Künstler veranlassen würde, uns mit Kunstwerken jeder Art zu erfreuen, Fracht und Retoursendungen würden die Vereinskasse, welche gegenwärtig in einem baaren Fond von fl. 1000 besteht, so sehr in Anspruch nehmen, daß eine Vereinsverloosung kaum stattfinden könnte.

Es wird gewiß jeder Billigdenkende der Ansicht sein, daß wir diesmal vorzugsweise zur Verloosung schreiten sollen, und bei Ankäufen nur unsere bescheidenen Nürnberger Künstler berücksichtigen müssen, (der Kunstverein in München macht es ebenso) welche meist Familienväter sind, und seit Jahren, theils durch die Verwaltung des Vereins so wie auch bei Ausstellungen stets in Anspruch genommen, ihre Zeit versäumen mußten, ohne die geringste Entschädigung dafür zu erhalten!

In Erwägung dieser Sachlage ladet Einsender sämmtliche Künstler, welche gesonnen sind, Kunstwerke dem Verein zum Ankaufe anzubieten, ein, ihre Werke im Albrecht-Dürer-Hause auszustellen und sich fleißig daselbst einzufinden, um die nöthigen Schritte zu dem gewiß guten Zwecke zu berathen —

Mache sich es jeder Künstler im eigenen und im Interesse der Kunst zur Pflicht, alle wohlwollenden Freunde wieder zu gewinnen, so wie auch Mitglieder des Vereins, welche müde werden wollen, aufzumuntern dem Albrecht-Dürer-Verein nur jetzt nicht ihre Theilnahme zu entziehen. Einsender ist der festen Ueberzeugung, daß bei unseren lieben Nürnbergern das alte Sprichwort: Ein gutes Wort findet guten Ort, noch nicht verklungen ist! tt. —

Zu vermiethen.

In der Nähe des Rathhauses ist eine kleine Wohnung, aus Stube, Alkof, Kammer, Küche mit Kochofen, Holzlage ꝛc. bestehend, am Ziel Laurenzi an eine einzelne Person oder auch an eine kleine Familie ohne Kinder zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein möblirtes Logis ist in S. Nro. 89 täglich zu vermiethen.

(Empfehlung.) Blühende Miniatur-Pflanzen, leere Töpfchen und Hängampeln, empfiehlt

Joh. Leonh. Backofen. S. Nr 1701 auf der Schütt.

COURSE.

Nürnberg, den 29. Mai 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht. Brief	k. Sicht. Geld	2 Monat. Brief	2 Monat. Geld
Amsterdam		101⅛		
Hamburg		87⅛		
London	120¾		11	9⅝
Wien in 20r.				
Augsburg	120			
Frankfrt. a. M.		100		
in die Messe				
Leipzig		102⅛		
in die Messe				
Berlin		104⅛		
Paris	95⅝			
Lyon	95⅝			
Bremen		98⅛		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld.
Bayer. Obligat. à 3½ %	7	2
„ Bank-Aktien		
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nürnberger-Further ditto		

Geld-Course.

	z. hab.	gesucht.
Friedrich- und Augustd'o	9	54
Neue Louisd'or	11	4
Souverainsd'or	16	15
Holländische 10 fl. Stücke	10	6
20 Francs-Stücke	9	41
Oestreich. u. Holl. Duc etc	5	38
Französisches Gold	6	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	20½

Extra-Beilage der Mittelfränk'schen Zeitung zu Nro. 52.

Nürnberg, den 27. Mai 1848.

Hohe constituirende National-Versammlung!

Gehorsamste Bitte einer Anzahl von Bewohnern Nürnbergs die Ausweisung des Herrn Dr. Gustav Diezel von Würtemberg aus der Stadt Nürnberg, resp. die gesetzliche Anerkennung des allgemeinen deutschen Staatsbürger- und Ueberzugsrechtes betreffend.

Es ist in den letzten Tagen von dem Polizei-Senate der Stadt Nürnberg eine Maßregel getroffen worden, welche dem Geiste unserer Zeit und den bereits als errungen angesehenen Rechten des deutschen Volkes den größten Hohn spricht. Es ist nämlich ein Mann, Herr Dr. Gustav Diezel, durch Polizeibeschluß aus der Stadt Nürnberg entfernt worden, weil derselbe als Mitglied eines politischen Vereins, dessen Zweck ist, „auf politische Bildung des Volkes und Aufklärung desselben über seine neuerrungenen Rechte in demokratischen Sinne hinzuwirken," — sich bemühte, mit dem ihm allerdings in reichem Maße zu Gebote stehenden geistigen Mitteln auf die Bildung des Volkes und auf die Theilnahme desselben am politischen Leben hinzuarbeiten und dasselbe wach zu erhalten, damit ihm auch keines seiner bereits errungenen Rechte und Freiheiten geschmälert oder gar entrissen werde. — Zwar wurde von der Gegenseite der Vorwand ausgebracht, daß die Subsistenzmittel des Herrn Gustav Diezel nicht gehörig nachzuweisen seyen; allein es lag durchaus nichts vor, was einen Zweifel an diesen Mitteln hätte begründen können. Daß dieß ein bloßer Vorwand war, dafür liefert den deutlichsten Beweis, daß man den Ausweisungsbeschluß auch dann nicht zurücknahm, als Herr Diezel durch einen mit hiesigen Bürgern abgeschlossenen Vertrag seine Subsistenzmittel auf eine Weise nachwies, die jeden Vernünftigen hätten befriedigen müssen. Es erscheint somit lediglich als eigentlicher Grund seiner Ausweisung seine politische Wirksamkeit und Thätigkeit. In dieser Beziehung können wir jedoch auf das Bestimmteste bezeugen, daß Herr Dr. Diezel als Mitglied eines Vereins, der durch das faktisch uns zugestandene Assoziationsrecht gestattet war, so wie als Redakteur eines Blattes: „der freie Staatsbürger," von dem Rechte der freien Meinungsäusserung durchaus einen gemäßigten Gebrauch machte, und daß er insbesondere niemals, und zwar weder in Rede noch in Schrift, zu irgend einem gewaltsamen Schritt aufreizte; daß er in hiesigen Volksversammlungen, in denen er als Redner auftrat, nur mit Akklamation aufgenommen wurde; und daß er, wenn er auch außerhalb Nürnberg's, wie zu Altdorf und Schwabach, in Volksversammlungen durch die Macht des Wortes und der Rede zu wirken suchte, keine andere Absicht hatte, als die dortigen Bevölkerungen für die errungenen geistigen und materiellen Rechte zu begeistern und ein Streben nach politischer Bildung in ihnen anzufachen. Wenn wir also einerseits aussprechen müssen, daß gegen Herrn Dr. Diezel durchaus nichts Gegründetes vorliegt, es sey denn, daß seine politischen Ansichten, also auch die eines großen Theiles der Bevölkerung Nürnbergs, im Widerspruch stehen mit der einer gewissen Elite in hiesiger Stadt; so müssen wir andererseits bekennen, daß Herr Dr. Diezel durch seinen klaren Verstand, durch seine Rednergabe, durch sein entschiedenes, consequentes Wesen, vor Allem aber durch seine durch und durch edle Gesinnung und seinen mackellosen Charakter sich die Herzen und die Zuneigung aller derer gewann, die in nähere oder entferntere Berührung mit ihm kamen.

Wenn wir nun dieses Alles uns vor die Seele führen, so können wir, hohe constituirende National-Versammlung, in dem Schritte der Polizeibehörde dahier nur eine mit dem Geiste unserer Zeit in schneidendem Widerspruche stehende Maßregel erblicken, indem durch dieselbe nicht nur die persönliche Freiheit angetastet ist, nicht nur die freie Rede in Wort und Schrift unterdrückt wird, sondern auch das allgemeine schon moralisch anerkannte deutsche Staatsbürger- und Ueberzugsrecht zu Füßen getreten erscheint. Und das Alles sowohl einer Königlichen Proklamation vom 6. Mai d. J. gegenüber, in welcher vollständige Preßfreiheit zugesichert ist, als auch im Gegensatze einer offenen Erklärung des Volkskomités dahier, in welcher unter Anderem allgemeines Staatsbürger- und Ueberzugsrecht gefordert wird, — einer Erklärung, welche den Magistrat in einer am 24. April d. J. von ihm selbst veranstalteten Bürgerversammlung in der Aegydienkirche ihrem wesentlichen Inhalte nach adoptirt hat.

Wir bitten daher Eine hohe constituirende Nationalversammlung auf das Dringendste:

„eines Theils die Polizeibehörde in Nürnberg auf geeignetem Wege zu veranlassen, daß sie den von ihr gefaßten Ausweisungsbeschluß bezüglich der Person des Herrn Dr. Gustav Diezel aus Würtemberg zurücknehme; anderntheils aber durch gesetzliche Anerkennung des allgemeinen deutschen Staatsbürger- und Ueberzugsrechtes dafür sorgen zu wollen, daß in einem deutschen Staate Polizeibehörden nicht mehr im Stande seyn können, willkürliche Maßregeln zu ergreifen."

Indem wir zur weiteren Begründung alle hierher bezüglichen Belege anfügen, hoffen wir keine Fehlbitte gethan zu haben. Es zeichnen sich mit der vollkommensten Hochachtung

Einer hohen National-Versammlung

ergebenste

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. Juni 1848. № 153. Donnerstag: Nicomedes.

Deutschland.

Bayern. *†(München, 29. Mai.) Die Kammer der Reichsräthe nahm die Rückäusserung der II. Kammer über Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden in einer Abendsitzung noch heute vor. — Nachdem zwischen der zweiten Kammer eine Nachgiebigkeit soweit erzielt war, daß man sich bis auf wenige Punkte einigte, fügten sich auch die Reichsräthe den noch übrigen Beschlüssen der Abgeordneten. Nur bei Art. 9, wo es sich um das Jagdrecht des Königs handelt, wollten die Reichsräthe keine Beschränkung zulassen; aber der Finanzminister erklärte, daß die Sitzung mit dieser Modif. einverstanden sey und somit gab die Kammer hierin gleichfalls nach. — Würde der Hr. Finanzminister schon Tags vorher bei der Berathung über diesen Gegenstand ganz einfach erklärt haben, daß, nachdem die II. Kammer die Aufhebung des Jagdgesetzes ohne alle Ausnahme durchgeführt wissen wollte, das Ministerium selbst diese Modif. einbrachte, so hätte der Streit sogleich ein Ende gehabt; aber der Hr. Finanzminister wollte wohl den Reichsräthen Gelegenheit geben, ihre höhere Devotion vor dem Thron darzuthun, in welcher die zweite Kammer zurückbleiben mußte.

*†(München, den 30. Mai.) Schon gestern erneuerten die Schuhmachergesellen die jüngst gegen ihre Meister versuchte Auflehnung, indem sie aus der Arbeit traten und sich in den Wirthshäusern umhertrieben und Blaumontag machten. Parteiweise wurden sie jedoch wieder eingefangen und die k. Polizeidirektion stellte gestern durch einen öffentl. Anschlag diesen Gesellen die Alternative, entweder zu ihren Meistern zurückzukehren, oder die Stadt zu verlassen, widrigenfalls sie per Schub nach Hause gebracht würden. Dessen ungeachtet rotteten sich dieselben in Kneipen und an verschiedenen Plätzen zusammen und — da wir hier über 700 Schustergesellen haben, denen sich leicht Gesindel anderer Art anschließen könnte, so machte man heute früh Ernst. In ihrer Herberge wurde gleich auf einmal 150 aufgegriffen und von einer Eskorte Militär und Gensdarmen, Polizeidirektor Frhr. v. Pechmann an der Spitze, auf die Polizei gebracht. Eine Abtheilung Kuirassire begab sich nach Sendling, wo gleichfalls einige hundert sich geschaart haben. Sie übergaben sich ohne Widerstand in die Hände der bewaffneten Macht. Die Rädelsführer werden auf den Schub gebracht und die meisten Anderen werden sich bewogen finden, zur Arbeit zurückzukehren.

(Speyer, den 28. Mai.) Es wird versichert, Hr. Willich habe bei der bayerischen Staatsregierung das Gesuch um definitive Entlassung aus dem Staatsdienste gebeten, unter Verzichtung auf jede Pension. (N. Sp. Z.)

(Bamberg, den 30. Mai.) Heute Morgens sind 2 Kompagnieen des hier garnisonirenden (Regensburger) Bataillons nach Schweinfurt und Kissingen abmarschirt, um in der dortigen Gegend besonders in Zahlbach und Burkardsroth gegen die berüchtigten Forst- und Holzfrevler einzuschreiten und den Behörden die nöthige Achtung wieder zu verschaffen. Wie man hört, werden noch 3 Kompagnien zur Verstärkung nachmarschiren, wohl aber bald wieder zurückkehren.

Baden. (Aus dem Seekreise vom 17. Mai.) Wenn auch die Hälfte der würtembergischen Truppen den Oberrheinkreis verlassen und größtentheils durch den Seekreis den Heimweg angetret n hat, so ist letzterer doch noch immer von den Bayern stark besetzt, wie es heißt mit acht Bataillen Infanterie, sechs Schwadronen Chevauxlegers und zwölf Geschützen, die von Donaueschingen bis Konstanz und von Stockach bis Stühlingen in Kantonirung, zum Theil schon seit fünf Wochen, stehen. Heute marschirte aus Stockach ein Bataillon nach Engen und Umgegend ab, dagegen rückte von Singen her ein anderes hier ein. Ebenso kommt morgen das Hauptquartier des kommandiren Generals v. Baligand nach Engen. Von einem Abmarsch der Bayern ist keine Rede, sie erwarten sogar täglich ihre jetzt auserexzirten Rekruten und wechseln nur von Zeit zu Zeit ihre Quartiere. Ebenso war Bonndorf in den jüngsten Tagen von einem badischen Bataillon des zweiten Regiments besetzt, welches die Gegend am Feldberg durchstreifte, jetzt aber gegen Freiburg zu wieder abgezogen ist. Das würtembergische dritte Infanterieregiment hält heute in Stockach und Umgegend Rasttag, um über Pfullendorf, Saulgau und Biberach nach Ulm heimzukehren, wo es am 2. Juni, das dritte Reiterregiment schon morgen eintreffen wird. — Hecker ist dermalen in Kreuzlingen bei Konstanz, wo sich, so wie bei Schaffhausen, eine Menge Flüchtlinge von Neuem sammeln. Es wäre sehr übel, wenn neues Unheil angezettelt werden sollte. (Schw. M.)

Freie Städte. (Hamburg, den 27. Mai.) Der Waffenstillstand zwischen Dänemark und den kriegführenden deutschen Bundesstaaten ist officiell; officiell ist ferner, daß die Hannoveraner, Preußen rc. an die Schlei zurückgeben, daß Nordschleswig von beiden kriegführenden Parteien unbesetzt bleibt, daß die Contribution von 2 Mill. Species (3 Mil. Thlr.) in Jütland nicht eingetrieben wird und Dänemark die genommenen Schiffe zurückgibt. Das ist die Basis des zwischen den Generalen Hedemann von dänischer und Wrangel von deutscher Seite abgeschlossenen Waffenstillstandes. Daß die Einstellung der Wegnahme deutscher Seeschiffe und die Blockade der Odermündung mit unter den Bedingungen sei, ist uns nicht ausdrücklich mit bemerkt, allein es versteht sich wohl von selbst. In Berlin sind diese Bedingungen bereits ratifizirt und der Sohn des Generals Wrangel ist gestern Abend mit der preußischen Ratifikation hier durchgekommen und nach Rendsburg weiter gegangen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 30. Mai.) Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 27. Mai. 1848. Nachdem mitgetheilt worden war, daß für den großherzogl. hess. Gesandten nunmehr der königl. sächsische Gesandte substituirt sey, und der großherzogl. mecklenb. Gesandte auch für Mecklenburg-Strelitz Vollmacht beigebracht hatte, trug der. k. k. Bundespräsidialgesandte drei, seit der letzten Sitzung eingegangene, Berichte des Festungsgouverneurs von Mainz vom 22., 23. und 25. d. M. vor. Im ersten wird die auf Ansuchen verlängerte Frist zur Ablieferung der Waffen angezeigt; in dem zweiten war bemerkt, daß, auf Anzeige anderweiter Verwundung von Soldaten wieder Generalmarsch geschlagen und eine Aussendung verstärkter Patrouillen erfolgt sey, dieser Anzeige aber zugleich ein anonymer Brief mit verschiedenen Ausfällen und Drohungen beigefügt; im dritten endlich der Tödtung eines Mannes und eines Knaben Erwähnung gethan und bezüglich der Ablieferung der Waffen bemerkt, daß unter denselben 270 geladene und 23 Stück frisch abgeschossene sich befunden hätten. An die Mittheilung dieser Berichte knüpfte der Vorsitzende die Frage: welche Maßregeln in dieser Angelegenheit Seiten d.r Bundesversammlung zu ergreifen seyn möchten, nachdem die Nationalversammlung im Betreff derselben zur motivirten Tagesordnung übergegangen sey? und begleitete diese Frage mit einleitend n Bemerkungen. Hierauf stellte der königl. sächs. Gesandte den Antrag, die Bundesversammlung wolle zu Ausgleichung der obwaltenden Differenzen und im Interesse der Ruhe und Ordnung schleunigst Maßregeln ergreifen, insonderheit aber Verfügung treffen: 1) daß alsbald ein Garnisonwechsel eintrete; 2) nach Publication des großherzogl. hess. Bürgerwehrgesetzes die Bürgerwehr der Stadt Mainz, unter Berücksichtigung der Festungsverhältnisse, reorganisirt, auch 3) eine Aufhebung der während der jüngsten Ereignisse getroffenen Ausnahmebestimmungen veranlaßt werde. Bei der Discussion hierüber beantragte der großherzoglich oldenburgische Gesandt., die Bundesversammlung solle vor weiteren Schritten sofort eine Commission nach Mainz entsenden, welche in Bezug auf die ferner zu ergreifenden Maßregeln mit den dortigen Civil- und Militärbehörden Rucksprache nehmen und sodann der Bundesversammlung Bericht erstatten solle. Dieser letztere Antrag wurde sofort zum Beschlusse erhoben und zu Commissären der großh. oldenb. und der k. württemb. Gesandte ernannt, welche, in Begleitung einiger Mitglieder der Militärcommission ohne Verzug nach Mainz sich begeben werden. Der großh. hess. Regierung soll hiervon sogleich Nachricht ertheilt werden, damit auch ihrer Seits bei den zu veranstaltenden Erörterungen sich betheiligt werde. Zum Vortrag kam ferner ein Gesuch der Gemeindebehörden zu Mannheim, um Zurückziehung der dort einquartirten Truppen. Beschluß: diese Eingabe dem Oberbefehlshaber zur Berücksichtigung zuzufertigen, den Bittstellern aber hiervon Nachricht zu ertheilen mit dem Bemerken, daß, da die Dislocation der Truppen nicht von der Bundesversammlung, sondern vom Commandirenden angeordnet werde, eine auf die Besetzung von Mannh.im bezügliche Veränderung auch von Letzterem ausgehen müsse. Auf die hierbei erfolgte Mittheilung eines Schreibens des Prinzen Karl k. H., die Beendigung des Aufstandes betreffend, wurde beschlossen, in der Rückantwort den Dank der Bundesversammlung auszusprechen. Der königl. bayerische Gesandte trug einige Commissionsgutachten vor. Der Beschluß über ein Gutachten des Revisionsausschusses, die Wahlen zur Nationalversammlung in Böhmen betreffend, wurde auf besondern Antrag vertagt. Ein Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung die vorläufige Anweisung von 20 — 25,000 fl. zu Bestr itung der Kosten für die Nationalversammlung betreff.nd, ingleichen ein Schreiben des Präsidenten der Vertrauensmänner, eine Anfrage wegen Zurückberufung derselben enthalte.d, wurde dem Revisionsausschuß überwiesen. Nachdem noch einige Anzeigen (Seiten des köni.l. sächsischen Gesa.dten und des Gesandten der großherzogl. und herzogl. sächsischen Häuser) in Betr.ff der Wahlen zur Nationalversammlung erfolgt waren, erstattete auf Antrag des Gesandten für Schleswig-Holstein, der Militärausschuß durch den kö igl. bayerschen Gesandten Vortrag über den Antrag des zuerst genannten Gesandten wegen Completirung des 10. Armeecorps, in dessen Folge nach dem Gutachten des Militärausschusses beschlossen wurde, daß den betheiligten Regierungen zu eröffnen sei, die Bundesversammlung könne dieselbe von der beantragten Kompletirung, insoweit diese noch beanstandet sei, nicht dispensiren, doch sei die dem Oberbefehlshaber mittelst Schreibens vom 19. empfohlene Berücksichtigung des Bedürfnisses der Küstenstaaten dabei nicht ausgeschlossen. (Frkf. O.-P.-Z.

(Frankfurt, den 29. Mai.) Nachstehend geben wir die in der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung angenommene definitive Geschäftsordnung, deren Kenntnißnahme von allgemeinem Interesse sein wird. Geschäftsordnung für die constituirende Nationalversammlung. I. Prüfung der Legitimationen. §. 1. Zur Prüfung der Legitimationen wird die ganze Versammlung von dem Vorstande in 15 möglichst gleiche Abtheilungen durch das Loos getheilt. Diese Verloosung wird je nach 4 Wochen neu vorgenommen, wenn nicht die Versammlung einen andern Zeitpunkt beschließt. §. 2. Die Abtheilungen wählen alsbald mit absoluter Stimmenmehrheit ihre Vorstände, an welche der Vorsitzende der Nationalversammlung die Wahlurkunde übergibt und zwar in der Art, daß die erste Abtheilung die Wahlen der Mitglieder der fünfzehnten Abtheilung, die zweite die Wahlen der ersten prüft u. s. w. Nach der ungesäumt zu bewerkstelligenden Prüfung in den Abtheilungen sind von sämmtlichen Vorständen derselben die Zeugnisse der als gültig gewählt Anerkannten dem Vorsitzenden wieder einzuhändigen. §. 3. Als gültig gewählt ist Jeder zu betrachten und zu den Geschäften und Sitzungen zuzulassen, dessen

Wahlzeugniß die Kenntniß äußerer Aechtheit an sich trägt und mit dem Wahlgesetze des betreffenden Landes nicht notorisch im Widerspruche steht. §. 4. Sobald die Zahl der anerkannten Mitglieder 330 erreicht, hat der Vorsitzende die Nationalversammlung zu einer Sitzung einzuladen, in welcher von ihm die Namen der Anerkannten verkündigt werden und sodann zur Wahl des Vorstandes der Nationalversammlung geschritten wird. §. 5. Angefochtene Legitimationen werden an einen Centralausschuß verwiesen, welcher aus den Vorständen sämmtlicher Abtheilungen gebildet wird. Dieser hat jedoch die Fälle, in welchen er auf Ausschluß anträgt, der Nationalversammlung zur Entscheidung vorzulegen. §. 6. Wahlanfechtungen, welche das Wahlverfahren und die Eigenschaften der Wähler betreffen, sind nur dann zulässig, wenn solche gleichzeitig genügend bescheinigt, innerhalb 14 Tagen nach der durch die Wahl des Vorsitzenden vollzogenen Constituirung der Nationalversammlung oder ebenso lange nach der später erfolgten Uebergabe der Wahlurkunde eingegeben sind. Auch solche aber dürfen nur dann berücksichtigt werden, wenn die Mängel möglicherweise auf das Ergebniß der Wahl von Einfluß waren. Anfechtungen, welche einen Mangel der gesetzlichen Eigenschaften des Gewählten betreffen, sind auch später noch zulässig, wenn sie gleichzeitig genügend bescheinigt sind. §. 7. Bis zur definitiven Entscheidung über die Gültigkeit einer Wahl ist der Angefochtene berechtigt, an den Verhandlungen der Nationalversammlung Theil zu nehmen. §. 8. Nach erfolgter Ungültigkeitserklärung einer Wahl ist die schleunige Ersetzung des Ausscheidenden durch den Vorsitzenden der Nationalversammlung zu veranlassen. §. 9. Falls ein Erwählter nach seiner eigenen Erklärung an der Versammlung Theil zu nehmen dauernd verhindert ist, wird derselbe durch eine andere Wahl ersetzt. Wo aber nach den Gesetzen einzelner Länder ein Stellvertreter des Abgeordneten für diesen Fall bereits erwählt ist, wird derselbe als Mitglied der Versammlung sofort einberufen. Zeitliche Verhinderungen begründen einen Antrag auf Urlaubsertheilung, welche vom Vorsitzenden bis auf 8 Tage, auf längere Zeit von der Nationalversammlung selbst gegeben wird. In Fällen von Urlaubsertheilung tritt ein Stellvertreter nicht ein.

II. Die Vorsteher, Beamten und Diener der Versammlung. §. 10. Die Nationalversammlung wählt nach erfolgter Konstituirung (siehe §. 4) aus ihrer Mitte mit absoluter, nach der Zahl der an der Wahl theilnehmenden Mitglieder zu berechnenden Stimmenmehrheit und durch Stimmzettel einen Vorsitzenden (Präsidenten) für die Dauer von vier Wochen. Der dann Austretende ist wieder wählbar. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos unter den Gewählten. §. 11. Auf dieselbe Weise werden zwei Stellvertreter des Vorsitzenden (Vicepräsidenten) in zwei abgesonderten Wahlhandlungen ernannt. Dieselben vertreten in der Reihenfolge ihrer Erwählung den Vorsitzenden bei Verhinderungen desselben, oder wenn er an einer Verhandlung als Redner Antheil nehmen will. §. 12. Noch werden mit relativer Stimmenmehrheit acht Schriftführer (Secretäre) der Versammlung für die ganze Dauer der letztern in einer Wahlhandlung gewählt. Dieselben können jedoch nach dreimonatlicher Amtsführung ihre Ersetzung verlangen. §. 13. Der Gesammtvorstand (der Vorsitzende, die Stellvertreter und die Schriftführer) bestellt nach collegialischer Berathung und mit absoluter Stimmenmehrheit aus Nichtmitgliedern das erforderliche Archiv-, Kanzlei- und Dienstpersonal namentlich a) einen Vorstand der Kanzlei; b) Kanzleigehülfe; c) Abschreiber; d) Geschwindschreiber und deren Gehülfen. §. 14. Dem Vorsitzenden liegt die Erhaltung der Ordnung im Innern des Hauses ob; er hat das Recht, im Falle von Ordnungsstörungen die Sitzungen zu suspendiren, einzelne Ruhestörer entfernen und äußersten Falles die Gallerien räumen zu lassen; er wacht über die Beobachtung der Geschäftsvorschriften; leitet die Verhandlungen; ertheilt das Wort; stellt die Fragen zur Abstimmung; spricht das Ergebniß der letzteren aus; ist das Organ der Nationalversammlung in ihren äußeren Beziehungen. §. 15. Den Schriftführern liegt die Protocollführung, die Aufzeichnung der Controlle der Abstimmungen, die Einschreibung der Anträge und Eingaben, und in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden, die Aufsicht über die Kanzlei ob. III. Ordnung der Sitzungen. §. 16. Die Sitzungen der Nationalversammlung sind öffentlich. §. 17. Vertrauliche Sitzungen können ausnahmsweise stattfinden, wenn wenigstens 50 Mitglieder darauf antragen, und die Versammlung, nach vorläufiger Entfernung der Zuhörer, den Antrag mit zwei Dritttheilen der Stimmen begründet findet. Ueber die Veröffentlichung der Protokolle solcher Sitzungen entscheidet die Versammlung. §. 18. Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn 200 Mitglieder anwesend sind. IV. Ausschüsse. §. 19. Alle Gegenstände, für welche die Versammlung eine Vorberathung beschließt, werden an die (nach §. 1 gebildeten) Abtheilungen verwiesen. §. 20. Jede Abtheilung wählt nach vorgegangener Berathung des Gegenstandes und nachdem die Ansicht der Abtheilung durch Abstimmung ermittelt ist, eines ihrer Mitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit in einen dadurch zu bildenden Ausschuß. Die Nationalversammlung kann jedoch die Zahl der Ausschußmitglieder auch größer bestimmen. §. 21. Ein solcher Ausschuß ist beschlußfähig, sobald und so oft mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er hat sofort einen Vorstand, einen Stellvertreter desselben und einen Schriftführer aus seiner Mitte zu ernennen, beide ersteren mit absoluter Stimmenmehrheit. Hiernächst wird der Gegenstand in Berathung genommen, bei welcher jedes Mitglied die Ansicht der Mehrzahl und der Minderzahl seiner Abtheilung zu berichten hat, ohne jedoch bei den, mit Stimmenmehrheit zu fassenden Beschlüssen an jene Ansicht gebunden zu sein. Das Ergebniß der Berathung ist durch einen mit absoluter Stimmenmehrheit des Ausschusses erwählten Berichterstatter der Nationalversammlung vorzulegen. §. 22. In einzelnen Fällen kann die Nationalversammlung beschließen, daß die Abtheilungen zu dem betreffenden Ausschusse nicht blos aus ihrer Mitte zu wählen gehalten seyen. Trifft die Wahl mehrerer Abtheilungen auf denselben Abgeordneten, so geht die ihrer Nummer nach frühere Abtheilung vor, und die andere oder andern Abtheilungen haben von Neuem zu wählen. Auch kann die Versammlung beschließen, daß die Wahl sämmtlicher Ausschußmitglieder in den Abtheilungen so geschehe, daß jedes Mitglied einer Abtheilung fünfzehn Namen aufzeichnet, und daß durch Zusammenzählen sämmtlicher Stimmen aus allen Abtheilungen das Ergebniß der Wahl durch das Sekretariat ermittelt werde. §. 23. Jeder in einen Ausschuß Gewählte ist schuldig, den Auftrag anzunehmen und regelmäßig den Sitzungen anzuwohnen. Wer jedoch bereits Mitglied von zwei Ausschüssen ist, kann sich entschuldigen; eben so kann die Abtheilung wegen anderer dringender Gründe die Wahl auf Ansuchen zurücknehmen und eine neue Wahl veranstalten. §. 24. Ein Ausschuß hat, wenn er nicht ausdrücklich andere Aufträge von der Versammlung erhält, sich nur mit Vorbereitung der ihm zugewiesenen Geschäfte zu beschäftigen und steht auch weder mit Behörden noch mit Einzelnen außerhalb in Verbindung; jedoch kann die Versammlung einem Ausschusse das Recht einräumen, Zeugen und Sachverständige vorzufordern, zu vernehmen und vernehmen zu lassen, oder mit Behörden in Verbindung zu treten. (Forts. folgt.)

Hessen. (Mainz, 27. Mai.) Der gestrige Beschluß des Parlaments in Bezug auf die Mainzer Wirren hat hier einen schlimmen Eindruck gemacht. Die Nachricht war schon eine Stunde nach dem Parlaments-Beschlusse hier bekannt, und alsbald bildeten sich Gruppen auf den Straßen, denen man die Entrüstung ansah. Man beeilte sich, die Adresse an den Minister von Gagern, die einen schleunigen Garnisonwechsel und hessische Truppen zur Aufrechthaltung der innern Ordnung verlangt, nachträglich noch mit zahlreichen Unterschriften zu versehen. Auch an anderen Demonstrationen wird es nicht fehlen, denn man verlangt durchaus, daß die jetzigen preussischen Truppen durch andere ersetzt werden; dem öffentlichen Frieden sollte man dieses Zugeständniß machen. Die Ruhe ist in den letzten Tagen nicht wieder gestört worden, obgleich die Reizbarkeit auf beiden Seiten groß ist. Die Untersuchung der Wirren geht ihren Gang; den Kriegszustand können wir noch nicht als ganz aufgehoben betrachten, so lange noch ein Ausnahmszustand besteht. (Köln. Z.)

Der bekannte Abgeordnete Zitz aus Mainz macht folgende Widerlegung über die letzten Vorfälle zu Mainz bekannt. Das Festungsgouvernement zu Mainz hat eine Rechtfertigung der gegen diese Stadt verhängten Maßregeln versucht. Es wird sofort eine Druckschrift mit dem Anhange aller über die Vorfälle zu Mainz von ihrem Anfange bis zu ihrer tragischen Entwickelung abgegebenen Zeugenaussagen erscheinen, und daraus wird sich die deutsche Nation das Urtheil bilden, ob die Handlung des Festungsgouvernements auch nur entschuldigt werden kann, oder die Bezeichnung verdient, welche ich ihr öffentlich beigelegt habe. Alles, was aber in jener Erklärung der Bürgerwehr oder den Bürgern von Mainz von der Militärbehörde zur Last gelegt wird, ist entweder ganz unrichtig oder entstellt. So ist es unwahr, daß die Bürgerwehr als solche, in Abtheilungen, oder auch in Vereinigung mehrerer, oder auf Kommando Gebrauch von den Waffen gemacht habe. Nur einzelne und zwar sehr wenige haben sich im Augenblick höchster Erbitterung und nach vorhergegangenem Angriffe gegen ihre unbewehrten Mitbürger dazu hinreißen lassen — dafür mag sie die gerechte Sache treffen. Die hervorgehobenen Befürchtungen eines nächtlichen Strassenkampfes ist eine durchaus leere, und wird von jedem belächelt, der die Stärke und Zahl der möglichen „Barrikadenkämpfer“ zu Mainz zu beurtheilen weiß. Uebrigens wäre der „nächtliche Strassenkampf“ schon dadurch unmöglich geworden, daß die Soldaten in der nämlichen Viertelstunde, wo die Anhöhen besetzt und die Kanonen gerichtet wurden, in die Kasernen zurückkehren mußten und zurückgekehrt sind. Die in einem Hause der breitesten Straße von Mainz zwei Tage nach jener Gewaltthat gefundenen „angeblichen Spuren zur Vorbereitung von Barrikaden“ haben eingezogener Erkundigung nach in einem oder einigen Steinen bestanden! Unrichtig ist, daß die Bürgerwehr dem Befehle des Festungsgouvernements untergeordnet gewesen sey — sie hat sich in Folge der Märzereignisse und des Bedürfnisses der Volksbewaffnung zum Schutze des Lebens und Eigenthums ihrer Mitbürger mit Genehmigung der souveränen Landesbehörde organisirt, und hat das geheimgehaltene, die Landessouveränetät beeinträchtigende Festungsreglement des ehemaligen Bundestags nie anerkannt. Unwahr ist, daß die Hauptwache um 2—3 Uhr und außerordentlich verstärkt worden wäre; sie wurde erst um 5—6 Uhr, als die Angriffe der preussischen Soldaten schon ihren Anfang genommen hatten, und nur mit den Zuzügen verstärkt, welche die ganze Zeit ihres Bestehens über an den Tagen, wo Unruhen vorauszusehen waren, zum Patrouilliren beordert waren. Daß viele Flinten scharf geladen waren, bedeutet selbst dann nichts, wenn sie in Folge der allgemeinen Befürchtung größerer Gewaltthätigkeiten und namentlich des von einer Abtheilung Soldaten in die Straße gegebenen Pelotonfeuers, geladen geworden wären: es steht sicher, daß strenger Befehl gegeben war, nicht zu schießen, und nur einen Angriff mit gefälltem Bayonett abzuwehren. Uebrigens ist der Umstand auch daraus erklärlich, daß die Abtheilungen Morgens zum Scheibenschießen ausgerückt und vom Regen überrascht, schnell zurückgekehrt waren — so wurden 60—70 geladene Gewehre von einem Führer abgeliefert, deren Eigenthümer seit dem Morgen gar nicht unter Waffen standen. Daß 23 Flinten abgeschossen waren, erklärt sich aus dem ebenerwähnten; übrigens ist ja nur eine Schußwunde auf Seiten des Militärs zu beklagen! Alle diese Vorfälle aber hatten erst zwischen 8 und 9 Uhr Abends statt — nach 9 Uhr wurde schon die Beschießung der Stadt binnen 2 Stunden angedroht — gleichzeitige oder sogar (wie das Laden der Flinten, das Auffinden des Steins) erst spätere Wahrnehmungen konnten also weder den Straßenkampf vorhersehen lassen, noch die angedrohte Beschießung rechtfertigen. Hätte das Gouvernement gegen die tumultuirenden Soldaten rechtzeitig Patrouillen ausgeschickt und deren Excesse verhindert, so wäre keins der betrübenden Ereignisse eingetreten. Aber — Wer nun Schuld und Veranlassung dieser Exzesse trägt, wer sich dabei gewaltthätig und tückisch benommen hat, wird die Untersuchung lehren — die Mainzer haben solche nicht zu fürchten! In diesen Strassenexzessen aber hat, nach den eigenen Zugeständnissen des Festungs-Gouverneurs, keine Veranlassung in der angedrohten Vernichtung der Stadt gelegen — ein weiteres lag aber dafür nicht vor; am wenigsten kann die Vermeidung eines befürchteten (!) Straßenkampfs das sonderbare Mittel rechtfertigen, in das Eigenthum der Bürger gewaltthätig zur Nachtzeit einzudringen, die letztern daraus zu verbannen, mitten in der Nacht eine Stadt von 36,000 Einwohnern mit Bombardirung zu bedrohen; ruhig dahingehende Menschen durch Schildwachen niederzuschießen u. dgl. mehr! Erhebend ist, daß alles dieses geschehen sein soll, um Bürgerblut zu schonen, und die Verheerung der Stadt zu verhindern!! Das ausgesprengte Gerücht von einer Partei, die sich der Festung bemächtigen wollte u. dgl. ist so erbärmlich, daß mit stillschweigender Verachtung darüber weggegangen wird. Ganz unwahr ist, daß von Mainzern auf Schildwachen wäre geschossen worden! Daß das Festungsgouvernement zu verstehen gibt, die Beschießung sei nur eine Drohung gewesen, widerspricht dem offenen Charakter der Männer, welche die Erklärung unterzeichnet haben, es war keine bloße Drohung, sondern schreckliche Wahrheit. Die von dem Festungsgouvernement gegen die Freiheit der Presse zu

Mainz erklärte Absicht zeige ich der öffentlichen Meinung der deutschen Nation und der Souveränetät des Landesherrn zur Beurtheilung an! Die Gesetze sind stark genug, Mißbräuche der Presse zu bestrafen: es bedarf dazu der Mitwirkung des Festungsgouvernements nicht!

Oesterreich. (Wien, 26. Mai.) Schon gestern Nachmittag hatte eine angeschlagene Aufforderung des Grafen Colloredo an die akademische Legion Aufregung veranlaßt. An der Aula war außerdem bekannt geworden, daß Emissäre unter den Arbeitern herumgegangen waren, und sie mit Geld und Worten zur Lossagung von den Studenten überreden wollten. Ein gewisser Schmidt war von den Arbeitern selbst festgenommen worden. Graf Montecuccoli erschien hiebei kompromittirt. Die Erbitterung gegen ihn stieg, als das Gerücht sagte, daß den Arbeitern 20,000 fl. C.-M. durch einen Geistlichen angeboten worden seyen. Doch begnügte man sich, in der Nacht dem Grafen Colloredo eine Katzenmusik zu bringen. Heute früh las man bereits eine neue vom Grafen Montecuccoli unterschriebene Aufforderung zur Auflösung der akademischen Legion und deren Einverleibung in die Nationalgarde. Sie lautete bei weitem peremtorischer als die des Grafen Colloredo. Mittlerweile war Graf Colloredo um 5½ Uhr Morgens auf der Aula erschienen; dort nicht mehr als Commandant betrachtet, blieben seine Befehle, für die er sich mit gezogenem Degen Achtung zu erwirken suchte, ohne Esolg. Dennoch hatten die Studirenden sich geneigt gezeigt, auseinander zu gehen; nur die Zugeständnisse des 15. Mai sollten ihnen, sollten dem Volke verbürgt werden. Der Anblick, den Wien am Morgen darbot, veränderte die Sachlage. Militär war an die Universität herangerückt, man hatte anfangs, kriegsgerüstet, wie man sie sah, geglaubt, sie seyen zum Abmarsch nach Italien bestimmt; als man vernahm, daß es auf gewaltsame Bezwingung abgesehen sey, Kanonen auf die Plätze gefahren, und das Militär auf die Glacis konsignirt sey, beschlossen die Studenten, Stand zu halten. Einzelne sprachen nun mit den aufgestellten Soldaten, und da es die Offiziere nicht zu wehren vermochten, so ließen sie die Mannschaft wieder abziehen. Inzwischen waren die Thore geschlossen und vom Militär besetzt worden. In der Leopoldstadt gingen Bürger und Volk nun darauf aus, das Rothenthurmthor zu stürmen. Das Militär leistete Widerstand, doch das Thor wurde eingesprengt, ein Bürgeroffizier und ein Student fielen von Schüssen schwer verwundet. Jetzt strömten von allen Seiten Arbeiter und Nationalgarde herbei, einige Stadtkompagnieen, von denen die wenigsten ausrückten, ausgenommen, erklärten alle sich der Sache der Studenten, die sie als die des ganzen Volkes betrachteten, anzuschließen. Der Ministerrath wurde mit Deputationen zur Zurücknahme des Auflösungsbefehls, zur Zurückziehung des Militärs belagert. Er zögerte. Nun traten zwei Bataillone, ein ungarisches und ein italienisches, zum Volke über. Der Generalmarsch erscholl, die Sturmglocke dröhnte, und an den Zugängen der Universität waren Barikaden errichtet worden. In einem Nu verbreiteten sich dieselben über die ganze Stadt, wohl über 150. So währten die Dinge bis 12 Uhr Mittags. Nun endlich wurde der Befehl zur Auflösung der Legion zurückgenommen und Abzug des Militärs zugesagt. Beides wurde jubelnd verkündet, jubelnd angehört. Allein das Volk will die Barrikaden nicht wieder aufheben, bis das Militär, das einstweilen auf dem Glacis campirt, wirklich abgezogen ist. Die Volksstimmung war besonders gegen alle Aristokraten, die man zu der Partei des Hofadels zählt, sehr aufgeregt. Von irgend einem Attentat gegen Personen oder Eigenthum vernimmt man jedoch nichts. Sehr begreiflich bleibt die Börse geschlossen. Noch gestern erregte die Blokade Triests und die Absendung eines Kuriers von Seite des englischen Gesandten zur Schutzanbietung engl. Kriegsschiffe Aufsehen. Wer spricht heute davon? — 3 Uhr Nachmittags. Soeben wird am Polizeihause am hohen Markt die Fahne abgenommen, und die — übrigens längst inoffensive — Polizeiwache aufgefordert, ihre Gewehre abzugeben und sich zurückzuziehen. Sie leistete durchaus keinen Widerstand. Die Nationalgarde hält nun den Posten besetzt. Man spricht von Demonstrationen gegen Montecuccoli und Colloredo, doch sollen sie sich darauf beschränken sie vor ein Ehrengericht zu stellen. Man hört noch viel Lärm auf den Straßen, und hält selbst momentan die Ruhe nicht hergestellt, bis das Militär abgezogen sein wird. An den Läden liest man mit Kreide: Heilig ist das Eigenthum. — Nachmittags 3½ Uhr. Folgendes wird eben bekannt gemacht: „Die Zusicherungen des Kaisers am 15. und 16. d. M. stehen in ihrer ganzen Ausdehnung aufrecht. Die akademische Legion besteht unverändert. Das Militär wird sogleich in die Kasernen abgezogen, und die Thorwachen werden gemeinschaftlich von der Nationalgarde, der akademischen Legion und dem Militär in gleicher Stärke bezogen. Wien, 26. Mai 1848. Pillersdorff." (A. A. Z.)

(Wien, den 27. Mai.) Die Barricaden sind nicht nur nicht eingestellt, sondern fortgesetzt worden, und die ganze innere Stadt ist voll von ihnen. Sie sind meist recht gut angelegt und mit Fahnen verziert. Gegen wen sie vorerst errichtet sind, weiß eigentlich niemand anzugeben, da das Militär im Abzug begriffen ist. Inzwischen sind heute abermals sämmtliche Läden geschlossen, und es ist ebensowenig von Börse wie von Theater die Rede. An manchen Orten kleben gedruckte Zettel, bloß die Worte enthaltend: „Wir geben die Barricaden nicht auf, bis die Soldaten fortgezogen sind, wir wollen uns nicht wieder hetzen lassen." Wie Sie begreifen, herrscht die größte Bestürzung in allen Gemüthern; man fürchtet Tschechen, Russen, die Radetzky'sche Armee — und am meisten Anarchie: Bombardement und Brandschatzung der Stadt die einen, Pöbelherrschaft, Plünderung, wohl gar Guillotine die andern. Es sind nun zahlreiche Vorposten aufgestellt, um von dem besorgten Einmarsch böhmischer Regimenter, wiewohl das Ministerium ihn auf das bestimmteste in Abrede stellte, Nachricht zu geben. Mehrere Kanonen und Pulverwagen, nach Italien bestimmt, sollen ebenfalls in dieser Richtung aufgestellt worden sein. Graf Montecuculi und Graf Colloredo, die man als Geiseln festnehmen gewollt, haben sich in der Nacht geflüchtet. Dagegen verkündet das Ministerium die Einziehung mehrerer Bürger, welche zu der Aufhebung der akademischen Legion Anlaß gegeben. (!) Die akademische Legion hat dem Exkriegsminister Zanini das Commando über sie angetragen, dieser aber das Begehren entschieden abgelehnt; es soll nun dem Oberst Pannasch übergeben werden. Die Nationalgarde hat für den als Geisel zurückbehaltenen Grafen Hoyos keinen andern Obercommandanten erwählt. Es sind heute wieder 30 Centner Silber für die Bank angelangt. Von Geschäften ist auch nicht die geringste Rede. Es hat sich ein permanenter Sicherheitsausschuß, aus Bürgern, Nationalgarde und Studenten bestehend, mit diktatorischer Gewalt und über dem Ministerium stehend, gebildet, der seine Sitzungen im Stadthause hält. So eben verlautet, daß Graf Breuner, Baron Pereira, Prof. Hye und Prof. Endlicher in Anklagestand versetzt worden sind, jedoch auf freiem Fuß belassen wurden. (Agb. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 25. Mai.) Die Aufregung, welche der Verfassungsentwurf und speciell die Paragraphen von der ersten Kammer hervorgerufen haben, ist verbreiteter, als man denken konnte. Was im Volke für liberal gelten will, erklärt sich dagegen, und die Minister werden nicht mit den feinsten Ausdrücken bedacht. Die Männer von Fach haben gut nachweisen, daß der Entwurf liberaler sei, als alle bisherigen Verfassungen konstitutioneller Länder, mit Ausnahme vielleicht der norwegischen, vor der er aber auch wieder etwas voraus habe — man hört sie nicht; man will gegenwärtig nicht bloß eine bessere Constitution als andere, man will die beste haben, wie demokratische Redner und Schriftsteller sie geschildert, und wo möglich auch die Nordamerikaner hinter sich lassen. Von den Deputirten sollen sich, wie man hört, zwei Drittheile gegen die vorgeschlagene erste Kammer erklären. Die Radicalen, deren Stärke noch nicht zu berechnen, aber im Wachsen ist, wollen darauf antragen, daß der Entwurf den Verhandlungen gar nicht zu Grunde gelegt, sondern daß eine Kommission ernannt werde, die einen neuen ausarbeiten solle. Ginge dies durch, würde sich die Versammlung in dem Sinne für souverän erklären, daß sie bei Feststellung der Konstitution jede Mitwirkung der Regierung ausschlösse, so würde, wie man bestimmt versichert, der König die Krone niederlegen. (A. A. Z.)

Belgien.

(Brüssel, den 27. Mai.) Die Zeitungs-Nachrichten über die Ankunft Sr. kgl. Hoheit des Prinzen von Preussen in hiesiger Stadt sind — wie wir bestimmt versichern können — unrichtig. Nach Briefen aus London wird der Prinz vor dem 28. d. Abends seine Rückreise nach Deutschland nicht antreten. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 27. Mai.) August Blanqui, der gefürchtete Urheber des Attentats vom 15. Mai, ist gestern Abend 6 Uhr in der rue Montholon 14 arretirt worden. Derselbe war nicht, wie behauptet, ins Ausland geflüchtet, sondern hatte sich in der wenige Stunden von hier gelegenen Kolonie Maisons-Laffitte verborgen. Als er den ersten Polizeieifer gestillt glaubte, stahl er sich nach Paris zurück, wo man ihn gestern Abend entdeckte. Unter seinen Papieren findet sich ein Brief vor, den die Gerichtszeitungen veröffentlichen. Dieser Brief lautet wörtlich: »An den Bürger Blanqui. Die Bourgeoisie trägt in allen Wahlen den Sieg davon. Mit offenen Waffen werden Sie daher die Bourgeoisie, die selbst jedes Gefühl im Volke vernichten möchte, nicht ausrotten. Sie müssen wie jene Generäle, deren Korps zu schwach sind, um dem Feind in Schlachtordnung die Spitze zu bieten, ihr den Krieg heimlich und im Einzelnen machen. So thaten es auch die Vendeer im Jahre 1793. Durch fortwährende Plänkeleien, fortwährende Beunruhigung werden Sie den Handel, diese Seele der Bourgeoisie, ersticken und den Kredit dergestalt hemmen, daß der letzte Thaler springt. Das Geld ist das Blut des Bürgerthums; seine Ehre. Der Sturz der 3% und 5% Rente sein Tod, sein Waterloo. Alles Andere ist ihm sehr gleichgültig. Ob das Volksblut fließe, kümmert es wenig, wenn nur die Rente steigt. Es kennt Ihre Grundsätze und darum lockt es Sie zu offnenem Kampf heraus. Nehmen Sie sich in Acht. Bankerott der Staatskasse, der Bank und aller sonstigen Kreditinstitute, der ist es, was das Bürgerthum vernichtet. Um dieß zu erreichen, müssen Aufregung, Beängstigungen und Scharmützel aller Art unaufhörlich fortgesetzt werden; nur keine offenen Kämpfe, denn es hat die Uebermacht. 1831, ein Jahr nach der Julirevolution, verstanden Sie es, den Kredit zu unterminiren und doch war die Lage der Weltverhältnisse damals unendlich günstiger als heute. Der Kredit ist die verwundbare Stelle des Bürgerthums; durch ihn muß man es tödten. Wo nicht, so könnte es sich ereignen, daß Sie Ihren alten Freund, Mont-Saint-Michel, wieder besuchen. Es würde seine souveräne Waffen gegen Sie wenden und sie ohne Aufschub vernichten, denn Sie und die Ihrigen (Kommunisten) sind sein Fluch.«

Großbritannien.

† (London, den 26. Mai.) [Oberhaus-Sitzung vom 25. Mai.] Nach langer Debatte, die bis 2 Uhr Nachts dauerte und von der Engherzigkeit des englischen Grund- und Geldadels in ihrer ganzen Erbärmlichkeit zeugte, verwarf das Haus die zweite Verlesung der Juden-Emancipationsbill mit 163 gegen 128 Stimmen. Was wird die Regenten-Familie Rothschild dazu sagen? Wie wird sie die halsstarrigen Lords züchtigen?

Italien.

(Rom, den 18. Mai.) Neapel ist in Belagerungszustand erklärt, die Nationalgarde aufgelöst, Principi di Cariati an der Spitze eines neuen Ministeriums, die konstitutionellen Garantien auf einen Monat hinausgeschoben. (N. W. Z.)

Portugal.

(Lissabon, 19. Mai.) Noch ist das Land ruhig, aber man erwartet täglich einen Ausbruch. Aufreizende Schriften in republikanischem Sinne werden überall verbreitet. Der neue französische Bevollmächtigte Hr. Rivières, ist eingetroffen. Der Finanzminister hat die allmählige Verminderung der Zölle vorgeschlagen. Das Ministerium ist besorgt und trifft Maßregeln, um jeden Aufstand mit Waffengewalt zu unterdrücken. (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Eheliche Verbindung.

Johann Michael Bunzel.
Babette Bunzel, geb. Fleischmann.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Bei Beziehung unserer neuen Wohnung L. No. 871 am Hallplatz empfehlen wir uns der neuen Nachbarschaft zu geneigter Aufnahme und bitten uns zugleich in allen vorkommenden Flaschnerarbeiten ihr Zutrauen zu schenken. — Bei dieser Gelegenheit empfehle ich den Herren Brauereibesitzern meine englischen Malzdörren, welche ich mit oder ohne Verbindung des Braukessels, und mit oder auch ohne Kanal auf das zweckmäßigste und billigste herzustellen im Stande bin. Zugleich empfehle ich mich mit allen vorkommenden Schwarzblech-Arbeiten, und füge noch die Bemerkung bei, daß sich meine Werkstatt noch in der Fischergaße S. No. 1600 befindet.

Konrad Friedrich Böhrer,
Flaschnermeister und k. privil. Verzinner.

Empfehlung.

Die hiesigen Schreinermeister empfehlen hiermit ihr reich assortirtes Möbel-Magazin, und laden Kaufliebhaber ergebenst ein. Sie glauben das Vertrauen eines verehrlichen hiesigen und auswärtigen Publikums sich um so mehr versprechen zu dürfen, da sie als Verkäufer ihrer eigenen Fabrikate im Stande sind, den Preis bei solider und moderner Arbeit so niedrig als möglich zu stellen. Auch bitten wir gehorsamst um das Vertrauen, Bestellungen aller Art, im Großen oder Kleinen, uns zu Theil werden zu lassen, und werden uns bestreben, dasselbe durch gute und billige Arbeit mehr und mehr zu verdienen. Auch liegen stets von den besten Journalen Blätter zur gefälligen Ansicht bereit, und werden dieselben auf Verlangen ins Haus, so wie auch auswärts gesendet, und unser Bestreben wird stets darauf gerichtet seyn, uns ertheilte Aufträge pünktlich und gewissenhaft zu erfüllen.

Nürnberg, den 1. Juni 1848.

Die Verwaltung des Möbel-Magazins der Schreiner.

S. Nro. 16 nächst der Hauptwache.

Anzeige.

Einer von den Unterzeichneten, zum erstenmal in dieser Stadt angekommen, macht seine ergebenste Anzeige, daß er von der löbl Behörde die Bewilligung erhalten, ihre erfundene und von mehreren Zeugnissen geheilter Personen, darunter selbst sehr geschickter Aerzte, bestätigte Kunstfertigkeit in gänzlicher

Vertilgung der Hühneraugen

mittelst eines ganz unschmerzhaften Pflasters zum Vortheile des hierortigen Publikums ausüben zu dürfen Er erlaubt sich demnach das verehrteste Publikum aller Stände von den nähern Umständen dieser Kunstausübung in Kenntniß zu setzen, und seine Dienste zu empfehlen. Die Wohnung befindet sich im

Gasthof zum rothen Hahn,

Königsstraße Zimmer No. 7, 2ten Stock, wo er bereits den ganzen Tag zur Behandlung zu treffen ist. — Der Preis eines solchen Pflasters ist einzeln 6kr, im Dutzend 1 fl. sammt Anweisung, und kann auf seiner Wohnung, und im Fall seiner Abwesenheit beim Kellner und in der Materialhandlung des Wilhelm Dietrich am Heugäßchen bezogen und Bestellungen abgegeben werden — Auf Verlangen begibt er sich in die resp Wohnungen um die Füße selbst zu besorgen, in welchem Falle auch noch ein beliebiges Honorar nach gänzlicher Heilung des Uebels bezahlt wird. Das Heilmittel ist von mehreren Physikaten medizinisch untersucht und für durchaus unschädlich erklärt. Für Dienstboten und unbemittelte wird billige Rücksicht genommen.

Gebrüder Lentner,
Hühneraugen-Operateurs aus Tyrol.

Erwiederung

auf das Eingesandte in Nr. 150 der Mittelfränkischen Zeitung.

Es wurde noch niemals, der Besitzer bei Renovirung seines Hauses, von diesem Manne gezwungen, die Farbe sich vorschreiben zu lassen, sondern es wurde immer nach Angabe des Besitzers gemacht; erwiesen ist es daher schon weil viele neu renovirte Häuser hier sind, von verschiedenartigsten Couleuren, hell und dunkel und mit keiner D..k-Farbe angestrichen. Daß bei diesen gemeinten Manne, die Couleur der Farbe eingegeben werden muß, geschieht aus diesem einfachen Grunde, daß die Farben nicht zu grell und buntscheckig sind.

Mehrere Tüncher- u. Maurermeister.

Bierwirthschafts-Verpachtung.

Eine solide Bierwirthschaft mit einem Garten und Kegelbahn, wird am Ziel Lorenzi verpachtet. Auskunft ertheilt

J. J. Pfeiffer jun.,
Kommissionär, L. Nro. 191 Adlerstraße.

(Gesuch) 3000 fl. à 6 pCt werden gegen einen Werth von 6000 auf 6 Monate aufzunehmen gesucht. — Näheres in der Exped. d. Bl.

Abgedrungene Veröffentlichung.

Rechtliche und verstandesbegabte Menschen, rechtfertigen sich nur dann öffentlich, wenn sie von Lästerzungen öffentlich und falsch bezeichnet worden sind, wie es vor einiger Zeit in Nro. 56 dieser Zeitung in boshaft verkappter Weise gegen mich versucht worden ist.

Aus diesem Grunde muß ich bekannt machen, daß meine Stieftochter in der auf mein Ansuchen von dem königlichen Landgerichte eingeleiteten Untersuchung, wegen einer aus Rache für meine strenge Zucht, gegen mich fälschlich verbreiteten üblen Nachrede mit einem dreitägigen geschärften Arreste bestraft worden ist.

Schweinau, am 1. Juni 1848.

Friedr. Wilh. Carl Tittelbach,
Flaschnermeister.

Offener Brief an den Herrn Zuschauer an der Pegnitz.

Sie werden sich zu erinnern wissen, daß Sie letzthin von mehreren Bürgern in der mittelfränkischen Zeitung aufgefordert wurden, endlich doch einmal den schon so oft besprochenen Schatz zu heben, man will überzeugt sein, daß Ihr Wort auch ein deutsches Manneswort ist, man will glauben, daß Sie sich, wie Sie schon oft versprochen haben, für Ihre Vaterstadt, unser theures Nürnberg, selbst würden, wenn es zum Nutzen und Frommen Ihrer Mitbürger gereichen würde, opfern können Sie haben erklärt, daß benannter Schatz kein anderes Gut als Bürgergut sei, daß also Niemand daran Ansprüche zu machen hat. Sie haben, um alle Zweifel an Ihrem Wort zu heben, in Ihrem eignen Blatt in einem Gedicht Ihr heiliges Ehrenwort verpfändet, indem Sie sagen, es treffe mich die große Schande, wenn ich Euch log, also mit andern Worten gesagt, ich will ein Schandbube sein, wenn der Schatz nicht wirklich vorhanden ist, also Herr Zuschauer, wir müssen als deutsche Männer glauben, was Sie uns versichern, daher bitten wir Sie hiermit ernstlich, bei dieser so bedrängten Zeit Ihr Wort zu lösen. Geben Sie das, was einmal nach Ihrem eigenen Versprechen Eigenthum der Stadt, also Eigenthum der Bürgerschaft ist, heraus und legen Sie das Ganze zur Gründung der Magazine; dadurch, Herr Doktor, werden Sie sich nicht nur des Danks des ganzen gewerbtreibenden Publikums zu erfreuen haben, sondern Sie werden auch in Nürnbergs Annalen prangen als deutscher braver Mann, als wahrer Bürgerfreund, auch glauben wir berechtigt zu seyn, hoffen zu dürfen, daß Sie unsre Wünsche genehmigen, gewiß wird unser ehrenwerther Bürgermeister nur Freude haben, wenn Sie seine Genehmigung noch erholen zu müssen glauben, also vorwärts, Herr Doktor! Viele wollen an Ihrem Wort zweifeln, machen Sie diese Zweifler zu Schanden und beweisen Sie durch die That, daß Sie kein Lügner sind.

Mehrere Bürger des Gewerbstandes.

Friedrich Fischer. Joh. Christoph Körnlein, Schreibenziehermeister. C. Sauzenthaler, Rothschmied. Wehefritz, Wagmacher. Schwemmer, Mechanikus. Birkmann, Schreiner. Pröbster, Zirkelschmidt. Geißler, Rothschmied.

Rohlederers-Garten.

Heute Donnerstag den 1. Juni findet

Harmoniemusik und Abends Beleuchtung

statt. Es ladet hiemit zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

Kaiser.

Ziegelsteiner Felsen-Keller-Eröffnung.

Donnerstag, den 1. Juni, als am Himmelfahrtstage wird mein Keller eröffnet und zwar ohne Musik, da dieselbe nicht leicht zu bekommen ist. Ich erlaube mir daher ein hochverehrliches Publikum zu recht zahlreichem Besuch hiemit höflichst einzuladen. Mit gutem Bier nebst kalten Speisen werde ich die verehrten Gäste aufs Beste bedienen. Hochachtungsvoll empfiehlt sich

J. G. Götz.

Dutzendteich.

Am Himmelfahrtsfeste und am nächsten Sonntag den 4. d. findet Nachmittags in dem vollständig hergerichteten Parke gutbesetzte Blechmusik unter Leitung des Herrn Stadtmusikus Lippert statt. Der gehorsamst Unterzeichnete ladet Gönner und Freunde ergebenst ein, ihn mit zahlreichem Besuch zu beehren, für welchen er sich durch beste Bedienung und Bewirthung dankbar erzeigen wird. —

Fischer, Pächter der Dutzendteich-Wirthschaft.

Bierwirthschafts-Verkauf.

Eine Bierwirthschaft mit Pfisterei mit in bestem Baustand bestehendem Haus und empfehlender Kundschaft ist billig zu verkaufen. Auskunft ertheilt

Nürnberg, den 30 Mai 1848.

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nr. 191. Adlerstraße.

Köcherts-Zwinger.

☞ Mittwoch den 31. Mai findet 11stimmige Blechmusik unter Leitung des Staabshornisten Lippert statt.

Köchert.

St. Leonhard.

Heute Donnerstag den 1. Juni, als am Himmelfahrtstage, findet von früh halb 6 bis halb 9 Uhr, und Nachmittag Harmonie-Musik statt, wozu ergebenst einladet

A. Feldmann.

Wiener Salon.

Am Himmelfahrtstage ausgezeichnet frischer Münchner Bock.

(Anzeige.) Nachdem Unterzeichnete durch k. Regierungs-Entschließung vom 23. d. die Erlaubniß zur Ertheilung von Privatunterricht in der französischen Sprache erhalten hat, bietet sie dem verehr. Publikum ihre Dienste unter dem Bemerken an, daß sie sowohl in der Grammatik, als in der Conversation Unterricht zu geben bereit ist, und daß sie durch einen zweijährigen Aufenthalt in Paris von 1846—48 sich eine reine Aussprache und elegante Diktion angeeignet zu haben glaubt

Näheres in ihrer Wohnung, Paniersberg S. 703 bei Schreinermeister Richter.

Nürnberg, 30. Mai 1848

Johanna Schäffer.

(Empfehlung) Wir empfehlen eine Auswahl so eben erhaltener feiner Stickereien, als Chemisetten, Krägen, Taschentücher, Aermel, weiße und schwarze Tüllschleier zu äusserst billigen Preisen Ferner gestickte, gestreifte und broschirte Vorhang-Moll, deßgleichen mit Tüllgrund, Battist, Köper, Schirting, Pique, Unterröcke und Bettdecken, Franzen, Bordüren, Spitzen, leinene Bettgimpen und Einsätze. Gardinenhalter, Handschuhe, Bandhosen nebst unsern übrigen schon bekannten Artikeln.

Blank und Comp,
Obstmarkt 906.

Eintracht.

Am Himmelfahrtsfeste versammelt sich die Gesellschaft bei

Wirth Kühnlein zu Tafelhof.

Dem ………… Herrn Baptist Cantor
Einstweilen einen leisen Gruß ins Ohr!
Das Uebrige für seinen Aberwitz
Am Samstag in dem Zuschauer an der Pegnitz
von Dr. M. M. Mayer.

(Verloren.) Vergangenen Sonntag wurde auf dem Hummelstein ein goldenes Kreuzchen an einem mit Gold beschlagenen Haarkettchen verloren. Der redliche Finder wird gebeten dasselbe gegen Erkenntlichkeit in den Garten Nr 9 vor dem neuen Thore zurückzubringen.

(Geschäfts-Verkauf) Ein Essig-Geschäft, ein Siegellack-Geschäft, ein Rosoli- und Liqueur-Geschäft mit Einrichtung und Kundschaft sind billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Verloren) Am vergangenen Montag ist vor dem Wöhrderthor ein Kindersacktuch mit M. N. gezeichnet verloren worden, um dessen Zurückgabe man bittet.

(Verloren.) Fünf Schlüssel an einem Schlüsselhacken sind verloren worden, der redliche Finder wird ersucht dieselben in der Kaiserstraße L. Nr. 133 gegen Erkenntlichkeit abzugeben.

(Ersuchen.) Derjenige Herr, welcher am vergangenen Montag im Contumaz-Garten eine hörnerne Schnupftabacksdose von einem Tisch nahm, wird hiemit ersucht, dieselbe in der Exped d. Bl. abzugeben, widrigenfalls man ihn, da man ihn genau kennt, mit Nennung seines Namens dazu auffordern würde.

(Zu vermiethen) In der Winklerstraße S Nr. 32a ist ein sehr geräumiges Geschäftslokal mit entsprechender Wohnung sogleich oder bis nächstes Ziel zu vermiethen Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) Ein schöner ferm dressirter Hühnerhund wird verkauft.

(Zu verkaufen) Eine schöne und gut chromatische Zither ist zu verkaufen.

Arena.

Donnerstag den 1 Juni 6. Vorstellung im 3. Abonnement. „Steffen Langer aus Glogau, oder der holländische Kamin." nebst einem Vorspiel „Der Kaiser und der Seiler von Ch. Birch-Pfeiffer. „Steffen Langer" Herr Dreßler als Gast.

Mit einer Extra-Beilage.

Extra-Beilage der Mittelfränkischen Zeitung zu Nro. 153.

Aufruf an das deutsche Volk!

Deutsche, Brüder! Die Freiheit ist auch von unserm Volke im Sturme erobert worden; aber oft ist es leichter, eine Eroberung zu machen, als sie festzuhalten. Deutsches Volk, besinne Dich, wie oft Du den Garten der Freiheit mit Deinem Herzblute getränkt hast; wie oft Du in kindlichem, gläubigem Vertrauen auf seine Früchte gehofft, und wie oft er Dir Disteln und Dornen getragen hat für die erwartete Frucht. Auch jetzt liegt das Land wohl zubereitet vor Deinen Füßen, und Du hast Deinen Willen, Deine Forderungen eingestreut als die Samenkörner Deines künftigen Glücks. Wache, daß sie keimen und aufgehen, daß sie wachsen und gedeihen; daß Deine Enkel Dich segnen mögen ob Deiner Hände Arbeit; wache, daß kein Frost aus Norden, kein Gifthauch aus Süden über Deine Frühlingssaaten hereinbricht; daß Dich nicht der Fluch der Nachwelt trifft. Die Schergen der Gewalt, deren Händen Du Dich kaum entwunden hast, sie sind thätig in allen Gestalten, Dir das Netz wieder über die befreiten Glieder zu werfen, und Du, Du scheinst müde schon von der ungewohnten Freiheitsarbeit; Du scheinst Deinen Rausch der Freiheit unter ihrem Schilde ausschlafen zu wollen! Deutsches Volk, o schlafe nicht! Sei wachsam und gerüstet und mache Front nach zwei Seiten hin! Die Anarchie hat an Deine Pforten geschlagen. Sie, an und für sich, war Dir wenig gefährlich: Du hast sie in Deiner jungen Freiheitslust erdrückt. Aber die Reaktion hat sich an ihre Fersen geheftet. Die Reaktion bedient sich jeder anarchischen Schilderhebung als des besten Mittels zu ihren Zwecken; in ihrer Hand wird jede anarchische Schilderhebung das Messer, die kaum geborne Freiheit zu ermorden.

Das ist der augenblickliche Zustand unseres Vaterlandes. Gefahren drohen ihm von Innen und von Außen; seiner Gegenwart, seiner ganzen Zukunft drohet Gefahr. Männer des Volks, da ergehet der Ruf an Euch, auf der Wache zu stehen und nicht zu dulden, daß unser Volk wieder in den Todesschlaf der Knechtschaft eingelullt werde! Männer des Volks, da ergeht der Ruf an Euch, die Vorposten, welche ihr bisher besetzt gehalten, nicht zu verlassen; für die Freiheit Eures Volkes fortzuarbeiten und zu ringen; mit der Freiheit Eures Volkes zu stehen oder zu fallen.

Und diesen Ruf, wer erhebt ihn, werdet Ihr fragen? Wir wollen euch antworten auf Eure Frage. Diesen Ruf erhebt ein Verein von Männern, welcher, unter scheinbarem Namen, lange schon, als die Nacht der Schmach noch, die Augen unseres Volkes deckte, in dem Freiheitskampfe thätig gewesen ist in der einzigen Richtung, wo er damals möglich war, auf dem religiösen Gebiete. Der Kampf für die Freiheit aber, er ist nur Einer; er ist überall derselbe, er mag geschlagen werden auf welchem Felde es auch sei. Angefeindet und gelästert, sind wir stark geblieben und treu, und wir durften, als derselbe Kampf auf dem politischen Felde begann, da nicht zurückbleiben, und wir haben es nicht gethan. Wir sind wie alle unsere Mitstreiter für die religiöse Freiheit, in die Reihen der Kämpfer für die politische Freiheit eingetreten. Wir haben uns in Wort und That für unser Volk erhoben, und unsere Losung heißt:

Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht!

Unter diesem Banner haben wir uns geschaart! unter ihm sind wir ausgezogen gegen jede Gefahr, welche drohte; unter ihm wollen wir weiter streiten, von ihm nicht lassen in Glück oder Noth. Es ergeht unser Ruf an alle Gleichgesinnte im Vaterlande zu gemeinsamer Thätigkeit. Es ergeht unser Ruf an alle Vereine, welche zu demselben Zwecke schon zusammengetreten sind, sich enge aneinander zu schließen; an alle Vaterlandsfreunde, solche Vereine zu bilden, wo sie noch nicht bestehen. Das Volk darf nicht mehr vereinzelt stehen wider geschlossene, wohlorganisirte Gegner; es muß auch seine Colonnen schließen, seine Vertheidigung und seinen Angriff regeln. Es muß die Waffen, welche es sich erstritten hat, die freie Presse, die freie Rede, das freie Vereinigungsrecht, geordnet, überlegt, und in Uebereinstimmung gebrauchen, damit sie auch als Waffen wirken und nicht zum leeren Spielzeuge herabsinken. Das wollen wir; dazu aufzufordern, ist der Zweck dieses Aufrufs. Zeigt die Einheit des Volkes nicht blos nach Außen; zeiget sie vorerst und vor Allem im Inneren. Zeiget sie in der Einheit Eures Willens, in der Einheit Eurer Forderungen, in der Einheit Eurer Mittel, und die Einheit der Wirkung wird gewaltig und unwiderstehlich sein. Sammelt Euch, bildet Euch zu Vereinen: keine Stadt, kein Dorf soll ohne einen solchen Verein sein. Diese Vereine alle treten in Verbindung unter einander und richten ihre Wirksamkeit auf dasselbe Ziel. Dies Ziel ist das Wohl unseres Volkes; die Macht des Volkes nach Innen und Außen hin. Was diese beiden bedrohet, ist unser gemeinschaftlicher Feind, er mag kommen, woher er will, aus den Regionen, welche sich die oberen zu nennen pflegen, und welche mit Reaktionsgelüsten schwanger gehen; oder aus denen, welche unter dem Deckmantel neuer Gestaltungen die Gesetzlosigkeit über unser Volk heraufbeschwören, oder aus denen, welche die Völker verdummen, um sie für ihre Sonderzwecke auszubeuten, oder aus denen endlich, welche aus Ruheliebe und Genussesfreude gleichgültig sind gegen jeden Fortschritt und gegen jede Erhebung, die da bedeckt sind mit dem schlimmsten Sumpfe unter allen, mit dem Sumpfe des kalten, herzlosen Indifferentismus. Gegen alle solche muß sich die Spitze unseres Kampfes wenden: denn alle, alle, in ihrem gesetzlosen Treiben, in ihren Rückschrittsgelüsten, in ihren Verdummungsbestrebungen, in ihrer stumpfsinnigen Gleichgültigkeit, alle gefährden das Wohl des Volkes; alle sind Verächter und Feinde des Volkes. Ihnen allen rufen wir unsern Wahlspruch zu, und unter ihm werden wir siegen:

Es lebe die Freiheit, die Einheit, die Ordnung; es lebe das Recht!

Frankfurt am Main, den 9. Mai 1848.

Das Montagskränzchen
und in dessen Auftrage der Vorstand:

N. Hadermann. Dr. Textor. Dr. Schott.
Dr. Behaghel. Simon Humbert.

Vorläufige Satzungen des allgemeinen deutschen Volks-Vereins.

Die Vorschläge, welche das Montagskränzchen zu Frankfurt am Main in Folge des heutigen Aufrufs seinen deutschen Mitbürgern macht, sind folgende:

1. In jeder größern Stadt Deutschlands bilde sich ein Verein (etwa unter dem Namen „deutscher Volksverein,") der als der Hauptverein zu betrachten sei für gleiche Vereine, die sich in den kleineren umliegenden Städten und Ortschaften bilden.

2. Die kleineren oder Zweigvereine stehen in ununterbrochener Verbindung mit den Hauptvereinen, während letztere wieder unter sich in Verbindung stehen.

3. Die Hauptvereine wählen einen geschäftsführenden Centralverein.

4. Alle Vereine bilden zusammen den allgemeinen deutschen Volksverein, dessen einzige Losung ist und bleiben soll: „Freiheit, Einheit Ordnung und Recht!"

5. Die Hauptzwecke dieses allgemeinen Volksvereins sind namentlich:

1) Behauptung der wahren Volkssouveränetät.
2) Erhaltung der Einheit und Brüderlichkeit im deutschen Volke.
3) Erhaltung und Fortbildung der dem deutschen Volke gebührenden Freiheits-Rechte.
4) Ueberwachung und Bekämpfung aller freiheitsfeindlichen Bestrebungen.
5) Berufung von Volksversammlungen; Belehrung des Volks über seine wahren Bedürfnisse und Rechte, sowie Aufklärung desselben über ungerechte und unbillige Forderungen und Wünsche.
6) Förderung der Jugenderziehung im Geiste der Freiheit und der deutschen Einheit.
7) Mitwirkung für die Unverletzlichkeit des vaterländischen Bodens.

6. Alle Hauptvereine Deutschlands treten zur Förderung ihrer Zwecke in Verbindung untereinander durch Briefwechsel oder durch mündliche Besprechung.

7. Der Centralverein hat, so oft es nöthig erscheint, eine Hauptversammlung zu berufen, in welcher jeder Hauptverein durch Abgeordnete vertreten wird.

8. Jeder Verein gründe, zum Behufe der schriftlichen Mittheilungen, eine besondere Geschäftsführung. Sollte ein Bericht, eine Aufforderung, oder eine sonstige Mittheilung schnell an alle Vereine zu fördern sein, so bediene man sich der Presse.

9. Jeder Verein halte wöchentlich mindestens eine Zusammenkunft, auch wenn nichts Dringendes vorliegt.

10. Zur dauernden Erhaltung des allgemeinen deutschen Volksvereins ist es nöthig, daß jeder Verein von seinen Mitgliedern einen mäßigen Beitrag erhebe.

11. Aus den, durch diese Beiträge gebildeten Vereinskassen sind alle Ausgaben der Vereine zu bestreiten.

Nachbemerkungen.

Der Verein tritt mit deutschen Vereinen außerhalb des Vaterlandes in Verbindung, wenn sie es wünschen.

Wir erbieten uns vorläufig, die Geschäftsführung zu übernehmen, und die Beitrittsanmeldungen der Vereine zu empfangen, bis eine Hauptversammlung die endgültigen Bestimmungen trifft.

Daß unter den jetzigen Umständen und Zeitverhältnissen eine möglichst schnelle Organisation der Vereine höchst wünschenswerth ist, bedarf keiner weitern Erinnerung!

Nach §. 8 dieser vorläufigen Statuten hat der deutsche Volksverein zu Frankfurt a. M. (das Montagskränzchen) einen geschäftsführenden Ausschuß erwählt, welcher aus 12 Mitgliedern besteht, die bereit sind, schriftliche Mittheilungen entgegenzunehmen, und zu diesem Zwecke ihre Adresse angeben.

Der geschäftsführende Ausschuß des Volksvereins:

Dr. med. Behaghel, große Sandgasse.
Dr. jur. Braunfels, Töngesgasse.
Dr. jur. J. Friedleben, Töngesgasse.
Dr. med. A. Friedleben, Sachsenhausen.
N. Hadermann, Pfingstweide.
Inspektor Dr. Jäger, Fahrpost.
J. P. Lindheimer, Zimmermeister, vor dem Allerheiligen Thor.
Dr. Löwenthal, vor dem Allerheiligen Thor.
Dr. jur. Reinganum, Untermainquai.
Dr. med. Schwarzschild, Rechneigraben.
Dr. jur. Textor, Paulsgasse.
Dr. jur. G. Ch. Thomas, Eschenheimer Chaussee.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. Juni 1848. № 154 Freitag: Marquard.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 31. Mai.) In der gestrigen Abendsitzung wurden nur noch 2 Gesammtbeschlüsse verlesen und da somit die ständische Thätigkeit für diesmal beendet ist, stattete das Altersmitglied der Kammer mit herzlichen Worten dem 1. Präsidenten den Dank im Namen der Kammer ab für seine unparteiische Haltung und unermüdete Thätigkeit. — Der erste Präsident Dr. Kirchgeßner erwiederte mit folgender Rede: Meine Herren! Ihr Dank, sowie das meinerseits unverdiente Vertrauen, welches Sie durch Ihre Wahl auf diesen Ehrenposten mir zu erkennen gegeben haben, hat mir große Verpflichtungen auferlegt. Ich gestand Ihnen damals aus vollem Gefühle meines Herzens: Nur das Vertrauen, daß Sie mir auch Ihre Unterstützung und Nachsicht nicht versagen würden, könnte mich zu dem Antritte eines Amtes ermuthigen, zu welchem ich mich nicht kräftig genug fühlte. Sie haben mich durch Ihre Mitwirkung und Ihre Nachsicht so unterstützt, daß ich Ihnen zum vollen Danke verpflichtet bin. Wenn es in meinen schwachen Kräften lag, nur einigermassen meiner Aufgabe zu entsprechen, so gehört das Verdienst großentheils nicht mir, sondern Ihrem unermüdeten Eifer, Ihrer gütigen Mitwirkung und Nachsicht. Ihr Dank, welchen Sie mir durch Ihr ehrenwerthes Organ, Hrn. Abg. Bestelmeyer, zu erkennen gaben, verpflichtet mich zu dem innigsten Ausdrucke meines Dankgefühles; nehmen sie ihn aus vollem Herzen an! Meine Herren! Unser Tagwerk ist vollendet, die Stunde des Scheidens ist nahe, und wie eines jeden gewissenhaften Mannes, so glaube ich, ist es auch unsere Pflicht, uns an die Momente unseres kurzen Lebens zurückzuerinnern. Die Bewegungen unserer Zeit erforderten eine gesetzliche Gewährung, wozu die Mitwirkung der Stände nothwendig war. Dank d.r Krone, welche die Anforderungen der Zeit erkannt hat; Dank dem Fürsten, welcher uns zur Berathung der gesetzlichen Vorlagen berief! Groß war Er, indem er uns zur Bestätigung seiner Gewährleistungen berief, groß, ja noch größer war der deutsche ehrenfeste Fürst, indem er seinen Grundsätzen selbst die Krone zum Opfer brachte! Unsere Liebe und unsere Verehrung ist darum unverändert. Die Worte vom Throne, aus dem Munde unseres allgeliebten Königs Maximilian II.: „Freiheit und Gesetzmäßigkeit", sie durchdrangen aller Bayern Brust. Sie realisirten sich gewiß zum größten Theile in den Gesetzes-Vorlagen, zu deren Berathung wir hier versammelt waren, zu deren Realisirung wir kräftigst mitzuwirken suchten. Meine Herren! Was Jahrzehente hindurch der Bayern Volk anstrebte, in diesen wenigen Monaten glauben wir es größtentheils erzielt zu haben. Ich erlaube mir nur, Ihnen aus den vielen Gegenständen unserer Thätigkeit in Erinnerung zurückzurufen, welch' wichtige Gesetze in Folge der Vereinbarung der Stände zum Vollzuge in Aussicht stehen.

Sie erinnern sich des Amnestie-Gesetzes, des Gesetzes über Einführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister, des Gesetzes über Freiheit der Presse, des Gesetzes über Befreiung des Bodens von den Feudallasten, des Gesetzes über ständische Initiative, des Gesetzes über freiere Landtagswahlen, des Gesetzes über Volksvertretung im deutschen Bunde, der Gesetze über Anbahnung einer Gleichheit in der Besteuerung. Meine Herrn! Wenn wir die Reihe dieser Gesetze überschauen, so können wir den Fortschritt unserer Zeit nicht verkennen. Wenn auch wir vielleicht beklagen mußten, diese Gesetze bei unserer angestrengtesten Thätigkeit vielleicht in etwas zu geflügelter Zeit berathen zu haben, so mag vielleicht hierin, obwohl ich nicht befürchte, daß es auf Kosten der Gründlichkeit der Berathung geschehen sey, die Sorgsamkeit, alle Errungenschaften der Zeit durch legale Bestätigung dem Vaterlande zu gewinnen, unsere Thätigkeit beschleuniget haben. Ich glaube indessen, daß diese Gesetze des Landes Wohl erzielen, und wenn es uns möglich war, hierin mitzuwirken, so finden wir gewiß ein beruhigendes Bewußtsein und die größte Befriedigung für die Thätigkeit, welcher von Ihrer Seite sicher die angestrengteste genannt werden kann. Beklagenswerth kann ich es nur nennen, meine Herren, daß es bei der Menge gesetzlicher Arbeiten, was gewiß jeder billig Denkende erkennen wird, unmöglich war, auch die vielen Anträge gewichtiger Art unserer Bearbeitung zu unterziehen und dahin zu bringen, wo deren Gewährung bei ihrer Begründung nie versagt wird. Allein meine Herren, wenn ich aus denselben namentlich jene Anträge hervorhebe, welche schon so oft in diesen Räumen so dringend und ausführlich unterstützt wurden, — (ich erwähne hier insbesondere den Antrag bezüglich der Verhältnisse des Lehrerstandes und jenen bezüglich der Verhältnisse des subalternen Dienstpersonals und manche andere) — wenn Wir diese nicht mehr berathen konnten, wenn Wir sie daher nur mit dringendster Empfehlung an die betreffenden Ministerien hinüber geben konnten, um dort ihre Berücksichtigung zu finden, so erkenne ich hierin keineswegs einen blos formellen Akt. Meine Herren! Wir erkennen unter den vielen Garantien, welche uns geworden sind, unter den dankenswerthen Akten der Krone die Besetzung der Räthe der Krone mit Männern aus unserer Mitte, mit Männern des allgemeinen Vertrauens, welches in uns ohne Grund gewiß nicht verschwinden wird; und in dem das Bestreben, welches sie früher in dieser Kammer für die Volksrechte kund gaben, uns aus ihrer früheren Thätigkeit bekannt ist, haben Wir die feste Zuversicht, daß sie des Volkes Interessen ebenso zur That befördern werden, als wenn sie noch in unserer Mitte sich befänden.

Auch diejenigen Räthe der Krone, welche nicht aus der Mitte der Abg., verdienen unser volles Vertrauen. Gewiß, meine Herrn! Auch wenn wir hier nicht mehr versammelt sind, auch wenn es nicht mehr an uns ist, diesen Anträgen zur Milderung des Nothstandes unsere Kräfte, unsere Unterstützung zu gewähren, gewiß wird es ihre angelegentlichste Sorge sein, zu erfüllen, was des Landes Wohl ist. Hierin, meine Herren, vereinigen wir uns gewiß mit den Bestrebungen der Räthe der Krone, — Alles für des Landes Wohl! Möge der Himmel seinen Segen auf unsere Thätigkeit, wie auf die ihrige herabsenken, und mit diesem Gefühle für des Vaterlandes Wohl, meine Herren! rufen wir und gewiß stimmen Sie Alle ein: Hoch lebe unser König! (Die Kammer stimmte begeisterungsvoll in dreimaliges Hoch.)

Hieran reihte sich folgende Erklärung des k. Staatsministers des k. Hauses und des Aeussern Herrn Grafen von Bray, abgegeben in der Schlußsitzung der Kammer der Abgeordneten, den 30. Mai 1848. Nachmittags. Ehe diese hohe Versammlung auseinandergeht, sei es mir erlaubt, von meinem Standpunkte aus auch noch einige Worte an Sie zu richten. Es sind gegen die bayerische Regierung und gegen das bayerische Volk in manchen Organen der Oeffentlichkeit arge Anschuldigungen und Verdächtigungen ausgestreut worden. Man hat sie separatistischer Tendenzen beschuldigt, und behauptet, es herrsche bei ihnen nicht der nöthige Eifer für Deutschlands Einigkeit. Meine Herren! In beider Namen weise ich solche Ver'eumdungen zurück. Nirgends ist man deutscher gesinnt, als in unserem Lande und in diesen Räumen. Ich hoffe, meine Worte werden we ter reichen, als die Wände dieses Saales. Wir leben im Herzen Deutschlands, meine Herren! Bayern ist das Herz Deutschlands, und so wenig das Herz vom Leibe getrennt werden kann, wenn das Leben fortbestehen soll; ebensowenig werden auch Bayern und Deutschland jemals von einander geschieden werden können. Frägt man, was die Regierung wolle, so antworte ich, sie will nichts, was nicht auch Bayern will; sie will ein einiges, kräftiges, verjüngtes Deutschland, im Innern intelligent, frei, betriebsam, nach außen geachtet und Achtung gebietend. Welche Opfer g bracht werden müssen, das hohe Ziel zu erreichen, das wir verfolgen, läßt sich wohl im Voraus nicht genau bestimmen. Es wird eine Verständigung stattfinden zwischen Völkern und Regierungen, ein Vertrag, beiden heilig, von beiden gleich geachtet. Auf solcher Basis läßt sich ein Gebäude sicher gründen! — Die Opfer aber, die nicht gebracht werden dürfen, zu denen rechne ich solche, welche, wurden sie gebracht, Deutschland selbst schwächen würden, Deutschland eines Ruhms und einer Zierde berauben wurden. Hierunter verstehe ich die reiche, fruchtbringende, lichtverbreitende Manichfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme, und was Bayern insbesondere betrifft, unsern glorreichen Namen, unsere in Deu schland stets eingenommene und behauptete hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie. Das sind die Ansichten, die Absichten der Regierung. Daß es auch d e Ihrigen sind, dafür bürgen mir die patriotischen Verhandlungen dieses letzten Landtags wie aller früheren.

(München, den 29. Mai) Die von mehreren Blättern angegebene Nachricht von einer Re se Sr. Maj. des Königs nach Innsbruck entbehrt aller Begründung. — Ein vom 28. d. M. datirter Maueranschlag von Seite der k. Polizeidirection droht allen jenen Schuhmacher Gesellen welche nicht bis morgen früh entweder Arbeit bei einem Meister nachweisen, oder ihre Wanderbücher auf der Polizei abholen, mit polizeilicher Ausweisung von hier und Schubtransport in ihre Heimath. (A. Allg. Z.)

†° (Nürnberg, den 1. Juni.) Hier ist gegenwärtig eine Gespensterseherei Mode geworden, die wirklich ins Aschgraue geht, und auf deren nichtigen Grund hin allerlei Maasregeln getroff n werden, die ganz das Gegentheil von dem, was damit erreicht werden soll, leicht zur Folge haben könnten. So fand man es für gut, nun auch alle kleineren Eingänge der Stadt mit Wachposten zu besetzen und es ging das Gerücht, dieß sey deßhalb geschehen, weil die Studenten von Erlangen den von dem hiesigen Magistrate als Polizeisenat ausgewiesenen Gustav Diezel, (dessen Ausweisung gewiß ein großer faux pas war) wieder hierher zurückführen wollten, so hört man täglich Verdächtigungen gegen den seinem Prinzipe der politischen Volksbildung auf rein demokratischer Basis treuen „politischen Verein" und raunt sich dabei auch ins Ohr, daß der eben ins Leben tretende „konstitutionelle Verein" als ein Gegengewicht gegen den politischen Verein sich gestalte, so sind die mannichfachen Hetzereien unter Landwehr, Stadtwehr und Linienmilitär leider traurige Wahrheiten und alle diese Vorkommnisse, worunter viele Proben von Reaktion, bringen uns sicherlich von der Macht und Einigkeit des deutschen Volks immer weiter ab, weßhalb Alle, aber auch Alle, die es mit der großen Sache gut meinen, zur Wachsamkeit und zum kräftigen Widerstand gegen jeden Versuch, an den theuren Errungenschaften der Gegenwart auch nur das Geringste schmälern zu wollen, nicht oft und derb genug aufgefordert werden können.

(Neustadt an der Haard, den 28. Mai.) Nach sechzehn vollen Jahren ward es endlich wieder vergönnt, des Hambacher Festes in öffentlicher Weise zu gedenken. Die Versammlung mochte wohl aus 5 bis 6000 Menschen bestanden haben, worunter namentlich viele Badenser. Herr Dr. Hepp aus Neustadt eröffnete die Feier mit eine bege sterten Rede. Nachdem er in bedeutsamen Worten hervorhob, was es heiße, daß die National-Versammlung einzig und allein konstituirend sey, machte er auf die Nothwendigkeit aufmerksam, dieser Versammlung durch allgemeine Volksbewaffnung eine imponirende Macht zur Seite zu stellen, wodurch die Volkssouveränetät erhalten und das Vaterland gegen Außen sicher gestellt werden könne; dann brachte er auf die allgemeine Bewaffnung des Gesammtvaterlandes, so wie auf die seit gestren neu befestigte Volkssouveräne-

tät ein Hoch und schloß mit einem Hoch dem deutschen Parlament. Nach diesem sprach der Träger der deutschen Fahne, Hr. Abresch, derselbe, welcher sie auch vor 16 Jahren dem Festzuge vorantrug, einige schöne Worte der Erinnerung, worauf sodann nacheinander mehrere Redner auftraten. Von solchen erwähnen wir namentlich die Herren Florian Märtels und Bielefeld aus Mannheim, F. A. H. Schneider aus Edenkoben, Pfarrer Faß aus Saarbrücken, Hornig, Weber und Dr. Klein aus Neustadt. Drei verschiedene Adressen wurden an die Nationalversammlung beschlossen, wovon der Antrag der einen auf Auflösung der Bundesversammlung geht, jener der anderen das deutsche Heerwesen und der der dritten die verhafteten Mannheimer Demokraten betrifft. (Fft. J.)

Braunschweig. Bayern und Hannoveraner, Deutsche Brüder! Vor einigen Tagen haben Eure Regierungen, wie wir glauben, die Organe Eures Willens und Vertrauens, aber darum noch nicht unbedingt in allen Fällen die Dolmetscher Eurer Ansichten und Wünsche, in Reden an die Stände, in Broschüren und in Verfassungsentwürfen für Deutschland der verfassunggebenden Versammlung zu Frankfurt die Befugniß abgesprochen, durchgreifende, die Sonderinteressen Eurer einzelnen Staaten berührende, für Euch bindende Beschlüsse zu fassen. Eure Regierungen haben dadurch einfach erklärt, daß ihnen das Sonderinteresse höher steht, als das Gesammtwohl des deutschen Volkes, daß sie die Einheit Deutschlands nur so weit wollen, als sie zu ihrem Vortheile ist, ja daß sie gegen dieselbe protestiren, wenn sie ihnen wider Willen und ohne ihre Zustimmung aufgedrungen werden sollte. Eure Regierungen haben dadurch ein gefährliches Beispiel für die übrigen Länder gegeben, das zu den verderblichsten Folgen führen muß, wenn Ihr nicht offen und energisch gegen diese Kundgebungen Eurer Regierungen protestirt. Darum, Ihr Hannoveraner und Bayern, ergeht von hier aus der laute und allgememeine Ruf an Euch, Euch gegen diese Ansichten Eurer Regierungen in Adressen nach Frankfurt, an Eure Regierungen und Stände und in Zeitungsartikeln unumwunden zu erklären, Euren Wunsch nach Einheit kräftig auszudrücken und der Frankfurter Versammlung unzweideutig Eure Ansichten, Wünsche und Hoffnungen mitzutheilen, um die Volksvertreter über die wahre Stimmung in Euren Ländern aufzuklären. Deutsche Brüder! bei uns haben die Erklärungen Eurer Regierungen das höchste Mißfallen erregt, und wir sehen uns durch sie in den gerechtesten Erwartungen getäuscht; eilet, saget Euch öffentlich los von diesen Ansichten, wenn Ihr nicht in ganz Deutschland Schmerz und Betrübniß hervorrufen wollt, wenn wir, Eure Brüder, nicht glauben sollen, daß Ihr selbst Sonderinteressen huldigt, und daß Eure Begeisterung für die Einheit unseres gemeinsamen Vaterlandes nur eine Quelle in Eurem Egoismus habe. Wir Braunschweiger, Regierung und Volk, sind bereit, freudig jedes Opfer der Einheit Deutschlands zu bringen, und erwarten dasselbe auch vertrauensvoll von allen unsern deutschen Brüdern. Die allgemeinen Stimmen des Volkes. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. Mai.) 58. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 29. Mai 1848. Für Lippe-Detmold legitimirt sich als Bundestagsgesandter der geheime Justizrath Petri, wobei bemerkt wird, daß, wie bisher für die 16. Kurie der Geheimerath v. Holzhausen die Stimme zu führen hat. Die von der Bundesversammlung nach Mainz abgesendeten Kommissäre erstatten Bericht über das Ergebniß ihrer Sendung. Zugleich wird ein Bericht des Festungsgouvernements vorgelegt, wornach die preussische Besatzung in Mainz den Wunsch ausgedrückt hat, von dort versetzt zu werden. Es wird hierauf beschlossen, diesen Gegenstand dem Militärausschuß zur schleunigen Begutachtung zuzuweisen. Auf das Ansinnen des Präsidenten der Nationalversammlung wird beschlossen, zur Bestreitung der Kosten der Nationalversammlung vorläufig die Summe von 25,000 fl. anzuweisen. Eine von der kgl. bayer. Regierung mitgetheilte Beschwerde von Ludwigshafen wegen Störung der Dampfschleppschifffahrt wird durch die unterm 6. und 8. Mai getroffenen Verfügungen und dem seither eingetretenen beruhigenden Zustand als erledigt betrachtet. Auf den Antrag der Militärkommission wird beschlossen, die Bundesregierungen aufzufordern, die periodisch zu erstattende Anzeige über die wirkliche Stärke ihrer Truppenkontingente auf den Stand vom 8. Juni vorzulegen. Auf den Antrag der Militärkommission wird beschlossen, zur Bestreitung der Kosten für Einrichtung der Festungskommandantschaften zu Ulm und Rastatt einen Vorschuß von je 2000 fl. zu bewilligen. Die kurhess. Regierung zeigt an, daß sie das unterm 15. Jan. 1835, ergangene Verbot des Wanderns der Handwerksgesellen nach der Schweiz als durch den Bundesbeschluß vom 2. April d. J. wegen Aufhebung der Ausnahmegesetze beseitigt annehme. Mit dieser Annahme erklärte sich die Bundesversammlung einverstanden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 27. Mai.) Dem Vernehmen nach sollen die Schüler der obern Klassen des hiesigen Gymnasiums an ihr Rektorat ein Gesuch des Inhalts eingereicht haben, man möge ihnen während der Dauer des Parlaments Ferien geben, da sie in dessen Sitzungen am meisten lernen könnten! (N. Sp. Z.)

Hannover. (Hannover, den 29. Mai.) In der Nähe des Dorfes Wieckenburg in der Amtsvogtei Bissendorf wurde vor etwa acht Tagen ein Mann, der es gewagt hatte, auf seinem eigenen Grundstücke eine wilde Ente zu schießen, von einem Jagdaufseher aus Fuhrberg durch 9 Schrotkörner im Rücken gefährlich verwundet und nachdem er auf diese Weise zum Stehen gebracht, gar arg mißhandelt. Hinterher wurden dem Verwundeten für das Verschweigen und Vergessen der Mißhandlung 5 Thlr. angeboten. Der Jagdexekutor ist bis jetzt nicht zur Verantwortung gezogen. (W.-Z.)

Hessen. (Mainz, 29. Mai, Nachmittags 4 Uhr.) So eben hat eine Anzahl Mainzer Bürger an unseren Stadtrath eine Eingabe gerichtet, worin er denselben auffordert, die in der Erklärung der Hrn. v. Hüser und v. Jetzer enthaltenen Irrthümer und Unrichtigkeiten im Interesse der hiesigen Bürgerschaft zu widerlegen, namentlich gegen die, von den genannten Herren beabsichtigte Ueberwachung der hiesigen Tagespresse entschieden zu protestiren und die geeigneten Schritte zu thun, damit diese, durch nichts gerechtfertigte Anmaßung den Charakter einer leeren Drohung erhalte. Unser Stadtrath, dessen Mitglieder jetzt schon sehr fleißig die gemischten österreichischen und preussischen Patrouillen begleiten, hat nun eine gute Gelegenheit, die Zweifel an seiner Gesinnungstüchtigkeit durch die That aufzuheben. (Frkft. J.)

(Mainz, den 29. Mai.) In der, von einer großen Anzahl Mainzer Bürger an den Minister von Gagern gerichteten Petition um Schutz gegen die Militärgewalt und um Abhülfe der Mißstände, die zum Theil als Quelle der letzten hier stattgehabten Vorfälle angesehen werden, wird auch um Entfernung des Freiherrn von Dalwigk aus der Stellung, die dieser hier einnimmt, gebeten. Der Erfüllung dieser Bitte von Seiten des Ministers darf um so sicherer entgegengesehen werden, da Herr v. Dalwigk selbst derselben wacker vorgearbeitet hat. Er hat nämlich verflossenen Mittwoch (24. d.) im „Rheinischen Hofe,“ wo die Kommission der hohen Nationalversammlung die Beschwerden der Bürger über das preußische Militär zu Protokoll nahm, vor mehreren achtbaren Bürgern erklärt: „Der Minister habe einen faux pas gemacht, daß er die Bürgerbewaffnung genehmigt.“ Diese Aeußerung ist ein Tadel gegen den Minister v. Gagern, und wenn sich in einem konstitutionellen Staate ein unterer Beamter (und diese Stellung nimmt der Freiherr von Dalwigk dem Minister von Gagern gegenüber ein) eine solche Rüge erlaubt, so spricht er damit aus, daß er in die Geschäftsleitung des dirigirenden Ministers kein Vertrauen mehr setze. Kann nun der Freiherr v. Dalwigk ganz Hessen für dieselbe Ansicht gewinnen, die er über den Minister hegt, so wird dieser natürlich zurücktreten; gelingt es ihm aber nicht, seine Ansicht zu der der Mehrheit zu machen, so gebieten ihm Ehre und Pflicht, unter einem Minister, zu dem er kein Vertrauen hegt, ferner nicht mehr zu dienen. So viel wir aber wissen, besitzt der Minister v. Gagern das volle Vertrauen der Majorität der hessischen und auch der Mainzer Bürger, und folglich wird sich Herr v. Dalwigk zurückziehen müssen. Er ist unmöglich geworden, nicht nur in Mainz, sondern überhaupt im ganzen Großherzogthum. (Frkft. J.)

(Mainz, 28. Mai.) Der gestrige Sonntag, für den man vor neuen Unruhen bangte, ist in der größten Ruhe vorübergegangen. Großartige Vorkehrungen waren aber auch getroffen, das preußische Militär durfte nur im Innern der Stadt ausgehen, kein Wirthshaus besuchen, wogegen zur Entschädigung in allen preußischen Kasernen Tanzmusik veranstaltet war; eben so gingen Patrouillen zu Fuß und zu Pferd in allen Waffengattungen, gemischt und von einem Mitglied des Stadtraths begleitet, durch alle Straßen und öffentlichen Spaziergänge vor den Thoren. Es war aber auch eine unheimliche Stille und die Spaziergänger waren verschwunden; wohl wird es lange Zeit bedürfen, um den alten heitern Geist wieder bei uns einzuführen; scheu weicht man den preußischen Soldaten aus, und eben so unheimlich ist es auch diesen zu Muthe. Eine preußische Garnisonsveränderung wäre für beide Theile höchst wünschenswerth. Geschäftsreisende fürchten sich hier zu übernachten und gehen gegen Abend nach Bieberich, um Morgens wieder hier zu sein. Unsere Dampfboote werden noch immer bei ihrer Ankunft militärisch durchsucht. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 28. Mai.) Auf die gestern Abend erschienene Proclamation des Ministeriums über die Zurückziehung des Militärs rc. wurden heute in der Nacht und Vormittags die meisten Barricaden abgetragen, und die Stadt gewinnt wieder ein etwas friedlicheres Aussehen. Graf Dietrichstein und Hoyos wurden wieder entlassen, letzterer aber erhielt eine „Ehrenwache“ vor seine Wohnung. An seine Stelle als Obercommandant der Nationalgarde wurde der Oberstlieutenant Pannasch erwählt. Baron Wessenberg, der vorgestern hier angekommen, ist heute nach Innsbruck gereist. Auch der Erzherzog-Palatin von Ungarn hat sich dieser Tage in Begleitung des ungarischen Cultusministers Baron Eötvös an das dermalige Hoflager Sr. Maj. verfügt, um dem Monarchen als Prinz des Hauses und als Reichspalatin von Ungarn zur Seite zu stehen und als ein verfassungsmäßiger Rathgeber der Krone allen etwaigen inconstitutionellen Einflüssen in den Weg zu treten. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen die erfreuliche Nachricht melden, daß mit Grund zu hoffen ist, daß die bedauerlichen Differenzen zwischen der ungarischen Regierung und dem Banus von Croatien demnächst auf friedlichem Wege gelöst seyn werden. (Ein ungarisches Blatt meldet bereits, der Banus habe sich unterworfen.) Das ungarische Finanzministerium will für 5 Millionen Schatzkammerscheine zu 5 Proc. ausgeben, und für die darauf eingehenden baaren Fonds oder österreichischen Banknoten ein Papiergeld von 22½ Million Gulden emittiren. (Allg. Z.)

(Wien, den 28. Mai.) Bevor die Arbeiter gestern Abend Hand ans Werk legten, um die Barrikaden zu entfernen, versammelten sie sich mit Abtheilungen von der Nationalgarde und der akademischen Legion vor der Wohnung des Ministers Pillersdorff, brachten ihm eine Serenade, bei welcher nebst Arndts: »Was ist des Deutschen Vaterland?« die österreichische Volkshymne und das ungarische Nationallied abgesungen und dem Minister ein tausendstimmiges Lebehoch gebracht wurde. Ein zu Ehren Pillersdorffs projektirter Fackelzug mußte der Barricaden wegen unterbleiben. Heute ist die Durchfahrt schon in den meisten Strassen hergestellt, die Theater wieder zum erstenmal geöffnet, auch wurden an der heutigen Sonntagsbörse bereits wieder Aktiengeschäfte gemacht, und, wie ich höre, waren die Kurse ziemlich fest. Gestern Nachts sind auch die Olmützer Studenten hier eingetroffen und in der Aula mit Jubel empfangen worden. Die Grätzer Studenten waren bereits früher hier angelangt. Die spätern Adressen aus den Provinzen lauten viel freundlicher. Außer dem Haupturheber der unseligen Ereignisse vom 26. Mai, dem Grafen Montecuccoli, sind auch der Graf Breuner, Baron Pereira, und die beiden Professoren Dr. Hye und Endlicher entflohen, welchen Schuld gegeben wird, daß sie als Mitglieder des Sicherheitsausschusses in Verein mit dem Landespräsidenten Grafen Montecuccoli am 26. Mai das Ausrücken des Militärs mit geladenen Kanonen veranlaßt haben, ohne vom Ministerrathe dazu beauftragt gewesen zu seyn. Den kommandirenden General Graf Auersperg kann aber schon darum keine Schuld treffen, weil er die bewaffnete Macht auf Requirirung des Landesregierungspräsidenten ausrücken zu lassen verpflichtet war. — Die neuen Banknoten zu 1 und 2 fl. sind bereits seit gestern emittirt. Im Laufe des gestrigen Tages haben mehrere Gesandte Wien verlassen. (Es hieß, der Kaiser habe die fremden Legationen nach Innsbruck eingeladen, was aus Berlin bestätigt wird.) Ihre Gesandtschaftskanzleien sind jedoch hier geblieben. (A. A. Z.)

Preussen. (Halberstadt, den 28. Mai.) Nachdem in der heutigen Volksversammlung Heyse einen Vortrag über den deutschen Bund und die deutsche Nationalversammlung gehalten, und Herr Lentze hierauf die Grundsätze und Mängel des Preußischen Verfassungs-Entwurfs vom 20. d. Mts. dargelegt hatte, wurde eine Adresse an den Abgeordneten Herrn Schlitte einstimmig angenommen, in welcher folgende Punkte enthalten sind: Wir müssen den Verfassungsentwurf vom 20. d. M. entschieden zurückweisen und erwarten vielmehr, daß die Preuß. Verfassung außer den uns bereits zugesicherten Rechten folgende Hauptgrundsätze enthält: 1) Eine alleinige Versammlung der Volksvertreter,

hervorgegangen aus directen Urwahlen aller Staatsbürger ohne Unterschied. 2) Nur ein einmaliges bis zur nächsten Versammlung verschiebendes Einspruchsrecht der Krone gegen die Beschlüsse der Volksvertreter. 3) Verantwortlichkeit der Minister vor dem höchsten Gerichtshöfe. 4) Allgemeines, unwiderrufliches Waffenrecht des ganzen Volks. 5) Unbedingtes Vereins- und Versammlungsrecht. 6) Volksunterricht auf Staatskosten. 7) Selbstregierung der Gemeinden. 8) Krieg und Frieden, Bündnisse und andere Staatsverträge können nur mit Genehmigung der Volksvertreter, und, sobald die Verfassung des Deutschen Gesammtstaats vollendet ist, nur von den Deutschen Centralbehörden beschlossen werden. 9) Die Entscheidung, ob die Preuß. Verfassung mit der allgemeinen Deutschen im Einklange stehe, gebührt lediglich der Deutschen Nationalversammlung. (Magdb. Z.)

Schleswig-Holstein, 25. Mai. Es sind bestimmte Nachrichten eingetroffen, daß unser deutsches Heer sich aus Jütland zurückziehe, daß das Hauquartier diesseits der Königsau hin verlegt werden wird. Mit dieser Operation, auf welcher Basis die weitere Vermittlung Englands wieder beginnen wird, wird denn eine Art Waffenstillstand wahrscheinlich eintreten. Da zu vermuthen steht, daß General Wrangel die ausgeschriebenen zwei Millionen Species, welche von Jütland noch nicht bezahlt worden sind, ohne Weiteres nicht aufgeben werde, so nimmt man an, daß statt deren Einzahlung die mit Embargo belegten Schiffe von den Dänen wieder freigegeben worden. Jetzt aber tritt die schwierige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in ihrem ganzen Umfange ein. Dänemark soll Schleswig bis Flensburg verlangt haben, was aber General Wrangel bereits abgelehnt habe; dann soll man auf Abtretung des Amts Hadersleben bestehen. Allein die Städte Hadersleben, Apenrade, Tondern, der Flecken Lügumkloster, so wie Abgeordnete aus den Landdistrikten haben sehr entschieden gegen eine solche Abtretung bei der provisorischen Regierung protestirt; die Presse tritt eben so bestimmt von hier aus in den auswärtigen, wie in den einheimischen Blättern auf. Die provisorische Regierung hatte keine Befugniß, eine solche Selbstbestimmung der nördlichen Bevölkerung Schleswigs zu überlassen. Die Bevölkerung ist gemischt; die Städte sind entschieden deutsch, innerhalb der dänischredenden Bevölkerung befinden sich viele Deutsche; die Bevölkerung selbst will nicht Dänemark incorporirt werden, sondern nur in dem unklaren Zwitterzustande „dänischredende Schleswiger zu seyn“ verharren. Wo aber die Nationalität nicht entschieden ist, nicht überwiegend sich von einem Lande abtrennen will, da kann nur das staatsrechtliche Verhältniß die entscheidende Norm seyn. Schleswig ist aber unter allen Staatsformen ein untrennbares Ganze gewesen. So blieb es als Lehensherzogthum, welches aus dem Grunde nur immer an einen verliehen wurde; so blieb es selbst unter der Zwei- und Dreiherrschaft. Als Schleswig mit Holstein ein vereintes Territorium unter einem Wahlfürsten, mit eigner Verfassung, eigner Verwaltung wurde, theilten seine Fürsten allerdings das Land unter sich mit Einwilligung der Stände; allein abgetrennt von Schleswig-Holstein ward nichts. Was von Schleswig verloren ging, fand in früherer Zeit statt. Ripen blieb beim deutschen Reiche, als Herzog Abel Schleswig wieder erlangte. Die Königin Margaretha kaufte, als sie das Herzogthum Schleswig zur Lehen wieder zurückgeben mußte, einzelne Stücke und vereinte diese mit Jütland. Aus der katholischen Zeit her stammt die dänische Kirchenhoheit uber Arroe und Alsen, sowie über 28 Kirchspiele in Nordschleswig. Diese Verhältnisse müssen aufhören. Was zu Schleswig in politischer Hinsicht gehört, darüber muß auch die Kirchenhoheit des künftigen deutschen Bundesstaats Schleswig-Holstein walten. Wollte Dänemark doch nach der intradirten Verfassung vom 28. Januar d. J., daß die Bischöfe und Geistlichen aus diesen Distrikten in Roeskilde und Viborg ihre Abgeordneten wählen sollten. Hiernach würden also künftig, bei dem Wahlgesetze auf breiter Grundlage, auch die Eingepfarrten, als unter deutscher Kirchenhoheit stehend, zu Dänemark gerechnet werden müssen. Die alte Grenze ist die Königs- und die Schottburger-Au. Die deutschen Enclaven müssen mit Schleswig vereinigt werden, so auch die Theile von Sylt und Föhr, die zu Jütland gehören. Ob wohl die Insel Arroe eine nicht unwichtige Position für die deutsche Flotte gegen eine scandinavische Coalition sein dürfte, so muß man lieber diese Insel, die noch wegen ihrer seemänischen Interessen und dänischen Handelsverbindungen im Ganzen sehr dänisch gesinnt sein soll, fahren lassen, wenn man nur eine reine Grenze gegen Dänemark erhalten will. Das Verlangen, daß die nordschleswig'sche Bevölkerung über ihre Zukunft durch Abstimmung beschließen solle, wie man dänischer Seits verlangt haben soll, ist abgelehnt. Wir wollen also von Schleswig nichts aufgeben, was nicht zur Arrondirung nothwendig ist, insoferne wir es nicht durch Geldopfer erkaufen können, und die Bewohner von Arroe sich Dänemark nicht anschließen wollen. Die weitere Bedingung des Friedens von unserer Seite ist, daß Schleswig dem deutschen Bunde beitrete, der Herzog von Holstein und Lauenburg nichts dawider habe, da die übrigen deutschen Fürsten ihre Zustimmung ertheilt haben. Schleswig-Holstein als deutscher Bundesstaat löst sich drittens von Dänemark ganz ab. Schleswig-Holstein erhält seine der künftigen deutschen einheitlichen und freien Volksgestaltung angemessene Verfassung und seine selbstständige Verwaltung im Lande selbst. Schleswig-Holstein hat künftig mit Dänemark nichts mehr gemeinschaftlich. Wir haben das große Gut eigener Regierung auf einheimischem Boden einmal wieder erkannt, wie es unsere Vorfahren 1460 festsetzten, Lorensen sagt: Der Krieg und der König sey uns nur mit Dänemark gemeinschaftlich. Wir sagen als weitere Bedingung: weder der Krieg noch der Landesherr sey uns mehr gemeinschaftlich. Wir fragen jeden noch so kalten Besonnenen, wie kann ein Mann von deutscher Gesinnung, von Ehre und Treue einem Fürsten huldigen, der das Recht des Landes gebrochen, der durchaus dänisch gesinnt ist, der das Blut der unsrigen vergossen hat. Friedrich VII. steht unserm Lande durchaus fremd. Wir kennen ihn kaum. Wie würde sein Empfang sein? Würde ein Hoch, da es nicht im Herzen ist, über die Lippen kommen? Und wozu ein fremder Herrscher, der die Hälfte des Jahres wieder ganz in Kopenhagen residiren würde. Unsere Minister würden doch nicht in Kopenhagen wohnen dürfen. Es müßte also ein Viceregent, also ein Statthalter mit den Ministern hier im Land seyn. Nichts dürfte in Kopenhagen beschlossen werden. Schleswig-Holstein würde zu Dänemark, wie einst Hannover zu England, stehen. Schleswig-Holstein wird eine Aversionalsumme aufbringen können, wenn Friedrich der Siebente wirklich noch rechtliche Ansprüche auf die Landesregierung hat. Wenn die alte Verfassung Kraft und Leben hat, wenn von der Aufrechthaltung der Unzertrennlichkeit beider Herzogthümer die Fortdauer der landesherrlichen Macht abhängt, wenn aber jene gebrochen worden ist, und Friedrich der Siebente durch die Gewalt der Waffen diesen Act absoluter Willkür Eingang hat verschaffen wollen, so dürfte es wohl keinem Zweifel unterworfen seyn, daß die Landesherrschaft in der Person Friedrich des Siebenten verwirkt ist. Wir fürchten, daß die Vermittlung Englands deßungeachtet dahin gerichtet seyn wird, eine Union wiederherzustellen, die kein Glück für Dänemark, die ein Unglück für Schleswig-Holstein seyn wird. Schleswig-Holstein schließt sich ganz dem großen deutschen Vaterlande an. Dänemark wird sich enger mit Schweden und Norwegen verbünden. Ein Regent, der von diesen beiden Volksmassen und Reichen Theile besitzen soll, ist ein zwitterartiges Wesen, was unserer Zeit widerstrebt. Die Idee des Herrn Dr. Gülich, Ferdinand, den Erbprinzen von Dänemark, den legitimen Agnaten, unter Abdication Friedrich des Siebenten, zum Landesherren anzunehmen, ist insofern gut, als man den schroffen Uebergang der Trennung vermeiden würde, und weil der Herzog von Augustenburg manche Antipathien bei der nordschleswig'schen Bevölkerung haben dürfte. Allein wir zweifeln, daß der Erbprinz Ferdinand die Landesregierung annehmen wird. (Fft. O.-P.-Z.)

(Von der Schlei, den 26. Mai.) In etwas gedrückter Stimmung nahm ich heute die Feder, um Ihnen zu sagen, daß General Wrangels Hauptquartier gestern schon in Hadersleben war, daß sein Civiladjutant, der Hardesvogt Hännigs gestern hier nach Rendsburg durcheilte und heute Morgen um 6 Uhr Beseler mit demselben unsere Stadt nach Norden hin passirt ist. Am 29. Mai wird das Hauptquartier in Flensburg sein, General Halkett in Apenrade stehen, der Prinz von Augustenburg in Tondern, so daß die Stadt und das Amt Hadersleben von Truppen entblößt seyn werden. Augenzeugen wollen gesehen haben, daß die dänischen Truppen von Alsen nach Fühnen übergeschifft sind. Das wird dadurch bestätigt, daß die Dänen vier Schleswig-Holsteiner, die sie dorthin geschleppt und in Verwahrsam gehalten, nach Kopenhagen gebracht haben. Dahin gehören der Hofrath Barth mit Tochter, der Dr. Steffens, der Bürgermeister Langreuter, drei Prediger, der Gutsbesitzer Kittel von Schobygaarde rc. Ein Freischärler erzählt, daß der Prinz Friedrich geäußert habe, die Dänen seien bei Arhuus gelandet, und man sehe einer Schlacht noch entgegen. Andere meinen, daß die schleswig-holst. Frage eine Kabinetssache geworden und ohne unser Zuthun entschieden werde, außer daß es dem Amte Hadersleben, vielleicht noch mehreren Theilen unsers Landes frei gestellt werden würde, sich selbst zu entscheiden, ob sie sich dem Norden oder Süden zuwenden wollen. Daß ein preußischer Kurier in diesen Tagen zum General Wrangel gegangen und daß die Depesche demselben nicht angenehm gewesen, daß in Folge derselben die rückgängige Bewegung eingetreten, ist wohl gewiß. Das ist das Unglück Schleswig-Holsteins, daß es nicht selbst Kraft gehabt, seine gerechte Sache allein auszufechten. Nun wird es von Diplomaten verkauft und zerstückelt. (Brem. Z.)

Frankreich.

✢ † (Paris, 28. Mai.) Unsere Bürgerwehr in Verbindung mit einem großen Theile der Linientruppen, waren gestern bis Mitternacht auf den Beinen, um einem angeblichen neuen Sturme der Arbeiter gegen die Nationalversammlung zu begegnen. Die arme Nationalversammlung! Welches Ende steht ihr noch bevor? Wird sie eines ruhigen oder gewaltsamen Todes sterben? Das wissen die Götter! Soviel ist klar, daß sie die Liebe und das Vertrauen der unteren Volksschichten nicht besitzt. Die Kandidatenlisten derselben wurden bekanntlich zerrissen oder fielen durch. Die heutige Nationalversammlung ist nicht der Ausdruck des Volks, sondern der französ. Mittelklassen mit allen ihren Kapitalkonsequenzen, Arbeitsverhältnissen, Verdienstnexus u. s. w. Besonders der Handarbeiter sieht sich seit dem Sturze der prov. Regierung nicht mehr vertreten. Kein Wunder, daß er diese Volksvertretung haßt und über ihren Sturz brütet.

Gestern wurde eine Nonne arretirt, weil sie auf der Straße und an den Kirchthüren eine Broschüre: „Betrachtungen einer Frau von 58 Jahren über die Republik und die Unmöglichkeit ihrer Dauer ohne einen monarchischen Chef von Maria Rodny“ verbreitet hatte. Die Verhaftete heißt Lemoine.

Gestern Abend gab es eine Aufregung in unserer Hauptstadt, welche durch die Entfernung, Verhaftung oder Abreise des Herrn Emile Thomas, Director der Nationalwerkstätten, entstand. Unter den Arbeitern hieß es, die Werkstätten würden geschlossen werden, und man habe Herrn Emile Thomas entfernt, weil er diese Maßregel nicht gebilligt hätte. (daß derselbe nicht verhaftet sei, bemerkt heute der „National“ in kurzen, fast etwas räthselhaften Worten.) An den Portes St. Denis und St. Martin, so wie längs der Boulevards fanden zahlreiche Zusammenrottungen statt. Schon hatten Nationalgarden vor den Mairien Pikete gebildet, und die ganze Bürgerwehr war aufgefordert worden, sich beim ersten Zeichen bereit zu halten. Glücklicherweise erfolgte jedoch weiter nichts, als daß die Aufregung in der Straße und Vorstadt St. Martin ziemlich lange dauerte und eine oder der andere Unruhestifter (man nennt einen Arzt, der als Anhänger Blanquis bekannt ist) verhaftet wurde. Man erfährt jetzt, daß Bürger Thomas, im Auftrag der Regierung, nach Bordeaux gereist ist und es mag wohl sein, daß er dort die Nationalwerkstätten, welche Quellen des Müßiggangs und Aufruhrs geworden sind, auflösen soll. Daß aber darum nicht minder für beschäftigungslose Arbeiter alle mögliche Sorgfalt getroffen werden wird, unterliegt keinem Zweifel. Auch gelang es diesen Abend dem Minister der öffentlichen Arbeiten, der mehrere Stunden unter den Arbeitern des Centralbureaus zubrachte, die aufgeregten Geister zu beruhigen. Der neue Director, Bürger Leo Lalanne, Chausseen- und Brückeningenieur, übernahm das bisherige Amt des Herrn Thomas, ohne daß weitere Ruhestörungen erfolgt wären. Der Polizeipräfect hat eben einen Beschluß gefaßt, um den Verkauf der Journale auf den Straßen zu regeln. — Nachschrift. Eben (Nachmittags 4¾ Uhr) zeigte man uns an, Herr Thomas sei verhaftet worden.

Großbritannien.

(London, den 27. Mai.) Das Oberhaus erholte sich gestern von seiner Anstrengung am vorhergehenden Abend. Seine Verwerfung der Juden-Bill wird ihm von den verschiedenen Parteien entweder sehr

verdacht oder zum höchsten Lobe angerechnet. Der „Standard“ sagt: „Das Oberhaus hat das Land von einer schrecklichen Sünde gerettet!“

Italien.

(Mailand, en 24. Mai.) Unter der Aufschrift: „Das Volk richtet“ theilt das hiesige Journal „l'Italia del Popolo“ einige Proben italienischer Volksjustiz gegen den König von Neapel mit. In Florenz wurde das bourbonsche Wappen von der neapolitanischen Gesandtschaft abgerissen, durch die Straßen geschleift und unter dem Ruf: „Tod dem verrätherischen König, dem Mörder des Volks! Tod allen Bourbonen!“ verbrannt. In Genua fand eine ähnliche Demonstration statt. In Turin wurde die neapolitanische Fahne durch den Koth geschleift und unter dem Galgen verbrannt, wobei die Bürgergarde den Richtplatz umgab. Aehnliche Auftritte erneuern sich in jeder italienischen Stadt. — General Antonini, der von Paris gekommen war, um an der Spitze eines Freiwilligen-Corps für die italienische Freiheit zu kämpfen, ist zwischen Padua und Venedig mit seinem 1200 Mann starken Corps mit dem Feinde in ein blutiges Treffen verwickelt worden; eine Kanonenkugel riß ihm den Arm ab. Man fürchtet für das Leben des tapfern, schon aus dem polnischen Freiheitskampfe von 1831 rühmlich bekannten Kriegers. — Im Widerspruche mit den officiellen Bulletins melden Privatnachrichten, daß das Feuer der Oesterreicher von Peschiera aus furchtbar war und die Piemontesen nur schwach antworteten. Die Oesterreicher erhalten fortwährend Verstärkungen; alle Straßen nach Italien stehen ihnen offen. Die Armee und alle Italiener (sagt obenbenanntes Blatt) müssen beständig drei Dinge vor Augen haben: Kühnheit! Kühnheit! Kühnheit!

Rußland.

(Warschau, den 25. Mai.) Der Warschauer Kurier veröffentlicht eine noch nicht geschlossene Liste von Personen, bis jetzt circa 60, gegen welche die Untersuchung wegen Flucht über die Grenze eingeleitet worden ist. Melden dieselben sich nicht freiwillig, so wird über ihr sämmtliches Vermögen Sequester verhängt werden. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3. Juni 1848. № 155. Samstag: Erasmus.

Deutschland.

Bayern. (München.) Zum Beschluß der Debatte in der Kammer der Abgeordneten über das Ablösungsgesetz eiferte Pfarrer Ruland noch einmal gegen dasselbe: indem die Krone ohne Zweifel das Gesetz sanctionire, höre sie auf, Schutzherr der katholischen Kirche zu sein, und hiermit höre auch der Segen auf, der auf ihr ruhe. Nach diesem unerhörten Eingriff in die Temporalrechte der Kirche werden auch allmählich Eingriffe in geistliche höhere Rechte kommen. Die Kirche müsse sich selbst künftig schützen durch Stärke und Ausdauer in der Wahrheit, auf ihre Trennung müsse künftig hingearbeitet werden. Frhr. v. Lerchenfeld verwahrt sich gegen solche Theorie und ihre Folgerungen, und hofft, die Zukunft werde zeigen, daß der von der Regierung versuchte Weg ein für des ganzen Volkes Heil ersprießlicher sein, die ausgesprochenen Unheilsverkündigungen aber sich nie bewähren werden. — In der Reichsrathskammer empfahl Prinz Luitpold den mehr aus formellen Gründen von den Abgeordneten abgelehnten Wunsch um Ergänzung der durch die Ablösung verringerten Congrua der Geistlichen, und schloß sein Votum mit den Worten: „Es sind große Opfer gebracht worden, um das Gesetz zu Stande zu bringen; Opfer an Geld — Geld ist leicht zu verschmerzen — aber auch an Rechten, die durch Geld nicht zu ersetzen, die durch Jahrhunderte ehrwürdig geworden sind. Möge die Zukunft lehren, daß diese Opfer wirklich zum Wohle unsers geliebten Bayerns gebracht worden sind. Wir haben ritterlich gekämpft, den Rechtsboden so viel als möglich zu wahren. Ist es uns nur theilweise gelungen, so haben wir den Trost, wenigstens das Unsrige gethan zu haben." (A. A. Z.)

†° (Nürnberg, den 2. Juni.) Das Gedeihen der Industrie in einem Staate gehört zum wesentlichen Fortschritt desselben, denn sie ist zugleich berufen, seinen Wohlstand durch ihre Erzeugnisse zu vermehren, die eine um so größere Nachfrage erhalten werden, je gediegener sie gearbeitet sind, je mehr neben der Dauerhaftigkeit der dazu verwendeten Stoffe die Eleganz und Schönheit der Formen das Auge fesselt und je weniger ein industrielles Etablissement von der Konkurrenz anderer ähnlicher Gewerbszweige zu fürchten hat. Die englische Industrie hatte lange Zeit, von der schlauen Handelspolitik des britischen Staates unterstützt, bei weitem die Oberhand über diese Kernthätigkeit anderer Länder, namentlich der deutschen, und, was die Luxusartikel betraf, so wanderte dafür unser gutes deutsches Geld stets nach Paris. Unsere Fürsten gingen mit diesem schlimmen Beispiele voran, der sich an die Sitten und Gebräuche der Höfe anklammernde Adel folgte, so weit er konnte, nach, und die reiche Bourgeoisie wollte darin ebenfalls nicht zurückstehen. Das unausbleibliche, höchst nachtheilige Ergebniß dieser Neigungsbefriedigungen mußte neben einem fortwährenden Abzugskanal von wahrlich nicht wenigem Geld nach der Fremde die Vernachlässigung aller industriellen Thätigkeit für Luxusartikel seyn und es ist sehr begreiflich, daß bis zur Erfindung und Einführung der Maschinen sehr viele Hände, die den Grund zu vaterländischem Wohlstand hätten legen können, zu minder einträglichen Arbeiten, (denn die Luxussucht zahlte bekanntlich immer sehr gut) verwendet wurden. Als sich, und zwar erst in unserm Jahrhundert, die deutsche Industrie auch auf einen ehrenden Standpunkt emporzuarbeiten strebte, auf welchem sie vor dem dreißigjährigen Kriege in mehreren Städten bereits gestanden, als sie sich auch auf Fertigung der subtilsten Luxusartikel verstand, da sah sie sich gezwungen, sich selbst auf andere Weise wehe zu thun, sie mußte nämlich, um Absatz zu erzielen, englische oder französische Etiquetten auf ihre Manufakte oder Fabrikate setzen, weil das kaufende Publikum, einmal so eingenommen für die Arbeiten der Fremde, der vaterländischen Industrie nichts zutraute, und die deutschen Industriellen den Takt und den Muth nicht hatten, diesem Aberglauben des Publikums energisch zu begegnen. Erst die der vollen Anerkennung werthen Ausstellungen, auf denen der deutsche Gewerbsfleiß seine Erzeugnisse in größter Anzahl neben einander reihte, bewiesen aufs Schlagendste, daß die vaterländische Industrie Güte mit Schönheit in der Verarbeitung der Rohstoffe zu vereinigen wisse und verschiedene Aufmunterungen hielten sofort den Eifer wach, der durch manche Regierung (wir nennen hier vorzugsweise die Würtembergische) thätige Unterstützung fand. Auch die bayerische Industrie hat den Fortschritten, wenn auch etwas spät erst, Rechnung zu tragen nicht unterlassen und für die Befriedigung der Bedürfnisse wie des Luxus gesorgt. Wenn aber der bayerischen Industrie gedacht wird, so darf auf keinen Fall Nürnberg übergangen werden, das frühzeitig schon einen Namen vom besten Klang auf diesem Gebiete menschlicher Wirksamkeit sich erworben hatte und nun ebenfalls wieder alle materiellen Kräfte anspannt, mit andern Ländern gleiche Bahn zu halten. Leider, daß die verschiedensten durcheinandergreifenden Konjunkturen der ungünstigsten Art alle Geschäfte ins Stocken brachten und alle Früchte des gewerblichen Fleißes ungemein verkümmern. Doch die Hoffnung und das Vertrauen, von der trüben Gegenwart in eine lichtere Zukunft zu gelangen, wird auch unsere gedrückten Stände wieder aufrichten und das gestörte Gleichgewicht wird, so Gott will, bald wieder eintreten. Die Nürnberger Industrie gestattet eine weite Rückschau bis zu jenen Tagen, wo die wackern Meister und Gesellen mit den Künstlern Hand in Hand gingen, wo einzelne Artikel durch besondere Gewerbseinrichtungen (wie z. B. bei den Rothgießern) gleichsam ein Monopol hatten und nur von Nürnberg bezogen werden konnten, wo die Kinderspielwaaren bei den Weihnachtsbescheerungen in allen Ländern zu sehen waren. Daß Nürnberg aber auf dem Standpunkte seiner alten Gewerbsberühmtheit stehen blieb, während überall anderwärts fortgegangen wurde, das war Nürnbergs großer Nachtheil, denn theilweise wurde es von anderen rührigen Orten eingeholt, theilweise auch übertroffen. Da galt es denn, neue Anläufe zu nehmen und sich tüchtig zu regen. Blicken wir um uns, so müssen wir gestehen, daß in Nürnberg alle gangbaren Artikel der Industrie gefertigt werden, daß sich namentlich in den letzten zwanzig Jahren eine Fabrikthätigkeit entwickelt hat, von welcher früher gar keine Sprache gewesen ist. Ja, wir haben hier Fabriken, aus deren Thätigkeiten Artikel hervorgehen, die nur seltene Conkurrenzen zu fürchten haben, wie zum Beispiel die Ultramarinfabrik, die Türkischrothfabrik, die Fogliofabrik von C. B. Crämer, die Bronzefarbenfabrik von Fleischer und Hofmann, die leonischen Drathfabriken und dgl. mehr. Zu den in neuester Zeit entstandenen Etablissements größerer Art gehört die Doubléfabrik von Wellhöfer, welche Luxusgegenstände, Kirchenrequisiten u. s. w. liefert, die mit den schönsten Silberarbeiten wetteifern dürfen. An allen diesen größeren und kleineren Artikeln zeichnet sich der feinste Geschmack der Erfindung und Ausführung, und wie gesagt in Bezug auf Reinheit des Silbers und der Vergoldungen die täuschendste Aehnlichkeit mit puren Silbergeräthen aus. Da außer der Steyererischen (nun Heldischen) Fabrik in Deutschland nur noch in Berlin derartige Einrichtungen für großartige Aufträge bestehen, so kann es gar nicht fehlen, daß auch dieses neu gegründete Etablissement den Ruf des Nürnbergischen Gewerbfleißes bedeutend erhöht und sich selbst den Nutzen und Gewinn bereitet, den es in hohem Grade durch seine Leistungen verdient.

Freie Städte. (Frankfurt, 29. Mai.) [Geschäftsordnung für die constituirende Nationalversammlung Forts. u. Schluß von Nr. 153.] In keinem Fall aber darf er ohne neuen Auftrag der Versammlung über seine ursprüngliche Aufgabe hinausgehen. §. 25. Wenn bei einem Antrage an die Versammlung eine Minorität aus wenigstens dreien besteht, so hat sie das Recht, ein Minoritätsgutachten zu geben und dieses dem Hauptberichte beizufügen. Doch darf die Erstattung des letzteren dadurch nicht verzögert werden. §. 26. Die Berichte oder Anträge der Ausschüsse werden Fälle dringendster Eile oder großer Unbedeutendheit ausgenommen, unter fortlaufenden Nummern gedruckt und wenigstens 24 Stunden vor der Berathung in der vollen Versammlung an alle Mitglieder derselben vertheilt. §. 27. Der Berichterstatter eines Ausschusses hat in der Berathung über den von ihm erstatteten Bericht in der Nationalversammlung die Berathung zu eröffnen und kann nach erklärtem Schlusse derselben noch einmal das Wort verlangen. §. 28. Die Sitzungen der Ausschüsse finden bei geschlossenen Thüren statt; auch Mitglieder der Versammlung haben nur auf besondere Einladung Zutritt; doch kann der Vorsitzende der Nationalversammlung jeder Ausschußsitzung, ohne Stimmrecht, beiwohnen. V. Die Verhandlung. A. Anträge. §. 29. Ein selbstständiger Antrag ist bei dem Secretariate schriftlich einzugeben und wird auf dessen Veranstaltung so schleunig als möglich gedruckt und unter die Mitglieder der Versammlung vertheilt. Der Antrag wird vom Vorsitzenden in der Sitzung des folgenden Tages verkündet und in so ferne er in den Geschäftskreis eines bestehenden Ausschusses fällt, ohne weiteres an diesem gewiesen, Anträge anderer Art werden in der Reihenfolge ihrer Einbringung möglichst kurz begründet. Hierauf wird, ohne Zulassung einer Debatte, die Unterstützungsfrage gestellt. Ein Antrag, welcher nicht von wenigstens 20 Mitglieder unterstützt ist, wird ganz zurückgelegt §. 30. Darüber, ob ein solcher Antrag vor der Verhandlung zur Vorberathung an die Abtheilungen zu verweisen sei, hat die Versammlung zu beschließen. §. 31. Die Hauptverhandlung über einen Antrag kann nicht vor Verlauf von 24 Stunden nach dessen Vertheilung im Drucke in der Nationalversammlung stattfinden. §. 32. Von dieser Regel kann durch Beschluß der Versammlung in folgenden Fällen eine Ausnahme eintreten: a) bei Anträgen, welche nur die formelle Geschäftsbehandlung betreffen; b) wenn die Versammlung einen Antrag für sehr dringend oder c) für nicht hinreichend bedeutend erklärt. §. 33. Anträge, welche die Verbesserung eines in der Verhandlung begriffenen Gegenstandes bezwecken (Amendements), können zu jeder Zeit vor dem Schlusse der Verhandlung gestellt und sogleich berathen werden. Dieselben müssen mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen und werden dem Vorsitzenden schriftlich und zwar ohne Bedeutung übergeben. Die Versammlung hat das Recht, einen Verbesserungsvorschlag in die Vorbereitung zu verweisen und die Verhandlung bis zur Berichterstattung abzubrechen. B. Tagesordnung. §. 34. Der Präsident bestimmt die Tagesordnung und verkündigt solche am Schlusse jeder Sitzung für die folgende. §. 35. Nach Eröffnung der Sitzung und Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung, gegen welches Berichtigungen sofort vorgetragen werden müssen, kommen zunächst Eingaben und Anträge, sodann die Ausschußberichte zum Vortrage. Nach Verlauf einer Stunde darf auf Uebergang zur Tagesordnung Antrag gestellt werden. C. Redeordnung. §. 36. Die Redner sprechen nach der Reihenfolge der Anmeldung. Die Anmeldung kann erst erfolgen, nachdem die Berathung über den betreffenden Gegenstand angefangen hat. §. 37. Es wird, so lange dies möglich ist, zwischen solchen Rednern abgewechselt, welche für und welche gegen den Antrag zu sprechen erklärt haben. §. 38. Die Verhandlung kann zu jeder Zeit von der Versammlung für geschlossen erklärt werden. Wenn 20 Mitglieder den Schluß verlangen, muß der Vorsitzende darüber abstimmen lassen. Ist der Schluß von der Versammlung ausgesprochen, so kann nur noch der Antragsteller oder der Berichterstatter vor der Abstimmung das Wort erhalten. §. 39. Es darf kein Vortrag abgelesen werden, ausgenommen Berichte, welche im

Namen eines Ausschusses erstattet werden. Darüber, ob Aktenstücke verlesen werden dürfen, ist die Versammlung ausdrücklich zu befragen. D. Abstimmung. Nach geschlossener Berathung verkündigt der Vorsitzende die Reihenfolge der Fragen. §. 41. Die Abstimmung findet in der Regel durch Aufstehen und Sitzenbleiben statt. Ist das Ergebniß nach der Ansicht des Vorsitzenden zweifelhaft, so wird die Gegenprobe gemacht. Gibt auch diese nach der Ansicht der Mehrzahl des Gesammtvorstandes kein sicheres Ergebniß, so wird von den Schriftführern gezählt. §. 42. Namentliche Abstimmung mit Ja und Nein ohne Motivirung findet nur statt, wenn solche nach dem Schlusse der Berathung beantragt und solcher Antrag von wenigstens fünfzig Mitgliedern unterstützt wird. Der Antrag geschi ht von der Rednerbühne ohne Motivirung. §. 43. Bei Stimmengleichheit wird die Frage als verneint angesehen. Der Vorsitzende stimmt niemals ab. §. 44. In der Regel genügt eine einmalige Berathung und Abstimmung; es bleibt aber jedem Ausschusse überlassen, bei der Nationalversammlung darauf anzutragen, daß über einzelne Hauptpunkte nochmals und in verschiedenen Sitzungen der Versammlung berathen und abgestimmt wird. VI. Eingaben. §. 45. Eingaben an die Nationalversammlung sind schriftlich einzusenden. Die Versammlung selbst läßt in keinem Falle Deputationen in die Sitzungen zu; eben so wenig gestatten solches die Abtheilungen und Ausschüsse. §. 46. Sämmtliche Eingaben werden mit kurzer Angabe ihres Inhaltes in ein Verzeichniß eingetragen und der Versammlung in jeder Sitzung vor dem Uebergange zur Tagesordnung angekündigt. Der Vorsitzende verweist diejenigen, welche nicht besonderen Ausschüssen übergeben werden, an den Petitionsausschuß zum Berichte. §. 47. Anonyme Petitionen werden ohne Eingehen in den Inhalt ei sach zu den Acten genommen. §. 48. Dem Petitionsausschusse ist ein bestimmter Tag in jeder Woche zur Vorlegung seiner Berichte einzuräumen. Erst nach völliger Erledigung dieser Berichte kann zur anderweitigen Tagesordnung übergegangen werden. §. 49. Den Bittstellern wird durch Protokollauszug Nachricht von dem Beschlusse der Versammlung gegeben.

(Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 1. Juni.) 59. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 30. Mai 1848. In Folge einer Mittheilung des Präsidirenden der 17 Vertrauensmänner, womit ein Verzeichniß der durch ihre Arbeiten veranlaßten Kosten vorgelegt wurde, wird die Auszahlung des hiefür berechneten Betrags verfügt. Eine Zuschrift des Marineausschusses der Nationalversammlung, worin um Mittheilung von Materialien an Akten und Landkarten, welche auf Errichtung einer deutschen Marine Bezug haben, ersucht wird, wird dem Marineausschuß der Bundesversammlung zur Einleitung einer entsprechenden Erwiderung zugewiesen. Ein Bericht des vom Bundestag nach London abgesandten Herrn Banks über die Erkundigungen, welche derselbe wegen Schaffung einer Kriegsmarine eingezogen hat, wurde dem Marineausschuß zugewiesen. Den übrigen Theil der Sitzung füllte ein Vortrag des Ausschusses für die schleswig-holsteinische Angelegenheit über die eingeleiteten Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes und Festsetzung von Friedenspräliminarien und die Berathung hierüber aus. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 31. Mai.) In der heutigen 10. Sitzung der Nationalversammlung erstattete der Abgeordnete Dahlmann den Bericht über den Antrag Mareck's, die Nationalität betreffend. Der Antrag lautet: „Deutschland erklärt hiermit durch seine Vertreter feierlich: 1) daß es zur Unterdrückung irgend einer Nationalität nie die Hand bieten werde; 2) daß allen jenen Staatsbürgern eines mit Deutschland verbundenen Staates, welche nicht zum deutschen Volksstamme gehören, alle Rechte der deutschen Staatsbürger zukommen und daß ihnen die Aufrechthaltung und Achtung ihrer Nationalität garantirt sei; 3) die deutsche Sprache ist zwar Staatssprache, jedoch soll in jenen Kreisen, wo der größere Theil eine andere Sprache, als die deutsche, spricht, diese andere Sprache sowohl in Communalangelegenheiten, im Unterrichtswesen, als auch als Gerichtssprache eingeführt werden. Schließlich wird beantragt: die Nationalversammlung möge beschließen: Vorstehender Antrag werde einem aus den 15 Abtheilungen zu erwählenden Ausschusse dahin überwiesen, daß selber obigen Antrag in Form einer Proklamation zur weiteren Diskussion vorlege." Der Verfassungsausschuß beantragt dagegen einstimmig, folgende Fassung als Protokoll zu erklären: „Der Verfassungsausschuß hat einstimmig beschlossen, auf Anlaß des Mareck'schen Antrages folgende Fassung als Protokollerklärung in Antrag zu bringen: „Die Verfassung-gebende deutsche Nationalversammlung erklärt feierlich: daß sie im vollen Maße das Recht anerkenne, welches die nichtdeutschen Volksstämme auf deutschem Bundesboden haben, den Weg ihrer volksthümlichen Entwickelung ungehindert zu gehen und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur und die innere Verwaltung und Rechtspflege sich der Gleichberechtigung ihrer Sprache soweit deren Gebiete reichen, zu erfreuen, wie es sich denn auch von selbst verstehe, daß jedes der Rechte, welche die im Bau begriffene Gesammtverfassung dem deutschen Volk gewährleisten wird, ihnen gleichmäßig zusteht. Das fortan einige und freie Deutschland ist groß und mächtig genug, um den in seinem Schooße erwachsenen andersredenden Stämmen eifersuchtslos in vollem Maße gewähren zu können, was Natur und Geschichte ihnen zuspricht; und niemals soll auf seinem Boden weder der Slave, noch der dänisch redende Nordschleswiger, noch der italienisch redende Bewohner Süddeutschlands, noch wer sonst, uns angehörig, in fremder Zunge spricht, zu beklagen haben, daß ihm seine Stammesart verkümmert werde oder die deutsche Bruderhand sich ihm entziehe, wo es gilt." Diese Fassung wurde von der Nationalversammlung, nachdem vorher beschlossen worden, ohne Discussion darüber einzustimmen, mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf wurde zur Wahl des definitiven Präsidenten, der Vicepräsidenten und Sekretäre geschritten. Bei der Präsidentenwahl wurden im Ganzen 518 Stimmen abgegeben, von denen Heinrich von Gagern 499, Blum 12, Soiron 5, Scheller 1 und Zitz 1 erhielten. Nachdem der bisherige Vicepräsident v. Soiron die Versammlung mit diesem Resultate bekannt gemacht, sprach Heinrich von Gagern tief bewegt folgende Worte: „Es ist nicht ein Gefühl des Stolzes, sondern der Demuth, das mich erfaßt. Von einer solchen Versammlung zu ihrem Vorsteher und mit dieser Stimmenmehrheit gewählt zu werden, konnte ich nimmermehr erwarten. Ich danke Ihnen für die Anerkennung, die Sie mir dadurch bezeigten. Ich werde alle meine Kräfte der großen Aufgabe widmen, für die wir gemeinschaftlich hier zusammenstehen. Ich will nicht wiederholen, sondern Sie nur noch in Kenntniß setzen, daß, wie ich schon früher erklärte, meine Kräfte und meine Stellung von heute an lediglich dieser Versammlung angehören!" (Ein außerordentlicher, ungetheilter Beifall folgte diesen Worten.) Die Wahl des ersten Vicepräsidenten ergab folgendes Resultat: Stimmende 513. Davon für v. Soiron 405, Blum 81, v. Andrian 8, v. Möhring 4, Arndt 3, v. Rotenhan 3, Mathy 1, Blumröder 1, Raveaux 1. Mit den Worten: „Empfangen Sie einfach meinen Dank für dieses ehrenvolle Vertrauen" trat v. Soiron seine Verrichtungen an. Zum zweiten Vicepräsidenten wurde unter 505 Stimmen v. Andrian aus Wien mit 310 Stimmen gewählt. Weitere Stimmen erhielten: R. Blum 116, v. Möhring 66, Heckscher 3, v. Auersperg 2, Mittermaier 2, Wiesner 1, Scheller 1, Kierulf 1, Simon 1, Trützschler 1, v. Rotenhan 1. Der 2. Vicepräsident erklärt, daß Niemand wärmer als er für die Freiheit und Einheit Deutschlands und von der Nothwendigkeit seiner Kräftigung durchdrungen sey. Die Wahl der 8 Sekretäre wird in nächster Sitzung (Sonnabend) verkündigt werden. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 29. Mai.) In dem Ausschuße für Bearbeitung eines Entwurfs der Reichsverfassung ist dem Vernehmen nach der Antrag gestellt worden, den von Dahlmann bearbeiteten und den von 17 Vertrauensmännern angenommenen Vorschlag den deßfallsigen Verhandlungen zu Grunde zu legen. Dieser Antrag sei aber (obwohl Dahlmann Mitglied ist,) durch Stimmenmehrheit verworfen worden.

(N. Speyr. Z.)

(Frankfurt, den 30. Mai.) Parteien müssen sein und sollen sein, so hört man überall sagen, und im Gefühl dieser Nothwendigkeit wird hier ein Eifer, Parteien zu bilden, entwickelt, der kaum die allgemeinsten Bedingungen ihrer Möglichkeit abwartet. Was für Parteien aus diesen verschiedenen Einladungen in den deutschen, Holländer oder Pariser Hof, in den Hirschgraben und die Sokratesloge für unsere weitern Verhandlungen hervorgehen werden, läßt sich noch nicht erkennen, und ich will Sie, statt mit Vermuthungen über ungeborne Dinge zu unterhandeln, lieber mit den verschiedenen Richtungen bekannt machen, die bis jetzt in den Verhandlungen und Abstimmungen der Nationalversammlung hervorgetreten sind. Wenn dieß auch unbefriedigende Nachrichten sind und über den weitern Gang der Dinge wenig Aufklärung geben können, so beruhen sie doch auf Thatsachen und geben wenigstens die allgemeinsten Anhaltspunkte für die Zukunft. Es wurden bis jetzt blos Fragen über den Umfang unserer Gewalt und Berechtigung, und auch diese nur unvollständig entschieden; der Zusammenhang zwischen diesen und den eigentlichen Verfassungsfragen über das Oberhaupt, das Verhältniß der Reichsgewalt zu den Landesregierungen rc. ist aber kein so inniger, daß aus den Abstimmungen hierüber sichere Schlüsse für die weitern Verhandlungen gezogen werden können. Nur die äußerste Linke weiß bereits deutlich, was sie will, und hat ein über alle Hauptfragen fertiges Programm. Nach diesem soll Deutschland ein je nach dem Willen der einzelnen Völker aus Republiken oder demokratischen Monarchien gemischter Bundesstaat sein, an dessen Spitze als gesetzgebender Körper ein aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangener Reichstag, als vollziehender ein vom Reichstag gewähltes Reichsministerium unter einem Präsidenten stehen soll. Zur Verwirklichung dieser Plane soll unsere Versammlung die unumschränkteste souveräne Gewalt über Deutschland nach allen Seiten in die Hand nehmen, den Bundestag völlig beseitigen und einstweilen aus ihrer Mitte eine provisorische Centralgewalt unverzüglich schaffen. Die Führer dieser Partei sind Blum, Wesendonk, Eisenstuck, Rauwerk, Schlöffel, Vogt und Andere. Die Zahl ihrer entschiedenen Anhänger möchte bis jetzt kaum 40 bis 50 betragen, wozu vielleicht noch ebenso viel solche kommen, die ungefähr das Gleiche wünschen, aber in der Wahl der Mittel weniger rücksichtslos zu Werk gehen und mit dem Bestehenden nicht so schroff abbrechen möchten. Zu letzteren gehört wohl eine ziemliche Anzahl unserer würtemb. Landsleute. Durch den Eintritt der bad. Mitglieder wird diese Partei noch ein Duzend Stimmen weiter gewinnen. Die Anhänger derselben sind meistens Rheinländer und Süddeutsche. Der Versammlungsort ist das deutsche Haus (früher König von Preußen, aber nach dem 18. März umgetauft). Außer Robert Blum, einem sehr klugen Parteiführer und hochbegabten Redner, sind bis jetzt keine großen Talente von dieser Richtung hervorgetreten. — Wenn diese Partei der äußersten Linken sich an die Spitze der Revolution stellen und deren Sturmschritt noch beflügeln will, so steht im feindlichsten Gegensatz zu ihr die äußerste Rechte, die das revolutionäre Prinzip, auf dessen Boden die Versammlung steht, vollständig leugnet und mit allen seinen Folgerungen bekämpft, die sich streng auf den Standpunkt des bisherigen positiven Rechts stellt (auf welchem sie auch wohl unwiderlegbar ist) und das Verfassungswerk, welches wir gründen sollen, als einen freien Vertrag zwischen 38 souveränen Staaten oder gar, nach Vinkes unglücklichem Ausdruck, zwischen 38 Nationen zu Stande kommen lassen will, welche die Souveränetät unserer Versammlung in keinem Sinne gelten läßt, sondern dieselbe nur als einen der dabei mitwirkenden Faktoren betrachtet. Diese Parthei, deren Grundsätze nur bis jetzt Herr von Vinke und von Armin entschieden ausgesprochen haben, umfaßt kaum 20 bis 30 Mitglieder, wiewohl sich eine weit größere Zahl mehr oder weniger an sie anlehnen mag, und sie darf bei ihrem völligen Ignoriren der jüngsten Thatsachen zwar als eine in ihren Motiven sehr ehrenwerthe, aber völlig unpraktische und hoffnungslose bezeichnet werden. Sie wird nicht im Stande sein, dem Volk zu geben, was es will, und noch weniger, den Gang der Ereignisse aufzuhalten. — Zwischen diesen beiden äußeren Richtungen steht nun ein beiden unendlich überlegenes, in sich manchfach verschiedenes Centrum, das darin einig ist, die Revolution weder zu schüren, noch zu ignoriren, sondern zu mäßigen und in der Hand zu behalten, das den revolutionären Charakter unserer Versammlung anerkennt, aber den Umfang unserer Souveränität, so lange keine Nothwendigkeit vorliegt, auf unsere nächste Aufgabe beschränken will. Ueber die Unterschiede und Gliederungen innerhalb dieses Centrums will ich ein andersmal versuchen, nähere Auskunft zu geben. — In der heutigen Sitzung hat die Versammlung einen schönen Anfang gemacht, ihren bisherigen Hauptlaster, der übertriebenen Redseligkeit und kleinlichen Zänkerei über Formen, zu entsagen, indem sie die ganze Geschäftsordnung, wie sie vom Ausschuß vorgelegt wurde, ohne alle Berathung über das Einzelne in Bausch und Bogen angenommen hat. (Schwb. M.)

(Frankfurt, den 31. Mai.) Nach einem durch v. Lindenau namens des Centralwahlausschusses erstatteten Bericht sind 521 Abgeordnete am 24. Mai für vollständig legitimirt anerkannt, über 550 eingetroffen. Sensation in verschiedenem Sinne machten die aus Wien ein-

getroffenen Nachrichten. Tagesordnung der nächsten Sitzung. Bericht des für Anträge und Petitionen niedergesetzten Ausschusses.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 29. Mai.) Der Kriegsminister Graf Latour und der bisherige kommandirende General Graf Auersperg haben beide das Gebäude des Kriegsministeriums und General-Kommandos verlassen und ihr Hauptquartier in der Alser-Kaserne aufgeschlagen. Graf Latour unterzeichnet keine gemeinschaftlichen Befehle mit Pillersdorf mehr, und wartet nur den ersten Convoi aus Innsbruck, um mit der ganzen Garnison aufzubrechen und die Kaiserstadt ihrem Schicksale zu überlassen. Die übrigen Minister geben kein Lebenszeichen mehr, und eine gestern Abends erschienene Kundmachung besagt blos, daß die Sicherheits-Behörde die nöthige Vollmacht habe, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Auf der andern Seite ist die Nationalgarde seit 3 Tagen ohne Oberkommando, indem Hoyos gefangen sitzt, und Graf Auersperg nicht mehr amtirt. Der bekannte Republikaner, Redakteur der „Constitution“, Häfner und sein Kollege Tuwora, sind aus dem Kerker abgeholt und im Triumph auf die Aula gebracht worden. Man sieht auf den Straßen nichts als fröhliche Gesichter der Nationalgarde und Studenten, welche mit den Arbeitern fraternisiren. — Das hiesige Korps diplomatique hat sich größtentheils einer Einladung des Kaisers zufolge auf den Weg nach Innsbruck gemacht. Mit Ausnahme eines Einzigen, der vom Volke angehalten aber wieder entlassen wurde, hat man es ganz ruhig abziehen lassen. — Gestern Abends traf ein hierher beordertes Jäger-Bataillon auf der Eisenbahn in Lundenburg ein. Dort fand es den Befehl, in Folge der hiesigen Ereignisse nach Brünn zurück zu kehren. Allein die Soldaten kamen hierüber in Aufruhr und erklärten, vor den Feind nach Italien geführt werden zu wollen, widrigenfalls aber die Eisenbahn und den Bahnhof bei Lundenburg zu zerstören. Man mußte es gewähren lassen, und so warten sie auf weitere Ordre im Marchfelde. Die nämlichen Symptome der Auflösung zeigen sich auch bei den Truppen der hiesigen Garnison, die übrigens marschfertig ist. Der gestrige und heutige Tag verging in Furcht der Dinge, die da kommen werden und müssen. (A. Abd. Z.)

(Triest, den 28. Mai.) Gestern Nachmittag erschien ein Parlamentär der feindlichen Flotte mit den Antworten auf die Proteste der hiesigen Consuln, welche dahin lauten, daß man keinen Angriff gegen die Stadt beabsichtige. Während die Collektivnote der Konsuln den angenehmsten Eindruck hervorbrachte, und Triest mit Stolz auf diese ehrenwerthen Männer blickt, hat der Separatprotest des franz. Agenten viel böses Blut gemacht. Derselbe erkennt Sardinien das Recht zu, gegen Triest feindlich einzuschreiten und warum? Weil der Hafen von Oesterreich in einem Kriegsplatz verwandelt worden sey! (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 29. Mai.) Die Furcht vor einer Reaktion wächst hier von Stunde zu Stunde. Ob solche begründet sey, vermögen wir noch nicht sicher zu behaupten. So viel ist indeß gewiß, daß die gestürzte Partei gern wieder die Oberhand erlangen möchte. Eine verdorrte Pflanze vermag man eben so wenig wieder zu beleben, wie ein vermodertes Gebäude zu befestigen. Beides ist in einem solchen Zustande dem Tode und somit der Vergangenheit verfallen. (O.-P.-A.-Z.)

(Berlin, den 30. Mai.) Unter den auf der heutigen Tagesordnung befindlichen Anträgen erweckt der des Abg. Nees v. Esenbeck ein besonderes Interesse auch durch die Persönlichkeit des greisen Antragstellers. Der berühmte Naturforscher ist von der schlesischen Opposition, der er auf der äussersten Linken angehört, als der würdevollste Repräsentant ihrer auf Verwerfung des Verfassungsentwurfs abzielenden Absichten vorgeschoben worden. Der mehr als 80jährige Greis verliest von der Tribune herab seinen Antrag, der darauf geht: „die Nationalversammlung solle eine Kommission ernennen, um eine im Namen der Versammlung und vom volksthümlichen Standpunkt ausgehenden Verfassungsentwurf auszuarbeiten, und denselben zugleich mit dem von der Regierung vorgelegten zur Berathung ziehen.“ Dieser Antrag der eine starke Unterstützung findet, wird in die Abtheilung verwiesen, nachdem das Dringen der Opposition auf sofortige Debattirung desselben in der Minorität geblieben. (D. A. Z.)

Sachsen. (Altenburg, 29. Mai.) Unsere gesammten Minister erklären öffentlich, daß es für die erfolgreiche Wirksamkeit eines jeden Ministeriums wesentliche Bedingung sei, daß es das Vertrauen der Bewohner des Landes, dessen Verwaltung seiner Leitung anvertraut sei, besitze. Die Mitglieder des herzogl. Ministeriums hätten die Ueberzeugung gewonnen, daß sie jenes Vertrauen nicht besäßen, und es sei somit ihre Pflicht, den Landesherrn um Entlassung aus ihrer Stellung zu bitten. Dieses Gesuch sei dem Herzoge bereits überreicht worden und sie würden nur noch bis dahin, wo der Herzog über anderweite Bildung des Ministeriums Entschließung gefaßt haben werde, sich der fernern Leitung der Landesverwaltung unterziehen.

(D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 28. Mai.) Nach verschiedenen glaubwürdigen Berichten werden die Bundestruppen nicht hinter die Schlei zurückgehen, sondern nachfolgende Stellung ist als eine bleibende anzusehen: Hauptquartier des General Wrangel: Flensburg; Hauptquartier des General Halkett: Gravenstein. Die Holsteinischen Truppen von Tondern nach Tinglef, preussische Truppen von Tinglef nach Flensburg, zehntes Armeekorps im Sundewittschen. Auch England soll nur ausgedungen haben, daß die Bundestruppen Jütland und Nordschleswig räumen, welche letztere von einem schleswig-holst. Korps besetzt bleiben soll. Erfolgt Dänemarks Ratification zu den Waffenstillstandsbedingungen nicht, so rücken die deutschen Truppen wieder vor. Nach der „Schleswig-holsteiner Zeitung“ hinge der Rückzug aus Jütland gar mit einer bedauerlichen Meinungsverschiedenheit zwischen einigen deutschen Cabinetten zusammen, welche nach alter leidiger Weise jeder für sich unterhandelt hätten (!) — Beseler und eine nordschleswigsche Deputation sind nach Frankfurt abgereis't, Letztere, um gegen die Lostrennung von Deutschland zu protestiren. — Auch Rußland soll die englischen Waffenstillstandsbedingungen (Räumung Jütlands und Nordschleswigs von Seiten der Bundestruppen — Nordschleswig bleibe jedoch von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt — Räumung Alsens von Seiten der Dänen und Herausgabe der genommenen Schiffe mit voller Ladung) unterstützen. (W.-Z.)

Gestern sind unsere in Sundewitt liegenden Truppen wiederum mit den Dänen in Kollision gerathen, und zwar bei Düppel waren die Mecklenburger heftig im Feuer. Es sind hier heute einige leicht Verwundete angekommen; es wird behauptet, daß auch der mecklenburgische Kommandant leicht verwundet heute Abend hier eingebracht worden ist. Die Dänen wagen sich immer etwas weiter ins deutsche Gebiet hinein. Das Hauptquartier des Generals Wrangel wird nach Flensburg verlegt werden; der General wird schon morgen hier erwartet. Man will hier bestimmt wissen, daß die Preussen sich aus Jütland schon entfernen, — um diesseits der Königsau den Feind zu beobachten; wogegen die Dänen die aufgetriebenen deutschen Schiffe frei geben werden. (Wes. Z.)

Würtemberg. (Oehringen, 26. Mai.) Der hiesige „polit. Verein“ hat eine energische Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt abgesandt, aus welcher wir nachstehende kräftige Stellen mittheilen: „Nicht das ist die Aufgabe der deutschen Männer, welche jetzt in Frankfurt rathschlagen: zwischen Fürsten und Volk Vermittlungen zu suchen. Nein das Volk in seiner Gesammtheit hat die Oberherrlichkeit im deutschen Lande. Es hat das Recht und die Macht, sich die Verfassung zu geben, welche es gut findet. Ihr seyd jetzt des souveränen Volkes Werkzeuge, nächst Eurem Gewissen, lediglich der Gesammtheit verantwortlich. Ihr habt nicht mit den Fürsten, wer sie auch seyn mögen, erst Vereinbarungen zu treffen, sondern Euren aus ruhiger und fester Berathung hervorgehenden Beschlüssen, wie sie immer ausfallen werden, haben, wie die Volksstämme, so die Fürsten sich zu fügen, weil auch diese, wie die anderen, was sie sind, nur sind durch die Gesammtheit und für sie. Jede Weigerung hiergegen ist Verläugnung der Sache des Vaterlandes, ist Verrath am Volke. Ihr werdet Euch den Gesichtspunkt Eurer schweren Aufgabe durch kein Rückschritts-, durch kein Sondergelüste verrücken lassen. Jetzt oder nie ist das Ziel zu erreichen“ rc. (Frankf. J.)

Belgien.

(Brüssel, 29. Mai.) Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht das Auflösungs-Dekret der beiden Kammern. Es werden, der neuen Parlamentar-Reform und mehreren Verzichtleistungen auf das Volksvertreter-Mandat zufolge, nicht weniger als vierzig der ehemaligen Mitglieder der Repräsentanten-Kammer ausscheiden. Die Parlaments-Reform ist weit über die Vorschläge der Regierung hinausgegangen. Dieselbe lautet: Art. 1. Die vom Staate angestellten und besoldeten Beamten, welche in die Kammern gewählt werden, müssen vor ihrer Eidesleistung eine Wahl zwischen dem Parlaments-Mandate und ihrem Amte treffen. In dieser Kategorie sind die vom Staate besoldeten Diener des Cultus einbegriffen. Die Minister bleiben vom ersten Paragraphen dieses Artikels ausgeschlossen. Art. 2. Die Mitglieder der Kammer können erst ein Jahr nach Verlauf ihres Mandates vom Staate angestellt werden. Von dieser Bestimmung sind die Minister, die diplomatischen Agenten und die Gouverneure ausgeschlossen. Art. 3. Die Bezirks-Commissäre, die Friedensrichter, die Räthe erster Instanz und die Appellations-Räthe, sowie ein Instruktionsrichter können nicht in die Provinzial-Stände gewählt werden.

Frankreich.

† (Paris, 29. Mai, Mittags.) Seit 5 Uhr Morgens ruft die Trommel abermals die Bürgerwehr zu den Waffen. Die Arbeiter, hieß es, haben die Nationalwerkstätten in Masse verlassen und wollen gegen die National-Versammlung marschiren. Diese Gerüchte sind übertrieben. Die Arbeiter haben sich versammelt, um zwei Petitionen zu entwerfen, die sie der Vollziehungsgewalt und der Nationalversammlung überreichen wollen, und worin sie gegen die Aufhebung der Mehrzahl der National-Werkstätten protestiren.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 29. Mai.] Präsident Buchez. Eine bedeutende Truppenmacht, die sich vom Magdalenenplatze und dem Tuileriengarten einer Seits und von der Ecke des Ehrenlegionsgebäudes bis hinter das neue Ministerium des Auswärtigen erstreckt, hält die Zugänge des Sitzungssaales besetzt. Um 2 Uhr ist die Sitzung eröffnet. Buchez tritt dem Vizepräsidenten Senard den Vorsitz ab. Nach Verlesung des Protokolls und Anhörung des Fallouxschen Berichts über Reorganisation der Nationalhandwerkstätten, bestieg Taschereau die Bühne, um Interpellationen rücksichtlich der Thomasschen Angelegenheit an den Minister zu richten. Er las sämmtliche Aktenstücke vor, und forderte dann den Minister der Staatsbauten auf, sich über das mysteriöse Verfahren gegen den Direktor der Nat.-Werkstätten zu erklären. Unter den Zeichen allgemeiner Aufmerksamkeit folgte ihm Trelat, auf der Tribune. Tiefe Stille. Eine doppelte Pflicht habe er sich bei Uebernahme seines wichtigen Amts gestellt; diese Doppelpflicht habe darin bestanden, sowohl dem speziellen Interesse des Arbeiters als dem allgemeinen Interesse des Staats zu dienen. Er habe aber längst die Ueberzeugung gehegt, daß die gezwungene Association, d. h. die Nationalhandwerkstätten mit andern Worten, alles Edele und Gute im Herzen des Arbeiters ersticken. Seine Hauptsorge sei daher von Anfang an gewesen, wie diesem Aussaugesystem der Staatskasse möglichst schleunig abzuhelfen. Er habe zunächst die Zahl der Beschäftigten wissen wollen. Unmöglich. Von einem Tage zum anderen sei er hingezogen worden. Bald hätte es geheißen, die Werkstätten zählten 80,000, bald 90,000, bald 110,000, endlich hätten sich nahe an 115 oder gar 120,000 Arbeiter herausgestellt. Von dem Ausschusse für Arbeiterverhältnisse ermuthigt, habe er endlich den Direktor der Werkstätten, Hrn. Thomas, am Freitag Abend in sein Kabinet gerufen, und dort ihn freiwillig abzudanken vermocht.

Thomas habe freiwillig abgedankt, sei freiwillig abgereist und habe sich der Mission des Gironde- und Landes-Departement freiwillig unterzogen. Die scharfe Betonung des freiwillig im Munde des Ministers schien etwas auffallend und erregte einiges Lächeln im Saale. Dieses Verfahren wiederholt der Minister, sey nöthig gewesen — necessaire lautete sein eigener Ausdruck, für die Pläne, welche das Ministerium, soll heißen die Freihandelspartei, hege. Verdient dasselbe Ihren Tadel — wandte sich der Redner an die Versammlung — so werde ich ihn hinnehmen. (Nein, Nein!) Ich will alle Folgen meiner Handlungsweise tragen. Unmöglich kann der Staat länger Opfer bringen und alle Quellen für jene Werkstätten erschöpfen. Lassen wir die wichtigen Staatsbauten, die uns von allen Seiten bevorstehen, wegen jenen Werkstätten nicht liegen, welche alle unsere Finanzen tödteten. Das ist Alles, was ich zu sagen habe. Große Zufriedenheit in der Versammlung? Coquerell, protestantischer Pfarrer, eilte dann auf die Tribune. Aber Taschereau machte ihm den Platz streitig. Coquerell steigt herab.

Er sey, begann Tachereau, unter offenbarem allseitigen Unwillen, weit entfernt, die Fortdauer der National-Werkstätten zu vertheidigen, zumal der Minister erklärt habe, daß ihr Aufhören für das allgemeine Interesse nöthig sei. Aber nur eine Bemerkung möge man ihm erlauben, nämlich, daß er die persönliche Freiheit besser geschätzt sehen wolle. (Zur Tagesordnung! Tagesordnung!) Der Minister solle eine Ehrenerklärung Thomas öffentlich abgeben und auf der Tribüne wiederholen. Sonst scheine auf dem Direktor eine stillschweigende Anklage zu lasten. Die Versammlung machte einen solchen Lärm, daß der Schluß der Debatte ausgesprochen wurde. Präsident Senard: Ich habe einen Brief von Napoleon Louis Bonaparte erhalten. Soll ich ihn vorlesen? Zur Linken: Nein! Nein! Wir wollen weder Briefe von Orleans, noch von Louis Napoleon, noch sonst von Privatbürgern hören. Die Versammlung entscheidet, den Brief, als von einem Privaten an die Versammlung gerichtet, nicht anzuhören. Hiernächst schritt sie zur Diskussion des Dekrets rücksichtlich der Beziehung der Vollziehungsgewalt zur Versammlung, dessen Diskussion jedoch kein Interesse bot. 4 Uhr.

Italien.

(Von der italienischen Grenze, den 24. Mai.) Berichte aus Neapel vom 16. geben als eigentliche Ursache des Ausbruchs der mehrerwähnten Katastrophe den Umstand an, daß man einem geheimen Briefwechsel zwischen dem König, dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Rußland auf die Spur gekommen sey. Dadurch sey in den Gemüthern eine ungeheure Gährung und das Verlangen hervorgerufen worden, alle regulären Truppen nach der Lombardei geschickt, oder doch von der Hauptstadt entfernt zu sehen. Von anderer Seite wird dagegen behauptet, die Sache verdanke einer weiter verbreiteten republikanischen Verschwörung, welche die Verjagung des Königs zum Zwecke gehabt, ihren Ursprung. (Mannh. J.)

Niederlande.

(Haag, den 29. Mai.) Einem Schreiben aus dieser Stadt im „Journal de Limbourg" zufolge soll das Ministerium sich ernstlich damit beschäftigen den gerechten, zeitgemäßen Forderungen der Limburger Genugthuung zu verschaffen.

(Rotterdam, den 28. Mai.) Es circulirt unter den ansehnlichsten Bürgern dieser Stadt eine Bittschrift an den König um schleunige und unwiderrufliche Abschaffung der Sclaverei in den niederländischen Besitzungen. (Köln. Z.)

Schweden und Norwegen.

(Stockholm, 23. Mai.) Gestern Mittags erhielt man durch den Telegraphen die Nachricht, daß der Großfürst Konstantin, an Bord der russischen Fregatte Pallas, von zwei Dampfschiffen begleitet, zu Sandhamm angekommen sey. Das königl. Dampfschiff Gylfe wurde sogleich abgefertigt, die kaiserl. russische Gesandtschaft, einen Adjutanten des Königs und einen höheren Marineoffizier an Bord. Es traf die Fregatte vor Warholm. Der Großfürst kam um 8 Uhr in unserm Hafen an. Der Großfürst ist von Fürst Menschikoff und eilf Offizieren begleitet. Man hört hier jetzt von nichts anderm reden als von Rüstungen und Truppenmärschen. Die ganze Armee ist in Bewegung. Morgen wird das erste Leibgarderegiment an Bord gehen, um direkt nach der Insel Fünen geführt zu werden. Das zweite Leibgarderegiment wird erst in der nächsten Woche abfahren. Die Marineverwaltung erhielt den Befehl, die baldige Ausrüstung unsrer ganzen Kriegsflotte zu besorgen. Außerdem werden, wie verlautet, 6 russische Linienschiffe und 9 Fregatten zur Verfügung des Königs gestellt werden. Von dem Inhalt des durch General Oxholm mit Dänemark abgeschlossenen Vertrags hört man hier noch nichts näheres; daß aber ein solcher Vertrag existirt, ist gewiß. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Anzeigen

Aufruf.

Nachdem der Hülfs-Verein für nothleidende Manufaktur-Gewerbe die Einsammlungen begonnen hat; so wird derselbe am nächsten Montag den 5 Juni und sofort alle Montage Vormittags von 8—12 Uhr bereit seyn, in dem Lokale des Gewerbe-Verein (Augustiner-Kloster) die Gesuche zur Unterstützung bedürftiger Manufaktur-Arbeiter entgegen zu nehmen. —

Die Hülfsbedürftigen der zünftigen Gewerbe haben sich zuvor mit ihren Vorgehern auf die von denselben zu erlassende Einladung zu benehmen, während die Heimarbeiter der nicht zünftigen Gewerbe ihr Gesuch durch die Vermittlung ihrer Verleger einzureichen haben.

Nürnberg, den 2. Juni 1848.

Im Namen des Ausschusses.
Heinr. Gebhardt
J. C. Hering, Secretair

Bierbrauerei-Verkauf.

Eine reale Bierbrauerei und Wirthschaftsgerechtigkeit in Miltenberg ist aus freier Hand um 2500 fl. zu verkaufen. Das Anwesen liegt mitten in der Stadt an der Hauptstraße und besteht aus einem dreistöckigen Wohnhause, einem damit verbundenen Anbau zur Brauerei, den Brauereieinrichtungen, einem Sudwerke von 4 bayerischen Schäffeln, einem neuen Kühlschiffe und Malzdarre, einem eigenen Malz- und Gährkeller und einem in Felsen gesprengten Bierkeller von 6° R. mit sehr gutem Luftzuge, welcher 500 Eimer fassen, und der auch beliebig erweitert werden kann; dazu ein Hof mit eigenem Brunnen und ein 13 Ruthen großer Garten mit Obstbäumen. Bei Zahlung von 500 fl. Kaufschilling können 2000 fl. zu 5% auf dem Anwesen stehen bleiben. Nur die Zeitverhältnisse, und daß der gegenwärtige Besitzer dieses Geschäft nicht betreiben kann, erklären diese günstigen Kaufsbedingnisse. Das Nähere auf portofreie Anfrage unter der Adresse F. E. in Miltenberg am Maine.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag den 4. Juni findet Tanzmusik statt. Hiezu lade ich ergebenst ein.

Kellermann.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 3. Juni findet vollständige Orchestermusik, Entree 6 kr. à Person, statt, wozu hiemit höflichst einladet

Kißkalt.

Steinbrüchlein.

Nächsten Sonntag den 4. Juni wird dahier das Kirchweihfest gefeiert, und findet „Harmonie-Musik" statt. Für verschiedene warme und kalte Speisen, Kaffee und Hefenküchlein und für vorzügliches frisches Felsenkeller-Bier ist bestens gesorgt. Zu zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

Bernreuther.

(Gesuch) Ein gesundes Mädchen wünscht als Stillamme bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Engelhardsgasse Nro. 1306.

Ladeneröffnung u. Empfehlung.

Bei meiner Laden-Eröffnung im Hause des Pelzwaarenhändlers Herrn Kinkelin S. Nr. 62 Karlsbrücke am Trödelmarkt, erlaube ich mir ein verehrliches Publikum auf alle in mein Fach einschlagende Artikel aufmerksam zu machen, und hiemit ein specielles Verzeichniß meiner vorräthigen Waaren aufzuführen.

Alle Sorten Tisch-, Desert-, Transchirmesser und Gabeln, Feuerstahl, Taschen und Federmesser, nach neuester englischer Facon mit Siegel und Patent-Bleistift, Cigarren- und Champagnermesser, Rasirmesser von feinsten Silberstahl von 24 kr. bis 1 fl. 30 kr. per Stück, Schneider-Scheeren (mit neuen nach der Hand modellirten Griffen), Leinwand-, Nagel-, Papier- und Damenscheeren, Schärf-, Pappendeckel- und Metzgermesser, Hirschfänger, Tscherkessenmesser, Leibvertheidiger, Dolche, Jagdmesser und Kinder-Säbel, Stahlgalanterie-Arbeiten, Streichriemen, Mineral-Teig und Steine für Rasir- und Federmesser, Bandagen für Leisten-, Schenkel- und Nabelbrüche von 1 fl. 18 kr. bis 3 fl. per Stück nach der zweckmäßigsten anerkannten Methode, welche ich ganz besonders empfehle, Suspensorien, elastische Spateler, Mutterkränze, künstliche Warzen für Säuglinge, Klistir-, Wund- und Halsspritzen rc., Aderlaß-, Pferd- und Schrepfschnepper rc.

Auch werden alle Reparaturen von genannten Gegenständen (so wie das Schleifen und Poliren von Rasir-Messern, Scheeren rc. auf das pünktlichste besorgt.

Es wird stets mein Bestreben seyn, sowohl durch Dauerhaftigkeit als Eleganz und billigste Preise jeden Anforderungen des verehrten Publikums zu entsprechen, ich empfehle mich daher zur geneigten Abnahme bestens.

Ad. Hofman,
chirurgischer Instrumentenmacher, Schwertverfertiger, Stahlgalanterie-Arbeiter und Messerschmied, wohnhaft in L. Nro. 796 der Theatergasse.

Zu vermiethen.

In der Nähe des Rathhauses ist eine kleine Wohnung, aus Stube, Alkof, Kammer, Küche mit Kochofen, Holzlage rc. bestehend, am Ziel Laurenzi an eine einzelne Person oder auch an eine kleine Familie ohne Kinder zu vermiethen.

Gasthaus-Verkauf oder Vertausch.

Ganz nahe vor einem Thor hiesiger Stadt ist ein im sehr guten Betrieb stehendes Gasthaus täglich zu verkaufen oder gegen ein Privathaus zu vertauschen. Nähere Auskunft wird ertheilt L. Nro 1468 Kappengasse

(Verloren) Donnerstag, den 1 Juni wurde von der Fleischbrücke bis zum Hallerthor eine silberne Uhrkette verloren der redliche Finder wird gebeten solche im Laden Nr. 27 am schönen Brunnen abzugeben.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 4. Juni findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Gasthaus zur Eisenbahn am Bahnhof.

Sonntag den 4 Juni findet 11stimmige Blechmusik statt. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Es ladet zu zahlreichem Besuch hiemit höflichst ein

W. Lar.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 5. Juni Produktion im Zwinger bei Herrn Kißkalt Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Almoshof.

Sonntag den 4. Juni ist Tanz-Musik, wozu ergebenst einladet

Witt.

Eintracht.

Montag den 5. Juni Produktion im Wirthschafts-Lokale zur weißen Taube am Weberplatz.

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Rosenau.

Sonnabend den 3. Juni, bei günstiger Witterung Herrendienst der vollständigen Musik des Regiments Rumpenberg. Hiezu ladet höflichst ein

F. Scholl.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Samstag, so wie jeden Samstag, ist Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

Neubauer.

Constitutioneller Verein.

Zur Bekanntmachung vom 31. v. Mts. wird noch beigefügt, daß Programm und Einzeichnungsliste im Nägel'schen Kaffeehause so wie bei Herrn Konditor Winter am rothen Roß aufliegen.

Nürnberg, den 2. Juni 1848

Der provisorische Ausschuß.

Zurückgebliebener Hund.

Montag den 29 Mai ist im Gasthause zum Paradies ein junger Hund (Art Königshund) zurückgeblieben. Der Eigenthümer kann solchen gegen Ersatz der Einrückungsgebühr daselbst abholen

(Zu vermiethen) In der Winklerstraße S Nr. 32a ist ein sehr geräumiges Geschäftslokal mit entsprechender Wohnung sogleich oder bis nächstes Ziel zu vermiethen Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) Ein möblirtes Logis ist in S. Nro. 89 täglich zu vermiethen.

(Verlaufen.) Ein Hund russischer Race hat sich verlaufen, man bittet ihn zurückzubringen.

(Berichtigung).

In der Anzeige „Schuldige Dankeserklärung" in Nr. 154 d. J. ist Zeile 3 von oben statt „maßlose" — „rastlose" zu lesen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. Juni 1848. **№ 156.** **Sonntag: Carpasius.**

Patriotische Betrachtungen.

Heute sind es 16 Jahre, seit auf der Hambacher Schloßruine in einer imposanten, dreißigtausend Menschen zählenden Volksversammlung, von begeisterten Rednern die Umgestaltung unsers Vaterlandes, die Erschaffung eines freien, eines einigen, eines starken, achtunggebietenden Deutschlands besprochen wurde. Aus der Nähe und Ferne waren endlose Schaaren herbeigeeilt, um Antheil zu nehmen an der ersten großen deutschen Volksversammlung. Was dort gesprochen, verhandelt wurde, wiederhallte im ganzen Vaterlande, und der erregte Enthusiasmus schien unauslöschlich in Aller Herzen eingegraben. Doch nur ganz kurzer Zeit bedurfte es, und ein Umschwung der Dinge war eingetreten, den wir nicht weiter berühren wollen; es wäre zu schmerzhaft, darauf zurück zu blicken. Eine düstere Nacht schien sich auf Europa lagern zu wollen, deren Schleier auf Jahrhunderte undurchdringlich geschaffen schienen. — Da, Allen ganz unerwartet, fiel plötzlich in der Seinestadt ein Blitzstrahl in den von Zündstoffen aller Art geschwängerten Boden, und unblutiger als je vorher, erfolgte eine gänzliche Umgestaltung der politischen Verhältnisse. Gleich wie mit Sturmesbrausen hatte in wenig Tagen die Bewegung Deutschland, Italien rc. ergriffen. Eine neue Zeit, ein neuer Abschnitt in der Geschichte erfolgte. — Nicht ein Winkel Deutschlands blieb unberührt; allenthalben sprach man Huldigung dem Fortschritte aus: ein einiges, ein freies, ein starkes, ein achtunggebietendes Deutschland war die Losung in Hütten und auf Thronen. — Selbstständig, aus eigner Machtvollkommenheit trat das deutsche Volk in dem Vorparlamente zu Frankfurt zusammen zur vorläufigen Besprechung der großen Angelegenheiten des Vaterlandes. — Die heiligen Rechte wurden für unverjährbar erklärt, die Souveränität der deutschen Nation proklamirt, und eine konstituirende Nationalversammlung einberufen, diesen Rechten Geltung zu verschaffen, und durch eine aus dem ganzen Volke hervorgegangene Verfassung die Neugestaltung des Vaterlandes zu begründen. Angesichts dieser Beschlüsse ließen alle deutschen Regierungen die Wahlen zu dieser konstituirenden Nationalversammlung vornehmen, und die Einheit Deutschlands schien begründet. Wenige Wochen sind seit dem Erwachen des deutschen Volkes verflossen, und die Hyder der Zwietracht, des Partikularismus, der Sonderinteressen, des deutschen Spieß- und Pfahlbürgerthums und in deren Gefolge die Reaktion erheben schon wieder drohend ihr Haupt. Die Folgen der jüngsten Ereignisse in Wien, die Flucht des Kaisers, scheinen, statt Fortschritte Rückschritte hervorzubringen. An die Rückkehr des Kaisers nach Wien werden von der Umgebung desselben (von der Person Ferdinands kann aus zweifachen Gründen keine Sprache sein) Bedingungen geknüpft werden, die in Bezug auf Deutschland nichts weniger als tröstlich sind. Die Erklärung des Oberhofmeisters von Bombelles an die Linzer Deputation: „schließt Euch den Slaven an“ mag als Fingerzeig dienen. Die Slaven und Böhmen werden diese Gelegenheit trefflich benützen, ihrem Streben nach nationaler Unabhängigkeit Geltung zu verschaffen: ganz Oesterreich scheint für Deutschland verloren zu sein, und unsere dortigen Bruderstämme werden in kurzer Zeit ebenso unter die Herrschaft der Slaven und Czechen gebeugt werden sollen, wie es seither der umgekehrte Fall war. Selbst gegen die stolzen Magyaren erhebt sich drohend das Slaventhum und innere blutige Kämpfe werden, allem Anscheine nach, in kurzer Zeit die österreichische Monarchie zerfleischen, deren Folgen auch für Deutschland, unabsehbar sind. Die preussische Regierung hat in ihrem neuen Verfassungsentwurf Bestimmungen aufgenommen, die mit einer wahren Einheit Deutschlands unverträglich sind. Und es läßt sich mit Bestimmtheit voraussehen, daß, wenn das preussische Regentenhaus nicht an die Spitze Deutschlands gestellt wird, dasselbe die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung entweder gar nicht, oder nur in so weit anerkennen wird, als solche seinem eigenen Interesse zusagen. Neuere glaubwürdige Nachrichten wollen schon von einem Hinneigen zu Rußland wissen, selbst die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins sollen nach russischen Einflüssen geschlichtet werden. Welches Heil für Deutschland hieraus entstehen kann, wird jeder Unbefangene leicht einsehen. Was wir vor Kurzem über die preussische Politik sagten, erhält hiedurch volle Bestätigung. Aus Bayern wird ein Verfassungsentwurf für Deutschland veröffentlicht, der mit den Ansichten des Hofes und der Regierung übereinstimmen soll. Wir wollen auf diesen Entwurf nur kurz berichten. Nach demselben soll die Einheit Deutschlands in allen Angelegenheiten durch eine Einigung der Regierung erziehlt werden, d. h. auf dem Wege des Vertrags, des Kartells der einzelnen Regierungen unter sich (wie seither geschah), soll diese Einheit hergestellt werden. Die oberste Behörde bleibt der alte Bundestag, unter den Namen Reichstag, in dem abwechselnd die drei Großmächte (Oesterreich, Preußen, Bayern) den Vorsitz führen. Diesem Bundestage steht eine Vertretung des Volkes zur Seite, in zwei Kammern, die von den Ständekammern der einzelnen Staaten gewählt wird und zwar aus diesen Kammern selbst. Diese Vertretung darf Anträge, Wünsche und Petitionen stellen, die aber niemals die Verfassungen und verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Staaten beeinträchtigen dürfen. — Ganz kurz gefaßt: nach diesem Entwurf soll Alles bleiben, wie es seither war; nur soll auch Bayern und Preußen mit Oesterreich abwechselnd den Vorsitz im Bunde führen, und neben diesem Bunde (jetzt Reichstag) soll das Volk durch die von und aus den Ständekammern gewählten Abgeordneten vertreten seyn, welche Abgeordnete zwar Anträge, Wünsche und Petitionen stellen dürfen, aber es dürfen diese niemals die Verfassungen und verfassungsmäßigen der Rechte einzelnen Staaten (Regierungen, Fürsten?) beeinträchtigen. — Wer hierin eine Gewährung der Forderungen der Zeit erblickt, mag dieses thun. Auch aus Hannover hat sich eine Stimme hören lassen, die den Bundestag in seiner alten Form bestehen lassen will, und nur die Minister der einzelnen Staaten sollen für die den Bundestagsgesandten ertheilten Instruktionen verantwortlich seyn; dieses wäre die einfachste und natürlichste Vertretung der Völker beim Bundestage! — Es wird unumwunden gesagt: „Der augenblickliche Zustand eines politischen Rausches, wie er bei uns herrscht, sey überhaupt nicht geeignet, eine Verfassung zu berathen.“ — Schlafe daher diesen Rausch erst aus, deutscher Michel, und hole dir später bei voller Nüchternheit eine Verfassung aus Hannover, die dir ganz angemessen seyn wird; ein Beispiel hast du dorten schon erlebt. In Maestricht wurde am 19. d. M. von Seiten des Gouverneurs und der Stände in einer Proklamation erklärt: „Die hohe Regierung ist durchdrungen von den Pflichten, welche ihr die Verträge und die Verfassung auferlegen. Beide erklären ganz Limburg für ein „niederländisches“ Gebiet, welches blos theilweise und durch ein moralisches Band der Föderation mit Deutschland verbunden ist.... Ein jeder wird also daran erinnert, daß ganz Limburg niederländisches Gebiet ist und Jeder sich den Landesgesetzen unterwerfen muß!“ — Wenn Limburg nicht deutsch, sondern niederländisch seyn und bleiben soll, so ist dieses doch deutsch zu Deutschland gesprochen! — Wir fragen, was hat unter solchen Andeutungen Deutschland zu hoffen? — Ein Jeder wird und muß erklären, daß die Aussichten nichts weniger als erfreulich sind. — Kann und wird die Nationalversammlung zu Frankfurt Schutz und Hülfe gewähren? — Nach dem, was bisher dorten geschah, wird von dieser Seite weder das Eine, noch das Andere stattfinden, denn es fehlt sowohl Wille als Kraft; — und die Gestaltung der Zukunft Deutschlands ist abermals dem Zufalle überlassen. — Armes deutsches Volk, dir selbst fehlt die eigene Kraft, der eigene Wille. — Und wenn Du dieses Mal nicht durch innere und äußere Kämpfe zerfleischt, vielleicht gar zertheilt wirst, so hast du es mehr dem Schicksal, als dir selbst zu verdanken!

Deutschland.

Bayern. (München, 31. Mai.) Das Verfahren der Polizeibehörde in Betreff der Entfernung der fremden Schuhmachergesellen war doch etwas zu summarisch, und die Art ihrer Fortschaffung mußte das menschliche Gefühl beleidigen. Man führte sie zwei und zwei geschlossen und so plötzlich von hier ab, daß viele sich nicht einmal mit dem allernöthigsten versehen konnten, ja verbot ihnen sogar den Wiederbesuch der Stadt für die nächsten zwei Jahre. Dieß ist hart, und wie es scheint, nicht hinreichend gerechtfertigt durch die leichten Excesse, welche sich einzelne hatten zu Schulden kommen lassen. Mag man auch Arbeitseinstellung in Masse den ersten Anfang zur Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung nennen, so wäre es doch menschlicher gewesen, vor Ergreifung so strenger Maßregeln die Beschwerden und Forderungen genau zu prüfen, etwa durch eine gemischte Kommission. Ihre Forderungen waren: bessere, gesündere Schlafstätten und Betten für die in den Meisterwohnungen schlafenden Gesellen, bessere Reinlichkeits-Hülfsmittel in den Werkstätten, Bestreitung gewisser kleiner Ausgaben für nöthige Utensilien (welche bisher die Gesellen beischaffen mußten) durch die Meister und endlich Erhöhung des Arbeitslohnes um wenige Kreuzer für jedes Stück Arbeit. Bezüglich der ersten zwei Punkte sind mir Schilderungen gemacht worden, von denen man sich in höheren Ständen kaum einen Begriff machen kann! Recht nahe drängt sich mir hiebei der Gedanke auf, wie nothwendig es wäre, öffentliche Häuser zu bauen, in denen Arbeiter für eine Kleinigkeit gut, reinlich und gesund schlafen könnten, (wie solches in England längst schon der Fall ist), ferner für öffentliche Bäder zu sorgen u. s. w. (A. A. Z.)

(München, den 1. Jun.) Durch Mißverständniß einer Verordnung die in Betreff der Bekleidung der Landwehr-Freicorps das Tragen der Landescocarde und der Armbinde in denselben Farben anbefohlen hatte, war bei diesen Corps die irrige Meinung erregt worden, als liege darin ein Verbot, auch ferner wie bisher neben der bayerischen auch die deutsche Cocarde zu tragen, und dieß hatte die Gemüther mit Recht beunruhigt. Die Gewißheit, daß ein solches Verbot nie erfolgte, nie daran gedacht wurde, ist aber alsbald herausgestellt worden; im Gegentheil erfuhr man, daß von Seite des Kriegsministers die Einführung der deutschen Cocarde auch im ganzen bayerischen Heer bereits im Werke sey. In Folge des Bekanntwerdens dieses Sachverhalts ist denn auch jede Beunruhigung der Gemüther wieder verschwunden. Jetzt die deutsche Cocarde verbieten wollen, wäre mehr als unglaublich, es wäre unmöglich, und den Mann möchte ich sehen, der die Verantwortlichkeit für ein solches Verbot übernehmen möchte; in Bayern jedenfalls dürfte schwerlich einer zu finden seyn. (A. Allg. Z.)

* Nürnberg, den 3. Juni.) Ueber die ausserordentliche Besetzung der kleineren Eingänge in unsere Stadt erfährt man nun Verschiedenes. Die Einen sagen, es geschähe zur Verhütung der Einführung von gefreveltem Waldholz, Andere dagegen behaupten, man wolle durch diesen außergewöhnlichen Dienst die Soldaten beschäftigen, was allerdings sein Gutes hat. In einer Zeit, wie die unsrige, wo jede getroffene Maasregel, die von der Tagesgewohnheit abweicht, leicht verdächtigend ausgelegt wird, wäre es gewiß sehr gut, wenn die Ursache der Maasregel auf offiziellem Wege bekannt gemacht werden wollte; dieß würde alle Gerüchte zerstreuen und jedenfalls beruhigend wirken.

(Regensburg, den 1. Juni.) Die 5. und 10. Compagnie des 4. Infanterieregiments, welche zur Zeit als Depot in Garnison dahier verblieben sind, werden Morgen ihren Marsch nach Nürnberg antreten,

um mit ihren betreffenden Bataillons vereinigt zu werden. — Nach dem 6 Poststunden von hier entfernten großen Pfarrdorfe Pfatter, dessen Einwohner sich mehrfache Jagdfrevel haben zu Schulden kommen lassen, wird morgen eine Compagnie des 8. L. Infant.-Regiments zur Exekution kommandirt werden, hoffentlich aber nach einigen Tagen schon wieder zurückkehren. (Regens. Tgbl.)

(Würzburg, den 2. Mai.) Gestern wurde dahier folgende Adresse zur Unterzeichnung an die Reichsversammlung in Vorschlag gebracht: Hohe Versammlung! In dem großen, die wichtigste Vorfrage entscheidenden Moment Ihrer Sitzung vom 27. Mai haben Sie mit ruhmvoller Einigkeit und mit der ganzen imposanten Würde des Gegenstandes die Anerkennung des Princips der deutschen Volkssouveränität ausgesprochen, und damit den rechten Grundstein zum Gebäude der deutschen Einheit, zu dem hohen Berufe ihrer ferneren Thätigkeit gelegt. Die hochachtungsvollst unterzeichneten Bewohner Würzburgs haben mit Beifall und Freude diesen entscheidenden Schritt vernommen und beeilen sich, ihre Anerkennung und ihre Würdigung dieses verdienstvollen Beschlusses, wie ihren Dank Ihnen auszusprechen. Nicht mehr die ängstliche Vermeidung des rechten Wortes, der Aufschub der von Zeit und Umständen gebotenen Entschiedenheit kann den Bedürfnissen der deutschen Nation, ihrer Sehnsucht nach Klarheit, Thatkraft und Einigung, nach ihrer Freiheit und ihrem Rechte genügen. Sie verlangt, statt ihrer Zeriss nheit innige Verbindung, statt ihrer Ohnmacht die Kraft der Einheit, statt des Harrens und des Bangens den raschen Entschluß, statt der Worte die That, und erkennt in dem Echo des Jubels, der ob des rechten Entschlusses, von Ihrer Versammlung aus bis an die äußersten Gränzen Deutschlands wiederhallt, daß Ihre Vertreter ihre Wünsche und Bedürfnisse erfaßt und erfüllt. Das Volk, welches seine Th one erhalten, will auch Anerkennung ihres Fortbestandes, das Volk, welches seine Freiheit erkämpft, will auch die Gewähr seiner Rechte; das Volk, welches die Macht, das Recht und den Bestand geschützt, will auch dafür den Schutz für den ungehemmten Ausspruch seines Willens. Alle Unentschiedenheit und Halbheit mag ihm nicht ferner genügen, es fordert Anerkennung jener Macht und Gesetze, die es in der That sich errungen, und weiß, daß seine Gerechtigkeit, Billigkeit und Großmuth auch ihm das Unrecht wahren, seine Volksstimme als Gottesstimme gewürdigt zu sehen. Nicht mehr die Verworrenheit der Parteisucht, des kleinen Kampfes einzelner Meinung und Neigung kann uns Heil versprechen. In dem großen Zwecke der Gesammtheit muß jedes Ortsinteresse, jeder Personenvortheil untergehen, alle Zwietracht und Leidenschaft erlöschen und im Darbringen selbst der liebsten Wünsche und Theorien jeder Staatsbürger seine Vaterlandsliebe, wie seinen eignen Werth, darlegen. Diesen ächten Bürgersinn, der nur die reinen Opfer auf den Altar des Vaterlandes legt, der überall und in Allem nur das Gesammtbeste verfolgt und scharf ins Auge faßt, der an sich selbst und an seine Freunde zuletzt denkt, diesen bedarf mehr als jemals unsere Zeit. Mit Freuden haben wir erkannt, daß unsere Vertreter in Einigung, Würde jeder Meinung, die Heiligkeit ihrer Sendung erfaßt, und wahren werden. Nicht mehr auf der Unsicherheit und den schwankenden Gerüchten der Vergangenheit läßt sich der große Neubau unserer Zukunft aufführen. Der Plan zu solch' hehrem Werke muß feste, unerschütterliche Grundlagen erlangen, bedächtige Fortsetzung, Werkthätigkeit Aller in Eifer und Liebe, aber auch in Unterordnung. Nicht daß Einzelne oder Familienbequeme unter seinem Dache wohnen, nicht damit es nur einen Zufluchtsort für vorübergehende Stürme biete, soll das Gebäude erstehen, sondern damit es auf fester Grundlage, mit starker Ausführung allen Mitbürgern Schutz und Vereinigung, auch den Enkeln noch Sicherheit und Dauer gewähre. Darum müssen alle Parteien auch in späterer Zeit darunter wohnen können. Durch ihre Feststellung der allein und dauerhaften richtigen Grundlage, durch die Anerkennung der Volkssouveränetät hat die Reichsversammlung die rechten Wünsche und Bedürfnisse der Nation erfaßt, und das Recht des Vertrauens und der Dankbarkeit sich neuerdings gewonnen. Nur auf diesem Wege wird der Wortstreit um Republik oder Monarchie oder einseitigen Konstitutionalismus richtig und faktisch gelöst und alle Parteien und Interessen sich in Verständigung und Eintracht verschmelzen können. So nur wird aller Kampf unserer Tage seine friedliche Entscheidung finden, Ihre Versammlung, hochachtbare Herren, ihre große Sendung erfüllen, und die Gegenwart, welche mit Zuversicht auf Sie blickt, wie die Zukunft, welche auf Ihr Werk mit Stolz zurücksehen wird, werden Ihnen den Dank und die wärmste Anerkennung schulden. Die hochachtungsvollst unterzeichneten Bewohner Würzburgs erkennen mit Freuden in Ihrem Beschlusse die Garantie Ihres kräftigen und einigen Weiterschreitens, und begrüßen mit dem Widerhall des Jubels Ihrer Sitzung die erstehende Größe, Freiheit und Einheit Deutschlands! (N. W. Z.)

Baden. (Aus dem Badischen, 28. Mai.) Die Untersuchung wegen des letzten republikanischen Aufstandes bildet eine sehr ausgedehnte und verzweigte Arbeit für die mit derselben beauftragten Gerichtspersonen. Es soll sich indessen auf eine unzweideutige Weise herausstellen, daß sehr viele der Verhafteten nicht bedeutend kompromittirt sind und dieselben auf keinen Fall große Freiheitsstrafen treffen werden. Die Frage über Begnadigung eines Theils der Verhafteten soll schon einige Mal beim Staatsrathe in Erörterung gebracht worden seyn, allein es scheint schwer zu seyn, hier eine gewisse Gränze zu finden. Andererseits hat man unserer Regierung zu wiederholten Malen an Thatkraft vorgeworfen. Daß man die ganze leidige Angelegenheit mit reaktionären Strebungen in Zusammenhang bringt, war vorauszusehen. Wer indessen die Gesinnungen des Großherzogs sowie der Mehrzahl der ihn umgebenden Männer kennt, weiß, daß in Baden dem konstitutionellen Fortschritte von oben herab kein Hinderniß in den Weg gelegt wird. Den anarchischen Strebungen vorzubeugen und dieselben unschädlich zu machen, liegt eben so im Geiste der wahren Staatsverbesserung als ein offener und redlicher Kampf gegen ein absichtliches Hindern des Fortschreitens zum Guten. (Frkft. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. Mai.) Nationalversammlung schickt sich an, ihre Hauptaufgabe rasch zu fördern. Wird in dieser Weise fortgefahren, wie man begonnen hat, so dürfte die Versammlung bei weitem nicht so lange dauern, als man anfangs annahm. Freilich hängt dies noch von nicht zu berechnenden Umständen und namentlich davon ab, welche Geschäfte sich bei Lösung der Hauptaufgabe die Versammlung zu erledigen sich veranlaßt oder genöthigt sehen wird. Die unbedingte Annahme des Entwurfs der Geschäftsordnung ist ein Schritt, der beweist, daß man nicht in den Fehler der allzugroßen deutschen Gründlichkeit verfallen will. Die nächste große Arbeit, der Anfang des Verfassungswerkes, wird wohl die Feststellung der allgemeinen Volksrechte sein; die Verhandlungen darüber dürften wohl schon in der nächsten Woche beginnen. Nach diesem möchte die Reihe kommen an Errichtung einer provisorischen Vollziehungsgewalt. Mehrere Vorschläge — Anträge von Mitgliedern — liegen in dieser Beziehung vor; sie gehen nicht sehr in das Einzelne, bezwecken aber großentheils Beseitigung des jetzigen Bundestages. Die neue Exekutivbehörde soll jedenfalls der Nationalversammlung verantwortlich sein. Es läßt sich die Nothwendigkeit einer solchen Vollzugsgewalt nicht verkennen; insbesondere wäre es ihre Aufgabe, für den Vollzug der Beschlüsse der Nationalversammlung Sorge zu tragen. Während in dieser Hinsicht die Dinge für den Augenblick eine befriedigende Wendung genommen haben, häufen sich in anderer Beziehung die Anstände und Schwierigkeiten. Die Abgeordneten aus zwei entgegengesetzten Theilen Deutschlands (nämlich die 3 Deputirten aus Luxemburg und die 2 aus Triest) haben, behufs Erhaltung des Partikularismus, gegen den neulichen Beschluß der Nationalversammlung protestiren zu müssen geglaubt! Die Sache ist an den Verfassungsausschuß verwiesen, und dieser soll unbedingt Uebergang zur Tagesordnung beantragen, da eine solche Protestation durchaus nicht zulässig sei. Ob dies genügen wird, verdient eine nähere Untersuchung. Wir bezweifeln dies namentlich in Beziehung auf Luxemburg, das wir durchaus nicht thatsächlich von Deutschland abreißen und in eine holl. Provinz verwandeln lassen dürfen. Unter allen Verhältnissen muß die Herstellung der Einheit eines freien Deutschlands (allerdings keineswegs nach dem Muster der französischen Centralisation) das höchste Ziel des politischen Strebens sein. — Davon ist auch das Volk, namentlich in Südwest-Deutschland, aber auch selbst in einem großen Theile des Nordens durchdrungen. Einen kleinen Beweis dafür liefert u. a. die Stimmung, welche durch einen für halbamtlich gehaltenen Artikel der Allgemeinen Zeitung, in Würtemberg hervorgebracht wurde, und der namentlich zu Stuttgart eine scharfe Adresse gegen ein in Bayern aufgetauchtes Streben nach Absonderung, hervorrief. Es thut wahrlich aber auch Noth, und in dieser Beziehung mag die neu zu gründende Centralvollziehungsgewalt tüchtig zu thun bekommen. Ohne über so manche österreichischen Dinge Vieles zu bemerken, verweisen wir vorzüglich auf die neuen Vorgänge in Norddeutschland, auf den Dänenkrieg. Mehre Stäätchen, welche Truppen zum 10. Armeekorps zu stellen haben, weigern sich, deren weitere zu liefern. In Hannover insbesondere tritt das Absonderungsgelüste aufs Grellste und Herausforderndste hervor. Und welche Rolle spielt Preussen?! Die Angriffe, welche Jacoby in seiner neulich in diesem Blatte erwähnten Schrift entwickelte, werden täglich mehr gerechtfertigt. Auf Englands und Rußlands Verlangen nimmt Preussen nicht nur das Kontributionsausschreiben in Jütland zurück, (welche 2 Millionen Thaler, welche Summe als Haftung für die von den Dänen mit Embargo belegten deutschen Schiffe dienen sollte,) sondern es erläßt auch sogar den Befehl, die deutschen Truppen aus Jütland, wie versichert wird, selbst aus Schleswig zurückzuziehen! Darin liegt eine Schmach für die deutsche Nation. Wer solche Halbheiten versucht, wie Preußen in diesem Falle und in jenem bezüglich der Polen, der wundere sich nicht, wenn die Dinge (gerade hiedurch) auf die Spitze getrieben werden. Rußlands Drohungen insbesondere müssen mit der allergrößten Entschiedenheit zurückgewiesen werden; wir haben sie nicht zu fürchten, wenn wir Deutsche als Männer handeln. Auf Rußlands Drohung sei unser Losungswort: Wiederherstellung Polens!

Die Zahl der von Mitgliedern der Nationalversammlung gestellten Anträge beläuft sich schon fast auf anderthalb hundert. (Darunter befinden sich u. a. einer von Nauwerk (aus Berlin): „Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß die österreichische Staatsregierung dringend ersucht werde, den ungerechten Krieg gegen das lombardisch-venetianische Land einzustellen und die Unabhängigkeit desselben anzuerkennen;" — ferner einen Antrag des Abg. v. Reden (aus Berlin), den neulichen Bundesbeschluß wegen Berufung von Gesandten zur Unterhandlung wegen eines gemeinsamen Zollsystems, so wie er ergangen, „für unzeitig und in seiner Form unzweckmäßig" zu erklären. (N. Sp. Z.)

Hannover. (Hannover, den 30. Mai.) Die zweite Kammer hat heute definitiv das Zwei-Kammer-System angenommen, und zwar mit 48 gegen 29 Stimmen. (W.-Z.)

Oesterreich. (Botzen, 30. Mai.) Privatbriefe melden, übereinstimmend mit der Erzählung eines Reisenden, daß unsere Armee am 27. Mai von Verona eine vereinigte Bewegung vorwärts unternommen, in Folge welcher die Piemontesen aus ihren Verschanzungen bei Villafranca, Sommacampagna, Pastrengo u. s. f. gedrängt wurden, und über den Mincio sich zurückgezogen haben. Peschiera, in letzter Zeit täglich beschossen und berannt, ist entsetzt; unser Heer, freudig bewegt, endlich angreifen zu können, wird dem verrätherischen Karl Albert die Entscheidungsschlacht bieten. Der linke Flügel der Piemontesen dürfte gar leicht in eine verzweifelte Stellung gerathen und theilweise zwischen dem Gardasee und der Etsch eingeklemmt sich ergeben müssen. Die tirolischen Gränzen sind durch die Concentrirung der Truppen und Schützencompagnien von der Etsch bis an die Chiese stark besetzt, und voraussichtlich werden diese Tapfern zur Unterstützung und Vollführung der Absichten des Hauptheeres eine Bewegung gegen das Brescianische unternehmen. Feldmarschalllieutenant von Welden ist schon vor einigen Tagen mit der Reserve, in ungefähr 8000 Mann bestehend, bis Conegliano vorgerückt. (Allg. Z.)

Preussen. (Berlin, 30. Mai.) Die heutige Sitzung der Nationalversammlung bot einige interessante Gegenstände dar. Zuerst die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Aeußerungen einiger Mitglieder in dieser und frühern Sitzungen über die Befugniß und den revolutionären Ursprung der Versammlung. „Das Staatsministerium verkennt nicht, so äußert er sich, die hohe Bedeutung des großen Ereignisses, welches so wichtige Veränderungen hervorgerufen hat. Wir stehen am Anfang dieser Veränderungen, aber in Folge derselben ist nicht alles Bestehende zertrümmert, nicht alles Begründete vernichtet worden. Im Gegentheil seit dem Anfang seines Bestehens hat das Ministerium sich darüber geeinigt, und als eine Bedingung seiner Existenz angesehen, daß der damals einberufene vereinigte Landtag trotz der dagegen erhobenen Einwendungen zusammentrete, um das Band nicht abzuschneiden, um das Alte mit dem Neuen zu verknüpfen. Daraus ist das Wahlgesetz hervorgegangen. Wie dasselbe rechtlich besteht, ist es auch thatsächlich ausgeübt. Auf Grund desselben sind die Abgeordneten einberufen, auf Grund desselben sind sie hier. Ihre Vollmacht ist, auf Grund desselben, eine Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Demnach halte ich es für überflüssig, in eine detaillirte Untersuchung der Befugnisse dieser Versammlung einzugehen: sie erhält ihr Recht aus den rechtlichen Befugnissen, aus ihren eigenen Handlungen, aus der Form ihrer Berathungen, aus ihren Beschlüssen, aus der öffentlichen Meinung. In dem Maaße, daß sie die öffentliche Meinung für sich hat,

wächst ihre Macht. Wie groß ihre Macht sei, erhellt daraus, welch unermeßliches Unglück daraus hervorgehen würde, wenn sie den Zweck, zu dem sie berufen ist, nicht erfüllte; sie wird aber größere Macht erhalten, wenn das Land den ernsten und festen Willen der Versammlung erkennt, die große Frage zu lößen. Diese mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Worte werden dazu beitragen, verkehrte Ansichten über die Stellung der Kammer zu berichtigen, wie denn schon jetzt kein Zweifel mehr darüber sein kann, daß diejenige Fraction derselben; welche gleich weit entfernt von dem Verlangen nach einer octroyirten Verfassung, wie von dem nach einem Staatsgrundgesetz, das aus der mit souverainer Gewalt bekleideten Kammer hervorginge, die Errungenschaften der Revolution durch Vereinbarung mit der Krone sicher zu stellen bemüht ist, sich der Majorität erfreut. Unter den übrigen Verhandlungen heben wir die Interpellation des Abgeordneten Jung (Berlin) an den Kriegsminister hervor über den reactionairen Geist, der im Militär herrschen soll. Jung wies, was Niemand läugnen wird, nach, daß die Trennung des Soldaten von dem Leben und dem Rechte des Volkes eben jenen Geist in ihm erzeugen müsse, der, der neuen Ordnung der Dinge feindlich, zugleich das Militärinstitut unvolksthümlich machen müsse, und daß die Disciplin für die Ausartung dieses Geistes in Brutalität keine Garantie darbiete. Er wieß dies in Beispielen aus der neuesten Zeit nach und stellte zuletzt unter großem Beifall der Kammer, der nicht nur von der linken Seite ausging, sondern aus allen Theilen des Hauses erschallte, drei Fragen an den Minister: 1) Ist der Minister noch der Ansicht, daß das Versammlungs- und Petitionsrecht für das Militär keine Anwendung finde? 2) werden solche Offiziere, welche den der neuen Ordnung feindseligen Geist der Truppen zu nähren suchen, als gemeingefährlich entfernt? 3) wird auf Truppentheile, wo ein solcher Geist herrscht, belehrend eingewirkt? Die Antwort des Kriegsministers war sehr schwach und keineswegs auf die Frage eingehend; besser und mit historischer Kenntniß sprach der Obristlieutenant Fischer als Regierungscommissarius, der überhaupt durch die männliche, biedere Haltung seiner Rede einen guten Eindruck machte; aber auf den Kern der Sache ging auch er nicht ein. Er sprach immer von der Unmöglichkeit, bewaffneten Korps das allgemeine Versammlungs- und Petitionsrecht zu gestatten, wovon gar nicht die Rede war und was auch Niemand verlangt hatte. Es war nur die Rede von dem Verbot gesellschaftlicher Vereinigungen zur Berathung über ihre Angelegenheiten, welche ebensowohl Offizieren als außer dem Dienst stehenden, in die civilrechtliche Stellung bereits wieder eingegangenen Landwehrmännern verboten worden war. Auch wurden mehrere Facta angeführt, andere dem Kriegsminister mitzutheilen, versprochen, da er hatte erklären lassen, daß ihm dergleichen Ueberschreitungen nicht bekannt geworden. Indessen ergab sich kein praktisches Resultat aus diesen Interpellationen, da von der Reorganisation des Heeres, wie es hier schon angebracht gewesen wäre, kein Wort erwähnt wurde, auch der Versuch des Interpellanten, das Versammlungs- und Petitionsrecht den nicht unter Waffen stehenden Soldaten und Landwehrmännern förmlich zu garantiren, mißlang wegen entgegenstehender Bestimmungen des vorläufigen für Interpellationen und Anträge aufgestellten Geschäftsgangs, in den sich die Kammer noch nicht zurecht finden kann. — Eine interessante Sitzung wird am Freitag stattfinden, in welcher die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern auf heute an sie gerichtete Fragen antworten zu wollen erklärt haben. Diese Interpellationen betreffen die Aufhebung der Cartell-Convention mit Rußland und den Erlaß einer Aufruhracte und die künftige Anwendung der bewaffneten Macht. (Magdb. Z.)

(Berlin, den 31. Mai.) In der heutigen Sitzung der konstituirenden Versammlung für die preußische Verfassung erhob sich der Ministerpräsident Camphausen zu einer allgemeinen Erklärung, die, wie er vorausschickte, vorzugsweise nur einen Wunsch aussprechen sollte. In Zeiten großer Bewegung gelange das Wort „Reaction" sehr leicht an die Tagesordnung, und so sei es auch bei uns. Besorgnisse entständen in solchen Zeiten immer und ganz natürlich, würden aber auch zu den mannichfachsten Zwecken benutzt und ausgebeutet, und zwar fast immer auf die mißbräuchliste Weise. Zu solchen Besorgnissen sei aber wohl der gegenwärtige Augenblick am wenigsten der richtige, der Augenblick, wo sich in Folge des freisinnigsten Wahlgesetzes die Volksvertreter hier zum Werk der neuen Verfassung versammelt hätten. Jetzt sei am allerwenigsten der Zeitpunkt zu einer Reaction vorhanden, weil jetzt eine Solidarität zwischen der Regierung und dieser Versammlung eingetreten sei und eintreten müsse. Und wenn dies noch nicht der Fall, so bedürfe es nur einer einzigen Abstimmung in dieser Versammlung bei einer entscheidenden Frage, um durch die Macht der Majorität einen Ausdruck des Vertrauens darzustellen. Aus der Debatte werde als Resultat der Wille der Mehrheit des Landes hervorgehen, und das Ministerum wünsche deßhalb bald eine große und entscheidende Debatte, in der sich alle Ansichten und Stellungen austauschen könnten, wozu nichts geeigneter sey, als eine Adresse der Versammlung an den König, welche beschlossen wird. (D. A. Z.)

(Berlin, den 29. Mai) Wir hören, daß der Prinz von Preussen in drei Tagen, d. h. also am 1. Juni hier eintreffen werde, und dann auch wirklich einige Sitzungen hindurch an den Berathungen der Nationalversammlung in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Theil zu nehmen gedenke, hiernächst dann aber, wie bereits früher von uns erwähnt, die Einberufung seines Stellvertreters beantragen werde. Es steht jedenfalls zu erwarten, daß der Prinz in der Kammer Veranlassung nehmen werde, sich offen über seine Stellung in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auszusprechen, und wir hoffen daher nach der ermüdenden Langweiligkeit der gegenwärtigen Verhandlungen recht bald auf einen interessanten Zwischenfall. (Wes. Z.)

(Berlin, 31. Mai.) In der gestrigen Sitzung des demokratischen Clubs kamen einige nicht uninteressante, gut dokumentirte Reaktionsversuche zur Sprache; es wurden die Briefe zweier Soldaten in Magdeburg an ihre gut königlich gesinnte Familie mitgetheilt, worin sie derselben klagten, daß sie bald als Feinde vor Berlin stehen würden. Die Mittheilung, daß Waffen heimlich aus Berlin geschafft würden, hat sich heute schon bestätigt. Ebenso die Anzeige der Bewachung des Zeughauses in der Nacht. Nächstdem erzählte man, daß in der Stadt Listen circulirten, in denen gutgesinnte Bürger aufgefordert würden, ihre Waffen abzugeben, da man derselben zu andern Zwecken dringend bedürfe. (D. A. Z.)

(Berlin, den 31. Mai.) Den Vorstehern und Repräsentanten der französisch-reformirten Gemeinde zu Königsberg in Pr. ist folgende Verfügung zugegangen: „Auf Ihr an mich abgegebenes Immediat-Gesuch vom 11. März d. J., den Prediger Detroit betreffend, benachrichtige ich Sie, daß ich unter heutigem Datum die Wiedereinsetzung des rc. Detroit in sein Amt verfügt und demgemäß das Königliche Konsistorium veranlaßt habe, die Amts-Suspension des rc. Detroit aufzuheben und demselben sein volles Gehalt wieder zahlen zu lassen. Berlin, den 27. Mai 1848. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. (gez.) Gr. von Schwerin." (Pr. St.-Anz.)

(Berlin, den 28. Mai.) Die Physiognomie des berliner Lebens beginnt einen neuen Zug zu erhalten durch die politischen Salons der Minister, unter denen der Minister der Finanzen den seinigen zuerst und zwar am Freitag Abend eröffnet hat. Es ist damit zunächst ein geselliger Fortschritt geschehen über die steife Leerheit des früheren Systems der Diner-Abfutterungen hinaus zur Bildung einer neuen Weise gesellschaftlicher Vereinigung und geistigen Verkehrs, wie sie bisher hier noch nie stattgefunden hat, aber bei der Erregtheit des politischen Lebens zur Nothwendigkeit geworden ist. Diese gesellschaftlichen Vereinigungen sind demnächst aber auch ein wichtiger Schritt zur Niederreißung der hemmenden Schranken, mit denen sich bisher bei uns die verschiedenen „Classen", „Ränge", „Stände" und sonstige Abstufungen im Leben von einander absperrten. Ich werde den Eindruck nicht vergessen, den es mir machte, als ich den, wenn auch nicht glänzenden, so doch mit einem anständigen Aufwande möblirten Sälen unter den Gesandten und Ministern, und neben den Geheimräthen aller Sorten die niederschlesischen und hinterpommer'schen Bauern und Taglöhner als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft erblickte. Die feinen schwarzen Fracks neben den über die Drillichhosen gezogenen rindsledernen Wasserstiefeln und blauen Tuchjacken von unzweifelhaftem Alter, die weißen Glacéhandschuhe neben den arbeitsschwieligen nackten Händen, die eleganten Manieren und die bequeme Nonchalence der Habitués solcher Gesellschaft neben der verdutzten Blödigkeit, welcher dieser Zustand geradezu mährchenhaft erschien — das alles sind Dinge, welche anschaulicher und schlagender als vieles andere die Krisis bezeichnen, in welcher sich alle unsere bisherigen Lebensverhältnisse, Formen und Anschauungen befinden. Nebenbei ist es gar keine Frage, daß diese Salons auch eine wirkliche politische Wichtigkeit gewinnen dürften, und ein Minister, der sich mit ungezwungener Biederkeit und einem Behaben, das Jedermann à son aise setzt, in seinen Salons mit einer gewissen Classe unserer Volksvertreter in vertraulicher Beziehung zu setzen versteht, wird seine Partei auch dadurch nicht unbedeutend verstärken. Und Hansemann ist just der Mann dazu, sich diesen Vortheil nicht entgehen zu lassen. (K. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 30. Mai.) An demselben Tage, an welchem der Eintritt des Waffenstillstandes erwartet wurde, an dem auch geschichtlich denkwürdigen 28. Mai (dem Jahrestage des Hambacher Festes 1832 und der dänisch-deutschen Ständeinstitution 1831) haben die Dänen wieder unvermuthet einen Angriff auf die im Sundewittschen stehenden Truppen des 10. Armeekorps (Mecklenburger, Braunschweiger, Hannoveraner und Oldenburger) gemacht. Wahrscheinlich geschah dies, ehe Halkett, wie er nach der jüngsten Depesche in der Hannov. Ztg. beabsichtigte, sein Hauptquartier nach Gravenstein verlegte. Dieser durch das Schloß des Herzogs v. Augustenburg bekannte Ort ist übrigens wohl nicht, wie gestern Abend gerüchtweise verlautete, von den dänischen Kriegsschiffen beschossen worden, da diese nicht so weit in die Bucht eindringen können; vielmehr ist das Treffen wohl da vorgefallen, wo in der ersten Hälfte d. M. die unaufhörlichen Plänkeleien stattfanden. Hoffentlich ist der heute gemeldete Verlust der Deutschen übertrieben; doch scheinen sie allerdings sich zurückgezogen zu haben. Auf dem Festlande werden sich jedoch wohl die Dänen um so weniger lange halten können, als Wrangel mit seiner Armee (12,000 Mann) nur wenige Meilen entfernt ist. Dieser wahrscheinlich in Folge von durch Spione eingezogenen Nachrichten unternommene Angriff, die kriegerische Sprache der heute hier angekommenen dänischen Blätter, das Triumph- und Hohngeschrei, das die Berlingsche Ztg. nach einem Aarhuuser Blatte über den Rückzug den Preussen aus Jütland anstimmt und die hier eingelaufene Nachricht von der Condemnirung deutscher Schiffe in erster Instanz lassen der Deutschen keine Wahl mehr, ob sie den Krieg fortsetzen oder aber von Dänemark sich schimpfliche Friedensbedingungen diktiren lassen wollen. (W.-Z.)

(Rendsburg, den 29. Mai.) Alle Briefe aus den Herzogthümern sind voll der heftigsten Entrüstung über den mit Dänemark abzuschließenden Waffenstillstand, in welchem man dort nur einen russischen Kunstgriff erblickt. Die Kabinette, ruft man, haben uns verrathen, wir mussen uns jetzt an das ganze deutsche Volk um Hülfe wenden. Beseler ist bereits nach Berlin abgereist, um gegen diese Art der Ausgleichung zu protestiren. Namentlich hält man es für eine schreiende Ungerechtigkeit, daß jeder einzelne Theil, angeblich jedes Amt gefragt werden soll, ob es zu Dänemark gehören will oder nicht; bei einem solchen Verfahren würde in den nordschleswig'schen Aemtern, welche seit Jahren von den Dänen bearbeitet worden sind und deren beste Patrioten in feindlicher Gefangenschaft sich befinden, das Ergebniß nicht zweifelhaft sein; das seit Jahrhunderten unzertrennliche Land würde aus einander gerissen werden. Billig wäre es nur, ließe man das ganze Herzogthum als historische Einheit durch Abstimmung entscheiden. Die heftigen Aeußerungen über die Politik des Berliner Kabinets, als deren Opfer man den wackern Wrangel ansieht, erscheinen uns, so lange man über dieselbe keine amtliche Anhaltspunkte besitzt, voreilig; wir übergehen sie daher und begnügen uns mit dem Schluß eines Rendsburger Schreibens, welches von neuen Feindseligkeiten der Dänen meldet. (Wes. Z.)

Belgien.

(Brüssel, den 30. Mai.) Der Prinz von Preussen ist in Brüssel angekommen und im Gesandtschafts-Hotel abgestiegen. Der König hat ihn besucht, und er wurde gestern Abends bei Hofe zu Tafel gebeten. — Nach der „Independance" soll der belgische Minister in Paris der ausübenden Kommission am gestrigen Tage seine Kreditive überreicht haben.

Frankreich.

† (Paris, 30. Mai.) Die National-Arbeiter hatten die Bürgerwehr in den April geschickt: die Ruhe ist weder am gestrigen Tage noch Abends gestört worden und die Bürgerwehr kehrte ermattet in ihre Familien zurück. Wird sie diesen Kriegszustand lange aushalten? Wir glauben nicht. Solche Ermattung wirkt tödtender als offener Kampf — das wissen die Arbeiter vortrefflich. Uebrigens hoffen wir ein baldiges Ende dieser Spannung. Mit dem allgemeinen

Stimmrecht und dem freien Wort in den Klubs, sind alle sozialen Fragen nur Fragen der Zeit. Die Gesellschaft kann unmöglich immer mittels Kartätschen und Bajonetten berathen wollen.

Bastide, Minister des Auswärtigen, zeigte der Nationalversammlung gestern amtlich an, daß die offiziellen Anerkennungsbriefe der französ. Republik zwischen Belgien und Spanien in diesem Augenblicke gewechselt würden.

[Vorschlag zur Reorganisation und resp. Auflösung der Nat.-Werkstätten.] Dekretsentwurf. In Erwägung, daß die Arbeiten in den National-Werkstätten des Seine-Departements nichts eintragen; daß das Fortbestehen derselben unter den heutigen Bedingungen im Widerspruche zu einer guten Verwaltung des Staatsvermögens steht, die Rückkehr der Ordnung hindert und die Wiederaufnahme der industriellen und kommerziellen Geschäfte unmöglich macht. In Erwägung, daß sie maskirten Almos n-Anstalten gleichen und daß die Mehrzahl (?) der in den Nationalwerkstätten eingeschriebenen Arbeiter selbst den Wunsch ausgedrückt hat, ihr Brod wieder frei zu gewinnen und nicht länger von Staatseinkünften zu leben, die eigentlich nur den Waisen, Kranken und Greisen gebühren, verordnet die Nationalversammlung: 1) Die Arbeit auf Stück oder Vertrag ist in den Nationalwerkstätten an die Stelle der Arbeit auf Taglohn binnen der kürzesten Frist zu setzen. Dieselbe wird den verhandelten Bedingungen, Plänen, Mustern u. s. w. gemäß den Arbeitern sein, daß sie in der Association leben oder einzeln arbeiten, ohne alle Vermittelung irgend eines Zwischenhändlers zwischen Arbeiter und Arbeitsgeber, überlass n. 2) Den Ministerien der Staatsbauten, des Handels und des Innern werden die zur Wiederaufnahme der Bauten in den Gemeinden und den Departementen, sowie zur Wiederbelebung der Privatindustrie nöthigen Geldsummen überwiesen. 3) Fremde Arbeiter, die seit weniger als drei Monaten im Seine-Departement wohnen und sich nicht über ihre gehörigen Existenzmittel ausweisen können, erhalten eine Marschroute, um in ihre Heimath zurückzukehren. Zur Bewerkstelligung dieses Wohnwechsels wird ihnen eine Unterstützung geleistet, deren eine Hälfte bei der Abreise, die andere Hälfte nach der Ankunft am Bestimmungsort ausgezahlt wird. 4) Gegenwärtiges Dekret kann auf Verlangen der betreffenden städtischen Behörden auch in den Provinzialstädten und in Dörfern angewandt werden. (Die Unter-Kommission des Arbeits-Ausschusses: v. Fallour, Berichterstatter.)

[National-Versammlung. Sitzung vom 30. Mai.] Die Zugänge heute vollkommen frei. Der Dienst in unmittelbarer Nähe des Sitzungssaales wird von der Bürgerwehr und einem Bataillon Linientruppen versehen. Vicepräsident Senard eröffnet um 1 Uhr die Sitzung. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung des gestern Abend abgebrochenen Schlußartikels über die Attribution der Vollziehungsgewalt in gefährlichen Augenblicken. Senard bemerkt indessen, daß diese Diskussion in öffentlicher Sitzung noch nicht fortgesetzt werden könne, weil eine veränderte Redaktion der Schlußstelle vorgeschlagen worden sei. Die Kommissionsglieder, im Vereine mit den Gliedern der Vollziehungsgewalt hätten sich darum zurückgezogen, um sich zu verständigen. Bigoureux trug demnächst auf Fortführung der unterbrochenen Ingenieurbauten zu Langreu an. Die Berathung wird auf morgen verlegt. Dubois besteigt die Tribune, um eine neue Proposition über die Attribute der Vollziehungsgewalt vorzutragen. (Bewegung.) Ich verlange, hob der Redner an, daß dem Generalgouverneur von Algerien die ihm durch das Gesetz vom 15. April 1845 verliehene Vollmacht, jeden ihm mißliebigen Bewohner der Kolonie ohne Weiteres fortzuweisen, zurückgezogen werde. Wurde an die betreffende Kommission gewiesen. Ein Deputirter trug dann auf Unterdrückung des unter der gestürzten Regierung wieder eingeführten Familien-Majorats-Rechts an. Soll geprüft werden. — Ein anderer Deputirter verlangt die Bewilligung eines Kredits von dreihundert Millionen Franken zur Erleichterung der Assoziation zwischen Kapitalisten u. Arbeitern. Ebenfalls zur Begutachtung überwiesen. — Ein dritter Deputirter schlägt vor alle National-Gardisten, die mittellos seien, auf Staats-Kosten anzukleiden. — Ein vierter Deputirter trägt auf Modifizirung des Reglements über Gewerkverständige Räthe für die Departementsstädte an. Dabirel will die Marineminister zu Rede stellen rücksichtlich eines Dekrets über den Admiralitätsrath. Da der Marineminister jedoch abwesend, so werden diese Interpellationen auf morgen verschoben. — Präsident Senard zeigt der Versammlung an, daß er eine von vielen Tausend Nationalwerkstätten-Arbeitern an die Versammlung gerichtete Petition erhalten habe, die Aufklärung über das Verschwinden ihres Direktors Thomas verlangt, da jedoch der Staatsbautenminister Trelat bereits gestern die nöthigen Aufschlüsse gegeben, glaube ich, die Petition nur ins Protokoll einrücken zu lassen. Beigestimmt. Die Versammlung schritt nun zur Berathung über das Schicksal der Nationalwerkstätten.

Paul Sevestre theilte derselben mit, daß eine Koalition unter den Arbeitern bestehe, laut welcher sie ohne eine namhafte Lohnserhöhung nicht in die Werkstätten der Privatfabrikanten zc. zurückkehren wollen, ohngeachtet ihnen die National-Werkstätten einen verhältnißmäßig bedeutend geringeren Lohn zahlen. Solcher Unfug dürfe nicht länger geduldet werden. Er ruinire die Privatindustrie, bringe die Privatmanufaktur an den Bettelstab und ermuthige das Zusammenrottungssystem unter den Arbeitern. Dieser Feindschaft zwischen Arbeiter und Patron müsse ein schleuniges Ende gemacht werden. Die Nationalwerkstätten dürften höchstens für brodlose Arbeiter fortbestehen. — Joigneaux vertheidigte die von allen Seiten angegriffenen Werkstätten. Sie seien eines der vortrefflichsten Resul ate der Februar-Revolution, das dem Landfrieden unermeßlichen Dienst geleistet habe. Die Auflösung der National-Werkstätten zu verlangen, sei eine gefährliche Thorheit. Er trage vielmehr darauf an, sie beizubehalten. Man vervollkommne sie; lasse sie nützlichere und einträglichere Arbeiten beginnen, aber man denke um Himmelswillen nicht daran, sie aufzuheben. Es genüge nicht, in einem kritischen Augenblick die Existenz des Proletariers durch die Arbeit zu garantiren, man müsse dieß auch in der That beweisen! In demselben Sinne sprach Michau. Er nahm sich vorzüglich der Moralität der Arbeiter an und widerlegte die Angriffe Sevestres, die er geradezu für Verleumdungen erklärt. Der Arbeiter verlange mit Recht Besserung seiner Lage und er, der Redner, bedaure sehr, daß man von gewisser Seite her unablässig daran arbeite, das Interesse am Proletariat durch allerlei falsche Berichte zu schwächen.

Grandin war keineswegs dieser Ansicht. Ihm zufolge würden die Arbeiter geleitet, um sie eines Tages für politische Bewegungen und Pläne, die man der Regierung anzeigen müsse, auszubeuten. Der Arbeit gäbe es in den Privatfabriken in Menge; es sei rein böser Wille (Bewegung.) Trelat, Staatsbautenminister, dessen Vertheidigung nach früheren Aeusserungen unmöglich zweideutig erscheinen könne, vertheidigte die Moral der Arbeiter und deutete auf einige Fälle, in denen sie trotz des entsetzlichsten Elends große Charakterstärke bewiesen. Im Allgemeinen zeige sich der wahre Arbeiter auch keineswegs günstig für die absolute Assoziation. Die kommunistischen Ideen wurden ihnen von Aussen beigebracht. Er könne der Versammlung ein Dokument von 500 Arbeitern als Beleg vorlegen. Der wahre Arbeiter sey vom besten Geiste für die Ordnung beseelt und denke keineswegs an gewaltsamen Umsturz der Gesellschaft. — Wolowski verwahrte sich im Namen der Arbeits-Kommission gegen den Verdacht, daß sie die Werkstätten auflösen wolle. Doch reorganisirt müßten sie sein. Eine radikale Besserung der Arbeiterlage könne erst von der nächsten Zukunft erwartet werden. Hiermit war die allgemeine Diskussion geschlossen und die Versammlung schritt zur artikelweisen Berathung des fallouxschen Dekrets-Entwurfs. (4 Uhr.)

Niederlande.

(Haag, den 30. Mai.) Der Prinz von Preußen wird heute Abend hier erwartet. Er wird beim Prinzen Friedrich absteigen und nur eine kurze Zeit hier verweilen. (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. Juni 1848. **№ 157.** **Montag: Bonifacius.**

Das deutsche Heerwesen.

Mehrere Vorfälle unserer Zeit, worunter besonders auch jene in den jüngsten Tagen zu Mainz gehören, liefern den vollständigsten Beweis, wie dringend nothwendig eine vollständige und alsbaldige Umgestaltung des deutschen Heerwesens ist, soll die Freiheit unsers Vaterlandes sicher gestellt werden. Zur Vertheidigung nach außen, zur Erhaltung der Integrität Deutschlands mag das Heer auch in seiner jetzigen Gestalt allerdings geeignet sein; dieses wollen wir nicht in Abrede stellen. Allein zur Erhaltung der innern Freiheit, zur Sicherstellung einer wahrhaft gesetzlichen Ordnung ist dasselbe nichts weniger als garantiegebend; es ist vielmehr das geeignetste Mittel in den Händen der Machthaber zur Unterdrückung der Freiheit, zur Knechtung des Volkes, zur Niederhaltung des aufstrebenden Geistes. Halte man uns nicht die Eidesleistung auf die Verfassung entgegen; denn in der jetzigen Organisation des Heerwesens sind so viele Elemente, die diese Beeidigung paralysiren, daß dieselbe als Schutzmittel nur ganz wenig in Anrechnung gebracht werden kann. Dem Heerwesen ist ein besonderer Kastengeist eingeprägt, der selbst den gemeinen Soldaten, sobald er nur die roth-blaue Jacke angezogen, von allen Banden des Familienlebens losreißt, der bewirkt, daß sich der der untersten Stufe der menschlichen Gesellschaft seither Angehörende plötzlich über den intelligentesten Bürger versetzt glaubt, sobald er zur Fahne geschworen. In dem Offizierscorps ist immer das aristokratische Element vorherrschend, das sich gar zu bereitwillig finden läßt, seiner Partie die verlorenen Vorrechte wieder zu erringen, geschehe es selbst auf Kosten des Bürgerblutes. — Mit einem Worte: der dem Fürsten, als unumschränktem Gebieter über das stehende Heer, geleistete Eid der Treue wird über jenen auf die Verfassung gesetzt, und wenn, was nichts weniger als unmöglich ist, beide Eide in Conflict kommen, wird ohne Zweifel dem ersten der Vorzug gegeben werden. — Daß es rühmliche Ausnahmen gibt, wollen wir durchaus nicht bestreiten: auch unter dem Soldatenrocke mögen Herzen für die Freiheit schlagen. — So lange aber der Militär im Allgemeinen den Stand als Bürger nicht höher achtet, als den eines Soldaten, so lange der Militär, von der obersten bis zur untersten Rangklasse, nicht von dem Gedanken und Gefühle durchdrungen ist, daß er vor Allem Bürger ist, daß seine höchsten Pflichten mit denen des Bürgerstandes identisch sind, daß er rechtlich keinerlei Vorrecht beanspruchen kann und darf — so lange bildet der Militärstand eine abgesonderte, dem Bürgerthume gegenüberstehende Kaste, die, wenn auch zum Theil selbst wider ihren Willen, jeden Augenblick zur Bekämpfung der Freiheit, zur Unterdrückung des Bürgerthums verwendet werden kann. Nur eine gänzliche Umgestaltung des Heerwesens: eine Verschmelzung desselben mit der Bürgerwehr, ein dadurch herbeizuführender Zustand desselben, z. B. wie in der Schweiz, kann die jetzt allenthalben bestehende Absonderung des Militär- und Bürgerstandes aufheben. Der jetzige Begriff stehender Heere fällt hierdurch weg, abgesehen von den bedeutenden Kosten, die dann erspart werden. — Der absondernde soldatische Kastengeist verschwindet hierdurch allerdings; allein der Soldat wird dann zur Würde des Bürgers erhoben; er wird sich dann fernerhin nicht als blindes Werkzeug entweder eines Eigenwillens, oder zum Vortheil einer besondern Klasse gebrauchen lassen. Der Bürger selbst wird hierdurch das Edlere des soldatischen Geistes in sich aufnehmen; das Spießbürgerliche wird verschwinden, und ein höheres, thatkräftiges Selbstgefühl wird beiden Ständen eigen werden. — Mit einem Worte: die jetzt noch bestehende Schranke zwischen Bürger und Militär wird fallen; beide, Hand in Hand gehend, alles Sondergeistes ledig, haben dann nur ein gemeinschaftliches Ziel. Keine gegenseitigen Reibungen werden mehr stattfinden, weil dann beide eins sind: der Bürger Soldat und der Soldat Bürger. So lange aber ein solcher Zustand nicht herbeigeführt ist, werden Auftritte, wie in Mainz, besonders in Zeiten politischer Regsamkeit, sich immer wiederholen; Bürger und Soldat werden sich immer weiter von einander trennen, und Unterdrückung des Einen durch den Andern kann nur die Folge des jetzigen unseligen Zustandes seyn. Daher ist es dringende Aufgabe der Nationalversammlung, der jetzigen Organisation des Heerwesens ein baldiges Ende zu machen, und durch Umgestaltung desselben im volksthümlichen Sinne die Scheidewand zwischen Bürger und Soldat aufzuheben. — Diese Reorganisation baldigst auszuführen, ist um so nothwendiger, als bei den von Außen drohenden Demonstrationen gegen Deutschland alle derartige innere Reibungen vermieden werden müssen. — Zur besseren Beseitigung derselben ist für den jetzigen Augenblick auch nothwendig, daß die Besetzung der einzelnen Staaten durch einem andern Bundesstaat angehörende Truppen möglichst vermieden und nur in den Fällen angewendet werde, wenn entweder unsere Grenzen von Außen wirklich bedroht sind, oder die eigene Macht des Staates in Wirklichkeit nicht ausreicht, die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten. (Neue Speyerer Zeitung.)

** Auf mit dem Visir!

(Aufforderung an alle Volksvereine Deutschlands.)

In unserem deutschen Vaterlande haben sich bereits überall Volksvereine gebildet, die wohl meistens von dem edelsten Geiste durchdrungen sind. In dem Augenblick bemüht man sich von verschieden Seiten, diese Vereine selbst zu einem organischen Ganzen zu verbinden und der Zeitpunkt dieser Vereinigung liegt nicht fern. Die Volksvereine sind ein Gebot der Zeit und die Vereinigung derselben zu einem über ganz Deutschland sich ausbreitenden Ganzen ist gewiß so nothwendig, wie das verfassunggebende Parlament selbst. Was in den einzeln deutschen Ländern bereits errungen ist für die Freiheit, Einheit, Ordnung und das Recht, es muß seine treuen und verläßigen Wächter und Vertheidiger haben, und was noch da und dort daran fehlt, das muß besonnen und mit vereinter Kraft erstrebt werden. Ohne diesen Gemeingeist im Denken und Handeln wird nichts Halt gewinnen. Diese Aufgabe haben sich die Vereine gesetzt und sie werden sie lösen. — Damit aber einestheils die Volksvereine selbst sich vor unüberlegten, unzeitigen und gewagten Schritten bewahren, stets in edler sittlicher Kraft und Würde stehen und wirken mögen, — und damit es zugleich dahin gebracht werde, daß anderntheils keine volksfeindlichen Bestrebungen ferner mehr so leicht wie zeither, durch den freien Gebrauch der Presse bevorwortet, angebahnt und eingeleitet werden können; so erscheint es dem Unterzeichneten eben so wunschenswerth als nothwendig, daß keiner jener Zeitungsartikel, welche als leitende oder als irgend ein Factum besprechende auftreten, ferner mehr ohne die vollständige Unterschrift des Namens, Standes und Wohnortes ihres Einsenders erscheine, und daß jene Zeitungen, welche dieser Entfernung der Anonymität ihrer eigenen Würde nicht angemessen erachten, von allen Volksvereinen so lange als unverläßige Blätter betrachtet werden, bis sie dem in der Zeit geforderten Kämpfen mit aufgeschlagenem Visir huldigen oder zu erscheinen aufhören. Sobald diese Maxime von den Volksvereinen angenommen und befolgt wird, alsbald werden alle von unredlicher, selbstsüchtiger, factioneller oder serviler Gesinnung dictirten Artikel und Korrespondenzberichte unschädlich werden, und es werden selbst diejenigen Deutschen, welche bis jetzt noch wenig Uebung darin hatten, die Quelle und die Verfasser solcher Artikel zu errathen, in den Stand gesetzt, einzusehen, wohin der Wind bläset und wohin man zielt. Wer für die Freiheit und Eintracht des deutschen Volkes ist, für Ordnung und Recht, der trete nun offen dafür auf; und wer dagegen ist, der thue desgleichen! Es soll Jedermann seine Ansicht unverkümmert frei belassen seyn und bleiben, aber gut ist es, und gewiß ein treffliches Mittel gegen alle nur Wirrwarr, Unbesonnenheit und Ungerechtigkeit fördernde Partheibestrebungen, wenn Jedermann offen auftritt. Weg also mit jeder Maske! Es zeige Jeder sein Gesicht! Wozu Umhüllungen mit Domino's, wenn Jeder seinen Rock schon anhat! Zu neckischem Mummenschanz ist unsere Zeit nicht. Und damit es hierin besser werde, so mögen die Volksvereine die ausgesprochene Maxime zu der ihrigen machen und mit gutem Beispiel vorschreiten! Ihnen gebührt dann die Ehre und das Vaterland hat den Nutzen davon.

Erlangen. Dr. Leutbecher.

Die verehrlichen Redaktionen deutscher Zeitungen werden freundlichst ersucht, dieser Aufforderung durch Aufnahme in ihre Blätter die gewünschte weiteste Verbreitung zu gewähren. Der Obige.

Deutschland.

Bayern. (München, 2. Juni.) Wir sind ermächtigt, zur Beseitigung voreiliger Urtheile und unbegründeter Gerüchte zu erklären, daß von Seite der Regierung nie ein Verbot gegen das Tragen der deutschen Farben neben den bayerischen ergangen sey; im Gegentheil soll die deutsche Kokarde mit der bayerischen vereint an den Kopfbedeckungen des Heeres angebracht werden und sind dieselben bereits in der Anfertigung begriffen. (A. A. Z.)

‡ (Bamberg, 3. Juni.) Als in Bamberg noch die Anarchie der Republikaner herrschte, war Nachts auf den Straßen eine auffallende Ruhe und die patrouillirenden Volkswehrmänner begegneten meistens nur Nachtwächtern. Seitdem das gegen die Anarchie requirirte Militär die gesetzliche Ordnung der Stadt aufrecht erhält, ist dies anders. Es ist nichts Seltenes, daß man ganzen Haufen betrunkener Soldaten begegnet, welche, die Breite der Straße einnehmend, ruhige Leute insultiren. Herbeigeholt, um das Eigenthum der Bürger gegen mit Unrecht gefürchtete Angriffe zu schützen, lebt diese Soldateska selbst nach den Regeln des Communismus im schlimmsten Sinne des Wortes. So fiel neulich eine Truppe, gegen Holzfrevel auf's Land geschickt, in die Wirthschaft des Theresienhaines ein, consumirte alles vorräthige Eß- und Trinkbare, das ihnen nicht etwa freiwillig geboten wurde, und entfernte sich darauf, ohne Entschädigung zu leisten. Gestern zogen gegen 40 Soldaten mit einigen Corporälen nach Fischerhof, von dessen Besitzer Dr. Wirth sie sich beleidigt glaubten, durchsuchten das ganze Haus nach demselben unter Schimpfen und Toben, drohten Standrecht über ihn zu halten, wo sie ihn finden würden, und zogen, da sie ihn nicht gefunden hatten, unter Singen und Schreien wieder in die Stadt, um in einem Wirthshaus unfern ihrer Caserne den Unfug fortzusetzen. Um die Ruhe der Stadt aufrecht zu erhalten, zogen Patrouillen durch die Straßen; allein dieselben bestanden gerade aus den Cameraden jener Ruhestörer vom 13. Regiment, waren theilweise selbst betrunken, verfolgten ruhige Leute mit gefälltem Bayonnett und ergossen sich in den rohesten Schimpfreden über die Bamberger Bürger. Es wäre endlich Zeit, daß von Seite der Behörden gegen solche Rohheiten eingeschritten würde. Zur Ehre sei es dem von Regensburg gekommenen Militär nachgesagt, daß es sich von allen diesen Excessen fern gehalten hat, und sich überhaupt anständig und vernünftig beträgt. Besteht es überhaupt aus einem besser gearteten Menschenschlag oder steht es unter besserem Commando? Wahrscheinlich ist Beides der Fall.

Baden. Die M. Ab.-Z. schreibt: »Friedrich Hecker befindet sich in erwünschtem Wohlseyn zur Zeit noch in Muttenz und hat ein republikanisches Blatt »der Volksfreund« gegründet, aus welchem wir von Zeit zu Zeit Stücke mittheilen werden.«

(Vom Bodensee, 30. Mai.) Vor zwei Tagen ist das Regiment Herzog Wellington von Theresienstadt, von Böhmen kommend, an Lindau vorübermarschirt, um vor der Hand ihre Garnison in Bregenz zu beziehen. Nachdem es bei Ziegelhaus die bayerische Grenze überschritten hatte, präsentirte das Regiment das Gewehr vor dem am österreichischen Zollgebäude aufgestellten kaiserlichen Adler, die Fahne senkte sich und ein Mann trat hervor und riß mit Gewalt das an derselben hängende schwarz-roth-goldne Band herab und in demselben Augenblick haben 3500 Soldaten die an der Kopfbedeckung angebrachte deutsche Kokarde herabgenommen, theils in den Koth geworfen und theils in die Tasche gesteckt. Dieses schmachvolle Benehmen hat am ganzen See, wohin die Kunde nur immer gedrungen ist, die größte Entrüstung hervorgerufen. Die Soldaten, die willenlosen Werkzeuge höherer Macht, müssen auf jeden Fall den Befehl erhalten haben. Selbst in Bregenz, überhaupt in ganz Vorarlberg, was dem Habsburger Haus so sehr ergeben ist, ist mit einemmale die deutsche Kokarde verschwunden; man sieht klar und deutlich, wie es Oesterreich mit der deutschen Sache meint. Das Allerschändlichste an der schmachvollen Handlung ist die Verstellungskunst, die Heuchelei, welche jenes Regiment anwandte, um mit guter Aufnahme, freundlicher Bewirthung durch die deutschen Länder, Bayern und Würtemberg, zu kommen. Wie wird in einiger Zeit das arme Deutschland durch solche undeutsche Gesinnung zerrissen, mit sich selbst im furchtbarsten Kampfe dastehen? (Reg. Tgbl.)

Braunschweig. (Braunschweig, 30. Mai.) Hier ist die Ehe zwischen Juden und Christen durch Gesetze erlaubt worden. Die Civilehe gilt für solche Bündnisse. (Wes. Z)

Freie Städte. (Frankfurt, 1. Juni.) Gestern erhielten in der konstituirenden Nationalversammlung nachstehende Herren die Stimmenmajorität zu Schriftführern der Versammlung: Dr. Jucho in Frankfurt 445, Heinrich Simon aus Breslau 350, Biedermann aus Leipzig 289, Riehl aus Zwattl in Oesterreich 288, Simson aus Königsberg 284, Schuler aus Innsbruck 281, Ruhwandl aus München 263 und Fetzer aus Stuttgart 253. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 30. Mai.) Unser Reform-Verein, das sogenannte Montagskränzchen, soll dem Senat eine Vorstellung übergeben, worin auf Abschaffung der veraltet n nicht mehr zeitgemäßen polizeilichen Uebung, mißliebige Personen, die nicht zum hiesigen Bürger- oder Beisassen-Verbande gehören, von Polizei wegen aus der Stadt zu verweisen, angetragen wird. Es sei dieses eine Verletzung des Gastrechtes, gegen welche förmlich Einspruch zu erheben sich die Reformfreunde bemüßigt sehen. (Schw. M.)

Hannover. (Hannover, 30. Mai.) Am gestrigen Abende haben hierselbst unruhige Auftritte stattgefunden, die ihren eigentlichen Grund in der Gewerbe-Ordnung von 1847 haben sollen. Das genannte Gesetz soll mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten, allein da bei den Kammern sehr viele Bittschriften von den Städten des Landes einliefen, welche die Wiederaufhebung der Gewerbe-Ordnung verlangten, so wurde in der zweiten Kammer eine einseitige Kommission, die aus sieben Mitgliedern besteht, niedergesetzt, um diesen Gegenstand in Berathung zu ziehen. Die Kommission hat sich nun dahin entschieden, daß nicht die ganze Gewerbeordnung zu beseitigen sei, daß aber mehrere Paragraphen derselben, durch welche sich die Bewohner der Städte in ihren Inter-ssen verletzt glauben, zu streichen seyen. §. 222 dieses Gesetzes sagt, daß die am Orte vorhandenen Handwerkszünfte den Mitgliedern der Handelszunft nicht wehren können, auch mit solchen Gegenständen zu handeln, zu deren Verf-rtigung sie (die Handwerks-Zünfte) ausschließlich befugt sind. Diese Bestimmung soll in Kraft bleiben. § 224 verfügt: der Handwerker darf seinen Laden auch mit erkauften Waaren seines Gewerbes versehen 2c. Diese Befugniß soll nun aber aufgehoben werden. Hierüber waren die Handwerker schon seit mehreren Tagen erbittert, und hat sich ihr Groll am gestrigen Abende Luft gemacht. Außerhalb der Stadt war eine Versammlung abgehalten worden, in welcher man beschlossen hatte, sich zum Minister Stüve zu begeben. Stüve wollte die bei ihm erschienene Deputation beruhigen, allein sie ließ sich nicht beschwichtigen. Er verwies sie an den Grafen Bennigsen, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, um diesem ihr Anliegen vorzutragen. Da verlangte man, so wird wenigstens erzählt, daß Stüve persönlich mitgehe. Stüve mußte sich dazu bequemen. Er erschien gegen 7½ Uhr Abends, begleitet von mehreren Bürgergardisten, so wie von einem großen Volkshaufen, in der Burgstrasse, in welcher Graf Bennigsten wohnt. Dieser war nicht zu Hause und mußte erst herbeigeholt werden. Unterdessen wird die Volksmasse immer lärmender, immer tobender, hält sich aber doch noch von Excessen zurück. Bennigsen, der ein Ehrenmann ist, erscheint. Er will zu dem versammelten Volke reden; wenn er aber einige Worte gesprochen hat, so wird er durch Geschrei unterbrochen. Der Tumult wächst von Minute zu Minute. Der Bürge-general, Abgeordneter Holscher, erscheint, begleitet von seinen Offizieren, welchen Bürgergardisten folgen. In der Ferne, und dann näher wirbeln die Trommeln, um die bewaffneten Bürger aus ihren Häusern herbeizurufen. Eine bewaffnete Compagnie derselben zeigt sich in der Burgstrasse, und sie wird von den Volksmassen mit Hurrahgeschrei empfangen. Aber die Strassenjungen pfeifen muthwillig dazwischen. Plötzlich wird ein Stein geschleudert, und eine zerschmetterte Fensterscheibe klirrt auf das Pflaster. Der Sturm entsteht, eine anhaltende Kanonade mit Steinen und auch wohl anderen Wurfgeschossen. Nicht allein Bennigsen's Haus wird verwüstet, sondern auch die Wohnung des Stadtdirectors Evers, so wie ein drittes Gebäude, welches unter diesen gelegen ist. Es war ein furchtbarer Tumult, die ganze Straße schwarz von Menschen übersäet. Die Bürgergarden müssen endlich von den Kolben ihrer Gewehre Gebrauch machen, nachdem sie in der That lange Zeit eine große Geduld bewiesen hatten. Die Volkshaufen wurden aus einander gesprengt, aber bis tief in die Nacht hinein dauerte die Aufregung fort. Verwundungen sind vorgefallen, Verhaftungen vorgenommen worden. — Am heutigen Morgen bieten die genannten Gebäude einen recht traurigen Anblick dar. Ihre Verwüstung ist ziemlich bedeutend. Zahlreiche Schaaren ziehen hin und her, um die a-gerichtete Zerstörung in Augenschein zu nehmen.

(Köln. Z)

(Hannover, den 31. Mai, Abends 11 Uhr.) Leider ist auch heute Abend wiederum die Ruhe durch Tumult in dem Maße gestört worden, daß der General-Marsch geschlagen werden und die Bürgergarde unters Gewehr treten mußte. Bis diesen Augenblick sind durch das besonnene Auftreten der Letzteren Gewaltthätigkeiten vermieden und es läßt sich nach der augenblicklichen Lage der Bewegung vermuthen, daß die Nacht ruhig verlaufen werde. (Wes. Z.)

Hessen. (Offenbach, 1. Juni.) Hier ist folgender Aufruf an die Militärdienstpflichtigen des Großherzogthums Hessen erlassen worden: »Die Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, gegen die von der großherzogl. hessischen Regierung ausg schriebene Musterung und Ziehung der diesjährigen Militärdienstpflichtigen, welche ihrer Ansicht nach den Versprechungen auf Verminderung des stehenden Heeres und Einführung allgemeiner Volksbewaffnung gerade zuwider läuft, eine Eingabe an die betreffende Regierung zu machen, „worin um Verschiebung der Ziehung 2c. auf so lange nachgesucht wird, bis die verfassunggebende Versammlung in Frankfurt über die Volkswehrfrage sich entschieden habe.“ Wir bringen dies deshalb zur Kenntniß der Betheiligten aller Kreise des Großherzogthums Hessen, damit man sich in gleicher Weise auch anderwärts benehmen und durch übereinstimmendes Handeln ein besserer Erfolg erzielt werden möge. Offenbach, 1. Juni 1848. Der provis. Ausschuß der Militärdienstpflichtigen.«

(Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, den 31. Mai.) Am gestrigen Namensfeste des Kaisers fraternisirte die Nationalgarde mit der Aula und beide zogen mit Musikbanden durch die von den Barrikaden entblößten Straßen der Stadt. Die Arbeiter hatten sich größtentheils entfernt, und harren des weitern Befehls der Aula. Das einzige anwesende Mitglied der kaiserl. Familie, die Erzherzogin Wittwe Palatin hat nun auch die Stadt verlassen, und dem geängstigten Grafen Hoyos ist vom Sicherheits-Ausschuß die Erlaubniß ertheilt worden, sich entfernen zu dürfen. Das Militär bereitet sich zum Abmarsch vor, und stündlich wird der Kurier aus Innsbruck erwartet, der uns die Nachricht bringen wird, welchen Eindruck die Ereignisse vom 26. auf den kaiserl. Hof gemacht haben. Aus der nächsten Umgebung von Wien vernimmt man, daß es den von der Aula abgeschickten Emissär gelungen ist, die Bauern für hre Sache zu gewinnen. So warden in Wiener Neustadt viele flüchtige adelige Familien angehalten, und bereits ist es dort zu Konflikten zwischen dem Militär und der Nationalgarde gekommen. (A. Abdz.)

(Innsbruck, den 31. Mai.) Das Namensfest des Kaisers wurde gestern durch Gottesdienst und ein solenes Scheibenschießen gefe ert. — Der Erzherzog Rainer ist gestern, und der Erzherzog Stephan heute von hier abgereist. Man will wissen, daß sich Letzterer nach Wien, als Stellvertreter des Kaisers, begeben werde. — Die Deputation des Wiener Schriftsteller-Vereins ist mit ihrer Monster-Petition um baldige Rückkehr des Kaisers hier angelangt und erhält morgen Audienz. Auch eine Deputation aus Mähren ist hier eingetroffen. Vom diplomatischen Corps sind der dänische, der niederländische Gesandte und der russische Gesandtschaftssekretär v. Oubril angekommen. (A. Abdz.)

(Prag, den 30. Mai.) Seit den neuesten Wiener Ereignissen hat sich die Stimmung hier gewaltig geändert — fast alles sympathisirt mit den Wienern. Schon in der Wenzelsbadversammlung vom 27. erklärte man sich mit dem Einkammersystem des Reichstags einverstanden, und drang sogar darauf, daß auf dem böhmischen Landtag bloß frei vom Volk gewählte Vertreter mit Ausschluß der privilegirten Stände, als solche erscheinen sollten. Auf der andern Seite hat gestern der Landespräsident mit den Vorstehern der übrigen Verwaltungszweige die Errichtung eines verantwortlichen Regierungsraths, also einer provisorischen Regierung für Böhmen beschlossen, weil schleunige Verfügungen nöthig seyen, und durch die Wiener Ereignisse der Verkehr mit dem Minister sich gehemmt finde. Von den acht Mitgliedern sind bereits sechs, nämlich Palazky, Rieger, Brauner, Borrosch, Alb. Graf Nostitz und Strobach ernannt. Rieger und Graf Nostitz begeben sich nach Innsbruck, um Genehmigung dieser Maßregel zu erlangen.

(A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 31. Mai.) Nach den Mittheilungen, welche in der heutigen Sitzung der National-Versammlung seitens des Kriegsministeriums gegeben worden sind, haben die Waffensendungen, welche aus dem hiesigen Zeughause seit etwa 14 Tagen stattgefunden haben, keinen anderen Zweck gehabt, als die Waffendepots in den Provinzen, welche durch die Abgabe von Gewehren an die neu gebildeten Bürgerwehren theilweise ganz geleert waren, wieder zu vervollständigen. Das Zeughaus in Berlin bildet das Central-Waffen-Depot für das ganze Land; Sendungen von Waffen, welche die Erhaltung der Wehrhaftigkeit der Waffenplätze in den Provinzen zum Zweck haben, können daher als rein administrative Maßregeln im Resort des Kriegsministeriums ein besonderes Aufsehen mit Grund nicht erregen. Die zur Sicherung des Zeughauses getroffenen Vorkehrungen gegen früher sind übrigens in keiner Weise verändert worden. (Pr. St.-Anz.)

(Berlin, den 28. Mai.) Ein an das „Berliner Comite zur Wahrung deutscher Interessen im Großherzogthum Posen“ gerichtetes Placat behauptet, daß den gefangenen Polen Hand und Ohr nicht mit Oelfarbe, sondern durch Höllenstein schwarz gemacht worden. — Ein an die Bürgerwehr gerichtes „Einige Bürgerwehrmänner“ unterschriebenes Placat klagt den General von Aschoff an, daß er die Bürgerwehrmänner „wie ein Wild peinige,“ um sie zu ermüden, damit sie bereit seyen, die Waffen zurückzugeben und das Militär herbeizuziehen; es forderte von den Bürgerwehrmännern, daß sie bedenken, wozu sie die Waffen erhalten. — In den verschiedenen Gruppen ermahnte man sich gegenseitig, die Volksversammlung mit Leib und Leben zu schützen. Wohl nie war unter der hiesigen Bürgerschaft die Einigkeit größer als jetzt. „Der Verfassungsentwurf“ hört man vielfach, „hat uns die Augen geöffnet; doch wird die Reaction durch dieses Mittel nicht siegen.“ Ueberall ermahnt man sich, jeden Conflict zu vermeiden, da eben die Reaktion einen Conflickt wünsche. — Der von Abegg aus Kreuznach in der Natinalversammlung gestellte Antrag wird als ein Versuch der Reactioon betrachtet, einen Conflict hervorzurufen, der ein Einschreiten des Militärs möglich mache. Ebenso wird der in Nacht vom 26. zum 27. erregte Allarm betrachtet. — Gestern sind circa 2000 Arbeiter, welche durch den Magistrat beschäftigt wurden, entlassen worden. Sie wollen, wie es heißt, sich heute mit einer Deputation an das Arbeitsministerium wenden. Man fürchtet, daß durch diese arbeitslosen Arbeiter ein Conflict veranlaßt werde, und ermahnt sie daher, nicht der Reaction zu dienen.

(Frkft. O.-P.-Z)

(Aus Westpreussen, 28. Mai.) Der Entwurf zur preussischen Verfassung erregt hier die allgemeinste Verwunderung, und mehr wie dieß. Also darum haben unsere Brüder in Berlin dem Donner der Kartätschen getrotzt, daß wir uns eine französische Verfassung erobern? Darum hat Preussen die Helden des vorigen Landtages an seine Spitze berufen, damit wir in denselben Sumpf gerathen, in dem Frankreich 17 Jahre durch versunken war, damit Junkerthum, Bureau-

kratie und Geldsack dieselbe Geißel über uns schwingen, unter deren Streichen unsere westlichen Nachbarn fast erlagen? Das also sind die Früchte jener Märztage, daß man uns eine Bastard-Rococo-Konstitution zu bieten wagt, welche die Wiener bereits mit Verachtung von sich gewiesen? — Aber schon sah ich sie kommen, die Prediger der Wüste, die weisen Herren des historischen Rechtes, die Männer des Besitzes und Bettler nach Ruhe um jeden Preis; sie werden uns zeigen, wie es grade der wahrhaft geschichtliche Weg ist, den wir nun wandeln; wie die Natur jeden Sprung scheut u. s. w. Wer kennt ihn nicht, diesen politischen Katechismus dieser Herren! Doch zur Sache! §. 22—23 lautet: „Der König führt den Oberbefehl über das Heer und besetzt alle Stellen in demselben. Dem Könige gebührt die Besetzung aller Staatsämter." Wir erwiedern, man täusche sich nicht: ein Fürst mit einem stehenden Heere und einer centralisirenden Bureaukratie im alten Style ist trotz aller Konstitution nichts als der frühere Staat, nur etwas modern und coquettirend aufgeputzt, wie es einer Jungfrau geziemt, die über die besten Jahre hinaus ist. Rückschritt ist bei solcher Verfassung ein Leichtes, Fortschritt nur im Wege der Revolution möglich. Der Soldat steht dem Bürger wieder feindlich gegenüber; die Beamtenkaste stürzt wieder über den Haufen, und nach Bürgerkrieg und Anarchie — fangen wir wieder von vorn an. — Die erste Bedingung für die Bewahrung der blutig errungenen Volkssouveränetät ist die gänzliche Umgestaltung des stehenden Heeres. Die Oberhoheit der Nation ist zu Ende, sobald nicht Volksbewaffnung mit selbstgewählten Offizieren die Grundlage unserer Kriegsmacht bildet; sie ist verloren, wenn das alte centralisirende System fortdauert und die Centralstellen von oben her besetzt werden. — Und nun gar das Zweikammersystem! Das ist die Krone aller Fehlgriffe! Wohl wissen wir's, viele und darunter sehr achtbare Stimmen haben sich für zwei Kammern ausgesprochen. Doch wie dem auch sey, — sicher sind jene Anhänger des Zweik mmersystems einig darüber, daß das Oberhaus sich auf natürliche Weise an unsere Zustande anschließen, daß es auf dieselbe Art wie das Unterhaus aus dem Volke hervorgehen muß, daß wir aber keine künstliche Pairie schaffen dürfen, blos des Vergnügens willen, eine erste Kammer zu haben. Die Wirkung eines solchen Oberhauses haben wir in Frankreich deutlich genug gesehen. Die jetzigen Expärs ohne Halt in der Nation waren wohl ein Mittel mehr, dieselben zu knechten, nie aber die Krone zu kräftigen durch Herstellung des Einverständnisses zwischen beiden Parteien. Sollen wir ein Oberhaus haben, so muß das Volk alle Stellen darin durch freie Wahl besetzen, und ein höheres Alter das einzige entscheidende Erforderniß seyn. (?) Statt dessen bietet uns das Ministerium eine erste Kammer mit einer theils erblichen theils der Wahl unterworfenen Geldaristokratie. Die Prinzen sollen mit dem 18. Jahre Sitz und Stimme darin haben, Unterthanen aber erst nach dem 40. Jahre wählbar sein. Merkwürdiges Verhältniß zwischen prinzlicher und unterthäniger Weisheit! Gelingt dieser Plan, so haben wir ein Oberhaus, in dem sich das Geldinteresse der besitzenden Klasse und die hochmüthig-aristokratischen Ideen unserer Junkerschaft vereinen. Das Unterhaus würde dann den gehemmten Fortschritt, das Oberhaus den beförderten Rückschritt auf's Beste repräsentiren. Heer, Bureaukratie und erste Kammer — so ford're ich mein Jahrhundert in die Schranken! (Frkf. O.-P.-Z.)

(Königsberg, 28. Mai.) Der hiesige konstitutionelle Klub hat heute eine Protesterklärung gegen den vom Ministerium vorgelegten Verfassungs-Entwurf, welche in einer gestern zu diesem Zwecke gehaltenen ausserordentlichen Sitzung beschlossen wurde, an die National-Versammlung in Berlin abgesandt. (Wes. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 30. Mai.) Gestern erzählte ein braunschw. Soldat, welcher mit Mehreren einen gefangenen dänischen Jägeroffizier, zehn Gemeine, denen noch acht nachfolgen werden, und einen Spion nach dem Schlosse Gottorf brachte, über die Affaire in Sundewitt Folgendes: Die Dänen hätten sie von drei Seiten, nämlich von Ekensund, Broacker und Warneby angegriffen. Die Braunschweiger, Mecklenburger und Hannoveraner, leichte Tru pen ohne Kanonen, wären 1500 Mann stark gewesen, die Dänen hätten mit der Kavallerie und Artillerie etwa 5000 Mann gehabt. Die Mecklenburger wären, nachdem sie ihre Patronen verschossen, zuerst gewichen; die dänischen Kavalleristen hätten ihre Helme schwarz gefärbt gehabt und weiße Binden um den Arm getragen und ihnen zugewinkt, als wären sie Befreundete; auch hätten sie deutsch gesprochen, bis man die Täuschung gemerkt habe; sie hätten sich zwei Mal durch die Kavallerie hindurchschlagen müssen. Der Verlust der Braunschweiger sey 4 Todte und 16 Verwundete. Um 4 Uhr Nachmittags wären ihnen aus Apenrade die Kanonen und mehrere Truppen zu Hülfe geeilt, und nun hätten sie die Dänen über Düppel zurückgetrieben.

— (Rendsb. Tagebl.) Heute Morgen wurden 10 Gemeine und 1 Offizier (Lieutenant Werning) gefangen hier eingebracht, mit ihnen zugleich ein Spion, dem Aeußern nach ein Seemann. Die Wuth des Volk s brach leider in Versuche zu Gewaltthätigkeiten gegen denselben aus. Ein anderer Spion ist sofort nach Standrecht erschossen worden. — Die Preußen sind bei ihrem Hinmarsch nach Apenrade am 29. von einem Dampfschiff und 2 Kanonen lebhaft beschossen worden, ohne daß sie Schaden erlitten haben. In Hadersleben ist die Stimmung unter den Deutschgesinnten verzweifelt; Viele sind schon geflüchtet, abwohl das niedere Volk dies zu verhindern gesucht hat, und denken unbedingt an Auswanderung, wenn ihre Heimath dem Königreich Dänemark einverleibt wird.

In einer Nachschrift giebt das „Rendsburger Tagblatt" noch folgende, wahrscheinlich von einem preussischen Militär herrührende Mittheilungen, die am 29. also am Tage nach der erwähnten Affäre stattgehabten Vorfälle, welche den Unfall völlig redressirt zu haben scheinen: Apenrade, 29. Mai, Morgens 3 Uhr. Es geht zur Schlacht. Von Alsen und von Kolding her rücken die Dänen vor; unsere Kolonnen treten ihren Marsch an, wo ich im Felde Platz finde, schreibe ich weiter. — Nübel, bei Sonderburg 2 Uhr Mittags. Ich befinde mich im Kanonendonner, die Dänen geben bis jetzt zurück. — Gravenstein, $2^1/_2$ Uhr. Das Gefecht entschied für uns; die Dänen zogen sich wie gewöhnlich vor den mecklenburgischen, oldenburgischen und hannov. Truppen zurück und wurden ziemlich rasch aus dem Felde und Dorfe geschlagen. Es waren viele Freiwillige unter ihnen. Nach dem Rückzuge wurde die Dislokation der Truppen bestimmt. Diesen Augenblick nach Flensburg.

Belgien.

(Brüssel, den 31. Mai.) Der Prinz von Preußen ist gestern Abend um halb acht Uhr nach Antwerpen abgereis't, um über Holland nach Berlin zurück zu kehren. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 31. Mai.) Die Nationalversammlung entschied gestern zwei wichtige Fragen a) das Schicksal der Nationalhandwerkstätten b) die sogenannte Kabinetsfrage rücksichtlich des Oberbefehls über die Militärmacht zu ihrem eigenen Schutze Erstere rief im Grunde wenig Widerspruch hervor. Ihre Reform d. h. ihr Tod war längst im Ausschusse beschlossen und das Falloux'sche Dekret ging fast einstimmig durch. Der Reinigungs- und resp. Auflösungsprozeß dieser "Faullenzerstätten" wird wohl schon heute zunächst mit einer allgemeinen Fremdenjagd beginnen. Bereits ist auch Jaime, Unterdirektor seit dem 25. Febr., diesen Morgen entlassen worden.

Die zweite Frage rücksilich der Kabinetstrommel — wenn wir uns dieses Vergleichs bedienen dürfen — rief dagegen einen fürchterlichen Tumult hervor. Die alte Linke wollte ihr Recht, den Generalmarsch schlagen zu lassen, durchaus nicht aufgeben und hätte gar zu gern die Vollziehungsgewalt gestürzt. Aber der Geist der Conciliation, den die Majorität unserer Volksvertreter in so hohem Grade besitzt, trug endlich den Sieg davon und wir werden hoffentlich bis zu den Verhandlungen des großen Staatsprozesses mit dem unaufhörlichen Feuerlärm des 15. Mai verschont bleiben. Aber die Vollziehungsgewalt kann, wie Moritz von Sachsen bei ausrufen: Noch einen Sieg wie diesen und wir sind vernichtet!

Wir wohnten gestern Abend einer Sitzung des Klubs de la Revolution im Montesquieusaale bei. Der Saal war gedrängt voll und ein Vorstandsglied legte im Laufe der Sitzung der Versammlung ein großes gelbes Plakard vor, das in großen Lettern begann: „Kandidatur des Bürgers Joinville zur National-Versammlung." Dieses Machwerk rief einen unbeschreiblichen Lärmen hervor. Ein Klubglied schwang sich auf die Tribune und rief in patriotischer Wuth: Brüder! Wenn die Reaktion, welche hier Anarchie heißt, mit solcher Keckheit vorzuschreiten fortfährt, dann ist es die Pflicht eines jeden wahren Republikaners, sich bereit zu halten, den Barrikadenkampf wieder zu beginnen.

In der Sitzung der Nationalversammlung hätte es gestern beinahe Prügelei gegeben. Der Tumult, der auf die Abstimmung über das Trommelschlagsrecht folgte, war entsetzlich. Alle Glieder der Rechten drängten nach den beiden Hauptthüren, die zu den ersten Kammergängen führen. Dicht an dem Redestuhle geriethen zwei Glieder (ein linkes und ein rechtes) hart aneinander. „Ihr Courtais ist ein Verräther," rief Letzterer dem Ersteren zu. „Nein sage ich Ihnen," erwiderte der Angeredete auf diese Apostrophe, der General ist unschuldig. Er hatte am 15. Mai nur den Kopf verloren." Dieser Dialog im Gedränge wurde aber von sehr bedenklichen Armschwenkungen begleitet, doch die Masse drängt nach den Ausgängen und schob die beiden Hähne auseinander. Sie sehen, wir sind auf dem besten Wege, amerikanisch zu werden.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 31. Mai.] Die ausserordentliche Militärmaaßregeln scheinen beseitigt; nur ein Linien-Bataillon lagert auf den Stufen der großen Portaltreppe. Die Galerien, besonders die diplomatischen waren frühzeitig gefüllt. Wir bemerken auf letzterer namentlich viele Damen und fremde Gesichter. Um 1 Uhr erklärte Senard die Sitzung eröffnet und Durriere erhielt zu seiner Interpellation über Neapel das Wort. Die jüngsten Ereignisse daselbst — erklärt er — sind ein Attentat gegen die ganze Menschheit. Der Charakter und die Würde Frankreichs verlangen Rechtfertigung. Darum habe er das Wort ergriffen. Der Redner tritt nun in eine Darstellung der dortigen Ereignisse des 15. Mai und wünscht zunächst die Verhaltungsbefehle zu kennen, welche die Regierung dem Admiral Baudin ertheilte. Es will ihm bedunken, als habe derselbe nicht mit dem der Würde Frankreichs gebührenden Nachdrucke gehandelt. Auch besteht der Redner vorzüglich darauf, das Reaktionssystem des Königs Ferdinand zu vernichten und wünscht namentlich zu wissen, welche Gesinnungen die Vollziehungsgewalt darüber hege?

Bastide theilte hierauf seinerseits die Hergänge in Neapel mit, so weit ihm dieselben aus amtlichen Quellen bekannt sind. Das Benehmen Baudins sei Frankreichs vollkommen würdig gewesen. Derselbe habe volle Entschädigung der Nationalangehörigen errungen und kein einziger der letztern sei getödtet worden. Was endlich das gefürchtete Koalitionssystem des Königs von Neapel gegen die französische Republik betreffe, so sei hier nicht der Platz, dasselbe, wenn es wirklich bestehe, zu besprechen. Der König Ferdinand stehe zur Republik in vollem Frieden. Hiermit beruhigte sich der Interpellant und Deputirter Dahirel erhielt der Tagesordnung gemäß das Wort, um die Vollziehungsgewalt rücksichtlich des Dekrets vom 25. Mai, das einen Admiralitätsrath schafft, zu interpelliren. Ihm zufolge hätte diese Ernennung der Nationalversammlung und nicht dem Marine-Minister gebührt. Admiral Casy, Marineminister, wies auf das Beispiel von England hin, wo auch dem Ka inet das Recht der Ernennung von Admiralitätsräthen zustehe, ohne das Parlament zu fragen. Dahirel gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden, und wurde hierin von Lacrosse, dem Vorsitzer des Ausschusses fürs Marinewesen der National-Versammlung unterstützt. Das Marinewesen liege im Argen, das beweise die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, die zur Untersuchung der gegen Rochefort und die Mourillon Angelegenheit erhobenen Beschwerden nöthigen Aktenstücke zur Einsicht herbeizuschaffen. Die Nationalversammlung müsse auch hierin selbst organisiren können.

Cremieux, der aufmerksame Vertheidiger der Handlungen der weiland provisorischen Regierung, bekämpfte die Dahirelschen und Lacrosseschen Gedanken und beruhigt die Versammlung wegen der vermeintlichen Anklagen gegen die Verwirrungen im Seewesen. Was den neugeschaffenen Admiralitätsrath betreffe, so sey derselbe ja eine nur konsulative, d. h. berathende Behörde, die den Prärogativen der Nationalversammlung unmöglich Eifersucht einflößen kann. Laussat und Dahirel suchten trotz dieser Beruhigung den Kampf wieder von Neuem anzufachen. Dahirel wollte sich sogar einige persönliche Ausfälle wegen angeblicher Uebergriffe gegen die provisor. Regierung erlauben; allein die Versammlung wurde ungeduldig und schritt zur Tagesordnung.

In diesem Augenblicke erhob sich der Präsident und erklärte, er habe der Versammlung eine wichtige Mittheilung zu machen. Der Staatsanwalt, begann er, stellt mir so eben ein Requisitorium zu, welches darauf anträgt, den Repräsentant Louis Blanc in Anklagezustand zu versetzen. (Sensation.) Der Präsident liest das Requisitori-

um, aus welchem hervorgeht, daß der Antrag auf die eigene Zeugen-Aussage des Louis Blanc vor dem Untersuchungsgericht in Vincennes gegründet ist.

Louis Blanc bestieg die Tribüne und bestätigte die Richtigkeit der im Requisitorium gemachten Angaben. Nur in einzelnen Punkten weichen sie ab. Der Redner geht in die Beleuchtung dieser Punkte näher ein, wohin wir ihm jedoch nicht folgen können. Verurtheilt mich zum Tode — rief er enthusiastisch. (Stimmen: Es gibt keine Todesstrafen mehr!) Geduld, nicht Ihr, nicht wir Angeklagte werden sie herstellen. Aber die Macht der Ereignisse wird das Schaffott wieder aufrichten. Die Diskussion war im höchsten Grade ernst. Die Versammlung, gleichsam vor einem plötzlichen Entscheid zurückbebend, hob die Sitzung auf und vertagte sich bis um 5 Uhr.

Italien.

(Verona, 31. Mai.) So eben laufen sichere Nachrichten ein von bedeutenden Erfolgen, welche die österreichischen Truppen am 29. bei Curtatone, westlich von Mantua am obern See, über neapolitanische und toskanische Truppen und mit ihnen vereinte Freischaaren erkämpft haben. Der Feind war furchtbar verschanzt, seine Vertheidigunswerke sollen meisterhaft gebaut gewesen seyn. Elf Kanonen wurden von den Oesterreichern erobert, über 2000 Gefangene und eine große Menge Beute gemacht. Die Zahl der auf feindlicher Seite gebliebenen Todten und Verwundeten ist noch nicht bekannt, jedenfalls sehr bedeutend. Österreichischerseits zählt man an 300 Gefallene, darunter über 40 Offiziere der verschiedenen Grade. Ehre diesen auf fremder Erde für die deutsche Sache gebliebenen Tapfern! Während dieses Kampfes bei Mantua fand ein Scheinangriff auf die zwischen dem rechten Ufer der Etsch und dem Gardasee befindlichen piemontesischen Streitkräfte statt, wobei die Oesterreicher im Vortheil blieben, aber der reizend gelegene Hafenort Bardolino in Brand gerieth, doch erlitt er nicht bedeutenden Schaden. Nun gegen den Po hin das Terrain gesäubert und die Gefahr eines Angriffs gegen unsern Rücken vorderhand entfernt ist, rückt der greise Feldherr ohne Zweifel, den Mincio aufwärts, dem „Schwert Italiens" rasch in die Seiten; die an der Etsch aufgestellten Streitkräfte werden dieser Bewegung in entsprechender Weise entgegenkommen. Ueber S. Massimo, Croce Bianca, Sta. Lucia hin steht das Gros des österreichischen Heeres, ihm gegenüber bei Sona, Sommacampagna 2c. das feindliche. Ein entscheidender Tag naht. Peschiera hält sich fortwährend tapfer; es wurde sogar neuerlich mit Lebensmitteln versehen, die auf bewaffneten Booten in diese Festung geschafft wurden. Mit der Ausführung der oben angedeuteten Combination ergibt sich der Entsatz derselben von selbst. Vicenza wurde nicht genommen, weil man nicht Geduld hatte, den Erfolg der ersten Beschießung abzuwarten. Wir verloren dabei etwa 100 Leute und eine Kanone. (A. A. Z.)

(Conegliano, 31. Mai.) Auszug aus einem Tagsbericht des k. k. Feldmarschalllieutenants Baron Welden: „Streifparteien, welche von der Piave gegen Treviso und bis gegen Castellfranco gingen, haben drei versprengte Mann unserer Truppen aufgenommen, welche bestätigen, daß die nach einem am 20. Mai bei Vicenza stattgehabten Gefecht in das Spital nach Castellfranco gebrachten Verwundeten daselbst aufgenommen und von der Nationalgarde bewacht wurden. Am 22. Abends seyen sie aber von einem Haufen Crociati überfallen und vor ihren Augen die Verwundeten und die Krankenwärter in den Zimmern erschossen worden. Wir übergeben die Beurtheilung einer solchen Schandthat von Elenden, welche das Zeichen des Kreuzes tragen und unter der Fahne des Oberhaupts der Kirche ziehen, der gerechten Verachtung aller Nationen. Uebrigens weit entfernt, Rache an den unschuldigen Einwohnern von Castellfranco ausüben zu wollen, müssen wir alle Einwohner des schönen Italiens nur beklagen, daß sie unter der Zuchtruthe solcher Wüthriche stehen. Ich zweifle, daß viele von ihnen lebend in die Hände meiner Soldaten gerathen, aber in diesem Falle würden die Verwundeten wie meine Leute behandelt werden. (A. A. Z.)

Spanien.

(Madrid, den 25. Mai.) Die „Gaceta" enthält heute folgende Bekanntmachung: „Die spanische Regierung hat die französische Republik anerkannt und ist mit Herrn Lesseps, Botschafter der französischen Republik, in amtliche Geschäftsverbindung getreten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Von dem Unterzeichneten ist ein zu einer Kuratel gehöriges Kapital von 2500 fl. gegen erste Hypothek und pupillarische Sicherheit à 4 pCt auszuleihen.

Nürnberg, den 1. Juni 1848

Lindner.
k. Advokat.

Anzeige.

Einer von den Unterzeichneten, zum erstenmal in dieser Stadt angekommen, macht seine ergebenste Anzeige, daß er von der löbl. Behörde die Bewilligung erhalten, ihre erfundene und von mehreren Zeugnissen geheilter Personen, darunter selbst sehr geschickter Aerzte, bestätigte Kunstfertigkeit in gänzlicher

Vertilgung der Hühneraugen

mittelst eines ganz unschmerzhaften Pflasters zum Vortheile des hiesigen Publikums auszuüben zu dürfen. Er erlaubt sich demnach das verehrteste Publikum aller Stände von den nähern Umständen dieser Kunstausübung in Kenntniß zu setzen, und seine Dienste zu empfehlen. Die Wohnung befindet sich im

Gasthof zum rothen Hahn,

Königsstraße Zimmer No. 7, 2ten Stock, wo er bereits den ganzen Tag zur Behandlung zu treffen ist. — Der Preis eines solchen Pflasters ist einzeln 6 kr, im Dutzend 1 fl. sammt Anweisung, und kann auf seiner Wohnung, und im Fall seiner Abwesenheit beim Kellner und in der Materialhandlung des Wilhelm Dietrich am Heugäßchen bezogen und Bestellungen abgegeben werden. — Auf Verlangen begibt er sich in die resp. Wohnungen um die Füße selbst zu besorgen, in welchem Falle auch nach ein beliebiges Honorar nach gänzlicher Heilung des Uebels bezahlt wird. Das Heilmittel ist von mehreren Physikaten medizinisch untersucht und für durchaus unschädlich erklärt. Für Dienstboten und Unbemittelte wird billige Rücksicht genommen.

Gebrüder Lentner,
Hühneraugen-Operateurs aus Tyrol.

BELVEDERE.

Heute Montag den 5 Juni „Harmonie-Musik" der vollständigen Musik des Regiments Gumpenberg. Hiezu ladet ergebenst ein

Sturm.

Contumaz-Garten.

Heute Montag den 5. Juni findet 8stimmige Blech-Musik unter Leitung des Herrn Staabshornisten Lippert statt, wozu ergebenst einladet

Zöbelein.

Mitgenommener Regenschirm.

Am 3. d. Abends wurde im Saale des Bamberger Hofs ein schwarzseidner, etwas schadhafter Regenschirm, wahrscheinlich aus Versehen, mitgenommen, man bittet solchen in der Exped. d. Blattes abzugeben.

Zu vermiethen.

In der Nähe des Rathhauses ist eine kleine Wohnung, aus Stube, Alkov, Kammer, Küche mit Kochofen, Holzlage 2c. bestehend, am Ziel Laurenzi an eine einzelne Person oder auch an eine kleine Familie ohne Kinder zu vermiethen.

Hydraulischen Kalk

offerirt Unterzeichneter zu dem billigsten Preis von fl. 2 per Zentner bei Faß von circa 2 bis 3 Zentner und sieht vielen Aufträgen entgegen

Sal. Ludwig Krauß.
S. Nro. 551 in der Theresienstraße.

Politischer Verein.

Montag den 5. Juni findet eine ausserordentliche Versammlung im Bamberger Hof statt.

Literatur.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, namentlich in der H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg:

Der rechtliche Staatsbürger.

Darstellung der Verbrechen und Vergehen mit ihren strafrechtlichen Folgen, aus dem Strafgesetzbuche für das Königreich Bayern 1813 in alphabetischer Ordnung. Ein pädagogischer Leitfaden für jeden Hausvater, und insbesondere jeden Erzieher, Vormunder, Katecheten, Seelensorger und Führer so wie für die ganze reife Jugend.

Herausgegeben
von
Max von Schmädel,
quiesc. rechtskundigem Magistratsrath in München.
Preis brosch. 8° 24 kr.

Der Verfasser geht von dem Standpunkte der Religion und der Volkserziehung, dem Grundpfeiler des häuslichen Glückes und des Staates aus, und sagt in seiner Vorrede: „Der Staat verlange neben einem religiösen, moralisch guten Menschen — auch einen rechtlichen Staatsbürger. Der Bürger im Staate muß sich aber der gesetzlich unerlaubten Handlungen, so wie der strafrechtlichen Folgen vorerst klar, und deutlich bewußt sein, er muß die Gesetze wissen und erkennen. Wie viele tausende Verbrechen und Vergehen würden unterbleiben, wurde nicht Mangel an Leitung und Unterweisung in den Gesetzen und Unkenntniß der strafrechtlichen Folgen so häufig sein. Der Verfasser beabsichtigt keineswegs in dieser Darstellung der zarten Jugend einen strafrechtlichen Katechismus in die Hand zu geben, er überläßt es vielmehr dem klugen Hausvater, Lehrer, Erzieher, Vormundern, Katecheten, Seelsorger und Führer. —

Die Anlagen, Neigungen und Fehler der ihm Angehörigen oder Anvertrauten zu erforschen, diese auf die Häßlichkeit der Vergehen und Verbrechen, sowie auf deren entehrende Folgen geeignet aufmerksam zu machen, und so auf die Jugend, sowie auf das Alter, im geselligen Umgang, wie im Berufe und selbst auch öffentlich auf Kanzeln einzuwirken, und so soll der todte Buchstabe durch Vermittlung lebendig werden, in das bürgerliche Leben übertreten und die für dasselbe so hochwichtige Erkenntniß mit der religiösen Bildung gleichen Schritt gehen, auch sie soll ein Gemeingut werden."

Auch wir müssen den Verfasser für seine redliche Absicht den wärmsten Dank zollen, und können daher diesen pädagogischen Leitfaden jedem Hausvater 2c, den er sich für die geringe Auslage von 24 kr. Jeder leicht anschaffen kann, wohlmeinend empfehlen.

(Zu vermiethen.) Eine sehr angenehm gelegene bequeme Wohnung, aus mehreren Zimmern bestehend, ist mit dem nächsten Ziele um 110 fl. an eine stille Familie zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Kaiserstraße No 144 ist ein schönes Logis mit Bett und Möbeln, bestehend aus einem Zimmer nebst Alkov, an einen ledigen Herrn nächstes Monat zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In S. Nr. 320 der Irrergasse sind zwei kleine möblirte Zimmer täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Judengasse Nr. 1109 ist der zweite Stock an eine kleine Familie bis nächstes Ziel zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein junges Frauenzimmer, welches seit einigen Jahren als Ladenjungfer auswärts diente, und für deren Brauchbarkeit verbürgt wird, wünscht in gleicher Eigenschaft hier oder in der Umgegend unterzukommen, indem sie mehr eine gute Behandlung statt größeren Lohn berücksichtigt.

Näheres in der Expedition dieses Blattes.

(Gesuch.) Gegen billige Bedingungen wird ein junger Mensch sogleich in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welches schon mehrere Jahre als Köchin hier im Dienste gestanden, und mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht sogleich bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Das Nähere in S. Nro. 507 über 2 Stiegen.

(Gesuch.) Ein gut singender Steinröthel wird zu kaufen gesucht.

(Gefunden.) Ein Spazierstock ist vor einigen Tagen auf dem Markte gefunden worden, und kann in der Exped. d. Bl. in Empfang genommen werden.

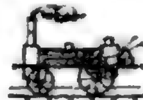
Theater-Anzeige.

Montag den 5 Juni. Bei günstiger Witterung in der Arena. 7. Vorstellung im 3 Abonnement. „Doktor Faust's Hauskäppchen, oder die Herberge im Walde." Posse mit Gesang und Tanz von Hopp.

Bei ungünstiger Witterung im Stadttheater.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr
Vom 28. Mai bis 3. Juni incl.



Sonntag	1035	Personen,	fl. 183.	29 kr.
Montag	2054	„	„ 114.	30 „
Dienstag	959	„	„ 102.	30 „
Mittwoch	1036	„	„ 111.	33 „
Donnerstag	1290	„	„ 133.	30 „
Freitag	916	„	„ 90.	9 „
Samstag	773	„	„ 83	33 „
Summa	7560	Personen,	fl. 828	24 kr

(Berichtigung) In der Anzeige „Abgedrungene Veröffentlichung" in Nro 153 d. Bl. ist Zeile 4 von oben statt „bezeichnet" „begeifert" zu lesen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6. Juni 1848. **№ 158** **Dienstag: Benignus.**

×*× Die militärisch-topographischen Bureaus in Deutschland.

Wir gutmüthigen Deutschen kommen doch nie in Verlegenheit, wenn es sich darum handelt, dem Auslande nützlich und gefällig zu seyn; es darf nur ein Herr Russe, Franzose, oder gar ein edler Lord den leisesten Wunsch äußern — sogleich läuft und rennt Alt und Jung, Hoch und Niedrig, um diesen Wunsch mit aller möglichen Freundlichkeit und Höflichkeit, wo möglich doppelt zu erfüllen, denn es kann uns ja nur zur größten Ehre gereichen, wenn das Ausland nur etwas von uns Deutschen verlangen mag, wenn wir nur eines spöttischen oder habgierigen Blickes von Außen gewürdiget werden. Einen neuen Beleg hiezu liefert die Thatsache, daß man keinen Anstand genommen hat, die — für die Landesvertheidigung so höchst wichtigen und nützlichen Aufnahmen der militärisch-topographischen Bureaus den auswärtigen nicht deutschen Staaten gegen Bezahlung nach Wunsch verabfolgen zu lassen. Dieses Verfahren ist nur geeignet, uns bei einem entstehenden Krieg mit einer im Besitze dieser Karten befindlichen auswärtigen Macht in großes Verderben zu stürzen, denn Jeder, der nur Etwas von Kriegführung versteht, wird darin übereinstimmen, daß der Hauptvortheil darin liegt, den Feind nicht zur Kenntniß der haltbaren und dominirenden Positionen im Lande kommen zu lassen, ihn vielmehr durch gewählte Diversionen zu blenden und mittelst Abschneidung aller Kommunikationen aufzureiben. So kann ein kleines Heer über ein bedeutend größeres immer Herr werden. Giebt man aber dem Feinde bereitwillig alle Mittel an die Hand, vortheilhafte, die Kommunikation befördernde Positionen ohne langes Suchen sofort einnehmen zu können, so ist dies Landes-Verrath, und dieses Verbrechens machen sich jene deutschen Regierungen in hohem Grade schuldig, welche die militärisch-topographischen Aufnahmen um schnödes Geld an auswärtige nicht deutsche Regierungen abgeben. Alle auswärtigen Mächte können über kurz oder lang als Feinde gegenüber stehen, und werden dann den für sie besten Gebrauch von diesen Karten machen. Soll vielleicht der hieraus entstehende Schaden mit jenen paar Groschen aufgewogen werden, welche der Verkauf dieser Karten eingebracht hat? Elende Krämer-Theorie! Um lumpiges Geld verkauft man die Macht Deutschlands, verräth man das Volk an das Ausland! Oder verkauft vielleicht Frankreich, Rußland, England seine topographischen Karten auch an Deutschland?

Kleines Palliatif gegen Russomanie.

Das Vaterland erwartet von dem Parlament in Frankfurt seine Neubegründung für die Zukunft. In welcher Weise diese erfolgen wird, ist noch nicht vorauszusehen, da so viele verschiedene Meinungen darüber bestehen, und jeder die seinige für die alleinseligmachende hält. Jedenfalls ist es jetzt Zeit, an eine Umgestaltung Deutschlands zu erinnern, die — Rußland beabsichtigen soll, wie ein kürzlich veröffentlichtes Document aus der neuesten Zeit vor der Revolution verräth. Rußland nimmt, nach diesem Plan, für sich die sämmtlichen ursprünglich slavischen Stammgebiete Deutschlands in Anspruch, nämlich Ost- und Westpreussen, Posen, Schlesien, die Lausitzen, Böhmen und Mähren. Das „in die ihm gebührenden Schranken zurückgewiesene" Deutschland selbst, soll „zur dauernden Sicherung seiner Wohlfahrt" in zehn möglichst gleiche Königreiche eingetheilt werden. Sachsen hätte, diesem Plane zu Folge, seine Oberlausitz, das Voigtland und einige angrenzende Theile abzutreten, erhielte aber dafür die sächsischen Herzogthümer (mit einigen Ausnahmen) und die südlichen Theile der Provinz Sachsen, sammt den eingeschlossenen schwarzburgischen rc. Gebieten. Aus der Landgrafschaft Leuchtenberg (*), dem sächsischen Voigtlande, Altenburg, den reußischen Fürstenthümern, soll ferner ein selbstständiges „Großherzogthum Bayreuth" gebildet werden, das aber, unter russischem Scepter stände**) und für welches Rußland — Sitz und Stimme, in dem deutschen Bundestage erhielte. Von den weitern Bestimmungen dieses Planes, dem man zugestehen muß, daß er ein sehr gründlich umgestaltender ist, erwähnen wir nur noch, daß das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten werden, und England das wichtige Curhafen***) erhalten soll. Würde dieser wohlmeinende, russische Plan zur Ausführung gebracht, und nicht durch die letzte französische Revolution auf einige Zeit hinausgeschoben worden seyn, so dürfte sich Deutschland allerdings für immer der — Ruhe erfreuen, zumal mit ihr jedenfalls die russische Censur und zweifelsohne auch die Knute bei uns einkehrte.

---

*) In der Oberpfalz — vermuthlich des geliebten Schwiegersohns wegen.

**) Um nöthigenfalls sogleich ins Herz Deutschlands hervorrücken zu können.

***) Der Schlüssel zur Elbemündung, ein Dorf im hamburgischen Amt Ritzebüttel am linken Ufer der Norderelbe, mit einem bequemen und geräumigen Hafen, welcher neuerdings mit beträchtlichem Kostenaufwand verbessert werden. Die Stadt Hamburg kaufte im 14. Jahrhundert das Amt Ritzebüttel mit Curhaven, um die Mündung der Elbe unter beständiger Aufsicht zu haben. Curhaven hat einen Leuchtthurm und ein sehr gut eingerichtetes frequentes Seebad.

Deutschland.

Bayern. *†(München, 4. Juli.) Morgen Mittag wird die feierliche Schließung des Landtags stattfinden, wie man hört, durch Se. Maj. den König in allerh. eigener Person, durch eine ceremonische Auffahrt. Der Landtagsabschied wurde gestern in einer Staatsrathssitzung von Sr. Maj. dem König präsidirt berathen. — Nachdem von verschiedenen Seiten Verdächtigungen und absurde Gerüchte über das Verbot der deutschen Kokarde in Umlauf gesetzt wurden, wird das Lügenhafte dieser Gerüchte offiziell widersprochen; doch liegt in deßfallsigen offiziellen Erklärungen zugleich die Nebenbestimmung, daß die deutsche Kokarde nur neben der bayerischen, besonders bei Herren, zu tragen erlaubt seyn soll. — Ueber die Art und Weise der Ausschaffung der Schustergesellen werden gegenwärtig mit Recht viele Glossen gemacht; daß man diese armen Bursche geschlossen aus der Stadt brachte, ohne ihre Klagen nur entfernt zu untersuchen, ob sie gerecht, oder ungerecht seyen, ist eine jener Maasregeln der Polizeiwillkühr, die jetzt wie früher bei uns und überall an der Tagesordnung herrscht. — Wie steht es aber um die allgemeine Freiheit neben einer Polizeiherrschaft ohne gesetzliche Basis? Von einem Polizeigesetz ist ohnedieß noch lange keine Rede und doch ist dieß eine der nöthigsten Garantien für den verfassungsmäßigen persönlichen Schutz, der bei uns in fortwährenden Gefahren schwebt.

In der neuen Speyer Ztg. wird dem Parlamente in Frankfurt zur Erzielung der Einheit Deutschlands gerathen: 1) daß das Parlament alle in dessen einzelnen Staaten bestehenden Staatsverfassungen sofort ausser Wirkung treten läßt und an deren Stelle für ganz Deutschland eine einzige aus den freiesten Grundsätzen über Volkswohlfahrt und Volksrechte hervorgegangene Verfassung setzt; 2) auf den Entwurf, ein deutsches Reich zu gründen unter einem deutschen Kaiser mit Reichstag und Reichsgericht, nicht eingeht; 3) den Bundestag, resp. Bundesversammlung, sofort aufhebt und zur Wahrung der Reichsverfassung einen aus den charakterfestesten Männern gewählten Senat creirt, mit der Obliegenheit, die Vollziehung und Anwendung der Verfassung zu überwachen und nöthigen Falls zwischen Volk und Fürsten zu entscheiden; 4) die Masse der Beamten vermindert, die übermäßigen Gehalte abschafft und auf ihr richtiges Maß reducirt; 5) ebenso die Civillisten moderirt; 6) alle Gesandtschaftsposten der deutschen Fürsten an den gegenseitigen Höfen aufhebt und 7) gleichfalls alle Adels- und Standesvorrechte.

(Aus Franken, den 3. Juni.) Unsere Ständeversammlung ist so eben geschlossen worden, und wir dürfen dessen froh seyn, denn hätte sie die Regierung noch länger beisammengehalten, so würde sie unstreitig Alles bewilligt haben, was man vom Ministertische aus nur immer begehrt hätte. Die Herrn Abgeordneten bringen uns zwei neue Steuern, ein Anlehen und eine Reihe von Gesetzen mit nach Hause, von denen die meisten weit besser ganz unberathen geblieben wären. Die unter dem Einflusse eines schlechten Wahlgesetzes und des Abel'schen Systems gewählte Kammer ist sich dießmal, wie in ihrer früheren Sitzung, unveränderlich gleich geblieben. Sie hat wenig Unabhängigkeit und noch weniger Intelligenz an den Tag gelegt; sie hat es den Ministern leicht gemacht, Alles durchzusetzen, was sie vorzubringen für gut fanden. Diese haben aber auch im Voraus ihre Leute gekannt und zu würdigen gewußt; darum zogen sie es vor alle jene Gesetze, die sie durchzubringen wünschten, dieser Kammer vorzulegen, ohne auf die Wünsche des Landes, welche die Einberufung einer neuen Kammer verlangten, irgend eine Rücksicht zu nehmen. Wir sind weit entfernt, dem Charakter dieser Männer irgendwie zu nahe treten zu wollen. Das aber leuchtet aus ihrer ganzen amtlichen Thätigkeit hervor, daß sie mehr rückwärts als vorwärts schauen, daß sie, was unsere Zeit bewegt, nicht vollständig begriffen haben, sonst hatten sie unmöglich Gesetze, wie jenes über die Iniative, das vergebens seinesgleichen sucht, in den Ständesaal bringen können; sonst hätten sie nicht bei andern Gesetzen, was sie mit der einen Hand gegeben, mit der andern Hand wieder entzogen, ein Verfahren, das, auf Täuschung berechnet, wenig Aufrichtigkeit enthält und noch niemals gute Früchte getragen hat. Da hörte man noch vor wenigen Tagen, wie Hr. v. Thon-Dittmer in der Reichsraths-Kammer sich alle Mühe gab, um den Beweis zu liefern, daß das Gesetz über die ständischen Wahlen durchaus nicht so liberal sei, als es den Anschein habe. Der Herr Minister hätte sich diese Beweisführung füglich ersparen können; wir Leute außer der Kammer haben längst gewußt, daß durch die Nebenklauseln die keineswegs übermäßig freisinnigen Hauptbestimmungen des Gesetzes in der Praxis größtentheils wieder vernichtet werden würden. Was uns während dieser Kammersitzung von Seite der Herrn Minister vor allen auffiel, war die große Empfindlichkeit, die sie bei jeder Gelegenheit an den Tag legten. Erhob sich von irgend einer Seite eine Opposition gegen eine Maasregel, sogleich sprach man von Mißtrauen und drohte, das Portefeuille niederzulegen, während man auf der andern Seite nichts Besseres zu thun wußte, als die Versicherung zu geben, daß man das unbegränzteste Vertrauen in die Räthe der Krone setze. Wenn man doch nur einmal von den Engländern etwas parlamentarischen Takt sich aneignen wollte! Wenn übrigens das Ministerium zurückträte, so wäre das Unglück auch nicht so groß. Wir unsererseits haben dasselbe stets nur für ein transitorisches gehalten. Zwar ist Bayern, und dieß verdanken wir dem bisherigen System, nicht gerade mit staatsmännischen Talenten gesegnet, doch dürfen wir hoffen, daß ein neues parlamentarisches Leben auch neue staatmännische Kräfte zu Tage fördern werde. (Fr. M.)

Baden. (Mannheim, 2. Juni.) Unter einem Theile der hier liegenden bayerischen Soldaten regt sich der Geist der Unzufriedenheit. Sie beklagen sich über allzugroße Beschwerlichkeiten im Dienste, namentlich über das Exerzieren und Ausrücken mit Sack und Pack, wollen entweder in Kasernen untergebracht oder bequemere Einrichtung in den für ihre Beherbergung bestimmten Lokalen haben, der

Wunsch zur Rückkehr in ihre Garnisonsstädte wird täglich lebhafter. Heute fielen in Folge dessen Wirthshaus- und zum Theil Straßen-Excesse vor, aber es wurde von Seiten der Behörde kräftig eingeschritten und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten werden nach der Rheinpfalz abgeführt und dort zur Untersuchung gezogen werden. Uebrigens ist zu befürchten, daß der Geist der Unzufriedenheit noch nicht völlig erstickt ist. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 3. Juni.) In der heutigen eilften Sitzung der Nationalversammlung wurde unter den Anträgen der nachstehende von zehn Abgeordneten aus Schleswig-Holstein durch den Präsidenten mitgetheilt: „Die Nationalversammlung wolle erklären, daß die schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehöre, und wolle dafür Sorge tragen, daß bei dem Abschluß des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Frankfurt den 2. Juni 1848. Dahlmann, Michelsen, Claussen, Esmarch, v. Neergard, Waitz, Engel, Francke, Gülich, Droysen." Im Zusammenhange damit steht eine gleichfalls mitgetheilte Petition einer Deputation aus Nordschleswig (besonders aus dem Amt Hadersleben), daß kein Theil von Schleswig abgetreten werden solle. Beide Gegenstände wurden an den Ausschuß für völkerrechtliche Fragen gewiesen. Ein Bericht des Wahllegitimationsausschusses, die Verhältnisse des Herzogthums Limburg betreffend, dessen Antrag dahin geht, den Abgeordneten von Limburg (v. Scherpenzeel) zuzulassen und zur Theilnahme aufzufordern, die Principienfrage über Limburg's staatsrechtliche Verhältnisse aber an den betreffenden Ausschuß zu verweisen, wird zum Druck gewiesen. Deßgleichen ein Bericht bezüglich der Posener Wahl, welcher vorläufige Zulassung der Abgeordneten beantragt. Auf den einstimmigen Antrag des Prioritätsausschusses wurde nach dem Vorschlag Simon's von Trier beschlossen, zur Prüfung der schon vorliegenden und noch einlangenden Anträge auf Bestellung eines provisorischen Vollziehungsausschusses einen Ausschuß von 15 Mitgliedern durch die Abtheilungen zu wählen. Auf weitern Bericht des Prioritätsausschusses wurde beschlossen, daß der Prioritätsausschuß auch nach der neuen Geschäftsordnung fortbestehen solle und zugleich als Petitionsausschuß zu fungiren habe. — Die nächste Sitzung ist Montag den 5. Juni. Tagesordnung: Berathung über die zum Druck gewiesenen Berichte. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. Juni.) Es waren heute wieder neue Mitglieder eingetroffen, so wie sich überhaupt die Nationalversammlung mehr und mehr vervollständigt. Bemerken will ich noch, daß die Linke und das linke Centrum, Manifeste ausgegeben; das der ersten lautet: Offene Erklärung. Wir Unterzeichnete, Abgeordnete zur deutschen konst. Nationalversammlung, wollen, daß die Konstituirung der Verfassung Deutschlands einzig und allein der Nationalversammlung überlassen bleibe. Wir wollen für Deutschland diejenige Verfassung, welche die Souveränität des Volkes für immer sichert. Wir wollen daher eine aus der freien Wahl Aller hervorgehende Vertretung des deutschen Volkes. Wir wollen eine vollziehende Central-Gewalt, von der Nationalversammlung auf Zeit gewählt, und ihr verantwortlich. Wir wollen, daß die Grundrechte des deutschen Volkes sofort festgestellt, verkündigt und gegen jeden möglichen Eingriff der Einzel-Regierungen sicher gestellt werden. Wir wollen, daß die einzelnen deutschen Staaten, indem sie zu einem Bundesstaat zusammentreten, von ihrer Selbstständigkeit so viel aufgeben, als die National-Versammlung zur Errichtung des Gesammtstaates nothwendig erklärt. Wir wollen, daß die National-Versammlung im Uebrigen den Einzelstaaten überläßt, ihre Verfassungen zu bestimmen, sey es in Form der konstit. Monarchie, sey es in Form der Republik, unbeschadet jedoch der von der National-Versammlung zu sichernden Volksrechte. Frankfurt a. M., 2. Juni 1848. (Folgen die Unterschriften.) (N. Würzb. Z.)

Hessen. (Marburg, 1. Juni.) In dem Kampfe der Freiheit, welcher seither gegen die Anhänger veralteter und unvernünftiger Institutionen geführt wurde, haben die deutschen Studenten von Anfang an immer unter den Vordersten gestanden. Daß sie die Aufgabe der Zeit auch in Bezug auf soziale Reorganisation begriffen haben, wurde wenigstens von den Studirenden Marburgs in einer gestrigen Versammlung klar an den Tag gelegt. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß die seither bevorzugten Stände im Ausmerzen unzeitgemäßer Vorrechte vorangehen müssen, haben sie in derselben eine Adresse an kurfürstl. Ministerium berathen und angenommen, in welcher auf das Entschiedenste die Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit und völlige Gleichstellung der Studenten mit den übrigen Staatsbürgern verlangt wird. Andere Punkte, welche in diese Adresse noch aufgenommen wurden, sind u. a. völlige Lehr- und Lernfreiheit, Abschaffung alles Collegienzwanges, Aufhebung des unnützen und auf pure Geldspeculation berechneten Fakultätsexamens und der lästigen Promotionskosten. Wir veröffentlichen Dies, um andere Hochschulen zu gleichem Streben anzuspornen. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 30 Mai.) Bei aller außerordentlichen Ruhe der Stadt herrscht in allen Gemüthern eine Aufregung und nervöse Spannung, wie am Vorabend unberechenbarer Ereignisse. In der Stadt weiß Niemand zu berechnen, was der nächste Tag bringen kann. Keine gesetzliche Autorität gibt Bürgschaft für Ordnung und Sicherheit. Das Ministerium ist interimistisch, ohne Wurzel und ohne Vertrauen, ja man möchte sagen, ohne Mandat des Hofes. Alle Geschäfte stocken in einer Weise, wie es seit den Kriegsjahren nicht der Fall gewesen. Die Arbeiter, die zwar wunderbar ruhiger und besonnener Weise zu ihren Werkstätten zurückgekehrt, sind bedroht, binnen Kurzem arbeitslos zu werden und dieser Gedanke, verbunden mit dem Schauspiel der Barrikadentage, jagt vielen Familien einen solchen panischen Schrecken ein, daß die Reisewägen zu den Linien hinaus sich drängen. Am 18. (nach der Flucht des Kaisers), zog die Aristokratie von Wien fort, seit den Barrikadentagen ist auch der wohlhabende Mittelstand von dem Fluchtfieber ergriffen. In dem nahen Baden sind die Häuser vollgepfropft mit flüchtigen Familien; Ischl ist ein zweites Koblenz geworden und wimmelt von reactionären Hochtory. — Gestern sind 150 böhmische Studenten zur Begrüßung und Unterstützung unserer akademischen Legion hier eingetroffen. Eine ähnliche Deputation traf aus Ollmütz ein. Auch ungarische Juraten waren eingetroffen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Wien, den 1. Juni.) Gestern Abends sind die neuesten Nachrichten aus Innsbruck über den Eindruck, welchen die Wiener Ereignisse vom 26. Mai am Hoflager erregten, hier eingetroffen. Der Minister Präsident v. Pillersdorff schweigt noch hierüber, allein wir wissen aus bester Quelle, daß sie mehr als Erstaunen, daß sie ein Entsetzen verursachten. Man gibt in Innsbruck nicht der Aula, sondern dem unsinnigen Benehmen der Sicherheitsbehörde, diese ihrerseits dem Herrn v. Pillersdorf, dem sie nicht habe trauen können, die Schuld. Am Empfindlichsten war am Hoflager die Nachricht aufgenommen, daß die Häupter der republikanischen Partei Häfner und Tuvora, welche am 18. Mai vom Volke aufgehängt werden wollten, von den Bürgern aus dem Kerker befreit wurden. (A. Abd. Z.)

(Wien, den 1. Juni.) Unsere finanzielle Lage wird immer verwickelter und bedenklicher. Nachdem das Finanzministerium in Verein mit der österreichischen Nationalbank erst vor wenigen Tagen eine Art Zwangsmaßregel ergreifen mußte, um eine zeitweilige Beschränkung in der Umwechslung der Banknoten eintreten zu lassen und eine Emission von neuen Banknoten zu 1 und 2 fl. zu bewerkstelligen, erschien heute eine abermalige Zwangsmaßregel des Ministerrathes, welche verordnet: daß die bei den Depositenämtern der landesfürstlichen und der Patrimonialgerichte erliegenden oder künftighin dort in Aufbewahrung kommenden baaren Summen (Depositengelder), sie mögen in Papiergeld oder in klingender Münze bestehen, an die Depositenkasse des Staatstilgungsfonds abzuführen seyen, wo sie bis zum Tage der Rückzahlung mit 3 Proc. verzinst werden sollen. Bringt man damit die vom Finanzministerium gestern veröffentlichte ungünstige Gebahrung des Finanzetats für den Monat April d. J. in Verbindung, welcher für diesen Monat ein Deficit von 5,160,200 fl. ausweist, zu deren Deckung 2½ Mill. von der Bank gegen 3 proc. Anweisungen geliehen werden mußten, so geht klar daraus hervor, daß weder das Verbot der Geldausfuhr, noch das im vorigen Monate mit der Nationalbank geschlossene Uebereinkommen wegen Hinausgabe der neuen Hypothekar-Partial-Obligationen (per 45 Mill. auf die k. k. Saline in Gmunden) dem Schwinden der financiellen Kräfte entsprechend abzuhelfen vermochten. Außer einem neuerlichen Gnadenact Sr. Maj. des Kaisers (von Innsbruck 26. Mai datirt), in Folge dessen die am 20. März erlassene Amnestie auch auf jene galizischen Individuen erstreckt wird, welche nebst dem Verbrechen des Hochverraths noch wegen anderer in hochverräthischer Absicht begangener Verbrechen verurtheilt und von der Begünstigung jenes Amnestiedecrets ausgeschlossen blieben, hat der Kaiser im allgemeinen beschlossen auch die Todesstrafe aufzuheben, bis der Reichstag über die definitive Abschaffung derselben förmlich Beschluß gefaßt haben wird. Der Rückkehr des Monarchen glaubt man nun baldigst entgegensehen zu dürfen, jedenfalls erwartet man aber die unverweilte Ankunft eines kaiserlichen Prinzen, falls der Kaiser sich veranlaßt sehen sollte, seine Rückkehr nach Wien noch zu vertagen. Der Erzherzog Ludwig befindet sich, seit er Wien verließ, theils auf seinem Landsitze in Oesterreich, theils in Aussee, und stand in letzter Zeit so wenig in direkter Verbindung mit dem Hof in Innsbruck, daß er neulich eine vom Kaiser an ihn gerichtete Zuschrift erst über Wien zugesendet erhielt. (A. A. Z.)

(Lemberg, den 27. Mai.) Die Lemberger Garnison hat, mit der Unterschrift aller Offiziere, einen Aufruf an die Armee erlassen, worin sie dem Wiener Treiben auf das Entschiedenste entgegentritt. Sie erklärt sich gegen die anmaßende Gewalt einer kleinen Fraktion, welche den Staat »anarchischer Entfesselung ratblos in die Arme schleudert.« Dagegen aufzutreten, sey die Armee als staatsbürgerliche Genossenschaft, wie als fest geschlossene Macht moralisch und politisch verpflichtet, es sey ihre Aufgabe, sich dorthin zu stellen, wo sie Kaiser und Vaterland schirmen könne. Schließlich faßt der Aufruf der Soldaten in die Worte zusammen: „Wir wollen Ordnung, wir wollen Recht, wir wollen das hohe Gut unserer Konstitution in weitester Ausdehnung, jedoch in männlichkluger, geregelter Entwickelung auf das Schärfste bewachen.« Daß sich in diesem Entschluß die ganze Armee anschließen werde, ist die Hoffnung, in welcher dieser Aufruf von der Lemberger Garnison erlassen worden. (A. A. Z.)

(Prag, den 26. Mai.) Wie brüderlich es bei dem sogenannten Verbrüderungsfeste von czechischer Seite herging, erfahren wir nun nachträglich. Man hörte nichts als Czechisch; dem deutschen Parlamente wurde ein Pereat gebracht und Spottlieder auf die Deutschen gesungen. Das war die Verbrüderung! Während des Festes kam der vor den Magyaren geflüchtete Hurban aus Agram; unendlicher Jubelruf „Slava!" empfing ihn; die Nationalgarde, welche den Namen Swornost (Eintracht) angenommen, umringte ihn. Er sprach nun begeistert von den Slaven und ihrer Unterdrückung, zum ersten Male aber umschlinge alle Stämme die Swornost, es sei die Zeit der Waffen, des Kampfes gegen die Unterdrücker gekommen. Die Deutschen hörten das alles ruhig mit an und wußten nicht, was sie zu der neuen Eintracht und der Versöhnung sagen sollten. (Köln. Z.)

(Pesth, den 29. Mai.) Eben eingelaufene Kuriernachrichten aus Slawonien melden von einer dort ausgebrochenen Contrerevolution gegen den Ban Jellachich von Kroatien und seine panslawistischen oder absolutistischen Tendenzen. Die Banalbriefe wurden überall öffentlich verbrannt und Jellachich selbst als Verräther erklärt. Dagegen wurde der ausgesendete kgl. ungarische Regierungscommissär Feldmarschallieutenant Baron J. Hrabowsky, namentlich in Essek und Wukowar, mit Jubel und Fackelzügen empfangen. Die Slawonier erklären, mit Ungarn in freundschaftlichem und gesetzmäßigem Verbande verbleiben zu wollen. (D. A. Z.)

Preußen. (Aus der Prov. Sachsen, 21. Mai.) In Folge mehrfacher officieller Aufforderungen von kgl. Landräthen rc. sind aus einigen Städten und aus mehreren Landkreisen Adressen an das Ministerium gegangen und durch verschiedene Local- und Provinzialblätter zur Publicität gelangt, des Inhalts: daß man mit den Berliner Volksdemonstrationen keineswegs einverstanden sei, es vielmehr der constituirenden Versammlung überlassen müsse, die Minister wegen des unzeitigen Antrags in Betreff des Prinzen von Preußen zur Verantwortung zu ziehen. Je nachdem die Verfertiger dieser Adressen mehr oder weniger der Reaction zugethan, sind denn auch diese Schriftstücke mit Versicherungen der Ergebenheit und des Dankes gegen das Ministerium, sowie mit Aufforderungen an dasselbe: sich durchaus durch die Berliner nicht irre machen zu lassen, ausgestattet. Ja, Mehrere sagen, daß sie „mit Gut und Blut bereit sind" die Verlegung der Centralbehörden von Berlin in eine (sächsische) Provinzialstadt zu unterstützen, sobald die Partei fortfahre, ihren Einfluß geltend zu machen. An vielen Orten haben die Gemeinden dergleichen Ansinnen zurückgewiesen, namentlich auch die Frage abgelehnt, ob sie den Prinzen von Preußen wieder ins Land rufen wollten (z. B im Kreise Weißenfels). — Eine ungemeine Aufregung in Stadt und Land hat die Veröffentlichung des preußischen Verfassungsentwurfs hervorgerufen, da man die von dem Könige wiederholt versprochenen „breitesten Grundlagen" durch-

aus vermißt. In Magdeburg und an einigen anderen Orten hat man bereits einen Protest dagegen aufgesetzt und die Volksvertreter aufgefordert: „solches vor jeder speciellen Berathung zu verwerfen und eine Verfassung nach dem Principe des Einkammersystems aufzubauen, welches Freiheit und Gesetz, Recht und Ordnung neu und sicher begründet und nicht, wie der Entwurf — Kampf und Wühlerei verewigt."
(Frkft. O.-P.-Z.)

(Mohrungen in Preussen.) In Folge dessen, daß Verbrecher aus dem hiesigen Gefängniß zum nunmehr sechsten Male entsprungen, rotteten sich die Bauern der Umgegend an 500 zusammen, um diese Bande, welche die ganze Gegend mit Schrecken erfüllt hatte und von der sie meinten, daß sie das Gericht doch nicht mehr bestrafen würde, gänzlich auszurotten. Sie veranstalteten ein wahres Treibjagen, schlugen dabei 4 von den Verbrechern todt und verwundeten 3 lebensgefährlich. Es wird nun eine große Untersuchung eingeleitet, nicht nur gegen die Bauern, welche nach Uebereinkunft Alle für Einen handeln wollen, sondern auch gegen das hiesige Stadtgericht. Möchte doch endlich mit dem alten Regime das heimliche saumselige Gerichtsverfahren verschwinden; dann werden wir bald weniger Verbrecher und gewiß nicht mehr solche Akte der Volksjustiz zu beklagen haben.
(Frkf. O.-P.-Z.)

(Von der preussischen Saale.) Daß die Volksschule der Haupthebel der Volksbildung ist, wird wohl Niemand leugnen. Zum großen Nachtheile des Volkes ist, dieselbe leider in ihrer Entwickelung vielfach gehemmt worden, besonders durch die Hierarchie und die Büreaukratie. Alle unterm Ministerium Bodelschwingh-Eichhorn (unseligen Andenkens) von den Lehrern im Einverständniß mit den Gemeinden versuchten Regungen wurden die geistlichen Zwingherren »zur Ehre Gottes" unterdrückt und die Regierung zu Merseburg hat durch Verordnungen der letztverflossenen Jahre den Lehrerstand nicht nur nicht gehoben, sondern immer mehr erniedrigt. So ist z. B. dem Lehrer das Recht genommen, seine Schüler für einen Tag vom Schulbesuche zu dispensiren und dies dem Pfarrer überwiesen, der in der Regel die Verhältnisse der Schule nur oberflächlich kennt. Leider ist auch unter dem neuen Ministerium noch nichts zur Beseitigung dieser Hemnisse geschehen! Der Polizeistaat ist gestürzt, aber seine Träger leben noch. Die Kaste, welche bisher das Maß geistiger Freiheit für die Staatsbürger bestimmte, ist im Prinzip untergraben und in ihren Häuptern verdrängt, aber die Mitglieder dieser Kaste existiren noch, sie, die eigentlichen Feinde des Königsthums, die von jeher die Verständigung zwischen Fürst und Volk gehindert haben. Ehe diese Träger des Polizeistaates nicht aus ihren Aemtern entfernt werden, kann man auf keinen bessern Zustand rechnen. Zu dem Kollegium der merseburger Regierung wird von den Lehrern der Schulrath Trinkler (der Schwiegersohn des ehemaligen Ministers Flottwell) als die Persönlichkeit bezeichnet, welche das wenigste Vertrauen besitzt und deshalb jetzt »unmöglich« geworden ist.
(Frkfr. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Aus dem Weimarischen, 29. Mai.) Die mancherlei in der neueren Zeit von den Regierungen gemachten Versuche, wo möglich die früheren Zustände wieder zurück zu führen, haben auch im Großherzogthume das im hohen Grade vorherrschende Mißtrauen wieder rege gemacht und das Volk zu einer Adresse an die National-Versammlung zu Frankfurt veranlaßt, über welche es sein tiefes Bedauern über dergleichen fruchtlose, die Spaltung nur noch mehrende Versuche zu erkennen gibt, die hohe Versammlung zur Standhaftigkeit und zum Festhalten ihrer Grundsätze mahnt und ihr den Standpunkt andeutet, von welchem aus es seine Vertreter gewählt habe. „Wir haben nicht gewählt," heißt es darin, „daß unsere Abgeordneten mit den Regierungen um die Rechte des Volkes markten, daß sie mit ihnen ein Abkommen treffen und durch Mitwirkung derselben am Verfassungswerke in ihrer Thätigkeit von vornherein beschränkt sein sollen. Wir haben gewählt in der festen Ueberzeugung, daß die Frankfurter Versammlung eine rein konstituirende, nur sich und dem Volke verantwortliche sey, in dem schönen Glauben, daß die einheitliche Verfassung Deutschlands ihrem Schooße als eine freie Schöpfung entsteigen werde, und in dem unerschütterlichen Willen, uns den Beschlüssen derselben, als dem Grundgesetz des deutschen Volkes, unbedingt zu unterwerfen. . . . Indem wir sonach nochmals versichern, daß der reine Wille der konstituirenden Versammlung uns Gesetz sein wird, vertrauen wir Euch, deutsche Männer, die das Volk erwählte, daß Ihr unbeirrt und furchtlos Euren Weg gehen und frei und selbstständig Eure erhabene Aufgabe erfüllen werdet. Hinter Euch steht das Volk, bereit, die Würde, die es Euch geliehen, zu schützen. Es wird Euch nicht verlassen, wenn Ihr Euch selbst nicht verlaßt."
(Köln. Z.)

Schleswig-Holstein. Die unerwartete, unerklärliche Wendung der Dinge auf dem Kriegsschauplatze bestätigt sich nur zu sehr, und wenn nicht die nächsten Tage die Auflösung des Räthsels bringen, mag diese nun in strategischen Rücksichten zu suchen seyn oder aus dem Verlauf der Friedens-Unterhandlungen sich ergeben, so ist die laute Klage und die tiefe Erbitterung über die dem deutschen Namen nach so viel versprechenden Anfängen widerfahrene Schmach gerecht und durch Nichts abzuweisen. Es bestätigt sich, daß Hadersleben von deutschen Truppen geräumt, und von einer großen Zahl seiner Bewohner verlassen ist. Hadersleben war, wie das Rendsburger Tagebl. schreibt, am 31. Mai schon von dänischen Husaren besetzt. In Christiansfeld sollen 180 Mann zum Militärdienst ausgehoben seyn. In Hadersleben weht schon die dänische Fahne — wird dem Hamburger Correspondent aus Flensburg 30. Mai Abends geschrieben. Die Haderslebener sind wahrlich zu bedauern; denn ohne Zweifel werden diese, worunter eifrige Patrioten, jetzt als „forräderiske Tydskere" angesehen. Es bestätigt sich ferner, daß die Dänen auch in Apenrade eingerückt sind, nachdem sie vorher einige Kugeln hineingeworfen hatten. Auch aus Apenrade sind viele Flüchtlinge in Rendsburg eingetroffen. Ein Reisender brachte am 31. Mai nach Rendsburg die Nachricht, daß die Dänen Abends zuvor um 6 Uhr Apenrade besetzt hatten. Die nach Hadersleben bestimmte Post hat nur bis Seegaard kommen können.
(Wes. Z.)

(Altona.) Der Rückzug der Preußen aus Jütland und die Preisgebung Nordschleswigs in dem Augenblicke der Einleitung von Friedensunterhandlungen müssen einem Jedem in das Getriebe der Diplomatie nicht Eingeweiheten um so mehr ein Räthsel bleiben, je einleuchtender es dem einfachen Menschenverstande ist, daß die vortheilhafteste Stellung am Sichersten den vortheilhaftesten Frieden dictirt und je gewisser die Erfahrung gelehrt hat, daß man es mit einem Feinde zu thun habe, den jede, auch die geringste Schwäche des Gegners augenblicklich zum Uebermuthe hinreißt. Löst die befehlshaberische russische Note das Räthsel, wie die Kopenhagener Blätter meinen, oder vielleicht die Besorgniß, Rußland werde von seiner Freundschaftspolitik in der Türkei eine zweite Auflage im Norden herausgeben und sich aus lauter Freundschaft zu dem kleinen Dänemark in den Besitz des Sundes und somit der Herrschaft über die Ostsee setzen? Wer kann's wissen. Nicht räthselhaft, vielmehr sehr leicht erklärlich ist jedenfalls die Erbitterung und der Unwille, welche unter den Nächstbetheiligten, unter den Bewohnern der Herzogthümer, die von der Diplomatie eröffneten Aussichten auf einen unehrenhaften Frieden hervorgerufen haben.
(Wes. Z.)

Frankreich.

(Paris, den 2. Juni.) [Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 31. Mai. Nachtrag.] Um 5 Uhr 15 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Die meisten Deputirten sind noch in dem Bureaux. Wir tragen noch nach, daß das Requisitorium anführt, vier Volksrepräsentanten hätten als Zeugen ausgesagt, daß Louis Blanc eine aufrührerische Rede gehalten habe. Diese Denunciation von Kollegen gegen Kollegen erregte den lebhaftesten Unwillen der Linken, und Louis Blanc erklärte noch, ehe die Versammlung sich in ihre Bureaux zurückzog, diese Aussagen für falsche Zeugnisse, worauf ein neuer Sturm entstand und die Versammlung sich in der heftigsten Aufregung trennte. In den Bureaux, wohin sich die Kammer um 4 Uhr zurückzog, ward die Stimmung etwas ruhiger; es gelang den Besonneneren und weiter Sehenden, ihre Collegen auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die daraus hervorgehen können, daß die Nationalversammlung so leichthin einwillige, sich selbst zu decimiren. In den meisten Bureaux sprach sich die Majorität gegen die Bewilligung der Verfolgung aus, in andern machte man diese Bewilligung von der gründlichsten Untersuchung der Sachlage abhängig. Die Mehrzahl der erwählten Kommissäre ist gegen die Bewilligung. — Schon gestern Abends waren alle Straßen und Boulevards voll von dichten Gruppen, die das Tagesereigniß diskutirten: die Zeitungsträger schrieen mit ihren gellenden Stimmen: »Voilà la mise en accusation du citoyen Louis Blanc et son innocence!« Die Stimmung war eine sehr aufgeregte. Die Maßregeln gegen die Nationalwerkstätten, die die meisten Arbeiter nicht begreifen und falsch auslegen, kommen dazu, um die Stimmung der Massen immer gereizter zu machen. Am Sonntage, den 4. Juni, findet im Walde von Vincennes das große Arbeiter-Bankett, per Kopf 5 Sous, statt. 2000,000 Arbeiter werden sich bei Brod, Wein und Käse zu ein communion fraternelle, wie die Proclamation sagt versammln. — Der Prinz Louis Napoleon war gleichzeitig mit seinem (bekanntlich beseitigten) Schreiben an die Nationalversammlung in Paris angekommen. Die Polizei hat ihn freundschaftlich ersucht, Frankreich augenblicklich wieder zu verlassen, widrigenfalls man für sein Fortkommen Sorge tragen würde.

Italien.

Zwei eben angekommene Mailänder Bulletins (31. Mai, 11½ Uhr Vormittags. 31. Mai 6 Uhr Abends) berichten, daß die Toscaner am 28. am Curtatone von den Oesterreichern geschlagen wurden, daß an selben Tag die Oesterreicher einen erfolglosen Angriff auf die Piemontesen bei Rivoli gemacht, daß am 30. die 20,000 Mann starken Piemontesen die 30,000 Mann starken Oesterreicher bei Goito geschlagen, und daß Peschiera capitulirt habe.
(A. A. Z.)

(Verona, den 31. Mai.) Das Glück erscheint den Waffen Oesterreichs hold. Die Erfolge der großen vereinten Armee sind bedeutend, die feindlichen Verschanzungen am Curtatone erstürmt, über zweitausend Gefangene gemacht, 11 Kanonen genommen, Piemonteien und Crociati von der Seite und im Rücken bedroht. Verona blieb völlig unangefochten. Die Veroneser stecken die Köpfe zusammen und zischeln sich in die Ohren. Das zweite Bataillon der Wiener Freiwilligen, 1300 Mann, ist zur obigen Expedition gestoßen, das erste steht bei Treviso.
(A. A. Z.)

Rußland.

(Von der russischen Gränze den 26. Mai.) Es ist ausser Zweifel, daß sich in dem ganzen russischen Heer, namentlich bei den Offizieren jeden Ranges, den jüngeren besonders, eine ausserordentliche Kriegslust kund giebt, und daß es sie nach einem Feldzuge nach Westen, wie nach einer Lust- und Erholungsreise gelüstet. Diese Sehnsucht steigert sich mit jedem Tag, und wäre Kaiser Nikolaus nicht unumschränkter Selbstherrscher, so würde er kaum solchen Gesinnungskundgebungen zu widerstehen vermögen. Dazu kommen noch die panslavischen Bestrebungen in den westlichen Ländern, die zwar dem Kaiser selbst fremd sind, denen aber seine nächsten Umgebungen nachhängen. Zu dem kommt ferner noch das religiöse oder kirchliche Element, das, wie ältere Leute behaupten, zu keiner Zeit in Rußland, selbst nicht im Jahre 1812, die untern Volksschichten so innig in allen ihren Kreisen durchdrang, als gegenwärtig. Ein holländischer Kaufmann, welcher nach mehrjähriger Abwesenheit die Hauptstädte Petersburg und Moskau kürzlich wieder besucht hatte, jetzt aber auf dem Heimwege begriffen ist, versicherte, daß sich in beiden Hauptstädten die äußerliche religiöse Haltung bei der ganzen Bevölkerung so sehr verändert habe, daß er sich um ein Jahrhundert in der Zeit zurückversetzt glaubte. Unstreitig ist es die Geistlichkeit, welche diese an Fanatismus streifende Haltung heraufbeschworen hat. Der Kaiser aber ist das Haupt der russisch-griechischen Kirche, das hinter derlei Kundgebungen des religiösen Sinnes um so weniger zurückbleibt, da sich ihm die Nation vielmehr noch in dieser Eigenschaft, denn als unumschränkter Selbstherrscher, zu unbedingtem Gehorsam und unverbrüchlicher Treue verpflichtet glaubt.
(Schw. M.)

Schweiz.

(Zürich, den 30. Mai.) Die Bewegung im Kanton Luzern wegen der Klosteraufhebung nimmt einen sehr ernsten Charakter an. Ueberall werden kleinere und größere Versammlungen offen und geheim abgehalten. Die Regierung schreitet nun ein, und zwar mit Verhaftungen. In Willisau, Sursee und Hochdorf wurden bei zwanzig Personen festgenommen. Die Verdachtsgründe sind bis jetzt unbekannt. An Verwerfung des Klosterdekrets ist nicht zu denken, sie wäre jedenfalls das größte Beispiel der Aufopferungs-Fähigkeit eines Volkes zu Gunsten religiöser Institute.
(Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Heute früh 5 Uhr entschlief sanft in den Herrn unser innigst geliebter Vater, Bruder, Schwager und Onkel,

Herr Andreas Ammon,

Guts- und Steinbruchbesitzer zu Wendelstein,

im 62. Lebensjahre an den Folgen einer Magenerweichung; er folgte schnell seiner vor kaum 8 Monaten verstorbenen Gattin in ein besseres Leben nach

Jeder, der den Redlichen kannte, wird gewiß unsern Schmerz zu ehren wissen und dem Verschiedenen eine stille Thräne weihen.

Wendelstein und Nürnberg, den 3 Juni 1848.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Samstag den 3. Juni früh 10 Uhr starb unser vielgeliebter Gatte, Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Nagelschmidtmeister

Herr Georg Friedrich Müller.

Am Donnerstag den 1. Juni stürzte er in Steinach von einem Felsen herunter, und eine dadurch erlittene innere Verletzung machte seinem theuern Leben ein Ende. Gott schenke der trauernden Gattin nebst ihren 3 unmündigen Kindern Trost in dieser schweren Prüfung.

Indem wir dies theilnehmenden Verwandten und Freunden zur Kenntniß bringen, bitten um stilles Beileid.

Nürnberg und Wendelstein, den 4. Juni 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Nachruf

an die zu früh vollendete theure Freundin

Fräulein

Katharina Mark.

Du bist, ach nur zu bald bist Du von uns geschieden,
O! Theure Du, die wir so inniglich geliebt
Ruh' sanft, schlaf' wohl! Du hast vollendet nun hienieden,
In höh'ren Räumen findest Du den Himmelsfrieden,
Sind auch die Trauernden bis in den Tod betrübt

Goldberger's galvano-electrische Rheumatismus-Ketten

können ihrer ganz besondern Kraft und Wirksamkeit wegen, gegen Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden und Zahnschmerzen gewissenhaft empfohlen werden. Die wohlthätige Wirkung der Elektrizität auf den thierischen Organismus ist durch vieljährige Erfahrung hinreichend bekannt und sind die obenbenannten Goldberg'schen Rheumatismus-Ketten dergestalt konstruirt, daß durch sie eine fortwährende elektrische Strömung hervorgerufen wird. Viele und berühmte Aerzte haben sich bereits für deren Vorzüglichkeit ausgesprochen, und Hunderte von Genesenen haben dies in Danksagungsschreiben ꝛc. beurkundet, die in dem unterzeichneten Depot zur geneigten Durchsicht aufliegen und von denen nachstehend eines folgt.

In Nürnberg sind obige Rheumatismus-Ketten nur bei Herrn Sal. Ludwig Krauß S. Nr. 551 in der Theresienstrasse vorräthig und kostet das Stück mit Kästchen und Anleitung 1 Thlr. Pr.-Ct. u. stärkere 1½ Thlr. Pr.-Ct. oder 1 fl. 45 und 2 fl. 38 im 24 fl.-Fuß.

J. T. Goldberger,
in der freien Stadt Tarnowitz

Zeugniß:

Die schon von verschiedenen meiner Herren Kollegen empfohlenen Goldberger'schen galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten, welche ich einer sorgfältigen Prüfung unterworfen habe, sind ihrer äußeren Gestaltung nach gefällig und zweckmäßig konstruirt, enthalten eine ziemliche Kraft galvanischer Electrizität und sind wegen dieser letzteren Eigenschaft im Allgemeinen als Heilmittel in allen denjenigen Fällen, in welchen die Krankheitserscheinungen mit rheumatischen Ursachen zusammenhängen, insbesondere aber da zu empfehlen, wo der Rheumatismus und zwar den chronischen Charakter angenommen, aber noch keine organischen Verbildungen erwirkt hat, weshalb sie bei rheumatischen Schmerzen muskulöser Theile ohne Verkrüppelung ihre vorzüglichste Wirkung äußern.

Nach meiner Erfahrung ist in den oben angegebenen Krankheitsverhältnissen das Mittel gut und nur den Patienten während der Anwendung der sicheren Wirksamkeit halber ein angemessenes Verhalten anzurathen

Vorstehendes ist durchgängig der strengsten Wahrheit gemäß, was ich auf den Wunsch des Herrn J. T. Goldberger in Tarnowitz hierdurch gern bezeuge.

Schleusingen, den 15. Februar 1848

(L. S) Dr. Ley, prakt. Arzt.

Gasthaus-Verpachtung.

Das vormals Metzler'sche Gasthaus II. Klasse in der Grasersgasse ist täglich unter vortheilhaften Bedingungen zu verpachten. Auskunft gibt Ruckert in der Schmausengasse S. Nr. 1607.

BELVEDERE.

☞ Montag den 5. Juni

Herrendienst

der vollständigen Musik des Regiments Gumppenberg. Hiezu ladet ergebenst ein

Sturm

Nothgedrungene Erklärung.

Es ist geschehen! Das kaum glaubliche ist erfolgt! Derselbe Herr Bestelmeyer, welcher in der Beilage Nr. 109 zur Mittelfränkischen Zeitung in seiner Notiz für das verehrliche Publikum ausspricht, daß er sein Möbelmagazin freiwillig geschlossen habe, hängt als Bewerber um eine Konzession zur Errichtung eines Möbelmagazins an der schwarzen Tafel am Eingange des Rathhauses. Hat diesen Herrn, jener, wie er sagt, freiwillige Entschluß, schon so bald gereut, oder spürt der reiche, kinderlose Mann den Ausfall in seiner Kassa so empfindlich, daß er nicht umhin kann, seine gierigen Hände aufs Neue nach einem Erwerb auszustrecken, auf den eine zahlreiche Innung einzig und allein hingewiesen ist, während er ohne dies ein Geschäft besitzt, welches seinen Mann reichlich zu nähren im Stande ist? Wenn es auch unglaublich erscheint; daß das Bestelmeyer'sche Gesuch die obrigkeitliche Genehmigung erhalten sollte, da es sonst den Anschein haben würde, als wäre sein, bis zum 16 April dieses Jahres bestandenes Möbelmagazin bloß deßhalb obrigkeitlich geschlossen worden, weil er bei seinem Geschäftsantritt, die Nachsuchung um den Fortbetrieb der Konzession seines Vaters und die damit verbundenen Gebühren umgangen hatte, und es auch gegenwärtig, wo alle Regierungen sich die Köpfe zerbrechen, wie die Noth der arbeitenden Klassen zu heben sei, eine Ironie auf den Zeitgeist sein würde, den ohnehin spärlichen Verdienst dem Handwerker zu entziehen und in wucherische Hände zu legen, damit der Eine vielleicht bald vierspännig fahren konnte, während hundert Andere baarfuß laufen durften, so liegt schon in dem Gesuch selbst der Beweis, ob Patriotismus oder Habsucht die Quelle gewesen sei. Es herrscht bei einem großen Theil des Publikums, die wahrscheinlich von Herrn Bestelmeyer verbreitete Ansicht vor, als ob derselbe durch seine von auswärts kommenden Bestellungen das hiesige Schreinergewerbe unterstütze, was aber durchaus nicht gegründet ist, indem von den vielen hier ansäßigen Schreinermeistern bloß Einige durch denselben beschäftigt worden, und die Art und Weise, wie er diesen Einigen aufgeholfen, und noch mehr, sie behandelt hat, von uns recht genau dem Publikum vor Augen gestellt werden konnte, wenn wir es nicht vorziehen wollten, Familienverhältnisse nicht zu berühren. Es ist aber Thatsache, daß Herr Bestelmeyer dem hiesigen Schreinergewerbe dadurch den bittersten Schaden zufügt, daß er bei vorkommendem Bedarf in hiesigen Häusern, jederzeit vorzugsweise diejenige Möblirung, welche blos zum Stat und nicht für den Gebrauch bestimmt ist, für sich zu erhaschen weiß, und die Anfertigung dieser sowohl, als der oben genannten Bestellungen, seinen vielen auswärtigen, zum Theil Dorfschreinern überträgt, welche bei billigerer Lebensweise, und andern bedeutenden Vortheilen mehr im Stande sind, ihm seine ungeheuern Prozente zu bewilligen. Warum Herr Bestelmeyer aber nicht auch auf diejenigen Möbeln, welche zum tagtäglichen Gebrauch bestimmt sind, spekulirt, findet seinen Grund durchaus nicht in der Absicht, den hiesigen Schreinern nicht alles zu entziehen, sondern er weiß recht wohl, daß diese besser und dauerhafter gearbeitet sein müßten und er daher bei billigeren Preisen mehr Arbeitslohn zu zahlen hätte, wodurch allerdings die Prozente für ihn zu klein ausfallen dürften. Wer aber dennoch glauben sollte, daß auch die von Bestelmeyer bezogenen Arbeiten die obigen Eigenschaften haben werden, der möge sich nur nach den Preisen erkundigen, welche derselbe seinen Arbeitern stellt, und er wird dann bei geringem Nachdenken bald einsehen können, daß sich selbige mit obigen Eigenschaften nicht vereinigen lassen. Daß es aber nicht Verläumdung ist, was wir hier über die Güte der Bestelmeyerschen Möbeln gesagt haben, das können wir durch die vielen an denselben gewöhnlich nach kurzem Gebrauch, uns zukommenden Reparaturen genügend nachweisen. Es ist nicht die Scheu vor Konkurrenz, welche uns antreibt, auf allen gesetzlichen Wegen gegen Herrn Bestelmeyer anzustreben, denn dieselbe ist bei der großen Zahl hiesiger und in der Nähe wohnender Schreiner ohnedieß hergestellt, auch konnten wir Herrn Bestelmeyer unsern Konkurrenten nie nennen, da die jenigen auf dem Trödelmarkte wohnen, die alle das Recht haben, das er Zeit her gehabt hat, sondern es ist der große Nothstand bei unserm Gewerbe, und die Hoffnung, durch Beseitigung solcher überflüssiger Zwischenhändler denselben zu heben Wir hätten freilich geglaubt, die Scham würde Herrn Bestelmeyer zurückhalten, nochmals mit uns in die Schranken zu treten, um uns unsre Nahrung zu entreißen, da er jedoch hieran Mangel zu haben scheint, so möge er den Kampf beginnen, wir nehmen ihn auf, sind aber auch, das möge er versichert seyn, auf alle Fälle gefaßt. Sollte er aber, gleich uns, der Meinung seyn, daß es besser wäre, von seinem Vorhaben abzustehen, und uns sodann unserm selbstgeschaffenen Elende zu überlassen, so werden wir uns ihm auf jeden Fall zu Dank verpflichtet fühlen, da uns das aus seinem Verzicht entsprossene Elend immer noch erträglicher scheint, als das durch seine Vermittlung gebotene Glück. Schläßlich erlauben wir uns noch wiederholt ein verehrliches hiesiges wie auswärtiges Publikum, unter Hinweisung auf unsere jüngste Empfehlung, um ihr werthes Vertrauen zu bitten. und sind fest überzeugt, daß im Gewährungsfalle nicht allein wir, die wir nicht das Glück (!) hatten von Herrn Bestelmeyer beschäftigt zu werden, sondern auch diejenigen, deren ganze Existenz bisher bloß von der Gnade dieses Herrn abhängig war, reichlichen Ersatz finden werden, wenn auch letztere gegenwärtig noch nicht sollten begreifen können, daß zwei mal zwei mehr, als zwei mal eins ist.

Nürnberg, den 2. Juni 1848.

Die Mehrzahl der hiesigen Schreiner.

Anzeige und Empfehlung.

Ich erlaube mir meiner werthgeschätzten Kundschaft so wie einem verehrlichen Publikum hiemit wiederholt geziemend anzuzeigen, daß ich mein Geschäft mit einem neuen geschickten Geschäftsführer unverändert fortführe, und empfelle mich daher zu Aufträgen in allen vorkommenden Tüncher- und Maurerarbeiten angelegentlichst, deren pünktliche Besorgung ich mir stets zur Pflicht machen werde.

Nürnberg, den 5. Juni 1848

Hösch, Tüncher- und Maurermeisters-Wittwe.
Metzgergasse S. No 198 b.

Auf vorstehende Anzeige der Tüncher- und Maurermeisters-Wittwe Hösch zeige ich hiemit gehorsamst an, daß ich bei derselben als Geschäftsführer eingetreten bin, ich werde mich bestreben, die mir ertheilten Aufträge durch prompte Ausführung, verbunden mit den möglichst billigsten Preisen, mir das allgemeine Zutrauen zu erwerben, und empfehle mich achtungsvoll und ergebenst.

Leonhard Michel, Tüncher- und Maurer-Geschäftsführer. Früherhin Geschäftsführer der Wittwe Wening in der Breitergasse

---

(Zu verkaufen.) Eine noch ganz gut erhaltene Uniform für einen Offizier der kgl. Landwehr, ein schöner Tschako nebst 2 paar Epaulets sind billig zu verkaufen.

(Verloren) Ein französischer Hausschlüssel wurde verloren und wird um gefällige Zurückgabe an die Exped. d. Bl. gebeten.

Empfehlung.

Die J. A. Endter'sche Buch-, Kunst und Papierhandlung empfiehlt nachstehende neu erhaltene Papiere:

Einfarbig Glace-, fein türkisch- und Agatmarmor-, fein gravirt Cattun-Papier, fein Glanz-Tafent, Schreibheft-Umschläge,

so wie überhaupt alle Sorten gefärbte, marmorirte, geglättete ꝛc. Papiere, Pappendeckeln zur gefälligen Abnahme zu den möglichst billigen Preißen

Außer einer großen Auswahl von Stahlfedern, geschnittenen Kielfedern, Federhaltern ꝛc haben wir nun auch äußerst billige Stahlfedern erhalten, wovon wir das Dutzend zu 2 kr, das Gros zu 16 kr, und blecherne Federhalter das Dutzend zu 14 kr. liefern.

Zur Nachricht.

Wer an meinen Curanten, dem Kupferstecher Karl Merich, eine rechtliche Forderung zu machen hat, wolle dieselbe bis zum 10. d. täglich zwischen 11 und 12 Uhr, bei dem Unterzeichneten geltend machen. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Steinbühl, den 1. Juni 1848.

R. Sihler,
Hs.-Nro 19. daselbst

(Zu verkaufen.) 4 Stück 4eimerige Weinfässer sind billig zu verkaufen.

(Vermiethen.) In S. Nr. 417 ist die erste Etage, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Kammer, Küche, Boden, Waschhaus, Wasser im Haus, Keller, am Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Anzeige.) Zur Uniformirung für einen neuangehenden Bürger wird billige Gelegenheit geboten.

Arena.

Dienstag den 6 Juni 8. Vorstellung im 3 Abonnement: »Steffen Langer aus Glogau oder der holländische Kamin« Original-Lustspiel in 4 Akten und einem Vorspiel von Ch Birch-Pfeiffer »Steffen Langer«: Herr Dreßler als Gast.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. Juni 1848. **№ 159.** **Mittwoch: Lucretia.**

Deutschland.

Bayern. *† (München, 5. Juni.) Diesen Mittag 12 Uhr fand die feierliche Schließung des Landtags durch S. K. H. den Prinzen Luitpold statt. — Nur 23 Reichsräthe und gegen 50 Deputirte waren anwesend; die Gallerien hingegen waren ziemlich besetzt. Nach Verlesung der Vollmacht verkündete ein Ministerialrath den Landtagsabschied und S. K. H. Prinz Luitpold erklärte den Landtag für geschlossen. — Der Abschied lautet: Maximilian II. rc. Unseren Gruß zuvor, Liebe und Getreue, Stände des Reichs! Wir haben Uns bei dem nunmehr eingetretenen Schlusse des Landtages über die Uns übergebenen gemeinschaftlichen Beschlüsse der beiden Kammern der Stände-Versammlung, so wie über die Berathungs-Verhandlungen derselben, ausführlichen Vortrag erstatten lassen und ertheilen hierauf nach Vernehmung Unseres Staatsrathes Unsere Königliche Entschließung, wie folgt: I. Abschnitt. Beschlüsse der Kammern über die Gesetz-Entwürfe. §. 1. Die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volks-Versammlung bei dem deutschen Bunde betreffend. Wir haben das Gesetz über die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde mit Genehmigung der von den Ständen vorgeschlagenen Modifikationen unterm 15. April l. J. sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 17. nämlichen Monats (Stück 1.), bereits bekannt machen lassen. Wir haben auch das nach erklärter Zustimmung der Stände hiemit genehmigte Gesetz Ziffer I. die Kosten auf Beschickung des deutschen Parlaments zu Frankfurt betr., durch das Gesetzblatt verkünden lassen. §. 2. Die Zahl der Abgeordneten zur Stände-Versammlung aus der Pfalz betreffend. Das transitorische Gesetz, die Zahl der Abgeordneten zur Stände-Versammlung aus der Pfalz betr., ist am 15. April d. Js. von Uns sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 17. nämlichen Monats (Stück 2.) verkündet und vollzogen worden. §. 3. Die Amnestirung betreffend. Der Gesetzentwurf, die Amnestirung betreffend, ist in der von den Ständen vorgeschlagenen Fassung am 15. April d. J. von Uns zum Gesetze erhoben und dieses im Gesetzblatte vom 17. nämlichen Monats (Stück 3) bekannt gemacht. Dem Wunsche Unserer Stände, dem Dr. Eisenmann und dem ehemaligen Bürgermeister Behr für ihre materiellen, in Folge der gegen sie eingetretenen strafrechtlichen Verhandlungen erlittenen Verluste eine billige Entschädigung zu gewähren, sind Wir durch eine bereits bewilligte Vergütung entgegengekommen. §. 4. Die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend. Die Bekanntmachung des von Uns mit den Modifikationen der Stände unterm 12. Mai d. J. sanktionirten Gesetzes über die Behandlung neuer Gesetzbücher ist bereits in dem Gesetzblatte vom 14. nämlichen Monats (Stück 4) erfolgt. Den Wünschen, daß 1) während der gegenwärtigen Stände-Versammlung von der Ausführung des Art. II. und XI. Umgang genommen, und 2) die Entwürfe der im Art. I. erwähnten Gesetze möglichst bald durch den Druck veröffentlicht werden möchten, werden Wir entsprechen. §. 5. Die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betreffend. Wir haben dem Gesetze, die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription betr., in der von den Ständen vorgeschlagenen Fassung am 12. Mai d. J. Unsere Sanction ertheilt, und solches durch das Gesetzblatt vom 13. nämlichen Monats (Stück 5) bekannt machen lassen. Den von den Ständen in ihrem Gesammtbeschlusse beigefügten Wünschen: 1) daß auf der Rückseite eines jeden der betreffenden, neu zu creirenden Staatsschuldscheine der Zinsenbetrag bemerkt werde, und 2) daß bei Unterstützung der Industrie allen Kreisen nach deren Bedürfniß und industrieller Betriebsamkeit geeignete Rücksicht zugewendet werde, besonders aber auch auf die kleinen Gewerbtreibenden Bedacht zu nehmen sey, — werden Wir unsere besondere Berücksichtigung zuwenden. — §. 6. Einige Aenderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betrffd. Wir haben dem Gesetze, einige Aenderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betr., mit den von den Ständen beantragten Modifikationen am 12. Mai d. J. Unsere Genehmigung ertheilt und solches am 15. nämlichen Monats durch das Gesetzblatt (Stück 6) verkünden lassen. Bezüglich des beigefügten Wunsches, denjenigen Personen, die nach dem Wilddiebstahlsgesetze vom 9. August 1806 dermalen noch Verbrechens- oder Vergehensstrafen erleiden, einen Akt Allerhöchster Gnade angedeihen zu lassen, wollen Wir nach Revision der Strafbestimmungen über den Wilddiebstahl Unsere allergnädigste Berücksichtigung vorbehalten. §. 7. Die ständische Initiative betr. Dem Gesetz-Entwurfe, die ständische Initiative betr., ertheilen Wir unter den von den Ständen beantragten Abänderungen Unsere Allerhöchste Sanktion, und lassen das darnach ausgefertigte Gesetz durch das Gesetzblatt (Beil. II.) verkünden. §. 8. Die Verantwortlichkeit der Minister betr. Wir ertheilen dem Gesetz-Entwurfe, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, mit den von den Ständen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung und dem hienach angefertigten unter Ziffer III. anliegenden Gesetze Unsere Sanktion. Den dem Gesammtbeschlusse von den Ständen angefügten Wünschen: 1) den Gesetz-Entwurf über den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklage der Minister der nächsten Ständeversammlung unverzüglich wieder vorlegen zu lassen, und 2) die Anordnung zu treffen, daß bei allen Ausschreibungen von Unseren Allerhöchsten Entschließungen, so wie von den Entschließungen Unserer Staats-Ministerien auch die Unterzeichnung und Gegenzeichnung, wie sie in der Urschrift enthalten sind, in den amtlich zu beglaubigenden Abschriften auszudrücken seien, werden Wir entsprechen, und die betreffenden Weisungen an Unser Gesammt-Ministerium erlassen. §. 9. Die Wahl der Landtags-Abgeordneten betr. Den Gesetzes-Entwurf, die Wahl der Landtags-Abg. betr., erheben Wir in der von den Ständen modifizirten Fassung durch Unsere Sanktion zum Gesetze, und lassen solches unter Ziffer IV. hiebei folgen. Auf die von den Ständen dem Gesammtbeschlusse angehängten Vorschläge erklären Wir was folgt: 1) Wir werden den Antrag, daß dem nächsten Landtage ein Gesetz-Entwurf über zeitgemäße Erweiterung der Kammer der Reichsräthe vorgelegt werde, sorgfältiger Würdigung und geeigneter Berücksichtigung unterziehen, und 2) ebenso die Frage einer zeitgemäßen, den Prinzipien des neuen Landtags-Wahl-Gesetzes entsprechenden Revision der Gesetze über die Wahlen zu Kreis-, Bezirks- und Gemeindevertretung in Berathung nehmen lassen, um hienach das Weitere einzuleiten.

3) Dem Antrage, daß jedem gemäß Art. 6. des Landtags-Wahlgesetzes passiv Wahlfähigen, welcher ohne Wahlmann zu sein, sich für eine Abgeordneten-Stelle meldet, frei stehe, unmittelbar vor Beginn des Wahl-Aktes in der Versammlung zu erscheinen, seine politischen Grundsätze darzulegen, und die von Wahlmännern an ihn gerichteten Fragen zu beantworten, vermögen Wir, so wenig Wir der Freiheit der Besprechung zwischen Candidaten und Wahlmännern irgendwie entgegen zu treten beabsichtigen, aus Rücksichten für den geordneten und ungestörten Vollzug der Wahlhandlungen nicht zu entsprechen. 4) Dem Vorschlage, daß den in Tit. IV. §. 3. lit. b. der Verf.-Urkunde aufgeführten Criterien des Staatsbürgerthums auch das besteuerte Einkommen aus intellektueller Thätigkeit beigezählt werde, können Wir um so weniger Unsere Zustimmung ertheilen, als hiedurch eine verfassungsmäßige Bestimmung auf den Grund eines, zur Zeit nur als transitorisch angenommenen Gesetzes über die Einkommensteuer abgeändert werden will. Zudem widerstreitet dieser Vorschlag dem von beiden Kammern unverändert angenommenen Art. 6. des Gesetz-Entwurfes, die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr., und erscheint, als dort im Modifikationswege nicht angeregt, verspätet. §. 10. Die Freiheit der Presse und des Buchhandels betreffend. Wir ertheilen dem Edikte über die Freiheit der Presse und des Buchhandels mit Genehmigung der von den Ständen vorgeschlagenen Modifikationen Unsere Sanktion und verordnen dessen Verkündung Ziffer V. durch das Gesetzblatt. Auf die dem Gesammtbeschlusse der Stände beigefügten Wünsche erklären Wir: 1) daß der Antrag, die Revision der Strafgesetze über die Verletzung der Amts-Verschwiegenheit betr., bei der neuen Strafgesetzgebung in geeigneter Art Berücksichtigung finden werde, und daß der Antrag auf Umgestaltung der dießfälligen Dienstesvorschriften, insbesondere mit Rücksichtnahme auf die Vertheidigung der Staatsdiener gegen öffentliche Angriffe ihrer Amts-Ehre, sowie mit Rücksichtnahme auf das Interesse der Statistik einer nähern sorgfältigen Würdigung werde unterstellt werden. 2) Wir finden Uns auch unter Bezugnahme auf den §. 5 des Ediktes bewogen, mit Gesetzkraft auszusprechen: „Der Herausgeber einer Zeitung oder periodischen Schrift ist schuldig, in Beziehung auf die in derselben vorgetragenen Thatsachen jede amtliche oder amtlich beglaubigte Berichtigung unentgeltlich, sowie jede andere Berichtigung des Angegriffenen gegen die gewöhnlichen Insertionsgebühren sogleich nach deren Mittheilung in das nächstfolgende Blatt, Stück oder Heft aufzunehmen. Bis zum Erscheinen eines Preß-Polizeigesetzes soll der Zuwiderhandelnde auf Anrufen des Betheiligten vom Richter zu einer Strafe von 5 bis zu 25 fl. verurtheilt werden.“ 3) Bezüglich des weitern Antrags im Betreff der Napoleonischen Dekrete von 1810 über die Buchdruckereien und den Buchhandel behalten Wir Uns die nähere Erwägung mit Rücksicht auf den Umstand, daß Privatrechte und Interessen dabei betheiligt sind, bevor. §. 11. Die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreffend. Wir begleiten den Gesetzentwurf, die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixirung, und Ablösung von Grundlasten betr., unter Genehmigung der von den Ständen hiezu beantragten Modifikationen mit Gesetzkraft, und lassen hienach das unter Ziffer VI. anliegende Gesetz ausfertigen. Den dem Gesammtbeschlusse von den Ständen beigefügten Wünschen: 1) jenen Staats-Grundholden, welche mit Grundlasten offenbar überbürdet sind und deshalb früher bedeutende Nachläße erhalten haben, entsprechende Ermäßigung zu gewähren, und nur die ermäßigten Beträge bei der Fixation und Ablösung in Anschlag zu bringen; 2) daß die vom Staate in Folge dieses Gesetzes übernommenen standes- und gutsherrlichen Gerichts- und Polizeibeamten und Diener wo möglich unter Belassung ihres ganzen Gehaltes baldigst verwendet werden sollen, endlich 3) auf diejenigen Gemeinde- und Stiftungsbeamten, welche bei den Stiftungsverwaltungen durch das gegenwärtige Gesetz entbehrlich werden, im Staatsdienste Rücksicht zu nehmen, — werden Wir nach Thunlichkeit entsprechen. §. 12. Die Ablösung des Lehen-Verbandes betreffend. Wir ertheilen dem Gesetz-Entwurfe über Ablösung des Lehenverbandes mit den von den Ständen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung, und haben hierüber das angebogene Gesetz unter Ziff. VII. ausfertigen lassen. Zugleich versichern Wir dem Wunsche, die k. Archive zu ermächtigen, auf Ansuchen der Vasallen, die zum Nachweise des Lehenauftrages nöthigen Urkunden ohne weitere Berichterstattung und Anfrage schriftlich mittheilen zu dürfen, Unsere Allerhöchste Gewährung. §. 13. Die Aufhebung des Jagd-Rechts auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betreffend. Den Gesetzentwurf, die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betreffend, sanktioniren Wir mit den von

den Ständen vorgeschlagenen Modifikationen, und lassen hierüber das unter Ziff. VIII. anliegende Gesetz ausfertigen. Den von den Ständen beigefügten Wunsch wegen Bedachtnahme auf das Brodloswerden des Jagdpersonales werden Wir geeignet berücksichtigen. §. 14. Die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreff. Den Entwurf des Gesetzes, die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreff., haben Wir mit Genehmigung der von den Ständen vorgeschlagenen Mod. sanctionirt, und verordnen, daß bei Bearbeitung der neuen Gesetze von den darin enthaltenen Bestimmungen ausgegangen werde. Wir erlassen demnach das unter Ziff. IX anliegende Gesetz. §. 15. Die protestantischen General-Synoden und den Consistorialbezirk Speyer betr. Dem Gesetz-Entwurfe über die protest. General-Synoden und den Consistorialbezirk Speyer ertheilen Wir mit den von den Ständen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung, und lassen hienach das anruhende Gesetz Ziff. X. durch das Gesetzblatt bekannt machen. §. 16. Die Einkommen-Steuer betr. Das Gesetz, die Einkommen-Steuer betr., wird nach dem von den Ständen darüber gefaßten Gesammtbeschlusse Ziff. XI. von Uns sanctionirt, und durch das Gesetzblatt verkündet. §. 17. Die Kapital-Steuer betreff. Wir genehmigen die von den Landständen beantragten Modifikationen zu dem Gesetz-Entwurfe über die Kapitalsteuer, und lassen hienach das betreffende Gesetz Ziff. XII. im verfassungsmäßigen Wege verkünden. §. 18. Die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparkasse-Kapitalien betr. Wir sanctioniren das Gesetz über die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise über die bei der Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Sparkasse-Kapitalien mit den von den Ständen vorgeschlagenen Abänderungen, und lassen solches unter Ziff. XIII. hiebei folgen. §. 19. Die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen betr. Dem Gesetz-Entwurfe über die Einführung der bayerischen Gesetze in den 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheilen ertheilen Wir nach erfolgter Zustimmung der Stände Unsere Genehmigung und haben hienach das betreffende Gesetz Ziff. XIV. in verfassungsmäßiger Form erlassen. II. Abschnitt. Nachweisungen. Die Verwendung der Staats-Einnahmen für das dritte Jhr der VI. Finanz-Periode und die Verwaltung der Fonds der Staatschuldentilgungs-Anstalt für 1845/46 betreffend. Durch die Vorlage der Nachweisungen über die Verwendung der Staats-Einnahmen und über die Verwaltung der Fonds der Staatsschuldentilgungs-Anstalt für das Jahr 1845/46 sind die Bestimmungen Tit. VII. §. 10, 11 und 16 der Verfassungs-Urkunde erfüllt worden, da jedoch deren Würdigung den Ständen im Laufe der gegenwärtigen Versammlung nicht mehr möglich war, so werden Wir solche dem nächsten Landtage vorlegen.

III. Abschnitt. Besonderer Wunsch und Antrag. Das Alluvionsrecht des Staats im Herzogthume Neuburg betreffend. Auf den Uns von den Ständen vorgelegten Antrag hinsichtlich des im Herzogthum Neuburg herkömmlichen Alluvionsrechtes des Staates erwiedern Wir, daß es 1) in unserer Absicht liegt, demnächst durch gesetzliche Vorlagen über den Uferschutz und Flußbau im Allgemeinen, so wie die Concurrenzpflicht hiezu den dießfalls mehrfach erhobenen Beschwerden zu begnen, und die hiemit verbundene Frage über das Alluvionsrecht ebenfalls gesetzlich zu regeln. Inzwischen aber wollen Wir 2) Unsere betreffenden Behörden wiederholt angewiesen haben, bei Behandlung vorkommender Alluvionsfälle, im Hinblicke auf die dießfallsigen in den Landtagsabschieden vom 28. Dezember 1831 Abtheil. III. No. 73., vom 17. November 1837 Abth. III. lit. J. Zif. V und vom 23. Mai. 1846 Abschnitt III. lit. B. §. 26. gegebenen Entschließungen, den beschädigten Grundbesitzern auch fernerhin billige Berücksichtigung angedeihen zu lassen. Indem Wir Unsern Lieben und Getreuen den Ständen des Reiches, diesen Abschied ertheilen, blicken Wir mit Befriedigung zurück auf die Ergebnisse dieses hochwichtigen nunmehr geendigten Landtages. Ernst und stürmisch bewegt war die Zeit seines Beginnens, aber in Mitte dieser Bewegungen und drohenden Vorzeichen stand fest und unerschüttert die Treue Unseres geliebten Volkes und seiner Vertreter. Von seltenem Umfange und großer Bedeutsamkeit waren die Gesetzes-Vorlagen, die Wir als kräftige Gewährschaften freier Entwicklung und als dauernde Grundlagen gesetzlicher Ordnung an Unsere Stände gebracht haben; aber durch eben so hingebende Thätigkeit als besonnene Berathung wurden sie alle zum erwünschten Ziele geführt, und zu gemeinsamen Beschlüssen erhoben. Groß sind die Anforderungen der Zeit, groß die Opfer, welche von der Krone, welche von einzelnen Ständen und Körperschaften von der ganzen Nation gebracht werden mußten. Aber es galt der zeitgemäßen Fortbildung des Verfassungslebens, der Anbahnung einer volksthümlichen Rechtspflege, der Entfesselung des Grund und Bodens und der Fürsorge für jeglichen Nothstand; es galt dem Schutze des Vaterlandes nach Innen und nach Außen, dem wirksamsten Mittel zur Gründung eines einigen und wahrhaft freien Gesammt-Vaterlandes. Deshalb haben Wir diese Opfer mit Bereitwilligkeit gebracht, und freuen Uns, bei Unseren Lieben und Getreuen und allenthalben in den Gauen des Vaterlandes dieselbe Gesinnung, dieselbe Bereitwilligkeit wieder gefunden zu haben. Nur von solchem Geiste geleitet und durch gegenseitiges Vertrauen gehoben, konnte das so mühevolle Werk in so kurzer Zeit zum Ziele geführt werden. Mit demselben beginnt ein neuer bedeutsamer Abschnitt in der Geschichte Bayerns; möge er in seinem Erfolge dem Vaterlande zum Heil und Frommen gereichen! Mit dem gleichen innigen Wunsche blicken Wir auch auf diejenige Versammlung hin, die, berufen das große Verfassungswerk Unseres deutschen Gesammt-Vaterlandes zu berathen, an den Ufern des Maines tagt. Dort wie hier werden wahre Vaterlandsliebe und offenes Vertrauen stete Geltung behaupten und so Thron und Volk, Regierungen und Stände überall vereint voranschreiten auf der allein richtigen Bahn des Gesetzes und des Rechts, der Wahrheit und des Lichts, welche Wir Uns zur Richtschnur genommen und hiefür in den heute erlassenen Gesetzen neue feste Bürgschaften gegeben haben. Zum Schlusse ist es Unserem Herzen Bedürfniß, Unseren Lieben und Getreuen, den Ständen des Reichs, für die Uns in dieser schweren Zeit vielfach bethätigten Gesinnungen treuer Anhänglichkeit und warmer Vaterlandsliebe und für den rastlosen Eifer, mit welchem Sie der Erfüllung Ihres ebenso wichtigen, als schwierigen Berufes oblagen, Unsere wohlgefällige Anerkennung auszudrücken, und die Versicherung Unserer besonderen landesväterlichen Huld und Gnade zu ertheilen. Gegeben München, den 4. Juni 1848. Maximilian. v. Thon-Dittmer, Heintz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathes, Rath Sebastian v. Kobell.

Hessen. Darmstadt, den 3. Juni.) Eine Art Sensation erregte in der gestrigen Sitzung unserer zweiten Ständekammer die Interpellation des Abgeordneten Goerz von Mainz, hinsichtlich der letzten Mainzer Ereignisse, namentlich der strengen Maßregeln Seitens des Gouverneurs. Abgesehen von dem, was bei dieser traurigen Sache die Frage der größeren oder geringeren Schuld beider Parteien angeht, ebenso abgesehen von dem, wozu nach den uter dem früheren Systeme erlassenen Bestimmungen der Gouverneur im äußersten Falle sich etwa befugt halten mochte, kann der ganz abnorme Zustand, in welchem sich die Stadt Mainz bei der gegenwärtig noch in Geltung stehenden Bundesfestungsordnung befindet, weder aus dem Gesichtspunkte des staatsbürgerlichen Rechts, noch aus dem der Humanität und wahren Volksfreiheit irgendwie gerechtfertigt werden. Es hat sich auch hier wieder bestätigt, daß diese Rechte und diese Freiheit nicht eher vollkommen gesichert seyn werden, bis das stehende Militär sich mehr mit dem Bürgerthume verbunden hat, und in seinem Corporationsgeiste gebrochen ist. Man konnte übrigens bei der Verhandlung bemerken, daß auf Seiten der Regierung die diplomatische Vorsicht wiederum die Stelle des entschiedenen offenen Auftretens einnehmen will — also in Darmstadt dasselbe Princip waltet wie in Berlin! — Möge nur dieser Weg, der unter anderen Umständen zum Ziele leiten mag, nicht zu gewaltsamer Lösung der gegenwärtigen polititischen Fragepunkte führen! Die Tagesereignisse sollten doch zur Belehrung und Warnung dienen. Leider will ja auch in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Diplomatie ihre alte Gewohnheit wieder geltend machen. Der Deutsche scheint nun einmal von seiner ängstlichen Spießbürgerei nicht lassen zu können und meint, wenn England oder Rußland ihm eine Note insinuirt, müsse er alsbald seinen kaum erwachten Muth wiederum beschwichtigen, während er bedenken sollte, daß man sich nicht so leicht an einer Macht von 45 Milionen vergreifen wird, und wenn man's wollte, mit Nachdruck zurückgewiesen werden kann. Ihr Correspondent möchte dem ganzen deutschen Volke zurufen: Stehe auf der Wacht gegen die Guten (d. h. Mittelmäßigen) wie gegen die Bösen. Jene verrathen Dich aus Irrthum, diese aus Selbstsucht. Der gesunde Sinn der Wiener hat die Wahrheit hiervon verstanden und die braven Vertheidiger der Freiheit rechtzeitig auf ihren Posten gerufen. (Frkft. J.)

(Darmstadt, den 3 Juni.) Es ist auffallend, wie sehr sich die Stimmung im Odenwalde gegen die allgemeine Volksbewaffnung wendet, wie die schon gebildeten Schützenrotten an manchen Orten fast zusehends abnehmen. Wir würden sagen, es ist unerklärlich, wenn wir nicht zu gut wüßten und von neuem belehrt würden, daß es die Pfarrer oder Schulmeister oder Landrichter oder Kreisräthe oder deren Secretäre, oder endlich alle zusammen sind, die in den Ortschaften die Bauern gegen die Volksbewaffnung stimmen. So hörten wir unlängst von einem Pfarrer die Behauptung aufstellen: „Gebt nur acht, wenn ihr erst die Büchsen habt, dann müßt ihr auch die Mützen haben, und der Mütze folgt eine ganze Uniform, die ihr auch neu anzuschaffen habt. Ich denke aber, ihr habt die Zeit noch nicht vergessen, wo mancher arme Teufel Land nnd Geräth verkaufen mußte, bloß, um sich eine neue Montur anzuschaffen.“ Absurd allerdings, aber nicht absurd genug, um geglaubt zu werden, ein Beweis jedenfalls, daß die Reaction in unsern Gegenden bedeutend stark agirt. Seit einigen Tagen setzt eine in der Nachbarschaft entsprungene Hyäne die Gegend um Jugenheim in Schrecken. Hunderte von Bauern zogen vor einigen Tagen aus, um sie zu schießen, aber sie stieß ihnen nicht auf. In mehreren Kirchhöfen soll sie Leichen ausgewühlt haben, gestern erst in dem Laubgang des Schlößchens auf dem Klosterberg bei Jugenheim gesehen worden sein. Es ist ein Preis von 100 Gulden für den ausgesetzt, der sie lebendig, 25 Gulden dem, der sie todt einbringt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hohenzollern-Hechingen. Das Verordnungsblatt enthält eine neue Verfassung des Fürstenthums. Dasselbe ist darnach in seinem derzeitigen Gebietsumfange ein souveräner Staat des deutschen Bundes. Die Regierungsform ist die durch die höhern organischen Bundesbeschlüsse und die Verfassung beschränkte die monarchische. Unter den Rechten der Staatsbürger sind ausdrücklich aufgeführt Freiheit der Presse und des Buchhandels, sowie das Recht der freien Versammlung Neben dem Bundesmilitär und zum Ersatz desselben, wenn jenes im Felde ist, besteht allgemeine Volksbewaffnung, welche, falls nicht für ganz Deutschland die Normen gegebeß werden, durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll. Nur den drei christlichen Konfessionen ist freie öffentliche Religionsübung gestattet. Das Einkammersystem ist gültig. Die Landesdeputation ist zusammengesetzt aus 15 Landesdeputirten, welche durch Wahlmänner gewahlt werden. Auf je 200 Einwohner einer Gemeinde ist ein Wahlmann zu wählen. Jeder volljährige Staatsangehörige, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, mit Ausnahme derjenigen, welche geisteskrank und bescholtenen Leumunds sind, ist wahlberechtigt und wählbar. Die Regierung kann Beamten den Urlaub zum Eintritt in die Landesdeputation nicht verweigern. Die Dauer eines ordentlichen Landtags ist auf drei Jahre festgesetzt. Die ordentliche Versammlung hat alljährlich stattzufinden. Ohne Mitwirkung der Landesdeputation können keine Gesetze gegeben, keine Landessteuern ausgeschrieben werden. Der letzte Paragraph lautet folgendermaßen: »Gegenwärtige Verfassung wird unter die Garantie des deutschen Bundes gestellt und hat in so lange gesetzliche Geltung, bis von dem Reichstag zu Frankfurt allgemeine grundgesetzliche Bestimmungen getroffen seyn werden.« (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 5. Juni.) 60. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 2. Juni 1848. Es gelangten verschiedene neue Eingaben an die Bundesversammlung zum Vortrag. Zuerst eine Zuschrift des Börsenvereins der deutschen Buchhändler in Leipzig, in welcher zur Gründung einer deutschen Flotte ein Beitrag von 1000 Thaler offerirt wird. Diese Eingabe wurde, unter gebührender Anerkennung der Offerte, dem Marineausschusse überwiesen. Der kgl. preussische Major Klapproth macht Vorschläge zur Errichtung eines deutschen Jägerkorps, welches als Stamm der künftigen Reichsarmee dienen, zugleich aber zur Disposition der Nationalversammlung stehen soll. Diese Vorschläge wurden an den Militärausschuß abgegeben. Von dem, Seiten des Bundestags nach London geschickten Herrn Syndikus Banks waren wieder mehrere Berichterstatter für seine bisherigen Mittheilungen den Dank der Bundesversammlung auszusprechen und ihn zu ersuchen, dieselben fortzusetzen. Der Ge-

sandte von Mecklenburg zeigte im Auftrag seiner Regierung an, daß mehrere mecklenburgische Schiffe in Helsingör mit Beschlag belegt worden seyen und knüpfte daran die Frage: ob und welcher Schadenersatz dießfalls geleistet werde? Dieser Gegenstand gelangte an den bereits mit Anträgen ähnlicher Art beschäftigten Embargo-Ausschuß. Ein Antrag der Deputirten aus Luxemburg auf Wiederaufhebung des vom Bundestag unter dem 8. März l. J. beschlossenen Verbots der Ausfuhr von Pferden, schien zwar ein bereits abgelehntes ähnliches Gesuch der Regierung von Luxemburg zu wiederholen, wurde jedoch dessenungeachtet dem Militärausschuß verwiesen. In Gemäßheit eines Kanzleivortrags wurde der Wittwe des bei der Bundesversammlung angestellt gewesenen, am 31. März l. J. verstorbenen Kanzleipedells Kleinschrodt zu den Kur- und Begräbnißkosten die zweimonatliche Besoldung ihres Ehemannes und demnächst eine Pension von jährlich 187½ fl. (vierter Theil der bezogenen Besoldung) vom 1. April l. J. an zugebilligt, welche Bezüge verfassungsgemäß zur Hälfte aus der Bundesmatrikular-, zur Hälfte aus der Bundeskanzleikasse zu gewähren sind. Kürzere Anzeigen erfolgten Seiten der Gesandtschaften von Oesterreich, Königr. Sachsen, Baden, Großherzogth. Hessen, Schleswig-Holstein, Luxemburg und Oldenburg. Sie betrafen zum Theil die Wahlen zur Nationalversammlung und die dießfalls erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, dann die erfolgte Einzahlung der Umlage von 60,000 Gulden zu den Kosten der Nationalversammlung, Gesetze über die Volksbewaffnung und Erklärung über den von den Vertrauensmännern vorgelegten Verfassungsentwurf. Nächstdem hatte Oesterreich, in Folge einer Anregung des Fünfzigerausschusses mitzutheilen, daß die dortige Regierung sich zwar mit der Verwaltung des österreichischen Lloyd wegen Ueberlassung einer Anzahl von Dampfschiffen in Vernehmen gesetzt, jedoch kein befriedigendes Ergebniß erlangt habe. Königreich Sachsen übergab einen von dem amerikanischen Konsul Flügel in Leipzig an die Deutschen in Amerika erlassenen Aufruf zur Betheiligung bei Gründung einer deutschen Flotte. Baden referirte das Resultat der über die nach einer Anzeige des Fünfziger Ausschusses angeblich in der Schweiz geschehene Beeinträchtigung der deutschen Flagge erfolgten Erörterungen, aus denen sich ergab, daß nur eine unbedeutende Differenz mit einem Nachen zu dem Gerüchte von der Beeinträchtigung der deutschen Flagge Anlaß gegeben hatte. Ebenso wurde, in Folge einer ähnlichen Anregung, durch den Gesandten von Luxemburg in Betreff des Verbots des Aufziehens der deutschen Fahne in Limburg, Seiten des Gouvernements von Mästricht befriedigende Erklärung gegeben. Nach einem Vortrage des Gesandten von Kurhessen, namens des Ausschusses für das Reichskammergericht, wurde die Kanzleirechnung der Archivkommission auf das Rechnungsjahr vom 1. Mai 1847 bis dahin 1848 genehmigt und der übliche Vorschuß von 500 fl. anderweit bewilligt, so wie eine hieher gehörige andere kleine Ausgabe angewiesen. Nachdem hiernächst der fragliche Ausschuß durch Wahl zweier Mitglieder ergänzt worden war, erstattete der kgl. würtemb. Gesandte, namens des Militärausschusses, noch in Bezug auf die in Mainz stattgehabten Vorfälle und die dagegen ergriffenen Maßregeln, so wie das Ergebniß der hierüber angestellten Nachforschungen Vortrag: In einem Bericht des Festungsgouvernements vom 28. Mai ist angezeigt worden, die königl. preußische Garnison habe, nachdem sie durch den Beschluß der Nationalversammlung hinreichende Genugthuung für die ihr widerfahrene Unbilden erhalten, den Wunsch geäußert, ganz oder doch wenigstens theilweise von Mainz versetzt zu werden, und dieser Wunsch sey bereits dem königl. preuß. Kriegsministerium vorgetragen worden. Zugleich hat das Festungsgouvernement über die stattgehabte Androhung der Beschießung der Stadt und die aufgetauchte Besorgniß wegen Wiederholung ähnlicher Maasregeln, ohne daß gewichtige Gründe für solche vorlägen, sich doch dahin ausgesprochen, daß das Gouvernement, wie aus seiner vieljährigen Amtsführung hervorgehe, bei Anwendung und Ausführung außerordentlicher Maasregeln sich stets von den Grundsätzen der Humanität und Billigkeit leiten lassen, und nur im Falle der Bedrohung und des Angriffs gegen die Sicherheit der Festung nach seiner Pflicht für deren Erhaltung zum äußersten schreiten werde. Was die Reorganisation der Bürgerwehr betrifft, so bemerkt das Gouvernement, daß es solche für die nächste Zeit nicht für angemessen halte, und dieselbe nur unter veränderten Verhältnissen, in beschränktem Maße und allein unter den im Festungsreglement gebotenen Garantieen und nach Maßgabe des hierüber erst zu erwartenden Bewaffnungsgesetzes stattfinden könne. Nach Erwägung der Lage der Sache, wie sich solche durch diesen Bericht und die von den Kommissarien der Bundesversammlung eingezogene Erkundigungen darstellt, wurden über die Anträge des königl. sächsischen Gesandten vom 27. Mai folgende Beschlüsse gefaßt: 1) der Antrag auf einen Garnisonswechsel erledigt sich durch den von der königlich preußischen Garnison ausgedrückten Wunsch einer vollständigen, oder wenigstens theilweisen Ablösung und die hierüber bei dem königlich preußischen Kriegsministerium gestellten Anträge. Es wird hierin zugleich das wirksamste Mittel erkannt, ferneren, durch gegenseitige Erbitterung hervorgerufenen Conflikten vorzubeugen; 2) die Reorganisation der Bürgerwehr kann nach dem wohlerwogenen Gutachten des Festungsgouvernements zur Zeit noch nicht angeordnet werden, sondern es muß dieselbe auf nähere Erwägung der Art und Weise, wie das zu erwartende großherzogl. hess. Bürgerwehrgesetz mit den Bestimmungen des Bundesfestungsreglements in Uebereinstimmung gebracht werden kann, und ob die Lage der Umstände alsdann eine Bürgerbewaffnung in Mainz gestattet, ausgesetzt werden; 3) in Erwägung, daß die von dem Festungsgouvernement in Folge der ausgebrochenen Unruhen getroffenen Ausnahmsbestimmungen, so weit es die Umstände gestattet haben, bereits modificirt worden sind, in Erwägung insbesondere, daß ein Verbot der Vereine im allgemeinen, so wenig als ein Verbot der Versammlungen in geschlossenen Räumen ergangen ist, und daß die Freiheit der Presse durch keinerlei Censurvorschriften gehemmt, sondern blos die Ausstellung aufreizender Bilder und Schriften untersagt und den Redaktionen die Weisung geworden ist, keine Artikel aufzunehmen, welche die Erbitterung der Garnison und Bürger steigern könnten; findet die Bundesversammlung keinen Grund, dem pflichtmäßigen Ermessen des Gouvernements darüber, wie bald die Umstände es gestatten werden, den ordentlichen Zustand der Bundesfestung in vollem Maße wieder eintreten zu lassen, vorzugreifen und erwartet von der Disciplin der gesammten Garnison ebenso, wie von der Ordnungsliebe der Bürger, daß sie alle Veranlassung zur Störung des so wünschenswerthen gegenseitigen guten Einvernehmens vermieden werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 31. Mai.) Obschon die äussere Ruhe gänzlich wieder hergestellt, scheint das Mißtrauen gegen die Regierung keineswegs noch beseitigt. Noch immer glaubt man, befürchten zu müssen, daß die ränkesüchtige Hofkamarilla ihr böses Spiel noch weiter fortsetzen und nochmals versuchen wird, durch Waffengewalt all die gemachten Errungenschaften des Volkes wieder zurück zu erobern. In der That hat der Durchmarsch des Regimentes Nugent nach Italien einige Besorgnisse hervorgerufen. — In dem neuen Odeonsaale fand gestern zum Schluß des Namenstages des Kaisers, ein großes Fest statt, dem auch der Minister des Innern beiwohnte. Auch der neue Kommandirende der Nationalgarde, Oberst Banasch, fand sich ein. Es war ungefähr 10 Uhr, da stürzte plötzlich ein Bote zum Saal hinein und rief: der Feind ist da! zu den Barrikaden! Ein Theil der Versammlung, aus 5000 Menschen bestehend, stürmte sogleich zum Thore hinaus, wo man sich überzeugte, daß Alles — blinder Lärm war, und daß nur ein falsches Gerücht die Veranlassung der Unruhe war. Auf 10 Uhr war eine Stadtbeleuchtung zu Ehren des Namensfestes des Kaisers angeordnet, allein nur wenige Parteien beleuchteten ihre Fenster und nur ein kleiner Theil der Bevölkerung zeigte sich mit dieser Anordnung einverstanden. Gegen 1 Uhr Nachts zog die akademische Legion, mit einer Musikbande an der Spitze, durch die Hauptgassen der Stadt, unter Absingung der Volkshymne. Der Minister Pillersdorf erhielt eine Serenade, als Beweis, daß man seine Abdankung nicht wünsche.

Aus Wiener Neustadt betrübende Nachrichten. Ein Arbeiterkrawall fand daselbst statt und nur mit Mühe gelang es der dortigen Nationalgarde, in Verbindung mit dem Militär die Ordnung theilweise herzustellen. Es fielen mehrere Schüsse. Man zählt drei Verwundete und einen Todten. Auf Antrag der 5. Juristenkompagnie sind die Redactoren der „Wiener Zeitung" Stubenrauch und Heyßler, von der akademischen Legion ausgestoßen worden. — Der ungarische Reichstag, der mit Vorbehalt der kgl. Ratification auf den 2. Juli festgesetzt war, wird erst später stattfinden. — An der Börse sind sämmtliche Course bedeutend im Steigen. Die 5pCt. Metalliques stiegen um 5½pCt. Erzherzog Stephan, der sich am 25. persönlich in das Hoflager des Kaisers nach Innsbruck begeben hat, trifft heute Abend hier ein. — Man ist hier allgemein auf die ersten Resultate des Frankfurter Parlaments gespannt, und klagt über die Zersplitterung der Zeit, welcher man sich dort hingibt. Der abgetretene Bundestagspräsident Graf Colloredo befindet sich seit einigen Tagen in der Nähe Wiens auf einem seiner Güter, als Privatmann. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Wien, den 1. Juni.) Graf Stadion, bisheriger Gouverneur von Gallizien hat sich endlich entschlossen, nachdem er den Willen des Kaisers hierüber eingeholt, ein neues Ministerium zu bilden. — Das Abreisen der Reichen und Adeligen dauert Tag und Nacht fort. Es sind bereits gegen Tausend (??) der reichsten Familien abgereis't. Es ist wohl kein Mitglied derselben abgereis't, das nicht den Namen des Fürsten Metternich verflucht. Es ist charakteristisch, daß unter den Arbeiter-Rotten, welche in diesen Tagen die Stadt durchzogen und bei denen sich überall ein Führer voranstellte, der einen Spitznamen hat, einer derselben, auf einer Barrikade ausgesetzt und unter dem Namen „Metternich" als ein diplomatischer Führer bezeichnet wurde. Auf die Anfrage, was seine Untergebenen damit meinen, wurde die Antwort ertheilt: „Wir haben ihn zum Metternich erklärt, weil er unter unsers Gleichen als der schändlichste Halunk bekannt ist, der es aber durch seine Reden versteht, uns zu leiten. Wehe ihm, wenn er uns untreu wird. Er kommt nicht so davon wie der Fürst." — Heute herrscht überall so ziemlich Ruhe. (Agsb. Abdz.)

(Wien, den 2. Juni.) Die ernsten Nachrichten aus den Provinzen folgen sich Schlag auf Schlag. Der Abfall des Königreichs Böhmen durch die Errichtung einer provisorischen Regierung in Prag und Losreißung von der Wiener Regierung, die sonst als die größte Kalamität betrachtet worden wäre, wird von den Wienern jetzt kaum beachtet, und man sieht trotz dieses Schlages nichts als freudestrahlende Gesichter der Studenten und Nationalgarden, die sich ihrer Einigkeit freuen. So weit hat es das Mißtrauen gegen die verjagte unmächtige (?) Aristokratie und eine eben so verhaßte als gehässige Bureaukratie gebracht. — Auf die Aula werden von Zeit zu Zeit noch politische Gefangene gebracht. So vorgestern ein Geistlicher. Heute zog wieder eine feierliche Deputation mährischer Studenten auf der Aulau auf. Es befanden sich 150 Nationalgarden dabei. (Agsb. Abdz.)

(Wien, 2. den Juni.) In der heutigen Sitzung des provisorischen Ausschusses der Bürger-Nationalgarden und der akademischen Legion wurde beschlossen abermals eine allgemeine Deputation aller hiesigen Corporationen und sämmtlicher Clubs, denen sich Deputirte aus Brünn, Grätz, Linz u. s. w. anschließen sollen, an Se. Maj. den Kaiser nach Innsbruck zu senden und um dessen Rückkehr in die Hauptstadt dringend zu bitten. Ihre Maj. die Kaiserin Mutter verläßt Salzburg und begibt sich nach Bayern. Es sind bereits die für sie bestimmte Hofwägen dahin abgegangen. (A. A. Z.)

(Prag, 30. Mai.) Heute wird der große Slawen-Congreß eröffnet — durch eine feierliche Messe, bei welcher serbische Popen fungiren. Unsere Stadt gleicht jetzt einem großen Maskenballe, auf welchem sich die verschiedensten slawischen Costüme präsentiren, alt- und neu-czechisch, polnisch, croatisch, dalmatisch und serbisch — darüber schwebt der unsichtbare russische Bärenfell-Hut. (Köln. Z.)

Preussen. Berlin, den 1. Juni.) Man beginnt nach und nach genauere Kenntniß zu erhalten von den Friedensbedingungen, welche in London zur Beendigung des Krieges mit Dänemark festgestellt worden sind. Es sind wesentlich dieselben, unter denen dort eben ein Waffenstillstand abgeschlossen ist. Das Prinzip der Theilung Schleswig's und die Nichtaufhebung der Personal-Union nehmen darunter die erste Stelle ein, sowie darin auch die sofortige Auflösung sämmlicher Freicorps ausdrücklich bedungen wird. Nachrichten, welche gleichzeitig aus Schleswig-Holstein mit dieser Kunde hier eintreffen, melden von der erneuerten fieberhaften Aufregung, welche durch diese Stipulationen in den Herzogthümern erzeugt worden ist, und von dem Entschluß der dortigen Bevölkerung, unter diesen Umständen den Kampf auf eigene Hand fortzuführen, da man unter keiner Bedingung Hadersleben aufzugeben gewillt sei. Man trifft, so wird hinzugefügt, zu diesem Behufe Anstalten zur Bewaffnung von Jung und Alt. (Kln. Z.)

(Graudenz.) Die Festung wird eiligst armirt; bald werden auch die Anlagen auf dem Glacis verschwunden seyn. Man sieht den Grund dazu in dem Verhältnisse zu Rußland. (Köln. Z.)

(Wesel, den 2. Juni.) Seit einigen Tagen hat man auch hier angefangen, die herrlichen Anpflanzungen auf den Glacis zu zerstören, indem Schußlinien durch dieselben gehauen werden. Außerdem sind Hunderte von Arbeitern mit Errichtung neuer Vertheidigungswerke auf der Rheininsel beschäftigt; das Fort Blücher wird mit Palissaden umgeben, Ausfall-Brücken werden gezimmert, Thore eingehängt, — kurz, es ist ein sehr reges kriegerisches Leben, das noch durch die gestern erfolgte Einberufung sämmtlicher noch dienstpflichtiger Mannschaften aus den Jahren 1816 bis 1830, woraus dem Vernehmen nach Landwehr-Reserve-Bataillone und der Train gebildet werden sollen, sehr gesteigert werden wird. (Köln. Z.)

(Koblenz, 3. Juni.) Der Oberpräsident Eichmann wurde gestern durch den Telegraphen nach Berlin berufen, um, wie es heißt, an den Berathungen über die innere Verwaltung des Landes Theil zu nehmen, und reiste darauf schon am Nachmittage mit dem Dampfboote nach Köln ab. (Fft. O.-P.-Z.)

(Koblenz, den 3. Juni.) Die Verpallisadirung der hiesigen Festungswerke wird jetzt sehr thätig und in ausgedehntestem Maßstabe bewerkstelligt, fortwährend sieht man Fuhren mit schweren Holzstämmen zu dem Ende nach den verschiedenen Werken hinführen. Die äußern Forts, welche seither als Pulver- und Munitionsmagazine benutzt wurden, werden geräumt und diese Vorräthe in die Kronwerke gebracht. Die einberufenen Kriegsreservisten treffen nur sehr mangelhaft ein, von den Ausgebliebenen bringen ihre Landsleute die Nachricht mit, sie würden sich nicht stellen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Würtemberg. (Tübingen, 3. Juni.) Wir haben gestern eine nicht zu billigende lärmende Kundgebung gehabt. Den Anlaß dazu gab ein Gesetz über das Verbindungswesen der Studirenden, welches die bisherigen Schranken nicht hinreichend aufzuheben schien, indem es vollkommene Freigebung dieser Verhältnisse zwar verspreche, hinterher aber durch lästige Bestimmungen das Dargebotene wieder entziehe. Deßhalb wurde das Gesetz am gestrigen Mittage den Flammen übergeben, und Abends folgte die Nachfeier in einer lärmenden Zusammenrottung vor der Wohnung des derzeitigen Rektors, bei welcher sich der Unmuth ungestört Luft machen konnte. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 2. Juni.) Allah ist groß, aber die Finanzkrisis ist noch größer! Du lieber Himmel, was soll aus uns werden, wenn dieser moderne Drache in den Eingeweiden unserer jungen Republik zu wüthen fortfährt? Kann denn kein Doktor helfen? Garnier Pagès ließ in seiner Verzweiflung alle Bankiers, diese modernen Teufel, zu sich rufen, um ihnen seine verzweifelte Lage vorzustellen. Die Teufel erschienen alle; nur Belzebub, ihr Chef, der Bar. Rothschild, erschien nicht. Wo ist Rothschild? rief Garnier Pagès, den Versammelten entgegen. Wie kann ich ein Anlehen schließen, ohne Rothschild? Wie kann ich die Schatzbons und Sparkassenpfennige der Armen konsolidiren ohne Rothschild? Und als das finanzielle Vollziehungsgewaltsglied dergestalt ausrief, trat ein Diener in den Saal, der ihm einen Brief Rothschilds an die Vollziehungsgewalt brachte, worin er erklärt, „daß sein Haus so lange an keinem Anleihen oder sonstigen Staatsgeschäft Theil nehme, als die Finanziers des National am Ruder seyen.“ Undankbare Geldmänner, ruft das Morgenblatt, dem wir diese Nachricht entnehmen, hinzusetzend aus: Und doch habt Ihr es der Einfältigkeit dieser Finanzhelden zu danken, daß die Republik noch Euch brauchen zu müssen glaubt. Vortrefflich.

Niederlande.

(Haag, den 1. Juni.) Der Prinz von Preussen ist gestern hier eingetroffen. Nachdem derselbe bei dem preuss. Gesandten abgestiegen war, begab er sich nach dem Landsitze des Prinzen Friedrich auf dem Wege nach Leiden, wo er die ganze Dauer seines Verbleibens in Holland sich aufhalten wird. (Se. k. Hoh. ist am 3. Juni Morgens mit dem Zuge der Köln-Mindener Eisenbahn auf der Reise nach Berlin bei Dortmund passirt.) (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

A n z e i g e n

Eheliche Verbindung.

Allen verehrten Verwandten und Freunden die Nachricht von unserer am 4. vollzogenen ehelichen Verbindung, mit der Bitte um fernere Freundschaft und Gewogenheit.

Nürnberg, den 6. Juni 1848.

Veit Georg Förderreuther
Babette Förderreuther, geb Heller.

Trauer-Anzeige.

Allen unsern Verwandten und Freunden widmen wir die betrübende Anzeige von dem am 3. Juni erfolgten schnellen Dahinscheiden unsers geliebten einzigen Sohns

Gerhard Heinrich Ludwig,

in einem Alter von 4 Jahren und 3 Monaten

Wer das gute Kind kannte, wird unsern gerechten Schmerz zu würdigen wissen, und uns tiefbetrübten Eltern stilles Beileid nicht versagen.

Martin Streb, Schuhmachermeister.
Marg. Streb, geb Kübler.

Bekanntmachung.

Gegen Ende August d J. wird die Stelle eines Wirthschaftsführers im Museum neu besetzt, welcher die, in einer Regie der Gesellschaft stehende gesammte Oekonomie unter Leitung des Vorstandes zu besorgen hat. —

Gehörig qualifizirte Bewerber können ihre schriftlichen Gesuche im Museumsgebäude abgeben und die nähern Bedingungen bei jedem Vorstandsmitglied erfahren. —

Nürnberg, den 3. Juni 1848.

Der Vorstand.

Empfehlung.

Zu den billigsten Preisen empfehle ich mein auf das beste assortirtes Lager von vorzüglichen, rein schmeckenden Caffe-Sorten, herrlichen Melis und Farin, Reis, Sago, feinste Ulmer-Gerste, feinsten Perl-, Kaiser-, Pecco-, Blüthen- und Carawaner-Thee, Vanille, Chocolade, so wie alle Sorten Gewürze und sonstige Spezerei-Waaren.

Carl Otto Müller,
zunächst der Deutschhaus-Caserne.

Landhaus-Verkauf.

In einer der fruchtbarsten Gegend Mittelfrankens ist ein solid massiv erbautes Wohnhaus nebst Stadel und Hausgarten, mit allen Bequemlichkeiten versehen, so daß nichts zu wünschen übrig bleibt, zu verkaufen.

An Feldern und Wiesen können 4 Tagwerk, oder auch noch mehr dazu gegeben werden Dieses Anwesen eignet sich am besten für einen Privatmann, Pensionisten, oder auch für einen Gewerbtreibenden, und können zwei Drittheile der Kaufsumme auf demselben hypothekarisch stehen bleiben Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl

(Zu vermiethen.) Karolinenstraße l. Nr. 381, nahe der Post in sehr freundlicher Lage, ist ein möblirtes Zimmer mit oder ohne Bett an 1 oder 2 solide Herren bis 1. Juli zu vermiethen.

Letzter Brief an Hrn Dr. M. M. Mayer.

Ew. Gelahrtheit,
Herr Knittelversfabrikant!

Ich hatte beschlossen, Ihr kauderwelsches Geschreibsel gar nicht zu beantworten, und ich thue solches blos deshalb, damit Sie nicht im Nebel herumzutappen brauchen.

1) Bin ich weder Sänger noch Cantor, sondern ich heiße blos Canter, ist also Ihre fade Witzelei am unrechten Orte.

2) Habe ich schon einen wirklichen Narren gekannt, der alle anderen Leute, welche vernünftig gesprochen, als Narren deklarirte, und ich glaube, wenn ich den Leuten weißmachen würde, ich wolle sie durch einen zu hebenden Schatz glücklich machen, man würde mich schnurstracks nach Erlangen in eine gewisse Anstalt bringen, vielleicht weil ich kein Doktor bin. — —

3) Haben Sie mein Ohr über die Mauer blitzen sehen, ich habe aber die beiden Ohren eines gewissen Herrn Doktors nicht blitzen sehen, dies mag vielleicht daher kommen, weil unlängst in einer Kneipe eines H. Doktors Ohren gar garstig gerieben worden sind, weßhalb sie den blitzenden Glanz verloren haben, und ich sie durch ihre graue Farbe natürlich nicht blitzen sehen konnte, endlich

4) muß ich denn, Herr Doktor, wenn exempli gratia Jemand an einen Andern ein Haus verkauft, das Haus behalten, wenn der Käufer den Kontrakt bricht, blos weil ich den Vertrag ausfertigte. — Nach Ihrer Meinung schon. O Sie gelehrter Herr Doktor.

Dies glaubte ich noch erwiedern zu müssen
Und nun leben Sie wohl. Es verharret mit Achtung

Bapt. Canter,

A n z e i g e.

Einer von den Unterzeichneten, zum erstenmal in dieser Stadt angekommen, macht seine ergebenste Anzeige, daß er von der lobl. Behörde die Bewilligung erhalten, ihre erfundene und von mehreren Zeugnissen geachteter Personen, darunter selbst sehr geschickter Aerzte, bestätigte Kunstfertigkeit in gänzlicher

Vertilgung der Hühneraugen

mittelst eines ganz unschmerzhaften Pflasters zum Vortheile des hierortigen Publikums ausüben zu dürfen. Er erlaubt sich demnach das verehrteste Publikum aller Stände von den nähern Umständen dieser Kunstausübung in Kenntniß zu setzen, und seine Dienste zu empfehlen. Die Wohnung befindet sich im

Gasthof zum rothen Hahn,

Königsstraße Zimmer No. 7, 2ten Stock, wo er bereits den ganzen Tag zur Behandlung zu treffen ist. — Der Preis eines solchen Pflasters ist einzeln 6 kr, im Dutzend 1 fl. sammt Anweisung, und kann auf seiner Wohnung, und im Fall seiner Abwesenheit beim Kellner und in der Materialhandlung des Wilhelm Dietrich am Heugäßchen bezogen und Bestellungen abgegeben werden — Auf Verlangen begibt er sich in die resp. Wohnungen um die Füße selbst zu besorgen, in welchem Falle auch noch ein beliebiges Honorar nach gänzlicher Heilung des Uebels bezahlt wird. Das Heilmittel ist von mehreren Physikaten medizinisch untersucht und für durchaus unschädlich erklärt Für Dienstboten und unbemittelte wird billige Rücksicht genommen.

Gebrüder Lentner,
Hühneraugen-Operateurs aus Tyrol.

Köcherts-Zwinger.

Heute Mittwoch den 7. Juni spielt die Blechmusik des Herrn Lippert, wozu die verehrlichen Abonnenten hiemit höflichst einladet

Köchert.

BELVEDERE.

Donnerstag den 8. Juni spielt die vollständige Musik des Stadtwehr-Bataillons.

Anfang 5½ Uhr Entree nach Belieben.

Sturm.

Empfehlung.

Alle vorkommenden Tapezierer-Arbeiten, so wie auch vorräthige Möbel von Nußbaum- und Eichenholz, Matratzen und abgenähte Couverts empfiehlt zu den möglichst billigen Preisen

M. M. Kleining, Tapezierers-Wittwe.
Nro. 1704 Schütt.

Zu vermiethen.

In der Nähe des Rathhauses ist eine kleine Wohnung, aus Stube, Alkov, Kammer, Küche mit Kochofen, Holzlage rc. bestehend, am Ziel Laurenzi an eine einzelne Person oder auch an eine kleine Familie ohne Kinder zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 75 am Weinmarkt ist die erste Etage, enthaltend: 5 heizbare Zimmer, Kammer und Küche nebst Waschgelegenheit bis Ziel Laurenzi oder Allerheiligen zu vermiethen. Ebendaselbst wird ein Laden mit heizbarem Ladenstübchen bis Laurenzi frei.

(Verkauf.) Ein gutes Pianoforte von Nußbaumholz und 6 Oktaven ist sehr billig zu verkaufen

(Zu vermiethen) In einer vortheilhaftesten Lagen der Stadt ist ein schöner Laden rc, der sich zu jedem Geschäfte eignet, entweder sogleich oder nächstes Ziel zu vermiethen. Näheres schriftlich unter Adresse A. B.

(Zu vermiethen.) In der Winklerstraße ist ein mit allen Bequemlichkeiten versehenes Haus zu vermiethen, Näheres S Nro. 17.

(Gesuch) Man sucht eine ordentliche treue Magd sogleich in Dienst zu nehmen. S No. 1012.

(Gesuch) Eine Wittwe wünscht ein solides Frauenzimmer zu sich in Logis zu nehmen, derselben kann nebst Antheil an der Wohnung noch eine helle freundliche Kammer für sich überlassen werden.

Arena.

Mittwoch den 7. Juni. 9 Vorstellung im 3 Abonnement: „Der Heirathsantrag auf Helgoland, oder der wiedergefundene Sohn.“ Lustspiel in 3 Akten von L. Schneider.

* Zum deutschen Volksschulwesen.

Wer sich nur einigermaßen um das öffenliche Leben seit dem 6. März rc. bekümmert hat, der wird oft genug den Grundsatz wiederholen haben hören, daß es heilige Pflicht für Jeden sey, mitzuwirken, und aus allen Kräften mitzuwirken zur Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse unseres öffentlichen und Privatlebens zu einem volksthümlicheren, humaneren. Wenn dies aber geschehen soll, so müssen in der besten Absicht, mit Freimuth und Wahrheitsliebe, Mißstände aufgedeckt werden, wo man sie findet, und in einer Weise aufgedeckt werden, die jedem unbefangenen Leser klar macht, daß es sich nur um die Sache, nie um Persönlichkeiten dabei handle. Wohl wird es sich oft kaum umgehen lassen, Personen mit in die Sache zu ziehen, weil an ihnen gar oft der Thatbestand der Sache haftet; aber demohngeachtet ist und bleibt es Pflicht jedes redlichen Vaterlandsfreundes, der Sache wegen das Erforderliche zu thun. Von keinem anderen Grundsatze geleitet, und jeder Unwahrheit, Entstellung oder absichtlichen Verdächtigung entschieden abgeneigt, hat der Unterzeichnete, auf vielfache Veranlassung hin, in Nr. 134 der Mittelfränkischen Zeitung einen Artikel über das Zeitungslesen in den Seminarien zu Altdorf und Schwabach, auf einen früheren derartigen Artikel gestützt, veröffentlicht, um auf dem kürzesten Wege durch die Presse einen Gegenstand zur Beleuchtung zu bringen, der auf das öffentliche Leben mittel- und unmittelbar gegenwärtig den entschiedensten Einfluß ausübt. Ein Gegenartikel in Nr. 143 derselben Zeitung nimmt sich des Hr. Inspectors Jacobi an und nennt die veröffentlichten Mittheilungen „Unwahrheit und Entstellung.“ Um über die Sache kurz in's Klare zu kommen, theile ich hier einen kurzen Dialog zwischen dem Herrn Seminarinspector und einigen Seminaristen mit, wie er mir unter andern Mittheilungen brieflich zugekommen. Herr Inspector: „Wer hat Ihnen erlaubt eine Zeitung zu lesen?“ Sem.: Es ist im Reglement nicht verboten. Hr. Insp. „Das ist ein altes Herkommen, daß im Seminar keine Zeitungen gelesen werden dürfen. Sem.: „Jeder, der auf Bildung irgendwie in der menschlichen Gesellschaft Anspruch machen will, muß, eine Zeitung lesen. Hr. Insp.: „Der Gebildete tanzt aber auch. Ich bin nicht gegen den Fortschritt; aber das will ich nicht auf mein Gewissen nehmen, daß ihr von mir aus eine Zeitung lesen dürft und dadurch verwirrte Köpfe werdet. Ich will dem Seminar nicht die Schmach anthun, daß dann solche Leute austreten, die Bauern sind schon aufrührerisch, jagen den Pfarrer fort; wenn es nun dann auch solche Schullehrer gibt? Nein! das wäre gegen meinen abgelegten Eid!“ Dies ist die Stelle einer brieflichen Mittheilung, aus welcher ich folgern zu können glaubte, daß den Seminaristen das Zeitungslesen wirklich verboten, und zwar in der neueren Zeit wieder verboten worden sei. Daß es früher in der von mir angebenen Weise, nämlich nach vorhergegangener förmlicher Anfrage um die Erlaubniß, den Korrespondenten lesen zu dürfen, geschehen sei, will ich durch Briefe und noch lebende Zeugen erhärten, im Falle es nothwendig werden sollte. In wieferne aber die Wahrheit des Faktums in eine „Unwahrheit“ und die Darstellung der wirklichen Sachlage in eine „Entstellung“ übergegangen sei, überlasse ich der Beurtheilung des ruhigen Lesers. Warum denn aber überhaupt eine Erwähnung dieser Sache in öffentlichen Blättern? Um die Seminaristen wirklich zu unruhigen, verwirrten Köpfen rc. machen zu helfen? Das sollen sie sich nicht einfallen lassen, sonst würde ich auch gegen sie schreiben. Um einem persönlichen Hasse Luft zu machen? Ich habe den Hrn. Inspector im Jahre 1828 in Rothenstein zum ersten- und bis jetzt zum letzten Male gesehen. Ich will es mit einer Stelle aus „Dr. Rauwerks Vorlesungen über die Geschichte der wichtigsten Systeme der philosophischen Staatslehre“ sagen. Dort heißt es: „Es ist unglaublich, aber beglaubigt, daß hie und da sogenannte Gebildete aus Grundsatz oder aus Trägheit keine Zeitung lesen. Vorzüglich gibt es Gelehrte von dieser höchst merkwürdigen Klasse. Und doch könnten sie wohl wissen, was Zeitungslesen bedeutet, daß es namentlich nicht zur Befriedigung hohler Gier nach Tagesneuigkeiten dienen soll. Dem Zeitschriftenthume kommt größere Würde zu. Die Zeitung ist eine demokratische Erfindung, wie das Schießpulver, die Druckerei, die Eisenbahn. Die Zeitung macht frei und gleich; sie drückt die Hochstehenden herab und hebt die Niederen hinauf. Die Zeitung befördert das Wohlergehen der Massen; Geistesfreiheit, Sittlichkeit, Glück mit den Zeitungen, das Gegentheil davon ohne sie. Man vergleiche schwedische Bauern (diese lesen Zeitungen) und russische Leibeigene (diese lesen keine). Der Haß gegen das Zeitungslesen hat seine Wurzel im beschränkten Patriarchalismus, engherzigem Aristokratismus und blöder Dunkelmacherei. Wenn die protestantische Rechtgläubigkeit gleichfalls dagegen zu Felde zieht, so thut sie besser, in den Schooß der alleinseligmachenden Kirche zurückzukehren. Was schrieb Luther? Flugblätter. Was schrieben Möser, Schlözer, Arndt u. A.? Zeitungsartikel. Görres donnert jetzt schon geraume Zeit gegen den Greuel der Aufklärung und preiset den Aberglauben als Universalmittel an. Aber einst schrieb er den „Rheinischen Merkur.“ Diese seine That wird ihm immerfort unsere Hochachtung sichern. Die Tagespresse war und ist eine große Triebkraft der Civilisation. Die Stunde, in der man Zeitungen liest, oder für sie schreibt, ist nicht schlecht verwendet.“ Ich wiederhole noch einmal den Satz: „Die Tagespresse war und ist eine große Triebkraft der Civilisation,“ um damit den Grundsatz auszusprechen, warum ich, warum der Seminarist, warum der Schullehrer, warum das Publikum wünschen muß, daß im Seminare Zeitungen gelesen werden dürfen. Es sollte hier gar nicht einmal vom Dürfen nur die Rede seyn, die Seminaristen sollten sie lesen müssen, ja ich habe noch die besondere Grille, die Herren Seminarlehrer sollten sie mit ihnen lesen und sie ihnen erklären. So wäre dem „Verwirren der Köpfe“ vorgebeugt und eine Lectüre für die Freistunden gewonnen, die jedem Ausfall an Gedächtnißkram rc. reichlich deckte. Aber freilich mußte man ihnen bessere Blätter empfehlen, als das Fürther Tagblatt. Dabei habe ich zugleich einige Unrichtigkeiten der Erwiderung gegen meinen vorigen Artikel in Nr. 143 zu berichtigen, wo es heißt: „Vor vier Jahren wünschten die Seminaristen in Schwabach das Fürther Tagblatt lesen zu dürfen.“ Dem ist nicht so; sie wünschten Zeitungen lesen zu dürfen, und man empfahl ihnen das Fürther Tagblatt, als die Quintessenz aller Zeitungen, die zugleich wenig kostet und schnell gelesen ist. Ferner wird das Sonntagsblatt als 5. Nummer der bis jetzt im Seminar gelesenen Zeitungen (im Ganzen 8 Nummern) aufgeführt, das doch bekanntlich eine Beilage zum Fürther Tagblatt bildet, jedenfalls also nur, um eine Nummer mehr herauszubringen. So konnten ja die Beilagen der übrigen Blätter noch unter besonderen Nummern angegeben werden und dann gäbe es noch mehr Nummern. Lassen wir's bei den 8 Nummern. Aber eine andere Frage ist: Wie lange werden denn diese 8 Nummern schon im Seminar zu Schwabach gelesen? Antwort: Das Fürther Tagblatt und die Münchner Landbötin waren bis zum 1. April d. J. die einzigen gelesenen Blätter und unter diesen war die arme Landbötin auch etwa im Februar auf Schmuggelwegen dahin gekommen. Geht daraus die in der Erwiderung zuletzt gerühmte Liberalität des Hrn. Inspektors wirklich hervor? Wenn die Seminaristen wirkliche Ungesetzlichkeiten begehen, so wird es keinem Vernünftigen einfallen, sie in Schutz zu nehmen; wenn sie aber den Drang nach politischer Bildung, ein Hauptelement der Bildung jedes Staatsbürgers unserer Zeit, fühlen und denselben auf gesetzlichem Wege befriedigen wollen, durch Mittel, die unter den Augen des Staates und mit seiner Genehmigung jedem andern Staatsangehörigen durch die öffentliche Presse gegeben werden, so sollte man sie nicht davon ausschließen wollen. Was auf die Bedenken in Betreff der Religionsbildung der Seminaristen und der Gefahr für dieselbe gegen die Erwiderung zu sagen ist, darauf ist bereits mit Dr. Rauwerk geantwortet. Auf die Frage: „Wer möchte da Vorstand eines Schullehrer-Seminars bleiben? — konnte die Antwort etwa heißen: Jeder, der seine Seminaristen auch Zeitungen lesen lassen wollte. Nürnberg, den 21. Mai 1848.

Müller.

⁂ Der Ursprung der Siegelmäßigkeit.

Das Siegeln ist älter, als die Siegelmäßigkeit. Gesiegelt haben schon die Aegypter, Griechen und Römer. Dies bezeugen die von ihnen noch vorhandenen Ringe mit künstlich geschnittenen und gravirten Gemmen. Einen großen Luxus darin trieben besonders die Equites der Römer; — und daß die Heloten damaliger Zeit viel seltener siegelten als die Freien, wird niemand befremdlich finden. Die Siegelmäßigkeit hingegen, ist viel späteren Ursprungs. Doch ist sie nicht — wie Einige fälschlich gemeint haben — erst im spanischen Eldorado, sondern schon früher in einem deutschen Lande erfunden worden. Die Art ihrer Erfindung wird — verbürgen können wir die Wahrheit der etwas trivialen Erzählung freilich nicht — folgendermaßen erzählt: Zur Zeit, als unsere deutschen Freien neben ihren Fehden mit den Ebenbürtigen und den Städten, vorzugsweise noch zu den Kriegsdiensten für den Kaiser verpflichtet waren, oder mit andern Worten: zur Zeit, wo die Römermonate, die Militärkonscription der Hörigen rc. noch nicht erfunden waren, hatten bekanntlich die ebengenannten für den ihnen von ihren Grundherren zu Theil gewordenen ritterlichen Schutz die Obliegenheit, gleichsam zu einem Aequivalente — die Ländereien der Schutzherren zu bebauen. Es leuchtet ein, daß die kriegsfahrenden Ritter jener Zeiten mit den Spezialitäten der Landwirthschaft mit Zugehör nur wenig sich befaßten, oder befassen konnten; und so soll denn einst ein solcher freier Mann, aus dem kaiserlichen Heerlager heimgekehrt, mehr mit philosophischen Betrachtungen der Natur, als mit dem Technischen der höhern oder rationellen Landwirthschaft sich beschäftigt haben. Einst ging derselbe im Freien auf den Fluren seines Fehdelehens spaziren, und blieb — so besagt es wenigstens die Nachricht, auf einmal unter einem Baume stehen, unfern dessen Stamm er etwas gewahrt hatte, das seine besondere Aufmerksamkeit auf sich zog. Es soll ein sogenanntes natürliches Siegel (ein Sigillum Salomonis) gewesen seyn. — Mit über einander geschlagenen Armen betrachtete er es; sah eine Zeitlang bald nach der Krone des Baumes, bald wieder nach dem Gegenstand seiner Entdeckung; soll mitunter auch ein wenig den Kopf geschüttelt haben. Inzwischen erblickte er in der Ferne einen ehemaligen Kampfgenossen, rief diesen laut herbei, und — kaum war er erschienen und die üblichen Begrüßungen waren gewechselt worden — so stellte er, indem er mit dem Finger auf den Gegenstand seiner Aufmerksamkeit hinwies — auch gleich die Frage an ihn: „Ew. Gnaden, Herr Kamerad! sagen Sie mir einmal: was ist das?“ Verwundert sah ihn der gerufene Freund an, nahm fast Anstand, eine Antwort zu geben; entgegnete jedoch endlich „„Ew. Gnaden, Herr Kamerad! das ist wie Sie ja selbst sehen werden, ein Kuhfladen!““ — „Ganz richtig, Ew. Gnaden“, erwiderte der Naturforscher, „das ist ein Kuhfladen. Nun sagen Sie mir aber auch, wie kam die Kuh auf den Baum?“ — Der Freund schwieg, verbeugte sich ein wenig, wandte um und ging seines Weges weiter. — Von diesem Auftritte her soll sich die Ansicht datiren: man könne nicht gleich unten herum, sondern nur vom Baume (und weil jeder Baum einen Stamm hat) vom Stammbaume herab, rechtskräftig siegeln. Die Ansicht nahm wider Erwarten so überhand, daß daraus die Siegelmäßigkeit von oben herab entsprang, und bis zur Stunde fortbesteht. Doch sollen die Nachkommen des weiland herbeigerufenen Freundes neuerlichst in der bayerischen Kammer der Reichsräthe für die Aufhebung der Siegelmäßigkeit, oder wenigstens für ihre Zuläßigkeit auch von unten, — gestimmt haben, während die hochedlen Sprößlinge weiland des Naturforschers, dieselbige als eine Naturmerkwürdigkeit — blos vom Baume herab — — für giltig erklärt wissen wollen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Erwiederung auf die Erklärung eines mittelfränkischen Forstmanns in Nro. 145 der mittelfränkischen Zeitung.

(Aus Versehen fünf Tage verspätet.)

Wir, theils die unterzeichneten Ortschaften selber, theils Viele aus denselben, haben zwar bei dem Herrn Pfarrer Dr. Rehlen zu Kalchreuth bezüglich obiger Erklärung angefragt, ob er nicht dagegen Etwas schreiben wolle, worauf er jedoch erklärte, daß er dieß für seine Person gegen einen so unwürdigen und unverständigen Angriff nicht thun könne. Wir müssen auch dieser Ansicht unsers verehrten Freundes vollständig beistimmen, sehen dagegen uns veranlaßt, an seine Stelle zu treten, und von ihm Alles abzuwehren, was seinen Charakter und seine Ehre antasten könnte.

Eigentlich beginnt der mittelfränkische Forstmann seine Beleidigungen von der Behauptung aus, daß Hr. Dr. Rehlen bezüglich einer bessern Verwaltung der Waldungen zum Nutzen der Landwirthschaft urtheilsunfähig sei, jedoch ohne diese Behauptung selber mit Gründen zu belegen, was einem gebildeten Menschen gar nicht ziemt. Warum soll denn aber hiezu unser verehrter Freund urtheilsunfähig seyn? Daß die Waldungen ausser zu Holz- und Baubedürfnissen noch ganz insbesondere zur Landwirthschaft da sind, daß überhaupt mit derselben die Forstwirthschaft eben so innig verbunden ist. als wie der Wald selber mit der baulichen Flur: dies zu wissen, dazu braucht man wahrlich die Forstwissenschaft selber nicht studiert zu haben, das weiß jeder verständige Mann, wieviel mehr Herr Dr. Rehlen, der seit eilf Jahren unter uns wohnt, er der Freund, der Rathgeber seiner Gemeinde, den diese alle ihre Klagen und Leiden schon tausendmal mitgetheilt hat. Am Ende scheint der mittelfränkische Forstmann jene Ansicht gar nicht zu haben, dann hat er Wenig gelernt, oder er scheint sie nicht haben zu wollen, dann ist er böswillig und gehässig, was nur höchst bedauerlich ist. Denn das sind ja seit Jahren unsere tausendfältigen Kränkungen und Aerger, daß das Forstamt Sebaldi in der Verwaltung des Waldes unsere landwirthschaftlichen Bedürfnisse nicht nur nicht berücksichtigt, sondern sogar noch unsere alten Rechte beschränkt, und uns in fortwährende Prozesse gestürzt hat, und es ist keine Täuschung, sondern Wahrheit, daß der Zorn, der Unwille, wir wollen nicht sagen — der Haß und der Ingrimm der ganzen Anwohnerschaft des Sebalti Waldes auf diesem Forstamte liegt. Das Alles wußte unser hochverehrte Freund, Herr Dr. Rehlen, und darum hat er es auch ausgesprochen, muthig, und daß er wohl Recht hatte, und urtheilsfähig war, das beweißt jetzt noch ganz insbesondere die neueste Streuanweisung von Seiten der königlichen Regierung und die durch Herrn Bestelmeyer veranlaßte Erklärung des Herrn Ministers von Lerchenfeld: wie die Kreisregierungen angewiesen werden würden, die Waldungen vorzugsweise zum Wohl der Unterthanen zu verwalten. Hat also Herr Dr. Rehlen in dieser Hinsicht eine Brandfackel unter das Landvolk geschleudert, so hat er doch wenigstens würdige Männer an der Seite, die, was er nur hinstellt, sogar ausführen.

Von dieser Urtheilsunfähigkeit aus schleudert nun der mittelfränkische Forstmann eine Masse von Beleidigungen auf den Herrn Dr. Rehlen, aber nicht allein auf ihn, sondern auch auf uns.

Zunächst wird er hier persönlich gegen unsern ehrenwerthen Freund, der es in seiner Erklärung selber nicht war. Ist es nun gemein, in solchen Angelegenheiten persönlich zu werden, so ist es siebenfach gemein, einem Charakter Eigenschaften zuzuschreiben, die derselbe gar nicht hat. Wir kennen jetzt den Herrn Pfarrer Dr. Rehlen seit 11 Jahren, und haben noch keine Spur von einer Eigennützigkeit an ihm bemerkt.

Nun kommt der Vorwurf der »argen Brandfackel« und wie wir Landbewohner in der Erklärung des Herrn Dr. Rehlen einen offenbaren Aufruf zum Aufruhr, zur Willkühr und Widerspenstigkeit erblickt hätten.

Was war das für eine Brandfackel, die unser ehrenwerthe Freund unter uns Landbewohner geschleudert hat? daß er die Beseitigung der Feudallasten und die Verwaltung der Wälder zum Besten der Landwirthschaft als nothwendig für das Wohl des Bauernstandes hinstellte, und uns damit an eine höhere Stelle verwies: — sonst nichts Anderes hat er gethan, aber freilich dieses in warmer, ergreifender, mächtiger Sprache, wie es die Wichtigkeit der Sache und der Ernst des Augenblicks erforderte. Oder wie? wären wir Landbewohner etwa wirklich so leicht aufregbar zum Aufruhr, sollten dieß wirklich auch andere sonst verständige Männer von uns meinen können? Wäre dieß letztere der Fall, so müßte irgend eine Befangenheit dabei im Spiele seyn, oder es ist Unwissenheit in der Geschichte unseres Standes, Verkennung unseres Charakters. Fragt die Jahrhunderte vor uns, fragt die Herren Partrizier Nürnbergs, ob wir nicht immer ihre getreuen, gehorsamen und ruhigen Unterthanen gewesen sind! Und jetzt sollten wir aufregbar sein, gerade durch einen Mann, der uns die Sonne einer gewissen Hoffnung und die Klarheit unseres Rechtes, mehr, als ein Anderer gethan hat, leuchten ließ. Ja es ist wahr, der Fortbestand der grundherrschaftlichen Lasten war fortan eine Unmöglichkeit, aber gerade deßwegen wußten wir, wie thöricht jede Ungesetzlichkeit wäre, weil nun ihre Aufhebung auf gesetzlichem Wege nothwendig geschehen müßte, und hätten die Stände des Landes es nicht gethan, so gewiß doch das Parlament in Frankfurt. Denn uns, sagt Eisenmann und Dr. Rehlen, muß vor Allem geholfen werden, wenn aus dem Reiche Etwas werden soll. Ja, wenn irgend eine Anlage zu einer Aufregung in uns gewesen wäre, so hätte gerade die offene Erklärung des Herrn Dr. Rehlen sie gedämpft. Und endlich fragen wir: wer ist uns denn seit 3 Monaten auf der Bahn des Aufruhrs, der Willkühr und der Widerspenstigkeit vorangegangen? Von Staat zu Staat sind sie gepflogen, aber nicht von Dorf zu Dorf. Eisenmann sagt: der Bauernstand ist eine Burg gegen Gesetzlosigkeit; und so ist es auch, nur so wollen wirs auch fortan halten. Aber noch ehe Eisenmann dieses große Ehrenwort für uns ausgesprochen, hat es unser Freund gethan nicht in todter Schrift, sondern in lebendiger Rede, mitten unter uns tretend, und zwar gerade, als bereits in den nächsten Städten, die Brandfackel der Widerspenstig keit hell aufloderte. Und wir sollten selber in jener seiner Erklärung einen Aufruf zum Aufruhr erblickt haben? Das hat der Mittelfränkische Forstmann aus der Luft gegriffen, und um den ganzen Sebaldi Wald herum gibt es keinen einzigen Landmann, der dieses gethan hat. Soviel von der Brandfackel. Aber Beleidigungen auf Beleidigungen häufend, fügte der fränkische Forstmann hinzu: es dürfte wohl von den höchsten Stellen strengstens eingeschritten werden, wenn es nicht dazu kommen solle, daß die äußern Bediensteten alle Achtung und Eides (?) gegen den Landmann verlieren.

Das ist ein thörichtes, ein unbesonnenes Wort, für was ihm seine Mitbediensteten wahrlich wenig Dank sagen werden! Denn Jeder muß daraus schließen, daß wir die Achtung der Bediensteten wirklich bereits in so hohem Grade verloren haben, daß sie bald alle seyn wird. Nun, was haben wir denn gethan, daß wir eine solche Mißachtung verdient hätten, haben jene nicht selbst in diesen außerordentlichen Tagen um den Sebaldi-Wald herum ruhig und in Frieden gelebt? Wir haben immer gemeint, daß diese Bediensteten selber alle Ursache hätten, nach unserer Liebe, nach unserer Achtung zu streben: — wir haben zu klagen.

Der mittelfränkische Forstmann schließt zuletzt gegen unsern ehrenwerthen Freund mit den Vorwürfen eines jesuitischen Charakters, der Geistesabwesenheit und eines republikanischen Schwindels. Es wäre thöricht von uns, ihn gegen solche lächerliche Beschuldigungen nur vertheidigen zu wollen; seine Freunde in der Stadt, die ihn weit anders kennen, würden dieß selber uns übel nehmen. Nur diese Thatsachen erlauben wir uns dagegen anzuführen: wer gleich von Anfang den Republikanismus in unserer Gegend bekämpfte, wer die Unruhigen, die Zweifelnden, die Unwissenden mit außerordentlicher Liebe und Geduld immer aufs Neue zu belehren, zu beruhigen suchte, wer überhaupt auf Ruhe, Gesetze und Ordnung nicht nur hinwirkte, sondern sie auch wirklich durchführte, das war — Herr Dr. Rehlen, kgl. Pfarrer auf Kalchreuth.

Das Alles aber sagen wir nicht gegen den mittelfränkischen Forstmann, seinetwegen hätten wir nicht so viel gesprochen, sondern wir sagen's zu unsern ehrenwerthen Mitbürgern in der Stadt, denen seine Erklärung zu Gesicht gekommen ist, und von denen vielleicht manche an den Herrn Dr. Rehlen dadurch hätten irre werden können. Wir vertrauen freudig Eurer Verständigkeit, Eurem Sinn für Recht und Wahrheit. Wir aber mußten für ihn auftreten, weil wir ihn lieben, und Undankbarkeit niemals unsere Sache ist. Ueberhaupt sei Friede zwischen uns und Euch! Bald wird nun der Tag kommen, wo, durch die königl. Unterschrift des Ablösungsgesetzes, alle Scheidewand, die wir nicht mit Gewalt niedergerissen haben, fallen wird zwischen uns und unseren alten Herren, und wir werden die Ersten sein, die dann die Hand zum Frieden bieten, zum Ausbau des neuen deutschen Reichs, zu Schutz und Trutz nach Aussen und nach Innen. Und an diesem Tage, aber nicht vorher werden auch wir aufpflanzen die dreifarbige Fahne und die Fahne unseres Königs auf unsern Thürmen: sie mögen freudig hinausflattern in das Land zum Zeugniß der Geburt einer neuen Liebe für König und Vaterland.

Eschenau, 68 Unterschriften. Kalchreuth, Gemeindeverwaltung. Röckenhof, G.-V. Käßwasser. Wolfsfelden. Gabelmühle. Heroldsberg, G.-V. Stettenberg. Brand, G.-V. Oberschöllenbach, G.-V. Unterschöllenbach, G.-V. Neunhof, G.-V. Güntersbühl, G.-V. Taucherskreuth, G.-V. Berbach, G.-Pfl. Dedenberg, G.-V. Simmelsberg. Ziegelstein, G.-Pfl. Lohe, G.-V. Buch, G.-Pfl. Pondorf. Herrnhütte. Puckendorf. Almoshof. Brandermuhle. Eckenmühle. Hub.

Anfrage.

Viele Bürger Nürnbergs erlauben sich hiemit die Anfrage, wie es denn kommt, daß sie in der jetzigen Zeit ein so ganz schlechtes Brod genießen müssen. Ist hier der Magistrat oder die Bäcker daran Schuld?

(Zu vermiethen.) Ein möblirtes Zimmer nebst Alkov, in der Nähe der Deutschhaus-Kaserne, ist an einen Herrn sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein tapezirtes Zimmer nebst Alkov und 2 Kammern, Küche rc. in sehr angenehmer Lage, ist täglich an eine stille Familie zu vermiethen in L. Nro 115.

(Zu vermiethen.) Für das nächste Ziel ist im Haus L. Nr. 2 an der Fleischbrücke ein großer Laden nebst Ladenstübchen rc. zu vermiethen. Näheres im 2. Stock daselbst.

(Gesuch.) Bei einem soliden Geschäft kann ein junger Mensch gegen Lehrgeld unterkommen. Näheres S. Nro 1.

(Gesuch.) Ein noch gut erhaltener Lederkoffer wird zu kaufen gesucht S Nro 1073 am Sand.

(Verloren) Der obere Theil oder die Krone eines goldenen Armrings, mit Granaten gefaßt, ist am Sonntag den 4. Juni auf der Rosenau verloren worden. Der redliche Finder wird gebeten, es gegen ein gutes Douceur in Nro. 255 b in der vordern Ledergasse zu bringen.

COURSE.

Nürnberg, den 5. Juni 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht.		2 Monat.	
	Brief	Geld	Brief	Geld
Amsterdam	10	2		
Hamburg		87½	8	7
London		121⅞	12	0¼
Wien in 20r.				
Augsburg	12	0		
Frankfrt. a. M		100		
in die Messe				
Leipzig		104⅞		
in die Messe				
Berlin		104⅞		
Paris	9	5⅞		
Lyon	9	5⅞		
Bremen		98⅞		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld
Bayer. Obligat. à 3½ %	72	3
" Bank-Aktien		
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nürnberger-Further ditto		

Geld-Course.

	n. hab.	gesucht
Friedrich- und Augustd'o	9	54
Neue Louisd'or	11	4
Souverainsd'or	16	15
Holländische 10 fl. Stücke	10	6
20 Francs-Stücke	9	31
Oestreich. u. Holl. Duc. etc	5	38
Französisches Gold	5	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	20⅞

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8. Juni 1848. № 160. Donnerstag: Medardus.

†† Die Geldfrage.

In den jetzigen Zeiten der Noth und Bedrängniß im Geldwesen bedarf es wohl kaum der Motivirung, wenn eine Betrachtung über den Umlauf des Geldes, wie er sich in den neuesten Zeiten gestaltet hat, zum Vorwurf der Oeffentlichkeit gebracht wird. — Unsere Zeit, im Politischen gegen frühere Verhältnisse abnorm, ist es auch im Geldwesen, und wie immer ist auch hier die Furcht größer, als die Gefahr. Der soziale Verkehr hat einen Umschwung, eine Richtung angenommen, welche noch nicht da gewesen, eine Richtung, welche von Vielen zur Zeit noch nicht erfaßt, von noch Mehreren aber total mißverstanden wird. Mit den allgemeinen, mit den bürgerlichen, kaufmännischen und Gewerbsverhältnissen ist es derselbe Fall. Es hat ein Mißkredit Platz gegriffen, welcher, wenn er fortbestände, die Vesten des Gesammt-Verkehrs erschüttern, zerstören würde, wenn nicht Aufklärung stattfinden und die leidige Angst bannen könnte. Nach der Uebereinstimmung der geachtetsten und erfahrensten Staats-Oekonomen ist derjenige Staats-Organismus der gesündeste und beste, in welchem die Circulation seines Blutes (des Geldes) am ungehindertsten durch alle Geschäfts-Verzweigungen von statten geht. Wenn aber Epochen, wie die gegenwärtige, hereintreten, wo die Kapitalisten mit den Fonds, welche ihnen zu Gebote stehen, zurückhalten, wenn sie die Baarschaften, die ihnen zurückgezahlt werden, oder die sie von Ausleihungen bei Verfallzeit zurückziehen, in ihre Kassen versperren, dann muß allerdings im Umlauf des Geldes eine Lücke entstehen, welche dem allgemeinen Verkehr fühlbar wird, ohne daß der betreffende ängstliche Private davon eine Ahnung hat. — Es kann angenommen werden, daß im Verhältniß der jetzigen Bedürfniße viel zu wenig baares Geld in Circulation ist. Die für Eisenbahnbauten, für neue Fabrik-Etablissements u. dgl. aufgewendeten und ausgegebenen Summen sind enorm. Wohin sind sie geflossen? Antwort: Sie sind in hunderttausende von Händen und Taschen gekommen, sind zersplittert, nur in kleinen Beträgen in einzelnen Händen, und werden erst nach mehreren Jahren wieder als größere Kapitale erscheinen, wenn durch die vielen Hände, durch die sie gegangen, sie zuletzt zur Abzahlung von Schulden, oder zum Ankauf fester stehender Werthe nach und nach verwendet werden, nachdem sie mühesam zusammengetragen und bis zur völligen Tilgung der Schuld gesammelt worden sind. Diese in kleinen Portionen vertheilten Geldsümmchen machen im Ganzen schon etwas aus. Indessen kann den einzelnen kleinen Besitzern kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie dieselben aufheben, und mit der Zeit zu einem ihnen nutzbaren Zwecke verwenden. Wollte Gott, jeder sammelte sich etwas und schaffte sich dadurch die Mittel zu möglichst freier Existenz, zur Erwerbung eines Eigenthums oder eines seinem Gewerbe nützlichen Instruments oder einer Maschine, denn warum diese Wuth gegen die Einführung von Maschinen, als gerade deshalb, weil der einzelne Meister, dem die Mittel fehlen, sie nicht sich anschaffen kann, also in der Produktion zurückbleibt, während der mit Geld begabte sich die erleichternde künstliche Hülfe schaffen kann? Wir haben so eben gesagt, daß im Verhältniß des jetzigen Bedürfnisses viel zu wenig baares Geld in Umlauf sey. Wir wollen aber zum Gegensatz überspringen, und wollen sagen: es ist niemals mehr baares Geld in Umlauf gewesen, als gerade jetzt, und dies wollen wir vollständig beweisen. Wo sind volle Kassen? Nirgend! Die Kapitalisten haben größtentheils Papiere in den Kisten (die im vorigen Satze erwähnten renitirten Baarschaften sind im Verhältniß zum Allgemeinen nicht so bedeutend, um uns ein Präjudiz zuziehen zu können). Die Kaufleute haben auch kein Geld. Also wo ist das Geld? Wo sind die vorhin erwähnten Millionen für Eisenbahnbauten, für Fabrik-Einrichtungen ausgegeben, wo die in der letzten Zeit für Militär-Ausrüstungen baar bezahlten Summen hingekommen? Je nun, sie sind eben auch dahin geflossen, wo wir sie im letzten Satze gesucht haben. — Zu dieser Kalamität, daß die Geldkräfte aller Länder zersplittert sind, während man sie am allernothwendigsten beisammen brauchte, kommt, daß durch die Aengstlichkeit der Menschen auch noch diejenigen Anstalten, wo früher die kleinern oder größern Kapitälchen und Kapitale verzinslich angelegt wurden, um aus den Händen dieser Anstalten wieder fructivizirlich gegen Sicherheiten auf Kredit anderweit verlehnt und in Umlauf gebracht zu werden, zurückgeholt und versteckt, verborgen und sogar vergraben werden. Die Banken, die Sparkassen nah und ferne können bestätigen, daß sie mit einer noch nicht vorgekommenen Wuth bestürmt worden sind, um die ihnen ohne ihr Verlangen oder Suchen gebrachten Gelder wieder abzufordern, weil die Leute glaubten, es gäbe Krieg und da wäre nichts sicherer, als sein baares Geld bei sich zu haben. Die Kurzsichtigen haben nicht bedacht, daß sie dadurch das herrschende Uebel noch ärger machen, daß sie durch das Einsperren und Vergraben des Geldes ihren Neben-Menschen einen empfindlichern Schaden zufügen, als der Krieg selbst gethan hätte. Durch die maßlose Angst der im Geiste und Begriff von Kredit-Anstalten beschränkten Leute wurden andere mit fortgerissen und jeder glaubte zu spät zu kommen, wenn er nicht sofort sich aufmache, um sein Geld heimzuholen. Leider war Niemand so verständig, um durch sachgemäße Aufklärung dem tollen Treiben Einhalt zu thun, und so kam es denn, daß die Sparkassen sämmtlich über die Gebühr und den gewöhnlichen Gang des Umsatzes in Anspruch genommen wurden, und sich auf jede mögliche Art helfen und mit Baarschaft versehen mußten, da natürlich bei dem bisherigen regelmäßigen Gange und der Gleichmäßigkeit der Rückzahlungen gegen die neuen Anlagen nichts vorauszusehen war, die Kapitalien aber, welche von denselben, gleichsam als Stammkapitale ausgeliehen sind, nicht auf einen Pfiff wieder hereingerufen werden konnten. Daß ein Theil des auf diese Weise durch unzeitige Furcht heimgeholten Geldes nachher auf ungeschickte Weise versteckt und deshalb gestohlen wurde, ist begreiflich. Tadelnswerth bleibt es immerhin, daß Leute, welche vorher die Sparkassen durch mehrfache auf verschiedene Namen geschehene Geldanlagen gemißbraucht und dadurch ihrem eigentlichen Zweck entfremdet hatten, daß solche Leute die ersten waren, welche ihr Geld zurückholten. Es erfolgte daher auch das bekannte Gesetz, welches die baaren Rückzahlungen beschränkte und dabei die Anleger kleinerer Beträge zumeist zu bevorzugen gemeint war. Es hat sich bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, wie wenig Begriff von solchen Geld-Anstalten und ihrem Wesen und Wirken im allgemeinen verbreitet ist, und es wäre vielleicht besser, wenn gewisse Leute statt den großen Haufen mit langen und breiten Auseinandersetzungen der höhern Politik auf ein demselben unbekanntes Feld zu führen, lieber suchen würden, das Näherliegende zu erläutern und zu erklären, damit nicht so schiefe und unbegründete Urtheile Platz greifen können, als dieß zuletzt der Fall war. Wenn aber diesen vorgenannten Anstalten das Geld abgenommen und solches nutzlos verscharrt wird, so ist dadurch die Circulation gehemmt, der Kredit der Privaten noch vielmehr gestört, und es entstehen Crisen, wie die gegenwärtige. Die Kredit-Anstalten und Sparkassen werden ihre bisher ruhig gelegenen Hypothekenbriefe hervornehmen, solche kündigen und ihre Schuldner eben so zwingen, ihnen gerecht zu werden, wie sie selbst um Rückzahlungen angefallen worden sind, und dies ist, wie man hört, schon eingetreten, denn die Sparkassen einiger Städte sollen bereits Kündigungen erlassen haben und dieselben haben daran ganz recht gethan, wenn sie sich rüsten und versehen mit Mitteln, allenfallsigen weitern Anforderungen zu genügen. Wir wollen nicht glauben, daß die Angriffe auf die mehrbesagten Kassen durch schnelle Anforderungen der Zahlung von den sog. Wühlern ausgegegangen sind, um die politische Verwirrung noch durch finanzielle zu vermehren und das Bestehende zu untergraben, um im Trüben fischen zu können. Indessen folgt die Dummheit böswilligen Einflüsterungen sehr leicht.

Deutschland.

Baden. (Heidelberg, den 4. Juni.) Heute verkündete der Vorstand, Hr. Küchler, nach vollendetem Gottesdienste der deutschkatholischen Gemeinde, daß er sie von den wichtigsten Ereignisse seit dem Bestehen derselben in Kenntniß zu setzen habe. Es sei nämlich ein Erlaß vom großh. Ministerium des Innern gekommen, wonach Se. königl. Hoh. der Großherzog von Baden alle bisherigen Beschränkungen der Deutschkatholiken aufgehoben und sie den übrigen christlichen Glaubensbekennern gleichgestellt habe. Somit dürften sie öffentlichen Gottesdienst mit Geläute halten, was bisher untersagt war u. s. w.; die Gemeinde habe Körperschaftsrechte erhalten, und die Mitglieder derselben hätten dieselben staatlichen Rechte, wie die übrigen Christen, da bisher mehre Beschränkungen festgesetzt waren. Von der Führung der Standesbücher vernahmen wir nichts, obgleich auch diese nach obigen Vordersätzen nicht ausbleiben kann. Diese Nachricht verbreitete große Freude in allen der deutschkatholischen Sache günstigen Kreisen. So blieb auch Baden hierin nicht hinter andern Staaten Deutschlands zurück, welche schon vor einiger Zeit diese Gleichberechtigung und Gleichstellung der Deutschkatholiken mit den übrigen Kirchen erklärten. Wir hoffen, daß auch ähnliches in den übrigen Staaten, wo noch nichts hierin gethan wurde, in Bälde geschehen wird, besonders, da der Reichstag nicht ermangeln wird, kräftige Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. — Der Verein für deutsche Reinsprache zählt schon über hundert Mitglieder. (Frkf.-O.-P.-Z.)

(Mannheim, den 4. Juni.) Gestern Abend ist die neueste Nummer der Abend-Zeitung mit Beschlag belegt worden. Die Artikel, welche dieses veranlaßt haben können, sind: 1) „Nur die Republik ist Deutschlands Rettung, von Hecker;" 2) „Erinnerungen aus dem Kammerleben," worin hauptsächlich Welcker gegeißelt wird; 3) „die Wahl des Prinzen von Preußen in die preußische Reichsversammlung und als Gegensatz hiezu die Wahl Hecker's und Struve's in die Reichsversammlung nach Frankfurt." (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 5. Juni.) In der heutigen zwölften Sitzung der deutschen Nationalversammlung ist auf v. Auerswald's Anregung beschlossen worden, wegen Dringlichkeit der Sache sofort einen Ausschuß durch die Abtheilungen niederzusetzen, welcher beauftragt ist, Untersuchung über die Wehrhaftigkeit (in Deutschland) und deren Verbesserung anzustellen, den Zustand der Sicherheit Deutschlands nach Aussen zu erwägen, die Organisation der Volkswehr und deren stets mögliche Verwendung in Berathung zu ziehen und beschleunigten Bericht zu erstatten. Der Ausschuß hat die Ermächtigung zur Vernehmung von Sachverständigen rc. Auf Höfkens Vorschlag wurde sodann der Legitimationsausschuß beauftragt, die Wahlangelegenheiten in den zum deutschen Bund gehörigen, von Deutschen und Slaven bewohnten Provinzen, wo die Wahlen verweigert sind, zu untersuchen. Bezüglich Limburg's wurde beschlossen, die beiden Abgeordneten (der zweite ist gleichfalls angekommen) zuzulassen und den Centralwahlausschuß mit der Aufforderung zum Eintritt zu beauftragen; die Frage über die staatsrechtlichen Verhältnisse von Limburg dem Ausschuß für völkerrechtliche Fragen zu überweisen. Hinsichtlich der Posener Wahlen wurde auf des Präsidenten Vermittlungsvorschlag beschlossen, die Frage über die endgültige Zulässigkeit der Abgeordneten

an den Ausschuß für völkerrechtliche Fragen zur Begutachtung zu weisen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 5. Juni.) Der Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Verhältnisse und für die ihm zuzuweisenden Fragen des innern Staatsrechts hat auf Anlaß des Antrags der Abgeordneten Dahlmann, Michelsen, Francke, Gülich, Engel, Droysen, Claussen, Neergaard, Esmarch und Waitz, die Schleswig-Holstein'sche Sache betreffend, vom 2. Juni, und auf Anlaß eines gleichfalls auf die Schleswig'sche Sache bezüglichen Gesuches von Dr. Mayer, C. B. Golst und J. F. Lorenzen, Abgesandten von Stadt und Amt Hadersleben, vom 2. Juni, in seiner Sitzung vom 3. Juni beschlossen, bei der National-Versammlung folgende Beschlußnahme in Antrag zu bringen: Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die Schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Auch spricht die deutsche Nationalversammlung die zuversichtliche Erwartung aus, daß in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundestruppen nach dem Süden Schleswig's strategischen Gründen beizumessen sey, für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, so wie für die Sicherstellung des durch den erwähnten Rückzug der feindlichen Einfälle etwa blosgestellten nördlichen Schleswig's schleunige und wirksame Fürsorge getroffen werde. (N. Wrzb.)

Hessen. (Darmstadt, 3. Juni.) Eine nicht erfreuliche Maßregel der Noth und des Dranges der Zeit ist eine außerordentliche Einkommensteuer, wozu Ministerialrath v. Schenck gleichfalls einen Gesetzentwurf vorlegte. Sie soll von Besoldungen, Pensionen und anderem Einkommen, sowie von Kapitalien erhoben werden und zwar bei einem Einkommen über 8000 fl. jährlich im Betrage von 5 pCt., von 2500 bis 4000 fl. 4, 1800 bis 2500 fl. 3, 1200 bis 1800 fl. 2, 800 bis 1200 fl. 1, 400 bis 800 $\frac{1}{2}$ und in siebenter oder letzter Klasse zu $\frac{1}{4}$ pCt. — So nothwendig diese außerordentliche Maßregel, welche uns die Revolution, in der wir leben, bringt, auch sein mag, so wird sie doch leider den großen Nachtheil haben, daß die Gewerbe noch mehr darunter leiden, was weiter der Fall sein wird, wenn die auch mehrseitig beantragten Herabsetzungen der Gehalte und Pensionen verfügt werden sollten. Alle, die von solchen Maßregeln empfindlich betroffen werden, müssen sich noch mehr einschränken, und so leidet zunächst dadurch der Gewerbestand. Herstellung und Handhabung der Ordnung und damit Wiederkehr des Vertrauens, das ist es, was vor allem Noth thut und was allein jene gefährlichen Palliativmittel entbehrlich machen kann. Weiter hatte Ministerialrath v. Schenk einen Gesetzentwurf auf Prorogation des Finanzgesetzes vom 5. Oct. 1845 auch auf das zweite Semester von 1848 vorgelegt. Man vernahm dabei zugleich, daß die in Rheinhessen so mißliebige Weinsteuer noch nicht geändert hatte werden können, daß es aber nothwendig noch vor dem 1. Jan. 1849 geschehen müsse. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Kassel, den 3. Juni.) In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurde ein Antrag auf Verminderung der Hofdotation gestellt. Der Antrag lautet: »Hohe Ständeversammlung! Täglich häufen sich die Klagen im Lande; während der Eine über Gewerblosigkeit klagt, klagt der Andere über Druck durch den unmäßigen Wildstand, die noch jetzt bestehenden Abgaben, welche von der früheren Leibeigenschaft herrühren; vielfältig sind die Bitten um Ermäßigung der Holz- und Salzpreise, der Grund-, Gewerb-, Klassen- und Hundesteuer, um Verbesserung des Volksschulwesens. Kurz, die Gewährung aller dergleichen Bitten hat zur Folge, daß entweder die Staatseinnahmen verringert oder die Staatsausgaben vermehrt werden. Ein Jeder, der es gut mit dem Vaterlande meint, fühlt, daß diesen Klagen und Bitten abgeholfen werden muß, aber Niemand vermag die Mittel anzugeben, die den Schaden von Grund aus heilen, ohne das Volk mit neuen Auflagen zu belasten. Zu hoffen steht, daß den Beschwerden über den Wildstand, sowie über die Abgaben, welche von der früheren Leibeigenschaft herrühren, durch das baldige Erscheinen der Gesetze über die Jagd-, und die Lehns- und Meierverhältnisse beseitigt werden. Um jedoch den andern Bitten abzuhelfen, sind noch große Opfer erforderlich. Will man die dringendsten und billigsten Wünsche einigermaßen befriedigen, so bedarf es 1) Ermäßigung der Holzpreise um mindestens 1 Thlr. pr. Klafter, wodurch ein Ausfall an der Einnahme entsteht von 200,000 Thlr. 2) Ermäßigung der Salzpreise um 2 Hllr. pr. Pfd. thut 80,000 Thlr. 3) Zur Verbesserung der Schulen sind unumgänglich erforderlich 160,000 Thlr. 4) Ferner sind bereits bewilligt zu Militärzwecken und weiter gefordert zu Deckung des Kornankaufs u. s. w., sowie zu Kulturkosten im Schmalkaldischen 2c., zusammen 700,000 Thlr. 5) Müssen die Gewerbe eine Unterstützung haben mit mindestens 100,000 Thlr. 1,240,000 Thlr. Bringt man hiervon auch in Abzug die Hälfte der Jahreseinnahme von der Rotenburger Quart mit höchstens 25,000 Thlr., so bleibt doch noch zu decken der Rest mit 1,215,000 Thlr.

Sucht man die Ursache der allgemeinen Verarmung des sonst nicht mittellosen Landes zu ergründen, so springt unter andern der Grund in die Augen, daß seit 17 Jahren dem Lande enorme Summen dadurch entzogen wurden, daß der verstorbene Kurfürst Wilhelm II. das Aufkommen des s. g. Hausvermögens von etwa jährlich 400,000 Thlr., mithin die enorme Summe von 6,800,000 Thlr. im Auslande verzehrte, von welcher Summe nur wenig oder gar nichts in's Land zurückgekommen sein mag. Die Zeit der Mitregentschaft Seiner königl. Hoheit des jetzigen Kurfürsten hat nun den Beweis geliefert, daß, um eine fürstliche Hofhaltung zu führen, nicht gerade 700,000 Thlr. nöthig sind, da der Hof bis dahin nur 355,000 Thlr. empfangen und hiervon, wie man hört, noch große Summen, monatlich 12,000 Thlr., mittelst Anlegung in der Landeskreditkasse erübrigt hat. Die jetzige Zeit erheischt eine Umgestaltung aller bisherigen Verhältnisse und insbesondere Opfer von jeder Seite. Die größten Opfer werden aber von Denjenigen gebracht werden müssen, die am meisten besitzen. Von einem Fürsten, der sein Volk wahrhaft liebt, läßt es sich erwarten, daß er mit Darbringung von Opfern vorangehe, und wir sind daher der Ansicht, daß es nur des Wunsches der Vertreter des Landes bedürfen wird, um Se. königliche Hoheit den Kurfürsten zur Darbringung eines solchen Opfers auf den Altar des Vaterlandes bereit zu finden. Wir hoffen dies um so mehr, als in der Vereinbarung über die Hofdotation vom 20. December 1830 unter IV. Nr. 6 ausdrücklich vorgesehen ist: »daß bei eintretenden Kalamitäten und bei anderen ungewöhnlichen Ereignissen, welche eine Verminderung der Staatseinkünfte aus den Domänen, Bergwerken u. s. w. zur Folge hatten, eine verhältnißmäßige Minderung der Dotationssumme für die betreffende Zeit huldreichst zugestanden werde." — Wir stellen daher den Antrag: „Se. königl. Hoheit den Kurfürsten unter Darlegung dieser und der sonstigen, das Vorhandenseyn einer solchen Landeskalamität kundgebenden Verhältnissen zu ersuchen, auf den Zuschuß zu Seiner Civilliste für dieses Jahr mit 355,000 Thlr. zu verzichten." (Frankf. J.)

Oesterreich. (Wien, 3. Juni.) Nach den heutigen Nachrichten aus Innsbruck vom 1. d. hatten die Nachrichten der Ereignisse vom 26. Mai den Erzherzog Johann, der bereits im Begriffe war, im Namen des Kaisers als Stellvertreter hieher zu eilen, veranlaßt seine Herreise noch aufzuschieben. Man hofft, daß Se. Maj. der Kaiser nach kurzem Aufenthalt in Innsbruck sich nach dem Schloß Persenbeug bei Mölk begeben und dann bald hieher zurückkehren würde. Baron Wessenberg hatte dem Kaiser in Innsbruck aufgewartet und sein Programm als Minister des Aeußern ist von Sr. Maj. genehmigt worden. Der Kaiser bestreitet die Errungenschaften des 13. März und 15. Mai nun und nimmermehr, und mißbilligt »selbst« den ungeschickten folglich strafbaren Versuch gegen die öffentliche Meinung vom 26. Mai in Wien. Baron Wessenberg wird morgen hier zurückerwartet. Baron Doblhof bleibt an der Seite des Kaisers. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß hierdurch des Monarchen allgemeine Zufriedenheit zurückkehren werde. — Heute Vormittag fürchtete man wieder einen Krawall wegen der angeordneten Meldung. Allein die Arbeiter, welche sie hindern wollten, wurden von der Nationalgarde beruhigt. (A. Abdz.)

(Wien, den 3. Juni.) Die Direction der österreichischen Nationalbank hat die Dividende für das erste Semester 1848 mit 40 fl. für jede Actie bemessen, welche vom 1. Julius an behoben werden kann. Im Jahre 1847 betrug nämlich die Dividende für das erste Semester ebenfalls 40 fl. und für das zweite Semester 48 fl. 27$\frac{1}{3}$ kr. Allem Anschein nach wird sich ungeachtet der ungünstigen Zeitconjuncturen auch für das zweite Semester d. J. die gleiche Quote herausstellen. Minder günstig erscheint der gleichzeitig veröffentlichte Stand der Nationalbank vom 30. Mai d. J., aus welchem hervorgeht, daß die Bank gegenwärtig kaum 22 Millionen an bankmäßig ausgeprägter Conventionsmünze und Silberbarren besitzt, während der Banknotenumlauf 177,810,520 fl. beträgt, wodurch sich das Verhältniß des Baarschatzes zum Banknotenumlauf etwa wie 1 zu 8 darstellt. (B.-Z.)

(Töplitz, 31. Mai.) Gestern von Prag angekommene Reisende brachten uns außer der Nachricht von der Errichtung einer provisorischen Regierung auch die andere, daß auf Antrag zweier Renegaten des deutschen Adels, des Grafen Jos. Matthias Thun und Barons Neuberg, eine Deputation der Czechen nach Paris abgeschickt werden solle, um von der dortigen Regierung den Schutz und die Gewährleistung ihrer Nationalität zu erbitten. Das sind dieselben Männer, welche die Wahlen nach Frankfurt als Landesverrath erklärten, weil dadurch die Souveränetät und Integrität des österreichischen Kaiserstaates gefährdet werden könnte! (Köln. Z.)

Preussen. (Berlin, 5. Juni.) Der Preuss. Staatsanzeiger enthält ein Schreiben des Prinzen von Preussen vom 30. Mai, in Brüssel geschrieben: Eurer Majestät zeige ich unterthänigst an, daß ich, dem mir ertheilten Befehl gemäß, London verlassen und den Kontinent wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine Eurer Majestät schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimath zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande, sich zum Heile Preussens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte widmen und sehe dem Augenblick entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe stehen, — die Anerkennung ertheilen werde, welche die Verfassungs-Urkunde für den Thronfolger festsetzen wird.

(Von der Saar, den 1. Juni.) Die Beziehungen mit unseren französischen Nachbarn sind fortwährend sehr freundschaftlich. Vorgestern spielte das Musikcorps des in Sargemünd liegenden Cuirassierregiments in Saarbrücken und gestern hatten unsere Offiziere ihre französischen Waffengefährten jenes Regiments zu einem Mittagessen eingeladen, welches in Siebert'schen Garten stattfand. Bevor die Franzosen zum Mahle giengen, machten sie den Vorgesetzten der Garnison Besuche. Die französischen Blätter an den Gränzen erzählen die Thatsache und knüpfen an dieselbe die Hoffnung, recht bald ein einiges Band zwischen beiden Völkern zu Stande kommen zu sehen. (Frkft. J.)

Sachsen. (Altenburg, 3. Juni.) Am gestrigen Tage fand in Wintersdorf, einem 2 Stunden von hier entfernt liegenden Gerichtsorte des Ritterguts Heuckendorf, eine Demonstration gegen das dasige Patrimonialgericht statt. Eine Zahl von mehreren Hundert Köpfen versammelte sich vor dem Gerichtslokale und verlangte, unter der Wortführung eines gewöhnlichen dasigen Redners und eifrigen Anhängers der republikanischen Partei, die in jener Gegend die meisten Genossen zählen soll, Aufhebung des Gerichtstags und Auslieferung der Akten. Von ersterm Begehren ließ sich, wie man sagt, die Menge durch den stellvertretenden Gerichtsdirektor theilweise abbringen, wegen des zweiten aber mußte ihr von anderer Seite gewillfahrt werden, und sie legte eine Partie der wichtigern Gerichtsakten unter Siegel, nachdem sie noch in verschiedenen umherliegenden Ortschaften, unter denen eine gut einexercirte Landgarde bestehen soll, Alarm blasen lassen, und sich ihre Zahl bis auf einige Tausend vermehrt hatte. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Hamburg, 3. Juni.) Nach den heutigen Meldungen vom Kriegsschauplatze bestätigt sich die Mittheilung, daß in den letzten Tagen eine bedeutende Anzahl dänischer Gefangenen gemacht worden; die meisten Angaben schwanken zwischen 100 und 130 Mann; wenn aber dem »Hamb. Corresp.« aus Schleswig von der Gefangennahme zweier Bataillone geschrieben wird, so müssen wir dieser Meldung in solchem Umfange noch die gerechtesten Zweifel entgegensetzen. Am 2. Juni sollten die preussischen Truppen die von den hannöverschen, oldenburgischen u. s. w. innegehabte Stellung, Alsen gegenüber, einnehmen und dieselben im Vorpostendienst ablösen; die letzteren nehmen ihre Position von Flensburg aus nach verschiedenen Richtungen. Aus dem Eintreffen eines hier am 31. Mai, Abends, angelangten Kuriers an den General Wrangel schloß man auf eine neue Operation gegen Norden; von andrer Seite wird dies entschieden in Abrede gestellt. Bei Apenrade haben drei dänische Dampfschiffe, eine Jacht und ein Schooner 1500 Mann Trup-

ven ans Land gesetzt, nachdem kaum die letzten Flüchtlinge Abends 10 Uhr ausgezogen waren. Im Flensburger Hafen erschien das Dampfschiff „Geyser“ und legte sich dicht an die Landungstreppe. Die Flensburger haben jetzt ebenfalls einen Protest gegen eine Theilung Schleswigs in dänisches und deutsches Gebiet beschlossen; er wird nächster Tage nach Frankfurt abgehen. Ein solcher Akt hat ein ganz besonderes Gewicht in dieser oft angeklagten Stadt. Aus Rendsburg sind am gestrigen Tage die neuvereinten Freikorps, die sämmtlich unter Major von der Tann stehen werden, nach dem Norden wieder abgezogen.

Am nächsten Montage, d. 5. Juni, werden noch zwei Comp. Infanterie des Hamburgischen Bundescontingents nach den Herzogthümern aufbrechen. Es stellt sich immer klarer heraus, daß der letzte Landungsversuch und Angriff der Dänen bei Sundewitt nichts mehr und nichts weniger als Verrath und Wortbruch war. In Frankfurt (wird dem Hamb. Corresp. geschrieben) war es genehmigt, daß General Wrangel Jütland bis zum 28. v. M. räumen sollte. Die Jüten hatten die Malice, an den Straßenecken bei dem Wegzuge anzuschlagen, daß derselbe ihnen den Ort angeben möge, wo sie die 2 Millionen Species ihm nachsenden sollten. Er wird nicht unterlassen, sie zu holen. Rußland soll andererseits die Garantie übernommen gehabt haben, daß die Dänen Alsen und Arröe bis zum 28. Mai räumen, das Embargo aufheben und ihre Schiffe von den Küsten entfernt würden. Die radikale Partei soll indeß in Kopenhagen den Sieg davon getragen haben, d. h. sie hat keinen Frieden schließen wollen, wie wir dies vermuthet haben. In Folge dessen geschah der Ueberfall am vorigen Sonntag, wo man vielleicht zu sorglos gewesen zu seyn scheint. Die Deutschen haben sich aber wacker geschlagen; die Hannoveraner ließen sich nicht Zeit zu schießen, sondern schlugen mit den Kolben darein. Eine Kompagnie Braunschweiger hatte viele Verwundete. Die Anzahl der Todten ist am Sonntage im Verhältniß zu der der Verwundeten nicht sehr groß. Der Prinz Friedrich steht näher nach Tinglef und weiter hinauf. Man vermuthet deshalb später ein wirkliches Treffen. (Wes. Z.)

Vom Mittelrhein, 2. Juni. Der offizielle Artikel des Festungsgouvernements in Mainz vom 26. Mai, den die Frankfurter Blätter mittheilten, hat überall eine tiefe Entrüstung hervorgerufen, und zwar nicht blos deshalb, weil er voreilig über Dinge urtheilt, die erst durch die Untersuchung herausgestellt werden sollen, sondern vielmehr aus dem Grunde, weil er ein schlagendes Zeugniß für die Willkür gibt, zu der sich die Militärgewalt noch immer berechtigt glaubt. In diesem Artikel erklärt die oberste Militärbehörde der Bundesfestung geradezu, sie werde fortan die Presse überwachen, um alle Aufreizungen durch dieselbe zu verhindern. Das heißt doch mit anderen Worten: die Militärbehörde stellt die Mainzer Tagespresse unter Censur, und doch ist diese durch die Stände und den Regenten des Großherzogthums aufgehoben und darf nie wieder eingeführt werden. Diese Bestimmung der Stände und des Regenten ist unter die Garantie der Verfassung gestellt, und wir wissen nichts von einer geheimen Klausel, nach welcher es dem Festungsgouverneur in Mainz gestattet wäre, dort die Preßfreiheit aufzuheben und die Censur wieder einzuführen. Womit gedenkt das Festungsgouvernement die wirklich beispiellose Anmaßung, mit der es sich in die inneren Angelegenheiten des Großherzogthums Hessen mischt, zu rechtfertigen. Wir hoffen nicht, daß es die Kühnheit hat, sich zur Beschönigung dieses Gewaltaktes auf das Reglement der Bundesfestung zu berufen. Dieses Reglement hat für die Bewohner von Mainz gar keine Bedeutung; es ist ihnen unbekannt und hätte, auch wenn es zur Kenntniß derselben gelangt wäre und die Bestimmung enthielte, daß dem Festungsgouvernement die Ueberwachung der Presse zustehe, jetzt gar keine Geltung mehr, da Verordnung, die aus der Blüthezeit des Absolutismus und der Willkührherrschaft datiren, durch die errungenen Freiheiten der Gegenwart von selbst aufgehoben worden sind. Glauben etwa die Herren v. Hüser und v. Jetzer die errungenen Freiheiten des deutschen Volkes gingen sie nichts an? Sie allein könnten und dürften diesen Freiheiten Hohn sprechen? Sie allein hätten von Dem, was ihre Regierungen in Berlin und Wien garantirt, keine Notiz zu nehmen? Haben die Herren nicht daran gedacht, daß sie sich durch Antastung der Preßfreiheit gegen ein, jetzt im gesammten Deutschland bestehendes Gesetz auflehnen? Und dies Verfahren wollen sie vor der öffentlichen Meinung Deutschlands verantworten? Diese Verantwortung dürfte den Herren sehr schwer werden; denn daß sie sich damit rechtfertigen wollen, Mainz habe sich im Kriegszustande befunden, ist nicht gut denkbar und wäre eine von den menschlichen Verirrungen, die mit einem gelinden Ausdruck gar nicht zu bezeichnen sind. Aber sie meinen, die freie Presse habe das preussische Militär in Mainz aufgeregt, und damit diese Aufregung aufhöre, müsse die Preßfreiheit in Mainz unterdrückt werden. Damit ist der preussischen Garnison der Bundesfestung kein sonderliches Kompliment gemacht, im Gegentheil, dieselbe ist auf die Stufe derjenigen gestellt, die für Preßfreiheit noch nicht reif sind. Wir geben zu, daß die Herren v. Hüser und v. Jetzer die geistige Reife des Militärs in Mainz am besten beurtheilen können, aber wir fragen, was geht das die Mainzer an? Sollen diese etwa, weil die Herren Soldaten die Preßfreiheit nicht ertragen können, auf diese hohe geistige Errungenschaft verzichten? Sollen die Bilderhändler in Mainz die ihnen aus Berlin, Düsseldorf und anderen preussischen und deutschen Städten zugeschickten Karrikaturen — im Augenblick der gangbarste Artikel im Kunsthandel — zurücksenden, weil die Herren Soldaten für diesen Genre keinen Sinn haben oder dadurch aufgeregt werden können? Wenn das Festungsgouvernement aus solchen Gründen ein Recht hat, die Preßfreiheit aufzuheben, dann soll es uns nicht wundern, wenn nächstens dieselbe Militärbehörde den wohlhabenderen Bürgern von Mainz untersagt, sich schöne Reitpferde zu halten, damit der Neid der militärischen Pferdeliebhaber nicht erregt werde. Kurz und gut, das Festungsgouvernement in Mainz hat mit Antastung der Preßfreiheit ein Attentat gegen ein in ganz Deutschland rechtskräftig bestehendes Gesetz begangen und wir hoffen, daß die Regierungen von Berlin und Wien sofort Schritte thun werden, um Diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die sich diese Gewalthandlung erlaubt haben. (Frkf. J.)

Von der sächsisch-böhmischen Gränze, 1. Juni. Ich komme so eben von einem Ausfluge nach der großen Fabrikstadt Reichenberg und deren Umgebung zurück, welchen ich unternommen hatte, um mich selbst von der dortigen Stimmung, den czechischen Umtrieben und dem Widerstande des deutschen Elements dagegen zu überzeugen. Czechische Umtriebe, die von Prag aus geleitet werden, habe ich allerdings in Masse wahrgenommen, dagegen geringe oder keine Einflüsse derselben, indem die gesammte Bevölkerung längs der ganzen sächsischen und zum Theile auch schlesischen Grenze eine rein deutsche ist und nicht einmal böhmische Enclaven hat. Es ist dies eine bemerkenswerthe Thatsache. Die deutsche Nationalität schließt sich von allen vier Seiten wie ein Gürtel um das Czechenthum, welches sich ausschließlich auf die innern Kreise des Landes koncentrirt und auch darin von deutschen Vorposten durchdrungen ist. Auf der Strasse von Dresden nach Prag sind bis in die unmittelbare Nähe der letztern Stadt, alle Ortschaften deutsch, und das Gleiche gilt von dem ganzen Nordosten des Landes, welcher den bevölkertsten und gewerbsamsten Theil bildet. Ich glaube, daß auch bei der Abschätzung der Czechen und Deutschen die Zahl der ersteren zu hoch genommen wird. Rechnet man die Bevölkerung Böhmens zu nahe 5 Millionen, so werden und können nur drei Fünftel als rein czech'schen Ursprunges angenommen werden, und wenn man dann das Uebergewicht an Intelligenz und materiellem Wohlbefinden auf deutscher Seite in Anschlag bringt, so dürften die Kräfte sich ziemlich ausgleichen. Aber die Deutschen gebrauchen ihre Macht nicht; der leidenschaftlichen Thätigkeit der Czechen setzen sie kaum einen passiven Widerstand entgegen; in Prag zeigen sie sogar eine erbärmliche Unterwürfigkeit und Demüthigung, ja, sie lassen sich von dem czech'schen Nationalkomité zu Emissären der slavischen Propaganda in die deutschen Bezirke mißbrauchen. In Reichenberg war gerade bei meiner Ankunft einer derselben, welcher es zu arg getrieben hatte, aus der Stadt verwiesen worden; allein daß in Folge der Erkenntniß der ihnen drohenden Gefahren sich die Einwohner verbunden und ihre deutschen Nationalrechte angerufen hätten, kann ich leider nicht berichten. Der geistige Zusammenhang mit dem großen Vaterlande ist seither nur ein sehr loser gewesen; die Grenzsperre hatte die geistigen wie die materiellen Interessen sich entfremdet. Graf Kolowrath, ein Stockböhme, hatte in seiner langen Verwaltung Alles gethan, um das deutsche Element in Böhmen zu demoralisiren und zu schwächen, während er das Czechenthum nährte und groß zog. Jetzt rächt sich diese perfide Politik furchtbar, aber leider auch an den Unschuldigen, denn die Auflösung der österreichischen Monarchie ist das schwerste Hinderniß für den Ausbau des neuen, einigen Deutschlands. Bei dieser Gelegenheit muß ich ausser der Gleichgültigkeit und Abstumpfung der deutschen Bevölkerung Böhmens noch besonders des Verrathes gedenken, welchen der böhmische Adel am Vaterlande und Volke begeht. Dieser Adel, welcher jetzt an der Spitze der slavischen Propaganda steht und so unbändig gegen das Deutschthum verfährt, ist nicht zum achten Theile czechischen Ursprunges, sondern deutsch nach seiner Wurzel und Bildung. Nehmen wir z. B. nur diesen Grafen Thun, welcher der Hauptschreier ist, so finden wir sämmtliche Ereignisse seiner Familie auf den deutschen Blättern der Geschichte Böhmens, als es noch die Kurwürde besaß, verzeichnet. Es ist nothwendig, daß Deutschland diese Apostasie in ihrem wahren Werthe kennen lerne. Dem böhmischen Adel ist es bei seinem nationalen Eifer nicht um Erhaltung des Czechenthums, sondern eben nur um Erhaltung seiner ungerechten Privilegien und Vorrechte zu thun, welche er bei der Bildung eines Slavenreiches sicherer glaubt, als bei der Bildung der deutschen Einheit und Freiheit. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 3. Juni.) Paris ist heute und morgen sehr lebendig. Diese Lebendigkeit hat in den Wahlen ihren Grund, die für das Seine-Departement statthaben. Jede Partei möchte gerne ihre Liste durchsetzen. Kein Wunder, wenn daher in allen Kaffehäusern, Klubs und selbst auf den Straßen stark intriguirt wird. Die Spaziergänger fragen sich nicht: wie befinden Sie sich? sondern: Stimmen Sie für HH. Thiers, Emile v. Girardin und Viktor Hugo? Für Heinrich V. oder die Regentschaft? So weit haben wir es glücklich schon gebracht seit der Februar-Emeute!

Billault, der unter Louis Philipp Minister des Auswärtigen zu werden trachtete, möchte unter der Republik Minister der Finanzen werden. Im Laufe der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gab er von seiner Geschicklichkeit hiezu schon eine Probe. Er entwarf als Berichterstatter des Finanzausschusses ein so düsteres Bild vom Zustand unserer Staatskasse, daß allen Staatsgläubigern angst und bange wurde. Duclerc, Finanzminister, eilte deshalb auf die Bühne, um der Versammlung und ganz Europa zu versichern, daß Billault übertreibe und der Staat seine trimestriellen Zinsen und Sparkassenbeträge, welche die Monarchie verschwendet habe, als ehrlicher Mann bei Heller und Pfennig bezahlen werde. Diese Erklärung rief allseitigen Jubel hervor. Freudenthränen erglänzten in Aller Augen.

Louis Blanc wird heute ohne Zweifel vor Gericht gestellt. Der Prüfungsausschuß hat sich ja mit 15 gegen 3 Stimmen gegen ihn entschieden. Diese Nachricht, mittels des Telegraphen nach Rouen gebracht, rief dort eine solche Gährung unter den Arbeitern hervor, daß Bürgerwehr und Truppen konsignirt sind.

Der Minister des Innern hat an die Präfekten aller Departements Befehle gesandt, keinem Arbeiter mehr den Paß nach Paris zu visiren, der nicht im Voraus sich über vollständigen Privatunterhalt ausweisen kann. Diese Maasregel findet in der demokratischen Presse den herbsten Tadel, in der Bourgeoispresse dagegen einstimmigen Beifall!

Italien.

Die beiden neuesten Mailänder Bulletins vom 1. Jun. 10 Uhr Vormittags und 6 Uhr Nachmittags geben einen Ueberblick über die Bewegungen vom 29., 30. und 31. Mai, bei dem wir nur daran erinnern, daß der Kampf bei Pastrengo und Rivoli nach österreichischen Angaben ein Scheingefecht war. Am 29. griffen die Oesterreicher den linken Flügel des piemontesischen Heeres über Bardolino und Lazise an, um Peschiera zu helfen. Bardolino ward mit der gewohnten Grausamkeit des Feindes beraubt und geplündert. (Worte des mailändischen Berichts.) Aber die pavesischen Freiwilligen, indem sie hier zuerst den österreichischen Angriff aufhielten, gaben drei Detaschements der Regimenter Savoyen-Kavallerie, Savoyen-Infanterie und des vierzehnten piemontesischen Zeit, den Feind zu zerstreuen und ihn mit schwerem Verlust bis Caprino zu werfen. Die Oesterreicher zählten 600 Todte, unter denen viele Offiziere. Von der andern Seite her, von Mantua aus, griffen die Oesterreicher, 20,000 Mann stark, auf drei Punkten: la Grazie, Curtatone, Montanara die Stellung der Toscaner an;

nachdem von den ersten beiden Punkten die Toscaner sich nach muthigem Kampf nach Goito zu zurückgezogen hatten, warf sich die ganze feindliche Macht gegen die Laufgräben von Montanara, die bloß durch 2000 Neapolitaner und Toscaner gehalten wurden. Die Angegriffenen wichen nach 6 Stunden mörderischen Feuers und sammelten sich in Bozzolo und Guidizzolo. Montanara liegt rechts vom Mincio, Bozzolo links vom Mincio, nördlich von Goito, nur etwas südlich von Valleggio. Guidizzolo liegt rechts vom Mincio, nördlich weit über Goito hinaus. Der tapfere Widerstand der Toscaner hatte den Piemontesen Zeit gegeben, sich in der Umgegend von Goito zu sammeln, wo am 30. Morgens die Schlacht begann (wie es scheint, griffen die von Mantua herkommenden, über die Toscaner siegreichen Oesterreicher an.) Kaum hörten Karl Albert und der Herzog von Savoyen Kanonendonner bei Goito, so rückten sie mit 2 Divisionen dahin: als sie ankamen, hatte der Kampf ernsthaft begonnen. Die Oesterreicher wollten den Paß bei Goito erzwingen, um unseren Stellungen in den Rücken zu kommen, jedoch vertrieb sie die piemontesische Artillerie vom Mittelpunkt des Treffens. Einen Augenblick warfen die Oesterreicher ihre ganze Macht auf unsern rechten von Artillerie weniger beschützten Flügel und begannen ihn durch ihre Uebermacht zum Weichen zu bringen, aber rasch eilte der Herzog von Savoyen mit dem zweiten Garderegiment zu Hülfe, und jetzt wurden die Oesterreicher auch hier geworfen. Um 7½ Uhr Abends waren die Oesterreicher in voller Flucht. Die Unsern hatten wenig Verlust gehabt; Carl Albert und der Herzog von Savoyen wurden leicht verwundet, zwei Offiziere von uns getödtet, viele verwundet. Die Feinde zählten viele Todte und Gefangene. Am selben Tag, wie bereits erwähnt, steckte der Feind in Peschiera die weiße Fahne auf; die Garnison erhielt ehrenhafte Bedingungen, mußte aber sogleich den Unsern ein Thor der Festung einräumen. Am 31 konnte sich der Feind, obgleich lange von unserer Cavallerie verfolgt, unter Mantua zusammenhäufen und es erhob sich daselbst eine zweite Schlacht, deren Ausgang man noch nicht weiß. (Auffallen muß, daß von dieser zweiten Schlacht bloß in dem Morgenbülletin, nicht auch in dem acht Stunden spätern Abendbülletin die Rede ist.) (Allg. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Dank und Anzeige.

Allen unsern hochgeschätzten Verwandten, Freunden und Bekannten, welche an der betrübten Beerdigung unsers unvergeßlichen Gatten, Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, Herrn Friedrich Müller, Theil nahmen und seine irdische Hülle so ehrenvoll zu ihrer Ruhestätte begleiteten, sagen wir unsern innigsten Dank und wünschen, daß Sie Gott Alle vor ähnlichen traurigen Unglücksfällen bewahren möge.

Nürnberg, den 7. Juni 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Zugleich bemerke ich, daß ich mein Geschäft unverändert fortführe und mich stets bestreben werde, meine verehrte Kundschaft auf das beste und pünktlichste zu bedienen. Ich bitte daher, das meinem verstorbenen Mann bisher geschenkte Zutrauen auch auf mich überzutragen, indem ich für das bisher geschenkte Wohlwollen herzlich danke.

Margaretha Müller,
Nagelschmidts-Wittwe.

Empfehlung.

Hirschfänger und Tscherkessenmesser von 4 fl. bis 12 fl. pr. Stück empfiehlt einer verehrlichen Stadtwehr, so wie allen übrigen hiesigen und auswärtigen Freikorps zur gefälligen Abnahme.

Ad. Hofmann, L. Nr. 796. Laden S. Nr. 62 an der Karlsbrücke am Trödelmarkt.

Bad Steben.

Bei Eröffnung des Bades Steben empfiehlt der Unterzeichnete sein auf das Bequemste eingerichtete Haus, in der schönsten Lage des Bades.

Thorneck,
Landarzt.

Schusters-Keller.

Heute Donnersta den 8. Juni spielt die Blechmusik des Herrn Lippert.

Pferde - Versteigerung.

Künftigen Sonnabend, den 10 d. Vormittags 10 Uhr werden im Gasthofe zum Wallfisch dahier beim weißen Thurm, drei Postpferde an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung versteigert.

(Anzeige.) In der neuen Gasse S. 1192 sind von dem größten bis zu dem kleinsten Formate alle Sorten Kupferstiche, Lithographien- und Zeichenblätter, Galanterie- und Kinderspielsachen, so wie auch Bilderbögen, Farb- und Tuschkästchen, zu den billigsten Preisen zu haben, es bittet um geneigte Abnahme.

M. H. Fritschel.

(Eingesandt)

Nachdem nun das im vorigen Jahre bestandene Abonnement, zum Besuch des so schön gelegenen Platzes „Belvere" aufgehoben ist, kann es nicht ohne Interesse Vieler sein, wenn man dieses hiemit zur Kenntniß bringt. Einsender dieses, der ein fleißiger Besucher des besagten Ortes ist, kann nicht unterlassen auf die vortreffliche und prompte Wirthschaftsführung, und auf die vorzüglich gut zubereiteten Speisen, die auch verhältnißmäßig billig abgegeben werden, hiemit aufmerksam zu machen, es ist dies zwar bei dem größten Theile des Publikums hinlänglich bekannt bedarf aber doch hauptsächlich der Billigkeit halber in der gegenwärtigen Zeit besonderer Erwähnung

H........r.

Elfter Rechenschafts-Bericht
der
Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

In der am 24sten dieses Monats abgehaltenen General-Versammlung der Aktionairs der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft wurde der Rechnungs-Abschluß des Jahres 1847, nachdem er statutenmäßig revidirt worden, vorgelegt. Durch ihn wird für das Jahr 1852 eine eben so günstige Dividende in Aussicht gestellt, wie in den vergangenen Jahren hat vertheilt werden können

In dieser Zeit des Mißmuths freut es uns um so mehr, obiger Erklärung die Bemerkung beifügen zu können, daß die Gesellschaft seit ihrem Bestehen durch außergewöhnliche Unfälle (bei Hypotheken, Depots oder Wechseln) bis auf die neueste Zeit, nicht allein keine Einbuße (mit Ausschluß von einigen Hundert Thalern) erlitten hat, sondern sich auch für die Zukunft dagegen für geschützt halten darf.

Im Jahre 1847 liefen 707 Anträge mit zu versichernden 942,600 Thalern ein.

Werden die zurückgewiesenen, ausgeschiedenen und verstorbenen Versicherten davon abgezogen, so bleibt ein reiner Zuwachs von 339 Versicherten mit 330,000 Thalern.

Todesfälle betrafen 136 Personen mit 173,400 Thalern.

Am Schlusse des Jahres 1847 war der Bestand der Versicherten

6415 Personen mit Sieben Millionen 593,700 Thalern.

Der aus dem Jahre 1843 entspringende Ueberschuß gewährt den, aus demselben bei der Gesellschaft auf Lebenszeit versichert gewesenen Personen eine Dividende von 14½ pro Cent des Betrages, der innerhalb jenes Zeitraums von ihnen bezahlten Prämien. Diese Dividende wird. den Statuten gemäß, auf die von jetzt ab ferner von ihnen zu zahlenden Prämien in Abrechnung gebracht, respective baar gezahlt

Das Versicherungs-Geschäft hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres seinen gewohnten wachsenden Fortschritt behauptet; seitdem aber durch die eingetretenen politischen und bürgerlichen Verhältnisse eine wesentliche Störung und Hemmung erfahren

Wir müssen uns der Hoffnung hingeben, der noch übrige Theil des Jahres werde bei wiederkehrender Ruhe und Ordnung, eine erneuerte, vermehrte Belebung herbeiführen.

Berlin, den 27. Mai 1848.

Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

C. W. Brose. C. G. Brüstlein. M. Magnus. F. Lütke. Direktoren.
Lobeck. General-Agent.

Vorstehenden Rechenschaftsbericht bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ergebenen Bemerken, daß Geschäfts-Programme unentgeltlich bei denselben ausgegeben werden,

Die Agenten der Berlinischen Lebensversicherungsgesellschaft in Mittelfranken:

Johann Friedrich Goetze, Kaufmann in Nürnberg.
Johann Popp, Tabakfabrikant in Roth.
Jakob Waitz, Kaufmann in Altdorf.
Daniel Ley, Kaufmann in Fürth.
J. D. Strauß, Kaufmann in Neustadt a. d. A.
Daniel Trischel, quiesz. App.-Ger.-Sekretär in Ansbach.

Empfehlung.

Hohl und glatt gearbeitete hellbrennende Lampendochte, die sich auch namentlich für Bäckerei-Beleuchtungen und in Gartenlampen eignen, sind bei mir fortwährend in reicher Auswahl zu haben und empfehle solche hiemit zur gefälligen Abnahme.

Georg Hahn jun., Posamentier
Laden Nr. 63 am Markt.

(Zu verkaufen.) In L. Nro. 205 der vorderen Ledergasse sind 2 junge Königshunde nebst dem Alten zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) In einer schönen Lage ist ein Haus zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) Ein noch in gutem baulichen Zustand sich befindendes großes Karoussell, welches in einen Garten oder auf auswärtige Kirchweihen tauglich ist, wird billig verkauft. Das Nähere in der Exped. d Blattes.

(Zu vermiethen.) In Nr. 551 hinterm Rathhaus ist an ein einzelnes Frauenzimmer oder einen Herrn der seine Möbel hat, an Ziel Laurenzi ein Logis zu vermiethen

(Zu vermiethen.) In dem Hause S. Nr. 757 auf dem Aegydienplatz ist die Wohnung des gegen Mittag liegenden Heizgebäudes an Lorenzi zu vermiethen. Dieselbe enthält 3 heizbare und 1 unheizbares Zimmer, Kochstube, Speis- und Dienstbotenkammer auf einer Etage, Holzgewölbe, Keller, Bodenkammer und Waschgelegenheit, und kann das Miethobjekt täglich eingesehen werden.

(Gesuch) Zur Schlosserprofession wird ein junger Mensch gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht Nähere Auskunft in S Nr. 852 im Spitalhof.

(Gesuch) In einer stillen Familie wird ein braves Mädchen, die kochen kann, sogleich in Dienst zu nehmen gesucht

(Gesuch.) In S. Nr. 1562 wird eine gute billige Guitarre zu kaufen gesucht

(Gesuch.) Ein junges Frauenzimmer, welches in allen weiblichen Arbeiten Kenntnisse hat, sucht nur gegen Kost und Logis; sobald als möglich eine Stelle zu erhalten.

Näheres in L. S Nr. 1162 am Ecke der Tucherstraße

(Gesuch) In einer benachbarten Stadt werden auf ein Haus, welches den gerichtlich geschätzten doppelten Werth hat, fl 4000 als Ablösung der ersten Hypothek zu entnehmen gesucht. Offerten unter W. S. befördert die Exped. d. Bl.

(Gesuch) Ein junger Mensch wünscht die Schuhmacher Profession gegen Lehrgeld zu erlernen. Er besitzt sein eignes Bett Untere Thalgasse S. Nr. 1098.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welches in allen weiblichen Arbeiten wohl erfahren ist, wünscht bis Ziel Laurenzi eine Stelle, als Jungfer bei einer Herrschaft in der Stadt oder auch auf dem Lande anzunehmen. Näheres in der Exp d Bl

(Gefunden.) Auf dem Steinbrücklein ist ein französischer Schlüssel gefunden worden.

(Verleihung) 4 — 5000 fl. sind auf erste Hypothek gegen 4% Zinsen in das Landgericht Nürnberg, Schwach, oder Erlangen, gegen genügende Sicherheit zu verleihen.

Stadttheater in Nürnberg.

Heute Donnerstag den 8. Juni. 1 Vorstellung im Sommer-Abonnement Zum Erstenmal: „Unverhofft“ Posse mit Gesang in 3 Akten von Nestroy. Musik von Müller „Ledig“ Herr Wisetzky als Gast.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9. Juni 1848. № 161 Freitag: Primus.

Der Krieg in Schleswig und die deutsche Politik.

Vom Main, den 6. Juni. Wenn je etwas geeignet war, die Erbärmlichkeit und Unverbesserlichkeit der deutschen Regierungspolitik in das gebührende Licht zu setzen und alle deutschen Herzen mit Schaam und Entrüstung zu erfüllen, so ist es die Art, wie man preussischer Seits in der Kriegführung mit Dänemark zu Werke geht. Zur Zeit, als auf das einstimmige Verlangen des deutschen Volkes in Frankfurt der Beschluß gefaßt wurde, daß der in Schleswig begonnene Kampf als ein nationaler betrachtet und demgemäß von Seite des Bundes mit aller Energie aufgenommen werden solle, hatten die Zustände in Deutschland noch eine ganz andere Färbung. Man wagte es damals noch nicht, dem Gesammtwillen der deutschen Nation entgegenzutreten, und die Versammlung in Frankfurt, bekannt unter dem Namen des deutschen Bundes, zeigte sich sogar bereit, den Volkswünschen zuvorzukommen, weil nur auf diese Weise das drohende Verderben von ihren Committenten abwendbar erschien. Ganz anders dagegen, seitdem die Reaction eingetreten; denn diese sucht nicht nur die innern Freiheiten des Volkes zu verkümmern, sie schlägt auch die Ehre der Nation nach Außen in die Schanze. Zuerst faßte die Bundesversammlung den Beschluß, daß die mit Beschlag belegten dänischen Schiffe in den deutschen Häfen wieder freizugeben seien, während die deutschen Schiffe von den dänischen überall aufgebracht werden, und jetzt räumen die preussischen Truppen ohne alle Garantie von Seite Dänemarks mit solcher Hast die Insel Jütland, daß dies eher einer Flucht als einem freiwilligen Rückzuge gleich sieht; und warum geschieht das Alles? Weil Rußland, weil England dieß haben will. Der Selbstherrscher aller Reußen hat die Räumung verlangt und dem kann man nicht widerstreben, nicht, weil man ihn zu fürchten hätte, sondern weil man seine Hülfe zur Ausführung der reaktionären Absichten vielleicht demnächst bedürfen könnte. Das hinterlistige England, das stets nur auf die Schwächung Deutschlands hingearbeitet hat, weil sein eigener Vortheil es erheischt, hat einen schimpflichen Frieden vermittelt, dessen Bedingungen Preussen zu erfüllen sucht, noch ehe sie von Dänemark gutgeheißen und angenommen sind. Mittlerweile, während der Friedensunterhandlungen greift Dänemark die deutschen Truppen in Schleswig an, bringt ihnen eine Niederlage bei und überhäuft die deutsche Nation noch überdieß mit Hohn, weil sie sich der dän. Kriegsmacht gegenüber genöthigt gesehen, aus Jütland zurückzuweichen. Das aber ist noch nicht Alles; man geht auch damit um, einen Theil des deutschen Gebietes und namentlich die deutsche Stadt Hadersleben, um einen schimpflichen Frieden zu erkaufen, für immer an Dänemark abzutreten. Wahrlich, es gibt kaum einen Ausdruck in unserer Sprache, um dieses schmachvolle, landesverrätherische Verfahren gebührend zu brandmarken. Keine Nation, sei sie auch noch so schwach, würde so etwas thun, keine Nation dergleichen jemals dulden, aber in Deutschland ist Alles möglich. Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß eine andere Gewalt die Ziegel der deutschen Angelegenheiten nach Außen ergreife, denn wir befänden uns sonst auf dem besten Wege, unsere Interessen an die Fremden verhandelt und noch überdieß auch den letzten Rest der Ehre und Achtung des deutschen Namens preisgegeben zu sehen. (Fränk. M.)

Deutschland.

†* (Nürnberg, den 8. Juni.) In vielen öffentlichen Vergnügungslokalen spricht man von Briefen, welche unser Abgeordneter für das deutsche Parlament in Frankfurt, Advokat Dr. Krafft, hieher geschrieben, allein der Inhalt dieser Briefe wird so verschieden angegeben, daß man darüber förmlich irre geführt ist. Andererseits sagt man sich, es seyen Aeußerungen gehört worden, diese Briefe eigneten sich nicht zur Veröffentlichung. Wenn Herr Dr. Krafft seinen Freunden Privatnachrichten, sogar Ansichten über die Frankfurter Versammlungen, zusendet, so mag dieß von ihnen allerdings so geheim gehalten werden dürfen, als es ihnen beliebt, wenn Hr. Advokat Dr. Krafft aber über den Gang der Verhandlungen schreibt, so sollte er billigerweise diese Briefe selbst veröffentlichen lassen, denn er ist vom Volke gewählt und muß dessen Interessen mit Hinblick auf die Interessen von dem ganzen deutschen Volke vertreten und es erscheint ganz in der Natur der Sache begründet, daß er der hiesigen Einwohnerschaft von Zeit zu Zeit Rechenschaft von seinem Wirken beim Parlamente öffentlich ablegt.

* (Nürnberg, den 7. Juni.) Die Geschäftsstockung gründlich geheilt. Die Geschäftsstockung entsteht daher, daß das baare Geld von allen, die es haben, zurückgehalten wird. Hiergegen kann allein Papiergeld helfen, das niemand zurückzuhalten veranlaßt ist. Ein Radikalmittel zur Kur soll die preussische Regierung beabsichtigen, und dieses verdient überall Nachahmung. Sie will alle Staatspapiere mit unverzinslichem Papiergeld zurückzahlen, das aber in allen Kassen statt baar Geld angenommen wird. Hiebei gewinnen alle. Der Staat, indem er die Zinsen erspart. Der Staatspapierbesitzer, indem er den vollen Betrag des Papieres erhält. Der Steuerpflichtige, indem er die Zinsen nicht aufzubringen hat; der Landwirth, Kaufmann, Fabrikant, indem ihm wohlfeile Kapitale angeboten werden, denn jenes Papiergeld hätte für den Empfänger nur dann Werth, wenn er es in Hypotheken, Grundbesitz, Fabriken oder in Handelsgeschäften verwendet, und er müßte daher bemüht sein, es in Umlauf zu bringen, statt daß er jetzt Gold und Silber zurückhält; er müßte Güter und andere Sachen von Werth zu kaufen suchen, statt daß er jetzt das Gegentheil thut, und der Staat könnte ihm hier entgegenkommen, indem er Staatsgüter und Wälder zum Verkauf aussetzt. (L.)

(Aus Rheinbaiern.) Weitaus der größte Theil der Bevölkerung unseres Kreises will — wir sind dessen gewiß — für das deutsche Vaterland weder die Republik noch ein Kaiserthum, wohl aber einen starken Bundesstaat mit Volkssouveränität. Begreiflicher Weise finden daher die Ansichten und Plane der Sonderbundsparteien — insbesondere der bayerischen — hier entschiedene Gegner. Will, so fragt man, unsere Staatsregierung der freudig begrüßten Einheitsbestrebung des großen Vaterlandes auf eigene Faust entgegentreten? Oder hält sie am Ende gar der Mitwirkung des Volkes sich für gewiß? Da bis jetzt der Kaiserslauterer Kreisausschuß unseres Volksvereines mit dieser hochwichtigen Frage, öffentlich wenigstens, sich nicht beschäftiget hat, so möge er nunmehr durch sein Organ hierüber die Antwort des Volkes einholen. Der nahe liegende Weg wäre, in schlichter, ruhiger, aber entschiedener Sprache eine Urkunde aufzusetzen, in allerwärts abzuhaltenden Volksversammlungen berathen und unterzeichnen zu lassen, damit dieselbe sowohl dem bayerischen Staatsministerium als auch dem deutschen Parlamente übersendet werde. Es ist Pflicht, jetzt schon den Sonderbündlern zu sagen, wohin wir uns schaaren, wenn wir zur Wahl zwischen der bayerischen und deutschen Fahne gezwungen werden, und der bayerische Patriotismus mag es glauben, daß uns blos das Band deutscher Einheit fest an Bayern zu knüpfen vermag. (D. Z.)

Baden. (Mannheim, 5. Juni.) Der Staatsministerial-Erlaß, die Deutsch-Katholiken betreffend, lautet dahin: Se. königl. Hoheit der Großherzog haben sich auf den unterthänigsten Antrag Ihres Ministeriums des Innern vom 12. v. Mts., allergnädigst bewogen gefunden, den Anhängern des Leipziger Glaubensbekenntnisses die Befugniß zur Abhaltung öffentlichen Gottesdienstes und Körperschaftsrechte zu verleihen, daß dieselben demzufolge in Beziehung auf die Abhaltung von Versammlungen durch Abgeordnete mehrerer Vereine, auf die Ausübung des Gottesdienstes und Zulassung fremder Prediger keinen andern Beschränkungen unterworfen seyn sollen, als die übrigen Konfessionen, und daß die Bestimmungen der höchsten Entschließung vom 20. April 1846, insoweit sie etwas Anderes enthalten, zurückgenommen werden. Auch soll der Bezeichnung des Vereins als »Deutsch-Katholiken« fernerhin kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Beschlossen im großherzoglichen Staatsministerium am 19. Mai 1848. (Gez. Bekk.) (Mannh. J.)

(Mannheim, den 5. Juni.) Jener Theil der bayerischen Soldaten, in welchem der Geist der Unzufriedenheit eingerissen war, hat heute den Befehl erhalten, schon morgen nach der Rheinpfalz abzumarschiren. Es ist zu vermuthen, daß hiefür andere Truppen in gleicher Zahl einrücken werden. — Wie es heißt, werden aus dem hier liegenden nassauischen Regiment 30 Mann jeder Kompagnie beurlaubt, dagegen die Rekruten einberufen werden. Aus diesem ist zu entnehmen, daß die Nassauer vorerst Mannheim noch nicht verlassen. Der Geist der Zwietracht zwischen diesen Truppen und der Einwohnerschaft, der aus einem Mißverständniß hervorgegangen zu seyn scheint, ist nun gänzlich verschwunden, und ein freundliches Zusammenleben findet statt. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 2. Juni.) Bei der Wahl der Sekretäre der konstit. Nationalversammlung kamen, wie versichert wird, einige etwas seltsam lautende Stimmzettel zum Vorscheine; so namentlich einer, auf welchem es hieß: Bürger Lichnowski, Bürger Schlöffel, Bürger Arnim, Bürger Zitz, Bürger Auerswald, Bürger Vincke etc. Auf einem andern Zettel soll gestanden haben: von Diepenbrock, röm.-kathol. Bischof; Blum, deutsch-kath. Bischof; Hoffmann (von Stuttgart), Mucker-Bischof, Riesser, Judenbischof (wirklich sind die Genannten sämmtlich Mitglieder der Versammlung). (N. Sp. Z.)

(Frankfurt, den 6. Juni.) Gestern Nachmittags traf aus dem nördlichen Schleswig, das von den Dänen wieder occupirt wird, eine Flüchtlingsdeputation hier ein, welche aus circa 50 Personen besteht. Dieselbe wendete sich gestern Abend sogleich an den Bundestag, welche auch noch gestern Abends Sitzung gehabt haben soll. Heute Morgen machte die Deputation dem Präsidenten der Nationalversammlung ihre Aufwartung, und hatte sich der besten Aufnahme zu erfreuen. Der Gegenstand ihrer Mission ist bekannt und wird zuverlässig morgen auch in der Nationalversammlung zur Sprache gelangen. Deutschland wird seine schleswig'schen Brüder nicht verlassen. — Ueberaus lebhaft regt jetzt die Executiv-Gewalt-Frage die Gemüther an. Der Ausschuß ist zur Feststellung seines Antrages gelangt. Er will ein Triumvirat haben mit einem Reichs-Ministerium, welches erstere von Oesterreich, Preussen und dann den übrigen deutschen Staaten ernannt werden soll. Die Minorität des Ausschusses, Robert Blum und von Trütschler, beantragt aber die Ernennung der Exekutiv-Gewalt in einer Person, die sich das Ministerium selbst bilden soll. Sie hat natürlich Heinrich von Gagern im Auge und hofft auch mit seiner Persönlichkeit nirgends anzustoßen. Die Linke hat diesen Antrag vollkommen gut geheißen und läßt alle andere Anträge fallen. So erklärte auch gestern Abend Wesendonk in der Versammlung im „Deutschen Hofe“, die zahlreich besucht war, daß er seinen auf die Niedersetzung einer Executiv-Gewalt von 9 Mitgliedern lautenden Antrag zurücknehme. Die Linke ist jetzt einiger als je und hofft, in der vorliegenden Frage auch das linke Centrum zu sich herüber ziehen zu können. — Wie man von

Ohrenzeugen vernimmt, so ist die Majorität der Nationalversammlung sowohl bei der Volksversammlung in Bergen, wo auch Zitz gesprochen, als auch bei der Arbeiterversammlung in Offenbach nicht auf's Freundlichste beurtheilt worden. (N. W. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 4. Juni.) Nächst der traurigen Erscheinung, wie in Baden deutsche Bundestruppen als „fremde“ gestempelt werden sollten, also gerade hier von Denen, die sonst immer Deutschlands Einheit im Munde führen, krasser Partikularismus gepredigt wurde, — hat nicht leicht eine Begebenheit unserer ereignißreichen Zeit unangenehmer berührt, als die beklagenswerthen Vorfälle des 21. Mai in Mainz. — Hier war man bei der außerordentlichen Theilnahme, welche der Gegenstand erregt hat, auf die angekündigte Interpellation des Abg. Görz aus Mainz, die gestern in der 2. Kammer erfolgte, sehr begierig; indessen gab sie über das traurige Ereigniß selbst keinen besondern Aufschluß. Der Herr Abgeordnete hob, die deutschen Gesinnungen von Mainz betheuernd, nur besonders hervor: 1) daß die preussische Garnison entfernt und durch andere Bundestruppen ersetzt werden müsse, da deren Korpsgeist unerträglich sey und sie mit Stolz auf die anderen Stände herabsehe; die Erbitterung sey so groß, daß eine Versöhnung unmöglich. 2) Das niemals publicirte Festungs-Reglement von 1832 gestatte, wie sich neu herausgestellt habe, dem Gouverneur so ungeheure Rechte, die dieser zu einer nicht gerechtfertigten unerhörten Maßregel gemißbraucht habe, so daß Abänderung desselben für die Zukunft durchaus nöthig. 3) Die Preßfreiheit und die Freiheit, Karrikaturen auszustellen, die nur in Berlin und Leipzig erschienen seyen, wäre unterdrückt worden; eben so 4) die Freiheit der Bürgerversammlungen beschränkt, überhaupt die constitutionellen Rechte in Mainz suspendirt, was nicht zu dulden. 5) Die aufgelöste Bürgerwehr, welche als solche nicht gefehlt, deren Offiziere auf die Preußen zu schießen nicht befohlen hätten, müsse reorganisirt werden ꝛc. — Der großh. Reg.-Kommissär Minist.-Rath Eigenbrodt, sich blos an das Faktische haltend und alles Weitere vom Ausgange der eingeleiteten strengen gerichlichten Untersuchung überlassend, führte an, wie die Sache an die Nationalversammlung in Frankfurt gekommen, diese aber nach erstattetem Berichte ihrer Kommission und einer Diskussion hierüber zur Tagesordnung geschritten sey; wie sich hierauf die Bundesversammlung damit beschäftigt, und nachdem Sachsen einen Garnisonswechsel, Reorganisation der Bürgerwehr und Aufhören der Ausnahmsgesetze, insoweit möglich, beantragt, gleichfalls eine Kommission, bestehend aus den Gesandten Würtembergs und Oldenburgs, den österreichischen und preussischen Militärkommissären angeordnet habe, um mit dem Territorialkommissär in Mainz, Frhrn. v. Dalwigk, dessen Benehmen der großherz. Reg.-Kommissär ehrenvolle Anerkennung bezeigte, zu untersuchen, wie sich das gestörte gute Einvernehmen dauernd herstellen ließe. Auf den Bericht dieser Kommission habe die Bundesversammlung beschlossen: die Frage des Garnisonswechsels als durch den bei ihrer Behörde von der preuß. Besatzung selbst ausgesprochenen Wunsch einer Ablösung erledigt anzusehen; die Reorganisation der Bürgerwehr nach wohlerwogenen Gründen noch auszusetzen bis zur Erscheinung des deßfallsigen Gesetzes; was endlich die Ausnahmegesetze betreffe, so seyen diese soweit möglich bereits modificirt. Ein Verbot der Vereine und der Versammlungen in geschlossenen Räumen sey nicht erfolgt, auch keine Censur in Mainz geübt, sondern nur verlangt worden, keine ruhestörenden Artikel und Karrikaturen mehr erscheinen zu lassen. Man erwarte, daß, wie die Disziplin der Garnison, so auch die Ordnungsliebe der Bürgerschaft zur Erhaltung der Ruhe mitwirke. Wirklich sey auch Ordnung zurückgekehrt und die Erbitterung in den Gemüthern allmählig gewichen. — Besser wäre es freilich gewesen, wenn das Festungsreglement früher publicirt worden; indessen sey es dem Generalstaatsprokurator und allen Gerichtsbehörden mitgetheilt, also bekannt geworden. Auch sey die Errichtung einer Bürgergarde ausdrücklich nur mit Bezug auf dieses Reglement gestattet worden; diese habe sich aber unbekümmert um dasselbe und um die Landesbehörden konstituirt! Die strenge Maßregel der Androhung des Beschießens der Stadt, wenn nicht binnen wenigen Stunden die Waffen abgeliefert, erklärt der Regierungskommissär sich nur durch die eingetretene große Erbitterung, da der Gouverneur stets durch Humanität sich ausgezeichnet habe. Er habe übrigens der Bundesversammlung erklärt, daß er nur beim Angriffe auf die Festung selbst zu so strengen Maßregeln schreiten werde ꝛc. — Der Schluß der Verhandlung betraf weitere gegenseitige Explikationen und einen Antrag des Abgeord. Lehne, der mit ausserordentlicher Heftigkeit die „barbarische“ Maßregel der Androhung des Beschießens der Stadt tadelte und Schritte verlangte, die eine Wiederkehr solcher Maßregeln unmöglich machten. — Der großherzgl. Regierungskommissär, ohne die erwähnte Maßregel, die er auch mißbillige, vertheidigen zu wollen, bemerkte, daß man aber doch auch die andere Seite der Sache ins Auge fassen und die Wichtigkeit der Festung bedenken müsse, dieses Schlüssels von Deutschland! (Frkft. J.)

(Mainz, 3. Juni.) Es scheint, daß unsere Voranzieher mehr Respect vor den regelmäßigen Truppen, als vor unseren Bürgergardisten haben. Als gestern Abend die Voranzieher wieder Miene machten, einem Schleppboote den Durchgang durch die Rheinbrücke zu verwehren, sahen sie sich plötzlich von vier Pikets preussischen und österreichischen Militärs umgeben, die bereit waren, beim ersten Zeichen von Priaterie die Waffen gegen die Störer der Ruhe zu gebrauchen. Dieser Ernst wirkte; das Schleppboot mit den angehängten Schiffen zog ohne Störung zur Freude aller anwesenden Zuschauer durch die Brücke. Uebrigens war das Boot selbst auch mit bewaffneter Macht versehen. — Man spricht von einer Versöhnung zwischen den Bürgern und dem preussischen Militär. Unterdessen rüstet sich aber letzteres, die Festung für immer zu verlassen. (Köln. Z.)

Oesterreich. (Wien, 4. Juni.) Gestern hatte das Ministerium mittelst einer Kundmachung eine freiwillige Werbung für die Armee verkündigen und zu diesem Behuf auf dem Glacis hölzerne Werb-Barraken errichten lassen. Allein die Arbeiter legten ihr Veto ein, strömten in Schaaren herbei und in einem Ru waren die Hütten zerstört. Man schrie laut, daß man ihre Kräfte zertheilen wolle, und daß sich die Jugend jetzt nicht von Wien entfernen dürfe. Die Aula hielt sich entfernt von dieser Demonstration und auch die Nationalgarde wurde nicht beachtet. (Andere Berichte sagen, die Arbeiter hätten sich auf die Vorstellung der Nationalgarde augenblicklich gefügt.) Die Stimmung der Nationalgarde und der akademischen Legion ist heute gefahrdrohender als je, und wir gehen neuen Ereignissen entgegen, deren Tragweite sich nicht bestimmen läßt. Die falschesten Gerüchte werden überall verbreitet, und von dem aufgereizten Volk fest geglaubt. Der Klub des Adlers begab sich in Masse in die Sitzung des Sicherheits-Ausschusses und erhielt dort die Versicherung, daß die bedrohlichen Gerüchte der Annäherung einer Armee gegen Wien grundlos seyen. Das Ministerium verhält sich ganz stumm bei dieser bedrohlichen Lage. Nachts 10 Uhr fand bei der Aula noch ein Verbrüderungsfest der Studenten mit der Nationalgarde statt, wobei Strauß die Marsellaise unter allgemeinem Jubel anstimmte. Erzherzog Stephan ist gestern auf einem Dampfschiff aus Innsbruck zurückgekehrt, und ohne die Stadt zu berühren, nach Ofen geeilt. Baron Wessenberg ist noch nicht aus Innsbruck zurück. (Rgsb. Tgbl.)

(Wien, 4. Juni.) Das gesammte diplomatische Korps begibt sich zum Kaiser nach Innsbruck. Man glaubt allgemein, es stehe dieser Schritt mit der demnächst zu erwartenden Abdankung des Kaisers in Verbindung. — Für das erste Semester 1848 ist die Dividende der Bankaktien auf je 40 fl. festgestellt. — Der Sicherheitsausschuß hat die Untersuchung gegen Professor Hye und dessen Mitangeklagte den zuständigen Gerichten übergeben, jedoch mit der Bitte an das Ministerium um öffentliche Verhandlung des Prozesses. (Rgsb. Tgbl.)

(Obersteyermark, 3. Juni.) Eine Abtheilung des italienischen Infanterieregiments Ferdinand Este, befand sich auf dem Durchmarsch heute Nacht zu Steinach, einem auf der Poststraße zwischen Grätz und Salzburg gelegenen Markte. Bei 60 Mann dieser Abtheilung machten ein Complott, den Hauptmann zu ermorden, die Kompagniekasse zu rauben, und dann durch die Gebirge sich einen Heimweg zu suchen. Um Mitternacht ward auch wirklich der Angriff auf das Posthaus, wo der Hauptmann wohnte, versucht; da aber glücklicherweise der Anschlag kurz vor der Ausführung verrathen wurde, hatten sich die wackern steyerischen Schützen schon versammelt, und kamen eben im rechten Augenblick an, die Post zu vertheidigen. Die Italiener ergriffen die Flucht und zogen in südlicher Richtung fort. Sturmglocken wurden geläutet, und heute ist die ganze Umgegend in Bewegung, um die Marodeurs einzufangen. (A. A. Z.)

(Prag, den 1 Juni.) Böhmen hat sich in eine seltsame Selbstständigkeit zu Oesterreich gesetzt; vom Ministerium in Wien werden keine Befehle mehr angenommen; dem Kaiser theilt man nur mit, was man beschlossen hat. Und wie viele Gebietende gibt es nun in Prag, deren Befehlen nachzukommen auch nicht immer in der Ordnung ist! So haben wir also die neue provisorische Regierung, weiter den terrorisirenden Wenzels-Club, den National-Ausschuß, daneben die Swornost und die Studenten-Verbindung Slawia; nun hat sich auch ein Verein zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Unterstützung der Behörden in der Durchsetzung ihrer verfassungsmäßigen Verfügungen gebildet. Das Alles ist aber noch nicht genug, denn auch der ständische Landes-Ausschuß, d. h. der hohe Adel, macht sich geltend und beansprucht namentlich sein Recht für den zusammentretenden Landtag; man ruft ihm freilich entgegen: „Die politischen Privilegien sind verloren!“ und wir prophezeien dem Adel, daß er durch seine Verbindung mit den Czechen, durch welche er sich im Glanze zu halten suchen wollte, in seinem Ruine ausgehen wird. — Der Dank-Adresse, welche der National-Ausschuß an Jelatschitsch erläßt und worin das unter seinem Dictatoriate stehende dreieinige Königreich aufgefordert wird, auch zuhörende Abgeordnete zum böhmischen Landtage zu schicken, hat sich der Landes-Ausschuß als solcher angeschlossen. Zu diesen böhmischen Mächten kommt nun der furchtbare Slaven-Congreß, um mit seinen slavischen Ansprüchen über die österreichische Monarchie zu entscheiden. Armes Oesterreich, wie zerreißen sie dich, die da vorgeben, dich stark machen zu wollen! Wird denn Deutschland nicht den Slaven gegenüber auftreten und seine Rechte auf die Deutschen geltend machen? Wird Deutschland sie aufgeben? Die neuesten Nachrichten aus Schleswig-Holstein flößen uns leider kein großes Vertrauen zu Deutschland ein, das den mächtig hervorstürmenden Slaven gegenüber noch weniger entschieden auftreten wird, als den aufgeblasenen Dänen. (Köln. Z.)

(Pesth, 1. Juni.) Wir erfahren eben aus zuverlässiger Quelle, daß der Kriegsminister Meßaros eine Untersuchung gegen das Offizier-Korps angeordnet, welches das Manifest an die italienische Armee erlassen. Die sträflichste Stelle in diesem Manifest ist wohl die, in welcher dasselbe über die hiesige Märzrevolution den Stab bricht und sagt, daß es gegen die dem Kaiser treuesten Kroaten nicht kämpfen wolle. — Aus Klausenburg ist eben die Nachricht eingegangen, daß er am 29. Mai zusammengetretene siebenbürgische Landtag sich für die Union erklärt hat. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 3. Juni) Der Prinz von Preussen ist in Potsdam angelangt, wo er seit einigen Tagen erwartet wurde. Er wird vielleicht schon in den nächsten Tagen auf einige Stunden nach Berlin kommen, und wie man glaubt, in der Nationalversammlung erscheinen, da er als Abgeordneter für Wirsitz erwählt, und diese Wahl vorgestern von der Kammer anerkannt worden ist. Er würde auf jeden Fall mit allen Ehren begrüßt werden, aber doch vielleicht besser thun, so lange zu warten, bis die Verfassung berathen ist. — Ich kann Ihnen die Gerüchte nicht verschweigen, welche von Potsdam aus sich verbreiten, und mit aller Bestimmtheit von der Absicht des Königs sprechen, den Thron zu verlassen und die Krone in die Hände seines Bruders zu legen. Es scheint gewiß zu sein, daß der König öfter diesem Gedanken nachhängt und dies soll die Minister vornehmlich bewogen haben, die schnelle Rückkehr des Prinzen so dringend zu begehren. (Brem. Z.)

(Berlin, den 4. Juni, Abends 10 Uhr.) Die große Todtenfeier, welche Berlin heute zur Anerkennung der Märzrevolution veranstaltet hat, ist beendet und kein Ereigniß, das zu einem Bedauern Anlaß geben könnte, ist in ihrem Gefolge. Mancherlei Versuche waren gemacht worden, die Theilnahme zu verringern. Der Bürgerkommandeur Blesson hatte den Mannschaften anfänglich erklärt, daß sie nicht als Bürgerwehr, sondern nur als Privatpersonen sich betheiligen dürften. Sofort erließen die einzelnen Bezirke Aufforderungen, sich zwar nicht durch die Waffen, aber durch die Bezirksnummern an den Hüten kenntlich zu machen. Die fernere Ordre; die Bürger möchten sich in den Häusern konsignirt halten, man könne nicht wissen, was geschehen werde, blieb unbeachtet, und eben so wenig vermochte das durch die Stadt verbreitete Gerücht, man wolle im Friedrichshain die Republik proklamiren, irgend Jemand von der Theilnahme abzuhalten. Um 4 Uhr sammelten sich Alle, welche an dem Zuge Theil nehmen wollten, auf dem Gendarmenmarkte. Man hatte eine so späte Tageszeit gewählt,

tum jeden Schein einer Gesetzverletzung zu vermeiden, und war damit den Wünschen des Polizeipräsidenten, die Feier nicht während des Nachmittagsgottesdienstes vorzunehmen, entgegengekommen. Die Corporationen, welche sich auf den nahegelegenen Plätzen um ihre Fahnen gesammelt und sich, diese voran, nach dem gemeinsamen Sammelplatze begeben hatten, fanden hier bereits eine große Anzahl von Deputirten, die sich auf der Vortreppe der neuen Kirche aufgestellt hatten, vor. In großer Ordnung, je sechs Mann in einer Reihe, bewegte sich der Zug vom Gendarmenmarkt durch die Charlottenstraße, die Linden, den Schloßplatz, die Königsstraße und die Landsbergerstraße bis nach den Gräbern in Friedrichshain vor dem Landsberger Thore. Jeder Abtheilung des fast unabsehbaren, wohl aus 40,000 Menschen bestehenden Zuges wurde ihre Fahne vorangetragen, einzelnen ging ein Musikcorps voraus. Von den zahlreichen Abtheilungen, den den Zug bildeten, nennen wir nur: den Handwerkerverein, die sämmtlichen Clubbs, welchen sich eine Deputation des potsdamer politischen Vereins angeschlossen hatte, die Gewerke, die Maschinenbauer, die Studenten und die Tagarbeiter. Den Buchdruckern wurde eine schwarz-roth-goldene Fahne mit der Inschrift: „Freie Presse" vorangetragen. Der demokratische Club hatte ein riesenhaftes blutrothes Banner mit goldenem Saum und Trauerbändern, die um die Stange flatterten; an diesen Club schloß sich der Zug der „Rehberger", jener Erdarbeiter, welche so lange auf Kosten der Stadt sich gute Tage gemacht haben. Ein anderer Arbeiterzug mit der Inschrift „Brodlose Abeiter" in der Fahne, Tischlergesellen mit einer aus Hobelspänen gefertigten, in den deutschen Farben glänzenden Standarte, Arbeiterzüge der einzelnen Eisenbahnwerkstätten, die Gesellen verschiedener Staatsbauten, die Bürgerschützengilde, die fliegenden Korps der Scharfschützen, der Kaufmannschaft, der Studenten und der Künstler zogen theils durch die charakteristischen Devisen ihrer Fahnen, theils durch auszeichnende Uniformen und dgl. die Aufmerksamkeit in besonderer Weise auf sich. Etwa 1½ Stunde verflossen von dem Abmarsche bis zur Ankunft bei den Gräbern. Um diese her auf dem weiten Felde des Friedrichshains — denn von einem Hain ist bis jetzt nur der Name vorhanden, da die noch sehr schlanken Stämme erst vor etwa drei Jahren gesetzt sind — hatten sich zahreiche Verkäuferinnen mit Lebensmitteln zahlreich niedergelassen. Der Platz hatte hier eher das Ansehen eines Jahrmarkts, als einer Trauerbühne. Die Züge bildeten, langsam heranrückend, einen Kreis um die Grabstätte, in dessen Mitte die von dem Komité gewählten Redner und der sogenannte „demokratische Damenklub," d. h. etwa 20 Damen, die zu den Freundinnen und Theilnehmerinnen der Verhandlungen des demokratischen Klubs gehören, ihre Stelle einnahmen. Von den Rednern begann der Abg. Graf Reichenbach im Namen derjenigen Volksvertreter, welche an der Feier Theil nahmen. Auf ihn folgte der Schriftsetzer Born als Sprecher des Centralcomité der Arbeiter. Die Abg. Assessor Jung, Pastor Müller aus Rienberg, Rector Wander aus Striegau folgten mit begeisterten Ansprachen. Der Student Reich sprach im Namen der Tagarbeiter, Hr. P. Börner im Auftrage des demokratischen Klubs, Assessor Pietsch für den Verein für Volksrechte, der Student v. Salis-Sewis im Namen der Universität. Der Abgeordnete für Jülich, Kaplan v. Berg, der Prof. Benary, Sprecher des Volksklubs, und der Schriftsteller Held schlossen die Reihe der Redner. Den meisten Beifall fanden Reichenbach, Jung, Börner und v. Berg. Graf Reichenbach gab im Namen der Volksvertreter die Versicherung, festhalten zu wollen an den Rechten des Volkes, und für diese zu sterben wie die Helden, an deren Gräbern man stehe. Jung wies auf das Testament der Gefallenen hin, das er im März an derselben Stelle dem Volke von Berlin eröffnet habe; jetzt gelte es, wachsam zu seyn, daß die Vermächtnisse erfüllt werden. Börner richtete seine Worte an die anwesenden Abgeordneten. Er nahm ihnen das Versprechen ab, die Heiligthümer des Volks zu schützen, damit das Vertrauen nicht schwinde, wie es geschwunden sei gegen die Majorität, welche es vermocht habe, »über diesen Wall von Leichen hinweg zur Tagesordnung zu schreiten.« Wahrhaft glänzend war die Rede des Kaplans v. Berg durch ihre scharf und geistreich pointirte Form. Er danke nicht, wie viele Redner vor ihm, für das Blut, das Berlin so reichlich vergossen, sein Dank gelte dem Siege, den Berlin über Verdächtigung und Mißtrauen und zugleich über Reaktion und Anarchie davongetragen. Die Vertreter des Volks werden nicht seine Verräther sein. Man stelle an die Nationalversammlung die Forderung, anzuerkennen, daß sie auf dem Boden der Revolution stehe; sie stehe nicht auf diesem Boden. Die Errungenschaften der Revolution, ihre Bürgschaften für die unveräusserlichen Rechte des Volkes seien bereits Gesetz. Dieses Gesetz sei der Boden, auf dem die Nationalversammlung stehe, und sie werde nicht dulden, daß ein Buchstabe davon in Zweifel gezogen werde. Etwa um 9 Uhr endete die Feierlichkeit. (D. A. Z.)

(Posen, den 31. Mai.) Nachträglich erfahren wir noch so manche Absichten der Polen, welche die Beendigung des Kriegs nicht hat zur Ausführung kommen lassen. So hat man ein Schreiben des Grafen Lipski aufgefunden, worin dieser seinen Plan, eine großartige Höllenmaschine verfertigen zu lassen, entwickelt; am interessantesten aber ist ein von dem ehemaligen hiesigen Justiz-Kommissarius Krauthofer, einem Deutschen, der sich zu den Polen geschlagen und in Folge dessen den Namen Krotowski angenommen hat, für die Presse bestimmter Zeitungsartikel. (Wes. Z.)

(Posen, den 4. Juni.) Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Die am 12. d. Mts. Demarcationslinie behufs der Reorganisation des einer polnischen Administration zuzutheilenden Distrikts wird hierdurch, in Folge der seitdem eingegangenen zahlreichen Reclamationen beider Nationalitäten, in nachstehender Art abgeändert, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß ich diese Linie unter Vorbehalt der Ratifikation durch das königliche Staats-Ministerium als eine definitive betrachte und fernere Reklamationen hierher nicht mehr zulässig sind. I. Regierungsbezirk Posen. 1. Kreis Schildberg. In Berücksichtigung der von der deutschen und auch polnischen Bevölkerung angebrachten Reclamationen geht die Demarcations-Linie von der schlesischen Gränze nördlich von Kempen über Olszowa, Kierzno und Mierkow nach der russischen Gränze, so daß alle südlich der Linie gelegenen und die hier genannten Ortschaften der Reorganisation nicht theilhaftig werden. 2. Kreis Adelnau. Hier werden behufs Anschlusses der Stadt Ostrowo an Schlesien die Ortschaften Granowice, Garki, Krzyna, Bonikow, Huta, Adelnau (Stadt), Klein- und Groß-Topola, Zembcow und Ostrowo (Stadt), von der Reorganisation ausgeschlossen. 3. Kreis Krotoschin. In Folge Reklamation der polnischen und deutschen Bevölkerung modifizirt sich die früherbestimmte Linie so, daß nur die folgenden Ortschaften und die innerhalb dieses Rayons liegenden Etablissements von der Reorganisation ausgeschlossen bleiben. Stadt Zduny und Krotoschin, die Ortschaften Ujazd, Kochale, Schützengilde, Vorwerk Zmyslow, Gorzupia, Carlstein, Orpiszewo, Kolonie Friedrichsfelde, Hellefeld, Rosenfeld, Heinrichsfeld, Haugfeld, Ustkow, Benice, Racyborow, Brzoza, Kolonie Brzoza, Kobierno, Durzyn und Alt-Krotoschin. 4. Kreis Kröben. Den eingegangenen Petitionen für und gegen die Reorganisation entsprechend, fällt die alte Demarcations-Linie von Krotoschin über Kobylin nach Kurzyna fort, die neue dagegen wird von der schlesischen Gränze gebildet und geht dann von polnisch Damme über Schmidt Vorwerk, Vorwerk Folluss, Sarne, Sarnowsko, Konarzewo, Dabrowka-Konarzewo, Dabrowka-Golina, Gerlachowo, Alt-Guhle, Sowiny, Vorwerk Wloski, Ziemlin in die unterm 12. d. Mts. gezogene Linie, so daß die genannte und alle westlich gelegenen Ortschaften an der Reorganisation nicht Theil haben. 5. Kreis Fraustadt. Derjenige Theil des Kreises, welcher östlich der Linie von Vorwerk Tadeuszko über Robczysko, Dobrampsl, Grätz, Stadt Storchnest nach Klein-Woynitz liegt, wird der Reorganisation mit unterworfen, dagegen die genannten Ortschaften, so wie der übrige Theil des Kreises ausgeschlossen. 6. Kreis Kosten. In Folge der Reklamation der königlichen Regierung von Posen, um Herr der Chaussee von Posen nach Glogau zu bleiben, und zugleich in Folge von Reklamationen mehrerer Ortschaften nördlich von Storchnest und westlich des woynitzer See's, wird die neue Linie in folgender Art gezogen: von der Gränze des Kreises Fraustadt über Klein-Woynitz, Polnisch-Jeseritz, Woynitz, Gniewen, Nielegowo, Kurzagora-Hauland, Oberzysko, Piotrkowice, Stadt Czempin, an der Kreisgränze nach Petzen-Hauland, so daß die Chaussee westlich bleibt, die genannten Ortschaften und der westliche Theil des Kreises der Reorganisation nicht, der östlich Linie belegene Theil aber der Reorganisation unterworfen wird. 7. Der Kreis Posen wird der Reorganisation nicht unterworfen. 8. Kreis Schrimm. Die alte Linie von Petzen-Hauland bis Baranowo bleibt und wendet sich von hier über Radzewer-Hauland, Konarskie, Bnin, geht hier südlich am See hinunter, umfaßt die Ortschaften Bladzejewo Hauland und Emon nebst Gauland, geht dann nördlich über Biernatki, Kurnik nach Ronowo, so daß die hier benannten und nördlich dieser Linie liegenden Ortschaften an der Reorganisation nicht Theil haben. Die Aenderung der früheren Demarcationslinie hat ihren Grund darin, daß auf Veranlassung des Kriegsministeriums die Festung Posen ein nicht zu reoganisirender Gebietstheil von 3—4 Meilen umgeben soll. 9. Kreis Schroda. Die neue Demokrationslinie geht von Ronowo (Kreis Schrimm) über Szrodka, Krzyzowniki, Nagradowice, Kleszczewo, Kolonie Kleszczewo, Czerlejno, Czerleinko westlich bei Kostrzyn wobei nach Gwiazdowo über Tarnowo, Glinka, Gurker Hauland, Sanniker Hauland, Wagowo, Siedlicer Hauland, Briesen, Nekla Hauland bis zum gnesener Kreise, so daß die genannten, so wie westlich und nördlich dieser Linie gelegenen Ortschaften von der Reorganisation ausgeschlossen bleiben. II. Regierungs-Bezirk Bromberg. 1. Kreis Gnesen. Von der Reorganisation bleiben ausgeschlossen: Neu-Barszczyzna, Alt-Mistki. Demnächst geht die Demarcationslinie am gnesener Kreise nordwestlich hinauf von Grabowo Hauland über Rakowo, Borower Hauland, Gorannin, Lesniewker Hauland, Lubower Hauland, Immielinko, Vorwerk Woynowo an die Gränze der Kreise Schroda und Gnesen, läuft auf der Gränze dieser beiden Kreise weiter, geht dann nach Vorwerk Gniewkowo nach Wengorzewo Hauland, Popkowice, Stadt Kiszkowo, Dorf Brudzewky, Lagiewniki (koscielne), Vorwerk Olexin, Rydno in westlicher Richtung bis an den wongrowicer Kreis so, daß die genannten und die von diesen Linien umschlossenen westlich gelegenen Ortschaften von der Reorganisatirn ausgeschlossen bleiben. Endlich werden noch der Reorganisation nicht unterworfen in dem an die russische Kränze und den Kreis Inowraclaw stoßenden Theile folgende Ortschaften: Przybrodzin, Powiewerder, Hutawerder, Huta, Kuszyn, Kudkolewo Hauland, Smolniki Hauland, Bunikowo Hauland, Szydlowice und die innerhalb dieses Rayons gelegenen Etablissements. 2. Kreis Wongrowiec. Die Diemarcationslinie geht von Vorwerk Mlynki über Revier Szczodrochowo, Pila, Sosnowiec Krug, Kakulin, Kuszewo, Choiszewo Hauland, Popowo Kolonie, Popowo Koscielne, Wysokie, Sardia, Spirtka, Kozlanra, Wiella, Gorzewo, Grundlowiec, Mierkowici, Rabczyn, Neudorf, Bracholin, westlich bei der Stadt Lekno vorbei und in nördlicher Richtung über Briesen und Gollancz an die schubiner Kreisgränze, läuft auf der Gränze zwischen den Kreisen Wongrowiec und Schubin fort und geht dann über Glogowiniec, Palmirowo, Vorwerk Wladzimir, Rusiec, östlich bei Wapno vorbei über Podolin, Klemmkenhof, Vorwerk Radborowko und Dorf Radborowo bis zur Gränze des Kreises Schubin so, daß die genannten mit Ausnahme von Lenko und Wapno und die westlich und nördlich dieser Linie liegenden Ortschaften von der Reorganisation ausgeschlossen bleiben. 3. Kreis Mogilno. Die Gränze des schubiner und mogilnoer Kreises bildet vom Zusammentreffen mit dem Kreise Wongrowiec ab die Demarcationslinie, welche die Belka-, Schrama-, Nagurnik- und Grabina-Mühle mit einschließt, dann die Ortschaften Mielno Hauland, Mielenko Hauland, Jeziora, Hutapaledzka, Sadowiec, Lawki, Powiadacze Wikno Hauland, Grabowo, Jastrzebowo, Dabrowo umschließt, über Paledzie Koscielne, Padniewko, Mogilno, Swierkowiec, Kwieciszewo, Gembitz nach Zbytowy, Kreis Inowraclaw, geht, so daß die genannten Ortschaften und die nördlich dieser Linie belegenen von der Reorganisation ausgeschlossen werden, dagegen die südlichen der Reorganisation unterworfen bleiben. Im südöstlichen Theile des Kreises sind die Ortschaften Sieblachna Hauland, Wulka, Galeczinek Hauland, Orchowiec Hauland, Orchowo, Ossowiec Hauland, Przybroda Hauland, Suszewo, Orchowska Hauland, Lienowiec und die innerhalb dieses Rayons liegenden Etablissements der Reorganisation nicht unterworfen. 4. Kreis Inowraclaw. Der ganze Kreis Inowraclaw bleibt von der Reorganisation ausgeschlossen. In denjeigen Kreisen, welche hier nicht erwähnt worden, ist eine Veränderung der Demarcationslinie nicht vorgenommen, und bleibt die Bekanntmachung vom 12. v. M. maßgebend. Ich mache zugleich denjenigen, die des Umtausches ihrer Grundstücke wegen hier eingekommen sind, hiemit bekannt, daß sich zwar viele Grundbesitzer des zu reorganisirenden Theils gemeldet haben, um ihre Grundstücke gegen solche zu vertauschen, die in die deutsche Linie fallen, daß dagegen von den polnischen Grundbesitzern des nicht zu reorganisirenden Theils sich bis dahin nur zwei zu einer Uebersiedelung in den polnischen Antheil gemeldet haben. Posen, den 4. Juni 1848. Der königl. Kommissarius, General der Infanterie v. Pfuel." (Pr. St.-A.)

(Posen, den 1. Mai.) Russische Agenten scheinen auch jetzt mit aller Macht dahin zu arbeiten, noch den letzten Faden zu zerreißen,

der die Polen an Deutschland bindet, durch Hervorrufung von Demonstrationen, die zu neuen Conflicten führen müßten und hier in Posen namentlich nur mit einem furchtbaren Blutbade enden könnten. Schon seit längerer Zeit sah man die Spur russischer Agenten unter dem Volke, dem sie durch Schilderung russischer Zustände, Vergleichung des preußischen Barbarismus mit dem dagegen human zu nennenden Verfahren der Russen 1831, durch Erklärungen, wie russischen Sitten, Sprache und Religion der polnischen fast gleich seien, wie die Polen hier doch wünschen müßten, mit ihren übrigen Brüdern wenigstens vereinigt zu sein rc., Sympathieen für Rußland einzuflößen suchten; und mit Schmerz mußte man sehen, wie die Saat auf fruchtbaren Boden fiel. Nach diesen Vorbereitungen suchte man hier in Posen eine Demonstration zu Gunsten Rußlands hervorzurufen. Aus den untersten Schichten des Volkes stieg nach und nach das Gerücht auf, heute, am 1. Juni, und Himmelfahrts-Feste, werde ein großer Festzug mit russischen Fahnen und Cocarden Statt finden; gestern war die Ueberzeugung von der Wahrheit dieses Gerüchtes im Volke so fest geworden, daß man für heute Excesse fürchten mußte, weßhalb Ostrowski und andere Polen sich auf die Commandantur begaben, und um eine warnende Bekanntmachung an das Volk baten. Die Bekanntmachung wurde am Abende durch Mauer-Anschläge erlassen, und denselben, so wie den Belehrungen durch gebildetere Polen ist es denn auch gelungen, einer so gefährlichen wie unklugen Demonstration vorzubeugen. — (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein. Am Morgen des 3. Juni sind die Freischaaren aus Rendsburg unter den lebhaftesten Acclamationen der Bevölkerung wieder ausmarschirt. Das einheitliche zu organisirende Korps der Freiwilligen für Schleswig-Holstein soll bis zur Stärke von 1200 Mann gebracht werden; Major v. d. Tann übernimmt das Kommando. Am Abend vor dem Ausschuß wurde demselben ein schöner Fackelzug dargebracht. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 4. Juni.) Heute also finden die Ergänzungswahlen für die Nationalversammlung statt. Vor Dienstag Mittags läßt sich schwerlich ein Resultat mittheilen. Die prinzlichen Kandidaten: Joinville, Herzog von Bordeaux, Napoleon Louis Bonaparte rc. haben wenig Aussicht auf Erfolg. Aber schon ihre bloße Ausstellung als Kandidaten an den Mauern von Paris war ein sehr bemerkenswerthes Zeichen der Zeit. Die Republik muß tief in der Seele eines Volks wurzeln, das dergleichen Plakards belächelt und nicht abreißt.

Der Moniteur bringt heute folgende Verordnungen der Vollziehungsgewalt, welche aus den Beschlüssen der Nationalversammlung bereits bekannt sind: 1) Dekret, das die Nationalwerkstätten reorganisirt, sie der Arbeit auf Tagelohn entzieht und alle Arbeiter, welche nicht seit mindestens drei Monaten in Paris ansässig waren, fortweist. 2) Dekret, das den Gemeindebehörden von ganz Frankreich befiehlt, keinen Arbeiter mehr nach Paris Päße zu ertheilen, daß seine hunderttausend Nationalarbeiter selbst nicht beschäftigen könne. Das Feld biete jetzt viele Beschäftigung dar. Man solle sie also dem Ackerbau zuwenden. 3) Dekret, das den vom Verfassungs-Ausschuß auszuarbeitenden Entwurf der neuen Staatsverfassung zu drucken und vertheilen und vorher in den Abtheilungen der Nationalversammlung zu berathen befiehlt, ehe er von der Rednerbühne herab im großen Sitzungssaale öffentlich diskutirt werde. 4) Dekret, das die Tuilerien unter die ausschließliche Obrigkeit des Bürgergenerals Clemens Thomas stellt.

Aus Algerien erfahren wir, daß Achmet Bey in Constantine eine Rebellion angezettelt hatte, deren Zweck auf nichts Geringeres hinauslief, als die Stadt anzuzünden, zu plündern und die Franzosen niederzumetzeln. Der Plan wurde jedoch bei Zeiten verrathen.

Nächsten Dienstag wird der große Reinigungs-Prozeß in den Nationalwerkstätten vorgenommen. Das Staatsbautenministerium hofft zunächst die Zahl der Arbeiter von 115000 auf 90000, also um 1/5 herabzudrücken und sie dann in den Nationalwerkstätten für Privatindustrieen nach dem Stück arbeiten zu lassen. Die Auswärtigen werden auf dem Schub fortgebracht, wenn sie maulen. Die schönen Pferde und Kabriolets, welche die Direktoren von einem Ende der Stadt zum andern führen, sind zum Verkaufe ausgeboten. Der Triumph der Bourgeoisie ist vollständig.

Italien.

(Verona, den 4. Juni.) Peschiera soll nun also doch in die Hände des Feindes gefallen sein! Der Hunger hat es bezwungen. Die versuchte Proviantirung vom See her ist mithin nicht gelungen! Aber warum geschah gar nichts zu seinem Entsatze auf der Landseite? Hatte der Feldherr sie ganz vergessen? Diese arme Festung war über sechs Wochen aufs Engste eingeschlossen und wehrte sich gegen zwei Feinde, den auswärtigen und den Hunger, mit einem Muthe und einer Ausdauer, die allgemeines Staunen erweckten. Da bekommt der Feldherr Verstärkungen — und zieht, nachdem sie früher ganz unnützerweise vor Vicenza einige Einbuße an Zeit und Menschenleben erlitten — in die weite Welt, nur dahin, nicht wo der Kern der feindlichen Macht stund, und wo seine Hülfe am nöthigsten gewesen wäre! Seit dem übrigens rühmlichen Treffen am Curtatone wurde nichts mehr von ihm gehört. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden im Wege der Hülfsvollstreckung 1500 Dutzend Büchsen Zündhölzchen öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung

Donnerstag den 15. l. M. Vorm. 10 Uhr

im diesgerichtlichen Verganntungslokale versteigert.

Nürnberg, am 6. Juni 1848.

Seyffert.

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden bringen wir hiemit die betrübende Nachricht, daß unser lieber Gatte, Vater und Großvater,

Herr Joh. Peter Müller,

Wirthschaftsbesitzer,

nach fast vierjährigem Leiden am 7. Juni Nachm 2 Uhr in Folge gänzlicher Entkraftung in einem Alter von 72 Jahren 5 Monaten sanft entschlafen ist.

Um stille Theilnahme bitten

Nürnberg, den 7. Juni 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Einladung.

Die verehrlichen Aktionäre der

Aktien-Türkischrothfabrik

werden hiemit zu einer Generalversammlung auf

Donnerstag den 15. Juni d. Js.,

Nachmittags 3 Uhr im Saale des bayerischen Hofes dahier eingeladen, dabei auf die in §. 33 der Statuten bemerkten Berathungsgegenstände und insbesondere die durch die Zeitverhältnisse herbeigeführte Geschäftsstockung, so wie auf das in §. 35 ausgesprochene Präjudiz aufmerksam gemacht.

Die Legitimation und resp. Vorzeigung der Aktien kann in der Stunde vor Beginn der Generalversammlung im genannten Lokale geschehen.

Nürnberg, den 31. Mai 1848.

Das Direktorium und der Ausschuß der Aktien-Türkischrothfabrik.

J. C. Leuchs. C. V. Crämer.

(Empfehlung.) Unterzeichneter macht hiemit die Anzeige, daß er den Wöhrder Markt nicht bezieht und bringt dem verehrlichen Publikum, wie auch seiner werthesten Kundschaft zur Kenntniß, daß in seinem Hause S. Nr. 1320 der Hirschelgasse zu jeder Zeit vorräthige Arbeit für Herren und Damen zu haben ist, und bittet deshalb ihn mit zahlreichem Besuche zu beehren.

Blias Richter, Schumachermeister.

Der Ausschuß des Hülfs-Vereins für nothleidende Manufaktur-Gewerbe bringt zur Anzeige, daß die Bestellungs-Zettel für die bis jetzt geschehenen Anmeldungen Freitag, den 9 dss. Nachmittag 3 — 6 Uhr im Lokale des Gewerbs-Vereins (Augustiner Kloster) in Empfang zu nehmen sind. Wegen der Feiertage finden die nächsten Anmeldungen Dienstag den 13 dss. von 8 — 12 Uhr Vormittags statt.

Nürnberg, den 7. Juni 1848.

Hummelstein.

Heute Freitag den 9. Juni findet bei günstiger Witterung Blechmusik statt, wozu hiemit höflichst einladet

J. Fahner.

Haus-Verkauf.

Das Haus Nro 107 an der Hauptstraße in Gostenhof, nebst Hinterhaus, wird verkäuflich abgegeben, und ist das Nähere zu erfragen bei

J. C. Schroll,
Kaufmann daselbst.

(Eingesandt.)

In neuester Zeit ist eine Entschließung, „Kammer der Finanzen,“ durch das Forstamt Altdorf den unterzeichneten Landeingeforsteten zugegangen, welche so schlecht geschrieben ist, daß niemand dies Geschreibsel lesen kann. Es fragt sich nun, ob dies vielleicht absichtlich geschah? oder aber, ob der Schreiber es wirklich nicht besser konnte. Im letztern Falle wäre es wünschenswerth, solchen noch einmal in die Schule zu schicken. Durchaus nothwendig erscheint es aber: oben beregte Entschließung von Amtswegen den Betheiligten vorzulesen.

Die sämmtlichen Waldberechtigten zu Engelthal.

(Gesuch.) Ein hiesiger verheiratheter Mann in den besten Jahren wünscht in einer Fabrik oder sonst in irgend einem Handlungshause als Auslaufer oder zur Besorgung der Gänge, unterzukommen und kann auf Verlangen auch Kaution stellen. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Verlaufen.) Ein kleiner schwarzbrauner russischer Hund mit weißen Vorderpfötchen hat sich verlaufen, es wird gebeten, denselben in L. Nr. 308 gegen ein Trinkgeld abzugeben.

(Gesuch) Ein junger Mensch wünscht die Schuhmacher-Profession gegen Lehrgeld zu erlernen. Er besitzt sein eignes Bett. Untere Thalgasse S. Nr. 1046.

(Gesuch) Ein junger Mensch wünscht die Drechsler-Profession zu erlernen, und sucht baldmöglichst in einer Werkstätte einzutreten. Näheres S. No. 1071.

(Gesuch) Ein Marqueur wird sogleich gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch) Ein Mädchen, welches Kleidermachen kann, und schön und flink arbeitet, wünscht in Häusern Beschäftigung zu erhalten.

Empfehlung.

Hohl und glatt gearbeitete hellbrennende Lampendochte, die sich auch namentlich für Bäckerei-Beleuchtungen und in Gartenlampen eignen, sind bei mir fortwährend in reicher Auswahl zu haben und empfehle solche hiemit zur gefälligen Abnahme.

Georg Hahn jun., Posamentier
Laden Nr. 83 am Markt.

Zu vermiethen.

In der Nähe des Rathhauses ist eine kleine Wohnung, aus Stube, Alkov, Kammer, Küche mit Kochofen, Holzlage rc. bestehend, am Ziel Laurenzi an eine einzelne Person oder auch an eine kleine Familie ohne Kinder zu vermiethen.

Für Auswanderer.

So eben ist erschienen und in unterzeichneter Buchhandlung vorräthig:

Die Seekrankheit.

Mittel und Rathschläge

derselben vorzubeugen,

nebst einigen anderen Bemerkungen für Auswanderer nach Amerika.

Aus praktischer Erfahrung.

Preis 12 kr.

C. H. Zeh'sche Buchhandlung
in Nürnberg.

Arena.

Freitag den 9 Juni: „Drei Väter auf Einmal“ Posse in 1 Akt von Kotzebue. Hierauf: „Der Verrath“ Lustspiel in 1 Akt von Kotzebue. Zum Schluß: „Eigensinn“ Lustspiel in 1 Akt von Benedix

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

17 78 73 26 72

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10. Juni 1848. № 162 Samstag: Onophrius.

Deutschland.

Bayern. †* (Nürnberg, 9. Juni.) Es geht der Redaktion nachstehendes Schreiben zur Veröffentlichung zu, das wir hiemit dem Publikum übergeben mit dem Ersuchen an den Berichterstatter der in der mittelfränkischen Zeitung Nr. 157 geschilderten Vorfälle in Bamberg, derselbe wolle sich darüber öffentlich erklären und dabei der Wahrheit strenge treu bleiben. Das angeführte Schreiben lautet: In der mittelfränkischen Zeitung vom 5. Juni d. Js. Nr. 157 befindet sich aus »Bamberg, 3. Juni,« unter dem Zeichen ‡ ein Artikel, welcher grobe Anschuldigungen gegen das nach Bamberg detachirte 2. Bataillon des kgl. 13. Infanterie-Regiments (Hertling) enthält. Der Unterzeichnete als derzeitiger Kommandant dieses Bataillons nimmt daraus Veranlassung, den Inhalt dieses Aufsatzes als gänzlich unerwiesene Verläumdungen zu erklären; er könnte diese seine Behauptung durch die Zeugnisse des königl. Stadt-Kommissariats eben sowohl, wie durch jene der vorgesetzten Militärbehörden bekräftigen, wenn nicht die Tendenz jener Parthei, von welcher aus bekanntem Grunde derartige Aufreizungen fortwährend ausgehen, ohnehin zu klar ersichtlich wäre, als daß es noch solcher Beweise bedürfte. Wenn übrigens der Einsender jenes Artikels durch dessen Schlußsatz eine persönliche Beleidigung des Unterzeichneten beabsichtigen wollte, so muß er — wenn er ein Mann von Ehre ist, aus seiner Anonymität hervortreten und dem Unterzeichneten persönlich Rede stehen. Bamberg, den 7. Juni 1848. Manz, Major.

Braunschweig. (Braunschweig, 5. Juni.) Behufs Verstärkung unseres Truppenkorps wurden am 3. d. M. 400 Mann auf der Eisenbahn nach Schleswig gesandt. Wie die diplomatische Führung der dortigen Angelegenheiten im Allgemeinen räthselhaft erscheint, so ist es auch wieder unbegreiflich, weshalb man Rekruten und nicht eingeübte Leute, namentlich nicht unser vortreffliches Jäger-Bataillon nachsandte. Ob die deutschen Mächte dort in ihren Maßregeln für Deutschlands gekränkte Ehre eben so mannhaft und treu handeln, als unsere tapfern Soldaten gegen den Feind gehen, darüber hört man viele bittere, für patriotische Herzen drängstigende Zweifel. Brütet doch über den einzelnen Thatsachen, ihren Veranlassungen und Erfolgen ein so unerklärliches Dunkel, daß wir noch nicht einmal mit Bestimmtheit von den Verlusten unterrichtet sind, die, Dank einer seltsamen Taktik, unsere Truppen erlitten. (Mgdb. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 5. Juni.) Aus verschiedenen Theilen unseres Vaterlandes tönen Ansichten zu uns herüber, die unglückverheißend für unsere Zukunft seyn würden, wenn wir annehmen müßten, daß sie die Stimme jener Volksstämme seyen, von welchen sie ausgehen. In Hannover spricht sich ein Minister der Krone unumwunden gegen das Princip aus, welches das deutsche Volk an die Spitze seines neuen Staatsrechts gestellt; in Bayern versucht man, gegen schuldgegebene Sonderungsgelüste eine officielle Vertheidigung, die allerlei Engherzigkeiten zwischen den Zeilen zu lesen gibt. Der Minister, Graf Bray, hält es der Mühe werth, an dem Schlusse der landständischen Versammlung die deutsche Gesinnung der bayerischen Regierung zu rechtfertigen, kann jedoch dabei nicht unterlassen, „an Bayerns glorreichen Namen, an Bayerns in Deutschland stets eingenommene hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie" zu erinnern. Wir sind gewiß die Ersten, die dem tapfern, ächt deutschen bayerischen Volksstamm volle Gerechtigkeit widerfahren lassen; wir erkennen an, daß das schöne eigenthümliche Wesen der Entwickelung eines jeden Volksstammes, bei voller ungetrübter Beibehaltung des deutschen Grundtons, eine Fülle und Mannichfaltigkeit des politischen und socialen Lebens zu Tage gefördert, wie wir dieß bei keinem andern Volke finden. Heute ist aber der Tag angebrochen, wo die verschiedenen, zum Theil auseinandergehenden Bestrebungen der Völkerschaften nach einem gemeinsamen Mittelpunkte gelenkt, die unterschiedenen naturwüchsigen Töne zu einer klangvollen Harmonie umgeschaffen werden sollen. Weder der bayerische Posaunenton, noch die hannover'sche Clarinette sind im Stande, den Eindruck eines vollständigen Tongemäldes zu geben. Der Einzelton muß bescheiden seyn; er kann seine Bedeutung nur in der innigsten Verwebung mit dem Ganzen finden. Aber wir müssen bei Beurtheilung von auftauchenden Sondergelüsten gerecht seyn. Das deutsche Volk, — was so viel heißt, als alle deutsche Volksstämme zusammengenommen — hat sich zur Idee einer stark ausgesprochenen Einheit mit seltenem Enthusiasmus erhoben; es will ein einiges Volk seyn, unbeschadet der provinzialen Fortbildung der Stämme. Aber ein Anderes ist: Stammeseigenthümlichkeit, ein Anderes, dynastisches Interesse. Selbst die trefflichen Männer, die in unsern Tagen in ihrer Mehrzahl an der Spitze der Verwaltungen der einzelnen Staaten stehen, sind nicht im Stande, sich von der Begriffsverwirrung frei zu halten, welche dynastische Interessen auf der einen, und Regierungsinteressen auf der andern Seite jeden Augenblick in jenen höhern Regionen hervorbringen. Wohlverstandene Regierungsinteressen sind nimmermehr feindselig gestellt gegen das Leben des Volksstammes, gegen das Leben der ganzen Nation. Das neueste Staatsrecht erkennt in der Regierungsgewalt nur eine in dem Gesammtwillen des Volkes hervorgehende Vollziehungsbehörde, durch welche der gesetzgebende Wille des Volkes in Ausführung und Lebensthätigkeit gesetzt wird. Weise Fürsten erkennen dieß an und geben ihre dynastischen Interessen dem Volke gegenüber auf. Nur so können sie lebenskräftige Glieder eines großen, mächtigen Volkes seyn. Man suche sich nicht zu täuschen, das alte Staatsrecht ist mit dem Jahre 1848 zu Grabe getragen, — jenes alte Staatsrecht, welches in dem Satze des verstorbenen Rechtslehrers Zachariä in Heidelberg seinen treuesten Ausdruck gefunden: „Das Volk hat einen Willen, in wiefern es einem Herrscher gehorcht, dessen Wille von Rechtswegen, als der Wille jedes Einzelnen im Volke zu betrachten ist." Dieses verrostete Staatsrecht ist gleichbedeutend mit dem sogenannten tausendjährigen Rechte bisheriger Gewalthaber. Das Dynastenrecht fällt mit jenem Staatsrecht und es bleibt seit dem Jahr 1848 nur das große unveräußerliche und unverjährbare Volksrecht übrig, welches alle vernünftigen Fürsten anerkennen, die ihre Ehre darein setzen, in dem Volke aufzugehen, mit dem Gesammtvolke zu leben und zu sterben. Vor Allem aber hüte man sich, die sogenannte Familienehre einzelner Regentenhäuser dem Volkswillen entgegenzusetzen, um die Gestaltung eines einigen Deutschlands zu hindern. Die Volksstämme wollen nicht abermals nach Grundsätzen behandelt werden, wie sie zu Zeiten des Wiener Congresses und von jeher bei der Diplomatie Geltung hatten: wo ganze Völkerschaften dieser oder jener Fürstenfamilie blindlings zugewürfelt wurden. Noch einmal: Deutschlands Völkerstämme wollen zu einem großen, mächtigen Volke zusammentreten und kein Herrscherstolz oder Familieninteresse einzelner Fürstenhäuser wird sie in diesem heiligen Werk zu hindern wagen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 7. Juni.) In der heutigen 13. Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde aus Veranlassung einer gedruckt ertheilten Ansprache des provisorischen Centralkomités zu Prag an die Mitglieder der deutschen konstituirenden Nationalversammlung (vom 27. Mai) nach lebhafter Verhandlung, in welcher die Nothwendigkeit energisch hervorgehoben wurde, den panslavistischen und separatistischen Tendenzen in deutschen Bundesländern entschieden entgegenzutreten, beschlossen, einen besondern Ausschuß zur Begutachtung der österreichisch-slavischen Frage, insoweit sie deutsche Bundesländer angeht, niederzusetzen. Der Bericht über die Schleswig'sche Angelegenheit wird nach einer, von Jaupp, Namens des völkerrechtlichen Ausschusses gegebenen Mittheilung, in der morgenden Sitzung erstattet werden. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt a. M., den 6. Juni.) In der 61. Bundestagssitzung wurde ein Bericht des General v. Wrangel über das Zurückziehen der deutschen Truppen aus Jütland und einem Theile Schleswigs erstattet, und von dem holsteinischen Gesandten wegen verzögerten Eintreffens der vollständigen Contingente des zum Krieg aufgebotenen 10ten Bundesarmeekorps der Antrag auf geeignete Maßnahmen zur Vervollständigung der Bundesarmee in ihrer ganzen Contingentsstärke gestellt. Die Bundesvers. beschloß, den bayerischen Gesandten und den Vorstand der Militärcommission als Commissäre an die betr. Regierungen abzusenden, um an Ort und Stelle zu untersuchen, ob und welche Hindernisse der Erfüllung der Bundespflicht im Wege stehen, und die Beseitigung derselben so schnell wie möglich zu bewirken. Auf das Gesuch des Hrn. v. Wrangel um weitere Instruktionen wurde ihm, unter Benachrichtigung von obiger Verfügung und der hienach zu erwartenden schleunigen Verstärkung, erwiedert: daß der Bundesversammlung keine politischen Gründe vorliegen, welche der Wiederbesetzung der genannten Landestheile entgegenstehen, und daß General v. Wrangel die Befreiung des von den dänischen Truppen neuerlich besetzten Theils von Schleswig zu bewirken wissen werde.

Hessen. (Darmstadt, den 5. Juni.) Der Wahlspruch: Freiheit, Gesetz, Ordnung und Recht, ist in Aller Munde, wird aber öfter sehr schlecht befolgt, wie wir hier eben erlebt haben. Zur Verhütung der Wilderei und der Forstfrevel in dem großh. Park, einem großen umzäunten Walde, waren den darin wohnenden Forstbeamten, unter andern auch dem Revierförster Schott auf dem Steinbrücker Teich, kleine Militärcommandos beigegeben worden. Trotz dieser forstpolizeilichen Vorkehrung gab es immer noch wilde Jäger, welche in den Park einbrachen und ihrer Jagdlust fröhnten. Sie wurden zum Theil ergriffen und die Gewehre, welche sie bei sich führten, confiscirt. Eine Anzahl dieser Gewehre war bei dem oben erwähnten, im Walde isolirt wohnenden Revierförster Schott niedergelegt worden. Auf diesen war es gestern von Seite der Anarchisten abgesehen. Um 7 Uhr Abends marschirten ihrer gegen 40 in militärischer Ordnung, mit geladenem Gewehr und aufgestecktem Bajonnet, vor Schott's Wohnung auf, und begehrten die ungesäumte Auslieferung der confiscirten Gewehre, widrigenfalls sie sein Haus stürmen und zerstören würden. Mit den sechs Mann Soldaten, die ihm in dem Augenblicke zu Gebot standen, war er zu schwach, um den 40 Männern des Faustrechts mit Erfolg widerstehen zu können. Er fand es daher gerathen, sich aufs Capituliren zu legen, und den Leuten begreiflich zu machen, daß er die zurückverlangten Jagdgewehre nicht mehr besitze, sondern abgeliefert habe. Auf diese Erklärung hin, und nach wiederholtem Zureden, entfernte sich die meuterische Rotte, zog vor das Parkthor, und feuerte dort Angesichts vieler Spaziergänger, die aus der Fasanerie zurückkehrten, ihre Gewehre ab. Das war ein Sonntagsabend, würdig der anarchischen Zeit, in der wir leben. Schließlich noch die Bemerkung, daß der Waldschutz in unseren Forsten jetzt so ziemlich hergestellt ist, da die Forstbeamten bei dessen Handhabung durch Militärcommandos überall unterstützt werden. Man kann keinen Spaziergang in die benachbarten Waldungen machen, ohne Soldaten zu begegnen, die den Waldfrevlern auf der Fährte sind. Nur so ist es möglich, fernerem Unfuge kräftigst entgegen zu wirken. (Manh. J.)

(Darmstadt, den 2. Juni.) Es war in der 128. Sitzung der zweiten Kammer unserer Stände am 3. Oktober 1833, als Heinrich v. Gagern das Wort nahm und sprach: »Wer, so wie ich auch dann

noch stolz ist, ein Deutscher zu seyn, wenn er sein Volk auf der Stufe der Wohlfahrt, der Macht und des ihm gebührenden politischen Ansehens nicht sieht, auf welcher es die edelste Leidenschaft, die der Vaterlandsliebe, so gerne sehen möchte, der muß sich gedemüthigt fühlen und es muß ihn mit Wehmuth erfüllen, daß der Kreis der politischen Forschungen, deren Erfüllung er von der Einigung unseres großen Vaterlandes ersehnte, immer mehr sich verkleinert. Die Hoffnung ist dem Deutschen längst entschwunden, von dem Bunde und durch den Bund die Entwickelung der Wohlfahrt unseres Volkes auf der Bahn des Rechtes und der Freiheit gefördert und die großen nationalen Bedürfnisse und Interessen im Innern also geordnet zu sehen." Wäre ich der Biograph des Mannes, auf den jetzt ganz Deutschland blickt, ich würde diese Worte zum Motto auf dem Titelblatt benutzen; sie sind sein Programm. — Wir Hessen würden sehr traurig darüber seyn, daß wir ihn verlieren, wenn wir ihn nicht in dem großen Kreise des Vaterlandes dreifach wieder gewännen.« (Frkf. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 6. Juni.) Der Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 2. d. M. über die traurige Angelegenheit unserer Stadt hat hier einen Eindruck gemacht, der nicht zu beschreiben ist. Man hat denselben mit eisiger Ruhe aufgenommen und bewundert zugleich den kühnen Humor der Bundesversammlung, mit dem sie sich auch in diesem Beschlusse auf das Reglement der Bundesversammlung beruft, das hier Niemand kennt und welches von den hiesigen großh. hess. Behörden deßhalb nicht publicirt werden kann und darf, weil die großh. hess. Staatsregierung diesem Reglement die Sanction verweigert hat. Die geistigen und materiellen Zustände einer Stadt nach Bestimmungen zu beschränken, die den Bewohnern derselben ein Geheimniß sind und ein Geheimniß bleiben müssen, weil die Regierung, der die Stadt untergeordnet ist, von diesen Bestimmungen nichts wissen will, ist ein so abnormes Verhältniß, daß man sich auf der ganzen civilisirten Erde vergebens nach einem ähnlichen umsieht. Nur den Mainzern ist es beschieden, sich in einem solchen, aller gesunden Vernunft widersprechenden Ausnahmezustande zu befinden, und wenn sie sich darnach sehnen, aus dieser wunderbaren, unbegreiflichen Lage erlöst zu werden, so braucht man ihnen durchaus keine verrätherischen Absichten zuzumuthen. Handel und Gewerbe liegen bei uns gänzlich darnieder, das Wort „Credit" hat bei uns nur noch eine traditionelle Bedeutung, der Werth der Grundstücke ist so gesunken, daß man dafür keine Beispiele anführen kann, die schönen Gasthäuser am Rhein sind so „wüste und leer", wie die Erde am ersten Schöpfungstage, und da die Lage, in der wir uns befinden, ganz dem „pflichtmäßigen Ermessen des Gouvernements" (der Bundesfestung) anheimgegeben ist, das Wohl und Wehe von 36,000 Seelen bei diesem „flichtmäßigen Ermessen" natürlich aber gar nicht in Betracht kommen kann: so könnte nur ein phantastischer Träumer eine Aenderung dieser unserer Lage für möglich halten. Wenn wir nun in solchen beklagenswerthen Zuständen lesen, daß der Ministerialrath Schenk in unserer zweiten Kammer vor einigen Tagen den Antrag auf eine „außerordentliche Einkommensteuer" gestellt hat, so können wir uns nur darüber freuen; denn da Hr. Schenk ohne Zweifel hierbei auch sehr stark an Mainz gedacht hat, so ist anzunehmen, daß er vor Einführung dieser außerordentlichen Steuer dafür sorgen wird, die ebenfalls sehr außerordentlichen Verhältnisse der Mainzer so zu verbessern, daß sie ein wirkliches Einkommen haben. Sollte Hrn. Schenk dies gelingen, so wird man hier gern jeder, auch einer außerordentlichen Steuerforderung genügen, im entgegengesetzten Falle sich aber auf das alte Sprüchwort berufen: „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren." (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 3. Juni.) Der Schleier über dem wahren Grunde der politischen Bewegungen in der Residenz lüftet sich. Die tschechische Partei in Böhmen, welche, so wie die Polen, damit in Verbindung stand, hat ihre Maske durch die Bildung einer provisorischen Regierung in Prag völlig abgeworfen. Ihre Tendenz ist demokratisch-revolutionär. In gleicher Weise arbeitete die Propaganda auch hier (aber nur nicht im tschechischen, sondern im deutschen Sinne). Gestern, wo die Ereignisse in Prag bekannt geworden, trat ein Klub von republikanisch gesinnten Schriftstellern, meist Ausländern, Slaven und Juden, auch hier mit dem Programme einer Zeitschrift: „Der Radikale", endlich hervor, welche diese Pläne unverhohlen ausspricht. Sie bestehen in der möglichsten demokratischen Ausbildung der Monarchie, und in einer Föderativregierung, welche die einzelnen unabhängigen Provinzen, nach Art der Tagsatzung in der Schweiz, vereinigen soll. Dabei ist die Gleichstellung aller Religionsgenossen (Juden-Emanzipationen) nicht übersehen. Das Ministerium hat auf kräftige Weise gegen die Vorgänge in Prag Einsprache gethan, und auch hier wird diese Offenstellung der Absichten der republikanischen Partei einen derben Schlag beibringen. (Schw. M.)

(Wien, den 4. Juni.) Aus Klausenburg vom 30. Mai ist hier auf außerordentlichem Weg die Nachricht eingelaufen, daß der siebenbürgische Landtag sich einstimmig für die sofortige und unbedingte Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn auf den Grundlagen des ungarischen Gesetzartikels 7: 1848 ausgesprochen und den darauf bezüglichen Vorschlag alsbald Sr. Maj. unterbreiten werde. In der Debatte über diese hochwichtige Angelegenheit sprachen bloß die (sächsischen) Deputirten von Kronstadt und Hermannstadt und erklärten sich dahin, daß sie in Betreff der Aufrechthaltung der Privilegien der sächsischen Nation keine Bedingungen in Bezug auf die Union machen wollten, indem die Diplome von Andreas und Geiln, welche den Sachsen ihre Gerechtsame verliehen, ohnedieß aus einer Zeit herrühren, wo Ungarn und Siebenbürgen noch vereint waren. Auch aus Kroatien lauten heute die Nachrichten erfreulich. Die Stadt Warasdin und die drei slavonischen Komitate haben sich der Autorität des ungarischen Ministeriums und dem General Hrabowsky unterworfen. Baron Jelachich ist nach Innsbruck berufen worden, und man sieht bald einer Lösung dieser unglückseligen kroatischen Wirren entgegen. Wie Sie wissen hat Bar. Jelachich den Exfürsten Milosch, der in Agram Propaganda machen und sich vielleicht wieder auf den serbischen Fürstenstuhl schwingen wollte, verhaften lassen und hat seine Baarschaft (10,000 St. Dukaten) mit Beschlag belegt. Die Nachricht von dem günstigen Empfange der ungarischen Deputation von Seite des deutschen Parlaments hat in Ungarn die freudigste Sensation erregt und neue Sympathieen für das »Volk der Denker« wachgerufen. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 6. Juni.) Der Tragödie muß stets ein Satyrspiel folgen. Berlin hat sich kaum von den Anstrengungen erholt, die es seinen Todten schuldig zu seyn glaubte, und schon wird es von neuem gehetzt und aufgeregt. Die Straßenecken sind seit gestern mit Placaten aller Art beklebt, um das Volk vor seinen Freiheitspredigern zu warnen. Bald heißt es: die Reichen hätten seit Sontag Berlin wieder verlassen, weil sie die Proklamirung der Republik fürchten; bald deutet man sogar die Todesfurcht aus, indem man von einer Proscriptionsliste fabelt, die in die Hände des Polizeipräsidenten gelangt sey und die Namen aller Derer enthalten soll, welcher der republikanischen Partei misliebig sind. Ja die Jesuitenangst wird aufgestachelt, um die armen Berliner an sich selbst irre zu machen. Ein durch die ganze Stadt verstreutes gereimtes Flugblatt macht ganz ernsthaft darauf aufmerksam, daß die Freiheitsapostel, die das Volk jetzt am Narrenseil führten, nichts Anderes als verkappte Jünger Loyola's seien. (D. A. Z.)

(Königsberg, den 2. Juni.) Seit einigen Tagen ist der russische Grenzcordon schwächer als bisher; man hat das irgend entbehrliche Militär nach den südlichern Theilen Polens gezogen, auch ist neuerdings in der Nähe von Bialystock eine Truppenmacht concentrirt worden, über deren Stärke die Angaben jedoch sehr abweichen und die daher nicht einmal annähernd richtig veranschlagt werden kann. Die russische Grenzbesatzung ist neuerdings aufs strengste angewiesen worden, alle Maßnahmen, die irgendwie zu Conflicten mit Preußens Bewohnern führen könnten, sorgfältig zu vermeiden, wobei namentlich die größte Vorsicht bei Führung der Schußwaffe empfohlen wird. (D. A. Z.)

(Magdeburg, den 6. Juni.) Nachdem heute Vormittag gegen 11 Uhr Ihre Königl. Hoheiten die Frau Prinzessin von Preussen, Prinz Friedrich Wilhelm und Prinzessin Louise, von Potsdam hier eingetroffen waren, langte Nachmittags 4 Uhr von Hannover kommend Se. Kgl. Hoh. der Prinz von Preussen hier an und wurde von den Civil- und Militär-Behörden, den Chargirten der hiesigen Bürgerwehr und der Schutzen, und von Abtheilungen der Bürgerwehren der umliegenden Ortschaften feierlich empfangen. Die prinzliche Familie wird, wie wir hören, erst morgen nach Potsdam weiter reisen. (Mgd. Z.)

(Köln, den 5. Juni.) In Folge einer gestern wegen Theilnahme an der freiwilligen Anleihe zur Deckung der Staatsbedürfnisse stattgehabten Besprechung mehrerer hiesigen Einwohner sind von den Anwesenden sofort 63,000 Thlr. für diesen Zweck gezeichnet worden. Die Zeichner haben bei dieser, im Verhältniß zu ihrer Anzahl nicht unerheblichen Betheiligung mit Recht in Erwägung gezogen, daß, wenn durch den Ertrag der freiwilligen Anleihe, die für die außerordentlichen Staatsbedürfnisse erforderlichen Geldmittel beigebracht werden, mithin eine Zwangsanleihe vermieden werden kann, sämmtliche Vermögenswerthe sich erhöhen, der Kredit und das allgemeine Vertrauen sich beleben, und stärken werden. Es ist nicht zu zweifeln, daß dieser wichtige Gegenstand immer mehr auch unter diesem Gesichtspunkte aufgefaßt und die Theilnahme an der auch in Ansehung des bewilligten Zinsengenusses vortheilhaften Anleihe überall einen guten Fortgang nehmen werde. (Köln. Z.)

(Wesel, den 5. Juni.) Gestern Nachmittags verbreitete sich zu Vieler Ueberraschung das Gerücht der Ankunft des Prinzen von Preussen. Eine Ehrenwache vom 17. Infanterie-Regiment zog mit Musik und der Regimentsfahne vor das Kommandantur-Gebäude; das Offizier-Korps, die katholische und evangelische Geistlichkeit und einige Beamte in Uniform versammelten sich dort zum Empfange des k. Prinzen, der auch 8 Uhr Abends, von Arnheim kommend, in Begleitung des Grafen Stolberg eintraf und sich bald nachher auf dem Balkon des Kommandantur-Gebäudes dem Volke zeigte. Der Prinz schien auffallend gealtert. Leider war seine Ankunft mit einem Unfall verbunden, indem ein junger Mann überfahren wurde. (Köln. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 4. Juni.) Die kgl. sächsische Regierung hat nun ebenfalls (in einem halboffiziellen Artikel im „Dresdener Journal") sich von jeder Mitveranlassung und Mitwirkung bei dem bekannten Lepel'schen Promemoria förmlich losgesagt, und diese Erklärung ist um so weniger in Zweifel zu ziehen, da der neuernannte sächsische Bundestagsgesandte Todt zur Zeit der Mittheilung jenes Promemoria's an den Bundestag noch gar nicht in Frankfurt anwesend war. (Frkft. J.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, 3. Juni.) Man ist hier sehr gespannt darauf, was die nächsten Tage uns bringen. Gestern fanden bedeutende Truppenbewegungen Statt, und heute Morgen 8 Uhr näherte sich das Kriegsdampfschiff Geiser. In der kupfermühler Bucht legte es sich vor Anker, und ein Boot, auf dem vorne die weiße und hinten die dänische Flagge wehte, setzte einen dänischen Parlamentär ans Land. Ueber den Inhalt der gebrachten Depeschen verlautet nichts Bestimmtes; wie man sich gerüchtsweise erzählt, hat man dänischerseits binnen 24 Stunden die Räumung Flensburgs von deutschen Truppen verlangt, widrigenfalls man die Stadt in Brand schießen werde. Der Parlamentär hielt sich sehr lange, 6—7 Stunden in der Stadt auf; denn erst 4 Uhr Nachmittags ging er an Bord. Der Geiser zog alsbald die weiße Flagge herunter und entfernte sich.

Ob in Folge der erhaltenen Depeschen oder auf andere Veranlassung, genug, man ist während des stärksten Regens den ganzen Nachmittag beschäftigt gewesen, draußen vor dem Eingang in den Hafen eine Batterie aufzupflanzen und 2 vierundachtzigpfündige Bombenkanonen, sowie 2 vierundzwanzigpfündige Kugelkanonen sind daselbst bereits aufgestellt. So eben habe ich es in Augenschein genommen; die ganze kielsenger und kupfermühler Bucht kann von diesem schweren Geschütz prächtig bestrichen werden. (R. T.)

(Rendsburg, den 4. Juni) Von Seiten der provisorischen Regierung ist mit dem Major v. d. Tann über das neue Freikorps folgende Uebereinkunft getroffen: 1) Aus den verschiedenen Freikorps soll ein gemeinschaftliches Korps bis zur Größe von 1200 Mann gebildet werden, dessen Anführung der Herr Major v. d. Tann übernimmt. 2) Der Herr Major v. d. Tann wird das Freikorps in eine angemessene Anzahl Kompagnien theilen und dieselben mit Hauptleuten und Zugführern, im Einverständniß mit den Wünschen der einzelnen Kompagnien, versehen. 3) Ueber die Mannszahl und Eintheilung des Freikorps wird der Herr Major v. d. Tann demnächst ein vollständiges Verzeichniß an das Kriegsdepartement einreichen. 4) Jeder der in dieses Freikorps einzutreten wünscht, muß sich verpflichten, bei dem Korps zu bleiben, bis wenigstens ein Waffenstillstand von längerer Dauer, oder auf unbestimmte Zeit abgeschlossen sein wird. Jedoch haben Einzelne oder ganze Landsmannschaften auch früher die Ertheilung einer Entlassung zu gewärtigen, wenn in dem speziellen Vaterlande militärischer Schutz dringend erforderlich werden sollte. 5) Das Freikorps wird besoldet und verpflegt der Linie gleich, doch nach den hinsichtlich der Offiziersgrade bisher bestandenen Modifikationen. 6) Das Freikorps steht unter den für die schleswig-holsteinische Armee und die Freikorps erlassenen Kriegsgesetzen. 7) Die dem Freikorps gelieferten

Ausrüstungsgegenstände werden von demselben nach beendigtem Dienste wieder zurückgeliefert. (S.-H.Z.)

An die provisorische Regierung ist von der Stadt Tondern, der nordwestlichsten Stadt im Herzogthum Schleswig, folgende Adresse erlassen: In den letzten Tagen hat sich hier das Gerücht verbreitet, daß wegen des Friedens unterhandelt werde, und ein baldiger Abschluß zu erwarten sei. Diese Aussicht würde große Freude erregen, wenn es nicht zugleich verlautete, daß die Unterhandlungen auf Basis einer Theilung des Herzogthums Schleswig, wovon der nördliche Theil dem Königreiche Dänemark inkorporirt werden solle, geführt würden. Wir halten eine Theilung für ein großes Unglück, und dürfen versichern, daß die überwiegende Mehrheit in den umliegenden Landdistrikten diese Ansicht theilt, wir sind aber auch überzeugt, daß die hohe provisorische Regierung mit aller Kraft bestrebt sei, dieses Unglück abzuwenden. Wenn dasselbe aber dennoch über uns verhängt seyn sollte, so erinnern wir daran, daß Tondern eine friesische Stadt, seit uralten Zeiten deutsche Schul-, Kirchen- und Gerichtssprache, so wie lübsches Recht gehabt, bei allen Gelegenheiten seine deutschen Sympathieen zu erkennen gegeben hat, und wir bitten die hohe Regierung eben so ehrerbietig als dringend, kräftig dahin wirken zu wollen, daß Tondern in dem unglücklichen Fall einer Theilung des Herzogthums jedenfalls dem südlichen Theile zugelegt werde. Tondern, den 29. Mai 1848. Der Magistrat und die deputirten Bürger. (Brem. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, den 7. Juni.) Wir vernehmen aus zuverlässiger Quelle, daß in den letzten Tagen von den Ministerien des Innern und der Finanzen mehrfache Besprechungen mit Bankiers, Kaufleuten und Gewerbtreibenden veranstaltet worden sind, in deren Folge ein Plan zu Errichtung einer Bank, welche unter Betheiligung des Staates mittelst Noten-Ausgabe gegen Hinterlegung sicherer Werthe Anlehen zu machen hätte, in nächster Zeit veröffentlicht werden dürfte. Da beabsichtigt ist, einerseits den Kapitalienbesitzern eine Gelegenheit zu ganz sicherer und nutzbringender Anlage von — wegen der Kreditlosigkeit — müßig liegendem Geld zu eröffnen, andererseits dem Handels- und Gewerbestand das nöthige Betriebskapital unter mäßigen Bedingungen zu verschaffen, so wird das Gelingen des vorliegenden Plans, dessen möglichste Beschleunigung zu hoffen ist, ebenso sehr im Interesse der Ersteren, wie in dem der Letzteren liegen, und es daher an zahlreicher Betheiligung bei demselben nicht fehlen. (Schwb. M.)

Vom Niederrheine, 5. Juni. Der Erlaß des Kriegsministers vom 27. April, wodurch dem Heere das freie Associations- und Petitions-Recht genommen wird, ist nunmehr durch Circular auch den Landwehr-Offizieren zur Beachtung mitgetheilt worden, und scheint daraus gar nicht entnommen werden zu dürfen, daß derselbe nur während der Zeit des Dienstes, sondern vielmehr überhaupt so lange sie zur Landwehr gehören, für sie Geltung haben und maßgebend sein soll. Bei der allgemeinen Wehrpflichtigkeit wäre im letzteren Falle somit für alle Staatsbürger, mit Ausnahme der Krüppel und einigen zufälligen Ausnahmen, das freie Associations- und Petitionsrecht über alle Staatseinrichtungen, wie dies jener Erlaß wörtlich bestimmt, folglich jede Theilnahme an Versammlungen zur Besprechung der Verhältnisse der Staatsverwaltung, bis zum vollendeten vierzigsten Lebensjahre wegdecretirt. Sollte dies Angesichts der bestehenden neuen Ordnung der Dinge, Angesichts der auf den breitesten Grundlagen zu bildenden Verfassung möglich sein können? (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 5. Juni.) Unter Trommelwirbel wurde diesen Vormittag folgende Proklamation in den volkreichsten Stadtvierteln verlesen: „Der Maire von Paris an sämmtliche Maires der Stadtviertel. Bürger Maire! Die Regierung hat sich nothwendigerweise mit den Volksaufhäufungen beschäftigen müssen, welche seit einigen Tagen in verschiedenen Gegenden der Stadt stattfinden. Befehle sind gegeben worden, um diese Aufhäufungen zu zerstreuen und die Cirkulation überall herzustellen, wo sie unterbrochen worden. Die Staatsgewalt der Republik nimmt nur mit Schmerz zu nachdrücklichen Maßregeln ihre Zuflucht; sie hat in den gesunden Sinn der Bevölkerung volles Vertrauen; sie hat alle Achtung für ihre Rechte und würde sie nöthigenfalls gegen jeden Versuch von Reaktion schützen. Aber jemehr sie

g

zur Aufrechthaltung der Freiheit entschlossen ist, desto mehr erkennt sie es als ihre Pflicht, sie nicht durch eine aufrührerische und fruchtlose Agitation gefährden zu lassen, welche nur die Unordnung erzeugen könnte, die einige bezahlte Agenten und Prätendenten benützen würden, um neue Keime der Unruhe und Anarchie zu säen (!!). Ehe sie jedoch die Strenge dieser Maßregeln fühlen läßt, kommt es den städtischen Behörden zu, das Volk zu benachrichtigen und zu warnen. Bieten Sie also ihren amtlichen Einfluß auf, um zunächst Ihre „Administrirten" abzuhalten, aus bloßer Neugierde die Haufen zu vermehren, welche sich auf den Straßen bilden. Es kann nichts Gutes aus diesen Aufläufen entstehen; das Nachtheilige derselben begreifen Sie sicher so gut als ich. Sie nähren eine gewisse Aengstlichkeit, die alle Geschäfte hemmt. Keinerlei Erwerb ist ohne Vertrauen möglich; kein Vertrauen kann aber eintreten, so lange noch Gefahr droht. Und welches sind die nächsten Opfer der Krisis? Die Arbeiter selbst, denen die gehemmte Produktionsweise das Brod nimmt. Im Namen der Arbeit muß daher die Ordnung geschützt, der öffentliche Friede gesichert und der Industrie die Zuversicht zurückgegeben werden. Dieß ist der Wunsch der immensen Majorität der Bevölkerung. Seien Sie deren Organ; warnen Sie die Unvorsichtigen; der Arm der Gerechtigkeit wird die Schuldigen zu erreichen wissen. Paris 4. Juni. (gez.) Armand Marrast.

Der Polizeipräfekt, bekanntlich ein ehemaliger Banquier, hat den Verkauf von Dolch- und Stichwaffen, Stockdegen u. dgl aufs Strengste verboten. Man könnte glauben, das Pariser Volk habe sich plötzlich in Meuchelmörder verwandelt. Die Reaktionäre werden so lange den Leuen wecken, bis er ihnen die Augen auskratzt.

Italien.

(Verona, den 4. Juni.) Ich glaube versichern zu können, daß Peschiera gefallen ist: den Angriffen der Kunst, dem Stürmen des Feindes konnte der tapfere Kommandant widerstehen, dem Hunger nicht. Das Schicksal dieser gar nicht unwichtigen Festung, ihrer braven Besatzung stand in unserer Hand; was man aber heute hätte thun können und mussen, verschob man mit gänzlicher Verachtung des Feindes auf die nächsten Tage. Dieß die Ursache der von vielen geahnten Katastrophe. Somit ist ein neues Glied zu jener Kette von Unglücksfällen, welche die Armee in Italien betroffen, hinzugekommen; die Folgen davon sind groß, die Verschuldung jedoch muß von den Truppen gewiesen werden. Verrath, Feigheit und gänzlicher Unverstand, Mangel an militärischer und politischer Capacität haben den Bestrebungen Karl Alberts mehr in die Hände gearbeitet, als man erwarten durfte; den Beweis darüber zu führen, sind wird durch die allbekannten Thatsachen enthoben. Auch die Berichte, welche die Allg. Ztg. über die Operationen der unter Feldzeugmeister Nugent gestandenen Armee brachte, stimmen alle darin überein, daß dieselben unter aller Kritik gewesen, von niemanden gerechtfertiget werden können. Operationen, wo man, um figürlich zu sprechen, von der Hand in den Mund lebt, bilden nach dem Ausdrucke eines politischen Schriftstellers „die Zigeunermanie des Kriegführens." Von der Armee, die jetzt in der Nähe von Mantua auf dem rechten Ufer des Mincio steht, haben wir keine weiteren Berichte; eine Recognoscirung der Verschanzungen bei Goito fiel blutig aus. Die feindliche Armee scheint Front und Flügel verändert zu haben, man ist sehr gespannt auf die nächsten Operationen. Zum Schlusse erlauben wir uns noch die Frage: wer wird das Kommando der Armee nach einem Unglück, welches den Feldmarschall betreffen könnte, übernehmen? Wahrscheinlich der ihm im Rang Zunächststehende — wohl! wenn das Vertrauen einer ganzen Armee für gar nichts geachtet wird. Diese wichtige Frage scheint bis jetzt kaum in Erwägung gezogen zu sein. (A. A. Z.)

Aus Verona vom 5. Juni ist uns noch keine Post zugekommen. Auch aus Mailand und Genua fehlen in diesem Augenblick noch Briefe und Blätter. Das Gerücht (gestern unter andern durch einen Brief aus Turin angekommen) der König von Neapel sei ermordet — nach andern enthauptet — ja die ganze königl. Familie habe den Tod erlitten, vermögen wir auf keine zuverläßige Quelle zurückzuführen. Bloß, daß sich in Calabrien eine provisorische Regierung gebildet, scheint sich zu bestätigen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Das Central-Comité

für die Beseler Sammlung in Bayern

bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß als Nationalentschädigung an Beseler für seine der guten deutschen Sache durch die Niederlegung seiner Advokatur gebrachten Opfer aus den unter der bayrischen Königskrone vereinigten bayrischen, fränkischen und schwäbischen Gauen, so wie noch von einigen außerhalb Bayerns wohnenden Deutschen, laut der nachfolgenden, spezificirten Berechnung, im Ganzen **fl. 6808. 8 kr.** eingegangen sind und nach Abzug der nothwendigen Ausgaben für Druck, Brief- und Geldporto, Einsammlungsgebühren u. s. w. mit fl. 141. 34 kr. die Summe von **fl. 6666. 34 kr.**, wovon in 16 Posten fl. 6630 bei der königl. Bank dahier angelegt und fl. 36. 34 kr. baar vorhanden sind, zur Verfügung dieses muthigen Vorfechters für deutsche Freiheit gestellt worden ist. In seiner durch den Drang der ihm jetzt obliegenden Geschäfte — droht ja auf's Neue wieder Gefahr seinem theuren Heimathslande! — verzögerten Antwort auf das Anschreiben des unterzeichneten Comité's, in welcher er in edler Bescheidenheit für sich selbst alles Verdienst ablehnt, einfach das gethan zu haben versichert, was Pflicht jedes Patrioten war und dann hinzufügt:

„wir Schleswig-Holsteiner dürfen uns glücklich preißen, daß die Vorsehung uns den Beruf auferlegt hat, eine wichtige Provinz für Deutschland zu erhalten und indem wir zu den Waffen gegriffen, einen großen Theil der Schäden aufzudecken, an welchen das Vaterland kränkelt, deren schleunige Aufstellung dringendes Bedürfniß ist", spricht er seinen wärmsten Dank aus für die ihm von seinen Brüdern im deutschen Süden bewiesene »unverdiente Anerkennung« — wir aber und mit uns wohl alle deutschen Patrioten halten sie für die »wohlverdienteste« — und erklärt, daß er über die bei der kgl. Bank für ihn einbezahlte Summe verfügen werde. —

Die Rechnung selbst sammt Belegen, Unterzeichnungslisten 2c. liegt 8 Tage lang in dem Hause unseres Cassiers, des Kaufmanns C. B. Crämer dahier, zur beliebigen Einsicht auf.

Indem wir schließlich die angenehme Pflicht erfüllen, den wackern Männern, die unser Vertrauen zu ihrem patriotischen Sinne nicht getäuscht und mit warmem Eifer durch Sammlung von Beiträgen unterstützt, so wie allen den werthen Gebern, die so bereitwillig für die gute Sache beigesteuert haben, insbesondere auch den verehrlichen Liedertafeln und Singvereinen unsrer Heimath für ihre treuliche und erfolgreiche Mitwirkung den herzlichsten Dank im Namen des deutschen Vaterlands auszusprechen, hoffen wir zugleich, uns stets wieder mit ihnen vereint zu finden, wo es gilt, ein Opfer auf den Altar des Vaterlands niederzulegen.

Nürnberg, 8. Juni 1848.

Dr. Herm. Beckh.
Dr. Binder, I. Bürgermeister.
C. B. Crämer, Kaufmann u. Vorstand der Handelskammer.
L. Günther, Kaufmann.
Dr. Krafft, k. Advokat u. z. Z. Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.
Dr. Schwarz, prakt. Arzt.
G. Freiherr v. Tucher, k. Kreis- u. Stadtgerichts-, dann Handels-Appellationsgerichts-Rath.

Verzeichniß

sämmtlicher bei dem Central-Comité für die Beseler Sammlung in Bayern eingegangenen Beiträge.

	fl.	kr.
Von der bayrischen Ständeversammlung durch den Abgeordneten Dek. Bauer		
a) von der Kammer der Reichsräthe	200	—
b) von der Kammer der Abgeordneten	275	—
Von Altdorf durch den Magistrat daselbst	17	12
„ Altheim von Pfarrer Rümmberger	1	45
„ Amberg Reinertrag eines durch den dortigen Liederkranz veranstalteten Conzertes	64	12
„ Ansbach durch das Comite daselbst	145	—
„ Aschaffenburg durch App.-Ger.-Acc. Kittel	61	45
„ Bayreuth durch das Comité daselbst	60	—
„ Bamberg durch das Comité dortselbst	250	—
„ Berneck durch Landrichter Haas	12	57
„ Burgfarnbach durch Amtmann Längenfelder	12	39
„ Dettelbach und Umgegend durch Weinhändler Fr. Heinr. Schiler	50	—
„ Dinkelsbühl durch das Beseler-Comité in Dinkelsbühl, Wassertrüdingen und Feuchtwangen und zwar:		
von Kronach durch Kaufmann Pfaff	50	—
„ Immelsdorf von Pfarrer Müller	3	—
„ Wunsiedel und Redwitz durch Apotheker Schmidt und Advokat Paule	45	—
von Windsheim durch Advok. Scholler	50	—
„ Anna Cl. S. A. J. .... v. München durch Concipient Hermann	23	—
„ Kulmbach durch Accessist Landgraf	40	—
„ Lauf durch Bürgermeister Frobenius	23	30
„ Hersbruck durch Subrektor Ulmer	42	20
„ Scherstedt von Pfarrer Hauser	1	—
„ Kaufbeuern durch Stadtpfarrer Dr Schemreiter	31	—
„ Wiesbaden durch einen Ungenannten eingesandt	100	—
„ Feuchtwangen durch Pfarrer Dr. Detzer	53	3
„ Wassertrüdingen durch Landrichter Funk	97	16
„ Dinkelsbühl durch H. von Raumer und Bernhold	205	12
Von Ellingen Gerichtsbezirk durch Herrschaftsrichter Fixmeg	22	21
„ Erding, Ertrag einer Sammlung bei der Liedertafel und in der Stadt	93	30
„ Erlangen durch das Comité dortselbst	104	50
„ Forchheim durch Bürgermeister Schönfelder	36	—
„ Frankenthal in der Pfalz durch Ph H Karcher	20	45
„ Freising von der Liedertafel dortselbst	14	34
„ Friedberg von Landgerichtsarzt Dr. Winkler	2	—
„ Fürth durch Dr. Kiderlin, prakt. Arzt	70	12
„ Füssen durch Landgerichtsarzt Dr. Geis	31	—
„ Gefrees durch Bürgermeister Herold	14	42
„ Gemünden durch Landrichter Streng	32	24
„ Gerolzhofen durch Landger.-Verweser Tills	16	32
„ Harburg Gerichtsbezirk durch Konsulent Mayer	8	—
„ Heidenheim Landgerichtsbezirk durch Assessor Zäuner	29	35
„ Hersbruck von der Gesanggesellschaft daselbst	13	21
„ Herzogenaurach Landgerichtsbezirk durch Landgerichtsarzt Dr. Lemp	11	48
„ Höchstädt a/A durch Landrichter Müller	5	24
„ Hof durch das Comité dortselbst	109	12
„ Alt, Ippesheim von Patrimonial-Richter Schneider	10	—
„ Kadolzburg Landgerichtsbezirk durch Landrichter v. Aufsin	27	15
„ Kaiserslautern durch das dortige Central-Comité für die Pfalz	209	43
„ Kalchreuth von Pfarrer Dr. Rehlen	3	30
„ Kasendorf durch H. Glädinger	11	—
„ Kempten durch Bürgermeister Dr. Kauer	58	18
„ Kissingen und Aschach durch Gebrüder Bolzano	33	39
„ Kötzting durch Landger.-Arzt Dr. Müller	5	42
„ Kulmbach durch den Gesangverein daselbst	11	—
Durch Dr. Nägelein daselbst	35	46
„ Landau in der Pfalz durch Staatsprokurator Bernhard	44	24
„ Landsberg, Ertrag einer Produktion der Liedertafel	20	—
„ Langenzenn durch Kantor Mannert	4	39
„ Lichtenfels, Landgerichtsbezirk, durch Assessor Schneider	20	15
„ Lindau durch Eduard von Pfister	41	55
„ Marktbreit, von dem Sängerverein dortselbst	26	54
„ Markt-Erlbach durch Civiladjunkt Forster	23	44
„ Markt-Einersheim und Umgegend durch Kantor Lehnert	5	43
„ Markt-Steft Landgerichtsbezirk durch Landrichter Vogel	35	43
„ Memmingen durch das Comité dortselbst	63	30
„ Mindelheim durch Landrichter Wiedemann	4	—
„ Muggenhof durch Privatier Kraner	3	45
„ München nebst Vorstadt Au:		
von der Liedertafel daselbst Reinertrag eines von derselben veranstalteten Conzerts	650	—
„ dem Singverein „Neu-England"	12	6
„ der Bürger-Sängerzunft	31	56
„ einigen Studirenden der Hochschule	31	30
„ der Vorstadt Au durch Landr. v Mecheln	59	48
Von Malla Landgerichtsbezirk durch Landgerichts-Arzt Dr. Reichel	35	—
„ Neuburg a/D durch Advokat Ockert	12	50
„ Neumarkt i. d. Oberpfalz von Kanalgefälleinnehmer Schmidt	2	42
„ Neustadt a/A durch Magistratsr. Engelhard	12	30
„ Neustadt a/D durch den Liederkranz daselbst	22	48
Von Neustadt a. d. Waldnaab, Landgerichtsbezirk durch Landrichter Freih. v. Lichtenstern	13	48
„ Nerdlingen durch Bürgermeister v. Liebersfreu und rechtsk. Mag.-Rath Dittmar	127	20
„ Nürnberg:		
von dem Singverein, Ertrag einer Produktion	50	—
„ der Gesellschaft zur Eintracht	10	—
Privatsammlung durch Dr. Schwarz	20	—
Ertrag einer von den Gesangvereinen: Cäcilia, Liederkranz, Mozart- und Sing-Verein, veranstalteten Männer-Gesang-Aufführung	73	40
von W.	—	24
„ einem Ungenannten durch Dr. Krafft	4	—
Reinertrag einer Vorstellung zum Besten des Beselerfonds durch Theaterdirektor Röder	7	52
Privatsammlung durch Aug. Scheller	33	45
Laut Einzeichnungsliste bei Riegel u. Wießner	7	24
Ertrag der allgemeinen Sammlung	1238	53
Von Oberzenn durch Patrimonialrichter Gsrer	6	15
„ Ochsenfurt durch Rentbeamten Voigt	18	—
durch den Liederkranz daselbst	45	—
„ Oettingen von dem Singverein daselbst	21	36
Von Ostheim Ertrag eines Concerts der Liedertafel	20	—
„ Pappenheim durch Herrschaftsrichter Rebenbacher	2	27
„ Passau durch die Liedertafel daselbst	135	—
„ Regensburg durch Advokat Dr. Kingsohr	256	45
von einem Gesangverein daselbst	7	—
„ Roth durch Dr. Meinel praktischen Arzt u. Apotheker Krämer	25	—
„ Rothenburg a d. T. von der Casinogesellschaft	10	2
„ Schwabach durch Bürgermeister Haas	50	—
„ Schweinfurt durch Fabrikbes. Hein. v. Berg	112	45
„ Straubing durch das Unterstützungs-Comité	80	—
„ Thurnau nebst Umgegend durch Herrschaftsrichter Eisenbeck	47	29
„ Uffenheim durch Kaufmann C. Naffz unter Mitwirkung des Singvereins und der Liedertafel	27	—
„ V. v. F. J B und A B.	20	—
„ Vilshofen von der Liedertafel daselbst	12	24
„ Weiden durch Dr. Brenner u. Schäffer	27	9
„ Weißenburg im Nordgau durch Landrichter Schmid	52	2
„ Weißenhorn und Umgegend durch Herrschaftsgerichtsarzt Dr. Mahler	62	—
„ Weißmain Landgerichtsbezirk durch Assessor Langensaß	60	11
„ Wemding durch Bürgermeister Fackler	11	54
„ 2 Nürnbergern in Wien	3	30
„ Dr. Kreutzberg in Prag	6	
„ einem in der französischen Schweiz lebenden Deutschen durch Dr. Klingsohr in Regensburg	9	41
Summa	6825	2
Für verrechnete Unkosten bei Dinkelsbühl ab	16	54
Summa	6808	8

Erklärung.

Der aus dem Schleswig-Holsteinischen Kriege zurückgekehrte größere Theil des Nürnberger Freikorps, sieht sich in Folge ausgestreuter übler Gerüchte veranlaßt, folgende kurze Darstellung der Thatsachen zu geben: Als Tirailleurs dem Korps des Herrn Hauptmann Wasmer zugetheilt, zog das ganze Nürnberger Freikorps der siegreichen deutschen Armee voran bis Biellng bei Veile in Jütland, ohne auf den Feind zu stoßen. Nachdem wir 6 Tage in Bielling gelegen, bekamen wir unsre Entlassung und die Weisung, daß uns der Herr Major v. d. Tann, dessen Korps wir unterdessen auf dem Marsche zugetheilt wurden, nach Rendsburg zurückführen würde. Dort angelangt, wurden wir aufgefordert, unter Anführung des Major v. d Tann, eine Expedition auf das Kriegsschiff Gallathea mitzumachen. Durch die Nachlässigkeit oder Verrätherei der beiden Seekapitäne wurde dieselbe vereitelt und wir kehrten nach Rendsburg zurück, wo uns durch einen Korpsbefehl bekannt gemacht wurde, daß sofort nur diejenigen Freiwilligen bei der Armee behalten werden könnten, welche sich in das reguläre Militär auf Kriegsdauer mit einem Solde von 3½ Schillg. (8 kr. rh.), einreihen ließen. Gleich der Mehrzahl aller Freikorps ging auch der größere Theil des unsrigen auf diese Bedingungen nicht ein und erklärte nur, als Freiwillige in ihrer bisherigen Organisation verbleiben zu wollen. Hierauf erhielten wir einen ehrenvollen Abschied und, von den Rendsburger Damen mit Ehrenzeichen geschmückt, marschirten wir in die Heimath zurück.

Dieß zur Widerlegung der über uns verbreiteten Gerüchte.

Nürnberg, den 9. Juni 1848

Anton Rudolph Kastner, Oberjäger des Nürnb. Freikorps in Schleswig-Holstein.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. Juni 1848. № 163. Sonntag: Barnabas.

Deutschland.

Bayern. (München, 8. Juni.) Se. Maj. der König hat unter dem heutigen die Bitte des temporär quiescirten geheimen Raths und Bundestagsgesandten Fr. Justus Willich gewährt: auf die temporäre Quiescenz und den Bezug seines Standesgehalts Verzicht zu leisten, und in seine frühere Stellung als Advokat in Frankenthal zurückzutreten. (A. A. Z.)

† (Nürnberg, den 9. Juni.) Wie wir mit Freuden vernehmen, sind bereits für die deutsche Flotte über 3000 fl. hier eingegangen, worunter 93 fl. 48 kr. von Schwabach durch Dr. Berger und 8 fl. 6 kr. von einer Gesellschaft Studierender aus Erlangen, das Uebrige aus unserer Stadt, wo übrigens Beiträge noch nicht von allen den Frauen, die sich für dieses politische Unternehmen bemüht haben, eingeliefert sind und auch noch fortwährend in Schulen u. dgl. gesammelt wird. Vielleicht sehen wir in der nächsten Woche schon einem ersten Bericht über die Sammlung in Mittelfranken entgegen.

(Bamberg, den 9. Juni.) In Folge Kammerbeschlusses und des ihn sanktionirenden jüngsten Landtagsabschiedes soll dem zur Zeit als Parlamentsmitglied in Frankfurt sich aufhaltenden Hofrath Dr. W. J. Behr die amtliche Mittheilung zugegangen seyn, die königl. Regierung habe (aus eigener Kompetenz) die Wiedereinsetzung Behr's in den Bezug seines vollen Quiescenzgehaltes von 1600 fl. jährlich genehmigt und werde demselben sofort hierüber fragliches Dekret zugestellt werden; dann, daß für die erlittenen Verluste demnächst Auszahlung einer namhaften Entschädigung erfolgen werde. (Fränk. M.)

Baden. (Villingen, 5. Juni) Dr. Friedrich Hecker ist in die konstituirende Versammlung zu Frankfurt gewählt worden, wird aber schon deßhalb nicht in derselben erscheinen, weil Hr. Karl Metz, Fabrikant in Freiburg mit Hecker gleichviel Stimmen hatte und das Loos für Letzteren entschied. (Frkf. O.-P.-Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 7. Juni.) Den österreichischen Abgeordneten zur constituirenden Nationalversammlung Dr. Berger, Hauptmann Möring und Dr. Wiesner wurde nachstehende Adresse zur Beförderung an die Einwohner Wiens übergeben: Freie Männer Wien's! Indem wir, die Bewohner einer Stadt, die nicht berufen ist, im deutschen Freiheitskampfe eine hervorragende Rolle zu spielen, uns an Euch wenden, die Ihr auf den Barrikaden, den Bollwerken der Freiheit, Euer Blut vergossen, so thun wir dieses nicht, um Euch etwa Muth einzuflößen. Ihr habt ihn bewährt; nicht um Euch anzufeuern, die betretene Bahn zu verfolgen, denn wir wissen, Ihr habt ein großes Ziel im Auge. Euer Kampf wird nur mit Eurem Siege enden. — Wir thun es, um dem Drange unseres Herzens Folge zu leisten, das uns treibt, Euch unseren Dank und unsere Bewunderung zu zollen. Ihr seid es, die einen herrlichen Volksstamm, den finstere Mächte von uns getrennt, dem Vaterlande wieder vereintet; Ihr seid es, die uns die sicherste Bürgschaft für Deutschland's Einheit und Freiheit bieten, und Euer glorreiches Beispiel wird den Muth und die Standhaftigkeit den übrigen Deutschen erhalten. Deutschland, das Euch zujauchzt, sieht mit Schmerz, wie die Feinde der Freiheit Bruderstämme gegen Euch aufzureizen suchen. — Aber es ist überzeugt, daß Ihr jene Feinde vernichten werdet, und mit Vertrauen glaubt es an die Fortdauer Eurer unerschrockenen Freiheitsliebe. Es lebe die Freiheit, es lebe das einige Deutschland, es leben die braven Oesterreicher! Gießen, den 2. Juni 1848. Im Auftrag der Volksversammlung vom 2. Juni: Dr. G. F. Weber, Vorsitzender. Georg Noll, als Schriftführer. (Frkf.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 8. Juni.) In der heutigen 14. Sitzung der deutschen Nationalversammlung erstattete Heckscher Namens des Ausschusses für völkerrechtliche Fragen Bericht über die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit. Der Ausschußantrag ist: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die Schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Auch spricht die deutsche Nationalversammlung die zuversichtliche Erwartung aus, daß in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundestruppen nach dem Süden Schleswig's strategischen Gründen beizumessen sey, für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, so wie für die Sicherstellung des durch den erwähnten Rückzug den feindlichen Einfällen etwa bloßgestellten nördlichen Schleswigs schleunige und wirksame Fürsorge getroffen werde." Die Verhandlung darüber wurde auf die Tagesordnung der morgentlichen Sitzung gesetzt. Ferner erstattete Mittermaier Bericht bezüglich des Protestes der Luxemburger Abgeordneten. Der Antrag des Ausschusses geht darauf, daß die National-Versammlung in Erwägung, daß Instructionen und Beschränkungen bei den Wahlen nicht für rechtsverbindlich anerkannt und daß der eingelegte Protest nicht beachtet werden könne, die Abgeordneten von Luxemburg auffordern solle, an den Verhandlungen wieder Theil zu nehmen. Ferner berichtete Radowitz Namens des Marineausschusses mit dem Schlußantrage, daß die Bundesversammlung zu veranlassen sey, die Summe von sechs Millionen Thalern auf verfassungsmäßigem Wege für die Marine und zwar den Betrag von drei Millionen sofort verfügbar zu machen. Die nächste Sitzung ist auf den 9. Juni anberaumt. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 7. Juni.) So eben circulirt folgender in dem Ausschuß für die Executivgewalt von Dahlmann gestellte und angenommene Antrag: Die Nationalversammlung beschließt: 1) Bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland soll ein Bundesdirectorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dasselbe soll aus 3 Männern bestehen, welche das Vertrauen der Nationalversammlung genießen und, nach vorläufiger Vereinbarung mit einem von der Nationalversammlung eigens hierzu gewählten Ausschusse von 30 Mitgliedern, von den Regierungen ernannt und von der Nationalversammlung gebilligt werden. Oesterreich und Preußen bestellt je einen derselben; der Dritte wird von den übrigen Bundesstaaten aus 3 von Bayern vorzuschlagenden Candidaten durch Stimmenmehrheit der 4. bis 17. Stimme der engern Versammlung des Bundestags erwählt. 3) Das Bundesdirectorium hat: a) die von der constituirenden Nationalversammlung gefaßten und von ihm genehmigten Beschlüsse durch seine Verkündigung in Rechtskraft zu setzen und zu vollziehen; b) die zur Vollziehung der Reichsgesetze nöthigen Verordnungen zu erlassen; c) die Oberleitung sämmtlicher Vertheidigungseinrichtungen zu übernehmen und den Oberfeldherrn sämmtlicher Bundestruppen zu ernennen; d) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben, Gesandte und Consuln zu ernennen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirectorium im Einverständnisse mit der Nationalversammlung. 5) Das Bundesdirectorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 6) Das Bundesdirectorium ernennt zu diesem Ende: a) einen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten; b) einen Minister des Krieges (zugleich für die Marine); c) einen Minister des Innern; d) einen Finanzminister; e) einen Minister für Ackerbau, Gewerbe, Handel und für öffentliche Arbeiten. 7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirectoriums mit jener eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar. 8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Directoriums und seiner Minister auf. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 6. Juni.) Bekanntlich hat unser Montags-Kränzchen schon vor einigen Wochen einen Aufruf an das deutsche Volk, zur Begründung eines allgemeinen deutschen Volksvereins, erlassen. Der Gedanke ist großartig. Man will das ganze deutsche Vaterland mit einem Gewebe von innig verbundenen Haupt- und Zweigvereinen umspannen, in deren Mitte ein geschäftsführender Centralverein steht. Die Gliederung ist, wie die vorläufigen Satzungen andeuten, höchst zweckmäßig, und ganz der bewährten Einrichtung des Gustav-Adolph-Vereins nachgebildet. Die leitende Idee, die dem Ganzen zu Grunde liegt, ist keine andere als die, das gesammte deutsche Volk, als solches, ohne Rücksicht auf Sonderinteressen, politisch zu organisiren, damit es stets vereint zusammenstehe, um über die großen Errungenschaften des Jahres 1848 zu wachen und Sorge zu tragen, daß sich auf gesetzlichem Wege, aus den allgemeinen Grundlagen der Freiheit und unumschränktesten Machtvollkommenheit des Volkes, ein Verfassungsgebäude herausbilde, in welchem das mächtige und hochgebildete deutsche Volk, politisch und social, sich heimisch fühle und wohnlich einrichte. Der allgemeine deutsche Volksverein hat auf sein Panier geschrieben: »Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht;« er hat dadurch allen schon bestehenden Vereinen, die es gut mit dem Vaterlande meinen und auf gesetzlichem Boden das ewige Recht der Völker vertheidigen wollen, Gelegenheit gegeben, sich zusammen zu schaaren, um das Eine zu thun, was noth ist: die Einheit Deutschlands, noch ehe die Verfassung sie ausgesprochen, der konstituirenden Nationalversammlung, gleichsam als reife Frucht, in den Schooß zu schütteln. Wir wissen nicht, wie weit die Verwirklichung des großen Gedankens noch von dem Ziele entfernt ist; soviel jedenfalls ist, sicherem Vernehmen nach, gewiß, daß zahlreiche Beitrittserklärungen bereits erfolgt sind. Traurig wäre es, wenn die leidige Sonderbündelei — die einzige wahre Feindin des deutschen Volkes durch alle Jahrhunderte seiner Geschichte hindurch — auch hier wieder ihr zwieträchtiges Haupt erheben wollte, ohne daß man bedächte, daß uns Deutschen vor allen Dingen Einigung und abermals Einigung noth thut! Denn welcherlei Prinzipien maßgebend sein sollen bei dem Neubau der Verfassung Deutschlands — ob reine Demokratie, ob Monarchie auf demokratischen Grundlagen — über diese Frage kann jeder Einzelne, kann jeder Verein seine eigene Meinung haben, diese Meinung auch durch die freie Presse und in Volksversammlungen kräftig und überzeugend, aussprechen, ohne daß die allgemeinen Grundsätze der Einigung mittelst eines großen Volksvereins diesem Beginnen hindernd in den Weg treten. Entschieden und zum Abschlusse gebracht können diese Fragen doch nur von dem gesetzmäßigen Organe des Volkes werden, von der souveränen verfassunggebenden Nationalversammlung. Hoffen wir, daß recht bald eine bedeutende Anzahl von bereits bestehenden, oder eben in der Bildung begriffenen Vereinen dem Programm des Montagskränzchen beitreten, damit man alsbald eine Hauptversammlung berufen möge, um nach Feststellung der allgemeinen Satzungen den schönen Augenblick der endlichen Begründung des großen deutschen Volksvereins zu feiern! (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 7. Juni.) Auch der Schifferstand sucht eine Verbesserung seiner Verhältnisse durch die Nationalversammlung zu erstreben, weshalb sich seit einigen Tagen eine Deputation der Segel-

schiffer von den Rhein-, Main- und Neckaruferstaaten hier befindet. Ausser der Aufhebung des Rhein-Octrois beantragen sie: Verweisung der Passagierboote auf ihre Koncessionen und strenge Ueberwachung der ihnen hiernach und insbesondere ihren Agenturen zu ziehenden Schranken; Einziehung der Schleppkähne und Acquirirung der Schleppdampfschiffe als Staatseigenthum; Stellung der Segelschiffer mit Bestimmung ihrer Frachten und Gewährung ihrer Gerechtsame unter den Schutz des Staates, und die deßfallsige Regulirung anvertraut einer aus Abgeordneten des Schifferstandes und der betreffenden Regierungen gebildeten Kommission. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Hamburg, den 25. Juni.) Der hiesige Bürgerverein hat eine Adresse an das deutsche Parlament beschlossen, in welcher als Ruf und Willensmeinung des Volks beantragt wird: »Deutschland schließe eine offene ehrliche Allianz mit der französischen Republik zur Sicherung demokratischer Freiheit, zur Aufrechthaltung der Civilisation und Humanität. Deutschland fordere einen Völkerkongreß zur Entscheidung aller noch schwebenden Fragen unterdrückter Nationalitäten. Die Nationalversammlung setze sofort eine provisorische Regierung für das Gesammtvaterland nieder, um die Freiheit des Volkes fest zu begründen und zu beschützen. Die künftige Grundverfassung Deutschlands werde nicht durch einen Kurier, noch durch eine Fürstenkammer entweiht.« (Frkft. O.-P.-Z.)

(Hamburg, 6. Juni.) Laut allen hier angelangten Nachrichten muß die Besorgniß von einem Bombardement Flensburgs daselbst eine sehr begründete seyn. Zwei dänische Parlamentäre erschienen in der Stadt, der zweite, weil das längere Ausbleiben des zuerst Geschickten, welcher den General v. Wrangel nicht sogleich angetroffen, die Dänen beunruhigt zu haben scheint. Im Fall eines Bombardements, wurde von dänischer Seite erklärt, werde man die Sicherheit der Lazarethe nicht garantiren können; die leichteren Kranken waren aus denselben jedoch schon früher fortgeschafft worden. — Preussische Vorposten, jedoch nicht so weit vorgeschoben, wie früher die des 10. Armeekorps, stehen auf Sundewitt den dänischen gegenüber. Attaken sind jedoch in den letzten Tagen nicht vorgekommen. (Wes. Z.)

Hessen. (Mainz, 7. Juni.) Wie man vernimmt, sollen in den Ortschaften in der Umgegend unserer Stadt bayerische und kurhessische Truppen einquartirt werden. Auch ist bereits nach Alzei und Bingen eine hessen-darmstädtische Garnison gelegt worden. (Mainz. Z.)

(Mainz, den 7. Juni.) Zu der vom Frankfurter Buchdruckerkomité angeregten Nationalbuchdruckerversammlung, welche in unserer Gutenbergsstadt am Pfingstsonntage gehalten werden soll, sind bereits so zahlreiche Anmeldungen aus den Rhein- und Mainstädten, wie aus Leipzig, Dresden, Berlin u. s. w. eingelaufen, daß sich das hiesige Komité an die Stadtbehörde wendete, um, statt des Gewerbvereinlokales, den Akademiesaal im ehemaligen kurfürstlichen Schlosse eingeräumt zu erhalten. Der Stadtvorstand zeigte sich gern zu dieser Bewilligung bereit, so daß wir voraussagen dürfen, der Empfang der Gäste werde der altberühmten Mainzer Gastlichkeit, wie der Bedeutung des Zweckes vollkommen entsprechen. (Mainz. Z.)

(Mainz, den 6. Juni.) Die gestrige Versammlung des Demokratenvereins war sehr besucht und erregte besonderes Interesse durch mehrere sehr stürmische Vorträge, namentlich aber durch eine Protestation gegen den Beschluß der Bundesversammlung in Betreff der Mainzer Angelegenheit. Dieser an die Nationalversammlung gerichtete Protest enthält eine Petition um Auflösung des Bundestags. Entworfen wurde diese Schrift von einem Mitgliede des demokratischen Vereins, Herrn Heerf aus Mainz. Diese Protestation, respective Petition wurde mit allgemeinem Beifall angenommen. Dieselbe wird heute in einer zu Wörrstadt abzuhaltenden Versammlung von Demokraten ebenfalls vorgetragen und ohne allen Zweifel gleichen Beifall und Zustimmung finden. Die Stimmung zwischen Bürgern und preußischer Garnison scheint sich freundlicher gestalten zu wollen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Friedberg, den 7. Juni.) Hier sind kürzlich mehrere Soldaten in Untersuchungsarrest gekommen, weil sie eine Beitrittsliste zu einem zu gründenden demokratischen Verein unterzeichnet hatten. Nun fragen wir, wie kann es verantwortet werden, einen Staatsbürger seines verfassungsmäßigen Statasbürgerrechts zu berauben? Oder erleidet das Militär eine Ausnahme? Sollen die Soldaten immer noch hermetisch von jeder freieren Bewegung abgeschlossen werden? Sollen sie immer noch bloße Kriesknechte, keine Staatsbürger sein? Wer will die politische Ueberzeugung und die Freiheit der Meinungsäußerung censiren oder hindern? Gerade diese Errungenschaft ist eine der wichtigsten; sie kann nicht genug gewahrt werden! (Frkfr. J.)

Oesterreich. (Wien, 6. Juni.) Vorgestern und gestern gingen die Deputationen verschiedener Körperschaften der Kaiserstadt, welche die im Sicherheits-Ausschusse beschlossene Addresse an Se. Maj. den Kaiser, worin derselbe dringend gebeten wird, nach der Hauptstadt zurückzukehren, von hier ab. Die Adresse lautet höchst dringend, und dürfte wohl als eine Art Ultimatum zu betrachten sein. Wir müssen gestehen, daß wir einerseits ein günstiges Resultat verhoffen, allein wir wünschen zugleich, daß es auf eine Art geschehen möge, daß das kaiserl. Ansehen des Monarchen, welches durch die zahllosen Flugschriften, die im Volk verbreitet sind und worin es überall hervorgehoben wurde, daß der Monarch bei seiner Flucht aus der Hauptstadt gar keinen eigenen Willen gehabt habe, und buchstäblich, auf eine hinterlistige Weise weggebracht worden sei, so tief erschüttert wurde, wieder zu Ehren gebracht werde. Der Kaiser möge vorderhand allein mit Zurücklassung der Familie hierher kommen, und wir hegen die Hoffnung, daß ein solcher Schritt auf die Bevölkerung elektrisch wirken würde. (A. Abd. Z.)

(Wien, 6. Jun.) Die Russen sollen an der bessarabischen Gränze über den Pruth gegangen seyn. Was ich ausserdem von dieser neuen Complikation erfahren konnte, besteht darin, daß man von hier aus durch Stürmer in Konstantinopel aufs energischste dagegen protestirt hat. — (A. A. Z.)

(Pesth, den 3. Juni.) Ich beeile mich, Ihnen die hochwichtige Nachricht mitzutheilen, daß nach einer gestern unserm Ministerium zugekommenen Depesche des Vicekönigs Erzherzog Stephan, welcher sich gegenwärtig beim König befindet, dieser den Entschluß gefaßt, den am 2. Juli hier zusammentretenden Landtag persönlich zu eröffnen und darauf zwei Monate in Ofen-Pesth zu residiren. Die Ausführung dieses erfreulichen königl. Entschlusses wird von höchster Wichtigkeit für Ungarn und die gesammte österreichische Monarchie seyn. Einerseits wird die persönliche Gegenwart des Königs den ungarischen Landtag zur Uebernahme eines angemessenen Theils der österreichischen Staatsschuld und zu einer größern militärischen Unterstützung der Gesammtmonarchie viel geneigter machen, andererseits wird sie Ungarn selbst die Pacifizirung Croatiens und den verfassungsmäßigen Verband aller ungarischen Kronländer garantiren. Es ist aber noch zu befürchten, daß die reaktionäre Hofpartei diesen k. Entschluß inzwischen rückgängig machen werde. Man wird in solcher Befürchtung bestärkt, wenn man aus sicherer Quelle erfährt, daß der Erzherzog Franz Karl dem Ban Jellachich die Weisung ertheilt hat, alle Handbillete des Königs unberücksichtigt zu lassen und nur die von ihm unterzeichneten Befehle zu vollziehen. (Bresl. Z.)

Preussen. Berlin, den 7. Juni.) Der Prinz von Preußen hat dem Präsidium der Nationalversammlung die Anzeige zugehen lassen, daß er seinen Sitz in der Kammer vorläufig nicht einnehmen werde, und anheimgegeben, seinen Stellvertreter, den Legationsrath Küpfer, einzuberufen. Er befindet sich heute mit der gesammten königl. Familie in Charlottenburg zur gemeinsamen Feier des Todestages des verstorbenen Königs; er soll gestern Abend mit dem letzten Bahnzuge von Magdeburg in Potsdam eingetroffen seyn. (D. A. Z.)

(Wesel, 5. Juni.) Was der Prinz von Preußen gestern hier zu der Versammlung im Kommandantur-Gebäude mit tief aufgeregtem Gefühle sprach, ist, als der erste Ausdruck seiner Gesinnung auf vaterländischem Boden, so bedeutungsvoll, daß ich mich beeile, es Ihnen mitzutheilen: „Sagen Sie Wesel meinen Dank für den freundlichen Empfang, der mir hier zu Theil geworden ist. Es ist immer ein wohlthuendes Gefühl, wenn man in das Vaterland zurückkehrt, und es wird mir immer eine glückliche Erinnerung bleiben, daß Wesel die erste Stadt ist, wo ich mich habe aussprechen können. Den Herren ist bekannt, daß Vieles über mir gewaltet hat. Es ist schmerzlich, verkannt zu werden. Nur mein reines Gewissen hat mich über die Zeit hinweggeführt, und mit reinem Gewissen kehre ich in mein Vaterland zurück. Ich habe immer gehofft, der Tag der Freiheit werde anbrechen, und er ist angebrochen. Es hat sich seitdem Vieles in unserem Vaterlande geändert. Der König hat es gewollt, des Königs Wille ist mir heilig. Ich bin sein erster Unterthan und — ich schließe mich mit vollem Herzen den neuen Verhältnissen an. Aber Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen, keine Anarchie — dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben, das ist mein Beruf. Wir mich gut gekannt hat, weiß, wie ich immer für das Vaterland geglüht habe. Sie können Sich denken, daß ich mit erschüttertem Herzen vor Ihnen stehe. Um so wohlthuender ist mir dieser herzliche Empfang." (Köln Z.)

Sachsen. (Leipzig 8. Juni.) Der Rath der Stadt veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Nachdem das kgl. hohe Ministerium des Innern wegen der Volksversammlungen vorläufig, bis zur definitiven Regulirung dieses Gegenstandes auf dem Wege der Gesetzgebung, folgende Bestimmungen getroffen hat, als: 1) Bei dem dem sächsischen Volke gewährleisteten Vereins- und Versammlungsrechte ist davon auszugehen, daß nur solche Vereine und Versammlungen verboten sind, deren Zwecke oder Mittel den Bestimmungen des Criminalgesetzbuches widerstreiten; 2) die Zusammenberufung zu einer Versammlung oder zu Bildung eines Vereins ist vor dem Zusammentritt der Versammlung mit Angabe der Zeit, des Ortes und Zweckes derselben der Obrigkeit des Versammlungsortes (in Leipzig dem unterzeichneten Rathe) anzuzeigen; 3) zur Berufung einer Versammlung oder zu Stiftung eines Vereins sind nur Diejenigen berechtigt, welche dispositionsfähig und im Besitze der politischen Ehrenrechte sind; 4) Bekanntmachungen und Zusammenberufungen mittels Maueranschläge müssen die Namen der Veranstalter enthalten; 5) da dieses Volksrecht nur das Recht enthält, sich friedlich zu versammeln, so ist es nicht gestattet, in Versammlungen bewaffnet zusammen zu kommen; so wird solches zur Nachachtung andurch bekannt gemacht. (D. A. Z.)

Vom Rhein, 5. Juni. Die militärischen Vorkehrungen, welche schon seit längerer Zeit in der Rheinprovinz getroffen werden, sind in so hohem Grade geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, daß es fast wunderbar zu nennen ist, wenn dieselben bis jetzt weder in der Presse noch neuerdings in der „zur Vereinbarung der Verfassung" nach Berlin berufenen Versammlung zur Sprache gebracht worden sind. Es stehen in der Rheinprovinz, mit Einschluß der beiden nahe liegenden Bundesfestungen Mainz und Luxemburg, gegenwärtig das 13., 15., 16., 17., 25., 26., 27., 28., 30., 34., 35., 38., 39. und 40., zusammen 14 vollständige Infanterie-Regimenter, mehr als der dritte Theil unserer gesammten Linien-Infanterie, davon ein Theil völlig auf Kriegsfuß und die übrigen in den letzten Tagen durch Einziehung des dritten Theils der Reserven verstärkt; außerdem 3 Ulanen-, 2 Husaren- und 1 Dragoner-Regiment, und diese Kavallerie wird dem Vernehmen nach, nachdem gestern die zuletzt in Köln-Deutz garnisonirenden Husaren weiter rheinaufwärts abgegangen sind, noch um ein weiteres, wie es heißt ein Kürassier-Regiment, vermehrt werden; die Artillerie ist wenigstens schon zur Hälfte mobil gemacht, und was das heißt, mag der eine Umstand deutlich machen, daß eine mobile Fußbatterie von dem Friedensbestande von 19 Pferden auf 121 gebracht wird. Auch ist für die beiden oben genannten Bundesfestungen eine dritte Kompagnie geschaffen, für welche man in diesen Tagen die Ernennung der Offiziere erwartet; unsere Festungen endlich werden armirt, die Wälle und Forts sind mit Geschütz besetzt, die leichten Umzäunungen machen den Pallisaden Platz und der Anfang mit der Rasirung des Glacis ist in der Schußlinie der Kanonen allenthalben gemacht. In Saarlouis dieselbe bereits vollständig. Die Besatzungen sind oder werden noch verstärkt und in einem großen Halbkreise, der sich von oberhalb Köln über Koblenz und Trier längs der westlichen Grenze erstreckt, stehen echelonsweise die übrigen Truppen aufgestellt und können in kürzester Frist zusammen gezogen werden. Was bedeutet diese ungewöhnliche Entfaltung von militärischen Kräften gerade hier? fragt man sich erstaunt und nicht ohne eine Beimischung von Besorgniß. Im Norden steht unsere Armee gegen Dänemark im Felde, im Osten kämpfen wir gegen die aufgewiegelten Polen, die Stimmung und Pläne Rußlands sind mehr als zweifelhaft, Schweden hat nur noch Einen Schritt vorwärts zu thun, um sich in offenem Kriege mit uns zu befinden, und der dritte Theil unserer ganzen Streitmacht steht an der entlegensten westlichsten Grenze, in einer Zeit, wo die französische Nationalversammlung sich wie Ein Mann erhoben hat, die Friedensbotschaft Lamartine's zu bekräftigen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Staatsregierung Anlaß findet oder nimmt, in dieser Beziehung die öffentliche Stimmung aufzuklären. Ich will Sie nicht behelligen mit den ungereimten und abgeschmackten Gerüchten, welche in unserer Provinz über die Bedeutung und den Zweck jener

Maasregeln im Schwunge sind, aber die Aufregung ist leichtgläubig und die Böswilligkeit benutzt Alles; die Regierung möge das bedenken. Als Kuriosität möchte ich übrigens anführen, daß an der limburgischen Grenze und im Herzogthum Limburg selbst allgemein die Meinung verbreitet ist, alle diese Rüstungen wären gegen Holland gerichtet; die an der Grenze stationirten preussischen Offiziere sind im Limburgischen mehrmals mit so stürmischen Freudenbezeigungen und so offen und laut als „Befreier“ von Holland begrüßt worden, daß sie neuerdings, um nicht ernsten Verlegenheiten ausgesetzt zu seyn, nicht mehr in Uniform über die Grenze gehen, die sie sonst, zu dem sehr prosaischen und gerechtfertigten Zwecke, wohlfeilen französischen Wein zu trinken, fast täglich zu überschreiten gewohnt sind. (D. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 6. Juni.) Der Moniteur zeigt an: Hr. Cremieux hat gestern Abend der Vollziehungsgewalt seine Entlassung als Justizminister eingesandt. Derselbe Moniteur bringt den Wortlaut dreier Gesetzentwürfe, die gestern Abend der Minister des Innern (Recurt) der National-Versammlung vorlegte: a) Dekret, das die Gemeinderaths-Wahlen in Städten und Dörfern republikanisirt, indem es im Gegensatze zu den Bestimmungen der Gesetze vom 21. März 1831 und 22. Juni 1833 jeden fünfundzwanzigjährigen Bewohner als wahlfähig erklärt. b) Dekret, das die Volkszusammenrottungen verbietet und durchaus reaktionär ist. Dasselbe zerfällt in zehn Artikel und steht an Härte den barbarischesten Kriegsgesetzen nichts nach. Wer sich nach der ersten Aufforderung nicht entfernt, wird mit 6 Monaten bis 2 Jahren; nach der zweiten Aufforderung von 2 bis 5 Jahren und nach der dritten Aufforderung bis zu 10 Jahren Kerkerstrafe belegt. Jede Aufforderung — heißt es im Artikel 10 — zu einer bewaffneten oder unbewaffneten Volksrotte, geschehe sie durch Wort, Schrift, Druck, Plakard oder Laufzettel, ist, selbst wenn sie von keinem Erfolg begleitet war, mit sechsmonatlicher bis einjähriger Gefangenschaft zu ahnen. Ausser diesen harten Strafen spricht der Gesetzentwurf noch für alle Fälle den Verlust der Aktivbürgerrechte aus. Ein letzter Artikel endlich setzt die Geschwornen des Seinedepartements als Spruchbehörde ein. Dieses Dekret trägt die Unterschrift: So geschehen im Schloß Luxembourg, 5. Juni 1848. Die Glieder des Ausschusses der Vollziehungsgewalt. (gez.) Fr. Arago. Ledru Rollin. Lamartine. Marie. Garnier Pagès. c) Dekret, das dem Minister des Innern die Bagatelle von 500,000 Frks. geheimer Polizeigelder Behufs Ueberwachung der Feinde der Republick — wie es in den Erläuterungen der Dekretsentwurfs heißt — zuweist.

[National-Versammlung. Sitzung vom 6. Juni.] Präsident Buchez eröffnete dieselbe zum letzten Male. Duclerc, Finanzminister, legte darauf das Ausgaben-Büdget von 1848 vor. Dasselbe beläuft sich nach diesem Dekretsentwurfe auf 1,734,000,000 Franken, also 58,000,0000 Franken weniger als unter Guizot. Leonfaucher fragte: Ob die Ausgaben der provis. Regierung inbegriffen seien? Ducret: Jawohl; nur die Ausgaben des Ausschusses der Vollziehungsgewalt seien nicht einbegriffen. Lasteyrie legte einen Antrag nieder: die höheren Stellen der Befehlshaber der Nationalgarde durch Wahl und nicht durch Dekret zu entscheiden. Vivien und Ferouillet stellten ebenfalls Anträge von örtlicher Natur. Nach deren Erledigung schritt die Versammlung zur Bestimmung eines Gehalts für ihre Präsidenten und Quästoren à 4000 und resp. 500 Franken monatlich — eine Ziffer, die fürs Ausland sehr gleichgültig. Bineau erschien dann auf der Tribüne, um seinen gefürchteten Bericht über die Eisenbahn-Expropriationsfrage vorzulesen, der bekanntlich einen neuen Kabinetssturm heraufbeschwören dürfte. Stimmen: Die Conklusion! Bineau: Der Ausschuß trägt auf Verwerfung des ministeriellen Vorschlags an. Faucher will den Bericht schon Donnerstags diskutirt wissen, weil der Kredit leide. Garnier Pagès drauf Verschiebung. Lasteyrie: Ihr Ausschuß empfiehlt Ihnen, erst die alten Staatsschulden zu bezahlen, ehe Sie zum Ankauf der Eisenbahnen zu neuen Anlehen schreiten. Sie haben zwischen diesen beiden Wegen zu wählen. Ich rathe Ihnen den Ersteren. Der Kredit kann nur dadurch wieder gehoben werden, wenn Sie die alten Verbindlichkeiten tilgen, ehe Sie neue schaffen. Nur durch rasche Erledigung können Sie das Land vor Katastrophen schützen. Duclerc: Wir legen einen Gesetzentwurf vor; Sie bringen einen anderen. Wir verlangen Aufschub. Stimmen: Und die Sparkassen? Zwischen Duclerc, Billault, Berryer rc. entspann sich hierauf eine lange Diskussion über die Finanzlage, die bei Postschluß noch fortdauerte.

(Paris, 6. Juni.) Die »Presse« kündigt die Demission der Hrn. Lamartine und Ledru-Rollin an.

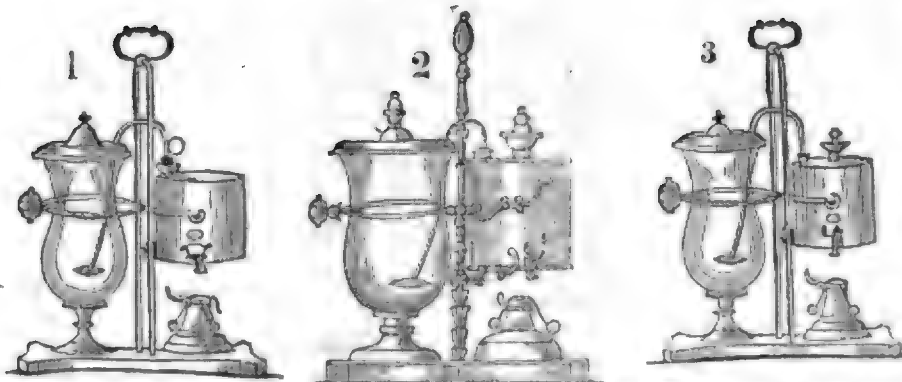
Italien.

Das Mailänder Bülletin vom 3. Juni, 1 Uhr Nachmittags gibt stillschweigend zu, worauf auch alle andern Berichte hinführen, daß am 31. Mai kein irgend bedeutendes Gefecht stattfand. Es meint die Zahl der am 30. Gefallenen lasse sich noch nicht genau bestimmen; im ganzen möchten die Oesterreicher etwa 1500 Todte und Verwundete verloren haben, von denen 600 (also über ein Drittel) in dem Gefecht zwischen Bardolino und Pastrengo umgekommen seyen. (Der Kampf bei Pastrengo am 29. war nach Radetzky's durchaus glaubwürdiger Angabe nur ein Scheingefecht: jedoch hat auch nach andern Berichten als diesem Mailänder Bülletin am 30. wiederum ein Gefecht bei Bardolino und Pastrengo stattgefunden); die Italiener hätten alles in allem etwa 600 verloren. Ueber die Stellung der Armee gibt das Mailänder Bülletin nichts; nach Privatbriefen der Mailänder Blätter wären am 3. Juni die Piemontesen 30,000 Mann stark in Birbes, Guidizziolo, Carbonaro, Goito, Volta, Sacco und Basta gewesen; Radetzky hätte sich in Rivalta aufgehalten, seine Truppen in Rivalta, Grazie, Bochere, Ceresara, Solarolo. Die Vorposten der Oesterreicher sollen (1., 2. Juni?) bis Castelgofredo gekommen sein. Gerüchte liefen, daß die Oesterreicher von Mantua abgeschnitten seyen; nach den einen durch einen Aufstand der Ungarn und Italiener in Mantua, nach andern dadurch, daß die Piemontesen le Grazie und die Stellung von Curtatone wiedererobert hatten. (A. a. Z.)

Bülletin von Bergamo, 5. Juni. 9 Uhr Vormittags. In diesem Augenblick langt vom Lager her die Nachricht, an daß es nach einem officiellen Briefe des Prinzen Eugen von Savoyen und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Pareto gewiß ist, daß der Bourbon von Neapel und sein erstgeborner Sohn, feierlich enthauptet worden sind. So sey es! Die Piemontesen scheint es, haben bei Villa Capella entschieden den linken Flügel des deutschen Heeres gesprengt, und man spricht von einer entsetzlichen Menge Todter, welche das Erdreich bedecken. Das Gefecht soll vorgestern von Mittag b s Abend vorgefallen seyn. Es läuft in Prescia das Gericht, daß gestern Morgen die Oesterreicher bei einem neuen Versuch auf Goito eine neue Niederlage erlitten, und daß General Schwarzenberg mit seinem Adjutanten durch eine Kanonenkugel entzweigerissen worden. (Eine Nachricht die auf dem Umwege von Neapel über Turin, Goito und Bergamo zuerst zu uns kommt, kann wahr seyn, aber offenbar keine große Glaubwürdigkeit ansprechen. Unser neuestes Genueser Blatt (der Pensiero Italiano vom 4) meldet aus der Luccheser Riforma, also auch auf einem Umwege, daß am 2. Juni in Livorno die Nachricht eintraf, es sey ein neuer Aufstand in Neapel, der König solle in den Händen des Volks seyn. — Der Dampfer Lombardo, der am 2. Juni Abends oder vielleicht erst am 3. Juni Morgens in Genua ankam, berichtet vom 31. Mai: Neapel sey noch unter dem bourbonischen Joch. Die Zeitungen Mailands vom 4. schweigen über eine neue Revolution in Neapel.)

(A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.



Empfehlung und Gebrauchs-Anweisung

der königl. bayerischen selbstwirkenden

Extractions-Kaffeemaschinen

auch zu Theemaschinen vortefflich sich eignend

von

Friedrich Thomae in Nürnberg L. Nro. 420.

Die oben bildlich dargestellten, von mir selbst erfundenen selbstwirkenden und ganz neu konstruirten Kaffeemaschinen, auf deren Fabrikation mir von Sr. Majestät dem König ein Privilegium gnädigst ertheilt wurde, erlaube ich mir einem verehrlichen Publikum wegen ihrer Brauchbarkeit und wegen des vortrefflichen Kaffees, welchen sie liefern, namentlich aber deßhalb zu empfehlen, da Jedermann sich seinen Kaffee sammt der Milch in kürzester Zeit und mit geringen Kosten, selbst sieden kann ohne darauf Acht zu haben, indem die Maschine, sobald der Kaffee fertig ist, das Feuer durch Zufallen des Deckels selbst auslöscht und durch das Geräusch den Besitzer der Maschine zum Trinken einladet.

Diese Maschinen verfertige ich in allen Größen von 2 — 20 Tassen mit feinen Verzierungen von Silber, Neusilber wie von Messing, inwendig gut verzinnt um der Gesundheit nicht nachtheilig zu werden; auch die dazu gehörigen Glas-Pokale liefere ich von verschiedenen Farben und halte davon immer auf dem Lager zur schnellsten Effektuirung gefälliger Bestellungen vorräthig.

Gebrauchs-Anweisung.

Bei Nr. 1 obiger Abbildung, welche zugleich die Milch mitsiedet, verfährt man auf folgende Weise: man schiebt den Deckel des Milchbehälters zurück und gießt die Milch ein, das Wasser in den Wasserbehälter, von welchem aus das Rohr in das Glas geht. Den gemahlenen Kaffee thut man in das Glas, hierauf öffnet man den Deckel des Spiritusbehälters, gießt Spiritus ein, setzt den ganzen Behälter auf den aufgestellten Deckel des Spiritusbehälters (wodurch dieser allein offen erhalten wird) und zündet den Spiritus an. Man kann durch die am Krahnen angebrachte Vorrichtung in Form eines Bügels Kaffee und Milch zugleich, so wie Kaffee, und Milch allein herauslassen, was durch die Stellung des Bügels zurück oder vorwärts geschieht. Bei Nr. 2 und 3, welche nur Kaffee allein sieden, verfährt man auf dieselbe Weise und hat nur das Wasser einzugießen.

Die Vorzüge dieser Maschinen sind augenscheinlich, indem man an Brennmaterial bedeutend erspart, und jede beliebige Menge Kaffee oder Thee und nach Gefallen schwächer, durch noch einmal Uebersieden stärker bereiten kann.

Auch ist der Mechanismus so solid und einfach, daß sowohl die Handhabung leicht erlernt, als auch die Gefahr des Verderbens nicht zu befürchten werden braucht.

Preis-Courant im 24 fl. Fuß.

von Messing

mit Milch zu 2 Tassen	3 fl.	42 kr.	ohne Milch „ 2	„ 2	„ 42 „	ein Glaspokal zu 2 Tassen	12 kr.
„ „ „ 3	„ 4	„ 12 „	„ „ „ 3	„ 3	„ 12 „	„ „ „ 3	„ 15 „
„ „ „ 4	„ 4	„ 42 „	„ „ „ 4	„ 3	„ 30 „	„ „ „ 4	„ 18 „
„ „ „ 5	„ 5	„ 12 „	„ „ „ 5	„ 4	„ 12 „	„ „ „ 5	„ 20 „
„ „ „ 6	„ 6	„ — „	„ „ „ 6	„ 5	„ — „	„ „ „ 6	„ 22 „
			„ „ „ 8	„ 5	„ 42 „	„ „ „ 8	„ 30 „
			„ „ „ 10	„ 6	„ 24 „	„ „ „ 10	„ 42 „
			„ „ „ 20	„ 7	„ — „	„ „ „ 20	„ 54 „

Bei Aufträgen bittet man um portofreie Briefe.

Hiemit empfehle ich mich mit meinem Commissionslager an Steingutwaaren von einer Amberger Fabrik, und bemerke zugleich, daß alle Sorten Steingutwaaren bei mir zu den billigsten Preisen, und in ausgezeichneter Qualität abgegeben werden, wovon sich Jedermann überzeugen kann. Um zahlreichen Zuspruch bittet

F. Thomae.

Dutzendteich-Wirthschaft.

An den beiden Pfingstfesttagen Nachmittags ist gutbesetzte Blechharmonie-Musik unter Leitung des Herrn Stabshornisten Lippert, und eine solche wird auch am Pfingstmontag Morgens stattfinden.

Bei zu hoffender und gewünschter schöner Witterung schmeichle ich mir von Gästen aller Stände mit gütigem zahlreichem Besuch beehrt zu werden und dies insbesondere am Pfingstmontag Morgens, wo der liebliche Park einen angenehmen Ruhepunkt bei den Wanderungen zum Schmausenbuck rc. bietet. An guter Bedienung und Bewirthung werde ich nichts ermangeln lassen.

Fischer, Pächter der Dutzendteich-Wirthschaft.

Paradies.

Sonntag, als am ersten Pfingstfeiertag,

Harmoniemusik,

wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

St. Leonhard.

An beiden Pfingstfeiertagen

Harmonie-Musik,

wozu ergebenst einladet

A. Feldmann.

Almoshof.

Montag den 12. Juni findet Musik statt.

(Verloren.) Es wurde gestern Abend ein Bund Schlüssel verloren, man bittet um gefällige Zurückgabe in S. Nro. 177 Marplatz.

Gefrornes,

Eistörtchen, Obstkuchen, Kaffee- und Thee-Bäckereien

täglich frisch empfiehlt

Conditor Decke, Bindergasse S. Nro. 915.

Gefrornes

ist beide Pfingstfeiertage vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß

Wiener Salon.

An den Pfingstfeiertagen frischen Münchener Bock und Mint Tulip, ein guter amerikanischer Trank.

Hummelstein.

Heute Sonntag den 11. Juni, als am 1. Pfingstfeiertag, findet gutbesetzte Harmonie-Musik, so wie auch am 12 d. den 2. Pfingstfeiertag früh Harmonie-Musik anzutreffen ist. Es ist an diesen beiden Tagen für Kaffee und Backwerk, so wie für gutes frisches Bier bestens gesorgt, und ladet zu recht zahlreichem Besuch hiemit höflichst ein

J Fahner.

(Gesuch.) Eine Magd von unbescholtenem Rufe, die mit Kindern sowohl als mit den andern häuslichen Arbeiten gut umzugehen weiß, kann sogleich in Dienst treten. Näheres in der Exped. d. Bl.

Die Sammlungen für die deutsche Flotte in Franken betr.

Nachdem die patriotischen Frauen Nürnbergs sich mit rühmlichem Eifer der Sammlung von Beiträgen unterzogen und zum Theil schon ihre Bemühungen mit recht günstigem Erfolge gekrönt gesehen haben, nachdem unsre Nachbarstädte theils ihrem guten Beispiele gefolgt, theils schon demselben vorangegangen sind, haben die Unterzeichneten auch an ihre lieben fränkischen Brüder auf dem Lande einen Aufruf zur Sammlung von Beiträgen für die deutsche Flotte ergehen lassen und hoffen, daß ihre Worte, wie sie von warmen deutschen Herzen kommen, so auch in den biedern deutschen Herzen unsres Landvolks Anklang finden werden.

Um einen guten Erfolg des Unternehmens zu sichern, ist aber vor Allem nothwendig, daß in den betreffenden Landgerichtsbezirken Hülfs-Komités sich bilden, welche die Leitung der Sache und den Empfang der Gelder und Geldeswerthe aus den einzelnen Gemeinden übernehmen, und wir hegen das feste Vertrauen auf den kräftig erwachten Patriotismus unserer Landsleute, daß wir sowohl bei den werthen Männern, welchen wir die Aufforderungen und Belehrungen über die Sache zur Vertheilung zusenden, als auch bei jedem andern wahren Freunde des Vaterlandes die gewünschte Unterstützung finden werden.

Die in Folge dessen sich bildenden Bezirks-Comités, so wie auch die Städte Mittelfrankens, von welchen gewiß keine der Mitwirkung sich gänzlich entziehen wird, werden ersucht, das Ergebniß ihrer Sammlungen wo möglich bis Ende dieses Monats an das hiesige Handlungshaus M. C. Huber einzusenden, welches seiner Zeit öffentlich Rechnung legen, und die eingegangenen Summen an die Nationalversammlung in Frankfurt oder an die künftige Central-Behörde für die deutsche Flotte abliefern wird.

Wenn dann unsre fränkischen Schwesterstädte: Würzburg in gleicher Weise der Sammlung und Empfangnahme für Unterfranken, Bamberg, und Bayreuth für Oberfranken sich unterziehen werden — welche auf Privatweg an dortige hochachtbare Einwohner gestellte Bitte wir hiemit öffentlich wiederholen, — wenn unser ganzer fränkischer Stamm treu zusammenhilft in vaterländischem Sinne, dann wird die Frucht unsres gemeinsamen Wirkens auch keine geringe sein, dann dürfen auch wir, so Gott will, wie die Münchner Patrioten in ihrem Aufruf sagen:

„Das Gedächtniß dieser That deutscher Vaterlandsliebe soll fortleben in der Flotte selbst, deren Schiffe den Namen der deutschen Stämme, die sie geschaffen, für ewige Zeiten tragen mögen. Glück auf denn: Bayern zur See."

gleich freudig ausrufen: Glück auf: Franken zur See!

Nürnberg, den 4 Juni 1848.

Dr. Herrmann Beckh. Dr. Diez, Professor und prakt. Arzt. H. Gebhardt, Kaufmann. L. Günther, Kaufm. J. Huber, Kaufm. Dr. Kalb, Kreisgerichts-Assessor. Korte, Advokat. Lindner, Advokat. J. C. Merck, Handelsvorsteher. G. Freihr. v. Tucher, Kreisger.-Rath. J. Zeltner, Kaufm. und Fabrikbesitzer.

Handschuhe

in neuester, schönster Auswahl für Herren und Damen empfehlen zu den billigsten Preisen

Nürnberg, im Juni 1848.

Sichart und Böheim, Lit. L. Nr. 2 an der Fleischbrücke.

Mozarts-Verein.

Am Dienstag den 13. Juni ist Abendunterhaltung im Belvedere mit Harmonie-Musik, welche nach 5 Uhr beginnt. — Die Vorträge fangen nach 7 Uhr an.

Der Vorstand des Mozart-Vereins.

Kündinger. Mainberger. Röder.

(Anzeige.) Die Nummern 1 und 2 des „freien Staatsbürgers", welche das Programm und die Statuten des Nürnberger politischen Vereins enthalten, sind à 3 kr. für beide Nummern in der Expedition (Plobenhof S. Nro. 823 bei Herrn Joh Georg Meyer) zu haben.

(Zu vermiethen.) Bis Ziel Laurenzi ist am Obstmarkt im Hause S. Nr. 982 eine schöne, gesunde Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern vornheraus, 2 Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen. Beliebt eine Größere, so kann dieses durch Tausch auch bewerkstelligt werden. Näheres bei Kaufmann Fr. Semler in demselben Hause.

(Gesuch.) Ein Mädchen sucht als Ladenjungfer hier oder auswärts eine Unterkunft, sieht dabei aber mehr auf gute Behandlung als auf großen Lohn. Gesuche wolle man unter Adresse M. in der Exp. d. Bl. abgeben.

Arena.

Montag den 12. Juni 11 Vorstellung im 3. Abonnement. Zum Erstenmale. „Die Schleswig-Holsteiner." Ein deutsches Drama in 3 Aufzügen von Otto v. Wittenberg.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12. Juni 1848. № 164. Montag: Basilides.

Deutschland.

Bayern. (Speyer, 7. Juni.) Gestern fand dahier die jährliche Generalversammlung der pfälzischen Ludwigsbahn-Aktionäre statt. Die Direktoren Denis und v. Lamotte erstatteten Bericht über die Fortschritte im letzten Jahre. Während die von Ersterem vorgetragenen Resultate im Allgemeinen befriedigten, indem er versicherte, daß das Budget nicht überschritten werde, und die Bahn im nächsten Jahre vollendet werden könnte, brachte der Bericht des Letztern die entgegengesetzte Wirkung hervor, denn es wurde durch denselben dargethan, daß zu dem aus 8½ Millionen bestehenden Baukapital noch weitere 2 Millionen Gulden nöthig wären; diese sollen hauptsächlich durch die theuern Grund-Entschädigungen nothwendig geworden seyn. Es wurde sodann der General-Versammlung die Frage vorgelegt, ob sie den Verwaltungsrath ermächtige, ein Prioritätsanlehen zu möglichst billigstem Preise zu machen. Nach einiger Diskussion wurde der Verwaltungsrath ermächtigt, zuletzt aber auch bemerkt, daß der bayerische Staat von diesem neuen Anlehen von 2 Millionen Gulden bereits 800,000 Gulden zu übernehmen versprochen habe. Auf welche Weise die weitern Summen herbeigeschafft werden, muß die Zukunft nachweisen. Ein Rechenschaftsbericht des Jahres 1847 wurde an die Actionäre vertheilt; aus demselben geht hervor, daß bereits bis zu Ende des Jahres 1847 7½ Mill. fl. verausgabt sind, daß also das vorräthige Baucapital noch etwa 1 Mill. betrug, die jetzt vollkommen eingezahlt seyn wird. (Frkft. J.)

Die neue Speyerer Ztg. enthält Folgendes: Das erste kräftige Lebenszeichen des deutschen Parlaments, der Beschluß über den Raveaux'schen Antrag hat deutlich gezeigt, daß alle Reaktion in früherem Sinne unmöglich geworden, daß jeder Versuch, die errungenen Freiheiten und Rechte des Volks zu verkümmern, an dessen festem Sinne abprallen müsse. Ein Feind der deutschen Kraft und Einheit ist jedoch mit Macht aufgetreten, ihr mächtigster, fast möchten wir sagen, ihr einziger Feind. Es ist dies der Separatismus, der im neuen Bunde mit der Reaktion den zu gründenden Freiheitsbau zu unterwühlen droht. Wenn bis jetzt in Deutschland, das jeden kräftigen Mittelpunkt entbehrte, die Sonderinteressen vorherrschten, wer möchte darum den ersten Stein auf es werfen? Wenn aber nun, wo der neue Bau gegründet werden soll, die Regierungen selbst separatische Bestrebungen anregen und nähren, dann ist es Pflicht des Volks, darüber seine wahre Gesinnungen auszusprechen. Daß Bayern diesem Separatismus huldigt, wer kann es nach Verlegung des Verfassungsentwurfes noch bezweifeln; selbst offizielle Verwahrungen dagegen, wie die Aeusserungen des Ministers des Aeussern beim Schlusse des Landtages sprechen dies, wenn gleich in milderer Form aus. Ob nun das Volk im jenseitigen Bayern diese separatistischen Tendenzen billigt, wissen wir nicht, das aber glauben wir mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß unsere Pfalz sie entschieden zurückweist. Dieser Stimme Ausdruck und Geltung zu verschaffen, ist vor allem nothig, und wer könnte dies besser, als der Kreisausschuß des pfälzischen Volksvereins, dessen Thätigkeit seit Beendigung der Parlamentswahlen zu ruhen scheint. Möge daher derselbe durch die Organe seiner Bezirksausschüsse unverzüglich in allen Theilen des Kreises Volksversammlungen veranlassen und mittelst Adressen an das deutsche Parlament demselben die wahre Gesinnung der Pfalz darlegen, damit man sehe, daß auch unser Wahlspruch sei, ein einiges Deutschland über alles, Hand in Hand mit Deutschland wollen wir gehen, mit ihm stehen oder fallen.

Baden. (Heidelberg, 7. Juni.) Die nassauischen Truppen, welche längere Zeit hier einquartirt gewesen, haben uns heute bis auf eine geringe Anzahl verlassen. Wie man sagt, soll bayerisches Militär hieher kommen. — Die Ruhe ist noch immer nicht in die Gemüther zurückgekehrt. Mit großer Spannung sieht man den Pfingstfeiertagen entgegen, wo man einen Putsch in Frankfurt furchtet. (Schw. M.)

(Waldshut, den 7. Juni.) So eben wird das Resultat der Wahl, welche in Thiengen heute stattfand, für einen Deputirten ins deutsche Parlament, bekannt, wornach Friedrich Hecker, zur Zeit Flüchtling, mit 77 Stimmen gegen 56, welche Buhl erhielt, zu unserm Vertreter in Frankfurt erwählt wurde. (Frkf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 9. Juni. Nachmittags 4 Uhr.) In der heutigen 15. Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde nach lebhafter Debatte der Kommissionsantrag, bezüglich auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit mit großer Mehrheit abgelehnt, und nach dem Antrage von Waitz aus Göttingen beschlossen: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die schleswigische Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg mit Dänemark zu Ende zu führen, daß aber bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschland's gewahrt were." Ueber den weiteren Antrag von Waitz, daß die Genehmigung des abzuschließenden Friedensvertrags der Nationalversammlung vorbehalten sey, wurde namentlich abgestimmt, und der Antrag mit 275 gegen 200 Stimmen abgelehnt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 7 Juni.) Die Ausschüsse der Nationalversammlung arbeiten thätig fort. Jener für das Verfassungswesen ist gestern bis zum 15. Paragraphen seines (übrigens noch nicht veröffentlichten) Entwurfes vorangekommen. (N. Sp. Z.)

(Frankfurt, den 8. Juni.) Allerlei, wie es mir scheint, ungegründete oder doch höchst übertriebene Gerüchte über Gefahren, welche der deutschen Nationalversammlung und unserer Stadt in den nächsten Tagen drohen sollen, haben ängstliche Gemüther in Sorgen versetzt. Die Verhandlungen welche veranlaßt durch jene Gerüchte, über diese angeblichen Gefahren heute Morgen in der Paulskirche gepflogen wurden, dürften vollkommen geeignet seyn, den Einwohnern unserer Stadt jeden Anlaß zu Befürchtungen zu nehmen. Die Versammlung hat, indem sie zur Tagesordnung überging, indem sie also die Dringlichkeit der ihre Sicherheit betreffenden Anträge zurückwies, ausgesprochen, daß kein Grund zu Besorgnissen vorhanden ist, und die hiesige Einwohnerschaft kann getrosten Muthes dieser Ansicht beitreten. Jedenfalls reichen die Mittel, welche unsere Stadt in sich selbst, und namentlich in ihren bewaffneten, von dem vortrefflichsten Geiste beseelten Bewohnern besitzt, vollkommen aus, Freiheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und es bedarf keinerlei außerordentlichen, außerhalb der Stadt zu suchenden Beistands. Wäre er aber auch jemals nöthig, so würde doch, wie ja auch in den Verhandlungen in der Paulskirche heute Morgen ausdrücklich anerkannt wurde, unsere Regierung vollkommen berechtigt seyn, sich dieses Beistands, ohne daß es dazu eines Beschlusses der Nationalversammlung bedarf, im Voraus schon zu versichern, und es war daher eine ausdrückliche Beschlußfassung der Versammlung, die ja doch nichts anders hätte thun können, als neben der bewaffneten Macht Frankfurts auch die der Nachbarstaaten zu ihrem Schutze in Anspruch zu nehmen, vollkommen überflüssig. Ich bin daher mit dem gefaßten Beschlusse um so mehr einverstanden, als durch das Uebergehen zur Tagesordnung, wie schon bemerkt, nur die Dringlichkeit einstweiliger Sicherheitsmaßregeln verneint, alle die Stellung der Versammlung und ihrer Mitglieder nach Außen betreffenden Anträge dagegen an einen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen worden sind. Da heute Morgen, bevor ich zum Worte gelangen konnte, die Debatte geschlossen wurde (ich war der zweite von den bei dem Schluß der Debatte geschriebenen Redner), so halte ich mich verpflichtet, meinen Mitbürgern meine Ansicht in dieser für sie besonders wichtigen Angelegenheit mindestens durch die Presse kund zu geben. Jucho. (Frkf.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 9. Juni.) Unser Montagskränzchen, das an Mitgliederzahl außerordentlich zugenommen hat, außerdem auch von zahlreichen Gästen, darunter manche Parlamentsmitglieder, oft und zahlreich besucht wird, nahm in der letzten Zeit eine lebhaftere, ja mitunter stürmische Physiognomie an. Man würde das Unmögliche fordern, wenn man verlangen wollte, daß ein aus allen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft zusammengesetzter Verein von den großen politischen Bewegungen des Augenblicks gänzlich unberührt bleiben sollte. Das bewegte Leben der Nation spiegelt sich in den Individuen, spiegelt sich in den Vereinen ab. Kein Wunder, daß die Debatten im Montagskränzchen die Färbung der Zeit an sich tragen. In der Sitzung vom vorigen Montag kam es jedoch zum ersten Mal vor, daß an ein und demselben Abend zwei ganz einander entgegengesetzte, sehr wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Unsere ganze Stadt staunte über eine Thatsache, die man bei dem bisher bewiesenen Takt der Gesellschaft für unmöglich gehalten hatte. Es handelte sich nämlich um die Frage: Soll der Aufforderung Genüge geleistet und der auf Pfingsten nach Frankfurt ausgeschriebene Bayrhoffer'sche Congreß der demokratischen Vereine Deutschlands von Seiten des Montagskränzchens durch eine Deputation beschickt werden? Nach längerer Debatte wurde das Ansinnen von der Gesellschaft abgelehnt. Nachdem jedoch bei ziemlich vorgerückter Zeit ein bedeutender Theil der Mitglieder sich schon weggegeben hatte, kam sonderbarer Weise die Frage nochmals zur Diskussion und Abstimmung, und der kaum erst verworfene Antrag wurde angenommen, auch sofort zur Wahl der Deputation geschritten. Dies die nackte Thatsache. Weiß man nun, daß dieselbe Gesellschaft kaum erst einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, worin zur Gründung eines allgemeinen deutschen Volksvereins aufgefordert wird, so kann man sich die Sensation vorstellen, die der letzte Beschluß hervorgerufen, wodurch das Kränzchen, freiwillig seinen unabhängigen Standpunkt verlassend, sich in das Gefolge der Bayerhoffer'schen Partei begab. Man war daher allgemein auf die Resultate der gestrigen Generalversammlung gespannt, die zwischen 7 und 800 Mitglieder zählte. Die Mitglieder, die mit dem Endresultat der stürmischen Montagssitzung nicht einverstanden waren, trugen auf Auflösung und Reorganisation derselben an. Neben diesem Antrag wurde allseitige Zurücknahme der Montagsbeschlüsse verlangt. Nach einer längern sehr ruhigen und geordneten Diskussion, während welcher noch manche andere Anträge, jedoch von untergeordneter Natur, zum Vorschein kamen, wurde der Vorschlag wegen Auflösung der Gesellschaft mit überwiegender Stimmenmehrheit abgelehnt, dagegen die gänzliche Zurücknahme aller Beschlüsse vom vorigen Montag fast mit Stimmeneinhelligkeit angenommen. Beide Abstimmungen wurden mit Jubel begrüßt. Durch diese Beschlüsse steht unsere geachtete Gesellschaft wieder ganz auf dem ehrenvollen Standpunkt, auf dem sie die provisorische Geschäftsführung für den in der Bildung begriffenen allgemeinen deutschen Volksverein übernommen hat. Dem Vernehmen nach sind aus allen deutschen Gauen bereits zahlreiche Beitrittserklärungen eingelaufen, so daß an einer baldigen Konstituirung des Vereins nicht mehr zu zweifeln ist. (Frkf. J.)

(Frankfurt, Anfangs Juni.) Die Kommission, welche unsere Nationalversammlung zur Untersuchung der Arbeiterfrage und des Proletariats ernannt hat, ist in voller Thätigkeit. Wie zu erwarten stand, sind hierüber die Ansichten der Mitglieder sehr von einander

abweichend. Darüber zwar sind alle einig, daß die Organisation der Arbeit auf industrielle Unternehmungen von Privaten, niemals mit Erfolg angewandt werden könne. Dies sey eine Chimäre, die in den letzten 3 oder 4 Decennien von müssigen Köpfen ausgedacht, im praktischen Leben jedoch eine Unmöglichkeit sey. Wenn die einen eine Erweiterung und Erhöhung unserer Schutzzölle als das einzige Rettungsmittel betrachten, so führen andere das Beispiel Frankreichs an, welches trotz seines, seit 40 Jahren mit steigender Strenge festgehaltenen Prohibitiv-Systems, eine solche Menge Proletarier erzeugt hat, wie kein anderes Land in Europa. Am entschiedensten treten die sogenannten Republikaner auf. Diese wollen die Ursache unserer traurigen socialen Zustände anderswo finden. Einer der hervorragendsten Männer dieser Partei soll in der letzten Sitzung erklärt haben, er sey kein persönlicher Feind unserer Fürsten, im Gegentheil wünsche er sehnlichst, daß die Monarchie mit dem vereinbart werden könne, was die Völker erstreben möchten, nemlich mit Freiheit, Ordnung und Bürgerglück. Wenn er jedoch bedenke, daß gegenwärtig die Civillisten der deutschen Fürsten, die Personalausgaben für die stehenden Heere, für Civilbeamte, für Geistliche aller Konfessionen, für Angestellte in Städten, Märkten u. s. w. in allen deutschen Bundesstaaten mehr als 500 Millionen betragen, und daß diese enorme Summe aus den Produktivkräften der deutschen Nation bestritten werden muß, so müsse er an einem günstigen Erfolg verzweifeln. Hier liege die Ursache alles Uebels, dies sind nach seiner Ansicht die eigentlichen Proletarier. Das, was wir im gewöhnlichen Leben Proletariat nennen, sey nur eine nothwendige Folge unserer abnormen Zustände. Nur eine Steuer, nemlich eine Einkommensteuer, solle für die deutschen Staaten eingeführt werden, dann würden 2/3 aller Rechnungsbeamten nebst einem ganzen Heer von Schreibern entbehrlich. Auch die Justiz müsse einer totalen Umgestaltung entgegengeführt werden. Weniger Beamte, aber eine billige und schleunige Justiz sey das Losungswort der Völker. (Rgsb. Tgbl.)

Hessen. (Darmstadt, 7 Juni.) Heute Morgen fand man den auch auswärts rühmlichst bekannten Oberfinanzrath Sartorius in seinem Zimmer erschossen, wahrscheinlich von eigner Hand; die Ursache dieses Schrittes ist eine höchst merkwürdige. Das großherz. Ministerium der Finanzen hatte ihn vor einigen Tagen zum Ministerialrath ernannt, womit es einen in jeder Beziehung glücklichen Griff gethan hatte, da Sartorius in practischer und theoretischer Beziehung, was er insbesondere als hessischer Bevollmächtigter bei den Zollcongressen und als Verfasser mehrerer Staatsschriften in Rheinzollsachen bewiesen hat, überaus tüchtig war und seine neue Stelle vollkommen auszufüllen und dem Ministerium bei der bevorstehenden neuen Organisation des Staatshaushaltes eine kräftige Stütze zu werden versprach. Sei es, daß er bei seiner angebornen großen Bescheidenheit ein nicht gerechtfertigtes Mißtrauen in seine Kräfte setzte, oder die Größe seines neuen Berufs unnatürlich überschätzte, von dem Momente seiner Ernennung zu Ministerialrath nahm eine Gemüthsstimmung, welche in Folge des Verlustes seiner Gattin ohnehin deprimirt war, eine so traurige Richtung an, daß er in dieser neuen Stellung zu unterliegen glaubte. Er beschloß deshalb lieber seine Stellung zu opfern, als sich selbst, und suchte um Gestattung des Rücktritts in sein altes Dienstverhältniß nach, was von dem Ministerium genehmigt wurde. Gestern trat er in seine alte Stelle zurück, heute fand das für ganz Darmstadt schmerzliche Ereigniß statt, am Begräbnißtage seiner vor einem Jahre verstorbenen Gattin. (M. J.)

(Darmstadt, 7. Juni.) In der heutigen 68. Sitzung der 2. Kammer gingen verschiedene Eingaben ein, welche zeigten, daß das umwälzende Element, welches jetzt Deutschland bewegt, auch bei uns noch vorhanden ist. Abg. Görz aus Mainz verlangte Entwerfung eines provisorischen Wahlgesetzes, Zusammenberufung einer constituirenden Kammer im Geiste der Volkssouveränetät und Auflösung der gegenwärtigen Kammer, die nur noch berathen möge, was sie selbst für dringend nothwendig hält. Verschiedene andere Abgeordnete (Cretzschmar, Zulauf, Keil rc.) wollen, daß man sofort das Militär vermindere und beurlaube. Abg. Heldmann stellt einen dreifachen Antrag: Reduktion aller Pensionen (von 800 bis 1600 fl. auf 800, von 1600 bis 3000 fl. auf 1000 fl.; augenblickliche Entlassung des stehenden Heeres bis auf die Cadres; Besteuerung alles unbesteuerten Vermögens. — Bei der folgenden Berathung wurden größere Ersparnisse im Ministerium des Auswärtigen verlangt, was den betreffenden großherzoglichen Regierungskommissär zu der Aeußerung veranlaßte, daß, in der Voraussetzung, dieses entspreche der Entwickelung der deutschen Verhältnisse, schon die Abberufung der hessischen Gesandten in und außerhalb Deutschland beschlossen sei. (Fft. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, 8. Juni.) Eben ist der am 3. d. M. von dem Finanzministerium vorgelegte Entwurf eines Gesetzes wegen Einführung einer ausserordentlichen Einkommensteuer im Druck erschienen. Im Eingang und in den ersten drei Artikeln heißt es: „Ludwig rc. Um die Mittel aufzubringen, welche zur Bestreitung der durch die ungewöhnlichen Zeitereignisse herbeigeführten größeren Staatsbedürfnisse, so wie zur Deckung der entstandenen Ausfälle an den Staatseinnahmen erforderlich sind, haben wir, mit Zustimmung unserer getreuen Stände, verordnet und verordnen hiermit, wie folgt: Art. 1. Es soll in dem Jahre 1849 eine ausserordentliche Einkommensteuer ausgeschlagen werden und zwar: 1) Auf die Besoldungen und andere derartigen persönlichen Erwerbseinkünfte und 2) auf das Einkommen aus Kapitalien. Art. 2. Der ausserordentlichen Einkommensteuer sind unterworfen: 1) alle Inländer beiderlei Geschlechts; 2) die im Großherzogthum wohnenden Ausländer, diese jedoch nur in Bezug auf dasjenige Einkommen, welches sie sich durch persönlichen Erwerb im Inlande verschaffen. Im Auslande wohnende Inländer, welche aus der Staatskasse eine Besoldung oder Pension beziehen, werden mit dieser ebenfalls zur Einkommensteuer zugezogen. Art. 3. Der Einkommensteuer unterliegt: a) alles Einkommen aus Besoldungen, Gagen, Gehalten, Pensionen, Löhnen, Emolumenten, Sporteln, Gebühren und Taxen, es mag solches aus öffentlichen oder Privatkassen bezogen werden; b) dasjenige persönliche Einkommen, welches aus der Ausübung einer Kunst oder einer wissenschaftlichen Thätigkeit genommen wird, in so weit dasselbe nicht bereits der gesetzlichen Gewerbsteuer unterworfen ist; c) alles Einkommen aus rentbaren Kapitalforderungen, Leibrenten, und vererblichen Renten jeder Art, letztere jedoch nur in soweit, als dieselben nicht als Grundlasten besteuert worden, oder bei ihrer Festsetzung die Steuerlast bereits in Abzug gekommen ist." Die übrigen Artikel enthalten Modifikationen und betreffen die Ausführung. Die Motive heben hervor, „daß die Benutzung der Steuerkraft der Staatsangehörigen als das praktische Hülfsmittel" erscheine. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 7. Juni.) Seit gestern befindet sich Graf Franz Stadion auf der Durchreise nach Innsbruck in unsern Mauern, und ist damit beschäftigt, ein neues Ministerium zu bilden. Man einigte sich, wie es scheint, über folgende Zusammensetzung: Wessenberg für das Aeußere, Stadion für das Innere, Pillersdorff für die Finanzen, Doblhoff für den Handel und die Gewerbe, Dr. Aug. Bach für die Justiz und v. Schwarzer für die öffentlichen Arbeiten. Präsident wird wahrscheinlich Wessenberg, für den seine Antecedentien sowohl als auch die Volksthümlichkeit sprechen, die er bereits durch das würdige und staatsmännische Manifest vom 3. Juni bei der Bevölkerung der Hauptstadt errungen. (A. A. Z.)

(Prag, den 4. Juni.) Der Slawen-Kongreß ist eröffnet. Alle österreichischen Slawenstämme waren durch Abgeordnete vertreten. Um 9 Uhr Morgens zogen dieselben in die Teyn-Kirche zu einer feierlichen Messe, und von da begaben sie sich in festlichem Aufzuge, unter Vortragung der allgemeinen slawischen und böhmischen Fahnen, nach ihrem Versammlungsorte auf der Sophien-Insel. Merkwürdig ist es, daß die Bevölkerung Prags nur geringen Antheil an dem von den Slawen als so wichtig bezeichneten Tage nimmt. Es hatten sich verhältnißmäßig sehr wenig Neugierige eingefunden. In eigenthümlicher Stille ging der Aufzug vor sich: kein Zujauchzen, nicht einmal der Slawa-Ruf war zu hören. Ich finde darin ein Zeichen, daß Prag den slawisirenden Ideen nicht so innig zugethan ist. Der Präsident des provisorischen Ausschusses, Joseph Matthias Thun, war krank und der Ritter v. Neuberg, auch ein Deutscher! an seine Stelle getreten. Er bewillkommte die slawischen Brüder in Prag. Es wurde die Wahl Palacky's zum Starosta bekannt gemacht. Die Mitglieder wurden von den Sekretären der einzelnen Sektionen verlesen und das Programm unter vielem Zujauchzen vorgetragen. Verschiedene Redner sprachen darauf in verschiedenen slawischen Dialekten, wurden aber immer nur sehr theilweise verstanden, wie gewaltig auch oft dieselben auftraten; denn es ist mit dieser allgemeinen Slawen-Versammlung ein eigenes Ding, ungefähr so, als wenn sich alle germanischen Stämme zu einem Kongresse vereinigten und der Isländer eine Unterhaltung mit dem Schweizer pflegen sollte. Der Pole versteht den Böhmen nicht, der Kroate nicht den Polen; den Russen verstehen sie alle nicht, er aber versteht sich desto besser auf sie. Gestern begannen die Sektions-Versammlungen der verschiedenen Völkerschaften. In einer derselben wurde über die österreichischen Serben verhandelt, die von den Magyaren hart bedrückt seien. Um ihnen einen Wojwoden und Patriarchen zu sichern, wurde eine Deputation an den Kaiser beschlossen. (Köln. Z.)

(Pesth, 4. Juni. Bis jetzt hat der mit so unermeßlichen Reichthümern begabte ungarische Klerus sich an den freiwilligen Beiträgen zur Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes in keinerlei Weise betheiligt. Der Kultusminister Baron J. v. Eötvös hat daher die katholischen Bischöfe hierher berufen, um sich mit ihnen über die Verwendung eines Theils der Kirchenschätze zu allgemeinen Staatszwecken zu vernehmen. Mehrere Bischöfe sind bereits eingetroffen. In Kroatien unterstützt der Klerus den Ban und die Volkserhebung mit dem größten Eifer. Der Bischof von Agram, Georg v. Haulik, der früher als ein Freund des Magyarismus galt, schürt jetzt die illyrische Glut. — Das italienische Regiment Este ging gestern, von Komorn kommend, auf drei Schiffen nach Peterwardein, nachdem es hier vorher auf die ungarische Constitution geschworen. Die Italiener sind gegen die ihnen verhaßten Kraten gut verwendbar. Dagegen wollte das italienische Regiment Ceccopieri bei früherer Gelegenheit der Beeidigung des Militärs auf die ungarische Verfassung durchaus nicht die Formel beschwören: „auf des Kaisers Befehl in den Krieg zu ziehen, wohin immer." Erst als der Kriegsminister die heiligste Versicherung gegeben, daß es nie gegen Italien verwendet werden solle, ließ sich ein Theil zur Eidesleistung herbei. Auffallend war aber die constitutionsfeindliche Gesinnung der meisten hiesigen Stabsoffiziere, welche sich krank meldeten, um der allgemeinen Beschwörung der Verfassung fern bleiben zu können. Es kann dies nur zur Vermehrung des Hasses der Ungarn gegen die nichtungarischen Offiziere beitragen. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 8. Juni.) Die Ereignisse und Debatten der heutigen Nationalversammlung waren von so entscheidender Wichtigkeit, daß man von dieser Sitzung einen principiellen Wendepunkt zu datiren haben wird, der das Verhältniß dieser Versammlung zur Krone, zum verantwortlichen Ministerium und zum Volke hoffentlich in ein bestimmtes und unverrückbares Geleis bringt.

Nach Erledigung verschiedener Geschäfte zur Eröffnung der Sitzung nimmt der Präsident Milde das Wort und lenkt die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Hauptgegenstand derselben: das Staatsgrundgesetz, indem er beantragt, den Tit. II. des von der Regierung vorgelegten Entwurfs, der von den Rechten der preussischen Staatsbürger handelt und mithin die organische Grundlage des Staatwesens überhaupt in sich schließt, vorweg durch eine Centralkommission zur Berathung zu bringen, und die von derselben aufgestellten Gutachten drucken zu lassen. Er sieht darin einen Anfang, dieses entscheidende Geschäft der Versammlung endlich in Angriff zu nehmen, wozu die Versammlung hinzuleiten, seine Pflicht als Präsident erfordere. Es entspinnt sich darüber eine kurze, aber lebhafte Debatte. Ein Abgeordneter erinnert an anderweitig eingegangene Anträge, den Regierungsentwurf ganz zu verwerfen, welche nun durch den neuen Vorschlag offenbar eine Beseitigung erfahren würden. Der Abg. Brill sieht eine Verletzung des Petitionsrecht darin, wenn man sogleich an die Berathung des Regierungsentwurfs gehe, indem viele Petitionen gegen denselben eingelaufen wären, und diese Petitionen jedenfalls beachtet werden müßten. Ein Abgeordneter meldet, wie in der vierten Abtheilung bereits beschlossen sey, daß der Regierungsentwurf nicht als ihr geistiger Leiter, aber doch in formeller Hinsicht den Berathungen der Versammlung zu Grunde gelegt werden möge; es sey zu wünschen, daß sich alle Abtheilungen darin einig erklärten. Ein anderer Abgeordneter berichtet seitens der achten Abtheilung, es sei dort die Frage dahin entschieden, daß der Regierungsentwurf jedenfalls zu Grunde zu legen, aber auch auf den Antrag des Abg. Nees v. Esenbeck sofort einzugehen sei, nämlich: eine Commission zu ernennen, die ebenfalls einen aus der Mitte der Versammlung hervorgehenden Verfassungsentwurf aufzustellen habe. Der Abg. Ritz bemerkt: man könne allerdings verschiedene Verfassungsentwürfe aufstellen, aber in dem Regierungentwurf sei Alles im Princip enthalten, worauf sich nur ein Verfassungsentwurf ausdehnen könne,

(Murren auf der Linken.) Auch die Vertheilung des Stoffes in dem Entwurf sei ganz zweckmäßig geschehen. Er stimme für den Antrag des Präsidenten. Inzwischen hat man von draußen vor dem Platze des Sitzungshauses mehrfache Volksstimmen laut werden hören, und es verbreitet sich das Gerücht in der Versammlung, daß der Prinz von Preußen erscheinen werde. Nachdem noch der Abg. Temme gegen den in Rede stehenden Vorschlag des Präsidenten gesprochen, zeigte der Letztere plötzlich an, daß das Mitglied für den wirsitzer Kreis erschienen sei und die Versammlung zu begrüßen wünsche. Man sah darauf den Prinzen von Preussen die Rednerbühne besteigen, von der herab er mit fester Stimme Folgendes sprach: Er sei durch die auf ihn gefallene Wahl berechtigt, ein Mitglied dieser Versammlung zu sein, und er würde sich bereits gestern hierher begeben haben, wenn ihn nicht eine mit dem gestrigen Tage verbundene Todtenpflicht in dem Kreise seiner Familie und an einem andern Ort gefesselt hätte. Heute trete er nun zunächst mit dem Eifer in diese Versammlung, um seinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, durch das er in dieselbe berufen worden, und die Abgeordneten, die aus allen Klassen des Volks und aus allen Ständen hier zusammengetreten, seinerseits herzlich willkommen zu heißen. Die hohe Aufgabe dieser Versammlung sei, mit dem Könige die neue Verfassung zu vereinbaren, indem sie für die Zukunft des Volkes und seiner Könige die große Grundlage schaffen und die vom Könige uns vorgezeichnete constitutionelle Regierungsform berathen solle. Es sei dies ein hoher Beruf, und je höher der Beruf, desto heiliger müsse auch die Gesinnung sein, in der er geübt werde. Sein Charakter liege der Versammlung offen vor. So stehe er in ihrer Mitte und wünsche, daß sein Erscheinen ein günstiges sein möge. Seine andern Geschäfte erlaubten ihm nicht, diesen Sitzungen öfter beizuwohnen, und er ersuche daher die Versammlung, seinen Stellvertreter einzuberufen. Schließen wolle er mit dem Ausrufe: „Mit Gott, für König und Vaterland!“ (Bravo von einigen Seiten. Einen Augenblick lautlose Stille.) Nachdem der Prinz darauf den Sitzungssaal verlassen, kehrt die Versammlung zu ihren Geschäften zurück und beschließt zunächst, die unterbrochene Debatte über den Verfassungsentwurf auf morgen zu verschieben, wo ein alsdann auf der Tagesordnung stehender Antrag von 30 Mitgliedern über denselben Gegenstand zur Berathung kommen soll. Hierauf handelte es sich um Anerkennung der Revolution vom 18. auf den 19. März.

Der Ministerpräsident Camphausen erhebt sich: Es handle sich um einen Antrag, in Folge dessen die Versammlung sich über eine Idee äußern und ein bestimmtes Urtheil aussprechen solle. Er würde der Versammlung dies natürlich ganz zu überlassen haben. Wenn aber der Antragsteller auf ein Wort von ihm hingewiesen: auf das Wort der Versöhnung — wofür er ihm besonders danke — so sehe er gern dies Wort auch auf den gegenwärtigen Antrag angewendet, gegen den er nur wesentlich formelle Bedenken habe. Es sey bereits früher ausgesprochen, daß die Regierung die hohe Bedeutung des Kampfes nicht verkannt habe, und nicht verkenne. Ein Anderes sei es, wenn man eine Form der Anerkennung wolle, wie die hier vorgeschlagene, in welcher der Antrag auf Anerkennung der Revolution zu großen Misdeutungen Anlaß gebe. Wolle man anerkannt sehen, daß durch das Patent vom 18. März, durch den Kampf von Berlin, durch das Zurückziehen der bewaffneten Macht, durch die Einrichtung der Bürgerwehr, durch das freisinnige Wahlgesetz die große Ausdehnung der Volksrechte gegründet worden: so sei Niemand mehr als das Ministerium damit einverstanden. Wolle man aber erklären, daß die Staatsgewalt ihre rechtliche Begründung verloren, daß wir uns in einem Zusammenwirken von Zuständen befunden hätten wie in den englischen und französischen Revolutionen, wo nach Blutvergießen und Bürgerkrieg kein anderes nothwendiges Ende habe gefunden werden können, als die Niederlegung der Staatsgewalt in die Hände eines Dictators: so protestire das Ministerium gegen eine solche Auslegung, im Namen des preussischen Volkes und des Volkes von Berlin, in dessen Schutz sich der König ausdrücklich gestellt habe. Der gestellte Antrag enthalte eine Uebersetzung von Ausdrücken der französischen Revolution und eine Wiederholung von Beschlüssen, wie sie damals unter ganz andern Umständen gefaßt worden. Die Versammlung werde diese nicht annehmen können, ohne sich in Folgerungen hineinzubegeben, die neue Unruhen erregen müßten. Wolle die Versammlung die Opfer eines verhängnißvollen Zusammenstoßes ausdrücklich billigen, so möge sie doch eine reifliche Prüfung in der Abtheilung vorhergehen laßen. Wie sich die Versammlung zu einer bestimmten Form vereinigen wolle, müsse er ihr überlassen. Ein zweckmäßiger Weg dürfte es sein, sämmtliche gestellte Amendements einer besondern Kommission zur Prüfung zu übergeben und daraus einen Beschluß zu gestalten. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, wird die nächste Sitzung auf morgen anberaumt. Als der Prinz von Preussen nach Beendigung seiner Rede den Saal verlassen hatte, schritt er durch eine Reihe von Menschen, welche sich auf dem Flur aufhielten. Einige riefen dem Prinzen ein Hurrah, Andere zischten und pfiffen. Da stürzte plötzlich auf einen der letztern ein junger Mann, welchen man, obgleich er Civilkleidung trug, dennoch sogleich als einen Militär erkannte, zu, schlug ihm ins Gesicht und rannte sofort zur Thür hinaus auf die Straße. Alles stürzte dem Davoneilenden nach. Man ergriff ihn, nachdem sich der Haufe inzwischen bedeutend vergrößert hatte, im Lustgarten, von wo er, durch Einige gegen Mißhandlungen geschützt, nach der Schloßwache gebracht wurde. Man hat den Verhafteten als einen Secondelieutenant (vom Kaiser Franzregiment) bezeichnet. (D. A. Z.)

(Breslau, den 7. Juni.) Was man schon längst erwartet und befürchtet, ist endlich eingetroffen. Den städtischen Schutzmannschaften ist nun endlich die Proposition gemacht worden, daß sie die Waffen abgeben möchten. Es wurde ihnen zugleich bemerkt, daß doch der Dienst für sie beschwerlich und zeitraubend wäre, wie sie es schon erfahren hätten, und daß es demnach zweckmäßiger wäre, wenn sie die Sorge für die Ruhe und Ordnung, wie früher, dem Militär überließen. Morgen werden dieserhalb in den einzelnen Bezirken Berathungen stattfinden, deren Resultat sich schon jetzt mit Bestimmtheit voraussagen läßt. Die Schutzmannschaften sind nämlich gesonnen, jenes Ansinnen mit Entschiedenheit zurückzuweisen und unter keiner Bedingung auf dasselbe einzugehen. (D. A. Z.)

Würtemberg. (Ulm, 1. Juni.) Der Anschluß von Seite Bayerns an die Bahnlinie in Ulm wird, nach Allem zu schließen, was seither in der Sache geschehen, noch bis auf bessere Zeiten hinausgeschoben bleiben. (Ulm. K.)

Von der sächsisch-böhmischen Gränze, 5. Juni. Die böhmische Frage ist um so verwickelter, als außer den offenbaren Uebertreibungen der czechischen Nationalität sich dahinter auch eine politische Reaction verbirgt. Es ist der große Segen unserer Zeit, daß die öffentliche Meinung auch das Geheimste an das Tageslicht zieht. Die „provisorische Regierung“ in Prag hat verkündet, daß sie diesen Schritt zum Schutze des Kaisers und seiner Herrscher-Rechte gethan habe; die böhmische Deputation, welche in Innsbruck dem geflüchteten Kaiser aufwartete, rieth ihm geradezu, die Rettung seiner „göttlichen Herrscher-Rechte“ in der Annahme der slawischen Krone zu finden. An dieser Wendung der Sachen haben sich aber weniger die czechischen Exaltirten, als die Partei des hohen Adels, welcher zumal in Böhmen seinen Sitz hat, betheiligt. Dieser Adel, dessen Feudal-Gewalt auf seine großen Güter und dessen fast ausschließlicher Anspruch auf die höchsten und einträglichsten Staatsämter in der Civilverwaltung, so wie bei der Armee den Privilegien der französischen Aristokratie zur Zeit der ersten Revolution so ziemlich gleichkommt, erkennt, daß auch für ihn endlich die Stunde der Vergeltung gekommen ist, wo alle diese Herrlichkeiten ein Ende nehmen und die Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetze das einzige Recht seyn wird. Er benutzt die Krisis, in der sich die Monarchie befindet, um feindselige Nationalitäten in den Kampf zu führen gegen die Erhebung Deutschlands zur Freiheit und Einigkeit. Unbekümmert um die unberechenbaren Folgen, welche eine Vereinigung der slawischen Stämme für die Civilisation von ganz Europa nach sich ziehen kann, denkt diese Aristokratie nur an den Augenblick und ergreift gewissenlos jede Hülfe, von der sie sich Erhaltung ihrer Monpole und Vorrechte verspricht. Das Schlimmste ist nur, daß sie in ihren Sturz den Thron und die Dynastie selbst zu verwickeln sucht. Die Flucht des Kaisers aus Wien war, wie sich nach den Vorgängen vom 26. und 27. v. M. herausstellt, ein großer politischer Fehler, den Niemand anders als die Adelspartei verschuldet, welche durch die Herren Bombelles und Montecuculi dazu die Anregung gab. Sie glaubte damit einen Staatsstreich von höchster Wirkung auszuführen, die Revolution einzuschüchtern und der alten Herrschaft die Zügel zurückzugeben. Die Erfolge haben sie bitter getäuscht. Wien hat den Kopf und vor allen Dingen den Muth nicht verloren; es hat die Errungenschaften seiner März-Revolutionen für das ganze Vaterland mit energischer Hand und ohne Mißbrauch seiner Kraft behauptet, die Reaction total zurückgeschlagen und sich in den Stand gesetzt, eine geordnete und volksthümliche Regierung auch bei Abwesenheit des Kaisers fortzuführen. Zudem sind den Provinzen die Augen aufgegangen über die wahre Sachlage. Man erkennt jetzt die besten Triebfedern der slawischen Bewegung und sieht ein, daß die Stunde radicaler Reform auch für Oesterreich gekommen ist. (Köln. Z.)

Belgien.

In der Brüsseler Vorstadt Anderlecht fand am 5. Jun. ein Arbeiteraufstand statt, der nur bewältigt wurde, nachdem die Gendarmerie einigemal Feuer gegeben hatte. (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 7. Juni.) Die Zusammenrottungen auf den Boulevards St. Denis und St. Martin waren gestern Abends stärker als je. Die Nationalgarde hatte viele Mühe, sie auseinander zu streuen. So oft sie sich in starken Abtheilungen mit Tambour und Polizeikommissarius an ihrer Spitze den Haufen näherte, gingen dieselben auseinander, um sich einige Minuten darauf wieder zu sammeln. Ausbrüche der Rache fanden nicht statt. Die Versammlungen geschahen wohl nur, um dem reaktionären Geiste der angeklebten Gesetze Trotz zu bieten. Gegen 11 Uhr zog eine Kolonne der Versammelten den westlichen Boulevards entlang, wo ihr Ruf: Es lebe Barbes! Nieder mit der Reaktion! die zahlreichen Spaziergänger erschreckte. Eine Patrouille jagte ihnen nach, konnte sie aber nicht erreichen.

Das Leben unserer Vollziehungsgewalt, d. h. das Wohl und Wehe der Republik, schwebten gestern auf einer Nadelspitze. Der Zusammenhang ist einfach folgender: Bineau, Rapporteur des Finanzausschusses für Prüfung der Garnier Pagèschen und Duclercschen Finanzpläne, namentlich der so viel besprochenen Eisenbahnexpropriation, legte gestern der Nationalversammlung seinen Bericht vor. Dieser Bericht, der, beiläufig gesagt, einen dicken Band füllt, ist eines der merkwürdigsten Aktenstücke der Gegenwart, weil es die kommunistischen Tendenzen (o Himmel!) der provisorischen Regierung des 24. Febr. der Nachwelt enthüllt und auf Verwerfung der gemachten Garnier Pagèschen und Duclerc'schen Expropriationspläne anträgt. „Ein ehrlicher Mann, und der Staat müsse ehrlich seyn“ — drücken sich die Gegner darin aus — „zahle erst seine alten Schulden, als da sind: Schatzbons, Sparkassenpfänder u. dgl., ehe er an Kontrahirung neuer Schulden denke.“ Ganz richtig. Aber man kann sich die Bestürzung auf den ministeriellen Bänken bei dieser Bescheerung vorstellen. Duclerc, Vater des Expropriationsgesetzes mit Garnier Pagès, wurde blaß und rannte, wie von einer Tarantel gestochen, obgleich ihn der Stich nicht unerwartet treffen konnte, auf die Bühne. Die Sparkassengelder, rief er aus, sollen gezahlt werden; die Tresorbons dagegen sind in den Händen reicher Leute ... Mehr bedurfte es nicht, um einen schrecklichen Sturm heraufzubeschwören. „„Wollen Sie denn von armen Leuten Geld borgen?““ rief man erzürnt, und es entstand ein furchtbarer Tumult im Saale. Zur Abstimmung! Zur Abstimmung! rief man von allen Seiten. Worüber? Ob man den ministeriellen Entwurf für Expropriation der Eisenbahnen, oder den Ausschußantrag gegen diese himmelschreiendste aller Verletzungen des Eigenthums zunächst der Berathung unterziehen wolle? Kabinetsfrage! Große Aufregung, im Saale und in den Seitengängen geht das Gerücht, Lamartine, Ledru Rollin, Garnier Pagès und Duclerc würden sofort abdanken, wenn man den Ausschußantrag dem ministeriellen Gesetzentwurfe vorzöge. Zwei Stunden lang rang die Versammlung mit der entsetzlichsten Ungewißheit. Endlich (um 7 Uhr) war die Abstimmung darüber: o weh, von 749 Anwesenden stimmten nur 387 im Sinne des Ministeriums, 362 dagegen. Mit einer Majorität von 25 Stimmlein muß also das Ministerium auf dem Kampfplatze erscheinen. Das ist sehr bedenklich. Die Versammlung hat heute zu entscheiden, an welchem Tage die Schlacht über diese große Lebensfrage zu eröffnen. Der Himmel beschütze uns, auf daß wir die Vollziehungsgewalt nicht unter die Gefallenen zählen.

[National-Versammlung. Sitzung vom 7. Juni.] An der Tagesordnung war das Gesetz gegen Volksaufläufe. Ein Repräsentant

bekämpfte dasselbe als einen Rückschritt; bewaffnete Volksaufläufe seyen Bürgerkrieg; unbewaffnete verbieten zu wollen, sey der Republik unwürdig. Lepelletier verglich das neue Gesetz mit einem Messer, mittels welchem man der Republik den Hals abschneiden wolle (Lärm: Oh! Oh!) Diejenigen, die das Gesetz beantragt, seyen verzogene Kinder. In jedem Falle werde das Gesetz böses Blut machen. Eine Krautbacke inmitten eines Haufens werde genügen, um über Attroupements zu schreien. Leben wir unter der Monarchie oder unter der Republik? Schon habe die Polizei die Fahnen von den Klub-Eingängen entfernt. Das Alles sey ernster als es scheine. (Saint Rome nennt das Gesetz ein drakonisches) Bac hält es barbarisch, weil es Schuldige und Unschuldige treffe. Ein friedlicher Spaziergänger bleibe stehen, höre zu, und könne zwei Jahre für seine Neugier eingesperrt werden. Unmöglich, ruft ein anderes Glied, könne eine Barrikaden-Regierung sich zur Vaterschaft eines solchen Gesetzes bekennen. Büse endlich nahm sich des Gesetzes an. Er führte Furcht vor Barbes und blanquischen Einfluß aufs Volk an. Das Gesetz sey ein nothwendiges Umstandsgesetz. Sarrut und selbst v. Mosney widerlegten die angebliche Staatsgefahr. Allein Marie wies die Dringlichkeit des Augenblicks nach und die Versammlung schritt zur artikelweisen Berathung des berüchtigten Gesetzes, die bis sechs Uhr Abends schwerlich beendet seyn dürfte.

Bethmont ist an die Stelle Cremieux's zum Justizminister ernannt. Droyn de Lys ersetzt Favre im Ministerium des Auswärtigen, an dessen Spitze Bastide bleibt.

Großbritannien.

(London, 6. Juni.) Bei der neulichen Versammlung zum Besten einer deutschen Flotte war die Theilnahme nicht so lebhaft, wie man hätte wünschen und erwarten sollen. Nur zwei- bis dreihundert waren zugegen, unter ihnen Professor Forchhammer aus Kiel, der auch hier für sein Vaterland zu wirken eifrig bemüht ist. Von den angesehenen Deutschen, welche zu erscheinen eingeladen waren, liesen zum Theil seltsame Entschuldigungen ein. Ein großer Kaufmann erklärte, er sey kein Deutscher, sondern ein Süd-Oesterreicher, und deßhalb habe das Unternehmen keinerlei Interesse für ihn! Der österreichische Consul erklärte, er könne sich mit den Angelegenheiten eines fremden Landes nicht befassen! Der badische Consul erklärte, er habe keine Verhaltungs-Befehle! Nur der preussische General-Consul, Hr. B. Hebeler, Vielen von uns durch seine Gastfreiheit bekannt, erbot sich zur Annahme und Verwaltung der eingehenden Gelder. — Im Unterhause sagte Lord Palmerston in Bezug auf Italien: „Ich kann nicht anders als eine lebhafte Theilnahme empfinden für die Anstrengungen, die, wie ich hoffe, glücklichen Anstrengungen, welche in Italien von dem Volke gemacht werden, um sich freie Verfassungen zu verschaffen; aber I. Maj. Regierung darf sich durchaus nicht einmischen. Alle Gerüchte über eine solche Einmischung, namentlich in Neapel, sind falsch und abgeschmackt."

Italien.

(Triest, den 5. Jun.) Aus Bisnadello, dd. 3. Jun., Abends um halb 12 Uhr, meldet man heute dem österreichischen Lloyd Folgendes: »Gestern hörte man Kanonendonner hinter Treviso. Wie ich später mit Bestimmtheit erfuhr, sind bereits drei wichtige Punkte, nicht weit von Venedig, besetzt: darunter das blos sieben Miglien entfernte Porte Grande. Dadurch wurde Venedig auch von dieser Seite die Zufuhr abgeschnitten. Ein Schiff mit Schafen, ein anderes mit Brod, wurden aufgehalten, die Schiffe in Beschlag genommen, die Lebensmittel jedoch den Eigenthümern zurückgegeben. Eine prächtige mit Gold verzierte Gondel, deren Besitzer die Flucht ergriffen hatte, fiel in unsere Hände. — Heute Nachmittag kam ein Parlamentär aus Treviso heraus; inzwischen wurde die weiße Fahne aufgezogen, welche noch am Abend wehte.« (A. A. Z.)

(Innsbruck, den 6. Juni) Erzherzog Johann verkündigt soeben folgendes Bülletin: Feldmarschall Graf Radetzky theilt mir aus seinem Hauptquartier Rivalto vom 3. Juni folgendes mit: In Folge anhaltenden stürmischen Regenwetters waren die Wege grundlos geworden. Der Feldmarschall benützte den 1. und einen Theil des 2 Jun., um durch weitausgehende Streifcommanden seine Stellung bis an den Oglio westlich, und bis Castelgoffredo und Medole nordwestlich zu sichern, auch um über die Stellung des Feindes Nachricht zu erhalten. Durch die erstern, von welchen das Hauptstreifcorps unter das Kommando des Generalmajors Fürst Edmund Schwarzenberg gesetzt worden, erfuhr der Feldmarschall, daß 10,000 M. am Curtatone aufgestellt waren, von welchen sich 3000 Mann nach Marcaria über den Oglio, die andern, welche noch übrig blieben, über Castiglione delle Stiviere gegen Brescia zogen, daß ferner vor 14 Tagen Verstärkungen vom Po kommend über Asola zur Armee nach Somma Campagnia eingerückt waren, und daß Goito mit 10 bis 15,000 Mann besetzt sey, das Gros der Armee aber auf der Höhe von Volta stand. Der Feldmarschall ließ am 2. Juni Nachmittags das zweite Armeekorps, eine große Recognoscirung in das flache freiere Land gegen Cerlungo beginnen, als der Regen seit Mittag etwas aufgehört hatte. Da aber die Wege noch sehr durchweicht waren, und man Zeit zum Herausbrechen aus den vielen Debouchéen dieses coupirten Landstrichs in die Ebene bedurfte, so konnte es erst am 3. mit frühestem Morgen seine Vorrückung gegen Cerlungo bewerkstelligen. Als Resultat derselben, sowie der übrigen Streifcommanden ergab sich, daß der König, wenn auch stärker als der Feldmarschall — aus seiner Hauptstellung am Gebirge nicht herabsteigen zu wollen scheint, und daß Goito, Cerlungo, Guidizzolo und Cereta, mit bedeutenden Kräften besetzt, gleichsam das durch erstere gesicherte Avantgardekorps ist. Der Feldmarschall wird sich somit jetzt fürs erste am Curtatone festsetzen, und das durch Erstürmung desselben für eine künftige Offensive gewonnene Terrain am rechten Mincioufer dergestalt befestigen, daß der Feind ihm selbes nicht mehr entreißen kann. Erzherzog Johann. (A. A. Z.)

Das Gerücht von der Enthauptung König Ferdinands ist falsch. Die Genueser Blätter vom 5. Jun., ebenso die Turiner vom 5. schweigen darüber; die Mailänder vom 5. schweigen, oder geben die gestern von uns mitgetheilte Nachricht aus der Luccheser Riforma via Livorno; die Florentiner Alba vom 3. schweigt. Wie sollte aber eine Neapler Nachricht, die ja nothwendig über Livorno und Genua am schnellsten eintrifft, am 5. über Turin und Goito in Bergamo bekannt seyn, in Genua und Turin am 5. unbekannt, da Turin von Genua 17, Goito von Turin 32, Bergamo von Goito 12 Meilen entfernt liegt? Gewiß ist, daß es noch am 31. Mai in Neapel selbst ruhig war, wenn schon man Unruhen erwartete und in den Provinzen, wie es scheint, der Aufstand um sich griff. Das Mailänder Bülletin vom 4., 2 Uhr Nachmittags berichtet: „Die Unsern erstrecken sich vom Goito nach Guidizzolo; die Feinde halten die Gegend von Rivalta bis Gazzoldo und Ceresara besetzt, da sie sich nach dem letzten Gefecht besonders mit dem rechten Flügel zurückgezogen. Das Hauptquartier der italienischen Armee hatte sich (wann?) nach Volta begeben; alle unsere Schaaren sind in großer Bewegung, und es scheint, daß sich ihre Stärke bei Goito sammelt.« — Eine als gewiß bezeichnete Angabe in dem officiellen Mailänder Blatt besagt unterm 5. Jun.: Die Oesterreicher haben sich nach Mantua zurückgezogen, zuvor jedoch noch durch einen Streifangriff der Unsern ungefähr 300 Husaren verloren. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Basel, den 6. Juni.) Die Aufhebung der Klöster im Kanton Luzern ist mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen. Trotz der Jesuitenumtriebe hat die Bürgergemeinde das Decret nicht verworfen. Die Niederlage der Sonderbündler ist nun eine vollständige. (M. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13. Juni 1848. № 165 Dienstag: Tobias.

Deutschland.

Bayern. (München, den 10. Juni.) Se. Maj. der König hat unterm 7. d. einen Generalpardon an die Ausreißer der Armee und an die widerspenstigen Conscribirten erlassen, um die Rückkehr dieser Verirrten zu ihrer Pflicht zu erleichtern. (A. A. Z.)

(Aus Rheinbayern, den 5. Juni.) Wenn sonst das Sprichwort sagt: Ende gut, Alles gut — so möchte dies leider auf unsere eben geschlossene Ständekammer nicht recht passen. Denn das eigentliche Finale, welches durch den Minister des Auswärtigen, Grafen de Bray, aufgeführt wurde, ist in einer Tonart gehalten, die mit dem großen Koncert deutscher Gesinnung unvollkommen harmonirt, ja zu einer völligen Disharmonie Anlaß geben könnte, wenn etwa die Abgeordneten, in ihre Heimath zurückgekehrt, in derselben Tonart fortsingen und fortspielen wollen. Der Minister sagt u. A: „Wir leben im Herzen Deutschlands, Bayern ist das Herz Deutschlands, und so wie das Herz nicht vom Leibe getrennt werden kann, wenn das Leben fortdauern soll, wird auch Deutschland nicht geschieden werden können. Fragt man, was die Regierung wolle, so antworte ich, sie will Nichts, was nicht auch Bayern will. Sie will ein einiges, verjüngtes, kräftiges Deutschland, im Innern intelligent, frei, betriebsam, nach Außen geachtet und Achtung gebietend. Welche Opfer gebracht werden müssen, um das hohe Ziel zu erreichen, läßt sich wohl im Voraus nicht so genau bestimmen. Es wird eine Verständigung stattfinden zwischen Volk und Regierung, ein Vertrag, von beiden heilig und gleich geachtet. Die Opfer aber, die nicht gebracht werden dürfen, zu denen rechne ich solche, welche, wirklich gebracht, Deutschland selbst schwächen, Deuschland seines Ruhmes und seiner Zierde berauben würden. Hierunter verstehe ich die reiche, fruchtbringende, lichtverbreitende Mannichfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme, und was Bayern insbesondere betrifft, unsern glorreichen Namen, unsere in Deutschland stets eingenommene hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie." — Ist diese Rede wörtlich so gehalten, wie wir sie gedruckt in den Zeitungen lesen, dann ist sie wahrhaft plump zu nennen. Denn wo und wie und wann ist Bayern das Herz Deutschlands? Geographisch genommen könnte Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein-Ebersdorf diese Ehre streitig machen, und politisch genommen, was vernünftiger Weise und eigentlich nur gemeint sein kann, ist das Zeugniß der Geschichte dagegen. Das Herz der Völker ist da, woher ihr politisches und geistiges Leben ausströmt bis in die äußersten Marken, und wohin auch alle Schwingungen dieses Lebens sich wieder zurückwenden, als in ihren gemeinsamen Mittelpunkt. Wann aber hätte Bayern je diese Stelle eingenommen im Leben der deutschen Völker, so daß alle Volksstämme, die Schwaben, die Franken, die Hessen, die Sachsen, die Preußen u. s. w. den Geist ihres Lebens nur aus Bayern, wie aus ihrem Herzblut gesaugt? Diese Entdeckung in den Blättern der Geschichte wäre nagelneu, und der Minister der sich in der That hochverdient gemacht um die Wissenschaft, wenn er seine Behauptung, daß Bayern das Herz Deutschlands sei, auch beweisen könnte. Spricht er aber weiter, daß die reiche, fruchtbringende, lichtverbreitende Mannichfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme gegenwärtig nicht zum Opfer gebracht werden dürfen — so ist dies eine leere Fiktion, eine ungeschickte Unterschiebung dynastischer Interessen unter die Volkswünsche. Denn seit welcher Zeit kümmern sich die Minister um die Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme? Auf dem Wiener Kongresse haben diese Herren ganz anders gesprochen und gehandelt, da haben sie das arme deutsche Volk unbekümmert um seine durch ein Jahrtausend geheiligte Eigenthümlichkeit der Stämme, unbarmherzig zerrissen und zerschnitten, je nach den Portionen, die jeder Herr am Tische ansprechen wollte oder konnte. Wie sind die Sachsen doch zertheilt worden, und die Franken und die Schwaben und die Pfälzer! Ein Stück der Pfälzer kam an Baden, ein anderes Stück an Hessen-Darmstadt, ein drittes an Bayern, ein viertes an Preussen, ein fünftes an Hessen-Homburg, ein sechstes an Oldenburg, und — damit die heilige Zahl gar voll sei — ein siebentes an Koburg. So hat man die natürliche und geschichtlich tief gewurzelte Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme unnatürlich zerrissen, und diese unnatürliche Zerrissenheit, dieser status quo wird vertheidigt von dem bayerischen Minister aus Furcht vor einem Kaiser. Im Gegentheil behaupten wir, daß wie einst in den Tagen des deutschen Kaiserreichs die Eigenthümlichkeit der deutschen Stämme am schönsten sich entwickelt hat, so auch nach diesem kleinen Intermezzo der Wiener Kongreßbestimmungen die getrennten Theile eines Stammes sich wieder gut zusammenfinden, und alle Stämme in ihrer wahren Eigenthümlichkeit sich weiter bilden und wiederum schön zusammenstimmen werden in einem großen Reiche, unter einem großen Kaiser. Dann erst wird die Mannichfaltigkeit auch fruchtbringend und lichtverbreitend sein. Jetzt ist sie es nicht, obwohl es der Minister behauptet. Wir wollen nur an Eines erinnern. Als das Licht des Deutschkatholicismus anfing zu leuchten in Sachsen, Preussen und andern Ländern, da ergingen in Bayern Verbote über Verbote, an den Grenzen wurden die Prediger des Lichtes polizeilich abgewiesen, im Innern des Landes ward die Bildung von Gemeinden schwer verpönt, kurz, Alles aufgeboten, um Bayern hermetisch abzuschließen gegen die lichtverbreitende Eigenthümlichkeit der andern deutschen Stämme. Wahrlich, Bayern hat nicht Noth, die gegenwärtige Mannichfaltigkeit der deutschen Länder so zu rühmen um ihrer Lichtverbreitung willen! Und wenn auch Altbayern unter seiner tausendjährigen Dynastie beharren soll in einer Sonderstellung und sich glücklich dabei fühlt, so mag es sein, aber die Neubayern wollen damit nicht verwechselt werden vermöge ihrer Eigenthümlichkeit. (D. Z.)

Baden. (Heidelberg, 9. Juni.) Heute wurde hier an Soirons Stelle mit 73 Stimmen (unter 144 Wahlmännern) Prof. Hagen ins Parlament gewählt; die übrigen Stimmen fielen sämmtlich auf den badischen Abg. Buhl. Prof. Hagen wurde von einigen Blättern der republikanischen Partei als ihr Gesinnungsgenosse bezeichnet; es könnte dies indessen nur unter der Voraussetzung richtig sein, daß er seinen vor drei Monaten geschriebenen Entwurf einer deutschen Reichsverfassung, worin ein Kaiser, ein Fürstenhaus und eine Volkskammer verlangt sind, jetzt preisgäbe. Was die künftige Parteistellung des Gewählten noch unklarer macht, ist der Umstand, daß er zwar zu der ausgetretenen Minorität des Frankfurter Vorparlaments gehörte, deßwegen von gewisser Seite gepriesen ward und doch am letzten Sonntag in einer Versammlung konstitutionell gesinnter Wahlmänner versprach, dergleichen nicht mehr thun zu wollen. Solche politische Dehnbarkeit mag eine diplomatische Tugend sein, eine politische ist sie nicht; wunderbar ist es nur, daß man dergleichen jetzt als „Entschiedenheit der Gesinnung“ und als Republikanismus verzollt. (D. Z.)

(Mannheim, den 9. Juni.) Dem hier liegenden nassauischen Regiment, von dem man glaubte, es werde noch längere Zeit hier verbleiben, ist gestern mitgetheilt worden, daß es in Bälde nach der Heimath zurückkehren solle. Die Soldaten haben diese Nachricht mit Freuden aufgenommen, denn schon längst ist das Verlangen zur Heimkehr bei ihnen zur lauten Aeußerung geworden. Sie wollten zum Theil die Nothwendigkeit ihres Hierverbleibens nicht einsehen, und zum Theil hielten sie es für ihr Heimathland ersprießlicher, wenn das Geld, das zu ihrer Verpflegung theils aus Staats- und theils aus Privatmitteln hier ausgegeben werden muß, in Nassau verbliebe. Die Anwesenheit dieser Truppen war für Mannheim nur von Nutzen. Man erwartet nun ihren Abmarsch mit jedem Tag, es müßte denn wegen der jetzt wieder umlaufenden Gerüchte von erneuter Schilderhebung der Republikaner, welche aber alles Grundes zu entbehren scheinen, ein Aufschub eintreten. Für das von hier etwa abziehende nassauische Regiment werden, wie man vernimmt, 2000 Bayern einrücken. Die in Schwetzingen sich befindliche nassauische Artillerie ist, wie man heute erst von Soldaten dieser Waffengattung hier vernommen, noch nicht von da abmarschirt, obgleich ihr Auszug schon als erfolgt angegeben wurde. (Schwb. M.)

(Freiburg im Breisgau, 8. Juni.) Gestern sind wieder mehrere Abtheilungen württembergisches Militär durch das Höllenthal in unsere Stadt gerückt und halten die Thore der Stadt besetzt, als ob ein Ueberfall zu befürchten wäre. Ob diese Maßregel durch das Gerücht eines, auf Pfingsten bestimmten Freischaareneinfalls angeordnet sind, oder ob die Sage von einer, in diesen Tagen auf den Abhängen des Feldberges anberaumten Volksversammlung, welche die Bewohner des Seekreises und Schwarzwaldes vereinigen soll, solche Maßregeln veranlaßt hat, ist schwer zu bestimmen. Auch von Bayern her sind noch neue Truppenzuzüge in Aussicht gestellt. Viele in der Osterwoche verhaftete Bürger der Stadt und Umgegend sind jetzt der Haft entlassen worden. Sie schildern die Strenge derselben in einer Weise, welche Bedenken erregt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Mainz, 9. Juni.) Von der großen Volksversammlung zu Wörrstadt am 6. d. M. ist ein Protest der Bürger und Bewohner der Provinz Rheinhessen gegen den Bundesbeschluß vom 2. Juni l. J., verbunden mit einem Antrag auf Auflösung der Bundesversammlung in Frankfurt a. M., an die konstituirende deutsche Nationalversammlung, und eine Eingabe an das großh. hessische Gesammtministerium in Darmstadt, wegen eines neuen Wahlgesetzes, sofortiger Auflösung der zweiten und gänzlicher Beseitigung der ersten Kammer gerichtet worden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, den 8. Juni.) Eine Masse von etwa 1000 Personen, die schon lange ohne Arbeit und Verdienst sind, Leute aus allen Klassen der Gesellschaft, Handwerker und Künstler, studirte Leute und Sackträger, Knaben von 15 und Greise von 70 Jahren, hatte sich seit ein Paar Tagen in dem Exercierhause beim Prenzlauer Thore zusammengefunden, um wenigstens ein Obdach für die Nacht zu haben; die Vertheilung der Arbeit kann nach den Versicherungen des Ministers von Patow erst in einigen Tagen vollendet werden, deshalb erschien jedes Andrängen nach Arbeit vergeblich. Die Leute ergaben sich in ihr Schicksal, der Magistrat hatte sie an den Minister, der Minister wieder an den Magistrat gewiesen, jeder bürdete dem Andern die Pflicht auf, Staatsangehörige nicht verhungern zu lassen. Dabei blieb es denn auch; die Leute hungerten. Es waren viele Familienväter, die sich seit Wochen nicht zu den Ihrigen getraut hatten, weil sie nicht im Stande waren, ihnen Brod zu bringen, — es waren Alles Personen im Besitze von polizeilich bestätigten Zeugnissen, daß sie sich stets gut betragen hätten und von ihren Arbeitgebern nur aus Mangel an Arbeit entlassen worden wären. Zufällig kam ein Hr. Maeder, Mitglied des demokratischen Clubs, in das Exercierhaus; es war daselbst die Noth auf eine gräßliche Höhe gestiegen; man kündigte ihm einfach an, daß der Zustand so nicht länger fortdauern könne, und man am Ende gezwungen seyn würde, zu plündern. Hr. Maeder besänftigte die Leute und stellte sofort im demokratischen Club die Forderung, daß diesen Leuten wenigstens augenblicklich geholfen werden müsse. Es wurde gesammelt, einzelne Personen, besonders Damen gingen in der Stadt umher, für diese Unglücklichen zu bitten, so brachte man denn

so viel zusammen, daß sie täglich zum Theil Brod erhalten konnten. Heute wurde von 8 bis 12 Uhr Brod und Speck an 1000 Personen im Exercierhause durch ein Comité vertheilt, das aus den Herren, Carbe, Stern, Eichler, Reich, Lindau, Maeder besteht. Es war ein erschütternder Anblick, diese halb Verhungerten sich auf dies Dargebotene stürzen zu sehen! 3 Unverheirathete erhielten 1 Brod für 5 Sgr. und entsprechenden Speck; Familienväter verhältnißmäßig mehr. Beim Fortgeben des Comité's machten sich Zeichen der aufrichtigsten Dankbarkeit bemerkbar. Die Brodvertheilungen dauern fort. (Mgd. Z.)

(Berlin, 9. Juni.) Durch den Berends'schen Antrag auf Anerkennung der Revolution und ihrer Kämpfer ist unsere Bevölkerung wiederum in eine nicht geringe Bewegung gesetzt. Schon gestern Abend war eine bedeutende Erregtheit bemerkbar. Die Gruppen auf den Straßen, der Zudrang zu den Klubs, gaben hiervon deutlich Zeugniß. Ueberall erzählte man sich von dem Eintritt des Prinzen von Preussen in die Sitzung der constituirenden Nationalversammlung und von der Scene, die nach seinem Austritt aus dem Saale sich ereignet hatte. In den Klubs traten verschiedene Personen auf, welche Geldvertheilungen gesehen haben wollten. Der demokratische Klub veranlaßte einige dieser Augenzeugen zu protokollarischen Aussagen und wird das Protokoll veröffentlichen. Der Steindrucker Amelang, welcher seines Zischens wegen von dem Lieutenant v. Schlabrendorf gemißhandelt wurde, wird denselben gerichtlich in Anspruch nehmen. In den Gruppen, die bis in die Nacht hinein an den Straßenecken standen, traten Volksredner auf, welche die Wichtigkeit des Berends'schen Antrages erläuterten. Da wurde bekannt, daß die Soldaten des 24. Infanterieregiments ihre Kasernen am Oranienburger Thor und am Kupfergraben illuminirt hätten. Alles zog sich dorthin. Man fand vor jeder der beiden Kasernen zahlreiche Massen. Vor der Kaserne am Thor drohten diese die Fenster einzuwerfen, während am Kupfergraben die Illumination durch Hurrahrufe, von den Soldaten aus den Kasernenfenstern mit Hochs auf die Berliner erwidert, gebilligt ward. Zu Excessen ist es indessen nicht gekommen.

Um die Singakademie her aber sammelte sich schon beim Beginn der Sitzung der Nationalversammlung eine große Menschenmenge, die am Schluß der Sitzung (3 Uhr) auf mehrere Tausende angewachsen war. Es war bekannt geworden, welche Wendung die Discussion des Antrags genommen hatte. Sofort traten die Anwesenden zusammen und ordneten 12 aus ihrer Mitte ab, um der Nationalversammlung den Wunsch des Volks, daß über den Berends'schen Antrag sofort abgestimmt werden möge, vorzutragen. Studenten mischten sich unter die Haufen und belehrten sie über die Unzuläßigkeit eines solchen Beginnens. Glücklicherweise ließ sich die Deputation auch ohne weiteres zurückweisen.

Als die Sitzung geschlossen war, trat der Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Arnim, aus dem Gebäude der Singademie. Ein Mann trat, ohne den Minister zu kennen, auf ihn zu, ihn über das Ergebniß der Berathung zu befragen. Der Minister soll hierauf entgegnet haben, man werde das noch erfahren, er begreife überhaupt nicht, wozu die Leute hier ständen, ob etwa heute Feiertag sey? Sofort wurde er umdrängt und gestoßen, und wahrscheinlich wäre die Sache übel abgelaufen, wenn nicht eine Anzahl bewaffneter Studenten schleunig hinzugekommen wäre, die den Minister mit sich durch den an die Akademie grenzenden Kastanienwald nach der Aula führten. Hr. v. Arnim sprach hier den Studirenden seinen Dank aus. Die Massen auf der Straße verhielten sich hierauf ruhig. Dieser Ausgang der Sache ist hauptsächlich den Abgg. Jung, Brill, Zachariä, Mätze zu danken. Dieselben traten gleich nach dem Vorgange mit Hrn. v. Arnim aus der Singakademie. Sie wurden vom Volk umringt und benutzten die ihnen günstige Stimmung der sie umgebenden Menge, die sich in zahlreichen Vivats kundgab, sie zur Ruhe und Ordnung zu ermahnen. Sie begaben sich hierauf, von dem Vorgefallenen näher unterrichtet, nach dem Universitätsgebäude, um sich über die Unverletztheit des Ministers zu vergewissern. Hier ermahnten die HH. Jung und Graf Reichenbach auch die Studenten zur Erhaltung der Ruhe und zur Bewahrung des Vertrauens.

Aus dem Umstande, daß Hr. Milde heute das Präsidium dem stellvertretenden Vorsitzenden überlassen und bei der Abstimmung gegen die motivirt Tagesordnung votirt hat, folgert man, daß derselbe sich für den Fall eines Umschwunges in der Kammer möglich erhalten wolle. Hier und da wurde geäußert, der provisorische Präsident wolle sich für den Fall der Nichtwiedererwählung an die Entbehrung gewöhnen. Die Polizei hat die Ausweisung des Studenten Rechenberg, welcher am Tage der großen Parade (23. Mai) durch Aushängen einer schwarzen Fahne am Balcon der Universität demonstrirt hatte, beschlossen. — Die Studentenschaft ist für ihn eingetreten und hat Hrn v. Minutoli bestimmt, noch einmal an den Minister des Innern zu berichten. Die Studenten haben sich vereinigt, ihren Commilitonen, wie auch der Bescheid des Hrn. v. Auerswald ausfallen möge, gegen jeden Polizeiangriff schützen zu wollen.

Gestern hatten sich die sämmtlichen Wahlmänner Berlins im Schauspielhause versammelt. Auch hier bot der Antrag von Berends, außer diesem aber hauptsächlich der Verfassungsentwurf, den wesentlichsten Stoff für die Besprechung. Der Prediger Sydow wurde veranlaßt, gewissermaßen zu seiner Rechtfertigung sich vernehmen zu lassen. Es wurden Widersprüche zwischen seinem Verhalten in der Kammer und seinen Aeußerungen in den Vorwahlen hervorgehoben. Muthmaßlich werden die Wähler Hrn. Sydow zum Rücktritte zu bewegen suchen. Ueberhaupt herrscht große Unzufriedenheit mit dem Benehmen der früher wegen ihrer Freisinnigkeit gefeierten und nur in der Rückerinnerung an ihr früheres Verhalten gewählten liberalen Pastoren. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Hamburg, den 7. Juni.) Es circuliren heute zwar mancherlei beunruhigende Gerüchte über ein blutiges und anhaltendes Kämpfen zwischen den streitenden Mächten in der Nähe Flensburgs. Wir können jedoch diesen Sagen nur insofern Gewicht beilegen, als in der That Nachrichten von nicht unbedeutenden Gefechten hier sind, die sich mehrere Tage nacheinander im Sundewittschen wiederholten. Bekanntlich hat man vorgezogen, die Dänen auf jenem Halbinsel-Landstrich Posto fassen zu lassen, statt sie mit gebührendem Nachdruck von dort zu vertreiben. Von Alsen aus konnten sie ja immer leicht zurückkehren. Wahrscheinlich sind sie den gehegten Erwartungen entsprechend, etwas mehr landeinwärts gegangen, und so erklärt sich die Meldung, daß man den Feind an mehreren Punkten wieder zurückgedrängt habe. — Bei Abgang des letzten Berichtes aus Flensburg dauerte das Schießen noch fort; General Wrangel befand sich selbst auf dem Kampfplatze; Halkett soll Verstärkung in Eilmärschen verlangt haben, doch ist letzteres unverbürgt. In Schleswig wurden 10 verwundete dänische Dragoner untergebracht, welche zu einem Detachement gehörten, das an die hannoversche Kavallerie 14 Gefangene verlor, darunter zwei Offiziere: Rittmeister von Würtzen und Lieutenant von Paulsen. Diese Kriegsgefangenen sind sofort nach Rendsburg abgeführt worden und werden nun wohl ebenfalls unfreiwilliges Quartier in Stade nehmen. Von einer Auswechselung der Gefangenen verlautet immer noch nichts. (Wes. Z.)

(Schleswig-Holstein, 6. Juni Abends.) Schleswig ist in Bewegung durch den Kanonendonner, der vorgestern vernommen ward, durch die Gefangenen, die von Flensburg her erwartet werden, durch die 100 Verwundeten, die heute Nachmittag auf dem Schloß ankamen, durch die deutschen Truppen, Braunschweiger, die heute angekommen sind, und denen morgen neue von Rendsburg her nachfolgen werden. Alsen soll eingenommen seyn. Die Preußen sind mit voran gewesen; das 31. Regiment soll sehr, sehr gelitten haben; doch fehlen noch alle bestimmte Nachrichten. Statt dessen ist von einem Offizier, Ulrich, der früher Unteroffizier war, ein Brief an seine Frau eingegangen aus der Nähe von Glücksburg. Ich theile Ihnen den wesentlichen Inhalt mit. „Bockholm, bei Glücksburg, den 5. Juni. Abends 10 Uhr. Der Allmächtige Vater im Himmel schütze unsre braven und lieben Kameraden, welche in diesem Augenblick und zwar heute Nachmittag von 2 Uhr an in einem furchtbaren Kampfe begriffen sind bei Sonderburg. Gestern, nämlich Sonntag, kam unsere Compagnie auf Vorposten hierselbst gegen Holnis und die Ordre lautete: daß alle Truppen, welche nicht auf Vorposten standen, heute Morgen 10 Uhr zu einer großen Parade, eine Meile nördlich von Flensburg, (wie wir am Sonntag dort hörten in Holebüll) stehen sollten, in Veranlassung des Geburtstags des Königs von Hannover. Allein dieß ist nur ein Vorwand gewesen, denn so wir jetzt hören, hat unser alter General Wrangel eine ernste Todtenparade halten wollen, indem er mit 35,000 (wir hören heute 20,000) Mann über die Dänen hergefallen ist, um sie zu vernichten. Gern hätte ich gewünscht und unsere gute Compagnie, mit allen unsern braven Kameraden in den Kampf, und so vielleicht, so es Gottes Wille, in den Tod zu gehen. Aber Gehorsam ist die erste Pflicht, wir müssen hier unsere Schuldigkeit thun. O! dieses furchtbare Getöse, welches in diesem Augenblick, wo ich dieses schreibe, mit erneuerter Wuth losbricht! Es ist kein Schießen, nein, ein immerwährendes Rollen des Feuers. Fünf Dörfer stehen in hellen Flammen und beleuchten schauerlich das gräßliche Bild dieses Kampfes und obgleich wir hier 3 Meilen davon entfernt sind, und den Flensburger Hafen dazwischen haben, so dröhnt doch hier die Erde unaufhörlich, und die Fenster klirren. Die Schleswiger Jäger, die um 5 Uhr heute Morgen fortmarschirt sind, können an dem Kampfe, 7 Meilen von hier, noch nicht Theil genommen haben. In diesem Augenblick, 11 Uhr, hat das Schießen aufgehört. Man sagt, Sonderburg sey eingenommen von uns. Ich bin schrecklich müde; seit gestern auf Wache, und noch kein Auge zugethan. Gestern Nacht 12 Uhr wollten uns die Dänen überfallen. Sie kamen in einem Kanonenboot von Holnis hieher, aber ich habe sie mit meiner Wache von 46 Mann so begrüßt, daß sie sich mit Geschrei ins Wasser stürzten, um nur nach ihrem Boot zu kommen. Ein Glück war es, daß es hell war.“ Gestern kamen 21 dänische Dragoner mit einem Rittmeister und einem Lieutenant, von Preussen gebracht, hier an. Zehn Verwundete wurden in's Hospital gebracht. Die hannover'schen Dragoner sind mit einer Escadron der Dänen bei Bested, zwischen Tondern und Apenrade, zusammengetroffen und der Kampf ist scharf gewesen. Die acht Pferde hatten Säbelwunden. Die flüchtigen Haderslebener kehren zurück, da die Deutschen jetzt ohne Zweifel schon dort sind. Die Stimmung wegen Nordschleswigs und möglicher Fortdauer der Personalunion, und daß so wenig für die Bewaffnung geschieht, ist drückend. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Kiel, 6. Juni.) Die Signalisirung mehrerer vor Bülk erschienenen Kriegsschiffe brachte hier heute einige Unruhe in die Stadt, doch kamen die in Folge davon schon ausgerückten Truppen bald wieder zurück, weil die Schiffe weiter gesegelt waren. Es scheint außer Zweifel, daß der Allarm dießmal durch die in unsern Gewässern eintreffende schwedische Flotille veranlaßt war. (A. M.)

(Flensburg, 6. Juni.) Gestern und heute haben bedeutende Treffen zwischen Gravenstein und Sonderburg stattgefunden. Man hat mit vieler Erbitterung gefochten, und die Dänen sind bis Düppel und Sonderburg zurückgedrängt. Der Kampf hat heute früh mit Tagesanbruch wieder angefangen; die Resultate sind hier nicht vor Morgen zu erwarten. Wrangel selbst ist auf dem Kampfplatz gegenwärtig. Die Dänen scheinen geglaubt zu haben, daß Wrangel gestern eine große Parade halten und Truppen abziehen würden, während derselbe von hier aus direkt auf den Feind marschirt war. Gestern sah man von hier aus vier Feuersbrünste in der Nähe von Broaker und Düppel. Es sind hier viele leicht Verwundete eingebracht, und junge, anderswo wenig beschäftigte Aerzte würden gewiß hier gute Aufnahme finden. Tondern und Apenrade sind von deutschen Truppen besetzt. Gestern wurden 19 Mann und 2 Offiziere Kavallerie, und heute bis jetzt ca. 15 Mann Infanterie und 1 Offizier gefangen eingebracht. Hier sind Batterien mit schwerem Geschütz, um das Einlaufen von Kriegsschiffen zu verhindern, aufgeworfen. (B.-H.)

Nach zuverlässigen Berichten ist Folgendes der Verlust und das Resultat des Treffens im Sundewittschen vom 5. d. M.: Ulderup (Dorf zwischen Sonderburg und Apenrade), den 6. Juni, 1 Uhr Mittags. Behufs der Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs von Hannover, sollte sich das gesammte Korps am 5. Juni, 9 Uhr Morgens, in der Gegend von Hellbüll sammeln; zu diesem Zwecke rückten ungefähr um 6 Uhr Morgens die Preußen aus Flensburg und der General v. Wrangel verließ um 7 Uhr die Stadt, in der Absicht, um 5 Uhr Abends desselben Tages von gedachter Feier zurückzukehren. Statt seiner traf aber gegen 6 Uhr die Meldung ein, daß aus der Parade sich ein sehr bedeutendes Gefecht gegen die Dänen entsponnen habe. Dänische Patrouillen hatten sich in der Nähe von Gravenstein gezeigt und es war dem General von Wrangel die Meldung bereits zugegangen, daß die Dänen mit bedeutenden Streitkräften gelandet seien, und sich in der Gegend von Düppel zum Kampfe aufgestellt hätten. Hier führte Herr v. Wrangel das Bundes-Corps dem Feinde entgegen. Das Gefecht war sehr blutig und bedeutender als das bei Schleswig. Die feindlichen Truppen werden auf 16000 Mann geschätzt, soulagirt von einer Anzahl von Kanonenböten. 5 Bataillone Hannoveraner haben den ersten Angriff muthig ausgehalten, jedoch

sehr bedeutenden Verlust erlitten. Erst gegen Abend sind unsere preussischen Truppen ins Feuer geführt und haben sich so tapfer und heldenmüthig geschlagen, daß die Dänen sich bereits vollständig nach Sonderburg zurückgezogen haben. Das Füsilier-Bataillon des 31. preussischen Regiments hat 2 Kanonenböte der Dänen vollständig desarmirt, indem die darauf befindlich gewesenen 120 Mann Dänen durch die gut gezielten Schüsse unserer Truppen sämmtlich getödtet sind. Die Zahl unserer Gefallenen kennt man noch nicht, ebensowenig den Verlust der Dänen, welcher aber sehr bedeutend sein muß, weil nicht Wagen genug von unserer Seite zu beschaffen sind, um die eroberten dänischen Waffen und Montirungsgegenstände zu transportiren. — Am 5. Juni Abends und 6. Juni ganz früh waren schwer Verwundete in Flensburg eingebracht. (Nach anderen Berichten vom 6. beläuft sich die Zahl der in Flensburg eingebrachten Verwundeten im Ganzen auf 200, zu deren Aufnahme das Harmonie-Gebäude eingerichtet worden ist. (B. H.)

(Schleswig, den 6. Juni.) Es verbreitet sich hier die aus guter Quelle kommende Nachricht, daß England die 5 Hauptforderungen unseres historischen Rechtes anerkannt habe, nämlich: die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind selbstständige Staaten, sie sind unzertrennlich mit einander verbundene Staaten, der Mannsstamm herrscht in den Herzogthümern. Jedoch scheinen die Friedensvorschläge von dem dänischen Ministerium zurückgewiesen zu seyn. Denn wieder ertönt Kanonendonner und Waffengellirr vom Norden her. Besser auch so, als ein unehrenvoller nachtheiliger Friede! Endlich fängt man auch bei uns an, den Krieg recht ernst zu nehmen. Die provisorische Regierung legt den zum 14. Juni berufenen Ständen einen Gesetzentwurf über allgemeine Wehrpflicht vor; und schon sind zum 13. alle junge Leute vom 19. — 25. Jahre auch aus den bisher eximirten städtischen Districten zum freiwilligen Dienst in der Linie nach Rendsburg entboten, damit dadurch noch vor dem Eintritt des eigentlichen Gesetzes der Weg des ordentlichen ständischen Geschäftsganges für diesen wichtigen Zweck etwas abgekürzt werde. Gestern am Geburtstage des Königs von Hannover hat wieder im Sundewittschen ein nicht unbedeutender Kampf stattgefunden. Die Hannoveraner haben sich wacker gehalten gegen 20 feindliche Kanonen, die bei Gravenstein postirt gewesen seyn sollen. Eine Batterie Braunschweiger kam ihnen zu Hülfe und räumte gewaltig auf unter einem dänischen Bataillon, das der von deutschen Kanonen besetzten Höhe vorbeizog. 80 Wagen mit Verwundeten sollen in Flensburg eingebracht seyn, 9 Gefangene hier. Auch heute wieder soll ein heftiges Gefecht in dem coupirten Terrain der sundewittschen Halbinsel stattfinden. Gestern spät Abends wurden hier 25 dänische Dragoner mit einem Rittmeister und einem Lieutenant gefangen eingebracht; darunter befanden sich auch einige Verwundete. Am 4. Juni war bei Bedstedt (zwischen Lügumkloster und Apenrade) zwischen dänischer und hannoverscher Cavallerie ein Zusammentreffen vorgefallen, dessen Resultat die Gefangennahme der genannten Anzahl Dragoner, die Erbeutung von fünf Pferden und einer Menge Waffen, Helme und Sattelzeug war. Einen sehr erfreulichen Eindruck macht hier die jetzt zur Gewißheit gewordene Nachricht von dem nunmehrigen Vorrücken der deutschen Truppen nach dem Norden; die Gjenner Bucht, nördlich von Apenrade, soll vom preußischen Kaiser-Alexander-Regiment besetzt seyn. — Nachmittags. Eben rücken hier 300 Mann Braunschweiger und ein Bataillon Hannoveraner ein; sie gehen morgen weiter nach Flensburg. Morgen wird wieder Braunschweiger Infanterie und Cavallerie erwartet. (Wes. Z.)

Vom Rhein, 6. Juni. Der Prinz von Preußen ist nach Berlin durchgereist. Welcher Empfang seiner dort wartet, wissen wir nicht; nicht unerheblich möchte aber eine Ansicht sein, welche von, wie es scheint, gutunterrichteten Männern aus Berlin als richtig dargestellt wird. Der Prinz von Preußen, sagt man, habe schon vor einem Jahre das Patent vom 3. Februar, als dasselbe noch nicht erlassen war, darum mißbilligt, weil es nicht gehauen und nicht gestochen, sondern ein „Zwitterding," ein „Maulesel" sei, und nach keiner Seite hin befriedigen könne. Es sei ein gefährliches politisches Spielding; Preußen müsse entweder solange als thunlich bei dem alten Absolutismus bleiben, oder aufrichtig und ganz sich im constitutionellen Sinne umgestalten. Mit dem Patent regiere man sich in eine unabsehbare Reihe von Verlegenheiten hinein. So ist es denn allerdings auch gekommen. Nach den Pariser Februarereignissen soll es dann der Prinz von Preußen gewesen sein, der die Nothwendigkeit erkannt habe, nun so rasch als möglich neue Grundlagen für den preußischen Staat zu gewinnen; er sei aber auf Widerstand gestoßen, bis endlich am 18. März sein Rath durchgedrungen sei. An den blutigen Ereignissen der Barricadentage trage er keine Schuld; und wenn er unter dem Anschein einer Flucht aus Berlin nach London gegangen, so habe er dies im Interesse der Monarchie gethan, und ein Odium auf sich genommen, das ihn nicht treffen könne, weil er es in der That nicht verdiene. Ein solches Opfer müsse man dem Prinzen hoch anrechnen. Ein officieller Bericht über den grauenvollen Tag fehlt bekanntlich noch immer, und wird auch schwerlich erscheinen. Wenn er möglich wäre, so würde, wie es heißt, sich klar ergeben, daß den Prinzen keine Schuld treffe. Von London aus habe derselbe in lebhaftem Briefwechsel mit Berlin gestanden, und seinen festen Entschluß ausgesprochen, die constitutionelle Monarchie aufrichtig zu unterstützen, da er sich überzeugt habe, daß der alte Gang der Dinge für alle Zeit unmöglich geworden sei. Die Rückberufung von der „Mission" war natürlich nur ein Vorwand, und vielleicht hätte ein anderer Modus weniger Aufregung verursacht; daß aber der Prinz in London nicht unthätig für die deutsche Sache gewesen ist, scheint gewiß zu sein. Man sagt weiter, die Minister seyen überzeugt, das Verfassungswerk mit Hülfe des dem Throne zunächst Stehenden am sichersten fördern zu können. Nehme dieser Theil an der Verfassungsberathung, trete er, was sie zu glauben berechtigt seien, entschieden für das constitutionelle Princip auf, so sei der reactionären Opposition, welche aus dem Prinzen ihren Bannerträger machen möchte, gleichsam die Spitze abgebrochen, und sie werde sich der neuen Ordnung der Dinge fügen, gegen welche sie jetzt unablässig minirt. Sind die Constitutionellen über die Absichten des Prinzen von Preußen erst beruhigt, und werden die Reactionäre durch ihn im Zaum gehalten, so kommt man allerdings aus der jetzigen gallertartigen Verschwommenheit rascher zu einer festen Gestaltung (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 8. Juni.) Paris glich gestern dem 22. Februar. Das Volk, das natürlich kein Geld hat, um Sprechsäle zu miethen und die Straßen zu seinen Unterhaltungsplätzen wählt, versammelte sich gestern Abend wie gewöhnlich um die alten Schwibbögen von St. Denis und St. Martin auf den Boulevards. Die Versammlungen waren durchaus friedlich. Man sprach über die Wahlresultate, über die neuen reaktionären Maaßregeln der Nationalversammlung, die vermeintliche Arrestation des Prinzen von Joinville, die Ankunft des Herzogs von Bordeaux, die Kandidatur des Prinzen Louis Bonaparte, die allmählige Auflösung der Nationalwerkstätten und ihre Ausbeutung durch die Privatindustrie, über Association und Kommunismus, kurz über allerlei Dinge, als sich gegen 7½ Uhr eine ungeheure Truppenmacht, bestehend aus Kavallerie, Infanterie, Mobilgarde und Bürgerwehr, längs der Sammelplätze entfaltete. Die Tamboure schlugen die Trommel und das Aufruhrgesetz, das von Marrast eigends für die Umstande fabrizirt worden ist, wurde verlesen. Der Anblick dieser Truppenmacht goß Oel in das Feuer. Aus den friedlichen Versammlungen wurden plötzlich unruhige Köpfe. Man rief: Es lebe Barbes! Es lebe die Republik, die demokratische Republik! und zog sich zurück. Allein man versammelte sich bald wieder und gegen 10½ Uhr wurde die Sache ernstlich. Ein vorbeifahrender Omnibus wurde umgerissen und eine Barrikade begonnen. Dies geschah in der Straße St. Denis. Die Kavallerie hat eingehauen; mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden und für heute die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen

Die Nationalversammlung hat in demselben Augenblicke (Abends 8½ Uhr) wo die Kavallerie das Volk zum ersten Male an dem Porte St. Denis — so heißt ein alter Triumphbogen Ludwig XIV. auf dem Boulevard — auseinandersprengte, das neue Aufruhrgesetz mit 478 gegen 82 Stimmen genehmigt. Dieses Gesetz läßt das alte Gesetz unter Louis Philipp von 1831 an Strenge weit hinter sich. Die artikelweise Berathung desselben dauerte nicht weniger als fünf Stunden.

Der Repräsentant des erblichen Prinzips (wie sich die grauhärige Gazette de France ausdrückt), der Herzog von Bordeaux, scheint wirklich in Paris gewesen zu seyn. Er soll unter dem Vorsitz seines bekannten Feldwebels Pastoret einem Klub beigewohnt haben, in dem die Erbfolge diskutirt wurde. Da der Herzog laut ärztlichem Zeugniß zeugungsunfähig, so ist beschlossen worden, unter seiner Zustimmung den Grafen von Paris mit der Herzogin v. Lucca zu vermählen und auf diese Weise die alten und die neuen Bourbonen zu einen. Ledru Rollin habe von diesem Conventikel gehört und das betreffende Haus in der Grenellestraße, unweit des Ministeriums des Innern, mit Polizeiagenten umzingeln lassen. Aber der Herzog sey ihnen in Dienerlivrée entwischt. Wir würden dieses Geschwätz des Abdrucks kaum werth halten, wenn wir dasselbe nicht in der Reform, dem Spezialorgan Ledru Rollins, gefunden.

Italien.

Mailänder Bulletin, den 5. Jun. 2 Uhr Nachm. In den letzten Tagen hatten die Oesterreicher ihre Vorposten bis Ceresara vorrücken lassen, und in die Nähe von Casaloldo und Asola Streifzüge unternommen. Gestern aber concentrirten sie sich immer mehr bei Rivalta, wo das Hauptquartier des Feldmarschalls Radetzky war. Dort schlugen sie auch eine Brücke; sie waren 20,000 Mann mit 120 Kanonen. Das italienische Heer hatte den Paß bei Goito, sowie seine eigenen Lagerplätze stark verwahrt und sie mit der schweren Artillerie von Peschiera her besetzt. 30,000 Mann mit 80 Kanonen sehnten sich nach der Schlacht Am 4. rückten die Reserven vor, um die Oesterreicher anzugreifen, fanden aber, als sie in die feindlichen Stellungen eindrangen, diese von den Oesterreichern verlassen. In der Nacht hatten sich letztere eilig nach Mantua zurückgezogen, theils in die Stadt, theils unter die Kanonen der Festung. Carl Albert kehrte ins Hauptquartier zu Valeggio zurück. — Ein Privatbericht in der Gazzetta di Milano meldet, daß nach Angabe von Ausreißern die bei Castellucchio 2c. gelagerten Oesterreicher 3. Jun. 9 Uhr Abends ganz unerwartet den Befehl erhielten, aufzubrechen, und daß ihr Marsch nach Mantua ging. Ob auch die Stellung Radetzky's am Curtatone (vergl. seinen Bericht in der gestrigen Zeitung) geräumt sei, ist nicht daraus ersichtlich. (A. A. Z.)

(Verona, den 7. Jun.) Nach dem siegreichen Gefechte am Curtatone wurde ein concentrirter Angriff auf Goito beschlossen, der dem Plane nach sehr gut und schön ausgedacht war, in der Ausführung jedoch an der Disharmonie der Bewegungen scheiterte. Da zu gleicher Zeit die Kunde des Falles von Peschiera eingetroffen, daher dieser Fehler nicht mehr gut gemacht werden konnte, so wurden alle ferneren Angriffe auf die, bis an die Zähne verschanzten Piemontesen aufgegeben. Das Reservecorps ist bereits gestern wieder in Verona eingerückt, während sich die Hauptarmee etwa 25,000 Mann stark über Legnago, Montagnana, Este gegen Vicenza bewegt. Der Zweck dieser Operation leuchtet ein: man will durchaus die Verbindung mit Triest und den anderen Provinzen herstellen; die Städte Treviso und Vicenza müssen daher genommen werden, zugleich wird man auch das Venetianische von den Banditen, welche sich Crociati nennen und ihren Beruf zu Castelfranco deutlich gezeigt haben, reinigen, die ruhigen Landbewohner von dieser Geißel befreien. Feldmarschallieutenant Baron v. Welden, der schon bei Treviso stehen soll, wird sich sodann mit der Hauptarmee vereinigen. Man sieht aus dieser kurzen Skizze, daß unsere Truppen ganz nach dem Ausspruch: »der Erfolg im Kriege beruht auf den Beinen" bedeutende Uebungsmärsche machen müssen — hoffen wir daher auf den Erfolg. Bis jetzt konnte man, besonders bei der wiederholten Expedition nach Vicenza, nichts anders sagen als:

Es ließe sich alles trefflich schlichten
Könnte man die Sache zweimal verrichten

Diesen Grundsatz stets im Auge haltend, wird gehandelt: nach gelöster Aufgabe im Venetianischen werden wir mit verstärkter Macht die Piemontesen wieder aufsuchen, wenn nicht etwa andere Vorfälle dazwischen treten. (A. A. Z.)

(Innsbruck, 9. Juni.) Ich übersende Ihnen hier beifolgend das 8. Bülletin über die Operationen der italienischen Armee, aus dem Sie ersehen werden, daß General Welden die Eroberung des Venezianischen mit Erfolg fortsetzt, und Feldmarschall Radetzky seinerseits Vicenza angreift. Durch das Korps des Generals Welden sind die Kommunikationen nach allen Richtungen frei gemacht worden, die Brücken und Uebergänge überall gesichert und die Zufuhren nach Venedig

von einer Seite ziemlich abgeschnitten worden; jedenfalls wird der Ueberfluß an Lebensmitteln dort bald aufhören, und wenn auch noch nicht Mangel, doch große Theuerung sich einstellen. Wird Palermo genommen, so sind vom Isonzo bis an die Mauern von Treviso die Communicationen alle frei, und dieser ganze Ländstrich erobert. Was den Feldmarschall Radetzky anlangt, so hat er, ohne eine einzige seiner rückwärts gelegenen Positionen dem Feinde zu überlassen, seine Stellung von der Etsch an den Mincio und hinter diesen Fluß vorgeschoben. Seine Streifcorps und seine Artillerie bedrohen die Lombardei bis an den Oglio. Dieß sind die entschiedenen unläugbaren Vortheile des meisterhaften Umgehungsmanövers der feindlichen Verschanzungslinie von Mantua bis zum Gardasee und des Treffens bei Mantua. Durch die Erstürmung der Linien am Curtatone und ihre Befestigung ist diese Eroberung als vollständig gesichert zu betrachten. Vicenza wird nun von dem Hauptcorps angegriffen, und vermuthlich, wenn auch mit bedeutender Anstrengung, erobert werden. Gegen diese Vortheile tritt die Capitulation der fast gänzlich in Schutt verwandelten Festung Peschiera sehr in den Hintergrund, und die Vortheile der Position werden durch die befestigten Linien am Mincio reichlich aufgewogen. Ueberdieß ist der Besitz Peschiera's, wenn der Feldmarschall am Mincio Vortheile erringt, für die Piemontesen nur ein prekärer. Unter diesen Umständen muß man sich wundern, wie man noch immer fortfahren kann, in der Allgem. Ztg. in Veroneser Correspondenzen den alten Feldmarschall Radetzky auf so unberufene Weise in die Schule nehmen zu wollen, und über eine Operation zu urtheilen, deren strategische Tragweite der Correspondent nicht zu beurtheilen im Stande ist. Solche Kritiken über die Leistungen eines von allen Heeren anerkannten Meisters der Kriegskunst, der gezeigt hat, daß seine 84 Jahre kaum den Körper, noch weniger aber den Geist des alten Helden berührt haben, empören das Gefühl der Armee, die weiß, welchen Mann sie an der Spitze hat und die ihn anbetet. (A. A. Z.)

(Innsbruck, 8. Juni.) Achtes Bülletin. Laut eben eingelangten offiziellen Berichten des Feldmarschalllieutenants Baron Welden — und des Schützencommando im Pusterthal — sind auch Bassano und Feltre von unsern Truppen besetzt und die Strada d'Allemagna eröffnet worden. Feldmarschalllieutenant Baron Welden liefert hierüber und über die sonstigen von ihm seit 1. d. M. im Venezianischen erreichten Vortheile — aus seinem Hauptquartier Conegliano am 5. d. Mts. — Details (die wir morgen nachtragen). Vom Feldmarschall Grafen Radetzky erhielt ich aus seinem Hauptquartier Sanguinetto am 5. d. M. die Mittheilung, daß er sich entschlossen habe, bis zur Fortsetzung seiner offensiven Bewegungen am Mincio zur Bezwingung von Vicenza zu schreiten und sich daher in Marsch gesetzt habe. Erzherzog Johann mpr. (A. Z.)

Schweiz.

(Bern, den 7. Juni.) In der heutigen Sitzung der Tagsatzung hat der Antrag St. Gallens, die Todesstrafe für politische Vergehen abzuschaffen, 15½ Stimmen erhalten. (Frkft. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Anzeigen

Bekanntmachung.

Gemäß hoher Ermächtigung der General-Verwaltung der kgl. Posten und Eisenbahnen wird am Pfingstmittwoch den 14. ds. Mts. außer den bekannten drei Eisenbahnfahrten ein Extra-Personenzug um 11 Uhr Vormittags von hier nach Erlangen ab und von dort um 8½ Uhr Abends hieher zurückkehren, für welche Fahrten bezüglich der Abgabe der Retourbillete hier und der Reisescheine in Erlangen die für Pfingstmontag kundgegebenen Bestimmungen gleichfallsige Geltung haben.

Nürnberg, den 6. Juni 1848.

Königliches Bahnamt.

Hänlein.

Trauer-Anzeige.

Eine harte Prüfung hat mir Gott auferlegt! Mein theurer Gatte,

Anton Wilhelm Schlerf,

ist nicht mehr. Heute Morgens 8 Uhr endete derselbe nach dreivierteljährigem Krankenlager an einer Luftröhrenabzehrung sein irdisches Daseyn in einem Alter von 36½ Jahren, ach, viel zu früh für mich! nach einer 12jährigen vollkommen zufriedenen Ehe. Tief gebeugt stehe ich mit meinen drei unmündigen Kindern an dem Sarge meines heißgeliebten Gatten, und nur die Hoffnung, in jener Welt uns einstens wieder vereinigt zu sehen, stillt meinen Kummer.

Dieses für mich so traurige Ereigniß zeige ich hiemit allen Verwandten und Bekannten an, und bitte um stille Theilnahme und fortdauerndes Wohlwollen.

Schweinau bei Nürnberg, 10. Juni 1848.

Babette Schlerf,
Spezereihändlers-Wittwe

Anzeige.

Um nicht durch Stillschweigen zu der Vermuthung Anlaß zu geben, es sey die Badeanstalt an der hiesigen Mineralquelle nicht wieder in Betrieb gesetzt, erlaubt man sich die Anzeige, daß durch Erhöhung des früheren Gebäudes um ein 2tes Stockwerk der Klage über Mangel an Platz gesteuert sei, und man es sich besonders angelegen seyn lasse, den Wünschen sehr verehrlicher Badegäste zu entsprechen. Der Besitz einer namhaften Schweizerei gibt Gelegenheit, Milcherzeugnisse und Molken in vorzüglicher Qualität zu erhalten.

Alle Preise werden so billig als möglich angerechnet. Von Straubing aus ist durch mein Fuhrwerk alle Montage Fahrgelegenheit.

Um sich ausführlicher Beschreibung über Bestandtheile, Wirkung, Lage und sonstige Verhältnisse der Quelle und der Anstalt enthalten zu können, wird auf die Broschüre hingewiesen: Balneologische Notizen von Frh. von P.chmann, Dr. med. Straubing, Schornerische Buchhandlung

Zu geneigtem Besuche ladet ein

Münchshöfen, bei Straubing, 1. Juni 1848.

Jos. Rabl, Gutsbesitzer

Aufforderung.

Diejenige elegant gekleidete lesbare Dame, welche am Freitag Abend den 9. d. auf dem Roßmarkt einen Kübel mit ca. 8 Pf. Rindschmalz kaufte und denselben an der Schmalzwage mit dem Bemerken wiegen lassen wollte, daß sie bei Frau Geflügelhändlerin Bickel wohne, wird hiemit ersucht, da der Bauer dem sie das Schmalz abkaufte ein sehr armer Mann ist, das Geld für das Schmalz sammt den Kübel in die Exped. d. Blattes zu senden. Sollte diese Dame dieser Aufforderung nicht Folge leisten, so wäre man gezwungen Maßregeln zu ergreifen, welche benannter Dame nicht angenehm seyn würden.

(Zu vermiethen.) In einer der vortheilhaftesten Lagen der Stadt ist ein schöner Laden ꝛc. der sich zu jedem Geschäfte eignet, entweder sogleich oder nächstes Ziel zu vermiethen. Näheres schriftlich unter Adresse A. B.

Einladung.

Dienstag den 13. Juni (dritten Feiertag) findet bei Herrn Feldmann zu St. Leonhard Tanzunterhaltung statt, wozu solide Tanzfreunde höflichst einladet

J. N. Lange, Tanzlehrer.

Goldberger's galvano-electrische Rheumatismus-Ketten

können ihrer ganz besondern Kraft und Wirksamkeit wegen, gegen Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden und Zahnschmerzen gewissenhaft empfohlen werden. Die wohlthätige Wirkung der Elektrizität auf den thierischen Organismus ist durch vieljährige Erfahrung hinreichend bekannt und sind die obenbenannten Goldberg'schen Rheumatismus-Ketten dergestalt konstruirt, daß durch sie eine fortwährende elektrische Strömung hervorgerufen wird. Viele und berühmte Aerzte haben sich bereits für deren Vorzüglichkeit ausgesprochen, und Hunderte von Genesenen haben dies in Danksagungsschreiben ꝛc. beurkundet, die in dem unterzeichneten Depot zur geneigten Durchsicht ausliegen und von denen nachstehend eines folgt.

In Nürnberg sind obige Rheumatismus-Ketten nur bei Herrn Sal. Ludwig Krauß S. Nr. 551 in der Theresienstrasse vorräthig und kostet das Stück mit Kästchen und Anleitung 1 Thlr. Pr.-Ct. u. stärkere 1½ Thlr. Pr.-Ct. oder 1 fl. 45 und 2 fl. 38 im 24 fl.-Fuß.

J. T. Goldberger,
in der freien Stadt Tarnowitz

Zeugniß:

Daß ich die Galvano-electrische Rheumatismus-Kette von J. T. Goldberger in Tarnowitz in neuerer Zeit bei den mich betreffenen rheumatischen Leiden im Gebrauch gehabt und mir sehr hülfreiche Dienste geleistet hat; das bescheinige ich mit dem Beifügen, daß ich diese Kette bei solchen Leiden nur anrathen kann.

Kynau, den 12. Februar 1848.

Christina Charlotte, verehel Brauer Klemm, geb. Volte.

Vorliegendes Attest wird seinem Inhalt nach hiermit beglaubigt.

Kynau, den 12. Februar 1848.

(L. S.) Das Ortsgericht. Riedel

Seit Jahren litt ich an sehr empfindlichen rheumatischen Schmerzen im Oberschenkel, wogegen ich schon Vieles vergebens angewandt hatte, bis mir von einem Freunde auch eine Goldberger'sche galvano-electrische Rheumatismus-Kette angerathen wurde. Nach Anlegung einer solchen verspürte ich ein Kriebeln und Jucken unter der Haut; gleichzeitig bemerkte ich, daß das Uebel allmählich abnahm und nach einem Monate war ich gänzlich davon geheilt.

Ich kann daher die Goldberg'schen Rheumatismus-Ketten mit vollem Herzen allen meinen Leidensbrüdern anempfehlen, und wünsche, daß dieses neue Hülfsmittel bald von recht Vielen benutzt werde.

Chemnitz, den 5. Februar 1848.

Friedrich Moritz Hedricke,
Formstecher

Einladung.

Zur Berathung einer kirchlichen Angelegenheit werden die hochverehrlichen stimmberechtigten Familien-Häupter des Kirchensprengels St. Johannis, auf Donnerstag den 15 Juni Abends 6 Uhr in den Michel'schen Garten Nro. 72 an den Johannisfeldern, hiemit geziemend eingeladen.

Die weltlichen Mitglieder der Kirchen-Versammlung St. Johannis.

Einladung.

Unsere Freunde und Gönner laden wir zu dem am 13 Juni stattfindenden Geburtstag des Herrn Leonhard Kracker, Wirthschaftsbesitzers zum Schwarzbauernhof, hiemit ein, für Harmoniemusik und Illumination ist bestens gesorgt.

Schusters-Keller.

Donnerstag den 15. Juni Produktion der vollständigen Musik des k. Regiments Cumpenberg

Anzeige.

Mittwoch den 14. Juni Abends 8 Uhr Versammlung der Mitglieder des

Konstitutionellen Vereins

im Rößel'schen Kaffeehause I. Stock.

Nürnberg, den 12. Juni 1848.

Der Ausschuß.

Anzeige.

Mittwoch den 14. Juni, Abends 5 Uhr, Versammlung sämmtlicher hiesiger Schreinermeister im Gasthaus zum König von Bayern am Obstmarkt.

Die Vorgeher.

(Zu verkaufen.) Eine reale Kaffeegerechtigkeit III. Klasse ist täglich zu verkaufen. Näheres in L. Nro. 1468 in der Karpfengasse.

Literatur.

So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands zu haben, in Nürnberg in der H. Zeh'schen Buchhandlung:

Deutschland und seine Bundes-Verfassung
von
Heinrich Kunz.

8°. brosch. 15 kr. rhein.

Entschieden können wir die vorliegende Broschüre der würdigen Aufmerksamkeit des deutschen Volkes anempfehlen, da sie aus der Feder eines Mannes kommt, der seine deutsche Gesinnungstreue mit Kerkerhaft und Verbannung büßte, des scharfsinnigen Dr Heinrich Kunz.

Verlagsbuchhandlung von
C. A. Fahrmbacher in Augsburg.

(Gesuch) Ein kleines Gartenlog's wird sogleich zu miethen gesucht L. Nro. 423 am weißen Thurm, Eingang neben der Schmiede.

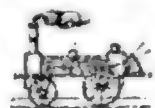
Arena.

Dienstag, den 13. Juni. 12. Vorstellung im 3. Abonnement. „Nacht und Morgen." Drama in 4 Abtheilungen und 5 Akten mit freier Benützung des Bulwer'schen Romans von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr

Vom 4. bis 10 Juni incl



Sonntag	1318	Personen,	fl. 149	—	kr
Montag	1033	"	" 112	51	"
Dienstag	918	"	" 98.	27	"
Mittwoch	757	"	" 84.	21	"
Donnerstag	705	"	" 76.	24	"
Freitag	1172	"	" 126.	9	"
Samstag	886	"	" 92	33	"

Summa 6789 Personen, fl. 739. 45 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. Juni 1848. № 166. Mittwoch: Ant.

Deutschland.

Bayern. (München, den 11. Juni.) In Folge der ungerechten Beschuldigungen, welche wenigstens indirekt, dem bayerischen Volke zur Last gelegt wurden, als hege dasselbe der gemeinsamen deutschen Sache schädliche Sonderinteressen, und in Folge der hiedurch hervorgerufenen mißlichen Stellung unserer Abgeordneten in Frankfurt, wurde in einer Vorberathung hiesiger Urwähler beschlossen, eine Ansprache an die Nationalversammlung von Seiten Münchens und Umgebung ergehen zu lassen, die die wahren Gesinnungen des patriotischen Theiles der Bevölkerung kund thun soll. In einer zweiten gestern Abends in der Vorstadt Au abgehaltenen Versammlung von Urwählern aus München, Au, Giesing und Haidhausen wurde die unterdessen von einer Kommission entworfene Adresse vorgelegt, berathen und mit einigen Veränderungen angenommen. Sie lautet der Hauptsache nach folgendermaßen: »Ansprache der Bewohner Münchens und Umgebung an die Nationalversammlung in Frankfurt. Oeffentliche Stimmen in Deutschland haben Bayern beschuldigt, gegenuber der deutschen Sache Sonderinteressen zu vertreten. Dem gerechten Unwillen, mit welchem wir dies von uns weisen, müssen wir einen öffentlichen Ausdruck geben. Wir erklären hiermit feierlich, daß wir der deutschen Nationalfahne mit der aufrichtigsten Vaterlandsliebe zugethan und jeder Absonderung gänzlich fremd sind. Wir halten fest an den Errungenschaften der Märztage und der neueren Zeit, und setzen in die Nationalversammlung das volle Vertrauen, daß sie sich dem deutschen Verfassungswerke zur gemeinschaftlichen Wohlfahrt, Ehre und Freiheit aller deutschen Völker standhaft unterziehen werde, und dieser großen Zukunft der deutschen Einheit müssen alle Sonderinteressen freudig zum Opfer gebracht werden. Das bayerische Volk kann und wird nur deutsche Gesinnungen haben. Deutschland vertraue ihm! München, 10. Juni. 1848.“ (Folgen die Unterschriften.) Diese vorliegende Adresse ist gedruckt in großer Anzahl verbreitet, und die Listen zur Unterschrift derselben werden in den Gemeindehäusern Münchens, der Vorstadt Au, der Ortschaften Haidhausen und Giesing u. s. f. und außerdem auf der Studentenhauptwache aufgelegt werden, um sie mit recht zahlreichen Unterschriften bedeckt baldmöglich an den Ort ihrer Bestimmung abgeben zu lassen. Wahrhaftig, es war an der Zeit, daß Münchens Bürger ein Zeichen ihrer politischen Lebensthätigkeit gaben; sonst wäre wohl der Verdacht, ihnen reaktionäre Absichten zuzutrauen, sehr zu rechtfertigen gewesen. (N. Abd. Z.)

(††Nürnberg, den 13. Juni.) Unser Abgeordneter für die konstituirende Versammlung in Frankfurt, Dr. Krafft, hat gestern eine Versammlung im Katharinensaale veranlaßt, welche sehr zahlreich besucht war. Dr. Krafft sprach sich in sehr freimüthiger Weise über die bisherige Wirksamkeit der konstituirenden Versammlung aus und vertheidigte dieselbe gegen den Vorwurf der Unthätigkeit, der ihr vielfach gemacht worden. Daß ein so großer Körper sich nicht so leicht organisiren könne, wie kleinere, ist indeß von selbst begreiflich; die Ausschüsse sind mit der Lösung ihrer Aufgaben nun aber doch auch so ziemlich fertig. Die Bezeichnung der Parteien in der Versammlung selbst, als da sind äußerste Linke, linkes Centrum, äußerste Rechte, rechtes Centrum, wurde von dem Redner passend erläutert; er selbst steht bei dem linken Zentrum, also bei der volksthümlichen Seite. In einer der nächsten Versammlungen wird die Frage der Vollziehungsgewalt zur Sprache kommen, der Grundstein des ganzen Gebäudes und dabei wird Alles darauf ankommen, daß die Souveränetät in den Händen des Volkes verbleibe, daß die Fürsten moralisch gezwungen werden, in allen Stücken diese anzuerkennen, oder im Falle sie dieß verweigern, dargethan sein würde, daß sie es mit dem Wohle ihrer Völker nicht gut meinen und daher mit Waffengewalt sogar bekämpft und besiegt werden müßten. Diese Art Revolution würde dann von den Fürsten selbst veranlaßt werden und sie hätten sich alle Schuld derselben auch selbst zuzuschreiben. Hoffentlich werden sie aber ein kluges Nachgeben einer blutigen Niederlage vorziehen, denn was das Volk vermag, das haben die Tage nach der französischen Februarrevolution zur Genüge bewiesen.

(Aus Franken, 10. Juni.) Bekanntlich hat die bayerische Regierung ebenfalls einen Verfassungsentwurf zur Vorlage an die deutsche Reichsversammlung ausarbeiten lassen, der, wenn er auch sonst zu Nichts gut ist, doch für uns Bayern in so fern einiges Interesse hat, weil man daraus die wahren Gesinnungen der bayerischen Regierung etwas näher kennen lernen kann. Wenn man nämlich diesen Entwurf seines Beiwerks entkleidet und auf den wahren Kern desselben zurückgeht, so kommt man zu dem Ergebniß, daß die bayerische Regierung die bisherigen Zustände unter einer andern Form im wesentlichen wieder aufleben lassen will. Der Entwurf will nämlich, daß die Einheit Deutschlands in allen Angelegenheiten durch eine Einigung der Regierungen unter sich im Wege des Vertrages hergestellt werde, d. h. die Regierungen sollen wie bisher alles Recht allein in Händen haben und dem Volke nur so viel davon ablassen, als den 34 Souverainen und Souverainchen gerade genehm ist. Die oberste Behörde soll wie bisher der Bundestag bleiben, der den Namen Reichstag erhält und abwechselnd von Oesterreich, Preussen und Bayern präsidirt wird. Diesem sogenannten Reichstag soll eine Volksvertretung beigegeben werden, die in zwei Kammern getheilt ist, deren Mitglieder von den Ständekammern der einzelnen Staaten aus ihrer Mitte gewählt werden. Eine derartige Volksvertretung darf Bitten, Anträge, Wünsche vorbringen, die aber niemals die Verfassungen und verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Staaten (der Regierungen und Fürsten) beeinträchtigen dürfen. Diese Bestimmung allein wäre, abgesehen von allen andern Tendenzen dieses königl. bayerischen Verfassungsentwurfs, hinreichend, die ganze Volksvertretung zu einem leeren Gaukelspiel herabzuwürdigen und dem Sondergeiste der einzelnen Staaten erst recht alle Thüren und Thore zu öffnen; denn es würde kaum irgend einen Antrag geben, in dem nicht diese oder jene Regierung, in dem nicht dieser oder jener Fürst eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte erblicken würde. Wenn man so auf die Einheit Deutschlands losarbeitet, so wird es an einem glücklichen Resultat gewiß nicht fehlen, und der königl. bayer. Regierung wird das große Verdienst zukommen, diese ersehnte Einigung durch ihren vortrefflichen Verfassungsentwurf ins Leben gerufen zu haben. Blickt man diesen separatistischen Tendenzen etwas näher auf den Grund, so zeigt sich bald, daß sie lediglich in den reaktionären Bestrebungen der Regierung Wurzel haben. Man will nicht, daß das deutsche Volk die ihm gebührenden Rechte erlange, man will wo möglich die alte Wirthschaft wieder zurückführen, und so arbeitet man natürlicher Weise den Trennungsbestrebungen und Sondergelüsten von selbst in die Hand. Wenn die bayerischen Minister auch hundertmal erklären, daß sie wirklich die Einheit Deutschlands wollen, so sind dies doch nichts als leere Worte, so lange die reaktionären Bestrebungen daneben hergehen, durch welche von vorneherein diese Einheit zerstört werden muß. Laßt den 34 Regierungen die Macht, diesen oder jenen Beschluß der deutschen Reichsversammlung, wenn er ihnen nicht beliebt, zu verwerfen, laßt diese Regierungen, die in 30 Jahren das Volk auf eine unerhörte Weise ausgesogen und die Gelder verschleudert haben, die nichts für die Rechtspflege, nichts für die Industrie, nichts für den Ackerbau und so wenig für wahre Volksbildung gethan, die das deutsche Volk so schlecht nach Außen vertreten haben, wie sie es wünschen, gewähren, und ihr werdet bald sehen, wohin ihre Selbstsucht euch führen wird. Wir fragen, was haben sich diese Regierungen in einem 33jährigen Frieden für Verdienste um die Nation erworben? Sind nicht alle unsere Zustände faul, sind nicht längst alle Erwerbs- und Absatzquellen untergraben, sind nicht die Staatskassen eben so leer als die Taschen des Volkes? Oder hat der deutsche Name nach Außen an Achtung und Geltung gewonnen? Solchen Regierungen, die immer nur für sich selbst gesorgt, die Rechte und Freiheiten des Volkes niedergedrückt und gar nichts gethan haben, als wozu sie durch die eiserne Nothwendigkeit gezwungen wurden, solchen Regierungen sollte die Nation auch ferner die Leitung ihrer Geschicke uneingeschränkt und unbedingt überlassen? Hieße das nicht geradezu den Grundsatz anerkennen, daß das Volk ganz allein der Fürsten und Regierungen wegen da sei? Nein, wenn das deutsche Volk seine wahren Interessen versteht, so muß es, sei auch die Regierungsform welche sie wolle, mit aller Entschiedenheit an seiner Souveränetät festhalten. Gibt es von dieser auch nur ein Haarbreit auf, so hat es von vorneherein das Spiel verloren, weil der Reaktion Mittel genug zu Gebote stehen, es nach und nach um den Rest vollends zu betrügen. (Frk. M.)

° (Roth, den 12. Juni.) Gestern Abend um 11 Uhr brach hier bei dem Gastwirth Böhrer Feuer aus, welches so schnell um sich griff, daß sämmtliche Gebäude desselben in kurzer Zeit ein Raub der Flammen wurden. Das Feuer soll gelegt worden seyn.

(Von der Haardt, den 6. Juni.) Dank dem rückhalts- und rücksichtslosen Benehmen der Majoritätsführer in der Nationalversammlung; Dank dem unzweideutigen, vorschnellen Auftreten der Aristokratie in Oesterreich; — beide haben, in Frankfurt und Wien einen Umschwung herbeigeführt, der die schon vermeintlich fast errungenen Siege in abermalige Niederlagen umwandelte. — Das Benehmen der Majoritätsführer in der Nationalversammlung (wodurch der am 26. Mai errungene Sieg in eine moralische Niederlage umgewandelt wurde) hat selbst auf rein conservative Mitglieder einen solchen Eindruck gemacht, daß diese sich in öffentlicher Sitzung dahin aussprachen: wie ein Beharren auf derartigem Benehmen sie zwingen würde, sich der Linken anzuschließen, und dasselbe war sicher nicht ohne Einfluß auf die Abstimmung am nächsten Tage (27. Mai, bezüglich des Raveaux'schen Antrages). — Diese Abstimmung ergab eine totale Niederlage, besonders der preussischen Majoritätsführer; durch dieselbe anerkannte die Nationalversammlung nicht nur wiederholt die Souveränetät des deutschen Volkes, sondern sprach auch die Souveränetät aus der Nationalversammlung in Frankfurt über die landständischen Versammlungen der einzelnen Staaten, die Souveränetät der künftigen Reichsverfassung über die partielle Konstitution: das Princip der Einheit siegte über den Partikularismus. Die Vorfälle in Wien am 26. und 27. Mai haben bewiesen, welche selbstständige Thatkraft, welche klare Anschauung der Verhältnisse bei den Wienern vorherrschend ist. Der sich dort entfaltende Geist verdient dem gesammten deutschen Bürgerthum als Muster vorgehalten zu werden. Nicht blos durch Adressen gebet eure Sympathie zu erkennen, sondern durch Nachahmung! Der leeren Worte sind schon zu viele gesprochen, geschrieben und gedruckt worden; ahmet den Wienern nach: wenig Worte, aber herzhafte That; haltet thatkräftig Wache nach Oben und Unten, dann nur beweist ihr euch als würdige Mitbürger der wackern Bevölkerung Wiens. Die imposante achtunggebietende Haltung der Bürgerschaft Wiens, im Verein mit den Studenten und der arbeitenden Klasse (dem sogen. Proletariat, das an den Tagen des 26. und 27. Mai durch sein ehrenhaftes Benehmen die ihm von einer gewissen Partei zum Uebermaße angehäuften Unbilden zu Schanden machte) hat der Aristokratie und sonstigen Reaktionspartei in Oesterreich einen Stoß versetzt, von

dem sie sich nicht so bald und so leicht erholen werden, und ganz besonders, da es in den österreichisch-deutschen Provinzen nunmehr auch zu tagen beginnt. Dort sieht man immer mehr ein, welche Bestrebungen die Wiener leiteten, und auf was es dagegen die andere Partei abgesehen hat. — Möchte auch dieses allenthalben in dem übrigen Deutschland Eingang und Nachahmung finden!

In München sind neuerdings wieder einige Mißverständnisse vorgekommen, die zwar unblutig, aber dennoch nicht ohne alle Bedeutung seyn mögen: 1) Verbot an die Studenten, nicht die deutsche, sondern die bayerische Kokarde zu tragen, was jedoch auf deßfallsige Demonstration, als ein „Mißverständniß" erklärt wurde. 2) Einführung einer Beehrung mittelst Kopfbedeckung beim Militär, statt der früheren vielbesprochenen Verehrung durch Kniebeugung. Es ist diese Verordnung jedenfalls ein „Mißverständniß," wenn auch nur ein Mißverständniß der Zeit. — Der dem bayerischen Kabinete mehrfach gemachte Vorwurf eines grellen Partikularismus hat nicht allein in öffentlichen Blättern, sondern auch in der Abgeordnetenkammer von Seiten des Ministers des Auswärtigen eine offizielle Widerlegung veranlaßt. Es wird zwar zugestanden, daß zur Erzielung der Einheit Deutschlands von den einzelnen Regierungen Opfer gebracht werden müßten; allein in wie weit man bayerischer Seits zu diesen Opfern geneigt sey, wurde ganz unbestimmt gelassen. Die nationale Eigenthümlichkeit des bayerischen Volksstammes wird aber immerhin stark hervorgehoben, und deren volle Aufrechthaltung in Anspruch genommen; obschon noch von keiner Seite ausgesprochen wurde, daß durch eine Einigung Deutschlands die verschiedenen Stammeseigenthümlichkeiten des deutschen Volkes durch eine Uniformirung, durch Centralisation, wie es z. B. in Frankreich geschah, vernichtet werden sollten. Es sollen vielmehr gerade die Stammeseigenthümlichkeiten in ihrer innern Organisation und Selbstentwicklung sicherer gestellt werden, als dieses seither der Fall war. — Möge man aber auch nicht außer Acht lassen, daß der eigenthümliche bayerische Volksstamm in dem heutigen Königreiche Bayern nur die Minderzahl bildet: daß demnach von Aufrechthaltung einer rein bayerischen „Nationalität" keineswegs die Sprache seyn kann. Ist auch der bayerische Volksstamm einer der wenigen deutschen Stämme, welche im Laufe der Zeiten auch in dem heutigen Staatenstamm aufrecht geblieben, so hat er dieses mehr der Eifersucht Frankreichs und in neuerer Zeit Preussens gegen Oesterreich zuzuschreiben, als der Geschichte seiner Regierung; denn durch die Politik seines Kabinetes wurde der bayerische Volksstamm im Laufe der letzten 150 Jahre drei Mal an den Rand des Abgrundes gebracht und der Gefahr ausgesetzt, in Oesterreich unterzugehen. — Nur in und mit dem übrigen Deutschland kann Bayern sich erhalten; durch Beharren auf eigener Selbstständigkeit, auf einer bayerischen „Nationalität" aber, muß es früher oder später zu Grunde gehen. — Auch andere deutsche Volksstämme, wie z. B. der frä kische, schwäbische ꝛc., haben eine glorreiche Vergangenheit; auch diese haben ihre besondere Eigenthümlichkeiten beibehalten, obschon ihr Name als eigne Staaten im Laufe der Zeiten erloschen. Auch diese E genthümlichkeiten wollen aufrecht erhalten und müssen beachtet werden. Daher ist Bayern in seiner heutigen Gestalt mehr als ein allgemein deutsches, als ein rein bayerisches Land zu betrachten; und es möchte noch lange Zeit hingehen, bis die genannten Stämme, ebenso der rheinische, sich mit dem rein bayerischen Volksstamm für identisch halten.

(N. Spr. Z.)

Baden. (Mannheim, 10. Juni.) Diesen Nachmittag wird das erste Bataillon des nassauischen Regiments von hier abmarschiren. Das Ziel des Marsches ist sehr geheim gehalten; kein Soldat weiß zur Stunde, wohin es geht, aber es ist doch zu vermuthen, daß diese Truppen wegen möglicher Ereignisse in die Gegend von Frankfurt gezogen werden. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 9. Juni.) Der bisherige Redakteur der Oberpostamts-Zeitung, Dr. Wiesner, Mitglied der Nationalversammlung, hat diese seine Stelle niedergelegt. Das Blatt soll inskünftige die Farbe des Centrums der Nationalversammlung führen.

(N. Sp. Z.)

(Hamburg, den 7. Juni.) Aus dem so eben empfangenen Briefe eines Offiziers theile ich Ihnen folgende Details des vorgestern bei Sundewitt Statt gefundenen Treffens mit. Dänische Patrouillen hatten sich am 5. bei Gravenstein blicken lassen; es wurde dies dem General v. Wrangel gemeldet, was eine Bewegung in Flensburg veranlaßte und das Ausrücken des Generals v. Wrangel zur Folge hatte. Eine große Revue war zur Feier des Geburtstages des Königs von Hannover ausgeschrieben, die Festfeier verwandelte sich aber in eine ernstliche, sehr blutige, und das Treffen im Sundewittschen und bei Dübbel ist wohl das bedeutendste, welches im ganzen Feldzuge geliefert wurde. Der Kampf dauerte im Ganzen 17 Stunden. Seit dem 22. Mai hatten die Dänen bei den Dübbeler Höhen starke Verschanzungen aufgeworfen und mit vielen Geschützen von schwerem Kaliber versehen. Von hier aus begannen alle Operationen, und die Dänen waren bis Ulterup, zwischen Sonderburg und Apenrade, vorgegangen. Es scheint, daß General v. Wrangel diese Stellung habe umgehen wollen, doch kam ein Flügel zu spät. Den rechten Flügel und das Centrum bildeten die Bundes-Truppen des 10. Armee-Korps, welche auf der Flensburg-Apenradener Chaussee nach Osten vorgingen, den linken Flügel aber allein die Preussen, welche über Quars, Satrup und Ulderup den Dänen entgegen marschirten. Die Dänen hatten sich zuerst im Holze zwischen Nübel und Westerdüppel festgesetzt. Es waren besonders Hovedgaard-Jäger und Linien-Infanterie, welche dort lagen, nebst einigen Batterien; doch verließen sie später diese Stellung und zogen sich über Stenderup nach den verschanzten Düppeler Höhen zurück, wo sie durch Kanonen geschützt waren. In Stenderup fanden die Hannoveraner das Mittag-Essen, welches die Dänen gekocht hatten, fertig und nahmen es in Beschlag. Bei den Düppeler Höhen begann der eigentliche Kampf, hier standen 5000 Dänen, unterstützt durch ein starkes Kanonenfeuer und Tirailleurgefecht, den Angriff und das Anrücken erwartend. Von den Hannoveranern begann der erste Angriff, er wurde blutig abgeschlagen, 100 der Unsrigen fielen rasch, theils verwundet, theils todt. An dieser Stelle wurde von 2—7 Uhr gefochten und die Dänen zurück gedrängt, wie preussische Regimenter eingetroffen waren. Doch war die eingenommene Stellung nicht zu halten, obgleich die Preussen Abends nach 10 Uhr noch den Brückenkopf im Alsener Sund eingenommen hatten. Aus Mangel an Truppen und der dänischen Kanonenboote wegen sah man sich aber veranlaßt, diese Stellung aufzugeben. Unsere Vorposten, ein Bataillon Preussen, standen bei Ostendüppel. Hier entspann sich der Kampf aufs Neue; die Dänen griffen den Vorposten an, und erst spät in der Nacht hörte das Feuern auf. Das Hauptquartier des Generals Wrangel ist auf den Düppeler Bergen. Die dänische Macht war etwa 15 bis 20,000 Mann stark (?), welche bedeutend gelitten haben. Eine Menge Dänen wurden gefangen, unter denen sich schwedische Freiwillige befinden; selbst der Sohn eines norwegischen Gouverneurs ist darunter. (Köln. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 9. Juni.) Die traurige, viel besprochene und viel entstellte Mainzer Geschichte taucht immer wieder von neuem auf. In der heutigen 70. Sitzung unserer zweiten Kammer bemerkte man unter den Eingaben einen ausführlichen Vortrag des Abg. Görz aus Mainz, der nach specieller Darstellung der Sache folgende merkwürdige Anträge macht: „Die Kammer möge an die Staatsregierung das dringende Ersuchen stellen: daß sie sofort eine Revision der die Verhältnisse der Stadt Mainz betreffenden Verträge und Reglements veranlasse und namentlich folgende Grundsätze zur Geltung bringe: 1) Die Stadt Mainz soll aus einer Festung in einen Waffenplatz mit detaschirten Forts umgestaltet, demgemäß die inneren Hauptwälle geschleift und die äußere Befestigung vervollständigt werden. So lange dieß nicht zu erreichen steht, sollen 2) die Befugnisse des Festungs-Gouvernements während des Friedens an der Westgränze Deutschlands auf das Nothwendigste beschränkt, genauer als bisher der Umfang derselben festgestellt, insbesondere dahin gewirkt werden, daß Leben und Eigenthum der Bürger nicht mehr auf so ungenügende Veranlassung, auf so unverantwortliche Weise bedroht werden, daß unter keiner Bedingung die persönliche Freiheit, die Freiheit der Presse, der Vereine und Versammlungen, des Handels und der Gewerbsthätigkeit nach der Willkür des Festungsgouvernements beschränkt oder gar aufgehoben werden dürfen; daß namentlich keine Unterbrechung der Communication durch Verhinderung des Abgangs und der Ankunft von Posten, Eisenbahnzügen und Dampfschiffen, sowie durch frühzeitige Thorsperre stattfinden dürfen. 3) Im Fall die Stadt Mainz es ihrem Interesse angemessen finden sollte, das Stadtgebiet zu vergrößern, sollen der Erweiterung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden können, die Militärbehörde vielmehr gehalten sein, der Stadt gegen billige Entschädigung das nöthige Terrain abzutreten und die für diesen Fall nöthig werdenden Festungsbauten sollen aus Mitteln des Bundes bestritten werden. 4) Soll die Staatsregierung dahin wirken, daß die ganze preußische Garnison abberufen und Truppen aus anderen Bundesstaaten nach Mainz verlegt werden. 5) Den Soldaten soll untersagt sein, Seitengewehre zu tragen, so lange sie nicht im Dienste sind; 6) die Bürgerwehr, zur Handhabung der innern Sicherheit unter den Bürgern und in soweit ihre Thätigkeit unabhängig von dem Festungsgouvernement, reorganisirt werden; 7) bei vorkommenden Conflicten die Untersuchung und Beurtheilung der betheiligten Bürger dem ordentlichen Richter nicht entzogen werden. 8) Die Staatsregierung soll ersucht werden, den Territorialcommissär, welcher das Vertrauen der Bürgerschaft nicht mehr genießt, und sich jedenfalls seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat, abzurufen." — Der Antrag wurde, der Geschäftsordnung gemäß, dem 3. Ausschusse zum Berichte verschrieben. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 8. Juni.) Nach einer von dem Kriegsministerium erlassenen Kundmachung ist die Leibesstrafe in der österreichischen Armee im Disciplinarwege abgeschafft. Die Strafe des Gassenlaufens und der Stockprügel kann daher nur noch durch kriegsrechtlichen Ausspruch, und zwar nach Stimmenmehrheit, vollzogen werden. Da binnen kurzem ohnehin eine neue militärische Gesetzordnung ins Leben treten wird, so steht ohne Zweifel die gänzliche Abschaffung der Leibesstrafen in Aussicht. (A. A. Z.)

(Wien, den 9. Juni.) Wie man hört, sollen JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin am 18. d. wieder hier eintreffen. Der Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie werden jedoch sicherem Vernehmen nach jetzt noch nicht nach Wien zurückkehren, sondern einige Zeit in Ischl verweilen. Die Arbeiterfrage macht dem provisorischen Ausschuß der Bürger, Nat onalgarden und Studenten viel zu schaffen, da sich die Zahl der aus der Umgegend nun herbeiströmenden Arbeiter in auffallender Progression vermehrt. Es werden dermalen bereits 10,000 Arbeiter hier durch den Ausschuß beschäftigt, während man sonst die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter in Wien höchstens auf 8 bis 10,000 anschlagen durfte. Großentheils gibt es aber darunter auch Viele, die ihre früheren Fabrikherren und gewöhnlichen Werkstätten sogar ohne Noth verlassen haben, und dadurch einerseits ihre bisherigen Brodherren und andererseits den Ausschuß selbst wegen der immer schwerer zu bestreitenden Auslagen in große Verlegenheit setzen. Die Wahlen für den bevorstehenden Reichstag sollen nun am 13. d. beginnen. (A. A. Z.)

Wir erhalten Nachrichten aus Tirol, namentlich aus Innsbruck vom 10. Juni, woraus wir Folgendes zusammenstellen: Die Eröffnung der Stände hatte am 10. statt, und beschränkte sich vorläufig auf eine Eröffnungsrede des Gouverneurs Grafen Brandis, in der auf die Vereinbarung der alten historischen Zustände mit den durch die Konstitution neugeschaffenen Grundlagen, sowie auf die rühmliche Geschichte des Landes hingewiesen wurd . Ferner wurden zwei Ausschüsse gewählt, einer für die Redaktionsgeschäfte, der zweite für eine zu bestimmende Geschäftsordnung. Aus Wälschtirol hat sich kein Deputirter hier eingefunden! Monsignore Morichini war am 10. Nachts aus Rom durch die österreichische Truppenlinie in Innsbruck angekommen. War er, wie verlautete, vom Papst beauftragt, Friedensunterhandlungen anzubahnen, so wird er s hr willkommen seyn, und fruchtbaren Boden finden. Graf Stadion, der am 6. in Wien e ngetroffen, ward in Innsbruck jede Stunde erwartet. Man war in Innsbruck allgemein der Ueberzeugung, daß Se. Maj. nicht wohl länger dort bleiben könne; und wäre auch die Rückkehr nach Wien noch für den Augenblick nicht wohl möglich, so müsse doch durchaus ein näher gelegener Ort zur zeitweiligen Residenz des Kaisers gewählt werden, wenn die Geschäfte keine Hemmung erleiden sollten. Man glaubte, daß das Gesammtministerium unabweislich auf dieser Maasregel bestehen werde.

(A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 10 Juni.) Heute Abends war bekannt geworden, daß man vor der Wohnung des französischen Gesandten, Hrn. Arago, ein Ständchen bringen werde. Die zahlreichen Gruppen unter den Linden und in den benachbarten Straßen vereinigten sich gegen 11 Uhr vor dem Hôtel de Rome. Es wurden Texte der Marsellaise vertheilt, von denen begreiflich nur Wenige Gebrauch machen konnten. Die Wirkung war überdies um so schwächer, als es an Instrumentalbegleitung fehlte. Der Gesang, hauptsächlich von den Sängern

des Handwerkervereins ausgeführt, veranlaßte Hrn. Arago, sich auf die Treppe vor dem Hause zu begeben und die Menge in französischer Sprache zu haranguiren. Natürlich nur Wenigen verständlich, war der Sinn seiner Rede etwa der: Die Politik der Dynastien habe aufgehört, es beginne die Politik der Nationen. Kriege zwischen civilisirten Völkern seien fortan unmöglich. Die Nationalitäten würden sich nicht mehr hassen, Frankreich und Deutschland hätten sich nie gehaßt, nur die Fürsten seien Feinde gewesen. Hr. Arago ergriff die Hände der ihm zunächst Stehenden und sagte: Er ergreife im Namen Frankreichs die Bruderhand des deutschen Volkes. Vive l'Allemagne! Vive la fraternité pour tout le monde!

Nachdem der Gesandte sich in seine Zimmer zurückbegeben hatte, sprach noch Jemand aus seinem Fenster deutsch zu den Versammelten: man möge nicht vergessen, zwischen der officiellen Person des Gesandten und dem republikanischen Franzosen zu unterscheiden; wenn dem Gesandten vergönnt seyn sollte, die Versammlung in Frankreich zu begrüßen, so würde er ihnen Anderes zu sagen haben. Mit dem Rufe: Vive la république française! begab sich die Versammlung vor die Wohnungen der Deputirten Jung, Jacoby und Berends, um ihnen ein Vivat zu bringen. Die beiden Erstern dankten und versicherten, daß sie nie aufhören würden, die Rechte des Volkes zu wahren, wie groß auch die Majorität sein möge, die ihnen gegenüberstehe. (D. A. Z.)

(Posen, den 6. Juni.) In der Gegend der Stadt Wreschen hat sich wieder eine Partisanenbande gebildet, die feindselige Absichten gegen alle Deutschen und Juden zeigt. Die deutschen Gutsbesitzer ergreifen sämmtlich die Flucht, und werden wohl nicht früher in ihre Dörfer zurückkehren können, als bis es dem ausgesandten Militär gelungen sein wird, die Bande zu zersprengen. (Brem. Z.)

Schleswig-Holstein. * Nach einem Privatbriefe aus Ugk (in Schleswig) vom 7. Juni wurden unsere auf dem Kampfplatz gebliebenen Nürnberger zum erstenmal ins feindliche Feuer geführt und hielten sich mit den andern vom Major von der Tann befehligten Freischaaren so gut, daß sie (circa 350 Mann) über 1000 dänische reguläre Truppen total in die Flucht schlugen, dem Feinde einen Verlust von 50 Todten und ebensoviel Verwundeten beibrachten, 50 Gefangene, darunter 3 Husaren-Offiziere, 25 Pferde, Waffen rc. wegführten und 2 Kanonen eroberten, welche Lieutenant Nußbaumer vernageln ließ. Die Freischaaren beklagen nur 3 Todte und hatten etwa 25 Verwundete, darunter der bayerische Hauptmann Corneli und von den Nürnbergern Falkner durch einen Säbelhieb über den Kopf. Das Gefecht fiel bei Grödebühl, eine Stunde von Hadersleben entfernt, vor.

(Schleswig, 8. Juni.) Ueber den glücklichen Zug des v. d. Tann-schen Freikorps nach Nordschleswig liefert das „Tageblatt" folgende Beschreibung: Das Korps erhielt von dem General Wrangel die Erlaubniß, selbstständig in Nordschleswig zu operiren und marschirte demnach am Montag, den 5. d. M., in einer Stärke von 400 Mann, ohne erst die von Rendsburg nachgesandten Verstärkungen abzuwarten, von Flensburg aus nach Uck. Es wurde ausgestreuet, daß ein Marsch nach Tondern beabsichtigt werde, und zu dem Ende 60 Wagen requirirt. Von Uck behielt das Korps indessen seine nördliche Richtung. Die Absicht war, dänische Korps, die in Hadersleben seyn sollten, zu überrumpeln; indessen stieß die berittene Spitze des Korps schon 2 und eine halbe Stunde über Uck hinaus auf eine dänische Reiterpatrouille, welche von den vier berittenen Freiwilligen geworfen und verfolgt wurde. Obwohl eine Ueberrumpelung nunmehr unmöglich war, beschloß der Major v. d. Tann, dennoch den Marsch nach Norden fortzusetzen. Mit Tagesanbruch am 7. d. M. traf nordwestlich von Hadersleben eine Kompagnie von 60 Mann, welche die Avantgarde bildete, auf 2 feindliche Schwadronen Husaren (320 — 340 Mann), welche sich sogleich auf sie stürzten. Die Kompagnie warf sich sogleich hinter die Hecken. Unter dem Feuer der Schützen stürzten die dänischen Husaren, die beiden Schwadronen warfen sich in wilder Flucht zurück. Während dieses Gefechts der Vorhut ordnete Major Tann die übrigen Kompagnien in Kolonnen und rückte mit denselben vorwärts. Die Vorhut stieß auf 2 Kompagnien dänischer Castelljäger (350 Mann); hinter denselben auf einer Anhöhe standen 2 Kanonen und 300 Schritt hinter diesen 2 Schwadronen Husaren. Die Castelljäger wurden zeitig genug entdeckt. Hätten dieselben nicht viel zu früh geschossen, so stand dem Korps eine sehr ernstliche Gefahr bevor. Es entwickelte sich indeß frühzeitig genug ein Tirailleurgefecht, welches nach einiger Dauer dadurch beendet wurde, daß man mit einem Hurrah darauf ging. Die Castelljäger hielten diesen Angriff nicht aus, sondern flohen. Ohne sich mit ihrer Verfolgung aufzuhalten, befahl Major Tann den Angriff auf die dänischen Geschütze, welche die tapfere Schaar mit Kartätschenfeuer empfingen. Im Sturmschritt drang die Kolonne mit dem Bajonette vorwärts und eroberte die beiden dänischen Geschütze, die Mannschaft wurde größtentheils zu Gefangenen gemacht. Die drei dänischen Schwadronen wagten es nicht, den Versuch zu machen, durch das Büchsenfeuer hindurch die Artillerie zu retten. Indessen hatten sich die beiden Kompagnien der Castelljäger wieder gesammelt und drangen auf der linken Flanke des Major Tann vor und bald stürmten auch die drei Schwadronen auf das Häuflein der Unsrigen herein. Aber unter dem wohlgezielten Feuer derselben stürzten Roß und Reiter zusammen, ein Knäuel der Verwirrung vereinte Niedersinkende, Kämpfende u. Heranstürmende. — Der Angriff der Reiterei verwandelte sich bald in eine aufgelöste Flucht. Mit Leichtigkeit wurden nun auch die vorgedrungenen dänischen Jäger zurückgetrieben. Das Gefecht war entschieden. Die kleine Schaar tapferer Schützen hatte gegen Artillerie, Cavallerie und Infanterie, zusammen gegen 900 Mann Dänen, glorreichen Sieg erfochten. 50—60 todte Dänen bedeckten das Feld, die große Zahl der Verwundeten war zum Theil von den Dänen gerettet, die andern mußten auf dem Platze gelassen werden. Der eigene Verlust betrug 4 Todte und 19 Verwundete. Unter den Verwundeten beklagt man den bayerischen Hauptmann Corneli, dem eine Kartätschenkugel ein Bein zerschmetterte. 2 Kanonen, 29 Gefangene aller Waffengattungen, 2 Offiziere, 1 Munitionswagen und mehrere andere Wagen, endlich 22 Pferde fielen den Siegern in die Hände. Bei dem Mangel an Bespannungsgeschirr konnte nur eine Kanone mitgenommen werden. Außerdem wurde ein Munitionswagen und ein Offizierswagen mitgeführt. Gestern Abend war das Corps in Uck. Wir zweifeln nicht, daß es bald wieder und, wir hoffen, von der im Sundewittischen doch unbrauchbaren Reiterei unterstützt, unter seinem kühnen Führer einen neuen Streifzug unternehmen wird.

Württemberg. (Ulm, den 10. Juni.) Am Donnerstag Abend versammelten sich trotz eines heftigen Platzregens mehrere hundert Soldaten unserer hiesigen württembergischen Truppen aller Regimenter in der Friedrichsau, um unter der Leitung des Redakteurs Schifterling eine Berathung über einige an ihre Vorgesetzten zu bringende Bitten und Anliegen zu halten. Am folgenden Abend fand eine abermalige, noch weit stärker besuchte Versammlung statt, an der sich auch österreichische und bayerische Soldaten betheiligten, und der außerdem eine sehr große Anzahl hiesiger Bürger, Arbeiter rc. anwohnten. Nachdem ebenso wie gestern einige Soldaten ihre Wünsche und Bitten ihren Kameraden vorgetragen hatten, übergab der Redakteur Schifterling eine von ihm im Namen der Soldaten verfaßte Bittschrift an den Kriegsminister, in der sie um eine Solderhöhung von täglich 3 kr. und um Belehrung über die Verfassung, welcher sie geschworen hätten, bitten, welche heute von ihnen ihren Vorgesetzten übergeben worden seyn soll. Hr. Schifterling erklärte hierauf in kurzen Worten: er müsse gestern mißverstanden worden seyn, denn anstatt, wie man ihm verleumderischer Weise nachsage, die Soldaten zur Unbotmäßigkeit aufgeregt zu haben, habe er sie, eben so wie er auch jetzt thue, ermahnt und ihnen gerathen, vollkommen auf dem Wege der Gesetzlichkeit und Ordnung zu bleiben. Weitere Versammlungen halte er für unnöthig und werde deßhalb auch in keiner mehr das Wort nehmen. Kein einziger Unteroffizier war bei diesen Versammlungen betheiligt, und obwohl die gestrige gewiß von mehreren tausend Menschen besucht war, so nahm sie doch eben so wie die frühere einen ganz ruhigen Verlauf. Den Soldaten der bayerischen Besatzung in NeuUlm ist eine tägliche Zulage von 3 kr. von ihrer Regierung bewilligt worden. (Schwb. M.)

Frankreich.

† (Paris, 9. Juni.) Die Aufläufe an der Porte St. Denis und St. Martin dauern fort. Auch in anderen Gegenden der Stadt sind Excesse vorgefallen. Ein Volkshaufe stürmte Garten und Haus des Hrn. Thiers, ein anderer richtete sich gegen die Vorstädte, um der ungeheuren Militärmacht zu entweichen, die sich von 10 Uhr an längs der Boulevards aufstellte und die ganze Nacht hindurch bivouakirte. Diesen Morgen wurde folgende Proklamation angeheftet: »Bürger! Die Nationalversammlung hat das Gesetz gegen Volksaufläufe votirt, das die Vollziehungsgewalt heute veröffentlicht. Die Nationalversammlung ist vom ganzen Volke gewählt, das beweist genügend, daß sie das Volk gegen verrückte und aufrührerische Versuche schützen will, die es in seinen Rechten, in seiner Arbeit, seinen Freiheiten, seinen Interessen und Hoffnungen angreifen. Bürger, Ihr habt die Republik gewollt: die Republik ist gegründet. Solange die Nationalversammlung, so lange die Vollziehungsgewalt aufrecht stehen, wird Niemand ungestraft seine Hand an diese große Eroberung legen. Auch Ihr wollt die Ordnung, Bürger, denn Ihr wißt, daß alle Freiheiten durch die Ordnung leben und daß die Republik, welche alle diese Freiheiten in sich schließt, an dem Tage getödtet wäre, wo Ihr einem aufrührerischen Theile erlauben würdet, die öffentliche Ruhe zu stören. Bürger, das heilige Unterpfand der Schicksale Frankreichs liegt ebenso gut in Eueren als unseren Händen. Nachdem Ihr die Republik zu erobern wußtet, wisset sie auch zu vertheidigen. Wozu diese Aufläufe? Wozu diese Agitation in den Straßen? Ist die Republik bedroht? Nein. Die Republik ist das ewige Recht der Völker und das Recht geht nicht unter. Die Agitatoren wissen es. Ihre Absicht ist, die wahren Gründer der Republik, die der Größe und Wohlfahrt derselben aufrichtig ergebenen Bürger, die Armee und Nationalgarde, welche unter der Fahne der Verbrüderung in ihren Reihen das gesammte Volk vereinigt, durch geheime Manövers zu ermüden; den Kredit ertödten, indem sie die Arbeit hemmen und dem Handel, der Industrie, dem Waarenlager, der Werkstätte, dem Kaufladen u. s. w. einen unausgesetzten Krieg erklären, der ihnen wirklich verderblich werden müsse, wenn Euere Energie ihm kein Ende machte.

Und wann sie durch dieses regellose Treiben alle Erwerbsquellen verstopft, wenn nicht vertilgt haben, dann werdet Ihr sie ausrufen hören: daß die Republik in Frankreich unmöglich ist. Bürger, das sind Eure Feinde, das sind die Führer, welche die Volksaufläufe bewirken, das ist der Zweck, den sie zu erreichen streben. Gehet hin und höret sie an. Während vor zwei Monaten die Straßen nur von dem einstimmigen Rufe: Es lebe die Republik! wiederhallten, erheben sich jetzt die aufrührerischen Schlachtrufe aller Aufruhrparteien unter der Menge gegen jenen einstimmigen Ruf. Folget den Agitatoren; betrachtet ihr Verfahren; prüfet ihre Reden, ihre Schritte, ihre Aufhetzereien, und Ihr werdet sie überraschen, wenn sie am Morgen die Geldsummen empfangen, für die sie des Abends Propaganda machen. Bürger, Euer Heil, das Heil der Republik, unser aller Heil liegt gleichzeitig in der Aktion der Staatsgewalt und in Eurer Klugheit und Energie. Mögen sich die Neugierigen zurückziehen, und der Obrigkeit freien Raum zum Handeln lassen. Die Feinde der Republik, sich der Obrigkeit, die sie kennt und überwacht, allein gegenübersehend und durch diese Isolirtheit und Ohnmacht eingeschüchtert, werden von selbst flüchten. Wäre dem anders, wenn die Agitatoren den gesetzlichen Aufforderungen widerständen, so wird die Staatsgewalt dem Gesetze Achtung zu verschaffen wissen. Dies ist ihre Pflicht, die sie entschlossen, obwohl mit vorsichtiger Festigkeit zu erfüllen wissen wird. Paris 8. Juni 1848. Die Mitglieder der vollziehenden Gewalt: (gez.) Arago, Garnier Pagès, Marie, Lamartine, Ledru Rollin.

Die Vollziehungsgewalt irrt sich, wenn sie laut ihrer Proklamation glaubt, einige Goldstücke des Herzogs v. Bordeaux und seiner Anhänger, oder eine Million Louis Philipps veranlassen das Volk, sich an den Porten St. Denis und Martin zu versammeln. Man besticht das Pariser Arbeitervolk nicht. Es ist vielmehr der reactionäre Geist, der in der offiziellen Welt wacht, welcher das Volk empört und es gestern Abend ausrufen machte: Nieder mit Thiers! Nieder mit den Reaktionärs! Im Gefängnisse wenigstens wird man uns ein Minimum garantiren."

Gestern gegen Abend feuerte ein Blusenmann ein Pistol gegen Grandchamp, Adjutanten des Obergeneral Thomas, längs des Tuilerienquais ab, den er wahrscheinlich für den General selbst betrachtet hatte. Der Schuß traf jedoch nicht den Reiter, sondern das Pferd, das todt niederstürzte.

Bei dem gestrigen Volksgedränge verloren einige Polizeidiener das Leben. In den Passagen der tieferen Stadtviertel zwischen den Straßen St. Martin, Denis und Montorgueil wurden mehrere hundert Arbeiter abgesperrt und wie in einer Mausfalle von dem Militär eingefangen, das sie umringt hatte.

Clement Thomas, Bürgergeneral und Redakteur des National hat den Verfasser mehrerer Schmähartikel, Napoleon Bertrand, auf Pisto-

len gefordert. Bernan und zwei Deputirte sind seine Zeugen. Sourd, General, wird dem Geforderten assistiren. Gestern Abend wohnte Clement Thomas noch der Sitzung der Nationalversammlung bei.

Thiers, den man gestern todtschlagen wollte und vor dessem Hause ein Bataillon Mobilgarde die Nacht bivouakirte und den keine Seele im März vorzuschlagen wagte, ist in vier Departements zugleich gewählt worden. Darunter Paris!

Ein Befehl des Ministers des Innern setzt alle Maires ... davon in Kenntniß, daß keinem Flüchtlinge der Wohnsitz ... in Paris ohne seine ausdrückliche Erlaubniß gestattet werden soll.

Italien.

(Von der italienischen Gränze, den 2. Juni.) Nach Briefen aus Triest wird dort ein amerikanisches Geschwader von 6 Segeln erwartet, welches, wie es scheint, zum Schutze des amerikanischen Handels dorthin beordert ist. Bekanntlich hat auch der amerikanische Consul gegen einen Angriff auf Triest von Seite der italienischen Flotte Protest eingelegt. Sämmtliche neapolitanische Schiffe, mit Ausnahme zweier Fregatten, haben sich von dem italienischen Geschwader getrennt, um auf Befehl des Königs nach Neapel zurückzukehren. — In Mailand ist seit dem 29. Mai die Ruhe nicht wieder gestört worden. Die republikanische Partei hat aber ihre Plane noch nicht aufgegeben. Sie sucht vielmehr jetzt in den Provinzialstädten sich einen Anhang zu erwerben, mit dessen Hülfe sie die provisorische Regierung stürzen, und den Anschluß der Lombardei an Piemont hintertreiben zu können hofft. Ob ihr das gelingen wird, ist freilich sehr zweifelhaft, obschon das republikanische Elem... in Pavia, Bergamo, ...ent in einzelnen dieser Städte, wie ...er vertreten ist, als in Mailand selbst. — Ueber den Fall der ... wichtigen Festung Peschiera sind uns auffallender Weise bis jetzt ... noch keine ausführlichere Nachrichten zugekommen, obschon uns ... ...richte aus Verona vom gestrigen Datum vorliegen. Man weiß bis jetzt nur, daß die Festung am 30. von Karl Albert 8 Stunden lang mit schwerem Belagerungsgeschütz beschossen worden ist, und daß ein starkes Corps Oesterreicher eine Diversion machte, um dieselbe zu entsetzen. Daß dieser wichtige Platz wirklich in die Hände der Piemontesen gefallen ist, ist allein die Schuld des alten Marschalls Radetzky, welcher ihm nicht rechtzeitig die nöthige Hülfe brachte. Die Besatzung hat das Ihrige gethan, sie hat sich über anderthalb Monate lang gegen einen zehnmal überlegenen Feind heldenmüthig vertheidigt. — In Venedig herrscht eine sehr üble Stimmung gegen die provisorische Regierung, die man in Verdacht hat, daß sie mit dem König Karl Albert ein abgekartetes Spiel treibe, um auch das venetianische Gebiet an denselben auszuliefern. (Mannh. J.)

Asien.

† (Indien.) Ganz Lahore, diese Goldgrube der englischen Industrie, ist in Revolution. Die Nachricht vom Ausbruch und Siege der Februar-Revolution in Paris hat dort einen unbeschreiblichen Enthusiasmus hervorgerufen und das ganze Land hat sich gegen die Engländer erhoben. Die brittische Statthalterschaft trifft ungeheure Rüstungen, um die Revolution zu erdrücken.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das den Bauerseheleuten Johann und Elisabetha Begl'schen, zu Leitz gehörige Aekonomie-Anwesen, nämlich

Besitz Lit. A.

Das Wohnhaus mit gebauter Scheuer Backofen, Schweinstall und Hofraum, im letztern ein Schöpfbrunnen in gemeinschaftlicher Benützung mit Haus-No 36 a zu 0,16 Tagw. Pl.-No. 36 a und folgende Bestandtheile

Gärten.

Pl.-Nr.	35b	— 0,02	Tagw.	Wurzgärtchen.
„	36½	— 0,34	„	Gras- u Baumgarten.

Aecker.

Pl.-Nr.	461	— 1,13	Tagw.	Keller- oder Schusteracker.
„	430½	— 0,67	„	vom Buchenbüchel
„	168	— 0,56	„	Felsenacker.
„	169	— 0,47	„	desgl.
„	187	— 1,72	„	vordere Ackerlänge.
„	189	— 2,02	„	mittlere Ackerlänge.
„	201	— 1,98	„	hintere Ackerlänge.
„	263a	— 0,44	„	Baumäckerl.
„	263b	— 0,73	„	desgleichen.
„	259	— 1,07	„	Windnerhöh.
„	283	— 1,35	„	lange Ackerläng.
„	336	— 0,91	„	hinteres Stuckäckerl.
„	337	— 1,23	„	Schottbreitl.
„	339	— 1,63	„	lange Ackerlang
„	430	— 3,87	„	Buchenbüchel
„	474	— 0,82	„	Kerlasteigäckerl.
„	492	— 0,61	„	Bigur-Aeckerl.
„	494	— 1,37	„	Falter-Acker.
„	496	— 2,23	„	mittlere Ackerläng am tiefen Weg
„	498	— 0,31	„	Röthiger-Aeckerl
„	501	— 1,61	„	das Breitl.
„	511	— 0,60	„	das kleine Aeckerlein am Dörndorfer Weg
„	517	— 3,31	„	Keller-Acker
„	529½	— 0,60	„	Hoher Ranken

Wiesen.

Pl.-Nr.	425	— 0,48	Tagw.	das innere Kerlasteigäckerl
„	487	— 0,74	„	Görgnacker (Acker)
„	490	— 0,66	„	Görgenwiese.

Pflanzbeet

in Pl.-Nro. 43 (Gemeindegrund) und

Gemeinderecht

zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen — mit einer Gesammttaxe von 5350 fl

Besitz Lit. B.

Pl.-Nr	7	— 1,37	Tagw.	Wiese die Burgwiese, geschätzt auf 215 fl
„	308	— 5,48	„	Waldung, der Kirchbucher Schachen, geschätzt auf 450 fl.

Besitz Lit. C.

Pl.-Nr.	316	— 4,34	Tgw.	Waldung, das Grampersdorfer Weghölzl, geschätzt auf . . . . 360 fl.

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und hiezu Bietungstermin auf

Mittwoch den 21. Juny d. J., Vormittags 10 bis 12 Uhr

anberaumt.

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß das Schätzungsprotokoll, sowie das Lastenverzeichniß in der Registratur des unterfertigten Gerichtes täglich eingesehen werden kann, und daß der Hinschlag nach §. 64 des Hyp.-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Proz.-Ges. vom 17. Nov. 1837 erfolge.

Bellngries am 21. April 1848.

Königl. Landgericht.

Martin.

(Verloren.) Am zweiten Pfingstfeiertage früh wurde auf dem Dutzendteich an der Schenke ein grünseidener Regenschirm stehen gelassen. Derjenige, der ihn in Verwahrung nahm, wird ersucht, solchen gegen eine Erkenntlichkeit in die Exped. d. Bl. zurückzubringen.

Trauer-Anzeige.

Mit tiefbetrübten Herzen bringen wir hiemit die betrübende Anzeige von dem Dahinscheiden unseres geliebten Gatten, Vaters, Schwagers und Onkels des Rothgießermeister und Wirthschaftsbesitzer

Herrn Johann Kittler,

Nach einem 1wöchentlichen Krankenlager machte der Herr heute Nachmittags 4 Uhr nach großen und schmerzhaften Leiden, in einem Alter von 52 Jahren seinem Leben ein Ende.

Indem wir diese Trauerkunde unsern Anverwandten und Freunden mittheilen, bitten um stilles Beileid

Nürnberg, den 12. Juni 1848

Die trauernde Wittwe nebst ihren 11 Kindern.

Die Beerdigung findet Donnerstag früh 7 Uhr auf St. Rochus statt.

Trauer-Anzeige.

Mit dem Gefühl des tiefsten Schmerzes erfüllen wir die traurige Pflicht, das Dahinscheiden unserer innig geliebten Gattin, Mutter, Schwester und Schwägerin,

Frau Maria Jakobina Schuhmann,
geborne Wild,

anzuzeigen. Sie starb gestern Vormittags halb 11 Uhr, nach fast 2½jährigen schweren Lungenleiden, sanft und ruhig in einem Alter von 47½ Jahr. Tiefgebeugt über diesen großen Verlust stehe ich mit meinen 5 Kindern an ihrem Sarge, dankend für ihre unermüdete Sorgfalt, und nur der Gedanke, daß Gott uns Kraft und Stärke geben wird diese große Prüfung zu ertragen, kann uns aufrecht erhalten in unserm großen Schmerze.

Nürnberg, den 13. Juni 1848.

Heinrich Schuhmann, Schullehrer, nebst seinen vier Kindern und sämmtlichen Hinterbliebenen

Dank und Einladung.

Der ergebenst Unterzeichnete fühlt sich verpflichtet, einem verehrlichen Publikum für den ihm bisher so zahlreich geschenkten Besuch auf dem Belvedere hiemit seinen verbindlichsten Dank abzustatten, mit der Bitte, ihn auch ferner noch mit gütigem Zuspruch zu beehren. Zugleich bringe ich noch hiemit in Erinnerung, daß das früher bestehende Abonnement für das Belvedere aufgehoben ist.

Bei dieser Gelegenheit unterlasse ich nicht, ein verehrliches Publikum auf den 3. Pfingstfeiertag, an welchem die verehrlichen Mitglieder des Mozartvereins die Güte haben, eine Produktion auf dem Belvedere zu veranstalten, mit dem Bemerken höflichst einzuladen, daß für Erfrischungen und Speisen aller Art bestens gesorgt ist.

Sturm.

Dank.

Da ich von einer sehr gefährlichen Operation durch Gottes Hülfe wieder genesen bin, und meinem Berufe wieder vorstehen kann, so fühle ich mich gedrungen, für die Sorgfalt und Liebe, welche mir durch Herrn Professor Dietz erwiesen worden ist, öffentlich zu danken. Möge Gott ihn dafür reichlich lohnen, und ihm ein reicher Vergelter seyn, und zu all seinen Unternehmungen viel Glück und Segen verleihen.

J. F. Wiesinger.

Vermißt.

Seit Sonntag früh den 11. Juni wird ein weißer Sack mit Wäsche vermißt, worin sich noch ein blaugestreifter Sack, ein dunkelblaues Hemd, J. C. L. gezeichnet, zwei Hemden von schöner feiner Leinwand und 4 Paar Strümpfe befanden. Wer darüber im schwarzen Kreuz beim Neuenthor Auskunft geben kann, erhält zwei Preußische Thaler Douceur.

Dank.

Indem wir hiemit unsern verbindlichsten Dank für die so ehrenvolle Begleitung der Freunde unsers seligen Gatten und Vaters zu seiner letzten Ruhestätte abstatten, hoffen wir, daß Sie Gott vor ähnlichen Ereignissen bewahren möge und wünschen Ihnen bei freudigen Gelegenheiten dienen zu können.

Nürnberg, den 13. Juni 1848.

Louise Wellrab, nebst ihren vier Kindern.

Köcherts-Zwinger.

Heute Mittwoch den 14. Juni Produktion von der Blechmusik des Herrn Lippert.

(Verloren.) Am vergangenen Mittwoche den 7 Juni, Nachmittags 4 Uhr, ging kurz vor dem Dorfe Reuth bei Wendelstein aus einer Droschke ein in ein linnenes Tischtuch und Wachsleinwand eingenähtes Päckchen verloren, in welchem ausser einiger Frauen-Leibwäsche, einigen Chemisetten, unter denen eines mit ächten Spitzen besetzt ist, eine goldene Kette, alter Façon, mit einem Schlößchen zum Einhacken und einem Medaillon mit Haaren, dann eine goldene Broche mit ächten Granaten und ächten Perlen, ein großer langer weißer Shawl, der jedoch einige Flecken hat, ein schwarzes Tibetkleid mit gegittertem Futter, und ein Kleid von braunschattirtem Wollmusselin mit Gaze gefüttert, dann 9 ganze Kronenthaler enthalten waren Demjenigen, der dasselbe unversehrt abliefert, oder zu der Wiedererlangung der darin enthaltenen Effekten beiträgt, wird eine Belohnung von 2 bis 4 Kronenthalern zugesichert. Das Nähere bei der Exped. d. Blattes

Anzeige.

Den verehrlichen Abonnenten auf die sieben Todsünden hiemit zur Nachricht, daß heute Bogen 14—17 des 2. Bandes ausgegeben wird.

Exped. d. Mittelfränkischen Zeitung.

Der Zuschauer an der Pegnitz

hat auch Feiertage gehalten, deßhalb erscheint heute kein Blatt, dagegen am nächsten Donnerstage zwei Nummern.

(Verloren.) Ein silberner Armring wurde vergangenen Sonntag von der innern Laufergasse durch die Rothschmiedsgasse, hinter die Frauenthormauer bis auf den Bahnhof hinaus verloren. Der redliche Finder wolle ihn gegen ein Douceur in S. Nro 600 der Laufergasse abgeben.

(Zu verkaufen.) Folgende Wirthschaftsgegenstände sind billig zu verkaufen: Tafeln, Stühle, Betten mit Bettstätten, darunter ein Kinderbett mit oder ohne Bettstättlein, ein Bräuhireg, Hackbank, beschlagene und unbeschlagene Seitleinsträglein, einige Tischlein, messinge Reiben, ein Kronleuchter und noch andere Gegenstände mehr Näheres in der Exped d. Bl

(Verkauf.) Es ist eine Parthie altes Eisen, 4 Stück noch gute 4zöllige Wagen-Reife, 4 Stück 4zöllige neue Wagen-Reife, 4 Stück schmale neue Wagen-Reife; eine Parthie Ketten, schwer, lang und kurz; 2 Stück schwere Aexte, Winden, lang und kurz, zu verkaufen in S. Nr. 291 in der Irrer-Straße beim neuen Thor.

(Zu vermiethen.) Drei neu hergerichtete Wohnungen sind sogleich oder bis Ziel Laurenzi zu vermiethen in 1018 Karthäusergasse

(Gesuch.) Eine ordentliche Hausmagd, welche Liebe zu Kindern hat, wird in Dienst zu nehmen gesucht.

Arena.

Mittwoch den 14 Juni. Erste Vorstellung im vierten Abonnement. „Die Wiener in Berlin.“ Liederspiel in 1 Akt von C. Holtei. Vorher: „Fräulein Gattin.“ Lustspiel in 1 Akt von Lesrand von W. Friedrich.

„Luise v. Sydingen“ Fräulein Lentheim vom Hoftheater zu Weimar als Gast.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15. Juni 1848. № 167 Donnerstag: Vitus.

×× Volksverein.

Wenn seit dem ruhmvollen Aufschwung unsres Volkes der entschiedene Wille ganz Deutschland beseelt, das Vaterland frei und stark, einig und mächtig zu machen, so regt sich im Herzen jedes Patrioten gebieterisch das Pflichtgefühl, seinerseits beizutragen, daß die Ideen und Forderungen, welche einhellig in unserer Nation sich ausgesprochen, mit Macht sich verwirklichen können. Diese Möglichkeit herbeizuführen, müssen alle Glieder des künftigen deutschen Bundesstaates ihre Wünsche und Sonderinteressen ohne Rückhalt Preis zu geben bereit seyn, oder Deutschlands Größe, Einheit und Freiheit wird abermals zur bedeutungslosen Phrase. Die constituirende Versammlung in Frankfurt, hervorgegangen durch freie Wahl aus dem Gesammtwillen des deutschen Volkes, ist das gesetzmäßige Organ, welches allein über die Gestaltung unsers Gesammtvaterlandes zu entscheiden, welche den lange erstarrten Gliedern, Seele und Leben einzuhauchen berufen ist. Ein eben so entschiedener als ordnungsliebender Geist — das bezeugen ihre Beschlüsse wie ihre Wahlen — durchdringt diese achtunggebietende Versammlung, in deren Schoos wir vertrauensvoll alle unsre Hoffnungen niederlegen. Aber Macht und Nachdruck können ihre Worte nur dann haben, wenn sie in dem Herzen des ganzen deutschen Volkes ihren Wiederklang, und in dessen Willen die Bürgschaft ihrer Erfüllung finden, wenn jeder deutsche Bürger seine Lieblingsneigungen mit freudiger Entsagung um des Ganzen willen zum Opfer bringt. Es ist leider bereits Gefahr, daß die Freunde sich in zwei feindliche Heerlager spalten, und unter Parteinamen sich befehdend, das große Ganze, nach dem sie vereint [illegible] sollen, aus dem Auge verlieren. Hier lauert Reaktion, dort Anarchie, und im Eifer für Systeme fechtend, vergessen die Patrioten die nahe Gefahr, gegen die nur Einigkeit sie stark, sie unüberwindlich macht. Soll unser armes Vaterland nicht abermals nach dieser glorreichen Erhebung im Kampf der Meinungen unterliegen, so muß es unerschütterlich festhalten an dem eroberten Palladium des Frankfurter Parlamentes. Dies ist der Grundsatz, der uns leitet, wenn wir einen „Volksverein" zu veranstalten beabsichtigen, zu welchem wir alle Freunde der Freiheit, der Einheit, der Größe Deutschlands in unsrer Stadt hiemit einladen. Nicht sollen in diesem Vereine uns Ansichten trennen, welche jeder für sich über die zweckmäßigste Gestaltung der deutschen Reichsverfassung nähren mag. Sie alle haben als Privatmeinungen ihre Berechtigung, sie alle mögen sich in der Rede geltend machen, wenn nur über ihnen unwandelbar der Entschluß steht, sich bereitwillig zu fügen unter die Entscheidung der Männer, denen allein selbstständig und freiwillig das deutsche Volk seine Zukunft übertragen hat. Es lebe die konstituirende Versammlung!

Deutschland.

Bayern. (München, den 11. Juni.) Se. Maj. der König hat in Folge Signats angeordnet, daß nunmehr die deutsche Kokarde an jenen Helmen, welche keine Huppen oder Federbüsche rc. haben, gesondert, unmittelbar und zunächst ober der bayerischen im Heere zu tragen sey. An jenen Helmen mit Huppen rc. soll sie zunächst hinter der bayerischen Kokarde — mit dieser in gleicher Größe und Höhe — getragen werden. Gleichzeitig hat Se. Maj. genehmigt, daß die Fahnen und Standarten mit Bändern der deutschen Farben geziert werden. (A. Z.)

(München, den 11. Juni.) Dieser Tage hatten wir hier wieder Gelegenheit die indirekte Wahlart von einer ihrer dunkelsten Nachtseiten zu betrachten. Zwischen den Urwählern und den Volksvertretern erblicken wir eine größtentheils beschränkte Wahlmannschaft von wahrhaft trauriger Gestalt eingekeilt. Und diese Wahlmannschaft übt vermöge des ihr gesetzlich verliehenen Privilegiums eine Vormundschaft über Urwähler und Abgeordnete aus, die um so unerträglicher erscheint, als es diesen Neuprivilegirten augenscheinlich jeder geistigen und moralischen Kraft hiezu gebricht. Doch zur Sache. Die bayerischen Abgeordneten in Frankfurt sind bekanntlich durch die von allen Seiten getadelte Winkelpolitik unseres Ministeriums in eine schiefe Stellung gedrängt worden. Jeder dieser Männer, der ein Herz für die deutsche Sache hat, wünscht daher dringend, daß er von seinen Wählern gegenüber den offiziell empfohlenen Seiten- und Irrwegen auf die gemeinsame Heerstraße gestellt werde, auf welcher das souveräne deutsche Volk rüstig vorwärts schreiten muß, wenn es das hohe Ziel dauernder Einheit, wahrer Freiheit und würdevoller Kraft erreichen will. Die große Mehrzahl unserer Urwähler ist von ächt deutscher Gesinnung durchdrungen, und fühlt, daß durch Halbheiten nichts geschlichtet und gerichtet, daß ohne entschiedene und ganze Maßnahme Friede und Wohlfahrt nicht fest begründet werden können. Was aber will die Mehrzahl unserer traurigen Wahlmannschaft? Nichts als die Hände in den Schooß legen, und Hagelschauer und Gewittersturm über sich ergehen lassen, wie gewisse bekannte Muster der Geduld. Diese spießbürgerliche Gemächlichkeit der privilegirten Vormünder zwang die Bevölkerung Münchens, selbst die Sache in die Hand zu nehmen, und so wurde in einer großen Volksversammlung eine Adresse an die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung geschaffen, welche wohl frischer und kräftiger ausgefallen wäre, wenn man weniger Rücksicht auf die Gleichgültigen und Schläfrigen genommen hätte. Nun sei es auch, so ist diese Adresse doch eine Lebensäußerung der deutschen Gesinnung Münchens, welche hoffentlich von allen bayerischen Provinzen überboten werden wird. (A. Abdz.)

(Würzburg, den 13. Juni.) Der Regierungs-Accessist Franz wurde vermöge allerhöchsten Reskripts vom 9. l. M. zum Regierungs-Sekretär I. Kl. cum voto consultativo bei der Regierung von Mittelfranken ernannt. (N. W. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 12. Juni.) 62. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 10. Juni 1848. Dieselbe war vorzüglich bestimmt, um die seit der letzten Sitzung an die Bundesversammlung gelangten Eingaben zum Vortrag zu bringen. Auch wurden von mehreren Mitgliedern der Bundesversammlung in der üblichen Weise Anzeigen gemacht. Zu den ersteren gehören zwei Berichte des Syndicus Banks aus London, die Beschaffung einer Marine und die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit betreffend, welche an die betreffenden Ausschüsse abgegeben wurden. Der gegenwärtig in Hamburg versammelte Marinekongreß erklärte in einem Schreiben vom 4. d. M., wie man allgemein einverstanden sey, daß eine Marine ein unabweisbares Bedürfniß sey, wies aber zugleich darauf hin, daß für diesen Zweck bedeutende Geldbewilligungen erforderlich seyen, und knüpfte daran den Antrag, die Bundesversammlung soll schon zu deren Beschaffung Einleitung treffen. Diese Eingabe wurde dem Marineausschuß zur gutachtlichen Berichterstattung überwiesen. Eine Zuschrift des Präsidenten der Nationalversammlung vom 7. d. M. theilt mit, daß von Letzterer zur Gründung einer allgemeinen Wehrverfassung ein besonderer Ausschuß niedergesetzt worden sey, und stellt mehrere Anträge, unter andern auch den, die Regierungen nach Auskunftsertheilung über die vorhandenen, militärischen Streitkräfte u. s. w. aufzufordern. Bevor darüber Beschluß gefaßt wird, soll das Gutachten des Revisionsausschusses vernommen werden. Unter den von den Gesandten erstatteten Anzeigen sind besonders die Mittheilungen der Gesandten von Hannover, Braunschweig und Lübeck über die Ausführung des Bundesbeschlusses im Betreff der Stellung der Kontingente des 10. Armeekorps zu erwähnen. Hiernach sind die Letzteren bereits vollständig mobil gemacht und nach der Anzeige von Hannover bis zum 14. d. M. sogar 1½ Bataillon für Bundeszwecke mehr aufgestellt als das Bundeskontingent beträgt. Zugleich wurde hierbei bemerkt, daß die Kommissäre der Bundesversammlung am 7. d. M. in Hannover angekommen waren und mit dem Minister des Auswärtigen und der Generaladjutantur konferirt und die gewünschte Auskunft empfangen hatten, am 9. aber ihre Reise weiter fortzusetzen gedachten. Vom Königreich Sachsen wurden die dort erlassenen Verordnungen über die Volksbewaffnung mitgetheilt. Zum Schlusse referirte noch der Gesandte für die XVI. Stimme Namens des betreffenden Ausschusses den monatlichen Kassenrapport über das Bundeskassenwesen auf den Monat Mai. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 9. Juni.) Deutschland steht inmitten seiner Revolution. Es hat das Banner der Freiheit aufgepflanzt, ein Schrecken der innern Feinde, kein Spott der äußern, und es sind deren so viele der einen wie der andern. Es gilt Sieg oder Untergang. An der Eider kämpft noch der Däne gegen uns auf deutschem Boden. Zu Böhmen schaaren sich die Slaven und zeigen uns Trotz. Schmach geschieht dort wie hier unsern deutschen Brüdern. Wer traut dem ruhig sich waffnenden Vermittler im Westen, dem fast drohend sich waffnenden Slavenbeschützer im Osten. Was thaten wir für unsere österreichischen Brüder, die in Italien fechten, um das „Morte ai tedeschi!" (Tod den Deutschen!) zu bestrafen. Sage niemand, Oesterreich wolle dort den alten Druck wieder einführen. Das will es gewiß nicht, vielmehr hat es mit männlicher Thatkraft bewiesen, daß Freiheit sein Ziel ist. Es will den deutschen Namen nicht beschimpfen lassen von den Lombarden, es will Deutschland erhalten, was zu Deutschland gehört, ehrenvolle Verträge will es, wie es sich gebührt und wie Deutschland sie verlangen muß. Triest, der wichtige Seehafen, die deutsche Stadt kann täglich für uns verloren gehen. Wer soll sie schützen? — Wir sammeln für eine deutsche Kriegsflotte, gleich wie für eine arme Familie. Sollen durch solche Gaben Linienschiffe, Fregatten, Corvetten, Goeletten und Kriegsdampfboote hervorgezaubert werden? Man gehe nach England und frage die rechnenden Insulaner, wie lange sie gebraucht, um ihre ehrfurchtgebietende Flotte herzustellen Meint man, das stammverwandte Holland sei unser Bundesgenosse? Die Limburger Gesandten und die Schiffer auf dem Rheine mögen die Frage beantworten. — Aber jenseits des atlantischen Meeres in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, da lebt ein unabhängiges, freies Volk, zu dem jährlich Tausende unserer Söhne und Brüder zogen, um dort zu finden, was ihnen das Mutterland nicht gewähren konnte, dort leben vier Millionen Deutsche, deren Herz noch warm schlägt für das deutsche Volk, die mit Sehnsucht zurückdenken an das verlassene Jugendland, die treu und bieder uns die Bruderhand über die Meere reichen. Diese Deutschen sind geachtet und geliebt in der neuen Heimath, sie gehören zu den besten Bürgern der freien Staaten. Nie ward dort einem Bedrängten Schutz und Hülfe versagt. Die Republik Amerika wird unser Bundesgenosse sein. Man wende sich an sie, ohne Winkelzüge, offen, ehrlich, deutsch und schließe mit ihr einen Bund, einen ewigen, aufrichtigen, der zwei Welten verbinde, und Heil, Wohlfahrt und Freiheit verbürge. Amerika's Kriegsschiffe flößen Großbritannien Achtung ein; seine Seemacht ist gewaltig, seine Kraft die jugendliche Freiheit. Diese Kraft rufe man an, daß sie Freiheit bringe der alten Europa (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 9. Juni.) Wurm aus Hamburg sprach heute über die Interessen Englands und Rußlands in der schleswig-holsteinischen Frage. Er habe im Ausschuß nicht zugeben können, daß das Recht Deutschlands auf die ungetheilten, unzertrennlich verbundenen Herzogthümer ein bestrittenes oder zweifelhaftes sey; viel weniger könnte er irgendwelchen politischen Rücksichten, Rücksichten auf di-

Ansichten oder Absichten andrer Mächte ein Gewicht einräumen, wodurch jenes unzweifelhafte Recht erschüttert werden könnte. Was England betreffe, so möge man doch sagen, woher den Engländern eine besondere Zärtlichkeit für Dänemark entspringen sollte. Etwa aus der Erinnerung der Vorgänge von 1807? Allerdings sey England sich schweren Unrechts gegen Dänemark bewußt; so lang es ein Völkerrecht gebe, werde das Benehmen Englands gegen Dänemark im Jahr 1807 verurtheilt werden; aber welche Moral, wenn das jetzige britische Ministerium sprechen wollte: unsre politischen Gegner haben im Jahr 1807 an Dänemark groß Unrecht verübt, deßhalb wollen wir im Jahr 1848 den Deutschen wehe thun, weil sie Feinde der Dänen sind. Oder glaube man vielleicht, England werde sich durch die bekannten Garantien von 1721 bestimmen lassen? Daß diese Garantien den Rechten Dritter (also auch den Rechten des betreffenden Volksstammes) nicht zu nahe treten können, das verstehe sich von selbst. Aus der Schrift von Leverkus erhelle, daß Georg I. dies selbst begriffen; doch sey dies sehr gleichgiltig; Recht bleibe Recht, ob die Könige es begreifen oder nicht. Zudem habe es mit dieser englischen Garantie eine besondere Bewandniß. Die Engländer hören nicht gerne davon reden; klug sey es deßhalb nicht von den Dänen, daß sie die Garantie wieder zur Sprache gebracht. Nicht im britischen, sondern im kurhannöverschen, recht eigentlich im dynastischen Interesse Georgs I. sey jene Garantie für Schleswig eingegangen, als Erkenntlichkeit für dänische Beihilfe zur Erwerbung von Bremen und Verden. Und jedenfalls sey die Garantie erloschen und gänzlich abgethan durch den Verzicht der Rechtsnachfolger des Herzogs von Gottorp, durch den Verzicht der russischen Linie im Jahr 1773. Wieder Andre reden von Englands Eifersucht auf Deutschlands erwachende Nationalmacht. Ja, wenn es jetzt noch möglich wäre, den Norden und den Süden Deutschlands zu trennen, die Nordseeküste in scheuer Sprödigkeit vom Herzen Deutschlands fern zu halten, dann könnt' es der Mühe Englands werth seyn, gegen unsre Nationalwünsche zu wirken. Aber England wisse, daß wir bereit seyen, ein Blatt und noch eins aus dem Buche seiner Handelspolitik zu entlehnen; es wisse, daß wir davon nicht zurückzuhalten seyen, und schicke sich zur Nachgiebigkeit gegen uns an; der deutsche Besitz von Tondern und Hadersleben werde Englands Eifersucht nicht reizen. Nur eins sey, was England unsern Ansprüchen abgünstig stimmen könnte: wenn Rußland den Anlaß ausbeuten wolle, um durch rechtzeitigen Beistand die alleinige Schutzherrschaft Dänemarks, also die unbedingte Ostseeherrschaft zu erwerben. Da gelte es denn der Parallele zwischen Dänemark und der Pforte, zwischen dem Sund und den Dardanellen, zwischen der Ostsee und dem schwarzen Meere. Im Jahr 1833 sey Konstantinopel von Ibrahim Pascha bedroht gewesen; Rußland unter allen Mächten allein habe das rettende Wort gesprochen: zum Dank sey von der Pforte der Vertrag von Unkiar Skelassi eingegangen, habe die Pforte sich zu Rußlands Füßen gelegt und den Schlüssel des schwarzen Meeres in die Hand des Czaren überantwortet. Wie, wenn Rußland ähnlichen Dienst um ähnlichen Lohn heute den Dänen biete? Und Rußland wisse, daß der skandinavische Norden sein Geschick erfüllen müsse, es wisse, daß die skandinavische Idee in den Gemüthern der Jugend wurzle, und daß der Jugend die Zukunft gehöre. Die vereinigten skandinavischen Bruderstämme, auch uns Deutschen befreundet und eng verbündet, sobald Dänemark aus seiner unhaltbaren Sonderstellung heraustreten werde — dieser skandinavische Bundesstaat der Zukunft werde das stärkste Bollwerk bilden gegen Rußland. Das Rußland dem entgegenzuwirken strebe, sey sehr glaublich; aber gewiß sey, daß in diesem Betracht der deutsche Besitz von Tondern und Hadersleben ganz und gar unerheblich seyn werde. Der Gedanke einer Demarkationslinie in Nordschleswig sey zuerst von dem abenteuernden Minister des Herzogs von Gottorp, Bassewitz, ausgesprochen; darauf sei die Idee verschollen, bis die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins in ihrem Aufruf vom 30. März d. J. den Dänen angeboten habe, die Bewohner Nordschleswigs frei abstimmen zu lassen, ob sie bei Dänemark oder bei Deutschland sein wollten. Man möge darüber denken wie man wolle: keinenfalls entspringe aus diesem versöhnlichen Anerbieten eine Pflicht für Deutschland, bei dieser Bedingung jetzt, nach begonnenem blutigem Kampfe, noch stehn zu bleiben, noch ein Recht für fremde Mächte, uns solche Bedingung vorzuzeichnen. Wolle Rußland den Krieg, so werden wir ihn haben, ob wir nun auf Nordschleswig verzichten oder nicht. Furcht vor dem Kriege sei noch nie ein Mittel gewesen, ihn abzuwehren. Was einen russischen Krieg anlange, er, der Redner, wünsche ihn nicht, fürchte ihn aber noch viel weniger. (D. Z.)

(Frankfurt, den 12. Juni.) Die gestern von blutigen Ereignissen in Köln verbreiteten Gerüchte entbehren nach näherer Erkundigung wahrscheinlich aller Wahrheit. Dagegen fand in der verflossenen Nacht in Offenbach ein Scandal statt, der leider nicht ohne Blutvergießen blieb. Die Sache wird also erzählt: Mehrere Soldaten des in Büdingen liegenden Kommando's weigerten sich, nach Büdingen zurückzugehen, und wurden verhaftet. Das Volk unter welchem man viele Fremde bemerkt haben wollte, nahm Partei für die Inhaftirten, erstürmte ihr Arrestlokal in der alten Kaserne und führte die befreiten Soldaten im Triumphe durch die Stadt. Das Militär rückte aus, und es sollen bei einem Zusammenstoß mit dem Volke aus dem Militär einzelne Schüsse gefallen seyn, wodurch im Volk einige Verwundungen vorkamen. Die Aufregung wuchs nun, da es sich aber ergab, daß von keinem Offiziere Feuer commandirt wurde, sollen keine weiteren Folgen entstanden sein. Wie man hört, rückte aber in aller Frühe Kavallerie und Artillerie von Langen in Offenbach ein, da heute auf dem bei Offenbach gelegenen Bieberer Berg eine große Arbeiter- und Demokraten-Versammlung stattfindet. Die hiesigen Arbeiter brechen dazu in geschlossener Kolonne nach 2 Uhr auf. —

(N. W. Z.)

(Hamburg, 10. Juni.) Heute Nacht hat hier an dem die Vorstadt St.-Georg von der Stadt trennenden Steinthor ein ziemlich ernster Volkstumult stattgefunden. Volkshaufen widersetzten sich der Erhebung des Sperrgeldes, vertrieben die Wachtmannschaft, die dort die Accise- und Sperrgelderhebung deckt, und zündeten sodann die Accise- und Wachtgebäude an. Die Feuerglocken ertönten, der Generalmarsch wurde geschlagen und die Löschmannschaft und die Bürgergarde erschienen auf dem Platze, löschten das Feuer und stellten die Ruhe her, wobei mehre vom Volke mehr oder weniger schwer verwundet wurden. Das halbe Bataillon Bürgergarde der Vorstadt St.-Georg soll sich zwischen die städtischen Bürgergarden und die das Thor stürmenden Volksmassen der Vorstadt gestellt und das Vorrücken der erstern verhindert haben. (D. R. Z.)

(Bremerhaven, den 11. Juni, 11 Uhr 45 Minuten Morgens, pr. elektr. Telegr.) Es ist diesen Morgen von Bremen Nachricht eingegangen, daß ein Kriegsschiff (in einem Bericht heißt es, unter preussischer Flagge) bei der Baake sei. Hier wurde General-Marsch geschlagen und Alles zur Vertheidigung bereit gesetzt. (Alle Kanonen sind fertig, und die Soldaten auf den Posten, sagt ein früherer Bericht von 10 Uhr 50 Minuten.) (Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 9. Juni.) In der heutigen Versammlung des vaterländischen Vereins dahier wurde nachstehende Adresse an die deutsche constituirende Nationalversammlung angenommen. Dieselbe wird, nachdem sie zur Unterzeichnung offen gelegen, der Nationalversammlung übergeben werden. Der vaterländische Verein dahier hofft und wünscht, es werden alle Vereine unseres Vaterlandes veranlassen, daß sich die Bewohner der Orte, wo sie bestehen, in gleichem Sinn gegen die Nationalversammlung aussprechen. „An die hohe constituirende Versammlung in Frankfurt a. M. Die gewichtige Zeit der Wiedergeburt Deutschlands konnte an den Männern Darmstadts nicht vorübergehen, ohne sie mit der innigsten Begeisterung für das hohe Ziel „deutsche Freiheit und Einheit“ zu erfüllen. Mit Ruhe und Zuversicht erwarten wir von dem Willen, von der Weisheit der constituirenden Nationalversammlung, die Hoffnungen Deutschlands erfüllt zu sehen. Diesem erhabenen heiligen Zwecke wollen wir aber auch mit Freuden alle unsere Kräfte widmen. Vor einigen Wochen schon traten hie und da in theilweise amtlichen Erklärungen einzelne einheitsstörende Bestrebungen hervor, welche von neuem die allgemein erstrebte Kräftigung des gemeinsamen Vaterlandes zu gefährden drohten. Heute verlauten dunkle Gerüchte, als könnte die Majestät der constituirenden Versammlung, die Majestät des Volks in ihr, verletzt werden, es könnte versucht werden, die Freiheit ihrer Berathung, die Heiligkeit ihrer Beschlüsse zu bedrohen. Deßwegen richten wir, die unterzeichneten Bewohner Darmstadts, diese Worte an die Vertreter des deutschen Volkes zu erklären: wir achten und verehren die Beschlüsse, welche zum Heile des großen Vaterlandes von der constituirenden Nationalversammlung werden gefaßt werden; wir erkennen sie im voraus als unbedingt verbindlich an; wir erwarten, daß aus ihren Beschlüssen achtungsgebietende Einheit Deutschlands, Ruhe und Vertrauen im Innern, gesicherte Freiheit, dauernder Wohlstand seiner Völker hervorgehen und erblühen werde; wir sind bereit, einzustehen mit Gut und Blut für die Unverletzlichkeit der Versammlung und für die Vollziehung ihres ausgesprochenen souveränen Willens. Wir sind bereit, jeder Beeinträchtigung, jeder ihr Gefahr drohenden Bewegung von welcher Seite sie auch komme, jedem Gelüsten der Anarchie, jedem Versuche der Reaction mit der Kraft deutscher Männer entgegen zu treten. Wir sind bereit, diese unsere Gesinnung auf die erste Aufforderung der constituirenden Versammlung in Verbindung mit andern gleichgesinnten deutschen Brüdern zu bethätigen. Dem Sitze der Versammlung nahe genug, können, dürfen wir für den Fall des Bedarfs unsere kräftigste Unterstützung zusichern, und eben weil wir unter den nächsten sind, haben wir geglaubt, auch unter den Ersten seyn zu müssen, diese Erklärung in den Schooß der hohen Versammlung niederzulegen, fest vertrauend, daß gleiche Gesinnungen alle Hessen, alle Deutschen beleben.“ (Darmst. Z.)

(Mainz, den 11. Juni.) Ein schönes Beispiel von Muth und Selbstaufopferung trug sich gestern auf unserm Rheine zu. Als nämlich das Boot der Mainz-Düsseldorfer-Gesellschaft Mathilde auf seiner Thalfahrt bei Weisenau vorüberfuhr, stürzte eine Dame über die Barriere in den Strom. Der Kapitän, Herr Dienst, warf sogleich seinen Rock ab, und sprang vom Radkasten ins Wasser, der Verunglückten zu Hülfe, da aber das Boot in voller Kraft zu Thal fuhr, so mußte der Kapitän stromaufwärts schwimmen, um zu der bereits halb Gesunkenen zu gelangen, gerieth dabei aber in die äusserste Lebensgefahr. Durch den Eifer der Matrosen gelang es jedoch, vermittelst der Rettungsmaschine und der Schaluppe beide Personen dem nahen Verderben zu entreißen. Die gerettete Dame, eine Würtembergerin, soll sich wie eine Tochter Albions benommen haben. Sie kleidete sich ruhig um und benahm sich, als sey nichts vorgefallen. — Gestern kamen 200 Mann preussische Artillerie aus Schlesien hier an; sie gehören zur Kriegsreserve. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Prag, 8. Jun.) Man stimmt darin überein, daß der Slavencongreß trotz alles Geräusches, mit welchem ihn die Swornostcohorte zu umgeben sucht, bei der Bevölkerung ohne Sympathie bleibt. Bei all den öffentlichen Festzügen, die man mit fastnachtsartiger Ausschmückung veranstaltet, verhält sich die eigentliche Bevölkerung stumm und zurückhaltend. Der gemeine Mann begreift nicht, was es mit diesen fremden Masken für eine Bedeutung haben soll, und der Gebildete sieht mißtrauisch dem Treiben zu, das ihm eine unheilvolle Zukunft in Aussicht stellt. Zudem finden die fremden Slaven die hegemonischen Prätentionen der Czechen dünkelhaft und verletzend. Die Polen machen bekanntlich den Anspruch, das erste und glorreichste Volk unter den Slaven zu seyn, und da sie überdem achtmal stärker sind, als die Czechen und in der That auch eine viel glänzendere Rolle in der Geschichte gespielt haben, so finden sie es beleidigend für sich, daß die Czechen sich geberdeten, als wollten sie die Polen ins Schlepptau nehmen. Die Saat aller dieser gereizten Empfindlichkeiten wird erst später aufgehen; wir glauben nicht, daß die Czechen unter den slavischen Stammgenossen mit ihrem Kongresse sich sehr genützt haben. — Allmählig finden in den Kreisen Böhmens die Wahlen fürs Frankfurter Parlament mehr Verständniß und Eifer. In Budweis, wo czechische Umtriebe die Wahlen hintertrieben, wird nun mit um so größerem Eifer ein Wahltag vorbereitet. In Töplitz hat man am 5. d. M. gewählt. Die Wahl fiel einstimmig auf Kuranda, der zwar in Hohenelbe als Ersatzmann des Grafen Friedrich Deym ins Parlament eingetreten wär, sich jedoch, wie wir hören, für Töplitz entschieden hat. Die hiesige Studentenverbindung „Teutonia“ zählt bereits 400 Mitglieder, was jedoch erst einem Drittel der Landsmannschaft, die sich unter dem Titel »Slavia« gebildet hat, gleichkommt. In den Reihen der letzten befinden sich sehr viele czechisirende Deutsche! (Fft. O.-P.-Z.)

(Linz, den 6. Juni.) Wenn Deutschland, wenn die Nationalversammlung dem deutschen Oesterreich nicht bald mit voller Thatkraft zu Hülfe kommt, so ereignet sich ein Unglück, wie unser Staat seit dem Verlust des Elsasses kein größeres erlebte: die Slaven wollen sich selbstständig machen; dazu finden sie im Innern Unterstützung von einer thörichten Partei, von Außen, von Rußland. Die reichen deutschen Elemente in den nördlichen, kaum zwei Drittel slavischen Provinzen würden ganz vernichtet. Deutschland, nach drei Seiten

offen gelegen, hätte nur noch in den Alpen eine Vorhut gegen Italien. Der letzten bedürfen wir am wenigsten. Und nicht nur Czechen drohen dem Herzen des Reichs, auch Illyrier wollen sich zwischen uns und das adriatische Meer drängen. Donau, Elbe, Weser, Rhein versperrt, von unsern Meeren abgeschnitten, mit schutzlosen Grenzen, werden wir so dem übrigen Europa ohnmächtig genug sein? Das Ideal der deutschen Volkseinheit vermag dann nicht vor Polens Schicksal zu schützen, bei der factischen Uneinigkeit unserer Regierungen, deren neuestes Beispiel der Krieg mit Dänemark gibt. Einheit, und darum energische Hülfe uns Oesterreichern! Spreche man sie nicht von unserer schwachen Regierung an, die sich in neuester Zeit der deutschen Bewegung gegenüber zweideutig benommen hat, die mit den Slaven liebäugelt: ich fürchte, sie setzt sich zwischen vier Stühlen auf den Boden. Nicht weniger als vier Regierungen sind jetzt in Oesterreich: eine in Wien, gelähmt durch des Kaisers Abwesenheit, die Regierung in Pesth, jene in Agram, an deren Spitze der Verräther Jelachich steht, und endlich die neueste, die provisorische Regierung in Prag. Es ist beinahe komisch, wie die genannten Vier gegeneinander auftreten, sich auf den Kaiser berufend, welcher zu all dem Treiben nur schweigen kann. Leugnen läßt sich nicht, daß die Czechen mit jener Energie handeln, welche der Fanatismus gibt, und daß die Deutschen in Böhmen sich sehr gesinnungslos zeigen, ja, daß gerade ihre Renegaten an der Spitze der panslavischen Bewegung stehen. So theilt sich Oesterreich in zwei große Lager: Deutsche mit Magyaren — Slaven, die Uebermacht. Nur mit dem Wegfall Galiziens wäre diese Uebermacht gebrochen; darum ist es allerdings ein hohes Interesse für Deutschland, keineswegs schwärmerischer Eifer, Polen hergestellt zu wissen. Mähren ist größtentheils gut deutsch gesinnt; wenn es sich bewährt, so ist die slavische Nationalität in Böhmen bedeutungslos, weil abgeschnitten von ihrem Rückhalt. Daß es dazu komme, bedarf es einer entschieden deutschen Regierung. Die Nationalversammlung ist unsere Hoffnung; doch sorge sie baldigst für eine kräftig vollstreckende Behörde, sonst werden ihre Beschlüsse todt geboren. Einheit vor Allem; nur sie führt zur Freiheit. — Nachschrift. Wie ich so eben aus dem Munde eines der Schriftsteller erfahre, welche die mit 60,000 Unterschriften bedeckte Adresse der Wiener nach Innsbruck brachten, ist ihnen keine entschiedene Antwort über die Rückkehr des Kaisers gegeben worden. Se. Majestät will zuerst die Provinzen bereisen; in einer Woche erwartet man ihn hier. Heute ging eine neue Deputation der Wiener Nationalgarde hier durch nach Innsbruck; alle Städte, welche sie berührt, werden sich ihr durch Vertreter anschließen. — Die Grafen Montecucoli und Bräuner waren vor einigen Tagen hier, haben sich aber in Folge der ihnen gebrachten Katzenmusik wieder entfernt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Triest, den 9. Juni.) Der Contreadmiral Albini scheint es darauf angelegt zu haben, uns jede Nacht ein bischen aus dem Schlafe zu rütteln, obgleich ihm der Spaß doch theuer zu stehen kommt. Um 1½ Uhr Nachts ertönte wieder vom Hafen das Alarmzeichen, und sofort war die Bürgerwehr, die Territorialmiliz wie das Militär auf ihren Posten. Um 2 Uhr fuhren zwei feindliche Dampfer sehr nahe an die Batterien, von welchen sogleich auf dieselben gefeuert wurde. Die Kugeln trafen gut, eines der Dampfboote verlor den Mastbaum und mehrere der Mannschaft sollen getödtet worden sein. Nach etwa 17 Schüssen trat wieder Stille ein, die weiter nicht unterbrochen wurde. Wir machen uns darauf gefaßt, heute wieder gestört zu werden; aber am Ende werden wir uns wie an so vieles andere auch hieran gewöhnen. Die gestern aufgebrachten Schiffe wurden wieder freigegeben. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 9. Juni.) Man las heute und gestern überall Placate, welches unserer Nationalversammlung erklärt, daß sie dem Volke bereits 24,000 Rthlr. koste, wiewohl ihre bisher geleistete Arbeit mit 100 Rthlrn. sehr anständig honorirt seyn würde. In einer Versammlung wurde in dieser Beziehung der Wunsch ausgesprochen, die Nationalversammlung möge hinfort nicht mehr auf Tagelohn, sondern auf Accord arbeiten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Köln, den 9. Juni.) Einen Vorfall, der an sich wenig Beachtung verdient, aber viel besprochen wird, muß ich Ihnen in reiner Wahrheit mittheilen, da er leicht von anderen Correspondenten zu übertriebenen beunruhigenden Berichten über unsere Stadt benutzt werden könnte. In Köln hat man Barrikaden gebaut. Vorgestern Nachmittag sammelte sich hier auf der Burgmauer, gegenüber dem Regierungsgebäude, gleich hinter der Hauptwache ein Haufen Jungen, welche dort von vorfindlichen Pflastersteinen eine ziemlich starke Barrikade errichteten. Die Vorübergehenden lachten anfangs darüber, später wurde die Menge der Buben, denen sich auch größere Personen beigesellten, so groß, daß das Militär es nicht wagte, durch Vertreibung derselben Unglück zu verursachen, obgleich dasselbe mehrfach beleidigt wurde. Die Bürgerwehr, welche in starken Zügen hinmarschirte, verjagte zwar die Buben von der einen Seite, während sie sich an der anderen Seite wieder sammelten. Gegen Abend konnte man die Strasse nicht mehr passiren. Spät am Abend und gestern Morgen wurde nicht weit von der ersten eine zweite Barrikade aufgeworfen. Man kann sich denken, wie viele Neugierige die Kunde davon nach jener Straße zog; denn man hört und liest so viel von Barrikaden, hatte aber, gottlob, in Köln noch keine gesehen; kein Wunder also, daß viele Menschen hinwanderten, wodurch diese Kinderei eine größere Wichtigkeit erlangte, als sie verdiente. Gestern Nachmittag 2 Uhr beorderte die städtische Behörde eine Partie Arbeiter dahin, welche auch ohne Störung diese Bauten wegräumten, so daß am Abend die Straße wieder zu passiren war. (Auf diese Kinderei reduziren sich wohl die grundlosen Gerüchte, welche gestern in Frankfurt umliefen, und dahin lauteten, in Köln hätte ein furchtbares Blutbad stattgefunden!) (Elberf. Z.)

Sachsen. (Eisenach, den 10. Juni.) Gestern wurden folgende Punkte als Gegenstände der Berathung von den versammelten Studenten angenommen: Die deutschen Universitäten sind Nationalanstalten mit alleiniger Abhängigkeit vom deutschen Reichstag und eigner Verwaltung. Das gesammte Vermögen der einzelnen Universitäten wird vom deutschen Gesammtstaat eingezogen, und dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. Es wird eine Centralbehörde aus Vertretern der einzelnen Universitäten errichtet, die allein dem Reichstage verantwortlich ist. Die von der Centralbehörde angewiesenen Gelder werden durch selbstgewählte Beamte verwaltet, die der Centralbehörde und dem deutschen Reichstage verantwortlich sind. Die Wahl der akademischen Behörden und der Mitglieder der Centralbehörde geschieht auf Zeit, die der letztern mit Betheiligung der Studirenden an der Wahl. Aufhebung aller Ausnahmsgesetze seit 1819; Lehr- und Hörfreiheit; Aufhebung des Collegien- und Universitätszwang; Aufhebung der einzelnen Fakultäten und mindestens der theologischen, unentgeltlicher Unterricht; Abschaffung der Ertheilung akademischer Grade und Würden für Geld, und Bestimmung, daß die Erlangung eines Staatsamts nicht von der vorhe gegangenen Erlangung akademischer Würden abhängig sei; Wegfall der Inscriptions- und Ermatriculationsgebühren; Aufhebung, beziehentlich Reform der Universitätsgerichte; Betheiligung der Studirenden bei Besetzung der Lehrerstellen; sofortige Entfernung der Regierungsbevollmächtigten; Gewährung aller politischen Rechte an die Studirenden, soweit sie denselben nach den allgemeinen Gesetzen zustehen; Gründung einer allgemeinen deutschen Studentenschaft; Wiederholung der allgemeinen Studentenversammlungen; Gründung einer allgemeinen Studentenzeitung. (Diese Wünsche sollen theils in Form einer Petition, theils in Form einer Adresse dem Reichstage zu Frankfurt vorgelegt werden, theils Inhalt von Aufrufen an die sämmtlichen deutschen Universitäten sein.) Nach 10 Uhr Abends erst trennte sich die Versammlung, um heute Morgen um 10 Uhr die Redaktionskommission das endlich formulirte Programm verlesen zu hören. Bis jetzt sind gegen 120 Studenten bei dem Anmeldeausschuß eingeschrieben, heute Nachmittag werden Hunderte von Ankömmlingen aus Jena, Halle, Berlin und Leipzig erwartet. Aus Wien sind 26 Studenten erschienen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, den 7. Juni.) Wir vernehmen, daß unsere schleswig-holsteinischen Truppen durch Deputationen den Obergeneral dringend ersucht haben, gegen den Feind geführt zu werden; sie sollen dabei erklärt haben, daß sie sich beschämt und gedrückt fühlen, an keinem der bedeutenden Gefechte Theil genommen zu haben, und daß sie, nach solcher geringen Theilnahme an dem heiligen Kampfe für die Freiheit, die Ehre und das Recht des geliebten Vaterlandes, sich schämen müßten, nach einem von ihren deutschen Brüdern erfochtenen ehrenvollen Frieden wieder in ihre Heimath und zu den Ihrigen zurückzukehren.

Der Obergeneral soll ihnen bemerkbar gemacht haben, daß er die schleswig-holsteinischen Truppen deshalb nicht selbstständig verwenden könne, weil sie gar zu schwach mit Offizieren besetzt wären, und daher leicht in Unordnung gerathen könnten; auch erfordere der Umstand, daß sie mit dem Feinde gleich gekleidet wären, hie und da Berücksichtigung, und ließe zuweilen ihre Verwendung nicht zu. Sehr wacker und mannhaft soll die Gegenrede gewesen sein: Wenn die Regierung es versäumt habe, für die gehörige Anzahl tüchtiger Offiziere zu sorgen, so wollten sie sich deshalb doch nicht im Genuß der Kampfesehre verkürzt und beeinträchtigt sehen. Der General möge sie da hinführen, wo es am heißesten hergehe, auch die wenigen würden zeigen, daß sie die Gerechtigkeit der schlesw.-holstein. Sache im vollsten Umfange erkennten und nicht weniger von Muth und edler Kampfeslust beseelt wären, als die deutschen Kameraden, von denen eine Großthat nach der andern ihnen ins Ohr schalle. Die Soldaten hätten immer gezeigt, daß sie, gut geführt, tapfer föchten und besonders jetzt würden sie mit treuester Hingebung und Begeisterung fechten, da sie sähen, wie ihre Väter und Verwandten mit Freudigkeit die größten Opfer brächten für den Kampf um ihre heiligsten Güter. (S.-H. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 10. Juni.) Auch gestern Abend großes Volksgedränge an den Porten St. Denis und St. Martin. Nicht die geringste Störung! Von der vorgestrigen imposanten Truppenmacht war keine Spur zu sehen. Die Polizei scheint das entgegengesetzte System eingeschlagen zu haben und sie thut wohl daran, denn die Arbeiter verhielten sich ruhig, halb Paris bewegte sich unter ihnen und stimmte nicht selten in den Ruf: Es lebe die Republik! Es lebe Barbes! Es lebe Louis Blanc! Es lebe Blanqui! Ein einziger Mensch, offenbar ein Narr oder elendes Werkzeug der Reaktion, schrie einige Male: Es lebe der Prinz Joinville! Es lebe Heinrich V.! Er fand indessen wenigen Beifall.

Der National erklärt mit süßsaurer Miene, daß er sich in sein Wahl-Schicksal, das ihn so grausam behandelt, wie ein ächter Christ ergebe. Aber die Partei seines Patrons Marrast ist wüthend und brütet im Stillen über einem neuen 9. Thermidor oder 3. Juni. In demselben Conferenzsaale, in welchem einst die Pritchardisten unter Guizot berietben, fand gestern Abend eine Verschwörung statt, um die Vollziehungsgewalt und das Ministerium zu sprengen. Der erste Sturm stützte sich auf Louis Blanc, der mit 32 Stimmen abgewehrt wurde; der zweite wird bei den Kreditgeldern und der Eisenbahnfrage gewagt werden. Glück zu!

Das Duell zwischen dem Obergeneral der Pariser Bürgerwehr Clemens Thomas und dem Rittmeister Napoleon Bertrand, aus Anlaß des Antrags des Ersteren auf Unterdrückung der Ehrenlegion, ist beigelegt. Die Blätter bringen heute eine lange Abkunft, die zwischen den Zeugen getroffen worden.

Ein rother Anschlag an den Mauern von Paris fordert seit einigen Tagen die hiesigen Deutschen auf, sich bei der „deutschen demokratischen Gesellschaft, gebildet für die Befreiung aller Völker, rue montmartre Nr. 47.“ zu melden, um mit ihr nach Italien zu marschiren! „.... Was findet Ihr (heißt es in dem diesfälligen Aufruf) in den fabrikreichen Städten? Elend und Dürftigkeit. Wir bieten Euch Ruhm in den Gefilden Italiens“ u. s. w. Hirngespinnste! Die Vollziehungsgewalt wird dafür sorgen, daß die arbeitslos gewordenen Deutschen in die Heimath zurückkehren, wo sie den Patrioten bessere Dienste leisten können, als in dem gegen deutsche Tyranei kämpfenden Italien, das allein mit ihr fertig werden dürfte.

(Nationalversammlung. Sitzung vom 10. Juni.) Auf dem Brückengeländer und den Quai-Einfassungen nahmen heute zu guter Stunde eine Menge Arbeiter, Militärs und bekrückter Invaliden Platz, nicht um die Nationalversammlung zu stürmen, sondern um den Prinzen Napoleon Louis Bonaparte bei seiner Ankunft vor dem Sitzungssaale zu begrüßen. Obgleich diese Demonstration ganz friedlich, so hatte doch die Quästur die Truppenwache vor der Haupttreppe verstärken lassen. Um 2 Uhr war die Sitzung noch nicht eröffnet und der Saal ziemlich leer, weil die Mehrzahl der Glieder noch in den Abtheilungen zurückgehalten wurden. Bald nach 2 Uhr trat Thiers in den Saal. Seine alten Freunde: Vieillard, Remusat, Taschereau, Duvergier de Hauranne etc. empfingen ihn mit großer Zuvorkommenheit. Um 2½ Uhr begann die eigentliche Sitzung mit einer ziemlich lebhaften und beissenden Debatte über die Zügellosigkeit der Preßfreiheit. Ein Glied, dessen Namen uns entfallen, verlangte fast in demselben

Augenblick, wo der Vater der Septembergesetze in den Saal trat, ein Repressivgesetz gegen die Tagespresse. Ist das nicht merkwürdig? Mehrere Blätter, begann das Glied, veröffentlichen eine Liste aller reichen Leute; das heiße das Volk offenbar zur Plünderung auffordern. Er trage daher auf strenge Ahndung solcher Frechheiten bei der Vollziehungsgewalt an. Die Minister Duclerc und Bethmont versprachen, den Verfassern jener Artikel nachzuforschen und sie vor die Gerichte zu ziehen. Uebrigens sei bereits ein Gesetz gegen beleidigende Maueranschläge erschienen. Flocon bemerkte, daß wenn man Repressivmaßregeln verordne, man sie auch auf die reaktionäre Presse ausdehne, die besonders ihn und seine gleichgesinnten Freunde täglich beleidige. Nach diesem Incidenzpunkte setzte die Versammlung ihre Tagesordnung fort. Peupin legte inzwischen Gesetzentwürfe rücksichtlich der Primarschullehrer, sowie zweitens einer Pariser Steuertaxations-Kommissionsbildung, ebenso der Finanzminister einige Kreditverlangen zur Umprägung der Scheidemünze nieder. Die Versammlungen boten bis Postschluß sonst nichts Wichtiges. (4 Uhr.)

Italien.

(Rom, den 3. Juni.) Heute 12 Uhr sind die Kammern eröffnet worden; Cardinal Altieri hielt im Namen des Papstes die Thronrede, die sich in allgemeinen Formeln bewegte und die Kammern aufforderte, Finanzen und Gesetzgebung zu berathen. (A. A. Z.)

Aus Neapel Berichte vom 1. Juni. In der Stadt war es ruhig, jedoch erwartete man mit Sicherheit einen baldigen Umschwung der Dinge. Das Gerücht lief, die Minister wollten abdanken, wenn nicht die Schweizer entfernt, die früheren Deputirten wieder einberufen würden u. s. w. Am 8. Juni ist in Mailand verkündet worden, daß in den Registern der vom Feind freien Lombardei 561,002 Stimmen sich für unmittelbaren Anschluß an Sardinien, 681 dagegen ausgesprochen haben. Die lombardische Regierung erklärt zugleich, daß die große constituirende Versammlung der verschmolzenen Länder unter allgemeinem Stimmrecht gewählt werden soll, und daß über die Regierung der Lombardei von jetzt bis zum Zusammentritt der Constituante Berathungen im Werk seien. Wichtiges Neues vom Kriegsschauplatz enthalten die Mailänder Blätter vom 9. und 10 nicht. Oesterreichische Truppen waren von Mantua gegen Legnago zu abgezogen; in Montagnana verlangte am 6. Juni Morgens ein österreichisches Fähnlein Quartier für etwa 5000 Mann; von Padua rückte am 6. Juni die erste römische Legion nach Vicenza. Das piemontesische Hauptquartier war in der letzten Zeit in Peschiera. Von Bassano zogen (wann?) Oesterreicher gegen Marostica. (A. A. Z.)

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Durer Hause in Nürnberg.

Nro. 85 und 86. 2 weibliche Portraite, Oelgemälde von Preßlein in Fürth.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

P r o g r a m m

des

Constitutionellen Vereins in Nürnberg.

Der „Constitutionelle Verein" hat das

P r i n c i p

der vollsten politischen Freiheit innerhalb der gesetzlichen Ordnung unter dem Hauptgrundsatze der constitutionell-monarchischen Staatsverfassung.

Z w e c k

des Vereins ist das Zusammenstehen aufrichtiger Anhänger dieses Princips, um sich in allgemein politischer Bildung gegenseitig zu fördern, und insbesondere ein richtiges Verständniß derjenigen Grundsätze zu gewinnen, welche das constitutionell-monarchische System bilden, damit hiedurch jedes Mitglied des Vereins eine klare Einsicht und Erkenntniß dessen erreiche, was diesem System angemessen und förderlich oder entgegenwirkend und nachtheilig sey, und je nach Maßgabe der besondern Berufs- und Lebensstellung zur Aufrechthaltung und Befestigung desselben kräftig mitzuwirken vermöge, — dann, um durch moralischen Einfluß auf die öffentliche Meinung jenen Grundsätzen die möglichste Geltung zu verschaffen, und somit im Ganzen ein wahrhaft constitutionell-politisches Leben neben treuer Bewahrung des monarchischen Princips immer mehr hervorzurufen.

Dieser Zweck soll erreicht werden, indem zunächst

1. durch regelmäßige Zusammenkünfte der Vereinsmitglieder theils in zwangloser Besprechung, theils durch Abhaltung freier Vorträge und Vorlesen gediegener Schriften und Zeitungs-Artikel, — dann
2. im Wege der freien Presse die Fragen erörtert werden, wie die Tags-Ereignisse oder einzelne, im In- oder Auslande bestehende Staats-Einrichtungen oder neu auftauchende politische oder sociale Ideen und Vorschläge im Sinne des gesetzlichen Fortschrittes, der für das Wohl aller Staatsangehörigen unentbehrlichen Ordnung, und insbesondere im Interesse des constitutionell-monarchischen Systems aufzufassen und zu beurtheilen seyen. —

Aufnahmsfähig in den Verein ist jeder volljährige deutsche Staatsangehörige, welcher einen unbescholtenen Ruf hat. Durch die Einzeichnung zur Mitgliedschaft verpflichtet man sich zur Anerkennung und Festhaltung des Princips und der Zwecke des Vereins; jedoch ist Jedem gestattet, sich vorher zu drei Versammlungen durch ein Mitglied einführen zu lassen. —

Die Leitung der Angelegenheiten des Vereins übernimmt ein aus dessen Mitte zu erwählender Ausschuß, dessen Zahl der Größe der Gesellschaft entspricht.

Je ein Mitglied dieses Ausschusses hat den Vorsitz bei den Zusammenkünften.

Die Theilnehmer des Vereins machen sich verbindlich, einen zur Deckung der entstehenden Kosten erforderlichen monatlichen Geldbeitrag zu entrichten.

Der Austritt aus dem Vereine muß dem Ausschusse angezeigt werden.

Nürnberg, im Monat Juni 1848.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16. Juni 1848. № 168 Freitag: Justina.

Pfingsten 1848.

Die neue Welt.

Hat unser deutsches Vaterland, hat Europa seit 1800 Jahren so ein Pfingstfest gefeiert, als das heurige? Hat der Geist des Allmächtigen und Gerechten je zuvor mit so leuchtender Fackel hineingeleuchtet in die geheimen Werkstätten der Lüge und des Betrugs, — je mit so raschem Schlage an allen Enden die arglistigen Gewebe unehrlicher Herrschaft zerrissen, — die Völker bis in die untersten Schichten hinein je so zaubrisch schnell aus ihrer dumpfen Apathie und Engherzigkeit geweckt, mit dem Bewußtsein ihrer Menschenrechte und ihrer Nationalität erfüllt?! Zwar — ihrer Viele schlafen noch, — die langjährige Demüthigung, welche ihr Unterthanen-Verstand erleiden gemußt, hat sie eingeschläfert. Manche Andere kommen nicht aus den Kindeswindeln ihrer Zaghaftigkeit und gespenstigen Furcht vor den Wehen der Neugeburten in Kirche und Staat! Andere zittern vor dem Ausfalle am Mammon! Die klugen Leuten endlich, die Staatsweisen, reden das Mährlein von den polnischen Emissären oder — im glücklichsten Falle — von den Advokaten-Anstiftungen sich selbst und wer's sonst hören will, so nachhaltig eindringlich vor, daß sie sich selbst überreden, es sei nur eine ephemere Zuckung in der Atmosphäre, das flüchtige Wetterleuchten von Pöbel-Dünsten! Ihr klugen Leute, werdet ihr vielleicht am Pfingstfest einmal hinüberschauen nach Jerusalem an den Anfang aller echten Revolution? Ahnt ihr nicht, was (Ap. Gesch. 2) den eilf Fischern den Busen hebt? Versteht ihr nicht diese Pfingstbotschaft, diese kühn-begeisterte Rede von eilf »Emissären« zur Befreiung der Welt von pharisäischem Trug und eitlen Menschensatzungen?! „Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit!« Und ob auch »die Andern« spotten und von »Trunkenheit« reden —: die neue Welt der Menschen-Freiheit hat begonnen und im unaufhaltsamen Fluge drang die Botschaft dieser »Lotterbuben« von Land zu Land! »Ist's Werk aus Gott, so könnt ihr es nicht dämpfen!« raunt Gamaliel den pharisäischen Zwingherrn ins Ohr. — — „Nicht dämpfen!“ klang es nach, wie ein Echo von den Bergen Gottes, als derselbe Geist der Freiheit im Wittenberger Mönchlein Luther seinen neuen Emissär fand. — — „Nicht dämpfen,“ hallte es wieder, als derselbe Geist 1813 unser ganzes Volk mit Vaterlands-Sinn durchglühte. — — „Nicht dämpfen!« dringt heute von Gau zu Gau und die 20,000 Berliner Pilger am letzten Sonntag zum Friedhofe der März-Helden — waren friedlichstumme, aber desto zuversichtlichere Träger desselben Geistes! — Ihr könnt's nicht dämpfen! Die neue Welt ist eine Schöpfung aus der Höhe und durchpulst schon die tiefsten Lebens-Adern des besten Volkes auf Erden! Gebet nach, die ihr euch steifet! Wachet auf, die ihr schlafet! Seid getrost, die ihr zaget! —

Deutschland.

Bayern. (München, 12. Juni.) Das Zaudern der Nationalversammlung zu Frankfurt, gegen das tschechische Treiben in Böhmen einen raschen und durchgreifenden Beschluß zu fassen, wie Höflen und mehrere andere Redner aus Böhmen selbst und Oesterreich es beantragt hatten, wird aller Wahrscheinlichkeit nach schlimme Früchte tragen. Privatbriefe, die gestern und heute aus Prag hier angetroffen sind, äußern einstimmig die Besorgniß, daß es dort bald zu einem ernstlichen Zusammenstoß kommen wird; zugleich sprechen sie aber auch einstimmig die tiefste und gerechteste Entrüstung aus gegen den böhmischen Adel, der in heilloser Verbindung und unseligem Verkennen seines eigenen Intresse, seine deutsche Abkunft, seinen deutschen Namen vergessend, mit den Feinden der deutschen Sache sich verbindet und auf jede Weise dieser entgegenwirkt. Der böhmische Adel scheint bei seinem schmachvollen Verhalten von der Berechnung geleitet zu werden, daß es ihm mit Hülfe der unwissenden fanatisirten Masse der Tschechen gelingen werde, seine alten Vorrechte und Privilegien, soweit sie nicht schon von der Fluth der Ereignisse hinweggeschwemmt worden sind, zu behaupten, vielleicht selbst die verlorenen wieder zu gewinnen. Von Frankfurt ist allerdings in dieser Beziehung nichts für ihn zu hoffen, und von Wien eben so wenig; daher regt man nach beiden Richtungen hin gegen die deutsche Sache auf, und scheut sich nicht, in diesen reaktionären Gelüsten selbst die Einheit und den Frieden des großen Gesammtvaterlandes dem bloßen Eigennutze zu opfern. So ist jetzt der Stand der Dinge dort. Die ganze deutsche Presse mache es sich zur Pflicht, den Mahn- und Warnruf ertönen zu lassen, auf daß man ihn zu Frankfurt höre, und die Nationalversammlung ein entscheidendes Wort spreche, zu zeigen, daß sie von keiner Seite an der Integrität Deutschlands rütteln zu lassen entschlossen ist. Auf ein solches Wort wird der Bundestag, da er nun einmal doch noch bis jetzt die einzige vollziehende Centralgewalt ist, gewiß nicht säumen zu handeln. Es würde uns für den Bundestag freuen, wenn er mit einem solchen nationalen Akte die Laufbahn seines Wirkens beschlösse, ehe noch die neuzubildende provisorische Centralgewalt an seine Stelle tritt; es würde ihm gewiß nicht schaden, wenn er neben so vielen und traurigen Erinnerungen seines Daseins auch eine erfreuliche nach seinem Verschwinden der deutschen Nation hinterließe. Auch die „N. Oesterr. Zeitg.“ mahnt Deutschland nun zu unverweiltem, kräftigem Einschreiten. In Prag selbst, welches bis jetzt der Hauptsitz der tschechischen und überhaupt slavischen Umtriebe ist, würden deutsche Bevölkerungen mit offenen Armen aufgenommen werden. (A. A. Z.)

(Bamberg, den 14. Juni.) Der Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Frhr. v. Seefried dahier wurde zum Kreis- und Stadtgerichts-Rath dahier, und der Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Krohne dahier zum Kreis- und Stadtgerichts-Rath in Fürth befördert. (B. T.)

Baden. (Heidelberg, 9. Juni.) Vor einigen Tagen ist eine Erklärung des evang. Ober-Kirchenraths in Bezug auf die an verschiedenen Orten gehaltenen kirchlichen Zusammenkünfte und deren Anträge erfolgt, nach welcher zunächst »die Entscheidung über die Stellung des Staates zu den verschiedenen Kirchengesellschaften« abgewartet, dann Diöcesansynoden und am Ende eine Generalsynode gehalten werden soll, deren Berufung die Behörde beantragen will, sobald der Staat seine Stellung zur Kirche entschieden hat. Uns scheint, daß diese entschieden ist, seit das Gesetz voller Religionsfreiheit gegeben worden, und daß jedenfalls, wenn weitere Bestimmungen über diese Stellung erfolgen sollen, die Kirche mitzureden und nicht abzuwarten hat, bis sie fertig sind. Daß aber zuerst die Diöcesansynoden berufen werden sollen, ist ungesetzlich. Eine ausserordentliche Berufung dieser Versammlungen kennt die Unionsurkunde nicht, sie treten nach ihrer Bestimmung »alle 3 Jahre zusammen«. Dieses Jahr soll dagegen eine Generalsynode gehalten werden, und dies ist dringendes Bedürfniß. Es wäre seltsam, wenn man mit der Kirchenverfassungsfrage in Baden warten sollte, bis das deutsche Reich fertig ist, während man in Preussen, Sachsen, Darmstadt, Nassau, Rheinbayern sich schon mitten in der Arbeit befindet, und die Behörden dazu unverweilt die Hand geboten haben. (D. Z.)

(Mannheim, den 11. Juni. Heute hat sich eine Anzahl hiesiger Bürger aus dem gewerblichen Mittelstande nach der Schweiz aufgemacht, um Friedrich Hecker einen Besuch abzustatten. Sie bilden indessen nur einen kleinen Bruchtheil der hiesigen Bürgerschaft, und vermochten bisher blos im Anschlusse an die unteren Volksklassen etwas auszurichten. Nach der äußeren Physiognomie unserer Stadt sollte man meinen, es herrsche hier eine allgemeine Begeisterung für Hecker. Eine der ergötzlichsten Erfindungen bildet die Kombination der weiland Kaspar Hauser'schen Geschichte mit der Abstammung des vergötterten Lieblings. Nach einem sehr im Schwunge gewesenen Gerede, wäre Hecker ein legitimer Nachkomme unseres verstorbenen Großherzogs Karl und eine der Prinzessinnen das für ihn untergeschobene Kind. Es wurde sogar hinzugefügt, Herr v. Itzstein habe die deßfallsigen untrüglichen Beweise in Händen. (Fr. O.-P.-Z.)

(Donaueschingen, den 10. Juni.) Gestern sind unsere politischen Gefangenen vollends alle auf freien Fuß gesetzt worden. Die Untersuchungen sind jedoch noch nicht geschlossen. Das bayerische Hauptquartier ist gegenwärtig hier; die Truppen aller Waffengattungen sind beinahe in allen Ortschaften der Umgegend vertheilt, sie beobachten fortwährend ein musterhaftes, ruhiges, freundliches Betragen, ohne des nöthigen Ernstes zu entbehren. Die ungewöhnliche Sorgfalt, die sie seit gestern Abend entfalten: Verstärkung der Wache, Patrouillen rc. hängt mit der Sage zusammen, daß über Pfingsten eine neue Schilderhebung erfolgen soll. Wir sind übrigens deshalb ruhig; jedenfalls ist die Besatzung stark genug, um jeden Handstreich zu vereiteln und die Zudringlinge im Schache zu halten. Gestern wurden zwei Stücke Geschütz gegen Neustadt vorgeschoben. (Schw. M.)

Hessen. (Darmstadt, 12. Juni.) Bei Gelegenheit der Entbindung des Grafen von Görlitz von seiner Funktion als großherzoglicher Ceremonienmeister war in öffentlichen Blättern davon die Rede, daß die Untersuchungssache über den Tod der Gräfin Görlitz eingeschlafen sey. Dem ist aber nicht so. Wie man hört, wird der Dr. v. Siebold nächstens eine Schrift veröffentlichen, worin er zu beweisen sucht, daß die Gräfin in Folge krankhafter Disposition an unfreiwilliger Selbstverbrennung gestorben sey. Obwohl dieser Beweis, wie sich von diesem anerkannt tüchtigen Arzte erwarten läßt, mit dem größten Scharfsinn zu führen versucht werden wird, so verdient doch vielleicht die entgegengesetzte Ansicht über den unfreiwilligen Tod der Gräfin Görlitz Beachtung. (F. fr. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 12. Juni.) Wie man sonst am ersten Pfingsttag Vergnügungs-Ausflüge machte, so wurden gestern hier fast allgemein politische Ausflüge zu Volksversammlungen gemacht, deren viele in unserer Umgebung waren. Die besuchteste war die in und um Hochheim, wo wohl 15,000 Menschen aus Nassau und den beiden Hessen so wie aus Frankfurt zusammengeströmt seyn mögen, darunter auch viele Frauen, die jetzt bei uns leider Gottes auch anfangen, sich auf die Politik zu werfen. Die Versammlung zu Hochheim, der auch ich beiwohnte, war darum die interessanteste von allen, weil einige Parlamentsmitglieder der äußersten Linken bei derselben erschienen und gleichsam Rechenschaft ablegten über die Wirksamkeit des Parlaments. Sie können sich denken, daß dieser compte rendu nicht der schmeichelhafteste war, doch aber auch nicht der Art, daß die Herren der äußersten Linken an allem Erfolg verzweifelten. Außer diesem Rechenschaftsbericht forderten die Redner die Versammlung auf, über die Volkssouveränetet zu wachen und durch einen Schwur zu bethätigen, daß jeder der Anwesenden mit Gut und Blut die Aufrechthaltung der Souveränetät des Volks wahren wolle. Es war rührend zu sehen, wie die Masse die Hände in die Höhe hob und die Volkssouveränetät heiligte. Auch Adressen wurden von der Versammlung votirt, unter andern eine an das Parlament, wo dasselbe aufgefordert wird, jeden Gedanken von Feindseligkeit gegen Frankreich fern zu halten, ein Bruder- und Friedensbündniß mit Frankreich zu schließen, dagegen jeden Bund mit Rußland als einen Verrath am Vaterlande zu betrachten. Excentrischer als die Parlamentsmitglieder sprachen einige junge, glühende Republikaner gegen den Bundestag, gegen die Beibehaltung der 38 Fürsten, gegen das Zweikammersystem, gegen die Truppenkoncentrationen

am Rhein, so wie gegen das Beamtenheer und die Civillisten, doch kam nichts Neues über diese Fragen zu Tage. Im Ganzen hielt sich die Versammlung auf der Linie der Mäßigkeit und Gesetzlichkeit, und nirgends wurde eine Gewaltmaßregel gepredigt. (D. Z.)

(Mainz, 12. Juni.) Gestern, am Pfingstsonntag, wurde zu Hochheim eine Voksversammlung von Nassauern und Hessen gehalten, die von sehr vielen Personen, besonders von vielen Mainzern, besucht war. Die wichtigsten Beschlüsse dieser Versammlung sind folgende: 1) Die Nationalversammlung aufzufordern, die von Frankreich gebotene Bruderhand freundlich anzunehmen, und dieses durch ein Schutz- und Trutzbündniß zu bethätigen. 2) Gegen jeden mit dem Bruderstaat Frankreich zu führenden Krieg, der nur durch Fürsteninteresse entstehen könnte, zu protestiren. 3) Ein jedes mit Rußland geschlossene Bündniß für einen Verrath an deutscher Freiheit und deutscher Nation, so wie jede Regierung, die solches thue, als eine landesverrätherische zu erklären. 4) Gemeinsame Eingaben an die nassauischen und hessischen Regierungen zu fertigen, worin gesagt wird, daß die vor 3 Monaten vollendete Revolution bis jetzt nur Redensarten, aber noch nicht eine praktische Folge gehabt habe, welchem letzteren man nunmehr, besonders durch andere volksthümliche Besetzung der Regierungszweige unbedingt entgegensehe. 5) Eine gleiche Eingabe an beide Regierungen, worin verlangt wird, daß alle Einberufungen der Konskribirten aufhören, bis die Nationalversammlung ein allgemein deutsches Volksbewaffnungsgesetz eingeführt habe. 6) Alle Anwesenden verbinden sich mit Gut und Blut für die Erlangung vorstehender Beschlüsse. Zitz ersuchte die Versammlung, die Debatten über seine Anträge zu beginnen. Bamberger aus Mainz sprach nun zuerst seine Ansicht dahin aus, daß man mit der Nationalversammlung, wie sie jetzt zusammengesetzt sey, nicht voran und zu keinem Ziele komme. Ludolph aus Marburg stimmte ihm bei und meinte, man könne die jetzigen Deputirten der Mehrzahl nach durchaus nicht als aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangene Männer betrachten; das Volk müsse deßhalb jetzt am meisten auf sich selbst vertrauen und durch Wort und That seinen Willen geltend machen. Zimmermann aus Stuttgart, Deputirter der Nationalversammlung, ein trefflicher Redner, mahnte von jedem unüberlegten Beginnen ab, man solle sich die nicht abzuleugnende Klugheit der Gegner zum Muster nehmen und zum Handeln den rechten Augenblick abwarten. Julius Fröbel aus Rudolstadt stellte darauf den Antrag: man solle verlangen, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht einem von dieser, auf die schon bekannte Weise zu wählenden Executivausschusse, der nur eine Miniaturausgabe des Bundestages werden könne, sondern dem Volke selbst zur Sanktion unterbreitet würden. Nach einem Intermezzo durch G. Metternich aus Mainz (daß der König von Neapel nebst seinem Sohne geköpft sey) stellte Laudomus aus Mainz den Antrag, bei der Nationalversammlung auf die schleunigste Aufhebung des Bundestags, den man als den Hemmschuh eines jeden Fortschrittes zu betrachten habe, zu dringen. Zitz bestieg nun wieder die Rednerbühne und sprach gegen den Antrag Fröbels, machte auf die Gefahren, die jetzt noch mit einer unmittelbaren Wahl des Executivausschusses durch das Volk, das in vielen deutschen Ländern noch bei weitem nicht die gebührende politische Reife erlangt habe, und vielleicht irgendwo gar den König oder den Prinzen von Preussen als Exekutor wählen würde, verbunden seyen, aufmerksam und stellte den Antrag, von der Nationalversammlung zu verlangen, daß sie den Exekutiv-Ausschuß nicht, wie sie vorhabe, durch Oesterreich, Preussen und Bayern wählen lasse, sondern selbst aus ihrer Mitte wähle. Das Bedenken, daß ein solcher Ausschuß nicht die Mittel zur Executive habe, sey null und nichtig, denn er dürfe nur an das Volk appelliren, welches seinen Beschlüssen schon hinreichende Kraft zu geben wissen werde. Fröbel zog nun seinen Antrag, obschon dieser nochmals kräftig von Bamberger unterstützt wurde, zurück; alle übrigen Anträge wurden einstimmig angenommen und zwei Mitglieder der Versammlung (Hoffmann aus Hochheim und Schöppler aus Mainz) ernannt, um sie zu redigiren und an die Nationalversammlung und die betreffenden Regierungen gelangen zu lassen. Darauf kam noch das deutsche Heerwesen zur Sprache und es wurde die Ansicht ausgesprochen, daß an die Stelle des jetzigen Fürstenheeres ein Volksheer treten müsse. Ein hessischer Konskribirter erklärte, daß die rheinhessischen Militärpflichtigen eine Eingabe an die Regierung gerichtet hätten, worin sie den Entschluß kund geben, sich nicht eher zu stellen, als bis von der Nationalversammlung das deutsche Heerwesen geordnet sey; ein anderer Redner meinte, das kürzeste Mittel, das nur den Zwecken der Fürsten dienende Heer aufzulösen, sey Steuerverweigerung; ohne Sold keine Söldner. Nachdem noch einige Nachzügler die bereits müden und ungeduldig werdenden Zuhörer angesprochen hatten, wurde die Versammlung durch Zitz als aufgehoben erklärt. (Fft. Bl.)

(Gießen, 9. Juni.) Von hier wird in Kurzem folgende Adresse mit vielen Unterschriften bedeckt abgehen: An die hohe constituirende National-Versammlung zu Frankfurt. Als die hohe Versammlung, in deren Händen das Heil des Vaterlandes ruht, zusammentrat; als jedes Deutschen Auge in höchster Erwartung sich auf sie hinwandte, empfanden auch die Unterzeichneten den heißesten Wunsch, daß das erste materielle Votum derselben durch sicheren Ausdruck ihres leitenden Grundsatzes ein allgemein beruhigendes, das Vertrauen zur Zukunft kräftigendes seyn möge. Durch die wiederholte Wahl ihres Präsidenten hat die Versammlung jenem Wunsche auf eine Weise entsprochen, die ganz Deutschland mit Zuversicht erfüllen muß. Sie adoptirte damit die Grundsätze, welche derselbe mit Klarheit und Entschiedenheit ausgesprochen hat. Wir sehen darin die Interessen des Volkes über Alles gestellt, die Souveränetet der Nation anerkannt, ohne damit die Mitwirkung der Staatenregierungen bei Feststellung der Reichsverfassung auszuschließen. Wir sehen darin die Grundsätze der demokratisch-constitutionellen Monarchie, zu der wir uns bekennen, gewahrt. Wir erkennen in dem Festhalten am Gesetzlichen, in der Anerkennung des rechtlich Bestehenden die Politik der Reform, welche der Revolution, wie der Reaktion in gleicher Weise entgegentritt. Darin finden wir die sicherste Bürgschaft für eine Entwicklung zum Heile des Vaterlandes. Ganz im Geiste dieser Politik sehen wir die Versammlung bei den bedeutsamen Fragen, die sie gleich zu berathen hatte, vorschreiten. Dies erfüllte uns mit freudigem Vertrauen und mit der Zuversicht, daß sie, indem sie als das gesetzliche Organ der Nation die höchsten Interessen derselben wahrt, auch das ganze Volk auf ihrer Seite hat, daß alle deutschen Männer sich ihr innig anschließen. Dieses unser Vertrauen auszusprechen, fühlen wir uns gedrungen. Wir stehen zu der Versammlung für die Reform gegen die Anarchie und Reaktion, für die Einheit gegen alle Sonderbestrebungen, für Behauptung der Volkssouveränetät gegen jede Gefährdung! Wir stehen zu ihr für alle Fälle mit aller Hingebung! (Fft. J.)

(Offenbach, den 13. Juni.) Wir dürfen nun hoffen, daß die Ruhe unserer seit einigen Tagen so aufgeregten Stadt wieder dauernd hergestellt sei. Unsere Bevölkerung hat bis dahin ihren alten Ruf einer mit Entschlossenheit und Regsamkeit verbundenen Mäßigung und Gesetzlichkeit vollkommen aufrecht erhalten. Leider soll bereits einer der vorgestern Abend Verwundeten gestorben, ein zweiter dem Tode nahe, die übrigen jedoch glücklicherweise nur leicht verwundet sein. Ueber die Rolle, welche damals durch ihren mörderischen Anfall gegen eine friedliche, unbewaffnete Menge, beinahe eine Berliner Nacht hervorgerufen hätte, wird die strengste Untersuchung verhängt werden. Es wird sich namentlich dabei herausstellen, welchen Grund oder Ungrund die Beschuldigung eines sonst sehr achtungswerthen und wirklich in besonderer Gunst der Bürgerschaft stehenden Offiziers hat: er habe den Befehl zum Feuern auf die Bürger und die ihnen befreundeten Soldaten gegeben. Der Stadtkommandant, Obrist von Weitershausen, gegen welchen die Antipathie der Bevölkerung schon längst gerichtet ist, hat längern Urlaub genommen und ist gestern abgereist. Das von Darmstadt hierher dirigirte Militär hat unterwegs den Befehl zum Rückmarsche erhalten. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 11. Juni.) Aus glaubwürdiger Quelle vernehme ich bei Abgang dieses, daß im Ministerconseil die Zulassung der selbstständigen Arbeiter zu den jetzigen Wahlen beschlossen worden sei. Die Taglöhner blieben nemlich ausgeschlossen, wogegen alle auf Wochenlohn angewiesenen 24jährigen Gesellen und Arbeiter schon jetzt zugezogen würden. (A. A. Z.)

Im **temescher Comitat** in Ungarn wurde das Cölibat kurzweg aufgehoben. Die Sache schien für die Geistlichkeit dringend zu seyn, und der Weg von Temesch bis Rom etwas zu weit und bei den jetzigen Wirren Italiens nicht ohne Gefahr.

Preussen. (Berlin, 12. Juni.) Seit einigen Tagen trägt man sich hier wieder mit allerlei Gerüchten. Unter Anderm soll von der französischen Regierung eine Anzeige über republikanische Agitationen auf preussischem Gebiet eingelaufen seyn. Ja, man spricht sogar davon, daß hier am Ort eine republikanische Verschwörung entdeckt, bei den Mitgliedern beweisende Aktenstücke, Fahnen rc. in Beschlag genommen, die weitere Verfolgung aber, um die französische Regierung nicht zu kompromittiren, unterlassen sey. Unter den Namen, welche hiebei genannt werden, findet sich auch der des in Trier verhafteten Abg. Valdenaire. Ausserdem nennt man einzelne Mitglieder der hiesigen demokratischen Partei, welche durch aufgefundene Hecker'sche Papiere kompromittirt seyn sollen. Wie viel oder wie wenig an diesen Gerüchten Wahres ist, möchte sich schwer bestimmen lassen. Jedenfalls hat die Hecker'sche Unternehmung nicht das Ansehen danach, bis Berlin verzweigt gewesen zu seyn. (D. Z.)

Sachsen. (Leipzig.) Briefe aus Oberschlesien bringen die Nachricht daß dort allgemein der Glaube verbreitet und durch Privatnachrichten aus Polen genährt werde, zwei russische Heere würden die preußische Gränze überschreiten und gegen Breslau und Berlin anrücken. Als Tag des Einfalles bezeichnet man den 12. Juni, Glaubhafte Berichte bezeugen daß zwei Meilen von der oberschlesischen Gränze ein starker Heerhaufen lagert, ein zweiter stehe nördlich von Kalisch. Der Kaiser ist nicht in Riga, wie einige Zeitungen behauptet haben. (A.Z.)

(Eisenach, den 11. Juni.) In einem Städtchen des Großherzogthums, in Berka an der Flur, soll besonders auf Anregung des Buchhändlers Berlepsch in Erfurt, morgen eine große Volksversammlung stattfinden, und man ernstlich damit umgehen, vor das Schloß in Weimar zu ziehen und dem Großherzog anzusinnen, daß er, wenn die übrigen thüringschen Fürsten, wie man erwarte, auf ihre Throne verzichten, ein Gleiches thue. Die Weimarschen Bürger sind jedoch fest entschlossen, diese Proletarierschaar, welche besonders durch Zuzüge aus Erfurt verstärkt werden soll, schon vor dem Thore und wäre es nöthig, mit Waffengewalt zurückzuweisen. (Frkf.-O.-P.-Z.)

(Eisenach, den 11. Juni.) Gestern Nachmittag 3 Uhr brachte ein kolossaler Wagenzug gegen 400 neue Ankömmlinge von Halle, Jena, Leipzig, Wien, Berlin, Breslau rc., die in langer Reihe sich vom Bahnhofe aus nach der Stadt in Bewegung setzten. Drei große Fahnen mit den deutschen Farben schmückten den Zug, den die jenaer Burschenschafter und die gleichgesinnten hallenser Verbindungen eröffneten, dessen letzter Theil aber vorzüglich die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog. Die Abgeordneten von Wien nämlich, in die Uniform der akademschen Legion gekleidet, schöne kräftige Jünglinge, die auf den Barricaden ihre Sporen verdient, waren 26 Mann stark erschienen und wurden nicht nur von ihren schon anwesenden Commilitonen, sondern auch von den Einwohnern Eisenachs mit stürmischem Jubelruf empfangen, dem auf dem Marktplatz noch ein dreimaliges Hoch auf die Wiener Studentenschaft folgte, welches von den Wienern mit einem Hoch auf die deutschen Universitäten erwidert wurde. Zu derselben Stunde rückten drei Wagen mit Göttinger Studenten ein, und Abends 9 Uhr zogen noch gegen 300 Leipziger, Hallenser, Jenenser rc. in fröhlichem Chor in die Stadt. Die Wohnungen in den Bürgerhäusern waren alle besetzt, und es bedurfte der ganzen Aufopferungsfähigkeit der studentischen Wohnungscommission, um die frisch eingetroffenen Schaaren unterzubringen. Die Mitglieder dieser Kommission nemlich zogen mit einer Schelle von Haus zu Haus, an den Patriotismus der Eisenacher appellirend, und nach einer Viertelstunde war kein Einziger ohne Unterkommen. Auf dem Felsenkeller war ein buntes Treiben, der beschränkte Raum zwang die unzähligen Gäste, auf die verschiedensten Mittel und Wege zu sinnen, um sich Platz zu verschaffen, und so gruppirten sich die einzelnen Gesellschaften auf eine höchst malerische Weise; bis spät in die Nacht herrschte fröhliches Leben. Wer die herzliche Brüderlichkeit, die frohe Jugendlust beobachtete, die sich über die muntere Burschenschaar ausgebreitet hatte, der glaubte schwerlich, daß der heutige Tag Verhandlungen mit sich führen würde, die sowohl an Wichtigkeit als an Leidenschaftlichkeit die frühern Debatten, die doch auch stürmisch genug waren, weit übertreffen, ja die leicht einen unheilbaren Zwiespalt in die ganze Versammlung bringen können. Mit Mühe und Noth waren nämlich bis gestern Abend die Verhandlungen über das Programm und die Geschäftsordnung von der Versammlung beendet worden, und man gab sich allgemein dem süßen Wahne hin, daß der heutige Feiertag blos dem geselligen Vergnügen gewidmet werden könne; da auf einmal erklären die Abgeord-

nelen von Wien, Breslau, Berlin, München, Marburg und Gießen, daß sie nimmermehr die Abstimmung nach Kopfzahl annehmen würden, sondern darauf bestehen müßten, daß jede Universität je nach der Zahl der sie besuchenden Studenten vertreten seyn und die Abstimmung danach eingerichtet werden müsse. Die Wiener vorzüglich legten sehr viel Gewicht darauf, daß hinter ihrem Votum 5000 Studenten ständen, daß si-, als gewählte Vertreter einer so imposanten Zahl, doch nicht weniger Stimmen haben könnten als z. B. die Jenenser, die an 300 Mann stark in der Versammlung erscheinen werden ꝛc. Vergeblich wurde dagegen bemerkt, daß hier nicht die einzelnen Universitäten als solche zu vertreten seyen, da ja keine bindenden Beschlüsse gefaßt werden, sondern nur Besprechungen über nothwendige Reformen des Universitätswesens stattfinden sollten. Die Versamlung mußte endlich, ohne daß eine Entscheidung getroffen worden, sich vertagen.

Heute früh um 8 Uhr wurden die Verhandlungen über den eben erwähnten Gegenstand wieder aufgenommen. Viele Anträge wurden gestellt, die eine Beseitigung der schon auffallend fühlbaren Disharmonie bezweckten. Die Wiener, Münchner ꝛc. rückten immer bestimmter mit dem Plane heraus, ein deutsches Studentenparlament neben der allgemeinen Versammlung einzusetzen, und verstanden sich noch zu einer Modifikation ihrer Anträge in dem Sinne, daß die in Eisenach anwesenden Studenten, nach den einzelnen Universitäten, Abgeordnete mit provisorischer Vollmacht wählen sollten, auf je 100 Studenten jeder Universität einen Abgeordneten, wobei die Wiener noch erklärten, daß sie, obwohl die Universität Wien 5000 Studenten zähle, doch nicht mehr als 20 Stimmen in Anspruch nehmen wollten. Das betreffende Parlament solle Beschlüsse fassen über die Umgestaltung der deutschen Universitäten, die von den einzelnen Studentenschaften jeder Universität zuvor gebilligt werden sollten, ehe sie rechtliche Gültigkeit erlangen. Nach unendlichen Verhandlungen trennte sich die Versammlung, um die Studenten nach Universitäten abgesondert in Specialberathung zusammentreten zu lassen. Die meisten Universitäten stimmten dafür, Abgeordnete, doch nur provisorische, in das vorgeschlagene Parlament zu wählen, und so trat denn Abends 7 Uhr auch dasselbe zusammen, die Mitglieder legitimirten sich gegenseitig und setzten den Beginn ihrer Thätigkeit auf den 13. Jun. Nachmittags fest. Abends 9 Uhr versammelten sich auf einen Aufruf die »demokratisch gesinnten« (republikanischen) Studenten auf dem Rathhause, um eine Adresse an die konstituirende Versammlung in Frankfurt zu berathen, worin dieselbe um Einführung der republikanischen Regierungsform für Deutschland gebeten werden soll. Morgen früh um 8 Uhr wird sich die gesammte Studentenschaar auf dem Markte versammeln und unter Musikbegleitung nach der „Erholung« ziehen, wo die erste allgemeine Versammlung gehalten wird. (D. A. Z.)

Württemberg. (Cannstatt, 13. Juni, 11 Uhr Vormittags.) Heute früh um 6 Uhr hätte die Hinrichtung der beiden Mörder Mauthe und Schaff stattfinden sollen, als einige Stunden vor der bestimmten Zeit die Nachricht eintraf, daß dieselbe verschoben sey. Die große Menschenmenge, die seit 1 Uhr Morgens sich hier zusammenzog, war darüber sehr unwillig und äußerte auf die verschiedenste Weise ihren Unmuth. Ein Theil derselben, meist junge Leute von 15—18 Jahren rissen das nur schwach bewachte Schaffot zusammen und warfen es zum Theil in den Neckar, zum Theil verbrannten sie es. Die nach Hause kehrende ungeheuere Menschenmenge überfüllte auf kurze Zeit die Stadt und drohte mit Demonstrationen, so daß die Bürgerwehr unter die Waffen gerufen werden mußte, wodurch die Ordnung bald wieder hergestellt war. Die Zeit der Hinrichtung ist bis jetzt noch nicht bekannt. Außer den jetzt modernen Schlagworten: »Hecker hoch!« hörte man keinerlei politischen Demonstrationen. Jetzt ist es wieder ganz ruhig hier. (Schw. M.)

Donaufürstenthümer.

(Aus den Donaufürstenthümern, Anfang Juni.) Die panromanischen Bewegungen, welche die Verbindung aller Walachen in der Moldau, Walachei, Bessarabien, der Buckowina, Siebenbürgen und dem Banat, beabsichtigen, deren Streben die Stiftung eines dacischen Staates von 8 Millionen Einwohnern zum Zweck hat, sind leider zu früh zum Ausbruch gekommen. Die Leiter derselben, die in Deutschland und Frankreich erzogenen jungen Bojaren hatten auf schnelle Befestigung der neuen französischen und deutschen Konstitutionen gerechnet, und besonders von Deutschland aus Unterstützung erwartet, für welches die untere Donau eine Lebensfrage ist. Die Romanen oder Walachen haben vor kurzem in Blasendorff in Siebenbürgen, an dem Sitze des griechisch-unirten Bischofs einen Kongreß gehalten; aber leider sich in Jassi zu früh ausgesprochen, so daß sie jetzt aufs neue den Russen verfallen sind. Sie hatten auf ein konstitutionelles Oesterreich gehofft, da die österreichische Politik dort gar mit ihnen geliebäugelt und mit Rußland um Einfluß gebuhlt hatte; allein jetzt hat sich der südslavische Keil dazwischen geschoben und ihnen noch mehr alle Hoffnung benommen. Auf Preussen haben sie nie Hoffnung setzen können, da die preussischen Konsuln bekanntlich stets die Instruktion hatten, sich von allem politischen Einfluß entfernt zu halten. Im Gegentheil, da Rußland erlaubte, daß junge Leute aus unsern Ländern in Berlin erzogen werden durften, sah man von dort wenig Hülfe. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 11. Juni.) Die Versammlungen an den Pforten von St. Denis und Martin waren gestern Abend nicht minder zahlreich, jedoch weniger stürmisch als an den früheren Abenden. Bis 11 Uhr ließ die Polizei die Gruppen ruhig beisammen. Nach 11 Uhr aber umstrickte sie mittels einer ungeheuern Waffenmacht, aus Bürgerwehr und Linie bestehend, sämmtliche Straßen, die zum mißbeliebigen Volksparlament führen, und nahm wohl an die zwei Tausend Menschen gefangen. Die Polizeikommissarien sichteten indessen die Böcke von den Schafen, d. h. die Neugierigen von den Revolutionären, und begnügten sich, zwischen starken Spalieren etwa 500 Blusenmänner davon in Gewahrsam zu führen. Der Rest der Nacht verlief ruhig. Die Arretirten werden wohl wieder freigelassen.

Alle unsere Stadtgefängnisse sind zum Ersticken voll. Am Donnerstag wurden achtzig und am Freitage 117 Personen von den Boulevards eingebracht. Die Zahl der gestern Nacht Arretirten läßt sich bis zur Stunde noch nicht genau angeben. Aber die obige Sichtung dauerte volle zwei Stunden nach Angabe der Gerichtszeitung von diesem Morgen.

Im Augenblicke, wo gestern Abend 6 Uhr die Sitzung der Nationalversammlung schloß, nahm Deputirter Heeckeren (und nicht Hörken, wie wir im Tumult verstanden,) das Wort, um der Versammlung ein nicht unwichtiges Gerücht mitzutheilen. Man habe nämlich, sagte er, Privatbriefe aus Troyes (der alten Parlamentsstadt auf der Straße nach Basel) erhalten, laut welchen ein Linienregiment bei seinem Einzuge in Troyes auf den Zuruf der Bürgerwehr: Es lebe die Republik! mit »Es lebe Louis Napoleon Bonaparte!« geantwortet habe. Er, der Deputirte, stelle daher die Frage an den Kriegsminister, ob diese Gerüchte begründet seyen? Cavaignac antwortete in feierlichem Ernste, daß diese Thatsachen weder zur Kenntniß seines Departements noch der Vollziehungsgewalt gelangt seyen. Wehe Denen, welche die öffentlichen Freiheiten Frankreichs anzugreifen wagen sollten! — Diese Schlußworte des tapfern Generals riefen einen unbeschreiblichen Enthusiasmus hervor. Alle Glieder erhoben sich, streckten die Hände aus und riefen mit donnernder Stimme: Es lebe die Republik! Es lebe die Freiheit, Gleichheit und Brüderschaft! Die Versammlung trennte sich in großer Aufregung der Gemüther.

Die morgige Sitzung verspricht eine überaus wichtige zu werden. Die Vollziehungsgewalt wird erstens die Louis Napoleonische Wahl zur Sprache bringen, bei der arge Manövers nachgewiesen werden sollen. Zweitens kommen (was die Hauptsache ist) ihre beiden jüngsten Kreditvorlagen zur Sprache. Anfänglich verlangte sie 500,000 Franken Geheimer Polizeigelder und hinterher verlangt sie nun noch regelmäßig monatlich 100,000 Franken zur Bestreitung ihrer Bureaukosten und allgemeinen Sicherheit. Marrast, der Erzfeind der Reformpartei oder Radikalen, die sich in der Vollziehungsgewalt in Lamartine und Ledru Rollin immerhin noch merkwürdig und sonderbar genug vertreten sieht, hat auf diese beiden Posten-Anträge seinen Feldzugsplan entworfen und will sie zur Höhe neuer Kabinetsfragen schrauben. Er wird darin von Favre und Leon Faucher, einem entsetzlich ehrgeizigen jungen Oekonomiehelden, sowie von der gesammten sogenannten Moderirten Rechten (der alten Kammer Linken, der vor den stehenden Sitzungen des Volks-Parlaments auf den Boulevards entsetzlich bange ist) und endlich von der ganzen Rechtsklerisei des Justizpalais mit Portalis und Landrin an ihrer Spitze, aufs Wärmste unterstützt. Paris ist auf den Ausgang dieses parlamentarischen Wettrennens nicht wenig neugierig.

Paris hat auch einen »Club deutscher Proletarier«, der heute eine sehr energische und würdige Protestation gegen das italische Werbesystem der sogenannten „deutschen demokratischen Gesellschaft zur Befreiung aller Völker" in den Morgenblättern veröffentlicht.

(Neu Breisach, 8. Juni.) Daß die Wühler aus Deutschland, welche unserm Lande schon schweres Geld kosten, ihre Tendenzen noch nicht aufgegeben haben, zeigt am besten beifolgendes Gedicht, welches in diesen Tagen in Colmar ꝛc. gratis ausgegeben worden ist, und von den irregeführten Arbeitern ganz andächtig nach der Melodie des Prinzen Eugenius gesungen wird. Diese Leute erzählen ganz offen, daß es nächstens wieder losgehe, und dießmal Struve und ein fremder General die Sache leite, welcher mehr Muth und Geschick besitze als Hecker, der nur eine badische Republik wolle, und nicht eine deutsche, und welcher einen starken Franzosenhaß heuchle, um sich in Baden wieder möglich zu machen, wenn es mit der Republik durchaus nicht gehen wolle. Das ist noch ein Glück für die Freunde der Ruhe und Ordnung, daß diese Leute unter sich selber nicht einig sind, weil stete Reibungen herrschen zwischen denen in Frankreich und denen in der Schweiz. Freilich versöhnen sie sich gewöhnlich ebenso leicht wieder.

Republikaner Lied.

Stürmt ihr Glocken, ernste Mahner,
Auf zum Kampf, Republikaner,
Auf zum Kampf für Deutschlands Heil!
In die Brut gekrönter Würger,
In das Nest verthierter Bürger
Werft der Rache Donnerkeil!

Ihr, die treulos uns verrathen,
Ketten auf den Leib geladen,
Auf die Seelen schwere Pein:
Mathy's, denkt der letzten Stunde,
Und dankt Gott, wenn nur 'ne Wunde
Endet euer schmachvoll Seyn!

Ihr, die uns ins Treffen riefet,
Bei dem Treffen dann entliefet,
Oder früher euch verbargt:
Seht euch vor, ihr Zungendrescher!
Hart am Grab der feilen Häscher
Wird die Feigheit eingesargt.

Ihr, die in der Ferne standet,
Unsre That Verrath benanntet,
Mit des Hohnes Pfeil sie trafst:
Fühlt, wie aus dem Schlaf gerüttelt
Jetzt der Leu die Mähnen schüttelt,
Und den Eselshufschlag strafst!

Arme Gecken, eitle Thoren,
Merkt ihr jetzt, ihr Professoren,
Was ihr da zu Tag gebracht,
Als ihr mit dem Bund im Bunde
Schlugt dem Volk die herbe Wunde,
Mit dem Bund, der euch verlacht?! —

Freiheit, Gleichheit, Brudertreue!
Blut'ger Strom in Aetherbläue,
Den durchblitzt ein Silberlicht:
Mit der deutschen Tricolore
Weh' vereint vom rhein'schen Thore. —
Marken scheiden Geister nicht.

Freiheit, Gleichheit, Brudertreue!
Alterndes Geschlecht erneue
Deinen hingewelkten Ruhm!
Aus versumpften Nationen,
Faulenden Religionen
Steige reines Menschenthum!

Stürmt ihr Glocken, Schlachtenmahner,
Stürmt wie ihr, Republikaner,
Durch der Wetter Flammenblick!
Von dem Leichenberg der Würger
Ruft in's Thal befreiter Bürger:
»Republik! die Republik!"

Italien.

(Neapel, 1. Juni.) Daß man im Palast möglichst rückwärts zu steuern sucht, geht aus hundert Anzeichen und Verfügungen hervor, die seit dem 15. erschienen, und leider scheint es eben, daß die Minister selbst entweder die Hand dazu bieten oder wenigstens nicht zu widerstehen vermögen. Früher oder später muß es daher zu einem abermaligen, äussersten und, nach dem 15. zu schließen, schrecklichen Kampfe kommen. Die Provinzen sind, allen Versicherungen der offiziellen Nachrichten zum Trotz, nichts weniger als ruhig; Deputationen, selbst mit Bischöfen an der Spitze, sind aus mehreren derselben hier, um dem König in Person die Wiederertheilung aller der bis zum 14. Mai gemachten Konzessionen und geltend gewesenen Grundsätze ans Herz zu legen, für den Weigerungsfall aber mit Abfall und Aufstand zu drohen. Steuerweigerung wird immer allgemeiner, Fälle von Entwaffnung einzelner Truppentheile, Verhinderung ihres Durchmarsches ꝛc. sind an der Tagesordnung. Krone und Minister aber halten endlose Berathungen, und kein Entschluß kommt zum Vorschein. — Einiges Aufsehen erregte gestern eine von zahlreichen Barken des fran-

zösischen Geschwaders vorgenommene Sondirung des Meeres in ziemlicher Ausdehnung längs den Ufern und bis hart an das Land, als gälte es, sich auf eine Landung von Truppen oder auf ähnliche Operation vorzubereiten. — Der Termin für Ablieferung der Waffen der Nationalgarde ist, nun zum Viertenmal, abermals verlängert! — eine mysteriöse Nachsicht des (lieberalen) Polizeidirektors gegenüber der königl. Strenge, welche die abgelieferten Waffen sammt und sonders vernichten möchte. Von dem Treiben und den Resultaten der mit dem Belagerungszustand zugleich eingesetzten außerordentlichen Polizeikommission verlautet auch nicht das Geringste. Verhaftet ist Niemand; von denen, die am 14.—15. Mai als Hauptwortführer betheiligt waren, sind die meisten in ihre Heimath oder ins Ausland gegangen; andere geben hier ungestört ihrem Berufe nach; danach scheint es, daß jeglicher Gedanke an Prozessiren und Verfolgen aufgegeben ist. — Vom 4. Juni. Bis heute ist noch Alles beim Alten. Nach den calabresischen Küsten gehen heute mehrere Dampfer mit 5 bis 6 Bataillonen ab, weniger, um den bis jetzt passiven Widerstand zu bezwingen, als, um dem von Sizilien aus vorbereiteten Einfall bewaffneter Haufen zuvorzukommen. Von hier aus sind an alle Hafen- und Küstenbehörden die erwarteten Anordnungen ergangen, um allen Schifffahrtsverkehr zwischen Festland und Insel zu hemmen; eine öffentliche Bekanntmachung ist nicht erschienen, ebenso wenig die von Tag zu Tag erwartete Reorganisation der Nationalgarde. Handel und Wandel sind gelähmt: ehe man klarer sieht, will Niemand etwas unternehmen. — Die Rüstungen im See-Arsenal und im Landheer dauern fort, Neapel und die Garnisonsorte der Umgegend sind voll von Soldaten, die aber zum guten Theil noch Kleidung und Ausrüstung erwarten. Für die Heldenthaten des 15. Mai sind an sämmtliche dabei betheiligten Truppen Ehrenkreuze und Medaillen ausgetheilt worden. Jedes Schweizerregiment hat etwa 150 solcher Kreuze bekommen, die Regimenter der Garde und der Linie nicht über 30. (Schw. M.)

In den Tagen vor dem 4. Juni waren in Neapel aus den Provinzen einige Deputationen mit verschiedenen Forderungen angelangt. Man wolle keine Republik, aber die Konstitution vom 29. Januar mit den Aenderungen vom 3. April. Wiederherstellung der Deputirtenkammer mit den vor dem 15. Mai erwählten Personen; Abschaffung der Pairs; Anerkennung, daß die Deputirtenkammer eine konstituirende sei, Verweisung der Schweizer aus dem Königreich; Wiederherstellung der Nationalgarde auf den Fuß vor dem 15. Mai; Uebergabe der Festungen an sie. Der König hält zwei Dampfer zur Flucht bereit, und würde sich vielleicht freuen, wenn er Sicherheit hätte, daß es ihm nicht schlimmer ergehe als dem Sohn des Herzogs von Parma. Dieser, der seiner Zeit in Mailand festgesetzt wurde (Allg. Ztg. 22 April), ist Ende Mai's freigelassen (er konnte jetzt für Karl Alberts Plane auf Parma nicht mehr gefährlich werden), und bereits am 28. Mai von Genua nach Malta abgereist. Am 30. Mai langte er in Civitavecchia an, von wo am folgenden Tage ein anderer Flüchtling — General Statella — auf dem Dampfer Ville de Marseille nach Neapel abging. (A. A. Z.)

(Botzen, den 11. Juni.) Heute langte kein Postwagen von Verona hier an; nur Briefe kamen die man auf Umwegen über die Höhe des Gebirges brachte. Die Straße soll wegen der anhaltenden hitzigen Gefechte bei Rivoli und Dolce gesperrt seyn. Man behauptet, die Piemontesen hätten mit Uebermacht sich auf unsern verhältnißmäßig schwachen rechten Flügel geworfen, und sich unserer Verbindungslinie zwischen Tirol und Verona bemächtigt. Lange schon fürchtete man von daher Gefahr. Wird es gehen wie mit Peschiera? (A. A. Z.)

(Vom Brenner, den 12. Juni.) Rivoli ist für den Augenblick von den Piemontesen besetzt. Oberst Zobel zog sich von fünffacher Uebermacht angegriffen zurück, und überließ es dem Feinde. Dadurch ist die Communication auf dieser Straße unterbrochen. Unsere Militärs sind der Meinung, daß, wenn die Operation auf Vicenza gelungen sey, diese Vorrückung nach Rivoli von keiner großen, noch weniger entscheidenden Bedeutung seyn könne. Das Uebel aber ist immer daß Radetzky mit einem halb so starken Corps zu operiren hat, da er überall Besatzungen zurücklassen muß, um sich Lebensmittel und Communication zu sichern. Die Piemontesen haben ganz Italien, wir möchten sagen, selbst Trient für sich; sie erhalten täglich Verstärkungen aus allen Theilen der Halbinsel, während man diesseits kein Land der Monarchie von Truppen entblößen, noch mit Lieferungen in Anspruch nehmen kann. Man führt einen Krieg ohne Mittel, und hat auf nichts zu rechnen, als auf die Tapferkeit der Truppen, die freilich überall einer gegen zwei stehen! (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17. Juni 1848. **№ 169.** **Samstag: Volkmar.**

Einige Bemerkungen über den letzten bayerischen Landtag.

Der letzte bayerische Landtag hat wenig erfreuliche Spuren seiner Wirksamkeit zurückgelassen. Es ist wenig erbaulich, die Debatten zu lesen, wornach einzelne Mitglieder mit thränenden Augen, mit halberstickter Stimme und unter krampfhaften Zuckungen der Erhaltung des Alten, weil es ungerechter Weise sie bevorrechtet hat, das Wort redeten. Mit Unwillen, wenn nicht mit Eckel, muß man immer und immer wieder von selbst hochgeachteten Männern über Ungerechtigkeiten, Verfassungsverletzungen, Gräuel der heutigen Zeiten u. dgl. klagen hören, als ob sie sich zur Aufgabe gemacht hätten, das früher geschaffene Unnatürliche und Ungerechte, weil es heute öffentlich als solches anerkannt wird, sanktioniren zu wollen. Und von diesen Mitgliedern der Kammer hat das Ministerium seit der Zeit seiner Wirksamkeit Vieles gelernt. Es hat ihnen abgelernt, den gerechten und billigen Forderungen der intelligenten, gewissenhaften und freisinnigen Deputirten, unter den[illegible]inst selbst zählte, die Unantastbarkeit des Bestehenden entgegenzu[illegible]n, wo jene lange, vorenthaltene, natürliche Rechte vindiciren wollten, eines theils von der Vollgewalt und Herrlichkeit der Monarchie zu reden, anderntheils das Schreckgespenst einer durch die Demokratie hereinbrechenden Anarchie heraufzubeschwören. Was wir früher fürchteten, das Ministerium müsse mit dieser Kammer seine Popularität und Freisinnigkeit einbüßen, scheint uns eingetreten zu seyn. Es muß die Majorität in der Kammer haben, und wenn es mit dieser im Einklange steht, so wissen wir, welche Richtung es befolgt. Die Mitglieder des Ministeriums scheinen vergessen zu haben, daß sie eigentlich nur durch eine Revolution auf ihre Posten gekommen sind und daß in Folge derselben sie mit einer unter der alten Herrschaft zu Stande gekommenen Kammer keine Gesetze machen durften. Statt den Forderungen und der Richtung der Zeit Rechnung zu tragen, hören wir aus ihrem Munde fast dieselben Redensarten, wie wir sie früher zu hören gewohnt waren. Sie weigerten sich, da sie denn doch einmal mit dieser Kammer Gesetze machen wollten, — Entwürfe vorzulesen über Associationsrecht und Volksbewaffnung, sie sprachen von allzugroßer Ausdehnung des demokratischen Elementes und dadurch bedingter Schmälerung der Rechte der Krone, sie bedeuteten die Kammer im Voraus, die Krone werde ein Gesetz nur in der vorgebrachten Fassung annehmen. Oder haben wir dies nicht gelesen in den Verhandlungen über das Initiativgesetz? Hat nicht Abel früher in derselben Weise gesprochen und die Kammer einzuschüchtern gesucht? — Sie, die Minister, sprechen von den Vergnügungen des Königs und weisen ziemlich unverholen auf gnadenreiche Geschenke hin, welche das Volk erhalten, als ob sie jetzt schon aus dem Gedächtnisse verwischen wollten, daß das Volk seine Rechte gefordert und sich dieselben theilweise erkämpft hat.

Deutschland.

Bayern. (München, 14. Juni.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 36 enthält eine kgl. Entschließung, die Ertheilung eines Generalpardons betreffend, folgenden Inhalts: Maximilian II. ꝛc. Um bei Unserem Regierungsantritte auch den Deserteuren der Armee und den widerspenstigen Konskribirten, Unsere landesväterliche Huld und Gnade zuzuwenden, finden Wir Uns allergnädigst bewogen, durch die Ertheilung eines Generalspardons die Rückkehr dieser Verirrten zu ihrer Pflicht zu erleichtern. Wir beschließen und befehlen demnach zur allgemeinen Darnachachtung wie folgt:

1) Allen Unteroffizieren und Soldaten, welche sich der Desertion, sowie allen Konscribirten, die sich der Widerspenstigkeit vor der Verkündung des gegenwärtigen Generalpardons schuldig gemacht haben, ist hiemit volle Verzeihung und Straflosigkeit gewährt, wenn sie sich in dem Zeitraume vom 1. dieses Monats bis zum 1. November laufenden Jahres bei den betreffenden Militär- oder Civil-Behörden freiwillig stellen und zu ihrer Pflichterfüllung zurückkehren, oder wenn sie diese Absicht im Falle ihrer Aufgreifung wenigstens wahrscheinlich machen können. 2) Diese Straflosigkeit soll sich auch auf den gänzlichen Nachlaß der Vermögens- und der Geldstrafen, in so ferne diese bis zur Bekanntmachung dieses Generalpardons noch nicht zum theilweisen oder vollständigen Vollzuge auf Grund der deßfallsigen Erkenntnisse gekommen sind. 3) Von dieser Verzeihung sind ausgenommen: a) diejenigen, welche vor oder nach ihrer Desertion oder Widerspenstigkeit noch ein anderes Verbrechen oder eines der im §. 4 des Heerergänzungs-Gesetzes vom 15. August 1828 bezeichneten Vergehen verübt haben; b) jene, welche nach der Bekanntmachung dieses Generalpardons vom Heere entwichen, oder sich als Conscribirte der Widerspenstigkeit schuldig machen. 4) Alle diese sub lit. a) und b) Bezeichneten, sowie diejenigen, welche von dem gegenwärtigen Generalpardon keinen Gebrauch machen, und erst nach dem oben Ziffer 1. abgelaufenen Termine als Deserteure oder Widerspenstige sich stellen, oder aufgegriffen werden, sind ohne weitere Nachsicht nach den einschlägigen Strafbestimmungen zu behandeln. Gegenwärtiger allergnädigster Generalpardon wird hiemit durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und soll auch durch die Kreis-Intelligenzblätter, sowie in jeder Gemeinde des Königreichs während der bewilligten Amnestie-Dauer in angemessenen Zeiträumen auf feierliche Weise dreimal öffentlich verkündet werden. Sämmtliche Polizei- und Conscriptionsbehörden haben sich genau nach den vorstehenden Bestimmungen zu achten, und zum Vollzuge derselben in geeigneter Art mitzuwirken.

* (Nürnberg, den 16. Juni.) Der hiesige Volksverein wurde gestern eröffnet, ein Mitglied des vorläufigen Ausschusses hielt eine dem Zweck angemessene, im Druck erscheinende Rede, in welcher die Grundsätze des Vereins vertreten sind. Nachdem gegen 130 der Anwesenden sofort durch Unterschrift ihren Beitritt erklärt hatten, wurde ein provisorischer Ausschuß gewählt, welcher bis zur nächsten Versammlung die Satzungen des Vereins entwerfen wird. Diese findet am nächsten Dienstag den 20. Juni Abends 8 Uhr im Saale des Reichsadlers statt.

(Neustadt a. d. Haardt, den 12. Juni.) Heute fand hier ein Fest eigener Art statt. Eine Anzahl der Frankfurter Reichstagsmitglieder, etwa 50, machte eine Ferienreise in unsere schöne Pfalz, und die Bewohner liessen es sich nicht nehmen, die werthen Gäste allerwärts festlich zu empfangen. Nachdem diese ächt deutschen Männer schon gestern feierlich hier empfangen worden waren, machten sie einen Ausflug nach dem Eschbacher Schlosse, Gleisweiler, Edenkoben u. s. w. und kehrten heute früh um 11 Uhr hieher zurück. In der Nähe von Hambach wurden sie von den verschiedenen Turnvereinen und Bürgerwehrmännern mit Fahnen unter Jubelruf und Freudenschüssen empfangen und vom Bahnhofe auf den Festplatz geleitet. Eine Tribüne mit Sitzen für Damen und die Deputirten ragte hervor, und vor derselben sammelte sich das übrige Publikum in sehr großer Anzahl; es waren wenigstens 6000, vielleicht 9—10,000 Menschen, Männer und Frauen, anwesend. Dr. Hepp, der alte Kämpfer für Freiheit und Recht, begrüßte im Namen der Versammlung in kurzer Rede die Frankfurter Männer, und deutete an, wie wichtig für Deutschlands Zukunft die nächsten Tage und Wochen werden würden. Nach ihm sprach R. Blum. Allgemeine Begeisterung zeigte sich in der Masse. Er verbreitete sich über die jetzigen Zustände Deutschlands. Zimmermann aus Spandow wollte namentlich beweisen, wie auch die Männer seiner Gegend von demselben ächt deutschen Geiste beseelt seyen, wie wir Pfälzer. — Mit großer Aufmerksamkeit wurde Dr. Schilling aus Wien angehört. — Tafel aus Würtemburg versichert uns der Aufrichtigkeit unserer schwäbischen Brüder. Mit allgemeiner Befriedigung wurde ein Wiener vernommen, welche der akademischen Legion angehörte. Er sprach in lieblichen Bildern, stellte Vergleiche an über die schöne Pfalz und seine Heimath und tröstete endlich die Deutschen darüber, daß man in Frankfurt so langsam fortschreite, damit, daß man ein großes mächtiges Haus, einen Dombau wolle, der für alle Zeiten dauern müsse, damit es uns nicht wie den Franzosen ergehe, deren Bau durch jeden Sturm von Aussen erschüttert werde, und zu zerschellen drohe. Es sprachen noch Schott aus Stuttgart, Eisenstuck, Wesendonck, Günther, Schlöffel u. A., die sich sämmtlich mehr oder minder der äußersten Linken anschließen. Günther schlug namentlich vor, Adressen zu verfassen, um die Wünsche des Volks an das Parlament zu bringen, und den liberalen Abgeordneten Nachdruck zu verschaffen. Vogt aus Gießen warnte vor den Schwarzen und Brillenmännern, denn sie seyen es, welche dem Volke seine Souveränetät verkümmern wollten. — Zum Schlusse sprach nochmals Rob. Blum einige herzliche Worte. (N. Sp. N.)

Baden. (Karlsruhe, den 13. Juni.) 67. Sitzung der zweiten Kammer. Der Präsident zeigt an, daß der Abg., Vicepräsident Bader sein Mandat zurückgegeben habe. Staatsrath Bekk legt das Eisenbahnbau-Budget vor und zeigt an, daß die Standesherrschaften Fürstenberg und Leiningen auf die ihnen bis dahin noch zugestandenen Jurisdiktions- und Patronatsrechte verzichtet haben. Geh.-Ref. Junghanns übergibt die gegen den Regierungsdirektor und Abg. Peter erwachsenen Untersuchungsakten mit dem Bemerken, daß von Seite des Hofgerichts der Seeprovinz gegen denselben ein Verhaftsbefehl erlassen worden, der zufolge des §. 49 unserer Verf.-Urk. noch der Zustimmung der Kammer, welche die Regierung nunmehr verlange, bedürfe. Finanzministerialpräs. Hofmann übergibt ferner das Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse und verlangt die Ermächtigung zu einer Kapitalaufnahme von 1½ Millionen Gulden zur Fortsetzung des Eisenbahnbaues und zur Unterstützung der Volksarbeit. Für die zu diesem Behufe aufzunehmende Kapitalien von 100 und mehr Gulden sollen Obligationen ausgestellt, darin Staatsgüter verpfändet, und erstere sodann den Anleihern durch die betreffenden Obereinnehmereien verabfolgt werden. Die Einzahlung muß in der Regel in klingender Münze geschehen, kann aber auch, jedoch nur zu einem geringen Theil, durch Rentenscheine bewirkt werden. Ministerialrath Prestinari verlangt Namens der Regierung zum Wiederaufbau des theilweise abgebrannten Gebäudes des Ministeriums des Auswärtigen einen Kredit von 18,000 fl. Sämmtliche Regierungsvorlagen werden zur Berichterstattung durch besonders zu erwählende Kommissionen an die Abtheilungen verwiesen. (Schw. M.)

(Karlsruhe, den 13. Juni.) Vergangene Woche hatten noch einige Truppenverlegungen statt; auf die Pfingstfeiertage war gegen etwaige Ruhestörung Vorsorge getroffen, und Abtheilungen der Bürgerwehr verstärkten die Wachen des Linienmilitärs. Die Tage liefen ruhig und ungemein still ab. (Schw. M.)

(Mannheim, den 13. Juni.) Der gestrige Tag ging hier nicht ohne einige unruhige Auftritte vorüber. Wahrscheinlich in Folge besorgnißerregender Gerüchte und vielleicht auch wegen der in Neustadt a. H. stattfindenden Volksversammlung waren schon im Laufe des Tages bedeutende militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, die Wachtposten waren verstärkt und Patrouillen durchzogen die Stadt. Als nun des Abends die nach Neustadt ausgezogene Gesellschaft mit ihren Fahnen und mit Gesang hierher zurückgekehrt war und sich in die sog. freisinnigen Wirthschaften begeben hatte, ertönten darin,

wie es heißt, aufrührerische Lieder, und Toaste auf Hecker wurden ausgebracht. Bei dieser Gelegenheit soll ein bayerischer Soldat mit einem Stockdegen am Auge verwundet worden seyn. An diesen Wirthshäusern marschirten nun mehrere Kompagnien Infanterie und bayerische Reiterei auf, Feierabend wurde geboten, und mehrere Verhaftungen fanden statt. Auch auf den Straßen ging es lebhaft zu, ja, es soll sogar eine Art Demonstration am Pfälzerhofe, woselbst General Fürst v. Taxis wohnt, erfolgt seyn. Sämmtliches hier liegende Militär war bis nach Mitternacht unter den Waffen und hatte scharf geladen, ja selbst heute noch durchziehen Patrouillen die Straßen. Das Militär soll Vollmacht haben, Jeden, welcher republikanische Ansichten äußert, dergleichen Lieder singt, oder Toaste ausbringt, sogleich zu verhaften. In dem benachbarten Oggersheim liegen seit einigen Tagen schon 700 Mann vom 15. bayerischen Infanterie-Regiment, der Rest desselben wird erwartet, und sollen diese Truppen künftig die Nassauer ersetzen. Die bayerische Artillerie ist heute früh durch einige Geschütze verstärkt worden. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 14. Juni.) In der heutigen 16. Sitzung der deutschen Nationalversammlung ist mit großer Mehrheit beschlossen worden, »daß die Bundesversammlung zu veranlassen sey, zum Zweck der Begründung eines Anfangs der deutschen Kriegsmarine die Summe von sechs Millionen Thalern, über deren Verwendung die zu bildende provisorische Centralgewalt der Nationalversammlung verantwortlich seyn wird, auf bisher verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen. und zwar drei Millionen sofort, die übrigen drei Millionen nach Maßgabe des Bedürfnisses. Es ist dieser Beschluß, der auf Eisenstuck's Anregung, und mit Zustimmung des Ausschusses modifizirte Antrag des Marineausschusses. Der Beschluß wurde mit großem Beifalle aufgenommen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hannover. (Hannover, den 10. Juni.) Gestern traf von unserm Gesandten in London der vom dortigen dänischen Gesandten unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag hier ein. (A. A. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 13. Juni.) Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 28 enthält einen Erlaß an die Kriegsdienstpflichtigen des Großherzogthums. Wir haben wahrgenommen, daß man sich an mehreren Orten des Großherzogthums bemüht, unter den Kriegsdienstpflichtigen, welche bei der diesjährigen Musterung zu erscheinen haben, die Ansicht zu verbreiten, daß der Vollzug dieser gesetzlichen Maasregel hinauszuschieben sey, und daß Petitionen in diesem Sinne vorbereitet oder gar Aufforderungen zum Ungehorsam gegen das Gesetz erlassen werden. Freies Petitionsrecht ist allen Hessen gewährt, allein einer auf Einstellung der diesjährigen Musterung gerichteten Bitte vermögen wir nicht stattzugeben, weil sie mit dem Gesetz, den Pflichten gegen das deutsche Vaterland und mit dessen Wohl unverträglich ist. Aufforderungen zum Ungehorsam gegen das Gesetz sind dem Strafgesetz unterworfen und die Behörden werden pflichtgemäß gegen die Urheber und Verbreiter solcher Aufforderungen vorschreiten. Wer sich der Musterung entzieht, hat nach dem Gesetz empfindliche Nachtheile und Strafen zu gewärtigen, vor welchen ernstlich zu warnen das großh. Ministerium sich verpflichtet hält. Se. königliche Hoheit der Erbgroßherzog und Mitregent haben bereits in einem Erlaß vom 6. März d. J. auf eine Vorstellung der Magistratur der Stadt Mainz verkündigt, daß sie Verminderung des stehenden Heeres wünschen und zuversichtlich erwarten, daß dieselbe eintreten werde, sobald die Verhältnisse Deutschlands zum Ausland es gestatten. Wegen der Volksbewaffnung ist, der Proklamation vom 6. März d. J. gemäß, ein Gesetzentwurf an die Stän e des Großherzogthums gelangt, worüber die verfassungsmäßige Verhandlung noch nicht beendigt ist. Allein eine Umgestaltung der deutschen Wehrverfassung hängt nicht von dem Großherzogthum Hessen allein ab. So lange die jetzige Wehrverfassung nicht durch allgemeine Beschlüsse für ganz Deutschland geändert ist, muß sie ohne Aufschub vollständig in Vollzug gesetzt werden, wenn das von Gefahren umringte Vaterland nicht ein Bild der Auflösung und Uneinigkeit darbieten soll, das seine Feinde zum Angriff ermuntern würde. Zum Vollzuge der dermaligen Wehrverfassung gehört aber, daß das ausgedehnte Geschäft der Vorbereitung zur Ergänzung der Mannschaft regelmäßig und rechtzeitig vorgenommen werde. Die Behörden sind angewiesen, den regelmäßigen Gang dieses hochwichtigen Geschäftes in jeder Beziehung zu verfolgen. Darmstadt, den 12. Juni 1848. Großh. Hess. Ministerium des Innern. Eigenbrodt. v. Lehmann. (Frkf. J.)

(Mainz, den 11. Juni.) Heute trat hier eine Versammlung von Mitgliedern deutscher Buchdruckereien zusammen, es waren Abgeordnete aus 38 Städten. Die Versammlung constituirte sich als allgemeiner deutscher Nationalbuchdruckerverein. Die Berathungen betrafen die Verhältnisse der Lehrlinge, die Setzer- und Druckerpreise 2c. In Betreff des Sonntagsgeschäfts wurde der Antrag auf vollständige Feier, insbesondere auch bei den Zeitungen, gestellt, und einstimmig der Beschluß gefaßt: »Der Nationalbuchdruckerverein ersucht die Redaktion des Frankfurter Journals, die Erklärung sämmtlicher deutschen Zeitungsredaktionen in Empfang zu nehmen und zu veröffentlichen, ob sie gesonnen seyen, an Sonntagen ihre Offizinen geschlossen zu halten.« Von Gehülfen bei folgenden Zeitungen wurde mitgetheilt, daß deren Redaktionen wohl nicht abgeneigt seyen, unter Voraussetzung der Betheiligung der übrigen, einzugehen: Allgemeine Ztg., Augsb. Postztg., Augsb. Abd.-Ztg., Aachener, Düsseldorfer, Karlsruher, Kölner Ztg., Schw. Merkur, Nürnb. Kurier, Nürnb. Korresp., mittelfränkische Ztg., Rhein- und Moselztg., Koblenzer Tagbl., Koblenzer Anzeiger. (Schw. M.)

Nassau. (Wiesbaden, 13. Juni.) Wir haben jetzt hier den zweiten Preßprozeß erlebt. Der verantwortliche Redakteur des „Volksfreundes«, F Emminghaus, wurde nämlich heute vor das Polizeiamt geladen, wegen einer Erklärung, die er in Nr. 63 seines Blattes zu einem nicht von ihm herrührenden Angriff auf Herrn Schulrath Seebode, worin derselbe »der niederträchtigste und unverschämteste nassauische Staatsdiener« genannt wird, geschrieben hat. Der Angeklagte verzichtete auf jede Vertheidigung, obgleich er erklärte, Thatsachen anführen zu können, die, einzeln genommen, Herrn Seebode moralisch vernichten würden, weil nach seiner Ansicht Preßvergehen nun und nimmermehr von geheimen Gerichten, sondern nur von Geschwornen abgeurtheilt werden können. Da bis jetzt aber Geschwornengerichte im freien Nassau nicht bestehen, so unterwarf sich der Angeklagte dem Urtheil des Hofgerichts zu Usingen. (Fr. J.)

Oesterreich. (Wien, 12. Juni.) Heute ist eine neue Ansprache des Kaisers an die Bewohner Wiens hier angelangt, welche morgen veröffentlicht werden wird, worin in noch bestimmtern Ausdrücken, wie in dem Manifest vom 3. Juni der konstituirenden Reichsversammlung, ausschließlich das Recht und die Befugniß zuerkannt wird, über die zukünftige Reichsverfassung zu beschließen, zugleich aber erklärt wird, daß der Reichstag nur dann in Wien abgehalten werden kann, wenn die Hauptstadt sichere Bürgschaften für Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe während der Dauer desselben bieten wird. Man folgert aus diesem letzteren Satz nicht ohne Grund eine wahrscheinlich Verschiebung des Reichstags. Die Stadt ist gegenwärtig ruhig und äußerlich wieder ganz in ihren regelmäßigen Zustand zurückgekehrt. Allenthalben bereitet man sich auf die beginennden Uhrwahlen vor. Heute ist die halbe Stadt mit den Studenten nach Halmbach hinausgezogen, in dessen schönen Thälern heute ein Großartiger- Burschenkommersch- abgehalten wird. Die heutigen traurigen Nachrichten von der italienischen Armee haben einen tieferschütternden Eindruck hervorgebracht, und Jedermann wünscht sehnlichst, daß dieser unglückselige, den Staat aufreibende Krieg doch bald durch friedliche Unterhandlung geschlichtet würde. Daß dieses auch der Wunsch aller denkenden Italiener ist, möge Ihnen folgender Brief, den der lombardische Kriegsminister Pompeo-Litta unterm 26. Mai an Hrn. von Hammer-Purgstall geschrieben, dessen Sohn Gefangener in Brescia ist: Sprechen Sie für den Frieden! Die Thatsache der Nationalität läßt sich nicht wegläugnen, noch beschwichtigen. Bei uns ist die Nationalität eine glühende Leidenschaft geworden. Wir sind im Krieg; aber wird das Haus Oesterreich durch denselben seine Lage verbessern? Wird der Krieg dem Wiener Handel Vortheil bringen? Böhmen vertheidigt das slavische Prinzip; Frankfurt das germanische; mit welchem Grund kann man das italienische anfechten? Möge Oesterreich sich in sein Schicksal ergeben. Wenn die Franzosen nach Italien kämen, wäre dieß nicht ein Unglück für ganz Europa? Darum möge man schleunigst in Unterhandlung treten; aber nicht durch Hartig'sche Proklamationen, von denen die Italiener sagen, daß dergleichen Versprechungen von den österreichischen Ministern schon hundertmal gegeben worden sind, ohne ein einzigesmal gehalten worden zu sein. Ich meinerseits bin ein großer Feind des Kriegs! Pompeo Litta. (A. A. Z.)

(Prag, den 11. Juni.) Heute früh war an den Ecken eine mit rothen Buchstaben gedruckte Zuschrift an die Bewohner Prags zu lesen, ungefähr folgenden Inhalts: Da man heimliche militärische Vorkehrungen bemerke, gegen die Stadt gerichtete Batterien auf der Wyschehrad, Lorenzberg 2c. gepflanzt worden, ferner zwischen den Garnisonen von Lemberg und Prag Sendschreiben über die Uebergriffe des Civile gewechselt wurden, so sehe sich die Studentenlegiosi verpflichtet, Maßregeln gegen eine drohende Reaktion zu ergreifen, und werde eine Deputation an den Kommandirenden senden, welche 2000 Gewehre, 80,000 Patronen, eine Batterie für sich, und Entfernung der an die oben bezeichneten Orte zur Nachtzeit heimlich geschleppten Kanonen verlangen soll. Man hoffe auf die Unterstützung dieses Begehrens von Seite aller Bewohner Prags. Unterzeichnet war das Plakat von fünf Personen, darunter die Doktoren Sladkowsky und Bruna. Nachmittags waren bereits die meisten dieser Zettel (wahrscheinlich von friedliebenden Bürgern) abgerissen worden. Ich komme soeben von einem Gang durch die Altstadt, und fand viel Volk auf dem Ringe und in der zum Generalkommando führenden Zeltnergasse. Die Nationalgarde war schon Mittags aufgeboten worden; Militär mit geladenen Gewehren steht auf dem Ringe und unweit des Generalkommandos. Starke Patrouillen ziehen durch alle Straßen. In der Zeltnergasse wollte ein Offizier einen Jungen, der vor ihm Grimassen schnitt, abführen lassen, die Volksmenge insultirte den Offizier, der sich flüchten mußte. Ich höre, daß, als die Studentenlegion sich beim Fürsten Windischgrätz melden ließ, dieser seinem Kammerdiener gebot, die Thüre zu öffnen und zu den Deputirten sagte: „Sie können gehen.“ Doch kann ich dies nicht verbürgen. Vor einigen Tagen hielt der Adel bei Nacht eine Versammlung, worauf die meisten (mit Ausnahme der zur Nationalgarde-gehörigen) mit ihren Familien sich von Prag entfernten. (A. A. Z.)

Aus Leipzig berichtet man: Nachdem heute Morgen schon das Gerücht umlief, daß Prag gesperrt sey, kommen uns durch Reisende, welche gestern früh um 5 Uhr von dort abgereis't sind, folgende nähere Nachrichten zu, die wir mittheilen, ohne sie verbürgen zu können. Heute sind allerdings weder Wiener Zeitungen und Briefe noch dergleichen aus Prag eingetroffen. Alle Anzeichen, berichtete der Reisende, die sich in den Tagen vor dem Feste kundgegeben, scheinen darauf hinzudeuten, daß die czechische Partei eine allgemeine Schilderhebung beabsichtigt habe, und am zweiten Pfingstfeiertag veranstaltete dieselbe in Verbindung mit den czechischen Studenten ein feierliches Hochamt im Freien, wodurch eine ungeheure Volksmasse zusammengezogen wurde. Hier gelobte man sich unerschütterliche Verfolgung der czechischen Sache, und nachdem die Masse gehörig fanatisirt war, zog sie gegen Mittags 12 Uhr in die Stadt zurück und zunächst vor die Wohnung des Commandanten, um daselbst wahrscheinlich eine Katzenmusik zu bringen. Die Grenadiere aber, welch bereits im Hofe consignirt standen, brachen zum Thor heraus und suchten die Menge zu zerstreuen, und es kam hier schon zum Handgemenge. Auch in den Straßen stießen Volk und Militär hart an einander und auf mehreren Seiten sah man Barrikaden erbauen. Der Commandant Fürst Windisch-Grätz ließ jetzt Alarm schlagen und gab bis um 4 Uhr Zeit, die Barrikaden wieder abzutragen. Allein der Tumult steigerte sich von Minute zu Minute, die Barrikaden wurden noch mehr vermehrt, und ein Haufe Pöbel schoß gegen die Wohnung des Fürsten v. Windisch-Grätz, wobei die Fürstin, am Fenster stehend, am Kopfe verwundet wurde. Jetzt ließ der Fürst anrücken, die Kanonen vorfahren, und eine fürchterliche Kanonade begann, welche von Nachmittags 5 Uhr bis Abends 10 Uhr unter fortdauerndem Kampfe auf beiden Seiten unterhalten wurde. Früh nach 5 Uhr soll der Kampf, der die Nacht über unterbrochen gewesen, sich von neuem wiederholt haben, und es scheint sich dies auch insofern zu bestätigen, als die Post, welche gestern früh um 7 Uhr aus Prag abgehen sollte, nicht eingetroffen ist. Der Aufstand in Prag sollte durch Alarmfeuer dem Lande mitgetheilt werden, und am zweiten Pfingstfeiertag Abends waren alle höhern Berge beleuchtet. (In Nürnberg eingelaufene Nachrichten melden eine bereits angeordnete Beschießung Prags). (D. A. Z.)

(Botzen, den 11. Juni.) Heute Nachmittag trafen über tausend Italiener, welche bei Curtanone gefangen worden, unter Escorte von einigen Dragonern und wenigem Linienmilitär, dem zwei und eine halbe tirolische Schützencompagnie beigegeben waren, hier ein. Das ist fast durchweg schmächtiges unreifes Volk, ohne militärisches Aussehen, ein großer Theil Buben von 15 bis 18 Jahren; sie sollen zumeist

Neapolitaner seyn. Wohin die armen Leute bestimmt sind, weiß man nicht; nur so viel ist gewiß, daß sie morgen, nach Brixen abgeführt werden. In Trient wurde ihnen, nach der Aussage mehrerer Schützen von Escorte, die unzweideutigste Theilnahme, öffentlich bezeugt. Die Cavallerie war bei der Ankunft des Zuges Abends 10 Uhr genöthigt, wegen bedrohlichen Gedränges, die Straßen zu säubern und die Hausthüren sperren zu lassen. Zurufe, Zeichen und Geschenke in Geld und Lebensmitteln wurden den Gefangenen reichlich zu Theil, während unser Militär sammt den Schützen, zornige Blicke die Fülle mit auf den Marsch bekam. Was möchte geschehen, wenn unsere Truppen in Italien besiegt würden? Und dennoch bieten die Deutschtiroler, diesen höchst zweideutigen Landsleuten, auf ihre Protestation gegen die Beschickung unseres constituirenden Landtages, die brüderliche Rechte! Der Wälsche hat keinen ehrlichen Handschlag für den Deutschen; wo er die Faust nicht offen zeigen darf, ballt er sie in der Tasche wider uns. (A. A. Z.)

(Triest, den 12. Juni.) Das Lloyd'sche Dampfboot Imperatrice welches gestern mit den nöthigen Certifikaten versehen, nach der Levante abgehen sollte, wurde von der Flotte zurückgewiesen, mit dem Bemerken, daß Triest seit gestern in Blokadezustand erklärt sei und heute der Regierung davon amtliche Anzeige gemacht werden soll, die aber bis zu diesem Augenblick (Nachmittag um 1 Uhr) noch nicht erfolgt ist. So sind wir fortwährend der Willkür des Feindes preisgegeben, ohne daß wir wissen, woher die Hülfe kommen soll. Vielleicht kommt sie von Deutschland, das uns ganz vergessen zu haben scheint. In der letzten Nacht fuhr ein feindliches Dampfboot wieder so nahe an das Ufer, daß es gewiß in den Grund gebohrt worden wäre, wenn es sich nicht eiligst entfernt hätte. Gegenwärtiges Schreiben erhalten Sie durch einen Kurier, welcher heute von hier an die Nationalversammlung zu Frankfurt abgeht. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 13. Juni.) Hier ist folgende Bekanntmachung erlassen worden: »Um die Sitzungen der Nationalversammlung gegen Störungen zu sichern, erscheint es nothwendig, das Ansammeln und Verweilen größerer Menschenmassen in der Nähe des Sitzungslokals zu verhindern. Es kann daher an den Sitzungstagen während der Dauer der Berathungen der Nationalversammlung in den nächsten Umgebungen der Singakademie dem Publikum das Zusammentreten und das Verweilen in größerer Menge überhaupt nicht mehr gestattet werden. Auch an anderen Orten und zu anderen Zeiten sind größere Anhäufungen des Publikums auf den Strassen und öffentlichen Plätzen der Stadt unstatthaft, sobald sie die Freiheit des Verkehrs oder sonst die öffentliche Ordnung beeinträchtigen. Finden nichtsdestoweniger solche Ansammlungen statt, so wird die Bürgerwehr, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die Menge nicht auseinandergeht, auf Grund der Verordnung vom 19. April c., einschreiten und die bei dieser Gelegenheit zu verhaftenden Personen dem Gericht zur Bestrafung überweisen. Berlin, den 10. Juni 1848. Das interim Kommando der Bürgerwehr: Blesson. Der Polizei-Präsident: von Minutoli.« (Pr. St.-A.)

(Posen, den 11. Juni.) Bei uns ist heute Alles in einer gewissen unruhigen Bewegung, nachdem gestern die verbürgte Nachricht hier eingegangen ist, daß bei der Stadt Kalisch hart an unserer Gränze in aller Eile ein großes russisches Lager für 100,000 Mann errichtet wird. Die Truppen rücken aus Litthauen und Volhynien in Eilmärschen heran. Man fragt sich hier mit Bangigkeit und Besorgniß, was diese außerordentliche Anhäufung russischer Streitkräfte im Königreich Polen, und noch dazu längs unserer Grenze zu bedeuten haben könne; ohne sich das Räthsel erklären zu können, ist ein großer Theil unserer Bevölkerung schon geneigt, sich durch das Phantom einer russischen Invasion in Schrecken setzen zu lassen. Man glaubt, Rußland werde plötzlich Partei für Dänemark nehmen und dadurch einen genügenden Vorwand gewinnen, um mit großer Uebermacht einzurücken und sich des Großherzogthums zu bemächtigen. Kaiser Nikolaus soll nämlich die Ueberzeugung nähren, daß er sich nicht eher mit Sicherheit den Herrn von Polen nennen könne, als bis in der Provinz Posen eine streng absolutistische Regierung eingeführt sei. Uebrigens fürchten sich die Polen vor den Rußen beiweitem nicht in dem Grade, wie unsere deutschen Einwohner, die ganz unverholen eingestehen, daß sie flüchten würden, selbst wenn die Russen als Freunde kommen sollten. Jedenfalls ist das einzig Wahre an der ganzen Sache die nicht zu bestreitende große Concentrirung russischer Truppen im Königreiche; doch werden diese schwerlich unsere Grenze überschreiten, sondern sich damit begnügen, an den äußersten westlichen Marken Wache zu halten, damit das böse Contagium, das jetzt mehr als die Hälfte von Europa angesteckt hat, nicht in das Ländergebiet des Zars vordringe, dessen Regierungsweise einer sogenannten zeitgemäßen Modification durchaus unfähig ist. (D. A. Z.)

Sachsen. (Eisenach, 12. Juni.) Die Hoffnung, die wir gestern aussprachen, hat sich erfüllt, man hat einen Mittelweg eingeschlagen, um die beiden Parteien der Studenten, die mit so ganz verschiedenen Absichten nach der Wartburg gekommen waren, zufriedenzustellen. Die allgemeine Studentenversammlung wird nämlich ganz in der vom Programm bestimmten Weise stattfinden, aber sofort nach deren Beendigung wird hier ein von allen deutschen Universitäten zu beschickendes Parlament zusammentreten. (A. D. Z.)

(Altenburg, den 12. Juni.) Die Zustände in unserem sonst so gesegneten und glücklichen Lande, namentlich aber in der Residenz, sind wahrhaft trostlos, und der Blick in die Zukunft ist sehr trübe. Zwei junge Advokaten, welche sich jedenfalls einen Namen machen wollen, beherrschen nicht nur die Residenz, sondern den ganzen östlichen Landestheil. Ihnen haben sich eine große Anzahl hiesiger Bürger und selbst viele Bauern angeschlossen. Diese Partei will nichts Anderes, als eine soziale Republik, und ihr höchstes Streben ist darauf gerichtet, den Herzog zu entthronen. Um auch noch den westlichen Landestheil der Republick geneigt zu machen, haben die Häupter der Partei für die Pfingstfeiertage in den dortigen Städten große, auf den Marktplätzen abzuhaltende Volksversammlungen ausgeschrieben. Es steht, da wir seit Kurzem ein neues, thatkräftigeres Ministerium haben, zu hoffen, daß dieses mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln einschreiten und jenem maßlosen und ungesetzlichen Treiben Einhalt thun werde. Sollte das Ministerium darin Widerstand finden, so wird wahrscheinlich preußisches oder sächsisches Militär unsere Stadt besetzen. (Schwb. M.)

Würtemberg. (Cannstatt, den 14. Juni.) Die Hinrichtung der beiden Mörder Mauthe und Schaff fand heute früh um 5 Uhr statt. Der ganze Akt gieng ohne die mindeste Störung vorüber. Der Zuschauer waren es bei Weitem weniger als gestern, und diese verhielten sich vollkommen ruhig. Es waren aber auch bedeutende Vorsichtsmaßregeln zur Erhaltung der Ordnung getroffen. Schon in der Nacht wurde unter dem Schutze von Militär das Schaffot aufgeschlagen und alle Zugänge zu demselben abgesperrt. — Um 2 Uhr Morgens wurde der Platz durch einen doppelten Kreis Landwehr und Infanterie besetzt und von einigen Schwadronen Reiterei die Reserve gebildet. Mauthe zeigte viele Ruhe und Standhaftigkeit, Schaff dagegen war vollkommen zerknirscht, sah todesbleich aus und mußte auf das Schaffot geführt werden. Scharfrichter Seltenreich führte unter Beihülfe seines Kollegen von Ulm beide Male den Streich mit sicherer Hand. Pfarrer Mann von Hedelfingen hielt die Rede auf dem Schaffot. So betrübend die gestrigen Ausbrüche von Rohheit und Gewaltthätigkeit waren, so wohlthuend war heute die ernste Haltung des Publikums. Uebrigens wurden gestern noch viele Verhaftungen der Ruhestörer, meistens Arbeiter von auswärtigen Städten, vorgenommen, was vortreffliche Folgen hatte, wie es überhaupt an der Zeit ist, dem Gesetze und der Ordnung mit Nachdruck Achtung zu verschaffen. (Swb. M.)

(Stuttgart, den 12. Juni.) Der hiesige »Beobachter« berichtet: „Der Name Hecker geht gegenwärtig wie ein Geist unter der Bevölkerung umher. Auf der Straße, im Eisenbahnwagen, im Omnibus wird auf irgend Jemanden mit der Behauptung gedeutet: »Der Mann dort mit dem Barte — ist der Hecker.« Am Samstag nahm ein Solcher während der Fahrt nach Göppingen die ihm gebrachten Huldigungen auf, wenigstens ohne sie abzulehnen. Aus Furcht vor etwaigen Unruhen wurde gestern Nachmittag das erste Bataillon der Bürgerwehr aufs Piquet gestellt. Den Mitgliedern des Bataillons ward anbefohlen, den Tag über die Stadt nicht zu verlassen, und fast die ganze Nacht wurde patrouillirt. Doch blieb Alles ruhig. Nur in der neuen Kaserne bemerkte man unter den Soldaten einige unruhige Bewegung. Dieselben scheinen darüber erbittert gewesen zu seyn, daß sie ebenfalls die Stadt nicht verlassen durften. Nicht nur weigerten sich mehrere »anzutreten«, sondern man hörte auch aus den Fenstern der Kaserne von Soldaten desselben 6 Regimentes, dessen musterhafte Haltung im badischen Oberlande so sehr gerühmt wird, wiederholt die lauten Rufe: „Es lebe der Hecker", „Hecker soll leben!" — Der Kasernenhof wurde geschlossen und man sah Offiziere und Feldjäger unruhig hin und wieder gehen. Schon den Tag über hatte man hören können, daß einzelne Soldaten in gleichem Sinne in den Wirthshäusern sich aussprache. — Bei dieser Stimmung eines — wenn vielleicht auch nicht bedeutenden — Theiles des Militärs ist es nicht zu verwundern, wenn — wie in der Stadt allgemein gesagt wird — der Herr Kriegsminister, Graf v. Sontheim, mit dem Obersten der Weingärtner, Herrn Stadtrath Stöckle, conferirte."

Frankreich.

† (Paris, 12. Juni.) Die Zählung der Nationalwerkstätten-Arbeiter ist zu Ende. Laut der ministeriellen Angaben beläuft sich die Gesammtzahl der Beschäftigten auf 114,000 Mann. Ausser den Nichtparisern sollen noch Diejenigen ausgeschieden werden, welche irgend ein anderes Einkommen haben. Neue Aufnahmen finden nur unter den von der Nationalversammlung aufgestellten Grundsätzen der Ausbeutung statt.

Pierre Bonaparte, gegenwärtiges Glied der Nationalversammlung, wurde am 21. Sept. 1836 in Rom zum Tode verurtheilt, weil er den Offizier erdolcht hatte, der ihn als des Meuchelmordes eines Forstwächters verdächtig, nebst seinem Bruder Antonius gefangen nehmen sollte. Der Papst indessen begnadigte den Verurtheilten, indem er die Todesstrafe in Landesbann verwandelte. Auf diese Weise suchte der Sohn Luzian's ein Asyl in Amerika, von wo ihn nun Corsika in die Nationalversammlung schickte.

(Nationalversammlung. Sitzung vom 12. Juni.) Starke Arbeitergruppen lagern in der Nähe des Tuileriengartens und an der Revolutions- oder Eintrachtsbrücke. Aehnliche Haufen durchziehen die Boulevards und andere Stadtviertel. Auf mehrfache Anfragen, was dieses Zusammenschaaren bedeute, erwidern sie ernst: Wir wollen den Bürger Napoleon Louis Bonaparte in die Nationalversammlung geleiten. Diese Aufregung hat die höchste Militärbehörde veranlaßt, den Generalmarsch schlagen zu lassen, und sämmtliche Bürgerwehr unter die Waffen zu rufen. Unter diesen und ähnlichen Umständen eröffnete Präsident Senard um 1 Uhr die Sitzung. Die Repräsentanten waren sehr zahlreich. Pierre Bonaparte ergriff zuerst das Wort zu einer Erläuterung des Protokolls. Ich war, begann er, leider nicht mehr anwesend, als Heckeren am Sonnabend das Ereigniß in Troyes berührte und den Kriegsminister, General Cavaignac, zu der Erklärung veranlaßte, daß Unglück Jeden treffe, der es wagen sollte, die Regierungsform anzutasten, die sich Frankreich gegeben. Ich würde hier, wo wir nur Grundsätze verhandeln sollen, nicht auf jenen Fall zurückkehren, wenn leider nicht Personen ins Spiel gebracht würden, deren Namen ich trage, und deren Handlungsweise von vielen Zeitungen mit den schwärzesten Farben dargestellt wird. Ich bin Verwandter und Freund des Angegriffenen, wäre aber der Erste, seine Verurtheilung zu verlangen, wären die ihm gemachten Vorwürfe gegründet. So aber entsprängen sie nur aus der erbärmlichsten Verleumdung. Der Redner erzählte hierauf, wie sein Vetter London verlassen und nach Paris geeilt, aber wieder nach England zurückgekehrt sey, als es die provis. Regierung wünschte. Seitdem hätten die Zeitungen allerlei Lügen erfunden. Die Napoleoniden, sagten sie, wollten das Pariser Volk mit dem Golde des Auslandes bestechen. Wie, rief Pierre, ein Bonaparte wolle fremdes Gold anwenden, um seine Brüder, die Franzosen, zu bestechen? Ich trage, schloß er, auf Untersuchung dieser Verleumdungen an. Flocon, der Minister en gants jaunes, zweifelte nicht, daß die Vollziehungsgewalt der Versammlung die nöthige Auskunft zu geben bereit sey, und vielleicht einige Maasregeln vorzuschlagen gedenke; doch hielt er die Bemerkungen des Redners nicht wesentlich genug, um die Tagesordnung der Versammlung zu unterbrechen.

Laurent beschwert sich, daß die Seine-Wahlen noch nicht promulgirt seien. Recurt, der Minister des Innern, verspricht die Wahlprotokolle der Versammlung sogleich vorzulegen. Duclerc, Finanzminister, bestieg wider Vermuthen die Bühne und las der Versammlung ein langes Promemoria über die Finanzlage Frankreichs vor, aus welchem er die Nothwendigkeit des Rückkaufs der Eisenbahnen wiederholt als das einzige Mittel nachwies, wodurch sich der Staatskassa einen jährlichen Reinertrag von 20 Millionen Franken und Arbeit für das Pro-

letariat verschaffen könne. Zu diesem Behufe sey nur nöthig, daß die Bank dem Staate die Kleinigkeit von 150 Millionen Franken vorschieße. Wenn man übrigens den Geist der haute finance, die ihre mächtigste Stütze in der Versammlung zählt, berücksichtigt, so wird man das Mißbehagen begreifen, mit welchem sie die ministeriellen Expektorationen anhörte. Das Bemerkenswertheste in diesem Berichte war die Stelle, in welcher der Minister die Rente zu demokratisiren strebt, indem er laut seines Berichts künftig nicht mehr blos für 10 Franken, sondern sogar für 5 Franken Staatsrenten zu verkaufen vorschlägt, um sie auch dem Kleinhandel zugänglich zu machen. Man entsinnt sich, daß Girardin noch demokratischere Vorschläge in seinem Blatte längst machte. Nach diesem Bericht, der gedruckt und vertheilt werden soll, schritt die Versammlung endlich zur Tagesordnung, nämlich zur Diskussion der monatlichen 100,000 Franken für die Vollziehungsgewalt, deren Genehmigung man bis zur Wichtigkeit einer Kabinetsfrage erhoben. Duprat, Berichterstatter, las sein Ausschußgutachten vor, das auf Bewilligung des verlangten Kredits anträgt. Nun folgte der Kampf. Sevestre wollte das Geld bewilligen, nur solle sich die Vollziehungsgewalt den Revolutionären, namentlich den Klubs gegenüber energischer benehmen. Baboud Larivière kam den Angegriffenen zu Hilfe. Laussat, ein ganz obskures Glied, bekämpfte dagegen den Kredit in der frechsten Weise und erhitzte in offenbar feindseliger Absicht die Gemüther. General Bedeau zeigte sich dem ministeriellen Antrage nicht weniger feindlich, doch war die Form höchst gemäßigt. Lamartine bestieg hierauf die Bühne. Auch die Vollziehungsgewalt, bewieß er, wünsche nichts Sehnlicheres als die obwaltende Spannung zu heben. Man säe Zwietracht und schreie über Uneinigkeit der Glieder der Vollziehungsgewalt; dies sey aber nicht wahr. Es herrsche keine Uneinigkeit unter ihnen; er berufe sich hiefür auf die Gesammthandlungsweise der Regierung. 4 Uhr. (Sitzung dauert fort.)

Italien.

(Verona, 11. Juni.) Treviso soll kapitulirt haben. (?) Ein Theil der Armee Radetzky's ist hieher zurückgekehrt, das Gros hat sich aber nach Vicenza begeben, und diese Stadt im Zusammenwirken mit Weldens Korps gestern nach äusserst hartnäckigem Widerstande genommen. Man erzählt sich von ausserordentlichen Grausamkeiten, welche die Menschlichkeit und Brüderlichkeit predigenden Italiener bei dieser Gelegenheit verübt haben sollen, z. B. Beschütten der Soldaten mit glühendem Sande, Ermorden schwangerer Soldatenweiber rc. Die italienischen bei der Armee befindlichen Truppen, z. B. die Regimenter Haugwitz und Erzherzog Sigmund, vermindern sich durch Davonlaufen außerordentlich, mehr als die Hälfte ist verschwunden. Diese Leute gehen nicht zum Feinde über, sondern finden es viel gerathener und bequemer, sich zu verstecken oder zur Heimath zurückzukehren. Waffen und Rüstzeug werden liegen gelassen, weggeworfen, weggeschenkt oder verkauft. Auf diese Art haben diese Regimenter viele überzählige Offiziere. (A. A. Z.)

Rußland.

(Posen, den 11. Juni.) Aus Kalisch ist gestern die außerordentliche Nachricht hier eingegangen, daß daselbst aufs schleunigste ein Lager für hunderttausend Mann errichtet werden soll. Die russischen Truppen rücken in Eilmärschen heran, und die ganze Besatzung von Litthauen, ist bereits im Königreich Polen eingetroffen. Man ist hier nicht ohne große Besorgniß. (A. D. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Das den Bauern Georg und Anna Strobel'schen Eheleuten von Kotzenhof zugehörige Besitzthum, welches in der öffentlichen Bekanntmachung vom 9. April 1848 im Korrespondenten von und für Deutschland No. 123, Kreisintelligenzblatt No. 38 und im Blatt für amtliche Bekanntmachungen No 21 näher bezeichnet, wird, da sich im Verkaufstermine vom 27. Mai curr. kein Kaufsliebhaber eingefunden hat, anderweit zum Verkaufe ausgestellt, und II. Bietungstermin auf

Samstag den 8. Juli c. Vormittags 9 Uhr

im Strobel'schen Hause zu Kotzenhof anberaumt, wozu Kaufsliebhaber unter dem Beifügen andurch eingeladen werden, daß in diesem Termin der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth nach §. 99 der Gesetz-Novelle vom 17 Novbr 1837 erfolgt.

Lauf, den 4 Juni 1848.

Königl. Landgericht.

Delhorf

Meyer.

Dank und Empfehlung.

Allen Anverwandten, Freunden und Bekannten, welche bei der Beerdigung meines seel'gen Mannes so große Theilnahme zeigten, sage ich hiemit meinen wärmsten Dank, mit dem Wunsche, daß Sie Gott alle vor dergleichen traurigen Ereignissen recht lange bewahren möge, mir aber Gelegenheit gebe, Ihnen bei freudigen Veranlassungen dienen zu können.

Zugleich verbinde ich hiemit die Anzeige, daß ich das Geschäft meines seel'gen Mannes nebst der Wirthschaft unverändert fortführe, und empfehle mich dem hochverehrten Handelsstand nebst dem verehrlichen Gesammtpublikum auf das Angelegentlichste.

Margarethe Kittler, Rothgießermeisterswittwe und Wirthschaftsbesitzerin zum geharnischten Mann.

Danksagung.

Nicht herkömmliche Sitte, nein! die innigsten und heißesten Dankesgefühle sind es, welche mich auffordern, öffentlich der unermüdeten und aufopfernden Sorgfalt rühmend zu erwähnen, welche mir Herr Professor Dr. Dietz, so wie Herr Dr. Schramm im allgemeinen Krankenhause während eines 35 wochenlangen, mit einer Gelenksentzündung verbundenen Gichtleiden zu Theil werden ließ.

Möge Gott die genannten Herren noch lange zum Segen und Wohl der Menschheit erhalten, und sie nebst ihren Familien mit dauerhafter Gesundheit erfreuen! Zugleich sage ich auch den innigsten Dank meinen zwei Wärterinnen Katharine Schmidt und Margaretha Beck, indem auch sie unermüdet und mit größter Sorgfalt mich behandelten. Gott lohne ihnen und schenke ihnen Beiden noch viele Jahre dauerhafte Gesundheit!

Nürnberg, den 19. Juni 1848.

Johann Bauriedel,
nebst Mutter und Geschwisterte

General-Versammlung

der Nürnberger Schützen-Gesellschaft heute Samstag Abends 7 Uhr.

Die Schützenmeister.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 19. d. M. Produktion im Zwinger bei Herrn Kißkalt. Die Musik beginnt um 7 Uhr.

Der Vorstand

(Verloren.) Am 14 d. (Pfingstmontag) wurde in Erlangen eine goldene Vorstecknadel verloren. Der redliche Finder wolle dieselbe gegen 2 fl Belohnung in der Exped. d. Bl. abgeben lassen

Pferde-Verkauf.

In Folge Reskripts der königl. Regierung von Mittelfranken Kammer der Finanzen vom 5 d. Ms werden künftigen Donnerstag den 22. d Ms, Vormittags von 11 bis 12 Uhr von der unterzeichneten k. Brauadministration im Hause L. Nro. 250, 3 Pferde dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, nämlich:

2 dunkelkastanienbraune Wallachen, der eine 16 Fäuste 2 Zoll hoch, und der andere 17 Fäuste hoch,
1 Rothfuchs, 15 Fäuste hoch.

Der Zuschlag erfolgt an den Meistbietenden mit dem Schlage 12 Uhr vorbehaltlich hoher Regierungs-Genehmigung.

Ein Nachgebot wird nicht angenommen

Nürnberg, den 15. Juni 1848.

Königl. Brauadministration.

Schneider Meyer.

Auctions-Anzeige.

Montag den 26. Juni, Vormittags 8 Uhr, findet im Hause S. Nr. 25 am Herrnmarkt ein Verkauf von Weißzeug, Betten, Kupfer, Zinn, Messing, Gläsern, Schreinwerk von Nußbaum- und Eichenholz, worunter Sopha und Sessel, nebst anderm Hausgeräth gegen sofortige Baarzahlung statt, und werden Kaufsliebhaber eingeladen.

Nürnberg, den 15. Juni 1848.

BELVEDERE.

Sonntag den 18. Juni Produktion der 11stimmigen Blechmusik des Regiments Gumpenberg, wozu ergebenst einladet

Sturm

Deutsches Haus in Gostenhof.

Morgen Sonntag den 18. und Montag den 19. Juni wird daselbst das Jahresfest gefeiert, und ist Produktion von einer Abtheilung der Musik des Regiments Gumpenberg. Für Hefenküchlein und verschiedenes Backwerk, so wie für verschiedene warme und kalte Speisen und ausgezeichnetes Felsenkellerbier ist bestens gesorgt Abends Illumination des Gartens

Samstag den 17 Juni, als am Vorabend, ist Metzel-Suppe. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein.

J Neubauer

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 17. Juni findet vollständige Orchestermusik statt. Entree 6 kr. à Person. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Almoshof.

Sonntag den 18. Juni ist Tanzmusik

Eintracht.

Montag den 19 Juni Produktion auf dem Schloßzwinger, wozu die verehrlichen Mitglieder höflichst eingeladen werden Anfang 8 Uhr

Der Vorstand

Lebewohl.

Meinem abwesenden besten Freunde, Herrn Peter Burckhardt, Korporal, sage ich nochmals ein herzliches Lebewohl.

Anton Sinlein.

(Zu verkaufen) Sechs neue nußbaumene Rohrstühle, mit eingelegten Rahmen, sind um sehr billigen Preis zu verkaufen in S. Nro. 320 Krämersgäßchen.

Kißkalts Zwinger.

Nächsten Sonntag den 18. Juni findet Produktion der Blechmusik des Herrn Lippert statt, wobei unter vielen Piecen auch der neue, von Hrn. Birkner componirte Stadtwehrmarsch vorgetragen wird. Es ladet hiemit höflichst ein

Kißkalt.

Constitutioneller Verein.

Listen und Programme liegen fortwährend bei den HH. Kaufmann Reßmann, Apotheker Merkel u. Conditor Winter zur Einzeichnung auf.

Der Ausschuß.

Schloßzwinger.

Heute Sonnabend Blech-Musik von Herrn Lippert.

Regensburger Hof.

Heute Samstag den 17. Juni „Metzel-Suppe," wozu höflichst einladet

Schmidt.

(Entflohen.) In der Nähe der Lorenzkirche entkam ein Kanarienvogel, mit grüner Haube. Sollte denselben Jemand haben, so bittet man solchen gegen ein Douceur in Lit. L Nro. 96 zurückzubringen.

(Zu vermiethen.) Bis Ziel Laurenzi ist am Obstmarkt im Hause S. Nr 982 eine schöne, gesunde Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern vornheraus, 2 Kammern und sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen. Beliebt eine Größere, so kann dieses durch Tausch auch bewerkstelligt werden. Näheres bei Kaufmann Fr. Semler in demselben Hause.

(Zu vermiethen.) Bis zum Ziel Lorenzi 1848 ist im Hause Nro. 25 am Herrnmarkt in Nürnberg eine große Wohnung im ersten Stock nebst Pferdestallung zu vermiethen.

Nähere Aufschlüsse werden im dritten Stock dieses Hauses ertheilt.

(Anzeige) Bei günstiger Witterung werden dem Vernehmen nach die beiden freiwilligen Eisenbahnarbeiter-Kompagnien am Sonntag den 18. d. Morgens 6 Uhr eine militärische Promenade nach dem Irrgarten unternehmen Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt

(Gesuch.) Man sucht einen schwarzseidenen Hut, neuer Façon, zu kaufen.

(Gesuch) Ein einzelner Herr sucht sofort eine gut gelegene und bequem eingerichtete Wohnung. Adressen werden schriftlich entgegen genommen durch die Exped. d. Blattes.

Arena.

Sonnabend den 17. Juni. Große außerordentliche Vorstellung der Athleten und Akrobaten, unter Leitung des Hrn Czelick Vorher: „Das Sonntagsräuschen" Originallustspiel in 1 Akt von W. Fleiss. Zum Schluß: „Die Wiener in Berlin". Liederposse in 1 Akt von C. von Holtei.

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

61 22 31 7 14

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18. Juni 1848. № 170 Sonntag: Arnolphus.

Deutschland.

Bayern. (München, den 15. Juni.) Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß, nachdem das Tragen der deutschen Kokarde beim bayerischen Heere eingeführt ist, auch der Landwehr das Tragen derselben wird anbefohlen werden. Warum aber geschah dies nicht gleichzeitig; muß es bei uns denn bei Allem und Jedem halbe Maßregeln geben und dadurch immer neue Unzufriedenheit erregt werden? Ich hörte dieser Tage viele Landwehrmänner äußern, daß sie auf den Befehl, die deutschen Farben tragen zu dürfen, gar nicht warten, sondern bei der ersten Ausrückung mit der deutschen Kokarde erscheinen werden. (A. Abdz.)

(München, den 16. Juni.) Nachdem wir so lange Zeit Ruhe halten und seit länger als 14 Tage schon keine Patrouillen mehr sahen, fand gestern Nachts gegen 11 Uhr im sogenannten kleinen Löwengarten vor dem Karlsthor ein ernstlicher Krawall statt. Durch grobe und beleidigende Aeußerungen des Wirths und seiner Dienerschaft gegen die Gäste wurden die Anwesenden so aufgebracht, daß sie alles Bewegliche und Unbewegliche zusammenschlagen. Das Bier kostet nemlich in den Kellern 5½ Kreuzer, der Wirth vom Löwengarten verlangte 6 Kr., und als man die Aufwärter hierüber zur Rede stellte, wurde der Bescheid gegeben, daß er den halben Kreuzer mehr deshalb aufschlagen müsse, weil ihm so viel gestohlen werde. Die Anwesenden bezogen diese Aeußerungen auf sich und so entstand der Unfug, der sich so weit steigerte, daß das Militär, Kavallerie und Infanterie, zur Erhaltung der Ordnung noch spät in der Nacht ausrücken mußte. (A. Abdz.)

(Regensburg, den 15. Juni.) Heute sind abermals die Posten aus Prag ausgeblieben. Reisende behaupten, man habe den Kanonendonner bis Pilsen gehört. Die Wiener Blätter melden nichts, es scheint daher, daß die Telegraphenlinie unterbrochen ist. (Regsbr. Z.)

Baden. (Mannheim, den 14. Juni.) Morgen in der Frühe marschirt der Rest des hier liegenden nassauischen Infanterie-Regiments ab, um, wie es heißt, in die Heimath zurückzukehren. Ebenso wird die nassauische Artillerie morgen dahin abziehen. Das am Samstag von hier weggegangene Bataillon soll bereits heute von Heidelberg aus den Rückweg nach Nassau angetreten haben. Bayerische Truppen, es heißt sogar, zwei Regimenter, werden hier erwartet. (Schw. M.)

(Vilbel, den 13. Juni) Um etwaige falsche Mittheilungen zu entkräftigen, theile ich Ihnen kurz Folgendes mit: Gestern Abend kam es hier zu ernsten Auftritten. Eine Korporation eines Ortstheils, durch übelgesinnte Anführer geleitet, stellte sich kurz vor Mitternacht bewaffnet auf, angeblich, einen Ueberfall von dem andern (Haupt-) Ortstheil abzuwehren. Von der Ortswache angesprochen, widersetzte sich diese Mannschaft, und es geschah bald durch Hinzutreten der Vorübergehenden, daß mehrere starke Verwundungen durch Schuß und Stich stattfanden. Die unterlegene Partei schlug Allarm, und in Folge dessen war bald die Bürgerwehr, wie ein großer Theil der hiesigen Bevölkerung, auf den Beinen. Mit möglichster Ruhe und Besonnenheit wurde nun durch Entwaffnung und Arretirung der Haupträdelsführer die Ruhe wieder hergestellt. Dank der Bürgerwehr für ihr kräftiges Einschreiten! (Frkft. J.)

Braunschweig. (Braunschweig, 10. Juni.) Wenn viele deutsche Regierungen beschuldigt werden, daß sie in reaktionärer Absicht, um das Ansehen und die Bedeutung der deutschen Nationalversammlung zu schwächen, gleichzeitig mit derselben ihre Landesversammlungen beriefen, so muß man unsere Regierung von solch einem Benehmen freisprechen. Unsre Landstände sollten nämlich nach der ihre Vertagung enthaltendenden Verordnung schon am 20. d. M. wieder zusammentreten, da aber die Reichsverfassung bis dahin nicht vereinbart seyn wird und unsre Regierung erklärt hat, daß sie erst nach deren Vereinbarung der jetzigen Ständeversammlung ein Wahlgesetz und deren Stand neu gewählt, die von der Zeit erforderten Veränderungen unserer Landesverfassung sowie die sonst nöthigen Gesetze unsres Landes vorlegen würde, so ist durch ein Gesetz vom 8. d. M. die Vertagung der Ständeversammlung auf ihre längste verfassungsmäßige Dauer, bis zum 25. d. M. ausgedehnt. (Brem. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. Mai., 1 Uhr.) Heute fand keine Parlamentssitzung statt, dagegen war die zweite Sitzung der Abgeordneten der demokratischen Vereine. Dieselbe war auf Vormittags 8 Uhr im »Deutschen Hofe« — früher hieß das Gasthaus »König von Preussen«, diese Benennung wurde aber nach den Berliner Ereignissen aufgegeben — anberaumt. Als ich am Eingange die Eintretenden betrachtete, fand ich manche kräftige Gestalten, zuweilen jenes vergeistigte Antlitz, jenen eigenthümlichen Blick, in dem der Fanatismus, politischer oder religiöser, brennt, aber auch oft jenes behäbige »Sich geben lassen«, das eher auf einen sogenannten Lebemann hindeutet, als auf einen Charakter, der mit Allem für die ein Mal gefaßte Idee einzustehen im Stande ist. Was mir noch auffiel, war manche neue Blouse; gar Mancher verrieth, daß er mit diesem »modernen« Kleidungsstück erst kürzlich nähere Bekanntschaft gemacht. Von den eigentlich arbeitenden Klassen waren Zuhörer und Theilnehmer, doch in bedeutender Minderzahl, anwesend. Der Versammlungsort, ein mittelgroßer Saal, war nicht ganz mit Personen gefüllt, von denen die äußersten Reihen Zuhörer schienen. Unter den Abgeordneten sah ich Ronge, ein energisches bebartetes Gesicht, keinen Zug mehr von einem Geistlichen, Freiligrath, der mir etwas gealtert vorkömmt, Pelz, Esselen, Löwenstein Metternich aus Mainz und gar Manche Andere, deren Namen unter den demokratischen Kämpfern in erster Reihe genannt werden. Auf dem Bureau gewahrte ich Julius Fröbel als Präsid. und Prof. Bayrhoffer als Vicepräs. Die Tagesordnung brachte den Bericht Gottschalk's über die Centralisirung der verschiedenen demokratischen Vereine. Die Kommission war der Ansicht, man solle einen leitenden, gebietenden Ausschuß in Berlin niedersetzen, und die einzelnen Länder Deutschlands in bestimmte Kreise — ich möchte sie »Provinzen« nennen — theilen, die hinwiederum in irgend einer Stadt einen mit dem Central-Ausschuß direkt verkehrenden leitenden Ausschuß hätten. Zum Sitze des Centralausschusses war Berlin bestimmt worden. Unter den Städten, die zu Sitzen der untergeordneten Ausschüsse bestimmt waren, nenne ich Bamberg, Mannheim, Stuttgart, Köln, Breslau, Wien. Der Central-Ausschuß sollte einem je im Oktober zusammenberufenden Congresse unbedingt Rechenschaft ablegen, er sollte aus drei Personen, die mit allen „gesetzlichen" Mitteln, namentlich der Presse und der Association, die „demokratische" Republik befördern, bestehen, und die dafür — da die Angelegenheit die ganze Zeit derselben wegnähme, besoldet werden sollen. Dieser Antrag erlitt mehrere heftige Angriffe in der Versammlung, man nannte ihn Dictatur, Revolutionsausschuß &c. Höchst interessant war für mich, wie die Herren vom Ausschuß, die ihn vertheidigten, dieselben Stichworte gebrauchten, die sie gar oft den Anhängern monarchischer Regierungsformen vorwarfen. Da hieß es auch, »es muß eine Kraft da seyn, die das Ruder führt,« oder „wir müssen Vertrauen zu einander haben." Der Antrag Schiff's — wenn ich den Namen recht gehört — der durchging, verlangte, daß dem Central-Ausschusse seine Competenz zuerst bestimmt vorgezeichnet werde, und man einigte sich auf den Antrag Krieg's (mit Einschluß einiger Unteramendements) über Folgendes: »Es wird ein Central-Comité niedergesetzt, das die Bestimmung hat, die republikanischen Vereine in Deutschland zu vereinigen und zu stärken, das verpflichtet ist, eine rege Korrespondenz zwischen den verschiedenen demokratischen Vereinen in Deutschland zu unterhalten, das ferner regelmäßige Berichte über den Stand der Demokratie in allen Gegenden einzufordern, und alles Wichtige aus diesen Berichten auf geeignete Weise an die Vereine mitzutheilen hat. Drei Blätter werden hierzu bestimmt, nachdem der Antrag, ein eigenes Blatt zu gründen, nicht durchging. Hierin hat die Partei meines Bedünkens einen großen Mißgriff begangen, denn allmälig wird jedes dieser drei Organe eine eigene Partei bilden, wie denn überhaupt auch der Ausschußbericht mit seiner Diktatur offenbar bei Vielen Mißtrauen erzeugte. Bei all dem zeigt die Partei bedeutende Thatkraft, und mag für das Parlament einen Sporn abgeben zur raschen Organisation der Neugestaltung des Vaterlands. — Nachmittags 4 Uhr beginnt die Sitzung wieder und es werden dann die Blätter gewählt werden. Ascher und Streckfuß von Berlin brachten die dortige „Zeitungshalle", Andere die „Neue rheinische Zeitung" in Köln, Saurländer die wieder erscheinende „Volkszeitung" in Mannheim in Vorschlag. Eine große stürmische Zustimmung erregte Streckfuß, als er auf die Bemerkung: „drei Männer nach Berlin schicken, hieße sie nach Spandau schicken" entgegnete: „60,000 Berliner würden dies nicht dulden." (N. W. Z.)

(Frankfurt, 15. Juni.) (4 Uhr.) Die Anrede in der demokratischen Versammlung ist: Bürger, Republikaner! In der Versammlung sehe ich Damen, sogar Knaben, hie und da gewahrt man eine Turnkleidung, auch Studenten-Mützen. Bei Eröffnung der Versammlung werden unter allgemeinem Bravo Abgeordnete aus Wien angemeldet. Darauf wurde durch einen Heidelberger Abgeordneten der Antrag gestellt, die Nationalversammlung aufzufordern, sogleich Hecker einzuberufen. Unter stürmischer Acclamation angenommen. Ferner wurde beschlossen, nur die Beschlüsse, nicht die Verhandlungen zu publiciren, nach Weise Nordamerika's. Ein Wiener erzählt, daß auf dem Wartburger Feste eine ähnliche Petition rücksichtlich Heckers (Vertrauensvotum) beschlossen wurde, zugleich wurde berichtet, Hecker habe die Parlaments-Wahl angenommen. Zum Sitz des Central-Ausschusses wurde Berlin gewählt. Außerdem sind Leipzig, Altenburg, Frankfurt und Bamberg vorgeschlagen worden. Bei Postschluß debattirt man über die Geldfrage. (N. Wrzb. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 14. Juni.) Wenn in öffentlichen Blättern von einer augenblicklichen finanziellen Krisis im Großherzogthum Hessen die Rede ist, welche die Creirung von Papiergeld nothwendig macht und dabei die Behauptung aufgestellt wird, die Leitung unseres Staatshaushaltes sey während eines 33jährigen Friedens kein lobenswerther gewesen, so kann dieses nur als eine einseitige Auffassung der Sachlage betrachtet werden. Die bedeutende Staatsschuld ist während dieser Zeit so herabgeschmelzen, daß gegenwärtig vielleicht kein deutscher Staat mit weniger Schulden belastet ist; sie beläuft sich kaum noch auf zwei Millionen Gulden. Wäre nicht überall das baare Geld plötzlich wie verschwunden und hätte nicht ein ungerechtfertigtes, den Verkehr hemmendes Mißtrauen die Oberhand gewonnen, so würden die Gläubiger einer früher projectirten Anleihe von einer Million nirgends größere Garantien gefunden haben, als sie das Großherzogthum Hessen darbietet. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Offenbach, den 14. Juni.) Gestern kamen hier die Deputirten des vaterländischen Vereins vom 5. Wahlbezirk des Großherzogthums Hessen zusammen; es wurden die Statuten berathen und festgesetzt und nachfolgende Petition an die Nationalversammlung genehmigt: »Hohe Nationalversammlung! Mit der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung ist die deutsche Volkssouveränetät zur That geworden. In ihrer unbeschränktesten Machtvollkommenheit wird die Nationalversammlung den Bau unseres künftigen Staatslebens aufzuführen, das Haus unseres künftigen Glückes zu gründen haben. Daß dieses ein neues werde, daran ist kein Zweifel, denn der alte deutsche Staatenbau ist ja morsch, faul und zur Ruine geworden. Wir

Deutschen Alle, gleichviel, welcher Meinung wir angehören, sind einig in dem einen Gefühle, daß es so nicht mehr bleiben könne. Darum sind jetzt die Blicke Aller mit der größten Spannung nach Frankfurt gerichtet. Wir harren auf das Werk der Nationalversammlung, wie auf ein Werk der Rettung und Erlösung aus den schmachvollen Banden, in welchen uns der Despotismus der Fürsten so lange gefangen hielt, zum Dank dafür, daß die Nation sich in den Jahren 1813 und 1814 gegen die französische Fremdherrschaft wie Ein Mann erhoben und den Fürsten ihre Stellung erst wieder erkämpft hatte. So lange aber der Bundestag in Frankfurt als eine außer dem Parlament stehende Macht in Wirksamkeit bleibt, wird ein Dualismus der höchsten Gewalt bestehen, welcher die anerkannte Volkssouveränetät nicht zu Geltung kommen läßt, die Begrundung einer wahren nationalen Einheit noch auf lange hinaus schieben und damit voraussichtlich grenzenloses Unglück über unser Vaterland bringen wird. Wir nahen uns daher mit der ehrfurchtsvollen Bitte: „Hohe Nationalversammlung wolle interimistisch aus ihrer Mitte eine Centralgewalt beschließen und mit der Leitung und Ausführung der nationalen Angelegenheiten betrauen.““ Ehrfurchtsvoll beharren hoher Nationalversammlung gehorsamster Joseph Pirazzi, als Präsident und im Namen des vaterländischen Vereins im 5. Wahlbezirk des Großherzogthums Hessen, bestehend aus 4000 Mitgliedern. Offenbach, den 13. Juni 1848.«

(Frkf. J.)

(Friedberg, den 12. Juni.) Unser gestriges Pfingstfest ist leider nicht ohne Exceß vorübergegangen. Abends zogen einzelne Haufen von Soldaten, die wohl etwas über die Gebühr getrunken haben mochten, schreiend und lärmend durch die Stadt und machten drohende Aeusserungen, die Alles befürchten ließen; man schien nur einen Gegenstand zu suchen, um anknüpfen zu können. Wirklich verbreitete sich nach 8 Uhr Abends die Nachricht, daß auf der Seewiese einige junge Leute von den Soldaten zusammengehauen worden wären. Auf den Ruf »Bürger heraus«, eilte Alles auf die Straße, die bereits von den zurückkehrenden Soldaten schreiend und brüllend mit geschwungenen Säbeln massenhaft durchzogen wurde. Den herbeigeeilten Offizieren, die hier im Allgemeinen von den Bürgern wie vom Militär sehr geachtet sind, wollte es nicht gelingen, die Soldaten zu zerstreuen, resp. nach Hause zu bringen; erst spät konnte die Ruhe durch Patrouillen von Militär und Bürgerwehr wieder hergestellt werden. Als Veranlassung dieses leidigen Vorfalls erzählt man sich Folgendes: Ein junger Mann brachte einen Toast auf den Erbgroßherzog aus, worin er unter Anderm sagte, die Franzosen seyen keine Feinde von uns, woraus ein junger Korporal »Republik« heraus bringen zu müssen glaubte und die Soldaten gegen den Sprecher, als einen Republikaner, aufhetzte, der dann auch sofort durch die Soldaten vom Tische heruntergerissen, aufs Schändlichste maltraitirt und obgleich nur leicht, verwundet wurde. Hierüber empört, springt ein Zweiter zu, um Jenen zu schützen, erhält aber von einem Fourier einen scharfen Hieb über den Kopf, der ihn augenblicklich zu Boden streckte, und ausserdem von demselben Fourier noch einen Stich in den Rücken. Allgemein aufgefallen ist es, daß der Fourier sich heute schon wieder auf freiem Fuße befindet; indessen hoffen wir, auf den guten Sinn des Majors vertrauend, daß dieser die Sache genau untersuchen und die Ueberführten streng bestrafen läßt, damit nicht etwa die Mainzer Ereignisse auch hier heraufbeschworen werden. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Triest, 12. Jun.) Mit dem Kurier der in einer Stunde nach Innsbruck und Frankfurt abgehen wird, senden wir Ihnen eine Nachricht, welche Deutschland zu den Waffen rufen muß. Das große Vaterland hat einen neuen Feind bekommen. Der Geier hat den Adler angegriffen. Admiral Albini, der Kommandant der sardinisch-neapolitanischen Seemacht, hat jetzt die Maske abgeworfen, die er lange getragen. Er hat gestern die Neutralität einer der Flaggen der deutschen Mächte verletzt, und in direktem Bruch einer von ihm übernommenen Verpflichtung die Lloyd'schen Dampfschiffe, welche in Triest, einer deutschen Bundesstadt, als ein Theil der deutschen Handelsmarine registrirt sind, am Auslaufen verhindert. Er erklärt jetzt seine Absicht, Triest, die deutsche Stadt, zu blokiren. Heute will er die Blokade verkündigen, und gestern hat er sie bereits eintreten lassen. Wir Triestiner fragen jetzt den deutschen Bund, ob er uns im Stich lassen will? Wir können uns nicht gleich den Tyrolern selbst helfen; dazu fehlen uns die Mittel — die Schiffe und fürs erste die Mannschaft. Aber Deutschland kann uns helfen. Wir wenden uns an die große Versammlung zu Frankfurt. Will sie, ohne einen Moment zu zögern, sich Triests annehmen? Ein Wort von ihr, jetzt, gleich gesprochen, mag uns retten; ein paar Tage müßigen Besinnens — und die Folgen können so trostlos seyn, daß wir sie nicht niederschreiben mögen. (A. A. Z.)

(Pesth, den 11. Juni.) Seit gestern Abend sind wir hier wieder in Allarm versetzt; es kam ein Kurier aus Neusatz bei unserm Ministerium an, der die Nachricht brachte, daß die dortigen Illyrier (Raitzen) in vollem Aufstande sind, und sogar im Anmarsch nach Pesth begriffen wären. Auch heißt es, daß sich viele in Ungarn eingefallene Serben mit ihnen verbunden hätten. Man verlangt also eilige Hülfe an Truppen. Unser Ministerium hielt sogleich eine Sitzung, um geeignete Maßregeln zu ergreifen. Noch heute sollen Truppen von hier aus nach dem Süden aufbrechen. Leider aber haben wir selbst wenig Militärmacht, und uns ganz zu emblößen, wäre gar nicht räthlich, besonders da uns in diesem Augenblick die Arbeiter mit einem ernstlichen Aufstand bedrohen. Diese verlangen nämlich die Ausweisung aller fremden (nicht ungarischen) Arbeiter, was, wenn dem Folge geleistet würde, große Verwirrung und beinahe einen Stillstand der meisten Gewerbe herbeiführen müßte; denn es sind hier fast mehr fremde als heimische Gesellen, und die ersteren bei weitem geschickter und brauchbarer. Unter solchen Bedrängnissen befindet sich unser Ministerium in keiner beneidenswerthen Lage. Seine Stellung wird täglich schwieriger, und man ist sehr in Zweifel, ob es sich vor dem am 2. Juli zu eröffnenden Reichstage wird halten können. Die einzige Rettung unseres Vaterlandes wäre, wenn dieser Reichstag allen Völkerschaften Ungarns und Siebenbürgens umfassende Zugeständnisse in Nationalität und Sprache bewilligen würde. Die müßte aber sein erstes Geschäft seyn. (A. A. Z.)

| | Preussen. (Aus Masuren, Ende Mai.) Vor drei Tagen gelang es mir endlich, nach Polen und bis zur Gouvernementsstadt Suwalken zu kommen. Die Gränze ist nämlich hier ganz gesperrt, und selbst mit einem vom russischen Generalkonsul visirten Paß gelangt man nicht hinüber. Ein Silberrubel gilt dort aber mehr als eine kaiserliche Ukase, und dieser öffnete mir die Gränze. Dort kennt mich ein Jeder, verborgen konnte ich also nicht bleiben und hielt es daher fürs Gerathenste, dem Gouverneur sofort meine Aufwartung zu machen. Ihn fand ich vollständig von Allem unterrichtet, was kein Wunder ist, da ich ihm zweimal wöchentlich die Königsberger und die polnische Posener Zeitung zuschicke! Außer ihm aber auch Niemanden, und selbst hohe Beamte, Kaufleute ꝛc. sind in völliger Unkenntniß über die Zustände in Preußen, ja in Europa. Von Amtswegen wird ihnen auf jede Weise eingetrichtert, daß in Preussen vollständige Anarchie herrsche, der König entthront sei und Polen nächstens den Einmarsch preussischer Horden, die ihnen ihren Glauben nehmen und sie evangelisch machen wollen, zu erwarten habe. Auf diese Weise suchen selbst die höchsten Behörden und die Priester sogar auf die gemeinste Art Haß gegen die Preussen zu erregen. — Als ich mich mit dem Gubernator eine Weile unterhalten hatte, fragte er mich, wodurch denn im Posenschen ein so wüthender Haß gegen die Deutschen erregt sei. Ich erwiderte ihm dreist, daß u. A. — wie man bei uns sagt — dies theils von Warschau aus geschehen seyn soll, indem dort Gefangene unter dem Beding freigelassen und ihnen reiche Belohnungen versprochen sind, daß sie ins Posensche gehen und dort auf jede Weise das Volk gegen die Deutschen aufhetzen sollen. Hierzu lächelte er, und dies veranlaßte mich zu der Frage, ob er so Etwas wohl für möglich halte? — NB. er war vor acht Tagen aus Warschau gekommen. Er antwortete erst nicht, aber als ich die Frage wiederholte, bejahte ers mit Kopfnicken und sagte, indem er mir vertraulich den Arm drückte: »ich glaub's!« — In S. stehen etwa 1000—1200 Russen vom Regiment Nischney-Nowogrod, welches in diesem Jahr schon zwei oder drei Mal auch in Kowno gesehen wurde. Im ganzen Gouvernement stehen höchstens 3000 Mann. Auf der Petersburg-Warschauer-Chaussee, die über S. führt, sind höchstens 10,000 Mann russische Truppen weiter marschirt. Das Gros der Armee ging über Brezescz-Litewski nach Warschau und weiter, aber die ganze russische Truppenmasse in Polen beträgt höchstens 60—80,000 Mann. Die Soldaten werden aber fortwährend im Kreise herumgeführt, wechseln schwarze mit weißen Bandalieren, und es übernachtet dasselbe Bataillon nie da, wo es schon einmal genächtigt hat. Den Namen des Regiments erfuhr ich nur durch eine Dame, die mit einem jungen Offiziere Bekanntschaft hatte. Wäre ich eine Stunde früher nach S. gekommen, dann hätte ich aus dem Fenster des dortigen evangelischen Predigers ein echt russisches Schauspiel ansehen können. Am Tage vorher hatte man 3 russische Deserteurs hart vor unserer Grenze ergriffen. Einer von den Unglücklichen wurde an dem Tage auf eine Trage gebunden und sollte 6000, sage sechstausend Stockschläge erhalten. Als er 2000 erhalten hatte, gab er seinen Geist auf; der Arzt erklärte ihn für völlig todt, aber demungeachtet wurden ihm noch die fehlenden 4000 Hiebe applizirt, und er dann wie ein krepirter Hund verscharrt. Für die Wahrheit dieser Geschichte bürge ich, der grausame Mord der beiden andern Deserteurs, die der Exekution beiwohnen mußten, sollte in den folgenden Tagen erfolgen. Da die Aushebung zum russischen Militär in diesem Jahre schon an einigen Orten Polens Statt gefunden hat, und namentlich in Kalwary ohne Unterschied Knaben von 15 und unverheirathete Beamte von 30 und einigen Jahren des Nachts ausgehoben und fortgeschleppt sind, so traten hier sehr viele Polen, selbst Beamte, über. In unseren Kreis kamen in Zeit von 8 Tagen 93 Mann, die der Weisung gemäß nach Kastenburg geschickt sind. Was aus diesen armen Schelmen einst werden wird, weiß Gott. Zurück können sie nicht, denn alsdann ist ihr Schicksal sofortiger Transport in die sibirischen Bergwerke und der Gouverneur selbst bat mich beim Abschiede dafür zu sorgen, daß sie nicht ausgeliefert würden. An den Ausbruch einer Revolution in Polen ist nicht zu denken, da auch nicht ein Fetzen von Waffen Jemanden gelassen ist, ja sogar jedes Messer über 5 Zoll Länge konfiszirt, und jeder Schmied darauf vereidigt ist, kein Messer oder sonstiges Schneidezeug ohne Erlaubniß der Behörde zu verfertigen. Bis zur Ernte sind auch alle Sensen konfiszirt. (D. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 15. Jun.) Von einem sehr zuverläßigen Reisenden erfahren wir eben noch Nachrichten aus Prag, welche bis zum 14. Juni früh um 3 Uhr reichen und woraus wir für heute nur die Hauptdata geben. Am 13. Juni waren alle Hauptstraßen und Plätze der bessern Stadttheile in der Gewalt der Truppen. Der Sitz der Insurgenten war im Karolinenthal. Am Nachmittag erschien ein Parlamentair von diesen. Fürst Windisch-Grätz verlangte Einreißung der Barrikaden, wogegen den Aufständischen die Waffen bleiben sollten. Sie schlugen aber das Erstere ab, worauf der Kampf, jedoch nur sehr vereinzelt, wieder begann und die Nacht durch währte. Das Landvolk hat wenig Antheil gezeigt. Das Militär und die deutsche Sache haben gesiegt. Der Slawencongreß ist auseinandergegangen, seine Theilnehmer aus der Stadt und über die Grenze gebracht worden. Das czechische Militair hat sich gegen die Czechomanen mit größter Erbitterung geschlagen.

Auch aus Berlin erfahren wir, daß man sich dort in verwichener Nacht geschlagen. Das Volk habe das Zeughaus gestürmt, die Bürgerwache sich lau bewiesen, auch das herbeigerufene 24. Regiment soll so schlecht disponirt gewesen sein, daß es zwar nach langer Weigerung, aber so schlecht geschossen, daß nur sechs Todte von Seiten der Ruhestörer anzugeben sind. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. Ein amtlicher Bericht des Generals von Wrangel meldet über das mehrerwähnte Treffen des von der Tann'schen Freikorps Folgendes: Der bayerische Major von der Tann hatte auf Ersuchen der provisorischen Regierung aus dem entlassenen Freikorps ein neues Bataillon unter der Bedingung gebildet, daß er damit sogleich gegen den Feind geführt werde; ich schickte ihn daher nach Uck und ertheilte ihm den Auftrag, von dort aus selbstständig als Parteigänger gegen die in das nördliche Schleswig vorgedrungenen feindlichen Detaschements vorzugehen. Am 6. Juni Abends verließ er darauf Uck, das gegen etwa 400 Mann starke Korps zu Wagen, und setzte sich auf dem sogenannten Ochsenwege gegen Hadersleben in Bewegung. Bei Wartenberger Kro stieß er auf einige feindliche Vorposten, von denen es ihm gelang, ein Paar Mann zu überfallen und gefangen zu machen und so zu erfahren, daß eine feindliche Abtheilung von 4 Eskadronen Kavallerie, 300 Mann Infanterie und 2 Geschützen ihn in einer Stellung bei Hoptrup erwarte, und daß Hadersleben selbst stark besetzt sei. Er setzte seinen Weg gegen Mastrup fort, bald zu Wagen, bald zu Fuß; hier griff ihn eine Eskadron Kavallerie an, doch Tirailleure waren zu beiden Seiten des Weges hinter der Hecke vorgeschoben, und ihr starkes unerwartetes Gewehrfeuer nöthigte die Schwadron mit großem Verlust zum eiligen Rückzuge. Major von der Tann wandte sich nunmehr rechts nach der Chaussee, um den Feind bei Hoptrup im Rücken anzugreifen. Er fand ihn in der Gegend von Kirkeby, die Infanterie hielt nur schlecht Stich, die Kavallerie dagegen — 2 Es-

kadronen Garde-Husaren, 1 Eskadron freiwillige Husaren, griefen mit dem größten Muth an, warfen sich sowohl auf die Wagenburg, als auf die hinter den Hecken stehenden Schützen, und erst nach einem höchst heißen Kampf, Mann gegen Mann, mußten sie endlich der Ungunst des Terrains und der Tapferkeit ihrer Gegner erliegen; sie sammelten sich wieder hinter zwei Geschützen, auf welcher sich nunmehr die Mannschaften des Freicorps warfen; eines derselben ward genommen, das andere fuhr fort. Die dänische Kavallerie eilte noch einmal herbei, befreite das Geschütz, ritt die aufgelösten Schützen zum Theil nieder, ward aber durch das wohlgezielte Feuer des hinter der Hecke aufgestellten Repli's zum Rückze genöthigt, ritt beim Davonreiten in die Pferde der Munitionswagen; diese geriethen in Unordnung und kamen zum Stehen. Die Freischaaren eilten herbei und erbeuteten noch 2 Artillerie- und 1 Kavallerie-Munizionswagen. Letzterer wurde zerstört, da dessen Vorderwagen zur Fortschaffung des genommenen Geschützes benutzt ward, und 1 Geschütz, 2 Munitionswagen, 28 Gefangene, darunter 2 Offiziere, 16 Pferde blieben die Trophäen dieses eben so kühnen als gelungenen Partelgänger-Corps. Major von der Tann kehrte sogleich auf seinen Wagen nach Uk zurück und hatte nur den Verlust von 3 Todten und 31 meist durch Säbelhiebe Verwundeten zu beklagen. (Pr. St.-A.)

Württemberg. (Stuttgart, den 13. Juni.) Seit zwei Tagen leben wir von beständiger Unruhe umgeben. Sonntag Abend verlangte man von den consignirten Truppen wiederholtes Antreten unters Gewehr und früheres Einrücken in die Kasernen, als sonst, während gerade das Pfingstfest, wo die Meisten Besuche empfingen, ihnen eher späteres Einrücken wünschenswerth gemacht hätte; das erbitterte sie; um 8 Uhr verweigerte das 6. Regiment das Ausrücken; Oberst von Brand sprach in seinem Zorn von Lumpengesindel, drang mit dem Säbel auf Mehrere ein, und daraus entstanden böse Scenen, wobei ein Offizier und ein Feldwebel niedergerissen und mißhandelt wurden. Der Ruf: „Freiheit und Hecker hoch!" ertönte. Nur mit Mühe besänftigte man sie und brachte sie in die Schlafsäle. Gestern Abend erschien Se. Maj. der König selbst in der Kaserne und begeisterte die Truppen durch eine Anrede, worauf sie dem König wiederholte Vivats brachten. Kaum war aber Se. Majestät fort, so ertönte von Einigen wieder der Ruf: „Es lebe Hecker!" Heute wurden Alle mit Wein aus dem Schloßkeller bewirthet. Fortwährende zum Theil sehr barsche Behandlung Seitens einzelner Offiziere trägt mit die Schuld an solchen beklagenswerthen Excessen, so wie die Abneigung Vieler, sich gegen den Bürger verwenden zu lassen, wozu sie sich bestimmt glauben. Auch die gesammte Bürgerwehr steht jetzt unter den Waffen und patrouillirt alle Abende. Doch blieb es ruhig, bis heute früh in Canustadt Excesse vorfielen. Es sollte nämlich dort die Hinrichtung zweier Raubmörder stattfinden, wozu sich Tausende von nah und fern eingefunden hatten. Aber in der Nacht war der Gegenbefehl der Aufschiebung der Hinrichtung (nicht Begnadigung) angelangt, was, da bei uns das Urtheil ohnehin drei volle Tage zuvor eröffnet wird, eine schmachvolle Grausamkeit durch Verlängerung der Todesangst ist. Ein Theil des Publikums wollte nun à tout prix ein Schauspiel und so verfiel es auf den Gedanken, das Schaffot zu zertrümmern und einen großen Scheiterhaufen daraus zu errichten, dessen Feuer hoch zum Himmel emporloderte. Dabei wurden Hecker wiederholte Vivats gebracht und die Republik ausgerufen. Die Gendarmerie, sowie die beim Schaffot aufgestellte Bürgerwehr von Cannstadt ließ die Leute gewähren. Als aber später der Skandal sich in die Stadt zog, Heckers Bild vorangetragen, und auch da die Republik ausgerufen wurde, verhaftete man zwei der Unruhigsten und rief Militär von Stuttgart herbei. — (Fst. J.)

Frankreich.

† (Paris, 13. Juni.) Der Justizminister hat an sämmtliche Generalstaatsanwälte den Befehl erlassen, dem Prinzen Karl Louis Napoleon Bonaparte überall nachzuspüren, und ihn im Betretungsfalle zu arretiren.

Der Vollziehungsausschuß ist fest entschlossen, die Zulassung des Prinzen Carl Louis Napoleon als Seine-Deputirter der Nationalversammlung zu bekämpfen. Lamartine selbst hat gestern folgenden Gesetzentwurf der letzteren vorgelegt: »In Erwägung, daß Karl Louis Napoleon Bonaparte in das Gesetz von 1832 begriffen ist, welches die Glieder der Familie Bonaparte vom französischen Gebiet ausschließt. In Erwägung daß, wenn auch von diesem Gesetz der That nach abgewichen wurde, indem drei Glieder dieser Familie als Glieder der Nationalversammlung durch Abstimmung aufgenommen wurden, diese Abweichungen jedoch rein persönlich und weder dem Recht noch der That nach auf die andern Glieder jener Familie ausgedehnt werden dürfen. In Erwägung, daß Frankreich in Ruhe und Ordnung die republikanische und volksthümliche Regierung begründen will, ohne in seinem Werk durch Prätentationen und dynastische Ambitionen gestört zu werden, welche von einer Natur sind, die Parteiungen und Faktionen im Staate hervorrufen und demzufolge, selbst unwillkührlich den Bürgerkrieg entzünden können. In Erwägung, daß Karl Louis Bonaparte zwei Male die Fahne eines Prätendenten erhoben, indem er eine Republik mit einem Kaiser erstrebte, daß heißt eine lächerliche Republik auf den Grund des Senatsbeschlusses vom Jahre 13. In Erwägung, daß bereits staatsgefährliche Gährung gegen die volksthümliche Republik, die wir begründen wollen, sowie überhaupt gegen den öffentlichen Frieden im Namen Karl Louis Bonaparte's hervorgerufen wurde (des Attentats gegen den Oberbefehlshaber der Nationalgarde während der Sitzung des 12. Juni nicht zu gedenken).

In Erwägung, daß diese Gährungen offenbar die Frucht geheimer Manövers, der friedlichen Begründung der Republik namhafte Schwierigkeiten werden könnten, wenn sie durch Nachlässigkeit oder Schwäche eine Art Ermächtigung von der Regierung erhielten; in Erwägung, daß die Regierung die Verantwortlichkeit jener Gefahren nicht übernehmen will, welche die republikanische Staatsform und der öffentliche Frieden laufen, wenn sie in Ausübung eines bestehenden und durch die Umstände mehr als jemals gerechtfertigten Gesetzes des öffentlichen Wohls und des Staats-Heils halber nicht auf eine unbestimmte Zeit ermangeln würden; erklärt der Vollziehungsausschuß, daß er das Gesetz vom Jahre 1832 gegen den Karl Louis Bonaparte, soweit es ihn betrifft, bis zu demjenigen Tage in Ausübung bringen wird, wo es der Nationalversammlung belieben wird, anders zu verfügen. So berathen im Vollziehungs-Ausschusse zu Paris den 12. Juni 1848. (gez.) Arago, Garnier Pagès, Marie, Lamartine, Ledru Rollin, Pagnerre, Sekr.

Ueber das angebliche Attentat eines Anhängers des neuen republikanischen Kaisers Louis Napoleon berichten wir nachträglich folgendes: Das Gerücht, die Bannmeile (die Bürgerwehr von Pantin, Charenton, Saint Cloud, Surène 2c.) wolle gegen die Nationalversammlung rücken, um sie zu zwingen, ihren Helden als Glied aufzunehmen; sowie die zahlreichen Arbeitergruppen, welche über das Boulevards dem Sitzungssaale zuzogen, um ebenfalls zu wissen, ob und warum man den Prinzen Louis Napoleon die heiligen Pforten verweigere, hatten die Vollziehungsgewalt veranlaßt, frühzeitig den Generalmarsch schlagen zu lassen. Im Augenblick, wo Clemens Thomas, der beliebte Oberbefehlshaber der Bürgerwehr, die 1. Legion auf dem Revolutionsplatz musterte, schoß ein Mann aus einer Volksgruppe ein Pistol gegen die Fronte der Bürgerwehr in dem Augenblick ab, in welchem der Oberbefehlshaber Thomas vorbeiritt. Die Kugel traf den General nicht, sondern die Hand des Kapitäns Fabrège, eines ehemaligen kaiserlichen Militärs und jetzigen Kapitäns der Bürgerwehr, an der sie den kleinen und den Zeigefinger ziemlich schwer verletzt hat. Böswillige behaupten, dem Kapitän sei das Terzerol in der Tasche aus Versehen selbst abgebrannt und habe den eigenen Träger statt sein Ziel getroffen. Soviel versichert diesen Morgen die Gerichtszeitung, daß bisher noch kein Thäter entdeckt und arretirt werden konnte.

(Nationalversammlung. Sitzung vom 13. Juni.) Die starken Volksgruppen, welche auch heute nach dem Sitzungssaale zuströmten, zwangen die Quästur, die militärischen Maasregeln zu verdoppeln und der Bürgerwehr zu melden, daß sie sich auf den ersten Wink bereit zu halten habe. In den elysäischen Feldern und im Tuileriegarten soll es in der That zu blutigen Auftritten gekommen seyn. Obgleich Senard die Sitzung um 4 Uhr eröffnete, bildeten sich im Saale selbst noch lebhafte Gruppen, in deren Mitte wir den Deputirten Napoleon Bonaparte (Sohn Jerome's) bemerkten, wie er seinen Collegen einen Privatbrief seines von Neuem proskribirten Vetters vorlas. Raspail nahm zuerst das Wort. Lamartine, begann er gleich nach Vorlesung des Protokolls, habe gestern ausgerufen: Ja wohl habe ich mit Barbès, Cabet, Blanqui, Sobrier und Raspail konspirirt, wie der Blitz mit dem Donner 2c. 2c. Er, Raspail, protestire hiermit im Namen seines im Donjon von Vincennes eingekerkerten Vetters, von dem er wisse, daß er nie etwas mit Lamartine zu thun hatte. (Gelächter.) Lamartine auf der Tribüne: Ich bedaure, daß ich der Versammlung einige Augenblicke ihrer Zeit rauben muß. Wenn ich gestern allerdings mich obiger Phrase bediente, so geschah dies offenbar nur im ironischen Sinne, den die Mehrzahl der Versammlung gewiß sofort begriff. Mir schien dieses Bild die passendste Art, um die Verleumdungen zurückzustoßen, die man seit einiger Zeit gegen mich schmiedet. Degoussé regte von Neuem die Nothwendigkeit der Proskription Louis Napoleons an, die er schon seit Zusammentritt der Versammlung beantragt habe, und gründete seine Wiederholung auf die gestrigen Ereignisse. Er erzählte, wie er noch gegen Abend habe Truppen gegen Haufen anwenden müssen, welche an den Eingängen geschrien: »Es lebe der Kaiser. Es lebe Louis Napoleon!« Jules Favre bestieg hierauf die Tribüne, um der Versammlung Rechenschaft über die Wahl Louis Napoleon Bonapartes in dem Departement der Nieder-Charente abzulegen. Nach einem gründlichen und mit scharfen Seitenhieben gegen die Vollziehungsgewalt gespikten Vortrage, theilte er der Versammlung mit, daß der Ausschuß auf Zulassung des Gewählten antrage. (Aufregung.) Die Verhandlungen seyen als regelmäßig befunden worden. Uebrigens habe die Vollziehungsgewalt noch keinerlei Beweise über angebliche Prätendenz des Gewählten herbeigebracht; eben so wenig sey derselbe in Paris in flagranti überführt worden. Die Kommission trage daher aus politischen wie aus gesetzlichen Gründen auf Gültigkeit der Wahl und Zulassung des Gewählten in die Nationalversammlung an. Buchez erwiderte, daß er zur Minderheit des Ausschusses gehöre, die für Ausschluß des Gewählten gestimmt habe. Derselbe habe ihm früher für die Republik unschädlich geschienen, seit dem 2. Juni aber lägen Beweise vor, die ihn als geheimen Verschwörer und Aufruhranzetteler gegen diejenige Regierungsform darstellen, welche Frankreich feierlich anerkannt und proklamirt habe. Die Versammlung dürfe kein Element der Straßen-Agitation in sich aufnehmen. Die Versammlung vernahm dann den Bericht des Rapporteurs des 6 Bureaus rücksichtlich der Wahl des Gefürchteten im Yonne-Departement. Dieses Bureau hat die betreffenden Wahl-Protokolle mit großer Aufmerksamkeit geprüft und trägt ebenfalls auf Zulassung des Gewählten an. Die Glieder Vieillard, Marchal, Fresneaud, meistentheils persönliche Freunde des Gewählten, nahmen sich desselben mit vieler Wärme an. Doch hatte sich die Versammlung bis 4 Uhr noch nicht entschieden.

Italien

(Verona, den 12. Juni.) Die päpstlichen 2c. Truppen unter Durando zogen mit klingendem Spiel von Vicenza ab. Daß sie die Waffen ablegen mußten, versteht sich wohl von selbst. Ihre Zahl betrug fünfzehntausend Mann. Die Opfer von Seite unseres Heers waren dabei sehr bedeutend. Auch Fürst Thurn und Taxis ward schwer verwundet. Die zwei gestern für Parlamentärs gehaltenen piemontesischen Offiziere begleiteten nur den gefangen gewesenen, verwundeten General Fürsten Bentheim hierher, gegen welchen der Major Trotti ausgewechselt wird. Man rückt jetzt gegen Padua. (A. Z.)

(Verona, den 12. Juni.) Armeebericht. Die Armee unter den Befehlen Sr. Exc. des Hrn. Feldmarschalls Grafen Radetzky hat am 10. Juni Vormittags Vicenza von allen Seiten angegriffen. Alle um diese Stadt vom Feinde besetzten Höhen und Verschanzungen wurden mit stürmender Hand genommen. Mit den päpstlichen Truppen ist eine Konvention angeschlossen worden, in Folge welcher dieselben über den Po sich zurückzuziehen und das venezianische Gebiet zu räumen haben. Unsere braven Truppen zogen bereits in Vicenza ein. (A. Z.)

(Innsbruck, 14. Juni.) Gestern Abends traf der Major Zichy als Kurier des Feldmarschalls Radetzky vom Schlachtfelde von Vicenza hier ein, und brachte die Nachricht von dem dort erfochtenen Siege. Wie Sie aus dem beigeschlossenen Bülletin sehen, hatte er die Kapitulation des ganzen feindlichen noch 15,000 Mann starken Korps herbeigeführt, das mithin im freien Felde in unmittelbarer Folge der sie einschließenden Mannövers und eines Verlustes von 1800 Todten und Verwundeten gefangen wurde. Ein vollständigeres Resultat konnte dieser Angriff wohl nicht haben. Der Feldmarschall ist bereits mit dem ersten Armeekorps wieder in Verona. Dadurch dürften die weiteren Operationen zur Eroberung des ganzen Venezianischen sicher gestellt seyn, und durch die Besetzung

von Rivoli durch die Piemontesen nicht verhindert werden können, wiewohl die gerade Communikation zwischen Verona und Trient allerdings für den Augenblick unterbrochen ist. Die Communikation durch Val Sugana und die Strada d'Allemagna sind vollkommen frei. Die Truppen haben, die Offiziere immer voran, mit einer solchen Siegesgewißheit und einer Todesverachtung gefochten, die jedes Lob übertrifft. (A. A. Z.)

* (Nürnberg, den 17 Juni) In der dritten Versammlung des konstitutionellen Vereins hielt Herr Maler Friedrich Hahn eine Rede, die von großer Freisinnigkeit des Redners Zeugniß gibt und uns durch die Gefälligkeit des Redners zur Veröffentlichung überlassen wurde.

Geehrte Mitbürger! In unserer letzten Versammlung habe ich mich nicht deutlich genug ausgedrückt, auch Worte gebraucht, welche man derb nennen könnte. Es mochte allerdings hart klingen: wenn ich sage der konstitutionell-monarchische Verein wird Mühe haben, sich Popularität zu erwerben, weil er nicht früher in die Schranken getreten ist, es klingt vielleicht verlaut, wenn ein Mann ohne Titel sich erlaubt zu sagen, wir sind träge und faul und viele unserer Beamten haben keine Popularität. Für den redlich gesinnten Staatsbürger jedoch ist es jetzt hohe und heilige Pflicht, seiner Ueberzeugung getreu zu sprechen, die Wahrheit ohne Scheu vorzutragen, und wo soll er, wo kann und muß er dieses mehr thun, als gerade hier an diesem Orte, in unserer Versammlung? Ich unterdrücke die Wehmuth, die mich ergreift bei dem Gedanken, meine verehrten Mitbürger, daß es so weit kommen mußte, daß man gutgesinnte Bürger, wie wir hier versammelt sind, zu einem solchen Verein auffordern, und an unsern Eid, den wir dem Könige und der Constitution geleistet haben, erinnern muß. Fern jedoch sey es von mir, auf die Ursachen einzugehen, die die gegenwärtige Völkerbewegung herbeigeführt haben; jetzt will ich mahnende Stimmen Ihnen vorführen, die mit prophetischem Geiste den Sturm vorauesahen: denn zu vereinigen, nicht zu trennen, ist unser Zweck. Nicht die Vergangenheit, die so ihre Richterin findet, sondern die Gegenwart und die Zukunft verlangt unsere Kräfte. Zu vereinigen also, sage ich, ist der Zweck, ist die große Aufgabe, die wir, die jeder biedere Beamte, die jeder brave Bürger zu erfüllen suchen muß: Zu vereinigen das Volk mit seinem Könige. Ich gestehe Ihnen, daß mit Lust und Freude mich dieser Gedanke erfüllt, für Vaterland und König in diesem Sinne wirken zu können, das lockere Band wieder enger zu schließen, und in einer bessern Zukunft, die Wohlthaten verbesserter Verhältnisse, verbesserter Einrichtungen mit Ihnen genießen zu können. Aber ich gestehe Ihnen auch, daß, soll dieser hohe Zweck erreicht werden, wir mit gleicher Liebe und Gerechtigkeit unser Augenmerk nach oben, wie nach unten richten müssen, gleich lieb und theuer muß uns das Interesse unseres Königs, wie des Volks, wie des Geringsten unter uns sein. Fest und unverrückt müssen wir Beide vor Augen und im Herzen haben, und Ernst, voller Ernst muß es uns sein, und nur dann wird unser Verein Wirksamkeit bekommen!!! Täuschen Sie sich ja nicht, meine verehrten Mitbürger, über den einzuschlagenden Weg. Legen Sie an den Prüfstein, warum ein so großer Theil unserer sonst so mächtigen Klasse der Beamten gerade gegenwärtig so ohnmächtig ist: sie schaut blos nach oben, höchst selten nur nach unten. Und statt, wie sie es könnte und es so wünschenswerth wäre, neu, fest und recht innig wieder zu schließen das Band zwischen König und Vaterland, zu vereinigen, vereinigen sie nicht, ja erbittern theilweise noch mehr; denn nur Vertrauen kann neu aufbauen. Erbittern, sage ich, thun sie auch, weil sie nicht selten die redlichsten Bestrebungen gut gesinnter Bürger, die die Zeit erfassen und in dem oben aufgestellten Sinn handeln, als zweideutig oder gar gefährlich hinstellen, und so ganz gute Kräfte dem Staat entziehen. Erinnern Sie sich ferner an die Brutalität mancher Polizeibeamten! Glauben Sie, daß dieses einseitige Schauen unserer Beamten, diese Mißgriffe dem König wirklich nutzenbringend sind? — Nimmermehr!!! Ich nehme mit Bestimmtheit an, daß kein Zweifel in dieser geehrten Versammlung obwaltet, daß Bayerns König vom besten Geiste beseelt ist, den gerechten Anforderungen seines Volks zu entsprechen, daß es ihm wirklich Ernst ums Herz ist, Vater des Vaterlandes zu seyn und zu bleiben, aber eben deßhalb erhebe ich aus Liebe zu unserm allverehrten König, der nur Wahrheit und Recht will, die Stimme und fordere meine verehrten Mitbürger auf, gegen jede Gewaltthätigkeit aufzutreten: denn in dieser liegt die Wurzel alles Uebels, durch diese sind die gegenwärtigen Wirren, ist das unendliche Mißtrauen hervorgerufen worden; dadurch wird unser Verein Vertrauen bekommen und mit dem Vertrauen Wirksamkeit. Diesem Grundsatz gemäß habe ich mich zunächst über die Ausweisung des Herrn Dr. Diezel zu beschweren. Die Gründe zu derselben, sind wie bekannt, nichts weniger als ausreichend, und das bekannt gegebene Erkenntniß ist blos eine maskirte Gewaltthat. Hat Dr Diezel gegen das Gesetz gefehlt, so unterstelle man ihn seinem ordentlichen Richter. Denselben aber blos auszuweisen, während sein Blatt hier doch fort im Drucke erscheint, ist eine Maßregel, die nicht gerechtfertigt werden kann. Hat Diogenes in einem Fasse leben können ohne Austern, Trüffelpasteten und Champagner, kann ein bayerischer Soldat mit 8 kr. des Tags leben, so ist jedenfalls auch die hinlängliche Subsistenz des Dr. Diezel hiemit noch gewisser!!!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Kornverkauf betreffend)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird aus den Vorräthen der hiesigen Wohlthätigkeits-Stiftungen vom Ernte-Jahr 1847 eine Quantität Korn am

Montag den 26. dieses Mts. Vorm. 10 Uhr

in dem Amtszimmer des heiligen Geistspitals dahier öffentlich versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Nürnberg, den 16. Juni 1848.

Bestelmeyer.

Löhner.

v. u.

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden, in der Nähe und Ferne, widmen wir die schmerzliche Kunde von dem gestern Morgen ¾ 9 Uhr erfolgten Hinscheiden unseres innigstgeliebten Sohnes und Bruders,

Georg Leonhardt Junker,

königl. Post-Funktionär zu Eichstädt,

an den Folgen eines langwierigen Halsleidens, in einem Alter von 33 Jahren 2 Monaten. Um stille Theilnahme an ihrem tiefen Schmerz bitten

Nürnberg, den 17. Juni 1848.

Junker, pens. Schullehrer als Vater, nebst Familie.

Vereins-Versammlung.

Morgen Montag den 19 d. M Abends 6 Uhr ist eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des „Industrie- und Kultur-Vereins," wobei ein für den Verein und das Vaterland höchst wichtiger Gegenstand zur Berathung und Beschlußfassung zum Vortrag kommt, weshalb die verehrlichen Mitglieder hiemit ergebenst eingeladen werden, recht zahlreich und möglichst zur bestimmten Zeit zu erscheinen.

Nürnberg, den 16. Juni 1848.

Das Direktorium.

Dr. Weidenkeller, I. Direktor.

Mozarts-Verein.

Die am verwichenen Dienstag durch Ungunst der Witterung verhinderte Abendunterhaltung im Belvedere wird Montag den 19. Juni stattfinden, die Harmonie-Musik gegen 6 Uhr, der Gesang nach 7 Uhr beginnen.

Der Vorstand des Mozart-Vereins.

Kündinger. Mainberger. Röder.

(Bitte.) Seit einigen Tagen fehlt mir mein Handsiegel W. T. Sollte Jemand unter solchem von mir etwas zukommen, so bitte ich mir Anzeige davon zu machen.

W Tämmel

(Anzeige.) Mit dem 1. Juli d. J. können Statutenmäßig neue Theilnehmer bei der Spar-Gesellschaft eintreten, und haben, wenn sie sich nur für die nächsten 4 Monate, Juli, August, September, Oktober, betheiligen wollen, keine Nachzahlung zu leisten.

Nürnberg, den 14. Juni 1848.

Der Vorstand der Spar-Gesellschaft.

Anzeige.

Die in früheren Anzeigen bekannt gemachten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in meiner Wohnung im Gasthof zum rothen Hahn, Zimmer Nr. 7, wo ich zur Behandlung zu treffen bin, wie auch in den Spezereihandlungen des Hrn. Wilhelm Dieterich am Hengäßchen und Hrn. Friedrich Bauer am weißen Thurm einzeln zu 6 kr., im Duzend 1 fl. sammt gehöriger Anweisung zu haben. Auf Verlangen begebe ich in die resp. Wohnungen, um die Behandlung der Füße selbst zu besorgen, (was jedem selbst zu empfehlen wäre) wo nach gänzlicher Heilung ein beliebiges Honorar bezahlt wird. Der Aufenthalt wird nicht mehr lange dauern.

C. Lentner, Hühneraugen-Operateur aus Tyrol.

Aufforderung.

Da Herr B. b. S....... dahier, mündlichen und schriftlichen wiederholten Mahnungen ohngeachtet, sich seiner Verbindlichkeit gegen mich nicht entlediget, so bin ich (wie ihm bekannt) gezwungen, ihn dazu hiemit öffentlich und zwar unter der Bemerkung aufzufordern: Wenn binnen acht Tagen d. d. die Zahlung nicht geschehen sollte, eine zweite ausführlichere Aufforderung mit Ausschreibung seines Namens und Standes in diesem Blatte erfolgen wird.

Nürnberg, den 14. Juni 1848

J. G. D. Häberlein.

Auktion.

In dem Hause S. Nr. 390 an der Schmidtgasse und Burgstraße werden

Montags den 19. Juni Vormittags 9 Uhr

einige Pretiosen und Silbersachen, einige Möbeln, Weißzeug, Kleider rc. dann 2 Pistolen von Kuchenreuther und sonstige Instrumente; ferner

Nachmittags 2 Uhr

mehrere Bücher und Karten, an den Meistbietenden, gegen baare Zahlung verkauft und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

St. Leonhard.

Sonntag den 18. Juni „Harmonie-Musik" Um zahlreichen Besuch bittet

A. Feldmann.

Weißengarten in Fürth.

Sonnabend und Sonntag Produktion der Windsheimer Blechmusik.

Wozu ergebenst einladet

K Wening

Schröglers-Zwinger.

Heute Sonntag den 18. d. M

Harmoniemusik,

wozu ergebenst einladet

Anfang halb 6 Uhr.

Jean Schrögler.

Schusters-Keller.

Heute Sonntag den 18. wird Bock geschenkt.

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß.

Einladung.

Da die am Dienstag angekündigte Tanz-Unterhaltung wegen ungünstiger Witterung nicht stattfinden konnte, so findet dieselbe Montag den 19. d. statt, wozu die Betheiligten höflichst einladet

Anfang 7 Uhr.

J R. Lange, Tanzlehrer.

(Anzeige.) Nicht mehr lange, und es werden unsere Fahnen die Zierde der deutschen Farben tragen, gleich wie man auch bei dem letzten Ausrücken der hiesigen Landwehr mehrere Landwehrmänner mit den deutschen Kokarden geziert sah, nur wäre zu wünschen, eine passende Stelle dazu zu bestimmen, und es ist nach dem Erachten mehrerer hiesiger Bürger nicht unpassend, dem deutschen Wappen mit blau und weißem Rande den Platz einzuräumen den bisher der Königsname an dem Bandelier einnahm, welcher ohnedies verändert werden müßte, und es dann bei späterem Thronwechsel keiner Veränderung mehr bedürfte. Herr Medailleur und Gürtlermeister Stöttner, S. Nro. 495, würde die Wappen zu denselben Preis gleich dem Namen liefern.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen wünscht sogleich oder am Ziel Lorenzi unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen wünscht im Weißnähen Beschäftigung zu erhalten.

(Gesuch.) Ein Skribent, der eine schöne und korrekte Handschrift schreibt, und sich durch empfehlende Zeugnisse auszuweisen vermag, wünscht baldigst placirt zu werden.

(Gesuch) 3500 fl werden auf ein Haus, zur ersten Stelle, am Ziel Allerheiligen zu entnehmen gesucht. —

(Gesuch.) Eine gesunde Stillamme wünscht unterzukommen.

(Gesuch.) Es wird ein Kapital von 1500 fl. bis 2000 fl. gegen genügende hypothekarische Sicherheit zu entnehmen gesucht. Das Nähere durch die Exped. d. Bl.

(Offert) Von einem guten 4% Hypotheken-Kapital, erster Stelle, von 25000 fl., werden acht bis zehntausend Gulden, zum Vorzugsrechte zu cediren gesucht. Staatspapiere werden zu einem guten Course an Zahlung angenommen. Hierauf Reflektirende gefälligen sich an die Exped. d. Blattes unter Buchstaben Z in portofreien Briefen zu wenden.

(Zu verkaufen.) Große Spiegel mit Glasrahmen, 1 b Behälter und 1 Felleisen sind zu verkaufen

(Anzeige) Die auf Sonntag den 18. d M. anberaumte Promenade der Eisenbahn-Kompagnien findet nicht statt.

(Anzeige.) Durch die v. Ebner'sche Buchhandlung in Nürnberg ist zu beziehen:

Die Kunst eine reiche Partie zu machen.

Ein Handbuch für arme Teufel

von

F. Trill.

Preis 9 kr

Arena.

Sonntag den 18 Juni. „Die Söhne der Nacht" oder: „Der Königsmörder." Schauspiel in 4 Akten nebst einem Vorspiel: „Karl XII Tod" in 1 Akt. Nach Van der Velde von Bernhard Neustädt.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19. Juni 1848. № 171 Montag: Gervasius.

Deutschland.

Bayern. (München, 16. Juni.) Die Augsb. Allg. Ztg. meldet Folgendes: Eben erhalten wir noch aus München folgende erfreuliche Zeilen: „Als ein willkommenes Zeichen deutschen Sinnes eile ich Ihnen mitzutheilen, daß der bayerische Gesandte, Hr. v. Abel, in Turin beauftragt ist, gegen die Blokade von Triest energische Protestation einzulegen, und falls dieselbe nicht berücksichtigt wird, seine Pässe zu begehren. Endlich einmal ein thatsächl cher Beweis, daß auch das übrige Deutschland die Oesterreicher unterstützen will. Hoffentlich werden alle deutschen Regierungen alsbald dasselbe thun!

† (Nürnberg, den 15. Juni.) In der heute stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre der Aktien-türkischroth Fabrik wurde von dem Direktor des technischen Theils, unter Vorlegung gelungener Fabrikate die Versicherung ertheilt, daß der technische Theil gesichert sei und in seinen Erfolgen das ursprüngliche Verfahren weit übertreffe, daher über den künftigen Flor der Fabrik kein Zweifel obwalten könne. Hauptgegenstand der Berathung war indeß die Beischaffung der Geldmittel, da das schon von der vorjährigen Generalversammlung nothwendig befundene Anlehen von 15,000 Gulden nicht zu Stande gekommen war, obgleich die Fabrik dafür ihren gerichtlich zu 60,205 Gulden geschätzten Grundbesitz hypotheciren wollte, und der Direktor des merkantilen Theils daher die Bedürfnisse der Fabrik durch Vorschüsse auf Rechnung dieser Hypothek bestreiten mußte. Die Versammlung beschloß ein Anleihen von 12,000 Gulden durch freiwillige Unterzeichnung unter den Actionären selbst aufzubringen, wobei vorausgesetzt wurde, daß jeder wenigstens 10% seiner ursprünglichen Zeichnung beitragen werde, und diesem Anleihen hypothekarische Sicherheit und 5% Zinsen zu gewähren. Kommt derselbe vollständig zu Stande, so genügt es den Kasten der Gesellschaft, die sich nur noch auf weni e tausende Guld n belaufen, um den Betrieb des Geschäftes zu bestreiten, bis dieses bei besserm Geschäftsgang in sich selbst die nöthigen Mittel darbietet.

°† (Nürnberg, den 18. Juni.) Seit vor drei Monaten in Nürnberg der Anfang gemacht worden ist, auch in Bayern eine vernunftgemäße Verbesserung unseres altlutherischen Bekenntnisses zu veranstalten, sind die Altlutheraner sehr thätig gewesen. Man hat da und dort Conferenzen gehalten, namentlich in Erlangen wurde es sehr lebendig. Es sollen natürlich die äußersten Kräfte aufgeboten werden, um von Bayern das Licht abzuhalten, das sich im nördlichen Deutschland schon so mächtig Bahn gebrochen hat. Da mußte man sich denn allerdings fragen: Wird von der anderen Seite gar Nichts geschehen, um sich für die bevorstehende Generalsynode zu w ffnen? Wird man nicht erwarten, daß Nürnberg die begonnene Vertretung des Rationalismus auch fortsetze und dem übrigen Bayern vorangehe? Mit wahrer Freude haben wir daher das Schriftchen begrüßt, welches uns Herr Dr. Ghillany dieser Tage hat erscheinen lassen, betitelt: Ansprache an die rationalistisch Gesinnten unter den Protestanten in Bayern, die bevorstehende Generalsynode betreffend. (Preis: 9 kr.) Der Verfasser sagt, er finde es ungeeignet, daß man in gegenwärtigem Augenblick, wo uns die polit. Verhältnisse vollauf beschäftigen, auch an Ordnung der religiösen Angelegenheiten denke; man hätte damit noch zuwarten sollen, bis wir anderseits in Deutschland zu Resultaten gekommen wären. Da aber die Altlutheraner so eifrig an einer Generalsynode arbeiten, wahrscheinlich, weil sie fürchten, immer mehr Terrain zu verlieren, je länger diese Generalsynode hinausgeschoben wird: so dürften auch die Rationalisten nicht die Hände in den Schooß legen. Es sei nothwendig, daß sie jetzt gleichfalls eine geschlossene Partei bilden und als solche auftreten. Im Weiteren müssen wir unsere Leser auf das Schriftchen selbst verweisen. Möge es, im Interesse der guten Sache in recht Vieler Hände kommen! Ja, die erste protestantische Stadt Bayerns, das aufgeklärte Nürnberg, wird gewiß nicht zurückbleiben; Norddeutschland soll sehen, daß weder Roth noch Abel die Intelligenz des neunzehnten Jahrhunderts von unserer Stadt abzuhalten vermochten.

(Regensburg, den 16. Juni.) Aus dem Landgerichte Waldmünchen ist die Nachricht hieher gelangt, daß viele an der böhmischen Gränze wohnenden Tschechen, auf die Kunde von dem ausgebrochenen Aufstande in Prag, sogleich auf Wägen bewaffnet nach Prag geeilt seyen; während die um Eger wohnenden Tschechen sich ruhig verhalten, wie aus dem Landgerichte Waldsassen berichtet wurde. (Rgsb. Z.)

(Würzburg, den 17. Juni.) Heute Morgens passirte unsere Stadt ein Kurier, der dem Gerücht zufolge die Nachricht von dem Ableben des Großherzogs von Hessen nach München bringen sollte.

(N. Wrzb. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 12. Juni.) Man kann annehmen, daß der erste Zeitraum der deutschen Nationalversammlung mit den eben stattfindenden kurzen Pfingstferien beendigt ist. Wir benützen diesen Ruhepunkt, um statt der gewöhnlichen Berichte einige allgemeine Bemerkungen unsern Lesern mitzutheilen, die ihnen ein Bild von der Versammlung in deren äußerlichen Verhältnissen geben sollen. Der Versammlungsort — die Paulskirche — ist die größte protestantische, und nach dem Dom überhaupt die größte Kirche in Frankfurt; ein massives hübsches, in seiner jetzigen Gestalt noch ziemlich neues Gebäude, das an der Stelle der ehemaligen Barfüßer Kirche steht. Es bildet eine Rotunde, in welcher die Gallerien durch schöne und mächtige Säulen getragen werden. Die angegebene Gestalt (der Rotunde) bringt es aber mit sich, daß es den meisten Rednern schwer fällt, sich vollkommen verständlich zu machen. Nur wenige, mit besonders kräftigem Organe begabte Mitglieder erfüllen mit ihrer Stimme diesen ganzen Raum, unter ihnen Soiron und Blum; dagegen ist es selbst Gagern (vom Präsidentenstuhl aus) nicht jederzeit im Stande. Bei einiger Ruhe in der Versammlung selbst, und wenn man nur genau nach der Mitte hin spricht, werden indessen selbst viel schwächere Stimmen genügend verstanden, wozu die künstliche Decke beiträgt, welche seit dem Vorparlamente angebracht wurde; allein die hiervon erwartete Wirkung entspricht doch nicht vollständig den gehegten Erwartungen. Vor den einzelnen Sitzen hat man eine Vorrichtung angebracht, durch welche Schreibpulte möglichst ersetzt werden. Die Sitze selbst sind nicht sehr bequem. An der Stelle der Kanzel befindet sich der bedeutend erhöhte Raum für das Direktorium, — die Sitze des Präsidenten, der beiden Vicepräsidenten und zweier Sekretäre; — davor, etwas niedriger, die Rednerbühne; — in deren nächsten Umgebung (in den Gängen) die Plätze für die Stenographen der Versammlung. Die Sitze der Abgeordneten nehmen den Haupttheil der Kirche vollständig ein. Diese Sitze sind, durch die Gänge, in 4 Abtheilungen getrennt; — ziemlich passend für die politischen Schattirungen in der Versammlung. Rechts (vom Präsidentenstuhle) haben sich die Conservativen niedergelassen, ein Vincke, Lichnowski u. s. f. Denselben gerade entgegengesetzt erblickt man die entschiedenen Libera en, — die Linke, der sich aber ungetrennt die äußerste Linke beigesellt hat. In der ersten Bank gewahrt man Rob. Blum; in der dritten Bank Zitz und Schloffel, noch weiter hinten Ruge, Peter, Kapp, sodann Schaffrath, Vogt, Eisenstuck rc. Die Republikaner bilden eine kleine Fraktion, von etwa 20 Mitgliedern, welche indessen durch die Mehrzahl der jüngsten Wahlen, vielleicht bis zu 30, verstärkt werden wird. Die eigentliche Linke mag ⅓ der ganzen Mitgliederzahl umfassen. In der Mitte zwischen der rechten und der linken Seite befinden sich, in zwei Abtheilungen, das rechte und das linke Centrum. Die letzt erwähnte Färbung ist, wenn man nemlich nicht sowohl die blosen Sitze als vielmehr die herrschende Ansicht ins Auge faßt, die am zahlreichsten vertretene; denn ihre Mitglieder nehmen noch viele Plätze ein, welche materiell dem rechten Centrum angehören. Doch ist das Centrum am wenigsten gleichgesinnt, und es kommen in demselben oft sehr bedeutende Spaltungen vor. Am deutlichsten zeigte sich dies bei Abfassung eines „Programmes des nicht linken Centrums“, über welches eine vollkommene Uebereinstimmung nicht zu erzielen war. — Uebrigens kommen auch noch einzelne Fälle vor, daß Abgeordnete auf einer Seite sich niederlassen, auf der man sie ihren Ansichten nach nicht suchen würde. — An einer ganz besondern Stelle — im Gange an den äussersten Linken hin, — sitzt oder liegt vielmehr Eisenmann, auf einem besondern Sessel mit eigener Fußlagerstätte, da er das Sitzen auf den Bänken nicht ertragen könne; indeß der am Gehen sichtlich sehr gehinderte Schüler (von Zweibrücken) sich auf seinen Krücken mühsam nach einem Sitze oben im linken Centrum hin begibt (auf der Linken, wohin er gehört, hat er nämlich in der Nähe der Thüre einen unbesetzten Raum nicht mehr gefunden.) Ein Halbkreis von andern Sitzen umgibt jene der Deputirten. Zur Seite der Linken sind Plätze für Damen vorbehalten, welche immer in großer Anzahl schön geschmückt und mit besonderer Aufmerksamkeit beiwohnen; die Räume zur Rechten hat man den Diplomaten und anderen Personen ähnlichen Standes eingeräumt; in der ersten Bank, von Damen und Diplomaten, bemerkt man indessen die Berichterstatter für Zeitungen, und zwar in ziemlicher Anzahl. Die Gallerien waren anfangs unbedingt dem Publikum geöffnet. In der letzten Zeit hat man einige Räume davon abgetrennt, theils für Damen theils für Herren, die besondere Eintrittskarten erhalten haben. Der übrige, für Jedermann freie Raum, ist zwar noch ziemlich groß, aber doch bei weitem nicht ausreichend für die Menge der sich herzu Drängenden, darum immer sehr überfüllt. So kommt es denn, daß in diesem so geräumigen und hohen Gebäude oft eine fast erdrückende Hitze herrscht, welche freilich mit jener im Kaisersaale während der Verhandlungen des Fünfzigerausschusses nicht verglichen werden kann. Die Zuhörer nehmen immer ein großes Interesse an den Verhandlungen und an allem, was darauf Bezug hat. Findet eine Verhandlung über einen wichtigern Gegenstand statt, so sollen die Leute auf den Gallerien öfters die Anwesenden auf der linken, dann dagegen die auf der rechten Seite und in den Centren zählen; und öfters schon soll von diesen Leuten Bedauern und Mißbilligung geäußert worden sein, wenn viele Sitze auf der linken Seite leer blieben, während jene auf der rechten fast vollständig besetzt waren. Was die Besorgung der eigentlichen Geschäfte betrifft, so findet diese nur zum kleinsten Theile in den öffentlichen Sitzungen statt. Der wichtigste Theil der Arbeiten wird in den Ausschüssen erledigt, Manches sogar schon in den „Abtheilungen.“ Die Gesammtzahl der Abgeordneten ist nemlich, nach dem Loose, in 15 Abtheilungen gesondert. Jede dieser Abtheilungen ernennt für jeden näher zu erörternden Gegenstand oder Geschäftszweig ein oder zwei Mitglieder, welche dann zusammen den betr. Ausschuß (wohl auch Centralausschuß genannt) bilden. Ehe man diese Ausschußwahlen vornimmt, wird gewöhnlich der betr. Gegenstand in jeder Abtheilung besprochen. Der Ausschuß selbst aber hat denselben vollständig vorzubereiten. Alle vier Wochen soll eine neue Verloosung behufs Erneuerung der Abtheilungen erfolgen (doch dürfte diese Erneuerung des langweiligen Geschäftes und wohl auch des für die Majorität günstigen letzten Ergebnisses wegen, leicht auch länger hinausgeschoben werden.) Bei der einzigen bis jetzt vorgenommenen Verloosung trennte nemlich

der Zufall die Angehörigen der linken Seite so sehr, daß sie kaum in zwei Abtheilungen (der 12ten und höchstens noch der 1ten) eine Mehrheit erlangten. Dies erklärt es, daß die Ausschüsse durchgehends so wenig liberale Elemente enthalten, und auch namentlich, daß bis jetzt überhaupt nur zwei Pfälzer (Kolb und Gulden, beide Mitglieder der 12. Abthlg.), in Ausschüsse gewählt worden sind. Die öffentlichen Sitzungen sind, bei den Vorschriften der so schnell angenommenen Geschäftsordnung, zunächst nur Paradesitzungen. Sobald die Berathung über einen Gegenstand eröffnet erklärt ist, drängt sich eine Menge von Mitgliedern nach der Rednerbühne, um sich zum Worte zu melden. Da die Anzahl stets unverhältnißmäßig groß ist, so erschallt der Ruf nach dem Schluße der Berathung fast immer früher, als alle Eingeschriebenen sprechen konnten. In Folge dessen ist es beinahe nie möglich, daß Jemand zur Rede kommen kann, der sich blos durch die Discussion selbst zum Sprechen veranlaßt sieht. (Vom Platze aus zu reden ist unmöglich, da man nur von der Rednerbühne aus verstanden wird.) Keine Versammlung enthält im Verhältnisse eine so große Anzahl von Männern, die öffentlich zu sprechen im Stande sind, wie diese. Dieser Umstand trägt wohl aber auch bei, daß nur sehr wenige der Mitglieder sich ganz vorzüglich auszeichnen; da nur selten Einer wirklich schlecht spricht, so sind die Anforderungen um so größer, um das Prädikat der Vorzüglichkeit zu erlangen. Eigentlich wird bis jetzt nur Blum diese Palme zuerkannt. Doch muß bemerkt werden, daß die Zahl Derjenigen, welche bis jetzt auf die Tribüne gelangten, wohl schwerlich mehr als 60 beträgt, wenn gleich neulich in einer einzigen Verhandlung sich gegen 90 zum Worte gemeldet hatten.

(N. Spr. Z.)

(Frankfurt, den 16. Juni, früh 10 Uhr.) Die Ereignisse drängen sich, man kann sagen, mit jeder Stunde rückt die Geschichte Deutschlands weiter. Im Parlament, in dem seit der Abstimmung über Schleswig-Holstein sich die Parteien schärfer sondern, sollte heute Sitzung stattfinden, allein, wie ein Cirkular des Präsidenten sagt, wegen noch nicht vollendeten Kommissionsberichts, verschob sie Gagern. Dies wurde denn gestern von der Linken scharf angegriffen. Die Versammlung habe die Sitzung bestimmt, sagte Vogt gestern in der Versammlung der Linken, der Präsident habe nicht das Recht, diesen Beschluß aufzuheben. Man beschloß, in die Paulskirche zu ziehen und Sitzung zu halten, sich einen Präsidenten zu wählen, wenn der Präsident nicht erscheine. Unterdessen hat Gagern die Paulskirche fest schließen lassen. Sie sehen aus dieser Geschichte den Stand der Parteien. Vogt sieht in dieser Aussetzung der Sitzung Feigheit vor dem demokratischen Kongresse und absichtliches Zögern, weil die Genehmigung der Regierungen hinsichtlich der Exekutivgewalt noch nicht eingetroffen. Wenn ich meinem Brief auch die Stunde der Abfassung hinzufüge, so geschieht dies, um meine obige Behauptung zu bekräftigen, wie in dem »rapiden« Gange unserer Ereignisse jede Stunde neue Wendungen hervorbringt. (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 16. Juni.) Der Zug in die Paulskirche fand nicht statt. Ein Brief Gagern's brachte die Linke von ihrem Vorsatze ab. (N. W. Z.)

(Frankfurt, 15. Juni 7 Uhr.) Ich habe Ihnen bereits die Hauptresultate der Nachmittagssitzung des demokratischen Kongresses mitgetheilt. Waren diese bedeutend, so war der Eindruck, den diese Sitzung hervorbrachte, noch bedeutender, aber keineswegs beruhigender Natur. Auf diese Weise erwarten uns die Wehen der Reaktion oder einer noch lange nicht vollendeten Revolution. Der demokratische Congreß sprach es geradezu aus, er erkenne das Parlament nicht an, weil dessen Mitglieder meist aus indirekten Wahlen hervorgingen, er betrachtet Deutschland, besonders Süddeutschland, als größtentheils von republikanischer Gesinnung erfüllt, er sieht in Hecker einen Märtyrer, einen Heros, einen Patrioten. Ich glaube nicht, daß die republikanische Staatsform für uns Deutsche überhaupt, zumal in der Gegenwart von Nutzen sey, aber auch wenn man sich »auf die Zinne der Partei stellt,« kann man nicht anders, man muß sagen, die Mitglieder des demokratischen Kongresses scheinen sich über die Stimmung im Vaterlande zu täuschen, und die Folge davon kann schweres Unglück seyn. Bei diesem Haß gegen die Monarchie, bei dieser Energie, wie sie sich in dieser Versammlung kund gab, kann, den besten Willen der republikanischen Mehrzahl selbst vorausgesetzt, ein Zufall, eine einzelne reaktionäre Handlung zu einer Schilderhebung Veranlassung geben, die uns in den Zustand des Bürgerkriegs versetzt; denn zugegeben, Berlin und Wien, ganz Baden sey republikanisch, so ist das noch lange nicht Deutschland. Mißglückt die Erhebung, so ist Mißtrauen gelegt zwischen Regierung und Regierten, ist der Reaktion Thür und Thor geöffnet; glückt sie (woran ich sehr zweifle) werden wir mehr wie ein Kapitel aus der neuern Geschichte Frankreichs durchzumachen haben. Von einem Polizei-Staat zu einer Republik — das ist kein natürlicher, kein möglicher Uebergang. Kommt es aber gar nicht zum Kampf, so ist doch eine Beunruhigung, ein Mißtrauen in die Gemüther geworfen, das politisch und materiell auf die öffentlichen, jetzt schon so verwirrten Zustände wirkt. Eigenthümlich! Wir haben bei uns früher Parteien als wir ein Deutschland haben. Frankreich, England war während seiner Revolution ein Ganzes und nach Außen einig. Das ist wohl zu bedenken. Unser Zustand gleicht einem halbfertigen Schiff auf offener See, dessen Mannschaft unter einander hadert, während der Sturm Planke an Planke abreißt. (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 16. Juni.) Die heutige Vormittagsitzung des demokratischen Kongresses war matt. Man schritt über eine Menge von Anträgen zur Tagesordnung; darunter war einer von Bamberger, (kurz vor den Mainzer Ereignissen Redakteur der Mainzer Zeitung) den Versuch zu machen, an dem politisch-socialen Wirken der Partei auch die Frauen Theil nehmen zu lassen. Der Grundsatz der Gleichberechtigung Aller, der oberste Grundsatz der Partei, war hier das Motiv des Uebergangs zur Tagesordnung. Dasselbe Schicksal aus demselben Grunde erfuhr der Antrag Löwensteins, Bürger und Militär einander näher zu bringen. Ein Antrag Esselens wegen der bevorstehenden Berathung der Exekutivgewalt in der Nationalversammlung noch länger in Frankfurt zu bleiben, wurde abgelehnt. Der Kongreß werde so lange bleiben, als seine Geschäfte es erfordern. Zu den Organen der Partei, d. h. Verkündigern ihrer offiziellen Aktenstücke wurden, wie ich voraussagte, die Zeitungshalle, die Neue Rheinische Zeitung und die Volks-Zeitung bestimmt; bis letztere wieder erscheint, auch die Mannheimer Abendzeitung; zu repub. Vororten vorläufig: Mannheim, Stuttgart, Bamberg, Wien, Köln, Frankfurt a. M., Marburg, Jena, Leipzig, Halle, Berlin, Breslau, Stettin, Königsberg, Hamburg. — Das Recht des deutschen Volks, Friedrich Hecker zurückzuberufen, kam auch diesen Morgen zur Sprache. Nachmittag steht auf der Tagesordnung; Berathungen über ein Manifest an das deutsche Volk und die Wahl des Centralausschusses.

(N. Würzb. Z.)

(Frankfurt, den 16. Juni.) In der Nachmittags-Sitzung des „Demokratischen Vereins“ entspann sich eine interessante Debatte über die Frage, ob überhaupt ein Manifest erlassen werden soll. „Es sei keine Zeit zu Phrasen, sondern zu Thaten, die Beschlüsse der Versammlung wären Manifest genug.“ Es wurde beschlossen, kein Manifest und nur vor den Beschlüssen einen faktischen Bericht als Einleitung zu veröffentlichen. (Postschluß.)

Die Adresse des Kongresses der deutschen Demokraten an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. lautet: Hohe Versammlung! Der Kongreß deutscher Demokraten-Vereine zu Frankfurt fordert die Nationalversammlung auf, daß sie, als eine Achtungsbezeugung gegen den Willen des deutschen Volkes und als Zeichen des Zutrauens zu sich selber, den Abgeordneten Friedrich Hecker von Mannheim unverzüglich einlade, in ihrer Mitte Platz zu nehmen. Frankfurt, den 15. Juni 1848. Im Namen des Kongresses der deutschen Demokraten: Jul. Fröbel, I. Präsident. Fr. Kapp, I. Sekretär.

Unter den Mitgliedern des deutschen demokratischen Congresses in Frankfurt finden wir u. A.: Julius Fröbel aus Griesheim in Schwarzburg-Rudolstadt, Carl Theodor Bayrhoffer aus Marburg, Friedrich Kapp aus Hamm in Westphalen, Ludwig Bamberger aus Mainz, Theodor Herzberg aus Pr.-Minden, Adolph Berger aus Heidelberg, Friedrich Anneke, Abg. des Arbeitervereins in Köln, Moriz Carrière aus Gießen, Diezel, Abg. des polit. Vereins in Nürnberg, Ch. Esselen, Abg. des Arb.-Ver. in Frankfurt und Höchst, Ludwig Feuerbach aus Bruckberg, Ferd. Freiligrath, Abg. des Volksklubbs in Düsseldorf, And. Gottschalk, Abg. des Arb.-Ver. in Köln, Carl Grün, Abg. des demokr. Ver. in Trier, Heinkelmann aus Bamberg, Hoyol, Abg. des demokr. Ver. in Breslau, Jung, Ab. d. vaterl. Ver. in Waldsdorf, Jul. und Lud. Knorr aus München, Herm. Kriege, Abg. des demokr. Vereins aus New-York, Lachmann aus London, Levita aus Heidelberg, Heinr. Löwenstein, Abg. d. Arb.-Ver. in Frankf. a. M., K. Ludolph, Abg. d. Arb.-Ver. in Marburg, Lunckenbein, Abg. d. polit. Ver. in Nürnberg, Marlede von Hamm, Morstadt aus Heidelberg, E. Pelz, Abg. d. Arb.-Ver. in Frankfurt und Höchst, Joh. Ronge, Abg. des dem. Ver. in Breslau, Sauerländer, Abg. d. dem. Klubbs in Mannheim, Schapper, Abg. d. Arb.-Ver. in Wiesbaden, E. Steudel, Abg. d. polit. Ver. in Nürnberg, G. Strecker, Abg. d. dem. Ver. in Mainz, Tielmann, Abg. d. Bürg.-Ver. in Kirchheimbolanden. (N. W. Z.)

(Frankfurt, 16. Juni.) Wie es heißt, wird die „Deutsche Zeitung“ hieher verlegt. (N. W. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 14 Juni.) Am zweiten Pfingstfeiertag, dem Tag, an welchem, den böswilligen Erdichtungen müssiger Köpfe zufolge, in ganz Deutschland von Seiten der republikanischen Partei eine großartige Demonstration gegen alles Bestehende unternommen werden sollte, wurden unserer Bürgerwehr die von den Frauen und Jungfrauen verfertigten drei Fahnen mit großen Feierlichkeiten überreicht, und lobend muß man es anerkennen: das Fest wurde durch die musterhafteste Ordnung gekrönt. Bei dieser Gelegenheit redete Herzog Adolf einmal wieder unmittelbar zu seinen Nassauern. Mit kräftiger Stimme ermahnte er: „fest an ihm zu halten, wie bisher, das Vertrauen an ihm nicht sinken zu lassen, das er zu schätzen und zu würdigen wissen werde.“ Fest und sicher glauben wir, daß unser Herzog von den edelsten Gesinnungen beseelt ist, daß er Alles aufbieten wird, den gerechten Forderungen seiner Mitbürger in befriedigender Weise Genüge leisten zu können; aber den Wunsch hegt man hier allgemein, daß er sich vor Denen hüten möchte, die es leider auf alle mögliche Weise versuchen, sein neu bestelltes Feld mit Unkraut zu besäen, die sich nicht scheuen würden, dem Volke einen blauen Dunst vorzumachen. Hält er sich von Solchen fern, schließt er sich mit ganzem Herzen und ohne Zurückhaltung seinem Volke an, dann wird sich gewiß sowohl für ihn, als auch für jenes, Alles zum Besten gestalten. Dies ist die Meinung Aller, die mit Freuden den Beschluß unserer Kammer begrüßten, nach welchem die leeren Worte „von Gottes Gnaden“ in ihr Nichts zusammenstürzten; der Wunsch eines jeden Vernünftigen wird überhaupt der seyn, daß alle Schranken, bisher zwischen Volk und Fürst aufgebaut, stürzen müssen. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Pest, 12. Juni.) Ich beeile mich, Ihnen über eine sehr ernste militärische Meuterei, deren Schauplatz noch bis diese Stunde unsere Stadt ist, Mittheilung zu machen. Unsere neu angeworbenen Freiwilligen (der mobilen Nationalgarde) liegen mit den Italienern vom Regiment Ceccopieri in einer und derselben Kaserne. Schon einmal kam es zu einem blutigen Konflikt zwischen ihnen; in der letzten Nacht wiederholte sich der Streit auf eine bedeutende Weise. Aus einem geringfügigen Anlaß kam es zum Handgemenge, zu Schwertstreichen und zu Flintenschüssen. Der Kampf wüthete im Innern der kolossalen Kaserne (das Invalidenhaus) mehrere Stunden lang, während außen die Sturmglocken gezogen wurden und viel herbeigeeiltes Volk, mitunter auch Nationalgarden, sich versammelte. Die Thore waren von innen verrammelt, das Volk, welches eindringen wollte, schlug einige Marktbuden zusammen, um sich mit den Trümmern zu bewaffnen; allein man schoß aus den Fenstern der Kaserne, niemand wagte einzudringen, und man mußte die Kämpfenden ihrem Schicksale überlassen. Mittlerweile rückte Militär aus den andern Kasernen aus und stellte sich vor den verschiedenen Eingängen des Invalidenhauses auf, von deren rückseitigen Fronte auch eine Batterie Kanonen aufgefahren ist. Der Kampf schien nach Mitternacht im Innern aufgehört zu haben — aber die Italiener weigern sich noch immer; dem Befehl des Kriegsministers, die Waffen abzulegen, Folge zu leisten. Man gab ihnen heute noch einige Stunden Bedenkzeit, die bei Abgang der Post noch nicht abgelaufen. Alles hat eine drohende Stellung — die Nationalgarden beider Städte stehen unter Waffen, und man weiß noch nicht, wie die Geschichte enden werde. Bis jetzt soll es von beiden Seiten 6 bis 7 Todte, aber sehr viele Verwundete geben. Unter den Todten bedauert man den Oberlieutenant Baron Maaßburg, der zufällig von einer Kugel getroffen wurde. Die außer der Kaserne an mehreren Wachtposten der Stadt wachestehenden Italiener wurden vom Volk auf die roheste und ungerechteste Weise barbarisch mißhandelt. Dieselben Italiener wurden erst kürzlich von unsern Patrioten mit Schmeicheleien überhäuft zum Verrath und zur Insubordination durch Proklamationen und andere Mittel ermuntert. Man fraternisirte mit ihnen als „Verbündeten gegen die Tyrannei“ und stellte sie hoch über die ungarischen

Truppen, die jetzt „gegen die Freiheit" in Italien kämpfen. Nun hat sich aber das Blatt plötzlich gewendet, und kein Italiener wird sich hier wohl mehr auf den Strassen zeigen dürfen. Aus dem südlichen Ungarn heute keine Nachrichten. Nachschrift. Der Erzherzog Stephan begab sich ins Invalidenhaus und es gelang ihm, die Italiener zu bereden, die Waffen niederzulegen. Sie thaten es und werden in diesem Augenblick auf einem Dampfboot nach Comorn eingeschifft, woselbst ihnen wahrscheinlich der Prozeß gemacht werden wird. Die Ruhe ist hergestellt. (A. A. Z.)

Preussen. (Posen, 14. Jun.) Von der russischen Grenze laufen immer mehr Nachrichten über die Anhäufung russischer Truppen ein. Wie verlautet, wird nun auch das 19. Linienregiment, großentheils aus Polen bestehend, in den nächsten Tagen unsere Provinz verlassen. (D. A. Z.)

(Köln, den 11. Juni.) In der neuesten Nummer des Kölner Domblattes erklärt der Vorstand des Kölner Central-Dombau Vereins in einer Ansprache an die Vereins-Genossen, daß die Kasse erschöpft sey und mit dem kommenden 1. August die Bauthätigkeit eingestellt werden müsse, wenn nicht sofort neue Hülfsmittel beschafft würden.

(Köln, den 14. Juni.) Gestern hat ein Zufall uns vor einem Ereignisse bewahrt, welches bei der ängstlichen Stimmung, die hier herrscht, und bei der Aufgeregtheit eines Theiles der arbeitenden Klasse von schlimmen Folgen seyn konnte. Es sollte, wie man sagt, in der verflossenen Nacht im hiesigen Hauptgefängnisse ein Aufruhr ausbrechen. Die zu Zwangsarbeit Verurtheilten sollten schon die Eisenstäbe ihrer Kerker durchfeilt, die Schlösser der Thüren losgeschraubt und ihrer Ketten sich entledigt haben, wozu sie die beiden Pfingstfeiertage benutzt, da sie an denselben nicht zu arbeiten brauchten. Beim Zuschließen einer Thür soll ein Wächter das Vorhaben der Gefangenen entdeckt haben, so daß sogleich die nöthigen Vorsichtsmaßregeln angewandt werden konnten. Wäre es den Gefangenen gelungen, auszubrechen, so würde große Aufregung in der Stadt unvermeidlich gewesen seyn. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Koblenz, den 14. Juni.) Gestern war man hier besorgt, es könnte die Ruhe unserer Stadt in ernstlicher Weise gestört werden. Von Seiten der Behörden hatte man Vorkehrungen getroffen, um allen Versuchen solcher Art mit Nachdruck zu begegnen. Die sämmtliche Infanterie war von 6 Uhr Abends in den Casernen consignirt, und hatte scharfe Patronen, die Feld-Artillerie war mit scharfer Munition aus der Stadt auf den Exerzierplatz ausgerückt, um nach allen Seiten nöthigenfalls verwendet zu werden. Indessen blieb alles ruhig und nicht die mindeste Störung trat ein. Wodurch diese Besorgnisse erregt wurden, weiß man nicht bestimmt. Fremde Emissäre sollen seit mehreren Tagen hier sehr thätig gewesen seyn, um die Republik proclamiren zu lassen; auch sollen sie in den Kasernen auf die Soldaten zu wirken versucht haben. Gestern früh lief ein Mensch mit dem Ruf: „Es lebe die Republik!" durch die Straßen, ferner wollte man in dem Stadtwalde eine rothe Fahne gesehen haben, und es sollen rothe Cocarden in Menge vertheilt, ja sogar Geldversprechungen gemacht worden sein. Es liegt sehr nahe, daß alle diese Gerüchte übertrieben und durch Nachrichten von ähnlichen bevorstehenden Versuchen in anderen Städten hervorgerufen worden sind. Die Besorgnisse wurden noch durch eine auf gestern Abend ausgeschriebene Arbeiterversammlung vermehrt. Aber auch in dieser ging es sehr ruhig zu und die gefaßten Beschlüsse zeugen von der größten Mäßigung. — Um 5 Uhr Abends reiste der Befehlshaber des 8ten Armeekorps, Generallieutenant von Schreckenstein nach Köln. Der Oberpräsident Eichmann befindet sich seit mehreren Tagen wieder hier. — An dem Einflusse der Mosel in den Rhein wurde gestern eine männliche Leiche gelandet, welche nach Aussage der Behörde die des Dr. K. von Mainz sein soll, der an einer Gemüthskrankheit gelitten habe. Morgen geht ein Theil der hiesigen von Schleswig-Holstein zurückgekehrten Freischaar wieder dahin ab. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Von der Weichsel, den 11. Juni.) Der Trieb der Slaven, sich in einem politischen Staatenverbande zu vereinigen, um wie es heißt, den slavischen Geist zur Weltherrschaft zu bringen, da der germanische ausgestorben sey, gehört nicht der jüngsten Zeit an. In der Literatur aller slavischen Volksstämme findet sich der Gedanke einer slavischen Verbrüderung und beherrscht seit drei Jahrzehnten die Gemüther der Slaven; nur fordert er seit 1830 seine politische Verwirklichung für die jetzt bei der allgemeinen Wiedergeburt Europas der Zeitpunkt gekommen zu sein scheint. Diese Verbrüderung mag immerhin geschehen; sie dient nur mit dazu, der unatürlichen Politik ein Ende zu machen, welche die Völker auseinanderriß; aber die Entwicklungsstufe, auf welcher sich dieser Associationstrieb der Slaven befindet, muß als den Deutschen gefährlich angesehen werden, besonders gefährlich, wenn es russischen Intriguen gelingt, diese Völker an den Petersburger Hof zu fesseln. Und sind die Bemühungen des russ Kabinets so ganz ohne Erfolg geblieben? Das deutschfreundliche Ungarn befindet sich in der heftigsten Gährung. Russische Emissäre sind daselbst gefangen genommen, welche durch Geld und Proklamationen die slavische Bevölkerung aufwiegelten gegen die Regierung, und aus derselben Quelle kommt die Aufregung der Bevölkerung Kroatiens. Die Polen, obgleich entschiedene Gegner des russischen Regiments, scheinen jetzt, nach dem verunglückten Aufstande in Posen, das Fundament eines Polenreiches auf Kosten des deutschen Elementes legen, und im Interesse ihrer Sache russischen Einflüsterungen ein geneigtes Ohr schenken zu wollen. Was sollte es anderes bedeuten, wenn sie, wie die Mittheilungen aus Posen lauten, mit ihren Nationalfarben Roth und Weiß noch das russische Grün vereinigen? Der Mittelpunkt für die Bestrebungen der slavischen Verbrüderung ist Prag. Dort muthete man rücksichtslos Oesterreich einen Verrath am deutschen Vaterlande zu, um im Interesse des österreichischen Kaiserthums die deutschen Erblande von der Verbindung mit Deutschland loszureißen und sie einem slavischen Kaiserthume einzuverleiben. Das russische Grün ist auch in Prag eine beliebte Farbe. Man gesteht eine mögliche Verbindung ein. Wie das neuliche Verbrüderungsfest der Czechen mit den Deutschen dort ablief, wissen wir. Wenn nun alle diese Bestrebungen der Slaven dahin auslaufen, daß, um diese slavische Verbindung in's Leben zu bringen, der Czaar der Russen die Dictatur übernimmt, wäre unsre Selbstständigkeit nicht wesentlich bedroht! Sicher wird die russische Regierung eine solche Vereinigung eifrigst fördern und gern in dieselbe eingehen, schon um die innern revolutionären Elemente durch den Rausch eines großen Slavenreiches zu betäuben. Dieser Gedanke ist dem Czaarthum nicht fremd. Schon Peter des Großen Absicht war es, alle Slaven in ein Kaiserreich zu vereinigen, dessen Hauptstadt Konstantinopel seyn sollte, ein Gedanke, den die russische Politik nicht ganz aufzugeben gesonnen scheint. Nicht blos nach dem Süden hin wenden sich die Blicke der Slaven, um ihre Grenzen zu ziehen, sondern auch im Westen beanspruchen sie alles Land, weil dort ehedem slavische Stämme gesessen, die vollkommen in die deutsche Bevölkerung aufgegangen sind. So über alle Schranken hinaus diese Ansprüche auch gehen, sie werden dennoch gestellt, um bei guter Gelegenheit mit Nachdruck geltend gemacht zu werden, ob mit Erfolg? Das wird die Geschichte der „deutschen Einheit" lehren. (Frkf. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein, (Rendsburg, den 13. Juni.) Die Volksversammlung, welche heute hier abgehalten worden ist, hat folgende ihr vorgelegte Resolutionen berathen und beschlossen. Die Volksversammlung erklärt: 1 Das Volk Schleswig-Holsteins verlangt, um des Landes gefährdete Sicherheit und Ehre nachdrücklich zu wahren, augenblickliche Einführung allgemeiner Wehrpflicht ohne Ausnahme und Stellvertretung; unverzügliche Aufstellung eines starken Heeres, und endliche Organisation dieses Heeres und der militärischen Verwaltung unter einem Kriegsministerium; willig wird das Volk Schleswig-Holsteins jede Kriegssteuer tragen. 2. Das Volk Schleswig-Holsteins verlangt, daß das von den Ständen zu berathende Wahlgesetz für die künftige, das schleswig-holsteinische Volk in Wahrheit repräsentirende Versammlung auf dem Grundsatz der allgemeinen direkten Volkswahl beruhe, und eine nicht geringere Anzahl von Abg. festsetze, als jetzt in den vereinigten Ständen Mitglieder sind. Das Volk erwartet, daß das Wahlgesetz und die neuen Wahlen möglichst gefördert werden, damit die jetzige Ständeversammlung, nach Erledigung der dringendsten Vorlagen, der neugewählten ihren Platz einräumen könne. 3. Das Volk Schleswig-Holsteins verwirft jede Theilung des Herzogthums Schleswig als der Politik, dem Rechte und der Ehre des deutschen Volkes widerstreitend. 4. Das Volk Schleswig-Holsteins wünscht und hofft, daß der König Friedrich VII. nicht wieder zur Ausübung der Regierungs-Gewalt in den Herzogthümern gelange, und hält seine Freiheit und seine Nationalität nur durch die Anerkennung des Grundsatzes gesichert: Kein König von Dänemark darf Herzog von Schleswig-Holstein sein, kein Herzog von Schleswig-Holstein König von Dänemark. (Brem. Z.)

Wir bemerken heute nur, daß die beiden letzten Resolutionen ohne alle Berathung, ohne jede Diskussion sofort angenommen wurden. Sie sehen hieraus, wie übereinstimmend sich die Ansicht, die Ueberzeugung, das Gefühl von der Nothwendigkeit ausspricht, die Personalunion aufzuheben. Der Inhalt der vier Resolutionen war gestern Abend bereits ausführlich diskutirt, wie er auch schon in Schleswig am Sonntag Abend besprochen sein soll. Das Nähere theile ich Ihnen später mit. — Morgen wird die Ständeversammlung eröffnet. — Vom Kriegsschauplatze kann ich Ihnen nur melden, daß am Sonnabend die schleswig-holsteinischen Truppen in Hadersleben eingezogen, sich am Sonntag aber wieder zurückziehen mußten, weil sich die Dänen, 6000 Mann stark, nahten. Man erwartet nun eine Schlacht. Heute Abend rückten Hannoveraner hier ein. (Br Z.)

(Von der Schlei, 11. Juni.) Gestern hörte man in Schleswig, daß die Dänen die Brücke bei Sonderburg abgebrochen haben sollten. Es fehlt ihnen an Lebensmitteln. Man erwartet und fürchtet, daß sie irgendwo in den Herzogthümern sei es in Eckernförde Kiel, Neustadt, noch unerwartet landen und Manches zerstören werden. Unsere Truppen dehnen sich nach dem Norden aus. Gestern kam braunschweigische Artillerie hier durch, so wie heute Nacht Hannoveraner. Hardersleben soll von den Dänen wieder geräumt sein, die wieder angekommenen dänischgesinnten Beamten entflohen in Folge der Niederlage, welche das von der Tann'sche Freikorps den Dänen bei Hopt up zufügte. Es melden sich, wie wir hören, viele junge Leute aus den Herzogthümern zum Militärdienst. Allgemein wird bedauert, daß die provisor. Regierung nicht schon vor 6 Wochen die allgemeine Militärpflicht eingeführt oder beantragt hat. Dann hätten wir jetzt ein schlagfertiges Heer von 20,000 Mann. Preussische Offiziere werden nach Rendsburg kommen, um die Rekruten einzuüben. Unsere Bürgerbewaffnung in Schleswig ist unter allem Begriff. Die Bürger sind willig, allein es fehlt an Waffen. Freilich hat das Kriegsministerium versprochen, daß eine Anzahl von 5—600 Gewehre den Bürgern gegeben werden solle, allein erst sollen die Eind ruf...en damit versorgt werden. Unsere Truppen rückten heute sicherem Vernehmen nach wieder in Hadersleben ein. (Brem. Z.)

Würtemberg. (Gmünd, den 14. Juni.) Im hiesigen Artillerie-Schießthal hat sich heute ein großes Unglück ereignet. Während der Schießübungen ist eine Kanone, nachdem schon mehrmals daraus geschossen war, und welche seit einigen Jahren benützt wird, zersprungen und hat drei Fußartilleristen plötzlich getödtet, einen gefährlich und zwei leicht verwundet. Morgen findet die Beerdigung der drei Getödteten statt, welcher auch die städtische Bürgerwehr beiwohnen wird. (Schw. M.)

(Oehringen.) Der politische Verein hat am 14. Juni nachstehende Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt abgeschickt: „Hohe konstituirende Versammlung! Mit hoher Freude haben wir Unterzeichnete vernommen, daß die hohe Nationalversammlung in den nächsten Tagen über die Errichtung einer provisorischen Regierungsgewalt für Deutschland Beschluß fassen wird. Wir begrüßen diese als das einzige Mittel, wodurch endlich die Leitung Deutschlands in die rechten Hände gelegt und auf eine für Deutschland Ruhm und Heil bringende Weise geführt werden wird. Um so mehr aber glauben wir uns nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, einer hohen Versammlung unsere Ansichten und Wünsche in Betreff dieses Gegenstandes auszusprechen, da sie gewiß wünschen muß, vor der Fassung ihres Beschlusses möglichst viele Stimmen aus den verschiedensten Theilen des deutschen Landes kennen zu lernen. Wie wir aus sicherer Quelle hören, ist von Dahlmann ein dem bayerischen ziemlich gleichlautender Vorschlag gemacht und von der Mehrheit des Ausschusses gutgeheißen worden, wonach die ausübende Gewalt in Deutschland bis zu vollendeter Verfassung ein Direktorium seyn soll, bestehend aus drei Männern, von denen einen das österreichische, den zweiten das preussische Kabinet ernennen, den dritten aus drei von Bayern vorgeschlagenen Kandidaten die übrigen Regierungen auswählen würden. Ein solches Direktorium aber würde uns als eine unglückliche, ihren Zweck in jeder Hinsicht verfehlende Einrichtung erscheinen. Vor Allem erregt in uns die Uebertragung der obersten Gewalt an drei Männer, welche die Interessen der einzelnen deutschen Regierungen vertreten sollen, die höchsten Bedenken hinsichtlich dessen, was unsere einzige, aber auch unsere höchste und herrlichste Hoffnung ist, hinsichtlich der künftigen Einheit Deutschlands. Ist es nach den

allgemeinen Gesetzen der Politik und nach den Lehren der Geschichte an sich höchst unwahrscheinlich, daß überhaupt ein Kollegium eine schnelle, kräftige und konsequente Oberleitung im Staate führen kann, hat selbst die römische Republik in gefährlichen Zeiten an die Stelle ihrer zwei höchsten Beamten einen ausserordentlichen Gewalthaber setzen müssen, zeigt uns das französische Direktorium am Ende des vorigen Jahrhunderts das Bild verderblicher Entzweiung und Machtlosigkeit, wie sollte es in dem seit so vielen Jahrhunderten zersplitterten und uneinigen Deutschland möglich seyn, daß drei Männer, zumal wenn sie sich schon durch die Art ihrer Ernennung darauf hingewiesen sehen, theils die Macht der zwei großen, theils die Unabhängigkeiten der kleinen Staaten zu berücksichtigen, sich zu einer, für das ganze Vaterland heilsamen, zu einer nachdrücklichen einträchtigen und gegen außen mächtigen Thätigkeit vereinigten? Hier oder nie muß der vielgenannte Ausspruch eine Wahrheit werden: kein Oesterreich, kein Preussen mehr, sondern nur ein einiges Deutschland! Darum möchten wir auch keine preussisch-österreichisch-kleinstaatliche Dreimänner-Regierung, sondern wir möchten einen einzigen, einen deutschen Präsidenten. Eben deßhalb wünschen wir aber auch weiter, daß die zu errichtende provisorische Regierung nicht von den einzelnen deutschen Regierungen, sondern daß sie von der National-Versammlung ausgehe. Wenn wir es nicht aus der ganzen Geschichte Deutschlands wüßten, wie die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten von jeher das Gesammtvaterland ihren eigenen Vortheilen nachgesetzt haben, so könnten uns die allerneuesten Verhältnisse, könnten uns die Zustände Oesterreichs, die Ereignisse in Schleswig und die bayerischen Erklärungen über die Verfassung Deutschlands darüber belehren, wie wenig unter den Händen der einzelnen Regierungen Deutschlands Wohl und Ehre gedeiht. Deswegen haben auch Alle, denen das deutsche Vaterland über Alles geht, nur zu der Versammlung in Frankfurt noch das Vertrauen, daß sie Deutschland aus seinem tiefen Verfall erheben wolle und könne. Ausserdem würde aber nach unserer Ansicht die Wahl der Obergewalt durch die einzelnen Regierungen auch im entschiedensten Widerspruch stehen mit dem von der Versammlung ausgesprochenen Grundsatz der Volks-Souveränetät. Ueberall hat das deutsche Volk zu diesem Grundsatze seine freudige Beistimmung ausgesprochen, überall sieht es aber nur in der Versammlung zu Frankfurt seine derzeitige Vertreterin in der Handhabung der Souveränetät. Ebendeßhalb aber können wir nicht verstehen, warum die Versammlung sich selbst ihrer Macht entkleiden, warum sie sich von anderer Seite her eine über ihr stehende Behörde geben lassen sollte. Vollends wenn die Zustimmung dieser Behörde zu den Beschlüssen der Nationalversammlung nöthig seyn sollte, damit diese gültig wären, so wäre damit bereits der Grundsatz, daß die Nationalversammlung einzig und allein die Verfassung festzusetzen habe, aufgegeben, und unsere Hoffnung auf eine, den Freiheiten und Rechten, wie der Macht und Ehre des Volkes gedeihliche Verfassung gescheitert. Nach dem hier Ausgeführten erlauben wir uns an die hohe konstituirende Versammlung die ehrerbietige Bitte zu stellen, daß sie 1) die zu schaffende provisorische Regierungsgewalt lieber einem Präsidenten als einem aus drei Männern bestehenden Direktorium übertrage; 2) jedenfalls aber, ob nun ein Präsident oder ein Direktorium gewählt werden soll, die Wahl der zu der Regierung zu berufenden Personen sich selbst vorbehalten möge."

Die Mitglieder des politischen Vereins in Oehringen. In deren Namen, der Ausschuß: Fischer, Kern, Schäufelen, Fecht, Dr. Tafel. (Schw. M.)

Frankreich.

(Straßburg, den 14. Juni. Nachmittags.) Eine so eben eingetroffene telegraphische Meldung bringt die Nachricht, daß gestern, den 13. Ludwig Napoleon der Eintritt in die Nationalversammlung gestattet wurde, und somit der gegen ihn erlassene Verhaftsbefehl zurückgenommen ist. Die Depesche berichtet zugleich, daß in Paris vollkommene Ruhe herrsche. (Zwischen dem Abend von Montag und Dienstag Nachmittag scheint sich jedenfalls Bedeutungsvolles in Paris zugetragen zu haben.)

Ein so eben aus Brüssel vom 13. Juni Abends zugehendes Schreiben sagt: »Tauben sollen diesen Nachmittag die Nachricht von einem neuen blutigen Conflict in den Straßen von Paris gebracht haben.«

Italien.

Nach Briefen aus Innsbruck vom 15. Juni war der Kaiser schon seit einigen Tagen leidend. Die beständigen Aufregungen durch die ernsten Berichte aus Italien, Wien, Ungarn, Kroatien, die unzähligen Deputationen und Audienzen haben seine Nerven sehr angegriffen. Für die folgende Woche erwartete man die Abreise der kaiserlichen Familie, aber noch wußte man noch nichts sicheres über die Richtung. Wahrscheinlich aber war, daß der Hof, das diplomatische Korps mit Wessenberg und Doblhoff zunächst nach Salzburg gehen werden, während Erzherzogin Sophie und ihre Umgebung sich, wie es hieß, nach Ischl begeben wollten. Doch beruhten alle diese Annahmen noch auf unverbürgten Voraussetzungen. Die Friedensunterhandlungen dauerten fort. (A. A. Z.)

(Triest, 13. Juni.) Die Blokade ist nun wirklich erklärt. Das betreffende Aktenstück wurde gestern Abends um 7 Uhr durch einen Parlamentär an die hiesige Regierung abgesendet. Es sucht auseinander zu setzen, wie man zu diesem Schritte dadurch berechtigt wor en sey, daß man in Triest kriegerische Anstalten und Maasregeln getroffen und dem Krieg in Italien jeden Vorschub geleistet habe. Heute hat sich die Flotte vom Hafen zurückgezogen, wahrscheinlich um an der Küste zu kreuzen. Die neapolitanischen Dampfer hatten sich schon gestern von den übrigen Schiffen getrennt. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Chur, 13. Juni.) Unsre Gränztruppen, durch Beschluß der Tagsatzung abberufen, waren bereits auf dem Heimmarsche begriffen. Heute Nachmittag ist eine Staffette vom Brigadekommandanten Oberst Gerwer eingetroffen, mit dem Bericht, er sehe sich veranlaßt, ein Bataillon und eine Scharfschützenkompagnie wieder zurückzuberufen, da zwischen den Tirolern und Lombarden auf dem Stilfserjoch Feindseligkeiten ausgebrochen seyen. Dieser Bericht ist sofort durch Estafette an den Vorort abgefertigt worden. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Montag am 19. Juni wird die erste Versammlung des hiesigen Volks-Vereins im Saale des Herrn Gastwirth Mertel dahier abgehalten, was den betreffenden auswärtigen Mitgliedern hiermit bekannt gemacht wird.

Mögeldorf den 16. Juni 1848.

Der prov. Ausschuß.

Anzeige.

Die von Hrn. Dr. Schwarz bei der ersten Versammlung des Volks-Vereins abgehaltene Rede, ist in der Expedition der Mittelfränkischen Zeitung um 1 kr. zu haben.

Anfrage von einer Anzahl gemüthlicher Bürger— Wohl verstanden! nicht extremer noch republikanisch, sondern rein demokratisch gesinnter. —

An Wen? Wen's zunächst betrifft!

Wie lange sollen wir hier, (einzelne Bäckereien ausgenommen) nach der hohen Weisheit der treffenden Behörde, noch saures, und somit schädliches schwarzes Brod essen — ein Erzeugniß, das in dem nächsten Dorfe schon nicht so schlecht gefunden wird? Es handelt sich hier darum, „daß uns ein kräftiges, nahrhaftes und gesundes schwarzes Brod mangelt," ganz abgesehen vom Gewicht trotz der überaus billigen Preise der Früchte

Wo fehlts, liebe Mitbürger? — Wohl nur am Verstande der Polizei? Von unseren Verfahren wissen wir und wird es in der Schule gelehrt, daß wenn es einem Hausvater an Moralität und Vertrauen gebricht, unläugbar die Familie leidet Nicht wahr?

Jetzt, wo Jedem ohnehin das Leben versauert wird und ist, bleibt es mehr als überflüßig, auch noch den unentbehrlichsten Nahrungs-Artikel vom Hause weg versauert zu wissen — oder wäre es etwa darauf abgesehen, berechnet, den gerechten politischen Keim des Volkes eben dadurch einen schwerverdaulichen Ableitungs-Stoff zu bieten?! — — Warum genießt das Militär besseres und gewichtigeres Brod als das übrige Volk — etwa weil Jenes für die Großen und nicht für das Volk da sein soll? — Volk bleibe wach! —

Vielleicht sind auch die Verdauungsorgane der treffenden Behörde so weit schon abgestumpft, daß sie keine Empfindung für das, was Noth thut haben, oder essen sie nur weißes Brod? Oder auch soll das Volk herausgefordert werden, von seinem Rechte Gebrauch zu machen? Sollen nach Art der Engländer oder Wiener, Petitionen und deren Folgen absichtlich herbeigezogen werden?

Der überaus schlauen und doch in Ohnmacht kränkelnden Polizei wird man durch rechtliche und gesetzliche Wege zuvorzukommen wissen!

Wir verlangen und erwarten von Rechtswegen ein nahrhaftes, schmackhaftes und der Gesundheit unschädliches Brod. Bemerkend: daß es schon bedenklich und traurig genug ist, in offener Rede eine Behörde angehen zu müssen nur um das Allernothwendigste, was das Volk braucht zu handhaben!

So viel für heute.

Eine Blume
auf das Grab unsers Freundes
Herrn
Ferdinand Sauer.

Dein Lauf ist aus!
Du hast das Ziel errungen,
Ins Heiligthum bist Du jetzt eingedrungen,
Zu Deines Vaters großem Haus.
Gebrochen ist die Kette Deiner Leiden
Nun blühen Dir des Himmels reinste Freuden.
Des Dulders Kron'
Erwartet Dich zum Lohn!

Die Rose blüht,
Doch welkt sie bald im Leben,
Und kurze Zeit ist sie uns nur gegeben,
Wenn ihr zu heiß die Sonne glüht. —
Der Rose gleich sankst Du dahin im Staube,
Und aufrecht hält uns nur der hohe Glaube:
„O Wiederseh'n!"
In jenen lichten Höh'n.

Dein Schmerz war groß!
Unsäglich Deine Leiden.
Nie blühten Dir der Jugend schöne Freuden,
Nur Pein und Jammer war Dein Loos.
Doch liebtest Du dem Engeln gleich die Deinen,
Die um Dich, Theurer, heiße Thränen weinen.
Der Himmel winkt,
Und unsre Thräne sinkt.

Dein Kampf war schwer!
Und heiß die letzten Stunden,
Mit Gott hast Du, Du Guter, überwunden,
Der Dich belohnt jetzt groß und hehr.
Du warst ja schon in diesem Erdenleben
Mit jenem Glanz der Unschuld stets umgeben,
Den Engeln gleich
In jenem Geisterreich!

Nun gute Nacht!
Schlaf wohl in Deiner Klauße
Sie ist der Weg zu unsers Vaters Hause,
Wo uns ein schönrer Morgen lacht.
Es schwebe nun des Himmels reinste Blüthe,
Des guten Gottes hoher, stiller Friede
Um Deine Gruft,
Bis Gottes Stimme ruft!

G.

Volks-Verein.

Dienstag den 20. Juni Abends 8 Uhr Versammlung des Volks-Vereins im Saale des Reichsadlers.

Der provisorische Ausschuß.

Rosenau.

Montag den 19. Juni Abends 6 Uhr findet Dienst-Produktion von Seite der kgl Landwehr-Jäger-Bataillons-Musik statt. Abends Beleuchtung.

Fr. Schott.

Schnepper-Graben.

Montag den 19. Juni

Harmoniemusik.

Zeltsch, Wirthschaftsbesitzer.

Zu Pillenreuth am Weiher,
Da ist ein großer Platz;
Herr Doctor Moritz Mayer,
Liegt dort vielleicht ein Schatz?

(Gesuch.) Man sucht ein solides Frauenzimmer von guter Erziehung unter annehmbaren Bedingungen als Ladenjungfer zu engagiren.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Oesterreich. (Prag, den 12. Juni.) Wir hatten heute einen der fürchterlichsten Tage. Um 11 Uhr war eine feierliche Messe auf dem Roßmarkt an der Statue des heil. Wenzel abgehalten, zu welcher sich zahllose Menschenmassen versammelt hatten. Der größte Theil derselben zog nach beendigtem Gottesdienst nach halb 12 Uhr über den Graben nach dem Generalkommando, um eine friedliche (?) Demonstration gegen den Generalkommandanten zu machen. Sobald die Menschenmasse, böhmische patriotische Lieder singend, ankam, stellte sich das Militär auf und gab, nachdem ein Schuß aus einem gegenüberstehenden Hause die Fürstin Windisch-Grätz getödtet, Feuer, wodurch einige Leute mehr oder minder schwer verwundet wurden. In diesem Moment brach die Flamme des Aufruhrs los, es war 11½ Uhr. Das Volk warf sich sturmschnell durch den Pulverthurm zurück und vertheilte sich, nach einem, fast will es scheinen, für jeden Incidenzfall vorbereiteten Plan nach den wenigen Eingangsstrassen in die Altstadt und warf Barrikaden auf, wo sie nur irgend nothig schienen. In einer Stunde zählte die Altstadt gegen 200 Barrikaden, auf dem Roßmarkte, Graben und Alleen standen einige 24, auf der Kleinseite wohl an 30; auf jeder wehte eine oder mehrere große roth-weiße Fahnen, mehrere mit dem Bildnisse des Kaisers geziert, zum Zeichen, daß man für ihn und zum Besten der Dynastie kämpfen wolle. Während dessen hatte das Militär seine Hauptwache auf dem Roßmarkte (etwa 35 M. stark mit zwei Kanonen) von dem Volke gedrängt verlassen und sich hoch oder blind schießend nach dem Roßthore zurückgezogen, um dieses zu sperren und das Eindringen der Bauern vom Lande abzuwehren. Zu gleicher Zeit stürmt das Militär bereits die Zeltnergasse und das Müller'sche Haus neben der kleinen Post, weil aus demselben viel geschossen worden, wurde hart mitgenommen; daselbst nahm man eine Anzahl Studenten gefangen. Von da stürmte eine andere Abtheilung Soldaten nach der Aula, wo ein Grenadier todt, mehrere verwundet, zwei Studenten todt, acht mindestens verwundet worden, nach dem Bericht eines Augenzeugen. Was weiter in der innern Stadt geschieht, ist noch nicht zu erfahren. Sie ist von allen Seiten verbarrikadirt, und kein Mensch erhält gefahrlos Zulaß.

Um halb 2 Uhr endlich begann Kanonenfeuer. Am Frantischek, von wo die Artillerie ausrückt, stäubt das Volk nach einigen blinden Schüssen auseinander, und eilt dann nach dem Platz am Pulverthurm und am blauen Stern. Als ich halb 3 Uhr hierher kam, erzählte man mir, wie man mit einigen blinden Kanonenschüssen das Volk auseinanderjagt, allein dann sogleich auf eine Barricade am Museum gestoßen sei. Diese wurde von den Linientruppen erstürmt und dabei das schöne neue Museumsgebäude arg mitgenommen. Um 3 Uhr war eine kurze Rast, beide Theile, Militair und Barricadenleute ruhten aus und rüsteten sich zu neuem Kampfe. Ich fand den Graben an der Ecke der Bergmannsgasse nach dem Nostitz'schen Palais hin mit einer Barricade besetzt, hinter welcher noch zwei andere standen. Auf der untern Hälfte des Roßmarkts stand eine lange Barricade über den ganzen breiten Platz weg; in jeder auf diesen Platz mündenden Straße zwei, drei- und mehr solche. Die drei auf dem Graben machten dem Militär die meiste Arbeit. Am Pulverthurm standen etwa 3 Kompagnien Grenadiere, 2 Kompagnien Infanterie, 2 Escadron Husaren, 1 Escadron Uhlanen und 1 Escadron Kuirassiere. Um 4 Uhr begann das Demoliren der Barricaden auf dem Graben; eine Batterie fing an zu schießen, während die nachrückende Infanterie und die Grenadiere dieselbe unterstützten. Heiß war der Kampf an der ersten Barricade. Die Kartätschen rissen Alles nieder, konnten aber doch die Stein- und Ziegelmassen nicht bewältigen. Hier dauert der Kampf nun bereits vier Stunden ununterbrochen, ohne daß das Militair bis auf das untere Ende des Roßmarktes dringen kann, um sich dann mit Denen im Roßthore, die ebenfalls Kanonenkugeln über diese lange breite Straße hinabsendeten, verbinden zu können. Von Zeit zu Zeit war das Feuern, besonders die Pelotons, furchtbar, und dazu das ununterbrochene Stürmen aller Glocken: es war gräßlich. Jetzt endlich 8 Uhr, scheint der Angriff nachgelassen zu haben.

9 Uhr. Soeben beginnt das Schießen wieder, doch nur schwach. Vom Civile sind nur sehr wenig verwundet und nur einige Todte; vom Militär dagegen sollen sehr viele geblieben seyn; darunter der General Reiner v. Honek, der durch einen Schuß fiel.

Am 13. Juni (1 Uhr.) Den obigen Brief von gestern Abend konnte ich nicht absenden. Um 10 Uhr Abend fand ich auf dem Wege über den Graben, diesen, und den ganzen Roßmarkt von Militär besetzt. Von Zeit zu Zeit fielen noch Schüsse, doch waren sie meist von den Barricaden. Das Militär hat seit 9 Uhr nicht mehr angegriffen.

Die Angriffe von den Studenten begannen heute wieder mit dem frühen Morgen; endlich gegen 10 Uhr sah man eine weiße Fahne von dem Rathhause herabwehen, welche anzeigte, daß ein Waffenstillstand auf drei Stunden geschlossen ist. Während desselben sind die Stadtverordneten im Rathhaus versammelt, um über die Friedensbedingungen zu berathen und die kämpfenden Parteien auseinander zu bringen. Die Neustadt ist ganz in der Gewalt des Militärs und ruhig. Die Linie der Barricaden bilden der Ausgang der Zeltner-, Eisen-, Anhang der Schwefelgasse, der Bergsteins- und der alten Poststraße. Die Kettenbrücke, deren Holzbahn theilweise abgenommen ist, hat das Militär besetzt. Die steinerne Brücke ist stark verbarricadirt, so daß es gefährlich und fast unmöglich ist, in die innere Stadt zu kommen. Das Militär zählt sehr viele Todte, die Bürger wenige. Das Militär hat nur die breiten Straßen inne, die engen sind noch alle abgesperrt. Viele Häuser am Graben- und Roßmarkte sind sehr beschädigt. Auf der Kleinseite soll Alles sehr gut organisirt und das Militär nur auf die Kettenbrücke und die Thore angewiesen seyn; die Schiffer und Holzarbeiter sollen dort die Oberhand haben. Die Bauern vom Lande strömen in großer Zahl herbei, allein die Thore sind gesperrt. Jedenfalls wird heute Nachmittag Frieden. (D. A. Z.)

Preußen. (Berlin den 15. Juni.) Wir leben mitten in einer Emeute, und Jedermann erwartet hier, daß dieselbe sich zu einer Revolution gestalten werde. Die Militärbesatzung im Zeughause hatte schon gestern den ganzen über Tag das Volk in Alarm gesetzt und in der Umgebung des Zeughauses gesammelt erhalten. Deputationen wurden an das Bürgerwehrkommando und an den Kriegsminister geschickt, um das Zurückziehen des Militärs und die versprochene Waffenvertheilung an die Arbeiter zu erwirken. Es hieß, die Sendungen seien erfolglos geblieben, ja man behauptete sogar, daß einzelne Deputationen zurückgehalten würden. Mit dem massenhaft aufgestellten Bürgerwehrtrupps kam es daher schon gegen Abend zu einem Zusammenstoß. In der Leipziger Straße wurde von Seiten der Bürgerwehr Gebrauch von den Waffen gemacht und hier und da scharf eingehauen. An dem Brandenburger Thor ebenso. Hier hatten Arbeiter, die sich eine Fahne vorantragen ließen, versucht, den Eingang zu erzwingen. Die Verletzungen, die hier schon vorfielen, sollen nicht unbedeutend gewesen sein. Einzelne Kompagnien der Bürgerwehr hatten sich bereits zurückgezogen und an einem Kampfe nicht theilnehmen zu wollen erklärt. Fast nur um das Zeughaus und das Kriegsministerialgebäude her waren noch Bürgertruppen aufgestellt. Vor dem Zeughause hatten sich aber auch die Massen am meisten concentrirt. Als sie wahrnahmen, daß die Soldaten aus demselben nicht zurückgezogen wurden, drängten sie gegen das Gebäude heran. Da rückte eine Kompagnie Bürgerwehr vor und (wie behauptet wird, ohne Kommando) sechs Mann schossen zwei Salven ab. Die Masse stob sofort auseinander, drei blieben todt auf dem Platze; drei oder vier sollen verwundet sein. Später fielen noch mehrere Schüsse, von deren Wirkung indessen nichts bekannt geworden. Die Erbitterung wuchs zu einer furchtbaren Höhe. Unter allgemeinem Schreien nach Waffen stürzte Alles davon. Der Kaufmann Benda wurde als Derjenige bezeichnet, der das Commando zum Feuern gegeben haben soll. Die gereizte Menge stürzte theilweise nach dessen Wohnung in der Münzstraße, und die Zerstörung seiner Wohnung sowie Mißhandlungen gegen seine Familie waren bereits vollbracht, als es sich aufklärte, daß nicht Benda, sondern ein Kaufmann Bender commandirt habe, wenn anders überhaupt ein Befehl zum Feuern gegeben ist. Inzwischen zog sich die Bürgerwehr immer mehr, entweder oder doch in sofern von dem Kampfe zurück, als sie durch das Umwickeln des Bayonnets mit weißen Tüchern zu erkennen gab, daß sie gegen das Volk die Waffen nicht gebrauchen wolle. Auch verlautete, das Militär im Zeughause habe Ordre zum Abmarsch bekommen. Die Haufen drängten daher von neuem gegen das Zeughaus hin und erstürmten, da der Abmarsch nicht erfolgte, ohne Widerstand zu finden, das Gebäude. Die Soldaten (vom 24. Regiment) zogen ungehindert ab; das Volk bemächtigte sich sofort der vorgefundenen Waffen und Munition. Man sah nicht nur Erwachsene mit Säbeln, Musketen, Karabinern, Büchsen u. s. w. aus dem Zeughause ziehen, sondern nicht selten auch 8—10jährige Jungen bis an die Zähne bewaffnet die eroberte Festung verlassen. Während durch Unvorsichtigkeit die kostbarsten Gewehre zertrümmert wurden, sah man Leute mühselig große Bleiblöcke, als wären es Goldbarren, in den Hof der Universität tragen. Mehrere tausend Gewehrstücke mögen bereits entfernt gewesen sein, als neue Abtheilungen Bürgerwehr das inzwischen von den Handwerkern und Studenten überwachte Zeughaus umringten und Allen, die sich in dem Innern noch befanden, die Waffen wieder abnahmen. Nicht lange nachher rückten auch die eben entfernten Soldaten wieder ein. Die Besorgniß der Eingesperrten scheint, man weiß bis jetzt noch nicht, ob mit oder ohne Grund, groß gewesen zu sein, denn Viele flüchteten auf das an der Façade befindliche Gesims, und Einer, der, wie es schien, durch einen freiwilligen Sprung aus dem sehr hohen zweiten Stockwerk sich auf die Straße retten wollte, wurde halbzerschmettert aufgeholen. Die Uebrigen wurden auf Leitern heruntergelassen.

Diese Scenen vor und in dem Zeughause sind das Hauptereigniß der Nacht. Uebrigens waren in einzelnen Stadttheilen, namentlich in der Behren-, Landsberger- und Neuen Königsstraße rc. bereits Barrikaden errichtet. Aus dem Königsstädter Theater wurden Waffen gewaltsam herbeigeschafft und eine rothe Fahne auf die dort errichtete Barricade gesetzt. Etwa um 10 Uhr zog ein Haufe von 20—40 Menschen unbewaffnet durch die Königsstraße, um, wie behauptet wird, die Republik auszurufen. Die rothe Fahne, die dem Zuge vorangetragen wurde, nahm die Bürgerwehr in Beschlag, und die Eigenthümer derselben, die sich unschuldig wußten, fanden sich noch spät in der Nacht vor der Stadtvoigtei ein, um die Rückgabe der hierher in Sicherheit gebrachten Fahne zu erlangen. Während der ganzen Nacht war das Gerücht von dem Heranrücken großer Truppenmassen aus Potsdam und Spandau verbreitet. Noch jetzt wird behauptet, daß aus diesen Garnisonen Regimenter unweit der Thore liegen. Nach einem andern, wenn auch unbestätigten, doch erwähnenswerthen Gerüchte soll in Potsdam selbst zwischen Bürgern und Militär ein Kampf stattgefunden haben. Bemerkenswerth ist noch, daß, wie uns aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, Nachts um 2 Uhr in der Nähe des frankfurter Thores Kanonenschüsse, in regelmäßigen Pausen sich wiederholend, gehört wurden.

Auf dem Alexanderplatz ist gestern Abend vor einer großen Menschenmasse die Republik ausgerufen und eine rothe Fahne entfaltet worden. An mehreren Punkten der Stadt haben Redner größern Volkshaufen die Nothwendigkeit vorgestellt, jetzt die Republik zu proklamiren, das Volk sei wieder verrathen; es sei wieder auf dasselbe geschossen worden. Mehrseitig wird behauptet, die ersten Schüsse am Zeughause seien aus einem Haufen gefallen, um ein Gefecht einzuleiten. (D. A. Z.)

Heute früh sind von einzelnen, den Behörden bekannt gewordenen Personen die Waffen, deren sie sich gestern bemächtigt, wieder abgenommen worden. Bis jetzt (Mittags halb 2 Uhr) sind zwar in der Nähe des Zeughauses und der Singakademie große Zusammenrottungen sichtbar, auch ist Bürgerwehr zahlreich aufgestellt, doch hat eine Wiederholung der gestrigen Ereignisse noch nicht stattgefunden. Der Staatsanwalt Temme zeigt an, daß er Untersuchungen eingeleitet und deren Ergebniß in Kürze veröffentlichen werde. — Heute in aller Frühe will man zu verschiedenen Thoren hinaus eine Menge bepackter Reisewagen bemerkt haben. Es scheint, als hätten in Folge der gestrigen Begebnisse wiederum viele Wohlhabende die Stadt verlassen.

Der interimistische Führer der Bürgerwehr, Major Blesson, soll noch heute das Commando niederlegen wollen. Zwei Bataillone des neunten Regiments und die Kavallerie der Lehrescadron sind, wie behauptet wird, um nicht gegen das Volk geführt zu werden, in der Nacht aus der Stadt gerückt; sie sollen jedoch wieder zurückgekommen seyn. Das 24. Regiment hatte während der Nacht in schlagfertiger Stellung alle Brücken besetzt. (D. A. Z.)

(Berlin, 15. Juni. Nachmittags 5 Uhr.) Die Ruhe hat sich heute während des ganzen Tages erhalten. Der Beschluß der Nationalversammlung in Betreff des ihr angebotenen militairischen Schutzes hat sichtlich einen guten Eindruck auf die Bevölkerung gemacht. Bürgerwehr hält den Raum, der vom Zeughause, der neuen Wache, der Singakademie und dem Universitätsgebäude begrenzt wird, auch noch jetzt nach geschlossener Sitzung besetzt. Die Menge, die sich vor den bewaffneten Reihen umherbewegt, besteht nur noch aus Neugierigen und Spaziergängern. — Aus dem Zeughause wird Munition auf Kähne gepackt. — Nach einer uns zugehenden glaubwürdigen Mittheilung hat die französische Regierung an das diesseitige Gouvernement die Forderung gestellt, das gesammte Großherzogthum Posen mit Einschluß der abgegrenzten deutschen Distrikte im Interesse der Wiederherstellung eines selbstständigen polnischen Staates freizugeben. Es soll von der Gewährung dieser Forderung die Erhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich abhängig gemacht sein. — Es werden verschiedene Truppendurchzüge erwartet; ein Jägerbataillon aus Breslau geht nach Schlesien und Artillerie aus Stettin nach Magdeburg. Der Anzug der letztern wurde in der vergangenen Nacht mit großem Argwohn erwartet. Eine Abtheilung der Bürgerwehr hatte zur Sicherheit, um jeder Ueberrumpelung zu begegnen, die Bahnhöfe besetzt. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, 11. Juni.) Unsere Garnison hat eben wieder eine Verstärkung erhalten. Ein hannoversches Bataillon von 800 Mann mit einer Anzahl von Munitionswagen ist hier eingezogen. Dasselbe ging gestern Nachmittag 4 Uhr von Kiel ab, kam zwischen 8 und 9 Uhr pr. Eisenbahn in Rendsburg an, und marschirte dann über Schleswig hierher. An seiner Stelle sind gestern bremer und lübecker, und, wenn ich recht berichtet worden, auch hamburger Hanseaten von Rendsburg nach Kiel pr. Eisenbahn befördert worden. — In hiesiger Stadt liegen jetzt wohl 2—3000 Mann regelmäßiges Militär; General v. Wrangel mit seinem Stabe (zusammen 23 Personen) hat hier sein Hauptquartier; außerdem sind hier besonders viele Oldenburger (Infanterie) und Hannoveraner (die eben angekommene Infanterie, die Jäger aus Goslar und Husaren) einquartirt. Auch einige schleswig-holsteinische Artillerie steht hier. — Alle Welt ist voll des Lobes jener kleinen aber tapfern Schaar, die sich unter v. d. Tann die schönsten Lorbeern errungen hat. Alles strömt dem Tann'schen Korps zu; der Führer selbst wird uns als ein unternehmender, in Erfindung immer neuer Kriegslisten unerschöpflicher, sonst fast kindlichweicher Mann geschildert. Sein bayerischer Begleiter bei dem letzten Zuge, der Hauptmann Corneli, wird wohl am Leben erhalten werden und vielleicht auch ohne Amputation davonkommen; dagegen ist heute früh der hannover'sche Hauptmann Dammert (am Bein) amputirt worden und man ist für sein Leben noch nicht ganz unbesorgt. Es liegen hier in 4—5 Hospitälern etwa 600 Verwundete, darunter viele Schwerverwundete; an Bataillonsärzten fehlt es sehr. Um so erfreulicher ist es, daß gestern ein dänisches Kriegsschiff hier 8 Aerzte (darunter Dr. Franke aus Kiel, Dr. Esmarch von hier, Dr. Struve, früher in Neumünster, und Dr. Hörsner aus Preetz) ans Land gesetzt hat. Dieselben, am 8. u. 9. April hier gefangen, waren bisher auf der Dronning Maria gewesen und ziemlich schlecht behandelt worden. An ihrer Stelle kehren 8 gefangene dänische Aerzte nach Kopenhagen zurück. Heute gegen 12 Uhr war in der Marienkirche Militärgottesdienst; die Generale Wrangel und Halkett, hannoversche Husaren und Jäger und oldenburgische Infanteristen waren zugegen. Die Preussen stehen jetzt meist im Sundewittschen; doch befindet sich Möllendorf mit seiner Brigade wohl im Norden; ein Theil der schleswig-holsteinischen Artillerie lag gestern bei Bummelund, das frühere v. Krogh'sche Freikorps bei der Kupfermühle. In Apenrade sind jetzt wohl Preussen und v. d. Tann'sche Freischaaren; viele von dort geflüchtete Bürger sind heute dahin zurückgekehrt; doch liegen noch Kriegsschiffe und Kanonenböte vor dem Apenrader Hafen, wie vor dem Flensburger Meerbusen. Hadersleben ist jedenfalls von den Dänen geräumt; ob aber schon deutsche Truppen dort eingezogen sind, ist bis jetzt noch zweifelhaft. Morgen reisen auch einige Flensburger zu der morgen Abend stattfindenden Kommitteeberathung nach Rendsburg, wo übermorgen Mittags eine große Volksversammlung gehalten werden soll. Die von hier aus nach Frankfurt bestimmte Adresse spricht sich kurz, aber entschieden gegen jede Theilung Schleswigs und gegen jede Trennung Schleswigs von Holstein aus; sie zählt jetzt schon beinahe 300 Unterschriften. (Br. Z.)

Frequenz der kgl. Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft.

Monat Mai 1848.

1) An Fahrgeld von Nürnberg nach Fürth und zurück 37,416 Personen	fl. 4039. 12 kr.
2) An Viehtransport 138 Schweine	„ 9. 12 „
	fl. 4048. 24 kr.

Die Frequenz der Kreuzung unterliegt noch der Revision.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Bekanntmachung.

Vom Direktorium und dem Ausschuß der Aktien-Türkischrothfabrik dahier

wird hiemit bekannt gemacht, daß in der am 15. d. M. abgehaltenen Generalversammlung beschlossen wurde: in Berücksichtigung der jetzigen Geschäftsstockung, der dadurch erschwerten Realisirung der vorhandenen Waaren und bei der Schwierigkeit, die zum Fortbetrieb des Geschäfts nöthigen Fonds auf andere Weise zu beschaffen, ein neues Darlehen von:

circa fl. 12,000 bis fl. 15,000

durch freiwillige Beiträge der Aktienäre in der Art aufzubringen, daß jeder derselben wenigstens 10% seines Aktien-Kapitals zu dem Ende zuschießt und jene Summe dann hypothekarisch auf dem Fabrikanwesen gesichert und mit 5% pr. anno verzinst werde.

Ueber den Zustand der Fabrik in technischer Hinsicht, über die Aussichten derselben für die Zukunft ꝛc. wurden unter Vorlage von Fabrikaten die befriedigendsten Erklärungen gegeben, und um auch den jetzigen Zustand der Fabrik — da der letzte Abschluß statutenmäßig Ende December 1847 gemacht wurde, — genauer beurtheilen zu können, wurde vom Ausschusse beantragt und auch einstimmig beschlossen, nach Abfluß des laufenden Monats ein Inventarium herzustellen, die Bücher nach dem Prinzip der doppelten Buchhaltung zu führen und zu dem Ende einen Buchhalter zu engagiren, sowie endlich demnächst eine neue Generalversammlung anzuberaumen, in welcher das genaue Ergebniß des weiteren Rechnungs-Abschlusses und der Inventar zur Vorlage gebracht werden soll.

Als hierauf die statutenmäßige Erneuerung und Ergänzung des Ausschusses zur Verhandlung kam, erklärte der bisherige Vorstand desselben Kaufmann C. B. Crämer, daß ihm das Loos zum Austritt zwar schon voriges Jahr getroffen, daß er aber den ihn ehrenden Wünschen der Gesellschaft nachgegeben und die Fortsetzung seiner Funktionen auf 1 Jahr weiter versprochen habe, nun aber nachdem dies mehr als reichlich abgelaufen, müsse er seine Bitte um Entbindung von denselben wiederholen, da er ohnehin von manch' andern öffentlichen Geschäften sehr in Anspruch genommen sey.

Es waren demnach zum Ersatz:

a) für ihn,

b) für den durch das Loos dieses Jahrs zum Austritt bestimmten Frhrn. v. Berchem, welcher sich ebenfalls die Wiedererwählung verbat,

c) für den, wegen seiner Cession seiner Aktien zurückgetretenen Carl Freihrn. v. Löffelholz und endlich:

d) für das mittlerweile verstorbene Mitglied, Revierförster Nummel

vier neue Ausschußmitglieder

zu wählen.

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl, wurden mit Stimmenmehrheit dazu:

1) der Kaufmann G. F. Brunner,
2) der Fabrikbesitzer C. G. Röser,
3) der prakt. Arzt Dr. Steinmetz, und
4) der Fabrikant F. Löhner,

sämmtlich von hier — berufen und nachdem diese Herren die auf sie gefallene Wahl anzunehmen erklärten, war somit der Ausschuß statutenmäßig ergänzt.

Nürnberg, 19. Juni 1848.

Einladung.

Da die am Dienstag angekündigte Tanz-Unterhaltung zu St. Leonhard wegen ungünstiger Witterung nicht stattfinden konnte, so findet dieselbe Montag den 19. d. M. statt, wozu die Betheiligten höflichst einladet

Anfang 7 Uhr.

J. R. Lange, Tanzlehrer.

(Verloren) Ein rothseidenes Sacktuch wurde verloren, um dessen gefällige Zurückgabe in S. Nro. 673 der redliche Finder gegen eine Erkenntlichkeit gebeten wird.

(Zu vermiethen) In S. Nr. 1199, Eckhaus der Neuen- u. Tucherstraße, ist im 1. Stock ein schön möblirtes Zimmer und Alkof zu vermiethen, und kann sogleich bezogen werden. Bitte es einzusehen.

Arena.

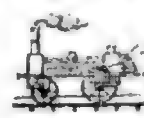
Montag den 19. Juni. Zweite große außerordentliche Vorstellung der berühmten Gladiatoren aus Wien. Erste Abtheilung: Belustigungen im Olymp. Zweite Abtheilung: Die Gladiatoren in antiken Stellungen. Dritte Abtheilung: Der Zauberspiegel, oder die lange Nase. Komische Pantomime mit Tänzen in 1 Akt von Freisinger.

Zwischen der 1. und 2. Abtheilung: „Eigensinn." Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr

Vom 11. bis 17. Juni incl.



Sonntag	1571	Personen,	fl. 174	9 kr.
Montag	1751	„	„ 190.	3 „
Dienstag	1346	„	„ 142.	— „
Mittwoch	1131	„	„ 122.	9 „
Donnerstag	1112	„	„ 117.	42 „
Freitag	943	„	„ 101.	15 „
Samstag	757	„	„ 79.	45 „
Summa	8611	Personen,	fl. 926	3 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20. **Juni** 1848. **№ 172** **Dienstag: Silverius.**

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement für die Mittelfränkische Zeitung. Wir laden deshalb das verehrliche Publikum zur Theilnahme mit dem Bemerken ein, daß unser Blatt, auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts sich den freisinnigsten Bewegungen stets anschließen und über die Ereignisse der Zeit täglich ein klares Bild entwerfen wird. Die umgeänderten Postverhältnisse erlauben es, das Blatt im ganzen Königreich für fl. 1. 45 kr. vierteljährig, wozu in Loco noch 3 kr. Austrägerlohn kommen, an die Abonnenten liefern zu können. Der zu regulirenden Auflage wegen ersuchen wir das verehrliche Publikum, die Bestellungen rechtzeitig zu machen, und erwähnen für Auswärtige noch besonders, daß dieselben bei den ihnen zunächst gelegenen Postämtern, nicht aber bei der Expedition dieses Blattes abonniren wollen.

** Säumet nicht!

Noch ist es Zeit! ein biederes Manneswort ohne aufgeblasene, altväterische Rederei, eine ehrliche, freimüthige Erklärung der Bereitwilligkeit zum Aufgeben der Solidarität mit den widerspenstigen Herren Collegen, zum Nachgeben in den vor Gott und aller Welt gerechten Beschwerden und Forderungen des Volks, ein wahrhaft deutsches Wort kann Eure Throne retten! Ihr Fürsten säumet nicht! Macht es gründlich, aber seyd nicht zu gelehrt; macht es gerecht, — vor allen Dingen gerecht für das Volk, denn es hat lange genug Unrecht gelitten, — aber laßt Euch um Alles jene Art von Gewissen abschneiden, das in dem Haarzopfe, oder in dem Geldbeutel sitzt; macht es kurz und gut, aber bald! Ihr Nationaldeputirte säumt nicht! Säume nicht, o Volk! Werde tüchtig in Deiner Einsicht und beharrlich in Deinem Entschluß! Bedenke, was Dir wahrhaft frommt, befestige Deinen männlichen Muth, aber auch Deine Gerechtigkeitsliebe, und zeige dies durch Wort und That, aber säume nicht!

Deutschland.

Bayern. (München, 17. Juni.) Se. Maj. der König hat diesen Vormittag eine Staatsrathssitzung abgehalten, deren Gegenstand die neue Justizverfassung Bayerns betraf. Wie man sagt, wird der König bald nach dem Frohnleichnamsfeste, dem er mit großem Cortége beiwohnen wird, sich in ein Soolenbad begeben, und man nennt hiefür Traunstein oder Reichenhall im bayerischen Gebirge. (N. A. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 16. Juni.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten übergibt Itzstein ein Gesuch des in der Anstalt zu Bruchsal noch verhafteten Advokaten Karl Rotteck, in welchem sich derselbe darum beschwert, weil er von seinem zuständigen Richter noch nicht vernommen worden, und sofort um eine solche schleunige Einvernahme bittet. Zugleich bringt Itzstein eine zu erlassende Amnestie für die politischen Verbrechen und Vergehen der Jüngstzeit zur Sprache. Staatsrath Bekk erwidert, daß von einer Amnestie-Ertheilung im Allgemeinen keine Rede seyn könne, er auch annehmen zu dürfen glaube, daß Itzstein eine solche auch nicht beantragen wollte. Was aber die einzelnen Verhafteten betreffe, so habe die Regierung, so viel sie nur immer konnte, dafür gesorgt, daß die weniger Betheiligten jetzt schon entlassen werden. Den Grund, warum die Untersuchungen verzögert worden, müsse die Kammer so gut wie die Regierung kennen, er liege in der verzögerten Berathung über die Gesetzesvorlage, wornach ein eigenes Untersuchungsgericht und eine besondere Untersuchungs-Kommission zusammengesetzt werden, so wie in der mehrere Hundert übersteigenden Zahl der zu Untersuchenden und Abzuurtheilenden. Da nun aber jene Kommission jetzt ihre volle Thätigkeit entwickle, so müsse es sich bald zeigen, wer noch ferner verhaftet bleiben müsse, und wer mit oder ohne Kaution entlassen werden könne. Nachdem auch Mez, Sachs und Kiefer sich in ähnlichem Sinne wie Itzstein erklärt, wurde dieser Gegenstand verlassen und Stößers Bericht über die von dem Hofgerichte der Seeprovinz gegen den Regierungsdirektor und Abgeordneten Peter ausgesprochene Verhaftung so wie über die hiezu von der Kammer zu ertheilenden Ermächtigung verlesen. Dieser Kommissionsbericht beantragt letztere, und es beschließt die Kammer, sowohl den Bericht, als auch die betreffenden Akten in dem Archivariate aufzulegen, um darüber in der morgigen Sitzung zu debattiren und beschließen zu können. (Schw. M.)

Hessen. (Darmstadt, 16. Juni.) Noch immer drängen sich die Anträge in der zweiten Kammer unserer Stände. Ich gedenke nur der wichtigern. Der Antrag des Abgeordneten Lehne, wegen der Mainzer Verhältnisse, ist eben im Druck erschienen und lautet: „Ich beantrage, daß die Staatsregierung 1) sich dafür verwende, daß jene Bestimmung des Mainzer Festungsreglements, wornach der Kommandant berechtigt gewesen seyn soll, die Beschießung der Stadt anzuordnen, wenn seinem »um 10 Uhr Abends ertheilten Befehle, innerhalb zwei Stunden sämmtliche Waffen der Bürgerwehr abzuliefern,« nicht nachgelebt würde, unverzüglich eine Abänderung erhält. 2) Für den Fall aber das Reglement eine derartige exorbitante Berechtigung nicht enthalten sollte, die geeignete Genugthuung mit aller Energie und der Würde des Staates entsprechend gegen den Gouverneur, der eine solche Gewaltüberschreitung sich zu Schulden kommen ließ, verlange.“ Der gleichfalls eben im Druck erschienene Antrag mehrerer Abgeordneten hinsichtlich des Militärs ist folgenden Inhalts: »Schon seit drei Monaten steht unser sämmtliches Militär unter den Waffen; hierdurch war und ist eine monatliche Mehrausgabe von 75,000 fl. erforderlich, welche dem Vernehmen nach den Reservefonds konsumirt hat und noch fortwährend die sparsam eingehenden Steuern beinahe gänzlich konsumirt. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diese Ausgabe anfänglich gerechtfertigt war, es wird aber auch zugegeben werden müssen, daß sie dermalen die Staatsruhe und Ordnung nicht nothwendig erheischt und sonach eine Beurlaubung resp. Reduktion erfolgen kann. Unsere erschütterten Finanzen fordern hierzu dringend auf. Beurlaubte sind ja, sollte sich Gefahr erneuern, in wenigen Tagen wieder unter den Waffen, und wollte man nur die beurlauben, welche 6 bis 10 Stunden von den Garnisonsplätzen zu Hause sind, sie würden nöthigenfalls in 48 Stunden, (wie Generalsbeerdigungen beweisen) wieder gegenwärtig sein können. Wir beantragen daher: verehrliche Kammer wolle großh. Staatsregierung dringend ersuchen, die beantragte Beurlaubung, resp. Reduktion baldigst eintreten lassen zu wollen.« Die Motion des neueingetretenen Abgeordneten Görz von Mainz (von der Stadt gewählt) geht dahin: »die dermalen bestehenden Stände des Großherzogthums sind in Folge und zur Ausübung eines Verfassungsgesetzes zusammengetreten, welches durch die Ereignisse in Hauptgrundsätzen faktisch aufgehoben ist und einem von Grund aus entgegengesetzten System weichen muß, welches organisch neu zu gestalten ist. Die erste Kammer insbesondere ist ein Institut, welches zum großen Theil aus von der Staatsregierung ernannten, oder doch nothwendig stets mit ihr stimmenden Mitgliedern, zum andern Theil aus dem hohen Adel besteht, dem ein so verhältnißmäßig großer Antheil an der gesetzgebenden Gewalt nicht mehr zugestanden werden kann. Die zweite Kammer repräsentirt nach dem Wahl-Gesetz, aus dem sie hervorgegangen, nicht das Volk, sondern einzelne Klassen desselben, namentlich den niedern Adel, den Beamtenstand, den Reichthum. Diese Faktoren der Gesetzgebung sind nicht mehr im Stande, dem Bedürfniß der Zeit zu genügen und die Ergebnisse der Revolution von 1848 ins Staatsleben einzuführen. Ueberdem entbehren die Verhandlungen dieser Stände beinahe ganz der Kontrole der öffentlichen Meinung und der Presse, deren Aufmerksamkeit jetzt von den Verhandlungen in Frankfurt und den größeren Weltbegebenheiten in Anspruch genommen ist. Die Kammern haben in der letzten Zeit nichts als Provisorien geschaffen, und können der Natur der Sache nach nichts anderes schaffen. Um das neue System ins Leben zu rufen, bedarf es der Bildung einer, unbeschadet der deutschen Centralgewalt, souveränen Gewalt, welche ungehemmt von dem Widerstand, den die veralteten Organe der jetzigen Staatseinrichtung leisten würden, ihr Werk vollenden, könne, mit anderen Worten, eine konstituirende Versammlung für Hessen. Diese kann freilich bezüglich der staatlichen Organisation erst wirken, wenn die Nationalversammlung die allgemeine Verfassung Deutschlands und die Grundzüge der Rechte aller Deutschen festgestellt hat. Nichts hindert aber, daß sie unterdeß und jetzt schon diejenigen Institute berathe, welche mit den oben berührten der Nationalversammlung vorbehaltenen nichts gemein haben. Es läßt sich indeß nicht verkennen, daß noch dringende Arbeiten, die keinen Aufschub bis zur Berufung einer solchen Versammlung leiden, zu erledigen sind. Mein Antrag geht sonach dahin: 1) die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, ohne Verzug den Entwurf eines provisorischen Wahlgesetzes zur Bildung einer constituirenden Kammer vorzulegen und nach dessen Berathung und Annahme die jetzige Ständeversammlung aufzulösen; inzwischen auch keine andere Vorlagen, als solche, die dringlicher Natur sind, an sie zu bringen; 2) die Kammer möge keine anderen Vorlagen mehr berathen, als solche, deren Gegenstand sie selbst vorher als dringlich anerkannt hat. Fast in jeder Sitzung erhoben sich neue Anträge, die vor der Vorlegung wenigstens nicht in Erledigung kommen können. (Fft. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 16. Juni.) Die erste Kammer der Stände hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen: »in Anwendung des Art. 100 der Verfassungsurkunde ihren Sitzungen eine größere Oeffentlichkeit durch Zulassung von Zuhörern zu geben und demgemäß die Staatsregierung zu ersuchen, die hierzu nöthigen Einrichtungen baldmöglichst veranlassen zu wollen.« (Darmst. Z.)

(Darmstadt, den 16. Juni.) Die Abgeordneten Zitz, Mohr, Behlen und Grode haben heute ihren Austritt aus der Kammer angezeigt und einen Protest gegen alle weitern Beschlüsse derselben eingelegt. (Frkst. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 16. Juni.) Heute Nachmittag gegen 3 Uhr starb an einem Schlagflusse der Großherzog Ludwig II. Er hatte die Regierung angetreten am 6. April 1830, also über 18 Jahre regiert. Sein Nachfolger ist der jetzige Großherzog Ludwig III., zum Mitregenten ernannt den 5. März d. J. Der verstorbene Regent war geboren am 25. December 1777, hatte also ein Alter von 70 Jahren zurückgelegt. Seine Gemahlin war ihm vor zwölf Jahren im Tode vorangegangen. Die Kinder des verlebten Großherzogs sind sein Nachfolger (kinderlos), die Prinzen Karl (Vater von drei Prinzen) und Alexander (unvermählt) und die Gemahlin des Großfürsten Thronfolgers, Prinzessin Marie. (Frkst. O.-P.-Z.)

(Offenbach, den 16. Juni.) In Folge der letzten betrübenden Ereignisse wird unsere Besatzung morgen die Stadt verlassen und vorläufig in der Umgegend kantonniren. Ob dieselbe später wieder

hierher zurückkehren, oder durch andere Truppen ersetzt werden wird, ist noch zweifelhaft. Unser Gemeinderath hat sich bei der Behörde dafür ausgesprochen, daß jedenfalls die Stadt eine Garnison behalte. Die Stadt hat erst vor einigen Jahren eine ganz neue großartige Kaserne auf ihre Kosten bauen lassen, die auf etwa 80,000 fl. zu stehen kommt. Soll diese nun leer stehen? Seit länger als dreißig Jahren liegt ein und dasselbe Bataillon hier und nie, während dieses langen Zeitraumes, ist die Harmonie zwischen Militär und Bürgern im geringsten gestört worden. Die Offiziere standen vielmehr in sehr freundlicher zum Theil in verwandtschaftlicher Beziehung zu den hiesigen Familien. Die geselligen Verhältnisse waren äusserst angenehm. Eine böse Stunde hat das alles zerstört. Wir können den Ausspruch nicht unterdrücken, daß wenn ein anderer als der Hr. Oberst v. Weitershausen Chef des Regiments und Stadtkommandant gewesen wäre, die unglückselige Katastrophe nicht eingetreten seyn würde. (Frkft.O.-P.Z.)

(Mainz, 16. Juni.) Seit dem Pfingstdienstage wird hier für Hecker geworben, und besonders nennt man eine Weinwirthschaft, wo diese Werbungen ganz öffentlich betrieben werden sollen. Das Handgeld, welches den Angeworbenen geboten wird, soll nicht unbedeutend seyn, und der Sold für den Tag 28 Kreuzer (einen Franc) betragen. Allgemein heißt es, Hecker und seine Anhänger hätten bedeutende Geldmittel aus Nordamerika erhalten und würden auch ferner kräftig unterstützt werden. Die Zahl der bis heute hier Angeworbenen wird auf einige Hundert angegeben, doch kann ich weder diese noch überhaupt die übrigen Angaben verbürgen; über die Sache wird hier in allen Kreisen gesprochen, und man sieht sie für ein öffentliches Geheimniß an. Aus guter Quelle wird mir übrigens versichert, daß gestern auf dem hiesigen Polizeiamte gegen 100 Pässe nach Straßburg ertheilt worden seyn sollen. (Frkf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 18. Juni.) 63. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 16. Juni 1848. Auf eine Mittheilung des Präsidialgesandten, daß, zufolge eines Schreibens des österreichischen Gouverneurs in Triest vom 12. Juni, und übereinstimmender Berichte der daselbst befindlichen deutschen Consuln, die unter dem Befehl des k. sardinischen Vice-Admirals Albini vereinigte neapolitanisch-sardinische Flotte eine Blokade des Hafens von Triest noch im Laufe des genannten Tages eintreten zu lassen beabsichtige, wurde beschlossen, gegen diese Operationen unter Beziehung auf die Verpflichtungen, welche die deutsche Bundes-Acte Art. 2 a. 11. und die Wiener Schluß-Acte Art. 38 dem deutschen Bunde hinsichtlich der Angriffe auflegen, die auf einen Theil des deutschen Bundesgebiets von auswärtigen Mächten gerichtet werden möchten, ferner unter Hinweisung auf die ersten und beklagenswerthen Verwickelungen, welche aus derartigen feindlichen Operationen entstehen könnten, die Verwahrung der Bundesversammlung einzulegen und den königl. sardinischen Gesandten am Bundestage unter dem Bemerken hievon in Kenntniß zu setzen, wie man nicht bezweifle, daß die königl. sardinische Regierung, wenn sie von der Natur der vorliegenden Verletzung ihrer mit dem deutschen Bunde bestehenden friedlichen Verhältnisse unterrichtet worden, nicht zögern werde, dem Befehlshaber der sardinischen Flotte solche Befehle zu ertheilen, welche Stadt und Hafen von Triest, so wie das deutsche Bundesgebiet überhaupt vor allen Verletzungen durch die dortigen Kriegsereignisse sicher zu stellen, geeignet seyen. Zugleich wurde den übrigen bei dem deutschen Bunde beglaubigten Gesandten von obiger Verwahrung Nachricht zu geben beschlossen. Ein Schreiben des Marine-Congresses zu Hamburg, womit das Protokoll der gedachten Versammlung vom 1. und 2. Jun. mitgetheilt wurde, wird zu den Acten genommen. Ebenso ein Bericht des Commandirenden des 7. und 8. Armeecorps, Prinzen Carl v. Bayern aus Tegernsee vom 9. Jun. über die Stellung der in Baden stehenden Truppen und worin derselbe die Absicht ausspricht, einen Theil der in Mannheim befindlichen Truppen von dort zurückziehen. Mehrere Berichte des Generals von Wrangel vom 8. bis 11. Juni, worin über die neuesten Kriegsereignisse Nachricht gegeben und die Nothwendigkeit weiterer Verstärkung, um gegen die dänische Kriegsmacht mit Nachdruck operiren zu können, dargelegt wird, wurde dem Militärausschuß zur Begutachtung zugewiesen. Der Gesandte von Mecklenburg bringt bei dieser Veranlassung zur Kenntniß der Bundesversammlung, welche Hindernisse der Stellung des Kontingents bisher im Wege gestanden und daß gegenwärtig dasselbe in seiner ganzen Stärke gestellt worden sei. Auf einen Bericht des politischen Ausschusses über die Kollisionen, welche sich im Herzogthum Lauenburg zwischen den Befehlen des Königs von Dänemark, als Landesherrn, und der Erfüllung der Bundespflichten für dieses dem deutschen Bunde einverleibte Land ergeben haben, deren möglichst schleunige Beseitigung durch eine von den Lauenburgischen Landesvertretern hierher gesendete Deputation betrieben wird, wurde folgender Beschluß gefaßt: „1) In Erwägung der zwischen Sr. Majestät dem Könige van Dänemark und dem Deutschen Bunde eingetretenen Feindseligkeiten, der von dem König als Herzog von Lauenburg stattfindenden Weigerung der Leistung seiner Bundespflicht, der dadurch herbeigeführten, vom König aber nicht angenommenen Abdankung der lauenburgischen Regierung, worin eine Verwirrung der Landesverhältnisse droht, zu deren Abwendung die verfassungsmäßigen Organe des Herzogthums die Dazwischenkunft des deutschen Bundes angesprochen haben, soll eine interiministische Verwaltung des Herzogthums Lauenburg eintreten.“ „2) Das Herzogthum Lauenburg wird daher unbeschadet der Rechte Sr. Majestät des Königs von Dänemark bis zur Einstellung der von Dänemark gegen den deutschen Bund geübten Feindseligkeiten und bis zur Herstellung des Friedens von Seiten des deutschen Bundes in Administration genommen, und wird „3) vom deutschen Bunde sofort ein Kommissarius ins Herzogthum Lauenburg entsendet, um demgemäß die nöthigen Anordnungen zu treffen, und eine für den deutschen Bund (unbeschadet der Rechte des Landesherrn) zu verpflichtende intermistische Verwaltung unter Berücksichtigung der Wünsche des Landes einzurichten, über die Ausführung dieses Auftrags aber demnächst Bericht zu erstatten.“ Zugleich wurde der badische Gesandte als Kommissär für Ausführung dieser Maßregel ernannt. Endlich wurde ein Schreiben des Marine-Ausschusses der Nationalversammlung, womit ein Antrag des Marine-Kongresses in Hamburg auf Bewilligung einer Summe von 300,000 Thlr. zur Ausrüstung von Kriegsschiffen mitgetheilt worden war, dem Marine-Ausschuß der Bundesversammlung zur Begutachtung zugewiesen. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 16. Juni.) Alles ist gespannt auf die Berathung und Entscheidung der täglich dringender werdenden provisorischen Centralgewaltfrage. Der (bereits gedruckte) Antrag des betreffenden Ausschusses der Nationalversammlung lautet wie folgt: » Die Nationalversammlung beschließt: 1) Bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland soll ein Bundesdirectorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Regierungen bestellt werden. 2) Dasselbe soll aus drei Männern bestehen, welche von den deutschen Regierungen bezeichnet, und nachdem die Nationalversammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Discussion abgegeben haben wird, von derselben ernannt werden. 3) Das Bundesdirectorium hat provisorisch: a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundes betreffen; b) die Oberleitung des gesammten Heerwesens zu übernehmen und namentlich den Oberfeldherrn der Bundestruppen zu ernennen; c) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Consuln zu ernennen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirectorium im Einverständnisse mit der Nationalversammlung. 5) Das Bundesdirectorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 6) Das Bundesdirectorium ernennt zu diesem Ende die erforderlichen Minister. 7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirectoriums mit jener eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar. 8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Directoriums und seiner Minister auf. (Frkft. J.)

(Frankfurt.) Graf Arnim-Boitzenburg hat seinen Austritt aus der Nationalversammlung erklärt, und ebenso hat Camphausen angezeigt, daß er verhindert sei, seinen Sitz in dieser Versammlung einzunehmen. (N. Sp. Z.)

(Frankfurt, den 17. Juni.) Der demokratische Congreß hat seine Sitzungen geschlossen, das Parlament die seinen wieder eröffnet. Es war ein Zufall, gewiß nicht Feigheit von Seite der Nationalversammlung, daß sich das so fügte, allein es hätte doch nicht geschehen sollen. In solcher Zeit der Bewegung, wo jede Partei zur Herrschaft zu gelangen, ihre Macht als die größere darzustellen sucht, wäre es klug gewesen, wenn der „sogenannte“ Reichstag, wie er im Congresse genannt wurde, auch den Zweiflern gezeigt hätte, daß er durch die Demokraten sich in seinen Berathungen nicht stören läßt. Als die Nationalversammlung den Schutz der Waffen ablehnte, hat sie körperlichen Muth gezeigt, die besprochene Gelegenheit war günstig, auch moralischen Muth zu zeigen. Die Versammlung ist von den verschiedensten Eindrücken beherrscht. In einzelnen Gruppen erzählt man sich von den Kämpfen in Berlin und Prag. So höre ich Jemand behaupten, es seyen 47 Demokraten in Berlin geblieben. Der Saal ist gefüllt. Nach einiger unerheblichen Berichtigung des verlesenen Protokolls, wobei der unermüdliche Zimmermann aus Spandau eine lebhafte Diskussion darüber veranlaßte, ob die Amendements vollständig oder nur theilweise vom Präsidenten verlesen werden sollen oder nicht, macht der Vorkämpfer der Linken, Vogt, darauf aufmerksam, daß im Protokolle es heiße „der Präsident resumirte die Verhandlung“, es hätte aber heißen sollen, der Präsident diskutirte, und da hätte er den Präsidentenstuhl verlassen sollen, übrigens habe der Präsident den Beschluß über die Marine dadurch zu Stande gebracht, was sehr dankenswerth sey. Man war auf die Antwort des Präsidenten gespannt. — Er gab dem Redner Recht und entschuldigte sich. (Allgemeines Bravo.) Wesendonk bringt die Geschichte mit der Verschiebung der Sitzung zur Sprache, es sollte jeden Tag Sitzung seyn (mit Ausnahme an Sonn- und Feiertagen), es gebe genug zu thun. Es handle sich hier um Grundsätze, die man, absehend von dem einzelnen Falle feststellen solle. Gagern antwortete, daß er nur in der Voraussetzung, wenn genügender Stoff zur Tagesordnung da sey, Sitzung anberaumt habe, das sey aber nicht der Fall gewesen, und darum sey die Sitzung verschoben worden. Nun sprach man ein Langes und Breites über die Ungeduld des Volks, etwas Thatsächliches vom Parlamente ausgehen zu sehen. Vischer aus Tübingen hob namentlich in einer gewählten Sprache, würdig des Aesthetikers, letzteren Moment, Jordan von Berlin hob dagegen hervor, wie mitten unter den Stürmen in Italien, Berlin, Prag, das Parlament „Ferien halte.“ Da erhob sich gegen die Redner der Linken Diskra, selbst auf den Bänken der Linkend sitzend, und vertheidigte in einer durch und durch den Stempel innerer Ueberzeugung an sich tragenden Rede die Nationalversammlung; die Linke selbst habe große Schuld an dem langsamen Gang durch ihre ewige Mäckeleien. Sie hätten den Sturm sehen sollen, der sich nun auf der linken Seite erhob, bei den Worten: »ich zähle mich selbst zu der Linken«, riefen sie: »wir wollen Sie nicht;« darauf Diskra: »so setze ich mich dahin«, aufs linke Centrum zeigend. Raveaux entgegnete: Wir acceptiren es. Während dieser Redner, der nebenbei vom Könige von Neapel sagte, »es wäre Recht, wenn er gehängt würde« sprach, mußten zwei Personen wegen Lärms auf der Tribüne — was übrigens der Würde der Versammlung großen Eintrag thut — entfernt werden. Interessant war bei dieser ganzen Debatte die Eifersucht auf die Bundesversammlung, von der so mancher Redner behauptete, sie habe in einzelnen Angelegenheiten der National-Versammlung schon das Prävenire gespielt. Nachdem die Ausschüsse sich mehr als zur Genüge ausgewiesen, daß sie nicht gefeiert, die Bildung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern für Gesetzgebung bewilligt worden, erhoben sich stürmische Debatten über die Dringlichkeit einiger Anträge. Die Anträge der Herren Slavenhagen, Flottwell, Schubert und Auerswald, sowie der Nauwerks über die dänischen Angelegenheiten wurden für dringliche erachtet, d. h. zur alsbaldigen Berichterstattung den Ausschüssen überwiesen. Jeder deutsche Staat soll verpflichtet — nicht wie jetzt berechtigt — sein, Retorsionsmaßregeln gegen Dänemark zu ergreifen, und es werde um Erläuterung des Sachverhaltes hinsichtlich der abgesonderten Verhandlungen einzelner deutschen Regierungen mit Dänemark gebeten. Der ganze Hergang mit Dänemark wäre „ein Spott auf die deutsche Einheit.“ Der Antrag Vogt's und Zimmermann's: „Bis die Regelung der diplomatischen Beziehungen Deutschlands im In- und Auslande durch die Nationalversammlung erfolgt sein wird, macht dieselbe sämmtliche Regierungen der Einzelstaaten Deutschlands für die Schritte und Handlungen ihrer Gesandten verantwortlich, und ver-

langt, daß die Gesandten einzig und allein mit den verantwortlichen Ministern der Einzelstaaten diplomatischen Verkehr pflegen" war ungemein belebt, Vogt wies auf Oesterreich hin, wo die Gesandten nach Innsbruck gegangen seien, daß neben den ehrlichen Ministern auch noch Camarilla-Minister beständen rc. Obgleich nachgewiesen wurde, daß auch der verantwortliche Minister des Aeußern in Innsbruck sich befinde, wurde dennoch Dringlichkeit erkannt. In dieser Debatte traten die Vormänner der deutschen Sache Jahn und Arndt auf die Tribüne. Vater Jahn bedauerte, daß in Innsbruck noch ein dänischer Gesandte sey, — Sommaruga entgegnete, Oesterreich hätte auch außer Deutschland Besitzungen — Arndt entgegnete an Vogt, daß auch in Großbritannien die Gesandten dem Regenten folgten. Ein Antrag auf Unverletzlichkeits-Erklärung der Parlamentsräthe (man wies auf Peter hin, dachte wohl auch an Hecker,) wurde aber nicht für dringlich erkannt, wohl aber ein andrer, daß ein Angriff auf Triest für einen Casus belli erklärt würde, eine Erklärung, die wie vielfach behauptet wurde, der Bundestag bereits erlassen. Eine Beschwerde Mannheims über Einquartierungslast der Bürger wurde, — den Sachverhalt vorausgesetzt — für so wichtig erachtet, daß man die Wahrheit der Beschwerde näher untersuchen müsse. Der Ausschuß motivirt dies „weil hier die Nationalversammlung die Stelle des noch fehlenden Bundesgerichts zu vertreten habe." Schmerling (österr. Bundesgesandte) entgegnete, der Beschwerde sey schon abgeholfen. Eine Adresse des Wiener Sicherheits-Ausschusses im Namen der ganzen Bevölkerung Wiens, welche die große Anhänglichkeit an Deutschland bezeugt, wurde unter Acclamation verlesen, auch die Nachricht vom Siege der Deutschen in Prag rief einen Beifallsturm hervor. Die nächste Sitzung (Montag) hat zur Tagesordnung: Die Centralgewalt. Mein Bericht ist trocken geworden, wir werden hungrig und müde. — Und die Glocke schlug 4 Uhr.

Zu der Gagernschen Angelegenheit muß ich noch nachtragen, daß vorgestern in der Nacht noch die Linke eine Deputation an Gagern schickte, er möge morgen Sitzung halten. Gagern verweigerte dies brieflich und drohte mit Niederlegung seiner Stelle, falls eine Demonstration stattfände. Darauf beruhigte sie sich. So wenigstens wurde mir berichtet. (N. W. Z.)

Oesterreich. (Wien, den 13. Juni.) Der gestrige „Burschenkommersch" in Haimbach versammelte wohl an 20,000 Besucher, wobei es toll genug hergieng. Ein Riesenkopf mit einem entsprechenden Zopfe (welcher öffentlich verbrannt worden ist) wurde von Studenten auf einer Tragbahre; unter dem Vortritt kostümirter Personen, welche die weggejagten Minister vorstellen sollten, herbeigebracht, und Wein und Bier floßen, unter dem Schalle von vier bis fünf Musikbanden und dem Vortrage politischer Reden, in Hülle und Fülle. Soldaten waren freigehalten. Abends zogen die Studenten mit einem Fackelzug nach Hause. (Schwb. M.)

(Triest, den 13. Juni.) Die Blokaderklärung lautet: An Se. Exc. den Hrn. Altgrafen v. Salm, Gouverneur Triests und des Küstenlandes. Excellenz! Die unterzeichneten Admirale haben die Ehre, Ew. Exc. die Erklärung des Blocus von Triest zu übermitteln, damit Sie dieselbe dem Handelsstande mitzutheilen und das eigene Ministerium davon in Kenntniß zu setzen belieben. Sie haben die Ehre, sich mit der vollkommensten Hochachtung zu nennen, vom Ankerplatz außerhalb der Küste von Triest 8. Jun. 1848. Ew. Exc. gehorsamste und ergebenste Diener Bua, Contreadmiral. Albini. Blokaderklärung gegen Triest. Die beiden kommandirenden Admirale der sardinischen und venezianischen Schiffsdivisionen, geleitet von den philanthropischen Absichten ihrer Regierungen und erfüllt von der Achtung für das geheiligte Völkerrecht, welche die civilisirten Nationen ehrt und auszeichnet, halten sich bei ihrer Kreuzung im adriatischen Meer zur Vertheidigung der italienischen Unabhängigkeitssache an den Grundgedanken, für den Handel keine Störung herbeizuführen, noch auch den Verkehr der Kauffahrteischiffe von irgendwelcher Flagge, die österreichische mit einbegriffen, zu belästigen. Daher würden sie in Uebereinstimmung mit diesen Grundsätzen sich zu jeder Art von Rücksicht zu Gunsten der Stadt Triest verpflichtet halten, falls dieselbe blos mit Handelsangelegenheiten beschäftigt und in ihrem friedlichen Charakter verharrend, sich jeder militärischen Operation enthalten hätte. In Erwägung jedoch, daß die Stadt Triest, weit entfernt, ausschließlich eine Handelsstadt zu bleiben, die Funktion eines Kriegsschauplatzes übernommen hat, indem es durch ein Castell und mehrere Batterien befestigt worden, mit einer zahlreichen Garnison besetzt ist, eine Division Kriegsschiffe aufgenommen hat, die fliehend vor dem italienischen Geschwader durch Hülfe der österreichischen Lloyds Dampfer sich jetzt auf der Rhede in Angriffsstellung befindet; indem es die Küste und die Höhen mit Kanonen besetzt, um das System der Kreuzfeuer zu verstärken; indem es sich der auf Kriegsfuß ausgerüsteten Dampfboote der Handelsgesellschaft des Lloyd bediente, um die Blokade von Venedig aufrecht zu erhalten und jede Art kriegerischer Unternehmungen zu erleichtern; indem es bisher Mittelpunkt der gegen die Küste von Venedig gerichteten Feindseligkeiten und Ausgangspunkt für alle Beförderung von Truppen, Proviant und Kriegsmaterial gewesen ist; indem es in der Nacht vom 6. Juni ohne die mindeste Herausforderung das Feuer gegen das italienische Geschwader eröffnete, eben als dieses sich anschickte, Anker zu werfen, um den Tag darauf Unterhandlungen mit dem Gubernium einzuleiten; indem es ungeachtet des Schweigens der Flottenbatterien fortfuhr, Kanonenschüsse abzufeuern, von denen einige beim Rückprallen die sardinische Fregatte „St. Michaele" trafen; in Erwägung ferner, mit welcher Heftigkeit man sich von Seiten der österreichischen Armee auf italienischem Boden schlägt, erklären die beiden Admirale, sich berufend auf ihr Kriegsrecht und gestützt auf die Aussprüche der geachtetsten und anerkanntesten Publicisten, dieser Stadt und Rhede von Triest die Blokade für alle Schiffe unter österreichischer Flagge, beginnend vom 15. des laufenden Monats Junius, indem sie schließlich den Anfang der Blokade für alle andern Flaggen auf den 15. Juli festsetzen. Bua, Contreadmiral. Albini. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 15. Juni.) Wir haben seiner Zeit über die Regungen unter den jüngeren Richtern des hiesigen Platzes berichtet, wir thun ein gleiches heut über die Bestrebungen der jüngeren Lehrer an der Universität. Mag dies auch etwas spät sein, so dürften Mittheilungen darüber gegenwärtig, wo die deutsche Studentenschaft auf der Wartburg tagt, doch noch nicht alles Interesse verloren haben, namentlich nicht für ein Blatt, das in Sachsen erscheint, dem Lande der Universitäten und Magister, der Lichtfreunde und Symbol-Gläubigen, in Sachsen, wo man bis auf die neueste Zeit sich um das Cultus- und Unterrichts-Ministerium und Alles damit Zusammenhängende mehr kümmerte, als um die übrigen Ministerien zusammen. Die jüngeren Docenten verlangen also eine Reform der Universitäten und sind damit unmittelbar nach den März-Ereignissen hervorgetreten. Sie wandten sich zunächst an den Senat, und beanspruchten eine berathende Stimme bei allen Senats- und Facultäts-Sitzungen, bei allen Promotionen und Habilitationen. Der Senat hätte dies Gesuch, da es nicht wider die Statuten war, ohne Weiteres genehmigen können. Er that es nicht, vielmehr ernannte das Ministerium Schwerin, gleichsam als Paroli darauf, eine lediglich aus ordentlichen Professoren bestehende Kommission, welche die Statuten der Universität den gegenwärtigen Zeitverhältnissen anpassen sollte. Die Privatdocenten waren damit von jeder auch nur berathenden Theilnahme an dieser Reorganisations-Kommission ausgeschlossen. Sie protestirten hiergegen beim Ministerium Schwerin — vergeblich; sie reichten ihre Reformvorschläge ein — der Senat nahm sie nicht an. Nunmehr erhöheten sie ihre Forderungen und verlangten in einer ferneren Eingabe an den Grafen Schwerin hauptsächlich folgende 5 Punkte: 1) Unabsetzbarkeit sämmtlicher Universitätslehrer im Verwaltungswege und Einführung eines Ehrenraths für Disciplinarfälle nach Art der Advokatur. 2) Volles Stimmrecht bei Berathung von Reform-Fragen, bei wissenschaftlichen Fakultäts-Gutachten, bei Promotionen und Habilitationen. 3) Abschaffung der Käuflichkeit der Doktor-Würde, Verknüpfung bestimmter Rechte mit derselben, namentlich Wegfall der medizinischen Staats-Prüfung und des Oberlehrer-Examens, endlich Verhinderung der Anmaßung dieser Würde durch gegenseitige Mittheilungen der Listen von sämmtlichen Universitäten. 4) Aufhebung der Kumulation anderer Aemter mit der Professur. 5) Aufhebung der ausserordentlichen Professuren. Darin war zur Unterstützung des 2. und 3. Antrags, außer mehrerem andern Interessanten, gesagt: die Doktor-Examina seyen zu einer unwürdigen Spielerei herabgesunken und eine Einnahmequelle für die Examinatoren geworden, welche durch Mindestforderungen an wissenschaftlichen Leistungen ihren Geldbeutel gefüllt zu erhalten suchten, ihr Gewissen aber damit beschwichtigten, daß es ja eben nur eine nichtsbedeutende Spielerei sey. Derselbe Examinator stelle oft, im Zwischenraum von wenigen Wochen, an denselben Candidaten beim Doktorexamen die niedrigsten, bei der Staatsprüfung die höchsten Anforderungen. In denjenigen Fakultäten, wo die Examina häufig wären, hätten die Privatdocenten leere Hörsäle, in denen, wo sie seltener, sehr oft mehr Zuhörer als die ordentl. Professoren. In den ersteren Fakultäten endlich ließen sich Diejenigen, welche das Doktor-Examen bereits mit großem Lobe zurückgelegt, zur Staatsprüfung vor ganz den nämlichen Professoren von den Privatdocenten nochmals besonders vorbereiten. Zur Begründung des 4. Antrags aber war angeführt, daß einzelne Professoren so viel Nebenämter hätten, daß sie ihre Universitätsvorträge naiv genug selbst als eine Erholung bezeichneten, ihre Einnahme aber nicht selten die eines Ministers übersteige. Auf dieses Gesuch wurden sie abschlägig beschieden. Sie appellirten nunmehr an das Gesammt Ministerium. Die betreffende Adresse wurde von sämmtlichen anwesenden Privatdocenten und außerordentlichen Professoren einstimmig angenommen. Sie ist vor etwa 8 Tagen abgegangen, und markig und in die verschiedensten Verhältnisse tief einschneidend. (Magdb. Z.)

(Berlin, den 16. Juni.) Soeben (Abends 6 Uhr) erfahren wir die freilich nicht verbürgte Nachricht, daß in Hamburg ein Expresser angekommen sei, der angezeigt habe, daß 34 Segel der nordamerikanischen Flotte im Anzuge seien, um die von den Dänen genommenen Schiffe frei zu machen. (Berl. Z.)

(Aus der Provinz Sachsen, 15. Juni.) Der Verfassungsentwurf hat in der ganzen Provinz, so weit die Stimmen laut geworden sind, wenig Beifall, an einigen Orten sogar entschiedenen Protest gefunden. Das Mißtrauen gegen die Freisinnigkeit des Ministeriums hat dadurch leider zugenommen. Deßhalb ist es von Beamten unverantwortlich, daß sie durch Ergebenheitsadressen, welche sie, z. B. in Halle verfaßt haben, das Ministerium über die Stimmung des Volkes täuschen. Auch hat die Ablehnung einer vollen Anerkennung der Berliner Revolution in mehreren Städten unserer Provinz Adressen an die Berliner veranlaßt, in welchen diese als Wächter der Freiheit anerkannt werden. Wie wenig die Beamtenwelt geneigt ist, die Konstitution und Reorganisirung der Staatselemente zu Wahrheit zu machen, lehrt das Verfahren einzelner Geistlichen in Halle und des magdeburger Kreises. Die Lehrerversammlung in Halle (über 600 Personen stark) hatte einstimmig die Trennung der Schule von der Kirche ausgesprochen. Dennoch haben mehrere Geistliche die Lehrer ihrer Diöcese zusammenberufen, um sie zu fragen, ob sie diese Trennung wünschten. Da die Lehrer schwiegen, so wurde dieß Schweigen für Ablehnung der Trennung genommen und darüber berichtet. (F.O.-P.-Z.)

Sachsen. (Altenburg, 17. Juni.) Es ist eine Volksversammlung heute Mittag bald 1 Uhr gewesen und debattirt worden, ob man vor das Schloß in Masse ziehen wolle? Die Mehrheit unter einem Führer der republikanischen Partei (Erbe) hat sich dagegen erklärt; man hat gemeint, es würde dies von der reactionären Partei benutzt werden; man will den Herzog in Frankfurt a. M. verklagen. Erbe hat auf den Landtag vertröstet. Am Schlusse soll ein großer Theil sich sehr unzufrieden über die Führer und Wühlereien geäußert haben. Im Uebrigen ist die Sache ruhig abgegangen. Das Schloß war von dem gesammten Militär besetzt, die Thore alle fest verwahrt. Vorige Nacht waren alle Zugänge zu dem Schlosse besetzt, auch der Eisenbahnhof ist im Auge behalten worden, weil man die Ankunft fremden Militärs befürchtet hat. (D. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 17. Juni.) Zur Herstellung der gestörten Subordination der Garnisonstruppen sowohl, als der bürgerlichen Ordnung sind militärische Kräfte und ein Regierungskommissär (Oberregierungsrath Sautter) mit ausgedehnten Vollmachten nach Heilbronn abgegangen. Theilnahme einer Anzahl Soldaten an Versammlungen, theils von republikanischer Tendenz, theils von reformatorischer Bestrebung in Bezug auf militärische Verhältnisse und endlich tumultuarisches Einwirken sowohl von bürgerlicher als militärischer Seite auf Entlassung verhafteter Militär-Personen bilden im Wesentlichen den Charakter der stattgehabten Ruhestörungen. (Schw. M.)

(Weinsberg, den 15. Juni.) Heute gegen Abend sammelte sich hier eine ziemlich bedeutende Anzahl Menschen aus der Umgegend, meistens aus Heilbronn, worunter besonders viele Militärs. Es zeigte sich bald, weshalb sie hierher gekommen, denn sie verlangten vom Oberamtsrichter die Loslassung der gefangen gehaltenen Burgfriedener

Bauern. Die Bürgerwehr mußte ausrücken, nahm aber, statt aufs Kommandowort anzugreifen, die Bayonnete ab. Die Versammelten erklärten, daß wenn heute die Gefangenen nicht freigegeben würden, so wollten sie morgen in bedeutend größerer Anzahl mit dem gleichen Begehren erscheinen. Auf dieses hin wurden die Leute freigegeben und zogen, nachdem sie noch vorher bewirthet und durch eine augenblicklich veranstaltete Kollekte mit noch etwa 15 fl. beschenkt worden, unter Zujauchzen der Versammlung in ihre Heimath ab.

(Heilbr. Neckar-Dampfschiff)

(Göppingen.) Am Pfingstmontage fand hier ein militärisch-bürgerliches Fest statt — die Fahnenweihe der Sensenmänner. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich auf eine recht erfreuliche Weise, daß das Interesse an der Wehrhaftmachung des Volkes hier und in der Umgegend keineswegs so gering ist, als dies nach öffentlichen Blättern in manchen Bezirken der Fall zu seyn scheint. Es war in der That ein anziehendes, für den Bürger erhebendes Schauspiel. Guten Eindruck machte es, daß sich an der Spitze des Festzuges mehrere Soldaten von verschiedenen Waffengattungen befanden, die es sich zur Ehre rechneten, in brüderlicher Eintracht mit dem Bürger dieses Waffenfest zu zieren. Von auswärtigen Wehrmannschaften waren vertreten: die von Eßlingen, Schorndorf, Gmünd, Lorch, Donzdorf und Jebenhausen. Unter ihnen zeichnete sich die Feuerwehr von Eßlingen mit ihren eisernen Helmen und Aexten durch stattliches Aussehen besonders aus; sehr bemerkenswerth waren übrigens auch der sichtbare Eifer und die gute Haltung der Israeliten von Jebenhausen, welche Alles daran setzen, sich zu tüchtigen Wehrmännern zu bilden. (Schw. M.)

Vom Main, den 15. Juni. In Folge der am Abend des ersten Pfingstfeiertages zu Offenbach in der Kaserne vorgefallenen Excesse und der dadurch hervorgerufenen Beleidigung mehrerer Offiziere sollen nicht allein diese, sondern auch ihre übrigen Kameraden bereits um ihre Verabschiedung nachgesucht haben, wie man von verschiedenen Seiten wiederholt versichern hört. Daß die Selbstständigkeit und Disciplin bei dem dortigen Militär bedeutend gelitten haben müsse, läßt sich schon aus der einzigen Thatsache abnehmen, daß, der Versicherung glaubwürdiger Personen zufolge, welche am Pfingstmontage zu Offenbach waren, dortige Civilisten mit der größten Unbefangenheit sich bei den Wachen einfanden, ihre Munition einsammelten und die geladenen Gewehre auszogen. Die Soldaten machten keine Miene des Widerstandes, sondern ließen sich dieses ungewohnte Verfahren mit aller Gelassenheit gefallen. (Mannh. J.)

Italien.

(Verona, den 14. Juni.) Gestern am Antoniustage wird der Angriff auf Padua erfolgt seyn. Radetzky selbst kehrte mit dem ersten Armeecorps hieher zurück. Außer der Besetzung des die Tirolerstraße beherrschenden Punktes bei Rivoli, verhielten sich die Truppen Carl Alberts, während der Abwesenheit der Armee von hier, völlig ruhig. Die Tiroler Schützen sollen starke Beunruhigung bei Rivoli verursachen; heute früh um 2 Uhr brach ein Truppencorps von hier dorthin auf, um die Piemontesen zu verdrängen und die Straße frei zu machen. Indessen geht heute auch schon der Postwagen seine alte Route über Vicenza nach Wien. (A. A. Z.)

(Verona, 15. Juni.) Vermöge Uebereinkunft mit dem päpstlichen Heerführer Durando, geschlossen zu Vicenza, hat derselbe auch die in Padua befindlichen päpstlichen Truppen, über den Po zurückzuführen. In Folge dessen, hat derselbe die Besatzung von Padua an sich gezogen, worauf Padua selbst eine Deputation geschickt haben soll, um sich österreichische Garnison zu erbitten. Die Besatzung wird aus der Brigade Lichtenstein bestehen. Wegen Rivoli ist nichts bekannt. Man hofft der Einmarsch Weldens in Treviso, werde zwischen gestern und heute erfolgt seyn. (D. A. Z.)

(Vom Brenner, den 16. Juni.) Vom Feldmarschall Radetzky nichts neues. General Welden ließ Treviso mit Bomben und Congreve'schen Raketen bewerfen; darauf erschien eine Deputation, um die Uebergabe zu unterhandeln. Da aber eine frühere Unterhandlungsfrist, in der man das Feuer eingestellt hatte, von den Trevisanern nur angesucht worden, um einstweilen eine Verstärkung aus Malghera, die sie in der Nähe wußten, an sich zu ziehen, und sie gleich darauf das Feuer ohne vorhergegangene Aufkündigung von ihrer Seite anfingen, wurde dießmal trotz dem Erscheinen der zweiten Deputation das Bombardement fortgesetzt. (D. A. Z.)

☞ Unsere französische Correspondenz ist heute ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

A n z e i g e n

Erklärung

auf eine „Anfrage" in Betreff des schwarzen Brodes in Nr. 171 der mittelfränkischen Zeitung.

Das Aushängschild über der genannten Anfrage kann Diejenigen nicht täuschen, welche auf den Kern einer Sache, nicht auf die Form sehen. „Gemüthlich" will man diejenigen Bürger nennen, deren Fragen und Behauptungen durch und durch in das Gift des Spotts, des Hohns, der Kränkung der Uebertreibung, der Aufreizung getaucht sind! — Treibe man doch nicht solchen Mißbrauch mit einem Prädicat, das die edelste Natur des Menschen bezeichnet! Die Polizeibehörde will man verdächtigen, noch mehr ihren Verstand — wohlan denn! mit den Waffen der Wahrheit, des guten Rechts sich bewußt, wird er solche Angriffe niederschlagen.

Wahr ist es, nicht alle Bäcker bemühen sich, fortwährend gutes schwarzes Brod zu liefern. Einzelne müssen anhaltend überwacht werden, ihre Schuldigkeit zu thun, und sie sind es allerdings, deren Brod oft Beschwerden erregt, aber die Mehrzahl der Bäcker liefert gut ausgebackenes, voll zum Theil übergewichtiges, nahrhaftes Brod. Gegen Alle besteht jedoch eine gleiche scharfe Controle, einem Polizeibeamten ist die tägliche Visitation der Bäckerladen übertragen, er nimmt sie mit der erforderlichen Strenge vor, auch wenn keine Anzeigen vorliegen, die leider sehr selten vorkommen, und verfolgt, wenn diese gemacht werden, sie augenblicklich.

Jede Uebertretung wird nach Verhältniß der Schwere derselben in den Sitzungen des Polizeisenats mit den in der Bäckerordnung vom 6 Januar 1808 festgesetzten strengen Strafen geahndet, und alle Einzelfälle, womit man den Gewichtsmangel oder die mangelhafte Qualität entschuldigen will, werden mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Das ist die Moralität, das die Rechtlichkeit, welche man der Versündigung der schuldigen Bäcker an dem Publikum entgegenstellt, und gerade dieser Zweig der polizeilichen Thätigkeit ist einer, der durch die mit seiner Natur verbundene theilweise öffentliche Ausübung gewissermaßen sogar mit unter die Controle des Publikums gestellt ist.

Daher kann ihm auch gerechter Weise das Vertrauen des Publikums nicht abgesprochen werden. Wenn man behauptet, daß das Militair besseres und gewichtigeres Brod genieße, als das übrige Volk, so kann man dasselbe nur oberflächlich, nicht genau untersucht haben. Das Gewicht ist, da man vernünftiger Weise von den vertragsmäßigen Gewichtsbestimmungen abgehen muß, nach welchen es gebacken wird, kein anderes als das taxungsmäßige, und seine Qualität paßt nur für jugendliche, schnell und kräftig verdauende Soldaten, die meist in anhaltender Leibesbewegung erhalten werden. Civilisten aller Klassen, welche es versuchsweise genießen, geben es alsbald wieder auf; wegen seiner Strenge sagt es keinem zu, dessen Lebensart eine sitzende ist, und die Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung ist ja bekanntlich an eine solche gebunden, der Alten, Schwachen nicht zu gedenken. Jeder kehrt vielmehr gerne zu dem gewöhnlichen Brod zurück, das durch seine Bereitung aus $^3/_4$ Theilen Kornmehls und $^1/_4$ Theil der letzten Sorte Waizenmehls (Bollenmehl) eine mildere wollige Beschaffenheit erlangt, vermöge deren es für alle Altersklassen, vom zweiten Lebensjahre an, genießbar ist.

Kann also der Einsender jener Anfrage die Mägen der Einwohner nicht in kräftige Soldatenmägen umwandeln — bei dem Amalgamirungs-System, das er entwickelt hat, sollte man freilich das Gegentheil fast für möglich halten — so bleibe er bei dem schwarzen Brod, das, wenn es gut gebacken ist, allen billigen Anforderungen entspricht, und dessen Verkauf von der Polizeibehörde nach wie vor strenge überwacht wird.

Seine Verdauungsorgane werden dabei bestehen können, er wird nicht nöthig haben, sich nur an weißes Brod zu halten, noch weniger zu den von ihm angedeuteten Gewaltschritten sich verleiten zu lassen. Sollte ihn aber dennoch die Lust hiezu oder zu andern Gesetzwidrigkeiten anwandeln, zu welchen sein zur Schau gestellter Charakter die schönste Perspektive eröffnet, so wisse er: Es wird dann die zwar nicht, wie er sie zu nennen beliebt, „überaus schlaue" wohl aber ihres gesetzlichen Rechtes sich bewußte, und nach Gebühr umsichtige Polizei ihm beweisen, was sie thun darf. Sie wird trotz ihres gemäßigten Verhaltens gegen Alle, die solches verdienen, nicht an Ohnmacht kränkeln, vielmehr ihm zeigen, daß sie mit starkem Arm ihn zu ergreifen weiß, wenn er einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sich schuldig machen oder Andere dazu hinreißen sollte.

Wer übrigens blos darauf ausgeht, die Behörde zu verdächtigen, statt ihr schlechtes oder zu leichtes Brod zur Untersuchung zu schicken, verdient nicht, daß man ihn beachte.

Dr. Binder

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. Juni 1848. **№ 173** **Mittwoch: Albanus.**

Die Erklärung des würtembergischen Bundestagsgesandten.

Wir hatten geglaubt, nach dem berüchtigten Promemoria des hessischen Bundestagsgesandten in dem Separatprotokolle vom 4. Mai und nach der Aufnahme, die dasselbe im gesammten Vaterlande gefunden, werde man von Seite des Bundestags und seiner Mitglieder alle weiteren Versuche unterlassen, den einmal bestimmt ausgesprochenen und von der ganzen Nation gewollten Charakter der deutschen Nationalversammlung in Zweifel zu ziehen; wir hatten erwartet, man werde von dieser Seite her die errungene und im allgemeinen Bewußtsein feststehende Volkssouveränetät nunmehr, wo die Thätigkeit des Parlaments begonnen, nicht mehr in Frage stellen. Wir haben uns getäuscht! Wir haben kennen gelernt, daß der Nationalversammlung am Orte ihrer Arbeiten eine feindliche, durch nichts zu besserer Einsicht zu bringende Macht gegenübersteht, die nur durch festen Willen und durch die angestrengteste Wachsamkeit des zur Erkenntniß seiner unveräußerlichen Rechte gelangten Volkes besiegt werden kann. Eine Erklärung des württemb. Bundestagsgesandten haben wir so eben in den öffentlichen Blättern gelesen. Wie sehr muß das Parlament, das deutsche Volk auf seiner Hut sein, will es sich nicht durch geschickte Taschenspielerkünste seine Freiheit aus der Hand winden lassen! Sonderinteressen, Fürstensouveränetät und Reaktionsgelüste — sie erheben aller Orten ihr Haupt und arbeiten offen und versteckt, in drohender Haltung und in gleißnerischer Sprache, die Geltendmachung des Prinzips der Volkssouveränetät zu hindern. Wir sehen dies nur zu deutlich aus der erwähnten Erklärung. Der Herr Verfasser will nicht wie sein früherer Kollege aus Hessen, daß die Nationalversammlung eine blos berathende sein soll. Sie soll eine konstituirende sein, aber in welcher Art? Den Charakter, die Macht, meint derselbe, könne diese Versammlung doch wohl nicht haben, daß ihre Beschlüsse bindende Gesetze für ganz Deutschland ohne Mitwirkung der Fürsten sein werden. Hören wir es wohl! Dafür hat die deutsche Nation Vertreter nach Frankfurt gesendet, um mit den Fürsten zu berathen, um mit ihnen zu unterhandeln, um sie am Ende zu bitten, oder es ihrem Willen zu überlassen, die von dem Volke, von seinen Vertretern gefaßten Beschlüsse anzuerkennen. Das wäre also das Resultat des freudig erwachten Volksbewußtseins, dies das Ziel so mancher blutiger Kämpfe! Eine konstituirende Versammlung sollen wir haben, aber die Konstitution — sie soll von dem bon plaisir der Fürsten abhängen. Wenn dies etwa nicht offen in dem oben Angeführten der bundestagsgesandtlichen Erklärung enthalten sein sollte, so läßt uns die weitere Aeußerung „daß wohl allerdings die Beschlüsse des Parlaments das größte moralische Gewicht auf die Entschließungen der Fürsten haben werden" hierüber nicht im geringsten Zweifel. O deutsches Volk! nochmals, sei wach! Deine Vertreter sollen für dich weiter nichts thun, als daß ein moralischer Einfluß auf deine gnädigen Höchsten und Allerhöchsten ausgeübt werde. Hat der Verfasser vergessen, schon in so kurzer Zeit vergessen, daß es noch einen anderen, als blos moralischen Einfluß auf die Fürsten gibt, daß das Volk auch im Stande ist, sich seine Rechte auf anderem Wege, als dem des Bettelns, zu erringen Das traurige Gefühl über Deutschlands Zerstückelung und Machtlosigkeit nach Aussen, es wurde vom deutschen Volke gefühlt, die schöne, die herrliche Idee über Deutschlands Einheit und nationale Kräftigung, — sie ging vom deutschen Volke aus; die Mittel, die moralischen und physischen Kräfte zur Verwirklichung dieser Idee — sie sind im deutschen Volke zu suchen und liegen nur im deutschen Volke; der Schöpfer seiner kräftigen, geachteten und nöthigenfalls gefürchteten Nationaleinheit kann daher nur das deutsche Volk sein. Wenn das deutsche Volk moralischen Halt in sich hat, — und es hat ihn — so braucht es keine höhere Macht, auf die es blos moralisch einzuwirken hätte.

Deutschland.

Bayern. *† (Nürnberg, 20. Juni.) In Mögeldorf hat sich gestern ein Volks-Verein unter der Benennung »Bauernklub« gebildet, welcher in seinen Tendenzen sich genau an den hiesigen politischen Verein anschließt. Die Zahl der Mitglieder wuchs schnell gegen hundert an. Mehrere treffende Reden wurden von Hiesigen sowohl, als von Mögeldorfern gehalten und die lobenswertheste Ordnung bewährte den richtigen Takt der in großer Zahl Anwesenden, die alle eine gleiche Begeisterung für den Fortschritt der großen deutschen Sache beseelt hatte. Der hiesige politische Verein wurde in einer passenden Petition angegangen, Pathenstelle bei dem neu entstandenen Verein in Mögeldorf zu vertreten, was derselbe mit größter Bereitwilligkeit angenommen hat.

Freie Städte. (Frankfurt, 19. Juni.) Der Name Demokrate sollte nicht zum Parteinamen werden. Wir lassen ihn allen damit geschmückten Vereinen unbestritten, so lange sie nicht nach Art der privilegirten Kasten exclusiv verfahren, sondern auch andern Leuten, welche ebenfalls die Herrschaft des Volkes zum Ziele haben, aber auf verschiedenen Wegen dazu zu gelangen trachten, den Namen Demokraten gönnen. Es kommt bei diesem Namen hauptsächlich darauf an, ob seine Träger unter Demos (Volk) den bereits mehr oder minder gebildeten und urtheilsfähigen, somit politisch und moralisch mündigen Theil der Gesammtbevölkerung verstehen, oder ob letztere unterschiedslos, oder ob endlich gar vorzugsweise jenen Theil derselben, welcher bis heute noch am meisten der Bildung und Erfahrung bedarf. Dieser letztere Theil ist noch sehr zahlreich, wie sich nach dem bisherigen Zustande unserer politischen Volks-Erziehung nicht anders erwarten läßt. Deßhalb ist damit kein Vorwurf gegen die politisch unmündigen, wohl aber eine Thatsache ausgesprochen, welche um so mehr zur gründlichen Ausrottung der alten Uebel auffordert. Vor Kurzem galt es freilich noch als ein Majestätsverbrechen gegen das deutsche Volk, wenn seine allgemeine Mündigkeit in Zweifel gezogen wurde. Aber selbst ein anerkannter Führer der Linken hat neuestens diesen Zweifel öffentlich und ganz kategorisch ausgesprochen, wenn auch zunächst in Bezug auf die Grundholden der pommer'schen und brandenburgischen Junker und auf die Philister der Residenzen, doch wahrscheinlich auch mit der still n Ueberzeugung, daß nicht Alle, die zu den Volkstribunen Herr! Herr! sagen, für das Himmelreich der Republik reif sind. Welchen Begriff indessen die Demokraten mit dem eigenen Namen verbinden, so sollten sie vor Allem diesen Begriff und damit das Wesen ihrer Mission dem ganzen Volke offen und redlich bekennen, und die Geheimeräthlichkeit, die diplomatische Vieldeutigkeit, die jesuitische Mittelheiligung des alten Systems mit Ekel von sich weisen. Die Demokratie, die Volksherrschaft, ist ihrer Natur nach ehrlich, selbst wo sie einseitig und gewaltsam verfährt; aber die Demagogie, d. h. die Volsbeherrschung von Volkes Gnaden, welche das Volk durch seinen eigenen Namen nicht minder betrügt und fascinirt, als der Monarchismus durch die angemaßte Gottesgnade, demoralisirt allmählich selbst ursprünglich wahrhafte Volksfreunde und macht sie zu Heuchlern gegen ihre Gegner, zu Schmeichlern gegen ihre Anhänger. Wir wollen diese, jederzeit der Parteikämpfe eigenthümlichen Fehler noch entschuldigen, so lange die Parteiführer noch das Wohl des Volkes als reinen Zweck im Auge und Herzen behalten. Aber auch diese Treue geht leicht in der Lust zur Alleinherrschaft zu Grunde und das »l'état c'est moi« eines Ludwig XIV. ist nicht verderblicher, als der gleiche Gedanke des Demagogen, der den einen Theil des Volkes durch jakobinische Privilegien, den anderen durch die blutige Schrift der Guillotine von seiner alleinseligmachenden Sendung überzeugt. Zwar übt in der Regel die Geschichte, die allmählige Entwickelung des Volkes, ihren weltrichtenden Beruf gar bald an den republikanischen Absolutisten aus; aber gewöhnlich erst, wenn sie schon viel Unheil angerichtet und lange genug jene Entwickelung gestört haben.

Wenn wir indessen von dem Stimmführer und Vertreter des Volkes fordern, daß er sein Mandat aus dem wirklichen Gesammtwillen der Vertretenen hernehme und dasselbe aufgebe, sobald seine persönliche Ueberzeugung über das Gesammtwohl des Volkes sich davon entfernt; so dürfen wir ihm doch keine allzu enge Gränzlinie für die Ausübung seines Mandates ziehen. Eben weil wir die Verschmelzung seines eigensten Willens mit dem des Volkes voraussetzen, darf er als Stimmführer nicht zum mechanischen Sprachrohre, noch weniger zum wirren Echo wirrer Stimmen werden, sondern soll vielmehr fortwährend zugleich als Führer und Bildner des vertrauenden Volkes walten und dem Volke selbst klar machen, was sein oft nur undeutlicher Drang von der Zukunft zu verlangen hat. So steht er allerdings immer schon eine Stufe über der Volksbildung der Gegenwart und vertritt gleichsam das Volk der Zukunft, zu welchem er das gegenwärtige durch Rath und That heranbilden will. Man sage uns nicht, daß diese Pflicht des Volksvertreters allzu nahe an jener Gränzmarke stehe, jenseits welcher er zum anmaßenden Selbstvertreter wird und die vorhin gerügte Sünde auf sich lädt, den Namen des Volkes zu usurpiren. Je reifer ein Volk zum freien Volksstaat ist, desto schärfer wird es selbst, in beständigem Wechselverkehr mit seinen Vertretern, die genannte Gränzmarke bewachen, aber auch desto gerechter und dankbarer gegen den treuen Führer und Vertreter sein, den es unter seinen Weisesten und Besten wählte. Der Ostracismus, die Eifersucht der Menge gegen den Einzelnen, dessen geistige Hoheit sie weder erreichen kann noch ertragen mag, gehört einer niederen Stufe des Volksstaates an, als die von uns erstrebte ist. Die gegenwärtigen Vertreter des deutschen Volks in und außerhalb der Paulskirche haben die schwierige Aufgabe: eine große Zahl von Völkerschaften zu Einem Volk zu gliedern und deßhalb jedes besondere Mandat dem allgemeinen der deutschen Einheit, dem Palladium des Ganzen unterzuordnen. Diese Aufgabe erfordert Uebersicht und Organisationsgabe in weit höherem Maße, als dies bei der loseren Gliederung eines Staatenbundes der Fall ist, oder bei der Neugestaltung eines, wenn auch großen, central. Staates, wie z. B. Frankreichs oder endlich bei einem völligen Neubau, wie einst auf dem geräumigen Boden Nordamerika's. Deutschland theilt diese Aufgabe mit Italien. Beide große Nationalitäten werden sie nur lösen können, wenn sie nicht aus sich selbst heraustreten und für ihre innere Entwickelung keine fremde Hülfe suchen. Wenn daher bei uns eine Minorität für Deutschlands Neubildung franz. Mithülfe statt blos freundlicher Nachbarschaft sucht, so bezeugt sie dadurch ihre eigene Unkraft zur Vertretung des deutschen Volkes und ihren Unglauben an die Selbstbildungskraft des letzteren. Fast scheint es, als suche sie nicht das Bündniß der Republik Frankreich, deren zunehmende Ordnung und Gesetzesstrenge dem gleichzeitig erwachsenden Bundesstaate Deutschland einen würdigen und ebenbürtigen Bundesgenossen verheißt; sondern als reichten sich die Parteigänger beider Staaten die Hände, um die Befestigung der Verhältnisse zu verhüten, unter welchen ihr gegenseitiges Cartel wirkungslos werden muß. Schlechte Patrioten, und doch keine Kosmopoliten, bald vielmehr heimathlose Wanderer, auch wenn sie unangefochten auf dem Boden der alten Heimath verbleiben! Auf's Tiefste würden wir es beklagen, wenn die Kraftfülle dieser Männer nur geschaffen wäre, um eine Zeit lang zerstörend zu wirken und dann in selbstverschuldeter Isolirung zu verkümmern. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 15. Juni.) Die linke Seite der Nationalver-

sammlung besorgt, daß der von Dahlmann übergebene Ausschußantrag auf Bildung einer provisorischen Exekutiv-Gewalt die Zustimmung der Majorität erhalten und dadurch — wie sie sagt — die Souveränität des deutschen Volkes vom Parlamente selber aufgegeben und verläugnet werden könne. Sie bereitet, dem Vernehmen nach, für diesen Fall ein sehr energisches Manifest an das Volk vor, um sich in dessen Augen feierlichst gegen den Verdacht zu verwahren, als habe auch sie einem solchen volksfeindlichen Beschlusse ihre Zustimmung gegeben. Sie sieht in dem Volke ihren Souverän und in einem Beschlusse, welcher ihm die Souveränität entreißen würde, einen Hochverrath an ihm. Auch soll sie entschlossen seyn, bei dieser Gelegenheit auf namentliche Abstimmung zu dringen. (Frkft. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 17. Juni.) Der eben beendigte Lehrkongreß hat sehr schöne Ergebnisse gehabt; unter den Beschlüssen verdienen folgende hervorgehoben zu werden: 1) Die Lehrer sollen von der Bevormundung der Geistlichen vollständig befreit werden; 2) alle Titel z. B. Professor, Collaborator sollen abgeschafft werden; 3) der Vorschlag des Herrn Kehrein aus Hadamar, die Schulen nach Religionsbekenntnissen zu trennen, wurde einstimmig verworfen. (Frkft. J.)

(Wiesbaden, den 14. Juni.) Die bei Adolph Stein erscheinende, entschieden für Recht und Wahrheit kämpfende Zeitung „der Volksfreund“ hat begonnen, Mittheilungen über das Betragen unserer Truppen während ihres Aufenthaltes in Baden zu veröffentlichen. Aus denselben entnehmen wir zwei Thatsachen: 1) daß ein nassauischer Offizier seiner Kompagnie verboten hat, die deutsche Kokarde zu tragen; 2) daß bei dem hiesigen Militärgericht ein Soldat Retz aus Bleidenstadt in Untersuchung steht, weil er überführt ist, zu Appenweiler ohne allen Grund und Veranlassung zwei einem Bauer gehörige Pferde erstochen zu haben. Solches Betragen erinnert an den dreißigjährigen Krieg. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 15. Jun. Abends.) Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen berichten, daß in Bezug auf die italienische Frage von unserm Kabinet die angebotene Vermittlung Englands angenommen worden ist, und daß zunächst mit dem sardinischen Hofe Friedensunterhandlungen angeknüpft werden sollen auf die Grundlagen, einer Freigebung der lombardischen und theilweise der venezianischen Provinzen gegen Uebernahme eines Theils der österreichischen Staatsschulden. (A. A. Z.)

(Wien, den 16. Juni.) In aller Eile theile ich Ihnen mit, daß gestern eine Estaffette, vom Gouverneur in Klausenburg, hier durch, nach Innsbruck abgegangen ist, welche die wichtige Nachricht überbringt: daß man Siebenbürgen einen russischen Spion ausgegriffen, und durch ihn erfahren habe, daß an der Gränze der Moldau 60,000 Mann russische Truppen bereit stehen, jeden Augenblick dort einzurücken, und daß sowohl im Banat als in Serbien, und in der dortigen Gegend überhaupt, russische Emissäre ausgeschickt seyen, um die dort befindlichen Ruthenen zu einem Aufstand vorzubereiten, der in dem Augenblick ausbrechen soll, als die Russen die Moldauische Gränze überschritten haben würden. Bestätigt sich die hier verbreitete Nachricht von dem Einfall der Serben und Tschaikisten, in der Gegend von Pancsowa, so gewinnt die erstere Mittheilung umsomehr an Wichtigkeit, und man müßte wahrscheinlich mit unheilbarer Blindheit geschlagen seyn, wenn man das Vorhandenseyn von feindseligen fremden Propaganden, die uns aufstacheln, selbst in unsern Eingeweiden zu wühlen, noch immer verstockt läugnen wollte. Oder wird man diese Nachrichten und die neuesten Vorgänge in Prag auch wieder, mit den hier so beliebt gewordenen Stichworten von: „Reaction“ und „Schwarzgelb“ bezeichnen wollen? (A. A. Z.)

(Wien, den 16. Juni.) Heute wurde von dem Ministerium bekannt gemacht, daß Fürst Windischgrätz den Oberbefehl über die Truppen in Böhmen niedergelegt, und daß derselbe von dem von früherher in Prag sehr beliebten Grafen Mensdorff übernommen worden sey. Darauf sey die Ruhe in Prag wieder hergestellt und die Barrikaden abgetragen worden. Die meisten wohlhabenden Familien hatten sich schon früher aus Prag zum Theil hieher geflüchtet. In verdächtigem Zusammenhang mit diesem czechischen Aufruhr, dessen geheime Triebfedern noch nicht offenbar sind, stehen die neuesten Nachrichten von einem ausgebrochenen Aufstand der Serben und Illyrier an der südöstlichen Grenze Ungarns, und von dem Einfall bewaffneter Horden derselben in das Bacser und in das Torontaler Comitat. Eine vornehme Dame meiner Bekanntschaft, welche mit dem Dampfboot nach Mehadia reisen wollte, und am 13. d. in Neusatz angekommen war, erzählte mir soeben darüber, daß am Tag vorher (am 21.) Karlowitz von den zum Theil mit den Czaikisten vereinigten Aufrührern überfallen, geplündert und theilweise eingeäschert worden. In Neusatz herrschte panischer Schrecken unter den bessern Klassen, alle Thore seyen gesperrt, man fürchte für den andern Tag (14.) einen Angriff der Aufrührer, welche unter der raizischen Bevölkerung viele Anhänger zählen, aber General Hrabowsky hatte gedroht, die Stadt, wenn sie denselben Vorschub leistete oder die Thore öffnete, von Peterwardein aus in Grund und Boden zu schießen. Das Dampfboot durfte von Neusatz aus seine Fahrt nicht fortsetzen, da schon früher eines von den Aufrührern geplündert und erbeutet worden sey; auf der Rückfahrt wurde es zwischen Illock und Buckovar von einem unter einem Gebüsch versteckten starken Haufen Aufrührer mit Flintenschüssen, aber ohne Erfolg, angegriffen. Briefe aus Zenta (im Bacser Comitate) vom 11. melden, daß in der Gegend von Gospodolniza ein 6000 Mann starker Haufe von Raizen und Czaikisten mit 6 Kanonen unter der Anführung eines verabschiedeten Hauptmanns stünden. Auf diese Nachricht eilten die Nationalgarden der Umgegend, aus Theresienopel, Szegedin, Becse, sogar aus Jankowatz den bedrohten Ortschaften zu Hülfe, und man hofft, die Aufrührer, welche ihren Weg mit Raub, Plünderung und Mord bezeichnen, durch diese vereinten Anstrengungen zu bezwingen. Das Ministerium wird in Mitte dieser vielen Schwierigkeiten alle seine Hülfsmittel und Thätigkeit aufbieten müssen, um die Integrität des Königreichs aufrecht zu erhalten. Da nun die Union mit Sibenbürgen bereits von Sr. Majestät bestätigt ist, so wird die Regierung die Szekler Regimenter zur Wiederherstellung der Ruhe aufbieten müssen. (A. A. Z.)

(Wien, den 16. Jun. Abends 4¼ Uhr.) Es bestätigt sich, daß der Reichstag erst am 6. Jul. eröffnet wird. Die Prager Ereignisse, sowie die Ueberzeugung, daß die Wahlen bis zum 26. unmöglich beendet sein können, bestimmten die Regierung zu diesem Entschlusse. (A. A. Z.)

Nach neuesten Briefen aus Innsbruck war der Banus von Croatien, Jelachich, daselbst eingetroffen. Die Tiroler hatten ihm eine Nachtmusik mit Fackeln gebracht. Die Ungarn am Hoflager zeigten sich sehr entgegenkommend gegen den Banus, so daß man wieder die Hoffnung eines friedlichen Uebereinkommens hegte. (A. A. Z.)

(Pilsen, 17. Juni.) Am 16. wurde hier auf dem Platz öffentlich mit der Fahne geworben für Prag, endlich entschied man sich, eine Dputation eiligst nach Prag zu senden, welcher sich eine Deputation von Klattau anschloß. Bei uns ist vollkommene Anarchie. Siegt in Prag die Ultra-Tschechen-Partei, so ist ein Bürgerkrieg zwischen den Nationen unvermeidlich. Nur die Ungewißheit hält noch die fanatisirten Tschechen zurück. Man spricht und ich glaube fast auch, daß man zwischen Prag und Pilsen die Posten und Estaffetten aufgefangen hat. Alles hört zu arbeiten auf und sammelt sich in Gruppen. Die Studenten forderten von der Schützengarde Gewehre, auch vom Militär Munition, welchen aber nicht entsprochen wurde. Einige glauben, Faster werde in Tauß werben und mit einigen Tausenden nach Prag ziehen, an welche sich natürlich alle Tschechen anschließen werden. Pillersdorf soll in Prag sein. Mit dem böhmischen Landtag wird es nichts werden. (Regb. Z.)

(Türmitz, (bei Außig), den 13. Juni.) Gestern waren hier zur Abgeordnetenwahl zum böhmischen Landtag ungefähr 3—4000 Menschen zusammenberufen, wobei sich der gesunde Sinn der deutschböhmischen Landleute ausgezeichnet kundgab. Bekanntlich erkühnte sich das sogenannte Nationalcomité in Prag, Kommissäre aus ihrer Mitte zur Wahl beim Landvolk auszusenden, und so kamen ebenfalls zwei dieser Ultraczechen nach Türmitz, um die Wahlen nebst einem Kriegskommissär vorzunehmen. Unsere Bauern aber wußten recht gut, daß sich in Prag eine provisorische Regierung gebildet, deren Mitglieder bei den Deutsch-Böhmen nicht beliebt sind, daß Prag den Landtag ausschrieb, ohne einen Ministerialerlaß abzuwarten. Ferner waren sie tief verletzt, daß unter den deutschen Bewohnern keine Wahlkommissäre zu finden und erst Ultraczechen oder von ihnen bezahlte Personen zu ihnen geschickt wurden, welche nicht nur kein Vertrauen, sondern sogar den höchsten Argwohn erwecken. Als die Prager den Zweifel der Wähler hörten, begaben sie sich sogleich ins alte Rathhaus, ließen die Nationalgarde die Thore besetzen und nur Gemeinde um Gemeinde rufen. Da entspann sich unter den Außenstehenden ein ungeheurer Lärm. Man drang insgesammt in den Saal und forderte von den zwei Wahlkommissären die vom Kaiser und unserm verantwortlichen Ministerium zu diesem Verfahren gegebene Ermächtigung, und nachdem die Herren blos vom Prager Gubernium einen geschriebenen Auftrag zeigten, wurden sie mit höchstem Ungestüm sogleich aus dem Saale verwiesen. Alles schrie: Betrug! Adelige Hinterlist! Was werden diese Leute mit unsern Wahlzetteln machen! Nieder mit dem Adel, in Wien ist nur Eine Kammer ohne Census bewilligt, der Reichstag am 26. Juni ist von unserm Kaiser bewilligt. Er wird den Reichstag selbst eröffnen! Es lebe unser Kaiser! Es lebe Deutschland! Es sollen unsere guten Czechenbrüder leben!

Einer der Kommissäre wollte hierauf erwidern, fing an, sich aufs Kreisamt zu berufen, hatte aber kaum das Wort Kreisamt ausgesprochen, als die ganze Versammlung ihn durch Zischen, Stampfen, Pfeifen und Brüllen unterbrach, worunter man die Worte hörte: Kreisamt! Weg mit Kreisamt! Das ist nur ein Hülfsamt für den Adel, die haben nur den Reichen geholfen! Werft sie herab! Nieder mit dem Adel! Es lebe unser Ferdinand! Hoch, tausendmal Hoch! Wir brauchen keine Prager Adelsgesetze, euer Wort ist scheinheilige Lüge, wir thun, was Wien thut, das hat uns und euch frei gemacht. Dies hatte der Aufruf der Tiroler an die Prager Deputation hier bewirkt. Die Prager flüchteten sich während jenes Aufruhrs in Türmitz auf die Pfarrei, wo ihnen die ersten Wahlzettel wieder abgenommen und bei der Kirche verbrannt wurden. — Am 18. Juni soll hier ein großes Verbrüderungsfest auf dem schönen bei Außig gelegenen Marienberge stattfinden, von unsern sächsischen und böhmischen deutschen Brüdern; wir wünschen von Herzen, daß dieses Vorhaben bestens ausgeführt werden möchte. (D. A. Z.)

Preussen. (Von der Elbe, 15. Juni.) Eine russische Flotte kreuzt in der Ostsee. In der zweiten Hälfte des vorigen Monats herrschte in Kronstadt in der Marine große Thätigkeit, die Schiffe sind für längere Zeit vollständig und mit größerer Sorgfalt, als gewöhnlich in Rußland geschieht, ausgerüstet worden, da die genaueste Aufsicht und schärfste Kontrolle stattfand. Nach und nach wurden etwa fünfzehntausend Mann Landungstruppen an Bord geschafft. Wir werden in der nächsten Zeit hören, daß diese Flotte im westlichen Theile der Ostsee kreuzt. Großfürst Constantin hat sie bereits in Dänemark angemeldet. Während Rußland es hauptsächlich auf die Donauländer abgesehen hat, bleibt es hier im Norden nicht unthätig. (A. A. Z.)

Sachsen. (Altenburg, den 17 Juni. Mittags 1 Uhr.) Die für heute Mittag anberaumte Massendemonstration ist unterblieben, und zwar nach dem ausdrücklichen Willen der Volksführer, von denen sie erst gestern Abend beschlossen war. Auf dem zum Sammelplatze bestimmten Schießanger, erklärten sie der versammelten Menge, daß der größte Theil von deutschen Juristen den beabsichtigten Schritt, für ungesetzlich halten werde, wenn sie auch diese Ansicht nicht theilen könnten, daß sie aber fortfahren wollten, streng auf gesetzlichem Boden zu bleiben; daß sie ferner darin, daß man die Sache so weit habe kommen lassen, nur eine Falle erkennen könnten, in der sie schon mit einem Fuße gestanden, daß sie sich aber hüten würden, sich ganz darin fangen zu lassen rc. Es war bekannt, daß das Schloß völlig zum Widerstande vorbereitet war, daß der Herzog nicht nachgeben zu wollen erklärt und die Minister gelobt hatten, zu siegen oder zu fallen. Von Seiten der Volksführer war beschlossen worden, die Beschwerde wegen der Einberufung des Militärs nun lieber auf dem Landtage, in dem ihre Partei die Majorität bilden würde, anzubringen. Der Herzog soll bei der konstituirenden Versammlung in Frankfurt in Anklagestand versetzt werden, da er die Stimme des Volkes wiederholt nicht habe hören wollen. Die Ruhe der Stadt ist in keiner Weise gestört, obgleich man heute mehr als gewöhnlich Fremde hier bemerken will. (Die Nacht vom 17. auf den 18. Juni ist ohne Störung vergangen. Heute früh sollen doch noch Unruhen ausgebrochen seyn, hervorgerufen durch die beabsichtigte Verhaftung der Führer der republikanischen Partei. Von Leipzig aus sind gegen Mittag Truppen nach Altenburg abgegangen.) (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, den 13. Juni.) Seit einigen Tagen bemerkt man an der bedeutenden Bewegung der dänischen Schiffe, daß die Dänen ihre Truppenmassen wieder von Alsen weg nach Norden dirigiren. Sie landen sie in der Bucht von Hellsminde,

in gleicher Höhe mit Christiansfeld, wo ihre Vorhut steht, gegenüber den schleswig-holsteinischen Truppen, welche das v. d. Tannsche Korps an sich gezogen haben. Gegen den 11. d. M. war von diesen ein Angriff auf die Dänen beabsichtigt worden, konnte aber wegen der festen Position, welche die letzteren eingenommen hatten, nicht zur Ausführung gebracht werden. Es kam bloß zu einem geringen Tirailleurgefecht, wobei einige Freiwillige verwundet wurden. Das Eintreffen derselben am Abend des 11. in Flensburg gab dort zur Entstehung des Gerüchts von der Gefangennehmung, ja sogar von der gänzlichen Aufreibung zweier Kompagnien des Korps Veranlassung. Einen Tag später hatte der in preußischen Diensten stehende, bei dem 1. Dragonerregiment angestellte Lieutenant, Baron v. Heintze, das Unglück, ziemlich bedeutend, an der Schulter und im Schenkel verwundet zu werden. Es hatten sich zur Nachtzeit, während er mit einer Dragonerabtheilung die Vorposten visitirte, Dänen herangeschlichen und einige Schüsse auf ihn gefeuert.

Ein Tagesbefehl des General Wrangel lautet also: Flensburg, 11. Juni. Das v. d. Tannsche Freikorps hat am 6. und 7. Juni auf meinen Befehl einen Streifzug in das nördliche Schleswig unternommen und bei dieser Gelegenheit in der Gegend von Hoptrup dem bedeutend überlegenen, aus allen drei Waffengattungen bestehenden Feinde, 1 Geschütz, 3 Munitionswagen, 28 Gefangene, 16 Pferde nach hartnäckigem Gefecht abgenommen. Indem ich dies der Armee bekannt mache, spreche ich den Offizieren und der Mannschaft dieses Korps meinen Dank für die bewiesene Tapferkeit aus. Der Oberbefehlshaber der Armee. (gez.) v. Wrangel. (S.-H. Ztg.)

(Schleswig, den 15. Juni.) Es bestätigt sich durch officielle Berichte der dänischen Zeitungen, daß, wie neulich gemeldet, die 400 Mann Freischaaren unter Major v. d. Tann eine dreifach überlegene Zahl Feinde von allen Waffengattungen gänzlich in die Flucht geschlagen haben, so daß nicht nur diese Abtheilung, sondern auch eine von 2—300 Mann aus Hadersleben in ungeordnetem Rückzuge über die schleswigsche Grenze sich nach Kolding flüchtete, wo sich die Dänen jetzt verschanzen. Eine große Bewegung der Kriegs- und Transportschiffe von Alsen aus nach dem Norden ist wahrgenommen worden, woraus man auf eine Concentration der feindlichen Armee in Jütland schließen will. Vielleicht kommt es dann nächstens, etwa am 18. Juni, dem Jahrestage der Schlacht bei Waterloo, an welcher der ehrwürdige General Halkett schon ruhmvoll Theil nahm, zu einem entscheidenden Treffen. — Gegen 5,000 Schweden sind auf Fühnen gelandet; ob sie weiter gehen? In Norwegen ist nach sichern Privatnachrichten die Stimmung des Volkes eher für unsere gerechte Sache; die Norweger kennen auch aus 400 jähriger Erfahrung, was es heißt, unter dänischem Drucke zu leben.— Fast täglich kommen jetzt Zuzüge oldenburgischer und hannoverscher Truppen aus dem Süden an; so gestern Abend ein hannoversches Jägerbataillon von 700 Mann und eine vorzüglich bespannte Batterie von 6 Kanonen. Auffallend ist, daß die hannover'schen Truppen noch nicht mit der deutschen Kokarde, dem äußern Zeichen deutscher Einigkeit geschmückt sind. Zu beklagen ist auch die gereizte Stimmung der hannover'schen und preussischen Offiziere gegen einander, wozu erst kürzlich der Hamburger Correspondent Belege liefert. — Sehr zahlreich stellt sich jetzt freiwillig aus den Städten die junge wehrhafte Mannschaft zum Kriegsdienst. Die Bereitwilligkeit zur Leistung einer erforderlichen Kriegssteuer hat das Land in einer vorgestern in Rendsburg gehaltenen Volksversammlung einstimmig dokumentirt. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 16. Juni.) Der Moniteur bringt heute zwei Dekrete, von denen das Erste unter den gegenwärtigen Umständen wieder abgedruckt zu sehen seine Bedeutung hat. Er lautet: „Das Gebiet Frankreichs und seiner Kolonieen, das den älteren Bourbonen laut Gesetz vom 10. April 1832 verschlossen bleibt, ebenfalls dem Louis Philipp und seiner Familie untersagt."

Das Zweite enthält den bekannten Beschluß der Nationalversammlung rücksichtlich der Einleitung einer Untersuchung der Fabrik- und Ackerbau-Arbeiter-Verhältnisse.

Die Vollziehungsgewalt bleibt. Lamartine, der zwar schon seit dem kuriosen Napoleonsvotum sein Amt niedergelegt hatte, aber dasselbe seinen Kollegen zu Liebe noch nicht verlassen, wird sich wahrscheinlich nach dem Ausgang der heutigen Nationalversammlung zur definitiven Beibehaltung seiner Stelle noch bewegen lassen und wir haben bis zur Erledigung der Eisenbahn- und Verfassungs-Frage keine Kabinetskrisis zu fürchten.

Der Prinz Louis Napoleon in London ist ein Narr. Die Nachricht, daß ihn der Justizminister Bethmont steckbrieflich verfolgen lassen, hat so nachtheilig auf sein Gehirn gewirkt, daß er folgenden impertinenten Brief an die Nationalversammlung richtete: London, 14. Juni 1848. Herr Präsident. Im Begriff abzureisen, erfahre ich, daß meine Wahl zum Vorwande von Unruhen und traurigen Irrthümern dient. Ich habe mich niemals ehrgeizig um die Wahl beworben; ich stoße daher jeden Verdacht zurück, dessen Gegenstand ich gewesen; denn ich suche die Staatsgewalt nicht. Wenn mir das Volk Pflichten auflegte, so würde ich sie zu erfüllen wissen. Aber ich verläugne alle Diejenigen, welche sich meines Namens bedienten, um Unruhen zu stiften. Mein Name ist vor Allem ein Sinnbild der Ordnung, Nationalität und des Ruhmes und ehe ich mich als Deckmantel von Ruhestörungen und Bürgerkrieg gebrauchen lasse, will ich lieber in der Verbannung bleiben. Haben Sie, Herr Präsident, die Güte, diesen Brief meinen Kollegen mitzutheilen. (gez.) Louis Napoleon. Diesem Briefe war eine ähnliche großthuerische Adresse an die Wähler des Seinedepartements beigefügt, gegen deren Vorlesung jedoch allgemein protestirt wurde. Diente der Prinz bisher schon den Witzbolden und Gemüsegärtnern um Paris zum Stichblatt, so hat er sein bischen Kredit, daß er seinem Namen verdankte, nach diesen Dummheiten in Frankreich vollends verloren.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wird mit dem zweiten Theile des Napoleonsspektakels eröffnet und wahrscheinlich mit einer Rechtserklärung des prinzlichen Abenteurers enden. Sollte die Polizei ihre Hände öffnen und die ergriffenen Papiere vorlegen, so ist der Prinz als Verschwörer gegen die Republik unrettbar verloren.

[National-Versammlung. Sitzung vom 16. Juni.] Die Anhänger Louis Bonapartes, scheinen sich wieder zu rühren. Mehrere Haufen bilden sich auf dem Revolutionsplatze, in deren Mitte stark diskutirt wird. Es ist sogar schon zu Prügeleien gekommen. Im Innern des Saales die größte Spannung. Am 1 Uhr eröffnete Senard die Sitzung. Die Ueberraschung war unbeschreiblich, als derselbe der Versammlung folgenden Brief vorlas: „London, 15. Juni 1848. Herr Präsident. Ich war stolz in Paris und drei anderen Departements als Volkvertreter gewählt worden zu sein. Es war dieß in meinen Augen eine reichliche Entschädigung für dreißig Jahre Verbannung und sechs Jahre Gefangenschaft. Aber der beleidigende Verdacht, den meine Wahl hervorruft; die Ruhestörungen, denen sie zum Vorwande diente, die Feindseligkeit der Vollziehungsgewalt legen mir die Pflicht auf, eine Ehre zu verweigern, von welcher man glauben könnte, daß ich sie durch Intrigue errungen. Ich wünsche die Ordnung und Aufrechthaltung einer weisen großen und einsichtsvollen Republick, da aber unwillkürlich mein Namen die Unordnung begünstigt, lege ich, ohne Bedauern meine Demission in Ihre Hände nieder. (Erstaunen und Aufregung im Saal.)

Bald, hoffe ich, wird die Ruhe wieder hergestellt seyn und mir erlauben, nach Frankreich zurückzukehren, als der einfachste Bürger und auch der Ruhe und dem Wohlstande seines Landes ergebenste Bürger, empfangen Sie, Herr Präsident, u. s. w., u. s. w. (gez.) Louis N. Bonaparte.

Präsident Senard: Die Wahl war noch anerkannt; sie war noch der Prüfung des Alters und Nationalbürgerwohls untergeordnet. Nichtsdestoweniger schlage ich vor, dieses Dokument dem Minister des Innern zu überweisen. (Allgem. Beistimmung.) Eine Pause sonderbarer Aufregung folgte der Verlesung dieses Briefes. Die Ueberweisung desselben an den Minister des Innern ist genehmigt: damit er zur sofortigen Verordnung neuer Wahlen schreite. Wir erfahren, daß der Präsident obigen Brief dem bekannten Schriftsteller Frederic Brisfault zur Besorgung anvertraute, der sich einige Zeit in London aufhielt und dasselbe erst gegen Abend 8 Uhr verlassen hat. Somit fiel der Versammlung ein schwerer Stein vom Herzen und sie schritt zur Tagesordnung.

(Paris, 16. Juni, Abends 6½ Uhr.) Telegraphische Depesche. Das Ministerium des Innern an die Präfekten. Ludwig Napoleon Bonaparte hat als Volksvertreter seine Entlassung gegeben. Paris ist ruhig.

Italien

(Vom Fuße des Brenner, den 17. Juni.) Treviso ist von Welden besetzt, und zwar ohne Verlust von unserer Seite. Die Garnison von 5000 Mann ist mittelst einer unglaublich milden Capitulation abgezogen. Daß diese nicht von Weldens Philantropie zugestanden worden, wird jeder glauben, der Welden kennt. Dieses so wie Radetzky's mildes Verfahren bei Vicenza scheint durch höhere Instruction veranlaßt, und möchte zu der Meinung berechtigen, daß man das venetianische Königreich im Frieden zu behalten meint, und daher die Schonung der verlornen Söhne, bei ihrer Rückkehr ins Vaterhaus vorwalten lassen wolle. (A. A. Z.)

Der zehnte Armeebericht des Erzherzogs Johann gibt Mittheilungen aus dem Bericht Weldens aus Treviso vom 15. Juni. Danach hatte sich Treviso am Tage zuvor nach zwölfstündiger Beschießung unterworfen. Welden schreibt den Erfolg, neben der betäubenden Beschießung, den Umgehungskolonnen zu, die er schon am 12. und 13. über die Sile gegen die Strasse von Mestre (Venedig) und auf dem ganzen rechten Ufer der Sile von Tre Pallade bis Casale anbefohlen. Die 4000 Mann italienischer Besatzung machten sich verbindlich, drei Monate lang nicht gegen Oesterreich zu dienen, und zogen sich, von österr. Offizieren geleitet, über den Po zurück. In Treviso wurden 36 Geschütze, und eine große Menge Waffen, Munition und Feldgeräthe erbeutet. Der Feind, vorzüglich dessen Artillerie, habe sich auf das heftigste vertheidigt. Dessen ungeachtet sey der Verlust auf österreichischer Seite äußerst unbedeutend, da die Truppen großentheils verdeckt aufgestellt werden konnten. Der Kapitulationsvertrag von Treviso, der uns soeben aus Verona zugeschickt wird, besteht aus fünf Punkten, von denen vier und fünf lauten: »Da sich unter der Besatzung von Treviso österreichische Unterthanen befinden, welche sich freiwillig unter die fremde Fahne begeben haben, so werden diejenigen, welche dieser Fahne folgen (d. h. mit der Besatzung abziehen) wollen, als Emigrirte betrachtet werden. Die Stadt wird sogleich die Einwohner entwaffnen, dem österreichischen Hauptquartier alle in ihr befindlichen Waffen abliefern und sich unterwerfen, indem sie ihr Geschick dem Edelmuth der österreichischen Regierung anheimstellt. (A.A.Z.)

Aus Verona vom 16. Jun. erhalten wir die Bestätigung der gestrigen Nachricht, daß Padua ohne Schwertstreich sich unterworfen, und bereits die Brigade des Fürsten Friedrich v. Liechtenstein dort eingerückt sei. Es befanden sich folglich von den venezianischen Provinzen alle bedeutenden Städte, mit Ausnahme der Lagunenstadt selbst, in den Händen der kaiserlichen Truppen, was die Stellung Oesterreichs bei den vorgehenden Friedensverhandlungen bedeutend günstiger machte, als sie noch vor acht Tagen war. Radetzky und Welden hatten durch ihre Manöver vom 30. Mai bis 14. Jun die Aufstellung der Neapolitaner und Toscaner — zehntausend Mann — bei Mantua gesprengt und vernichtet, die gesammte päpstliche Streitmacht in Vicenza — 15,000 Mann — aufgelöst und für drei Monate unthätig gemacht (falls sie sich durch Wort und Eid gebunden erachtet), ebenso die Besatzung von Treviso — 4000 Mann. Karl Albert auf seinen Höhen, unfern von Verona, schien sich wenig zu rühren, und damit die fliegende Colonne bei Rivoli nicht weiter gegen Tirol vorrücke, war Generalmajor Simbschen, von Radetzky mit einer starken Brigade durch die Val Arsa entsendet, in Roveredo eingerückt, und dadurch die österreichische Stellung im Etschthale, die nicht weiter vom Feinde angegriffen worden, bedeutend verstärkt. — Aus Rom wird uns vom 9. Juni berichtet, daß die neapolitanischen Truppen die man in Bologna zurückgehalten hatte, nun doch den Rückmarsch nach Neapel angetreten haben. (A. A. Z.)

(Venedig, 13. Juni.) Die Regierung von Venedig hat sich an die französische Republik gewendet, und um deren Einschreiten in dem Kampfe mit Oesterreich nachgesucht. Was Karl Albert bisher mit Sorgfalt vermied, hat also Venedig gethan — schwerlich zum Besten seiner Freiheit. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr Friedrich Mayer.

Anzeigen

Eheliche Verbindung.

Unsere heute vollzogene eheliche Verbindung zeigen verehrten Verwandten und Freunden hiemit ergebenst an

Nürnberg, den 18. Juni 1848.

G. P. Kreutzer,
Nannette Kreutzer,
geb. Prom.

Eheliche Verbindung.

Georg Nicolaus Gottlieb Schöppel
Jacobine Friedricke Louise Schöppel,
geborne Prögler.

Windsheim, den 19. Juni 1848.

Trauer-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten widmen wir hiemit die schmerzliche Anzeige, daß Sonntag früh halb eilf Uhr unsere geliebte Gattin, Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,

Frau Anna Maria Knauff,

in einem Alter von 82 Jahren 8 Monaten sanft und ruhig in dem Herrn entschlafen ist.

Indem wir diese traurige Nachricht bringen, bitten wir um stilles gütiges Beileid.

Nürnberg, am 19 Juni 1848.

Die Hinterbliebenen.

Gegenerklärung.

Auf die gestrige Erklärung über das hiesige Brod findet sich das Bäckergewerbe veranlaßt, kurz Folgendes zu erwidern: Will das Publikum ein so gutes Brod wie z. B. das Regensburger, so möge sich dasselbe nur an den Magistrat wenden, daß derselbe verordne, die Kleie in größerer Quantität aus dem Mehle zu entfernen, wodurch die Qualität des Brodes und der Geschmack desselben jedenfalls gewinnen muß. Die jetzt bestehende Mahlordnung, welche 40 Pfund Kleien per Schäffel Korn vorschreibt, trägt allein die Schuld der vielen Klagen über die Beschaffenheit des Nürnberger Brodes, obwohl der größere Theil der Bäcker mehr oder minder schwere Opfer zu bringen sich entschloß, woraus sich der Unterschied in dem Brod erklären läßt. Diese Opfer bestehen in einer Zuthat von weißerem Mehl, die von Seite der Polizei nicht berechnet, sondern zur Befriedigung des Publikums auf eigene Kosten der Bäcker, welche es gut mit ihren Mitbürgern meinen, hinzugefügt wird.

Erwiederung.

Mitbürger! Wie erwartet, kam auf unsere Anfrage in Betreff des schwarzen Brodes, eine Erklärung — im wohlbekannten Style — unterzeichnet »Dr. Binder« (in welcher Eigenschaft?) Unser Wahlspruch ist und bleibt: »Fürchte Gott, thue Recht, scheue Niemand!« Wir achten die Gesetze als Staatsbürger. Wir rügen aber auch das offen und frei — also auf erlaubtem und gesetzlichem Wege — was uns nicht gut dünkel. Die Erklärung, so voluminös sie auch ist, erheischt nach unserer Ansicht, nur 2 Punkte — zu beleuchten. Wegen allen Uebrigen appelliren wir an das Urtheil des Publikums, insbesondere aber an jene Bürger, die sich schon seit längerer Zeit über die Qualität des schwarzen Brodes mißliebig und unumwunden geäussert haben. 1. Punkt: den gesetzlichen starken Arm der Polizei betr. Eingedenk unserer Pflichten gegen uns und den Staat, wird man uns weder nach so wenig als zuvor, auf einem ungesetzlichen Pfade finden; der gepriesene starke Arm wird uns nimmermehr abhalten, da unsere Stimme zu erheben, wo es sein soll. 2 Punkt wird gesagt: »wer nicht schlechtes Brod zur Untersuchung schicke, verdiene nicht, daß man ihn beachte«. — Gut gegeben? — !!! —

Dieser Satz und Ton scheint uns aber eine Herausforderung zu seyn, einen Polizei-Denuncianten machen zu sollen. Wir selbst haben uns für fragliche Fälle nie zu dergleichen Schritte veranlaßt gesehen, so wenig als wir es auch nicht im entferntesten einem Mitbürger zumuthen möchten, seinen Nachbarn, er habe eine Branche welche es auch sey, zu verdächtigen. Wir sagen zum Schluß, „die Polizei ist dafür da, alle unter ihr stehenden Gewerbe mit der ihr zustehenden Befugniß zu überwachen, thut sie es richtig, so kann sie sich nur Lob statt Tadel erwerben! — „Uns befriedigte die in Nro. 172 d. Bl. enthaltene Erklärung nicht, indem uns in derselben nicht gesagt wird, „warum wir saueres und schlechtes Brod haben!"

Eine Anzahl gemüthlicher Bürger

An einen Schatzgräber.

Laß doch länger nicht verbergen
Deine halbe Million,
Daß die Noth Dich nicht verklage
Einst vor Gottes hohem Thron.
Zwei mal hundert fünfzig Tausend
Gulden sind kein schlechter Lohn.
Kommt der Schatz nicht bald, trifft sicher
Dich als Lügner Spott und Hohn;
Wie ein nasser Pudel ziehst Du
Dann mit Schimpf und Schand davon.

(Verlaufen.) Vergangenen Sonntag Abends hat sich ein schwarzhäriger Königshund, männlichen Geschlechts, Vorderfüße weiß, Hinterfüße braun, auf den Ruf Miner, folgend, verlaufen. Der redliche Finder wird gebeten, denselben gegen ein angemessenes Douceur in S. Nr. 880 a am Obstmarkt zurückzubringen.

Bekanntmachung.

Die unterfertigte Direktion des Versicherungs-Vereins gegen Schaden an Pferden und Rindern für das Königreich Bayern bringt hiemit in Bezug auf die königliche Regierungs-Ausschreiben in den Kreis-Intelligenz-Blättern von Oberfranken d. d. 22. Januar und 13. Juni l. Js. sämmtlichen Pferd- und Viehbesitzern zur Kenntniß, daß nunmehr der bezeichnete Verein seine Wirksamkeit begonnen hat.

Wie höchst wichtig und besonders für den Oekonomen segenbringend diese Anstalt ist, zeigt die große Theilnahme schon beim ersten Beginne. Um so mehr läßt sich erwarten, daß die Betheiligung in Kurzem Allgemein wird. Dabei wird bemerkt, daß der Kaufmann J. Th. Schubert in Nürnberg als Agent für die Anstalt in dortiger Gegend, satzungsmäßig aufgestellt worden ist.

Bayreuth, am 16. Juni 1848.

Ziegelmüller, Vorstand des Vereins. — Schüller, Kassier des Vereins.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung lade ich hiemit die verehrlichen Herren Pferd- und Viehbesitzer, welche sich bei dem Verein zu betheiligen wünschen, zur Anmeldung bei mir, Ludwigs-Strasse L. Nro. 1385 höflichst ein

Nürnberg, 16. Juni 1848.

J. Th. Schubert,
Agent.

Brandunglück.

Bosheit und Ruchlosigkeit haben Hand angelegt, mir großes Unglück dadurch zu bereiten, daß sie meine ganze Habe dem Raub der Flammen preisgegeben haben. In der Nacht des ersten Pfingstfesttages nemlich hat ein Bösewicht, zwar von Mehreren gesehen, aber von ihnen nicht gekannt nur seinen ruchlosen Vorsatz nicht ahnend, der Bosheit einer gewissen unzufriedenen Schaar dadurch freien Lauf gelassen: daß er in meinen Hintergebäuden Feuer legte, welches mit Blitzesschnelle so heftig um sich griff, daß dessen Toben trotz der angestrengtesten und thätigsten Rettungsversuche nicht zu dämpfen war, bis meine sämmtlichen Wirthschafts- und Oekonomie-Gebäude und noch vier — meiner Nachbarn — in Allem zwei Wohnhäuser und sechs Nebengebäude, worunter mein Brauhaus, gänzlich zerstört gewesen sind.

Wie ohne Obdach, so auch nur wenige meiner Kleidungsstücke und andere Mobilien mehr besitzend, bejammere ich mit meiner stündlich ihrer Entbindung entgegensehenden Gattin, Kindern und Gesinde den großen Verlust, der uns zugefügt worden, und schauen doch mit tieffühlendem Dank und segnend auf die städtischen Institutionen, so wie auf diejenigen Edel- und Gutgesinnten der hiesigen Stadt und der umliegenden Ortschaften, welche mit der größten Anstrengung und eigener Lebensgefahr sich hergegeben haben, für uns zu retten, was möglich gewesen, uns dabei vertrauensvoll der Hoffnung hingebend: wie es an anderen gutdenkenden Herzen und deren besonders in meiner lieben Vaterstadt Nürnberg, unter meinen theuren und geliebten Mitbürgern, nicht fehlen werde, welche gerne ein Scherflein zu unserem Nahrungsunterhalt und insbesondere zum Wiederbetrieb meines Wirthschaftsgeschäfts beizutragen geneigt seyn werden.

Allen Denen aber, welche bis heute schon die Güte hatten, mir ihre Unterstützungen in der That und mit Lebensmitteln angedeihen zu lassen, erstatte ich meinen herzlichsten Dank, mit dem Wunsche, daß diese ihre wohl angewendeten edlen Gaben eine reichliche Vergeltung aus höherer Hand finden mögen, mich dabei fernerem gütigen Andenken und Wohlwollen hochachtungsvoll und ergebenst empfehlend.

Roth, den 14 Juni 1848.

Martin Böhrer, Brauerei- und Gastwirthschaftsbesitzer zur goldenen Krone.

In Folge vorstehender Unglücks-Anzeige erbietet sich zur dankbarsten Annahme jedweder Unterstützungsbeiträge für den schwer Verunglückten, und zur promptesten Beförderung an ihn

Drechslers-Wittwe Böhrer nächst der Fleischbank Lit. S. 24 in Nürnberg.

Constitutioneller Verein.

Mittwoch den 21. Juni Abends 8 Uhr Versammlung der Mitglieder im Saale des

Reichsadlers.

Der Ausschuß.

Schröglers-Zwinger.

Donnerstag den 22. d. M., zur Feier des Frohnleichnam-Festes, gutbesetzte

Harmoniemusik.

Wozu ergebenst einladet

Jean Schrögler.

Jammerthal.

Donnerstag den 22 Juni, am Frohnleichnam-Fest, gibt es

Münchener Bock,

hiezu ladet freundlich ein

Amersdorfer.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches im nähen, waschen und bügeln wohl erfahren ist, und von ihrer bisherigen Herrschaft gut empfohlen werden kann, wünscht Familienverhältnisse wegen bis nächstes Ziel hier oder auswärts einen Platz als Jungfer. — Näheres S. Nro. 605 auf der Veste.

Anfrage.

Unterzeichnete fühlen sich verpflichtet, die Mitglieder der Holleder'schen Leichenkassa zu fragen, ob die Vorstände das Recht haben, die Gebühren, welche bei der Generalversammlung 1840 als Eigenthum der Kassa zugeschrieben worden sind, sich selbst aneignen zu dürfen, und ob sie ohne Erlaubniß der Mitglieder einen Jahresgehalt beziehen, und ob sie den Mitgliedern eine Gebühr bei Todesfällen vorschreiben können, da es früher und in anderen dergleichen Anstalten nicht geduldet wird, und ob eine Summe Geld fehlen darf ohne sich über die Ausgabe ausgewiesen zu haben.

J. und M. Gärtner

Politischer Verein.

Mittwoch den 21. Juni

ausserordentliche Versammlung

im Saale des Bamberger Hofs.

(Anzeige) Vergangenen Freitag ist auf der Schütt eine blau- und weißangestrichene Waschwanne stehen geblieben. Der redliche Aufbewahrer derselben wird ersucht, selbe in S. Nro. 1216 der Neuengasse gegen ein Trankgeld abzugeben.

Einladung.

Donnerstag den 22. Juni findet bei Unterzeichnetem gut besetzte Harmonie-Musik statt, wobei auch kalte und warme Speisen nebst gutem Kaffee und frisch gebackene Hefenküchlein verabreicht werden, wozu höflichst einladet

Gg. Hoch.
Gastwirth zu Steinbühl

(Zu vermiethen.) In einer angenehmen Lage und Hauptlberstrasse ist ein möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen oder zwei ledige Herren oder Damen zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein Frauenzimmer in mittleren Jahren, welches im Haushaltführen und Kleidermachen erfahren ist, wünscht hier oder auswärts bei einer einzelnen Person, oder auch bei einer kleinen Familie, zur Pflege eines neugebornen Kindes unterzukommen, und kann sogleich eintreten.

(Zu vermiethen.) Ein Zimmer nebst Alkov und Kammer ist möblirt oder unmöblirt an einen Herrn sogleich zu vermiethen in Lit. L Nro. 1131 der Jacobsstrasse.

(Gesuch.) Es wird eine Garnitur hübsche Möbeln von Nuß- oder Kirschbaumholz zu kaufen gesucht.

(Gesuch) In einem Etuis und Portefeuille-Geschäft kann ein Lehrling ohne Lehrgeld unterkommen. Näheres in L. Nro 1488 b der Mohrenstraße in Nürnberg —

(Anzeige) Ein octaviges tafelförmiges Forte-Piano von gutem Ton und hübschem Aeussern ist billig zu verkaufen oder zu vermiethen.

(Anzeige) Heute Nachmittag von 4 bis 6 Uhr wird von den bei mir stattgefundenen Preiskegelschieben abgerittert.

W. Schaurr, zum Riesenritter.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 21. Juni Abonnement suspendu. „Alessandro Stradella." Große Oper in 3 Akten von Flotow. Herrn Hagen vom Hoftheater zu Kassel und ehemaliges Mitglied der Nürnberger Bühne als erste Gastrolle „Alessandro Stradella."

Arena.

Mittwoch den 21. Juni. Vierte große ausserordentliche Vorstellung der berühmten Gladiatoren aus Wien unter der Leitung des Hrn. Szelit. Dazu: „Die Helden" Lustspiel in 1 Akt von Marsano.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22. Juni 1848. **№ 174.** **Donnerstag: Achatius.**

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement für die Mittelfränkische Zeitung. Wir laden deshalb das verehrliche Publikum zur Theilnahme mit dem Bemerken ein, daß unser Blatt auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts sich den freisinnigsten Bewegungen stets anschließen und über die Ereignisse der Zeit täglich ein klares Bild entwerfen wird. Die umgeänderten Postverhältnisse erlauben es, das Blatt im ganzen Königreich für fl. 1. 45 kr. vierteljährig, wozu in Loco noch 3 kr. Austrägerlohn kommen, an die Abonnenten liefern zu können. Der zu regulirenden Auflage wegen ersuchen wir das verehrliche Publikum, die Bestellungen rechtzeitig zu machen, und erwähnen für Auswärtige noch besonders, daß dieselben bei den ihnen zunächst gelegenen Postämtern, nicht aber bei der Expedition dieses Blattes abonniren wollen.

Deutschland.

Bayern. (Müchen, 19. Juni.) Der König hat den bisherigen Generalmajor und Brigadier der ersten Armeedivision, Leonhard Frhrn. v. Hohenhausen, zu seinem Generaladjutanten ernannt und denselben zugleich zum Generallieutenant charakterisirt. Das Kommando der ersten Armeedivision hat nunmehr der Generalmajor und Brigadier der Cavallerie, Ferdinand v. Pärseval, zu übernehmen. (A. A. Z.)

×× (Nürnberg, den 21. Juni.) Der hiesige Volksverein hatte gestern im Saale des Reichsadlers seine 2. Versammlung, in welcher die von dem prov. Ausschuß vorgelegten Satzungen angenommen wurden. Oberste Grundsätze derselben sind: Herstellung der Freiheit und Einigkeit des deutschen Volks, und zu diesem Ende Unterstützung der konstituirenden Versammlung zu Frankfurt in ihrer Wirksamkeit und ihren Beschlüssen. Wenn man bedenkt, daß der Volksverein ebensowohl aus dem Bedürfniß nach Einigkeit, nach einem gemeinschaftlichen Zusammenwirken aller Bürger, als auch aus der Ueberzeugung hervorgegangen ist, daß die konstit. Versammlung nur dann im wahren Sinne des Volkes handeln könne, wenn sie durch die Thätigkeit der Volksvereine mit den Meinungen und Wünschen des ganzen Volks bekannt wird, so wird man es entschuldigen, daß man es in der Aufstellung der obersten Grundsätze vermieden hat, sich einer der innerhalb dieser Grundsätze bereits bestehenden Richtung anzuschließen, oder auch eine derselben auszuschließen. Der gute Wille zur Einigung, der frische Muth, das lang vergebens Gewünschte und Geforderte zu erreichen und festzuhalten, wird der noch jugendlichen Entwicklung des Volksvereins die Bahn bezeichnen, auf der er für das Wohl des Volkes wirken kann. Da man voraussehen konnte, daß der Verein eine große Theilnahme finden würde, es waren auch gestern schon 330 Namen eingezeichnet, und eine große Mitgliederzahl bei der natürlichen Verschiedenheit der Meinungen die gründliche Besprechung wichtiger Fragen erschweren würde, so hat man den Vorschlag gemacht, durch Errichtung von Kränzchen und Riegen eine Vorbesprechung möglich zu machen, um dadurch die Verhandlungen in den wöchentlichen Hauptversammlungen abzukürzen. Diese Einrichtung wird in den nächsten Nummern dieses Blattes eine genügende Auseinandersetzung finden. Der Anschluß des Vereins an bereits anderwärts bestehende, und die Aufforderung zur Gründung derselben in anderen Städten wird nach dem Beschluß der Versammlung sofort ins Werk gesetzt. Die nächste Versammlung wurde für Dienstag den 27. Juni Abends 8 Uhr im Reichsadler anberaumt.

Baden. (Freiburg, 17. Juni.) Die Truppenverlegungen dauern fort. Heute Vormittag ist eine Abtheilung des 5. würtembergischen Infanterieregiments von hier abmarschirt, dafür aber einige hundert Mann desselben Regiments hier eingerückt. Auch die badischen Truppen machen fortwährend Streifzüge. Die Einquartirung wird sehr drückend, da sie schon beinahe ein Vierteljahr andauert. Täglich werden von den am Ostertage verhafteten hiesigen Bürgern mehrere entlassen. Das Untersuchungsgericht ist in Betreff der hochverrätherischen Bewegung in voller Thätigkeit und soll die Voruntersuchung demnächst geschlossen werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mannheim, den 18. Juni.) Gestern hat der neue vaterländische Verein fast einstimmig beschlossen, die Gemeindebehörde zu veranlassen, daß sie kräftige Schritte thue, damit die Wiedererrichtung der Bürgerwehr hier unverzüglich stattfinde. Man will nicht länger den Schimpf tragen, von allen Städten des Landes die einzige zu seyn, welche trotz des bestehenden Gesetzes keine Bürgerwehr besitze. Es wurde hiebei auch Freiburg gedacht, wo viel ernstere Dinge als hier geschehen, welches doch bereits wieder seine bewaffnete Bügerwehr habe. Man dringt von Seiten des Vereins um so mehr auf die Wiederbewaffnung der Bürger, als sie gewissen Ereignissen der neuesten Zeit gegenüber unumgänglich nothwendig sey. In der Voraussicht der baldigen Wiedererrichtung der Bürgerwehr hat sich hier eine Scharfschützen-Compagnie, welche schon weit über 100 Mann zählt, gebildet. (Schwb. M.)

(Aus dem badischen Oberland, den 16. Juni.) Hier, an der Grenze der freien Schweiz, im Oberrhein- und Seekreis Badens, aus denen, nach Hecker's und Struve's Plänen, die Revolution wie eine Lawine über ganz Deutschland sich wälzen und die Republik gebären sollte, ist es ruhig, aber keineswegs politisch windstill geworden, denn das Volk loset in fast ungeduldiger Erwartung der Beschlüsse des Reichstages, die dem gesammten deutschen Vaterlande sein Reichsgrundgesetz auf der breitesten Grundlage bringen sollen. Obgleich das Volk des badischen Oberlandes in seiner Mehrheit dem Hecker'schen Ansinnen nicht zugethan war und dem republikanischen Zuge auch nur so lange folgte, als es durch Drohungen aller Art dazu gezwungen werden konnte, so ist seine Theilnahme an der politischen Reform eines einigen und freien Deutschlands doch eine stets wachsende. Möge der Reichstag die imposante Haltung und die gespannte Erwartung des deutschen Volkes, die, wie im Süden, so über unser gesammtes deutsches Vaterland sich wie ein glühendes Feuermeer verbreitet, nicht verkennen und die sprichwörtlich gewordene deutsche Geduld nicht länger erproben wollen, sondern rasch und entschieden beschließen, um dem deutschen Volke Das zu geben, auf das es schon lange harret. Man zögere und markte nicht länger mit diesen Rechten, damit nicht die gewitterschwüle Ruhe des Volkes zu einem Alles verheerenden Orcane wird! Das deutsche Volk erwartet, daß der Reichstag rasch und entschieden seine Rechte, seine Freiheit und die Einheit Deutschlands durch ein wohlerwogenes Reichsgrundgesetz feststellt. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit steht und fällt für seinen Reichstag, und wird, wenn man von anderer Seite seinen gerechten Wünschen und Forderungen schnell entgegenkommt, sich als ein großmüthiges und edles Volk bewähren. Aber wehe Denen, die da glauben, dem deutschen Volke durch Zögern und diplomatische Wendungen abermals seine Rechte, seine Freiheiten und seine Einheit verkümmern zu können! Der deutsche Reichstag handle rasch und entschieden! Das deutsche Volk ist jetzt noch mit ihm für Gott, Freiheit und die Einheit seines großen und mächtigen Vaterlandes. Gott mit uns! Vorwärts! (Frkf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 19. Juni, Vormittags 8 Uhr.) 64. Sitzung der deutschen Bundes-Versammlung am 17. Juni 1848. Zuvörderst wurde von dem Vorsitzenden mitgetheilt, daß der Gesandte für die 16. Stimme die gewöhnliche Revision der Bundeskassen vorgenommen, Bericht darüber erstattet und nach diesem die Kassen mit den Journalabschlüssen übereinstimmend gefunden habe. Sodann kamen drei Berichte des Syndikus Banks aus London vom 8., 9. und 10. d. M., die Angelegenheit von Schleswig-Holstein, sowie die Marinefrage betreffend, zum Vortrag und wurden zur Kenntniß genommen. Von dem k. preussischen Gesandten wurden mehrere Mittheilungen bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gemacht. Aus einer derselben war zu ersehen, welche Maßregeln Seiten des preuss. Gesandten in London ergriffen worden sind, um die deutschen Schiffe vor Verlusten zu bewahren. Insonderheit wurde bemerkt, daß ein Dampfschiff gemiethet worden sey, welches die deutschen Schiffe vor den dänischen Schiffen warne, und ihnen dadurch die Möglichkeit gewähre, einen englischen Hafen zu suchen. Diese Maßregel ist auch bis jetzt nicht ohne Erfolg gewesen, indem auf diese Weise bereits 26 Schiffe aus verschiedenen deutschen Staaten gewarnt und somit geschützt worden sind. Der dadurch entstehende monatlich circa 200 Pfd. Sterl. betragende Aufwand soll in Betracht des dem Ganzen zu Gute kommenden Vortheils der Maßregel, und da eine Repartition ohnehin schwierig seyn würde, von Bundeswegen übertragen werden. Eben so wurden in einer der Mittheilungen die zwischen einigen norddeutschen Staaten und Dänemark bestehenden direkten Verkehrsverhältnisse zur Sprache gebracht, und dabei angefragt, welche Mittel zu Gebote stehen, dieselben aufzuheben. Als einzelne Thatsachen, die hierbei in Frage kamen, wurden erwähnt, die nach der Ankündigung in einem Hamburger Blatte angeblich geschehene Befrachtung eines dänischen Schiffs in Hamburg, die russischen Geldsendungen nach Dänemark durch deutsche Vermittlung, so wie Briefbeförderung von Lübeck aus nach Dänemark. Zur näheren Erörterung dieser Frage wurde der Embargoausschuß in Gemeinschaft mit dem politischen Ausschusse beauftragt. Da bei Gelegenheit dieser verschiedenen Mittheilungen von dem königl. würtemb. Gesandten die Frage angeregt wurde, ob es nicht an der Zeit sey, den in der 49. Sitzung der Bundesversammlung vom 8. Mai d. J. erfolgten Bundesbeschluß, daß, ungeachtet dänischerseits auf deutsche Schiffe Embargo gelegt worden, doch diesseits von einer gleichen Maßregel abgesehen werden soll, jetzt wieder aufzuheben? so soll auch über diese Frage eine nochmalige Erwägung des Embargo in Verbindung mit dem politischen Ausschusse eintreten. Hierauf wurden vom Militärausschusse durch den Gesandten von Oldenburg verschiedene Vorträge erstattet: a) Im Betreff der Sätze für Verpflegung und Quartier bei Aufnahme von Truppen eines andern Staates, wurde, nach dem Antrage des Ausschusses, beschlossen, daß bis zum Erlasse eines allgemeinen Verpflegungsreglements diejenigen Verpflegungssätze gelten sollen, welche für die eigenen Truppen des Staates gelten, wo die auswärtigen Truppen untergebracht sind, insofern nicht durch Verträge zwischen den betheiligten Staaten bereits etwas anderes festgesetzt ist. b) In Gemäßheit der in der 46. Sitzung der Bundesversammlung vom 3. Mai d. J. geschehenen Ermittelung der Matrikularbevölkerung Preussens nach Aufnahme von Ost- und Westpreussen in den deutschen Bund, wurde das matrikularmäßige Contingent dieses Staates festgestellt und dem preussischen Gesandten eine Abschrift dieser Berechnung zuzustellen beschlossen. Hiernach beträgt das fragliche Contingent, welches früher auf 79,484 Mann berechnet war, nunmehr 95,703 Mann. c) Auf das von den Deputirten der Nationalversammlung aus Luxemburg angebrachte Gesuch um Wiederaufhebung des von Bundeswegen erfolgten Verbots der Ausführung von Pferden, sah man sich ausser Stand, beifälligen Beschluß zu fassen, da sich die Umstände, welche den von der Bundesversammlung am 8. März d. J. deßfalls gefaß-

ten Beschluß herbeigeführt haben, inmittelst nicht geändert haben und neue Gründe für die Wiederaufhebung des Verbots, außer den in der 36. Sitzung der Bundesversamml. v. 17. April d. J. bereits erwogenen, nicht angeführt worden sind. d) Was endlich das in der 60. Sitzung der Bundesversammlung am 2. d. M. zum Vortrag gekommene Erbieten des preussischen Major Klapproth wegen Errichtung eines deutschen Jägercorps anlangt, so sieht sich die Bundesversammlung der Zeit nicht in der Lage, auf dieses Erbieten eingehen zu können. Schließlich wurden von einzelnen Gesandten noch Anzeigen erstattet und zwar vom Königreich Sachsen, Württemberg, und Großherzogthum Hessen in Betreff der Stärke der streitbaren Bundescontingente und deren Standorte zu Anfang d. Mts. in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 29. v. M. (59. Sitzung), so wie von dem Gesandten aus Oldenburg für Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt im Betreff der Contingente für die Bundesfestungen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 19. Juni, 12½ Uhr. (18. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung erstattete v. Beisler von München Bericht über die österreichisch-slavischen Verhältnisse. Der Ausschußantrag geht dahin, die österreichische Regierung aufzufordern, die rückständigen Wahlen zur Nationalversammlung, besonders in Böhmen und Mähren, vornehmen zu lassen und dabei dieselbe der Unterstützung der Nationalversammlung bei ihren Maßregeln zu versichern. Es wurde sodann zur Tagesordnung der Diskussion über die provisorische Executivgewalt gegangen. Nach der Mittheilung des Präsidenten sind 50 Anträge, davon 28 kurz vor der Sitzung, übergeben worden, über welche letztere heute noch nicht discutirt werden kann. Der Redner sind 11 über den Ausschußantrag, 72 dagegen, 30 dafür eingeschrieben. Es wurde vorerst beschlossen, ohne Discussion über die Nothwendigkeit einer provisorischen Centralgewalt (welche allgemein anerkannt sei, wie mehrere Redner bemerken) sogleich auf die Sache selbst einzugehen. Von Wiedemann von Düsseldorf und Andern ist der Antrag gestellt, daß zuerst über die §§. 1, 3, 4, 5, des Ausschußantrags, und dann über den §. 2 (die Art der Bildung der Executivgewalt) berathen und beschlossen werde. Hierüber entspann sich eine längere Debatte, an der Mühlfeld, Blum, Schaffrath, Wesendonck, Hermann von München, Berger und Soiron ꝛc. Theil nahmen. Die am Schluß vom Präsidenten gestellte Frage, ob für die Redner eine Beschränkung in der Reihenfolge der Besprechung der Materien eintreten solle, wurde fast einstimmig verneint. Es wurde hierauf die Reihenfolge der Redner verlesen. Heckscher von Hamburg besteigt zuerst die Tribüne, um über den Ausschußantrag zu sprechen. Der Redner steht auf dem Standpunkte der Volkssouveränetät; will eine provisorische Centralregierung, nicht einen bloßen Vollziehungsausschuß; diese soll von der Nationalversammlung gewählt werden, die Regierungen mögen einen unmaßgeblichen Vorschlag machen. Die Centralregierung, aus drei Personen bestehend, soll unverantwortlich sein, umgeben von einem verantwortlichen Ministerium. Die Bundesversammlung kann nicht daneben bestehen. Wiesner gegen den Ausschußantrag, gibt einen Rückblick auf die von bereits vom Fünfzigerausschuß gemachten Vorschläge, und trägt auf Verwerfung des ganzen Antrags an. Pagenstecher für den Antrag. Behr von Würzburg beantragt die Erlassung eines Manifests, in welchem die Versicherung der friedlichen Gesinnung Deutschlands ausgesprochen werde. Reinwald dagegen, v. Radowitz für den Antrag; Mammer von Plauen über den Antrag, spricht gegen das Triumvirat, und verlangt, daß die Nationalversammlung die Centralgewalt wähle. Der Redner ist für den Blum'schen Antrag; desgleichen Wesendonk. (Frkft. O.-P.-Z.

Hannover. (Hannover, 16. Juni.) Der Antrag des Abg. Siedenburg auf sofortige Entlassung derjenigen Staatsdiener, welche seit 1837 zum Nachtheile anderer verdienter Männer und auf Kosten des Landes zu hohen Aemtern gelangt sind, ist endlich in unserer zweiten Kammer zur Berathung und zur Beschlußnahme gekommen. Es handelte sich bei diesem Antrage um die Männer, welche in jener traurigen Zeit dem Cabinette Schele sich ganz unbedingt ergaben, mit ihm jedes Recht verhöhnten und verletzten, in so weit es auf das Staatsgrundgesetz von 1833 Bezug hatte, die politische Entwickelung des Volkes unterdrückten und die Landes-Verfassung von 1840 zu Stande brachten, welche allerdings »faktisch« bis jetzt bestanden hat, aber niemals als eine durch Recht gegründete, mit Recht bestehende und vorhandene anerkannt worden ist. Die zweite Kammer war es dem Volke und sich selbst schuldig, diesen Gegenstand zur Sprache zu bringen. Die Verhandlungen, welche über den Siedenburg'schen Antrag stattfanden, waren lebhaft und anziehend. Der Abg. Siedenburg rechtfertigte seinen Antrag in kurzer, bündiger, schlagender Rede. Als er bemerkte, Namen brauche er nicht zu nennen, rief man ihm von mehreren Seiten zu: Warum nicht? Die Namen! Der Redner erwiderte: Nun, so will ich, obgleich ich eine ganze Reihe herzählen könte, nur vier nennen: Klenze (Generaldirektor der indirekten Abgaben und Zölle in Hannover), Leist (Vice-Präsident des Ober-Appellationsgerichtes in Celle), v. Lütcken (Landdrost in Osnabrück), v. Beß (Kammerdirektor in Hannover). An der nun folgenden Verhandlung betheiligten sich hauptsächlich die Abgeordn. Briegleb, Bese, v. Garssen, Richter, Wiede, Huntemüller ꝛc. für den Antrag, v. Bodungen, Lehzen und Stüve gegen ihn. Der Siedenburg'sche Antrag ward nach sehr lebhafter Verhandlung mit überwiegender Mehrheit angenommen. Die Ministerial-Vorstände wollten die Milde walten lassen, allein dem Volke mußte doch irgend eine Genugthuung zu Theil werden, und deßhalb ist jener Antrag nur zu billigen. — Heute sind wiederum Truppen von hier nach Schleswig-Holstein abmarschirt. (Köln. Z.)

Hessen. (Mainz, den 18. Juni.) Ueber die Werbungen die hier stattfinden und von denen ich Ihnen schrieb, werden jetzt Ansichten laut, welche diese an sich ganz eigenthümliche Erscheinung aus einem Gesichtpunkte auffassen, der viel für sich hat und deßhalb in die Oeffentlichkeit gebracht zu werden verdient. Es wird nämlich von Leuten, denen eine genaue Kenntniß der Lage der republikanischen Partei nicht abzusprechen ist, behauptet, daß der Name Hecker's diesen Werbungen nur untergeschoben sey, und daß dieselben eigentlich von der Reactionspartei ausgehen, die damit keinen andern Zweck, als die Entfernung unruhiger Köpfe zu erreichen suche. Den Angeworbenen würden goldene Berge versprochen, um sie nur aus dem Lande zu schaffen; eine Rückkehr derselben, auch wenn sie die Erfahrung gemacht, daß man sie getäuscht, befürchte man nicht, da sie sich durch das Einlassen auf die Sache viel zu sehr compromittirt, um nicht wegen ihrer persönlichen Sicherheit besorgt zu seyn. Wer da weiß, daß es hier in Mainz immer noch eine ziemlich starke Partei giebt, welche an die Möglichkeit der Wiederherstellung der guten Zeiten vor dem 6. März 1848 glaubt, Dem wird es gar nicht wunderbar erscheinen, daß solche nichtswürdige Kunstgriffe, wie die erwähnten Werbungen, angewendet werden, um einen eben so nichtswürdigen Zweck zu erreichen. Mögen alle Diejenigen, welche in die Netze dieser Partei gerathen, sich wohl versehen, damit sie nicht das Opfer einer verruchten Bosheit werden. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, den 16. Juni.) Heute sind durch den Telegraphen abermals traurige Berichte aus Prag eingelaufen; die Stadt wurde vom Grafen Mensdorff abermals beschossen und steht an mehreren Orten in Brand. Meine gestrigen Mittheilungen über den illyrischen Aufruhr nach den Erzählungen eines Reisenden muß ich dahin ergänzen, daß die Stadt Carlowitz, der Hauptsitz des serbischen Aufstandes, vom General Hrabowßky, nach dreimaliger Aufforderung sich zu ergeben, beschossen, mit Sturm genommen, und die Aufrührer theils getodtet, theils gefangen oder versprengt wurden. (A. A. Z.)

Mehrere andere Wiener Briefe (die uns heute sehr verspätet zugekommen) melden jenes Unglücksgerucht aus Prag auch; andere bezweifeln es; der Telegraph sei unterbrochen. Carlowitz soll ein Aschenhaufen, die südslavischen Provinzen im Aufstand sein. Daß der Kaiser nicht zum Reichstag komme, wußte man in Wien; aber dort hieß es, Erzherzog Franz Karl werde sein Stellvertreter sein. — In Pesth wurde — wie es scheint wegen des illyrischen Aufstands — am 15. Juni das Standrecht verkündigt. (A. A. Z.)

(Innsbruck, den 18. Juni.) Durch ein an das diplomatische Corps vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtetes Circular wird demselben angezeigt, daß Se. Maj. wegen seiner leidenden Gesundheit nicht im Stande sey, den Reichstag in Wien zu eröffnen, und daher der Erzherzog Johann mit ausgedehntesten Vollmachten, als Stellvertreter des Kaisers zu diesem Behufe abgehen werde, bis die Gesundheit dem Kaiser erlauben werde, selbst nach Wien zu kommen. Da der Sitz der Regierung somit wieder in Wien seyn wird, ist auch das diplomatische Corps auf dem Punkt, von hier abzureisen. Baron Wessenberg geht schon in den nächsten Tagen, und so dürfte bis 20. oder 21. Innsbruck wieder leer werden. Die Aerzte wollen den Kaiser selbst nicht gerne länger hier lassen, da der beständige Scirocco ihn sehr angreift und seine Gesundheit sichtlich schlechter wird. Es wäre daher doch möglich, daß der Hof nach Ischl übersiedelte, obgleich der Kaiser ungern von hier weggehen möchte. — Bei der Armee ist nichts weiter vorgefallen. Rivoli ist nur schwach besetzt, wie erzählt wird; dagegen ist von Roveredo bis Peri eine starke österreichische Truppenabtheilung abgegangen, deren Commando Graf Thurn übernehmen wird. Man zweifelt bei der Armee nicht am Erfolge gegen die Piemontesen, noch an der Vertreibung derselben aus Rivoli, wenn man es wieder zu nehmen Lust hat. Uebrigens soll ein Waffenstillstand unterhandelt werden. Einstweilen ist die gänzliche Eroberung des Venezianischen vollendet, bis auf Venedig selbst, das der Berennung monatelang widerstehen kann, wenn nicht innerer Zwist eine Capitulation herbeiführt. Im Jahr 1814 wurde es vom October bis April blokirt, von Engländern zur See, von uns zu Lande. (A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 16. Juni.) Die Central-Abtheilung hat den Vorschlag des Abg. Reuter eine Untersuchungs-Commission in der posen'schen Angelegenheit niederzusetzen, angenommen. Sie beschließt: 1) daß eine aus 16 Mitgliedern, jedoch mit Ausschuß von Abgeordneten der Provinz Posen, bestehende Commission zur Untersuchung der seit der Merz-Revolution daselbst Statt gehabten Entzweiungen und blutigen Ereignisse niedergesetzt werde; 2) daß die hohe Versammlung entscheide, ob zur Zeit die Untersuchung sich bloß darauf zu beschränken habe, die jenen Ereignissen zum Grunde liegenden Thatsachen, aus den von der Regierung darüber verhandelten, und mitgetheilten Acten festzustellen, oder der Commission bei der Untersuchung in Betreff der zur Erforschung der Thatsachen anzuwendenden Mittel ganz freie Hand zu lassen; und 3) daß hiemit gleichzeitig a) das ganze seit der Reorganisation der Provinz Posen Seitens der Regierung beobachtete Verfahren, b) die diese Provinz betreffenden Verhältnisse untersucht, und c) die Mittel angegeben werden mögen, wie ferneren Ausbrüchen der Zwietracht vorgebeugt und ein bleibender Friede hergestellt werden solle. (Köln. Z.)

(Berlin, den 16. Juni.) Privatnachrichten aus Westpreussen melden, daß die im Königreiche Polen zusammengezogenen russischen Heerhaufen sich auf bedrohliche Weise der preussischen Grenze nähern, daß Thorn mit aller Schnelligkeit armirt und in Vertheidigungszustand gesetzt wird. Ich theile Ihnen eine Stelle aus dem Briefe eines unmittelbar aus dem Königreiche Polen gekommenen Reisenden mit, in welchem es unter Anderem heißt: „Was mir am meisten auffiel, war, daß ich unter den russischen Offizieren ganz offen von der Erhebung des allgemeinen Slaventhumes reden hörte. Bei dem russischen Heere gibt es eine Art von Offizieren, welche man mit dem Namen Konversations-Offiziere zu benennen pflegt, und welche von Petersburg aus an die Truppentheile versendet werden, um den Geist des Heeres zu stimmen. Diese Konversations-Offiziere nun predigen seit der letzten Zeit ganz laut die Idee des Panslavismus, und daß der „Batuschka" (der Kaiser) bald eintreffen werde, um das Heer nach Deutschland zu führen und dort die Feinde Gottes und der Ordnung zu züchtigen. In diesem Sinne sucht man das Heer zu fanatisiren, und es dürfte somit doch noch letztlich dem Kaiser von Rußland vorbehalten sein, die wahre „„Vereinbarung"" Deutschlands mit sich selbst zu Wege zu bringen." (Köln. Z.)

(Köln, den 17. Juni.) Die letzten Excesse in Berlin sind hier Gegenstände der allgemeinen Unterhaltung. Das Merkwürdigste dabei ist, daß man schon vor einigen Tagen Einzelnheiten erzählte, was jetzt erst die Zeitungen bringen. Man sollte fast glauben, die Berliner Excesse ständen im Zusammenhange mit den Gerüchten von Unruhen, welche die rheinischen Städte im Anfang dieser Woche bedrohen sollten, wobei noch zu bemerken, daß einzelne der beklagenswerthen Auftritte, die in Berlin vorgefallen, wie die Stürmung des Zeughauses, schon in der vorigen Woche als auch uns bevorstehend, in aller Munde waren. Die Nachricht, daß Dr. Gottschalk sich auf dem demokratischen Kongresse in Frankfurt für die Republik, als die für unsere neu zu schaffenden Zustände geeignetste Regierungsform ausgesprochen, hat hier viele Gemüther mit Angst erfüllt. Wir müssen uns gestehen, daß wir kein großes Vertrauen auf eine ganz friedliche Umgestaltung der Dinge haben. Man ist der Ueberzeugung, daß nur ein Krieg nach Aussen die deutschen Zustände festigen, die Idee einer Einheit Deutschlands verwirklichen und uns vor dem großen Elend bewahren könne, welches uns als eine Nothwendigkeit bevor-

siebt, wenn die jetzigen trostlosen Zustände noch einige Monate andauern sollten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Koblenz, den 16. Juni.) Heute früh um halb 5 Uhr wurde auf einem der öffentlichen Plätze hiesiger Stadt in der Nähe des Schlosses der traurige Akt der Hinrichtung an zwei Personen mittelst der Guillotine vollzogen. Es waren Stiefbruder und Stiefschwester, welche vom hiesigen Assisenhofe am 4. Sept. v. J. zum Tode verurtheilt wurden, ersterer weil er den Ehemann der letztern, den er in eine entlegene Gegend des Hunsrück im Kreise St. Goar, verlockt, auf eine schaudererregende Weise am 15. März v. J. so mißhandelt hatte, daß derselbe am 17. desselben Monats gestorben war, und letztere, daß sie ihren Bruder durch ein Geldversprechen (50 Rthlr.) zur Tödtung ihres Mannes angereizt. Das Rechtsmittel der Kassation wurde durch Urtheil vom 9. November verworfen und unterm 14. Mai verfügte der König, daß der Gerechtigkeit freier Lauf zu lassen sey, worauf denn heute die Exekution erfolgte, die übrigens im Publikum einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht hat. Die Delinquenten empfingen, die Frau zuerst, mit Fassung den Todesstreich und ehe sie das Blutgerüste bestieg, gab sie dem Bruder den Abschiedskuß. Ueberhaupt sind solche Akte der menschlichen Gerechtigkeit für unsere Zeit und unsere Bevölkerung nicht mehr passend und jeder hatte die Umwandlung der Todesstrafe erwartet. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Posen, den 14. Juni.) Man lasse sich nicht täuschen; der Aufstand ist hier nicht vernichtet, und die Stimmung ist die gereizteste, die es geben kann; jeden Augenblick droht ein allgemeiner Brand in Europa, und dieser Brand würde das Signal zu einem Vernichtungskriege im Großherzogthume so sicher sein, als sich der Himmel über uns wölbt. Wir wollen ein Zeichen dieser gereizten Stimmung geben: Es geht das Gerücht, und wir glauben es für wahr halten zu müssen, daß sich unter den früher hier Gebrandmarkten ein durch einen feierlichen Schwur bekräftigter Bund gebildet hat, von dem immer einige Mitglieder dem Hrn. General v. Pfuel, wohin er auch gehen möge, folgen werden, um eine passende Gelegenheit zu erspähen, ihn durch Abschneiden eines Ohres zu verstümmeln. Wer die Wuth kennt, welche jeden der Gebrandmarkten gegen Pfuel beseelt, wird in diesem Gerüchte nichts Unwahrscheinliches finden. Die Juden beginnen bereits an ihre Auswanderung nach altpreussischen Provinzen zu denken; wer es von denselben möglich machen kann, verlaßt Posen über kurz oder lang bestimmt, da man zur Ueberzeugung kommt, daß es den Polen Ernst ist, jede Geschäfts-Verbindung mit ihnen zu brechen. (K. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 19. Juni.) Privatnachrichten zufolge, die ein hiesiges Handlungshaus durch Estafette erhielt, befinden sich alle Stadttheile von Prag in den Händen der k. k. Truppen. Die slavische Partei hat sich dem Fürsten Windisch-Grätz, nachdem er die Beschießung der Stadt begonnen, unterworfen. Derselbe drohte einer an ihn abgesandten Deputation der Aufrührer, die Stadt fortan schonungslos in einen Schutthaufen zu verwandeln, wenn man ihm nicht alsbald die Häupter der Partei und die Waffen ausliefere. Man zögerte zwar mit dieser unbedingten Unterwerfung, sah sich aber, als der Fürst einige Gebäude durch Raketen in Brand steckte, genöthigt, sich zu ergeben. Die Lage der Aufrührer war durch Mangel an allem Nöthigen zur Fortsetzung des Kampfes eine verzweifelte geworden. (D.A.Z.)

Schleswig-Holstein. (Uck, den 8. Juni.) So eben erhält unser Major (v. d. Tann) einen Brief von dem Grafen Waldersee, Offizier der preußischen Garde und früher ein besonderer Anfeinder der Freischaaren, worin derselbe alle Beleidigungen, die uns von Seiten der Garde zu Theil geworden, wiederruft und bittet es zu vergeben, seine Bewunderung und Achtung über unsere Tapferkeit im Gefechte bei Hadersleben ausspricht und sagt: daß er es für eine Ehre rechnen würde, künftig noch einmal an unserer Seite zu fechten. (Wes. Z.)

(Rendsburg, den 16. Juni.) Von zwei bei Nübel gefangenen Dänen erfahren wir, daß der moralische Zustand der dänischen Armee sehr schlecht ist. Es fehlt das Vertrauen zu den Offizieren, welche sie mit fortwährenden Lügen hintergehen, die denn nach und nach an den Tag kommen. Wie am 15. April der Armee in Hadersleben offiziell bekannt gemacht wurde, daß Rendsburg von den Engländern eingenommen, so müssen jetzt immer Russen und Schweden aushelfen, um den gesunkenen Muth wieder zu heben. Ueberdies sind die besten Offiziere gefallen, gefangen oder verwundet, im Ganzen über hundert, darunter allein 10 Stabsoffiziere. Offiziersaspiranten nehmen die erledigten Stellen ein. Löhnung war seit 14 Tagen nicht ausbezahlt, blecherne Bons müssen auf Alsen die Stelle des Geldes vertreten. Die Verpflegung war schlecht; von Fühnen mußte die Verproviantirung sowohl des Heeres als der ausgezogenen Alter Bauern stattfinden. Daneben klagten sie über fortwährende Dislocirungen und Märsche, die sowohl früher auf Fühnen als später auf Alsen stattgfunden. (N.-T.)

(Lübeck, den 15. Juni.) Unter den Nachrichten, welche mit dem letzten Dampfschiff aus Malmö herübergelangt sind, ist jedenfalls die wichtigste, daß die Stimmung des schwedischen Volkes nicht nur, sondern auch des schwedischen Heeres mit jedem Tage für die dänische Sache ungünstiger, ja für die Stockholmer Regierung entschieden schwierig wird. Früher oft bestritten, ist diese Thatsache nun nicht mehr hinwegzuleugnen. Das schwedische Volk erklärt sich bereit, für jede vaterländische Sache Gut und Blut einzusetzen, für Dänemark bringt es nur mit Widerstreben Opfer, sieht es sich nur widerwillig der Gefahr ausgesetzt. Ein Deutscher, der gestern von Malmö eintraf, erzählt, daß er auf einem Landgute hinter Malmö in einer Gesellschaft mit 15 schwedischen Offizieren zusammengetroffen, die in vollkommener Uebereinstimmung sich aussprachen und erklärten, sie würden eher den Dienst verlassen, als an dem dänischen Kriege thätig Theil nehmen. Der König Oscar hat bei seiner Ankunft in Malmö nicht den herzlichen Empfang gefunden wie früher, und die Aufnahme des dänischen Königs bei seinem Besuche kann nicht einladen, diesen zu wiederholen. Aus Allem ersieht man, daß die Regierung einen schweren Stand haben wird; die erste Nachricht von einem Verlust oder der erste Transport von Verwundeten kann ernste Kundgebungen von Seiten des Volkes zur Folge haben. Uebrigens hat die Einschiffung der Truppen ihren Fortgang gehabt. Am Mittwoch sollen 6000 Mann aus dem Lager bei Malmö nach den dänischen Inseln übergesetzt sein. (?) (Lüb. C.)

Vom Oberrhein, 17. Juni. Man hat nun nach französischem Muster für geeignete Fälle Standgerichte eingeführt, wobei es dem Angeklagten erlaubt ist, sich einen Vertheidiger zu wählen unter den anwesenden Militäspersonen. Diese Sache hat an und für sich viel Gutes, es ist dabei aber auch nöthig, daß der Mann selbst erfährt, wer von Militärpersonen sich eines solchen Amtes freiwillig unterziehen will, denn ein kommandirter Vertheidiger wird weit weniger sich der Sache hülfreich annehmen, als ein solcher, der sich aus Neigung und Ueberzeugung dazu versteht. Die Vertheidigung muß keine bloße Form mit liberaler Aeußerlichkeit, sondern ein Akt der Humanität seyn. (Mannh. J.)

Italien

(Livorno, den 10. Juni.) Die Oesterreicher haben in der Schlacht vom 29. Mai bedeutende Vortheile über die toscanischen Truppen erlangt, denen sie an Zahl und Material wohl viermal überlegen waren. Die Toscaner, meist aus Freiwilligen bestehend, die zum erstenmal im Feuer waren, hielten die Oesterreicher sechs Stunden auf; in den letzten zwei Stunden wurde bei Curtatone noch das Pisaner Studentencorps vorgeschoben, welches 250 Mann stark war, wovon es 50 auf dem Platze ließ. Keiner wich zurück, bis die Trommel zum Rückmarsch rief. Allgemein ist das Lob über die Menschlichkeit der ungarischen Kavallerie, sowie die Klage über die Barbarei der Croaten. Nachdem unser Großherzog seit mehr als einem Jahre nicht mehr hier gewesen war, kam er gestern hier an, um heute morgen die Fahnen an die Bürgergarde zu vertheilen. Er wurde mit unbeschreiblichem Jubel empfangen und begleitet. Es mag diesem Fürsten wohlgethan haben, zu sehen, wie die bei weitem größere Mehrzahl der Bewohner die Anhänglichkeit an ihn bewahrt. Das immer väterliche Bestreben in seiner Regierung verdient wohl, daß ihm die Herzen zuschlagen. Die kleine exaltirte und zum Theil böswillige Partei ist seit einiger Zeit entmuthigt, sie findet, wenn sie sich auch gleich der Presse bemächtigt hat, doch wenig Anklang bei der Bevölkerung, die wohl Verbesserungen, aber auf gesetzlichem Wege will. Da es mit der Republik durchaus in Italien nicht gehen will, so haben sich nun die Republikaner auf ein einziges Königreich Italien unter Carl Albert geworfen, aber auch hierfür werden sie, was Toscana betrifft, gewiß keine irgend bedeutende Partei auftreiben. In Neapel herrscht nach Berichten vom 8. Juni vollkommene Ruhe, und ein Beweis, daß man Vertrauen zu dem gegenwärtigen Stande der Dinge trägt, ist wohl das Steigen der Fonds, die vor kurzem noch kaum 80, heute auf 90 notirt kommen. Die Eisenbahnstrecke zwischen Livorno und Florenz ist heute in ihrer ganzen Ausdehnung eröffnet worden. Es finden vorderhand aber nur erst zwei Fahrten täglich zwischen Livorno und Florenz statt. Die soeben veröffentlichte Bilanz des am 1. Mai 1848 abgelaufenen Jahres der drei activen Sectionen dieser Strasse gewährt den Aktionären ein sehr geringes Resultat, so daß nicht einmal ein billiger Zinsfuß herauskommt, obgleich in der Bilanz nicht einmal das Geringste für Abnutzung des Materials in Anschlag gebracht worden ist. (A. A. Z.)

(Venedig, den 13. Juni.) Bereits früher, nachdem man die Hoffnung auf eine befriedigende Vermittlung, von Seiten des deutschen Parlaments aufgeben zu müssen glaubte, soll die hiesige Regierung sich an die französische Republik gewendet haben, um deren Einschreiten anzusprechen. In diesem Augenblick (2 Uhr Nachmittags) bedecken sich in allen Kirchsprengeln ausgelegte Adressen mit Unterschriften zum gleichen Zweck. Sie ersehen hieraus, daß man die Absicht hat, sich für lange und aufs äußerste zu vertheidigen, wie denn auch ringsum die Forts mit allem versorgt und wohlbewaffnet sind. Jeden Augenblick rücken neue Truppen (wie es scheint von Entschlossenheit beseelt) hier ein. Die Wirkung der Nachrichten von Padua's und Vicenza's Ergebung, bringen mit jedem Augenblick steigende Erbitterung hervor und machen die entgegengesetzte Wirkung, als die Oesterreicher erwarten dürften. (A. A. Z.)

(Innsbruck, den 18. Juni.) Eilftes Bülletin. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat Mir aus seinem Hauptquartier Verona am 15. d. nachstehende Mittheilung gemacht: »Nach allen hier eingetroffenen Nachrichten hat der Sieg bei Vicenza und die Einnahme dieser Stadt die schönsten Rückwirkungen auf die Beschwichtigung der revolutionären Stimmung der Städte im Venetianischen gehabt. Padua hat auch seine Thore dem mit der Brigade Friedrich Liechtensteiner dahin vorgerückten Korpskommandanten Feldmarschallieutenant Baron d'Aspre eröffnet. Es ist somit bloß die Blokade Venedigs von der Landseite nothwendig; der übrige Theil der Terra ferma aber kann mit Ausnahme von Palmanova und Osoppo als gänzlich unterworfen angesehen werden. Von hier ist nichts besonders Neues zu melden. Das 2. Korps besetzt Vicenza, und hat die Val Arsa eröffnet. Das 1. und das Reservekorps steht in und um Verona, das 3te Korps unter Feldmarschallieutenant Graf Thurn bei Roveredo. Der Feind hat zwar noch Rivoli und die Chiusa besetzt, ist jedoch nicht weiter als südlich von Peri und Rivalta vorgedrungen. Vor meiner Front machte der Feind dieser Tage einige Scheinbewegungen um jene gegen Tirol zu decken, doch blieb es bei denselben, und er ist heute wieder in seine alte Sellung bei Sona und Somma Campagna zurückgekehrt.« Weiteres wird mir aus Verona gleichfalls vom 15. d. gemeldet: »Gestern fand aus unserer Vorpostenkette gegen Somma Campagna eine kleine Rekognoscirung von unserer Seite statt, wobei von einer Schwadron Uhlanen 18 piemontesische Lanziers gefangen, und bei 30 andere getödtet und verwundet wurden. Der piemontesische Schwadronskommandant blieb auch todt auf dem Platze. Von unserer Seite wurde der Uhlanenlieutenant Horvat schwer und mehrere von der Mannschaft nur leicht verwundet, übrigens wurde kein Mann getödtet oder gefangen. Erzherzog Johann.« (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Fr. Hahn, wohnhaft vor dem Neuenthor Nro. 113 in Nürnberg

(nur immer hübsch den Namen beisetzen) stimmt mit dem Einsender in der Mittelfränkischen Zeitung, schlechtes Brod betr., vollkommen überein und erklärt, daß er nirgends noch schlechteres Brod gegessen hat, als in Nürnberg, weßhalb derselbe seit vielen Jahren seinen Bedarf von Lauf, Hersbruck und Regensburg bezieht, da ihm das hiesige Brod, wie auch so mancher niedere Polizeibeamte im Magen liegen bleibt. — Fr. Hahn, wohnhaft vor dem Neuenthor Nro. 113, glaubt zwar, daß es Bäcker gibt, welche sehr gutes Brod backen, dieselben sollen aber sehr dünn gesät seyn! Herr Bürgermeister Dr. Binder hat da ein besonderes Glück, wenn gerade er immer von dem guten Brod bekommt! —

Fr. Hahn, wohnhaft vor dem Neuen-Thor Nro. 113, hat der langen Rede kurzen Sinn, resp. Beantwortung des Hrn. Bürgermeister Dr. Binder so verstanden: Wenn ihr nicht ferner schlechtes und saueres Brod essen wollt, so kommen die Bajonette!! —

Achtung vor unsern wackern und tapfern Kriegern, aber dazu hat ihnen der König die Waffen nicht gegeben, daß sie uns schlechtes und saueres Brod hinein bombardiren sollen, und dazu sind sie auch mit Recht zu stolz!

Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht, ohne diese ist unser Wirken ohnmächtig, denn alle Straßenkrawalle, alle derartig hervorgerufenen Exzesse müssen durch einschreitende Abhülfe gestillt werden, und leider machen sich einzelne dadurch unglücklich, ohne der Sache zu nützen, im Gegentheil, sie schaden noch mehr, weil Kunstkniffe die Sachlage verdrehen.

Verlasset euch auf mich, meine lieben Mitbürger, wir bekommen besseres Brod ich lasse Brod von München, von Hersbruck, Lauf und Regensburg kommen, entscheiden soll der Politische-, der Constitutionelle-, der Volks- und der Bauern-Klub, welches das beste Brod ist, und dieß sollt, dieß müßt ihr haben!!!

Gott gebe, daß sich alle Vereine bald vereinigen mögen für Wahrheit und Recht.

Friedrich Hahn, Mitglied des Constitutionellen Vereins, Ritter ohne Orden: wohnhaft vor dem Neuenthor Nro. 113 in Nürnberg.

Anzeige.

Das Atelier von F. Hahn ist wegen Abreise nach München auf kurze Zeit geschlossen. Zweck der Reise ist: sich eine Audienz bei dem Könige zu erbitten und das besagte Musterbrod selbst mitzubringen.

Dank.

Die liebevolle Theilnahme, welche sich bei der Beerdigung unsers geliebten Sohnes und Bruders Ferdinand Sauer, so beruhigend für uns kund gab, verpflichtet uns, allen Verwandten und Freunden, die ihn auch während seiner vieljährigen Krankheit so viele rührende Beweise der Liebe und Güte an den Tag legten, hiedurch unsern wärmsten und herzlichsten Dank darzubringen, mit dem herzlichsten Wunsch, daß Sie Gott Alle vor solchen schmerzlichen Erfahrungen bewahren, und uns Gelegenheit geben wolle, Ihnen bei Ereignissen freudiger Art dienen zu können

Besonders fühlen wir uns verpflichtet, Herrn Dr Kreitmayer unsern innigsten Dank hiemit öffentlich für dessen edle aufopfernde und menschenfreundliche Behandlung auszusprechen, welche derselbe an unserm Sohn und Bruder so liebevoll bethätigte. Gott erhalte diesen edlen Menschenfreund noch lange zum Wohl der leidenden Menschheit

Nürnberg, den 21. Juni 1848

Peter Fried. Sauer
und dessen Familie.

Auktions-Anzeige.

Dienstag den 27. Juni früh 8 Uhr werden in der hiesigen Gasfabrik folgende Gegenstände an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert: ca. 60 Ctr. Blockblei, altes Blei ca. 150 Ctr., altes Gußeisen, Gußröhren, altes Schmiedeeisen, Schrauben und Schraubenmuttern, altes Blech Blechabfälle, schmiedeeiserne Stangen und Geräthschaften, verschiedene Werkzeuge für Schlosser und Schmiede, altes Geräthholz, 2 Wasserrahmen von Blech, alte Kisten, Fenster, 1 Handwägelein und sonstige Gegenstände.

(Gesuch.) Eine Wittwe sucht ein solides Frauenzimmer in Logis zu nehmen.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Mailändischer Haarbalsam,

anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, von Carl Kreller in Nürnberg. Dieses von höchsten Medizinalstellen approbirte, so wie von sonstigen großen Chemikern und Aerzten, unter andern auch von den Herren Hofrath und Professor Dr. Kastner in Erlangen, geheimen Hofrath und Ritter Dr. Trommsdorff in Erfurt, Kreis- und Stadtgerichtsphysikus Dr. Solbrig dahier, Dr. Rudolphi in Ratzeburg, Amtsphysikus Dr. Wachsmuth in Oberweisbach, Stadtphysikus Dr. Krentzwieser in Königsberg ꝛc. auf den Grund ihrer Erprobungsversuche rühmlichst empfohlene Mittel, hat sich in den meisten Fällen der Depilation (oder des Haarausfallens) höchst wirksam erwiesen, weshalb es sich in und außer Deutschland des ausgezeichnetsten Beifalls und der größten Verbreitung erfreut, und zum unentbehrlichen Bedürfniß aller über Haarverlust Klagenden geworden ist. Von der vorhandenen großen Menge authentischer Zeugnisse über die Bewährung dieses Balsams, deren Zahl sich stets mehrt, sollen hier nur einige aus neuster Zeit veröffentlicht werden. Der billige Preis von 54 kr. für das große, und 30 kr. für das kleine Glas nebst Bericht macht Jedermann den Ankauf und Gebrauch möglich, und durch eigene Anwendung wird man die Vortrefflichkeit dieses unträglichen Haarwuchsmittels am besten kennen und schätzen lernen.

Zeugnisse.

Mit Vergnügen bezeuge ich anmit, daß ich gegen das Ausfallen der Haare nach nutzloser Anwendung verschiedener gepriesener Haarmittel, auch den von Herrn C. Kreller in Nürnberg verfertigten Mailändischen Haarbalsam kennen lernte und anwendete, und daß dieses vortreffliche Mittel sowohl mir selbst als auch mehreren meiner Bekannten die besten Dienste leistete, indem durch die Anwendung desselben nicht nur das bedeutende Ausfallen der Haare gänzlich aufhörte, sondern nach fortgesetztem Gebrauch sich auch die verlornen Haare wieder vollständig reproduzirten.

Hutwyl, den 12. März 1848. A. Scheidegger, Med. et Chirurg Doctor, gew. Mitglied des großen Rathes der Republik Bern.

Die Aechtheit der Unterschrift bescheint
Schloß Trachselwald, den 15. März 1848 (L. S.) der Regierungsstatthalter C. Karrer.

Der Unterzeichnete bekennt zur Steuer der Wahrheit, daß seine Tochter Therese Brugmann in einem Alter von 17 Jahren ohne vorangegangene Krankheit ganz von Kopfhaaren entblößt wurde und da trotz ihrer Jugend die Haare nicht von selbst nachwuchsen, so machte sie von dem Kreller'schen Balsam Gebrauch und in einigen Monaten nachdem sie vier Gläser verwendet hatte, war bereits ihr zuvor haarloser Kopf zu ihrer und meiner g..ßten Freude mit frischen Haaren dicht und voll überwachsen, die an Länge täglich zunehmen. Ich kann daher nicht umhin, diesen Balsam Jedermann als höchst wirksam zu empfehlen.

Niederbüren, den 28. April 1848. Jakob Brugmann.

Den Inhalt des vorstehenden Zeugnisses, so wie die Aechtheit der eigenhändigen Unterschrift des Bauers Jakob Brugmann bezeugt mit amtlichem Sigill und Unterschrift. Niederbüren, im Kanton St. Gallen, den 28. April 1848.

(L. S.) Johann Lichtensteiger, Gemeindammann.

Wenn nun der mailändische Haarbalsam durch seine herrlichen Wirkungen sich einen großen und bleibenden Ruf erworben hat, so ist das

Eau d'Atirona

oder die feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten nicht weniger vortheilhaft bekannt und steht besonders bei der Damenwelt in großen Ehren. Es befreit diese Seife die Haut leicht und schmerzlos von den genannten Flecken, stärkt und schützt sie vor den schädlichen Einflüssen des Sonnenlichts und der trocknen Luft, erhält die Haut weiß, geschmeidig und in frischem belebten Ansehen und zeichnet sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch aus. Das große Glas wird zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. sammt Gebrauchszettel abgegeben. Zugleich bringe ich in empfehlende Erinnerung:

Eau de Mille fleurs

nach neuester Pariser Composition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Schwerlich ist wohl je eine lieblicher duftende ätherisch-geistige Flüssigkeit zur Verbreitung von Wohlgeruch in Gebrauch genommen werden, als dieses Eau de Mille fleurs, welches das kostbarste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt. Wenige Tropfen sind hinreichend dem Waschwasser, der Leibwäsche, Sacktüchern, Handschuhen, Kleidern ꝛc. den köstlichsten und dauerndsten Wohlgeruch zu ertheilen;

Duft-Essig,

ein vorzügliches Zimmerparfüm und Luftreinigungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. — Auswärtige Bestellungen und Baarsendungen werden franko erbeten und für Verpackung beliebe man nach Umfängen 4 bis 6 kr. beizufügen

Carl Kreller.
Karlsstraße S. Nro. 91 nächst dem Weinmarkt.

An sämmtliche Gewerbetreibenden der sogenannten freien Gewerbe Nürnbergs.

Die socialen Zustände unsers deutschen Vaterlandes sind durch die neuen politischen Ereignisse um ein Bedeutendes in den Vordergrund gestellt werden, und allenthalben regt sich ein Bestreben durch gemeinsames Handeln dieselben einer endlichen Lösung entgegenzuführen. Unter diesen bildet die Frage über die künftige Gestaltung unserer Gewerbe, „die Lebensfrage des Mittelstandes," einen Hauptpunkt, der von verschiedenen Seiten zur Berathung und Beherzinahme gebracht wurde.

So haben unter andern die Innungen Leipzigs eine Broschüre unter dem Titel: „Offener Brief an alle Innungsgenossen Deutschlands" verabfaßt und nach allen Gegenden versandt; die Gewerbtreibenden Norddeutschlands sind zu einem Congresse in Hamburg zusammengetreten, um die Angelegenheiten ihres Standes zu besprechen, haben jedoch, in Betracht des allgemeinen nationalen Interesses beschlossen, einen deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congreß in Frankfurt a. M. zu veranstalten, der mit dem 15. Juli d. J. eröffnet würde, und dessen Beschlüsse der dortigen Nationalversammlung zur geeigneten Beobachtung unterbreitet werden sollen.

Nürnberg, die Mutter des deutschen Gewerbfleißes, der Boden, dem die Innungen Deutschlands großentheils entsprossen sind, darf dabei nicht zurückbleiben, es muß trachten, bei dem Congresse in Frankfurt a. M. eine, seinem Range, und der Eigenthümlichkeit und Bedeutung seiner gewerblichen Industrie angemessene Stellung einzunehmen. Um dies erreichen zu können, ist ein kräftiges Zusammenwirken sämmtlicher hiesiger Gewerbe unerläßlich. Die zünftigen Gewerbe haben durch den bei ihnen bestehenden Vorgeher-Verein diese Angelegenheit bereits vor das Forum ihrer Berathungen gezogen und sind entschlossen, hiefür geeignete Schritte zu thun. Aber auch die freien Gewerbe Nürnbergs dürfen nicht umgangen werden; sie entbehrten bis jetzt einer gesetzlichen Grundlage, auf der sie sich bewegen und entwickeln sollten, und müssen daher mit allen Kräften dahin trachten, bei dieser allgemeinen Berathung zugezogen zu werden.

Es ergeht daher an sämmtliche Gewerbetreibende der sogenannten freien Gewerbe Nürnbergs die Einladung: sich Donnerstag den 22. Juni Abends ¼ 8 Uhr zu einer deßfallsigen Besprechung im Saale des goldenen Adlers einzufinden, und wird einer zahlreichen Versammlung um so angelegentlicher entgegengesehen, weil bei der Dringlichkeit der Sache und Kürze der Zeit schon an diesem Abend verschiedene Beschlüsse gefaßt werden müssen.

Nürnberg, den 20. Juni 1848.

J. G. Kugler.

(Erwiederung.) Gegen die von J. und M. Gärtner unterzeichnete Anfrage in Nro. 173 der mittelfränkischen Zeitung erwiedern die Vorgeher der Holleder'schen Leichenkasse, daß bereits die Klage gegen dieselben bei der treffenden Behörde gestellt ist und daß das Urtheil seiner Zeit wird bekannt gegeben werden. Bis dahin ist das Publikum ersucht, seine Ansichten über diese Sache zu suspendiren.

Fleischmann. Fiedler. Dieterich.

Paradies.

Donnerstag den 22. Juni ist Harmoniemusik. — Für Gansbraten, gebackene Fische, auch andere warme und kalte Speisen ist bestens gesorgt, wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Naturbleiche zur weißen Au bei Nürnberg.

Die zweite Auflage beginnt im Juli und werden sämmtliche Ablagen ersucht, die bis dahin eingegangenen Tücher und Garne zu übersenden.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Freie Städte. (Frankfurt, den 19. Juni.) (Verhandlungen über die Executiv-Gewalt.) Sie können sich denken, wie gespannt Alles auf die heutige Sitzung ist, die über die bedeutendsten Punkte der vorläufigen Gestaltung Deutschlands zu entscheiden hat. Die Parteistellung wird sich heute so scharf sondern, wie es bis jetzt nicht geschah; nicht das kleine Scharmützel parlamentarischer Intrigue, der ernste heiße Kampf der Ansichten und Gesinnungen wird heute in allgemeiner Schlacht sich entwickeln. Gestern waffnete, rüstete man sich. Die Linke schickte eine Drohung in das „Frankf. Journal" und nannte die Gegner ihrer Ansichten geradezu Hochverräther an der Souveränetät des Volkes. Sie sehen, daß dieses furchtbare Wort auch im Munde der Anhänger der äußersten Gesinnungs-Freiheit leicht Eingang findet. Dagegen erklärte gestern Abend Welcker in einer Versammlung des Centrums auf der Mainlust: so ganz und gar würden sich die Fürsten nicht absetzen lassen, sie müßten keinen Funken fürstlicher Ehre in sich haben, wenn sie das wollen könnten. Er schlug daher ein vermittelndes Amendement vor, in dem er zugibt, daß die Executiv-Gewalt in die Hände eines Einzigen gelegt würde, der sich aber mit den Regierungen „thunlichst" ins Einvernehmen setzen soll. Doch es ist 9 Uhr, im Saale diskutirt man in einzelnen Gruppen heftig und laut, von der Gallerie herab tönt's wie Bienengesumse, die Damen putzen die Gläser ihrer Lorgnetten, Gagern greift nach seiner Glocke, sie ertönt, man setzt sich, — die Schlacht beginnt. Die Verlesung des Protokolles schien nie so lange als heute; so schnell wurde dasselbe nie genehmigt. Nun erstattet Beisler Ausschuß-Bericht über die österreichische Slaven-Frage. Der Bericht verbreitete sich in kurzen, charakterisirenden Zügen über die für Deutschland so wichtigen und gefährlichen Bestrebungen der Slaven. Der Antrag des Ausschusses lautet dahin, die österreichische Regierung sei aufzufordern, die noch rückständigen Wahlen vornehmen und den Wahlakt vor jedem Angriff schützen zu lassen. (Beisler selbst war für eine energischere Fassung, es seien gegen die Slaven Worte der Milde genug gesprochen worden, auch hätte er gern gegen „separatistische Tendenzen" einen Passus im Ausschuß-Antrag gewünscht.) Endlich Tagesordnung. Die allgemeine Debatte beginnt. (72 Redner haben sich gegen den Bericht, 32 für, über den Gegenstand 11 einschreiben lassen.) Der Berichterstatter Dahlmann. Der Redner verbreitete sich über den Ausschußbericht, stellte die Anzahl der Personen des Central-Ausschusses als keineswegs von dem Berichte als entschieden hin, und nannte die Anarchie den innern Feind, den er am meisten fürchte. (Bravo.) Jordan (aus Berlin) will, daß die Diskussion über die Nothwendigkeit der Central-Gewalt wegfalle, da darin Alle einverstanden seien. (Von der Versammlung unter Bravo angenommen.) Wiedemann tadelt die Classificirung der Anträge im Ausschußbericht, zuerst hätten die Befugnisse des Direktoriums genannt werden sollen, und will, daß die §§. 1. 3. 4. und 5. vor § 2. diskutirt werden, es wäre dies der Logik angemessener und führe eher zu einer Verständigung. Wessendonk ist mit dieser Anordnung als logisch einverstanden, glaubt aber, man müsse dem Redner gestatten, über den ganzen Antrag sich zu verbreiten, sonst müßten zwei Debatten stattfinden, und nur bei der Abstimmung solle § 2. nachgesetzt werden. Rob. Blum: es handle sich vor der Hand darum, ob man eine prov. Regierung oder einen Vollziehungs-Ausschuß wolle. Wolle man das Letztere, so fiele die Competenz-Frage weg. Schaffrath ist für möglichste Trennung, für Wiedemanns Antrag. Biedermann für Wiedemann's Antrag. Die Discussion wird matt und bewegt sich in der Sphäre der Formfrage, die allerdings für die Debatte von Wichtigkeit; es sprechen Mühlfeld, Vogt, Gräwell; Herrmann kommt dabei auf Blums Unterscheidung zurück und findet sie schlagend. Denn wäre die Centralgewalt ein Vollziehungsausschuß, so hieße seine Competenz festsetzen, die Competenz der Nationalversammlung festsetzen, anders wäre es, wenn die Centralgewalt eine provisorische Regierung sey; ist deßhalb für Wiedemann, Berger, Hugo will, wenn auch nur einen Vollziehungsausschuß, bestimmte Befugnisse z. B. Militär. Soiron für unbeschränkte Diskussion, Wiedemanns Antrag wird nicht angenommen, Heckscher über den Gegenstand (es ist also 11½ Uhr, ehe man zur Hauptsache kam). Er erzählt, wie er zur »gefährlichen Ehre« gekommen, zuerst zu Wort zu kommen, er wolle nicht »für« nicht »gegen« er wolle »über« sprechen. Er stehe auf dem Standpunkt der Volkssouveränetät, er will was Gutes schaffen ohne Rücksicht auf das Bestehende, er gehe darin schrankenlos zu Werke, denn das Vaterland ist in Gefahr. Er will eine von der Nationalversammlung ernannte provis. Regierungsgewalt, die unverantwortlich ist, die aber ein verantwortliches Ministerium ernennt, die Regierung soll vorschlagen, die Nationalversammlung soll ernennen; ihr sey die Entscheidung, davon hänge die Macht, das Ansehen der Centralgewalt ab. (Bravo.) Logischer wäre es, wenn Einer für die Centralgewalt ernannt würde, man könne von der Einheit mehr Entschlossenheit erwarten, er wünsche aber doch schon wegen der Verantwortlichkeit 3; ob sie Fürsten oder Privatleute seyen, sey ihm gleichgültig, die Qualität dieser 3 aber sey ihm nicht gleichgültig, die drei seyen 3 der besten Männer Deutschlands, in solcher Lage sey die konstitutionelle Fiktion, wo es sich nicht darum frage, wessen Charakters der, der oben stehe, nicht am Platze. Als ein aufrichtiger Freund des Vaterlandes sey er, obgleich selbst »Freistädter«, für die konst. Monarchie, weil die Republik nicht ohne Elend und Bürgerkrieg gewonnen würde. Die Bundesversammlung aber, die den Haß und Abscheu Deutschlands erregt habe, müsse aufhören. Er spreche der Nationalversammlung nicht das Recht zu, blos aus ihrer Mitte die Mitglieder der Centralgewalt zu nehmen. Die Ernennung des Oberfeldherrn passe für den Kriegsminister, nicht für die Central-Gewalt; das scheine ihm nur ein Ehrentitel, (?) die Zeit für solche Dinge sey vorbei. Völkerrechtliche Beziehungen mache man geradezu unmöglich, wenn man sie im Einverständniß mit der Nationalversammlung immer regeln wolle, das überlasse man der Centralgewalt; weist auf England hin. (Seine Rede machte den größten Eindruck, und wurde unter allgemeiner Stille vorgetragen.) Wiesner kommt auf die Frage der Dictatur in dem Fünfziger-Ausschuß zu reden, der Ausschußbericht muthe nun Dinge zu, die der Bundestag sogar nicht zugemuthet habe. So weit sey man schon hinter den Tagen des Vorparlaments zurück (Galerie: stürmisches Bravo. Auf der Rechten widersprechen) Wiesner: Ich werde beweisen. Er sei maßlos erstaunt, jene Regierungen, die 30 Jahre sich unfähig bewiesen, jene Regierungen sollten nun 3 Männer vorschlagen. Er wies darauf hin, wie die Regierungen selbst für ihr eigenes Land rathlos seien. (Bravo, Zischen.) Die Abstimmung über das Directorium ohne Discussion wäre eine tiefe Verletzung der Souveränetät des Volks. Ueber diese hochwichtige Frage solle man mit verschlossenen Lippen urtheilen, bei denen man Herzen und Nieren prüfen sollte. (Bravo.) Ihm sei nicht, wie Heckscher gleichgültig, ob Fürsten oder Andere Bundesdirektoren seien, ihm sei es im Interesse der Fürsten nicht gleichgültig. Das Direktorium darf nicht unverantwortlich sein, und die Minister verantwortlich, sonst erinnere er sie an das Sprüchwort: die Kleinen — die Großen. — Aber wenn die Majorität Unverantwortlichkeit ausspricht, so würde das Rechtsgefühl des deutschen Volkes bei Verfassungs-Verletzung nicht allein die bloßen Helfer, die Minister, sondern auch die Urheber, die Direktoren beschuldigen; welche Gefahr dann für die Fürsten? Er findet in dem Ausschußbericht einen Hochverrath gegen das Volk. Pagenstecher. Er werde sich nicht auf dem Boden der Theorien, sondern dem der Thatsachen bewegen. Seit 30 Jahren kämpfte das deutsche Volk um die Freiheit, die letzten Wochen haben den gewünschten Zustand angebahnt. Das Volk hat nicht die bisherigen Staatsinstitutionen zerstört, nicht die Gesetze, nur die Willkür hat es abgeschafft. Wir haben die rechte Mitte, die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage, herzustellen. Er stimmt dem Ausschußantrage bei, Einzelheiten gebe er gern Andern zu, aber über das Prinzip sey er fest. Die Regierungsgewalt gehe aus den bestehenden Gewalten hervor, der Arm derselben, „den wir lösen und binden können, sey das verantwortliche Ministerium", die Zahl sey ihm gleichgültig. Behr läßt einen Antrag verlesen, der eine Proklamation an das Ausland enthält über die Gesinnung Deutschlands zum Auslande, indem die Schaffung der Centralgewalt Beunruhigung bei den Völkern hervorbringen könnte. Die Stimme des Nestors der Abgeordneten, der darauf selbst das Wort nimmt, ist leider zu schwach, um überall verstanden zu werden. Er ist für den Ausschußbericht, wünscht aber den Begriff des Gesammt-Staats zuerst festgesetzt, Verständigung mit den Regierungen, und eine Person. Reinwald findet in der Stelle des Ausschuß-Berichts »Uebertrage ɔc.,« die Annerkennung der Volkssouveränetät, aber auch die Forderung, sie aufzugeben. Die Fürsten dürfen die Central-Gewalt nicht ernennen, das hebt die Volks-Souveränetät auf. Ich protestire im Namen des Volkes feierlich dagegen. (Bravo auf der Gallerie.) Gagern: Man kann nur im eignen Namen protestiren. Reinwald: In jedem Fall für mich, aber ich glaube auch im Namen des Volks. (Lärm. Bravo auf der Tribüne. Der Redner verläßt die Rednerbühne.) Radowitz: Die Zügellosigkeit macht sich bei uns geltend (Zischen, Ordnungs-Ruf des Präsidenten), deßhalb schon ist die Central-Gewalt nöthig. Man solle sie dem Definitivum möglichst nahe bringen. Deutschlands Geschichte zeigt uns eine Vielheit und eine Einheit, die große Mehrzahl der Deutschen will die staatliche besonders heute nicht vernichtet wissen. Man zertrümmere nicht erst, um dann an den Trümmern zu experimentiren. Vorerst müsse man guten Willen haben. Früher habe man gegen die Einheit gesündigt, jetzt würde man gegen die Vielheit sündigen, wenn man an der Centralgewalt nicht die Regierungen Theil nehmen lassen wolle, denn, wenn er den Begriff der konstitutionellen Monarchie vom Gesammt-Deutschland recht verstehe, so bedeute die Theilnahme der Regierungen an der Exekutiv-Gewalt das später zu errichtende Staatenhaus, die Vielheit in der Einheit. Während dieser Rede ließ sich ein Pfiff auf der Gallerie vernehmen, Gagern nannte diesen Vorfall unter dem Beifall aller Parteien einen Bubenstreich). Mammert betrachtete den Blum- und Trutzler'schen Vorschlag als einen solchen, den auch die Konstitutionellen annehmen konnten. Ein Triumvirat würde Zwietracht veranlassen, das Prinzip der Volkssouveränetät sei angenommen, man müsse es folgerichtig anwenden. Wesendonk ebenfalls dafür, daß die Volkssouveränetät nicht blos dem Namen nach zur Anwendung komme; den Ausschußbericht beschuldigt der Redner, daß er mehr die andern Anträge zu verdächtigen suche, als die seinen zu vertheidigen. Man verwechsle die Verfassungen der Einzelstaaten mit der des Gesammtstaates. Hinsichtlich der erstern stehe man auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie, der letztere dagegen wäre tabula rasa. Wolle man noch einen Oberfürsten zu den 34 Fürsten? Die Verfassung der Einzelstaaten würde auch dadurch nicht gefährdet. Uebrigens behaupte er, im Gegensatze zu Radowitz, die provisorische Centralgewalt müsse so eingerichtet werden, daß der spätern definitiven Verfassung freier Spielraum bleibe, sonst könne man einen konstitutionellen Kaiser, was das Volk nicht will, erhalten. Der Ausdruck Bundes-Direktorium scheine zu verrathen, daß man den Bund als eine Art Staatsrath — der nie etwas getaugt — beibehalten wolle. Er nennt die Abstimmung in der National-Versammlung über das Direktorium illusorisch, weil man die Gründe nicht entwickeln dürfe. Würde man verwerfen, so wäre ein gefährlicher Bruch zwischen den Fürsten und dem Volk zu befürchten. Das Direktorium würde nichts als ein Organ der Regierung. Schlüßlich behauptet Wesendonk, daß man bei dem Beschlusse über den Marine-Ausschuß mit den Worten: »Die Centralgewalt ist für die Verwendung verantwortlich« bereits die Verantwortlichkeit der Exekutivgewalt anerkannt habe. Bassermann: Ihm wäre es gleichgültig, ob Einer oder Drei an der Spitze standen; allein, das müsse man thun, man müsse die Centralgewalt in die Verfassung setzen, zu handeln, und das könne sie nach dem Blum-Trutzschler'schen Antrag nicht, wo immer die Nationalversammlung erst berathen werden müsse, selbst wenn Triest beschossen würde (Bravo). Man verwechsle ferner die alte und neue Bundesversammlung; müßten es denn dieselben Männer seyn, weil sie auf demselben Platze ständen? Er wies auf Darmstadt hin, wo der jetzige Parlaments-Präsident an der Spitze der Regierung neuester Zeit gestanden. Man nenne es einen Verrath an der Volkssouveränetät, wenn man eine konstitutionelle Regierungsform wähle. Ist Belgien nicht souverän, das einen konstitutionellen Monarchen gewählt? Nicht England, das mehr handle, als schwätze? War es nicht Frankreich 1830? Und hätte es damals mehr auf Thaten, als auf Worte gesehen, hätte es sein Wahlgesetz geändert, es wäre nicht wieder unterjocht worden. Und jetzt? Das souveräne Volk Frankreichs habe schon zweimal für und in der Republik zittern müssen (großer Beifall). Er sey nicht praktisch. Man habe auch nicht tabula rasa. Brauche man Geld, Soldaten, so

brauche man die einzelnen Regierungen, wenn man nicht einen Bürgerkrieg entzünden und sie fortjagen wolle. Das wolle der Bürger, der Gewerbsmann nicht, der in der ängstlichsten Spannung auf die Lösung der Wirren hoffe; man wolle nicht den Mißbrauch der Freiheit. Auf diese Weise beschwöre man die Reaktion herbei (Ungeheurer, lang andauernder Beifall trotz des Zischens der Linken). Leue: Er wolle die Konsequenz ziehen. Was wäre das Schlimmste? Nun der Bürgerkrieg (Gelächter). Aber es komme nicht dazu, die Fürsten würden nachgeben, wenn die National-Versammlung das Rechte wolle. Ist für den Blum'schen Antrag, behauptet aber dabei, konstitutionell zu seyn. Bothmer für den Ausschuß-Antrag. Duncker ebenfalls. Der Blum'sche Antrag würde die Reaktion des Partikularismus erwecken. »Wir dürfen ebenso wenig despotisiren, als es die Regierungen früher thaten.« (Schluß um 3 Uhr.) (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 19. Juni) In der heutigen Sitzung der National-Versammlung hatte endlich auch Itzstein seinen Platz, natürlich in der Linken, eingenommen; er kam, nachdem die badische Kammer die Verhaftung Peters ausgesprochen und dieser entfernte sich von hier, um sich in der Schweiz in Sicherheit zu bringen. (N. W. Z.)

Oesterreich. (Pesth, 13. Juni.) Es hatte sich gestern das Gerücht verbreitet, daß in dem königl. Schlosse zu Ofen ein mit Pistolen bewaffneter Mann ergriffen worden, welcher in das Gemach des königl. Statthalters Erzherzog Stephan dringen wollte. Der Mann sollte ein Illyrier, nach Andern ein von der Reaction gedungener, abgesetzter Beamter gewesen seyn. Da wir solche unbegründete Lärmgerüchte nicht verbreiten mögen, ließen wir es in unserer gestrigen Correspondenz unerwähnt. Der heutige Marzius 15te gibt es bereits als eine glaubwürdige Thatsache, welche er wieder jener Partei zur Schuld legt, die die Herreise des kaiserlichen Hofes durch jedes Schreckmittel verhindern will. Aus zuverläßiger Quelle können wir aber versichern, daß der angebliche Mörder ein wahnsinniger Engländer ist, welcher als solcher hier schon seit vielen Jahren bekannt ist. Er wollte mit dem Erzherzog reden, wurde aber von der innern Wache des Schlosses nicht eingelassen, und als er gegen diese ein Pistol zeigte, gebunden und der Polizei übergeben. Aus seinen Aussagen kann man nicht klug werden, und es ist auch kein Grund vorhanden, ihn eines Mordversuchs gegen den Erzherzog anzuklagen, da er gewöhnlich mit geladenen Pistolen auszugehen pflegte. Indessen werden die verschiedenen Parteien den Vorfall in ihrem Interesse ausbeuten. Auf den Erzherzog und das Ministerium machte er, ehe man von der jahrelangen Verrücktheit des armen Engländers überzeugt war, einen sehr peinlichen Eindruck. (D. A. Z.)

Sachsen. (Altenburg, 18. Juni.) Heute Morgen gegen 8 Uhr wollte man den hiesigen Advokat Erbe, einen heftigen Republikaner, festnehmen; sofort wurde dies durch Bürgergardisten seiner Nachbarschaft verhindert, Generalmarsch geschlagen und inzwischen auch von der sehr starken republikanischen Partei reitende Boten besonders nach Wintersdorf entsendet. Auch läutete man eine kurze Zeit auf dem Nikolaithurme Sturm. Bald füllte sich die Stadt mit Freiwilligen; Barricaden in der Schmöllnischen, Teichgasse, am ehemaligen Burg- und Pauritzer-Thor entstanden mit wunderbarer Schnelligkeit, da man ernstlich dem Einmarsche fremder Truppen begegnen wollte; sie sind im Laufe des Tages mit unermüdlichem Fleiß befestigt worden. Mehrere Deputationen an den Herzog sind ohne Erfolg geblieben; endlich erklärte man durch einen Anschlag ohne Unterschrift und Datum als allein für Herstellung der Ruhe bürgend: »Altenburg behauptet seine Freiheit, gestützt auf seine Barricaden und den braven Sinn seiner Bewohner. Es stellt an den Fürsten folgende Bedingungen: 1) Entlassung der jetzigen Minister und sofortige Bildung eines neuen Ministeriums, bestehend aus den Bürgern v. Braun, Pierer und Cruciger; 2) sofortige Einberufung des Landtags zum 21. Juni d. J.; 3) vollständige Amnestieerklärung; 4) sofortige Entlassung des einheimischen Militars und Zurucknahme der Maßregeln wegen Berufung fremden Militars; 5) Erbe, Dölitzsch, Douai und Cruciger haben den Oberbefehl in der Stadt bis auf Weiteres.« Jetzt, Abends ¼6 Uhr, ist vom Schloß, wo das hiesige Bataillon steht, noch keine entscheidende Antwort erfolgt. (D. A. Z.

(Altenburg, 19. Juni 7 Uhr Morgens.) Diese Nacht ist es hier sehr unruhig, jedoch ohne besondere Vorgänge verflossen. Während soeben eine große Volksversammlung auf dem Schießplatz stattfindet, deren Resultat noch unbekannt, ist man in der Stadt mit Errichtung neuer Barricaden beschäftigt. Die Zugänge zum Schlosse sind fortwährend sehr stark besetzt und von der andern Seite scharf beobachtet. Das gestern hier eingetroffene königl. sächsische Militair ist auf dem Bahnhofe zum Schutze desselben, als königl. sächsischen Staatseigenthums, aufgestellt. (D. A. Z.)

(Leipzig, den 19. Juni, Mittags.) Die Differenz zwischen dem Herzog und dem Volk in Altenburg scheint ausgeglichen zu sein, da das sächsische Militair Ordre zur Ruckkehr erhalten hat. Den Vergleichspunkten wird noch entgegengesehen. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Ich benachrichtige hiermit die Bewohner Nürnbergs und der nächsten Umgegend, sowie alle meine auswärtigen Patienten, daß ich in diesen Tagen von Eschenau aus mich hieher begeben, und nun vermöge eines königlichen Regierungs-Rescripts meine medicinische Praxis hier angetreten habe. Ich bitte demnach um geneigtes Vertrauen und freundliche Aufnahme. Meine Praxis erstreckt sich natürlich, wie jede andere auf alle Krankheiten, doch glaube ich mich besonders bei denen des Unterleibs und der Nerven empfehlen zu dürfen.

Auswärtigen Patienten bemerke ich noch ganz besonders, daß diese Krankheiten auch auf schriftlichem Wege recht gut von mir geheilt werden können.

Zuletzt habe ich noch zu bemerken, daß ich kranken Armen meine Hülfe mit allem Vergnügen umsonst darbiete.

Nürnberg, am 20. Juni 1848.

Dr. Zahn,
wohnhaft vor dem Thiergärtner-Thore Nro. 116.

Empfehlung einer Dampfmaschine zur Reinigung der Bettfedern.

Dieses Reinigen, durch welches die Bettfedern von allem Schweiße, Geruch oder allenfallsigen Krankheitsstoffen, sowie von allen Insekten oder Federmilben vollkommen wieder befreit werden, hat auch den großen Vortheil, daß die zusammengeballten Federn wieder ihre frühere Elastizität erhalten, und bei schweren Betten so viel übrig bleiben, daß aus 4 Betten dann 5 vollständig gefüllt werden können.

Ueber die Zweckmäßigkeit meines Verfahrens kann ich Zeugnisse vorlegen.

Mit der Versicherung, daß ich das mir überall zu Theil gewordene Vertrauen auch hier zu rechtfertigen suchen werde, um mir es auch für künftige Zeiten zu bewahren, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Die Taxe für ein Deckbett oder Unterbett ist 36 kr., für einen Polster 15 kr., Kopfkissen 9 kr.

Die Betten können Morgens gebracht und Abends wieder abgeholt werden.

Mein Aufenthalt ist von kurzer Dauer.

Joseph König
aus Speyer.

Turn-Verein.

Donnerstag den 22. Juni Abends 8½ Uhr

General Versammlung

im Rößel'schen Kaffeehause.

Vorlage: Beschickung des Turntages in Hanau

(Zu vermiethen) Nächstes Monat ist ein schön möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Mieth-Gesuch.) In einer angenehmen Lage der Stadt wird eine Wohnung, die aus 2 à 3 Zimmern, Kammern, Küche nebst sonstigen Bequemlichkeiten besteht, nächstes Ziel zu miethen gesucht. — Offerten gefälligst schriftlich unter Adresse A. B. an die Exped. d. Bl.

Der Schatzgräber.

Er weiß den Schatz, er wird ihn heben.
Wann aber? Freunde, nur gemach,
Ihr müßt ihm hundert Jahre geben,
Dann kommt der Schatz schon nach und nach
Laßt Euch von mir ein Gleichniß geben
Und treibt die Sache nicht so jach;
Auf ein Mal Alles zu erleben,
Die Meinung wäre wirklich flach.
Lang, ehe wir ein Dorf erstreben,
Glänzt aus des Kirchthurms rothes Dach.

(Zu vermiethen) In L. Nro 402 der Breitengasse ist ein sehr schönes Logis, bestehend in 3 Zimmern, einigen Kammern, Küche, Holzlage und großem Vorplatz, sogleich, oder nächstes Ziel zu vermiethen.

Berichtigung.

In Nro. 172 der Mittelfränkischen Zeitung wurde in dem Inserate:

Meine Ausweisung aus Nürnberg
von Gustav Diezel

aus Versehen der Name des Verfassers weggelassen

Laden-Eröffnung und Empfehlung.

Ich mache dem hochzuverehrenden Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich einen Laden in S Nr. 1212 der neuen Gasse errichtet habe, und empfehle mich daher mit meinen schon längst bekannten Tusch- und Miniatur-Farben, sowohl in einzelnen Muscheln, als auch in ganz feinen eleganten Tusch- und Muschelkästchen; ich erlaube mir auch das hochzuverehrende Publikum aufmerksam zu machen, daß ich mit meinen Tusch- und Miniatur-Farben eine ganz neue Methode erfunden habe, welche den Vortheil besitzen, daß sie sich immer nach vielen Jahren in gleicher Farbe und Schönheit auf den gemalten Gegenständen erhalten, und deßhalb meine Farben gewiß für jede Kunsthandlung und alle Illuministen sehr zu empfehlen sind. Ich bereite auch einen vortrefflichen weißen Lack, womit man die schönsten Malereien lackiren kann; auch sind bei mir zu haben schwarze und gemalte Kupferbögen, eine große Auswahl von allen nur möglichen Pariser und Münchner Maler-Pinseln, schwarze, rothe und blaue Tinte, Siegellack, Schreibfedern und sonst noch sehr viele in dieses Fach einschlagende Artikel; auch habe ich eine Commissions-Niederlage von verschiedenen Kinderspielsachen.

Ebentheuer.

(Zu vermiethen.) Ein Zimmer nebst Kammer mit Bett und Möbel ist in L Nro. 1488 B. der Mohrenstrasse zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 1303 a der Hirschelgasse ist am Ziel Laurenzi oder Allerheiligen ein sehr freundliches Logis zu vermiethen

(Zu vermiethen) In der schönsten Lage des Hauptmarktes ist eine geräumige Wohnung im ersten Stock zu vermiethen. Auch kann eine Stallung dazu gegeben werden.

(Zu verkaufen) Ein schönes Bett und ein Dienstbotenbett sind ganz billig zu verkaufen auf dem Dotichmannsplatz 909

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welche Hausmannskost kochen und sich über Treue, Fleiß und sittliches Betragen ausweisen kann, wünscht nächstes Ziel wieder in Dienst zu treten.

(Pacht-Gesuch.) Hier oder in der Umgegend wird eine solide Gastwirthschaft zu pachten gesucht. — Näheres unter A. M. bei der Exped. d. Bl.

Literatur.

In der J. L. Schmidt'schen Buchhandlung in Fürth erschien so eben und ist in der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg zu haben:

Ansprache
an die
rationalistisch Gesinnten
unter den
Protestanten in Bayern,
die
bevorstehende General-Synode betreffend,
von
Dr. F. W. Ghillany,
Stadtbibliot. in Nürnberg.
Preis 9 kr.

Noch in diesem Sommer soll in Bayern eine Generalsynode gehalten werden. Der Verfasser hält es für dringend nothwendig, daß die rationalistisch Gesinnten endlich auch gemeinschaftlich handeln, wie es die Anhänger der alten Richtung schon lange thun. Seine Ansprache ist vornehmlich an den Bürger und Beamten gerichtet. Allen, denen die Sache des religiösen Fortschrittes nicht gleichgültig ist, wird die Verbreitung dieses wichtigen Schriftchens dringend ans Herz gelegt.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 22. Juni. Dritte Vorstellung im Sommer-Abonnement. Große außerordentliche Produktion der berühmten Gladiatoren aus Wien unter der Leitung des Herrn Czelik. Zum Beschluß: Akademie von lebenden Bildern im Innern des Ateliers von Thorwaldsen, Jarses, Schwanthaler, Pigalle, Canova rc, auf einer Drehscheibe dargestellt und arrangirt von Hn. C. Schäfer. Dazu die „Helden," Lustspiel in 1 Akt von Marsano.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23. Juni 1848. № 175 Freitag: Basilius.

Deutschland.

Bayern. (München, 19. Juni.) Die Königin und die Prinzessin Luitpold haben für das jüngst gebildete Landwehr-Freikorps-Regiment zwei prächtige Fahnen gestickt, die morgen feierlich geweiht werden. Mit der funktionirenden katholischen Geistlichkeit ist auch ein protestantischer und israelitischer Geistliche zu dieser Feier geladen. (N. W. Z.)

(Aus Rheinbayern, den 16. Juni.) In der Geschichte der vereinigten protestantischen Kirche unserer Provinz ist ein neuer Zeitabschnitt eingetreten. Die Rückschrittspartei, die bisher in voller Macht äußerlich herrschte, sieht jetzt ihren Stern erbleichen, das durch Mittel jeglicher Art zu Stand gebrachte Werk vieler Jahre in Trümmer zerfallen und ihre Jünger und Günstlinge verzagen! Die durchgreifendsten Aenderungen sind angebahnt und gesichert. Denn ein jüngst erlassenes Gesetz verheißt die Lostrennung unserer Kirche von dem lutherischen Oberkonsistorium in München, sofern dieses Verlangen von einer in Bälde zusammentretenden Generalsynode verlangt wird, und bereits liegt ein Vorschlag fertig, der die Kirchenverfassung von Grund aus verbessert. Wie das deutsche Volk in seinem Vorparlamente zu Frankfurt, so hat am 14. d. Mts. eine zahlreiche ansehnliche Versammlung protestantischer Kirchenglieder Grundsätze berathen und festgestellt. In dem größten Saale des Landes, zu Kaiserslautern, waren 600 Männer — 100 geistlichen, 500 weltlichen Standes — alle Zahlen beiläufig genommen, versammelt. Die zwei Parteien saßen rechts und links. Mit einem Blicke war es von der gefüllten Gallerie aus zu erkennen, daß die Partei der „alleinseligmachenden Rechtgläubigkeit", aller Anstrengung ungeachtet, kaum 1/6 der Versammlung ausmachte, während die Nationalisten 5/6 zu stellen im Stande waren. Begreiflicher Weise und mit vollem Rechte setzten auch diese nicht nur den Vorstand, die Schriftführer und Stimmzähler, sondern auch alle Beschlüsse durch. Als Grundzüge der neuen Kirchenverfassung wurden festgestellt: 1) Presbyterien und Synoden, hervorgegangen aus freier Wahl aller Kirchenglieder und zusammengesetzt aus 2/3 weltlichen, 1/3 geistlichen Mitgliedern. 2) Das Gesetzgebungsrecht beruhe ausschließlich in der Generalsynode, und deren Beschlüsse seien entscheidend in allen inneren Angelegenheiten. 3) Die vollziehende Gewalt bestehe in dem Konsistorium und seinen Organen, den Dekanaten und Pfarrämtern, mit Verantwortlichkeit gegen die Generalsynode. Sodann wurde eine Eingabe an den König beschlossen, daß er unverzüglich die Einberufung einer Generalsynode, aber bloß um ein neues Wahlgesetz ins Leben zu rufen, anordnen möge. Denn man konnte den hochwichtigen Beschluß über die Kirchenverfassung selbst einem Kollegium nicht überlassen, das nur durch eine Scheinwahl berufen ist, und das Vertrauen der Kirchengenossen nicht besitzt. (D. Z.)

(Grünstadt.) Von hier und den andern Gemeinden des Kantons ist folgende, mit mehr als 500 Unterschriften versehene Adresse an die Nationalversammlung gesendet worden, in Betreff der Aufhebung des Bundestags und Bildung einer der Nationalversammlung verantwortlichen Centralgewalt: „Deutsche Volksvertreter! In banger Erwartung hält das deutsche Volk den Blick auf Euch gerichtet, und lauscht der Worte, die in der Paulskirche wiedertönen. Das Volk allein gab Euch die Macht, des Volkes Wohlfahrt muß daher allein Euer Streben seyn. Schon sah der 27. Mai Euch den ersten Stein zum Bau der Freiheit tragen. »Volkssouveränität« ist der Laut, der von der Weichsel bis zum Rheine jedes Ohr entzückt. Aber das Volk verlangt mehr: Das Aussprechen des obersten Grundsatzes für wahre Freiheit genügt ihm nicht; es fordert dessen volle Verwirklichung. Noch besteht der Bundestag, jener Ueberrest einer schmachvollen Vergangenheit, jene Leiche des Vorparlaments, und ist in volksthümlicherer Maske aufs Neue bestrebt, die junge Saat der Freiheit zu verkümmern. Ein Wort von Euch wird dieses traurige Bild deutscher Zerrissenheit vernichten, und aus Euerm Schoße eine Centralgewalt ins Leben rufen, die Euren Beschlüssen Nachdruck geben, und Deutschlands Einheit zur Wahrheit machen wird. Volksvertreter! Wir vertrauen Eurer Thatkraft, Eurer Vaterlandsliebe. Ein Beschluß von Euch, der den Bundestag tödtet und eine kraftvolle Centralgewalt schafft, wird in allen deutschen Herzen begeisternd wiederhallen. Zaudert nicht: Die Majestät des Volkes umschwebt Eure Berathungen. Wehe dem, der ihr entgegenzutreten wagt." (N. Spr. Z.)

Baden. (Heidelberg, 19. Juni.) Unsere Bauern versuchen es jetzt, daß die vielen Steuern und Umlagen abgeschafft, und statt ihrer ein höherer Erbschaftsaccis eingeführt werde, daß man die hohen Gehalte mindere, daß man die geeigneten Staatsgüter zu unentgeldlicher Ertheilung von Holz und von »Freigütern« (d. h. pachtfreien Lehngütern auf Lebenszeit) verwende, und daß Niemand die nöthigste Fahrniß durch den Exequenten entrissen werden könne. Letztere „Errichtung einer »Freihabe« nennen sie ihre Preßfreiheit. Auf diese Punkte hin geht nämlich eine Petition unter dem Titel: »Bauern-Petition an die verfassunggebende Nationalversammlung", welche in einem vortheilhaften Gegensatz steht zu jenen Städterpetitionen im März um Judengleichstellung, Volksbewaffnung rc. Wenn die Bauern diese Forderungen durchsetzen, so werden sie sich glücklicher befinden, als selbst die Nordamerikaner. Zu vollständiger Abgabenfreiheit käme nämlich auch noch Freihabe und Verwendung der Domänen für die Armen. Auch den Städtern käme die Bewilligung dieser Forderungen äußerst zu gut. Es ist zu wünschen, daß die Bauernpetition die allgemeinste Unterzeichnung in allen Landgemeinden finde. Eine sittliche Veredlung des Volkes kann nicht ausgeführt werden, ohne daß vorher des Volkes Leibsucht gesichert worden. Besser als ein Louis Blanc hat hier der gesunde deutsche Volksverstand die Mittel gefunden, dem Volk den erforderlichen ehrenhaften, auf Arbeit gegründeten Wohlstand zu verschaffen. (Mannh. J.)

(Karlsruhe, den 19. Juni.) Heute höre ich verschiedene Gerüchte über Verlegung unserer Truppen; ein Bataillon des 1. Infanterieregiments soll nach Konstanz in Garnison kommen, ein Regiment soll nach Triest verlegt, andere Heeresabtheilungen sollen gegen Italien hin verwendet werden; dafür würden wir Bayern (vermuthlich aus der bayerischen Pfalz?) in das Land in Garnison erhalten. (Schw. M.)

(Mannheim, den 19. Juni.) In den benachbarten pfälzischen Ortschaften ziehen sich starke bayerische Truppenkorps zusammen. Man kann die Ursache dieser Bewegung nicht anders deuten, als daß Sie Mannheim gelte. Bis jetzt ist übrigens hier Alles ruhig und jede Schilderhebung ist unwahrscheinlich, sollte aber dennoch ein Krawall, denn mehr könnte es doch nicht geben, versucht werden, so könnte es nur in größter Verblendung geschehen. In Ludwigshafen wurden schon gestern drei Kanonen gegen die hiesige Stadt aufgerichtet, auch heißt es, daß mehrere Mörser aus Landau hierher unterwegs seyen. Den ruhigen, unbefangenen Bürger, welcher nirgends einen offenen Feind und doch so außerordentliche Maßregeln erblickt, beschleicht anfänglich in seiner Hülflosigkeit eine gewisse Unbehaglichkeit. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 20. Juni.) In der heutigen 19. Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde auf Kohlparzer's Antrag fast einstimmig beschlossen, daß jeder Angriff gegen Triest als ein Angriff gegen Deutschland zu betrachten sey. (Stürmischer Beifall.) In Fortsetzung der Diskussion über die Tagesordnung sprach zuerst Braun von Köslin, welcher vorschlägt, die provisorische Centralgewalt der Krone Preussen zu übergeben. (Andauerndes Gelächter.) Reh gegen den Ausschußantrag; v. Würth aus Wien dafür; Wedekind von Hannover für ein eignes Amendement, nach welchem fünf Personen, drei von den Regierungen unter Zustimmung der Nationalversammlung, zwei von dieser letztern allein, ernannt werden. Diese sollen ihre Gewalt durch ein der Nationalversammlung verantwortliches Ministerium ausüben. Blum für seinen Antrag; Lette von Berlin für den Ausschußantrag; Hensel für den Blum'schen Antrag; Simon von Trier gegen den Ausschußantrag; Welcker dafür. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 20. Juni.) Der Volksverein des hiesigen Montagskränzchens hat, nach einstimmig gefaßtem Beschluß in dessen gestriger Versammlung folgende Adresse an die deutsche Nationalversammlung erlassen: »An die souveräne deutsche Nationalversammlung. Hohe Nationalversammlung! Der Volksverein des Montagskränzchens zu Frankfurt huldigt mit der großen Mehrheit der deutschen Nation dem Grundsatze der Volkssouveränetät. Die Volkssouveränität allein, mit allen ihren Folgerungen, entspricht der Würde und der Ehre des deutschen Volkes. Sie allein hat diese Versammlung geschaffen; in ihr allein ruht deren Wahrheit, die unwiderstehliche Macht! Bei keiner andern Frage aber tritt die folgeschwere Bedeutung dieses Grundsatzes so ernst, so gewaltig hervor, als bei der Errichtung einer deutschen Centralgewalt. Das deutsche Volk, die Freiheit jedes einzelnen Staates in seinem Innern achtend, will an der Spitze des großen Vaterlandes nur seinen Gesammtwillen verkörpert sehen. Der Gesammtwille des deutschen Volkes aber erkennt seinen wahren und ungetrübten Ausdruck einzig und allein in der durch diese hohe Versammlung selbst bewerkstelligten Wahl einer deutschen Centralgewalt! Diesen Grundsatz finden wir gefährdet in dem Mehrheitsantrage Ihres Ausschusses und wir erwarten daher: daß die hohe Versammlung, ihrem vom deutschen Volke erhaltenen Mandat getreu, nur einem solchen Antrag beistimmen werde, welcher den Grundsatz der Volkssouveränetät in seiner vollsten Wahrheit anerkennt. Frankfurt, den 19. Juni 1848. Der Volksverein des Montagskränzchens und in dessen Namen der Vorstand.« (Folgen die Unterschriften.) (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 19. Juni.) Es schlägt eben neun, und mit diesem Schlage beginnen für Deutschland verhängnißvolle Stunden. Der Antrag zur Schaffung einer provisorischen Centralgewalt steht auf der Tagesordnung, und die Parteien sind gerüstet. Die äußerste Rechte ist mit der Arbeit des Ausschusses und mit dem Bericht von Dahlmann sehr unzufrieden: sie ist dabei in ihrem Recht, mit schwacher Macht, allein bestärkt in ihren traditionell-monarchischen Ansichten durch Männer wie Welcker, der sich sehr tadelnd ausgesprochen hat. Die äußerste Linke verwirft jeden Vorschlag, der nicht platt und glatt die Volkssouveränetät im nordamerikanischen Sinne zur Grundlage nimmt, als „hochverrätherisch", und der von Blum und Trützschler ausgegangene hat bereits durch Arnold Ruge und Genossen ein weitergehendes Nebenstück erhalten, in welchem die Einsetzung einer provisorischen Regierung verlangt wird. Das rechte Centrum, in welchem viele Oesterreicher, viele Leute der ultramontanen Farbe, viele Professoren, ist für den Ausschußantrag. Das linke Centrum hat einen Verbesserungsvorschlag gemacht und es dürfte demselben in den Hauptpunkten die Majorität zu Theil werden. Dieses linke Centrum ist nicht mit dem des Dr. Eisenmann, das unter der Hand verschwunden ist, wenn es jemals existirte, zu verwechseln, und ich gebe Ihnen hier einige Namen: Schoder, Widenmann, Compes, Fallati, Zell, Wurm, Werner, Scholl, Robert Mohl, Hans v. Raumer, Freudentheil, Golz, Koch, Riesser, Clausen, Cetto, Vischer, Raveaux, Giskra, Biedermann, Leue, Murschel, Neuwall, v. Rappard, Falk rc. Diese Männer erklären sich für die Uebertragung der Centralgewalt an ei-

nen Präsidenten, der binnen kürzester Frist von den deutschen Regierungen der Nationalversammlung bezeichnet und von derselben genehmigt wird. Ueber die Verantwortlichkeit des Präsidenten ist nichts weiteres gesagt, als daß er seine Gewalt ausübe durch von ihm ernannte, der Versammlung verantwortliche Minister. Zu seinen Pflichten gehört es insbesondere, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen, ein Gegenstand, worüber der Ausschuß keine Bestimmung getroffen hat. Vorvorgestern, vorgestern und gestern wurden von der äußersten Linken Versuche gemacht, mit diesem Theil der Linken eine Verständigung herbeizuführen: eine solche ist meines Erachtens unmöglich, oder doch nur für einzelne Punkte haltbar. (A. A. Z.)

(Frankfurt, den 20. Juni.) Zu meinem gestrigen Berichte nun noch einige nachträgliche Worte. Fast alle Redner drehen sich bis jetzt um die zwei Hauptpunkte: Ist die Dazuziehung der Regierung zur Ernennung der Central-Gewalt eine Vergebung der Volkssouveränetät (wie die Linke behauptet), und: Ist es praktisch räthlich, oder ohne Bürgerkrieg auch nur möglich, daß man die Regierungen nicht participiren läßt (was das Centrum und die Rechte verneint). Man glaubt übrigens, daß ein Compromiß zu Stande kommen wird, und zwar in der Art, daß ein von den Regierungen vorgeschlagener, von dem Parlament genehmigter Vertrauensmann Träger der Central-Gewalt werde, der sich hinwiederum sein Ministerium bildet. Vor Morgen erwartet man den Schluß der Debatte nicht. Der Präsident zeigt an, daß der Verfassungsausschuß den Beschluß über die Volksrechte vollendet hat; ferner daß die Tarische Post alle Geldsammlungen für die deutsche Flotte portofrei spedirt. Sodann Vortrag über die Triester Ereignisse durch Kohlparzer wegen großer Dringlichkeit. Der Antrag Kohlparzers, daß jeder Angriff auf Triest als ein Angriff gegen Deutschland zu betrachten sey, wird einstimmig angenommen unter ungeheurem Jubel, darauf Tagesordnung: die Frage über Centralgewalt, die nicht zum Schluß kam. Eben sollte die Sitzung geschlossen werden, da erregte die Anfrage des Vicepräsidenten wegen einer Nachmittagsitzung rücksichtlich des Schillingschen Antrags über Böhmen, einen wahren Sturm in der Versammlung. Schmerling erklärt, als Bundespräsidialgesandte, daß Preussen, Sachsen und Bayern bereits Ordre erhalten, auf den Hülferuf Oesterreichs nach Böhmen zu marschiren. (Beifall.) Venedey: Man vergesse nicht, daß es ein Bürgerkrieg sei, man führe ihn mit Milde. Kuranda: Ich kam gestern von Dresden, Prag brennt, liegt in Trümmern. Wir müssen vor Allem dafür sorgen, daß Oesterreich energisch handle und kein gefährliches Spiel treibt. Wiesner: Der Bundestag säumt, nicht erst auf Oesterreichs Hülferuf, sogleich sollen die Truppen einmarschiren. Wenn Nachmittag nicht Sitzung anberaumt würde, solle wenigstens eine Fraktion sich versammeln. (Murren.) Der Vicepräsident: Eine Fraktion ist nicht die Nationalversammlung. Vogt: Des Redners Willen sei nicht der seine und der seiner Freunde. Aber allerdings waren die Maßregeln des Bundestags die des Zauderns. Sogleich müsse gehandelt werden. Auch mache er darauf aufmerksam, daß in Böhmen in den Kampf der Deutschen und Tschechen sich aristokratische Elemente gegen demokratische mischten. Er nenne den Fürsten Windisch-Grätz, der aber jetzt allerdings abgetreten. Das Parlament solle ächte deutsche Männer als Gesandte hinschicken. — Die Versammlung verlangt augenblickliche Diskussion. Zuerst sprach Venedey, der seine bereits angegebenen Ansichten weiter ausführte. Drei Proklamationen, eine an die Tschechen, eine an die Deutsch-Böhmen und eine an das Heer sollten von der Nationalversammlung erlassen werden. Beseler beantragte Ueberweisung an den slavischen Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung. Man solle keine Kriegserklärung improvisiren. Kuranda: (Er erzählt einem der Abgeordneten, dessen Vater wahrscheinlich erschossen worden, nur die Ultra-Tschechen seien gegen die Deutschen, nicht aber die besitzenden Bürger oder Landleute), meint, man solle Oesterreich nur handeln lassen. Lichnowsky entgegnet an Vogt: Wenn man auch eine Kaste hasse, so wäre es doch unklug, einen General zu tadeln, der Recht gethan; General Schuster und General Schneider hätten ebenso handeln müssen. Nachdem noch Amendements gestellt worden, wurde Beselers Antrag angenommen. Die Sitzung dauerte von 9 bis 3½ Uhr. (A. A. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 19. Juni.) Während man im ganzen Lande der Ansicht ist, Präsident Hergenhahn solle seinen Sitz in der Reichsversammlung aufgeben und hier in Wiesbaden bleiben, weil während des Landtags seine Anwesenheit durchaus nothwendig sey, bilden sich die Parteien immer mehr aus. Während die konstitutionell-monarchische allen Halt und Zusammenhang verloren, während sie nicht einmal eines tüchtigen Führers sich rühmen kann, gewinnt die republikanische Partei durch ihre häufigen Zusammkünfte im Nerothale immer mehr an Mitgliedern. Dies konnte man gestern Abend sehen, wo Redner aus verschiedenen Gegenden Deutschlands auftraten, die alle entschieden für die demokratische Republick sprachen. Das Losungswort dieser Versammlung war: die demokratische Republik, Herstellung Polens, resp. Krieg gegen Rußland. — In Folge des Demokraten-kongresses zu Frankfurt wird am 9. Juli eine große Versammlung der Republikaner in Limburg an der Lahn stattfinden. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 17. Juni.) Nach den Mittheilungen, die ein Mitglied der sogenannten provisorischen Regierung heute im Ausschuß der Bürger- und Nationalgarde und der Studenten gemacht, ist es nun auch dem Blinden klar geworden, daß der Aufstand in Prag, die Folge einer langvorher bestandenen weitverzweigten tschechischen Verschwörung war, die im engen Zusammenhang mit dem illyrischen Aufstand stand. Fürst Windischgrätz hatte sich mit seltener Mäßigung und hoher Selbstverläugnung gegenüber den panslavistischen Komplotten benommen, und erst als alle friedlichen und versöhnenden Mittel erschöpft waren, griff er zum Aeussersten, zur Waffengewalt. Bereits ist dem General Hrabowsky, mittelst Dampfboot, eine bedeutende Truppenverstärkung zugesendet worden; auch ist ein Theil der Szekler bis Arad vorgerückt, so daß eine baldige Unterdrückung des Aufstands zu hoffen ist. Zur wirklichen Befriedigung der Gemüther der nun so aufgeregten raizischen Bevölkerung wird es aber nothwendig seyn, große Concessionen in Bezug auf die Sprache zu machen. Der ungarische Minister des Innern korrespondirt auch schon mit den Behörden in den vorwiegend raizischen Distrikten in raizischer Sprache. Heute ist aus Innsbruck die Nachricht eingelangt, daß Se. Maj. wegen plötzlicher Erkrankung den Reichstag nicht in Person eröffnen könne, und der Erzherzog Franz Karl den Kaiser dabei als Stellvertreter repräsentiren wird. In Pesth, wo man große Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers machte, wird diese Nachricht einen sehr unangenehmen Eindruck hervorbringen. Es ist aber mit Grund zu hoffen, daß Se. Maj. bis zur Eröffnung des Landtags wieder hergestellt seyn wird. Das ungarische Ministerium hat in der jetzt so bedrängten Lage Ungarns einen sehr lesenswerthen Aufruf an das ungarische Volk erlassen, welchen Sie in den ungarischen Blättern vom 15. finden. (A. A. Z.)

— Nach Briefen aus Innsbruck vom 19. Juni. war dort das Gerücht verbreitet, Rivoli befinde sich wieder in Besitzung der österreichischen Truppen. Der Kaiser litt fortwährend an nervösen Anfällen. Die croatische Deputation am Hoflager erklärte sich laut und entschieden gegen jeden Antheil an den tschechischen Umtrieben in Prag, durch die so schreckliches herbeigeführt worden. (A. A. Z.)

Briefe aus Triest vom 16. und 17. Juni melden, daß der Militärcommandant das Standrecht hatte verkündigen lassen. Die feindliche Flotte lag fortwährend auf der Höhe von Pirano und hielt Triest strenge blokirt. Die Stadt litt unsäglich darunter, nicht minder Istrien und Dalmatien, die von dem Verkehr mit Triest leben. (A. A. Z.)

(Eger, 18. Juni.) [Briefliche Nachrichten von Prag vom 17. Jun.] Die Stadt ist im Belagerungszustand erklärt, alle Gerichtsbarkeiten sind außer Wirksamkeit; die Altstadt Prag hat sich noch nicht ergeben; vorgestern (den 15.) wurde sie vom Lorenziberg, Belvedere und Wischehrad mit Sechspfündern durch 6 Stunden beschossen; vom 16. auf den 17. Nachts hat man die Altstadt durch Brandraketen in Brand gesteckt; es brennen jetzt die Mühlen, der Wasserthurm und noch mehrere Häuser; es ist schrecklich! — Kein Mensch eilt zu retten, kein Thürmer gibt mehr ein Zeichen. Der russische Hof, dem man sich unterwerfen wollte, hat der Regierung die Verschwörung entdeckt. Das Haupt der Verschwörung wurde gefangen, man hat sich seiner Papiere ermächtigt, vermöge welcher am 15. alle k. k. Beamten und Herrschaften ermordet werden sollten; es ist Baron Vilani! Graf Bouquoy wurde gestern festgenommen: das Standrecht publizirt. Die Czechen stürmten die Spitäler und Kasernen, doch auf die Kleinseite können sie nicht herüberdringen, da bereits 25,000 Truppen sich dort concentrirt befinden. (Rgsb. Tgbl.)

(Prag, 18. Jun [11 Uhr]. Prag hat sich ergeben! Gestern um 3 Uhr endlich wurde eine Vereinigung bekannt, wonach der Fürst Windischgrätz und Graf Thun abdanken, an ihre Stelle aber die HH. Mensdorff und Klecansky treten, ferner die Grenadiere und die Artillerie Prag gänzlich verlassen, dagegen aber das Regiment Latour und Khevenhüller Cavallerie als Besatzung einrücken und zu gleicher Zeit die Barrikaden in solcher Breite auseinander genommen werden sollen, daß ein Wagen dazwischen fahren kann. Damit waren beide Parteien einverstanden und schon war Alles heute in der zufriedensten Laune. Ich selbst ging nach der Färberinsel; kaum dort, fiel schon ein Schuß, man sagt zufällig; der Quai aber war ganz bedeckt mit Zuschauern, welche die schrecklichen Zerstörungen an den Häusern ansahen. Alsdann aß ich auf der Insel mit einigen Freunden zu Abend, als wieder ein Schuß aus den Mühlen oberhalb der steinernen Brücke (Klein-Venedig) fällt, und wie man sagt, der an der Spitze des in die Altstadt einrückenden Militärs gehende Offizier, von einer Kugel getroffen, zusammenstürzt. Im Moment begann ein furchtbares Feuern. Die Menschen waren vom Quai wie weggeblasen, und wir durch eine schmale, den Schüssen der Jäger ausgesetzte Brücke von dem Festland getrennt. Eine volle Stunde brachten wir hier unter dem Regen der rechts und links pfeifenden Kugeln zu, nur geschützt durch das hohe Gebäude des Tanzsaales, welches uns vor jedem Schuß sicher stellte. Die Anwesenden, etwa 24 Personen, waren allerdings in nicht geringer Sorge, da wir nicht wußten, wie davon zu kommen; bis endlich ein Kahn vom jenseitigen Ufer ganz aus aller Schußweite der Jäger herbeigebracht, und nachdem uns auf dem Wasser die Müller gedroht hatten, uns zu erschießen, falls wir nicht ganz still wären, auf das Festland hinübergebracht wurden. Währenddeß hatte die bereits angekündigte Kanonade vollständig begonnen. Bomben wurden in die Mühlen von Klein-Venedig geworfen und halb 9 Uhr stand schon die ganze Masse der Gebäude in hellen Flammen. Die ganze Nacht dauerte der Brand, während überall neue Barrikaden aufgeworfen und von Viertelstunde zu Viertelstunde neue Bomben und Granaten in die Stadt geworfen wurden. Am Morgen des heutigen Tages brannten die Mühlen noch fort, der Thurm der Wasserkunst ist bis auf den letzten Holzspahn ausgebrannt. Dieses Ereigniß hat aber den Muth der Czechen gebrochen, die Studenten haben die Waffen weggeworfen und verließen sämmtlich heute Morgen die Stadt. Eine Proklamation des Landespräsidenten Thun und des Kommandeurs Windisch-Grätz kündigt an, wie alle bisherigen Verhandlungen fruchtlos geblieben, die Hofkommission abgedankt habe und man die Unterwerfung der rebellischen Stadt mit Gewalt erzwingen werde, falls nicht bis 12 Uhr Mittags alle Waffen abgeliefert und 14 benannte Geißeln den Behörden gestellt werden. Mit Zittern und Beben erfüllte die Bürgerschaft das Verlangte, Schlag 12 Uhr erschien das Militär und nahm mit aller Ordnung und in größter Ruhe die Altstadt in Besitz, eine Proklamation wird noch gefaßt und heute erscheinen. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 19. Juni.) Der bisherige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Arnim, wurde auf sein Ansuchen von der Leitung dieses Ministeriums entbunden und zur Disposition gestellt, zugleich auch der bisherige Gesandte, Geheimer Legationsrath, Freiherr von Schleinitz, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. (Pr. St.-A.)

(Wesel, den 18. Juni.) Gestern wurden hier durch Bürgerwehrmänner von Emmerich fünf Personen eingebracht und auf hiesiger Citadelle festgesetzt, die dort die Republik ausgerufen hatten. (Köln. Z.)

(Von der westpreussisch-polnischen Grenze, den 16. Juni.) Alle Berichte von Reisenden bestätigen die Zusammenziehung größerer Truppenmassen im Königreich Polen und fügen hinzu, daß sich an den Grenzen dieses Landes bereits asiatische Horden zeigten, wie sie in Polen seit den letzten französischen Feldzügen nicht gesehen worden seien. An die Kommandantur der Festung Thorn ist der Befehl gelangt, die Festung sofort vollständig zu armiren und mit Proviant zu versehen, sowie den Bau einer zweiten Brücke in Angriff zu nehmen. Durch diese Maßregel scheint die hier allgemein herrschende Meinung, daß ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland fast unvermeidlich sei, größere Wahrscheinlichkeit zu gewinnen. Die Wichtigkeit dieser Festung zur Deckung der Ostgrenzen ist anerkannt, und zu bedauern, daß zur stärkeren Befestigung dieses Punktes nicht schon längst für erweiterte Festungsanlagen gesorgt ist. Wie wir soeben erfahren, ist auch die Festung Graudenz bereits armirt. (D. A. Z.)

Sachsen. (Leipzig, den 18. Juni, Abends.) In Altenburg sind, wie längst befürchtet, Unruhen ausgebrochen. Nachdem gestern von hier Militär dahin beordert, jedoch kurz vor der Abfahrt wieder abbestellt worden war, wurde heute mit dem Mittagszuge das erste Schützenbataillon nach Altenburg befördert. Glaubwürdige Reisende, welche mit dem Abendzuge von dort hier eingetroffen, brachten folgende Nachricht mit: Das Altenburger Militär, das erwähnte Schützenbataillon und zwei Schwadronen Zwickauer Kavallerie halten das herzogliche Schloß besetzt. Auch preussische Truppen werden erwartet. In der Stadt sind zahlreiche Barrikaden errichtet. Ein Reisender hatte deren allein in den Hauptstrassen 14 — 15 gezählt. Die größte davon befindet sich vor dem ziemlich demolirten Hause des Herrn v. Münchhausen, eines sehr verhaßten Hofmannes, dessen kostbare Carossen zu dem Bau verwendet worden sind. Hinter den Barrikaden sind Feuerspritzen aufgestellt, welche mit siedendem Wasser angefüllt, als Vertheidigungsmittel gegen das Militär dienen sollen. Die ganze Stadt ist mit Landvolk angefüllt. Fast stündlich treffen neue „Freischärler“ von den benachbarten Dörfern ein, und werden jubelnd empfangen. Die Mehrheit derselben ist mit Flinten, andere mit Lanzen, Sensen, auch mit Mistgabeln bewaffnet. Zwei Böller mit gehacktem Blei geladen, sind ebenfalls in ihrem Besitz. Die Hauptunterstützung wird indeß noch auf die Nacht von den sogenannten Holzbauern erwartet; dann soll es „losgehen.“ An der Spitze der Tumultuanten, welchen sich auch ein Theil der Bürgerschaft angeschlossen hat, steht der Advokat Erbe, welcher sich bereits in den dortigen Volksversammlungen einen großen Anhang verschafft hat. Eine provisorische städtische Behörde vertheilt unter die Barrikadenkämpfer Anweisungen an Schenkwirthe, welche dafür jene auf Kosten der Stadt mit Lebensmitteln versorgen. Von einer beabsichtigten Proklamirung der Republik, wie hier befürchtet wurde, soll keine Rede sein, vielmehr verlangt das Altenburger Volk, „gestützt auf sein gutes Recht und auf seine Barrikaden“ in einem Anschlage an den Strasseneckeu ausdrücklich sofortigen Ministerwechsel (es werden v. Braun und Pierer vorgeschlagen), baldige Einberufung der Stände und Entlassung des neu einberufenen Militärs. Uebrigens versicherten die Reisenden, herrscht unter dem Volke große Heiterkeit und die unzweifelhafte Gewißheit des Sieges. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Gotha, den 18. Juni.) Heute wurde hier, nachdem der Oberhofprediger Jacobi die Landtagspredigt über 1. Cor. 2, 6 gehalten, der Landtag, der aus 5 ritterschaftlichen, 7 städtischen und 12 bäuerlichen Deputirten besteht, durch den Herzog persönlich eröffnet. Dieser sagte unter Anderm in seiner Rede: Jetzt gelte es, die wahre Freiheit zu erfassen und festzuhalten. Er habe im März ein provisorisches Wahlgesetz erlassen, um die Stände zur Vereinbarung über ein Staatsgrundgesetz zusammenzurufen, die Zeit habe seitdem gewaltige Schritte vorwärts gethan; er bitte die Stände, nur das Wahlgesetz zu berathen und sich dann aufzulösen, um die Feststellung des Staatsgrundgesetzes einem freisinnigen zusammengesetzten Landtage zu überlassen. Der Advokat Knauer, Präsident des Landtags, sprach einige Erwiderungsworte und brachte „dem volksfreundlichen, freisinnigen Herzoge“ ein Hoch. Hierauf erklärte der Minister v. Stein den Landtag für eröffnet und las die Propositionen vor: 1) Entwurf eines Gesetzes über Belangung der Staatsbeamten, die gegen die Konstitution gefehlt, bei dem Oberappellationsgerichte in Jena, 2) Entwurf eines Wahlgesetzes, 3) Entwurf eines Staatsgrundgesetzes. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Altenburg, 20. Juni.) Gestern erschien als Maueranschlag folgendes Publikandum: Auf Befehl Sr. Hoh. des regierenden Herzogs wird hiermit bekannt gemacht: 1) Das hier zusammengezogene königl. sächsische Militär wird sofort ernstlich zurückgezogen in der Erwartung, daß die in der Stadt errichteten Barrikaden gleichzeitig von der Bürgerschaft wieder entfernt werden und gesetzliche Ordnung wieder eintritt und gehandhabt wird; auch wird die Staatsregierung auf ehethunliche Verminderung des Präsentstandes des Linien-Bataillons Bedacht nehmen; 2) alle bisher verschuldeten politischen Vergehen sind amnestirt; 3) die Eröffnung des einberufenen Landtags erleidet keinen Aufschub; 4) der Dr. jur. Friedrich Albert Cruciger ist zum dritten Minister ernannt. Altenburg, den 19. Juni 1848. Herzogl. sächsisches Ministerium. v Planitz. Jese. (D. A. Z.)

Von der sächsisch-böhmischen Grenze, 17. Juni. Ich entnehme der Erzählung eines Kaufmannes, der so eben mit dem Prager Eilwagen in Zittau ankommt, die nachstehenden Details über den dortigen Aufstand. Danach zu urtheilen, hätte Fürst Windisch-Grätz im Auftrage von Wien aus gehandelt. Die immer trotzigeren Gewaltthaten der Czechen wären nicht länger zu ertragen gewesen. Der Fürst, durch und durch von deutscher Gesinnung beseelt und der Anhänglichkeit seiner meist deutschen Truppen versichert, habe selbst bereits zu Anfang des Monates dem Ministerium den Rath gegeben, mit der äußersten Energie einzuschreiten und die Flamme auf ihrem Herde zu löschen, ehe sie das ganze Haus in Brand stecke Diese slavische Propaganda war allerdings bis jetzt nur auf Prag concentrirt gewesen, die übrigen Städte, so wie das flache Land hatten sich sehr theilnahmlos verhalten. Der Fürst soll in seinem Schreiben an das Ministerium erklärt haben, es gebe kein anderes Mittel, den Kaiser von der Camarilla in Innsbruck los zu reißen, als wenn man die Sorge für sein und seines Hauses Wohl in eigene Hände nehme. Während der Ministerrath unschlüssig berieth, handelte der Fürst als umsichtiger General und treuer Patriot. Um jeden allzu frühen Zusammenstoß zu vermeiden, hatte er die Truppen von den großen Volksfesten fern gehalten. Die Nationalgarde allein verrichtete den Dienst, kein Soldat war sichtbar. Prag besteht bekanntlich aus vier großen Quartieren: **Altstadt, Neustadt, Karolinenthal** und **Kleinseite;** die ersteren drei auf dem rechten, das letztere auf dem linken Ufer der Moldau. Alt- und Neustadt sind innerhalb der Ringmauern und Wälle, welche, zu einem Spaziergang umgewandelt, Aehnlichkeit mit dem Wiener Glacis haben; die Vorstadt Karolinenthal ist durch einen breiten offenen Platz davon geschieden; über die ganze Stadt aber herrscht die Kleinseite, welche, einen steilen Abhang hinauf gebaut, verschiedene Terrassen bildet, von denen der Hradschin und St. Loretto die hervorragensten sind. Noch ist am Ende der Altstadt, hart an der Moldau, eine andere strategisch wichtige Position, der Wischehrad. Auf alle diese Punkte ließ Windisch-Grätz in der Nacht vom 12. auf den 13. Geschütze fahren; in die kolossalen Räume des Hradschin wurden zwei Regimenter einquartirt, und vom Wischehrad aus wurde die Verbindung des Karolinenthales mit der Neustadt unterbrochen. Dieses alles war in Vorbereitung, als von Wien die Genehmigung der Minister anlangte, den Hauptstreich auszuführen. Die Zurückweisung der böhmischen Deputation und die neueste versöhnende Ansprache des Kaisers hatten endlich dem zaghaften Cabinette Muth und Energie verliehen. Das Beispiel Italiens zeigte ihm deutlich, zu welchen Verlusten halbe und zu späte Maasregeln führen. Für die Ausführung konnte es keinen besseren Mann finden, als den Fürsten Widischgrätz. Die Studenten forderten Waffen. Der Fürst schlug sie ihnen mit Bemerkungen ab, welche erbitterten. Am 13. war unter freiem Himmel großes Hochamt Die wuthendsten Czechen hatten sich nach Beendigung desselben zu einer Demonstration gegen den Fürsten verabredet. Es sollte die Commandantur angegriffen und demolirt werden. Windischgrätz hatte in den Höfen ein Bataillon aufgestellt, welches wohlgerüstet die Czechen empfing und mit dem Bayonnete auseinander trieb. In Voraussicht des Ausbruches der wildesten Leidenschaften war den Truppen Befehl gegeben worden, nicht früher zu feuern, als bis auf sie geschossen würde. Dieses ließ denn auch nicht lange warten. Aus einem Hause gegenüber fiel der erste Schuß, und zwar der Schuß eines Meuchelmörders, denn er war von einem früheren Bedienten des Fürsten gegen dessen Gemahlin gerichtet. Mit diesem Schusse begann der wildeste Kampf. Wer das alte Prag mit seinen hohen Häusern und engen Gassen kennt, wird wissen, was ein solcher Kampf bedeutet Der Fürst hatte die Einsicht und Menschlichkeit, nicht nutzlos das Leben seiner Truppen zu opfern; auf den Stellen aber, wo er sie verwendete, ließ er sie auch mit Nachdruck operiren und gewann dadurch, obgleich mehrere seiner Berechnungen fehl schlugen, zuletzt die Oberhand. Durch einen Sturm der Schiffer auf die beiden Brücken der Moldau war seine Verbindung mit der Kleinseite unterbrochen worden. Die Schiffer besetzten auf der steinernen Brücke den alten Thurm, welcher schon vor uralter Zeit so viel Kampf und Drang erlebt hat, und rissen von der Kettenbrücke einen ganzen Bogen los. Dagegen schlug Windischgrätz die aus dem fabrikreichen Karolinenthale herbeiströmenden Arbeiter-Colonnen mit einem Kartätschenhagel zurück, reinigte den Ring und Roßmarkt bis zum Theater und drängte den Aufruhr in die engen Gassen um die Teinkirche und das Jesuiten-Kollegium zurück. Als der Kaufmann Prag verließ, war ein zweiter Waffenstillstand eingetreten, denn der erste war von den Studenten gebrochen worden und hatte mit einem zweiten Rückzuge der Czechen geendigt. Windischgrätz war daher in seinen Forderungen strenger geworden; er verlangte Niederlegung der Waffen, Rückzug von der Brücke und Auflösung des slavischen Congresses. Wo nicht, so werde er das Standrecht verkünden, die Stadt in Belagerungsstand erklären und sie von der Kleinseite aus bombardiren. So weit gehen die letzten Nachrichten. Es ist gewiß, die Truppen haben die Oberhand. Jedenfalls ist dem Czechenthume ein großer Schlag versetzt worden. Die Empörer hatten auf Zuzug des Landvolkes gerechnet und dasselbe durch Feuer-Signale herbeigerufen. Es soll aber nur spärlich erschienen und zum großen Theile wieder umgekehrt seyn. Dagegen haben die zwei böhmischen Regimenter, welche in der Prager Garnison lagen, mit Treue bei ihrer Fahne ausgehalten und mit Erbitterung gegen die Panslavisten sich geschlagen. (Köln. Z.)

(Nürnberg, den 21. Juni.) Seit einigen Tagen gibt eine Gladiatorengesellschaft unter Leitung des Herrn Czelik in hiesiger Arena Vorstellungen im Gebiete de Athletik, Gymnastik, Equilibristik, die uns in der That so viel Schönes, Bewunderns-werthes, theilweise in diesem Genre nie Gesehenes darbieten, daß man den höchst spärlichen Besuch, welches den bisherigen stets mit dem rauschendsten Beifalle aufgenommenen Vorstellungen zu Theil geworden, wirklich nur lebhaft bedauern kann. Die beiden Athleten Schäffer und Wohlrab, junge Männer, deren herkulischer Körperbau uns die Heroen der Vorzeit recht lebendig vor Augen führt, leisten in ihren Kraftübungen wirklich Ausserordentliches; spielt doch Hr Schäffer mit seiner schweren eisernen Kugel, als ob er einen Federball schwinge, seine Turnübungen an den 2 hängenden Seilen lassen seine herkulische Muskulatur glänzend hervortreten. Ebenso großartig sind die equilibristischen Leistungen des Hrn. Czolik und die von ihm und seinem allerliebsten 4jährigen Knaben exekutirten gymnastischen Touren erfreuen sich stets des lautesten Beifalls. Die Gladiatorenspiele, Stellungen, Gruppirungen, antiken Bilder von 2, 3 oder mehr Personen ausgeführt, dürfen vollendet schön genannt werden, wie man überhaupt über die so sehr mannichfaltigen jeden Tag Neues vorführenden Gesammtleistungen dieser bescheidenen Künstler das gerechte Urtheil fällen muß, daß alle ihre Produktionen mit einer das Auge erfreuenden Leichtigkeit Präzision und Eleganz ausgeführt werden. Heute Donnerstag gibt die Gesellschaft eine große Vorstellung im hiesigen Stadttheater, worauf wir das kunstliebende Publikum besonders aufmerksam machen, hoffend, daß diese treffliche Künstlergesellschaft auch in Nürnberg, der Stadt der Künste, ihre Rechnung noch finden werde.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Anzeige.

Auf die Erwiederung der Vorstände der Holleder'schen Leichenkassa in Nro. 174 d. Bl., sehen sich Unterzeichnete veranlaßt, über alles öffentlich Rechenschaft abzulegen, daher wir die Mitglieder ersuchen, eine außergewöhnliche Versammlung in kürzester Zeit zu beantragen.

J. und M. Gärtner.

Empfehlung.

Acht griechischen Taback von feinster Qualität so wie Varinasblätter das Pfund 48 Kreuzer empfiehlt bestens

Wilhelm Dieterich
am Heugäßchen.

Zur Nachricht.

Meine Wohnung ist bei Herrn Schwarzkopf zu den 3 Königen in der Theatergasse, L. Nro. 790.

Joseph König aus Speyer,
Bettfedern-Reiniger.

(Gesuch.) Täglich, oder bis kommendes Ziel werden auf ein hiesiges Haus 2000 fl. zu entnehmen gesucht. Darleiher wollen ihre Adresse gefälligst unter A. B. in der Exped. d. Bl. abgeben.

Einladung.

Sonntag den 25. und Montag den 26. Juni, zur Feier der St. Johannis-Kirchweih, findet Blechmusik von der 3ten Chevaulegers-Division statt.

Auch ist für warme und kalte Speisen, ausgezeichnetes Felsenkeller-Bier, sowie Sonntag früh für guten Kaffee und Hefenküchlein bestens gesorgt

Heute Freitag den 23 ist Metzelsuppe.

Einem geneigten Besuch entgegensehend, empfiehlt sich
F. P. Stätzer, Wirthschaftsbesitzer
zur Platners-Anlage an der Bucherstraße.

Bekanntmachung.

(Das schwarze Brod betreffend.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg als Polizei-Senat.

Zur Berichtigung der mehrfachen irrigen Behauptungen, welche bezüglich der Bereitung des schwarzen Brod's in einem hiesigen öffentlichen Blatte verbreitet wurden, wird folgende Belehrung ertheilt.

Es gibt dreierlei Gewichtsgrößen für die Ausmahlung der Kleie beim Korn; die eine beträgt 25 Pfund und wurde, wie in theuren Zeiten, also bei hohen Kornpreisen, schon öfters geschah, dann angewendet, wenn durch eine geringere Ausmahlung das Mehlgewicht und folglich auch das Brodgewicht so tief gesunken wäre, daß der Sechskreuzerlaib weit unter einem Pfund gewogen hätte. — Die zweite Ausmahlung der Kleie beträgt 40 Pfd. vom Schäffel, und findet dann statt, wenn das Korn, wie gegenwärtig, zu Mittelpreisen zurückgegangen ist, und das Gewicht des Sechskreuzerlaibes nicht über $2\frac{1}{2}$ Pfund steigt. — Die dritte Ausmahlungsweise beläuft sich auf 50 Pfund Kleie vom Scheffel und tritt dann ein, wenn die Preise des Korns noch tiefer sinken, so daß dann die Farbe des schwarzen Brodes weißer wird, während natürlich umgekehrt das Gewicht des Sechskreuzerlaibs gleich wieder um etwa 4 Loth fällt.

Will man also dem Publikum schwarzes Brod in einer Gewichtsgröße geben, die es jetzt hat, so muß man bei der Kleienausmahlung von 40 Pfund stehen bleiben. Das Mehl, welches hiedurch erzeugt wird, ist nach den im letzten Spätherbst unter polizeilicher Leitung vorgenommenen Probemahlungen so vorzüglich, daß daraus gutes, schmackhaftes, nahrhaftes Brod erzeugt werden kann, und die Probebackung hat auch dasselbe in ganz befriedigender Weise geliefert.

Muster jenes Probemehls befinden sich in den Händen eines jeden Bäckers, um mit denselben seine Mehle vergleichen zu können, noch hat aber kein Bäcker Klage geführt, daß jene die probemäßige Eigenschaft nicht einhalten. Wenn also das schwarze Brod dennoch die probemäßige Eigenschaft bei manchen Bäckern nicht einhält, so kann die Schuld hieran nur in Fehlern der Bäcker bei der Brodbereitung, namentlich in einer solchen Vermischung von Mehlsorten gesucht werden, wozu sie nicht berechtigt sind, und es muß nach der ihnen hierüber zugegangenen ernsten Weisung erwartet werden, daß sie solche Fehler, aus welchen wahrscheinlich allein die hie und da wahrgenommene Säure des Brodes hervorgegangen ist, von nun an gänzlich vermieden werden. Geschieht dieß, so werden die Klagen des Publikums von selbst verschwinden, und es ist kein Grund vorhanden, jetzt schon die Ausmahlung des Kleiengewichts zu vergrößern. Wird endlich der Magistrat es erreichen, daß seine bisher im Administrativ-Wege vergeblich gestellten Anträge auf Aenderung der Mühlordnung vom 2. Juni 170), welche eine Ermäßigung der Mahlmitz und die Entrichtung derselben in Geld statt in Natur bezweckten, am nächsten Landtage auf dem Wege der Gesetzgebung zum Gesetze erhoben werden, so wird das schwarze Brod noch besser werden; bis dahin aber wird die Polizeibehörde nach wie vor dahin streben, daß gutes, wohlausgebackenes, nahrhaftes, säurefreies Brod gebacken werde; sie wird deshalb gegen diejenigen Bäcker, welche fortfahren, ihre Pflichten zu vernachläßigen, mit den geordneten Strafen in voller Strenge einschreiten, Diejenigen dagegen, welche durch Bereitung tadelfreien Brodes sich auszeichnen, von nun an öffentlich anzeigen.

Innerhalb der nächsten acht Tage werden abermals die halbjährigen polizeilichen Probemahlungen und Probebackungen vorgenommen und Proben des hiedurch erzeugten schwarzen Brodes den Herren Distriktsvorstehern zugestellt werden. Dann kann ein jeder, welcher sich für die Untersuchung desselben interessirt, dort es selbst sehen, verkosten und dadurch sich überzeugen, daß es den Eigenschaften eines guten Brodes entspricht.

Nürnberg, den 21. Juni 1848.

Dr. Binder.

Löhner.
v. n.

Ueber das gegenwärtige Kornbrod.

Es ist nicht zu läugnen, daß in hiesiger Stadt schon öfters zu leichtes und nicht qualitätemäßiges Brod geliefert wurde. Von Ersterem liegt die Schuld an den Bäckern, von Letzterem, weniger an der vielleicht zu gelinden Controlle der Polizei als hauptsächlich an der zu starken **Kleienvermahlung**. Früher wurde aus dem Schäffel Korn 60 Pfd., und aus dem Schäffel Waizen 63 Pfd. Kleie gezogen. Durch die steigenden Getraidepreiße und durch die Willkür des Polizei-Senats wurde diese Kleienvermahlung hier und anderwärts vom Korn auf 40 Pfd. und vom Waizen auf 54 Pfd., und im vorigen Jahre auf $37\frac{1}{2}$ Pfd., ja sogar auf 25 Pfd reducirt. Daher rührt die Säure und Schwärze des Brodes. Durch das gewaltige Sinken der Getraidepreiße kehrten andere Städte, z. B. Regensburg rc. schon längst wieder in ihre vorigen Schranken zurück, nur bei uns will sich der alte Zopf nicht verlieren. Es fragt sich nun: hat der Polizei-Senat das Recht, die verminderte Qualität des Brodes bei den niedrigen Getraidepreißen beizubehalten? und warum wird die stärkere oder schwächere Kleienvermahlung, je nach dem Steigen oder Fallen der Getraidepreiße nicht in der Zeitung mit angezeigt, damit das Publikum doch wüßte, woran es hält? Ferner: Warum mahlt denn Hr Insp. Martin nicht regelmäßig alle ½ Jahre sein Probemehl, wozu das Getraide schon 6 Wochen in der Mühle steht? Derselbe wurde von den Bäckervorgehern schon 2mal angegangen, daß durch die wohlfeilen Einkäufe, und durch die in Aussicht stehende reiche Aerndte den Beschwerden des Publikums durch Vermehrung des Kleiengewichtes leicht abgeholfen werden kann; aber dieselben wurden jedesmal mit kurzem Bescheid zurückgewiesen, um, wie es bei genannten Herrn scheint, auf seinen aristokratischen Sinn beharren, um andere Absichten dabei bezwecken zu können. Wenn auch die Verzögerung des Probmahlens Hrn. rc Martin durch sein Unwohlsein entschuldigt, so fragt sich ebenfalls: versteht sonst Niemand diese Kunst, und kann seine Stelle nicht ersetzt werden? Endlich ist auch schon von hiesigen Bäckern und Müllern die Klage laut geworden, daß solche von städtischen Getraideböden halb zerfressenes und vermodertes Getraide haben annehmen müssen, was daher kam, daß das Getraide auf den Böden nicht gehörig gepflegt, und umgearbeitet wurde. Deßhalb erhielt man oft gleichzeitig von allen Bäckern hiesiger Stadt viele Tage nach einander schlechtes Brod. Zum Schluße erlauben wir uns noch die Bemerkung, daß wir in Bayern viele Städte haben, in welchen der schon oft besprochene Gegenstand des Brodaufschlages **nicht** ist. Wenn es auch wahr ist, daß derselbe in hiesiger Stadt am stärksten seyn mag, so könnte doch die Veränderung getroffen werden, solchen auf das Luxus- oder Weißbrod zu verlegen, welches doch meistens von bemittelten Personen genoßen wird und beim Kreuzerwecklein nur ½ Quint Verminderung des Gewichts ausmacht, da aus einem Schaff Waizen mehrere hundert Stücke Kreuzerwecklein gemacht werden können. Dadurch würden die hiesigen Bäcker in den Stand gesetzt werden, ein größeres und beßeres schwarzes Brod zu verabreichen, was der minder bemittelten Klaße bei dieser gegenwärtigen geschäftslosen Zeit eine bedeutende Erleichterung seyn würde.

Möge unsere städtische Behörde letztere Bemerkung beherzigen und obige Uebelstände so bald als möglich beseitigen, damit doch endlich die gerechten Beschwerden des Publikums ihre Erledigung finden.

Die Gesellschaft am Reutersbrünnlein.

Anzeige.

Ich beehre mich hiemit die Anzeige zu machen, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Schwiegervaters, des Steinbruchbesitzers Herrn Andreas Ammon dahier in derselben Ausdehnung und mit derselben Aufmerksamkeit fortführe, als wie derselbe es betrieben hat und bitte deshalb das denselben geschenkte Vertrauen auf mich überzutragen und mich mit recht vielen Aufträgen zu beehren, welche ich auf das Pünktlichste vollziehen und mich des geschenkten Vertrauens würdig zu machen suchen werde.

Wendelstein, 19. Juni 1848.

Wilhelm Segel,
Steinbruchbesitzer.

(Gesuch) Ein auswärtiches Mädchen, die schon längere Zeit als Stubenmädchen und Jungfer diente und in allen häuslichen Arbeiten erfahren ist, wünscht nächstes Ziel oder sogleich eine Stelle. Näheres in der Theaterstraße L. Nr 791.

(Gesuch) Ein braves Mädchen, welches gegenwärtig noch als Hausmagd diente, aber auch einfach kochen kann und Liebe zu Kindern hat, sucht für nächstes Ziel wieder einen Dienst in einem guten Hause. Sie erhält von ihrer bisherigen Herrschaft ein gutes Zeugniß.

Bekanntmachung.

Aus dem 34ten Jahresbericht der Maximilians-Heilungs-Anstalt für arme Augenkranke ist zu ersehen: daß dieselbe ihren Gründer, den königl. Hofrath Dr. Kayser, und mehrere ihrer Wohlthäter durch den Tod verlor, daß deren Verlegung in ein anderes Lokal die Anschaffung eines eigenen Inventars nothwendig machte und ausserordentliche Mittel in Anspruch nahm, — daß eine neue Verfaßung und die Revision der Gesetze erforderlich war, während der sorgsame Gründer seinen Nachfolger für die ärztliche Behandlung selbst noch ernannt hatte, daß aber durch Gottes Segen, durch fortgesetzte milde Gaben und Legate, durch kräftiges Zusammenwirken der leitenden Organe, der Fortbestand der Anstalt und die Aufnahme von 117 armen Augenkranken wieder möglich war, die mit sehr wenigen Ausnahmen geheilt oder gebeßert entlassen werden konnten.

Möge der Verlust vieler im Laufe von 34 Jahren verstorbenen Wohlthäter durch neue ersetzt werden, welche in der Ueberzeugung, daß einer der unglücklichsten Klassen hilfloser Armen, Hülfe verschafft wird, die Erhaltung und Erweiterung der Anstalt zu bewirken, das lohnende Verdienst sich erwerben wollen.

Der Jahresbericht und die Gesetze werden jedem Theilnehmenden in der Wohnung des Kassiers der Anstalt, Herrn Verwalters Schaller S. Nro. 761 unentgeltlich zugestellt werden.

Nürnberg, den 14 Juni 1848

Die Vorstände.
Carl Freiherr von Kreß, Direktor.
Pfarrer Seiler. Dr. Lösch.
Prof. Dr. Dietz, Arzt.
Schaller, Sekretair und Kassier.

Anzeige.

Die Statuten des Volksvereins liegen auf und sind unentgeldlich zu haben bei den Herren
Kaufm. Güllich am Thiergärtner Thor,
" Engelhard am schönen Brunnen,
" Scholler am Lorenzer Platz,
" Fink in der äussern Laufergasse,
Metzgermeister Leitzmann in der Engelhardsgasse.

Schießhaus St. Johannis.

Zur Feier der Kirchweih St. Johannis erlaube mir ergebenst anzuzeigen, daß Samstag, als am Vorabend, Harmonie-, so wie Sonntag und Montag gutbesetzte Tanzmusik stattfindet. Hiezu bitte um zahlreichen Besuch ergebenst. Noch erlaube ich mir zu bemerken, daß am Sonntag früh für guten Kaffee und Hefenküchlein bestens gesorgt ist. Entree 30 kr.

Kellermann.

(Anzeige) Eine Partie Backsteinkäse habe erhalten, und werde solche à 12 kr. das Pfund abgeben.

Eberhardt, innere Laufergasse Nro. 799.

Haus-Verkauf.

In der Vorstadt Gostenhof, in der Nähe der Nürnberg-Fürther-Eisenbahn, ist ein ganz massives, vor einigen Jahren gebautes Haus mit einem Garten billig zu verkaufen. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches Kleider machen kann und in weiblichen Arbeiten wohlerfahren ist, sich auch gerne jeder Handarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen.

Empfehlung.

Der Unterzeichnete hat so eben wieder eine Sendung sehr schöner **Aale** erhalten, und empfiehlt solche zu aussergewöhnlich billigen Preisen zu gefälliger Abnahme bestens.

Mich. Engelbrecht, Grünfischermeister.
Neuegasse S. Nro 1076

(Gesuch.) Ein lediger Mann, der eigenes Bett hat, sucht ein hübsch möblirtes freundliches Logis auf der Lorenzer Seite unter Chiffre R. P.

(Gesuch) Eine Dame sucht eine kleine Wohnung, wo möglich bei einer Familie, zu miethen.

(Gesuch) Eine Köchin, die sich auch jeder andern Arbeit unterzieht, wünscht sogleich oder nächstes Ziel in Dienst zu treten.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 410 u. 17 ist die erste Etage, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Kammern, Küche, Boden, Waschhaus, Waßer im Haus, mit versperrtem Vorplatz am Ziel Laurenzi zu vermiethen

---

(Zu vermiethen.) In der Rathhausstraße Nr. 884 ist vom 1. Juli an ein möblirtes Zimmer nebst Alkov zu vermiethen, auch wird Kost und Bedienung gegeben.

Arena.

Freitag den 23 Juni. Große ausserordentliche Vorstellung der Gladiatoren aus Wien, unter Leitung des Herrn Czolik in 3 Abtheilungen. Dazu: „Das Urbild des Tuberl." Lustspiel in 1 Akt von Friedrich.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. Juni 1848. № 176. Samstag: Joh. Täuf.

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement für die Mittelfränkische Zeitung. Wir laden deshalb das verehrliche Publikum zur Theilnahme mit dem Bemerken ein, daß unser Blatt auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts sich den freisinnigsten Bewegungen stets anschließen und über die Ereignisse der Zeit täglich ein klares Bild entwerfen wird. Die umgeänderten Postverhältnisse erlauben es, das Blatt im ganzen Königreich für fl. 1. 45 kr. *vierteljährig*, wozu in Loco noch 3 kr. Austrägerlohn kommen, an die Abonnenten liefern zu können. Der zu regulirenden Auflage wegen ersuchen wir das verehrliche Publikum, die Bestellungen rechtzeitig zu machen, und erwähnen für Auswärtige noch besonders, daß dieselben bei den ihnen zunächst gelegenen Postämtern, nicht aber bei der Expedition dieses Blattes abonniren wollen.

Ein Brief Heckers.

Folgenden energischen Brief hat Friedrich Hecker an das deutsche Parlament gerichtet:

Ein verzerrteres Bild vollständiger Rathlosigkeit und planlosen Umhertappens, als Teutschland gegenwärtig darbietet, kann es nicht geben, und dennoch liegen so gewaltige Kräfte offen zur Hand, um unser Volk zu einem furchtbaren Volkskörper zu gestalten; aber Niemand wagt es, die deutsche Revolution mit den Mitteln der Revolution zur Gestaltung zu bringen; nutzlos lodert die energische Volkskraft in einzelnen Demonstrationen auf; die Partei, welche sich anmaßt, die Majorität zu vertreten, führt Land und Volk dem Verderben, führt sie einer polnischen Theilung zu. Diese feigen Doktrinärs haben es bereits so weit gebracht, daß Teutschland an den freien Völkern keinen Freund hat, daß es verachtet zu werden beginnt, während Russen und Skandinavier, im geheimen festen Bunde mit den Fürsten, lauernd an den Thoren stehen, um heute oder morgen über das planmäßig in Agonie gehaltene Volk herzufallen und einen racheschnaubenden Despotismus einzusetzen. — Beleuchten wir nun diejenigen, welche das Siechthum der Nationen bewußt oder unbewußt sich als Aufgabe gesetzt haben, jene Partei, welche die Republikaner Anarchisten und Raubgesindel heißt, sich aber als den Ausdruck des Volkswillens proklamirt. Es ist jene Partei, welche in der Presse die deutsche Zeitung, in der Nationalversammlung die Majorität, im Volke den wackeligen Sitz des „Fortschritts auf gesetzlichem Wege" eingenommen hat. Ihre Rath- und Thatlosigkeit spricht sich nirgends klarer aus, als in ihrem Organe, der deutschen Zeitung, weil dort alle ihre Wasserrinnen zusammenlaufen. Durch alle ihre jüngsten Nummern geht nichts als ein Greinen, Lamentiren, untermischt mit Fluchen und Schimpfen, aber nicht *ein* energischer, das Volk in Mark und Bein packender Vorschlag, dem es zujauchzt, weil er ihm eine rettende That in Aussicht stellt, es zur Handlung, zur Rettung seiner selbst erhebt. Jene Partei legt uns ganz klar auseinander, daß ein verrätherischer Fürstenbund, den halbasiatischen Russen an der Spitze, bestehe, und will mit *Fürsten auf dem Wege der Unterhandlung* einen Volksstaat schaffen. Sie weiß es, daß in London eine Verschwörung gegen das Volk brütet, in welcher der Prinz von Preußen, Metternich, Guizot, die Gesandten von Rußland, Neapel, Bayern, Hannover und andere das Gift des Volkstodes kochen, und Robert Peel in charmanten Besuchen empfangen oder angehen, und sie liebäugelt und streichelt die Monarchie und geht über die Mainzer Blutscenen zur Tagesordnung, um Preußen und das preußische Gouvernement mit seinem Prinzen von Preußen nicht zu kränken; sie ist an jenes Preussen verschrieben, welches sich ausserhalb des *Volkes in Preußen und Teutschland* stellte, welches wieder dieselbe Rolle gegen das teutsche Volk spielt, die es spielte vom Basler Separatfrieden bis zur Schlacht bei Jena. — *Sie will mit den Fürsten unterhandeln.* Wie ein heulender Polizist denuncirt sie heute die republikanische Presse, die demokratischen Vereins- und Massebestrebungen, morgen den Soldatenungehorsam; heute will sie Volksbewaffnung, morgen heißt sie es gut, daß die Mainzer Bürgerschaft entwaffnet bleibe; bald preist sie das Kleinod der freien Presse, und kurz hinterher wüthet sie gegen die radikal-republikanischen Blätter und sanctionirt in Mainz die Censur — *denn sie will noch mit den Fürsten unterhandeln.* Heute beruft sich jene Partei auf die Majestät und Herrlichkeit des souveränen Volkes und morgen bespricht sie allen Ernstes die Frage, ob ein Mann in der Nationalversammlung den Zutritt habe, welcher trotz der Anklage, er habe die Fürstenherrschaft zerbrochen und das souveräne Volk als Quell aller Macht und allen Rechtes anerkennen wollen, von eben dem souveränen Volk zum Repräsentanten gewählt worden sey. Sie erkennt das Wahlvolk als alleinigen Herrn und Meister und will ihm verbieten, Einen zu wählen, welcher der Monarchie den ehrlichen Krieg mit den Waffen erklärt, — *sie unterhandelt mit den Fürsten.* Sie spricht begeistert von den Barrikaden Wiens und Berlins, dem über das Königthum siegenden Volke und bewirft mit Geifer, Schmutz und Verläumdung die besiegten Republikaner — *denn sie will noch mit den Fürsten unterhandeln.* — Sie hat das berüchtigte Bundespromemoria vom 4. Mai 1848 angehört, welches das souveräne Volk verläugnet, sie hat die österreichische Protestation vernommen, welche die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht anerkennt, sie hat die bayerische Erklärung vernommen, welche dasselbe ausdrückt, sie hat die preußische und österreichische Erklärung im nämlichen Sinne wohl verstanden — *und sie will noch mit den Fürsten unterhandeln!* Heute ruft sie die Regierungen (d. h. die monarchische Gewalt, soweit sie noch besteht) gegen die energischen Revolutionärs an und morgen weist sie nach, daß hinter dem Rücken des Volkes, ja sogar mancher Minister, die scheußlichsten Racheplane gegen das Volk und zu seiner Vernichtung geschmiedet werden. Sie muß es wissen, daß in einer der letzten Bundestags-Zusammenkünfte der hannover'sche Gesandte erklärte, daß seine Regierung das zehnte Armee-Corps, trotz des an sie ergangenen Bundesbeschlusses, nicht werde zum Kriege gegen Dänemark stellen, und daß die bundestägliche Leiche sogar hierüber in Gährung gerieth und der österreichische Gesandte Schmerling in höchster Wuth ausrief: „Wenn es so geht, dann sind wir für nichts da und können auseinander gehen!" — *und sie will mit den Fürsten unterhandeln.* Und ihr in Frankfurt Versammelten, wißt ihr, faßt ihr die Hohheit und Allmacht des Ausdrucks, der euch gebietet, *im Namen des souveränen Volks aufzutreten?* Wißt ihr, was es heißt, der Vertreter von *Fünfzigtausend* zu seyn? Begreift ihr, was es heißt, „im Namen des souveränen, des mächtigen, unverantwortlichen, gewaltigen Volkes von vierzig Millionen!" zu sprechen und in seinem Namen kraft aller der in ihm liegenden Kraftfülle, Hoheit, Tapferkeit und Energie handeln zu sollen? Volksrepräsentanten, begreift ihr, daß ein Volk nicht zu **unterhandeln** *braucht*, wo es **handeln** *muß*? Volksrepräsentanten zu Frankfurt a. M., zerreißt das Papier der Unterhandlung mit der Monarchie und werdet selbst die lebendige Volksthat! Rufet dem Volke, das euch gesendet hat, zu: Hannibal steht vor den Thoren! — ruft ihm zu, daß es gilt um Volk oder Knecht. Erhebt euch, Bürger-Repräsentanten, zu dem Stolze und der Vollkraft, die in Jedem wohnen muß, der reden und handeln soll für Fünfzigtausend, für vierzig Millionen! Sprecht es aus, das große Wort: *Teutsche Republik! Teutscher Volksstaat!* Erkennt an das Recht auf Selbstherrlichkeit und Selbstständigkeit Italiens, und ihr gewinnt aus einem Feinde einen Freund und Bundesgenossen; erkennt sie an die Selbstberechtigung des Ungarn und reicht ihm die Bruderhand; erkennt an die Selbstgestaltung der Regierungsweise für den Böhmen und reicht ihm die Bruderhand zum Föderativ-Staat, tretet als Freunde zu den altfreien Eidgenossen und in den Freundesbund zu der jungen Republik Frankreichs und dem fruchtbaren Felsen im Meere, der nordamerikanischen Union. Schließt, Volksrepräsentanten, den großen Bund freier Völker! Ihr schafft euch Feinde von den Flanken und schafft euch Freunde daselbst. Versammelt, Bürger-Repräsentanten, zwölf Heerführer des teutschen Heeres und beeidigt sie vor euern Schranken, Angesichts des ganzen Wahlvolks, „im Namen des souveränen Volks," daß sie nach seinen Beschlüssen handeln und vollziehen; stellt auf eine Ost-Armee und eine Nord-Armee, erlaßt ein Aufgebot an die Jugend Teutschlands, daß sie euch freiwillig zur Seite stehe als junges Heer der Begeisterung und der Kraft! Sprecht aus, Bürger-Repräsentanten, die Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers, und stellt sie unter den Schutz teutscher Nation. Hebt auf ohne Entgelt das Unrecht von Jahrhunderten, die Zehnten, oder das Kapital, was dafür bezahlt werden soll, die Zinsen und Beeten und Gülten, Robotte und Frohnden; entlastet die teutsche Nation von dem Drucke der Stegreif- und Leibeigenschaftszeit. Schafft ab Adel und Vorrechte, erklärt die Domänen für Nationalgut und verwendet einen Theil zur Unterstützung der Gewerbe und des Handels. Ernennt, Bürger-Repräsentanten, die Nation zur Vollstreckerin ihres Willens, stellt eure Dekrete unter den Schutz und Vollzug der Nation. Und habt ihr in der Mehrzahl nicht den Muth und die Kraft, nicht die Entschlossenheit, das Schiff zu steuern durch den Sturm, so legt euer Mandat nieder in die Hände kühnerer Männer, oder du, gedrücktes Volk, das hinsiechen soll in Reden und Thatlosigkeit, rufe du ihnen zu, ihre Vollmacht zurückzugeben in deine Hand, damit du Männer senden könnest, die nicht *unterhandeln* mit den Fürsten, sondern *handeln* in deinem Namen, *im Namen des souveränen Volkes!*

Deutschland.

Bayern. (München, 22. Juni.) Dem Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten ist nachstehender Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der Schwurgerichte von der Regierung vorgelegt worden. — Se. Maj. der König haben zum Zwecke der einstweiligen Einführung der Schwurgerichte in den sieben Kreisen diesseits des Rheins, nach Vernehmen Allerhöchst Ihres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung der hiezu durch das Gesetz vom 12. Mai d. J. (Gesetzblatt Nr. 6) ermächtigten ständischen Ausschüsse beschlossen und verordnen: Erste Abtheilung. Von der Fertigung und Ergänzung der Geschwornen-Liste. Art. 1. Zu den Verrichtungen eines Geschwornen konnen, vorbehaltlich der in Art. 2 festgesetzten Ausnahmen, alle Staatsbürger berufen werden, welche entweder 1) das Amt eines Bürgermeisters, Magistratsraths oder Gemeindevorstehers bekleiden, oder in den letzten zwölf Jahren bekleidet haben, oder 2) auf einer deutschen Hochschule den Doktorgrad erlangt haben, oder auf dem Grunde einer am Schlusse der Universitäts-Studien bestandenen Prüfung für befähigt zum Eintritt in die Praxis erklärt worden sind; oder 3) jährlich an direkten Steuern einen Gesammtbetrag von wenig-

stens zwanzig Gulden entrichten. Art. 2. Geschworne können nicht seyn: 1) Sämmtliche in Diensteßaktivität stehende besoldete Staatsbeamte und Militärpersonen. 2) Alle Individuen, welche ein geistliches Amt bekleiden, oder geistliche Funktionen verrichten. 3) Die Advokaten an dem Bezirksgerichte, an dessen Sitze die Assisen gehalten werden. 4) Personen, welche das dreißigste Jahr noch nicht zurückgelegt haben. 5) Personen, welche wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen außer Stande sind, den Pflichten eines Geschwornen nachzukommen. Endlich 6) Alle diejenigen, welche wegen eines Verbrechens oder wegen Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden sind. Art. 3. Die Verrichtung eines Geschwornen kann wegen sechzigjährigen Alters für immer abgelehnt werden. Art. 4. Für jede Gemeinde soll eine Liste der in derselben wohnhaften, zu den Verrichtungen eines Geschwornen befähigten Individuen, und zwar in den Städten und größeren Märkten vom Bürgermeister unter Zuziehung zweier Magistratsräthe, in den Landgemeinden vom Ortsvorsteher unter Zuziehung zweier Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses angefertigt werden. Diese Liste (Urliste) ist während vierzehn Tagen im Gemeindehause zu Jedermanns Einsicht aufzulegen oder anzuheften, und, daß dieses geschehen sey, ist öffentlich bekannt zu machen. Art 5. Jedes Gemeindemitglied ist berechtigt, innerhalb des im vorher gehenden Artikel bezeichneten Zeitraumes gegen die aufgelegte oder angeheftete Liste wegen Uebergehung befähigter oder Eintragung unbefähigter Individuen Einsprache zu erheben, worüber sodann in voller Versammlung des Magistrats oder Gemeindeausschusses entschieden wird. Gegen diese Entscheidung steht den Betheiligten das Recht der Beschwerde, und zwar in den Städten, welche der Kreisregierung unmittelbar untergeben sind, an diese, in den übrigen Gemeinden an die betreffende Distriktspolizei-Behörde zu. Die Beschwerde ist binnen acht Tagen, vom Tage der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, ein- und auszuführen, und sodann von der zuständigen Behörde in kürzester Frist zu erledigen. Art. 6. Mindestens vier Wochen vor Zusammentritt des Landraths müssen sämmtliche Urlisten jedes Distriktspolizeibezirks an den betreffenden Amtsvorstand eingesendet werden. Dieser beruft sofort 1) vier Gemeinde-Vorstände der bevölkertsten Stadt- und Landgemeinden des Bezirks, dann 2) fünf von denjenigen Wahlmännern, welche bei der im Monate Mai gegenwärtigen Jahres vorgenommenen Wahl von Abgeordneten zur Volks-Vertretung bei dem deutschen Bunde die meisten Stimmen in ihren Wahlbezirken erhalten haben, damit dieselben unter seiner Leitung aus den Urlisten diejenigen Personen auswählen, welche wegen erprobter Einsicht und Ehrenhaftigkeit der Gesinnung zu dem Amte von Geschwornen am geeignetsten erscheinen. Die Wahl geschieht in der Weise, daß für je 500 Einwohner des Distrikts-Polizei-Bezirks ein Geschworner ausgewählt wird. Ergibt sich bei dieser Berechnung eine Bruchzahl über die Hälfte, so wird ein Geschworner mehr genommen; geringere Bruchzahlen werden dagegen außer Anschlag gelassen.

Art. 7. In den Städten, welche der Kreisregierung unmittelbar untergeordnet sind, wird die Urliste an den Stadtkommissär, in der Haupt- und Residenzstadt München an den Polizei-Direktor eingesendet, welche Beamten die Wahl nach den, im vorhergehenden Art. 6 gegebenen Vorschriften vorzunehmen haben. Statt der in Nr. 1 dieses Artikels bezeichneten Personen sind jedoch ein Bürgermeister und drei Gemeinde-Bevollmächtigte zuzuziehen. Auch ist in solchen Städten für je 250 Einwohner ein Geschworner auszuwählen. Art. 8. Aus den in jedem Distrikts-Polizei- oder Stadt-Bezirke Gewählten wird eine Liste gebildet, und an den Präsidenten der Kreisregierung eingesendet, welcher nunmehr aus den verschiedenen Bezirkslisten die Kreisliste anfertigen läßt. Demselben steht hiebei die Befugniß zu, auch noch solche Personen aus den Urlisten, welche nicht aus den in Art. 6 und 7 bezeichneten Wahlen hervorgegangen sind, auf die Kreisliste zu setzen. Die Zahl dieser Personen darf jedoch in keinem Fall den zehnten Theil der Gewählten überschreiten. Art. 9. Vierzehn Tage vor Zusammentritt des Landraths ist die Kreisliste jedem einzelnen Mitgliede desselben zuzustellen. Der versammelte Landrath hat sodann die Zahl der auf derselben befindlichen Personen auf die Hälfte, jedoch in keinem Falle unter 600 Namen, herabzusetzen. Art. 10. Bei der im vorhergehenden Artikel angeordneten Reduktion hat der Landrath sorgfältig darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht nur intelligente und durchaus unbescholtene Männer, sondern auch, daß wo möglich Befähigte aus allen Gegenden des Kreises, und daß insbesondere Befähigte aus solchen Orten, wo die Assisen-Sitzungen gehalten werden, in angemessener Anzahl der Liste einverleibt werden. Mitglieder des Landraths selbst dürfen nicht auf der Liste stehen.

Art. 11. Aus den auf solche Weise vom Landrathe ausgewählten Personen bildet sich die Hauptliste der bei den Assisensitzungen zu verwendenden Geschwornen, und die Abgänge, welche sich auf derselben durch Todesfälle, Verlust der zum Amte eines Geschwornen erforderlichen Eigenschaften, oder in Folge der in Art. 25 enthaltenen Bestimmung ergeben, werden in nachstehender Weise ergänzt. Art. 12. In jeder Gemeinde werden jährlich, am Anfange des Monats März, auf die im Art. 4 bezeichnete Art diejenigen Personen auf der früheren Urliste gestrichen, welche während des abgewichenen Jahres mit Tod abgegangen sind, oder die zum Geschwornenamte erforderliche Befähigung verloren haben. In gleicher Weise sind diejenigen, welche während des Jahres diese Befähigung erst erlangt haben, der Liste hinzuzusetzen. Die Bestimmungen über Bekanntmachung der Urlisten, über Anbringung und Verbescheidung von Einsprüchen, sowie über die Einsendung der Listen an die in Art. 6 und 7 genannten Beamten finden auch hieher Anwendung. Art. 13. Nachdem diesen Beamten zuvor vom Regierungs-Präsidenten das Verzeichniß derjenigen Personen ihres Distriktspolizei- oder Stadt-Bezirkes zugefertigt worden ist, welche auf der Hauptliste eingetragen sind, sowie derjenigen, welche wegen bereits geleisteten Dienstes für das nächste Jahr nicht wieder auf dieselbe gesetzt werden dürfen (Art. 25) schreiten dieselben nach Maßgabe der in Art. 6 und 7 enthaltenen Vorschriften zu einer neuen Auswahl, wobei jedoch 1) statt der im Art. 6 No. 2 bezeichneten Wahlmänner fünf von denjenigen Wahlmännern zu berufen sind, welche bei der vorausgegangenen Wahl der Landtagsabgeordneten die meisten Stimmen in ihren Wahlbezirken erhalten haben; 2) in den Distriktspolizeibezirken nur für je 2000 und in den der Kreisregierung unmittelbar untergebenen Städten für je 1000 Einwohner ein Geschworner gewählt wird. Art. 14. Die in den Art. 6 bezüglich der Bruchzahlen enthaltene Bestimmung kommt auch bei den in Gemäßheit des vorhergehenden Art. 13 vorzunehmenden Wahlen zur Anwendung. Die Auswahl kann sowohl die erst neuerdings wählbar gewordenen, als auch die früher schon gewählten aber vom Landrathe der Hauptliste nicht einverleibten Staatsbürger treffen.

Art. 15. Die Befugniß des Regierungs-Präsidenten, bei Anfertigung der Kreisliste auch noch andere Personen, als die in den Distrikts-Polizei- und Stadt-Bezirken gewählten, als Geschworne in Vorschlag zu bringen, findet auch bei der jährlichen Ergänzung der Hauptliste, jedoch nur unter der im Art. 8 bezeichneten Beschränkung, Anwendung. Art. 16. Dem versammelten Landrathe wird nach vorgängiger Zustellung die Kreisliste an die einzelnen Mitglieder — (Art. 9) — das Verzeichniß der unterdessen abgängig gewordenen Geschwornen der früheren Hauptliste mitgetheilt, und dieser ergänzt sofort dieselbe durch Hinzusetzung der dem Abgange entsprechenden Anzahl neuer Geschwornen. Zweite Abtheilung. Von der Zusammenberufung und Bildung des Schwurgerichts. Art. 17. Wenigstens 14 Tage vor Eröffnung der Assisen-Sitzungen hat der Regierungs-Präsident die vom Landrathe angefertigte Hauptliste dem Präsidenten des Appellationsgerichts mitzutheilen. Von diesem werden sodann in Gegenwart von 4 Mitgliedern des Gerichtshofes und unter Zuziehung des Staatsanwaltes aus den in eine Urne zu legenden Namen sämmtlicher auf die Hauptliste gesetzten Staatsbürger für die bevorstehenden Sitzungen fünfundvierzig hervorgezogen. Art. 18. In gleicher Weise findet nach Beendigung der allgemeinen Ziehung eine besondere Ziehung zur Bestimmung von neun Ersatzgeschwornen statt. Hierbei sind nur die Namen der an dem Orte, wo die Assisen abgehalten werden, wohnhaften, auf der Hauptliste stehenden Staatsbürger in die Urne zu legen. Art. 19. Das Verzeichniß sämmtlicher gezogener Geschworner ist in kürzester Frist dem ernannten Assisenpräsidenten mitzutheilen, und dieser ist verpflichtet, binnen 24 Stunden die 45 Namen auf 30, die 9 auf 6 herabzusetzen. Art. 20. Das auf solche Weise bereinigte Verzeichniß ist ohne Verzug an den Regierungs-Präsidenten einzusenden und durch diesen jedem einzelnen Geschwornen von seiner Berufung und dem Tage und Orte, wo er zu erscheinen hat, durch eine schriftliche Ausfertigung unter ausdrücklicher Bemerkung der auf das Ausbleiben gesetzten Strafen (Art. 22) Nachricht zu geben. Die Zustellung der Ausfertigung ist wenigstens 8 Tage vor dem zur Eröffnung der Sitzungen bestimmten Tage durch die geeignete Behörde entweder an den Betheiligten in Person oder in dessen Abwesenheit an die in seiner Wohnung befindlichen Familienglieder oder Diener, oder endlich, wenn in der Wohnung Niemand zu finden ist, an den Gemeindevorsteher zu bewerkstelligen, welcher sodann verpflichtet ist, die ihm übergebene Ausfertigung ohne Aufschub an den Betheiligten gelangen zu lassen. Die Zustellung ist zu bescheinigen und die Bescheinigung sogleich dem Regierungs-Präsidenten einzusenden.

Art. 21. Wenn an dem zur Eröffnung der Sitzung bestimmten Tage von den vorgeladenen Geschwornen nicht wenigstens 24 erscheinen, so haben für die abgängigen sofort die nach Art. 18 bestimmten Ersatz-Geschwornen und zwar nach der unter diesen durch die Ziehung geordneten Reihenfolge einzutreten. Art. 22. Jeder Geschworne, welcher auf die ihm zugestellte Ladung weder erschienen ist, noch sein Ausbleiben auf zulängliche Weise entschuldiget hat, verfällt in eine Geldstrafe von Einhundert Gulden. Bei dem 2. Rückfall tritt nebst doppelter Geldstrafe der Verlust der Fähigkeit zur Ausübung der Verrichtung eines Geschwornen ein, das Urtheil ist durch das Amtsblatt des Kreises auf Kosten des Straffälligen bekannt zu machen und dessen Name in der Hauptliste der Geschwornen zu streichen. Art. 23. Gleicher Bestrafung unterliegt jeder Geschworne, der zwar auf die ergangene Ladung erschienen ist, aber vor dem Schlusse der Assise sich ohne eine als gültig anerkannte Entschuldigung wieder entfernt hat.

(Schluß, siehe Beilage.)

(München, den 21. Juni.) Die durch die Ernennung des Regierungs- und Kreisbaurathes Pauli zum Vorstand der Eisenbahnbaukommission in Erledigung gekommene Regierungs- und Kreisbaurathsstelle bei der Regierung von Mittelfranken erhielt der Kreisingenieur von Speyer und bisherige funktionirende Kreisbaurath bei der Regierung von Mittelfranken, Franz Forthuber. (A. A. Z.)

†* (Nürnberg, den 23. Juni.) Soeben ($11\frac{1}{2}$ Uhr) marschirte eine Abtheilung des hier liegenden 4ten Regiments mit Sack und Pack in die Gegend von Lauf in Eilmarsch ab, weil angeblich dort ein Bauerncrawall ausgebrochen ist.

(Augsburg.) Wir hoffen, daß die kaiserlich österreichische Regierung und die österreichische Nationalbank bald eine Einrichtung treffen und bekannt machen werden, nach welcher die Coupons der Bankaktien ohne bedeutenden Verlust, der jetzt droht, für Bayern baar ausgezahlt werden. Wenn Einigkeit in Deutschland bestehen, wenn ein deutscher Staat dem andern helfen soll, dann muß man nicht absichtlich die Freunde in großen Schaden bringen. In Augsburg könnten zu dieser Auszahlung Bankhäuser benutzt werden. (A. A. Z.)

Baden. (Aus dem Badischen, den 19. Juni.) Wie ich eben erfahre, soll auch unsere Regierung, gleich mehreren anderen beschlossen haben, ihre Gesandten an den auswärtigen Höfen abzuberufen. Frkft. O.-P.-Z.

Aus dem Wiesenthal vom 19. Juni schreibt die K. Z.: Heute wurden in Lörrach einige Freischärler aus dem Gefängniß durch Kriegslist befreit. Ein Trupp Leute gab vor, einen Arrestanten zu bringen, drang so in das Gefängniß und holte die Betreffenden.

Freie Städte. (Frankfurt, 21. Jun.) 65. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 20. Jun (Vormittags 8 Uhr). Eine Zuschrift des internationalen Ausschusses der Nationalversammlung, worin Aufschluß über Aufhebung des auf dänische Schiffe gelegten Embargo und über angebliche Separatverhandlungen einzelner deutschen Staaten mit Dänemark verlangt wurde, wird den Ausschüssen für die Embargofrage und für politische Gegenstände zur Berichterstattung zugewiesen. Eine Mittheilung der Nationalversammlung in Betreff der gewünschten Porto- und stempelfreien Beförderung der stenographischen Berichte durch ganz Deutschland wird den Gesandten derjenigen Staaten, in welchen diesem Wunsche nicht bereits entsprochen ist, zur Berücksichtigung empfohlen. Der kaiserlich österreichische Bundespräsidialgesandte gibt Nachricht von den unterm 8. Juni durch die beiden Admirale der sardinischen und venetianischen Schiffsdivisionen verfügten Blokadeerklärung von Triest. Es wird beschlossen, hierüber unverweilt das Gutachten des politischen Ausschusses einzuziehen. Der Bundespräsidialgesandte bringt die neuesten Ereignisse in Prag und den blutigen Zusammenstoß der daselbst sich gegenüberstehenden Parteien zur Sprache und glaubt, ohne übrigens irgend eine Aufforderung von seiner Regierung erhalten zu haben, daß die benachbarten Regierungen von Preussen, Bayern und Sachsen veranlaßt werden sollten,

zur Unterstützung der gefährdeten deutschen Interessen, sobald ihre Hülfe von der Landesbehörde angerufen werden sollte, den bundesgesetzlichen Schutz der Person und des Eigenthums zu leisten. Die Bundesversammlung erkennt dieses Verlangen als begründet und die betreffenden Gesandten übernehmen es, ihre Regierungen hievon aufs schleunigste zu benachrichtigen, indem sie zum voraus deren vollste Bereitwilligkeit zur Erfüllung ihrer Bundespflichten zusichern zu können glauben. Der Gesandte von Bayern legt das Verzeichniß der zur konstituirenden Nationalversammlung gewählten Abgeordneten vor, und die Gesandten der herzoglich sächsischen Häuser, der Herzogthümer Braunschweig und Nassau, und der freien Städte Lübeck und Frankfurt, die eingeforderte periodische Uebersicht der streitbaren Bundescontingente.

[Berichtigung des Berichts über die 64. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 17. Juni.] Bei Erwähnung der zwischen einzelnen norddeutschen Staaten und Dänemark fortdauernden Verkehrsverhältnisse hätte statt Hamburg — Altona als diejenige Stadt, wo angeblich die Befrachtung eines dänischen Schiffs stattgefunden, genannt werden sollen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 21. Juni, Mittags 2½ Uhr.) In der heutigen 20. Sitzung der Nationalversammlung wurde von Beisler aus München Namens des Ausschusses für die slavische Frage bezüglich der Prager Ereignisse Bericht erstattet. Der Antrag geht dahin, daß die Nationalversammlung erkläre, daß durch die vom Bund ergriffenen Maßregeln das Nöthige vorgekehrt sei, und daß die Nationalversammlung der österreichischen Regierung ihre Unterstützung zusichere. Es wurde hierauf die Diskussion uber Errichtung der Executivgewalt fortgesetzt. Degenkolb sprach für einen eigenen Antrag, daß nemlich der Präsident von der Nationalversammlung ernannt, von den Regierungen binnen festgesetzter Frist bestätiget werde. Jordan von Berlin für den Blum'schen Antrag, v. Flottwell für den Ausschußantrag, v. Lindenau schlägt vor, das Directorium zu bilden, 1) aus drei Männern, welche Oesterreich, Preussen und die übrigen Regierungen ernennen; 2) aus drei von und aus der Nationalversammlung gewählten Personen; 3) aus einem von der Nationalversammlung zum Präsidenten zu wählenden, nicht souveränen Mitgliede eines deutschen Fürstenhauses. Diese 7 Personen sind der Nationalversammlung solidarisch verantwortlich und haben selbstständig zu handeln mit den vom Ausschusse beantragten Befugnissen. Eisenstuck für den Blum'schen Antrag. v. Möhring aus Wien verlangt in einem eigenen Antrag, daß die drei Personen der Executivgewalt (Reichsstatthalterei) Fürsten seien. Schaffrath für den Blum'schen Antrag. Schoder von Württemberg für seinen (bereits mitgetheilten) Verbesserungsvorschlag. Beisler von München für den Ausschußantrag. Vincke verlangt, daß die Centralgewalt allein von den Regierungen gebildet werde. Claussen von Kiel sprach für den Schoder'schen Verbesserungsantrag; Auerswald aus Berlin für den Kommissionsantrag. Schluß der Sitzung Nachmittags 2¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen Nachmittag 4 Uhr. Fortsetzung der Diskussion über die Executivgewalt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Mainz, 20. Juni.) In der gestrigen Sitzung des demokratischen Vereins, welche von beiläufig 1000 Personen besucht war, spottete ein Redner darüber, daß die Abgeordneten zum deutschen Reichstage in Frankfurt von den Regierungen Taggelder beziehen. Die Abgeordneten erhalten Diäten, damit auch derjenige, der nicht das Glück hat, mit zeitlichen Gütern gesegnet zu sein, sich in der Mögl chkeit befindet, seine Mitbürger auf dem deutschen Reichtage vertreten zu können, während sonst nur Reiche die Funktion eines Abgeordneten auszuüben berufen sein würden. Am Schlusse der bis gegen 11 Uhr Nachts verlängerten Sitzung wurde eine Protestation resp. Reservation an das Parlament verlesen, worin gesagt war, daß, wenn die hohe Versammlung sich nicht veranlaßt finden sollte, dem Verlangen der demokratischen Partei zu ent prechen, man gegen die Beschlüsse derselben protestire und daß alsdann die Bürger von Mainz ihren Abgeordneten vom Parlamente abberufen wurden. Auf den Beschluß, daß diese Reservation von allen Anwesenden unterzeichnet werden solle, strömten dieselben in Masse zur Thüre hinaus, so daß man diese zu schließen sich veranlaßt fand, was indessen von dem Vorsitzenden mit vollem Rechte als ein Eingriff in die persönliche Freiheit bezeichnet wurde. Nach wieder geöffneter Thüre entleerte sich der Saal mit großer Schnelligkeit, so daß nur äußerst wenige Unterzeichner zurückblieben. (Frkf. O.-P.-Z.)

Nassau. (Höchst a M., 20. Juni.) Am nächsten Sonntag, den 25. d. M., Nachmittags 3 Uhr, wird hier eine Volksversammlung gehalten, wozu sich Freunde des Volkes aus der Nähe und Ferne einfinden wollen. Als R dner werden Mitglieder der linken Seite der konstituirenden Nationalversammlung und andere Volksmänner auftreten. Gegenstand der Besprechung wird die politische und sociale Lage des Vaterlandes sein. (Fr. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 18. Jun.) Trotz der eingeleiteten Friedensverhandlungen werden die Truppensendungen nach Italien fortgesetzt. Vorgestern ist das dritte Bataillon von Deutschmeister Infanterie von Korneuburg dahin abgegangen, und das polnische 13te Infanterieregiment „Herzog von Nassau" ist aus Mähren hier eingetroffen. Es wird Montag und Dienstag mittelst der Eisenbahn nach Italien abgehen. Auch von dem hier garnisonirenden Infanterieregiment Prinz Emil soll ein Bataillon, sowie auch ein Jägerbataillon abgesendet werden. (A. A. Z.)

(Wien, den 19. Juni.) Die beiden Hofkommissäre, Feldmarschallieutenant Graf Mensdorff-Pouilly und Hofrath Kleczansky, sind von ihrer Mission nach Prag so eben zurückgekehrt, und ihr Bericht läßt nun das Benehmen des Feldmarschallieutenants Fürsten Windisch-Grätz gerechtfertigt erscheinen! Ja, wie man versichert, soll man es seinem besonnenen Auftreten zu verdanken haben, Böhmen vor einem blutigen Bürgerkriege gerettet zu haben. Auch hier wäre noch mancher Schleier zu lüften, denn daß der Fürst Windisch-Grätz selbst als Theilnehmer der provisorischen Regierung bekannt und genannt war, ist nur zu gewiß. Ob wir aber die Lösung dieses Räthsels je erfahren werden, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls bildet dies ein Seitenstück zu der croatischen Angelegenheit mit dem Banus Jellachich. (A. A. Z.)

(Prag, den 18. Juni.) Die verhängnißvolle Katastrophe ist vorüber; die tschechische Partei hat den lange schon vorhergesehenen Kampf wagen müssen, weil die geheimsten Fäden ihres Complottes der Regierung bekannt waren, und diese ihr zuvorkam. Der Kampf war furchtbar, er wäre es noch mehr gewesen wenn er nur wenige Tage später begonnen hätte. Die Summe der ganzen Bewegung, läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: der Slavencongreß ist mit Kanonen aufgelöst worden, und mußte sich überzeugen, daß in der böhmischen Bevölkerung keine Sympathien zu finden sind. (A. A. Z.)

Briefe aus Botzen vom 19. Juni melden von einem bedauerlichen Streite zwischen welsch-tirolischen Arbeitern und deusch-tirolischen Schützen. Die letztern — die von einem nahen Schießfeste gekommen waren — machten, vom Wein erhitzt, von ihren Waffen Gebrauch. Sieben Personen wurden getödtet, mehrere verwundet. Die Veranlassung war keine politische, aber der traurige Ausgang wird den politischen Haß neu aufstacheln. Morgen näheres. (A. A. Z.)

(Innsbruck, den 20. Juni.) Erzherzog Johann ist abgereist, das diplomatische Korps zerstreut sich; die meisten gehen nach Ischl, wohin der Hof wohl gleichfalls bald zu gehen gedenkt. Der Banus von Kroation reist heute ab. Man hofft, daß eine Verständigung mit den Magyaren zu Stande kommen werde. Fürst Esterhazy soll eine sehr dringende Note deßhalb an das Ministerium nach Pesth haben abgehen lassen. — Die Minister Doblhoff und Wessenberg folgen dem Erherzog Johann und empfingen heute die tyrolischen Stände, die ein Adresse des Landtags überreichten. (A. A. Z.)

(Triest, den 17. Juni.) Die feindlichen Schiffe liegen fortwährend auf der Höhe von Pirano und halten unsern Hafen streng blokirt, in welchem jetzt meistens nur fremde Schiffe liegen, für welche die Blokade erst am 15. Juli beginnt. Die österr. haben sich fast durchgehends meistens nach andern Häfen des Quarnero, Dalmatiens und des ungar. Küstenlandes zurückgezogen. Unsere Seekommunikation mit den inländischen Häfen ist also nun so gut wie abgeschnitten, und wer da weiß, wie sehr der Wohlstand Istriens und Dalmatiens von dem Verkehr mit Triest abhängt, der kann sich einen Begriff von der Kalamität machen, welche die Störung desselben, wenn sie lange anhalten soll, über jene Provinzen bringen, und wie viele Verluste sie unserer Stadt herbeiführen muß, welche den Istrianern und Dalmatinern gewöhnlich bedeutende Vorschüsse macht. (A. A. Z.)

Italien.

† Der »Constitutionnel« bringt aus dem italienischen Generalquartier folgende wichtige Nachricht: »Am Nachmittage des 10. Juni hat der König Karl Albert im Hauptquartiere zu Garda den Akt unterzeichnet, welcher die Vereinigung (Union) der Lombardei mit dem Königreiche Sardinien ausspricht. Dieser Akt wurde ihm bis auf die Unterschrift fertig durch Hrn. Casati und zwei andere Glieder der Mailänder provisorischen Regierung überbracht. Die provisorische Regierung soll sofort ihr Amt einstellen. Sie wird durch eine Regentschaftskommission ersetzt, welche aus Piemontesen und Mailändern unter dem Vorsitz Kasati's besteht.«

Schweiz.

(Von der Schweizergränze, den 17. Juni.) So eben erfahre ich aus sicherer Quelle, daß das schon seit längerer Zeit umlaufende Gerücht, wornach die Eisenbahnarbeiten eingestellt werden sollten, sich leider bestätigt, indem das großherzoglich badische Staatsministerium auf den Antrag des Finanzministeriums den Beschluß gefaßt hat, „die Eisenbahnarbeiten bei Efringen sofort einzustellen.« Es wird somit einstweilen nicht weiter aufwärts gebaut werden. Auch soll beschlossen worden seyn, die Arbeiten, mit wenigen Ausnahmen, auch landabwärts für jetzt einzustellen, und sind dieser Tage bereits mehrere hundert Arbeiter entlassen worden. Die Folgen dieser Maßregeln können sehr bedenklich werden. — Die in unserer Nähe sich aufhaltenden Republikaner verhalten sich nichts weniger als ruhig, sondern sind vielmehr sehr thätig zur Erreichung ihres Zweckes. Aus dem Badischen geht uns die Nachricht zu, daß daselbst noch fortwährend Verhaftungen vorgenommen werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt a. M., den 20. Juni.) Auf die enthaltene Aufforderung der deutschen National-Buchdrucker-Versammlung zu Mainz an sämmtliche deutsche Zeitungsredaktionen, ihre Erklärungen abzugeben, »ob sie in der Folge an Tagen nach Sonn- und Festtagen ihre Blätter erscheinen lassen wollen oder nicht, damit an Sonn- und Festtagen das Arbeiten der in Zeitungen Beschäftigten aufhöre", — haben bis heute bei der unterzeichneten, mit der Empfangnahme jener Erklärungen beauftragten Redaktion folgende Redaktionen ihre Beitritts-Erklärungen eingesandt:

1) die Redaktion des »Schwäbischen Merkurs«,
2) die Redaktion des »Bonner Wochenblattes«,
3) die Redaktion und die Unternehmer der in Heidelberg erscheinenden »Deutschen Zeitung«,
4) die Redaktion der »Nassauischen Allg. Zeitung«,

alle jedoch nur in der sichern Voraussetzung des Beitritts der übrigen bedeutenderen Zeitungen Deutschlands. Ob bis zum ersten Juli schon eine allgemeine Vereinbarung in dieser Sache erzielt werden könne, wird von mehreren Seiten bezweifelt; jedenfalls aber könnte es vom ersten August an geschehen. Die Redaction des Schwäbischen Merkurs ist auch für den 1. Juli bereit, sobald bindende Zusage von den Stuttgart nächstliegenden Orten: Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe und Augsburg, sowie natürlich von Stuttgart selbst, gegeben seyn werde. Weiteren Beitrittserklärungen sehen wir entgegen.

Die Redaction des Frankf. Journals.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Der freiwillige „Wardenur" gibt uns in den »Fliegenden Blättern« eine Zeichnung verschiedener Freiwilliger mit deren Abzeichen und Uniformen, darunter auch Einen, welcher die Kokarde wie ein Hühneraugenpflaster trägt. Dazu könnte am Ende wohl Rath werden! Macht uns ja doch ein sp kulativer Mitbürger bereits den Vorschlag, solche künftig, (versteht sich von ihm verfertiget,) auf dem Bandoulier zu tragen. Wir sind der einfachen Meinung, daß bei einer Uniform nichts willkührlich seyn, sondern die vollste Gleichheit herrschen muß, wenn die Uniform ihren Namen verdienen, und schön seyn soll, und rathen daher unsern Kameraden der Land- und Stadtwehr, die sicherlich nicht ausbleibende Weisung zum Tragen der deutschen Kokarde abzuwarten, welche zugleich die Vorschrift bringen wird, wie, oder besser, wo beide befreundete Kokarden anzubringen sind.

Anzeigen.

Erwiederung

auf den in Nro. 175 d. Bl. vom Magistrat der Stadt Nürnberg als Polizei-Senat veröffentlichten Aufsatz das schwarze Brod betr.

Das Bäckergewerbe sieht sich veranlaßt, gegen diesen Aufsatz Folgendes zu seiner Rechtfertigung dem verehrlichen Publikum vor Augen zu legen: es gibt, heißt es darin, dreierlei Gewichtsgrößen u. s. w. Man kann aber auch noch eine vierte hinzufügen, welche 62½ Pfd. Kleie vom Korn entfernen läßt, wie dies in Nürnberg früher lange der Fall war, und nur bei diesem Verhältniß wird sich eine solche Qualität beim Brod erzielen lassen, wie es die Regensburger und andere Städter nahe und ferne genießen. Bei 62½ Pfd. Kleienabgang wird zwar der Sechskreuzerlaib um 5 Loth kleiner, allein dies wird das Publikum nicht beachten, da ja das Brod auch dadurch viel wohlschmeckender und nahrhafter wird. Daß das Probebrod, welches im vergangenen Spätherbst gebacken worden ist, mit 40 Pfd. Kleienabgang pr. Schäffel sich auch gut erwies, ist zwar richtig, allein, nie kann das hiesige Brod die Güte des Regensburger Brods erreichen, so lange nicht 62½ Pfd. Kleie aus dem Schäffel Getraide gezogen werden.

Bei dem Probebacken überhaupt kam aber auch der Fall vor, daß Herr Inspektor Martin, der durch langjährige Behandlung der Sache eine Praxis darin erlangt hat, doch nochmals backen lassen mußte, um zu einem richtigen Resultate zu gelangen, um wie viel mehr kann sichs bei einem andern Bäcker begeben, der nicht immer das gute Mehl besitzt und täglich 3 — 4mal schwarzes Brod bäckt, und dem auch zuweilen eine Hitze umschlägt, wodurch er also unnachsichtlich den Händen der Polizei verfällt.

Es ist richtig, der Bäcker hat Mustermehle im Hause, allein diese, und vorzugsweise die letzte Sorte des Weizenmehles, die sogenannten Bollen und das Kornmehl werden rauher und schlechter, weil auch die Muster in den Mühlen zu oft angefühlt werden, wobei der bessere Theil des Mehls an den Fingern hängen und die Kleie zurückbleibt. Der Müller hat nicht dafür zu sorgen, daß er dem Bäcker ein weißeres, besseres Mehl liefert, als seine Muster ihm vorschreiben, und demnach wird der Nutzen der Muster zu berechnen seyn. Auch kann sich der Bäcker eben so wenig als ein anderer Bürger dazu hergeben, einen Dennunzianten zu machen; die Mehlschau sollte besser gehandhabt werden als bisher, denn, wenn der Bäcker 12 oder mehr Säcke Kornmehl abwiegt, so wird größtentheils nur ein Sack aufgemacht und es kommt häufig vor, daß die Mehle schlecht gemischt werden und der Bäcker erst unter der Arbeit den leider oft zu großen Unterschied findet, es kommt bisweilen auch der Fall vor, daß das etwas schwärzere Mehl als das Muster für mustermäßig befunden wird, wo dann erst beim Verbacken der Unterschied doppelt ins Auge fällt.

Wenn man die Bäcker beschuldigt, sie gäben sich mit Beimischungen unerlaubter Mehlsorten ab, so können sie diese Beschuldigungen als unstatthaft von sich weisen, weil nach einer Verordnung vom Jahr 1847 weder in der Stadt noch in der Umgegend auf 4 Stunden weit kein schwarzes Nachmehl mehr erzeugt werden darf. Sollten aber Landmüller dennoch untarifsmäßiges Mehl in die Stadt gebracht haben, so ist daran lediglich die Mehlcontrole an den Thoren Schuld, welche strenge darauf angewiesen ist, nur qualitätmäßiges Mehl in die Stadt hereinzulassen.

Durch die beabsichtigte Veröffentlichung des Magistrats, welche diejenigen Bäcker nennt, welche besseres Brod backen, kann einfach deshalb nichts genützt werden, weil keiner in diesem Punkte für sich gut stehen kann, indem es sich erweisen ließe, daß gerade bei einem der Bekanntgegebenen an dem einen oder dem andern Tage nicht qualitätmäßiges Brod gefunden werden könnte. Auch ist es der Fall, daß z. B. bei Hochwasser und auch bei niederm Wasserstande, sowie bei großer Kälte der Bäcker, und nicht blos der Unbemittelte, bei dem dies das ganze Jahr der Fall sein dürfte, das Mehl von der Mühle weg verbacken muß, weil ihm ein steter Vorrath von Brod vorgeschrieben ist und er nicht mit dem Mehle, welches nicht ganz mustermäßig ist, der Zeitversäumniß wegen, zur Polizei laufen kann.

Alle Uebelstände aber werden nicht eher aufhören, bis die Nürnberger Bäcker nach ihrem Gutdünken und Bedarf mahlen können, wie dies in andern Städten der Fall ist.

Zum Schlusse sei noch gesagt, daß unmöglich jeder Bäcker das schöne gute Getreide haben kann, das zum Mustermahlen verwendet wird, denn kaum möchten in einer Schranne von 80 und 100 Parthien Getreide 40 zu finden sein, welche zu dem angegebenen Zwecke verwendbar sind.

Durch diese wahrheitsgetreuen Darlegungen, die das Bäckergewerbe dem Publikum gegenüber schuldig zu sein glaubt, wird hoffentlich die ganze Sache abgethan und das Gewerbe in allen Stücken gerechtfertigt sein.

Statuten
des Volks-Vereins zu Nürnberg.

1. Das deutsche Volk will frei und einig sein.

2. Daß dieser sein Wille Gesetz und That werden könne, dazu hat es seine Vertreter nach Frankfurt berufen und dieselben mit seiner ganzen Machtvollkommenheit ohne Rückhalt und Vorbehalt bekleidet.

3. Daher bekennt sich der Nürnberger Volksverein zu dem Grundsatz: daß alle Beschlüsse der Majorität dieser Nationalversammlung allgemein für das ganze deutsche Volk verbindlich sind.

4. Zweck des Vereins ist es, diesem Grundsatz nicht nur in seiner Mitte, sondern in möglichst weiten Kreisen volle Ueberzeugung und aufopferungsfähige Anerkennung zu verschaffen, damit der Volkswille gegen Reaktion wie gegen Anarchie ein Damm sei, und das Ansehen der Nationalversammlung nach allen Seiten hin immer mehr gefestiget werde.

5. Diesen Zweck wird er zu erreichen suchen durch folgende Mittel:

a. Durch Verbreitung politischer Bildung unter den Mitgliedern in wöchentlichen Versammlungen, in welchen Vorträge gehalten, Tagesfragen besprochen, zweckdienliche Schriften vorgelesen und erläutert werden. — Sollte die Zahl der Mitglieder so sehr wachsen, daß allgemeine Besprechungen minder zweckmäßig erscheinen, so würde der Verein sich in Kränzchen theilen und nur bei wichtigen Fragen zu einer allgemeinen Versammlung zusammentreten.

b. Durch Verbindung mit andern Vereinen, welche denselben Grundsatz anerkennen.

c. Durch Bestreben, ähnliche Vereine allenthalben in's Leben zu rufen.

d. Durch die Presse, so wie durch Veranlassung von Adressen und Petitionen, welche seiner Richtung entsprechend sind.

6. Aufnahmsfähig ist jeder volljährige Deutsche von unbescholtenem Rufe. Die Aufnahme erfolgt durch Einzeichnung des Namens in die aufliegenden Listen.

7. Jeder Aufnahmsfähige hat zu den Versammlungen als Gast Zutritt. Der Verein überläßt es lediglich dem Billigkeitsgefühl jedes Einzelnen, wie oft er von diesem Rechte Gebrauch machen will.

8. Die Leitung des Vereins übernimmt ein Ausschuß. Die Zahl der Ausschußmitglieder kann nach der Größe des Vereines verschieden seyn.

9. Der Ausschuß berathet vor jeder Versammlung die Gegenstände, welche besprochen werden sollen. Ueber einen Antrag, der von einem Vereinsmitglied während der Versammlung gestellt wird, soll in der Regel erst in der nächsten Versammlung berathen werden. Jedoch kann in dringenden Fällen durch sofortige Beschlußfassung der Versammlung davon Umgang genommen werden.

10. Der Vorsitz kann unter den Ausschußmitgliedern wechseln.

11. Der Ausschuß wird mit Stimmenmehrheit gewählt auf zwei Monate, ist aber wieder wählbar.

12. Die Vereinskosten werden vorläufig durch freiwillige Beiträge gedeckt.

Nürnberg, den 20. Juni 1848.

Der provisorische Ausschuß.

Eintracht.

Montag den 26. Juni findet allgemeine Conferenz bei Herrn Danner im Saale zur goldenen Krone am Obstmarkt statt, wozu die verehrlichen Mitglieder eingeladen werden, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Steinbühl.

Zur Feier des Jahresfestes erlaube ich mir anzuzeigen, daß Sonntag und Montag gutbesetzte Harmonie-Musik stattfindet, wobei auch warme und kalte Speisen, Kaffee und Hefenküchlein verabreicht werden. Wozu ergebenst einladet

Georg Koch, Gastwirth.

Neuenthor-Zwinger.

Zur Feier der Johannis-Kirchweih ladet ergebenst ein

W. Link.

(Zu vermiethen.) In einer sehr schönen Lage Lorenzer Seite ist ein Zimmer, Alkov, Küche, Vorplatz und verschlossene Holzlage, alles neu hergerichtet, sogleich, oder am Ziel Laurenzi zu vermiethen. Näheres unter Adresse B.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 24. Juni findet vollständige Orchestermusik statt. Entree 6 kr. à Person. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Rohlederers-Garten.

Heute, am Kirchweihsamstag, findet 11stimmige Blechmusik, wobei für Kirchweihküchlein, Kaffee und Metzel-Suppe bestens gesorgt ist, ferner Sonntag Früh und Nachmittag, dann Montag Nachmittag Harmonie- und Abends Tanzmusik statt. Für gute Speisen und Getränke, so wie für gute Bedienung werde ich Sorge tragen, bitte daher ein verehrtes Gesammtpublikum um zahlreichen Besuch.

Kaiser.

Schloßzwinger.

Heute Sonnabend Musik.

Ball im Saale des Bamberger Hofes.

Bei Gelegenheit der Johannis-Kirchweih findet Sonntag Ball statt, wobei ich mich bestens empfehle.

Entree für Herren 24 kr., Damen 12 kr.

Fuchs.

Einladung.

Sonntag den 25. Juni wird zu Röthenbach bei Schweinau, das Kirchweihfest gefeiert mit gutbesetzter Tanzmusik, für gute Speisen und Getränke, nebst guten Kaffee und Hefenküchlein ist bestens gesorgt. Es bittet um zahlreichen Zuspruch

Peter Mulzer.

Schmaußengarten.

Sonntag den 25. d. M. wird das Kirchweihfest gefeiert, wobei gutbesetzte Tanzmusik anzutreffen ist. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Samstag, als am Vorabend, Metzelsuppe.

A. M. Höppel.

Regensburger Hof.

Heute Samstag den 24. Juni

Metzel-Suppe,

wozu ergebenst einladet Schmidt.

(Anzeige.) Immergrün-Schwinge zum Schmücken der Gräber auf dem St. Johannis-Kirchhof, werden auf Bestellung in L. Nro. 1487 der Mohrenkopfgasse gefertigt, und um gefällige Aufträge gebeten.

(Eingesandt.)

Die Preßfreiheit ist denn doch eine sehr gute Sache. Durch sie werden alle Mißstände im politischen wie im gesellschaftlichen Leben aufgedeckt, durch sie erhält das Volk Belehrung über seine Gesammtinteressen, über Wohl und Wehe seiner Zustände, so daß man die Preßfreiheit nicht ungeeignet die Schule des mündigen Bürger- und Volksthums nennen kann. Von ihr machen wir denn auch in einer Angelegenheit Gebrauch, welche, obgleich eine lokale, doch auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient, um als ein Beispiel der Verabscheuung zu dienen. In Feucht, Landgerichts Altdorf, wohnt ein Gastwirth S., der in seiner Oekonomie die auffallendsten Fehlgriffe sich zu Schulden hat kommen lassen, so daß derselbe nicht allein von Seite der Moralität, sondern auch von Seite des bestehenden Rechts begründeten Angriffen ausgesetzt ist. Durch Verhältnisse, welche wir der Achtung der Sittlichkeit wegen hier nicht näher beleuchten wollen, ist die Frau des gedachten Wirthes geistesabwesend geworden, ferner hat er seine Stieftochter aus dem Hause gestoßen, nachdem sich dieselbe vor Mißhandlungen aller Art nicht mehr retten konnte. Das war aber noch nicht Alles, besagter Wirth griff eigenmächtig in das Eigenthum seiner Stieftochter dadurch ein, daß er eine ihr unbestritten zugehörige Wiese verkauft und aus den ihr zuständigen Wäldern Holz nach Belieben fällen ließ, ohne sie darum zu fragen oder sie dafür zu entschädigen. Da diese Stieftochter, welche der Wirth im siebenten Jahre zur Erziehung übernommen, jetzt erst 17 Jahre und einige Monate zählt, so entsteht hier die Frage, wie die gesetzlichen Vormundschaften einen solchen Gesetzübergriff dulden konnten, ohne auch nur die geringste Anregung zu einer Untersuchung zu geben? Wahrlich, wenn solche Fälle keine Abstellung erfahren, so wissen wir nicht, mit welchem Namen wir eine derartige Vernachlässigung der moralischen und gesetzlichen Ordnung belegen sollen.

(Gesuch.) Auf ein hiesiges, im besten baulichen Zustand befindliches massives Haus, 12000 fl. werth und 400 fl. Miethe tragend, werden 5000 fl. zu 4 pCt. auf erste Hypothek sogleich zu entnehmen gesucht. Anfragen unter Adresse N. O. sind in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Arena.

Samstag den 24. Juni. „Die schöne Athenienserin" Original-Lustspiel in 4 Akten von L. Feldmann.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. Juni 1848. **№ 177.** **Sonntag: Elog.**

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement für die Mittelfränkische Zeitung. Wir laden deshalb das verehrliche Publikum zur Theilnahme mit dem Bemerken ein, daß unser Blatt auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts sich den freisinnigsten Bewegungen stets anschließen und über die Ereignisse der Zeit täglich ein klares Bild entwerfen wird. Die umgeänderten Postverhältnisse erlauben es, das Blatt im ganzen Königreich für fl. 1. 45 kr. vierteljährig, wozu in Loco noch 3 kr. Austrägerlohn kommen, an die Abonnenten liefern zu können. Der zu regulirenden Auflage wegen ersuchen wir das verehrliche Publikum, die Bestellungen rechtzeitig zu machen, und erwähnen für Auswärtige noch besonders, daß dieselben bei den ihnen zunächst gelegenen Postämtern, nicht aber bei der Expedition dieses Blattes abonniren wollen.

Stand der Parteien in der Nationalversammlung.

Die große Frage, welche in diesem Augenblicke alle Gemüther in Bewegung setzt, ist die der zu schaffenden Centralgewalt. Während die äußerste Linke diese Gewalt allein aus dem Schooße der Versammlung hervorgerufen und dieselbe zu einem blinden Werkzeuge der Nationalversammlung machen will, nimmt die äußerste Rechte die Befugniß, solche Gewalt zu ernennen, einzig und allein für die Fürsten in Anspruch. Nach den Ideen, welche wir in dieser Beziehung von Herrn v. Vincke entwickeln gehört haben, glaubt die äußerste Rechte noch immer auf dem historischen Rechtsboden zu stehen, hält dafür, daß die ganze Regierungsgewalt noch immer bei den Fürsten und daß die Nationalversammlung nur berufen sey, unter Zugrundlegung des Bestehenden und unter vollständiger Anerkennung der Fürstengewalt die künftige Verfassung Deutschlands mit den Regierungen und mit d n Fürsten zu vereinbaren. Diese Partei steht also auf dem Vertragsboden, welchen Herr v. Welcker in seiner vorgestrigen Rede mit so lebhaften Farben ausmalte und dem eben nichts fehlt als gerade der Boden. Denn es ist in der That kaum zu begreifen, wie bei der heutigen Gestaltung der Dinge, welche einen kategorischen Imperativ mit unabweislicher Dringlichkeit erfordert, noch von einer solchen Theorie im Ernste die Rede seyn kann. Die äußerste Linke dagegen steht auf einem eben so unhaltbaren Boden. Wie sich die Redner derselben stets darin gefallen, mit gewissen Schlagwörtern, als Volksmann, Volkssouveränetät, Revolution, Freiheit oder gar das brechende Auge der Freiheit, der kaum lebendig gewordenen Freiheit, die Sympathie der Gallerie zu erweck n und die bereit gehaltenen Klatschhände in Bewegung zu setzen, so glauben sie auch bei dieser Gelegenheit ihre republikanischen und die der Mehrheit des deutschen Volks geradezu widerstreitenden Ideen mit einer Zugabe von aufregenden und die allgemeine Unklarheit über den Begriff der Republik verdeckenden und vermehrenden Redensarten empfehlen zu müssen. Und da sie bereits eingesehen haben, daß sie mit ihren abenteuerlichen, den deutschen Zuständen durchaus unangemessenen Absichten in der Minderzahl bleiben werden, achten sie es sogar nicht für unzuläßig und dem allgemeinen deutschen Interesse widerstreitend, gerade heraus zu erklären, daß sie im Unmuthe darüber, daß ihre Ansichten eine Mehrheit zu gewinnen außer Stande seyen, lieber die oft verwunschten Partikularinteressen aufreizen, als ihre Ansicht der Mehrzahl der Versammlung unterordnen zu wollen. Nun wir gönnen ihnen dieses reaktionäre Streben und sind überzeugt, daß die hochherzige deutsche Nation, mit gesunder Beurtheilung der Lage des Vaterlandes, dem Streben dieser theoretisirenden Partei das ihr zukommende Recht wird angedeihen lassen. Zwischen diesen Parteien in der Mitte stehen die Ansichten der beiden, oder richtiger gesagt, des Einen Centrum. Denn wie verschieden auch in Einzelnen die Ansichten der in diesen Centren sich bewegenden Abgeordneten sein mag, so stimmen sie doch alle in dem Grundsatze überein, daß sie einmal der Nationalversammlung das volle Recht zueignen, das Verfassungswerk des Reichs deutscher Nation endlich und in letzter Instanz selbstständig festzustellen und dann, daß sie die republicanische Staatsform, als den herrschenden Ansichten und Verhältnissen wiederstreitend, nicht einzuführen, sondern an der konstitutionellen Monarchie festzuhalten entschlossen sind. Bei der gegenwärtigen Frage über die Einsetzung einer vorläufigen Regierung gehen die Ansichten der Mitte indessen in dem gegenwärtigen Augenblicke noch in etwas auseinander. Während nämlich der der Rechten sich in etwas zuwendende Theil eine Dreiheit, und endliche Ernennung dieser Dreiheit den Regierungen vorbehalten wissen will, verlangt der andere Theil eine Einheit und vindicirt das Recht der Ernennung der Nationalversammlung. Es läßt sich nun durchaus nicht verkennen, daß die Gründe, welche die erste Partei für die Dreiheit angeführt hat (in welcher Beziehung wir auf die Rede des Abgeordneten von Auerswald verweisen) den Schein der überzeugenden Dringlichkeit an sich tragen, namentlich wenn dabei die, bei den überall drohenden Kriegsgefahren nothwendige gleichzeitige Entwickelung der Kräfte aller deutschen Volksstämme in Anschlag gebracht wird. Allein auf der andern Seite führt die zweite Partei mit überzeugenderen Gründen für sich an, daß eine Dreiheit der zu erstrebenden deutschen Einheit geradezu entgegen sein würde, und daß gerade durch die Einheit, die noch hin und wieder auftauchenden Particularinteressen und Bestrebungen besiegt werden müßten. Wir hoffen, daß dieser zweiten Partei hinsichtlich dieses Punktes der endliche Sieg zufallen, und daß sowohl die rechte als die linke Seite sich bereit finden werden, der Ansicht dieser Partei durch ihre Zustimmung eine an Einstimmigkeit nahe grenzende Mehrheit zu verschaffen. Auf eine solche Mehrheit kommt es vor allem bei dieser, das Wohl und Wehe des Reichs deutscher Nation, welches wir als schon vorhanden betrachten, entscheidenden Angelegenheit an. Nur zweierlei möchten wir noch erinnern und dabei hoffen, daß diese Erinnerungen behufs der gegenseitigen Verständigung eine allgemeine Berücksichtigung fänden. Zuerst müßte im Interesse des constitutionell-monarchischen Princips durchaus daran festgehalten werden, daß das künftige, wenn auch nur vorläufige Reichsoberhaupt, n cht Präsident, sondern Reichsverweser genannt würde. Denn der Titel Präsident bezeichnet einen Beamten und ein Beamter an die Spitze des Reichs gestellt, macht den republikanischen Bestrebungen eine, wenn gleich nur vorläufige, doch immerhin einigermaßen präjudicielle Concession, welche wir nicht wünschen würden. Ferner verlangen wir im Interesse des constitutionell-monarchischen Princips die Verantwortlosigkeit des Reichsverwesers, nicht blos in dem Sinne, in welchem Herr Schoder gestern selbige zugestehen wollte, so daß sie sich auf die Regierungshandlungen allein bezöge, sondern ganz allgemein. Werden diese Zugeständnisse gemacht, so zweifeln wir nicht daran, daß der Verbesserungsvorschlag, welcher von den Herren Schoder und Genossen gemacht worden ist, so weit derselbe die Person, welcher die Centralgewalt übertragen werden soll, betrifft, eine große Mehrheit in dem Parlament gewinnen und so das große Werk der vorläufigen Regierungsgewalt zu einem, der Größe und der Sicherheit der deutschen Nation, angemessenen Ziele führen werde. Möchten sich alle Ansichten hierin vereinigen. Wir durfen hoffen, daß die deutschen Regierungen, denen das Wohl des Vaterlandes sowohl, als die eigene Sicherheit Eintracht und schnelle Eintracht gebietet, der Nationalversammlung alsbald den Mann des Vertrauens entgegenbringen werden, welchem das Schicksal des einigen Deutschlands sicher anvertraut werden darf.

(Frkft.O.-P.-Z.)

Deutschland.

† Bayern. (München, den 23. Juni.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 37 enthält eine Instruktion zum Vollzug des Ablösungsgesetzes vom 4. Juni 1848, insbesondere die Fixirung unständiger Grundlasten betr., folgenden Inhalts: Der Art. 8 des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten verordnet, daß alle durch Abschnitt II. dieses Gesetzes nicht aufgehobenen unständigen Gefälle und Zehenten, dann alle Besitzänderungs-Abgaben sofort zu fixiren, das heißt in eine jährliche unveränderliche Grundabgabe umzuwandeln seyen. Der Art. 19 bezeichnet die Grundzüge des amtlichen Verfahrens, behält aber das Nähere desselben einer zu erlassenden Instruktion vor. Hiernach werden folgende Vollzugsvorschriften ertheilt: §. 1. Die gesetzlich gebotene Fixirung aller unständigen Grundlasten, sie mögen dem Staat oder Privaten, Stiftungen und Communen zu leisten seyn, erfolgt 1) im Wege des freiwilligen Uebereinkommens unter den Betheiligten, 2) oder auf Betreiben des einen oder des andern Theils. §. 2. Die Fixirung im Wege des freiwilligen Uebereinkommens ist von Seite der gesetzlich zur Mitwirkung berufenen Organe auf alle Weise zu befördern. Insbesondere sollen die kgl. Rentämter den Betheiligten, so weit sie es wünschen, mit unparteiischem Rath und mit den nöthigen Anleitungen thätigst an die Hand geben und ihnen die Aufklärungen, welche sie aus Steuerkatastern oder andern amtlichen Behelfen nachsuchen, nicht vorenthalten. §. 3. Ist die Fixirung ohne amtliche Mitwirkung zu Stande gekommen, so ist sie von Seite der königl. Behörden ohne erheblichen Grund nicht zu beanstanden, wenn nur zu Genüge erhellet, daß selbe beiderseits mit freiem Willen und gutem Vorbedacht stattgefunden habe. §. 4. Wird die amtliche Fixirung von einem oder dem andern Theil betrieben, so ist vor Allem festzustellen, in welchen Punkten beide Theile bereits übereinstimmen, dann in welchen Anforderungen oder Zugeständnissen sie noch von einander abweichen. Zur Beseitigung dieser Differenzpunkte hat sodann alsbald die Distrikts-Polizeibehörde gemeinschaftlich mit dem Rentamte die dem Gesetz entsprechenden Anordnungen zu treffen. Die beiden Aemter sollen sich hierüber miteinander auf kürzestem Weg, wo möglich mündlich, benehmen. — Das Rentamt soll sich in der Regel mehr den rechnerischen, die Distrikts-Polizei-Behörde mehr den formalen Fragen unterziehen. §. 5. Streit ge Rechts-Verhältnisse sind zwar gemäß Art. 20. dem Rechtsweg vorbehalten; nichts desto weniger soll auch bei solchen Verhältnissen darauf hingewirkt werden, dieselben wo möglich auf gütlichem Wege zu beseitigen. §. 6. Sämmtliche zu Stande gekommene Fixirungen sind zur Bestätigung ihrer Rechtsgültigkeit unter Leitung der Distrikts-Polizei-Behörde gemäß Art. 35 des Gesetzes tax- und stempelfrei zu protokolliren. §. 7. Wenn die Kreisregierung sich bewogen findet, zu diesem Geschäfte gemäß Art. 19 des Gesetzes besondere Kommissäre beizugeben, so wird sie zugleich bestimmen, ob diese Kommissäre principaliter oder unter Leitung der Beamten die Instruktions-Verhandlungen zu übernehmen, ersteren Falls, ob sie die Funktionen der Distriktspolizei- oder des Rentbeamten zu vertreten haben. Die endliche Beschlußfassung aber erfolgt auch in diesen Fällen durch die Distriktspolizei-Behörden in Gemeinschaft mit den Rentämtern. §. 8. Die

Fixirung der Zehenten nach den Art. 9 — 12 des Gesetzes kann nur dann auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, wenn es an den erforderlichen rechnungsmäßigen Nachweisen gebricht. Werden gegen vorliegende Rechnungen Einreden erhoben, so ist zu unterscheiden, ob diese die Richtigkeit und Beweisfähigkeit der fraglichen Rechnungen überhaupt oder nur in einzelnen Punkten betreffen. Die Rechnungen können z. B. den Rohertrag des Zehenten vollständig, die Einbringungskosten aber gar nicht oder nur theilweise enthalten. In diesem Fall können nur die letzteren noch Gegenstand weiterer Erörterungen sein. — Die leitenden Beamten sollen dergleichen Einreden nach Thunlichkeit zu vermitteln suchen; wird gleichwohl darauf bestanden, so bleibt es den Betheiligten überlassen, den Grund oder Ungrund derselben richterlichem Ausspruch zu unterstellen. (Art. 11 Nro. 3.) §. 9. Von diesem Ausspruch hängt es sodann ab, ob auf der Basis der vorliegenden Rechnungen weiter gegangen oder zur Schätzung geschritten werden müsse. — Diese Schätzung kann sich demnach auf den Rohertrag oder auf die Einbringungskosten oder auf Beides beziehen. Die Schätzung muß aber eine motivirte sein, so daß die Folgerichtigkeit derselben aus den Prämissen beurtheilt werden könne. (Art. 11 Nro. 4.) Sie soll daher nachweisen, daß die Schätzer den Umfang und die Beschaffenheit der zehentbaren Flur, den üblichen Fruchtwechsel, das Verhältniß der Aussaat und der Saamenvervielfältigung, den Körner- und den Strohertrag, die Kosten des Einsammelns und des Transports, des Dreschens und dergleichen richtig gewürdigt haben. Hierbei sollen insbesondere die Notizen des definitiven Steuerkatasters, wo selbes besteht, der Flächeninhalt und die Steuerverhältnißzahlen berücksichtiget werden; es ist aber auch den Betheiligten unbenommen, den Schätzern bestimmte Fragen zu stellen, worüber sie sich zu äußern haben. Glaubt nun ein Betheiligter nachweisen zu können, daß es dem Ergebniß der Schätzung an richtigem innerem Zusammenhang fehle, so steht es ihm frei, auf gerichtliche Verwerfung derselben anzutragen, in welchem Fall sodann das Weitere den Gerichten zusteht. — Bis zum Ausgang der Sache muß der Zehenten, wie bisher, fortentrichtet werden. §. 10. Bei Fixirung der Handlöhne (Laudemien) unterscheidet das Gesetz zunächst zwischen den Gattungen des Grundvertrags. Die daselbst gebrauchten Bezeichnungen sind die in den altbayerischen Landestheilen üblichen, welche anderwärts entweder gar nicht oder unter andern Namen bekannt sind. Letztere müssen daher den ersteren je nach ihrer Eigenschaft beigezählt werden. Zum Erbrecht (Erbpacht) gehören jene, deren Objekte nicht nur vererbt, sondern mit grundherrlichem Consens — der jedoch ohne erhebliche Ursache nicht verweigert werden darf — verkauft, verpfändet, oder wie immer veräußert werden können. Freistift unterscheidet sich hievon darin, daß der Vertrag von Seite des Grundherrn jederzeit aufgekündet werden kann, welchen Falls aber dem Grundholden der Ankaufspreis, das entrichtete Handlohn nebst den Meliorationen hinausvergütet werden muß. Leibrecht besteht da, wo der Grundvertrag nur auf Lebensdauer des Grundholden, Neustift endlich, wo er nur auf Lebensdauer des Grundherrn abgeschlossen ist. Für die ersteren zwei Gattungen des Grundverbandes setzt das Gesetz den Ablösungspreis auf den 1½fachen, für die beiden letztern auf den doppelten Betrag des ganzen Handlohns ohne Leibgeldes fest. §. 11. Das Handlohn besteht entweder in einem auf einmal zu entrichtenden, gewöhnlich nach Prozenten des Gutswerths bemessenen Aversum, oder dasselbe löst sich in gewisse Theile auf, wovon der eine dem abgehenden, der andere dem antretenden Gutsbesitzer obliegt. Es ist gewöhnlich nur beim Wechsel des Grundbesitzes in manchen Gegenden aber auch beim Wechsel des Grundherrn fällig. Da Leibrecht, strenge genommen, nur auf Lebensdauer reicht, so ist es — um der Familie den Besitz des Gutes mehr zu sichern — Herkommens und selbst gesetzlich sanktionirt, daß zwei Personen, gewöhnlich Mann und Weib, mit dem Gute belehnt werden, welchen Falls jede für sich das Handlohn, Leibgeld zu entrichten hat. Besteht daher das Handlohn nicht, wie Eingangs erwähnt, in einem Gesammt-Aversum, so müssen behufs der Ablösung die verschiedenen Theile desselben zu einem Ganzen vereinigt werden. Dieses ganze Handlohn besteht im Fall getheilter Entrichtung in Zusammenzählung des sogenn. Anstands- und Abfahrts-Lademius, des Haupt und des Nebenfalls; bei Leibrecht im doppelten Leibgeld, wo solches hergebracht ist. §. 12. Ist dieses Handlohn für jeden Veränderungsfall nach gleichem Maß zu entrichten z. B. 5, 7½, 10 Prozent des Werthes, so bedarf es nur noch der Ermittelung dieses Werthes, um die Ablösungsgröße festzusetzen. In dieser Beziehung verweist das Gesetz auf die Verordnung vom 19. Juni 1832, (Regierungsblatt Seite 389), welche im §. 5. bestimmt, daß in der Regel der Durchschnitt der drei, oder wenn eine fehlen sollte, der zwei letzten Gutsschätzungen zu Grunde zu legen sei. Mangelt es aber auch hieran, oder werden die vorhandenen Schätzungen für unregelmäßig oder aus andern erheblichen Gründen für unanwendbar erkannt, so soll das Gut von Neuem in seinem belasteten Zustande geschätzt werden. Wie bei solcher neuen Schätzung zu verfahren sey, ist mit Art. 11. Nr. 4. des Gesetzes bestimmt und im §. 9. oben erörtert worden. §. 13. Vielfältig wird aber das Handlohn nicht für jeden Veränderungsfall nach gleichem Maß erhoben, sondern es bestehen darüber die verschiedenartigsten Observanzen. Häufig sind Erbfälle ganz handlohnfrei oder der Uebernehmer darf seinen Erbtheil am Werthe abziehen. In Kaufsfällen muß hie und da ein höheres Handlohn entrichtet werden, als in Erbfällen und dergl. Hier wird die Ermittelung des Ablösungspreises allerdings verwickelter. Die Verwendung vom 19. Juni 1832, auf welche auch hier das Gesetz hinweist, bestimmt in den §§. 4 und 5., daß entweder ein Turnus nach gewissen Zeitabschnitten und Größen oder ein fixes in jedem künftigen Fall zu entrichtendes Handlohnsquantum regulirt werden soll Es möge z. B. aus den Rechnungen sich ergeben haben, daß in den letzten 60 Jahren zwei handlohnsfreie Erbfälle und ein 10proz. Kaufsfall vorgekommen sey, das Gut aber besitze einen Werth von 2000fl., so wird angenommen, alle 60 Jahre sey ein Handlohn von 200 fl. zu entrichten oder in jedem künftigen Veränderungsfall ein solches von 66⅔ fl. Oder es seyen in dieser Zeit zwei fünfprozentige und ein zehnprozentiger Handlohnsfall eingetreten; in diesem Fall wären künftig alle 20 Jahre oder in jedem Veränderungsfall 133⅓ fl. zu entrichten. In ähnlicher Weise hat die Steuerkataster-Kommission bei Ermittlung der Handlohnsquoten verfahren, welche in dem einjährigen Betrag bestehen, der sich aus der im Turnus enthaltenen Zahl von Jahren berechnet. Für den ersten der eben exemplifizirten Fälle wurde sich die Handlohnsquote auf 3 fl. 20 kr., im zweiten auf 6 fl. 40 kr. feststellen. §. 14. Diese Ermittlungsweise hat aber ihre Schwierigkeiten, zumal wo es an verläßigen Rechnungen gebricht. Es mußte daher, insbesondere im Fränkischen, wo dergleichen verschiedene Handlohns-Observanzen vorwalten, auf ein einfacheres Auskunftsmittel Bedacht genommen werden. Dieses wurde in der gemeindlichen Handlohnsfixirung gefunden (Ministerial-Entschließung vom 29. Dezember 1834, Geret, Verordnungssammlung Band 18 S. 177.) Die in einer Gemeinde von sämmtlichen Grundholden binnen 20 Jahren angefallenen verschiedenen Handlöhne werden nämlich zusammengerechnet; der einjährige Durchschnitt bildet den künftigen jährlichen Bodenzins und der 25fache Betrag desselben den Ablösungspreis, welch beide die sämmtliche Grundholdenschaft nach freiem Uebereinkommen auf ihre grundbaren Besitzungen zu vertheilen hat. — Das Gesetz hat auch diesen sehr einfachen Ablösungsmodus adoptirt, nur mit der näheren Bestimmung, daß die 20 Jahre von 1840 an rückwärts gezählt werden sollen. Zur Subrepartition bieten hier, wie bei den gemeindlich fixirten Zehenten, die definitiven Steuerverhältnißzahlen ein bequemes Mittel dar. Wo das Gesetz, wie hier, verschiedene Wege zu demselben Ziel eröffnet hat, ist die Wahl immer zunächst dem Betheiligten frei zu lassen. Können sich diese hierüber nicht vereinigen, so werden die Distrikspolizei- und Rentbeamten sich für denjenigen entscheiden, welcher nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen der Wahrheit und der Billigkeit am nächsten kommt. §. 16. Es kommen hin und wieder sogenannte Wechselgilten vor, welche sich in gewissem Maße nach der jedesmal gebauten Fruchtgattung richten. Die Natur der einzelnen Fälle wird bestimmen, ob der fixe jährliche Betrag nach dem üblichen Früchtewechsel oder nach einem mehrjährigen Rechnungsdurchschnitt zu reguliren sei. §. 17. Die bloße Fixirung dieser Wechselgilten und der Zehenten zieht noch keine Veränderung in der Steueranlage nach sich; dieselbe erfolgt erst, wenn die Art. 23. und 28. des Gesetzes in Wirksamkeit treten. Nach erfolgter Fixirung der Laudemien geht aber gemäß Art. 16. die darauf haftende Dominikalsteuer sogleich in die Rustikalsteuer über, ohne Unterschied, ob baar abgelöst, Bodenzins regulirt, oder die Entrichtung des Aequivalents erst bei der nächsten Besitzveränderung vorbehalten wurde, weil diese Fixirung zugleich schon den Uebergang in freies Eigenthum bewirkt. Von den zur Mitwirkung berufenen Beamten wird erwartet, daß sie diesem die Ruhe und Wohlfahrt des Landes bezweckenden Geschäft eben so unbefangen als bereitwillig und thätig sich unterziehen werden. Die k. Rentämter aber, welche im Vertrauen auf ihre, bei den Fixationen des Staats bereits gesammelten Erfahrungen zur Mitwirkung speziell berufen wurden, werden darin zugleich eine Anerkennung ihrer ersprießlich geleisteten Dienste finden, und diesem ehrenden Vertrauen bestens zu entsprechen suchen. München, den 17. Juni 1848. Köngl. Staats-Ministerium des Innern und der Finanzen. v. Thon-Dittmer. Lerchenfeld. Durch den Minister der General-Secretär, Ministerialrath Gietl. Dann eine Bekanntmachung, die Verwaltung und den Betrieb der Donau-Dampfschiffahrt betreffend, wonach die Verwaltung der Donau-Dampfschiffahrt mit jener der Posten und Eisenbahnen vereinigt und demgemäß verfügt wird, daß an die Stelle der bisherigen unmittelbaren Verwaltungsbehörde mit dem Sitze in Regensburg, dortselbst ein Betriebsamt der Donau-Dampfschiffahrt gebildet werde, welches der General-Verwaltung der k. Posten und Eisenbahnen untergeordnet ist und ganz in die Kategorie eines Eisenbahnamtes zu treten hat.

Unter den Dienstesnachrichten folgende: Zu den bei den Appellationsgerichten in Aschaffenburg und Neuburg in Erledigung gekommenen Sekretärstellen wurden die beiden Stadtgerichts-Protokollisten X. Heigl in Augsburg und K. Ruppert in Aschaffenburg, und zwar ersterer nach Neuburg und letzterer in Aschaffenburg befördert; auf die hiedurch in Erledigung kommende Protokollistenstelle bei dem Stadtgerichte Augsburg der Protokollist des Stadtgerichts Schweinfurt, F. v. Starmann, versetzt; dann zum Protokollisten am Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg der geprüfte Rechtsprakt. J. Heusinger von Aidhausen, und zum Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichts Regensburg der Appellat.-Ger.-Accessist, K. v. Lindheimer allda, ernannt. Nachstehende Beamte wurden zu Kreis- und Stadtgerichts-Räthen II. Klasse befördert: der Kreis- und Stadtger.-Protokollist K. Bacher in Straubing bei dem Kreis- und Stadgerichte daselbst; der Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Fr. Ritter in Bayreuth bei dem Kreis- und Stadtgerichte Fürth; der Kreis- und Stadtger.-Assessor Trautmann in Memmingen bei dem Kr.- u. Stadtger. Fürth; der Kreis- u. Stadtger.-Assess. O. Frhr. v. Seefried in Bamberg bei dem Kreis- u. Stadtger. das.; der Kreis- und Stadtgerichts-Protokollist Dr. Ph. Hösling in Würzburg, unter Vorrückung des Rathes ausser dem Status Dr. F. Vogt in den Status, bei dem Kr.- u. Stadtgerichte Aschaffenburg als Rath ausser dem Status; der Kreis- u. Stadtger.-Assessor K. Korner in Passau bei dem Kreis- und Stadtger. daselbst; der J. W. Ph. Goll, Kr.- und Stadtger.-Assessor in Schweinfurt, bei dem Kr.- u. Stadtger. daselbst; der F. F. Künsberg, Kreis- u. Stadtger.-Assessor in Bamberg, bei dem Kr.- u. Stadtgerichte Schweinfurt; der F. Heyde, Kr.- u. Stadtger.-Assessor in Ansbach, bei dem Kreis- und Stadtger. daselbst; der A. Nero, Kreis- u. Stadtger.-Assessor in Straubing, bei dem Kr.- u. Stadtger. daselbst; der Kreis- u. Stadtger.-Assessor G. Gebrath in Regensburg, bei dem Kr.- u. Stadger. Amberg; der G. Krohne, Kr.- u. Stadtger.-Assessor in Bamberg, bei dem Kreis- u. Stadtger. Fürth; der Kreis- u. Stadtger.-Assessor M. Freih. v. Branca in Regensburg, bei dem Kr.- u. Stadtger. Passau, und der Appellationsger.-Accessist A. v. Flembach zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Augsburg ernannt; der II. Sekretär der General-Bergwerks- und Salinen-Administration M. Volgiano wurde zum geheimen Sekretär im Staatsministerium der Finanzen befördert; Die Stelle eines Sekretärs I. Klasse bei der Regierung von Mittelfranken, K. d. J., und zwar cum voto consultativo wurde dem Accessisten der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., F. Franz aus Gunzendorf verliehen; und der Studienlehrer an der Lateinschule zu Neuburg, Dr. Schiemmer wurde unter Anwendung des §. 19. der IX. Verfassungsbeilage, in den temporären Ruhestand versetzt; der Protokollist des Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg J. Reidner wurde auf den Grund des §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt; der Forstkommissär I. Classe zu Augsburg, F. Lutz, wurde zum Forstmeister des Forstamts Günzburg ernannt, endlich der Staatsrath im außerordentlichen Dienste, Dr. F. von Berks, wurde in den Ruhestand versetzt.

T (Bamberg, den 23. Juni.) Herr Major Manz hat in Nro. 157 dieses Blattes den † Korrespondenten Nro. 162 aufgefordert, aus seiner Anonymität herauszutreten und sich ihm persönlich zu stellen. Dies ist bereits am 10. Juni geschehen, indem der dazu Aufgeforderte

sich 3 mal in die Wohnung des Herrn Majors begab, ohne ihn zu treffen, und sich endlich genöthigt sah, denselben schriftlich von seinem Namen und seiner Wohnung in Kenntniß zu setzen mit Angabe der Zeit, in welcher er zu sprechen sei. Der Herr Major scheint damit befriedigt zu sein, da er bisher dem Verfasser des Artikels in Nro. 157 gegenüber kein Lebenszeichen von sich gegeben hat. Was seine Zurückweisung der angegebenen Thatsachen mit dem beliebten Ausdruck „Verläumdungen" betrifft, so fühlt sich der Verfasser dadurch gewiß nicht getroffen, da dessen Angaben nöthigenfalls durch Zeugen sämmtlich gerichtlich constatirt werden können. Nur Eines möchte weniger zu berichtigen, als zu vervollständigen sein: dem Wirth im Hain ist allerdings eine Entschädigung geworden, aber erst einige Zeit nachher durch Offiziere, nachdem die Sache Stadtgespräch geworden war. — Uebrigens hat sich die Stellung der Mannschaft zu der Einwohnerschaft Bambergs in letzterer Zeit wesentlich geändert, indem sie eine versöhnliche Stimmung an den Tag legt.

Freie Städte. (Frankfurt, 21. Juni.) Die Thätigkeit der Parteien hinter den Koulissen hinsichtlich der Errichtung der Centralgewalt für Deutschland ist ausserordentlich. Die Rechte und äusserste Rechte ist ihres Sieges gewiß, und unterhandelt nur noch, um für den Kommissionsvorschlag eine grosse Mehrheit zu erlangen, da sie wohl fühlt, und durch Beckerath auch auf der Tribüne ausgesprochen worden ist, daß wenn ihr die Stimmen der Linken fehlen, die neue Centralgewalt der Unterstützung der öffentlichen Meinung entbehren würde. Sie operirt in Gemeinschaft mit den Regierungen und hat, wie versichert wird, die Kandidaten für das Bundesdirektorium, bestehe solches aus fürstlichen oder bürgerlichen Personen, bereits in petto, so wie auch die Zustimmungen der Regierungen bereits in der Tasche. Für den letzteren Fall nennt man v. Schmerling, den Bundestagspräsidenten, den preussischen Minister Camphausen und den Staatsrath Mathy. — Die äusserste Linke, von der die ausg sprochenen Republikaner Zitz, Schlöffel u. s. w. eine kleine Fraktion im deutschen Hofe bilden, wird unter allen Umständen an dem Vorschlag von Blum und Trützschler, aus der Versammlung ohne Mitwirkung der Regierungen einen Vollziehungsausschuß zu bilden, festhalten. Der Vorschlag der Linken im Württemberger Hof, zu welcher ausser Raveaux, Werner von Koblenz, Claussen aus Holstein, Biedermann aus Leipzig, und vielen anderen auch die Württemberger Fallati, R. Mohl, Murschel, Schoder, Schott, Vischer und Wurm gehören, hatte anfänglich viel Aussicht, durchzudringen, wird aber jetzt in Folge der vereinten Anstrengungen der Rechten und äussersten Rechten ohne Zweifel durchfallen. Er bezweckte hauptsächlich die Aufstellung Eines Präsidenten, der von den deutschen Regierungen in kürzester Frist der Nationalversammlung bezeichnet und von derselben genehmigt werden sollte, und es handelt sich jetzt nur darum, wenn dieser Vorschlag durchgefallen, zu den beiden Rechten für den Kommissionsantrag von der Linken noch recht viele Mitglieder herüber zu ziehen, um für denselben eine namhafte Mehrheit zu gewinnen. Bei der Rechten sind Pfarrer Jürgens aus Braunschweig und Graf Wartensleben in der Mainlust besonders thätig, bei der äussersten Rechten die preussischen Aristokraten und Bureaukraten. — Viel Aufsehen erregen die Artikel über die Verhandlungen der Nationalversammlung in der Allgemeinen Zeitung, wie man sagt, von August Lewald verfaßt, da man sie mit der Tendenz der bayerischen Regierung und der Mehrzahl der bayerischen Abgeordneten, unter denen sich eine große Anzahl Beamter befindet, in Verbindung bringt. (Schw. M.)

* (Frankfurt, 22. Juni.) Die Linke hielt gestern in ihrem Versammlungslokale im deutschen Hof eine öffentliche Sitzung, um sich darüber zu berathen, wie sie sich in der Folge über die Centralgewalt zu verhalten habe. Es folgt, wie Sie wissen, dem Dahlmann'schen Antrag die Kommissionsmajorität (das Bundesdirektorium soll aus drei Männern bestehen, welche von den deutschen Regierungen bezeichnet und nachdem die Nationalversammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Diskussion abgegeben haben wird, von derselben ernannt werden) der Minoritätsantrag Blums und Trützschlers gegenüber (die Nationalversammlung wählt mit absoluter Stimmenmehrheit eines ihrer Mitglieder zum Vorsitzenden eines Vollziehungsausschusses, der sich nach freier Wahl vier Genossen beigesellt. Dieser Vollziehungsausschuß hat die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen und die Vertretung Deutschlands nach Außen zu übernehmen. Er ist der Nationalversammlung verantwortlich und muß sich zurückziehen, wenn die Mehrheit der Versammlung gegen ihn ist.) Der erstere dieser Anträge hat keine Aussicht auf Erfolg, da selbst die Rechte nur dann für ihn wäre, wenn sich darauf zählen ließe, daß er eine große Majorität für sich erhielte. Der zweite hat aber eben so wenig Aussicht, da die Rechte sich nicht dafür zu erklären wagt. Es kam daher eine Mittel-Partei (Schoder) mit einem sogenannten Vermittlungsantrag, der aber nur ein anderer Gegenantrag zu dem Blum-Trützschlerschen ist. Schoder will einen Bundespräsidenten, der sich ein verantwortliches Ministerium wählt; diesen sollen die Regierungen bezeichnen, die Nationalversammlung genehmigen. Schoder hat gestern in einer längeren Rede im Parlament sich aber Muhe gegeben, die Rechte und die Linke für seinen Antrag zu gewinnen, damit ein so wichtiger, wie das Schicksal Deutschlands entscheidender Beschluß mit einer starken Majorität zu Stande komme. Bei der Rechten ist ihm dieß, wie es scheint, gelungen; bei der Linken nicht. Diese entschied sich gestern Abend dahin, daß der Blum-Trützschlersche Antrag unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, dem Schoderschen Antrag aber schlechterdings nicht beizutreten sey. Mehrere ausgezeichnete Reden von Blum, Schaffrath, Ruge, Wesendonck sprechen dieses mit aller Energie aus. Die Linke hat ganz Recht, wenn sie sagt, dadurch, daß wir die Initiative den Regierungen geben, verrathen wir die Volkssouveränetät. Diese muß sie als ein heiliges Depositum bewahren, und keinem Antrag darf sie zustimmen, der diesen Grundsatz verletzt. Während aber die Linke sich für Aufrechthaltung ihres Antrags unter allen Umständen aussprach, einigten sich die Rechte mit der Schoder'schen Fraktion dahin, daß ein Bundespräsident (und zwar wird der Erzherzog Johann von Oesterreich bereits genannt,) von den Regierungen bezeichnet, von der Nationalversammlung angenommen werde. Dreihundertzwanzig Stimmen haben sich hiefür ausgesprochen, und so könnte man vielleicht diese wichtige Frage schon als entschieden ansehen. Allein die Linke wird nicht so leicht zugeben, daß die Debatten sofort geschlossen werden. Noch hat sie treffliche Redner in Bereitschaft, und mit jedem Tage, um den sie die Entscheidung hinausschiebt, kann sie nur gewinnen. Unterliegt sie aber im Parlament, so wird sie deshalb nicht verzweifeln, sondern ausserhalb des Parlamentes, in den einzelnen Ständekammern, ihren Kampf fortsetzen, dort gewiß mit mehr Erfolg! Wird sie auch nicht für angemessen halten, aus dem Parlament förmlich auszutreten, so wird sie doch wahrscheinlich ein energisches Manifest an die Nation erlassen, das sicherlich nicht ohne Wirkung bleiben wird. Aber auch ohne dieses wird der Eindruck eines Ausschusses, durch den die Nat.-Vers. zum ersten Male das Prinzip der Volkssouveränetät unzweideutig preisgibt, im Volk ein gewaltiger sein. Von Johannes Ronge ist gestern ein Aufruf an seine »süddeutschen Brüder« erschienen, der in Tausenden von Exemplaren verbreitet und mit Begierde gelesen wird. Er setzt darin kurz und schlagend auseinander, daß die Nat.-Vers. bisher schon den gerechten Erwartungen des Volks durchaus nicht entsprochen habe, daß aber vollends die Verhandlungen über die Centralgewaltsfrage die schwersten Besorgnisse erwecken. »Sollte, so schließt Ronge, die Nationalversammlung der Mehrheit nach die Wahl der Centralbehörde wirklich den Fürsten überlassen und das Grundgesetz der neuen Zeit also verläugnen, dann hat sie sich selbst das Urtheil gesprochen und Ihr, süddeutschen Brüder, habt vor allen Deutschen zuerst die strenge Pflicht, um jeden Preis das Prinzip der Volkssouveränet zu schützen, denn wißt, der Grundsatz der Volkssouveränetät ist für uns göttliches Gesetz, ist die Bedingung für unsere Zukunft, lassen wir ihn verletzen und verleugnen, dann sinken wir rettungslos in blutige Anarchie. Es ist schon ein Vergehen, daß das Prinzip der Volkssouveränetät in den Kommissionsentwurf in Frage gestellt wurde, es wäre aber ein Verrath an der Nation, ihn zum Gesetz zum erheben. Brüder seid darum wachsam, es gilt, Eure Freiheit, Eure Zukunft, Eure Ehre zu wahren!« — Der vaterländische Verein hat gestern Abend sich, gemäß dem in der demokratischen Conferenz aufgestellten Prinzip, in einen demokratisch-republikanischen umgewandelt.

Hessen. (Mainz, 21. Juni.) Heute früh ist eine Deputation des hiesigen Gewerbestandes, bestehend aus den Herren Fabrikbesitzer Karl Deninger und den Bauunternehmern Britz, D. Geier und Köhl, lauter Männer, die zu den wohlhabenden unter der besitzenden Klasse gehören, nach Darmstadt abgegangen, um dem Staatsministerium eine Petition zu überreichen, welche eine Abhülfe des fast unerträglichen Drucks fordert, der auf dem gesammten Gewerbstande, insbesondere aber auf den Handwerkern, lastet, welche nur durch Bauunternehmungen Arbeit und Verdienst finden können. In der Petition ist nachgewiesen, daß die Hauptursache der jetzt eingetretenen gänzlichen Stockung aller Privatunternehmungen in dem der Stadt in der Nacht vom 21. Mai angedrohten Bombardement zu suchen sey, wodurch Leben und Eigenthum der Bürger von Mainz so gefährdet worden, daß seitdem der Werth der Grundstücke um das Sechsfache gesunken und eine wirklich beispiellose Kreditlosigkeit eingetreten sey. Eine Abhilfe dieses traurigen Zustandes, der bei längerer Dauer Mainz dem unvermeidlichen Verderben entgegen führen müsse, sey nur durch einen, von Seite des Staats garantirten Schutz des Lebens und Eigenthums der Bürger möglich, und diesen Schutz spricht die Petition an, sie fordert ihn als eine vom Staate unabweislich zu leistende Pflicht. Man ist hier sehr gespannt auf die Antwort, welche der Deputation zu Theil werden wird. (Frkft. J.)

(Gießen, den 19. Juni.) Gestern gegen Abend fand hier auf dem sogenannten Kreuz eine ziemlich ernsthafte Schlägerei zwischen etwa 8 Individuen statt, bei welcher auf den Ruf »Bürger heraus!« die Bürgergarde mit großer Energie einschritt und sämmtliche Tumultuanten sogleich zur Haft brachte. Die Schlägerei hat gar keinen Zusammenhang mit Politik. Ueberhaupt verdient die Haltung der eigentlichen Bürger hierselbst großes Lob. Man wünscht zwar auch von ihrer Seite Fortschritt und Besserung für ganz Deutschland, wie die städtischen Verhältnisse insbesondere; es ist auch hier eine sogenannte Sturmpetition vorgekommen, bei der man in Masse den Dr. Sundheim, einen sehr geachteten Rechtsanwalt, ersuchte, auf eine Pension, die man als Sinecure ansah, freiwillig zu verzichten (nach dem Strafrecht freilich als »Erpressung« hart verpönt); aber der Sinn für Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung ist durchaus in der eigentlichen Bürgerschaft vorherrschend. Als vor kurzem Studenten, die zuerst Bürger insultirt haben sollten, in Gefahr kamen, und Generalmarsch geschlagen werden mußte, stellte die Bürgergarde die Ordnung sogleich mit großer Entschlossenheit wieder her. — In den Pfingstfeiertagen zog der sogenannte republikanische Verein, 60—80 Individuen, mit einem rothen Fähnlein durch die Straßen; kein Bürger betheiligte sich dabei. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 20 Juni.) Gestern wurde abermals die gesammte Nationalgarde durch Trommelschlag zusammenberufen. Man befürchtete ernste Demonstrationen von Seite der Arbeiter, welche sich aber ziemlich ruhig verhielten. Auf den verschiedenen Arbeitsplätzen wurden Verhaftungen vorgenommen; es sollen bei 60 Aufwiegler eingefangen worden seyn. Da sich das Gerücht verbreitete, die Arbeiter wollten den Pulverthurm auf der sogenannten Türkenschanze nächst Wien in die Luft sprengen, wurde dieser vom Militär besetzt, und 1 Batterie daselbst aufgeführt. Heute hat der Sicherheitsausschuß eine Kundmachung an die Arbeiter erlassen, nach welcher ihren Forderungen auf keinerlei Weise Gehör gegeben werden kann. (A. A. Z.)

‡ (Karlsbad, den 19. Juni.) Der tschechische Aufstand in Prag ist bezwungen. So lauten die Nachrichten, welche jetzt am Morgen hier eingehen. Schon vorgestern soll eine Uebergabe der insurgirten Stadttheile abgemacht gewesen sein, und die Truppen sind zur Besetzung der Altstadt über die steinerne Brücke marschirt. Von den Mühlen aus aber seyen sie unerwartet wieder mit einem Kugelregen empfangen worden, der eine Anzahl ihrer Leute niedergeworfen. Unverweilt habe man sie nun nach der Kleinseite zurückgezogen, und die Kanonade gegen die Mühlen begonnen. Von da an habe Prag eine furchtbare Nacht erlebt. Unter immerfort aufsteigenden Leuchtkugeln, welche Tageshelle hervorgebracht, sey es ein immerwährendes Krachen der Batterie gewesen. Wahrscheinlich ist dieß der Wendepunkt für die bis dahin von den Tschechen terrorisirten Bürger geworden, sich zu ermannen. Gestern haben sie als Nationalgardisten mitgewirkt, und ein Augenzeuge von gestern Mittag erzählt, daß nun alles verhaftet oder entwaffnet werde, und von Widerstand der Insurgenten nicht mehr die Rede sey. Möge jetzt zweierlei nicht vergessen werden: eine Proklamation des Kommandirenden über den Zusammenhang der Dinge, und sofortige Ausschreibung der Wahlen für den Reichstag nach Wien. Durch beide Schritte kann man glänzend zeigen, daß man loyal und kraftvoll zugleich ist und die konstitut. Organisirung des ganzen Reiches vor allem anderen will. In den deutschen Kreisen hier oben ist alles vorbereitet: man wartet nur auf das Signal,

und in wenig Tagen sind die Reichstagsdeputirten gewählt und brechen auf gen Wien. Unter dem Echo dieser furchtbaren Katastrophe einer separatistischen Fraction trete das junge Oesterreich aus allen Theilen des Reichs zusammen, ein Zeichen, daß die gefährlichste Krisis überstanden sey. Aber auch nur überstanden. Läßt man Leo Thun an der Spitze, so ist diese heiße Woche nichts gewesen als eine Episode und das Drama spielt weiter. Die Angelegenheit ist viel schwieriger als wir Deutsche nördlich und westlich von den böhm. Bergen ahnen, und wenn sich Frankfurt endlich ermannt zu einer Maasregel und Ansprache, so mögen Entschlossenheit und Versöhnlichkeit eng verbunden werden. Der neue deutsche Bund hat in Böhmen seine gefährlichsten Feinde. Hier am Ort, glaubte man gestern Abend den flüchtigen Faster zu erwischen (welcher nach seinem Heimathsorte Taus zu gezogen ist) und es kostete Mühe, den wunderlichsten Irrthum aufzuklären. Der Verdächtige nämlich, von auffallender Aehnlichkeit mit Faster, war im Gegentheil ein von den Tschechen als besonderer Feind bezeichneter, und deßhalb aus Prag flüchtiger Deutscher, der Schauspieler Fischer, einer der besten Mitglieder der Prager Bühne. Daß Albert Nostiz und Albert Deym, unter den Gefangenen seyen, bestätigt sich nicht. Die Auslieferung von zwölf Anführern, soll vom Commandierenden verlangt, und neun sollen schon in seinen Händen seyn. Placate mit der separatistischen Tendenz des Aufstandes, sollen bei Beginn des Kampfes, also vorbereitet, an den Straßenecken erschienen seyn. (A. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 22. Juni.) Die bedauerlichen Unordnungen, welche zu Heilbronn durch Befreiung von Arrestanten bei dem 8. Infanterieregiment stattgefunden, sollten sich in Ludwigsburg wiederholen; dieselben wurden jedoch mit Kraft niedergedrückt. Nachdem jenes Regiment nach Ludwigsburg versetzt worden, erhält der Kommandant der Infanteriedivision, Generallieutenant v. Miller, ausgedehnte Vollmachten, sofort die Untersuchung zu eröffnen, die schlaff gewordene Disziplin herzustellen und mit aller Energie die militärische Ordnung zu befestigen. Am gestrigen Nachmittage versammelte er die Truppen der Garnison im innern Schloßhofe, rief ihnen ihre Pflichten ins Gedächtniß, erinnerte sie an ihren dem Könige und der Verfassung beschwornen Eid und verlas die ihm ertheilte Vollmacht, welche ihm die Befugniß verleiht, nöthigenfalls das Standrecht zu verkünden. Zugleich machte er den Befehl bekannt, welcher die Truppen über ihre Rechte, in Versammlungen sich zu vereinen, belehrt. — An demselben Nachmittage war der Obermann Hartmann in Untersuchungsarrest nach der Kaserne des siebenten Regiments gebracht worden. Die Truppen kehrten um 5 Uhr aus dem Schloßhofe in ihre Karsernen zurück. Es waren nur allgemeine Sicherungsmaßregeln für den Abend und die Nacht angeordnet. — Gegen 7 Uhr versammelten sich viele Soldaten des 8. Regiments, mit Säbeln bewaffnet, in den Alleen und vor der Kaserne des 7. Regiments; mehrere Civilisten, doch in minderer Zahl, als sie, gesellten sich zu ihnen. Sie sprachen die Absicht aus, den Hartmann befreien zu wollen. Die vielfachen Bemühungen ihrer Offiziere, sie zu beruhigen, waren fruchtlos. Der Oberst des 7. Regiments entging mit Mühe einer Mißhandlung durch Civilisten. Er eilte in die Kaserne, die Mannschaft des 7. Regiments besetzte in Eile die Eingänge, meist nur mit Säbeln bewaffnet Da erfolgte ein Sturm gegen das Hauptthor von Soldaten des 8. und einzelnen Civilisten ausgeführt. Sie wurden mit Kraft von den Leuten des 7. zurückgeworfen und mehrere verwundet. Jetzt sammelte sich eine große Menschenmasse in der Poststrasse. Die Bürgerwehr und die Truppen traten unter das Gewehr, General v. Miller eilte mit einer Batterie von vier Geschützen herbei. Als seiner dreimaligen Aufforderung, auseinander zu gehen, nicht Folge geleistet wurde, ließ er das siebente Regiment aus der Kaserne vorbrechen und mit den Gewehren die Straße räumen, zugleich prozte die Batterie ab. Nach fünf Minuten war die Straße leer; einzelne Verwundungen und Verhaftungen fanden statt. Die Soldaten des 8. Regiments sammelten sich in ihrer Kaserne, wo sie wie alle Truppen der Garnison bis 12 Uhr Nachts unter den Waffen blieben. Eine weitere Ruhestörung ist nicht mehr vorgefallen. Die Bürgerwehr erwies sich ebenso bereitwillig bei ihrem Aufgebot, als kräftig und aufopfernd in Ausführung der Sicherungsmaßregeln. — Nach mündlichen Berichten aus Ludwigsburg wurde Donnerstag den 22., Vormittags, das 8. Regiment im Schloßhofe entwaffnet; doch wurde der Mannschaft vergönnt, das Seitengewehr zu behalten. (Schw. M.)

(Ulm, den 21. Juni.) Am vergangenen Sontage wurden einige Scharfschützen des 2. Infanterieregiments ihrer Angabe nach von dem hiesigen Thurmwirthe und seinen Leuten in Folge eines entstandenen Streites bedeutend mißhandelt und eine gerichtliche Untersuchung darüber angeordnet. Ohne das Resultat derselben abzuwarten, schaarten sich jedenfalls am Montag 20 — 30 Soldaten hiesiger Regimenter vor jenem Bierhause, in der offenbaren Absicht, sich selbst Genugthung zu verschaffen; ehe es jedoch zu Thätlichkeiten kam, entfernten sich diese Leute ohne die geringste Widerrede, als mehrere höhere Offiziere herbeieilten, ihnen das Strafbare ihres Vorhabens vorstellten und sie zum Heimgehen aufforderten. Gestern Abend um 8 Uhr erschienen aber plötzlich an 150 Mann Soldaten abermals vor dem Wirthshause zum Thurm, drangen ganz ruhig ein, zertrümmerten die Fenster und das Küchengeschirr, ließen das Bier laufen, prügelten den Wirth und zogen nach wenigen Minuten eben so ruhig wieder ab, so daß die sogleich herbeigeeilten Offiziere und Patrouillen keinen Mann mehr antrafen und die Ruhe der Nacht sowohl in der Stadt als in den Kasernen keinen Augenblick gestört wurde. Noch an demselben Abend wurden einige Soldaten, die als anwesend bei diesem Ueberfall bezeichnet worden waren, ohne die geringste Widersetzlichkeit arretirt und die Untersuchung heute eben so ruhig fortgesetzt. Die ganze sehr bedauerliche Sache hatte nicht den leisesten politischen Anstrich, sondern war rein eine von falschem militärischen Ehrgefühl eingegebene Handlung der Selbsthülfe. — Wie es heißt, ist heute vom Kriegsministerium der Befehl gekommen, sämmtliche Soldaten von jetzt an mit „Sie" anzureden, auch ist bekannt gemacht worden, daß eine Kommission niedergesetzt sei, die neulich vorgetragenen Bitten und Wünsche der Soldaten genau zu prüfen, um sie möglichst zu berücksichtigen. — Ausserdem erfreuen wir uns hier großer Ruhe, die auch um so weniger gestört werden dürfte, als der jetzt äußerst thätig betriebene Festungsbau fast allen Handwerkern reichliche Beschäftigung gewährt. Gewisse Angaben sprechen von mehr als 60,000 fl., die in jeder Woche für die verschiedenen Arbeiter ausgezahlt würden, in politischer Beziehung sieht man aber auch hier den Entscheidungen der Nationalversammlung mit größter Spannung entgegen. (Schw. M.)

Eingesandt.

Ein guter Zweck verdient allgemeine Anerkennung und Verbreitung, dieses hat Einsender auch gedacht im Betreff der Organisation eines Scharfschützencorps, hervorgerufen durch die Vorstände der Schützengesellschaft dahier. Wie es aber jetzt die Gestalt der Sache lehrt, ist dieser gute und nothwendige Zweck, blos in der wenigen Zahl einiger Mitglieder der Gesellschaft vorhanden. Es wäre daher sehr zu wünschen, da es nur der Stadt und den Burgfrieden an gefährlichen Punkten dienen soll dieses Unternehmen, so viel als möglich zu vergrößern. Das könnte leicht nach dem Willen mehrerer Stadtwehrmänner dadurch geschehen, daß sich das Scharfschützencorps der Stadtwehr anschließen möchte, in Folge dessen sich mehrere der Stadtwehr dem oben besagten Corps einverleiben, daher Elemente gesteigert würden, die in Zeiten der Gefahr den größten Ausschlag geben könnten. Einsender, der sich selbst für die Sache interessirt, stellt daher die Bitte an beide Körper, nemlich das Scharfschützencorps, sowie der Stadtwehr eine Versammlung gemeinsam ins Leben zu rufen, die dann den gehörigen Entwickelungspunkt als Maßstab für das Ganze vorführt, zu der am geeignetsten der Saal des Schießhauses als Local bestimmt werden könnte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Berichtigung und Aufforderung.

Da man mich für den Verfasser des Inserats in Nr. 161 der mittelfränkischen Zeitung, unterzeichnet: „Die sämmtlichen Waldberechtigten zu Engelthal," halten will, so sehe ich mich veranlaßt hiemit öffentlich zu erklären, daß ich daran nicht den geringsten Antheil habe. Wer meinen Charakter kennt, weiß, wie sehr ich dergleichen Machinationen verabscheue, und weßhalb ich mich niemals zu derartigen Anfertigungen hergebe. Wer das Gegentheil behaupten will, trete öffentlich gegen mich auf.

Engelthal, den 22. Juni 1848.

Joh. Mart. Bösenecker,
Schullehrer.

Auktions-Anzeige.

Dienstag den 27. Juni früh 8 Uhr werden in der hiesigen Gasfabrik folgende Gegenstände an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert: ca. 60 Ctr. Blockblei, altes Blei ca. 150 Ctr, altes Gußeisen, Gußröhren, altes Schmiedeeisen, Schrauben und Schraubenmuttern, altes Blech, Blechabfälle, schmiedeeiserne Stangen und Geräthschaften, verschiedene Werkzeuge für Schloßer und Schmiede, altes Geräthholz, 2 Wasserpumpen von Blech, alte Kisten, Fenster, 1 Handwägelein und sonstige Gegenstände.

Gesuch einer Commis-Stelle.

Ein junger Mann, der in jeder Hinsicht bestens empfohlen werden kann, sucht eine Stelle als Commis in einem Magazin oder Spezerei-Waaren-Geschäft en gros oder en detail. — Schriftliche Anträge unter Buchstaben A Z. befördert die Exp. d. Blattes.

Einladung.

Zur Feier der St. Johannis-Kirchweih ladet der Unterzeichnete alle Freunde und Bekannte, so wie das gesammte verehrliche Publikum zu zahlreichem Besuche ergebenst ein

M. Schaupp, zum Riesenschritt.

Mieth-Gesuch.

In einer angenehmen Lage der Stadt wird eine Wohnung, die aus 2 à 3 Zimmern, Kammern, Küche, nebst sonstigen Bequemlichkeiten besteht, nächstes Ziel zu miethen gesucht. Offerten gefälligst schriftlich unter Adresse **A. B.** in der Exped. d. Bl.

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß

(Notiz.) Den Brief von der Stadtpost hat man erhalten, und Sie, Fräulein ohne Namen, durch Ihre eingesaugte Verläumdungssucht und Lügen sogleich erkannt. Ihre Frau Mutter hat in der Blindheit den ganzen Inhalt vor einiger Zeit drei Personen mitgetheilt, man wird Sie näher bezeichnen.

(Zu verkaufen) Ein starker, gut beschaffener Leiterwagen, mit sogenannten böhmischen Leitern und einzölligen Rädern, ist billig zu haben.

(Gesuch.) Eine erfahrne Köchin sucht nächstes Ziel unterzukommen. Näheres in S Nro. 94.

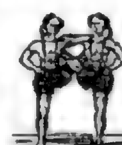
(Zu vermiethen.) In einer angenehmen Lage und Hauptherstraße ist ein möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen oder zwei ledige Herren oder Damen zu vermiethen

(Verloren.) Eine arme Frau verlor gestern eine lederne Tasche mit fl. 1. 48 kr. in 6 kr. und 3 kr. Stücken. Man bittet dringend um deren Zurückgabe in der Exped. d. Bl.

(Kapital-Gesuch.) 250 fl. werden gegen Einsetzung des dreifachen Werthes auf drei Monate zu entlehnen gesucht Gefällige Adresse unter A J. bittet man in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Zu verleihen.) 2, 3, 4000 fl. sind auf ein hiesiges Haus gegen ganz gute Hypothek zu verleihen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Arena.



Sonntag den 25 Juni Große außerordentliche Vorstellung der berühmten Gladiatoren aus Wien, unter der Leitung des Herrn Czelik Zum Erstenmal: „Die Wilden auf der Insel Otahaity." Sodann: „Belustigungen im Circus." Zum Schluß bei bengalischer Beleuchtung: „Die olympische Drehsäule, oder der Flug des Merkurs." Dazu: „Der Weiberfeind." Lustspiel in 1 Akt von Benedix.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. †* (München, den 22. Juni.) [Schluß des Entwurfs eines Gesetzes über die Einführung der Schwurgerichte.] Art. 24. Als giltig entschuldigt ist nur derjenige zu betrachten, welcher eine Bescheinigung darüber beibringt, daß es ihm unmöglich war, an dem festgesetzten Tage sich einzufinden, oder bis zum Schlusse der Assise zu verweilen. Der Assisenhof hat über die Zulänglichkeit der vorgebrachten Entschuldigung zu entscheiden, und wenn er solche verwirft, sofort die Strafe auszusprechen. Art. 25. Wer auf die erhaltene Ladung erschienen, und seinen Verrichtungen als Geschworner nachgekommen ist, soll weder in dem nemlichen, noch in dem nächstfolgenden Jahre noch einmal zu gleichen Verrichtungen angehalten werden, soferne er nicht ausdrucklich auf diese Befreiung verzichtet, worüber derselbe am Schlusse der Sitzungen besonders zu befragen ist. Das Verzeichniß der also austretenden Geschwornen ist sodann dem Regierungs-Präsidenten jedesmal mitzutheilen, um die Vormerkung auf der Hauptliste eintragen zu können. Art. 26. Jeder Geschworne, der seine Obliegenheit erfüllt hat, und nicht am Sitzungsorte wohnt, erhält, wenn sein Wohnort weiter als zwei Stunden davon entfernt liegt, auf Verlangen eine Entschädigung der Reisekosten, deren Betrag durch Regierungs-Verordnung festgesetzt wird. Art. 27. An dem zur Eröffnung der Sitzungen anberaumten Tage und vor dem Beginne der Verhandlung einer jeden neuen Strafsache sind die Geschwornen, welche auf die Vorladung erschienen sind, sowie die statt der nicht Erschienenen etwa bestimmten Ersatz-Geschwornen (Art. 21) in Gegenwart des Staatsanwaltes und des Angeklagten in öffentlicher Sitzung namentlich aufzurufen und ihre Namen in eine Urne zu legen. Art. 28. Das Schwurgericht ist für die Aburtheilung jeder einzelnen Strafsache aus zwölf Geschwornen zu bilden. Art. 29. Sollte jedoch eine einzelne Verhandlung eine längere Dauer erwarten lassen, so kann der Assisenhof verfügen, daß außer den erforderlichen zwölf Geschwornen durch weitere Ziehung noch ein oder zwei Ergänzungs-Geschworne bestimmt werden, um der Verhandlung beizuwohnen und in dem Falle, wenn das eine oder andere Mitglied bis zu der Berathschlagung und Ertheilung des Ausspruches auszuharren gehindert seyn sollte, dasselbe zu ersetzen. Die Ergänzungs-Geschwornen treten in diesem Falle nach der Reihe ein, in welcher ihre Namen gezogen worden sind. Art. 30. Ist der Aufruf beendiget und die nach Art. 21 erforderliche Zahl vorhanden, so zieht der Präsident die Namen der zwölf Geschwornen aus der Urne heraus. Art. 31. Der Angeklagte und Staatsanwalt sind befugt, eine gleiche Anzahl von Geschwornen abzulehnen. — Ist jedoch eine ungerade Zahl von Geschwornen vorhanden, so steht dem Angeklagten das Recht zu, einen mehr als der Staatsanwalt abzulehnen. Art. 32. So oft die Verhandlung gegen mehrere in der nämlichen Sache betheiligte Angeklagte gerichtet ist, haben sich dieselben darüber zu vereinigen, in welcher Art sie das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausüben wollen. Kann eine Vereinigung nicht erzielt werden, so ist durch das Loos die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher die einzelnen Angeklagten das Ablehnungsrecht auszuüben haben. Die von einem Einzelnen ausgeübte Ablehnung ist in diesem Falle für alle bindend.

Art. 33. Sowie der Name eines Geschwornen aus der Urne gezogen wird, hat zuerst der Staats-Anwalt, sodann der Angeklagte sich zu erklären, ob er von dem Rechte der Ablehnung Gebrauch machen will. Gründe der Ablehnung dürfen nicht angegeben werden. Art. 34. Die Ziehung ist beendiget, sobald zwölf Namen aus der Urne hervorgegangen sind, gegen welche das Ablehnungsrecht nicht ausgeübt worden ist. In dem durch Art. 29 vorgesehenen Fall ist die zur Bildung des Schwurgerichtes aus der Urne zu ziehende nöthige Namenszahl von zwölf auf dreizehn und beziehungsweise auf vierzehn zu erhöhen. Art 35. Sind in der Urne nur noch so viele Namen übrig, als zur vollzähligen Bildung des Schwurgerichtes erfordert werden, so findet eine weitere Ablehnung nicht statt. Art. 36. Die Mitglieder des Schwurgerichtes sind für jeden einzelnen Fall öffentlich zu beeidigen. Der Präsident hat zu diesem Ende den Geschwornen folgende Eidesformel vorzulesen:

Ich schwöre, die gegen N. N. erhobene Anklage und dessen Vertheidigung bei der bevorstehenden gerichtlichen Verhandlung mit sorgfältiger Aufmerksamkeit zu verfolgen, die Anschuldigungs- und Entschuldigungs-Beweise gewissenhaft zu prüfen, über den zu ertheilenden Ausspruch mit Niemand ausser mit einem Mitgeschwornen mich zu benehmen, in der Ausübung der mir als Geschwornen obliegenden Verrichtungen nicht aus Haß, Gunst, Furcht, Eigennutz, Rucksicht auf die Person oder aus andern solchen Ursachen zu handeln, sondern dabei nur Gott, die Gerechtigkeit und Wahrheit vor Augen zu haben und meinen Ausspruch nach meinem Gewissen und der durch die Verhandlungen in mir begründeten freien Ueberzeugung zu geben. „Alles getreulich und ohne Gefährde. So wahr mir Gott helfe.“ Nach Ablesung der Eidesformel ist jeder Geschworne einzeln durch den Präsidenten aufzurufen, und hat mit emporgehobener Rechte die Worte auszusprechen: „Ich schwöre.“ Religionsgenoßen, welchen der Eid untersagt ist, werden nach ihrem Ritus verpflichtet. Art. 37. Nach erfolgter Beeidigung ist die Verhandlung der abzuurtheilenden Strafsache zu eröffnen. Wird diese Verhandlung aus irgend einem Grunde zur nächsten Assise hingewiesen, so muß bei dieser zu einer neuen Bildung des Schwurgerichts nach den vorstehenden Vorschriften geschritten werden. Art. 38. Die Bestechung der Geschwornen ist nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches Th. I. Art. 355, 356, 443, 444, 446 und 448 zu beurtheilen. Anstatt der Dienstentsetzung in den dort bezeichneten Fällen soll, wenn der Schuldige nicht zugleich ein öffentlicher Beamter ist, auf Arbeitshaus von zwei bis zu vier Jahren, und anstatt der Dienstes-Entlassung auf Gefängniß von drei Monaten bis zu einem Jahre erkannt werden. Art. 59. Der Tag, mit welchem das gegenwärtige Gesetz in den einzelnen Kreisen in Wirksamkeit zu treten hat, wird durch besondere Regierungs-Verordnung festgesetzt werden. Die Staatsminister der Justiz, des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben München den ... Für den Entwurf v. Thon-Dittmer, Heintz, Lerchenfeld.

Oesterreich. (Krakau, 16. Juni.) Auf der Krakauer Eisenbahn zwischen Szczakowa und Myslowitz war gestern ein Extrazug angesagt. Es war die Rede, daß der Fürst Paszkiewicz mit dem Grafen Orlow durch den Krakauer Kreis kommen werde. — Aus Petersburg meldet man, daß die dortigen Garden Befehl erhalten haben, am 15. Juni gegen die polnische Grenze aufzubrechen. (Bresl. Z.)

Preussen. (Berlin, 20. Jun.) Das einzige aber höchst bedeutsame Ereigniß, über das wir heute zu berichten haben, ist der Rücktritt des gesammten Staatsministeriums. Der Umstand, daß eine vollständige Ergänzung des Kabinets bis heute nicht zu bewirken war, will Niemand, obgleich er in dem Schreiben des Ministerpräsidenten als Grund genannt wird, dafür ansehen. Man kann sich dazu um so weniger entschließen, als nur die gewiß am leichtesten zu ersetzende Stelle des Cultusministers noch offen war und die Bereitwilligkeit des Hrn. v. Auerswald, dieselbe gegen die seinige zu vertauschen, bekannt ist. Es steht nun zu erwarten, ob ein neues Ministerium (man nennt bald Hansemann, bald Waldeck oder Kirchmann als künftigen Chef) noch vor dem Wiederbeginn der Kammersitzungen, 26. Jun., zu Stande kommen wird. Die Stimmung der Stadt ist schwül, wie die Gewitterluft, die heute auf uns drückt. Die Bevölkerung ist zum größern Theil noch gar nicht im Stande, die Bedeutung eines Rücktritts des gesammten Staatsministeriums zu erkennen. Gleichwohl ahnet sie, was in einem Provisorium, das immer nur aufhört, um einem andern Platz zu machen, Bedenkliches und Krankhaftes liegt. Man beschäftigt sich mit Vermuthungen und alarmirt sich wie immer durch Gerüchte. Man erzählt sich, Camphausen sei darum zurückgetreten, weil der König einen Privatbrief des Kaisers von Rußland den Ministern vorenthalte. Andere bringen sein Ausscheiden mit der Sendung und den geheimen Aufträgen des Generals v. Pfuel an den Hof v. Petersburg in Zusammenhang. Zugleich findet das Gerücht Glauben, daß russischer Seits gegen die Reorganisation Posens protestirt und mit Kriegserklärung gedroht sei. — Hr. Blesson gibt durch ein Plakat Aufschluß über seine die Zuverlässigkeit der Bürgerwehr verdächtigende Mittheilung an den Präsidenten Milde. Er erklärt dieselbe aus den schmerzlichen Eindrücken, welche die Nachricht von dem Zurückweichen der Bürgerwehr und mehrere unbestätigt gebliebene Berichte auf ihn hervorgebracht haben. Sein zweiter Brief (eine Stunde später) an den Präsidenten der Nationalversammlung habe auch den erstern unter den verschiedensten Eindrücken geschriebenen berichtigt. Er bittet, seinem „gedrückten Gemüthe“, nicht seinem guten Willen Das beizumessen, was in seinem Verhalten in der Nacht vom 14. Juni etwa zum Tadel auffordern könnte. Zugleich verheißt er in einem Memoire die Dispositionen, die er getroffen, darzulegen und zu rechtfertigen. (D. A. Z.)

Sachsen. (Altenburg, 10. Juni.) Um ein Bild der Thätigkeit am 18. und 19. Juni zu geben, dienen folgende Maueranschläge: I. Barricadenordnung. 1) Den Oberbefehl über die Barricaden hat Bürgercommandant Erbe. Stellvertreter ist Hauptmann Advocat Hempel II. 2) Das Hauptquartier ist auf dem Weibermarkte beim Conditor Kuschmann. 3) Für jede Barricade übernehmen abwechselnd drei Führer je sechs Stunden den Befehl, ernennen für jede Wache einen Unterführer der die Namen der Wachenden aufschreibt. 4) Fällt nichts Außergewöhnliches vor, so bringt der Barricadenführer nach Ablösung der dritten Wache diese Namenliste nebst dem Führerzettel aufs Hauptquartier. 5) Bei jeder Barricade wird in dem am nächsten und passendsten Hause zu ebener Erde eine Wachtstube eingerichtet. 6) Gegen Vorzeigung des Führerzettels kann auf Rechnung des Obercommandos an jede Barricade das nöthige Bier, Brod, Pulver und Blei verabreicht werden. Altenburg, Sonntag am 18. Juni. 1848. Erbe. Advokat Hempel II. Dr. Cruciger. Dolitzsch. Th. Reuter. II. Den Führern bei den Barricaden kann gegen Vorzeigung dieses Zettels die nöthige Munition an Pulver, Blei, Bier und Brod verabreicht werden. Die Zahlung dafür erfolgt vom Obercommando. Auf der Rückseite notirt der Führer das Empfangene und liefert denselben nach Ablauf seiner sechsstündigen Wache auf dem Hauptquartier ab. III. Freunde und Bundesgenossen von außen, welche hier eintreffen, finden sich zunächst mit ihren Waffen auf dem republikanischen Kaffeehause, beim Conditor Kuschmann auf dem Weibermarkt ein, um hier die Anweisung zu erhalten, an welcher Barricadenwache sie Theil nehmen können. Montag, den 19. Juni 1848. Im Namen des Obercommandos: Erbe, Advokat Hempel II., Th. Reuter. IV. Aufforderung an geübte Büchsenschützen, sich wegen zweckmäßiger Aufstellung an den Chemiker Bechstein und den Kürschner Rijovo zu wenden, vorher jedoch ihre Anmeldung im Hauptquartier beim Conditor Kuschmann auf dem Weibermarkt an Th. Reuter zu machen. Montag, am 19. Juni. Im Namen des Obercommandos: Advokat Dölitzsch, Erbe, Advokat Hempel II. V. Bekanntmachung, die Wahl der Stellvertreter der Landtagsabgeordneten betreffend. Da die auf heute angesetzte Wahl der Stellvertreter für die von hiesiger Stadt zu wählenden vier Landtagsabgeordneten nicht legal abgehalten werden konnte, so werden unter Beziehung auf unsere unterm 5. d. M. erlassene Ladung die stimmberechtigten Bewohner der Stadtbezirke hiermit anderweit geladen, an Stadtgerichtsstelle hier zu erscheinen und die angeordnete Wahl zu vollziehen. Altenburg, am 19. Juni 1848. Herzogl. sächsisches Stadtgericht daselbst. Karl Vogel, Director. (D. A. Z.)

Erster Bericht des Ausschusses in Mittelfranken für die Sammlungen zur Gründung einer deutschen Flotte.

a) Aus Nürnberg. Sammlung des Frauen-Vereins Seb. Stadtseite. Aus dem 1. Distr. durch Frau M. v. Heydenaber fl. 88. 39 kr., 1 gold. Armring. 2. u. 3. Distr. d. Fr. U. Mochl fl. 129. 1 kr. 4 u 5 Distr. d. Fr Wilh. Merkel fl 195 31 kr., und fl. 1. 12 kr. von S M G. 6 u. 7. Distr. d. Fr. Joh. Gunther fl. 110. 52 kr u. 1 silb. Armring. 8., 9., 10. u 11. Distr. d. Fr. Olise Platner u. Fr. Soph Barthelmeß fl 455. 41 kr. 12. u 13. Distr d. Fr Math. Beckh fl. 228. 34 kr., 1 silb Armring und 1 silb. Strickring, u. fl 7. von Freih A. v. H., fl. 1. von Hrn. Dr. Z., 30 kr. v. Hn. L. G., fl. 1. von Frln. J. M. 14, 18. u. 19. Distr. d Fr. M. Schmidmer fl. 70. 11 kr. u. 1 silb. Theeseierchen. 15, 23 u. dem halben 30. Distr d. Fr. Lu. Riedl fl. 62. 24 kr. 24. Distr. d. Fr. Soph Barthelmeß fl. 11 30 kr. u fl. 2. 16. u. 17. Dist. d. Fr. Kath. Hofmann fl 86. 15 kr. 20 u. 22. Distr. d. Freifr. M. v. Tucher fl. 42. 43 kr. u. 1. silb. Löffel. 21. u. dem halben 30 Distr. d. Freifr. G v. Behaim fl 59. 36 kr. 25 Distr. d. Fr. W. Zellfelder fl. 37 6 kr., 2 gold. Ringe u 1 gold Kette, 26, 27, 28 und 29. Distr (Wöhrd) d. Fr W. Schwenk fl. 63 33 kr. 31, 32. Distr (St. Johannis) d. Fr Mar. Geißler fl 62. 48 kr. Lorenz. Stadtseite: Aus dem 1. Distr. d. Freifr Al. v. Holzschuher fl. 124. 20 kr. u. 1 silb. Nadel. 2. u 10 Distr. d. Fr. Rosa Huber fl. 145. 41 kr. 3, 11. u. 12. Distr d. Fr. W. Kolb fl. 122. 33 kr. 4, 8., 24. u. 25. Distr. d. Fr. Christ Reuter fl. 132. 48 kr u. d. Fr.

Ad. Dietz fl. 139. u. 1 vergold. Ringe 6. Distr. d. Fr. Kar. Merck fl. 185. 7. Distr. d. Fr. Rosa Witz fl. 100 39 kr. 8. u. 9. Distr. d. Fr. Be. Farnbacher fl. 101. 51 kr. 13., 14., 15. u. 16. Distr. d. Fr. Wilh. Göschel fl. 22. 15 kr. Fr. L. Kleinknecht fl. 31. 1 kr. u. d. Fr. Kl. Merkel fl. 10 25 kr. 17. 28. (Tafelhof), 29 (Galgenhof) u. 30. Distr. (Glockenhof) d. Fr. Mi. Brunner fl. 71. 25 kr. 18. Distr. d. Fr. Wilh. Farnbacher fl. 34. 9 kr. 19. Distr. d. Fr. W. Zellfelder fl. 30. 41 kr. 20. u. 21. Distr. d. Fr. Sus. Kalb fl. 30. 32 kr. 22. u. 23., 26. (Kl. Weidenmühl) u. 27. Distr. (Gostenhof) d. Fr. Marg. Eckart fl. 78. 22 kr. Summa fl. 3180. 51 kr. Vom hiesigen Gymnasium: aus der I. Gymn.-Klasse fl. 6. 9 kr., aus der II. fl. 6, aus der III. fl. 13, aus der lat. Schule Kl. I. fl. 6. 9 kr., Kl. II. fl. 10. 3 kr., von einigen Schülern der III. Kl. fl. 3. 51 kr., Kl. IV. fl. 8, aus der II. Privatelementarklasse fl. 2. 31 kr., zus. fl. 56. 40 kr., aus der Vorbereitungsklasse der Handelsgewerbsschule fl. 1. 10 kr., von Hrn. J. J. B. fl. 2 42 kr., von Frl. R. R. von H. fl. 6., von Hrn. J. C. fl. 3, durch die Red. des Korr. v. u. f. D. 21 kr., Gesammtsumme der Beiträge aus Nürnberg fl. 3250. 50 kr.

b) Von auswärts: Sammlung des Frauenvereins in Schwabach d. Dr. Berger fl. 93 48 kr., von einer Gesellschaft Studirender aus Erlangen fl. 8. 6 kr., freiwillige Beiträge der Einwohner von Dünkelsbühl durch den dortigen Magistrat fl. 145, von den Frauen und Jungfrauen des Markts Stammbach k. Ldg. Münchberg in Oberfranken fl. 7. 18 kr., von Hrn. H. v. Sturz in Trieb fl. 60, durch Frau Pfarrer Trenkle in Weißenburg: 1 Granatengehänge, 1 silb. u. vergold. Kette, 1 gold. Ring, 1 paar gold. Ohrringe, 1 silb. Armring, 1 silb. Salzschaufel, 1 silb. Zirkel, 1 Bernsteinhalsgehänge, 1 stahl. Kettchen mit Kreuz. Gesammtsumme von auswärts fl. 314. 12 kr., zusammen fl. 3565. 2 kr., und nach Abzug von fl. 8. 3 kr. für Porto etc. fl. 3556 59 kr.

Nürnberg, den 18. Juni 1848.

Für den Ausschuß.

Dr. Herm. Beckh. J. Huber, Kassier.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Kornverkauf betreffend.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird aus den Vorräthen der hiesigen Wohlthätigkeits-Stiftungen vom Ernte-Jahr 1847 eine Quantität Korn am

Montag den 26. dieses Mts. Vorm. 10 Uhr

in dem Amtszimmer des heiligen Geistspitals dahier öffentlich versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Nürnberg, den 16. Juni 1848.

Bestelmeyer.

Löhner.
v. n.

Aufruf.

Man wird in den öffentlichen Blättern gelesen haben daß, der demokratische Kongreß die National-Versammlung auffordert, als Achtungsbezeugung gegen den Willen des Volkes und als Zeichen des Zutrauens zu sich selber, den Friedrich Hecker aus Mannheim unverzüglich einzuladen, seinen Sitz in ihrer Mitte einzunehmen. Dieser entweder aus der ärgsten Verwirrung der Begriffe über Recht oder Unrecht, oder aus der schlimmsten Böswilligkeit hervorgegangene Schritt muß bei allen Wohlmeinenden ein mit Entrüstung gepaartes Erstaunen umso mehr hervorgerufen haben, als eine auch der Zahl nach geringfügige Partei es unternimmt, indem sie so ein dem einträchtigen Wirken der National-Versammlung feindseliges Prinzip einmischen will, der Förderung der großen und schwierigen Aufgabe derselben ein wesentliches Hinderniß entgegenzustellen. Indem nun diese Entrüstung zuversichtlich auch von denen getheilt werden wird, welche bisher im Vertrauen auf die in Frankfurt die Souveränetät der Nation vertretende Versammlung geglaubt haben, dem Ausgange der dort gepflogenen Unterhandlungen ruhig entgegensehen zu können, glaubt der konstitutionelle Verein, daß die von ihm als Protest gegen solche wühlerische Bestrebungen entworfene Adresse eine nicht blos in seinem engern Kreise, sondern auch in weiterm Umfang entsprechende Theilnahme finden dürfe, und indem er dieselbe hiedurch zur allgemeinen Kenntniß bringt, ladet er alle Einwohner Nürnbergs und der Umgegend ein, sich bei derselben durch ihre Unterschrift auf das Kräftigste und Nachdrücklichste zu bethätigen.

Die Listen werden zu diesem Ende bei Hrn. Kaufmann Reißmann, Hrn. Konditor Winter, Hrn. Apotheker Merkel, Hrn. Kaffetier Rössel, Hrn. Schuhmachermeister Wacht und Hrn. Färbermeister Hebenstreit aufliegen.

Nürnberg, den 21. Juni 1848.

Im Namen des konstitutionellen Vereins.

L. Günther. Lochner
Vorsitzender. Schriftführer.

Hohe National-Versammlung!

Als das deutsche Volk seine Abgeordneten zum Parlamente wählte, geschah dieses, weil, daß das ganze Volk tage und beschließe, unmöglich gewesen wäre.

Wer da wählte, wußte, daß durch diese Vereinigung deutscher Männer ein einiges Deutschland geschaffen werden solle, ein Deutschland stark nach innen, stark nach außen, ein Deutschland mit Einrichtungen, welche in Wahrheit darthun sollen, daß die Regierungen nur für die Völker, nicht aber die Völker für die Regierungen bestehen dürfen, ein Deutschland, welches alle seine Sonderinteressen, die mit der großen Einheit des Vaterlandes unvereinbar erscheinen, auf dem Altare des gemeinsamen Vaterlandes niedergelegen habe.

In den Organen, welche die deutschen Gauen sendeten, sind die Willensmeinungen und Ansichten der Mehrheit der Wähler repräsentirt, und was daher die Versammlung in ihrer Majorität beschließt, ist als der Gesammtwille des überwiegenden Theiles der deutschen Nation anzuerkennen.

In diesem Anerkenntnisse allein ist die Bürgschaft einer bessern Gestaltung der Dinge zu finden, in diesem Anerkenntnisse allein beruht die Hoffnung auf ein einiges Deutschland, die Hoffnung, daß Handel und Gewerbe wieder aufleben, die Hoffnung, daß ein Bürgerkrieg vermieden und ein Angriff fremder Staaten siegreich bestanden werde.

Den Beschlüssen des deutschen Parlaments, wie dieselben auch nach den in seinem Innern durchgemachten Kämpfen sich gestalten mögen, ist das deutsche Volk, sind die einzelnen Regierungen Folge zu leisten schuldig, weil jene als der Ausdruck des wahren, allgemeinen Volkswillens erscheinen.

Jede andere Ansicht, jedes Auflehnen gegen also gefaßte Beschlüsse einer freien und unabhängigen Nationalversammlung führt zum offenen Bürgerkriege und wird das sich selbst zerfleischende Deutschland zur Beute fremder Mächte machen.

Wenn sich nun dieser Ansicht entgegen Vereine bilden, Vereine, welche ihr Netz über ganz Deutschland zu verbreiten und dasselbe zu umgarnen suchen, wenn diese Vereine ihre individuellen Ansichten über die künftige Verfassung Deutschlands, unbekümmert um die Beschlüsse des Parlaments, nöthigenfalls mit Waffengewalt durchsetzen zu wollen nicht verhehlen und jedenfalls diejenigen, welche diese äußere Gewalt bereits zur Ausführung gebracht hat, laut als ihre Anhänger und Heilande preisen, wenn also diese Vereine sich über die von dem gesammten deutschen Volke eingesetzte Nationalversammlung erheben und ihren Willen als den allgemeinen Volkswillen um jeden Preis und unter Anwendung aller Mittel Geltung zu verschaffen suchen, dann ist es Zeit, daß Deutschland sich ermanne und gegen eine solche Usurpation seines Willens, gegen eine solche Verletzung seiner bereits ausgeübten Souveränetätsrechte mit lauter Stimme protestire.

Das deutsche Volk hat nicht deshalb hunderte seiner Fesseln zersprengt, um dagegen neue sich anlegen zu lassen.

Das deutsche Volk will wahrhaft frei, und deshalb ebenso wenig der Sclave seiner alten Fürsten seyn, noch sich jetzt von denen knechten lassen, welche unter der Maske der wahren und einzigen Volksfreunde sich des Volkes nur zur Erreichung ihrer eigenen selbstsüchtigen Zwecke bedienen wollen.

Wie sonst die Fürsten ihrer dynastischen Interessen halber das Volk zum Kriege und zur Schlachtbank geführt haben, so wollen diese Volksbeglücker ihrer Zwecke halber Bürgerkrieg entflammen.

Dort wie hier, sind Ehrgeiz und Eitelkeit die gleich verderblichen Triebfedern und das Volk das Mittel, um mit seinem Blute Beiden zu dienen.

Damit man aber nicht glaube, daß das deutsche Volk dieß nicht durchschaue, daß es reifer ist, als diejenigen wünschen, welche seine Reife und Mündigkeit fort und fort im Munde führen, daß das deutsche Volk nicht will, die Despotie des büreaukratischen Regiments mit der Herrschaft des Terrorismus einzutauschen, erheben wir aus dem Herzen von Deutschland unsere Stimme, damit das deutsche Parlament am deutschen Volke nicht soll irre werden.

Doch aber Eins thut Noth, Ihr deutschen Männer!

Spudet Euch, die Zeit sie drängt gewaltig, gebet Thaten, denn vor den Thaten wird sich Alles beugen.

Durch Thaten nehmet Ihr der Hyder alles Gift.

Nehmet Schleswig-Holstein, nehmet Triest's, nehmet Prag's Euch kräftigst an, zeigt Euch entschlossen, gegen Rußland aufzutreten und fürchtet Frankreich mehr nicht, als es Noth, dann müßten Deutschlands Söhne feig entartet seyn, wenn sie nicht Alle eines Weges gingen.

Nürnberg, am 22. Juni 1848.

(Gesuch.) Altes Zinn wird fortwährend zu kaufen gesucht bei Zinngießer Schmidt am Weinmarkt.

(Anzeige.) In der J. A. Endter'schen Buch- und Musikalienhandlung in Nürnberg ist so eben erschienen:

Stadtwehr-Marsch

für das Piano-Forte componirt und den

Wehrmännern Nürnbergs

freundlichst gewidmet von

Carl Birkner.

Preis 18 kr.

(Zu vermiethen.) Nächstes Monat ist ein schön möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Karolinenstraße L. No. 341 ist die erste oder zweite Etage, mit oder ohne Möbeln, an ledige Herren oder Damen zu vermiethen.

Anzeige.

In Stein bei Nürnberg wird das Wehr neu gebaut, und sind hiezu erforderlich:

100′	Dielen,	16′	lang,	4″	stark.
300′	„	13′	„	4″	„
425′	„	12′	„	4″	„
250′	„	11′	„	4″	„
450′	„	10′	„	4″	„
325′	„	9′	„	4″	„
1850′	Dielen.			4″	stark.
100′	Dielen,	14′	lang,	2″	stark.
700′	„	13′	„	2″	„
1100′	„	12′	„	2″	„
1900′	Dielen.			2″	stark.

160′ Wehrbaum, 12″ stark.

Diejenigen, welche Lust haben, die Lieferung dieses Holzes zu übernehmen, wollen sich deßhalb, nächsten Mittwoch den 28. Juni im Lämmermann'schen Wirthshause in Stein einfinden, wo sie das Nähere erfahren werden.

Zur Nachricht.

Meine Wohnung ist bei Herrn Schwarzkopf zu den 3 Königen in der Theatergasse, L. Nro. 790.

Joseph König aus Speyer,
Bettfedern-Reiniger.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 75 am Weinmarkt ist die erste Etage, enthaltend: 3 heizbare Zimmer, Kammer und Küche nebst Waschgelegenheit bis Ziel Laurenzi oder Allerheiligen zu vermiethen. Ebendaselbst wird ein Laden mit heizbarem Ladenstübchen bis Laurenzi frei.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 158 der Kaiserstraße ist ein möblirtes Zimmer an einen soliden Herrn oder Frauenzimmer zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Eine freundliche Wohnung nahe am Rathhaus (Plattenmarkt), S. Nro. 513 im 2. Stock, aus 3 Zimmern, Kammern, Küche, Vorplatz etc. bestehend, ist zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein freundliches Zimmer, mit oder ohne Möbeln, ist zu vermiethen bei

Seb. Schuster
zur Eule.

(Zu vermiethen.) Ein freundliches Gartenlogis ist an der Bucherstraße Nro. 104 bis Ziel Laurenzi zu vermiethen. Dasselbe enthält 2 Stuben, 3 Kammern, Holzlage, helle Küche und Speisekammer.

(Anzeige.) Der anonym eingesandte Aufsatz über die Brodfrage kann so lange in unserm Blatt keine Aufnahme finden, bis der verehrliche Einsender seinen Namen genannt hat.

Exped. d. Mittelfränkischen Zeitung.

(Gesuch.) Ein auswärtiges Mädchen, welches in der Küche und allen andern Hausarbeiten gut bewandert ist, sucht bis nächstes Ziel bei einer Herrschaft in Dienst zu treten. Näheres Spitalplatz Nro. 871.

(Gesuch.) Eine erfahrene Kindsmagd, welche auch mit neugeborenen Kindern gut umzugehen versteht, kann bis nächstes Ziel Laurenzi eine sehr anständige und dauernde Unterkunft finden, wenn sie sich über ihre Brauchbarkeit und sonstiges Wohlverhalten genügend auszuweisen vermag.

(Gesuch.) Zur Schlosserprofession wird ein junger Mensch gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Preußische Cassenanweisungen und alle andern Tresorscheine werden nicht allein zum vollen Werthe, sondern selbst mit Agio (Aufgeld) einzuwechseln gesucht in S. Nr. 1376 äußere Laufergasse 1. Stock.

(Zu verkaufen.) Eine sehr schön gearbeitete neue Linir-Maschine, für einen Kupferstecher ist billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Beilage LVIII. zu Nro. 177 der Mittelfränkischen Zeitung.

Gründliche Hülfe.

1) Man zahle alle Staatsschulden in Deutschland sogleich zurück, und zwar mit unverzinslichem Papiergeld, das aber in allen Kassen angenommen wird und eben so von Privaten in dem Lande, wo es ausgegeben ist, die nächsten fünfzig Jahre angenommen werden muß. 2) Man ziehe von diesem Papiergeld jährlich den fünfzigsten Theil oder auch mehr wieder ein, und vernichte ihn. Diese Einziehung kann durch die Hälfte der ersparten Zinsen geschehen, oder durch Verkauf von Staatsgütern, Wäldern, der schon deshalb nöthig wird, um dieser Masse Papiergeld eine Verwendung zu geben, und weil der Staat sich von eigenem Geschäftsbetrieb jeder Art frei machen, daher weder Landgüter noch Fabriken haben soll. Der Staat wird hierdurch Millionen Zinsen ersparen, der Staatspapierhandel, der die Kapitale der Industrie entzieht, wird aufhören; die Privaten und der Geschäftsverkehr werden Geld im Ueberfluß finden, da das Papiergeld nicht wie das Metallgeld versteckt, sondern fortwährend umgesetzt wird; die inländische Industrie wird im Gegensatz der ausländischen begünstigt sein, da sie das Papiergeld gebrauchen kann, letztere nicht. 3) Der Staat übernehme ferner die Ablösung aller Feudallasten, das Vermögen aller Kirchen, Stiftungen, Klöster, ziehe alles dies zum Besten der einfachen Verwaltung ein, vertheile von dem Erlös, wo das Bedürfniß oder die Gerechtigkeit es erfordert und wende den Ueberschuß ebenfalls zur Tilgung der Schulden an. 4) Der Staat überlasse alles, was in der Gemeinde geordnet werden kann, der Gemeinde selbst, vermindere dadurch die Ueberzahl der Beamten und das Vielregieren: beides die größten Plagen der Neuzeit. 5) Er setze endlich alle übergroßen Besoldungen auf ein gewisses Maaß herab, und erhöhe dagegen die zu geringen. So wird das Proletariat von selbst und schnell verschwinden, da es in dem steigenden Ackerbau und bei den blühenden Gewerben hinlängliche Beschäftigung findet. Um aber auch auf die Dauer der Entstehung desselben vorzubeugen, werde 6) verordnet, daß die elternlosen und verarmten Kinder nicht wie bisher in den Städten erzogen und zu Handwerkern bestimmt werden, sondern auf dem Lande in Ackerbaucolonien, wo man geschickte Gärtner, Ackerknechte, Taglöhner aus ihnen bildet. So wird die Classe, von der kein Land zu viel haben kann, und keins bis jetzt hinlänglich hat, vermehrt und der Ueberfüllung der Städte vorgebeugt. Eben dort colonisire man alle Bettler von Profession, was weit weniger kostet, als wenn sie sich wie jetzt auf Kosten des Publikums in Müssiggang ernähren. L.

Deutschland.

Freie Städte. (Frankfurt, den 22. Juni.) Die Debatte ist nun schon 3 Tage im Gange ohne irgend eine Aussicht, daß die Linke mit den übrigen Fraktionen sich einigen werde. Die „Mainlust“ und der „Würtemberger Hof“ wären so ziemlich auch für einen Reichsstatthalter an der Spitze; die Anhänger des Triumvirats haben nachgegeben, dieser Eine würde wohl Prinz Johann seyn. — Es sind bei diesem Kampfe nicht allein die politischen, sondern auch die dynastischen Interessen so sehr betheiligt, daß sie wesentlich auf denselben einzuwirken scheinen. So war die Furcht, daß, wenn 3 ernannt würden, die kleinen Staaten zum Opfer der drei Direktoren (Großstaaten) fielen, ein wesentliches Moment, daß man sich auf Einen einigte. Uebrigens war die gestrige Sitzung unerquicklich. Viel Witz und wenig Ernst, Uebertreibung auf beiden Seiten, mehr Opposition, um wehe zu thun, als zu widerlegen. Eben wird mir versichert, es seien preussische Kuriere hier eingetroffen mit der Nachricht einer russischen Invasion. Wahrscheinlich nur Gerücht der Furcht. Doch was kann sich in diesen Zeiten nicht Alles verwirklichen? Zachariä erstattet Bericht über Vogts Antrag, hinsichtlich der diplomatischen Verhältnisse Deutschlands (s. Samstagssitzung) der internationale Ausschuß erkennt das Prinzip an, findet aber in den gegebenen Fällen (die Innsbrucker Angelegenhit) keine Verletzung dieses Prinzips, auch sey die National-Versammlung keine Oberaufsichtsbehörde, die sich unaufgefordert überall einzumischen habe. Die einzelnen deutschen Staaten haben bis zur Stunde noch das aktive und passive Gesandtschaftsrecht. Der Ausschuß beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Tages-Ordnung. Lassaulx nennt den Commissions-Antrag unbestimmt, da nicht gesagt ist, ob die drei fürstliche oder Privatpersonen seyn sollen, worin doch so großer Unterschied sey. Es soll auch über die Qualifikation der Personen abgestimmt werden. Er sey für eine Person, einen Fürsten mit dem Rechte des veto, neben ihm eine Vertretung der Einzelstaaten, der National-Versammlung sey sonst zu viel Macht gegeben Es sey kein Verhältniß der Staatsgewalten; spricht energisch und streng gegen die Republik. Allmächtig wäre nur Einer auf Himmel und Erden, man könne nicht in diesem Sinne von Volkssouveränetät reden. Er verlangt Mäßigung, Selbsterkenntniß. (Findet vielen Beifall.) Diskau will Aufhebung des Bundes, den er unter großem Jubel der Gallerien und Widerspruch der Rechten schonungslos tadelt, er will ferner (Zitz'sches Amendement) die Einsetzung einer provisorischen Regierung Die Republik — eine prov. Regierung ist keine — wäre ja kein Unglück (Gelächter). 100,000, ja Millionen Mennschen harren ihr entgegen (einzelne Bravo auf den Gallerien; Ordnungsruf des Präsidenten.) Das Volk weiß jetzt auch, daß nicht allein die Fürsten, sondern auch das Volk von Gottes Gnaden ist. Es würde keinen Bürgerkrieg geben, das Volk will nicht die Anarchie, ich fürchte nur die Fürsten und ihre Camarilla (Gelächter der Rechten). Die Versammlung wird nach und nach unruhig; das Centrum und die Rechte ruft ihm spöttisches Bravo zu, als er geendet. Wydenbrugk erläutert ein von ihm eingebrachtes Amendement. (Postschluß.) (N. W. Z.)

Oesterreich. (Prag, 20. Juni.) Die Fürstin Windisch-Gräz ist von dem Techniker Muhr erschossen worden. Der Sohn des Fürsten erhielt zwei Schüsse im Carolinum (Universitätsgebäude), wohin er von seinem Vater als Parlementär gesendet worden war. Er soll bereits gestorben sein. Feldmarschallieutenant v. Köck wurde von einem Frauenzimmer erschossen. Der Oberstlieutenant v. Hohenegg Infant., dessen Adjutant nebst mehren andern Offizieren sind geblieben. Der Verlust, welchen das Civil erlitten hat, läßt sich nicht ermitteln, denn die Todten und Verwundeten wurden sogleich verschleppt. Durch die Beschießung der Stadt vom Laurenziberg aus haben am meisten das Clementinum, das Kreuzherrenkloster, die Mühlen und einige Thürme gelitten. Der kleinseitener Brückenthurm war zugemauert. Graf Deym, Graf Bouquoi, Baron Villani sind am 19. Juni verhaftet nebst einer großen Anzahl der Mitglieder der Svornost, sowie der Studentenschaft. Aus den vorgefundenen Papieren ergibt sich, daß der lange vorbereitete Aufstand erst am 15. Juni losbrechen sollte. Auf dem Lande ist es ruhig, obwohl die Emissäre Alles aufbieten, den Sturm von neuem heraufzubeschwören. In vielen böhmischen Ortschaften werden vom Landvolke Kugeln gegossen. Sämmtliche böhmische Kreishauptleute sind angewiesen, bei weitern Ruhestörungen das Standrecht zu publiziren (D. A. Z.)

(Pesth, den 16. Juni.) Nach gestern Abend eingegangenen Kuriernachrichten aus Peterwardein, welche wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, dauerte der Kampf des ungarischen Militärs gegen die aufständischen Raizen in und bei Karlowitz am 12. Juni von 10 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends. Karlowitz ward von Peterwardein aus mit Brandraketen beschossen, und als es an 14 Punkten in Flammen stand, drang das Militär kämpfend in die Strassen. Die Aufständischen ergriffen theils die Flucht, theils ergaben sie sich, viele warfen sich aber in die feste Kirche und in den erzbischöflichen Palast. Beide wurden vom Militär nach hartnäckigem Widerstande mit Sturm genommen. Vom Militär sind 6 geblieben, viele verwundet; von den Aufständischen sollen gegen 200 gefallen sein, etwa 100 sind gefangen genommen worden. Auch 600 Grenzer unter Anführung eines Grenzkapitäns sind unter den Aufständischen. Diese zogen sich nach dem Fall von Karlowitz in das Gebirge Kamenitza zurück. Ein anderer Trupp der Aufständischen hat sich bei Neusatz verschanzt und erwartet dort den Angriff des Militärs. Am 13. Juni sollte der Kampf von neuem beginnen. Der Ban Jellachich, welcher am 12. Juni endlich nach Innsbruck gereist ist, hatte vorher in usurpatorischer Weise den Grafen Albert Nugent, Sohn des in Italien kriegführenden Feldzeugmeisters, zum königl. Banalkommissar über Slavonien ernannt. Dieser reiste nach Peterwardein und forderte von dem Kommandanten, Feldmarschallieutenant v. Hrabowsky die Uebergabe der Festung und die Unterwerfung des Kommandos unter seine eigenen banalkommissarischen Befehle. Er wurde natürlich zurückgewiesen. — Die Politik des Kaiserhauses hat sich nunmehr entschieden zu Gunsten Ungarns gewendet. Der König hat die Union sanctionirt, an die sächsische und walachische Deputation eine Antwort ertheilt, in welcher er ihre Beschwerden gegen die Union für grundlos erklärt, sie dagegen auf die Freiheiten und Vortheile aufmerksam macht, die ihnen die Union gewährt. An den österreichischen Kriegsminister, Grafen Latour, hat der Kaiser ein Kabinetsschreiben gerichtet, welches ihm anzeigt, daß alle Militärkommandos in Ungarn, Siebenbürgen und seinen Nebenländern, sowie auch die Militärgrenze ausschließlich unter den Befehlen des ungarischen Kriegsministeriums in Ofen-Pesth stehen. Den ungarischen Kriegsminister Oberst Lazar v. Meßaros hat der König zum Generalmajor ernannt. Dies Alles ist authentisch und wird in dem Moniteur bekannt gemacht werden. Wir haben dasf für diesen bestimmte Manuscript bereits gelesen. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 19. Juni.) Die Ministerkrise ist beendet. Das Ministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung ist: Minister-Präsident ohne Portefeuille: Camphausen; Minister der geistlichen, Unterrichts- rc. Angelegenheiten: Auerswald; Minister des Innern: Rodbertus-Jagetzow; Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Frhr. v. Schleinitz; Minister der Justiz: Bornemann; Minister des Krieges: Freiherr v. Schreckenstein; Minister der Finanzen: Hansemann; Minister-Verweser des Handels rc.: Frhr. v. Patow. Wir hören aus guter Quelle: daß der Justiz-Minister Bornemann folgende vier wichtige Gesetzes-Vorlagen fertig hat und schon morgen oder übermorgen der Kammer vorlegen wird: 1) einen Gesetz-Entwurf wegen allgemeiner Einführung der Schwurgerichte im ganzen Staate (es wird uns hiebei bemerkt, daß durch den Entwurf im Verhältniß zum gegenwärtigen rheinischen Rechte eine Beschränkung der Zahl der Geschworenen und somit eine große Verkümmerung des wichtigen Recusations-Rechtes Statt finden soll); 2) einen Gesetz-Entwurf wegen allgemeiner Einführung der Civil-Ehe und der Civilstands-Register im ganzen Staate; 3) einen Gesetz-Entwurf wegen Aufhebung der agnatischen Rechte (hiemit würden Fideicommisse rc. von selbst fallen); 4) einen Gesetz-Entwurf wegen Aufhebung, resp. Ablösung der lehnsherrlichen Rechte und Verhältnisse. Auch die neue Hypotheken-Ordnung soll so weit fertig seyn, daß sie nur noch einer letzten Superrevision bedarf. Wir hören ferner, daß auch im Ministerium des Innern zwei überaus wichtige Gesetzes-Vorlagen, nemlich die Gemeinde-Ordnung und das in Aussicht gestellte Gesetz wegen der Bürgerwehr zur Mittheilung an die Kammer bereit liegen und wahrscheinlich auch sofort von Hrn. v. Auerswald wären vorgelegt worden, wenn nicht in Folge der neuen Besetzung des Ministeriums des Innern hierin eine Aenderung eingetreten wäre. Herr Rodbertus soll nemlich nicht entschlossen sein, diese beiden Gesetz-Entwürfe ganz in der Form, wie er sie von seinem Amts-Vorgänger vorgefunden hat, beizubehalten, und hat sich bei den Verhandlungen wegen Uebernahme seines Portefeuilles dem Vernehmen nach sogar mit Beziehung auf diese beiden Punkte die Möglichkeit offen gelassen, die Kammer aufzufordern, ihrerseits die Initiative in diesen beiden Fragen zu ergreifen und besondere Kommissionen mit der Entwerfung dieser beiden Gesetze zu beauftragen; d. h. Rodbertus soll sich nur dieses Recht gewahrt haben, wahrscheinlich aber keinen Gebrauch davon machen, sondern vielmehr die beiden auerswald'schen Entwürfe in etwas umgearbeiteter Form selbstständig vorlegen. Wir vernehmen endlich, daß bei den Berathungen, welche das Ministerium in seiner neuen Zusammensetzung über die hauptsächlichsten Prinzipienfragen Behufs Herbeiführung einer Einigung gepflogen hat, man in Beziehung auf den waldeck'schen, durch Majorität zum Beschluß der Kammer erhobenen Antrag zu dem Entschlusse gekommen ist, daß man zwar einer wesentlichen Umarbeitung und Abänderung des ursprünglichen Verfassungs-Entwurfes kein Hinderniß entgegensetzen, dagegen für den Fall, daß die Kommission diesen Regierungs-Entwurf völlig bei Seite lege und die Ausarbeitung eines vollständig neuen vornehme — was ihr nach dem Wortlaute des waldeck'schen Antrages allerdings gestattet ist, - und daß die Versammlung diesen Grundsatz gutheiße, in Gesammtheit zurücktreten wolle. (Köln. Z.)

(Von der schlesisch-russischen Grenze, den 18. Juni.) Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sich im Königreich Polen, und zwar unfern der Grenze, eine sehr bedeutende russische Streitmacht zusamenzieht. In der Umgegend von Kalisch liegen die Truppen jetzt schon so dicht, daß 40 Mann und mehr in jedem einzelnen Gehöfte untergebracht sind. Die Verpflegung ist dagegen sehr gut, was auf ein

weit verzweigtes und wohl organisirtes Verpflegungs-System schließen läßt. Unmittelbar um Kalisch liegt z. B. ein Regiment finnländischer Jäger, welches in Eilmärschen von Finnland nach Polen marschirt ist, ohne daß den Offizieren, wenigstens den Subaltern-Offizieren, ihre Bestimmung irgend bekannt gewesen wäre. Auch jetzt weiß Niemand, was diese so eilige und so furchtbare Truppenzusammenziehung bezweckt; jedoch ist unter den russischen Offizieren über den baldigen Ausbruch eines Krieges mit Deutschland kein Zweifel. Hiermit überein stimmt die vor einigen Tagen eingegangene Ordre zu sofortiger Armirung der Festung Neisse. Die königl. Regierung in Oppeln hat die Weisung erhalten, augenblicklich (im Sommer) das dazu nöthige Holz aus den königlichen Forsten schlagen zu lassen. Es geht hieraus hervor, daß man auch in Berlin anzufangen scheint, den russischen Friedens-Versicherungen zu mißtrauen. Mit banger Besorgniß blicken wir in die Zukunft! Deutschland von Parteien zerrissen, welche, statt einer Einigung, Haß und Zwietracht unter die deutschen Bruderstämme säen. Preußen und Oesterreich mit der Feststellung ihrer neuen Verfassung beschäftigt, von einer negirenden und zersetzenden Partei beherrscht — Volk und Heer — Bürger und Arbeiter einander mißtrauend und anfeindend; alle politischen Leidenschaften entfesselt, und zum Theil der persönlichen Eitelkeit und dem Ehrgeiz Einzelner unterthänig, ohne daß Einer dieser sogenannten Volksmänner sich durch hervorragenden Geist oder Talente auszeichnete; dazu alle Grenzen offen und beutelustige Nachbarn gerüstet dicht an denselben! Dies alles möchte wohl hinlänglichen Stoff zu ernstlichen Betrachtungen geben und für die National-Versammlungen in Frankfurt und namentlich in Berlin eine dringende Mahnung enthalten, endlich den kleinlichen Partei-Streitigkeiten, wovon das Land nicht den geringsten Nutzen hat, zu entsagen und sich mit ernsten Dingen, mit dem Wohle des Vaterlandes zu beschäftigen. Das große Deutschland hat bis jetzt nicht das unbedeutende Dänemark besiegen können, — denken wir uns einen Krieg mit Rußland, 400,000 Mann die Gränze überschreiten, und dazu die berliner Interpellationen!! (Köln. Z.)

Sachsen. (Altenburg, 21. Juni.) Unser Landtag ist heute ohne weitere Störungen eröffnet, die Propositionen den Ständen von den Ministern überreicht, nachdem Erstere den etwas modificirten Eid ohne Schwierigkeit geleistet hatten. Morgen früh wird der Landtag mit einem Gottesdienst in der Brüderkirche beginnen und dann die erste Sitzung folgen. (D. A. Z.)

(Gera, den 19. Juni.) Mit gerechtem Unwillen erfüllte gestern die Gemüther Aller die Nachricht, es habe der bisherige Ablösungscommissar (Titular-Landkammerrath) Krause, der schon seit Anfang April eine künstliche Aufregung unter einem Theile der Bauern hervorgerufen hatte, jetzt aufs neue durch gedruckte Circulare dieselben aufgefordert, heute in Masse nach der Stadt zu kommen, um durch eine Sturmpetition die Bewilligung einiger in ihrer früher überreichten Petition beantragten und noch nicht erfüllten Punkte zu erlangen; namentlich den Erlaß der Schreibegebühren bei Verkauf von Grundstücken, die Modification des Wahlmodus zum reuß-geraischen Landtage, die sofortige Suspension des ersten Kammer- und Forstbeamten während der Untersuchung der von Krause im Namen der Landschaft gegen ihn vorgebrachten Klagepunkte rc. Von den 15,000 Landbewohnern der Herrschaft Gera waren höchstens 150 — 180 aus einigen Gemeinden erschienen (ein deutlicher Beweis, daß die Meisten gesetzlichen Sinn und Einsicht genug hatten, die Beweggründe des Agitators zu durchschauen und sie nicht unterstützen zu wollen); etwa eine gleiche Zahl Neugieriger aus unserer Stadt schloß sich diesen auf dem Marktplatz an, als Krause von dem Fenster eines Gasthauses herab eine geschriebene Rede ablas, in welcher er jene Punkte hervorhob und dadurch das Mißtrauen der Landschaft in den guten Willen der obersten Behörde und die Nothwendigkeit einer energischen Demonstration in Masse zu rechtfertigen versuchte; damit sie zeigten, daß es nicht blos von einigen Schreiern ausgehe, wie man schon behauptet habe, sondern vom ganzen Volke (?), welches dazu die Kraft habe und nun auch den Willen zeigen solle. Hierauf zog er, mit zwei Bauern zu Deputirten gewählt, ungeachtet der Fürst v. Ebersdorf-Lobenstein hatte erklären lassen, er wünsche ihn und einen jener beiden Andern nicht in der Deputation zu sehen, mit dem ganzen Haufen nach dem Küchengarten, einem fürstlichen Lustschloß in der Nähe der Stadt, wo zuerst der Kanzler v. Breitschneider im Auftrage des Fürsten mit ihnen verhandelte, was indessen durch den Anblick einer kleinen nach dem Schloß Osterstein gehenden Militärabtheilung unterbrochen wurde. Sogleich stürmte Alles unter dem Rufe: „Militär weg!“ ihnen nach, beruhigte sich indessen bald, als der Fürst erklärte, es sei seine Schloßwache, als die meisten Soldaten ihre Gewehre ablegten und die Deputation mit einem Theile der Umstehenden in den Schloßhof eingelassen wurde. Hier sprach der Fürst einige Worte mit ihnen, bewilligte Einiges, so weit er dies ohne Zustimmung seines Mitregenten, des Fürsten von Reuß-Schleiz, konnte; in andern Punkten verwies er sie an den demnächst zusammentretenden Landtag und sprach sich mehrmals sehr fest und entschieden gegen den Führer der Deputation aus. Nachdem sich Alle wieder aus dem Schloßhofe entfernt hatten, erfuhren die Führer selbst, wie wenig Macht sie über den Haufen hatten, der ihren mehrmaligen Aufforderungen, abzuziehen, nicht Gehör gab, sondern die Hauptwache dicht umdrängte, indem er einen ihm verhaßten Tischlergesellen, den Exerziermeister eines Theiles der Bürgerwehr, in den Umgebungen des Schlosses ausgeliefert haben wollte, weil dieser den Säbel gezogen habe. Erst nachdem dieser Abbitte gethan hatte und erklärt worden war, daß er keine Waffe mehr tragen solle, zogen sie ab. Es ist zu hoffen, daß die Staatsbehörde, welche hierbei ganz auf den gesetzlichen Sinn und die gerechte Entrüstung der städtischen Bürgerwehr und der großen Mehrheit des Landvolks bauen kann, den Umtrieben jenes Mannes ein Ende machen wird. An eine ernstliche Mißstimmung der Landbewohner unsers Fürstenthums wegen zu großem Druck ist um so weniger zu glauben, da ihre Steuerlast nur sehr gering ist. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 20. Juni.) (Nationalversammlung. Sitzung vom 20. Juni.) Marrast las folgenden aus 139 Artikeln bestehenden Verfassungsentwurf vor: „Im Beisein Gottes und im Namen des französischen Volks proklamirt und dekretirt die Nationalversammlung Folgendes.“ Die ersten 9 Artikel handeln von den bürgerlichen Rechten und Pflichten. Art. 1 besteht aus dem christlichen Grundsatze: „Was Du nicht willst, das Dir geschehe, das thue auch keinem Andern weh.“ Die Familie und das Eigenthum sind garantirt, ebenso die Arbeit und der Unterhalt. Frankreich ist eine demokratische Republik, reich und unzertheilbar. Dieselbe wird durch Eine Versammlung von 750 Gliedern für die gewöhnliche Gesetzgebung und von 900 Gliedern vertreten, wenn die Verfassung revidirt werden soll. Keine Beamtenstelle ist mit dem Amte eines Volksvertreters verträglich, mit Ausnahme der Minister, des Maires von Paris, und einiger anderen höchsten Beamten der Centralbehörden in Paris. Das französische Volk übergibt die Vollziehungsgewalt an Einen Bürger, welcher den Titel „Präsident der Republik“ führt. Um Präsident der Republik zu werden, genügt es, geborner Franzose und dreißig Jahre alt zu sein. Ausserdem wird ein Vizepräsident für vier Jahre auf den Vorschlag des Präsidenten durch die Nationalversammlung erwählt. Die folgenden Artikel sprechen sich über die Landesverwaltung, Justizpflege und die Armen aus. Das Militär-Ersatzwesen ist abgeschafft. Keine fremden Truppen dürfen ohne Genehmigung der Nat.-Versammlung das Gebiet der Republik berühren. Die Todesstrafe bleibt abgeschafft für politische Verbrecher. Die politischen Verbrechen aller Kategorien verfallen dem Geschwornen Urtheil anheim. Die Unterrichts- und Lehrfreiheit geschieht unter Aufsicht des Staates. Die Ehrenlegion bleibt bestehen, ihre Satzungen sollen mit den Einrichtungen in Einklang gebracht werden. Alle bisherigen transitorischen Bestimmungen bleiben in Gesetzkraft bis sie definitiv erledigt werden. Diesem Vortrage folgte eine lange Aufregung und die Sitzung blieb einige Zeit suspendirt.

Hohe konstituirende National-Versammlung!

Mit Staunen und Entrüstung haben wir den Antrag des Ausschusses für Bildung einer provisorischen Centralgewalt vernommen, nach welchem die drei Männer, denen die vollziehende Gewalt übergeben werden soll, von den Regierungen vorzuschlagen und lediglich von der Nationalversammlung nur bestätigt werden dürfen. Dieser Antrag steht aber im schneidenden Widerspruch mit dem von der Nationalversammlung selbst am 27. Mai ausgesprochenen und vom ganzen deutschen Vaterlande mit Jubel begrüßten Grundsatze der Volkssouveränetät und rechtfertigt das Vertrauen, welches das Volk jenen Männern schenkte, die es zur Wahrung seiner Rechte nach Frankfurt gesandt hat, in keiner Beziehung. Wir erwarten und fordern daher, daß die Nationalversammlung eingedenk ihrer Mandate und der ihr hieraus erwachsenden Pflichten, lediglich die Rechte und das Wohl des Volkes, von welchem und für welches Sie gesandt ist, im Auge habe, nicht aber die Befugniß besitze, den Fürsten eine einflußreiche, volksgefährliche Stellung auch für die Zukunft zu sichern und daher auch nicht das Geringste der Errungenschaften des deutschen Volkes aufgebe oder, durch diplomatische Kniffe bethört, im Wege der Vereinbarung, an die Fürsten abtrete. Jeder solche Versuch müßte als Hochverrath an der Souveränetät des Volkes betrachtet und denjeniger, die dazu mitgewirkt haben, die ganze Verantwortlichkeit aller daraus entstehenden unseligen Folgen aufgelegt werden. Nur eine von der Nationalversammlung selbst frei gewählte und ihr allein verantwortliche Centralgewalt entspricht dem Willen und dem Bedürfniß des Volkes, des Gesammtvaterlandes in allen Beziehungen und dem Prinzipe der Volkssouveränetät. Wir protestiren daher feierlichst gegen jeden Versuch, die künftige Exekutivgewalt, welche die Schicksale Deutschlands bestimmen wird, auf anderem Wege und durch Zulassung anderer, dem Volke fremdartiger, ja sogar feindlicher Einflüsse gestalten zu wollen und berufen uns hiebei auf den energisch und laut ausgesprochenen Gesammtwillen des deutschen Volkes und unsern Wahlspruch: „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“

Nürnberg, den 22. Juni 1848.

Im Namen und Auftrag des polit. Vereins.
Die Ausschuß-Mitglieder des Vereins.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26. Juni 1848. **№ 178.** **Montag: Jeremias.**

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement für die Mittelfränkische Zeitung. Wir laden deshalb das verehrliche Publikum zur Theilnahme mit dem Bemerken ein, daß unser Blatt auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts sich den freisinnigsten Bewegungen stets anschließen und über die Ereignisse der Zeit täglich ein klares Bild entwerfen wird. Die umgeänderten Postverhältnisse erlauben es, das Blatt im ganzen Königreich für fl. 1. 45 kr. vierteljährig, wozu in Loco noch 3 kr. Austrägerlohn kommen, an die Abonnenten liefern zu können. Der zu regulirenden Auflage wegen ersuchen wir das verehrliche Publikum, die Bestellungen rechtzeitig zu machen, und erwähnen für Auswärtige noch besonders, daß dieselben bei den ihnen zunächst gelegenen Postämtern, nicht aber bei der Expedition dieses Blattes abonniren wollen.

Deutschlands höchste Frage,

(Frankfurt, 22. Juni.) Der Parteienkampf ist entbrannt. Die Paulskirche ist das geistige Schlachtfeld, wo in diesem Augenblick Deutschlands heiligste Interessen berathen werden: die provis. Centralgewalt, demnächst die Magna charta und dann die deutsche Staatsgrundverfassung. Drei Tage schon währt der heiße Kampf über die Centralgewalt. Scharf und entschieden entwickeln die Parteiführer ihr Programm und es ist ein erhebender Anblick, wie das Spiegelbild der deutschen Nation in der Paulskirche die Hoffnungen und Erwartungen, Wünsche und Leidenschaften, ja das ganze politische Leben des Volkes und seiner einzelnen Stämme klar und naturgetreu wiedergibt. Kein Streit ist in der Versammlung über herzustellende kräftigste Einheit Deutschlands; nur über die Art und Weise, über den Weg, der zu diesem Ziele führt, gehen die Ansichten und Meinungen auseinander. Kein Streit ist über Volkssouveränetät, über die auf dem Gesammtvolke ruhende höchste Machtvollkommenheit: nur über die Anwendung dieses Begriffs machen sich die schroffsten Gegensätze geltend. Während man auf der linken Seite in unmerklichen Abstufungen nach dem linken Centrum hin die schärfsten logischen Folgerungen aus diesem Begriffe entwickelt und die äußersten Konsequenzen in Anspruch nimmt; fordert man auf der andern Seite, mit Uebergängen nach dem rechten Centrum, daß der Begriff der Volkssouveränetät mit dem noch vorgefundenen historischen Material, mit den wiewohl schwach noch bestehenden Einrichtungen in nothwendigen Einklang gebracht werde. Auf der linken Seite strenge Deduktion aus dem für Deutschland neuen Begriff der Volkssouveränetät; bei den Gegnern milde Anwendung derselben aus Billigkeitsrücksichten. Dort Einheit, Untheilbarkeit, Unveräußerlichkeit der Souveränetät; hier Theilbarkeit, Veräußerlichkeit oder Uebertragbarkeit. Indem die eine Seite die Machtvollkommenheit des Volks stets in der Hand behalten will, genügt der andern Seite schon als hinreichende Machtvollkommenheit jener vereinzelte Akt der Souveränetät, wodurch dieselbe, zum Theil wenigstens, auf die Regierungsspitze übertragen wird. Während Blum, Jordan, Simon aus Trier und Andere nur das eine Volk anerkennen, in welchem sie Fürsten und Regierungen aufgehen lassen, erklären Welcker, Vincke und ihre Meinungsgenossen ihre Sympathien für die Fürsten und die bestehenden Regierungen und räumen diesen, bei der Bestimmung über Centralgewalt und Verfassung, das Anerkennungsrecht ein. Auf der einen Seite voller Glauben und volles Vertrauen auf die Machtvollkommenheit des Volkes und die Ausführbarkeit der Beschlüsse der souveränen Nationalversammlung, ohne Mitwirkung der Fürsten und Regierungen, ja, im Nothfalle gegen deren Willen — einen Fall, dessen Möglichkeit sie kaum bezweifeln; — auf der andern Seite volles Vertrauen auf den guten Willen der Regierungen, jedoch nur für den Fall einer besondern Mitwirkung zu den Beschlüssen, wenigstens einer Genehmigung derselben. Die Konsequenz der Linken will die provisorische Centralgewalt einzig und allein aus dem souveränen Willen der Nationalversammlung hervorgehen, und diese Gewalt nur als das verantwortliche Organ ihrer Selbstregierung gelten lassen; ihre Gegner finden nur Heil in der ganzen Anordnung, wenn die Regierungen (gleichsam als zweite Macht neben der souveränen Nationalversammlung) ihre volle Mitwirkung, zumal bei der Wahl der Person oder Personen der Centralgewalt eintreten lassen. Blum und seine Freunde sagen: „nur wir sind consequent, denn wir stehen auf dem Boden der Revolution;“ Welcker und seine Freunde dagegen sagen: „nur wir sind consequent, denn wir stehen auf dem Boden der Reform.“ So Stirn wider Stirn ist nicht aus der Stelle zu kommen und die Einheit des Vaterlandes, jene langersehnte, heilige Einheit, die ja alle wollen, welche in dem hohen Rathe der Nation sitzen, wird nur zu erreichen sein, wenn die Revolution der Reform und hinwiederum die Reform der der Revolution Zugeständnisse macht. Hinter beiden Parteien in der Paulskirche stehen die beiden Hälften der deutschen Nation. Wird man für die Gewinnung unserer Nationaleinheit, für die Aufrechthaltung des tief bedrohten innern und äußern Friedens unseres Vaterlandes, für die Wiederkehr des öffentlichen Vertrauens und das Wiederaufblühen des Handels und der Gewerbe die Anerkennung des Grundsatzes einer sogenannten richtigen Mitte, in diesem Falle, als einen allzuhohen Preis ansehen wollen? Wir hoffen, alle vernünftigen Männer, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, werden diese Fragen verneinen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Deutschland.

Bayern. (München, 23. Juni.) (Habt Acht!) Heute den 23. Juni lag auf dem Rathhause eine Adresse an das Nationalparlament zu Frankfurt auf, welche ihrer Fassung nach im Interesse der katholischen Geistlichkeit geschrieben und die katholische Religion, vielmehr ihre Freiheit, zum Vorwande gebraucht wurde. **Die Kirche!** Die katholische Kirche läuft im Nationalparlamente Gefahr, so schreien die Geistlichen den untern Volksschichten in die Ohren; die Kirche wird in ihrem Einkommen verkürzt, die Stiftungen verringert, die Freiheit des Kultus beschränkt. Nach dem Wortlaut dieser die Gläubigen zu Allem aufstachelnden Adresse sind besonders die Punkte 4 und 6 höchst bedenklich, und so verschleiert der Sinn derselben auch für die Menge ist, so auffallend wird er in seiner wahren Bedeutung. Es ist nicht zu erwarten, daß die bayerische Regierung diesem gefährlichen Adreßgemache nicht entgegentreten werde, denn die größte Aufregung hat sie bereits in den ersten Stunden nach ihrem Erscheinen hervorgebracht! — — — Wenn Guido Görres, wie man mit Bestimmtheit behaupten will, der Verfasser dieser Adresse ist, welche schon zum Faustkampfe und in dem Falle, daß sie nicht schnellstens zurückgezogen wird, selbst zum Blutvergießen und zu Ruhestörungen führen kann, so hat er sich eine große Verantwortung aufgelastet. — Friede und Einigkeit thut so noth und diese Partei sind so äußerst gefährliche Wühler. Redlich gesinnte Männer Bayerns: Habt Acht! —

(München, den 22. Juni.) Die Adresse, welche die Ultramontanen, Professor Görres an der Spitze, auf dem Rathhause zur Unterschrift auflegten, gab Veranlassung zu nicht unbedeutender Aufregung insbesondere durch die Mittel, welche man anwendete, um die Leute zur Unterschrift zu bewegen. Auf der Schranne sagte man den Bauern geradezu, wenn sie katholisch bleiben wollten, müßten sie unterschreiben. In einem „Katholiken in Bayern“ überschriebenen Aufruf, der an allen Strasseneсken angeschlagen wurde, ward am Eingange gesagt: „In Frankfurt werde in einigen Tagen die Frage über Religions- und Gewissensfreiheit, über Unabhängigkeit oder Knechtschaft (??) der christlichen Konfessionen besprochen. Pflicht sey es daher, auch die Unabhängigkeit der katholischen Kirche zu sichern und gegen (jetzt kömmt der Hauptschlag) angedrohte Angriffe auf ihre Rechte und Besitz zu wahren.“ Man machte den Leuten, die nicht gleich wußten, um was es sich handle, weiß, die katholische Religion sey in Gefahr. Was Wunder also, daß Aufregung entstand und Knaben von 10 Jahren so gut wie alte Weiber herbeigeschafft wurden, um zu unterschreiben. Daß dieses Verfahren von Leuten auf der andern Seite nicht lange geduldet werde, war vorauszusehen, und nachdem schon Vormittags ein ernster Streit auf dem Rathhause entstanden war, versammelten sich gegen 1 Uhr viele Leute in diesem Saale, und einige Herren, welche die Leute durch Reden aufklärten über das, zu was man sie mißbrauchen wolle, erlangten vielen Beifall, bis man dann die vorhandenen Adressen und alles Schreibmaterial vernichtete, und die Unternehmer der Adressen entfernte, worauf sofort das Rathhaus geschlossen wurde. Seitdem bildeten sich einzelne Gruppen vor dem Rathhause, die sich mit großem Eifer über das Vorgefallene besprachen. Bereits ist auch schon von lieberaler Seite für heute Abend eine Versammlung nach dem Franziskanerkeller berufen, um die Sache zu besprechen. Werden nicht die geeigneten Gegenmaßregeln getroffen, so steht zu befürchten, daß die heutigen Vorfälle zu ernster Aufregung führen können. — Heute Abend soll auch ein neuer (liberaler) Klubb im Bauhof gebildet werden. (Augsb. Abdz.)

§ (München, den 24. Juni.) Soeben verbreitet sich das Gerücht, daß die Kurfürstin Leopoldine durch einen Sturz aus dem Wagen verunglückt und todt sey.

** (Nürnberg, den 25. Juni.) Die Frauen und Jungfrauen Nürnbergs haben dem kgl. Landwehr-Regiments-Kommandanten drei kostbare gestickte seidene Schleifen mit den altdeutschen Farben übergeben, um damit die Fahnen seines Regiments zu schmücken, zu welchem Behufe dasselbe nächsten Dienstag den 27. ds., Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, auf die Deutschherrenwiese ausrückt, woselbst die Schmückung der Fahnen durch eine erwählte Deputation von Jungfrauen vorgenommen wird.

⊏⊐ (Erlangen, den 24. Juni.) Bei der allgemeinen deutschen Studentenversammlung auf der Wartburg wurde, wie bereits bekannt, von einem Theile der dort Versammelten eine Zuschrift an die deutsche konstituirende National-Versammlung erlassen, worin dieselben ihre Sympathien für die republikanische Staatsform aussprechen. Eine Copie dieser Zuschrift kam durch einige von der Wartburg zurückkehrende Studenten hieher und diese forderten durch einen Anschlag an das schwarze Brett ihre politischen Gesinnungsgenossen auf, sich durch Unterschrift an diese Adresse anzuschließen, wie man das auch an anderen Universitäten vorhat. Diese Liste lag nur kurze Zeit auf, als sie sammt der Abschrift der Adresse vom kgl. Polizei-Commissariat weggenommen und troß aller Reklamationen gegen einen solchen willkürlichen Eingriff der Polizei in das Petitionsrecht der k. Regierung von Mittelfranken zur Kenntnißnahme zugesendet wurde. Der k. Polizeikommissär erklärte, diesen Schritt der Sicherheit des Landes schuldig zu seyn, da in der Adresse und ihrer Unterzeichnung ein Angriff auf die bestehende Verfassung und eine Verle-

tzung der geheiligten Rechte Seiner Majestät liege. »So lange noch ein König da sey, dürfe man nicht um Republik petitioniren.« Siehe da, du liebes Bayernland, wie deine Polizei zum Verständniß unsrer Zeit gekommen!

Die angeführte Adresse lautet: „Hohe National-Versammlung! Wir, ein Theil der auf der Wartburg versammelten studirenden Jugend, legen den Vertretern der Nation offen und unumwunden unsere Grundsätze in Betreff der Feststellung der deutschen Verfassung dar, in deren unbedingten Durchführung wir in dieser Zeit der allgemeinen Umwälzung den einzigen Hoffnungsstern einer bessern Zukunft sehen. Wir glauben um so mehr dazu verpflichtet zu sein, als man uns vorzugsweise die gebildete Jugend nennt, und das Urtheil der Wissenschaft in dieser Lebensfrage unseres Volkes ein maßgebendes sein muß. Unsere Stimme wird man um so weniger überhören, als wir im heiligen Kampfe der Freiheit alles zu opfern stets bereit gewesen sind, und das Volk stets auf uns sieht, als auf diejenigen, die überall das Panier der neuen Zeit leuchtend vorantragen. Die Revolution, in der wir leben, und deren Früchte wir uns um keinen Preis verkümmern lassen wollen, hat als Grundlage der Verfassung die Volkssouveränetät hingestellt, diese wollen wir nicht durch ein Kaiserthum vernichtet wissen, wir wollen vielmehr, daß die Eine Volkskammer, die Eine gesetzgebende Behörde für Deutschland sey; wir wollen keine Vereinbarung mit den Fürsten, denn die Nation hat sich aus eigener Kraft geeinigt und wird aus ihren bewährtesten Patrioten schon den Mann finden, der nicht von Gottes Gnaden, sondern frei gewählt ihr Bundesoberhaupt seyn wird. Mit Einem Wort; wir wollen die Republick als die einzige Staatsform, die eines edlen und gebildeten Menschen würdig ist, und die als ihr erstes Panier das theuer errungene Kleinod unserer Revolution, die gleiche Berechtigung, Aller obenan stellt. Mit Volks-Souveränetät und Volksglück ist Fürsten-Souveränetät und Fürstenglück unverträglich; in ihrer Vereinigung erblicken wir vielmehr nur einen unheilbaren Zwiespalt, von dem zu bewahren wir um jeden Preis dem Volke schuldig zu seyn glauben. Wir hegen zu den Vertretern des Volkes die feste Zuversicht, daß sie die Verfassung unseres Vaterlandes auf diesen von uns ausgesprochenen Grundlagen der Freiheit errichten werden. Noch ist der Würfel nicht gefallen! Noch schwankt die Wage zwischen blutiger Zerrissenheit im Innern und zwischen einer schönen Morgenröthe der Freiheit und Wohlfahrt des Vaterlandes! Vertreter der Nation, hört auf die Stimme derer, die, wie sie bisher für die Freiheit gekämpft und gelitten, so auch immer dieselbe zu schirmen und ihr Blut für sie zu vergießen bereit sein werden. Wartburg, den 15. Juni, 1848.

(Aschaffenburg, den 23. Juni.) Am 21. Abends kam es zwischen Soldaten des 4. Jägerbataillons und anderen Gästen in einem hiesigen Bierhause zu einer Schlägerei, welche jedoch weiter ausartete, so daß von den mit blanken Waffen in den Straßen hereinstürmenden Jägern mehrere durchaus nicht betheiligte Einwohner hiesiger Stadt verwundet wurden. Sogleich wurden energische Maßregeln von der kgl. Stadtkommandantschaft getroffen, daß dergleichen Unfuge nicht weiter stattfinden können; auch wird die schon eingeleitete Untersuchung die Schuldigen sicher der gebührenden Strafe überweisen. Gerüchte von weiteren Ruhestörungen auf gestern Abend, welche man ausgestreut hatte, haben sich als leere Befürchtungen erwiesen; auch waren sowohl von Seite des kgl. Militärs, als der Land- und Stadtwehr die nöthigen Vorkehrungen zur Verhütung jedes Exzesses veranstaltet worden. Bereits ist heute Morgen eine Kompagnie des 4. Jägerbataillons nach Amorbach abmarschirt. (Asch. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 23. Juni.) [22. Sitzung der Nationalversammlung.] Der Präsident verkündigte, daß 1) für den Antrag von Zitz, Zitz und Zimmermann aus Stuttgart, 2) für den Vincke'schen Antrag, v. Lichnowsky und v. Radowitz, 3) für den Blum'schen Antrag, Ruge und Blum, 4) für den Ausschußantrag v. Saucken und Edel, 5) für den Antrag von M. Mohl, Mohl und Dietzsch, 6) für den Antrag von Möring, Philipps und Großmann, 7) für den Antrag von Welcker, Stedmann und Wippermann, 8) für den Antrag von Schoder, Wiedemann und Raveaux, 9) für den Antrag von Mayern, Mathy und Waitz als Redner von den verschiedenen Fraktionen bestimmt seyen. Bis jetzt sprachen Zitz, von Radowitz, Ruge, v. Saucken, M. Mohl, Philipps, Wippermann. (Frkft. O.-P.-Z.)

☾ (Frankfurt, 22. Juni.) In der heutigen Abendsitzung wurde ein wichtiges Ergebniß auf eine etwas übereilte Weise zu Stande gebracht. Es hatte sich für, gegen 2. über den Kommissionsantrag die in den parlamentarischen Annalen freilich unerhörte Zahl von 160 Rednern eingezeichnet, und nach 5tägigen Berathungen haben von diesen erst 45 gesprochen. Aber da es im Interesse der Linken war, die Debatten so lange als möglich hinauszuziehen, schon deshalb, weil sie noch viele gute Redner in Bereitschaft hatte, so hätte nimmermehr von dieser Seite der Antrag auf Abkürzung der Debatten ausgehen dürfen. Es geschah dieses durch Hrn. Ruge, und nach kurzen Debatten würde diese Abkürzung auf folgende Weise beschlossen. Eine Unzahl von Anträgen und Amendements wurde durch einfache Verneinung der Frage, ob sie Unterstützung finden, beseitigt, so daß nur noch 9 Anträge und Amendements, (der Kommissionsantrag mit eingeschlossen,) übrig blieben. Für diese 9 Anträge sollen die verschiedenen Parteien und Schattirungen der Versammlung noch je zwei ihrer Redner auf den Kampfplatz senden, und sodann der Schluß der Debatten erkannt werden. Es werden also noch 18 Redner auftreten, und es ist zu erwarten, daß die Debatten in dieser Woche noch geschlossen werden. — Im Beginn der Sitzung erstattete Zachariä Bericht über einen Antrag der Herren Vogt und Zimmermann aus Spandau, die Regierungen für die Schritte ihrer Gesandten verantwortlich zu machen. Die Kommission will über diesen durch die Entfernung unsers Gesandten aus Wien mit dem Kaiser hervorgerufenen Antrag zur Tagesordnung übergegangen wissen. Es sprach sodann Hr. Lasaulx, aber in der That mit sehr wenig Glück. Dieser Herr scheint in der Nationalversammlung ein Auditorium von schlecht geschulten Studenten gesehen zu haben, denn er regalirte sie mit historischen und staatsrechtlichen, und endlich mit theologischen und moralischen Gemeinplätzen. Er ist für einen Fürsten an der Spitze des Staates. Für ein Oberhaus und ein Unterhaus. Das sei die rechte Gliederung. Eine Kammer sey gefährlich, denn »des Menschen Herz ist ein verzagtes und trotziges Ding,« und eine Kammer könne sehr leicht zu unbesonnenen Schritten hingerissen werden. Man kann sich denken, daß die Versammlung über ein solches Gerede ungeduldig wurde und diese Ungeduld höchst unzweideutig aussprach. Der Präsident ermahnte daher den Redner zur Kürze. Er gab nun auch schnell die Quintessenz seines staatlichen Ideals, Fürst mit Veto, von den Fürsten ohne Mitwirkung der National-Versammlung gewählt, von sich, eiferte gegen die Republik, die er einen Traum der Jugend nannte, und die dahin führen würde, daß Europa sich in so viele Republiken auflösen würde, als es Städte und Dörfer gibt, und spricht schließlich sehr warm über die Idee von Kaiser und Reich, die er wieder beleben möchte, für die die edelsten Geister Stein 2c. und Görres gestrebt und gerungen haben. Man kann sich leicht denken, daß man diese Rede nur unter beständigem Lachen anhörte und daß dieses Gelächter noch stärker ausbrach, als man den Namen Görres hörte. Der Redner verließ die Bühne unter allgemeiner Heiterkeit. Dieskau: Der Bericht der Kommission ist das Werk der Halbheit und Courteoisie, der Rücksichtnahme; er weiß nicht, wie viel Uhr es ist auf der großen politischen Weltuhr. Der Redner will eine provisorische Regierung aus der Mitte der Nat.-Versammlung. Vor allen Dingen aber soll der Bundestag aufhören, dieser Vertreter der Sonderinteressen der Fürsten, der Zersplitterung Deutschlands, verhaßt beim Volke, das seine Auflösung mit unendlichem Jubel begrüßen würde. Seine Beschlüsse sind auch nur gegen das Röcheln eines Sterbenden. Zwar habe ein Redner (Welker) behauptet, der Bundestag habe viel Gutes gewirkt und viel gearbeitet. Von dem Guten habe man nichts bemerkt und gearbeitet! Ja, wenn Inkompetenzdekrete arbeiten heiße; wenn es arbeiten heiße, den sauern Schweiß des Bürgers verzehren, dann habe der Bundestag viel gearbeitet. Der Redner führt dieß unter dem Jubel der Linken, unter der Unterbrechung der Rechten weiter aus. Der Redner will mehr, als Blum und Trützschler, er will eine provisorische Regierung Als die Märztage, fährt er fort, die Gewalt der Machthaber gebrochen, als die Throne wankten, so stellte sich im Vollgefühle des Rechtes das Volk an die Spitze der Bewegung, da beugten sich die Fürsten vor der Majestät des Volks, da suchten sie Schutz unter dessen gewaltigen Flügeln. Das Volk steht über den Fürsten, es ist parteilos; es kann nur das Volk durch die Nationalversammlung die Regierung ernennen. Man warne vor Republik. Allein eine provisorische Regierung sei noch keine definitive Regierung und dann — so sei die Republik kein Unglück. Die Herzen von Millionen Deutscher schlagen dafür. »Es läßt sich der Strom nicht aufhalten, und wenn man ihn noch so viele Dämme entgegensetzt; er wird aber Dämme durchbrechen, über die Erde dahin fluthen und die Fluren verwüsten, während, wenn man ihm seinen natürlichen Lauf lassen würde, er nur segnend die Fluren bewässern würde. Man spricht von der Pietät des Volkes gegen seine Fürsten. Die Fürsten haben beim Volke das Vertrauen verscherzt, aus welchem eine solche Pietät hervorgehen könnte, das Volk weiß, daß die Fürsten nicht aus Gottes-, sondern aus Volkes Gnaden Fürsten sind.« Man weise auf Bürgerkrieg hin. Das Volk sei nur Eines, es werde nicht gegen sich Krieg führen, wenn sich ihm jemand feindlich entgegenstelle, so seien es die Fürsten und ihr Troß, die Aristokraten und Favoriten. Diese Rede wurde von rechts vielfach unterbrochen, was der Präsident ganz ruhig geschehen ließ, während, wenn die Linke sich gegen hitzige und beleidigende Redner der Rechten verwahrt, alsbald eine Rüge erfolgt. Wydenbrugk spricht gegen den Bundestag, oder für eine konstitutionelle Monarchie, welche die Einheit Deutschlands begründen soll. Er hat keine Scheu vor Mediatisirung der kleinern Fürsten, aber gegen die Republikaner donnert er gewaltig und nennt sie Verräther am Vaterlande. Venedey hält eine Vorlesung über einige oft wiederkehrende Worte: Revolution, Rechtsboden 2c. Die Versammlung sei der Rechtsboden, sie müsse auch die Ideen der Revolution zu Gesetzen ausprägen, sonst gehe die Revolution außerhalb des Hauses ihren Gang. Er versichert, die Deutschen seyen niemals im Stande, ein Schreckenssystem à la Robespierre zu organisiren. Er will dieß ganz genau wissen. Er spricht für einen verantwortlichen Präsidenten. Schmidt aus Schlesien hält eine treffliche Rede, in der er die Redner der Rechten Vincke u. s. w. köstlich widerlegt. Gumprecht für den Schoder'schen Antrag. Morgen werden wir die Matadore der Parteien noch zu hören bekommen, von der Linken insbesondere Zitz, Rapp, wahrscheinlich auch Blum.

(Frankfurt, den 23. Juni.) Die heutige 22. Sitzung der Natinoalversammlung begann um 9 Uhr und endigte um 3½ Uhr. Nach der heute bei Anfang der Sitzung getroffenen Bestimmung, sollen außer den gestern Abend festgestellten 18 Rednern noch zwei über die Vollziehungsgewalt sprechen. Es haben aber heute 10 Redner gesprochen und die Abstimmung wird dann erst morgen erfolgen können. Bei Anfang der Sitzung wollte u. A. Venedey über die in verflossener Nacht dem Präsidenten v. Gagern gewordene Katzenmusik sprechen, allein der Präsident gab es nicht zu, und die Versammlung stimmte ihm durch Beschluß bei. Es wurde auch Herrmann aus München gestattet, gegen die neulich von dem bayerischen Minister der Justiz v. Beisler gemachte Bemerkung zu reklamiren, und zwar dahin, daß das Mandat der bayr. Abgeordneten nicht durch das Wahlgesetz dahin beschränkt sey, daß die Abgeordneten vorher berufen seyen, mit den Regierungen das Verfassungswerk zu vollenden. Auch Kolb aus Speyer erklärte, daß die bayer. Abgeordneten, welche Herrmann zu dieser Erklärung bevollmächtigten, eine Protestation gegen die Beisler'sche Behauptung erlassen werden. v. Beisler erwiderte aber, Herrmann habe ihn mißverstanden, er habe eine solche Beschränkung des Mandats der bayer. Abgeordneten nicht aus dem bayer. Wahlgesetz herleiten wollen, sondern habe nur sein Mandat nach dem Geiste der bayer. Verfassung so verstanden. (N. Wrzb. Z)

Oesterreich. (Innsbruck, den 22. Juni.) Beifolgende Proclamation hat der Ban von hier aus an die croatischen Truppen bei der Armee erlassen, denen Emissäre Besorgnisse für ihre Heimath eingestößt haben. Diese wenigen Zeilen sprechen Folianten. „Meine lieben und tapfern Waffenbrüder und Landsleute! Gestern war ich, Euer Ban, so glücklich, bei Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser und Herrn eine Audienz zu erlangen, wobei Allerhöchstdieselben mir zu eröffnen geruhten, in der Person Sr. k. k. Hoh. des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Johann einen Vermittler bestimmt zu haben, um die Differenzen, zwischen Ungarn und unserm Lande, mit Rücksicht auf unsere Wünsche, auszugleichen. Um dieses hochwichtige und schwierige Geschäft vornehmen zu können, bedarf es vor allem, daß in unserm Lande überall die Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten werde. Leider ist dieselbe schon in Slavonien bei Carlowitz gestört worden; indessen habe ich bereits die nöthigen Schritte gemacht, um jede weitere Gewaltthätigkeit zu verhindern, und hoffe von dem gesunden Sinn der Nation, daß sie meiner Vorstellung Gehör schenken, daß sie in Ruhe

das Werk der Ausgleichung durch Se. k. k. Hoheit den Hrn. Erzherzog Johann abwarten werde. In diesem Sinne schreibe ich nun auch an Euch, meine theuren Waffenbrüder! Lasset Euch durch Nachrichten und Besorgnisse über Gefahren in Eurem Vaterlande von der Erfüllung Eurer schweren, aber schönen Pflicht zur Vertheidigung des Thrones und Staates in Italien nicht abwendig machen. Schon erschallt durch ganz Europa Euer Lob über Euern Heldenmuth, über Eure Ausdauer in Kampf und Beschwerden, trübet nicht diesen Ruhm etwa durch irgend eine Eurem Schwure zuwiderlaufende Handlung, die Eurer und Eurer tapfern Vorfahren unwürdig wäre. Dort, wo ihr steht, gilt es Euern geliebten Kaiser, Euer Gesammtvaterland, und seid dessen versichert, daß wir in Kroatien und Slavonien uns noch stark genug fühlen, auch ohne Eure Hülfe unsern Herd beschützen, und unsere Rechte und Nationalität vertheidigen zu können. Innsbruck, den 20. Juni 1848. Joseph Freiherr von Jellachich m. p., Feldmarschallieutenant und Ban. (A. A. Z.)

Einlaufende Berichte aus Prag vom 21. Juni sagen, daß es noch immer nicht möglich sei, über die unterdrückte Empörung etwas bestimmtes zu erfahren. Nur die Ausbreitung über ganz Böhmen sei bis zur Evidenz erwiesen. Prags Belagerungszustand soll nach der Versicherung höherer Beamten wohl kaum unter 4 Wochen sein Ende finden. Ein Kriegsgericht unter dem Vorsitz des Fürsten Alfred Windisch-Grätz ist niedergesetzt. Außer den bekannten Tschechenführern Graf Mathias Thun, Baron Villani, Palazky, Faster und Graf Buquoy sollen besonders noch der Advokat Pinkas nebst Sohn, Hablitschek, Trojan, die DDr. Kliebert, Gabler, Brauner und der Schriftsteller Mikowitz kompromittirt sein. Fürst Windisch-Grätz hat die Veröffentlichung der kriegsgerichtlichen Verhandlungen versprochen. (A. A. Z.)

(Prag, den 19. Jun.) Fürst Windischgrätz ist zum Generalbevollmächtigten und Civil- und Militärgouverneur Böhmens ernannt. Heute früh führte das Militär 42 Mann Svornost in Verhaft. Seit vorgestern sind verhaftet und in Verhör (alle in Eisen): Graf Bouquoi, Graf Deym, Schwiegersohn des Erstern, Baron Vilani (der schon den ganzen Hölenplan gestanden haben soll, nämlich einer mehr als Sicilianischen Vesper gegen alle Beamte, Adel, Offiziere und Deutsche, von welch Letztern nur wenige ausgenommen waren, die aber doch über die Grenze geschafft werden sollten); Dr. Brauner, Graf Albert Nostiz, Schriftsteller Kampelik, der berüchtigte Arnold, Dr. Fritsch und Sohn, Dichter Mikovety. Faster wird gesucht. Aus dem Museum bringt man soeben zwei Kanonen und einige Wagenladungen Waffen. Die Barrikaden sind sämmtlich verschwunden. (D. A. Z.)

(Prag, den 19. Juni.) Die Stadt hat durch das zweimalige Bombardement fürchterlich gelitten, der Schaden wird auf einige Millionen veranschlagt, jedoch haben wir alle Kapitulationspunkte eingegangen; die Barrikaden sind in den Straßen weggeräumt. Windischgrätz steht mit 25,000 Mann und 200 Kanonen vor der Stadt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. (Königsberg, 18. Juni.) An der russischen und polnischen Grenze, auf der Straße von Memel bis Neidenburg sind noch immer keine anderweitigen russischen Truppen als die zur Grenzbewachung bisher verwendeten, aufgestellt. Bedeutende Truppenmärsche aus dem Innern Rußlands, namentlich aus Kurland, haben indeß vor einigen Tagen in der Nähe der Grenze stattgefunden. Ein Infanteriekorps passirte am 11. Juni Kolnary, während in Kowno (auf der großen Straße zwischen Petersburg und Warschau) ein Artilleriepark von 120 Kanonen eintraf, dessen größere Hälfte nach Warschau weiter ging, wohin die meisten Truppen dirigirt werden. (D. A. Z.)

Sachsen. (Dresden, 20. Juni.) Graf Leo Thun, Gubernial-Präsident von Böhmen, Begründer und Vorstand der unglückseligen prov. Regierung, für welche er alle Verantwortlichkeit auf sein Haupt genommen, aristokratischer Theilnehmer an den Bestrebungen der Czechen, die ihm so furchtbar über den Kopf gewachsen, dieser stolze Graf Leo Thun entkam als Hausknecht verkleidet, mit geschorenem Bart, mühselig über die Barrikaden steigend, dem unglücklichen Prag und den Verfolgungen der Czechen; wieder als Bedienter verkleidet ist er aus dem Stammsitze seiner Väter, Tetschen, entflohen. Er war hier in Dresden. Ich will keine neuen Beschuldigungen auf ihn häufen, denn ich habe die Ueberzeugung, daß er glaubte, das Rechte zu thun für seinen Stand, für sein Vaterland, für das Kaiserhaus; er war aber den Verhältnissen, den Geistern, die er heraufbeschworen, nicht gewachsen. Die Trümmer dessen, was er ohne sicheren Grund und Halt aufzubauen suchte, stürzten über ihm zusammen. Er glaubte zu führen und zu lenken und wurde von denen geführt, die er leiten wollte. — Fürst Windischgrätz hatte Kunde von dem, was die Czechen, die Slaven vorbereiteten; es war auf einen furchtbaren Schlag abgesehen, dem er um zwölf Stunden zuvorkam. Die unbewaffnete Demonstration nach dem öffentlichen Gottesdienste auf dem Roßmarkte, nur ausgeführt von Studenten und Volk mit Processionen und bardischen Liedern, war ein Gaukelbild, das von den Czechen-Leitern vorausgeschickt war, um irre zu führen, zu täuschen, als wenn es auf nichts weniger als etwas Gewaltiges abgesehen wäre; das Gaukelbild zerstob aber an der eisernen Vorbereitung und Festigkeit des Fürsten Windischgrätz, und das dahinter Verborgene mußte schneller und unvorbereiteter, als es gesollt, hervortreten. Windischgrätz stand mit seinen Truppen, auf die er rechnen konnte, gerüstet da; die Grenadiere standen den übermüthigen Volksgruppen entgegen. Da kam der Schuß, als Sporn zur Aufregung und Waffen-Erhebung, und der erste fiel auf das Militär. Das kämpfende Volk war am Abend besiegt und hielt sich nun fortan hinter den Barrikaden in den engen Straßen, die in der Stadt selbst uneinnehmbar waren. Windischgrätz gab Waffenstillstand, um die Aufrührerischen noch zur Niederlegung der Waffen zu bringen. Die Beschießung des Clementinums am 14. u. 15. war offenbar nur darauf berechnet, zu schrecken und die Uebergabe ohne Blutvergießen und Trümmmerhaufen herbeizuführen; denn Windischgrätz konnte wohl wissen, daß mit Kartätschen ein so felsenfestes Klostergebäude nicht zusammengeschossen würde. Erst als er sah, daß alles das gegen die Trotzigen nichts fruchtete, deren Sieg die Deutschen und die österreichische Monarchie ins Verderben stürzen mußte, erst dann ließ er am 16. und 17. die Stadt scharf beschießen, ohne doch noch die volle Gewalt anzuwenden. Nur von Zeit zu Zeit ließ er die gegenüberliegenden Gebäude bombardiren und erklärte, daß, wenn die Aufrührer nicht bis 6 Uhr Abends die Waffen niederlegten, er die Stadt mit allem schweren Geschütz beschießen würde. Das Volk erkannte seinen furchtbaren Ernst und daß er der Mann sey, Wort zu halten, und die Erschreckten ergaben sich, bevor er noch zum Glücke der Stadt nöthig hatte, dieselbe zur Rettung der heiligsten deutschen Interessen in Grund und Boden zu schießen. (Köln. Z.)

(Dresden, den 22. Juni.) Den Ständen ist folgender Gesetzentwurf, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vorgelegt worden. Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden, König von Sachsen 2c. 2c. haben bereits durch die Proklamation unserer Staatsminister vom 16. März d. J. dem sächsischen Volke verkunden lassen, daß fortan zu den Grundsätzen und Maßregeln der Regierung auch die Anerkennung des Vereinsrechtes mit Repressivbestimmungen wegen Mißbrauches gehören werde, und es wird daher nunmehr in dieser Beziehung, unter Zustimmung unserer getreuen Stände, Folgendes verordnet und festgesetzt: §. 1. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird dem sächsischen Volke gewährleistet. Alle hiermit nicht im Einklang stehenden frühern gesetzlichen Bestimmungen, namentlich Artikel 117 des Criminalgesetzbuchs, treten außer Wirksamkeit. §. 2. Nur solche Vereine und Versammlungen, deren Zwecke oder Mittel die Bestimmungen des Kriminalgesetzbuchs verletzen, sind verboten, und es sind, wie die Theilnehmer daran, so insonderheit die Urheber und Leiter derselben nach den strafgesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen. §. 3. Für die Aeußerungen oder Handlungen Einzelner in einem Vereine oder einer Versammlung können nur diese Einzelnen selbst verantwortlich gemacht werden. §. 4. Zur Berufung von Versammlungen oder zur Stiftung von Vereinen sind nur Diejenigen berechtigt, welche dispositionsfähig und im Besitze der politischen Ehrenrechte sind. §. 5. Die Zusammenberufung von Versammlungen darf daher nicht namenlos oder unter einem Collektiv- oder falschen Namen stattfinden. §. 6. Die Zusammenberufung zu einer Versammlung oder zu Bildung eines Vereins ist jedesmal, selbst wenn sie öffentlich erfolgt, noch vor dem Zusammentritt der Versammlung mit Angabe der Zeit, des Ortes und Zweckes derselben der Polizeibehörde des Versammlungsortes, oder dafern eine solche an dem letztern ihren Sitz nicht hat, deren daselbst wohnhaftem Organe schriftlich oder mündlich anzuzeigen. §. 7. Diese Anzeige liegt denjenigen Personen ob, von welchen die Zusammenberufung ausgeht. §. 8 Die erfolgte Bildung eines Vereines, den Namen, welchen er sich beigelegt, die Vorsteher und sonstigen Beamten, welche er gewählt hat, und den Zweck, zu welchem er zusammengetreten ist, hat der Vorstand des Vereins längstens drei Tage nach dem Zusammentritte des letztern der §. 6 bezeichneten Behörde schriftlich anzuzeigen. §. 9. Den Theilnehmern an Vereins- und andern Versammlungen ist nicht gestattet, in denselben mit Waffen zu erscheinen. §. 10. Die Verletzung der §. 9 enthaltenen Bestimmung ist mit einer Geldstrafe bis zu 50 Thlr. oder mit Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten zu ahnden. Die Uebertretung der §. 4, 5, 6, 7 und 8 gegebenen Vorschriften zieht eine Geldbuße bis mit 50 Thlr. nach sich. §. 11. Das den Militärs zustehende Recht der Theilnahme an Vereinen und Versammlungen kann von dem Kriegsministerium aus Rücksichten auf den Dienst oder die Disciplin suspendirt werden. Unsere Ministerien der Justiz und des Innern sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. (D. A. Z.)

(Leipzig, den 23. Juni.) Hier ist folgende Bekanntmachung an sämmtliche Polizeibehörden des Leipziger Kreisdirektionsbezirks erschienen: Es ist von verschiedenen im Lande bestehenden politischen Vereinen, wie wenigstens in öffentlichen Blättern mitgetheilt wird, neuerlich als Vereinszweck ausgesprochen worden, zu Herstellung einer republikanischen Staatsform in Sachsen wirksam zu sein. Was in dieser Beziehung zur Kognition der Regierung gekommen, läßt nicht erwarten, daß man sich innerhalb der wissenschaftlichen Erörterung halten werde. Es würde schon die Ausführung dieser Absicht nicht zu bewerkstelligen sein, ohne die in voller Kraft bestehenden kriminalgesetzlichen Bestimmungen, namentlich Art. 81, 83, 84, 86 des Kriminalgesetzbuchs vom Jahre 1838, zu verletzen. Auch bedarf es überhaupt keiner weitern Begründung, daß Vereine und Versammlungen, deren Zwecke und Mittel den Bestimmungen des Kriminalgesetzbuchs widerstreiten, als verboten anzusehen sind. In der Pflicht der Polizeibehörden liegt es hauptsächlich, allen Störungen der öffentlichen Sicherheit vorzubeugen und dafür zu sorgen, daß begangene Verbrechen zur Bestrafung gezogen werden. Obgleich nun bereits durch die Bekanntmachung sämmtlicher Herren Staatsminister vom 7. April d. J. die Behörden auf diese ihre Verpflichtung im Allgemeinen aufmerksam gemacht worden sind, so werden doch in Gemäßheit einer diesfalls unterm 5/9. d. M. anher erlassenen Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern sämmtliche Polizeibehörden des Leipziger Regierungsbezirks, in specieller Rücksicht auf die obenerwähnten, neuerdings hervorgetretenen, nach den bestehenden Gesetzen strafbaren Zwecke ganzer Vereine, auf ihre Obliegenheit hiemit nochmals ausdrücklich verwiesen, zugleich aber auch veranlaßt, ihrerseits dafür, daß gesetzwidrige Handlungen der erwähnten Art den Justizbehörden zur Bestrafung angezeigt und Vereine, deren Tendenz unzweifelhaft auf Umsturz der bestehenden Staatsform gerichtet ist, nicht weiter geduldet werden, möglichst besorgt zu seyn. Im Uebrigen haben die Polizeibehörden die Vorstände der innerhalb ihrer Verwaltungsbezirke bestehenden, oder sich noch bildenden politischen Vereine von gegenwärtiger Anordnung auf behufige Weise in Kenntniß zu setzen. Leipzig, am 10. Juni 1848. Königl. Sächsische Kreisdirection; v. Broizem. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, den 19. Juni.) Es sind mit dem heutigen Vormittagszuge noch keine Mittheilungen vom Kriegsschauplatze eingetroffen; aber eine andere von einem glaubwürdigen Reisenden erzählte Kunde hält hier alle Gemüther in Spannung. Zwischen der Küste Moen und der Küste Schoonen sind, wie bestimmt versichert wird, den 17. Mittags 14 russische Kriegsschiffe und eine Anzahl Kanonenböte gesehen worden. Da sich auf den Gewässern der Ost- und Nordsee vorher noch nicht so viel russische Kriegsschiffe gezeigt hatten, so macht natürlich diese Nachricht großes Aufsehen. Es ist, wie wir hier sehen, kein Geheimniß mehr, daß Rußland seine Flügel über große und kleine Staaten auszubreiten sich anschickt; die russische Politik will in das Gleichgewicht der europäischen Staaten eingreifen. „Faedrelandet" sagt auf die von Dänemark beanspruchte russische Intervention in seiner neuesten Nummer vom 14. d. M., daß man, einmal in der Noth, wo man keine bessere Hülfe zu erlangen weiß, „selbst mit dem Teufel kein Bündniß zu scheuen habe." — Nach heute hier angelangten Privatbriefen aus Gothenburg, sollen in Schweden eine Anzahl norwegischer Bombenschaluppen ausgerüstet und 1500 Matrosen für den Dienst der Flotte geworben werden. Die Kanonenböte bilden drei Geschwader, deren jedem ein Dampfschiff zum Bugsiren beigeordnet ist. Die öffentliche Meinung in Schweden soll den Krieg gegen Deutschland nicht billigen; der Handel und die materiellen Interessen im Allgemeinen, welche stark darniederliegen, rathen ihn dort dringend ab. (Frkft.O.-P.-Z.)

Würltemberg. (Stuttgart, 21. Juni.) Großes Aufsehen macht hier eine Eingabe eines hiesigen Bürgers an den König und die nun durch ein hiesiges Blatt bekannt gewordene Antwort Sr. Majestät. Es ist nämlich in Württemberg allgemein die Ansicht verbreitet, Se. Maj. habe viele Millionen bei englischen Banken, namentlich bei der Bank von England angelegt. Seit der Zeit des letzten Eisenbahn-Anlehens und der letzten Maikrawalle herrscht nun eine große Mißstimmung unter dem Volke gegen den König persönlich, weil er dieses Geld nicht lieber im Lande anlege, eine Mißstimmung, die bei der jetzigen Geldklemme und Kreditlosigkeit nur noch mehr zugenommen hat, indem gesagt wurde, durch Zurückziehung dieser Gelder und Anlegung im Inland, wo zudem der Zinsfuß höher sey, könne dem ganzen Lande geholfen werden. Diese für das Ansehen des Königs allerdings höchst nachtheiligen Gerüchte nun brachte der hiesige Bürger und Antiquitätenhändler Bechter in einer Eingabe zur Kenntniß des Königs unter Ertheilung des wohlmeinenden Raths, die Liebe des ganzen Landes wieder zu gewinnen, indem durch einen großartigen Akt, durch Anlegen dieser Gelder bei der vaterländischen Industrie, der Noth des Landes ein Ende gemacht werde. Se. Maj. ließ dem Bittsteller persönlich durch Legationsrath v. Hummel sagen, daß Se. Maj. zwar die wohlwollende Absicht des Petenten nicht verkenne, denselben jedoch auf sein königliches Ehrenwort versichern lasse, daß der König nicht nur keine Gelder in England stehen habe, sondern daß überhaupt das königliche Privatvermögen überschätzt werde. Das ganze Privatvermögen bestehe in dem Zubringen von dessen erster Gemahlin, der russischen Prinzessin Katharina, und dieses sey in Staatspapieren angelegt; welchen Werth aber Staatspapiere dermalen haben, sey bekannt. Zu bedauern sey es, wenn die 32 Regierungsjahre Sr. Maj. noch nicht im Stande gewesen wären, höchstdieselben populär zu machen rc. — Was beim Volke die Meinung großer königlicher Reichthümer hervorbrachte, ist der Umstand, daß der württembergische Antheil an den französischen Contributionsgeldern von 1816 beim Ableben des Königs Friedrich anerkanntermaßen im alten Schlosse noch baar vorhanden war und die Stände trotz mehrmaliger Interpellationen (zuletzt im Jahr 1833) niemals das Ministerium zu einem Nachweis über die gesetzlich zum Besten des Landes bestimmte Verwendung dieser Gelder vermögen konnten, daher stets der Glaube herrschte, sie seyen in die königliche Privatkasse geflossen. Diese Sache ist auch bis zur Stunde noch nicht aufgehellt und dürfte zu neuen Interpellationen beim bevorstehenden Landtage führen. (Frkf. J.)

Frankreich.

† (Paris, 21. Juni.) Antwort der Vollziehungsgewalt an den Gesandten der deutschen Hansastädte, Hrn. Minister Rumpff: »Der Vollziehungsausschuß empfängt mit Vergnügen im Namen Frankreichs den Bericht von der Anerkennung der französischen Republik durch die freien und hanseatischen Städte, ebenso die Bezeugungen von Zuneigung, welche sie für die Grundsätze ausdrücken, die unsere Regierung proklamirt hat. Die alterthümlichen Städte, die Sie vertreten, sind die Wiege der Demokratie und haben stets die Ordnung mit der Freiheit zu vereinigen gewußt. Schon durch diese allgemeinen Grundsätze verbunden, sind die Republik und die freien Städte einander noch durch zwei große Interessen genähert worden, welche auf immer ihre Vereinigung gründen, erstens die Freiheit der beiden Meere, dieses Erbgut der Hansestädte, welche wir aus allen Kräften aufrecht zu erhalten beisteuern wollen; zweitens die Einheit Deutschlands, wovon Sie einen so interessanten Theil vertreten und für den die französische Politik die ganz besondere Absicht hegt, seine Entwickelung zu unterstützen. Stellen Sie diese doppelte Versicherung den Senaten der vier Städte zu, in deren Namen Sie zu uns sprechen und was Sie persönlich betrifft, Herr Minister, so seyen Sie überzeugt, daß die Februar-Revolution, weit davon entfernt, in unseren internationalen Verhältnissen einen Wechsel eintreten zu lassen, die Bande im Gegentheile fester und enger schließen wird, welche die freien Städte mit Frankreich verknüpfen. (Moniteur vom 21. Jun.)

Venedig hat einen Gesandten hierher geschickt, der im Hôtel Bailliff wohnt und den Gliedern der Vollziehungsgewalt, sowie den Ministern bereits mehrere Besuche abgestattet hat. Derselbe hat den Auftrag, Frankreich zu bewegen, seiner alten Bundesgenossin in Wiederherstellung der republik. Staatsform Hülfe zu leisten. Man entsinnt sich, daß die Republik Venedig (freilich eine alte Zopfrepublik) von Napoleon unterdrückt wurde.

Italien.

Die neuesten italienischen Blätter melden, daß am 16. Juni die Oesterreicher 2500 Mann stark, einen Versuch gegen Rivoli machten, der damit endete, daß ihnen von den Italienern die Position von la Ferrara genommen worden sei. (A. A. Z.)

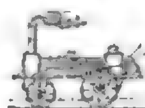
• (Nürnberg, den 23. Juni.) Durch die Vorführung der Oper „Stradella", hat uns Herr Direktor Röder einen kunstgenußreichen Abend bereitet. Namentlich waren wir durch das Auftreten eines lieben Gastes, Herrn Hofopernsänger vom Casseler Theater, Hagen, sehr erfreut; seine uns von früher her wohlbekannte schöne Tenorstimme hat durch technische Ausbildung ungemein gewonnen, und so konnte es nicht fehlen, daß er bei einer glücklichen Durchführung der ansprechenden Rolle des Stradella allgemein verdienten Beifall ärndtete. Die andern Partieen waren ebenfalls in guten Händen, namentlich zeichneten sich die beiden Banditen durch Spiel und Gesang sehr vortheilhaft aus. Das Orchester darf bei der Besprechung dieser Oper durchaus nicht vergessen, sondern muß im höchsten Grad lobend erwähnt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr

Vom 18. bis 24. Juni incl.



Sonntag	1200	Personen,	fl. 128. 21 kr
Montag	1025	"	" 110. 33 "
Dienstag	1042	"	" 112. 24 "
Mittwoch	899	"	" 96. 57 "
Donnerstag	1035	"	" 110. 39 "
Freitag	900	"	" 95. 15 "
Samstag	750	"	" 79. 12 "

Summa 6851 Personen, fl. 733. 21 kr

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. Juni 1848. № 179. Dienstag: Philippina.

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement für die Mittelfränkische Zeitung. Wir laden deshalb das verehrliche Publikum zur Theilnahme mit dem Bemerken ein, daß unser Blatt auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts sich den freisinnigsten Bewegungen stets anschließen und über die Ereignisse der Zeit täglich ein klares Bild entwerfen wird. Die umgeänderten Postverhältnisse erlauben es, das Blatt im ganzen Königreich für fl. 1. 45 kr. vierteljährig, wozu in Loco noch 3 kr. Austrägerlohn kommen, an die Abonnenten liefern zu können. Der zu regulirenden Auflage wegen ersuchen wir das verehrliche Publikum, die Bestellungen rechtzeitig zu machen, und erwähnen für Auswärtige noch besonders, daß dieselben bei den ihnen zunächst gelegenen Postämtern, nicht aber bei der Expedition dieses Blattes abonniren wollen.

Detschland.

Bayern. (München, 24. Juni.) Da die Behörden in Folge der gestrigen Aufregung wegen der Adresse Unruhen für den Abend befürchteten, besonders, da sehr viele Leute sich zur Volksversammlung nach der Au begaben, so mußte gegen 7 Uhr sehr viel Militär ausrücken, ja es wurde sogar zu den beiden Kanonen auf der Hauptwache Artillerie-Mannschaft beordert. Es zeigte sich aber bald, daß keinerlei Ruhestörung zu erwarten sei, und durfte daher das Militär gegen 9 Uhr wieder in die Kasernen zurückmarschiren. Die erwähnte Volksversammlung war, wie mir mitgetheilt wurde, sehr zahlreich besucht und die schönste Ordnung und Ruhe herrschte. Alle Redner gegen die unterdrückte Adresse fanden reichlichen Beifall. Daß die ultramontane Partei keinen Anhang und keinen Halt in unserer Stadt hat, zeigte sich gestern aufs Neue; sie hat mit ihrer Adresse eine Schlappe erlitten, von der sie sich sobald nicht erholen wird. Auch der Mindergebildete weiß, daß man weder in Frankfurt, noch sonst wo gedachte, die katholische Religion zu unterdrücken, daher auch dieses Thema wohl das unglücklichste war, was man zur Aufwiegelung wählte. (Agsb. Abz.)

†* (Nürnberg, den 26. Juni.) Heute Morgen ging das 1. Bataillon sammt Stab des 4. Regiments auf der Eisenbahn von hier nach Bamberg ab und das 2. Bataillon des 13. Regiments soll dafür einrücken. Wir verlieren dadurch nicht nur eine wackere Regimentsmusik, sondern auch eine Mannschaft, mit der wir alle Ursache hatten, zufrieden zu sein.

Baden. (Karlsruhe, den 23. Juni.) Heute kam die hochwichtige Nachricht hier an, daß Preußen auf seinen Sitz im deutschen Directorium verzichte, und daß die Mehrheit der Parlamentsausschüsse sich dahin vereinigt habe, den Erzherzog Johann zum Reichsverweser vorzuschlagen. (A. A. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 24. Juni, Nachmittags 1½ Uhr.) [23. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Den Vorsitz hat v. Soiron übernommen. (Nach Verlesung des Protokolls sprach Blum für seinen Antrag). Er erklärte, daß seine politischen Freunde in zwei Punkten auf ihrem Princip und auf Entscheidung durch namentliche Abstimmung bestehen müßten, nemlich bezüglich der Verantwortlichkeit und bezüglich der Ernennung des Präsidenten. Lichnowsky für den Vincke'schen Antrag; Vogt bestätigt die Erklärung von Blum. Rosmann von Stettin für den Möring'schen Antrag. Stedtmann für den Welckerschen Zusatz. Der Redner verlangt, daß die Bestimmung bezüglich der Vollziehung der Beschlüsse der Versammlung etwa dahin gefaßt werde, daß der Präsident (Reichsverweser) die Verkündigung und Ausführung der von der Versammlung beschlossenen Gesetze zu übernehmen habe. Ein darauf hinzielendes Amendement haben Waitz und andere niedergelegt. Es entspinnt sich eine Debatte, ob dieses noch zur Berathung kommen könne. Die Abstimmung ergibt durch die Gegenprobe, daß die Entwicklung nicht mehr zugelassen werden solle. Raveaux (für den Schoder'schen Antrag) findet die gegen die französische Republik im Lauf der Debatte gemachten Ausfälle ungeeignet, nachdem die französische Republik Deutschland die Hand geboten. Auf des Redners Aufforderung erhebt sich die Versammlung zur Anerkennung der von Frankreich ausgesprochenen freundschaftlichen Gesinnung. (Stürmischer, andauernder Beifall.) Mathy für den Meyern'schen Antrag eingeschrieben. Eben betritt H. v. Gagern die Rednerbühne. (Frkft. O.-P.-Z.)

☾ (Frankfurt, den 23. Juni.) Gestern Abend brachte man dem Präsidenten Heinrich von Gagern, dessen Parteilichkeit gegen die Linke immer auffallender wird und der auch durch seine energischen Erklärungen gegen die Manifestationen der Gallerie sich das Mißfallen eines Theils der Letztern zugezogen zu haben scheint, eine Katzenmusik; allein die Schutzwehr trat ein und es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. — In der heutigen Parlamentssitzung ergriff zuerst Herrmann aus Bayern das Wort, und erklärte im Namen mehrerer seiner bayerischen Collegen gegen die Aeusserung Beislers in der vorgestrigen Sitzung, daß weder in dem bayerischen Wahlgesetz noch in ihrem Mandat irgend eine Verpflichtung enthalten sei, die sie bestimmen könnte, die Nationalversammlung als eine solche anzusehen, welche nicht einzig und allein die Verfassung Deutschlands zu beschließen habe. Viele bayerische Abgeordnete hätten sich vereinigt, um hierüber eine schriftliche Erklärung niederzulegen. Kolb aus Rheinbayern erklärte im Namen seiner Collegen aus der Pfalz ebenfalls einen Protest gegen Beisler's Aeusserungen und bemerkte, daß sie sich durchaus als Vertreter Deutschlands, nicht Bayerns, mit unbeschränktem Mandat ansehen. Beisler suchte seine Aeusserung zu berichtigen und zu rechtfertigen. Hierauf Fortsetzung der abgebrochenen Berathung. Die 18 von den Parteien aufgestellten Redner werden verlesen. Um Vorbringung neuer Gedanken kann es sich kaum mehr handeln, der Gegenstand ist nach allen Seiten erschöpft. Zitz sprach zuerst für das Amandement der äussersten Linken, mit ungemeiner Klarheit und Schärfe. Er legte die Nothwendigkeit für die Nat.-Versammlung, das Prinzip der Volkssouveränetät rein zu erhalten, überzeugend und warnend dar, und schloß: Nehmen Sie sich in Acht, meine Herren, daß Sie nicht nach einem Ausdruck in Dahlmann's Geschichte der englischen Revolution, an der Klippe der Volkssouveränetät sich die Köpfe zerschellen, indem Sie dagegen ankämpfen. Ihm folgte sein diametraler Gegenfüßler, der Herr von Radowitz, ein feiner, sehr ruhiger alter Diplomat, welcher es vortrefflich versteht, mit den neuen Ideen zu liebäugeln, die Gegner mit Artigkeiten zu überhäufen, dem Wesen nach aber ganz dasselbe System zu verfolgen, wie die Diplomaten es bisher thaten. Er gehört zu denen, welche beständig wiederholen, eine Reaktion sei ganz unmöglich; die Regierungen, welche ja jetzt volksthümlich seien, und ohne Wurzel im Volk gar nichts vermöchten, würden nur Männer in die Centralgewalt ernennen, welche dem Volke freundlich und genehm seien, und das Prinzip der Volkssouveränetät werde dadurch, daß die Nat.-Versammlung den Regierungen das Recht übertrage, die Centralgewalt zu ernennen, durchaus nicht verletzt. Ihm trat Arnold Ruge gegenüber, der Philosoph der Partei, der Philosoph der Revolution, ein Mann von Geist und reich an richtigen Gedanken über die Lage unserer Verhältnisse, als Redner deshalb nicht groß, weil er zu weit abschweift, leicht in Wiederholung verfällt und die besten Gelegenheiten versäumt, um zu einem Schlusse zu gelangen. Aber sein Vortrag ist dafür reich an trefflichen, entscheidenden Bemerkungen. So sprach er heute sehr ungenirt gegen die Landjunker aus Pommern und Westphalen, welche der Versammlung ihre Souveränetät wegdisputiren wollen. Sein Grundgedanke ist: die deutsche Nation will zu ihrer Existenz kommen, denn bisher bestand sie nicht als Nation. Dies ist der Zug der jetzigen Bewegung. Das Parlament stellt diese dar; es stellt aber auch die Republik dar, obgleich sehr Viele wider Willen Mitglieder dieser Republik seyn mögen; d. h. die Republik für den Gesammtstaat; für die Einzelnstaaten bleibe es lediglich der Bevölkerung überlassen, sich ihre Verfassung nach Gutdünken zu schaffen. Das deutsche Volk, rief er, ist der Herkules in der Wiege, ich hoffe, dieser Herkules wird den Schlangen (gegen die Rechte gewendet) die Köpfe zerbrechen. Die Deutschen wollen keine Herren mehr haben, sie wollen herrenlos seyn; die Schweizer sind herrenlos, die Franzosen sind es ebenfalls. (Arndt aus Bonn warf ein: sie werden wieder einen Herren erhalten.) Ruge, fortfahrend: Ich glaube es nicht, denn wer sein eigener Herr geworden ist und etwas mehr Bewußtsein vom Glück der Herrenlosigkeit hat, was die Deutschen bis jetzt nicht zu haben scheinen, so nimmt man keinen Herrn mehr. Dann rief er der Rechten zu: Man darf nicht glauben, die Majorität dürfe thun, was sie wolle; die Majorität hat nicht das Recht, über sich hinauszugreifen, sie ist gebunden durch den Willen des Volks. Er schloß mit der Ankündigung, daß er und seine Freunde, falls das Prinzip der Souveränetät des Volks in dem Beschluß der Nationalversammlung verletzt würde, an Deutschland und Europa einen Protest erlassen wollten. Von den spätern Rednern erwähne ich der Kuriosität halber den Professor Philipps, der viel von der Anhänglichkeit des Volks an die Throne sprach und namentlich von Bayern sagte, der Fuß einer Tänzerin habe dort viel erschüttert, aber diese Anhänglichkeit des Volks an die Monarchie habe er nicht zu erschüttern vermocht. Ebenfalls gut monarchisch sprach Waitz. Zimmermann dagegen sprach für den Antrag der äußersten Linken, mit viel Geist und Schärfe, mit jedem Satz bittere Wahrheiten an die Rechte austheilend, stets sich auf das Volk berufend, das keineswegs in dieser unbedingten Weise an den Thronen hänge, unter dem lauten Jubel der Gallerie. Er sagte unter Andern: Man habe gesagt, die jetzigen Bundestagsgesandten seien die Antipoden ihrer Vorgänger. Dem sei aber nicht so, vielmehr wolle man sehr deutlich bemerkt haben, daß vermöge einer eigenthümlichen Seelenwanderung die Seelen der Frühern in den Jetzigen wohnen. Zuletzt sprach Professor Edel mit viel Zungenfertigkeit ebenfalls für die Monarchie um jeden Preis; dieses Prinzip verlange auch, daß die Centralstelle monarchisch sei. Seine unedlen Manieren fallen sehr unangenehm auf.

(Frankfurt, den 24. Juni.) Die gestrige Sitzung hatte das Interesse wieder aufgefrischt, das schon ziemlich im Sinken begriffen war, erstens, weil wir endlich am Abend der hochwichtigen Entscheidung nahe kamen und dann, weil die Redner, als gewählt von den einzelnen Fraktionen, schon als solche größere Theilnahme ansprachen. Philipps, Mohl, Wippermann gaben schöne, d. h. inhaltreiche Reden, aber das Gefäß war unscheinbar, ihr Vorschlag schlecht. Radowitz sprach so klar, so fein, so versöhnlich, daß er seine Wirkung auch auf die Linke nicht verfehlte. Ruge dagegen mit eben so großem Scharfsinn als Unmuth. Seine Rede war gewaltig aber nicht überwältigend, eben weil das Maß überschritten wurde. Zimmermann (der Verfasser des Bauernkrieges) war ein nicht weniger beredter, aber um so mäßigerer

Kämpe für die Sache der Republik. Sein Gegenbild für die konstitutionelle Monarchie, ihm völlig vergleichbar, war Edel. Wiedemann war ein sehr glühender Vertheidiger der Vereinigung unter dem Schoderschen Amendement. Soiron präsidirt die heutige Sitzung, doch ist Gagern anwesend. Von den nach Baden gesandten nassauischen Truppen wurden über 400 fl. für die deutsche Marine eingesandt. (Allgemeiner Beifall.) Blum muß zwar bestreiten, daß durch Entscheidung dieser Frage präjudizirt würde für die spätere Verfassung (ob Monarchie oder Republik), allein wir nehmen das Prinzip an. Aber eine konstitutionelle Monarchie können Sie nicht schaffen, Sie haben noch keine Konstitution, Sie können nur eine absolute Monarchie schaffen, noch haben Sie keine Verfassung. Mir ist Monarchie noch lieber, als Direktorium. Ob Sie es wagen wollen, in dieser Zeit des Mißtrauens eine Gewalt zu schaffen, wo dieses Mißtrauen konzentrirt wird, muß ich Ihnen überlassen. Ich bin überzeugt, wir brauchen ein Staatenhaus, aber den Bundestag müssen Sie vernichten, diese Stellung einer bloßen Fürstenvertretung. Verlangen Sie nicht, daß das Volk binnen drei Monaten eine andere Ansicht bekomme über eine Anstalt, die seit dreißig Jahren die Stätte seines Unglücks und seiner Schmach war. Ich möchte nicht auf solche Weise (wie Schoder), nicht mit den Regierungen unterhandeln, ich will Ihnen keine entehrende Anerbietungen machen, aber Sie entehren sie. Das Direktorium ist eine vollständige Aufwärmung der alten Wirthschaft, Staatenbund nicht Bundesstaat, nur daß die 17 Stimmen auf 3 herabsinken. Es ist bereits verurtheilt. Verantwortlichkeit verlangen wir mit namentlicher Abstimmung. Eine Vereinbarung kann wegen der Schwierigkeiten (Vereinbarung mit den Ständen — die sächsische Ständeversammlung gibt, ich prophezeie es, die Erlaubniß nicht) (Bewegung: O!) nicht zu Stande kommen. Alle diese Schwierigkeiten fallen weg bei meinem Vorschlag. Die Competenz des Präsidiums ist beschränkt. Auch ist unser Vorschlag wohlfeiler; dies ist in der Zeit der Noth zu bedenken. Freiheit der Wahl durch die Versammlung, das ist ein Punkt, wo wir auf namentliche Abstimmung antragen. Man kann sich der Revolution nicht entgegenstellen; der Krater ist nicht geschlossen, auch wenn man eine Decke auf ihn legte. Unsere Zustände werden von Tag zu Tag denen von 1789 ähnlicher (erwähnt dabei der furchtbaren Besetzung der Gränzen des Landes der „Freiheit" als Schmach des Landes der Tyrannei). Wir wollen aus der Geschichte lernen. Die Schreckensregierung wurde zu Coblenz geboren, Ludwig XVI. ist am Veto zu Grunde gegangen. Wir wollen der Revolution gerecht seyn, ihr eine bessere Bahn zeigen. Ueberliefern Sie die Braut des Deutschen, die Freiheit, die er, weil er Greis, um so heißer liebt, mit ihrem ärgsten Todfeinde, nämlich der Gewalt (Allgemeiner Beifall.) Lichnowsky: Wenn diese Debatte neben ihrer inneren Bedeutung noch eine zweite hat, so ist es deshalb, daß sich hier die Partheien scharf sondern, daß von einem Pact mit Ihnen (zur Linken) hier nicht die Rede sein kann. Dazwischen aber liegt die achtbare Meinung des Friedens, die des Centrums. Eine republique indivisible ist unmöglich, schon weil Frankfurt glücklicherweise nicht eine Million Einwohner hat, ob aber eine föderative Republik nicht möglich sei, steht dahin. Bei einer republikanischen Spitze gehen die constitutionellen Staaten in Republiken unter. Ich rede nicht von der Liebe zu den Souveränen, zu den Personen, aber von der Liebe zur Monarchie. Wenn über Nacht alle 34 Souverane weggeschneit würden, so würde man wieder Andere wählen. Constitution ist nicht (im Gegensatz zu Ruge) Mediatisirung! Im Verlauf seiner Rede erinnert er zu 5. des Zitz'schen Amendements an die Directoren mit Barras in Frankreich. (Zum Centrum:) Ich will eine möglichst große Majorität zum Glücke des Vaterlandes, aber dem Schoder'schen Amendement können wir durchaus nicht folgen. Wir wollen das Veto. Denken Sie an das Veto des nordamerikanischen Freistaates. (Linke: aber nur verfassungsmäßig!) Wir werden eine Verfassung haben, jetzt aber wollen wir ein Interimisticum. Wir auch lieben die Kosacken nicht, wenn sie aber kommen, so muß ein Mann kommandiren. (Linke: Von hier) .... Ich bin überzeugt, daß die Debatte über den Reichsstatthalter würdig seyn wird, wie es sich ziemt in Bezug auf einen Mann, der an die Spitze des Vaterlandes kommen könnte. (Bravo.) Ich beschwöre Sie, einigen Sie sich (großer ungetheilter Beifall) Vogt: Auch ich will Versöhnung. Ich freue mich, daß der Standpunkt der Revolution auch von der Rechten anerkannt ist; es gibt keine ruhige Entwickelung in der Geschichte wie in der Natur. Der ganze Streit, der hier über Monarchie und Republik geführt wird, kommt mir zwecklos vor. Die Franzosen bilden sich ein, Republikaner zu sein, sind aber geborne Monarchisten; wir sind geborne Republikaner (Gelächter, Beifall.) Wir haben z. B. die Republik in der Gemeine-Verfassung 2c. Wir werden uns der Majorität unterwerfen, aber wir werden deshalb unsere Bestrebungen nicht aufgeben. Hätte man in England die Emancipationsbill durchgesetzt, wenn die Partei, die sie gewollt, sich der Majorität so unterworfen hätte, wie man hier meint? Und, wir werden die Majorität nicht verdächtigen, allein alle in England giltigen Mittel anwenden, um den Geist des Volkes zu bilden. (Bravo.) Er spricht ebenfalls gegen den Bundestag. „Auch der regenerirte Bundestag handelt wie der alte Bundestag," er geht auf Einzelheiten der Beschlüsse ein (Lepelsches Promemoria, Mangel an Oeffentlichkeit.) Ich bin auch für den Staatenrath, aber in anderer Weise, der Bundestag muß fort. Darauf widerlegt er den Ausschußbericht. Ich liebe die Fürsten nicht, sie brachen die Versprechungen von 1813, 1830 und sie würden uns wieder täuschen, — wenn auch dieselben Personen von den Regierungen oder von uns gewählt, ist der Mann des Vertrauens, der von den Regierungen ist der Mann des Mißtrauens. (Bravo.) Er weist auf den Kurfürsten von Hessen hin, der jetzt seine Unterschrift weigert, wie wird das erst seyn, wenn ein Fürst über uns sein veto hat, es mit Bajonetten unterstützt? Großmann für Möhring, macht darauf aufmerksam, daß von der Entscheidung dieser Frage das Zutrauen des Kabinets und deßhalb die Existenz des Vaterlandes abhänge. Er schließt mit der Warnung an die Linke, mit der Nation kein Experiment zu machen. Stedtmann spricht eindringlich für Welcker. Auch er weist auf die Gefahren hin, die eine gänzliche Aufhebung der Repräsentation der Regierungen in Bezug auf das Ausland haben könnte. Stedtmann weicht zuletzt aber von dem Welckerschen Antrag ab und stellt ein neues Amendement, über dessen Zulässigkeit sich eine Zwischen-Debatte erhebt. Das Amendement wird nicht zugelassen. Raveaux entgegnet gegen einen Redner (Weißler), der nach seinem Mandat nur zu einer Vereinbarung mit den Regierungen das Recht habe, das beschränke noch nicht das Recht der National-Versammlung; jener Redner hätte gleich dem Luxemburger Deputirten protestiren können. Ich bin nicht für die Proklamation der Republick, aber man sollte die Bruderhand der jungen Republik jenseits des Rheins nicht zurückweisen, nur aus Delikatesse gegen die Einzel-Regierungen habe man den Antrag in der franz. Nationalversammlung, uns einen Freundschafts-Gruß zu senden, fallen lassen, eine solche Republik, (fährt er in der Widerlegung einiger Vorwürfe fort, die frühere Redner der französischen Republik machten) sollten wir nicht achten? Erheben sie sich meine Herren zur Zustimmung, daß auch wir ihr unsern Gruß bringen. (Die ganze Versammlung unter einem ungeheueren lang andauernden Beifallsjubel erhebt sich.) Kein künstlicher Zustand, sagt er in Bezug auf die Hauptsache, kein Kunstwerk paßt für den Zustand, den wir schaffen müssen, weder Monarchie noch Republik, für 34 Staaten, die früher theils constitutionell regiert wurden. Seiner Vertheidigung des Schoder'schen Amendements wurde von allen Parteien die größte Aufmerksamkeit geschenkt, obgleich das Schwankende des Amendements auch auf seinen Vortrag wirkt, so war sie dennoch so voll guter Repliken, daß ihr die Wirkung nicht ausblieb. Namentlich machte das großen Eindruck, als er auseinandersetzt, wie jede Partei in der National-Versammlung sich vor der andern fürchte. Sein Schluß war so versöhnend, so tief zu den Herzen redend, so elegisch ergreifend, auf die Noth des Landes hinweisend, daß lang anhaltender Beifall, eine Hoffnung auf Vermittlung — sogar von der äußersten Linken, ihm zu Theil wurden. Mathy. (Die Linke: Namen. — Antwort: Mathy. Gemurmel. Einzelne Stimmen: Herrunter) sichtbar befangen. Er sagt u. A. in der Begründung des Meyer'schen Amendements: Ein Privatmann an die Spitze gestellt, würde entweder machtlos oder ein Despot werden. Sein sanfter Vortrag verräth nichts von dem energischen Willen, den er neuster Zeit in Baden geltend gemacht; während seines ganzen Vortrags kämpfte bei jeder hervorragenden Stelle Zischen und Bravo mit einander. Gagern betritt die Rednerbühne. Er hält es fur seine Pflicht, der Nation seine Ansicht in dieser wichtigen Sache nicht vorzuenthalten. Das Vertrauen, das er bis jetzt in der National-Versammlung genösse, käme wohl daher, weil er immer seiner Ueberzeugung treu war. Man müsse zuerst die Competenz dieser provisorischen Stelle untersuchen. Ist es blos Vollziehungsgewalt, dann verstehe er den Vorwurf gegen den Majoritäts-Antrag, als sey diese Stelle Diktatur. Der National-Versammlung bleibt ja das gesetzgebende Recht, das ihr gebührt als constituirende Versammlung. Nachdem er sich hierüber noch weiter verbreitet, sagt er in Bezug auf die Verantwortlichkeit: Der verantwortliche Minister könne und werde sich der höheren, öffentlichen Meinung nicht entziehen. Die Bundes-Versammlung könne nicht mehr bestehen, aber eine andere Gewalt, die gewiß nöthig, müsse sogleich geschaffen werden. Doch können wir das nicht mit einem Amendement abmachen, das sei eine Aufgabe, die gründlicher Prüfung bedarf, es sey die erste Aufgabe, darüber der National-Versammlung ein Gesetz vorzulegen. Die Central-Gewalt soll von uns selbst geschaffen werden, (der Beifall dauerte wohl eine Minute) sie muß stark seyn, das Vertrauen des Volks haben. Einer sey es mit verantwortlichen Ministern, und diese Wahl könnte, überließe man es den Regierungen, denselben große Schwierigkeiten bereiten. Ich glaube, meine Herren, daß wir nicht wanken in der Wahl dieses Einen. Dieser Mann muß aber aus der höchsten Sphäre seyn, dieser Mann muß sich der Unterstützung aller Staaten versichert halten; und das kann kein Privatmann seyn; es sei ein Fürst, nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst ist (Bravo.) Man hat hier viel Haß gegen die Fürsten gesprochen, Haß gegen ganze Generationen ohne Rücksicht auf Persönlichkeit ist nicht wohl ziemlich (Bravo). Dem Schluß dieser Rede, folgt ungemeines Bravo auf Bänken und Gallerien die mit den Sieg des Erzherzog Johann entschieden zu haben scheint. Nach Gagern nahm Dahlmann als Berichterstatter das Wort, und sprach lange noch über die einzelnen Punkte des Berichtes, und kündet dem Parlament an, daß der Ausschuß nachträglich mehrere Punkte, namentlich einen Reichsverweser angenommen. Diese Aenderung, sowie andere werden morgen, mit Motiven versehen, gedruckt vertheilt, und Montag wird abgestimmt werden. Möhring nahm seinen Antrag bereits zurück. Eine tulmutarische Scene erhob sich vor dem Schluß aus folgender Veranlassung. Zitz sagte: Dahlmann habe in seiner Geschichte der englischen Revolution behauptet: „die Feinde der Volkssouveränetät stellten sich vergebens ihr entgegen" — so ungefähr. — Dahlmann berichtigt in starken Ausdrücken, daß es dort heiße, „der politischen Freiheit" nicht Volkssouveränetät. Zitz kam nun darauf unter Geschrei der Zustimmung, Lachen 2c. der Anwesenden auf obigen zurück, und behauptet, man suche ihn überall zu verdächtigen. (N. W. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 22. Juni.) Heute wurde über einen mit der beantragten Auflösung unserer zweiten Kammer in Verbindung stehenden Gegenstand, die Prolongation des Finanzgesetzes auch auf das zweite Semester d. J, ausführlich berathen. Der Ausschuß, und mit ihm viele Redner der Kammer, wollten sie zuerst nur auf weitere drei Monate zugestehen. Bei der Abstimmung war die Kammer in zwei gleiche Hälften getheilt (16 gegen 16) und somit nach der Geschäftsordnung die Proposition der Regierung angenommen. Weiter stand mit jener Frage in Verbindung der Bericht des dritten Ausschusses über die eigenmächtige Austrittserklärung der rheinhessischen Abgeordneten Zitz, Mohr, Behlen und Grode, welchen Abg. Buff erstattete. Jener Austritt, und die Art und Weise, wie er erfolgte, wurde als die Verfassung verletzend und dem geschwornen Eide der Abgeordneten zuwider getadelt und beantragt, den Demissionären die Mißbilligung der Kammer auszusprechen und sie zu ermahnen, zu ihrer Pflicht zurückzukehren; wo nicht, so blieben durch ihre Schuld ihre Bezirke in der Kammer unvertreten. Die Kammer berieth heute auch den Gesetzentwurf über Allodifikation der Erbleihen und Landsiedelgüter, welchen sie im Wesentlichen annahm. — Eine gestern getroffene Verfügung der Regierung hat, als ein Zeichen wiederkehrenden Vertrauens, große Freude erregt. Die Kriegsreservisten der Infanterie, 2000 Mann stark, sind in Urlaub entlassen worden. Es wird dadurch der Staatskasse eine bedeutende Summe erspart, man sagt 1000 fl. täglich. Weiter vernahm man mit Befriedigung Zeichen wiederkehrender Ordnung und Gesetzlichkeit, daß der größere Theil des 1. Bataillons des 4. Infanterieregiments, welches von Offenbach nach Babenhausen verlegt worden ist, selbst um strenge Bestrafung seiner Kameraden, die bei den traurigen Excessen in Offenbach ihre Pflichten vergessen, nachgesucht hat. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mainz, 23. Juni.) Die Deputation des hiesigen Gewerbestandes, welche vorgestern nach Darmstadt ging, um dem Staatsministe-

rium eine Petition wegen Schutz und Garantie des Lebens und Eigenthums der Mainzer Bürgerschaft zu überreichen, hat dort eine zuvorkommende Aufnahme gefunden und Zusicherungen erhalten, welche die Erlangung Dessen, was erbeten ward, kaum bezweifeln lassen. Unter diesen Zusicherungen haben folgende für unsere Stadt einen hohen Werth. Zunächst sollen die Bundesfestungsreglements aus den Jahren 1816 und 1832, welche Militärverordnungen bezüglich der Stadt und Festung für den Kriegsfall enthalten und auf die sich das hiesige Bundesfestungsgouvernement zur Rechtfertigung seiner Maasregeln vom 21. Mai letzthin berief, einer zeitgemäßen Reform unterworfen und mit der bevorstehenden Umgestaltung der inneren Verhältnisse Deutschlands in Einklang gebracht werden, so daß nicht mehr von dem Genehmhalten der Militärgewalt eine Gefährdung des Lebens der Mainzer Einwohnerschaft ausgehen kann. Dann hat sich die hessische Regierung verbindlich gemacht, aus allen Kräften darauf hinzuwirken, um dem Häuserbesitz in Mainz einen bleibenderen Werth, wie dem Kapitalisten Sicherheit dadurch zu verschaffen, daß die in der hessischen Assecuranz ausgeschlossene Entschädigung für alle durch Bombardement entstehenden Schäden von dem gesammten Deutschland getragen werde. Unsere Stadt ist der Schlüssel zum westlichen Deutschland und hat im Falle eines Krieges für das ganze deutsche Volk einzustehen; deßhalb ist es gewiß auch ganz billig, daß Deutschland den in Kriegszeiten dem Besitze zugefügten Schaden den Mainzern ersetze. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 21. Jun.) Die Nachricht, daß Se. Maj. der Kaiser den Erzherzog Johann zu seinem Stellvertreter statt des Erzherzogs Franz Carl ernannt hat, machte hier einen sehr freudigen Eindruck. Die unglückselige Nähe des Grafen Bombelles, der den Letztern nach Innsbruck begleitete, und der schon seit Jahren allen Vaterlandsfreunden mit Schmerz in der Umgebung des Erzherzogs Franz Carl gesehen wurde, hat denselben, noch mehr aber seiner Gemahlin, die Erzherzogin Sophie, in der öffentlichen Meinung einen harten Schlag versetzt. Graf Bombelles wurde durch den Einfluß der Kaiserin Mutter schon vor Jahren zum Erzieher der Prinzen, Söhne des Erzherzogs Franz Carl, ernannt. Er ist einer der starrsten Legitimisten, Anhänger der Jesuiten, und durch ihn glaubte sich die Kaiserin Mutter und Metternich der ganzen Nachkommenschaft des Kaisers Franz versichern zu können. Es konnte keine unglücklichere Wahl getroffen werden, als ein Franzose dieses Schlages. Der präsumtive Thronerbe und die Familie muß diesen Fehler jetzt schwer büßen. Diese ganze Familie hat jetzt die Meinung gegen sich, obgleich der älteste Prinz Franz Joseph nicht ohne Talent ist. (A. A. Z.)

(Wien, den 22. Juni.) Das gegen den ehemaligen Stadt- und Festungscommandanten Grafen Zichy eingeleitete kriegsrechtliche Verfahren ist nun beendet. Graf Zichy soll zum Tode verurtheilt seyn, und das Kriegsministerium hat beim Kaiser beantragt, das Urtheil zu bestätigen. (Er verdient den Tod, den die Uebergabe Venedigs war eine beispiellos schmachvolle.) Der ehemalige Gouverneur von Venedig, Graf Palffy, welcher weniger compromittirt erscheint, soll ohne Pension entlassen werden. — Die Reichsversammlung ist dem Vernehmen nach auf den 13. d. verschoben. (A. A. Z.)

(Vom Fusse des Brenner, den 20. Juni.) Unter den Berechtigungen, die der Admiral Albini für die Blokade von Triest angibt, ist auch die Grausamkeit angeführt mit der die österreichische Armee den Krieg in Italien führe. Eine Unverschämtheit größerer Art ist kaum da gewesen, Leute welche die Verwundeten in dem Spitale zu Castelfranko meuchelmordeten, Leute welche zu Mailand die armen gefangenen Kroaten wie Vieh in die Tranzportwägen einspannen, welche die Geißeln ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht auf die roheste Weise behandeln, wagen von Grausamkeit der österreich. Truppen zu sprechen! Von dem tapfern 10. Jägerbataillon sind von 24 Offizieren, die seinen Stand ausmachen, bereits 10 todt und verwundet. Man erinnert sich keines Feldzuges wo das Verhältniß der gebliebenen Offiziere ein ähnliches gewesen. Nach der Schlacht bei Vicenza sollen die österreichischen Truppen mit den Schweizern, die bei weitem tapferer als die Italiener gefochten, und allein ein paar hundert Mann verloren, fraternisirt haben und es soll rührend gewesen sein, mit welcher Dankbarkeit die Schweizer diese Anerkennung ihrer Tapferkeit von ihren großmüthigen Feinden aufgenommen haben; um so großmuthiger, wenn man sich der unprovocirten Zuzüge der Schweizer Freischaaren nach Mailand und zur Armee erinnert. Daß es noch immer Deutsche gibt, die im entschiedenen italienischen Interesse schreiben, und sich nicht scheuen, die gröbsten Fabeln der Leichtgläubigkeit aufzutischen, sehen wir aus so vielen Berichten der Art, welche die Journale bringen. Wir fragen ganz einfach den Homer des piemontesischen Achilles: Welches sind denn seit drei Monaten die Erfolge Karls Alberts gegen die Oesterreicher? Wo stand er vor drei Monaten? Und wo steht er jetzt? Hat er den Feldmarschall, der schon in Mailand, als Kapuziner verkleidet, auf der Flucht gefangen wurde, nur einen Fußbreit Terrain genommen? Hat er ihn gehindert, das Venezianische, alle großen Städte des venezianischen Festlandes zu erobern, und ganze Armeekorps im offenen Felde zur Kapitulation zu zwingen? Der einzige Erfolg, den die Feinde beanspruchen können, ist die Einnahme Peschiera's, bei welcher die Ehre der Waffen dem alten Theresienritter, dem Gegner nur die zerschossene Mauer geblieben ist. Uebrigens gesteht die österreichische Armee dem Piemontesen offen zu, daß sie brave Soldaten sind. Alles, was sonst von Italienern auf dem Platze ist, steht weit unter ihnen. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 21. Juni.) Gestern Abend begab sich der hier bestehende sogenannte Sicherheits-Ausschuß, aus Ministerialdirektoren, dem Polizeipräsidenten, Stadträthen, Stadtverordneten u. s. w. bestehend, zu dem eben ausgeschiedenen Ministerpräsidenten, um sich über mehrere umlaufende Gerüchte beruhigen zu lassen und ihm die Besorgniß auszusprechen, welche mannigfach über seinen Austritt aus dem Ministerium laut geworden. Hr. Camphausen versicherte zunächst auf die erste Anfrage, daß er nur aus freier Wahl ausgeschieden, weil es ihm scheine, daß er der Nationalversammlung nicht freisinnig genug sey, in der Einwohnerschaft das rechte Vertrauen nicht zu besitzen scheine und es ihm somit nicht gelungen, die nöthige Ergänzung für sein Ministerium zu finden. Er könne übrigens auf die zweite Frage ferner versichern, daß eine Kamarilla in der Nähe des Königs nicht bestehe, dieser vielmehr lediglich den Fortschritt wolle und an eine Reaktion nicht zu denken sey. Was übrigens die Kriegsdrohung der Russen betreffe (und dies war die dritte Frage), so seyen sie weder als Feinde noch als Freunde an unsere Gränzen gerückt. Camphausen wird nun wahrscheinlich sofort seinen Sitz in der Nationalversammlung nehmen und seinem Freunde Hansemann auch freundlich namentlich durch seine Rednergabe, zur Seite stehen. — Für heute sind mehrere Bürgerwehr-Bataillone consignirt. Heute Morgen erschien ein Mauer-Anschlag, worin das Bürgerwehr-Commando anzeigt, daß heute ein Transport Zündnadel-Gewehre nach Stettin verladen werde. Die Verladung erfolgte ruhig und ungestört. Zur Vorsorge waren alle Zugänge zum Zeughause durch Bürgerwehr abgesperrt. — Die brodlosen hiesigen Erdarbeiter sollen jetzt bei der Ostbahn verwandt werden. Diejenigen welche dieses Anerbieten ablehnen, sonst aber keine Beschäftigung nachweisen können, sollen als Arbeitsscheue angesehen und bestraft werden. (Köln. Z.)

(Von der polnischen Grenze, den 19. Juni.) [Verkehr russischer Soldaten mit preussischen Grenzbewohnern.] Ein glaubwürdiger Kaufmann aus Gollub (3 Meilen von Thorn) berichtet so eben Folgendes. Ueber den Fluß Drewenz bei Gollub führt bekanntlich eine halb zu Preussen, halb zu Rußland gehörende Brücke, welche auch die Farben beider Staaten führt. Bei dieser unmittelbaren Nähe der Grenze findet daher auch, trotz der seit mehreren Wochen von Rußlands Seite eingetretenen strengen Absperrungsmaßregeln dennoch ein reger Verkehr nach und von Russisch-Polen statt, namentlich kommen alle Sonn- und Feiertage eine Menge russisch-polnischer Landleute herüber, um unsere Kirche und sodann unsere Schnapsläden zu besuchen. Ebenso ist es nichts Ungewöhnliches, russisches Militär, welches die seichte Drewenz durchwatete, in unseren Schenken tapfer zechen zu sehen. Bei einer solchen Gelegenheit erfuhr der Berichterstatter, daß jenseits der Grenze bis Nieszawa hin mindestens 60,000 Mann Russen und Kosaken, nebst 6 bis 8 Batterien Geschütze stünden. Ein russischer Wachtmeister versicherte, daß, wie er aus dem Munde eines russischen Generals (v. Bohlen) vernommen, noch bedeutende Verstärkungen binnen wenigen Tagen erwartet würden, an der ganzen Grenze überhaupt circa 200,000 — 250,000 Mann mit verhältnißmäßig starker Artillerie vertheilt wären, welche sämmtliche Truppenmassen bestimmt seien, das aufrührerische Deutschland, vornehmlich Preussen, in Schranken zu halten!! — Die herüberkommenden Russen betragen sich übrigens sehr anständig, scheinen mit Geld gut versehen zu sein. und einzelne Fälle, wo stark angetrunkene Russen nicht bezahlen wollten, und in der Trunkenheit zu verstehen gaben, „man möchte sich bei Zeiten an die Herrschaft der Russen gewöhnen, wem das Leben noch lieb sei,“ — dürften wohl keiner besonderen Beachtung werth sein. Die Stimmung unserer Bevölkerung ist bei den nur sehr geringen Vertheidigungsmaßregeln unserer Regierung natürlich sehr gereizt, da der einfachste Landmann einsieht, daß die Russen, sobald sie eindringen, unsere Herren sind, und ihnen kein Hinderniß entgegensteht, in beliebigen Richtungen weiterzuschreiten. — Noch bemerkt der Berichterstatter, daß die russische Artillerie täglich Schießübungen abhält, wovon der Schall leider nicht sehr erfreulich über die Grenze dringt. (Bresl. Z.)

(Von der polnischen Grenze, 21. Juni.) Ueber die von so vielen Seiten besprochene russische Truppenbewegung nach der preussischen Grenze zu, haben wir bis jetzt aus dem einzigen Grunde das Stillschweigen beobachtet, weil es uns namentlich jetzt, bei der allgemeinen Sucht, Lügen zu verbreiten und gar bald Folgerungen daraus zu ziehen, zu gefährlich schien, über einen Gegenstand von solcher Wichtigkeit auf Grund bloßer Gerüchte zu schreiben, welche, in Folge der bekannten, überaus strengen Grenzsperre, von dem russischen bis zum preussischen Schlagbaume nur auf zehnfache Art verkehrt und widersprechend erzählt wurden. — Jetzt, da es doch schon hin und wieder möglich geworden, nach Polen zu kommen, können wir Ihnen aus dem Munde eines höhern russischen Beamten melden: „daß vorläufig schon die Strecke von Warschau bis Turek über Kolo voll russischen Militärs ist, so daß in den Dörfern nicht selten in einer Bauernhütte 25—30 Mann im Quartier liegen müssen.“ Allgemein heißt es auch drüben, daß diese Truppenbewegung Preussen gelte und daß die Russen in wenigen Tagen die preussische Grenze überschreiten würden. Die beliebteste Meinung ist dort, daß der Kaiser den Polen eine Konstitution unter einem russischen Prinzen zu geben und somit auch die Provinz Posen mit Waffengewalt unter seinen Scepter zu bringen beabsichtige, wovon auch die diesseitigen Polen vielfach träumen. (? — Eine alte Sage! —) So wollte ein anderer höherer Beamte in Kalisch mit Gewißheit behaupten, »daß der Kaiser in einigen Tagen zur Feststellung der Konstitution für Polen in Warschau eintreffen werde, so wie daß die Russen schon bestimmt am 27. (15.) d. M. nach Preussen einrücken würden, wozu auch bereits 140 große Transport-Wagen requirirt worden seyen.« (?) Wir theilen Ihnen das hier Erzählte getreu mit, ohne uns, den Thatsachen nach zu schließen, ein bestimmtes Urtheil erlauben zu wollen, was bei der klugen, hinterlistigen russischen Politik uns, wie jedem andern Berichterstatter, wohl eine Unmöglichkeit seyn dürfte. (Bresl. Z.)

Schleswig-Holstein. (Apenrade, 20. Juli.) Vorgestern, am 18. Juni, war der Geburtstag des Hrn. Major v. d. Tann; er hat grade vor 33 Jahren, also in demselben Jahre und an demselben Tage das Licht der Welt erblickt, an welchem die Schlacht bei Waterloo geschlagen wurde. Als die hiesigen Bürger gegen Abend hiervon Kunde bekamen, ward schnell der Beschluß gefaßt, unserm tapfern Beschützer und in ihm seiner todesmuthigen Schaar ein Hoch zu bringen. Gegen 10 Uhr stellten die Bürger sich in großer Zahl vor seiner Wohnung im »Norddeutschen Hotel« mit der schwarz-roth-goldenen Fahne auf; Herr Dr. Schow richtete ein paar Worte an den Gefeierten, worin unter andern der heldenmüthigen Einheit Deutschlands vor 33 Jahren wie der Gegenwart Erwähnung geschah und schloß mit einem Hoch, das aus voller Seele aus hunderten von Kehlen dreimal wiedertönte. Weißgekleidete junge Mädchen erschienen und überreichten einen Lorbeerkranz nebst einigen Versen. Der edle, bescheidene Held des Tages trat vor und drückte uns tiefgerührt die Hände, äusserte, solch einen Geburtstag noch nicht erlebt zu haben und versicherte, so viel an ihm läge, solle die Stadt Apenrade möglichst geschützt und gesichert werden. Seine Schaar brachte ihm wiederholte Vivats, einen Fackelzug und die kräftigen Männerchöre erfüllten bis Mitternacht die belebten Straßen. (Brem. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, 24. Juni.) Wir entnehmen dem Ludwigsb. Tagbl. die folgenden Mittheilungen in Betreff der Vorfälle der letzten Tage in Ludwigsburg: Eine Bekanntmachung des Stadtraths vom 22. sagt: »Die gestrigen betrübenden Vorfälle haben den beiden bürgerlichen Kollegien Veranlassung gegeben, an Se. Exc. Herrn Generallieutenant v. Miller eine Deputation abzusenden, um ihm ihr tiefes Bedauern hierüber und über die theilweise Art der

Ausführung der getroffenenen Maßregeln auszudrücken. Hierauf hat Se. Exc. in Anerkennung der guten Haltung der Bürgerschaft und deren Unterstützung in Handhabung der Ordnung die Zusicherung ertheilt, deßhalb dem Stadtrath nicht allein eine besondere beruhigende Erklärung, sondern auch eine Abschrift des an Se. Maj. den König zu erstattenden Berichtes zukommen zu lassen.« Dieser Bericht lautet: „Dem Königl. Kriegsministerium habe ich folgende Punkte vor Augen zu legen: 1) Bei dem gestern Abend stattgefundenen Strassenauflaufe haben sich, ausser einigen — von der ganzen Einwohnerschaft als schlecht prädizirten und deßhalb gemiedenen Subjekten, wie z. B. Wundarzt Schweickert, keine Bürger Ludwigsburgs betheiligt. 2) Die gesammte Bürgerwehr ist mit größter Bereitwilligkeit und Schnelligkeit dem Rufe zum Dienste gefolgt. 3) Dem guten Verhalten und der thätigen Mitwirkung der Bürgerwehr habe ich es mit zu verdanken, daß ich über die Masse Herr geworden bin, ohne von der Feuerwaffe Gebrauch machen zu müssen. Indem ich also den Ludwigsburgern das Zeugniß geben kann, daß sie ihre gute Gesinnung auf das Vollständigste dargethan haben, halte ich es für meine Pflicht, das Königliche Kriegsministerium zu ersuchen, dieß zur Kenntniß Sr. Maj. des Königs bringen zu wollen. Ludwigsburg den 22. Juni 1848. Generallieutenant rc. v. Miller.“ Eingeleitet ist die Bekanntmachung desselben durch folgende Worte des Generallieutenants von Miller: „Mit tiefem Bedauern habe ich ersehen, daß gestern ruhige Zuschauer von den Soldaten hart angelassen worden sind.“ Als Entschuldigung für dieselben führt sofort der Herr General an: 1) daß Soldaten und Bürger (Schweickert an der Spitze) einen Angriff gegen die Kaserne gemacht und selbst zweimal in dieselbe eingedrungen sind; 2) daß der Oberst Lenz vor den Augen seiner Soldaten thätlich mißhandelt wurde; 3) daß, als er selbst (Miller) mit dem Pferde fiel, gerufen wurde: „Bravo! so ist es recht! reißt ihm den Orden ab!“ War es unter solchen Umständen,“ heißt es, „zu verwundern, wenn die Soldaten leidenschaftlich erbittert waren?“ — Das Ludwigsburger Tagblatt schreibt dann weiter: »Wie es fast immer bei solchen Anlässen zu geben pflegt, fielen auch hierbei Mißhandlungen von militärischer Seite gegen ganz unschuldige Bürger vor, was sich nur dadurch erklären läßt, daß das Militär der Meinung war, die Bürgerschaft stehe ihm feindlich gegenüber. Ein Mißverständniß, bei welchem es sich nur um ein Haarbreit mehr handelte, daß es nicht unabsehbaren Jammer über uns gebracht hätte. Als nämlich die Bürgerschaft zum Schutze der Ordnung und des Gesetzes sich auf den Marktplatz aufgestellt hatte, rückte unvermuthet eine Abtheilung Infanterie mit gefälltem Bajonett gegen dieselbe an, ohne sich durch den Zuruf des Kommandanten aufhalten zu lassen, so daß dieser die erste Kompagnie schnell eine Schwenkung machen und dem Militär mit gefälltem Bajonett entgegentreten ließ. In diesem kritischen Momente sprengte Generallieutenant v. Miller herbei und sein „Halt« verhütete einen Zusammenstoß, dessen blutige Folgen unabsehbar geworden wären da beide Theile scharf geladen hatten. — Se. Exc. Hr. Generallieutenant v. Miller, der sich nunmehr einen günstigen Begriff von den Bürgern Ludwigsburgs verschafft haben kann, wird in Zeitkürze eine beruhigende Erklärung über die vorgestrigen militärischen Maßregeln geben. Es ist gewiß, daß Hr. v. Miller das Verfahren einzelner Militärs gegen wehrlose Neugierige tief bedauert, und als nicht in seiner Absicht gelegen erklärte. Vergesse deßhalb Jeder, im Interesse der Ruhe und des Friedens, das Vorgefallene und die ihm in der Hitze widerfahrenen Unbilden. — Die Verwundungen der beiden verhafteten Civilisten, Wundarzt Schweickert und Handlungskommis Moser, sind nicht lebensgefährlich. — Die gerichtliche Untersuchung gegen sie hat bereits begonnen und wird ihren Verlauf nehmen. Im Uebrigen herrscht in Ludwigsburg vollständige Ruhe. (Schw. M.)

(Stuttgart, den 23. Juni.) Das Heilbronner Regiment wurde in Ludwigsburg entwaffnet. Dieß geschah aber nicht, ohne daß zuvor bedeutende Ruhestörungen in letzterm Orte vorfielen. Das Regiment, in Verbindung mit vielen Ludwigsburger Bürgern, stürmte die Kaserne des 7. Regiment, welches, nachdem einige Stabsoffiziere in augenscheinliche Lebensgefahr gekommen waren, in Verbindung mit der Artillerie die Straßen endlich räumte. Nöthigenfalls wäre das Standrecht verkündigt worden, doch ist die Ruhe äußerlich jetzt hergestellt. Man spricht davon, daß nach Heilbronn, das jetzt ganz von Militär entblößt ist, ein hessisches Regiment einrücken soll. Sämmtliche Soldaten unseres Armeecorps sollen in Zukunft mit „Sie“ angeredet werden. Der Commandeur von Ulm, Generallieutenant Graf Lippe ist gestorben. (Frkft.O.-P.-Z.)

(Oehringen, den 20. Juni.) Der hiesige politische Verein hat eine Adresse an die Nationalversammlung erlassen, worin er sagt: „Der politische Verein in Oehringen hält es für seine Pflicht, den Antrag des Reichstags-Abgeordneten Schoder: daß von Seite der Nationalversammlung Schritte gethan werden möchten, die Regenten und Regenten-Familien Deutschlands zu veranlassen, auf einen beträchtlichen Theil ihrer Civillisten, Apanagen u. s. w. zu verzichten, mit allen Kräften zu unterstützen, so wie er auch die von demselben Abgeordneten bei Gelegenheit der Debatte über Herbeischaffung der zur Gründung einer deutschen Flotte nöthigen Mittel ausgesprochene Mahnung zur Berücksichtigung zu empfehlen sich erlaubt.“ In der weitern Ausführung wird von den Apanagen u. s. w. gesagt: „Zur Zeit als diese Summen durch Vertag mit den Regentenhäusern festgesetzt wurden, da war der Begriff des souveränen Königthums oder Fürstenthums in den einzelnen Staaten Deutschlands noch gültig, es schien nothwendig, daß die fürstliche Würde auch mit äußerem Pomp umgeben sei. Man ist davon abgekommen. Wir verhehlen uns nun weiter zwar nicht, daß die Verträge über Civillisten, Apanagen u. s. f. zu Recht bestehen, und nicht einseitig geschmälert werden dürfen, und darum wenden wir uns an die Nationalversammlung.“ (Schwb. M.)

Frankreich.

† (Paris, 22. Juni.) Das Ministerium des Auswärtigen hat gestern von hier eine Note an den Vertreter der Republik abgehen lassen, worin die Vollziehungsgewalt gegen die jüngste Theilung des Großherzogthums Posen protestirt.

Zwischen dem Rittmeister Napoleon Bertrand, Sohn des bekannten Generals, und dem Lieutenant Goudchaux, Sohn des großen Banquiers, Politikers und Exfinanzministers, hat ein Säbelduell stattgefunden, bei welchem Letzterer im Gesicht stark verwundet wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

A n z e i g e n

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. Juni 1848. **№ 180.** **Mittwoch: Leo, Josua.**

Deutschland.

Bayern. (München, 25. Juni.) Die in Erledigung gekommene Stelle eines Direktors am Wechsel- und Merkantilgerichte erster Instanz zu Straubing wurde dem Direktor des Kreis- und Stadtgerichts daselbst, Kajetan Gebräth, und die bei demselben Gerichte in Passau erledigten Rathstellen den Kreis- und Stadtgerichtsräthen daselbst K. Körner und Max Frhrn. v. Branka übertragen; ferner ist auf die am Wechselgerichte erster Instanz zu Schweinfurt erledigte Rathstelle der bisherige zweite Wechselgerichtsrath, Kreis- und Stadtgerichtsrath Scherer vorgerückt und die hiedurch frei gewordene zweite Rathsstelle dem Assessor am Kreis- und Stadtgerichte daselbst Gottlieb Merkel übertragen worden. (A. A. Z.)

(München, 25. Juni.) Da es aus den hinterlassenen Papieren der verlebten Churfürstin Wittwe sich ergab, daß dieselbe schon vor Jahren den Wunsch geäußert, daß bei ihrem Ableben keine Landestrauer eintreten möge, so wird dieselbe auch nicht angeordnet werden, wie dieß nach der bestehenden Trauer-Ordnung beim Ableben der verwittweten Landesregentin der Fall gewesen wäre. Das Trauergeläute in den Mittagsstunden, das Einstellen der Musiken und Schauspiele u. s. w. unterbleibt daher. Eine längere Hoftrauer tritt dagegen ein, es ist hierüber aber noch keine Bestimmung erlassen. Die Leiche der Verstorbenen wird dem hinterlassenen Willen derselben gemäß nicht in die Hofgruft bei den Theatinern dahier beigesetzt, sondern von Wasserburg aus nach dem Landgute Stepperg gebracht und zwar ganz ohne Gepränge. (A. Abdz.)

Baden. (Donaueschingen, den 23. Juni.) Das bayerische Hauptquartier ist zwar immer noch hier, dagegen wurden in jüngster Zeit verschiedene Truppenversetzungen vorgenommen, nämlich das erste Infanterieregiment (König) mit zwei Stücken Geschütz auf den Schwarzwald vorgeschoben, wogegen in hiesige Gegend das fünfte Infanterieregiment (Erbgroßherzog von Hessen) mit einer halben Batterie und einer Schwadron Chevauxlegers nachrückte. Durch die Anwesenheit dieser Truppen wurde das gestrige Fronleichnamsfest ganz besonders feierlich; höchlich zu beklagen ist, daß dieses Fest durch einen sehr bedauerlichen Unglücksfall getrübt worden ist, indem der Kommandant der zum Salutiren herbeigezogenen vier Kanonen, Hauptmann von Paschwitz, in Folge eines Sturzes mit dem Pferde, theils durch diesen, theils dadurch, daß das Rad eines Sechspfünders sein Haupt stark streifte, eine solche Hirnerschütterung erlitt, daß für sein Aufkommen in diesem Augenblick wenig Hoffnung vorliegt. Unglücklicherweise brannte auch ein Altar während des Gottesdienstes bei der Prozession am neuen Baue zusammen. Der Wind trieb das Feuer einer Kerze gegen die Draperie. (Schwb. M.)

Braunschweig. (Braunschweig, den 23. Juni.) So eben ist das Gesetz über Freiheit der Versammlungen erschienen. Alle Landes-Einwohner sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Von größeren Versammlungen unter freiem Himmel ist der Polizeibehörde zuvor Anzeige zu machen, welche befugt ist, dieselben zu untersagen, wenn Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu besorgen ist. Auch die Vereinigung zu Gesellschaften, welche keinen gesetzwidrigen Zweck verfolgen, ist erlaubt, und alle das freie Versammlungsrecht beschränkenden bisherigen gesetzlichen Bestimmungen sind aufgehoben. (Mgd. Z.)

Freie Städte. ☾ (Frankfurt, 24. Juni.) Die heutige Parlamentssitzung war ohne Frage die interessanteste, die spannendste seit Eröffnung der Verhandlungen über die provis. Centralgewalt, nicht blos durch die ausgezeichneten Reden, welche gehalten wurden, sondern auch durch Incidenzpunkte. Die Verhandlungen über diese wichtige Frage sind nun geschlossen, die Fragestellung und Abstimmung, welche letzte in der Principienfrage eine namentliche sein wird, haben wir nächsten Montag zu erwarten. Die erste Rede, ein Meisterstück, hielt Hr. Blum. — Er ging nach einigen einleitenden Worten auf die Behauptung ein, daß man eine konstitutionelle Monarchie an der Spitze des Staates schaffen wolle. Diese Behauptung, rief er, muß ich verneinen. Sie können keine konstitutionelle Monarchie schaffen, denn Sie haben keine Konstitution, Sie können also nur eine absolute Monarchie schaffen. Sie haben kene Schranke für die Gewalt, die Sie schaffen wollen. Was in England ist, auf welches Sie sich beständig berufen, ist bei uns nicht. Ob Sie es wagen wollen, im jetzigen Augenblicke, wo das Mißtrauen wuchert, wo keine Regierung besteht, wo nur Werden, kein Sein ist, ob Sie es da wagen wollen, eine Gewalt zu schaffen, auf welche sich das ganze Mißtrauen des Volkes concentriren muß, ob Sie nicht glauben, diese Gewalt werde unter diesem Mißtrauen erliegen, das muß ich Ihnen überlassen. — Auch ich glaube, daß später ein Staatenhaus sich werde bilden müssen. Ob Sie aber dieses Staatenhaus im Bundestag finden können! die Menschen, welche in denselben neu eingetreten sind, können den Bundestag nicht anders machen. Wenn Sie aus einem Jesuitenkloster die alten Mönche entfernen, und neue Mönche einführen, werden Sie dann etwas anders haben, als eben wieder ein Jesuitenkloster? Ebenso ist es hier. Verlangen Sie vom Volk nicht das Unmögliche. Verlangen Sie nicht, daß ein Institut, welches 33 Jahre lang gleichbedeutend war mit Deutschlands Knechtschaft und Schmach, auf einmal dem Volke angenehm werden solle. — Die Stellung eines wechselnden Präsidenten scheint mir für den niedern Ehrgeiz wieder lockend, als die Stellung eines Monarchen. — Was das Verlangen betrifft, daß die Regierungen Vorschläge machen sollen für diese Centralgewalt, so achte ich die Regierungen der einzelnen Staaten zu hoch, als daß ich ihnen entehrende Anträge machen möchte. Entehrend aber ist es, Erklärungen, binnen 14 Tagen zu geben, ihnen abzuverlangen über das Maß der Gewalt, das man ihnen nehmen will. Der Redner kam sodann auf die Verantwortlichkeit des Präsidenten zu sprechen, die er dem Parlament, das ihn gewählt, schuldig sei. Wie man von einer Verantwortlichkeit desselben gegen die Nachwelt rede, so sei zu bemerken, daß auch Philipp II. und sein Mentor Alle der Nachwelt ohne Zweifel verantwortlich gewesen seien, deshalb haben sie aber doch Thaten gethan, welche noch jetzt die Haare zu Berge sträuben machen. Ueber Verantwortlichkeit sowie über die Freiheit der Wahl dürfe die Versammlung, kündigte er an, daß er in diesen Punkten mit seinen Freunden namentliche Abstimmung verlangen werde. In der Revolution, fuhr er fort, von der man so viel gesprochen, stehen wir. Man hat Mirabeau angeführt; lassen Sie sich von ihm sagen, wie er hierüber dachte. Es ist Thorheit, sagte er, sich der Revolution entgegenzustemmen, ihrem Rade in die Speichen zu fallen, man kann ihren Wagen nur besteigen und ihn zu lenken suchen, sonst wird man von ihm zermalmt. Wenn Sie auf einen Krater einen Deckel legen, so ist er deshalb noch nicht geschlossen. Der Redner führte nun durch einzelne Analogien aus, daß unsere Verhältnisse denen Frankreichs im Jahr 1789 immer ähnlicher werden. Was die Schreckensherrschaft betreffe, so sei sie nicht in Paris, sie sei zu Pillnitz und Coblenz gemacht worden. Das Veto habe der 10. Aug. und 21. Jan. heraufbeschworen; am Veto sei Ludwig XVI. zu Grunde gegangen. Aber der Revolution lasse sich eine andere Richtung geben, wenn wir ihr gerecht werden. — Blums Rede machte den tiefsten Eindruck, und wird, in den stenographischen Berichten in ihrer ganzen Vollständigkeit gelesen, von allen Parteien als ein Meisterwerk anerkannt werden müssen. — Ihm folgte der bewegliche, hocharistokratische, aber gar nicht talentlose Fürst Lichnowsky. Sodann betrat Vogt aus Gießen die Tribune. Er widerlegte geistreich die Redner der Rechten. Gegen Radowitz bemerkte er: Aus dem Polizeistaat kann ohne Revolution kein Rechtsstaat hervorgehen, so wenig als aus Unrecht Recht werden kann. Gegen Bassermann, welcher von den ewigen Gesetzen gesprochen hatte, welche auch in den Sternen herrschen, bemerkte er, sein Freund Leverrier, der ein etwas größerer Astronom sey, als Hr. Bassermann, habe entdeckt, daß nicht ruhige Entwickelung, sondern Revolution und Perturbation das Gesetz der Sterne sey. Ueber das Schreckbild der Republik, das man beständig herauf beschwöre, äußerte er: die Franzosen sind geborne Monarchisten, wenn sie zehnmal auch jetzt die Republik haben, wir Deutschen aber sind alle geborne Republikaner und wenn wir es auch nicht sein wollen. Eben weil jeder von uns die Republik in der Brust trägt, hat man uns politischen Kindern die Republik als Schreckbild an die Wand malen können, aber ich hoffe, wir werden bald so mündig werden, daß wir uns dadurch nicht werden schrecken lassen. Was die Unterwerfung der Minorität betreffe, so bemerke er, daß auch die Emancipations- und Reformbill Anfangs nicht durchgegangen sey, aber ihre Anhänger haben sich unter das Volk begeben, haben es in Volksversammlungen und durch die Presse bearbeitet und dies werde auch hier die Minorität thun, sicherlich werde sie dadurch später zur Majorität werden. Er geißelte sodann den Bundestag, der positiv immer das System der Lüge, der Unterthänigkeit gegen gewisse Staaten, der Volksfriedlichkeit befolge. Er bestritt, daß das deutsche Volk seine Fürsten liebe; sie haben es zweimal betrogen. Er schließt mit den Worten Macchiavelles: die Völker waren treulos und die Fürsten waren treulos; aber nie werden die Völker so treulos sein, als die Fürsten es gewesen sind. Die nächste bedeutende Rede war die von Raveaux aus Köln. Er sprach im Eingang freundliche Worte über die französische Republik und ihre Gesinnungen gegen Deutschland. Am 20. Mai, sagte er, wurde in der französischen Nationalversammlung der Antrag gestellt, eine Deputation an uns zu senden und uns die freundschaftlichen Gesinnungen Frankreichs zu versichern. Der Antrag wurde nur aus Delikatesse gegen die deutschen Einzelregierungen abgelehnt, die man nicht verletzen wollte. Aber die ganze Versammlung erhob sich zu einem freundlichen Gruße an das deutsche Volk. Das sind Frankreichs Gesinnungen gegen Deutschland, meine Herren, wollen Sie diesen Gruß unerwiedert lassen! Erheben Sie sich, meine Herren zu einem Gegengruße. (Die ganze Nationalversammlung, die äusserste Rechte ausgenommen, erhebt sich unter dem langanhaltenden, stürmischen Jubel der Gallerieen; ein schöner, feierlicher Augenblick!) Der Redner fährt sodann fort; man hat gegen die französische Republik geltend gemacht, daß Sie 80,000 Proletarier ernähre. O, warum machen wir doch der franz. Republik ihre Menschlichkeit zum Vorwurf. Ist es denn nicht edler, die Proletarier zu ernähren, als sie Hunger sterben zu lassen? (Gegen die Rechte, wo viele Preussen sitzen, gewendet.) Ich meine Irland, meine Herren! — Ihr werft der Linken so häufig vor, daß sie Drohungen gebrauche. Aber Ihr sprecht jeden Augenblick von Bürgerkrieg. Das ist die ärgste Drohung, die sich denken läßt. Ihr habt die Macht, Ihr habt gefüllte Kassen, wenn Ihr das Geld anders nicht vergeudet habt, Ihr habt die ganze Civil- und Militärmacht, Ihr habt Alles zur Verfügung, was das Volk bezahlt hat; aber eben deshalb seid Ihr die Rebellen, wenn ihr es gegen das Volk mißbraucht. Der Redner sprach für einen Vermittlungsvorschlag, rieth dringend zur Einigung, und schließt unter allseitigem Jubel. Mathy erscheint auf der Tribune. Die Linke zwingt ihn, seinen Namen zu nennen. Er vermag seine Rede kaum zu beginnen vor Zischen, und hält dann einen sehr trivialen Vortrag, den er großentheils abliest. Damit waren die Redner erschöpft, die Debatten geschlossen. Allein der Präsident von Gagern, welcher heute das Präsidium Hrn. v. Soiron überlassen hatte, bestieg nun die Tribüne, um ebenfalls seine Meinung über die wichtige Frage auszusprechen. Diese Rede war wohl

für die Frage entscheidend; nicht durch ihren Gehalt, aber durch das Gewicht, welches Gagern als Präsident nothwendig haben muß. Er sprach sich dafür aus, daß die Versammlung, ohne Vorschläge von der Regierung einzufordern, selbst die Centralgewalt schaffen solle, erstens um schnell eine solche Gewalt zu bekommen, und dann weil sicherlich den Regierungen dadurch eine Verlegenheit erspart werde. Ueber die Verantwortlichkeit sprach er sich nicht bestimmt aus; er bemerkte nur, daß das Staatsrecht eigentlich nur eine Verantwortlichkeit der Contrasignatur kenne, welche Sache des Ministers sey. Aber er sprach sich auch mit aller Bestimmtheit für die Wahl eines Fürsten aus, denn ein Privatmann müsse nothwendig in Widerspruch mit den einzelnen Staaten kommen. Man werde ihn aber nicht wählen, weil er ein Fürst, sondern **obgleich** er ein Fürst sey. Offenbar hatte er Erzherzog Johann von Oesterreich im Auge. Er mahnte zur Einigung und zu Concessionen, um eine große Majorität zu Stande zu bringen. Es sprach schließlich noch Dahlmann als Berichterstatter des Ausschusses. Er hielt eine unermeßlich lange Rede, von der man fast nichts verstand, als einige unverantwortliche Ausfälle gegen den Abgeordn. Zitz und daß der Ausschuß selbst seinen Antrag wesentlich modifizirt hatte und jetzt auf einen Reichsverweser antrug. Es wird über die Fragestellung morgen ein Programm vertheilt, und am Montag wird die ganze Frage entschieden werden. Die Linke hat, wenn die Wahl durch die Versammlung beschlossen wird, woran kaum zu zweifeln, immerhin durch ihre Energie, durch ihr Talent und ihre Kraftentwicklung gesiegt. Für einen Fürsten wird sie aber wohl nicht stimmen. — Unter den Anträgen, welche bei der Nationalversammlung eingegangen sind, nenne ich der Merkwürdigkeit halber einen von Titus Mareck, Abg. aus Grätz, auf Aufforderung der deutschen Fürsten zur Niederlegung ihrer Regierungen zu Gunsten der Wahl eines Fürsten an der Spitze der konstitutionell-demokratischen deutschen Monarchie.

(Frankfurt, den 25. Juni.) Morgen findet also in der 24. Sitzung der National-Versammlung die Abstimmung über die zu bildende provisorische Central-Gewalt statt. Zitz, Blum, Schoder und Moritz Mohl haben ihre Anträge zu einem vereinigt und zwar dahin: die provisorische Central-Gewalt wird einem Präsidenten übertragen, der von der National-Versammlung gewählt wird, — der Präsident übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der National-Versammlung verantwortliche Minister aus, — mit dem Eintritte der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf. — Gegenanträge sind nur noch die einzelnen abweichenden Anträge des Ausschusses in der neuen Redaktion, so wie die von Meyerk und v. Vincke und das Unteramendement Stedtmanns zu dem Schoder'schen Verbesserungsantrag. — Aus der Vereinigung der Anträge der Linken und des linken Centrums ist abzunehmen, die Linke wolle auf der Verantwortlichkeit des Verwesers nicht bestehen. (N. W. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 23. Juni.) Die Anregungen in der zweiten Kammer unserer Stände, wegen der Zustände der Stadt Mainz als Bundesfestung, dauern fort. Erst vor einigen Tagen stellte der vor Kurzem eingetretene Abgeordnete dieser Stadt, Advokat Görz, Anträge an die hohe Kammer, daß sie an die Staatsregierung das dringende Ersuchen stelle, daß sie sofort eine Revision, der die Verhältnisse der Stadt Mainz betreffenden Verträge und Reglemente veranlasse, und namentlich folgende Grundsätze zur Geltung bringe: »1) die Stadt Mainz soll aus einer Festung in einen Waffenplatz mit detachirten Forts umgestaltet, demgemäß die innern Hauptwälle geschleift und die äußeren Befestigungen vervollständigt werden. So lange dies nicht zu erreichen steht, sollen 2) die Befugnisse des Festungsgouvernements während des Friedens an der Westgrenze Deutschlands auf das Nothwendigste beschränkt, genauer als bisher der Umfang derselben festgestellt, insbesondere dahin gewirkt werden, daß Leben und Eigenthum der Bürger nicht mehr auf so ungenügende Veranlassung, auf so unverantworliche Weise bedroht werden; daß unter keiner Bedingung die persönliche Freiheit, die Freiheit der Presse, der Vereine und Versammlungen, des Handels und der Gewerbthätigkeit nach der Willkür des Festungsgouvernements beschränkt, oder gar aufgehoben werden dürfen; daß namentlich keine Unterbrechung der Kommunikationen durch Verhinderung des Abgangs und der Ankunft von Posten, Eisenbahnzügen und Dampfschiffen, sowie durch frühzeitige Thorsperre stattfinden dürfe; 3) im Falle die Stadt Mainz es in ihrem Interesse angmessen finden sollte, das Stadtgebiet zu vergrößern, sollen der Erweiterung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden können, die Militärbehörde vielmehr gehalten seyn, der Stadt gegen billige Entschädigung das nöthige Terrain abzutreten und die für diesen Fall nöthig werdenden Festungsbauten sollen aus Mitteln des Bundes bestritten werden; 4) soll die Staatsregierung dahin wirken, daß die ganze preussische Garnison abberufen und Truppen aus andern Bundesstaaten nach Mainz verlegt werden; 4) soll den Soldaten untersagt sein Seitengewehre zu tragen, so lange sie nicht im Dienst sind; 6) soll die Bürgerwehr, zur Handhabung der innern Sicherheit unter den Bürgern und in so weit in ihrer Thätigkeit unabhängig von dem Festungsgouvernement, reorganisirt werden; 7) soll bei vorkommenden Konflikten die Untersuchung und Beurtheilung der betheiligten Bürger dem ordentlichen Richter nicht entzogen werden; 8) soll die Staatsregierung ersucht werden, den Territorialkommissär, welcher das Vertrauen der Bürgerschaft nicht mehr genießt und sich jedenfalls seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat, abzuberufen.« Der zur Begutachtung dieser Motion beauftragte Ausschuß wird in aller Kürze Bericht erstatten. (Fr. O.-P.-Z.)

(Kassel, den 20. Juni.) Es herrscht dermal eine ungewöhnliche Aufregung, die gegen die Person des Regenten gerichtet ist. Je einträchtiger nämlich das populäre Ministerium mit den versammelten Ständen die Bahn der Gesetzgebung und öffentlichen Entwickelung betritt, desto mehr fällt im Publikum die Zögerung auf, die nun jede vereinbarte Maßregel oder gesetzliche Bestimmung bei der zu ihrem Vollzug erforderlichen höchsten Unterschrift findet. Man hält eine Veränderung in der vollziehenden Gewalt für dringend erforderlich und spaltet sich in verschiedene Wünsche und Parteien. Die Einen wollen eine Verbindung mit Darmstadt zu einem großen hessischen Staate; die Andern wollen das Näherliegende, — eine Regierungsübernahme von Seiten des legitimen Nachfolgers unseres Regenten, des dermal als Gast des Kurfürsten auf Wilhelmshöhe befindlichen Landgrafen Wilhelm. Was eine dritte Partei, was die Republicaner wollen, läßt sich denken, und eine gewaltsame Katastrophe, die von vielen befürchtet wird, könnte dieser sehr rührigen Partei nur in die Hände arbeiten. Diese Aufregung noch mehr zu entzünden, hat der Deputirte Henkel, der zugleich einer unserer eilf Abgeordneten bei der National-Versammlung in Frankfurt ist, am 17. d. in der Ständesitzung einen Antrag gestellt, nach welchem unser Regent angegangen werden soll, die gesammte Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt auf seine Minist r zu übertragen. Unser Ministerium ist darüber in sehr entrüsteter Verlegenheit, der Jubel des Volkes aber eben so groß. Gestern Abend hat man diesem Abgeordneten einen Fackelzug mit bezüglichen Fahnen gebracht, so wie denn auch in den Stunde-Sitzungen die übertriebenen Declamationen dieses im Ganzen sehr mäßig begabten, eben so ehrlichen als eiteln Mannes mit Beifall aufgenommen werden, der schon mehrmal die Ordnung des Saales gestört hat. (Köln. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 24. Juni.) Das Benehmen des Hrn. Majors Weber bei der Zurückkehr aus Baden gegen viele hiesige Bürger, denen er hinter den G...d schlagen wollte, bildet jetzt hier das Tagesgespräch. Er ist von mehreren Wehrmännern aufgefordert worden, der Bürgerwehrmannschaft morgen persönlich Abbitte zu thun. Ob er sich dazu verstehen wird, das ist eigentlich nun eine große Frage und mit der größten Spannung sieht man deshalb im Weigerungsfalle den weiteren Maßregeln entgegen. Wie man hört, soll er übrigens schon einen viertägigen Hausarrest abgebüßt haben. Man kann nicht begreifen, wie gewisse Leute immer noch den 4. März so ganz und gar vergessen können. (Frkft. J.)

(Wiesbaden, den 23. Juni.) Wir haben heute (meldet die „Freie Zeitung") die erfreuliche Wahrnehmung gemacht, daß der Staat dadurch, daß das Jagdrecht an die Gemeinden übertragen worden ist, rein 22,000 fl. gewinnt. Die Jagden trugen nemlich in letzter Zeit 22,000 fl. ein, verursachten aber an Verwaltungskosten, Wildschäden ꝛc. eine Ausgabe von 44,000 fl., so daß also der Verlust des Jagdrechts dem Staate 22,000 fl. einträgt. Was so auf der einen Seite weggeworfen wurde, mußte freilich auf der andern wieder ausgesogen werden. Es hat Alles seine Ursache. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Töplitz, 19. Juni.) Die eigentliche erste Ursache des Prager Aufstandes ist in der Einsetzung der unseligen provisorischen Regierung zu suchen. Dem Ehrgeize der Mitglieder derselben war es sehr ungelegen, daß sie, wie vom Ministerium, so auch später vom Kaiser nicht anerkannt wurden. Den Tendenzen des Slaven-Congresses war die Annullirung der provisorischen Regierung ebenfalls ein Strich durch die Rechnung, und je weniger der Congreß im Ganzen Aussicht hatte, eine staatliche Einigung der österreichischen Slaven zu bewirken, um so mehr suchte man diese Einigung durch Costumes, Aufzüge, Bälle, Gottesdienste unter freiem Himmel u. s. w. ostentiren und auf die Fanatisirung des Volkes zu wirken. Im Geheimen war man aber überein gekommen, jedenfalls die provisorische Regierung für Böhmen zu erzwingen, und auch die Beschickung des Wiener Reichstages zu verhindern oder wenigstens dessen Verschiebung zu bewirken, um die ganze Monarchie in der bisherigen Spannung und Wien in Aufregung zu erhalten. Dieses Vorhaben, anfangs nur von den anwesenden Polen eifrigst betrieben, wurde auch von den südslavischen Congreß-Mitgliedern dann mit Nachdruck unterstützt, als die Union Siebenbürgens mit Ungarn bekannt wurde. Die bereits aufgeregten Drucker und Fabrikarbeiter wurden durch Versprechungen zum Widerstande gegen die Behörden verleitet, um dieselben durch Excesse zu ermüden; als Vorwand zu Demonstrationen wählte man den Fürsten Windischgrätz, schlau berechnend, daß derselbe auch von den Wienern gefürchtet und man der dortigen Zustimmung gewiß sey, wenn dieser als Veranlasser des Aufstandes erscheine. Während man nun eine vorläufige Volksversammlung in dem berüchtigten Wenzelsbade zur Aufreizung gegen Windischgrätz veranstaltete, hatte man auch die Studenten gegen selben aufgehetzt und zur Forderung von Munition und Kanonen veranlaßt, was ihnen aber, wie vorausgesehen, abgeschlagen wurde. Die Studenten hatten ohnehin längst mit Aerger auf den Einfluß der Wiener Studenten geblickt. Bereits am 10. war es das öffentliche Geheimniß der ganzen Stadt, daß man gegen Windischgrätz mit Gewalt auftreten würde. Auf Dienstag den 13. ward durch Anschlag abermals eine Monster-Versammlung im Wenzelsbade bestimmt — dort hätte man die Forderungen gegen Windischgrätz als Volkswillen beschlossen, Mittwoch den Aufruhr begonnen und am Donnerstag die unabhängige provisorische Regierung proklamirt. Der Zufall brachte die Sache früher zum Ausbruche, und die Polen sorgten dafür, daß der Aufstand sich ausbreite, wohl berechnend, daß, wenn die Insurrektion in Prag sich behaupte, dies die Militärkräfte Böhmens und Mährens so in Anspruch nehmen werde, daß dann in wenigen Tagen auch in Galizien wieder die Erhebung beginnen könne. Das Geschick hat es anders gewollt. Wenn das Wiener Ministerium endlich sich aufrafft und ohne Gedanken einer Reaktion die Prager Ereignisse mit fester Entschiedenheit benutzt, so kann aus dem Unglücke Prags für die ganze Monarchie Heilsames erwachsen. (Köln. Z.)

(Prag, den 20. Juni.) Nur an der Energie des Fürsten Windischgrätz ist der Plan der Empörer gescheitert, die ganze österreichische Monarchie zu zertrümmern; er hat von uns Deutschen unsägliches Unglück abgewendet. Die furchtbarste Verschwörung ist enthüllt. Beim Baron Villani sind die Proskriptionslisten aller Beamten und eine Menge Deutscher gefunden worden, mit dem ausführlichen Plane der Verschwörung. Ein Königreich Böhmen sollte nach dem beabsichtigten Blutbade hergestellt werden in Verbindung mit den slavischen Ländern; ein neues Polen sollte als Bruderland daneben wieder emporsteigen. Welch ein Wahnsinn trieb diese Czechomanen, von denen ein Villani, ein Faster, sich schon als Könige träumten! Sie rechneten auf Hülfe des czechischen Gesindels im weiten Lande, welches sie durch Emissäre nach Prag hinberiefen. Wenn dieses wirklich in die Stadt eingedrungen, zu welchen entsetzlichen Gräueln wäre es gekommen! Wie hätten diese Rotten in unserem Prag gewüthet, vielleicht selbst zuletzt noch gegen die, welche sie herbeigerufen! Allein diese Rotten sind theils zurückgeblieben, theils umgekehrt; ja, sie sollen jetzt eine große Erbitterung gegen die Czechomanen äußern. Die Verhaftungen der Verschworenen werden noch fortgesetzt; auch Graf Bouquoi ist mit seinem Schwiegersohne, dem Grafen Deym, eingezogen worden. Tausende sind noch geflüchtet. Handel und Gewerbe sind gänzlich zerstört, und es wird lange dauern, ehe sie sich wieder erholen können. Windischgrätz hat Bekanntmachungen erlassen, daß die Freiheiten, die Konstitution des Landes bei allem, was vorgenommen würde, heilig und unangetastet blieben. In der Stadt liegen einige Regimenter, aber im weiten Umkreise vor der Stadt mehr als zwanzigtausend Mann Truppen, namentlich Cavallerie, gegen etwaige Horden von Bauern und Arbeitern, denen es einfallen könne, Unruhen zu verbreiten. (Köln. Z.)

(Triest, den 21. Juni.) Die Theilnahme, welche die deutsche Bundesversammlung durch ihren Protest gegen die Blokade von Triest für uns bekundet, hat Anspruch auf allgemeinen Dank, der aber sicher nirgends mehr als hier gefühlt wird. Möchte das Wort, das sie ge-

sprochen, nicht wirkungslos bleiben, oder ihm, wenn es unbeachtet vorübergeht, durch die That Achtung verschafft werden! Die feindliche Flotte, welche gestern, wahrscheinlich aus Besorgniß durch die Springfluth in den Hafen getrieben zu werden, die hohe See zu gewinnen suchte, ist heute wieder in unserer Nähe, in der Bucht von Muggia. Sie zählt gegenwärtig 3 Fregatten, 3 Corvetten, 4 Briggs, 1 Schooner und 4 Dampfboote. Numerisch erscheint also unser im Hafen liegendes Geschwader stärker; denn es umfaßt 3 Fregatten, 2 Corvetten, 4 Briggs, 1 Schooner, 2 Kanonenschaluppen, 8 Penichen und 4 Dampfboote, und es wäre daher recht sehr zu wünschen, daß es seiner beobachtenden Stellung ein Ende mache, die ebenso nachtheilig für unsere Stadt als gerade nicht sehr empfehlend für unsere Marine ist. Warum diese scheinbare Unthätigkeit beibehalten wird, wissen wir uns eigentlich nicht zu erklären. Es ist freilich nicht in Abrede zu stellen, daß die neu angeworbene Mannschaft noch wenig geübt ist und großentheils aus Individuen besteht, die noch nie die Seeluft athmeten. Wir erlauben uns aber die Frage, ob man durch bessern Sold nicht auch bessere Matrosen bekommen konnte. Wahrlich weder in Istrien, noch auf den quarnerischen Inseln wie in Dalmatien und im ungarischen Küstenlande fehlt es an tüchtigen Matrosen, die sich sehr gern anwerben ließen, wenn sie auch angemessen bezahlt würden. Sparsamkeit hört auf eine Tugend zu sein, wenn sie zur Unzeit geübt wird. Uebrigens glauben wir, daß unser Geschwader selbst unter seinen gegenwärtigen Verhältnissen es recht gut mit dem Feinde aufnehmen könnte, dessen Schiffe auch gerade nicht zu den besten gehören und dessen Mannschaft gewiß nicht besonders auserlesen sein dürfte. Wir wissen, daß unsere Offiziere und Seesoldaten größtentheils den Augenblick herbeisehnen, in welchem sie sich mit dem Feinde werden messen können. Möchten unsere Schiffsführer diesen guten Geist benützen und die Gelegenheit zum Angriff nicht vorübergehen lassen, die sich ihnen wohl darbieten wird — und ich gebe die Hoffnung nicht auf, Ihnen nächstens mittheilen zu können, daß unsere Seemarine nicht minder des Vertrauens würdig ist, daß unsere Landtruppen zu rechtfertigen wußten. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 25. Juni) Der preussische Staatsanzeiger enthält folgende kgl. Ordre: Wir Friedrich Wilhelm, verordnen auf den Antrag der zur Vereinbarung der preussischen Verfassung berufenen Versammlung, nach Anhörung Unseres Staats-Ministeriums, was folgt: Zum Schutze der zur Vereinbarung der preussischen Verfassung berufenen Versammlung sollen nachstehende Bestimmungen sofort in Kraft treten: §. 1. Kein Mitglied der Versammlung kann für seine Abstimmungen oder für die von ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter ausgesprochenen Worte und Meinungen in irgend einer Weise zur Rechenschaft gezogen werden. §. 2. Kein Mitglied der Versammlung kann während der Dauer derselben ohne ihre Genehmigung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Verantwortung gezogen oder verhaftetet werden, außer, wenn es entweder bei der Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig. §. 3. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Versammlung und jede Haft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die Versammlung es verlangt.

Sachsen. (Weimar, 24. Juni.) Vor mehren Wochen fanden in der kleinen Stadt Berka, zwei Stunden von hier Unruhen statt, wodurch der Justizbeamte gezwungen wurde, hieher zu flüchten. Zwar wurde sogleich das Kriminalgericht beauftragt, diesen groben Exzeß zu untersuchen, durch mehre andere wichtige Fälle aber verhindert, jene Untersuchung fortzusetzen, und es hatte sich die Meinung gebildet, daß jener Exzeß mit in die Kategorie derjenigen politischen Vergehen gehöre, welche amnestirt worden. Als nun gestern das Kriminalgericht sich wieder nach Berka begab, um die Untersuchung fortzusetzen, entstanden unruhige Auftritte und man erklärte, daß man nur dann die Untersuchung gestatten wolle, wenn solche öffentlich auf dem Markte stattfinde. Da in der Nacht sogar in die Wohnung, wo das Kriminalgericht abgetreten war, scharf geschossen wurde, so fand sich dieses Gericht bewogen, sich auf ein benachbartes Dorf zurückzuziehen und weitere Befehle von hier zu erwarten; darauf sind heute Vormittag 400 Mann von der hiesigen Garnison nach Berka marschirt, mit welchen das Criminalgericht wieder dort einziehen und die Untersuchung fortsetzen soll. (D. A. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, den 25. Juni.) Gestern Abend waren die Königsstraße und andere Straßen lebhafter als gewöhnlich; es bildeten sich Zusammenrottungen, da und dort wurden die Anschlagzettel der bürgerlichen Kollegien, welche zur Unterzeichnung der öffentlichen Erklärung einladen, abgerissen und andere Zettel, welche von dem hier gebildeten demokratischen Kreisverein ausgiengen, an deren Stelle geklebt. Dieser Unfug gab Veranlassung zu Zusammenrottungen, man hörte Geschrei, Pfeifen rc. aus deren Mitte. Einzelne der Schreier, so wie solche, welche Zettel abgerissen, wurden verhaftet. Den Zusammenrottungen machten die Bürger selbst ein schnelles Ende auf praktische Weise; sie stellten sich ganz ohne Waffen in Reihe und Glied auf, sperrten die Königsstraße ihrer ganzen Breite nach, und marschirten vorwärts. Keiner wurde durchgelassen. Dieses ruhige Auftreten, ohne Gewalt, aber mit Ernst, bewirkte alsbaldige Ruhe. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 23. Juni.) Der Generalmarsch wird geschlagen; die Bürgerwehr eilt zu den Waffen, die Linie steht schlagfertig in den Kasernen und starke Patrouillen durchziehen die Straßen, um die Arbeitergruppen, in deren Mitte energische Reden gehalten werden, zu zerstreuen. Woher diese Aufregung? Die Arbeiter, Kämpfer des Februars, sind wüthend gegen die Dekrete der Nationalversammlung, die sie in die Sümpfe der Sologne oder in den Krieg schicken wollen. Man will uns vernichten, man will uns aushungern lassen, sagen sie; wohlan wir verlassen Paris nicht; wenn wir sterben sollen, so wollen wir in Paris sterben: Es lebe Blanqui! Es lebe Barbès! Nieder mit den Paschas! Nieder mit Marrast! Nieder mit der Nationalversammlung! Es lebe die demokratische Republik! Seltener hört man den Ruf: Es lebe Bonaparte! Vive Poleon! u. s. w.

[Mittags 1 Uhr.] Der Bürgerkrieg hat begonnen, Blut ist geflossen. Seit 10 Uhr wurden in den Faubourgs St. Denis und St. Martin Barrikaden aufgeworfen. Alle Zugänge zu den Boulevards sind verrammelt von der Bastille her bis an die rue des bonnes nouvelles. Jede Barrikade ist etwa von dreißig bis vierzig Arbeitern bewacht. Um 12 Uhr nahm die Bürgerwehr nach einem mörderischen Feuer die Barrikade am Boulevard Poissonnière. An der Pforte St. Denis fand ein blutiger Kampf zwischen Blusenmännern und Bürgertruppen statt. Man meldet 30 Todte und Verwundete. Die meisten Arbeiter sind unbewaffnet. Sie haben von der Höhe der Barrikaden geschworen, in der nächsten Nacht in Masse auf Paris zu stürzen und einen Kampf auf Tod und Leben gegen die »Municipaux der Republik (Bürgerwehr)« zu liefern. Munizipaux heißt die Bürgerwehr in dem Munde aller Arbeiter. Die Bürgerwehr schlug sich in der That sehr heftig und behandelte die »Rebellen« mit fürchterlicher Strenge. Sie feuerte während achtzehn Minuten ununterbrochen. Auf anderen Punkten dagegen, z. B. auf dem Boulevard Poissonnière ließen sich viele Soldaten der Bürgerwehr entwaffnen und rannten davon.

Die Börse war um 1 Uhr noch geschlossen. Die Interpellationen Lagrange's sind auf heute verschoben.

Ein von der Nationalversammlung noch zu genehmigender Plan des Handelsministers, den ihr der Moniteur aber schon zur einstweiligen Einsicht vorlegt, ändert die Einfuhrzölle für eine Menge Gegenstände, die auch Deutschland interessiren, z. B. Spiegelgläser (wenn sie noch nicht mit Quecksilber bedeckt sind, sowie andere Glasscheiben) werden je nach ihrer Oberfläche von 50 bis 500 Centimes nach einer Skala (von 10 fl. (für 50 C.) und 50 Franken für (500 Centimeter) die Eingangssteuer zahlen. Bequecksilberte Scheiben zahlen $^{1}/_{10}$ mehr.

Ebenso hält der Tarif die von uns schon dieser Tage gemeldete Zolländerung für kärnthner und steiermärkische gegossene Metalle und Stahl-Gänsköpfe von einem Gewicht bis zu 15 Kilogr. Die anderen Bestimmungen auf die Prämien und Drawbacksverhältnisse. Hr. Flocon scheint besonders durch die jüngsten Maasregeln Oesterreichs rücksichtlich der Stahl- und Gußblöckeausfuhr zu den Aenderungen rücksichtlich der Artikel aus Kärnthen und Steiermark veranlaßt worden zu seyn.

[National-Versammlung. Sitzung vom 23. Juni.] Präsident Senard zeigt der Versammlung an, daß zwei Barrikaden auf dem Place de Mibray gestürmt und genommen worden seyen. Ebenso habe man die Barrikaden auf den Boulevards genommen. Die neue republikanische Garde und die Linie unterstützten die Bürgerwehr vortrefflich. In einigen Straßen sey aus den Fenstern geschossen worden auf die Linie. Die Emeute finde im Allgemeinen wenig Sympathien. (Bravo.) Flocon, Minister erklärt der Versammlung, daß der Vollziehungsausschuß mit ihr unter demselben Dach seit diesem Morgen permanente Sitzung halte. Aus den ihm bekannten Berichten gehe hervor, daß die Emeute aus Leuten aller Parteien bestehe. Selbst das Ausland habe seine Hand im Spiele. Die Untersuchung werde emsig betrieben und der Versammlung vollständig mitgetheilt werden. Zweck aller Emeutiers sey der Umsturz der Republik. (Oh! Oh!). Senard liest hierauf Berichte des Präfekten über die Ereignisse in der Stadt. Sie enthalten die Barrikadenstürme und melden unter vielen anderen Details, daß es ein Repräsentant gewesen, der an der Pforte von St. Denis zuerst die rothe Fahne von den Barrikaden genommen habe. Diese That erregte einen solchen Enthusiasmus, daß mehrere Glieder sich sofort anboten, auf die Punkte zu eilen, wo man kämpfe. Im Falle der Noth, meinte der Präsident, werde dies die Versammlung in Masse thun. (Beifall.) Dann las er eine Anzeige, laut welcher Antony Thouret der Versammlung meldete, daß sich 1500 Julidekorirte zu ihrer Verfügung stellten, um die Republik zu vertheidigen. Dieser Vorschlag begeisterte die Versammlung so, daß sie Alle aufstanden und riefen: Es lebe die Republik! Es wird ihnen Dank votirt. Die Versammlung schritt dann zur Tagesordnung, nämlich zur Fortsetzung der Eisenbahndiskussion. Ein furchtbares Wetter erhebt sich von Außen. Starker Regen peitscht gegen das Dach. Die Sitzung schleppt sich mühsam fort. Auch über der Stadt lagert augenblicklich Ruhe. Man hört keine Schüsse mehr. Was wird uns aber die Nacht und der morgige Tag bringen? ($4^{1}/_{4}$ Uhr.)

Italien.

(Von der italienischen Grenze, den 17. Juni.) Briefe aus Turin aus zuverlässiger Quelle bringen die Meldung, daß der Kontreadmiral Albini den bestimmtesten Befehl erhalten hat, durch ein Bombardement die Uebergabe Triests zu erzwingen, falls die Blokade innerhalb einer gewissen Zeit dieses Ergebniß nicht herbeizuführen vermöchte. Von Genua sind kürzlich in aller Eile zwei Dampfschiffe mit Truppen an Bord nach Triest abgegangen, woraus man den Schluß zieht, daß eine Landung piemontesischer Truppen an der Küste von Istria beabsichtigt sei. Stadt und Hafen von Triest sind sehr gut vertheidigt, besonders aber die Kanonen trefflich bedient, was bei der piemontesischen Schiffsartillerie nicht immer der Fall ist. Die Einnahme der Stadt dürfte deshalb kein leichtes Stück Arbeit sein. Zu fürchten sind nur die Umtriebe, welche sich die italienisch-gesinnte Partei erlaubt. Der Stadtkommandant hat deshalb den Platz in Belagerungszustand erklärt. — Das neapolitanische Geschwader nimmt an der Blokade von Triest keinen Antheil. Der neapolitanische Konsul hat vielmehr die Erklärung abgegeben, daß seine Regierung ihrem früher gegebenen Versprechen treu bleibe und den österreichischen Handel in keiner Beziehung behelligen werde. (Mannh. J.)

Rußland.

(Von der polnischen Grenze, den 14. Juni.) Nach Berichten aus Tiflis sind in der jüngsten Zeit auf dem kaukasischen Kriegsschauplatz wichtige Ereignisse vorgefallen. Eine unbestimmte Kunde von den Vorgängen in West- und Mitteleuropa scheint in die Gebirge gedrungen zu seyn, wenigstens ist unter den Bergvölkern der Glaube verbreitet, daß der große Sultan der Franken und Inglis den russischen Czaar mit Krieg überzogen habe, und daß dieser deshalb keine Soldaten in die Gebirge schicken könne. Diesen Umstand scheinen Schamil und seine Anhänger für günstig gehalten zu haben, um gegen die Russen einen entscheidenden Schlag auszuführen. Wenigstens haben sie fast gleichzeitig am Kuban, am Tereck, an der Suntscha und am Sulak die Feindseligkeiten begonnen. Die meisten neutralen Stämme sind auf ihre Seite getreten, und drei oder vier kleinere Forts waren bereits in ihre Hände gefallen. Nach den letzten Berichten hatten sie selbst einen Angriff auf Kilsjar unternommen und Mosdok, eine Stadt von 6000 Einwohnern, war von ihnen bedroht. Der Oberbefehlshaber der Armee, Fürst Woronzoff, war auf die Kunde von den feindlichen Bewegungen der Bergvölker eiligst von Tiflis nach dem Kriegsschauplatze gereist, wo er bedeutende Truppenmassen zusammengezogen hat. Unter einem Theil des russischen Heeres war die Cholera wieder ausgebrochen. (Mannh. J.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

wird der Nachlaß der Kreiskanzlistenstochter Katharina Johanna Heunisch, bestehend aus Geld und Silber, einer Schnur Perlen, Betten, Wäsche, Kleidern, Zinn, Kupfer, Schreinwerk und sonstigem Hausgeräth

Montag den 3. Juli d. Jrs., Vormittags 9 bis 12 Uhr, und Nachmittags 2 bis 5 Uhr

im Hause S. Nro. 1808 gegen sofortige baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Nürnberg, den 20. Juni 1848.

Der königliche Direktor

Seuffert.

Verbindungs-Anzeige.

Joh. Gebhardt, Lithograph,

Doris Gebhardt, geb. Schächiner,

empfehlen sich Ihren Freunden und Bekannten.

Mohrengasse Nro. 1491

Trauer-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, mir den 25. dieses Monats meine innigst heißgeliebte Gattin,

Frau Anna Katharina Schäffer,

geb. Fischer aus Tirschenreuth.

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Nur sieben Wochen war es mir vergönnt, mit Ihr in einer in jeder Beziehung der glücklichsten Ehe zu leben. Trostlos stehe ich an Ihrer Bahre, und nur die Hoffnung, Sie wieder zu finden wo keine Trübsal mehr ist, kann meinen grenzenlosen Schmerz lindern.

Indem ich diese Trauerkunde Verwandten, Freunden und Bekannten hiemit anzeige, bittet um stille Theilnahme der tiefgebeugte Gatte

J. G. Schäffer, Herrenkleidermacher.

Constitutioneller Verein.

Mittwoch den 28. Juni Abends 8 Uhr Versammlung des

Konstitutionellen Vereins

im Saale des Reichsadlers.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 28. Juni vollständige Orchester-Musik.

Der Vorstand.

Anzeige und Empfehlung.

Unterzeichnete erlaubt sich einem hochverehrlichen Publikum anzuzeigen, daß bei ihr alle Arten Tapezierarbeiten (Möbeln, Zimmer, Matrazen und Strohsäcke, Vorhänge ꝛc.) gefertigt, sowie auch, daß Unterröcke und Bettdecken abgenäht werden.

Indem ich mich in allen diesen Arbeiten aufs angelegentlichste empfehle, verspreche ich die billigsten Preise und prompteste Bedienung.

Margaretha Martin, Tapezierswittwe L Nro. 1448

Schlotfegergasse.

Plattners-Anlage.

Mittwoch den 28. Juni, zur Nachfeier der Johannis-Kirchweih findet „Metzelsuppe" statt, wozu ergebenst einladet

F Stützer

Eine Erklärung von Ant. Rud. Kastner in der mittelfränkischen Zeitung, dat. den 9. Juni 1848, veranlaßt uns zu folgenden Mittheilungen.

Wir erreichten am 1. Mai das Wasmer'sche Freikorps und schlossen uns demselben vorläufig an. Am folgenden Tage setzten wir mit demselben den Marsch weiter fort und überschritten bei Feldingkroe die jütländische Gränze. Eine Stunde später wurden wir mit dem Wasmer'schen Korps auf der k. dän. Domaine Conderslee einquartirt. An diesem Abend entspann sich eine Diskussion unter einigen Mitgliedern unsres Nürnberger Korps, indem mehrere derselben und unter ihnen vorzugsweise Kastner und Seiß, die Absicht äußerten, umzukehren und nach Nürnberg zurückzugehen. Die Veranlassung hierzu war jedenfalls dadurch gegeben, daß auf einer Wiese vor Feldingkroe ein junger Mann durch Unvorsichtigkeit erschossen wurde. Dieses Ereigniß hatte wahrscheinlich erst einige von uns zu der Erkenntniß gebracht, daß Kugeln treffen und tödten können.

Am nächsten Morgen traten Kastner und Seiß mit denjenigen, welche sie zu ihrem Vorhaben zu bereden gewußt hatten, bestimmt auf und verlangten vom Lieut. Nußbammer augenblickliches Zurückkehren. Diesem Ansinnen traten indessen die übrigen des Nürnberger Korps, mit dem Lieut. Nußbammer an der Spitze, aufs Entschiedenste entgegen und veranlaßten dadurch die Abtrünnigen, für dieses Mal ihrer Pflicht und ihrem gegebenen Worte nachzukommen.

Wir übergehen die Zeit, welche wir hierauf in Jütland und auf dem Rückmarsche nach Rendsburg zubrachten und bemerken nur, daß sie mit Strapatzen, Mühseligkeiten und Entbehrungen vielerlei Art für uns gefüllt war. Dieses alles war indessen nicht im Stande, bei denjenigen, welchen ein warmes patriotisches Gefühl für unsere schleswig-holsteinischen Brüder im Herzen lebte, ein Erkalten hervorzurufen, nur allein war das Bedauern rege, daß es uns nicht vergönnt war, diese unsre Gesinnungen mit der That gegen die dänischen Usurpatoren zu beweisen.

Am 17. Mai endlich zogen wir in Rendsburg ein und wurden mit der größten Theilnahme empfangen.

An eben diesem Tage wurden circa 100 Mann aus dem von der Tann'schen Freikorps gewählt zu einer Expedition gegen das dänische Kriegsschiff „Galathea", welches den Kieler Hafen blockirte. Von uns Nürnbergern wurden 11 Mann dazu ausgezogen, und zwar: Lieutenant Nußbammer, Härtlein, Frost, Auernheimer, Schrader, Stellwag, Strebel, Maurer, Rehm, Hansch, Schüller. Zwei Stunden nach unserm Einmarsche in Rendsburg fuhren wir mit der Eisenbahn nach Kiel, von wo wir uns sogleich nach Holtenau, 2 Stunden von Kiel, am Ausgange des Hafens gelegen, einschifften. Zwei Tage darauf reiste auf Anordnung des Majors von der Tann unser Lieutenant Nußbammer nach Rendsburg zurück, um noch einige Mannschaft zur Verstärkung nachzuholen. Von den Nürnbergern kamen dabei noch mit: Lüders, Kastner, Falkner, Güttner, Seiß, Becker, Pauli.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai wurde die Expedition gegen die Galathea wirklich begonnen; wir schifften uns auf ungefähr 50 Böten (250 Mann Matrosen waren indessen auch noch angekommen) ein, mit Enterleitern und anderen Werkzeugen zur Erstürmung des Schiffes hinreichend versehen. Verschiedene Umstände, die wir, als zu wenig erfahren im Seedienste, uns nicht getrauen, in's rechte Licht zu stellen, verhinderten die Ausführung des wirklichen Angriffs; wir kehrten daher um, nachdem wir bereits 1 Stunde weit in's Meer, bis Friedrichsort hinausgefahren waren. Unmittelbar darauf, als wir wieder an's Land gestiegen waren, forderten Kastner, Seiß und Auernheimer die Mitglieder des Nürnberger Korps auf, mit ihnen nach Rendsburg zurückzukehren. Ein Theil von uns drehte ihnen stillschweigend mit Verachtung den Rücken zu; unter den übrigen weniger Charakterfesten fanden sie leider Anhang. Aller Muth war ihnen entfallen, ein anderer sichtbarer Grund zu ihrem Abgange ganz undenkbar, da wir von den braven Kielern während des ganzen Aufenthalts in Holtenau sehr gut verpflegt und selbst mit Luxusgegenständen, als: Cigarren, Bier, Käse, Kaffee, Butter, Wein, Rum u. dgl. überflüssig bedacht wurden.

Unstreitig hielten es diese Leute für sicherer und bequemer, sich in Rendsburg mit gefälligen Damen und in Kneipen die Zeit zu vertreiben, als in Holtenau mit Ausdauer die Gelegenheit zu einer tüchtigen kriegerischen Operation abzuwarten und bei einem gefährlichen, doch sehr ehrenvollen Unternehmen mitzuwirken. Mit Spott wurden ihnen die Worte nachgerufen: „Da sieht man die Leute, welche bisher mit großmäuligen Redensarten um sich warfen, die da stets vor Verlangen brennen wollten, ins Gefecht zu kommen und die sich jetzt so erbärmlich zurückziehen, nachdem sich ihnen eine Gelegenheit zur Auszeichnung bot." — Nicht einmal konnten sie an diesem Morgen die Zeit abwarten, bis unser Kommandeur, Major v. d. Tann, aufgestanden war; beim Anbruch des Tages schon zogen sie ab; doch mußten sie nach ein Paar Stunden sich vom Major von der Tann einen Paß nach Rendsburg nachholen lassen, da man sie sonst nicht auf der Eisenbahn von Kiel nach dort befördert hätte.

Später gingen wir sämmtlich nach Rendsburg zurück, da inzwischen die Unternehmung gegen die Galathea unausführbar geworden war. Von unseren Nürnbergern wurden wir bei unserm Eintritte in Rendsburg, gleichsam um ihrem bisherigen Benehmen die Krone aufzusetzen, mit ausgesuchter Grobheit empfangen. Wir hatten uns vorgenommen, um jeden offenen Zwiespalt zu vermeiden, den Zurückgegangenen alle Höflichkeit zu erweisen, die nur der Anstand verlangt; doch wurden unsere Grüße mit Umkehren, mit Zudrehen des Rückens beantwortet.

Zu gleicher Zeit, und zwar bevor noch irgend etwas über die Verwendung der Freikorps oder deren sonstige Angelegenheiten ausgesprochen war, erklärten diese vom Nürnberger Korps, welche sich von uns getrennt hatten, also namentlich Auernheimer, Kastner, Seiß, Strebel, Deischmann, Maurer, Caspar, Stich, Leu, Leinfelder, Schmidt, Kroll, Böhmländer, Heinrich, ihre feste Absicht, unter jeder Bedingung nach Nürnberg zurückkehren zu wollen. Erst am Tage ihrer wirklichen Abreise von Rendsburg erschien ein Korpsbefehl, der die Absicht der prov. Regierung aussprach, uns dem regulairen Militär beizuzählen, also nicht einzureihen oder auf wirklich militärische Weise zu organisiren; im Uebrigen sollten alle unsere Verhältnisse zur prov. Regierung die alten bleiben. Das Freikorps fand sich veranlaßt, der provisorischen Regierung verschiedene Wünsche hinsichtlich einer neuen Organisation vorzulegen, die auch sämmtlich genehmigt wurden, so daß unser ganzes Freikorps sich seit unserm Wiederausmarsche aus Rendsburg in einer einer Freischaar durchaus würdigen und unabhängigen Stellung befindet. Zum Beweise für dieses Letztere möge der Umstand dienen, daß unser Korps, welches bei unserm Wiederausmarsche von Rendsburg nur 483 Mann stark war, jetzt bereits über 700 Mann zählt.

Wir überlassen es einem Jeden, nach dieser einfachen und wahren Aufstellung der kalten Thatsachen, ein Urtheil zu fällen über diejenigen, welche ihrem feierlich gegebenen Versprechen entgegen, uns auf diese Weise verließen, welche uns zur Schmach ihres deutschen Namens da verließen, als wir aufs Neue Deutschlands erbittertem Feinde entgegen zogen, welche sich in dem Augenblicke hinter die Bierkrüge setzten, als wir, 350 Mann, voller Begeisterung uns gegen 1400 Dänen schlugen und den ehrenvollsten Sieg erfochten, — als der preußische General Wrangel seinen Garden Achtung gegen die Freischaaren empfahl.

Th. Schrader.
H. Lüders.
Aug. Hansch.
Hugo Rehm.
J. P. Stellwag.
A. Becker.
Gustav Frost.
Johann Härtlein.
Fr. Nußbammer, Lieut.

Falkner, Güttner, Schüller, welche sich augenblicklich im Hospital zu Flensburg befinden, vertreten obige Mittheilungen unbedingt.

Einladung.

Morgen Donnerstag den 29. Juni werden die Mitglieder der Hollederischen Leichenkasse im Bamberger Hof zu einer Versammlung Abends 8 Uhr eingeladen.

Rohlederers-Garten.

Heute, am Kirchweihmittwoch, findet Harmoniemusik und Abends große Illumination mit bengalischen Flammen statt, wozu ein verehrtes Publikum ergebenst einladet

Kaiser.

Rohlederers-Garten.

Heute Mittwoch findet Tanzmusik statt.

Kaiser.

(Verloren) Gestern zwischen 3—4 Uhr verlor ein Postpackers-Gehilfe ein Paquet; adressirt an die Hrn. Gebrüder Vestelmeyer, fl. 40 enthaltend. Da derselbe den Betrag ersetzen muß, so bittet er den redlichen Finder, es gegen eine Belohnung von 5 fl. im Königl. Postamt abzugeben.

Anzeige.

Von heute an gibt es abgezogenes und nach Kehlheimer Art gebrautes extra weißes Bier, aber nur in Kutterkrügen

Perl, zur Pechhütte.

(Zu verkaufen.) Schön gepolsterte Möbel von Nußbaum- und Eichenholz sind zu dem billigsten Preis zu verkaufen. Für solide und gute Arbeit garantirt

J. T. Riedner, Tapezier.

Prechtelsgäßchen S No 940.

(Zu vermiethen.) In einer lebhaften Straße, auf der Sommerseite liegend, ist ein schönes Logis in der ersten Etage zu vermiethen, dasselbe besteht aus zwei Zimmern und einem Alkov, tapezirt, dann 2 Kammern, Küche, Speisebehälter, u. v. Abtritt, Holzlage und Keller.

(Zu verkaufen.) Ein Pianoforte mit 6 Oktaven von sehr gutem Ton, ganz gut erhalten, ist zu verkaufen in S Nro. 182.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich auch den andern Hausarbeiten mit unterzieht, wünscht nächstes Ziel wieder in Dienste zu treten.

(Zu verkaufen.) Eine Bürgerkavallerie-Uniform ist billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen wohl erfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer honetten Herrschaft unterzukommen.

(Zu vermiethen.) Ein helles freundliches möblirtes Zimmer nebst Alkov ist in Nro. 454 breite Gasse sogleich zu vermiethen.

Arena.

Mittwoch den 28. Juni. Zum Benefize der beiden Athleten Hrn. Schäffer und Wohlrab Großer außerordentlicher hier noch nie gesehener „Ringer-Wettkampf" zwischen 6 der stärksten hiesigen Einwohner. Der Hauptsieger erhält als Triumphpreis eine „silberne Uhr" aus den Händen des Herrn Schäffer. Vorher große Produktion neuer Piecen im Gebiete der Gymnastik, Athletik und Plastik.

Der Anschlagzettel enthält die ausführliche Beschreibung.

Regeln des Ringkampfes im Allgemeinen.

1) Der Angriff ist nur mit flacher Hand und zwar von den Schultern herab bis zur Mitte des Körpers gestattet.

2) Das Einsetzen der Nägel, das Fußstellen, das Schlagen und Stoßen mit Fäusten, Füßen oder andern Körpertheilen ist durchaus unerlaubt.

3) Nur Derjenige ist als wirklicher Sieger anzuerkennen, welcher beide Schultern seines Gegners auf den Boden parirt hat ꝛc. Schiedsrichter bleibt das anwesende Publikum, und wird den Freunden und Verehrern der edlen Turnkunst sich dieses Kampfspiel dadurch besonders anempfehlen, daß dasselbe nach den getroffenen Anordnungen durchaus in kein rohes Spektakel ausarte, vielmehr sich durch klassisch-antike Attitüden auszeichne.

Zu diesem Preis-Ringen wird jeder Ringlustige als Bewerber mit der Aufforderung eingeladen, sich deshalb bei Hrn. Schäffer melden zu wollen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29. Juni 1848. № 181 Donnerstag: Petr. Paul.

✕✕ Kurzer Bericht über den Volksverein.

Der hiesige Volksverein hatte gestern seine 3te Versammlung. Obgleich derselbe bis jetzt sich nur mit der Vorstellung seiner Form beschäftigen konnte, und diese Angelegenheit die gegebene Zeit vollends in Anspuch nahm, so hat er denn doch auch schon Beweise seiner geistigen Thätigkeit an den Tag gelegt. In der gestrigen Versammlung wurde eine Zuschrift an die Nationalversammlung vorgelegt und genehmigt, in welcher derselben die Grundung des Vereins und seine Ergebenheit für das Parlament bekannt gegeben wurde. Herr Kim. Semler sprach sich in einem gutgehaltenen Vortrag, über die zu eng gehaltenen Schranken der Wahlfähigkeit in dem bayer. Gesetzentwurf bez. der Einführung der Schwurgerichte aus, und es wird dieser Gegenstand in der nächsten Versammlung, welche Dienstag den 4. Juli, stattfindet, zur Besprechung vorgelegt werden. Der Verein zählt bereits zwischen 4 u. 500 Mitglieder. Bei dem guten Willen und dem Eifer, der sich bis jetzt schon kund gethan hat, ist es nicht zu zweifeln, daß der Verein seine Aufgabe, zur Einigkeit der Bürgerschaft, zur Begründung staatsbürgerlicher Tüchtigkeit, und zur Sicherung der Volksrechte das Seinige beizutragen, lösen wird.

Deutschland.

Bayern. †(Nürnberg, 26. Juni.) Privatbriefe aus Apenrade in Schleswig von unseren dort zurückgebliebenen Freischaaren melden, daß dieselben noch immer von Grund der Seele zur deutschen Sache halten und für Schleswig-Holstein Gut und Blut zu opfern bereit sind. Sie stehen dem Feinde als äußerste Spitze bei Apenrade gegenüber, eine halbe Stunde hinter ihnen die preussischen Vorposten. Ein bedeutendes Gefecht fiel seit dem letzten ruhmvollen Siege über 1600 Dänen, welche die Freischaaren, ohngefähr 340 Mann stark, ganz allein schlugen, nicht vor, allein vorsichtige Bewegungen halten die wackern Deutschen in jeder Weise wach, so daß häufig Vorpostengefechte vorkommen und auch dänische Kanonenkugeln und Kartätschen in das Freischaarenlager herüberfliegen. Einen Hauptcoup führten die Freischaaren dadurch aus, daß sie bei Hoydrup einen dänischen Spion, den Schwager des berüchtigten Kaufmanns Christiansen in Flensburg, der scheinbar eine Pfingstlustreise mit einer Dame machen wollte, gefangen nahmen. Man fand bei ihm sieben Briefe an dänische Commandeurs, in welchem Stärke, Stellung ꝛc. der deutschen Truppen verrathen und der Vorschlag gemacht war, sie in nächtlicher Weise zu überfallen. Der Spion wurde auf dem holstein'schen Hauptquartier in Gewahrsam gebracht. — Die dänischen Kanonenböte liegen während im Apenrader Hafen und erhalten mitunter Besuche von dänischen Kriegsdampfschiffen, welche ihnen Depeschen und Lebensmittel herbeiführen. Die deutschgesinnten Einwohner von Apenrade haben eine schlimme Stellung, weil sie bei jeder Annäherung der Dänen und wenn die dortliegenden Freischaaren gezwungen sind Streifzüge zu machen, fliehen müssen. Am 16. d. Monats rückten die Freischaaren bis Jenner vor und nahmen eine sehr feste Position an und am selben Tage wollten die Holsteiner einen Angriff auf Hadersleben machen und die Dänen abschneiden, so daß ihnen nur die Strasse nach Apenrade offen geblieben wäre. Die Nürnberger rückten mit den andern Freischaaren bis an die dänischen Vorposten, gingen jedoch Abends nach Apenrade zurück und halfen fleißig zu einem Barrikadenbau in der Stadt, der für nöthig erachtet wurde. Die preußischen Diplomatenkniffe werden jetzt auch dem einfachsten Verstande klar, statt energisch einzuschreiten, wird immer temporisirt und nicht daran gedacht die Punkte wieder zu erobern, die man leichtsinnig aufgegeben hat. Der Muth und die Ausdauer der andern Deutschen wird hoffentlich diese preußischen politischen Taschenspielereien überholen, und trotzdem, daß den Schleswig-Holsteinern mit Rußland, Schweden und England gedroht wird, steht die Hoffnung fest, daß Deutschland seiner Ehre eingedenk auch den Muth, den Willen, die Thatkraft bewahren wird, diese Ehre zu retten. England, so heißt es, habe die Vermittlungen in dieser so hochwichtigen Angelegenheit für Deutschland übernommen, vielleicht möchte es besser heißen, England habe die Verwicklungen sich angeeignet, in diesem Falle ist nur zu wünschen, daß Deutschland den schlechten Knoten mit dem Schwerte durchschlage und mit dem Siege der deutschen großen Sache den Erfolg sichere.

†° (Erlangen, den 27. Juni.) Heute Mittag 1 Uhr war Referat der gestern Abend von Ansbach zurückgekehrten Deputation der hiesigen Studentengesellschaft — stud. jur. von Camerloher, stud. med. Kuby, und stud. jur. Strobel. Die Versammlung zu diesem Zweck im Saale des Praters war äußerst zahlreich besucht. Die Deputation hatte ihrem Mandat gemäß beantragt 1) sofortige Rückgabe des durch das hiesige k. Stadtkommissariat confiscirten und an die k. Regierung eingesandten Exemplars der Wartburger republikanischen Adresse, 2) Mißbilligung der hierdurch von dem k. Stadtkommissariate verübten Willkür, und 3) Erlassung energischer Präventivinstruktionen für künftige Fälle. Der Herr Regierungspräsident Frhr. v. Welden empfing die Deputation mit der Versicherung, daß das fragliche Exemplar bereits an das k. Cultusministerium abgesendet worden — und ging sofort in eine Bekämpfung der wühlerischen überhaupt und der republikanischen Bestrebungen der Jetztzeit insbesondre über, und beklagte die direkte Theilnahme der Studirenden an der Tagespolitik. Die Deputation glaubte hiegegen erklären zu müssen, daß sie selbst durchaus nicht im Interesse dieser oder jener Partei nach Ansbach abgeordnet worden, sondern daß ihr Mandat von der gesammten Studentenschaft zu Erlangen dahin gestellt sey, das durch die beregte Maasregel des k. Stadtkommissariats auf's krasseste verletzte Recht der Petitions- und Meinungsfreiheit zur Anerkennung zu bringen und die folgerechten und sachdienlichen Consequenzen zu erwirken. Es sey dieses Recht von dem gesammten deutschen Volke mit Erfolg beansprucht worden, könne daher auch den Studirenden nicht negirt werden, und finde seine Garantie im Wesen und der Bestimmung der Nationalversammlung selbst. Denn nachdem die Wahrheit des Satzes allgemein feststehe, daß das Volk bei Abfassung seiner Regierungsform das erste und gewichtigste Wort zu sprechen habe, müsse es der Nationalversammlung wohl am Herzen liegen, des Volkes Wünsche in wahrer Majorität zu erkennen, und dieses sey nur möglich auf dem Wege der Petitions- und Adressenfreiheit. Wie sehr es der Erlanger Studentenschaft mit dieser Ansicht Ernst sey, und wie richtig sie ihre Stellung begriffen, beweise die Thatsache, daß bei der geringen Anzahl der republikanisch Gesinnten auf der Universität Erlangen, die mit denen, welche die Adresse schon auf der Wartburg unterzeichneten, ungefähr an 50 ausweise — dennoch die Studentenversammlung von 23. d. Mts. sich einstimmig dahin ausgesprochen habe, es sey durch die Wegnahme der Adresse das freie Petitionsrecht gröblich verletzt worden. Der Herr Regierungspräsident erwiederte hierauf, es bestehe nirgends eine gesetzliche Garantie für dieses Petitionsrecht, man hätte das letztere usurpirt, und verwies bei dem Einwurf, daß auf dem letzten bayerischen Landtage bei Gelegenheit eines Antrages auf Erlassung eines Gesetzes über Petitions- und Adressenfreiheit — diese letztere als aus den Errungenschaften unserer Zeit von selbst hervorgehend — und einer weitern Garantie nicht bedürfend anerkannt wurde, auf den Landtags-Abschied, in welchem hievon keine Rede sey, und verwies weiter auf den Revers, den jeder Studirende beim Eintritte in den Universitätsverband unterzeichnen müße; mit diesem stünde das freie Petitionsrecht in vollem Widerspruch. Es ist aber Thatsächlich dieser Revers seit geraumer Zeit durch einen Anschlag des k. Prorektorats am schwarzen Brette aufgehoben. Ich glaube, ausser dem Herrn Regierungspräsident von Welden werden heut zu Tage Wenige an der Existenz des freien Petitionsrechtes in Bayern zweifeln. Die Punkte des Deputation-Antrages ad. 2 und 3 beschied der Herr Regierungspräsident in dem Tags darauf ausgefertigten Präsidialreskript mit der Erklärung, daß er selbst zu dem königl. Stadtkommissariate in Erlangen als Universitätspolizeigericht „in keinerlei geschäftlicher Beziehung stehe“!!! Am Schluße der Versammlung wurde beschlossen, den wahren Ursprung des verletzten Polizeiaktes (dessen primaere Veranlassung noch in's Dunkel gestellt ist) durch eine zu diesem Zweck niedergesetzte Kommission zu ergründen — und eine Adresse im k. Sinne des Deputationsmandates an das Kultusministerium abzusenden.

Baden. (Vom badischen Oberlande, 23. Juni.) Gestern fand in Kandern ein trauriger Militärkonflikt statt. Mittags rückte eine Abtheilung Infanterie und eine halbe Schwadron Kavallerie daselbst ein. Abends begaben sich die Offiziere dieser von Oberst v. Hinkeldey befehligten Truppen in eine Bierwirthschaft, geriethen daselbst mit mehreren der anwesenden Civilisten in Streit; die Folge war, daß das Militär anrückte, auf die sonst friedlichen Bürger einhieb und mehrere derselben bedeutend verwundete; lebensgefährlich verletzt ist blos einer. (M. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 26. Juni. Nachmittags 2½ Uhr. 24. Sitzung der deutschen Nationalversammlung). Nach einer Bemerkung des gedruckt vertheilten Programmes über die Reihenfolge, in welcher die verschiedenen Anträge hinsichtlich der zu bildenden Centralgewalt zur Abstimmung kommen sollen, haben Zitz und Blum ihre besondern Anträge aufgegeben, und sich mit Moriz Mohl und Scheder über einen gemeinschaftlichen Antrag vereinigt, nach welchem die provis. Centralgewalt einem von der Nationalversammlung gewählten Präsidenten übertragen wird. Der Präsident ist wegen Verbrechen in oder außer dem Amte begangen, der Anklage und gerichtlichen, Bestrafung unterworfen. Das Bestehen des Bundestags soll aufhören. Nach einer Anzeige Widemanns haben sich mehrere Anhänger seines Antrags der Vereinigung nicht angeschlossen. Nach einigen Mittheilungen von Seiten des Vicepräsidenten von Soiron, welcher den Präsidentenstuhl einnahm, kam es zur Debatte über die erwähnte Reihenfolge. Hauptgegenstand der Verhandlung war die Frage, ob ein gedruckt mitgetheiltes Amendement von Bassermann und Auerswald (die provisorische Centralgewalt wird einem nicht regierenden Mitgliede eines deutschen Regentenhauses als Reichsverweser übertragen. Die deutsche Nationalversammlung wählt denselben im Vertrauen auf die Zustimmung der deutschen Regierungen), sodann ein Unteramendement von Heckscher (dieses lautet: Die provis. Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welchen die Nationalversammlung im Vertrauen auf die Zustimmungen der deutschen Regierungen wählt) noch in die Reihenfolge eingeschaltet werden können. Von verschiedenen Seiten, von Wesendonck, Blum, v. Vincke, v. Radowitz ꝛc. wird die Zulassung bestritten, weil nach geschlossener Verhandlung ein neues Amendement, wie jene seyen, nicht mehr zur Diskussion kommen könne. Dagegen wurde bemerkt, daß jene Amendements bereits in anderen Anträgen enthalten und auch über das Princip diskutirt worden sey. Die Entscheidung über die Zulassung wurde von einer großen Mehrheit dem Vicepräsidenten überlassen. Dieser sprach sich motivirt dafür aus. Ein Theil der Versammlung bestand auf dem Gegentheil. Nach langer Debatte erklärte von Auerswald, sein Amendement zurückziehen zu wollen, wenn das Gleiche von Heckscher, sowie mit einem schriftlich übergebenen Gegenantrag (daß die fürstlichen Familien von der Wahl ausgeschlossen seyn sollten) geschehe. v. Soiron schlug, von Heckscher unterstützt, vor, die Sitzung bis 4 Uhr zu vertagen, damit sich die

Parteien unterdessen verständigen könnten. Auf erhobenen Widerspruch kam es zur Abstimmung, und durch diese wurde die Vertagung der Sitzung bis 5 Uhr, wie von vielen Seiten verlangt wurde, beschlossen. (Frkf. O.-P.-Z.)

☾ (Frankfurt, 26. Juni.) Wichtig und interessant genug war die heutige Morgensitzung, aber ich habe keine Zeit, Ihnen die Details heute mitzutheilen, da sie nur ausgesetzt ist und um 5 Uhr diesen Abend wieder beginnt. Die Debatte war bekanntlich geschlossen, und zwar war sie unter dem Eindruck der Gagern'schen Rede geschlossen, welcher sich für freie Wahl durch die Versammlung ausgesprochen hatte. Der Geschäftsordnung der Nationalversammlung so wie überhaupt jeder Geschäftsordnung gemäß können nach Schluß der Debatte keine neuen Amendements mehr eingebracht werden. Aber die Rechte hatte den gestrigen Tag benützt, um den Eindruck der Gagernschen Rede zu schwächen, und heute trat sie mit zwei neuen Amendements auf, von denen das eine die Versammlung nöthigen sollte, nur einen Fürsten zu wählen, das andere aber in dem Satz von der freien Wahl durch die Versammlung die Worte einschalten wollte, „im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen." Natürlich konnte sich die Linke eine solche Rechtsverletzung nicht gefallen lassen, sie erklärte, daß sie gar nicht mitstimmen werde; ja Schaffrath erklärte sogar offen, daß er für seine Person nicht in einer Versammlung sitzen möge, welche ihr eigenes Gesetz nicht achte und die Gesetzlosigkeit, die Anarchie, die Willkür sanktionire. Der Vorsitzende, Vicepräsident v. Soiron, bekam die Entscheidnng in seine Hand, und dieser Hr. v. Soiron, ein Mann ohne alle Fähigkeit, zu präsidiren, blos mit einer guten Lunge begabt, entschied sich für die Zulässigkeit des neuen Amendements. Nun schien der Bruch der Versammlung entschieden, die Gallerien nahmen vorläufig aufs entschiedenste Partei für die Linke, die Rechte wüthete, wie gewöhnlich, gegen die Redner von der Linken, vermittelnde Stimmen beschworen die Versammlung, zur Einigung mitzuwirken und die Antragsteller, ihre Amendements zurückzuziehen. Eines derselben wurde zurückgenommen; Herr Heckscher aber that es nicht, sondern bat sich Zeit aus, um sich mit seinen Freunden zu besprechen. Es wurde daher die Versammlung aufgehoben, und um 5 Uhr wird sie wieder zusammentreten. Die Linke hat natürlich für den Fall, daß das Amendement zur Berathung kommt, ebenfalls eine Menge neuer Anträge eingebracht, die zum Theil sehr spaßhafter Natur sind z. B. Naturalisation des Kaisers Nikolaus, Verbannung der Bundestagsgesandten aus Deutschland. Sie will die Rechte nur mit den Waffen der Ironie und Satyre bekämpfen. Es herrscht nur eine Stimme der Entrüstung über das Benehmen der Rechten. Ohne Zweifel will sie wenigstens die Debatte so lange hinausziehen, bis Nachrichten aus Berlin da sind, wo man auf einen vollkommenen Sieg der Reaktion zu hoffen scheint. Wenigstens hat man Bekerath und Vincke Portefeuilles angetragen. Auch scheinen die Russen zum Einrücken bereit. – In der Umgegend von Frankfurt herrscht die allgemeinste Indignation über die Majorität im Parlament in allen Theilen der Bevölkerung. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Prinz Johann von Oesterreich, wenn er ja Präsident oder Reichsverweser wird, es lange bleibt. Das Volk will durchaus keine Fürsten an der Spitze von Deutschland sehen. Ueberhaupt weicht das Volk in sehr wesentlichen Punkten von den Ansichten ab, zu denen sich die Rechte im Parlament bekennt. Es wird sich zeigen, wer Recht behält, eine kleine reaktionäre Minderheit, welche im Parlament die Mehrheit des Volks darzustellen vorgibt, oder das Volk, das mit jedem Tage seine Ansichten tiefer befestigt und entschiedener ausspricht.

☾ (Frankfurt, 26. Juni. Abends 6 Uhr.) Ich komme aus der Paulskirche. Eine Scene furchtbarer Verwirrung hat die Fortsetzung der Sitzung unmöglich gemacht. Heckscher hatte auf seinem Antrag beharrt. Man wollte die Linke zum Aeußersten treiben. Diese bestand nun auf der Vorlesung ihrer Amendements. Darüber ergriff Heckscher das Wort, beleidigte die Linke dadurch, daß er sagte: ihre Anträge werden von den Gallerien beklatscht, schon ehe sie gestellt seyen. Allerdings haben die Gallerien der Entschiedenheit der Linken rauschenden Beifall gezollt. Nun rief die Linke: zur Ordnung, die Gallerien brüllten gegen Heckscher, die Linke ballte die Fäuste, der Präsident Soiron wollte sprechen und konnte sich kein Gehör verschaffen. Heckscher wurde weder zur Ordnung gerufen, noch verließ er die Tribune, dieß machte die Wüthenden noch wüthender. Soiron, dessen Unfähigkeit sich deutlich herausstellte, machte die Verwirrung durch eine ungeeignete Erklärung noch ärger. Endlich wurde die Aufhebung der Sitzung beschlossen. Diese Scene scheint das Vorspiel eines Bruchs zu seyn.

Oesterreich. (Prag, 21. Jun.) Die Papiere, welche den genauesten Ausschluß über die czechische Verschwörung geben, sind in den Händen der Regierung; nach den aufgefundenen Listen der Theilnahme werden die Verhaftungen noch immer fortgesetzt, namentlich sind auch viele Geistliche festgenommen worden. Der Terrorismus dieser Ultra-Czechen lastete schon seit Monaten unerträglich auf unserer Stadt; sie sprachen auch ganz unverhohlen ihre beabsichtigten Proskriptionen aus, nannten in Gesellschaften diesen und jenen, welcher fallen müsse; man hielt dies aber für bloße Ausstreuungen des Uebermuthes. Jetzt hat sich das freilich als furchtbarer Ernst offenbart. Man nennt Bar. Villani als Haupt der Verschwörung, weil man die Papiere bei ihm gefunden. Jeder, der Villani kennt, muß sich wundern, wie dieser Mann zu solcher Bedeutung gelangen kann; jedenfalls hat er als Werkzeug von höheren Mächten gedient, wenngleich er sich selbst schon als einstigen König von Böhmen betrachtete. Aeusserlich und innerlich ein unbedeutender Mensch, zeichnete er sich nur durch seinen Czechen-Fanatismus aus. Er hat die Swornost mit begründen helfen und gab ihren obersten Anführer ab. Es fällt einem nachträglich so Manches ein, was man früher kaum beachtete, weil der Dinge so viele und verschiedene auf einen einstürmten. So sah ich Villani noch bei einem großen Festzuge während des Slawen-Kongresses; er schritt als Oberster, mit bunten und allen möglichen Dingen aufgeputzt, der Swornost voran; zuerst kam eine Abtheilung mit mächtig langen Hellebarden; dann eine mit Flinten, alle mit Pelzmützen und Ziskaröcken &c. Villani schwang gleich einem Studenten-Renommisten fortwährend den Säbel um sein Haupt, in allerlei Fechterübungen. Dergleichen imponirte unserem Volke. Eben so machte es auch Faster, der als czechischer Herzog bestimmt ging; große Pelzmütze mit langer Geierfeder, blauem Mantel, darunter eine braune Tunika, einen breiten Gürtel darüber, in welchem urczechische Waffen staken, graue, enganliegende Hosen und rothe Stiefel, — so stolzirte der Mann umher und wurde von seinen Anhängern bewundert. Auch er mag auf die czechische Krone spekulirt haben, wie aus seinen Reden oft hervorleuchtet. In der That ist er einer von denen, welche die Bewegung im Volke am meisten gefördert haben. Er ist Bierwirth seines Metiers und steckt tief in Schulden, gibt aber einen kräftigen Sprecher in seiner Bierstube ab. Da wurde er von einigen seiner Gäste veranlaßt, einen Klub zu bilden, in welchem über Politik, namentlich über das, was Böhmen und seine Gerechtsame anging, verhandelt werden sollte. Das that er mit Freuden; einige Advokaten, die weniger Praxis als Sprachtalent hatten, fanden sich dazu ein und sie haben später meist in unserer Bewegung eine große Rolle gespielt. Der Verein wuchs während der ersten Wiener Ereignisse; er hielt seine Versammlungen im St. Wenzelbade, und so entstand der berühmte und berüchtigte Wenzelsklub. Faster beanspruchte nun bald eine Nationalbelohnung von 100,000 fl. C.-M., über die im Nationalausschusse viel debattirt wurde. Uebrigens war er schon während der Prager Bewegungszeit gut mit Geld versehen; ja Mancher hatte da Geld, dem es früher ganz ausgegangen. (Köln. Z.)

(Von der Donau, den 22 Juni.) Nichts war wohl der angeordneten und streng durchgeführten Sperrung der Geldausfuhr von Seite Oesterreichs gegenüber auffallender, als die großen Baarsendungen, welche jüngste Zeit theils über Prag, theils durch Franken nach dem Norden gingen. Man sprach davon und las Andeutungen in den Zeitungen, daß dieses Geld bestimmt sey, um fällige Coupons bei den einzelnen Bankierhäusern zu zahlen; auch hieß es, es sey der Sold für das im Reich liegende k. k. Militär &c. Ausflüchte fand man genug, aber die Wahrheit läßt sich nicht bemänteln. Gewiß ist es, daß die großen Summen, welche über Regensburg nach Frankfurt &c. geschafft wurden, einen Theil des Vermögens des kaiserlichen Hauses bilden, das nach England geschafft wurde, wo die meisten Mitglieder desselben bereits bedeutende Fonds angelegt haben. Das über Prag expedirte Geld gehörte dem Oesterreichs Wohl so rastlos anstrebenden vorsichtigen Staatsmanne Metternich und soll 3 Million Dukaten betragen haben. Es ist daher kein Wunder, wenn in Wien besonders der Mangel an Gold und Silbermünzen so groß ist, daß man bedeutendes Agio beim Umwechseln der Banknoten zahlt. Der Schweiß des Volkes lief in den Geldkasten Einzelner zusammen, und diese schafften Millionen ins Ausland, die für uns verloren sind. Während uns der Mangel an baarem Geld zu allerlei unliebsamen Maßregeln zwingt, nur um den stets heftigen Staatsbankerott hinauszuschieben, schreibt man von London, daß an der Börse Geld im Ueberflusse und wohlfeil zu haben sey. Es fällt uns da unwillkürlich das Spinnennetz ein, in dem sich nur kleine Fliegen fangen können. — Die Kaiserin-Mutter, welche den Fall und die Ausweisung der Jesuiten schwer zu Herzen nimmt, hat erklärt, nicht mehr nach der Hauptstadt zurückzukehren. Man spricht in ihrer Umgebung davon, sie wolle nach Bayern übersiedeln, wo das Pfaffenthum neuerdings sein Haupt emporzustrecken beginnt und sich mit der Camarilla eng verbrüdert hat, um dem Liberalismus entschiedener als bis jetzt entgegenzuarbeiten. (Frankf. J.)

Preussen. (Berlin, 23. Juni.) Personen, welche hier vom Kriegs-Schauplatze eintreffen, versichern, daß die schwedischen Truppen auf Fühnen sich gegen Deutschland sehr friedlich und freundlich gesinnt zeigen. Das unnatürliche in dem Bündnisse eines germanischen Staates mit Rußland, noch dazu gegen Germanien selbst, wird von den Schweden lebhaft empfunden. Hier steigt die Erbitterung gegen Rußland; man glaubt fest, daß es hier seine Sendlinge und Spione hat. Nichts berechtigt zu dem argen Verdachte, daß die Hofpartei heimliche Verhandlungen mit Rußland pflege. Der Prinz von Preussen lebt ruhig auf seinem schönen Babelsberge bei Potsdam und entzieht sich möglichst allen Demonstrationen; er zeigt keine Gereiztheit, die bei so schwerer Ehrenkränkung doch erklärlich wäre. Die Prinzessin, obgleich von mütterlicher Seite dem russischen Herrscherhause verwandt, hat ihre liberalen Ansichten und ihre Abneigung gegen alles russische Wesen niemals verhehlt. (Köln. Z.)

(Berlin, 23. Juni.) Unsere Krisis ist nicht zu Ende. Milde's Eintritt ist problematisch geworden. Wie es heißt, werden zwei Persönlichkeiten vom Rheine erwartet, die heute oder morgen eintreffen müssen. Gut unterrichtete Personen fangen an zu zweifeln, ob Montag das Ministerium werde constituirt sein. — Die Stadt fängt wieder zu gähren an, und wir gehen einem neuen Putsch entgegen. (Köln. Z.)

Einem Privatschreiben aus Berlin vom 23. Juni, Nachmittags 6 Uhr, zufolge rührt folgende Zusammensetzung des neuen Ministeriums aus ziemlich zuverlässiger Quelle: Minister-Präsident: v. Auerswald, Regierungs-Präsident in Königsberg; Inneres: Kühlwetter, Regierungs-Präsident in Aachen; Justiz: Merker, Kriminalgerichts-Direktor in Berlin; Kultus: Rodbertus; Auswärtiges: Schleinitz; Finanzen: Milde; öffentliche Arbeiten: Hansemann. — Polizei-Direktor Müller aus Köln ist zum Polizei-Präsidenten von Berlin bestimmt. (Köln. Z.)

(Berlin, den 25. Juni.) Die Verfassungscommission hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, in einer besondern Bestimmung die Aufhebung des Adels auszusprechen. Der Beschluß ist mit 12 gegen 10 Stimmen gefaßt. — In den Vorversammlungen der Linken ist man übereingekommen, die Aufhebung aller Reallasten ohne Entschädigung durchzusetzen. Dies soll die Folge gehabt haben, daß der größte Theil der bäuerlichen Abgeordneten und ein großer Theil der klerikalischen Mitglieder der Kammer sich geneigt erklärt haben, in andern Fragen mit der Linken zu votiren. Der breslauer Abgeordnete Brill, soll diesen Erfolg durch seine populaire Redegabe hauptsächlich bewirkt haben. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Aus dem südlichen Holstein, 23. Jun.) Heute ist schon der dritte Tag, daß in Altona Quartier für eine Kompagnie vom Tann'schen Freikorps angesagt ist, ohne daß bis jetzt von den Mitgliedern dieser, seitdem wider das Juel'sche Corps oder den rechten Flügel des dänischen Heeres so glücklich ausgeführten Ueberfall mit Ehren genannten Freischaar hier angekommen sind. Es heißt, die eine Kompagnie des von der Tann'schen Freikorps habe einen schlecht reitenden preuss. Offizier, den sein Pferd in die Kompagnie gedrängt hatte, so arg verhöhnt, daß auf einen Bericht dieses Offiziers die Auflösung der Kompagnie beschlossen sey. Andere versichern, es sey im Tann'schen Freikorps die rothe republikanische Kokarde aufgesteckt und deßhalb werde ein Theil des Korps aufgelöst. Daß, so wie Aussicht ist, die regelmäßigen Truppen werden verstärkt, sowohl Adel als Spießbürger ihren natürlichen Widerwillen wider die tapfern Freischaaren laut werden lassen, begreift sich. (Brem. Z.)

Württemberg. (Ludwigsburg, den 25. Juni.) Obwohl über die Zeit des hiesigen Militär-Krawalls — denn es war nichts anderes — abwesend, beeile ich mich doch, Ihnen nach dem Ergebniß der sorgfältigsten Erkundigung noch einige Worte zugehen zu lassen. Man

hat der Sache offenbar eine zu große Wichtigkeit beigelegt und durch die Berichte mancher öffentlichen Blätter erscheint der ganze Charakter des Vorfalls entstellt. Aus dem hiesigen Tagblatt ist noch das beste Urtheil zu fällen, indem hier die Vorfälle, in ihrer Veranlassung und Entwicklung, am richtigsten, ohne alle einseitige Färbung erzählt sind. Der ganze eigentliche Krawall beschränkte sich auf den tumultuarisch kundgegebenen Wunsch eines Theils des 8. Regiments für Freilassung des Fourier Hartmann. Diesen Regimentsangehörigen hatten sich einzelne Civilisten, worunter ein einziger, auch sonst als politisch exaltirt Bekannter, übrigens sonst nicht gerade schlecht präjudizirter Bürger, angeschlossen. Bewaffnet waren die Civilisten nicht, und auch die betheiligten Soldaten des 8. Regiments ließen zum bei Weitem größten Theil ihre Säbel ruhig in der Scheide. Der Tumult vor der Kaserne des 7. Regiments, beschränkte sich in der Hauptsache auf Lärmen, Schreien, zum Theil Brüllen; die feindseligen Demonstrationen gegen die Kaserne, bestanden nicht in Waffenanwendung einer Masse gegen dieselbe, sondern in ungestümen Versuchen eines gewaltsamen Eindringens in dieselbe, welche mit deren Abwehrung durch Waffengewalt, und mit Verwundungen der Angreifer, namentlich der beiden am meisten betheiligten, unbewaffneten Civilisten endigten. Der Angriff auf den Oberst Lenz, soll ein mehr frecher als gefährlicher gewesen seyn. Der Angriff eines Soldaten auf den Generallieutenant v. Miller, als er stürzte, geschah allerdings mit gezogenem Faschinenmesser, war aber ein vereinzelter und endigte mit augenblicklichem Durchbohren des Angreifers. Der Widerstand der großen durch Neugierde, ohne irgend eine Betheiligung, herbeigezogenen Menge, jedem Stande, Alter und Geschlecht angehörend, war der rein passive des Nichtgehenwollens auf die Aufforderung des Militärkommandos. Dieß war Unrecht, aber die Art, wie die Räumung sodann bewerkstelligt wurde, war es nicht minder. Wir fragen nur, ob sie nicht auf andere Weise zu bewerkstelligen u. also auch die in deren Folge geschehenen Verwundungen ganz Unschuldiger zu vermeiden gewesen wäre? Die allgmeine Stimme sagt: Ja! Auch wird es bitter und mit Recht getadelt, daß der kommandirende General seine Truppen nicht in Kenntniß setzte, daß die Bürgerwehr, im Einverständniß mit ihm, durch Generalmarsch versammelt, sich in sechs Kompagnien auf dem Marktplatz aufgestellt habe, um Ruhe und Ordnung zu erhalten. — Das Auffahren von Kanonen erschien ganz überflüssig, da nirgends ein feindlicher Widerstand von der Menge versucht wurde. Aus Allem geht hervor, daß dem ganzen Krawall eine zu große Wichtigkeit beigelegt und zur Beseitigung desselben zu große Mittel angeboten wurden, wodurch Schrecken und Bestürzung sich vergrößerten. Es läßt sich aber allerdings nicht sagen, wie viel aus militärischer Vorsorge und Befürchtung in Bezug auf die allgemeine Stimmung unter der Garnison geschehen ist; unter der Bürgerschaft war keine Spur von unruhigem Geist, denn einzelne exaltirte Subjekte berechtigen zu keinem Schluß auf das Ganze, weil es deren überall gibt. (Schwb. M.)

Frankreich.

† (Paris, 24. Juni.) Sturz des Vollziehungsausschusses; Arago, Lamartine, Marie, Garnier Pagès und Ledru Rollin danken ab. Cavaignac zum militärischen Diktator der Republik ernannt; Paris in Belagerungsstand erklärt!! (Augenblicklich Sieg der Partei des National.)

Welcher Johannistag! Seit gestern Mittag unausgesetztes Kartätschen-, Tirailleurs- oder Peloton-Feuer gegen die Barrikaden, mit denen die sogenannten Hunger- oder Lumpenviertel gleichsam übersäet sind. Nein, das ist keine Emeute, kein bloßer Arbeiterkrawall mehr: das ist der blutigste Prinzipienkampf, der seit 1793 in unseren Mauern ausgefochten wurde. Die City, das sog. lateinische Quartier, das Fauburg St. Marceau und die halbe Nordseite des rechten (gegenüberliegenden) Seineufers schwimmen im Blute: morgen werden sie die Bomben und glühenden Kugeln Cavaignac's wohl in einen Schutthaufen verwandelt haben. Doch greifen wir den Ereignissen nicht vor, tragen wir zunächst die letzten Handlungen der erloschenen Staatsgewalt und ihres Hauptfeindes nach: 1) Proklamation Marrast an sämmtliche Maire von Paris. Bürger Maire! Sie sind seit diesem Morgen von den Anstrengungen Zeuge, welche eine kleine Zahl Ruhestörer machte, um im Schooße der Bewohnerschaft die lebhaftesten Befürchtungen zu erregen. Die Feinde der Republik nehmen sich alle Masken, beuten alles Unglück und alle durch die Ereignisse entstandene Schwierigkeiten aus. Fremde Agenten gesellen sich zu ihnen, wiegeln sie auf und bezahlen sie. Sie wollen nicht blos den Bürgerkrieg unter uns entzünden: Plünderung, soziale Auflösung, Frankreichs Ruin bereiten sie und man erräth, zu welchem Zwecke. Paris ist der Hauptsitz jener infamen Intrigue. Paris wird aber nicht zur Hauptstadt der Unordnung werden. Möge die Bürgerwehr, als erste Wächterin des Friedens und des Eigenthums, wohl begreifen, daß es sich vorzüglich um ihre Interessen, ihre Kredits, ihrer Ehre handelt. Ließe sie sich im Stich, so würde sie das gesammte Vaterland allen Zufällen überliefern. Familien und Eigenthum würde sie den schrecklichsten Drangsalen preisgeben. Die Truppen der Garnison sind unter den Waffen, sie sind zahlreich und vortrefflich diszipliniri. Möge sich die Bürgerwehr in ihren Vierteln an den Straßenecken aufstellen. Die Obrigkeit wird ihre Pflicht erfüllen, erfüllen die Bürgerwehr die ihrige. Paris, den 23. Juni 3 Uhr. Die Volksvertreter und Maire von Paris. (gez.) Marrast. Flottard, Sekr.

2) Proklamation der Vollziehungsgewalt an die Pariser Arbeiter, d. h. diejenigen Arbeiter, die aus Paris gebürtig sind. Sie beginnt: »In der Mitte des kriminellen Aufruhrs, durch welchen Einige (?) verirrte Arbeiter der Nationalwerkstätten die Hauptstadt in Betrübniß versetzen, fühlt die Reg. das Bedürfniß, in das Herz der Bevölkerung zu reden, und sie aufzuklären. Arbeiter aus Paris! Die Parteiführer, welche von Faktionen (Prätendenten?) bestochen sind, haben Euch überzeugen wollen, daß Ihr mit in jenen Maaßregeln begriffen seid welche die Nationalwerkstätten auflösen, deren Arbeitermasse und unruhiger Charakter auf Paris und der ganzen Republik lastete. Arbeiter aus Paris! Das sind schändliche Verläumdungen! In Euerem Interesse; im Interesse Euerer Wiederbeschäftigung, im Interesse des Wiederbeginnens der freien Privatindustrie zu Eurem Nutzen, entschied sich die Republik, die regelmäßige Ordnung der Arbeit energisch wieder herzustellen u. s. w.« Trotz dieser schmeichelhaften Einladung haben die Pariser Proletarier ihre fremden Kameraden nicht verlassen.

3) Proklamation, die den Kriegsminister, Generallieutenant Cavaignac, zum unumschränkten Gebieter aller Streitkräfte in und um Paris ernennt. Cavaignac hat erklärt, daß er nur unter dieser Bedingung die Generalissimusstelle annehme.

4) Proklamation der Nationalversammlung, welche die Entlassung ihres Vollziehungsausschusses annimmt und den General Cavaignac zum prov. Präsidenten der Republik ernannt.

5) Proklamation, welche Paris in Belagerungszustand erklärt.

[Nationalversammlung. Nachtsitzung vom 23. Juni.] Um 8 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident Senard meldet die Verwundung mehrerer Deputirten, die am Barrikadensturm Theil nahmen. (Darunter Clemens Thomas, Dornès, Bixio und A.) Considerant schlägt eine Proklamation an die Kämpfenden vor, um die unter ihnen verbreiteten Gerüchte zu widerlegen, und dem Blutbade Einhalt zu thun. (Zur Rechten: Oh! Sie wollen mit der Emeute paktisiren!) Baze und mehrere andere Ultrakonservateurs wollen ihn vom Redestuhle reißen, werden aber noch bei Zeiten daran gehindert. Considerant versichert hoch und theuer, daß er nicht mit der Emeute paktisire. Half aber Alles nichts, sein Vorschlag fiel durch. Perrée erzählte dann, wie Arago und Lamartine zu den Barrikaden gerückt seyen, und nach vergeblichem Parlamentiren selbst das Kanonenfeuer kommandirt hatten. (Beifall.) Auch das Pferd, worauf der Republikaner N. (Lucian) Bonaparte an der Seite Lamartine's saß, wurde am Schenkel verwundet. Duclerc, Finanzminister, erscheint plötzlich im Saale mit Hut, Stock und Schärpe und erzählt der Versammlung die erlebten Vorgänge des Nachmittags mit der Versicherung, daß man noch in dieser Nacht mit der Emeute fertig werde. Die Versammlu g war so beruhigt, daß sie Senard fragte, ob sie im Eisenbahn-Gesetz fortfahren wolle? Caussidière fand dies empörend und schlug der Versammlung vor, sie solle lieber sich im Fackelzug zu den Barrikaden begeben und das Volk beschwichtigen. Die Versammlung ging darauf nicht ein, sondern hob die Sitzung von Neuem bis 11 Uhr auf, wo sie ganz bestimmte Berichte von ihren Generälen Bedeau und Lamoricière vermuthete, die ihr das Ende der Emeute anzeigen würden. Um diese Stunde hörte sie einen Bericht Garnier Pagès über die Lage von Paris an, der aber eben so falsch ist wie die vorherigen, weil er, wie sie alle, den Sieg für das nächste Frühstück versprach und nicht Wort hielt. Degoussée, einer der bornirtesten Menschen in der ganzen Versammlung, die ihn deshalb zum Quästor machte, trug auf Verhaftung sämmtlicher ultrademokratischer Redakteure der Volksblätter, namentlich der „Organisation der Arbeit“ an. Er fiel jedoch vorläufig damit durch und die Versammlung trennte sich um Mitternacht.

(Sitzung vom 24. Juni.) Ungeachtet der Permanenzerklärung wurde die Sitzung wohl um acht Uhr Morgens wieder aufgenommen. Die ganze Gegend gleicht einem Kriegslager. Vom Pont-St. Michel und dem Pantheon hört man Kanonenschüsse. Präsident Senard gibt einen kurzen Bericht über die Ereignisse der Nacht. Einige Barrikaden seien wieder aufgebaut worden, indessen habe der Obergeneral so vortreffliche militärische Maßregeln getroffen, daß binnen wenigen Stunden die Faubourgs St. Jaques und St. Antoine gereinigt sein würden. Die Bürgerwehr der umliegenden Städte eilen mit Eifer herbei, um ihren Kameraden der Bürgerwehr und des Heeres im Kampfe gegen die Emeutiers beizustehen. Ich schlage Ihnen darum vor, diesen Eifer nicht blos mit hohlen Dankesworten zu erwiedern, sondern trage vielmehr darauf an, alle Wittwen und Kinder der in diesem Kampfe Fallenden zu adoptiren (Ja, Ja: Stimmen wir sofort). Blon Faucher hat mir zu diesem Zweck bereits einen Antrag überreicht. Dieser Antrag: „Der Staat adoptirt die Kinder und Wittwen aller derjenigen Nationalgardisten, die am 23. Juni oder an den darauf folgenden Kämpfen für die Freiheit starben“, wurde mit Emsigkeit angenommen. St. Georges bittet die Versammlung seine Abwesenheit zu entschuldigen. Sein Sohn sei gestern in den Reihen der Bürgerwehr stark verwundet worden, er müsse ihn pflegen. Bei dieser Gelegenheit erfährt die Versammlung er sey noch nicht todt, sondern auf dem Wege der Besserung. Eine Kugel fuhr durch seine Brust, ohne Herz und Lunge zu beschädigen, daher ihn die Aerzte, wie Bastide versicherte, noch retten würden. Clemens Thomas ist nicht schwer verwundet, ebenso General Bedeau nicht; dagegen liegt Dornès, Redakteur des „National“ lebensgefährlich darnieder. Die Geschlechtstheile wurden ihm weggeschossen und er hat sich einer schwierigen Amputation unterziehen müssen. Hiernächst wurde die Sitzung um 9 Uhr suspendirt. Eine halbe Stunde später erklärte sie Corbon, Vicepräsident, wieder eröffnet. Senard ersetzte ihn jedoch bald wieder und zeigte der Versammlung an, daß mehr als 5 Glieder laut des Reglements darauf antrügen, die Versammlung möge sich als Geheimer-Ausschuß erklären und die öffentliche Tribüne räumen lassen, da ein wichtiger Antrag verhandelt werden sollte. Allgemeine Spannung. Das Reglement schreibt vor, daß sofort durch Sitzenbleiben und Aufstehen darüber abgestimmt werden solle, ob die Versammlung sich geheim erkläre. Der Präsident läßt abstimmen und die Mehrheit erhob sich gegen das Geheiminiß (Erstaunen). Pascal Duprat, bekannt durch seine Protestation gegen die Zeitungscautionen, erhielt das Wort. In den gegenwärtigen Umständen, begann er, sei es wichtig, an der Spitze des Staates eine starke Hand zu haben. Ich schlage daher der Versammlung folgenden Gesetzentwurf vor: Art. 1. Paris ist in Belagerungsstand versetzt, Art. 2. Alle Staatsgewalten sind in die Hände des Generals Cavaignac gelegt.“ (Lärm, Fürchterlicher Tumult). Dupin sen. schreit: Das ist die Diktatur! Larabit: Der Belagerungsstand löst die Macht der Versammlung auf (Tumult). Seid Ihr alle einverstanden, daß Eure Macht in die Hände der Militärgewalt übergehe? (Lärm). Antony Thouret: Der General Cavaignac kann nur die Vollziehungsgewalt üben. Ich schlage vor, am Kopfe des Dekrets zu erklären, daß die Nationalversammlung zu berathen fortfahre und in Permanenz bleibe. (Ja wohl, das versteht sich von selbst.) Bougeard liest einen andern Dekretsentwurf, der 1) Paris in Belagerungsstand erklärt, 2) den Sturz des Vollziehungsausschusses ausspricht, 3) das Ministerium provisorisch beibehält. Bastide, Minister des Auswärtigen: Beeilen Sie sich mit Ihren Berathungen, Bürger; in Einer Stunde befindet sich das Hotel de Ville wahrscheinlich schon im Besitz der Insurgenten! (Exklamation der Ueberraschung). Präsident Senard liest die neue Redaktion des Gesetzvorschlags: Artikel 1. Die Nationalversammlung berathet und bleibt in Permanenz. Art. 2. Paris ist in Belagerungszustand erklärt. Art. 3. Alle vollziehende Staatsgewalt ist dem General Cavaignac übertragen. Angenommen! Jules Favre: Ich schlage folgenden Zusatz vor: „Der Vollziehungsausschuß legt augenblicklich seine Amtsthätigkeit nieder.“ (Aufregung.) Duclerc, Finanzminister; es handelt sich Bürger, um eine Maßregel des öffentlichen Wohles. Ich möchte keinen Groll in Ihrem Votum ausgesprochen sehen. Präsident: „Ich bringe den Zusatz zur Abstimmung.“ Tiefe Stille. Der Zusatz wird mit einer schwachen Mehrheit verworfen. Die Versammlung wollte den Männern, die ge-

stern noch der Todesgefahr trotzten, keinen Stein als Dank nachwerfen. Senard lenkte die Aufmerksamkeit noch auf eine andere Maßregel der Verzweiflung. Caussidière und einige Andere hatten nämlich gestern den Vorschlag gemacht, sich in Person zu den Barrikaden zu begeben und sie an der Spitze von Bürgerwehr und Truppenkorps anzureden. Dieser Vorschlag war verworfen worden. Der Platz der Abgeordneten sey in diesem Saale und nicht vor den Barrikaden, hatte man gerufen und den Antrag abgewiesen. Neue Anerbietungen sind indessen gemacht worden und wenn die Versammlung einwilligt, daß sich einige ihrer Glieder auf die Kampfplätze begeben. (Ja, ja! Alle, Alle!) Stimme: Ich widersetzte mich gestern diesem Vorschlage und widersetze mich ihm noch. Begäben sich Einige freiwillig dahin, so wollten sie Alle begleiten. Zuletzt würde Niemand auf diesen Bänken sein. Darum trage ich an, 60 Glieder durch das Loos zu bestimmen. Dem Präsident scheint dieser Weg zu blind und seine gewissen Rücksichten der Persönlichkeit, des Sprechens, des Alters u. s. w. zu nehmen, er lade daher die Versammlung ein, sich ihrer Abtheilung zu begeben und selbst die 60 zu bestimmen. Der Berg (Louis Blanc, Considerant, Lagrange ꝛc.) protestiren gegen diese Abgeordnetenschaft: „Wir wollen keine Glieder eines Martialgesetzproklamirungsausschußes sein," riefen sie, und blieben im Saale, während die andern in der Abtheilung zogen. Die Sitzung ist suspendirt. Eine Viertelstunde später wird sie wieder aufgenommen und der Präsident liest ein Schreiben vor, worin der Vollziehungsausschuß sein Amt niederlegt. Bis 4 Uhr boten die Neuigkeiten kein weiteres Interesse. In der Kanonade ist eine Pause eingetreten. Von Börsengeschäften keine Rede. 5 Uhr.

(Straßburg, den 25. Juni.) Folgende Adresse ist heute vom gesammten Offiziercorps der Straßburger Nationalgarde unterzeichnet und unmittelbar nach Paris geschickt worden: Straßburg, 25. Juni. An den Bürger Cavaignac, Bevollmächtigten der Vollziehungsgewalt. Bürger General! Die Straßburger Nationalgarde würde sich wie ein einziger Mann erheben, um der Nationalversammlung zu Hülfe zu eilen, wenn nicht eben so heilige Pflichten sie an der Gränze zurückhielten. Es lebe die Republik, die eine und unzertrennliche! Es lebe die Nationalversammlung!" — Der Telegraph vom Fauborg St. Antoine u. s. w. fungirt nicht mehr seit Samstags 9 Uhr Morgens.

Rußland.

Die Nachrichten aus Rußland sind gegenwärtig offenbar von einer Wichtigkeit für uns, wie fast noch niemals. Daß sie sich oft widersprechen, daß sie unzuverlässig sind, daß Rußland selbst sich alle Mühe gibt, Deutschland bald durch falsche Nachrichten, bald durch die Unmöglichkeit jeder glaubwürdigen Nachricht über seine eigentlichen Absichten irre zu führen: das Alles darf uns nicht abhalten, die Mittheilungen und Bemerkungen, die uns über seine Rüstungen zukommen, schon um der offenbaren Gefahr des Vaterlandes willen, getreulich wiederzugeben. Daß wir sie nicht verbürgen können, bringt die Natur der Sache mit sich. Die „Bremer Zeitung" meldet aus Riga vom 5. (17.) Juni aus anscheinend glaubwürdiger Quelle Folgendes: „Ein Artikel der in russischer Sprache in Petersburg erscheinenden „Biene" bringt die Nachricht, daß 270,000 Mann Infanterie und 70,000 Mann Kavallerie (bekanntlich hat es mit den offiziellen russischen Zahlen seine eigene Bewandtniß) an die deutsche Grenze in Bewegung gesetzt sind, und daß am Ende vorigen Monats eine Flotte von 16 Dreideckern segelfertig vor Kronstadt gelegen. Diese Nachricht wird aus dem Munde von Offizieren bestätigt. Thatsache ist die Nachricht eines Geschäftsfreundes aus Kiew, daß bis gegen Ende Mai 16,000 Mann Fußvolk an die deutsche Grenze durchmarschirt waren. Tag für Tag gehen durch Riga bedeutende Pulver-Transporte eben dahin. Ich selbst habe am ersten Pfingsttage 83 vierspännige Pulverwagen gezählt und Tags darauf machte ein Transport von circa 200 Vorrathswagen hier Rast, um die Nacht weiter zu gehen. So geht es seit über 8 Tagen fort. Die Truppenmärsche gehen 15 — 20 Meilen südlich von hier. Thatsache ist es ferner, daß die hiesige Festung kriegstüchtig gemacht wird, und daß in den nächsten 14 Tagen 16,000 Mann in der Umgegend einquartirt werden. Ueberhaupt werden die Ostseeprovinzen trotz ihrer Ergebenheits-Adressen militärisch besetzt. Die Aerzte sind aufgefordert, sich dem Militärdienste zu widmen. Melden sich nicht genug, so wird eine Zwangs-Conscription ausgeschrieben. Gegen Polen können diese Maßregeln nicht sein, denn da stehen schon über 200,000 Mann. Man glaubt hier, oder eigentlich nur die Russen behaupten, die Operation sei durchaus feindlich gegen Deutschland, die Truppen würden die deutsche Grenze nicht respectiren. Die freundlicher gesinnten Deutsch-Russen befürchten dies nur. Bei den hiesigen Deutsch-Russen herrscht völlige Gleichgültigkeit gegen die deutsche Sache." (Köln. Z.)

Schweiz.

(Zürich, 24. Juni.) Die politischen Aussichten werden wieder trüber, denn jedenfalls giebts in nächster Zeit wieder einen republikanischen Einfall in Deutschland, man arbeitet und treibt um nach allen Seiten, natürlich auch mit allen Mitteln. Von Biel (Kantons Bern) traf vor einigen Tagen ein gedruckter Aufruf hier ein, sich zu rüsten mit Geld, Waffen, Wäsche und Mannschaft! (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Die General-Verwaltung der K. Posten und Eisenbahnen hat unterm 15ten d. Mts. beschlossen, versuchsweise

vom 1ten nächsten Juli Monats an

eine Haltstelle bei Bahnwärter Posten Nr 12 an der Ueberfahrt der Poppenreuth-Fürther Straße über die l. Bahn lediglich behufs der Aufnahme von Personen und deren Gepäck für die nächstgelegenen Stationen Nürnberg und Eltersdorf zu errichten.

Die Reisescheine gibt der daselbst postirte Bahnwärter ab; nach dieser Haltstelle werden Reisende nur in Nürnberg, Eltersdorf und Erlangen abgefertigt.

Nürnberg, den 26. Juni 1848.

Königliches Bahnamt.
Hänlein.

Politisches Lesekabinet.

Unsere politisch so bewegte Gegenwart fordert gewiß jeden Denkenden auf, sich so viel als möglich politisch zu bilden, um den sich drängenden Ereignissen mit einem gesunden Urtheile folgen zu können.

Da nun aber die Zeitungen nicht ausreichen, diese jetzt so nothwendige Bildung hervorzubringen, so haben wir uns entschlossen, auf hiesigem Platze ein

Politisches Lese-Kabinet

zu gründen.

Es werden in demselben alle neu erscheinenden Flugschriften politischen Inhaltes aller Farben und sonstige interessante Erscheinungen aufgelegt seyn, und nach dem Wunsche jedes einzelnen Interessenten auch solche, die allenfalls nicht vorräthig seyn sollten, schnellstens zur Stelle geschafft werden.

Das Lokal befindet sich L. Lit 1 auf der Fleischbrücke, und ist vom 1. Juli ab alle Tage von früh 9 Uhr bis 12 Uhr, und Nachmittag von 1—7 Uhr geöffnet. Der monatliche Abonnements-Preis ist trotz der kostspieligen Anschaffung der Brochüren: 30 kr.

Nicht-Abonnenten und Fremde zahlen für den Besuch 6 kr

Indem wir hiemit zu recht reger Theilnahme an diesem gewiß zeitgemäßen Unternehmen ergebenst auffordern, bemerken wir zugleich, daß die bezüglichen Listen theils in unserm Geschäftslocale zur gefälligen Subscription aufliegen, theils auch durch Colporteure in Cours gesetzt sind.

Nürnberg, den 26. Juni 1848.

v Ebner'sche Buchhandlung.

(Gesuch.) Eine ordentliche Magd, die sich jeder Arbeit willig unterzieht, dabei mit Kindern umgehen kann, wird am nächsten Ziele in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres in der Exped. d Bl.

(Ersuchen) Herr Fuchs, Gastwirth zum Bamberger Hof, wird gebeten, bald wieder einen solchen Ball wie vergangenen Sonntag den 25. Juni zu veranstalten

Mehrere der Anwesenden, die sich aufs Beste amusirten.

Erklärung
über die bosbafte Verläumdung der Vorstände der Holleder'schen Leichenkasse.

Da heute die gerichtliche Vermittlung stattfand und das Hauptbuch für richtig anerkannt wurde, so mußten die beiden Gärtner ihre Verläumdung zurücknehmen, und die Vorstände für rechtliche Männer bei Gericht erklären. Da die Ankündigung der Versammlung weder von den Vorständen noch von den Ausschußmitgliedern anberaumt wurde, wahrscheinlich nur von einem bekannten Schreier, welcher die Leichenkasse in einen übeln Ruf bringen will, so erscheinen oben benannte nicht. Will jemand von den verehrlichen Mitgliedern die Hauptbücher in Augenschein nehmen, so liegen sie beim Herrn Vorstand Fleischmann nebst den Gärtner'schen Akten zu jeder Stunde bereit.

Sämmtliche Vorstände nebst Ausschuß-Mitgliedern.

Bekanntmachung.

Da es Allgemein verbreitet ist, daß am 27. Juni die erst angekommenen Soldaten des 13. Regiments bei mir alles demolirt haben sollten, so erkläre ich solches für Unwahrheit, indem nicht das geringste vorgekommen ist, was ich hiemit dem Publikum öffentlich bekannt mache.

Ph. Bach,
Gastwirth zum weißen Lamm.

Eine Anfrage.

Am 25 Juni, am Tage des Johannisfestes hat sich ein Fremder, wohl aber ein deutscher Mann, auch diese Kirchweihe besehen. — Auf seiner Wanderung dahin wollte er auch Einkehre machen und besuchte das Schützenhaus. — Beim Eintreten in diese versammelte große Gesellschaft, wohl mehr als tausend, wurde eben dieser Fremde von einem Manne in kompletter Uniform der Polizei, mit den Worten begrüßt: „Sind Sie Mitglied der Gesellschaft." — Natürliche Antwort: „Nein, sondern ein Fremder; darf man wohl als solcher diese Versammlung besuchen?" Der liebe Polizeidiener hatte die Güte, dies zu verneinen und sogleich wurde seinem dictatorischen Befehl genügt.

Ist die Gesellschaft der Schützen bei St. Johannis so groß, daß circa 1000 Mitglieder und mehr in sich schließt? Ist bei diesem Feste, bei dieser Kirchweih der Besuch des Lokals Fremden und Nichtmitgliedern nicht gestattet? Eine Antwort wird erwartet, um jeden Conflikt entgehen zu können.

Bekanntmachung.

Es wird allen Herren Bierwirthen bekannt gemacht, was zur Vereinsrechnung gehört an Niemand anders als an Herrn Bierwirth Schieder zu verabreichen.

Die beiden Vorgeher
Deuerlein.
Engelhardt.

(Gesuch.) Eine ordentliche Magd, die auch etwas kochen kann, wird täglich gesucht. Karolinenstraße Nro. 341.

Dank.

Gerührten Herzens statte ich hiemit Herrn Dr. Barthelmeß öffentlich meinen Dank ab, für die aufopfernde Behandlung und zweckmäßig angewandten Arzneimittel desselben, wodurch ich so schnell von einem sehr schmerzhaften Kopfleiden befreit wurde. Möge Gott recht lange diesen menschenfreundlichen und geschickten Arzt seinen leidenden Mitbürgern erhalten.

Friedrich Schrieser.

Schusters-Felsen-Keller.

Donnerstag den 29. Juni

Harmoniemusik.

Haus-Verkauf.

Das im Maiengäßchen liegende mit L. Nr. 1273 bezeichnete Haus, welches enthält: 1 Keller, 1 Werkstatt mit Feuerrecht, 2 Stuben, 2 Kammern und 1 Boden, wird hiemit öffentlich zum Verkauf ausgeboten und hiezu Termin auf

Montag, den 3. Juli, Vormittags von 10 bis 12 Uhr.

im Lokale selbst anberaumt, wozu Kaufsliebhaber höflichst eingeladen werden!

Das Haus ist frei, lauter und eigen und hat das gewöhnliche Waldrecht; auch kann der größte Theil des Kaufschillings darauf stehen bleiben.

Die Erbsinteressenten.

(Zu vermiethen.) In Nr. 98 an der Hauptstrasse zu Gostenhof, ist ein heiteres Logis an eine stille Familie zu vermiethen, welches nächstes Ziel bezogen werden kann.

(Gesuch.) Es wird ein Kindsmädchen gesucht, welches mit neugebornen Kindern umzugehen versteht. S. Nr 675.

(Anzeige) Derjenige, welcher vergangenen Sonntag bei Wöhrd seinen Stock in die Pegnitz fallen ließ, kann solchen in Nro 87 in Wöhrd gegen Ersatz der Einrückungsgebühren in Empfang nehmen.

(Gesuch) Ein gebildetes Frauenzimmer wünscht, wo möglich auswärts, als Stubenmädchen unterzukommen. Näheres in der Exp d Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 29. Juni. 4. Vorstellung im Sommerabonnement. „Farinelli, oder: König und Sänger" Schauspiel mit Gesang in 3 Akten. Nach dem Französischen des Deforges von Friedrich. Musik von Lindenau arrangirt. Herr Hagen vom Kasseler Hoftheater „Farinelli" als Gast.

Lotterie.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

30 26 75 41 62

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, konstitutionelle Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. Juni 1848. № 182. Freitag: Paul. Ged.

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement für die Mittelfränkische Zeitung. Wir laden deshalb das verehrliche Publikum zur Theilnahme mit dem Bemerken ein, daß unser Blatt auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts sich den freisinnigsten Bewegungen stets anschließen und über die Ereignisse der Zeit täglich ein klares Bild entwerfen wird. Die umgeänderten Postverhältnisse erlauben es, das Blatt im ganzen Königreich für fl. 1. 45 kr. vierteljährig, wozu in Loco noch 3 kr. Austrägerlohn kommen, an die Abonnenten liefern zu können. Der zu regulirenden Auflage wegen ersuchen wir das verehrliche Publikum, die Bestellungen rechtzeitig zu machen, und erwähnen für Auswärtige noch besonders, daß dieselben bei den ihnen zunächst gelegenen Postämtern, nicht aber bei der Expedition dieses Blattes abonniren wollen.

Deutschland.

Bayern. (München, 27. Juni, Abends $6^1/_2$ Uhr.) So eben erfahre ich noch, daß nach heute hier eingetroffenen Briefen die von dem kgl. bayerischen Gesandten v. Arel gemeinschaftlich mit dem kgl. preußischen Gesandten v. Werther in Turin wegen der Blokade von Triest gethanen Schritte bei der sardinischen Regierung nicht vergeblich gewesen seyen, und eine befriedigende Lösung dieser deutschen Angelegenheit in den nächsten Tagen zu erwarten stehe. (A. A. Z.)

(München, den 26. Juni.) In Betreff der bei den Märzunruhen im vorigen Jahre wegen Excesse gegen L. Montez und ihre Anhänger Verurtheilten hat die Studentenschaft Nachlaß der Strafen derselben verlangt. Ueber die in diesem Semester an der Universität anwesenden ehmaligen Mitglieder der „Alemannia" hat sich die Repräsentantenschaft dahin erklärt, sie werde sie beim Kollegienbesuche dulden, doch sei ein Anschluß oder eine Aufnahme derselben in jedem Falle unmöglich. Dagegen wird wahrscheinlich demnächst eine Verwahrung gegen Professor Dr. Martin, als einen ehemaligen Günstling der Montez, eingereicht werden. — Die Reverse, welche in früheren Jahren jeder neu immatrikulirte Student hatte abgeben müssen, und durch die er sich bei Ehrenwort verpflichtete, keiner geheimen Verbindung beizutreten u. s. f., können, da sie ihre Geltung verloren haben, von jedem Einzelnen wieder zurückverlangt werden. (N. Aod. Z.)

(München, den 27. Juni.) Bei dem gestrigen 376sten Stiftungsfeste unserer Hochschule führte der Rector, Hofrath Thiersch, ihre Geschicke im Umrisse an uns vorüber. Ursprünglich mit voller Selbstständigkeit und mit allen für eine gelehrte Anstalt unentbehrlichen Freiheiten ausgestattet, gerieth sie bald fur Jahrhunderte lang unter den Druck jesuitischer Herrschaft; von ihm dann zeitweise befreit, hatte sie unter der Vormundschaft engherziger Politik der Staatsgewalt zu leiden, und war selbst noch bis in die neueste Zeit herein — mit Ausnahme einiger Jahre der Hoffnung von 1829 bis 1835, welche aber auch unerfüllt blieb, — Beschränkungen unterworfen, welche der freien und vollen Entwicklung der Wissenschaft einen stets drückenden Hemmschuh anlegten. Erst mit dem vergangenen Jahre brach eine bessere Zeit an, welche durchgreifende Reformen erwarten läßt, und deren Eintritt durch die Errichtung eines eigenen Unterrichtsministeriums bezeichnet ist. Der schon mehrere Wochen vor Ausbruch der neuesten französischen Revolution im Schooße der Studentenschaft vor sich gegangene Reinigungsproceß von vergifteten Elementen, dann die energische Theilnahme der Studirenden an den Ereignissen der Märztage und deren schöne Haltung bis heute wurde vom Redner ziemlich ausführlich und mit warmer Anerkennung erwähnt, und ihnen der wohlverdiente Dank dafür nicht nur im Namen der Universität, sondern auch im Namen des Vaterlandes ausgesprochen. Was die Veränderungen im Lehrerpersonale betrifft, so verlor die Hochschule im abgelaufenen Jahre durch Quiescirung den Professor Dellinger, durch Tod die Professoren Gorres, Zuccarini und Erdl, deren Leben und Wirken mit Wärme und Beredsamkeit kurz gewürdigt wurde. An neu ernannten ordentlichen, außerordentlichen Professoren und Privatdocenten erhielt die Anstalt einen Zuwachs von 16 Männern. Die Zahl der Studirenden wird sich für das Sommersemester, wenn die Immatriculation beendet ist, kaum erheblich tiefer stellen als im Wintersemester, wo sie in runder Zahl 1500 betrug. Die ganze Rede, welche von einem ungewöhnlich zahlreichen Auditorium mit tiefer Aufmerksamkeit angehört wurde, wird der vom Rector gegebenen Zusage zufolge dem Druck übergeben werden und es soll mir eine angenehme Pflicht sein, seiner Zeit auf einzelne Theile derselben des näheren einzugehen. (A. A. Z.)

XX (Nürnberg, 29. Juni.) Dienstag den 27. beschloß der Volksverein dahier folgende Vertrauensadresse an die Nationalversammlung, welche auch bereits nach Frankfurt abgesandt ist: Hohe konstituirende Nationalversammlung! Mit festem Vertrauen und freudigem Stolze blickt das deutsche Volk auf die hohe Versammlung seiner Vertreter, als auf den leuchtenden Hoffnungsstern einer großen, glücklichen Zukunft. Vorüber auf ewig ist die Zeit seiner Knechtschaft und Unmündigkeit; das Volk hat sich erhoben, um Reich und Recht, von den Großen seit Jahrhunderten verwirrt und verwahrlost, durch die Männer seiner Wahl wieder ordnen zu lassen. Und während dies geschieht, will es selbst die Runde machen und die ehrwürdige Versammlung mit seinen Körpern decken, daß kein Feind sie in ihrem heiligen Geschäfte stören soll. Denn die Gegner sind wach: es lauern die alten Bedrücker, es stürmen die neuen Befreier; darum ist es nöthig, daß auch das Volk Wache hält. Hohe Nationalversammlung! Hier in Nürnberg hat sich ein Volksverein — die fünf ersten Paragraphen seiner beiliegenden Statuten bezeugen es — zu dem Zwecke gebildet, um das Vertrauen des Volks auf seine Vertreter immer mehr zu befestigen und deren Machtvollkommenheit zur allgemeinen Anerkennung zu bringen, so weit seine Wirksamkeit reichen kann, damit die Beschlüsse dieser hohen Versammlung im Volkswillen selbst Schirm und Wehr finden gegen Alle, die es wagen sollten, ihre Gültigkeit anzutasten. Der Volksverein ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß Deutschlands Glück und Einheit, Freiheit und Größe aus der Berathung der Männer herrlich erstehen wird, deren Namen schon vielfach in den Jahren der Knechtschaft von gutem Klang, deren Bürgertugend durch Leid und Gefahr erprobt, deren Einsicht durch Denken und Wirken für's Volkswohl genugsam bewährt ist. Beschließen Sie fest und kühn, ohne Zagen und Zaudern, nach freiem Ermessen! Das Volk wird auf Ihrer Seite seyn; denn also steht sein Wille: die Nationalversammlung allein hat den Beruf zur Rettung des Vaterlands.

Freie Städte. (Frankfurt, 25. Juni.) [66. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 24. Juni 1848.] Zum Vortrag kam eine Note des bei der Bundesversammlung accreditirten königl. sardinischen Gesandten, Marquis Pallavicini, d. d. München, den 19. d. M., im Betreff der Blokade von Triest, in welcher letzterer erwiedert, daß es stets in den Absichten seiner Regierung gelegen habe, die freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Bunde zu erhalten und zu befestigen, und daß er bei ihrer Anerkennung der Neutralität seides Gebietes wiederholt sehr bestimmte Zusicherungen erhalten habe, daß dieses Gebiet niemals freiwillig durch die Waffen Sr. Majestät verletzt werden würde. Bei den ersten Gerüchten von möglichen feindlichen Absichten der sardinischen Flotte gegen die Stadt Triest sei ihm offiziell mitgetheilt worden, daß dieselbe keine andere Bestimmung habe, als das österreichische Geschwader zu überwachen und dasselbe zu verhindern, neue Feindseligkeiten zu verüben, daher von einem Angriff auf Triest keine Rede sein könne. Da ihm nun nicht aus Thatsachen bekannt sei, ob der Contreadmiral Albini von dem ihm vorgezeichneten Wege wirklich abgewichen sei, so glaube er, daß man annehmen müsse, es habe entweder der Admiral seine Funktion überschritten oder die Stadt Triest selbst, ihre neutrale Stellung verkennend, durch feindselige Herausforderungen diesen leidigen Zustand der Dinge herbeigeführt — ein Zustand, den man, so bedauerlich er auch sein möge, unter solchen Umständen nicht der sardinischen Regierung zur Last legen könne. Die Erklärung der Letzteren selbst soll der Bundesversammlung später zugehen. Damit im Zusammenhange stand eine Zuschrift des Syndicus Banks aus London, vom 22. d. M., in welcher sich derselbe darüber ausspricht, wie das englische Kabinet die Protestation der Bundesversammlung bezüglich der Blokade von Triest aufgenommen habe. Ein Bericht des General Wrangel, vom 16. d. M., der einen Nachweis über die dem Ersteren zur Disposition gestellten Streitkräfte des 10. Armeekorps enthält, wird dem Ausschusse für Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Ausschusse für Militärangelegenheiten zugewiesen. Die von den in die Staaten des 10. Armeekorps entsendet gewesenen Bundeskommissären (dem kgl. bayerischen Gesandten und dem k. k. österreichischen General Nobili) in politischer und militärischer Beziehung erstatteten und eben vorgelegten Berichte wurden zunächst an den Ausschuß für Militärangelegenheiten abgegeben, sollen aber dann unter den einzelnen Mitgliedern der Bundesversammlung in Circulation gesetzt werden. Auf eine Zuschrift des Prioritäts- und Petitionsausschusses der Nationalversammlung, vom 23. d. Mts., eine Beschwerde der Stadt Mannheim betreffend, in Bezug auf welche um Auskunft über die Sachlage und Mittheilung der bei der Bundesversammlung darüber vorhandenen Aktenstücke gebeten wird, ward beschlossen, von den beiden einschlagenden Protokollen (57. Sitzung vom 27. Mai §. 550 und 63. Sitzung vom 16. Juni §. 617), den einzigen Aktenstücken, welche über diese Angelegenheit bei der Bundesversammlung vorhanden sind — der Nationalversammlung durch den Präsidenten derselben Abdrücke zugehen zu lassen und durch diese die von dem Präsidialgesandten bereits in der Sitzung der Nationalversammlung über den Sachverhalt gegebene Auskunft zu bestätigen. Auf die Zuschrift des kgl. preuss. Generalmajor von Peuker, welcher der Bundesversammlung Exemplare seiner Schrift über die künftige Wehrverfassung Deutschlands übersendet, beschließt man, dem Uebersender den Dank der Bundesversammlung auszusprechen, zugleich aber auch durch Vermittlung des Militärausschusses der Nationalversammlung eine geeignete Anzahl von Exemplaren der betreffenden Schrift zur Vertheilung an die Mitglieder zugehen zu lassen. Eine Zuschrift des Präsidenten der Nationalversammlung vom 23. d. M. zeigt an, daß die der letzteren von der Bundesversammlung vor Kurzem angewiesenen 25,000 Gulden zu den Bureaux- und sonstigen Kosten verwendet seyen, und beantragt daher zugleich eine anderweite Krediteröffnung. Der Beschluß hierauf geht dahin, der Nationalversammlung fernerweit 25,000 Gulden anzuweisen, dabei aber den Antrag zu stellen, daß der Bundesversammlung ein ungefährer Ueberschlag des monatlichen Bedarfs der Nationalversammlung zustellig gemacht werde. Hiermit im Zusammenhange stehend, wird ein Bericht der Bundeskassenverwaltung vorgetragen, in welchem eben der vorersichtliche Antrag bezüglich des ungefähren Bedarfsüberschlags angeregt ist und eine anderweite Matrikularumlage von 100,000 Gulden (zugleich zu den Zahlungen an den Gesandten in London) als erforderlich bezeichnet wird.

Ein zweiter Bericht der Bundeskassenverwaltung über die bis jetzt an den Syndikus Banks in London gefälligen Zahlungen gibt diese zu ungefähr 4900 Gulden an und führt zu dem Beschlusse die bezeichnete Summe vorschußweise aus den Festungsbaugeldern entnehmen zu lassen. Unter den Anzeigen und Mittheilungen der einzelnen Gesandten, die sodann erfolgten, ist zuvörderst ein solche Mittheilung des k. bayer. Gesandten zu erwähnen. Nach derselben wünscht die k. bayer. Regierung, daß die bayer. Truppen nunmehr aus Baden zurückgesendet werden möchten, da die Ruhe dort wieder hergestellt sey, auch durch die Truppenverpflegung bedeutender Aufwand entstehe. Zugleich wird in dieser Mittheilung der Ersatz der Kosten für die nach Baden entsendeten Truppen des 7. und 8. Armeekorps angemeldet und die vorläufige Liquidirung dieser Kosten als zweckmäßig bezeichnet. Es wird diese Mittheilung in letzterer Beziehung, da ein Beschluß für jetzt nicht darauf zu fassen ist, zur Kenntniß genommen, in ersterer Hinsicht (wegen Rücksendung der Truppen) aber der politische Ausschuß in Verbindung mit dem Ausschusse für Militärangelegenheiten zur Begutachtung aufgefordert, auch der großh. badische Gesandte ersucht, bei seiner Regierung über den Stand der Sache Erkundigung einzuziehen. Von Hannover wurde die Anfrage gestellt, ob nicht bei der bevorstehenden Organisation einer interimistischen Verwaltung im Herzogthum Lauenburg auf einen Ersatz für das von Dänemark beschädigte Privateigenthum Rücksicht zu nehmen sey, und darauf beschlossen, dem politischen Ausschusse, der noch die Vollmacht für den in dieser Sache erwählten Bundeskommissär zu entwerfen hat, diese Frage zur Erwägung zuzuweisen. Die Gesandten von Kurhessen und Luxemburg erstatteten Anzeigen über die Stärke und Standorte der Bundeskontingente, die Gesandten von Kurhessen, Schleswig-Holstein und Bremen über die Abordnung von Bevollmächtigten zu dem beabsichtigten Zollkongresse und der Gesandte von Mecklenburg machte eine für den Marineausschuß bestimmte Mittheilung. Endlich gab der Gesandte von Hamburg noch Auskunft im Betreff der von dem k. preuß. Gesandten in der Sitzung vom 17. d. M. gemachten Mittheilungen über den angeblich fortgesetzten Verkehr zwischen Norddeutschland und Dänemark, soweit dabei von Hamburg die Rede ist, insonderheit bezüglich der angeblichen Befrachtung eines feindlichen Schiffes in Altona durch einen Hamburger Makler, dann der Möglichkeit, brieflichen Verkehr mit Dänemark zu unterhalten, durch Beförderung der Korrespondenz von und nach Lübeck seitens des Hamburger Stadtpostamtes, endlich wegen angeblich durch Vermittelung des Letzteren erfolgter großer Geldsendungen von Rußland an Dänemark. Aus diesen Mittheilungen, die zu Protokolle genommen und dem politischen in Verbindung mit dem Embargoausschusse zugewiesen wurden, ergab sich, daß theils die Gerüchte über den beregten Verkehr mit Dänemark auf Irrthum beruhen, theils dieser Verkehr, insoweit er noch stattfindet, zeither nicht wohl hat abgebrochen werden können. (Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 27. Juni, Morgens 11 Uhr. [25. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Die Sitzung wurde um 10 Uhr von dem Vicepräsidenten v. Soiron eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls schlug Präsident von Gagern vor, die verschiedenen neu eingebrachten Amendements fallen zu lassen, in das Gesetz nur die Bestimmung aufzunehmen, daß die Wahl des Trägers der Centralgewalt von der Versammlung ausgehe, und daß es den Einzelnen freistehen solle, das Motiv (das Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen) zu Protokoll zu geben. Heckscher, v. Auerswald und Blum nahmen hierauf Namens ihrer Freunde die verschiedenen Amendements zurück. Heckscher sprach dabei die Erwartung aus, daß allseitig die einfache Abstimmung ohne Diskussion zugestanden werde. v. Auerswald erwartet, daß das von ihm vertretene Prinzip (Wahl aus Fürstenhäusern) thatsächlich anerkannt werde. Es wurde nunmehr zur Diskussion über die Fragenreihe geschritten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 27. Juni, 2 Uhr.) Art. 1 der Anträge in Betreff der Centralgewalt lautete: „Die Nationalversammlung beschließt, vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen" (die gesperrten Worte sind der Vincke'sche Antrag): „1) bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden." Dieser Artikel wurde so eben durch namentliche Abstimmung mit 577 gegen 31 Stimmen verworfen, und sodann der Artikel ohne den Beisatz: „vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen" durch Aufstehen und Sitzenbleiben fast einstimmig angenommen. Art. 2. „Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen; b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen" — wurde in gleicher Weise angenommen. Ueber d) „die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen", findet so eben namentliche Abstimmung statt. (Frkft. Z.)

☾ (Frankfurt, den 27. Juni, Abends 6 Uhr.) So eben komme ich aus der Paulskirche. Von 9 Uhr an dauerte die Sitzung ununterbrochen. Es gelang Hrn. v. Gagern, den Frieden so ziemlich herzustellen. Die neuen Amendements wurden zurückgezogen. Es wurde heute zur Abstimmung geschritten. Da es spät ist, muß ich mich darauf beschränken, Ihnen die Beschlüsse kurz mitzutheilen. Der Antrag Vincke's, daß die Nat.-Vers. „vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen" beschließen solle, wurde bei namentl. Abstimmung mit 577 gegen 31 verworfen. Der Passus, daß die Centralgewalt die Beschlüsse der Nat.-Vers. zu verkünden und zu vollziehen habe, der wichtigste von allen, wurde mit 277 gegen 261 verworfen. Die Nat.-Vers. will einen Herrn, nicht einen Diener haben. Der Präsident wurde verworfen; die Vers. will einen Reichsverweser haben. Die bis jetzt gefaßten Beschlüsse lauten: 1) bis zur definitiven Begründung einer Reichsverfassung für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation gestellt werden. 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die gemeinsame Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen; b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen, c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Consuln zu ernennen, d) die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. 3) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt mit Einverständniß der Nat.-Vers. 4) Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen; dieser wird von der Nat.-Vers. frei gewählt. — So weit heute. Morgen 9 Uhr Fortsetzung. Die Nachrichten aus Frankreich haben sehr ungünstig auf die Abstimmung gewirkt. Die Monarchisten sind blind genug, in Frankreich bereits im Geiste einen Diktator oder den Gründer einer neuen Dynastie zu schauen.

Hessen. (Mainz, 25. Juni.) Bei der hier garnisonirenden Schwadron österreichischer Dragoner (Regiment Fiquelmont) ereignete sich vor kurzem folgender Vorfall: Aus sehr geringfügiger Ursache gerieth ein Lieutenant in Wortwechsel mit einem Dragoner und hieb demselben mehrmals mit der Reitpeitsche in's Gesicht, was die ganze Schwadron in Aufruhr brachte, so daß solche augenblicklich satteln wollte, um nach Böhmen zurückzukehren. Nur das schleunige Einschreiten des Generals, der sogleich den betreffenden Lieutenant in Arrest schickte, konnte die Schwadron beruhigen. Bei dem österreichischen Infanterieregiment Erzherzog Rainer, das meistens aus Böhmen besteht, sind viele Briefe in böhmischer Sprache gefunden worden, worin die Mannschaft aufgefordert wird, in Masse nach Böhmen zu eilen. Bereits sind einige Wirthschaften unserer Stadt der österreichischen Garnison streng verbotten worden, wegen dort fortwährend gehaltenen republikanischen Vorträgen. Nächsten 1. Juli wird die preußische Uhlanenschwadron durch eine solche preußischer Dragoner von Deutz abgelöst werden. (Frkft.O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, den 26. Juni.) Nachdem der Präsident des Staats-Ministeriums, Staats-Minister Camphausen, so wie die Staats-Minister Graf von Schwerin, von Auerswald, Bornemann und Freiherr von Schleinitz, ingleichen der Chef des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Freiherr von Patow, von mir auf ihren Antrag aus ihren bisherigen Stellungen entlassen worden sind, habe ich 1) den Ober-Präsidenten von Auerswald zum Präsidenten des Staats-Ministeriums und zugleich interimistisch zum Minister der auswärtigen Angelenheiten, 2) den Präsidenten der National-Versammlung, Abgeordneten Milde, zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, 3) den General-Landschafts-Rath, Abgeordneter Rodbertus, zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, und 4) den Kriminalgerichts-Direktor Maerker zum Justiz-Minister ernannt. 5) Von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten soll die Verwaltung der landwirthschaftlichen Angelegenheiten getrennt und ein eigenes Ministerium für diese Angelenheiten gebildet werden, dessen Leitung ich dem Stadt-Syndikus, Abgeordneten Gierke, unter Ernennung desselben zum Staats-Minister, übertragen habe. 6) Die Leitung des Ministeriums des Innern habe ich dem Regierungs-Präsidenten Kühlwetter, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch, übertragen. Der Finanz-Minister Hansemann und der Kriegs-Minister Freiherr von Schreckenstein bleiben in ihren bisherigen Stellungen. Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Sanssouci, den 25. Juni 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (contrais.) Hansemann. (D. A. Z.)

Der König hat den bisherigen Polizei-Direktor zu Köln, Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung, Müller, zum Unter-Staats-Sekretär im Justiz-Ministerium ernannt.

(Berlin, den 24. Juni.) Einem Ministerial-Beschlusse zufolge sollen die hier eintreffenden Mitglieder des demokratischen Central-Ausschusses sofort ausgewiesen werden. — Im constitutionellen Clubb wurde gestern ein Antrag des Herrn Dr. Stern: „Der constitutionelle Clubb möge die verbrüderten und andere constitutionellen Vereine auffordern, durch Deputirte einen constitutionellen Congreß in Berlin zu gründen, um den republicanischen Bestrebungen entgegenzuwirken und die demokratisch-constitutionelle Monarchie zu stützen" angenommen. Zur Darlegung der geeigneten Mittel und Vorschläge für die Bildung dieses Congresses wird eine Commission niedergesetzt. (Köln. Z.)

(Berlin, den 26. Juni.) Aus der heutigen Sitzung der National-Versammlung theilen wir das nachstehende Programm mit, welches das neue Ministerium seiner Thätigkeit zum Grunde zu legen erklärt hat: Wir wollen die dauerhafte Begründung der konstitutionellen Monarchie. Deshalb halten wir fest an dem Zweikammer-System und an dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde. Deshalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr hinreichendes Vertrauen und Ansehen im Volke gesichert wird; zu diesem Zweck möge die erste Kammer auf eine volksthümlichere Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe vorgeschlagen worden ist, begründet werden. Wir halten uns überzeugt, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes die Befestigung der erworbenen Freiheit und, — zum Schutze derselben, sowie zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens, — die Stärkung der Staatsgewalt dringend erheischen, damit auf der einen Seite keine Besorgniß vor einem Versuch zur Wiederherstellung des früheren Regierungs-Systems entstehe, auf der anderen Seite die Freiheit nicht in Anarchie ausarte. So weit die bestehenden Gesetze nicht zur Erfüllung dieser Aufgabe ausreichen, werden wir keinen Anstand nehmen, Ihre Mitwirkung zur Erlangung der nothwendigen Mittel in Anspruch zu nehmen; denn die größten Gefahren im Innern und nach Außen würden für Preussen und für Deutschland daraus entstehen, wenn nicht bald das Vertrauen auf gesetzmäßige Ordnung und auf feste Begründung der konstitutionellen Monarchie sich allgemein befestigte. Zur Erreichung dieses Zweckes werden wir nicht nur gemeinsam mit Ihnen die Vereinbarung über die Staatsverfassung zu fördern uns bemühen, sondern Ihnen auch in kurzer Zeit diejenigen Gesetze vorlegen, welche am nothwendigsten sind, um die mit der neuen Verfassung nicht vereinbaren Verhältnisse zu ändern und in Harmonie mit derselben zu bringen. Wir werden Ihnen unverzüglich zur weiteren Entwicklung der nationalen Wehrkraft ein Gesetz über die Bürgerwehr vorlegen; ihr Beruf ist, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen, so wie bei der Vertheidigung des Landes gegen äussere Feinde mitzuwirken. Bereits besitzen Sie eine Denkschrift, in welcher die Grundzüge eines Gesetzes zur Befreiung des Eigenthums von den Fesseln angedeutet sind, die dessen vortheilhafteste Benutzung in einem großen Theile der Monarchie lähmen. Unsere eifrigste Sorge wird darauf gerichtet sein, dies Gesetz bald zu entwerfen und vorzulegen. Es erscheint uns dringend nothwendig, daß die innere Landesverwaltung überall mit den konstitutionellen Grundsätzen in Einklang gebracht werde. Zu diesem Zwecke werden wir

bald den Entwurf einer freisinnigen Gemeinde-Ordnung, die auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung der Gemeindeinteressen beruht, einbringen. Indessen wird damit jener Einklang noch nicht genügend und nicht frühzeitig genug erreicht, und eine durchgreifende Umbildung der Bezirksverwaltung ist nothwendig, wenn die Organe der Staatsgewalt überall harmonisch mit dem Ministerium im konstitutionellen Geist kräftig wirken sollen. Wir glauben, daß dies Bedürfniß allgemein erkannt wird. Deshalb werden wir nächstens eine Reorganisation jener Verwaltung anordnen, durch welche die Ausführung der Gemeinde-Ordnung zweckmäßig vorbereitet, und die Organe der Staatsgewalt vereinfacht und gekräftigt werden. Unser Plan zur Reorganisation der Rechtspflege geht von der Absicht aus, die anerkannten Vorzüge des rheinischen Gerichtsverfahrens in nicht ferner Zukunft im ganzen Lande zu verallgemeinern und die diesen Zweck befördernden Vorbereitungen zu beschleunigen. In der Steuergesetzgebung sind wesentliche Reformen vorzubereiten; die dringlichste ist das Aufhören der Steuerbefreiungen, zu deren Beseitigung ein Ge etz vorgelegt werden wird. Zur Belebung der Erwerbthätigkeit, also zur Beseitigung der Noth der handarbeitenden Volksklassen, g bt es für jetzt kein wirksameres Mittel, als die Herstellung des geschwächten Vertrauens auf Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und der baldigen festen Begründung der constitutionellen Monarchie. Ind m wir mit allen Kräften dieses Ziel verfolgen, wirken wir also der Erwerblosigkeit und Noth am sichersten entgegen. Aber die Beschaffung von Beschäftigung durch öffentliche Arbeiten, die dem Lande wahren Nutzen bringen, ist hierzu ebenfalls nothwendig. Wir werden daher in dieser Beziehung den von dem früheren Ministerium bereits begonnenen Weg nach Maßgabe der uns zu Gebot stehenden Mittel verfolgen, jedoch noch weit umfassendere Arbeiten zum Heil aller erwerbenden Volksklassen anordnen, sobald mit Ihrer Unterstützung es uns gelingt, die durch Unruhen und Aufreitzungen genährten Besorgnisse vor dem Umsturz der staatlichen Verhältnisse zu beseitigen, und das zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel nothwendige allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Umsturz aller staatlichen Verhältnisse — die constitutionelle Freiheit begründet, und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest.

(Pr. St.-A.)

Folgende energische Adresse hat der Volksklub in Düsseldorf an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt erlassen: Hohe Versammlung! Wir erinnern daran, daß im Osten an den Marken unseres Vaterlandes eine bedeutende russische Heeresmacht aufgestellt ist und daß Preussen seine Grenzen unbesetzt läßt. Wir haben den Glauben, daß die Fürsten Deutschlands in dem Kaiser von Rußland nicht einen Feind, sondern einen Freund, einen Retter sehen. Das souveräne Volk hat Abgeordnete nach Frankfurt geschickt, in der Meinung, daß selbige über und nicht unter oder neben den Fürsten stehen würden. Wir fordern die hohe Versammlung auf, daß sie sämmtliche deutsche Regierungen veranlasse, schleunigst Truppenmassen gegen Osten zu senden, und erklären hiermit, daß wenn die Versammlung diesem Verlangen nicht auf das Schnellste nachkommen wird, wir dieselbe nicht mehr für ohnmächtig, sondern für verrätherisch halten werden. (Unterschriften.) Dann eine zweite Adresse an die preussische Nationalversammlung in Berlin, welche mit den Worten schließt: Volksvertreter! die Barbaren stehen an unserer unbesetzten Grenze!! Bedarf's eines Mehreren? Volksvertreter! Wir fordern Euch auf, vom Ministerium zu verlangen, die Garantien anzugeben, aus denen es bis jetzt seine unbegreifliche Ruhe und Sicherheit den drohenden russischen Demonstrationen gegenüber zu schöpfen vermochte; Volksvertreter, wir fordern Euch auf, dem verantwortlichen Ministerium, wenn es keine befriedigende Bürgschaften zu geben vermöchte, zu erklären: „daß der erste Schritt einer russischen Armee über die preussische Ostgrenze es zum Verräther an Deutschland und seiner Freiheit stempelt, daß es dafür mit seinem Kopfe zu haften hat."

Ansprache des Volksklubs: An unsere Brüder in der deutschen Armee. Brüder! Die jüngsten Ereignisse in unserm vielzerrissenen Vaterlande, namentlich die in Wien und Berlin, haben uns einen traurigen Beweis von den bösen Folgen des alten Systems gegeben, — das seine ganze Macht darauf stützte, die uniformirten Bürger den nicht uniformirten schroff gegenüber zu stellen, Militär und Civil streng zu scheiden. Nach einem blutigen Kampfe sahen beide Parteien ein, daß sie sich für einen unseligen Wahn bekämpft, daß die künstliche Scheidewand zwischen Bürger und Militär fallen und nicht zwei feindliche Gegensätze, sondern ein einiges Ganze, das Volk, den Staat ausmachen müsse. Doch man hat seit jener Zeit der blutig erkauften Vereinigung Alles aufgeboten, die alte Trennung wieder herzustellen. Hierzu gehört vorzugsweise die Ansprache des Königs von Preussen an seine Armee, die uns gleich mit Entrüstung erfüllte, da sie nur darauf hinzielte, den kaum ausgefüllten Riß unter dem Volke wieder herzustellen; diese ihre beabsichtigte Wirkung hat sich denn auch an vielen Orten, wie in Mainz und Trier, gezeigt. Ferner, was ist aus der von allen Seiten so stürmisch verlangten und auch wirklich verheißenen Volksbewaffnung geworden? Diese hat gerade das erhabene Ziel, die Einheit im Volke zu Wege zu bringen, indem sie das Bewußtseyn erwecken soll, daß jeder wehrhafte Deutsche die Pflicht der Vaterlandsvertheidigung habe, daß somit von einem besonderen, dem Volke gegenüberstehenden Militärstande keine Rede mehr seyn könne. Was ist aus ihr geworden?? Man hat keine allgemeine Volksbewaffnung organisirt, sondern man hat es zugelassen, daß sich da und dort Bürgerwachen bildeten, denen man einige Waffen zukommen ließ, die man ihnen aber bei erster Gelegenheit wieder aus den Händen zu drehen hofft, wie das die Mainzer Vorfälle zur Genüge beweisen. Alle Schritte deutscher Regierungen gehen dahin, keine allgemeine Volksbewaffnung aufkommen zu lassen, sondern es wieder dahin zu b ingen, daß das Heer sich scharf vom Volke sondere. Alles dies wäre uns schon mehr als genügende Anregung, einige Worte ernster Mahnung an Euch, Brüder in der Armee, zu richten, doch wir haben leider noch mehr und noch weit dringendere Veranlassung. Frankreich, das man mit Recht den Vorkämpfer für Völkerfreiheit nennt, von dem allezeit die Freiheitsideen ausgingen und ihre Bahn durch Europa machten, dieses Frankreich, das den Völkerfrieden proklamirt und die Aufreibung der Völker um Fürsten-Interessen für unmöglich erklärt hat, dieses Frankreich begann kaum sich zu Gunsten Polens zu regen, so zieht man Armeen an den Rhein, man armirt die Festungen und ruft zu den Waffen; dagegen rückt jetzt dumpf und drohend von Osten her das Wetter an, Rußland mit seiner Knute erscheint, es regt sich nicht blos, — nein! schon an der Grenze stehen die Barbarenhorden — und was geschieht? — Man sucht die Aufmerksamkeit des Volkes davon abzulenken, im Osten läßt man die Grenze unbedeckt! — Was denkt das deutsche Volk davon, daß man der Freiheit seine ganze Macht entgegenstemmt, und der Tyrannei Thür und Thor offen läßt! — Wir mahnen Euch, Brüder in der deutschen Armee, laßt Euch nicht mißbrauchen! — Wenn Rußland kommt, dann wird das deutsche Volk, wie ein Mann, ihm entgegentreten; das ganze Volk wird zu den Waffen greifen gegen Rußlands Tyrannei und gegen Jeden, der es etwa wagen sollte mit Rußland sich zu verbinden. Das Volk wird wachen und wehe dem, der ein Deutscher, auf Rußlands Barbarei seine Hoffnung baut. — An Rußlands Grenze muß die deutsche Freiheit erkämpft werden. Brüder in der Armee, bedenkt, daß Ihr aus dem Volke hervorgegangen seid und wieder zum Volke zurückkehren müßt, bedenkt es wohl, daß des Volkes Wohl und Wehe auch das Eurige ist, bed nkt endlich wohl die Lehre der jüngsten Zeit: „daß Nichts auf der Welt dem Gesammtwillen eines Volkes widerstehen kann." — Düsseldorf, den 21. Juni 1848. Der Volksklub.

Sachsen. (Von der Saale.) Einen glorreicheren Sieg hat wohl kaum irgendwo die Volkspartei bei den Wahlen in das deutsche Parlament errungen, als in diesen Tagen es in den reussischen Fürstenthümern der jüngeren Linien der Fall gewesen ist. Der von der republikanischen Partei vorgeschlagne Volksmann Dr. Wirth aus Hof ist mit einer fast an Einstimmigkeit gränzenden Mehrheit gewählt, (von ca. 10000 Stimmenden erhielt er über 9000); die Niederlage des von der Regierungs- und Reaktionspartei empfohlenen Dr. Mayer in Gera ist so glänzend, daß die als Regierungsorgane dienenden Zeitungen in Gera, d e noch vor wenig Tagen das Lob des Hrn. Dr. Mayer in alle Himmelsgegenden ausposaunten, plötzlich über diesen Punkt ganz verstummt sind, und auch unsere Reaktionsmänner hier in Lobenstein wieder zu der vor ungefähr erst 8 Tagen plötzlich abgelegten Bescheidenheit zurückkehren, die ihnen seit den letzten 10 Wochen so schön stand! Dieses Wahlresultat hat sie etwas perplex gemacht, so stark hielten sie die republikanische Partei nicht. Bei den Wahlen selbst war die Wahl des Militärs in Ebersdorf die merkwürdigste: Diesem wurden die Zettel von den Unteroffizieren geschrieben, und dasselbe dann kommandirt, die so beschriebenen Zettel abzugeben. Das ist freie Wahl! Ganz anders wählte das Militär in Schleiz; dasselbe wählte trotz aller Ermahnungen des Major H. dennoch fast einstimmig Dr. Wirth.

(Fränk. M.)

Frankreich.

† (Paris, 25. Juni. National-Versammlung in Permanenz.) [Fortsetzung der gestrigen Sitzung nach 5 Uhr Abends.] Lacrosse, einer der Vicepräsidenten, besteigt um $5\frac{1}{2}$ Uhr in der Uniform eines Obersten der Bürgerwehr und mit der dreifarbigen Schärpe angethan, den Präsidentenstuhl und setzt die Sitzung mit der Erklärung fort, daß dem Präsidio noch keine weiteren Berichte zugegangen. Sechzig Glieder der Versammlung waren bekanntlich abgeschickt worden, um der kämpfenden Bürgerwehr und Linie anzuzeigen, daß Paris in Belagerungsstand versetzt sey und alle Exekutivgewalt dem General und Minister Cavaignac übergeben worden. Lacrosse bemerkt, daß wenige Glieder erst zurückgekehrt seyen. Er zeigt die Ankunft einer starken Abtheilung der Bürgerwehr aus Rouen an. Favard meldet die Ankunft eines starken Hilfskorps aus Amiens. Die Sitzung wird bis $6\frac{1}{4}$ Uhr suspendirt. Der Präsident verspricht der Versammlung baldigen Sieg über die Insurrektion und ladet sie ein, sich bis 8 Uhr zurückzuziehen. Im Augenblick, wo dies geschah, tritt Boulay, ein sehr gewichtiger Deputirter des Meurthedepartements, in den Saal und zeigt der Versammlung an, daß Pantheon und City von den Insurgenten geräumt seyen. (Bravos.) Inmitten dieser Bravos rühren sich plötzlich alle Trommeln außerhalb des Sitzungssaales und verbreiten großen Schrecken. Man erfährt aber bald, daß dies eine Freudenwirbel zu Ehren der eben aufziehenden Bürgerwehr aus Rouen sey. Um 8 Uhr setzt Portalis, ein anderer Vicepräsident, die Sitzung fort. Babaud Laribière, einer der abgesandten Deputirten, stattet Bericht über seine Sendung ab. Am Château d'Eau (auf dem Boulevard) hörte er zwei lebhafte Gewehrfeuer, die gegen die Insurgenten der Umgegend gerichtet wurden. Lamoricière verlange Verstärkung. Man habe ihm die Bürgerwehr aus Amiens zugeführt. Der General hoffe noch diesen Abend mit dem Fauburg St. Denis fertig fertig zu werden; ebenso mit St. Antoine und den Marais. Sein System sey, die Barrikaden zu umzingeln und dann von hinten statt von vorn zu überfallen. Türk bestätigt die Einnahme der starken Position des Pantheons, und gibt eine Menge Details über die dortigen Kämpfe zwischen den Insurgenten und der Mobilgarde, welche fürchterliche Verluste erlitten. Ihr General Damesme gehört zu ihren Opfern. Die Sitzung wird von Neuem suspendirt. Um $9\frac{1}{4}$ Uhr nimmt sie Senard wieder auf und erzählt der Versammlung die Ereignisse des Tages, je nach den verschiedenen Berichten der Generäle und Deputirten. Sie wissen, entwickelte er im Anfang seiner Erzählung, daß die Insurgenten nach einem gemeinsamen fürchterlichen Plane ihre Kräfte auf drei Hauptpunkte der Stadt concentrirt hatten: 1) das Pantheon mit der Severinskirche, den engen Gassen des lateinischen Quartiers, place Maubert und dem schrecklichen Viertel der Weinhalle, gleichsam als Außenwerke. 2) Die City mit ihren zahlreichen Brücken und den großen Gebäuden der Belle jardinière und dem Hôtel Dieu als Bollwerke. 3) das sogenannte Clos von St. Lazare, das einer Art Centralveste gleicht, auf der die Straßen St. Denis, St. Martin, La Chapelle, La Villette, Temple, Popiecourt und St. Antoine als Strahlen in Verbindung stehen. — Das Pantheon und die City seyen genommen, es bleibe nur noch das Clos von St. Lazare übrig (?), das dem Bombardement des vereinigten Ingenieur- und Artilleriekorps unmöglich lange widerstehen könne. Haubitzen, Leuchtkugeln, Brandraketen ic. seyen bereits vertheilt worden! Er wiederhole, fuhr der Präsident unter sichtlichem Beifall der Rechten fort, diese Details, weil sie die Vorwürfe widerlegen, die dem Obergeneral Cavaignac von mehreren Stadtvierteln gemacht worden und die darin bestanden, daß er die vereinzelten Angriffe der Insurgenten nicht mit dem gehörigen Nachdruck zu-

rückgeschlagen. Er habe deshalb Paris in Belagerungsstand erklären lassen, damit aller Verkehr auf den Straßen gehemmt; alle Läden, Thüren und Fenster geschlossen und so den fliehenden Insurgenten oder ihren Freunden jede Gelegenheit zu neuen Barrikaden oder der Linie und Artillerie in den Rücken zu fallen, genommen würde. Auf diese Weise abgeschnitten, werde der Kreis um die Insurgenten immer enger gezogen und ihre vollständige Niederlage könne nicht lange auf sich warten lassen. Der Präsident erzählt hierauf die hervorragendsten Thaten der einzelnen Kämpfe, wobei natürlich des Heldenmuths hinter den Barrikaden nicht gedacht wurde. Stürmische Bravo's unterbrachen ihn, als er erzählte, daß General Bréa alle Barrikaden von der Rue Mouffetard bis zum Jardin des Plantes genommen habe. Am Rathhause (!) sey der Widerstand heftiger. General Duvivier mit vierzehn Bataillonen Mobilgarde habe der Insurrektion der Umgegend noch nicht ganz Meister werden können. (!!) Lamoricière, obgleich verwundet, habe jedoch die Räumung des Faubourg St. Denis fortsetzen können. General Corté sey verwundet, ebenso der General Lafontaine. Die Mobilgarde, die republik. Garde und die Linie hätten sich bei St. Severin, am Hotel Dieu dem größten Krankenhause von Paris, in dessen unmittelbarer Nähe das große Kleidermagazin Belle Jardiniere mit Kanonen in Trümmer geschossen wurde. — (Entsetzlich!) sowie bei St. Merry und am Pantheon zwar überaus tapfer gehalten (im Pantheon selbst mußten 1500 Insurgenten das Gewehr strecken), aber ihre Reihen seien bedeutend gelichtet. Das Dekret, das ihre Wittwen und Kinder adoptirt, habe daher großen Enthusiasmus erregt. Der Schluß der Sitzung bot wenig Neues. Etienne Arago versicherte die Versammlung, daß alle Posten pünktlich abgegangen seien. Nur die Depeschensäcke nach Deutschland (über Belgien) seyen in die Hände der Insurgenten bei St. Lazare gefallen; die sie indessen respektirt und auf den Bahnhof der Nordbahn geschickt hätten. Ein Glied erzählte dann noch, daß viele Personen hinter den Barrikaden mit Geldsummen ergriffen worden seyen. Bei einem Knaben von 14 Jahren habe man eine Summe von 10,000 Fr. in Goldstücken entdeckt (der National, der die besten Berichte besitzt, begnügt sich mit der Erklärung, daß man zwei Personen, mit 314 Fr. und resp. 1400 Fr. arretirt habe. Dieß klingt natürlicher.) Die Sitzung wurd um zehn Uhr Abends geschlossen.

[Sitzung vom 25. Juni Morgens.] Präsident Senard eröffnet dieselbe um 10 Uhr mit der Erklärung, daß die ihm zugegangenen Berichte befriedigend lauten. Die Nacht sei ruhig verflossen, in den Vierteln, wo gestern der Widerstand am heftigsten, sei die Ordnung hergestellt. Die Gegenden des linken Seine-Ufers seien vollkommen ruhig geblieben. Die Patrouillen, welche die Gassen St. Jaques und St. Marceau's durchschritten, seyen nicht überfallen worden. Die Barrièren von Fontainebleau, Italie und Enfer seien von Linien-Truppen und Bürgerwehr besetzt. Eine Deputation angesehener Bürger des 12. Bezirks, fuhr der Präsident fort, erschien heute früh bei mir, um mir anzuzeigen, daß zwischen der Bürgerwehr und den Gemeindebehörden (Mairie) dieses Bezirs (12. Arrondissement) wenig Einklang herrsche und daß sie um Abhülfe bäten. Im Einverständniß mit dem General Cavaignac habe er die drei Deputirten Vaulabelle, Fraussard und Deludre sofort dahin geschickt, und diese werden an Ort und Stelle die Bürgerwehr reorganisiren. Bezüglich der größern Halbseite von Paris auf dem rechten Ufer erklärte der Präsident, daß General Duvivier mit seinem starken Artilleriepark und 14 Bataillonen Mobilgarde das Stadthaus besetzt halte und daß Lamoricière die Faubourgs Temple und St. Antoine im Schach halte. Es herrsche Entmuthigung unter den Insurgenten, viele der Gefangenen hätten ausgesagt, daß man sie schrecklich getäuscht habe. (Murren). Die Nachrichten von den Departements lauten günstig. Die Entrüstung sei allgemein; alle Welt wolle der Pariser Bürgerschaft zu Hilfe eilen rc. Schließlich liest der Präsident einen Gesetzentwurf vor, der 3 Millionen Franken als Almosen unter die 14 Bezirke des Seine-Departements vertheilt, den die Versammlung annimmt. — Die Sitzung bleibt suspendirt bis Mittag.

Um 12 Uhr ladet einer der Quästoren die Deputirten aus Havre und Yvetot rc. ein, in dem Vorhof zu erscheinen, um eine Revue über ihre heimathl. Bürgerkorps zu passiren, die in Paris angekommen. Dieß geschieht unter dem Ruf: Es lebe die Republik. Um 1 Uhr stattet der Präsident der Versammlung neuen Bericht ab. Das linke Seine-Ufer sei ruhig. Auf dem rechten verliere die Insurrektion mit jeder Stunde neues Terrain. Die Barrikaden in der St. Antoinestrasse seien genommen worden. (Bravos.) Arago versichert die Versammlung, daß der Postdienst regelmäßig gehe (die Auswärtigen mögen dies bescheinigen.) Flocon erklärt, daß die Stadt 15,000,000 Kilogramm Mehl besitze, also auf ein Monat priviantirt sey. (Sonderbarer Eindruck.) Er verlangt aber eine Stündung für die vom 23., 24. und 25. Juni fälligen Wechsel. Die Versammlung setzt die Verfallzeit auf den 28. d. M. fest. Die Sitzung wird von Neuem aufgehoben. Die Insurrektion hat noch ein weites Feld inne. Die Linientruppen und auswärtigen Bürgerwehren umzingeln indessen dieselbe nach Cavaignac's Plane und entweder muß sie das Gewehr strecken oder wir erleben eine Katastrophe, wie sie die Geschichte noch nicht erlebte. (4 Uhr.)

(Straßburg, den 27. Juni, 11½ Uhr Morgens.) [Telegraphische Botschaft.] Paris, den 26. Juni, 2 Uhr Nachmittags. Das Haupt der Vollziehungsgewalt an die Präfekten. Die Vorstadt St. Antoine, der letzte Punkt des Widerstands, ist genommen. Die Aufständischen sind zu Paaren getrieben. Der Kampf ist zu Ende. Die Ordnung hat triumphirt über die Anarchie.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Berichtigung.

Durch einen Correkturfehler des Setzers ist in dem gestrigen Blatte vor dem Worte „Sinne“ in der letzten Zeile des Artikels aus Erlangen ein k. gesetzt worden, während dieses k. vor den Ausdruck „Kulturministerium“ gehört.

Nachmittags 5 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Deutschland.

Bayern. (Regensburg, 27. Juni.) Auf den gegen Süden gelegenen Höhen des linken Donauufers, so wie in einigen andern benachbarten Flurmarkungen der hiesigen Umgegend, hat gestern bereits das Schneiden des Winterkorns begonnen. Dasselbe soll nach dem Urtheile erfahrener Oekonomen sehr gewichtig, mehlreich und schön seyn. Auf der jüngsten Schranne war schon dießjährige Wintergerste zum Verkaufe ausgestellt; die Ernte hat demnach beinahe so frühzeitig begonnen, wie in den gesegneten Jahren 1811 und 1822. Alle Feldfrüchte stehen in der Gegend zwischen hier und Straubing, unstreitig dem getraidereichsten Bezirke Bayerns, ganz prachtvoll, und wir dürfen, wenn die Witterung das Reifen der verschiedenen Getraidfrüchte, so wie ihre Einheimsung auch ferner begünstigt, einer durchaus gesegneten Ernte entgegensehen. Obst gibt es dagegen verhältnißmässig nur sehr wenig; lediglich nur das Steinobst macht eine Ausnahme; der Wein aber, wo er nicht durch den Frost vom 28. April gelitten hat, ist schon bedeutend vorangeschritten, und läßt bei andauernder Wärme einen erfreulichen Herbst hoffen. (Regsb. T.)

Freie Städte. (Frankfurt, 27. Juni 8½ Uhr. Endlich Abstimmung! Vor der Paulskirche ist es von Neugierigen ziemlich voll, auch die Gallerien sind bereits ziemlich besetzt, und sogar die Frauen haben sich durch den gestrigen Schrecken nicht abhalten lassen, wieder zu erscheinen. Die Polizei hat einige Vorsichtsmaßregeln getroffen, allein Alles sieht sehr friedlich aus. 9 Uhr. So lebhaft bewegt sah ich das Haus nie, in den einzelnen Gruppen wird heftig diskutirt. Soiron hat den Präsidentensitz inne (Gagern ist anwesend); die Gallerien sind sehr voll. Gagern spricht bereits ziemliche Zeit angelegentlich mit Heckscher. Jetzt debattirt Vogt eifrig mit Gagern. Jetzt sind in einer sehr bewegten Gruppe Gagern und Blum in sehr lebhafter Debatte begriffen. Es scheint, daß vor der öffentlichen Berathung eine geheime gepflogen wird. Nun kehrt er wieder zu Heckscher zurück, und viele vom Centrum umgeben das diskutirende Paar; von Heckscher geht der Präsident wiederum zu Blum, während Vogt, Heckscher und Auerswald nun mit einander sich besprechen. Die geheime Sitzung verzögert sehr die öffentliche — es ist 10 Uhr. Es muß etwas vor der Paulskirche vorgehen, Blum rief Gagern hinaus. Viele Mitglieder eilen hinaus. Man kehrt zurück — es scheint nichts gewesen zu sein. Die Glocke ertönt, die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll wird verlesen, es werden zahlreiche Reklamationen gemacht, nicht ohne Heftigkeit, doch endlich beseitigt. Gagern nimmt das Wort: Ich habe mir eine Mission des Friedens erbeten, und ich hoffe, daß sie nicht fruchtlos bleiben wird. Es war gestern ein Augenblick in der Versammlung, in welchem wir von dem Ziele abirrten. Versöhnlich war die Stimmung in der letzten Zeit, nun haben einige Worte des Hrn. Heckscher Aufregung in der Versammlung veranlaßt und der Vicepräsident hat, weil er in dem Lärm die Worte nicht vernehmen konnte, ihn nicht zur Ordnung verwiesen. Die Freunde Heckschers haben eine Erklärung abgefaßt, die er, ohne seiner Ehre zu nahe zu treten, abgeben kann, und die er ließ, wie sie ihm gegeben wurde. Gagern verliest die Erklärung, in der behauptet wird, daß durchaus keine Beleidigung seinen Worten zu Grunde lag. Als Vogt seinen Antrag verkündigte, habe die Gallerie applaudirt, und darauf habe Heckscher seinen Schluß gegründet. Heckschers Plan wäre gewesen, den Regierungen einen Weg offen zu lassen; nun könne man das auch dadurch erreichen, daß man das Vertrauen zu denselben statt in das Gesetz in das Protokoll aufnähme. Die Augen von Europa sind auf uns gerichtet, handeln Sie im Geiste des Friedens. (Schwaches Bravo, die Linke schweigt.) Heckscher spricht: Ich bin bereit, Gut und Blut für das Vaterland hinzugeben; aber nur nicht meine Ehre, ich habe zu der Erklarung des Präsidenten weiter nichts hinzuzusetzen, als daß die Herren, welche mir den Rath hierzu gaben, mir mit ihrer Ehre dafür verantwortlich sind. Auerswald bestätigt es. Blum fragt vor Allem, ob das Rotenhan'sche Amendement auch zurückgenommen werden würde. (Stimmen: Zur Zeit noch nicht.) Gagern: Es handelt sich hier blos um eine Instruktion für die Executiv-Gewalt, ich denke, man kann es zurücknehmen. Es wird zurückgenommen. Blum verwahrt sich mit versöhnlichen Worten dagegen, was Heckscher behauptet, daß die Linke ihre Beschlüsse mit der Gallerie im Einverständnisse fasse. Ferner sagt Blum: Wir verzichten darauf, daß, wie wir beschlossen hatten, nicht eher gestimmt werde, als bis der Ordnungsruf des Präsidenten zurückgenommen sey, wir verzichten darauf, an die Versammlung wegen dieses Ordnungsrufes zu appelliren, auf das Einbringen neuer Amendements ꝛc. Wir erkennen die Fürsten an, und mögen sie, insofern sie sich der gegenwärtigen Zeit angeschlossen, allein diesem Amendement von Heckscher konnten wir uns nicht anschließen. Ich reiche Ihnen die Hand zur Versöhnung, bleiben wir auf dem Boden des Gesetzes in gegenseitiger Achtung unserer Ansichten. Man kommt nun wieder zur Fragestellung. Bald erhebt sich über die Frage, ob ein anderes Amendement (Stedtmann's) ebenfalls als ein neues zu betrachten sey, eine stürmische Diskussion; es wird ebenfalls zurückgenommen. Claussen will es wieder aufnehmen. (Starker Widerspruch.) Beseler bejaht die Möglichkeit, das Amendement wieder aufnehmen zu können. Raveaux droht, daß die äußerste Linke, wie das linke Centrum an dieser Abstimmung keinen Theil nehmen werde. Gagern: Nehmen wir ohne Diskussion alle Fragen an, wie sie stehen. (Linke: Nein.) Claussen nimmt nun seinen Antrag zurück. Ebenso nahm die Linke auch einige Anträge zurück. Für den Punkt 8, welcher vor 1 gestellt wird, 2, d, 6, 11, 18, 4, sowie für die Abstimmung im Ganzen nach Abstimmung der einzelnen Punkte wird namentliche Abstimmung unter geschäftsordnungsmäßiger Unterstützung verlangt. Abstimmung. I. Die Nationalversammlung beschließt vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen, bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. (Vincke's Amendement.) Abgelehnt mit 577 gegen 31 Stimmen, unter ihnen Lassaulx, Philipps, Döllinger, Radowitz, Beisler, Glück, Diepenbrock. II. 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provis. Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundes betreffen. b) Die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich den Oberbefehlshaber derselben zu ernennen. c) Die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Consuln zu ernennen. (Bis hieher fast einstimmig angenommen.) d) Die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen. Nach namentlicher Abstimmung mit 277 gegen 261 verworfen. 3) Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen, fast einstimmig angenommen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung mit 408 gegen 133 Stimmen angenommen durch namentliche Abstimmung. 5) „Die Centralgewalt beschließt über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten" fällt nun weg. 6a) Die provisorische Centralgewalt wird einem Präsidenten übertragen. Durch namentliche Abstimmung mit 355 gegen 171 Stimmen verworfen. 6b) Die provis. Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, fast einstimmig angenommen. 6c) Derselbe wird von der Nationalversammlung gewählt. Durch namentliche Abstimmung mit 403 gegen 135 Stimmen angenommen. (Unendlicher Beifall.) Hiezu geben die Mitglieder der Rechten die Erklärung, daß sie hiezu gestimmt haben „im Vertrauen auf die Zustimmung der deutschen Regierungen." Schluß der Sitzung 5½ Uhr. Morgen Fortsetzung. Nachschrift. Der Grund, warum Gagern und mehrere Mitglieder um 10 Uhr das Haus verließen, war, weil sich eine Abtheilung Linie vor der Paulskirche aufgestellt hatte, Gagern vermochte sie, abzuziehen. — Welche Mittel mögen heute Nacht in Bewegung gesetzt werden, um die gereizte Stimmung beider Parteien zu versöhnen? — Kapp hat, wie wir vernehmen, sein Mandat abgegeben. (N. M. Z.

(Frankfurt, den 27. Juni, früh 7 Uhr.) [Der Tumult in dem Parlament.] Ich muß Ihnen noch nöthige Nachträge zu den Ereignissen der gestrigen Nachmittagssitzung schicken. Die Centren hatten sich nach der langen Berathung in der vorgestrigen Nacht zu einer Einigung mit der Linken entschlossen, Nr. 7. der Anträge, lautend: „Zur Bildung der provisorischen Centralgewalt wird von den deutschen Regierungen binnen kürzester Frist der Nationalversammlung ein Reichsverweser bezeichnet, und von dieser ohne Diskussion durch eine einfache Abstimmung genehmigt", für den sie anfangs stimmen wollten, fahren zu lassen, und dafür den Ihnen schon bekannten Bassermann-Auerswald'schen Antrag anzunehmen, in der Hoffnung, daß die Linke ebenfalls darauf einginge. Heckscher ging noch weiter; seiner Ueberzeugung nach dürfte den Fursten, die Initiative nicht gegeben werden, und er formulirte deshalb sein Unteramendement, das nichts mehr und nichts weniger sagt, als was Gagern am Samstag unter großem Beifall vorgeschlagen hatte. Gegen die Aufnahme dieses Amendements in die Reihenfolge der bereits gestellten und zur Abstimmung festgesetzten Anträge sträubte sich nun die Linke. Sie gab den formellen Grund an, dies wären neue Amendements, die erst begründet werden müßten, und die Diskussion wäre schon geschlossen. Der wirkliche Grund aber war, weil sie der Meinung ist, Nr. 7. könnten die Centren, nachdem Gagern gegen ihn gesprochen, nicht mehr behaupten, sie müßten also zu Nr. 6.: „Die provisorische Generalgewalt wird einem Präsidenten übertragen, welcher von der National-Versammlung frei gewählt wird," (dem Blum'schen Antrag) stimmen, wenn keine Vermittlung zwischen beiden existire. Was nun den formellen Grund anbelangt, so ist er nicht aus der Luft gegriffen, und selbst Radowitz und Vinke haben das erkannt. Allein andrerseits wird dagegen gesagt, daß der Bassermann-Auerswald'sche Antrag durchaus nichts Neues, Nichts, was nicht schon in der Diskussion hinüber und herüber besprochen, beantragte, und daß das Heckscher'sche Amendement nichts Anderes sei, als eine Formulirung der Gagern'schen Rede. Noch ist zu bemerken, daß die Linke sich der Entscheidung des Vice-Präsidenten unterworfen, und dieser hatte gegen sie entschieden. Als er nun aber entschieden, begann der Kampf von Neuem, man suchte die Antragsteller zu vermogen, die Antrage zurückzunehmen, man drohte namentlich damit, daß die Diskussion von Neuem wieder beginnen müßte, und sagte es ungescheut, man würde dann die Debatte so bald nicht fallen lassen. Das war also den Centren die Sache zu einer Gewissensfrage gemacht, und darauf trat die Vertagung ein. In den drei Stunden der Berathung suchten namentlich Venedey und Raveaux sie zur Annahme der Nr. 6 und zum Fallenlassen des Heckscher'schen Antrages zu bewegen, vergeblich. Etwas musse man den Fursten lassen, und der bekampfte Passus sei kein Vertrauensvotum, wie die Linke behauptet. Als nun Heckscher erklärte, daß er auf seinem Antrag beharre, war die Gereiztheit der Linken, die noch allerlei geheime Intriguen vermuthete, bereits weit gediehen. Vogt entwickelte den ganzen Schlachtplan, wie sie nun die alten Antrage wieder aufnehmen wollten, mit bittern Worten, und als nun Heckscher gleichfalls mit mehr Gereiztheit als gewohnlich die Buhne betrat und jene verhangnißvollen Worte sprach, der Vizepräsident darin keinen Grund fand, ihn zur Ordnung zu verweisen, wie es die Linke sturmisch begehrte, erhob sich ein Tumult von Reklamationen auf den Sitzen der Linken, Kapp sprang auf die Bank und trotz des Abwehrens, fingen auch die Gallerien an, den Spektakel zu vergrößern, der unsers neuen parlamentarischen Lebens durchaus unwürdig war. Die mächtige Glocke des Vizepräsidenten tönte wie ein leiser Ton in dem Lärm, seine eigene Stimme, eine wahrhaft Stentor-Stimme, wurde nicht gehört, auf seine Abwehrungen brüllte man: Gagern, Gagern, herunter mit Dir. Wohl eine halbe Stunde lang dauerte der Spektakel, bis die Massen sich entfernten. (N. M. Z.)

Vom Mittelrhein, 24. Juni. Es ist schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht worden, daß die katholische Geistlichkeit selbst bemüht sei, den Cölibat abzuschaffen. Nach Privatnachrichten wird im Großherzogthum Baden, zwar in der Stille, aber mit aller Thätigkeit das längst begonnene Werk fortgesetzt. Auch die Stimmung eines großen Theils der Geistlichkeit zu beiden Seiten des Mittelrheins habe ich zu beobachten Gelegenheit gehabt, und es ist die festeste Ueberzeugung derselben, daß das Gebot des Cölibats als inhuman und tyrannisch aufzuheben sei, sowie daß die Kirche über-

haupt in Disciplinarsachen mit der Bildungsstufe der Zeit Hand in Hand gehen müsse, wenn es ihr aufrichtig darum zu thun ist, alle Christen mit Liebe zu umfassen und zum inneren Frieden Deutschlands beizutragen. (Frkft. O.-P.-Z.

Italien.

(Von der Etsch, den 25. Juni.) Gestern und heute soll von Verona und Roveredo aus mittels einer combinirten Bewegung gegen Rivoli die Oeffnung der nun schon 14 Tage gesperrten Hauptstraße durch das Etschthal wiedergewonnen werden. Diese ziemlich glaubwürdige Nachricht hat die seit ein paar Tagen verbreitete Kunde über den nahen Abschluß eines Waffenstillstandes widerlegt. Der Fall von Padua hat auch jenen von Rovigo nach sich gezogen, wie heute eingetroffene Briefe bestätigen. Hat sich General Pepe nicht zeitig genug nach Venedig zur Uebernahme des ihm angeblich übertragenen Commando's aller dortigen italienischen Truppen begeben, so könnte er sich nun leicht den Weg verlegt sehen. (A. A. Z.)

(Innsbruck, den 26. Juni.) Ein Bericht des Generals v. Welden aus Treviso vom 24. d. ist heute hier eingetroffen. Er enthält nähere Angaben über die Cernirung von Venedig, und die Meldung, daß mehrere Fahrzeuge der Venetianer durch ein wohl gerichtetes Geschützfeuer der Brigade Liechtenstein bedeutenden Schaden gelitten. Von der Hauptarmee ist nichts neues zu hören. Die Sage geht, daß die Feinde einen vereinigten Angriff auf die Tiroler Gebirgspasse zu unternehmen vorhaben. Bei der letzten Recognoscirung gegen Rivoli haben dieselben wieder einen Beweis ihrer Begriffe von soldatischer Ehre gegeben. Uebergegangene Jäger des italienischen 8ten Jägerbataillons noch in der österreichischen Uniform hatten in dem coupirten Terrain scheinbar eine Plänklerlinie gegen den Feind gebildet, der die Oesterreicher in der Meinung, es seien österreichische Jäger, folgten. Als sie die Truppen nahe genug an sich hatten anrücken lassen, kehrten sie plötzlich um und gaben auf wenig Schritte Feuer, wodurch bei 30 Mann getödtet und verwundet wurden. F. M. Radetzky hat auf alle Besitzungen entflohener Italiener einen Sequester gelegt. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Nachdem der Bauer Michael Brenner von Sulzkirchen bereits unterm 3. Dezember 1846 selbst seine Zahlungsunfähigkeit dahier angezeigt hat, so wird über dessen Vermögen der Universal-Konkurs eröffnet, und werden die gesetzlichen Ediktstage, nämlich

1) zur Anmeldung der Forderungen und deren Nachweisung auf

Mittwoch den 9. August l. J., Vorm. 9 Uhr,

2) zur Vorbringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch den 13. Sept. l. Js. Vorm. 9 Uhr,

3) zur Schlußverhandlung, nämlich

a) für die Replik auf

Mittwoch den 27. Sept. l. J., Vorm. 9 Uhr,

b) für die Duplik auf

Mittwoch den 11. Oktob. l. Js., Vorm. 9 Uhr,

festgesetzt, und hiezu sämmtliche unbekannte Gläubiger des Gemeinschuldners hiemit unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß das Nichterscheinen am ersten Ediktstage die Ausschließung von der gegenwärtigen Masse, das Nichterscheinen an den übrigen Ediktstagen aber die Ausschließung mit der an denselben vorzunehmenden Handlungen zur Folge habe.

Alle diejenigen, welche irgend etwas von dem Vermögen des Gemeinschuldners in Händen haben, werden bei Vermeidung des nochmaligen Ersatzes aufgefordert, solches unter Vorbehalt ihrer Rechte bei Gericht dahier zu übergeben.

Hiebei wird bemerkt, daß das derzeit bekannte Aktivvermögen beiläufig in einem Werth von 3464 fl. besteht, die bereits bekannten Passiven aber 5003 fl., darunter 3673 fl. Hypotheken-Schulden, exclus. sämmtlicher Zinsen betragen.

Zugleich wird das zur Gantmasse gehörige Anwesen des Gemeinschuldners, nämlich

A. in der Steuergemeinde Sulzkirchen

Pl.-No.	83 a	0,20 Tagw.	Dez. Wohnhaus No. 49 zu Sulzkirchen mit Stallungen, dem halben Stadel, Schweinställen und dem halben Hofraum mit Hs.-No. 83 gemeinschaftlich.
"	83 b.	0,07 Tagw.	Grasgärtchen.
"	117½	2,14 "	zwölf Beet vom Breitenacker.
"	120	0,23 "	an der Breitenwiese
"	430	0,59 "	vier Beet vom Sandacker.
"	430½.	0,83 "	sechs Beet vom Sandacker.
"	442	0,61 "	drei Beet vom Schinderholz.
"	452.	0,28 "	am Birkertsweg.
"	1023.	0,87 "	vier und ein halb Beet am Berghauser Acker.
"	1308.	0,57 "	zwei ½ Beet beim Anbäuml
"	1349½.	0,50 "	zwei Beet auf d hohen Straße.
"	1587.	0,54 "	im Oberndorfer Bühl.
"	1665½.	0,48 "	drei Beet am Hartbühl.
"	1678½	0,48 "	vier Beet vom Kreuzstein.
"	148.	2,02 "	1 Tagw. von der Breitenwiese, zweimähdig.
"	148½.	0,90 "	1 Tagw. von der Breitenwiese, zweimähdig.

Das Gemeinderecht zu einem halben Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindebesitzungen, ferner

Pl.-Nro.	502	0,87 Tagw.	Acker im Gräbleinthof.
"	509.	0,74 "	sieben Beet allda.
"	931,	0,54 "	vier ein halb Beet hinter der Kohlwiese.
"	1309.	0,53 "	fünf Beet beim Herrnweiher.
"	178	1,19 "	Wiese, Kugel- od. Dürrwiese
"	1739.	0,66 "	Acker drei Breit im Hartbühl.
"	1387	0,50 "	" zwei Beet b. Herrnweiher.
"	653½.	0,95 "	" vom Riedbühlacker
"	855.	0,50 "	" in der breiten Weiten.
"	1462.	0,64 "	" beim Herrnweiher.
"	1293.	0,45 "	" beim Anbäuml.

B. in der Steuergemeinde Großbernhausen.

Pl.-No.	607.	0,18 Tagw.	Acker beim faulen Brunnen.
"	942.	0,53 "	" in der Schwärz beim Forchheimer Weg.

C. in der Steuergemeinde Forchheim.

Pl.-No.	845.	0 38 Tagw.	Acker beim faulen Brunnen.

D. in der Steuergemeinde Oberndorf.

Pl.-No.	1107½.	0,39 Tagw.	Acker zwei Beet auf der Strasse, Eingehörung des halben Hofes No. 49 zu Sulzkirchen.

E. in der Steuergemeinde Thanhausen.

Pl.-No.	1774.	1,08 Tagw.	Wiese, die Henll- od. Stegwiese, beide letzten Grundstücke zum kgl. Landgerichte Neumarkt gerichtsbar —

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und wird Bietungstermin auf

Montag den 7. August l. Js. Vorm. 10 bis 12 Uhr

im vordern Wirthshause zu Sulzkirchen anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Hinschlag nach 64 des Hyp.-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 — 101 der Proceß-Novelle vom 17. November 1837 erfolgen wird, und daß der rentamtliche Grundsteuer-Kataster-Extrakt und das Schätzungsprotokoll in diesseitiger Registratur eingesehen werden kann, die Verkaufs-Bedingungen aber im Termine bekannt gegeben werden.

In demselben Termine Nachmittags 1 Uhr anfangend, werden die geringen und nur auf circa 20 fl. geschätzten Mobiliargegenstände gegen sogleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft, wozu gleichfalls Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Beilngries, den 7. Juni 1848.

Königl. Bayer. Landgericht.

Der kgl. Landrichter

Martin.

Thirmeyer, Registrator.

Eheliche Verbindung und Empfehlung.

Unsere am 25. Juni vollzogene Verbindung zeigen wir unsern Verwandten und Freunden hiemit ergebenst an und bitten um die Fortdauer Ihrer Freundschaft und Wohlgewogenheit.

Zugleich empfehlen wir uns bei Uebernahme unserer erkauften Wirthschaft zu Tafelhof unsern Freunden und Bekannten und unserer werthen Nachbarschaft und bitten Sie, uns mit Ihrem gütigen Besuch recht oft zu erfreuen, besonders nächsten Sonntag, als am Kirchweihfeste, wo wir an kalten Speisen und vorzüglich gutem Bier nichts ermangeln lassen werden. Auch ist nächsten Sonntag Metzelsuppe.

Peter Gloßner.

Barbara Gloßner, geb. Prob aus Wendelstein.

Einladung

Sonntag den 2. Juli veranstaltet die Gesellschaft

Erholung

einen Spaziergang nach dem Irrhain bei Kraftshof, woselbst theatralische Vorstellung gegeben wird; dieselbe ladet daher sämmtliche Mitglieder der Gesellschaft so wie auch alle Bekannte und Freunde derselben mit dem Bemerken ein, daß schon Vormittag gutes Felsenkeller-Bier, sowie auch kalte Speisen verabreicht werden.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 2. Juli wird das Kirchweihfest zu St. Peter gefeiert, wozu ich meine ergebenste Einladung mache.

Kaiser.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 925 ist ein freundliches Zimmer mit oder ohne Möbeln an einen soliden Herrn oder Frauenzimmer täglich zu vermiethen. Näheres daselbst im dritten Stock. Auch wird daselbst Stallung für 2 Pferde nebst Heuboden und Kutscherstube vermiethet.

(Zu vermiethen) In einer sehr angenehmen Lage ist sogleich an solide Personen ein kleines, sehr gut möblirtes Logis billig zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In L. Nro. 80 der Königsstrasse ist vom 1. Juli an ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

(Zu verkaufen) Ein runder eiserner Ofen mit einem Kranz von Eisenblech ist zu verkaufen.

Anzeige und Empfehlung.

Von unseren nicht nur in den meisten Ländern Europas, sondern auch bereits in den Vereinigten Freistaaten von Nordamerika und in Mexico rühmlichst bekannten, von der Berliner und mehreren anderen Medizinalbehörden, von den englischen Chemikern Corfield und Abbot, sowie von dem Herrn Dr. Kopp, Stadtgerichtsarzt in München, Herrn Dr. Groll in Straubing, Herrn Dr. Bernhuber in Passau approbirten

verbesserten Rheumatismus-Ableitern

à Exemplar mit vollständiger Gebrauchs-Anweisung 10 Sgr., stärkere 15 Sgr., ganz starke 1 Rthlr., sowie elastische 3 Rthlr. gegen chronische und akute Rheumatismen, Gicht, Nervenleiden und Congestionen als:

Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Augenfluß, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Lähmungen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Gesichts-Rose und andere Entzündungen u. s. w.

hält Herr Christian Seihm in Nürnberg stets Lager.

Nachstehendes Attest möge statt aller Anpreisungen als Beleg für die Gediegenheit unsres verbesserten Rheumatismus-Ableiter dienen, und bemerken nur noch, wie wir die Ableiter in allen beliebigen Formen billigst und schnell anfertigen lassen.

Wilhelm Mayer u. Comp.
in Breslau.

Die mir zur Prüfung ihrer Heilkraft übergebenen verbesserten Rheumatismus-Ableiter der Herrn Wilh. Mayer u. Comp. in Breslau bewiesen sich nach den von mir gemachten Beobachtungen besonders bei hartnäckigen fixen Neuralgien, denen irgend ein dyscrasischer Stoff zum Grunde liegt, bei welchen aber der entzündliche Reiz beseitigt wird, als besonders wirksam, und da der Gebrauch derselben nicht im mindesten schmerzhaft ist und keine nachtheiligen Nebenwirkungen äussert, so verdienen diese sogenannten Rheumatismus-Ableiter eine besondere Empfehlung.

Passau, den 20. Januar 1848.

Dr. Bernhuber,
prakt. und Stadt-Krankenhaus-Arzt.

Mich auf obiges beziehend, empfehle ich diese Ableiter die nach den sehr zahlreichen Zeugnissen von Aerzten sowohl als Nicht-Aerzten, allgemein als heilsam anerkannt wurden zur gefälligen Abnahme, und bin gerne bereit die Zeugnisse darüber zur Einsicht vorzulegen

Christian Seihm am Spitalplatz.

(Verkauf.) Rothen, schwarzen und gelben Sarsenet empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Hoffmann. S. 1198.

(Verlaufen.) Montag den 26 Juni hat sich ein kleines Pintscher-Hündchen mit weißer Brust, weißen Pfoten, geschnittenen Ohren und Schweif verlaufen. Das Näheres in der Rathhausgasse Nro. 881.

(Zu verkaufen) In S. Nro. 1363 sind verschiedene seit mehreren Jahren aufgespeicherte eichene Dielen und Bretter zu verkaufen.

(Anzeige.) Alle Tage ist frisches Reh-Wildpret um die billigsten Preise zu haben in der Schulgasse bei Jakob Sonnenleiter.

(Gesuch) Eine gute Köchin, welche auch jede andere Arbeit wohl versteht, sucht in einem soliden Hause bis Ziel Laurenzi unterzukommen. Johannisgasse L. Nr. 813, 2 Treppen hoch.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich jeder Hausarbeit willig unterzieht, wünscht bis nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches sich aller Arbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. Radbrunnengasse No 332.

(Gesuch.) Eine Magd, welche treu und fleißig ist und Hausmannskost gut kochen versteht, wünscht bis Ziel bei einer ordentlichen Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Zwei solide Herren werden in der Königsstraße in die Logis zu nehmen gesucht, wo sie die Kost und Bedienung daselbst erhalten können.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. Juli 1848. № 183. Samstag: Theobald.

Deutschland.

Bayern. (München, 28. Juni.) Das neueste Regierungs-Blatt Nro. 38 enthält folgende Bekanntmachung, die Anstellungen im Staatsdienste, insbesondere bei der reinen Justiz betreffend. Zur Vervollständigung und Berichtigung der bei dem königlichen Staatsministerium der Justiz vorhandenen Tabellen und Verzeichnisse der Staatsdienst-Aspiranten ergehet hiemit an alle geprüften Rechtspraktikanten, Kreis- und Stadt-, dann Appellationsgerichts-Accessisten, welche auch um Anstellung bei der reinen Justiz sich bewerben, die Aufforderung, sich binnen vier Wochen bei den Appellationsgerichten der Kreise, in welchen sie zur Zeit prakticiren oder funktioniren (in der Pfalz bei dem k. Generalstaatsprokurator) schriftlich anzumelden und anzugeben: 1) in welchem Jahre und in welchem Kreise sie die Konkursprüfung bestanden, 2) wo sie bisher prakticirt, funktionirt, oder den Acceß gehabt haben, 3) zu welchen Stellen sie ausschließend oder doch vorzugsweise adspiriren. Die königlichen Appellationsgerichte diesseits des Rheins, und der königliche General-Staatsprokurator der Pfalz werden hiemit beauftragt, die einkommenden Anmeldungen in ein Verzeichniß nach obigen Rubriken zu bringen, und solches alsbald an das königliche Staatsministerium der Justiz einzusenden. München, den 21. Juni 1848. — Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: Die eröffnete Kondukteur-Stelle bei der Bauinspektion in Landshut wurde dem geprüften Baupraktikanten und bisherigen funktionirenden Eisenbahnbau-Sektions Ingenieur J. Tannera, verliehen. Die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Würzburg erledigte Protokollistenstelle wurde dem Appellationsgerichts-Accessisten F. Zinn in Würzburg, dann die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt offene Protokollistenstelle dem Kreis- und Stadtgerichts-Accessisten P. Schraut in Würzburg, verliehen; dem Landrichter A. von Hörmann zu Karlstadt wurde die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand ertheilt; der Civil-Adjunkt bei dem Landgerichte Erlangen, J. A. Gast, in den temporären Ruhestand versetzt, und auf die hiedurch sich eröffnende Civil-Adjunkten-Stelle zu Erlangen der damalige I. Landgerichts-Assessor L. von Pieverling zu Cadolzburg versetzt; auf die am Wechselgerichte I. Instanz zu Schweinfurt erledigte erste Rathsstelle wurde der bisherige zweite Wechselgerichtsrath daselbst, Kreis- und Stadtgerichtsrath H. Scherer befördert, und die hiedurch frei werdende zweite Rathsstelle dem Assessor des Kreis- und Stadtgerichtes daselbst, J. K. G. Merkel, übertragen.

† † (Nürnberg, den 30. Juni.) Wir leben eben immer noch in den starren Schranken eines Polizeistaates und die neue Bewegung, der wir keinen andern Charakter als den der Revolution beilegen können, scheint ganz spurlos über unsere bayerische Bureaukraten-Wirthschaft hinweggegangen zu seyn. Die Beamten selbst haben freilich für ihr Thun und Lassen sehr bequeme Hinterthüren, denn sie können sich in jedem Falle auf bestehende, also noch nicht zurückgenommene Polizeigesetze berufen, wenn gleich dieselben im grellsten Widerspruche gegen unsere Verfassungsurkunde stehen und den Geist einer neu eingetretenen Zeit verläugnen. Unter andern Fällen dieser Polizei-Aktionen gehört auch die ihnen eingeräumte Verletzung des Briefgeheimnisses. So wurde jüngstens an die Rothschmiedsinnung ein Brief von Laibach in Oesterreich durch die Post hieher befördert, dieser Brief jedoch, statt der direkten Besorgung, auf dem geheimen Pfade der Polizei überliefert, welche denselben ihrer (angeblichen) Instruktion gemäß eröffnete und, nachdem sie darin keine politischen Agitationen, sondern blos Geschäftssachen entdeckte, den Adressaten unter einem eigenen Couvert mit dem stadtamtlichen Siegel versehen überliefert. Wir enthalten uns über eine solche Handlungsweise jeder weitern Bemerkung, indem das Auffallende des Thatbestandes unter den jetzigen Umständen allen, welche nicht gar zu blöde in der Auffassung der neuesten Zeitereignisse sind, klar werden dürfte.

Freie Städte. (Frankfurt, den 28. Juni, 11¼ Uhr.) [26. Sitzung der deutschen Nationalversammlung]. Nach Erledigung einiger Reclamationen gegen das Protocoll verlangt Biedermann Erläuterung über den Sinn von Nr. 11 (die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers). Für eine politische Unverantwortlichkeit werde er und viele seiner Freunde stimmen, nicht für Unverletzlichkeit. Dahlmann, Berichterstatter des Ausschusses, erklärt, keine Antwort geben zu wollen. Es wird sich bei der Abstimmung zeigen, ob die Mehrzahl der Versammlung republikanisch ist. (Tumult.) Es wurde sodann Nr. 9 fast einstimmig angenommen. Sie lautet jetzt: der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. Nunmehr kommt Nr. 11 zur namentlichen Abstimmung: Der Reichsverweser ist unverantwortlich. Nr. 11 wurde mit 373 gegen 175 Stimmen angenommen. Es werden von Mittermaier und Riesser Namens ihrer Freunde Erklärungen zu Protocoll gegeben, daß sie nur für die parlamentarische Unverantwortlichkeit mit Bezug auf Nr. 9 gestimmt haben. Die Nrn. 13, 14, 15, 16, 17 werden angenommen. Es kömmt nunmehr zur namentlichen Abstimmung über Nr. 18: mit dem Eintritte der Wirksamkeit der provisorischen Centralralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. Die Abstimmung ist eben im Gange. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 28. Juni, Mittags 1 Uhr.) [26. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Mit 510 Stimmen gegen 35 Stimmen wurde angenommen: Mit dem Eintritte der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. (Stürmischer Beifall.) Es wird von einem Mitglied eine Erklärung zu Protokoll verlesen, nach welcher die Unterzeichner nur in der Unterstellung zugestimmt haben, daß die Centralgewalt ein Gesetz wegen Auflösung des Bundestags und die dadurch nöthig werdenden organischen Einrichtungen vorlegen werde. Nr. 19 und 20 werden angenommen. Es werden nunmehr die angenommenen 15 Punkte zur namentlichen Abstimmung über das Ganze verlesen. v. Radowitz und Jordan aus Berlin behalten sich Namens ihrer Freunde Erklärungen zu Protokoll über ihre Abstimmungen vor. Die Abstimmung ergibt 450 Stimmen für, 100 Stimmen gegen das ganze Gesetz. Die Erklärungen von Radowitz und Jordan werden von diesen verlesen. Nach ersterer haben die Unterzeichner nur im Vertrauen auf die Zustimmung der einzelnen Regierungen für das ganze Gesetz gestimmt. Nach letzterer haben die Unterzeichner dagegen gestimmt, weil sie die angenommene Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers für unvereinbar mit der Volkssouveränetät halten. Nach längerer Pause übernahm Präsident v. Gagern wieder den Vorsitz, welchen bis dahin v. Soiron geführt hatte. Ersterer verkündigte als Tagesordnung für die auf morgen Mittags 12 Uhr anberaumte Sitzung: Wahl des Reichsverwesers. Ferner macht der Präsident darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung eine neue Verloosung in Abtheilungen, sowie die Wahl des Präsidenten, da vier Wochen abgelaufen sind, vorgenommen werden muß. Erstere wird noch heute von dem Bureau vorgenommen, und morgen verkündigt werden. Die Wahl des Präsidenten soll auf die Tagesordnung der übermorgentlichen Sitzung gesetzt werden. Schluß der Sitzung Mittags 1 Uhr. (Frkft.O.-P.-Z.)

(Fankfurt, den 28. Juni.) Das nunmehr angenommene und vom Vorsitzenden verkündigte „Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland" lautet: 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen, b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen, und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. 3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Centralgewalt ausgeschlossen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung. 5) Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung gewählt wird. 6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 7) Der Reichsverweser ist unverantwortlich. 8) Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen. 9) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden. 10) Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. 11) Die Minister haben das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind. 12) Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar. 13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. 14) Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen in's Einvernehmen zu setzen. 15) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf. (Frkf. O.-P.-Z.)

☾ (Frankfurt, den 28. Juni.) Ich theile Ihnen kurz die Beschlüße der heutigen Parlamentssitzung mit. I. Satz. Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung, wenigstens eines verantwortlichen Ministers. Angenommen. II. Satz. Der Reichsverweser ist unverantwortlich. Mit 373 gegen 175 bei namentlicher Abstimmung angenommen. III. Satz. Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nat.-Versammlung ein besonderes Gesetz erlassen. IV. Satz. Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nat.-Vers. beizuwohnen und von derselben gehört zu werden. V. Satz. Die Minister haben die Verpflichtungen, auf Verlangen der Nat.-Vers. in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. VI. Satz. Die Minister haben das Stimmrecht in der Nat.-Vers. nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind. VII. Satz. Die Stellung eines Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nat.-Vers. unvereinbar. Diese Sätze wurden sämmtlich bei einfacher Abstimmung angenommen. VIII. Satz. Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der prov. Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. Bei namentlicher Abstimmung mit 510 gegen 35 (darunter der bayer. Minister Beisler) angenommen. Dagegen Satz IX. Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen (Wiedererweckung des eben begrabenen Bundestags), ebenfalls angenommen. Satz X endlich: Sobald das Verfassungswerk für

Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der prov. Centralgewalt auf; ebenfalls angenommen. Diese Sätze bilden mit den gestern angenommenen das ganze Gesetz. Bei namentlicher Abstimmung über dieses als Ganzes stimmten 100 gegen, 450 für dasselbe. Es ist somit angenommen. Unter den 100 gegen befanden sich 97 von der Linken, welche eine Protestation dagegen zu Protokoll gaben, auch wie man hört ein Manifest an die Nation erlassen werden. Die übrigen 3 sind Ultrareaktionärs, denen auch dieses Gesetz, das den Absolutismus in Deutschland sanktionirt, noch zu freisinnig ist. Morgen Mittag findet die Wahl des Reichsverwesers Statt. Erzherzog Johann wird gewählt werden. Die Linke wird wahrscheinlich für Itzstein stimmen. Einige Stimmen fallen vielleicht auch auf Hecker. — Den Eindruck, den das Gesetz auf das Volk in der hiesigen Gegend machen wird, ist ein keineswegs günstiger, und es wird nicht ohne energische Demonstrationen abgehen. Die Demokraten werden ohne Zweifel über dieses Ergebniß ebenfalls einige Worte an das Volk richten.

(Frankfurt, im Juni.) Soeben ist in Folge der Wahl von Hecker in die Nationalversammlung ein Schreiben an Hrn. v. Gagern eingetroffen: Vertreter des souveränen Volks! Durch Privatmittheilungen und die Organe der Presse ist mir die Kunde geworden, daß bei der in Thiengen vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten zur Nationalversammlung die Mehrheit der Stimmen auf mich fiel. Bis heute bin ich ohne Anzeige dieses Vorganges Seitens des Wahlkommissärs, obwohl ich demselben meinen Aufenthaltsort anzeigte und ihn an seine Pflicht erinnerte, den durch die Wahl ausgesprochenen Willen des Volkes dem Gewählten bekannt zu machen. Versammelte Bürgervertreter, Euere Existenz hat ihren Ursprung nur in dem souveränen Volke Ihr tagt nur in seinem Namen; das Volk ist die Quelle alles Rechtes und aller Macht, sein Wille das alleinige Gesetz, und keine der alten Regierungen hat Fug oder Macht, an einen seiner Akte ihr Ermessen anzulegen, die förmliche Bekanntmachung des Volkswillens zu verzögern, zu hintertreiben, oder mit Künsten einer verzweifelten Sophistik dagegen zu spielen. Feierlich vor der ganzen Nation habt Ihr, versammelte Bürgervertreter, den Grundsatz der Volkssouveränetät verkündet, und damit ausgesprochen, daß weder neben noch über dem Volke ein anderer Souverän existire, denn andern Falls würde Euer Ausspruch nur eine bedeutungslose Phrase seyn, welche sich kraft eines innern Widerspruchs in das Nichts auflöste. Euer hoher Beruf, Vertreter des deutschen Volkes, ist es, den Willensausspruch des souveränen Wahlvolkes nicht einer der seitherigen deutschen Regierungen unterzuordnen, oder ihn von dem Standpunkte derselben beurtheilen zu lassen; denn das hieße, die Souveränetät des Volkes leugnen, aufgeben, Euch selbst zu Regierungsorganen, zu Regierungsvertretern herabsetzen. Man hat zwar versucht, mit mehr Hinterlist als Glück, dem deutschen Volke seine Volkssouveränetät wieder aus der Hand zu spielen, und ihm, dem souveränen Volke, vorschreiben wollen, wen es zu wählen habe, indem man ihm nämlich vorzudemonstriren suchte, daß es keine Männer wählen dürfe, welche nach den Grundsätzen von ehemals des Hochverraths gegen die monarchische Gewalt im Staate angeklagt seyen, — welche die monarchische Staatsordnung nicht anerkennen, sondern all in die Volksherrschaft, den Freistaat, als die einzig und ganze Volkssouveränetät zu wirklicher Geltung bringen wollten und für dieselbe kämpften. Versammelte Vertreter der deutschen Nation, erkennt Ihr, wie man damit Euren eigenen Ausspruch der Volkssouveränetat, Eure eigene Existenz zu vernichten sich bemüht? Denn da Ihr selbst feierlich verkündet habt den Grundsatz der Volkssouveränetät, tagt, berathet und beschließt im Namen des souveränen Volkes, folglich keine Souveränetät über dem Volke kennen dürft, ohne dasselbe zu verrathen, Euren eigenen Ausspruch und Euch selbst zu vernichten, und aus Volksvertretern Unterthanen zu machen, so steht Ihr mit allen Denen auf dem nämlichen Grund und Boden, welche das sogenannte monarchische Prinzip leugneten, bekämpften und nur das Volk als die alleinige Quelle aller Herrlichkeit, Macht und allen Rechts anerkannten. Ihr steht mit uns, die wir mit den Waffen uns für die Volkssouveränetät erhoben, ebenmäßig auf dem Boden der Revolution. Das Ihr mit dem Ausspruch „das Volk ist souverän" die Verneinung der monarchischen Gewalt lediglich in Beschlüssen ausdrücktet, wir dem Beschlusse auch die Mittel des Vollzugs, die Waffen beilegten, das ändert in der Hauptsache nicht das Mindeste, es ändert dieses um so weniger, als die glorreichen Barrikaden Wiens und Berlins, welche die Grundlage der Vollmacht Vieler unter Euch, Bürgervertreter, sind, sich von dem Kampfe in Baden nur darin unterscheiden, daß sie Sieger blieben. Mit einem Worte, zwischen den redenden und dekretirenden und zwischen der bewaffneten Revolution besteht grundsätzlich kein Unterschied. Im Namen des Grundsatzes der Volkssouveränetät, im Namen des souveränen Volkes, an welches ich hiemit appellire, und dessen Vertreter Ihr seyd, ersuche ich Euch, Bürgervertreter Deutschlands, sofort die Wahlakten der in Thiengen stattgehabten Wahl einzufordern, und mich van der geschehenen Erwählung in Kenntniß zu setzen. Muttenz, 20. Juni 1848. Friedrich Hecker, derzeit in Muttenz (Canton Basselland). (Die Frage über Hecker's Wahl und Zulassung zum Parlamente dürfte eine reichliche Reihe interessanter Debatten bieten.) (Fränk. M.)

(Bremen, den 25. Juni.) Die in der Stadt Mexiko lebenden Deutschen, zum großen Theile junge Kaufleute, haben nach Empfang der Berliner Märznachrichten in einer Versammlung den nachstehenden „Gruß an Deutschland" beschlossen und zugleich eine Sammlung für die Opfer des Freiheitskampfes eröffnet, welche binnen drei Stunden die Summe von Mark Banko 4749. 4 Sch. einbrachte. Die Redaktion der »Weser-Zeitung« ist beauftragt worden, für die zweckmäßige Verwendung dieser Summe zu sorgen. Das von der erwähnten Versammlung ernannte Komite wird auch die in den übrigen mexikanischen Städten wohnenden Deutschen zu Beiträgen auffordern. »Gruß an Deutschland aus Mexiko." „Die in Mexiko wohnhaften Deutschen begrüßen mit Freude die Morgenröthe von Deutschlands Freiheit und Einheit. Deutsche Männer! Ihr eröffnet uns die schöne, erhebende Hoffnung, einst in ein einiges und freies Vaterland zurückzukehren. Für Eure Thaten, Eure Hingebung und Euren Muth haben wir nur Anerkennung und Dankgefühle in der Brust. Für die im glorreichen Kampfe Verwundeten, ihre Familien, so wie denen, die als Opfer fielen, bieten wir, als einem dem Vaterlande schuldigen Tribut, das beifolgende Ergebniß einer Sammlung unter uns. Mexiko, 13. Mai. (Wes. Z.)

Hessen. (Mainz, 27. Juni.) Gestern Abend machten einige Offiziere des königlichen preussischen Pionierkorps in einer Schaluppe eine Spazierfahrt auf dem Rhein, hatten jedoch bei einem Windstoß das Unglück, umzuschlagen. Augenblicklich eilte die Brückenmannschaft und mehrere Schiffer ihnen zur Hülfe, so daß lediglich es den Anstrengungen derselben zu verdanken ist, daß alle gerettet wurden. (Frkf. O.-P.-Z.)

*(Kassel, den 12. Juni.) Bei der heute stattgehabten 6. Serien-Ziehung kurfürstlich-hessischer 40 Thlr. Loose sind folgende 20 Serien gezogen worden: Nr. 158. 210. 373. 865. 1116. 1376. 1534. 1670. 1844. 1912. 3015. 3056. 3119. 3156. 4987. 5035. 5708. 5726. 6025. 6562.

Preussen. (Merseburg, 25. Juni.) In Folge eines Beschlusses des hiesigen Bürgervereins ist gestern Nachmittag die Anerkennung der Berliner Märzrevolution durch einen solennen Zug durch die Stadt nach dem großen Exercierplatze und daselbst von hiesigen und auswärtigen Freiheitsmännern gehaltene Reden, gegen die reactionären Bestrebungen, die auch hier sich kund gegeben, gefeiert worden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Thorn, den 23. Juni.) (Aus einem uns gütigst mitgetheilten Privatschreiben von durchaus zuverlässiger Hand.) Die Zeitungen enthalten so entstellte und unwahre Nachrichten über kriegerische Demonstrationen der Russen gegen die hiesigen Grenzen, sowie über die Versetzung der Thorner Festung in den Belagerungszustand, Mobilmachung der hiesigen Truppen u. dergl., daß ich für nöthig halte, Ihnen hierüber zuverlässige Nachricht zu geben. Eingeschläfert durch den langjährigen Frieden hatte man die hiesige Festung sehr vernachlässigt, und schon bei den Posener Unruhen sah man das Unrecht hievon ein, von wo ab man denn auch unablässig bemüht, ist, die hiesige Festung in vollständigen Vertheidigungszustand zu bringen, was man aber noch lange nicht erreicht hat. Die Landwehr wird hier schon seit längerer Zeit theilweise eingezogen, exercirt, entlassen und wieder andere eingezogen; von einer Mobilmachung dieser Armeekorps ist noch keine Rede. Weder hier bei Thorn ist eine zweite Brücke gebaut, noch ist dies auf russischer Seite geschehen. Russisches Militär ist bis jetzt wenig mehr in Polen als sonst, und die Russen täuschen in Bezug der Anzahl dadurch, daß sie die Truppen fortwährend aus einem Ort nach dem andern marschiren lassen. — Kurz, hier steht ein naher Krieg mit Rußland gewiß nicht in Aussicht! (Magdb. Z.)

Sachsen. (Weimar, 24. Juni.) Der vielbesprochene von Ehrenberg'sche Prozeß hat nun auch hier seine Erledigung gefunden. Der Literat H. Schrader, welcher bekanntlich wegen eines Zeitungsartikels über die Einsperrung des Fräuleins Pauline von Ehrenberg von deren Vater, dem Hrn. Regierungsrath von Ehrenberg a. D., als Pasquillant verklagt worden war, ist mittelst Reskripts hoher Landesregierung vom 16. d. M. gänzlich freigesprochen worden. Der Verklagte hat in Rücksicht auf die von ihm beigebrachten Beweise in seiner von dem Hrn. Advokat Dr. Peucer sehr sorgfältig geführten Vertheidigung auf eine Freisprechung sicher gerechnet; daß sie aber schon jetzt und in erster Instanz erfolgen werde, daran hat er nicht zu glauben gewagt. Es wird aber erklärlich, sobald man weiß, daß das Gericht auf die Sache selbst sich gar nicht eingelassen, sondern seinen Urtheilsspruch lediglich auf den in der Vertheidigung ebenfalls mit angeführten Einwand der Verjährung basirt hat. Nach dem hiesigen Landesgesetz sind nämlich Injurien, wenn binnen Jahresfrist eine Klage deshalb bei einem Gericht nicht erhoben wird, verjährt; nicht aber eine Klage wegen Pasquills, wie sie in dem vorliegenden Falle zwar angebracht war, aber nicht für begründet erachtet werden konnte. (Frkfr. J.)

(Weimar, den 24. Juni.) Die Ständeversammlung ist bekanntlich seit Ostern auf ungewisse Zeit vertagt worden, und es ist überhaupt ungewiß, ob sie in der bisherigen Weise wieder zusammentreten wird, obschon die Wahlen für neue Mitglieder noch nicht ausgeschrieben worden sind. Dieser Landtag hat sich in der Meinung des Volkes kein ehrendes Denkmal gestiftet und ist namentlich wegen der Abweichung seiner ursprünglichen Bestimmung, das Wohl des Landes zu vertreten, oftmals auf das Heftigste angegriffen worden. Die Mitglieder dieses Landtages sind unter Umständen gewählt worden, die von den jetzigen himmelweit verschieden sind. Ihre Wahl war an einen hohen Census geknüpft und schon deßhalb konnten verhältnißmäßig nur wenig Bewerber auftreten und Die, welche als solche auftraten, waren entweder Männer ohne parlamentarisches Talent, oder sie waren Anhänger des alten Regierungssystem, das sie selbst dann noch zu vertheidigen suchten, als es von der Volksmacht bereits gebrochen war. Ein Landtag, in dessen Mitte erklärt wird, daß man in den ausgesprochenen Forderungen der Märztage nicht den allgemeinen Volkswillen erkennen könne, und welcher der vorgekommenen Austritte wegen dem Großherzoge in demüthigen, speichelleckerischen Adressen sein tiefes Bedauern ausdrückt; ein Landtag, in welchem gegen Preßfreiheit, gegen Volksbewaffnung und gegen eine Vertretung des Volkes beim Bundestage einzelne Stimmen laut werden; in welchem selbst Einzelne die Beschlüsse des deutschen Vorparlaments in Bezug auf Deputirtenwahlen nicht als bindend anerkennnen und deßhalb beantragen, abzuwarten, was Preussen in dieser Sache thun werde, wogegen aber das Staatsministerium selbst protestirt; ein Landtag endlich dessen Mitglieder bei Berathung des Wahlgesetzes sich geloben, Alles aufbieten zu wollen, damit der Volkswille bei den Abeordnetenwahlen nicht den Sieg davontrage, in der bloßen Voraussetzung, weil das Volk republikanisch gesinnte Abgeordnete wählen würde; ein solcher Landtag verdient nicht den Namen Landtag und kann unmöglich auf das Vertrauen des Volkes Anspruch machen. (Frkf. J.)

(Camburg im Herzogthum Meiningen, 24. Juni.) Gestern war dieser kleine Ort, der bis jetzt durch Ruhe und Loyalität ausgezeichnet war, Zeuge einer Lynchjustiz. Der Landtagsabgeordnete und Advokat Arnold soll sich in seiner langjährigen Praxis als Anwalt und Gerichtsdirector vielfache Bedrückungen haben zu Schulden kommen lassen. In Folge des neuesten Umschwungs der Dinge haben mehre Bauern seines Gerichtsdorfes Eckelstädt Klage wegen übertriebener Geld-erpressungen gegen ihn erhoben. Gestern erfolgte nun der Entscheid dahin, daß Arnold 1300 Fl. an die Kläger zurückzahlen solle. Ein großer Theil der Bevölkerung dieses Dorfes war zu diesem Endzwecke an diesiger Gerichtsstelle versammelt. Als Arnold sich mit dieser Entscheidung nicht zufrieden gab, vielmehr, trotz der Bitten der Seinigen, auf Rekurs an die höhere Behörde beharrte, entbrannte auf einmal die Volkswuth. Im Augenblicke war Arnold aus der Amtsstube gestoßen. Mehrere faßten ihn an der Kehle, Andere stoßen und züchtigen ihn mit Stockschlägen, unter dem Rufe: „Nach Eckelstädt mit dem Hunde! dort soll er den Lohn seiner Thaten bekommen," schleppt man ihn zur Stadt hinaus. Erst nach solchen Mißhandlungen und unter dem Ausbruche

der gemeinsten Rohheit mit fortgerissen, gibt endlich Arnold der Foderung der aufgeregten Menge nach und leistet die abgezwungene Zahlung. Erst spät Abends verließen die Auswärtigen den Ort. Wollen wir auch nicht den Advokat Arnold irgendwie in Schutz nehmen, so ist doch die Haltung der hiesigen Burgerwehr und ihres Commandanten im höchsten Grade zu tadeln, welcher nicht einmal Generalmarsch schlagen ließ, um durch Aufstellung der wohlbewaffneten Schützencorps und der ziemlich starken Bürgerwehr einen Scandal zu verhüten, der, einmal gelungen, leicht seine Wiederholung finden kann. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 26. Juni. National-Versammlung.) [Schluß der Sitzung vom 25.] Die Zugänge sind mit Kanonen und einer enormen Truppenmacht besetzt. In den Seitengängen des Sitzungssaales wird eine Protestation des Berges gegen das Dekret, das Paris in Belagerungsstand setzt, lebhaft besprochen. Ledru Rollin, Lamartine, Marie ꝛc. sitzen auf ihren Plätzen. Um 5 Uhr liest Präsident Senard eine Depesche Marrast's aus dem Stadthause vor, welche die verschiedenen Vortheile erzählt, die gegen die Insurgenten des 8. und 9. Bezirks errungen worden seyen. Sie schließt mit den Worten: »Ich habe das Vertrauen, daß wir heute Abend mit ihnen fertig werden. Aber, o wehe, unsere Hospitäler und Ambulanzen sind überfüllt und nie war das Pflaster von Paris vom Blute so roth." Das Clos von St. Lazare, dieser gefürchtete Mittelpunkt, sey ebenfalls gefallen. Nur das Faubourg St. Antoine widerstehe noch. Die Hartnäckigkeit, mit welcher sich die Insurgenten in den Tod stürzen, rühre hauptsächlich von der Ansicht, daß Jeder, der sich ergebe, von der Bürgerwehr unbarmherzig niedergemetzelt würde. Um diesen unseligen Irrthum zu bekämpfen, habe er (der Präsident) mit dem General Cavaignac folgende Proklamation entworfen: »Arbeiter! und Ihr, die Ihr noch gegen die Republik die Waffen erhoben haltet, zum letzen Male beschwören wir Euch im Namen Alles dessen, was es Achtbares, Heiliges und Geweihtes für die Menschen geben könne: legt die Waffen nieder! Die Nationalversammlung, die ganze Nation bittet Euch darum. Man sagt Euch, daß grausame Rache Euch erwarte! Das sind Euere und unsere Feinde, die so sprechen. Man sagt Euch ferner, daß man Euch mit kaltem Blute aufopfern werde! Kommet zu uns, kommt wie Brüder, reuig und dem Gesetze unterworfen, und die Arme der Republik sind bereit, Euch zu empfangen. (gez.) Senard. Cavaignac. Diese Proklamation, fuhr der Präsident nach großen Beifallsbezeugungen fort, ist in zahlreichen Massen gedruckt und hinter die Barrikaden geschleudert worden. Ihr Erfolg sey unzweifelhaft. In diesem Augenblick kommandire General Lamoricière im Faubourg du Temple das Feuer. Die Sitzung wird suspendirt. Um 9 Uhr nimmt sie Senard wieder auf. Er hält eine lange Rede an die Versammlung, voll bitterer Thränen über den Verlust mehrerer Glieder der Versammlung, welche den Märtyrertod gefunden hätten u. s. w. Er nennt den General Negrier, Helden von Constantine und Charbonnel, Rittmeister aus dem Oberloiredepartement, die beide als Opfer ihres moderirten und vermittelnden Republikanismus neuerdings vor den Barrikaden fielen. Die Versammlung war sehr gerührt. Senard, diese Stimmung schätzend, beschwor sie, ihre Blicke auf Gott, den Allmächtigen, zu richten und die dem Gesetzgeber so nöthige Fassung von ihm zu erflehen, damit sie über einen den Umständen angemessenen Gesetzentwurf mit Ruhe berathen könnten. Nach dieser ächt jesuitischen Einleitung ging er auf die Brennpunkte seiner Rede über und las der Versammlung folgenden Gesetzentwurf vor: »Die Nationalversammlung dekretirt: Art. 1. Jedes Individuum, das mit den Waffen in der Hand ergriffen wird, ist sofort über's Meer zu deportiren. Art. 2. Die Exekutivgewalt ist beauftragt, die zur Ausführung des gegenwärtigen Dekrets nöthigen Maasregeln zu ergreifen. Die Berathung wurde auf morgen verschoben und die Sitzung bald nach $9\frac{1}{4}$ Uhr aufgehoben.

[Sitzung vom 26. Juni, Morgens $8\frac{1}{2}$ Uhr.] Ich fühle mich glücklich — begann Senard — Ihnen anzeigen zu können, daß der Erfolg unsre Anstrengungen kröne. Die Lage von Paris läßt sich in Folgendem zusammenfassen. Auf der Stadtseite des linken Ufers ist der Aufstand verschwunden. Es gibt dort nichts mehr, nichts! Würde sich durch Zufall noch eine Bewegung zeigen, so kann sie keinen Ernst haben. Auf der linken Stadthälfte ist der Erfolg nicht minder vollständig. Das Temple Faubourg ist gänzlich beherrscht. Die Barrière du Temple ist von der Linie besetzt. Die Gegend des Rathhauses verräth keine Spur mehr von Aufstand. Von den elysäischen Feldern bis zum Bastillenplatz ist die Circulation hergestellt; die breiten Seineufer sind frei, aber vom Bastillenplatz rückwärts nach den Straßen-Eingängen beginnt der Widerstand. Das Faubourg St. Antoine ist noch der Schauplatz schauriger Ereignisse. Heute früh zwischen 2 und 3 Uhr erschien unser Kollege Larabit in Begleitung von vier Individuen bei mir, welche sich als Delegirte des Faubourgs St. Antoine erklärten. Larabit, der ihnen als Geleitsmann diente, erzählte mir, daß er sowohl in seinem Namen als im Auftrage des Erzbischofes von Paris und zweier anderer unserer Kollegen den Auftrag zu Vergleichsvorschlägen habe. (Lärm.) Larabit hatte sich in die Mitte der Insurgenten begeben und sich zwischen den Barrikaden mit ihnen unterhalten. Die Unterredung, die ich mit den vier Delegirten hatte, welche mir aufrichtige Männer schienen, bestand wesentlich in Folgendem: Wen wollt Ihr? fragte ich sie. Sie antworteten mir mit Dem, was sie in den Journalen gelesen hätten. In welchen Journalen? wiederholte ich; wahrscheinlich weder im Constitutionnel, noch im National, noch in den Debats? O nein, antworteten die Delegirten, der Arbeiter liest nur Blätter, die für 1 Sous auf der Straße verkauft werden. (Die genannten Blätter mit Ausnahme des National aus Privatrücksichten, wurden bisher nicht ausgeschrieen.) Nach dieser Einleitung überreichten mir die Delegirten ein Papier, auf welchem viele Brigadiers den Nationalwerkstätten den Vorschlag machten, das Faubourg St. Antoine vor einem mörderischen Kampfe zu bewahren, wenn man ihnen einen Waffenstillstand bewillige. „Wir wünschen kein Blutvergießen (heißt es darin) wir wollen nur unsere Rechte als Bürger gesichert wissen; wir wollen die demokratische Republik und das Recht, zu leben." Ich antwortete den Delegirten nach Durchlesung dieses Schreibens: „Bürger, wenn Ihr Euer Recht als französische Bürger erhalten wollt, so reißt Eure Barrikaden nieder. Wo nicht, so seid Ihr nur Empörer. Unterwerft Euch und kehrt in den Schooß jener demokratischen Republik zurück, welche die Nationalversammlung zu gründen die Absicht hat." (Stimme: Zu welcher Stunde geschah das?) Senard: die Delegirten haben mich in meiner Präsidialwohnung (dicht neben dem Bourbonpalaste) um 5 Morgens verlassen. Gegen 6 Uhr kamen sie wieder. Aber mit neuen Anträgen, mit neuen Bedingungen. Die Form ihrer Ansprüche hatte sich geändert. Sie verlangten einen Waffenstillstand, ganz und gar, ohne alle Bedingung. General Cavaignac war anwesend. Er erwiderte ihm mit Entschlossenheit, daß er ihre unbedingte Unterwerfung verlange und auf keinerlei Bedingung oder Vorbehalt eingehe. Sie brauchten ihn nicht weiter zu belästigen. Sie wissen, daß seine Maßregeln so vortrefflich angeordnet seyen, daß sich das Fauburg unmöglich lange halten könne. Die Generäle Lamoricière und Perrot (Duvivier ist blessirt) haben dasselbe umringt und würden eher das Faubourg in Trümmer verwandeln, als sich Bedingungen von den Insurgenten gefallen lassen. Eine furchtbare Artillerie sey aufgefahren, um die Befehle Cavaignac's auszuführen. Bis zehn Uhr habe er ihnen Ueberlegungsfrist bewilligt. So stehe es auf dem rechten Seine-Ufer. Ich muß Sie jetzt noch, fuhr Senard fort, auf einige Verwaltungsmaßregeln aufmerksam machen. Die erste derselben ist: Ihnen anzuzeigen, daß in allen Häusern eine Nachforschung angestellt worden ist, um allen denjenigen Bewohnern die Waffen zu entreißen, welche am Strassen- und Wachtdienst keinen Theil nehmen und trotz des Generalmarsches in ihren Zimmern bleiben. Die zweite Maßregel ist, alle Klubs zu schließen, welche gefährlich sind. (Lärm zur Linken.) Der Chef der Exekutivgewalt, Hr. Cavaignac begreift nur die Freiheit in der Ordnung. 3) Die Preßfreiheit zu beschränken. (Ja, ja!) 4) Einen Ausschuß zu ernennen, der den Fäden des Aufruhrs nachspüre, welchen wir seit drei Tagen bekämpfen und welcher mit dem Komplott des 15. Mai in Verbindung zu stehen scheint, das direkt gegen die Versammlung gerichtet war. Dieser letzte Entwurf lautet wörtlich: Art. 1. Eine Kommission von 15 Gliedern der Nat.-Vers. ist niedergesetzt, um den Ursprung und die Gründe der Insurrektion zu untersuchen, welche seit drei Tagen die Hauptstadt in Trauer versetzt. Art. 2. Dieselbe Kommission hat sich mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung zu setzen, welche den Prozeß des 15. Mai leitet. Die 5. Maßregel endlich ist das bereits gestern mitgetheilte Verbannungsdekret aller mit den Waffen in der Hand gefangenen Insurgenten. Die Redaktion ist etwas geändert worden. Art. 1. Jedes mit den Waffen in der Hand ergriffene Individuum wird sofort in einen der franz. überseeischen Besitzungen deportirt. Art. 2. Die Vollziehungsgewalt ist mit den nöthigen Maßregeln zur Ausführung des Dekrets beauftragt. Art. 3. Dasselbe findet jedoch auf Diejenigen keine Anwendung, welche eine die Menschheit verletzende Handlung verübten. Die Versammlung zog sich zur Prüfung in ihre Büreaus zurück. Um $11\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Viele Glieder waren noch in den Abtheilungen. Aber eine große Lebendigkeit zeigte sich noch im Saale. In einem der äusseren Seitengänge hört man den Präsidenten, dem Huissiers zurufen: Ja, ja, Alles ist gewonnen! Eilen Sie in die Büreausäle, um die Glieder in die Sitzung zu holen.« Darauf erscheint er im Saale, steigt hastig die Treppe zu seinem Sitze und ruft enthusiastisch vor etwa dreißig Gliedern: »Bürger-Repräsentanten, das Faubourg St. Antoine hat sich ergeben! (Bravos! von den Zuschauerbühnen). Ich beeile mich, Ihnen das Ende der Krisis anzuzeigen. Ein Adjutant des Kriegsministers Cavaignac hat so eben gestreckten Galopps die Nachricht gebracht, daß das Faubourg St. Antoine gefallen sey, das sich auf Gnade oder Ungnade ubergeben habe. Zur festgesetzten Stunde hätten nämlich die Generäle Lamoricière und Perrot ihre Operationen begonnen; da sei ein Parlamentar erschienen und habe unterhandelt. Drei Bataillone nahmen Besitz vom Faubourg, als der erwähnte Adjutant hierher eilte.« v. Fallour: Haben Sie Nachrichten vom Erzbischof? Präsident: Derselbe scheint am Schienbein schwer verwundet worden zu sein. Bischof von Langres: Im Augenblick, wo er nach einer Unterredung mit Cavaignac und Senard auf den Barrikaden mit den Insurgenten, als Friedensbote unterhandelte, machte sich in der Entfernung ein Trommelwirbel hörbar, welchem zwei starke Gewehrsalven unmittelbar folgten. Der Erzbischof wurde von einer Kugel durchbohrt (sie fuhr in die Eingeweide). Die Verletzung ist lebensgefährlich. Der Prälat hat das Abendmahl verlangt. Sobald die Insurgenten ihn fallen sahen, verlangten sie sofort ein Zeugniß, das ihnen bescheinige, daß die tödtende Kugel nicht aus ihren Barrigadenhäusern, sondern aus den Reihen der heranrückenden Bürgerwehren und Linientruppen Lamoricièrs und Perrot geschossen worden sei (Murren)..... General Subervic: Was weiß man von unserer Kollegen Larabit und Castalat? Beslay: Als ich hörte, daß mein Freund Larabit sich hinter die Barrikaden begeben, eilte ich ihm nach. Ich sprach mit den Arbeitern, die ich als Fabrikant kenne und erkundigte mich nach dem Schicksale meiner Kollegen. Sie erklärten mir, daß sie uns alle drei als Unterpfänder zurückbehielten, und uns auf die Barrikaden stellen würden, wenn Lamoricière und Perrot mit ihren Soldaten und Bürgerwehren, heranrücken würden. In diesem Falle, sagte ich, werdet Ihr uns wenigstens eine Pistole nicht versagen, mit der wir uns selbst todschießen können. Die Umstehenden betrachteten mich in der That als ihren Gefangenen, und nur der energischen Dazwischenkunft eines Arbeiters, der mich speziell kannte, verdanke ich meine Befreiung, Larabit ist verletzt. Doch ist seine Wunde ungefährlich. Die Sitzung wird aufgehoben.

Mittags. Ein Glied stürzt in den Saal Verrath! Verrath! Sie haben ein ganzes Bataillon niedergeschossen, hört man es rufen. Dieses Glied scheint zu erzählen, daß die Insurgenten drei Bataillone hinter die Barrikaden gelockt hätten, unter der Angabe, sich zu ergeben, daß sie aber dann alle ihre Feuerschlünde gegen sie gerichtet. Lebhafte Gespräche in der Mitte des Saales. Nichts Zusammenhängendes.

$1\frac{1}{2}$ Uhr. Präsident Senard, der das Ende der Insurrektion schon fünfzig Male angezeigt hat, besteigt von Neuem den Vorsitz und ruft aus: Bürger-Repräsentanten! Alles ist beendigt! Die Widersprüche in den Nachrichten, die sich so eben kreuzten, rühren von der Bedeutendheit der topographischen Beschaffenheit der Faubourgs her. Natürlich konnte die Uebergabe noch nicht in allen Strassen bekannt sein. Aber sie ist sicher; ein Unteroffizier hat mir so eben gemeldet, daß er das Faubourg in allen Richtungen durchritten. Ueberall zirkuliren Patrouillen. (Antony Thouret.) Es brennen mehrere Häuser! Woher diese Flammen nach einer Uebergabe? Adelsward: Um $1\frac{1}{4}$ Uhr habe ich den General Lamoricière gesprochen. Er hat mir gesagt, daß sich das Faubourg noch nicht ergeben habe. Mehrere Abtheilungen der Mobilgarde sind zu den Insurgenten übergegangen. Auch sprach er von geheimen Einverständnissen zwischen gewissen Repräsentanten und den Insurgenten. Um 2 Uhr lauft eine Depesche ein, welche die Uebergabe des Faubourgs wirklich offiziell meldet und Girardin ist verhaftet. (4 Uhr.)

(Straßburg, den 27. Juni, 5 Uhr Abends.) Die nachstehende telegraphische Depesche ist so eben von Paris hier eingetroffen: „Paris, 27. Juni 1848, 8½ Uhr Morgens. Der Chef der vollstreckenden Gewalt an die Präfecten. Heute herrscht die vollkommenste Ruhe in Paris; Alles ist zur Ordnung zurückgekehrt.“

(Straßburg, den 26. Juni.) Während des heutigen Vormittags glich das Aussehen unserer Stadt ganz demjenigen vom 26. Februar dieses Jahres. Bestürzung und Trauer lag in allen Mienen, denn die Briefe aus Paris brachten Schilderungen des Straßenkampfes, die herzzerreißend sind. Nachmittags sah es schon lebhaft aus, denn Nationalgarde und Linientruppen waren zu einer gemeinschaftlichen Heerschau ausgerückt, wo sich allgemein der Ruf: „vive la republique!“ „vive la garde nationale!“ „vive la ligne!“ vernehmen ließ. Man ist bei uns aufrichtig der Republik zugethan, denn ein Sturz dieser staatlichen Einrichtung würde namenloses Unglück über Frankreich bringen und einen Parteikampf hervorrufen, der mit einem allgemeinen Bürgerkrieg identisch wäre.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Schwarzes Brod betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

als Polizei-Senat.

Durch vorgängiges unter polizeilicher Leitung erfolgtes Probemahlen mit der Kleyenausmahlung auf 40 Pfund vom Schäffel Korn und Probebacken ist dasjenige schwarze Brod erlangt worden, wovon Muster bei jedem der 63 Herren Distrikts-Vorsteher der Stadt und des Burgfriedens morgenden Samstag den 1 Juli zur Untersuchung und Verkostung von Seite des Publikums niedergelegt sind.

Die Herren Distrikts-Vorsteher werden die Urtheile derjenigen, welche dieses Brod versuchen, entgegennehmen und sofort zur Kenntniß der Polizei-Behörde bringen.

Wenn hiedurch wider Erwarten sich ergeben sollte, daß das Publikum mit den Eigenschaften dieses Brodes sich nicht befriedigt hält, so ist der Magistrat bereit, ein weiteres Probemahlen auf 50 Pfund Kleyenausmahlung vom Schäffel Korn vornehmen zu lassen, und das hierdurch zu erlangende Brod wird dann ebenfalls der Beurtheilung des Publikums unterstellt werden.

Nürnberg, den 30. Juni 1848.

Dr. Binder.

Lähner.
v. n.

Anzeige.

Liebe Mitbürger! Jüngst haben wir uns tadelnd ausgesprochen in Betreff des schwarzen Brodes. Heute dagegen halten wir es für Pflicht, anerkennend zu rühmen, daß uns gestern Abend „schwarzes Probe-Brod“ vorgelegt wurde, das sehr gut ist, und Alle gewiß auch befriedigen wird. Unsere resp. Absicht wäre somit erreicht. Gut Brod bringt auch gute Zeiten. — Vertrauen und Einigkeit im Kleinen wie im Großen führt stets zum Ziele.

Eine Anzahl gemüthlicher Bürger.

Einladung.

Unterzeichneter macht seine höflichste Einladung zu der bei ihm Samstag den 1. Juli, als zur Kirchweihe, stattfindenden Metzelsuppe, wie auch zu der am Sonntag den 2. Juli Nachmittags 4 Uhr in seinem neuhergerichteten Gartenlokale beginnenden gutbesetzten Harmoniemusik. Abends 7 Uhr findet Tanzmusik mit 24 kr Entrée statt.

An verschiedenen warmen und kalten Speisen, frischem Felsenkellerbier, so wie an erwünschter Bedienung wird derselbe nichts ermangeln lassen.

Montag den 3. Juli Abends findet Zusammenkunft der geehrten Gesellschaft „Eintracht“ im obenbenannten Lokale statt

Achtungsvoll

J. A. Kühnlein auf dem Tafelhof.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 1. Juli findet vollständige Orchestermusik statt. Entree 6 kr. à Person. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 6 Uhr.

Kißkalt.

Erklärung.

Auf das Inserat der mittelfränkischen Zeitung Nr. 176 l. J., bezeichnet „Eingesandt“, hat der gesetzliche Vormund der 17jährigen Stieftochter des Wirths S. zu Feucht, anonymen Verfasser bloß einfach zu erwidern, daß das Vermögen seiner Curantin gehörig hypothekarisch versichert ist. Die Wiese und Wälder hat die geistesschwache Frau von ihrem Vater geerbt und wurde ihr darüber ein Curator zugetheilt; — was weiter zur Sprache kam, dafür hat der Vormund keine Verantwortlichkeit. Am liebsten wäre es demselben, wenn Einsender jenes Artikels die Vormunds-Stelle selbst übernehme.

L. v. F.

Versteigerung.

Mittwoch den 5. Juli findet in dem Hause S. Nro. 182 am Marplatz Nachmittags 2 Uhr eine Versteigerung von folgenden Gegenständen gegen gleich baare Bezahlung statt: Zinn, Kupfer, Messing, Weißzeug, eine eiserne Kassa, große Wäschmang, Sopha, Sessel und Tische von Nußbaumholz, Kommoden, Tische und dergleichen von Kirschbaumholz, Schränke, Bettstätten und mehrere andere Hausgeräthschaften.

G. Ziegler,
Gastwirth und Lohnkutscher.

Audienz

des Fr. Hahn, (wohnhaft vor dem neuen Thore Nr. 113) bei Sr. Majestät dem König.

Meine Bitte, besseres Brod betreffend, wurde von Sr. Majestät mit großem Wohlgefallen aufgenommen, und mir die bestimmteste Zusicherung ertheilt, daß das Ministerium sogleich mit der näheren Untersuchung beauftragt werde, um den Grund dieses Uebels zu erforschen und ernstlich Sorge tragen werde, daß in dem ganzen Königreich gleich gutes Brod gebacken werde, wie es in Würzburg, Regensburg, Lauf, Hersbruck, Erlangen und andern Städten schon der Fall sey.

Auf meine fernere Bitte um Ermäßigung des Bierpreises erwiederte Sr. Majestät, daß es sein unablässiges Bestreben sey, allen gerechten Anforderungen, allen zeitgemäßen Reformen mit Liebe entgegen zu kommen, daß auch die Wenigbemittelten, die Armen, so viel als nur geholfen werden könne, alle Wohlthaten treffe. Die gegenwärtige maßlose Ueberhäufung der Geschäfte mache aber zum Gedeihen, zum Vollenden, des so schön begonnenen, Ordnung und Ruhe unabläßig nothwendig. Er sey gewiß, wie dann seine Bayern sich bald überzeugen werden, wie er nur gemeinsam Hand in Hand mit ihnen vorwärts gehen wolle, wie er freudig bereit sey an die Stelle vorhandener Uebelstände, die bestmöglichsten Verbesserungen treten zu lassen, und er bedauere schmerzlich durch Uebelgesinnte in seinem redlichen Streben nach Vertrauen solch schwere Hindernisse sich in den Weg gelegt sehen zu müssen, wodurch ihm viele bittere Stunden bereitet würden.

Der Bittsteller hielt es ferner für seine Pflicht auf das Denunziantenwesen überzugehen, von dem sich hin und wieder Spuren zeigten und das nie gute Früchte getragen hat, so wenig, als wie das staatsgefährliche Betragen mancher niedern Beamten, die jede freie Aeußerung zu verdächtigen suchen, und dadurch den redlichen Bürger von der rechten Bahn oft genug abgebracht haben. Nicht wenig Erbitterung hat auch die Ungleichheit vor dem Gesetze bei Abschaffung der Polizeistunde hervorgebracht.

Seine Majestät äusserte sich sehr betrübt darüber, daß noch manche gerechte Klagen statt fänden, daß er aber zur Abhülfe derselben in die öffentliche Gerichtsbarkeit volles Vertrauen setze.

Große Freude machte Sr. Majestät meine Schilderung über die größtentheils gute Stimmung Nürnbergs, sowie auch, daß Herr Bürgermeister Dr. Binder, wenn er auch, wie mancher brave Beamte in der letzten Zeit die Basis verloren, sich seit 25 Jahren großen Dank um die Stadt erworben hat, daß er ein sehr fleißiger und thätiger Beamter sey, so manchen Uebergriff eines zur Zeit entfernten Polizeibeamten liebreich geschlichtet habe, und die Liebe des größten Theils der Bevölkerung besitze.

Seine Majestät entließ mich in den wohlwollendsten Ausdrücken.

Möchte doch damit das große Werk, Deutschlands Einheit gelingen, Ruhe und Ordnung wiederkehren und auch Göthes Worte jetzt zur Wahrheit werden:

„Der Geistliche sorge für gegenseitige Liebe und die Polizei störe den Frieden nicht!“

Nürnberg, den 1. Juni 1848.

Alle gutgesinnten Redaktionen werden um Aufnahme gebeten.

Einladung.

Sonntag den 2. und Montag den 3. Juli findet bei mir zur Feier des St. Peter-Jahresfestes gut besetzte Tanzmusik statt, wozu ich meine werthen Freunde und Bekannte hierdurch ergebenst einlade. An guten Speisen und vorzüglich frischem Felsenkellerbier werde ich nichts ermangeln lassen und empfehle mich achtungsvoll.

Samstag, als am Vorabend, musikalische Unterhaltung.

Georg Erlwein, auf den Ställen bei Neuhausen.

Einladung.

Morgen Sonntag den 2. Juli findet in Lauf die sogenannte Kunigundenkirchweih statt. Der Unterzeichnete fährt mit einem Omnibus früh 6 Uhr und Vormittags 11 Uhr von hier nach Lauf und Abends zwischen 6 u. 7 Uhr zurück. Ein verehrliches Publikum wird hiedurch höflich eingeladen, diese Fahrten zu benützen. Der Fahrpreis ist 24 kr a Person. Anmeldungen werden angenommen im Gasthaus zum rothen Ochsen in der äußern Laufergasse.

(Berichtigung) Bei der gestrigen Anzeige von Peter Gleßner zu Tafelhof ist irrthümlich statt „nächsten Samstag Metzelsuppe“ nächsten Sonntag“ geschrieben werden, was hiemit berichtigt wird.

(Zu vermiethen) In der Nähe der S. Sebaldkirche ist an einen soliden Herrn ein möblirtes Zimmer mit oder ohne Bett zu vermiethen.

Politischer Verein.

Heute Sonnabend den 1. Juli Versammlung im Saale des Bamberger Hofes Abends 8 Uhr.

Flaschenhof.

Nach meiner 15jährigen Wirthschaftsführung und baldiger Uebergabe derselben lade ich alle meine Freunde und Bekannte noch einmal ein, die St. Peters Kirchweihe bei gutem Felsenkellerbier und guten Speisen bei mir zu feiern. Heute Samstag, als am Vorabend, Metzelsuppe, und morgen Tanzmusik, und Montag Preis-Kegelschieben.

Einem zahlreichen Zuspruch empfiehlt sich

Georg Holzinger.

Vereins-Versammlung.

Künftigen Montag den 3 Juli Abends 7 Uhr ist eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie- und Kultur-Vereins, wozu dieselben hiemit ergebenst einladet

Nürnberg, den 29. Juni 1848.

Das Direktorium.

Dr. Weidenkeller, I. Direktor.

Schröglers-Zwinger.

Zur Feier der St. Peters-Kirchweih findet Sonntag den 2. Juli

Blechmusik

von den Trompetern der dritten Chevauxlegers-Division statt, wobei für frisches Felsenkellerbier, kalte und warme Speisen, so wie Kaffee und Hefenküchlein dann anderes Backwerk, bestens gesorgt ist. Hiezu ladet höflichst ein

Jean Schrögler.

Eintracht.

Montag den 3. Juli Produktion bei Hrn. Kühnlein in Tafelhof.

Der Vorstand

Almoshof.

Sonntag den 2. Juli wird das Rosenfest gefeiert, wozu ergebenst einladet

Wild.

Zur Nachricht.

Da uns von mehreren Seiten Klagen zukommen, daß Bestellungen auf die

„Fränkische Volkszeitung“

von den Postämtern zwar angenommen, aber nicht ausgeführt werden, so erklären wir den betreffenden Postämtern, daß sie sich nicht etwa beikommen lassen möchten, eine geheime Censurbehörde spielen zu wollen. So lange unsere Zeitung nicht öffentlich verboten ist, muß sie durch die Post befördert werden.

Zugleich widersprechen wir dem hie und da verbreiteten Gerüchte, als wäre mit der Beschlagnahme der 1. Nr. unsers Blattes auch das Verbot zur Fortsetzung desselben ausgesprochen; dasselbe wird vielmehr so kühn wie bisher auf der Seite des Volkes stehen.

Schwabach, am 30. Juni 1848.

Die Redaktion der fränkischen Volkszeitung.

(Zu vermiethen.) Bis zum Ziel Lorenzi 1848 ist im Hause Nro. 25 am Heumarkt in Nürnberg eine große Wohnung im ersten Stock nebst Pferdestall zu vermiethen. Nähere Aufschlüsse werden im 3. Stock dieses Hauses ertheilt

(Zu vermiethen.) Der größere Theil des Hauses Nro. 120 vor dem Thiergärtnerthor ist zu vermiethen, und kann täglich eingesehen werden.

(Zu vermiethen) In dem Garten Nro. 71, 72, 73 zu Tafelhof ist das Haus Nro. 72 bis Allerheiligen zu vermiethen. Das Nähere in Nro 73.

(Anzeige) Frische Ziegenmilch ist täglich zu haben im Garten Nro 117 vor dem Veitsnerthor

(Zu verkaufen) Wegen Wohnungsveränderung ist zu verkaufen: eine nur wenige Monat gebrauchte Kochröhre von Gußeisen, welche auch zur Steinkohlen-Feuerung gerichtet ist, eine eiserne Platte mit vier eisernen Häfen zum einsetzen. Heumarkt Nro. 17, I. Etage.

(Gesuch) Eine solide, an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Magd, welche gute Hausmannskost kochen kann, sich auch der übrigen Hausarbeit unterziehen will, wird von einer bejahrten Dame nächstes Ziel in Dienste zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Es wird eine erfahrene Kindsmagd gesucht, es wollen sich jedoch nur solche melden, die diese Eigenschaft besitzen.

(Gesuch) Eine brave Magd, welche Liebe zu Kindern hat und sich jeder Hausarbeit willig unterzieht, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. Juli 1848. № 184. Sonntag: Mar. Heims.

Deutschland.

Bayern. †† (Nürnberg, 1. Juli.) Mit dem Frühesten schickten sich heute unsere Bewohner an, ihre Häuser mit den deutschen Farben zu schmücken, leider wehen die stolzen Fahnen in einen düstern Regentag hinein. Unsere bisher so verwirrten und das Volk schwer drückenden Zustände scheinen einer lichteren und freundlicheren Zukunft entgegen gehen zu wollen. Möge diesem Schein ein wirkliches Seyn recht bald folgen und die auf uns bis jetzt noch lastenden Sorgen aller Art von uns befreien. Durch die Ernennung eines Reichsverwesers bis zur Vollendung der deutschen Reichsverfassung durch die Nationalversammlung treten wir zwar nur in ein Provisorium, doch hat die Willkühr der einzelnen Fürsten aufgehört und die Centralgewalt ist mit einem verantwortlichen Ministerium zur Seite in die Hände Eines Mannes gelegt, der zwar selbst unverantwortlich, doch zur Ausführung aller seiner Anordnungen der Gegenzeichnung von wenigstens Einem verantwortlichen Minister bedarf. So sehr wir im Intresse des Volkes auch gewünscht hätten, daß der Reichsverweser der Verantwortlichkeit nicht enthoben worden wäre, weil wir viele Beispiele in der neuen Geschichte haben, die uns diesen Wunsch mit Recht aussprechen lassen, so können wir doch unsere Freude über die Wahl nicht bergen, die auf den Erzherzog Johann, als einen durch und durch deutschgesinnten Volksmann, gefallen ist. Er hat lange keine Hofluft geathmet und fand hinlänglichen Ersatz für eine aristokratische Verbannung in der Freiheit seiner vaterländischen Hochgebirge zu leben, zu wirken und ein bürgerliches Weib, durch die wärmste Liebesneigung erkoren, an die Brust zu drücken. „Kein Oesterreich, kein Preußen, sondern ein einiges freies Deutschland!" war sein kerniger Trinkspruch bei jenem Bankete in Cöln am Rheine, wobei der König von Preußen präsidirte. Er hatte lange keine Hofluft geathmet, dieser wackre Mann, und als er das leztemal nach Wien kam, da trat er stolz in die Kaiserburg und rief dem Fürsten Metternich, gestützt auf die Liebe zu seinem Volke, die bedeutungsvollen Worte zu: „es ist Bürgerblut geflossen, Sie müssen abdanken," und nach diesen Worten trat Deutschlands größter Feind, der so lange die Fahne der Verdummung und Verdumpfung mit dem Schafte in der Hand über Deutschlands schöne Fluren hinwehen ließ, von seiner zerstörenden Wirksamkeit gegen alles deutsche Interesse ab. Erzherzog Johann ist zum Reichsverweser erwählt, wir vertrauen auf ihn, daß er, wenn er, bei seinen vorgerückten Jahren diese schwere Last übernimmt, sie auch mit allen dazu gehörenden Eigenschaften übernehmen werde. Von der Nationalversammlung in Frankfurt verlangt aber das deutsche Volk, daß es für dasselbe ein Reichsgrundgesetz entwerfe, dem gegenüber alle Partei- und Sonderinteressen der Fürsten und Völkerstämme schwinden und der Einheit und Stärke des Vaterlands jene Macht sichere, welche ihm im Innern den heilsamen Frieden und gegen Außen die begründetste Achtung zu festigen vermag. Sind diese Bürgschaften errungen, dann erst treten wir aus dem Zustande der Revolution in jenen der Reform und von diesen baut sich dann leicht die Brücke, auf dem das Vertrauen mit beglückender Hand hinüber schreitet, um mit freien befreundeten Völkern ein festes Bündniß zum Schutz und Trutz gegen die Tiranney zu schließen.

* (Nürnberg, den 1. Juli.) Heute Abend 5 Uhr wird eine Deputation der verschiedenen auf politischer Basis beruhenden Vereine nach Burgfarnbach fahren, um die Frankfurter Deputation an den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Behuf der Anzeige der bekannten Wahl zu begrüßen und hieher zu geleiten, von wo die Reise der Deputation nach ihrem Bestimmungsort fortgesetzt wird.

† (Nürnberg, den 30. Juni.) Der Beschluß der Nationalversammlung, „einen Reichsverweser zu wählen, ohne diese Wahl von der Bestätigung der Fürsten abhängig zu machen", war der wichtigste während des ganzen Verlaufs ihrer Thätigkeit — Die Nationalversammlung hat durch diesen Beschluß thatsächlich von ihrer Souveränetät Gebrauch gemacht, und dadurch, aber jedenfalls selbstständig, selbst das erfüllt, was man von Seite ungestümer Dränger nicht vertrauensvoll von den Gesandten des Volkes erwartet, sondern sogar als Bedingung der Anerkennung und des Gehorsams hingestellt hatte. — Dem Freunde des Vaterlands mußte die Nachricht von diesem Beschlusse höchst erfreulich seyn, da er in ihr den Beweis fand, daß die Gesandten des Volkes ihre Stellung richtig aufgefaßt, ihre Pflicht treu und furchtlos erfüllt und ihren Wählern eine sichere Bürgschaft für ihre weitere Thätigkeit gegeben haben; sie mußte um so erfreulicher seyn, als die unmittelbar vorher gegangene Nachricht über die Vorgänge in der Paulskirche zu Frankfurt den wahren Freund des Vaterlands mit tiefer Besorgniß erfüllt hatten. Um so mehr muß man sich wundern, daß diese Nachricht bei uns in Nürnberg mit einer scheinbaren Kälte aufgenommen wurde. Hätte man Ursache, den Grund dieser Gleichgültigkeit in reaktionären, oder anarchischen Gesinnungen zu suchen, so fiel natürlich das Wunderbare dieser Erscheinung weg; da aber der Patriotismus der Nürnberger über allen Zweifel erhaben ist, so bleibt nichts anderes übrig, als den Grund dieser scheinbaren Gleichgültigkeit gegen solche wichtige Akte unsrer Nationalversammlung darin zu suchen, daß man die Aeußerung seiner Beistimmung und Freude zurückhalten wollte, bis das ganze Werk, welches uns Heil bringen soll, vollendet ist. — Darin mag man Recht haben, ob ganz Recht, wird sich später zeigen.

(Würzburg, den 30. Juni.) Gestern Morgen erhielt eine Batterie Befehl, sich marschfertig zu machen, und zog heute Morgens 7 Uhr unter dem Kommando des Hrn. Hauptmann Fahninger wirklich nach Bamberg ab. Ob sie aber, woher die Zeitungen schon lange Reibereien zwischen Bürgern und Militär melden, ihr Bleiben und den guten Geist der Ordnung zurückführen sollen, ob sie weiter marschiren werden — darüber Aufschluß zu geben, sind wir zur Zeit noch nicht in Stand gesetzt. (Frkft. J.)

Baden. (Mannheim, 28. Juli.) Gestern Abend fielen hier in einem Bierhause Streitigkeiten zwischen Bürgerlichen und bayerischen Soldaten vor. Der Geist der Getränke soll die Hauptursache dieser Händel gewesen seyn. Die Soldaten schritten hierauf selbst zur Verhaftung der Bürgerlichen und verfuhren dabei nicht ohne Ausübung von Gewaltthätigkeiten. In Folge dessen kam es zu Volks-Aufläufen in den Straßen; bedeutende militärische Maßregeln wurden ergriffen, und noch andere Verhaftungen fanden statt. Hiebei ist es übrigens geblieben, keine weitere Ruhestörung fiel vor, und der ganze Auftritt trägt keinen politischen Charakter an sich. Von den Verhafteten sind die meisten wieder freigegeben worden. (Schw. M.)

(Aus dem Badischen, den 28. Juni.) Vor einigen Tagen ist aus Oberkirch und den benachbarten Orten eine Petition an die deutsche Nationalversammlung abgegangen, worin vollständige Amnestie für alle politischen Verbrecher verlangt wird. Aehnliche Adressen sind auch aus andern Gegenden Badens ergangen. — Von den am Ostermontag Verhafteten sind dieser Tage wieder viele entlassen worden. Der in Bruchsal in Haft befindliche Advokat K. v. Rotteck wird, nach dem bis jetzt bekannten Stand der Sache, die Freiheit noch nicht so bald erlangen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Konstanz, den 28. Juni.) In dem Locale der Hauptwache der bayer. Truppen dahier, sowie in verschiedenen Stadttheilen fand man geschriebene Exemplare eines Aufrufs an das bayerische Militär, in welchem dasselbe zum Abfall und Treubruch aufgefordert wird. Gleichzeitig wird mit einer Mordnacht und Einäscherung der Stadt gedroht, und dem Bürgermeister mit schwerer Rache, wenn binnen drei Wochen nicht alles Militär entfernt würde. Diese Manipulation geht wahrscheinlich von Flüchtlingen aus, denn gleichzeitig lag dieser Aufruf unter anderm in Kreuzlingen. Das großherzogl. Bezirksamt fordert die Einwohner öffentlich auf, den in jüngster Zeit sich häufenden Versuchen, das Militär insbesondere durch Mittheilung von Flugschriften aufrührerischen Inhalts zum Treubruch zu verleiten, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und die Behörden zu unterstützen. Einige Soldaten sind in die nahe Schweiz desertirt, und haben den Weg nach Italien eingeschlagen. In einer in den letzten Tagen dahier abgehaltenen Volksversammlung verlas Adv. Wurth eine Petition an die Volksversammlung in Frankfurt, worin die Bitte gestellt wird, den Flüchtlingen und politischen Gefangenen Amnestie zu ertheilen (was der Nationalversammlung nicht zustehen kann) und die Untersuchungen niederzuschlagen, ferner den Dr. Hecker einzuberufen. Die Petition liegt zur Unterschrift der Bürger auf dem Stadthause. (A. A. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 29. Juni, Nachmittags 5 Uhr.) Viele Häuser der Stadt sind festlich geschmückt. Dagegen hat der demokratische Verein ein Plakat an die Straßenecken ankleben lassen, in dem das Gesetz über die Centralgewalt wegen der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers, darum daß er nicht Präsident ist, nicht die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen hat, daß sich die Centralgewalt mit den Gesandten der Landes-Regierungen thunlichst ins Einvernehmen zu setzen habe, für schlecht erklärt, und gegen dasselbe und die Nationalversammlung protestirt wird. Man solle Volksversammlungen veranstalten, neue Wahlen treffen, und die 100 der Minorität zum Ausscheiden aus der Nationalversammlung bewegen. Diese 100 werden denn auch namentlich aufgeführt. (N. W. Z.)

☾ (Frankfurt, den 29. Juni, Nachmittags 3 Uhr.) So eben ist Erzherzog Johann von Oesterreich unter dem Donner von 101 Kanonenschüssen und unter dem Läuten aller Glocken als Reichsverweser über Deutschland vom Präsidenten der Nat.-Versammlung verkündet worden. Die Wahl fand durch Namensaufruf Statt. Jeder Aufgerufene nannte von seinem Platze aus den Namen dessen, den er zum Reichsverweser wählen wollte. Erzherzog Johann erhielt 436 Stimmen, Heinrich v. Gagern, Präs. d. Nat.-Vers. 52 Stimmen, Adam v. Itzstein 32 Stimmen. Fünfundzwanzig Mitglieder der Linken (die sog. äusserste Linke) stimmten nicht. Viele derselben motivirten ihr Nicht-Stimmen durch die Worte: Ich stimme für keinen Unverantwortlichen; oder: Mein Gewissen verbietet mir, für einen Unverantwortlichen zu stimmen. Die Uebrigen von der entschiedenen Linken stimmten für Itzstein; vom linken Centrum Viele für Gagern. Es waren im Ganzen 546 Mitglieder zugegen. Eine Stimme fiel auf Erzherzog Stephan. Dann wird die Probe herauskommen. Sobald der Präsident das Resultat verkündete, fingen die Glocken zu läuten, und die Kanonen zu donnern an. Dem Reichsverweser wurde sodann ein Hoch gebracht, ein doppeltes, da die Claque auf der Gallerie mit ihrem Hoch schon vorher losbrach, ehe der Präsident das offizielle anstimmte. Der Präsident verkündete den Reichsverweser als Schirmer der deutschen Freiheit und Wiederhersteller der Ordnung. Er schlug sodann vor, ihn durch eine Deputation von seiner Wahl in Kenntniß zu setzen. Diese Deputation wurde auf Sieben festgesetzt. Die Wahl der Deputirten wurde dem Bureau anheimgegeben. Dieses wird heute Abends 5 Uhr in der fortgesetzten Sitzung die getroffene Wahl vorlegen, und die Deputirten werden sich sodann sogleich auf den Weg nach Wien machen. Verschiedene sonst nicht unvernünftige Leute meinen, es wäre an zwei oder drei Deputirten auch genug gewesen, es hätte keiner Sieben bedürft. Aber das deutsche Volk hat Geld genug, um Extraposten zu bezahlen, wenigstens sollte man es glauben, wenn man sieht, mit welcher Behendigkeit die Rechte im Parlament sich rührt, um sogar fünfzehn, statt sieben nach Wien zu senden. Die Sitzung schloß vor 3 Uhr unter dem fortwährenden Läuten und Kanonendonner und unter strömendem Regen. Der Himmel macht ein düstres Gesicht zu dieser neuen deutschen Kaiserwahl.

(Frankfurt, den 20. Juni.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung habe ich die Frage: ob das in seinen einzelnen Bestandtheilen berathene Gesetz in Betreff der Gründung einer Central-Executivgewalt für Deutschland im Ganzen angenommen werden solle? mit Nein beantwortet. Da ich schon als Mitglied des Fünfzigerausschusses, mich für die Gründung dieser obersten Gewalt erklärt, und auch bei der deßfalsigen neuesten Berathung in der Nationalversammlung diese Gewalt für ein unabweisbares Bedürfniß erkannt hatte, so glaube ich den anscheinenden Widerspruch meiner Ansicht und meiner Abstimmung in dem Folgenden beseitigen zu müssen. Die außerordentlichen Verhältnisse Deutschlands fordern die Gründung einer vollziehenden Gewalt, bevor die Reichsverfassung selbst in's Leben tritt. Eine Gewalt kann sie nur seyn, wenn sie das Vertrauen des Volks hat und auf dem Boden des Rechts steht. Dazu gehört, daß sie weder eine unbeschränkte, noch eine unverantwortliche ist. Die Mehrheit der Nationalversammlung hat aber die Frage: ob diese Gewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen habe — mit Stimmenmehrheit verneint und die Frage: soll der Reichsverweser unverantwortlich seyn — in gleicher Weise bejaht. Nach jener Abstimmung hat der Reichsverweser, wenn man nicht behaupten will, er habe nichts zu vollziehen, Alles zu vollziehen, was er zu vollziehen für gut findet, und nach dieser ist er in einer Weise unverantwortlich, wie es außer ihm Niemand ist, er steht über dem Gesetz. — Für ein Gesetz, welches diese wie jene Bestimmung enthält, konnte ich nach Pflicht und Gewissen nicht stimmen. Hätte sich die Nationalversammlung dafür entschieden, daß der Reichsverweser (sey es auch mit einem Suspensiv-Veto von etwa drei Tagen) die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen habe, und daß er in so weit unverantwortlich sey, als er sich in den Gränzen der ihm übertragenen Geschäfte bewege, so würde ich für Annahme des Gesetzes im Ganzen gestimmt haben. — Ich füge den Wunsch an, daß das deutsche Volk das von der Nationalversammlung beschlossene, und deßhalb Alle bindende Gesetz, nichts destoweniger mit Vertrauen aufnehmen möge, und spreche die Zuversicht aus, daß die Vollziehung des Gesetzes dieses Vertrauen rechtfertigen wird. Reh, von Darmstadt. (Frkf. J.)

Nassau. (Wiesbaden, den 26. Juni.) Wohl Denen, welche die lange Zeit der Censur benutzt haben, die Geschichte der englischen und französischen Staatsumwälzung zu studiren; denn, da die Freiheit keinem Volke auf dem Präsentirteller gebracht wird, ist es nöthig, daß jedes Volk seine Revolution macht. Vieles Schreckliche könnte vermieden werden, wenn die Kenntniß jener beiden großen Revolutionen allgemeiner verbreitet wäre. Dem ist aber nicht so, das gefallene System hat dadurch den größten Fluch auf sich geladen, daß es alle politische Bildung unterdrückte, daß es edle Männer und Jünglinge durch die raffinirtesten Mißhandlungen zur Verzweiflung, zum Wahnsinn trieb, oder sie einsperrte und aus dem Lande jagte. Bei uns war dieses System so ausgebildet, daß man nie verzieh, ja daß man noch jetzt einen glühenden Haß gegen die wohlwollendsten Männer an den Tag legt, und dadurch eine immer schärfere Trennung der Parteien, resp. einen Kampf der schlimmsten Art hervorruft. Schon ist die Trennung der Parteien bei uns sehr weit vorgerückt. Vergniaud sagt im Natianalconvent: „Die Revolutionen verschlingen ihre Kinder, wie Saturnus.“ Dieses Wort des großen Girondistenführers ist ewig wahr. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Prag, 23. Juni.) Der Gubernial-Präsident Graf Leo Thun hat gestern Nachmittags eine Kundmachung erlassen, in welcher er unter Anderem sagt: »Wenn auch den eigentlichen Plan, den Zusammenhang und das Ziel dieses schmachvollen Treibens erst die gerichtliche Untersuchung in's Klare setzen wird, so ist es doch schon ohne diese offenbar, daß es sich um nichts weniger handelte, als um Revolution gegen die rechtmäßige Regierung, Proskription derjenigen, die sich ihr muthig entgegenstellten, Bürgerkrieg im ganzen Lande mit all seinen fürchterlichen Folgen.“ Von den hier erwähnten Proskriptionen sprach man seit mehreren Tagen; ich habe aber eines solchen, unser Land in den Augen der Welt erniedrigenden Gerüchtes gar nicht erwähnen mögen; leider aber ist es furchtbar wahr. Das vorgefundene Verzeichniß umfaßt mehrere Hunderte der dem Verderben geweihten Personen, und bei Männern, die als entschiedene Freunde der Ordnung oder als Vorkämpfer der deutschen Sache bekannt sind, wie Graf Friedrich Deym, Glaser, Kreutzberg und Anderen, sollen sogar sämmtliche Familienglieder genau bezeichnet gewesen seyn. Unter den Verhafteten befindet sich jetzt auch das ostensible Haupt der Czechen-Partei, Bierwirth Faster, der die Bauern der westlichen Kreise aufwiegeln wollte und im Pilsener Kreise verhaftet und eingeliefert wurde. Dü Brauner, der seiner Zeit wohl den böhmischen Robespierre gespielt haben würde, hat sich in Grudim selbst zur Einlieferung gestellt und wurde gestern wieder auf freien Fuß gesetzt. Alle Mitglieder der weiland provisorischen Regierung sind frei — es war bei der bisher bewiesenen Schlauheit der Partei überhaupt vorauszusehen, daß die Führer sich nicht so leicht compromittiren würden. Aus den deutschen Kreisen, ja, selbst aus den deutschen Gegenden jenseits der Grenze, wurden dem Fürsten Windischgrätz beistimmende Adressen gesandt. Nur die deutsche Hauptstadt Wien beschuldigt in ihren zahlreichen Blättern mit der alten unverwüstlichen Bornirtheit den edlen Degen und seine wackeren Truppen reaktionärer Zwecke! Jedermann weiß übrigens hier, daß kein ehrlicher Deutscher am Beginne des Aufstandes, noch weniger aber bei dessen Verlaufe sich betheiligte, mit Ausnahme der verblendeten Studenten. Im Lande ist Alles ruhig geblieben, und selbst die wenigen herangezogenen Dorfbewohner und Kleinstädter kehrten, über den wahren Stand unterrichtet, bald wieder in ihre Heimath zurück. Die Czechen-Partei muß es jetzt endlich einsehen, daß das Landvolk durch Flugblätter und Zeitungen wohl zum Zweifel, aber nicht zum Angriffe zu bringen sey. Man glaube übrigens nicht, daß bei uns Alles vorüber ist. Wehe uns, wenn die Schwäche des Wiener Ministeriums aus übelverstandener Schonung den Lauf der Gerechtigkeit hemmen sollte! Daß der fanatisirte Slave der Civilisation der Neuzeit ganz entkleidet und der Barbarei hussitischer Zeiten verfallen ist, haben im Posen'schen die Polen und in Prag die Czechen bewiesen. Wo sie nicht herrschen können, da ist ihr einziger Trieb, zu zerstören. Werden unsere Brüder in der Paulskirche in der Lohe des Prager Brandes gesehen, im Donner der hiesigen Kanonen gehört haben, was hier noth thut? — Die Bedrohung Deutschlands an den Marken Tyrols, am Gestade von Triest durch den Sardenkönig ist bisher in Frankfurt wenig beachtet worden; wird man die alle unsere geistlichen Errungenschaften bedrohenden Angriffe der Slaven ebenfalls noch länger als eine blos österreichische Sache betrachten? Wahrlich, nicht minder nöthig, als der Zug der Preussen nach der Eider, dürfte jetzt der der Bayern und Sachsen nach der Moldau seyn, und nur wenn dies bald geschieht, kann das deutsche Land ein unverwüstetes Böhmenland erhalten. (Köln. Z.)

Preussen. Berlin, den 26. Juni.) Aus zuverläßiger Quelle kann ich Ihnen berichten, daß der König persönlich noch immer die stärksten Sympathien für Rußland hat. Geht das allgemeine Gerücht auch vielleicht zu weit, wenn es davon spricht, daß der König hinter dem Rücken seiner verantwortlichen Minister mit Rußland unterhandle und sein Land an Rußland verrathe, so ist doch dies fest, daß der König fest entschlossen ist, auf den Thron zu verzichten, bevor er sich zu einem Kriege mit Rußland zwingen läßt. Dann kommt der Prinz von Preußen. Wer vermag die unglückseligen Folgen abzusehen, die aus dieser hinterhaltigen Politik des preussischen Fürstenhauses für das arme Land erwachsen? Jedenfalls ist es aber ein Moment, das bei der Entscheidung der deutschen Centralgewalt und des erblichen Kaiserthums in die Wagschale zu legen ist. (Brem. Z.)

Briefe, die uns aus Königsberg und von der russischen Gränze zugehen, enthalten die friedlichsten Versicherungen in Betreff Rußlands: die russischen Garden hätten keinen Marschbefehl erhalten, das dänische Anleihegesuch sey vom Kaiser abgelehnt, und dem Großfürsten Konstantin sey empfohlen, mit seinem Uebungsgeschwader jede Bewegung zu vermeiden, die als eine Bedrohung der deutschen Küsten ausgelegt werden könnte. (A. B. Z.)

Vom Neckar, den 27. Juni.) Die »offene Erklärung« des Ministers Römer hat so großes Aufsehen erregt, sie enthält so viele (wahre eindringliche und bedeutungsschwere Stellen, daß es im eigentlichen Sinne des Wortes »zweckmäßig« erscheint, einige derselben wörtlich mitzutheilen. »Ich fürchte sehr,« sagt Römer, »von der Mehrzahl unserer Vaterlandsvereine nicht gehört zu werden; denn wir sind fieberkrank, und unsere Krankheit rührt daher, daß wir die uns so unvermuthet und so leicht beigebrachte Dosis Freiheit nicht recht zu ertragen vermögen. Wir gleichen dem Armen, der durch einen Zufall reich geworden ist, und der das viele Geld nicht anzuwenden versteht.... Gewiß hat das alte Regierungssystem viel verschuldet. Aber ist das Volk freizusprechen? Duldete es nicht, daß diejenigen, welche die in den Befreiungskriegen gemachten Zusagen verwirklichen wollten, verbannt oder in die Gefängnisse geworfen wurden? Unterstützte es die Minderheit seiner die Volksrechte vertheidigenden Vertreter? Widersetzte es sich, wenn seine Verfassungen in einer Weise gehandhabt wurden, daß die Fürsten und Privilegirten in erster und letzter Instanz immer Recht behielten? Es schwieg, nein es schwieg nicht, es huldigte, und jetzt ist es, politisch noch nicht volljährig, in Folge der vielseitigen Agitationen auf dem Wege, allen und jeden Haltpunkt zu verlieren und die Freiheit in der Ungebundenheit aufgehen zu lassen! Meinen tiefsten Unwillen spreche ich aus über die seit einigen Monaten von Einzelnen, sowie von ganzen Gemeinden verübten Frevel, denn gleichwie ich den Königen nie geschmeichelt habe und nie schmeicheln werde, so werde ich auch dem Volke nie schmeicheln. Ich halte es vielmehr — gerade in meiner jetzigen Stellung als Minister des Fürsten, wie des Volkes — für meine Pflicht, nach allen Seiten hin die Wahrheit zu sagen, sie mag gefallen oder nicht. (Frkft, O.-P.-Z.

Vom Mittelrhein, den 28. Juni. Einige deutsche Regierungen scheinen es förmlich darauf abgesehen zu haben, sich theils mit den Bestimmungen der konstituirenden Nationalversammlung, theils mit Gesetzentwürfen, die von Ausschüssen derselben bearbeitet und bereits zur Oeffentlichkeit gebracht worden sind, in direkten Widerspruch zu setzen. Schon zu Anfang dieses Monats setzte die Nationalversammlung fest, daß die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten keine Bestimmungen enthalten dürfen, die mit dem Reichsgrundgesetze nicht im Einklange stehen. Der Entwurf des Reichsgrundgesetzes ist längst bekannt, und es bilden die Grundrechte des deutschen Volkes in diesem Entwurfe einen Haupttheil. Im II. Artikel §. 10 dieser Grundrechte heißt es: »Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf weder durch Censur, noch durch Concessionen oder Sicherheitsstellungen beschränkt werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte geurtheilt.“ Dem eben erwähnten Beschlusse der Nationalversammlung zufolge muß dieser Paragraph des Grundgesetzes in jede deutsche Verfassung aufgenommen werden, und von irgend einer Censur, von welcher Art sie auch sein möge, kann fortan nicht mehr die Rede sein. Was hat aber die württembergische Regierung diesem Grundrechte des deutschen Volkes gegenüber gethan? Sie hat den Zeitungsredakteuren die Warnung zugehen lassen, sie möchten sich vor aufregenden Artikeln hüten. So wohlmeinend und väterlich diese Warnung auch klingt, so sieht sie doch der Censur so ähnlich, wie ein Ei dem andern. Sobald Preßfreiheit besteht, hat sie gar nicht das Recht, Warnungen vorhergehen zu lassen, sondern es steht ihr nur zu, wegen eines aufregenden Artikels Klage zu erheben; das Gericht aber hat dann zu entscheiden, ob der Artikel wirklich aufregender Natur ist, und wird darnach die Strafe erkennen. Die württembergische Regierung hat sich mit ihrer Warnung an die Redakteure in argen Mißkredit gebracht, und daß ihr dies in jetziger Zeit nur schaden kann, liegt klar auf der Hand! Sie hat aber außer diesem Verstoß gegen die Grundrechte des deutschen Volkes noch einen andern begangen: sie läßt die Volksversammlungen in der Art überwachen, daß Polizeibeamte denselben beiwohnen müssen. Dieser Eingriff der Regierung in Württemberg in ein garantirtes Volksrecht wird indeß noch von der Regierung in Dresden überboten. Diese verlangt in dem Gesetzentwurfe über das Vereins- und Versammlungsrecht, daß der Polizei jede Versammlung oder die Bildung eines Vereins vorher angezeigt und dieser auch Zweck, Ort und Zeit angegeben werden müsse. In Stuttgart und Dresden scheint man den Entwurf des Grundrechts des deutschen Volkes gar nicht gelesen zu haben, denn im Art. VI. in den §§. 23 und 24 heißt es ausdrücklich: »Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden. — Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.« Es ist durchaus unbegreiflich, wie man in Dresden und Stuttgart trotz dieser, freilich erst im Entwurf ausgesprochenen Bestimmungen sich immer noch in polizeistaatlichen Gelüsten gefällt; glaubt man dort etwa, die konstituirende Nationalversammlung werde die, im Entwurf vorliegenden Grundrechte beschränken, oder einzelnen Regierungen zu Liebe einzelne Artikel derselben auf Schrauben stellen? Das wird die Nationalversammlung nicht thun, vielmehr ist anzunehmen, daß sie einzelne Grundrechte noch

weiter ausdehnen und alle Schranken forträumen werde, die der Willensfreiheit irgendwie entgegentreten könnten. Welchen Gewinn können demnach wohl die Regierungen zu Stuttgart und Dresden von ihren Versuchen, dem Volke abermals Zwangsjacken anziehen zu wollen, davontragen? Gewiß keinen andern als den, daß sie sehr spät zu der Erkenntniß kommen: der Polizeistaat sei in Deutschland für immer eine Unmöglichkeit geworden. (Frkft. J.)

Belgien.

(Brüssel, 26. Juni.) Der König hat heute die ausserordentliche Session der Kammer für 1848 mit folgender Thronrede eröffnet: Meine Herren! Ich sehe Mich mit Freude wieder in der Mitte der Vertreter der Nation. Belgien ist ruhig, vertrauensvoll, stark geblieben Angesichts der Bewegungen, welche Europa so tief erschütterten. Es drängt Mich, öffentlich den gerechten Stolz und die Dankbarkeit auszudrücken, welche Mein Herz darüber empfindet. Die in politischen Zuständen verschiedener Länder vorgefallenen Umgestaltungen haben keineswegs unsere guten internationalen Beziehungen verändert. Unsere offiziellen Beziehungen zur französischen Republik sind auf gegenseitiges Wohlwollen begründet. Wir haben von allen Seiten Beweise der Sympathie und der Achtung empfangen. Die vergangene Session ist durch wichtige Gesetze bezeichnet worden. Der Kreis der politischen Rechte ist beträchtlich erweitert worden, und die erste Anwendung der Wahlreform hat bewiesen, daß wir von der Weisheit der Nation nicht zu viel erwartet hatten. Die Organisation der Bürgerwehr wird thätig fortgesetzt. Der vortreffliche Geist der Bevölkerung erleichtert und sichert deren Erfolg. Die Umstände haben dem Lande ausserordentliche Lasten auferlegt. Belgien hat die Nothwendigkeit derselben eingesehen und sie muthig ertragen. Vermittels der in der vorigen Session bewilligten finanziellen Maßregeln ist unser vaterlandsliebendes Heer in einem achtungswürdigen Zustande erhalten worden; wir haben der Arbeit Nahrung verschafft; der öffentliche Schatz hat allen seinen Verpflichtungen treu nachkommen können; die Last der schwebenden Schuld hat aufgehört, den Kredit zu drücken. Die Zukunft wird die Opfer der Vergangenheit vergüten. Die für die ausserordentlichen Bedürfnisse bestimmten Mittel sind nur bis zum 1. September bewilligt worden. Allein Dank der weisen Zurückhaltung, welche wir uns bei den Ausgaben zum Gesetze gemacht haben, wird die Auferlegung neuer Lasten nicht nöthig seyn, und wenn nicht unvorhergesehene Verwickelungen es verhindern, so werden die bewilligten Credite genügen, um das Ende des Jahres zu erreichen. Alle unsere Bestrebungen, Meine Herren, müssen dahin gerichtet seyn, Belgien in einer günstigen finanziellen Lage zu erhalten. Darauf sind seine Kraft und seine Sicherheit größtentheils begründet. Das gewöhnliche Ausgaben-Budget wird vermindert werden. Meine Regierung ist entschlossen, allmählig erhebliche Ersparnisse zu bewerstelligen. Es werden die Grundlagen mehrerer Steuern verändert werden müssen. Wir werden in der Vertheilung der Lasten auf diejenigen, welche allein von ihrer Arbeit leben, Rücksicht nehmen. Wir werden fortfahren, mit wahrer Sorgfalt alle Maßregeln zu erforschen, welche geeignet sind, das Loos der arbeitenden Classen zu verbessern. Wir durchschreiten einen Zeitraum voll schwerer Prüfungen für die europäische Gesellschaft. Belgien wird sich von dem weisen und sicheren Wege nicht ablenken lassen, welchen es eingeschlagen hat. Es ist ihm vergönnt worden, durch eine glückliche Vereinigung die Beständigkeit mit dem Fortschritte, die Ordnung mit der Ausübung aller Freiheiten zu paaren. Um auf diesem Wege zu beharren, um mit Erfolg seine Sendung des Friedens und der Arbeit zu vollbringen, genügt es, daß die Nation sich selbst vertraue und einig bleibe. Und Sie, Meine Herren, die Sie der getreue Ausdruck ihrer Gefühle und ihrer Wünsche sind, Sie, denen das Land seine theuersten Interessen in Verwahr gegeben hat, Sie werden seiner Erwartung würdig entsprechen, Sie werden der Regierung die wohlwollende Mitwirkung gewähren, deren sie bedarf, um ihre schwierige Aufgabe zu erfüllen, und wir werden uns abermals durch unsere gemeinsamen Bestrebungen um das Land verdient machen. — Die Worte des Königs wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen. Nicht geringer ist die Begeisterung außerhalb des Saales und bei der Heerschau gewesen, zu welcher die Bürgerwehr sich zahlreicher als jemals eingefunden hatte. Die Ereignisse in Paris schienen in dem Volke das Gefühl der Liebe zu seinen Einrichtungen noch gesteigert zu haben. Nachdem der König den Saal verlassen hatte, wurde die Sitzung aufgehoben und um 3 Uhr wieder eröffnet, um die Tagesordnung für den anderen Tag vorlesen zu hören und Commissionen zur Prüfung der Vollmachten einzusetzen. (Köln. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 27. Juni.) [Nationalversammlung. Schluß der Sitzung vom 26.] Der Kampf im Faubourg ist ei gestellt. Um $5^3/_4$ Uhr besteigt Lacrosse den Präsidentenstuhl und zeigt der Versammlung an, daß die Abtheilungen die Prüfung der ihn n vorliegenden Gesetzentwürfe noch nicht vollendet hät en und keine neuen Depeschen angelangt seyen. Die Sitzung wird von Neuem suspendirt. Um $8^1/_2$ Uhr füllt sich der Saal wieder und Senard erklärt am Beginn einer langen durchaus in eressellosen Rede, daß der Kampf auf allen Punkten der Stadt, wo er stattgefunden, völlig aufgehört habe. Am Schlusse dieses Vortrages trägt er darauf an, die Zahlungsfrist der vom 23., 24, 25., 26., 27. und 28. Juni fälligen Wechsel bis zum 5. Juli zu verschieben wird angenommen. Tillancourt beantragt eine Adresse an die französische Nation, an die festen und mobilen Bürgerwehren und an die Armee. Luneau unterstützt ihn. Der Antrag soll morgen zur Ausführung kommen. Flocon, Ackerbau- und Handelsminister, widerlegt wiederholt die Gerüchte und Befürchtungen wegen eines Brodmangels und versichert, daß die Staatsspeicher und die Magazine von Sceaux zur Befriedigung aller Magen hinreichen würden. Am Schlusse geht die Nachricht ein, daß auch die letzten Barrikaden in der Villette, gleich denen des Faubourg St. Antoine niedergerissen würden. Die Versammlung geht bald nach 9 Uhr auseinander.

Der zur Untersuchung der Ereignisse des 23., 24., 25. und 26. Juni dekretirte Ausschuß besteht aus meist der Majorität angehörenden Gli dern. Odilon-Barrot ist Präsident, Woirhaye Vicepräsident und Waldeck, Rousseau und Landrin, Sekretäre.

Die Journale 1) La Presse, 2) La Revolution, 3) L'assemblée nationale, 4) La Vraie Republique, 5) L'organisation du travail, 6) Le Napoleon republicain, 7) L'aimable Faubourien ou le Journal de la Canaille, 8) Le Lampion, 9) La liberté, 10) Le Père Duchène und 11) Le Pilori sind bis auf Weiteres unterdrückt und ihre Pressen versiegelt. Auch der Proudhomsche Representant du peuple ist nicht erschienen. Indessen kommt das wohl nur daher, daß er in derselben Offizin, wie La Presse gedruckt wurde. Ein Verbot ist gegen ihn nicht erlassen.

Um Mitternacht fand noch eine lebhafte Füssilliade in der Nähe der Tuilerien und des Palais National statt. Der Père la Chaise ist noch von den Insurgenten besetzt.

Im Laufe der vorigen Nacht wurden etwa 2000 Gefangene in Omnibuswägen unter starkem Kavalleriegeleit, aus den Stadtgefängnissen in die Kasematten von Vincennes und der übrigen Aussenwerke geschafft.

Noch läßt sich die Zahl der Gefallenen, Verwundeten, Ersäuften, Verbrannten, Massakrirten, kurz aller Verlornen, nicht genau bestimmen. Man schätzte sie gestern Abend auf 10 bis 11000. — Ausser den Spitälern sind mehrere Kirchen- und Privatgebäude der Pflege der Verwundeten gewidmet. Die Frauenwelt sitzt vor den Hausthüren und zupft Charpie! Wehmüthiger Anblick!

Der Erzbischof von Paris ist gestorben. Die Kugel, die ihn hinter den Barrikaden erreichte, hatte die Rückenmark verletzt und jede Rettung war unmöglich.

[Proklamation Cavaignac's]. An die Bürgerwehr und Armee: Bürger, Soldaten! Die geheiligte Sache der Republik hat triumphirt. Eure Hingebung, Euer unerschütterlicher Muth haben sträfliche Pläne vereitelt, verhängnißvolle Irrthümer gerichtet. Im Namen des Vaterlandes, im Namen der ganzen Menschheit seid bedankt für Eure Anstrengungen, seid gesegnet für diesen nothwendigen Triumph. Diesen Morgen noch war die Aufregung des Kampfs legitim, unvermeidlich. Jetzt aber seid ebenso groß in der Ruhe, als Ihr es so eben im Kampfe gewesen. In Paris sehe ich Sieger, Besiegte; möge mein Namen verflucht bleiben, wenn ich einwilligte, dort Opfer zu sehen. Die Gerechtigkeit wird ihren Lauf haben; möge sie handeln: das ist Euer Gedanke, das ist der meinige. Bereit, wieder in den Rang eines einfachen Bürgers zurückzukehren, nehme ich in Eure Mitte das bürgerliche Bewußtsein zurück, in diesen Tagen schweren Prüfungen die Freiheit nur in soweit beschränkt zu haben, als das Heil der Republik es selbst verlangte, und demjenigen ein Beispiel geliefert zu haben, der einmal berufen sein könnte, seinerseits eben so ernste Pflichten zu erfüllen. Paris, 26. Juni, Abends 1848. (gez.) Cavaignac.

[Letzte Augenblicke der Insurrektion.] Enorme Truppenmassen der Generäle Lamoricière und Perrot hielt das ganze Faubourg St. Antoine umschlungen. Nur von Menilmontant und Popincourt, jenseits des Kanals her beunruhigten einzelne Insurgenten-Abtheilungen die Truppen. Es schlug 10 Uhr. Die Belagerungsgeschütze, Mörser, Haubitzen und Kanonen, welche Cavaignac auf Verlangen Lamoricières aus Arras und La Fère (zweier Festungen) in aller Eile hatte herbeischaffen lassen, waren eingetroffen. Die Pechkränze und Brandbomben lagen bereit: der produktivste Theil von Paris sollte vernichtet werden. Der revolutionäre Herd brannte bereits an einigen Stellen, als Lamoricière, ein kleiner blutjunger, negerköpfiger Glückssoldat, umgeben von seinem ganzen Generalstabe im Café Amand, an der Ecke des Bastillenplatzes, auf den Befehl zum Beginn des Bombardements wartete, und mit der Uhr in der Hand die Minuten zählte, welche das Schicksal über Hunderttausende entscheiden sollte. Da sprengt ein Ordonnanzreiter herbei und bringt ihm die Kapitulation des Faubourgs: die Insurgenten haben die Waffen gestreckt und reißen selbst die Barrikaden nieder. Die größte Katastrophe wurde vermieden — Ströme von Blut dadurch erspart.

Lalanne, der neue Direktor der Nationalwerkstätten (Schwager des Staatsbautenministers Trelat), ist als der Begünstigung der Insurrektion verdächtig, arretirt worden.

Deflotte, der bekannnte Marineoffizier und Mitdirektor der Democratie pacifique ist ebenfalls arretirt.

Emil v. Girardin, Redakteur der Presse, sitzt in der Conciergerie im strengsten Verhaft. Selbst seine Frau, die bekannte Delphine Gay, darf nicht mit ihm korrespondiren. Er soll bei der Insurrektion betheiligt seyn.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 27. Juni.] Die Gegend des Sitzungssaales, von der Rivolistraße bis hinter den Bourgunderplatz, gleicht immer noch einem Kriegslager. Die Kanonen sind aufgepflanzt, ganze Regimenter bivouakiren auf dem Concordiaplatz u. s. w. Im Sitzungssaale selbst suchten unsere Augen zuerst diejenigen Deputirten, welche die gestrige Nacht als Geisseln hinter den Barrikaden des Faubourg St. Antoine's zubrachten, und denen Larabit als Parlamentär diente. Wir erblickten nur Larabit. Das alte Oppositionsglied saß ziemlich zerstört auf seinem Platze; es schien sehr nachdenklich. Was mochte in seiner Seele vorgehen? Senard, der unermüdliche Generaladvokat, eröffnete die Sitzung um 11 Uhr. Er zeigte der Versammlung an, daß, einzelne Schaarmützel abgerechnet, Paris, bis auf die zahllosen Wachen, ruhig geschlafen habe. In den Departements, z. B. in Marseille, habe die Contrerevolution ebenfalls ihr Haupt erhoben, sey aber bald wieder unterdrückt worden. In Nantes, Lyon, Rouen sey die Ruhe aufrecht erhalten worden u. s. w. In Paris selbst wache die Vollziehungsgewalt unermüdet. Die 9. u. 12. Legion der Pariser Bürgerwehr (St. Antoine und St. Marceau) würden, Excessen und Mißtrauens halber, so eben entwaffnet. Ferner trage er auf Niedersetzung eines Ausschusses an, der sich sofort mit den Opfern der letzten vier Tage beschäftige. Die Nationalversammlung habe zwar bereits die Wittwen und Waisen adoptirt; aber es bleibe noch viel zu thun übrig. Es wird ein Ausschuß von 9 Gliedern ernannt, der die nöthigen Anträge auszuarbeiten hat. Endlich soll eine pomphafte Revue aller herbeigeeilten Bürgerwehren stattfinden und Alles aufgeboten werden, um ihnen den für die Republik bewiesenen Eifer möglichst zu vergelten. Dieser Vorschlag fand nicht minder Beifall. Inzwischen sorgt der Gefängnißausschuß für die gehörige Verwahrung der gefangenen Insurgenten. Es ist interessant, hiebei zu erfahren, daß Barrot, Thiers und V. Hugo das schöne Geschäft der Klassifizirung, Transportirung und Verpflegung der Gefangenen übernommen hatten. Bei Durchsuchung von etwa 60 Insurgenten, die in Abbaye gesperrt wurden, fand man kaum zehn Franken im Ganzen! Hieraus möge man auf die Wahrheit des Geschreies der Zeitungspresse über Bestechung unserer jüngsten Hungerrevolution urtheilen. Die Sitzung wurde suspendirt, und die Glieder zogen sich in die Bureaus zurück, um mehrere Gesetzentwürfe, Begräbnißfeierlichkeiten u. dgl. insgeheim zu berathen. Um 3 Uhr wurde die öffentliche Sitzung wieder aufgenommen. Méaulle, Berichterstatter über das Gesetz des Schicksals der Insurgenten, erhielt das Wort. Sie haben, sagte er, die Insurgenten zur Deportation verurtheilt. Ge-

neral Cavaignac schickte sie dagegen alle vor Kriegsgericht. Was soll geschehen? Wollen sie deportiren oder füseliren? Ihr Auschuß schlägt Ihrer Abtheilung in Kategorien vor, die Straffälligsten sollen nur vor Standgerichte gestellt werden. Cavaignac bekämpfte den Ausschußbeschluß. Bis Postschluß hatte noch kein Votum ihr Schicksal entschieden.

(Straßburg, den 27. Juni, 6 Uhr Abends.) Telegraphische Depesche. Paris, 27. Juni, 4 Uhr Abends. Der Chef der vollziehenden Gewalt an die Präfekten. Die Ruhe ist in Paris wieder hergestellt. Die Nationalgarden strömen von allen Punkten Frankreichs herbei. (Frkft. J.)

(Straßburg, den 28. Juni, 11 Uhr Morgens.) Telegraphische Depesche.) Paris, 28. Juni, 9 Uhr Vormittags. Der Chef der vollziehenden Gewalt an die Präfekten. Stellen Sie überall die Bewegung der Nationalgarden nach Paris, wo ihre Gegenwart unnüz wäre, ein. Danken Sie ihnen im Namen des Vaterlandes für ihren großmüthigen Eifer. (Frkft. J.)

Schweiz.

(Aarau, 27. Juni.) Ein Leben so reich an Wirken, als groß an häuslichen und bürgerlichen Tugenden ist erloschen. Heinrich Zschokke starb heute früh 10 Uhr, nach langer aber schmerzloser Krankheit, in einem Alter von bald 78 Jahren. Troz sichtbarer Abnahme seiner Körperkräfte war sein Geist heiter und seine Willensstärke bewunderswerth geblieben bis zu seinem Ende. Sein Vaterland, Deutschland, wird in ihm immer einen warmen Streiter für die Erziehung des Volkes zu ehren haben; die Schweiz, von früher Jugend an das Land seines Wirkens, erkennt in ihm überdies die rüstig in ihre Geschicke eingreifende Hand, die sich der Sache des Rechtes und der Wahrheit niemals träg oder feig entzog. Die Erde möge ihm leicht seyn! (D. Z.)

Amerika.

(New-York, den 13. Juni.) Gestern empfing der Senat in Washington die amtliche Anzeige, daß der Friede mit Meriko ratificirt sei. Alle Freiwilligen sind sogleich aus Meriko zurückgerufen. Bei der Anleihe von 16 Millionen Dollars wird Europa sich fast gar nicht betheiligen; die amerikanischen Staatspapiere behaupten sich indeß im Preise. In Folge der Nachrichten aus Europa ist es im Handel sehr still. Die Früchte stehen in den Vereinigten Staaten außerordentlich gut.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Beilage LX. zu Nro. 184 der Mittelfränkischen Zeitung.

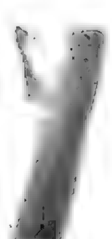
Deutschland.

Freie Städte. (Frankfurt, 29. Juni.) 27. Sitzung der deutschen Nationalversammlung. Nach Verlesung und Berichtigung des Protokolls ergriff Präsident v. Gagern das Wort, um etwa das Nachstehende zu sprechen: Ich erlaube mir einige Worte, um an die Wichtigkeit der Handlung zu erinnern, die wir im Begriff sind zu thun. Es ist die Stunde gekommen, wo seit Jahrhunderten das deutsche Volk zum erstenmale berufen ist, sich eine Regierung einzusetzen für seine Gesammtangelegenheiten und an die Spitze dieser Regierung ein Haupt zu setzen. Was für die Einheit Deutschlands bisher nur im Bewußtsein ruhte, wird jetzt als Thatsache eintreten. Hinsichtlich des Wahlmodus waren drei Vorschläge gemacht worden, 1) daß jedes Mitglied der Nationalversammlung die von ihm gewählte Person bei namentlichem Ausruf laut nennt; 2) daß die Nennung von der Tribüne aus geschehe; 3) daß durch, mit Namen unterschriebene Stimmzettel gewählt werde. Nach stürmischer Diskussion wurde der erste Vorschlag angenommen, der zweite (nach Abzählung) mit 271 gegen 239 Stimmen abgelehnt. Der dritte Vorschlag war dadurch beseitigt. Nach weiterem Beschluß soll die Wahl durch absolute Stimmenmehrheit erfolgen. Präsident v. Gagern leitete die Wahl mit den Worten ein: Wer auch aus der Wahl hervorgehen mag, lassen Sie uns den Entschluß fassen, daß wir ihn unterstützen wollen mit allen Kräften, die uns zu Gebote stehen. (Stürmischer Beifall; ein großer Theil der Versammlung erhebt sich.) Es wurde sodann zur Wahl geschritten. Diese ergibt 436 Stimmen für Erzherzog Johann von Oesterreich (Johann und Hans von Oesterreich und Johann Habsburg-Lothringen, wie mehrere abstimmten), 52 Stimmen für Präsidenten Heinrich von Gagern, 32 Stimmen für Johann Adam von Itzstein, 1 Stimme für Erzherzog Stephan von Oesterreich; 25 Mitglieder enthielten sich gänzlich der Abstimmung, da sie keinen Unverantwortlichen wählen wollen. Auf die Verkündigung des Wahlergebnisses folgte dreimaliges stürmisches Hoch. Der Präsident v. Gagern: Ich proklamire also hiemit den Erzherzog Johann von Oesterreich als Reichsverweser über Deutschland. Er sey Verkünder unserer Einheit, Bewahrer unserer Freiheit, der Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen! Nochmals: Der Reichsverweser Erzherzog Johann lebe hoch! Dem wiederholten Hochrufen antwortete Glockengeläute und Kannonendonner. Nach dem sich die Aufregung gelegt hatte, wurde nachstehende Erklärung zu Protokoll verlesen: Wir Unterzeichnete halten es mit unserm Gewissen für unverträglich, an der Wahl eines Reichsverwesers Theil zu nehmen, welcher unbedingt unverantwortlich und nicht verpflichtet seyn soll, die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen. Dieser Erklärung folgte eine andere längere ähnlichen Inhalts. Der Präsident machte darauf aufmerksam, daß nunmehr der Reichsverweser durch eine Deputation von der Wahl in Kenntniß zu setzen seyn würde. Nach stürmischer Verhandlung wurde beschlossen, eine durch das Bureau zu bezeichnende Deputation von 7 Personen abzusenden. Die Sitzung wurde um 3 Uhr bis 5 Uhr vertagt, wo das Ergebniß der Wahl verkündet werden wird.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 29. Juni, 5¾ Uhr. [27. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Die Sitzung wurde durch den Präsidenten von Gagern nach 5½ Uhr wieder eröffnet. Die von dem Bureau bezeichneten Mitglieder der an den Erzherzog Johann von Oesterreich zu sendenden Deputation sind von: v. Andrian aus Wien, Jucho von Frankfurt, Raveaux von Köln, Franke von Schleswig, v. Saucken von Tarputschen, Rotenhan von München, und Heckscher von Hamburg. Nach dem Vorschlag des Präsidenten wird die Eröffnung an den Erzherzog Johann durch Mittheilung des gestern beschlossenen Gesetzes, und des Protokolls der heutigen Sitzung erfolgen. Der Präsident verkündigte als Tagesordnung der nächsten auf Morgen früh 9 Uhr anberaumten Sitzung: die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten. Zur Bestimmung der Tagesordnung für übermorgen wurden die bereitliegenden bereits bekannten Berichte verlesen. Neuwall von Wien schlug vor, mit der Berathung über die Grundrechte zu beginnen. Jetzt haben wir ein Oberhaupt, welches die Volksrechte vertreten soll, aber noch keine Rechte. Die Anfrage eines Mitgliedes, ob es Einzelnen gestattet sei, sich freiwillig der Deputation nach Wien anzuschließen, wurde mit vielstimmigem Nein beantwortet. Schluß der Sitzung 5½ Uhr. (Frkft. O.-P.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.



Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3. Juli 1848. № 185 Montag: Cornelius.

Deutschland.

Bayern. (München, den 29. Juni.) Aus Veranlassung einer Geschäftsnote des Staatsministeriums des Kriegs vom 8. d. werden den k. Regierungen die nachfolgenden Bedingungen eröffnet, unter welchen Se. Maj. der König bei der gegenwärtig nothwendig gewordenen Vermehrung des Heeres die Besetzung einer Anzahl von Unterlieutenants- und Junkersstellen mit Adspiranten aus dem Civilstande durch allerhöchstes Signat vom 21. v. M. zu genehmigen geruht hat. 1) Die bei den dritten Bataillonen der Infanterie und vierten Jägerdivisionen, zu Unterlieutenants oder Junkern ernannt werdenden Individuen aus dem Civilstande, erhalten Anstellungsdecrete von dem Staatsministerium des Krieges; ihre Anstellung ist eine widerrufliche, und beschränkt sich nur auf die Dauer der gegenwärtigen bedrohlichen Verhältnisse, daher ihr Austritt nach Ermessen der Umstände zu jeder Zeit verfügt werden kann, ohne daß ihnen ein Anspruch auf Pension zukömmt, jedoch wird sich der König die Verleihung einer den Dienstleistungen angemessen, den Betrag der betreffenden Jahresgage in keinem Fall übersteigenden Gratification, für die in Folge allenfallsiger Reduction Entlassenen vorbehalten. 2) Sie haben keinerlei Beiträge zu dem Wittwen- und Waisen- sowie zum Officier-Unterstützungsfonds zu leisten, dagegen aber auch keine Ansprüche an diese Fonds zu machen. In allen übrigen Beziehungen sind sie den definitiv angestellten Offizieren und Junkern gleichgestellt, beziehen während der Dauer ihrer Anstellung die ihrem Grade entsprechende Gage, und haben auch die normalmäßige Militärpension in dem Falle anzusprechen, wenn sie vor dem Feinde Wunden erhalten, welche die Untauglichkeit zu fernerer Dienstesleistung zur unmittelbaren Folge haben, oder wenn sie bei einer militärischen Dienstverrichtung ohne eigenes Verschulden so beschädigt werden, daß sie in unmittelbarer Folge dieser Beschädigung zur Fortsetzung ihres Dienstes absolut untauglich erklärt werden. 3) Diejenigen, welche sich durch Tapferkeit vor dem Feinde besonders auszeichnen, haben auf militärische Belohnungen rc., gleichen Anspruch mit den übrigen Offizieren des Heeres; auch behält sich der König vor, solchen, welche sich besonderes Verdienst erworben haben, auf gestellte Bitte die definitive Anstellung in ihrer Charge ausnahmsweise allergnädigst zu gewähren. 4) Beförderungen in eine höhere Charge finden nach Verdienst und nach dem Rangverhältnisse, jedoch mit Beibehaltung ihrer widerruflichen Ernennungseigenschaft, statt. 5) (Folgen die zur Anstellung vorgeschribenen Erforderniße). 6) Auf jene Austretenden, welche vor ihrem Eintritt in den Militärdienst bereits auf den Vorbereitungsstufen zum Eintritt in den wirklichen Staatsdienst standen als Accessisten, Forstactuare und Gehülfen, dann als Gränzaufseher rc. und in ähnlicher Weise zum Theil selbst mit Functionsbezügen verwendet waren, wird bezüglich ihres Widereintritts in ihre vorigen Dienstesverhältnisse, in thunlichster Weise besondere Rücksicht genommen werden. Indem die k. Regierungen beauftragt werden, den äußern Behörden die vorstehenden Bedingungen bekannt zu geben, werden dieselben nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, wie die Zahl der bei dem Kriegsministerium angemeldeten Adspiranten aus allen Kategorien des Civilstandes bereits weit über 300 angewachsen sey, während jene der aus denselben Anzustellenden nach vorläufiger Berechnung nicht über 100 betragen dürfte. (A. A. Z.)

(München, den 29. Juni.) Der bisherige geheime Sekretär im Staatsministerium der Finanzen F. Frhr. v. Lobkowitz wurde zum Regierungsrath dahier ernannt, der Regierungsrath bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, Karl Gerhäuser, seiner Bitte gemäß in gleicher Eigenschaft zur Regierung von Schwaben und Neuburg K. d. I. versetzt, und auf dessen Stelle der dortige Regierungsassessor Gustav Bever befördert; deßgleichen wurde der Präsident des Appellationsgerichts von Oberpfalz und Regensburg, v. Maurer, in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle der Oberappellationsgerichtsdirektor v. Allweyer befördert; an die Stelle des quiescirten Appellationsgerichtspräsidenten in Aschaffenburg Frhrn. v. Thüngen ist Justizministerialrath v. Lehner ernannt worden. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 27. Juni.) Die Deputation an den deutschen Reichsverweser in Wien konnte sich auf ihrem Wege von Frankfurt hierher überzeugen, welche Theilnahme das Volk in Franken an der wichtigen Angelegenheit unseres Vaterlandes nimmt. Wir können natürlich vor der Hand nur aus unserer Nähe berichten. In Farrnbach wurde die Deputation feierlich durch mehrere Entgegengekommene empfangen. Bürgermeister Dr. Binder sprach im Namen der vereinigten Städte. Von den 3 Vereinen „dem politischen, dem Volksverein und dem konstitutionellen, sprachen: vom Letzteren Dr. Kalb, vom Volks Verein Dr. Schwarz und Studienlehrer Homann, und vom politischen Verein Kaufmann Mocs. Aus der Deputation erwiederten auf diese Anreden: v. Rotenhan, Raveaux und Franke. In Fürth wurde die Deputation am Rathhause gleichfalls festlich begrüßt, und ihre Ankunft in unserer Stadt, um 9 Uhr Abends, hatte einen solchen Freudensturm erregt, wie man sich ihn nicht leicht erinnern kann. Raveaux und Heckscher sprachen in der ihnen eigenthümlichen Weise vom Fenster des bayerischen Hofes zu den zahlreich Versammelten herab, und lautstimmige Hochs tönten dagegen zu den deutschen Männern hinauf. In den Räumen des Gasthofes selbst war es laut und lebendig bis zum späten Abend, und im Saale wechselten Toaste und Gegenreden der ergreifendsten Art von Bürgermeister Dr. Binder, Franke, Heckscher rc. Um 12 Uhr Nachts brachte der politische Verein der Deputation noch ein Hoch, welches durch Raveaux erwiedert wurde. Heute Morgens verließ uns die Deputation, um ihre Reise nach Wien fortzusetzen.

Baden. (Donaueschingen, 27. Juni.) Heute passirte ein Bataillon des ersten bayer. Infanterie-Regiments (König) vom Schwarzwald zurück unsere Gegend; es ist nach Konstanz bestimmt. Zwei Stücke Geschütz kamen in Hufingen an; ferner hat vor mehreren Tagen ein Korps von zwei Kompagnien, zwei Stücken Geschütz und einer halben Schwadron Chevauxlegers einen größern Streifzug über Villingen, Triberg, das Elzthal und über den Schwarzwald zurück angetreten. (Schw. M.)

(Mannheim, den 29. Juni.) Jener Bürger, der vorgestern mit bayerischen Soldaten in einem Bierhause in Streithändel gerieth und hiebei nach der Aussage der Augenzeugen starke Mißhandlung erlitt, wurde gestern Abend in dem Untersuchungsgefängniß erhängt gefunden. Gewiß der größte Theil der hiesigen Einwohner glaubt hier an Selbstentleibung, aber es kann auch nicht unerwähnt bleiben, daß ein anderer Theil nicht daran glaubt. Vielleicht soll dieser Umstand zu Aufreizung der Gemüther ausgebeutet werden. Die ärztliche Untersuchung der Leiche wird die Wahrheit ans Licht ziehen. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. Juni.) 28. Sitzung der deutschen Nationalversammlung. Die Sitzung wurde um 9½ Uhr von dem Präsidenten von Gagern eröffnet. An die Verlesung des Protokolls knüpfte Rößler von Oels unter Bezug auf die gestrige Abstimmung die Bemerkung, daß nach §. 42 der Geschäftsordnung der Vorsitzende niemals abstimmen könne. Auf diese, das Protokoll selbst nicht betreffende Erinnerung, äußerte der Präsident, daß er bei einer neulichen Abstimmung diese Ansicht ausgesprochen, die Versammlung jedoch dieselbe nicht getheilt habe. Es wurde als Einlauf ein Schreiben des Abgeordneten Herrn Kapp von Neuenheim (Baden) verlesen, in welchem derselbe seinen durch die letzten Abstimmungen motivirten Austritt aus der Versammlung anzeigt. Werner von Koblenz war der Ansicht, die Entlassung nicht zu ertheilen, und zur Tagesordnung überzugehen. Die Versammlung beschloß auf Anfrage des Präsidenten, den Austritt anzunehmen, und die badische Regierung zur Vornahme einer Wahl in dem betreffenden Bezirke aufzufordern. Kolb von Speier begründete die Dringlichkeit eines bereits früher übergebenen Antrags, Aufhebung des von der österreichischen Regierung erlassenen Geldausfuhrverbots in Bezug auf das übrige Deutschland. Bereits der Fünfziger-Ausschuß hat durch die Bundes-Versammlung ein deßfallsiges Ersuchen vermittelt; alsdann beruhte die Sache auf sich, da man ohnehin eine baldige Aufhebung erwartete. Diese fand aber nicht statt. Der Redner stützte seinen Antrag, dem volkswirthschaftlichen Ausschuß beschleunigte Berichterstattung zu empfehlen, auf die von ihm hervorgehobenen Nachtheile für Handeltreibende, Fabrikanten rc., von denen manche ihre Zahlungen deßhalb einstellen mußten. Kuranda wollte Erläuterungen über die der österreichischen Regierung durch die Nothwendigkeit gebotene Maßregel geben; der Präsident schnitt dieselben, als auf die Sache selbst eingehend, ab. Dem Antrag Kolbs wurde entsprochen. Es wurde nunmehr zur Wahl des Präsidenten geschritten. Bei dieser erhielt bei 487 Stimmenden Heinrich v. Gagern 399, Heinrich Simon von Breslau 68, Robert Blum 12 Stimmen; Dahlmann, Gritzner, Heckscher, Fürst Lichnowsky, v. Radowitz, v. Vincke je eine Stimme, v. Soiron zwei Stimmen. v. Soiron, der den Vorsitz während der Abstimmung führte, verkündigte H. v. Gagern als Präsidenten (Stürmischer Beifall). v. Gagern: es wird mein Bestreben seyn, das Vertrauen, das Sie mir wiederholt bewiesen haben, stets zu rechfertigen, ich danke Ihnen dafür. (Bravo!) Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des ersten Vizepräsidenten erhielt bei 483 Stimmenden von Soiron 359 Stimmen, Robert Blum 104 St., Heinrich Simon 8 St., v. Neuwall 4 St., v. Andrian 4 St., v. Radowitz, Simon v. Trier, Rotenhan je 1 Stimme. v. Soiron wurde als erster Vizepräsident von dem Präsidenten verkündigt. (Beifall.) v. Soiron: Ich danke für das ehrenvolle Vertrauen, ich werde es durch treue und gewissenhafte Pflichterfüllung rechtfertigen. (Bravo.) Zu der Wahl des zweiten Vize-Präsidenten waren 478 Stimmzettel abgegeben, von denen drei verloren gingen (zwei waren für v. Soiron, einer ohne Namensbezeichnung.) v. Andrian erhielt 277 Stimmen, Heinrich Simon 182 Stimmen, Rotenhan 2 St., Robert Blum 3 St., v. Möring 2 St., Heckscher 2 St., Hergernhahn 1 St., v. Neuwall 1 St., Kirchgeßner 1 St., Flottwell 1 St., Beda Weber 1 St., v. Rönne 1 St., Mittermaier 1 St., v. Andrian wurde als zweiter Vicepräsident vom Vorsitzenden verkündigt. Ueber Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung entspann sich eine Discussion, an welcher Jordan von Berlin, Jaup und Neubauer rc. Theil nahmen. Es wurde von mehreren Seiten die sofortige Berathung der Grundrechte verlangt. Der Präsident schlug wegen Beurlaubung vieler Mitglieder für den nächsten Tag vor, die Berathung auf die künftige Woche zu verschieben. Mit Zustimmung der Versammlung wurde für die, auf morgen den 1. Juli früh 9 Uhr festgesetzte Sitzung auf die Tagesordnung 1) Interpellation Vogts wegen des Verhältnisses zu Frankreich, 2) ein Antrag von Arndt, 3) die Wahl Hecker's in Thiengen (Baden), 4) und 5) zwei Berichte des Ausschusses für die österreichisch-slavische Frage, und eventuell ein Bericht des Petitionsausschusses über Niedersetzung eines besonderen Ausschusses für Kirchen- und Schulangelegenheiten gesetzt. — Schluß der Sitzung Mittags 1 Uhr. (Fränk. Merk.)

(Frankfurt, den 29. Juni.) Kapp ist aus der National-Versammlung ausgetreten, und hat zur Rechtfertigung dieses Schrittes nachstehende beide Manifeste an seine Wähler und die National-Versammlung erlassen: „An meine Wähler! Sie ersehen aus nachfolgendem Briefe, daß ich aus der National-Versammlung ausgetreten bin. Bei Ihnen werde ich mich wegen dieses Schrittes nicht recht-

fertigen müssen; ich glaube vielmehr ganz in Ihrem Sinne gehandelt zu haben. Sie haben mich gewählt in eine Versammlung, deren Lebensgrund die Macht und Rechtsvollkommenheit des Volkes, deren Kraft das lebendige Wort der Wahrheit, die Sprache der Thatsachen, deren Gesetz die Freiheit der Rede ist. Diese Versammlung existirt aber nicht mehr. Das Prinzip ihres Ursprungs, die Souveränetät des Volkes hat sie aufgegeben und den Mund des Volkes verschlossen, indem sie seinen freisinnigen Vertretern das Wort verkümmerte. Ich habe das Vertrauen, daß die Stärke Ihres Unwillens über die Gründe meines Austritts jene großartige Ruhe auch bei Ihnen nicht stören wird, die das sicherste Zeichen siegender Kraft selbst in Tagen der Noth ist. Eigene Erfahrung hat Sie schon überzeugt, welche Macht in Ihrer Haltung, welche Thatkraft in Ihrer Einsicht liegt. Frankfurt, den 28. Juni 1848. Der Ihrige Gh. Kapp." — Der Abgeordnete Kapp an Herrn v. Gagern, Präsidenten der National-Versammlung: „Gestern Morgen hatte ich gleich zu Anfang der Sitzung in einer dringlichen Angelegenheit auf wenige Augenblicke Sie und Herrn v. Soiron ums Wort gebeten; letzterer hat sich indessen trotz meiner vier Mal wiederholten Forderungen wie gewöhnlich gemüßigt gefunden, mir dasselbe abzuschneiden. In die Unmöglichkeit versetzt, mich mündlich erklären zu können, bin ich gezwungen, die Gründe meines Austritts schriftlich auf die Tafel des Hauses niederzulegen und Sie zu ersuchen, dies Schreiben sofort der National-Versammlung mitzutheilen. Als ich am Montag Morgen, den 26. d. M., den Antrag auf Gründung einer großen deutschen National-Bank dem Präsidium übergab, glaubte ich nicht, noch am Abend desselben Tages einen Vorfall erleben zu müssen, der in den Annalen parlamentarischer Verhandlungen kaum seines Gleichen hat. Mit gewohnter Milde und Nachsicht würde ich jedoch diesen Vorfall, wie andere ähnliche — ich nenne nur die zaghafte Vertagung der Wahlfrage Peter's, der Mannheimer Beschwerde der badischen Amnestie-Frage und das Benehmen in der Mainzer Angelegenheit — übersehen haben, wenn ich nicht aus dem Geiste, welcher in den Hauptfragen die Mehrzahl der Versammlung beherrscht, die tragische Ueberzeugung gewonnen hätte, daß die Nationalversammlung nicht nur die Gesetze verleugnet, welche sie sich selbst gegeben, sondern auch das Prinzip, dem sie ihre Existenz dankt, daß sich also das Schicksal Deutschlands nicht in diesem Saale, sondern außer ihm, nicht durch Worte und diplomatische Künste, sondern durch Thaten, durch Ereignisse entscheiden wird. So schmerzlich es mir ist, dies aussprechen zu müssen, so wenig ich zu separatistischen Schritten geneigt bin, so kann ich es doch — ganz abgesehen von meiner leidenden Gesundheit — im Geiste meiner Wähler mit meiner Ehre und meinem Gewissen nicht vereinigen, noch länger einer Nat.-Vers. anzugehören, welche in Tagen solcher Noth ihr Schicksal außer sich setzt und nicht zu begreifen wagt, daß die Tatsachen unserer neuen Geschichte nichts anderes als die offenbar gewordenen Prinzipien des Jahrhunderts sind. Einen erneuten glänzenden Beweis der Verläugnung ihres Ursprungs der Verkennung, der Forderungen und Hoffnungen des Volkes hat die Nat.-Versamml. bei der gestrigen Abstimmung dadurch geliefert, daß sie die Centralgewalt von der Verbindlichkeit, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, entband, jene also unabhängig von sich hinstellte, mithin also sich selbst zur Antichambre des künftigen Reichsverwesers degradirte; bei ihrer heutigen Abstimmung aber dadurch, daß sie eben diesen Reichsverweser mit mehr als doppelter Majorität aller Verantwortlichkeit überhob und auf diese Weise die Macht- und Rechtsvollkommenheit des Volkes verabschiedete. Indem ich auf Grund dieser Thatsachen meinen Austritt erkläre, verbinde ich mit dem hochachtungsvollsten Gruße an die Ehrenmänner aller Bänke den Wunsch, daß mein Ausscheiden die Ursachen mit entfernen helfe, welche mich zu diesem Schritte genöthigt haben. Frankfurt, den 28. Juni 1848, Vormittags 11½ Uhr. (Frk. M.)

(Frankfurt, den 27. Juni.) [67. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 29. Juni 1848.] In Folge der heute von der Nationalversammlung vorgenommenen Wahl eines Reichsverwesers faßte die Bundesversammlung einstimmig den Beschluß, folgendes Schreiben an Seine Kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich zu richten: Durchlauchtigster Erzherzog! In würdigem feierlichem Akte wurden so eben Eure Kaiserliche Hoheit von der deutschen Nationalversammlung zum Reichsverweser unseres großen Vaterlandes erwählt. Die Bundesversammlung theilt mit der ganzen Nation die Verehrung für Eure Kaiserliche Hoheit, und die erhebenden patriotischen Gefühle, die sich an dieses große Ereigniß knüpfen, sowie das feste Vertrauen, daß diese Wahl heilverkündend, und die beste Bürgschaft für die Einheit und Kraft, für die Ehre und Freiheit unseres Gesammtvaterlandes sei. Sie beeilt sich, Eurer kaiserl. Hoheit diese Ueberzeugungen und Gesinnungen Glück wünschend auszudrücken. Ganz besonders aber gereicht es den in der Bundesversammlung vereinigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zur höchsten Genugthuung, Eurer kaiserl. Hoheit die Versicherung ausdrücken zu dürfen, daß sie schon vor dem Schlusse der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt waren, für eine Wahl Eurer kaiserl. Hoheit zu so hohem Berufe sich zu erklären. Die deutsche Bundesversammlung ist in dieser eben so großen als ernsten Zeit von dem wärmsten Wunsche belebt, Euer kaiserl. Hoheit möge dem allseitigen Vertrauen und der Berufung zu der erhabenen Würde baldmöglichst entsprechen, und dadurch unsere Hoffnungen bestärken, die Versehung werde die große deutsche Nation zu neuen Zeiten des Heils und der Größe hinführen. Frankfurt, den 29. Juni 1848. Die deutsche Bundesversammlung, und in deren Namen: der Präsidirende: Ritter v. Schmerling. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, 27. Juni.) Die Stände haben die Ausgabe von zwei Millionen Papiergeld beschlossen. — Der Großherzog hat sehr bedeutende Ersparungen in seinem Hofstaate angeordnet. (N. Sp. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 27. Juni.) Die Stände haben heute verfügt, daß aus dem Ertrage der Domänen ohne ihre spezielle Zustimmung keine weitern Zahlungen geleistet werden dürfen, außer für die laufenden Verwaltungskosten derselben. Der Grund dieses Beschlusses ist die Absicht, den Herzog zu einem sofortigen Uebereinkommen wegen seiner Civilliste zu zwingen. Derselbe bezog bisher aus den Domänen vielleicht 11 bis 12mal hunderttausend Gulden; jetzt dürfte die Summe auf vielleicht 150,000 fl. herabgesetzt werden. (N. Sp. Z.)

Preussen. (Berlin, 29. Juni.) Bekanntlich war man hier allgemein der Ansicht, daß die Regierung, die hier erwarteten Deputirten des demokratischen Kongresses in Frankfurt, sobald sie hier anlangten, ausweisen, wenn nicht gar verhaften wolle. Der Klub für Volksrechte nahm hieraus Veranlassung, eine Deputation an den Minister des Innern abzusenden, um sich hierüber Gewißheit zu verschaffen. Die Deputation traf den Minister nicht an und wendete sich an Hrn. v. Minutoli, der sie dahin beschied, daß ihm, wie er versichern konne, weder ein Auftrag zur Verhaftung, noch zur Ausweisung der betreffenden Herren geworden sey. (D. A. Z.)

(Köln, den 29. Juni.) Gestern Abend hatten wir hier einen Straßenkrawall. Am Morgen fand sich an allen Ecken ein Plakat angeheftet, durch welches in der eindringlichsten Weise zu einer großen Versammlung im Harff'schen Saale auf dem Domhofe eingeladen wurde. Eine „Lebensfrage Deutschlands", so hieß es, solle verhandelt werden: „vielen Gewerben drohe ein vernichtender Schlag." Wirklich hatte sich eine übergroße Anzahl hiesiger Gewerbtreibender Abends im bezeichneten Saale eingefunden; doch waren auch Viele aus den arbeitenden Klassen erschienen, die da glaubten, daß sie Betreffendes zur Sprache komme. Vor dem Hause standen Unzählige, die keinen Eintritt finden konnten. Der zum Vorsitze Bestimmte erschien Anfangs nicht, und wegen der daraus hervorgehenden Verzögerung der Verhandlungen entstand Unruhe, wodurch sich einer der Anwesenden veranlaßt sah, das Präsidium zu übernehmen und den Gegenstand der Besprechung mitzutheilen. Es ergab sich nun, daß man beabsichtige, einen Protest zu berathen gegen die in den nächsten Tagen beginnende direkte Besorgung von Gütern Seitens des »Norddeutschen Eisenbahn-Verbandes« ohne Vermittelung von Spediteuren, so wie gegen ähnliche Einrichtungen bei der Dampfschifffahrt; ferner an die Vorstände der Dampfschifffahrts- und Eisenbahn-Gesellschaften das Verlangen zu stellen, ihre Frachtpreise zu erhöhen, damit den Segelschiffern und Fuhrleuten die Konkurrenz wieder möglich werde. Nachdem einige Personen über diesen Gegenstand gesprochen, wollte einer der Arbeiter das Wort nehmen, um die Verbesserung ihrer Lage in Anregung zu bringen. Bald darauf entstand in Folge des Zusammenbrechens eines Stuhles ein Lärm, der rasch in argen Tumult ausartete, wobei einige Tische, Stühle, Flaschen, Scheiben u. s. w. namentlich dadurch zertrümmert wurden, daß Alles in wilder Hast den Saal verließ. Auf dem Platze draußen kam nun einem Theile der aufgeregten Menge der Gedanken, vor die Wohnung des ehemaligen Minister-Präsidenten Camphausen zu ziehen und ihm eine Katzenmusik zu bringen. Wirklich zog ein großer Haufe dahin und warf unter Lärmen und Toben mit Ziegelsteinen, die man von einer nahegelegenen Mauer nahm, etwa zwanzig Fensterscheiben ein. In zwei benachbarten Straßen errichteten Einzelne, meist Gassenbuben, mit dort vorfindlichen Fuhrkarren eine Art von Barrikaden, wohl mehr aus Nachäfferei, als in der Absicht, das Heranziehen der Bürgerwehr zu verhindern. Diese war alsbald durch das Alarmzeichen unter die Waffen gerufen worden und eilte in großer Zahl herbei. Mehrere Kompagnien zogen zur Rheinaustraße, und sahen sich zum Theil genöthigt, die durch viele Neugierige sehr angewachsene Menschenmasse unter Trommelwirbel mit gefälltem Bayonnet zu vertreiben, da den gütlichen Aufforderungen keine Folge geleistet, sie vielmehr mit Steinwürfen erwiedert wurden. Mehrere Personen, (man sagt, etwa fünfzehn) wurden verhaftet. Der Krawall hatte gegen etwa zehn Uhr begonnen und allenthalben in der Stadt Besorgniß erregt; bald nach Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt. — Möge man doch Aufhetzereien und Verdächtigungen aller Art standhaft das Ohr verschließen, damit sich Vorfälle wie dieser, der natürlich in allen Klassen der Bevölkerung Kölns die größte Mißbilligung erweckte, nie wiederholen! (Köln. Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 27. Juni.) Aus ganz zuverlässiger Quelle können wir berichten, daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark jetzt definitiv abgebrochen sind. Hoffentlich wird jetzt endlich der Krieg mit der Energie geführt werden, mit welcher man ihn gleich anfangs hätte führen müssen, um ihn jetzt glücklich beendigt zu sehen. (D. A. Z.)

Von der sächsisch-böhmischen Gränze, 26. Juni. Eine glaubwürdige Nachricht ist, daß die ständische Verfassung Böhmens, so wie die Würde eines Oberst-Burggrafen aufgehoben werden soll. Damit wäre die politische Macht des Adels gebrochen, und es bliebe nur noch übrig, die privatrechtlichen Verhältnisse zwischen Gutsherrschaft und Bauern von dem Unrechte und der Gewalt zu befreien, die darauf lasten. (Köln. Z.)

Frankreich.

†(Paris, 28. Juni.) Die ganze Bevölkerung strömt seit gestern, wo wir wieder etwas freier athmen, nach den Schauplätzen der Revolution (City, Rue St. Jacques, Faubourg St. Antoine und dem Kanale). In der City und am Pantheon sind die Verwüstungen viel weniger sichtbar als im Faubourg St. Antoine, wo Held Lamoricière vier Tage lang mit Feuer und Schwert wüthete.

Die gefangenen Insurgenten sind sämmtlich in die Aussenwerke unserer Festungswälle gesperrt, wo sie ihrem Schicksale entgegensehen. Die Leiter des Aufstandes werden erschossen, die anderen in die äusseren europäischen Kolonien verbannt. Ganz wie nach dem Fruktidor, Nivôse und der Rückkehr der Bourbonen. Nil novi sub sole!

Heute früh fand eine Revüe der aus den Departements herbeigeeilten Bürgerwehren an der Eintrachtsbrücke im Beisein der Nat.-Versammlung statt.

Cavaignac legt heute seine Militärdiktatur nieder. [Nationalversammlung. Sitzung in der Nacht vom 27. zum 28. Juni.] Senard eröffnet sie gegen 9 Uhr Abends. Er zeigt der Versammlung an, daß Louis de Charbonnel, Deputirter der Oberloire, und Affre, Erzbischof von Paris, an den Wunden gestorben sind, die sie am Bastillenplatz erhielten. Dann setzt die Versammlung die Berathung über das Schicksal der Insurgenten fort. Méaulle's Dekretsentwurf im Namen des Ausschusses lautet folgendermaßen: „Art. 1. Die gegenwärtig verhafteten Individuen, welche an der Insurrektion vom 23. Juni und den folgenden Tagen Theil nahmen, sind der allgemeinen Sicherheit halber in die überseeischen französischen Besitzungen, mit Ausnahme des mittelländischen Meeres, zu transportiren. Art. 2. Die vor den Kriegsgerichten begonnene Untersuchung setzt ihren Lauf in Betreff derjenigen fort, welche die Untersuchung als Chefs, Begünstiger oder Aufwiegler der Insurrektion d. h. als Solche herausstellt, die Geld besorgten oder vertheilten, einen Befehl führten oder sonst eine erschwerende Handlung der Rebellen übten. Art. 3. Ein Spezialdekret wird das Verfahren verordnen, dem die transportirten Individuen zu unterwerfen. Art. 4. Die Vollziehungsgewalt ist mit Ausführung dieses Dekrets beauftragt u. s. w." Cavaignac hatte den Entwurf als zu milde bekämpft. Er wollte den Insurgenten die ganze

Schärfe seines Schwertes fühlen lassen. Die Kriegsgerichte allein sollten über sie entscheiden. Sarrans fand dieses Verfahren zu streng. Er gestehe, daß diese Revolte das abscheulichste Attentat gewesen, das je gegen die gesellschaftlichen Einrichtungen gerichtet wurde und darum sey er einer der Ersten gewesen, die sich in die Reihen der Bürgerwehr aufnehmen ließen. Allein diese Verurtheilungen in Masse träfen meist den Unschuldigen. Er fürchte eine Erneuerung der Ungerechtigkeit des 3. Nivôse, wo es sich hinterher auch herausstellte, daß man die besten Demokraten verbannt hatte, während man die eigentlichen Urheber des Attentats gegen den Convent entwischen ließ, nämlich die Royalisten. Er stimme also gegen den Entwurf. Des Essars, Laboulie und Sarrut, die sich für die Diskussion im Allgemeinen hatten einschreiben lassen, verzichteten auf das Wort. Pierre Leroux nahm dasselbe zu Gunsten der Insurgenten. Er wunderte sich zunächst, daß keiner von den anwesenden Priestern das Erbarmen der Versammlung anflehe, er appellire an das religiöse Gewissen, denn er betrachte die Versammlung als ein Concil, das in diesem Augenblicke über Leben und Tod seines Nebenmenschen entscheide. Diese Einleitung fand wenig Beifall Der Redner wollte dann in eine philosophisch-ökonomische Entwickelung der jüngsten Ereignisse eingehen, er wollte den Bonapartismus vom Kommunismus, den Legitimismus vom Orleanismus scheiden; aber er that dies in so verworrener taktloser Weise, daß ihn die Versammlung fortwährend unterbrach und endlich durch Hände und Füße zum Schweigen brachte. Der Skandal wurde so heftig, daß der Redner mit seiner Demission drohte — eine Drohung, die ein Glied mit Vergnügen anzunehmen ihm zurief. So machte dieser große Denker wegen seines unpraktischen Auftretens zum zweiten Male Fiasko. Sein Appell an das Erbarmen der Versammlung litt fürchterlichen Schiffsbruch Caussidière, der sich durch seinen jüngsten Diskurs gegen die Nationalwerkstätten bei den Conservativen in guten Geruch gesetzt hatte, trat ebenfalls gegen das Dekret auf, und hat es durch die ihm eigenthümliche Form, in der ers that, wieder auf lange Zeit mit ihnen verdorben. Er sey socialistischer Republikaner, sagte er, aber nichts desto weniger wolle er der Gerechtigkeit ihren Lauf lassen. Nur solle sich Jeder bei der Nase ziehen und sich fragen, ob er im Leben nicht selbst manchmal revoltirt hätte, ehe er den Stein gegen die Insurgenten werfe. In Revolutionen hänge es lediglich vom Erfolge ab, ob man als Martyrer gebenedeiet oder als Bandit verflucht würde. Hätte am 24. Februar die Monarchie gesiegt, so wären wir alle gespießt und gebraten worden u. s. w. Trotz dieser Fürsprache trat die Versammlung dem Entwurf bei und verurtheilte somit die Einen zur Deportation, die Anderen zum Todtschießen. Nach Schluß der Debatte, die bis Mitternacht dauerte, erklärte Cavaignac, offenbar durch Annahme des Ausschußdekrets in seinem Ehrgeize verletzt, daß er morgen die Exekutivgewalt niederlege. — Zu früh! Zu früh! riefen mehrere Glieder dem Generale entgegen, als er von der Bühne herabstieg. Die Versammlung ging um 1 Uhr Nachts auseinander.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 28. Juni.] Senard eröffnet sie um 12½ Uhr Mittags. General Changarnier, so eben aus Algier angekommen, ist anwesend. Es herrscht eine ausserordentliche Spannung im Saale, Vorläuferin wichtiger parlamentischer Ereignisse. Man weiß, daß Cavaignac und sämmtliche Minister ihr Amt niederlegen wollen. Unter lebhaften Gesprächen liest der Präsident einen Brief des Bischofs von Calzedonien vor, worin derselbe der Versammlung anzeigt, daß die religiöse Kongregation von Picpus (Frauenkloster bei Paris) die nach den Marquisen-Inseln zu transportirenden Insurgenten zu begleiten wünscht. Dann liest derselbe den Entwurf einer Proklamation vor, die wir ihrer prinzipiellen Merkwürdigkeit halber hier fast wörtlich mittheilen: „An das französische Volk. Franzosen! Die Anarchie ist besiegt! Paris steht aufrecht und die Gerechtigkeit wird ihren Lauf haben. Ehre der Bürgerwehr der Hauptstadt und Departements, Ehre der Armee, der Mobilgarde, den Schulen, der republikanischen Garde und allen Freiwilligen, die herbeieilten, um gegen die Barrikaden Ordnung und Freiheit zu vertheidigen. Alle haben beigetragen, mit Nichtachtung ihres Lebens und mit übermenschlichem Muthe die Unternehmung von Rasenden zu unterdrücken. Alle haben von Barrikaden zu Barrikaden und selbst bis in ihre letzten Schlupfwinkel jene Rasenden zurückgestoßen, die ohne Grundsätze, ohne Fahne sich nur für Mord und Plünderung zu bewaffnen schien. (Ja, ja!) Familie, gesellschaftliche Einrichtung, Freiheit, Vaterland, Alles sollte von diesen neuen Barbaren zerstört werden. Die Civilisation des 19. Jahrhunderts war mit Untergang bedroht. Doch wie; die Civilisation soll nicht untergehen! Die Republik, Werk Gottes, lebendiges Gesetz der Menschheit, wird nicht untergehen! Wir schwören es beim gesammten Frankreich, das mit Entsetzen jene wilden Lehren zurückstößt (Bravo), laut welchem die Familie nur ein leerer Name und das Eigenthum nur Diebstahl (Bravo! Bravo!) Wir schwören es beim Blute so vieler edler Opfer, die unter den brudermörderischen Kugeln fielen. Alle Feinde der Republik hatten sich gegen sie in gewaltsamer und verzweifelter Anstrengung vereint. Sie sind überwunden und keiner von ihnen kann es wagen, uns zu neuen blutigen Kämpfen herauszufordern. Sagt uns der erhabene Aufschwung, der so viele Tausende bewaffnete Bürger in die Hauptstadt trieb, um für sie zu kämpfen, nicht klar genug, daß das größte aller Verbrechen darin besteht, sich gegen die aus dem allgemeinen und direkten Stimmrecht hervorgegangene Volkssouveränetät zu empören? (Ja, Ja.) Und beweisen es die Dekrete der Nationalversammlung nicht klar genug, daß es in unserer Republik keine Klassen, keine Privilegien mehr gibt, daß die Arbeiter unsere Brüder sind, daß ihr Interesse für uns das Heiligste ist und das wir nach Herstellung der Ordnung und Erfüllung strenger Gerechtigkeit bereit, unsere Arme und Herzen allen Denen zu öffnen, die da unter uns leiden? Franzosen! Einigen wir uns in der heiligen Vaterlandsliebe, vertilgen wir die letzte Spur unseres inneren Zwiespalts und halten wir alle Eroberungen der Freiheit und Demokratie aufrecht. Möge uns nichts von den Grundsätzen der Revolution abführen! Aber vergessen wir nicht, daß die Gesellschaft geleitet sein will, daß die Gleichheit und Brüderschaft sich nur in der Eintracht und im Frieden entwickeln könne und daß die Freiheit der Ordnung bedarf, um sich zu befestigen und sich gegen ihre eigenen Uebergriffe zu schützen. Auf diese Weise wollen wir die Dauer unserer jungen Republik begründen und sie von Tag zu Tag größer und glücklicher einer Zukunft entgegenführen, für welche die eben bestandenen Prüfungen neue Bürgschaften sind.“ Diese Proklamation erntete stürmischen Beifall.“ Man wollte ihren Verfasser wissen, der Präsident aber verschwieg seinen Namen. Cavaignac bestieg demnächst die Bühne und legte sein hohes Amt nieder. Flocon folgte ihm, um im Namen seiner sämmtlichen Kollegen die Entlassung des Ministeriums zu überreichen. Der Präsident schlug vor, dem General Cavaignac den Dank des Vaterlandes zu votiren, was mit großem Enthusiasmus geschah. Die Versammlung schritt dann zur Wahl eines neuen Vollziehungsausschusses, der in einem Ministerrathe bestehe, als dessen Präsident Cavaignac vorgeschlagen wurde. Senard brachte den diesfälligen Gesetzentwurf zur Abstimmung. Dieselbe erfolgte par Division und bestätigte den gemachten Vorschlag vollständig. Cavaignac ist also prov. Präsident der Regierung bis zur Verfassungsannahme. Die Versammlung ist eben damit beschäftigt, die Minister zu wählen. Kurz vor der Abstimmung erklärte Cavaignac, daß es nothwendig, den Belagerungsstand von Paris noch für einige Tage beizubehalten. Man erfährt gleichzeitig, daß die große Begräbnißfeier der Gefallenen für Freitag den 30. Juni angeordnet ist.

So eben hören wir folgendes Resultat: Cavaignac Präsident, Senard Inneres, Recurt Staatsbauten, Lamoricière Krieg, Thowret (aus Algier) Handel (?) Bethmont Justiz. Bastide Auswärtiges, Changarnier Obergeneral der Nationalgarden, Verninac Marine. Die Börse zwar offen, aber keine Geschäfte.

(Straßburg, den 29. Juni, 9 Uhr Vormittags.) Telegraphische Depesche: Paris, den 28. Juni 1848, 6½ Uhr Abends. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an die Präfecten. Die Nationalversammlung hat ein Decret folgenden Inhalts angenommen: Die Nationalversammlung betraut mit der vollstreckenden Gewalt den General Cavaignac, welcher den Titel Ministerpräsident annehmen und das Ministerium ernenen wird. Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Julius Bastide, Gerechtigkeitspflege Bethmont, Inneres Senard, Kiegswesen Lamoricière, Marine Le Blanc, Finanzen Goudchaux, öffenliche Arbeiten Recurt, Handel Tourret.

Italien.

(Neapel.) Die Sache der Bourbonen steht hier hart an dem Abgrunde; der Rückschlag, welchen die kürzlich ausgeführte, grausame Unterdrückung der liberalen Partei hervorgerufen hat, ist ungeheuer. Der offene Aufstand hat bereits die Grenzen von Calabrien überschritten; Chieti und Aquila haben sich ihm angeschlossen, und die Abbruzzesen verlassen die königlichen Fahnen, um sich mit den Ihrigen zu vereinen. Ueberall protestirt das Volk gegen die neuen Wahlen. In Neapel selbst entwickelt die Winkelpresse die größte Thätigkeit, und doch wird sie fast durch die Kühnheit der verantwortlichen Blätter unnütz gemacht. In offener Opposition wendet man sich an die That des Volkes. Ein Losschlagen desselben ist daher in kürzester Zeit zu erwarten. Der König verläßt den Pallast nicht mehr. Die Finanzen sind so erschöpft, daß die am Ende dieses Monats fällige Auszahlung der Staatsschuld geradezu den Bankerott bloßlegen wird. Und doch soll Pronio Befehl erhalten haben, Messina von Neuem zu beschießen. — Eine Korrespondenz der Epoca vom 13. Juni bestätigt die Niederlage der königlichen Truppen in Kalabrien. (D. Z.)

In Messina hatten in den letzten Tagen (14. Juni und zuvor wieder Kämpfe zwischen Stadt und Festung stattgefunden. — In Cosenza hat ein aus den in Folge des 15. Mai von Neapel geflüchteten Deputirten zusammengesetztes Komité seine früheren Kollegen aufgefordert, sich zum 15. Juni in Cosenza einzufinden und hier die am 15. Mai in Neapel unterbrochenen Kammersitzungen wieder aufzunehmen. — In der römischen Deputirtenkammer vom 21. gab Mamiani an, daß die Venezianer Regierung in einem Rundschreiben (von wann?) die italienische Regierung aufs Dringendste um Hülfe ersucht und zugleich erklärt habe, sie wolle muthig und ausdauernd alles erdulden, wenn ihr die nöthige Unterstützung versprochen werde. Von einem Hülfsgesuch Venedig's an Frankreich sey keine Rede. Der Kriegsminister berechnete, daß wenn die noch vorhandenen in den Provinzen zerstreuten 4000 Mann gesammelt, die angeordneten 6000 Mann Reserven verwirklicht, neue 3000 Mann geworben würden, man dann nach drei Monaten bei Reaktivirung der in Vicenza kapitulirten Truppen ein neues Heer von 24,000 Mann haben werde. — In Florenz kam am 24. Juni Gioberti an; am 21. waren gegen 1400 Mann Freiwillige Linientruppen und Carabiniers zum Krieg abgegangen. — Die lombardische provisorische Regierung hat (25. Juni) beschlossen: die disponiblen Altersklassen von 1823, 1824, 1825 zur Armee auf ein Jahr einzuberufen; ein Reservekorps zu bilden, das längs der Mincio- und Chieselinen ein Lager einnehme; die Personaltaxe ist aufgehoben, sowohl die an den Staat als die an die Kommune zu zahlende; ein außerordentliches Centralkomité ist eingesetzt, um die Nationalgarde zu organisiren, zu bewaffnen und nach Kräften zu mobilisiren; alle Neapolitaner, die unter Pepe der italienischen Fahne gefolgt sind, werden als Offiziere und Soldaten des italienischen Heeres gehalten und können, auf Verlangen in die Liste des lombardischen Heeres eingetragen werden; sie behalten nach diesen schon gemachten Anerbietungen ihren Grad und ihre Besoldung; ein Komité für die flüchtigen Venezianer ist gebildet; (26. Juni): das Castell von Mailand wird zu bürgerlichem Gebrauch bestimmt und mit Demolirung derjenigen seiner Theile, welche es der Stadt gefährlich erscheinen lassen, wird fortgefahren. (A. A. Z.)

| | Die Augsb. Allg. Ztg. enthält Briefe aus Rom vom 24. Juni, wo das Ministerium ein Vertrauensvotum gefordert und erhalten hatte, und aus Florenz vom 26, wo der Großherzog die Kammern feierlich eröffnet und in der Thronrede auf die zur Neugestaltung Italiens nothwendige beschleunigte Beendigung des Kriegs gewiesen hatte. Die Rede fand vielen Beifall, aber die Zustände werden doch als sehr düster geschildert.

(Triest, den 27. Juni.) Einem heute hier erschienenen Bülletin (dem ich übrigens gerade keinen großen Werth beilege, da es, wie Sie aus dem mit dem mitfolgenden Original ersehen, von nicht offizieller Quelle herrührt) zufolge, herrscht in Venedig jetzt große Verwirrung. Am Morgen des 23. heißt es in demselben, war den Venetianern aller Muth entsunken, als sie von Fusina, St. Georgio in Alga und St. Angelo her eine Kanonade vernahmen. Nachmittag erwarteten viele am Meeresufer den Ausgang des Kampfes. Um 6 Uhr endlich kehrten mehrere Fahrzeuge, welche am Morgen fröhlich ausgelaufen waren, übel zugerichtet zurück, und wurden mit Verwünschungen vom Volk empfangen. In den Strassen Venedigs gab sich eine große Unzufriedenheit kund, die sich besonders laut gegen Tommaseo, Manin und die übrigen Minister der provisorischen Regierung wie gegen Carl Albert äußerte. Der Tumult stieg immer mehr, und hier und da rief man Tod Manin-Tommaseo, nieder mit der Republik, Tod den

Verräthern, wir haben kein Brod, Tod den Signori! Es leben die Deutschen! Abends um 10 Uhr dauerte der Lärm noch immer fort. Man mußte Generalmarsch schlagen; die Garnison stand unter den Waffen, und der Pöbel schien entschlossen, ihr entgegenzutreten. 600 Mann kamen mit 4 Feldstücken von Malghera zu Hülfe, aber das Volk schien sich nicht beruhigen zu wollen, und erst gegen Mitternacht gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. (A. A. Z.)

Rußland.

(Königsberg, den 24. Juni.) Alle politischen Blätter vereinigen sich einmal wieder dahin, einen Einmarsch der Russen auf allen Seiten als nahe bevorstehend anzukündigen. Die beiden Berliner Zeitungen vom 20. d. M. haben dem zwar bereits in einem kurzen, offenbar aus amtlicher Quelle kommenden Artikel widersprochen, soweit es sich von der preussischen Grenze handelt, ich kann aber speciell bestätigend hinzufügen, daß hier längs unserer Grenze, von Memel bis Schmalleninken, alles vollkommen ruhig ist, und die großen Truppenmärsche sich nur auf einen Wechsel der Grenzregimenter beschränken. Ebenso hat das Aussuchen einer Stelle zur Errichtung einer Schiffbrücke über den Niemen oberhalb Georgenburg, dem polnischen Zollamt Kucharskin gegenüber, keine kriegerische Bedeutung, sondern steht mit der beabsichtigten Aufhebung der Zollinie zwischen Rußland und Polen in Verbindung, wie denn auch von diesem Uebergangspunkt bereits seit Jahren das Planum einer Chaussee über Szaki nach Wilkowiszki, zum Anschluß an die Strasse von Stallupönen nach Marienpol, und von da nach Warschau, beendigt ist. Was in den letzten vier Wochen über Kowno in das Königreich Polen gezogen ist, beschränkt sich auf einige tausend Mann Infanterie und drei Batterien. Ein heute aus St. Petersburg angekommener wohlunterrichteter Reisender bestätigt, daß die Garden keineswegs Marschbefehl hätten, auch versichert er die Mission des dänischen Grafen Oxholm sei vollkommen gescheitert, und derselbe werde St. Petersburg in diesen Tagen wieder verlassen; der Kaiser habe abermals die begehrte Anleihe abgeschlagen, und sehr ernstlich zum Frieden und zum Nachgeben gerathen. Ebenso sei dem Großfürsten Konstantin aufgegeben, mit seinem Uebungsgeschwader nirgends der deutschen Küste zu nahen, um keine Art von Besorgniß zu erregen. (A. A. Z.)

Amerika.

(New-York, 13. Juni.) Die »Amerikanische Sonne« bemerkt über die Einwanderer, welche wieder äusserst zahlreich in den Häfen der Vereinigten Staaten anlangen: »Die Einwanderer, welche gegenwärtig an unserer Küste landen, sind nicht arm und elend, sondern gerade solche Menschen, welche gern in ihrem Geburtslande geblieben wären, wenn sie nicht, im Besitze weltlicher Güter, bei der Hinfälligkeit der Einrichtungen der alten Welt besorgt geworden wären und Sicherheit für Leben und Eigenthum unter anderer Flagge gesucht hätten, die den Unterdrückten einer jeden Nation Sicherheit gewährt. Die Einwanderer bringen einen unglaubigen Vorrath von edlen Metallen mit sich. Vorigen Sonnabend ward eine Kiste untersucht, die einem Einwanderer gehörte. Sie war so schwer, daß zwei Mann sie kaum heben konnten, und fand sich beim Oeffnen angefüllt mit fremden Geldstücken. Das ist blos Ein Fall unter Hunderten, welche täglich vorkommen.« (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Zur Nachricht.

Den Freunden meines Bruders, des k. B. Artillerie-Hauptmanns Ernst v. Paschwitz, welche jüngst aus diesem Blatte den ihn bei der Fronleichnamsfeier in der Nähe von Donaueschingen betroffenen Unfall vernommen haben, theile ich die erfreuliche Nachricht mit, daß es den sorgsamsten Bemühungen des trefflichen Militärarztes Herrn Dr. Heußler unter Gottes Beistand gelungen ist, sein Leben zu erhalten, und daß alle Aussicht vorhanden ist, der hart Beschädigte, welcher 36 Stunden ohne Bewußtseyn darniederlag, werde in nicht ferner Zeit seinem Berufe sich wieder widmen können.

Wie die Mannschaft seiner Batterie durch Veranstaltung eines Bittamtes in der Kirche zu Fohren ihre Anhänglichkeit an ihren Vorgesetzten kund gab, so haben die Bewohner von Donaueschingen vom Schloße bis zur schlichtesten Wohnung ihre aufrichtige Theilnahme an diesem Unfall vielfach zu erkennen gegeben. Diese schönen Züge von Toleranz und Eintracht auf deutschem Boden im Nachbarlande wird jeder Vaterlandsfreund als ein gutes Zeichen der Zeit mit mir begrüßen.

Altdorf, den 1 Juli 1848.

Rudolf v. Paschwitz, k. B. Forstmeister

Hopfen.

Seit einer Reihe von Jahren und zwar bis zum Frühjahre dieses Jahres, machte ich für ein bedeutendes Haus der Rheinprovinz die Reisen in **Hopfen** in der Rheinprovinz und Westphalen, bin im Besitz sämmtlicher guter Adressen und bin geneigt, diese Adressen gegen ein der Wichtigkeit der Sache angemessenes Honorar, einer oder der andern Hopfenhandlung Bayerns mitzutheilen.

Auch werde unter Versicherung eines nicht unbedeutenden Absatzes gegen Provision den Verkauf von Hopfen für Cöln und Umgegend übernehmen. Reflektirende wollen sich in Porto- und Bestellgeldfreien Briefen, worin Honorar und Provision angegeben sind, direkt an mich wenden.

Cöln, im Juni 1848.

Stephan Böhle,
Appelhofplatz Nro. 1.

Versteigerung.

Mittwoch den 5. Juli findet in dem Hause S Nro. 182 am Marplatz Nachmittags 2 Uhr eine Versteigerung von folgenden Gegenständen gegen gleich baare Bezahlung statt: Zinn, Kupfer, Messing, Weißzeug, eine eiserne Kassa, große Wäschmang, Sopha, Sessel und Tische von Nußbaumholz, Kommoden, Tische und dergleichen von Kirschbaumholz, Schränke, Bettstätten und mehrere andere Hausgeräthschaften.

(Eingesandt.)

Vergangenen Freitag Abends feuerte die hiesige Turner-Compagnie ab; ihr exaktes Exercitium, so wie das Feuern erregte die Bewunderung aller Anwesenden, sowohl unter Civil als auch Militär.

Herrn Dr. Schüler und Herrn v. Eckendorf, beide Offiziere derselben, gebührt daher volle Anerkennung für den unermüdlichen Eifer und Fleiß, den sie an den Tag gelegt, zu solcher Fertigkeit die Kompagnie zu bringen, der Kompagnie selbst aber auch Anerkennung dafür, daß sie Liebe und Lust für die Sache bewiesen, um dadurch Ehre und Freude ihren trefflichen Kommandanten zu machen.

Schade ist es nur, daß die Kompagnie blos circa 60 Mann stark ist, da doch der Thurn-Verein allem Vernehmen nach in circa 300 Mann besteht, und wäre es sehr zu wünschen, daß noch recht viele am Exercitium Antheil nehmen möchten.

(Zu verkaufen.) In Nr. 313b. nächst der Kasernenstraße ist ein Pianoforte mittlerer Größe von Nußbaumholz und 6 Okt. billig zu verkaufen oder zu vermiethen.

Anzeige.

Der k. bayerische Major von der Tann, als Kommandeur des schleswig-holsteinischen Freikorps, hat an mich in Folge einer Anfrage über die hieher zurückgekehrten Nürnberger während ihres Aufenthalts in Schleswig-Holstein einen Brief geschrieben, den ich meinem Versprechen gemäß hiemit zur Oeffentlichkeit bringe.

Nürnberg, den 1. Juli 1848.

Dr. Friedrich Mayer.

Der Brief lautet:

Hochgeehrtester Herr Doktor.

Auf Ihr geehrtes Schreiben kann ich Ihnen mittheilen, daß sich die Nürnberger Freiwilligen auf dem Zuge durch Jütland und Nordschleswig bei meinem Korps befanden, ohne Gelegenheit zu haben, sich vor dem Feinde zu erproben. Uebrigens war deren Betragen stets musterhaft

Bei dem neuen Aufrufe der Regierung war der anfängliche Plan, ein reguläres Freiwilligen-Bataillon zu bilden, später wurde derselbe modifizirt.

Die Unterhandlungen wegen Uebernahme des Kommando's riefen mich nach Flensburg ins Hauptquartier. Die abgehenden Nürnberger erklärten ihren Entschluß zur Rückkehr vor der definitiven Entscheidung über die neue Formation. Die näheren Verhältnisse und Verhandlungen sind mir damals nicht vorgetragen worden, da ich Anfangs abwesend und dann mit Dienstgeschäften überhäuft war.

Mit Vergnügen kann ich beifügen, daß sich die Zurückgebliebenen in dem Treffen bei Hadersleben sehr gut geschlagen haben.

Mit der Bitte, mich Ihren wackern Mitbürgern in ein geneigtes Andenken zurückzurufen, und besonderer Hochachtung

Major von der Tann,
Commandeur.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hüneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dietrich am Hengäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl sammt gehöriger Gebrauchsanweisung zu haben.

Erklärung.

Der Unterzeichnete erklärt dem anonymen Einsender des in Nr. 176 der mittelfränkischen Zeitung enthaltenen Artikels, in welchem ihm zum Vorwurf gemacht wird: „daß er in seiner Oekonomie sich die auffallendsten Fehlgriffe habe zu Schulden kommen lassen, daß durch seine Schuld seine Frau geistesabwesend geworden sey, daß er seine Stieftochter aus dem Hause gestoßen und in das Eigenthum derselben eigenmächtig eingegriffen habe“, für einen Verleumder, sowie die in diesem Schmähartikel angegebenen Beschuldigungen als gänzlich unwahr. Sollte der Einsender dieses Artikels sich diesen Namen nicht gefallen lassen wollen, so trete er öffentlich mit Nennung seines Namens auf, was ein rechtlicher Mann nie zu scheuen hat.

Feucht, den 1. Juli 1848.

Christoph Siegmund Schaller,
Gastwirth

(Gesuch) Ein Mädchen, welches Liebe zu Kindern hat, und mit nähen und bügeln umzugehen weiß, auch solide Aufführung nachweisen kann, wird nächstes Ziel in Dienste zu nehmen gesucht. L. Nr. 197 a Kaiserstraße.

(Gesuch.) Eine Kellnerin, welche schon mehrere Jahre in einer soliden Wirthschaft gedient hat, wünscht in gleicher Eigenschaft sogleich wieder unterzukommen.

(Zu verkaufen.) Ein neuer Nähstock von Nußbaumholz ist zu verkaufen.

(Gesuch) Ein Mädchen, welches in der Küche nicht unerfahren ist, sich auch willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Hause unterzukommen, sieht aber mehr auf gute Behandlung als großen Lohn.

(Gesuch.) Eine solide Magd, welche Hausmannskost gut kochen kann, und in allen andern Arbeiten gut bewandert ist, wünscht bei einer honetten Herrschaft bis nächstes Ziel in Dienst zu treten. Näheres im Garten Nro. 166 an der Laufer Strasse.

(Gesuch.) Ein Mädchen von 16 Jahren, welches im Rechnen und Schreiben gut bewandert ist, wünscht bis nächstes Ziel Laurenzi in einem Ladengeschäfte unterzukommen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro 1000 B der Irrerbsstraße ist ein Logis, bestehend aus 1 Zimmer, Alkov, Kammer, Küche, Speise, verschließbarem Vorplatz und Holzboden zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In dem Garten Nro. 71, 72, 73 zu Tafelhof ist das Haus Nro. 72 bis Allerheiligen zu vermiethen. Das Nähere in Nro. 73.

(Zu vermiethen.) Der größere Theil des Hauses Nro. 120 vor dem Thiergärtnerthor ist zu vermiethen, und kann täglich eingesehen werden.

(Mitleser-Gesuch.) Zur Mittelfränkischen Zeitung wird in S. Nr. 73 ein Mitleser gesucht.

(Zu vermiethen.) Am Obstmarkt im Hause S. Nr. 982 sind zwei Wohnungen, sammt dem Eckladen mit heizbarem Cabinet, bis nächstes Ziel Laurenzi zu vermiethen. Näheres bei Kaufmann Friedr. Semler.

Literatur.

Bei uns ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die 2te Auflage
(in vier Wochen)
von
Dr. A. Rauch's
Parlamentarischem Taschenbuch,
enthaltend die
Verfassungen
von
Nordamerika, Norwegen, Neapel, Toscana, Sardinien, Rom, Oesterreich, Belgien, der Schweiz, England und den Entwurf einer deutschen Reichsverfassung.

12° geh. — 12 ggr. oder 48 kr.

Mitglieder der ständischen Versammlungen und alle diejenigen, welche für parlamentarische Gegenstände ein besonderes Interesse haben, können sich in diesem Werkchen über die Verfassungs-Verhältnisse anderer Länder Rath erholen.

Die in wenigen Wochen nöthig gewordene 2te Auflage gibt den besten Beweis, daß diese Schrift Bedürfniß ist

Palm'sche Verlagsbuchhandlung.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag, den 3 Juli „Die Regimentstochter“, Oper in 2 Akten von Donizetti. „Tonio“, Herr Hagen. — „Sulpice“, Herr Gräf, als Gäste.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. Juli 1848. № 186 Dienstag: Ulrich.

Denkschrift über die Bildung einer deutschen Kriegsflotte vom Marineausschuß der Bundesversammlung.

Seit dem nun ablaufenden Bestehen des Bundestages ist von demselben wohl keine interessantere Denkschrift ausgegangen als die oben genannte. Da auch Sie das Gute annehmen, woher es kommen mag, und da ganz Deutschland den Mangel einer eigenen Seemacht in einem Augenblick, wo uns, einer Macht von 45 Millionen, selbst dem kleinen Dänemark gegenüber, Hände und Beine gebunden sind, aufs Lebhafteste empfindet und beklagt; so werden Sie mir wohl den Raum gestatten, um die Hauptpunkte jener Denkschrift hervorzuheben. Es gilt, die Integrität Deutschlands kräftig geschützt, seine Flagge geachtet, seinen Handel wieder blühend zu sehen und künftighin auf der See auch etwas zu gelten. Dazu bedürfen wir einer Kriegsmarine, und diese muß deutsch, ganz deutsch seyn — das steht als leitender Grundsatz oben an. Je nach den Mitteln und dem Zweck aber wird man verlangen, entweder 1) eine Kriegsmarine zur bloß defensiven Küstenvertheidigung, oder 2) eine solche zur offensiven Vertheidigung und zum nothwendigen Schutze des Handels, oder 3) eine selbstständige Seemacht. In ersterer Hinsicht wird die deutsche Küste mit einigen scharfen Strichen gezeichnet. Unsere Nordseeküste begleitet ein Wattengürtel, größtentheils von einer Reihe kleiner Eilande gesäumt. Die Mündungen der Ems, Jahde, Weser und Elbe bilden tiefe Durchfahrten durch diese Bänke und Inseln, in welche mehr oder minder bequem Fregatten und selbst Linienschiffe (so in die Emsmündung bis Delfzyl, in die Jahde bis zur Höhe von Hepgens, in die Elbe bis Glückstadt und an die davor liegende Insel Krautsand) einlaufen können. Für kleinere Fahrzeuge ist die Eider von großer Wichtigkeit, weil sie durch den Kieler Kanal mit der Ostsee in Verbindung steht. Der Kieler Hafen ist ein natürlicher Kriegshafen und zur Aufnahme der größten Flotte geschickt; allein da er nur zwei Ausgänge hat, die leicht zu sperren sind, den großen Belt und die schmale Passage zwischen Fehmern und Laaland, so scheint er sich nicht zu einem Hauptkriegshafen zu eignen. Die Rheden von Eckernförde, Flensburg, Apenrade, von Lübeck und Rostock sind an sich vortrefflich und selbst für Linienschiffe zugänglich. Auch Rügen ist von vielen, zum Theil recht guten Ankerplätzen umgeben. Von den drei Odermündungen bietet die mittlere bis Swinemünde hinauf für Fregatten hinlängliche Tiefe dar, mit einer guten Rhede davor. Ist die Provinz Preussen auch arm an guten Häfen, so gewährt dagegen am Eingange in die große Danziger Bucht das Putziger Wiek einen der sichersten und bequemsten Ankerplätze an der Südküste der Ostsee, der die größte Flotte aufnehmen kann; überall in dem weiten Golf ist guter Ankergrund, namentlich näher an Danzig, bis wo die Halbinsel Hela noch gegen den Seewind schützt. In Danzig soll daher (auch aus strategischen Gründen für den Seekrieg) für die Ostsee der größte deutsche Kriegshafen, in Kiel erst der zweite angelegt werden. Dafür spricht ferner Danzigs Reichthum an Schiffbauholz (Kriegswerft), die große gesicherte Rhede, selbst der Plan Napoleons, dort einen Kriegshafen erster Größe anzulegen. Für unsern Hauptkriegshafen der Nordsee wird Glückstadt oder die Insel Krautsand empfohlen; am adriatischen Meere natürlich der österreichische Kriegshafen von Pola an der Südspitze Istriens. Zur blosen Küstenvertheidigung nun sollen außer den Strandbatterien, den Blockschiffen zur Versperrung des Fahrwassers, mindestens 40 Jaffelkanonenboote vorzüglich für die Nordseeküste und 80 Kanonenschaluppen (Ruderkanonenboote größerer Art, eine Skärenflotte» in der Ostsee gegen die russischen und skandinavischen Ruderflottillen, nebst den nöthigen Dampfschleppern gehören. Ist Rußland doch im Stande, und auf seiner baltischen Flotte mit einem Male an jedem Punkt der Küste 30,000 Mann auf den Leib zu schicken! Wollen wir aber schon zur offensiven Vertheidigung auf der See vorschreiten, wie z. B. jetzt gegen die dänische Blokade unsere Häfen, so empfiehlt die Denkschrift zunächst eben so schwer armirte als schnelle Dampfschiffe, welche unter Umständen von den Kanonenbooten unterstützt, den raschen Kampf mit den feindlichen Kreuzern aufnehmen, oder über dieselben herfallen können. Kriegs-Dampfer werden uns unter allen Umständen unentbehrlich sein. Wenn auch im eigentlichen Entscheidungskampfe auf der offenen See nur eine Hilfswaffe im Dienste der Linienschiffe und Fregatten, werden sie doch die Seeschlachten der Neuzeit einleiten und nach errungenem Siege den Feind verfolgen, seine Niederlage vervollständigen. Die Kosaken des Meeres hängen die Dampfer an den Fersen der feindlichen Flotte, gönnen ihr nicht Ruh noch Rast und vereiteln jede Herstellung der Ordnung. Mindestens würden 12 Dampfkreuzer gleich anzuschaffen sein, von denen einige stets kampfgerüstet zur Verfügung blieben, während die andern in Friedenszeit zum Packetdienst verwendet würden und gleichsam die Reserve der Dampfflottille bildeten, mit deren Hilfe Deutschland 10,000 Mann mit Leichtigkeit nach den dänischen Inseln rc. hinübersenden könnte. Zum Schutze des deutschen Handels nach entlegenen Häfen, zu weiten Ueberfahrten, zu längeren Blokaden namentich transatlandischer Küsten — dazu eignen sich jedoch die Dampfschiffe nicht, dazu bedürfen wir vor allen Dingen größerer Segelschiffe, der stärksten Fregatten von 60 Kanonen. Die Fregatte, das Auge der Flotte nach Lord Nelsons Ausdruck, ist „der ächte Typus des selbstständigen Kreuzers, des Streifers durch die Meere, das Ideal der Kommandanten und der Liebling der Matrosen.« Sechs Fregatten, die in der Nordsee ihre Hauptstation hätten, hält die Denkschrift mindestens für nöthig; ein Paar von ihnen wären, zum Schutze gegen die feindlichen Dampfer, auch mit Hilfsdampfmaschinen und der Archimedesschraube zu versehen. Diese Zahl reiche hin, um, Nordamerika ausgenommen, mit allen andern Staaten der neuen Welt Krieg zu führen und unserer jungen Flagge auch in den chinesischen Gewässern diejenige Achtung nöthigen Falls zu erzwingen, deren dort die andern seefahrenden Völker bereits genießen. Mit diesem Minimum einer deutschen Marine — nämlich 6 Fregatten von 60 Kanonen, 12 Dampffregatten von 850 bis 1300 Tonnen und 350 bis 500 Pferdekraft, 40 Jaffelkanonenbooten, 80 Kanonenschaluppen und eine Anzahl gemietheter Dampfschlepper — wäre indeß noch nicht daran zu denken, eine selbstständige Rolle auf der See spielen zu wollen. Wollen wir dies aber, wollen wir wirklich mehr als eine bescheidene Stellung zur See erringen, die keine Eifersucht erwecken kann, dann nur keine Halbheit, denn diese würde Deutschland wegen seiner Lage zwischen den drei großen Seemächten, England, Frankreich, Rußland, nur verderblich seyn können. Selbst mit einem Geschwader von 12 Linienschiffen würden wir unserm gefährlichsten Nachbar, der russischen Ostseeflotte (27 Linienschiffe), gegenüber zu schwach seyn. Die Denkschrift meint, daß Deutschland entweder gar keine Linienschiffe oder gleich so viele bauen müsse, daß es als selbstständige Seemacht seinen Nachbarn gegenüber auftreten kann. Jedes Mittelding wäre eine unnütze Ausgabe, eine leere Prätension, und würde Erwartungen in der Nation erregen, denen die Seemacht im Moment der Gefahr nicht zu entsprechen vermöchte. Deshalb werden als das Minimum einer selbstständigen Seemacht 20 Linienschiffe, 10 Fregatten, 30 Dampfer, 40 Jaffelkanonenboote, 80 Kanonenschaluppen angenommen. Die Linienschiffe sollen mit einer Archimedesschraube versehen seyn, da sie weniger zu langen Reisen als vielmehr für die europäischen Meere, wo doch meist die Hauptschläge geführt werden, bestimmt sind, und daher auch weniger Lebensmittel als die Fregatten einzunehmen brauchen. Eine solche Flotte würde aber Deutschland zur vierten Seemacht ersten Ranges machen und es in den Stand setzen, eine große, seiner Stellung in Europa würdige Rolle auf dem Meere zu spielen. Alsdann würde Deutschland seiner Seemacht wegen als Bundesgenosse ebenso gesucht sein, als wegen seiner Landmacht, gegen Rußland aber den Vortheil haben, daß seine Flotte, bereits 3 bis 4 Wochen früher in See, die russische, noch vom Eise eingeschlossene, leicht in ihren Häfen blockiren oder sie wohl gar trennen und einzeln schlagen könnte. Ist Deutschland nun schließlich auch im Stande, eine solche Flotte zu bemannen und die dazu erforderlichen Summen zu erschwingen? Die erste Frage ist zu bejahen, sobald nur ein Gesetz jeden deutschen Seemann im Fall eines Kriegs zum Dienen auf der Flotte verpflichtet. Denn jene gesammte Seemacht würde vollzählig nur 15,000 Matrosen, und excl. Schiffsjungen, 2500 Calfoteurs, Fischer rc. erfordern, die preussische Rhederei allein aber beschäftigt die Hälfte dieser Bemannung. Indeß würde es hinreichend sein, einen Körper von etwa 6000 wohlgeschulten Seeleuten stets vollzählig zu erhalten, der zugleich die nöthigen Unteroffiziere lieferte. Das Offizierkorps der Marine, aus einer besondern Bildungsanstalt hervorgehend, würde im Fall des Kriegs, analog dem Landwehrsystem, durch eine Anzahl aus der Handelsmarine gewählter Seewehr-Offiziere verstärkt werden, nach Art der Officiers auxiliaires der Franzosen, der Monatslieutenants der Dänen rc. Ueberhaupt dürfte, scheint mir, in den Küstenländern eine Seewehr-Miliz zu organisiren sein, wie sie in einigen Ländern besteht, z. B. in Spanien und Dänemark. Was endlich den Kostenpunkt anbelangt, so veranschlagt die Denkschrift die jährliche Gesammtausgabe für die Marine, würden die Baukosten der Flotte und der Häfen auf 10 Jahre vertheilt, ungefähr auf den dritten Theil des preussischen Militäretats der letzten Jahre. Wahrlich, das erscheint für ganz Deutschland nicht unerschwinglich, und eine solche Summe dürfte durch Einführung einer allgemein deutschen Wehrverfassung doch leicht blos an unsern Landheeren erspart werden können.

(D. Z.)

Deutschland.

Bayern. (München, 30. Juni.) Das neueste Regierungsblatt Nro. 39 enthält folgende Dienstesnachrichten: Auf die bei dem Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg in Erledigung gekommene Präsidenten-Stelle wurde der Justiz-Ministerialrath K. B. v. Lehner befördert, ferner der Präsident des Appelationsgerichts der Oberpfalz und Regensburg, Staats- und Reichsrath G. L. v. Maurer auf sein Verlangen von dem Antritte dieser Stelle enthunden und in den zeitlichen Ruhestand versetzt, sofort die hiedurch in Erledigung kommende Präsidentenstelle dem Direktor des Oberappelationsgerichts J. v. Aumeyer verliehen. Zu den durch Beförderung der Kreis- und Stadtgerichts Assessoren, Ritter in Bayreuth, Trautmann in Memmingen, Frhr. v. Seefried, Künsberg und Krohne in Bamberg, Körner in Passau, Goll in Schweinfurt, Heyde in Ansbach, Nero in Straubing, Gebrath und Frhr. v. Branca in Regensburg, erledigten Kreis- und Stadtgerichts-Assessors Stellen wurden der Kreis- und Stadtgerichts-Protokollist M. Ch. Otto in Nürnberg, der Appellations-Accessist F. Luz in München bei dem Kreis- und Stadtgerichte Regensburg, der Kreis- und Stadtgerichts-Protokollist G. H. Stautner in München bei dem Kreis- und Stadtgerichte Straubing, der Appellationsgerichtes-Accessist N. Eulemann zu Erlangen bei dem Kreis- und Stadtgerichte Ansbach, der Rechtspracticant S. Mair in München bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg, der Appellationsgerichts-Accessist W. Hammer in Nürnberg dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg, der Appellationsgerichts-Accessist E. v. Lößl in München bei dem Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt, der Appellationsgerichts-Accessist

B. Hillner von Amberg, bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg, der Appellationsgerichts-Accessist F. Schlag in Passau, bei dem Kreis- und Stadtgerichte daselbst, der Appellationsgerichts-Accessist und dermalige Landgerichts-Funktionär A. Plöderl in Landshut bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth und der Appellationsgerichts-Accessist und dermalige Landgerichts-Funktionär J. Gürster zu Regen bei dem Kreis- und Stadtgerichte Memmingen ernannt; der geheime Sekretär im Staats-Ministerium der Finanzen, F. Frhr. v. Lobkowitz, zum Regierungsrathe ernannt. Auf die Stelle des 2. Revisor der Staats-Schulden-Tilgungs-Commission wurde der Offiziant der Staats-Schulden-Tilgungs-Spezialkasse Nürnberg, J. B. Ruetz, befördert. Der Seifensiedersohn und Patrimonialamts-Aktuar J. B. Treiber zu Nürnberg wurde für großjährig erklärt.

(München, den 30. Juni.) In Folge allerhöchster Verordnung wurden bei den ersten und zweiten Bataillons unserer Infanterieregimenter vor etwa 8 Tagen 30 und vorgestern wieder 50 Mann von der einzelnen Kompagnie in temporären Urlaub entlassen; dagegen bleiben die dritten Bataillone, deren vortreffliche Haltung und musterhafte Disciplin allgemein gelobt wird, zur Zeit noch vollzählig in den Kasernen. Einem sehr umfangreichen Armeebefehl, welcher namentlich die Offizier- und Militärbeamten für die dritten Bataillone ernennen wird, sieht man in den nächsten Tagen entgegen. Kriegsminister v. Weishaupt hat seinen Urlaub beendet und sein Portefeuille wieder übernommen. (A. A. Z.)

Die Neue Münchner Ztg., die man fortan als halbofficielles Blatt scheint betrachten zu dürfen, sagt in ihrem Blatt vom 1. Jul.: „Wir beeilen uns, unsern Lesern eine ebenso wichtige als erfreuliche Nachricht mitzutheilen. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Einschreitungen des deutschen Bundes, und der bayerischen und preußischen Gesandtschaften in Turin zu Gunsten Triest's, wie zu erwarten stand, nicht erfolglos geblieben, und es hat hierauf die sardinische Regierung die Aufhebung der Blokade von Triest bereits verfügt. Der Handel dieser wichtigen deutschen Stadt würde hienach die ihm so nöthige freie Bewegung wieder erlangen, und von der sardinischen Flotte lediglich bezüglich der Transporte von Kriegsmaterial eine Controlle geübt werden. (Wird diese Clausel nicht eine weite Ausdehnung erhalten?)

⊙ Nürnberg, den 3. Juli.) Gegen den Bericht der Mittelfränkischen Zeitung Nro. 185 in dem Artikel „†† Nürnberg“, wird erklärt, daß der politische Verein nicht der Deputation, sondern speziell dem Deputirten Hrn. Raveaux aus besonderer Anerkennung und Liebe ein donnerndes Hoch aus voller Brust gebracht hat.

(Würzburg, 2. Juni.) Gestern Vormittag kamen die sieben Deputirten der National-Versammlung, die dem Erzherzog Johann seine Wahl zum Reichsverweser ankündigen sollen, hier durch. Im Gasthof zum Kronprinzen wurden sie von einer zahlreichen Versammlung, darunter auch unser Regierungspräsident Graf Fugger, empfangen. Dr. Geigel brachte, nachdem er Würzburgs Freude über die glückliche Wahl des Reichsverwesers ausgedrückt, dem Erzherzog ein Hoch, in das die ganze Versammlung begeistert einstimmte. Rotenhan sprach sich anerkennend über den guten Geist Würzburgs aus. Nach kurzem Aufenthalt setzten die Deputirten ihre Reise nach Wien fort. (N. W. Z.)

(Würzburg, 2. Juli.) Heute Vormittag nach 11 Uhr empfing unser in feierlicher Parade ausgerücktes Landwehr-Regiment herrliche schwarz, roth, goldene Schleifen an die Fahnen des Regiments als ein Geschenk aus den Händen der Jungfrauen Würzburgs. (N. W. Z.)

(Aschaffenburg, den 1. Juli.) Die sieben Deputirten, welche von Frankfurt nach Wien gehen, um dem Erzherzog Johann das Ergebniß der auf ihn gefallenen Wahl als Reichsverweser zu überbringen, kamen gestern Nachmittags durch unsere Stadt. Nur kurze Zeit verweilten sie hier, um den von König Ludwig begründeten Pompejanischen Bau, der seiner Vollendung sich nähert, in Augenschein zu nehmen. Die zahlreich versammelte Menge brachte den Abreisenden ein herzliches „Lebewohl“; möchten sie bald wieder zurückkehren, und den Erwählten in die alte Kaiserstadt geleiten. (Asch. Z.)

(Bamberg, den 2. Juli.) Gestern Abend 7 Uhr traf eine Batterie unter dem Kommando des Hauptmann Fahninger, von Würzburg kommend, hier ein. Dieselbe hatte erst am Donnerstag Mittags diese Marschordre erhalten; ob sie übrigens hier bleiben und, da die auswärtigen Zeitungen schon so viel von Reibereien zwischen Bürgern (?) und Militär meldeten, obgleich man hier in Bamberg selbst nichts davon weiß, dazu bestimmt sein soll, den guten Geist der Ordnung zurückzuführen, darüber können wir keinen Aufschluß geben. (B. T.)

Baden. (Aus der badischen Pfalz, den 25. Juni.) Es haben jetzt mehrfache Beurlaubungen im Heere stattgefunden, allein, wie es scheint, wird der Kontingent wieder vollständig einberufen. Die republikanischen Strebungen lassen nirgends nach und Hecker lebt in dem Munde der ganzen Bevölkerung. Es soll weder ihm, noch seinen Gefährten in der Verbannung, an reichlicher Unterstützung fehlen. Vor einigen Tagen hieß es allenthalben, er werde sich plötzlich in Mannheim einstellen. Polizei und Militär hatten ein scharfes Auge auf alle ankommenden Bahnzüge und Dampfschiffe. Man spricht von einem baldigen Abzuge der Bayern aus Mannheim, indem man glaubt, daß sie an die böhmische Gränze verlegt werden. Die Main-Neckarbahn erfreut sich einer ansehnlichen Frequenz, wozu freilich die Reichsversammlung in Frankfurt, die viele Fremde und Neugierige anzieht, wesentlich beiträgt. Die Dampfschifffahrt leidet durch die Zeitereignisse gewaltig. Sämmtliche Gesellschaften haben zu kämpfen, um ihre Auslagen zu erhaschen. (Brem. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 1. Juli.) In der heutigen 29. Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Bericht des internationalen Ausschusses erstattet, welcher darauf anträgt, daß die Streitkräfte an der östlichen Gränze Deutschlands den russischen entsprechend vermehrt, die Anerkennung der franz. Republik und die Absendung eines deutschen Gesandten nach Paris als sich von selbst verstehend erklärt, über die Anträge auf Schutz- und Trutzbündnisse aber zur motivirten Tagesordnung übergegangen werde. Abg. Vogt verzichtete auf seine Interpellation in Betreff der Verhältnisse zu Frankreich, um sich das Wort für die Berathung des obigen Berichts vorzubehalten. Ein Schreiben des badischen Ministeriums in Betreff der Wahl Hecker's zu Thiengen wurde nebst der Erklärung Heckers u. s. w. an einen besonderen, noch heute durch die Abtheilungen zu wählenden Ausschuß verwiesen, welchem die Befugnisse des §. 24 der Geschäftsordnung beigelegt wurden. Hierauf folgte die Berathung über die österreichisch-slavische Frage, worüber in diesem Augenblick ($1^{3}/_{4}$ Uhr) die Abstimmung beginnt. (Frkft. J.)

☾ (Frankfurt, 1. Juli.) Ich habe Ihnen über die gestrige Präsidenten- und Vicepräsidentenwahl keinen Bericht erstattet, weil Sie das Resultat aus den hiesigen Zeitungen entnehmen konnten. Die mehr und mehr offen hervortretende Parteilichkeit des Präsidenten gegen die Linke hat dieser endlich die Augen geöffnet und 68 stimmten nicht mehr für Gagern. Hoffentlich wird die nächste Wahl die Opposition eine noch stärkere werden. Daß Soiron und Andrian zu Vicepräsidenten wieder gewählt wurden, ist ein wahres Armuthszeugniß, welches die Versammlung sich selbst ausstellte. Abgesehen von allen politischen Motiven hätte doch die glänzend bewiesene Unfähigkeit Soirons diesen zum Vicepräsidenten „unmöglich“ machen sollen. Und vollends Andrian! In der heutigen Sitzung wurde vom Ausschuß für die internationalen Verhältnisse Bericht erstattet. Der Vorschlag, ein Manifest an Frankreich zu erlassen, wird darin abgelehnt. Es wird dieser Gegenstand dieser Tage zur Berathung kommen, und Vogt, welcher sich seine Interpellation durch den erstatteten Bericht abgeschnitten sah, wird dann um so kräftiger zum Bündniß mit Frankreich gegen Rußland mahnen. Schnselka, der eine dringende Erklärung an das Volk will, wegen der von Rußland drohenden Gefahr, wird das Wort entzogen, und er ebenfalls auf die spätere Berathung verwiesen, so sehr er auch die Dringlichkeit der Sache befürwortet. Nicht ohne Interesse waren die Verhandlungen über die Wahl von Thiengen. Hier wurde bekanntlich Hecker gewählt, und die badische Regierung ist in ihrer Kraftlosigkeit gezwungen, die Sache der Nationalversammlung anheimzustellen. Sie thut dies in einem Schreiben, in welchem sie sie Abstimmung der Wahmänner eine „verbrecherische“ nennt und dieselben gerne für unfähig, zu wählen, erklärt wissen möchte. Hat wohl Jemand einmal von einer verbrecherischen Abstimmung gehört? War aber die Abstimmung „verbrecherisch“, warum wendet die badische Regierung nicht ganz einfach das Strafgesetzbuch an, welches die Bestimmungen über verbrechen enthält? Es handelte sich bei dieser Gelegenheit im Allgemeinen um die Frage, ob für dieselbe eine eigene Commission sollte niedergesetzt werden. Fürst Liechnowski sprach sich gegen diese Niedersetzung aus, da man dadurch einem „Hochverräther“ zu viel Ehre erwiese. Dieser Ausdruck rief einen gewaltigen Sturm im Hause hervor. Die Gallerien ließe Hecker dreimal hoch leben, wurden vom Präsidenten zur Ruhe gewiesen, die Linke rügte, daß Liechnowski ein Urtheil ausspreche, das doch von einer richterlichen Behörde nicht gefällt sey, mehrere Redner sprechen sich für eine eigene Commission aus, namentlich Hagen, der auch insbesondere Badenser hineingewählt wünscht, weil es sich dann herausstellen werde, daß ein Hochverrath nicht vorliege. Zitz protestirt kräftig gegen den Fürsten Lichnowski. Die Niedersetzung einer eigenen Commission für die Wahlangelegenheit Heckers und Peters wird beschlossen. Es wurde sodann der Bericht der Commission über die slavische Angelegenheit berathen, und der Commissionsantrag mit einigen Modifikationen angenommen. Es wurde beschlossen, das ungarische Bündniß der neugeschaffenen Centralgewalt dringend zu empfehlen. Es wurde ferner die Niedersetzung einer Commission beschlossen, um ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit zu entwerfen. Auf der Tagesordnung für nächsten Montag steht Berathung über die Grundrechte. Es werde künftig nur vier Sitzungen wöffentlich gehalten werden.

Hannover. (Hannover, 26. Juni.) Als einen Beweis wie weit wir Hannoveraner schon fortgeschritten sind — Sie wissen, die Bahn des Fortschritts ist unermeßlich — theile ich Ihnen den Eingang des folgenden Gesetzes mit aus der neuesten Nummer der Gesetzsammlung: „Ernst August rc. In Erwägung, daß der Unterschied der Geburt bei Besetzung der Staats-Aemter unberücksichtigt bleiben muß, erlassen wir hiemit, unter verfassungsmäßiger Mitwirkung Unserer getreuen Stände, das nachfolgende Gesetz: §. 1. Die in Unserem Ober-Appellationsgerichte bestehende Einrichtung einer adligen und einer gelahrten Bank wird aufgehoben. §. 2. Die in der Ober-Apellationsgerichts-Ordnung und in der Verordnung vom 31. Juli 1818 enthaltenen Vorschriften über Berücksichtigung des Standes bei Besetzung der Stellen des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Räthe treten demnach außer Kraft. §. 3. Ueber den Sitz der Vize-Präsidenten und der Räthe, über die Reihefolge des Votirens und über den Vorrang bei Kommissionen, Deputationen und Terminen entscheidet das Dienstalter. (N. Rh. Z.)

Hessen. (Kassel, 29. Juni.) Von der Nachbarstadt Rotenburg sind wiederum Nachrichten von höchst bedauerlichen Excessen eingetroffen, die Stadt steht an mehreren Orten in Brand; bereits gestern Morgen sind zwei weitere Compagnien Schützen dorthin abgegangen. Die heute Morgen im Ministerium des Innern eingetroffenen Depeschen sind betrübenden Inhalts, wie in der heutigen Sitzung der Stände der Landtagscommissär versicherte; er wußte aber noch nichts Näheres und vertröstete bis auf das Erscheinen des Vorstandes des Ministeriums des Innern, der jedoch ausblieb. (Frkf. J.)

(Kassel, den 24. Juni.) Unsere Residenz wird seit Kurzem mit der angenehmen Nachricht überrascht, der Kurfürst sei fest entschlossen, keine Concessionen weiter zu machen, lieber das Scepter niederzulegen und das Land zu verlassen. Auch hat er bereits einen Versuch gemacht, in der Stille abzureisen, was jedoch mißglückt ist, gleich dem Unternehmen, zwei Millionen Rthr. in der Bank von England zu deponiren; das Geld ist in Bremen zurückgehalten und wieder nach Kassel gesendet worden. — Ueberhaupt hat es allen Anschein, daß demnächst in unserem Kurstaate wichtige Dinge vorgehen. Wahrscheinlich wird Landgraf Wilhelm die Regentschaft übernehmen, oder eine Verschmelzung mit Hessen-Darmstadt ermöglicht werden. (Ulm. Schn.)

Oesterreich. (Triest, den 28. Juni.) Heute früh wurden wir mit der Nachricht überrascht, daß die feindliche Flotte die Gewässer von Pirano verlassen habe und von der Küste aus nicht mehr sichtbar sei. Ein zur Recognoscirung ausgesendetes Dampfboot brachte die Bestätigung. (S. München.)

(Prag, den 28. Juni.) Der Belagerungszustand unserer Stadt hat noch kein Ende erreicht und dürfte auch, wie die Sachen jetzt stehen, noch längere Zeit fortdauern. Noch immer trägt die Physiognomie derselben den nemlichen unheimlichen Ausdruck, wie vor dem Beginne des Strassenkampfes. Die czechomanische Partei, zwar unterdrückt, doch nicht zum Tode verwundet, hat ihre Pläne zur Errichtung eines von Deutschland völlig unabhängigen Czechenreiches noch lange nicht aufgegeben, sondern sucht eine zweite, aber viel größere Schilderhebung gegen die Deutschen und namentlich gegen das österreichische Gouvernement ins Werk zu setzen. Emissäre durchstreifen das Land nach allen Richtungen, streuen aufwieglerische Proklamationen unter das Landvolk und suchen dasselbe durch Vorspiegelungen, welche ans Fabelhafte gren-

zen, für ihre Sache zu gewinnen. Wenn sich auch nun Fälle ergeben haben, in denen es den genannten Herren nicht eben zum Besten erging, so würde man sich sehr täuschen, wollte man hieraus auf die allgemeine Stimmung der czechischen Bevölkerung schließen. Wer um die socialen Verhältnisse des böhmischen Bauernstandes einigermaßen weiß, wird zugeben, daß sie nicht auf das glänzendste bestellt sind, und daß Verheißungen großer materieller Vortheile einen Funken bilden, der auf dem Lande überall hinreichenden Zündstoff findet. Etwas Gutes hat der offene Ausbruch der nationalen Feindseligkeiten in Prag dennoch bewirkt, es ist dieses das Erwachen der deutsch-böhmischen Bevölkerung, welche sich allmählig aus ihrer zeitherigen Lethargie zu erheben scheint, sich inniger aneinander anschließt und ein mehr entschiedenes Benehmen offenbart. So lange die Czechomanen sich nur auf einen unblutigen Terrorismus beschränkten, war ein großer Theil der Deutschböhmen noch unschlüssig, ob es gerathener sey, sich nur als Böhmen oder als wirkliche Mitbürger des deutschen Gesammtvaterlandes zu betrachten. Die Pfingstereignisse haben diesen Zweifel nun endlich beseitigt und den Anschluß an Deutschland herbeigeführt — Wir erwarten mit jedem Tag neue Truppensendunnen. Vielleicht genügt der Anblick einer imposanten Militärmacht, um die Aufwiegler ihren Plänen abwendig zu machen. (D. A. Z.)

Preussen. (Stettin, 23. Juni.) Die beiden in Angriff genommenen Kanonen-Jollen stehen auf dem Stapel und sind so weit gediehen, daß sie in einigen Wochen ablaufen, und den Behörden zur Verwendung übergeben werden können. Bei einer Länge von 50 Fuß und einem Tiefgang von 2½ Fuß führen dieselben, außer den nöthigen Segeln noch 20 Ruder und als Bewaffnung ein 60pfündiges Geschütz. Zufolge einer Bekanntmachung des hiesigen Comités für die deutsche Kriegs-Marine haben die ihm von nah und fern zukommenden Beisteuern einen so erfreulichen Fortgang, daß es hofft, auch mit dem Bau größerer Fahrzeuge beginnen zu können. (Ostsee-Ztg.

Schleswig-Holstein. (Aus dem südlichen Holstein, 29. Juni.) Wrangel und Halkett sind aus Flensburg ausmarschirt, sämmtliche Truppen gehen vor, Alles erwartet eine Affaire und daß die Dänen aus ihren in nördlich Schleswig aufgeworfenen Verschanzungen hinaus getrieben werden. (Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 29. Juni.) [National-Versammlung. Sitzung in der Nacht vom 28.] Präsident Senard eröffnet dieselbe um 8¾ Uhr Abends. Bürger Cavaignac erhielt das Wort. Bürger-Repräsentanten, beginnt er von der Tribune, ich gebe mir die Ehre, der Versammlung von dem Ministerium Kenntniß zu geben, das ich in Folge ihres heutigen Dekrets zusammengesetzt habe: 1) Senard, Inneres. 2) Bastide, Auswärtiges. 3) Goudchaux, Finanzen. 4) Bethmont, Justiz. 5) Lamoricière, Krieg. 6) Carnot, Unterricht. 7) Tourret, Ackerbau und Handel. 8) Recurt, Staatsbauten. 9) Leblanc, Admiral, Marine. Dahirel mit Lebhaftigkeit: Ich verlange das Wort (Agitation). Viele Stimmen: Worüber? Dahirel eilt auf die Tribune. Präsident: Ich gebe Ihnen das Wort nicht. Dahirel: So werde ich es nehmen; man hat kein Recht, Jemanden zum Minister zu ernennen, der nicht Glied der Versammlung ist! Tumult und fürchterliches Durcheinanderschreien, während welchen sich einige Glieder der Bühne nähern und sich anstrengen, den protestirenden Redner von der Bühne herabzuzerren. Aber derselbe hält sich an der Balustrade fest und schreit: Ihr dürft mir das Recht zu sprechen nicht nehmen. Ich will den Chef der Vollziehungsgewalt zur Rede stellen." Nach viertelstündigem Wirrwarr stellt sich endlich ein bischen Ruhe wieder her und der unbezwingliche Dahirel sagt: „Bürger-Repräsentanten! Der Präsident scheint mich inmitten des Tumults mißverstanden zu haben. Meine Absicht war, der Versammlung zu erklären, daß es mir unmöglich dünkt, ausserhalb dieser Versammlung, dem Bildungsausdruck des Landes, dargestellt durch 900 Abgeordnete desselben, seine Zuflucht zu Männern nehmen zu müssen, welche nicht Glieder dieser Versammlung sind. (Stimme zur Linken: Casy war auch nicht Mitglied!) Unter den früheren Regierungen ließen sich dergleichen Mißgriffe erklären; man ernannte den Auserwählten zum Pair oder bestach irgend einen willfährigen Wahlzirkel. Unter der Republik darf von solchem Mißbrauch natürlich nicht die Rede sein. Die Versammlung war sicher an Talenten reich genug, um dem Haupt der Vollziehungsgewalt einen Marineminister zu bieten. Wir Alle hatten bereits unsere Wahl getroffen (Lacrosse sollte Marineminister werden und der Redner ist ein warmer Anhänger desselben). Es war also unnütz, Jemanden ausserhalb dieses Kreises zu suchen. Sie mögen nun entscheiden, ob meine Bedenken rücksichtlich dieses Präcedenzes nicht eine Interpellation an den Bürger Cavaignac rechtfertigen? Sarrans bekämpfte dieselbe und gestand dem Haupte der Vollziehungsgewalt das unbedingte Recht zu, sich seine Minister, wo und wie er wolle, wählen zu können. Der Convent von 1793 habe sogar einmal eine Verordnung erlassen, welche seine Glieder geradezu von allen Ministerportefeuilles ausschloß. (Beifall.) Warten wir die Handlungen des neuen Kabinets ab, dann wollen wir dasselbe kritisiren. Die Interpellation fiel in das Wasser. Besin stellte dann den Antrag, noch in dieser Nacht zur Wahl eines Präsidenten der Versammlung an Senard's Stelle zu schreiten, da die Umstände so ernst seien, daß Gefahr im Verzuge. Die Versammlung verschob sie jedoch auf den nächsten Morgen und trennte sich in ungewöhnlicher Aufregung bald nach 10 Uhr.

[National-Versammlung. Sitzung vom 29.] Senard eröffnet dieselbe um 1½ Uhr Mittags. Er hält eine lange Lobrede auf den General Negrier, der, von französischen Eltern in Portugal geboren, während des Volkskampfes der letzten Tage den Tod fand, dem er in seinen zahlreichen Gefechten gegen die Araber so glücklich entronnen war. Der Präsident bevorwortet ein n Jahresgehalt von 3000 Frks. für dessen Wittwe und Kinder und liest gleichzeitig einen Gesetzentwurf vor, der das Herz des gefallenen den Invaliden, den Körper dagegen der Stadt Lille, die ihn reklamirt, zuspricht: Der Antrag wird einstimmig gebilligt und seinem jüngsten Sohne ausserdem noch eine Lieutenantsstelle, wofür er bereits Examen machen sollte, angewiesen. Cavaignac zeigt der Versammlung an, daß Leblanc das ihm zugedachte Marine Portefeuille nicht annehme. Er habe dasselbe daher an Bastide gegeben, den der General Bedeau im Auswärtigen ersetzen solle. Nach dieser Ministerialmodifikation schritt die Versammlung zur Wahl eines neuen Präsidenten an die Stelle des zum Minister des Inneren erhobenen Senard. Die Abstimmung geschah durch geheimes Skrutinium und lieferte folgendes Resultat: Zahl der Stimmenden 790, absolute Mehrheit 396, Marie zählt 414, Dufaure 294, Lacrosse 60 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind verloren. Senard hält eine kurze nichtssagende Rede, an deren Schluß Marie einladet, den Präsidentenstuhl einzunehmen. Senard begibt sich auf die Ministerbank und legt demnächst der Versammlung zwei Kreditverlangen vor, 1) 3 Millionen für die verwundete Bürgerwehr 2) 1 Million für Sold der Mobilgarde. Auf Cavaignac's Antrag wird die Eisenbahndiskussion auf Montag verschoben und die Sitzung aufgehoben.

Remilly, Exdeputirter und bekannt durch seine unglückselige Hundesteuer, hat im Laufe der gestrigen Sitzung den Antrag gestellt: „der Gesetzgebungs-Ausschuß möge der Nationalversammlung in möglichster Eile Gesetzentwürfe über folgende 8 Gegenstände vorlegen": 1) Gesetz gegen geheime Gesellschaften. 2) Gesetz, das die Klubs reglementiren (!) soll. 3) Gesetz, gegen Errichtung von Barrikaden, ein Verbrechen, das sich bisher in keinem Gesetzbuch aufgezeichnet befinde. 4) Gesetz gegen die Arbeiter oder Ankleber von Maueranschlägen und gegen die Ausschreier von Druckschriften. 5) Gesetz, über Zeitungskautionen und Einführung einer Preßpolizei. 6) Gesetz, das die Nationalwerkstätten der Hauptstadt sofort aufhebt und dem Personal derselben Unterstützungen in andrer Form und in die Wohnung verabreicht. 7) Gesetz, das Alle Bürger die sich dem Dienst der Bürgerwehr entziehen, entwaffnet. 8) Gesetz, das die Bildung eines militärischen Lagers auf dem Marsfelde, in der Nähe des Sitzungssaales, während der Dauer der Nationalversammlung vorschreibt.

Der heutige Moniteur benachtigt diejenigen 2500 Fremden, die seit länger als fünf Jahren Frankreich bewohnen und bei der provisorischen Regierung um Verleihung des Bürgerrechts eingekommen waren, daß die ihnen von der provisorischen Regierung gestattete provisorische Ausübung des Wahlrechts bis auf Weiteres wieder entzogen ist. Derselbe Moniteur widerlegt heute wohl eine Menge Gerüchte über vom Volke verübte Gräuel, z. B. Abschneiden der Ohren und Köpfe der Bürgerwehrmänner und Mobilgarden, Zersägen gefangener Offiziere u. s. w. mit welchem sich die abonnentensüchtige Bourgeoispresse so erbaulich ausstaffirt hatte. Unter Anderem ist kein wahres Wort an der Behauptung, daß kommunistische Marketenderinnen vergiftetes Branntwein verkauft hätten, in Folge dessen die Bürgerwehr wie die Fliegen hingestürzt seyen. Mehrere dieser Verkäuferinnen sind allerdings auf das Brutalste arretirt worden, aber die chemischen Untersuchungen haben die Grundlosigkeit obiger Gerüchte bewiesen.

Diesen Vormittag hat eine Frauen-Revolution begonnen. Etwa fünfhundert Arbeiterinnen der Nationalwerkstätten hielten im Garten des Palais Royal eine vorläufige Versammlung, bei welcher es schon sehr stürmisch herging. Es sind dieß meist nur Delegirte, die sich über die einzuschlagenden Wege einigen sollen. In der That schlägt sich unser weibliches Proletariat nicht minder tapfer, als das männliche.

Italien.

(Rom, den 23. Juni.) Aus der heutigen, sehr interessanten Kammersitzung beeile ich mich, Ihnen nur das eine gewichtige Factum mitzutheilen, daß Graf Mamiani ein neues Vertrauensvotum für das gegenwärtige Ministerium gefordert und erhalten hat, um der völligen Auflösung aller Ordnung und Gesetzmäßigkeit, von denen die Provinzen bedroht sind, zu steuern und mit demjenigen Nachdruck entgegenzutreten, welchen so kritische Umstände erheischen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Partei, welche dem Krieg nicht hold ist, bedeutend an Kraft gewonnen hat, und mit einer Energie auftritt, welche imponiren mag. (A. A. Z.)

(Innsbruck, den 30. Juni.) Nachrichten aus dem Hauptquartier des Feldmarschalls melden nichts neues von Belang auf der Linie der Etsch. Die Piemontesen machten einen Versuch, aus ihrer verschanzten Stellung von Rivoli das linke Etschufer zu gewinnen, wurden aber wieder über die Höhen hinabgeworfen und haben sich seither nicht mehr herausgewagt. Der Feldmarschall schickte eine starke Truppenabtheilung unter dem General Culoz und eine halbe Raketenbatterie nach Valargne, die sie vollkommen in Schach hält. Auf dem jenseitigen Ufer steht Obrist Zobel in Avio, und österreichische Truppen halten la Ferrara besetzt, über das hinaus gegen Rivoli hin unsere Vorposten stehen. Die Piemontesen haben alle Straßen gegen Verona verschanzt, und nur die gegen la Ferrara offen gelassen. Sie haben trotz ihrer Uebermacht noch keine offensive Bewegung gewagt, und ebensowenig ist, wie doch die italienischen Berichte melden, la Ferrara von ihnen besetzt. General Durando hatte die Verschanzungen vor Vicenza für uneinnehmbar erklärt, und sie sollen auch in der That nach der Aussage aller österreichischen Offiziere vom Fach musterhaft angelegt gewesen sein. Dessen ungeachtet waren sie nach drei Stunden von der tapferen österreichischen Infanterie erstürmt. Seither soll Durando versichern, daß es keine Verschanzung gibt, die gegen diese Truppen Stand hält. Vielleicht machen die Piemontesen gelegentlich die gleiche Erfahrung. Der Feldmarschall hat längs der Tiroler Grenze überall Grenzpfähle mit der Inschrift: „Deutsches Bundesgebiet" errichten lassen; indeß ist zu zweifeln, daß diese Grenzpfähle irgend geachtet werden dürften, wenn nicht glücklicherweise überall Tirolerschützen dahinter ständen, und sie respektiren machten. Von Welden nichts neues. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Schaffhausen, 24. Juni.) Vor Kurzem mußte die Zürcherische liberal-konservative Partei ihren Hauptführer, den bekannten Dr. Kaspar Bluntschli, von sich scheiden sehen, da durch die gänzliche Niederlage seiner Partei seine bisherige Stellung unhaltbar geworden war. Er verließ daher die Schweiz, und begab sich mit seiner Familie nach München, wo er in gewissen Kreisen die beste Aufnahme fand. Hier aber, da frühere politische Rücksichten ihm nicht mehr gebieten, seine wahre Gesinnung zu verläugnen, hat er nun endlich den Schritt gethan, den man schon längst von ihm erwartete und vorhersagte. Er ist nämlich in München am 16. d. M. zur römisch-katholischen Konfession übergetreten, nachdem er dazu besonders von dem allbekannten Hofrath Hurter vorbereitet und ermuntert worden war. Es soll ihm in Folge dessen bereits auch eine neue politische Laufbahn in Aussicht stehen. (Frkf. J.)

(Weinfelden, Kanton Thurgau, 27. Juni.) Unser großer Rath

beschloß heute mit großer Mehrheit die Aufhebung aller Klöster, mit einziger Ausnahme des Frauenklosters Katharinenthal. (Frkf. J.)

Anfrage,

worauf man gefällige Antwort und Aufklärung erwartet.

Warum wird hier den Fuhrleuten, welche trockene Güter (Waaren) von außen hierher bringen, ein Untergewicht von 1 Proc. und bei nassen Waaren sogar 2 Proc. gestattet und resp. zuerkannt? Wo ist dieses Gesetz zu finden und begründet? An keinem anderen Platze in Deutschland und zunächst in Bayern sind derartige Begünstigungen zum Vortheil der Fuhrleute und zum effektiven Nachtheil der Kaufleute eingeräumt. Deshalb ist hier wohl die Frage anwendbar: Gehört denn Nürnberg nicht auch zu Deutschland und resp. Bayern? — Es ist faktisch erwiesen und kann mit Dokumenten belegt werden, wie man über diesen Mißstand auswärts urtheilt und wie dadurch der früher blühenden Handelsstadt Nürnberg das Speditions-Geschäft gänzlich entzogen wird und sich dieser Geschäftszweig anderen Plätzen, in welchen freisinnigere Institutionen bestehen, zuwendet. Wie kann der Kaufmann bei dem jetzigen geringen Nutzen, der durch die mächtige Konkurrenz auf das Aeußerste reducirt ist, bestehen, wenn er gleich von vornherein einen Manco von 2 Proc. auf seine von auswärts bezogenen Waaren calculiren muß. Soll denn hier wirklich der Kaufmann zum Nutzen des Fuhrmanns und zu seinem Nachtheil existiren? Soll und darf dieser mißliche und traurige Zustand so fortbestehen? Bei dieser Gelegenheit möchte es wohl an der Zeit sein, auf andere Uebelstände hinzuweisen, welche noch drückend auf den allgemeinen commerciellen Verkehr wirken. — So findet man z. B. die bestehende Bestimmung, nach welcher die Briefpost schon um 8 Uhr geschlossen wird, nachtheilig. Solche könnte wohl leicht bis 9 Uhr geöffnet bleiben, um diejenigen Briefe, welche mit der Eisenbahn den andern Morgen um 5½ Uhr abgehen, noch aufgeben zu können. Wie viel kommt doch oft im Leben auf den Augenblick, wie viel mehr aber auf eine Stunde an! Die Packetpost ist sogar von 12 bis 2 Uhr geschlossen. Dies ist ein Uebelstand! Ueberhaupt sollten öffentliche Anstalten zu keiner Zeit des Tages unzugänglich seyn. Die kgl. Mauthhallen werden schon um 5 Uhr Nachmittags geschlossen, nachdem selbe wenige 3 Stunden vorher geöffnet wurden und von 12 bis 2 Uhr unzugänglich waren. Die hiesige Stadtwaage ist ebenfalls von 12 bis 2 Uhr geschlossen. — Sind dies nicht Uebelstände, die mit Recht gerügt zu werden verdienen, und ist es nicht an der Zeit, diesen üblen Gebräuchen abzuhelfen? Jetzt, wo in dem kommerziellen Verkehr Alles auf Schnelligkeit beruht, möchte es nothwendig sein, alte Einrichtungen abzuschaffen. — Es war vor kurzem in den Zeitungen zu lesen, daß der König von Hannover noch nach 8 Uhr einen Brief zur Post bringen wollte, dieselbe war aber bereits schon geschlossen. Des anderen Tages erfolgte sofort der Befehl, daß die Post bis 9 Uhr dem Publikum zugänglich bleiben muß, sonach die Briefaufgabe zu jeder Stunde des hellen Tages stattfinden könne.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Kernverkauf betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird eine Quantität Kern aus dem Ernte-Jahr 1847 am **Mittwoch den 5. Juli d. Js., Vorm. 10 Uhr** in dem Amtszimmer des heiligen Geist-Spitals dahier öffentlich versteigert, wozu Kaufsliebhaber hiemit eingeladen werden.

Nürnberg, den 27. Juni 1848

Bestelmeyer.

Löhner.
v. n.

Anzeige und Empfehlung.

Unterzeichneter kommt so eben mit einem Transport sehr schöner ungarischer Nachtigallen (jungen und alten), so wie auch mit sehr schönen fränkischen Grasmücken mit wachsgelben Augen (die größte Gattung von Grasmücken, der Uebergang zwischen Nachtigall und Sprosser), so wie anderen Gattungen Singvögeln, an, und empfiehlt solche den verehrlichen Vögelliebhabern zur gefälligen Abnahme. Seine Wohnung befindet sich im Gasthause zum König von Bayern am Obstmarkt.

Franz Bühler
aus Ungarn.

Anzeige.

Sämmtliche Herren Bierwirthe werden hiemit ersucht sich morgen Mittwoch den 5. Juli Nachmittags 3 Uhr bei Bierwirth Deuerlein in der breiten Gasse um so zahlreicher einzufinden, da es sich um Besprechung eines wichtigen Gegenstandes handelt.

Die Vorgeher.
Deuerlein. Engelhardt.

Volks-Verein.

Dienstag den 4 Juli, Abends 8 Uhr, Volksvereins-Versammlung im Reichsadler.

Der Ausschuß

Zur Nachricht.

Da uns von mehreren Seiten Klagen zukommen, daß Bestellungen auf die

Fränkische Volkszeitung

von den Postämtern zwar angenommen, aber nicht ausgeführt werden, so erklären wir den betreffenden Postämtern, daß sie sich nicht etwa beikommen lassen möchten, eine geheime Censurbehörde spielen zu wollen. So lange unsere Zeitung nicht öffentlich verboten ist, muß sie durch die Post befördert werden

Zugleich widersprechen wir dem hie und da verbreiteten Gerüchte, als wäre mit der Beschlagnahme der 1. Nr. unsers Blattes auch das Verbot zur Fortsetzung desselben ausgesprochen; dasselbe wird vielmehr so kühn wie bisher auf der Seite des Volkes stehen

Schwabach, am 30. Juni 1848.

Die Redaktion der fränkischen Volkszeitung.

Warnung.

Ein Paar Schwindler in London haben unter dem Namen von Stichmer Mueush u. Comp. an viele hiesige Fabrikanten und Kaufleute Aufträge ergehen lassen; Einsender dieses hält es jedoch für Pflicht, seine Mitbürger vor obiger Firma zu warnen.

(Auslaufer Gesuch.)

Ein unverheiratheter junger Mann wird in einer hiesigen Fabrik sogleich als Auslaufer angenommen. — Das Nähere in S. Nro. 1104 neben der Wunderburg.

(Gesuch.) Zwei ledige Herren werden in Kost und Logis zu nehmen gesucht.

Paradies.

Mittwoch den 5. Juli, zur Nachfeier der St. Peter-Kirchweih, findet Harmonie-Musik statt. Für Ollapotrida-Suppe, Gansbraten, Fische, so wie Hasenküchlein ist bestens gesorgt, und ladet zum gefälligen Besuch ergebenst ein

H. B. Adam

Aufforderung.

Alle jene Mitglieder des Unterstützungs-Vereins für das Amts- und Kanzlei-Personale, welche ihre Quartalbeiträge pro April, Mai und Juni noch nicht entrichtet haben, sind aufgefordert, dieselben längstens bis 6 d. M. einzuliefern

Müller, Cassier.

Schießhaus St. Johannis.

Mittwoch den 5. Juli 1848

Schieß-Uebungen der Scharfschützen auf eine Figur.

Dieses Schießen findet in der Folge alle Mittwoch statt, und werden hiezu alle Schußfreunde freundschaftlichst eingeladen.

Die Schützenmeister.

Einladung.

Zur Nachfeier des Kirchweihfestes findet heute Dienstag Harmonie-Musik statt, wozu ich meine verehrten Gäste und Freunde mit dem Bemerken einlade, daß für gutes Felsenkellerbier und zufriedenstellende Bedienung bestens gesorgt ist.

Tafelhof, den 4 Juli 1848.

M. Villeiter.

(Anzeige.) Die Aufnahme in die Gesangschule wird bis zum Montag den 10. d. M gänzlich geschlossen und von diesem Tage an Niemand mehr aufgenommen; welches der Unterzeichnete deshalb zur Anzeige bringt, damit diejenigen, welche dem Institute noch einverleibt werden wollen, sich zeitig genug melden können.

C. Köhler,
städtischer Gesanglehrer und Cantor an der Lorenz-Kirche

Zu vermiethen.

In einer der schönsten Straßen ist ein Logis zu vermiethen, bestehend in 6 heizbaren Zimmern, Kammern, Küche, Speise 2c., Boden, Wasser im Hause und sonstigen Bequemlichkeiten.

(Verloren) Sonntag Vormittags wurde ein goldner Armring mit blauem Stein verloren. Der redliche Finder wird um Zurückgabe gegen Belohnung in S. Nr. 528 gebeten

(Verloren.) Am Sonntage wurde eine silberne Armkette verloren Da sie ein Andenken ist, wird um Zurückgabe gegen ein gutes Douceur dringend gebeten in L. Nro. 333 a der Karolinenstraße.

(Verloren) Am Sonntage wurde auf dem Wege von der Albrecht Dürerstraße bis zur Post und von da auf die Museumsbrücke eine Haarkette mit Granatschloß verloren. Der redliche Finder wolle solche in die Albrecht-Dürer-Straße S. Nro. 366 gegen ein Douceur bringen.

(Gesuch) Eine erfahrne Köchin sucht bis Ziel Laurenzi unterzukommen. Näheres in S Nro 94.

(Gesuch.) Ein an Ordnung und Reinlichkeit gewohntes Mädchen, welches Liebe zu Kindern hat, wird in S. Nro. 94 bis Ziel Laurenzi in Dienst zu nehmen gesucht

(Gesuch.) Ein braves Mädchen von soliden Eltern und freundlichem Aeußern, welches im Rechnen und Schreiben gut bewandert ist, wünscht täglich auswärts in einem Laden oder als Stubenmädchen placirt zu werden Näheres unter Adresse S. N.

(Verlaufen) Ein kleines schwarzes Hündchen, männlichen Geschlechts, mit abgeschnittener Ruthe und Ohren, rothen Halsband mit Rollchen, ist in der Nähe des Museums verloren worden Man bittet um Zurückgabe gegen ein Trinkgeld Winklerstraße S. Nr 70.

(Zugelaufen) Am 1. Juli ist Jemand zwischen Erlenstegen und Spittelhof ein schwarzscheckiger Hund zugelaufen. Näheres Nro. 15 in Loh

(Gesuch.) Eine Köchin, welche im Kochen gut erfahren ist und sich auch den häuslichen Arbeiten unterzieht, wünscht bei einer soliden Herrschaft bis nächstes Ziel unterzukommen Näheres Weißgerbergasse S. Nro. 192

(Gesuch.) Bis Ziel Lorenzi oder Allerheiligen werden 1400 fl. zur Auslösung einer Hypothek gesucht.

(Gesuch.) Ein junger Mann wünscht Herren zu bedienen, oder durch Gänge zu besorgen und andere Arbeit beschäftigt zu werden. Er kann auch 200 fl. Kaution leisten.

(Anzeige) Gut getroffenes Portrait des Erzherzog Johann ist bei Carl Daumerlang am Obstmarkt für 18 kr zu haben

(Bitte.) Veranlaßt durch die am 29. Juni erhaltenen anonymen Zeilen, bittet man um deren genauere Erörterung, da dieselben nur muthmaßliche, von keiner Seite aber eine bestimmte Deutung zulassen.

(Zu vermiethen.) Der größere Theil des Hauses Nro. 120 vor dem Thiergärtnerthor ist zu vermiethen, und kann täglich eingesehen werden.

(Zu vermiethen.) Am Obstmarkt im Hause S. Nr. 992 sind zwei Wohnungen, sammt dem Erkerzimmer mit heizbarem Cabinet, bis nächstes Ziel Laurenzi zu vermiethen. Näheres bei Kaufmann Friedr. Semler.

(Zu vermiethen. In der Kaiserstraße Nro 140 ist ein schönes, mit Bett und Möbeln versehenes Zimmer nebst Alkov an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Nahe am Markt ist die erste und zweite Etage zu vermiethen.

(Literatur.) So eben ist wieder angekommen und in der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg zu haben:

Gründliche Anweisung
aus
rohen Kartoffel
eine, die Bierhefen weit übertreffende, sowohl durch Gähre, als auch durch schönes und wohlschmeckendes Backwerk sich auszeichnende
Hefen
zu bereiten.

Ein auf 30jährige Versuche gegründetes Verfahren eines tüchtigen Bäckermeisters

Für Konditoren, Bäcker und Wirthschaften jeder Art geeignet.

Dritte Auflage. Preis 27 kr,

Trotz des großen Wustes derartiger Sachen zeichnet sich doch dieses, auf dreißigjährige Erfahrung gegründete Verfahren rühmlichst aus und ist besonders Conditoren und Bäckern zu empfehlen. Diese Hefe empfiehlt sich sowohl durch Wohlgeschmack, als auch durch ein schönes Ansehen gebendes Aeußere der Waare — wie dies so häufig bei der Bierhefe der Fall nicht ist, durch deren Bitterkeit die Waare oft unschmackhaft gemacht wird, und ist für den gewiß niedrigen Preis von 27 kr. sehr annehmbar

Arena.

Dienstag den 4. Juli. „Erziehungsresultate, oder guter und schlechter Ton." Lustspiel in 2 Akten von C. Blum.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. Juli 1848. № 187. Mittwoch: Charlotte.

Deutschland.

Bayern. (Regensburg, 2. Juli.) Der Parlamentsdeputirte Adolph von Zerzog hat folgendes Manifest an seine Wähler erlassen: Ihr kennt bereits das Gesetz über die vorläufige Bundesgewalt mit der fröhlichen Nachricht, daß der Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt ist. Ich habe für dieses Gesetz in allen seinen Theilen gestimmt, weil ich es für das bedrängte Vaterland für nothwendig und gut halte, und habe auch dem alten wackern Johann meine Stimme gegeben, weil ich ihn für den rechten Mann erachte. — Ich will dieser Stunde gedenken noch in den letzten meines Lebens und mich freuen, daß ich dabei war, wie die von der Ostsee bis Triest und von den Grenzen Rußland bis über den Rhein so einmüthig riefen: Hoch Johann von Oesterreich! — Da zog in viel hundert Herzen die Zuversicht ein, daß wir endlich den größten unserer Feinde bezwungen haben — die Uneinigkeit! — und nun laßt ihrer draußen noch dreimal so viel seyn! — Glaubt mir, es haben viel graubärtige Männer geweint vor Freude, daß sie das noch erlebt haben. — Als der edle Heinrich von Gagern uns ermahnte: dem, der gewählt wird, gehorsam zu seyn und treulich beizustehen, wer er auch sein möge! — und wir alle die Hände zum Schwur erhoben, da habe ich auch für Euch mitgeschworen und Ihr werdet mich nicht zum Lügner machen! — Laßt künftig nur noch einen Streit ewig unter den deutschen Stämmen fortdauern, — den, wer am freudigsten Opfer bringe und sich am tapfersten schlage fürs einige, freie Vaterland! Ihr bayerischen Männer! Liebt das große Deutschland so treu und ehrlich, wie Eure schöne Heimath! — Das Frühjahr hat uns Freiheiten gebracht, die jedem vernünftigen Menschen genügen, der Herbst bringt uns Seegen vollauf und wir werden uns dessen erfreuen in Friede, das Vertrauen wird wieder einkehren und mit ihm Wohlstand, Handel und Wandel, Arbeit und Ordnung — wenn wir einig sind und halten, wie es freien Männern geziemt, fest auf Gesetz und Gehorsam. — Und wer es Euch anders sagt: das ist ein dummer Mann, oder ein Feind seines Vaterlandes! (Rgsb. Tgbl.)

(Regensburg, den 2. Juli.) Die Deputation der Nationalversammlung, welche von Frankfurt nach Wien eilt, um den Erzherzog Johann von der Wahl zum Reichsverweser in Kenntniß zu setzen, und seine Annahme zu erholen, ist heute Abends, nachdem sie vorher die Wallhalla besehen, dahier eingetroffen. Die Stadt war zum Ausdruck ihrer Freude über das für Deutschland so glückliche Ereigniß mit Fahnen geschmückt und die Abgeordneten zogen in Begleitschaft vieler Wägen hier ein, die sie schon zu Etterzhausen eingeholt hatten, und nahmen ihr Absteigquartier im Gasthaus zu den drei Helmen. Dieselben gehen mit einem Extra-Dampfschiffe über Linz nach Wien. (Regensb. Ztg.)

△ (Aus Oberfranken.) Sieben Gemeinden des Landgerichts Herzogenaurach, haben bei der königl. Regierung von Oberfranken über den immer mehr überhandnehmenden, durch bewaffnete Rotten zur Nachtzeit und im Großen betriebenen Holzdiebstahl und über den gänzlichen Mangel des Forstschutzes in ihrem Bezirke Beschwerde geführt und haben zum Schutz ihres Eigenthums und ihrer persönlichen Sicherheit um Absendung einer Abtheilung Militär in ihre Dörfer gebeten, damit dasselbe mit ihnen und dem Forpersonale, durch Patrouillen bei Tag und Nacht, die Waldungen schützen möge. Die Holzdiebe ziehen in ganzen Rotten, sämmtlich mit Holzräten, zum Theil mit Flinten bewaffnet, zum Theil auch mit bespannten Wagen, Nachts in den Waldungen umher, hauen die schönsten, selbst zu Nutzholz tauglichen Bäume nieder und führen am folgenden Morgen das gestohlene Holz auf Schubkarren, oder auf Klafterweise auch Wägen in die benachbarten Orte, vorzüglich aber nach Erlangen, wo sie dasselbe öffentlich verkaufen. — Vom Erlös ihres nächtlichen Raubes zehren und zechen sie den Tag über in den Wirthshäusern und enthalten sich aller anderen Arbeit. — Schon zweimal ist in neuester Zeit auf einen Forstgehülfen geschossen worden; daher wagt sich kein Forstbediensteter und kein Gendarm, bei Nachtzeit in diese Waldungen. Ihre Verwüstungen in den Waldungen sind ungeheuer; aber die Forstbediensteten erlauben ihnen förmlich, von den bei Nacht gestohlenen Bäumen die stehengelassenen Stöcke am Tage und öffentlich auszugraben, und Karrenweise nach Hause zu führen. Natürlicherweise werden durch diese verkehrte und schädliche Masregel die verrätherischen Spuren dieser Forstverwüstung und zugleich des gänzlichen Mangels an Forstschutz auf die Seite geschafft und die Oberaufsichts-Behörden werden bei Wald-Visitationen über den Umfang dieser Verwüstungen getäuscht. Es ist ein merkwürdiges Zeichen unserer Zeit, daß die Gemeinden jetzt selber für die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Eigenthums Sorge tragen müssen, weil die Kraft und die Macht der Aufsichtsbehörden des Staats so sehr entmuthigt und erschlafft ist.

Baden. (Mannheim, Ende Juni.) Die Nachrichten von der Einsetzung des Generals Cavaignac als Diktater Frankreichs und die glücklich vollzogene Wahl eines Reichsverwesers für Deutschland sind zu gleicher Stunde hier angelangt, und haben je nach der politischen Färbung der bürgerlichen Kreise einen unbeschreiblichen Eindruck gemacht. Welch' eine lehrreiche Geschichte bietet die Republik von vier Wochen! — Hier in Mannheim tritt der nämliche Fehler zu Tage, wie fast aller Orten; die Mehrheit der Bürgerschaft hat nicht genug politischen Muth. Früher gewohnt, den freisinnigen Wortführern als Folie zu den politischen Gebilden zu dienen, gibt sich nun unter der Bürgerschaft eine auffallende Apathie kund. Der neue vaterländische Verein, dessen Programm auf dem Prinzip wahrer bürgerlicher Freiheit basirt ist, erfreut sich eines sehr geringen Wachsthums; die Mitgliederzahl beträgt nicht viel über 200. Wenn sich dies nicht bessert, wenn das schwerfällige Bürgerthum nicht ebenfalls politisch aufgeweckt und rührig wird, und sich mit dem vollen Gewichte seiner Ueberlegenheit der Wühlerei gegenüberstellt, so möchte noch sehr lange auf einen geordneten Zustand gewartet werden müssen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Karlsruhe.) Bei der zehnten Verloosung der großhzgl. badischen fl. 35 Loose haben nachstehende 20 Nummern jede fl. 1000 gewonnen, als: Nr. 10715, 51760, 56761, 56763, 56771, 56780, 56782, 86232, 86241, 86242, 151003, 151025, 151029, 160212, 160237, 179101, 179112, 248109, 311458, 398586. (N. W. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 1. Juli.) Der provisorische Central-Ausschuß der demokratischen Vereine zu Frankfurt a. M. unterzeichnet von Ronge, Metternich, Bayrhoffer, erläßt unterm 28. v. M. folgenden Aufruf an das deutsche Volk! Was wir vorausgesehen, ist eingetroffen. In ihren Sitzungen von gestern und heute hat die deutsche National-Versammlung, welche größtentheils nicht aus direkter Volkswahl hervorgegangen ist, und ihre „Beschlüsse über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland“ das deutsche Volk und sich selbst in den Zustand der Unmündigkeit zurückgeworfen. Ihre Majorität hat, gegenüber der an Zahl nicht den vierten Theil bildenden entschiedenen Linken: 1) den Antrag: „die Centralgewalt habe die Beschlüsse der National-Versammlung zu verkündigen und zu vollziehen“, verworfen. Sie hat hiermit von vorn herein ihre Beschlüsse in die blaue Luft gestellt, und eine ihr gegenüberstehende furchtbare Diktatur geschaffen. Was soll hierbei aus der Einheit und Freiheit Deutschlands werden? Oder will man in jedem Falle, in welchem der „Reichsverweser“ sich weigert, die Beschlüsse der Nat.-Vers. zu vollziehen, an die revolutionäre Entscheidung des Volks appelliren? 2) Sie hat — ein Vorbild dessen, was wir von ihr für die Gründung einer definitiven Verfassung Deutschlands zu erwarten haben — die Centralgewalt keinem Präsidenten, sondern einem Reichsverweser, dem Vorläufer eines deutschen Kaisers mit neuem Throne und neuer Civilliste, übergeben. Sie hat hiermit das Mittelalter von Neuem zur Grundlage gemacht und die Verwesung Deutschlands zum Gesetz erhoben. 3) Sie hat die Unverantwortlichkeit dieses Verwesers zum Beschluß erhoben, mithin von Neuem den Wahn eines heiligen, unverantwortlichen und unverletzlichen Wesens an die Spitze unserer politischen Zustände gestellt, und dadurch der Diktatur von Gottes Gnaden Raum gegeben. 4) Sie hat beschlossen, „daß die Centralgewalt sich in Beziehung auf die Vollziehungs-Maßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landes-Regierungen ins Einvernehmen setzen soll.“ Hiermit hat sie die geschaffene Centralgewalt und Diktatur, im Interesse der Regierungen, wieder zersplittert und illusorisch gemacht, und hat vollends die Kraft des freieinigen Deutschlands vernichtet, und den Zustand der Sonderinteressen sanktionirt. Also ein Gesetz hat die Nat.-Vers. erlassen, welches einen unverantwortlichen, an die Beschlüsse der Nat.-Vers. nicht gebundenen, mit den Landesregierungen sich möglichst ins Einvernehmen setzenden Reichsverweser als die exekutive Gewalt Deutschlands proklamirt! Also dieser widerspruchsvolle durch die Nat.-Vers. geschaffene Diktator der fürstlichen Interessen soll an der Spitze Deutschlands stehen?! Von Neuem ist das Mittelalter heraufbeschworen, die Nationalversammlung hat die Volkssouveränität, die Volksmündigkeit, ihre von ihr selbst feierlich proklamirte Mutter und einzig berechtigte Grundlage freiwillig aus ihrer Hand gegeben, dem Volke von Neuem eine Fürsten-Aristokratie und einen heiligen Popanz gegenüber gestellt; sie hat den Grund zu neuen inneren Kämpfen Deutschlands gelegt, und dadurch die Hoffnung auf Wiederbelebung der Industrie und des Verkehrs auf längere Zeit vernichtet. Sie wird uns hiermit den, bei der Zersplitterung Deutschlands in so viele Staaten und Regierungen dreifach verderblichen Zuständen Frankreichs unter dem Bürgerkönig Louis Philipp und unter der „mit republikanischen Institutionen umgebenen Monarchie“ entgegenführen, und dadurch bald eine neue Revolution nothwendig machen. Es ist Pflicht Aller, welchen die Ehre, die Freiheit und das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, gegen eine Nationalversammlung, welche schon 7 Wochen lang das Volk hingehalten, mehrmals verleugnet, und jetzt durch obige Beschlüsse im Innersten verletzt hat, sich entschieden zu erklären. Hierzu ist erforderlich, daß überall und sofort in dem ganzen deutschen Vaterlande Vereins- und größere Volksversammlungen gehalten werden, in welchen dem deutschen Volke die Sachlage genau dargelegt und die folgenden Punkte beschlossen werden müssen. a) Ueberall müssen allgemeine Eingaben an die Nationalversammlung gerichtet werden, in welchen derselben, als einer meist aus nicht direkten Volkswahlen hervorgegangenen, die fernere Anerkennung versagt, und insbesondere die Majorität als volksfeindliche Macht verworfen, die Minorität der Linken zum Ausscheiden und zu der Bildung eines neuen Kernes aufgefordert wird, an welchen sich weitere Abgeordnete durch neue direkte Wahlen anschließen müssen. b) Von jedem besonderen Wahlbezirke aus müssen die Mandate der Männer der Majorität zurückgenommen, und müssen die einzelnen Abgeordneten, welche zu der Linken gehören, zum Ausscheiden aus dieser Nationalversammlung und zum Anschlusse an die übrigen gleichfalls ausscheidenden Männer der Linken und zur gemeinsamen Bildung des Kernes einer neuen Versammlung aufgefordert werden. Zu diesem Zwecke folgt ein Verzeichniß derjenigen Abgeordneten, welche als Glieder der entschiedenen Linken gegen das Gesetz über die Centralgewalt gestimmt haben: Berger von Wien. Blum von Leipzig. v. Blumröder, Gustav, von Kirchenlamitz. Boddien von Pleß. Bogen aus

Michelstadt. Brunk von Fürfeld. Chrißmann von Dürkheim. Dewes von Losheim. v. Dieskau von Plauen. Dietsch von Annaberg. Dietzsch von Saarbrücken. Falk von Ottolangendorf. Föhrenbach aus Baden. Förster von Hünfeld. Giskra von Wien. Golz von Brieg. Gritzner von Wieg. Grubert. Gulden von Zweibrücken. Günther von Leipzig. Hagen aus Heidelberg. Hartmann von Leitmeritz. Heldmann aus Hessen. Hensel I. von Camenz. Henßel von Zittau. Hentges von Heilbronn. Hoffbauer von Nordhausen. Höninger von Rudolstadt. Itzstein aus Mannheim. Jordan von Berlin. Jungbanns von Mosbach. Kolaczeck aus dem österreicher Schlesien. Kolb von Speyer. Küntzer aus Konstanz. Marsilli von Roveredo. Martiny von Friedland. Meyer von Liegnitz. Minkus von Marienfeld. Mohr von Oberingelheim. Nägele von Murhardt. Nauwerk von Berlin. Pfahler von Tettnang. Raveaux von Köln. Ree von Offenburg. Reichard von Speyer. Reinhard von Boytzenburg. Reinstein von Naumburg. Reiter von Prag. Richter aus Achern. Rödinger von Stuttgart. Rölle aus Schlesien. Rösler von Oels. Roßmäßler von Tharand bei Dresden. Rühl von Hanau. Ruge von Leipzig. Sachs aus Mannheim. Schaffrath von Neustadt. Schilling von Wien. Schlöffel von Halbendorf. Schmidt, E. F. F., von Lävenberg. Schmidt, Jul. Th., von Wurzen. Schmitt von Kaiserslautern. Schneider aus Brünn. Schüler von Jena. Schüler, Friedr., von Zweibrücken. Schulz, Friedr., von Weilburg. Schuselka von Kloster Neuburg. Simon, Max, von Breslau. Simon von Breslau. Simon von Trier. Sonnenkalb von Römschütz. Spatz von Frankenthal. Stockinger von Frankenthal. Straß aus Schlesien. Tafel von Stuttgart. Tafel, Franz, von Zweibrücken. Thieme von Hirschberg. Titus von Bamberg. Trützschler von Dresden. Uhland von Tübingen. Umbscheiden von Dahn. Vischer von Tübingen. Vogel aus Schlesien. Vogt von Gießen. Wesendonck von Düsseldorf. Wiesner von Wien. Wigard von Dresden. Zell von Trier. Zimmerman, Proff. von Stuttgart. Zimmermann von Spandau. Zitz von Mainz. Zöllner von Chemnitz.

(Frankfurt, den 3. Juli.) [68. Sitzung der deutschen Bundes-Versammlung, am 30. Juni.] Es kommen mehrere Berichte des Gesandten Banks in London über die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit zum Vortrag. Eine Note des in München residirenden k. sardinischen Gesandten bei dem deutschen Bunde, Marquis Pallavicini, worin derselbe seine Abberufung und die Ernennung eines am Sitze der Bundesversammlung selbst aufgestellten Geschäftsträgers in der Person des Herrn Evase Radize anzeigt, wird in der üblichen Form zu beantworten beschlossen. Von dem Präsidialgesandten wird die Mittheilung gemacht, daß die k. k. österreichische Regierung die angebotene Hülfe zur Unterstützung der deutschen Interessen in Böhmen für jetzt nicht in Anspruch nimmt, übrigens für die bundesfreundlichen Gesinnungen, welche sich durch dieses Anerbieten bethätigt haben, ihren Dank ausdrückt. Ein Schreiben des Comité's in Osnabrück über Marineangelegenheiten wird dem Marineausschuß zugewiesen. Von dem Militärausschuß werden mehrere Berichte über Festungsbauten in Ulm, Artillerieausrüstungen von Mainz, Verproviantirung von Rastatt und über den Aufwand für den Generalstab der Armee des Generals Wrangel erstattet, und die entsprechenden Beschlüsse hierauf gefaßt. Der politische Ausschuß erstattet Bericht über den Antrag der bayerischen Regierung auf Zurückziehung der in Baden stehenden Truppen. In Berücksichtigung der von der großherzoglich badischen Regierung und dem Kommandirenden des 7. u. 8. Armeekorps, Prinzen Karl von Bayern, hierüber abgegebenen Aeußerungen wird beschlossen, die Zurückziehung der bayerischen Truppen für jetzt wegen des nöthigen Schutzes der südwestlichen Grenze vor Eindringlingen als unzulässig zu erklären und zugleich an den schweizerischen Vorort eine Aufforderung zu erlassen, daß, wie solches von Frankreich unlängst geschehen, die Theilhaber an dem jüngsten Aufstand von der dortigen Grenze zurückverlegt und der aus der Anhäufung neuer unruhiger Elemente an der Grenze Deutschlands drohenden Gefahr vorgebeugt werden möchte, unter Hinweisung darauf, daß, wenn die von dort ausgehende Aufreizung der benachbarten deutschen Distrikte kein Ende nehme, eine strengere Besetzung der Grenze, wodurch der wechselseitige friedliche Verkehr nothleiden müßte, erforderlich werden dürfte. Ob eine Zurückziehung der in Mannheim stationirten bayerischen Truppen wenigstens theilweise angemessen sey, wurde dem Commandirenden des 7. und 8. Armeekorps überlassen. Bayern stellt den Antrag auf baldige Hinwegräumung aller die freie Schifffahrt in Deutschland hemmenden Abgaben, welcher Antrag dem Ausschuß für Zoll- und Verkehrsverhältnisse zugewiesen wird. Der königl. preuss. Gesandte gibt Nachricht, daß die königl. preuss. Regierung ihrem Geschäftsträger in Turin ganz im Sinne der von der Bundesversammlung wegen der Blokade von Triest an die sardinische Regierung erlassenen Aufforderung eine entsprechende Weisung ertheilt habe. Der königl. hann. Gesandte bringt eine Vorstellung der Provinzialstädte von Ostfriesland zur Kenntniß der Versammlung, wornach dänischerseits die Mannschaft eines genommenen Handelsschiffs gezwungen werden wolle, auf dänischen Schiffen Dienste zu leisten, und beantragt, diese Gewaltthätigkeit bei den im Werk befindlichen Unterhandlungen zu berücksichtigen. Dies wurde dem Ausschuß für die schleswig-holsteinische Angelegenheit zugewiesen. Der königl. württemb. Gesandte zeigt an, daß statt des verstorbenen Grafen zur Lippe, der bisherige Kriegsminister, Generallieutenant Graf v. Sontheim zum Gouverneur der Bundesfestung Ulm ernannt worden sey. Derselbe Gesandte beantragt, die Frage in nähere Erwägung zu ziehen, welche Entschädigung die württembergische Regierung für Aufstellung und den Ausmarsch ihres Truppenkontigents zum Schutz der südwestlichen Grenze Deutschlands — nach dem Grundsatz der gleichen Vertheilung der Bundeslasten — anzusprechen habe. Diesem Antrag schließen sich auch für ihren Theil die Gesandten der Staaten des 10. Armeekorps an. Der Gegenstand wird dem Ausschuß für militärische und politische Angelegenheiten zugewiesen. Der Gesandte von Hamburg übergibt ein Memoire der vom Marinekongreß niedergesetzten und durch Regierungsbevollmächtigte verstärkten Kommission, in Betreff der Errichtung eines Admiralitätskollegiums unter Oberaufsicht des künftigen Marineministeriums. Dies wird dem Marine-Ausschuß zugewiesen. Die Vollmacht für den Geheimerath Welcker als Kommissär zur Einrichtung einer interimistischen Verwaltung des Herzogsthums Lauenburg, wird vorgelegt und genehmigt. Die Gesandten von Hannover und Baden legen die periodische Uebersicht über den Stand ihrer Truppenkontingente vor. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 1. Juli.) In die heute von der Nationalversammlung bestimmten Ausschüsse sind — soweit uns bekannt geworden — gewählt: 1) Ausschuß wegen der Wahlen zu Constanz und Thiengen: Adams, Dammers, Freudentheil, Hollandt, Fürst Lichnowsky, Reichensperger, Simson aus Königsberg, Riesser, von Vincke, Wiedemann, v. Würth, Zachariä; 2) Ausschuß für einen Gesetzentwurf wegen Verantwortlichkeit der Minister: Bürgers, v. Hermann, v. Itzstein, Neumann, Mittemaier, R. Mohl, Schwarzenberg I., Rüder, Scheller, Tafel von Zweibrücken, Wippermann. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 2. Juli.) Gestern Abend um 9½ Uhr bewegte sich ein großer Fackelzug zum Holländischen Hof, wo die 27 Fetirten anwesend zu seyn schienen. Nach dem Vortrage eines Liedes hielt einer von den Festgebern eine Anrede, in der es an Tadel des Gesetzes, der Centralgewalt und der Nationalversammlung nicht fehlte. Kapp erwiderte darauf, jedoch in sehr mäßigen Ausdrücken, und ließ am Schlusse die republikanische Tugend, die Mannhaftigkeit und Besonnenheit des deutschen Volkes leben. Auch Ruge sprach. Uebrigens wohnt Kapp eigentlich in der Schnurgasse und scheint nur zum Empfange dieser Huldigungen in den „Holländischen Hof" gegangen zu seyn. (N. Würzb. Z.)

(Frankfurt, den 2. Juli.) Wie es scheint, ist in der Leitung der demokratischen Partei dahier Zwiespalt eingetreten, denn es soll Pelz sich von dem Arbeiterverein zurückgezogen und unsere Stadt verlassen haben. Auch soll Ronge im Begriffe stehen, von hier abzureisen (wenn es nicht schon geschehen), und zwar nach Bayern. (N. W. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 1. Juli.) So eben hört man, daß der Redakteur der „Nassauischen Zeitung", Herr Carl Braun, den Redakteur der „Nassauischen allgemeinen Zeitung", Herrn W. H. Rühl, zu einem Säbelduell gefordert hat. Man ist gespannt, auf welche Weise sich nun eigentlich der Zwist zwischen den beiden Redakteuren beilegen wird. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 30. Juni.) Die Aussicht zu einer baldigen friedlichen Lösung der lombardisch-venezianischen Angelegenheit scheint nun wieder in Frage gestellt zu sein, da die durch den Abgesandten Morichini gestellten Forderungen der Art sein sollen, daß die Ehre Oesterreichs, deren Annahme zurückzuweisen genöthigt ist. Wie ich aus guter Quelle erfahre, soll der Isonzo und nicht der Etsch als Grenzlinie beansprucht worden sein. Im Ministerium ist darauf beschlossen worden, bedeutende Verstärkungen an Truppen nach Italien zu schicken (man spricht von 30 bis 35,000 Mann) um die ferneren Operationen mit Nachdruck betreiben zu können. (A. A. Z.)

(Pesth, den 27. Juni.) Aus Temeswar sind gestern hier neue beunruhigende Nachrichten eingegangen. Unter Anführung von Georg Stanimirovich und Novakovich rückten 700 Aufständische am 23. Juni gegen die Stadt Weißkirchen und forderten den dortigen Obristlieutenant Dreihahn zur Unterwerfung auf. Dieser übergab ihnen ohne allen Widerstand die Stadt mit 3 Kanonen, 215 Schießgewehren, 30 Ctr. Pulver und einer Kompagnie Soldaten. Der Obristlieutenant Dreihahn wird des Verraths beschuldigt, indem er auch 1200 Nationalgardisten hätte aufbieten können. Von Weißkirchen rückten die Aufständischen am 24. Juni gegen Werschetz bei Temeswar, wo am 25. Juni ein Treffen erwartet wurde. Georg Sanimirovich ist aus Serbien und in seinem Trupp waren auch die meisten aus Belgrad herübergekommenen Aufwiegler. Schon früher plünderte ein solcher Haufe in Titel im Csaikistenbezirke. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 30. Juni.) Die Abgeordneten zum demokratischen Kongreß sind bereits in Berlin eingetroffen, ohne von der Policei irgendwie belästigt worden zu sein. Wahrscheinlich will man erst das Verhalten dieser Herren abwarten, ehe man sich zu einer Maßregel gegen sie entschließt. Auffallender Weise hat der demokratische Club bis jetzt noch nicht zu der Wahl eines Abgeordneten kommen können und es hat den Anschein, als ob der Vorsitzende, Assessor Schramm, am liebsten die ganze Angelegenheit, namentlich die Wahl Berlins zum ersten Vororte, ungeschehen machen möchte. Statt gleich eine Wahl vorzunehmen, versuchte er es, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Aus diesem Benehmen kann sich leicht eine zweite Reorganisation des demokratischen Clubs entwickeln, die mit der Entfernung des Herrn Schramm aufangen möchte. Da man nicht voraus wissen kann, wie sich die Dinge nach und nach gestalten, so scheint es nicht uninteressant zu sein, vorläufig die Clubs namhaft zu machen, welche augenblicklich in Berlin die Ausbreitung der vieldeutigen Demokratie zum Zwecke haben. Zunächst ist es also der demokratische, ehemals politische Club, dessen Präsident, Herr Schramm, mit den Vicepräsidenten Dr. Wyß und Edgar Bauer ist; sodann folgt der vom Professor Benary gestiftete Volksclub, dann der Club für Volksrechte, in welchem Herr Streber die augenblickliche Leitung hat; endlich noch der von den Herren Prince Smith und Faucher gestiftete Reformclub. Diese vier Gesellschaften haben es ursprünglich nur mit der socialen Seite der Bewegung zu thun und die politische Färbung der Theilnehmer ist eine gemischte, wenn auch die republikanische Tendenz vorwaltend sein mag. Alle diese Clubs halten öffentliche Sitzungen, worin ihre Hauptstärke, aber auch ihre Unschädlichkeit begründet sein mag. Von ihnen zählt der demokratische Club die meisten Mitglieder und seine Sitzungen werden am zahlreichsten besucht. In jüngster Zeit hat sich nun bekanntlich ein republikanischer Club gebildet, der es mit der Aufnahme von Mitgliedern sehr strenge nimmt, nur geheime Sitzungen hält und augenscheinlich die politische Seite am stärksten vorkehrt. Seiner Heimlichkeit wegen, die man den Bestrebungen unserer Tage gegenüber nicht mehr für angemessen hält, macht sich gegen ihn eine bedeutende Abneigung im Publikum bemerkbar. (Mgdb. Z.)

(Berlin, den 1. Juli.) Die Adreßkommission veröffentlicht heute einen Bericht, nach welchem sie sich, nach Anhörung der verschiedenen Mittheilungen des Staatsministers, namentlich in Betreff der äussern Politik, einstimmig dafür erklärt, daß die Versammlung von der Berathung einer Adresse überhaupt abstehen möge.

Die vielen Verhaftungen (gestern ist wieder Student Fernbach, als Verfasser des „Republikanischen Katechismus" verhaftet worden und heute wird M. Cohnheim steckbrieflich wegen dringenden Verdachts des Hochverraths verfolgt), sowie die gestrige Verurtheilung des Studenten Monecke, haben viel böses Blut gemacht. Hr. G. v. Arcken läßt heute ein Extrablatt erscheinen: „Dreißig Verhaftungen und keine Anklage." Er sagt darin, daß, während die Regierung weit entfernt sey, die Paragraphen 1 und 2 Tit. 19 Th. II. des allgem. Landrechts, nach welchem der Staat verpflichtet, die Arbeitslosen mit lohnender Arbeit zu versorgen, aufrecht zu erhalten oder vielmehr nur zu berücksichtigen, sey das Gouvernement fortwährend bereit, auf Aussage von

»Vigilanten, Spionen und andern feilen Subjekten," ganz wie unter dem alten System, Verhaftungen vorzunehmen und die persönliche Freiheit der Staatsbürger zu gefährden. Das Plakat wird viel gelesen und findet besonders bei den brotlosen Arbeitern vielen Anklang. Der „Volksclub" hat in Folge der fortwährenden Verhaftungen beschlossen, bei der Nationalversammlung die sofortige Einsetzung von Geschwornengerichten (welche in Wien schon existiren) und die Entlassung der bis jetzt Gefangenen, Verurtheilten und Angeklagten zu beantragen. Die anwesenden Deputirten, unter ihnen Graf Reichenbach und Gladbach, sagten dem Antrage im voraus ihre Unterstützung zu. D. A. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 1. Juli.) Dr. H. Wuttke, einer der beliebtesten Docenten an unserer Universität, ist an die Stelle des verstorbenen Prof. F. A. Hasse zum Professor der geschichtlichen Hülfswissenschaften ernannt worden. Diese Beförderung eines hiesigen Privatdocenten zum ordentlichen Professor mit Uebergehung der außerordentlichen Professur ist in den Annalen unserer Universität unerhört, im gegenwärtigen Falle aber um so erfreulicher, als Dr. Wuttke, von jeher ein muthiger Kämpfer der jetzigen Zeitrichtung, für seine jahrelange Wirksamkeit an der Universität unter dem Kultusministerium keine Anerkennung finden sollte. — Das »Leipziger Abendblatt« hat mit der gestrigen Nummer bis auf weiteres zu erscheinen aufgehört. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Jena, den 30. Juni.) Die Studentenschaft feiert heute das 200jährige Jubiläum der Universität auf allen Strassen, vorzüglich auf dem Markte ist frohes Leben; nichts als Blumen, Kränze und bunte Mützen. Auch viele alte Jenenser sind von nah und fern gekommen, um sich noch einmal im alten, lieben Jena des frischen freien Studentenlebens zu freuen. Gestern Abend trafen viele fremde Studenten ein, auch sandte Halle 3 Deputirte. Nach dem ausgegebenen Festprogramm wird der Zug von der „Rose" auf den Markte sich wenden, wo nach dem Gesange des Liedes „eine feste Burg" ein Student, und alsdann ein Professor Reden halten werden. Dann wird nach dem „Paradies" gezogen, wo nach Absingung von einigen Versen des »Gaudeamus« der Commers beginnt, dessen Schluß der »Landesvater« macht. Der Festzug ist folgendermassen geordnet: a) der Zugführer zu Pferde, b) ein Musikchor, c) 4 Mitglieder des Festkomité, d) Studenten, geleitet von Präsidenten, e) Musikchor, f) die Fahne, geleitet von 2 Präsidenten, g) 4 Komitémitglieder, h) das corpus academicum, i) Studenten geleitet von Präsidenten, k) zwei Zugschließer, l) Musikchor, m) der Stadtrath, n) die Burschenschaft nach Innungen, o) die Schützengilde. (Frkf. O.-P.-Z.)

Belgien.

(Brüssel, den 30. Juni.) Dem Adressenentwurf des Senats als Antwort auf die Thronrede entnehmen wir einige Stellen, welche von allgemeinem Interesse sind: Unsere Verhältnisse mit Frankreich sind auf den Grund gegenseitigen Wohlwollens geordnet. Wir wünschen uns mit Ew. Majestät Glück dazu. — Unsere Finanzen, welche früher zu einem precären Zustande gekommen waren, konnten durch die Ungunst der Verhältnisse noch nicht zu ihrer normalen Lage zurückgebracht werden. Hoffen wir, die Rückkehr (?) des Friedens werde uns erlauben, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen. Der Senat hat unaufhörlich behauptet, dieser Zweck könne nur durch strenge Sparsamkeit erreicht werden. — Wir erkennen mit der Regierung Ew. Majestät an, daß mehrere Auflagen in ihrer Basis verbessert werden müssen. Wir erkennen besonders an, daß man die Maßregeln aufsuchen muß, welche geeignet sind, die Lagen der arbeitenden Klassen zu verbessern und zu erheben. Durch künstliche und augenblickliche Mittel, durch gefährliche Utopien kann man dieses Resultat nicht erreichen, wohl aber, indem man auf die Sittlichkeit der arbeitenden Bevölkerung einwirkt, indem man Handel und Gewerbe hebt, indem man unbeschäftigte Arme zur Verbesserung unbebauter Ländereien verwendet u. s. w. Der Adressenentwurf schließt mit Betheuerungen der Ergebenheit an den König und dem Versprechen, die Regierung in ihrer Aufgabe, Frieden und Arbeit zu befördern, zu unterstützen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 30. Juni.) Das Kriegsgericht, das seit drei Tagen die eingesperrten Insurgenten unaufhörlich verhört, hat seine Urtel noch nicht gefällt. Die fürchterliche Härte, mit der man die Gefangenen behandelt, trieb bereits Mehrere derselben zum Selbstmorde. Noch diesen Morgen schnitt sich einer der Unglücklichen in der Abbaye die Gurgel ab. Andere haben den Verstand verloren. — Cormenin besuchte gestern, von dem bekannten Polenfreunde Bavin und Martin (aus Straßburg) begleitet, die unterirdischen Gewölbe der Wasserseite der Tuilerienterasse, in welche man etwa achthundert Insurgenten geworfen hatte, die dort wie das Vieh über, unter und neben einander lagen. Der Gestank, der den Besuchern entgegendrang, war so stark, daß sie den Ausbruch eines Typhus fürchteten, und darum einen Theil in die äusseren Festungswerke führen ließen. Uebrigens ist bis heute Mittag noch Niemand erschossen worden.

(Nationalversammlung. Sitzung vom 30. Juni.) Präsident Marie eröffnet dieselbe um 1 Uhr mit einer Rede, in der er der Versammlung für das ihm bewiesene Vertrauen dankte und seine ganze Galle gegen die Sozialisten, die er als Väter der letzten Schlacht darstellte, ausgoß. „Bürgerrepräsentanten, begann er, Ihr habt mich zu Eurem Präsidenten gewählt, das ist unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen ein Beweis großen Vertrauens. Ich werde mich anstrengen, Euerem Vertrauen durch meine ganze Aufopferung zu entsprechen. Die verhängnißvollen Tage, die Frankreich in so tiefe Trauer stürzte, haben für Alle sehr ernste Pflichten geschaffen, das weiß ich, doch ich will mich ihnen unterziehen. Die Republik bleibt rein und fest, und wird mächtig und fruchtbar werden, denn die Anarchie vermochte sie nicht zu bekämpfen und wird sie nie besiegen. Nein! es war nicht das Februarvolk, das die verbrecherischen Barrikaden errichtete, auf denen, dem Himmel sey Dank, nur die Fahne der Republik wehte! Nein, nicht die Republik hat die Republik (die dreifarbige, die rothe Fahne), sondern die Republik hat die Barbarei bekämpft. (Beifall.) Der Sieg war für uns in den Urtheilen der Menschheit geschrieben; an uns ist es, Bürger, ihn aufrecht zu erhalten durch die Weisheit unserer Arbeiten, durch die Entschlossenheit unseres Auftretens und durch die fortwährende aber gemäßigte Entwickelung der mit der Republik ausgesprochenen Grundsätze. Frankreich weiß das und wird Euch dafür erkenntlich seyn. Aber Ihr bedürft all Eures Muthes, einen heißen Willen, um Eure Aufgabe zu lösen. Mit der Ruhe in der Hauptstadt, mit der Ordnung überall, wird es nur möglich seyn, alle Leiden zu mildern, allen Uebeln zu helfen und alle Erwerbsquellen von Neuem hervorsprudeln zu machen. Ich freue mich, daß Ihr mich an diesen Platz riefet, wo ich zur Lösung dieser edlen Aufgabe doppelt beitragen kann." Schließlich preist Marie, dem zur Stillung aller Leiden als Glied des Vollziehungsausschusses schon die schönste Gelegenheit geboten worden war, aber von ihm schlecht benutzt wurde, noch die Verdienste seines Vorgängers, des soeben zum Minister des Innern ernannten Senard. Nach dieser Rede, die natürlich großen Beifall erregte, zog der Präsident die Bureaus in der üblichen Weise zurück. Dann schritt die Versammlung zur Tagesordnung, nämlich zur Berathung des Wahlgesetzes für Gemeinde-, Arrondissements- und Departementsräthe, denen die vorige Regierung einen ziemlich engen Kreis angewiesen hatte. Favart lies't seinen deßfallsigen Bericht vor, und es entspann sich eine lange Debatte, der jedoch Niemand wesentliche Aufmerksamkeit schenkte. Für das Ausland möge genügen, daß dieses Gesetz neue Wahl-Gesetze für die Stadträthe bis zum 1. August und für die Bezirks- und Departementsräthe bis zum 1. September c. vorschreibt. (4 Uhr.)

(Straßburg, 29. Juni.) Das neugebildete Ministerium ist ein bedeutender Schlag für die Anarchisten. Dasselbe ist in der Mehrzahl seiner Mitglieder der Ausdruck des »National«, während die Elemente der »Reforme« oder vielmehr der mit Ledru-Rollin liebäugelnden Partei über Bord geworfen wurden. Die Mischehe zwischen National und Reforme war von Beginn der Februarrevolution ein Anlaß zu Verwicklungen und Intriguen aller Art. Leider hat die Trennung derselben gar zu viel Blut gekostet. Hier hofft man das beste von der Verwaltung. In Bezug auf Deutschland haben wir eine Fortsetzung der bis jetzt bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu gewärtigen. Bastide ist eine durch und durch ehrliche Natur, die schon lange den Frieden mit Deutschland predigt und zu wiederholtenmalen im National den legitimistischen Rheingelüsten den Krieg erklärt hat. Wir sind der Hoffnung, daß es nun besser gehen werde. Straßburgs Haltung während der letzten verhängnißvollen Tage war eine musterhafte und würdige. Die ganze Bevölkerung des Elsasses ist den Männern, die an der Spitze unserer Departemental- und der städtischen Verwaltung stehen, zu dem wärmsten Danke verpflichtet.

Rußland.

(Warschau, den 25. Juni.) In ganz Polen ist alles vollkommen ruhig; kein Mensch denkt diesseits der preussischen Grenze an eine revolutionäre Erhebung, da die Regierung in den letzten Monaten immer freisinniger geworden und das Volk durch öffentliche Vergnügungen, Schauspiele 2c. heiter zu stimmen sucht. Seit den letzten Wochen ziehen sich hier und in der Umgegend Truppen zusammen. Man gibt die Zahl derselben auf 150,000 Mann an. Von heute an soll aller commercielle Verkehr mit Deutschland aufhören. (Frkft. O.-P.-Z.)

Schweiz.

Die Basler Zeitung schreibt: Verschiedene Blätter sprechen von einer neuen republikanischen Schilderhebung in Deutschland, welche von der Schweiz aus unterstützt werden solle.

Die öffentlichen Danksagungen für Aerzte.

Dankbarkeit ist eine der schönsten Tugenden, und besonders wohlthuend ist ihre Uebung gegen den Arzt, dessen aufopfernde Dienstleistungen so selten mit gebührendem Danke anerkannt werden. Ein wahrer Arzt aber sucht nicht und findet nicht den Dank seiner Patienten in der mehr oder minder schweren Geldrolle (obgleich er des Geldes zum Leben eben so bedarf, als jeder Andere) noch in mündlichen oder gedruckten Lobpreisungen seiner geleisteten Dienste. »Was ist,« sagt der große Hufeland, »eine Hand voll „Gold gegen die Thränen des Dankes in den Augen des Armen, der „eben dadurch, daß er Nichts sagen, Nichts geben kann, uns sein „ganzes Wesen hingibt und sich als ewiger Schuldner bekennt?" Was sind, fragt Einsender, zumal die gedruckten Danksagungen für Aerzte Anderes, als Schmeicheleien oder nutzlose Recommandationen von Seite der Patienten, oder von Seite des treffenden Arztes selbst oft angedeutete oder gar erkaufte Mittel, seinen Namen bekannt zu machen und ihm Patienten zuzuführen? Wenigstens urtheilen in dieser Weise die meisten Unbefangenen über dergleichen Zeitungsartikel, und es spricht hiefür allerdings der Umstand, daß meistens nur jüngere angehende Aerzte oder solche, die noch keine Praxis haben, öffentliche Danksagungen erhalten. Einem zartfühlenden bescheidenen Arzt freut gewiß eine öffentliche Danksagung nimmermehr, und er wird daher eine solche zu verhindern suchen, wo er nur kann, und er kann es in der Regel, da es ihm wohl zu verstehen gegeben wird, wenn ihm eine solche zugedacht ist; ja selbst den ganzen ärztlichen Stand kann eine öffentliche Danksagung nicht freuen, schon deshalb nicht, weil sie zu allerlei Kritteleien und Witzeleien über die Aerzte überhaupt Veranlassung zu geben pflegt. Deshalb haben sich auch in einzelnen großen Städten, z. B. in Berlin, Leipzig u. s. w. sämmtliche Aerzte dahin vereinigt, daß sie die Redaktionen aller Lokalblätter beauftragten, jede öffentliche Danksagung für einen Arzt im Namen aller Aerzte zurückzuweisen, jedoch die Insertionsgebühr zu berechnen, welche dann von sämmtlichen Aerzten berichtigt wird, damit den Insertions-Erträgnissen der Blätter kein Eintrag geschehe. Dies dürfte auch hier Nachahmung finden, sei es auch nur aus einem ähnlichen einfachen Grunde, wie derjenige, welcher die Pointe folgender Anekdote bildet. Einst speiste ein Reisender in einer kleinen Stadt an der Gasttafel, woran auch mehrere Herren des Städtchens als tägliche Gäste saßen, und trank gleich den übrigen Gästen eine Flasche des gewöhnlichen Tischweines, den er bei jedem Trunke über die Massen lobte. Darüber rieb sich der Wirth vergnügt die Hände mit triumphirendem Lächeln auf seine täglichen Gäste, welche den saueren Wein wohl schon oft bekrittelt haben mochten. Als der Fremde seine Flasche geleert hatte, und eine zweite verlangte, da gedachte der Wirth seinem Triumphe die Krone aufzusetzen, und brachte dem Fremden eine Flasche guten Weines, natürlich in der Erwartung noch größerer Lobsprüche, allein der Reisende trank ein Glas nach dem anderen und schwieg. Da hielt es der Wirth nicht länger aus; er fragte ver-

legen den Gast, ob er denn den zweiten Wein, den er gar nicht lobe, nicht besser finde als den ersten, den er bei jedem Trunke gelobt habe? Lächelnd erwiederte der Fremde: Der zweite Wein ist wirklich gut, der braucht das Loben nicht; denn, was wirklich gut ist, lobt sich durch sich selber! — Der Wirth kratzte hinter den Ohren und — schwieg. —.

— d —

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer Hause in Nürnberg.

Nr. 88. Kampf um die alte Veste, Carton-Zeichnung von G. Perlberg in Nürnberg. — Nr. 89. Eine Tyrolerin, Oelgemälde von Grafen von Holnstein in Nürnberg. — Nr. 90. Ein Landmädchen, Oelgemälde von J. P. Stellwag in Nürnberg.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen ganz unerwartet und schnell, unsere gute Mutter, Schwester Schwägerin und Base

Frau Kunigunde Deuringer,

Pachtgärtners-Wittwe von dieser Erde abzurufen. Sie starb in einem Alter von 62 Jahren.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden bringen wir diese Trauerkunde und erbitten uns fernere Freundschaft und Gewogenheit.

Galgenhof und Nürnberg.

Die Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Mit dem Gefühl des tiefsten Schmerzes erfüllen wir die traurige Pflicht, das Dahinscheiden unsers innigstgeliebten Gatten, Vaters, Bruders, Schwagers, Schwiegervaters und Grosvaters,

Herrn Johann Jacob Geyer,

Kaufmann,

anzuzeigen. Er starb den 3. d. früh 2 Uhr an den Folgen der Lungenlähmung sanft und ruhig in einem Alter von 70 Jahren

Indem wir diese Trauerkunde unsern nahen und fernen Verwandten und Freunden mittheilen, bitten um stilles Beileid

Nürnberg, Redwitz, Lenzendorf, Lorenzreuth
Wunsiedel, den 4 Juli 1848

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

BELVEDERE.

Donnerstag, den 6. Juli.

Musikalische Produktion unter Leitung des Stadtwehrmusikmeisters Herrn Gerngroß.

Zum Vortrag kommen unter Andern auch:
„Vaterlandslied“ mit Musikbegleitung.
„Stadtwehr-Marsch“ von C. Birkner.
„Soldaten-Polka“ von C. Hamm.

Für warme und kalte Speisen und frisches Felsenkeller-Bier ist bestens gesorgt, Abends „große Beleuchtung“, wozu ergebenst einladet

Entree nach Belieben.

Sturm.

Gasthaus St. Peter.

Heute Mittwoch den 5. Juli findet

Kirchweih-Ball

statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

St. Leonhard.

Heute Mittwoch den 5. Juli Harmoniemusik, wozu um recht zahlreichen Besuch bittet

A. Feldmann.

Einladung.

Zur Kirchweihfeier wird von heute bis Donnerstag den 6. d. M., wo Nachmittag um 5 Uhr sogleich abgetheilt wird, ein schönes Lamm und noch mehrere Preise herausgekegelt, wozu ich alle Kegelfreunde achtungsvoll einlade.

E. Erlwein auf den Ställen.

Flaschenhof.

Mittwoch den 5. Juli zur Nachfeier der St. Peters-Kirchweih Tanzmusik, Preiskegelschieben und Baumklettern. Ollapotridasuppe, gebackene Fische und Gansbraten, wozu ergebenst einladet

G. Holzinger

(Einladung) Donnerstag den 6. Juli produzirt sich das beliebte Streich-Quartett, wobei die neuesten Walzer, Galloppe, Polka, Potpourri ꝛc. vorkommen. Für Verabreichung des ausgezeichneten Joh. Lederer'schen Felsenkeller-Bier, sowie verschiedener warmer und kalter Speisen empfiehlt sich

Joh. Kaul,
Gastwirth zur silbernen Kanne.

Haus- und Geschäfts-Verkauf.

Ein sehr solides, im besten Betrieb stehendes Rosoli- und Liquer-Fabrik-Geschäft mit Haus, in der besten Lage gelegen, wird aus freier Hand zum Verkauf ausgeboten. Kauflustige und zahlungsfähige Liebhaber belieben ihre Anfragen unter Adresse A. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Bescheidene Anfrage.

Aufgefordert von mehreren Seiten, erlauben sich die Unterzeichneten den verehrlichen Magistrat um gütigen Aufschluß zu bitten, wegen der sogenannten Regulirung der Mehltaxe.

Laut Victualien-Taxen-Zettel war der Raitungspreiß des Waizens im Monat Mai fl. 16. 50 kr. und die Doppel-Maaß feines Mundmehl kostete 12 kr. Im Monat Juli war der Preiß des Waizens fl. 16. 39 kr., also 11 kr. billiger und die Doppel-Maaß feines Mundmehl kostete 14 kr., woher mag wohl diese Erhöhung kommen?

Eckardt und Michels,
Distrikts-Vorsteher.

Constitutioneller Verein.

Mittwoch den 5. Juli Versammlung der Mitglieder des Constitutionellen Vereins im Saale des Reichsadlers.

Zu vermiethen.

In Gostenhof Nr. 133 nächst der Eisenbahn kann ein Gartenlogis, bestehend aus mehreren Piecen, täglich, oder bis nächstes Ziel Laurenzi bezogen werden. Auch Stallung von 3 bis 4 Pferden kann dazu gegeben werden.

(Empfehlung) Gichtpapier, einfaches und billiges Hilfsmittel bei Rheumatismen, Gicht-, Kopf- und Zahnschmerzen ꝛc. Englischpflaster, vorzügliche Dienste leistend bei kleinen Schnittwunden. Räucher-, Rost-, Wachspapier, so wie auch Gummi-Elastikum-Springbälle ꝛc. zu möglich billigsten Preisen und bester Qualität empfiehlt zu gefälliger Abnahme

W. Hardtlöhner,
Webereplatz S Nro. 1244 b.

(Auslaufer Gesuch.)

Ein unverheiratheter junger Mann wird in einer hiesigen Fabrik sogleich als Auslaufer angenommen. — Daß Nähere in S. Nro. 1104 neben der Wunderburg.

Mieth-Gesuch.

Entweder in einer angenehmen Lage der Stadt, oder in einem schönen Garten vor der Stadt, wird nächstes Ziel Laurenzi eine Wohnung zu miethen gesucht, die aus 2 à 3 Zimmern, Kammern, Küche ꝛc. besteht. Weiteres unter Adresse K. M. durch die Exped. d. Bl.

Unterkommen.

Nächstes Ziel Laurenzi wird eine solide Person, die an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnt, und mit guten Zeugnissen versehen ist, als Köchin im Gasthaus zum schwarzen Kreuz beim Neuenthor anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Magd von gesetztem Alter, die mit neugebornen Kindern gut umzugehen weiß, wünscht bis nächstes Ziel in einem soliden Hause unterzukommen.

(Gesuch) Es wird bis Ziel Laurenzi eine Magd gesucht, die Hausmannskost kochen und den andern häuslichen Arbeiten vorstehen und sich hierüber, so wie über ihr sittliches Betragen, genügend ausweisen kann.

(Gesuch) Eine Magd, welche im Kochen, so wie auch in allen häuslichen Arbeiten wohl erfahren ist, und die besten Zeugnisse aufzuweisen vermag, wünscht nächstes Ziel Unterkunft. L. Nr. 507 der breiten Gasse.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welches schon 3 Jahre in einem soliden Hause hier dient, nähen, stricken und waschen kann, auch im kochen nicht unerfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft in Dienst zu treten. Näheres im Laden Nro. 92 auf dem grünen Markt.

(Gesuch.) Man sucht einen geschickten Schlosser- oder Gürtlergesellen, der mit Stahl- und Messingarbeit umgehen kann, in Arbeit zu nehmen.

(Gesuch) Ein junges Frauenzimmer sucht hier oder auswärts, entweder als Ladenjungfer oder Stubenmädchen, baldigst einen passenden Platz. L. Nr 1484 der Mohrengasse.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich auch häuslichen Arbeiten unterzieht, wünscht bis nächstes Ziel wieder in einem soliden Hause unterzukommen. Anfrage in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein gesittetes Mädchen, welches Nähen und Waschen kann, wird sogleich oder nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres L. Nr. 1010. Entengasse.

(Gesuch) Ein braves Mädchen, die von ihrer Herrschaft bestens empfohlen werden kann, sucht einen Dienst als Köchin oder Hausmagd. L. Nr. 600.

(Gesuch.) Eine Köchin von gesetztem Alter, welche im Kochen sowohl als Gebäck sehr bewandert ist, seit langen Jahren bei Herrschaften diente und sich durch Treue, Fleiß und Sittlichkeit auszuweisen vermag, wünscht bis nächstes Ziel wieder bei einer soliden Herrschaft als Köchin unterzukommen.

(Gesuch) Zur „Illustrirten“ und „Mitteifränkischen Zeitung“ werden in S. Nro. 73 Mitleser gesucht.

(Gesuch.) Ein gebildetes Mädchen, das Geschick und Liebe zur Wart und Pflege eines ein Jahr alten Kindes hat, wird in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres in S. Nro. 1323 am Lauferthor.

(Gesuch.) Es wird eine Kindsmagd gesucht, welche mit neugebornen Kindern umzugehen versteht. S. Nro. 675.

(Zu verleihen.) Kapitalien, zu 4 pCt., auf Grundstücke im Landgericht Nürnberg, sind gegen zwei Drittel Kapital-Verpfändung sogleich oder bis Ziel Lorenzi zu verleihen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) L. Nro. 410 in der Ludwigsstraße ist der erste und zweite Stock und Parterre, mit mehreren Zimmern, Kammern, Küchen, Speisekammern ꝛc, Stallung auf 2 Pferde, Remise ꝛc; sogleich oder bis Ziel Lorenzi im Ganzen oder einzeln billig zu vermiethen. Einsicht ist in dem Hause im dritten Stock zu nehmen

(Zu vermiethen.) Der größere Theil des Hauses Nro. 120 vor dem Thiergärtnerthor ist zu vermiethen, und kann täglich eingesehen werden.

(Zu vermiethen) Eine sehr freundliche Wohnung, ohnweit dem Theater, von 2 Zimmern und Alkov mit Bett und Möbeln, ist an 1 oder 2 solide Personen am 1. August zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einer sehr angenehmen Lage ist an ein solides Frauenzimmer ein Logis zu vermiethen. Dieselbe kann für sich eine freundliche Kammer erhalten und hat Antheil an dem geheizten Zimmer, wo sie für Holz nicht zu sorgen hat.

(Zu vermiethen.) Eine freundliche Wohnung in der zweiten Etage, bestehend in 2 heizbaren Zimmern, Alkov, Kammer, eigenem Eingang und sonstigen Bequemlichkeiten, ist bis nächstes Ziel zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Eine Wohnung, bestehend aus Zimmer und Kammer, ist mit Bett und Möbeln an einen ledigen Herrn täglich zu vermiethen am Aegydienplatz Nro. 761.

(Zu vermiethen) In S Nro. 978 a am Obstmarkt sind zwei geräumige Wohnungen vom Ziel Allerheiligen an zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein heiteres, trockenes Logis ist täglich an einen soliden Herrn oder Frauenzimmer zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 320 der Irrerstraße sind zwei kleine möblirte Zimmer täglich zu vermiethen

(Zu vermiethen) Nahe am Markt ist die erste und zweite Etage zu vermiethen.

Zu verkaufen oder zu vermiethen.

Ein kleines Haus, für einen Feuer-Arbeiter besonders passend, ist zu verkaufen, oder auch vom Ziele Allerheiligen an zu vermiethen.

(Zu verkaufen) Ein eiserner Ofen, zu Holz und Steinkohlen brennen, ist zu verkaufen in S. Nro. 981 am Obstmarkt, I. Etage.

Arena.

Mittwoch den 5. Juli. „Die schöne Athenienserin“ Lustspiel in 4 Akten von Feldmann.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6. Juli 1848. № 188 Donnerstag: Esaias.

An das deutsche Volk.

Endlich ist die provisorische Centralgewalt für das gesammte Deutschland durch die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. geschaffen. Aber mit Schmerz müssen wir es bekennen: das von der Nationalversammlung gegebene Gesetz, welches die Centralgewalt ins Leben rief, befriedigt nicht unsere Erwartungen, befriedigt nicht die Erwartungen, welche das deutsche Volk mit Recht sich davon versprochen hatte. Vielmehr sind dadurch fast alle Errungenschaften der jüngsten großartigen Erhebung des deutschen Volkes in Frage gestellt, und die alte verwerfliche Politik scheint, nur unter anderem Namen, in unserem Vaterlande wieder Platz greifen zu wollen. Durch dieses Gesetz ist ein Reichsverweser ernannt — über vier Fünftheile der Versammlung wählten dazu einen deutschen Fürsten, den Erzherzog Johann von Oesterreich — und dieser Reichsverweser ist unverantwortlich, ja, er ist nicht einmal verpflichtet, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen; dagegen ist er gehalten, über Alles, was er thut, sich vorher mit den Bevollmächtigten der deutschen Regierungen in Einvernehmen zu setzen! — Deutsches Volk! Als du deine Vertreter zu der konstituirenden Versammlung hierher sandtest, der du die höchste Gewalt, die Souveränetät des Volkes, anvertrautest, da war es dein Wille, daß von uns Beschlüsse gefaßt und Einrichtungen getroffen würden, welche unsere höchsten Güter, die Freiheit und die Einheit, sicher stellten, welche uns, dieser zerstückelten, zerrissenen und zertretenen Nation, einen einigen, freien, selbstbewußten Gesammtstaat bildeten und auf den Trümmern eines unheilvollen, freiheitsmörderischen Systems ein neues, glanzvolles Gebäude der Volksfreiheit errichteten. Die Versammlung selber hat bei mehreren Gelegenheiten die einzige Quelle ihrer Gewalt, die Volkssouveränetät, entschieden ausgesprochen. Nur dadurch war es möglich, daß aus dem Verfassungswerke etwas Großes und Befriedigendes würde. Aber durch das neue Gesetz über die Centralgewalt ist dieser Grundsatz erschüttert, unsere ganze politische Zukunft ist dadurch in Frage gestellt. Die Versammlung hat ein unverantwortliches Oberhaupt für Deutschland erwählt. Hierdurch hat sie sich des Rechtes entäußert, welches das Volk ihm anvertraut: sie hat die Volkssouveränetät preis gegeben; sie hat sich einen Herrn gesetzt, welcher nicht unmittelbar aus dem Volke seine Gewalt herleitet, sondern welcher, wie das bisherige Fürstenthum, außer dem Volke steht. Dies erhält erst sein Gewicht durch die zweite Bestimmung, daß der Reichsverweser nicht verpflichtet ist, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen. Er ist dadurch gesetzlich unabhängig von der Nationalversammlung, und lediglich von seinem Willen hängt es ab, ob er die Beschlüsse derselben vollziehen will, oder nicht. Also der Wille der Nation, welcher in der Versammlung repräsentirt sein soll, ist nicht geachtet; er soll kein Organ haben. Dagegen soll sich der Reichsverweser bei seinen Handlungen mit den Bevollmächtigten der deutschen Regierungen in Einklang setzen! Was heißt dies anders, als daß das von der Nation verworfene System der Zersplitterung wieder ins Leben gerufen werde? Denn diese Repräsentanten der Regierungen sind doch nichts weiter, als der alte Bundestag, der zwar ausdrücklich aufgehoben wurde, aber neu, blos unter anderm Namen, dennoch fortbesteht? Also noch einmal soll sich das alte Spiel erneuern? Noch einmal soll das deutsche Volk um seine Hoffnungen betrogen werden? Noch einmal soll die Zersplitterung und arglistige Fürstenpolitik siegen über die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes?! Dieses Spiel konnte man bereits bei der Wahl des Reichsverwesers durchschauen. Der Bundestag hat offen erklärt, daß schon vor Schluß der Berathung über die schwebende Frage die einzelnen deutschen Regierungen ihre Zustimmung zu der getroffenen Wahl gegeben hätten! Gewinnt es nicht dadurch den Anschein, als ob die ganze Berathung und Entscheidung im Schooße der Nationalversammlung nur ein leeres Spiel gewesen, indem vorher die Diplomaten bereits alles mit einander ausgemacht, und darnach die Fäden gesponnen hatten? Wahrlich, in diesem Falle müssen die Männer, welche dabei ehrlich verfuhren, sich schaamroth gestehen, daß sie abermals mißbraucht worden sind, um statt der Freiheit dem Interesse der Dynastieen zu dienen! Die Minderheit hat in dem Kampfe um die Centralgewalt Alles aufgeboten, um dem Volke seine Rechte zu bewahren. Aber sie ist erlegen vor der Mehrheit. Nachdem sie nun aber in diesem ungleichen Kampfe vor dem numerischen Uebergewichte hatte weichen müssen, hielt sie es für ihre Pflicht, gegen das ganze Gesetz über die Centralgewalt zu stimmen, und ein Theil der Minderheit — 25 an der Zahl — konnte es auch nicht über sich bringen, an der Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers Theil zu nehmen, der nicht einmal die Verpflichtung hat, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen. Sie hat sich daher der Wahl enthalten, und dadurch, so weit in ihren Kräften stand, die Rechte des Volkes zu wahren gesucht. Dies hält die radikal-demokratische Partei der Nationalversammlung für ihre Pflicht, zur Kunde des deutschen Volkes zu bringen. Einmal, um vor demselben ihre Handlungsweise zu erklären und zu rechtfertigen, und dann, um das Volk über den Stand der Dinge zu unterrichten. Wie gesagt, Angesichts der deutschen Nation und ihrer Rechte, welche zu wahren ihre Aufgabe ist, konnte sich die Minderheit nicht entschließen, dem Gesetze über die Centralgewalt ihre Zustimmung zu geben, einen Reichsverweser zu wählen, dessen Befugnisse und Verbindlichkeiten im Widerspruche mit der Souveränetät des Volkes stehen. Sie hat aber auch die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit die Handlungsweise der Minderheit in der Nationalversammlung billigt, und daß der entschieden ausgesprochene Wille des Volkes bald eine Wendung der Dinge herbeiführen wird, mächtig genug, die Interessen unseres großen Vaterlandes und der Freiheit zu wahren. Frankfurt, den 1. Juli 1848. Die radikal-demokratische Partei der deutschen konstituirenden Nationalversammlung.

Deutschland.

Bayern. (München, 3. Juli.) Die „Allgemeine Zeitung“ bringt die Nachricht, daß durch testamentarische Verfügung der verstorbenen Frau Churfürstin Leopoldine ꝛc. Se. Maj. der König Max II. 21 Millionen erhalten werde. Wir sind hiemit offiziell ermächtigt, diese Nachricht als unwahr zu bezeichnen. Die testamentarischen Verfügungen der hohen Verstorbenen können noch gar nicht bekannt seyn, da das Testament selbst noch nicht eröffnet ist; zudem möge man bedenken, daß die verstorbene Frau Churfürstin zwei Söhne hinterläßt, die jedenfalls als Notherben vor allen berücksichtigt werden müssen. So viel kann mit Gewißheit angenommen werden, daß das hinterlassene Vermögen bei weitem nicht so viel beträgt, als man zu vermuthen scheint.

* (Nürnberg, den 5. Juli.) Der Volksverein, welcher alle Dienstag seine Versammlungen hält, war gestern wieder sehr zahlreich besucht, so daß der sehr geräumige Saal des Reichsadlers in allen seinen Räumen angefüllt war. Die Zahl der Mitglieder selbst beläuft sich auf 447. Bis zur nächsten Versammlung wird die Eintheilung in Riegen vervollständigt seyn und die Mitgliederschaft getrennt von den Gästen Riegenweise an vorher belegten Tischen Platz nehmen. Ohne diese Einrichtung wäre es unmöglich, ein sicheres Ergebniß der Abstimmungen zu ermitteln. Ueber die gestrigen Verhandlungen selbst werden wir Ihnen morgen einen kurzen Bericht mittheilen.

Freie Städte. (Frankfurt, 3. Juli.) Die heutige 31. Sitzung der konstituirenden Versammlung, für welche die Berathung über die Grundrechte des deutschen Volks auf der Tagesordnung stand, wurde ganz mit Debatten über den Berathungsmodus ausgefüllt. Die Versammlung beschloß unter Anderm, daß über den Entwurf eine zweimalige Berathung und Abstimmung (letztere mit Namensaufruf) stattfinden soll. Die Berathung beginnt morgen, und zwar mit §. 1, da die Einleitung bis zur Erledigung des Ganzen ausgesetzt bleibt. Die heutige Sitzung schloß um 1 Uhr. — Nachstehendes ist die Zusammensetzung der vorgestern von den Abtheilungen gewählten Ausschüsse: 1) Ausschuß für den Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der künftigen Minister: Wippermann, Wichmann, v. Wydenbrugk, Schwarzenberg, Naumann, Hermann, Zitz, v. Würth, Tafel aus Zweibrücken, v. Itzstein, Bürgers, v. Linde, Rob. Mohl, Scheller, Mittermaier; 2) Ausschuß für die Wahlen von Thiengen und Konstanz: Zachariä von Göttingen, Fürst Lichnowsky, Edel, Reichensperger, Hollandt, Simpson von Königsberg, Wierst von Tübingen, v. Vincke, v. Würth, Riesser, Freudentheil, v. Sommaruga, Widenmann von Düsseldorf, Adams, Dammers. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 3. Juli.) Der morgige Tag bringt also den Anfang einer Verhandlung, wie sie noch kein konstitutioneller Staat erlebt hat, eine Verhandlung von so riesenmäßiger Wichtigkeit, daß, obwohl so viele tüchtige Männer aus dem Gebiete des Lebens wie der Wissenschaft im Parlamente sitzen, sie kaum die Aufgabe zu bewältigen im Stande sind. In den Grundrechten sind alle Fragen des modernen Staats-Rechts enthalten. National-ökonomische, polizeiliche, rechtliche, religiöse Rücksichten streiten für und wider. Bald handelt es sich um die Verfassung, bald um das Eigenthum, bald um äußere Ehre, bald um den Streit des Glaubens mit dem Staate. Die Gestaltung der Parteien, wie sie jetzt bestehen, wird in einzelne Fragen zerrissen werden; Aristokraten werden mit Republikanern stimmen, und so wird sich nach den verschiedensten Rücksichten immer eine andere Partei-Constellation bei einer andern Frage ergeben. Was ist alles Studium aus Büchern gegen das Leben, wie es sich jetzt im Parlamente eröffnet? Berichterstatter und Leser, die nur gehörig vorbereitet sind, Ohren und Augen offen haben, können für ihr Leben aus diesen Diskussionen lernen. Der morgige Tag beginnt mit dem Art. 1., den Sie bereits kennen. (Die Einleitung zum Ganzen wird am Schlusse debattirt.) Wir haben also sogleich die interessanten Kapitel vom deutschen Staatsbürgerrecht, von der Freizügigkeit und von der Auswanderungs-Freiheit vor uns. Die Lehre vom Gemeindebürgerrechte, von der Gewerbe-Freiheit steht dabei im Hintergrunde, und muß berührt werden. Das sind also Dinge, deren Bedeutung auf Jeden in ganz Deutschland zurückfällt. (N. W. Z.)

Hessen. (Marburg, 2. Juli.) Im Namen einer am 24. Juni dahier abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Volksversammlung ist vom Volksrath zu Marburg eine Petition an die Ständeversammlung abgeschickt worden, in welcher die Ständeversammlung gebeten wird, darauf anzutragen, daß 1) die offizielle Titulatur des regierenden Fürsten in Kurhessen zeitgemäß abgeändert und namentlich ein für allemal der mit den jetzigen staatsrechtlichen Verhältnissen der deutschen Nation im Widerspruch stehende Ausdruck souveräner Landgraf und Fürst von Gottes Gnaden nicht mehr gebraucht werde, daß 2) der §. 10 der Verfassungsurkunde dahin abgeändert werde, daß derselbe dem Kurfürst nicht mehr alle Rechte der Staatsgewalt, sondern nur die ihm als deutschen Territorialfürsten kraft der deutschen und hessischen Verfassung zuständigen Rechte zuschreibe, daß 3) sofort die in demselben §. 10 ausgesprochenen und mit dem Wesen eines der souveränen Nationalgewalt verantwortlichen Territorialfürsten, im vollsten Widerspruche stehenden Eigenschaften der Heiligkeit und Unverletz-

lichkeit aufgehoben und durch die Bestimmung ersetzt werden, daß der regierende Fürst von Kurhessen für die durch seine Minister ausgeübten Regierungshandlungen unverantwortlich sey, endlich aber wird 4) die Ständeversammlung dringend gebeten, dieselbe wolle das Petitum des Antrags des Deputirten Henkel, das Verhältniß der verantwortlichen Minister zum Regenten betreffend, Nr. 72 E. P. d. St.-V. wenigstens als provisorische Maßregel aufs kräftigste unterstützen. (Frkft. J.)

(Kassel, den 1. Juli.) Bei der heutigen stattgehabten 6. Gewinnziehung der kurfürstl. hess. 40 Thlr. Loose sind auf folgende Nummern die Hauptpreise gefallen: Nro. 41737 40,000 Thlr., Nr. 9310 8000 Thlr., Nr. 38343 4000 Thlr., Nr. 76398 2000 Thlr., Nr. 38311 41741 1500 Thlr., Nr. 5244 125864 142685 1000 Thlr. (Fr. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 1. Juli.) Das Gerücht hatte auf gestern einen Arbeiteraufstand und die Proklamirung der Republik angesagt; der Tag ist ruhig vergangen, und der Arbeiteraufstand hat schon gestern stattgefunden, aber ausserhalb der Thore, einer der gewöhnlichen Aufstände, der zwar auf Blutvergießen hinauslief, indeß mit der Politik nichts unmittelbar zu thun hatte. Ich glaube nicht, daß Absicht bei der Verbreitung des Gerüchts im Spiele war, es war nur eine jener Schreckdrohungen, die sich beim aufgeregten Zustand unserer Bevölkerung von selbst erzeugen; möglich auch, daß es schon wieder Menschen gibt, die sich aus moralischen Schreckschüssen ein Vergnügen machen. Die uns in beständiger Unruhe erhalten wollen, operiren anders: irgend ein offener Act der Reaction, und sie hätten Chancen. Den so weit ist unsere Bürgerschaft gebracht, daß sie die Reaktion mehr als unsere protestantischen Großväter den Antichrist fürchtet. Ein schlagender Akt des Rückschritts würde einen Aufstand für die Republik möglich machen, die noch lange keine Republik, und auch eigentlich nur unter Denen, die nicht wissen, was eine Republik ist, unter dem gehorsamen Gefolge Derer, die es sehr wohl wissen, aber auch, daß sie die Ersten wären, die erlägen und zertreten würden, wenn die fabelhafte Riesin zu einer Wahrheit würde. In ihrer Politik liegt es, eine beständige Aufregung und die Angelegenheiten in der Schwebe zu erhalten, der Regierung, oder was da in den obern Regionen an deren Stelle jetzt ist, den Vorwurf zu machen, daß sie keine Thatkraft zeige, und doch Alles zu veranstalten, daß sie keine entwickeln kann. (D. A. Z.)

(Köln, den 1. Juli.) Der Bombardier Funck der in der siebenten Artillerie-Brigade in der vom Lieutenant D'Hüvele kommandirten Kompagnie stand, wurde vor einigen Tagen zwangsweise nach Luxemburg versetzt, während es bisher immer Sitte war, bei nöthig werdenden Versetzungen Einzelne der Avancirten zur freiwilligen Meldung aufzufordern. Damit nicht genug, hat man den Bombardier Funck, als er in Saarlouis ankam, sofort verhaftet „wegen hochverrätherischer Umtriebe." Der Bombardier Funck ist einer der ausgezeichnetsten Avancirten der ganzen Brigade, nach dem Zeugniß nicht nur seines Kompagnieführers, sondern auch anderer Kompagniechefs. Seine Führung war, nach denselben Aussagen, durchaus untadelhaft im Dienst wie außer dem Dienst. Worin besteht aber das Verbrechen des Herrn Funck? Darin, daß er seit längerer Zeit Mitglied des Comite's der Stollwerck'schen Versammlung war! Wir wissen positiv, daß weiter durchaus nichts gegen Hrn. Funk vorliegt. Seine Verhaftung ist eine Maßregel unverfälschter altpreußischer Militärwillkühr. Wir fordern die rheinischen Abgeordneten der linken Seite auf, den Kriegsminister unverzüglich wegen dieser Verhaftung zu interpelliren. (N. R. Z.)

Sachsen. (Gotha, 28. Juni.) Der das neue Wahlgesetz berathende Landtag wurde heute geschlossen. Es ist die indirekte Wahl festgesetzt worden in der Weise, daß auf 100 Einwohner ein Wahlmann gewählt werden soll. Der Gesetzentwurf der Regierung hatte auf 3 bis 500 Köpfe einen Wahlmann vorgeschlagen und die Versammlung traf die Abänderung, um sich der direkten Wahl in etwas zu nähern, da auch für diese mannichfache wohl zu erwägende Gründe vorgebracht wurden. Jeder Staatsbürger ist zum Wählen berechtigt, der das 21ste Jahr überschritten hat, nicht unter ausnahmsweiser Vormundschaft steht und nicht criminell bestraft wurde; wählbar jeder Staatsbürger, der das 25ste Lebensjahr zurücklegte. Die Stadt Gotha wird nun zum nächsten konstituirenden Landtage etwa 140 Wahlmänner zu wählen haben, und zwar hat jeder Stimmende 140 Namen anzugeben, über die dann absolute Stimmenmehrheit entscheiden soll. Das Geschäft zu erleichtern, werden Verzeichnisse sämmtlicher wählbaren Bürger ausgegeben werden. Die konstituirende Versammlung selbst wird das Wahlgesetz natürlich abändern können, wenn die erste Probe neue Erfahrungen an die Hand geben sollte. Am Schlusse der Versammlung gab der Staatsminister v. Stein interessante Aufschlüsse über das Kammervermögen, direkte und indirekte Steuern. Der Staatshaushalt steht nicht ungünstig; allein, da viele Ausgaben für die Bundesfestungen, für die Mobilmachung des Militärs, für die deutsche Flotte bestritten oder zu bestreiten sind, so deutete er schon im voraus darauf hin, daß auf die Einkommensteuer, nach der Steuerfähigkeit der Staatsangehörigen geordnet, ein vorzügliches Augenmerk von den demnächst zusammenkommenden Volksvertretern zu richten sein würde. (A. A. Z.)

(Dresden, den 3. Juli.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erhob sich nach Vortrag des Protokolls der Staatsminister Dr. Braun zu folgender Ansprache an die Kammer: »Wenn auch nur für einen Augenblick, aber für einen Augenblick, der Epoche zu machen geeignet ist, erbitte ich mir Ihre Aufmerksamkeit. Was jüngst in Frankfurt beschlossen worden ist, das ist Ihnen bereits bekannt; es ist damit erst der Grund zur Einigung Deutschlands gelegt, zur Verwirklichung der großen Idee, welche vor Kurzem noch als ein Traum erschien, wenn auch als ein Traum von den Besten der Nation geträumt, Sachsens edler Fürst zaudert nicht, den Beschlüssen der konstituirenden Versammlung seine Anerkennung zu ertheilen, der er, treu dem gegebenen Worte, bereit ist, die Rechte der Krone zu opfern, wo es gilt, die Einheit des großen deutschen Vaterlandes zu erzielen. Seine Räthe sind beauftragt, dies der geehrten Kammer zu verkündigen, und ihre Zustimmung darüber einzuholen. Indem ich das darauf bezügliche Dekret dem Herrn Präsidenten überreiche, bitte ich diesen, dieses Decret der verehrten Kammer mitzutheilen. Die Kammer wird in ihrer Weisheit und in ihrem Streben, nach Kräften mitzuwirken zur Einheit, zur Stärke, zur Größe des deutschen Vaterlandes, wissen, was sie zu beschließen, was sie darauf zu erklären hat." (Die Kammer stimmt bei.) (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. Die Hamburger Börsenhalle meldet nach einem zuverlässigen Schreiben aus Apenrade vom 30. Juni Folgendes: Bei Hadersleben hat ein Renkontre zwischen dem v. d. Tann'schen Korps und dänischen Truppen stattgehabt, worin Letztere geschlagen worden sind. Das von der Tann'sche Korps ist am 30. Morgens in Hadersleben eingerückt, die Dänen sind auf dem Marsch nach Fühnen. (Brem. Z.)

Von der Weichsel, 28. Juni. Alle Nachrichten aus Rußland lauten dahin, daß sowohl in Petersburg als im Innern des Reiches eine stille und eben deßhalb um so mehr gefahrdrohende Gewitterschwüle herrscht. Es läßt sich der Freiheitsstrom des Westens nicht mehr hemmen; er läßt sich durch Bajonette nicht mehr zurückhalten. Die Truppen sind weit vertheilt, theils noch am Kaukasus, theils an der türkischen und galizischen Grenze und zur Bewachung Polens durchaus nothwendig, so daß eine Concentrirung derselben, zumal beim Mangel von Eisenbahnen, sehr schwierig wird. Auch läßt der alte Fanatismus des Volkes stark nach, da der Leibeigene dem Kantschuh seines Herrn zu entkommen sucht und nach Freiheit ringt. (Ffт. O.-P.-Z.)

Vom Mittelrhein, 1. Juli. Der neue Conseilpräsident des preussischen Kabinets, Hr. v. Auerswald, erklärte in der konstituirenden Nationalversammlung bei seinem Amtsantritte auf eine, in Betreff Rußlands an ihn gerichtete Frage, „daß die Stellung Rußlands zu Preussen keine Besorgniß errege", und sagte auch weitere Aufklärungen über diese Angelegenheit demnächst zu. Es ist wohl von einem verantwortlichen Minister nicht anzunehmen, daß er in einer so wichtigen Angelegenheit eine Antwort geben werde, ohne von dem Stande der Dinge genau unterrichtet zu seyn, und demnach muß man die Worte des Hrn. v. Auerswald als solche ansehen, die zunächst in Bezug auf das östliche Deutschland eine Beruhigung enthalten, ohne daß in ihnen eine Beruhigung hinsichtlich der russischen Politik überhaupt gesucht werden kann. Diese Politik geht ohne Zweifel auf Vergrößerung der russischen Macht, allein diese Vergrößerung und Ausdehnung erstrebt das Petersburger Kabinet, das schlauste und feinste unter allen Kabineten, nur da, wo es auf Völker stößt, die mit den Russen entweder auf gleicher Kulturstufe, oder auf einer niederen stehen. Der Selbstherrscher an der Newa, sowie seine Rathgeber wissen ohne Zweifel besser als andere Fürsten und Diplomaten, daß mit äußeren Waffen, mit der rohen Gewalt gegen geistige Mächte, auf die Dauer nicht zu kämpfen ist, und daß selbst aus einem Siege über dieselben dem Sieger eine empfindliche Niederlage erwachsen müßte. Mit doppelten und dreifachen Kosaken-Cordons schützt sich Rußland seit einigen Decennien gegen den Geist des Westen, von dem der Kaiser mit Recht den Sturz seiner absoluten Herrschaft befürchtet. Sollte er jetzt, wo der Geist des westlichen Europa alle die schmählichen Fesseln, die ihn gefangen hielten, abgeschüttelt, eben diesen Geist weniger fürchten und den Versuch wagen wollen, denselben zu unterdrücken? Wer das glaubt, hat keinen Begriff von der Feinheit der russischen Politik und unterstützt dieselbe nur in ihren geheimen Plänen, die auf nichts Geringeres hinausgehen, als die westliche Welt Europa's in spannender Unruhe zu erhalten, um sich desto sicherer auf das südöstliche Europa zu werfen. Die Donaufürstenthümer, Konstantinopel und die Dardanellen, daß sind die Preise, welche Rußland in dem gewaltigen Kampfe, der jetzt ganz Europa erschüttert, erringen will, und man muß gestehen, eine günstigere Gelegenheit wurde ihm noch nicht geboten, um das große, seit länger als einem halben Jahrhundert erstrebte Ziel zu erreichen. Wird Hr. v. Auerswald im Stande seyn, Deutschland auch hinsichtlich dieser gefährlichen Richtung der russischen Politik zu beruhigen? Wir glauben es nicht, und doch gehen die russischen Vergrößerungspläne nach Südosten Deutschland zunächst an; denn gelänge es dem Petersburger Kabinet, diese Pläne zur Ausführung zu bringen, so wäre Deutschland (und mit ihm Ungarn) an einer seiner großen Pulsadern, der Donau, tödlich verletzt und in seinen Beziehungen zur ferneren Ostwelt vielleicht auf immer gehemmt. Dies ist der für Deutschland gefährlichste Punkt; nur diesen bedroht Rußland, nur von diesem Theile Europa's will es Herr werden, denn einmal im Besitze desselben, ist es eine unerschütterliche Großmacht, und nicht mehr ein „Koloß mit thönernen Füßen." Um diese Gefahr abzuwenden, hat sich Deutschland nur eng an Frankreich und England anzuschließen, namentlich aber wird das letztere sehr gern die Hand dazu bieten, da es sich selbst eine Todeswunde schlagen würde, wenn es die Dardanellen in die Hände Rußlands fallen ließe. (Frkf. J.)

Frankreich.

† (Paris, den 1. Juli.) [Diplomatische Ernennung.] Durch Dekrete vom 8., 13. und 28. Juni sind 1) Guillaume Tell Lavallée Poussin zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik bei den nordamerikanischen Vereinsstaaten, 2) Humann nach Hessen-Kassel, 3) Reinhard nach Dresden, 4) Levasseur nach Mexiko, 5) Cramayel nach Koppenhagen, 6) Lobstein nach Stockholm, 7) Felicien Mallefille nach Lissabon, 8) Guillemot nach Rio de Janeiro, 9) Salignac-Fenelon nach Bern (als erster Legationssekretär, 10) Breteuil in gleicher Eigenschaft nach dem Haag, 11) Dano ditto nach Teheran s. s w. ernannt worden.

Der Moniteur veröffentlicht eine Liste aller Verwundeten, die vom 23. bis 28. Juni in den Civil-Spitälern aufgenommen wurden. Dieselbe besagt, daß 900 Bürgerliche, 846 Militärpersonen und 35 Frauen, zusammen 1781 Personen darin Aufnahme fanden. Am 29. Juni Abends befanden sich noch darin im Ganzen 1267. Außerdem liegen noch 364 Personen in den Ambulanzen verwundet danieder. Die Militairspitäler haben ihre Liste noch nicht veröffentlicht.

In Lyon liegen 20,000 Arbeiter auf dem Pflaster. Um nun einen ähnlichen fürchterlichen Zusammenstoß zwischen Arbeiterthum und Bürgerthum, wie es in Paris statthatte, zu verhüten wird heute die Nationalversammlung in aller Eile 6,000,000 Frks. votiren, welche jene brodlose Arbeiter-Armee an der von Lyon nach Paris führenden Eisenbahn beschäftigen soll. Deslongrais will diesen neuen Kredit zwar bekämpfen, weil er es für unlogisch hält, sich für irgend eine Linie früher zu interessiren, als die große Frage der Expropriation entschieden sein dürfte. Aber der Nationalversammlung summt es noch so düster vor den Ohren, daß sie die verlangten 6,000,000 Frks. im Galopp votiren wird.

Der Ausschuß für Handel und Industrie in der Nationalversammlung hat mehrere seiner Glieder abgeordnet, die sich ausschließ-

lich mit Prüfung des Eigenthumskriegs der kleinen Bourgeois gegen die großen, d. h. mit den Concordats amiables beschäftigen sollen. Man zählt in Paris allein nahe an eilftausend kleine Kaufleute oder Krämer, welche ihren Gläubigern die Pistole auf die Brust setzen und schreien: Willst du 30 oder 25 Prozent annehmen, oder gar nichts? Die Kapitalisten, selbst in der Klemme, müssen zum bösen Spiele gute Miene machen. Auf diese Weise wälzt sich der Kleinbürger hier zu Lande seine Schulden vom Halse und bleibt doch ein ehrlicher Mann.

Das Elend ist in den volkreichsten Vierteln so entsetzlich, daß Marraſt, Maire von Paris, gestern Abend einen Aufruf zur Wohlthätigkeit an alle Straßenecken heften ließ. Immer Betteln! Und immer nur Betteln! Als ob Almosen das einzige Mittel — der einzige Talisman unserer neuen Regenten bleiben solle!

Die Untersuchungskommission über den Ursprung und die Ursachen der Junirevolution sitzt Tag und Nacht. Von allen Prätendenten, die diese Volksbewegung ausbeuten wollten, ist Louis Bonaparte der kompromittirtste. Von ihm rührt das meiste Geld her, das auf den Boulevards und hinter den Barrikaden aufgefangen wurde. Der Ungeschicklichkeit seiner Agenten wird er seine Verbannung zu danken haben.

Die kommunistischen Bezirke von Paris und der Umgegend haben sich, wie Lämmer, entwaffnen lassen. Mehr als 100,000 Gewehre, welche der Februar in ihre Hände gab, sind ihnen abgenommen und in die Zeughäuser zurückgeliefert worden.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 1. Juli verlangen Montaudon aus Limoges und Antonin aus Paris Wiedereinführung der Ehescheidung; und Herr Bart aus Paris geht noch etwas weiter, er verlangt Erlaubniß der Vielweiberei. Die Erörterung dieser Petition rief allgemeines Gelächter hervor. König will der Geistlichkeit ihr Budget abgeschnitten wissen, und verlangt gleichzeitig amtliche Intervention für die socialen Fragen. Fromme Wünsche. Die jetzige Nationalversammlung schien wenig geneigt, sie zu hören, geschweige zu erfüllen. Wichtiger ist, daß Walowski, dieser Donquichotte der freien Konkurrenz, eine Petition sämmtlicher Pariser Tischlermeister überreichte, worin sie auf Wiederherstellung der alten Arbeitszeit dringen, d. h. auf Abschaffung jenes weltberühmten Dekrets der provisorischen Regierung vom 1. März. Die Sitzung neigt sich ihrem Ende.

(Aus dem Elsaß, den 1. Juli.) Cavaignac, der Mann des Tages, ist der Sohn eines im Exil verstorbenen Conventsdeputirten, der für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatte. Seine Mutter war ebenfalls eine eifrige Republikanerin. Er hat somit republikanische Milch getrunken, wie man das in Frankreich zu nennen pflegt. Seiner eigenen politischen Meinung wegen ist er unter der Regierung Louis Philipp's lange Zeit hintangesetzt worden; erst die Februarrevolution machte in zum Divisionsgeneral. Die Republik ernannte ihn zum Krigsminister, zum diktatorischen Vollziehungsbeamten, zum Rathspräsidenten. Die allein noch über ihm stehende Würde ist: Präsident der Republik. Auch die wird ihm zuerkannt werden, sowie der Constitutionsentwurf genehmigt ist. In der Nationalversammlung hat er nur eine kleine Partei gegen sich, die ehemalige dynastische Linke. Sie war es, die über die Ernennung der Minister Recurt und Carnot murrte, und bei Proclamirung des Marineministers Le Blanc fragte ob denn unter den 900 Deputirten — Le Blanc ist nicht Deputirter — kein taugliches Individuum zu finden gewesen wäre. Sie wurde durch eine ungeheure Majorität zum Schweigen gebracht. Indessen ist Cavaignac's Stellung doch keine leichte. Die Veränderlichkeit der Volksgunst hat noch nie ein schlagenderes Beispiel geliefert, als an dem jetzt fast verschollenen — Lamartine. Mehrere Journale zählen jetzt dessen Fehler auf, und rathen Cavaignac, von allem Dem das Gegentheil zu zu thun, um sich in der öffentlichen Meinung aufrecht zu halten. Stoicismus für Epikuräismus, Schweigsamkeit für Vielrednerei, republikanische Tiefe für chevalereske Leichtigkeit wird von der Democratie pacivique dem jetzigen Chef d'Etat empfohlen und zugetraut.

(Staßburg, den 1. Juli Nachmittags 4 Uhr.) So eben erscheint hier folgende Proclamation an die Bewohner Straßburgs und des niederrheinischen Departements: Mitbürger! Die abgeschmacktesten und beunruhigendsten Gerüchte werden in Umlauf gesetzt. Man sagt daß Paris in Flammen stehe, daß die Städte Versailles, Epernay u. s. w. der Plünderung Preisgegeben seyen. Alles das ist falsch. Keine Nachricht der Art ist der Departemental-Behörde zugekommen. Die Telegraphenverbindungen von Straßburg nach Paris sind frei. Ich habe die Gewißheit hievon, und wenn sich ein Ereigniß, welches die Bevölkerung interessiren könnte, zugetragen hätte, so würde mir die Regierung Nachricht davon gegeben haben. Seit zwei Tagen sind nur telegraphische Meldungen welche dienstliche Angelegenheiten betreffen, angekommen. Man muß in den von gewissen Individuen verbreiteten Lärmgerüchten nur die Tactik der Feinde der Republik erkennen. Alle Verkündungen der Art, die nicht von der Departementalbehörde herrühren, sollen alsbald Lügen gestraft werden. Die Uebelgesinnten seyen indessen auf ihrer Hut. Es sind Befehle gegeben, auf daß sie streng überwacht werden, und wenn sie vor Gericht nicht darthun können, woher sie die Nachrichten haben, die sie verbreiten, so sollen sie den durch das Gesetz verfügten Strafen verfallen. Gez. Eissen.

Schweiz.

(Zürich, den 1. Juli.) Auch Tessin hat trotz der heftigen Protestationen und Einschüchterungen einen guten Theil der Klöster aufgehoben, und zwar gerade die reichsten. Am 28. Juni stritten sich die Parteien im großen Rathe von Morgens 8 Uhr bis Abends 7 Uhr. Der Antrag Bianchettis, diese Frage dem Papste vorzulegen, wurde mit 57 gegen 43 St. verworfen. Mit 66 gegen 36 St. ward auch abgelehnt, dem Volke den Entscheid zu überlassen. Die erstere Mehrheit entschied sich sodann für Aufhebung von 9 Klöstern; 12 bleiben noch fortbestehen, sind aber theils arm, theils sehr wenig bemittelt. (Schw. M.)

Türkei.

Die neuste Wochenpost aus Konstantinopel vom 21. Juni meldet wieder einen verheerenden Brand in Pera, durch welchen 3000 Häuser in Asche gelegt wurden. Die Cholera griff fortwährend bedeutend um sich.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Die diesjährige Jakobimesse beginnt am 26. Juli und endiget am 3. August. Der erste Tag ist zum Auspacken der Waare und der letzte zum Einpacken derselben bestimmt, wornach also die Verkaufszeit auf 6 Tage beschränkt bleibt.

Diejenigen Verkäufer, welche Meßbuden bestellen wollen, haben sich an den Herrn Magistratsrath Löffler zu wenden.

Erlangen, den 3. Juli 1848.

Stadtmagistrat.
Dr. Lammers.

Drolliger Mendax Mordax Morosus!

Durch Zufall, rein durch Zufall, las die Unterzeichnete das hier so stark verbreitet seyn sollende, jedoch nirgends zu findende Blatt mit dem schönen Namen „Zuschauer," das zu Nürnbergs hoher Ehre, großem Glück und bedeutender Lust bestehen soll. Dies muß wohl wahr seyn, denn es steht am Kopfe des lieben, ehrenwerthen Blattes.

Unter vielen schönen Artikeln kam mir nun auch einer vor die Augen, der „Eine höfliche Frau, das!" zur Ueberschrift hat. Auf dieses Geschreibsel, das so sinnreich ist, wie der ganze Inhalt des sehr ehrenwerthen Blattes, kann die Unterzeichnete nichts Anderes entgegnen, als daß dem Verfertiger dieses Quarks wohl nicht bekannt ist, daß die Käuflinnen und noch mehrere Andere, besondere Privilegien besitzen, die der norischen Milde doch bekannt seyn sollten.

Die Narren haben auch besondere Privilegien, Herr Doktor, nicht wahr? —

Die Unterzeichnete ist jedoch nicht undankbar, sie will dem ehrenwerthen Verfertiger des ehrenwerthen Artikels in dem ehrenwerthen Blatte mit vielem Golde aufwiegen, was er an ihr gethan.

Ich besitze eine alte Chronik, in der zu lesen ist, daß die alte Käuflin X. im Jahre 13 ante Christum natum eine halbe Million, cum verbis 250,000 fl., in der Mißstätte vergraben hat, die am s. g. Einritte beim Trödelmarkt liegt. Da wäre ein Schatz zu finden, Herr Schatzgräber? Dies Geschäft verstehen jedoch in loco nur Sie, Herr Doktor, deshalb kommen Sie, wir beben vereint den Schatz, und dann aber halb Part, Herr Doktor Schatzgräber.

Madame Käuflin, Namens Schreinerin.

Einladung.

Alle diejenigen Gewerbsleute, welche sich durch den immer unverschämteren Hausierhandel der Fürther Handelsleute beeinträchtigt fühlen, werden ersucht, sich zu einer Besprechung auf Freitag, den 7. Juli im Saale des Hrn. Danner, Gastwirths zur Krone am Obstmarkt recht zahlreich einzufinden.

Kanal-Schiffahrt.

Die Rhein-, Main- und Kanalschiffahrts-Gesellschaft von Kitzingen sucht von hier aus Ladung nach Regensburg, Straubing, Passau und Wien. Abfahrt Donnerstag den 6. Juli, Mittags. Nähere Auskunft ertheilt die Güterbestätterei für den Ludwigskanal.

Nürnberg, den 5. Juli 1848.

C. F. Löhner.

Einladung.

Die Gewerbetreibenden der freien Gewerbe Nürnbergs werden eingeladen, sich Donnerstag den 6. d. Mts., Abends 8 Uhr im Saale des goldenen Adlers recht zahlreich einzufinden.

Nurnberg, den 4. Juli 1848.

Der Ausschuß.

(Empfehlung.) Da der Unterzeichnete nunmehr Inhaber des Fabrikzeichens „Faß sub Firma Prechtel" geworden ist und daher von nun an seine sämmtlichen Kamm-Fabrikate mit jenem Zeichen ausschließend versehen wird, so erlaubt sich derselbe den verehrten hiesigen und auswärtigen Handelsstand unter dem Bemerken hierauf aufmerksam zu machen, daß er sich, wie bisher, immer bestreben wird, neben soliden Fabrikaten billige Preise zu stellen, um so den bisherigen guten Ruf seines jetzigen Fabrikzeichens zu erhalten.

Johann Wolfgang Lösel,
Kammfabrikant, L. No. 1080.

Den Manen
des zu frühe verblichenen Kaufmannes
Herrn
Carl Friedrich Döderlein.

Es standen Blumen an dem Grabe;
Doch traurig senkten sie das Haupt:
Denn ach, der Blüthen höchste Habe
Ihr treuer Gärtner ward geraubt. —
Drum fällt so herber Thau herab
Auf dieses theuren Gärtners Grab

Sein Herz und all' sein ganzes Sinnen
Hing an der Blumen süßen Duft,
Er pflegt' sie zart, that sie bedienen
So treu, bis an die stille Gruft
Nun schlägt nicht mehr sein edles Herz,
Pflegt nimmer sie in Lieb' und Schmerz.

Verlassen stehen nun die Blüthen —
Die Kinder — die er treu gepflegt;
Es fehlt das Vaterherz hienieden,
Das sie so lieb und warm gehegt;
Drum weinten sie so heiß am Sarg,
Der ach, den theuren Vater barg.

Doch wird sein Genius umschweben
Die Sprossen, die er so geliebt,
Die er im segenreichen Leben
Erfreut', und gar niemal betrübt,
Dort wird er wieder sie erfreu'n.
Sanft ruhe er im engen Schrei'n!

Bapt. Canter.

(Bitte.) Der Einsender des Briefes vom Juni (Poststempel 4. Juli) unterzeichnet „N. O" wird höflichst ersucht, über die darin erwähnte Angelegenheit möglichst nähere mündliche oder schriftliche Aufschlüsse zu geben, um darauf hin Nachforschungen anstellen zu können.

Mit dem besten Danke wird die Versicherung der größten Verschwiegenheit verbunden.

Anzeige und Empfehlung.

Da der hochlöbliche Magistrat der Stadt Nürnberg uns die Erlaubniß ertheilt hat, die Macaroni- und Eiernudelnfabrikation dahier zu betreiben, so wagen wir die gehorsamste Bitte an das verehrungswerthe Publikum zu stellen, uns ihr gütiges Zutrauen zu schenken, welches wir stets zu rechtfertigen uns bestreben werden; wobei Sie nur einen kleinen Versuch wagen dürfen, um sich vollkommen zu überzeugen sowohl von der guten und billigen Qualität, als auch von der gewiß reinlichen Behandlung derselben, wobei jede Dame höflichst eingeladen ist, um selbst Augenzeuge zu sein, daß nicht blos mit Versprechungen genüge geleistet wird. Unsere neue Nachbarschaft bitten wir noch um freundliche Aufnahme in ihre Mitte.

J. N. Hauser und Comp.
in der Clara-Straße L. 933.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 5. Juli, bei günstiger Witterung
vollständige Orchestermusik.

Der Vorstand.

Turn-Verein.

Donnerstag den 6. Juli Abends 8½ Uhr General-Versammlung im Rößels Kaffeehaus. Ergänzungswahl von 4 Turnrathsgliedern.

Schusters-Felsen-Keller.

Heute Donnerstag den 6 Juli
Harmonie-Musik.

Hopfen.

Seit einer Reihe von Jahren und zwar bis zum Frühjahre dieses Jahres, machte ich für ein bedeutendes Haus der Rheinprovinz die Reisen in **Hopfen** in der Rheinprovinz und Westphalen, bin im Besitz sämmtlicher guter Adressen und bin geneigt, diese Adressen gegen ein der Wichtigkeit der Sache angemessenes Honorar, einer oder der andern Hopfenhandlung Bayerns mitzutheilen.

Auch werde unter Versicherung eines nicht unbedeutenden Absatzes gegen Provision den Verkauf von Hopfen für Cöln und Umgegend übernehmen. Reflektirende wollen sich in Porto- und Bestellgeldfreien Briefen, worin Honorar und Provision angegeben sind, direkt an mich wenden.

Cöln, im Juni 1848.

Stephan Böhle,
Appellhofsplatz Nro. 1.

Ein Vorschlag.

Sollte, wenn Erzherzog Johann die Stelle als Reichsverweser annimmt, und wenn derselbe bei seiner Reise nach Frankfurt unsere Stadt passirt, nicht durch ihn unser neuerbautes Frauenthor zuerst befahren werden?

Erklärung.

Die Herren Ronge, Metternich und Bayrhoffer haben im Namen des Centralausschusses der demokratischen Vereine unterm 28. d. Mts. einen Zuruf an das deutsche Volk veröffentlicht, worin unter denjenigen Mitgliedern der Nationalversammlung, die nach Angabe der Obengenannten gegen das Gesetz über die Centralgewalt gestimmt haben, auch mein Name genannt wird. Ich habe darauf einfach zu bemerken, daß ich **dafür** gestimmt habe und daher dem diesfallsigen Anführern der Eingangsgenannten ein Irrthum zum Grunde liegt.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1848.

Zöllner aus Chemnitz.

(Gesuch.) In ein Lebküchner-Geschäft in Nürnberg wird ein junger Mensch unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin, auf deren Treue und Fleiß man sich verlassen kann, und sich auch willig jeder Hausarbeit unterzieht, sucht bis nächstes Ziel Laurenzi einen anständigen Platz.

(Gesuch.) Ein Schüler, welcher die höhern Schulen Nürnbergs besucht, wird gegen annehmbare Bedingungen in eine solide Familie aufzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin von gesetztem Alter, welche gute Zeugnisse besitzt, sich auch willig aller Hausarbeit unterzieht, auch gut spinnen kann, wünscht nächstes Ziel wieder bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres am grünen Markt im Laden Nr. 52 bei Frau Walland.

(Gesuch.) In S. Nr 551 in der Theresienstraße werden Mittleser zum „Correspondenten v. u. f. Deutschland" gesucht.

(Gesuch.) Zur Ausführung einer neuen für Bayern patentirten Erfindung, welche einen Artikel producirt, dessen allseitige Konsumtion jede Einwirkung der Zeitverhältnisse entkräftet, sucht der Erfinder einen in den Handlungsgeschäften wohl erfahrenen Theilnehmer. — Das Nähere unter B. C. L. an die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen wohl erfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer honetten Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen sucht bei einer soliden Herrschaft als Kindsmädchen nächstes Ziel Laurenzi Unterkunft. L. Nro. 791.

(Gesuch.) In eine hiesige Verlagsbuchhandlung wird ohne Lehrgeld ein Lehrling gesucht, der gute Schulbildung genossen hat. Offerten unter H. M. befördert die Expedition.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 446 und 17 ist die erste Etage, bestehend aus 4 heitzbaren Zimmern, Kammer, Küche, Boden, Waschhaus, Wasser im Haus, Keller und verspertem Vorplatz, am Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Am Obstmarkt im Hause S. Nr. 982 sind zwei Wohnungen, sammt dem Cabinet mit heitzbarem Cabinet, bis nächstes Ziel Laurenzi zu vermiethen. Näheres bei Kaufmann Friedr. Semler.

(Zu vermiethen.) In S Nro. 320 der Irrerstraße sind zwei kleine meublirte Zimmer täglich zu vermiethen.

(Verloren.) Am Sonntage wurde auf dem Wege von der Albrecht-Dürerstraße bis zur Post und von da auf die Museumsbrücke eine Haarkette mit Granatschloß verloren. Der redliche Finder wolle solche in der Albrecht-Dürer-Straße S. No. 306 gegen ein Douceur bringen.

Haus- und Bäckerei-Verkauf.

In einer Hauptthorstraße ist ein mit realer Bäckereigerechtigkeit versehenes und im besten Betrieb stehendes Haus sammt einer bedeutenden Dreingabe täglich zu verkaufen.

Anzeige.

In der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist zu haben:

Das wohlgetroffene Portrait
des Erzherzogs Johann
(erwählter Reichsverweser)
auf chinesischem Papier. Preis: 18 kr.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 6 Juli. Gastspiel des Fräulein Emilie Walter und des Herrn Hagen, Hofopernsänger von Cassel „Norma" Große heroische Oper in 2 Akten von Bellini. „Norma" Fräulein Walter. „Sever" Herr Hagen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. Juli 1848. № 189 Freitag: Wilibald.

Erzherzog Johann.

Von den Oheimen des jetzt regierenden Kaisers Ferdinand I. von Oesterreich, den Söhnen des am 1. März 1792 verstorbenen Kaisers Leopold II., leben zur Zeit nur noch drei: die Erzherzöge Johann, Rainer und Ludwig; zwei ihrer Brüder, die Erzherzöge Carl und Joseph, starben bekanntlich in diesem Jahre, ersterer am 30. April, letzterer am 13. Januar. — Erzherzog Johann, — der am 29. Juni in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. von der deutschen National-Versammlung mit überwiegendster Stimmenmehrheit erwählte und unter Glockengeläute und Kanonendonner vom Präsidenten der National-Versammlung proklamirte deutsche Reichsverweser, von dem wir hoffen, daß er dem Vaterlande Alles zu verschaffen im Stande sei, was dasselbe von dieser Wahl vertrauensvoll erwartet, der der Verkünder unserer Einheit, Bewahrer unserer Freiheit, Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen in Deutschland seyn soll — Erzherzog Johann (Baptist Joseph Fabian Sebastian) ist am 20. Januar 1782 geboren, steht also jetzt in seinem 67. Lebensjahre. Von trefflichen Lehrern unterrichtet und dabei von regem Eifer für die Wissenschaften beseelt, begann er schon früh, die Kriegskunst theoretisch zu studiren und erhielt, als sein Bruder, der Erzherzog Karl, einstweilen vom Kriegsschauplatz abgetreten war, und der General Kray vor der Uebermacht der Franzosen sich zwischen die Donau und den Bodensee mit der österreichischen Rheinarmee zurückziehen mußte, im Jahre 1800 den Oberbefehl über die gesammte Oesterreichische Streitmacht in Deutschland. Er drang an der Spitze derselben sogleich nach Bayern vor, ward aber bei Hohenlinden und Salzburg von dem Französischen General Moreau geschlagen (3. Dezember 1800.) Im Jahre 1805 befehligte er mit ungemeiner, selbst von Napoleon lobend anerkannter Einsicht und Energie in Tyrol und vereinigte sich später mit dem Erzherzog Carl, um mit ihm nach dem von den Franzosen bedrohten Wien vorzudringen, was bekanntlich durch die für Oesterreich so verhängnißvolle Schlacht von Austerlitz (2. Dec. 1805) verhindert wurde. Nach dem mit Frankreich abgeschlossenen Frieden gab sich Johann ganz wieder den Studien hin, durchforschte Steyermark, Salzburg, Kärnthen in naturwissenschaftlicher, antiquarischer, landwirthschaftlicher und künstlerischer Beziehung, wie er dies schon früher mit Tyrol gethan hatte, und arbeitete zugleich einen Vertheidigungsplan jener Gegenden aus. Er begünstigte die Organisation der österreichischen Reserven und der Landwehr, da er einen neuen Krieg seines Landes gegen Napoleon für unvermeidlich erkannte, und leitete dann die Maßregeln, welche Tyrol insurgiren sollten. Als nun der Krieg losbrach, befehligte er 1809 das anfangs siegreiche, später durch die Ereignisse in Deutschland zum Rückzuge nach Ungarn genöthigte, gegen Italien und Tyrol gewendete Heer von Inner-Oesterreich, verlor die Schlacht bei Raab gegen den Vicekönig Eugen (14. Juni 1809), und sollte sich bei Wagram mit dem linken Flügel des Erzherzogs Karl vereinigen, kam jedoch unter dem Einfluß unvorhergesehener widerwärtiger Umstände zu spät. Nach dem Frieden ward er Generaldirektor des Genie- und Fortificationswesens, gründete 1811 unter Beihülfe der steyerischen Stände das berühmte Johanneum zu Gratz mit naturwissenschaftlichen und landwirthschaftlichen Sammlungen und einem trefflichen botanischen Garten, und blieb bis zum Jahre 1815 ohne öffentliche Wirksamkeit. Im letztgedachten Jahre befehligte er das österreichische Korps, welches die Festung Hüningen belagerte und zur Kapitulation zwang, worauf die Festungswerke geschleift wurden. Nach dem zweiten Pariser Frieden machte der Erzherzog eine Reise durch Frankreich und England, kehrte 1816 nach Wien zurück und bewohnte im Sommer den reizenden Landsitz Therenberg bei Wienerisch-Neustadt, einzig nur den Wissenschaften, Künsten und der Beförderung der Industrie lebend, da ein so freisinniger Mann, wie er, natürlich nicht für die von einem Metternich geleiteten öffentlichen Geschäfte paßte. — Mit besonderer Vorliebe hat sich der treffliche Fürst in der neuesten Zeit der Landwirthschaft zugewandt, was schon daraus hervorgeht, daß er bei der Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe, welche in der Mitte des Monats September 1846 das erste Decennium ihres Bestehens zu Gräz feierte, einstimmig zum Präsidenten daselbst erwählt wurde und dies Präsidium nicht nur mit der höchsten Würde und Gewandtheit führte, sondern auch durch die Klarheit und Bestimmtheit seiner von dem kräftigsten, wohlklingendsten Organe unterstützten Vorträge alle Versammelten unwiderstehlich fesselte. — Der Erzherzog Johann ist jetzt österreichischer Feldmarschall, Inhaber des I. Dragonerregiments, auch Chef des k. preuss. 16. Infanterieregiments und, in Berücksichtigung seiner hohen wissenschaftlichen Bildung, Curator der k. k. Akademie der Wissenschaften zu Wien. Morganatisch vermählt mit der Tochter eines Posthalters, welche Franz II. zur Gräfin erhob, soll auch sein häusliches Leben, das, fern von allem fürstlichen Prunk und Glanz, bisher mehr dem Leben eines schlichten wohlhabenden Landmannes glich, ein sehr beglücktes sein, weßhalb es nicht eben überraschen dürfte, wenn er die zwar hohe und überaus ehrenvolle, aber zugleich auch sehr schwierige Stellung, zu der ihn Deutschlands Vertreter jetzt berufen, ausschlüge. Hoffen wir aber, daß die bewährte Vaterlandsliebe des freisinnigsten deutschen Fürstensohnes ihn alle andern Rücksichten beseitigen und Bürden und Ehren der erhabenen Würde eines deutschen Reichsverwesers auf sich nehmen läßt! — Magdeburg. W. Schulze.

Deutschland.

Bayern. °† (München, 5. Juli.) Der deutsche Reichsverweser hat in der bayer. Hauptstadt fiasco gemacht, wenn ich mich dieses Ausdrucks bedienen darf, wo keine Spur irgend einer Sympathie sich regt, kein einziger Ruf der Freude sich äussert. Aber auch die in gewissen Sphären herrschende Apathie [illegible] und selbst die demokratischen Elemente folgen ihren früheren hierin und halten ihr Votum zurück. Ich behalte mir vor, die hiesigen politischen Clubbs nach ihren Bestandtheilen und Tendenzen in einem meiner nächsten Berichte zu silhouettiren; in den jüngsten Tagen hat sich ein neuer Verein gebildet, dessen Aushängschild die Erhaltung konstitutionell-monarchischer Grundsätze ist und welchem der k. Advokat Dr. Stöhr vorsteht. Er führt den Namen Bürgerverein für Freiheit und Ordnung, er riecht aber jetzt schon eben so ganz und gar nach Reaktion, wie der „monarchisch-konstitutionelle Verein“, den gleichfalls ein Advokat Dr. Hirneis leitet, welcher die Ultramontanen unserer Bürgerschaft zu seinen treuesten Schildknappen zählt. — Im Franziskanerkeller finden wöchentlich zweimal Volksversammlungen statt; das dort sich versammelnde Volk wie seine Leiter flößen wenig Vertrauen ein. — Viel spricht man fortwährend von einem Ministerwechsel; würde man die öffentliche Meinung so beachten, wie sie es verdient, so müßte Thon-Dittmer allerdings ausgeschieden werden, da er keine andere Partei als die Reaktionäre für sich hat. Aus jedem Worte des Frankfurter Deputirten Min. v. Beisler spricht das Thon-Dittmer'sche System; daß das Portefeuille des Kultus aber nicht länger in den Händen seines bisherigen Besitzers bleiben kann nach all dem, was dieser in der Nationalversammlung von seinen Gesinnungen manifestirte, — hierüber kann wohl kein Zweifel seyn. — Die Churfürstin hatte vor ihrer Abreise von hier, wie man sich erzählt, das süße Geschäft übernommen, von ihren zahlreichen österreichischen Papieren, die Coupons alle selbst abzuschneiden, welche von ihr keinem Anderen anvertraute Arbeit ein paar Tage in Anspruch nahm. Da nun die Umwechslung von Coupons in gegenwärtiger Zeit am hiesigen Platze große Schwierigkeiten bietet, so reiste sie selbst nach Wien, indem sie aus Mißtrauen und Oekonomie keinen Anderen damit betrauen wollte. Auf ihrer Reise zu diesem Zwecke kam sie so elend ums Leben. Aus Sparsamkeit hielt sie keinen Geschäftsführer oder Sekretär, obgleich sie stets Einer unserer großartigsten Geldnegotianten war und in der That ein Vermögen von 21 Millionen hinterlassen haben soll, deren Erben nun ihre beiden Söhne aus morganatischer Ehe, die Grafen Arco-Stepperg und Arco-Zinneberg sind, indem selbst ihr Neffe, der Herzog von Modena (Gemahl der Prinzessin Adalgunda) mit keinem Legat bedacht wurde. In ihrer Haushaltung herrschte die größte Einschränkung, sie hatte nur eine einfache Köchin und beschäftigte sich selbst viel in der Küche, indem ihr die Köchin jeden Kreuzer ihrer Haushaltungsausgaben verrechnen mußte. Ihr ganzes Dienstpersonal bestand aus 4—5 Personen, ihren Reichthum hat sie nie eigentlich genossen.

Bayern. (München, 4. Juli.) Se. königl. Maj. hat zur Verbesserung der dienstlichen und pecuniären Stellung des untern Administrations- und Kanzleipersonals im Heere genehmigt, daß 1) unter Aufhebung der bisherigen Verwaltungs-Aktuare 1ster und 2ter Klasse (mit Belassung der hierunter begriffenen dermaligen Aktuare 1ster Klasse in ihrem gegenwärtigen Mehrbezuge), bei den höheren Kommando- und Verwaltungsstellen und Kassen, bei den größeren Kommandantschaften und den verschiedenen Heeresabtheilungen, statt einer gleichen Anzahl von Aktuaren im ganzen 64 Unterquartiermeister 2ter Klasse mit dem für die Unterärzte 2ter Klasse bestimmten Rang und Gagebezuge zu 400 fl. jährl. (einschlüssig Quartiergeld) ernannt; 2) den 40 ältesten der nach Abrechnung obiger zu Unterquartiermeistern vorrückenden Regimentsaktuare noch verbleibenden Individuen dieser Kategorie, die unterm 26. Dec. 1843 Nro. 12615 allerhöchst ausgesprochene Zulage von monatlichen 6 fl. belassen und 3) die beiden ältesten Kanzleiaktuare 1ster Klasse im Kriegsministerium zu Secretären (gleich den Divisionskommando-Secretären) mit einem Gehalt von jährlichen 600 fl. befördert, dann den ältesten sechs Regimentskanzlei-Aktuaren gleich den Verwaltungs-Aktuaren eine gleiche Zulage von monatlichen 6 fl. verabreicht werde. Laut königl. Rescript wurde der Obristlieutenant Frhr. v. Frays vom Infanterieregiment König zum Obersten im Infanterieregiment Kronprinz befördert. Für die Veteranen des bayerischen Heers, welche die Feldzüge in den 90 Jahren bis incl. 1812 mitgemacht, wurde soeben vom König, durch Rescript vom 30. Juni, ein Denkzeichen gestiftet, in einem ehernen Kreuze, in Form des Ludwigordenskreuzes bestehend. (A. A. Z.)

△ (Fürth, den 5. Juli.) Unsere Stadt war seit dem Sonntag in einer eigenthümlichen Bewegung. Ein höherer Administrativbeamter ließ sich nämlich den Versuch zu einem Verbrechen zu Schulden kommen, welches in anderen Ländern entehrende Strafen zur Folge hat, ein Anfall auf die Unschuld von Kindern weiblichen Geschlechtes nämlich. Nachdem dieser Versuch durch die Kinder ihren Eltern mitgetheilt war, begab sich der Vater des einen in eine öffentliche Wirthschaft, woselbst der Beamte sich befand und überhäufte denselben in seinem gerechten Zorne mit Ausdrucken, welche sich ein ehrlicher Mann nicht gefallen lassen kann. Am Montag Abend brachte ein großer Theil der Bevölkerung dem Beamten vor seiner Wohnung eine Katzenmusik und warf zum Zeichen, daß dieselbe ihm gegolten, einige Fenster ein. Am Dienstage stieg die Erbitterung noch mehr und es sammelten sich Abends wieder viele Leute vor dem Hause des Gravirten und warfen abermals unter Schmähungen die Fenster ein. Die Sache wäre wahrscheinlich noch bedenklicher geworden, wenn der erste Bürgermeister nicht zur Ruhe ermahnt und die Versicherung gegeben hätte, daß der Verhaßte am andern Tage die Stadt verlassen müsse.

Darauf hin war die Ruhe hergestellt und der Gravirte ist auch heute früh mit der Eisenbahn nach Nürnberg abgefahren.

(Würzburg, den 5. Juli.) Wie wir hören, sind 125 Mann Infanterie von hier nach Amerbach beordert, wohin sie heute per Dampfboot abgehen sollen. (N. Würzb. Z.)

Baden. (Karlsruhe, den 1. Juli.) Nach einer höchsten Ordre vom 29. Juni d. J. (dem Tage der Wahl des deutschen Reichsverwesers) hat das badische Armeecorps bis zur Bestimmung des allgemeinen Erkennungszeichens des deutschen Bundesheeres die deutschen Farben an den Fahnen und der Kopfbedeckung zu tragen. (K. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 4. Juni.) In der Nationalversammlung wurde heute Morgen ein Brief der sieben Abgesandten zur Beglückwünschung des Erzherzogs Johann, d. d. Nürnberg, 2. Juli, verlesen. Die Deputirten schildern die freudige Stimmung, welche sich in Städten und Dörfern auf ihrem Wege (insbesondere in Nürnberg und Fürth, deren Magistrate und Deputationen politischer Vereine rc. seyen weit entgegengekommen) über ihre Mission sich kund gegeben habe. Der Eindruck dieser Nachrichten war ein sehr zufriedenstellender. Der Druck des Schreibens wurde beschlossen. Auf der linken Seite erhoben sich nur Wenige, unter ihnen die Herren Hartmann und Schuselka. Der Ausschuß für völkerrechtliche Angelegenheiten berichtet unter anderem; eine Loslösung der Kreise Trient und Roveredo vom deutschen Bunde findet nicht statt. (Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 4. Juli.) In der heutigen 31. Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung begründete der Abg. Blum seinen Antrag: daß der Bundestag um amtliche Erklärung über Sinn und Bedeutung seines Schreibens an den Erzherzog Johann, insbesondere über die darin ausgesprochene Zustimmung der Regierungen zu dessen Wahl ersucht werde. Nachdem hierüber v. Schmerling, und Schuselka gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, zur Tagesordnung überzugehen. Hierauf begann die Berathung über §. 1 des Entwurfs der Grundrechte des Volkes, welche gegenwärtig (2 Uhr) noch fortdauert. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 4. Juli.) Während die hiesigen Demokraten am Abend des Sonnabends gegen den aus der Nationalversammlung ausgeschiedenen Abgeordneten Karp und die 27 Deputirten, welche es nicht mit ihrem Gewissen vereinigen konnten, bei der Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers mitzustimmen, durch einen imposanten Fackelzug sich manifestirt haben: so ist nun auch umgekehrt von der „radikal-demokratischen Partei“ der deutschen konstituirenden Nationalversammlung ein Manifest an das deutsche Volk ausgegangen (siehe die gestrige Nummer d. Ztg.). In demselben appellirt die Partei an das Volk und seinen Willen. Allein das Volk verlangt auch, daß es wisse, welche Männer dieser „radikal-demokratischen Partei“ angehören, da das Manifest und frühere Programme der verschiedenen Fraktionen der Linken es zwar wahrscheinlich machen, daß eben jene 27 Abgeordneten mit vielleicht noch einigen Anderen die genannte Partei bilden, aber in diesen Dingen nicht bloße Wahrscheinlichkeit, sondern Gewißheit, und das Einstehen jedes Einzelnen mit seinem Namen und seiner Persönlichkeit erforderlich ist. Einer Ergänzung des angeführten Mangels sehen daher sehr Viele mit Bestimmtheit entgegen. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 2. Juli.) Einer unserer witzigsten Abgeordneten sagte kürzlich, wie einst bei den Kaiserkrönungen der Herod ausgerufen: „Ist kein Dalberg da?“ so werde man jetzt in Zukunft, bei der Wahl des Reichsoberhaupts zur Wahrung des Legitimitäts-Prinzips ausrufen lassen müssen: „Ist kein Dahlmann da?“ (Schwb. M.)

(Frankfurt, den 4. Juli.) Die Erörterung über die Grundrechte begann in der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung. Zwei Worte, freilich zwei inhaltsschwere, beschäftigen stundenlang die Versammlung, die Worte womit §. 1. beginnt: »Jeder Deutsche.« Von vielen Seiten war dagegen Einwand erhoben worden, das können die nicht deutschen Stämme mißverstehen, allein man wies auf das Beispiel Frankreich's und Belgiens hin, man wies darauf hin, daß im §. 47. den nicht deutschen Stämmen alle nöthigen Garantieen geboten seyen; der Deutsche solle sich seines Namens nicht schämen und — nach dem von einer großen Mehrheit gefaßten Beschlusse, blieben die zwei Worte stehen. Nach einer längeren Diskussion des §. 1, das deutsche Staats-Bürgerrecht betreffend, wurde die Abstimmung über denselben, bis nach der Diskussion der §§. 2 und 3 aufgeschoben. (N. Wrzb. Z.)

Hessen. (Kassel, 3. Juli.) Die bedauerlichen Auftritte in hiesiger Stadt haben einen ministeriellen Anspruch an die Bürger der Residenz und eine Bekanntmachung der Polizeidirektion veranlaßt. In dem ersteren, der von den Vorständen sämmtlicher Ministerien unterzeichnet ist, heißt es unter andern: „Eine der wichtigsten Aufgaben, welche das deutsche Volk und mit ihm die Regierungen der Einzelstaaten zu lösen haben: Hebung des Nationalwohlstandes und Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, fordert vor allem Rückkehr des Vertrauens, Wiederherstellung des Credits und Belebung der Industrie und des Handels. Alle Bestrebungen, dieses zu erreichen, alle Maßnahmen der Regierungen, die hierauf abzielen, müssen scheitern, so lange innere Ruhestörungen irgend einer Art die Basis des öffentlichen Vertrauens in jedem Augenblicke wieder untergraben.“ — Die polizeiliche Bekanntmachung verfügt für die nächsten drei Tage die Schließung sämmtlicher Gast-, Wirths- und Schenkhäuser rc. um 11 Uhr Nachts; Aufsicht über Dienstboten; Lehrlinge rc. von Seiten der Hausväter; Zuschließung der Hausthüren um 10 Uhr Abends und Verbot des Tragens von Waffen an öffentlichen Orten durch Nichtmilitärs und Nichtbürgerwehrmänner. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Aus der Wetterau, Ende Juni.) Die Stadt Butzbach hat beim Ableben des Großherzogs Ludwig II. sich aus dem Grunde geweigert, das übliche Trauergeläute zu vollziehen, weil unter der Regierung desselben der in Butzbach stets verehrte Weidig im Gefängniß zu Darmstadt den geheimnißvollen Kerkertod erlitten hat und Georgi mit dem ersten hessischen Orden dekorirt und bis jetzt weder zur Verantwortung gezogen, noch aus dem Staatsdienst entfernt worden ist. — (Frkft. J.)

Oesterreich. ✕ (Linz, den 3. Juli.) Durch einen glücklichen Zufall traf ich in Regensburg auf dem Dampfschiffe „Kronprinz Maximilian“ mit der Deputation der Nationalversammlung an den Erzherzog Johann zusammen, und ich glaube, es wird nicht ohne Interesse seyn, wenn ich Ihnen den Empfang schildere, den sie überall längs der Donauufer bis hier fand, da dieser Empfang einiges Licht über die Gesinnung gibt, mit welcher von Seiten des Volkes diese Wahl aufgenommen wird. Mehrere Bewohner Regensburgs begleiteten die Deputation bis Stauff, auf unserem Schiffe wehte die deutsche Flagge, vereint mit jenen Bayerns und Oesterreichs. Auf beinahe allen Ortschaften empfing man unser Boot mit Böllerschüssen, die herzhaft erwidert wurden, und der Jubel der Leute, die massenweise an den Ufern standen, machte sich in nicht endenden Lebehochs Luft. In Straubing und Vilshofen kamen Deputationen auf das Schiff, um die Abgeordneten zu begrüßen. Die gewechselten kurzen Reden sind wenig wichtig, da sie sich auf Freudenbezeugungen über die Wahl von der einen Seite und Dankesworte von der anderen beschränken. In Passau sprach ein junger Mann (sein Name ist Oberniedermeier) vom Ufer aus unter einer großen Masse Volkes die an den Barrieren des Schiffes stehenden Abgeordneten an. Er sprach von dem deutschen Sinne, von einem einigen Deutschland, dem Alle freudig Gut und Blut opfern wollten. Das größte Verdienst an seiner Rede war seine glühende Begeisterung und seine jugendliche Lebendigkeit, wenn er sich auch dadurch zu weit hinreißen ließ und dadurch sich im Sprechen überwarf. Der Abgeordnete Heckscher antwortete darauf ungefähr Folgendes: Seit 3 Tagen durchzogen wir Bayerns schöne Gauen, und es macht uns innige Freude, zu sehen, daß die Wahl, welche die Nationalversammlung getroffen, so allgemeine Freude erregt. Wir sehen in dieser Freude die Bürgschaft für Deutschlands Einigkeit. Nehmen Sie die Versicherung, daß, wie die Nationalversammlung zu Deutschlands Wohl eine Centralgewalt wählte, sie auch unerschütterlich für des Volkes Freiheit kämpfen wird. Er schloß mit einem Hoch auf Passau. Von der österreichischen Grenze an hörte der feierliche Empfang auf bis Linz, was daher kommen mochte, daß der Kurier zu Lande vorangegangen war und man nichts von der Ankunft der Abgeordneten wußte. In Linz selbst aber war der Jubel so groß, wie ich ihn nie gesehen habe. Längs des Quais der Donau stand das sehr schön uniformirte Regiment Nationalgarde mit ihrer Bande und Fahne aufgestellt und empfing das Schiff mit dreimaligem Hoch. Dann begaben sich die höchsten Beamten und Stadtvorstände in Gala auf das Schiff, und einer derselben sprach einige Worte der Freude aus und stellte dann die übrigen Herren den Abgeordneten vor, eine Höflichkeit, die von Herrn v. Andrian erwidert wurde. Dieser sprach dann zuerst im Namen der Deputation, dankte für den freundlichen Empfang auf österreichischem Boden, und sprach dann in sehr schöner freier Rede: die Deputation sey gekommen, Oesterreich einen Fürsten zu nehmen, der sein Stolz sey, aber dieser Fürst solle die Stütze Deutschlands werden, es in seiner ganzen Größe wieder herstellen, es frei und stark machen. Nach ihm nahm Hr. von Saucken das Wort. Er sprach ungefähr Folgendes: Jubel habe die Abgeordneten von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt empfangen. Woher komme dieser Jubel? Wem gelte er? Er gelte den Ueberbringern einer Botschaft, die zum erstenmal aus dem Willen des Volkes hervorgegangen sey; denn das Volk habe die Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt und diese Wahl sey also sein Wille. Er schloß mit einem Hoch auf deutsche Gesinnung, „daß sie wachse und sich kräftiger und immer schöner entfalte.“ Dann geleiteten die Beamten die Abgeordneten unter erneutem Lebehoch längs der Fronte der Nationalgarde, welche das Gewehr präsentirte, die Musik zog voran, die Fahne (deutsche Farben) wurde vor ihnen hergetragen, und die Nationalgarde folgte in geordnetem Zuge. Vor dem Gasthofe stehen zwei Ehrenposten. Heute Abend wird theilweise illuminirt und der Gesangverein bringt eine Nachtmusik. Morgen geht die Deputation mit dem Dampfschiffe nach Wien. Ich behalte mir vor, Ihnen über die Persönlichkeit dieser Herren, die sich ganz ungezwungen gaben, eine Skizze zu geben. Leider ist Raveaux ziemlich leidend und angegriffen, was sich in seinem ganzen Wesen ausspricht.

Preussen. (Berlin, 3. Juli.) Der preuß. Staatsanzeiger enthält unterm Heutigen folgende Bekanntmachung: Es ist gestern der Fall vorgekommen, daß Leute in der Nähe des Laboratoriums geschossen haben, so daß die Kugeln über die Köpfe der dort aufgestellten Posten weggeflogen, auch vor denselben eingeschlagen sind. Dadurch ist die Kommandantur veranlaßt worden, die erwähnten Posten mit geladenem Gewehr daselbst aufziehen zu lassen, um nöthigenfalls kräftig dergleichen lebensgefährliche Ungesetzmäßigkeiten abwehren zu können. Dies wird zur Warnung dem Publikum bekannt gemacht. Königliche Kommandantur. (gez.) von Aschoff.

(Berlin, den 3. Juli.) Von dem Königlichen Konsulat zu Gallacz ist so eben folgende Nachricht eingegangen, welche für das handeltreibende Publikum, das sich der Dampfschiffe auf der Donau zur Waaren-Versendung nach den unteren Donau-Ländern bedient, von Interesse ist: „Mit dem letzten Dampfboot aus Orsowa ist das Postpaket ausgeblieben. Zwischen Neusatz und Semlin ist der Lauf der Dampfboote gänzlich gehemmt. Die ungarische und illyrische Partei stehen sich auf jenem Terrain feindlich gegenüber; sie haben sich einiger Dampfboote bemächtigt, die sie armiren und zu ihren Zwecken verwenden.“ (Preuß. St.-Anz.)

(Köln, den 2. Juli.) Die Völker an einander zu hetzen, das eine zur Unterdrückung des andern zu benutzen und so für die Fortdauer der absoluten Herrschermacht zu sorgen: das war die Kunst und das Werk der bisherigen Gewalthaber und ihrer Diplomaten. Deutschland hat sich in dieser Hinsicht ausgezeichnet. Es hat, um nur die letzten 70 Jahre in's Auge zu fassen, seine Landsknechte für englisches Gold den Briten gegen die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nordamerikaner überliefert; als die erste französ. Revolution losbrach, waren es abermals die Deutschen, die sich wie eine tolle Meute gegen die Franzosen hetzen ließen, die mit einem brutalen Manifeste des Herzogs von Braunschweig ganz Paris bis auf den letzten Stein zu schleifen drohten, die sich mit den ausgewanderten Adeligen gegen die neue Ordnung in Frankreich verschworen und sich dafür von England unter dem Titel von Subsidien bezahlen ließen. Als die Holländer während der letzten zwei Jahrhunderte einen einzigen vernünftigen Gedanken faßten, der tollen Wirthschaft des Hauses Oranien ein Ende und ihr Land zur Republik zu machen, waren es wiederum Deutsche, die als die Scharfrichter der Freiheit auftraten. Die Schweiz weiß ebenfalls ein Lied zu singen von deutscher Nachbarschaft und Ungarn wird sich nur langsam von dem Schaden erholen, den ihnen Oesterreich, der deutsche Kaiserhof, zugefügt. Ja, bis nach Griechenland hin entsandte man deutsche Söldnerschaaren, die dem lieben Otto sein Thrönchen stützen mußten, und bis nach Portugal deutsche Polizisten. Und die Kongresse nach 1815, Oesterreichs Züge nach Neapel, Turin, der Romagna, Ypsilanti's Haft, Frankreichs Unterdrückungskrieg gegen Spanien von Deutschland erzwungen, Don Miguel, Don Carlos von Deutschland unterstützt — die Reaktion in England mit hanno-

ver'schen Truppen bewaffnet, Belgien durch deutschen Einfluß zerstückelt und thermidorisirt, im tiefesten Innern von Rußland Deutsche die Hauptstützen des Einen und der kleinen Autokraten — ganz Europa mit Coburgern überschwemmt! Mit Hülfe deutscher Soldateska Polen beraubt, zerstückelt, Krakau gemeuchelt. Mit Hülfe deutschen Geldes und Blutes die Lombardei und Venedig geknechtet und ausgesogen, mittel- oder unmittelbar in ganz Italien jede Freiheitbewegung durch Bayonnet, Galgen, Kerker und Galeeren erstickt. Das Sündenregister ist viel länger: schlagen wir es zu. Die Schuld, der mit Deutschlands Hülfe in andern Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Theil dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verblendungen, seinen Sclavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als „gemüthliche“ Büttel und Werkzeuge der Herren „von Gottes Gnaden“ wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande, wären die von Deutschland aus unterdrückten Völker längst zu einem normalen Zustand freier Entwicklung gelangt. Jetzt, wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Auslande gegenüber ändern, oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten nehmen wir unsere eigene junge, fast nur erst geahnte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maß frei, worin es die Nachbarvölker frei läßt. In der That wird es endlich lichter. Die Lügen und Verdrehungen von den alten Regierungsorganen gegen Polen und Italien so emsig verbreitet, die Versuche, einen künstlichen Haß aufzuregen, jene hochtrabenden Redensarten, um die deutsche Ehre handle es sich, um die deutsche Macht, — die Kraft dieser Zauberformeln ist gebrochen. Nur wo das materielle Interesse sich verbirgt unter diese patriotischen Arabesken, nur bei einem Theil der großen Bourgeoisie, die mit diesem offiziellen Patriotismus Geschäfte macht, macht der offizielle Patriotismus noch Geschäfte. Das weiß und beweist die reaktionäre Partei. Die große Masse des deutschen Mittelstandes aber und der Arbeiterklasse begreift oder fühlt in der Freiheit der benachbarten Völker die Garantie der eignen Freiheit. Doch weder diese Einsicht genügt, noch dies Gefühl. Oesterreichs Krieg gegen Italiens Selbstständigkeit, Preussens Krieg gegen Polens Wiederherstellung — sind sie populär oder verrauchen nicht vielmehr die letzten Illusionen über diese „patriotischen“ Kreuzfahrten? Soll Deutschlands Blut und Geld nicht länger gegen seinen eigenen Vortheil zur Unterdrückung anderer Nationalitäten vergeudet werden: so müssen wir eine wirkliche Volksregierung erringen, das alte Gebäude muß bis auf seine Grundmauern weggeräumt werden. Erst dann kann die blutig-feige Politik des alten, des wieder erneuten Systems Platz machen der internationalen Politik der Demokratie. Wie wollt Ihr demokratisch auftreten nach Außen, so lange die Demokratie im Inland geknebelt ist? Unterdeß muß dies- und jenseits der Alpen Alles gescheh'n, um das demokratische System auf alle Weise vorzubereiten. Die Italiener lassen es nicht an Erklärungen fehlen, aus denen ihre freundlichen Gesinnungen gegen Deutschland hervorleuchten. Wir erinnern hier an das Manifest der provisorischen Regierung zu Mailand, an das deutsche Volk und an die vielfachen in demselben Geiste gehaltenen Artikel der italienischen Presse. Wir haben ein neues Zeugniß jener Gesinnungen vor unsern Augen, ein Privatschreiben des Verwaltungsausschusses der in Florenz erscheinenden Zeitung „L'Alba“ an die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung.“ Es ist vom 20. Juni datirt und lautet unter Anderem“ ... Wir danken Euch herzlich für die Achtung, welche Ihr gegen unser armes Italien hegt. Indem wir Euch aufrichtig versichern, daß die Italiener sämmtlich wissen, Wer eigentlich ihre Freiheit antastet und bekämpft, und daß ihr tödtlichster Feind nicht sowohl das mächtige und hochherzige deutsche Volk, als vielmehr die despotische, ungerechte und grausame Regierung desselben ist; indem wir Euch versichern, daß jeder wahre Italiener nach dem Augenblick schmachtet, wo er frei dem deutschen Bruder wird die Hand reichen können, welcher, wenn einmal seine unverjährbaren Rechte festgestellt sind, sie zu vertheidigen und sie selbst zu achten, wie ihnen bei allen seinen Brüdern Achtung zu verschaffen wissen wird; indem wir in die Prinzipien Vertrauen setzen, deren sorgfältige Entwickelung Ihr Euch zur Aufgabe macht: unterzeichnen wir hochachtungsvoll Eure ergebenen Freunde und Brüder (gez.) L. Alinari.“ (Die „Alba“ ist eines der wenigen Blätter in Italien, das entschieden demokratische Prinzipien vertritt.) (N. R. Z.)

(Köln, den 3. Juli.) Heute Morgen zwischen 6 und 7 Uhr sind der Dr. med. Gottschalk und der Lieutenant a. D. Anneke verhaftet und ins Arresthaus abgeführt worden. Man versichert, im ganzen preussischen Staate sey am heutigen Tage diese Maßregel gegen alle Volksaufwiegler in Ausführung gebracht worden. Da Gottschalk einen großen Anhang hat und man leicht Unordnung befürchten konnte, so war das Militär konsignirt und in den Kasernen unter den Waffen. Es ist aber nicht die geringste Unordnung vorgefallen. Es sollen mehrere Indicien gegen Gottschalk und Anneke vorliegen, die, wie versichert wird, auf ein weitausgesponnenes Komplott hindeuten. Es wird sogar erzählt, man habe bei dem ersteren eine Menge Schießgewehre (4000 Stck.) gefunden, was augenscheinlich übertrieben ist. (Fr. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Leipzig, 2. Juli.) Der Verein zur Wahrung der deutschen Interessen an den östlichen Grenzen, welcher seither provisorisch von Dr. Kühne geleitet wurde, wählte in der gestrigen Sitzung definitiv den Prof. Wuttke zu seinem Präsidenten, sowie zu Ausschußmitgliedern die Professoren Haupt und Wachsmuth, Advocat Kaim und Dr. Fürst. Unter den eingegangenen Dank- und Zustimmungsadressen an den Verein heben wir besonders eine Zuschrift des deutschen constitutionellen Vereins in Prag hervor, in welcher die Begründung einer Zeitung für die deutschen Interessen in Böhmen, als das dringendste Bedürfniß der dortigen Deutschen geschildert, und zur Unterstützung dieses Unternehmens durch Actienzeichnung aufgefordert wird. Ein Antrag des Baccal. jur. Kuntze, der Verein wolle zur Aufklärung über die Verhältnisse der Deutschen in Posen, eine Adresse an die französische Nationalversammlung erlassen, wurde nach langer Debatte angenommen und die Abfassung, sowie die größtmöglichste Verbreitung der Adresse durch französische Zeitungen dem Ausschuß übertragen. Die frohe Botschaft von der Wahl des deutschen Reichsverwesers fand auch in diesem Kreise den lebendigsten Wiederhall. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 2. Juli.) Der Moniteur bringt die Ernennung des Generals Changarnier, bisherigen Gouverneur von Algarden, zum Oberbefehlshaber der Bürgerwehr des Seinedepartements. Derselbe hat die Tuilerien bezogen.

Wir sind immer noch im Belagerungszustande! Auf den Boulevards (zwischen der Pforte St. Martin und dem Bastillenplatze) sind Zelte aufgeschlagen, Pferde und Menschen leben dort gemüthlich neben einander. Auf vielen anderen Punkten (im Palais national, Louvre 2c.) haust die Bannmeile und sonstige fremde Bürgerwehr, die von den äussersten Enden Frankreichs, selbst bis aus Strasburg, Mühlhausen, Bordeaux und Bayonne hieher eilten, um die Kommunisten todtzuschlagen. Diesen Morgen hat uns wieder ein neuer Trupp von 10 bis 20,000 Mann, nach herzlichem Abschiede von der Nationalversammlung verlassen. Bemerkenswerth ist, daß bei allen unseren politischen Stürmen die Bannmeile immer am Schlimmsten wegkömmt. Am Nordbahnhofe (St. Lazare) und am Pont St. Michel wurde sie von den Generälen vorgeschoben und die Mehrzahl von ihnen kehrte nicht wieder nach Hause zurück. — Die Junirevolution kostete folgende Generäle: 1) Negrier, 2) Brea, 3) Francois, 4) Reynaud, 5) Bourgon. Verwundet liegen noch danieder: 1) Korte, 2) Damesme, 3) Duvivier, 4) Toucher, 5) Bedeau, 6) Lafontaine, 7) der sogen. Bürger-General Clement Thomas. — General Lamoricière wurde nicht getroffen, aber zwei Pferde wurden unter ihm erschossen.

Hubert, wegen seiner republikanischen Grundsätze lange Zeit unter Louis Philipp eingesperrt, befindet sich unter den verwundeten, gefangenen Insurgenten. Er lag im Saale des Conservatoriums, hatte sich unter dem Namen eines Arbeiters Cabanon einschreiben lassen, wurde aber von Polizeidienern erkannt und auf einer Matratze in die Conciergerie getragen. Dort wird ihn General Bertrand, der den Vorsitz bei dem Centralsäbelgericht führt, verhören.

Girardin ist bereits mehrere Male verhört worden, sitzt aber immer noch im strengsten Verwahrsam. Kein Mensch wird zu ihm gelassen.

Cavaignac will unter Foucher's Oberbefehl bei Versailles ein Lager von 30,000 Mann errichten.

Thiers ist ein ehrlicher Mann, Ehre ihm! Er hat dieß gestern Nachmittag in den Nebensälen der Nationalversammlung bewiesen, indem er bei der Vorprüfung der neuen (Marrastischen) Verfassung die gestern begonnen, der Einzige war, der von der Leber weg sprach und den Muth hatte, der Nationalversammlung zu rathen, das Volk nicht länger mit leeren Versprechungen an der Nase umher zu führen oder mit pomphaften Floskeln zu berücken, wie er die Voranstellung einer Deklaration der Rechte und Pflichten vor die Verfassung nannte. Man hat es für nöthig gehalten, sagte er, zwei Grundsätze voranzustellen. Ich glaube, man müsse fürs Volk Alles thun, was man kann, aber ihm nicht versprechen, was man nicht zu halten im Stande ist. Ihm versprechen, was man nicht halten könne, heißt: es täuschen, zur Verzweiflung treiben, ihm das Gewehr in die Hand geben. Vergrößere man die öffentliche Milde, dehne man die Wohlthätigkeits-Anstalten aus, statte man alle Versorgungsanstalten reichlich aus, aber beschränke man hierauf den Beistand. Dagegen ein Recht auf Arbeit feierlich zu proklamiren, halte ich für eine staatsmännische Unklugheit u. s. w. Ich habe lang über Organisation der Arbeit (wie man eine alte Idee mit neuem Namen bezeichnet) nachgedacht und beklagte die Unvorsichtigkeit, mit der man sich in unlösbare Fragen stürzt. Man höre alle vorzüglichsten Sekten-Chefs an, die Nationalversammlung muß eine feierliche rücksichtslose Diskussion hervorrufen, denn Derjenige, der das Geheimniß zu besitzen vorgibt, allem menschlichen Elend abzuhelfen, muß gehört werden; schweige er, so sey er für das Blutvergießen verantwortlich u. s. w.“ A la bonne heure! Das heißt doch denn Kommunisten aufrichtig den Handschuh hinwerfen.

Italien.

Am Stilfser Joch machten die Oesterreicher am 28. Juni einen Angriff auf die Italiener, der dem Mailänder Büllletin zufolge abgeschlagen wurde. Die ersteren sollen über 2000 Mann stark gewesen seyn. (A. A. Z.)

Schweiz.

Aus Muttenz (Basellandschaft) schreibt die Schweizerische Nationalzeitung: „Hecker erhielt durch Freunde aus Baden einen Brief, daß der bayerische Hauptmann v. Abel, Bruder des ultramontanen Ministers gleichen Namens, aus dem Hauptquartier von Neustadt mit Instruktion über Zürich nach Muttenz abgereist sei, und da er verkleidet, legte man sein Signalement bei. Der Ueberbringer des Briefes war gerade im Begriff, sich zu entfernen, als er wieder zur Thüre hereinstürzte mit den Worten: „Da kommt er.“ Es hielt wirklich vor der Thüre ein sehr eleganter Zweispänner, und der Heraussteigende, als er sah, daß er von vielen Zuschauern umringt war, unter andern auch Hecker selbst bemerkte, kam sichtlich in Verlegenheit. Wie steigerte sich aber dieselbe, als Hecker auf ihn zuging und ihm lächelnd auf die Schulter klopfte mit den Worten: „Hr. Hauptmann v. Abel, Ihre Reise ist umsonst, Ihre schimpfliche Mission kennen wir und sie ist hiermit vollendet, Sie können also sofort sich wieder entfernen!“ Der edle Hauptmann stotterte einige Worte der Verwunderung und that so unschuldig wie ein Kind, so daß Hecker zu einem seiner Freunde sagte: „Gehe doch hinauf und hole das Signalement des Herrn!“ Unterdessen hatte sich ein großes Publikum lustiger Landschäftler gesammelt. Das Signalement wurde gebracht, und mit lauter Stimme verlas Heckers Adjutant: „Namen: Hauptmann v. Abel; Alter: Sechziger; österreichische Mütze mit aufstehendem Schild; Paletotsack (Jägerrock mit grünen Aufschlägen); graue Hosen; Statur groß; geht etwas gebeugt; trägt im Augenblick eine grüne Brille.“ Jede Einzelheit stimmte so genau mit dem Original überein, daß das Publikum bei jedem Satze in Gelächter gerieth, applaudirte, zischte Hr. v. Abel, nachdem ihn Hecker noch derb apostrophirt hatte, vor Wuth und Schaam knirschend, setzte sich nun wieder in seine Equipage, von Hohngelächter der Zuschauer begleitet, und fuhr nach Rheinfelden.“ (Wir geben diese Erzählung wie wir sie in den Schweizer Blättern finden, aber in der Hoffnung, daß die Erzählung Entstellungen enthalte. Ein bayer. Offizier kann unmöglich eine schimpfliche Mission übernehmen, zu diesem Zweck sich in andere Kleider stecken 2c. Ohne Zweifel werden wir alsbald die nöthigen Berichtigungen folgen lassen können.) (A. A. Z.)

Türkei.

(Alexandria, den 19. Juni.) Vorgestern wurde eine ärztliche Berathung gehalten, ob Mehemed Ali seine Geisteskräfte wieder erhalten und zu sich kommen könnte. Die Antwort der Aerzte fiel verneinend aus, worauf Ibrahim Pascha den Befehl erließ, außer den zum Dienst

des Vicekönigs erforderlichen Personen niemand mehr bei ihm zuzulassen. Man will damit verhindern, daß die irren Reden des geistesschwachen Greises ferner Stoff zu Stadtgesprächen, zum Gespött geben sollten. (A. A. Z.)

In der jüngsten Zeit ist es Mode oder vielmehr Tic geworden, Kinder dem Publikum vorzuführen, die auf irgend einem Felde der Kunst mechanisch waren abgerichtet worden, ohne daß aus dieser menschlichen Dressur Talent, noch weniger Liebe zur Sache hervorgegangen ist, Erfordernisse, ohne welche durchaus nichts Erhebliches zu Stande kommen kann. Solche kleine meist mit dem Namen Virtuosen bezeichnete Kunstnomaden bleiben früh schon auf einem Punkte stehen und ihre Zukunft ist eine sehr trübe, da sie in der Regel so schnell verschwinden, als sie aufgetaucht sind. Anders verhält es sich mit Jenen, welche Talent und Neigung schon in der zartesten Blüthe ihrer Jugend dem einen oder dem anderen Fache der Kunst zuführen. Durch solche Erscheinungen werden wir immer angenehm berührt werden und die Anlagen derselben gebührend anerkennen. Eine Erscheinung dieser Art ist nun jedenfalls die 8jährige Ludovika Steinwender, eine Schülerin des Herrn Cantor Grobe in Nürnberg, welcher in derselben ein schönes Zeugniß seiner Befähigung als Lehrer, wie einen moralischen Lohn für seine Mühewaltungen besitzt. In einem kürzlich in Nürnberg von ihr veranstalteten Klavierkonzerte erntete dieselbe vor einer zahlreichen Versammlung eine Bewunderung und einen Beifall, wie dies nur bei ausserordentlichen Leistungen der Fall zu seyn pflegt. Ueberwindung der technischen Schwierigkeiten mit der größten Leichtigkeit, Gewandtheit und zugleich Grazie, legt die Spielerin ein Gefühl und einen Ausdruck in ihren meist sehr schwierige Compositionen enthaltenden Vortrag, der an einem innersten Verständniß gar nicht zweifeln läßt. Die Sicherheit und Stärke des Anschlags in Berücksichtigung dieser geringen körperlichen Kräfte sind gleichfalls geeignet, das Lob für die kleine Spielerin zu erhöhen. Da dieselbe demnächst auch in Erlangen und andern Orten eine Probe ihrer Fähigkeiten und Geschicklichkeit abzulegen beabsichtigt, so möge ihr einstweilen dieses gerechte Lob vorausgehen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Die vermeintliche Rüge in No. 188 dieses Blattes betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg als Polizei-Senat.

Der Schauspieler Carl Peschel wurde Sonntag den 2. d. M. von einem Polizeisoldaten in hiesiger Stadt verhaftet, weil er das Ansehen eines Vaganten hatte, und auch in der Stadt herumzog.

Die Papiere, welche er bei sich trug, bestanden in einigen Privatzeugnissen, und in einem ganz zerfetzten, in Stücke zertheilten russischen Reisepaß, aus welchem sich ergab, daß er schon mehrmals deshalb unter Androhung der Schubliefrung in seine Heimath gewiesen worden war, weil er blos dem Bettel und der Landstreicherey sich hingab und einen ordentlichen Erwerb nicht nachweisen konnte.

Auch kam derselbe mit Ungeziefer behaftet dahier an, und mußte dann auf städtische Kosten gereinigt werden. Dieses sowohl als sein abermaliges Vagiren hatte theils seine Detention, theils seine Bestrafung mit Arrest im hiesigen polizeilichen Gefängnißlokale zur wohlverdienten Folge, und es wurde auch seine Schubliefrung verfügt.

Sie mußte aber, nicht wegen seiner Protestation dagegen, sondern blos deshalb unterbleiben, weil aus seinem Paß, dessen Stücke nur mit Mühe zusammengefügt werden konnten, sich seine Heimath nicht erkennen ließ, nach bestimmten königl. Verordnungen aber Niemand auf den Schub weiter gebracht werden darf, dessen Heimath nicht feststeht. Peschel wurde deshalb wieder in Freiheit gesetzt, aber durch einen Polizeisoldaten aus der Stadt gewiesen, und heute wurde er bereits wieder wegen Betelns und Herumtreibens aufgegriffen.

Aus dieser aktenmäßigen Darlegung der faktischen Verhältnisse wird das Publikum von selbst ersehen, was von der vermeintlichen aber frechen Rüge rc. Peschels zu halten sey.

Nürnberg, am 6 Juli 1848.

Dr. Binder.

Löhner.
v. n.

Wohnungs-Veränderung.

Bei Verlassung unserer bisherigen Wohnung in der Königsstrasse und beim Bezug unserer neuen in der Tucherstrasse Nro. 994 sagen wir unserer alten Nachbarschaft ein herzliches Lebewohl, und empfehlen uns der neuen zur freundlichen Aufnahme ganz ergebenst.

Offiziant Wolf,
nebst Familie.

Liederkranz.

Freitag den 7. July ist Produktion im Kiesbalts-Zwinger.

Anfang der Vorträge 8 Uhr.

Der Vorstand.

Einladung.

Alle diejenigen Gewerbsleute, welche sich durch den immer unverschämteren Hausirhandel der Fürther Handelsleute beeinträchtigt fühlen, werden ersucht, sich zu einer Besprechung auf heute Freitag den 7. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale des Hrn. Danner, Gastwirths zur Krone am Obstmarkt, recht zahlreich einzufinden.

Contumaz-Garten.

Heute Freitag den 7. Juli findet gutbesetzte Harmonie-Musik statt, und ladet seine verehrten Freunde und Bekannte höflichst ein.

Böbelein.

(Anzeige.) In der J. A. Endter'schen Buch- und Kunsthandlung in Nürnberg ist zu haben:

Bildniß des Erzherzog Johann, erwählten Reichsverweser.

Auf chinesischem Papier. Preis 18 kr.

Kunst-Anzeige.

Dienstag den 11. Juli

findet die bereits auf Subskription angekündigte:

Vokal- und Instrumental-Produktion,

verbunden mit humoristischen Vorlesungen bei Aufstellung eines historischen Tableau's und analoger Dekorirung

im Zwinger des Herrn Kißkalt (Hera) statt

Fr. Lippe.

Erklärung.

Aus der Nummer 177 des Correspondenten v. u. f. Deutschland vom 25. Juni ersehe ich zu meiner Befriedigung, daß die Voraussagung, welche ich Seite 33 meines Schriftchens ausgesprochen, sich bereits zu verwirklichen beginnt. Es kann mir nur angenehm seyn, wenn die Redaktion des Correspondenten in ihrer blinden Wuth gegen mich fortfährt, denn sie kehrt dann selbst ihre innerste Natur heraus, und erspart mir die Mühe, sie aus meiner genaueren Erfahrung zu schildern. Auch vermöchte ich sie nicht so gut zu zeichnen, als sie selbst dies kann.

Ich glaube daher nicht, daß es nöthig seyn wird, sich auf lange Erwiederungen gegen ein Blatt einzulassen, dem ich meine gründliche Verachtung schon seit Monaten so unzweideutig erklärt habe und das durch die Wichtigkeit, welche die Redaktion durch die in Aussicht gestellte ausführliche Widerlegung meiner Schrift der letztern beilegt, genügsam beweist, wie unangenehm die Wahrheiten empfunden wurden, die ich darin aussprechе. Was die Indiskretion betrifft, die mir zur Last gelegt wird, so habe ich die feste Ueberzeugung, daß das ehrlose Benehmen der Redaktion des Correspondenten mich von jeder Verpflichtung entband, die ich etwa gegen dieselbe hätte haben können. Aber die Redaktion des Correspondenten weiß zu gut, daß ich noch sehr viel hätte sagen können, und nicht sagte, sie weiß zu gut, daß ich das Geheimniß der Correspondenzzeichen nicht verrieth, „so weit es mir möglich war,“ da ich diese Correspondenzzeichen alle hätte verrathen können, während ich überhaupt nicht eines derselben verrieth, denn die von mir genannten Namen sind im Munde von Hunderten in Nürnberg, welche beim Institut des Correspondenten keineswegs betheiligt sind.

Ich wünsche den Bemühungen der Redaktion des Corresp., meine Schrift zu widerlegen, den besten Erfolg. Sollte es ihr wider Erwarten nicht so ganz gelingen, sich in den Augen der Vernünftigen selbst moralisch zu vernichten, so bin ich gerne erbötig, ihr mit meinen geringen Kräften nachzuhelfen. Einstweilen genügt die Erklärung, daß die knabenhafte Wuth einer vor einem Abonnentenverlust zitternden Redaktion, mich nur komisch berührte und nur geeignet war, die Verachtung noch zu vermehren, die ich ihr seit längerer Zeit aus aufrichtigem Herzen widme.

Frankfurt, 2. Juli 1848.

Gustav Diezel.

Die Mehlraitung betreffend.

Aus einer Mittheilung des I. Herrn Bürgermeisters Dr. Binder kann versichert werden, daß die Erhöhung des Preises der Doppelmaas feinen Mundmehls von 12 bis 14 kr. in Folgendem ihren Grund hat.

Aus früheren Monaten behielt das Pfragnergewerbe ein Guthaben von 6 fl. 3 kr., weil außerdem bei den damals noch höheren Preisen des Waizens die Mehltare zu hoch gestiegen seyn würde. Nachdem nun aber solche gefallen, hielt man es für angemessen, dem Pfragnergewerbe den größeren Theil seines Guthabens mit 3 fl. 48 kr. jetzt zu vergüten, und dadurch stieg der Preis des Mundmehls um 2 kr.

Gehen nun die Waizenpreise, wie zu hoffen, noch weiter herab, so soll der Rest des Guthabens der Pfragner von 2 fl. 15 kr. ihnen im nächsten Monat vergütet werden; im entgegengesetzten Falle wird derselbe auf 2 Monate — August und September — vertheilt werden.

Dieß wird aus der Brod- und Mehltaxen-Berechnung (Raitung) noch näher hervorgehen, welche dem Vernehmen nach künftig ausführlich durch das Wochenblatt mitgetheilt werden wird.

(Verlaufen.) Ein schwarzes halbgeschorenes Hündchen, welches auf den Namen Därel hört, hat sich verlaufen. Wer dasselbe in L. Nr. 524 zurückbringt, erhält ein gutes Douceur.

Anfrage.

Zwei hiesige Bürger, der eine in seiner Wohnung der andere in dem Bureau des Herrn Polizei-Aktuar Röder, wurden von diesem ins Verhör genommen wegen angeblicher Verbreitung aus Philadelphia empfangen haben sollender Druckschriften staatsgefährlicher Tendenz.

Die Identität des Namens des Versenders, der den Verhörten genannt wurde, mit demjenigen eines Bekannten, welcher vor zwei Jahren nach Amerika ausgewandert ist und über dessen Schicksal sie längst gerne Nachricht gehabt hätten, gibt ihnen gegründeten Anlaß zu vermuthen, daß ihr Freund an einen von Beiden oder an Beide endlich geschrieben habe, daß die Briefe aber, wie schon so Mancher, das Unglück hatten, einem Polizei-Beamten in die Hände zu fallen.

Da man der Sache bis jetzt nicht auf den Grund hat kommen können, und da es dem Unterzeichneten, einem von den Beiden, in mehr als einer Beziehung nicht einerlei ist, daß ein Anderer das Recht usurpirt, seine Briefe zu öffnen, so sieht er sich gezwungen, an den Herrn Aktuar Röder öffentlich die Frage zu stellen, wer dazu berechtigt hat, Briefe an ihn oder an seinen Mitbürger anzuhalten, und in wessen Händen diese Briefe sich befinden?

Georg Gittel, Schuhmachermeister.

Auf alle Angriffe eines magistratisch geduldeten Schurkens gibt keine Antwort

Dr. M. M. Mayer.

(Zu vermiethen.) Karolinenstraße L. No. 381, nahe der Post, ist ein hübsch möblirtes Zimmer mit oder ohne Bett an einen soliden Herrn täglich zu vermiethen.

(Gesuch.) Eine schon bejahrte Wittwe wünscht als Haushälterin unterzukommen.

(Gesuch.) Ein auswärtiges Mädchen, welches schon längere Zeit hier in einem Laden konditionirte, wünscht wieder in gleicher Eigenschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen, auch gut nähen und stricken kann und sich jeder Hausarbeit willig unterzieht, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Eine stille solide Wittwe sucht als Haushälterin bei zwei älteren Personen oder bei einer kränklichen Dame oder älteren Herren eine Stelle; eine gütige liebevolle Behandlung zieht sie jedem ganz geringen Gehalte vor. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, katholischer Religion, mit sehr guten Zeugnissen versehen, wünscht als Haushälterin oder Kindsmagd bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres in L. Nr. 568 der Frauenthorstraße im Lottoamte.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich aller häuslichen Arbeit willig unterzieht, sucht nächstes Ziel Laurenzi bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen, welches kochen kann, und sich jeder Hausarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Hause unterzukommen. 853 Frauenthor.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen so wie in jeder andern häuslichen Arbeit wohl erfahren ist, auch Liebe zu Kindern hat, wünscht nächstes Ziel hier oder auswärts als Köchin, Kindsmädchen oder Stubenmädchen bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche im Kochen gut erfahren ist und sich auch den häuslichen Arbeiten unterzieht, wünscht bei einer soliden Herrschaft bis nächstes Ziel unterzukommen. Näheres Weißgerbergasse S Nr. 192.

Arena.

Freitag den 7. Juli. Letzte Abonnements-Vorstellung: „Eigensinn.“ Lustspiel in 1 Akt von Benedix. Hierauf: „Das Fest der Handwerker.“ Komisches Gemälde aus dem Volksleben mit Tanz und Gesang in 1 Akt von L. Angely.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8. Juli 1848. № 190. Samstag: Kilian.

XX Bericht über die Volkvereinsversammlung zu Nürnber am 4. Juli.

Nach Vorlesung des Protokolls aus der vorigen Versammlung und der eingelaufenen Correspondenzen wurde zu der Besprechung des Semler'schen Antrags „eine Herabsetzung des Wahlcensus in dem Gesetzentwurfe zu den Schwurgerichten zu beantragen« geschritten. Für den Antrag brachte man hauptsächlich vor, daß die Beschränkung der Berechtigung zum Geschwornen dem Streben unsrer gegenwärtigen Zeit nach Billigkeit und Gleichheit nicht entspreche. Dagegen d. h. zur Vertheidigung des Gesetzentwurfs wurde mit vieler Einsicht und Klarheit von den Hrn. Hofmann, Wölfel und Ghillany gesprochen. Vor allem sei die Regierung in dem Entwurfe von dem Grundsatze ausgegangen, die Unabhängigkeit der Richter so viel nur möglich sicher zu stellen. Die meiste Unabhängigkeit von dienstlichen, geschäftlichen und häuslichen Verhältnissen könnte man aber bei der Klasse von Bürgern voraussetzen, welche der Entwurf innerhalb seiner diesfallsigen Bestimmungen bezeichne. Deshalb habe man auch die Beamten und Geistlichen von der Wählbarkeit ausgeschlossen, habe, da keine Wahl ausgeschlagen werden könne, ja sogar für den Weigerungsfall große Strafen ausgesprochen, für die Wählbarkeit eine Steuerklasse angenommen, von deren geschäftlichen Verhältnissen man im Allgemeinen wohl erwarten könne, daß ihnen der unvermeidliche Nachtheil der Entfernung und Versäumniß des Geschäftsherren weniger empfindlich sein würde. Der Einwurf, daß man den Geschworenen Diäten geben solle, um ihnen den Nachtheil der Versäumniß zu ersetzen und es so auch den minder Bemittelten möglich zu machen, unter den Geschwornen zu sitzen, konnte man dadurch begegnen, daß auch durch diese Bezahlung des Geschwornenamts die Unabhängigkeit desselben gefährdet würde, denn bei einer Wahl ohne Census wäre es moglich, daß sich Einzelne vordrängten, um in dem Geschwornen-Posten eine Erwerbsquelle und manchmal natürlich eine bessere, als man sie zu Hause bereits hätte, zu suchen. Eine nothwendige Rücksicht zur Sicherung des Vertrauens sey gewiß auch auf die geistige Befähigung der Geschwornen zu nehmen, ohne welche eine klare Einsicht in die oft sehr verwickelten Rechtsfälle kaum möglich sey. Uebrigens müsse auch auf die Erfahrungen anderer Staaten Rücksicht genommen werden, wo selbst in den freiesten ein Census festgestellt sei. Nach der Entwicklung dieser und anderer triftiger Gründe für den Gesetzentwurf gab man zu bedenken, daß man sich bei der Beurtheilung desselben nicht blos als Richter, sondern auch in die Lage eines Angeklagten denken solle; der letztere würde es gewiß für einen tröstlichen Vortheil und darin seine Beruhigung finden, wenn seine Richter so unabhängig und so einsichtsvoll als nur immer möglich wären. Da der Antrag nicht auf eine völlige Abschaffung, sondern nur auf eine Ermäßigung des Census lautete, so wurde er von der Versammlung einer Commission zur Begutachtung überwiesen. (Forts. folgt.)

Deutschland.

Bayern. (München, den 4. Juli.) Die Polizeidirektion hat vor einigen Tagen einer neu entstandenen Studentenverbindung, »Euthymia«, jenen Revers zur Unterschrift vorgelegt, welchen in früheren Zeiten die garantirten Korps unterschreiben mußten und durch den sich dieselben auf Ehre und Gewissen verpflichteten: sich nicht nur von allen staatsgefährlichen, sondern überhaupt allem politischen Treiben ferne zu halten. Die »Euthymia« verweigerte die Unterschrift, und die Vertreterschaft hiesiger Studenten (welche den Ausschuß von gegen 800 Akademikern bildet) schickte sofort unverzüglich eine Deputation an den Minister des Innern, um ihn von dem Schritte der Polizei in Kenntniß zu setzen, und sich gegen solches Verfahren, als ein dem freien Associationsrechte und überhaupt dem Geiste der Neuzeit geradezu entgegentretendes zu verwahren. Wie ich höre, klärte sich die Sache als »Mißverständniß« auf: die betreffende Polizeibehörde, in deren Aktenstube wohl nicht viel von dem neu aufgehenden Lichte gedrungen seyn mochte, konnte sich noch nicht von einer alten Gewohnheit lossagen, oder es war vielleicht versäumt worden, ihr die nöthigen Weisungen zu ertheilen. Es wäre allerdings mehr als anmaßend, es wäre lächerlich, in dieser Zeit junge Leute auf Ehrenwort verpflichten zu wollen, sich von aller Politik ferne zu halten, und im Ernste kann wohl Niemand daran gedacht haben. (Augsb. Abdz.)

(Würzburg, den 6. Juli.) Die gestern von hier abgegangenen Truppen sind nicht nach Amorbach, sondern in die Umgegend von Miltenberg bestimmt, wo sich eine große Zahl Wilderer einer gerichtlichen Visitation widersetzt haben sollen. (N. W. Z.)

(Edenkoben, in der bayer. Pfalz 3. Juli.) Erkennend, wie sehr es noth thue, daß der Centralgewalt, der constituirenden Versammlung in Frankfurt auch die entsprechende Centralkraft innewohne, hat der hiesige demokratische Verein folgende, mit vielen Unterschriften versehene Adresse an die Nationalversammlung ergehen lassen: „Deutsche Männer! Ein großes Volk — das deutsche — hat Euch aus seiner Mitte erwählt, seine Rechte zu verfechten, seine rechtmäßigen Freiheiten zu begründen, und die bisher zersplitterten Kräfte zur Einheit zu bringen. Ihr habt Euren Beruf begriffen und vom Standpunkte der Demokratie aus Euch als constituirend erklärt, — sohin die Volkssouveränetät ausgesprochen. Alle guten Deutschen haben dieses jubelnd empfangen, und erkennen sofort auch keine andere Majestät mehr an, als die in seiner Spitze sich darstellende Volkssouveränetät, keine höhere Macht, als das aus dem Willen des Volkes hervorgegangene Gesetz. Diesem werden Alle sich beugen, welche das Wohl der Gesammtheit wollen; aber es gibt noch Feinde des Volkes, es gibt Verräther an seiner Freiheit. Diesen muß Gewalt entgegengesetzt werden können, der Nothwendigkeit sich zu fügen, und diese Gewalt ruht in der bewaffneten Macht. Solcher aber halten bis jetzt noch die Fürsten sich bemächtigt, und da wir heute noch nicht die Ueberzeugung gewinnen konnten, daß die Fürsten es redlich mit dem Volke meinen, so können wir auch nicht zugeben, daß die Leitung der Militärmacht ihnen in den Händen belassen bleibe. Es widerspricht übrigens auch ganz der Einheit Deutschlands, wenn jeder Einzelne der deutschen Herrscher zur Wahrung von Sonderinteressen ein eigenes Heer unterhält, und wir erlauben uns daher, an Euch, wackere Männer des Volkes, die Bitte zu stellen, Beschlüsse in folgendem Sinne erlassen zu wollen: 1) Alle dermalen in Deutschland bestehenden Militärmächte, wie z. B. preußische, österreichische, bayerische und dgl. werden aufgelöst und in ein einziges deutsches Heer umgewandelt. Zum Schutze für die provinziellen und örtlichen Interessen dient die Land- oder Bürgerwehr. Den Oberbefehl über das deutsche Heer erhält ein von der konstituirenden Versammlung oder ihrer Executivbehörde erwählter Feldherr, der jedoch keine fürstliche Person sein darf. Der Bedarf für dieses Heer wird durch eine allgemeine Kriegssteuer gedeckt, welche von den gewöhnlichen Steuern getrennt wird. 2) Die Souveränetät des deutschen Volkes wird durch das deutsche Heer geschützt; wer sie verletzt, ist ein Hochverräther. 3) Die deutsche Macht verbrüdert sich mit der französischen, für den Fall eines etwaigen Ueberfalls von Rußland. Dies, deutsche Männer, sind die Punkte, von deren Verwirklichung einzig und allein die Befestigung der Einheit Deutschlands, die Sicherung der heiligen Rechte des Volkes abhängt. Haltet fest daran und trachtet, daß die Einheit Deutschlands eine Wahrheit werde! Wenn Ihr es offen aussprecht, das kühne Wort: „Kein Sonderheer sei mehr in Deutschland!“ dann werdet Ihr stark sein, dann werdet Ihr Euren Beschlüssen einen solchen Nachdruck geben können, wie Eurer Würde es entspricht; denn sobald Ihr dem Volke zuruft: „Bürger, Eure Söhne sollen hinführo nicht mehr gleich Söldnern euch entgegengestellt werden, sondern sie sollen in Eurer Mitte als Bürger das Waffenhandwerk erlernen und in Zeiten der Gefahr nur für das eine mächtige Deutschland kämpfen!“ so wird kein Vater mehr seinen Feinden den eigenen Sohn hingeben; — wenn Ihr aussprecht: „Niemand ist verpflichtet, eine Steuer zu einem andern als dem allgemeinen deutschen Volksheer zu bezahlen“, so wird auch kein Kreuzer mehr zu irgend einem Sonderheer fließen, und des deutschen Volkes Freiheiten und Rechte werden gegen innere Feinde für alle Zukunft gesichert sein. Wenn den Offizieren ihre amtliche Stellung gegen Laune und Willkür gesichert ist, wird ihr Bürgereid erst zur Wahrheit werden; wenn ein Regent sich nicht mehr in eitlem Uebermuthe dem Volke feindlich gegenüber stellen kann, wird er sein Glück und Heil, seine Kraft und Stärke nur in dem Wohle, in der Macht des Volkes finden, und so wird dann ein gegenseitiges Vertrauen erstehen, das nichts zu erschüttern vermag, so wird Deutschland eine Gewalt erhalten, die unüberwindlich ist; denn nur die Einigung macht stark, nur die Freiheit macht groß. Heil Deutschland! Muth und Kraft seinen Vertretern! Edenkoben, in der bayer. Pfalz, den 27. Juni 1848.“ (Folgen die Unterschriften.) (Frkft. J.)

Baden. (Mannheim, 3. Juli.) Der demokratische Verein hat vorgestern eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, welche den Antrag stellt: »Die hohe Versammlung wolle baldmöglichst die geeigneten Schritte thun zur innigsten Verbindung der deutschen Nation mit der französischen Republik und den nordamerikanischen Freistaaten. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Prag, 1. Juli.) Unter den zur Untersuchung gezogenen Theilnehmern des Aufstandes befinden sich auch mehrere katholische Priester. Der Prior des hiesigen Franziskanerklosters widerspricht öffentlich dem Gerücht, daß bei der Durchsuchung seiner Lokalitäten Waffen gefunden worden seien; der Behauptung vieler aber, daß Novizen dieses Klosters am Barrikadenbau betheiligt waren, ist bis jetzt leider nicht widersprochen. Ich bin ein guter Katholik und empfinde es um so schmerzlicher, daß wie in Galizien und Italien, so auch bei uns die Geistlichkeit dem Aufruhr und der Aufregung sich hingab — diese Geistlichkeit, die früher zum eifrigsten Werkzeuge des Metternich'schen Despotismus sich erniedrigt hatte! Wahrlich, bei uns ist vieles faul, wie im Staat, so leider auch in der Kirche! Der Belagerungszustand wird nicht nur mit aller Schonung gehandhabt, sondern Fürst Windisch-Grätz hat auch in einer gestrigen Kundmachung die Absicht ausgesprochen, denselben baldmöglichst aufzuheben; dessenungeachtet wurde wenige Stunden darauf wieder aus den Mühlen der Färberinsel auf das jenseits aufgestellte Militär geschossen. So versteht der hiesige fanatische Pöbel das Bedürfniß der Ruhe und Ordnung! Unter diesen Umständen erregt es hier bei allen Männern von Einsicht und guter Gesinnung große Mißstimmung, daß man in Wien noch immer nicht zur richtigen Würdigung der hiesigen Zustände zu gelangen scheint, und daß der dortige sogenannte Sicherheitsausschuß nicht nur so taktlos war, die Versetzung des Fürsten Windisch-Grätz in Anklagezustand zu beschließen, sondern auch die Aufhebung des hiesigen Belagerungszustandes zu verlangen. Gewiß aber ist jener Ausschuß weder befugt, noch orientirt genug, um die hiesigen Verhältnisse in das Bereich seiner Thätigkeit zu ziehen, und würde am besten thun, letztere bloß auf das Weichbild der Stadt Wien zu erstrecken. Durch die unläugbare Mitregentschaft der dortigen Aula, des Drucks von Außen durch eine aufrührerische Arbeiterhorde und bei dem vernichteten Ansehen aller verfassungsmäßigen Or-

gane hat der Sicherheitsausschuß, wohl Gelegenheit genug, für Erhaltung der Ruhe und Ordnung in der Residenz zu wirken, und seine auf dieses Gebiet beschränkte Thätigkeit, wird gewiß eine bessere seyn, als wenn er übergreifend in Provinzialangelenheiten sich einmengt, die von ihm weder richtig beurtheilt, noch in den Provinzen geduldet werden können. Wenn übrigens nur sonst die Ruhe erhalten wird, so sind unsere Localangelegenheitein jetzt in den besten Händen. Bürgermeister Wanka und die Stadtverordneten, während der unseligen Pfingstwoche mit aufopfernder Hingebung bemüht, den traurigen Zustand zu mildern, wenden auch jetzt alles an, um eine bessere Gestaltung der Dinge herbeizuführen und selbe zu befestigen, durch Entfernung böswilliger und brodloser Arbeiter; für letztere sind bereits mehrere Erdarbeiten und Bauten vor den Stadthoren ausgemittelt. Gemäß Weisung des Kriegsministeriums ist ein Transport von mehr als tausend Neapolitanern, die in der Lombardei zu Kriegsgefangenen gemacht wurden, über Salzburg und Linz nach Budweis gewiesen worden, wo selbe am 6. Juli eintreffen und von da nach den Festungen Theresienstadt, Königgrätz und Josephstadt gebracht werden. Unter den so vielen unrichtigen Angaben über den hiesigen Aufstand und die in Folge dessen stattgefundenen Verhaftungen ist auch die in den meisten Blättern verbreitet worden, daß Palazky ebenfalls zur Untersuchung gezogen worden sey, was aber durchaus falsch ist. Zu einer gerichtlichen Einvernehmung Palazky's ist wohl nie Veranlassung gewesen, da derselbe bei aller Entschiedenheit antideutscher Gesinnung doch gewiß viel zu umsichtig und sonst ein zu besonnener Charakter ist, um sich bei den fanatischen Plänen roher Gewalt, wie sie dem hiesigen Aufstande zu Grunde lagen, zu betheiligen. Palazky gehört zu jenen slavischen Romantikern, die ein slavisches Oesterreich bereits fertig in der Tasche zu haben glauben, weil das numerische Verhältniß der Slaven so überwiegend ist. Dabei vergessen sie nur, daß bei solchen Strebungen die Völker nicht gezählt, sondern gewogen werden müssen, und daß Zusammenhang und Abrundung der geographischen Lage, geistige und materielle Kultur, Sitten und Institutionen und der unabweisliche Einfluß nachbarlicher Nationalitäten ungleich schwerer in die Wagschale fallen als das bloße Medium der Sprache, die doch überdieß unter den verschiedenen Czechengruppen, noch mehr aber zwischen diesen, den Polen, Ruthenen, Kroaten, Serben und Bulgaren eine so große Verschiedenheit bildet, daß selbst die Koryphäen am hiesigen Slavenkongreß nur schwer zum gegenseitigen Verständniß gelangten. Um wie viel weniger wird dieses bei der meist noch auf sehr tiefer Stufe stehender Bevölkerung der Fall seyn! (A. A. Z.)

(Prag, 1. Juli.) Einem Gerücht zufolge soll die Partei der Czechomanen mit dem Fürsten Czartoryski in Unterhandlung stehen. So viel wir darüber erfahren konnten, wünscht jene Partei ihn als König von Böhmen zu sehen. Er habe sich auch, heißt es, hierzu bereit erklärt und sey willens, seinen Anhängern in russisch Polen jeden Insurrektionsversuch abzurathen, dagegen bestehe die Absicht, Emissäre nach Galizien abzusenden, um dort eine Schilderhebung gegen Oesterreich einzuleiten und dann, wenn die Czechomanen siegen, beide Reiche in ein böhmisch-galizisches Slavenkönigreich zu verschmelzen. (D. A. Z.)

In Topanfalva in Siebenbürgen ist es zu einem blutigen Treffen zwischen aufrührischen Walachen und den Szeklerhusaren gekommen. Die Walachen, wie es heißt 3—4000 M. stark, legten sich in Hinterhalt vor einem tiefen Engpaß bei Topanfalva, welchen die Szekler passiren mußten. Diese aber erkannten die List und nahmen die Walachen in den Rücken. Gegen 300 sollen von diesen gefallen, viel mehr verwundet seyn. Ueberhaupt herrscht in ganz Siebenbürgen eine große Aufregung der Bauern gegen den Adel, die jeden Augenblick einen schrecklichen Ausbruch befürchten läßt. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 4. Juli.) In der heutigen Sitzung erhebt sich am Schlusse der Ministerpräsident v. Auerswald zu folgender Erklärung: Das Ministerium habe mit dem ersten Augenblick seines Eintretens die allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands zum Gegenstande seiner ernstesten Aufmerksamkeit gemacht, und die Erscheinungen der jüngsten Tage nach dieser Seite hin in ihrem ganzen Umfange zu erkennen gestrebt. Die Regierung des Königs sey, wie die National-Versammlung von der Nothwendigkeit überzeugt gewesen, eine provisorische Exekutiv-Gewalt in Deutschland aufzustellen, und zum Träger derselben einen Reichsverweser zu ernennen. Dieses bedeutungsvolle Amt sei jetzt dem Erzherzog Johann übertragen worden, dessen edle und volksthümliche Persönlichkeit eine sichere Gewähr für das deutsche Volk wie für seine Regierungen biete, und dem auch die preussische Regierung um so lieber ihre Zustimmung gebe, als für diesen Fürsten eine so große und entschiedene Stimmenmehrheit in Frankfurt sich ausgesprochen habe. Die Regierung hoffe, daß dieser Wahl auch durch die Annahme des Erzherzogs Johann werde entsprochen werden. Preussen habe nichts zu erinnern gefunden gegen die Attribute, welche ihm in der deutschen constituirenden Versammlung beigelegt worden seien, setze aber voraus, daß es bei jener dem Reichsverweser übertragenen Machtvollkommenheit doch nicht für alle Fälle an die vorgängige Genehmigung desselben gebunden seyn werde, da dies unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen Deutschlands sonst leicht verderbliche Folgen nach sich ziehen könnte! Wenn übriges diese hochwichtige Angelegenheit ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen geordnet worden sei, so ersehe man die Veranlassung dazu in der gegenwärtigen gefahrvollen Lage Deutschlands und hege die Ueberzeugung, daß alle Regierungen deutscher Stämme ihre Zustimmung zu diesem außerordentlichen Verhalten geben würden, ohne eine Consequenz für die Zukunft darin anzuerkennen. Man sei der Ansicht, daß das Werk der deutschen Nationaleinheit durch den Geist der Eintracht gefördert werden möge. Es gelte, ein Haus zu bauen, das wirklich bestehen solle. Die nachfolgenden Geschlechter würden uns daran erkennen. Der Minister schloß: Möge man einst wissen, wer wir waren, wenn man einst auf unserm Grabsteine lesen wird: „Er lebte 1848 und war ein Sohn des deutschen Vaterlandes." Auf eine Aufforderung des Präsidenten brachte die Versammlung ein dreimaliges: Hoch Deutschland! aus. (D. A. Z.)

(Naumburg a. d. Saale, den 2. Juli.) Die weder im vorigen noch in diesem Jahr gestörte Ruhe unserer Stadt gibt hinlänglich Zeugniß für die friedliche Gesinnung ihrer Bewohner. Leider wurde diese Ruhe gestern Abend ernstlich bedroht, durch die Bemühungen vieler Wohlgesinnten aber bald wieder hergestellt. Die hiesige Garnison, eine Batterie reitender Artillerie, welche etliche Wochen bei Erfurt gestanden, war in der Pfingstwoche wieder hierher zurückgekehrt, und von der Einwohnerschaft, namentlich von den Schützen- und Bürgerwehrkompagnien festlich empfangen worden. Demungeachtet kam es gestern auf der Vogelwiese zuerst zu Neckereien, sodann zu einer blutigen Schlägerei zwischen Artilleristen und Arbeitern. Die Polizei wurde mißhandelt, doch hat sie drei der schuldigen Artilleristen verhaftet, die übrigen wurden konsignirt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Köln, den 4. Juli.) Folgender Anschlag stand gestern Abend an unsern Straßenecken: Mitglieder des Arbeiter-Vereins! Bürger! Man hat heute zwei Eurer Führer verhaftet, Euren Präsidenten Dr. Gottschalk und den Bürger Anneke. Laßt Euch aber nicht zu Gewaltstreichen hinreißen, wie man es wünscht. Ich ermahne und rufe euch zu: Behaltet euere Ruhe, wie bisher, laßt es nicht dahin kommen, daß Bürgerblut fließe. Wir streiten nicht für Personen, sondern für unsere Sache, für unser heiliges Recht, und das wird siegen, trotz aller brutalen Gewalt. Köln, den 3. Juli 1848. Der stellvertretende Präsident: Jansen. Wir fügen hinzu, daß der Abend ohne die geringste Ruhestörung vorüber ging. (N. Rh. Z.)

(Köln, den 4. Juli.) Wir haben unsern Lesern gestern versprochen, auf die Verhaftung der Herren Dr. Gottschalk und Anneke zurückzukommen. Bisher sind uns nur über Anneke's Verhaftung nähere Details zugegangen. Morgens zwischen 6 und 7 Uhr betraten 6—7 Gensdarmen Anneke's Wohnung, mißhandelten sofort auf der Hausflur das Dienstmädchen und schlichen leise die Treppe hinauf. Drei blieben im Vorzimmer stehen, vier drangen in's Schlafzimmer, wo Anneke und seine hochschwangere Frau schliefen. Von diesen vier Säulen der Gerechtigkeit wankte die eine mehr oder minder, so guter Stunde schon angefüllt mit dem „Geist", dem Wasser des wahren Lebens, dem gebrannten Wasser. Anneke frug, was man wolle? — Er solle mitgehen! lautete die lakonische Antwort. Anneke bat, wenigstens seine kranke Frau zu schonen und ins Vorzimmer zu gehen. Die Herren von der heiligen Hermandad erklären, das Schlafzimmer nicht verlassen zu wollen, treiben Anneke an, sich rasch anzukleiden und erlauben ihm nicht einmal mit seiner Frau zu sprechen. Dieß Antreiben geht im Vorzimmer zu Thätlichkeiten über, wobei einer der Gensdarmen die Glasthüre in Scherben stößt. Anneke wurde die Treppe hinuntergestoßen. Vier Gensdarmen führen ihn ab in's neue Arresthaus, drei bleiben bei Frau Anneke, um sie bis zur Ankunft des Staatsprokurators zu bewachen. Nach gesetzlicher Vorschrift muß bei der Verhaftung wenigstens ein Beamter der gerichtlichen Polizei — Polizeikommissär u. dgl. — zugegen sein. Wozu solche Förmlichkeiten, seitdem das Volk zur Vertretung seiner Rechte zwei Versammlungen besitzt, eine zu Berlin und eine zu Frankfurt? Nach einer halben Stunde kamen Herr Staatsprokurator Hecker und Instruktionsrichter Geiger, um die Haussuchung zu halten. Frau Anneke beschwert sich, daß der Staatsprokurator die Verhaftung den brutalen, durch die Gegenwart keiner Magistratsperson gezügelten Gensdarmen überlassen. Hr. Hecker erklärt, er habe keinen Befehl zu Brutalitäten gegeben. Als ob der Herr Hecker Brutalitäten befehlen könne? Frau Anneke: Man habe, wie es scheine, die Gendarmen allein vorausgeschickt, um ihre Brutalität nicht verantworten zu müssen. Die Verhaftung habe überdem nicht in der gesetzlichen Form stattgefunden, da kein Gendarm einen Verhaftsbefehl vorgezeigt, sondern blos Einer einen Wisch aus der Tasche gezogen, den Anneke nicht lesen durfte. Herr Hecker: „Die Gendarmen seien zu der Verhaftung richterlich kommandirt worden." Und das Kommando der Richter, steht es nicht unter dem Kommando des Gesetzes? Staatsprokurator und Instruktionsrichter konfisziren eine Masse Papiere, Flugschriften, worunter die ganze Mappe der Frau Anneke u. s. w. Herr Instruktionsrichter Geiger ist, beiläufig gesagt, zum Polizeidirektor designirt. Abends wurde Anneke eine halbe Stunde lang verhört. Der Grund seiner Verhaftung sei eine aufrührerische Rede, die er in der letzten Volksversammlung auf dem Gürzenich gehalten. Art. 102 des Code pénal spricht von öffentlichen Reden, die unmittelbar auffordern zu Komplotten gegen den Kaiser und seine Familie, oder die dahin zielen, die Ruhe des Staats durch Bürgerkrieg, durch gesetzwidrigen Gebrauch der bewaffneten Macht, durch öffentliche Verheerung und Plünderung zu stören. Der Code kennt nicht das preußische „Erregen von Mißvergnügen." In Ermangelung des preussischen Landrechts wird man einstweilen den Art. 102 überall anwenden, wo seine Anwendung zu den juristischen Unmöglichkeiten gehört. Bei der Verhaftung selbst war eine große Militärmacht entwickelt, — seit vier Uhr Konsignation der Truppen in den Kasernen. Bäcker und Handwerker wurden in sie hinein aber nicht wieder herausgelassen. Die Husaren rückten gegen 6 Uhr von Deutz nach Köln und durchritten die ganze Stadt. Das neue Arresthaus war mit 300 Mann besetzt. Für den heutigen Tag sind vier neue Verhaftungen, von Jansen, Kalker, Esser und einem Vierten angekündet. Der Maueranschlag Jansens, worin er die Arbeiter zur Ruhe ermahnt, wurde, wie uns Augenzeugen versichern, gestern Abend von der Polizei abgerissen. Geschah das im Interesse der Ordnung? Oder suchte man einen Anlaß, um längst gehegte Pläne in der guten Stadt Köln zur Ausführung zu bringen? Herr Oberprokurator Zweiffel soll schon früher beim Oberlandsgericht in Arnsberg angefragt haben, ob er den Anneke wegen seiner früheren Verurtheilung verhaften und nach Jülich transportiren solle. Die k. Amnestie scheint dieser wohlmeinenden Absicht im Wege gestanden zu haben. Die Sache ging ans Ministerium. Hr. Oberprokurator Zweiffel soll ausserdem erklart haben, daß er binnen 8 Tagen mit dem 19. März, den Klubs und der Preßfreiheit und andern Ausartungen des bösen Jahres 1848 zu Köln am Rhein ein Ende machen werde. Hr. Zweiffel gehört nicht zu den Skeptikern. Verbindet Hr. Zweiffel etwa die exekutive Gewalt mit der legislativen? Sollen die Lorbeeren des Oberprokurators die Blösen des Volksrepräsentanten bedecken? Noch einmal werden wir unsere vielgeliebten stenographischen Berichte durchmustern und dem Publikum ein treues Bild entwerfen von der Wirksamkeit des Volksrepräsentanten und Oberprokurators Zweiffel. Das also sind die Thaten des Ministeriums der That, des Ministeriums des linken Centrums, des Ministeriums des Uebergangs zu einem altadeligen, altbureaukratischen, altpreussischen Ministeriums. Sobald Hr. Hansemann seinen transitorischen Beruf erfüllt hat, wird man ihn entlassen. Die Linke zu Berlin aber muß einsehen, daß die alte Macht kleine parlamentarische Siege und große Konstitutionsentwürfe ihr getrost überlassen kann, wenn sie nur unterdessen sich aller wirklich entscheidenden Positionen bemächtigt. Getrost kann sie die Revolution des 19. März in der Kammer anerkennen, wenn dieselbe nur ausserhalb der Kammer entwaffnet wird. Die Linke könnte an einem schönen Morgen finden, daß ihr parlamentarischer Sieg und

ihre wirkliche Niederlage zusammenfallen. Die deutsche Entwicklung bedarf vielleicht solcher Kontraste. Das Ministerium der That erkennt die Revolution im Prinzip an, um in der Praxis die Kontrerevolution zu vollziehen. (N. Rh. Z.)

Schleswig-Holstein (Hadersleben, 1. Juli.) Der Postenlauf nach dem Süden ist wieder geöffnet und so eile ich, durch einige Zeilen Sie von unserm Zustande zu unterrichten. So wären wir denn unsere dänischen Plagegeister wieder los, aber werden sie nicht wiederkehren, werden sie dann nicht ärger als je vorher hausen? Das sind die Fragen, die einen bittern Tropfen in den Freudenbecher werfen, das sind die Besorgnisse, die die Freude über die Ankunft unserer deutschen Brüder bedeutend trüben. Schon während der letzten 14 Tage hatten die Dänen unablässig daran gearbeitet, die Stadt zu verschanzen und eine Reihe Kanonen am südlichen Ausgange der Stadt gepflanzt, Tag und Nacht hielten Kanoniere mit brennenden Lunten dabei Wache; übrigens machten sich die Haderslebener nicht viel daraus, da sie beim letzten Hiersein schon dergleichen Schanzen aufgeworfen hatten, und als eines Morgens ein unbedeutendes Vorpostengefecht eine halbe Stunde von hier vorfiel, Schanzen und Alles im Stich gelassen hatten und spornstreichs davon gelaufen waren; diesmal kamen die Freischaaren der Deutschen aber näher, trieben die feindlichen Vorposten in die Stadt hinein, worauf die Kanonade von beiden Seiten begann. Die Kugeln flogen in die Dächer der Häuser; bei der Brücke zündeten die Dänen mehre Häuser an, die lichterloh brannten. Das Schießen dauerte von $1^{1}/_{2}$ Uhr Mittags bis 9 Uhr Abends, wo es stiller ward; in der Mitternachtsstunde flohen die Dänen eilig aber leise nach Norden und bald darauf zogen die holsteinischen Jäger ein; setzten diese nebst den Dragonern ihnen auch nach, so konnten sie doch nur einzelne wenige erreichen, da eine Meile von hier schon Schiffe zur Aufnahme in Bereitschaft lagen, die sie, wie's hieß, nach Alsen übersetzten. Von dort aus sollen sie beabsichtigen, im Sundewittschen zu landen und sind eine Menge unserer Truppen, die nach Norden marschirt waren, zurückgekommen; wir sind nicht weiter denn zuvor, wie der status quo zeigt. Wann und wie wird das Ende sein? Während des Hierseins der Dänen verging fast kein Tag, daß nicht Deutschgesinnte gefangen genommen wurden. (Wes.-Z.)

Aus dem Bivouak bei Weistrup, eine Stunde oberhalb Christiansfelde, schreibt ein Altonaer, der sich den schleswig-holsteinischen Jägern als Freiwilliger angeschlossen hat, vom 1. Juli Morgens im Wesentlichen Folgendes: Am 29. Juni Morgens 5 Uhr marschirten wir aus von Ries Jarderup (1 St. nordwärts von Apenrade), die schlesw.-holst. Jäger ganz voran. Nachmittags 1 Uhr stießen wir in der Nähe von Hadersleben auf die ersten dän. Patrouillen, bestehend aus 7 Dragonern, von denen wir zwei gefangen nahmen. Wir marschirten jetzt nicht, sondern liefen gegen Hadersleben vor, um die Brücke zu stürmen. Die Dänen hatten sich aber so stark verschanzt, daß trotz unsers Kanonendonners und Gewehrfeuers, welches den ganzen Nachmittag fortgesetzt wurde, es unmöglich war, in die Stadt zu dringen. Während unsere erste Kompagnie noch im Feuer war, übernahm ich auf Anforderung des Oberstlieutenants mit 12 freiwillig sich Stellenden, die nachher um 18 Mann verstärkt wurden, einen schwierigen und gefährlichen Posten am Wasser rechts von Haderleben und blieb dort auch die Nacht. Bei meiner Ankunft traf ich dort den Herzog von Augustenburg. Kugeln schlugen in großer Menge neben, vor und hinter uns in die Erde. Der Kanonendonner und das Gewehrfeuer dauerte am 29. bis 9. Uhr Abends. Die Dänen schienen halten zu wollen; ein Haus dicht vor der Uebergangsbrücke bei Hardersleben wurde von ihnen abgebrannt, um uns den Uebergang zu erschweren. Auch war die Brücke theils verbrannt, theils abgebrochen. Die ganze Nacht fuhren die Wagen in der Stadt. Pferde sprengten hin und her. Kanonen fuhren aber sehr leise (nachher hörten wir, daß die Räder der Kanonen mit Stroh umwickelt waren). Entweder mußten die Dänen Verstärkung erhalten haben, oder sie zogen sich zurück. Um 2 Uhr Morgens — den 30. — sah und hörte ich unsere Jäger, die erste Kompagnie, in die Stadt über die Brücke einrücken, während die Dänen auf der entgegengesetzten Seite sich davon machten. Um $3^{1}/_{2}$ Uhr bekam ich endlich die sehnsüchtig erwartete Ordre, mit meinen 30 Mann durch Hadersleben durch so rasch wie möglich nachzufolgen. Die vierte Kompagnie war auf Wagen den Dänen nachgejagt, die andern Kompagnieen folgten zu Fuß, sodann die schleswig-holsteinischen Linientruppen, die schleswig-holsteinische Kavallerie und Artillerie. Ich fand die vierte Kompagnie im Feuer, zwei Dörfer waren bereits genommen. Das dritte Dorf wurde mit Sturm von uns genommen. Die vierte Kompagnie erhielt wegen ihres Muthes und ihrer Ausdauer vom Oberstlieutenant großes Lob. Wir haben 22 Gefangene gemacht, 10 von uns sind meist leicht verwundet; die Dänen haben, behauptet man, cirka 40 Todte und Verwundete am 29. und 30. gehabt. Köstlich war ein Bayonnetangriff von uns auf dänische Infanterie. Mit furchtbarem Hurrah stürzten wir ein, aber die Dänen rannten wie toll über die Koppeln. (Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 3. Juli.) Firmin Rogier, der neue belgische Gesandte, ist vom Conseilpräsidenten, General Cavaignac, empfangen worden, und hat demselben die Papiere überreicht, die ihn als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Republik im Namen des Königs Leopold beglaubigen.

Flocon, der Exminister, zog bekanntlich am 23. in der Nationalversammlung gegen die Intriguen zu Felde, die im Auslande gegen die Republik gesponnen würden. Er nannte zwar kein Land, bezeichnete es aber mit den Worten „à l'étranger," was lange Zeit mit England gleichlautend hieß. Lord Normanby hat in Folge dessen dem Minister Bastide im Namen Palmerstons eine energische Protestation zugehen lassen, worauf ihm heute unser armer Bastide demüthigst Folgendes antwortet: »Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an S. Excellenz den Herrn Gesandten von England: Milord. Meine Meinung und diejenige meiner Regierung ist, daß die Regierung J. M. der Königin zu loyal ist, um irgend einen Theil an der Aufwiegelung zu den schrecklichen Ereignissen von Paris genommen zu haben. Ich sehe durchaus nichts Anstößiges darin, daß sie dieser Erklärung sowohl als Ihrer Note diejenige Veröffentlichung geben, die Sie für passend finden. Ich würde dieß selbst mit um so größerem Vergnügen sehen, als dieß eine neue Probe der gegenseitigen Freundschaftsgefühle wäre, die unsere beiden Regierungen beleben. Ich habe die Ehre zu seyn, Milord, Ihr ganz ergebenster (gez.) Jules Bastide. (Moniteur vom 3. Juli.)

Nicht nur in England, sondern auch in Spanien sucht unsere Polizei die geheimen Fäden zur Junirevolution. So hat sie in Folge gewisser Andeutungen die Gemächer Marie Christineus in der rue de Courcelles 28 und des spanischen Generalkonsuls Grimaldi in der rue Miromesnil 26 aufs Genaueste durchstöbert und, wie wir hören, wichtige Papiere mit Beschlag belegt.

(National-Versammlung. Sitzung vom 3. Juli.) Präsident Marie eröffnete dieselbe um $2^{1}/_{2}$ Uhr. Das Gerücht, die Pariser Bürgerwehr unterzeichne eine Petition, welche die Arretirung mehrerer Deputirten und selbst des kürzlich noch so gefeierten Lamartine beantrage und daß derselbe bei Gelegenheit der geheimen Kreditsdiskussionen das Wort ergreifen werde, hatte die Neugier doppelt gehoben und die Tribune frühzeitig gefüllt. Nach Verlesung des Protokolls und Ertheilung mehrerer Urlaube bestieg der Conf.-Präsid. Cavaignac den Redestuhl. Ich bin, begann er, vorigen Freitag Ihnen gegenüber die Verpflichtung ingegangen, Ihnen die Lage der Nationalwerkstätten am 23. Juni zu schildern. Wohlan, ich erkläre Ihnen, daß ich dieselbe genau geprüft habe, die Beschaffenheit dieser Werkstätten im Augenblick des Ausbruchs der Insurrektion war eine furchtbare. Der Gedanke, der diese Anstalten ins Leben rief, mag ein guter, menschenfreundlicher gewesen sein, aber er wurde im Laufe der Zeit gänzlich entartet, indem sich diese Anstalten zu einer der drohendsten Gefahren umwandelten, welche je über der Freiheit schwebten. Wir Alle, die wir uns in Folge Ihres Vertrauens am Staatsruder befinden, waren von dieser Wahrheit durchdrungen. Jeder von uns kennt die Anstrengungen, welche die Versammlung machte, um diese Werkstätten der Staatsgefahr aufzuheben; ich brauche daher wohl nicht in die Einzelnheiten einzugeben, um Ihnen das Furchtbare ihrer Organisation zu wiederholen. Das Gute, das sie schufen, wurde bei weitem von dem Schlechten, das sie bargen, überwogen. Als sie sahen, daß sich die Bürgerwehr zu jedem Preise dieser Gefahr entledigen wollte, brach der Kampf los. Es ist erwiesen, daß die Nat.-Werkstätten den thätigsten Theil am Kampfe nahmen. Die Zahl der Theilnahme erreicht an 40,000. Der Effektivbestand der Werkstätte betrug am 23. Juni zwischen 105 und 106,000 Mann. Die kräftigsten, geschicktesten, tüchtigsten Arbeiter derselben fielen im Kampfe oder wurden gefangen. Diese Thatsache hat die Untersuchungsbehörde amtlich ermittelt. Der Effektivbestand ist bedeutend geschmolzen, die ganze innere Organisation der Werkstätten, die, auf militärische Grundlage gebaut, eine fortdauernde Staatsgefahr bildeten, ist radikal vernichtet und ich kann der Versammlung die Versicherung geben, daß jede Gefahr vorüber. Aber es bleibt uns noch eine gewisse Zahl honnetter Arbeiter übrig, die sich keineswegs weigern, in die Privatwerkstätten zurückzukehren. Sie sind ohne Beschäftigung; der Finanzminister wird ihnen die betreffenden Gesetzentwürfe vorlegen. Goudchaux folgt dem Redner auf die Tribune und legt seinen neuen Finanzplan vor. Derselbe besteht 1) Im Rückzug des Eisenbahn-Expropriationsgesetzes (Bravos) 2) Rückzahlung der Sparkassebeträge, theilweise in Geld, theilweise in Renten. 3) Rückzug der Expropriation der Assekuranzgesellschaft. 4) Beibehaltung des Hypothekengesetzes, aber nur pr. 1848. 5) Progressivsteuer auf Erbschaften und Schenkungen u. s. w. Cavaignac nahm wiederholt das Wort, um die Eile oder Dringlichkeit dieser fünf Gesetzentwürfe zu beantworten. So wurde entschieden. Lasteyrie brachte die Todtenfeier in Erwähnung. Sie wurde auf den 6. Juli mit großem Pomp festgesetzt.

Türkei.

(Konstantinopel, den 21. Juni.) Die Cholera fährt fort, in allen Theilen der Hauptstadt und auch in einigen Dörfern am Bosporus ziemlich bedeutende Verheerungen anzurichten. Heute früh ist das Galazer Dampfboot um 24 Stunden später als gewöhnlich eingetroffen hat aber weder Zeitungen noch Briefe aus Wien mitgebracht, da in Folge des zwischen den Slaven und Ungarn ausgebrochenen Bürgerkriegs die Dampfschiffahrt unterbrochen ist. Mögen die Ereignisse nicht auch auf den Gang unserer Landpost störend einwirken, sonst würden wir hier aller directen Nachrichten aus Wien verlustig werden.

Zur Anfrage in Nr. 186 der Mittelfränkischen Zeitung, in Betreff der kgl. Brief- und Fahrpost-Einrichtungen möchte im Interesse des Publikums nachträglich noch der Wunsch auszusprechen sein, daß auch diejenigen Zeitungen und auswärtigen Blätter, welche mit der Abendpost vor 9 Uhr hier ankommen, den resp. Abonnenten, auf Verlangen noch an demselben Abende verabfolgt werden, wodurch nämlich für die Herren Post-Beamten keine besondere Mühe und Arbeit erwächst, weil dieselben ohnedem täglich von 9 bis 10 Uhr im Zeitungs-Büreau anwesend und beschäftiget sind, um die Beförderung der weiter gehenden Blätter und Pakets zu besorgen und bei dieser Gelegenheit auch schon die Aussuchung der für den andern Morgen zur Vertheilung bestimmten Blätter vornehmen.

Frequenz der kgl. Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft.

Monat Juni 1848.

1) Von Nürnberg nach Fürth und zurück 31083 Pers.	fl. 3357.	24 kr.
2) Von Fürth nach Muggenhof und zurück 40 Pers.	„ 4.	— kr.
3) An Viehtransport 99 Schweine	„ 6.	46 kr.
	fl. 3368.	— kr.

Die Frequenz der Zweigbahn unterliegt der Revision. Für dieselbe wurde nachträglich vergütet:

Monat März fl. 127. 30 kr. (1778 Personen, 86 Ctr. 81 Pfd. Reisegepäck, 1070 Ctr. 71 Pfd. Frachtgut.)

Monat April fl. 112. 5 kr. (1645 Personen, 76 Ctr. 44 Pfd. Reisegepäck, 818 Ctr. 64 Pfd. Frachtgut.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Trauer-Anzeige.

Gestern früh um 7 Uhr entschlief sanft und ruhig in dem Herrn unsere unvergeßliche Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Eleonora Lamp,
Schneidermeisters-Wittwe,

in einem Alter von 72 Jahren und 2 Monaten, nach zwölfwöchentlichem Krankenlager, an der Brustwassersucht. Ihr ist nun wohl, sie ist heimgegangen zum Vater des Lichts, wo sie die Ihrigen und ewige Ruhe finden wird. Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, Altdorf, Regensburg, und Geroldsfeld, 7. Juli 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag den 9. Juli Nachmittags 2 Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhof statt.

Dank.

Unterzeichneter fühlt sich verpflichtet, dem Landarzt Hrn. Häfling in Gräfenberg, der durch seine liebevolle Behandlung, sowie durch äußerst geschickt angewandte Mittel mir nächst Gottes Beistand meinen schwer verletzten Fuß in ganz kurzer Zeit wieder heilte, seinen innigsten Dank zu sagen.

Gott, der Vergelter alles Guten, möge diesen geschickten und umsichtigen Arzt noch recht lange zur Linderung der nothleidenden Menschheit erhalten. Allen denjenigen aber, welche an äußerlichen Gebrechen leiden, empfehle ich Hrn. Häfling als Menschenfreund und geschickten Arzt.

Gräfenberg, den 6. Juli 1848.

L. H. Herold

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Bei meinem Umzug von S. Nro. 158 Augustinstraße in die innere Laufergasse S. Nro 796 danke ich meiner alten Nachbarschaft für ihr freundschaftliches Wohlwollen und bitte zugleich meine neue um freundliche Aufnahme.

Dem geehrten Kaufmanns-Stand bitte zugleich, mir in meinem Geschäft sein gütiges Zutrauen wie bisher noch ferner zu schenken.

J. Conrad Wolf, Pinselfabrikant, nebst Familie.

Antwort

auf die Anfrage des Schuhmachermeisters Herrn Georg Eitel in der mittelfränkischen Zeitung Nr. 189.

Obschon der Unterzeichnete für Amtshandlungen eine öffentliche Rechenschaft nicht geben soll, so glaubt er doch im concreten Falle ohne Pflichtverletzung erwiedern zu dürfen, daß er aus Veranlassung einer auswärtigen Behörde, durch den hiesigen Magistrat beauftragt worden ist, nach einem angeblich aus Philadelphia gekommenen Brief bei einigen hiesigen Bürgern Nachfrage zu halten, daß er aber den fraglichen Brief nicht ermittelt, denselben daher nicht gesehen, sohin die Abgabe an den Adressaten nicht aufgehalten hat, und auch nicht weiß, in wessen Händen derselbe sich befindet

Nürnberg, den 7. Juli 1848

Röder,
Polizei-Actuar.

Bekanntmachung.

Da ich schon viele Jahre mein Geschäft als Kleidermacherin betreibe und es mir jetzt an Arbeit fehlt, so fühle ich mich veranlaßt, den hochedlen Damen ein Kleid oder einen Oberrock um den sehr billigen Preis von 1 fl. 12 kr. in modernster Facon zu verfertigen.

Näheres in der Exped. d. Bl.

Nürnberg,

als Sitz des Reichsverwesers und des Parlaments,

empfiehlt sich vor allen anderen Städten Deutschlands.

Mitten in Deutschland gelegen, dem Osten, Westen, Süden, Norden gleich nahe, dabei ein wohlfeiler und geräumiger Aufenthaltsort, gewährt Vorzüge, welche kein anderer Ort geben kann. Sind die Eisenbahnen nach Frankfurt, Regensburg, Böhmen vollendet, so kann man von hier aus in einem Tage nach der nördlichen, südlichen, westlichen Grenze gelangen, in 1½ Tag nach der östlichen. Frankfurt ist zu nahe an der einen Grenze, daher zu unsicher und zu beschränkt in seinen Räumlichkeiten; Würzburg liegt zu isolirt.

Tanz-Unterhaltung

mit Quartett-Musik

findet nächsten Sonntag bei Hrn. Feldmann vom Unterzeichneten statt, wozu sich höflichst empfiehlt

Anfang halb 6 Uhr.

J. A. Lange, Tanzlehrer.

Almoshof.

Sonntag den 9. Juli ist Tanzmusik, und ladet ergebenst ein

Wild.

(Kauf-Gesuch.) Eine noch in ganz gutem Zustand erhaltene Thurm-Uhr wird zu kaufen gesucht

Wirthschaft zum Täublein

am Webersplatz.

Zu dem Sonntag den 9. und Montag den 10. Juli stattfindenden Jahresfeste, wobei gut besetzte Tanzmusik stattfindet, lade ich das verehrliche Publikum zu geneigtem Besuche ergebenst ein. Für gutes Felsenkellerbier, kalte Speisen, gute Küchlein und schnelle Bedienung ist bestens gesorgt.

Th. Müller.

Anzeige.

Den verehrlichen Mitgliedern der Stahlbogen-schützen-Gesellschaft wird hiemit angezeigt, daß Sonntag den 9. Juli 1848

Das Hammelschießen

im Schnepperggraben stattfindet.

Nürnberg, den 6. Juli 1848

Die Schützenmeister.

Schloßzwinger.

Heute Samstag den 8 Juli findet zur Vorfeier der Webers-Kirchweih Blech-Harmoniemusik unter der Leitung des Herrn Lippert statt, wozu ergebenst einladet

Fuchs.

Rohlederers-Garten.

Morgen Sonntag findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser

Ball im Saale des Bamberger Hofes.

Bei Gelegenheit der Webers Kirchweih findet Sonntag auf dem Schloßzwinger Blechmusik unter Leitung des Herrn Lippert, und am Abend Ball in meinem Hause statt, wobei ich mich bestens empfehle.

Entree für Herren 24 kr., für Damen 12 kr.

Fuchs

Goldne Rose am Webersplatz.

Sonntag, den 9. Juli und Montag, den 10. Juli, findet zur Feier des Jahresfestes „Harmoniemusik" statt.

Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt, und ladet zu einen recht zahlreichen Besuch ergebenst ein. Achtungsvoll

Amdos.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 8. Juli findet vollständige Orchestermusik statt. Entree 6 kr. à Person. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Kirchweihfest am Dutzendteich.

Dasselbe wird am Sonntag den 9. Juli gefeiert und findet Nachmittags gute Harmonie-Musik statt; am Abend ist Ball. Samstag den 8. Juli, als am Vorabend, gibt es Metzel-Suppe. Der ergebenst Unterzeichnete, der das hochverehrte Publikum zu zahlreichem Besuch einladet, wird alles aufbieten, seinerseits durch gute Bedienung und Bewirthung sich die allgemeine Zufriedenheit zu erwerben.

Fischer,
Pächter der Dutzendteich-Wirthschaft.

Felsenkeller.

Bei Gelegenheit der Webers-Kirchweih ist Unterzeichneter gesonnen, seinen Felsenkeller zu öffnen, und ladet verehrte Bekannte und Freunde ergebenst ein

Heinr. Büchel,
Brauereibesitzer.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 10. Juli Production im Zwinger bei Herrn Kißkalt. Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Regensburger Hof.

Samstag den 8. Juli ist Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

Schmidt.

(Einladung.) Nächsten Sonntag den 9 Juli wird das Jahresfest gefeiert. Für kalte Speisen und gutes Felsenkellerbier ist bestens gesorgt, um zahlreichen Zuspruch bittet

G. Neiff.
zur Stadt Stralsund auf dem Paniers-Platz.

(Zu verkaufen.) Ein Kinderfahrwagen ist im 2ten Stock L. Nro. 1487 der Mohrenlorgasse billig zu verkaufen.

Anfrage.

Ist der Bierwirth Ziegelmeier berechtigt, von Handwerksleuten für einen 3 kr. Kipf 4 kr. zu verlangen?

Conrad Meissenbach.

(Eingesandt)

Auf dem Markte erlaubt sich eine Höckersfrau S....t, auf die Preise einzelner Viktualien in der Weise einzuwirken, daß sie die Verkäufer zu bestimmen sucht, ihre Waaren nur für wahrscheinlich zum Vortheile der Höckersfrau festzusetzende Preise abzulassen. Die Viktualienpolizei wird auf dieses dem Publikum nachtheilige Treiben aufmerksam gemacht, damit dieselbe hier gehörig und mit Nachdruck einschreite.

Mehrere Bürger

(Zu vermiethen) In S Nro. 978a am Obstmarkt sind zwei geräumige Wohnungen vom Ziel Allerheiligen an zu vermiethen

Zu verkaufen oder zu vermiethen.

Ein kleines Haus, für einen Feuer-Arbeiter besonders passend, ist zu verkaufen, oder auch vom Ziele Allerheiligen an zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In einer sehr angenehmen Lage, Nro. 75 vor dem Frauenthor nächst der Eisenbahn, ist ein Logis von 2 heizbaren Zimmern, 1 Kammer, 1 Küche, 1 Holzlage, 1 Boden und andern Bequemlichkeiten zu vermiethen

(Zu vermiethen) In L. Nr. 827 der Königsstraße sind 2 tapezirte Zimmer nebst Kammer und Küche mit Bett und Möbeln täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Bis zum Ziel Lorenzi 1848 ist im Hause Nro. 25 am Herrnmarkt in Nürnberg eine große Wohnung im ersten Stock nebst Pferdestall zu vermiethen. Nähere Aufschlüsse werden im 3. Stock dieses Hauses ertheilt

(Zu verpachten.) Eine Bierwirthschaft und Pfragnerei in einer schönen Lage der Stadt, ist an einen soliden Mann zu verpachten.

(Zu verkaufen.) L. Nr. 444 der breiten Gasse ist ein sehr gutes Pianoforte von Nußbaumholz mit 6 Okt. billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welches in allen weiblichen Arbeiten erfahren ist, wünscht als Ladenjungfer oder Stubenmädchen wieder unterzukommen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

(Gesuch. Ein solides Mädchen, welches das Kleidermachen gründlich erlernt hat, und an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnt ist, wünscht in einem achtbaren Hause unterzukommen.

(Gesuch.) In ein hiesiges Gasthaus wird eine tüchtige zuverlässige Köchin gesucht, welche sich auch nebenbei Hausarbeiten unterziehen muß, und ihre Brauchbarkeit durch Atteste beweisen kann

(Gesuch.) Eine brave Magd, die gut kochen kann, in allen häuslichen Arbeiten gut bewandert ist, und die besten Zeugnisse aufzuweisen hat, wünscht bis nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Das Nähere L. Nr. 655.

(Gesuch.) Eine Magd, welche im Kochen erfahren ist und sich jeder Hausarbeit unterziehen kann, wünscht wieder in einem soliden Hause unterzukommen

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches in den Hausarbeiten nicht unerfahren ist, auch nähen und stricken kann, wünscht nächstes Ziel in Dienst zu kommen.

(Lehrling-Gesuch) In einem Etuis- und Portefeuill-Geschäft kann ein Lehrling mit oder ohne Lehrgeld unterkommen

(Gesuch.) Ein braves sittliches Frauenzimmer, welches bei einer angesehenen Herrschaft dient, wünscht wieder als Zimmer- oder Hausmagd nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Eine ordentliche Magd, die Hausmannskost gut kochen kann, und gut empfohlen wird, sucht bis nächstes Ziel in einem soliden Hause in Dienste zu treten.

(Gesuch.) Zu einer gangbaren Profession wird ein junger Mensch gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch) Eine brave und ordnungsliebende Magd, welche Liebe zu Kindern hat, auch etwas Kochen versteht, kann in einem soliden Hause Unterkunft finden, jedoch ohne Bekanntschaft. Unter Adresse B in der Exped. d. Bl.

(Gesuch) Es wird ein solid gebauter und gut erhaltener einspänniger Reisewagen zu kaufen gesucht. — Näheres in S. Nro. 1104 neben der Wunderburg.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9. Juli 1848. № 191 Sonntag: Gottlob

Das bayersche Ministerium.

Wenn wir unsere bayerschen Zustände betrachten, so ist es ein Gefühl herzlicher Unzufriedenheit, was uns ergreift: mögen wir ins Auge fassen, was geschieht, oder mögen wir an das gedenken, was nicht geschieht. Das Erstere — was geschieht — trägt das Gepräge der Halbheit, des Schwankens, der Unentschiedenheit, wenn auch gar manches zu verstehen gibt, daß die Halbheit durch die unabänderlichen Verhältnisse geboten ist, und daß man gern zu entschiedenen Maßregeln greifen würde, wenn man es wagen dürfte, ohne Alles auf das Spiel zu setzen. Verständlicher ist das, was nicht geschieht. In dieser Beziehung möchte ich nur auf Zweierlei aufmerksam machen. Erstens erscheint es sehr bedenklich, daß nicht nur nichts für die allgemeine Nationalbewaffnung gethan wird, daß dieselbe vielmehr vollkommen ignorirt wird, während tagtäglich so viel für das stehende Heer geschieht, das, wie es scheint, in hohem Maße vermehrt werden soll. Es gibt der bewaffneten Bürger im Ganzen nur noch höchst wenig, und diese Wenigen hat man noch dazu in Spezialkorps vertheilt, deren Scheidung nicht auf den Waffen beruht, sondern auf den verschiedenen Ständen und Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, so daß man, z. B. in München, wenn ich recht berichtet bin, eine eigentliche Landwehr, ein Korps von Bürgerssöhnen, ein Studentenkorps und ein Künstlerkorps zählt, während man vernünftigerweise nur von einem Bürgerheer sprechen sollte. Dadurch wird der Stände- und Kastengeist genährt, mit welchem eine freie Staatsverfassung vollkommen undenkbar ist. Das ists aber eben, was das Ministerium zu beabsichtigen scheint. — Das Zweite, was Jedem, der die heutigen Zustände näher ins Auge faßt, als sehr bedenklich erscheinen muß, ist, daß das Ministerium immer noch zögert, die bisherige Kammer aufzulösen und Wahlen zur Bestellung einer neuen anzuordnen. Hat das Ministerium einen einzigen hörbaren Grund, die Auflösung zu verschieben? Will es etwa diese Kammer noch länger bestehen lassen, sie nochmals zur Berathung wichtiger Verhältnisse berufen? Ich zweifle zwar nicht im Mindesten, daß es mit der alten Kammer sehr zufrieden war: es hat dazu auch alle Ursache gehabt. Aber die Kammer ist nicht da, damit ein Ministerium bequem und ruhig regiere; ihre höchste, ihre einzige Aufgabe ist, des Volkes Wünsche auszusprechen, deren Erfüllung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Hat die bisherige Kammer dieser ihrer Aufgabe entsprochen? Die Kammer soll nicht die Regierung, sie soll das Volk vertreten; kann man von der bisherigen Kammer dies behaupten? Daß sie in ihrer jetzigen Zusammensetzung das Volk in keiner Weise repräsentirt, hat die bayerische Staatsregiernng selbst eingesehen, sie hat es selbst deutlich genug ausgesprochen, als sie ein neues Wahlgesetz vorlegte. War dies nicht die vollgültigste Erklärung, daß das bisherige seinem Zwecke nicht entspreche? daß mit demselben keine Kammer gebildet werden könne, welche in der That das Volk und dessen Interessen verstehe und vertrete? Hat die Regierung durch die einfache Vorlage des Wahlgesetzes nicht selbst den Stab über die jetzige Kammer gebrochen, sie für unfähig erklärt, ihrer Aufgabe zu genügen? Und doch zögert sie, neue Wahlen anzuordnen! Dieß könnte nur dann gerechtfertigt werden, wenn das Volk sich in seiner Majorität und mit der größten Entschiedenheit dahin ausgesprochen hätte, daß es mit der bestehenden Kammer vollkommen zufrieden sey, daß sie seinen Wünschen in jeder Beziehung entspreche, daß sie für das Volk und dessen Bedürfnisse Alles gethan habe. So lange keine solche Erklärung vorliegt, kann dem Ministerium die Nothwendigkeit einer schleunigen Kammerauflösung nicht entgeben, ohne das Mißtrauen muthwillig heraufzubeschwören. Aber weit entfernt, daß sich das Volk in dem angegebenen Sinne ausgesprochen hätte, liegt vielmehr das entgegengesetzte Urtheil vor, wie man sich aus allen öffentlichen Blättern überzeugen kann, die, wenn sie auch in allen übrigen Fragen sich bekämpften, doch darin vollkommen einverstanden waren, daß die Kammer ihrer Aufgabe nicht gewachsen sey, daß von ihr nur Halbheiten erwartet werden könnten. Oder sind die Zeitverhältnisse vielleicht die Ursache der Zögerung? Es ist nicht anzunehmen, daß die Einberufung der Kammer in den nächsten Wochen nothwendig sein werde, denn wenn auch die äußeren Verhältnisse drohender werden sollten, so ist es zunächst die Aufgabe der Nationalversammlung, das Nöthige zu verfügen. Auch würde die Konstituirung der neuen Kammer nicht so viel Zeit erfordern, daß sie nicht bei dringenden Ereignissen schnell versammelt werden könnte. Die Regierung hat schon lange gewartet, ehe sie sich zum Unabänderlichen entschlossen hat; möchte sie nicht noch mehr Zeit verlieren: es könnte der Erfolg ein ganz anderer sein, als den sie zu hoffen scheint. — Doch vielleicht thue ich dem Ministerium Unrecht: vielleicht rührt seine Zögerung aus einer ganz andern Ursache her; vielleicht will es durch eine wahrhaft geniale Maasregel beweisen, daß man ihm bis jetzt Unrecht gethan hat, wenn man ihm staatsmännische Talente absprach. Eine solche Maßregel aber wäre, ohne Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlgesetze, in Nachahmung Preussens, eine konstituirende Versammlung aus dem gesammten Volke zu berufen, um mit derselben eine neue Verfassung zu berathen und zu vereinbaren, da die von 1818 vollständig ausgestorben ist. (Fränk. M.)

XX Fortsetzung des Berichts uber die Volksvereinsversammlung zu Nurnberg am 4. Juli.

Eine schon in der vorigen Versammlung gemachte Anzeige des Hrn. F. Röder über eine vorgekommene Verletzung des Briefgeheimnisses von Seite unsres Magistrats wurde nach darüber inzwischen eingezogenen Erkundigungen dahin erledigt, daß dieselbe auf den Grund einer zur Zeit noch in Kraft bestehenden alten Ministerial-Verordnung geschehen sei, zu deren endlichen Aufhebung Hr. Bgm. Binder selbst die nöthigen Schritte zu thun versprochen hätte. Hierauf kam die Aeusserung des Präsidenten von Mittelfranken an eine Deputation der Erlanger Studenten: „daß das Assoziationsrecht zur Zeit in Bayern nicht bestehe, auch im letzten Ständeabschied desselben keine Erwähnung geschehen sey,“ zur Sprache. Nachdem von allen Gutgesinnten anerkannt werden muß, daß die bessere Gestaltung unserer vaterländischen Zustände nur durch die thatsächliche Ergreifung des durch Polizei-Willkühr vorenthaltenen Assoziationsrechts angebahnt wurde, und dieses fortwährend von dem Volke, als ein heiliges und unantastbares Mittel zum Sch[illegible] Rechte, mit unbezweifelter Berechtigung in allen seinen bürgerlichen Verhältnissen ausgeübt wird, muß man sich wundern, daß ein an der Spitze der Kreisregierung stehendes Organ in gegenwärtiger Zeit, wo es so Noth thut, der Regierung das Vertrauen des Volks zu erhalten, mit einer mehr dem Hohne, als dem Ernste gleichsehenden Aeußerung eine Deputation beschieden, die gekommen war, um gegen polizeiliche Verletzung des Assoziationsrechts Schutz zu suchen. Es war zu erwarten, daß die Versammlung mindestens ihre Mißbilligung aussprechen werde; und dieß geschah einstimmig mit der Bemerkung, die Erwähnung davon bei dem der Oeffentlichkeit zu übergebenden Berichte ja nicht zu vergessen. Herr J. Merz hatte es im Ausschuß übernommen, der Versammlung in möglichst rechtfertigender Weise über die zur Centralgewalt von der Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse vorzutragen. Nachdem jener dieß nicht ohne Beifall gethan hatte, brachte der Vorsitzer dem erwählten Reichsverweser, Erzherzog Johann, ein Lebehoch, was von der Versammlung mit lebhaftem Jubel dreimal wiederholt wurde. Auf der Linken d. h. der gemäßigten Linken in unsrer Nationalversammlung hat ein Theil der Anwesenden seine Anerkennung für die Bereitwilligkeit, mit der [illegible] Einigkeit des Vaterlandes ihre Lieblingswünsche und individuelle Ueberzeugung zum Opfer brachte, zu erkennen zu geben für nothwendig gehalten, und dieß sowie ein auf Veranlassung des Hrn. F. Röder auf den Kölner Abgeordneten Herrn Raveaux ausgebrachtes Hoch fand allgemeine Beistimmung. Ein auf der Tagesordnung angemeldeter Vortrag des Hrn. Dr. Ghillany mußte wegen Mangel an Zeit auf die nächste Versammlung verschoben werden. Dieß war die vierte Versammlung des Vereins und die hiesige Einwohnerschaft, sowie die auswärtigen Vereine, welche sich uns anschließen wollen, mögen aus dem Vorstehenden die Ueberzeugung schöpfen, daß er sich bestrebe, seine Aufgabe zu lösen. In einer der nächsten beiden Sitzungen wird die Wahl des definitiven Ausschusses vorgenommen werden. — Wir glauben eine Pflicht zu erfüllen, wenn wir über die Thätigkeit des Vereins durch unsere Berichte öffentlich Rechenschaft ablegen.

Deutschland.

Bayern. (München, den 6. Juli.) Vermöge allerhöchsten Rescripts vom 28. Juni l. J. wurde als Betriebsinspector und Vorstand des Betriebamtes der Donau-Dampfschifffahrt zu Regensburg der technische Inspector daselbst, Barthol. Kirchmaier ernannt. Die bei dem Oberappellationsgericht erledigte zweite Directorstelle außer dem Status, wurde, dem quiescirten ersten Director des Appellationsgerichts der Oberpfalz und Regensburg, Michael Stautner, unter Wiederactivirung desselben verliehen. (A. A. Z.)

Die Augsb. allg. Ztg. bringt die Nachricht, daß der Erzherzog Johann die Wahl des Reichsverwesers angenommen mit dem Zusatz, daß diese Nachricht der Bestätigung bedürfe.

Baden. (Möhringen, im Seekreis, 5. Juli.) Das zweite Bataillon des bayerischen Infanterie-Regiments König rückte gestern, von Konstanz kommend, in unsere Gegend und vertheilte sich auf die Ortschaften Möhringen, Immendingen, Bachzimmern, Zimmern, Ippingen, Eßlingen, um hier Standquartier zu halten. Ein Anwesender suchte mehrere der Soldaten dahin zu bringen, Hecker hoch leben zu lassen, äusserte sich auch ungunstig über den König von Bayern; allein der Mann hatte sich verrechnet, und die Sache endete in einer Weise, daß der Fragliche wohl für alle Zukunft sich jedes derartigen Bekehrungsversuchs enthalten wird. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 6. Juli.) Die Nationalversammlung eröffnete heute die Berathung über den §. 2 des Art. 1 der Grundrechte. Derselbe betrifft das jedem Deutschen zuzusichernde Recht der Niederlassung, des Gewerbsbetriebs und der Erwerbung des Gemeindebürgerrechts in den einzelnen Staaten Deutschlands. Zu diesem Paragraph wurde eine Anzahl Amendements eingebracht und entwickelt. Die Diskussion ist noch nicht beendigt. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 6. Juli.) Nachdem vielfache Versuche gemacht sind, ein politisches Glaubensbekenntniß für das sog. Centrum aufzustellen, so mag sich der nachstehende Entwurf denselben anreihen. Daß derselbe einer Verbesserung und Berichtigung bedürfen kann, verhehlt sich der Einsender nicht; er hat nach seiner Ueberzeugung die wesentlichen Punkte, in welchen das eigentliche Centrum übereinzustimmen scheint, zusammengefaßt. Wenigstens glaubt er, die nachfolgenden Grundsätze aus den bisherigen Abstimmungen als die leitenden erkannt zu haben: 1) Das Recht des Volkes, sich selbst zu regieren, das Princip der Volkssouveränetät wird anerkannt. 2) Die Nationalversammlung ist kraft dieses auf sie übertragenen Rechtes unbedingt befugt,

Alles zu beschließen, was den durch ihr Zusammentreten geschaffenen Bundesstaat Deutschland betrifft. 3) In jedem einzelnen Falle ist zu entscheiden, in wie weit aus Gründen der Zweckmäßigkeit dabei eine Mitwirkung der Regierungen der einzelnen Staaten zugelassen werden kann oder muß. 4) Als diejenige Regierungsform, welche zur Zeit den Bedürfnissen und Wünschen der großen Mehrzahl des deutschen Volkes entspricht, wird die konstitutionell-monarchische auf so breiter demokratischer Grundlage anerkannt, daß das Recht der Selbstregierung des Volks (seine Souveränetät) nur die Beschränkungen erleidet, welche das Wesen der konstitutionellen Monarchie nothwendig macht. Die Frage, ob dem erblichen Staatsoberhaupte ein unbedingtes oder nur ein suspensives wiederholtes Veto zu geben sei, ist eine offne. 5) Der Bundesstaat „Deutschland“ soll diejenige Verfassung erhalten, welche am besten den bestehenden Verfassungen der einzelnen konstitutionell-monarchischen Staaten anpaßt, ohne daß der Charakter und die Kraft des Bundesstaates als solcher gefährdet wird. Eine starke Centralgewalt ist aber vor Allem nothwendig. (Frkft. J.)

(Frankfurt a. M., den 5. Juli.) Seit der Wahl des Reichsverwesers, also seit den letzten acht Tagen nimmt man ein stetiges Steigen der Staatspapiere wahr, so daß auf der gestrigen Börse die Kurse gegen die von der Mitte der vorigen theilweise bedeutend höher standen. Zum Belege folge hier eine Zusammenstellung mehrere Kurse, wie sie einerseits am 29. Juni und anderseits am 4. Juli hier standen:

			29. Juni.	4. Juli.
Oestr.	5	% Metall.	58	$66\frac{1}{2}$
»	4	% »	$46\frac{7}{8}$	$53\frac{1}{2}$
200 fl.	Loose bei	Rothschild	58	70
500 fl.	»	» »	93	100
würtemb.	$3\frac{1}{2}$	% Oblig.	$71\frac{1}{4}$	$75\frac{1}{4}$
»	$4\frac{1}{2}$	% »	$86\frac{1}{4}$	90
baden.	$3\frac{1}{2}$	% »	68	72
»	50	fl. Loose	$37\frac{5}{16}$	41
»	35	fl. »	$22\frac{3}{4}$	$25\frac{1}{8}$
Darmst.	50	fl. »	$53\frac{1}{4}$	$55\frac{1}{2}$
»	25	fl. »	$17\frac{3}{4}$	19
nassau.	25	fl. »	18	19
bayer.	$3\frac{1}{2}$	% Oblig.	71	$72\frac{1}{2}$

(Frankfurt, den 6. Juli.) Ein hier allgemein verbreitetes Gerücht spricht nicht allein davon, daß Erzherzog Johann die Reichsverweserstelle angenommen, sondern sogar, daß man ein Verantwortlichkeits-Gesetz für ihn erlasse. (N. Würzb. Z.)

Oesterreich. (Wien, den 4. Juli.) Im Ministerrath wurde beschlossen, die Armee in Italien unverweilt um 60,000 Mann zu verstärken, und es erging sogleich an alle Generalkommandos der Befehl sämmtliche Truppen, bis auf die für den Garnisonsdienst unentbehrliche Anzahl derselben, binnen 24 Stunden den Marsch nach Italien antreten zu lassen. (A. A. Z.)

× (Wien, den 5. Juli.) Meinen letzten Brief empfingen Sie von Linz. Gestern Morgens verließen wir diese Stadt auf dem Dampfschiffe »Hunyas« und die Deputation der Abgeordneten der National-Versammlung wurde beim Abschiede eben so feierlich an Bord geleitet, als man sie bei Ankunft herzlich empfing. Die Reise blieb, im Verhältnisse zwischen Regensburg und Linz ziemlich ohne alle Ereignisse, da man von der Ankunft der Deputation nichts gewußt zu haben scheint. Nur in Mühlhausen wurden die Abgeordneten von einer Deputation in National-Garde-Uniform im Namen der Provinz ob der Enns bewillkommt und in Stein schlos sich eine andere an, welche nebenbei beauftragt war, dem erkorenen Reichsverweser die Huldigung der Städte Stein und Krems, als Oberhaupt Deutschlands zu bringen. Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr traf unser reich beflaggter Dampfer in Nußdorf ein und wurde mit donnernden Hoch und Salven empfangen. Seinerseits begrüßte es ebenso lebhaft mit Fahnenschwenken, Böllerschüssen und Tücherweben die freie Stadt Wien. Auf der Landungsbrücke wurden in ungesuchten Worten die ersten Herzensergießungen getauscht. Es kam hier nicht darauf an, den Rahm der Beredtsamkeit zu erwerben, es grüßten und küßten sich Brüder in liebender Begegnung. Rotenhan aus München rühmt als am erhebendsten, daß von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf, im ganzen Reiche, nur die Eine Gesinnung, der Eine Jubel, die Eine Ueberzeugung herrsche, daß die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser die glücklichste sei. So weit die deutsche Zunge reicht, lebt diese Ueberzeugung. Namentlich soll der Empfang der Deputirten in Linz ein glänzender gewesen sein. Hr. Fischhof sprach poetische Worte über die gegenseitige Schätzung und Anerkennung, die sich brüderliche Nationen schuldig sind, und schloß mit dem schönen Sinnspruch des Dichters: „Schmückt die Rose sich, so schmückt sie auch den Garten.“ — Kräftig, männlich und entschieden war Raveaux Rede; er entwickelte energisch die Bedeutung dieser „großen That“, wie er die Erwählung des Erzherzogs nannte, und ihm entgegnete Oberst und Kommandant Pannasch sehr treffend: „Sie kommen, um uns unsern geliebten Prinzen zu nehmen, aber wir sind entzückt, daß Sie ihn uns als Reichsverweser wieder geben.“ Somit waren die Reden geendet und die Gäste wurden unter erneutem Vivatrufen, Trommelschlag und Grüßen an die bereitstehenden Hofwagen geleitet, von reitender Garde eskortirt, und im wahren Triumphzug nach der Stadt geführt; eine unabsehbare Reihe von Wagen schloß sich an. Die Stadt bot um diese Stunde ein reizvolles Ansehen; in ihren Strassen wogte ein neues, erhöhtes Leben. Nur schrittweise konnte sich der Zug vorwäts bewegen. Die Abgeordneten wurden in der Kärntnerstrasse, im Hause zu den „drei Löwen“ gastfreundlich von dem Herrn Springer aufgenommen, aus dessen Fenstern dieselben wieder die unten harrende Menge haranguirten, und die Tagesfragen in prägnanten Reden berührten.

Heute Morgens 11 Uhr fand die feierliche Auffahrt der Abgeordneten bei Seiner k. k. Hoheit dem Erzherzog Johann statt. Der Zug bewegte sich von dem Absteig-Quartier in der Kärnthnerstraße in folgender Ordnung nach der Hofburg zur Reichskanzlei. Voran eine Abtheilung der berittenen Nat.-Garde, welcher der Ober-Kommandant Panna den übrigen Chefs und sämmtlichen Offizieren der Nat.-Garde folgte. Hierauf folgte ein Musik-Chor und die Fahne des 6. Wiener Bezirks mit den denkwürdigen Daten 13., 14. und 15. März. Nach diesen kamen der sämmtliche Bürgerausschuß, hierauf eine Hof-Kommission und in fünf Hof-Gallawagen die Frankfurter Deputirten. Von dem Absteig-Quartier bis zu dem Gemach Sr. k. k. Hoh. des Erzherzog Johann waren Spaliere der Nat.-Garde in aufsteigenden Graden selbst bis zur Generals-Charge (an der Thür stand selbst der Kriegsminister Latour) aufgestellt. Als die Deputirten bei Sr. k. k. Hoheit dem Erzherzog Johann ankamen, wurde zum Zeichen für das Volk 101 Kanonenschuß auf der Burgbastei von der Nationalgarde-Artillerie gelöst.

Ich kann Ihnen für jetzt nur schreiben, daß Se. k. k. Hoheit die Wahl zum Reichsverweser angenommen. Glück auf, Deutschland! Gott gebe, daß der alte Stamm Habsburg uns aufs Neue den Retter und Wiederhersteller der deutschen Macht nach Innen, der deutschen Macht nach Aussen schenke. Wien ist in Enthusiasmus.

Als Erzherzog Johann den Altan betrat und sich dem Volke zeigte, war der Jubel ein endloser. Die Nationalgarden schwangen die Säbel, als wollten sie feierlich schwören, daß das einige Deutschland von ihnen mit Gut und Blut als das große Vaterland angesehen werde. Heute Abend findet großer Fackelzug und Beleuchtung der Residenz und ihrer Vorstädte statt. Morgen werde ich nähern Bericht erstatten. Ich schließe mit dem Wunsche: Gott mit Deutschland!

Aus Briefen von Elemer im Banat an der untern Theiß entnehmen wir die bedrohte Lage der Ungarn und das traurige Schicksal der Deutschen in dortiger Gegend. Schon am Ostersonntag nach dem Gottesdienst brach zu Kikinda (einem Städtchen von 14,000 Einwohnern) unter der Raitzischen Bevölkerung der heftigste Aufruhr aus. Man forderte von dem dortigen Senat, die nicht zu erfüllende gleiche Vertheilung der Ueberlandsfelder, vertrieb hierauf die dort liegende Schwadron Husaren, stürmte und zerstörte das Rathhaus nebst allen Schriften und Dokumenten, sprengte endlich die Thore der Gefängnisse und befreite 85. Verbrecher. Die Mehrzahl der Senatoren ergriff die Flucht. Zwei davon fielen als Opfer der Rache dieser Verbrecher, welche sich sogleich an die Spitze des Aufruhrs emporschwang. Einer der Senatoren, ein Greis von 75 Jahren, wurde aus seinem Keller bei den Füßen herausgeschleppt und mit zahllosen Gabelstichen getödtet; der zweite bot 60,000 fl. für sein Leben, man hieb ihm die Hände und Füße ab, ließ ihn so verstümmelt, und erschlug ihn erst nach vollendeter Zerstörung seines Hauses; 16 Häuser der Senatoren wurden fast von Grund aus niedergerissen. Am vierten Tage langten endlich 2000 Mann Reiterei regulärer Truppen nebst 12 Stück Kanonen von Temeswar an. Kikinda unterwarf sich und lieferte bei 400 Aufrührer aus, wovon acht gehenkt wurden. Hierdurch wurden die Aufrührer in allen umliegenden raizischen Ortschaften einige Zeit zurückgeschreckt, obschon raizische Geistlichkeit, und insbesondere Erzbischof Karlowitz, alle Raizen und Illyrier zur Einheit im Kampfe gegen die Ungarn und Deutschen aufforderte, und selbst in der Kirche den Eid ablegte, als ihr Anführer aufzutreten. Aus der Gegend von Belgrad sollen nach einem Gerücht sich bereits 1200 Servier dem Aufstand angeschlossen gehabt haben; als jedoch der Pascha in ihrer Heimath ihre Häuser anzünden ließ, kehrten sie wieder zurück zu ihren Brandstätten. (Konservative Maßregel.) Seitem war es ruhig bis sich am 3. Juni d. J. die Raizen und Illyrier unter Anschluß des Gränzmilitärs zu Neusatz, Karlowitz und Tittel sammelten, in letzterm Ort das Zeughaus erstürmten und acht Stück Kanonen eroberten. Sie schlugen hierauf vier Stunden von Groß-Becskarek zu Perlas etwa zu 3000 Mann ein Lager auf, eine zweite Horde von etwa 4000 lagerte sich zwischen Josephsdorf und Neusatz. Wie verlautete, war es ihre Absicht, sich zwischen dem 9. bis 12. Juni der Ueberfuhr zu Elemer über die Theis zu bemächtigen, sodann die Stadt Becskarek mit Sturm zu nehmen, und sich mit den Raizen des Distrikts von Kikinda zu vereinigen. Der Angriff unterblieb jedoch, dagegen ging die erste Horde von Perlas unterhalb Elemer über die Theiß, und vereinigte sich mit der zweiten in dem Lager an der Römerschanze bei Josephsdorf. Am 10. Juni kam es bei Karlowitz zu einer Kanonade, wobei 16 Häuser zerstört wurden. Die ungarischen Truppen schlugen den größten Theil mit gefällten Bayonnetten zurück, und die Raizen verlaren 220 Mann. Erst nach dringenden Bitten überließ man die Leichen der Gefallenen den Raizen zur Beerdigung, und schloß auf 14 Tage zur Bedenkzeit Waffenstillstand. Kaum etwas beruhigt und hoffend, daß sich diese Horden auflösen würden, lief am 18. Juni mit Staffette die Nachricht ein, daß die Raizen noch diese Nacht, oder längstens den folgenden Tag die Theiß übersetzen würden. Die ungarische und die deutsche Einwohnerschaft von Elemer, etwa 320 waffenfähige Männer zählend, mußte nun neuerdings zur Vertheidigung der dortigen Ueberfuhr ausrucken. Am 19. früh 9 Uhr fuhr das von dem Grenzmilitär geraubte Dampfschiff nebst einem Schleppschiff die Theiß herauf. Es setzte die Hälfte seiner Mannschaft am jenseitigen rechten Theißufer bei Elemer mit klingendem Spiele ans Land, die zweite Hälfte landete mit dem Schleppschiff bei Echrok, $1\frac{1}{2}$ Stunden oberhalb Elemer. Der Angriff war stündlich zu erwarten, doch blieb am 20. Juni noch alles ruhig. Die Hitze war fast unerträglich, und der Thermometer stieg an diesem Tag bis auf 31° ohne den mindesten Luftzug. (A. A. Z.)

(Temeswar, den 29. Juni.) Die Insurgenten hatten keinen Angriff gegen die Stadt gewagt, sondern sich nach Alibunar zurückgezogen. Das illyrische Nationalkomite — wie es scheint, von der Niederlage in Prag betroffen — hatte um eine Bedenkfrist bis zum 30. Juni gebeten, um die an den Kaiser gesandte Deputation zu erwarten und die Ausgleichung mit dem ungarischen Ministerium zu versuchen. (Ein solcher Ausgleichungsentwurf war auch in Pesth für den nahen Reichstag vorbereitet.) Unser Temeswarer Brief enthält die bedeutsame Stelle: „Wir unsrerseits glauben fest, daß das tragische Schauspiel eines Bürgerkriegs erst beginnen werde, wenn es Rußland seiner Politik angemessen findet, sich der Angelegenheit seiner Stamm- und Glaubensverwandten anzunehmen; denn so gewiß es ist, daß die Masse der Slaven der russischen Herrschaft todtfeind ist, so gewiß ist es auch, daß die Leiter der Bewegung kein Bedenken tragen werden, dieses letzte Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke anzuwenden.“ Der Schreiber dieses Briefes ist ein Ungar. Aber auch unsere deutschen Korrespondenten in Siebenbürgen nehmen für die Magyaren gegen die Illyrier Partei, während in Triest, Wien und Innsbruck im allgemeinen dem Banus von Croatien mehr Vertrauen geschenkt wird, als den Magyaren, die unmittelbar nach der Wiener Märzrevolution ihre auffallende Sonderstellung eingenommen hatten, und erst jetzt, da die slavische Noth sie drängt, sich dem Kaiserstaat wieder nähern. Die Wiener Presse, welche unbedingt für oder wider die Magyaren Partei nimmt, hat bis jetzt wenig für Aufhellung dieser verwickelten Verhältnisse gethan. Wir hoffen einige Beiträge dazu liefern zu können. Die Hauptblätter sind: die Agramer Ztg., als Organ des Banus, die Pesther Ztg., die das ungarische Ministerium vertritt. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 5. Juli.) Der König hat dem Regierungspräsidenten Kühlwetter, unter Ernennung desselben zum Staats-Minister, die bisher interimistisch von ihm geführte Leitung des Ministeriums des Innern definitiv übertragen; dem Staats-Minister Rodbertus die nachgesuchte Dienstentlassung und die Leitung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten interimistisch dem Ministerial-Direktor, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath von Ladenberg übertragen. (Pr. St.-Anz.)

Schleswig-Holstein. (Bremen, den 5. Juli.) Ein hier eingetroffenes Privatschreiben d. d. Kopenhagen 3. Juli berichtet aus sicherer Quelle, daß ein Waffenstillstand auf 3 Monate zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark abgeschlossen ist. Sobald daher die preussische Ratification in Kopenhagen eintrifft, werden die Häfen geöffnet und die Kreuzer zurückgezogen werden. Die »Börsenhalle« enthält über dieselbe Nachricht folgende Angabe: „Den Berichten eines so eben mit dem „Nordstjernan" aus Kopenhagen zurückgekehrten glaubwürdigen Reisenden zufolge war dort am 3. Morgens ganz allgemein das Gerücht verbreitet, daß am 2. d. ein Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark auf drei Monate definitiv abgeschlossen worden. Die Bedingungen desselben, so weit man sie in Kopenhagen kennen wollte, sollten folgende seyn: Räumung Fühnens von Seiten der schwedischen Schleswigs von Seiten der deutschen Truppen; Schleswig bleibt völlig unbesetzt; Aufhebung der Blokade der deutschen Häfen und Freigebung der in Kopenhagen retinirten deutschen Schiffe, Letzteres, sobald der Geldwerth der von den preussischen Truppen in Jütland gemachten Requisitionen ermittelt und erstattet ist. (Wes. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 6. Juli.) Wir erfahren, daß heute aus Wien die erfreuliche Nachricht eingetroffen, Se. Kais. Hoheit der Erzherzog Johann habe die ihm übertragene Würde des Reichsverwesers angenommen. Die österreichische Regierung soll zwar der Ansicht gewesen seyn, daß zu dieser Annahme noch die Einwilligung der höchsten Stelle erforderlich sei; indessen sei dieser Punkt durch die von dem Bundespräsidialgesandten gegebene zustimmende Erklärung bereits im Voraus erledigt. (Schwb. M.)

Donaufürstenthümer.

(Klausenburg, den 27. Juni.) Laut den neuesten Nachrichten aus Bucharest ist dort am 22. d. die schon lange vorausgesehene Revolution ausgebrochen. Fürst Bibesko, welcher zu Wagen einen Ausflug machte, begegnete drei in einem andern Wagen sitzenden Bojaren, welche alle ihre Gewehre zu gleicher Zeit auf ihn abfeuerten, jedoch ohne ihn zu verwunden. Die Kugel des einen traf seine Epauletten — die Schüsse waren wegen des schnellen Fahrens beider Wagen unsicher. In der Stadt kam es darauf zum Aufstande, dessen Details man noch nicht kennt. Indessen scheint ziemlich gewiß zu sein, daß auf die Nachricht von diesen Ereignissen die dicht an der Grenze stehenden russischen und türkischen Truppen in das Land einrückten. Die Besetzung der Moldau durch russische Truppen wird von mehrern glaubwürdigen Seiten verbürgt. Nur vor kurzem erhielten wir die sichere Nachricht von einem starken russischen Lager bei Leowa, sowie von einem bedeutenden Armeekorps, das dicht an der Moldauer Grenze und kaum 5 bis 6 Tagreisen von dem siebenbürgischen Oitozer Passe kantonirte. Der russische Generalkonsul Duhamel ist nach einem zweiwöchentlichen Aufenthalt in Jassy nach Bucharest und von dort nach Serbien geeilt. Außer diesem russischen Feinde haben wir noch einen andern fast eben so gefährlichen Feind in unserer Nähe — die Cholera. Laut amtlichen Nachrichten waren vom 26. bis 31. Mai a. St. (8. bis 13. Juni) unter einer Bevölkerung von etwa 99,000 Seelen in Bucharest erkrankt 440, gestorben 101 Personen. (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 4. Juli.) Der Moniteur bringt das Dekret, das die Nationalwerkstätten des Seinedepartements sowie aller übrigen Gegenden des Territoriums der Republik auflöst. Den augenblicklich brodlosen Arbeitern sollen nach wie vor Almosen durch die Mairie-Aemter gereicht werden.

Der Moniteur enthält das Programm der großen Todtenfeier am 6. Juli. Dieselbe wird einen streng kirchlichen Charakter tragen. Die Zimmerleute sind bereits beschäftigt, auf dem Concordia- und Bastillen-Plätzen Altäre zu errichten, vor welchen diejenigen Bischöfe pontifiziren werden, welche Glieder der Nationalversammlung sind. Die Vorderseite der Magdalenenkirche und der Nationalversammlung sind mit schwarz und weißen Tüchern und Trauerfloren behangen, um — wie sich v. Lasteyrie, einer der Zeremonienmeister in seiner gestrigen Rede ausdrückte — den Schmerz der Religion und des Staates (Vaterlandes) anzudeuten.

Es heißt, Cavaignac werde gleich nach Beendigung der übermorgigen Todtenfeier den Belagerungsstand von Paris aufheben.

Die Sieger der Junirevolution trauen der gegenwärtigen politischen Windstille nicht. Sie zerbrechen sich die Köpfe, um Mittel ausfindig zu machen, wodurch sie jede künftige Insurrektion unmöglich machen könnten. Ihre Pläne verdienen, öffentlich mitgetheilt zu werden. **Erstens** wollen sie Lamartine und die gesammte sozialistische »Clique« der Nationalversammlung stürzen. Als Waffe hiezu soll die gestern von uns wörtlich übersetzte Petition der gesammten Pariser Bürgerwehr nebst Bannmeile dienen. **Zweitens** soll zwischen Paris und Versailles ein Kriegslager von 40,000 Mann errichtet werden, das den Namen Armée de Paris führt und wofür bereits die Division III der Alpen-Armee unterwegs. General Neumayer, der sich durch die Ausdauer seiner Wuth gegen das Lyoner Arbeitsvolk ganz besonders auszeichnete, wird den Oberbefehl über diesen kolossalen Wachtposten führen. **Drittens** sollen alle Straßen von Paris makadamisirt werden, damit keine Barrikaden mehr errichtet werden können. Dieser Vorschlag klingt lächerlich; aber die Sentinelle de l'Armee zergliedert ihn alles Ernstes, und sagt, um das alte Pflaster zerschlagen und daraus den Mac-Adamschen Brei bereiten zu können, fänden sämmtliche brodlose Arbeiter sofort Beschäftigung. Dieses sind die vorläufigen Pläne unseres Bourgeoisie-Regiments. Man könnte sich darüber todt lachen, wenn man die bitterste Ironie sich nicht täglich unverschämter gebähren sähe.

Die Zahl der gefangenen Insurgenten ist so enorm und die Gewissenhaftigkeit der Militärgerichte, Jedem sein gehöriges Strafmaas zuzutheilen, so groß, daß vor einem Monat oder sechs Wochen eine Urtelsvollstreckung schwerlich zu gewärtigen seyn dürfte. Die Verhaftungen dauern fort.

Dupin, sen. wirkt in diesem Augenblick unter allen Repräsentanten-Stimmen, um Cavaignac auf fünfzehn Monate oder Ein Jahr als Präsidenten und Schutzherrn der Republik zu bestätigen. Man will die Nation wieder allmählig an die Monarchie gewöhnen. Wird Cavaignac die Rolle eines Monk spielen?

Einem neuen Plane Cavaignacs zufolge soll die gesammte französische Bürgerwehr in eine vollständig organisirte Armee von 120 Legionen, 20 Divisionen und 40 Brigaden getheilt werden, die das ganze Gebiet der Republik bedecken.

Das Ministerinm des Innern, davon benachrichtigt, daß es mehreren Chefs der Julirevolution gelungen, in das benachbarte Ausland zu flüchten, hat durch die Ministerii des Auswärtigen und der Justiz ihre Auslieferung bei den betreffenden Höfen beantragen lassen. Wir hegen keinen Zweifel, daß die Höfe diese Gelegenheit mit Vergnügen benützen werden, um sich dieser Demokraten zu entledigen.

(National-Versammlung. Sitzung vom 4. Juli.) Lacrosse, Vicepräsident, eröffnet dieselbe um 2¼ Uhr. Die militärischen Vorsichtsmaasregeln sind bedeutend vermindert, nur zwei Kanonen sind mit ihren Mündungen noch gegen den Eintrachtsplatz gerichtet. Der Friede ist indessen bei weitem noch nicht hergestellt: in der Buvette schlage man sich, heißt es im Saale. An der Tagesordnung war die Erwählung eines Quästors an die Stelle des gestorbenen Generals Negrier. Da die Wahl vorschriftsmäßig durch Stimmzettel oder Kugeln erfolgen muß, und die Versammlung in Folge der Verfassungsprüfung sehr zahlreich aus den Bureaus strömte, so dauerte dieser Wahlakt bis nach drei Uhr. Um 3½ Uhr verkündigte der Präsident folgendes Resultat: Zahl der Stimmenden 709. Absolute Majorität 355. Es erhielten Laboissière 255, General Le Breton 205, General Lafontaine 190 Stimmen. Da Keiner die erforderliche Mehrheit vereinigte, so verlor die Versammlung durch Erneuerung des Skrutins abermals eine Stunde. Während dieser Operation bestieg Corbon, der Quasisozialist und Vicepräsident, die Bühne, um seine von uns schon früher erwähnte Proposition auf Eröffnung eines Kredits von 3 Millionen Franken behufs Association zwischen Arbeiter und Meister zu erneuern. Wir konnten aber den Text selbst noch nicht zu Gesicht bekommen.

(Straßburg, den 5. Juli.) Im Geschäftsleben zeigt sich seit einigen Tagen eine merkliche Besserung. Das so tief erschütterte Vertrauen beginnt allmählig sich wieder einzustellen und man spricht bereits davon, daß einzelne größere Häuser, welche sich unmittelbar nach der Februarrevolution von allen Geschäften zurückgezogen hatten, dieselben nunmehr wieder beginnen. Unsere Bank diskontirt seit mehreren Tagen wieder weit beträchtlichere Summen, als dieses während der letzten Wochen der Fall war. Alle Blicke sind nun auf die Maßregeln des neuen Finanzministers gerichtet, von dem man sich praktischere Vorschläge verspricht, als die seines Vorgängers waren. — Aus Paris sind neue Verhaftungsbefehle in Bezug auf die Paßpolizei eingetroffen. Es wird streng über fremde Eindringlinge und Emissäre, welche Werkzeuge des Prätendenten seyn könnten, gewacht. Man hat bereits mehrere verdächtige Individuen im Elsaß verhaftet. — Die Regierung wird abermals von mehreren Municipalräthen angegangen, die Eisenbahn nach der bayerischen Gränze so bald als möglich ausführen zu lassen. Die zu diesem Zweck bestehende Kompagnie wird hoffentlich recht bald an's Werk gehen können, da sie jedenfalls vom Staate eine bedeutende Geldunterstützung verlangt. Es liegt im Interesse der zahlreichen Arbeiter, die ohne Beschäftigung sind, daß diese wichtige Verkehrlinie baldigst hergestellt werde. — Viele der in der jüngsten Zeit dahier angekommenen deutschen Flüchtlinge wenden sich nun nach dem Innern von Frankreich oder nach der Schweiz. Man hofft, daß der Erlaß einer Amnestie ihnen recht bald die Rückkehr in ihr Vaterland möglich machen werde. (Frkft. J.)

Amerika.

(Vom Missouri, den 26. Mai.) Es wird wiederholt berichtet, daß Louis Philipp auf dem Wege nach Amerika begriffen sey, ja, daß er den fernen Westen, vielleicht Missouri selbst, zu seinem künftigen Aufenthalte wählen werde. Man hat es ihm hier nie verziehen, daß er, der das freie Bürgerleben in Amerika aus eigner Anschauung kannte und darin einst eine Zeitlang sich wohl zu gefallen schien, sich zu einer so traurigen Rolle, als er gespielt, erniedrigen konnte. Louis Philipp soll den vierten Theil des Grundeigenthums des Staats New-york im Werthe von vielen Millionen Dollaren besitzen. So würde er, wenn er hier leben will, nachdem Astor todt ist, ein noch reicherer Mann, das heißt der reichste auf der ganzen Erde seyn. — Es sey mir gestattet, noch ein Wort über die Folgen der Veränderungen in Europa für unsere Republik zu sagen. Bis jetzt waren die vereinigten Staaten die einzigen Repräsentanten des freisinnigen Princips im großen Völkerverkehre, die übrigen amerikanischen Republiken kommen bis jetzt nicht in Betracht. Ob es nun gleich die richtige Politik unserer Administration war, uns in die europäischen Händel in keiner Art zu mischen, so waren wir doch durch Anmaßungen der europäischen Mächte in diesem Welttheile selbst beständig belästigt. Stände unsere Verfassung nicht so unerschütterlich fest, sie wäre durch den Einfluß, welchen besonders England beständig hier auszuüben suchte, längst umgestürzt. Es hat nicht an den guten Willen der englischen Regierung gefehlt, Sklavenaufstände hier zu erregen, Parteihaß anzufachen, ja ganze Provinzen zum Abfall zu verleiten. Besonders aber ließ sie es sich sehr angelegen seyn, unser Verhältniß mit unsern Nachbarstaaten verwickelt und feindselig zu machen, der Ausdehnung unsers Handels Schwierigkeiten in den Weg zu legen, ihren eignen Einfluß auf die Angelegenheiten dieses Welttheils zu vergrößern, und ihr Gebiet darin durch die verwerflichsten Mittel stets zu erweitern. Hätten diesem Allem gegenüber die Vereinigten Staaten nicht von jeher eine so achtunggebietende Stellung eingenommen, Englands weitstrebende selbstsüchtige Zwecke würden längst zur Ausführung gebracht seyn. Die britische Politik machte es für uns nöthig, in dem Anschlusse von Texas so rasch zu verfahren, um es ihr zu entreißen; dieselbe Politik ist die Hauptursache, daß wir mit Mexiko in Krieg verwickelt wurden. Man hoffte, uns durch einen solchen zu schwächen. Dieselbe Politik würde alle Früchte unserer Siege in diesem Kriege uns entreißen, oder bereits entrissen haben, wären unsere Staatsmänner nicht klug genug, das Truggespenst zu durchschauen, nicht entschlossen genug, es ohne weiteres zu zerreißen.

Hatten sich doch englische Agenten bei den mexikanischen Behörden so viel Einfluß zu verschaffen gewußt, daß bei der Abfassung des Friedenstractates mit den vereinigten Staaten ein scheinbar unverdächtiger Artikel mit aufgenommen wurde, welcher britischen Spekulanten den Besitz der besten Ländereien in Texas und Californien für immer gesichert hätte; allein unser Senat war weise genug, diesen Artikel zu streichen. Ja, ganz Californien wäre schon beim Ausbruch des Krieges wahrscheinlich in die Hände der Engländer gefallen, wenn nicht unsere Flotte in der Besitznahme des Hafens Monterey der zu diesem Zwecke abgeschickten englischen durch kühnen Entschluß um einige Stunden zuvorgekommen wäre. Ueberall, wo unsere Regierung handelnd auftritt, stößt sie auf englische Behörden oder geheime Agenten. Dazu kommt das unbefugte Eingreifen der englischen Regierung in die Angelegenheiten der argentinischen Republik, ihr Umsichgreifen in Mittelamerika, die Wahrscheinlichkeit, daß der Venezuela verwüstende Bürgerkrieg und die Greuel des Indianeraufstandes in Yukatan durch britische Agenten veranlaßt wurden, daß fortwährend Klagen über Anmaßungen der Engländer auf der See einlaufen etc. Wer könnte sich demnach wundern, daß wir einem solchen Regimente von Herzen baldigen Untergang wünschen. Und Frankreich konnte unter der Regierung Louis Philipps sich erniedrigen, in solche Intriguen einzugehen und England hülfreiche Hand zu leisten. Ein französischer Minister konnte sich öffentlich erklären, daß es Zeit sey für die europäischen Mächte, „an Aufrechthaltung des Gleichgewichts in Amerika zu denken.“ Von dem Uebergewichte Amerika's hat keine Nation das Geringste zu fürchten; es ist unser Grundsatz und Vortheil, Völkerverkehr und freien Austausch in jeder Weise zu fördern, und wir werden dabei niemals andere Vortheile in Anspruch nehmen, als welche die natürlichen Verhältnisse ohnehin uns sichern, aber die Rechte auch schwächerer Nationen gebührend achten. Fällt Englands gegenwärtige Regierung, so werden wir hier einen lästigen Nachbarn los; in Canada werden sich entweder selbstständige Republiken bilden, oder es wird deren Anschluß an unsere Union erfolgen. In beiden Fällen gewinnen wir bedeutend. (Frkf. O.-P.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Dank.

Allen werthen Anverwandten, Freunden und Bekannten, welche bei der Beerdigung meines seligen Mannes so große Theilnahme zeigten, sage ich hiemit meinen tiefgefühltesten Dank, mit dem Wunsche, daß Sie Gott alle vor dergleichen traurigen Ereignissen recht lange bewahren möge.

Nürnberg, den 8. Juli 1848

Margaretha Rupprecht;
Gastwirths-Wittwe zum Prater.

Bekanntmachung.

Der von Nürnbergs Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung Herrn Advokaten Dr. Krafft an uns Wahlmänner jüngst eingesandte Bericht über seine Abstimmung bei der Bildung der provisorischen Centralgewalt und über die derselben zu Grunde liegenden Motive ist in der Riegel und Wießner'schen Buchhandlung S. Nro. 873 am Hauptmarkt zur beliebigen Einsicht aufgelegt.

Wir erklären hiebei nach heute darüber stattgefundener Besprechung, daß wir der von Herrn Dr. Krafft gegebenen Abstimmung unter Würdigung der dafür mitgetheilten Motive unsere volle Anerkennung zollen, und daß wir mit demselben festen Vertrauen, das uns bei seiner Wahl geleitet hat, seiner ferneren Wirksamkeit bei der deutschen Nationalversammlung entgegensehen.

Nürnberg, den 7. Juli 1848.

Die Wahlmänner.

Preßhefen-Fabrikation.

Einem verehrlichen Bäckergewerbe, so wie denjenigen Personen, welche sich mit Hefenhandel beschäftigen, diene hiermit zur Nachricht, daß meine Preßhefen-Fabrikation im vollen Gange ist, und daß ich jeder Anforderung entsprechen kann. — Zur Bequemlichkeit der Herren Bäcker u. s. w. habe ich in Nürnberg ein Kommissions-Lager errichtet, welches Herr J. Fr. Lederer, S. No. 63, übernommen, und bei welchem solche täglich frisch das bayer. Pfund à 39 kr zu haben ist.

Fürth, den 7. Juli 1848.

J. H. Lederer

Montag den 10. Juli,

Nachmittags 2 Uhr, findet in den oberen Räumen des Rößel'schen Kaffeehauses die Wahl zweier Abgeordneten zu dem Gewerbe-Kongreß in Frankfurt a/M. statt, was den betheiligten Wahlmännern wiederholt bekannt gegeben wird

vom

Central-Ausschuß der Gewerbe Mittelfrankens.

Haus-Verkauf.

In einem bedeutenden protestantischen Marktflecken ist ein massiv gebautes Wohnhaus mit Hofraum, Stallung und Nebengebäude, sammt Gemeinde- und bedeutendem Forstrecht aus freier Hand zu verkaufen, und können gegen Sicherheit, zwei Drittel des Kaufpreises geraume Zeit auf demselben stehen bleiben. Es eignet sich solches für einen Kaufmann zum Betrieb des Spezerei- und Schnittwaarenhandels, für einen Seiler, Maurermeister, Seifensieder, Hafner und Pfragner, indem dergleichen Geschäfte in diesem Orte fehlen.

Nähere Auskunft ertheilt Herr Gastwirth Bärenreuther auf dem Steinbrüchlein bei Nürnberg

Zur Nachricht.

Das ganz ächte bayer. schwarze Glanzwachs für Militair etc. (Patentwachs), wird fortwährend in unübertreffbarer Güte gefertiget und nebst mehreren Sorten ausgezeichneter „englischen Glanzwichsen“ in Glasbüchsen und Schachteln, aufs billigste verkauft in der Fabrik zum geharnischten Mann am Thiergärtnerthor.

Nürnberg, den 6. Juli 1848.

Garten-Verkauf.

Ein Gemüß- und Baum-Garten, 1 ½ Morgen groß, ist zu verkaufen, und kann bis Ziel Lichtmeß 1849 bezogen werden. Näheres in der Exped. d. Bl.

Politischer Verein.

Sonnabend den 8. Juli Versammlung im Saale des Bamberger Hofes Abends 8 Uhr.

Empfehlung.

Einem verehrlichen Publikum erlaube ich mir hiemit ergebenst zur Anzeige zu bringen, daß durch das Ableben meines seligen Mannes die Führung der Gastwirthschaft zum Prater nicht im Mindesten eine Störung erleidet. Ich bitte daher um recht zahlreichen Zuspruch und füge die Versicherung bei, daß mein eifrigstes Streben dahin gerichtet seyn wird, durch Verabreichung guter, billiger Speisen, sowohl kalte als warme, dann guter Getränke und prompte Bedienung die Zufriedenheit meiner verehrten Gäste zu erwerben.

Nürnberg, den 8. Juli 1848.

Margaretha Rupprecht,
Gastwirths-Wittwe zum Prater.

Ersuchen.

Der Unterzeichnete ersucht den ersten Bürgermeister Herrn Dr. Binder, bezüglich auf die heute Nachmittag mit ihm gehabte Besprechung, wobei er aber dem Unterzeichneten durch sein Gerede mit gar nichts gedient hat, ihm, um bewußte Sache genau zu prüfen, bei der nächsten Sitzung schriftlich vorzuladen, wobei der Unterzeichnete dann seine Beschwerde ebenfalls schriftlich vorlegen wird, um sodann ein gerechtes Urtheil darüber zu erlangen.

Dieß Vorerst!

Nürnberg, den 7. Juli 1848.

Carl Fr. Schmidt,
Bürger und Kaufmann, S. Nro. 982
am Obstmarkt.

Haus-Verkauf oder Vertausch.

Ein Geschäftshaus in einer sehr belebten Straße, mit Real-Recht, in Spezerei-, Farb- und Material-Waaren, mit guter Kundschaft, ist entweder billig zu verkaufen oder gegen ein anderes nicht zu großes Haus in einer schönen Lage zu vertauschen.

Hiezu Lusthabende erfahren das Nähere auf gefällige Anfrage unter W. Z.

Paradies.

Montag den 10 Juli findet Harmonie-Musik statt, für Ollapotrida-Suppe, Gansbraten, Hühner und Tauben ist bestens gesorgt, wozu hiemit ergebenst einladet

H. B. Adam.

Tanz-Unterhaltung

mit Quartett-Musik

findet heute Sonntag bei Hrn. Feldmann von Unterzeichnetem statt, wozu sich höflichst empfiehlt

Anfang halb 6 Uhr.

J. N. Lange, Tanzlehrer.

Almoshof.

Sonntag den 9. Juli ist Tanzmusik, und ladet ergebenst ein

Wild.

Hummelstein.

Heute Sonntag, den 9. Juli, „Nachkirchweih“, wobei „Harmonie-Musik“ stattfindet.

Es ladet hiezu höflichst ein

Fahner.

Wirthschaft zum Täublein

am Webersplatz.

Zu dem Sontag den 9. und Montag den 10. Juli stattfindenden Jahresfeste, wobei gutbesetzte

Blech-Musik

stattfindet, lade ich das verehrliche Publikum zu geneigtem Besuche ergebenst ein. Für gutes Felsenkellerbier, kalte Speisen, gute Küchlein und schnelle Bedienung ist bestens gesorgt.

Th. Müller.

Versteigerung.

Mittwoch den 12. Juli Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr werden in dem Hause S Nro. 979 am Obstmarkt folgende Gegenstände, als Silber, Weißzeug, Zinn, Kupfer und Messing, Schreinzeug von Eichen- und Nußbaumholz, Betten und mehrere Hausgeräthschaften, unter denen auch ein Speisebehälter, gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß

(Zu vermiethen.) Ein schön möblirtes Zimmer, nebst Schlafkabinet, ist an einen Herrn per Monat zu 2 fl. 30 kr. zu vermiethen. Näheres L. Nr 229 Mühlgaße.

(Zu vermiethen) Eine Parterre-Wohnung von 2 heizbaren Piecen, Alkof, Küche, Holz-Gewölbe etc., ist in einer der freundlichsten Straßen, auf der Sonnenseite, an eine einzelne Wittwe oder stille Familie zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Zwei sehr hübsche Wohnungen, jede von mehreren heizbaren Zimmern, Kammern etc. mit oder ohne Stallung und Gewölbe, ist bis Ziel Laurenzi oder Allerheiligen zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Nicht an einem der lebhaftesten Thore ist ein schönes Garten-Logis für Winter und Sommer, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Hofraum, Wasser etc und allen übrigen Bequemlichkeiten gleich, oder auf Lorenzi zu beziehen.

(Zu vermiethen.) Im Hause L. Nro 19 auf dem Roßmarkt ist ein geräumiger und ganz gesunder Keller sogleich zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) 4 Stöcke gefüllte blühende Oleander und 6 Stöcke Feigen sind billig zu verkaufen in S. Nro. 1613 der Schmausengaße.

(Gesuch.) Ein treues, fleißiges Mädchen, welches in der Küche wohl erfahren ist, auch schön waschen und bügeln kann, wünscht bis Ziel Lorenzi wieder in einem soliden Hause unterzukommen.

(Gesuch.) Zur Ausführung einer neuen für Bayern patentirten Erfindung, welche einen Artikel producirt, dessen allseitige Konsumtion jede Einwirkung der Zeitverhältnisse entkräftet, sucht der Erfinder einen in den Handlungsgeschäften wohl erfahrenen Theilnehmer. — Das Nähere unter B. C. L. an die Exped. d. Bl.

(Gesuch) Es wird ein solid gebauter und gut erhaltener einspänniger Reisewagen zu kaufen gesucht. — Näheres in S. Nro. 1104 neben der Wanderburg.

Arena.

Sonntag den 9. Juli. Zum Erstenmale. „Mazeppa,“ Großes historisches Spektakel-Schauspiel in 3 Abtheilungen von Barry, mit vollständiger Blechmusik-Begleitung unter Leitung des Herrn Stabstrompeter Lippert.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

1 85 6 73 63

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10. Juli 1848. № 192. Montag: Jacobina.

Dr. Martin Luther in der Walhalla.

Wahr und wahrhaftig da steht er an der Westwand, im Felde am Opistodomos auf seinem Kragsteine links neben der Viktorie und neben ihm Hans Holbein und vor ihm, der Viktorie rechts, Kopernikus, und alle hinter ihm in der Zeit haben rückweichend Platz machen müssen; da steht sie seine Büste, eine treffliche Arbeit des Bildhauers Ritschel in Dresden und vor 15 Jahren gefertigt; da steht sie seit vollen sieben Wochen, und Niemand sprach und schrieb noch davon, nachdem man Jahre lang in Versen und Prosa geeifert über Luthers Ausschließung aus dem deutschen Ruhmestempel. Sollen wir nun Glossen machen über seine verspätete, einschmuggelnde Aufnahme? Gott bewahre! Es weiß ja Jeder, wie sie kam, und kann sie nach Belieben selbst machen denkend, redend oder — nun schreibend sogar. Die Büste ist ein Meisterstück in Auffassung und Ausführung. Luthers Kopf ist im Vergleich zum Holbeinischen Oelbilde veredelt, das heißt, in so weit ohne Wahrheitsverletzung des Portraits idealisirt, als es jedem Künstler erlaubt ist, das Bild eines Mannes aus dem Charakter desselben plastisch neu zu schaffen. Erlaubt aber ist dieß jedem wahren Künstler, der es vermöge seiner eingebornen Genialität versteht und vermag. Es ist nicht der feurigderbe, oft leidenschaftlichgemeine Luther, in dessen Antlitz wir da schauen; der Ausdruck besonnener Entschlossenheit liegt über dem gedankensinnigen Gesichte, das nicht dem 63jährigen Greise, das dem Manne in der Volkskraft der Jahre angehört; es ist der Mann vor dem Kaiser auf dem Reichstag zu Worms 1521 mit den kühnen Worten auf den Lippen: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders; — Gott helfe mir. Amen!“ Wie wir hier Luthern im Büstenbilde sehen, mag er nach Innen geistig vollendet gewesen sein, und Bild und Wirklichkeit unterscheiden sich wie ein gutgeschliffener und ungeschliffener Diamant; die Weltgeschichte aber ist die große Schleifanstalt der Charaktere. — Dieß zum Bilde. Sollen wir von Luthern selbst reden? Um nicht die Schwachen zu linkest und zu rechtest zu verletzen, wollen wir uns dieß versagen. Das Urtheil über Luther ist in der objektiven Geschichtsanschauung bereits festgestellt, das Kampffeld der subjektiven Ansicht wollen wir nicht betreten. Demnächst dürfen wir wohl der feierlichen Inauguration der Büste des deutschen Feldherrn, Erzherzog Karl, entgegensehen, die neben Göthe gerade unter Luther zu stehen kommen wird. Diese Apotheose des glorreichen Bruders Erzherzog Johanns, des nun deutschen Reichsverwesers, sollte als würdiges Nationalfest begangen werden nach Vollendung des Werkes nationeller Eintracht, der deutschen Reichsverfassung.

---

* Sie waren sehr unklug!

ruft jetzt der deutsche Michel, und meint damit eben so wohl sich und seine Brüder, als die Finanzmänner und ihre Arbeiten, während der letzten 34 Friedensjahre. Diese guten Leute verbrauchten 2500 Mill. mehr Geld, als sie auf gewöhnlichem Wege einnahmen. Sie gaben dafür 2500 Millionen Papiere, welche sie Staatspapiere nannten, und die das Volk kaufte. Sie zahlten und zahlen fortwährend für diese 2500 Millionen in je 20 bis 25 Jahren den ganzen Belauf, also 2500 Millionen, als Zinsen, an die Inhaber aus der Tasche des Volkes und über dies über 500 Millionen an die Bankiere, als Vergütung dafür, daß diese die Vermittler machten, das heißt den Verkauf der Papiere ans Volk übernahmen. Ein hoher Preis für diese Vermittelung und dem Volke noch dadurch vertheuert, das hunderttausende durch diese leichte Art Geld zu gewinnen veranlaßt wurden, ihre Gelder dem Ackerbau, dem Handel, den Fabriken zu entziehen, um sie in diesem nichts hervorbringenden Papierhandel zu verwenden, um durch Coursunterschiede zu gewinnen. All dies ging herrlich. Alles befand sich wohl und wurde reich, nur die nicht, welche die Zinsen zahlen mußten. Aber was haben die Inhaber dieser Staatspapiere nun? Ein bloses Papiergeld, für das sie zwar Zinsen erhalten, so lange diese bezahlt werden können, das ihnen aber Niemand abnimmt, und für das möglicher Weise eine Zeit kommen kann, wo Niemand weiß, wo Zins und Kapital zu finden ist! Und ein ähnliches Papiergeld, ein besseres, da es in jedem Augenblick auszugeben gewesen wäre, da es dem Volke 1500 Millionen Zinsen und 500 Millionen Provision erspart und den Staatspapier-Schwindelhandel nicht geschaffen hätte, würden die Finanzmänner haben machen können, wenn sie statt jenen 2500 Millionen Staatspapieren 500 Millionen (mehr oder weniger) Papiergeld ausgegeben hätten. Dieses Papiergeld hätte die Völker um 2000 bis 3000 Millionen erleichtert, die jetzt auf ihnen lasten. Und der gute Michel! Er fürchtete das Papiergeld. Er wollte blos Silber, und vergaß, daß die Staatspapiere auch Papiergeld sind, und daß er, wenn er sie auch im ersten Augenblick nicht nehmen und sein liebes Silber behalten durfte, ausser den Millionen Provision an die Bankiere doch in je 15 bis 25 Jahren stets den vollen Betrag in Silber dafür aufbringen mußte, und sofort alle 15 bis 25 Jahre, so daß er in einem Jahrhundert für einen Gulden Papiergeld, den er anfangs nicht mochte, fünf Gulden Silber wirklich gegeben hat, dann noch nicht einmal den Gulden Papiergeld in seinen Händen hat, und wenn er der Last los sein will, ihn nochmals zu voll mit Silber bezahlen muß! Armer Michel! Dies ist das System der Staatsschulden, welches den Geldmännern Zinsen auf Kosten des Volkes gibt, die sie wohl verdienen, aber im Sinn des allgemeinen Nutzens nur dann, wenn ihr Kapital in Ackerbau, Handel und Gewerben verwendet, nicht, wenn es diesen entzogen wird.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 8. Juli.) Von den Zinnen sämmtlicher Thürme sowie des Ständehauses flaggen heute die deutschen Farben von weit in die Luft hinausfliegenden Wimpeln; Montag findet eine große militärische Parade statt, zu welcher sämmmtliche Linientruppen, die Nationalgarde und die Freikorps ausrücken werden; man feiert hiemit nachträglich die Wahl des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser. Die offizielle Nachricht von dessen Annahme der Wahl ist noch nicht hier eingetroffen, wie die „Allg. Ztg.“ sie anticipando brachte. Dennoch bereitet man sich hier zu seinem Empfange vor, falls er unsere Hauptstadt passiren wird. Auf der gestrigen Parade wurden bereits die ihm zu Theil werdenden Ehrenbezeigungen kund gegeben. Endlich hat das k. Staatsministerium des Kriegs durch ein Dekret, welches bereits auf dem Wege der Expedition an die Regimenter ist, das Tragen der deutschen Kokarde bei der Armee anbefohlen. — Die Volksversammlungen im Franziskanerkeller sind wirklich auf Hindernisse gestoßen und werden nun im Paradiesgarten abgehalten. Gestern Abend fand eine solche unter dem Präsidium eines gewissen Vogt statt, worin jedoch von der gefürchteten republikanischen Tendenz keine Spur wahrzunehmen war. — Ein Gewerbverein bildete sich gleichfalls in neuester Zeit, dessen Versammlungen stets eine große Anzahl Handwerksgesellen anwohnen und wobei ein gewisser Sachs präsidirte. — An der Spitze des „Bürger-Vereins für Freiheit und Ordnung“ steht ein Israelite, Leo Hänle; die Tendenz dieses Vereins ist liberal — konservativ; wahrscheinlich wird von der ganz unzeitgemäßen Bestimmung, daß nur Bürger und Insaßen dem Vereine beitreten können, Umgang genommen werden, da derselbe in seinen Folgen allerdings wohlthätig wirken zu können verspricht. — Baron Frays tritt wieder als Intendant ein; seine Entfernung von 6 Monaten war durch die Lola Montez veranlaßt und eben so ungerecht, wie seine frühere Ernennung, da dieser Mann nicht den geringsten ästhetischen Beruf zu diesem Posten besitzt. Frays diente als Soldat von der Pique auf, und zeichnete sich besonders in den Jahren 1830, 31 und 32 in seiner Eigenschaft eines Gendarmerie-Offiziers als Demokratenfänger und terroristisches Polizeiorgan aus. Seine damalige Berufung zum Intendanten verbreitete daher unter dem Theater-Volk keinen geringen Schrecken, übrigens führte er die Intendanz lange Zeit zur Zufriedenheit des Königs Ludwig, da er aus dem Theater eine Sparkassa bildete, aus welcher jährlich fl. 8—10,000 Erübrigungen floßen. Die Kunstanstalt konnte bei einem solchen Sparsystem natürlich nicht gehoben werden, viele Fächer wurden gar nicht, oder schlecht besetzt, Kostumes, Dekorationen &c. nicht nachgeschafft, sondern die vorhandenen ruinirt. Jetzt wurde er zuvor zum Obersten und unmittelbar darauf zum Intendanten ernannt. In diesem doppelten Gehalte genießt somit Bar. Frays den Lohn seiner früheren Verdienste! —

(München, den 7. Juli.) Die bisherige Function eines Stadtkommissärs der Stadt Bamberg wurde einem eigenen Beamten mit dem Range und Titel eines Regierungsraths übertragen, und dem dermaligen Amtsvorstande des königl. Landgerichts Wernek und functionirenden Stadtkommissär zu Bamberg, Joh. B. Ihl, unter Enthebung von der Landrichterstelle verliehen. (A. A. Z.)

(München, den 7. Juli.) Der Reichsverweser Erzherzog Johann wird auf seiner Reise nach Frankfurt durch München kommen, und wahrscheinlich hier übernachten. Heute wurden bereits auf der Parade die ihm bestimmten militärischen Ehrenbezeugungen officiell bekannt gegeben. Die hiesige Einwohnerschaft wird, wie sich von selbst versteht, nicht zurückbleiben. Wie ich höre, wird sich hier demnächst eine deutsch-katholische Gemeinde bilden. (A. A. Z.)

* Nürnberg, 9. Juli. Kaum ist der Reichsverweser gewählt, so beanspruchen auch schon mehrere deutsche Städte den Vortheil seines Regentensitzes. Zuerst rührte sich unsere Stadt, nun kommt Regensburg auch und preist seine vortheilhafte und schöne Lage und die Zweckmäßigkeit seiner Lokalitäten für die Residenz, das Reichsgericht, die Nationalversammlung u. s. w. Wir wollen sehen, wie viele deutsche Städte noch nachkommen, um sich als Reichsverwesersitz aufzuwerfen.

†† (Nürnberg, den 9. Juli.) Soeben erfahren wir, daß ein Regierungsbefehl von der Regierung in Mittelfranken an das Schullehrerseminar zu Altdorf erlassen, unser Blatt als gefährlich und unzuverlässig verboten und den »Korrespondenten v. u. f. Deutschland« empfohlen hat. Wenn dieß wahr ist, so fragen wir die Regierung von Mittelfranken (wahrscheinlich giebt sie uns aber keine Antwort, eben weil sie Regierung, Herrschaft ist,) in welchem Punkte wir unzuverläßig waren? Der Herr Seminarinspektor Bauer wird dieß am Besten zu interpretiren vermögen, der lieber in den Räumen seines Instituts die alte obscure Wirthschaft, als die Strahlen der neuen Sonne einlassen zu sollen glaubt. Wir meinen, die Seminaristen werden die »mittelfränkische Ztg.« dennoch zu lesen bekommen und sich nicht abhalten lassen, dem Geiste der Zeit zu folgen, der durchaus ein von allen Fesseln befreiender ist.

(Vom bayerischen Untermain, den 6. Juli.) In dem Dorfe Rüdenau bei Miltenberg sind sehr beklagenswerthe Exzesse vorgefallen. Eine fürstlich leiningsche Kommission, welche dort wegen Wilddieberei Hausuntersuchungen vornehmen wollte, wurde von den Bauern weggejagt. Es sind nun 300 Mann Exekutionstruppen vom 4. Jägerbataillon unter der Anführung eines Majors gegen das aufrührerische Dorf im Anmarsche. Vor wenigen Tagen ereignete sich ein ähnlicher

Fall im Kälgrunde. Ein Detachement der mobilen Colonne war im Begriffe, einige eingefangene Wilderer abzuführen. Da stürzten auf obige Art bewaffnete Bauern über sie her und befreiten die Gefangenen, wobei ein Bauer durch einen Schuß gefährlich verwundet wurde. So sehr wir solche ungesetzliche Handlungen mißbilligen und der Ansicht sind, daß sie auf alle nur mögliche Weise unterdrückt werden müssen, ebensosehr bedauern wir, daß die erste Veranlassung zu ihnen das Wild gab. Wir fügen hier die Bemerkung bei, daß bei unsern Bauern republikanische oder besser anarchische Ideen immer mehr um sich greifen. Diese Ideen wurden weder durch Emissäre und Flugblätter bei ihnen geweckt und genährt, noch haben sie bei der Gesammtheit Bestrebungen nach einem gewissen Ziele hervorgerufen, sondern sie bildeten sich in der Brust des Einzelnen aus und gaben dann ihre Existenz bei vielen durch vereintes Auflehnen gegen die Obrigkeiten bei ähnlichen Gelegenheiten zu erkennen. Die dunkle, unklare Sehnsucht nach einem besseren Zustand hat sich bei ihnen in der Idee der Republik verkörpert. Zergliedert man aber den Leib dieser Bauern-Republik, so findet man zuletzt fast immer, daß hinter ihm fast nichts, als die Unpopularität der Beamten verborgen liegt, daß es das Auflehnen ihres (der Bauern) Geistes gegen die Anmaßungen und Willkür der Beamten, vorzüglich der der Landgerichte und Forsten ist. Die radikalen Mittel gegen solche republikanische Ideen sind jedoch nicht Bajonette, sondern Aenderung des bisher von Diesen befolgten drückenden Regierungs-Systems und eine populäre Belehrung und Aufklärung der Bauern über staatliche Verhältnisse. — Ohnlängst erhielt unsere Armee eine öffentliche Belobung über ihr musterhaftes Betragen. Nun will der Zufall, daß gleich einige Tage darauf an mehreren Orten bedeutende Militärexzesse, wie in Landau, Kempten, Aschaffenburg, vorfallen. (Frkf. J.)

Baden. (Freiburg, 6. Juli.) Gestern wurde ein am hiesigen Lyceum angestellter junger Lehrer, weil er angeschuldigt worden, sich mit Sammlung von Geldern für die politischen Flüchtlinge befaßt zu haben, auf Befehl des Stadtamtes dahier verhaftet und in das Gefängniß abgeführt, am Abend aber durch die hofgerichtliche Untersuchungskommission wieder auf freien Fuß gesetzt. Später brachten ihm seine zahlreichen Schüler ein Ständchen. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 8. Juli.) [69. Sitzung der Bundesversammlung am 5. Juli 1848.] Für den Gesandten von Baden war der Gesandte von Schleswig-Holstein, zur Führung der großherzogl. hess. Stimme blieb der königl. sächsische Gesandte substituirt. Zum Vortrag kamen zunächst mehrere Berichte des Syndicus Banks aus London vom 29. und 30. Juni, die Angelegenheit von Schleswig-Holstein und die Marine betrffd. und wurden an die betr. Ausschüsse verwiesen. Ein Bericht des General v. Wrangel d. d. Christiansfeld vom 30. Juni, der mittheilt, daß die Dänen wieder zurückgegangen sind, so daß es zu einer Schlacht noch nicht hat kommen können, sonst aber vom Kriegsschauplaze nichts Wesentliches bringt, wird an den Militärausschuß abgegeben. Der Gouverneur des österreichischen Küstenlandes, Graf Salm, dankt in einem Schreiben d. d. Triest, 24. Juni, für die Benachrichtigung von den seitens des Bundestages wegen der Blokade von Triest ergriffenen Maßregeln und verspricht Mittheilungen über den ferneren Stand dieser Angelegenheit. Bei dem Vortrage eines Schreibens des Oberbefehlshabers des 7. und 8. Armeekorps d. d. Tegernsee den 28. Juni, die Räumung von Baden betreffend, ward auf einen annoch zu erstattenden Vortrag des politischen Ausschusses Bezug genommen. In einem Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung vom 30. Juni wird der monatliche Geldbedarf der letzteren (außer den von den einzelnen Staaten zu tragenden Tagegeldern der Abgeordneten) auf 17—18,000 fl. berechnet und zugleich bemerkt, daß die bis jetzt gewährten 50,000 fl. den Bedarf bis zum 31. Juli d. J. decken werden. Man beschließt darauf eine anderweite Matricularumlage von 60,000 fl. Ein ferneres Schreiben des Vorgenannten vom 1. d. M. gibt Nachricht von dem seitens der Nationalversammlung aufgestellten Gesetze über die provisorische Centralgewalt und der darauf erfolgten Wahl eines Reichsverwesers, und wird, da die einzelnen Gesandten schon an ihre Regierungen darüber berichtet haben, zu den Acten genommen. Nach drei ferneren Mittheilungen des Präsidenten der Nationalversammlung vom 2. u. 3. d. M. sind Abgeord. von Oesterreich, Kurhessen und Baden aus der Nationalversammlung ausgetreten. Es werden daher die betheiligten Gesandten veranlaßt, ihre Regierungen zu neuen Wahlen aufzufordern. Eine Note des königl. sardinischen Gesandten bei der Bundesversammlung, Marquis Pallaviccini, d. d. München, den 1. d. M., die Aufhebung der Blocade von Triest betreffend, wird dem politischen Ausschusse zugewiesen. In einer Zuschrift des Hauses Rothschild vom 30. Juni wird gewünscht, daß ein Theil der für die Rastatter Festungsbaugelder deponirten Papiere zurückgegeben werde. Diese Zuschrift und ein darüber von der Bundeskassenverwaltung erstatteter Vortrag wurden an den Ausschuß für Revision der Bundeskassen zur Begutachtung abgegeben, der zu dem Ende sofort ergänzt werden soll. Eine Zuschrift des Grafen Bentinck wegen der Herrschaft Kniphausen wird dem Reklamationsausschuß zugewiesen, mit dem Auftrage, zu untersuchen, ob und wieweit diese Angelegenheit der großherzogl. Regierung von Oldenburg wegen eines Vergleichsabschlusses zu empfehlen sei. Der gewöhnliche monatliche Bericht der Bundeskassenverwaltung über den Stand der einzelnen Bundeskassen vom 1. Juli, gelangt an den Ausschuß für Revision der Bundeskassen. Namens des politischen und Ausschusses für Militärangelegenheiten wird sodann durch den Bundespräsidialgesandten der oben schon erwähnte Vortrag über die Zustände in Baden erstattet und demselben gemäß beschlossen, dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, Prinzen Karl von Bayern, zu erwiedern, wie diese Zustände die gänzliche Zurückziehung der bayerischer Truppen ohne Ersatz wohl zur Zeit noch nicht gestatteten, ihm jedoch wegen der Dislokation der Truppen ausgedehnte Ermächtigung zustehe. Zugleich soll nunmehr die schon in der vorigen Sitzung beschlossene Note an den Vorort in der Schweiz erlassen und durch einen besondern Bevollmächtigten abgesendet werden. Auch der großherzogl. Regierung in Baden soll eine entsprechende Aufforderung zugehen. Einzelne Mittheilungen und Anträge erfolgten von nachgenannten Gesandten: Der königl. württembergische Gesandte wünschte, unter Bezugnahme auf die in voriger Sitzung erwähnte Ernennung eines Festungskommandanten für Ulm, daß die Gehalts- und Accidenzverhältnisse der Festungsbeamten baldmöglichst durch einen Bundesbeschluß regulirt werden möchten. Dieser Antrag wurde zunächst an die Militärkommission gewiesen. Vom Gesandten für Schleswig-Holstein wurde ein Antrag der großherzogl. Regierung von Baden auf Uebertragung der Kosten für die Handhabung der Ortspolizei bei den Festungsbauten in Rastadt eingebracht, der an den Ausschuß für Militärangelegenheiten abgegeben ward. Der nämliche Gesandte gab Nachricht in Betreff der vor Kurzem durch den k. preussischen Gesandten geschehenen Anregung über den Verkehr von Nordamerika mit Dänemark und bemerkte namentlich, daß wegen der Befrachtung eines dänischen Schiffes in Altona Untersuchung eingeleitet, Embargo auf dieses Schiff gelegt und hinsichtlich des Verkehrs selbst seitens seiner Regierung ein strenges Verbot erlassen worden sey. Auch der Gesandte von Lübeck gab in Ansehung dieses Gegenstandes eine Mittheilung zu Protokoll. Beide Anzeigen wurden übrigens an den zur Begutachtung dieser Angelegenheit vereinigten Embargo- und politischen Ausschuß verwiesen. Auf den Vorschlag des Ausschusses für Militärangelegenheiten (Referent der großh. oldenburgische Gesandte) wurde die vor Kurzem von der k. bayerischen Regierung wegen des Unterkommens der Truppen in Ulm geführte Klage an die Militärkommission zur Auskunftsertheilung abgegeben. Nächstdem stellte der großherzogl. oldenburgische Gesandte noch folgenden Antrag: Die Bundesversammlung wolle beschließen: in den gegenwärtigen gefährlichen Zeitumständen sind in allen Bundesstaaten, deren bewaffnete Macht nicht ohnehin schon ein gleiches Maß erreicht, solche personelle und materielle Vorbereitungen zu treffen, daß die bestehenden, auf 1 pCt. der Bevölkerung berechneten, militärischen Formationen innerhalb einer Frist von längstens 6 Wochen um einen gleichen Bestand vermehrt, also auf das Doppelte gebracht werden können, und begründete diesen Antrag durch einen längeren schriftlichen Vortrag. Da dieser letztere sehr viele beachtenswerthe Bemerkungen enthielt, so wurde beschlossen, denselben sofort in einer geeigneten Anzahl von Exemplaren zum Druck zu bringen und sowohl den einzelnen Regierungen zuzusenden, als auch unter die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilen zu lassen. Im Uebrigen wurde der Antrag dem Ausschusse für Militärangelegenheiten übergeben. Der königl. sächs. Gesandte übergab mehrere Druckschriften theils im Auftrage der k. sächs. Regierung (zum Archiv der Bundesversammlung), theils mehrere Buchhändler zu Leipzig (zur Vertheilung an einzelne Ausschüsse.) Endlich wurde noch die oben schon erwähnte Ergänzungswahl vorgenommen und in den Ausschuß für Revision der Bundeskassen die Gesandten von Oesterreich, Luxemburg, Mecklenburg und Hamburg als neue Mitglieder ernannt. (Ffst. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 6. Juli.) Nachdem das Gesetz über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt von der konstituirenden Reichsversammlung erlassen und für dieselbe ein Reichsverweser gewählt worden ist, beschäftigt die Bildung das demselben beizuordnenden Ministeriums alle Parteien. Das Interesse, welches dieser Gegenstand begreiflicherweise für die verschiedenen Fraktionen der politischen Meinung der Versammlung hat, zeigt sich in den Ministerlisten, die darüber seit einigen Tagen umlaufen. Obwohl nun denselben kein höherer Werth der Glaubwürdigkeit beigelegt werden kann, als der der Muthmaßung, so sind sie für die Parteien selbst doch so charakteristisch, daß ihre Mittheilung auch für das größere deutsche Publikum nicht uninteressant seyn dürfte. — Von der rechten Seite werden genannt: Herr v. Vinke als Ministerpräsident und für das Innere, Herr v. Möring für den Krieg, Herr Kerst für die Marine, Fürst Lichnowsky für das Aeußere, Herr Grävell Minister der Justiz, Herr v. Wartensleben Kultusminister, Herr v. Reden für den Handel; für die Finanzen ist man in dieser Fraction noch nicht einig geworden. — Von der Linken nennt man als Ministerpräsidenten, Minister der Justiz und der Gnaden Herrn Itz, als Minister des Innern Herrn Wesendonck, für die Finanzen Herrn Blum, für das Auswärtige Herrn Vogt, für den Krieg Herrn Venedey, für die Marine Herrn Jordan, für den Handel Herrn Neuwall, für das Arbeitsministerium Herrn Schaffrath und für den Kultus Herrn Ruge. — Das Centrum scheint, wie bei allen andern Fragen, auch hierüber am schwersten zu einer Einigkeit kommen zu können, und obwohl viele Kandidaten genannt werden, so ist doch noch keine Liste bekannt worden, die mit einiger Wahrscheinlichkeit als der angenommene Ausdruck dieser größten Fraction der Versammlung betrachtet werden könnte. Es sind dieß, wie gesagt, Gerüchte, die zwar keineswegs verbürgt werden können, deren Bedeutung jedoch der Einsichtige unschwer zu würdigen wissen wird. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. × (Wien, 5. Juli.) Heute Morgen vor Post Abgang hatte ich Ihnen nur noch melden können, daß Erzherzog Johann die auf ihn gefallene Wahl zum Reichsverweser angenommen, sowie daß die Annahme dieser Wahl im Volke große Freude erregt hat. Man hofft — und Gott gebe nicht mit Unrecht — daß diese Wahl endlich den gegenwärtigen Zwitterzustand zu Ende führen und auf eine Weise regeln werde, welche unsere industriellen und commerciellen Verhältnisse wieder emporhebt. Zwar ist es mir nicht möglich, Ihnen trotz aller meiner Bemühungen die dabei gehaltenen Reden dem Wortlaute getreu mittheilen zu können, da man dieselben nicht eher veröffentlichen will, als bis der Bericht an das Parlament abgegangen ist, doch ist es mir gelungen, die Hauptpoints zu erfahren. Heckscher hielt die Rede und dankte dem Erzherzog für die Annahme der Wahl, wobei er ausdrücklich bemerkte, daß die Schaffung der Centralgewalt aus dem Willen des Volkes hervorgegangen sey. Der Erzherzog hat, soviel ich höre, hauptsächlich die beiden Tugenden der Mäßigung und Uneigennützigkeit besonders anempfohlen und erklärt, daß er zwar ganz das Schwergewicht der übernommenen Pflicht fühle, daß er sich aber freue, in seinen letzten Lebenstagen für das Wohl des geliebten deutschen Vaterlandes seine Kräfte einsetzen zu können. Später trat er mit den Abgeordneten auf den Altan und dankte seinen lieben Wienern für die endlosen Jubelrufe, die sie zu ihm hinaufsandten. Er sprach gegen sie die Hoffnung aus, daß aus diesem Tage Deutschlands Glück auf's Neue erstehen werde. Einiges Licht über seine Denkweise mögen die folgenden Worte geben, die ich Ihnen aus sehr verläßigem Munde mittheile: »Zwischen uns«, sagte der Erzherzog zu Raveaux, »ist alle Etiquette unnöthig; wir sind ja nun Alle gleichsam Brüder geworden.« Raveaux antwortete: »Wenn Eure k. k. Hoheit so denken, dürfen Sie immer der Unterstützung des ganzen Volkes gewiß seyn!« So wie ich höre, hat es bei einigen Mitgliedern der Deputation Mißfallen erregt, den Erzherzog bei dem Empfange von einer Unzahl von Hof . . . umgeben zu sehen, »von lauter Gold und Silber«, wie sich Jemand ausdrückte. Einen peinlichen Eindruck erregen die Geldverhältnisse, die sich in der ganzen Monarchie, besonders hier in Wien, fühlbar machen. Die National-Bank sah sich schon seit längerer Zeit veranlaßt, ihre Auszahlungen in Silber gegen Banknoten zu beschränken, und dennoch scheinen sich ihre Mittel, trotzdem daß Ein- und Zweigulden-Noten ausgegeben wurden,

so sehr zu mindern, daß nur noch 5 Fl. in Silber ausgewechselt werden. Die Zwanziger und überhaupt das edle Metall ist wie verschwunden und die Leute sind bereits im Falle, ihre Bedürfnisse, wenn sie auch klein sind, nicht mit klingender Münze einkaufen zu können, so daß sie oft gebeten werden, es anstehen zu lassen, bis mehr zusammen gekommen ist und eine Banknote aufgeht, obwohl letztere auch nur mit Widerwillen genommen wird. Auch soll man, wie ich höre, daran denken, Banknoten im Werthe von 20 Kreuzer zu emittiren, was dem ohnehin erschütterten Credit Oesterreichs einen sehr schweren Stoß versetzen würde.

Die beabsichtigten Friedensunterhandlungen, die der päpstliche Legat, Monsignor Morechini, einleiten sollte, haben hier keine günstige Aufnahme gefunden, vielmehr sind dem Nuntius schon vor 3 Tagen seine Pässe vom Ministerium aus zugefertigt worden.

╳ (Wien, den 5. Juli.) Der heutige Tag ist einer der größten in der österr. Geschichte. Seitdem der Burggraf von Nürnberg Rudolph dem I. die Wahl der deutschen Kurfürsten verkündete, hat dem Hause Habsburg kein solcher Tag geleuchtet. Die Abgeordneten des deutschen Volkes sind gestern angekommen, und haben heute dem Erzherzog, Reichsverweser in der kaiserl. Burg ihren Auftrag überbracht. Um 11 Uhr bewegte sich der Zug von der Kärthnerstrasse über den Graben und Kohlmarkt in die Burg. Nationalgarden zu Pferde eröffneten ihn, darauf der Sicherheitsausschuß, Nationalgarde zu Fuß, die Deputirten des deutschen Parlaments in Staatswagen und eine lange Reihe von National- und Bürgergarden in ausgezeichneter Haltung. Die Deputirten wurden mit lautem Jubelruf begrüßt, das Volk fühlte die Größe des Augenblicks, überall in den Strassen und an Fenstern vor Freude strahlende Menschengesichter. Der Zug kam in der Hofburg an. Die Deputirten wurden von Baron Andrian beim Erzherzog eingeführt und vorgestellt. Herr Heckscher meldete den Auftrag des Parlaments. Alle Anwesenden, selbst die ältesten Generale weinten. Gleich darauf wurden die Thüren geöffnet und verkündet: der Erzherzog habe angenommen. Se. k. Hoheit traten mit den Deputirten und anderen Personen auf den Balkon. Der Erzherzog wandte sich an die Deputirten und sprach zu H Raveaux: »Ich bringe Ihnen meine deutsche Treue und Redlichkeit mit und hoffe auf Ihre Unterstützung, dann wird Alles gut werden.“ Herr Raveaux erwiederte: „Kaiserl. Hoheit! ich kann Ihnen die Versicherung geben, im Namen der ganzen Nationalversammlung, daß das Land an Ihnen mit Liebe und Vertrauen hängt.“ Der Erzherzog: Darauf baue ich meine Herren! Der Erzherzog wandte sich dann an das Volk mit den Worten: „Unsern redlichen, geliebten Wienern meinen verbindlichsten Dank. Sie sehen hier, meine Herren, die Abgeordneten des deutschen Parlaments; ich hoffe, daß aus den Folgen dieses Tages großes Heil hervorgehen wird.“ Der Zug bewegte sich dann in derselben Ordnung wieder zurück, überall herrschte der größte Jubel. Wien, Oesterreich begreift, welche Geschicke in die Hand eines seiner Söhne gelegt sind.

In einem gestern eingelaufenen Berichte von Prag vom 1. Juli erwidert Graf Thun auf die Anfrage des Ministeriums, daß die Freiheit der Wahlen in Prag durch die Maßregeln des Belagerungszustandes nicht beeinträchtigt sei, indem die Presse keinen andern Beschränkungen als jenen des provisorischen Preßgesetzes unterworfen sei, und die Associationen nicht verboten, sondern nur an eine amtliche Bewilligung geknüpft seien, welche sich bei den unter Leitung eines k. k. Kommissärs abgehaltenen Wahl-Versammlungen von selbst verstehe. Die Auflassung des Belagerungszustandes, so wünschenswerth dieselbe sowohl in Ansehung des Publikums als des ermüdeten Militärs sei, sei gegenwärtig noch nicht möglich, da die geforderte Waffenablieferung noch keineswegs vollständig sei, und in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni wieder auf mehrere Schildwachen geschossen wurde, auch das Pflaster noch an vielen Orten so aufgerissen sei, daß die Errichtung von Barrikaden jeden Augenblick wieder vor sich gehen könne, so daß dauerhafte Ruhe gegenwärtig noch nicht gesichert sei. Auch sei die Verminderung der Truppenzahl in Böhmen unzulässig, da die noch fortdauernde Aufregung des Landvolks durch Emissäre die Aussendung mobiler Kolonnen noch immer nöthig mache. Spätere Nachrichten lassen erwarten, daß die Behebung des Belagerungszustandes noch vor dem Eintritte der Wahlen in Prag erfolgen werde. (Wien. Z.)

(Pesth, den 2. Juli.) Die illirischen Wirren müssen binnen wenigen Tagen ein gewaltsames oder ein friedliches Ende nehmen. Gestern ist von hier der Befehl an den Feldmarschallieutenant Baron v. Hrabowsky in Peterwardein abgegang n, mit aller Macht gegen die Aufständischen einzuschreiten; es stehen dem Felmarschallieutenant acht Bataillone Infanterie und drei Regimenter Cavallerie, im Ganzen 12,000 M. mit einer furchtbaren Artillerie zu Gebote, außer den Nationglgarden, die theils bereits aufgestellt, theils marschfertig sich halten. (D. A. Z.)

(Triest, 4. Juli.) Ein Theil der feindlichen Fahrzeuge hatte am Abend zuvor den Hafen von Pirano beschossen. Die Batterien des Hafens erwiederten das Feuer, das nach drei Viertelstunden vom Feind eingestellt wurde. Man sprach von einigen Todten und Verwundeten auf Seiten der Gegner (A. A. Z.)

(Gratz, 3. Juli.) In aller Eile kann ich Ihnen heute kaum mehr berichten, als daß die Ruhe der Stadt, obschon nicht ernstlich, so doch theilweise gestört ist, und zwar gehören wunderbarerweise die hiesigen guten und stillen Bürger selber zu den Tumultuanten! Kömmt Ihnen das nur im Entferntesten glaublich vor? Und doch ist es so. Einige herkommenswidrige Vorladungen zu der niedergesetzten Rekrutirungskommission haben Veranlassung zu Zusammenrottungen, die bis zur Stunde noch nicht beseitigt sind, gegeben.

Preussen. (Berlin, 6. Juli.) Gestern waren sämmtliche Minister bei dem König in Potsdam. — Unser neuer Polizeipräsident, Hr. v. Bardeleben, hat einer Deputation des Reformclubs erklärt, daß er nächstens diesen sowie die übrigen Berl ner Clubs besuchen werde. — Das einen enormen Kostenaufwand beanspruchende Institut der Konstabler wird doch wahrscheinlich binnen kurzem ins Leben treten; Regierungsrath Peters wird als Direktor desselben genannt. — Unser Polizeipräsidium soll, wie versichert wird, zu einer Regierung umgeformt werden. Dasselbe besorgte auch wie bisher durch eine gebildete erste Abtheilung schon die Regierungsgeschäfte; es lag jedoch dem Präsidenten die alleinige Verantwortlichkeit ob und hatte auch er allein eine entscheidende Stimme. Es soll jetzt ein komplettes Regierungskollegium gebildet werden. (D. A. Z.)

(Koblenz.) Auch der Rhein hat dieselbe Schmach sehen müssen, mit welcher heimkehrende Freischärler jüngst in Spandau ihrer Waffen beraubt wurden. Neuwied war außersehen, die Schande auf sich zu laden, als feile Palizeimagd den befohlenen Waffenraub auszuführen. Ein willenloser Haufen diensteifriger Knechte — das ist die Bürgerwehr einer Stadt am freien Rhein! Ein Theil der beraubten Leute kam gestern hier an; sie haben den Oberpräsidenten Eichmann, auf dessen Ordre der »ministerielle Befehl« ausgeführt wurde, darum ersucht, ein amtlich beglaubigtes Zeugniß des Mannes aufzubringen, dessen Haus sie gebrandschatzt haben sollen. Denn diese abgeschmackte alberne Lüge ist ihrer Verhaftuug und ihrer schändlichen Behandlung wirklich zu Grunde gelegt worden. Auch haben sie sich an die Nationalversammlnng gewandt, um sich über die Unbilden zu beklagen, welche ihnen zugefügt wurden. (Mannh. Abdz.)

(Köln.) Auf Grund eines vom Untersuchungsrichter erlassenen Verhaftsbefehls sind am 2. Juli, Morgens zwischen 6 und 7 Uhr, die Herren Anneke und Dr. med. Gottschalk gefänglich eingezogen, und zugleich ist die Beschlagnahme ihrer Papiere verfügt worden. Wollte man aus diesen Anstalten einen Schluß ziehen, so müßte man vermuthen, daß hier die Polizei die Ausläuffäden eines gefährlichen Komplotts zu finden gedächte. Dem ist aber nicht so. Die Polizei hat zu diesem Schritt Veranlassung genommen, weil die Arbeiterzeitung die letzten Pariser Ereignisse in einer Weise besprach, die mit dem politischen Glaubensbekenntniß der preussischen Polizei allerdings in grellem Widerspruch steht. Die inkriminirten Stellen lauten: »Triumphirt nicht zu früh. Ihr habt nur den Anfang des Kampfes gesehen; und der Anfang Eures Todeskampfes ist Euch noch zu sehen vergönnt. Zwischen uns und Euch ist kein Friede mehr.« Und ferner: »Wir haben nichts zu verlieren. Euere sogenannte heilige Ordnung hat uns und Tausende unseres Gleichen einem langsamen Hungertode überantwortet; wir ziehen den raschen Tod auf einer Barrikade durch Euere Kartätschen vor. Wir haben nichts zu verlieren, aber Alles zu gewinnen.« (Mannh. Abdz.)

Schleswig-Holstein. (Hadersleben, 4. Juli.) Der kommandirende General ist heute von Christiansfeld, wo er sich einige Tage aufgehalten, hieselbst eingetroffen und man nimmt an, daß das Hauptquartier sich hier dauernd etabliren werde. Der Norden ist besetzt und geschützt, der General Bonin steht in Christiansfeld, der Prinz Friedrich in Woyensgaard, Mangstrupp und nach Westen hin. Die Patrouillen streifen an der Gränze. An einen so schleunigen Rückzug des Feindes hat wohl Niemand geglaubt, in Betracht, daß die Gegend zur Vertheidigung, selbst gegen einen überlegenen Feind, wie geschaffen ist, und jetzt mögen beide Theile von gleicher Stärke gewesen sein, etwa 16 bis 20,000 Mann. Der General Wrangel erschien vor einigen Tagen im schleswig-holsteinischen Lager, und hat dem Prinzen für seine umsichtige und energische Führung, den Truppen für ihre treffliche Haltung am Tage des Gefechtes, mit herzlichen Worten gedankt. Unsre Leute fühlen sich überglücklich, und würden den Dänen, wenn diese jemals zum Angreifen oder zum Stehen zu bewegen wären, auf das Herzhafteste zusetzen. Hier glaubt man an eine baldige Sistirung des langweiligen Krieges, und gebe nur Gott, daß dr Friede, ohne Opfer an Land und Leuten zu Stande komme. Sollten die Dänen diesen schönsten Theil des schönen Landes wieder besetzen, so würde eine Auswanderung im großen Maßstabe die Folge davon sein, gleich wie man darin auch nur den Keim eines neuen Krieges würde erblicken können. (Alt. M.)

(Lübeck, 4. Juli.) Ein mit dem schwedischen Postdampfschiff »Nordstjernan« heute Morgen hier eingetroffener englischer Kurier hat die Nachricht hieher gebracht, daß ein dreimonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen ist. Die Bedingungen desselben sollen folgende seyn: Verbleiben der beiderseitigen Truppen in ihren jetzigen Positionen, Zurückziehung der schwedischen Streitkräfte aus Dänemark, Einstellung der Feindseligkeiten Dänemarks gegen die deutsche Schifffahrt. Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß diesem Waffenstillstand die Eröffnung von Verhandlungen zum Abschluß eines definitiven Friedens unmittelbar folgen wird. (Brem. Z.)

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 24. Juni.) Der Fürst bewilligte und unterschrieb 22 Punkte, von denen die wichtigeren: 1) Preßfreiheit; 2) Abschaffung der Leibeigenschaft der Zigeuner und der Bauern sowie aller Feudallasten; ferner: Uebernahme von Seite des Staats der an die jetzigen Landbesitzer zu erstattenden Vergütung für den Verlust jener Lasten nicht nur, sondern auch desjenigen Theils des Grundes und Bodens, den die bisher an der Scholle klebenden Bauern jetzt als Eigenthum erhalten sollen; 3) Reduction der Civilliste auf die Hälfte; 4) Verabschiedung der bisherigen Minister; 5) allgemeines aktives Wahlrecht (ob passives, weiß ich noch nicht); 6) Wiedereinführung eines älteren (volksthümlichen) Administrationsmodus; 7) Emancipation der Juden; 8) Erklärung der zahlreichen und sehr reichen Klöstergüter und aller übrigen Kirchendotationen als Nationaleigenthum; 9) Beschränkung der Dauer der Regentschaft auf 5 Jahre, mit andern Worten alle 5 Jahre Fürstenwahl; 10) die Minister nicht nur, sondern der Fürst selbst ebenfalls verantwortlich; 11) Errichtung einer Nationalgarde; 12) Aufhebung jedes Rangunterschieds, mit einem Wort: Gleichheit vor dem Gesetz. Daß die Stadt, die gestern früh menschenleer schien, jetzt wimmelt und in freudige Aufregung versetzt ist, braucht kaum erwähnt zu werden; wohl aber, daß außer dem Fenstereinwerfen in den Wohnungen der beiden verhaßten Minister Villara (Inneres) und Mano (Polizei) auch nicht der mindeste Unfug vorfiel. Ungeheure trikolore Kokarden prangen auf jedem Rock. Folgendes sind die neuen Ministerernennungen: Inneres, Nikolas Golesko; Finanzen, Majero; Justiz, Stefan Golesco; Polizei, Constantin Rossetti; Kultus und öffentlicher Unterricht, Eliade; Militärangelegenheiten, Major Tell (der Oberst Odobesko behält den Befehl der Truppen); Aeußeres, Constantin Baltschesko. Alle diese Männer sind als wacker bekannt und gehören nicht den reichen Familien an. (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 5. Juli.) Der Tuileriengarten, mit Ausnahme der Terasse, durch welche Louis Philipp entschlüpft, ist dem Zutritt des Volks wieder freigegeben.

Gestern Abend belief sich die Zahl der in den Spitälern und Ambulancen noch liegenden Verwundeten der Bürgerwehr auf 1542.

Chateaubriand, dieser literarische Nestor Frankreichs, ist gestern Morgens bald nach 8 Uhr gestorben. Er war am 4. Sept. 1768 geboren, mithin 79 Jahre alt.

Nach eilftägigem strengen Verhaft ist es dem Hrn. v. Girardin gestern endlich gestattet worden, seine Gattin und einen Unterredaktor der Presse zu empfangen. Die Zusammenkunft war überaus rührend und der Gefangene erzählte seiner Frau, daß man ihn vor das Kriegsgericht gestellt habe, unter der Angabe, er habe gegen die Republik konspirirt. Sonst ist ihm kein Haar gekrümmt worden. Die Nachforschungen der Polizei haben sich bisher darauf beschränkt, einige (englische oder russische?) Briefe an ihn bei der Post mit Beschlag zu belegen. Es ist, versicherten uns ferner einige Deputirten, nach dem Schlusse der gestrigen Nationalversammlung alle Aussicht vorhanden, daß Hr. v. Girardin heute auf freien Fuß gesetzt werde. Ganz nach dem altdeutschen Spruche: Die kleinen Diebe hängt man auf, die großen läßt man laufen.

Schweiz.

(Zürich, 5. Juli.) Unsere Regierung hat allen im Kanton sich aufhaltenden Hannoveranern, die keine Niederlassungsbewilligung haben, 24 an der Zahl, das Land innerhalb 14 Tagen zu räumen anbefohlen. Es ist dieß der Vollzug der angedrohten Vergeltungsmaßregel wegen eines in Hannover ausgewiesenen Handwerksgesellen, „der als Schweizer keine Arbeit suchen durfte.“ So schrieb man es in sein Wanderbuch. Auf die Androhung hat Hannover nicht einmal geantwortet; geschieht keine befriedigende in der Zwischenzeit, so wird der Beschl zum großen Nachtheil der betreffenden Unschuldigen ausgeführt. Hier wäre ein gemeinsamer Vertreter Deutschlands sehr am Platze und die Geschichte dann wohl gar nicht erfolgt. Hannover ist nicht vertreten bei der Schweiz. (Schwb. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Nachdem in der Konkurssache des Wirthschaftsbesitzers Johann Merkel im Vogelsgarten bei Wöhrd bei der am 18 v. M. stattgehabten Subhastationstagsfahrt auf die zur Massa gehörigen Immobilien annehmbare Gebote nicht gelegt worden sind, so wird nach Antrag der Massakuratel und des Gläubigerausschusses zweite Subhastationstagsfahrt zum Verkaufe nachfolgender Immobilien

1) das Haus Nr. 47a im Vogelsgarten mit 12 Dez. Oedung und 1 Remise.
2) das Wirthschaftsanwesen zum Vogelsgarten mit realer Bierwirthschaftsgerechtigkeit Haus-Nr. 43 und 44 mit Kegelbahn, Kellerhaus, Stallung, 27 Dez. Wurzgarten, 6 Dez. Oedung und 1 Tgw. 73 Dez. ausgefüllten Weiher.
3) das Haus Nr. 45 daselbst mit 9 Dez. Wurzgarten,
4) das Haus Nr. 46 daselbst mit 16 Dez. Wurzgarten und 9 Dez. Oedung an der Sandbrücke,

deren nähere Beschreibung und Belastung aus der ersten Bekanntmachung vom 11. Merz d. Js. in der Mittelfränkischen Zeitung Nr 87, 125, 137; im Nürnberger Kurier Nr. 93, 101, 107; und im Kreis-Intelligenzblatt von Mittelfranken Nr. 24, 27 und 29 zu ersehen ist, auf

Donnerstag, den 3. August, Vorm. 9 Uhr, Z. Z. N. 6.

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß der Zuschlag für die gelegten Angebote ohne Rücksicht auf den erhobenen Taxwerth erfolgt.

Nürnberg, den 27. Juni 1848.

Seuffert.

Wäger

Musikalien.

In der J. A. Endter'schen Buch- und Musikalienhandlung in Nürnberg ist zu haben:

Für Pianoforte:

Lortzing, Zum Gross-Admiral. Romantische Oper in 3 Akten. Vollständiger Klavier-Auszug, sowie auch in einzelnen Nummern.

Flotow, Martha. Romant. Oper in 4 Akten. Vollständiger Klavierauszug, sowie auch in einzelnen Nummern.

Dieselben im leichtesten Style für die Jugend eingerichtet.

Zwei Polka und 2 Galopp, aus Martha.
Brillante Walzer hieraus.
6 Lieblings-Melodien "
4 Potpourri's "
Diabelli, 3 Potpourris aus: »Die Musketiere der Königin«
Dorn, deutsche Nationalhymne. Text von Sternau.

Wir erlauben uns, noch zu bemerken, dass wir stets eine Auswahl der neuesten Musikalien auf Lager halten, sowie auch älter erschienene schnell und unter den billigsten Bedingungen liefern. Zugleich empfehlen wir auch unsern eigenen Musikalien-Verlag zur gefälligen Abnahme bestens.

Turn-Verein.

Montag den 10. Juli Abend 8½ Uhr

General-Versammlung

in Mößels Kaffeehaus.

Berichterstattung der Hanauer Abgeordneten.

(Anzeige.) Von heute an sind wieder zu jeder beliebigen Stunde des Tages frisch gebratene Bratwürste zu haben.

Friedrich Kaul.
Breitegasse.

Auch eine Anfrage.

Kann wohl der Kaminfeger-Meister Lindner keinen anderen Gesellen bekommen, als einen der unter polizeilicher Aufsicht ist, fehlt es an Gesellen oder arbeitet dieser vielleicht ohne Lohn?

Nicolaus Huber.

Anzeige und Empfehlung.

Da der hochlöbliche Magistrat der Stadt Nürnberg uns die Erlaubniß ertheilt hat, die Macaroni- und Eiernudelnfabrikation dahier zu betreiben, so wagen wir die gehorsamste Bitte an das verehrungswerthe Publikum zu stellen, uns ihr gütiges Zutrauen zu schenken, welches wir stets zu rechtfertigen uns bestreben werden; wobei Sie nur einen kleinen Versuch wagen dürfen, um sich vollkommen zu überzeugen sowohl von der guten und billigen Qualität, als auch von der gewiß reinlichen Behandlung derselben, wobei jede Dame höflichst eingeladen ist, um selbst Augenzeuge zu sein, daß nicht blos mit Versprechungen genüge geleistet wird. Unsere neue Nachbarschaft: bitten wir noch um freundliche Aufnahme in ihre Mitte.

J. N. Hauser und Comp.
in der Clara-Straße L. 933.

Zur Notiz.

Ich glaube es meiner Ehre und der Achtung vor meinen Herren Kollegen schuldig zu seyn, Folgendes zur Kenntniß des Publikum zu bringen:

Ich glaube den in Nro. 189 der mittelfränkischen Zeitung enthaltenen mit Dr. M. M. Mayer unterfertigten Artikel aus folgenden Gründen auf mich beziehen zu dürfen:

1) weil solcher als eine Erwiederung auf den in der vorhergehenden Nummer fraglicher Zeitung enthaltenen von der Käufin Frau Schreiner herrührenden Artikel zu betrachten ist, und ich gar nicht leugne, Verfasser dieses Artikels zu sein, da ich zu der von der Schreiner erbetenen Hülfsleistung gerade so berechtigt war, wie Herr Dr. Mayer zur Beistandsleistung einer Frau, die, von bösen Menschen aufgereizt, eine schwer verletzende Klage gegen mich erhob, deren Ungrund bereits evident erwiesen ist;
2) weil Hr. Dr. Mayer vor einiger Zeit versuchte, mich bei dem Stadtmagistrate zu verdächtigen und hiedurch nachtheilig auf meine Stellung einzuwirken.

Herr Dr. Mayer scheint seit neuerer Zeit das Antworten viel unbequemer zu halten, als die Oeffnung der Spalten seines Zuschauers für Personalia, an denen wahrlich kein Gutgesinnter Freude haben wird; er hat mich direkt und indirekt schon mehrmals schwer verletzt, um seine Privatsachen in die Oeffentlichkeit einzuschleppen und sich gewiß herzlich gefreut, wenn er sich dachte, seine Pfeile könnten eine wunde Stelle getroffen haben. Dabei scheint Herr Dr. Mayer, der so viel fromme Sprüche zum Besten gibt, den bekannten vergessen zu haben, „was du nicht willst, daß dir die Leute thun sollen, das thue ihnen auch nicht“, denn kaum fühlt er, der Alle Verletzende, sich getroffen, so macht er seinem Grimm über eine Kugel kleinen Kalibers in Invectiven Luft, während er doch ein Privilegium zu haben glaubt, rein nach Belieben in seinem und seiner sehr ehrenwerthen Freunde Namen über alle denselben und ihm unlieben und mißliebigen Personen einen Kartätschenhagel von Neckereien, Insulten und Kränkungen auszuschleudern.

Diese Erwiederung gibt Hr. Dr. Mayer für den Fall, wenn er mit Eingangs erwähnter Anzeige mich gemeint haben will. Meine bürgerliche, auf festen Stützen ruhende Ehre kann durch die verkappte Injurie so wenig verletzt werden, als in der Achtung der Guten, deshalb ehrenwerthe Männer gesunken sind, weil sie mit ächt dänischem Geschützen von seiner Seite angegriffen wurden; als Christ erkläre ich den Hrn. Dr. Mayer, dessen christliche Gesinnungen sich mehrfach gedruckt ja so hübsch ausnehmen, zum Danke Böses mit Gutem vergeltend, daß ich ihn für einen **sehr ehrenwerthen Mann** halte.

Das Publikum kann sich nun nach Belieben an meiner Meinung von ihm, oder an seiner Meinung von mir betheiligen. Das Publikum möge, wenn es der Mühe werth ist, richten zwischen ihm und mir, möge solches aber zugleich diese lange Behelligung entschuldigen mit Schiller's Worten:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben,
„Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!“

Dies ist meine einzige, meine letzte Erklärung. Hr. Dr. Mayer wird nun wohl recht viel erwiedern, da er sicher ist, es ohne alle Gefahr für seine Galle thun zu können.

Ich wiederhole nochmals feierlichst, daß vorstehende Erklärung die einzige und letzte ist.

J. Ettinger,
Magistrats-Diurnist.

Rosenau.

Montag den 10. Juli Produktion vom Streich-Orchester. Anfang 6 Uhr.

Entree à Person 6 kr.

Fr. Schell

(Anzeige.) In der J. A. Endter'schen Handlung ist:

Median, ordin. und Schreib-Maculatur

zu haben.

(Zu vermiethen.) Am Hauptmarkt ist eine freundliche Wohnung, welche aus 4 heizbaren Zimmern, 2 Kabineten, 1 Kammer, 1 Küche und sonstigen Bequemlichkeiten besteht, zu vermiethen. Es kann auch eine Stallung abgegeben werden.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 199, der königl. Post gegenüber, ist eine Wohnung von 4 heizbaren Zimmern, 2 Kammern, Küche, Boden und anderen Bequemlichkeiten zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Eine sehr schöne helle Wohnung, in einer lebhaften Straße ohnweit dem Theater, aus zwei Zimmern und Alkov bestehend, ist an eine oder zwei solide Personen am 1. August zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Im Störpfelgäßchen S. Nro. 691 ist eine hübsche Wohnung im ersten Stock am Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein dressirter Hühnerhund der schönsten und besten Raçe ist zu verkaufen. Näheres im Wiener-Salon.

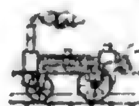
(Gesuch) Eine Beamtentochter, die zur Waise geworden ist, Liebe zu Kindern hat, in häuslichen Arbeiten erfahren ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft nächstes Ziel oder sogleich unterzukommen. Sie sieht mehr auf gute Behandlung als auf großen Lohn.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 10 Juli Gastspiel des Fräuleins C. Walter, k. Württembergischen Kammersängerin, und des Herrn Hagen, kurf. hess. Hofopernsänger »Romeo und Julie.“ Große Oper in 4 Akten von Bellini »Romeo« Fräulein Walter. „Tibaldo« Herr Hagen.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr.
Vom 2. bis 8. Juli incl.



Sonntag	1133	Personen,	fl. 126	54 kr.
Montag	1108	"	" 118.	3 "
Dienstag	1080	"	" 115.	3 "
Mittwoch	1083	"	" 114.	39 "
Donnerstag	1132	"	" 123.	36 "
Freitag	931	"	" 94.	48 "
Samstag	913	"	" 93.	54 "

Summa 7382 Personen, fl. 782 57 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. Juli 1848. № 193 Dienstag: Pius.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 9. Juli.) Tagsreveille und Kanonendonner eröffneten heute mit dem frühesten Morgen das Fest der Reichsverweserwahl, deren Annahme durch Erzherzog Johann gestern officiell angezeigt wurde. Das Linien- und Bürgermilitär, sowie sämmtliche Freikorps versammelten sich diesen Vormittag zu einer Kirchenparade, bei welcher auch die Prinzen Adalbert und Luitpold erschienen. Die Civilbeamten höchsten und niedersten Ranges wohnten dem zu dieser Feier in der Metropol. Pfarrkirche zu unserer lieben Frau abgehaltenen Gottes-Dienste bei. Auch von vielen Privathäusern weht heute die deutsche Flagge; Abends werden in den Hauptstraßen Musikchöre spielen. — Die Freikorps waren bei der heutigen Parade nicht zahlreich vertreten, etwa das der Landwehr ausgenommen; der Enthusiasmus über dieses Ereigniß scheint sich auf die Hieherkunft des Erzherzogs versparen zu wollen, an die wir jedoch aus delikaten Rücksichten vorerst noch nicht glauben, wenn sie auch vielseitig als bestimmt angekündigt wird. — Das Freikorps der Studirenden gab gestern Abend ein schönes Ballfest im Prater, von dessen zahlreichem Besuch Sie sich eine Vorstellung entnehmen werden, wenn ich Ihnen sage, daß allein gegen 4000 Damen gegenwärtig waren. Außer dem Freikorps-Regiment der Landwehr waren sämmtliche Bureaus eingeladen. Das Fest, eines der glänzendsten in Bezug auf Ausstattung und Besuch, währte bis zum Anbruch des heutigen Tages. Brillante Feuerwerke, welche die Pausen der Orchester ausfüllten, und sich in den Isarstrom magisch ergoßen, so wie Tageshelle verbreitende bunte Beleuchtung verherrlichten das schöne Fest in reizendster Weise. — In den letzten Tagen stattete der Kaiser von Oesterreich, dem eben zu Tegernsee weilenden König Ludwig und Prinzen Carl, einen Besuch ab. — Prinz Carl hatte erst vor wenigen Wochen in Insbruck eine Zusammenkunft mit dem Reichsverweser Erzherzog Johann.

(München, 7. Juli.) Vorigen Montag wurde auf Befehl Sr. Maj. des Königs eine Art Kommission zu einer ersten Sitzung berufen, um Berathung zu pflegen über die gewerblichen und Arbeiterverhältnisse des Landes. Zunächst beabsichtigt man die Gründung eines Gewerbvereins in München und hatte deshalb außer dem Staatsminister des Innern, dem Regierungspräsidenten, einem Stellvertreter des zur Zeit unpäßlichen Bürgermeisters und andern Regierungs- und Magistratsbeamten, auch zwei Fabrikbesitzer und zwei Gewerbmeister hiezu eingeladen. Ein vom Ministerium vorgelegter Entwurf scheint aber die Billigung der Kommissionsmitglieder nicht zu erhalten, und man wird wohl die dem Zwecke am nächsten liegenden Statuten des landwirthschaftlichen Vereins den Bestimmungen des neu zu gründenden Gewerbvereins zu Grunde legen. Die Regierung ist bereit, für diese äußerst wichtige Angelegenheit sowohl hier als im Allgemeinen für das Land bedeutende Summen anzuweisen. Se. Maj. der König interessirt sich sehr lebhaft für die Sache und hat sich ausdrücklich vorbehalten, bei den von Zeit zu Zeit stattfindenden Sitzungen den Vorsitz zu führen. — Gestern Abend traf hier die traurige Nachricht ein, daß der mit unsern Truppen im Seekreis (Konstanz) stationirte Hauptmann B.cker vom ersten Infanterie-Regiment bei einer Spazierfahrt auf dem Bodensee verunglückte. An der Rheinbrücke schlug nämlich der Kahn, worin er fuhr, um, und die Strömung des Rheins riß ihn schwimmend abwärts, bis er in einem Strudel verschwand. Seine Leiche wurde erst nach zweistündigem Suchen aufgefunden. Der Verunglückte war ein Veteran aus dem Tirolerkriege, woselbst er sich als Tambour seine ersten militärische Lorbeern holte, und man versichert mich, daß wohl in der ganzen bayerischen Armee kein Hauptmann von seiner Kompagnie inniger geliebt und höher geachtet wurde, als er. (A. A. Z.)

(München, den 8. Juli.) Wir können nun aus verlässiger Quelle unsere erstere Mittheilung über den Nachlaß der Frau Kurfürstin-Wittwe Leopoldine rc. dahin berichtigen, das deren Verlassenschaftsmasse, Pretiosen und Mobiliarschaft rc. abgerechnet, in einem Activum von etwas mehr denn drei Millionen bestehe, welches ausschließlich ihren beiden Söhnen, den HH. Grafen Louis und Max Arco, als Universalerben überkömmt. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 11. Juli.) In einer öffentlichen Bekanntmachung erklären sich unsere Wahlmänner nach einer vorher stattgefundenen Besprechung mit der Abstimmung des Deputirten zum deutschen Parlament Dr. Krafft vollkommen zufrieden und wenn man dessen Motive liest, so muß man allerdings gestehen, daß Herr Dr. Krafft sich mit Geschick auf dem sich selbst geschaffenen Rechtsboden bewegt, aber das hält denn doch den Wunsch gewiß sehr Vieler nicht ab, daß Herr Dr. Krafft öfter auf der Seite der freisinniger Stimmenden sich befunden haben möchte, er hätte sich deshalb durchaus nicht von dem konst.-monarch. Standpunkte zu entfernen gebraucht. Dieses gar zu enge Festhalten an den Regierungen will Vielen nicht in den Sinn, und wenn die Wahlmänner etwa glauben sollten, ihr Vertrauensvotum für Herrn Dr. Krafft sei der Ausdruck der ganzen hiesigen Bevölkerung, so möchten sie sich wahrlich in einem großen Irrthum befinden. Wir wollen es nicht in die difficile Frage stellen, ob alle Wahlmänner von Herzensgrund aus mit diesem Vertrauensvotum einverstanden sind, ob nicht in diesem Falle eine moralische Ueberredung stattgefunden und dergl.; wir wollen blos darauf hinweisen, wie schneidend an diesem Beispiel der Unterschied zwischen direkter und indirekter Wahl nachgewiesen werden kann. Hätten wir die direkte Wahl gehabt, und Herr Dr. Krafft wäre, was wir durchaus nicht in Abrede stellen wollen, als Deputirter aus der Wahlurne hervorgegangen, so würde jetzt zweifelsohne eine eben so starke Zahl gegen das Vertrauensvotum, ja wo nicht noch mehr, öffentlich auftreten, als die Zahl derer betrüge, welche dasselbe unterschrieben haben. Bei der indirekten Wahl hingegen kann eine solche Demonstration aus vielerlei Gründen nicht statt haben, und manche Rücksichten halten die Urwähler ab, gegen die von ihnen geschaffenen Wahlmänner öffentlich aufzutreten.

Freie Städte. (Frankfurt, 6. Juli.) Gemäß einer neulich angeordneten Geschäftseintheilung hält die Nationalversammlung vom Anfang der Woche an nur vier öffentliche Sitzungen wöchentlich, nämlich Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Von diesen Sitzungen sind die drei ersten den Berathungen des die Grundrechte des deutschen Volkes betreffenden Ausschußberichts gewidmet, welcher 48 Paragraphen enthält; am Freitag aber werden andere laufende oder dringende Geschäfte zur Verhandlung oder Erledigung gebracht. Mittwoch und Samstag sind den Arbeiten der Ausschüsse vorbehalten, welche sich um so mehr häufen, da fast ausschließlich der Mehrheit beizuzählende Abgeordnete daran Theil nehmen. Bei diesem Sachverhalt ist kaum zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Grundrechte vor geraumer Zeit zur Beschlußnahme führen dürften, zumal doppelte Berathung und Abstimmung statthaben soll. (Schw. M.)

(Frankfurt, den 7. Juli.) Den nachfolgenden Brief der nach Wien entsendeten Deputation der Nationalversammlung d. d. Linz den 4. Juli, Morgens halb 7 Uhr, hat der unterzeichnete Präsident heute nach Schluß der Sitzung erhalten. Er will mit der Veröffentlichung, bei dem lebhaften Interesse, welches das gesammte Publikum an der Sache nimmt, nicht bis zur Montagssitzung warten. Der Präsident der Nationalversammlung. H. Gagern. An den Präsidenten der Nationalversammlung zu Frankfurt. „Herr Präsident! wenn wir seit vorgestern schwiegen, so lag der Grund unseres Schweigens lediglich in der Ueberfülle von Jubel, der uns überall umgibt, und der uns zum Berichterstatten die Zeit nicht finden läßt. Wie in Franken, so beurkundete das Volk in Bayern und in Oberösterreich durch die Ehren, die es uns erwies, durch den festlichen, ja rührenden Empfang, den es uns allerwärts bereitete, seine Freude über die Wahl der Nationalversammlung. Das Gefühl, als sey das Volk, als sey das deutsche Vaterland jetzt einer großen Gefahr enthoben, sprach sich in Reden, im Jubel, in Festlichkeiten aus, und wie man uns nicht verhehlte, daß man bisher noch immer mit einer gewissen Beklommenheit nach Frankfurt gesehen, und von der Nationalversammlung für die Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Stämme gefürchtet habe: so gab sich jenes Vertrauen zu der Nationalversammlung, Bereitwilligkeit, das Sonderinteresse dem Interesse des gemeinsamen Vaterlands unterzuordnen und aufrichtige Liebe zu dem Vaterlande, inniges Verlangen des Ausschusses an dasselbe auf unzweideutige Weise kund. Am Unzweideutigsten und Offensten sprach sich diese Stimmung aus in den Städten Regensburg und Linz, deren Bewohner, wie sie Deutsche, doch ebensowohl Bayern und (beziehungsweise) Oesterreicher seyn und bleiben wollen. Theilen Sie Herr Präsident, der Nationalversammlung mit, daß ihrer Deputation, in der man die Versammlung selbst als die Vertreter des gesammten deutschen Volks verehrte, in den Städten, die sie durchreiste, ein Empfang geworden, wie man ihn sonst nur Fürsten zu bereiten pflegte. Der Stadtrath in Regensburg und viele Bürger waren uns zu Fuß und zu Wagen mehrere Stunden Wegs entgegengekommen, schon vor der Stadt empfingen uns die Massen des Volkes mit lautem Jubel und Geschützesdonner, wehende Flaggen und Nachtmusik gaben Zeugniß von der Freude der Regensburger, die uns des andern Tags durch eine Deputation noch mehrere Stunden Wegs auf der Donau geleiten ließen. Die Städte und Oerter, an denen wir auf dem Strome vorbeifuhren, begrüßten uns jubelnd durch Deputationen, die sie auf das Schiff sandten, durch Lösen der Böller, durch wehende Fahnen, durch die Bürgerwehr, die sie am Ufer aufgestellt, durch Musik und durch lauten Jubel des Volks. Aber fast über alle Beschreibung ist unser Empfang zu Linz. Unter lautem Jubel des in unzählbarer Menge an den Ufern der schönen Donau und den Bergen hinauf versammelten Volkes und unter Kanonendonner landeten wir. Die ganze Nationalgarde von Linz war im festlichen Schmuck am Ufer aufgestellt, aus allen Fenstern mit schönen Frauen reich besetzt, wehten uns freudig grüßende Tücher entgegen, und, empfangen von den Behörden der Stadt, geleitet von der Nationalgarde, zogen wir durch deren Reihen, Musik voran, in den für uns bestimmten Gasthof auf dem schönen Markt Linz's. Unaufhörlicher Jubel folgte uns und vielfache Lebehochs, Nachtmusik und festliche Beleuchtung der Stadt Linz gaben Zeugniß von der Freude der Bewohner. Man ist der festen Zuversicht, daß die Wahl der Nationalversammlung dem Vaterlande Einheit und Stärke geben, daß sie die Freiheit festigen und Ruhe und Ordnung begründen werde. Möge Gott des Volkes Wünsche und Hoffnungen erfüllen! Wir zeichnen mit ausgezeichneter Hochachtung, verehrter Herr Präsident, Ihre ergebenen (gez.) v. Andrian, Franke, v. Saucken, v. Rotenhan, Raveaux, Heckscher, Jucho. (Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 8. Juli.) Ein bedauerliches Hemmniß war in dem öffentlichen Verkehr zwischen Frankfurt und Sachsenhausen eingetreten. Wegen einer in dem letzten Orte gebrachten Katzenmusik und der darauf gefolgten Beschädigung eines Hauses, wurden zwei oder drei Personen verhaftet. Zum Schutze gefährdeten Eigenthums war die bewaffnete Macht aufgeboten worden. Sowohl zur Befreiung der Ersten, als zur Entfernung der Letzten gedieh es zu weiteren Excessen. Am Ende der Mainbrücke, auf der Seite von Sachsenhausen, wurde

gestern Abend zwischen 7 und 8 Uhr aus neben- und übereinandergeworfenen Wagen, Karren rc. eine Barrikade errichtet; die bewaffnete Macht mußte sich in das deutsche Haus zurückziehen, wo sie, als man dieses erstürmen wollte, Feuer gab, wodurch drei Militär- und fünf bürgerliche Personen verwundet wurden. Später, als Bewaffnete die Barrikade besetzt, wurde ein Gefreiter in der Mainstrasse erschossen Obgleich nun die Verhafteten wieder freigelassen worden, und ein zuletzt Arretirter entschlüpft war, dauerte der zwecklose Tumult dennoch fort. An zwei andern Stellen Sachsenhausens, zur Abscheidung des ruhigen von dem unruhigen Theil, entstanden ebenfalls Barrikaden. In Frankfurt war während dieser Vorgänge Generalmarsch geschlagen und die Mainbrücke, bis ganz in die Nähe der Barrikade, von Burgerwehr und Linientruppen in Besitz genommen worden. Später begnügte man sich, das Ende der Brücke gegen Frankfurt durch Burger- und Schutzwehr abzuschließen. Jede Verbindung zwischen beiden Stadttheilen durch die Brücke war auf solche Weise unterbrochen. Dieser störende Zustand dauerte bis heute Morgen um 6½ Uhr. Er wurde beseitigt, nachdem die Menge der Landleute, welche sich zum Wochenmarkt nach Frankfurt begeben wollte, so sehr mit Fuhrwerken rc. in Sachsenhausen sich gehäuft, daß sie die Hauptstrassen dieses Stadttheils füllte. Man beseitigte die Barrikade (welche, wie der ganze Austritt, keinen politischen Zweck gehabt) und der Verkehr wie die öffentliche Ruhe wurden durch diese Beseitigung, wie durch einige vorhergegangene Verhaftungen wieder hergestellt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 8. Juli.) In der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag haben mehrere Leute ihren Unwillen gegen einen Bäcker zu Sachsenhausen durch eine s. g. Katzenmusik an den Tag legen wollen, und als der um sein Haus besorgte Mann eine Patrouille von Bürgerwehr und Soldaten herbeigerufen hatte, so wurde diese von den Tumultuanten mit Steinen verfolgt, auch einer der Soldaten am Kopfe verletzt. Als hierauf Freitag Nachmittag die Anstifter dieses Unfugs von Polizeibeamten festgenommen werden sollten, wurden diese mißhandelt. Gegen eine Abtheilung herbeigerufener Stadtwehr und Soldaten steigerte sich die Erbitterung und nachdem einige Soldaten mit einem Arrestanten sich in das deutsche Haus an der Brücke zurückgezogen hatten, wurde das Thor dieses Hauses gewaltsam erbrochen. Hierauf ist gefeuert worden. Ein Soldat ist in der Hauptstraße, wo er mit seinem Kommando aufgestellt war, erschossen worden. Auch 2 andere Personen sind verwundet worden, das Genaue hierüber ist noch nicht ermittelt. Die Bevölkerung von Sachsenhausen errichtete hierauf mehrere Barrikaden, und dem Militär wurde der Befehl zum Abzug gegeben, damit kein weiterer Unglucksfall sich ereignen möge; dennoch wurde das Haus des oben erwähnten Bäckers in Sachsenhausen noch wesentlich beschädigt. In der Stadt wurden einzelne Tumultuanten zur Haft gebracht. Mit dem anbrechenden Tage kehrte die gewohnte Ordnung zurück und die Barrikaden verschwanden. Von Seiten der Sachsenhäuser wurden mehrere verdächtige Fremde an die Polizei abgeliefert. Die angeordnete Untersuch ng wird über die verschiedenen Vorfälle das Nähere ergeben. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, 7. Juli.) So eben wird eine allerhöchste Verkündigung, die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung betreffend, bekannt gemacht, deren Einleitung also lautet: „Bei dem Antritt unserer Mitregentschaft sind wir durch unser Edikt vom 5. März d. J. entschieden in die Bahn der Umgestaltung eingetreten, welche das deutsche Volk zu wahrer Freiheit und kräftiger Einheit führen soll. Die große Mehrheit der Hessen hielt es für Pflicht, Vertrauen mit Vertrauen zu erwiedern. Sie erkennt die Früchte an, welche wir im Verein mit den Ständen bereits erzielt haben, und sieht der vielseitig begonnenen Entwickelung mit Vertrauen entgegen. Diese Entwickelung zu stören, hat sich eine Partei zum Ziele gesetzt, welche immer unverhüllter ihre Plane darlegt, die auf Umsturz alles Bestehenden durch unausgesetzte Anfeindung aller öffentlichen Autorität, durch Drohung und Gewalt gerichtet sind. Diesem Treiben entgegen zu treten, die Freunde der Ordnung zu beruhigen und zu thätiger Unterstützung der Ordnung zu ermuthigen, die Irregeleiteten zu warnen, wenden wir uns an unser Volk, mit der Versicherung, daß alle gesetzlichen Mittel zur Bekämpfung der Feinde der Ordnung angewendet werden sollen. Was wir verheißen haben, ist erfüllt, oder der gesetzliche Weg zur Erfüllung eingeleitet.“ Am Schlusse der Verkündigung heißt es: „Wer zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verfassung, zur gewaltsamen Störung ihrer gesetzlichen Umgestaltung durch Schrift oder Wort auffordert, oder Mittel zur Ausführung dieses Vorhabens sammelt, wer zum Aufruhr, zur Widersetzung gegen die Obrigkeit auffordert, oder an solchen Handlungen Theil nimmt, unterliegt der Strafe des Gesetzes. Indem wir alle diejenigen, welche der Stimme der Feinde der Ordnung ihr Ohr geliehen haben, nochmals ernstlich verwarnen, fordern wir unsere Gerichte und anderen Behörden bei ihren Pflichten auf, furchtlos das Gesetz zur Geltung zu bringen, und alle Freunde der Ordnung, die Behörden hierin mit allen Kräften zu unterstützen.“ (Fkf. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 7. Juli.) Heute ist eine Proklamation des Ministeriums erschienen, welche einen Ueberblick aller seit dem 6. März gewährten und garantirten Rechte gibt, von Ungesetzlichkeit abmahnt und das Einschreiten der Behörden gegen Gesetzwidrigk tten ankündigt. In dieser Proklamation ist nun das Recht der Volksversammlungen und das Vereinsrecht, welche Rechte, nach dem 6. März durch Verfassungsgesetze gesichert werden, nicht erwähnt. Dieser Umstand, in Verbindung damit, daß alle sonstigen seit jener Zeit erlassenen wichtigen Gesetze und vorgelegten Entwürfe in der Proklamation vollständig aufgezählt sind, ein Versehen mithin nicht anzunehmen ist, läßt darauf schließen, daß die Regierung beabsichtigt, gegen das gemißbrauchte Versammlungs- und Vereinsrecht Maßregeln zu ergreifen, und deßwegen dieser Rechte nicht gedacht hat. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. ✕ (Wien, 7. Juli.) Morgen wird, wie ich höre, der neue Reichsverweser mit den Deputirten über Berlin nach Frankfurt abgehen und am 18. d. wieder hier eintreffen, um den konstituirenden Reichstag zu eröffnen. Alle hiesigen (unzähligen) Blätter sind voll Schmähungen gegen Pillersdorf, wegen der Geschäftsordnung für die konst. Reichsversammlung, in welchen Gegenstände von solcher Wichtigkeit wie a) Wahl und Obliegenheit des Präsidenten, b) ob ein Eid zu leisten und nach welcher Formel, c) ob der Präsident einen anderen Eid zu leisten habe, als die übrigen Deputirten, d) von wie vielen Abgeordneten die Motionen unterstützt werden müssen, e) wie viele Abgeordneten zu Eröffnung der Verhandlungen und wie viele zur Abstimmung nöthig seyen, f) das kaiserliche Veto mit Bestimmtheit entschieden werden. Trotzdem wurde Pillersdorf für den I. Wahlbezirk der Stadt und für die Leopoldsstadt in die St.-Vers. gewählt. — Gestern Mittag stiegen in Folge der Kapitulation Venedigs die Preise von 3—5 pCt. in allen Kursen; fielen aber Abends 7 Uhr wieder, da sich diese Nachricht nicht bestätigen soll.

(Wien, den 6. Juli.) Unter dem Heutigen ist folgende Proklamation erschienen: Die deutsche National-Versammlung in Frankfurt hat mich zum Reichsverweser erwählt, und durch ihre Abg. aufgefordert, diesem ehrenvollen Rufe ungesäumt zu folgen. Oesterreicher! Ihr kennt meine unveränderte Gesinnung für unser gemeinsames deutsches Vaterland; Ihr kennt meine heißen Wünsche für sein Wohl, seine Macht und Ehre. Diese Wünsche, ich weiß es, stehen mit Eueren Gefühlen in vollkommenem Einklange, und ich habe es daher als eine heilige Pflicht erkannt, das Amt zu übernehmen, welches mir Euere Vertreter in Frankfurt und mit ihnen alle Euere deutschen Brüder anvertrauen. Dasselbe wird, gestützt von der National-Versammlung und befestiget durch das gesammte deutsche Volk, den Gedanken der Einheit Deutschlands zur That gestalten, — es wird für die Freiheit und für das Recht des deutschen Volkes, für das Gesetz und die Ordnung in dem ganzen deutschen Gebiete eine neue Gewähr darbieten. Ich glaube daher die mir von unserem Kaiser für die Zeit seiner Abwesenheit übertragenen Regentenpflichten nicht zu verletzen, ich glaube sie vielmehr mit hoffnungsreicherem Erfolge zu erfüllen, indem ich beide gleichwichtige und innig verbundene Sendungen annehme. Ich werde mit der an mich gesendeten Deputation nach Frankfurt gehen, um das hohe Amt des Reichsverwesers anzutreten, und dann wieder zu Euch zurückkehren, um als Stellvertreter des Kaisers am 18. Juli den Reichstag in Wien feierlich zu eröffnen.

Erzherzog Johann m. p.

Zwei große bedeutungsvolle Ereignisse bieten sich in diesem Augenblicke die Hand, und scheinen sich störend zu kreuzen. Erzherzog Johann ist Stellvertreter des Kaisers mit ausgedehntester Vollmacht in Oesterreich; Erzherzog Johann ist Reichsverweser und Oberhaupt des deutschen Reiches. Se. kaiserl. Hoheit hat sich beiden Bestimmungen unterzogen, er wird beide übernehmen, beide haben nichts Widersprechendes, denn beide bezielen die Einheit und Kräftigung Deutschlands und die Befestigung Oesterreichs in seinem konstitutionellen Baue, und in seiner eigenen Gliederung als eine der größten, edelsten und schönsten Bestandtheile Deutschlands. Nur die drängende Zeit bietet Schwierigkeiten und fordert Zugeständnisse. Deutschland bedarf und begehrt schnell seinen Reichsverweser; Oesterreich kann den Prinzen nicht entbehren, der die Pforten seiner Nationalversammlung öffnen soll, damit Segen und Heil aus ihren Beschlüssen entspringe. Hier ist eine Vermittlung, ein Entgegenkommen unerläßlich, und es ist nicht schwer, denn jedes Opfer, welches der eine Theil bringt, ist dem Wohle des Ganzen gebracht, und nicht einseitige Interessen sind es, welche ausgeglichen werden sollen.

Der Erzherzog hat mit der Entscheidungskraft, welche ein hervorstechender Zug seines Charakters ist, beschlossen, dem Wunsche der Deputirten der deutschen Nationalversammlug zu entsprechen und am 8. dieses für kurze Zeit Wien zu verlassen, um die ehrenvolle Bestimmung in Frankfurt anzutreten, zu welcher ihn die Wahl eines großen Volkes berufen hat. Seine kaiserliche Hoheit wird und kann aber in Frankfurt nur so lange verweilen, als es die ersten Functionen seiner neuen Würde unerläßlich machen. Der Erzherzog wird am 18. nach Wien zurückgekehrt seyn, um den Reichstag an diesem Tage feierlich zu eröffnen, wenn derselbe sich bis dahin in seiner innern Einrichtung konstituirt hat wie dieses zu hoffen ist. So wird keine Störung, kein nachtheiliger Aufschub eintreten, Oesterreich und Deutschland für immer innig und fest verschmolzen zeigen bei den ersten folgenreichen Beschlüssen, wie leicht es ist, sich zu einigen, wenn gleiche Gesinnung, gleiche Liebe für das Ganze zu Rathe sitzt. — Der Erzherzog tritt, der Zustimmung des Kaisers gewiß, die Reise am 8. an, das Ministerium wird sich während der kurzen Abwesenheit in enger Verbindung mit Se. kaiserl. Hoh. erhalten und die Sanktion seiner Beschlusse einholen. Der mit den Angelegenheiten Deutschlands vertraute und geachtete Minister Wessenberg wird den Erzherzog begleiten, und hier wird ein Stellvertreter dafür sorgen, daß in den wichtigen Maßnahmen seines Ministeriums keine Stockung oder Störung eintrete. Der Reichstag und das Ministerium wird aber Sorge tragen, daß Alles vorbereitet werde, was jenen zum raschen und glücklichen Fortschritte führen kann. (Wien. Z.)

(Triest, 4. Juli.) Gestern Abend um 6 Uhr näherten sich mehrere feindliche Kanonenboote im Schlepptau eines Dampfboots und eine venezianische Kriegsbrig dem Porto Rosa (Hafen von Pirano), und eröffneten ein lebhaftes Feuer gegen die Batterien, welche dasselbe sofort erwiederten. Später bemerkte man vom Dampfboot einen starken Rauch aufsteigen, was vermuthen läßt, daß die Kugeln gezündet haben. Nach ungefähr drei Viertelstunden begaben sich die Schiffe im Schlepptau einiger Dampfer wieder zur übrigen Flotte. Die Feinde sollen drei Todte und mehrere Verwundete zählen. Von den unsern wurde nur einem Kanonier die Mutze vom Kopfe geschossen und das Wams versengt. (A. A. Z.)

(Von der Etsch, den 5. Juli.) Am 1. d. M. früh Morgens wurden unsere Vorposten an beiden Ufern der Etsch bei Croara und Dolce von vier feindlichen Bataillonen Infanterie mit vier Geschützen und einer Schwadron Reiterei angegriffen. Nach dreistündigem Kampfe war der Feind gänzlich geworfen, obgleich die piemontesischen Jäger von fast unzugänglichen Felsklippen unsere Leute beschossen und Massen von Schutt und Steinen durch angelegte Mienen auf sie herabschleuderten. Die Tapferkeit und der ungebeugte Muth unserer Truppen überzeugte den Feind, daß er hier vergebens Terrain zu gewinnen suche, und er zog sich sofort mit einem ansehnlichen Verluste durch Incanal und Rivoli über das linke Etschufer nach Ceraino zurück. Unsere treffliche Artillerie war es vorzüglich, welche die feindlichen Bataillone sich nicht entwickeln und vordringen ließ. Wir hatten nur einen Todten und sieben Verwundete. Durch öffentliche Bekanntmachung der Postbehörden wurde das Publikum in Kenntniß gesetzt, daß nunmehr die Poststrasse zwischen Trient und Padua für Briefsendungen und den Personentransport offen sei. Die Eil- und Packwagen zwischen Verona, Wien und Triest gehen nun wieder regelmäßig wie früher ab und zu. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 7. Juli.) Der preuß. Staatsanzeiger enthält folgendes: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. verordnen auf den Antrag der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung, nach Anhörung Unseres Staats-Ministeriums, was folgt: Durch die Annahme

eines besoldeten Staats-Amtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen. Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Sanssouci, den 7. Juli 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (contr.) von Auerswald. Hansemann von Schreckenstein. Milde. Märker. Gierke. Kühlwetter.

(Berlin, den 7. Juli.) In der heutigen Sitzung der National-versammlung verursacht der Antrag des Abgeordneten Grebel, die von dem Finanzminister angekündigte Zwangsanleihe betreffend, große Bewegung. Abg. Grebel bemerkt, daß er so lange gegen eine solche Zwangsanleihe protestiren werde, bis die Angabe, daß der Staatsschatz und die Finanzen erschöpft seyen, nachgewiesen und gründliche Auskunft gegeben werden, wo das Geld geblieben sey und bis ein neues Staatsgrundgesetz auch in dieser Hinsicht die nöthigen Garantien dargeboten habe. Das Ministerium soll daher vor allen Dingen ersucht werden, eine Uebersicht über die Verwaltung des Staatschatzes und der Finanzen vom Jahre 1840 an zu geben. Die Versammlung aber solle eine Kommission zur Berichterstattung über diese Angelegenheit ernennen, welcher auch der Finanz-Minister seine Mittheilungen zugeben zu lassen habe. Der Redner nahm es ferner als ein »Recht des Volkes« in Anspruch, genaue Auskunft über den Staatsschatz zu erhalten. Der Staatsschatz sei das Eigenthum der Nation, es klebe an ihm Blut und Schweiß des Volkes, und dies wäre zugleich der beste Weg, um die allgemein gewordenen Gerüchte über die Verschleuderung und schlechte Verwendung dieses Staatsschatzes zu zerstreuen. Die preussische Finanzverwaltung sey immer als ein Ideal geschildert worden, und würde darum auch wohl keine Aufklärung zu scheuen haben, die aber auch zur Ehre der Verwaltung selbst unerläßlich geworden sey. Es genüge nicht, zu sagen, daß Alles fort sey, sondern dem Volke müsse Rechenschaft gegeben werden über die ungeheuren Summen, welche seit 33 Jahren eingezahlt worden. Im ganzen Lande herrsche eine große Sensation über die Zwangsanleihe. Man pflege eine solche für den vorletzten Schritt zum Staatsbankrott selbst zu halten. Noch vor kurzem hätten die Herren v. Bodelschwingh und v. Thile von der Größe unseres Staatsschatzes gesprochen, der so gewaltig sey, daß wir auch im Kriegsfall keiner Anleihe bedürfen würden. Auf dem vereinigten Landtag habe Hr. Hansemann selbst als Abgeordneter damals vorgerechnet, daß der Staatsschatz wohl wenigstens 30 Millionen betragen müsse, und Hr. Hansemann sei doch wohl hier eine große Autorität; das Volk aber habe um so weniger annehmen können, daß hier amtliche Täuschungen obgewaltet, da es bekannt geworden, daß die Einkünfte sich um mehrere Millionen vermehrt, und da das Volk seit 33 Jahren zum Theil dieselben Abgaben wie in den Kriegszeiten gezahlt. Durch diesen Contrast sei das Vertrauen des Volkes zu unserer Finanzverwaltung erschüttert worden, und die Mittheilung der ganzen Wahrheit könne nur noch einzig und allein helfen.

Die Debatte bietet einige interessante Momente dar. Der Abg. Schramm bemerkt: Der Hr. Minister habe gesagt, auch die Freiheit koste Geld. Unserer Regierung habe aber die Freiheit gewiß noch kein Geld gekostet. Vielleicht habe früher die Regierung viel Geld hergegeben, um die Freiheit nicht in ihr Stadium eintreten zu lassen. Woher die Erhöhung des Standes unserer Staatspapiere gekommen, darüber wolle er nicht nachforschen; er wolle gern glauben, daß es aus Vertrauen in den Bestand des gegenwärtigen Ministeriums geschehen, aber zu erklären vermochte er es sich nicht. Der Abg. Mätze sagt: Man habe gehört, im Staatsschatze sei nichts, nun erfahre man auch noch, daß nichts darin war. Für jede Eröffnung darüber müsse man dankbar seyn, weil dadurch die Vergangenheit noch mehr aufgeklärt werde. Daß der vorige König durch weises Verfahren den Staatsschatz geschaffen, stehe fest; ebenso, daß er unter der gegenwärtigen Regierung verschwunden, es sei wohl billig, daß das Land erfahre, wo sein Schweiß hingekommen. Die politische Bewegung habe nichts fortgenommen. In der Thronrede hätten wir gehört: »die Ersparnisse seien nicht erschöpft.« Und dann versichere der Finanzminister: »es seien gar keine Ersparnisse da gewesen.« Das Volk knüpfe das Verschwinden des Staatsschatzes an bestimmte Namen, und man sei es deshalb der Gerechtigkeit schuldig, eine Prüfung anzustellen. (D. A. Z.)

(Königsberg, den 2. Juli.) Man fand im Schauspielhause einen Anschlag, von Bauern der Umgegend herrührend, plattdeutsch geschrieben, welcher ähnliche Drohungen enthielt, wie jener der westpreussischen Bauern an die Berliner; sie drohen „die Königsberger rösten zu wollen, wie Mäusespeck“, wenn nicht alles ruhig verbliebe. Aus Litthauen sind von Bauernburschen Petitionen an den König ergangen, worin die Bitte ausgesprochen ist, daß die großen Herren aufgehängt werden möchten, die den Armen quälten und das Geld in Braten auffräßen, wie z. B. ihr Herr Pfarrer, der alle Tage Gäste habe, während sie sammt ihrem Schulmeister hungern müßten. (Ffst. O.-P.-Z.)

(Aus Westpreussen, den 4. Juli.) In Warschau sollen wieder viele hundert Kanonen auf der Citadelle vernagelt gefunden worden sein, woraus man neue revolutionäre Entschlüsse der Polen folgert. Auch hat man unter den kurländischen Offizieren eine Verschwörung entdeckt; 34 derselben wurden erschossen. Im Ganzen herrscht bei den russischen Truppen große Unlust zu einem Kriegszuge nach Deutschland. Deshalb wird der jüngere Theil des russischen Militärs auf den gegenwärtigen Märschen jede Nacht hinter Schloß und Riegel in Ställen und Scheunen versperrt und von alten Kernrussen förmlich bewacht. — In dem westpreußischen Städtchen Löbau ist es zu blutigen Auftritten zwischen Besitzenden und Besitzlosen gekommen, und wurde der Landrath besonders stark mißhandelt. Erst Cüraissiere aus Deutsch-Eilau stellten die Ruhe wieder her. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Köln, den 7. Juli.) Wir werden gebeten, folgenden Bericht des Hrn. J. H. J. Jansen von hier über seine Verhaftung aufzunehmen: „Am 6. Juli Morgens gegen halb 6 Uhr wurde an meiner Wohnung ungewöhnlich stark und wiederholt geklingelt. Meine Schwester, die der Ankunft des Pfarrgeistlichen entgegen sah, der unserer todtkranken Mutter die Sterbesakramente reichen sollte, öffnete die Thüre, und fand sechs Gensdarmen und einen Polizeidiener. Die Herren frugen, ob ihre beiden Brüder zu Hause wären und verfügten sich sofort die Treppe hinauf. Sie fanden mich dort und frugen: ob der Sekretär des Arbeiter-Vereins, Jansen, und sein Bruder nicht anwesend seyen. Meine beiden Brüder waren abwesend; Jansen, der Sekretär, war nicht zu Hause, und der andre war schon seit mehreren Wochen nach Amerika ausgewandert. Der eine Gensdarm hatte zwei Vorführungs-Befehle in der Hand, von denen der Eine auf „Jansen, Bruder des Secretärs Jansen“ lautete. Er erklärte mir: da ich ein Bruder des Sekretärs Jansen sei, so müsse ich folgen. Der Polizeidiener setzte hinzu, er sei überzeugt, ich sei nicht der rechte Bruder, aber auf den Wortlaut des Vorführungsbefehls hin müsse ich mitgehen. Ich protestirte, mußte aber folgen. Ich nahm also Abschied von meiner sterbenden Mutter, (die es dulden mußte, daß die Herren Gensdarmen in ihr Krankenzimmer traten und jeden Winkel durchstöberten) und bestieg mit vier Gensdarmen und dem Polizeidiener, die unten wartende Droschke. Wir fuhren zuerst zum Appellhof, wo man vergeblich nach dem Instruktionsrichter suchte und von da nach dem Arresthause. Ich wurde hier, nebst dem Vorführungsbefehl, dem Inspektor übergeben, und zwar mit dem Bemerken: ich sey zwar nicht der Rechte, aber doch ein Bruder des Sekretärs Jansen. Nachdem ich die Frage, ob ich mich selbst verpflegen wolle, verneint, meine Brieftasche, Börse ꝛc. dem Aufseher übergeben hatte, wurde ich in die Inquisitions-Zelle Nr. 13 eingeschlossen. Gegen 8 Uhr wurde mir braune Suppe und Schwarzbrod angeboten, was ich indeß nicht annahm. Darauf wurde ich vor den Rendanten des Instituts geführt, über die Richtigkeit der ihm vom Aufseher übergebenen Geldsumme, sowie über Namen, Stand ꝛc. befragt und am preussischen Maßbaume gemessen. Ich protestirte gegen meine Verhaftung, jedoch umsonst. Kurz vor zehn Uhr kam der Aufseher, der mich sehr freundlich behandelte, in meine Zelle, brachte ein Bündelchen verfitzte Baumwolle und bemerkte: Wenn ich etwa Langeweile verspüren sollte, so würde mich das Auseinanderzupfen des Knäuels etwas zerstreuen. Ich erklärte, ich habe dem Hause noch keine Kosten verursacht und fühle mich daher nicht verpflichtet, für seine Rechnung zu arbeiten.

„Inzwischen hatten mehrere meiner Freunde bei dem Herrn Staatsprokurator gegen meine Verhaftung protestirt. Dieser fertigte, mit der Erklärung, es sei ihm bereits zu Ohren gekommen, daß bei der Arrestation ein Mißgriff geschehen, den Befehl zu meiner Freilassung aus und so wurde ich um zehn Uhr wieder befreit.“ (N. Rh. Z.)

Schleswig-Holstein. Aus Schleswig wird uns von einer glänzenden Waffenthat des zehnten Armeekorps berichtet. Die Dänen waren ohne Zweifel davon unterrichtet, daß das Gros der Armee nach Norden gegen die jütische Grenze vorgerückt, und daß nur eine kleine Abtheilung zum Schutze von Sundewitt zurückgeblieben war. Diese Gelegenheit wollten sie zu einem Landungsversuche benutzen, um vor dem Abschluß der obschwebenden Waffenstillstandsunterhandlungen noch einige Vortheile zu erringen. Inzwischen aber hatte General Wrangel das 10. Armeekorps unter General Halkett bereits wieder von Hadersleben nach Sundewitt zurückgeschickt. Hier landeten die Dänen am 4. d. in der Nähe von Grafenstein, 6000 Mann stark; in drei Korps getheilt rückten sie vor; das rechte Korps, vom Major v. Spadling befehligt, soll zu rasch vorgegangen, von den übrigen Landungstruppen abgeschnitten, von einer überlegenen Abtheilung des 10. Armeekorps eingeschlossen und nach tapferer Gegenwehr (der Verlust der Dänen an Todten wird auf 200 Mann angegeben; darunter mehrere Offiziere; ein Lieutenant Diogenes wird unter den Verwundeten genannt) gefangen genommen. Die Zahl der Gefangenen wird auf 1600 angegeben. Man erwartete dieselben am 5. in Flensburg, von wo sie sogleich weiter nach Rendsburg gebracht werden sollten. — Die übrigen 4000 gelandeten Dänen haben sich wieder auf die Schiffe gerettet. — Sollten sich diese Nachrichten in ihrem ganzen Umfange bestätigen, so wäre dies offenbar die glänzendste Waffenthat des ganzen Feldzugs und würde gerade in diesem Augenblicke außerordentlich gelegen kommen. (Brem. Z.)

Frankreich.

†° (Paris, 6. Juli.) Die Angriffe in der gestrigen National-Versammlung haben den Unterrichts- und Kultusminister Carnot vermocht, sein Amt niederzulegen. Mit einer Eilfertigkeit, die sich leicht erklären läßt (Carnot war noch der einzige Mann vom Februar her, der am Ruder geblieben), gibt ihm der Moniteur heute früh schon einen Nachfolger in der Person Vaulabelle's, eines der wärmsten Anhänger des alten Regime.

Der Moniteur zeigt mit ganz besonderer Vorliebe an, daß die Arbeiter der Exnational-Werkstätten eine Kollekte unter sich gemacht, und gestern die Summe von 87 Franken 50 Centimen in die Pariser Stadtkasse zum Besten der in den Junitagen blessirten Bürgerwehr gezahlt haben.

Die National-Versammlung hat gestern das bereits von der vorigen Regierung beabsichtigte Anleihen von 150 Millionen Franken bei der Bank genehmigt, oder richtiger gesagt, die Bank hat gestern in der Nationalversammlung dem Staate eine Hülfe von 150 Mill. zu bewilligen geruht. Die HH. Duclerc, Houdchaut, Jules Favre, Paulin Gillon geriethen ziemlich hart aneinander. Allein Duclerc erklärte ihnen mit der ihm angeborenen Gleichmüthigkeit, daß der Staatsbankerott unvermeidlich sey, wenn sie die 150 Millionen Franken nicht sofort votirten. Das Wort Bankerott traf wie der Blitz und die Versammlung votirte.

Die moderirte Partei hatte sich längst vorgenommen, den Unterrichtsminister Carnot zu stürzen. Cavaignac hatte ihr stillschweigend seine Genehmigung zugesagt. Veranlassung hiefür sollte das Kreditverlangen abgeben, das der Minister für Besserung der Lage, der Volksschullehrer und des Volksschulwesens (für Erstere verlangt er sofort provisorisch 100,000 Frk., für Letzteres 48 Millionen) stellte. Bonjean leitete den Angriff, er las mehrere Stellen des Manuel republicain vor und führt daraus den Beweis, daß sein Verfasser Renouvier, ehemaliger Schüler der polytechnischen Schule, ein Rationalist und Kommunist sey, der mit seiner Broschüre die ganze franz. Schuljugend anstecken wolle. Da nun Carnot für 20,000 Exemplare unterschrieben und er (Bonjean) die volle Ueberzeugungen haben, daß Renouvier diesen Katechismus unter Genehmigung, Einfluß, wo nicht der Feder des Ministers geschrieben, so müsse er hiermit im Namen der guten, alten Staatsmoral öffentlich protestiren. Bonjean las eine Menge Stellen vor. Diejenige, die den größten Lärmen erregte, lautet: (Kapitel VII.) Vom Eigenthum. Nach mehrern Einleitungsphrasen richtet der Schüler folgende Frage an den Lehrer: „Gibt es wenigstens Mittel, die Reichen zu hindern, Faullenzer zu sein, und die Armen dagegen zu bewahren, von den Reichen gegessen zu werden.“ Der Moniteur

füllt mit den Auszügen Bonjean's lange Räume. Wir begnügen uns mit diesem Fingerzeige.

Die Todtenfeier lockt halb Paris in die elysäischen Felder, an deren Eingang dieselbe im Beisein aller Oberbehörden und der Glieder der Nationalversammlung stattfindet. Die Hitze ist zum Ersticken. Die Feier lief bisher (Mittags) ohne Unfall von statten. Das Defile dauert fort.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 5. Juli. Nach 4 Uhr.] Die Versammlung votirte bekanntlich 3,000,000 Franken für die Nationalwerkstätten in jüngster Zeit. Da dieselben jedoch inmittelst verschwunden, so fiel der Kredit weg. Dupin trug darauf an, diese Summen als Unterstützung unter die Armen in Paris und der Departements zu vertheilen. Genehmigt. Die Debatte verlief ziemlich träge, bis Carnots Gesetzentwurf über den Primärunterricht plötzlich Veranlassung gab, die Versammlung aus ihrem Schlummer zu reißen. Bonjean, ein Republikaner vom reinsten Wasser, bestieg die Tribune und richtete scharfe Angriffe gegen den Unterrichtsminister. Mit einem Exemplare des kleinen Manuel republicain in der Hand denunzirte er den Minister als Verfasser und wies aus einigen Stellen, die er vorlas, daß Carnot ein Schreckensmann, ein Freimaurer, ein Atheist und Kommunist sei, der keinen Augenblick länger verdiene, den Volksunterricht zu leiten, geschweige ihm 48 Millionen zur Reorganisation des französischen Volksunterrichts zu votiren. Der Redner bekräftigt diese unverschämten Angriffe durch Vorlesung einiger Stellen, welche gegen das Eigenthum gerichtet seien. Es entstand ein furchtbarer Lärmen. Carnot folgte dem Redner auf der Bühne, um sich zu rechtfertigen. Er las seinerseits die auf das Eigenthum bezüglichen Stellen vor, und gab ihnen seine Deutung. Aber Bonjean ließ sich dadurch nicht beruhen und eilte noch einmal auf die Bühne, um den Minister anzuklagen, weil er 15000 Exemplare dieses Almanachs an die Schulmeister vertheilt habe. Seine Hartnäckigkeit verrieth deutlich, daß er im Geheimen unterstützt würde. Cavaignac soll in der That bezüglich Carnot bei der Ministerbildung gesagt haben: Je l'accepte; mais si vous le renversez, je ne me baisserai pas pour le relever. Die Versammlung schritt um 6½ Uhr unter großer Aufregung über ein Amendement Bonjean's, das eine Verringerung des verlangten Kredits vorschlägt.

Italien.

Zufolge einer brieflichen Mittheilung in der officiellen Mailänder Ztg. vom 4. Juli hat am 29. Juni in Venedig die versammelte Guardia civica Karl Albert leben lassen und auf den Marcusplatz Präsident Manin die Vereinigung Venedigs mit Piemont angepriesen.

Schweiz.

(Zürich, den 6. Juli.) Es wird in der ganzen Schweiz sehr häufig über die unnützen Ausgaben für die Grenzbesetzung geklagt, und die Tagsatzung selbst hat der Klage Gehör geschenkt und dem Kanton Graubünden überlassen, für sich zu sorgen. Die Regierung dieses Standes hat sich aber von solchen Rücksichten nicht abhalten lassen, etwa 1000 Mann im Dienste zu behalten, woran sie, wie folgender Vorfall zeigt, sehr gut that. Am 26. Juni verfügten die Oesterreicher in Taufers an der Grenze des Munsterthales plötzlich gänzliche Sperre, keine Boten, keine Briefe ꝛc. werden mehr durchgelassen. Ja, ein Parlamentär wäre gefangen zurückbehalten worden, wenn er nicht sogleich den Rückweg angetreten hatte. Aus verschiedenen Berichten erfuhr denn auch der befehlende Herr Oberst Michel, daß die Oesterreicher die Italiener anzugreifen beabsichtigen, daß in Glurus bereits 4 Kanonen und 2 Haubizen und in Trafoi am Stilfserjoch zwei Kanonen und 600 Mann Infanterie und Schützen angelangt seyen. Schleunigst wurden die schweizerischen Truppen in die Dörfer St. Maria und Valcava zusammengezogen, die Vorposten verstärkt und mehrere Kompagnien die Nacht hindurch in Ställen marschfertig gehalten. Auf die Alp Präsura allein wurden 40 Mann beordert. Die Nacht ging ohne Störung vorüber. Am Morgen erhielt man die Kunde, daß der Kampf früh um 4 Uhr begonnen und die Oesterreicher beabsichtigten, über die Schweizer Grenze zu marschiren und über Präsuralp oder weiter hinten gegen die Wormserjochhöhe den Italienern in die Flanke zu fallen. Sogleich wurden 3 Kompagnien an die bedrohten Stellen geschickt. Ehe sie daselbst anlangten, begegneten sie schon einem Transport von 24 österreichischen Feldjägern, welche Hr. Oberlieutenant v. Planta auf Schweizergebiet aufgefangen und entwaffnet hatte. Jubelnd und singend zogen die Soldaten mit dem selbst mit einem Gewehr bewaffneten Hrn. Oberst Michel über die fruchtbaren Triften hin. Bald vernahm man, daß die Oesterreicher auf dem Rückzug seyen, über die beiderseitigen Verluste ist noch nichts bekannt. Bedeutend können sie nicht seyn, da die Truppen in zu großer Entfernung kämpften. Ueber Nacht lagerten unsere Truppen großentheils auf der Alp unter freiem prächtigem Himmel und kehrten Tags darauf wieder munter in die Dörfer zurück. — Die gefangenen Oesterreicher bewohnen ein großes gutes Zimmer und werden mit Lebensmitteln reichlich versehen. Nach dem angefangenen aber noch nicht vollendeten Verhör scheint die Gebietsverletzung keine eigentlich absichtliche zu seyn. Wären aber keine Schweizertruppen dagestanden, so wäre eine solche sicher erfolgt; der Weg ist für beide Theile zu bequem. (Schwb. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Berichtigung.

In der gestrigen Erklärung des Magistrats-Diurnisten Ettinger soll es statt: „Diese Erwiederung gibt Hr. Dr. Mayer" heißen: „Diese Erwiederung gilt Herrn Dr. Mayer."

COURSE.

Nürnberg, den 10. Juli 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht. Brief	k. Sicht. Geld	2 Monat. Brief	2 Monat. Geld
Amsterdam		10½		
Hamburg		88		
London		121½		120½
Wien in 20r.	10[illegible]			
Augsburg	12[illegible]			
Frankf. a. M.		100		
in die Messe				
Leipzig		105¼		
in die Messe				
Berlin		105¼		
Paris		95¼		
Lyon		95¼		
Bremen		99½		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld
Bayer. Obligat. à 3½ %		72
" Bank-Aktien		
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nurnberger-Further ditto		

Geld-Course.

	a. hab.	gewb.
Friedrich- und Augustd'o		9 55
Neue Louisd'or	11	4 [illegible]
Souverainsd'or	10	1[illegible]
Holländische 10 fl. Stücke		10 6
20 Francs-Stücke		9 41
Oestreich. u. Holl. Ducaten		5 38
Französisches Gold	5	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	21

Mit einer Beilage von J. A. Stein.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12. Juli 1848. № 194 Mittwoch: Heinrich.

Deutschland.

Bayern. (München, 8. Juli.) Im Einverständniß mit dem Staatsministerium des Innern wurden vom Kriegsministerium bezüglich der Kosten, welche durch die in jüngster Zeit wegen tumultuarischer Auftritte abgesendeten Militärkommandos veranlaßt worden sind, folgende Bestimmungen ertheilt, welche unter dem 5. d. an die vier Armeedivisionskommandos ergingen. 1) Für die seit dem 1. März d. J. zur Unterdrückung tumultuarischer Auftritte, und zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit außerhalb der Garnisonsorte entsendeten Militärkommandos werden, in so fern diese nicht als wirkliche Exekutionskommandos erklärt wurden, nachstehende tägliche Zulagen bewilligt: a) für die Offiziere und Militärbeamten, und zwar für einen Major 2 fl. 44 kr., einen Hauptmann erster Klasse 2 fl. 11 kr., einen Hauptmann zweiter Klasse 1 fl. 46 kr., einen Oberlieutenant 1 fl. 13 kr., einen Unterlieutenant 1 fl. 5 kr., einen Junker 36 kr. nebst der vorschriftmäßigen Einquartierung auf Dach und Fach; b) für die Mannschaft vom ersten Unteroffizier abwärts außer der gewöhnlichen Einquartierung und Verpflegung eine tägliche Zulage von drei Kreuzern, dann die Hälfte der die Charge treffenden Monturraten, welche letztere dem Mann in seiner Monturrechnung zu gut zu schreiben sind. 2) Für jene Militärkommandos, welche als wirkliche Exekutionskommandos erklärt sind, und deren Kosten nach rechtskräftigem Ausspruch den veranlassenden Gemeinden oder Privaten zur Last fallen, haben sowohl bei den Offizieren als bei der Mannschaft die im Armeebefehl vom 26. Februar 1807 ausgesprochenen Gebühren und Zulagen einzutreten, in welchem Fall jedoch gemäß obigen Verordnung Löhnung und Brodgebühren cessiren. 3) Auf vorübergehende Dislokationen einzelner Heeresabtheilungen in andere Garnisonen, wobei die Mannschaft in Kasernen untergebracht wurde, und vorschriftsmäßig menagirte, haben die unter 1) a) und b) ausgesprochenen Zulagen keine Anwendung. Für die Offiziere und Militärbeamten treten im gegebenen Falle die allgemeinen Bestimmungen über die Beorderungen außerhalb der angewiesenen Garnisonsorte ein. 4) Vorstehende Bestimmungen sind auch für künftig eintretende derlei Fälle geltend. 5) Wo Vergütung bereits stattfand, da hat es hiebei sein Bewenden, begründete Beschwerden ausgenommen, in welchen Fällen Rückersatz zugesichert wird. 6) Die unter 1 a) und b) bewilligten Zulagen, so wie sonstigen Kosten (für normalmäßige Einquartierung, Vorspannsfahrkosten rc.) werden auf den Sicherheits-Etat übernommen. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 11. Juli.) Die Verbannung der mittelfränkischen Zeitung aus dem Altdorfer Seminar trifft nicht dieses Blatt allein; auch der Nürnberger Kurier soll von den Altdorfer Seminaristen nicht mehr gelesen werden, weil er angeblich eben so wie die mittelfränkische Zeitung auf Umsturz des Bestehenden hinarbeitet. Der Korrespondent v. u. f. Deutschland und die Neue Münchener Zeitung sind erlaubt und sogar anempfohlen. Wer diese Blätter empfohlen hat, geht also wahrscheinlich von der Ansicht aus, daß dieselben, statt umzustürzen, aufbauen. Gegen diese Ansicht zu streiten, fällt uns nicht ein, dagegen steht uns die Forderung des Beweises zu, wie und wo wir auf den Umsturz des Bestehenden hingearbeitet haben. Wir haben uns auf der freien Basis bewegt, die uns der Geist der neuen Zeit, die errungenen Gewährschaften der Revolution geschaffen und auf dieser Basis muß freilich so manches Alte fallen, aber man braucht es nicht umzustürzen, es ist morsch, und fällt von selbst in die Tiefe einer, so Gott will, dauernden Vergessenheit. Wir wollen durchaus nicht pro domo in materieller Hinsicht sprechen, wir protestiren hiemit nur gegen ein Unrecht, das von der offenbarsten Reaktion ausgeht, die zwar, als in Bayern nicht vorhanden, geradezu von gewissen Seiten geleugnet wird, die sich aber in den vielfachsten Verzweigungen gerade über Bayern verbreitet und unter den verschiedensten Ausdrücken und Formen erscheint. Mit der gewährten Preßfreiheit muß jedes Verbot publizistischer und journalistischer Erzeugnisse ohne allen Rückhalt aufhören und die denkwürdige Proklamation vom 6. März hat dem Lande Bayern die Preßfreiheit gewährt und spätere Garantien bestätigten dieselbe. Fehlt die Presse in einzelnen Fällen, so ziehe man sie vor das Forum der sie gesetzlich zu richten befugten Behörde, aber man verdamme sie nicht zu inquisitorischen Verboten, das steht keiner Regierung zu, welche es rechtlich und ehrlich mit ihren Staatsbürgern meint, das kann blos eine Regierung, welche die Staatsbürger in die starren Fesseln von Unterthanen zurückwerfen will. Wir wollen gerne glauben, daß das Schicksal, das unser Blatt getroffen, ein isolirtes ist, können aber zu bemerken nicht unterlassen, daß von einer Kreisregierung, wie die mittelfränk., die nicht an das Recht der freien Petitionen zu glauben sich verpflichtet fühlt, auch andere Rechte durch eigenthümliche Interpretationen in Zweifel gezogen werden. Fest überzeugt sind wir aber auch, daß des jetzigen Königs Wille nicht der seyn kann, daß Unrecht in seinem Lande begangen werde! Der Wahlspruch unseres Königs ist »Freiheit und Gesetzmäßigkeit.« Das Verbot einer Zeitung bei faktisch garantirter Preßfreiheit verstößt aber offenbar gegen diesen Wahlspruch, den der König nicht durch seine Beamten verletzen lassen wird.

Baden. (Mannheim, 8. Juli.) Gestern wurde den hier liegenden bayerischen Truppen eröffnet, daß sie sich marschfertig halten sollen, indem ihr Auszug von hier täglich bevorstehe. Diese Truppen wissen zur Zeit noch nicht, wohin sie verlegt werden, und eben so wenig ist bekannt, wer künftig die hiesige Besatzung bilden wird; man spricht davon, daß sie zum Theil aus preussischen und zum Theil aus badischen Truppen bestehen werde. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 5. Juli.) Die Germanistenversammlung wird diesen Herbst nicht stattfinden. — Jakob Grimm. (A. A. Z.)

(Frankfurt a. M., den 8. Juli, Abends.) Seit heute Vormittag hat sich weder hier noch in Sachsenhausen etwas neues ereignet; doch ist die Aufregung unter den Sachsenhäusern noch sehr groß, und ihre Erbitterung besonders gegen den Bäcker gerichtet, der nach der vorgestrigen Katzenmusik militärische Einschreitung anrief, und die gestern versuchten Arrestationen veranlaßte. Den ganzen Vormittag hindurch war man mit Ausräumen des gräulich, verwüsteten Hauses beschäftigt, dessen Besitzer sich entfernt hat, und wohl nicht wieder nach Sachsenhausen zurückkehren wird. Die Opfer des gestrigen Krawalls sind, soviel man bis jetzt weiß, ein getödteter Soldat, 4 verwundete Soldaten und Gensdarmen und 5 verwundete Civilisten. Die Verletzungen sollen zum Theil lebensgefährlich sein. Für heute Abend ist wieder die ganze Stadtwehr aufgeboten, da man möglichen Versuchen zur Befreiung Eiselens zuvorkommen will. Die übertriebensten Gerüchte, wie sie bei ähnlichen Vorfallen gewöhnlich in Schwung kommen, waren auch heute verbreitet z. B. von Herbeiziehung fremder Truppen rc. Wir erwähnen diese Gerüchte nur, um unsere Ueberzeugung auszusprechen, daß sie ohne Grund sind, und daß die Bürgerschaft Frankfurts im Vereine mit den hiesigen Linientruppen zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung auch fortan sich selbst genügen kann. (A. O. Z.)

Hessen. (Offenbach, 6. Juli.) Der vaterländische Verein im 5. Wahlbezirk des Großherzogthums Hessen gewinnt immer mehr Boden und wird von folgereicher Wirksamkeit seyn, woran man sich bei dessen letzter Ausschußversammlung in Bibel überzeugen konnte. Die wichtigsten Fragen wurden mit Ruhe und Takt debattirt und eine bedeutende Zuhörerzahl konnte gewiß nicht ohne Nutzen den Verhandlungen beiwohnen. Die nächste Versammlung wird Sonntag den 16. d. M. in Seligenstadt abgehalten, wenn nicht die von Darmstadt angekündigte Volksversammlung gerade auf diesen Tag fallen sollte. Dieser Volksversammlung will der Verein nicht hemmend sein, vielmehr wurde beschlossen, solche durch eine Deputation von 10 Mitgliedern zu beschicken, ohne die, welche sich noch anschließen, um im Namen seiner circa 4000 Mitglieder dahin zu wirken, daß die erste Kammer gänzlich aufgehoben, die zweite aufgelöst, und den Forderungen der Zeit entsprechend, neu organisirt werde. — Zugleich wurde eine Adresse an das Parlament beschlossen, welche bereits gestern eingereicht wurde und die wir als eine Manifestation von 4000 Wählern hier mittheilen: „Hohe Versammlung! Mit Sehnsucht blickt das deutsche Volk nach dem Sitze seiner Vertreter. Es sieht die Paulskirche zu Frankfurt a. M. als die Wiege seiner politischen Wiedergeburt, als den Brennpunkt an, von dem aus die erwärmenden und belebenden Strahlen einer neuen Schöpfung in die zerfallenen Verhältnisse des Vaterlands geleitet werden sollen. Mit der großmüthigsten Selbstverläugnung, mit dem redlichsten Vertrauen und mit der Mäßigung, welche ein gebildetes, für die ausgedehnteste Freiheit reifes Volk beurkundet, legte es seine Zukunft in Deine Hände. Aber, hohe Versammlung, wenn schon das deutsche Volk Anarchie nicht wünscht, und eine blutige Entscheidung seiner großen Lebensfrage vermieden hat, so erwartet es doch mit der größten Bestimmtheit und mit noch ungeschwächter Theilnahme die Feststellung und Wahrung solcher Rechte und Freiheiten, welche überall und ohne Ausnahme mit dem Grundsatze der Volkssouveränetät im Einklang stehen. Auf diesen hohen, von allen hemmenden Rücksichten freien Standpunkt hat Dich der Wille des Volkes gestellt. Es muß uns ängstigen, diesen Standpunkt in manchen Deiner Beschlüsse gänzlich verleugnet zu sehen. Wir protestiren gegen solche Beschlüsse und halten es für eine heilige Pflicht, diesen Mahnruf an Dich ergehen zu lassen, um der, in der Minorität gebliebenen Linken durch die Macht der öffentlichen Meinung zu Hülfe zu kommen, eine Macht, welche in den Fragen der Zeit doch noch das letzte Urtheil zu sprechen hat. Männer der ersten deutschen National-Versammlung zu Frankfurt am Main, nicht die Fürsten-Interessen, nein das Volks-Interesse, in welchem das Interesse der Fürsten aufgehen muß, habt ihr zu vertreten! Nicht das übermächtige Recht der Fürsten, nein das gekränkte, das lange Jahre hindurch verhöhnte Recht des Volkes habt ihr aufzurichten! Gegen jede andere Meinung protestiren wir feierlichst! — Die bis zum Eckel wiederholte leere Phrase „von der angebornen Liebe des deutschen Volkes zu seinen angestammten Fürstenhäusern" ist eine Lüge! Das deutsche Volk liebt Den, der es redlich mit ihm meint, und wo das Vertrauen gänzlich verschwunden ist, da kann doch von Liebe nicht mehr die Rede seyn! — Auch unter euch, Volksvertreter, sitzen Viele, welche dem Volke das Recht der Selbstbestimmung streitig machen; wir antworten ihnen mit einem Redner aus eurer Mitte: sie kommen bei uns in den Verdacht, ihre Privilegien lieber zu haben, als ihr Volk. Den Männern aber, welche treu und entschlossen auf dem Standpunkte beharren, auf den sie die Macht des Volkes gestellt; den Männern, welche muthig die Berechtigung der Revolution des deutschen Volkes gegen jede Reaktion in Schutz nehmen, diesen Männern sprechen wir unseren wärmsten Dank aus und rufen ihnen zu: Muth! Wir stehen mit Gut und Blut euch zur Seite. Wir reihen hieran die Bitte, es möge der hohen Versammlung gefallen, Amnestie auszusprechen über alle sogenannten politischen Verbrecher. Wir halten diesen Akt für um so gerechter und nothwendiger, als die hohe Versammlung selbst ihr Daseyn der gleichen Ursache verdankt." (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 1. Juli.) Nach der „Wiener Abendzeitung"

hat Metternich zur Eröffnung eines freundschaftlichen Privat-Kurierwechsels mit dem russischen Kabinette vom Kaiser Alexander eine jährliche Leibrente von 50,000 Dukaten, vom Kaiser Nikolaus eine gleiche von 75,000 Dukaten bezogen. Die Werkzeuge der Monarchie versteigern sich an den Meistbietenden. Die Demokraten kämpfen mit ungleichen Waffen. Die einzige Münze, die sie an ihre Anhänger auszahlen, ist der ideelle Lohn der guten That. Das einzige Kapital, mit dem sie wuchern können: die Gewalt der Ueberzeugung.

Geleitet von den Prinzipien der Humanität, nach welchen es nicht zulässig ist, Handlungen der Gewalt und Gesetzlosigkeit, wobei sich die Gesammtheit betheiligte, an Einzelnen zu büßen, und vertrauend auf den guten Erfolg der gerechten Sache, und die bewährte Tapferkeit der österreichischen Truppen, hat das Ministerium bereits in einem Erlasse vom 19. Juni d. J. angeordnet, daß sämmtliche italienische Geißeln, die noch in Oesterreich zurückgeblieben waren, ungehindert in ihr Vaterland zurückkehren können. Die in Wien befindlichen Geißeln haben bereits unter ehrenvoller Anerkennung der ihnen hier zu Theil gewordenen Behandlung von dieser Erlaubniß Gebrauch gemacht, und nach einem eben an das Ministerium gelangten Berichte der ober-österreichischen Landesregierung vom 2. Juli sind nunmehr auch bereits die in Salzburg befindlichen Geißeln, mit Ausnahme von Dreien, welche freiwillig noch einige Zeit daselbst verbleiben, um ihre Familien zu erwarten, in ihre Heimath abgereist.

Es ist zu erwarten, daß die provisorische Regierung zu Mailand dieses Beispiel der Humanität, womit ihr die österreichische Regierung vorangegangen, nicht unbeachtet lassen, und rücksichtlich der von ihr zurückgehaltenen Geißeln nach derselben Maxime vorgehen werde. (Wien. Z.)

Baron v. Wessenberg begleitet Se. kaiserl. Hoheit den Herrn Erzherzog Johann nach Frankfurt als verantwortlicher Minister, um die Verbindung zwischen dem Stellvertreter Sr. Majestät des Kaisers und dem Ministerrathe ununterbrochen zu unterhalten. (Wien. Z.)

Dem Kriegs-Ministerium sind von einem hiesigen Schustermeister, der nicht genannt sein will, 15 Paar neue Stiefel zur zweckmäßigen Vertheilung an die in Italien streitenden österreichischen Offiziere mit dem Motto: „Wenn jeder seine Pflicht und Schuldigkeit thut, dann geht es uns Allen gut" überbracht worden. Indem diese Spende ihrer Widmung zugeführt wird, findet sich das Kriegs-Ministerium veranlaßt, dem unbekannten Geber den Dank hiefür auszudrücken. (Wien. Z.)

× (Wien, den 8. Juli, Mittag 1 Uhr.) Für heute Abend befürchtete man allgemein den Ausbruch eines neuen Aufstandes; man fürchtete, der Volksunwille werde sich nicht mehr zügeln lassen, da Pillersdorf durch den Passus der Geschäftsordnung, in welchem die Abgeordneten nicht dem Volke, sondern nur dem Kaiser Treue schwören sollten, sich den Todesstoß gegeben hatte. Man sprach davon, daß das Volk gewillt sey, in diesem Augenblicke den Erzherzog Johann, der diesen Abend mit den Deputirten der Nationalversammlung nach Frankfurt abzureisen vorhatte, nicht fortlassen wollten.

Da löste sich plötzlich der Knoten auf gewaltsame Weise. Denn in diesem Momente erfährt die Residenz, daß das Ministerium Pillersdorf gestürzt und Dobelhof die interimist. Präsidentschaft des Ministeriums übernommen habe. Erzherzog Johann reist nun ab und wahrscheinlich wird Alles ruhig bleiben. Sie können sich gar nicht denken, welche Physognomie Wien in diesem Zeitpunkt trägt: es ist indefferent gegen alles Andere, als die Politik.

(Triest, den 4. Juli.) Seit heute morgen ist die feindliche Flotte nicht mehr sichtbar. Der jonische Dampfer, „Eptanisos" berichtet, in Ancona einen sardinischen Dampfer gesehen zu haben, der Kohlen einnahm, um dann zur hiesigen italienischen Flotte zu stoßen. Ein Capitän, der von Bari kommt, erzählt, daß vor Brindisi eine neapolitanische Flotte aus zwei rasirten Linienschiffen, 2 Fregatten, 1 Brigg und 6 Dampfern geankert war; wer weiß, ob wir nicht der sardo-venezianischen Flotte auf eine merkwürdige Weise los werden, wenn der Sohn von Karl Albert zum König von Sicilien ausgerufen wird. (A. A. Z.)

(Pesth, den 5. Juli.) Nachdem gestern von beiden Häusern (Ober- und Unterhaus ist die neue Benennung unserer Magnaten- und Ständetafel) eine vorbereitende Sitzung gehalten ward, wird in diesem Augenblick der Reichstag durch den Erzherzog Stephan als Stellvertreter des Königs eröffnet. Man ist aber sehr gespannt auf das Resultat der ersten Sitzung, da es sich um nichts geringeres handelt, als gegen die fernere Existenz des Oberhauses (Magnatentafel) schon heute etwas Entscheidendes zu unternehmen. Beöthy hat schon in der gestrigen vorbereitenden Sitzung erklärt, daß er heute die Motion auf Aufhebung der Magnatentafel stellen werde. — Von Kroatien und Slavonien sind keine Deputirten hier mit Ausnahme der Stadt Essegg. (A. A. Z.)

Preussen (Berlin, 7. Juli.) Während des Vormittags fanden in den nach dem Thore zu führenden Strassen mehrfache Zusammenrottungen statt, weil die Kompagnien des 12. Regimentes, um welche jetzt die Besatzung Berlins vermehrt worden ist, daselbst einmarschiren sollten. Da am 18. März einige Kompagnien des 12. Regiments am Kampfe gegen das Volk Theil genommen haben, so war die Aufregung über diese Anordnung ziemlich erklärlich. Selbst die Bürgerwehr zeigte sich zum Theil mit dem Einmarsche der Truppen nicht einverstanden, Einzelne wollten sich dem widersetzen, es wurde in manchen Bezirken Allarm geblasen und die Königsstadt war bis nach 2 Uhr in großer Bewegung. Auch bei der Alexander-Kaserne, in welche die Soldaten einquartirt wurden, kam es zu unruhigen Auftritten, da einige Landwehrleute, die daselbst so lange lagen, sich weigerten, die Truppen einzulassen. General Aschoff wußte die Sache beizulegen, ohne daß es zu ernstlichen Ruhestörungen gekommen wäre. Wahrscheinlich bleibt es auch so und wir sahen schon einzelne Soldaten des 12. Regiments in den Strassen umhergehen. Die Unzufriedenheit mit dem Magistrate, daß er noch mehr Truppen nach Berlin hat kommen lassen, macht sich indessen ziemlich deutlich bemerkbar und man tadelt es, daß gerade solche Truppen nach der Stadt verlegt werden, die in Berlin selbst gekämpft haben. Die Erklärung, daß die jetzt zur Verstärkung der Garnison hergeholten Soldaten nicht am 18. März in Berlin gewesen wären, daß diese vielmehr augenblicklich in Holstein kämpften, wird vielfach bestritten. (Mgdb. Z.)

(Köln, den 7. Juli.) Wir haben eine neue Ministerkrisis. Das Ministerium Camphausen ist gestürzt, das Ministerium Hansemann ist gestolpert. Das Ministerium der That hatte eine Lebensdauer von acht Tagen, trotz aller Hausmitteln, Schönpflaster, Preßprozessen, Verhaftungen, trotz der dünkelhaften Keckheit, womit die Bureaukratie ihr altenbestaubtes Haupt wieder erhob und für ihre Entthronung kleinlichbrutale Rache ausbrütete. Das „Ministerium der That," aus lauter Mittelmäßigkeiten zusammengesetzt, war beim Beginn der letzten Sitzung der Vereinbarungs-Versammlung noch so befangen, an seine Unerschütterlichkeit zu glauben. Am Schluß der Sitzung war es völlig zersprengt. Diese folgenreiche Sitzung brachte dem Minister-Präsidenten v. Auerswald die Ueberzeugung bei, daß er seine Entlassung einreichen müsse; auch der Minister von Schreckenstein wollte nicht länger Hansemanns Schlappenträger bleiben und so begab sich gestern das gesammte Ministerium zum König nach Sanssouci. Was da abgemacht wurde, werden wir bis Morgen erfahren. Nachschrift: So eben verbreitet sich das Gerücht, daß Vincke, Pinder, Mevissen eiligst herberufen werden sind, um ein neues Ministerium bilden zu helfen." Bestätigt sich dies Gerücht, so wären wir also endlich vom Ministerium der Vermittlung durch das Ministerium der That zu einem Ministerium der Kontrerevolution gelangt. Endlich! Die sehr kurze Lebensfrist dieser ministeriellen Kontrerevolution würde hinreichen, um die Zwerge, die bei dem geringsten Windzuge der Reaktion ihre Köpfchen wieder erheben, dem Volke in ganzer Lebensgröße zu zeigen (N. Rh. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 9. Juli.) Wir erfahren aus einer hierher gelangten amtlichen Nachricht der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, daß der Reichsverweser Erzherzog Johann am 8. Juli Abends von Wien über Oderberg, Breslau und Kohlfurt nach Görlitz zu reisen und dort, also heute Abend, einzutreffen und zu übernachten gedachte. Von Görlitz wird der Erzherzog mit dem ersten Zuge nach Dresden abgehen, und von dort um 9 Uhr mit einem Extrazuge die Reise nach Leipzig, Halle und Eisenach fortsetzen, um wo möglich am 11. Juli bei Zeiten in Frankfurt a. M. einzutreffen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 7. Juli) Ueber den Waffenstillstand, welcher in Kopenhagen abgeschlossen seyn soll, war bis heute in Rendsburg nichts bekannt. Daß deßfällige Unterhandlungen lebhaft betrieben wurden, ist freilich ganz gewiß; an einen Waffenstillstand auf die in der „B.-H." angegebenen Bedingungen glaubt aber hier Niemand. Wäre er auch von den Diplomaten deutscher Seits angenommen, so würde er nicht ratifizirt werden, weil man weder in Berlin noch in Frankfurt verkennen kann, welcher Sturm der Entrüstung in Deutschland dadurch hervorgerufen werden würde. Daß General Wrangel noch nicht in Jütland eingerückt ist, wird allerdings auch mit den Friedens-Unterhandlungen zusammenhängen. Als Hauptgrund seines Stillstandes bei der Königsau betrachtet man jedoch den Umstand, daß die erwarteten Verstärkungen noch nicht in hinreichendem Umfange eingetroffen sind. Die disponible deutsche Streitmacht wird noch immer nicht völlig 40,000 Mann betragen. Der Haupttheil davon, mit dem das Vorrücken am 28. v. M. geschah, war allerdings der dänischen Hauptmacht in der Gegend von Hadersleben so überlegen (?), daß der Rückzug der letzteren ohne versuchten Kampf sehr triftige Gründe hatte. Es konnte jedoch eine so imposante Macht dem Feinde nur dadurch in Fronte und Flanke gestellt werden, daß man augenblicklich eine nicht länger genügende Deckung gegen Alsen stehen ließ, weshalb auch, nachdem der dänische Rückzug den Angriff vereitelt hatte, die Bundestruppen in höchster Eile nach Gravenstein rc. zurückgehen mußten. (Alt. M.)

Der „Lüb. Korr." giebt in einem Briefe aus Kopenhagen vom 5. d. folgende, die Angaben der „Börsenhalle" vom 4. und 5. d. näher präcisirende Angaben über die, dem Waffenstillstande zu Grunde gelegten Bedingungen: „So viel man bis heute erfährt, ist bei den Verhandlungen, welche zur Erzielung eines Waffenstillstandes in Malmö gepflogen sind und am 1. d. M. zum vorläufigen Abschlusse desselben geführt haben, ein neuerer Vorschlag Englands zum Grunde gelegt worden, dahin gehend, daß 1) beide Theile das Herzogthum Schleswig und die dazu gehörigen Inseln — nach anderen Angaben beide Herzogthümer und die dazu gehörigen Inseln, mit Ausnahme einerseits der Stadt Altona, andererseits der Insel Alsen — gänzlich räumen; 2) die gemachten Gefangenen, sowohl des Militär- als des Civilstandes beiderseits herausgegeben werden; 3) beide Theile die in ihren Militärdiensten stehenden Eingebornen des Herzogthums Schleswig dieses Dienstes entlassen und ihre Freikorps auflösen; 4) für alles Vergangene von beiden Seiten Amnestie verkündet werde; 5) der Werth der von Dänemark angehaltenen Schiffe und Ladungen, und der Werth des von den Alliirten in Jütland kontributionsmäßig erhobenen, gegen einander verrechnet und der Ueberschuß von dem Theile erstattet werde, bei welchem er sich finde; 6) bis zum endlichen Frieden eine provisorische Regierung, unter einem Präsidenten aus vier oder sechs, bei den bisherigen Differenzen gänzlich unbetheiligten Männern bestehend, eingesetzt werde, deren Räthe zur Hälfte vom deutschen Bunde (?!), zur andern Hälfte vom Landesherrn, deren Präsident aber von den Räthen und nöthigenfalls von einem Obmann — England — zu ernennen seyen; und endlich 7) der Landesherr während des Waffenstillstandes sich entscheide, ob er lieber das Herzogthum Schleswig ungetheilt und außerhalb des deutschen Bundes, jedoch mit Holstein durch eine gemeinsame Ständeversammlung und durch eine gemeinschaftliche Verwaltung verbunden sehen, oder ob er lieber dasselbe theilen und den nördlichen Theil in Dänemark einverleiben, den südlichen Theil aber, verbunden mit Holstein, dem deutschen Bunde (?!) beitreten und der Erbfolge des Mannsstammes anheimfallen lassen wolle. Welche dieser Bedingungen in dem abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrage Aufnahme gefunden haben, wird die nächste Zukunft lehren." (Brem. Z.)

Donaufürstenthümer.

(Von der Walachischen Gränze, den 2. Juli.) Aus Jassy wird nach den neuesten Briefen über den gedachten Einmarsch der Russen, nichts mehr gemeldet. Der dortige russische Konsul hatte nach Eingang der ersten Nachrichten in Bukarest, mit einem unverzüglichen Einmarsch der Russen gedroht. Allein durch die Vorstellungen der Fürsten und der Bojaren wurde, wie es heißt, noch eine Anfrage an den Kaiser Nikolaus in Petersburg gemacht. (A. Abendz.

Frankreich.

† (Paris, den 7. Juli.) Der Belagerungsstand von Paris soll heute Abend aufhören. Wenigstens hat dieß Cavaignac gestern zu mehreren Deputirten bei der Todtenfeier geäußert.

Viele Pariser Frauen beabsichtigten gestern am Fuße des Trauer-

vltars dem General Cavaignac und Präsidenten Marie eine Bittschrift um Begnadigung der Insurgenten zu überreichen. Sie wurden aber von der Bürgerwehr und sonstigen Soldateska, welche den Eintrachtsplatz auf fünftausend Faß im Umkreise besetzt hielt, zurückgestoßen. Diese Bittschrift lautet: „An den General Cavaignac, Präsidenten der Vollziehungsgewalt. Bürgerpräsident. Alle Herzen sind mit Trauer erfüllt. O möchte dieser Feier der Trauer, wir flehen Sie darum an, durch eine große Handlung des Erbarmens und der Edelherzigkeit geheiligt seyn! Ehemals erwürgten die barbarischen Völker die Gefangenen über den Gräbern der im Kriege gefallenen Ihrigen. Sie, Christ und Vertreter einer großen, gebildeten Nation, werden unserem Flehen nicht versagen, daß über dem Grabe derjenigen, die wir beweinen wie Sie, aller politische Haß zum Opfer gebracht werde und daß ein Amnestiedekret zum Zeichen edelmüthiger und wahrhaft brüderlicher Aussöhnung die Wunden unseres theuern Vaterlandes auf ewig schließen! (Folgen die Unterschriften.)

Lamartine richtet folgenden Brief an den Constitutionnel: „Mein Herr! Aus Achtung für die Krisis meines Landes, wie aus Achtung für den gesammten öffentlichen Sinn, lasse ich die Böswilligkeiten, Verleumdungen und Abgeschmacktheiten unbeantwortet vorübergehen, welche die Namen, Handlungen und Absichten der Männer immer eine Zeit lang trifft, die in den Tagen der Revolution gehoben oder gestürzt werden. Das Licht bricht sich von selbst durch und giebt jeder Handlung, jedem Manne seine Gesichtszüge zurück. Ich bin daher keineswegs wegen der zögernden Gerechtigkeit ungeduldig, denn ich vertraue der Zukunft. Aber ich lese in diesem Augenblick in der Nummer Ihres Blattes vom 6. Juli das Fragment eines Artikels des Journal des Debats, wo sich die Tollheit der Verleumdung selbst bis zu folgenden Anklagen erhebt: „„Kaum war in den letzten Tagen des Februars das Pflaster geebnet, so dachte die neue Regierung schon wieder daran, die Barrikaden gegen die Bürgerwehr und gegen denjenigen Theil der Bevölkerung zu erheben, welche man als von reaktionärem Geiste beseelt darstellt — eine Beschuldigung, die künftig alle Freunde der gesellschaftlichen Ordnung trifft. Man bildete heimlich ein Barrikadenbataillon, dessen Glieder über die Beschaffenheit aller Stadttheile unterrichtet wurden und denen auf diese Weise ein theoretischer Lesekurs über den möglichst schnellsten und besten Barrikadenbau gehalten würde. Die Barrikaden waren auf einen Plan von Paris gezeichnet. Auch waren darauf die Gebäude und Denkmäler angegeben, welche in feste Plätze zu verwandeln und als Central-Citadelle dienen sollten. Hienach wird sich Niemand mehr wundern über die vortrefflichen Combinationen, welche die Juni-Insurgenten ausführten. Sie folgten einem Plane, der ihnen unter den Ausp zien der Regierung selbst vorgezeichnet war."" Ich gestehe Ihnen, m. Herr, daß ich bei Durchlesung dieser Linien zum ersten Male aus dem Stillschweigen trete, das ich bis zum Tage der öffentlichen Erklärungen zu beobachten mir vorgenommen. Mich in einen Professor des Bürgerkriegs, in einen Zubereiter von Blutbädern verwandelt zu sehen, mich, der ich seit vier Monaten meine Brust täglich darbiete, um jeden Blutstropfen meiner Mitbürger zu ersparen: auf eine solche Schmähung gibt es keine Antwort. Der Seele entschlüpft nur ein Schrei des Abscheu's, den ich einzuregistriren Sie bitte. Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner vollkommenen Achtung. (gez.) Lamartine, Erglied der provisorischen Regierung und der Regierungs-Exekutiv-Kommission. Paris, 6. Juli 1848

Der Moniteur enthält heute das Dekret, das die Einrichtungen im Beamtenpersonal des Ministeriums des Innern bedeutend vereinfacht. Die Zahl der Divisionen ist auf 6, die der Bureaus auf 21 zurückgeführt; das Supernumerariat dieses Parasitenwesens ist dem Grundsatze nach abgeschafft. Die Staatskassa gewinnt durch diese Reformen jährlich 91000 Franken. Obgleich das Dekret die Unterschrift Cavaignac's trägt und vom 6. Juli datirt ist, so weiß doch alle Welt, daß Ledru-Rollin und Recurt diese Reduktion ausarbeiteten.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 7. Juli.] Portalis eröffnet sie um 2 Uhr. Pagnerre erhält zuerst das Wort über die Tagesordnung. Er kommt auf die Bonjeanschen Angriffe in der letzten Sitzung gegen den kleinen Volksschullehrer-Katechismus »Manuel republicain« zurück, welche den Sturz des Unterrichtsministers Carnot herbeigeführt haben und verwahrt sich gegen die darin enthaltenen kommunistischen Ideen. Er sei zwar Verleger desselben, habe aber Regierungsgeschäfte halber nicht Zeit gehabt, das Manuskript durchzulesen. Seine Buchhändler-Kommis hätten dasselbe geprüft und zum Druck befördert. Mit der Hand auf dem Herzen, berief er sich auf seine ganze Vergangenheit, um der Versammlung zu beweisen, daß er kein Sozialist oder Kommunist sei. Nach dieser ächt buchhändlerischen Entschuldigung stattete Oudinot im Namen des Kriegsausschusses seinen Bericht über den Remillyschen Antrag auf Errichtung eines Lagers von 50,000 Mann zum Schutze der Nationalversammlung ab. Cavaignac erklärte der letzteren, daß ihre Wünsche in dieser Beziehung von ihm übereilt worden seyen, denn das Lager existire schon. Trousseau will zwar nicht gegen die übermäßige Dauer des Belagerungsstandes von Paris protestiren, aber er möchte doch gern die Absichten kennen, die der Konseilpräsident rücksichtlich der sequestrirten Journale hege? Cavaignac bedauerte, diese schreckliche Waffe noch länger anwenden zu müssen. Der Zustand von Paris erlaube noch nicht, den Belagerungsstand aufzuheben! In diesem Augenblick erfährt man im Saale, daß in voriger Nacht ein neues Treffen zwischen einen Insurgentenkorps und den Linientruppen in den Steinbrüchen von Montmartre stattgefunden habe, wobei die Arbeiter fünf Todte und mehrere Verwundete verloren. Rücksichtlich der Journale wich der Konseilpräsident ganz aus. Aber Ribaud de la Ribière drang von Neuem auf Antwort, da ein Avis diesen Morgen im Moniteur diejenigen Journale aufgefordert habe, welche seit dem 27. Juni erschienen, bis zum 12. Juli den im Gesetz vom 11. Dez. 1830 gestellten Kautionsförmlichkeiten zu genügen. Cavaignac verspricht, sobald es der Zustand der Gemüther erlaube, dem Gedanken alle Freiheit wiederzugeben, selbst dem der Regierung feindlichen. Allein vorläufig müsse er an seinen provisorischen Maaßregeln festhalten. Eine Rückkehr zu den Septembergesetzen habe man nicht zu fürchten. Hiemit waren die Incidienzien aus, und die Versammlung schritt zur Tagesordnung. Sie genehmigte 150,000 Frk. für arme Schullehrer. Dann berieth sie die Gesetzentwürfe rücksichtlich der Sparkasse, wobei Charles Dupin, Gonin, Goudchaux das Wort führten. Perrée (vom Siecle) bekämpfte den Entwurf und will einen neuen Plan der Rückzahlung vorlegen. Diese Finanzdiskussion beschäftigte die Redner noch um vier Uhr.

(Paris, 7. Juli.) Die große Todtenfeier ging gestern in bester Ordnung und Ruhe vor sich, doch war eine Veränderung in der Anordnung derselben eingetreten, welche zu vielen Gerüchten Anlaß gab. Es wurde nämlich Mittwoch in der Nationalversammlung angezeigt, der Zug werde nicht, wie bestimmt war, bis zum Bastilleplatz gehen, sondern an der Madelaine halten. Der Grund, der angegeben wurde, die Vorbereitungen zum Beisetzen der Leichname seyen noch nicht vollendet, kann unmöglich stichhaltig seyn, da man sie ja vorerst, wie auch in den Julitagen geschah, in die Kellergewölbe unter der Säule hätte bringen können. So hieß es denn im Publikum, man hätte eine Verschwörung, ja eine Höllenmaschine entdeckt, die bewegliche Bürgerwehr hätte eine Anzahl kleiner Kanonen aufgefunden, und was der wahrscheinlich müßigen Gerüchte mehr waren. Indessen bleibt es immer auffallend, daß niemand sich dem Eintrachtsplatze nähern durfte, der nicht mit Karten oder Erlaubnißscheinen versehen war. So viel scheint richtig, daß in Folge ganz neuer, mit den erwähnten Umständen zusammenhängender Entdeckungen 350 Verhaftbefehle erlassen worden sind. Herr v. Lamartine war durch einen heftigen Anfall von Rheumatismus verhindert, der Trauerfeier beizuwohnen. — An den Montmartre-Steinbrücken, die man bis jetzt immer vergeblich durchsuchte, hatte man die Ausgänge militärisch besetzt gehalten. Diese Nacht gegen 11 Uhr sind mehrere Personen gewaltsam herausgestürmt, welche den Ruf der Schildwachen mit Schüssen beantworteten. Während eines Theils der Nacht fand ein Kampf zwischen diesen Insurgenten und den Truppen statt, wobei mehrere von jenen getödtet und andere gefangen genommen wurden. Eine telegraphische Depesche, wie das Gerücht geht, hat die Regierung benachrichtigt, daß die Arbeiter das Arsenal in Toulon in Brand zu stecken versucht hätten. Die Regierung soll einen Kommissär dahin geschickt haben, die Sache zu untersuchen.

Italien

(Verona, den 6. Juli.) Morgen schon soll das österreichische Heer neuerdings seinen Zug nach Westen hin beginnen, d. h. der Lombardei zu. Ich schreibe „soll," da ich die Nachricht nur mit einigem Unglauben geben kann, weil mir der Erfolg in der Lombardei zu zweifelhaft erscheint und das Entblößen des Venetianischen nachtheilige Folgen für diese Provinz nach sich ziehen kann. Es wird bei dem bevorstehenden Feldzuge manchem das läppische Säbelnachschleppen, das noch viel läppischere Tragen der Augenzwicker vergehen. Dem Anschein nach ist hier vollständige Ruhe, die Veroneser haben uns Deutschen bei den Abendmusiken ihren Hauptplatz, den Bra, geräumt, und haben sich ihren Corso philosophischer Weise auf dem Wege nach dem Friedhofe auserwählt. (A. A. Z.

In Neapel wurden am 1. Juli die Kammern durch eine Rede des den König vertretenden Herzogs v. Serracapriola eröffnet. Unruhen fanden nicht statt. (A. A. Z.)

Rußland.

(Warschau, 5. Jul.) Aus St. Petersburg schreibt man: Nach dem Willen des Kaisers sind an 150,000 M. vom Pfluge zu den Waffen gerufen worden. Von dieser ungeheueren Anzahl sind 60,000 in die Reihen der aktiven Armee eingetreten und aus den übrigen sind besondere Reserven gebildet worden. Aus dieser ganzen neugebildeten Armee hat sich seit der Zeit der Einberufung nur ein einziger Mann entfernt, und kein der Bestrafung nöthiges Vergehen ist vorgekommen. Wie eine stille glückliche Familie leben die vielen Millionen, die Rußland bewohnen, unter dem schützenden Scepter ihres irdischen Vaters, und wie ein Mann werden sie bei seinem ersten Aufrufe die Waffen ergreifen (Schles. Z.)

Schweiz.

(Zürich, den 7. Juli.) Schon manche Regierung, schon mancher Privatmann hat in letzter Zeit die Nemesis erfahren, hier wieder ein Beispiel. Im Jahr 1832 entdeckte die damalige radikale Regierung von Bern eine Verschwörung der 1830 gestürzten Patrizier. Im Stadthause zu Bern dem sog. Erlacher Hof, wurde eine Menge Waffen und Munition aufgefunden. Man wußte längst, daß sie von Neuenburg kam, nun ist der offizielle Beweis durch den abgetretenen Staatsrath dieses Kantons selbst geleistet. In den ihm abgeforderten Rechnungen seit 18 0 findet sich eine Ausgabe von 28,000 Fr. für jene nach Bern geschickte Munition. Diese Summe sollen nun die Mitglieder des damaligen Staatsrathes dem Lande ersetzen, wie vorläufig eine Siebenerkommission des großen Rathes einstimmig anträgt. Ferner will man der abgetretenen Regierung auch die 1000 Fr. aufbürden, welche für die letzte Sendung des Kanzlers Favager wegen der Februarrevolution verausgabt wurden, ebenso die Vergütung der im Magazin fehlenden Militäreffekten im Werth von 15,575 Fr. Die Mehrheit der Kommission spricht dagegen den Staatsrath von der Tragung der Kosten, welche die Soldtruppen in seiner letzten Regierungszeit verursachten, großmüthig frei. Für obige 44,575 Fr. wird er aber wohl herhalten müssen, mit Recht wenigstens für die erstere Summe, betreffend die Waffensendungen. — In Waadt fängt es an, unerträglich zu werden, wenn der Cour. suisse wahr berichtet. Ein Geistlicher wurde wieder einmal zu 40 Fr. Buße verurtheilt wegen verbotenen Gottesdienstes. Einen Andern, der für Abhaltung einer religiösen Versammlung auf Berner Boden berufen worden, nahmen hart an der Grenze im Hinterhalt gelegene Landjäger gefangen und schleppten ihn wie den gemeinsten Verbrecher, fünf Stunden weit vor den Stadthalter. Endlich konnte er sich gegen Bezahlung von 5 Fr. an die Häscher wieder losmachen. Alle bisher der Regierung treugebliebenen Geistlichen protestiren gegen solche Gewaltthaten und bitten die Regierung um Duldung Andersdenkender, da solche Härte und Ungerechtigkeit der Staatskirche nur bedeutend schade. (Schwb. M.)

(Chur, den 7. Juli.) Dieser Tage hatten wir hier Besuch von mehreren Chefs der republikanischen Flüchtlinge aus Baden, worunter Struve und Weißhaar; sie machten vom Bade Pfäfers aus, das nur vier Stunden von hier entfernt ist, einen Spaziergang hieher und in die Umgegend. Es soll in Pfäfers wieder etwas Neues gekocht werden: die sogenannte deutsche Legion in der Schweiz, von der aber, beiläufig gesagt, hier keine Maus existirt, soll in der Stille vorbereitet und überhaupt wieder ein Handstreich ausgeführt werden. — Die Italiener und Oesterreicher scheinen auf dem Stilvio Friede gemacht zu haben, ob in Folge der Depesche des Bundestags, steht dahin; die Berichte des bündnerischen Grenzkommandanten sagen, daß keine kämpfenden Parteien und Vorposten sich mehr blicken lassen. (Schwb. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

wird im Wege der Hülfsvollstreckung eine Chaise am Montag den 17. Juli c. Vormittags 10 Uhr im Hause S. Nro 1077 gegen sofortige baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert

Nürnberg, am 29. Juni 1848.

Seuffert.

Eheliche Verbindung.

Theilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten bringen wir hiemit die schuldige Anzeige von unserer am 9. vollzogenen ehelichen Verbindung, und bitten um ihr ferneres freundschaftliches Wohlwollen.

Heinrich Karl Falkenstörfer.
Sabina Falkenstörfer, verw. Schmauser, geb. Stahl

Trauer-Anzeige.

Verwandten und Freunden bringen wir die traurige Nachricht von dem frühen Dahinscheiden unsers heiß geliebten Sohnes und Bruders

Herrn **Georg Michael Möhring**.

Nach einem langen, schmerzhaften Krankenlager endete er sein für uns so theures Leben im noch nicht vollendeten 26. Lebensjahre.

Alle, die den Edlen kannten, werden unsern gerechten Schmerz fühlen, und uns stilles Beileid nicht versagen.

Nürnberg, den 10. Juni 1848

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 12. Juli Nachmittags 2 Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhof statt

---

Einladung

Vielseitigen Wünschen zu entsprechen, habe ich vereint mit mehreren Kunstgärtnern im heil. Kreuz bei St. Johannis wieder eine kleine Blumen-Ausstellung arrangirt, wozu ich Blumenfreunde zur gefälligen Ansicht freundlich einlade.

Entrée nach Belieben,

da dessen Ertrag nach Abzug der wenigen Unkosten für die Armen bestimmt ist.

Theodor Klein.

Einladung.

Die Herren Unteroffiziere des kgl. Nürnberger Landwehrregimentes werden ersucht, sich zu einer Berathung Donnerstag den 13 Juli Abends 8 Uhr in der goldenen Krone am Obstmarkt gütigst einzufinden

Nürnberg, am 11. Juli 1848.

Keßler, Oberjäger
Schmid, Oberjäger.
Rößel, Korporal.
F. W Ziegler, Korporal

Anzeige für Auswanderer.

Vom Consulat der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird hiermit bekannt gemacht, daß unterm 17. Mai d. J. eine neue

Verordnung

die Luftreinigung auf Passagier-Schiffen, sowie deren bessere Einrichtung und Verproviantirung betreffend

erschienen und gratis zu haben ist bei

Nürnberg, Juli 1848.

Philipp Geiffe.
Consul.

Zugleich bringt derselbe zur Kenntniß, daß er einige tausend Acker Land in Wisconsin County, einer der schönsten und fruchtbarsten Gegenden der Vereinigten Staaten zu verkaufen hat und fortwährend Anweisungen zur Auszahlung von Geldern in Philadelphia und New-York ertheilen kann.

Anzeige.

Dienstag, den 11. Juli, Abends um 7 Uhr, Versammlung der Landwehr-Kompagnie der Turner in der goldnen Krone am Obstmarkte. Die zu verhandelnden Kompagnie-Angelegenheiten erheischen die Anwesenheit der sämmtlichen Mannschaft.

Das Kompagnie-Kommando
Dr. Schüler.

Constitutioneller Verein.

Versammlung: Mittwoch den 12 Juli Abends 8 Uhr im Rößel'schen Kaffeehause.

(Anzeige) Ein gutes Pianoforte von Nußbaumholz, mit 6 Oktaven wird billig verkauft oder vermiethet.

Therresien-Frauen-Verein.

Mittwoch den 12 Juli Nachmittags 3 Uhr findet eine Versammlung im Locale des Industrie- und Kultur-Vereins statt, wozu die verehrlichen Mitglieder höflichst eingeladen werden

Der Vorstand

St. Leonhard.

Mittwoch den 12. Juli Harmonie-Musik, wozu um recht zahlreichen Zuspruch bittet

August Feldmann.

Anzeige und Empfehlung.

Um mein Lager von Taschenuhr- und Compaßgläsern schnell zu räumen, verkaufe ich selbe bei Abnahme nach Dutzenden zu den niedrigsten Preisen, und empfehle mich zugleich mit gefaßten Diamanten, Glasaugen, farbigem Tafelglas, dann einer Auswahl feiner, sowohl weißer als farbiger Glaswaaren, so wie auch allen Glaserarbeiten unter Versicherung der billigsten Bedienung.

J. L. H. Lang.
Glaser und Glashändler S Nro. 82 und 83 Schustergasse in Nürnberg

---

Lebewohl.

Bei unserer schnellen Abreise nach München sagen wir allen unsern verehrten Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

J. B. Ruetz, k. Revisor, nebst dessen Gattin, geb. Stobaeus.

Lebewohl.

Wegen seiner schnellen Abreise nach der Festung Würzburg seinen Freunden ein herzliches Lebewohl.

Nürnberg, den 11. Juli 1848.

Golling, Artillerie-Korporal.

(Eingesandt)

Ein gewöhnlicher Einwohner, der nämlich kein Wahlmann ist, möchte ebenfalls gerne die Thaten des Herrn Dr. Krafft nach Verdienst würdigen, glaubt sich aber nicht dazu berufen, weil, wie ihm scheint, die Wahlmänner als solche allein das Recht sich erworben (und zwar weder aus Gottes — noch Volkes — sondern aus eigenen Gnaden), für Nürnbergs Bewohner bezüglich der Stellung zu ihrem Abgeordneten zu denken und zu handeln, wie es weiland der Polizeistaat in politischen Dingen überhaupt — aus väterlicher Weisheit und zur größern Bequemlichkeit der Unterthanen — gethan; und das war jedoch die gute alte, goldene Zeit, als noch der gemeine Mann jeglicher Bemühungen für Rück- und Fortschritt huldvollst überhoben war, da es nicht gut läßt, nicht wohl ihm ansteht. Daher mag es auch sicher kommen, daß Herr Dr. Krafft sich nur mit der neuerschaffenen Wahlmänner-Behörde ins Benehmen setzt, und das andere Volk mit seinen Berichten nicht behelligt, welches wohl auch großentheils die tiefe politische Einsicht noch nicht besitzt, um die Abstimmungen des Herrn Dr. Krafft begreifen zu können.

Einsender nimmt jedoch als bestimmt an, daß nicht ausschließlich von den Wahlmännern der Abgeordnete honorirt wird, und dies also das Motiv nicht seyn kann, warum Herr Dr. Krafft wiederum nur ausschließlich den Wahlmännern Rechenschaft gibt!

Sonderbar.

Ein leerer Schubkarren zahlt auf der Nürnberg-Bamberger-Eisenbahn 27 Kreuzer, beladet man ihn aber mit 157 Pfund Steinen, so zahlt das Ganze nur 10 Kreuzer.

Dutzendteich.

Mittwoch den 12. Juli bei günstiger Witterung

Harmonie-Musik.

Abends Parkbeleuchtung und griechisches Feuer. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Fischer,
Pächter zur Dutzendteich-Wirthschaft.

Paradies.

Mittwoch den 12 Juli Ollapotrida-Suppe, Gansbraten, Hühner Tauben, Fische, wozu ergebenst einladet

H. W. Adam.

(Verloren.) In der Nähe der Jakobs- und Ludwigsstraße, dann hintern Ledergasse, wurde gestern Abend eine gestreifte Kattun-Tasche mit vier Schlüsseln verloren. Der redliche Finder beliebe obige, gegen Ein Gulden Belohnung, im Hause S. Nro. 12 in der Waaggasse abzugeben.

Garten-Vermiethung.

Ein Gemüß- und Baumgarten, 1½ Morgen groß, ist zu verlassen, und kann bis Ziel Lichtmeß 1849 bezogen werden Das Nähere in der Exped d. Bl.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hüneraugen-Pfläſterchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dietrich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ar. D. Schlichting einzeln zu 6 kr, im Dutzend 1 fl sammt gehöriger Gebrauchsanweisung zu haben.

(Zu vermiethen) Bis zum Ziel Lorenzi 1848 ist im Hause Nro 25 am Herrnmarkt in Nürnberg eine große Wohnung im ersten Stock nebst Pferdestall zu vermiethen. Nähere Aufschlüße werden im 3. Stock dieses Hauses ertheilt

---

Zur Nachricht.

Das ganz ächte bayer. schwarze Glanzwachs für Militair rc. (Bodenwachs), wird fortwährend in unübertreffbarer Güte gefertiget und nebst mehreren Sorten ausgezeichneter „englischen Glanzwichsen" in Glasbüchsen und Schachteln, aufs billigste verkauft in der Fabrik zum geharnischten Mann am Thiergärtnerthor.

Nürnberg, den 5. Juli 1848.

(Bitte.) Aus dem Nachlaße des Gastgebers zum Wittelsbacher Hof, J. A. Hütter gehl ein noch wenig gebrauchter englischer Sattel, nebst gelblackirten Zaum mit plattirter Stange, zu Verlust. Derjenige, welcher genannte Gegenstände von dem Verlebten geliehen hat, oder sonst Auskunft zu geben weiß, beliebe es anzuzeigen.

(Verloren.) Vom Rathhaus bis zur Kannenapotheke wurde ein Dienstbüchlein verloren. Der redliche Finder wird gebeten, es in der Kappengasse L Nro. 1462 zurückzugeben.

(Verloren) Samstag Abend wurde ein Beutel von der Schlotfegergaße bis zum Schleifersteg mit der Ueberschrift Joh Mich. Lindstädt, verloren. Der redliche Finder möge dasselbe in der Exped. d. Bl abgeben.

(Zu vermiethen) Eine freundliche Wohnung in der 2. Etage, bestehend in 2 heizbaren Zimmern, Kammer, Alter, Küche, und sonstigen Bequemlichkeiten mit eigenem Eingang ist zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In S. Nro. 978a am Obstmarkt sind zwei geräumige Wohnungen vom Ziel Allerheiligen an zu vermiethen

---

(Zu verleihen) 3000, 4000 und 5000 fl sind im Ganzen oder auch getheilt, gegen ganz sichere Hypotheken zu verleihen.

(Zu verkaufen) L. Nro. 313b nächst der Karolinenstraße ist eine fast ganz neue Inventions-Trompete mit mehreren Klappen von Neusilber und Buchsholz sehr billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen wohl erfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer honetten Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein Mädchen in den 20ger Jahren katholischer Religion aus Nürnberg, wünscht in einem auswärtigen, honetten Gasthaus als Kellnerin unterzukommen, in welcher Eigenschaft sie Allem entsprechen wird.

(Gesuch.) Ein Schuler, welcher die hohern Schulen Nürnbergs besucht, wird gegen annehmbare Bedingungen in eine solide Familie aufzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Hausmagd, welche auch in der Küche nicht unerfahren ist, wünscht sogleich oder bis Ziel unterzukommen.

(Gesuch) Eine treue, fleiß'ge Magd, welche Hausmannskost gut kochen kann, wünscht bis Ziel bei einer ordentlichen Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch) Eine Schlossers-Wittwe sucht einen ordentlichen bejahrten Schlosser-Gesellen, der die Geschäfte übernehmen kann.

(Gesuch) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann, sich auch willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht bei einer stillen Familie unterzukommen.

Ein verehrungswürdiges Publikum

ladet zu seinem Mittwoch den 12. Juli 1848 stat findenden Benefize und letzten Gastrolle:

Alessandro Stradella

hiemit ganz ergebenst ein.

W. Hagen.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 12 Juli Zum Benefize des Herrn Hagen und letzte Gastrolle desselben: „Alessandro Stradella." Große Oper in 3 Akten von Flotow.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13. Juli 1848. № 195. Donnerstag: Margar.

** Die Generalsynode.

Seit einiger Zeit lesen wir im Korrespondenten öfters Artikel, welche von einer protestantischen Generalsynode sprechen, die in Kurzem in Bayern gehalten werden soll. Möchten doch die Geistlichen — denn von solchen gehen diese Artikel unbezweifelt aus — ihr parlamentarisches Streitroß durch die Verhandlungen in Frankfurt nicht in allzu große Ungeduld setzen lassen! Der Zeitpunkt wäre jetzt sehr übel gewählt, auch die religiösen Fragen zur Verhandlung zu bringen. Wenn man etwa meint, es werde auf der nächsten Generalsynode gehen, wie auf den vorigen, man werde da Gelegenheit haben, glänzende und siegreiche Ausfälle gegen den Rationalismus zu machen, und dem alten Symbolglauben auch in der neuen Ordnung der Dinge seine Alleinherrschaft sichern: so ist man wahrlich in einem großen Irrthum. Auf der nächsten Synode wird es sich nicht um kleine pfarramtliche Angelegenheiten handeln, sondern um die Lehre; es wird sich darum handeln, ob Diejenigen, welche neben Gott noch einen Menschen anbeten, und Diejenigen, welche Gott allein anbeten wollen, mit anderen Worten, ob Orthodoxe und Rationalisten ferner in einer Kirche neben einander ausharren können, und wenn nicht — in welcher Weise sie sich trennen? Das ist in der That keine kleine Angelegenheit, die unter der jetzigen politischen Bewegung wie eine Nebensache abgemacht werden könnte. Die Herren, die bloß in ihre Pfarrgesellschaften kommen, und weder hören noch sehen wollen, wie die übrige Welt denkt und urtheilt, sind sich freilich des Sieges sehr gewiß, und können den Zeitpunkt kaum erwarten, „ein Zeugniß von Christo" abzulegen. Aber sie werden finden, daß die Dinge ganz anders kommen, und daß die Pfarrkonvente nicht die Gemeinden sind. Man kann keine Generalsynode halten, bevor das deutsche Parlament die Grundrechte des deutschen Volkes, die auch das religiöse Gebiet betreffen werden und müssen, festgesetzt hat; das findet wohl jeder Vernünftige klar und natürlich. Auf diese Grundrechte müssen die Verhandlungen fußen. Jetzt schon eine Synode zusammenzuberufen, wäre einestheils hinausgeworfenes Geld, wie es bisher für diese Generalsynoden, um die sich Niemand, als die Geistlichen bekümmert hat, in der That hinausgeworfen war; es wäre aber auch unklug von der Regierung, in gegenwärtiger unruhiger Zeit ein neues Feld der Aufregung zu öffnen. Wenn eine der beiden Parteien Ursache hätte, auf die Generalsynode zu dringen, so wäre es die rationalistische, die sich fortwährend an die alten, ihrer Ueberzeugung widersprechenden kirchlichen Formulare, an den alten menschenvergötternden Katechismus gebunden sieht. Sie erkennt aber, daß nicht alle großen Fragen der Zeit in einem Vierteljahre abgemacht werden können, daß Eines nach dem Andern kommen und die politische Ordnung der Dinge voraus gehen müsse; darum will sie sich im Interesse der Ordnung und öffentlichen Ruhe auch noch ruhig fügen, bis wir mit unserer neuen Reichsverfassung aus dem Gröbsten heraus sind. Wir leben nicht mehr im Mittelalter; das Interesse der Geistlichkeit ist nicht mehr das oberste, die Hofprediger regieren nicht mehr, Himmel und Hölle hängt nicht mehr von diesem oder jenem Glaubenssatz ab; fortan gilt der Ausspruch: Unter allerlei Volk, wer Gott fürchtet und recht thut, ist ihm angenehm: und darum können wir wohl auch noch recht gut bis zum Jahre 1849 mit der Generalsynode warten, zumal wir jetzt einen duldsamen Mann an der Spitze des Oberkonsistoriums haben und der Pietismus schon gegenwärtig so widerlich krass auftritt. Lassen wir den Leuten die Hörner an dem zur Herrschaft gelangten Zeitgeiste noch etwas abstoßen, zu ihrem eigenen Besten! Mögen die Geistlichen des alten Systems merken, daß sie nicht die Kirche sind; daß die Gemeinden wohl ohne sie gehen können, sie aber nicht ohne Gemeinde. Was den Vorschlag anlangt, man solle eine Generalsynode zusammenberufen, nur um vorläufig den Wahlmodus für die neuen Generalsynoden festzusetzen: so ist der Einsender jenes Artikels im Irrthum, wenn er unserer bisherigen Generalsynode dieselben Rechte in geistlichen Dingen zuschreibt, wie der Stände-Versammlung in weltlichen, die bisherige Generalsynode konnte blos Vorschläge machen und Anträge stellen, sie war in ihrer Zusammensetzung, nach welcher sie aus drei Viertheilen Geistlicher bestand, die selbst wieder ein Viertheil Weltlicher wählten, keine Vertretung der protestantischen Kirche, denn nach uraltem, unbestreitbarem, biblischem und recht eigentlich protestantischem Rechte müssen die Vertreter der Gemeinden von den Gemeinden selbst gewählt werden und der Geistliche hat nicht mehr Recht, als jedes einzelne Gemeindeglied. Darum haben sich auch bisher die Gemeinden selbst um diese Generalsynoden ganz und gar nicht bekümmert und nichts weniger, als einen Ausdruck des Gemeindewillens in ihnen gesucht und gefunden. Es waren Versammlungen von Geistlichen für geistliche Interessen. Selbst die Pfarrer waren unzufrieden mit dem alten Wahlmodus, da sie ihre Stimmen schriftlich bei ihrem Dekan einreichen mußten und daher gewissermassen nicht anders konnten, als ihrem vorgesetzten Dekan die Stimmen geben. Unter allen Umständen kann der Wahlmodus kein beschränkterer seyn, als daß jedes majorenne männliche Gemeindeglied das Recht hat, einen Wahlmann zu wählen und diese Wahlmänner wählen wiederum aus ganz Bayern zwei Drittheile Nichtgeistliche und ein Drittheil Geistliche zur Synode, welches letztere Verhältniß unsere Ständeversammlung bereits bestimmt hat. Einer Generalversammlung nach altem Schlage braucht es zur Anordnung dieser Dinge nicht, sie würde von den Gemeinden gar nicht mehr anerkannt werden.

Deutschland.

Bayern. (München.) Die in diesen Tagen erfolgte Beförderung des bisherigen Assessors Robiling bei der Generalverwaltung der kgl. Posten und Eisenbahnen zum Oberpost- und Eisenbahnrath, und die seinem im Dienste älteren Kollegen Assessor Eicherich zu Theil gewordene einfache Verleihung des Titels eines Rathes bei der gedachten Stelle hat unter der hiesigen Beamtenwelt einiges Aufsehen erregt. Letzterer hat bekanntlich den Eisenbahnbetriebsdienst auf den bayerischen Eisenbahnen eingerichtet, und ist überhaupt als ein sehr tüchtiger und äußerst thätiger Geschäftsmann, sowie wegen seines anspruchslosen und ehrenwerthen Charakters allgemein geachtet, weßwegen ihm auch ob dieser gewiß unverdienten und kaum zu rechtfertigenden Zurücksetzung die allseitige Theilnahme gezollt wird. (A. A. Z.)

(München, den 10. Juli.) Wegen Erkrankung des Generallieutenants und Truppenkorps-Kommandanten im badischen Seekreise v. Baligand, wurde dieses Kommando dem Generallieutenant und Kommandanten der dritten Armeedivision v. Lesuire übertragen. — Aus Ober- und Niederbayern, wie aus dem benachbarten Baden und Würtemberg treffen fortwährend die erfreulichsten Berichte über den vortrefflichen Stand der Feldfrüchte, wie über den reichlichen Ertrag der allenthalben schon begonnenen Ernte ein. (A. A. Z.)

(Regensburg, den 11. Juli.) Mehrfache Reibungen zwischen den Soldaten des 3. Bataillons des dahier garnisonirenden 4. Infanterie-Regiments und den des seit 10 Wochen hieher dislozirten 2. Bataillons des 8. Regiments haben gestern Abends in einem Bräuhause zu Stadtamhof zu einer bedeutenden Schlägerei geführt, in deren Folge zuvor in Stadtamhof, dann in der Stadt selbst sich neugierige Gruppen bildeten, und endlich vor dem Rathhause, in dessen großem Saale eine Kompagnie Passauer Soldaten einquartiert ist, zu einem großen Volkshaufen zusammenschmolzen, der zu einer Demonstration gegen dieses Gebäude selbst überging. Mit den Steinen des auf einem kleinen Flecke ausgerissenen Straßenpflasters wurden sodann die Fenster der vordern Front des Rathhauses eingeworfen, und unter Pfeifen und Schreien jedem Mißhandlung angedroht, der die Uniform des unbeliebten Passauer Bataillons trug. Um der Aufregung, welche sich gegen dieses insbesondere in der niedern Volksklasse kund gab und einen blutigen Konflikt befürchten ließ, Herr zu werden, wurde nach 9 Uhr Abends Generalmarsch geschlagen, worauf sich alsbald die Land- und Stadtwehr höchst zahlreich auf den bestimmten Sammelplätzen einfand. Eine starke Patrouille des genannten Bataillons, welche von dem erbitterten Volkshaufen mit einem förmlichen Steinhagel empfangen wurde, sah sich zur Abwehr genöthigt, Feuer zu geben, wodurch 2 Personen aus dem Civilstande getödtet und 7 andere mehr oder minder verwundet wurden. Dem vereinten Zusammenwirken der Linie, Land- und Stadtwehr gelang es in kurzer Zeit, den Schauplatz des Tumultes zu säubern und die Ruhe und Ordnung der Stadt, die einer so erbärmlichen Ursache willen nur auf wenige Augenblicke gestört worden ist, wieder herzustellen. Da eine politische Aufregung dem traurigen Ereignisse nicht zu Grunde liegt, so geht heute bereits Alles wieder den gewohnten Geschäften nach, und nur das Militär ist, um erneuerten unruhigen Auftritten vorzubeugen, in die Kasernen konsignirt. Es sind dem Vernehmen nach schon Schritte gethan, um die schleunige Verlegung des Passauer Bataillons zu veranlassen. (Rgsb. Tgbl.)

(Würzburg, den 11. Juli.) Aus glaubwürdiger Quelle ist uns die Nachricht zugekommen, daß Herr Hauptmann von Bünau als Quartiermacher des zwölften Regiments bereits am Donnerstage, das gesammte Regiment aber am nächsten Sonntage hier eintreffen werde. Damit trifft zusammen, daß, wie man dahier wissen will, bereits gestern Morgen um 10 Uhr das Regiment seinen Abmarsch aus Mannheim angetreten habe. (Wzb. Abdbl.)

(Erlangen, 8. Juli.) Die Metternich-Abel'sche Politik übte bekanntlich großen Einfluß auf die protestantische Kirche Bayerns; sie suchte mit allen Mitteln den protestantischen Jesuitismus, den Mysticismus, die Muckerei zu befördern, wozu ihr das Oberkonsistorium getreulich die Hand bot. Zu den Instituten, um eine möglichst „in Sünden empfangene und zu allem Guten untüchtige Menschheit" heranzubilden, um jede freiere Anschauung der Religion durch starres dogmatisches Formelwesen abzuhalten und dessen Verwachsen mit dem Denkvermögen herbeizuführen, ist besonders die theologische Repetentenanstalt an unserer Universität zu rechnen. Unter andern Umständen hätte diese wohl etwas nützen können; aber so benützte man sie nur zu einer Art polizeilichen Inquisitions-Anstalt. Die verwendeten Repetitoren (vier an der Zahl nebst einem Ephorus) thaten nichts, als den krassesten Mysticismus verbreiten helfen. Sie sollten die Studien der jungen Theologen leiten, ihnen an der Seite mit Rath und That stehen; dafür aber spionirten sie das Treiben und die Ansichten der Studirenden aus und verdächtigten die Examinanden bei der Prüfungskommission, sobald diese ihnen anderer Ansicht zu seyn schienen, als es die nie irrende theologische Fakultät in Erlangen haben will, nach der von ihr ausgeheckten alleinseligmachenden Lehre. Die Repetenten hatten sonach kein besonders ehrenwerthes Amt; ihre Stellung war zweideutig; dafür aber wurden sie durch schnellere Beförderung zu einer Pfarrstelle entschädigt: sie wurden gewöhnlich nach zweijährigem Ausharren am geistlichen Schafstall angestellt. In welcher Achtung dieses Institut bei der Studentenschaft stand, geht aus seinem Ende hervor. Es versammelten sich nämlich vor einiger Zeit die Studenten aller Fakultäten. Einige Redner beleuchteten die Repetenten-

anstalt in ihrer Richtung zur Wissenschaft und Stellung zum socialen Leben von allen Seiten, wobei es nicht an charakteristischen Seitenhieben fehlte, die allgemeinen Beifall erhielten. Man beschloß sofort, die Repetentenanstalt habe aufzuhören und kein studierender Theolog könne fortan gezwungen werden, sich ihr zu unterwerfen und sie zu besuchen. Dies geschah denn auch; die Repetenten sahen ihr Kartenhaus mit einemmale eingestürzt, das löbliche Ephorat konnte nicht durchgreifen und bat selbst jetzt bei der Regierung um Aufhebung. Eine Zwangsglaubensanstalt wäre somit in Bayern gefallen. Das protestantische Geistlichen-Seminar in München, auch eine geistliche Anstalt, um kirchliche Lichter zu ziehen, wird wohl bald nachfolgen. Wann aber wird wohl das Licht der Vernunft leuchten über die in Finsterniß tappende protestant. Kirche im diesseitigen Bayern, und die Glaubensnebel zerstreuen? (Frkf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 10. Juli.) In der heutigen 34. Sitzung beschloß die deutsche Nationalversammlung bezüglich des angeblich zwischen Preussen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes nach längerer Verhandlung, in Anbetracht, daß bisher nur unverbürgte Gerüchte und nicht officielle Zeitungsartikel vorliegen und daß es gesetzlich nur dem Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung zustehe, Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen, zur Tagesordnung überzugehen. Da nach einer vom Präsidenten am Schlusse gemachten weitern Mittheilung der Erzherzog Johann von Oesterreich wahrscheinlich schon morgen früh dahier eintreffen wird, so wurde auf morgen früh 8 Uhr Sitzung anberaumt, um über die Art des Empfangs Beschluß zu fassen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 10. Juli.) Auch einer der verwundeten Sachsenhäuser ist gestorben, der Gefreite ist heute Abends feierlich begraben worden. Darüber, wer zuerst geschossen, ob Sachsenhäuser, ob Linie, hört man jetzt verschiedene Behauptungen, namentlich beruft sich im Frankfurter Journal Funck auf Zeugen, die Linie habe zuerst gefeuert. Esselen ist nach Mainz gebracht worden. Auch ein Postbeamter, der in diese Angelegenheit verwickelt ist, wurde in Höchst verhaftet. (N. Würzb. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 9. Juli) Vor etwa zwei Monaten wurde ein Militärkommando von zwei Kompagnieen nach Michelstadt detachirt, welches nach einem nur kurzen Aufenthalte daselbst hierher wieder zurückkehrte. Die für die fernere Erhaltung der gesetzlichen Ordnung im Odenwald damals gegebenen Garantieen scheinen jedoch auf die Dauer nicht ausgereicht zu haben, da heute früh um 6 Uhr ein Bataillon Infanterie, eine Abtheilung Artillerie mit zwei Kanonen und zwei Haubitzen und einer Schwadron Chevauxlegers sich nach Michelstadt in Marsch gesetzt haben. Man spricht unter anderm viel von Steuerverweigerung, welche hin und wieder an der Tagesordnung sey, und welche den mit der Einbringung der öffentlichen Abgaben beauftragten Behörden schon viel zu schaffen gemacht habe. Besonders soll dem Vollziehungspersonal in einzelnen Orten so übel begegnet worden sein, daß, ohne Zuziehung militärischer Hülfe, für die Folge wenig oder nichts auszurichten sey. Nebenbei hört man erzählen, daß dem eingefriedigten Park des Hrn Grafen von Erbach von Liebhabern der freien Jagd, deren es jetzt überall so viele gibt, fleißig zugesprochen werde. (Frkf. J.)

(Kassel, den 8. Juli.) Rechtskandidat Heisse, welcher in der Nacht vom 3. auf den 4. d. M. wegen Ueberschreitens der Feierabendstunde verhaftet wurde, sitzt gegenwärtig im hiesigen Kriminalgefängnisse, wo er wegen Aufreizung zum Aufruhr in Untersuchung gezogen ist. Bei seiner Verhaftung hatte sich der beklagenswerthe Vorfall ereignet, daß einige reitende Bürgergardisten, welche in dem Gasthof zum König von Preussen die Wache halten, sich soweit vergaßen, über Heise herzufallen; ja einer hatte sogar den Degen gezogen, und es wäre gewiß zu Mißhandlungen gekommen, wenn nicht die eintretende Bürpatrouille dazwischentrat. Das Freikorps ist seit jener Nacht vollständig entwaffnet worden, seine Mitglieder haben sich meist zum Eintritt in die Bürgergarde gemeldet. (Frkfr. J.)

Oesterreich. (Wien, den 7. Juli.) Der interimistische Minister des Innern, welcher zugleich provisorisch die Präsidentenstelle im Ministerrathe versehen hat, hat heute diese Dienststellen in die Hände Seiner kaiserl. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Johann, als Stellvertreter Sr. Majestät, niedergelegt. Hierauf haben Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Stellvertreter Sr. Majestät folgende Handschreiben zu erlassen geruhet:" "Lieber Freiherr von Pillersdorff!" "Ueber Ihr Ansuchen von dem Ihnen ertheilten Auftrage, ein Ministerium zu bilden und Meiner Genehmigung vorzuschlagen, losgezählt zu werden, finde Ich Mich bestimmt, Sie hievon zu entheben, und mit dieser Mission Meinen Minister des Ackerbaues, Handels und der Gewerbe, Freiherrn v. Doblhoff, zu betrauen." Lieber Freiherr v. Doblhoff, Nachdem Freiherr v. Pillersdorff sich von der Mission, ein Ministerium zu bilden, zurückgezogen hat, finde Ich Mich bewogen, Sie in vollem Vertrauen auf Ihre Vaterlandsliebe zu beauftragen, Mir baldmöglichst die Anträge zur Bildung eines neuen Ministeriums vorzulegen, und einstweilen die Leitung des Ministeriums des Innern zu übernehmen. (Wien. Z.)

Seit einigen Tagen wird „der Ausschuß der Bürger, National-Garde und Studenten" mit Fragen über die Bedeutung der sich folgenden Durchmärsche von Truppen bestürmt, die bei Einigen, welche den gegebenen Erklärungen des Ministeriums — daß die Besatzung der Hauptstadt nicht vermehrt werden würde — kein Vertrauen schenken, Besorgnisse erregen. Das Kriegsministerium sieht sich daher veranlaßt, zu erklären, daß diese Truppenbewegungen nur die Verwirklichung der dem Heere in Italien zugedachten Verstärkungen sind, welche aus Mähren und Galizien dahin beordert wurden. Das Kriegs-Ministerium hat keine Ursache, seine Verfügungen der Oeffentlichkeit zu entziehen, und bedarf daher keiner Rechtfertigung; es wird aber jedem Urtheilsfähigen einleuchten, daß es weder üblich noch zweckmäßig sein würde, die Benennung der einzelnen Truppenkörper, die nach Italien bestimmt sind, und deren Stand zu veröffentlichen; dieß hieße den Feinden des Vaterlandes eine Mittheilung machen. Dem Ausschusse der Bürger, National-Garde und Studenten theilt das General-Kommando die Ankunft eines jeden einzelnen Truppenkörpers bei seinem Durchmarsche mit, so wie sich derselbe auch zu überzeugen in der Lage ist, daß sie sämmtlich nach einem oder ein paar Rasttagen, — wenn solche nämlich zu ihrer Ausrüstung nöthig sind — nach ihrer Bestimmung abgehen, wenn nicht, wie es mit dem Regimente Nassau geschehen ist, eine andere Truppe der Besatzung, statt ersterer, nach Italien beordert wird. Man kann bei der Leichtigkeit, sich von der wahren Sachlage zu überzeugen, die Vermuthung nicht unterdrücken, daß Beunruhigungen über Vermehrung der in zweideutigen Absichten und von Menschen erregt werden, in deren Absichten es liegt, Mißtrauen zu verbreiten, und die Gemüther in einem Zeitpunkte in Furcht zu setzen, wo jeder wahre Patriot im Gegentheile die Wichtigkeit fühlt, die Regierung mit dem Vertrauen zu unterstützen, ohne welches kein Ministerium im Stande ist, seine Aufgabe zum Wohle des Vaterlandes zu lösen. (Wien. Z.)

(Triest, den 6. Juli.) Die feindliche Flotte hatte bereits gestern die Höhe von Pirano verlassen und sich, wie wir gestern hörten, bis vor Umago zurückgezogen, wo sie noch heute sichtbar war. Ob ihr der Befehl zugegangen sey, die Blokade aufzuheben, wissen wir nicht, vermuthen es aber, da sie zwei österreichische Handelsschiffe, welche heute hier eingetroffen sind, ungehindert ihren Weg ziehen ließ. Von Turin aus ist heute offiziell die Nachricht eingetroffen, daß der dortige Hof die Blokade in Folge der Reklamation des preussischen und bayerischen Gesandten aufgehoben hat. Heil Deutschland! rufen gewiß alle Gutgesinnten mit uns, Heil dem gesammten Vaterlande, dem wir es nun verdanken, daß die Gefahren, die uns bedrohten, jetzt abgewendet sind. (A. A. Z.)

Preussen. (Düsseldorf, 8. Juli.) In Folge von Entdeckungen, welche in der Untersuchung gegen Dr. Gottschalk in Köln sich herausgestellt haben, wurde heute der hier wohnende Notariatskandidat Wulff verhaftet und in das hiesige Arresthaus geführt. Der Inhaftirte ist Stifter eines seit einigen Wochen hier bestehenden republikanischen Clubs. Bei mehreren Häuptlingen dieser Verbindung wurden gleichzeitig heute Morgen durch die Mitglieder des Parquetts Hausuntersuchungen vorgenommen und Papiere in Beschlag gelegt. Man spricht von noch weitern Verhaftungen, die folgen sollen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Leipzig, 10. Juli.) Seit diesem Morgen um 11 Uhr wurde der Reichsverweser Erzherzog Johann auf seiner Durchreise nach Frankfurt a. M. hier erwartet, doch verzögerte sich dessen Ankunft bis gegen 3 Uhr, wo er in Begleitung unsers Königs unter großem Jubel der unzähligen Menschenmenge, Läuten der Glocken und Böllerschüssen von Dresden eintraf; nach Empfang einiger Deputationen und eingenommenem Diner setzte er gegen 5 Uhr seine Reise auf der Eisenbahn über Halle fort. In der Stadt sah man zahlreiche deutsche und sächsische Flaggen wehen, auch waren einzelne Gebäude festlich geschmückt; vor allen zeichneten sich die Bahnhofgebäude, das Rathhaus und die deutsche Buchhändlerbörse aus. (D. A. Z.)

(Aus Thüringen, den 5. Juli.) Ein regerer Geist scheint sich jetzt der Schullehrerseminaristen zu bemächtigen. Am letzten Sonntag hielten 150 derselben, der Eisenacher, Gothaer und Erfurter Schullehrer Bildungsanstalt angehörend, in letzterer Stadt eine Versammlung, in welcher sie beschlossen, die geeigneten Schritte zu thun, damit künftig auf den Seminarien der Religionsunterricht freier und wissenschaftlicher ertheilt, die Geschichte pragmatischer behandelt und bis auf die neueste Zeit erstreckt, nicht minder aber auch Psychologie und deutsche Literaturgeschichte gelehrt werde. Es soll nun ein allgemeines deutsches Seminaristenparlement in Eisenach oder Gotha gehalten, und von diesem eine Eingabe in diesem Betreff an die Nationalversammlung, oder an das künftige deutsche Unterrichtsministerium gerichtet werden. Die Einladung zur Beschickung dieses Parlaments wird demnächst in öffentlichen Blättern erlassen werden. (Fkft. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, den 6. Juli.) Die Dänen sind unserem Heer denn neulich bei Flensburg glücklich entkommen. Wie man früher bei Schleswig die günstige Gelegenheit, das ganze dänische Heer zu umzingeln und zu vernichten, verabsäumte, so soll es hier wieder versäumt worden seyn, wenigstens einen Theil des dänischen Heeres in unsere Gewalt zu bringen. Nach einem uns vorliegenden Privatbriefe soll nämlich der durch seine glückliche Kühnheit schon bekannte, übrigens eben so vorsichtige als unternehmende Major v. d. Tann den Plan gemacht haben, in der Nacht, welche die Dänen zum eiligen Rückzug aus Haderleben benutzten, mehrere Stunden vor dem Aufbruch unseres Heeres mit seinem Freikorps über die haderslebener Föhre zu gehen und den Dänen in die Flanken oder den Rücken zu kommen, so daß ihnen der Rückzug verlegt würde. Beim Angriff der schleswig-holsteinischen Truppen wären dann die Dänen zwischen zwei Feuer gebracht, und bei der nicht gerade heldenmüthigen Stimmung des dänischen Heeres wäre für uns ohne Zweifel ein sehr glänzender Erfolg errungen. Der Prinz von Augustenburg aber, der als Befehlshaber der schleswig-holsteinischen Truppen bisher eben kein Feldherrntalent bewährt hat, hat nach diesem uns vorliegenden Brief die Ausführung des v. d. Tann'schen Plans verhindert. Eine sehr heftige Szene soll in Folge dessen zwischen dem Major v. d. Tann und dem Prinzen stattgefunden haben. Die Dänen konnten nun glücklich aus Hadersleben fortkommen, und nur ein kleines für uns günstiges Scharmützel war noch möglich. (Brem. Z.)

Vom Untermain, den 2. Juli. Deutsche Einheit! Dies ist der Wahlspruch fast aus Aller Munde, und doch, beim Lichte betrachtet, ists nur ein Blick, dessen Verwirklichung, wenigstens wie es scheint, noch in weite Ferne geschoben werden soll. Was nützt die Einigkeit der Herzen, wenn die Schale unbewaffnet steht, wenn die eiserne Gewalt, getragen von den Söhnen Deutschlands, das Schwert noch gegen das Herz des Volkes kehrt. Und doch ist es so. Es ist nicht zu verkennen, daß der größere Theil der bewaffneten Macht keinen anderen Willen anerkennen mag, als den, der außer dem Volke steht, und daß diese Neigung namentlich bei den Offizieren durch alle Mittel, namentlich durch die wirksamen Geldzulagen genährt und erhalten wird, weil man den Soldaten für eine todte Maschine hält, die sich nur nach den Bewegungen der Offiziere richtet. Während der subalterne Beamte unter dem Drucke der Arbeit und der Mittellosigkeit seufzt, die Mittelklasse, die nahebei alleinige Lastträgerin, kaum mehr den täglichen Bedarf für Steuern, und die eigene Haushaltung zu erschwingen vermag; während der gemeine Soldat und der Unteroffizier mehr als unnöthigen Strapatzen ausgesetzt sind, indessen in der älterlichen Oekonomie ihre Arme sehr hart entbehrt werden, erhalten z. B. die bayerischen Offiziere, größtentheils ledige Leute, Zulagen, und welche enorme Zulagen! Bei leeren Kassen! Was Wunder, wenn diesen Söhnen deutscher Bürger die gespickten

Börsen den Uebermuth wachsen machen, und den Wunsch gebären, es möchten die so betitelten aufrührerischen Zeiten noch recht lange dauern. Seit 33 Friedensjahren war auch Friede zwischen Bürger und Militär, woher mag es wohl kommen, daß in kurzer Zeit nach einander in Mainz, Bamberg, Aschaffenburg, Stadtamhof, Ulm und vielen andern Orten nicht nur Bürger-, sondern Militär-Exzesse stattfanden, gleichsam, als wenn die bürgerliche Ruhe ein verdrießlicher Umstand wäre? Die wahren Verhältnisse, die Thatsachen müssen wohl nicht zum Throne gelangen, von wo aus die treffliche Haltung des Militärs öffentlich belobt wird; und wie wird wohl dieses gewiß an sich gut gemeinte Lob benützt, man hat solches drei Tage hinter einander den versammelten Soldaten bekannt gegeben und es öffentlich angeschlagen, damit dieses Lob Eingang finde im Herzen deutscher Soldaten und sie zur That der Treue und Aufopferung ansporne — gegen Wen? (Frkf. J.)

Vom Rhein, den 9. Juli. Die »Trierer Zeitung" bemerkt in ihrer Nr. 190 in Betreff der Correspondenzen der „Kölner Zeitg." über die angeblichen Anwerbungen zur Hecker'schen Freischaar: »Faktisch ist, obgleich gewiß nur sehr wenigen Personen bekannt, daß einzelne Pässe nach Mainz von arbeitslosen Handwerkern gefordert worden sind; daß mehrere junge Leute auch keinen Anstand genommen haben, zu erklären, sie wollten sich lieber todt schießen lassen, als ferner so in der Verkümmerung leben." Dagegen bestreitet das gedachte Blatt die Angabe der »Kölner Zeitung«, daß vermöge eines Soldes von 24 Kreuzern und eines Handgeldes von 20 Gulden angeworben worden sey. Auch gibt dasselbe den Charakter der besprochenen „Schweiger Volksversammlung„ als einen rein theoretischen an. Man habe nicht nur nicht zum „Losschlagen" aufgefordert, vielmehr „zu Ruhe und Ordnung aufgewiegelt."

Italien.

Der Tagesbericht des Feldmarschalllieutenants Baron Welden vom 24. bis 30. Juni urtheilt über die Lage von Venedig also: „Bei einer der letzten Revuen, welche der neapolitanische General Pepe hielt, waren über 17,000 Mann auf dem Campo Marzo ausgerückt, welche mit den Garnisonen der verschiedenen auswärtigen Forts sonach eine Totale von 21,000 Mann Besatzung liefern. Malghera hat eine Besatzung von 1800 Mann, aus Neapolitanern, Piemontesen und Freikorps zusammengesetzt, und über 60 Geschütze. Es vertheidigt den Eingang in die Lagunen von Mestre her, und kann nur durch reguläre Belagerung genommen werden, da die Gebäude bombenfest sind. Von da bis Brondolo ist keine Befestigung mehr; dieses Fort, mit 1000 Neapolitanern und 40 Geschützen besetzt, ist völlig sturmfrei. Von dort längs der See über Pelestrina, das Fort Alberoni bis auf den Lido stehen 3000 Mann. Tre porti, Burano, Mazzorbo ist schwächer besetzt, wie denn, wäre ein Angriff auf Venedig durch die Lagunen denkbar, er nur auf dieser Seite stattfinden könnte. Alles, was der Feind bis jetzt unternimmt, deutet auf Vertheidigungsmaßregeln hin, denn er sperrt sogar an manchen Orten die Kanäle. Der Mangel an manchen der ersten Lebensbedürfnisse, aber ganz vorzüglich an Geld, wird fühlbarer, was auf die gemeinere Klasse des Volkes nachtheilig wirkt. Wenn daher eine so starke Garnison, welche selbst zur Unterdrückung innerer Unruhe, vorzüglich durch die starken Marineabtheilungen und eine ungeheure Artillerie mehr als hinreichend ist, wenig Hoffnung gewährt, den letzten Sitz der Revolution in den venezianischen Provinzen zu erobern, so vermehrt doch eben diese Zahl die Verlegenheit in der Verpflegung, und da selbe durch eine weit kleinere meinerseits paralysirt ist, wird dadurch die Terra ferma geschützt, und vor dem erneuerten Eindringen im Rücken der Armee an der Etsch bewahrt." (A. A. Z.)

Venedig, den 2. Juli.) Die Demonstrationen, die am 29. v. M. zu Gunsten Karl Alberts stattfanden, wiederholten sich am 30. Abends noch weit stärker. Nachdem die Musikbande sich auf der Piazetta vor dem Dogenpalaste aufgestellt hatte, begann das Gebrülle: Viva Carlo Alberto! Die Menge bewegte sich dann auf dem Marcusplatz vor dem Nationalpalast (früher Procurazione nuova.) Dort begann das a basso repubblica! via Manin! ꝛc. Ein Paduaner, der eine übrigens ganz bescheidene Aeußerung zu Gunsten der Republik gemacht, mußte von der Bürgergarde in Schutz genommen werden. Es ist traurig, aber lehrreich zu sehen, wie plötzlich sich das Volk ändert. Vor ein paar Tagen war es Verbrechen, von Karl Albert zu sprechen; ein Kaufmann, der die Stadt Nizza auf seinem Schilde hatte, wurde insultirt und genöthigt, die Tafel herabzunehmen; jetzt — wehe, wer von Republik spricht! Jedenfalls aber ist Manin zu bedauern. Ich will ohne Vorliebe und ohne Leidenschaft sprechen, aber Manin hat doch die Freiheit Venedigs begründet. Er, der weder österreichische Kerker fürchtete, der weder Verfolgung noch Haß einer despotischen Regierung scheute, und kuhn auftrat als Verfechter der Unabhängigkeit seiner Landsleute, muß von eben denselben, für die er sein Leben so oft blosstellte, mit dem Tode, mit Verachtung (was weit ärger ist als der Tod) sich bedroht sehen. Mögen auch noch so viele Gründe für die Einverleibung des Venezianischen mit Piemont vorhanden sein, mögen die Venezianer (oder vielmehr die venezianische Aristokratie) auch nur darin ihren einzigen Hoffnungsstern finden — Manin und Tommaseo sollten dennoch fortwährend die vollste Anerkennung und Dankbarkeit ihrer Mitbürger genießen. Sind sie auch keine Minister, so sollten sie doch die ersten Bürger Venedigs seyn. Gestern Abends war der ganze Marcusplatz voll Wasser, was eine Unordnung von selbst verhütete. Heute ist abermals große Musterung der Guardia Civica auf dem Marsfelde. Abermals eine jener geheimen Vorbereitungsmaßregeln, um die Leute für den morgigen Tag zu Gunsten Piemonts zu stimmen. Morgen wird wahrscheinlich ein wichtiger Tag für Venedig werden. Eine Unzahl Flugschriften von allerlei Farben ist in Umlauf. (A. A. Z.)

(Venedig, den 3. Juli.) Heute Morgens 9 Uhr begab sich die vom provisorischen Gubernium der Republik berufene „Assemblea" in die St. Marcuskirche, wo von Sr. Eminenz dem Cardinal Patr. Jacob Monico das feierliche Hochamt, dann eine kurze Anrede gehalten wurde. Nach ertheiltem Segen wurde das veni creator spiritus gesungen. Hierauf zogen die Deputirten in den Dogenpalast, wo zur Wahl des provisorischen Präsidenten geschritten wurde. Die Wahl traf den ältesten — den Msgr. Pianton, infulirten Ab von St. Maria della misericordia. Zu provisorischen Secretären wurden die zwei jüngsten Deputirten Dataico Medin und Vincenzo Scarpa erwählt. Um 1 Uhr versammelten sich die Deputirten in dem Versammlungssaal. Bei der Ablesung der Namen waren 128 Mitglieder zugegen. Hierauf wurden die beiden Commissionen, welche nach dem Decret der Zusammenberufung die exekutive Gewalt der Assemblea prüfen sollten, durch das Loos bestimmt. Zuvor jedoch wurden manche, mitunter auch etwas heftige Worte gewechselt. Advokat Avesani, der eigentliche Repräsentant der antiministeriellen Partei, trug auf Beschleunigung der Diskussionen an, worauf der Criminalrath Ferrari Bravo bemerkte, daß durch eine Uebereilung vor 50 Jahren die Republik Venedig, die 1400jährige Königin Adrias, untergegangen; man solle sich dieses Beispiel zur Warnung dienen lassen. Tommaseo empfahl das festina lente. Um 2 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben, und die Kommission begab sich ins Skrutinium. Um 4 Uhr wurde die Sitzung neuerdings eröffnet. Zuerst wurde die Wahl des Präsidenten ꝛc. kundgegeben. Das Resultat der Wahl war folgendes: Rubi, Präsident, mit 118 Stimmen; Nicolo Priuli, Franzesko Trifoni, Vicepräsidenten, ersterer mit 62, letzterer mit 56 St.; D. Pietro Canal, D. G. B. Varè, Dataico Medin, Dolfin Boldù, Sekretäre, ersterer mit 67, zweiter mit 58, dritter mit 54, vierter mit 47 St. Hierauf verlas der Justizminister Castelli (die Seele des Assemblea, wahrlich ein ganzer Mann) die Artikel, über welche eine Schlußfassung genommen werde. Der 1. und 2. betrafen den projectirten Anschluß an Piemont; der 3te die Bestätigung oder neue Wahl der Minister und der Regierung; der 4te wegen Gewalt des Präsidenten der Assemblea zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal; der 5te wegen Substitution der Präsidenten; der 6te wegen Uebertragung und Schließung der Sitzung. Diese 6 Artikel wurden auf folgende Weise beendet: In Betreff der Artikel 1 und 2 wird ein geheimes Scrutinium entscheiden. In Betreff des Artikel 3 wird durch Stimmengeben entschieden werden, und aus den drei, welche die meisten Stimmen haben, wird neuerdings durch Stimmengeben der Präsident gewählt. In Betreff des Artikel 4: Der Präsident hat volle Gewalt zur Aufrechthaltung der Ordnung der Diskussion und der Ruhe des Saales. Artikel 5. In Abwesenheit des Präsidenten vertritt dessen Stelle der ältere Vicepräsident. Artikel 6. Die Uebertragung oder Schließung der Sitzung hängt von den Deputirten ab. Varè beantragte, eine bestimmte Anzahl der Mitglieder, z. B. zwei Drittel derselben, müsse vorhanden seyn zu einer definitiven Schlußfassung. Nach mehreren Ein- und Widerreden fiel diese mächtige Waffe der Linken mit 68 Stimmen gegen 62 durch. Um 8 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, und beginnt morgen früh 9 Uhr. (A. A. Z.)

Spanien.

Auch in Spanien scheint sich eine neue Krisis vorzubereiten und die lange Abspannung, welche ein so schmähliches Regiment, wie das gegenwärtige, möglich machte, wird vielleicht bald einer allgemeinen Erschütterung weichen. Die seit Esparteros Sturz ganz desorganisirte progressistische Partei scheint durch die jüngsten mißglückten Versuche allen Muth verloren zu haben; der Anstoß geht diesmal von den Karlisten oder den Anhängern des Grafen Montemolin aus. Der berühmte und berüchtigte Kämpfer und Schlächter im Dienste des Don Karlos, Roman Cabrera, ist wieder auf spanische Erde getreten und, wie sich denken läßt, nicht in friedlicher Absicht. Nach Briefen vom 27. Juni, welche die legitimistische Union in Paris erhalten hat, haben ihn die Generale Forcadell und Bognica an der Spitze von tausend Mann an der Grenze empfangen; er selbst erschien dort am 29. mit einem Bataillon und einer Schwadron Reiter, die Beide gut ausgerüstet waren. In seinem Generalstab befinden sich eine Reihe von Offizieren, die unter Don Karlos gefochten haben. Der Bericht nennt den General Arnau, die Obersten Ceballos, Gonzalez, Gaëta, Domenec, Flores Villa-Amil, die Brüder Segovia und den Hauptmann Yparraguirre und mehrere Andere; es scheint also auf eine umfassende Unternehmung angelegt zu sein. Cabrera hat eine Proklamation erlassen, die er als „Oberanführer" und worin er die Spanier auffordert, mit den Waffen zu ihm zu stoßen. Es heißt darin unter Anderm: „Ein habsüchtiger, falscher und entsittlichender Fürst hat unsere Theilungen benützt, und im Einklang mit einer entarteten Fürstin aus dem katholischen Throne der Alphons und Ferdinand einen Gegenstand der Spekulation gemacht; eine Heirathsverbindung ist inmitten der Finsterniß der Nacht ausgeheckt worden, und die Folge dieser Verbindung ist, daß die Krone, welche alle Kronen der Welt an Glanz überstrahlt, von den Häuptern der Frauen, die sie wider Recht tragen, auf einen Fremdling ohne Ansehen, ohne Geltung und ohne rechtliche Ansprüche übergeben würde." Dies zu verhüten, fordert Cabrera alle heldenmüthigen Spanier auf, die Waffen zu ergreifen; denn es gelte der spanischen Unabhängigkeit. „Ich erwarte Euch auf denselben Schlachtfeldern, die einst der Schauplatz Eurer Großthaten waren. Dort werdet Ihr ein Schwert finden, dem es gelungen war, Euch schon zum Siege zu führen, und eine Fahne, die bereits glorreich gewesen ist, die aber jetzt auf der einen Seite den Namen Karl Ludwig Bourbon, unsers rechtmäßigen Königs, trägt, auf der andern den Schlachtruf: es lebe die spanische Unabhängigkeit.« Die Zustände in Spanien sind so heillos, daß das Gelingen einer Schilderhebung des „Schülers von Tortosa", oder wie ihn die legitimistischen Blätter salbungsvoll nennen, des „Grafen von Morella" nicht unter die unwahrscheinlichen Dinge gehört. Wer sich erinnert, in welch freundlichen Verkehr englische Staatsmänner sich mit dem Grafen von Montemolin einließen, wird auf den Gedanken kommen müssen, daß Cabrera die Antwort Englands für die Ausweisung des Gesandten Bulwer aus Madrid überbringt. Gewiß wird Lord Palmerston sich nicht beeilen, eine Intervention zu Gunsten des Regiments Narvaez-Munoz vorzunehmen oder auch nur zu dulden, und Louis Philipp sähe sich dann auch auf der empfindlichsten Seite seiner Politik schmerzlich überwunden.

Türkei.

Durch Briefe aus Konstantinopel vom 28. Juni erhalten wir die Nachricht, daß Redschid Pascha, der Reformminister, reaktionirt ist. Er wurde zum Minister ohne Portefeuille ernannt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, meine brave Haushälterin

Maria Magdalena Kögler

aus Ansbach,

welche meine Pflegerin in meinem Alter seyn wollte, und die mit ausgezeichneter Treue und großem Eifer meinem Hauswesen über 25 Jahre vorgestanden hat, nach langem und schmerzhaftem Krankenlager an einem Zehrfieber im 59. Jahre zu meinem tiefsten Schmerze heute aus dieser Welt abzurufen.

Sie war fromm und gläubig an ihren Heiland und Freundin aller Armen und Bedrängten.

Möge der allerbarmende Gott im Himmel ihrem nun verklärten Geiste lohnen, was sie für mich und für viele Andere gutes gewirket hat.

Nürnberg, den 11. Juli 1848.

Schneider,
Königl. Brauadministrator.

Anzeige.

Die Erklärung, welche die Wahlmänner des hiesigen Abgeordneten zur Nationalversammlung in Bezug auf dessen Abstimmung in den Zeitungen kund gegeben haben, kann der unterzeichnete Verein bloß als deren Primatmeinung gelten lassen. Sollten sie aber mit derselben die Ansicht des ganzen Whlbezirks aszusprechen sich für berechtigt halten, so müßte dagegen ernstlich protestirt werden. Das Mandat der Wahlmänner ist mit dem Wahlakte selbst erloschen, und es steht ihnen in keiner Weise zu, weiter als Corporation aufzutreten. Dieß hiemit öffentlich auszusprechen sieht sich der unterzeichnete Verein um so mehr veranlaßt, als er keineswegs in allen Punkten mit der Abstimmung des hiesigen Abgeordneten sich einverstanden erklären kann.

Nürnberg, den 11. Juli 1848.

Der Volksverein.

Erklärung.

Auf die in verschiedenen hiesigen Blättern mit der Unterschrift: „Die Wahlmänner" enthaltene Erklärung hin und in Folge mehrfacher Anfragen und Aufforderungen finden sich die Unterzeichneten veranlaßt, hiemit zu erklären: daß sie dieselbe nur in so fern als den Ausdruck auch ihrer Gesinnung anerkennen, als sie die Ueberzeugung von der hohen Befähigung, jederzeit anerkannten Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit unseres Abgeordneten des Herrn Dr. Krafft auszusprechen beabsichtigten, nicht aber wenn man daraus, wie bereits mehrseitig geschehen, eine vollkommene Uebereinstimmung mit dessen sämmtlichen Abstimmungen bei der Frage über die Bildung der Central-Gewalt folgern wollte.

J. Bromig. C. W. Engelhard. August Engelhardt. F. Farnbacher. Christ. Fink. J. Hüttlinger. J. M. Ißmeyer. C. H. Nestmann. G. J. Pabst. J. M. Richter. G. H. Schroll. Dr. Schwartz.

(Eingesandt.)

Ueber die Abstimmungen des Hrn. Dr. Krafft in den Frankfurter Parlamentssitzungen haben sich bereits mehrere Stimmen in den hiesigen Blättern vernehmen lassen und die Korporation, die sich immer noch als Wahlmänner betrachtet, dürfte sich sattsam haben überzeugen können, daß das Publikum mit ihrem Vertrauensvotum **keineswegs zufrieden** ist Es erscheint auch, abgesehen davon, daß Hr. Dr. Krafft nicht in dem Sinne der Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft gestimmt hat, als etwas höchst Sonderbares, daß Herr Dr. Krafft statt die hiesigen Zeitungen zu den Organen seines Verkehrs mit Nürnberg zu wählen und dadurch seiner Verpflichtung, als Abgeordneter Nürnbergs Rechnung zu tragen, den Briefwechsel mit den Wahlmännern als Korporation vorzieht, während ja doch der Wirkungskreis der Wahlmänner unmittelbar nach der Wahl ohne alle Einsprache aufgehört hatte, die Wahlmänner also auch keine andere Bevorzugung beanspruchen können, als die Urwähler auch.

Warnung.

Ich warne hiemit Jedermann vor einem sehr gefährlichen Individuum, den Lithographen Kolb, der mich beim Ausgang aus der Bruckner'schen Wohnung gewaltsam angriff, und den Dolch zog, um mich zu ermorden, ohne zu wissen warum. Sein Vorhaben wurde jedoch durch Anwesende verhindert.

Conrad Beißbarth.

Liegnitz und Düsseldorf.
Einladung an sämmtliche Buchdruckerei-Besitzer Deutschlands.

> Auf den Trümmern römischer Weltmacht regierte einst die deutsche Nation. Aus der Nacht der Aberglaubensherrschaft erhob sie sich zur Glaubensfreiheit. Die Erfinderin der Buchdruckerpresse wird sich aus der Bevormundung zur Bürgerfreiheit erheben und ein freies rechtsstarkes Bürgervolk werden wir wieder vorangehen den Völkern der Erde.
>
> Hecker

Sämmtliche Herren Prinzipale durch Deutschlands Gauen werden durch die Unterzeichneten und im Einverständniß mehrer andrer Herren Kollegen zu einer am

siebzehnten Juli c.

stattfindenden General-Versammlung zu Leipzig freundlichst aufgefordert zu erscheinen, um die von unsern Gehülfen am 11. Juni c. gefaßten Beschlüsse über ihre Verhältnisse anzuerkennen resp. zu ordnen. Es sollen namentlich die Preise der Arbeiten für die Behörden, wie für das ganze Publikum berathen und für ganz Deutschland beschlossen und festgestellt werden. Die Beschlüsse unserer Gehülfen in Mainz am 11. Juni c. sind bereits von mehren Buchdruckereien Süd- und Norddeutschlands angenommen, wenngleich die Herren Prinzipale selbst nicht zugegen waren, jedoch die Deputirten beauftragt hatten, ihre zu machenden Beschlüsse anzuerkennen.

Da der Unterzeichnete selbst zugegen war, und nur lobend über das Streben unserer Arbeiter berichten kann, so sieht er sich um so mehr veranlaßt, seine Herren Kollegen zur thätigsten und regsten Theilnahme aufzufordern um über das Wohl der Presse, des mächtigsten Hebels in sozialer, materieller, wie geistiger Beziehung zu sprechen und sie auf jenen Glanzpunkt zu stellen, der ihr gebührt, damit sie nicht der Willkür jener unterliege, die sie nur für sich auszubeuten verstanden. Darum auf Kollegen, lassen Sie uns Alle gemeinsam das Wohl der Presse zum Segen aller Völker beschließen. Die Berathungen sollen in der Buchhändler-Börse zu Leipzig stattfinden und hoffen wir, daß sich Alle recht zahlreich einfinden; wer zu erscheinen behindert ist, wolle gefälligst sein Nichterscheinen schriftlich anzeigen und dabei bemerken, ob er sich den zu stellenden Beschlüssen anreihen wird, da im Nichtfalle angenommen werden muß, sich den gestellten Bedingungen der Arbeiter nicht unterziehen zu wollen und demnächst ausgeschlossen werden müßte. Um so zuversichtlicher hoffen wir auf recht zahlreiches Erscheinen und rufen Allen, indem wir uns zu einem Bruderbunde vom Rhein bis zum Ostseestrande verbinden wollen, ein herzliches Willkommen entgegen. Die Hand zum Bunde und einig und stark.

Sämmtliche Redaktionen deutscher Blätter werden hierdurch freundlichst aufgefordert, das Vorstehende zur schnellsten Weiterverbreitung aufzunehmen und zu befördern. Alle Prinzipale von Süddeutschland wollen ihre Anmeldungen an den mitunterzeichneten Buchdruckerei-Besitzer H. Voß in Düsseldorf am Rhein, fur Norddeutschland an Brockhaus in Leipzig, H. Barth in Breslau und H. d'Oench in Liegnitz anzeigen, um in Leipzig Anordnungen treffen zu können. — Die Sitzung soll am 17. Juli c. beginnen, Anmeldungen wolle man gefälligst bis spätestens zum 14. Juli an die vorgenannten Herren einsenden. So schließen wir mit dem Wunsche, daß Sie alle vom Süden und Norden Deutschlands erscheinen werden und im Voraus auf das brüderlichste gegrüßt sind durch unsern bekannten Spruch: „Gott grüß die Kunst". —

H. d'Oench,
Buch- und Steindruckerei-Besitzer in Liegnitz in Schlesien.

H. Voß,
Buchdruckereibesitzer in Düsseldorf a. Rhein.

Neue cosmetische Artikel.

Deutsche National-Seife und Patent Washing Soap empfiehlt

Carl Kreller,
Karlsstrasse S. Nro. 91.

Schusters-Felsen-Keller.

Donnerstag den 13. Juli, bei günstiger Witterung.

Harmonie-Musik.

Platners-Anlage.

Unterzeichneter erlaubt sich hiemit, die werthe Weber-Innung, so wie alle Freunde und Bekannte, auf heute Donnerstag den 13. Juli zu dem alljährlichen Jahresfeste hiemit höflichst einzuladen.

Für gute Speisen, ausgezeichnetes Felsenkellerbier, guten Kaffee und Hefenküchlein ist bestens gesorgt.

Zu zahlreichem Besuch empfiehlt sich

F. Stützer.

(Litteratur.) Im Verlag von Friedrich Campe in Nürnberg ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Beitrag
zur
Organisation der Auswanderung
oder
Grundzüge eines Planes
zur Gründung einer
Colonisations- und Auswanderungs-Gesellschaft
in Nürnberg.
Von
Heinrich Gebhardt
Velinpapier, geheftet. Preis 9 kr.

Diese höchst zeitgemäße Schrift eines praktischen Geschäftsmannes ist für jeden Auswanderungslustigen, wie für alle Capitalisten und Behörden von der größten Wichtigkeit, indem sie die Mittel und Wege an die Hand gibt, wie sich nicht nur bemittelte Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika mit dem größten Vortheil ansiedeln können, sondern auch Unbemittelten eine sorgenfreie Zukunft zu schaffen ist, ohne daß wirkliche Geldopfer dabei zu bringen sind.

(Zu vermiethen.) Die zweite Etage eines Hauses am Albrecht-Dürer-Platz, enthaltend 4 heizbare Zimmer, einen Alkov, 2 Kammern, Küche, Antheil am Waschhaus, Keller, Boden, mit Hof und Pumpbrunnen, ist bis Ziel Laurenzi zu vermiethen. Näheres in S. Nr. 414 am Albrecht-Dürer-Platz.

(Zu verleihen) 3000, 4000 und 5000 fl. sind im Ganzen oder auch getheilt, gegen ganz sichere Hypotheken zu verleihen.

(Verlaufen) Ein junger schwarzer Spitzhund, weiblichen Geschlechts und gestutzten Ohren, hat sich verlaufen Der Finder wird gebeten ihn gegen ein Trankgeld in die Exped. d. Bl. zu bringen.

(Zu vermiethen) In der Nähe des Marktes ist ein sehr schönes möblirtes Zimmer nebst Alkof um billigen Preis sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein heiteres Logis ist täglich an einen soliden Herrn oder Frauenzimmer zu vermiethen.

(Gesuch.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann, und sich allen häuslichen Arbeiten unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen S. Nro. 1162 Tucherstraße.

(Zu vermiethen) In der vordern Ledergasse L. Nr. 206 ist eine Wohnung aus 2 heizbaren und 3 unheizbaren Zimmern, einer Küche und Holzlage bestehend, die nächstes Ziel bezogen werden könnte, zu vermiethen.

In demselben Hause ist auch ein schönes geräumiges Logis, mit oder ohne Möbel, das sogleich bezogen werden könnte, zu vermiethen

---

(Gesuch.) Es wird eine treue und reinliche Magd, welche Hausmannskost kochen kann bis nächstes Ziel in Dienste zu nehmen gesucht.

(Gesuch) Künftiges Ziel wird in eine Wirthschaft ein ordentliches Mädchen gesucht, auf deren Treue und Fleiß man sich verlassen kann und welche in solcher Eigenschaft schon gedient hat. Näheres in der Exped. d. Blattes.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche im Kochen gut bewandert ist und sich auch der anderen Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches im Kochen, Waschen, Nähen und Bügeln erfahren ist, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. — Laden Nro. 91 am Hauptmarkt

---

(Gesuch.) Es werden täglich oder bis nächstes Ziel 1800 Gulden auf ein hiesiges Haus zu entnehmen gesucht. Darleiher wollen gefälligst ihre Adressen unter Chiffre J. L. in der Exped d. Bl abgeben.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 13. Juli. Gastspiel des Herrn und der Frau Wisotzky. „Marie-Anna, oder Ein Weib aus dem Volke." Schauspiel in 5 Akten Nach dem Französischen von Börnstein. „Marie-Anna", Frau Wisotzky „Lux", Hr. Wisotzky.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. Juli 1848. **№ 196** **Freitag: Bonavent.**

† Bericht über die fünfte Versammlung des Volksvereins.

In der fünften Versammlung des Volksvereins vom 11. d. M. wurde zuerst die Eintheilung der Mitglieder in Riegen so weit vollendet, daß der Verein dem in der nächsten Versammlung zu wählenden definitiven Ausschuß wohl geordnet übergeben werden kann. Diese innere Gliederung verbürgt der immer mehr anwachsenden Gesellschaft Leben und Bewegung, sie sichert sie vor der Gefahr der Ordnungslosigkeit, in welche so leicht große Versammlungen gerathen; sie setzt den Ausschuß von den Bedürfnissen und Wünschen der Mitglieder in Kenntniß, und vermittelt durch vorherige Besprechung der Tagesordnung in kleinern Kreisen die allgemeine Theilnahme an den Fragen, welche die Versammlung beschäftigen. Wenn irgend etwas, so ist dieses Institut der Riegen geeignet, politische Bildung zu fördern, und dem Vereine ein fröhliches Gedeihen zu wahren. — Hierauf wurde die Frage über die Geschworne ngerichte wieder aufgenommen. Nachdem sich die Gesellschaft in der vorhergehenden Versammlung dahin schlüssig gemacht hatte, daß der Ausschuß eine Kommission zur Prüfung des Antrags ernennen, und diese in einigen Tagen Bericht erstatten solle, so wurde nunmehr von Seiten des Ausschusses geltend gemacht, es würde diese Kommission mit ihrer Arbeit wahrscheinlich zu spät fertig werden, da der Gesetzentwurf von dem Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten bereits angenommen sey, und nur noch bei dem der Reichsräthe zur Berathung vorliege, an eine Ständeversammlung aber nicht mehr gelange, weil den Ausschüssen vollkommene Gewalt von den Ständen übertragen worden sey. Wolle also die Versammlung eine Adresse beschließen, so sey der einzige noch übrige Weg an den Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Reichsräthe. Es wurde zu diesem Behufe gleich ein Entwurf einer Adresse vorgelegt, und unverändert von der Versammlung angenommen. Die Adresse, welche bereits an deu Ort ihrer Bestimmung abgegangen ist, lautet also: „Hoher Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Reichsräthe! Einem hohen Ausschusse ist im gegenwärtigen Augenblicke noch der Gesetzentwurf über die Schwurgerichte zur Berathung und modifizirenden Schlußfassung unterbreitet. Wir beeilen uns daher, indem wir von dem allgemeinen Petitionsrechte Gebrauch machen, Einem hohen Ausschuß unsere Ansichten und Wünsche über einen Punkt dieses Entwurfs vorzutragen, der gewiß nicht bloß unter den Bürgern hiesiger Stadt, sondern wohl im ganzen Vaterlande das Gefühl der Nichtbefriedigung erregt hat. Dieser Punkt ist die Feststellung des Census auf 20 fl. und die daraus hervorgehende Beschränkung der Wahlfähigkeit auf die bemittelteren Klassen der Staatsbürger. Hoher Ausschuß der Kammer der Reichsräthe! Wir können den Beweggründen, welche den Mittheilungen öffentlicher Blätter zufolge für die Feststellung dieses Census maßgebend geworden sind, in keiner Weise unsern Beifall schenken. Man glaubte durch denselben eine größere Gewähr für die Redlichkeit und Urtheilsfähigkeitt der Geschwornen zu erlangen. Wir dagegen sind überzeugt, daß Redlichkeit und Urtheilsfähigkeit niemals weder an Besitz noch an eine gewisse Standesbildung gebunden gewesen sind und es niemals sein werden. Wir sind ferner der Ansicht, daß das Geschwornengericht gerade darum ins Leben gerufen werde, damit das lebendige Rechtsbewußtsein des Volkes an die Stelle papierner, nie ganz dem einzelnen Falle entsprechender Rechtsbestimmungen sein Urtheil über „schuldig“ oder „nichtschuldig“ geltend mache; und wir glauben, daß sich dieses Rechtsbewußtsein vorzugsweise im Mittelstande unverkünstelt und unverwirrt forterhalten. Man wollte ferner durch diesen Census dem Geschwornengerichte das größtmöglichste Vertrauen des Volkes sichern. Aber so sehr wir von der Nothwendigkeit überzeugt sind, daß dieses Institut das volle, ungeschwächte Vertrauen des Volkes genieße, so können wir doch nicht einsehen, wie dies dadurch erlangt werden soll, daß man den bei weitem größten Theil des Volks von der Betheiligung daran ausschließt. Wir glauben vielmehr, daß dieser Zweck weit sicherer erreicht würde, wenn dem Angeklagten die Befugniß, diejenigen zurückzuweisen, denen er kein Vertrauen schenken kann, in der ausgedehntesten Weise eingeräumt würde. Indem wir uns nun erlauben, diese Ansichten der Erwägung eines hohen Ausschusses zu unterstellen, fügen wir auf Grund derselben die Bitte an: „es wolle bei der schließlichen Redaktion des Gesetzes über die Schwurgerichte der Census für die Wahlfähigkeit möglichst ermäßigt werden,“ damit auch der unbemittelte Staatsbürger von der ehrenvollen Pflicht, Geschworner zu werden, des geringeren Besitzes wegen nicht ausgeschlossen sey. Um jedoch zuletzt einem nicht unerheblichen Einwand zu begegnen, so verkennen wir keineswegs, daß die Feststellung des Census auf 20 fl. zugleich eine Erleichterung der Bürgerpflicht für den Minderbemittelten beabsichtigt. Allein das Nämliche würde wohl auch erreicht, wenn in diesem Falle dem Gewählten, so weit unumgänglich nothwendig, die Gemeindepflicht unterstützend zur Seite wäre. Möge das Gesetz zugleich eine solche Verpflichtung aussprechen, und die Gemeinden werden sich in edlem Wetteifer bestreben, dem aus ihrer Mitte gewählten Geschworenen die Erfüllung seiner Bürgerpflicht möglich zu machen. Mit aller Ehrerbietung ɾc.“

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Bayern. *† (München, 12. Juni.) Gestern ist eine Deputation Studirender unserer Hochschule nach Jena zur Allgemeinen Versammlung deutscher Studirender abgereist. — Heute soll der Kreisinspektor Graf Vieregg eine Inspektion des Studentenfreikorps vornehmen. — Der konstitutionell-monarchische Verein (eine Kongregation ultramontaner Bürger, deren Vorstand Advokat Hirneis ist) hat sich nun mit dem „Bürger-Verein für Ordnung und Freiheit“ vereinigt. Da der Verein fortwährend nur Bürger und Insassen in seine Mitte aufnimmt, die Freiheit aber dennoch als Wappenschild auszuhängen wagt, so kann über seine Tendenz kein Zweifel obwalten. — Der Verein des Franziskanerkellers ist schon ziemlich eingeschüchtert worden, neulich wurden demselben konstitutionell-monarchische Glaubensbekenntnisse abgenöthigt. Der Vorstand dieses Vereins, über dessen Gnomengestalt, die übrigens einen treuen Ausdruck seines Innern bildet, bereits eine sehr amüsante Carrikatur verbreitet ist, erhielt den unzarten Besuch eines Bürgers, der mit einem Stocke seinem Rücken monarchische Grundsätze eingebläut haben soll. Wir mißbilligen gewiß jede terroristische Meinungsbeengung; wie aber Charaktere, die noch vor wenigen Monaten in Gesellschaft von Polizeispionen, ja selbst Denunzianten in öffentlichen Blättern genannt wurden, nun sich zu Volkstribunen aufwerfen dürfen, übersteigt doch wahrlich die Gränze gewöhnlicher Unverschämtheit, die nur ein Publikum, das solche Individuen nicht kennt, toleriren kann.

*† (München, den 11. Juli.) Wer immer einer Sitzung des Reichstages beiwohnte, wird wissen, mit welch' tyrannischer Frechheit der Frankfurter Pöbel sich auf den Gallerien gebärdet, wie er durch sein besoffenes Dareinschreien Alles, was die Linke thut, moralisch schwächt. Dem Gejodel des Janhagels verdanken es die ausgezeichnetsten Redner, wenn man sie bezüchtigt, daß sie mit der taktlosen Masse kokettiren und nach Komödiantenart um ihren Applaus buhlen. In der That ist jeder Redner im Parlament von dieser anmassenden Galleriehorde abhängig, und wenn ihn ein unverschuldeter Defekt in der Kehle belästigt, so hat er zu gewärtigen, daß ihm von oben ein hundertstimmiges, viehtreibermäßiges: »Laut« zugebrüllt wird. — Dazu kommt die monarchische Stimmung in der ganzen Gegend, die immer vom Parlamentsprenzen u. dgl. faselt, die Arbeiter oder vielmehr Stichverbreiter mit blutrothen Bändern, die gerne imponiren möchten, wenn sie nicht größtentheils zu krüppelhaft gestaltet wären. In neuester Zeit ist auch die Barrikadenkrankheit ausgebrochen, und wie weit die Tollheit der Sachsenhäuser noch wirken wird, steht in Ungewißheit. Die Leute schreien, sie seyen Republikaner, es mangelt ihnen aber die Fähigkeit der Ueberzeugung; von republikanischen Tugenden wissen sie nichts und ihre Lebenselemente sind bei Aepfelwein oder in schlechten Bierkneipen entsprungen. Dergleichen Mißstände erschüttern die Zustände, und die Reichsversammlung steht mitten auf einem wogenden Meer, dessen Brandung an die Paulskirche, an den Präsidentenstuhl hinausschäumt. Der Reichsverweser, der zugleich auch ein Auge in Wien haben soll, wird Frankfurt schwerlich für sich und das Parlament in die Länge passend finden. Nürnberg hat bereits schon die nöthigen Komplimente gemacht, und nicht undeutlich zu verstehen gegeben, daß es sich als Standlager der Reichsverweserschaft unendlich glücklich schätzen würde. Nürnberg ist seiner Lage nach keiner Residenz nahe, keinen Kabinetseinflüssen ausgesetzt, auch von keinen aufgehetzten, lärmenden Haufen umschwärmt. Es ist auch nicht großartig genug, um, wie Frankfurt, die stille Einbildung in sich zu nähren, es werde einst für Deutschland dieselbe Ton angebende Meisterin, wie Paris für Frankreich. Unsere neue Konstitution sollte nicht in demselben Topf bearbeitet werden, in welchem das heilige römische Reich gekocht worden ist, denn einiger Nach- und Beigeschmack wäre sicherlich nicht zu vermeiden. Die alte Kaiserkrönungsstadt, mitten in den Umtrieben des allerneusten Wirrwarrs scheint uns also für den ungestörten Fortgang unserer verfassunggebenden Nationalversammlung nicht mehr recht geeignet, und es sollte uns wundern, wenn sich die Ansichten und Umstände nicht der Art gestalten, daß dieselbe in eine andere Reichsstadt übersiedelt. — In Regensburg würde die Eitelkeit durch die nahe Walhalla angestachelt; Augsburg hätte seinen goldenen Saal; Nürnberg aber schiene uns, als noch ziemlich in Mitteldeutschland gelegen, der beste Platz. Werde aber über Deutschlands Loos entschieden, wo immer, so wünschen wir, die Nationalversammlung möge keine Zeit vertändeln, sondern unsere Grundrechte baldigst feststellen!

*† (München, den 11. Juli.) Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung hat in seiner gestrigen Sitzung einen Ausschuß gewählt, und eine Adresse an den Reichsverweser beschlossen. — Am vergangenen Sonntag wäre der bayerische Gesandte am österreichischen Hofe Graf Luxburg auf dem Starnberger See beinahe ein Opfer der Wellen geworden. Derselbe wollte nemlich beim Aussteigen aus dem Kahne, in welchem sich die Königin Marie, Prinz und Prinzessin Luitpold befanden, Ersterer den Vorrang einräumen, und fiel in den See. Prinz Luitpold stürzte ihm nach zur Rettung, aber er wäre unrettbar ertrunken, da er schon untergegangen war, wenn nicht Fischer ihm zur Hülfe beigeschwommen wären.

(Aschaffenburg, den 11. Juli.) Heute Morgen verließ das hier gebildete 3te Bataillon des 14. Regiments unsere Stadt, um sich vorerst nach Landau zu begeben. Morgen wird auch das 2. Jägerbataillon nach seinem neuen Bestimmungsorte Germersheim abgehen, dagegen erwarten wir in einigen Tagen das 3. Jägerbataillon, welches früher in unserer Stadt lag, wieder aus der Pfalz zurück.

(Aschaffenb. Z.)

⊙ (Schwabach, den 13. July.) Gestern erlebten wir in unserer

Stadt einen Aufstand der Volksmassen, welcher in so ferne einen politischen Charakter hatte, als er mit der Gefangennehmung des Redakteurs der „fränkischen Volkszeitung" K. Sticht dahier im genauesten Zusammenhange steht. Das genannte Blatt hat zwar eine ultrademokratische Tendenz, allein bei der durch die Preßfreiheit garantirten nicht zu hemmenden Meinungsäußerung kann die Gefangennehmung dieses Redakteurs nicht der Tendenz und Haltung seines Blattes gelten. Die Ursache seiner Gefangennehmung ist uns daher unbekannt und der durch dieselbe hervorgerufene Tumult fällt allein den Behörden zur Last. Der Hergang der Sache ist in Kürze folgender: Nachdem es bekannt geworden war, daß Sticht auf das Landgericht gefordert und von dort nicht mehr freigelassen worden ist, wurde die Einwohnerschaft darüber entrüstet und zog vor das Landgericht, die Freiheit des Gefangenen begehrend, da darauf eine Weigerung und ausweichende Antworten erfolgten, so flogen im Nu Steine gegen das Landgerichts-Gebäude, welches dadurch an seinen Fenstern arg zugerichtet worden ist. Da sich Sticht nicht im Landgerichtsgebäude befand, so zog die immer größer gewordene Menge mit einem mit Kieselsteinen geladenen Wagen vor das Rathhaus, warf auch dort alle Fenster ein, und befreite den Redakteur Sticht, denselben unter Jubel durch die Straßen tragend. Dieser bewies in der unruhigen Bewegung eine bewundernswerthe Ruhe, indem er in einer Ansprache an seine Mitbürger beklagte, daß seine Befreiung auf ungesetzlichem Wege erfolgt sey, und daß er die Ueberzeugung in sich getragen, er würde auch mit Hülfe der Gesetze seine Freiheit erlangt haben. Die Ruhe der Stadt wurde sofort nicht weiter gestört, und das heute eingetroffene Militär, Infanterie und Kavallerie, wird nicht nöthig haben, einzuschreiten. Eine gestern hier abgehaltene Leser-Versammlung steht in keinem Zusammenhang mit den eben geschilderten Unruhen.

Freie Städte. (Frankfurt, 12. Juli.) [70. Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 11. Juli 1848.] Der Präsidialgesandte theilt der Bundesversammlung folgendes Schreiben des Reichsverwesers, Erzherzogs Johann mit: „Herr Präsident Ritter von Schmerling. Ich habe Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die Eröffnung zu bethätigen, welche Sie unter dem 29. Juni Namens der deutschen Bundesversammlung an mich haben ergehen lassen, und Sie zu ersuchen, der Vertreter dieses meines Gefühls bei der hohen Versammlung seyn zu wollen. Das Vertrauen, mit welchem sämmtliche deutsche Regierungen, Zeugen der ihnen Bevollmächtigten zu Frankfurt gegebenen Ermächtigungen, meine Person beehren, und auf dessen Ausdruck ich den entschiedensten Werth gelegt habe, erhebt und stärkt mich bei Antritt des schweren Berufs, den im schönen Einklange Deutschlands Fürsten und Deutschlands Völker mir zuweisen. Sollte es mir glücken, während der Zeit meiner Amtsführung dazu beitragen zu können, daß der Grund gelegt werde zu einem im Innern einigen und nach Außen starken Deutschland, und daß nur Erinnerungen des moralischen und materiellen Friedens und schöner Eintracht in allen Gauen unseres theueren und großen Gesammtvaterlandes sich an meine Reichsverwesung knüpfen, — so werde ich den Tag als den schönsten meines Lebens ansehen, an welchem sie anzunehmen ich nicht ohne schweren Kampf im Hinblick auf meine mangelhaften Kräfte mich entschlossen habe. Empfangen Sie, Herr Präsident, für sich und Ihre sämmtlichen Herren Collegen im Bundestage die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung." Wien, 6. Juli 1848. gez. Johann. — Ein Schreiben des Gesandten Banks in London über Marineangelegenheiten wird zu den Akten genommen. Durch zwei Schreiben des Präsidirenden der Nationalversammlung werden der Bundesversammlung die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 1. Juli hinsichtlich der Friedensstörung in Böhmen und der von dem Bundestage deshalb bereits getroffenen Einleitungen, ferner hinsichtlich der Aufforderung an die kaiserlich österreichische Regierung, die rückständigen Wahlen zur Nationalversammlung in Böhmen unverzüglich anzuordnen und die weiteren hierauf Bezug habenden Anordnungen zu treffen, mitgetheilt. Es wird beschlossen, die kaiserlich österreichische Regierung hievon in Kenntniß zu setzen. Auf einen Bericht der Eingabenkommission wird beschlossen, die gräflich Bentinck'sche Streitsache über die Herrschaft Kniphausen der großherzoglich oldenburgischen Regierung, um einen Vergleichsversuch zwischen den streitenden Theilen zu veranstalten, zu überweisen. Der königl. hannover'sche Gesandte macht eine Mittheilung wegen Uebernahme der Kosten für ein vor der Mündung der Weser aufgestelltes Wachtschiff auf den deutschen Bund.

(Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 11. Juli.) [35. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Nach Verlesung des Protokolls wurde von Kirchgeßner Namens der für den Empfang des Erzherzogs Johann von Oesterreich niedergesetzten Kommission Bericht erstattet. Nach den Vorschlägen soll der Reichsverweser durch eine Deputation der Nationalversammlung in die zu seiner Aufnahme bereiteten Lokalitäten (im Gasthof zum russischen Hof) geleitet werden. Die Deputation, an ihrer Spitze der Präsident, nimmt nach der feierlichen Begrüßung seine Wünsche bezüglich der Zeit seiner Einführung entgegen. An dem dafür bestimmten Tage wird den Reichsverweser eine Deputation von 50 durch das Loos gewählten Mitgliedern in feierlichem Zuge zu Fuß in die Nationalversammlung geleiten, wo er einen Ehrensitz einnehmen wird. Der Präsident und die Vicepräsidenten nehmen ihren Platz an der Spitze der Versammlung. Der Präsident wird eine entsprechende Anrede halten, das Gesetz über Niedersetzung der Centralgewalt verlesen lassen, und die Annahme der Wahl nochmals verkünden. Nach Beendigung der Feierlichkeiten wird der Reichsverweser von der Deputation in seine Wohnung zurückgeleitet werden. Nach Eröffnung der Diskussion verlangte Hartmann, daß der Präsident die von ihm zu haltende Rede, die als Adresse der Versammlung zu betrachten sey, derselben vorher vorlege. Wesendonck trat diesem Antrage in der Voraussetzung des von dem Vorredner bezeichneten Charakters der Ansprache bei. Der Präsident bemerkte, daß er natürlich keine Prinzipien zur Sprache bringen werde. Der Kommissionsantrag wurde angenommen. Die erste Deputation bilden die Kommissionsmitglieder, unter welchen Kirchgeßner, v. Lichnowsky, H. v. Gagern, Fallati, v. Soiron, Beseler, Cetto, Mevissen, v. Bally, v. Rönne, Hermann, v. Radowitz, v. Mayern ꝛc. sich befinden. Es wurden vor Schluß der Sitzung die 50 Mitglieder für die größere Deputation durch das Loos bestimmt. Die Sitzung wurde nach 9 Uhr geschlossen, die nächste, in welcher voraussichtlich die feierliche Einführung stattfinden wird, auf morgen 12. Juli Vormittags 9 Uhr anberaumt.

(Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 11. Juli.) Die ganze Stadt ist auf den Straßen von der Zeil bis weit über das Allerheiligen-Thor hinaus, und diese ganze Strecke entlang stehen Spaliere Linie, Bürgerwehr, die Zünfte, die Sachsenhäuser Jäger, die Dorfschaften, die Schutzwehr, man geht fort und fort immer an diesen Spalieren, an Musikchören und Fahnen und blumenbekränzten Häusern vorüber. Jeden Schritt weiter muß man sich erkämpfen, so vollgepfropft sind alle Ecken und Enden der langen breiten Zeil. Im russischen Hofe, wo bereits der Senat und die Parlaments-Deputation harrt, wird der Reichsverweser absteigen; es heißt, er würde Sonntag auf kurze Zeit wieder nach Wien reisen. Wessenberg, der hier angekommen, ist zum Reichsminister des Aeussern designirt.

5 Uhr Nachmittags. Noch immer ist der Erzherzog nicht angekommen. Seit früh 7 Uhr wartet Alles; Sie können sich denken, mit welcher Ungeduld man der Ankunft nun entgegensieht.

6 Uhr. In diesem Augenblick fährt der Erzherzog Reichsverweser unter unendlichem Jubel in Frankfurt ein. Von allen Fenstern wehen weiße Tücher. Man glaubt, er werde zum Volke sprechen. Eben erscheint er auf dem Balkone und spricht einige herzliche Worte. Die Ansprache schloß mit: „Heil dem gesammten deutschen Vaterlande." Der Jubel ist ungeheuer; heute Abend ist Fackelzug. (Postschluß.)

(N. Wrzb. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 6. Juli.) Der vor einigen Wochen den Ständen vorgelegte Gesetzesentwurf wegen Einführung des mündlichen und öffentlichen Strafverfahrens mit Schwurgerichten, in den beiden diesseitigen Provinzen, beruht auf so liberalen Grundsätzen, daß unsere Mitbürger in Rheinhessen, die bisher, uns diesseitigen Bewohnern gegenüber, allein im Genusse dieses Instituts waren, fast eifersüchtig auf uns sind. Zeuge ist der vor einigen Tagen von drei Abgeordneten von Rheinhessen: Langen, Görz und v. Steinberr gestellte Antrag, des Inhalts: »Die Kammer hat durch ihren Beschluß vom 19. Juni d. J. den zweiten Ausschuß beauftragt, darüber Bericht zu erstatten, ob nicht der vorgelegte Gesetzesentwurf, die Geschwornen-Gerichte betreffend, sich einer provisorischen Einführung, ohne vorausgegangene Diskussion im Einzelnen, für die Provinzen Starkenburg und Oberhessen eigne. Das napoleonische Geschworneninstitut, wie es jenseits besteht, läßt noch manches zu wünschen übrig. Die Bildung der Geschwornenlisten namentlich ist auf einen zu kleinen Kreis von Staatsbürgern beschränkt, und die von der Staatsregierung abhängigen Verwaltungsbeamten haben einen ungebührlichen Einfluß auf dieselbe. Das Strafgesetzbuch von 1842 und namentlich das es begleitende Competenzgesetz haben vollends durch die Art der Competenzbestimmung das Geschwornengericht faktisch beinahe aufgehoben. Der vorliegende Gesetzesentwurf dagegen, indem er sich für die Formen dem rheinhessischen Verfahren aufs engste anschließt, enthält eine wesentliche Umgestaltung des Geschworneninstituts im liberalsten Sinne. Die Vorzüge, die ihn auszeichnen, sind namentlich folgende: 1) Das Recht, Geschworner zu sein, ist einem viel größeren Kreis von Staatsbürgern gegeben und die Bildung der Geschwornenlisten geschieht zunächst durch die vom Volk gewählten Bezirksräthe. 2) Die Zuständigkeit des Geschwornengerichts ist auf alle auch nur annähernd politischen Vergehen ausgedehnt, mithin eine der Zusagen vom 6. März dadurch erfüllt. 3) Die Spezialgerichte sind dadurch beseitigt. 4) Die Rechtsmittel zu Gunsten der Angeklagten erweitert und schärfer bestimmt. 5) Die durch das Gesetz vom Jahr 1836 beschränkte Oeffentlichkeit mit alleiniger Ausnahme der Fälle, wo das Interesse der Sittlichkeit es erfordert, wieder hergestellt. 6) Eine Reihe von Controversen entschieden. Mit Recht haben daher die Abgeordneten der diesseitigen Provinzen eine Einführung ohne Diskussion beantragt, für die rheinhessischen Abgeordneten aber konnte es jedenfalls nicht lange zweifelhaft seyn, ob sie sich diesem Antrag anschließen sollten. Die Aburtheilung politischer Vergehen durch unabhängige Geschworne ist eine der festesten Stützen und sichersten Garantien der Freiheit; sie ist es doppelt in einer Zeit, wo die politischen Leidenschaften aufgeregt sind und ganz Deutschland von dem Ringen nach einer erneuten politischen Gestaltung bewegt wird. Die Aussicht, daß ein so ausführliches Gesetz alsbald discutirt werde, liegt zu fern, um es zu gestatten, Rheinhessen bis dahin eine so kostbare Bürgschaft der Freiheit entbehren zu lassen. Die unterzeichneten Abgeordneten der Provinz Rheinhessen halten es daher für ihre Pflicht, sich dem Antrag der diesseitigen Abgeordneten anzuschließen, indem sie ihrerseits den Antrag stellen: der zweite Ausschuß möge bei der Berichterstattung über den in der Sitzung vom 19. Juni in diesem Betreff ihm überwiesenen Antrag die Frage der provisorischen Einführung des vorgeschlagenen Gesetzes über die Geschwornen zugleich die Einführung in der Provinz Rheinhessen mit begutachten, und eventuell nach dem Ausfall dieses Gutachtens: die Kammer möge die Staatsregierung ermächtigen, das gedachte Gesetz als ein provisorisches in der Provinz Rheinhessen sofort einzuführen.« Auch dieser Antrag wurde an den zweiten Ausschuß gewiesen, der überhaupt in aller Kürze Bericht erstattet wird.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. †* (Wien, 9. Juli.) Gestern konnte ich Ihnen den Sturz des Ministeriums Pillersdorf nur flüchtig melden, da vor Postabgang die Besetzung des neuen Ministeriums nur auf sehr schwankenden und unsicheren Nachrichten beruhten. Auch heute hört man von nichts Anderem reden, als eben von dem Sturze des Ministeriums und der Bildung des neuen. Baron Doblhof ist Minister des Innern, Wessenberg erhielt die äusseren Angelegenheiten, Alexander Bach Justizminister, Auersperg Kriegsminister. Unstreitig haben der Wankelmuth Pillersdorfs, die Unsicherheit seiner Schlüsse am Ende selbst diejenigen von ihm entfremdet, die sich mit seiner Schwäche beireundet hatten. Der Demokratische Verein hatte in einer stürmischen Abendsitzung am 7. auf eine unverzügliche Absetzung Pillersdorfs gedrungen und in Rücksicht auf die für den 8. festgesetzte Abreise des Erzherzogs Johann beschlossen, am 8. Morgens eine Deputation abzusenden mit dem dringenden Wunsche, Pillersdorf noch vor der Abreise nach Frankfurt seiner Wirksamkeit zu entheben. Diese vom Erzherzog rückkehrende Deputation erschien nun um 10 Uhr in der Sitzung des Sicherheits-Ausschusses. Das Präsidium war noch abwesend und der erste Redner Herr Deutsch sprach ungefähr Folgendes: „Wir befinden uns heute zum Zweitenmale in dieser geehrten Versammlung, hoffen jedoch auf einen bessern Erfolg, als das Erstemal, wo wir uns der direkten Wahlen wegen an Sie wandten. Ich habe Ihnen zwei Anträge, die beide gleich wichtig, zu stellen. Es geht das Gerücht, Sie wollen sich auflösen. Wir protestiren hiemit ernstlich gegen diese Auflösung. Sie haben eine doppelte Ausgabe, meine Herren: Auf-

rechthaltung der Ruhe und Ordnung und Wahrung der Volksrechte. Die erste ist eine lokale und die Residenz erkennt, daß Sie dieselbe großartig gelöst. Die andere jedoch tritt aber jetzt, wo die erste so glücklich gelöst worden, in volle Wirksamkeit. Niemals, so wie jetzt, waren die Rechte des Volkes mehr in Gefahr. Mag man immerhin das Bestreben einer Reaktion leugnen, die Vorgänge in Böhmen, Tyrol, Galizien tödten allen Zweifel. Wenn wir mit Aufmerksamkeit das Resultat der Wahlen beobachten, können wir wohl nicht mit Ruhe den Consequenzen derselben entgegensehen; das Ministerium wartet nur mit Sehnsucht auf Ihre Auflösung, um deren traurige Folgen unserer Partei in die Schuhe zu schieben. Meine Herren, Sie müssen so lange permanent bleiben, bis wir einen volksthümlichen Minister haben, der unsere Revolution anerkennt. Seit vielen Tagen hat die Tagespresse das Vertrauen zu erschüttern gesucht, das Pillersdorff unverdient in der öffentlichen Meinung genossen; hier wurde wenig dafür gethan. M. H., wir müssen auf seinen Sturz hinwirken. (Lauter Jubel.) Ich erinnere Sie nur, auf welche verletzende Weise Sie von ihm behandelt wurden. Wir beschlossen daher gestern, eine Deputation an den Erzherzog Johann abzusenden. Wir hätten uns gerne zuerst mit Ihnen berathen, jedoch die dringende Abreise desselben ließ keinen Aufschub zu. Wir kommen soeben von S. k. Hoheit. Wir machten kein Hehl, sprachen ungescheut und forderten Garantien noch vor der Abreise. Der Erzherzog antwortete: er sey von der Unzulänglichkeit der Minister überzeugt und werde noch vor der Abreise das Nöthige veranlassen."

Hierauf sprach Herr Silberstein, tadelte den Ausschuß, daß er nicht mit hinlänglicher Energie eingreife und sagte: die Mitglieder müßten in ihrer Eigenschaft als Demokraten den Minister stürzen. Er erzählt ferner, sie hätten dem Erzherzog freimüthig Alles aufgezählt, was man dem Minister zur Last lege und derselbe habe geantwortet: „M. H., wir sind Männer, wir können offen miteinader reden, Sie sind gescheidte Männer, kommen Sie, so oft Sie etwas von mir wollen. Verlassen Sie sich auf mich, ich bin ein ehrlicher Mann.“ Auch ein dritter Redner, Herr Löwenstein, sprach über die Nothwendigkeit der schleunigen Entfernung Pillersdorfs im Interesse von ganz Europa! (?)

Jetzt erschien der Präsident Fischhof in Begleitung von sechs Mitgliedern im Saal mit dem Berichte, daß sie soeben vom Minister Pillersdorff kämen, welcher ihn brieflich zur wichtigen Unterredung eingeladen und ihm freigestellt hatte, noch ein Paar Mitglieder mitzubringen. Um den lächerlichen Verdächtigungen, die ihn (Fischhof) in letzter Zeit als Reaktionär verschreien, keinen Anhaltspunct zu geben, hatte er es vorgezogen, Mitglieder aller Nuancen beizuziehen. Sie hätten dem Minister kein Hehl gemacht, daß sie unzufrieden wären, und ein Programm verlangt, welches folgende Punkte enthalten müsse. 1. Direkte Wahlen ohne allen Census, 2. keine privilegirte Kammer, 3. Absetzung des Grafen Thun (die die eigene Ehre forderte.); 4. den Inhalt dieses Programms binnen zwei Tagen kund zu machen. Der Minister habe diese Forderungen als ganz billig, sich damit einverstanden erklärt, und versprochen es im Ministerrathe durchzusetzen oder abzutreten. Ferner habe man Einsprache gegen den Eid des Deputirten gethan, Herr Pillersdorf erklärte, daß er den Eid als ganz unbedeutend für die Geschäftsordnung gerne aufgebe und daß er dieselbe überhaupt blos als einen Entwurf dem Parlament vorzulegen gesonnen sei, übrigens stelle er dem Ausschuß anheim ob er abtreten solle oder nicht! — Der Präsident Dr. Fischhof fragt nun ob man auf die Entfernung Pillersdorf dringe? Verschiedene Redner sprechen sich in heißen, mißbilligenden Worten über das Ministerium Pillersdorff aus. Dr. Violand bemerkt daß der Candidat Pillersdorff sich in 2 Bezirken für indirekte Wahlen und 2 Kammern ausgesprochen, und bei Gelegenheit seines Glaubensbekenntnisses auf den Constitutionsentwurf vom 25. April hingewiesen. Wie könne ein Minister nach einigen Tagen ein Programm von so ganz entgegengesetzten Gesinnungen proklamiren? Goldschmid meint, daß auch der große Peel seine Ansichten modificirt habe, und darum doch noch ein Mann des Volksvertrauens sei. „Mit nichten (ruft Eckhardt)“ das Ministerium ist nicht schwach, nur der Ehrlose ist schwach, Pillersdorff ist perfid, so lange er von Bajonetten des Militärs sich geschützt glaubte, war er reactionär; umgeben von Bajonetten der Nationalgarde, ist er liberal. Ziegler sagt, daß Maß seiner Sünden, das er seit dem 26. Mai angehäuft, sei voll, es muß fallen, der Reichstag sei vor der Thüre, Pillersdorff unhaltbar gegenüber dem Volke. Komme wer immer, Ehrlichkeit sei die erste Bedingung. Dr. Schiel bemerkt, daß Pillersdorff nun und nimmer Minister bleiben könne; ein Mann der vier Wahlcolegien betrog, in denen er sich für indirekte Wahlen und 2 Kammern ausgesprochen, nun bereit sei das verlangte Progamm abzugeben, könne das Vertrauen des Volkes nie wieder erlangen. Aber nicht nur er, sondern das ganze Ministerium müsse fallen. — Mit einer Majorität von 157 Stimmen gegen 7 wovon 5 dem Gemeinde-Ausschusse angehören, wird die Deputation an den Erzherzog beschlossen und für den Fall die Wahl eines prov. Minister-Präsidenten von demselben freigestellt würde, Doblhof in Vorschlag zu bringen und demselben das geforderte Programm als unerläßliche Bedingung zu stellen. Dr. Goldschmied, Neustäter, Schiel, Freund, Fischhof, Violand, Willner, Wessely, Fizia, Barduzi, Inhauser, Schmidt verfügen sich zum Erzherzog und kehren nach einer halben Stunde mit der Nachricht zurück, Se. kais. Hoheit haben Doblhof zum Minister-Präsidenten ernannt, und denselben gleichzeitig mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. — Gestern Abend reiste der Erzherzog um 1/2 8 Uhr Abends mit der Prager Eisenbahn mit den Deputirten ab. Zu den Anwesenden sprach er im Bahnhofe, auf ihre Jubelrufe dankend: Adieu, meine H., auf baldiges Wiedersehen. Ich bringe Ihnen einen Gruß von Teutschland mit,“ Die Wahlen in Böhmen sind beendet. 20 Bezirke haben gewählt. Prag und 46 Bezirke haben die Wahlen für das teutsche Parlament abgelehnt.

Preussen. (Köln, 10. Juli.) Gestern wurde in einer großen Volksversammlung auf dem Gürzenich folgende Adresse an die Vereinbarungsversammlung einstimmig beschlossen: Hohe Versammlung! Das Ministerium Auerswald-Hansemann hat die Anerkennung der Revolution ausgesprochen, und sich das Ministerium der That genannt. Das Land mußte also erwarten, daß das Ministerium endlich Hand an's Werk legen werde, die Revolution zur Vollendung zu bringen, und die Errungenschaften derselben so rasch als möglich zu befestigen. Allein wie bitter sehen wir überall unsere Erwartung getäuscht, wo die Thätigkeit dieses Ministeriums sich zeigt! Zahlreiche Verhaftungen in Berlin, Köln, Düsseldorf und andern Städten folgen der Anerkennung der Revolution auf dem Fuße, und kaum läßt sich bezweifeln, daß der Zweck dieser Verhaftungen kein anderer ist, als die gegenwärtige politische Bewegung zu hemmen, die Freiheit der Rede und Presse zu beschränken, und namentlich die demokratischen Bestrebungen gewaltsam zu unterdrücken. Das Kriegsministerium befolgt nicht allein die Tendenz des frühern; es versagt nicht allein dem Militärstande die Ausübung des Versammlungs- und Petitionsrechtes, sondern es geht sogar viel weiter: Militärpersonen, welche an demokratischen Gesellschaften Theil genommen, werden gegen ihren Willen versetzt und verhaftet, so der Bombardier Funk und der Feldwebel Nesemann bei der 8. Art.-Brigade. Die hohe Versammlung selbst hat über die Mißhandlung der Schleswig-Holsteiner Freischärler in Spandau ihren Abscheu ausgesprochen. Eine gleiche Mißhandlung hat eine Schaar Freischärler in Neuwied erlitten, Entwaffnung und Verhaftung ohne allen Grund! Auf der einen Seite wird eine Zwangsanleihe ausgeschrieben, und auf der andern werden durch die fortwährenden Dislokationen der Truppen ungeheure Summen verwendet. Rodbertus sieht sich genöthigt, aus dem Ministerium zu treten, weil das Ministerium die Souveränetät der Nationalversammlung zu Frankfurt nicht anerkennen will. Hansemann beabsichtigt, für das Geschwornengericht den Census als den Maßstab der politischen Mündigkeit wieder einzuführen! So die innere Politik; die auswärtige ist eine rein passive. Das Ministerium der That ist rath- und thatlos. Bekannt ist seine entschiedene Weigerung, die gegen die Polen befolgte Politik einer gründlichen Untersuchung unterwerfen zu lassen. Die hohe Versammlung hat gegen das Ministerium votirt; das Ministerium ist geblieben. Eben so bekannt sind die vielfachen kleinern Niederlagen, welche das Ministerium in der parlamentarischen Debatte erlitten hat; es scheint ihm aber mehr an seiner Existenz gelegen zu sein, als an der thatsächlichen Durchführung der Revolution. Das Land muß glauben, daß die Anerkennung der Revolution und der Name Ministerium der That nichts als ein eitles Wortgepränge sein soll, um hinter der Phrase die contrerevolutionäre Praxis zu verstecken. Die unterzeichneten Bürger Köln's tragen demnach dahin an, die hohe Versammlung wolle erklären, daß das Ministerium Auerswald-Hansemann das Vertrauen des Landes nicht besitze. (N. Rh. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 9. Juli.) Nach dem in der heutigen Sitzung durch Abstimmung erfolgten Wunsche unserer Stände soll die jetzige Ständeversammlung bestehen bis zur Zusammenberufung der künftigen, und Diese das Mandat erhalten, eine konstitutionelle Monarchie festzusetzen. (Frkf. J.)

Würtemberg. (Ludwigsburg, den 10. Juli.) Wie schon seit einiger Zeit ein wüstes Treiben in vielen unserer hiesigen und nahe liegenden Wirthshäusern sich kund gibt, so zeichnete sich der gestrige Nachmittag durch Raufereien aus, deren zwei mit lebensgefährlichen Verwundungen endigten. Ein Pionir wurde bei Eglosheim von einem Soldaten des 7. Regiments mit dem blanken Faschinenmesser scharf über den Kopf gehauen und wird schwerlich aufkommen, und in Neckarweihingen erhielt der hiesige Handelsgärtner Mayer, neben Schlägen, Püffen und Stößen, einen Stich in den Leib, an welchem er schwer darnieder liegt. Es wäre zu wünschen, daß dem rohen, wüsten Wirthshausgelärm, besonders in der Stadt selbst, endlich einmal entschieden entgegengetreten würde. (L. T. Bl.)

(Tübingen, den 8. Juli.) Der vaterländische Verein hat in seiner heutigen Versammlung beschlossen, dem Abgeordneten zur Nationalversammlung folgende Punkte zur Berücksichtigung zu empfehlen: 1) Schon die bisherige allzu weit gehende Begünstigung der bürgerlichen Niederlassung und des selbstständigen Gewerbebetriebs hat den Gemeindeverband gelockert und der Solidität der Gewerbe geschadet. Um so mehr müssen wir und wieder das von dem Ausschuß für volkswirthschaftliche Fragen in Frankfurt beantragte freie Uebersiedlungsrecht und eine völlige Gewerbefreiheit erklären; gleichwie wir auch hoffen, daß das Ortsbürgerrecht neben dem allgemeinen Staatsbürgerrecht und neben dem Landesbürgerrecht seine Bedeutung behalten möge. 2) Statt der Worte im Entwurf der Grundrechte §. 6: „Staatsprivilegien finden nicht statt,“ wünschen wir bestimmt ausgedrückt: Die Vorrechte des Adels sind aufgehoben; bloße Titel, Orden und andere Ehrenzeichen werden nicht mehr ertheilt. 3) Sollte im Interesse des Religionsfriedens Art. 3 des Entwurfs eingeschaltet werden: Der Jesuiten-Orden und die mit ihm zusammenhängenden Gesellschaften werden in keinem deutschen Lande zugelassen. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 9. Juli.) Die innerhalb Paris liegende Garnison beträgt achtzigtausend Mann. Ausserhalb der Stadt kampiren oder kantoniren noch 50,000 Mann. Unter der Obhut einer solchen Leibwache sind wir vor etwaiger Entführung sicher. Trotzdem kann der Constitutionnel noch nicht ruhig schlafen. Er trägt heute auf Anlage isolirter Kasernen an, die ausser der Schußweite aller Privatfenster und Dächer lägen. Die alten Kasernen will er der leichtsinnigen Mobilgarde einräumen. Auch einige Kavallerie soll ihr beigegeben werden.

Aus der Tiefe seines Gefängnisses hat ein Insurgent an den Repräsentanten Antony Thouret einen Brief gerichtet, in welchem er erklärt, daß er ihm das Geheimniß der Junirevolution enthüllen wolle, wenn er ihn in Freiheit setze. Thouret hat statt aller Antwort diesen geheimnißvollen Brief der Untersuchungskommission übergeben — soviel die Patrie versichert.

Aus den Untersuchungsakten geht hervor, daß General Brea deshalb so fürchterlich gemeuchelt wurde, weil man der Barrikadenmannschaft in die Ohren geflüstert hatte „Er sei der General Cavaignac, auf dessen Befehl ihre gefangenen Kameraden ohne Weiteres erschossen worden seien.“ Thatsache ist, daß Cavaignac und Lamoricière dem Volke allgemein jetzt als Menschenschlächter gelten.

---

* Wiederum die Brodklage.

Es sind in diesem Blatte mit Recht mehrfache Klagen über das hiesige schlechte Brod erhoben worden, allein der Uebelstand ist nicht gehoben trotz aller Versprechungen von Seite des Magistrats. Letztere Behörde hat bei den Distriktsvorstehern kürzlich schönes, genießbares Brod als Muster zur Prüfung für das Publikum vorgelegt, allein die Bäcker konnten dieses Musterbrod nicht herstellen, weil ihnen das Mehl dazu nicht als ein vorschriftsmäßiges verabreicht, folglich bei dem

Musterbrodbacken eine Art geheimes Verfahren beobachtet worden ist. Wären die Mehlmuster jedem einzelnen Bäcker zugestellt worden, so hätte sich auch ein ziemlich gleiches und zufrieden stellendes Resultat erzielen lassen, oder es hätte sich vielleicht auch das Gegentheil ergeben. Die seitherigen Angriffe auf die mangelhafte Beschaffenheit des Brodes galten aber nicht blos den Bäckern, sondern sie galten auch den Müllern, und es ist schwer zu begreifen, daß die Vertreter des Müllergewerbes sich nicht dagegen gerührt haben, wenn man nicht geradezu annehmen will, daß die Müller mit der Art und Weise der Vermahlung, nach welcher nur 70 Pfd. Kleie auf den Schäffel ausgezogen werden, vollkommen einverstanden sind. Wie aber Einsender dieß aus guter Quelle erfahren hat, so ist das erkünstelte Probemehl des Herrn Viehmarkt- und Schrannen-Inspektors Martin von den Müllern nicht gut geheißen, dieselben haben vielmehr eine ganz unparteiische Generalmusterung beantragt, welcher mehrere Mitglieder des Gemeindekollegiums und auch andere Einwohner der Stadt und des Burgfriedens sollen anwohnen können, damit das Publikum doch einmal sicher zur Erfahrung gelangt, welches Mehl und Brod nach der bisherigen Verfahrungsweise und Vorschrift geliefert zu werden vermag. Dieser Antrag der Müller (auch die Bäcker sollen einen derartigen gestellt haben, der wahrscheinlich ad acta gelegt wurde,) fiel aber aus nicht zu rechtfertigenden Gründen durch. Wäre Hr. Inspekt. Martin seiner Sache gewiß, so müßte er auf den Antrag ohne alle Umstände eingehen, so aber hängt die Ursache an geheimen Fäden, die nicht offenbar werden sollen und an denen man die Angelegenheiten dirigiren kann, wie es beliebt. So viel ist klar, daß, wenn es möglich ist, bei einem Kleienabzug von 40 Pfund auf das Schaff ein Brod zu backen, wie es als Muster bei den Distriktsvorstehern einzusehen war, Herr Inspekter Martin jedenfalls im Besitz von Zaubermitteln seyn muß, da er früher bei 50 Pfd. Kleienabzug per Schaff kein so gutes Brod herstellen konnte, wie das letzte Musterbrod war, das man bei den Distriktsvorstehern versuchen konnte. Als im Jahre 1842 die Regierung von Mittelfranken eine neue Mahl- und Backordnung einzuführen für gut fand, wonach 40 Pfd. Kleie aus dem Schaff gezogen wurden, da konnte oder wollte Herr Martin kein Mehl und Brod zu Stande bringen, welches als genießbar befunden wurde, obgleich das Getraide damals besser und um sechs Pfund normalmäßig schwerer als das jezige war. Was war also da Schuld? Wollte Herr Inspektor Martin sich etwa damit hinausreden, das Mehl sey damals nicht gut ausgefallen, so hätte er ja, wie das letzte Mal auch, zweimal mahlen lassen können. Wenn Jemand sagen würde, daß es überhaupt sonderbar erscheine, daß sich der Geschmack von 40—50,000 Menschen nach dem Geschmacke eines Einzigen richten soll, so könnte ihm nicht Unrecht gegeben werden. Wünschenswerth bleibt es aber immerhin, daß die weiter oben angeregte Generalmusterung unter Anwohnung von Gemeindebevollmächtigten und anderen hiesigen Einwohnern in's Leben trete, (wobei noch zu bemerken, daß bei dem Ankauf des zum Mustermehl zu verwendenden Getraides die Vorsteher des Müller- und Bäckergewerbes, sowie Gemeindebevollmächtigte und mehrere Bürger von anerkannter Solidität und Unparteilichkeit zugezogen werden sollen, um das Getraide in den drei bekannten Getraidqualitäten zu prüfen und daraus das richtige Resultat für das Probemehl zu erzielen. Unter der nämlichen Kommission soll dann das Getraide vermahlen und verbacken werden, und der daraus folgende Maaßstab muß sowohl von den Müllern, als von den Bäckern anerkannt und darnach für die Zukunft das Mehl und Brod geliefert werden,) damit einmal der Heimlichkeitsmischmasch, wie er jetzt besteht, aufhöre, zumal in einer Zeit, wo für alle menschlichen Verhältnisse und Einrichtungen die Oeffentlichkeit gefordert wird. Der Magistrat hat neulich in einer Erwiderung auf einen Brodartikel in diesem Blatte sich dahin vernehmen lassen, daß bei einem Kornpreiß von 8—9 Gulden der Kleienabzug vom Schaff in 40 Pfund zu bestehen habe. Dieß steht jedoch sehr im Widerspruch mit der Thatsache, daß wir schon bei einem Kornpreise von 15—20 Gulden Mehl erhalten haben, dem 50 Pfd. Kleie per Schaff entzogen worden waren. Das Publikum kann in seinem Interesse endlich wohl verlangen, daß in dieser ein so allgemeines Lebensmittel betreffenden Angelegenheit einmal eine gründliche Verbesserung vorgenommen werde und Herr Inspektor Martin durch das Aufgeben seiner bisherigen eigensinnigen Verfahrungsart die Hand dazu biete. Das Nachrechnen früherer Mehl- und Brodraitungen führt zu Resultaten, die keineswegs günstig für Herrn Inspektor Martin ausfallen. In der Hoffnung, daß dieser Artikel beachtet werden wird, schließt derselbe mit der Erwartung baldiger Besserung des Brodes.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Bekanntmachung.

(Den Empfang des Reichsverwesers Erzherzogs Johann Kaiserliche Hoheit, für den Fall seiner Durchreise betr.)

V o m

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg.

Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß der Reichsverweser Erzherzog Johann Kaiserliche Hoheit auf der Rückreise von Frankfurt a/M. nach Wien die hiesige Stadt berühren wird, so wird die Einwohnerschaft aufmerksam gemacht, sich wegen Schmückung der Häuser und allenfallsiger Beleuchtung derselben, im Falle die Ankunft Sr. Kaiserl. Hoheit zur Nachtzeit erfolgen sollte, mit den Erfordernissen zu versehen.

Es mögen jedoch jene bei der Ungewißheit der Reiseroute Sr. Kaiserl. Hoheit nur in den bekannten Ausschmückungen bestehen.

Nürnberg, den 12. Juli 1848.

Dr. B i n d e r.

Dachl.

Bekanntmachung.

V o m

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

wird im Wege der Hilfsvollstreckung eine Chaise am **Montag den 17. Juli c. Vormittags 10 Uhr** im Hause S. Nro. 1077 gegen sofortige baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert

Nürnberg, am 29. Juni 1848.

S e u f f e r t.

Trauer-Anzeige.

Wir bringen hiemit unsern hiesigen Verwandten und Freunden die betrübende Kunde, daß unser innigst geliebter Gatte, Bruder und Schwager,

Herr Erhard Kellermann,

am 11. d. M. früh 7 Uhr nach 17jährigem Krankenlager im 59. Lebens-Jahre seelig in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Theilnahme bitten

Nürnberg, den 12. Juli 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

A n z e i g e.

Bei der am 10. Juli vorgenommenen Wahl zweier Abgeordneten zu dem Handwerker-Congreß in Frankfurt a. M. wurden die Herren Buchbinder H e r i n g und Conditor W i n t e r durch Stimmenmehrheit gewählt.

D e r W a h l a u s s c h u ß.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 17. Juli Produktion im Zwinger des Herrn Kißkalt. Die Musik beginnt um 7 Uhr.

Der Vorstand.

Rheumatismusketten.

Die rühmlichst bekannten G o l d b e r g e r'schen g a l v a n o - e l e c t r i s c h e n R h e u m a t i s m u s - K e t t e n kann ich gestützt auf die vielen so äußerst günstigen Mittheilungen, welche mir über deren Heilkraft und Wirksamkeit zugehen aufs Neue Allen, die mit n e r v ö s e n, r h e u m a t i s c h e n und g i c h t i s c h e n Uebeln behaftet sind, sowie auch **Müttern** und **Ammen** zum Gebrauch w ä h r e n d d e s S t i l l e n s, angelegentlichst empfehlen.

Preiß des Kettchens 1 Rthlr. und größere 1½ Rthlr. preuß. Courant.

Sal. Ludwig Krauß. Theresienstraße S. Nr. 551.

C i g a r r e n.

Von den so beliebten e c h t e n H a v a n n a L a n d - C i g a r r e n ist wieder eine Sendung, in gleicher Qualität wie die früheren, bei mir eingetroffen, und werden solche zu dem bekannten Preise von fl. 24 pr. Mille abgegeben.

C a r l O t t o M ü l l e r.

E r k l ä r u n g.

Auf die Annonce in Nro. 195 „Warnung von Hrn. C. Weißbarth unterzeichnet" diene dem Publikum zur Nachricht, daß Unterzeichneter bereits Schritte bei den Behörden gethan hat und seiner Zeit das Resultat bekannt machen wird. Uebrigens muß derselbe noch hinzufügen, daß die Angabe blos auf Verläumdung beruht.

K o l b, Lithograph.

(Z u v e r l e i h e n) 900 fl. sind auf erste sichere Hypothek täglich zu verleihen.

(Z u v e r l e i h e n) 3000, 4000 und 5000 fl. sind im G a n z e n oder auch g e t h e i l t, gegen ganz sichere Hypotheken zu verleihen.

(Z u v e r m i e t h e n.) Ein Zimmer mit Schlafkammer, gegen Mittag liegend, ist mit oder ohne Möbel an einen soliden Herrn oder zwei junge Leute, welche die Lehranstalten besuchen, bis 1. August zu vermiethen. Man kann auch die Kost erhalten.

(Z u v e r m i e t h e n) In der Nähe des Rathhauses ist ein Zimmer mit Bett und Möbeln an einen soliden ledigen Herrn monatlich fur 2 fl. 30 kr. zu vermiethen

(Z u v e r m i e t h e n.) Im Garten Nro. 10 bei St. Johannis ist bis L a u r e n z i oder A l l e r h e i l i g e n eine Wohnung zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) Ein geräumiges Logis mit Stuben, Kammer, Küche und großem Vorplatz, Holzlage und sonstigen Bequemlichkeiten ist täglich zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) In der Winklerstraße sind 2 Wohnungen und am Markte ein Laden zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) In Nro. 1704 auf der Schütt ist ein ganz schön möblirtes Zimmer täglich an einen Herrn zu vermiethen.

(G e s u c h.) Eine noch im ganz guten Zustand befindliche viersitzige Chaise wird zu kaufen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(K a p i t a l - G e s u c h.) Auf einen Güterwerth von 4,150 fl. wird ein Kapital von 1,500 fl. auf erste Hypothek aufzunehmen gesucht. Das Nähere hierüber ist in L. Nro. 326 b zu erfragen.

(G e s u c h) Ein junger Mensch, welcher vom Militär frei ist und mit Pferden gut umzugehen weiß, sucht als Auslaufer oder in einem Wirthshaus oder Bräuhaus unterzukommen.

(G e s u c h.) Ein Mädchen von 23 Jahren, welches Liebe zu Kindern hat, wünscht bei einer soliden Herrschaft 14 Tage nach dem Ziele unterzukommen. Näheres in der Exped. dieses Bl.

(G e s u c h.) Eine solide Wittwe wünscht als Haushälterin bei einem ältlichen Herrn oder einer einzelnen Dame, auch zu einem neugebornen Kinde, letzteres am liebsten bei einer Herrschaft auf dem Lande, unterzukommen. — Näheres in der Exped. d. Bl.

(G e s u c h) Ein ordentliches solides Mädchen, von gesetztem Alter, sucht bei einer einzelnen Dame oder als Krankenwärterin ein Unterkommen. Näheres in S. Nro. 446 der obern Schmidtgasse

(G e s u c h.) Es wird eine sehr treue, fleißige und ordnungsliebende Hausmagd bis nächstes Ziel in Dienste zu nehmen gesucht, am liebsten vom Lande.

(G e s u c h.) Eine hiesige solide Bürgerstochter, welche im Rechnen und Schreiben, wie auch im Kleidermachen und Weißnähen bestens ausgebildet ist, sucht als Laden- oder Hausjungfer unterzukommen. Sie sieht nicht sowohl auf großen Lohn als auf gute Behandlung. Auf Verlangen kann auch Kaution geleistet werden. Näheres L. Nro. 1165 der Nadlergasse.

(G e s u c h.) Ein solides Mädchen 17 bis 18 Jahre alt, welches spinnen kann, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht

(Z u v e r k a u f e n.) Es ist eine gut erhaltene Uniform nebst Armatur für einen Jäger der Landwehr zu verkaufen.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 14. Juli. Gastspiel des Fräulein Walter, des Herrn Hagen und des Herrn Gräf. Zum Benefize des Fräulein Walter. „Linda von Chamounix." Große Oper in 3 Akten von Donizetti. „Linda" Fräulein Walter. „Graf Arthur von Sirval" Herr Hagen. „Anton" Herr Gräf

Im dritten Akt große neue National-Polka, ausgeführt von a c h t K i n d e r n.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15. Juli 1848. № 197 Samstag: Apost. Thl.

† Bericht über die fünfte Versammlung des Volksvereins.

(Schluß.)

Nachdem diese Angelegenheit so zu Ende geführt war, verbreitete sich H. Hoffmann in einem längeren Vortrag über zwei Punkte in dem Gesetz der Nationalversammlung über die Exekutivgewalt Er wolle gerade diese Punkte beleuchten, weil sie vielfach zu Mißverständnissen im Publikum Anlaß gäben und von Uebelwollenden zur Erregung von Unzufriedenheit vorzüglich benützt würden: der eine betreffe den Umstand, daß bei der Abstimmung der Satz gefallen sei: der Reichsverweser hat die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen, der andere Punkt sei dessen Unverantwortlichkeit. In ersterer Hinsicht solle man doch den Abgeordneten von vorneherein nicht solche Thorheit zutrauen, eine Exekutivgewalt zu schaffen, die sich um ihre Beschlüsse nichts zu kümmern habe. Es stehe ja nichts im Gesetz davon, daß der Reichsverweser den Willen der Nationalversammlung nicht zu vollziehen brauche, sondern das Gesetz habe hier eine Lücke gelassen, weil die Majorität der Versammlung einen so großen Körper wie die Nationalversammlung ist, nicht für geeignet befunden, die Regierung Deutschlands zu bilden, weil es ferner ihr zweckmäßiger geschienen, wenn nicht jeder, etwa übereilte Beschluß sofortige Vollstreckung finde, weil endlich durch zu viele Beschlüsse über einzelne Vorfälle die Versammlung von ihrem Hauptzweck, Deutschlands allgemeine Gesetzgebung und Staatsordnung zu Stande zu bringen, mehr abgezogen würde. Daß der Reichsverweser übrigens die Verpflichtung habe, die Gesetze der Nationalversammlung in Vollzug zu bringen, sey Niemanden in Frankfurt zweifelhaft. Und auch hinsichtlich der bloßen Beschlüsse wurde er kein langes Widerstreben wagen können bei der großen Minorität, welche jenem Beschluß der Nationalversammlung entgegengewesen. Uebrigens komme es ja vor allem auf die Persönlichkeit des Reichsverwesers selbst an, auf welche ohne Zweifel die Stimmenden schon im Voraus Rücksicht genommen. Diese Persönlichkeit mache auch die Unverantwortlichkeit desselben gefahrlos, selbst abgesehen von der Verantwortlichkeit der Minister, welche keine scheinbare, sondern eine durch Gesetz geordnete werde. Ein Hauptgrund, den Reichsverweser unverantwortlich zu machen, habe darin gelegen, weil man verhüten wollte, daß nicht auch er, im Falle er mit der Nationalversammlung einmal in Collision gerathe, mit seinem Ministerium abzutreten genöthigt sey. Denn sonst müßte man ja einen neuen wählen, und einen so passenden könne man nicht sogleich wieder erhalten. Für die Freiheit sey in diesem Beschluß nicht die mindeste Gefahr zu finden, zumal eben die Person des Reichsverwesers auf den Oesterreich schon lange, als auf einen Hoffnungsstern, geblickt, alle Bedenklichkeiten niederschlage. — Der letzte Punkt der Tagesordnung war ein Antrag des H. Bruch, daß der Verein sich gegen Herrn Dr. Krafft die Abstimmung des über das die Exekutivgewalt schaffende Gesetz öffentlich erklären solle, weil die Wahlmänner alle einzelnen Abstimmungen desselben unbedingt gebilligt hätten. Es entspann sich über diesen Antrag eine äußerst lebhafte Debatte, in welcher jedoch Niemand Hrn. Kraffts Partei nahm, obschon sein ehrenhafter Charakter allgemein anerkannt wurde. Die Wahlmänner aber seyen im Irrthum, wenn sie glaubten, gleichsam im Namen der Stadt noch eine entscheidende Stimme abgeben zu können, und man finde es nicht in Ordnung, daß Hr. Dr. Krafft noch fortwährend mit diesen, statt öffentlich mit seinen Mitbürgern verkehre. Endlich einigte man sich dahin, einen Protest in die Zeitungen in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung einrücken zu lassen, und gab dem Ausschuß den Auftrag, zu vermitteln, daß die Motive des Hrn. Krafft zu seiner Abstimmung, sowie seine künftigen etwaigen Berichte durch den Druck zur Kenntniß des ganzen Publikums gebracht werden.

XXX Der Nürnberger Abgeordnete Herr Dr. Krafft und seine Abstimmung.

Als der durch Beschluß der Nürnberger Wahlmänner zum Ersatzmann bestimmte Dr. Krafft nach der Ablehnung Eisenmanns die Mission nach Frankfurt annahm, schüttelte man hin und wieder bedenklich den Kopf, denn es war nicht zu verkennen, daß dieses Resultat durch ein kräftiges Zusammenwirken des aristokratischen und bureaukratischen Theils unserer Bevölkerung erzielt worden. Gleichwohl war es ein richtiges Gefühl der hiesigen Bürgerschaft, daß nicht Einzelne von eitler Selbstüberschätzung getrieben, sich die Anmaßung herausnahmen, seiner Abreise ein öffentlich ausgesprochenes Mißtrauens-Votum nachzuschleudern und sein Wirken dadurch schon im Voraus zu verdächtigen und zu lähmen. Um so mehr aber war zu erwarten, daß von dem Abgeordneten durch die That der Größe seiner Aufgabe im ausgedehntesten Sinne werde entsprochen werden. Der erste sittliche Akt der Wirksamkeit war nun nach sechswöchentlicher Abwesenheit der der namentlichen Abstimmung über das Gesetz der Exekutivgewalt. Wir finden uns um so mehr aufgefordert, diesen ersten Akt der Wirksamkeit unseres Abgeordneten etwas schärfer ins Auge zu fassen, als die Korporation der Wahlmänner, ein Institut, das mit der Erledigung seines Geschäftes auch seine Auflösung gefunden hat, sich gemüssigt findet, ihm in öffentlichen Blättern ein Zeugniß der Zufriedenheit auszustellen. Der Abgeordnete in Frankfurt hat mit der Annahme der Sendung die moralische Verbindlichkeit dem Geiste seiner gesammten Wählerschaft und ihrem Wohle entsprechend zu handeln. Das Zeugniß über seine Leistungen liegt allein in dem Urtheile des Volkes, welches durch andere Schritte umzugestalten, man vergeblich versuchen wird. — Zu den ans Licht getretenen Leistungen des Dr. Krafft aber gehören nun folgende: 1) bei der Frage, ob die Centralgewalt im Einverständniß mit den Regierungen geschaffen werden solle, erklärte er sich, wie wohl zu erwarten, dagegen, da ja nur wenige Namen von der äussersten Rechten der Bejahung einer solchen Frage sich geneigt zeigen konnten. 2) In der Frage, ob die Exekutivgewalt von einem Präsidenten oder einem Reichsverweser zu handhaben sey, entschied sich Dr. Krafft mit der Majorität für Letzteren. 3) In der Frage, ob dieser Reichsverweser aus der Wahl der National-Versammlung frei hervorgehen solle, entschied sich Dr. Krafft mit der Majorität für diese Frage mit Ja. Er schwächte jedoch dieses sein Votum, indem er mit einigen Andern nachträglich zu Protokoll erklärte, daß er in dieser Frage nur im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen bejahend abgestimmt habe. Hat bei Abstimmung der vorhergehenden Frage sich die Majorität der Form nach für das monarchische Prinzip erklärt, so war mit Recht zu erwarten, daß sie sich in der letzteren ganz entschieden für das Prinzip der Volks-Souveränetät aussprechen werde. Sie hat dieser Erwartung und damit ihrer Pflicht entsprochen, die sie dem Volke gegenüber zu wahren hatte. Darum ist es aber auch mehr als ängstlich, wenn ein Volksvertreter in einer nachträglich zu Protokoll gegebenen Erklärungen noch mit den Regiernngen zu liebäugeln sucht. 4) In der Frage, soll der Reichsverweser bei Verträgen mit auswärtigen Mächten, und bei Fragen über Krieg und Frieden nur in Verbindung mit der National-Versammlung handeln, entscheidet sich Dr. Krafft in seiner Abstimmung dafür, daß der Reichsverweser dieß nicht nöthig habe. Zum Glück hat die Ansicht des Dr. Krafft nicht gesiegt. Der Möglichkeit, z. B. mit der volksfeindlichsten Macht, wie Rußland, ohne Weiteres ein Freundschafts-Bündniß knüpfen zu können, der Möglichkeit einer solchen Gefahr haben denn doch die meisten Abgeordneten das Volk nicht aussetzen wollen. Seine Entscheidungen dafür, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung durch den Reichsverweser unbedingt zu vollziehen seyen, daß der Reichsverweser für seine Person nicht verantwortlich sey, und daß der Bundestag aufgelös't werde, haben nicht großen Werth, sie mögen von dieser oder von jener Seite betrachtet werden. Diese Abstimmungen tragen wie die vorausgegangenen mindestens den Stempel der Halbheit. Wir würden es unterlassen haben, die parlamentarischen Tugenden unseres Abgeordneten zu beleuchten, wäre es nicht, durch die vielleicht von Krafft's persönlichen Freunden mit bekannter Virtuosität den Wählern angemuthete Erklärung, der Volksstimme zur Pflicht gemacht worden, sich über diesen Gegenstand auszusprechen. Wir sind überzeugt, daß der bei Weitem größte Theil der Bevölkerung unserer Stadt sich mit dem Resultate vollkommen zufrieden erklärt, das aus den Verhandlungen der National-Versammlung über die Einsetzung der Centralgewalt hervorgegangen ist, aber ein ebenso überwiegender Theil muß auch die Abstimmung unseres Abgeordneten mißbilligen, da aus einer Abstimmung in seinem Sinn, eine unserer Zeit durchaus nicht entsprechende Gewalt geschaffen, und das Prinzip der Volkssouveränetät auch ganz und gar verleugnet worden wäre.

Deutschland.

Bayern. (Nürnberg, 14. Juli.) Es geht der Redaktion von dem k. Stadtkommissär der nachfolgende Artikel mit dem Ersuchen zu, denselben zu veröffentlichen: Ansbach, den 13. Juli 1848. In Nummer 194 der „Mittelfränkischen Zeitung“ und des „Nürnberger Kuriers“ ist die Nichtgestattung dieser beiden Zeitungen in dem Schullehrer-Seminar zu Altdorf als ein Zeichen der Reaktion zum Gegenstand eines Angriffes der Verwaltungsstelle erhoben worden. Es besteht wohl keine Bildungsanstalt dieser Art, noch könnte eine solche bestehen, in welcher die Wahl der Lektüre den Zöglingen freigegeben werden könnte. In dem genannten Seminar werden dieselben nach dem Regulative vom 31. Januar 1836 12 Stunden des Tages mit den Gegenständen ihres Berufes beschäftiget. Es gestattet daher schon die Zeit, nur wenige Blätter zu halten; um so mehr erfordert es aber die Pflicht, unter den Erzeugnissen der Tagsliteratur solche zu wählen, welche die Zwecke der Anstalt fördern. Die „Mittelfränkische Zeitung“ und der „Nürnberger Kurier“ werden in jüngster Zeit von einem Theile des Lehrerstandes zu Beschwerden und Wünschen hinsichtlich der künftigen Stellung der Volksschullehrer benützt, und nur derjenige, der die Vortheile der öffentlichen Erörterung durch Männer vom Fache verkennen wollte, könnte die Bestrebungen dieser Männer tadeln. Aber kein Mann von Erfahrung, dem die schwierige Pflicht der Leitung eines Schullehrer-Seminars obliegt, wird seinen Zöglingen eine solche Reife des Urtheils zutrauen, um sie das Feld einer Polemik betreten zu lassen, die, wo sie sich maßlos überstürzt, in dem plötzlichen Umsturze der bestehenden Normen unseres Schulwesens allein das Heil ihrer Zukunft erblickt, die jungen Zöglinge mit Hoffnungen und Ansprüchen erfüllt, die sie mit der Gegenwart, mit den Gesetzen ihrer Anstalt, ja wohl mit dem Berufe, den sie gewählt, und mit sich selbst entzweiet. Das ist der einfache Grund, aus welchem die mittelfränkische Zeitung und der Nürnberger Kurier für das Schullehrer-Seminar nicht gewählt wur-

den, daß die Frage, wie jede andere des Unterrichts und der Bildung lediglich nach dem Gutachten jener Männer vom Fache entschieden wurde, denen die Berathung des wissenschaftlichen und technischen Theils der höheren Leitung der Anstalt anvertraut ist, scheinen die Verfasser jener Artikel nicht gewußt zu haben.

⊙ (Schwabach, den 13. Juli.) Als sich gestern Abend das Gerücht von der Inhaftirung des Redakteurs der „fränkischen Volks-Zeitung“ verbreitete, begaben sich mehrere hiesige Einwohner zum Stadtkommissär dahier, mit dem Ersuchen den Inhaftirten frei zu lassen, wenn einer Demonstration vorgebeugt werden soll. Stadtkommissär von Hartlieb verweigerte jedoch unter nichtigen Vorwänden und Widersprüchen so lange seine Einwilligung, bis eine Anzahl Fensterscheiben, sowohl am Rathhause, als am Landgerichtsgebäude, eingeworfen waren. Unmittelbar nach Freilassung des genannten Redakteurs stellte sich die Ruhe so ziemlich bis 12½ Uhr gänzlich wieder her, und man glaubte sicher, die Sache für abgemacht betrachten zu können; allein wer beschreibt mein Erstaunen, als ich heute Morgen eine halbe Escadron Kavallerie vor meiner Wohnung vorbeireiten sehe, die sich, mit gezogenem Säbel auf dem Marktplatz aufstellte, und dadurch eine Menge Neugieriger herbeilockte, von welchen ich mehrere Vivats auf das Militär ausbringen hörte, was mich denn auch veranlaßte, in die Nähe des Marktplatzes zu gehen, wo ich zu meinem Schrecken nicht nur noch eine halbe Escadron Kavallerie, sondern auch eine ganze Kompagnie Infanterie erblickte. Während nun die Zuschauer abermals Hochs ausbrachten, zeugte sich über diese Militär-Requisition die größte Entrüstung unter der ganzen Bürgerschaft. Der Kavallerie-Kommandeur ließ, da keine Veranlassung zu Handhabung der Waffen vorhanden war, das Seitengewehr einstecken, jedoch nach einer, einige Minuten langen Unterredung mit dem Stadtkommissär, die Waffe wieder ziehen, und, rechts- und linksum machend, ohne Veranlassung, auf die blos schreiende Zuschauer-Masse, welche nicht wußte, wie ihr geschah, scharf einhauen, wodurch, wie ich höre, 4 bis 5 Verwundungen, unter andern an einen 68jährigen Mann, vorkamen. Ich war Augenzeuge, daß nicht ein Wort an die größtentheils aus Frauenzimmern und Kindern bestehenden Neugierigen zum Auseinandergehen gerichtet wurde; daß desto größer die Entrüstung über das unverantwortliche Verfahren war, können Sie sich denken, und nur dem guten Sinn der hiesigen Einwohner ist es zu danken, daß dieser Frevel nicht augenblicklich gerächt und dadurch ein unabsehbares Unglück vermieden wurde. Nachdem Sticht aus seiner Wohnung das schriftliche Ersuchen an die Einwohner stellte, seinetwegen die Ruhe doch nicht länger zu stören, was er gestern schon dringend verlangte, wurde er nach seinem Wunsch unter Begleitung zweier Bürger in Untersuchungshaft nach Nürnberg gebracht, worauf die Infanterie uns friedlich verließ. Auch die Kavallerie verfügte sich gegen 4 Uhr unter Verwünschungen und Pfeifen ebenfalls aus unsrer Stadt.

Baden. (Mannheim, 11. Juli.) Gestern und heute schaarten sich bayerische Soldaten hier vor Bilderläden zusammen, wo sie seit längerer Zeit an Abbildungen Heckers und Struves und einigen Karrikaturen Aergerniß nahmen, und verlangten unter Gewaltsandrohung Entfernung dieser Bilder. Offiziere traten gegen diese Demonstrationen ihrer Mannschaft auf, und auch General v. Taxis schritt dagegen ein. In Folge dieser Uebergriffe herrscht jetzt wieder eine theilweise gereizte Stimmung gegen die bayerische Besatzung, woran aber die Besonnenen unter dem Militär und der Bürgerschaft keinen Antheil haben. Gestern wurde auch ein bayerischer Soldat von einem hiesigen Arbeiter durch einen Messerstich verwundet. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 12. Juli.) Der feierliche Einzug des Reichsverwesers in unsere alte freie Stadt erfolgte gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr. Schon von 8 Uhr Vormittags an waren die Straßen von Harrenden angefüllt, und weithin in der Richtung gegen Hanau war ein nicht geringer Theil der Bevölkerung dem sehnsuchtsvoll Erwarteten entgegengezogen. Bis zur Grenze des Stadtbereiches auf dieser Seite waren die Innungen, Zünfte, Vereine ꝛc. mit ihren Fahnen und Sinnbildern aufgestellt. Am Allerheiligenthor hatte sich, wie hervorgezaubert, in wenigen Stunden eine mit Laubgewinden, Blumenkränzen und Fahnen gezierte Ehrenpforte erhoben, an der man die Inschrift las: „Die freie Stadt Frankfurt dem Reichsverweser.“ Auf das von den auf dem Röderberg aufgestellten Geschützen gegebene Zeichen der Näherung des Erzherzogs, brach die Bürgerreiterei zu dessen Empfang auf. Durch eine zahlreiche Deputation der Bürgerschaft eben so herzlich als feierlich begrüßt, beantwortete der biedere Bürgerfreund die Anrede des Herrn Dr. Varrentrapp des Jüngern in bündiger, bestimmter Weise. Der mit 6 Pferden bespannte Wagen, in welchem der Reichsverweser saß, fuhr nun langsam durch die lange durch unbewaffnete Bürger und Bürgerwehr von Stadt und Land, wie von den Zünften, Innungen, Gesellschaften, Vereinen ꝛc. gebildete Reihe, welche auf der Zeil, in Nähe des vorausbestimmten Absteigequartiers, durch das Frankfurter Linienmilitär geschlossen wurde. Hinter dieser unabsehbaren Reihe drängten sich Tausende; andere Tausende füllten die mit Blumen, Laubwerk, Teppichen und Fahnen festlich geschmückten Häuser, von denen zum Theil die Dächer selbst mit Menschen bedeckt waren. Ein vieltausendstimmiges Willkommen und Lebehoch schallte dem Ersehnten entgegen; zahllose weiße Tücher wehten, Blumen wurden gestreut, eine eben so feierliche als frohe Stimmung erfüllte alle Gemüther, während die Geschütze dröhnten, das Geläute aller Glocken erschallte und zahlreiche Musikkorps die endlosen Jubelrufe in imposanter Weise begleiteten. Am Eingange des bereiteten Absteigequartiers im „Russischen Hofe“ wurde der ehrwürdige, von so einmüthigen Beweisen des Vertrauens und der auf ihm beruhenden Hoffnungen tief ergriffene Reichsverweser von Deputationen der deutschen Nationalversammlung und des Senats der freien Stadt Frankfurt ehrfurchtsvoll empfangen. Der Präsident der ersteren, Hr. v. Gagern, begrüßte den Erzherzog mit folgenden Worten: „Durchlauchtigster Erzherzog Reichsverweser! Die Nationalversammlung hat mich beauftragt, in ihrem Namen an der Spitze dieser Deputation Eure Kaiserliche Hoheit bei Ihrer Ankunft ehrerbietig zu begrüßen. Dem allgemeinen Dankgefühl darf ich Worte leihen, das sich kundgegeben hat bei dem von Ew. kaiserlichen Hoheit in so erwünschter Weise schnell gefaßten Entschluß: die provisorische Centralgewalt über Deutschland, die E. k. k. Hoheit gesetzlich übertragen worden ist, sofort übernehmen zu wollen. Ganz Deutschland vereinigt sich in diesem Dankgefühl und sieht in der hochherzigen Entschließung E. k. k. Hoheit, der die Ausführung unmittelbar folgt, die Bürgschaft einer glücklicheren, einer glorreichen Zukunft. Wir dürfen voraussetzen, daß es in der Absicht Ew. kaiserl. Hoheit liegt, in der Nationalversammlung zu erscheinen, um dort mittelst feierlichen Acts die hohe Würde eines Reichsverwesers förmlich anzutreten. Es liegt mit in dem Zwecke unserer Sendung, daß wir Ew. kaiserl. Hoheit Wünsche in dieser Hinsicht ehrerbietigst entgegennehmen.“ Hierauf entgegnete der Reichsverweser: „Ich danke Ihnen, meine Herren, für den Empfang. Als ich die Nachricht von der Wahl des deutschen Volkes bekam, war ich erstaunt, daß mein großes Vaterland, das große Deutschland, in meinen alten Tagen an mich einfachen Mann gedacht hatte. Es gibt Anforderungen an den Menschen, bei welchen er nicht schwanken darf, in welchen Lagen und in was immer für Verhältnissen er sich befinden mag. Wenn das Vaterland ruft, so ist es Pflicht, seine letzte Kraft, seine letzten Jahre demselben zu weihen. Dieß hat mich bewogen, Ihren Ruf anzunehmen, um mit Ihnen als Brüder das große heilige Werk zu vollenden. Da habt Ihr mich; ich gehöre zu Euch.“ Bei diesen letzten Worten trat der Reichsverweser in die Mitte der im Halbkreise vor ihm stehenden Deputation. Bald nachher zeigte sich Erzherzog Johann auf dem Altan des Hauses, winkte der sich drängenden Menge freundlich zu und sprach zu ihr: „Meinen Gruß den Bewohnern Frankfurts! Auf den Ruf der deutschen Nationalversammlung bin ich hieher gekommen, um mit diesen deutschen Männern (den Abgeordnen aller Gauen Deutschlands) für des großen deutschen Vaterlandes Gemeinwohl zu wirken. Mit vereinten Kräften werden wir, ich bin dessen versichert das große Ziel erreichen. Es lebe Deutschland, es lebe Frankfurt, hoch!“ Der einstimmige Jubelruf der Bürger, welcher auf diese schöne Verheißung folgte, beweist wie tief die hiesige Bevölkerung von der Bedeutung der großen Ereignisse, welche sich in ihren Mauern drängen, erfüllt und durchdrungen ist.

(Frankfurt, den 12. Juli.) Nachdem der Erzherzog-Reichsverweser gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr unter Glockengeläute und Kanonendonner und dem begeisterten Jubelruf von Tausenden seinen feierlichen Einzug in unsere festlich geschmückte Stadt gehalten, nachdem in unabsehbarer Reihe mit Armbinden und Eichenlaub geziert die Bürgerschutzwachen, vertheilt unter die vierzehn alten denkwürdigen Quartierfahnen der freien Reichsstadt, und die neugebildete Volkswehr Frankfurtischer Dorfschaften an dem neuen Oberhaupt Deutschlands, welches auf dem Balkon des russischen Hofes Väter unserer Stadt und Männer des Volkes umgaben, vorübergezogen waren, nachdem mit ihren prachtvollen Bannern, Fahnen, Emblemen und Ehrengaben — wir gewahrten darunter manchen herrlichen Pokal und anderes goldnes und silbernes Geräthe; ein Ehrentrunk in dem silbernen Weinbecher der Küperinnung wurde dem Reichsverweser bei seinem Einzug auf der Allerheiligengasse von dem Küpermeister und Weinhändler Nortz mit den Worten überreicht, daß dieser Pokal derselbe sey, aus welchem des Reichsverwesers Vater, Kaiser Leopold II., und später des Reichsverwesers Bruder, der letzte deutsche Kaiser, Franz II., den Ehrentrunk gethan; Erzherzog Johann leerte ihn auf das Wohl Frankfurts und Deutschlands, — nachdem der ganze lange Zug voll Bürgerkraft und Bürgerherrlichkeit vorübergewallt war, auch die Künstler mit ihrer Standarte, die Sängervereine mit fliegenden Fahnen, die Mitglieder der Festkommission, und die Festordner mit schwarz-roth-goldenen Schärpen, die Artillerie der Stadtwehr, die Kanonen mit Blumen bekränzt, die freiwillige Infanterie, das Jäger-, das Schützen- und das Pompierkorps der Stadtwehr, gefolgt von Stabsoffizieren, unter denen mancher Veteran heute an die Jahre 13—15 denken mochte, nachdem endlich in imponirender Haltung unser Linienmilitär den ungeheuren Feldzug in würdiger Weise geschlossen — da lagerte sich eine kurze Ruhe über die Stadt; man ließ den Abend, man ließ die Nacht hereindämmern, um eine zweite Feierlichkeit zu veranstalten, einen Fackelzug zu Ehren des Reichsverwesers, wie ihn Frankfurt und vielleicht wenig Städte je gesehen haben. Es war ein Gewoge und eine festliche, begeisterte Stimmung Tausender von Menschen in den Hauptstraßen der Stadt, namentlich auf der Zeil, an welcher der „Russische Hof“ liegt, und auf dem Roßmarkt; alle Fenster bis unter das Dach und alle Balkone von einer blühenden, festlich geputzten Damenwelt eingenommen, die dem Erzherzog-Reichsverweser bei seinem Einzug mit ihren weißen Tüchern den Gruß zuwehten, alle Treppen, Kutschen, Brunnen u. s. w. mit Schaulustigen und Hochrufenden besetzt; so war es den ganzen Tag gewesen; so war es auch jetzt wieder, zwischen 9 und 10 Uhr, als sich von der Gallengasse über den Roßmarkt der ungeheure Fackelzug mit Musikchören und Fahnen daherbewegte. In einem Licht- und Feuermeer schwammen Straßen und Plätze im Widerschein der Tausende von Fackelflammen. Unter unaufhörlichem Hochrufen und rauschender Musik bewegte sich der lange Zug, von Tausenden umdrängt und umwogt, an dem Russischen Hof vorüber, wo der Erzherzog-Reichsverweser abermals auf dem Balkon erschienen war. Farbige Laternen tragend schritten die Sängervereine zwischen den Fackelreihen, und stimmten vor dem Russischen Hof begeisternde Vaterlandslieder an. Lautlose Stille während des Gesangs unter den Tausenden von Menschen. Das gefeierte Reichsoberhaupt dankte mit kurzen kernigen Worten und brachte abermals dem deutschen Vaterland ein Hoch dar. Die Spitze des Fackelzuges war längst um die östliche Ecke der Zeil gebogen, da tauchten am westlichen Ende vom Roßmarkt her immer noch neue Flammen hervor, es waren ihrer mehr denn 2000. Mit dem Verbrennen der Fackeln auf dem alten Krönungsplatz unserer Reichsstadt, auf dem Römerberg, endete die großartige Feierlichkeit. Frankfurt ist um einen denkwürdigen Tag reicher in seiner Geschichte und mit ihm das deutsche Vaterland. Wenn nur Alle dem neuen Oberhaupt des Reichs, in welchem sich endlich die langersehnte deutsche Einheit darstellt, ein glühendes Herz entgegenbringen wollen, wie gestern die flammenden Fackeln, dann wird die Weltgeschichte auch bald von einer deutschen Freiheit, Kraft und Herrlichkeit für alle Ewigkeit zu erzählen wissen.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 12. Juli.) Heute um 11 Uhr Vormittags begab sich der Erzherzog Reichsverweser, begleitet von einer aus fünfzig Mitgliedern der Nationalversammlung bestehenden Deputation, an deren Spitze sich der erste Vicepräsident von Soiron befand, unter Vorantritt zahlreicher Festordner und gefolgt von Civil- und Militärautoritäten hiesiger freien Stadt, in die Paulskirche. Der Zug bewegte sich langsam und feierlich vom „Russischen Hofe“ nach dem oben bezeichneten Sitzungssaale der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Mit begeistertem Hoch der Bürger und einem imposanten Choral der Linienmilitärmusik begrüßt, schritt der ehrwürdige Reichsverweser in bürgerlicher Kleidung, entblößten Hauptes neben dem ersten Vicepräsidenten der Nationalversammlung einher,

während von allen Thürmen Glockengeläute ertönte und die Volksmenge ihren Gefühlen durch endloses Hoch Luft machte. Am Eingang der Paulskirche wurde der Reichsverweser von dem Präsidenten der Nationalversammlung und dieser letzten ehrerbietig empfangen. Se. kaiserl. Hoh. begab sich auf den ihm vorbehaltenen Ehrenplatz, und wurde nach einer Ansprache des Präs. H. v. Gagern, wie nach der auf dieselbe ertheilten Antwort in feierlicher Weise in sein Hotel begleitet. Der Zug kehrte unter Glockengeläute, Musik und um so freudigerem Hoch der Menge nach dem russischen Hofe zurück, da der Reichsverweser geäussert hatte: „daß er, nach kurzer Abwesenheit, welche die Angelegenheiten in Wien unumgänglich nothwendig machten, längere Zeit in Frankfurt zu verweilen gedenke.“ Bald nach des Erzherzogs Rückkunft in seinem Hotel fand sich eine Deputation der deutschen Bundesversammlung und der ihr beigegebenen Militärkommission bei dem Reichsverweser ein, und geleitete ihn nach dem Bundespalaste. Hier legten die beiden vorbezeichneten Behörden ihre Funktionen in die Hände des Reichsverwesers nieder, der mit einigen geziemenden Worten die bei dieser Veranlassung an ihn gerichteten Reden erwiederte. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 12. Juli.) [Sitzung der deutschen National-Versammlung.] Die Sitzung wurde um 8½ Uhr durch den Präsidenten Heinrich v. Gagern eröffnet. Heckscher erstattete Namens der nach Wien gesandten Deputation ausführlichen Bericht über die bereits mehrfach enthaltenen Einzelnheiten der Reise, des Empfangs in Wien und der festlichen Einbegleitung des Reichsverwesers. Der Berichterstatter erklärte, die überall herrschende, in den Empfangsfeierlichkeiten sich kundgebende Begeisterung genügend nicht schildern zu können. Bezüglich des in der Antwortsrede des Erzherzogs erwähnten Beifalls der Regierungen zu der Wahl des Reichsverwesers wies der Redner auf die Anwesenheit der sämmtlichen Gesandten der deutschen Staaten bei der Empfangsfeierlichkeit hin. Die in dem Gesetze bestimmte Unverantwortlichkeit versteht der Reichsverweser nach wiederholten Erklärungen in dem von dem Berichterstatter in seiner Rede bezeichneten Sinne, nämlich als eine parlamentarische. — Nach dem Schlusse des Berichts forderte der Präsident nach 10 Uhr die aus fünfzig Mitgliedern bestehende Deputation der Nationalversammlung zur Abholung des Reichsverwesers auf. Nachdem dieselbe sich entfernt hatte, wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt. Noch vor deren Ablauf verkündigte Glockengeläute und immer näher kommendes andauerndes Hochrufen die Ankunft des Reichsverwesers. Unter Vortragen von Fahnen in den Reichsfarben, betrat der Erzherzog in bürgerlicher Kleidung, geleitet von der Deputation und an der Thüre von dem Präsidenten der Nationalversammlung empfangen, den Versammlungssaal, durchschritt bei tiefer Stille den mittlern Gang, um sich, den im Halbkreise geordneten Sitzen der Abgeordneten und den vor denselben stehenden Stühlen des Präsidenten und der Vicepräsidenten gegenüber, vor den bereit stehenden Ehrensessel zu stellen. Der für die Rednerbühne und die Sitze des Bureaus bestimmte Raum war mit Draperieen und Blumengruppen geschmückt. Der Präsident Heinr. v. Gagern, welcher mit den beiden Vicepräsidenten und mehreren Schriftführern vor die bezeichneten Plätze sich gestellt hatte, verlas nachfolgende, an den Erzherzog gerichtete Worte: „Von der gegenwärtigen Stunde, in welcher die neu konstituirten Gewalten des geeinigten Deutschlands an dieser Stelle sich verbinden, zählt eine neue Zeitrechnung unserer Geschichte. Durchlauchtigster Erzherzog-Reichsverweser! Wir heißen Sie willkommen im Schooße der Nationalversammlung, die sich selbst und dem Vaterland gelobt hat, Euere kaiserliche Hoheit bei dem schweren Berufe der ihnen geworden ist, mit allen Kräften, die ihr zu Gebote stehen, zu unterstützen. In Allem, was das Band der Einheit zu stärken, die Freiheit des Volkes zu sichern, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, das Vertrauen zu beleben, die gemeine Wohlfahrt zu vermehren, geeignet ist, kann des Reichsverwesers Regierung auf die Unterstützung der Nationalversammlung rechnen. Das deutsche Volk erkennt Euer kais. Hoh. Vaterlandsliebe und Widmung dankbar an. Es nimmt aber Ihre ungetheilte Kraft und Thätigkeit für seine Gesammtinteressen in Anspruch. Euere kais. Hoh. gestatten, daß ich das Gesetz über die Einführung einer prov. Centralgewalt verlesen lasse.“ Hierauf verlas der Schriftführer, Abgeordneter Biedermann aus Leipzig, das Gesetz über Einsetzung der provisorischen Centralgewalt. Der Präsident fuhr fort: „Im Namen der Nationalversammlung erbitte ich von Eurer kaiserl. Hoheit die wiederholte Erklärung in dem Schooß der Nationalversammlung, daß Sie dies Gesetz wollen halten und halten lassen, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des Vaterlandes.“ Nach einer kurzen Pause sprach der Reichsverweser Nachstehendes: „Meine Herren! Die Eile, mit welcher ich hergekommen, um in Ihrer Mitte zu erscheinen, mag Ihnen der deutlichste Beweis seyn von dem hohen Werthe, welchen ich auf die mir übertragene Würde eines Reichsverwesers und auf das mir bei diesem Anlasse von den Vertretern des deutschen Volkes an den Tag gelegte Vertrauen lege. Indem ich hiermit das Amt eines Reichsverwesers antrete, wiederhole ich die Erklärung, daß ich das Gesetz über die Gründung der provisorischen Centralgewalt, welches mir so eben vorgelesen worden, halten und halten lassen will, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes. Ich erkläre zugleich, daß ich mich diesem Amte ungetheilt widmen, und ungesäumt Se. Maj. den Kaiser ersuchen werde, mich nach der von mir bereits zugesicherten Eröffnung des Reichstages von der weitern Stellvertretung in Wien zu entheben.“ Nachdem er geendet, verließ er unter endlosem Hochrufen den Saal, geleitet von der Deputation und einer großen Anzahl anderer Abgeordneter. Damit endigte gegen 11½ Uhr die Sitzung. Die nächste ist morgen den 13. Juli, Vormittags 9 Uhr, die in der Zwischenpause vom Präsidenten verkündigte Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung der Grundrechte. (Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. (Halle, 11. Juli.) Ich beeile mich, Ihnen in Betreff des Gerüchtes, welches mit ziemlicher Gewißheit den Erzherzog Johann die Reichsverweserwürde nur unter der Bedingung der Verantwortlichkeit annehmen ließ, etwas noch Gewisseres mitzutheilen. Der Erzherzog kam gestern, mit einem übrigens bescheidenen Gefolge, in seiner einfachen österreichischen Feldmütze, in dem milchblauen Frack mit rothem Kragen u. s. f. auf seiner Reise nach Frankfurt auch durch Halle. Die gesammte Bürgerwehr, die Studentenschaft in ihren (16) Verbindungen, die Behörden empfingen ihn nach 6 bis 7stündigem Harren am Bahnhofe. Ueber die dabei üblichen Bekomplimentirungen, wobei der Erzherzog etwas eilig und hastig war, will ich nichts schreiben, da sie wie alle anderen von gleichem Style waren. Wichtiger war eine Frage, die der Lithograph Stein an den bereits im Waggon sitzenden Erzherzog richtete, ob er nämlich die Reichsverweserschaft mit Verantwortlichkeit oder ohne dieselbe übernommen habe. Der Reichsverweser erwiderte in sehr humaner Weise, daß die Nachricht: als habe er die Verantwortlichkeit zur Bedingung gemacht, ungegründet sey; übrigens aber stehe ja auch er unter dem Gesetz, und werde nach dem Willen der deutschen Nationalversammlung handeln. (Magdb. Z.)

Sachsen. (Dresden, den 11. Juli.) In der heutigen Sitzung der ersten Kammer, theilte der Präsident, so viel ihm im Gedächtniß geblieben, die Ansprache mit, welche der Reichsverweser, Erzherzog Johann, bei seiner gestrigen Anwesenheit hierselbst an die ihm vorgestellten Direktorien der beiden Kammern gerichtet habe, wobei derselbe bemerkte, daß diese Worte mit jener liebenswürdigen Offenheit und Biederkeit gesprochen worden seyen, welche nie verfehlten, auf alle Zeit einen bleibenden und wohlthuenden Eindruck zu hinterlassen. Hiernach hätte der Reichsverweser ungefähr folgende Worte gesprochen: Als ihm die Kunde geworden, daß er erwählt sey zu diesem hochwichtigen Amte, habe er sich die Frage gestellt, ob es auch wohlgethan sey, dasselbe bei seinem so hohen Alter anzunehmen. Nach reiflicher Ueberlegung habe er jedoch die Frage bejahen zu müssen geglaubt, hauptsächlich deswegen, weil in so außerordentlichen Zeiten wie die gegenwärtigen kein Bürger sich seiner Pflicht entziehen solle, so schwer sie ihm auch scheinen möge. Aufgefordert, das hohe Amt zu übernehmen, habe er das frohe Bewußtseyn, daß das schöne Werk, Deutschland zu Größe und Ansehen zu bringen, unter den vorhandenen Garantien sicher gelingen werde. Diese Garantien lägen zunächst in dem Nationalcharakter des Deutschen, in dem Wissen, der Kraft, der Gemüthlichkeit, dem Fleiß und dem Muthe dieser edlen Nation; gestützt auf solche Eigenschaften könne derselben eine große Zukunft erblühen. Eine fernere Garantie liege in der geographischen Lage des deutschen Vaterlandes im Mittelpunkte von Europa. Die Natur scheine Deutschland zum Kern dieses Welttheils bestimmt zu haben, die Natur lehre aber, daß der Kern das Edelste eines jeden Organismus sey. Gewiß habe die Vorsehung dem deutschen Lande nicht ohne Grund eine solche Stellung angewiesen. Er baue bei seiner hohen Mission vor Allem auf die konstituirende Versammlung und auf die ständischen Kammern der einzelnen Länder, und somit auch auf die sächsischen. Vereint mit diesen Korporationen werde es gelingen, das schöne Ziel glücklich zu erreichen: die Einheit, die Freiheit und die Größe Deutschlands. — Auf der Tagesordnung befand sich der Bericht der Finanzdeputation über das Decret, einige zum Staatseisenbahnwesen gehörige Gegenstände betreffend. Die Deputation räth ihrer Kammer an, in Allem den Beschlüssen der II. Kammer (Nr. 177) beizutreten, und hatte die Genugthuung, diesen Vorschlag ohne weitläufige Debatte angenommen zu sehen. (D. A. Z.)

Würtemberg. Aus dem vaterländischen Verein ist eine Minderheit ausgetreten und hat sich unter dem Namen „Volksverein“ constituirt. Beide Vereine bekennen sich zum Princip der Volkssouveränität, und erkennt jener der factisch und rechtlich in Würtemberg bestehenden Monarchie den Vorzug zu vor einer erst zu realisirenden Republik, dieser dagegen will die Frage: ob Monarchie, ob Republik? als eine offene behandelt wissen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 10. Juli.) Die Zahl der Verhafteten beläuft sich jetzt auf 14000. Dieser enorme Zuwachs hat vorzüglich in der Masse von heimlichen Anklagen ihren Grund, welche täglich bei der Regierung einliefen. Die Denunziationswuth riß in der letzten Woche so um sich, daß die eine Hälfte von Paris auf Arretirung der anderen antrug. Viele der Denunzirten lagen bereits seit drei Monaten im Grabe. Andere ließ der Constitutionnel todtschiessen, während sie ganz gemüthlich im Café saßen. Diese häufigen Widersprüche haben endlich die Untersuchungsbehörde vermocht, keinen Menschen mehr ohne ausdrücklichen Vorführungsbefehl des Untersuchungsrichters verhaften zu lassen. Wir bedauern, daß diese Erfahrung etwas spät gemacht wurde.

Unsere Gewürzkrämer, Cafetiers und Speisewirthe sind in Verzweiflung. Seit drei Tagen sind auf der Präfektur zwölftausend Päße verlangt worden; ganz Paris schnürt sein Bündel und man fürchtet eine allgemeine Auswanderung. Die halboffiziellen Blätter beschwichtigen indeß die guten Bürger, indem sie den Andrang zur Präfektur durch das in dieser Jahreszeit gewöhnliche Badefieber, sowie die Vorsicht erklären, daß sich in kritischen Zeiten alle Welt mit einem Reisepaß zu versehen gut thue.

Leon Faucher tritt ebenfalls mit einem Mittel hervor, das unserer Geldklemme ein Ende machen soll. Nur ist es weniger kommunistisch als das Proudhonsche. Faucher will in allen Städten Nationalwechselbanken anlegen und verlangt dafür ein Betriebskapital von 200,000,000 Frken. Die Hälfte soll der Staat baar und in Renten; 25 Millionen die Städte und 25 Mill. die Subscribenten vorschießen. Woher er aber die Geschäfte für jene Wechselbanken hernehmen will, darüber bleibt uns der große Oekonom die Antwort schuldig. Es ist nicht genug, Geld vorzuschießen, um Waare zu zeugen; man muß ihr auch Käufer zu verschaffen wissen. Nicht bloß die Produktion, sondern auch die Konsumtion muß gehoben werden.

(Paris, den 10. Juli.) Die Nationalversammlung hat das Gesetz, das die Aufnahme von 17jährigen Leuten (aus den National-Werkstätten entlassene, unbeschäftigte Arbeiter) in die Armee erlaubt, angenommen.

Italien.

(Genua, den 8. Juli.) Eben langte hier von Turin die Nachricht an, daß sämmtliche Staatsminister, mit Ausnahme Pareto's, ihre Demission eingereicht haben. Damit scheint das System Cesare Balbo's, eines föderativen Italiens, vor dem beliebten Giobertischen System für den Augenblick weichen zu müssen. Pareto ist vom König mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Sollte er dieses im Giobertischen Geiste zusammensetzen, so dürfte er auf weit heftigeren Widerstand rechnen können, als der verschmitzte Genuese glaubt. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Eheliche Verbindung.

Friedrich Würsching.
Katharina Würsching
geb. Seibert.

Nürnberg, den 14. Juli 1848.

Aufforderung.

Alle Besitzer von realen und radizirten Gewerben hiesiger Stadt und des Burgfriedens werden eingeladen sich

Montag den 17. Juli Nachmittags fünf Uhr

im Saale des goldenen Reichsadlers einzufinden. —

Der mitgetheilt werdende Gegenstand ist von größter Wichtigkeit, er betrifft die eigenthümlichen und wohlerworbenen Rechte jedes Einzelnen von uns.

Bleibe keiner zurück aus Gleichgültigkeit, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß nur durch gemeinsames Handeln ersprießliches erzielt werden kann.

In der Hauptsache selbst wird der als Rechtsbeistand erwählte kgl. Advocat Hr. Lindner einen Vortrag halten und eine an das Parlament verabfaßte Vorstellung zur Unterschrift vorlegen.

Nürnberg, den 14. Juli 1848.

Der Ausschuß für die realberechtigten Gewerbe.

Aurnheimer, Großpfragner. B. W. Engelhard, Kaufmann. Forster. Lebküchner.
Jahn, Conditor. Richter, Gastwirth. Richter, Färber. Weiß, Bierbrauer.

Politischer Verein.

Heute Sonnabend den 15. Juli Versammlung im Saale des Bamberger Hofes Abends 8 Uhr.

Wiederholte Bitte.

Der Einsender des Briefes vom Juni-(Poststempel 4 Juli), unterzeichnet A R. O. wird hiemit wiederholt ersucht, über die darin erwähnte Angelegenheit möglichst nähere mündliche oder schriftliche Aufschlüsse zu geben, um Nachforschungen darüber anstellen zu können.

Mit dem besten Danke wird die Versicherung größter Verschwiegenheit verbunden.

Schloßzwinger.

Verhinderung wegen konnte die Produktion des Lippert'schen Musikkorps vergangenen Sonntag nicht stattfinden. Es laden daher zu der heute Samstag den 15. Juli stattfindenden Produktion ergebenst ein

Die Musiker.

Almoshof.

Sonntag den 16. Juli ist Tanzmusik, wozu ergebenst einladet

Wild.

Schießhaus St. Johannis.

Kommenden Sonntag findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Eintritt für Herren 6 kr.

Kellermann.

Eintracht.

Künftigen Montag den 17. Juli „Produktion auf dem Schröglers-Zwinger.“ Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Goldner Berg in Wöhrd.

Sonntag den 16. Juli ist gut besetzte Tanzmusik, wozu ergebenst einladet

Entree 24 kr.

Kanhöfer.

(Eingesandt.)

Man erwartet von der Ehrenhaftigkeit derjenigen Herren Wahlmänner, welche gleichfalls nicht mit sämmtlichen Abstimmungen des hiesigen Abgeordneten einverstanden sind, eine ähnliche öffentliche Erklärung, wie solche bereits von Zwölf Ehrenmännern erlassen wurde, wobei man insbesondere auf die Herren Dr. Endr., Gbbdt., Wydl., und andere gesinnungstüchtige Männer zu zählen berechtiget ist, welche sich schon mehrfach dahin geäußert haben, daß sie keineswegs in allen Punkten mit der Abstimmung des Herrn De Krafft einverstanden sind, und es ist wohl mit demselben Rechte von der Ehrenhaftigkeit dieser Männer zu erwarten, daß sie sich in der heute Abend stattfindenden Versammlung der Wahlmänner nicht zu einer Erklärung bewegen lassen, welche mit ihrer Ueberzeugung, mit ihrem Gewissen nicht vereinbar ist.

Nürnberg, den 14. Juli 1848.

Anzeigen

Fr. Hahn, wohnhaft vor dem Neuenthor Nro. 113 in Nürnberg,

Sekundant des unbekannten Einsenders in der gestrigen Mittelfränkischen Zeitung, schlechtes Brod betreffend.

Um das Uebel gänzlich zu ergründen, so habe ich mich bei den Müllern, Bäckern, Magistrat und bei einem Freunde des Hrn. Inspektor Martin genau erkundigt; jeder einzeln gehört, hat vollkommen Recht und trägt durchaus keine Schuld an dem schlechten Brod!

Und das Brod ist doch schlecht!!!

Sollte vielleicht noch Jemand im Spiele seyn, der den Sauerteig und die Kleien hineinmengt???

Man könnte wahrhaftig mit dem Geisterkönig in Raimunds Zaubermährchen ausrufen:

„Fünfundzwanzigmal habe ich jetzt die Agnes Bernauerin gelesen, und weiß immer noch nicht, warum sie diese ins Wasser geworfen haben!“ —

Doch Geduld, liebe Mitbürger. Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht, ohne diese ist unser Wirken ohnmächtig, denn alle Straßenkrawalle, alle derartig hervorgerufenen Exzesse müssen durch einschreitende Abhülfe gestillt werden, und leider machen sich einzelne dadurch unglücklich, ohne der Sache zu nützen, im Gegentheil, sie schaden noch mehr, weil Kunstkniffe die Sachlage verdrehen.

„Habts schon einmal gehört; thut nichts, könnts noch öfter hören.“

Preziosa.

Der gehorsamst Unterzeichnete setzt sein volles Vertrauen um Abhülfe dieses Uebels in die hochlöblichen Magistratsbehörde, daß wir bald ein gutes und schmackhaftes Brod bekommen, welches für alle Mägen taugt.

Friedrich Hahn, Mitglied des Constitutionellen Vereins, wohnhaft vor dem Neuenthor Nro. 113 in Nürnberg.

Frage.

Mehrere Soldaten des III. Bataillons, welche noch vor wenigen Wochen theils bereits im Staatsdienste angestellt waren, theils Hochschulen verließen, glaubten durch des Königs Rock, den sie, wenn auch nicht freiwillig, doch in gegenwärtiger Zeit gerne und mit gerechtem Stolze tragen, sich nicht von der Gesellschaft gebildeter Menschen unbedingt ausgeschlossen, und besuchten in dieser Voraussetzung die Resenau. — Der Thürhüter verwehrte ihnen den Eintritt mit den Worten: „Gemeine Soldaten haben hier keinen Zutritt.“

Es veranlaßt nun jene Zurückweisung zur Frage: ob etwa gebildete und gesittete Leute durch den Rock eines gemeinen Soldaten so tief herabgewürdigt werden, daß sie, solange sie diesen Rock tragen, von der Gesellschaft Gebildeter völlig ausgeschlossen sind?

Nürnberg den 14. Juli 1848.

Bekanntmachung.

Nur bei ganz schönem warmen Wetter, um sich mit Behaglichkeit im Freien aufhalten zu können, findet die Produktion im „Kißkalts-Zwinger“ statt, und ist dazu Dienstag oder Freitag bestimmt, welches durch Anschlagzettel bekannt gemacht werden wird.

Fr. Lippe.

(Gesuch.) Eine noch im guten Zustande befindliche Thurmuhr wird zu kaufen gesucht.

Antwort

auf das in der Mittelfränkischen Zeitung Nr. 192 vergekommene Inserat, des Nicolaus Huber, zur Erwiderung:

Diesen Obengenannten möchte ich gar nicht in Arbeit nehmen, wenn er mir auch umsonst arbeiten wollte. Ich bin mit meinem Gesellen zufrieden, welchem ich Kost und Lohn gebe, wie es einem Gesellen gebührt.

Das Uebrige wird sich bei Einer hochlöblichen Behörde ausweisen.

G. Lindner,
Kaminkeger-Meister

(Einladung.) Zur Nachkirchweih findet bei Erlwein auf den Ställen Samstag den 15. Juli Metzelsuppe; Sonntag den 16. Juli Tanzmusik, Baumklettern, Hennenrennen und Preißkegelschieben statt. Auch ist Gansbraten, Tauben, Geegelerfen und noch andere Speisen, wie auch gutes frisches Felsenkellerbier anzutreffen.

(Anzeige.) Von den guten Schuhwichse des Gutsbesitzer Herrn Bott zu Gosenberg hat Unterzeichneter Probe erhalten und werden Bestellungen hierauf angenommen.

C. L. Kraus,
Theresienstraße, S. Nr. 531.

Anzeige.

Den verehrlichen Abonnenten auf die sieben Todsünden hiemit zur Nachricht, daß heute Bogen 22—25 des 2. Bandes ausgegeben wird. Hiemit ist die I. Abtheilung des 2. Bandes beendet, und um den Preis von 33 kr. broch. zu haben.

Exped. d. Mittelfränkischen Zeitung.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 15. Juli findet vollständige Orchestermusik statt. Entree 6 kr. à Person. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Anzeige.

In der J. A. Endter'schen Buchhandlung ist wieder zu haben:

Höchst merkwürdige Prophezeihungen eines alten Mönches in Polen, welche vom Jahre 1790 bis zum Ende der Welt im Jahre 2000 in Erfüllung gehen sollen. Aufgefunden in einer alten Klosterchronik. Fünfte Auflage. 8. 12 kr.

(Bitte) Aus dem Nachlasse des Gastgebers zum Wittelsbacher Hof, J. A. Hütter, gebt ein noch wenig gebrauchter englischer Sattel, nebst geiblakirten Zaum mit plattirter Stange, zu Verlust. Derjenige, welcher genannte Gegenstände von dem Verlebten geliehen hat, oder sonst Auskunft zu geben weiß, beliebe es anzuzeigen.

(Anzeige.) Der deutsche Reichsadler mit dem Namenszug seiner k. k. Hoheit des Herrn Reichsverwesers, als Fahnenschmuck sowohl als auch zu jeder festigen Häuser-Dekoration geeignet, ist 2 Schuh hoch lithographirt und schön colorirt auf dem Markte bei den Herren Buchbindern Heubner, Wagner, Groser, Ehemann, Dammerlang, Roth, à Exemplar 36 kr. zu haben.

(Bitte) Die hiesige Theaterdirektion wird gebeten, „Dorf und Stadt, oder die Professorin“ im Stadttheater baldigst aufführen zu lassen.

Mehrere Theaterfreunde.

(Einladung) Die verehrlichen Riegenmeister des hiesigen Volksvereins werden zu einer Besprechung am Samstag den 15. Juli Abends 9 Uhr in der Wirthschaft zum Aug im Henggäßchen höflichst eingeladen.

Gegen-Erklärung.

Auf die Annonce des Lithographen Kolb habe ich nur zu erwidern, daß ich die Klage von selben erwarte, um durch Zeugen darthun zu können, daß das, wes ich ihn bezüchtigte, wahr ist.

Conr. Weißbarth.

(Anzeige.) Im Leuchs'schen Weinhause ist ein Regenschirm zurück gelassen worden. Der Eigenthümer wolle sich gefälligst melden.

(Zu vermiethen) Eine schöne helle Wohnung in einer lebhaften Straße, ohnweit dem Theater, von 2 heizbaren Zimmern, nebst Alkov mit Bett und Mobeln, ist an eine oder zwei solide Personen zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine stille Person, welche im Kochen und allen andern Hausarbeiten sehr gut erfahren ist, wünscht hier unterzukommen und könnte sogleich eintreten. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich auch aller andern Hausarbeit unterzieht, wünscht bis nächstes Ziel wieder unterzukommen, am liebsten in ein Gasthaus, sei es hier oder auf dem Lande. Näheres im Gostenhof Nr. 12.

(Gesuch) Ein junges Mädchen, welches in allen weiblichen Arbeiten, so wie auch im Rechnen und Schreiben bewandert ist, wünscht bis nächstes Ziel Lorenzi als Stuben- oder Ladenmädchen, hier oder auswärts, placirt zu werden.

(Gesuch.) Ein junges Mädchen mit sehr guten Zeugnissen versehen, wünscht bei Kindern oder als Stubenmädchen sogleich unterzukommen. Nr. 70 Winklerstraße.

Arena.

Sonnabend den 15. Juli. Zum Benefice für Fräulein Hofmann. Statt der wegen schlechter Witterung am 11. Juli ausgefallenen Vorstellung: „Die Grafen von Lauke“ oder „der geprellte Vormund.“ Lustspiel in 4 Akten von Dr. Töpfer.

Berichtigung.

In der gestrigen Nummer unseres Blattes findet sich in dem Artikel: „Wiederum die Brodklage“ ein Druckfehler, den wir zu berichtigen bitten. Statt „nach welcher nur 70 Pfd. Kleie auf den Schäffel ausgezogen werden“ ist zu lesen: „nach welcher nur 40 Pfd. auf den Schäffel ausgezogen werden.“

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16. Juli 1848. № 198. Sonntag: Ruth.

Aufruf an die Pfälzer Jünglinge.

Unter diesem Titel enthält die „Neue Speyerer Zeitung" folgenden Artikel: Der Freiheit Nothruf tönt durch alle deutsche Gauen! Die Hoffnung, die wir auf die National-Versammlung in Frankfurt gesetzt, die Hoffnung, daß sie uns von hundertjähriger schmachvoller Tyrannei erlösen und die Souveränetät des Volkes zur vollsten Geltung bringen werde, ist zur bittersten Täuschung geworden. Von Neuem droht uns die alte Knechtschaft und statt ein einiges freies Deutschland will man uns allem Anscheine nach das heilige deutsche Kaiserreich mit allen seinen mittelalterlichen Anhängseln in einem modernen Kleide ausbürden. Was des Grabes Wölbung Jahrhunderte lang eingeschlossen, was wir längst verwest und vermodert glaubten, — das soll also unsere Zukunft sein! Souveränes deutsches Volk! Das darfst Du nimmer dulden, wenn nicht Mit- und Nachwelt mit Verachtung auf Dich blicken, wenn Deine Souveränetät nicht zur bittern Ironie, Deine Einheit zur größern Zerstückelung werden soll. Doch selbst der in der größten Gefahr sich Befindliche hofft noch: so auch Deutschland. In Frankfurt sitzt ein Kampffertiges Häuflein, das mit edler Hingebung, Muth und Ausdauer für des Volkes Rechte, für des Vaterlands Einheit und Freiheit streitet — die Linke. Zwar wird sie terrorisirt durch die Majorität der Rechten, die nicht des Volkes Recht, sondern der Fürsten Unrecht, nicht die Souverenetät des Volkes, sondern die Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit der Fürsten zu ihrem Panier gemacht hat. Aber das Recht muß am Ende doch siegen und Das ist unsere Hoffnung. Vielleicht bald geht sie in Erfüllung. An Euch aber, Ihr Pfälzer Jünglinge, ergeht der Ruf, die Stellung der Jugend der Pfalz zum Parlamente in Frankfurt, sowie zu den Zeitverhältnissen überhaupt zu besprechen, und eine Adresse an die Linke der Nationalversammlung zu berathen und gutzuheißen, worin derselben die volle Anerkennung und Zustimmung zu ihrem bisherigen Wirken kundgegeben werden soll mit der Versicherung, daß die Unterzeichner bereit sind, für die volle und ungeschmälerte Souveränetät des Volkes mit Gut und Blut einzustehen. Der unterzeichnete provisorische Ausschuß, in einer unterm heutigen abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung gleichgesinnter junger Männer hiesiger Stadt hiezu beauftragt, ladet deshalb die Jünglinge der Pfalz dringend ein, eine am 15. d. M. Vormittags 10 Uhr, dahier abzuhaltende Generalversammlung behufs gemeinsamer Besprechung dieser hochwichtigen Angelegenheit und Berathung der fraglichen Adresse durch Abgeordnete so zahlreich als nur immer möglich zu beschicken. Er glaubt diesen Aufruf nicht vergebens zu erlassen. Er hofft, daß Ihr mit Begeisterung die große Idee erfaßt, voranzugehen im Kampfe für des Volkes Rechte und des Vaterlandes Wiedergeburt aus den Banden hundert-, ja tausendjähriger Sklaverei. Bei den Barrikadenkämpfen in Wien, Berlin und München, wer stand da voran — die Jugend! Auch wir Pfälzer Jünglinge, wir wollen nicht zurückbleiben hinter diesen unsern Brüdern, auch wir wollen endlich ein Lebenszeichen von uns geben und unsere Sympathieen für die Freiheit unseres Vaterlandes jenen Männern des entschiedenen Fortschritts in Frankfurt kund thun. Nicht jetzt schon soll das Schwert gelockert werden — noch lodert die blutige Fackel des Bürgerkrieges nicht, noch ist friedliche Lösung möglich. Fährt aber die Majorität der Nationalversammlung fort, dem Geiste und den Anforderungen der Zeit offen entgegenzutreten, dann dürfte bald die Stunde schlagen, wo das Vaterland aller seiner Söhne bedarf, und wir dürfen dann nicht fehlen; dann müssen wir sterben können — nie aber uns das schmähliche Joch der Sclaverei von Neuem ausbürden lassen. Unser Wahlspruch sey dann: »Recht und Freiheit, oder Tod!« Und ihm wollen wir treu bleiben, so lange ein Tropfen Blut in unsern Adern rinnt. Darum, deutsche, pfälzische Jünglinge! ergreifet freudig diese Gelegenheit, um eine innige, feste Verbrüderung zu erzielen, damit wir eintretenden Falles einig und kräftig dastehen und mit Erfolg handeln können, denn nur Einigkeit macht stark! Empfanget deutschen Gruß und Handschlag. Kaiserslautern, den 7. Juli 1848. Der provisor. Ausschuß: Chr. Zinn. F. Ball. Fr. Grohe. E. Dietsch. Ph. Schmidt.

▽ Nicht eigentlich und doch eigentlich!

(Eine Rüge.)

Wir leben bekanntlich in einer bösen Zeit: nichts kann man den Menschen mehr recht machen; jeder keift, tadelt, kritisirt und verneint, Dieses und Jenes würde er anders und besser gemacht haben. Darum sagt schon Göthe:

»Mit dieser Welt ist's keines Weges richtig;
Vergebens ist man brav, vergebens tüchtig,
Man will uns zahm, man will uns sogar nichtig.«

Wenn nun auch die Einsender Dieses nicht gerade zu denjenigen gehören, welche im Hinblick auf die Veröffentlichung in Nr. 191 dieses Blattes: die Funktion der 95 hiesigen Wähler der Herren Dr. Eisenmann und Dr. Krafft zur Nationalversammlung, als abgethan betrachten, ja sie sogar der Konsequenz des Arguments zugeben: »Wäre ein verantwortlicher Reichsverweser gewählt worden, so stände der Frankfurter Volkssouveränetätsrepräsentation etwa — rechts der vollziehende, verantwortliche Reichsverweser, links die je 100 unverantwortlichen, nicht vollziehenden Wähler zunächst zur Seite; — so finden sie es doch nicht ganz passend, daß die Bürger Nürnbergs (die Urwähler ihres Orts) nun schon zum zweiten Mal die Berichte ihres Abgeordneten nur auf persönliches Erscheinen in einer hiesigen Buchhandlung lesen, die bezüglichen Berichte motivirter Abstimmungsart nicht im Abdrucke sich käuflich verschaffen können. Das souveräne — Volk spricht und fragt: »Wie ist es uns Tausenden möglich — wenn auch nicht gleichzeitig, sondern hübsch Einer nach dem Andern — dort lesen zu können, ohne Jemanden zu geniren, ohne der Gefälligkeit des Chefs der Buchhandlung beschwerlich zu fallen, oder auch, ohne oft genug hinzulaufen, bis man an die Reihe kommt? Befände sich im Laden des Berichtaufliegens eine Restauration, so könnte man doch für die vergeblichen Gänge sich entschädigen; so aber bleibt die große Mehrzahl der Urwähler lieber ganz weg, und lebt — obgleich souverän — ununterichtet (doch nein! wir lesen ja die Zeitungen) — in die Zukunft hinein. Wir glauben, keinen Fehlschluß zu machen, und fragen nur noch: Wozu überhaupt der Nürnberger Peterla auf allen Suppen? rc.« — In wie weit das Publikum in einzelnen Punkten dieses Raisonnements recht habe, massen wir uns nicht an zu beurtheilen; doch glauben wir, da in unserer druckschriftseligen Zeit so mancher Batzen für Druckschriftliches verausgabt wird, so würde ein für Belehrung empfängliches Publikum auch noch einige Groschen für motivirte Abstimmungsberichte finden. Wir möchten daher einem der Herrn Druckereibesitzer vorschlagen, sich mit den Herren Wählern ins Benehmen zu setzen, und alsbald gefälligst zu thun, was als Wünsch und Bedürfniß der Einwohner erscheint. Einige Bürger.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 14. Juli.) Der ständige Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Reichsräthe ließ durch seinen Referenten, Staatsrath v. Maurer, sich über den Gesetzentwurf, die Einführung der Schwurgerichte Vortrag erstatten, was in sehr gründlicher und gelehrter Weise, mit gründlicher Erkenntniß des Gegenstandes geschah. Die Anträge des Referenten gehen dahin: 1) im Art. II. Nr. 3 statt der Worte: „die Advokaten an dem Bezirksgerichte rc." zu setzen sey: „„die Advokaten an den Gerichten, wo die Assisen gehalten werden."" 2) im Art. 3 statt des Wortes „60jährigen" zu setzen sey: „„70jährigen."" 3) im Art. 5 statt des Wortes: „Jedes Gemeindeglied rc." gesetzt werden wolle: „„Jeder Staatsbürger, und jeder volljährige Staatsangehörige rc.""; endlich 4) etwa zwischen Art. 36 und 37 folgender neue Artikel aufgenommen werden wolle: „„Der Geschworene, dessen Name bei der Ziehung zuerst aus der Urne hervorgegangen, ist als Vorstand des Schwurgerichts anzusehen, so fern nicht mit seiner Zustimmung ein anderer durch freie Wahl der Geschworenen hiezu bestimmt wird.""

*† (München, den 14. Juli.) Um zwei Pfenning ein Krawall! Gestern Nacht wurden bei einem hiesigen Bierbrauer wieder sämmtliche Geräthschaften zusammengeschlagen, Fenster eingeworfen und am Hause Beschädigungen vorgenommen. Einem armen alten Mann, dessen Baarschaft nur aus 5 kr. bestund, der sich aber dennoch erfrechte, eine Maaß Bier trinken zu wollen, obgleich ihm hieran 2 Pfenning fehlten, weigerte der Maderbräu im Thal die Verabreichung der Maaß Bier, und warf ihn auf die Straße, nachdem er ihn zuvor blutig schlug. Eine ungeheuere Erbitterung entstund unter den Gästen und der Bräuer büßte die Hartherzigkeit gegen den Gast, der 7 Jahre schon bei ihm einkehrte, mit der kläglichsten Beschädigung seines Eigenthums. Das bald gegen die vor dem Bräuhause im Demolirungsgeschäft begriffene Menge einschreitende Militär wurde mit Steinwürfen begrüßt, wobei Verwundungen vorfielen, wogegen dieses seinerseits gleichfalls Körperverletzungen ausübte. — Eine dem Kriegsminister für denselben Abend bestimmte Katzenmusik wurde durch das im Kriegsministerium verborgene Militär vereitelt. Unsere Bürgerschaft, welche über die Militärwerkstätten Klage zu führen neulich an den Kriegsminister v. Weishaupt eine Deputation abordnete, wurde, wie hiesige Lokalblätter melden, mit der Antwort bedient, solange die Bürger jeden Sonntag einen Braten essen können, stehe es so schlimm mit ihrer Brodlosigkeit nicht. Die Bürger Münchens, die ihren Ministern viel nachsehen, können es dem Kriegsminister nicht verzeihen, daß er den Sonntags-Braten ihnen mißgönnt.

Heute endlich erschien folgende amtliche Erklärung: Die kgl. Militärstellen, welche mit Berücksichtigung mehrfach gestellter Gesuche von bürgerlichen Gewerbsleuten um Ueberlassung von dergleichen Arbeiten, angewiesen werden, bürgerliche Handwerksleute, in so weit es zulässig, hiebei zu betheiligen, welches auch geschah. In einzelnen Fällen fanden solche Uebertragungen nicht statt; der Grund hiefür lag in den zu hoch gestellten Preisen, deren Bewilligung auch in Verhältnissen, in welchen die Kriegs-Kasse weniger, als dermalen in Anspruch genommen wäre, nicht hätte gerechtfertigt werden können. In dem in vorerwähnten Artikel angeführten speciellen Falle wurde nach eingeholter Erkundigung über den Stand der Arbeiter, abgesehen daß bei mehreren Gegenständen Beschränkungen eintreten mußten, lediglich in Berücksichtung der dargestellten Verhältnisse der Bittsteller die Zeughaus-Haupt-Direktion angewiesen, denselben Beschäftigung zu geben, und sowohl die Kommandantschaft, als die Lokal-Verpflegs-Kommission beauftragt, alle vorkommenden neuen Tischlerarbeiten den Schreinermeistern Münchens und der Vorstädte zu überlassen. Hiedurch finden die in den Eingangs bezeichneten Artikel enthaltenen Angaben über schnöde Abweisung und Spott u. dgl. der fraglichen bürgerlichen Meister von selbst ihre Berichtigung, während gegen die angeregte Art der Verbescheidung die bekannte Persönlichkeit des Ministers sprechen dürfte, welcher sich nie entziehen wird, Bedrängten zu helfen. Eine für

diese kleinen Excesse enorme Waffenmacht des Linienmilitärs wachte bis spät nach Mitternacht gegen weitere Ruhestörungen.

†† (Nürnberg, den 15. Juli.) Von Würzburg geht uns soeben die Nachricht zu, daß der Reichsverweser gestern Frankfurt verlassen hat, um über Aschaffenburg, Würzburg, Nürnberg und Regensburg nach Wien zurückzukehren. Der Reichsverweser wird heute zwischen 6 und 8 Uhr in der Frühe in Würzburg eintreffen, folglich gegen Abend in unserer Stadt sich befinden. So eben durchläuft die Stadt ein Gerücht, daß auch Se. Majestät der König Maximilian der II. zum Empfang des Reichsverwesers heute hier eintreffen wird.

Freie Städte. (Frankfurt, 14. Juli.) [71. und **letzte Sitzung** der deutschen Bundesversammlung am 12. Juli 1848.] Nachdem Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser diesen Vormittag aus der Paulskirche in seine Wohnung zurückgekehrt war, verfügte sich Höchstderselbe sodann, von einer (aus dem k. k. Präsidialgesandten, dem k. sächsischen, k. würtembergischen, k. hannover'schen und dem stimmführenden Gesandten der freien Städte bestehenden) Deputation des Bundestages geleitet, in das Bundespalais. Dort, in der Mitte der Bundesversammlung, angekommen, nahm Se. kaiserl. Hoh. nachstehende Adresse der Bundesversammlung entgegen, welche der Bundespräsidialgesandte in Gegenwart der sämmtlichen Gesandten, ingleichen der Mitglieder der Militärkommission und einer großen Anzahl von Zuhörern, die sich bei dieser Feierlichkeit eingefunden hatten, darunter viele Mitglieder der Nationalversammlung, in öffentlicher Versammlung vorlas: „Durchlauchtigster Herr Erzherzog-Reichsverweser! Die Nationalversammlung, die Vertreter des deutschen Volkes, hat Eurer k. Hoheit, dem von ihr erwählten Reichsverweser, eben erst in feierlicher Stunde ihre Huldigung dargebracht. Mit lautem Jubel hat sie ausgesprochen, daß sie Deutschlands Recht und Deutschlands Freiheit, die Unabhängigkeit, die Ehre und die Macht des deutschen Volkes Eurer kaiserl. Hoheit vertraue. Die Bundesversammlung war es, die Sie, erlauchter Prinz, an dem denkwürdigen Tage Ihrer Wahl auch im Namen der deutschen Regierungen als Reichsverweser freudig begrüßte. Sie sah ihre Wünsche erfüllt, indem Eure kaiserl. Hoheit das Amt eines Reichsverwesers anzunehmen erklärt haben, und mit großer Befriedigung hat sie es vernommen, daß Sie, hoher Fürst, auf den Ausdruck des Vertrauens, womit sämmtliche deutsche Regierungen Ihnen entgegen kamen, den entschiedensten Werth legten. Ew. kaiserl. Hoheit treten an die Spitze der provisorischen Centralgewalt, jener Gewalt, geschaffen auf den Wunsch des deutschen Volkes, um für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutsch.n Bundesstaates zu sorgen, seine bewaffnete Macht zu leiten und seine völkerrechtliche Vertretung auszuüben. Nach der Verfassung Deutschlands war die Bundesversammlung berufen und verpflichtet, die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu wahren, den Bund in seiner Gesammtheit vorzustellen und das beständige Organ seines Willens und Handelns zu seyn; sie war berechtigt, für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen, Gesandte von fremden Mächten anzunehmen und an sie im Namen des Bundes Gesandte abzuordnen, Unterhandlungen für den Bund zu führen und Verträge für denselben abzuschließen. Der Bundesversammlung war es übertragen, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden militärischen Einrichtungen und die zur Sicherstellung seines Gebiets erforderlichen Vertheidigungs-Anstalten zu beschließen und zu überwachen, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Bundesversammlung überträgt Namens der deutschen Regierungen die Ausübung dieser ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt; sie legt sie insbesondere mit dem Vertrauen in die Hände Eurer kaiserlichen Hoheit, als des deutschen Reichsverwesers, daß für die Einheit, die Macht und die Freiheit Deutschlands Großes und Erfolgreiches erzielt werde, daß Ordnung und Gesetzlichkeit bei allen deutschen Stämmen wiederkehre, und daß das deutsche Volk der Segnungen des Friedens und der Eintracht dauernd sich erfreue. Die deutschen Regierungen, die nur das wohlverstandene Interesse des Volkes kennen und beachten, sie bieten freudig die Mitwirkung zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Außen und im Innern begründen und befestigen sollen. Mit diesen Erklärungen sieht die Bundesversammlung ihre bisherige Thätigkeit als beendet an, und die Gesandten erneuern den Ausdruck ihrer persönlichen Huldigung für Eure kaiserl. Hoheit den deutschen Reichsverweser. Frankfurt, 12. Juli 1848." Diese Adresse wurde seitens Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Reichsverwesers mit folgender Gegenrede erwiedert, die Höchstderselbe nachher dem Bundespräsidenten schriftlich überreichte: „Hochgeehrteste Versammlung! Indem ich heute das wichtige Amt eines Reichsverwesers antrete, kann ich nicht umhin, in Gegenwart dieser hohen Versammlung meinen Dank auszudrücken für das Vertrauen, welches mir sämmtliche deutsche Regierungen durch ihr Organ bei dem Anlasse meiner Wahl zu diesem wichtigen Amte zu erkennen gegeben haben. Die Art und Weise, mit welcher die hohe Bundesversammlung mich an dem denkwürdigen Tage meiner Wahl im Namen der deutschen Regierungen als Reichsverweser zu begrüßen sich beeilt hat, verdient meine besondere dankbare Anerkennung. Ich übernehme nunmehr die von der Bundesversammlung Namens der deutschen Regiernngen an die provisorische Centralgewalt übertragene Ausübung ihrer bisherigen verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen mit dem Vertrauen auf die thätige Mitwirkung der Regierungen zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Aussen und im Innern erstarken und befestigen soll. In diesem Vertrauen erblicke ich eine sichere Bürgschaft für Deutschlands künftige Wohlfahrt." Als Se. kais. Hoheit diese Rede geendet hatte, wurden höchstdemselben die Gesandten der einzelnen deutschen Bundesstaaten, so wie die Mitglieder der Militärkommission, und zwar erstere durch den Präsidialgesandten, letztere durch den Vorsitzenden dieser Kommission, Generalmajor Grafen von Nobili, vorgestellt, hierauf aber der Erzherzog-Reichsverweser von den sämmtlichen Mitgliedern der Bundesversammlung und der Militärkommission in den russischen Hof zurückgeleitet. Mit dieser öffentlichen Sitzung, welche als Plenarsitzung zu gelten hat, hat die bisherige Thätigkeit der Bundesversammlung ihre Erledigung gefunden. (Fft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 13. Juli.) Der Präsidirende der Bundesversammlung hat gestern in früher Morgenstunde das Festungsgouvernement von Mainz davon in Kenntniß gesetzt, daß Se. kaiserl. Hoheit der Herr Erzherzog-Reichsverweser seine hohe Würde in einer am selben Tage stattfindenden feierlichen Sitzung der deutschen Nationalversammlung daselbst antreten werde, und dies für die Geschicke Deutschlands so wichtige Ereigniß auch in der Bundesfestung Mainz auf eine dieser denkwürdigen Stunde angemessene Weise zu feiern seyn werde. So eben hier eingetroffener amtlicher Anzeige gemäß, ist in Folge dieser Aufforderung gestern um 11 Uhr Vormittags die Gesammtgarnison dieser Bundesfestung zur großen Parade ausgerückt, derselben durch einen Tagesbefehl die Veranlassung dieser hohen Feierlichkeit kundgegeben und hierauf dem Erzherzog Reichsverweser ein dreimaliges Lebehoch gebracht worden, wobei 101 Kanonenschüsse abgefeuert wurden. Die städtischen Behörden haben sich dieser Feier durch das Geläute sämmtlicher Glocken angeschlossen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 13. Juli.) [137. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Die Sitzung wurde gegen 9½ Uhr durch den Präsidenten H. v. Gagern eröffnet. Für den Flottenbau sind, als Ertrag einer Sammlung in Detmold, 736 Rthlr. eingegangen. Die Tagesordnung, zu welcher nach einer Mittheilung Robert Mohls, daß ein Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung über weitere Anträge, die Verhandluugen der Nationalversammlung betreffend, gedruckt vertheilt werde, übergegangen wurde, führte zur Fortsetzung der Diskussion über §. 2 des Entwurfs der Grundrechte. Sprengel von Waren in Mecklenburg hob mehrere Bedenklichkeiten des zweiten Minoritätsantrages (v. Eisenstuck) hervor. Den Einzelnen würden dadurch Vortheile auf Kosten des Reichs und der Gemeinden gegeben werden. Schüler von Jena begründet einen Verbesserungsantrag, dahin lautend: »Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und den Angehörigen eines andern deutschen Staates einen Unterschied, bezüglich des bürgerlichen, peinlichen, oder Prozeßrechtes mach.n.« Die bisherigen Unterschiede, wie sie in verschiedenen Gesetzgebungen noch gelten, (und vom Redner durch Beispiele erläutert wurden,) waren sehr drückend für den Verkehr, insbesondere bei dem Durcheinanderlaufen der Grenzen der einzelnen Staaten. Kolb von Speier gibt statistische Vergleichungen der Kultur- und Gewerbsverhältnisse der dies- und überrheinischen Provinzen Bayerns, sowie der Verhältnißzahlen von Verbrechen und Vergehen. Alle diese Vergleichungen sprechen zu Gunsten der Gewerbefreiheit und der Erleichterung der Ansässigmachung. Das Prinzip muß sogleich und definitiv durchgeführt werden. Die Uebergänge, welche die Zweifel und Nachtheile eines Provisoriums haben, taugen nach gemachten Erfahrungen nicht. Der Redner macht einen Verbesserungsvorschlag, nach welchem unter den andern, jedem Deutschen das Recht, Liegenschaften zu erwerben und darüber zu verfügen (Theilbarkeit der Grundstücke), sowie das Recht, jeden Nahrungszweig zu treiben (Gewerbefreiheit) gesichert seyn soll. Moritz Mohl erklärt sich für den Mehrheitsantrag des völkerrechtlichen Ausschusses und insbesondere gegen das Verlangen Stahl's, den Gewerbtreibenden die Autonomie in Gewerbesachen zu überlassen. Was würde man sagen, wenn man dem Adel die Bestimmung der Adelsrechte überlassen wollte. Koch von Leipzig will ein allgemeines Gewerbe und Heimathsgesetz für ganz Deutschland, jedoch ohne Specialisirung. Löwe von Calbe empfiehlt auf das dringendste Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Großartige Mittelpunkte eines Landes, wie ihn Frankreich in Paris hat, heben das Bewußtseyn der Nationalität. Niemand wird für Deutschland bei seinen Nachtheilen diesen Weg wünschen; Eisenbahnen und die Freizügigkeit werden das Gefühl der Gemeinschaftlichkeit heben, welches jetzt nur erst in der Literatur lebte. Warum will man stets präsumiren, daß der Neuanziehende Ansprüche an die Armenkasse machen will. Man soll Leuten den Weg nicht versperren, die an einem Orte sehr nützlich werden können, während sie an einem andern höchst überflüssig sind. Arbeit ist das größte Kapital. Alle Schätze Perus haben Spanien zu einem Bettlerlande gemacht. Die Arbeitskräfte haben sich in England concentrirt; die Arbeit allein hat England groß gemacht. Der Redner will auch die Association für das Handwerk, damit dieses dem größten Feinde des Handwerks, den Fabriken entgegentrete. Das neue Leben Deutschlands gründe sich auf die Grundlage des freien deutschen Staatsbürgers. (Beifall.) v. Dieskau entwickelt nachstehenden Antrag: „Jeder Deutsche hat das Recht, in jedem deutschen Staate und in jedem deutschen Orte seinen Aufe.thalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften zu erwerben, Nahrungszweige zu betreiben und das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen." Osterrath erklärt sich für den Mehrheitsantrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Spatz theilt die Ansichten, die sich geltend gemacht haben, in zwei Hauptgruppen, den Partikularismus und Unitarismus. Gegen ersteren, der auch in andern Fragen, besonders in Bayern, Hannover und den Hansestädten seine Vertreter findet, muß angekämpft werden. Zachariä von Bernburg entwickelt ein längeres Amendement. Ziegert erklärt sich für den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses. v. Linde ist mehr für den Antrag des Verfassungsausschusses, welchen er in Einigem amendirt. Schwarzenberg giebt einen Vergleich der Anträge der beiden Ausschüsse, die er dahin vereinigt wünscht, daß gegen den Schluß gesagt werde: die Bedingungen dafür (für den Aufenthalt ꝛc.) werden von der Reichsgewalt durch Gesetze für ganz Deutschland festgesetzt. — Eine unbedingte Gewerbefreiheit ist unräthlich wie ein Zunftzwang. Der Staat soll die Produktion im Interesse der Gesellschaft dirigiren, nach dem Grundsatze, mit der geringsten Kraft die größten Ergebnisse zu erzielen. Bei der unbedingten Gewerbefreiheit ist der Erwerb gar oft darauf gerichtet, den Andern den Erwerb zu entziehen und sie zu Grunde zu richten. Schlöffel verlangt kostenfreie Ertheilung des Gemeindebürgerrechts. Reichensperger von Trier erklärt sich gegen die Behauptungen von Kolb. Die größeren Rheinstädte wünschen nach ihren Erfahrungen in den letzten Jahren, von der unbedingten Gewerbfreiheit befreit zu seyn. Die Gewerbtreibenden wollen sich, wie bekannt ist, organisiren und in der nächsten Zeit zu Berathungen zusammentreten. Man soll ihren Rath hören, ehe man in der wichtigen Sache einen Beschluß faßt. Beisler verlangt, daß der erste Grund für die Genossenschaft, daß man nämlich niemand den Genossen aufdrängt, auch der wichtigsten Genossenschaft, der Gemeinde zu gut komme. Die Angehörigen eines andern Staates sollen aufgenommen werden können, wie die eignen Staatsangehörigen. Nachdem noch einige Redner unter fortgesetzten Zeichen der Ungeduld eines großen Theils der Versammlung gesprochen, wurde die Discussion über §. 2 des Entwurfs geschlossen, und diejenige über §. 3 eröffnet. (Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf keinem unbescholtenen Deutschen verweigert werden.) Beseler vertheidigte diesen. Tellkampf entwickelt den Vorschlag: der Besitz des allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts umfaßt und gewährt das Staatsbürgerrecht in allen deutschen Staaten. Ahrens von Salzgitter ist für das

erste Minoritätserachten, nach welchem es einer besondern Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines einzelnen Staates nicht bedürfen soll. Robert Mohl vertheidigt das zweite Minoritätserachten, daß nämlich keine andere Aufnahmebedingungen als Unbescholtenheit und Unterhaltsfähigkeit des Aufzunehmenden gestellt werden sollen. Werden diese Bedingungen nicht gestellt, und ist jeder ohne weiteres zulässig, so werden auch die vermögendsten Gemeinden bald verarmen. — Die Fortsetzung der Discussion wurde hierauf (um 2¼ Uhr) vertagt. Auf die Tagesordnung der morgentlichen, um 9 Uhr beginnenden Sitzung wurde 1) der bereits diskutirte Bericht des Ausschusses für Wehrhaftigkeit, 2) und 3) die Berichte des Ausschusses für die Geschäftsordnung über weitere Anträge, die Verhandlung der Nationalversammlung betreffend, 4) Wahlangelegenheit des Bezirkes Nidda (Großherz. Hessen), 5) Bericht über die österreichische Geldausfuhr und dann noch mehrere angekündigte Interpellationen und als dringend bezeichnete Anträge gesetzt. (Frkft.O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, 12. Juli.) Gestern wurde unter starker militärischer Bedeckung der in Michelstadt gefänglich eingezogene Schmiedemeister R. (kein Proletarier, sondern ein wohlhabender Mann) hieher gebracht und in das Arresthaus abgeliefert. Im Wagen saßen zwei Gensd'armen und eskortirt wurde derselbe von zwölf Kavalleristen. Während der Fahrt durch Breusbach (Poststation zwischen hier und Erbach) soll eine große Anzahl von Männern aus diesem Orte und den benachbarten Dörfern versammelt gewesen seyn, ohne jedoch, wie versichert wird, eine den Durchzug störende Handlung vorzunehmen. Ein anderer R. soll sich von Michelstadt unverweilt entfernt haben, als er von der eben gemeldeten Verhaftung Kenntniß erhielt. Was dem bereits Verhafteteten im Besonderen zur Last gelegt wird, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen; allein so viel ist uns im Allgemeinen genau bekannt, daß im Odenwalde Flugschriften von der aufreizendsten Art gegen die Monarchie und für die Republik cirkulirten und mit geschäftiger Eile weiter verbreitet wurden. Sehr bezeichnend in dieser Beziehung ist das Flugblatt: „Was wir wollen?“ in welchem die deutschen Fürsten und ihre Familien in dem Tone des Ami de peuple von Marat mitgenommen werden. So viel sieht wohl jeder Unbefangene ein, daß bei dem längeren Gehenlassen der Dinge in einigen Distrikten des Odenwaldes Gesetz und Recht alle und jede praktische Bedeutung verloren haben würden. Die Steuerverweigerung machte hin und wieder bedenkliche Fortschritte und an einigen Orten war es schon so weit gekommen, daß Mahnboten, oder andere mit Vollziehung der Anordnungen der Steuerbehörde beauftragte Beamten sich ohne Lebensgefahr nicht hineinbegeben konnten. Auch die Gemeindebeamten setzten dabei Gesundheit und Leben auf das Spiel. Ein Bürgermeister z. B. ist in Folge seiner amtlichen Betheiligung an einer Pfänderversteigerung, der er pflichtmäßig beiwohnen mußte, so furchtbar zerschlagen worden, daß er schwerlich mit dem Leben davonkommen wird. Wenn eine zweite Auflage der hier bei Küchler erschienenen Odenwälder Zustände veranstaltet wird, so darf man wohl erwarten, daß die neuesten Vorgänge daselbst, welche die dortige politische Bewegung und ihre eigentliche Bedeutung scharf genug charakterisiren, in einem Nachtrage wahrheitstreu werden dargelegt werden. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 12. Juli.) Laut eines aus Prag eingelaufenen Berichtes ist zwar die Ruhe weder dort noch auf dem flachen Lande in den letzten Tagen gestört worden. Nichtsdestoweniger ist aber dieselbe noch allenthalben bedroht und die dießfälligen Besorgnisse sind in der Stadt und auf dem Lande noch immer so groß, daß alle Gutgesinnten es nicht nur tadeln, sondern sogar darüber bestürzt werden würden, wenn man den Belagerungszustand schon jetzt aufheben würde. Uebrigens wird dieser in so milder Art gehandhabt, daß durch ihn die Wahlfreiheit schlechterdings nicht beirrt werden kann, und es ist vom Landespräsidium auch noch die nachstehende Kundmachung erlassen worden: Kundmachung. Nachdem am 8. und 9. d. die Wahlen für den Reichsverweser vor sich gehen werden, so können Versammlungen nicht nur zur Vornahme derselben, sondern auch zur Besprechung der Wähler unbeanstandet stattfinden, und ist nur von Zeit und Ort dem Bürgermeister Anzeige zu erstatten, sowie auch der freien Besprechung dieser Angelegenheit durch die Presse nichts entgegensteht. Prag, am 7. Juli 1848. Vom böhm. k. k. Landespräsidium.

(Triest, den 9. Juli.) So eben komme ich von einer Festlichkeit zurück, die ewig unvergeßlich in der Geschichte Triests seyn wird. Das deutsche Banner wehte seit heute 8 Uhr auf unserm Castell und wurde zuerst durch Aufhissen der deutschen Flagge auf dem Hauptmast aller Kriegsschiffe, sodann durch 101 Kanonenschüsse von der Bellona, dem Admiralschiff, begrüßt, worauf alle Kriegsschiffe, Hafenbatterien, die Schanze und das Castell der Reihe nach ihre Kanonen lösten. Sie können sich den Lärm vorstellen, wenn Sie bedenken, daß unsere Flotte 250 bis 280 Kanonen, die Festungswerke ihre 80 bis 100 meistens 30pfündige und 48pfündige Paixhans) haben. Um 9 Uhr zogen sämmtliche 4 Bataillone der Nationalgarde mit klingendem Spiel aus und stellten sich am Corso in Parade auf, während die Behörden, die Generalität und sämmtliche Consuln, sich in die Hauptkirche zu einem Hochamt begaben, das zur Feier der Erwählung des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser abgehalten wurde. Mitten im Hochamt bei Absingung des Ambrosianischen Lobgesanges wurden wieder, unter dem Geläute aller Glocken sämmtliche Kanonen gelöst. Heute bei Sonnenuntergang wird die Kanonade wiederholt, auch spricht man von einer Illumination. Schließlich noch eine Bemerkung über unsere Flotte. Von vielen hörte ich die Aeußerung, daß es ihnen leid thue, daß unsere Flotte nicht die deutsche Flagge als Hauptflagge aufgezogen, dieselbe also factisch noch nicht in eine deutsche Flotte verwandelt sey. Aber durfte unsere Flotte im Angesicht der feindlichen die deutsche, folglich eine neutrale, Flagge aufziehen, ohne den Verdacht der Furcht auf sich zu laden? Und könnte eine deutsche Flotte Venedig blokiren, mit dem ja nicht Deutschland, sondern Oesterreich im Kriege ist? (A. A. Z.)

(Triest, 9. Juli.) Die Notifikation des Contreadmirals Albini in Betreff der von Deutschland verlangten Aufhebung der Blokade von Triest ist, nachdem sie acht Tage auf sich warten ließ, gestern eingetroffen und bietet einen neuen Beleg für sardinische Perfidie. Ist nun die Blokade aufgehoben? Nein! Denn Albini erklärt, daß seine Flotte zur Aufrechthaltung derselben im Golf von Triest sich befindet. Können die Handelsschiffe nun, wie es nach der Erklärung des sardinischen Consuls im Namen seiner Regierung geschehen sollte, unbehelligt fahren? Nein! denn sie müssen sich einer Durchsuchung unterziehen, sie müssen, wenn Sturm und Wetter es auch verbieten, gegen Abend in Kanonenschußweite von der feindlichen Flotte Anker werfen, selbst auf die Gefahr hin, vom Sturm auf die hohe See getrieben, oder an die Küste geschleudert und dort zerschellt zu werden. Sind die Handelsschiffe in der Lage, bei irgend einem Angriff auf der See Widerstand zu leisten oder bei Unfällen Nothschüsse zu thun? Nein! Hr. Albini nimmt ihnen alles Kriegsmaterial weg und sie dürfen selbst die kleinen Kanonen, die jedes Schiff an Bord hat, nicht führen, denn Herr Albini will es nicht. Hat nun Deutschlands Protest etwas gewirkt? Nein und abermals Nein! Denn der Herr Gegenadmiral wird gewiß nicht unterlassen, nach Willkür unsere Schiffe zu behandeln, und ihnen jedes Hinderniß in den Weg zu legen. Noch mehr, Herr Albini erklärt: „daß die italienische Flotte, wenn bei ihrer Landung von den Ortsbehörden die geringste Ursache zur Beschwerde gegeben werden sollte, nicht willens sey, wie bisher inoffensiv zu bleiben.“ Wir sollen es also geduldig mit ansehen, daß der Feind seine Truppen ans Land setze, ganz ruhig von deutschem Boden Besitz nehme, und die Wünsche Sr. Heilgkeit des Papstes Triest und Istrien zu Italien zu schlagen erfülle; denn Herr Albini will nicht, daß wir uns vertheidigen, will, daß man ihm keine Ursache zur Beschwerde gebe, will wahrscheinlich, daß wir ihn mit offenen Armen empfangen! So weit wird es hoffentlich nicht kommen, denn unsere Kanoniere zielen gut, das hat Herr Albini schon mannichfach erfahren; jedenfalls aber zeigen seine Erklärungen, wie das deutsche Wort geachtet wird, und es wird wohl auch an der Zeit seyn, diesem Wort durch die That Achtung zu verschaffen. (A. A. Z.)

Sachsen. (Weimar, 9. Juli.) Fast scheint es, als ob schon durch die bloße Wahl einer fürstlichen Centralgewalt unser scheinbar machtloses Ministerium wieder neue Kraft und neues Leben erhalten hätte. Während es bisher den Anschein hatte, als ob das Ministerium die staatliche Entwickelung ungehemmt vor sich gehen lassen wolle, hat es jetzt an alle Amtleute, ja man sagt sogar auch an die Geistlichen, die Weisung ergehen lassen, den republikanischen Bestrebungen, wie und wo sie sich auch immer zeigen sollten, mit allen „gesetzlichen Mitteln“ entgegenzutreten. So viel mir bekannt ist, haben sich bis jetzt hier zu Lande die republikanischen Bestrebungen nur durch Ideen, nirgends durch die That, kund gegeben. Was werden nun aber jene Amtleute in ihrem Amtseifer thun, wie werden sie das Entgegenwirken durch gesetzliche Mittel verstehen? Es sollte mich sehr wundern, wenn sich durch diese Maßregel die Gefängnisse nicht bald mit Personen anfüllen sollten, die nur deßhalb zur Haft gebracht wurden, weil sie republikanischen Ideen huldigten. Ueberhaupt scheinen die Meisten mit dem Worte „Republikaner“ noch sehr irrige und verworrene Begriffe zu verbinden, welche die sogenannten constitutionellen Monarchisten nur noch mehr zu verwirren suchen, indem sie den Unwissenden glauben machen, ein Republikaner sey ein Mensch, dem nichts heilig, nichts ehrbar sey, dessen Streben nur darauf hinausgehe, zu plündern und zu morden, die Fürsten zu verjagen und Unheil im Lande zu stiften, um desto besser im Trüben fischen zu können. Sie vergessen dabei, zu bemerken, daß keine Staatsform größere und bessere Menschen hervorgebracht habe, als die republikanische, und daß Jemand, der republikanisch gesinnt sey, doch auch ein guter Staatsbürger in einer constitutionellen Monarchie sein könne; daß überhaupt ein Republikaner kein so engherziger Philister sey, der nur die nächste Umgebung und die nächste Zukunft berücksichtige, sondern daß er, über industrielle und Sonderinteressen hinwegsehend, nur das große Ganze und die weiteste Zukunft im Auge habe. In jedem Falle würde die wahre Aufklärung einer Sache, wie sie ist, für die Gegner ehrenvoller seyn, als niedrige Verdächtigungen, wodurch sie nicht Anderen, sondern sich selber schaden. Denn was man auch dagegen vorbringen mag: Deutschland wird früher oder später zu einer rein demokratischen Republik sich gestalten, zu welcher die nöthigen Elemente nicht erst seit gestern, sondern seit Jahrhunderten schon im Volksleben vorhanden sind, und in der jüngsten Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen haben. (Frkf. J.)

Würtemberg. (Stuttgart, 12. Juli.) Durch eine an den Ministerial-Rath ergangene Entschließung vom 10. d. Mts. hat der König zum Besten der gegenwärtig außerordentlicher Weise in Anspruch genommenen Staatskasse an der Civilliste den Geldbetrag von 200,000 fl. für das Jahr 1848—49 nachgelassen. (Schw. M.)

(Stuttgart, den 12. Juli.) Von hier aus ergeht nachfolgender wohl zu beachtender Aufruf an den Kölner Dombauverein und die dortige hohe katholische Geistlichkeit: „Den 14., 15. und 16. August soll in Köln die 600jährige Jubelfeier der Grundsteinlegung des dortigen herrlichen Doms auf das Festlichste begangen werden; zugleich soll diese Säkularfeier eine Veranlassung für die deutsche Nation werden, den errungenen Fortschritt durch ein Freudenfest zu bezeichnen. Pius IX ist dazu eingeladen. Er kommt, wie natürlich, nicht. Dagegen dürfte vielleicht der Reichsverweser, Erzherzog Johann, zugegen sein. Aber es stände in der Hand des Dombauvereins und der hohen katholischen Geistlichkeit, diesem Feste einen unendlich großartigen Charakter, — ja! eine weltgeschichtliche Bedeutung zu geben, wenn Beide es dadurch zum Ausdruck des Zeit- und Nationalgeistes, — zum schönen Sinnbilde deutscher Einheit, Toleranz und wahrer christlichen Liebe machten, daß nach einander, vielleicht an den verschiedenen Tagen ein römisch-katholisches Hochamt, ein protestantischer, ein deutsch-katholischer (frei-christlicher) und ein judischer Gottesdienst in den hohen und herrlichen Hallen des Domes gehalten würde. Das wäre ein großartiges Fest der Liebe, der Vereinigung, der nationalen Brüderlichkeit, wie es die Welt noch nie gesehen. Ihr Männer von Köln! Ihr Priester der katholischen Kirche! Faßt diesen Entschluß, beweist, daß Ihr geistig groß und stark und mit einem Herzen voll Liebe dasteht; erhebt Euch zu der Größe des Gedankens: alle Menschenkinder beten zu dem gleichen Gott, — alle Deutschen, weß' Glaubens sie auch seyen, sind Brüder! Bei dem Allmächtigen! ein solches Fest müßte der heilige Geist der reinsten Humanität, der höchsten Gottes- und Menschenliebe verklären. Auf! Tretet sie nieder, die Schranken der konfessionellen Engherzigkeit! Dem edelsten, dem kühnsten Aufschwunge des menschlichen Herzens und Geistes entstieg die Riesen-Schöpfung des Kölner Domes. Laßt ihn bei seiner 600jährigen Jubelfeier den Altar werden, auf dem — gleich edel und kühn — die Flamme ächt deutscher Bruderliebe bis zu den Sternen emporlodre! — Heribert Rau, Pfarrer.“ (Frkf. J.)

Frankreich.

† (Paris, 11. Juli.) Die Mobilgarde soll aufgelöst, in die

Linie verschmolzen oder zu einer Art Präsidial - oder Konsul-Garde umgewandelt werden. Auch dieses Februar - Institut wäre somit zu Grabe getragen. Wir sind weit entfernt, Thränen zu vergießen; aber mit dieser Pariser Volksjugend, aus der es bestand, hätte man - wie man in Deutschland sagt, den Teufel auf flachem Felde fangen können. Sie hat ihre Lehrer und Brüder hinter den Barrikaden erschlagen, das ist wahr; sie hat somit der Reaktion gedient. Aber das moralische Entsetzen der Nationalversammlung in ihrer gestrigen Sitzung über die moralischen Excesse ihrer Erretter war wahrhaft possirlich. Unter dem Scheine, ihr zu schmeicheln, wird man sie erdrücken. Wir unsererseits finden nur etwas Tadelnswerthes in dem bisherigen Verhältniß der Mobilgarde zur Linie; und dies ist: die Ungleichheit der Besoldung, ein Mobil erhält 70, ein Soldat nur 5 Centimen tägliches Trinkgeld! Die Nationalversammlung wird durch Herabsetzung des Solds die Moral aufrecht erhalten. Die 70 Pfennige, nicht der Junisieg haben das Schicksal der Mobilgarde entschieden.

Aus Sedan wird die Entdeckung einer furchtbaren Verschwörung gemeldet. Unter den dortigen zahlreichen Fabrikarbeitern habe sich nämlich ein heimlicher Ausschuß gebildet, dessen Absicht auf nichts Geringeres hinauslief, als diejenigen zwölf größten Fabriken in Brand zu stecken und ihre Eigenthümer zu tödten, die sich mit Heftigkeit jeder Verkürzung der Arbeitszeit widersetzt hatten. Die Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital häufen sich leider in entsetzlicher Weise auch in den übrigen Gegenden Frankreichs. Die Fabrikanten können unmöglich, ohne Bankerott zu machen, höheren Lohn für kürzere Arbeitszeit bei denselben Waarenpreisen zahlen. Andererseits ist es den Maschinenmenschen nicht zu verdenken, wenn sie einen tödtlichen Haß gegen die Maschinen nähren. Es frägt sich, wie wird uns die Nationalversammlung aus diesen Klemmen heraushelfen? Wir können doch unmöglich fortfahren, uns gleich wilden Thieren zu erwürgen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Auf dem Wege der Hilfsvollstreckung wird eine gerichtlich auf 1300 fl. gewerthete Barbier-Gerechtigkeit hiemit dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und deshalb Termin zur Aufnahme der Angebote auf

Montag den 7. Aug. l. Js, Vormittags 11 Uhr, Commissions-Zimmer Nr. 9

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte unbekannte Personen sich sofort bei der Tagsfahrt über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, und der Hinschlag nach §§. 98—101 der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 erfolgt.

Nürnberg, den 26. Juni 1848.

Seuffert.

Trauer-Anzeige.

Allen unsern Anverwandten und Freunden bringen wir die traurige Anzeige, daß unsere gute, für uns so sorgsame Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin,

Frau Maria Barbara Mezger,

Magistratsraths- und Maurermeisters-Wittwe aus Wassertrüdingen,

Freitag den 14. Juli Abends ³/₄ 7 Uhr, sanft und selig in Folge eines jahrelangen schmerzhaften Gichtleidens in einem Alter von 72 Jahren in ein besseres Jenseits abgeschieden ist. Wer die Verblichene kannte, weiß, wie viel wir an ihr verlieren. Wir empfehlen sie zum ferneren Andenken uns aber zur geneigten Freundschaft.

Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Erlangen und Wiesend, den 16. Juli 1848.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Montag den 17. Juli, Nachmittags 2 Uhr auf dem St. Rochus-Kirchhof statt.

Aufforderung.

Der Einsender des Briefes unter Nro. B. an den Präsidenten der kgl. Regierung von Mittelfranken wird hierdurch aufgefordert, sich bei dem kgl. Stadtkommissär einzufinden, um über den Inhalt seines Schreibens die nöthige Aufklärung zu erhalten.

Nürnberg, den 14. Juli 1848.

Königl. Stadt-Commissariat.

Lenz.

Aufforderung.

Alle Besitzer von realen und radizirten Gewerben hiesiger Stadt und des Burgfriedens werden eingeladen sich

Montag den 17. Juli Nachmittags fünf Uhr

im Saale des goldenen Reichsadlers einzufinden. —

Der mitgetheilt werdende Gegenstand ist von größter Wichtigkeit, er betrifft die eigenthümlichen und wohlerworbenen Rechte jedes Einzelnen von uns.

Bleibe keiner zurück aus Gleichgültigkeit, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß nur durch gemeinsames Handeln ersprießliches erzielt werden kann.

In der Hauptsache selbst wird der als Rechtsbeistand erwählte kgl. Advocat Hr. Lindner einen Vortrag halten und eine an das Parlament verabfaßte Vorstellung zur Unterschrift vorlegen.

Nürnberg, den 14. Juli 1848.

Der Ausschuß für die realberechtigten Gewerbe.

Aurnheimer, Großpfragner. B. W. Engelhard, Kaufmann. Forster. Lebkücher.
Jahn, Conditor. Richter, Gastwirth. Richter, Färber. Weiß, Bierbrauer.

Freundschafts-Verein.

Montag den 17. Juli findet Produktion im Schießzwinger statt, wozu die Mitglieder und Antheilnehmenden höflichst einladet

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Rosenau.

Montag den 17. Juli Production des großen Streich-Orchesters unter Leitung des Herrn Erdmannsdörfer. Anfang 6 Uhr. Entree 6 kr. à Person

Höflichst ladet ein

Fr. Schott.

Versammlung.

Montag den 17. Juli Abends 8 Uhr, Versammlung des Volks-Vereins Riege Nr. 5 a und b im Essigbrätlein.

Wiener Salon.

Zur Feier der Ankunft Se. k. k. Hoheit *des Reichsverwesers* findet Sonnabend den 15. d. Mts. Abends Produktion unter Leitung des Stabshornisten Herrn Lippert statt.

Einladung

Alle hiesigen Einwohner, welche zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung Waffen tragen, werden hiemit eingeladen, sich zu einer Berathung über die demnächst ins Leben treten sollende „Sicherheitswache“ im Saale des goldenen Adlers in der Adlerstraße Montag den 18. Juli Abends 8 Uhr einzufinden.“

Das Comité.

Einladung.

Sonntag, den 16. Juli, bei günstiger Witterung, Spaziergang des Apollo-Pilger-Vereins nach Malach und werden dessen Freunde und Bekannte zur Theilnahme höflichst eingeladen. Zur Unterhaltung ist für Musik und Spiel gesorgt. Zusammenkunft Mittag 1 Uhr auf dem Tafelhof.

Der Vorstand.

Almoshof.

Sonntag den 16. Juli ist Tanzmusik, wozu ergebenst einladet

Wild.

Schießhaus zu Wöhrd.

Heute Sonntag den 16. Juli findet gutbesetzte Tanzmusik statt.

H. Hetzner.

Schusters-Felsen-Keller.

Heute Sonntag den 16. Juli

Harmonie-Musik.

Zur Belustigung des Publikums wird ein großer Luftballon steigen.

Einladung.

Bei mir Unterzeichneten findet ein altbayerisches Preiß-Kegelschieben, bestehend von 12 fl. bis abwärts 1 fl., das sich am 30. Juli Abends halb 8 Uhr endet, statt, wozu ich an alle werthen Kegelfreunde meine achtungsvolle Einladung mache.

Joh. Michael Ferster.

Wirthschaftspächter auf der Schwarzach, bei Schwabach.

Industrie- und Kultur-Verein.

Montag den 17. Juli Quartett-Musik. Anfang 7 Uhr.

Rohlederers-Garten.

Heute Sonntag findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Paradies.

Sonntag den 16. Juli Harmonie-Musik Montag Gansbraten, Tauben und Hühner, wozu ergebenst einladet

H. W. Adam.

(Zu verkaufen) Ein Linien-Offizier-Säbel ist zu verkaufen

Antwort.

Auf die Frage in Nro. 197 der Mittelfränkischen Zeitung,

„ob der Rock des gemeinen Soldaten von der Gesellschaft Gebildeter auszuschließen sey“

diene zur Antwort, daß der verwehrte Eintritt zu den Gesellschafts-Lokalitäten der Rosenau nicht dem Rock, sondern den Unberechtigten gegolten hat, und Unberechtigte sind solche Einheimische, welche nicht abonnirt haben. Es kann daher der Zutritt weder den Soldaten, so achtbar sie auch seyn mögen, noch höher gestellten Personen, es seyen denn ganz Fremde, von Gesellschafts-Mitgliedern eingeführt, gestattet werden da es bekanntlich kein öffentlicher Ort ist, den Jedermann besuchen darf. —

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß

Anfrage.

Warum werden denn die Schrannenpreise der vergangenen Woche nicht öffentlich bekannt gemacht, wie dieß immer üblich und recht war?

(Literatur) Bei Riegel und Wießner in Nürnberg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Jahn, Dr. Jul., allgemeine Erklärungen über die practische Medizin, mit besonderer Berücksichtigung der Unterleibskrankheiten für gebildete Nichtärzte. 8. br. 30 kr.

Soviel auch über diese wichtige Krankheitserscheinungen schon geschrieben worden ist, so wird doch dieser neue Beitrag, welchen Hr. Dr. Jahn bei Gelegenheit des Antritts seiner medizinischen Praxis gibt, dem nichtärztlichen Publikum willkommen sein.

(Anerbieten) Wer bei guter Aussprache befähigt ist, im Englischen Unterricht zu ertheilen und dagegen sich geneigt zeigt, anstatt des Honorars Unterricht in der französischen Sprache zu nehmen, wolle sich gefälligst unter Chiffre A a anmelden.

(Mieth-Gesuch) Man wünscht auf 2 Monate eine kleine Gartenwohnung in der Nähe des Vestnerthores zu miethen. Näheres in S. Nro. 708 auf dem Panierplatz im 2. Stock.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von 17 Jahren, auf dessen Treue und gutes Betragen man sicher rechnen darf, welche schon als Kindsmagd diente, wünscht bei achtbarer Herrschaft als Kinds- oder Hausmädchen unterzukommen.

(Gesuch.) Ein auswärtiges Mädchen, welches 4 Jahre bei einer soliden Herrschaft diente und im Kochen erfahren ist, wünscht nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch) Eine erfahrne Köchin, die sich auch andern Hausarbeiten unterzieht, sucht bis nächstes Ziel unterzukommen. Näheres in S. Nro. 94.

(Gesuch) Ein Mädchen vom Lande, welches aber schon längere Zeit hier diente, auch Spinnen und Hausmannskost kochen kann, wünscht nächstes Ziel wieder unterzukommen Frauenkirche 977.

(Gesuch.) Eine solide tüchtige Hausmagd, welche Kochen, schön Nähen und Stricken kann, wird in Dienst zu nehmen gesucht.

(Zu verkaufen.) Wirthschaftsutensilien, als: Tafeln, Stühle, messinge Reiben, Lüstre, Hänglampen, Kellerlager, 4 Dienstbotenbetten mit Bettstätten u. dgl., sind billig zu verkaufen.

Arena.

Sonntag den 16. Juli. „Die Teufelsmühle am Wienerberge. Oesterreichisches Volks-Mährchen mit Gesang in 4 Akten von Hensler Musik von W. Müller.

(Berichtigung.) In dem Bericht über die Volksversammlung in Nro. 197 d. Bl., S. 1, Spalte 1, Zeile 37 v. u. ist vor „Partei“ „unbedingt“ einzuschalten.

(Berichtigung.) In Nr. 197 d. Bl., in dem Art. [illegible] XXX der Nürnberger Abgeordnete ꝛc. ist zu lesen statt: „der erste sittliche Akt“ — „der erste sichtliche Akt“, ferner statt: „den Reichsverweser unbedingt“ — „den Reichsverweser nicht unbedingt.“

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17. Juli 1848. № 199. Montag: Alexius.

An das deutsche Volk.

Deutsche! Eure in Frankfurt versammelten Vertreter haben mich zum deutschen Reichsverweser erwählt.

Unter dem Zurufe des Vertrauens, unter den Grüßen voll Herzlichkeit, die mich überall empfingen, und die mich rührten, übernahm ich die Leitung der provisorischen Centralgewalt für unser Vaterland.

Deutsche! nach Jahren des Druckes wird Euch die Freiheit voll und unverkürzt. Ihr verdient sie, denn Ihr habt sie muthig und beharrlich erstrebt. Sie wird Euch nimmer entzogen, denn Ihr werdet wissen, sie zu wahren.

Eure Vertreter werden das Verfassungswerk für Deutschland vollenden. Erwartet es mit Vertrauen. Der Bau will mit Ernst, mit Besonnenheit, mit ächter Vaterlandsliebe geführt werden. Dann aber wird er dauern, fest wie Eure Berge.

Deutsche! Unser Vaterland hat ernste Prüfungen zu bestehen. Sie werden überwunden werden. Eure Straßen, Eure Ströme werden sich wieder beleben, Euer Fleiß wird Arbeit finden, Euer Wohlstand wird sich heben, wenn Ihr vertrauet Euren Vertretern, wenn Ihr mir vertrauet, den Ihr gewählt, um mit Euch Deutschland einig, frei und mächtig zu machen.

Aber vergeßt nicht, daß die Freiheit nur unter dem Schirme der Ordnung und Gesetzlichkeit wurzelt. Wirkt mit mir dahin, daß diese zurückkehren, wo sie gestört wurden. Dem verbrecherischen Treiben und der Zügellosigkeit werde ich mit dem vollen Gewichte der Gesetze entgegentreten. Der deutsche Bürger muß geschützt seyn gegen jede strafbare That.

Deutsche! Laßt mich hoffen, daß sich Deutschland eines ungestörten Friedens erfreuen werde. Ihn zu erhalten, ist meine heiligste Pflicht.

Sollte aber die deutsche Ehre, das deutsche Recht gefährdet werden, dann wird das tapfere deutsche Heer für das Vaterland zu kämpfen und zu siegen wissen.

Frankfurt am Main, den 15. Juli 1848.

Der Reichsverweser
Erzherzog Johann.
Die Reichsminister
Schmerling. Peucker. Heckscher.

Trennung der Kirche von dem Staate und der Schule von der Kirche.

Diese Frage wird gegenwärtig allenthalben und auf die verschiedenartigste Weise angeregt und besprochen. Selbst die ultramontane Partei verlangt Trennung der Kirche vom Staate; natürlich zur Förderung ihrer eigenen Zwecke, nicht zur Erlangung wahrer religiöser Freiheit, sondern zur festern Begründung ihrer Herrschaft über die Geister und Leiber. Deßhalb auch will sie von Trennung der Schule von der Kirche nichts wissen; sondern, so sehr sie für erstere eifert, eifert sie gegen letztere, weil hierdurch „die Religion in die höchste Gefahr gebracht werde." — Mit einer Trennung der Kirche vom Staate muß aber auch Trennung der Schule von der Kirche folgen: mit einer wahren religiösen Freiheit auch wahre Lehrfreiheit verbunden sein. In dem jetzt bestehenden Verbande des Staates mit der Kirche und der Kirche mit der Schule kann weder das eine noch das andere: wahre religiöse Freiheit und wahre, die Aufklärung fördernde Lehrfreiheit gedeihen. Daher sollen diese zur Wahrheit werden, muß eine Trennung erfolgen. Es versteht sich aber wohl von selbst, daß diese Trennung nicht ganz unbedingt geschehen darf, sondern dem Staate immerhin das obere Aufsichtsrecht verbleiben muß. Wie aber die Unterhandlung der Lehre (des Unterrichts) Sache der Allgemeinheit sein muß, so muß jene des Kultus, Sache der einzelnen Konfessionsgenossen sein; daher haben zur Unterhaltung des Unterrichts alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses beizutragen; zu jener der Kirche aber nur die betreffenden religiösen Gemeinden. — Während es Pflicht des Staates ist, für Bildung und Aufklärung Sorge zu tragen, kann demselben wohl nicht zugemuthet werden, daß er zur Unterhaltung des Kultus aller religiösen Gemeinden beitrage; geschieht solches aber, wie es seither der Fall, mit einzelnen bevorrechteten Konfessionen, so ist dies eine Ungerechtigkeit gegen andere Religionsgenossen. Es muß daher der Unterricht frei ertheilt, die Kosten desselben von der Allgemeinheit bestritten, und es darf keiner religiösen Körperschaft irgend ein Einfluß auf denselben zugestanden werden; daher auch müssen die bestehenden Konfessions-Unterrichtsanstalten aufhören. Die Kosten des Kultus jedoch sind lediglich Sache der betreffenden religiösen Gemeinden, denen auch die freie Wahl ihrer Geistlichen zusteht. — So wie die innere Organisation der Schule dieser selbst zusteht, eben so steht auch jene des Kultus der betreffenden Kirche zu und ist auf frei gewählten, aus Geistlichen und Laien bestehenden Synoden zu regeln. So verstehen wir die Trennung der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche. Ob sie jene Partei, die nur in Finsterniß, Dummheit und Aberglauben ihre Existenz findet, eben so versteht, mögten wir sehr bezweifeln. Gänzliche Trennung vom Staate allerdings verlangt sie, aber ohne Zweifel soll der Staat dennoch die fetten Pfründen dotiren, womit sie ihre Getreuen belohnt; nicht wahre Freiheit aller Kulten ist ihr Zweck, sondern nur schrankenlose Freiheit für sich, und durch diese Herrschaft selbst über den Staat. Daher ihre Sturmpetitionen für Trennung der Kirche vom Staate und gegen Trennung der Schule von der Kirche, resp. gegen Aufhebung der konfessionellen und Einführung von Kommunalschulen.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 15. Juli.) Der Reichsrath Graf Armannsperg hat im Gesetzgebungsausausschuß bei Berathung des Gesetzentwurfs über Abänderung des Strafgesetzbuches ein vorläufiges Votum abgegeben, in welchem er in mehreren wesentlichen Punkten von den Ansichten des Referenten Oberkonsistorialpräsidenten Arnold abweicht. Diese Abweichung tritt schon beim 1. Akt ein, durch welchen die Bestimmungen über dolus und Culpa aufgehoben werden; Armannsperg will, daß man entweder der Willkühr der Geschworenen die Entscheidung überlasse, was sie für Fahrlässigkeit ansehen wollen, wornach die Artikel 39, 40 und 64 zu streichen wären, oder man lasse die gesetzliche definitive stehen und schließe sich dem engl. Verfahren an. Gr. Armannsperg hegt ferner den Wunsch, es möchte im Willen der k. Regierung und in der Competenz der Ausschüsse liegen, schon jetzt wenn auch nicht die Todesstrafe (wenigstens bei politischen Verbrechen), so doch dem milden Geiste unseres Strafgesetzbuches direkt entgegenstehenden Bestimmungen als 1) Errichtung von Schandsäulen. 2) der Prangerausstellung und 3) des Prügelns aufzuheben. — In diesen Tagen hat sich hier ein Comité zur Sammlung von Beiträgen für die arbeitslosen und höchst hilfsbedürftigen Bayern zu Havre in Frankreich gebildet, an dessen Spitze der kgl. Regierungspräsident Bar. v. Godin und Reichsrath Graf Aug. v. Seinsheim stehen. Bekanntlich ist die Zahl der in Havre befindlichen Bayern 476; nach dem Anschlage des bayerischen Consuls werden die Auswanderungskosten nach dem durchschnittlichen Betrage von 90 Franken pr. Kopf 43,000 Fr. betragen. Die durch ein Regierungsreskript vom 15. Mai l. J. ausgeschriebene Sammlung aber hat bis jetzt keine günstigen Resultate geliefert; man zweifelt, daß die in der Nationalversammlung geschehene Anregung dieses Betreffs diesen Unglücklichen schleunig genug ihre Lösung bringen wird. — Die bestehenden politischen Vereine erhalten fortwährend Zuwachs an Mitgliedern zugleich aber bilden sich immer neue Vereine z. B. Verein für Feuerarbeiter denen sich andere Gewerbsmeistervereine angeschlossen haben, ein Bildungs-Verein für Arbeiter (Vorstand Roos), Gesellen-Vereine u. s. w. — Auf die gegen den Kriegsminister geschleuderten Angriffe, als handle derselbe nicht im Sinne Sr. Maj. des Königs, den einschlägigen bürgerlichen Meistern die militärischen Arbeiten vorzugsweise zu übertragen, erklären zwei Vorsteher der Sattlerinnung, daß dieser in kürzester Zeit Arbeiten im Betrag von 12,000 fl. bereits zugewiesen wurden, deren Lohn sie stets baar erhalten haben. Wir haben noch nicht gehört, daß unsere Bürger über die Schmälerung geistiger Errungenschaften Klage führten, wohl aber erheben sie sich mit Kraft und Energie, wo es sich um einen Eingriff in vermeintliche materielle Rechte handelt. Es dürfte aber die Frage noch keineswegs so entschieden seyn, ob die Militärverwaltung, welche in ihrem Etat große Summen gerade dadurch ersparen kann, daß sie ihre eigenen Werkstätten hält, verpflichtet ist, die weit kostspieligeren Arbeiten von den bürgerlichen Meistern sich liefern zu lassen. Warum sollen die Bürger einzelner Städte und namentlich der Hauptstadt ein Privilegium bei den Arbeitsverleihungen haben? Die durch Militärarbeiten dem Etat möglichen Ersparnisse, die im Laufe von Jahren auf Millionen sich belaufen können, kommen dem ganzen Lande zu gut, das auch gerechtere Ansprüche hierauf hat, als einzelne bevorzugte Bürger, auf den ohnedieß nur geringen Gewinn an der auf dem Wege der Submission ihnen verliehenen Arbeit.

†† (Nürnberg, den 16. Juli.) Nachdem gestern durch die Schelle verkündet wurde, daß der Reichsverweser gestern zwischen

2 und 4 Uhr hier ankommen werde, schickte sich Alles zu dem festlichen Empfang an, die Häuser waren mit den deutschen Farben in Fahnen, und theilweise mit Kränzen und Festons geschmückt, das Spittler- und Frauenthor besonders dekorirt. Später wurde bekannt, daß der Erzherzog-Reichsverweser erst heute in aller Frühe eintreffen würde. Um 3 Uhr früh wurde deßhalb Appell geschlagen, und um 4¾ Uhr traf das Oberhaupt Deutschlands unter Kanonendonner und Glockengeläute hier ein. Das sämmtliche Militär, Landwehr und Stadtwehr waren in Spalieren in den Straßen aufgestellt, die Chevauxlegers ritten vor und nach dem Wagen, der Stadtkommandant und andere Stabsoffiziere neben dem Wagen. An der k. Posthalterei hielt der Erzherzog nur so lange, als zum Umspannen nöthig war, die Behörden waren dort versammelt, und der erste Bürgermeister Dr. Binder sprach Se. kaiserliche Hoheit in kurzer Rede an, die eben so bündig beantwortet wurde. Laute Vivats der zahlreich versammelten Menge schallten allenthalben dem Schlichter der Ruhe und Ordnung im Vaterlande entgegen. Auf der Rückreise nach Frankfurt wird der Reichsverweser länger in Nürnberg verweilen.

** (Nürnberg, den 16. Juli.) Wir machen zu dem Artikel der »Mittelfränkischen Zeitung": Ansbach, den 13. Juli 1848, in Nr. 197, das Verbot der Mittelfränkischen Zeitung und des Nürnberger Kuriers im Schullehrerseminar zu Altdorf betreffend, einige Bemerkungen. — Es heißt in jenem Artikel: „Es besteht wohl keine Bildungsanstalt dieser Art, noch könnte eine solche bestehen, in welcher die Wahl der Lektüre den Zöglingen freigegeben werden könnte;" und weiter: „es gestattet schon die Zeit, nur wenige Blätter zu halten." — Und doch besteht das Schullehrerseminar zu Schwabach in unserer und der nächsten Nähe der k. Regierung, in welchem, nach einem Artikel in Nr. 143 der Mittelfr. Zeitung, vom 22. Mai l. J. neun Zeitungen gelesen werden und bis zur Stunde die Mittelfränkische Zeitung und der Nürnberger Kurier den Seminaristen nicht verboten wurden. Ebenso, wie im Schwabacher Seminar, ist auch im Altdorfer die Zeit zum Lesen der Zeitungen da, aber der gute Wille, den Nürnberger Kurier und die Mittelfränkische Zeitung einzulassen, die vielleicht etwas heller leuchten, als der empfohlene Korrespondent und die Münchner politische Zeitung ist nicht da. Im Seminar zu Altdorf sind die erstgenannten Blätter verboten; wahrscheinlich auf Berichtserstattung des Herrn Inspektors, Hochehrwürden, von der k. Regierung also verfügt, und im Schwabacher Seminar weiß man nach der öffentlichen Erklärung einiger Seminarlehrer und mehrerer Seminaristen in der am verflossenen Mittwoch, den 12. d. M. abgehaltenen Lehrerversammlung zu Schwabach, von einem derartigen Verbot der Mittelfränkischen Zeitung und des Nürnberger Kuriers durchaus nichts. Die Schwabacher Seminaristen müssen also denn doch »die Reife des Urtheils" haben, welche man im Verlaufe des oben berührten Artikels den Seminaristen überhaupt abzusprechen beliebt, da ihnen die mehrerwähnten Zeitungsblätter nicht verboten sind — die Altdorfer Seminaristen dagegen nicht. — Wir glauben übrigens, wenn gleich der sehr geehrte Altdorfer Seminarinspektor seine Herrn Seminaristen weniger reif für beide Blätter halten sollte, als der Schwabacher Herr Inspektor die seiner Leitung und Bildung anvertrauten, man durfte auch ersteren das Lesen der genannten Blätter gestatten, um so mehr, da wir, als sehr eifrige Leser dieser Zeitungen, noch nie einen Aufsatz in denselben über Reorganisation des deutschen Schulwesens und der Seminare gelesen haben, »der sich auf dem Felde der Polemik maßlos überstürzt hätte; und ein großer Theil der Seminaristen in wenigstens 4 bis 6 Wochen die Anstalt verläßt, also doch für »reif« erklärt werden soll, die „Erörterungen, Wünsche rc." in Betreff des Schulwesens von »einem Theil des Lehrerstandes« nicht nachtheilig auf jene Seminaristen einwirken können, da in jenen Blättern blos das geboten wird, was mit den Ansichten der anerkanntesten Pädagogen und Staatsmänner vollkommen übereinstimmt. Wir lesen dieselben Forderungen, wie sie „Männer vom Fache" bereits schon früher gestellt haben, in den neuesten Nummern des „Volksblattes" von dem Parlamentsmitglied Herrn Dr. Eisenmann und hoffen, daß die Kämpfer für die moderne Schule gegen die klerikalische denn doch siegen werden.

(Regensburg, 15. Juli.) Heute Abends trifft Se. Maj. der König Maximilian von Bayern hier ein, um den Morgen früh zu erwartenden deutschen Reichsverweser Erzherzog Johann zu bewillkommnen und die Vorkehrungen zu dessen feierlichsten Empfang werden allenthalben getroffen. Derselbe wird morgen Vormittags mit einem Extra-Dampfschiffe seine Reise nach Wien fortsetzen. — Heute Abend 6 Uhr fand ein nationales Vorfest statt. Das Landwehrregiment rückte zu feierlicher Parade aus, um die nationalfarbigen Fahnenbänder in Empfang zu nehmen, welche die junge Fürstin Therese von Thurn und Taxis ihm verehrte. (Rgsb. Z.)

(Aus Bayern.) Immer aufs Neue wird es besprochen, warum man von jenen Vielen, an denen in den 1830er Jahren Justizmorde verübt wurden, nur den bayerischen Mitgliedern der Nationalversammlung, Behr und Eisenmann, eine Geldvergütung gewährt hat. Warum ist für so viele Andere nichts geschehen, die Alles einbüßten, so namentlich für Volkhart in Augsburg, Kohlhepp in der Pfalz u. s. w. (N. Sp. Z.)

Baden. (Mannheim, 13. Juli.) Gestern kam aus der Rheinpfalz das 15. und heute das 10. bayerische Infanterieregiment hier durch, um vorerst wieder ihre früheren Garnisonen zu beziehen. Morgen wird uns die bayerische Besatzung verlassen, um in die Rheinpfalz zurückzukehren, und es wird dafür eine badische Militärabtheilung, nämlich ein Bataillon des Leibinfanterieregiments und eine halbe Batterie Artillerie hier einrücken. (Schw. M.)

Braunschweig. (Braunschweig, 12. Juli.) Im Widerspruche mit dem muthmaßlichen Friedensabschlusse steht der Umstand, daß vor einigen Tagen unsern in Holstein stationirten Truppen eine große Menge Munition nachgesandt wurde. (Mgdb. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 14. Juli. 38. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) In der heutigen Sitzung wurde in Bezug auf das bekannte Schreiben des königl. hannoverschen Staatsministeriums an die Stände nach dem Antrag von Wydenbrugks beschlossen: die Centralgewalt möge die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von dem Staatsministerium des Königreichs Hannover fordern. In Bezug auf das österreichische Geldausfuhrverbot wurde der Ausschußantrag angenommen, dahin gehend: die Nationalversammlung erklärt, daß das von der österreich. Regierung unter dem 2. April l. J. erlassene und später bis Ende Juli verlängerte Ausfuhrverbot von edlen Metallen, sowohl für Oesterreich selbst wie für die übrigen deutschen Staaten große Nachtheile habe, und daß eine solche den übrigen deutschen Staaten gegenüber nicht zu rechtfertigende Maßregel mit der Einheit Deutschlands unverträglich sey. Diese Erklärung soll der österr. Regierung auf geeignetem Wege mitgetheilt werden. (Fkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 14. Juli.) Gestern nach dem Schlusse der Sitzung vereinigten sich fast alle Mitglieder der Nationalversammlung zu einem verabredeten Mahle in der Mainlust, zu dessen Schlusse auch Se. kais. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser erschien, und sich mit dem Präsidenten und vielen ihm vorgestellten Mitgliedern der Nationalversammlung auf das freundlichste unterhielt. Der ununterbrochenen Aufführung der Nationalhymne reihte der Reichsverweser einen entsprechenden Toast an, der mit größter Begeisterung aufgenommen wurde. Mit besonderer Theilnahme bemerkte man die freudige Stimmung des alten Arndt bei dem vielstimmigen Klange seines berühmten Liedes. — Se. Maj. der König von Würtemberg, JJ. kk. HH. die Großherzoge von Baden und von Hessen und JJ. HH. die Herzoge von Nassau und von Sachsen-Meiningen sind gestern hier eingetroffen; heute werden Se. Maj. der König von Bayern hier erwartet. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 13. Juli.) Es wird mit Zuverlässigkeit behauptet, daß der abgetretene preussische Ministerpräsident Camphausen in das nunmehr zu bildende deutsche Reichsministerium eintreten werde. Die Lage, in welche der Exminister durch die Uebernahme dieses Amtes kommen würde, dürfte ihm aber sehr große Schwierigkeiten bereiten und leicht den ganzen Zweck vereiteln, der durch sein Eintreten erreicht werden soll. Vor allen Dingen scheint es natürlich nothwendig, daß die Minister keine anderen leitenden Prinzipien haben, als die sind welche die Nationalversammlung in ihrer Majorität als die leitenden aussprach. Nun aber ist es bekannt, daß, während die Nationalversammlung die Volkssouveränetät proklamirt und bei der Wahl des Reichsverwesers zur Anerkennung gebracht hat, der Exminister Camphausen in seinen Reden in der konstituirenden Versammlung zu Berlin die Volkssouveränetät ausdrücklich verworfen, das Volk nicht berechtigt hielt, selbstständig sich eine Verfassung zu geben, und sein Ministerium wesentlich als eine Fortsetzung des vereinigten Landtags betrachtete. Der Minister würde demnach mit seiner politischen Ueberzeugung im Widerspruch stehen mit dem Grundgedanken, welchen die deutsche Nationalversammlung zu ihrem leitenden Prinzipe gemacht hat, und auf welchem die ganze provisorische Centralgewalt ruht. Dieser Widerspruch ist um so bedenklicher, je mehr die Consequenz des Herrn Camphausen gerühmt wird, und die conservative Partei, statt, wie sie hofft, in ihm einen Stützpunkt zu finden, könnte leicht die Erfahrung machen, daß durch den Minister Camphausen, wie in Berlin, so auch in Frankfurt, die Opposition auf indirektem Wege einen starken Zuwachs erhielte. Wenn nun aber Herr Camphausen wesentlich darum in das Ministerium treten soll, damit Preussen dadurch eine Concession gemacht werde, so scheint diesem Zweck nicht sehr gedient, wenn man einen Mann wählt, welcher, statt die Antipathien gegen dasselbe zu überwinden, sowohl wegen seiner politischen Ueberzeugung, als auch um der Unbiegsamkeit seines Charakters willen nothwendig eine mächtige Opposition gegen sich hervorrufen muß. Zudem scheint es auch wunderbar, daß man aus Rücksicht für Preussen einen Mann ins Reichsministerium wählt, welcher wegen Mangel an hinreichendem Vertrauen von Seiten des Volkes und seiner Vertreter das Portefeuille niederlegen mußte. Wenn es die Freunde Preussens sind, welche zu diesem Schritte den Rath gegeben, so dürfte man leicht in Sanssouci ein bekanntes italienisches Sprichwort nur als allzuwahr ausrufen hören. (Ftkf. J.)

(Hamburg, den 11. Juli.) Eine sehr gewichtige, für viele Tausende unserer Deutschen Brüder maaßgebende Stimme ist in den Herzogthümern die des „Itzehöer Wochenblattes" desselben Organes, welches Kammerherr von Scheel schon vor etwa 2 Jahren politisch unschädlich zu machen versuchte. Dieses Blatt sagt in einem längern Artikel über die Nothwendigkeit des Aufhebens auch der Personal-Union u. A.: „Je näher der Zeitpunkt tritt, wo die Frage praktisch entschieden werden soll, ob das unselige Verhältniß zu Dänemark wiederhergestellt werden soll, oder ob die Herzogthümer sich der deutschen Entwickelung ohne Vorbehalt anschließen dürfen, desto lauter müssen wir unsere Stimme erheben, um dem, was die unendliche Mehrheit der Schleswig-Holsteiner denkt und fühlt, Worte zu leihen. Es ist der entschiedene Wille der Herzogthümer, daß im Frieden auch das letzte Band beseitigt werde, das uns an Dänemark festhält. Mag seyn, daß Mancher sich noch nicht ganz klar ist über diese Sache, daß Mancher vielleicht meint, — erleichtert die Beibehaltung der Personal-Union den Friedensschluß, so möge sie beibleiben, wenn nur das Blutvergießen dadurch beendet wird; gegen Uebergriffe von dänischer Seite können wir uns ja durch Bedingungen im Friedensschlusse sichern." Wer so spricht, weiß nicht, was er will. Was helfen gegen Dänemark Verträge? — Nun folgt eine nur allzugerechte Aufzählung der bittersten Beschwerden, welche die von Dänemark perfide und nichtswürdig behandelten Herzogthümer seit vielen Jahren zu erheben hatten, die endlich zu einem offenen Aufstande führten, welcher, obgleich durch die Deutsche Nationalhülfe siegreich geblieben, nunmehr beseitigt werden soll wie eine gebändigte Insurrection. Zum Schluß aber spricht der Verfasser mit unserer vollen Bestimmung die Ueberzeugung aus, daß die Ehre Deutschlands keinen Frieden dulde, der die Dänen wieder nach Schleswig-Holstein zurückbringt. Als Kampfpreis dürfe man die Aufhebung der verhaßten Personal-Union zu erreichen hoffen. „Daher — so lauten die letzten Worte — frisch in den Kampf und die Dänen mit mannhafter Faust bezwungen, die Nationalversammlung aber durch zahlreiche Petitionen in der Ueberzeugung befestigt: „daß es der Wille des Schleswig-Holsteinischen Volkes ist, daß Schleswig ungetheilt mit Holstein vereint bleibe und mit Deutschland verbunden werde und nicht minder, daß kein König von Dänemark künftig über die Herzogthümer, kein Herzog von Schleswig-Holstein über Dänemark herrsche!"

Hessen. (Darmstadt, 7. Juli.) Vor Kurzem theilte ich der „O.-P.-A.-Z." den am 8. v. M. gestellten Antrag des Abg. Görtz, bezüglich der Verhältnisse der Stadt Mainz als Bundesfestung, mit. Dieser Tage hat nun derselbe einen weiteren Antrag, »die Verhältnisse der Stadt Mainz betreffend« folgen lassen, den ich gleichfalls einsenden zu müssen glaube, damit Ihre Leser von Allem Notiz nehmen können, was die Eigenthümlichkeit der Verhältnisse des »goldnen Mainz« in ihr volles Licht stellt. Der Antrag lautet: »Der von mir am 8. Juni gestellte Antrag hatte blos das Verhältniß der Bürger-

schaft von Mainz zu er Festungsbehörde in Friedenszeiten im Auge. Die Erhaltung des Friedens wird indeß täglich ungewisser, und dieser Umstand legt den Bewohnern von Mainz die Betrachtung nahe, wie ihre Lage im Falle eines Kriegs sich gestalten werde; eine Betrachtung, welche in der That nicht geeignet ist, ihnen große Beruhigung zu gewähren. Das Reglement von 1832 legt die unbedingte Gewalt während des Belagerungszustandes in die Hände des Gouvernements; seine Befehle, gleichviel wie verkündet, bilden das Gesetz; seine Soldaten sind Richter und Vollstrecker. Das Gesetz, welches die Bürger in Friedenszeit beherrscht, ist aufgehoben; nach einem ihm ganz fremden Kriegsgesetz, in einem militärischen Verfahren, das Oeffentlichkeit und jede schützende Form ausschließt, soll der Bürger gerichtet werden; er kann für ein Versehen, für eine Handlung, die zu jeder andern Zeit völlig gleichgültig war, mit dem Tode bestraft werden; er kann der nach seinen Begriffen so entwürdigenden Strafe der körperlichen Züchtigung verfallen. Die Gerechtigkeit erfordert aber, daß soweit sich dieses mit dem Zweck der Sicherheit und der Vertheidigung der Vestung irgend vereinbaren läßt, Leben, Freiheit und Ehre des Bürgers geschützt und nicht ohne alle Garantie dem Willen eines Einzelnen preisgegeben seyen. Ebenso ist sein Vermögen und seine bürgerliche Existenz bedroht. Abgesehen davon, daß ohnedies die Erwerbsquellen der meisten Bewohner einer Festung im Belagerungszustand versiegen, kann das Festungsgouvernement jeden, der nicht sich und seine Familie auf 4 Monate mit Lebensmitteln zu versehen im Stande ist, austreiben und somit dem Verderben preisgeben; es kann der Einwohnerschaft Lieferungen an Geld, Lebensmitteln 2c. auflegen. Die Belagerung selbst führt aber außerdem durch Beschädignng oder Zerstörung von Gebäuden Verluste herbei, für welche eine Entschädigung von niemanden geleistet wird. Die Gerechtigkeit erfordert, daß dem Gouvernement die Macht genommen werde, ansäßige Bürger, blos weil sie arm sind, dem Elende preiszugeben; sie erfordert ferner, daß die Opfer, welche die Bürgerschaft von Mainz für das ganze Vaterland bringen muß, ihr auch von diesem wieder vergütet werden. Dieses Verhältniß kam bereits auf den Landtagen von 1833 und 1834 auf einen Antrag von sechs rheinhessischen Abgeordneten zur Verhandlung in die Kammer, ohne daß die Verwendung derselben bei großherzoglicher Staatsregierung irgend eine sichtbare Wirkung gehabt hätte. Jetzt aber, wo die öffentlichen Zustände unseres Vaterlandes eine neue Gestalt in volksthümlichem Sinne, auf dem Grundprinzip der gleichen Gerechtigkeit für Alle annehmen sollen, wird auch die Stimme von Mainz nicht mehr ungehört verhallen. Der Unterzeichnete kann sich auf die damaligen Verhandlungen beziehen, in denen diese Gelegenheit auf's umfassendste behandelt und erschöpft ist. Er stellt sonach den weiteren Antrag dahin: die Kammer möge die hohe Staatsregierung ersuchen, bei Gelegenheit der Revision des Festungsreglements weiter dahin zu wirken: 1) daß die Fälle, wo der Belagerungszustand eintreten soll, bestimmt angegeben werden; 2) daß für den Belagerungsstand die Jurisdiction des Gouvernements und der Kriegsgerichte über die Bürger auf diejenigen Vergehen und Verbrechen beschränkt werden soll, welche sich auf die Sicherheit der Festung beziehen, daß diese letzteren namentlich bezeichnet und die Strafen vorher bestimmt werden, daß aber die körperliche Züchtigung gegen die Bürger nicht verhängt werden könne; 3) daß zu den Kriegsgerichten für die Fälle, wo sie über Civil-Personen, zu urtheilen haben, Civilrichter in gleicher Anzahl zugezogen werden; 4) daß die Verhandlungen des Kriegsgerichts mit den schützenden Formen bekleidet seyen, welche der Zweck derselben, schleunige Gerechtigkeitspflege, nicht ausschließt, namentlich Oeffentlichkeit und das Recht, sich einen Vertheidiger zu wählen; 5) daß keine Todesstrafe während der Dauer des Belagerungszustandes vollzogen werde; 6) daß das Gouvernement für den Fall der Belagerung gehalten sey, Vorräthe anzuschaffen, aus welchen die ärmeren Bürger sich verproviantiren können; 7) daß aus den Mitteln der Centralgewalt Deutschlands diejenigen entschädigt werden, welche durch Lieferung von Naturalien, Geld 2c. an die Besatzung, oder durch Beschädigung oder Zerstörung von Gebäuden zu Schaden gekommen sind." Dieser Antrag wurde sogleich an den betreffenden Ausschuß zur Begutachtung gewiesen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Kassel, den 11. Juli.) Die aus Anlaß der unlängst stattgehabten Störungen der öffentlichen Ruhe verfügten Polizeimaßregeln, wonach die Wirthshauser um 11 Uhr geschlossen, und Kinder und Lehrlinge von Abends 9 Uhr an von den Straßen fern gehalten werden mußten, sind von der Residenzpolizeidirektion heute wieder zurückgezogen worden. — Die Ständeversammlung hat heute einen Antrag des Deputirten Pfeiffer auf Gestattung der Civilehe zwischen Juden und Christen zu dem ihrigen gemacht, und die Regierung ersucht, in dem zu erwartenden Gesetzentwurf, die Regelung der religiösen Dissidenten betreffend, auch auf die Ehe zwischen Christen und Juden Bedacht zu nehmen. Dagegen wurden mehrere Anträge der Deputirter Henkel und Lederer auf Reform der Wahlgesetzgebung, namentlich auf Einführung direkter Wahlen, und Erweiterung der Wahlfähigkeit hinsichtlich der Wahlmänner abgelehnt. Ein Antrag des Deputirten Schenk, der Ritterschaft zu gestatten, auch aus andern Ständen ihre Abgeordneten wählen zu dürfen, wurde angenommen, dagegen der Antrag Henkel's, die besondere Vertretung des Adels als unzuläßig zu erklären, abgelehnt. Henkel hat sich gegen die Erweiterung des Wahlrechts des Adels ausgesprochen, und sogar gegen den Beschluß der Ständeversammlung Dissens eingelegt, weil er überhaupt von einer besonderen Vertretung des Adels und der Standesherren nichts wissen will, und in dem gefaßten Beschluß eine weitere Ausdehnung des Wahlprivilegs dieses Standes erblickt. Die Ständeversammlung hat aber durch ihre heutigen Beschlüsse selbst den Beweis geliefert, wie sehr eine radikale Umgestaltung der ganzen Wahlgesetzgebung an der Zeit ist. Lassen wir, was jeder Vernünftige gewiß wünschen wird, die Zeiten ruhiger werden, so werden wir schon sehen, welche Hindernisse die übermäßige Vertretung der privilegirten Stände allen Reformen im Staatsleben in den Weg legen wird. Denn vergleicht man die Haltung der Deputirten des Adels unter dem Scheffer'schen Ministerium mit ihrer jetzigen Nachgiebigkeit, so wird man versucht, letztere mehr für ein Resultat der Furcht, als der inneren Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit der zu Stande gekommenen Reformen in Gesetzgebung und Verwaltung zu halten. Die Parlamentsgesetzgebung wird wohl auch hier das Beste thun müssen. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 11. Juli) Unter allen Stürmen, die in letzter Zeit über Oesterreich hereingebrochen sind, ist die Zwistigkeit zwischen Ungarn und Kroatien der gefährlichste. Der Zustand wird mit jedem Tag drohender. Der Erzherzog Johann hat wohl das Amt eines Vermittlers übernommen, und gleich nach seiner Ankunft in Wien den Banus Jellachich aufgefordert, hieher zu kommen, allein der Banus scheint diese Aufforderung zu ignoriren, und hat indessen den croatischen Landtag in Agram eröffnet. Das ungarische Ministerium, welches nur den strengen Rechtsboden zu behaupten entschlossen scheint, verlangt vor allem, daß der croatische Landtag als ein ungesetzlicher sich auflöse, bevor irgend eine Unterhandlung angeknüpft werden könnte. Der croatische Landtag hinwieder stellt als erste Bedingung, daß das gegen den Banus erlassene kaiserliche Manifest (vom 10. Juni) widerrufen, ferner, daß die in Kroatien und Slavonien befindlichen Truppen unter das österreichische Kriegsministerium gestellt werden, und verlangt zugleich die Zurückberufung des Infanterieregiments Erzherzog Leopold. Wie da ein friedlicher Ausgleich zu Stande kommen soll, ist daher nicht abzusehen. Beide Parteien, aufs heftigste erbittert, stehen einander gegenüber, entschlossen, einen blutigen Kampf zu beginnen. In diesem Augenblick hätte Ungarn jedenfalls einen sehr schweren Stand, denn es ist von Truppen entblößt, und kein croatisches oder slavisches Regiment würde gegen die Kroaten ziehen. Das Begehren des ungarischen Ministeriums, Truppen nach Ungarn zu senden, hatte auch bis jetzt keinen Erfolg. Es sollten zwei Regimenter dahin beordert werden, allein weder das erwähnte Regiment Erzherzog Leopold, noch das Regiment Wasa, noch das in Preßburg stehende Infanterieregiment Alexander, welche, obwohl ungarische Regimenter, doch Slaven sind, wollten gegen ihre Brüder, die Kroaten, ziehen, wohl aber erklärten sie, gegen den Feind in Italien kämpfen zu wollen. (Das Regiment Leopold ist auch bereits gestern von hier über Marburg und Villach nach Italien aufgebrochen.) In gleichem Sinn sollen sich auch mehrere galizische Regimenter ausgesprochen haben. Auch werden nächstens drei Regimenter aus Galizien hier eintreffen, welche nach Italien bestimmt sind. Indessen wird das hier stationirte Husarenregiment Alexander nach Ungarn marschiren, und durch das Chevauxlegersregiment Fitzgerald ersetzt werden. (A. A. Z.)

(Wien, den 12. Juni.) Die heutigen Nachrichten aus Ungarn bestätigen die gestern mitgetheilten Berichte über den Feldmarschall-Lieutenant Hrabofsky, so wie das Einrücken der Russen in die Moldau und ihr Vorrücken gegen die Wallachei. Die Magyarische Partei ist durch diese Ereignisse nicht wenig erschüttert. Das ungarische Ministerium Kossuth findet an drei Viertheil von Ungarn keinen Anhang mehr, und wenn es nicht bald die Hände zu einer Vereinbarung mit dem Banus von Kroatien reicht, so sind die Folgen nicht zu berechnen. Ungarn kann ohne festen Anschluß an Oesterreich nicht existiren. (A. Abendz.)

(Wien, den 12. Juli.) Die fortwährende Ungewißheit über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums erzeugt eine unverkennbare trübe Stimmung. Ich theile Ihnen indessen folgende Combination mit, die gestern Abend durch einen Expressen an Se. k. Hoh. den Erzherzog Johann nach Frankfurt zur Bestätigung zugesendet wurde: Doblhoff für das Innere mit der Präsidentschaft, Wessenberg für das Aeußere, General Schönhals für das Portefeuille des Kriegs (provisorisch Latour), Meyer (Chef des Hauses Stametz-Mayer) Finanzen, Hornbostel oder Hauptmann Möring öffentliche Arbeiten, Prof. Exner Cultus und Schwarzer für den Handel. Die Recrutirung stößt hier abermals auf Hindernisse. Gestern sollten 43 Recruten assentirt werden, als ein Hauptmann von der Nationalgarde erschien und die Leute durch seine unberufene Erklärung, daß man genug Truppen und nicht noch mehr Truppen nach Italien zu senden nöthig habe, veranlaßte, sich zu zerstreuen und nach Hause zu gehen! (A. A. Z.)

(Pesth, den 9. Juli.) Nach den neuesten Nachrichten aus den untern Donaugegenden kam es am 5 d. M. bei Neusatz zwischen den Ungarn (aus Mobilen und Linie bestehend) und den raitzischen Aufständischen, zu einen blutigen Treffen, dessen Ausgang als unentschieden für die eine oder die andere Partei angegeben wird. Laut ungarischen Berichten hätten die Raitzen 250 Mann und die Ungarn 19 Mann an Todten verloren. — Kossuth publicirt in seinem neuen Journal täglich feindselige Artikel gegen Oesterreich. Die Angabe, daß unser Ministerium durch die Drohung Kossuths seine Entlassung zu nehmen, dahin gestimmt wurde, die schon angenommene Vermittlung des Erzherzogs Johann in der croatischen Angelegenheit wieder abzulehnen, scheint ganz gegründet zu seyn. Man wird nun ernstliche Kriegsrüstungen vornehmen (200,000 Mann!!) und dem Finanzminister (Kossuth) wird es ein Leichtes seyn, die dazu nöthigen Millionen aufzubringen. „Wir werden das Geld mit Gottes Hülfe haben, und hilft der Himmel nicht, so werden wir es von der Hölle haben!" sagt Kossuth. Guter Rath für alle Finanzminister Europa's! (A. A. Z.)

Sachsen. Auch in Gera hat am 5. Juli ein von Soldaten ausgehender Spectakel stattgefunden. Veranlassung gab die Verlesung des Kriegsartikels, worin die Stelle vorkommt: der Soldat dürfe, wenn er den Befehl erhalte, für Fürst und Vaterland zu streiten, weder Vater noch Mutter 2c. schonen Die Soldaten berichteten das Gehörte dem zum Wochenmarkt zahlreich versammelten Publicum. Dieß zog vor das Haus des Hauptmanns, welcher den Artikel verlesen hatte, rief ihn heraus und beschimpfte ihn. Dem Kanzler und andern Beamten gelang allerdings endlich die Beschwichtigung der Masse, aber der Hauptmann v. Schönfels verließ Nachmittags die Stadt in einem Wagen, begleitet von zwei Bürgern und beschützt von der Bürgerwehr. (A. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 11. Juli.) Das Gerücht von den unter dem Einfluß von Rußland und England abgeschlossenen Friedensbedingungen hat nicht dazu beitragen können, hier im Lande Sympathien zu erwecken für die deutsche Einheit und den deutschen Reichsverweser. Die Wahl der Letztern zu feiern, hat daher auch beim Volke noch wenig Anklang gefunden und wenn der »deutsche Johann« nicht mit Energie unserer gerechten Sache sich annehmen will, so kann es sich leicht zutragen, daß er das erste Reichs-Edikt erlassen muß gegen ein deutsches Volk, das alle Steuern verweigert und einer Regierung sich wiedersetzen wird, die fremde Mächte uns zu setzen wagen. (Wes. Z.)

Donaufürstenthümer.

(Jassy, den 3. Juli.) Die Russen sind diesen Nachmittag bis eine Stunde vor der Stadt vorgerückt. Das Hauptquartier ist auf dem Gute des Fürsten Roßnovan zu Sticka. Man erwartet sie mor-

gen allhier. Der Fürst liegt an der Cholera schwer erkrankt darnieder. Der Minister des Innern ist an der Cholera gestorben. Uebrigens herrscht noch Ruhe in der Stadt. (Wien. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 12. Juli.) Unsere politische Atmosphäre wird wieder sehr schwer und in den ministeriellen Kreisen befürchtet man den Ausbruch eines neuen Volkssturmes. Cavaignac sah sich schon genöthigt, gestern in größter Eile alle seine Streitkräfte gegen La Chapelle St. Denis zu richten, wo sich die Bevölkerung in Masse zu erheben droht. Doch das ist nicht Alles. Uebermorgen (14. Juli) tritt bekanntlich die Jahresfeier der Bastilleneroberung und resp. Zerstörung ein. Man fürchtet, das Monsterbankett à 25 Centimes, das der Junisturm begrub, könne sich wie durch Zauber bei dieser Gelegenheit herstellen. Das Volk, namentlich das französische, ist immer schlagfertig. Ausserdem hat Pascha Marrast die Unvorsichtigkeit begangen (es kann unmöglich etwas Anderes dahinter stecken) die Arbeiter und Gesellen sämmtlicher Pariser Gewerke für den 15., 16. und 17. Juni auf die besuchtesten Plätze zusammenzutrommeln, damit sie ihre Vertreter vor dem sogenannten Wolowskischen Arbeits-Ausschusse der Nationalversammlung wählen. Ein solcher Akt geht natürlich nicht ohne den gehörigen Lärmen ab. Für den 19., 20., 21. und 22. sind sämmtliche Meister zusammengerufen. Dies Alles macht unsere Luft von Neuem sehr brennbar. In der Voraussicht neuer Ausbrüche des Volkszorns hat die Nationalversammlung beschlossen, daß die Pariser Besatzung nicht weniger als 50,000 Mann betragen dürfe. Unsere Volksvertreter glauben nun einmal, nicht anders als hinter Bajonetten und Protzkasten berathen zu können. Meinungsfreiheit!

Eine telegraphische Depesche zeigt der Exekutivgewalt aus Rom 7. Juli an, daß der Papst Pius IX. die französische Republik feierlich anerkannt habe.

Die Entwaffnungen unzuverlässiger Bürgerwehr werden fortgesetzt. Die Polizei hat gestern neue Pulver- und Waffen-Vorräthe in Privathäusern weggenommen.

Aus der Seine werden immer noch Leichen gefischt. Vorgestern zog man von Pontneuf den Körper eines jungen Mannes aus dem Wasser und trug ihn unter dem Andrange vieler Neugieriger in die Morgue. Bei Abzug der Kleider entdeckten die Aerzte, daß der Körper von zehn Kugeln durchbohrt war. In einer Tasche steckte sein Arbeitsbüchelchen der Nationalwerkstätten mit dem Namen Emil Cardère.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 11. Juli nach vier Uhr.] Nach Erledigung der Tagesordnung legte Senard, Minister des Innern, das längst erwartete neue Preßgesetz gegen die Clubs vor. Dasselbe ist von entsetzlicher Länge und erneuert die Gesetzgebung vom 10. Dezember 1830 und stellt die Kaution wieder her. Die Ziffer ist jedoch bedeutend niedriger. Während 1830 hunderttausend Franken gefordert wurden, setzt das neue Gesetz nur 24,000 Franken Kapital fest. (Erstaunen.) Dann legte Senard ein Gesetz vor, das den Theatern 500,000 Frks. je nach Maßgabe ihrer Dürftigkeit bewilligt. Die Dringlichkeit wird ausgesprochen. Altaroche, der bekannte Redakteur des Charivari, drang darauf, auch den armen Künstlern und Schriftstellern zu Hilfe zu kommen. Es sey bereits eine derartige Proposition gemacht worden, die aber seit acht Tagen in den Bureaus schlummern. Das Elend sey fürchterlich und die Nationalwerkstätten geschlossen. (Gelächter.) Die Versammlung solle also nicht länger säumen. Luneau fand die Sache nicht so dringend, um die Dringence zu rechtfertigen. Die Versammlung wird später 250,000 Frks. votiren. Kurz vor Sitzungsschluß entspann sich eine heftige Debatte. Flocon verlangte das Wort, um gegen die neue Gesetzgebung zu protestiren oder Bemerkungen dagegen zu machen, die den reaktionären Geist derselben schilderten. Senard eilte auf die Bühne, um die Nothwendigkeit dieser Rückkehr zum Gesetz von 1830 zu rechtfertigen. Er wieß auf die Freude der Republik und zeigte besonders die Nothwendigkeit derselben in den Departements. Er sprach mit vielem Pathos und mit dem Gewicht eines Retters des Vaterlandes. Flocon erwiderte, daß das Gesetz der freien Presse den Todesstoß gebe, indem kein Mensch bei dem obschwebenden Belagerungszustand 24,000 Frk. Kaution auftreiben könne. Zum Schlusse legte Goudchaux ein Gesetz rücksichtlich der Tresorbons vor. (6 Uhr.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Auf Antrag eines Hypothekgläubigers wird das Wohnhaus des Oekonomen Elias Fürsattel, Num. 679 a, liegend in der Harfengasse dahier, größtentheils massiv erbaut, von mittelmäßigen Baustand, enthaltend unter der Erde einen mittelmäßigen Keller, und zur ebenen Erde eine Einfahrt, zwei Stuben, eine Kammer, und eine Küche, im obern Stock drei Stuben, eine Kammer, zwei Küchen und unter dem Dache zwei ungebretterte Böden, geschätzt auf 1900 fl., sammt dem am Hause links befindlichen Flügelgang, zweistöckigt, geschätzt auf 70 fl., nebst Stallung und Remise, geschätzt auf 50 fl., sammt den im Hofe befindlichen Brunnen geschätzt auf 90 fl., im Ganzen geschätzt auf 2110 fl., nebst dem hinter dem Hause liegenden Wurzgärtchen, Pl.-Nro 663 b, enthaltend 3 Dezimalen, geschätzt auf 18 fl., ferner an Aeckern: 26 Dezimalen Oedung, Pl.-Nro. 2111 im Stubenloh, geschätzt auf 8 fl., 25 Dezimalen Feld, Pl.-Nro. 2344 im Stubenloh, geschätzt auf 18 fl.

Ferner das Anrecht bey Vertheilung der Altstädter Gemeindebesitzungen und zwar:

a) zu einem ganzen Antheil an Aengern, Inseln, Wiesen,
b) zu einem halben Antheil an Grund und Boden von der Stubenlohe und Mailwaldung nebst den Hutrecht nach Vertrag bei der Altstädter Gemeinde Hs.-Nr. 740 Lit. E, geschätzt auf 25 fl., dann die auf dem Wohnhause ruhende reale Brantweinbrennereygerechtigkeit, geschätzt auf 25 fl., insgesammt gerichtlich geschätzt auf 2204 fl. i. e. zweitausend zweihundert und Vier Gulden, — dem öffentlichen Verkaufe unterstellt und hiezu Bietungstermin auf

Mittwoch den 6. September d. Js. Vormittags 9 Uhr,

im Kanzlei-Zimmer Num. 10 anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag erfolgt, wenn ein den Schätzungswerth erreichendes Gebot gelegt wird.

Die Kaufsbedingungen werden im Versteigerungstermin selbst festgesetzt, bis wohin auch die nähere Beschreibung der Immobilien welche belastet sind mit 44 kr. Haussteuer, 6 Heller Grundsteuer, 1 fl. Erbzins, 1 fl. jährlichen Beleuchtungsbeitrag, 7 kr. Grundsteuer; zur Stadtgemeinde Erlangen 6 kr. Canon und 5 kr. Neubruchzinns aus den bei den Akten befindlichen Taxations-Protokoll in der diesgerichtlichen Registratur eingesehen werden kann.

Erlangen, den 11. Juli 1848.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.

Welsmüller,
Direktor.

Brand.

Erwiederung.

Die Verdächtigung in Nro. 54 des Zuschauers weise ich hiemit als Unwahrheit zurück. Was man von dem zu halten hat, der seinen Namen nicht nennt, weiß das Publikum; sollte aber der mir recht wohl bekannte Einsender seinen Namen zu nennen die dreiste Stirne haben, so wird das Publikum staunen und am Ende mit mir — lachen. Die resp. Schreiner- und Schustergesellen sind zu klug, um solchen gemeinen Hetzereien Glauben zu schenken, und den Spielball Anderer abzugeben.

Joh. Lehmeyer

(Zu vermiethen.) Auf dem Marplatz Nro. 182 ist der dritte Stock zu vermiethen

---

(Ersuchen.) Der Einsender des Briefes mit Poststempel vom 13. Juli unterzeichnet E. W., gesiegelt S. P. wird unter Zusicherung der größten Verschwiegenheit ersucht, dem Adressaten zu näherer Aufklärung seinen Namen zu nennen.

H......n.

Aufforderung.

Diejenigen Bürger der Stadt und des Burgfriedens, welche die Hundssteuer auf nur 6 kr. herabgesetzt zu sehen wünschen, werden hiermit aufgefordert, die Listen, welche in der Eyerrischen Wirthschaft an der Fürther Straße, bei Madame Weber zum Weichselbaum in der inneren Laufergasse und in der Weintraube zu Wöhrd aufliegen, zu unterzeichnen, die Sache jedoch nicht auf die lange Bank zu schieben.

Nachträgliches
zu den angekündigten Vorträgen über Artillerie.

Nachdem es dem Unterzeichneten endlich gelungen ist, in dem Katharinen Saale dahier, ein passendes Lokal zu seinen Vorträgen über populäre Artillerie zu acquiriren, so ladet er verehrliche Zuhörer hiemit ein, mit Bezugnahme auf seine erstmalige Aufforderung in Nr. 184 der Mittelfränk. Ztg., sich zur gegenseitigen Verständigung über sein Vorhaben, Dienstags, den 18. d. M. früh 7 Uhr im genannten Lokale gefälligst einfinden zu wollen, um in Betreff einer vielleicht schicklichern Stunde für die Fortsetzung seiner Vorträge Beschluß fassen zu können; für nothwendig scheinende mögende Notizen, im Verlauf der Lehrgegenstände, jedoch Papier und Bleistift mitbringen zu wollen.

Bauer, Hauptmann.

Kißkalts-Zwinger.

Sonntag den 16. Juli findet Blechmusik von der 3. Chev.-Division mit ganz neuen Piecen statt, wozu höflichst einladet

Kißkalt.

Versammlung.

Die Riege Nro. 3 des Volksvereins versammelt sich Montag den 17. Juli Abends 9 Uhr im Schwarzbauernhof.

Güllich.

Rosenau.

Montag den 17. Juli Produktion des großen Streich-Orchesters unter Leitung des Herrn Erdmannsdörfer. Anfang 6 Uhr. Entree 6 kr. a Person. Höflichst ladet ein

Fr. Schott.

(Fahr-Gelegenheit) Heute fährt Lohnkutscher Biedermann mit einer leeren Chaise nach Regensburg, und können einige Personen billig mitfahren.

(Ersuchen.) Am 15. d. hat der Unterzeichnete durch die Stadtpost einen anonymen Brief erhalten.

Ich ersuche den Schreiber desselben, da mir der Inhalt des Briefes wichtig ist, sich zu erkennen zu geben, und mich in meiner Wohnung zu besuchen.

Die größte Verschwiegenheit wird zugesichert.

Nürnberg, am 16. Juli 1848.

Lindner,
k. Advokat.

Contumazgarten.

Heute Montag den 17. Juli findet Produktion von der Blechmusik des Herrn Lippert statt, wozu ergebenst einladet

Zöbelein.

(Versteigerung.) Freitag den 21. d. M. Nachmittags 2 Uhr werden im Hause L. Nr. 766 mehrere Gegenstände gegen sogleich baare Bezahlung versteigert, als: Sopha, Sesseln, Tische, Schränke, Betten, Bettstätten, Spiegel und andere Hausgeräthschaften und werden hiezu Kaufsliebhaber höflichst eingeladen.

(Gesuch.) Eine an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Magd, welche in der Küche wohl erfahren ist, auch alle häuslichen Arbeiten verrichten kann, wünscht sogleich, oder nächstes Ziel in Dienst zu kommen. Das Nähere auf der Füll S. Nro. 308.

(Gesuch.) Eine fleißige, an Ordnung gewöhnte Magd, die in allen Hausarbeiten erfahren ist, und sich mit besonders guten Empfehlungen auszuweisen vermag, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen vom Lande, welches schon längere Zeit hier diente und Hausmannskost gut kochen kann, sich auch jeder andern Hausarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel Lorenzi oder sogleich bei einer soliden Herrschaft in Dienst zu treten.

(Gesuch.) Man sucht hier einen Barbiergehilfen. Näheres in der Exped. d. Bl

---

In der J. A. Endter'schen Buchhandlung ist so eben angekommen:
Höchst merkwürdige Prophezeihungen auf die Jahre 1848, 1850 bis auf das Jahr der Freude 1858. Von einem alten Eremiten. Vierte Auflage. 9 kr.

Musikalien.

Im Verlag der J. A. Endter'schen Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung in Nürnberg ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Für das Pianoforte:

Hamm, J. V. Deutscher Vaterlandsmarsch über das Nationallied: „Was ist des deutschen Vaterland.“ Preis: 12 kr.
— Stadtwehr-Lustmarsch. Preis: 12 kr.
Birkner, C. Münchener Bock-Galopp. Mit Randzeichnungen in Farbendruck. Preis 12 kr.
— Stadtwehrmarsch. Preis 18 kr.

Arena.

Montag, 17. Juli. Zum Benefize der Fräulein Holman: „Die Einfalt vom Lande, oder der geprellte Vormund,“ Lustspiel in 4 Akten von Dr. Töpfer

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18. Juli 1848. № 200. Dienstag: Maternus.

Papst und Fürsten.

Die Reformation hat den Beherrscher der Seelen von seiner Höhe herabgerissen, und dem menschlichen Geist die Bahnen der Freiheit und Selbstständigkeit eröffnet. Lange hatte die Menschheit unter dem drückenden Joche einer Seelentyrannei geseufzt. Der Glaube, die Religion, das waren die Mittel, mit denen der Statthalter Christi die Geister unter seine Herrschaft beugte — die Hoffnung auf eine himmlische Seligkeit nach dem Tode der Ersatz für ein freiwillig erwähltes, ärmliches und elendes Erdenleben derer, die in Glauben und Unwissenheit schmachteten. Der Papst allein konnte aber die Geister nicht regieren: dazu war das ganze zahllose Heer der Geistlichen, von den Kardinälen herab bis zu den Bettelmönchen, nöthig. Und den Vortheil vom Glauben der Massen hatten die, die den Glauben predigten, denn sie waren die irdischen Stellvertreter Gottes und seiner heiligen Kirche. Lange, lange dauerte dieser Zustand, bis er, wie Alles, ausartete, bis die Frevelthaten der Geistlichen, des Papstes an der Spitze, den göttlichen Nimbus zerstörten, der sie umgab, bis der menschliche Geist, der ja von Natur frei ist, und keinen von oben auferlegten Zwang ertragen kann, die Fesseln gewaltsam sprengte, in die man ihn geschlagen hatte. Es war in der Reformation, als sich die Geister lossagten von Rom, als sie sich empörten gegen die Tyrannei des Pfaffenthums. Die Reformation war die Revolution der Geister. Wenn auch die eigenen Urheber das Prinzip der Geistesfreiheit wieder verleugneten, wenn sie auch den freien Inhalt wieder in eine drückende Form hineinzwängten, — die Bahnen waren einmal eröffnet, und immer größer wurde die Zahl Derer, die sie beschritten. Die Idee, das Prinzip blieb, woraus die Reformation hervorgegangen. — Aber mit dem Geist war nicht auch das Fleisch frei geworden — noch lebte der alte Zwang fort, wenn die Tribute auch nicht nach Rom, sondern an den jedesmaligen Landesherrn gelangten. Die Fürsten waren an die Stelle des Papstes getreten, dessen göttlicher Nimbus ja zerstört war, und die Fürsten waren es, die die Diener der Religion zu denselben selbstsüchtigen Zwecken gebrauchten, wie es derinst der Papst gethan. Doch der Geist war ja frei geworden, er konnte diese neue Tyrannei auf die Dauer nicht dulden, er mußte nach entsprechenden Formen ringen für den Körper, seinen natürlichen Bundesgenossen; — es mußte der freie und volle Mensch entstehen. Diesen freien und vollen Menschen gebären, das will, das soll unsere jüngste Revolution. Denn diese ist nur eine Fortsetzung der Revolution der Geister, sie ihre unmittelbare Folge. Der freigewordene Geist, der es nicht mehr dulden konnte, daß Einer ihm Gesetze vorschriebe, ihn in Bande legte, er wird es eben so wenig dulden können, daß Alle für Einen geschaffen seyen, daß dieser Eine ein Recht habe, seinen Willen dem aller Uebrigen entgegenzustemmen. Dieser Eine würde, stände er allein, eben so wenig herrschen können, wie der Papst, wenn er allein gestanden hätte. Er bedarf darum zu seiner Stütze Solcher, welche dem Volke lehren, daß er von Gott eingesetzt sey, daß man ihn darum vor Menschen nicht verantwortlich machen könne, daß man mit Ehrfurcht zu ihm hinaufblicken müsse; er bedarf Solcher, die nöthigenfalls die Widerspenstigen die Freien, die sich diesem Frevel an dem freien Geiste, an dem freien Menschen widersetzen, mit Gewalt zum Gehorsam zu bringen, er bedarf endlich Solcher, welche durch das gleiche Interesse einer mit Vorrechten verknüpften Geburt eng mit ihm verbunden sind. Daher werden sich diese Freien nicht minder gegen den Fürsten selbst zu wenden haben, als gegen das zahlreiche Heer Derer, die seinen Thron stützen. Eine Revolution mag man eine Zeit lang unterdrücken können. Sie ist dann augenblicklich verschwunden, wenn auch der vulkanische Berg von Zeit zu Zeit Flammen speit. Allein auf die Dauer ist es unmöglich. Die kochende Masse wird endlich die sie einschließende Decke zersprengen, und, wilder flutend als vorher, und unbändig in ihrem zügellosen Laufe, jede Hemmung unmöglich machen. Wie die Revolution der Geister den Papst gestürzt hat, so wird unsere jüngste Revolution — denn sie ist ja nur eine Fortsetzung jener — die materiellen Dränger zu Falle bringen, und — den ganzen und freien Menschen gebären.

Charakterskizze von drei höchst gefährlichen Bureaukraten!!

Die fliegenden Blätter brachten vor Kurzem ein treffliches Kleeblatt von Bureaukraten, die sich darüber freuen, daß die Neuzeit noch nicht in ihre Bureaux gedrungen. Nirgends ist diese Karrikatur treffender und keine Behörde vielleicht hat ihren Zopf durch die jüngsten Stürme hindurch besser bewahrt, als die Generalverwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen und zwar durch eine Dreiheit bureaukratischer Männer von altem Schrott und Korn. Obenan steht der einschlägige Referent im Finanzministerium, allmächtigter Autokrat über die gebeugten Hunderte von Post- und Eisenbahnbediensteten jeder Kategorie, Inhaber vieler, vieler Orden, von der Wiege an zum Oberpostrathe bestimmt, der sich zum gerechten Erstaunen der Zuschauer ausserordentlich schnell in schwindelicher Höhe bis zum Ministerialrath in einer Zeit erhob, wo Adel und Konnexionen noch ihre bevorzugende Wirkung fanden, von geschliffenen Manieren und geübt in der Kunst, bei Postkonferenzen und bald darauf mit den dadurch errungenen Orden vor aller Welt zu glänzen, ein Mann, der durch Phrasen und Bücklinge die Uneingeweihten zu gewinnen versteht, aber wie ein erdrückender Alp auf seinen Untergebenen lastet, die seit seiner Wirksamkeit ihre Lage sich stets verschlimmern sahen, der z. B. des Funktionärsystems, das er schuf und pflegte, nicht zu gedenken, in der bayerischen Kammer auf die Klage über die gedrückte Stellung der Postkondukteure jede Hoffnung kurz abschneidend, einfach erwiederte, daß wenn sie wirklich so schlecht daran wären, sich nicht so Viele dazu drängen würden, eine Logik, nach der die ganze Welt überglücklich sein müßte, denn in allen Ständen gibt es Konkurrenten. Unter seiner unmittelbaren Leitung, die leider noch viele Jahre anzudauern, und die überwiegende Mehrzahl seiner Untergebenen auf Ruf und Widerruf zu bringen droht, steht der Generalverwalter der k. Posten und Eisenbahnen, furchtsam nach Oben, grob nach Unten, dessen Hauptverbrechen jedoch darin besteht, zu seinem unumschränkten Rathgeber einen Mann gewählt zu haben, der die Anatomie einst durch die Entdeckung in Staunen setzen wird, daß es Menschen ohne Herz geben könne, dessen steinerne Züge als Gouverneur im Don Juan das ganze Publikum eben so schrecken würden, wie jetzt außer dem Theater die gesammte Postwelt, nemlich der ganz neuerlich wahrscheinlich wegen seiner großen Verdienste um das Aerar zum Rathe beförderten Oberpostassessor W. Wehe euch Bediensteten jeder Klasse, die ihr unter diesem Triumvirate steht oder bei seinem sich immer mehr ausbreitenden Wirkungskreise darunter gerathet! Solltet ihr bei der Neugestaltung der Dinge nicht auch Hoffnung haben, vom Slavenjoche emancipirt zu werden?

Deutschland.

Bayern. *†(München, 15. Juli.) Folgende vom Verein für Volkswohl ausgehende Adresse liegt heute an 3 Orten zur Unterzeichnung auf: „Hohe Nationalversammlung! Ein Schrei tiefer Entrüstung durchdringt alle deutschen Länder ob der Schmach, welch wir im Norden unseres Vaterlandes erleiden. — Schleswig-Holstein war der Zauberton, welcher lange schon vor den Märztagen das nationale Bewußtsein in Deutschland weckte und die Patrioten zum gemeinschaftlichen Handeln antrieb. Die Vorzüglichsten unserer Geschichtsforscher haben die Rechte der Herzogthümer auf nationale Selbstständigkeit auf ihren unzertrennlichen Verband unter der Herrschaft des Mannsstammes, mit Fernhalten des dänischen Königsgesetzes gegen den grundlosen Widerspruch des Auslandes zum klaren Bewußtsein des deutschen Volkes gebracht. Für die Wahrung dieser Rechte hat Deutschland den Herzogthümern in Wort und Lied seine Ehre verpfändet, ihnen in der Stunde ernster Entscheidung mit Gut und Blut Beistand gelobt. Sie ist gekommen diese Stunde. Unsere Krieger zogen kampfeslustentbrannt gegen Norden und schlugen die Dänen auf's Haupt, daß sie in wilder Flucht die deutsche Erde verließen. Aber der tückische Feind, Dank der Schmach unserer vor dem Ausland erzitternden Diplomatie, hat die Früchte unserer Siege vereitelt, aus sicherem Verstecke unsere Brüder hingemordet, beraubt und in Gefangenschaft geschleppt, unseren Handel vernichtet und die deutsche Ehre geschändet. Die Scham verbietet fast, das Einzelne zu berichten, den schmachvollen Rückzug aus dem eroberten Lande, die Ueberlassung des deutschen Nordens an den rachsüchtigen Dänen auf ein bloßes Drohen des Auslandes hin, des Auslandes, welches ein zartes Rechtsgefühl heuchelt für die vermeintlichen Ansprüche unserer Feindes im Norden; während es kein Wort der Entrüstung findet über die schmählichen Rechtskränkungen, welche unsere Brüder im Süden von italienischen Völkern und Regirungen erleiden!! — Im Angesichte dieser Vorgänge anerkennen wir die steigende Nothwendigkeit einer starken Centralgewalt im Innern mit einer achtunggebietenden Stellung gegen Außen. Sie ist geschaffen; sie erhebe unter dem lauten Zuruf von vierzig Millionen Deutschen ihren unwiderstehlichen Arm. — Der sich allenthalben bestätigende Waffenstillstand, abgeschlossen im Norden, gleicht einem Verrath an Eurer Souveränetät, an der neugeschaffenen Centralgewalt, und erreicht durch den Inhalt seiner Bestimmungen ein solches Uebermaß von Schmach gegen die Ehre der deutschen Nation, daß längeres Schweigen Treubruch am Vaterland wäre. Das siegreiche Deutschland soll dem von ihm erdrückten Duodezstaate Dänemark eine dreimonatliche Waffenruhe gewähren, aus dem deutschen Gebiete das deutsche Heer zurückziehen, die eingebornen Truppen der Herzogthümer auflösen und entwaffnen, eine dänische Besatzung auf deutschem Boden dulden, die bisher bestandene Regierung Schleswig-Holsteins aufheben und eine neue einsetzen lassen, die endliche Feststellung des Friedens nicht selbst dekretiren, sondern einem Schiedsgerichte übergeben, und, — hört es Vertreter der deutschen Nation, — den Dänen 140,000 Thlr. bezahlen, den Dänen, welche unsere Handelsmarine vernichtet, Tausende von Familien in's Verderben gestürzt haben, ohne einen Kreuzer Ersatz zu bieten. Dieser schimpfliche Waffenstillstand, erröthe Vaterland, vernehmt es Vertreter, wird in Berlin abgeschlossen, unbekümmert um Eure Machtvollkommenheit! Wenn die neugeschaffene Einheit Deutschlands so verstanden, wenn das von Euch angesprochene und Euch gebührende Recht so begriffen, wenn das sich in jugendlicher Kraft erhebende Deutschland so behandelt wird, so sehen wir die Tage nahen, in welchen unser Vaterland, von innern und äußern Feinden gehetzt, einer namenlosen Verwirrung zur Beute fällt. Mit dem kleinen Dänemark konnten wir zum ehrenvollen Abschluß nicht gelangen, was wird unser Loos sein im Kriege mit Großmächten!! — Der Waffenstillstand ist, wie an sich erniedrigend, so thatsächlich nichtig. Nur Euch kommt es zu, im Vereine mit dem Reichsverweser politische Verträge für Deutschland zu schließen. Eueren Bestimmungen über die Centralgewalt ist nun aber von deutschen Kabinetten im vorliegenden Falle direkt entgegengehandelt worden — und schon beginnen die in Berlin

und Hannover ausgesprochenen, mit der Einheit Deutschlands unvereinbarlichen Grundsätze sich in Thaten zu verwirklichen, und drohen uns in den kaum überwundenen Zustand der Zerrissenheit und Ohnmacht wieder zurückzuschleudern. Wir hoffen und vertrauen, daß Ihr die Geschicke Deutschlands mit fester Hand erfassen, die Ehre und die Integrität des Vaterlandes, Eure, also auch des Volkes Souveränetät wahren, Euren Beschlüssen, entgegen allen Sonderbestrebungen, Nachdruck geben und nicht dulden werdet, daß der König von Dänemark, der Feind der deutschen Herzogthümer, der Feind des deutschen Bundesstaats, wieder über Schleswig Holstein herrsche. Die Völker Deutschlands werden Euch Beifall jubeln, und mit Euch den Versuch unseliger Zersplitterung im Keime ersticken. München, am 15. Juli 1848. Einer hohen National-Versammlung ehrerbietigste.

†† (Nürnberg, den 17. Juli.) Gestern feierten die hiesigen Turner in ihrem Locale (Schneppergraben) das Jahresfest. Der schöngelegene Stadtgraben war auf das sinnreichste decorirt und von großen und kleinen Fahnen und Flaggen prangten zwischen dem heiteren Grün der Bäume und Büsche die ernsten schwarz-roth-goldenen Farben, sowie im Hintergrunde eine sinnbildliche Darstellung des deutschen Turnerthums angebracht war. Vom künstlerischen Werthe bewies sich ein Transparent, das bei der abendlichen Beleuchtung die Blicke aller mit Recht auf sich zog. Der Festort war den ganzen Nachmittag sehr zahlreich besucht, und es herrschte die ungebundeste Freiheit im Ausdrucke der Freude. Durch die Turnübungen, die während eines großen Theils des Nachmittags vorgenommen worden waren, bewiesen die Turner eine staunenswerthe Kraft und Gewandtheit, namentlich im Voltigiren, und die späteren Reden und Toaste bewiesen auf's schlagendste, daß die hiesigen Turner dem Grundsatze: mens sana in corpore sano durchweg treu geblieben sind. Eine politische Mündigkeit, wie wir sie an einer thatkräftigen Jugend so gerne bemerken, wohnte in den Worten der meisten Redner, und wenn sich auch hie und da einzelne Stimmen dagegen erhoben, so geschah dies wahrscheinlich nur von Solchen, die wie Heinr. Heine sich ausdrückte, „die Freiheit nur so lieben, wie man eine alte Großmutter liebt.“ Das Fest währte bis in die späte Nacht, und wird heute einen schönen Nachklang erhalten.

Baden. (Mannheim, 14. Juli.) Nachdem diesen Vormittag die gestern angedeutete badische Besatzung hier eingetroffen war, marschirten sämmtliche bayerische Truppen um 10 Uhr, an ihrer Spitze General Fürst von Taxis, nach der Rheinpfalz ab. (Schw. M.)

Braunschweig. (Braunschweig, 13. Juli.) Seit gestern stehen sich unsere politischen Parteien schroffer und offener entgegen als jemals. Maueranschläge forderten eine sofortige Bürgerversammlung. »Es sei gegen den volksfeindlichen Antrag des Ausschusses der Nationalversammlung für die deutsche Wehrverfassung ein eiliger Protest nöthig, da derselbe gegen alle Volkswünsche eine Vermehrung des stehenden Heeres auf 900,000 Mann verlangt.« Alle Welt gerieth in Harnisch, und die improvisirte Versammlung war ungewöhnlich groß. Verschiedene Redner bemüheten sich, die beantragte Maßregel als mit großen Gefahren verbunden, überflüssig und volksbedrückend darzustellen, und da die Opposition bedeutend in Minorität blieb, wurde die entworfene in sehr starken Ausdrücken abgefaßte Adresse angenommen. Sie enthält den entschiedensten Protest gegen die vorgeschlagene einstweilige deutsche Wehreinrichtung, und verlangt dringend statt Vermehrung gefahrdrohender Soldatenheere schleunigste Volksbewaffnung und Beeidigung der Soldaten auf die Verfassung. Mangel an Zeit und Raum für die Unterzeichnungen, zu denen man sich drängte, veranlaßte die Auslegung von Abschriften an mehreren Orten, welche denn auch stündlich mehr mit Unterschriften bedeckt werden. Die Opposition, zum größten Theile von dem im Geruche aristokratischer Stabilität stehenden hiesigen s. g. patriotischen Vereine ausgehend, erblickte in dem Ausschuß-Vorschlage — und nach logischer so wie grammatikalischer Interpretation des Berichts gewiß mit Grund — nicht die Absicht einer Vermehrung der stehenden Heere, sondern nur eine von Zeitumständen gebotene Sicherheitsmaßregel, entwarf daher ebenfalls eine Adresse an die National-Versammlung, und lud gleichmäßig durch Plakate zur Betheiligung ein. Es wird darin Dank und Freude ausgesprochen, daß eine nachdrückliche, durchgreifende Maßregel vorgeschlagen worden, Deutschland wehrhaft zu machen, damit es mit Ruhe und Zuversicht den inneren und äußeren Feinden entgegentreten könne. Nur darin ist sie mit der Gegenpartei einverstanden, daß die dringendste Nothwendigkeit eine baldige Gesetzgebung über die Volksbewaffnung erfordere, um endlich die beklagenswerthen Gegensätze zwischen Bürgern und Soldaten verschwinden zu machen. Uebrigens findet sie in den Anforderungen des Ausschusses die Anfänge einer beide verschmelzenden allgemeinen Volkswehr, und ist weit entfernt, wie die Gegner, gefährliche Mittel zu Reaktionen in derselben fürchten zu wollen. Auch diese Adresse zeigt sehr viele Unterschriften. Beide werden morgen nach Frankfurt abgehen. Abermals ein Beweis kläglicher Uneinigkeit, die die Köpfe erhitzt, und besonders in den ungebildeten Klassen zu Reibungen führen wird. (Magd. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. Juli.) Der Reichsverweser hat vorläufig drei Minister ernannt. Hr. v. Schmerling, Minister des Innern, wird zugleich die auswärtigen Angelegenheiten versehen. General Peucker, der bisherige preussische Bevollmächtigte bei der Militärkommission, hat das Kriegsministerium angenommen. Hr. Heckscher, Justizminister, wird dem Reichsverweser sogleich bei dessen letzter kurzer Erscheinung in Wien als verantwortlicher Begleiter zur Seite stehen. Wir haben also, — zwar kein vollständiges Ministerium, — aber eine verantwortliche Behörde, welche die Lücke, die durch die Auflösung des Bundestags augenblicklich entstanden war, ausfüllt. Die erste Maßregel, welche die neuernannten Minister zu vertreten haben, ist die nochmalige Rückkehr des Reichsverwesers nach Wien. Wir bedauern im höchsten Grade diese, wenn auch kurze, Abwesenheit zu einer Zeit, wo das ganze Ministerium, auf welches Aller Augen harren, noch nicht definitiv konnte zu Stande gebracht werden. Allein nach der einstimmigen Aussage der Deputation, welche den Erzherzog abholte, wäre die Gefahr noch größer, die Verantwortung noch schwerer zu tragen, wenn der Erzherzog nicht noch einmal als Stellvertreter des Kaisers nach Wien zurückkehrte, um für dasselbe Land, das ja auch seiner Verwaltung als deutscher Reichsverweser angehört, durch Eröffnung der österreichischen Reichsstände die letzte unmittelbare Fürsorge zu treffen. Es genügt, zu wissen, daß der Erzherzog-Reichsverweser ein feierlich gegebenes Wort zu lösen hat, daß seine Vermittlung allein das gänzliche Zerwürfniß zwischen Wien und Innsbruck, zwischen Ungarn und Kroatien, vielleicht den Bürgerkrieg, zu beseitigen vermag. So dringend sind die Verhältnisse in Frankfurt nicht. Die Nationalversammlung wird in den 10 Tagen, worum es sich handelt, durch Förderung des Verfassungswerks die Versäumnisse nachholen können, welche die Schaffung der Centralregierung veranlaßt hat. Unterdessen können von den anwesenden beiden Ministern alle Vorbereitungen getroffen werden, und ihre noch fehlenden Collegen wird der Reichsverweser sogleich nach seiner Rückkehr mit genauerer Kenntniß der Lage der Dinge ernennen können. Die Rücksichten auf Preussen haben in Herrn Camphausen nicht den gewünschten oder erwarteten Ausdruck gefunden. Er hat abgelehnt und nach den Aeußerungen, welche man von ihm vernimmt, war diese Entscheidung von seiner Seite ebenso nothwendig als ehrenwerth. Denn nur ein unbedingtes und entschlossenes Vertrauen zur deutschen Sache kann uns die von einzelnen Staaten empfohlenen Mitglieder des Reichsministeriums willkommen machen. Solche Minister werden in der Majorität der Nationalversammlung und in der Nation selbst eine kräftige Unterstützung finden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 15. Juli.) Der Erzherzog-Reichsverweser beehrte gestern das hiesige Stadttheater, in welchem die Oper »Oberon« gegeben wurde, mit seiner Anwesenheit, wohnte dem zweiten Akt desselben bei, hörte den wiederholt gesprochenen Prolog beifällig an, und richtete an das Publikum kurz vor seiner Entfernung folgende Worte: »Ich nehme auf kurze Zeit Abschied. Ein gegebenes Wort, das ich als ehrlicher Mann halten muß, führt mich nach Wien zurück. In Bälde kehre ich wieder, und bringe mein Theuerstes mit mir, Weib und Kind.« (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Pesth, 11. Juli.) Mit dem Sturze des Ministeriums Pillersdorf dürfte auch eine günstige Aenderung in der österreichischen Kabinetspolitik gegen Ungarn eintreten. Wir haben in einer frühern Korrespondenz einer Note des Wiener Ministeriums an das ungarische Erwähnung gethan, in welcher jenes diesem mit der Aufhebung seiner „Neutralität“ droht, wenn dies nicht „um jeden Preis“ mit den Kroaten zur Ausgleichung kommt. Diese Note, deren Inhalt hier noch vor ihrer Ankunft bekannt ward, traf wirklich ein, und hatte eine so derbe Erwiederung zur Folge, daß der Erzherzog Johann auf Anrathen des Erzherzogs Stephan es für gut gefunden, die Note des Wiener Ministerums zu desavouiren. In der von Kossuth abgefaßten Erwiederung wird dem Wiener Ministerium in wenig höflicher Weise Treulosigkeit gegen den Kaiser vorgeworfen, als welcher unmöglich sich selbst als dem König von Ungarn Krieg erklären könne. Der König habe wiederhohlt die illyrischen Parteiumtriebe verdammt, und das Wiener Ministerim des Kaisers hätte, wenn es diesem treu wäre, vielmehr zur Dämpfung dieser Umtriebe beitragen, nicht aber dieselben unterstützen sollen. In der That hat unser Ministerium die unzweideutigsten Belege solcher Unterstützung in der Hand. Noch am 4. Juli beschloß das wiener Ministerium, den Ban Jelachich 150,000 Fl. zu schicken. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Kiel.) Das „Correspondenz-Blatt“ theilt folgende Declaration mit: „Mit Rücksicht auf die umlaufenden Friedens- und Waffenstillstandsgerichte erklären wir: daß wir keinen schimpflichen Waffenstillstand oder Frieden mit Dänemark wollen; daß wir das Zurückziehen der Truppen aus den Herzogthümern vor abgeschlossenem Frieden, die Einsetzung eines Schiedsgerichts und einer neuen Regierung als schimpfliche unmögliche Bedingungen betrachten; daß wir zu unserer provisorischen Regierung das größte Vertrauen haben, und Niemandem, außer dem ganzen Volk, das Recht zugestehen, eine neue Regierung einzusetzen, die auf Gehorsam Anspruch hätte; daß wir bereit sind, unsere jetzige Regierung und die Ehre unseres Landes aufs Aeußerste zu vertheidigen; endlich, daß die Sicherung unserer Freiheit durch Festsetzung unserer Verfassung, eine so dringende Angelegenheit ist, daß die Ausschreibung der Wahlen und die Berufung der constituirenden Versammlung nicht die geringste Verzögerung erleiden darf. Beschlossen im Kieler Bürgerverein, den 12. Juli 1848.“ Das gedachte Blatt fügt hinzu, diese Declaration, welcher die größte Publicität verschafft werden solle, durch Vertheilung gedruckter Exemplare, Einrücken in die öffentlichen Blätter, Versendung an die Vereine anderer Orte 2c., sei in einer überaus zahlreichen Versammlung des Bürgervereins einstimmig beschlossen worden. Auch sei beschlossen worden, die Declaration an die deutsche Nationalversammlung so wie der provisorischen Regierung mit einem Begleitschreiben zu übersenden.

(Rendsburg, den 12. Juli. Ein Brief der „Börsenhalle“ enthält Folgendes: »Aus dem Lager im Norden haben wir diesen Morgen nichts Neues. Der Waffenstillstand ist daselbst noch nicht abgeschlossen, und schwerlich Aussicht, daß darüber vor Ankunft der noch erwartenden neuen Mittheilungen aus Berlin, und namentlich aus Frankfurt, etwas entschieden werde. Die Bedingungen, welche in Malmö als sine qua non des Waffenstillstandes ausgemacht wurden, konnten wohl vom preussischen Cabinette dem Bundesgeneral Wrangel anheim gegeben werden; wo sie aber, wie es der Fall, über gewöhnliche Waffenstillstandsbedingungen hinausgehen, und unter Anderem für die fernere Civil- und Militärverwaltung der deutschen Herzogthümer Vorschriften machen, welche eine Verständigung mit dem bundesmäßigen Bestehenden nöthig machen, und wo das Land kein Aequivalent für seine gemachten Anstrengungen findet, konnte es nicht vermieden werden, die Sache erst dem Ausspruche der deutschen Bundesgewalt zu unterwerfen, den wir noch zu erwarten haben. Vorher dürfte keine Conferenz zwischen Wrangel und dem dänischen Oberbefehlshaber stattfinden. (Wes. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 15. Juli) Das Reg.-Blatt vom 15. Juli enthält folgende kgl. Verordnung: Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Würtemberg. Nach Ansicht der Statuten des demokratischen Kreisvereins in Stuttgart, in Erwägung, daß der Zweck dieses Vereins in kommunistischer Richtung den Staat umzugestalten, und ihm eine entsprechende Form zu geben, welche selbst in der demokratischen Republik nur annähernd erreicht werde, die Grundlagen der öffentlichen Ordnung bedroht, in Erwägung, daß dieser Verein mit einem Central-Komite in Verbindung steht, welches sich schon ursprünglich als Gegensatz gegen die deutsche Nationalversammlung erklärt und dadurch, so wie durch öffentliche Aufforderung zur Auflehnung gegen die Beschlüsse dieser Versammlung und zur eigenmächtigen Bildung einer neuen Vertretung, seine verderbliche Tendenz hinreichend kund gegeben hat, in Anbetracht, daß durch die von einem solchen Verein unterhaltene Aufregung unter dem Volke die Rückkehr des allgemeinen Vertrauens, ohne welches eine Verbesserung der gedrückten Verkehrs- und Gewerbsverhältnisse nicht möglich ist, gehemmt wird, verordnen Wir, nach Anhörung Unseres Geheimen Raths, in

Kraft des §. 89 der Verfassungsurkunde wie folgt: Der demokratische Kreisverein in Stuttgart ist aufgelöst, die fernere Theilnahme an demselben verboten, und wofern sie nicht in ein schwereres Verbrechen übergeht, an den Stiftern oder Vorstehern mit Kreisgefängniß bis zu einem Jahre, an den übrigen Genossen mit Gefängniß bis zu vier Wochen, oder mit Geldbuße von fünfzig bis zweihundert Gulden zu bestrafen. Angehörige eines anderen Staates, welche sich der Theilnahme schuldig machen, sind nach erstandener Strafe aus dem Lande auszuweisen. Unsere Ministerien der Justiz und des Innern sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Gegeben Stuttgart den 12. Juli 1848. Wilhelm. Für den Chef des Justizdepartements Harpprecht. Der Chef des Departements des Innern: Duvernoy Auf Befehl des Königs: der Geh. Leg.-Rath Maucler. (Schw. M.)

(Stuttgart, den 13. Juli.) Die Zügel der Polizei sind seit kurzem wieder viel straffer angezogen worden, und es artete dies bei der untern Mannschaft zum Theil in rohen Uebermuth aus. Dadurch entstand vor ein paar Tagen in der Nacht ein Conflict mit einigen Weingärtnern im sogenannten Bohnenviertel, wobei die Polizei auf die roheste Weise die Säbel gebrauchte, nachdem sie unbefugter Weise in ein Privathaus eingedrungen war, sogar ein schwangeres Weib und einige Weingärtner schwer verwundete, einen ganz Unschuldigen arretirte und dadurch diese Leute, die der Regierung zur Zeit ihrer Noth und Verlegenheit so nachdrücklich beistanden, auf's Erbittertste gegen sich reizte. Der Gefangene mußte noch in der Nacht freigegeben werden, sonst wäre der größte Alarm entstanden; aber kein Polizeimann darf sich mehr ins Bohnenviertel wagen, wo die Weingärtner jetzt selbst die Polizei üben und Ordnung handhaben. Der größte Fehler der Behörden ist noch der, daß man jetzt die Fehler und Brutalität einiger subalterner Diener beschönigen und die mißhandelten Weingärner als Lärmmacher darstellen will, wodurch man diese ganze, sehr zahlreiche Klasse für immer zu Feinden der Regierung macht, was Aufwiegler schon benützen werden. (Frkf. J.)

(Stuttgart, den 15. Juli.) Die sämmtlichen hiesigen Zeitungsbesitzer und Redakteure haben sich entschlossen, den Setzern und Druckern die Sonntagsruhe zu gönnen und vom 16. d. M. sollen die Blätter Sonntags zu erscheinen aufhören.

(Ulm, 15. Juli.) Nach einem k. Ministerialbefehl sind bei dem würt. Armeekorps die Stockstreiche gänzlich aufgehoben. (Ulm. K.)

(Tuttlingen, den 14. Juli.) Sämmtliche bayerische Truppen wurden gestern aus dem badischen Seekreis zurückgezogen. Mehrere Kompagnien des 5. Infanterieregiments (Großherzog von Hessen) und die zu einer Batterie gehörige Mannschaft passirten auf dem Rückmarsch unsere Stadt und übernachteten. Diesen Vormittag zog Reiterei durch, später rückten mehrere Kompagnieen des Infanterie-Regiments Prinz Karl nach, um hier ebenfalls Rasttag zu halten. Bestimmungsorte dieser Truppen sind zunächst die bayerischen Gränzstätte Memmingen, Mindelheim, Pfaffenhausen. (Schw. M.)

(Vom Heuchelberg, den 13. Juli.) So eben wird in den Ortschaften unter dem Heuchelberg öffentlich bekannt gemacht, daß sich in den Waldungen auf der Gränze ein wildes Thier aufhalte, auf welches von Gemmingen und andern Orten aus bereits gestreift worden. Man vermuthet, es sei eine bei Darmstadt aus einer Menagerie entsprungene Hyäne. Dieses Thier soll bei Sinsheim Gräber aufgewühlt haben, auch sollen zwei Kinder aus Weiler am Steinsberg vom Himbeersuchen nicht mehr zurückgekehrt seyn. Die ausgedehnten Waldungen und die hochstehenden Kornfelder werden die Verfolgung dieser Bestie sehr erschweren. Heute wurde ein von Gemmingen nach Niederhofen gehender Handelsjude durch die Erscheinung derselben im Walde auf einen Baum getrieben, auf welchem er zwei Stunden lang ausharren mußte, bis er es wagen konnte, seinen Weg fortzusetzen. (Schw. M.)

Donaufürstenthümer.

(Bukarest, den 1. Juli.) Vorgestern traf an das hiesige Ministerium die Nachricht ein, daß die russische Armee den Pruth überschritten, aber sechs Posten von Fokschan Befehl zum Halten bekommen hat, vermuthlich in Folge der freiwilligen Entsetzung des Hospodars. Die allgemeine Meinung ist, daß der gewesene Fürst Alex. Ghika als Oberhaupt der neuen Freiheit von der nächsten Nationalversammlung gewählt werden wird, falls ihm die türkische Regierung, als einem Verbannten, die Rückkehr in die Walachei wieder gestattet. Die Verschwörung gegen Bibesko war wohl schon lange angezettelt; allein die Revolution in Frankreich hat den Plan zum Sturze desselben dahin geändert, daß die Umwälzung jetzt im Sinne einer Befreiung des Volks geschah. Aber schon zankt man sich um die fetten Stellen im Staate, und die geträumten Wohlthaten dürften dem Volke selbst schwerlich zu Gute kommen. Heute war große Versammlung im Momolo-Saale zur Wahl der Landesdeputation. Das ganze provisorische Ministerium war im Thronpalast, umringt von der Nationalgarde und einer Menge Volks; da kam Oberst Salomon, welcher Kriegsminister werden wollte, mit einem großen Haufen betrunkener Soldaten, und seine Anhänger schrien ihm und der Aristokratie ein Lebehoch. Es wurde Befehl gegeben, ihn einzufangen, er aber kommandirte auf das Volk eine wiederholte Salve, die 5—6 Personen das Leben kostete. Hierauf begab er sich in die Kaserne, bemächtigte sich der Kanonen, und das dort stationirte Regiment will ihn, so heißt es, bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen. Die provisorische Regierung hat an seine Stelle den Major Tell zum Obersten ernannt. Die Nationalgarde und das Volk befinden sich mit dem Metropoliten in diesem Augenblick vor der Kaserne und fordern die Soldaten auf, sich zu ergeben. Salomon und seine Genossen sind Geschöpfe Rußlands. Man gab den Soldaten Geld, Wein und Branntwein in Fülle, und in ihrer Wuth schossen sie sogar in die offenen Gewölbe. Der Abscheu vor den blutigen Umtrieben ist grenzenlos. (Schwb. M.)

(Buchareſt, 29. Juni.) Als Ergänzung meiner früheren Berichte bemerke ich, daß die Schilderhebung bereits anfangs voriger Woche von Eliade in den drei Orten Caracall, Turnu und Cellei bewerkstelligt wurde, von wo die Bauern begleitet von dem Detaschement, das unter dem Befehl des Obersten Tell in Caracall lag, sich östlich nach Crajowa, Hauptstadt der Kleinwalachei in Masse begaben und dort die bekannten Aenderungen der Verfassung verlangten, welchem Vorhaben der Gouverneur (Bruder des Fürsten) sich widersetzte, wobei er dessen Vetter, Oberst Bibesky, auf die Versammelten feuern ließ. Die Bauern umzingelten sofort die nicht bedeutende Garnison von Crajowa und erklärten, daß Widerstand vergebens, worauf die Truppen sich ergaben und ihre Waffen ablieferten. Diese Nachrichten waren es, welches die vor acht Tagen hier stattgefundenen Verhaftungen, und den Besuch des Fürsten in den Kasernen veanlaßt hatten; die Schüsse auf den Fürsten sind eine vereinzelte Thatsache, welche schwerlich in den Planen der Häupter der Bewegung gelegen haben kann. Ueber die Abreise des Fürsten erfahre ich, daß derselbe bei seinem Hinausfahren aus dem Hofe von den jungen Nationalgardisten, die ihn in der Dunkelheit nicht gleich erkannt, da er in Civilkleidung und ohne alle Begleitung war, angehalten wurde, daß der von ihm selbst ausgestellte Paß nach Frankreich nicht früher reseceptirt wurde, bis der herbeigerufene neue Polizeidirektor Konst. Rossetti (vor einigen Monaten von Paris zurückgekommen und einer der eifrigsten Beförderer des Umschwungs) dieß Hemmniß beseitigte, indem er den Paß visirte. Dieselbe wohlunterrichtete Person versicherte mich, daß der Staatsschatz, in welchem nach den Büchern 3½ Millionen Piaster (eine halbe Million Gulden im 20 fl.-Fuß) hätten seyn sollen, leer befunden wurde, als die provisorische Regierung Besitz davon ergriff; daß der Fürst sich vor einiger Zeit 6 Monate seiner Civilliste habe vorausbezahlen lassen, und mit Hinzuziehung eines andern bedeutenden Postens, dessen Detail mir entfallen ist, dem Staate 64,000 Ducaten schuldet, während seine eigenen Güter nur auf 30,000 Ducaten geschätzt werden. Man wundert sich deßhalb umsomehr, wie sich das Gerücht verbreitet hat, der Fürst habe vor seiner Abreise von seinem Leibarzt Dr. v. Meyer (einem gebornen Wiener, der unter ihm ein schnelles Glück gemacht hat) 1000 Ducaten entlehnen müssen. Noch am Tage des Abgangs meines letzten Briefs, Dienstag, wurde eine große Versammlung auf dem Philaretfelde unweit der Kathedrale gehalten, wo die provis. Regierung, der Metropolit, die alten am Tage zuvor beim Metropoliten versammelten Bojaren, alle Notabilitäten, das Militär und die Jugend den feierlichen Eid auf die Constitution leisteten; auch waren viele der sogenannten spanischen Juden (im Gegensatz zu den polnischen, hier geachtet) anwesend; ein Offizier erzählte mir, diesen Leuten seyen die Thränen in den Augen gestanden, und die angesehenenren hätten dem Metropoliten die Hand geküßt und erklärt, das Land unter solchen Umständen nie zu verlassen. Von der Protestation des russischen Konsuls erfahre ich, sie sey sehr kurz gewesen, und habe sich auf die Erklärung beschränkt, die eingeführten 22 Paragraphen der neuen Konstitution seyen als nicht zu Recht bestehend, und das „Reglement organique“ als noch ferner in voller Kraft zu betrachten; dieß Dokument wurde nicht dem Fürsten, sondern dem Ministerium und Herrn v. Kotzebue überreicht. Gestern hat sich ein demokratischer Club gebildet, in der ausgesprochenen Absicht, die Regierung mit Rath zu unterstützen und über deren Gang zu wachen. Da bei der Sache von revolutionären Umtrieben die Rede gar nicht seyn kann, indem die demokratisch Gesinnten recht gut wissen, daß ihr Heil nur bei strengster Aufrechthaltung der Ordnung zu hoffen, so glaube ich nicht, daß von jenem Club Austritte wie die Pariser zu befürchten stehen, gebe mich im Gegentheil der Hoffnung hin, daß er wohlthätig auf den Gang der Geschäfte einwirken wird; Alexander Golesco, Bruder der beiden Minister und selbst Sekretär der provisorischen Regierung, in der Schweiz erzogen und unbezweifelt einer der besten Köpfe des Landes, nahm Theil an der Versammlung, und wurde zum Vicepräsidenten erwählt; Architekt Melik, ein Armenier, der seine Studien in Paris gemacht, und über den ich gelegentlich näheres melden werde, zu einem der Secretäre. Nachrichten von Ibraila berichten, daß die in jenem Hafen sich befindenden Matrosen griechischer Kauffahrteifahrer, sogleich Partei für's Volk gegen die dortige Polizei ergriffen haben, was den Ausschlag gab. Eingezogene Erkundigungen lassen hoffen, daß Frankreich und England die Walachen nicht im Stich lassen werden. A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 13. Juli.) Starke Volksgruppen in der Rue Planche Mib'rey, in den Faubourgs St. Antoine, Montmartre, St. Marcel ꝛc., deuten darauf hin, daß wieder eine gewaltige Gährung unter dem Volk herrscht. Die Blätter stutzen beim Anblick dieser neuen Gährung; sie können sich diese K r a f t des entwaffneten Volkes nicht erklären und nehmen zu den abenteuerlichsten Fabeln ihre Zuflucht. Die ganze Nacht hindurch durchzogen zahlreiche Patrouillen jene Stadtviertel; doch wurde die Ruhe nirgends gestört.

Lamartine, den ein starker politischer Schnupfen lange Zeit in seinem Sommerhause zurückgehalten hatte, erschien gestern im Ausschusse des Auswärtigen, der bei verschlossenen Thüren die i t a l i e n i s c h e Frage behandelte. Die Mehrzahl der Glieder schien geneigt, den Italienern zu helfen, ihre Erbfeinde, die Oesterreicher, aus dem Lande zu jagen. Allein Lamartine wies auf die Gefahren einer solchen Züchtigung hin und hielt an seiner weltbekannten Nichtinterventionspolitik fest. Seine Gründe fanden selbst bei den Kriegslustigsten Anerkennung. Die ganze Diskussion läßt sich füglich auf den Satz zurückführen: Lamartine hält Italien stark genug, um die Oesterreicher zu vertreiben. In Deutschland dagegen nährt man die entgegengesetzte Ansicht. Wer wird Recht haben? Für Italien sowohl als für Süddeutschland sind die Häfen des Mittelmeeres eine Lebensfrage. Das Schwert des Stärkeren muß darüber entscheiden. Oder werden Triest, Fiume, Scutari ꝛc. nicht einer dritten Nation, den Slaven, zufallen?

Hr. v. Montrol trägt darauf an, die Insurgenten in drei Klassen zu scheiden, a) wenig Gefährliche, b) Gefährliche, c) ganz Gefährliche. Die Erste soll nach Algerien, die Zweite in die Gayane und die Dritte an die Ufer des Oyapock daselbst verbannt werden. Den ersten Beiden würde der Staat Mittel (hölzerne Häuser, Aecker, Werkzeuge u. s. w.) gewähren. Die Letzteren dagegen (aus den entlassene Sträflingen und Barrikadenkommandanten bestehend) sollen in Zuchthäuser an den Ufern jenes Flusses gesperrt werden. Ils formeront une colonie pénitentiaire sur les rives de l'Oyapock heißt es wörtlich in den Erläuterungsgründen des Hrn. v. Montrol, den wir als Kerkermeister empfehlen.

Rußland.

(Von der moldauer Grenze, 6. Juli.) Eben eingehenden Nachrichten von Jassy vom 4. Juli zufolge haben am 3. Juli 10,000 Mann Russen den Pruth passirt und sind in vier Colonnen in die Moldau eingerückt. Fürst Stourdza hat sich bei ihrem Vorrücken über den Pruth von Jassy nicht entfernt. Es heißt, daß aus Silistria 4000 M.

türkische Truppen in das Fürstenthum der Walachei einrücken werden. Durch dieses Einrücken wird die Wahl eines neuen Hospodars von Bukarest vermuthlich hintertrieben werden und dem Fürsten Bibesco vielleicht der Weg zur Rückkehr angebahnt. Allein es geht auch daraus hervor, daß Rußland im Einverständniß mit der Pforte, nach den bestehenden Tractaten intervenirt. (Brsl. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.
Vom
Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Nachdem in der Konkurssache des Wirthschaftsbesitzers Johann Merkel im Vogelsgarten bei Wöhrd bei der am 18 v. M. stattgehabten Subhastationstagsfahrt auf die zur Massa gehörigen Immobilien annehmbare Gebote nicht gelegt worden sind, so wird nach Antrag der Massakuratel und des Gläubigerausschusses zweite Subhastationstagsfahrt zum Verkaufe nachfolgender Immobilien

1) das Haus Nr. 47a im Vogelsgarten mit 12 Dez Oedung und 1 Remise.
2) das Wirthschaftsanwesen zum Vogelsgarten mit realer Bierwirthschaftsgerechtigkeit Haus-Nr. 43 und 44 mit Kegelbahn, Kellerhaus, Stallung, 27 Dez. Wurzgarten, 6 Dez. Oedung und 1 Tgw. 72 Dez. ausgefüllten Weiher.
3) das Haus Nr. 45 daselbst mit 9 Dez. Wurzgarten,
4) das Haus Nr. 46 daselbst mit 16 Dez. Wurzgarten und 9 Dez. Oedung an der Sandbrücke,

deren nähere Beschreibung und Belastung aus der ersten Bekanntmachung vom 11. Merz d. Js. in der Mittelfränkischen Zeitung Nr. 87, 125, 137; im Nürnberger Kurier Nr. 93, 101, 107; und im Kreis-Intelligenzblatt von Mittelfranken Nr. 24, 27 und 29 zu ersehen ist, auf

Donnerstag, den 3. August, Vorm. 9 Uhr, C. Z. N. 6.

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß der Zuschlag für die gelegten Angebote ohne Rücksicht auf den erhobenen Taxwerth erfolgt

Nürnberg, den 27. Juni 1848.

Seuffert.

Wäger

Bekanntmachung.
Vom
Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Auf Andringen eines Hypothekengläubigers wird hiemit das Haus L. Nr. 1327 in der Lettergasse nebst realer, unbeschränkter Bierwirthschafts-Gerechtsame, ersteres auf 3300 fl., letztere auf 1400 fl. gewerthet, dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und deshalb zur Aufnahme der Kaufs-Angebote Tagsfahrt auf

Montag den 24. Juli l. Js. Vorm. 11 Uhr im Kommissions-Zimmer Nro. 9

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte unbekannte Personen sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, der Hinschlag nach Maßgabe des § 64 des Hypothekengesetzes und der §§ 98—101 der Prozeßnovelle vom 17 Novbr. 1837 erfolgt und die nähere Beschreibung der Verkaufsgegenstände täglich in der Gerichts-Registratur, Abtheilung 1 eingesehen werden kann

Nürnberg, am 16. Mai 1848.

Seuffert.

Trauer-Anzeige.

Dem unerforschlichen Rathschluß Gottes hat es gefallen, unsern innigstgeliebten Gatten, Vater und Onkel,

Herrn Johann Michael Scherndanner,

den 16. Juli Nachmittags 2 Uhr in einem Alter von 70 Jahren und nach einem jahrlangen schmerzhaften Krankenlager durch einen Schlagfluß in ein besseres Jenseits abzurufen

Um stille Theilnahme bitten

Nürnberg, den 17. Juli 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 19. Juli Nachmittag 2 Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhof statt.

Dank.

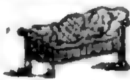
Allen werthgeschätzten Freunden und Bekannten, insbesondere aber den Herren des I. und II. Bataillons, sowie dem verehrlichen Schuhmacher-Handwerk, welche die irdische Hülle meines selig entschlafenen Bruders, des Schuhmachergesellen Georg Mehl am 16. d. so zahlreich zu seiner Ruhestätte begleiteten, statte ich hiemit meinen innigsten Dank ab, mit der Bitte zu Gott, Sie alle recht lange vor ähnlichen Fällen zu bewahren, mir aber Gelegenheit zu geben, Ihnen bei freudigen Ereignissen dienen zu können.

Nürnberg, den 18. Juli 1848.

Die tiefbetrübte Schwester

Sabina Mehl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches in allen Arbeiten, als Kochen, Waschen, Bügeln, Spinnen und allen andern Hausarbeiten wohl erfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres bei Mad. Schmidtmeier im Schuhmachersladen Nro. 3, dem Tuchhaus gegenüber.



Die Wahlmänner in Geburtswehen.

Dank und Einladung.

Der Unterzeichnete fühlt sich verpflichtet, den sämmtlichen Herrn Turnern, so wie dem geehrten Publikum, welche ihn bei der gestern abgehaltenen Jahresfeier des Turnvereins so zahlreich besuchten, seinen innigsten Dank zu sagen.

Heute Montag findet die Nachfeier des Festes statt, zu welcher derselbe ebenfalls hiemit einladet. Für gutes frisches Felsenkellerbier, so wie für kalte Speisen ist bestens gesorgt.

Nürnberg, den 17. Juli 1848.

Zölltsch.

(Eingesandt.)

Aus zuverläßiger Quelle wird mitgetheilt, daß der Magistrat bereits am 11. d. Mts beschlossen hat, daß ein erneuertes Probemahlen, jedoch mit der Kleienausmahlung von 50 Pfund per Schäffel vorgenommen werden solle.

Zu diesem Zweck wird eine Commission gebildet, welche das zum Probemahlen zu verwendende Korn mit vorgeschriebener normalmäßiger Schwere auf der hiesigen Schranne einkaufen, dasselbe auf einer hiesigen Mühle vermahlen, und das hieraus gewonnene Mehl bei einem hiesigen Bäcker unter genauer Einhaltung der Haltungsverhältnisse erbacken lassen wird.

Diese Kommission soll aus 2 Magistratsräthen, einem Magistratsbeamten, dem verpflichteten Mehlschauer, einem anderen Sachverständigen, 2 Gemeindebevollmächtigten, 2 Distriktsvorstehern, dann den Müller- und Bäckervorgehern bestehen.

Dieses Probemahlen und Probebrodbacken wird sogleich nach vollzogener Auswahl der beiden Herren Gemeindebevollmächtigten und Distriktsvorstehern vollzogen werden. —

Mieth-Gesuch.

Bis Ziel Laurenzi wird ein Haus mittlerer Größe, vor einem Hauptthore der Stadt liegend und zum Betrieb eines Fabrikgeschäfts sich eignend, auf längere Zeit zu miethen gesucht.

Alsbaldige Offerten sind unter Adresse A. D. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Gesuch.) Eine Schlossers-Wittwe sucht einen ordentlichen bejahrten Schlosser-Gesellen, der die Geschäfte übernehmen kann.

Haus-Verkauf.

Ein im besten Betrieb stehendes Nahrungshaus, worauf schon seit mehreren Jahren eine Wirthschaft mit Vortheil betrieben wurde und seiner schönen Lage wegen zu empfehlen ist, wird, eingetretener Familienverhältnisse wegen, an einen annehmbaren Käufer abgegeben.

Kaufsliebhaber wollen sich im schriftlichen Antrage unter der Adresse A. Z. an die Expedition d. Bl. wenden.

Eingesandt.

Bei dem allgemein immer mehr überhandnehmenden Unfug, wodurch an öffentlichen Vergnügungsorten und in Wirthshäusern die Gäste durch zahllose Hunde belästigt werden, trotzdem daß ein polizeiliches Verbot dagegen besteht, möchte es am Geeignetsten seyn, wenn man die viel zu niedrig angesetzte Hundesteuer beträchtlich erhöhen würde.

Ein mehr Menschen- als Hundefreund.

(Verloren) Sonntag den 16. Juli Nachmittags wurde ein silberner Armring in Form einer Kette verloren. Der redliche Finder wird gebeten, denselben gegen ein Trankgeld in S. Nro. 1180 der Neuengasse zurückzubringen.

Volksvereins-Versammlung

Dienstag den 18. Juli Abends 8 Uhr im Reichsadler.

Constitutioneller Verein.

Versammlung: Mittwoch den 19 Juli Abends 8 Uhr im Rößel'schen Kaffeehaus.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 19. Juli Produktion und Harmonie-Musik.

Der Vorstand.

(Gesuch.) Eine ordentliche Magd, welche Hausmannskost kochen kann, wünscht bei einer honetten Familie unterzukommen. Judengasse S. Nro. 928.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, das im Kleidermachen, Waschen und Bügeln bewandert ist, sucht bis nächstes Ziel wieder eine passende Stelle.

(Gesuch) Ein junger Mensch vom Lande, der schon längere Zeit in einer Wirthschaft diente, wünscht in derselben Eigenschaft bis Ziel Lorenzi wieder unterzukommen.

(Gesuch.) Ein gebildetes Frauenzimmer, das sich auch jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht als Stubenmädchen bei einer soliden Herrschaft nächstes Ziel unterzukommen. Näheres S Nr. 915.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welche das Kleidermachen erlernt hat, wünscht als Ladenjungfer oder Stubenmädchen nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch) Eine Köchin, die sich auch jeder andern Hausarbeit unterzieht, wünscht bis nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft in Dienst zu treten.

(Gesuch) Ein Mädchen vom Lande, auf deren Treue und sittliches Betragen man sicher rechnen darf welche im Nähen und Stricken gut bewandert, auch in der Küche nicht ganz unerfahren ist, wünscht bis nächstes Ziel bei einer achtbaren, stillen Herrschaft unterzukommen. L. Nro 108.

(Verloren) Vergangenen Sonnabend verlor eine arme Frau vom Spittlerthor bis an die Fürther Eisenbahn in einem Paket 3 bayersche Thaler, 2 Guldenstücke und ein 24 kr. Stück. Da derselben das Geld nicht gehört, und sie dasselbe ersetzen müßte, so bittet sie den redlichen Finder um Zurückgabe gegen 1 fl. Douceur in der Exped. d. Bl.

Arena.

Dienstag den 18. Juli. „Zurücksetzung." Lustspiel in 4 Akten von Dr Töpfer.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 19. Juli Gastspiel des Fräulein Walter, k. würtembergischen Kammersängerin und des Herrn Reer, herzogl. Sachsen-Coburg-Gothaischen Hofopernsänger. „Robert der Teufel" Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer. — »Isabella« Fräulein Walter. »Robert« Herr Reer.

COURSE.

Nürnberg, den 17. Juli 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht. Brief	k. Sicht. Geld	2 Monat Brief	2 Monat Geld
Amsterdam		101 1/8		
Hamburg		88 3/4		
London		121 1/2		120 1/2
Wien in 20r.	109			
Augsburg		120		
Frankf. a. M. in die Messe		100		
Leipzig in die Messe		105 1/4		
Berlin		105 1/2		
Paris		95 1/2		
Lyon		95 3/4		
Bremen		99 1/4		

Effecten-Course.

	Papr.	Geld
Bayr. Obligat. à 3 1/2 %		75 3/4
„ Bank-Aktien	55	0
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nürnberger-Fürther dito		

Gold-Course.

	fl.	kr.
Friedrich- und Augustd'or	9	55
Neue Louisd'or	11	4
Souverainsd'or	16	18
Holländische 10 fl. Stücke	10	6
20 Francs-Stücke	9	41
Oestreich. u. Holl. Ducaten	5	33
Französisches Gold	6	—
Preussische Thaler, ganze	1	45
5Francs Stück	2	21

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19. Juli 1848. **№ 201.** **Mittwoch: Rufina.**

Die Entwickelung der Wehrverfassung im deutschen Reiche.

Der Antrag, welchen der Obrist Mosle, als Referent des Ausschusses in Militärangelegenheiten, am 5. Juli d. J. am Bundestage begründet hat, liegt jetzt gedruckt vor uns. Es möchte im gegenwärtigen Augenblick, da die Nationalversammlung über denselben Gegenstand verhandelt, interessant sein, das Mosle'sche Referat mit dem des Herrn v. Auerswald zu vergleichen. In der Zahl und dem Umfange der vorzubereitenden Mannschaftstellung und Rüstung sind beide Vorschläge wenig von einander abweichend. Bekanntlich hatte ersterer den Zweck, in allen Bundesstaaten solche personelle und materielle Vorbereitungen zu treffen, daß die bestehenden auf 1 Prozent der (matrikularmäßigen) Bevölkerung berechneten militärischen Formationen innerhalb einer Frist von längstens 6 Wochen um einen gleichen Bestand vermehrt, also auf das Doppelte gebracht werden können. Die Kontingente aller deutschen Staaten, mit Ausnahme von Oesterreich und Preussen, betragen ungefähr 130,000 Mann Feldtruppen. Diese, nach dem Vorschlage Mosle's auf das Doppelte gebracht, geben 260,000 Mann, dazu die preußische Armee 350,000 Mann und erhobene disponible Oesterreicher 130,000 Mann, macht zusammen 740,000 Mann ungerechnet die Ersatzdepots im Innern, die man auch noch zu 100,000 Mann rechnen kann. Für Festungsbesatzungen sind indeß wieder abzurechnen 140,000 Mann, bleiben verfügbar im freien Felde 600,000 Mann, also 300,000 Mann für jede der beiden Grenzen nach Osten und nach Westen, was eben hinreicht, selbst wenn man mit Herrn von Radowitz die Offensivstärke der Franzosen zu 350,000 und die der Russen zu 400,000 Mann annimmt. Denn einestheils schwächt sich jede Offensive an sich im Vordringen, und anderntheils werden unsere Festungen einen großen Theil in Anspruch nehmen. Er ist dabei dann aber freilich darauf gerechnet, daß der dänische Krieg nicht gleichzeitig fortzusetzen sein werde. Giebt der Mosle'sche Vorschlag rücksichtlich der Wehrkraft ein fast gleiches Resultat wie derjenige des Ausschusses, so hat er dagegen folgende Vorzüge vor demselben: 1. Er ist viel einfacher und daher rascher ins Werk zu setzen. Die Berechnung der neuen Matrikel (nach der gegenwärtigen Bevölkerung) wird leicht zu Weitläufigkeiten und Reklamationen führen. Die Vertheilung der außerdem zu stellenden 340,000 Mann auf die einzelnen Staaten unter Berücksichtigung der Stärke ihrer gegenwärtigen Formationen wird schwierig genug sein. Eine genaue Ausgleichung und Vertheilung der Lasten ist ohnehin nicht möglich. Der ganze Populationsmaßstab ist kein gerechter; er trifft namentlich die kleineren monarch. Staaten so lange härter, als keine formelle Einheit ins deutsche Kriegswesen hat gebracht werden können, weil sie nämlich für ihre kleinen Formationen besonderer Centralstellen, Administrationen rc. bedürfen. Die freien Städte dagegen sind z. B. ungemein begünstigt durch einen solchen Maßstab, da sie für ihre großen finanziellen Kräfte einen verhältnißmäßig kleinen Beitrag zur bewaffneten Macht geben. Für jetzt kommt es auf Auffindung eines praktisch durchführbaren und leicht erkennbaren Maßstabes an, und nicht auf eine ohnehin unmögliche Ausgleichung aller Ungleichheiten. 2. Mosle's Vorschlag verlangt nicht so viel, wie der des Ausschusses. Er will nicht ausheben lassen und einexerzieren, sondern nur das Aushebungsgesetz vorbereiten. Der Vorschlag des Ausschusses unter 2 ist überhaupt unklar, er will nicht ausheben, sondern nur designiren, und dann doch einüben lassen in freien Stunden. Der Referent der Bundesversammlung ist von dem Gedanken ausgegangen, daß man die wirklich hereinbrechende Gefahr erwarten müsse, und bis dahin nur Vorbereitungen treffen. Ist die Zeit gekommen, so wird alles möglich und leicht; Geld und Menschen sind da, und wenn man nur alles bereitet hat, so findet sich die Einübung der zuströmenden Jugend (die zum Theil schon gedient hat; es sind in Deutschland über eine Million ausexerzirter junger Männer) bald. Alle Halbheit, und ganz besonders das zu frühe Einberufen und Einüben der Mannschaft taugt nichts. Die Leute werden müde und lau, und der gute Wille nutzt sich ab. — Indessen wäre keineswegs ausgeschlossen, daß man in einzelnen Staaten, wo die Verhältnisse der Art sind, eine Art Krämersystem (wie von 1808—12 in Preussen) befolgte, die vorhandene eingeübte Mannschaft auf Urlaub schickte, Leute aus den früheren Jahresklassen (wo man das gesetzlich darf) einberiefe und einübte rc. Wahrscheinlich hat in dem Augenblicke, wo dies den Lesern vor die Augen kommt, die Nationalversammlung abgestimmt. Indessen würde auch ein von dem möglichst Zweckmäßigen etwas abweichender Beschluß, sobald nur die beschlossene Stärke der einzelnen Kontingente eingehalten würde, den Reichs-Kriegsminister nicht abhalten dürfen, sich über geringe Modifikationen mit den einzelnen Staaten ins Einvernehmen zu setzen. Die Nationalversammlung, die der großen Mehrzahl nach nicht sachverständig war, und deren sachverständige Kommission wiederum Manches übersehen konnte, was nur bei spezieller Kunde der Verhältnisse der Einzelstaaten in Betracht gezogen werden konnte, wird solchen Modifikationen die nachfolgende Genehmigung nicht versagen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Deutschland.

Bayern. (München, 13. Juli.) Nach einer in der Beilage der allgemeinen Zeitung vom 20. Juni von einem königl. Beamten ergangenen Aufforderung sollte jeder Beamte, Geistliche oder Offizier, welcher aus irgend einer königlichen Kasse eine Besoldung, Gage oder Pension von 500 fl. — jährlich bezieht mittelst Einzeichnung zu dem freiwilligen Anlehen sich betheiligen. Wer 500 fl. bezieht soll 40 fl., 700 fl. — 45, 1200 fl. — 100 fl. erlegen, und zwar als Beweis der Huldigung und Anhänglichkeit vor der Regierung unseres theuren Vaterlandes. Der Verfasser dieses Aufrufes muß einen eigenen Begriff von den gegenwärtigen Zeitverhältnissen haben, wenn er glaubt, daß Beamte mit den angegebenen Gehältern, besonders als Familienväter, 40—100 fl. auf Zinsen legen können. Jedenfalls scheint er entweder selbst Kapitalist zu sein, oder der höheren Bureaukratie anzugehören, welche noch mehr als 100 fl. jährlich ohne Anstrengung zurücklegen, und von jeher, insbesondere während des auf die Spitze getriebenen so erfolgreichen — Ersparungssystems in Bayern, wenn auch nicht die freiwilligen, doch die gezwungenen Anlehen bei Beamten etwas zu sehr begünstigt haben dürften. Es ist wahrhaftig unbegreiflich, wie man eine solche Aufforderung in gegenwärtiger Zeit an den Stand richten kann, der seit Jahrzehnten der gedrückteste von Allen war, nämlich der subalterne Beamten-Stand; der mit Sehnsucht den fünften Punkt der königlichen Proklamation vom 6. März im Herzen trägt. Dieser Stand war von jeher pflichtgetreu und gewiß geduldig, und weiß am besten, daß eine Regierung in gegenwärtiger bedrängter Zeit nicht allen auf einmal helfen kann; aber Verfügungen kann sie verhüten, wodurch dieser Stand noch mehr beeinträchtigt wird. So wurde bei der zum königlichen Finanzministerium gehörigen Branche der Posten vom 1. Juni an eine Verfügung getroffen, vermöge welcher gerade denjenigen Beamten, die mit dem verantwortlichsten und haftbarsten Dienstzweige betraut sind, ohne daß nur die mindeste Aufforderung des Staats oder des Publikums vorhanden gewesen wäre, also ohne allen Grund und Nothwendigkeit ein Gehaltsverlust von 100 fl. bis 200 fl. jährlich zugebürdet. — Die Zahl der Verlierenden ist sehr bedeutend im Königreiche. Alle Postmeister, Postverwalter, Postoffizianten, alle Postexpeditoren und die armen Postfunktionäre, lauter Leute, die zu jeder Stunde Tag und Nacht arbeiten, eben so jeden Sonn- und Feiertag, und für Millionen haften müssen. Die Mißstimmung darüber ist um so bedenklicher, weil die Verbreitung im ganzen Lande auch keinen angenehmen politischen Klang gibt. Wenn in andern Branchen ähnliche Verfügungen getroffen werden, wird man auf diesem Wege zum freiwilligen Anlehen nicht viel Zuspruch finden. Dieses nur im Allgemeinen. Der subalterne Beamtenstand, der vielleicht, was Zurücksetzung und Verlassenheit anbelangt, am nächsten mit dem vierten Stand verglichen werden könnte, wird sich aber zum Voraus verwahren, wenn man ihm patriotische Gesinnung absprechen wollte, falls der erwähnten Aufforderung nicht der erwünschte Erfolg würde; denn die Vaterlandsliebe und Pflicht wird ihm immer über der Anhänglichkeit und dem Vertrauen an die Regierung stehen.

(Bamberg, den 16. Juli.) Unser Abgeordneter zum deutschen Nationalparlament in Frankfurt, der königl. Advokat Titus, hat unterm 13. d. sich in einem Privatbriefe hieher in Betreff der gegen ihn versuchten Machinationen und in Umlauf gesetzten fälschlichen Anschuldigungen, als habe er sein den Wählern gegebenes Versprechen verletzt, und in allen Fragen, namentlich aber in der Abstimmung über die Schaffung einer provisorischen Centralgewalt für die Republik gestimmt, geäussert, aus welchem wir zur Aufklärung für seine Mandatgeber und das Publikum nachstehende Stelle im Auszuge mitzutheilen als eine Pflicht erachten. Es heißt darin unter Anderm: „Es ist bekannt, daß ich erst seit 3 Wochen förmlich zur Nationalversammlung zugelassen bin, und mich als Redner gegen den Gesetzesentwurf über die provisorische Centralgewalt angemeldet hatte, jedoch wegen Abschneidung der Debatte nicht zum Sprechen gelangen konnte." „Was den Vorwurf des Sitzens auf der äussersten Linken betrifft, so sage ich den Wählern, daß das Programm der äussersten Linken es den einzelnen Staaten vollkommen freistellt, wie sie sich (bezüglich der Staatsform) konstituiren wollen, ob als konstitutionelle Monarchien oder Republiken. Das Programm der äußersten Linken ist hier übereinstimmend mit dem der übrigen Linken, beide haben die Frage der Republik und der konstitutionellen Monarchie in den Einzelstaaten auf diese Weise unberührt gelassen. Es ist daher eine perfide Deutung klarer Worte, wenn mann behauptet, die äusserste Linke wolle in den Einzelstaaten die Republik einführen. Was die Bundesgewalt betrifft, so will die ganze Linke eine der Nationalversammlung verantwortliche Centralgewalt, demnach weder einen Kaiser noch einen König. Aus diesem Grunde hat auch die ganze Linke gegen den fraglichen Gesetz-Entwurf gestimmt. Ich habe mich auch in Bamberg jederzeit gegen die Wahl eines deutschen Kaisers oder Königs ausgesprochen; wollen übrigens meine Wähler zu den bereits vorhandenen Civil-Listen noch eine neue hinzufügen, wollen meine Wähler an der Spitze des deutschen Gesammtstaates einen Kaiser oder König sehen, wollen sie auch für die Bundesgewalt die demokratische Form verwerfen, so gebe ich mein Mandat in ihre Hände zurück, denn meine politische Ueberzeugung verbietet mir, fur ein unverantwortliches Bundesoberhaupt zu stimmen." Wer den Gang der Debatten in der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt mit Sachkenntniß und Aufmerksamkeit verfolgt hat, muß recht gut wissen, daß die Frage über die Regierungs**form** in den deutschen Einzelstaaten noch gar nicht zur Debatte gebracht worden ist und gebracht werden konnte, bevor nicht das vor Allem wichtigste Geschäft, die Feststellung der Grundrechte des deutschen Volkes auf der Basis der Volkssouveränetät, vollendet worden. Von diesen Grundrechten sind aber bis jetzt blos die 3 ersten Paragraphen der I. Abtheilung berathen worden. Anbelangend die Abstimmung bezüglich der Reichsverweserfrage, hat allerdings Titus sich der Abstimmung bezüglich des Erzherzogs Johann gänzlich enthalten, allein es war dieß

doch wohl nichts weiter, als eine nothwendige Consequenz seiner zuvor abgegebenen Stimme, daß er „für keinen Unverantwortlichen" nach Gewissen und Ueberzeugung stimmen könne, welche Grundsätze er schon hier unverholen öffentlich bekannt. Mit ihm haben überdieß sämmtliche Mitglieder der Linken gleich gestimmt, und wenn sie später dennoch und nachdem die Unverantwortlichkeit angenommen, ohne irgend jede Verwahrung dem Erzherzog Johann oder irgend einem ihre Stimme gegeben, so mag der Klugheit hierei wohl Rechnung getragen werden können; die Männer aber, welche folgerecht, einzig das Wohl ihrer Mandatgeber im Auge behaltend, lieber gar nicht als für einen Unverantwortlichen stimmen, können unmöglich einen Tadel, am wenigsten den Vorwurf einer Wortbrüchigkeit oder Mandatsverletzung verdient haben, weil sie eben an den Nachtheilen, welcher ihrer Ueberzeugung nach durch die fragliche Abstimmung für einen Unverantwortlichen dem gesammten deutschen Volke erwachsen werden, für ihre Person lieber gar nicht partizipiren wollten. (Fränk. M.)

(Regensburg, 17. Juli.) Von den bedeutungsvollen Aeusserungen, welche der Erzherzog-Reichsverweser gestern dahier in mehren Beziehungen gethan, tragen wir folgende nach: »Ich glaubte meine Tage in ländlicher Ruhe beschließen zu können, da ist der Ruf des Vaterlandes an mich ergangen, dem sich Niemand entziehen soll. Ich glaubte ihm folgen zu müssen, und werde nach meinen Kräften gewissenhaft meine Pflicht erfüllen. Ich werde keine krummen Wege gehen, sondern gerade und offen nach Recht und Gewissen handeln. Wir haben ein großes Werk vor uns, Gott wird seinen Segen geben." — In Bezug auf confessionelle Eintracht sprach er: „Die ist schön und löblich, wir haben Alle Einen Gott und Heiland und hoffen durch ihn selig zu werden." — Weiteres: „Mit solchen Fürsten wie ihr König mit einem so tapfern und wackeren Volke, wie das deutsche, hege ich die besten Hoffnungen für eine glückliche Zukunft unseres Vaterlandes." — „Regensburg könnte wieder zur alten Ehre und Bedeutung gelangen! Es ist Eure Sache, durch Eure Deputirten dafür zu wirken. Die Oesterreichischen werden gewiß zustimmen. Auf Vorposten ist nicht gut debattiren." — So lauten dem sicheren Sinne nach die uns mitgetheilten Worte des Erzherzogs, und darauf gründeten wir unsere gestrige Andeutung mit Zurückziehung auf Nro. 94 dieser Blätter, wo wir die Städte Deutschlands die Reihe hatten passiren lassen, um unter ihnen die künftige Reichshauptstadt nach Lage und geschichtlicher Erinnerung aussindig zu machen und als die geeignetste zur öffentlichen Ueberzeugung zu bringen. Was wird nun Regensburg thun, seinem Gebiete die alte Ehre wieder zu verschaffen, zu der es Lage und Geschichte berechtigen? (Rgsb. Z.)

† (Kadolzburg, den 17. Juli.) Auch hier haben wir gestern Abend eine Revolte gehabt. Die Gensdarmerie lieferte nämlich drei Wildfrevler früh 5 Uhr ein, welche in dem Arrestlokale des Landgerichts festgehalten wurden. Abends erschienen nun mit Prügeln bewaffnet gegen 30—40 Bauern am Schlosse und versuchten das Thor aufzusprengen, um die Gefangenen zu befreien. Da die gütlichen Abmahnungen des kgl. Landrichters keinen Erfolg hatten, so wurde das Freikorps reklamirt, welches mit Bajonetteangriffen und Kolbenschlägen die Meuterer zu Paaren trieb, wobei es mehrere Verwundungen absetzte. Heute rückte Militär von Nürnberg hier ein, um die Behörde bei der vorzunehmenden Untersuchung zu unterstützen. Die Freikorps verdienen ihrer Unerschrockenheit und ihres Muthes gegen die gefährlichen Rebellen alles Lob.

Freie Städte. (Frankfurt, 16. Juli.) Der Reichsverweser wird in 14 Tagen wieder zurückerwartet und wahrscheinlich das kurfürstliche Palais beziehen. Die Bundesbankgeschäfte werden, wie behauptet wird, dem Hause Bethmann — statt wie bisher an Rothschild — übertragen werden. In der Bundeskasse sollen nur noch 300,000 fl. bei der Auflösung sich befunden haben. Im Bundespalais sind vorläufig die Ministerien. — Eine Denkmünze auf die Wahl des Reichsverwesers wird eben gearbeitet. (N. W. Z.)

Hessen. (Mainz, 14. Juli.) Da mit dem 12. Juli die Wirksamkeit der Bundesversammlung und der mit ihr zusammenhängenden Behörden, also auch der Bundesmilitärkommission, aufgehört hat, so sind mit Recht in kürzester Zeit andere Anordnungen, insbesondere in militärischer Beziehung, zu erwarten. Mit dem Aufhören der Bundesmilitärkommission müssen natürlich auch alle Bestimmungen, welche von dieser Behörde bezüglich der Bundes-Festungen verfügt waren und von ihr aufrecht erhalten wurden, entweder ganz ihr Ende erreichen, oder im Geiste der Reorganisation des gesammten Deutschlands geändert werden. Mainz, das unter dem Drucke des wahrhaft drakonischen Bundesfestungs-Reglements lange geseufzt und fruchtlos die größten Anstrengungen gemacht, diesen Druck erleichtert zu sehen, hat demnach auch das endlich erfolgte Verscheiden der Bundesversammlung und der mit ihr verbundenen Militärkommission mit großer Freude vernommen und erwartet mit Bestimmtheit, daß die Militär-Suprematie, die auf demselben immer noch lastet, gebrochen und dieser der Bürgerschaft gegenüber eine Stellung angewiesen werde, deren scharf vorgezeichnete Gränzen eine Kollision beider Theile für die Zukunft zu verhüten vermögen. Es ist für die großh. hessische Regierung eine unabweisliche Pflicht, im Interesse ihrer rheinhessischen Bürger in diesem Sinne die geeigneten Schritte zu thun, und sie wird dadurch weit nachhaltiger und besser auf die Beruhigung der Gemüther einwirken, als durch das Erlassen von Verordnungen, die zwar an sich gut gemeint seyn mögen, deren theilweise unklare Fassung aber Mißtrauen erweckt und eben deshalb allzu dienstfertigen Leuten erwünschten Anlaß bietet, in maßloser Weise Diejenigen zu verdächtigen, die anders als sie jene unklaren Verordnungen auslegen. (Frkft. J.)

(Mainz, den 14. Juli.) Heute Morgen ist durch die Gensd'armerie der Zahnarzt Joseph Gallette verhaftet und in Gewahrsam gebracht worden. Erst gestern Abend predigte er noch im Freien Fürstenmord, wonach er der Republik und den Pariser Insurgenten ein Lebehoch brachte. Zum größten Aerger aller Freunde des Gesetzes mußte man sehen, wie die Gensd'armen bei dieser Gelegenheit von rohen Pöbelhaufen verfolgt wurden. — Heute Morgen um 4 Uhr wurde in Bingen Generalmarsch geschlagen, und sogleich 2 Kompagnien der dortigen Besatzung nach Gau-Algesheim beordert, wo sehr ernstliche Unruhen ausgebrochen seyn sollen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 14. Juli.) Der Aufruhr in den bassenheimischen Dörfern ist von Neuem und heftiger ausgebrochen. Die Bewohner von Schmitten haben in den Wäldern des Grafen 300 Baumstämme abgehauen, weil sie seit 7 Wochen vergeblich auf Antwort vom Grafen warten. Die Arnoldsheimer, Seelenberger und Reifenberger stehen im Begriff, das Verfahren der Schmitter nachzuahmen. Wie den Gemeinden, so gibt auch der edle Graf der nassauischen Regierung auf alle Requisitionen gar keine Antwort. Jetzt ist man genöthigt, Militär in die armen ausgehungertenn Ortschaften zu schicken; und auf wessen Kosten? Kann dies der Graf von Bassenheim verantworten? Werden unsere Landstände die Kosten bezahlen, die dadurch entstehen, daß der Graf der Regierung selbst keine Antwort gibt? Wir werden sehen? — Gestern haben die hiesigen Turner darüber abgestimmmt, wer von ihnen Republikaner und wer monarchisch sey? Die große Mehrzahl war für Republik. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, den 14. Juni.) Gestern Nacht wurde das Ministerium provisorisch festgesetzt, damit, im Falle eine längere Verzögerung die angedrohten Unruhen veranlassen sollte, es sofort proclamirt werde. Aeußeres: Wessenberg; Inneres: Doblhoff; Krieg: (Latour interimistisch) Schönhals; Handel: Hornbostel; Arbeit: Schwarzer; Justiz: Alex. Bach; Finanzen werden vorläufig noch von Kraus besorgt. Brandis und Thun sollen abgesetzt werden. Die Wahlprüfung schreitet rasch vorwärts, und wird übermorgen vollendet seyn. Schwarzer übergibt die Redaction der Allg. Oesterr. Ztg. für die Dauer an Hübner und Stifft jun., seine Mitarbeiter. (A. A. Z.)

(Triest, den 12. Juli.) Ein Dampfboot des Lloyd hat heute früh unsern Hafen verlassen, um die gewöhnliche Fahrt nach der Levante wieder aufzunehmen. Da es bis in diesem Augenblick (2 Uhr) nicht zurückgekehrt ist, so dürfen wir mit Gewißheit annehmen, daß das feindiliche Geschwader, das vor Umago ankert, ihm kein Hinderniß in den Wege gelegt hat. (A. A. Z.)

(Botzen, den 18. Juli.) Unterm 5. Juli hat der Feldmarschall Graf Radetzky aus seinem Hauptquartier Verona folgende Bekanntmachung erlassen: Seit der Zerstreuung der rebellischen Milizen, der venezianischen Provinzen und der Auflösung der sogenannten Crociati, treiben sich, einzeln oder in Banden, Bewaffnete im Lande herum, welche aus Furcht vor Strafe nicht an ihren Herd zurückzukehren wagen, die Gegend unsicher machen, und die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung verhindern. Es wird daher öffentlich bekannt gemacht, daß eine vollständige Amnestie allen jenen zugesichert ist, welche bereits in ihre Heimathorte zurückgekehrt sind, oder innerhalb fünfzehn Tagen dahin gehen und ihre Waffen der gesetzmäßigen Behörde abliefern werden. Jene dagegen, welche die Uebergabe ihrer Waffen nicht vollziehen, dieselben neuerlich gebrauchen, sich feindliche Handlungen gegen die österreichischen Truppen, oder die gesetzlichen Behörden erlauben, oder dieselben wohl gar offen anfallen, werden, auf der That ergriffen, ohne Schonung vor ein Kriegsgericht gestellt, und zum Tode verurtheilt werden. (A. A. Z.)

(Verona, den 41. Juli.) Die unter dem Kommando des Herrn Generalmajors v. Mitis vor Mestre stehenden Cernirungstruppen haben gestern in einem vierstündigen Gefecht alle Anstrengungen des Feindes, der unter heftigem Kanonenfeuer aus dem Fort Malghera gegen Ponte della rana herausbrach, und die Cernirungspostirung durchbrechen wollte, vereitelt. Letzterer Posten war von dem ersten Wiener Freiwilligen-Bataillon besetzt, weiter rückwärts an dem Eisenbahndamm gegen Mestre war als Unterstützung einer Kompagnie Hohenlohe-Infanterie mit 2 Geschützen, am Mestrekanal ½ Kompagnie desselben Bataillons mit andern zwei Geschützen aufgestellt, mit dem Reste von Hohenlohe (1½ Kompagnie), einem Flügel Boyneburg Dragoner und zwei Geschützen als Reserve. Das brave Bataillon Kinsky Infanterie, welches mit drei schwachen Kompagnien die vordere Postenkette und ersten Aufnahmsposten hielt, ließ aber den vielfach überlegenen Feind, der mit Tirailleurs, denen ganze Bataillone in immer stärker nachgeschobenen Abtheilungen folgten, in der angegebenen Richtung und selbst gegen Mestre vorbrach, nicht bis an die bei letzterem Orte aufgestellten Reserven kommen, sondern empfing den Feind mit Decharchen und dem Bajonette, warf seine Têten zurück, und fiel den gegen Ponte della rana vorrückenden feindlichen Truppen in die Flanke, zu welch' letzterm Angriff auch Hauptmann Schwab mit seiner Kompagnie von Wiener Freiwilligen auf das kräftigste mitwirkte. Durch diesen entschlossen ausgeführten Angriff sah sich der Feind nach einem vierstündigen Gefecht zum Rückzug genöthigt, und wurde bis unter die Kanonen der Festung von den Unsrigen verfolgt. (A. A. Z.)

(Aus Galizien, 11. Juli.) Aus Russisch-Polen kommen täglich junge Leute über die Grenze, die mit Rucklassung ihrer Habe von dort entfliehen, wo auf alle junge Männer ohne Standesunterschied und ohne nachzusehen, ob sie körperlich geeignet, förmlich Jagd gemacht wird, um sie unter das Militär einzureihen. Eine solche Flucht ist wegen der strengen Grenzbewachung mit Lebensgefahr verbunden. Aller Bedrohung, aller Absperrung ungeachtet, hat sich die Kunde von den Vorgängen im westlichen Europa doch nach Russisch-Polen den Weg gebahnt und wird um so anziehender und verlockender, als sie sich unter dem Siegel des Geheimnisses von Mund zu Mund durch das Land fortspinnt. Das weiß die russische Regierung auch nur zu wohl, daher fortwährend mobile Colonnen umherziehen, um Alles in gehöriger Aufsicht und Furcht zu erhalten. Dadurch hat sich auch der Ruf von der bedeutenden Macht der Russen an der preussischen und österreichischen Grenze und viel ansehnlichern Truppenanhäufungen in Polen verbreitet, als der Fall ist. Unbestreitbar ist es aber, daß sich eine russische Hauptmacht dem Pruth entlang hinzieht. Für dieselbe sind in Polen große Lieferungen abgeschlossen worden. Daß den russischen Soldaten ein Feldzug gegen Westen lockend erscheint und russischen Offizieren das Auge bei dem Gedanken vor Freude erglänzt, aus Rußland herauszukommen, erklärt sich. Sie zählen mit dem Ueberschreiten der Grenze darauf, auch ihr Loos ein minder gedrücktes werden zu sehen. Denn beneidenswerth ist der Stand eines russischen Offiziers keineswegs. Ich sah im Palaste des Fürsten Paskewitsch in Warschau Generale wie stumme Erzbilder stehen und der Befehle warten; eine feierliche Stille herrschte im ganzen Gebäude, selbst das sonst hergebrachte Klirren der Säbel wurde verhütet. — In Krakau ist die Fürstin Czartoryska aus Böhmen angelangt, und man besorgte, es werde das die kaum in etwas beruhigten Gemüther wieder in Aufregung bringen; die Adelspartei mag aber nicht vergessen in ihrer Verblendung, daß die Bauern es nie mehr mit ihren vormaligen Unterdrückern halten werden. Während in Galizien jetzt mehre trefflich bespannte Fuß- und reitende Batterien, auch Raketenbatterien aus

Oesterreich anlangen, dauert der Abzug galizischer Infanterie aus Galizien fort. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 16. Juli.) Seitdem der Abg. Jacoby seinen Antrag in der Nationalversammlung stellte, hat sich Berlin neuerdings in zwei große Heereslager der Meinungen gesondert. Beide stehen sich drohend gegenüber. „Ob Deutschland? Ob Preußen?" Jetzt, wo es darauf ankommt, die Wahl und das Amt eines Reichsverwesers zu nichte zu machen, fechten Ultrarepublikaner mit den entschiedensten Aristokraten unter Einer und derselben Fahne mit einander. Erstere, weil sie die Souveränetät des Volkes für gefährdet halten, Letztere, weil die Wahl eines deutschen Oberhauptes unlegitim, d. h. vom Volke aus, geschehen ist. Um auch das große Publikum für sich zu gewinnen, fabelt man ihm von dieser Seite vor, daß Berlin, wenn Preußen vollends in Deutschland aufgehen würde, nothwendig zu einer bloßen Provinzialstadt herabsinken und in allen seinen Gewerbs- und Handelszweigen verarmen müsse. Man ruft die Manen des Vaters Blücher an, um den einseitigen preussischen Nationalstolz zu erwecken, man verfaßt Proklamationen, in welchen das Volk an die Schlachten ermahnt wird, die es in eigener Kraft in den Jahren 1813—15 geschlagen hat. Wozu also in Deutschland aufgehen? Die Republikaner klagen die Frankfurter Versammlung als volksfeindlich an, ihre Bundesgenossen hingegen verschreien dieselbe als Sammelplatz der demokratisch-kommunistischen Extravaganzen. Die Ersteren wünschen eine nochmalige Revolution, um die Republick einzuführen; die Letztern, um die alte Militärmonarchie wiederherzustellen. Jeder dieser Verbündeten betrachtet den anderen als die Katze, mit deren Pfoten er die Kastanien aus dem Feuer holen kann. Er weiß zwar, daß bei einem Sieg des Sondersystems der Kampf zwischen ihm und seinem jetzigen Waffenbruder sogleich wieder und zwar auf Tod und Leben beginnen muß, aber bis dahin scheinen Beide entschlossen, gemeinschaftliche Sache zu machen. (D. A. Z.)

(Posen, den 10. Juli.) Mit Freuden begrüßten wir Erzherzog Johanns Wahl und theilten den Jubel, der die sieben Volksgesandte zu ihm geleitete. Unsere Zeitung bringt über diesen Gegenstand einen leitenden Artikel, in welchem es heißt: „Johann erntet in der Ernennung zum Reichsverweser den Lohn eines streng sittlichen prunklosen Lebens, ächt deutscher Gesinnung, Einfachheit und Biederkeit. In den Tyroler Bergen hatte er sich der Wiener Hochluft entfremdet, und wenn er einmal in die gestickende Atmosphäre trat, war es, um mit Metternich, der ihm gram war, zu streiten. Auf seinem Alpenschloß lebte er froh und frei, ein erprobter Freund der Bauern und Bürger, in glücklicher Ehe mit einem einfachen Landmädchen. Nie machte er aus seiner wahren Gesinnung ein Hehl und immer hatte er das Wohl des Gesammtvaterlandes im Auge. Deutschland wußte dies und rechnete es ihm zum Guten an. Man rühmt an ihm einen hellen klaren Blick in die Verhältnisse, entschiedene Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit, weniger Tiefe, als Schnelligkeit der Auffassung, mehr glückliche, als wohlüberlegte Combination. Man sieht, Gagern ist zu seinem ersten Reichsminister wie geboren." Wenn wir nun auch die Wahrheit des letzten Gedankens nicht bezweifeln, so ist doch eben so unstreitbar, daß Gagern noch mehr zur Leitung unserer Nationalversammlung berufen ist, welche schwerlich einen vollkommenen Ersatz aus ihrer Mitte für ihn finden dürfte. Wir rechnen deshalb mit Zuversicht darauf, daß Gagern nicht in's Ministerium treten wird, und sind überzeugt, daß es der Anstrengung des Reichsverwesers und Parlaments gelingen wird, alle Klippen zu vermeiden, und neben dem Prinzip der Souveränetät der Nation die Achtung und Rücksicht gegen die einzelnen Landesgewalten zu bewahren. Je entgegenkommender die Reichsversammlung in dieser Hinsicht sich zeigen wird, um so kräftiger wird sie bei vereinzelter Renitenz die ganze Macht ihres Souveränetätsrechts aufbieten, um so berechtigter wird der Reichsverweser sich als den Vollstrecker des Willens der Nation zeigen können, die einzig und allein ihn zu seiner hohen Stellung berufen hat. — Da in diesen Tagen unsere deutsche Angelegenheit vor der Nationalversammlung endlich zur Erledigung kommen wird, so werfen wir uns hier machte Frage auf. Sollten die slavischen Bewegungen, sollte die österreichisch-slavische Frage nicht endlich ein anderes Licht auf die deutsche Angelegenheit in Posen geworfen haben? Sollten wir nicht endlich eine Anerkennung, ein Zeichen von Sympathie erlangen, nach welchem wir so lange vergeblich uns gesehnt? Wer hat uns denn gerade zu den deutschen Parias gestempelt, die allein unbeachtet blieben und denen polnische Räuber jede Schmach und Beschimpfung im Angesicht der deutschen Nation anthun konnten, während der Deutsche in Schleswig-Holstein, der in Böhmen, Mähren u. s. w. in dem erwachenden Bewußtseyn des gesammten deutschen Volkes seine schirmende Aegide fand? Wir hoffen, daß nur wenig Stimmen sich erheben werden, wenn unsere Abgränzungsfrage zur Sprache kommen wird, die sich gegen unsere Einverleibung in das Gesammtvaterland und gegen unsere vollständige Abtrennung von den überwiegend polnischen Theilen unserer Provinz aussprechen werden. Nur durch diese Abtrennung werden wir für immer die Besorgnisse los, die eine, Gott sey Dank! nur kurze Zeit drohende Supremalie der Polen in uns erweckt hatte. Nur so erhält auch Deutschland sichere Ostgränzen! (Frkf. J.)

Schleswig-Holstein. Die Waffenstillstandsbedingungen fangen an, allmählig aus dem diplomatischen Dunkel, in welches sie gehüllt sind, unterscheidbarer hervorzutreten. Es mußte schon länger einleuchten, daß bei den bisher, namentlich aus der Börsenhalle bekannt gewordenen Bedingungen die Friedenspräliminarien mit unter die Waffenstillstandsbedingungen gemischt seyen, und eine neuere Mittheilung in der heutigen Börsenhalle giebt darüber bestimmte Aufklärung in folgender Weise: Es tritt Waffenruhe auf drei Monate ein, unter einmonatlicher Kündigung; es werden die deutschen Schiffe herausgegeben, die Blokaden der deutschen Häfen aufgehoben, die preussischen Requisitionen in Jütland zurückerstattet, die Herzogthümer bis auf Alsen geräumt, und die Gefangenen, so wohl die politischen als die Kriegsgefangenen, ausgewechselt. In die Waffenstillstands-Convention werden aber zugleich auch die Grundlagen des demnächst abzuschließenden Friedens aufgenommen, und die Aufnahme derselben zu conditio sine qua non des Waffenstillstands gemacht. Was diese Grundlagen des künftigen Friedens betrifft, so sind von dänischer Seite keinerlei Koncessionen gemacht, weder in Bezug auf die Personalunion, noch in Bezug auf die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, sey es jetzt, sey es nach Aussterben des Mannsstammes, noch endlich in Bezug auf die Erbfolge. Dagegen wird 1) eine für beide Herzogthümer gemeinschaftliche Verwaltung in der Weise eingesetzt, daß eine herzogliche Landesregierung eingerichtet wird, bestehend aus zwei von dem Könige und zwei von dem deutschen Bunde erwählten, geborenen Schleswig-Holsteinern, von denen keiner weder der jetzigen prov. Regierung der Herzogthümer, noch der ehemaligen Central-Administration angehört haben darf, und welche gemeinschaftlich ein fünftes Mitglied als Präsidenten der Regierung erwählen und, falls sie sich nicht einigen können, diese Wahl der englischen Regierung überlassen müssen. 2) Dem Könige sowohl wie dem deutschen Bunde wird das Recht vorbehalten, jeder einen Commissarius zu ernennen, welche diese herzogliche Landesregierung in officieuser Weise zu überwachen, und zu dem Zwecke im Lande zu residiren haben; von Kopenhagen hat die herzogliche Landesregierung keine Befehle anzunehmen. 3) Das schleswig-holsteinische Militär soll in der Weise getrennt werden, daß jedes der beiden Herzogthümer die ihm zugehörige Mannschaft für sich behält. In Holstein werden die Truppen auf den Friedensfuß gestellt, in Schleswig nur die Cadres beibehalten. — Wir geben diese Mittheilungen, wie sie uns zugekommen sind, und bemerken nur noch, daß diese Waffenstillstandsbedingungen von Berlin wieder nach Kopenhagen geschickt worden sind, was auf die Absicht, einige Modificationen in denselben eintreten zu lassen, zu deuten scheint. (Brem. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 14. Juli.) Heute ist die Bastillenfeier. Cavaignac und Senard haben indessen, alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die Gerüchte neuer Volksbewegungen zu vereiteln. Lamoricière, der mit dem Kern seiner Junitruppen immer noch längs des Boulevards du Temple unter Zelten bivouakirt, bürgt ihm dafür, daß die Ruhe nicht gestört werde.

Ein reaktionäres Blatt »Lavenir national« hatte angezeigt, daß nächster Tage eine neue furchtbare Revolution in den Straßen von Paris ausbrechen werde. Die Details, die dieses halb russisch-, halb österreichische Blatt gab, waren wirklich schrecklich. So hieß es unter Anderem darin, daß die Insurgenten die Mädchenschulen und Pensionate stürmen und die zarten Zöglinge auf die Barrikaden setzen würden, um die Bürgerwehr zu hindern, gegen sie zu schießen. Der Exekutivgewalt klangen diese Details doch gar zu sonderbar; sie hat deshalb jenen Artikel den Gerichten übergeben.

[Lage der Bank am 13. Juli Abends.] In Baar und Barren lagerten in Paris 86,320,320 Frk. 64 Centimen (am 7. Juli nur 82,618,028 Frk. 80 Cent.). In den Departements 72,567,701 Frk. (am 7. Juli dagegen 73,658,028 Franken). Die leidenden Papiere stiegen in Paris auf 25,521,137 Frkn. 87 Centimen und in den Departements auf 12,498,578 Frkn. Die Staatskasse, die am 7. Juli noch eine Conto current von nahe an fünf Mill. Frkn. hatte, ist aus dem Passiv der Bank gänzlich verschwunden. Zum Glück hat sie mit der Direktion einen neuen Vertrag über 150,000,000 Frkn. geschlossen, die sie auf einige Zeit wieder flott machen werden. Die Bankdirektion (ein Privatinstitut) wird ihrerseits nicht zögern, die ihr für die Hälfte jener 150 Millionen verpfändeten Staatswaldungen niederhauen und verkaufen zu lassen.

Das Kabinet ist eifrig bemüht, die sogenannten Privatdomänen Louis Philipps verkaufen zu lassen. Man hatte bisher gezögert, weil man sich in der Unmöglichkeit befand, Käufer zu finden. Jetzt scheint der Augenblick besser.

Großbritannien.

Die »Times« hat durch den elektrischen Telegraphen von Hull die Nachricht aus Hamburg, daß die Ratifikation des von England und Rußland vorgeschlagenen Vertrags zwischen Deutschland und Dänemark wieder zweifelhaft geworden sey, indem der König von Preussen ohne Zustimmung des deutschen Parlaments nicht ratifiziren wolle, und dieses dem Vertrag entgegen sey. Dieß sey die vorherrschende Stimmung im ganzen deutschen Volk, und andererseits sey die Stimmung der Dänen nicht minder kriegerisch. Die Times hält dann eine der gewohnten Heulpredigten über die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Deutschen in diesem Streithandel; England aber dürfte sich Glück wünschen, wenn es für seinen vormaligen Krieg mit Dänemark, oder für seine neueren Kriege in Indien und China so gute Gründe der Gerechtigkeit anführen könnte, wie Deutschland für seinen jetzigen Kampf, der hoffentlich so wenig nach englischen als nach russischen Diktaten wird entschieden werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Bekanntmachung.

Bei der gestern stattgehabten Versammlung der Besitzer realberechtigter Gewerbe wurde die vorgelegte Adresse an das deutsche Parlament einstimmig angenommen und von den Anwesenden unterzeichnet; diejenigen, welche nicht gegenwärtig waren, werden eingeladen, ihre Unterschriften noch nachträglich beizufügen. Zu diesem Behufe liegen noch zwei Tage die Listen bei

Herrn Engelhardt jun. am schönen Brunnen,
" J. M. Richter, Gastgeber zum Fränk. Hof,
" Wilh. Forster, Lebküchner in der innern Laufergasse

auf.

Nürnberg, den 18. Juli 1848.

Der Ausschuß.

Frankfurt, den 16. Juli 1848.

Es sind in öffentlichen Blättern mehrfältige Urtheile über meine Abstimmung bei Beschlußfassung über das Gesetz, die provisorische Centralgewalt für Deutschland betreffend, laut geworden.

Diese Urtheile mußten verschieden seyn, je nachdem die politischen Ansichten der Urtheilenden verschieden sind und mit einer Abstimmung in Hauptfragen werden sich wohl niemals alle Parteien zufrieden erklären. Ich mußte daher gewärtig seyn, daß auch über meine Vota Mißbilligung ausgesprochen werde und finde mich eben darum durch solche Erklärungen nicht im Mindesten verletzt.

Es kann mich bei meinen Abstimmungen einzig und allein meine eigene Ueberzeugung leiten; dieser habe ich bis jetzt gefolgt, und ihr allein werde ich bei allen ferneren Abstimmungen in Hauptfragen folgen. Wohl aber erkenne ich die parlamentarische Sitte an, welche gebietet, daß der Abgeordnete, dessen Ueberzeugung mit der der Mehrheit seiner Wähler nicht mehr im Einklange steht, sein Mandat niederlege. Unter meinen Wählern begreife ich alle Wahlberechtigten des Bezirks und bin daher des Dafürhaltens, daß nicht die Wahlmänner allein zu entscheiden haben, ob meine Abstimmung mit der Gesinnung der Wähler zusammentrifft.

Eben deshalb kann und wird das Vertrauensvotum, welches mit der Unterschrift „die Wahlmänner" in öffentlichen Blättern abgegeben worden, als Beweis der Uebereinstimmung der Majorität meiner Wähler mit meiner bei meinem Votiren an den Tag gelegten Ueberzeugung mir so wenig dienen, als ich aus den verschiedenen Inseraten, in welchen eine Unzufriedenheit mit meinem Votum erklärt worden, die Gewißheit des Gegentheils entnehmen kann.

Es muß indeß dem ganzen Wahlbezirk so wie mir daran gelegen seyn, daß diese Gesinnung der Wähler erforscht und dargelegt werde, und ich werde sobald ich auch nur mit Wahrscheinlichkeit annehmen kann, daß die Majorität gegen meine Ansicht ist, nicht den mindesten Anstand finden, meinen Sitz in der deutschen Nationalversammlung aufzugeben, damit eine andere Besetzung erfolgen könne.

Die Besorgung einiger nothwendigen Geschäfte ruft mich in den nächsten Tagen nach Nürnberg, und es wäre mir lieb, wenn mir während meines Aufenthalts daselbst von den anonymen Einsender der Artikel, in welchen behauptet ist, daß die Mehrheit meiner Wähler mit meinen Abstimmungen unzufrieden sey, einigen Anhaltspunkt für die Glaubwürdigkeit dieser Behauptung gegeben würde, um hienach meinen Entschluß fassen zu können.

Dr. Krafft.

Anzeige und Empfehlung.

Ergebenst anzeigend, daß sich mein Laden sammt Wohnung von nun an im Hause des Herrn Engelmann, Fleischbrücke Lit. L. Nro. 129 befindet, bitte ich um ferneren geneigten Zuspruch in meinen bekannten Artikeln, und versichere bei reeller Bedienung die billigsten Preise. Der verlassenen geehrten Nachbarschaft für so viele Freundlichkeit herzlich dankend, empfehle ich mich der geehrten jetzigen zu gütiger Aufnahme.

Nürnberg, den 17. Juli 1848.

Sophie Falkner,
Putz- und Stickereihändlerin.

Anzeige.

Von heute an wird gesottener Schinken, so wie auch anderes geräuchertes Fleisch zu jeden beliebigen Portionen ausgeschnitten, was bestens empfiehlt

E. Haas, Garkoch und Rauchfleisch-Fabrikant zum „Hanns Sachs."

(Verloren.) Ein schwarzer Schleier von Seidentüll ist vom Thiergärtner- bis zum Neuenthor verloren gegangen, und wird gebeten, denselben gegen ein Douceur in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

EAU D'ATIRONA

oder feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten von **Carl Kreller** in Nürnberg.

Diese treffliche Atironaseife befreit die Haut leicht und schmerzlos von den genannten Flecken und andern Unreinheiten, stärkt und schützt sie vor den schädlichen Einflüssen des Sonnenlichts und der trockenen Luft, deren Angriffen sie bei fleißiger Benützung ganz widersteht, erhält die Haut weiß, geschmeidig und in frischem belebten Ansehen und zeichnet sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch aus; sie gehört daher mit vollem Rechte zu den ersten Schönheits- und Verjüngungsmitteln, die je in den öffentlichen Verkehr gekommen sind. Die Zeugnisse berühmter Chemiker und Aerzte über die Bewährung dieses höchst wirksamen und ganz unschädlichen Mittels sind genügend bekannt. Ich empfehle daher dieses Eau d'Atirona allen Damen und Herren, welchen an Reinhaltung ihrer Haut gelegen ist, und gebe das große Glas zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. sammt Gebrauchszettel ab. Nicht weniger Empfehlung verdienen:

Mailändischer Haarbalsam

zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, das große Glas zu 54 kr. und das kleine zu 30 kr. nebst Bericht mit vielen authentischen Zeugnissen über die Wirksamkeit dieses erprobten Haarwuchsmittels.

Eau de Mille fleurs,

nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr.

Duft-Essig.

Ein vortreffliches Zimmerparfüm und Luftreinigungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergözt. Preis pr. Glas 15 kr. Auswärtige Bestellungen finden prompte Vollziehung, wenn die Beträge gleich frankirt mit eingesendet und für Verpackung nach Umständen 3 bis 6 kr. beigefügt werden.

Carl Kreller,
Karlsstraße S. Nr 91 nächst dem Weinmarkt.

Prater.

Heute Mittwoch den 18. Juli Ollapotrida, gebratene Hühner, Tauben und andere verschiedene Speisen, wozu ergebenst einladet

M. Rupprecht.

Auktion.

Freitag den 21. Juli, Vormittags 9 Uhr werden im Hause L. Nro. 251a auf dem Josephsplatz, 2 Treppen hoch, gegen baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft: Sopha, Sessel, Comoden, 1 Etager, Bettstätten, Schränke, Tische, Spiegel und eine schöne Stockuhr, 8 Tage gehend, wozu Kaufsliebhaber hierdurch eingeladen werden.

(Zu vermiethen.) Bis zum Ziel Lorenzi 1848 ist im Hause Nro 25 am Herrnmarkt in Nürnberg eine große Wohnung im ersten Stock nebst Pferdestall zu vermiethen. Nähere Aufschlüsse werden im 3. Stock dieses Hauses ertheilt

---

(Zu vermiethen.) In dem Hause Nro. 150 auf dem Pflaster in Gostenhof, ist ein schönes Gartenlogis, in der zweiten Etage, bestehend in 3 heizbaren Zimmern, 1 Kammer, Küche, Holzlage und andern Bequemlichkeiten bis nächstes Ziel Laurenzi zu vermiethen. Näheres im Nebenhause Nro. 149.

(Zu vermiethen.) Auf dem Markt ist ein Laden zu vermiethen und die Glasbehälter billig zu verkaufen. Lustragende wollen ihre Adresse mit A. B. in der Exped. d. Bl abgeben.

(Anzeige.) Diejenige Versammlung, welche Montag den 17. Juli 1848 um 8 Uhr Abends im Gasthof zum Reichsadler stattgefunden hatte, hat Hr. Braun den Saal gratis abgegeben. Die Beiträge, welche von den Anwesenden geleistet worden sind, wurden für eine arme Familie verwendet.

(Zu verkaufen.) Ein sehr eleganter Flügel von Kirschbaumholz und sehr guten Ton ist zu verkaufen. Garten Nr. 99. Seilersgasse St Johannis.

(Gesuch.) Zur Erlernung der englischen Sprache wird ein Lehrer gesucht. Näheres L. Nro 243.

(Gesuch.) Eine kräftige Magd vom Lande, welche Kochen, auch schwere häusliche Arbeiten verrichten kann, sucht bis nächstes Ziel einen Platz.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches Liebe zu Kindern hat, treu und fleißig ist, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. S. No. 359 Albrecht-Dürer-Straße.

(Zu verkaufen) In der Druckerei des Fränk. Merkurs in Bamberg sind mehrere Centner sehr großes schönes Makulatur für Tapezierer, so wie auch kleineres, zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein junges Frauenzimmer, welches schon längere Zeit in einem Laden servirte, wünscht wieder in derselben Eigenschaft oder bei einer Familie unterzukommen. Man sieht nicht sowohl auf großen Lohn als auf gute Behandlung. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen wünscht als Kindsmagd, in oder auch ausserhalb der Stadt, in einem soliden Hause bis Ziel Laurenzi unterzukommen. Näheres in L. Nro. 813 der Johannisgasse.

(Gesuch) Eine Magd, welche kochen kann und sich willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel wieder unterzukommen.

(Gesuch) Ein braves Mädchen, welche Liebe zu Kindern hat, auch in häuslichen Arbeiten erfahren ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) Ein Mädchen von 19 Jahren, welches im Kochen nicht ganz unerfahren ist, wünscht in einer Küche oder als Hausmagd nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) Zur Erlernung der englischen Sprache wird noch ein Mitschüler gesucht, welcher schon etwas in den Anfangsgründen bewandert ist.

(Gesuch) In der Nähe des weißen Thurms wünscht man den Correspondenten v. u. f. Deutschland mitzulesen.

(Gesuch.) Eine Wittwe sucht von soliden Personen ein nicht mehr ganz kleines Kind in Kost zu nehmen.

(Gesuch) Eine gewandte Köchin, welche schon öfter in Gasthöfen diente, sucht hier oder auswärts in gleicher Eigenschaft unterzukommen. — Näheres in der Exped. d Bl

---

(Gesuch.) Mehrere solide Frauenzimmer, welche im Goldsticken bewandert sind, können dauernde Beschäftigung erhalten. Näheres am Thiergärtnerthor Nro. 119.

(Gesuch.) Ein junger verheiratheter Mann, der im merkantilischen Fach nicht unerfahren ist, sucht auf einem Comptoir, in einem Gewölb oder sonstiger Eigenschaft, placirt zu werden. Auch kann derselbe auf Verlangen Caution leisten. Allenfallsige Offerten beliebe man unter Ziffer A. P. der Exped. d. Blts. einzuhändigen.

(Verloren.) Ein Sporn ist vergangenen Sonntag im „Schützengraben" verloren gegangen.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 19. Juli. Gastspiel des Fräulein Walter, k. Württemb. Kammersängerin, und der Herren Rerr und Hofer, herzogl. Sachsen-Coburg'schen Hofopernsänger. „Robert der Teufel." Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer.

„Isabella" Fräulein Walter. „Robert" Herr Rerr. „Bertram" Herr Hofer.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr

Vom 9. bis 15. Juli incl.

Sonntag	2097	Personen, fl.	233 45 kr.
Montag	989	" "	104. 24 "
Dienstag	873	" "	93. 30 "
Mittwoch	864	" "	92. 12 "
Donnerstag	1076	" "	116. 6 "
Freitag	2030	" "	109. 12 "
Samstag	869	" "	91. — "
Summa	7798	Personen, fl.	840 9 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20. Juli 1848. № 202. Donnerstag: Elias.

Die Reichsgewalt.

§. 1. Der Reichsgewalt stehen folgende Rechte ausschließlich zu: Artikel I. §. 2. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus. §. 3. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln bei den auswärtigen Regierungen und in den Seehäfen an; sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Auslieferungs- und Handelsverträge ab, sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an. §. 4. Die einzelnen deutschen Regierungen haben fortan nicht mehr das Recht, ständige Gesandtschaften im In- und Auslande zu halten. Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder auswärtigen Regierung abschließt, sollen der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorgelegt werden. Artikel II. §. 5. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Kriegs und Friedens zu. Artikel III. §. 6. Die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande gehört der Reichsgewalt an. Sowohl ihre Einrichtung als Unterhaltung, als auch die Vertheilung derselben und die Verfügung über sie ist Sache der Reichsgewalt. §. 7. Das Reichsheer wird gebildet aus der gesammten Kriegsmacht, (stehendem Heer und Landwehr) der einzelnen deutschen Staaten. Die Nummern der Regimenter laufen durch das ganze Reichsheer. §. 8. Das Reichsheer schwört Treue dem Reichsoberhaupte und der Reichsverfassung; jede andere Verpflichtung des Militärs steht dieser nach. §. 9. Das Reichsheerwesen soll in Beziehung auf Kommando, Feldzeichen, Militärgesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Dienstzeit, Dienst- und Exerzierreglement, Kriegsmaterial und Kaliber, gleichmäßigen Bestimmungen unterworfen seyn. Gleichmäßigen Bestimmungen unterliegt ferner die Beförderung, Pensionirung, Entlassung, Belohnung und Auszeichnung von Militärpersonen, das Invaliden- und Militär-Medicinalwesen, die Einrichtung von Militärbildungsanstalten. Besoldung und Verpflegung sind unter Berücksichtigung der Landesverhältnisse für das ganze Reichsheer gleich zu stellen. §. 10. Die Ernennung der Oberoffiziere, vom Brigadier aufwärts und diesen eingeschlossen, geht vom Reiche aus. Die General-Artillerie-Direktion, der Generalquartiermeisterstaab, und die mit ihm verbundene höhere Adjutantur, das Geniekorps, das Pionier- und Pontonierkorps und die Central-Plankammer sind der Reichsgewalt ausschließlich untergeben. §. 11. Das deutsche Festungswesen ist Reichsangelegenheit. Alle deutschen Festungen sind Reichsfestungen, und werden von Reichswegen und auf Reichskosten angelegt und unterhalten. §. 12. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung und Unterhaltung der Kriegsflotte, der Kriegshäfen und der Seearsenäle ob. Die Ernennung der Flottenoffiziere geht vom Reiche aus. Artikel IV. §. 13. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht zu, Eisenbahnen anzulegen oder ihre Anlage zu bewilligen. Sie übt über die den Einzelstaaten oder Privaten zugehörigen Eisenbahnen das Recht der Oberaufsicht und Gesetzgebung aus, so weit der Schutz des Reichs und das Interesse des Verkehrs es erheischen. Insbesondere soll Gleichförmigkeit der Spurweite, Gleichheit des Tarifs und ein gehöriges Ineinandergreifen der Fahrtenplane erzielt werden. Wohlerworbene Rechte der Betheiligten können nur gegen Entschädigung aufgehoben werden. Die für die Eisenbahnen aufgestellten Normen finden auch für die Telegraphen Anwendung. §. 14. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die schiffbaren oder floßbaren Ströme und über die Mündungen der in diese fallenden Nebengewässer; desgleichen über sämmtliche Wasserstrassen, welche dem allgemeinen Verkehre dienen. Die von den Einzelstaaten oder dem Reiche zu erhebenden Wasserzölle sollen den Betrag der auf die Ströme und sonstigen Wasserstraßen zu verwendenden Kosten nicht übersteigen. Es darf bei der Erhebung der Wasserzölle und von Nebenabgaben keine Begünstigung der Angehörigen eines Staates vor denen anderer deutschen Staaten stattfinden. Art. V. §. 15. Das deutsche Reich soll ein Zollgebiet bilden. Das gesammte Zollwesen ist Angelegenheit der Reichsgewalt. §. 16. Das Postwesen ist fortan Reichssache, die neue Ordnung soll durch ein Reichsgesetz festgestellt werden. §. 18. Erfindungspatente, die sich auf das ganze Reich erstrecken, werden von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt. Art. VI. §. 18. Der Reichsgewalt steht das Münzrecht und die Gesetzgebung über das Münzwesen ausschließlich zu. Es soll für ganz Deutschland ein gleiches Münzsystem eingeführt werden. §. 19. Der Reichsgewalt liegt es ob, für Maß und Gewicht dasselbe System in ganz Deutschland zu begründen. §. 20. Das Reich hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Bankwesen in Deutschland. Ohne Zustimmung des Reichs darf die Summe des umlaufenden Papiergeldes nicht vermehrt werden. Art. VII. §. 21. Die Ausgaben für die Reichsregierung, den völkerrechtlichen Verkehr, die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande, und überhaupt für alle Einrichtungen und Maßregeln, welche von Reichswegen getroffen werden, fallen dem Reiche zur Last. §. 22. Sämmtliche Zoll- und Posteinkünfte fließen in die Reichskasse. §. 23. Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die ordentlichen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern auszuschreiben. Die Reichssteuern werden im Namen des Reichs erhoben und fließen in die Reichskasse. §. 24. Diee Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen das Reich mit Schulden zu beschweren und für die Sicherstellung und Tilgung der Anlehen Anordnungen zu treffen. Art. VIII. §. 25. Die Gerichtsbarkeit des Reichs wird durch ein Reichsgericht ausgeübt; (s. unten.) Art. IX. §. 26. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen, namentlich in sofern die Macht der Einzelstaaten sich als nicht ausreichend erweißt. §. 27. Die allgemeine Normirung des Assoziationswesens durch die Gesetzgebung steht dem Reiche zu. Die Ertheilung von Korporationsrechten ist in allen Fällen, wo das Reichsinteresse unmittelbar betheiligt ist, vom Reiche zu erwirken. §. 28. Der Reichsgewalt liegt es ob, für die Abschaffung der Lotterien bis zum 1. Jan. 1850 Sorge zu tragen und die Spielbänken ungesäumt zu unterdrücken. §. 29. Die Reichspolizei ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen. Art. X. §. 30. Der Reichsgewalt liegt es ob, die Kraft des Reichsbürgerrechts und die allen Deutschen verbürgten Rechte oberaussehend zu wahren und die gesetzlichen Normen für die Erwerbung und den Verlust des Reichs und Staatsbürgerrechts festzustellen. §. 31. Die Reichsgesetzgebung soll für die Ausnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festsetzen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland bedingen. §. 32. Der Reichsgewalt steht es zu, in allen Fällen, wo es für die Durchführung von Reichszwecken erforderlich ist, das Recht der Gesetzgebung zu üben. Die Reichsgewalt wird Sorge tragen, das durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren, die Einheit im deutschen Volke gefestigt werde. Art. XI. §. 33. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus. Art. XII. §. 34. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung im Reichsblatte im ganzen deutschen Reiche unmittelbar verbindliche Kraft. Verhältnisse der Einzelstaaten des Reichs. Art. I. §. 1. Die Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten dem Reiche gegenüber, dauert in soweit fort, als sie nicht durch die der Reichsgewalt ausschließlich beigelegten Rechte beschränkt ist. Art. II. §. 2. Alle Gesetze und Anordnungen der Einzelstaaten, welche mit der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen in Widerspruch stehen, sind ungültig.

Deutschland.

Bayern. (München, 16. Juli.) Theils im Publikum, theils in öffentlichen Organen sowohl in als außerhalb Bayern, ging das gespensterhafte Verbot die Runde, wornach die Offiziere, Staatsbeamte und Accessisten an politischen Vereinen nicht theilnehmen dürften. Wenn schon ein großer Theil von vornherein dieses als ein Machwerk aus der Lügenfabrik der stets in dieser Hinsicht thätigen Partei ansah, und gleich anfangs ein solches Verbot mit den Grundsätzen unserer jetzigen Staatsregierung für unvereinbar hielt, so gab es doch der leichtgläubigen Seelen viele, die wiederum vor lauter „Reaktion" das ihnen Nächste nicht wahrnahmen oder wahrnehmen wollten, das nämlich, daß ein großer Theil unserer politischen Vereine aus Offizieren, Staatsbeamten und Accessisten besteht und von einem derartigen Verbote auch nicht die leiseste Ahnung verspürt. Das Wahre bei dem ganzen Machwerk ist sonach nur die Lüge. Denn nach den genauesten von uns eingezogenen Erkundigungen ist weder den Officieren noch den Staatsbeamten und Accessisten jemals die Theilnahme an politischen Vereinen verboten worden, noch wird dieß, so lange wir uns auf dem konstitutionellen Boden befinden, jemals geschehen. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 19. Juli.) Unser Abgeordneter zur constituirenden Versammlung in Frankfurt, Herr Dr. Krafft, hat sich veranlaßt gesehen, eine öffentliche Erklärung über die verschiedenen in hiesigen Blättern erschienenen Urtheile und Meinungen über seine Abstimmungen in den Hauptfragen unserer Gegenwart abzugeben. Diese Erklärung ist eines sehr ehrenwerthen Charakters eben so würdig, als sie offen ausspricht, daß Herr Dr. Krafft bei seinen Abstimmungen einzig und allein seine eigene Ueberzeugung zu Rathe gezogen, daß er also auf ein Mandat nicht Rücksicht genommen habe. Es ist ihm von den Wahlmännern ein Vertrauensvotum zu Theil geworden, allein dasselbe gilt ihm eben so wenig als die in den hiesigen Blättern ausgedrückten Mißtrauensvota und will die Stimmung für oder gegen seine Wirksamkeit im Parlament einzig und allein aus der Majorität der Urwähler entnehmen, und im Falle diese gegen ihn ausfalle, seinen Sitz in der deutschen Nationalversammlung aufgeben. Da Herr Dr. Krafft in seiner Erklärung in Aussicht stellt, daß er mit nächstem auf einige Zeit hieher komme und bei dieser Gelegenheit Anhaltspunkte zu seinem künftigen Verhalten zu bekommen wünscht, so ist es nöthig, daß ihm dazu die Hand geboten werde. Alle Welt hat sich davon überzeugen können, in welchen weiten Hintergrund die indirekten Wahlen vor den direkten zurücktreten müssen, welche Einflüsse die zum Theil politisch-ungebildete Masse der Bevölkerung erfahren mußte, welche moralische Ueberredungen stattgefunden haben, um gewisse Zwecke zu erreichen. Jetzt ist Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob bei dem indirekten Wahlmodus nicht doch auch ein erwünschtes Resultat erzielt werden könne. Herr Dr. Krafft fordert selbst in seiner Erklärung als Ehrenmann energisch hiezu auf, seyen wir daher so ehrlich und wahr gegen ihn, wie er sich gegen uns bewiesen hat. Nach den Veröffentlichungen, welche unsere hiesigen Blätter brachten, kann man wohl die Schlußfolge ziehen, daß die Majorität der Urwähler keineswegs mit den Abstimmungen in der Lebensfrage unserer politischen Freiheit einverstanden ist, daß sie die Volkssouveränetät durch diese Abstimmungen verkleinert sieht, und daß sie eine ganz andere Abstimmung erwartet hatte. Um dieß nun auch Hrn. Dr. Krafft vor Augen legen zu können, muß eine große Volksversammlung gehalten werden, in welcher darüber entschieden wird, ob das Vertrauensvotum der Wahlmänner als gerechtfertigt erklärt wird oder nicht, ob die Mehr-

zahl mit den Ausdrücken der Ueberzeugung des Hrn. Dr. Krafft übereinstimmt. Diese Volksversammlung ist (man bedenke dieß wohl) von der ernstesten Natur, und jeder Wahlberechtigte möge mit sich streng zu Rathe gehen, wie er die wichtige Angelegenheit aufzufassen, wie er in diesem Punkte zu stimmen hat. Wohl wird es von verschiedenen Seiten nicht an Versuchen fehlen, auf die Massen einzuwirken, es werden alle Mittel angewendet werden, dem Vertrauensvotum eine Basis zu geben, welche einen scheinbaren Halt in sich tragen soll, es wird auch eine entgegengesetzte Partei die Sache für sich ausbeuten; aber wir warnen nach beiden Seiten hin, denn wir haben die Wahrheit und nichts als die Wahrheit vor Augen, welche in dem gegenwärtigen Betreffe unsere einzige Leiterin seyn soll und kann. Es läßt sich voraussetzen, daß, im Falle die vorgeschlagene große Volksversammlung zusammentritt, glänzende Reden zur Vertheidigung der Abstimmungen des Hrn. Dr. Krafft gehalten werden. Nicht minder ist zu erwarten, daß eine Gegenpartei mit eben so kampfgerechten Waffen erscheinen wird. Beide möchten aber die rechte Mitte zur Seite liegen lassen; Ueberlegung und Berathung dürften daher die Ausschlag gebende Rathgeberin seyn, welche in dieser Beziehung die beste Hilfe zu leisten vermag. Nur um Gotteswillen keine Bestechung, — komme sie nun durch Worte, oder durch andere noch tadelnswerthere Mittel! Einem freien Volke Rechnung zu tragen, welche die Probe hält, das ist die Aufgabe des Parlaments, und dazu sind die Abgeordneten aller deutschen Gauen berufen worden. Ob sie diese Aufgabe erfüllt, das können sie freilich vor der Hand mit ihrem eigenen Gewissen abmachen, ob es aber zum Glück des beabsichtigten, einigen, freien deutschen Vaterlandes ausschlägt, das wird allein die Zukunft lehren. Daß düstre Wolken an dem deutschen Himmel sich sammeln, ist nicht zu verkennen, aber man sollte glauben, nach den Vorgängen einer kaum halbjährigen Vergangenheit müßten sie sich zerstreuen. Und wer dazu beiträgt, ist ohne Zweifel ein Patriot. Die konstitutionelle Monarchie ist das Loosungswort für die Regierung Deutschlands geworden und befestigt, seit ein unverantwortlicher Reichsverweser gewählt ist, allein die konst. Monarchie muß die Volkssouveränetät unbedingt anerkennen, ausserdem sinken wir in einen Abgrund zurück, aus dem nur eine neue Revolution mit blutigeren Merkmalen emporsteigen würde. Die Abstimmungen des Hrn. Dr. Krafft haben sich leider von dem Boden entfernt, der so nothwendig und unserem Heil einen Haltpunkt gewähren kann.

(Aschaffenburg, den 17. Juli.) Gestern Nachmittags langte das 3. Bataillon des Wrede'schen Regiments hier an, und ward theils in der Stadt, theils in den benachbarten Ortschaften einquartirt. Dasselbe setzte heute seinen Marsch nach der Pfalz fort; hier erwarten wir heute noch die Ankunft des 3. Jägerbataillons. Nachrichten aus Würzburg zufolge hatte das von dort bereits nach Uffenheim abgegangene erste Bataillon des 15. Regiments Gegenbefehl erhalten, und wird sammt dem zweiten Bataillon desselben Regiments in die Pfalz zurückkehren. (Asch. Z.)

Baden. (Heidelberg, 17. Juli.) Seit einigen Tagen befindet sich unsere akademische Jugend in lebhafter Aufregung, und es scheint ein Theil derselben entschlossen, heute noch die Stadt zu verlassen. Eine kleine Anzahl von Studirenden hatte einen demokratischen Verein gegründet, der nach Angabe der Statuten sich als Ziel gesetzt hatte, durch die Presse, Belehrung u. s. w. die Einrichtung der demokratischen Republik vorzubereiten. Eine Aufforderung zum Beitritt, die am schwarzen Brett erschienen war, wurde vom Universitätsamte zwei Mal weggenommen, der Verein selbst aber durch Ministerialerlaß aufgelöst. Obwohl die Mitglieder des unterdrückten Vereins dem Vernehmen nach nur ein Zwanzigtheil der Studentenschaft ausmachten, so sah die Mehrzahl doch in diesem Verbot eine Kränkung der akademischen Rechte; denn ohne mit jener demokratischen Tendenz zu sympathisiren, glaubten dieselben doch, eine einseitige Bevormundung darin wahrzunehmen, daß man andere Vereine ähnlicher Art bestehen lasse, einen aus Studirenden bestehenden aber unterdrücke. Eine größere Versammlung sprach sich dahin aus, daß aus dem angeführten Grunde die Sache des unterdrückten Vereins eine allgemeine Studentensache sei und schickte eine Deputation nach Karlsruhe, um umgesäumte Zurücknahme des Verbotes zu erwirken. Ein Ministerialrestript berief sich auf bestehende Gesetze früherer Zeit und versicherte, es sei im verflossenen März eine Erweiterung der bestehenden Associationsrechte weder gefordert, noch erreicht worden. Gestern Abend verkündete die Deputation den Studirenden diese Antwort, sie waren dadurch nicht befriedigt und entschlossen sich nun, heute Morgen die Stadt zu verlassen und nach Neustadt a. d. Hardt zu ziehen. In diesem Augenblick werden die Vorbereitungen dazu getroffen. Ein Anschlag des akademischen Senats mahnt die Studirenden ab, auf diesem Wege ihr vermeintliches Recht zu verfolgen, und erinnert sie daran, daß das Gesetz von 1833, dessen Hauptbestimmungen beigedruckt sind, und welches der Regierung das Recht gibt, jeden Verein, der ihr gefährlich scheint, aufzulösen, auch heute noch in anerkannter Wirksamkeit bestehe. Der Aufruf wird an den Straßenecken angeschlagen, aber, wie wir uns durch eigne Anschauung überzeugten, auch sogleich wieder (nicht von Akademikern) abgerissen. Es scheinen darnach auch Leute thätig zu sein, in deren Interesse es liegt, eine Verständigung wo möglich zu hindern. Gegen 11 Uhr soll, wie wir hören, der Auszug stattfinden. (D. Z.)

(Donaueschingen, den 15. Juli.) Gestern Morgen haben uns die letzten bayerischen Truppen verlassen, um ihr neues Standquartier an der Iller, längs der bayerischen Gränze von Lindau aufwärts, zu beziehen. Nachdem erst vor kurzer Zeit sowohl von Seiten des deutschen Bundes, als des Prinzen Karl von Bayern, als Befehlshabers des siebenten und achten deutschen Armeekorps, ausgesprochen worden war, daß man die Anwesenheit dieses Militärs im badischen Seekreis noch für nöthig erachte, und diese Ansicht wohl auf Gründen beruhen mußte, so kam uns diese ganz entgegengesetzte Maßregel natürlich sehr unerwartet. — Ueberall im deutschen Vaterlande finden Kundgebungen der Freude und der Zustimmung zu der Wahl des Erzherzogs Johann als Reichsverweser statt, nur bei uns nicht. Ich unterlasse, diese Erscheinung zu beleuchten, und beschränke mich auf die Bemerkung, daß hierin das untrüglichste Zeichen unserer Zustände liege, obwohl dieser erste wesentliche Schritt zur Einheit und Kräftigung Deutschlands in vielen Herzen den freudigsten Anklang fand. Den bayerischen Truppen rufen wir den Dank einer musterhaften, freundlichen und humanen Haltung, und ein herzliches Lebewohl nach. Ein Krankenstand von 6 — 8 Mann ist hier verblieben. Der verunglückte Artilleriehauptmann v. Paschwitz ist entschieden in der Besserung. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 17. Juli.) Die provisorische Centralgewalt für Deutschland hat an die Regierungen aller deutschen Staaten die Mittheilung erlassen, daß der Reichsverweser die verantwortlichen Minister ernannt, und daß die Ausübung der provisorischen Centralgewalt durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 übertragenen Rechte begonnen wurde. Sie hat in dieser Mittheilung ausgesprochen, daß sie bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Gewalten auf die thätige vertrauungsvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen rechne, die mit ihr in dem lebendigen Wunsche sich vereinigen, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens zu verschaffen. Die provisorische Centralgewalt hat den Wunsch ausgedrückt, daß nach dem Gesetze vom 28. Juni bald von den Landesregierungen Bevollmächtigte ernannt würden, um mit ihnen in Verbindung zu treten. Die provisorische Centralgewalt hat erklärt: sie wünsche mit den Bedürfnissen der deutschen Regierungen und der deutschen Volksstämme, soweit sie den nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bestimmten Wirkungskreis berühren, auf das umfassendste sich bekannt zu machen, und zähle hierbei auf freimüthige unumwundene Mittheilung, welche sie in gleicher Offenheit erwiedern werde. (Frkft.O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 16. Juli.) Die National-Versammlung hat endlich, nach wiederholten Debatten, den Antrag des Ausschusses über Wehrhaftmachung Deutschlands angenommen. Es zeichneten sich bei diesem Kampf hauptsächlich zwei Meinungen aus: die eine kämpfte für das Prinzip der Volksbewaffnung, indem sie das Militär als aller Sympathien im Volke entbehrend darstellte; die andere ließ sich auf kein ausschließliches System ein; untersuchte nur das augenblickliche Bedürfniß Deutschlands im Hinblick auf seine Lage zwischen zwei gewaltigen Großmächten und berechnete die Mittel, diesen Bedürfnissen genügend begegnen zu können. Während die Freunde der Volksbewaffnung natürlich ein Interesse dabei haben mußten, den politischen Himmel Europas blau und heiter zu sehen: stellten ihn die Antragsteller drohend und gewitterschwanger dar. Robert Blum, Vogt, Wiesner und ihre Freunde wollen Frankreich die Bruderhand reichen, um die Weststürme zu beschwichtigen, und zeigen, gegen Osten gekehrt, dem Czaar das blutige Medusenhaupt Polens, und das gewaltige Miasma der deutschen Freiheit, um ihn zur Besinnung zu bringen und Gewehr bei Fuß an unsere Ostgrenze gefesselt zu halten. Auerswald, Radowitz, Lichnowsky dagegen geben den gegen Frankreich friedlich gesinnten Männern der Linken den von jeher gewaltigen Appetit der Franzosen nach der Rheingrenze zu bedenken, und machen bange vor den nicht zu verachtenden Piken der Kosackenpulks, die jetzt unsere Donaumündungen bedrohen. So viel ist sicher, daß Deutschland allerdings daran gelegen seyn muß, dem Ausland gegenüber stark dazustehen, und daß Auflösung des stehenden Heeres selbst in dem republikanischen Frankreich als gleichbedeutend mit Wahnsinn würde angesehen werden. So viel ist gewiß, daß die Volksbewaffnung, wollte man sie, ohne allmälige Uebergänge, aus dem Boden hervorzaubern, den kriegsgeübten Heeren unserer westlichen und unserer östlichen Nachbarn schlecht widerstehen würde. Es bleibt also nichts übrig, als Scharnhorst's System auf ganz Deutschland anzuwenden: nach und nach alle waffenfähige Mannschaft einzuüben, um im Fall der Noth ein streitbares Heer von nahe einer Million Mann ins Feld stellen zu können. Hat dies System in dem nach der Schlacht von Jena so heruntergekommenen Preussen ohne übermäßige Kosten ins Werk gesetzt werden können, so glauben wir, daß es sich auch, mit verschiedenen Verbesserungen, auf ganz Deutschland werde anwenden lassen. Die allmälige Wehrbarmachung der ganzen Nation ist es, was noth thut; darauf muß schon in den Schulen durch Gymnastik aller Art hingewirkt werden; wir müssen ein starkes Geschlecht haben, das im Innern seine Freiheit, gegen Außen seine Unabhängigkeit, seinen alten Ruhm und seine Ehre gegen jeden Feind zu vertreten im Stande ist. Der Ausschußbericht über die Wehrangelegenheiten scheint wohl daran gethan zu haben, Deutschlands augenblickliches Bedürfniß über Alles zu setzen; ein vollständiges Wehrsystem für Deutschland muß bald nachkommen, und es ist nicht zu verkennen, daß sein Hauptgrundsatz der seyn wird, den Unterschied zwischen Soldat und Bürger mit der Wurzel auszureißen. Es ist anzuerkennen, daß in dem Bericht der Kommission der Nationalversammlung über Wehrangelegenheiten schätzenswerthe Andeutungen in dieser Beziehung gegeben werden. (Frkf. J.)

Hessen. Darmstadt, den 15. Juli.) Die Finanznoth, in der wir uns befinden, läßt einen Vorschlag nach dem anderen zur Verminderung derselben auftauchen. Auch der Abgeordnete der Stadt Mainz, Advocat Görz, hat in dieser Beziehung folgenden Antrag in der 2. Kammer gestellt: „Eine Abänderung der Dienstpragmatik und Herabsetzung der zu hohen Gehalte und Pensionen, im Wege der Gesetzgebung und in einem organischen Gesetze, eignet sich wohl nicht mehr für die gegenwärtige Ständeversammlung. Dagegen erscheint es als eine dringende Nothwendigkeit, wenigstens für die Zeit des notorisch jetzt bestehenden Nothzustandes des Landes, eine Verminderung der Pensionen und Gehalte, namentlich der höheren, sofort eintreten zu lassen. Alle Classen der Bevölkerung, mit Ausnahme derer, welche für ihre Dienste vom Staat bezahlt werden, leiden unter den jetzigen Verhältnissen; ihre Einnahmequellen, aus welchen wieder der Staat sein Einkommen schöpft, stocken oder sind versiegt, nichts erscheint billiger, als daß diejenigen Classen der Staatsbürger, welche davon nicht betroffen werden, in einer solchen Zeit auch angemessene Opfer bringen. Ich stelle daher den Antrag: daß die Kammer beschließen und die Staatsregierung ersuchen möge: 1) daß vom 1. Juli d. J. an alle Staatsgehalte über 3000 fl. auf diesen Betrag vermindert werden mögen; 2) daß vom gleichen Tag an, alle Pensionen über 2000 fl. auf diesen Betrag vermindert werden mögen; 3) daß die Gehalte von 3000 fl. bis je 1800 fl. und die Pensionen von 2000 bis 1500 fl. verhältnißmäßigen Abzügen, etwa ein Zehntel betragend, so jedoch, daß sie nicht unter den Betrag von 1700 fl. für die Gehalte, und 1400 für die Pensionen herabsinken können, unterworfen seyn sollen, 4) daß diese Maßregeln so lange in Kraft bleiben sollen, bis der Nothstand aufgehört hat, jedenfalls bis zum 1. Januar 1850. (Wenn der Antrag des Abgeordneten Görz Beifall findet, so wird in nothwendiger Consequenz für denselben Zeitraum wohl eine Herabsetzung der Advokatentaxe ebenfalls nicht zu umgehen seyn. Anmerk. der Redact.)

(Frkft.O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 13. Juli.) Es werden gegenwärtig auf dem hiesigen Exerzierplatze Schießversuche aus Geschützen mit gefüllten Kugeln angestellt, deren Wirkung erstaunlich sein soll. Jede solche Kanonenkugel ist mit 80 gewöhnlichen Musketenkugeln gefüllt und das Ganze mit geschmolzenem Schwefel so verbunden, daß die Füllung eine feste Masse bildet. Der Zeitpunkt des Zerspringens beruht auf

dem darauf gesetzten Tampin oder Zündrohr, das mit Nummern versehen ist. Das Zerspringen in jeder beliebigen Schußweite wird dadurch bewerkstelligt, daß man das Zündrohr an dieser oder jener Nummer anbohrt, was alles auf der genauesten Berechnung beruht. Hat die Kugel den bestimmten Raum durchflogen, so zerspringt sie im Fluge, und treibt ihre mörderische Füllung, die sich fächerförmig ausbreitet, in gerader Richtung vorwärts. Die Wirkung dieser gefüllten Kugeln ist weit furchtbarer, als die der gewöhnlichen Kartätschenschüsse, und Männer vom Fache, die den Versuchen beiwohnten behaupten, daß wenige Schüsse hinreichen würden, ganze Kolonnen niederzuschmettern. Der Lehrer dieser mörderischen Erfindung ist ein Herr Fröbel aus dem Hannoverschen; er verkaufte sein Geheimniß an die hiesige Artillerie um 900 Thlr. und 3 Thlr. Diäten täglich, so lange seine Gegenwart bei den Versuchen nöthig ist. (Fr. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 15. Juli.) Aus Innsbruck lauten die neuesten Nachrichten vom 13. über das Befinden des Kaisers sehr beunruhigend. Die Krankheitsanfälle wiederholen sich auf eine bedenkliche Weise und das Aussehen des so verehrten Kaisers, der ohne Widerspruch als einer der edelsten Menschen in der ganzen Monarchie geliebt ist, schwindet sichtlich. (Agsb. Abdz.)

Wien, den 15. Juli.) Die Verbrüderung des Militärs mit der Nationalgarde und den Studirenden ist erfolgt, und man verspricht sich die segensreichsten Folgen davon. Es war ein großartiger Akt, welcher im Augarten vor sich ging. Der Kriegsminister Latour und General Auersperg wohnten demselben bei und gewannen durch ihre Beredtsamkeit und Leutseligkeit Aller Herzen. Nach Beendigung der Beschlußfassung zogen die Tausende von Waffenbrüdern Arm in Arm durch die Stadt, und der Jubel war allgemein. Die Radikalen speien Feuer, und suchten noch in der letzten Stunde das Ganze zu hintertreiben, was ihnen jedoch nicht gelang. — Nachschrift. Man erwartet den Reichsverweser schon morgen aus Frankfurt zurück. Die Minister-Kombination hat sich anders gestaltet. Schwarzer, Chef aller Wühler, ist ausgeschlossen, und der Kriegsminister Latour bleibt. Montag hält der Sicherheits-Ausschuß eine außerordentliche Sitzung über die Art seiner Auflösung. Dagegen hat der demokratische Klub heute noch die Keckheit gehabt, beim Minister Dobbelhof die Entfernung des Windischgrätz zu verlangen. (A. Abdz.)

(Pesth, 11. Juli.) Heute haben wir hier eins der großartigsten weltgeschichtlichen Ereignisse erlebt. Seit den Zeiten Maria Theresiens war auf dem ungarischen Reichstag keine solche allgemeine Hingebung und Begeisterung für die Rettung des Vaterlandes aus den Gefahren zu sehen wie heute. Die gewaltige Stimme aber, welche diesmal eine so zauberähnliche Wirkung hervorzubringen wußte, war nicht die einer gekrönten Person vom Thronsessel herunter, sondern die eines schmächtigen Mannes von geringer Herkunft, welcher am Rande des Grabes steht, aber vom heiligen Feuer der Begeisterung erhoben, mit dämonischer Gewalt über die Geschicke seines Landes waltet. Es war Kossuth. Er ist so schwach und angegriffen, daß er auf die Tribune geführt werden mußte. An seiner mächtigen Stimme aber merkte man die Schwächlichkeit des Körpers nicht. Mit eben so glänzender Beredtsamkeit als hinreißender Begeisterung schilderte er die Lage und Gefahren des Landes und forderte schließlich nichts weniger als die Bewilligung von 200,000 Rekruten und 42 Mill. Fl. Schon während der Rede wurde er von stürmischem Beifall unterbrochen; als er aber geschlossen, kannte die allgemeine Begeisterung keine Grenzen mehr. Der Anführer der Linken, der eigentlichen Opposition, Paul v. Nyari, erster Vicegespan des Pesther Comitats, stand auf, erhob zwei Finger wie zum Schwur, sprach aber nur das eine verhängnißvolle Wort: megadjuk! (Wir geben!) worauf die ganze Versammlung einhellig und mit höchster Begeisterung ihre Zustimmung ausdrückte. „Ich beuge mich vor der Größe dieser Nation" sagte Kossuth, von solchem Anblicke tief gerührt. Die Versammlung war nicht mehr fähig, etwas vorzunehmen, und ging auseinander. Seinen detaillirten Finanz-Entwurf wird Kossuth morgen vorlegen. Die Rekrutenaushebung soll in der Weise geschehen, daß das gegenwärtig in Ungarn befindliche Militär auf 200,000 M. gebracht werden soll. Die 42 Mill. Fl. sollen theilweise durch eine Anleihe herbeigeschafft werden. Zu der Abendsitzung ist eine Kommission zur Entwerfung der Adresse niedergesetzt worden. (D.A.Z.)

Preussen. (Berlin, 16. Juli.) Aus dem Ministerium der geistlichen rc. Angelegenheiten ist folgende Verfügung ergangen: „In Folge einer an mich gerichteten Anfrage wegen der Zulassungs-Berechtigung jüdischer Gelehrten zu den akademischen Lehrämtern habe ich mit Rücksicht auf die von des Königs Majestät wegen Unabhängigkeit der staatsbürglichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse ertheilten Zusicherungen keinen Anstand nehmen können, zu erklären, daß ich auch jüdische Gelehrte als zulassungsberechtigt zu allen Lehrämtern an den Landes-Universitäten anerkenne, in so fern nicht die Natur eines solchen Lehramtes das christliche Bekenntniß nothwendig voraussetzt. „Ew. Hochwohlgeboren gebe ich von dieser Erklärung mit der Veranlassung Kenntniß, den Inhalt derselben dem Rektor und Senat der Universität, so wie den einzelnen Fakultäten, mit Ausschluß der theologischen, zur Kenntnißnahme und Beachtung mitzutheilen. Berlin, den 14. Juli 1848. Für den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Im Allerhöchsten Auftrage (gez.) von Ladenberg. (Pr. Sts.-A.)

Schleswig-Holstein. (Hadersleben, 14. Juli.) Die Gerüchte von einem nahenden Waffenstillstande von längerer Dauer sind allerdings begründet, die Feder der Diplomatie ist jetzt thätiger, als das Schwert der Krieger, und Deutschland kann nächster Tage erleben, daß sich aufs Neue bewahrheite der Spruch des alten Blücher: Ihr verfluchten Federfuchser habt Alles verdorben, was das Schwert gut gemacht. Zum Glücke ist Wrangel der Mann, der seine jetzige Stellung zum Gesammtvaterlande ruhig erfaßt, und deßhalb sich weigert, das gut zu heißen, was diplomatischer Schwachsinn den deutschen Landen als Bedingungen einer längeren Waffenruhe aufdrängen will. Wrangel hat wesentliche Modifikationen vorgeschlagen, und wird nicht eher das jetzt zögernde Schwert ganz in die Scheide stecken, bis sie dänischer Seits angenommen. Heute werden hart an der Grenze Verhandlungen gepflogen, und ruhen für sechs Stunden die Waffen.

Dennoch ist es sehr fraglich, ob der Waffenstillstand und nachfolgende Friede so nahe vor der Thüre. Vermuthen sollte man es aus andern Erscheinungen, die aber bei richtiger Beleuchtung eine ganz andere Deutung zulassen, und schon jetzt bei dem ersten Bekanntwerden nicht verfehlen, eine bedeutende Sensation zu erregen. Das v. d. Tannsche Freicorps hat gestern von Seiten der Oberkommandos den Befehl erhalten, morgen seine Stellung an der Ostküste zu verlassen, um in einigermaßen forcirten Märschen nach Rendsburg zurückzukehren. Dort angekommen soll es von Seiten der prov. Regierung aufgelöst werden, unter Danksagung für seine geleisteten vielen Dienste." (Weser Z.)

Donaufürstenthümer.

(Bucharest, den 23. Juni.) Folgendes sind die 22 Punkte welche der Fürst Bibesko am 24. Juni auf Begehren der Bojaren und des Volks unterschrieben hatte, und welche die Grundlagen der neuen Verfassung der Walachei bilden sollen. 1) Administrative und legislative Unabhängigkeit des walachischen Volks, basirt auf die Tractate Mirtscheu's Blads V. und keine Einmischung irgend einer fremden Macht in die Verhältnisse des walachischen Staates; 2) gleiche politische Rechte für alle Staatsbürger; 3) Steuerpflichtigkeit jedes Bürgers ohne Unterschied von Rang und Stand; 4) allgemeine Ständeversammlung, zusammengesetzt aus den Repräsentanten aller Stände; 5) Verminderung der Civilliste; Beseitigung aller Bestechungsmittel; 6) Verantwortlichkeit des Fürsten, der nur immer auf fünf Jahre, und aus allen Ständen der Gesellschaft zu wählen ist; 7) Verantwortlichkeit der Minister und aller von ihnen abhängigen Beamten; 8) vollständige Preßfreiheit; 9) Belohnungen darf nur das Vaterland durch seine Vertreter decretiren, nie der Fürst; 10) die Berechtigung jedes Districtes, seine Administratoren zu erwählen; 11) Errichtung einer Nationalgarde; 22) Emancipation der abhängigen Klöster; 13) Emancipation des Bauerustandes, welchem Grundstücke als Eigenthum verliehen werden sollen, gegen Entschädigung der Grundherren; 14) Befreiung der leibeigenen Zigeuner gegen Entschädigung; 15) Vertretung des Volks bei der Pforte; 16) Freiheit und Gleichheit des Unterrichts für alle Landeskinder beider Geschlechter; 17) Abschaffung der functionslosen Titulaturen und Rangklassen; 18) Abschaffung der Prügelstrafen; 19) Abschaffung der Todesstrafe, durch die That wie durch Gesetz; 20) Errichtung von Besserungsanstalten für entlassene Sträflinge; 21) Emancipation der Juden und gleiche politische Rechte für alle Confessionen; 21) augenblickliche Einberufung einer außerordentlichen constituirenden Versammlung, gewählt aus allen Ständen des Volks. (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 15. Juli.) Keine wesentliche Störung im Lauf des gestrigen Tages. Mehrere Arbeiter, die im Kreise ihrer Kameraden heftige Reden hielten, wurden festgenommen und in die Conciergerie, dieses nie leere Golgatha, geworfen. Gegen Abend verlegte der Kriegsminister Lamoricière sein Lager vom Boulevard du Temple nach La Chapelle und St. Maur, um in der Nähe der mißvergnügten, von Rothschild fortgejagten Arbeiter zu seyn. — Im Innern der Stadt (Place du Carousel) ist eine Batterie mit acht Geschützen aufgefahren. — Dieß sind etwa die hervorragendsten Ereignisse bis diesen Morgen.

Literarische Notiz für Anhänger der modernen Briefkur.

Wir erlauben uns auf folgendes so eben erschienene Schriftchen aufmerksam zu machen, nämlich: **Aerztlicher Briefsteller, oder Anweisung zum Schreiben von Krankheitsbriefen für alle diejenigen Kranken, zumal Unterleibskranken, welche sich auf moderne Weise, d. i. brieflich, kuriren lassen wollen. Nebst einem Krankheitsspiegel, einer Speichel-, Schweiß-, Urin-, Stuhl- und Bluttabelle und einem Puls- und Kräftemesser.** Von Dr. Baryphius Strohl. Berlin 1848. Verl. von Ernst Reetze. Preis: 4 fl. Belliol, jener bekannte Pariser Briefkurierer, hatte sich früher lange Zeit vergebens bemüht, durch großartige öffentliche lobpreisende Ankündigungen und Danksagungen eine ärztliche Praxis zu erlangen. Es war gewiß nicht blos der schlechte Erfolg seiner Kuren, sondern vielleicht auch seine Persönlichkeit, welche seinen menschenfreundlichen Absichten hindernd entgegentrat. Denn, trotz dem, daß er die bittersten und hartnäckigsten Feinde der armen Menschheit: die Skropheln, Flechten und galanten Krankheiten vorzugsweise auszurotten versprach, vertraute sich ihm nur selten Jemand an. Da kam er auf den glücklichen Gedanken, seine bisher noch ungedruckte Heilmethode, die Quintessenz aus allen bekannten und unbekannten Kurirbüchern, als etwas ganz Neues der Oeffentlichkeit zu übergeben, mit Ausnahme der drei Hauptmittel, mit denen er alle Krankheiten behandelt, und die ihm natürlich das schriftlich bei ihm Hülfe suchende Publikum extra abkaufen muß. Das Buch, in welchem die eigene Heilmethode auf das Glänzendste herausgehoben, jede andere als offenbar schädlich verworfen wurde, erregte bei allen Sachverständigen und Nichtsachverständigen großes Aufsehen, vorzüglich bei den Letzteren, und es kamen dem Belliol aus der Nähe und Ferne Briefe über Briefe von Kranken zu, die ihm das Geheimniß ihrer Krankheiten und ihr Geld förmlich aufdrangen, um nur dafür einige ärzliche Phrasen und das von B. selbst so sehr angerühmte Geheimmittel zu erhalten. Dieser Belliol, der als der Stifter der modernen Schule für Behandlung gewisser Krankheiten auf brieflichem Wege anzusehen ist, fand, da er als glücklicher ärztlicher Spekulant großen Reichthum sich erwarb, bald Nachfolger, so daß es in großen Städten fast allgemeine Mode geworden ist, hinter dem Hausarzte in loco, der bei seinen persönlichen Besuchen durch seine fünf Sinne und deren Unterstützungsmittel der Krankheit nachforscht, und darnach seinen Heilplan einrichtet, noch einen entfernt wohnenden Arzt brieflich zu Rathe zu ziehen, der auf briefliche Mittheilungen hin, ohne weder den Kranken noch die Krankheit zu sehen und zu beobachten, sein für alle möglichen und nicht möglichen Krankheiten passendes oder nicht passendes Mittel verordnet. Diese Korrespondenz, an und für sich schon schwierig, nimmt dem Arzte viel Zeit weg, und um sich dieselbe zu erleichtern, haben alle Aerzte, die sich zu solchen brieflichen Kuren herablassen, Schemata zu Briefen sich lithographiren lassen, damit sie die Antwort auf die an sie gerichteten Briefe, welche eben so, wie das zu verordnende Mittel, fast immer auf eine und dieselbe herauskommt, nicht jedesmal zu schreiben, sondern nur Datum und Adresse darauf zu setzen brauchen. Hiermit ist nun zwar dem korrespondirenden Arzte geholfen, aber nicht dem korrespondirenden Publikum; auch diesem die Korrespondenz möglichst zu erleichtern, die ihm wegen der Mannichfaltigkeit der Uebel und der Mittheilung darüber besonders schwer wird, ist der Zweck des Verfassers des ärztlichen Briefstellers, und er suchte, ihn zu erreichen, indem er je nach den verschiedenen Krankheiten verschiedene Schemate von Briefen entwarf, welche Rubriken für die Hauptpunkte zur Erkenntniß der Krank-

heiten für den Arzt enthalten. Ferner hat der Verfasser, ähnlich wie bei einer Flora zur Bestimmung des Namens, der Gattung rc. einer Pflanze, die verschiedenen Symptome der Krankheiten nach einem gewissen Systeme geordnet und numerirt, so daß der Kranke nur die verschiedenen Symptome, die er an sich bemerkt, in dem Systeme aufsuchen darf, um den Namen, die Gattung u. s. w. der Krankheit zu erfahren. Hat er einmal dieß erfahren, dann sucht er den für diese Krankheit und ihre Gattung bestimmten Brief, füllt die Rubriken desselben aus, schreibt den ganzen Brief mit den ausgefüllten Rubriken ab, und erleichtert durch den also verfaßten Brief nicht nur sich die Mittheilung an den entfernten Arzt, sondern auch diesem die Erkenntniß der Krankheit, wiewohl auf leztere so sehr viel nicht ankommt, da ja derselbe immer nur höchst unschädliche Mittel verordnet, und für den Nothfall ja auch der Hausarzt in loco zur Hand ist. Um aber dem Kranken die Erkenntniß der Symptome zu erleichtern, hat der Verfasser des ärztlichen Briefstellers nachfolgende Hülfsmittel seinem Werkchen beigefügt: 1) einen Krankheitsspiegel, nämlich ein Instrument, in welchem sich die Krankheiten der verschiedenen nach außen offenen Höhlen des Körpers abspiegeln; 2) eine Tabelle, auf welcher die Bedeutung des Speichels, Schweißes, Urines, Stuhlganges und Blutes, soweit sie durch Geschmack, Gesicht, Geruch und Gefühl zu erkennen ist, in Bezug auf Krankheiten angegeben und 3) einen Puls- und Kräftenmesser, durch welches Instrument die Beschaffenheit des Pulses und der Körper- und Geisteskräfte genau bestimmt ist. Man ersieht aus dieser kurzen Mittheilung über das obenbenannte Schriftchen und seine Zubehör, wie nützlich, ja nothwendig dasselbe für jeden Kranken ist, der sich einer Briefkur unterwerfen will, und es wird somit seine dringende Empfehlung gerechtfertigt erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Anzeigen

Erklärung.

Auf die am 7. d. Mts. erlassene Bekanntmachung der Wahlmänner haben sich verschiedene Aeußerungen über die Stellung der Wahlmänner und die Wirksamkeit des Abgeordneten Dr. Kraft in den öffentlichen Blättern vernehmen lassen.

Hierauf wird von den Unterzeichneten erwiedert:

Sämmtliche Wahlmänner haben sich in ihrer ersten Privatzusammenkunft dahin vereinigt, mit dem zu wählenden Abgeordneten eine Verbindung bezüglich der Verhandlungen bei der National-Versammlung zu unterhalten.

Deßhalb hat der Abgeordnete Dr. Kraft seine Mittheilungen, zu denen er sich veranlaßt sah, an die Wahlmänner gesendet, welche deren Veröffentlichung in der Art bewirkt haben, wie solche dem Wunsche des Abgeordneten und der Fassung seiner Schreiben entsprechend war. —

Die Wahlmänner haben hiebei niemals einen fortdauernd offiziellen Charakter als Wahlmänner-Corporation für sich in Anspruch genommen, und noch weniger die Ansichten des ganzen Wahlbezirks zu vertreten beabsichtigt; es konnte daher auch das in der Bekanntmachung vom 7. Juli ausgesprochene Anerkenntniß der Dr. Kraft'schen Abstimmung, welches übrigens eine abweichende Ansicht über einzelne Punkte derselben ohnedem nicht ausschließen sollte, lediglich als eine Privat-Meinung betrachtet werden. Indem aber, wie aus mehreren Veröffentlichungen hervorgeht, die hie und da bestehende Verschiedenheit der Ansichten über einige Punkte jener Abstimmung und die Aeußerung der Wahlmänner über leztere zu Angriffen gegen die ganze Haltung und Gesinnung des Abgeordneten benuzt wird, und hiedurch Mißtrauen gegen denselben erregt werden könnte, so muß man hierin am Verfahren erkennen, durch welches nur Aufregung und Zwietracht statt der jezt so nothwendigen Einigkeit hervorgebracht wird.

Was übrigens unter den gegebenen Verhältnissen die Veröffentlichung allenfalls weiterer Mittheilungen des Abgeordneten Dr. Kraft betrifft, so muß solches fernerhin lediglich der Bestimmung des lezteren selbst anheim gestellt bleiben.

Durch diese einfache Erklärung dürften alle in dieser Angelegenheit erhobene Bedenken beseitigt seyn.]

Nürnberg, den 17. Juli 1848.

Anernheimer. Joachim Birkner. Dr. Barthelmeß. Ottomar Briegleb. Georg Leonh. Bär. M. E. Bader. J. C. Bromig. C. C. Cnopf. M. Daßdorf. Friedr. Domerer. Dr. Dietz. Joh. Dav. Drechsler. C. W. Engelhardt. Ferd. Elßmann. August Engelhard. Joh. Nik. Eckerdt. Ludwig Ernst. Georg Fleischmann. P. Chr. Fuchs. Fr. Farnbacher. C. W. Fleischmann. P. C. Geißler. H. Gebhardt. Heinr. Göschel. Dr. Joh. Phil. Göschel. Joh. Jakob Heller. Jak. Hüttlinger. Alexander Hertel. Georg Heinlein. J. M. Ißmeyer. Advokat Korte. v. Königsthal. Ph. C. Krafft. Joh. Gg. Klein. Theodor Klein. Dr. Kalb. Joh. Kalb. J. Carl Lindner. J. M. Lohrer. G. Lehner. Adv. Lindner. J. J. Link. J. Andr. Langhanß. Karl Mainberger. Joh. Jac. Mendl. Paul Merkel. J. C. Merkel. Eduard Müller. Sigm. Merkel. Dr. Mehmel. Fried. Neumann. Ch. A. Orth. Adam Pillhofer. J. M. Richter. Dr. Rose. J. G. Reif. Erhard Ringler. J. A. Rudolph. Moritz Schmidt. Baurath Solger. v. Sundal. G. H. Schroll. Heinr. Schanz. Karl Stein. L. Th. Schröder. Joh. Stahl. J. C. Schrell. Dr. Toussaint. J. H. Toberer. Kreisrath v. Tucher. Gottl. Wünsch. Karl Waydelin. Joh. Christ. Wich. J. B. Zahn. Dr. med. Zehler. Joh. Gg. Zeltner.

Empfehlung.

Wir empfehlen eine eben erhaltene Sendung ächt bielefelder Leinwand von vorzüglicher Qualität zu sehr billigen Preisen, welche sich vorzüglich zu Herren-Hemden eignet

Ferner empfehlen wir eine große Auswahl gestickter und brochirter Gardinen und feine Stickerei.

Blank und Comp.
Obstmarkt 906.

Dank.

Den Herrn Professor Dietz und Herrn Dr. Schramm, insbesondere aber Hrn. Prof. Dietz statte ich hiemit meinen wärmsten Dank, für die Sorgfalt, welche mir dieselben während meines ½jährigen Krankenlagers, am Knochenfraß und Lungenentzündung, in dem hiesigen allg. Krankenhause zu Theil werden ließen, ab. Möge Gott diese beiden Herren zum Wohle der leidenden Menschheit erhalten, und diese wohlthätige Anstalt ferner gedeihen lassen.

Friedrich Steininger

Warnung.

Ich warne hiedurch Jedermann, niemanden, wer es auch sei, etwas auf meinen Namen zu borgen, indem ich für gar nichts Zahlung leiste.

Hersbruck, am 15. Juli 1848.

Joh. Mich. Schmied
Weinwirth.

Anzeige und Bitte.

Einem verehrten Publikum mache ich die ergebenste Anzeige, daß ich jezt meinen Verkaufs-Platz nahe dem Salzfischer Herrn Brevit gegenüber erhalten habe, bitte daher, das mir bis jezt auf dem Trödelmarkt geschenkte Zutrauen auch ferner zu bewahren, indem ich mich bestreben werde, mit ausgezeichneten guten Waaren meine werthgeschätzten Abnehmer zu bedienen

Johann Rabus, Großpfragner in der Vorstadt Wöhrd.

Einladung.

Sonntag den 23. und Montag den 24. Juli wird das St. Jakober Kirchweihfest gefeiert, daher ich mir erlaube, ein hochverehrtes Publikum ergebenst einzuladen

Sonntag Abends 8 Uhr „Harmonie-Musik."

Hochachtungsvoll
G. Wolff, zum weißen Schwan.

Einladung.

Donnerstag den 20. Juli findet bei Unterzeichnetem Harmonie-Musik statt, wobei auch guter Kaffee, frisch gebackene Hefenküchlein, Tauben und Braten verabreicht werden, wozu ergebenst einladet

Joh. Gg. Koch,
zu Steinbühl.

Schusters-Felsen-Keller.

Heute Donnerstag den 20 Juli „Blechmusik" von Musikern des Stabshornisten Herrn Lippert.

Rosenau.

Donnerstag den 20. Juli

Musikalische Production

unter Leitung des Stadtwehr-Musikmeisters Herrn Gerngroß.

Anfang 5 Uhr. Entree à Person nach Belieben.

Hiezu ladet die verehrten Abonnenten und Herrn Stadtwehrmänner höflichst ein

Fr. Scholl.

Anfrage.

Vor ca. 8 Wochen ließen sich einige Bürger des 18. Distrikts Sebalder Seite Namens ihrer Mitbürger darüber zu Protokoll nehmen, daß auch in ihrem Distrikte, der durch seine geographische Lage in commerzieller Beziehung ohnehin genugsam verkümmert ist, die Gasbeleuchtung eingeführt werden möchte. Seitdem ist nun aber weder etwas geschehen, noch jenen Männern bis jezt ein Bescheid ertheilt worden. Es wird daher die Anfrage gestellt, ob denn die Bittsteller, resp. der Antrag nicht einmal eines Bescheids der betreffenden Behörde werth sey?

(Zu vermiethen.) In der Karolinenstraße Nr. 341 ist die erste Etage, bestehend in zwei ineinander gehenden Zimmern, frisch tapezirt, mit oder ohne Möbeln an Herren oder Damen zu vermiethen.

BELVEDERE.

Heute Donnerstag den 20. Juli findet Production des Münchner Kleeblatts statt, wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Sturm.

Das fünfzigste Verzeichniß unserer Leihbibliothek,

welches durch 464 Nummern neuer Nachschaffung die Gesammtzahl auf 21385 Nummern erhebt, ist erschienen und wird unentgeldlich ausgegeben.

Wir empfehlen dasselbe allen Freunden erheiternder Lectüre um so mehr, als die Fluth der politischen Literatur abnimmt, und wieder Muße zu ersterer gestattet. 45 Nummern sind der vermischten Literatur, 313 den Romanen, Gedichten und Theaterstücken gewidmet, 106 der französischen Literatur, darunter allein 41 Bände Dumas'scher Schriften

Nürnberg, den 18. Juli 1848.

Riegel und Wießner.

(Verloren.) Am 17. dies Vormittag ging von einem Gewehr das Bajonett verloren, und wird der Finder um dessen Rückgabe in S. Nro. 1326 der äußern Laufergasse gegen ein Trankgeld gebeten.

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 325 a. der Adlerstrasse, ohnweit der Post ist ein heiteres Logis an einen ledigen Herrn täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Rathhausstraße Nr. 884 ist ein möblirtes Zimmer nebst Alkov sogleich oder den ersten August zu vermiethen. Auf Verlangen wird Kost und Bedienung gegeben.

(Zu verkaufen.) In der Druckerei des Fränk. Merkurs in Bamberg sind mehrere Centner sehr großes schönes Makulatur für Tapezierer, so wie auch kleineres zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein junges Mädchen, welches in Nähen und Bügeln, sowie in allen Hausarbeiten gut erfahren, und auf dessen Rechtlichkeit man sich verlassen kann, wird nächstes Ziel gesucht S. Nr. 535

(Gesuch) Es wird eine treue, reinliche, wohlerfahrne, geschickte Köchin bis nächstes Ziel Laurenzi in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Man sucht ein junges Mädchen in die Kost zu nehmen, welche sowohl in der Küche als in allen häuslichen schönen und nützlichen Arbeiten unterrichtet werden könnte, und dabei unter der besten Aufsicht steht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch). Ein solider junger Mensch kann in ein Ladengeschäft als Lehrling eintreten. Auf frankirte Anfrage unter der Adresse B. M. wird das Nähere mitgetheilt.

(Gesuch) Eine mit guten Zeugnissen versehene Köchin, welche sich auch jeder Hausarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft wieder unterzukommen.

(Gesuch) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, auch Liebe zu Kindern hat, wünscht 14 Tage nach Lorenzi unterzukommen. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Ein in gutem Zustande sich befindliches Wirthschaftszelt, eine einfache Meßbude, mehrere Erleuchtungs-Oel-Lampen und einige Fahnen werden gegen anschmiert Generalien auf einige Tage zu miethen gesucht. Näheres S. Nro. 673 der Schildgasse

(Gesuch.) Gegen dreifache hypothekarische Sicherheit werden zur ersten Stelle 5000 fl. aufzunehmen gesucht.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 20. Juli. Siebente Vorstellung im Sommer-Abonnement. „Zurücksetzung." Lustspiel in 4 Akten von Dr. Töpfer. Hierauf zum Erstenmal: „Sittliche Rache, oder Lila Balley und ihr Anhang." Fresle-Abenteuer in 1 Akt von Frater Hilarius

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

4 61 6 40 80

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. Juli 1848. № 203. Freitag: Praxedes.

+ Bericht über die sechste Versammlung des Volksvereins.

Die sechste Versammlung des Volksvereins, den 18. d. Mts., war gleich den bisherigen äußerst zahlreich; die Theilnahme am Vereine steigert sich immer mehr, die Mitglieder sind nahe an 600 angewachsen, und diese große Zahl, die noch durch viele Gäste gemehrt wird, macht, verbunden mit der gu en Ordnung und würdigen Haltung, welche allenthalben in der Gesellschaft sich ausprägt, einen äußerst wohlthätigen Eindruck auf den Beobachter. Vor allem wurde die Wahl eines definitiven Ausschusses vorgenommen, welcher den Statuten gemäß für die nächsten zwei Monate die Angelegenheiten des Vereins zu leiten hat. Sie fiel auf folgende Herren: Dr. Schwartz, Hoffmann, Dr. Birkmeyer, Dr. Wölffel, Fink, Schmidt (Jak. Kaufm.), Dr Fabrice, Jul. Merz, Dr. Ghillany, von denen die Mehrzahl schon den bisherigen provis. Ausschuß gebildet hatte. — Großes Interesse erregte sodann ein umfangreicher Vortrag des Hrn. Dr. Ghillany über Republik und Monarchie, in welchem er die Gebrechen der republikanischen Verfassungen, wie sie sich in verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Völkern zeigten, histo isch nachzuweisen versuchte, in welchem er ferner eine Rundschau über die gegenwärtig bestehenden Freistaaten hielt und theils ihre Mängel aufzuzeigen sich bemühte, theils die Unterschiede hervorhob, welche zwischen einzelnen derselben und unsern deutschen Verhältnissen obwalten, und die lockenden Güter der Republik uns nicht genießbar lassen würden. Er bemerkte, wie verschieden die alten Republiken gewesen wären von den demokratischen Idealen der Gegenwart, und gleichwohl seyen sie bei allen aristokratischen Elementen, welche mehr Gewähr für ruhigen Bestand zu bieten pflegen, beständigen Schwankungen eben so unterworfen gewesen, wie in neuer Zeit die Schweiz und gegenwärtig Frankreich. Wenn allerdings Nordamerika frei sey von politischem Parteitreiben, so habe es dieses Glück seiner dünneren Bevölkerung zu danken. Wer geordneten Verkehr, wer gesicherten Erwerb, wer steigenden Credit, wer blühenden Hausstand wünsche, der dürfe in unsern deutschen Verhältnissen keineswegs der Republik zuzusegeln sich vornehmen. Dabei verhehlte er keineswegs die Gebrechen der bisherigen Monarchieen, fand aber in der wahrhaft konstitutionellen Monarchie eine weit sicherere Gewähr der Freiheit und des Bürgerglücks. Nur sollten diese Monarchieen Deutschlands nicht in so gar viele Theile auseinandergehen, wie dieß leider der Fall sey. Etwa sechs konstitutionell-monarchische Staaten wären für Deutschland genug, und es wäre ein großes Glück, wenn die vielen kleinen Fürsten mediatisirt würden. Dann würde auch die häufige Klage über die vielen Civillisten schwinden, die indeß gleichwohl meist dem Volke wieder zu Gute kämen. Nachdem der Redner durch diese und andre Gründe den Vorzug der Monarchie vor der Republik darzuthun sich bestrebt hatte, stellte er an den Verein den Antrag, diesen seinen Vortrag als eine Ansprache des Volksvereins an seine Mitbürger drucken zu lassen; dazu sey jetzt eine auch so schicklichere Gelegenheit, weil die Nationalversammlung sich durch die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers für das monarchische Prinzip sich entschieden habe. Nachdem der Vorsitzende für den gelehrten und tiefeingehenden Vortrag im Namen des Vereins seinen Dank ausgesprochen, stellte er die Frage, ob die Versammlung zur Prüfung dieses Antrags eine Kommission niedersetzen wolle, welche bis über acht Tage Bericht erstatte; denn es sey unmöglich, sogleich in einer so großen Versammlung nach einmaligem Hören eine Diskussion zu eröffnen. Der Vorschlag wurde genehmigt und die Kommission ernannt. Inzwischen hat Hr. Dr. Ghillany seinen Antrag selbst wieder zurückgezogen, und wird die Broschüre in seinem eigenen Namen erscheinen lassen, auf welche wir das Publikum hiemit zum Voraus aufmerksam machen. — Nach Erledigung dieser Angelegenheit und nach kurzem Bericht über eine auf irrthümlicher Voraussetzung beruhende, übrigens durchaus leidenschaftslose Polemik des Korrespondent n gegen einen Protest des Vereines, stellte Herr Dr. Schwarz den Antrag, sich der Adresse, welche der Münchener Verein für Volksrechte in Sache des Waffenstillstandes mit Dänemark an die Nationalversammlung in München aufgelegt hat, in der Art anzuschließen, daß der Verein eine ähnliche, kürzere in seinem Namen dahin absende. Der von ihm vorgelegte Entwurf, in welchem an die Nationalvers. die Bitte gestellt wird" dieselbe wolle bei Schließung des Friedens 1) den Forderungen der Herzogthümer Schleswig u. Holstein in ausgedehntester Weise entsprechen, und 2) die versuchte Einmischung Englands und Rußlands in die Friedensunterhandlungen zurückweisen" wurde einstimmig angenommen. Die allgemeine Entrüstung, welche die Erklärung der hannöv. Regierung über die Befugniß der Nationalversammlung gegenüber den Einzelstaaten in ganz Deutschland hervorgerufen hat, fand auch im Volksverein ihren Widerklang, und war um so stärker, als derselbe überzeugt ist, daß auf unbedingter Unterwerfung unter alle Beschlüsse der Nationalversammlung allein unseres Vaterlandes Rettung und Wohlfahrt beruhe. Jenem ersten Versuch offner Widersetzlichkeit und erklärter Sonderbestrebungen, so weit seine Kräfte reichten, zu begegnen, beschloß daher der Verein eine Ansprache an die Hannoveraner in der Bremer Zeitung und im Frankfurter Journal zu erlassen, in welcher er sie auffordert, in einer Adresse, an der sich das ganze Volk betheiligen möge, der Reichsversammlung ihre Anerkennung zu erklären, und so die edlen Männer der zweiten Kammer, welche dem Reichsverweser ein Hoch gebracht, und ihre eignen Abgeordneten in Frankfurt, die sich losgesagt von dem Eigenwillen der Regierung, durch entschiedene Darlegung des Volkswillens zu schirmen und zu unterstützen. An diese Ansprache, deren von Herrn Dr. Wölffel verfaßter Entwurf mit großem Beifalle genehmigt wurde, knüpfte Herr Dr. Ghillany noch den einer Dankadresse an die Nationalversammlung für ihren kräftigen Beschluß in dieser hannöverischen Angelegenheit. Auch diese Vorlage erndtete rauschenden Beifall, und erfreute sich der ungetheilten Zustimmung der ganzen Versammlung. — Schließlich wurde noch in kurzem die Stellung der Riegenmeister zum Ausschuß und zur Gesellschaft festgesetzt: daß sie nämlich als weiterer Ausschuß zu betrachten seyen, daß sie nach Vernehmung ihrer Riege im Verein mit dem Ausschuß über die Dringlichkeit eines Antrags zu entscheiden, im Verein mit ihm Kommissionen zu ernennen, wöchentlich einmal der Ausschußsitzung zur Stellung der Tagesordnung beizuwohnen, einmal Riege zu halten, und von Zeit zu Zeit sich untereinander zu versammeln haben. Für die Dauer ihrer Funktion wurden wie für die des Ausschusses zwei Monate angenommen.

** Ein zeitgemäßes Wort. *)

Im Jahre 1840 erschien von „Heinrich Siegfried Grundlinien des Religionsunterrichts nach den Gesetzen der Geistesentwickelung durch die Schule im Gegensatze zur Kirche. Den Lehrern beider gewidmet. Winterthur, Verlagscomptoir." Wir glauben jetzt ein besonderes Verdienst zu haben, wenn wir namentlich den Lehrerstand darauf aufmerksam machen, um dem Schriftchen, das klassisch genannt zu werden verdient, den möglichst größten Lesekreis zu verschaffen. Vielleicht daß sich der geistr iche Herr Verfasser dadurch bewogen finden wird, Hand an den Ausbau seines Grundrisses zu legen, wie wir schon seit Jahren gehofft und gewünscht haben. Jetzt, wo es sich endlich zur Trennung der Schule von der Kirche neigt, und selbst die, die solche wünschen, wegen der Stellung des Religionsunterrichts manchmal in Verlegenheit gerathen läßt, ist es von höchstem Interesse, einen Gang desselben vorgezeichnet zu sehen, der die Religion erst der Schule in ihrer größten Tiefe und Bedeutsamkeit zuführt und sichert. Man wird sich überzeugen, daß die himmlische Führerin und Trösterin etwas ganz anderes sei und werden müsse, als ein Conglomerat dogmatischer Spitzfindigkeiten und Grübeleien, und daß nicht das Religion (ihrem Wortsinn nach ein heiliges Band) sei, was die Menschheit entzweit und trennt, sondern was sie im Glauben, Hoffnung und Liebe verbindet. Im Glauben?! Ja, auch er ist in den größten Ueberzeugungen einer, und führt zu einerlei Hoffnung der höchsten Güter. Was uns trennt, sind Meinungen, die mag Jeder sich bilden, wie er es mit seinem Gewissen verträglich findet. Nach des Apostels Wort aber ist die Liebe das Größte unter diesen Dreien, und sie zu verwirklichen, ist diese Schrift ganz geeignet. Wir wünschen, daß dieses dem Hrn. Verfasser zu Gesicht kommen und er bald mit der Ausführung des Werkes die Schulwelt erfreuen möge. Auch dürfte es von allgemeinem Interesse sein und ein wahres Bedürfniß befriedigen. Darum: Glück auf! —

Deutschland.

Bayern. (München, 18. Juli.) Aufgestachelt durch lange verhaltenen Ingrimm über das bureaukratische Gezücht, das alle Errungenschaften zu verkümmern und die jeden Staatsbürger adelnde Selbstständigkeit und Unahängigkeit in den unmittelbar Untergebenen wenigstens zu ersticken sucht, haben wir durch unsere Charakterskizze von Nr. 200 in die Branche der Generalpost- und Eisenbahnverwaltung (ei-nen Blitzstrahl geworfen und dieser Blitz hat gezündet. Tausende jubelten ob des kühnen Angriffs und in die entlegensten Postexpeditionen wurden Exemplare des Blattes befördert. Volkesstimme, Gottesstimme. Ja man hat es begriffen, der Angriff nicht den Männern des Privatlebens galt. Er galt den Männern der öffentlichen Stellung, den Männern, die und weil sie über das Schicksal von Hunderten, ja Tausenden so schnöde verfügt haben und noch verfügen können. Das ist ja eben das Furchtbare am Bureaukratismus, daß seine Macht noch lange nicht ausgerottet ist, daß mit den Umgestaltungen der Neuzeit nicht auch alle Bureaukraten der alten Schule umgestaltet worden sind, die nur Schmeicheleien über ihre Würdigkeit und hohe Einsicht, von den Bessern höchstens stummes Schweigen gewohnt waren. Wenn aber nun diese Menschen, die sich in das Räderwerk der Staatsmaschine eingenistet haben, am alten Systeme hängen bleiben, was hilft dann den Ministern der Neuzeit ihr freier Sinn? Was kann der Uhrmacher, wenn das ganze Räderwerk verdorben ist? Also heran Alle, die ihr für die Neuzeit seyd, sucht das Räderwerk zu reinigen, greift sie an jene mächtigen Herrscher der Bureaux, welche die Außenwelt nicht sehen und nicht verstehen wollen, sucht sie in der öffentlichen Meinung zu vernichten, sie unmöglich machen, wenn uns freiere Einrichtungen etwas nützen, nicht aber verkümmert werden sollen. Derlei Männer, die ärgsten Feinde des Fortschrittes angreifen, ist keine Persönlichkeit, es ist der Dienst der Freiheit, im Interesse der unmittelbar Untergebenen, im Interesse des ganzen Volks. Darin bestand auch unsere Berechtigung zur Verfassung der erwähnten Charakterskizze. Ob den darin Angeschuldigten Unrecht geschehen, darüber wird jeder Post- und Eisenbahnbedienstete Aufschluß geben, wenn er ohne Angst vor Entdeckung — und daß er sie haben muß, zeugt von der Macht der Bureauherrschaft — einem Vertrauten freimüthig beichten kann. Mögen jene Zeiten vorüber seyn, wo die Anstellung nur Gnadensache war, wo z. B. der nach Herbeischaffung einer Masse von Zeugnissen, und nach einem viertägigen Examen zum Postacceß endlich begnadigte junge Mann trotz sechsjähriger Praxis und trotz anerkannter Tüchtigkeit noch nicht gehörig reif und würdig zur Anstellung war, während eine Scheinpraxis von wenigen Wochen, ohne

*) Wir wünschen im Interesse der hochwichtigen Angelegenheit, daß alle Blätter ihre Spalten dem kurzen Artikel öffnen möchten!

alles vorherige Examen dem Begünstigten, der schon vor der Praxis einer fetten Pfründe sicher war, zur Anstellung vollauf genügte, wovon der hochadelige Herr Vetter in Nördlingen und viele Andere ein Wort reden könnten. Wir sollen Beispiele der verübten Willkürherrschaft geben. Aber wo beginnen, da alles Willkür war? Sollten wir etwa unter andern die Lage der in neuerer Zeit angestellten Post- und Eisenbahnkondukteure beleuchten, welche sich zwar vielleicht jetzt in ihren kräftigen Jahren durch Sparsamkeit und Darben nothdürftig durchzuschlagen vermögen, wenn nicht ein durch ihre große Verantwortlichkeit herbeigeführtes Unglück die ganze Laufbahn vernichtet, welche aber, wenn sie mit ihrem Weibe alt oder gebrechlich oder sonst dienstunfähig geworden sind, Aussicht haben, in unterthänigster Erstorbenheit um einige Gulden Almosen betteln zu dürfen, die man ihnen dann auch mit etwas Zustutzung in allergnädigster Gewogenheit zu genehmigen geruhen mag? Welch' ein Bild! Für heute will und kann ich es nicht ausmalen, bald genug vielleicht wird es hiezu Veranlassung geben. Nein, so kann so darf es nicht bleiben! Wer Muth und Liebe zur Wahrheit hat, der stehe auf unserer Seite und kämpfe für die gute Sache. Wir wollen Acht haben auf das Treiben der Männer da oben, und dem Publikum von Zeit zu Zeit Nachricht geben, ob sie der Herr zu sich aufgenommen oder wenigstens, was Gott geben möchte, erleuchtet, ob sie Buße gethan und sich gebessert haben.

(Würzburg, den 19. Juli.) In der gestern Abend im Schießhause abgehaltenen Studentenversammlung wurde die Geschäftsordnung bei künftigen Berathungen und Versammlungen festgesetzt, dann der Anschluß der Universität Würzburg an die allgemeine Studentenschaft Deutschlands erklärt und die vom Vororte Breslau an alle deutschen Universitäten gesandte Adresse an die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt angenommen, mit dem Beifügen, die Vertreter in Breslau möchten die in dieser Adresse nicht enthaltenen Punkte der Würzburger Adresse, an die Eisenacher Studentenversammlung, wenn es möglich wäre, noch berücksichtigen. Als der geeignetste Tag der Studentenversammlung zu Eisenach wurde der 25. August erklärt. Ferner wurde beschlossen, eine Atresse an das königl. Staatsministerium nach München zu senden, um das freie Assoziationsrecht, die Aufhebung der Folgen der Karlsbader Beschlüsse von 1819 und die Annulirung der gegenwärtigen Universitätssatzungen zu verlangen. (Wrzb. Abdbl.)

(Landau, den 16. Juli.) Dieser Tage wurden dahier einige junge Leute, welche sich mit der Verbreitung revolutionärer Schriften befaßt haben sollen, festgenommen und in sichere Haft gebracht; einer derselben, aus dem benachbarten Rhodt, erbot sich eine bedeutende Kaution, angeblich 5000 fl., zu stellen, damit man ihn auf freiem Fuße belasse, aber vergebens. (N. Sp. Z.)

Baden. (Mannheim, 17. Juli.) Heute Vormittag gegen 12 Uhr sind die Heidelberger Studenten auf ihrem Auszug nach Rheinbayern, in langem Zuge, je zwei und zwei, unter Vorantragung von schwarz-gold-rothen Fahnen durch unsere Stadt passirt. (Nach dem uns so eben noch zugekommenen Brief unseres Korrespondenten waren es etwa 600.) Der Zug geschah in großer Ordnung, und nach seiner Länge zu schließen, muß es dermalen auf der Academia Ruperto-Carola am grünen Neckar sehr öde aussehen. (M. J.)

(Karlsruhe, den 16. Juli.) Auf nächsten Donnerstag den 20. d. M., ist unsere vor einigen Wochen vertagte zweite Kammer wieder einberufen, um in einigen Sitzungen mehrere dringende Gegenstände zu erledigen. Dieselbe wird dann nochmals auf einige Zeit vertagt und bald nachher aufgelöst werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Die Frauen und Jungfrauen von Konstanz haben eine gut abgefaßte Petition, um Amnestie für die badischen Flüchtlinge vorbereitet, die in diesen Tagen an ihren einzig wahren Bestimmungsort — die Regierung von Baden — abgehen wird. Auch Frauen der Schweiz glaubten ihren Namen darunter setzen zu sollen. Frauen steht dies wohl an, ihre Bestimmung ist ja Liebe und Versöhnung. (A. A. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 18. Juli.) Der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten hat die bei dem deutschen Bunde beglaubigten Bevollmächtigten der auswärtigen Staaten von der durch den Erzherzog-Reichsverweser übernommenen Ausübung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, sowie von seiner Ernennung als Reichsminister durch Zuschriften verständigt, wodurch der diplomatische Verkehr mit diesen Staaten ununterbrochen erhalten ist. Die förmliche Begrüßung sämmtlicher mit Deutschland befreundeter Regierungen durch den erwählten Reichsverweser bleibt vorbehalten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. Juli.) In der heutigen 41. Sitzung des verfassunggebenden Reichstags begründete Abg. Schmitt von Kaiserslautern einen Antrag, eine bei ihm stattgefundene Haussuchung betreffend, worüber jedoch die Versammlung zur Tagesordnung überging. Ein Antrag mehrerer Abgeordneten auf beschleunigte Berathung einzelner Paragraphen der Grundrechte (namentlich über persönliche Freiheit, Vereinsrecht rc.), dann ein Antrag von Ruge in Betreff einer Differenz zwischen Hannover und dem Kanton Zürich, und Schuselkas in Bezug auf Gleichstellung der Juden wurden nicht für dringend erkannt. Vogt kündigte Interpellationen an über reaktionäre Vorfälle in Schwabach, Kaiserslautern, Stuttgart, Michelstadt, Oberingelheim, dann über Anerkennung der französischen Republik, Raumerk darüber, ob und welche Bundestruppen in Italien verwendet werden. Die übrigen Verhandlungen betrafen Anträge in Bezug auf die Geschäftsordnung und Petitionen. Letztere wurden durch Tagesordnung beseitigt, mit Ausnahme jener von Oggersheim wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, welche an den Gesetzgebungsausschuß überwiesen wurde. Schluß der Sitzung: 1¾ Uhr. Tagesordnung für morgen: die Limburger Frage und die Grundrechte. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 18. Juli.) Es scheinen bedeutende Schwierigkeiten sich bei der Vervollständigung des Reichsministeriums vorzufinden. Hr. v. Schmerling hat nun auch das Portefeuille der Justiz für den abwesenden Herrn Heckscher interimistisch übernommen, so daß gegenwärtig sich das Portefeuille des Innern, der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz in seinen Händen vereinigen. Hr. v. Rönne scheint der gegenwärtigen Kombination fremd bleiben zu wollen; dagegen vermuthet man, derselbe werde die für die Interessen der Volkswirthschaft so hochwichtige Gesandtschaft nach Amerika erhalten. Diese Wahl hatte Preussen ebenfalls für seine Vertretung in Amerika getroffen; es ist indeß zu wünschen und zu hoffen, daß Hr. v. Rönne die allgemeine Vertretung Deutschlands übernehme, da dieselbe für Preussen überdies nun überflüssig wird. Ob ein besonderes Ministerium für die Finanzen sogleich errichtet wird, ist noch zweifelhaft. Man spricht für eine Finanzabtheilung im Ministerium für Volkswirthschaft unter Herrn Merker; durch welche die spätere Errichtung eines Finanzministeriums, das jetzt noch keineswegs erforderlich scheint, angebahnt werden würde. So erwartet man auch die Errichtung einer Marineabtheilung im Kriegsministerium, und die Aussetzung der Errichtung eines Marineministeriums, bis mit dem Bau von Arsenalen, Schiffen rc. vorgeschritten wird. Die erforderlichen Vorbereitungen trifft jetzt die Marinekommission; — ob genügend oder nicht, wird die Folge lehren. (Frkft. O.-P.-Z.)

Die zur Gründung des deutschen Verfassungswerks berufene Versammlung von Volksvertretern wird verschiedentlich: „Constituirende Versammlung, — Nationalversammlung, — Deutsches Parlament, — Reichstag, — Reichsversammlung“ genannt; die offizielle Sprache der Versammlung selbst schwankt in jenen Benennungen. — Es entspricht aber der Würde der Versammlung, daß sie stets mit einem und demselben bestimmten Namen genannt werde. Als solchen glaubt man am passendsten die Bezeichnnng: „Reichsversammlung“ andeuten zu müssen, weil dieser mit der Benennung des Inhabers der Reichsvollziehungsgewalt (Reichsverweser) am besten übereinstimmt. Gegen zwei der oben angeführten Benennungen kommt überdies in Betracht, daß solche bereits von den Landtagen zu Berlin, beziehungsweise Wien, vindizirt worden sind. — Die Versammlung sollte hierüber ebenso einen förmlichen Beschluß fassen, wie sie über die Wahl in den vorgeschlagenen Namen für den Inhaber der Reichsvollziehungsgewalt (Bundespräsident, Reichsstatthalter, Reichsverweser) durch förmlichen Beschluß sich entschieden hat. (Fft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. Juli.) [Verhandlungen des deutschen Gewerbe-Kongresses zu Frankfurt.] Nachdem bereits am Sonnabend den 15. d. eine vorberathende Sitzung der nicht sehr zahlreich versammelten Deputirten in dem für diesen Kongreß bestimmten Sitzungssaal des gesetzgebenden Körpers stattgefunden, wurde gestern die Geschäftsordnung des Kongresses festgestellt, und die folgende Adresse durch eine Deputation an den Präsidenten der Nationalversammlung zu überreichen beschlossen: „Hohe Versammlung! Die Unterzeichneten beehren sich hiermit, die Anzeige zu machen, daß Abgeordnete des Handwerker- und Gewerbestandes aus fast allen Theilen Deutschlands hier zusammen getreten sind, und sich, einem im Juni dieses Jahres zu Hamburg von den norddeutschen Vertretern des Handwerker- und Gewerbestandes gefaßten Beschlusse gemäß, heute zu einem deutschen Handwerker- und Gewerbe-Kongreß constituirt haben. Der Zweck dieses Kongresses ist: eine gründliche Prüfung der Gebrechen des deutschen Gewerbestandes; die Entwerfung einer, alle Kreise der gewerblichen Thätigkeit umfassenden, organisch gegliederten, zeitgemäßen, deutschen Gewerbeordnung; und die Gründung eines mit dem Reichsministerio in directe Verbindung tretenden Organs zur Förderung und Wahrung der Interessen des deutsche Handwerker- und Gewerbestandes. Der Kongreß ist des Vertrauens, daß die hohe verfassunggebende Nationalversammlung, in deren Schooß der Gewerbestand nur schwach vertreten ist, seinen Vorlagen um so mehr die gebührende Rücksicht schenken wird, als es sich hier um die wichtigsten socialen Lebensfragen handelt, zu deren Lösung nothwendiger Weise die praktische Erfahrung wird zu Rath gezogen werden müssen. Der mit Lösung seiner wichtigen Aufgaben aufs Eifrigste beschäftigte Kongreß, hofft einer hohen Nationalversammlung in Bälde das Ergebniß seiner Arbeiten vorlegen zu können, verbindet aber mit dieser Anzeige die Erklärung, daß, seiner wohlerwogenen Ansicht nach, der gegenwärtig von der Nationalversammlung berathene §. 2, Art. 1 des Entwurfs der Grundrechte des deutschen Volks, mit den künftigen Reichsgrundgesetzen über Heimathsberechtigung, Gewerbeordnung, und andere, in die inneren Angelegenheiten der in Zukunft selbständigen Gemeinden tief eingreifende Verhältnisse, in einer so nahen Verbindung steht, daß derselbe durch die später folgenden Gesetze wesentliche Modificationen erleiden dürfte. Die Unterzeichneten richten daher an die hohe Nationalversammlung die Bitte: „„Dieselbe wolle, gemäß §. 24 Ihrer Geschäftsordnung, den volkswirthschaftlichen Ausschuß beauftragen, bei fortgesetzten Berathungen über die oben erwähnten Gegenstände mit dem Handwerker- und Gewerbe-Kongreß sofort in gemeinschaftliche Verhandlung zu treten.““ (Folgen die Unterschriften.) (Frkf. J.)

(Frankfurt, 18. Juli.) Der Ausschuß ist über die Befugnisse, die der Centralgewalt einzuräumen seyen, bereits einig. Derselben sollen gehören das Münzrecht, die Festungen, das Recht, im deutschen Heere die Oberoffiziere, vom Brigadier aufwärts zu ernennen — die Regimenter werden fortlaufend numerirt durch ganz Deutschland — das Recht, Eisenbahnen anzulegen rc. (N. W. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 17. Juli.) Der bisherige Verweser des Innern, Ministerialrath Eigenbrodt, ist abgetreten und Geh. Staatsrath Jaup zum Minister des Innern ernannt worden, ein Wirkungskreis, zu welchem ihn schon längst die öffentliche Meinung berufen hatte. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Darmstadt.) Unsere Abgeordnetenkammer wird, dem allgemeinen Volksverlangen gemäß, endlich aufgelöst werden müssen; die erste Kammer wird ganz zu Grabe getragen werden. Mittlerweile beschäftigen sich aber die Deputirten noch mit Ordnung vieler Finanzfragen. Unumgänglich ist eine starke Herabsetzung der Civilliste. Der Großherzog selbst weiß dies, und würde sich nicht so schwer darein finden, wenn er nicht die Schulden seines Vaters übernommen hätte, welche gegen drei Millionen betragen, 140,000 fl. Zinsen jährlich erheischen. Er selbst scheint höchstens auf eine Civilliste von 300,000 fl. zu hoffen, also nicht halb so hoch, als die bisherige war. Manche alte Mißbräuche kommen nun zu Tage und werden beseitigt werden. So hat man entdeckt, daß der Befehlshaber der hessen-darmst. Truppen, General Wittgenstein, außer seinen vielen Besoldungen, die sich auf etwa 15,000 fl. oder mehr belaufen mögen, auch noch 2400 fl. unter dem Titel einer Pension bezieht, weil er einmal als diplomatischer Agent verwendet worden war. Ein anderer „Legationsrath“ erhält 3000 fl. Pension, statt daß er, wie der Kammerausschuß sagt, verdient hätte in Anklagestand versetzt zu werden. Ebenso bezieht Rothschild eine Pension von 178 fl. jährlich, herrührend davon, daß er vormals als „Hofjude“ einen Holzbezug hatte, der später in Geld geleistet ward. Dinge solcher Art werden noch mehr aufgedeckt und dann beseitigt werden. (Speyr. Z.)

(Mainz, 16. Juli.) Unser Stadthaus mußte heute Abend durch Militär bewacht und die dahin führenden Strassen mußten gesperrt werden, weil mehrere Haufen einer sehr geringfügigen Ursache wegen die Absicht bethätigt hatten, das erstere zu beschädigen. In dem ¼ Stunde von hier entfernten Dörfchen Zahlbach hatte bei Gelegenheit der Nachkirchweihe ein zwölfjähriger Junge die Republik leben lassen,

weshalb ein Polizeiagent die Militärpatrouille requirirte, um den Jungen zu verhaften. Die Patrouille, welche aber inzwischen bemerkt hatte, daß der Polizeiagent betrunken war, arretirte ihn selbst in Gesellschaft des Jungen und brachte beide nach dem Stadthause, wo sich alsbald Gruppen bildeten, die Fenster des Stadthauses einwarfen, und mehrere Polizeibeamten mißhandelten. Den Streifwachen gelang es endlich, die Menge zu zerstreuen, ohne von den Waffen Gebrauch zu machen. (Fft. O.-P.-Z.)

(Mainz, 18. Juli.) In Folge von unruhigen Auftritten, die gestern in Wiesbaden stattfanden, sind heute Morgen 6 Uhr 800 Preussen und 800 Oesterreicher mit 2 Kanonen nach dort abgegangen. Daselbst sollten gestern die erste, zweite und dritte Kompagnie der Bürgergarde, die meistens aus jungen Leuten bestehen, die dem demokratischen Verein angehören, die Waffen abgeben, da sie ihrem Oberst den Gehorsam verweigerten, und von dem Oberst der Linie die Befreiung von 20 Mann Soldaten, die wegen militärischen Ungehorsams strengen Arrest erhielten, gewaltsam forderten. — Sie weigerten übrigens die Waffenabgabe, und da auch die übrigen Kompagnien der Bürgergarde, welche sämmtlich dieses Treiben endschieden mißbilligten, friedlich nichts vermögen konnten, gegen ihre Mitbürger aber die Waffen nicht gebrauchen wollten, so wurde das Militär von Mainz requirirt. Mehrere Führer der Bewegung, worunter besonders ein Herr Dietz, Hauptmann von einer jener drei Kompagnieen, die inzwischen zum Arrest gebracht waren, wurden sodann von einer aufgeregten Masse unter großem Tumulte befreit, und jubelnd vor das Haus des Ministers getragen. — Heute Morgen wurde in dessen Folge die Ordre gegeben, daß die sämmtliche Bürgerwehr binnen wenigen Stunden ihre Waffen an das Bürger-Komite abzuliefern hätte. Das österreichische und preussische Militär hält die hauptsächlichsten Punkte besetzt, und bivouakirt auf den Strassen. Der größte Theil der Waffen war um 11 Uhr Morgens abgeliefert und die Stadt vollkommen ruhig. So ist der ungefähre Sachverhalt, den ich übrigens nicht verbürgen kann. (N. M. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, den 17. Juli.) Gestern Abend wurde hier der Versuch beabsichtigt, einige kriegsrechtlich zu Gefängniß verurtheilte Soldaten aus demselben zu befreien. Der bloße Zusammentritt der Bürgerwehr vereitelte diese Absicht. Ein Theil von drei Compagnien widersetzte sich, als einer der Rädelsführer, welcher sich in ihren Reihen befand, festgenommen werden sollte, dessen Verhaftung. Es ist deßhalb die Auflösung und Entwaffnung und erst nach Ermittelung der Schuldigen, die Reorganisation dieser drei Compagnien Bürgerwehr angeordnet. Im übrigen hat eine Störung der öffentlichen Ruhe nicht stattgefunden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Triest, 14. Juli.) Die sardinisch-venezianische Flotte liegt fortwährend vor Umago vor Anker, und läßt nun die Handelsschiffe jeder Flagge ungehindert ein- und auslaufen. In diesem Augenblick dürfte den Briefen von Verona zufolge, eine entscheidende Schlacht geliefert werden. Von allen Seiten rückten die Truppen aus, um sich unter Radetzky, Welden u. s. w. zu koncentriren und gemeinschaftlich gegen den Feind zu operiren. Im Venezianischen, wo nunmehr nur noch Venedig und Chioggia sich halten, kamen in der letzten Zeit bei Gelegenheit einiger Ausfälle Gefechte vor, in denen die Oesterreicher Sieger blieben und die Gegner in ihre Stellungen wieder zurückdrängten. Eines der letzten fand am 7. bei Cavanella d'Adige statt, wobei unsrerseits ein Mann getödtet und drei verwundet, von den Feinden aber zwei Offiziere und 20 Mann getödtet und mehr als 50 verwundet wurden. Gegen General Ferrari, welchem die Schuld des Mißlingens zur Last gelegt ward, entstand eine Meuterei, deren schlimmen Folgen er nur mit genauer Noth entgehen konnte. Venedig ist gegenwärtig von 18,000 Mann besetzt, darunter 2500 Schweizer, 2000 Neapolitaner, 4000 Päpstliche und 450 Cavalleristen. Der Rest besteht aus Freischärlern. Malghera zählt mehr als 2000, Chioggia nebst Brondolo 4000 Mann Besatzung. Zwischen Ferrara und Pontelagoscuro, ziehen sich viele feindliche Truppen zusammen. In ersterer Stadt hatte eine durch die zurückgekehrten Crociati veranlaßte Volksbewegung statt, welche den Cardinallegaten nöthigte, die Stadt zu verlassen. Der Zustand im Kirchenstaat wird als im höchsten Grad anarchisch geschildert. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 16. Juli.) Schon seit länger als 8 Tagen geht hier das Gerede, daß es morgen oder übermorgen wieder zu einem Zusammenstoße kommen werde. Alle demokratischen Clubs, alle Volksversammlungen haben bereits zur Ruhe ermahnt, sie haben ihre Zuhörer beschworen, z. B. wenn die Gitter im Schlosse wieder eingesetzt würden, zu thun, als wenn sie dieselben nicht bemerkten, und nicht einmal dabei stehen zu bleiben. Sollte es daher wirklich wieder zu Unruhen kommen, so wird man die Veranlassung derselben wenigstens nicht dieser Partei in die Schuhe schieben können. Verschiedene Anzeichen lassen dagegen auf das Wirken einer andern Partei schließen. Dazu gehören besonders die wiederholten Mißhandlungen der im Dienst befindlichen Bürgerwehr durch das Militär. Am 14. d. M. widersetzten sich im Thiergarten Soldaten einer von der Bürgerwehr beabsichtigten Arretirung von vagabondirenden Frauenzimmern, kamen mit den Bürgern in ein Handgemenge, und zerbrachen denselben ihre Gewehre. Vorgestern hat sich ein ähnlicher Vorfall unmittelbar vor der in der Karlsstraße befindlichen Kaserne wiederholt. Soll man nun wohl unsere Diszipin für so schwach halten, daß sich dies bei wirklich ernstem Willen der Obern nicht habe vermeiden lassen? Endlich stellt sich immer mehr heraus, daß der Zeughaussturm keineswegs von den Republikanern eingefädelt worden ist, sondern daß von diesen nur untergeordnete oder allzu heißblütige Köpfe sich bemüßigt gesehen, dabei thätig aufzutreten. (Mgdbg. Z.)

Sachsen. (Von der Saale.) Als in den sturmbewegten Tagen des Märzes die deutsche Nation in den einzelnen Staaten sich erhob, volksfeindliche Regierungen stürzte und die Regenten zu den allbekannten Zugeständnissen zwang, durch welche sie allein ihre wankenden Throne vor völligem Umsturz schützen konnten, war immer ein Hauptversprechen der Regierungen das, eine Monarchie mit breitester demokratischer Grundlage herstellen zu wollen. Mit diesen fast zum Stichworte gewordenen Redensarten wußte man das damals noch nicht ganz über seine Verlangen und seine Lage klare Volk zur Ruhe zu bringen, wenigstens für den Augenblick: für die spätere Zeit hoffte man auf günstige äußere Verhältnisse, vielleicht auf baldigen Sturz der französischen Republik oder auch auf russischen Beistand, oder endlich auf die wohlbekannte Gutmüthigkeit des deutschen Volkes mit seiner träumerischen Liebe zu den angestammten Fürstenhäusern, um dann mit guter Gelegenheit wieder alles Gewährte zurück zu nehmen. Zum Glück für die deutsche Freiheit trat das Alles nicht ein: die französische Republik steht noch zum Schrecken der Fürsten, zum Trost für die Freiheitsfreunde, die Russen kommen wenigstens vor der Hand auch noch nicht, und der gute deutsche Michel mag auch von der alten Liebe zu den angestammten Fürstenhäusern nur da noch etwas wissen, wo die Fürsten mit dem entschieden ausgesprochenen Willen des Volkes Hand in Hand gehen, trotz der gegentheiligen Versicherungen unserer Parlamentsmitglieder, und da hat er wohl auch nicht so ganz unrecht. Er begreift, daß viele Versprechungen der Regierungen nur Ausflüchte waren, und wird sich jetzt klar, daß leider nur wenige deutsche Regenten es ganz aufrichtig mit ihren Zugeständnissen meinten. Jene „breiteste demokratische Grundlage“ schrumpft immer mehr zusammen, wird so schmal, daß vom demokratischen gar nichts mehr übrig bleibt. Manche Regenten haben vielleicht gleich vom Anfange an den Gedanken einer Monarchie mit breitester demokratischer Grundlage als einen Widerspruch mit sich selbst eingesehen, und wollen deßwegen jetzt, wo sie ihre Aktien für besser stehend wähnen, auch nichts mehr von einer solchen demokratischen Monarchie wissen. Wir haben in Preussen gesehen, wie aus der „breitesten“ Grundlage erst eine „breite“, endlich gar eine blos „genügende“ geworden ist. Nach der Reihenfolge wird in Preussen bald gar keine Grundlage mehr da seyn, wo sich dann das Volk erst wieder eine wird erkämpfen müssen. Auch in unseren reußischen Ländchen sprachen Anfangs die Proklamationen der durchlauchtigsten Landesherrschaften von nichts als von „breitesten demokratischen Grundlagen.“ Nach langem Harren endlich haben wir eine solche breiteste demokratische Grundlage zu Gesicht bekommen, nämlich einen „Verfassungsentwurf“ von gerade 58 enggedruckten Seiten. Das ist allerdings eine breite Grundlage, wenn auch nicht das Geringste von demokratischem darin zu finden ist. Es ist ein ganz verfehltes Werk; würde höchstens in der Zeit nach anno 1819, gleich nach den Karlsbader Beschlüssen, gepaßt haben, jetzt aber ist es ein Hohn auf eine breiteste demokratische Grundlage. Nun, es wird bei unserem Landtage gerade so gehen, wie beim preussischen, man wird gleich vorne herein den ganzen Entwurf verwerfen und sich selbst einen machen. Die Wahlen selbst sind demokratisch ausgefallen; in unserm Fürstenthume sind nur entschiedene Demokraten mit großer Mehrheit gewählt worden. Unsere noch in dem tiefen Schlafe eines frühen Jahrhunderts liegende Regierung, aus dem sie durch einige Donnerschläge in Gera nur wenig aufgerüttelt worden ist, wird wohl zugleich mit ihrem Verfassungsentwurf auf breitester demokratischer Grundlage zusammenstürzen, wenn schon sie in ihrem Verfassungsentwurfe sagt: daß Verunglimpfungen der Regierung von Seiten der Landtagsabgeordneten verboten und nach den Gesetzen (nach welchen wird nicht gesagt, wahrscheinlich ist die bei uns noch geltende peinliche Halsgerichtsordnung Karls V. gemeint) bestraft.

Die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers hat auch bei uns, wie sich bei der entschieden demokratischen Stimmung unseres Ländchens denken läßt, Proteste hervorgerufen: eben so haben wir unserm Stellvertreter, dem bisherigen Parlaments-Abgeordneten A. Thieme, unsern ganzen Beifall durch eine Adresse zu erkennen gegeben, daß er unter den wahren Kämpfern deutscher Freiheit war, die sich der Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers ganz enthielten. Wir hoffen, daß der von uns fast mit Einstimmigkeit erwählte Dr. Wirth, seinen Platz ebenfalls auf der äussersten Linken im Parlament einnehmen wird: nur dann wird er im Sinne seiner Wähler handeln. (Frk. M.)

Schleswig-Holstein. Aus Rendsburg meldet 16. Juli 3½ Uhr Nachm. der Hamburger Corresp., daß die Friedensbedingungen abgewiesen sind und der Krieg mit Dänemark demnach fortgesetzt wird. — Das Tann'sche Freikorps wird in Folge der Erneuerung der Feindseligkeiten nicht aufgelöst.

Aus Würtemberg, 14. Juli. Die Stuttgarter Rentenanstalt geht auf dem Wege des gerichtl. Verfahrens ihrer Auflösung entgegen. Seit 15 Jahren besteht sie unter polizeil. Schutze, der ihr zuerst in Würtemberg, dann in Bayern zu Theil ward, in Bayern in dem Umfange, daß das k. Ministerium des Innern zu München für jeden Einzelbezirk einen Agenten bestätigte, woher es kommt, daß jetzt, während die Anstalt in ihrer Heimath wenige oder keine Einlagen mehr erhält, ihr von Bayern noch alljährlich nicht unbedeutende Einlagen zufließen. Im Jahre 1839 wurden die Direktoren der Rentenanstalt vor dem Stadtgerichte zu Stuttgart von einem dort entstandenen aus mehreren Hunderten bestehenden Vereine von Klägern auf Rückzahlung der Einlagen belangt. Das Stadtgericht erkannte, daß die Direktoren durch eine falsche Wahrscheinlichkeitsberechnung sich offenbare Täuschungen haben zu Schulden kommen lassen, und deßwegen schuldig seyen, die Einlagen sammt 5pC. Zins und alle Kosten zu zahlen. Die Direktoren appellirten, indem sie behaupteten, man könne nicht sie, sondern nur die Anstalt belangen, mit welcher Behauptung sie den klagenden Theil in der Absicht von sich zu weisen suchten, den bereits bezogenen Gewinn behalten zu können. — Der Richter zweiter Instanz gab den Direktoren Recht; der Richter dritter und letzter Instanz hat nun aber (am 22. Juni) ausgesprochen, daß die Direktoren belangt werden können. Jetzt wird die Wahrscheinlichkeitsberechnung geprüft, die aber so augenscheinlich falsch ist, daß nicht bezweifelt werden kann, die Direktoren würden auch in der letzten Instanz unterliegen. Das stadtgerichtliche Erkenntniß nebst Entscheidungsgründen, worin die völlige Unrichtigkeit der Wahrscheinlichkeitsberechnung auf das Unwiderlegbarste nachgewiesen wird, ist bei Adolph Becher in Stuttgart im Druck erschienen und kostet nur wenige Kreuzer. Das Einlagekapital, ohne die Abzüge der Direktoren beläuft sich auf ungefähr zwei Millionen. (Fr. O.-P.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus der Schuhmacherstöchter Kohlbauer L. 1475 in der Karpengasse dem öffentlichen Verkauf unterstellt

Dasselbe ist zweistöckig, theils massiv, theils von Fachwerk, enthält unter der Erde einen Keller und ein Gewölbe; zur ebenen Erde 1 Tennen, 1 Stube, 2 Kammern, 1 Küche; im zweiten Stock: 1 Vorplatz, 1 Stube, 2 Kammern, 1 Küche, 1 Abtritt; unter dem Dache einen Boden; ist frei, lauter und eigen, der Brandkassa mit 500 fl. einverleibt, bezieht ein Waldrecht zu 2 Mäß Holz, 1½ Mäß Stöck und 100 Wellen und ist für 1200 fl. geschätzt.

Tagsfahrt zum öffentlichen Verkauf wird auf

Donnerstag den 24. August, Vormittags 11 Uhr Komm.-Zimmer Nr. 6

anberaumt, zu welchem Kaufsliebhaber eingeladen werden

Nürnberg, am 7. Juli 1848.

Seuffert.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hilfsvollstreckung werden

Mittwoch den 16. August l. Jrs., Nachmittags 2—5 Uhr,

folgende, den Bürger Karl Kugler'schen Eheleuten von Schnaittach zugehörige Realitäten, nämlich:

1) das Wohnhaus beim Burgeranger Hs.-Nro. 138, Pl.-Nro. 75, Taxe 1300 fl.,
2) eine neben dem Wohnhause auf dem Gottesäckerlein erbaute Scheuer, Taxe 250 fl.
3) Pl.-Nro. 74, 0 Tagw. 69 Dez. Gottesäckerlein mit Obstbäume bepflanzt, Taxe 175 fl.,
4) Gemeinderecht, Taxe 5 fl.
5) Pl.-Nro. 652, 0 Tagw. 44 Dez. ein Viertels-Gemeindetheil vom Jahre 1816, Taxe 20 fl.,
6) Pl.-Nro. 444, 1 Tagw. 98 Dez. Ackerfeld, Griesgräbel, Ausbruch aus dem f. g. Frohngute. Taxe 500 fl.

im Gasthaus zur Krone in Schnaittach unter den im Termine bekannt gemacht werdenden Bedingungen nach § 64 des Hypothekengesetzes, dann den Bestimmungen des VII. Absch. der Gesetz-Novelle vom 17. Novbr. 1837 an den Meistbietenden öffentlich verkauft, und werden besitz- und zahlungsfähige Käufer hiezu unter dem Bemerken eingeladen, daß die auf den Realitäten haftenden Lasten und Abgaben bis zum anstehenden Termine in der landgerichtlichen Registratur eingesehen werden können.

Lauf, den 13. Juli 1848.

Königl. Landgericht.

Delhorf.

Meyer.

Bekanntmachung.

Künftigen Montag den 24. Juli l. J., Nachmittags 2 Uhr wird das auf den Alleebäumen der Nürnberg-Bayreuther Strasse wachsende Obst an den Meistbietenden in einzelnen Abtheilungen öffentlich versteigert. Die Zusammenkunft ist vor dem Lauferthor, von wo aus die Strasse begangen und die zum Verkauf ausgesetzten Abtheilungen vorgezeigt werden, worauf sogleich die Steigerungs-Verhandlung vorgenommen wird. Die Bedingungen werden vor dieser Verhandlung bekannt gegeben.

Nürnberg, den 20. Juli 1848.

Königl. Bauinspektion. Königl. Rentamt.
Frommel. v. Holzschuber.

Brendel,
Aktuar.

Wohnungs-Veränderung und Geschäfts-Empfehlung.

Unterm heutigen haben wir unsere Wohnung S Nr. 820 verlassen und dagegen unsere neue S Nr 979 am Obstmarkt bezogen. Unserer bisherigen werthen Nachbarschaft für die freundschaftlichsten Gesinnungen herzlich dankend, empfehlen wir uns der verehrlichen Neuen, und bitten um freundliche Aufnahme

Zugleich bringe ich auch dem verehrlichen Handelsstand, so wie dem geehrten Gesammtpublikum und meiner werthgeschätzten früheren Kundschaft die schuldige Anzeige, daß ich das Conditoreigeschäft des Herrn P. C. Merklein pachtweise übernommen, unter dessen Firma für meine Rechnung fortführen und mich bestreben werde, meine werthen Abnehmer mit guter und billiger Bedienung zufrieden zu stellen.

Nürnberg, den 20. Juli 1848.

Christian H. Geyer,
nebst Familie.

In Bezug auf obige Anzeige, mache ich meinen verbindlichsten Dank für das so vielfältig geschenkte Zutrauen und den gütigen Besuch, welcher mir zu Theil wurde, ersuche aber auch meine sehr geehrten Abnehmer, dasselbe, und ihre werthen Aufträge an Herrn Geyer, der sich bestreben wird alles zur Zufriedenheit auszuführen, gefälligst zu übertragen.

Nürnberg, den 20. Juli 1848.

P. C. Merklein, Conditor

(Gesuch) Ein auswärtiges Mädchen, welches in der Küche nicht ganz unerfahren ist, sucht bis Ziel Lorenzi bei einer stillen achtbaren Herrschaft unterzukommen.

Letzte Einzahlung zur Nürnberger Gasbeleuchtung betr.

Nach Art. 9. des Interims-Vertrags vom 1. May 1847 wird die letzte Rate zu dem Unternehmen bezahlt, wenn das Geschäft an die Gesellschaft übergeben ist.

Nachdem nun gestern diese Uebergabe an die am 26. Juny c. von der General-Versammlung zur Uebernahme der Gasbereitungs- und Beleuchtungs-Anstalt gewählte Commission in allen Theilen und in voller Betriebsfähigkeit erfolgt ist, so werden die Inhaber von eingezahlten Interimsscheinen aufgefordert, die Einzahlung der letzten Rate von fl. 100 pr. Aktie an den betreffenden Emittenten unverweilt zu leisten, damit die volle Einzahlung bescheinigt und den Inhaber Gelegenheit gegeben wird, künftig die Aktien gegen den Interims-Schein bei der Aktien-Gesellschaft auszutauschen.

Nürnberg, den 19. Juli 1848.

Die Unternehmer

Georg Platner. Sigmund Benedict. Dollfus.

Erklärung.

Ich höre, daß der Sprecher in der letzten Versammlung der Wahlmänner mich als den Verfasser der Artikel bezeichnet hat, welche dieser Tage in der Mittelfränkischen Zeitung gegen Herrn Dr. Krafft erschienen sind. Obgleich ich allerdings auch meinerseits die Abstimmungen des Hrn. Dr. Krafft nicht in allen Punkten billigen kann, so scheint mir doch die Stellung, in welcher ich mich bei der Wahl befand, die öffentliche Erklärung nothwendig zu machen, daß ich der Verfasser jener Artikel nicht bin, da ich es für unpassend hielte, mich irgendwie in die Angriffe auf die Person des Abgeordneten zu mischen oder sie gar hervorzurufen. Will man mein Urtheil in der Sache vernehmen, so geht es allerdings dahin, daß das bisherige Auftreten der Wahlmänner für die Bürgerschaft verletzend seyn mußte. Ihr Mandat war mit dem ausgeführten Wahlakt erloschen und sie hatten weder ein Recht, die Privatbriefe des Herrn Dr. Krafft wie ein bestelltes Vormundamt in Besitz zu nehmen, noch ihre Ansicht über die Abstimmungen als den Ausdruck der Gesinnung der Bürgerschaft anzusehen. Was die politische Gesinnung des Herrn Dr. Krafft anlangt, so konnte man mit den Ansichten, die er im Katharinensaale bei seiner letzten Anwesenheit öffentlich ausgesprochen hat, völlig zufrieden seyn. Ist er bei einigen Abstimmungen zu weit rechts gerathen, so wird ihm der öffentliche Ausdruck der Stimmung hierüber genügen, um sich ferner nicht allzuweit von der Linken zu entfernen; zumal, da er meines Wissens ja selbst erklärt hat, er werde bei wichtigen Abstimmungen wo möglich das Urtheil der Wähler einholen. Wenn nun aber einzelne Stimmen Niederlegung des Mandates verlangen oder gar eine Volksversammlung zur Abstimmung und neuen Wahl, so ist dies viel zu weit gegangen und ich glaube nicht, daß Herr Dr. Krafft so tief verletzende Angriffe verschuldet hat.

Dr. Ghillany.

Motto: Jedem das Seine! Ehre dem Höhern! Milde dem Niedern! Gefällig deines Gleichen! Liebe Allem!

Fr. Hahn, wohnhaft vor dem Neuenthor Nr. 113 kann nach dem Vorausgegangenen mit Bestimmtheit erwarten, daß der hochl. Magistrat ernstlich es sich angelegen sein läßt, für besseres Brod zu sorgen. Also besseres Brod für jetzt und für die Dauer, damit nicht, wenn das Musterbrod gegessen ist, die alte Leyer wieder kommt, was sich Niemand gefallen lassen würde! — Denn wie es erste Pflicht des Bürgers ist, die Ruhe nicht zu stören, so ist es erste Pflicht keine Veranlassung zur Ruhestörung zu geben! —

In Betreff der Probemahlung erlaube ich mir den Vorschlag zu machen, daß zweierlei Brod gebacken werden könnte: runde Laibe mit 50 Pfd. Kleienauszug und Kipfe mit 60 Pfd. Kleienauszug. Dadurch könnten alle Theile des Publikums befriedigt werden.

Zur größeren Erleichterung der Behörde könnte auch hier, wie schon in andern Städten es geschieht, das Brod nach dem Gewichte verkauft werden. Der Bäcker hätte dann dem Käufer das Brod vorzuwiegen. Was das Auge sieht, glaubt das Herz! — Ist das Brod leichter, so bezahlt man weniger, die Polizei braucht es dem Bäcker deshalb nicht wegzunehmen: kann die Polizei leichtes Brod essen, können wir's auch!!! —

Mehrere Herrn Bäckermeister haben sich bereit erklärt, weißes Brod nach Würzburger Musterbrod zu backen. Da nach deren Aussage der dortige Waizen von besserer Qualität ist, so ließe sich dieser Naturfehler bei uns durch die Kunst ersetzen. Man darf nur mehr Kleie (Futter für die Schweine, Jedem das Seine) herausziehen, und wir bekommen dann auch noch wohlfeiles Schweinfleisch! —

Immer für Recht und Wahrheit!

Fr. Hahn, wohnhaft vor dem Neuenthor Nr. 113. Mitglied des konstitutionellen Vereins in Nürnberg.

(Für Reisende.) Ein noch ganz neuer ächt ungarischer Kepernek (Reisemantel) ist für 10 fl., ein ganz neuer bequemer Mantelsack von Naturleder um 4 fl. zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solider junger Mensch kann in ein Waarengeschäft als Lehrling eintreten. Auf frankirte Anfrage unter der Adresse B. M. wird das Nähere mitgetheilt.

Frankfurt, den 18. Juli 1848.

Heute morgen habe ich folgendes anonyme Schreiben mit dem Postzeichen „Nürnberg" erhalten:

„Herr Dr. Krafft!

„Ihre Handlungsweise bei dem Parlamente ist trotz „aller Heimlichkeit so bekannt, daß Sie wahrscheinlich in „den nächsten Tagen davon werden abberufen werden. „Die Zeitungen sagen nun bereits genug darüber. Ihre „im Volke verhaßten Freunde im konstitutionellen Verein „werden zwar alles aufbieten, und Ihnen gewiß auch „nicht die Wahrheit sagen, allein in Ihrem ganzen „Wahlbezirke gelten sie nun als ein

„Fürstenknecht, welcher noch vollends die Hand bietet, „das Volk gänzlich auszuziehen, nämlich als ein Blutsauger und am Ende ein liebenswürdiger Appellations-„Rath."

Das Urtheil über solches überlasse ich meinen Mitbürgern.

Dr. Krafft.

Einhorn.

Zur Feier der Jakober Kirchweih gibt es bei Unterzeichnetem Samstag, Sonntag und Montag Gansbraten, süß- und sauergebratene Enten nebst Kartoffel-Klösen, Tauben, gebackene Fische so wie noch verschiedene Braten, Punsch und Glühwein, und auch verschiedene Sorten guten Wein. Für Harmonie-Musik ist bestens gesorgt, wozu ergebenst einladet

Reifenbach.

Einladung.

Unterzeichnete gibt sich die Ehre hiemit anzuzeigen, daß künftigen Sonntag und Montag das Kirchweihfest gefeiert wird, und ist für kalte und warme Speisen so wie auch für bestes Hofmännisches Felsenkellerbier bestens gesorgt. Auch wird zur Unterhaltung des Publikums ein Baumklettern stattfinden. Hiezu ladet höflichst ein

Groß-Röttenbach bei Rückersdorf, d. 19. Juli 1848.

Margaretha Söhnlein.

Köcherts-Zwinger.

Das Münchner Kleeblatt gibt daselbst heute Freitag den 21. Juli Produktion.

Köchert.

(Verlaufen) Eine blauscheckigte Katze, männlichen Geschlechts, mit einem rothen Halsbande versehen, hat sich verlaufen; wem dieselbe zugelaufen, wolle sie in den sog. Sonkeller an der Rittersstraße gegen ein gutes Trankgeld zurückbringen.

(Zu vermiethen.) In Nr. 98 an der Hauptstrasse zu Gostenhof ist ein heiteres, freundliches Logis an eine stille Familie zu vermiethen, welches nächstes Ziel Laurenzi oder am Ziel Allerheiligen zu beziehen ist.

(Gesuch.) Ein junger Wittwer mit Kindern, der ein gutes Geschäft besitzt, sucht sobald als möglich entweder eine Partie zum Heirathen, oder eine Haushälterin anzunehmen.

Näheres unter Chiffre K. M. d. d. Expedition dieses Blattes.

(Gesuch.) Eine Magd, welche in der Küche, sowie auch in allen häuslichen Arbeiten erfahren ist, und gute Zeugnisse vorzuweisen hat, wünscht nächstes Ziel in Dienst zu treten. L. Nr. 507 der breiten Gasse.

(Gesuch.) Ein auswärtiges Mädchen, welches treu und fleißig ist und jeder vorkommenden Hausarbeit vorstehen, auch Hausmannskost kochen kann, wünscht nächstes Ziel in Dienst zu treten. Näheres S. Nr. 1509 im Rosenthal.

(Gesuch) Ein braves Mädchen, welches in der Küche sehr gut bewandert ist und sich aller Arbeit unterzieht und gut empfohlen werden kann, sucht bis künftiges Ziel Unterkunft.

Heute Freitag den 21. Juli

Produktion im Kißkalts-Zwinger.

Siehe Programm von Fr. Lippe.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 21. Juli. Gastspiel des Fräulein Walter und des Herrn Hagen. „Linda von Chamounix" Große Oper in 3 Akten von Donizetti. — „Linda" Fräulein Walter. „Graf Arthur" Herr Hagen.

Theater in Fürth.

Sonnabend den 22. Juli. „Linda von Chamounix" Große Oper in 3 Akten von Donizetti. — „Linda" Fräulein Walter. „Graf Arthur" Herr Hagen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22. Juli 1848. № 204. Samstag: Mar. Magd.

Deutschland.

Bayern. (München, 18. Juli.) Nach sicherm Vernehmen hat der Herzog von Modena unlängst bei den Großmächten, welche Mitunterzeichner der Wienerkongreßakte waren, gegen die Wegnahme seines Staates durch Sardinien und Toskana, so wie gegen alles übrige in seinen Staat seit dem 21. März Geschehene förmlich protestirt, und den Schutz besagter Mächte zur Wiedereinsetzung in alle seine Rechte angesprochen. — Die mitgetheilte Adresse wegen des Waffenstillstandes mit Dänemark ist bereits mit nahe an 500 Unterschriften nach Frankfurt abgegangen. Die Beglückwünschungsadresse an den Erzherzog-Reichsverweser geht dieser Tage mit einer ähnlichen Unterschriftenzahl, in die deutschen Farben eingebunden, nach Wien ab. Der Bürgerverein „für Freiheit und Ordnung“, welcher diese letztere veranlaßte, hat sich in jüngster Zeit um zwei Angelegenheiten thätig angenommen, welche seit lange unsere Tagesliteratur mit Ungeduld beschäftigen. Einmal richtete der Verein das Ansuchen an die Regierung, daß die schon seit dem Febr. l. J. erbetene Oeffentlichkeit der magistratischen Berathungen bald ins Leben gerufen werde. Weiters ward die Frage verhandelt, wie es mit in der Presse häufig erwähnten Verboten an ganze Standeskategorien stehe, wornach dieselben, namentlich Offiziere der Linie und Landwehr, Staatsdiener ꝛc. mittelst Revers zu versichern haben: „daß sie zu keiner Verbindung gehören oder gehören wollen, deren Zweck dem Staat unbekannt, von ihm nicht gebilligt, oder dessen Interessen fremd ist.“ Der Verein beschloß einstimmig, die Bitte an das Ministerium zu richten, daß die Ausstellung solcher Reverse aufgehoben werde. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser gerechten Bitte willfahrt werde. Nicht nur die Zusagen der Minister während des letzten Landtags, sondern auch die Thatsachen der jüngsten Vergangenheit rechtfertigen diese Zuversicht, indem die freie Vereinigung ohne irgendwelchen Schaden für das öffentliche Wohl bestehen konnte und auch geduldet wurde. Zwar ist zu erwarten, daß schon sehr bald das Recht der freien Vereinigung eine feste gesetzliche Garantie für ganz Deutschland erhalten werde. Jener Revers aber greift so weit in die persönliche Freiheit ein, daß wir die Motive jener Verdammung einfach dadurch darlegen können, daß wir die Verordnung zur Hand nehmen, worin das Verbot politischer Vereine begründet werden will. Sie ist vom 1. März 1832 datirt; sie behauptet, daß „vor wie nach dem Erscheinen der Verfassung die Bildung jedes Vereins ohne Ausnahme von vorgängiger Ueberreichung der Statuten und von der Genehmigung der Staatsregierung abhängig geblieben sey,“ denn „die bayerische Verfassung räumt den Staatsbürgern nirgends das Recht ein, politische Associationen in willkürlicher Weise einzugehen.“ Wir zweifeln, daß selbst einer der Unterzeichner dieser Verordnung sich heute noch zu diesem Satze bekennen möchte, welcher deutlich sagt: was dem Staatsbürger nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist ihm verboten. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 21. Juli.) In unserem gestrigen Blatte findet sich ein anonymer Brief an unsern Reichstagsdeputirten Dr. Krafft veröffentlicht, welcher mit Recht eine große Indignation unter Allen hervorrufen mußte, welche es mit der Offenheit und Ehrlichkeit halten. Abgesehen davon, daß anonyme Zusendungen nie ihre beabsichtigte Wirkung erreichen, gehören dieselben auch in die verächtliche Kathegorie der Pasquille. So viel über die Form des Briefes. Den Inhalt anlangend, so will der Schreiber Hrn. Dr. Krafft die gerechte Mißbilligung seines Wahlbezirks mit seinem Verhalten in den Reichsversammlungen zu erkennen geben, fügt aber am Ende eine so deplorable Verdächtigung hinzu, daß Jeder, der die Ehrenhaftigkeit und den biedern Charakter des Herrn Dr. Krafft kennt, mit Entrüstung und Verachtung auf diesen Akt der Verleumdung blicken muß.

(Speyer, den 18. Juli.) Von dem Ende März hierher verlegten Infanterieregimente Otto, welches sich die allgemeine Achtung der hiesigen Bewohner erworben hatte, kehrte am Freitag das 1. Bataillon von Mannheim hierher zurück. Die Soldaten wurden aufs freundlichste empfangen, und viele Bürger erboten sich freiwillig, die Leute in so lange einzuquartieren, bis Lokalitäten für dieselben ausgebracht und eingerichtet sein würden. Wenn auch hin und wieder bemerkt werden wollte, daß der Geist vieler Soldaten ein anderer wäre, wie vor dem Aufenthalte in Mannheim, so ließ sich doch keiner etwas zu Schulden kommen. Gestern nun wurde den Soldaten angezeigt, daß sie des Mittags Strohsäcke und Decken in Empfang nehmen sollten, um ihre neuen Quartiere, wozu Säle in Privatwohnungen gemiethet sind, zu beziehen. Bei vielen erregte dieses großen Unwillen, und sie sprachen öffentlich aus, daß sie gleich ihren andern Kameraden in die Garnison zurück, und dann in Urlaub wollten, um ihren Beschäftigungen nachgehen zu können; mehr noch sollen aber zur Aufregung beitragen die schlechten Zustände, in welchen sich die Kasernen theilweise befinden, worüber sogar Unteroffiziere sich so stark äußerten, daß gestern Mittag einer arretirt wurde. Den Unwillen der Soldaten konnte man besonders daran erkennen, wenn man beobachtete, auf welche Weise die Soldaten theilweise ihre Strohsäcke und Betten durch die Straßen trugen, besser gesagt, schleisten. Zu diesem kam nun noch, daß schon früher und auch in den letzten Tagen an beiden Buchhandlungen viele Lythographien von Männern der Zeit, unter diesen auch Hecker ausgestellt waren; es schien von den Soldaten ganz unbeachtet zu bleiben, dagegen sollen gestern in einem Bierhause mißfällige Aeußerungen über die Ausstellung Heckers gefallen sein, und hiedurch vielleicht veranlaßt, sammelte sich Abends 8 Uhr eine größere Anzahl Soldaten vor der Lang'schen Buchhandlung, und drohte die Fenster einwerfen zu wollen. Es wurden alsbald die Läden geschlossen, die Zusammenrottung vermehrte sich durch Dienstboten, Kinder Männer, und einigemal ertönten Pereats und Hochs, wem dies gegolten, konnte man nicht verstehen, hörte aber später, daß der Name „Hecker“ genannt wurde. Nach $\frac{1}{2}$9 Uhr erneuerte sich der Tumult, und viele Soldaten zogen die Säbel, schlugen gegen die Läden und auch auf Civilisten, so daß zwei, unter diesen auch ein Bedienter des Regiments, verwundet sein sollen. Jetzt wurde die Aufregung größer und die Offiziere kamen herbei, um die Soldaten zum Nachhausegehen zu vermögen, was auch gelang, so daß nach halb 10 Uhr die Straßen ziemlich leer waren. Wie wir hören, soll heute eine strenge Untersuchung eingeleitet werden, deren Resultat uns sehr interessirt. (N. Sp. Z.)

(Speyer.) Unterm 10. Juli ist folgende „amtliche Bekanntmachung“ erschienen, unterzeichnet von der kgl. Kreisregierung und von dem General-Staatsprocurator: „Es liegen Anzeigen vor, daß auch in der Pfalz Versuche gemacht worden sind, Soldaten nicht allein zu Treubruch und Fahnenflucht zu verleiten, sondern sie auch für eine Partei zu werben, welche die Einführung der Republik in Deutschland mittelst Waffengewalt schon einmal versucht, und die Verwirklichung dieses Entschlusses dem Anscheine nach noch nicht aufgegeben hat, ohne vor den Gräueln eines Bürgerkrieges und allen den Calamitäten zurück zu beben, wie sie ein Nachbarland zu beklagen hat. Die unterzeichneten Behörden finden sich hierdurch veranlaßt, die große Strafwürdigkeit eines solchen Treibens dadurch zu bezeichnen, daß sie die bezüglichen Strafbestimmungen nachstehend zur allgemeinen Kenntniß bringen.“ (Folgen diese Gesetzesbestimmungen.) „Soll nicht Anarchie einreißen, so muß die Herrschaft der Gesetze durch deren Beachtung und Vollziehung aufrecht erhalten werden. Möge der gesunde Sinn der Pfälzer erkennen, daß das proclamirte Associationsrecht nicht so weit geht, Anschläge oder Complotte zu Verbrechen zu gestatten, und daß es ein Verbrechen wäre, wenn in Vereinen unter dem Schilde der vorgeschobenen Volkssouveränetät auf Einführung der Republik hingearbeitet würde, nachdem auch die Nationalversammlung die monargisch-constitutionelle Regierungsform proclamirt hat. Möge die Betrachtung allenthalben einleuchten, daß demokratische Wühlereien nicht dahin führen können, Ruhe, Ordnung und Vertrauen wieder hervorzurufen, und mit ihnen den gesunkenen Credit, sowie den Gewerbsbetrieb zu heben! Möge endlich allenthalben erkannt werden, daß den Volksrechten das Interesse der Gesammtheit der Staateangehörigen zum Grunde liegt, und daß sie daher nicht zu Parteizwecken mißbraucht werden dürfen.“ (Speyr. Z.)

Baden. (Heidelberg, 17. Juli.) Was man kaum erwartet, ist geschehen: der größte Theil der hiesigen Studenten, mit Ausnahme der Preussen und Westphalen, sind heute Vormittag um 11 Uhr von hier ausgezogen. Eine aus ihrer Mitte gestern nach Karlsruhe abgeschickte Deputation, welche die Aufhebung des Verbots des demokratischen Studenten-Vereins zum Zwecke hatte, kehrte unverrichteter Sache wieder hieher zurück. Was vorher Angelegenheit des demokratischen Vereins gewesen, wurde nun zur allgemeinen Studenten-Angelegenheit gemacht, noch gestern Abend der Auszug beschlossen und heute ausgeführt. Bis zum Bahnhofe wurden die Studenten von den Turnern und Mitgliedern des Arbeitervereins, besonders Handwerksgesellen, begleitet. Auf der Eisenbahn begaben sie sich nach Neustadt an der Hardt. Vorher hatten sie eine Deputation nach Frankfurt abgeschickt, die Aufhebung des Staatsministerial-Beschlusses, resp. die Genehmigung zum Fortbestehen des demokratischen Studentenvereins zu erwirken, weil sie überzeugt zu seyn glauben, daß dieser Verein eben so gut das Recht habe, zu bestehen, als die andern demokratischen Vereine. Auch soll eine Deputation von hiesigen Bürgern heute in gleicher Absicht nach Karlsruhe sich begeben haben. Viele glauben, daß die Studenten in ganz kurzer Zeit wieder hieher zurückkommen werden. — Dem Universitäts-Amtmann v. Hillern wurde gestern Abend eine Katzenmusik gebracht. (Schw. M.)

Die M. A.-Z. läßt sich aus Karlsruhe vom 17. Abends schreiben: Das Regierungs-Blatt, das die unverzügliche Auflösung aller demokratischen Vereine anordnet, ist unter der Presse und seiner Veröffentlichung somit jeden Augenblick entgegenzusehen.

Freie Städte. (Frankfurt, 19. Juli.) Durch Befehl vom 16. d. Mts. hat das Reichs-Kriegs-Ministerium den Landes-Kriegsministerien eröffnet, daß der Erzherzog-Reichsverweser die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen habe. Es hätten die Kriegsministerien am Sonntag den 6. August 1848 alle deutschen Bundestruppen in ihren Garnisonen in Parade ausrücken zu lassen, ihnen die Uebernahme der Oberleitung, unter Vorlesung des Aufrufs: „An das deutsche Volk“, zur Kunde bringen, zum Ausdrucke der Huldigung ein dreimaliges Hoch dem Reichsverweser ausbringen und dies, wo es die Umstände erlauben, durch dreimalige Geschützsalven begleiten zu lassen. Von diesem Tage an seyen dann da, wo es bisher noch nicht geschehen, die deutschen Farben anzulegen und zwar in Kokarden an den Kopfbedeckungen und in Bändern an den Fahnen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 19. Juli.) Die verfassunggebende Reichsversammlung hat in ihrer heutigen 42. Sitzung in Beziehung auf die Limburger Frage folgende Beschlüsse gefaßt: 1) „daß sie die bisherige Vereinigung des zum deutschen Bunde gehörigen Herzogthums Limburg mit dem Königreich der Niederlande unter einer Verfassung und Verwaltung als unvereinbar mit der deutschen Bundes-Verfassung betrachte; 2) daß es sich von selbst verstehe, daß der in der 8. Sitzung vom

27. Mai d. J. gefaßte Beschluß der Nationalversammlung, wonach alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des Letztern (ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet) als gül ig zu betrachten sind — auch für das Herzogthum Limburg verpflichtend sey; 3) daß die Frage über die Verpflichtung des Herzogthums Limburg zur Theilnahme an der holländischen Staatsschuld der provisorischen Centralgewalt zur Vermittlung und einer die Rechte Limburgs wahrenden definitiven Regulirung, deren Ratifikation der Nationalversammlung vorbehalten wird, überwiesen werde. — Zugleich fordert die Nationalversammlung die Centralgewalt auf, diesen Beschlüssen eine, der Dringlichkeit der Umstände entsprechende, möglichst schleunige und wirksame Folge zu geben.“ — Hierauf Berathung über § 4 der Grundrechte. (Frkf. J.)

(Frankfurt, 18. Juli.) In der heutigen Sitzung des deutschen Gewerbekongresses machte der Präs. (Hr. Martin Mai von Frankfurt) Mittheilungen über den Empfang der Deputation zur Ueberreichung der Adresse an die Nationalversammlung. Der Präsident von Gagern habe der Deputation die Versicherung gegeben, daß die Verhandlungen der Nationalversammlung über den in der Adresse des Gewerbe-Kongresses erwähnten Paragraph keineswegs einen die Interessen des Gewerbestandes und der Handwerker bedrohenden Charakter trügen; daß im Gegentheil auf manche Ansichten gegen die Gewerbefreiheit und viele Stimmen für Gewerbeordnung zu zählen sey. Ferner habe der Präsident sich über das Unternehmen der Handwerker, einen Kongreß zur Prüfung ihrer Lage und zu Anbahnung von Heilmitteln ins Leben zu rufen, lobend ausgesprochen. Die Versammlung schritt dann zur Wahl dreier Ausschüße (das Präsidium ist in der vorigen Sitzung bereits gewählt; Präsident: Herr May, Vicepräsidenten: die Herren Hentz und Winter, Sekretäre: die Herren Todt und Hancke; das Protoll führt Schirges.) Die Wahl nahm, wie die gestrige des Präsidiums einen grossen Theil der Zeit weg. Der dritte Ausschuß »zur Verhandlung mit dem volkswirthschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung“ scheint den besondern Beruf haben zu sollen, zur glücklichen Stunde in die sich neugestaltende Geschichte unseres Vaterlandes eingreifen und durch Abgabe seines aus der praktischen Erfahrung des Lebens hervorgegangenen Votums in einer der wichtigsten Angelegenheiten unserer Ge ellschaft, eine Lücke auszufüllen, welche das fleißige, arbeitsame, deutsche Volk bis jetzt mit Recht im Schooße der Nationalversammlung schmerzlich wahrnehmen mußte. Die Vertretung der arbeitenden Klassen in der verfassunggebenden Versammlung wäre demnoch angebahnt. Wie nothwendig dieselbe, ergibt sich, wenn das überhaupt noch bezweifelt werden könnte, deutlich aus den Zuschriften, welche dem Kongresse aus den verschiedenen Theilen des deutschen Vaterlandes zugehen. Von diesen wurde heute eine Adresse von 53 Handwerksmeistern aus Burg-Eberach verlesen; wie fast alle ihre Standesgenossen, erklären sich auch diese gegen die Gewerbefreiheit. Gegenüber dieser ungeheuern Majorität des Kerns unseres Volkes, der mit der allerentschiedensten Meinung gegen die freie Konkurrenz ist, kann man dem Gedanken an eine von der Nationalversammlung decretirte Verfügung im entgegengesetzten Sinne gar keinnn Raum geben. (Frkf. J.)

(Frankfurt, 19. Juli.) Zwei Stunden unter Königsstein in dem Wald zwischen Esch und der Glashütte wurde gestern Vormittag der von Köln mit dem Postwagen gekommene Packwagen von 5 bewaffneten Kerlen angepackt und davon 3 Fäßchen mit Geld — im Gesammtbetrage von 6000 Thlrn. — geraubt. Man sagt, die Thäter seyen bereits ergriffen. (N. Wrzb. Z.)

Hessen. (Gießen, 18. Juni.) In der Nacht vom vorigen Sonntag auf den Montag hat in dem benachbarten Wieseck eine Rotte Bösewichter das Haus des Bürgermeisters fast gänzlich demolirt, den Bürgermeister selbst, seine Verwandten und einige Wohlgesinnte, die ihm beistehen wollten, schmählich gemißhandelt, so daß sie, arg geschlagen, fliehen und in kläglichem Zustande die Nacht im Kornfelde zubringen mußten. Es soll dem Manne nichts zur Last fallen, seine Wohlhabenheit nur den Verdacht gereizt haben, daß er als Bürgermeister sich bereichere. (Frkft. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 18. Juli, Abends.) Seit heute Morgen keine weitere Ruhestörung. Die Waffen der widerstrebenden Bürgerwehrkompagnieen sind ohne Widerstand abgeliefert worden. Eine Proklamation des Ministers verkündigt, daß das Einrücken der Reichstruppen (Oesterreicher und Preussen aus der Bundesfestung Mainz) in unserer Stadt keinerlei Besorgniß erregen durfte, indem die öffentlice Freiheit dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werde. Die Wiederherstellung der Bürgerwehr soll unverzüglich vorgenommen werden. Heute Nachmittag hatte unsere Stadt den Anblick eines kleinen Heerlagers. Truppen kampirten auf den Plätzen und Kanonen waren an einigen Punkten aufgestellt. Man erwartet den baldigen Wiederabmarsch dieser militärischen Gäste, deren Benehmen in jeder Beziehung musterhaft ist.

Die nachstehende Bekanntmachung wurde heute früh veröffentlicht: „Nachdem die Bürgerwehr der hiesigen Stadt bei den Ereignissen der letzten Tage nicht im Stande gewesen ist, die öffentliche Ordnung aufrecht zu halten, nachdem sie sich Gefangene hat entreißen lassen, und Einzelne sowohl als ganze Abtheilungen in offener Wiedersetzlichkeit gegen ihre Führer sich aufgelehnt haben, sind zur Verstärkung unsers in geringer Anzahl gegenwärtigen Militärs Reichstruppen aus Mainz hieher beordert worden, um die Ordnung wiederherzustellen und den von der Reichsgewalt ausgesprochenen Landfrieden aufrecht zu halten. Die Bürgerwehr wird sofort neu organisirt werden, und ist zu dem Ende die Ablieferung sämmtlicher Gewehre erforderlich. Von den Bürgern Wiesbadens wird erwartet, daß sie sich dieser Maßregel, welche unsere Freiheit nicht gefährden, sondern sichern soll, willig unterordnen und anschließen. Wiesbaden, den 18. Juli 1848. Herzogl. nass. Staatsministerium. Hergenhahn.« (Fr. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 17. Juli.) Wenige Stunden, nachdem der Kurier eingetroffen war, welcher jene Nachrichten über die Ankunft Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Stellvertreters brachte, die im gestrigen Abendblatte mitgetheilt wurden, traf Se. kaiserliche Hoheit zur allgemeinen Freude selbst hier ein. Mit der ungewöhnlichsten Schnelligkeit von nur 42 Stunden wurde der Raum zwischen Frankfurt und hier zurückgelegt, und des herrlichen Für sten Beweggrund zu so anstrengender Reise sprach sich wohl zum Theil auch in den herzlichen Worten aus, womit er die zusammengeströmte freudig bewegte Menschenmenge vom Balkone auf dem Franzensplatze aus begrüßte: „Ich habe versprochen, am 17ten wieder hier zu sein, und habe redlich mein Wort gehalten. (Wien. Z.)

(Pesth, den 15. Juli.) Ich beeile mich, Ihnen die Mittheilung zu machen, daß nach einer hier eingetroffenen offiziellen Depesche des Generals Bechtholdt, welcher den Oberbefehl über die ungarische Truppenmacht im Banat führt, der Oberst Blomberg die serbianischen Aufständischen in einem Gefecht bei Werserz geschlagen. Diese Ortschaft wird meist von Deutschen bewohnt, welche an dem Gefechte auch thätigen Antheil genommen. Der Verlust der Aufstäudischen wird auf 50—60 Todte, der der Ungarn auf 2 Todte und 3 Verwundete angegeben. Stanimirovits, der Anführer der Aufständischen, ist mit noch 20 Andern in die Hände der Sieger gefallen. Außerdem eroberten diese noch 2 Fahnen und 2 Kanonen. Die Fahnen waren so eingerichtet, daß sie bald die österreichischen, bald die serbischen Farben hervorkehrten. Die Aufständischen zogen sich in ihr Lager bei Alibunari zurück. — Gestern ist hier der berühmte Dr. Henselmann als Kurier aus Insbruck mit der förmlichen Sanktion der Union Siebenbürgens mit Ungarn eingetroffen. Derselbe setzte sogleich seinen Weg nach Klausenburg fort.

Nachschrift. Es verbreitet sich eben das Gerücht, daß ein Theil des nicht ungarischen, österreichischen Militärs zu den Aufständischen übergegangen sey. Diese haben auch Turitz geplündert. Aus Neu-Moldova, Szaska und Oravitza gehen betrübende Schilderungen von den serbianischen Plünderungszügen ein. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 17. Juli.) Nachdem die Verfassungskommission der Nationalversammlung sich in ihrer letzten Sitzung mit der Volksvertretung beschäftigt, hat sie heute über die Rechte des Königs berathen und darüber, vorbehaltlich der Fassung, folgende Bestimmungen getroffen: die königliche Gewalt ist erblich in dem Mannsstamme des königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge; der König ist mit Vollendung des achtzehnten Jahres volljährig und leistet beim Regierungsantritt den Eid: „Ich schwöre, die Verfassung des Staates fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren“; er kann ohne Zistimmung der Kammern nicht die Krone eines andern Staates annehmen. Die Vormundschaft und die Regentschaft ordnen beide Kammern in gemeinschaftlicher Berathung an; ist der König in der Unmöglichkeit, zu regieren, so muß das Ministerium sofort die Kammern einberufen. Die Regentschaft kann nur Einer Person übertragen werden, und der Regent leistet denselben Eid, wie der König. — Die Person des Königs ist unverletzlich. Er hat die vollziehende Gewalt; er ernennt und entläßt die Minister; befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt die dazu erforderlichen Anordnungen, dar die Vollziehung derselben aber weder aufschieden noch erlassen. Der König führt ferner den Oberbefehl über das Heer und besetzt alle Stellen desselben, sowie in den übrigen Zweigen der Verwaltung, insofern nicht die Verfassung oder das Gesetz etwas Anderes verordnet. Der König hat sodann das Recht, Krieg zu erklären, sofern dasselbe nicht durch die deutsche Bundesverfassung beschränkt wird; unter derselben Beschränkung bedürfen alle Verträge und Friedensschlüsse mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung oder nachträglichen Genehmigung der beiden Kammern. Der König hat ferner das Recht der Begnadigung und der Strafmilderung; zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann er jedoch das Begnadigungsrecht nur auf Antrag der Kammer ausüben, welche den Minister angeklagt hat. Auch kann der König bereits eingeleitete Untersuchungen nicht anders als auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen. Der König hat ferner das Recht, Orden und andere mit keinem Vorrecht verbundene Auszeichnungen zu verleihen; er hat das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes. Das Gesetz bestimmt auch die Civilliste für die Dauer jeder Regierung; er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine derselben auflösen, in der Auflösungsurkunde muß aber der Tag angegeben werden, bis zu welchem die neue Wahl und die Zusammenberufung der neuen Kammern erfolgen soll, dergestalt, daß für die Wahl der neuen Abgeordneten die Frist nicht über 40 Tage und für die Wiedereinberufung der neuen Kammern nicht über 60 Tage vom Tage der Auflösung an ausgedehnt werden darf. Der König kann auch die Kammern vertagen; die Vertagung darf aber ohne Zustimmung der Kammern weder die Frist von 30 Tagen übersteigen, noch auch in derselben Session wiederholt werden. — Vergleicht man diese Bestimmungen mit dem von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurfe, so wird man finden, daß sie sich im Wesentlichen denselben anschließen, nur einzelne wenige Bestimmungen sind dem ursprünglichen Entwurfe hinzugefügt, andere aus demselben entfernt. — Die Kommission hat sich auch vorläufig über die Verantwortlichkeit der Minister geeinigt und unter andern festgesetzt, daß jeder einzelnen Kammer das Recht der Anklage zustehe, die Kammern aber nicht selber, sondern der höchste Gerichtshof des Staates über die Anklage zu Gericht sitzen soll. (Mgdb. Z.)

(Berlin, den 16. Juli Abends.) Der Handelsminister Milde welcher, so weit es in seiner Macht steht, eifrig bemüht ist, die commerciellen Verhältnisse Preußens und Deutschlands von der Fessel einer unklugen Politik zu befreien, hat eine, in den nächsten Tagen abgehende, commercielle Mission nach Spanien bestimmt, die dort die alten, aber seit dem Tode Ferdinands verschlossenen Absatzquellen für die deutsche Industrie wieder öffnen soll. Es handelt sich aber nicht blos um die alten Quellen, es gilt vielmehr ein genaueres Erforschen der seit 1834 so vielfach geänderten Betriebsamkeit Spaniens und seiner Handelsbedürfnisse, und daher können wir es nur glücklich nennen, daß die Sendung Männern anvertraut ist, die der Aufgabe ganz gewachsen scheinen. Es sind der durch seine Schriften und Reisen wohlbekannte, mit den handelspolitischen Verhältnissen Europa's durch vieljährige Studien und mannichfachen Verkehr vertraute Dr. Delsner-Monmerqué, und der als tüchtiger Kenner der Industrie und einsichtsvoller Fabricant in Ansehen stehende Kaufmann Schuchardt aus Landshut in Schlesien. Ersterer wird das theoretische und wissenschaftliche Element der Aufgabe zu lösen haben, während der zweite, mit Rücksicht auf dessen Daten, das Praktische ins Auge fassen wird. (A. A. Z.)

Sachsen. (Aus Thüringen, 14. Juli.) Das beabsichtigte Seminaristenparlament, von welchem ich Ihnen vor kurzem schrieb, ist von den Inspektionen der Seminarien in Erfurt und Eisenach sehr mißfällig aufgenommen worden. Man stellte die Seminaristen hierüber zur Rede, wies auf die bisherigen Seminargesetze, welche solche Sammlungen verbieten, und drohte für den Fall des Beharrens mit Bestrafung, bezüglich mit Ausweisung aus den Anstalten. In Erfurt hatte dieses Einschreiten den Erfolg, daß die dasigen Seminaristen in

einem Schreiben an das Comite in Eisenach ihre Beitrittserklärung zurücknahmen und versicherten, „daß dieses aus freiem Willen geschehen, weil sie nicht geglaubt, daß die von ihnen besuchte Versammlung sich mit der Reorganisation der Schullehrerbildungsanstalten befassen werde." In Eisenach haben hingegen die Seminaristen der Inspection, unter Berufung auf das allgemeine Recht der Association, erklärt, daß sie nicht von ihrem Entschlusse abgehen, und nöthigenfalls sich an das Ministerium wenden würden, worauf man es für gut fand, sie nicht weiter in ihrem Vorhaben zu stören. Es soll nun am nächsten Sonntage auf Anregung der Seminaristen eine Versammlung in Gotha gehalten werden, um sich über einen Aufruf und eine Beschwerde an das preußische Staatsministerium wegen des Eingriffs in das Associationsrecht der Seminaristen zu berathen. (Frkft.O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Aus dem südlichen Holstein, 17. Juli) Folgender aus sehr guter Quelle stammender Bericht soll zeigen, wie vollständig die Hoffnungen, welche die dänische Kriegspartei auf die russ. Hülfe gesetzt hatte, gescheitert sind, nachdem Preussen den verletzten Stolz des Czaren durch die schnelle Fügsamkeit, mit welcher es auf eine Note Jütland räumte (denn das Dasein dieser Note ist trotz der officiellen, ministeriellen preussischen Widerlegung nicht zu bezweifeln) besänftigt hatte. Bekanntlich ging der dänische General Orholm vor vier Wochen mit einem englischen Dampfschiff nach Petersburg, um den Beistand des Kaisers Nikolaus gegen die englischen unannehmbaren Vermittlungsvorschläge anzurufen. Mit der bekannten dänischen Selbstgenügsamkeit nicht zweifelnd, daß ganz Petersburg nichts Wichtigeres kenne, als die dänische Angelegenheit, eilte Orholm, so wie das Dampfschiff ankommt, im einfachen Frack zum Kaiser, um eine sofortige dringliche Audienz zu verlangen, er erhält sie und bringt nun sein Anliegen vor. Allein der Kaiser bemerkte ihm kalt, daß er die Dringlichkeit des Anliegens nicht einsähe und Dänemark keinen bessern Rath geben könne, als Englands Vorschläge so rasch wie möglich anzunehmen. Bestürzt sucht Orholm dem Kaiser deutlich zu machen, daß die dänische Regierung sich bei solchen Friedensbedingungen nicht halten könne. Allein der Kaiser entgegnete ihm, daß ein aus dem Pöbel hervorgegangenes demagogisches Ministerium nicht die Sympathien Rußlands in Anspruch nehmen könne. Am andern Tag verlangte General Orholm, dießmal ganz in Galla, noch eine offizielle Audienz, allein mit nicht besserm Erfolge. Sehr begreiflich, daß die dänischen Regierungsblätter es jetzt nothwendig finden, daß man Vorsichtsmaßregeln gegen die Kriegsschiffe des von der Cholerapest ergriffenen Rußlands nehme. Der dänische König wohnt übrigens den Staatsrathssitzungen nicht mehr bei. Als man ihm, nachdem er die Geheimnisse des Staatsraths seinen Trinkfreunden mitgetheilt, auf Umwegen einen derartigen Wunsch andeutete, antwortete der König ganz heiter: Geben Sie sich keine Mühe weiter, ich verstehe und sage Ihnen, daß ich herzlich gern von dieser langweiligen Unterhaltung befreit bin." (Brem. Z.)

Aus Rendsburg, vom 17. Juli wird dem Hamburger Correspondenten in Bezug auf die Nachricht über den Abbruch der Unterhandlungen mitgetheilt, daß mit dem Abend dieses Tages der Waffenstillstand ablaufe, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach den Aeußerungen des dänischen Commissärs zufolge, Dänemark auf die vorgelegten Bedingungen nicht eingehen könne, in welchem Falle dann General v. Wrangel in Jütland einrücken werde.

Frankreich.

† (Paris, den 17. Juli.) Der Belagerungsstand nähert sich seinem Ende. Mit Ausnahme der Nationalversammlung, der Tuillerien, und der Höhen von Montmartre, so wie einiger anderer Punkte sind wir militärisch frei. Die Theater öffnen sich, und der breite Weg in den elysäischen Feldern füllt sich wieder mit der schönen Welt. Wir sind äusserlich vollkommen wieder im alten Geleise.

Der National war gut unterrichtet. Eine telegraphische Depesche bestätigt der Regierung die Ernennung des Herzogs von Genua zum Könige von Sicilien.

Eine telegraphische Depesche meldet der Regierung aus Lyon vom 16. Juli, daß die allgemeine Entwaffnung der Bürgerwehr daselbst ruhig von Statten gehe. Von 36,564 an die zu entwaffnenden Legionen vertheilten Feuergewehren seyen bereits 33,515 in die Zeughäuser abgeliefert.

Die Assisen der Seinedepartements haben vorgestern einen Proletarier Namens Jourdan, ehemaliges Glied der Nationalwerkstätten von Montrouge (bei Paris) als schuldig erklärt, und der Gerichtshof ihn zur zweijährigen Gefängnißstrafe verurtheilt, weil er zu seinen Kameraden und einigen sonstigen Freunden gesagt hatte: „Es lebe die Republik! Sie bringt uns den Komunismus, wo Jeder gut ißt, trinkt und wohnt. Kommt, laßt uns die Häuser der Reichen anzünden, und ihre Schätze plündern, denn sie sind es, welche sich der Abschaffung des Elends entgegenstemmen. Wer arbeitet, der ist ein Narr u. s. w. Die Gerichtszeitungen und besonders der Siecle drucken mit sichtlichen Selbstbefriedigungen die diesfälligen Verhandlungen nach.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 17. Jul.] Um 2½ Uhr eröffnet Vizepräsident Corbon die Sitzung. Nach Bewilligung mehrerer Urlaube, unter denen wir auch Pagnerre bemerken, erhält Laurent (Ardèche) das Wort, um an den Minister des Auswärtigen Interpellationen wegen Rußland zu richten. Durch Zeitungen und sonstige Berichte, sagt er, sei die Nachricht vom Einrücken eines russischen Armee-Korps in die Donaufürstenthümer in Paris eingetroffen und habe daselbst Aufsehen erregt. Er halte es für seine Pflicht, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf diese Nachricht zu lenken. Rußland, das mit eifersüchtigem Auge der slavischen Bewegung laure, habe die jüngsten Ereignisse als Vorwand benützt, um in der Moldau und Walachei vorzurücken. Hiezu habe es aber kein Recht; denn laut der bestehenden Verträge dürfe sich weder die Türkei noch Rußland in die inneren Streitigkeiten jener Provinzen mischen. Rußland benütze übrigens die dortigen Ereignisse nur, um seine weitergehenden Pläne durchzusetzen. Man entsinnt sich, daß der National bereits von einem östlichen und westlichen Slavenreiche mit dem Kaiser von Rußland und dem Kaiser von Oesterreich an der Spitze sprach. Frankreich und England, fuhr Laurent fort, haben über mächtige Interessen zu wachen. Rußland übereile sie, indem sie die zur Erfüllung seiner Eroberungslust nöthigen Maasregeln treffe. Es sey daher dringend, daß das französische Kabinet, im Bunde mit dem englischen, die strengste Aufsicht auf jenen Punkten führe. Ich stelle darum vor allen Dingen an den Minister folgende Fragen: 1) Ist das Einrücken der Russen in die Donaufürstenthümer eine vollbrachte Thatsache? 2) Was glaubt der Minister zu thun, wenn sie eingerückt sind, oder, was höchst wahrscheinlich, auf dem Punkte stehen, sofort einzurücken? Bastide, Minister des Auswärtigen: Die größte Ungewißheit herrscht noch über das in Rede stehende Faktum. Noch sind der Regierung keinerlei amtliche Mittheilungen hierüber zugegangen. Sollte es sich aber bestätigen oder als bevorstehend erweisen, so verlangt dasselbe die größte Aufmerksamkeit abseiten Frankreichs. Die Versammlung kann überzeugt seyn, daß die Ehre und die Interessen Frankreichs auf diesem wie auf allen übrigen Punkten gewahrt werden sollen. Frankreich wird sich, wenn es seyn muß, mit seinen Alliirten zu verständigen wissen, vorzüglich wenn die Umstände Eile erfordern. Die Versammlung begreift, daß ich in nähere Erörterungen hierüber vorläufig nicht eingehen kann. (Beifall). Hiermit war die Interpellation zu Ende und die Versammlung schritt zur Tagesordnung.

(Straßburg, 17. Juli, Drei Uhr Nachmittags.) So eben werden wir durch Trommelwirbel und Trompetengeschmetter aufgeschreckt. Man rennt besorgt durch die Straßen. Nationalgardisten und Soldaten in Waffen kreuzen sich. Getümmel und Aufregung allenthalben. Folgendes die Ursache dieses Lärmens. Heute Vormittag sah sich die Tabacksverwaltung, welche einige hundert Arbeiter beim Ausbau einer neuen Manufaktur beschäftigte, in die Nothwendigkeit versetzt, ihre Arbeiten wegen Mangels an baarem Gelde auf einige Tage einzustellen. Andererseits sind aus den hiesigen fast unnützen sogenannten Gemeindewerkstätten, für welche sich die Stadt abermals ein neues Opfer von 20,000 Fr. auferlegt hat, einzelne Arbeiter fortgeschickt worden, die sich andererseits ihr Brod verdienen könnten. Allein weit entfernt, zu ihren ehemaligen Gewerben zurückzukehren, die ihrer so nothwendig bedürften, zogen bei 400 Unzufriedener gegen 2 Uhr an die Mairie unter dem Vorantritte zweier Trommler und zweier Trompeter und mit Hauen, Schaufeln und Stöcken bewaffnet, und forderten drohend, daß die Stadt für sie sorge. Kaum war die Kunde dieses Versuches bekannt, als wenigstens 10,000 Bayonette sie vor allenfallsigen unlauteren Absichten abschreckten. Die Unzufriedenen scheinen sich zerstreut zu haben. Straßburg gleicht einem Lager. Generale sprengen durch die Straßen. Hoffentlich wird in einigen Stunden Alles zur Ruhe zurückgekehrt seyn. Einige Straßen sind abgesperrt, und viele Magazine geschlossen. Der Geist der Bürger, des Militärs und der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung ist bewundernswerth. Sollte die Lage ein bedenklicheres Aussehen annehmen, werde ich Ihnen unmittelbar darüber berichten. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Erklärung.

Schon bei dem Abgang unsers Abgeordneten Dr. Krafft zur konstituirenden Nationalversammlung nach Frankfurt a/M. war die eine Partei in unserer Stadt entschlossen, dessen Thätigkeit um jeden Preis zu nichte zu machen.

Der Grund hiefür lag allein darin, daß man im Voraus wissen wollte, Dr. Krafft werde für Aufrechthaltung der konstitutionellen Monarchie, was auch im Sinne seiner Wähler, in enormer Mehrheit auch der Urwähler gelegen war, thätig seyn, was aber dem Interesse seiner Gegner, die den Umsturz wünschen, entgegenläuft.

Die Beschlußfassung über die provisorische Centralgewalt, in welcher denn wirklich das konstitutionelle Prinzip gesiegt hat, sollte die Mittel an die Hand geben, die Abstimmung unseres Abgeordneten zu verdächtigen, und dessen Rücktritt zu veranlassen, um wo möglich, da der Ersatzmann Dr. Kalb sofort erklären würde, lediglich auf den von Dr. Krafft geäußerten Grundsätzen fortzufahren, statt eines Anhängers der konstitutionellen Monarchie, einen Mann der entgegengesetzten Parthei einzuschmuggeln.

Zuerst in Zeitungsartikeln, später in einzelnen Versammlungen, war man bemüht, die Sache so hinzustellen, als ob Dr. Krafft die Volksrechte an die Regierungen zu verrathen im Begriffe stehe.

Zwar wurde auch bei einzelnen dieser Diskussionen die Ehrenhaftigkeit unsers Abgeordneten, welche Niemand bestreiten kann, anerkannt, aber, wie es schien, nur, um sofort seine Abstimmung als hiemit im Widerspruch stehend hinzustellen. Wir mußten hören von ängstlichen Seelen, welche nicht stimmen könnten, ohne sich zu Protokoll besonders zu erklären, und sich eine Hinterthüre offen zu lassen; wir mußten hören, daß Dr. Krafft nach den übersendeten Motiven zum Theil selbst eine Fehlerhaftigkeit seiner Abstimmung anerkenne.

Da leider die aufgelegenen Motive des Dr. Krafft von Vielen nicht gelesen wurden, so gelten solche öffentliche Aeusserungen, so unrichtig sie sind, als Wahrheit, und während Dr. Krafft nach seinen Motiven für sein Auftreten vollkommen gerechtfertigt erscheint, drohen solche falsche, öffentlich ausgesprochene Angaben, uns Urwähler sammt und sonders den Absichten einer kleinen Fraktion bloszustellen, welche durch ihr schroffes Auftreten die Majorität zu beherrschen gedenkt. Wir verkennen nicht, daß der Abgeordnete bei der Nationalversammlung der öffentlichen Kritik unterworfen ist, wir wissen, daß ein Mann vermöge seiner Abstimmung von bedeutendem Gewicht seyn kann, wir wollen auch stets wachsam seyn, daß unser Vertreter ein Vertreter der Volksrechte ist; wollen selbst, daß die Urwähler dem Abgeordneten ihre Ansichten stets bekannt geben — wir treten aber entschlossen dagegen auf, daß eine Fraktion aus einer Abstimmung unsers Abgeordneten, sogar mit falscher Deutung den Rücktritt desselben zu erwirken strebt, während die Majorität mit uns ihre Ansicht nicht theilt.

Daß Dr. Krafft bei der Abstimmung über die provisorische Centralgewalt fast durchgängig auf Seiten der Majorität war, können wir nicht tadeln, da einerseits diese Majorität uns ein entsprechendes Resultat geliefert hat, Dr. Krafft auch, wenn er innerhalb seines Glaubensbekenntnisses für Aufrechthaltung des Prinzips der konstitutionellen Monarchie wirken wollte, nicht anders stimmen konnte.

Nur zwey Puncte werden ihm zur Last gelegt:

1) daß er bey dem Beschlusse über die Wahl des Reichsverwesers durch die Nationalversammlung mit andern die Erklärung unterschrieb, worin das Vertrauen auf die — übrigens bereits erklärte — Zustimmung der Regierungen ausgesprochen wird.
2) daß er dagegen gestimmt, daß die Regierung des Reichsverwesers bey Abschließung von Verträgen, bey Erklärung von Krieg und Frieden an das Einverständniß der Nationalversammlung gebunden seyn soll.

Keine dieser Meinungsäusserungen steht jedoch mit dem Princip des constitutionellen Staatenlebens irgendwie in Widerspruch, und schon deshalb können wir eine Mandatsverletzung nicht finden.

Noch ehrenwerther wird aber die Abstimmung nach den von Dr. Krafft gegebenen Motiven, wenn er sagt:

ad 1. Ich glaube, daß die bestehende Ordnung ein Recht hat, so lange geschont zu werden, als nicht das höhere Recht der Freyheit des Volkes und seinen Forderungen mit einer solchen Schonung unvereinbarlich ist.

ad 2. Ich glaube, und habe gesehen, daß die Verhandlung der Verhältnisse zum Ausland vor einer so großen Versammlung die Regelung derselben sehr erschwert.

Nach diesen kurzen Mittheilungen aus den Motiven des Dr. Krafft, welche noch so viele gewichtige Puncte hervorheben, wird wohl jeder Ruhigdenkende die Nichtigkeit jener Anschuldigung erkennen, als ob Dr. Krafft die Volksrechte verrathe; als ob er eine Mandatsverletzung sich habe zu Schulden kommen lassen.

Was den zweyten Punct betrifft, so ist es ja an sich einleuchtend, daß der Reichsverweser, wenn ihm die Nationalversammlung die Geldmittel nicht bewilligt, für sich einen Krieg nicht führen kann.

Gesetzt aber auch, daß einem oder dem andern die Abstimmung in einzelnen Puncten nicht genügt, so wird nie die Majorität dafür stimmen, daß eine Rucknahme des Mandats zu verlangen sey; wir sind im Gegentheil der Meinung, daß eine Unselbstständigkeit, Abhängigkeit des Abgeordneten von seinen Urwählern in allen einzelnen Abstimmungen ein Unding ist, indem das Mandat nur im Allgemeinen gegeben seyn kann.

Würde um jeder Abstimmung willen jene Parthey, welche nicht vollständig mit einverstanden ist, ein Recht haben, den Abgeordneten zurückzurufen, so würde voraussichtlich eine ziemlich große Anzahl unsrer Bürger, aber immer nur für eine Abstimmung als Vertreter unseres Wahlbezirks zum Zuge kommen.

Wir können uns aber auch der Ansicht nicht entwehren, daß im Moment der Abstimmung, wenn es sich darum handelt, sollen wir ein Resultat erlangen, oder in Partheywirren untergehen, die Brust des Ehrenmannes ein anders Gefühl durchdringen mag, als dem kalten Kritiker, der das Resultat nach seinen Wirkungen prüft, und mit Kaltblütigkeit das anatomische Messer ansetzt. Ist es eine Schmach, zur Erlangung eines großen Resultats in Unbedeutendheiten nachgiebig zu erscheinen?

So müssen wir nach allen diesen Thatsachen zu dem Resultat kommen, daß Dr. Krafft durch seine Abstimmungen unsers Vertrauens sich nicht unwürdig gezeigt hat; wir erklären, daß die Absicht der Zurücknahme des Mandats nur einer kleinen Fraction angehört, nicht der Volkswille ist, und so wolle er denn redlich fortarbeiten in seinem ausgesprochenen Grundsatz:

daß die bestehende Ordnung ein Recht hat, so lange geschont zu werden, als nicht das höhere Recht der Freyheit des Volkes und seiner Forderungen mit einer solchen Schonung unvereinbarlich ist,

von uns aber den Ausdruck des ungetrübten Zutrauens entgegennehmen.

Nürnberg am 20. Juli 1848.

Mehrere Urwähler.

Gasthaus zum Mondschein in der Mostgasse.

Samstag den 21. Juli, als am Vorabend der Jakober Kirchweih ist Metzelsuppe. Samstag und Sonntag produzirt sich das Münchner Kleeblatt, wozu höflichst einladet

Lang, Gastgeber.

Köcherts-Zwinger.

Zur Feier der Jakober Kirchweih findet Sonntag den 23 Juli große Produktion der Regimentsmusik „Albert Pappenheim" statt. Abends Illumination. Wozu die verehrten Abonnenten ergebenst einladet

J. D. Köchert.

(Gesuch.) Man sucht eine Kindbettkellnerin, welche sogleich eintreten kann.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 22. Juli findet vollständige Orchestermusik statt. Entree 6 kr. à Person. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Regensburger Hof.

Heute Samstag den 22. Juli „Metzelsuppe", wozu ergebenst einladet

Schmidt.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 932 am Hallplatz ist ein Logis mit 2 bis 3 heizbaren Zimmern nebst Kammern und sonstigen andern Bequemlichkeiten bis Ziel Lorenzi zu vermiethen.

Einhorn.

Zur Feier der Jakober Kirchweih gibt es bei Unterzeichnetem Samstag, Sonntag und Montag Gansbraten, süß- und sauergebratene Enten nebst Kartoffel-Klößen, Tauben, gebackene Fische so wie noch verschiedene Braten, Punsch und Glühwein, und auch verschiedene Sorten guten Wein und frisches Bier. Für Harmonie-Musik ist bestens gesorgt, wozu ergebenst einladet

Meisenbach.

Ziegelstein.

Nächsten Sonntag den 23. und Montag den 24. Juli wird daselbst das Jahresfest gefeiert, wozu der ergebenst Unterzeichnete seine Gönner und Freunde und die verehrlichen Bewohner Nürnbergs mit dem Bemerken höflichst einladet, daß im Hause in Ziegelstein für Kaffee und Hefenküchlein, für Bratwürste und Sauerbraten, und verschiedene kalte Speisen, so wie für frisches Felsenkellerbier bestens gesorgt ist, jedoch am Felsenkeller nur kalte Speisen und frisches Bier verabreicht werden, auch ist daselbst Harmoniemusik bis Abends 6 Uhr, und findet von dieser Zeit an im Hause Tanzmusik statt. Um zahlreichen Besuch bittet

Götz

Schloßzwinger.

Heute Sonnabend und morgen Sonntag spielt die vollständige Musik des hier ankommenden k. b. 10. Infanterie-Regiments, wozu höflichst einladet

Fuchs.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 23. d. M., Nachmittags, findet bei Unterzeichnetem im Gartenlokal Blechmusik und Abends Tanzmusik statt.

Heute Samstag, so wie jeden Samstag ist „Metzelsuppe", wozu ergebenst einladet

Johann Neubauer.

(Einladung.) Unterzeichneter gibt sich die Ehre hiemit anzuzeigen, daß heute Samstag, als am Vorabend der Jacobskirchweih Metzelsuppe, dann Sonntag und Montag Harmoniemusik stattfindet. Für kalte und warme Speisen, gutes Felsenkellerbier ist bestens gesorgt; auch gibt es Montag saure Enten und Kartoffelklöße.

Hiezu ladet höflichst ein

Karl Linz, Gastwirth in Krippelein.

(Einladung) Zur Feier der Jakober Kirchweih findet Sonntag den 23 Juli Tanzmusik statt, und ist auch für gutes frisches Felsenkellerbier und kalte Speisen bestens gesorgt. Es sieht einem recht zahlreichen Zuspruch entgegen

Joh. Röder
in der hintern Ledergasse

Weißer Elephant.

Zur Feier der Jakober Kirchweih findet bei Unterzeichnetem morgen Sonntag gutbesetzte Tanzmusik mit dem gewöhnlichen Entree statt. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt, wozu ergebenst einladet

J. G. Köbler.

(Verlaufen) Ein Hund russischer Raçe, männlichen Geschlechts von grauer Farbe, hat sich seit einigen Tagen verlaufen. Man bittet ihn gegen 1 fl. 30 kr. Traggeld in L. 400 Ludwigsstraße zurückzubringen.

(Pferd-Verkauf.) Ein 7½jähriges Pferd, ohne Fehler, Fuchs, Wallach, Langschweif, gleich gut zum Reiten und Fahren, steht von Samstag den 22. bis 23. d. zum Verkauf dahier.

Näheres Breitegasse L. Nr. 404 über 2 Stiegen.

(Anzeige.) Zur gemeinschaftlichen Erlernung der französischen, spanischen und portugisischen Sprache werden einige Mitschüler gesucht. — Dürer-Straße. S. Nro. 397

(Gesuch.) Eine fleißige, an Ordnung gewöhnte Magd, die in allen Hausarbeiten und in der Küche wohl erfahren ist, wünscht bis nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft in Dienste zu treten.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches große Liebe zu Kindern hat, Hausmannskost kochen, auch waschen, bügeln, nähen, stricken und spinnen kann, und gute Zeugnisse hat, wünscht als Magd allein, oder als Kindermagd bei einer soliden Familie unterzukommen. Näheres Nro 562 in der Theresienstraße, 2. Etage.

(Gesuch) Eine Magd, welche Hausmannskost gut kochen kann, in allen weiblichen Arbeiten wohl erfahren ist, auch Liebe zu Kindern hat, und gute Zeugnisse aufweisen kann, wünscht nächstes Ziel in einen ordentlichen Dienst zu treten Nro. 944 Hallplatz.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von braven Eltern, das im Rechnen und Schreiben bewandert ist, auch schön Nähen, Stricken und Bügeln kann, wünscht als Ladenjungfer oder Stubenmädchen unterzukommen.

Theater in Fürth.

Sonnabend, den 22. Juli. Gastspiel des Fräulein Walter und des Herrn Hagen. „Linda von Chamounix." Große Oper in 3 Akten von Donizetti — „Linda" Fräulein Walter. „Graf Arthur" Herr Hagen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23. Juli 1848. **№ 205.** **Sonntag: Apollinaris.**

Deutschland.

Bayern. (München, 21. Juli.) Das neueste Regierungs-Blatt Nr. 41 enthält folgende Dienstesnachrichten: Die Vorrückung des II. Revisionsbeamten am Hauptzollamt Ludwigshafen F. Kremer zum I. Revisionsbeamten wurde genehmigt, und dessen Stelle dem Assistenten des Hauptzollamtes Nürnberg J. G. Kohler übertragen; die Nebenzollamts-Kontroleurstelle zu Schwarzbach, Hauptzoll-Amts Reichenhall, wurde dem Hauptzollamtsassistenten A. P. Hentel zu Nürnberg verliehen; auf die in Erledigung kommende Kondukteurstelle bei der Bauinspektion in Straubing, wurde der bisherige Kondukteur bei jener in Neunburg vorm Wald F. J. A. Dambrunn, seiner gestellten allgemeinen Versetzungs-Bitte entsprechend, versetzt; die erledigte Regierungs-Sekretärs-Stelle I. Klasse bei der Regierung von Schwaben und Neuburg wurde dem dermaligen quiescirten II. Landgerichts-Assessor H. Brügel, zur Zeit in Nürnberg, verliehen.

(Speyer, den 17. Juli.) Die Versammlung, zu welcher durch den „Aufruf an die Pfälzer Jugend“ vom 7. Juli eingeladen wurde, kam am 15. d. M. wirklich zu Kaiserslautern im Saale des sogenannten Thierhäuschens zu Stande. Nach zuverlässigen Mittheilungen betrug die Anzahl der Versammelten etwa 50, indem von Kaiserslautern ungefähr 40, von auswärts 10 Theilnehmende erschienen waren. Sie vertraten demnach die „Pfälzer Jugend“. Die Beamten des k. Landeskommissariats wohnten der Versammlung bei und gaben derselben Kenntniß einer Regierungsentschließung, durch welche zwar die Versammlung zu dem Zwecke der Diskussion einer Adresse nicht beanstandet, dagegen ausgesprochen wurde, daß gegen jeden Versuch, sich zu vereinigen, um gegebenen Falles mit Waffengewalt den öffentlichen Frieden zu stören, die kriminelle Untersuchung nach den bestehenden Strafgesetzen veranlaßt werden würde. Eine bereits abgefaßte Adresse an die Linke wurde sodann verlesen und darüber die Besprechung eröffnet, welche den einzigen Gegenstand der Versammlung bildete. (N. Sp. Z.)

(Neustadt, den 17. Juli.) Die Studenten von Heidelberg zwischen 400—500 sind wirklich hier eingezogen und von den hiesigen Bürgern auf das Freundschaftlichste empfangen und aufgenommen worden. Auch mehrere Professoren, worunter Morstadt, sind mit dahin gewandert. — Gestern sollen bereits 600 Bürger Heidelbergs nach Karlsruhe gereist sein, um die Maßregel, welche dies hervorrief, zu entkräften. (N. Sp. Z.)

Baden. (Heidelberg, 19. Juli.) Noch befindet sich die Mehrzahl der Studirenden in ihrem freiwilligen Exil, wenn gleich die Erwartung, es würden die Vorträge eingestellt werden müssen, sie getäuscht hat. Die Regierung scheint indessen entschlossen, die ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel ohne Milderung anzuwenden; dies beweist nachstehender heute hier eingetroffener Ministerialerlaß vom 18. d.: „Der Kurator der Universität Heidelberg wird auf seine Vorlage vom Gestrigen Nr. 251 beauftragt, den gestern nach Neustadt an der Haardt ausgezogenen Studenten in einer ihm geeignet scheinenden Weise eröffnen zu lassen, daß den Theilnehmern am Auszuge, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von drei Tagen, vom Tage der Eröffnung an gerechnet, nach Heidelberg zurückkehren und ihre Ankunft bei dem Universitätsamte anzeigen sollten, das akademische Bürgerrecht werde gekündigt werden, und daß man sich nach Umständen gegen die Anstifter der Sache und diejenigen, welche der Wiederherstellung des geordneten Zustandes hinderlich in den Weg treten, schärferes Einschreiten vorbehalte. Nebstdem ist den Inländern, welche sich bei dem Auszug betheiligt haben, in Gemäßheit höchster Entschließung aus Großherzogl. Staatsministerium vom Heutigen Nr. 1703 zu bedeuten, daß im Falle ihrer Nichtrückkehr das gegenwärtige Semester bei der Bitte um Zulassung zur Staatsprüfung ihnen nicht werde angerechnet werden. (gez.) Bekk.“ (D. Z.)

(Freiburg, den 18. Juli.) Heute sind die würtembergischen Truppen (ein Bataillon vom 5. Infanterie-Regiment, Artillerie und Reiterei) von hier abmarschirt, mit ihnen General v. Baumbach, welcher seit längerer Zeit sein Hauptquartier hier hatte. Wir haben von einem sehr bedauerlichen Vorfall zu berichten, dessen Schauplatz gestern unsere Stadt gewesen ist. Gegen Abend fand in der großen Straße vor dem Hause des Antiquars Butz eine Zusammenrottung von würtembergischen Soldaten statt, wodurch alsbald Haufen von Neugierigen ebenfalls herbeigezogen wurden. Man erfuhr, die Soldaten beabsichtigten die Demolirung des Ladens, an dessen Fenstern ein ihnen mißfälliges Gedicht ausgestellt war, doch hätten sie einem würtembergischen höhern Offizier das Versprechen gegeben, von ihrem Vorhaben abzustehen, zu dessen Ausführung sie bereits Hand angelegt. In der That schienen auch die soldatischen Massen eine ruhigere Haltung anzunehmen, und schon mochte das anwesende Personal der Polizei und Gensd'armerie die Hauptgefahr für überstanden ansehen, als plötzlich — Schlag 9 Uhr — der Sturm losbrach. Die Zerstörung der Holzläden, der Fenster, das Herausreißen der dahinter stehenden Bücher, Schriften und antiquarischen Gegenstände, die über die Köpfe der Anwesenden hinüberflogen, war das Werk weniger Augenblicke. Ein Glück für den Besitzer, daß er sich schon früher aus dem Hause entfernt hatte, sonst hätte es ihm leicht übel ergehen können. Die Abwehrversuche der Polizeimannschaft reichten natürlich einer bewaffneten Menge gegenüber nicht zu, und als eine Abtheilung badischer Infanterie unter dem persönlichen Kommando des Obersten v. Röder zur Aufrechthaltung der Ordnung heranrückte, war das Werk der Zerstörung schon vollbracht. Er ließ nun die Straße absperren und versprach Untersuchung der Sache und Genugthuung, worauf sich die Menge ohne weitere Ruhestörung verlief. Wir bedauern aufrichtig einen solchen Akt des gewaltsamen Eingriffs in die Rechte des Eigenthums, der noch in den letzten Stunden der Anwesenheit des würtemb. Militärs vorgekommen ist, mit dem sonst die Bürgerschaft bisher in gutem Einvernehmen stand. Die Klugheit hätte freilich dem Hrn. Butz rathen sollen, öffentlich Alles entfernt zu halten, was die Soldaten aufreizen oder beleidigen konnte. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 20. Juli.) In der heutigen 43. Sitzung der Verfassungsgebenden Reichsversammlung kündigte der Präsident an, daß der Reichsverweser auf das ihm in dieser Eigenschaft zustehende Einkommen verzichte. Die Versammlung ertheilte dem Präsidenten im Einverständniß mit dem Bureau den Auftrag, für eine geeignete Wohnung dahier für den Reichsverweser Sorge zu tragen. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 20. Juli.) Die verfassunggebende Reichsversammlung beendigte heute die erste Berathung des §§. 4 (Aufhebung der Strafe des bürgerlichen Todes) und 5 (Auswanderungsfreiheit) der Grundrechte. Hierauf wurde zur Abstimmung der §§. 1 bis 3 geschritten, vorher aber eine von Jacob Grimm beantragte Einleitung des Inhalts: „Das deutsche Volk ist ein Volk von Freien; deutscher Boden duldet keine Knechtschaft; — fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei,“ — mit 205 gegen 192 Stimmen verworfen. Art. 1 wurde in folgender, vom Verfassungsausschusse beantragten Fassung angenommen: „Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 19. Juli.) [Verhandlungen des Handwerker- und Gewerbekongresses.] In der heutigen Sitzung statteten die Ausschüsse Bericht ab. Der erste Ausschuß, der mit Prüfung der Legitimation beauftragt ist, brachte die Gesellenvertretung zur Sprache. Es entstand eine mehrstündige Debatte über die Frage: ob Gesellen Vertreter und vertreten seyn sollten? Der letzte Theil ist angenommen, der erste aber verworfen worden. Gesellen können sich nur durch Meister vertreten lassen und haben diese zu wählen. Dieser Beschluß wird zwar nicht nach allen Seiten hin befriedigend wirken, aber er vermittelt die extremen Ansichten und es ist nicht zu bezweifeln, daß die „alten Gesellen“, wie ein Abgeordneter die Deputirten nannte, das Interesse des Gesellenstandes so gut wahrnehmen werden, wie das der Meister. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 19. Juli.) In den kurhessischen Bezirken Fritzlar, Gudensberg ꝛc. ist bekanntlich eine neue Wahl für den deutschen Reichstag an die Stelle des ausgetretenen Deputirten Henkel nothwendig geworden und indem wir unsere Freude darüber aussprechen, daß sicheren Nachrichten zufolge diese Wahl mit großer Stimmenmehrheit auf Sylvester Jordan fallen wird, fügen wir den Wunsch hinzu: man möge dieselbe doch möglichst beschleunigen, denn es ist keineswegs gleichgültig, so ausgezeichnete Kenntnisse und Erfahrungen bei so edler Gesinnung, wie die unseres Jordan sind, bei den gegenwärtigen überaus wichtigen Verhandlungen über die „Grundrechte ꝛc. unbenutzt zu sehen, zumal da seither eine gar nicht unbeträchtliche Anzahl Deputirter bei den Verhandlungen und Abstimmungen gefehlt haben. Bei der namentlichen Abstimmung am 15. Juli fehlten nicht weniger als 131. (Frankf. J.)

Hessen. (Darmstadt, 19. Juli.) Wie man hört, hält unser Staatsministerium unter seinem neuen Chef, Hrn. Jaup, Sitzungen, als deren Resultat man eine Mittheilung der Regierung, über die gegenwärtige Lage der Dinge, an die Stände erwartet. — Der ausgeschiedene bisherige provisorische Vorstand des Ministeriums des Innern, Ministerialrath Eigenbrodt, ist, wie man so eben erfährt, zum Gesandten des Großherzogthums bei der neuen Centralgewalt in Frankfurt ernannt worden. Er ist bekanntlich ein intimer Freund Gagern's, der ihn selbst so in einer seiner ersten Proklamationen nannte. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 19. Juli.) Die zweite Kammer hat gestern eine Menge merkwürdiger Beschlüsse gefaßt. Alle Gehalte der Staatsdiener über 3000 fl. sollen auf diesen Betrag herabgesetzt, alle Pensionen auf höchstens 2000 fl. vermindert werden, welche Abzüge bis zum 1. Januar 1850 dauern sollen. Hierzu kommt dann noch die Besoldungssteuer und der Abzug der seither bezogenen s. g. Holzgelder, so daß unsere Staatsdiener, von denen wenige von ihren Besoldungen etwas ersparen konnten, hart mitgenommen werden. An einen Abzug der bei uns zum Theil außerordentlich hohen Advocatendeserviten hat man nicht gedacht, obgleich sie gerade so gut als die Besoldungen, nur durch andre Canale, aus den Taschen des Volkes fließen; ferner ist die Pension des Prinzen Wittgenstein gestrichen, und ein Antrag, den früheren Minister deßwegen in Anklagestand zu versetzen, zur weiteren Erwägung ausgesetzt worden. Weiter ward eine nähere Untersuchung darüber beschlossen, ob nicht gegen Minister du Thil wegen der bei Pensionirung des Herrn v. Linde begangenen Verschleuderung eine Anklage zu beantragen sey. v. Linde selbst soll, nach einem weiteren Beschluß, nach Beendigung seiner Functionen in der Nationalversammlung, als Professor in Gießen eintreten. Ebenso ward die Wiederanstellung des bekannten Deputirten Mohr in Anregung gebracht. Hieran reihen sich eine Anzahl Beschlüsse, um in Zukunft alle Gehalte und Pensionen zu vermindern und Verzichte auf Apanagen ꝛc. zu erwirken. Im Allgemeinen sind gewiß solche Maßregeln nöthig, und zum Theil, was die übermäßig hohen Gehalte betrifft, auch abgesehen von der jetzigen Lage, gerechtfertigt, ob gerecht, ist eine andere Frage. Möge man aber mit Maß und Ziel verfahren, damit nicht in dem Beamtenstand die Corruption um sich greift. Ein mittelmäßiger Advocat verdient bei uns mit Leichtigkeit 2000 bis 3000 fl. Der tüch-

tigste Richter kann grau werden bei einem Gehalte von 600 bis 800 fl. Obige Anträge sind hauptsächlich von Advocat Görz und Fiscaladvocat Wolhard gestellt. (Frkf. J.)

(Mainz, 19. Juli.) Heute um 10 Uhr Vormittags ist die von hier nach Wiesbaden gesendete Artillerie und Kavallerie wieder hier eingerückt; auch die übrigen Reichstruppen werden morgen von dort abmarschiren, da die Waffenablieferung in größter Ruhe bewerkstelligt worden ist. Der demokratische Verein hat heute einen Protest gegen den letzten Erlaß der Regierung anschlagen lassen. (Frf. O.-P.-Z.)

(Gießen, den 17. Juli.) Gestern ist eine zu Garbenteich abgehaltene Volksversammlung Veranlassung zu blutigen Auftritten geworden. Schon als die Großenlindner durch Leihgestern zur Versammlung zogen, haben sich Individuen einzelne Insulte erlaubt: bei der Volksversammlung selbst sollen die Studenten B. (aus Darmstadt) und C. (aus Sachsen) offen für Republik gesprochen, die kleine Zahl Gießener Republikaner Verstärkung an den L. und einigen andern Individuen aus einzelnen Orten erhalten haben. Nach einigen Mißhelligkeiten bei der Versammlung ziehen die einzelnen Züge noch in Frieden ab. Als aber die Großenlindner durch Leihgestern ziehen, da öffnet sich ein Thor, es fällt ein Schuß auf die hessische Fahne und nun stürzt eine Rotte aus Leihgestern auf die Großlindner zu, um ihnen die hessische Fahne zu entreissen, mit Waffen aller Art. Bald ist der Kampf allgemein, die Großenlindner ohne Waffen natürlich im Nachtheile. Es sind sehr schwere Verwundungen vorgefallen, ein Schuß mit Schrot, Hiebe in den Kopf mit Aexten rc. Bald ertönte die Sturmglocke in mehreren Dörfern, aber die Ankommenden, namentlich die braven Preussen, konnten nicht einschreiten, weil sie die streitenden Parteien nicht kannten. Der Fanatismus der Rotte in Leihgestern war so groß, daß Weiber fortwährend Steine zutrugen. Abends 11 Uhr noch ging der Landrichter mit Aerzten eilig nach dem Schauplatz des Kampfes. Die Untersuchung wird das Nähere ergeben. Es ist offner Landesfriedensbruch und nun zu erwarten, daß die Regierung und die Gerichte energisch einschreiten werden. (Fr. O.-P.-Z.)

(Aus dem Großherzogthum Hessen, im Juli.) Neun deutsche Standesherren, Graf Otto zu Solms-Laubach, Fürst Wolfgang Ernst zu Isenburg, Graf Karl zu Stolberg-Roßla, Graf Max zu Solms, Graf Friedrich zu Alt-Leiningen-Westerburg, Erbprinz Ernst Kasimir zu Isenburg und Büdingen, Graf Rudolph zu Stolberg-Werningerode, Graf Karl Anton Ferdinand von Bentinck und Graf Maximilian zu Isenburg-Büdingen-Wächtersbach haben sich mit einer Vorstellung, die standesherrlichen Verhältnisse und eine standschaftliche Vertretung des größeren, gleichviel, ob adeligen oder nichtadeligen Grundbesitzes betreffend, an die hohe konstituirende Versammlung zu Frankfurt gewandt. Der gräflich Bentinck'sche Consulent, Dr. K. A. Tabor zu Fr nkfurt, übergab am 5. d. Namens der Unterzeichneten diese Vorstellung mit dem Bemerken, daß bereits 40 standesherrliche Familien ihre Zustimmung in diesem Schritte erklärt haben, und daß die Ueberreichung besonderer Beitrittsurkunden nachfolgen werde. Sie verwahren sich im Eingange ausdrücklich dagegen, als ob sie beabsichtigten, schädlichen Ueberbleibseln der Feudal-Zeit noch das Leben zu fristen. Im Gegentheil, von der pol tischen Umgestaltung Deutschlands und einer socialen Verbesserung überzeugt, würden sie keinem anderen Stande in den zum allgemeinen Besten erforderlichen Opfern nachstehen. Sie wünschen nur in der künftigen Reichsverfassung die ihnen rechtlich gebührende Stellung einzunehmen, um mit allen ihren Kräften und Mitteln dem Vaterlande dienen zu können, was zugleich im Interesse der Gesammtheit liege. Die Petenten werfen nun einen geschichtlichen Blick auf die Verhältnisse der Staatsherren und suchen deren Ansprüche völkerrechtlich zu begründen. Sie erörtern dann speciell: 1) daß eine Standschaft der mediatisirten Häuser in der künftigen Reichsverfassung und in den Verfassungen der einzelnen Staaten nicht schädlich sey, im Gegentheil darin ein wesentlicher Vortheil für die Gesammtheit liegen werde, zumal wenn man di se Standschaft nicht als ein an die Geburt geknüpftes Adelsrecht, sondern als eine den ganzen Grundbesitz zu sichernde besondere Vertretung betrachte. Sie erkennen in einer solchen Vertretung den einzigen möglichen Schutz der Verfassung gegen einen beständigen Wechsel derselben, der Regierung gegen die augenblicklichen Stimmungen und zu raschen Beschlüsse einer mehr aus den beweglichen Volkstheilen hervorgegangenen einzigen Kammer, und endlich aller Besitzenden gegen den nicht nur mit einer allmähligen socialen Verbesserung sich begnügenden Umsturz aller Rechtsverhältnisse. 2) Das Fortbestehen der Familienfideicommisse, unter beschränkenden Gesetzen, namentlich was die Errichtung neuer Fideicommisse betrifft. Die Aufhebung der Fideicommisse helfe der Klage von der Häufung des Grundbesitzes in einer Hand nicht ab, wie die Erfahrung im Elsaß, am Niederrhein und in andern Gegenden lehre. 3) Beharren sie auf ihrem Familienrechte als dem letzten ihnen gebliebenen Erbtheile ihrer Vorfahren, welches man ihnen nicht ohne schreiendes Unrecht entreißen könne. Auch halten sie dessen Fortbestehen für die Gesammtheit nicht für nachtheilig, sondern vielmehr zum Theil selbst von unverkennbarem Nutzen. Dagegen sind sie gerne bereit, diese Rechte im Geiste der Zeit und unter Berücksichtigung billiger Wünsche zu ändern. — Sie schließen ihre Deduction mit dem Antrage: „Hohe konstituirende Versammlung wolle, vor irgend einer Beschlußnahme über die, den Standesherren und Reichsangehörigen durch die deutsche Bundesakte und die Wiener Kongreßakte garantirten Rechte, insbesondere vor einer Beschlußnahme über ihre Standschaftsrechte, diese Angelegenheit an den Ausschuß für völkerrechtliche und staatsrechtliche Fragen zur Begutachtung überweisen; auch eine auf dem größeren Grundbesitze beruhende Standschaft im Reiche und in den Einzelstaaten in Erwägung nehmen." (Frkf. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 19. Juli.) Ueber die jüngsten hiesigen Ereignisse äussert sich eine offizielle, heute hier ausgegebene Darstellung in folgender Weise: „Vor einigen Tagen wurden mehrere Artilleristen durch kriegsrechtliches Verfahren zu Gefängniß verurtheilt. Am 16. d. M. Abends erschienen drei hiesige Einwohner, Böhning, Gräfe und Oswald Diez bei dem Chef der Artillerie, und verlangten die Loslassung jener Artilleristen unter der Drohung: wenn es nicht geschehe, mit 4 bis 500 Mann wieder zu kommen, um die Befreiung mit Gewalt zu erzwingen. Wirklich hatte sich auch zu gleicher Zeit eine Masse von 4 bis 500 Menschen in einem Wirthshause im Nerothal versammelt, und die Führer derselben hatten sich bemüht, auch Soldaten in ihren Kreis zu ziehen, indem sie dieselben in jenes Wirthshaus einluden. Nachdem dem herzoglichen Stadtamt Nachricht von jener in die Justiz eingreifenden Drohung zugekommen war, nachdem ihm weiter ber chtet wurde, daß die aufgeregte Menge aus dem Nerothal in die Stadt ziehe, ersuchte es den Kommandanten der Bürgerwehr, Allarm schlagen zu lassen. Zugleich verfügte das herzogliche Stadtamt die Verhaftung der erwähnten drei Einwohner. Einer derselben, Oswald Diez, war Führer einer Kompagnie. Als derselbe von dem Beamten in Begleitung des Obersten verhaftet werden sollte, widersetzten sich die drei ersten Kompagnien, wozu sich auch Einzelne aus anderen Abtheilungen gesellten. Auf den Obersten der Bürgerwehr wurde angelegt, und als eine andere Abtheilung Wehrmänner herbeigerufen worden war, um den Befehl des Obristen, die drei widerspenstigen Kompagnien zu entwaffnen, in Vollzug zu setzen, — legten jene drei Kompagnien unter dem Ruf, ihre Gewehre seyen geladen, auch auf ihre Kameraden, welche nicht geladen hatten, an. Diese offene Meuterei widerstreitet so sehr der Bestimmung und Pflicht der Bürgerwehr, daß es im Interesse der Ehre derselben, und zur Aufrechthaltung des Gesetzes geboten war, jene Kompagnien zu entwaffnen. Die Regierung ließ deßhalb — in der Hoffnung, daß die Wehrmänner zu ihrer Pflicht zurückkehren würden — dieselben auffordern, ihre Waffen abzuliefern, unter der Ankündigung, daß sie demnächst nach Ausscheidung der Schuldigen reorganisirt werden sollten. — Der Termin zur Ablieferung der Waffen verstrich, ohne daß mehr als ein Drittheil abgeliefert war. Der größte Theil der dritten Kompagnie erklärte, daß er die Gewehre nicht abliefern werde; der Obrist der Bürgerwehr forderte sie selbst dringend auf, es bis zu einem verlängerten Termin zu thun. Es geschah nicht. Mittlerweile war von der competenten Behörde die Untersuchung gegen jene drei Einwohner, welche die Loslassung der Soldaten verlangt hatten, so wie eines Vierten, der zu bewaffnetem Zug aufgefordert haben soll, eingeleitet, und die Verhaftung derselben beschlossen worden. Einen derselben ließ sich die Bürgerwehr auf dem Weg nach dem Gefängniß ohne Widerstand entreißen. Zwei andere befanden sich in Haft. Am Nachmittag zog eine mit Aexten und andern Werkzeugen bewaffnete Menge vor das Gefängniß, schlug die Thore ein und befreite die Gefangenen, welche sie im Triumphgeschrei und unter Verhöhnung der öffentlichen Autorität durch die Stadt führten. Die Bürgerwehr schritt bei dieser neuen Verletzung der Ordnung und der Gesetze nicht ein. Das nur in geringer Anzahl in der Stadt gegenwärtige Linienmilitär würde die wühlerische Partei nur zu Widerstand gereizt haben. Es würde nicht möglich gewesen seyn, Blutvergießen zu vermeiden, wenn die Regierung dieses Einschreiten angeordnet hätte. Ist Uebereinstimmung mit den von der Reichsgewalt ausgesprochenen Grundsätzen zur Bewahrung der Herrschaft des Gesetzes, zur Wahrung der Freiheit, die unzertrennlich ist von der Beobachtung der Gesetze und der Ordnung, wurde deßhalb angeordnet, daß heute früh zwei Bataillone Infanterie, eine Batterie Artillerie und eine Abtheilung Kavallerie von den in Mainz garnisonirenden Reichstruppen zur Unterstützung der hiesigen Behörden in Wie erherstellung der Ordnung in die Stadt einrücken sollten. Dies ist geschehen. Der Erfolg hat gezeigt, daß diese Maßregel selbst aus Rücksichten der Humanität die zweckmäßigste war, indem sich durch die bloße Entwickelung einer kräftigen Macht die wühlerische Partei, deren geringe Anzahl die große Mehrheit der braven Bürgerschaft terrorisirte, ohne Widerstand der Autorität der Regierung unterworfen hat." Sofort nach dem Einrücken der Reichstruppen wurde die gesammte hiesige Bürgerwehr entwaffnet, die nun wieder neu mit Ausscheidung des wühlerischen Elements in diesen Tagen organisirt werden wird. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 19. Juli.) Auf Antrag des mit der Bildung eines Ministeriums beauftragten provisorischen Ministers des Innern hat Se. kais. Hoh. der Erzherzog Johann, als Stellvertreter Sr. Majestät, die Zusammensetzung des Ministeriums in folgender Weise genehmigt: Conseils-Präsident, Minister des Hauses und des Aeußern: Frhr. v. Wessenberg; Minister des Innern: Frhr. v. Doblhoff; Minister des Kriegs: Graf Latour; Minister der Finanzen: Frhr. v. Kraus (provisorisch); Unter-Staatssekretär im Ministerium der Finanzen: Frhr. v. Stifft; Minister des Handels: Theodor Hornbostl; Minister des Unterrichts: Frhr. v. Doblhoff (provisorisch); Unter-Staatssekretär im Ministerium des Unterrichts: Dr. Frhr. v. Feuchtersleben; Minister der öffentlichen Arbeiten: Ernst v. Schwarzer. (Wien. Z.)

Das neue Ministerinm veröffentlicht in der neuesten Nummer des offiziellen Organs: der „Wiener Zeitung" sein politisches Glaubensbekenntniß: In der schwierigsten Zeit unseres jungen freiheitlichen Staatslebens tritt das Ministerium an die Spitze der Verwaltung, und hält es für seine erste Pflicht, offen und entschieden die Grundzüge zu bezeichnen, welche es leitend für sein Wirken anerkennt. Es will die dauerhafte Begründung der konstitutionell-volksthümlichen Monarchie auf der Grundlage des gesetzlich ausgesprochenen Gesammtwillens, indem es überzeugt ist, daß nur eine Regierung kräftig ist, wenn sie im Volke wurzelt; nur dadurch wird es möglich den Staat in fortschreitender Entwickelung zu erhalten. In der Ansicht, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Vaterlandes sich vor allem in der Befestigung der bereits erworbenen Freiheit einigen, hofft das Ministerium, daß es, getragen durch das Vertrauen und die Mitwirkung aller Freunde des gesetzlichen Fortschrittes, im Stande sein werde, die Rechte des Volkes und des Thrones gegen alle Angriffe zu schützen. Um aber die Freiheit stark zu machen, muß auch die Reg erung stark sein. Das Ministerium wird mit allen gerechten Wünschen und Ansprüchen des Volkes Hand in Hand gehen; erklärt jedoch zugleich auf das Entschiedenste, sich auf keine Weise irgend etwas abdringen zu lassen, was seiner Ueberzeugung nach mit der Freiheit und dem Wohle der Gesammtheit unverträglich wäre, während es zugleich als heilige Pflicht es anerkennt, die Stimmung der öffentlichen Meinung immer in genaue Erwägung zu ziehen. Das Ministerium erkennt vollkommen die Nothwendigkeit, die Segnungen der konstitutionellen Freiheit in allen Provinzen gleichzeitig zur Geltung zu bringen, und es wird daher eine seiner ersten Handlungen sein, alle dazu nothwendigen Maßregeln auf das Kräftigste einzuleiten. Eben so ist das Ministerium vollkommen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Oesterreich, als Gränzwacht der europäischen Gesittung im Osten, groß, stark und einig bleiben müsse. Um aber die Idee der Größe und Einigkeit Oesterreichs, mit den vollsten Garantien staatsbürgerlicher und nationaler Freiheit verbunden, zur Wahrheit werden zu lassen, muß das Ministerium nicht allein ein Ministerium der politischen, sondern auch der durchgreifendsten administrativen Reform seyn. In dem lebhaftesten Gefühle, daß, um jede Schranke des Mißtrauens zwischen Volk und und Regierung wegzuräumen, fortan die redlichste Offenheit herrschen müsse, wird die Regierung veranlassen, daß in allen nationalen Angelegenheiten der Provinzen vollkommene unparteische Oeffentlichkeit

Statt finde. Das Ministerium glaubt, daß das große Ziel, welches das gesammte Vaterland seit seiner Erhebung anstrebt, so wie die innige Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, nur durch die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Staate erreicht und gewährleistet werde. Nach diesen Grundsätzen handelnd, hofft das Ministerium auf die Billigung der Reichsversammlung rechnen zu dürfen.

Preussen. (Köln, 18. Juli.) Eine unserm Deputirten beim Reichstage zu Frankfurt, Herrn Raveaux, auf morgen zu bereitende Empfangsfeierlichkeit, und die Vorbereitungen zum Dombaufeste beschäftigen vorzugsweise die Stadt, und die Freudigkeit, mit welcher man sich den Arbeiten zu solchen Zwecken hingibt, beweisen, daß das Vertrauen wieder steigt. Eine Deputation wird den Protector des Baues, unsern König, und den Reichsverweser zu dem Feste laden; zugleich wird eine Deputation nach Frankfurt gehen, um die Vertreter des deutschen Volks beim Reichstage im Namen des Dombauvereins und der Stadt Köln einzuladen. Zur Deputation nach Wien, Berlin und München wurden die Herren Graf von Fürstenberg, Geheimerath Berghaus und Appellationsgerichtsrath Gräff gewählt, zu der nach Frankfurt Dr. v. Groote, Chef-Präsident v. Wittgenstein und Pfarrer Thyssen. Die Feier selbst soll in allen Beziehungen eine großartige werden, und die rheinische Kirche wird ihre ganze Pracht dabei entfalten. Alle Bischöfe Preußens und der Nachbarländer sollen dazu geladen werden, da mit dem Feste auch die kirchliche Einweihung der fertig gewordenen Theile des Domes verbunden ist. Von 1842 bis Ende 1847 sind zum Weiterbau des Domes 568,000 Thaler verwendet worden, und in diesem Jahre beläuft sich der Kostenanschlag der zu fertigenden Theile auf 160,000 Thaler. Unterbrochen wird die Arbeit auf keinen Fall, wie man anfänglich in Folge der politischen Umwälzungen befürchtete; im Gegentheil ist die Freigebigkeit für den herrlichen Bau in unsrer Provinz in diesem Jahre weit größer, als in den beiden letzten. (Frkft.O.-P.-Z.)

(Posen, den 14. Juli.) Nachdem hier die Nachricht aus Frankfurt eingetroffen ist, daß in den nächsten Tagen dort die uns vor allem Andern so sehr interessirende Posener Frage in der deutschen Reichsversammlung zur Verhandlung kommen soll, ist man sehr gespannt auf das Benehmen, welches der Abgeordnete des Bücker-Samter'schen Wahldistrikts, der Licentiat der Theologie Hr. Janiczewski, bei diesem Anlasse beobachten wird. Es hat sehr auffallen müssen, daß derselbe, obwohl seit dem 16. Juni in Frankfurt anwesend, und nachdem wie uns geschrieben wurde, seine im Anfange wegen Protestationen mehrerer Wähler beanstandete Legitimation doch nachträglich für richtig befunden worden ist, dennoch seinen Sitz in der Versammlung noch immer nicht eingenommen hat. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß er damit eine besondere Absicht verbindet, worüber hier verschiedene Gerüchte kursiren. Beachtet man die Antezedenzen des Hrn. Janiczewski, so darf man wohl mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß es hierbei auf eine planmäßige, dem Deutschthum in unserer Provinz feindliche Demonstration abgesehen sey. So wird z. B. von Denen, welche näher unterrichtet sein wollen, erzählt, daß Hr. Janiczewski bei der Verhandlung über die Posener Frage zum ersten Male in der Versammlung erscheinen werde, um einen feierlichen Protest gegen die Aufnahme des deutschen Theils der Provinz in den deutschen Bund niederzulegen. Um dieses unvermuthete Hervortreten effektvoller zu machen, hat sich derselbe bis jetzt allen Umtrieben der polnischen Partei in Frankfurt äußerlich fern gehalten, obwohl er einer der signalisirtesten Parteiführer ist, und als eigentlicher Mittelpunkt der dortigen polnischen Bemühungen gilt. Denn als Mitglied des früheren polnischen Komités in Posen, ging er auch nach Beendigung der Insurrektion nach Prag zum allgemeinen Slavenkongreß. Von dort entferte er sich erst nach Ausbruch der Feindseligkeiten, da er ihren Ausgang voraussehen konnte. In der Hoffnung, der polnischen Sache auf einem andern Felde, dem des Straßenkampfes, ersprießliche Dienste zu leisten, eilte er nach Frankfurt. Dort soll er unter Anderm der Veröffentlichung der Stimmen der sogenannten edeldenkenden Deutschen nicht fremd sein, deren Urheber freilich schon vor Monaten ihre verdiente Würdigung und Abfertigung erhalten haben. Wir sind nun begierig, wie der Theologe Janiczewski redlicher Weise seinen Protest mit der Annahme einer Wahl vereinigen will, die nur auf Grund der Aufnahme seines Wahldistrikts in den deutschen Bund erfolgen konnte. (Frkf. J.)

Schleswig-Holstein. (Hadersleben, 17. Juli.) So eben ist der General-Lieutenant v. Neumann, General-Adjutant bei Sr. Maj. dem Könige von Preussen, hier angekommen, und hat, wie man bestimmt weiß, den wiederholten Befehl an den General Wrangel überbracht, den bereits in Unterhandlung begriffenen Waffenstillstand mit den Dänen nur unter solchen Bedingungen abzuschließen, daß die Ratifikation desselben durch den Reichsverweser Deutschlands mit Sicherheit erwartet werden kann. (B.-H.)

(Rendsburg, den 17. Juli.) [Die Auflösung des von der Tann'schen Freicorps.] Am 20. d. M. wird das von der Tann'sche Freicorps hier einrücken, um — entlassen zu werden. Die Ursache ist nicht bekannt; man spricht von einem Streit des Herrn Major v. d. Tann mit dem Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein; so viel ist gewiß, daß Schleswig-Holsteins Volk mit tiefem Bedauern ein Corps wird scheiden sehen, daß bei jeder ihm gebotenen Gelegenheit sich ausgezeichnet hat. An Erhaltung des Corps ist, obwohl Delegirte desselben hier angelangt sind, um bei der prov. Regierung darauf anzutragen, unter den obwaltenden Umständen wohl schwerlich zu denken, um so weniger, da der tapfere Führer desselben und die übrigen bayerischen Offiziere auf jeden Fall in ihr Vaterland heimkehren wollen. (Weser Z.)

Dem Hauptmann v. Webeser vom v. d. Tann'schen Freikorps ist auf seine Erklärung an die provis. Regierung die höchst befriedigende Antwort vom Grafen Reventlou-Preez ertheilt, daß die provis. Regierung die vom bedachten Freikorps dem schleswig-holsteinischen Lande geleisteten ruhmvollen Dienste dankend anerkenne, und niemals in eine schmähliche Entlassung einwilligen werde. — Uebrigens würde die Möglichkeit leicht eintreten, daß dieses Freikorps vorerst überhaupt noch wohl nicht werde aufgelöst werden, da eine Fortsetzung des Krieges nicht unwahrscheinlich sey. (H. C.)

Donaufürstenthümer.

(Jassy, 12. Juli.) Ein Kurier ist von hier nach Kronstadt geeilt, um dem Fürsten Bibesko den Einmarsch der Russen zu melden. General Duhamel kündigte sich als Konsul und Generalintendant an. Die Russen haben in Jassy ein Lager vor der Stadt bezogen, weil die Cholera im Innern wüthet. 100,000 Mann russischer Truppen setzen sich über Foksany in Bewegung, und rücken gegen Bukarest vor. Sie werden vor dem 15. — 16. nicht in Bukarest eintreffen. An Widerstand ist unter solchen Umständen nicht zu denken. (A. Abendz.)

Frankreich.

† (Paris, 18. Juli.) Der Moniteur enthält folgende ministerielle Modifikation: 1) Marie, bisheriger Präsident der Nationalversammlung, ist zum Justizminister an Bethmont's Stelle ernannt. 2) Bastide, seit den Junitagen Marineminister, aber das Porteseuille des Auswärtigen interimistisch verwaltend, tritt wieder als definitiver Minister des Auswärtigen an die Stelle des Generals Bedeau, den seine Wunden noch vom Staatsdienste zurückhalten. 3) Verninac, Schiffskapitän, ist zum Marineminister ernannt. Das Cavaignac'sche Dekret ist von Goudchour, Finanzminister, gegengezeichnet.

Lherbette's gestrige Interpellation wegen Rußland und Bastide's Antwort lenken heute die Blicke der Gesammtpresse nach dem Osten. In allen leitenden Artikeln werden die Ereignisse in den Donaufürstenthümern besprochen. Leider sind jene Länder für unsere neuen Staatsmänner böhmische Berge. Hinter dem Rheine diplomatischer Vorsicht bergen sie ihre gänzliche Unkenntniß. Hinter Berlin und Wien wird es für uns pechfinstre Nacht. „Die größte Unsicherheit", stotterte Bastide auf der Bühne, „herrscht noch über die Nachrichten von den Ereignissen, welche sich nach der Flucht des Hospodaren und russischen Generalkommissarius in Bukarest haben zutragen können. Wäre Rußland außerhalb der Grenzlinien getreten, welche ihm die Verträge und namentlich der Vertrag von Adrianopel gezogen? Wäre Grund vorhanden, an nachträgliche Pläne Rußlands zu glauben, die es, gestützt auf Gleichart geit der Race und Religion, durchzusetzen sucht? Dies wird Ihre Regierung prüfen, sobald die Thatsachen besser bekannt seyn werden. Inzwischen wird Rußland wohl sein Schäfchen ins Trockene geführt haben". Dieser Mangel an auswärtiger Kenntniß ist den Franzosen schon so oft vorgeworfen worden. Ihre Journale geben keinen Kreuzer für gute Korrespondenten. Das rächt sich natürlich bei solchen Angelegenheiten sehr bitter. Wie man hört, sollen Versuche gemacht werden, bessere Verbindungen mit dem Osten anzuknüpfen, damit man nicht blos auf subventionirte Zeitungen angewiesen bleibe. Das Gerücht verbreitete sich gestern Abend, daß im Ministerium des Auswärtigen ein Kurier eingetroffen, welcher die Nachricht bringe, daß der General Aupick, unser Vertreter bei der Pforte, gegen den Einmarsch von Truppen Rußlands in die Walachei energisch protestirt habe.

Italien.

(Rom, den 10. Juli.) Vorigen Freitag (7.) hielt der französische Gesandte seine feierliche Auffahrt nach dem Quirinal ab, und begab sich, zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben nach dem Audienzsaal des Papstes, wo ihn dieser mit großer Auszeichnung, und, wie Augenzeugen versichern, mit wahrer Herzlichkeit empfing. Dieß läßt auf die Gesinnungen schließen, welche er Sr. Heiligkeit seitens der Republik dargelegt haben wird. (A. A. Z.)

(Rom, den 11. Juli.) Die Antwort, welche Pius IX. der Deputation der Ständeversammlung bei Ueberreichung der Adresse ertheilt hat, ist eben so energisch als wohlmeinend. Er nimmt durch dieselbe sein ganzes, nie vergebenes Recht, welches ihm das Staatsgrundgesetz sichern aber nicht entreißen soll, in Anspruch, und macht die Bemühungen der Deputirtenkammer, die darauf gerichtet waren, ihn als Papst nicht bloß zu beseitigen, sondern in die Wolken- und Nebelsphäre des geistlichen Dominiums für immer zu verbannen, mit einem Male zu nichte. Zwar läßt er sichs gefallen, daß man seine Thätigkeit als Beten, Segnen und Verzeihen definirt, aber er will sie nicht darauf beschränkt wissen, sondern erinnert daran, daß er auch die Obliegenheit habe zu lösen und zu binden. Die Kriegsgedanken weist er entschieden, und als mit dem italienischen Nationalinteresse streitend von sich, ja erklärt sich verwundert, daß die Deputirten dieselben in einem Augenblick wieder aufgenommen hätten, in welchem er den Frieden zu unterhandeln begonnen habe. Die Ausfälle auf den König von Neapel werden auf eine eben so milde wie ernste Weise durch die Bemerkung abgewiesen, daß das Wohl Italiens von der Eintracht seiner Fürsten abhängig sey. In Antwort auf die innern Reformplane gibt er das Heilsame derselben nicht bloß zu, sondern mahnt zu deren sorgsamer Ausführung an, erinnert aber mit liebenswürdiger Ironie daran, daß es sich dabei nicht darum handle, den Unterthanen aufs neue zu belasten, sondern die Abgaben zu vermindern. Das Recht über den Unterricht zu verfügen, nimmt er mit einem einzigen vielsagenden Ausdruck in Anspruch, und erinnert daran, daß Rom in seiner gegenwärtigen weltlichen Stellung nichts sey, sondern seinen ganzen Glanz der Religion verdanke, welche hier ihren Centralsitz habe. Diese Wahrheit wünsche er allen Herzen, nicht blos todten Steinen eingegraben zu sehen. Zuletzt schließt er mit einer schönen Mahnung zur Beseitigung des Argwohns und des Parteigetriebes. Diese Worte sind gehaltreich, inhaltschwerer als man sie jenseits der Alpen, wo man die vielen feinen Beziehungen in die sie zu den Tagesereignissen treten, kaum verstehen kann, schätzen wird, und man wird bei denselben inne werden, daß Mastai das Symbol des Löwen nicht bloß im Wappen führt, sondern den Sinn dieses edeln Thiers auch im Herzen trägt. Er hat lange geschwiegen, scheinbar sogar mit sich spielen lassen, dießmal aber seine Stimme vernehmen lassen, die weithin trägt. (A. A. Z.)

(Venedig, 15. Juli.) Am 7. d. Mts. Nachts machte General Ferari, erhaltenem Befehl zufolge, einen Recognoscirungsausfall mit ungefähr 2000 Mann gegen Brondolo. Man fand den Feind überall wohl befestigt und auf einen Angriff gefaßt. Es kam zu einem kleinen Gefecht, in dem die Italiener 12 Todte und gegen 50 Verwundete hatten. Aber auch von Seite der Oesterreicher soll es eine bedeutende Anzahl Todter und Verwundeter geben. Vorzüglich zeichneten sich die lombardischen Scharfschützen aus, welche General Ferrari des Verraths zeihen wollten, da er sie nicht gegen eine feindliche Batterie führte, sondern ihnen den Rückzug gebot. Am 9. um 5 Uhr machten 600 Mann einen Ausfall von Malghera, da die feindlichen Vorposten sich mehr und mehr den Befestigungswerken näherten. Dieser Ausfall war von einem glücklicheren Erfolg gekrönt. Die feindlichen Posten wurden zurückgeworfen, ihre Verschanzungswerke zerstört, und die zur Aufbewahrung der Waffenvorräthe u. s. w., sowie auch zu Forts dienlichen Häuser wurden niedergeworfen. Die in Malghera befindlichen Schweizertruppen haben sich vortrefflich gehalten. Um 10 Uhr Nachts

kehrten sie nach Malghera zurück, nachdem sie nur den ganz kleinen Verlust von vier Todten und gegen 20 Verwundete zu beklagen hatten. Die Oesterreicher sind bis über Mestre zurückgedrängt. — Gestern trafen die Venezianer-Crociati von Palma nuova hier ein. Die Stimmung ist allgemein gegen General Zucchi, der des Verraths beschuldigt wird, denn in Palma seyen Lebensmittel in Menge vorhanden gewesen. Zwischen heute und morgen erwartet man hier die Piemontesen, welche unsere gestern angekommenen Crociati in Ferrara trafen, von wo aus sie nach Comacchio gehen und dann zu Wasser hier anlanden. (A. A. Z.)

Türkei.

Briefe aus Konstantinopel vom 5. Juli melden, daß türkische und russische Truppen gemeinschaftlich in den revolutionären Donaufürstenthümern die Ordnung herstellen sollen. Ein Korps von 15,000 Mann ist zur Besetzung der kleinen Walachei bestimmt. Nach der neuesten Wiener Zeitung haben die Russen die Wiedereinsetzung des Fürsten Bibesco verlangt. Man glaubt, daß sie gegen den 15. oder 16. in Bucharest einrücken werden. Ihre Zahl wird, wohl übertrieben, zu 100,000 Mann angegeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n

Trauer-Anzeige.

Ich erfülle hiemit die traurige Pflicht, das am 19. dieses an einer Lungenlähmung im 74. Jahre erfolgte Ableben meines theuren Mannes, des gewesenen Gastwirths und Eisenhändlers

Herrn Joh. Leonhard Ramspeck,

allen meinen werthen Verwandten und Freunden ergebenst bekannt zu machen.

Schwainau, den 21. Juli 1848

Die trauernde Wittwe
C. Ramspeck.

Erwiderung.

Herrn Georg Lehmeyer erwidere ich auf seine Anfrage in Nr. 204 dieser Zeitung:

a) daß der am 21 März 1848 von ihm begehrte grundherrliche Ueberaahmsconsens noch an diesem Tage ausgefertigt wurde und daß die Ausfertigung seitdem bei den Akten liegt,

b) daß ich mich erbot, ihm — Herrn Lehmeyer — diesen Consens zuzuschicken, worauf er mir entgegnete: „das brauchen Sie nicht, den hol ich selbst“,

c) daß sein Antrag auf Handlohnsablösung erst dann erledigt werden kann, wenn Herr Lehmeyer der ihm gemachten mündlichen Eröffnung gemäß

a) mit Hilfe jenes noch abzuholenden Consenses den Besitztitel im Hypothekenbuche und im Grundsteuer-Kataster auf sich berichtigen und

b) die von der von Mühlholz'schen Gutsherrschaft erklärte Handlohnsfreiheit des Bräuerei- und Wirthschaftsrechts auf den Grund des abgeschlossenen gerichtlichen Vergleichs eintragen läßt

Dieß der Stand der Sache — und was deren Hergang betrifft, so bemerke ich:

1) daß der Prozeß zwischen der von Mühlholz'schen Gutsherrschaft und Herrn Lehmeyer bereits im Jahre 1812 begann, und daß ich das von Mühlholz'sche Amt erst im Jahre 1845 übernahm, sodann

2) daß ich, als die Prozeßakten, die im Jahre 1844 bereits eingeschickt waren, im Jahre 1847 von dem obersten Gerichtshofe mit einem Zwischenbescheide zurückkamen, alsbald Vergleichsunterhandlungen eingeleitet und zu meiner Freude am 6. Jan. 1848 einen Vergleich zu Stande gebracht habe, in welchem die Gutsherrschaft allen Anforderungen des Herrn Lehmeyer entgegenkam.

Ich überlasse das Urtheil über diese facta dem Gesammtpublikum, und erkläre, daß ich augenblicklich zur Erledigung der Ablösungsfrage schreiten werde, wenn Herr Lehmeyer zuvor Das thut, was sein eigenes Interesse fordert und was er bis jetzt freiwillig unterlassen hat.

E n i ch.

Anzeige und Empfehlung.

Durch magistratischen Beschluß wurde mir die Konzession meines Vaters zuerkannt, und ich empfehle mich daher einem verehrlichen Gesammtpublikum, mit der Bitte, mich mit recht vielen Aufträgen zu beehren.

Joh. Pohl,
Schreinermeister L. Nro. 616.

Verkaufs-Anzeige.

In einem bedeutenden protestantischen Marktflecken ist ein massiv gebautes Wohnhaus mit Hofraum, Stallung und Nebengebäuden, sammt Gemeinde- und bedeutendem Forstrecht, aus freier Hand zu verkaufen, und können gegen Sicherheit zwei Drittel des Kaufpreises geraume Zeit auf demselben stehen bleiben. Es eignet sich solches für einen Kaufmann zum Betrieb des Spezerei- und Schnittwaaren-Handels, für einen Seiler, Maurermeister, Seifensieder, Hafner und Pfragner, indem dergleichen Geschäfte in diesem Orte fehlen. — Nähere Auskunft ertheilt H. Bärnreuther auf dem Steinbrüchlein bei Nürnberg.

Aufforderung.

Da ich dieser Tage mit meiner Familie nach Amerika abreise, so fordere ich alle diejenigen hiemit auf, denen ich etwas schuldig bin, sich bei mir zu melden. Zugleich fordere ich auch diejenigen auf, welche an mich noch Zahlung zu machen haben so bald als möglich solche zu berichtigen, da ich die mir Schuldenden sonst meinem Anwalt Herrn Dr. Kreitmeier übergeben müßte.

J. Meyer, Wirth am Lorenzer-Platz.

(Einladung.) Zum Jakober Kirchweihfest lade ich meine hochgeschätzte Nachbarschaft, so wie ein verehrliches Gesammtpublikum, mit dem Bemerken, daß sowohl an guten Bärnreuther'schen Felsenkellerbier, als auch Hefenküchlein und kalten Speisen, nichts verabsäumt werden wird, ganz ergebenst ein.

Wirth Ringelbauer zum Gärtchen auf der Walch.

Anzeige.

Herr Georg Julius Martin, Inspektor und Kontrolleur gibt im Nürnberger Kurier eine Erklärung, die wie folgt lautet:

„Die hiesigen Zeitungen beinahe aller Klassen haben seit einigen Wochen eine Menge der gemeinsten Schmähartikel gegen mich enthalten, die nur von gedungenen oder solchen Angreifern ausgehen konnten, welche bei der eingetretenen Volksstimmung für den Fortbestand ihrer gewohnten Uebergriffe besorgt sind.

Am Schlusse derselben Erklärung sehen die rechtlichen Bewohner der hiesigen Stadt einer Broschüre entgegen, welche die Mängel aufdecken soll und uns sagen wird, wo die Hunde begraben liegen.

So unangenehm es mich berührt, daß der Kampf um besseres Brod in Persönlichkeiten überging, so ist doch in dem eigenen Geständniß des Hrn. Inspektor Martin ein Zugeständniß, über das der Unbefangendste sagen muß, daß Herr Inspektor Martin vermöge seines Amts die Hunde gar nicht hätte begraben lassen sollen.

Ueber die Vergangenheit aber wollen wir den Mantel der christlichen Liebe decken, der Mantel ist groß, unendlich groß, wenn er auch manches Loch bekommen hat, und vielleicht hie und da ein Kopf herausschaut, macht aber nichts, wir ziehen so lange, bis von der Vergangenheit nichts mehr heraus sieht.

Die Gegenwart und die Zukunft verlangt unsere Kräfte.

Was die eingetretene Volksstimmung anbelangt, von welcher Hr. J. M. spricht, und diejenigen, welche für den Fortbestand ihrer gewohnten Uebergriffe besorgt sind, so glaube ich einen Druckfehler annehmen zu müssen: denn die Volksstimmung in Nürnberg ist die beste, einzelne Uebergriffe sind keine Volksstimmung.

Die Volksstimme aber verlangt besseres Brod, und für diese ringen wir uns freiwillig, für den Armen, der seine Klage nicht durch die Presse laut werden lassen kann, für den Arbeiter, der nach des Tages Last und Mühen zu seinem Glas Bier oft nur ein Stückchen Brod hat, für diese ringen wir uns freiwillig und rufen mit ihnen:

Gieb uns unser täglich Brod, aber ohne Kleie, und vergieb uns unsere Schuld, daß wir es verlangen, dann vergeben auch wir unsern Schuldigern. Amen.

Nürnberg, den 22. Juli 1848.

Fr. Hahn.

Gedrungene Anfrage.

Was widerfährt Demjenigen von gerichtswegen, der sich in einem Nachlaßauseinandersetzungs-Termin mit Unterschrift verpflichtet, an Ausständen nichts verkümmert zu haben noch zu wollen, bis die treffenden Handscheine vom Stadtgericht demselben abverlangt sein werden, und dennoch die Verpflichtung überging? Um gütigen Aufschluß wird erlagend gegen Ersatz etwaig erwachsender Insertionsgebühren gebeten.

Hat denn alle Ordnung aufgehört?

Das Gerassel der Branwagen in den Straßen ist jetzt an den Sonntagen eben so vernehmbar, als in den Wochentagen, und es scheint, die Bräuhausbesitzer sind von den polizeilichen Verordnungen über würdige Feier der Sonntage entbunden worden.

Auch nimmt der gräßliche Unfug des Peitschengeknalls auf eine Weise überhand, daß ein polizeiliches Einschreiten endlich sehr zu wünschen wäre.

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hüneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ar. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl sammt gehöriger Gebrauchsanweisung zu haben.

Den Artillerie-Unterricht im Katharinen-Saal betr.

An demselben kann Jedermann, ohne Unterschied des Standes, und, da sichs bei demselben wohl um Kanonen, aber nicht um das jus canonicum handelt, auch jede Confession, ferner jeder Unbemittelte, täglich früh von 7 bis 8 Uhr Antheil nehmen, weil er unentgeldlich gegeben wird.

Bauer, Hauptmann.

(Anzeige.) Cattun-Couverten in großer Auswahl sind fortwährend zu haben. Hauptmarkt S. Nr. 17.

Mineraltheer Offert.

Besten Mineraltheer zum Anstreichen des Holzes und der feuchten Steine, um ersteres vor Fäulniß zu schützen und letztere trocken zu legen, empfiehlt

C. L. Kraus,
Theresienstraße S. Nr. 551.

Paradies.

Montag, den 24. Juli gibt es Gansbraten, Hühner, Tauben und Fische; wozu ergebenst einladet.

H. B. Adam.

Eise-Beiselei.

Verehrten Freunden und Gönnern zu besonderer Nachricht, daß heute den 23. Juli „Ungeheure Heiterkeit“ stattfinden wird

Ernst Häusling.

(Anzeige.) In der Exped. des „freien Staatsbürgers“ (Piebenhof S. Nr. 823 bei Joh. Gg. Meyer, ist à 1 Kreuzer pr. Blatt zu haben:

Ein Wort in ernster Zeit
an die
Männer des Wahlbezirks Nürnberg
von
Gustav Diezel.

(Anzeige.) Die Riege Nro. 6 vom Volks-Verein ist eingetretener Hindernisse wegen nicht im Eichwagen, sondern in der Krone auf dem Obstmarkt bei Herrn Danner Montag Abends 8 Uhr.

Franz, Riegen-Meister.

(Hausverkauf.) Ein Haus mit Kleinpfragnereigerechtigkeit ist Familienverhältnisse wegen zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Eine Kochröhre ist zu verkaufen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 350 der Karolinenstraße ist im dritten Stock ein sehr schönes Logis an Laurenzi zu vermiethen, dasselbe besteht in 1 unheizbarem, und 5 heizbaren Zimmern, 2 Kammern, Holzlage, geschlossenem Kellerantheil und Benützung des Waschhauses.

(Zu vermiethen.) In der Karolinenstraße Nr. 341 ist die erste Etage, bestehend in zwei ineinander gehenden Zimmern, frisch tapezirt, mit oder ohne Möbeln an Herren oder Damen zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welches in der Küche und andern Hausarbeiten erfahren ist, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. L. Nr. 105 am Frauenthor.

(Gesuch.) Es wird ein solides Kindermädchen, die sich auch willig jeder vorkommenden Arbeit unterzieht in Dienst zu nehmen gesucht

(Gesuch.) Ein lediger Mensch, der in Magnetischen- oder sonstigen Lackir-Arbeiten erfahren ist, wünscht unterzukommen.

(Gesuch.) Gegen hinlängliche hypothekarische Sicherheit werden 400 fl. sogleich aufzunehmen gesucht unter Adresse A. B. durch die Expedition d. Bl.

(Gesuch.) Einige Hundert gutbeschaffene Kellersteine (s. g. Pflästerlein) werden zu kaufen gesucht in L. Nro. 970 der Karthäusergasse.

(Gesuch.) Ein junges Mädchen, welches im Nähen und Bügeln, sowie in allen Hausarbeiten gut erfahren ist, und auf dessen Rechtlichkeit man sich verlassen kann, wird nächstes Ziel als Kellnerin anzunehmen gesucht. S. Nro 535.

(Gesuch.) Eine Stockuhr, die nur alle 2 Wochen aufgezogen zu werden braucht, wird zu kaufen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich auch jeder andern Hausarbeit unterzieht, und mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht nächstes Ziel unterzukommen.

Arena.

Sonntag den 23. Juli. „Peter Szapar, oder der Held in Sklavenketten.“ Rom. Schauspiel in 5 Akten von Chr. Birch-Pfeiffer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. Juli 1848. № 206. Montag: Christina.

Der Entwurf der Waffenstillstands-Akte in der Schleswig-Holstein'schen Sache.

Die (im Faedreland mitgetheilte) Waffenstillstands-Akte enthält folgende 12 Paragraphen: §. 1. Es soll ein dreimonatlicher Waffenstillstand zu Lande und zur See eintreten, und jedem der streitenden Theile eine Kündigungsfrist von 1 Monat vorbehalten seyn, so daß, wenn keine Kündigung stattfindet, eine Verlängerung als von beiden Theilen angenommen betrachtet wird. §. 2. Es soll, wenn der Waffenstillstand aufgesagt wird, beiden Armeen freistehen, die Stellungen wieder einzunehmen, die sie bis zum 27. Juni inne hatten: §. 3. Es sollen die von der dänischen Marine bewerkstelligten Blokaden aufhören, und der deßfallsige Befehl ungesäumt den Befehlshabern der dänischen Kriegsschiffe gegeben werden. §. 4. Alle Kriegsgefangenen und polit. Gefangenen sollen ohne Vorbehalt in Freiheit gesetzt werden. §. 5. Alle seit dem Beginn des Krieges aufgebrachte und mit Beschlag belegte Schiffe sollen 10 Tage nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes zurückgegeben und Dänemark für die Natural-Requisitionen, die in Jütland für die preussischen und Bundestruppen erhoben sind, schadlos gehalten werden, wogegen Dänemark die Erstattung des Werthes der Ladungen übernimmt, welche verkauft sind oder nicht in natura zurückgeliefert werden können. §. 6. Beide Herzogthümer und die zu selbigen gehörenden Inseln sollen in ihrer ganzen Ausdehnung ungesäumt von den dänischen Bundestruppen geräumt werden, wobei es Dänemark überlassen ist, die auf der Insel Alsen befindlichen Hospitäler, Depots und militärischen Etablissements mit 400 Mann zu bewachen, und andererseits es einer gleichen Anzahl Bundestruppen gestattet ist, zum selben Zweck die Stadt Altona und andere Punkte, wo sich Hospitäler und militärische Etablissements finden, zu besetzen. §. 7. Da beide kontrahirende Theile wünschen, baldmöglichst Ruhe und Ordnung in den Herzogthümern wieder herzustellen (at bringe tilbage), so sind sie übereingekommen, daß die Art der Administration, so wie sie vor den Begebenheiten im März-Monat bestand, wieder hergestellt werden soll, so lange der Waffenstillstand währt. Die gemeinschaftliche Regierung für beide Herzogthümer wird aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche unter den Notabeln beider Herzogthümer gewählt werden, die allgemeine Achtung und allgemeines Vertrauen genießen. Diese sollen die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen im Namen des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig und Holstein und mit derselben Machtvollkommenheit administriren, wovon indeß die gesetzgebende Gewalt ausgenommen ist. Zwei von diesen Mitgliedern sollen von dem König von Dänemark, in Betreff Schleswigs (for Slesvigs Vedkommende) und die beiden anderen vom Könige von Preussen im Namen des deutschen Bundes für das Herzogthum Holstein gewählt werden. Diese vier Mitglieder haben ein fünftes zu wählen, welches die Stelle eines Präsidenten einnehmen soll. Falls dieselben sich nicht über diese Wahl verständigen sollten, so wird Großbritannien als vermittelnde Macht aufgefordert werden, das fünfte Mitglied zu bezeichnen, welches gleichfalls unter den Bewohnern der Herzogthümer zu wählen seyn wird. Man ist übereingekommen, daß weder die Mitglieder der Administration, welche vor dem 17. März in Funktion waren, noch die, welche nach dieser Epoche die Regierung gebildet haben, Antheil an der neuen Regierung haben können. Letztere soll sobald als möglich in Kraft treten und spätestens 14 Tage nachdem die gegenwärtige Uebereinkunft unterschrieben ist. §. 8. So lange der Waffenstillstand währt, sollen nur die unten bezeichneten Truppen in den Herzogthümern bleiben, um zur Disposition der im §. 7. genannten Behörde gestellt zu werden a) im Herzogthum Holstein das Bundeskontingent dieser Provinz, auf den Friedensfuß reduzirt; b) im Herzogthum Schleswig, die Cadres der in Schleswig ausgehobenen Truppen. Diese sollen nicht die in Friedenszeiten gewöhnliche Anzahl überschreiten, und sollen ihre Kantonnements so nahe als möglich bei ihrer Heimat haben. Die übrigen schleswigschen und holsteinischen Truppen sowohl als die aus Eingebornen beider Herzogthümer gebildeten Freikorps sollen verabschiedet werden, und die übrigen dänischen und deutschen Freischaaren Schleswig und Holstein gänzlich räumen. Die Ausführung dieses Artikels wird Militär-Kommissarien übertragen werden, welche hiezu von den contrahirenden Parteien gewählt werden sollen, und gegenseitig in dieser Hinsicht sich zu einigen haben. §. 9. Der König von Dänemark und der König von Preussen im Namen des deutschen Bundes sollen das Recht haben, jeder einen Kommissär zu ernennen, welcher in den Herzogthümern während der Dauer des Waffenstillstandes residiren, und in officiöser Weise die Erfüllung der vorstehenden Bedingungen sowohl, als die unparteiische Aufrechthaltung der Gesetze sowohl in Betreff der dän. als deutschen Einwohner überwachen soll. 10. Das Herzogthum Lauenburg soll in denselben Zustand zurückgebracht werden, worin es sich befand, bevor die Bundestruppen einrückten. §. 11. Die contrahirenden Theile wollen Großbritanniens Garantie für die genaue Erfüllung der Artikel der gegenwärtigen Uebereinkunft und dieses Waffenstillstandes nachsuchen. §. 2. Es ist ausdrücklich festgesetzt, daß die Artikel der gegenwärtigen Uebereinkunft in keiner Hinsicht den endlichen Friedensbedingungen präjudiciren sollen, und daß weder Dänemark noch Deutschland Vortheile und Rechte aufgeben, welche ein Jedes für sich geltend gemacht haben. (Weser Z.)

⊙ Die Kirchen und die Staaten. –

Die Menschen leben nicht als Wilde auf der Erde; sie haben sich in Staaten zusammenbegeben, Bildung und Sitte gewonnen. Ausserhalb der Staaten, als Wilde, konnten sie zufolge ihres für die gesellige Entwickelung eingerichteten Wesens ihre Bestimmung nicht erfüllen; innerhalb der Staaten sind sie dieser Bestimmnng bereits näher getreten und werden dieselbe zuletzt auch vollkommen erreichen. Es liegt in der Absicht der ewigen Güte, Weisheit und Macht, den Menschen gleich jedem andern Wesen auf den Höhepunkt seiner Verklärung emporzuleiten, und nicht, ihn nach vergönnten Ahnungen eines höheren, lichtvolleren und seligern Daseyns in die Nacht eines rohen, thierischen, dumpf dahinträumenden wonnelosen Lebens hinabzustoßen. Innerhalb der Staaten ist nun gegenwärtig allen Gliedern derselben die freie Religionsübung gestattet und derselben der gerechte Schutz gewährt; wo das noch nicht der Fall seyn sollte, da muß es doch in der nächsten Zeit geschehen, weil es sich nicht anders mehr mit der Ordnung der gesellschaftlichen Rechtsverhältnisse verträgt. So wie aber für die Einzelnen die gottinnige Weltanschauung, der Glaube selbst *frei* ist, und als ein rein geistiges, inneres Gut des Menschen heilig gehalten wird und werden muß; so sind auch in den Staaten alle mit der Würde der Gottheit und des Menschen verträglichen *Glaubensgenossenschaften* oder *Kirchen* so frei und so gleichberechtigt gestellt, als es mit der Ordnung eines vernünftigen Rechtszustandes nur immer vereinbar ist. Die Staaten mengen sich bekanntlich nicht in die Glaubensansichten, sie überlassen die Glaubenslehre den Lehrern und Pflegern einer jeden Kirche. Nur die Oberaufsicht über die etwa von diesen Lehrern und Kultusdienern beliebte Kirchenordnung und Kirchenzucht, über die Verwaltung des Kirchenvermögens, über die Bildungsanstalten für die künftigen Kirchendiener, nur das Recht, deren Prüfungen und Anstellungen, Beförderungen und Absetzungen vom Amte zu überwachen, nur das Recht, jeden einzelnen Glaubensgenossen oder jedes Mitglied anderer Glaubensgenossenschaften gegen die oft maßlosen und ungerechten Uebergriffe zelotischer oder herrschsüchtiger Kirchendiener zu beschirmen; nur dieß und dazu Gehöriges haben sich die Staaten aus guten Gründen vorbehalten, und müssen sich es auch ferner vorbehalten. Gleichwohl ertönt der Ruf nach nöthiger Lostrennung der Kirchen von den Staaten immer aufs Neue. Und dieser Ruf, genau untersucht, geht nicht von den Gliedern der Glaubensgenossenschaften, denn diese sind im Ganzen sehr vernünftig, sondern von den Wühlern unter den Dienern der Kirchen selbst aus. Diese wollen unbeschränkte Herrschaft über ihre Heerde und deren Wolle, Kirchenverwaltung und Kirchenzucht ohne alle und jede Oberaufsicht der Staaten. Die Staaten sollen nichts mehr zu reden haben in die Verwaltung und Verwendung der Kirchengüter, nichts mehr in die geistige und ascetische Bildung der Kirchendiener und Kirchenglieder, nichts mehr in Hinsicht auf die wissenschaftlichen Studien der künftigen Kirchenlehrer, nichts mehr in Hinsicht auf die Würdigkeit und Unwürdigkeit zum Amte, nichts mehr über die Einrichtung und Leitung des Kultus. Die Kirchen wollen den Staaten weder ein Placet noch ein Veto mehr einräumen; sie wollen ganz gegen die Ansicht und Forderung der fortgeschrittenen Menschheit wo möglich sich zu theokratischen Priesterthümern gestalten, um sich dann so lange und so heftig nach Herzenslust anfeinden und bekämpfen zu können und zu dürfen, bis der innere Friede der Staaten eine Unmöglichkeit, eine von ihnen die alleinherrschende und alleinseligmachende, die Staaten selbst aber die Diener, die Untergebenen der Kirchen geworden sind. Die Kirchen möchten jene ihnen von der fortgeschrittenen Bildung der Menschheit entwundene Obergewalt wieder haben, alle Tribunale der Inquisition und des unduldsamen Glaubenseifers, alle Altäre des Aberglaubens wieder aufrichten, welche die Zeit gestürzt hat. Die Staaten können und müssen gerecht seyn in ganz gleichem Maaße gegen jede Kirche, gegen die römisch-katholische sowohl als gegen die evangelischen, gegen die jüdische Kirche, gegen die griechische und gegen die mohamedanische; aber sie können und dürfen nie zugeben, daß die Kirchen sich außerhalb der staatlichen Rechtsverhältnisse als unbeschränkt selbstmächtige, und von der Staatsordnung gar nicht zu berührende Anstalten hinstellen. Durch ein solches Zugeständniß würden die Staaten die Auflösung ihres Organismus, ihres innern Rechtszustandes beschließen, sie würden sich in Kirchenthümer zersetzen, und es würde das buntscheckigste, willkührlichste Kirchenregiment an die Stelle heiliger Ordnung treten; die zwischen den verschiedenen Kirchen nothwendige Harmonie zu gegenseitig freier, gottinniger, geistiger und sittlicher Entwicklung der Menschheit würde verschwinden, und die Barbarei überwundener Zeiten würde wieder heranziehen. Die Kirchen müssen *in*, nicht *neben*, und auch nicht *über* den Staaten stehen. Wenn einst die *eine Kirche* da seyn wird, so wird auch sie nicht *über* und *neben*, sondern in dem Menschheitsstaate stehen. Die wahre Gottinnigkeit oder Religiosität (und diese streben doch, nach ihrer eigenen Aussage, alle Kirchen zu fördern) ist auch nicht *neben* und *über*, sondern *in* allen socialen Rechtsverhältnissen, *in* dem im Staate lebenden Menschen. Entweder nehmen nun die Kirchen den ganzen Menschen oder es nehmen ihn die Staaten; halbiren und theilen läßt er sich nicht. Mit seinem Glauben, mit seinem ganzen Wesen, steht der Mensch nur im Staate recht; so stehe auch die Kirchen nur im Staate recht. Wie die Staaten in der Menschheit, so müssen die Kirchen in den Staaten aufgehen. Wollen aber die Kirchendiener von dieser ihrer Wühlerei, von der verlangten Trennung der Kirchen und Staaten nicht ablassen, das Wahre und Nothwendige, das Rechtmäßige im zeitherigen Verhältnisse der Glaubensgenossenschaften zu den Staaten durchaus verkennen, wollen sie den Wahn forthegen, es werde

ihr unseliges Bestreben auf die Dauer von der Verblendung ihrer Glaubensgenossen unterstützt werden, und es werde ihnen stets gelingen, diese über ihre herrschsüchtlerischen den Staatsfrieden störenden Tendenzen im Dunkeln zu erhalten, gut denn! Dann gedenken die Staaten ihres Berufes für die Menschheit, nehmen die Schulen und Bildungsanstalten ernstlicher unter ihre Flügel und lassen die Kirchen Kirchen seyn; dann erheben sie die Lehrer an Schulen zu Staatsdienern und lassen sie an allen wohlthätigen Anstalten des Staates Antheil nehmen, den Kirchendienern aber gewähren sie dieses nicht, sondern sie bleiben ihrer Glaubensgenossenschaften frei gestellte Diener. Wenn sie blos das sind, wie sie es wünschen; so müßte es ganz wunderbar zugehen, wenn sie lange wie die Diener Baals hinter dem Heiligthume von den Opfergaben der nicht auf immer blinden Glaubensgenossen gute Tage hätten. Dr. Leutbecher.

Deutschland.

Bayern. (München, 21. Juli.) Auf die bei dem Kreis- und Stadtgericht Augsburg erledigte Rathstelle wird der Kreis- und Stadtgerichtsrath Max Frhr. v. Zoller in Nürnberg, und auf die hiedurch bei dem letztgenannten Kreis- und Stadtgericht in Erledigung kommende Rathstelle der Assessor an dem Appellationsgericht von Schwaben und Neuburg Dr. Jos. Bauer, beide auf ihr Ansuchen, versetzt. (A. A. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 19. Juli, Morgens.) Soeben verbreitet sich das Gerücht, auch bei uns seyen die demokratischen Vereine aufgelöst worden, und werde das nächste Regierungsblatt die betreffende Verordnung bringen. — Es finden hie und da noch einzelne Verhaftungen statt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Freiburg, den 19. Juli.) Heute Vormittag sind wir für den gestern früh erfolgten Abzug der Würtemberger durch 2 Schwadronen badischer Dragoner entschädigt worden. Es scheint sonach die Einquartirung kein Ende nehmen zu wollen, und herrscht darüber unter unserer Bürgerschaft durchaus nicht die beste Stimmung. Dieselbe dauert jetzt seit Mitte März; die Entschädigung, die man für den Mann bekommt, deckt nicht den vierten Theil der Verpflegungskosten. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Heidelberg, den 20. Juli.) Die ausgewanderten Studirenden, von denen übrigens Einzelne den Rückweg angetreten haben, senden uns aus Neustadt an der Haardt eine Erklärung. Dieselbe beweist den Ungrund ihres Schrittes nur noch klarer. Die zwei Gründe, die sie für den Auszug anführen, sind längst beseitigt; denn daß von allen demokratischen Vereinen gerade der demokratische Studentenverein aufgelöst worden ist, hat eben seine Ursache darin, daß eben von diesem allein eine amtliche Kenntniß und ein aktenmäßiges Statut vorlag, von den andern nicht. Es fällt daher auch der zweite Grund, daß man der „Willkür entgegentreten müsse," um zu verhindern, daß die alten Zeiten der Knechtschaft und Bevormundung zurückkehrten, vollständig weg; denn Vollziehung der Gesetze ist so wenig Willkür, als die Aufhebung eines republikanischen Vereins mitten unter monarchischen Einrichtungen „Knechtschaft und Bevormundung" ist. Die Willkür ist nur da, wo man über die Form und den Geist des Gesetzes hinaus Bewilligung begehrt, und Falls sie billig versagt worden, zur Selbsthilfe greift. Wenn daher die ausgewanderten Studirenden nicht eher zurückkehren wollen, als bis das „Associationsrecht wiederhergestellt ist", so werden sie nie zurückkehren, denn das Associationsrecht kann nicht hergestellt werden, weil es überhaupt gar nicht bedroht war. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 21. Juli.) Die verfassunggebenden Reichsversammlung hat heute den §. 2. des Art. I. der Grundrechte in folgender Fassung angenommen: „Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt." Hierzu war von den Abg. Veit der Antrag gestellt, daß der Verfassungsausschuß den Entwurf des Heimathsgesetzes und der Gewerbeordnung, noch vor der zweiten Berathung der Grundrechte vorzulegen habe. Ueber diesen Antrag wurde nach zweimaliger zweifelhafter Zählung mittelst Namensaufruf abgestimmt, und derselbe mit 244 gegen 242 Stimmen angenommen; ferner der Zusatz des volkswirthschaftl. Ausschusses: „Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte, jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen, wie den Angehörigen dieses Staates zu," sowie endlich der Antrag Schüler's von Jena: „Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und den Angehörigen eines andern deutschen Staates einen Unterschied bezüglich des bürgerlichen, peinlichen und Prozeßrechts machen, wodurch die letztern als Ausländer zurückgesetzt werden." (Der Antrag von Spatz: „aller Paßzwang ist aufgehoben" wurde verworfen.) Art. 3. ging in folgender Fassung durch: „Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staats darf an keine anderen Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen." Der §. 4 lautet in Folge der Abstimmung: „Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden (das Folgende ist der Antrag von Spatz) und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, insoweit erworbene Privatrechte hierdurch nicht verletzt werden." §. 5. „Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs." (Der letzte Satz ist der Antrag von Radowitz.) (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 21. Juli.) [Verhandlungen des Gewerbe-Kongresses.] Der Berichterstatter des zweiten, zur Prüfung und Begutachtung der Instruktion und schriftlichen Eingaben niedergesetzten Ausschusses verlas einen ursprünglich zur Einreichung an die Nationalversammlung bestimmten, von ihm verfaßten Bericht, welcher die Nothwendigkeit der Einführung einer Gewerbeordnung nachwies und zu einer Diskussion Anlaß gab, in welcher unter Anderm ein Kongreßdeputirter darauf aufmerksam machte, daß er entschieden gegen Gewerbefreiheit sey und von denselben Wählern gewählt wäre, die einen Abgeordneten der Nationalversammlung gesandt hätten, der mit Begeisterung von den Segnungen der Gewerbefreiheit gesprochen hätte. Bei der Abstimmung über die Frage: ob die Versammlung gegen die Gewerbefreiheit? erhoben sich fast alle Anwesenden als Zeichen der Bejahung; ein paar Abgeordnete erklärten übrigens, sich der Abstimmung enthalten zu wollen. Ferner wurden von dem erwähnten Ausschuß die Grundzüge einer Gewerbeordnung verlesen. Sie werden heute den Abgeordneten gedruckt vorgelegt werden und damit beginnen denn die wichtigsten Verhandlungen. Irren wir uns nicht, so zählt die Versammlung keine Anhänger und Vertreter des alten Monopolismus, eben so wenig aber des an seine Stelle durch die erste französische Revolution eingeführten Liberalismus und der aus ihm hervorgegangenen sozialistischen und kommunistischen Parteien, sondern die Majorität gehört der progressiven assozialen oder Innungspartei an, die von Gewerbefreiheit eben so wenig als von Zunftzwang wissen will, vielmehr eine gegliederte, auf alle Produktionskreise sich ausdehnende, die Arbeit schützende Gewerbeordnung verlangt. Die Verhandlungen des Gewerbekongresses mit dem volkswirthschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung werden in diesen Tagen beginnen; aus dem Kontakt dieser beiden Organe wird für den großen und wichtigen Zweck gewiß nur Heilsames und Ersprießliches hervorgehen. (Fr. J.)

(Frankfurt, den 20. Juli.) In der letzten Sitzung des hiesigen Montagskränzchen vom 16. d. wurde unter Anderem folgende Adresse an die deutsche Nationalversammlung beschlossen: „Der Beschluß hoher Nationalversammlung vom 14. l. M., den Sonderbestrebungen der hannover'schen Regierung, so wie den verstandslos-reaktionären Ansichten der ersten hannover'schen Kammer gegenüber, hat die Brust eines jeden für die Einheit unseres Vaterlandes glühenden Deutschen mit dem Gefühle gerechter Freude erfüllt. Solch' kräftiges Entgegentreten gegen die Anmaßungen jener Fürsten und ihrer Kamarillen, welche den Geist der Zeit nicht verstehen wollen, ist uns Bürge für Deutschlands schönere Zukunft. Mögen die gekrönten Sonderbündler endlich einsehen, daß mit dem Worte „Einheit" nicht bloß ein leeres Spiel getrieben wird, daß die deutsche Einheit mehr als ein eitler Traum ist, dessen Verwirklichung von so mancher Seite als Unmöglichkeit belächelt wird. Was ein großes Volk ernst und kräftig will, das ist ihm möglich! Was seine Vertreter ernst und kräftig wollen, das wird geschehen, trotz aller offenen und geheimen Gegenbestrebungen verblendeter Volksfeinde. Nehmen Sie, Vertreter des deutschen Volks, von Seiten des ältesten und zahlreichsten politischen Vereins in Frankfurt den warmen Dank für diese kräftige Wahrung der deutschen Einheit hin. So lange die Nationalversammlung in diesem Geiste das einige und eine deutsche Volk vertritt, wird das deutsche Volk ihr und ihren Beschlüssen kräftig und schützend zur Seite stehen. Frankfurt, den 17. Juni 1848. Der Volksverein des Montagskränzchens, und in dessen Namen der Vorstand." (Folgen die Unterschriften.) (Frkf. J.)

(Frankfurt, 21. Juli.) Nach längerer Pause war heute wieder einmal an einigen, aber nur sehr wenigen, Straßenecken ein Plakat angeheftet und zwar ein Manifest. Es ist überschrieben: „Nur von der Republik ist Deutschlands Heil zu erwarten". — Dergleichen Plakate haben keine magnetische Kraft mehr. Wir dürfen uns nicht täuschen: seit dem Deutschland einen Reichsverweser hat, haben die Dinge einen gewaltigen Umschwung genommen. — Noch will ich Ihnen berichten, daß gestern unsere Linie die Wachen in Sachsenhausen wieder bezog und nicht allein freundlich von den Sachsenhäusern aufgenommen, sondern auch von denselben regalirt wurde. (R. W. Z.)

(Frankfurt, den 21. Juli.) Wie man mit ziemlicher Bestimmtheit behauptet, wird Wiesbaden eine Besatzung von Reichstruppen behalten, dagegen sollen die nassauischen Truppen verlegt werden. — Gestern Abend sagte man, daß in Wiesbaden nahe an 100 Personen verhaftet worden seyen, allein die Sache scheint mir doch sehr übertrieben. Eine Zahl der Arretirten wurde nach Mainz gebracht, andere, die entflohen, werden steckbrieflich verfolgt. Es weilen in Wiesbaden nur noch wenige Kurgäste. (R. W. Z)

Hessen. (Darmstadt, den 18. Juli.) Die großherzogliche Regierung hat so eben dem hessischen Zweigverein des „Nationalvereins für deutsche Auswanderung und Ansiedelung" ihre volle Bestätigung ertheilt. In dem deßfalsigen Rescript heißt es u. a.: „Wenn auch eine Organisation der Auswanderung, wie solche für Deutschland überhaupt und namentlich auch für das Großherzogthum Hessen, zum Bedürfniß geworden ist, in vollem Umfange erst dann eintreten kann, wenn Deutschlands politische und commercielle Verhältnisse eine festere Gestaltung gewonnen haben, so kann doch die Begründung eines Vereins, welcher sich fern von allen gewinnsüchtigen Absichten zur Aufgabe macht, das für Deutschland bestehende Bedürfniß der Auswanderung, auf eine nationale Weise zu befriedigen, nur als ein gemeinnütziges und patriotisches Unternehmen angesehen werden. Diese Absicht ist in dem Statutenentwurfe des zu errichtenden Nationalvereins für deutsche Auswanderung, resp. des Zweigvereins für das Großherzogthum Hessen kund gegeben, indem hiernach dieser Verein das Bestreben haben wird, die Auswanderung über deutsche Seehäfen zu leiten, und hierdurch zugleich dem deutschen Handel einen neuen Aufschwung zu gewähren, so wie auch den Armen die Auswanderung zu erleichtern und möglich zu machen. Wir sind deßhalb gern bereit, diesem Verein, wenn derselbe mit den entworfenen Statuten ins Leben tritt, jede thunliche Unterstützung zu gewähren." — Es freut uns, solche aufmunternde Worte unserer Regierung mittheilen zu können, da andere z. B. die württembergische Regierung, der Bildung ähnlicher Vereine hemmend entgegentraten. Es gehörte ein Feuereifer und eine Aufopferung, wie die des Finanzkammerdirectors v. Werner in Reutlingen, dazu, alle die Schwierigkeiten zu übersteigen, welche sich dort in den Weg stellten. Der Verein für Auswanderung im schlesischen Gebirge hat neuerdings seinen Beitritt zum Nationalverein erklärt, der somit bis jetzt drei Zweigvereine zählt. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 19. Juli.) Unser Gemeinderath (und mit ihm die Bürgerschaft) wird sich an den Erzherzog Reichsverweser mit einer Petition wenden, in welcher er um Aufhebung der hier fast gänzlich unbekannten Bundesfestungsreglemente von 1816 und 1832, und um Feststellung solcher Bestimmungen bittet, die der Militärgewalt in Friedenszeiten Handel und Verkehr nicht hemmende Grenzen vorzeichnen, die Landesgesetze in Mainz vor willkürlicher Aufhebung sichern und für das Grundeigenthum insofern eine Garantie bieten, daß alle während eines Krieges demselben zugefügten Beschädigungen von dem gesammten Deutschland vergütet werden sollen. Diese Anträge sind in der Petition durch Bezugnahme auf die jüngsten Vorfälle in Mainz begründet, und wird dieselbe, nach der Rückkehr des Erzherzogs,

Reichsverwesers, demselben von einer Deputation, den Bürgermeister an der Spitze, überreicht werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Gießen, 20. Juli.) Aus guter Quelle melde ich Ihnen, daß die Beleidigung des Kurfürsten von Hessen-Kassel durch hiesige Studenten, von welcher seiner Zeit auch in diesen Blättern die Rede gewesen, jetzt erledigt ist. Auf die Anfrage der hiesigen Obergerichte über die Umstände der Beleidigung ist die den Kurfürsten sehr ehrende Antwort eingegangen: „Man erinnere sich wohl, einige Studirende in aufgeregtem Zustande am Wagen bemerkt zu haben, wisse aber von eigentlicher Beleidigung gar nichts." (Frkf. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 19. Juli.) Jedem, der sich auch nur oberflächlich mit der neuesten Organisation der staatlichen Verhältnisse Deutschlands beschäftigt, muß es unerklärlich erscheinen, daß der Regierungskommissär in der nassauischen Ständekammer mit der Forrung eines Veto für die Regierung auftreten konnte. Jeder wird das Erstaunen, die Entrüstung theilen, die sich der Mehrheit der Stände bei diesem barocken Ansinnen bemächtigte, und man kann nur bedauern, daß dieser Regierungskommissär aus der guten alten Zeit nicht sofort in der entschiedensten Weise auf die Grundrechte des deutschen Volkes hingewiesen und dahin belehrt wurde, daß in denselben von einem Veto, das den Regierungen künftig zustehen solle, nichts zu finden sey. Der Entwurf der Grundrechte des deutschen Volks ist in ganz Deutschland bekannt, es läßt sich also auch erwarten, daß es jenem nassauischen Regierungskommissär nicht fremd geblieben, und deßhalb ist es ganz unbegreiflich, wie er auch nur den Versuch wagen konnte, mit einer solchen, unter den jetzigen Verhältnissen durchaus widersinnigen Zumuthung aufzutreten. Daß er im Auftrage des nassauischen Ministeriums diese Forderung gestellt, ist nicht zu glauben, denn dadurch hätte sich dasselbe, das ohnehin auf schwachen Füßen steht, ferner ganz unmöglich gemacht; man kann also nur annehmen, daß jener Herr auf eigene Faust so gehandelt; dann aber ist es Pflicht des Ministeriums, denselben sofort zu beseitigen, ja es kann das so tief erschütterte Vertrauen des Nassauers zu seiner Regierung nicht gut auf andere Weise wieder herstellen, als wenn es diesen, wie alle übrigen Bureaukraten der alten Schule, entfernt. Diese Leute gehören zu Denen, die „nichts gelernt und nichts vergessen haben", und werden als Solche stets darauf sinnen, die errungenen Rechte und Freiheiten des Volkes zu verkümmern oder illusorisch zu machen. In Preussen ist diesen Herren der alten Schule das Handwerk gelegt worden; der dortige Minister des Innern hat (wie die „Köln. Ztg." meldet) sehr entschieden erklärt, „er sey nicht gesonnen, ferner Beamte im Dienste zu dulden, die sich Uebergriffe erlaubten oder ihren amtlichen Einfluß zur Verwirklichung reaktionärer Bestrebungen benutzten." In gleicher Weise soll nun das nassauische Ministerium einschreiten, und das Volk wird in kurzer Zeit wieder zu ihm Vertrauen fassen. Was nun die Ständeversammlungen der einzelnen deutschen Staaten betrifft, so können sie Conflikte, wie der in der nassauischen Kammer vorgekommene, am besten dadurch vermeiden, daß sie bei Berathungen über Verfassungs-Angelegenheiten sich entweder auf den Boden der Grundrechte des deutschen Volkes stellen, oder alle Berathungen dieser Art auf so lange verschieben, bis jene Grundrechte aus dem Schooße der konstituirendenden Nationalversammlung als unantastbares Gesetz hervorgegangen sind. Im letzteren Falle sind Zumuthungen, wie sie jener nassauische Regierungskommissär stellte, gar nicht mehr denkbar; denn da nicht anzunehmen ist, daß die Vertreter des souveränen deutschen Volkes in die Grundrechte desselben den Regierungen ein Veto hineindebattiren werden: so müssen nachher auftauchende Gelüste dieser Art als Attentate auf die Beschlüsse der Nationalversammlung erscheinen, welche dieselben ohne Zweifel mit derselben Entschiedenheit zurückweisen wird, mit der sie der Sonderbündlerei Hannovers entgegengetreten ist. (Fr. J.)

Oesterreich. (Tarnopol, 12. Juli.) Gestern Abends 8 Uhr ist von der k. k. Gendarmerie eine Abtheilung polnischer Edelleute eingebracht worden, welche, aus Rußland kommend, die Gränze zu Pferd und vollkommen bewaffnet überschritten haben. Sie geben an, daß der Despotismus, mit welchem die Polen in Rußland behandelt werden, sie zu diesem Schritt gezwungen hat, und daß ihnen, um demselben zu entfliehen, kein andrer Weg übrig blieb, als der, sich dem österreichischen Schutze in die Arme zu werfen. Alle waren gut beritten, und unter den im Kreisamt abgegebenen Waffen befinden sich auch einige vorzügliche Doppelgewehre. Die Gäste befinden sich auf freiem Fuß, und man ist sehr gespannt auf das weitere Benehmen der österreichischen Behörden. (A. A. Z.)

(Werschez, den 11. Juli.) Der gesammte bei 5000 Mann starke Heerhaufen illyrischer Insurgenten, unter Anführung des Woiwoden Stanimirovics, traf heute Mittags in unserer Nähe mit unseren und den zu unserer Hülfe hier stationirten Temeswarer, Arader und anderen fremden Nationalgarden sowohl wie mit den hier garnisonirenden Husaren- und Uhlanendivisionen zusammen, und ward nach kurzem Gefecht total geschlagen und in die Flucht gesprengt. Mehr als 300 Todte, bei 100 Gefangene, dann 5 Kanonen und 3 Fahnen verloren die Besiegten, deren Woiwode ebenfalls in die Hände der ungarischen Truppen fiel. Der ganze illyrische Heerhaufen ist gänzlich zerstreut. Merkwürdig ist, daß die Insurgenten anfangs unter der dreifarbigen illyrisch-serbischen Fahne fochten, dann aber beim Zusammentreffen mit den Truppen plötzlich die k. k. schwarz-gelbe Fahne, aber ohne allen Erfolg entfalteten. Die Truppen sowohl, wie die Nationalgarden, deren 48 ihren Tod fanden, fochten in vollem Bewußtseyn ihrer gerechten Sache mit Muth und Begeisterung. (A. A. Z.)

Aus Karlsbad, vom 15 Juli, wird der »Leipziger Zeitung« gemeldet: Heinrich Laube, welcher sich einige Wochen bei uns befand, ist in Elbogen, einem deutsch-böhmischen Städtchen, zum Abgeordneten zur Frankfurter National-Versammlung erwählt worden. Ist das nicht ein Zeichen der Zeit? Ein Sachse (denn als solcher mußte Laube den Böhmen erscheinen) wird in Böhmen gewählt, ein Protestant von Katholiken, derjenige, welcher vor 6 Jahren zuerst gegen die Czechomanie heraustrat und speziell gegen den Grafen Leo Thun muß von demselben Leo Thun die Unterschrift unter das Mandat für die Natinalvertretung erhalten! Die Gewalt, welche es möglich macht, daß böhmische Bauern einen deutschen Schriftsteller als ihren Vertreter nach Frankfurt schicken, kann noch Unerhörtes bewirken. (Fr. O.-P.-Z.)

Preussen. (Berlin, 20. Juli.) Die deutsche Bundesversammlung hat in ihrer 27sten diesjährigen Sitzung vom 2. April d. Js. den Beschluß gefaßt: „daß, nachdem die seit dem Jahre 1819 erlassenen sogenannten Ausnahme-Gesetze des deutschen Bundes unter veränderten Umständen bereits allenthalben außer Wirksamkeit getreten, dieselben für sämmtliche deutsche Bundesstaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beseitigt zu betrachten und, wo es noch erforderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seyen." Dieser Beschluß begreift, wie sich auf desfallsige amtliche Rückfichten näher herausgestellt hat, auch die im Jahre 1819 wegen der Anstellung von außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten bei den deutschen Universitäten gefaßten Bundesbeschlüsse in sich. Es ist daher von verschiedenen Seiten her, sowohl von den akademischen Senaten, als auch von außerordentlichen Regierungs-Bevollmächtigten selbst, der Antrag gestellt worden, dem desfallsigen Beschlusse auch auf den preussischen Landes-Universitäten unverzügliche Folge zu geben und die Thätigkeit der außerordentlichen Regierungs-Bevollmächtigten außer Wirksamkeit treten zu lassen. Das Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat diesen Anträgen entsprochen und zu diesem Ende die außerordentlichen Regierungs-Bevollmächtigten an den diesseitigen Landes-Universitäten veranlaßt, sich der auf dieser Eigenschaft beruhenden Funktionen in Zukunft zu enthalten und sich lediglich auf diejenige Wirksamkeit zu beschränken, welche bereits die frühere Gesetzgebung, namentlich die Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanz-Behörden vom 26. Dezember 1808, deren Bestimmungen sich in Nr. V. der Instruktion vom 18. November 1819 wiederholt finden, den Kuratoren an den Universitäten beilegt. Die bereits eingeleiteten und schnell vorschreitenden Verhandlungen und Berathungen der Universitäten über deren künftige Gestaltung erstrecken sich auch auf die etwanigen Abänderungen in der Einrichtung der Universitäts-Kuratorien. Es wird daher darüber zu seiner Zeit das Weitere im gesetzlichen Wege verordnet werden. (Pr. St.-A.)

Sachsen. (Eisenach, 20. Juli.) In einer der letzten Nummern der »Oberpostamts-Zeitung« hieß es von Paris, daß man durch Maueranschläge bekannt gemacht habe: es seyen Pferde und Equipage des Grafen von Paris und der Herzogin von Orleans zu verkaufen. Hier, wo die unglückliche Fürstin sich ein Asyl gewählt hat, konnte man schon seit dem Anfange ihres Aufenthalts die Bemerkung machen, daß sie sich jedes fürstlichen Aufwandes freiwillig begeben. Da ihre Söhne katholisch sind, so besuchen sie die kleine katholische Kirche. Der Pfarrer wollte den Fürstenkindern einen besondern Platz anweisen; auch schickte er, weil die Kirche selbst zu einfach ausgestattet ist, zu der Herzogin, um sie um einige Teppiche und Kissen zur Bequemlichkeit der Söhne zu bitten; allein die nun schon seit dem Tode ihres Gemahls an Trauer und Entbehrung gewöhnte Dame erwiderte dem Geistlichen, »daß ihre Kinder durchaus keine Auszeichnung erhalten dürften«. Sie selbst lebt in größter Einfachheit und Stille, und erhält nur von Zeit zu Zeit Besuch von diesem oder jenem Gliede der großherzoglichen Familie. (Frkft. O.-P.-Z.)

Griechenland.

(Athen, den 7. Juli.) In den Hauptstaatskassen hat sich ein Deficit von 183,000 Drachmen herausgestellt. Allein da der Hauptkassier seit 16 Jahren in ununterbrochenem Dienste sich die Achtung seiner Mitbürger jeder Farbe zu erfreuen hatte, und da in seinem ganzen häuslichen Leben kein Anzeichen vorhanden ist, welches auf einen Mißbrauch solcher Summen gedeutet werden könnte, so erwartet ganz Athen die Lösung dieses Knotens mit Ungeduld. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Zürich, den 19. Juli.) Es scheint, die Schweiz soll mit aller Gewalt in Händel gerathen mit Deutschland. Kaum ist der Spahn mit Hannover abgethan, so taucht ein neuer auf mit Preußen. Der preussische Gesandte zu Dresden verweigerte nämlich einem Schweizer das Visum seines Passes zum Eintritt in die preussischen Staaten, und zwar angeblich aus keinem andern Grund, als weil es einen Schweizer betraf, vorgebend, es sey jetzt unruhig genug im Lande, man brauche keine Schweizer dazu. Mit Recht beklagt sich nun das Organ unserer Regierung, die Neue Züricher Zeitung (ohne Zweifel Bürgermeister Furrer selbst) über eine solche Verletzung des Völkerrechts zwischen befreundeten Staaten. Die Schweiz ist (jetzt) das ruhigste Land Europas und wahrhaftig an den Wirren in Preussen direkt unschuldig. Wie sollten nun einzelne Schweizer diese zu vergrößern im Stande seyn? Gewiß so wenig als die hier anwesenden Preussen unsern republikanischen Institutionen gefährlich zu werden vermögen. Wollte man sich ihrer entledigen, so würde man gewiß keinen so lächerlichen Grund vorschieben. Die meisten Preußen, die hier sind, beschäftigen sich mit der Seidenfabrikation, Färberei rc., gehören also meist den mit uns konkurrirenden Rheinprovinzen an. Daher könnten wir hier noch bessere Wiedervergeltungsmaßregeln ergreifen als gegen Hannover. Hoffentlich wird es nicht nöthig seyn. Die Sache ist jedoch ernster, weil sie von einem Gesandten ausging. (Schw. M.)

XXX Entgegnung. *)

Die Beilage zu Nr. 200 des Korrespondenten (Abendausgabe) bringt eine Erörterung über das Gesetz der Centralgewalt und die dabei stattgefundene Abstimmung des Abgeordneten von Nürnberg. Es stützt sich diese Erörterung auf den Artikel „der Nürnberger Abgeordnete Dr. Krafft rc." in Nr. 197 der Mittelfränkischen Zeitung, welcher sonderbarer Weise mit dem vom Volksverein ausgegangenen Protest, der das Fortbestehen der Wahlmänner als Corporation in Abrede stellt, verwechselt wird. In soweit nun auf unsern Artikel Bezug genommen wird, erlauben wir uns nachstehend darauf zu erwiedern: Im Eingange wird die Berechtigung der Wahlmänner, als noch fortbestehende Corporation auftreten zu können, in einer Note dadurch erklärt, weil im Wahlgesetz für den Fall, daß in einem Wahlbezirk der Abgeordnete und seine beiden Ersatzmänner in Abgang kommen, keine Fürsorge getroffen ist. Wir behaupten dagegen, daß gerade darum, weil ganz bestimmt dem Wahlkollegium aufgegeben ist, einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner zu wählen, es nach Vollziehung dieses ihm bestimmt bezeichneten Geschäfts seiner Funktion sich enthoben und damit als aufgelöst zu betrachten hat. Für den Fall, daß sich die

*) Diese Entgegnung wurde von der Redaktion des Korresp. v. u. f. Deutschl. mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß sie dieselbe, als der Tendenz des genannten Blattes zuwider, nicht aufnehmen könne.

National-Versammlung nicht vorbehalten hätte, bei Verträgen mit auswärtigen Mächten, und bei Beschlüssen über Krieg und Frieden vom Reichsverweser zur Mitberathung gezogen werden zu müssen, hätten wir uns durch einen Blick auf die Verfassung Englands trösten sollen, indem ja dort das Ministerium, das als der Willensausdruck des Parlaments, mithin der Nation, bezeichnet wird, hierin freie Hand habe. Darauf bemerken wir nur ganz einfach, daß die Ministerien in Deutschland bisher nicht als der Willensausdruck unserer Volksrepräsentanten, und somit des Volkes bezeichnet werden konnten. Die Zeit ist noch ganz jung, wo in Deutschland diejenigen Männer, welche das besondere Vertrauen des Volkes genießen, an die Spitze der Regierungen gestellt werden und hin und wieder im Drange der Zeitverhältnisse selbst gestellt werden mußten. Wäre bei Abstimmung in der National-Versammlung der Paragraph 4 gefallen, so wäre dieses Recht an die Executivgewalt unbedingt ausgeliefert worden, während es selbst in der Belgischen Verfassung nur ein bedingtes ist. Unsere Ansicht: „Da sich die Majorität der Nationalversammlung in der Einsetzung eines Reichsverwesers der Form nach für das Monarchische Prinzip erklärt hatte, so war mit Recht zu erwarten, daß sie sich durch die freie Wahl desselben ganz entschieden für das Prinzip der Volks-Souveränetät aussprechen werde." Diese Ansicht wird mit Jesuitischer Logik dahin gedeutet, als verlange man, daß ein Abgeordneter in der einen Frage für die Monarchie, in der andern für die Republik sich erklären solle. Wir wissen recht gut, daß in der Form des Monarchischen Prinzips, das der Volks-Souveränetät dem Geiste nach gewahrt werden kann. Diese Aufgabe zu lösen, stellten wir unserem Abgeordneten, indem wir uns für eine constitutionelle Monarchie auf den breitesten demokratischen Grundlagen zur Zeit seiner Wahl entschieden, und daß diese Aufgabe gelöst werden kann, hat eben die Abstimmung der Majorität der Nationalversammlung bewiesen. Die Punkte, in welchen unser Abgeordneter von der Majorität abwich, sind bekannt; es waren gerade diejenigen, wo der Ausdruck der Volks-Souveränetät am meisten verletzt werden konnte. Der kühne Griff Gagerns versetzte viele Mitglieder des rechten Centrums in eine Art Verlegenheit, aus welcher anfänglich die Geneigtheit zu seinem Vorschlage, und später die Verwahrungen hervorgegangen sind. Man bedenke, in welches Dilemma diese Verwahrungen der National-Versammlungen hätten bringen müssen, wenn sie noch zahlreicher unterstützt worden wären; Hannover würde jetzt gewiß nicht so vereinzelt dastehen. Was die Anstrengungen vor der Abgeordneten-Wahl betrifft, so ist gar wohl bekannt, auf welcher Seite dieselben zu suchen sind, und eben daraus läßt sich erklären, daß die Abstimmung des Herrn Dr. Krafft die Mehrzahl der Nürnberger Bevölkerung nicht zufrieden gestellt hat.

Zweiter Bericht des Ausschusses in Mittelfranken für die Sammlungen zur Gründung einer deutschen Flotte vom 19. Juni—15. Juli 1848.

a) Aus Nürnberg: Sammlung des Frauenvereins: Nachträglich durch Frau E. Platner und S. Barthelmeß fl 1. 45 kr (im Ganzen nunmehr fl 3182 26 kr.) Vom hiesigen Gymnasium ferner: aus der IV. Gymnasialklasse fl. 16. 32 kr., aus der lateinischen Schule, Klasse I C. fl. 5. 6 kr., aus der II. Privat-Elementar-Klasse nachträglich fl. 1. 38 kr.; aus der I. Privat-Elementarklasse fl. 2, zusammen fl 25. 16 kr. (im Ganzen fl. 82. 2 kr.) Von den Schülerinnen des Bert'schen Mädchen-Instituts fl. 19. 30 kr., zusammen im Ganzen fl. 46. 21 kr. (Gesammtsumme der Beiträge aus Nürnberg fl. 3297 11 kr.

b) Von auswärts: von A. v. S. in Erlangen fl. 8. 6 kr. von der Pfarrei Kirchrimbach durch Pfarrer Jung fl. 12, von Roth durch Dr. Meinel, Apoth. Krämer und Fabrikant Bepp fl. 100, von Feuchtwangen durch den Stadtgemeinde-Vorstand Schäfer fl. 60, durch Bürgermeister Frebenius in Lauf von Lauf fl. 90 9 kr., von den Landgemeinden Behringersdorf fl. 28. 18 kr., Rückersdorf fl. 4 27 kr., Ottensoos fl. 3., aus dem Landgerichtsbezirk Windsheim durch Actuar Scholler fl. 50. 32 kr., durch Herrschaftsrichter Landgraf in Burghaslach von den Gemeinden Burghaslach fl. 30 43 kr., Gleissenberg fl. 3 39 kr., Breitenlohe fl 1 9 kr., Niederndorf fl. 1, Rehweiler fl. 2 26 kr., von Heidenheim und Umgegend durch Dr Rieger fl. 19, von Rittersbach 30 kr., von Pappenheim durch Fräulein Dorothea Bartels fl. 64 6 kr, von der Gemeinde Oberampfrach durch Schäfer von Feuchtwangen fl 7 15 kr., durch Dr. Herzog in Obermannstadt aus Muggendorf fl. 3 30 kr, durch Frau Pfarrer Trenkle in Weissenburg 1 silbernes Nadelbüchschen, 1 silbernen Strickhacken und 1 goldenes Armkettchen. Zusammen fl. 489 44 kr. (Gesammtsumme der auswärtigen Beiträge fl. 803 56 kr) Im Ganzen neuerdings fl. 536. 6 kr nach Abzug von fl 2. 16 kr., für Porto rc. fl. 533. 49 kr, hiezu fl 3556. 59 kr., an eingegangenen Beiträgen laut des ersten Berichts, und fl. 5 12 kr. Zinsen von der königl. Bank dahier aus fl. 3555 à 2% pro 21. Juni bis 15. Juli 1848 gibt fl. 4096, welche in Folge der in den öffentlichen Blättern enthaltenen Aufforderung des Marine-Ausschusses der deutschen Reichs-Versammlung in Frankfurt als erste Ablieferung der Sammlungen heute an denselben eingesandt worden sind.

Nürnberg, den 18. Juli 1848.

Für den Ausschuß.

Dr. H. Beckh. Schriftführer. J. Huber. Rechnungsführer.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Auf dem Wege der Hilfsvollstreckung wird eine gerichtlich auf 1300 fl gewerthete Barbier-Gerechtigkeit hiemit dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und deshalb Termin zur Aufnahme der Angebote auf

Montag den 7. Aug. l. Js, Vormittags 11 Uhr, Commissions-Zimmer Nr. 9

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Gerichte unbekannte Personen sich sofort bei der Tagsfahrt über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, und der Hinschlag nach §§. 98—101 der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 erfolgt.

Nürnberg, den 26. Juni 1848.

Seuffert.

Trauer-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, gestern Nachmittag halb 2 Uhr unsern innigst geliebten Gatten und Vater, Sohn, Bruder und Schwager,

Herrn Georg Herold,

Kaufmann und Reiseliafabrikanten dahier nach langem Lungenleiden in ein besseres Dasein abzurufen. Er ertrug seine Leiden mit männlicher Geduld und starb im gläubigen Aufblicke zu unserm Herrn und Heilande.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden empfehlen wir den Verblichenen zu frommen Andenken, uns aber zu stiller Theilnahme.

Nürnberg, Gefrees, München, Egloffstein und Windsheim, den 22. Juli 1848.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Mit vorstehender Anzeige verbinde ich zugleich die Nachricht von der unveränderten Fortführung des Reiseliageschäfts meines seligen Mannes und bitte das demselben geschenkte Vertrauen auf mich geneigtest übertragen zu wollen.

Fanny Herold, geb. Toussaint

(Empfehlung) Um den Wünschen sehr verehrter Theilnehmer zu entsprechen, eröffnet Unterzeichneter mit dem Monat August einen neuen Lehrkurs des Tanzunterrichts, und empfiehlt sich zur fernern Theilnahme ganz ergebenst

Anton Kleining.

(Anzeige.) Folgende neue Compositionen mit Text- und Guitarrebegleitung sind zu haben in Nro. 572 am Hallplatz im 3. Stock: „Die Seufzerin," 12 kr. „Deutschland lebe hoch," 15 kr „Der verliebte Alte," Polka 9 kr. „Sehnsucht nach Süden, ernste Arie," 18 kr.

(Zu vermiethen.) In der Winklerstraße sind 2 Wohnungen an stille Familien zu vermiethen.

Preis-Kegelschieben.

Bei mir, dem Unterzeichneten, beginnt heute auf meiner ganz neu hergerichteten Kegelbahn ein in baaren Geldgewinnsten bestehendes Preis-Kegelschieben, wovon der I. Preis aus 14 fl., und dann abwärts bis 2 fl. besteht, wozu ich unter Versicherung der reellsten Verbandlung an alle nahen und fernen Kegelfreunde meine achtungsvolle Einladung mache.

Alles Nähere besagt der sich am Platz befindende Spielplan.

Conrad Mahs, L. Nro. 548, genannt zum Gärtchen, Eingang in der Breitengasse und Frauengäßchen.

Prater.

Heute Montag den 24. Juli giebt es Ollapotrida, gebratene Hühner und noch verschiedene kalte und warme Speisen, wozu ergebenst einladet

M. Rupprecht.

4. Riege des Volks-Vereins.

Berathung bei Herrn Funck, goldnen Ochsen, Montag Abends 9 Uhr.

Meinecke.

(Verlaufen) Ein schwarzer, kurzhäriger Hund mit getiegerter Brust und Pfoten, welcher ein abgenutztes rothes Halsband ohne Zeichen trägt, wird seit gestern als am 22. d. Mts. vermißt. Wer darüber Auskunft ertheilt, oder denselben zurückbringt, erhält eine gute Belohnung Rosenthal Nr. 1589.

(Gesuch) Ein junger Mensch von 19 Jahren, welcher sich allen Arbeiten unterzieht, wünscht in einem Gasthaus, einer Wirthschaft oder als Auslaufer irgendwo unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Familie auf dem Lande sucht eine brave Person, der man die Pflege von einem kleinen Kinde ruhig anvertrauen kann. Es wird guter Lohn und gute Behandlung zugesichert. In S. Nro. 974 der Hans-Sachsen-Gasse, zweite Etage das Nähere.

(Gesuch.) Zwei Personen, (Mutter und Tochter) wünschen bis Ziel Laurenzi eine solide Frauensperson auf die Stube zu nehmen. Näheres 1018 in der Irrengasse, über 2 Treppen

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich willig allen Hausarbeiten unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. Brunnengasse L. Nro. 385.

(Gesuch.) Ein lediger, kräftiger, junger Mann aus hiesiger Gegend, welcher schon geraume Zeit in mehreren achtbaren Häusern dahier als Auslaufer diente, mit den besten Zeugnissen versehen, und im Rechnen und Schreiben bewandert ist, auch auf Verlangen Kaution leisten kann, sucht entweder sogleich oder nächstes Ziel als Auslaufer oder Aufseher eine Stelle. Näheres S. Nro. 980 am Spitalplatz.

(Gesuch.) Ein ordentliches, reinliches Mädchen, welches gute Hausmannskost kochen kann, und sich nebenbei willig auch den übrigen Hausarbeiten unterzieht, wird in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein Mädchen aus Altbayern, 24 Jahre alt, von angenehmem Aeußern und soliden Eltern, sucht in einem Gasthof als Kellnerin, auch als Kindswärterin, Haushälterin oder in einem Laden unterzukommen, und könnte im letzteren Falle auf Verlangen 1200 fl. Kaution leisten. Frankirte Briefe unter Adresse A M. befördert die Exped. d. Bl.

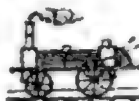
(Zu vermiethen.) In Nr. 605 der breiten Gasse ist ein Zimmer mit Alkov, Bett und Möbel für 1 oder 2 ledige Herren zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Bis zum Ziel Lorenzi 1848 ist im Hause Nro 25 am Herrnmarkt in Nürnberg eine große Wohnung im ersten Stock nebst Pferdestall zu vermiethen. Nähere Aufschlüsse werden im 3. Stock dieses Hauses ertheilt

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIII. Verwaltungs-Jahr

Vom 16. bis 22. Juli incl.



Sonntag	1747	Personen,	fl. 191. 27 kr.
Montag	1062	„	„ 115. 9 „
Dienstag	984	„	„ 108. 9 „
Mittwoch	1052	„	„ 116. 30 „
Donnerstag	1106	„	„ 117. 24 „
Freitag	970	„	„ 203. 54 „
Samstag	938	„	„ 100. 3 „

Summa 7869 Personen, fl. 852. 42 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. Juli 1848. **№ 207.** **Dienstag: Jacobus.**

Fortschritt, Stillstand oder Rückschritt.

Es wird so viel von den Errungenschaften der Märztage gesprochen; worin bestehen denn eigentlich bis jetzt diese Errungenschaften? oder vielmehr in wie weit wurden die Forderungen und Versprechungen in den Märztagen bis jetzt verwirklicht? — Als das deutsche Volk durch die Pariser Februarrevolution aus seinem Schlummer aufgescheucht wurde und aus langjährigem Drucke sich erhob, verlangte es: Einigung aller Volksstämme zu einem großen Ganzen, ein einiges, freies, achtunggebietendes Vaterland, das die Ehre, die Rechte des Ganzen, so wie des Einzelnen, dem In- und Auslande gegenüber vertreten, schützen und wahren sollte; es reklamirte ferner seine unverjährbaren Rechte: Freiheit der Presse, des Glaubens, des Petitions-, Associations- und Versammlungsrechtes, politische Gleichstellung Aller, so wie allgemeine Volksbewaffnung u. s. w. Die Fürsten, um ihre Throne zu retten, gelobten Erfüllung dieser Forderungen. — Vier Monate sind seitdem verflossen; beleuchten wir es etwas näher, in wie weit diesen Forderungen und Zusicherungen seit dieser Zeit entsprochen wurde. Der König von Dänemark verletzte fortwährend die Rechte Deutschlands auf Schleswig-Holstein; kein anderes Mittel blieb übrig, als das Schwert; Preussen, zum Einschreiten aufgefordert, erließ eine Note an das dänische Kabinet, worin unzweideutig ausgesprochen wird: nicht um die Rechte Deutschlands zu wahren, sondern um jene des Dänenkönigs gegen die republikanische Partei zu schützen, greife es zu den Waffen; der Krieg wird auf eine Weise geführt, der einem Volke von 40 Millionen einem von kaum 2 Millionen gegenüber, nicht zur Ehre gereichen kann. Preussen, den Beschlüssen der Nationalversammlung zuwider, beabsichtigt ohne Auftrag und einseitig einen Waffenstillstand abzuschließen, der nichts weniger, als die Ehre Deutschlands wahrt. — Aus dem Kampfe mit Dänemark heimkehrende Freiwillige werden in Preussen entwaffnet und verhaftet gleich fremden Eindringlichen, oder als hätten sie gegen ihr Vaterland zu den Waffen gegriffen. — Fortbestehen, ja selbst Erweiterung einiger Vorrechte des Adels ist in dem preussischen Verfassungsentwurf ausgesprochen. — In Berlin wird die Ankündigung von Volksversammlungen, unter Androhung einer Strafe von 5—50 Thlr. verboten, wenn nicht vorher polizeiliche Erlaubniß hiezu ertheilt würde. — Auf das Gesetz über Einführung einer Centralgewalt und Wahl des Reichsverwesers gibt das preussische Kabinet eine zweideutige Erklärung, die ausgelegt werden kann, wie man es je nach den Umständen für passend hält. Der preussische Gesandte in Neapel beglückwünscht den dortigen König wegen seines Sieges über die Bürger! Der schwache Kaiser von Oesterreich ist von einer weiblichen und männlichen Camarilla umgeben, die nichts weniger als dem Fortschritte huldiget. Jellachich, der wegen Rebellion in die Acht erklärte Banus von Croatien, wird von dieser Camarilla (am Hofe zu Innsbruck) glänzend empfangen und mit Auszeichnung behandelt, in sein Gouvernement zurückgeschickt, nachdem man ihm (dem erklärten Rebellen) noch bedeutende Summen auf die Staats-Kasse anweisen ließ. — Mannigfache Demonstrationen in Tyrol, gegen Religions-Freiheit, gegen die Ausweisung der Jesuiten und Liguorianer ꝛc., überhaupt gegen die Ereignisse in Wien und deren Theilnehmer, die von den höchsten Landesbehörden, unter den Augen des Hofes, unterstützt werden, deuten darauf hin, daß man nicht abgeneigt ist, nöthigenfalls aus Tyrol eine deutsche Vendee zu machen. In Bayern erläßt man Gesetze, die nichts weniger, als den Zusicherungen in den Märztagen entsprechen (wir erinnern nur an das Gesetz über die Initiative); ein Preßgesetz wird gegeben, und zu demselben sogleich erklärt: daß in der Pfalz Ausnahmsdekrete noch fernerhin gelten sollen. — Dem gesammten Militär (ohne Ausnahme der Konfession) wird eine religiöse Handlung (das Kopfbeugen) geboten, und der Besuch von politischen Versammlungen, Vereinen, Klubbs ꝛc. verboten. — In Erlangen wird eine Petition an die Nationalversammlung in Privatwohnungen polizeilich weggenommen, und der Regierungspräsident erklärt auf deßfallsige Beschwerde und den Einwand, daß das Ministerium öffentlich das Petitionsrecht anerkannt habe: „Das bloße Wort eines Ministeriums sey noch kein Gesetz.“ — Die Mitglieder der Nationalversammlung werden selbst in einem neueren Gesetzentwurfe nur als: „Abgeordnete beim deutschen Bunde“ anerkannt. — Der Minister Heisler erklärte bei verschiedenen Gelegenheiten in der Nationalversammlung zu Frankfurt: Daß in Bezug auf die Volksrechte in Bayern nur die bayerische Partikularverfassung maßgebend sey ꝛc. In Würtemberg läßt man Versammlungen in den Häusern polizeilich überwachen, eine Adresse gegen Preßfreiheit unterzeichnen, und verbietet die demokratischen Vereine. — Letzteres geschieht auch in Baden. In Hannover widersetzt man sich der Eidesleistung des Militärs auf die Verfassung, macht Vorbehalte wegen Aufhebung der Flußzölle und übrigen Zollverhältnisse im Innern Deutschlands, und erklärt sich endlich offen gegen die Beschlüsse und Gesetze der Nationalversammlung ꝛc. Hat der König von Hannover durch seine letzte Erklärung der Nationalversammlung ins Gesicht geschlagen, so tractirte sie die hannöver'sche erste Kammer, also der Adel mit Fußtritten. In Frankfurt, unter den Augen der Nationalversammlung, weißt man mißliebige Deutsche polizeilich aus, und Juden, so wie Beisassen (d. h. nicht Altbürger) werden von der Wahl zu einem Verfassungsrathe ausgeschlossen. — In der Nationalversammlung selbst stellen 50 Mitglieder den Antrag: daß namentliche Abstimmung aufgehoben werden soll ꝛc. Außer diesen Thatsachen könnten wir noch eine Menge anderer anführen, die einen Beleg liefern, wie die Einheit, Würde und Ehre Deutschlands, das Petitions-, Associations- und Versammlungsrecht, die Preß- und Gewissensfreiheit, die politische Gleichstellung Aller, Volksbewaffnung ꝛc. von gewissen Seiten verstanden wird. — Doch wir wollen uns für heute nur auf die angeführten Thatsachen beschränken; fragen aber: zeugen dieselben auf die Versprechungen des in den Märztagen gegründeten Fortschritts? Niemand wird dieses zu behaupten wagen. — Sind sie ein Stillstand, d. h. bloße Erfüllung der gemachten Forderungen und Zusicherungen? Dieses zu beweisen, möchte schwer fallen. — Sind sie Rückschritt, also Reaktion? Rückschritt, Reaktion? Gott bewahre! eine Reaktion ist unmöglich geworden! — Wir sehen keine Reaktion! stimmt der ganze Chorus der Vertrauensmänner ein. — Also kein Fortschritt, kein Stillstand, kein Rückschritt; was dann? fragt hier verwundert der deutsche Michel. — Einfältiger, ungeschlachter Bursche, frage die gelehrten Herren in und außerhalb der Paulskirche, vielleicht erfinden diese ein neues Wort, oder beweisen dir haarklein, daß es nicht anders seyn könne, und daß dieses Alles nur zu deinem Besten geschieht.

Deutschland.

Bayern. *(München, 22. Juli.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 42. enthält eine Bekanntmachung, die Verhältnisse der unmittelbaren Staatsdiener betreffend, folgenden Inhalts: Seine Maj. der König haben die nachfolgende Allerhöchste Entschließung zu erlassen, und dabei noch insbesondere auszusprechen geruht, daß es Allerhöchst-Denselben Freude gewährt, dem verdienten von Ihnen sehr geschätzten Stande der Staatsdiener einen Beweis Ihres Wohlwollens und besonderer Fürsorge geben zu können, einem Stande, der in Zeiten der Gefahr und Bedrängniß oft mit Aufopferung seine Pflichten gegen König und Vaterland erfüllte. — Die Unterzeichneten bringen auch dies erhebende königl. Wort mit der allerhöchsten Entschließung selbst zur öffentlichen Kenntniß, überzeugt, daß diesin Alle, die berufen sind zum Dienste des Staates, nur eine neue dringende Aufforderung erkennen werden, auch fürderhin ihrem Berufe die stets bewährte Pflichttreue und Hingebung zu widmen. München, den 20. Juli 1848. Staatsministerien des königl. Hauses und des Aeußern, der Justiz, des Innern, des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten, und der Finanzen. v. Thon-Dittmer. Heintz. Lerchenfeld. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath.

Königlich Allerhöchste Entschließung. Maximilian II. ꝛc. Wir haben bereits Unsern Entschluß ausgesprochen, eine umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Hinterbliebene eintreten zu lassen, und diese Fürsorge auch auf die übrigen Angestellten des Staates auszudehnen. Wir beabsichtigen, den Ständen des Reiches gesetzliche Vorlagen hierüber zu machen und insbesondere eine Revision der IX. Verfassungsbeilage überhaupt bearbeiten zu lassen. Um jedoch einerseits schon jetzt Unserm Beamtenstand einen Beweis Unserer Fürsorge und Bedachtnahme zu geben, andererseits aber die ohnehin so sehr in Anspruch genommene Staatskasse nicht mit allzugroßen neuen Lasten zu beschweren, finden Wir Uns bewogen, vorläufig zu beschließen, was folgt: Art. I. Die im §. 5 und 6 der erwähnten Verfassungsbeilage ausgesprochene Ausscheidung des Standes- und Dienstesgehaltes soll in Beziehung auf die Verwaltungsbeamten nach folgenden Grundsätzen gehandhabt werden: 1) bei Gehaltsbezügen bis zu 1200 fl. einschlüssig soll eine solche Ausscheidung in den Ausstellungs-Dekreten in der Regel nicht ausgedrückt, sondern lediglich nach den Bestimmungen des §. 6 bis 8 der besagten Beilage IX verfahren werden. 2) Wo von 1200 fl. aufwärts in den Anstellungs- und Beförderungs-Dekreten eine Ausscheidung nach Abschn. I. des gedachten §. bestimmt wird, soll dieselbe a) zwischen 1201 und 1299 fl. nach dem noch für 1200 fl. sich berechnenden Standesgehalte sich richten, und auch die im §. 7 und 8 der IX. Beilage ausgesprochene Steigerung im 2. und 3. Dienstes-Jahrzehent zur Folge haben, dagegen b) von 1300 fl. ab nicht unter folgenden Größen Platz greifen: Besoldung 1300 fl. bis 1400 fl. Standesgehalt 900 fl. Besoldung 1401 fl. bis 1600 fl. Standesgehalt 1000 fl. Besoldung 1601 fl. bis 1800 fl. Standesgehalt 1100 fl. Besoldung 1801 fl. bis 2000 fl. Standesgehalt 1200 fl. Besoldung 2001 fl. bis 2200 fl. Standesgehalt 1300 fl. Besoldung 2201 fl. bis 2500 fl. Standesgehalt 1400 fl. Besoldung 2501 fl. bis 3000 fl. Standesgehalt 1500 fl. Besoldung 3001 fl. bis 3500 fl. Standesgehalt 1600 fl. Besoldung 3501 fl. bis 4000 fl. Standesgehalt 1800 fl. Besoldung 4001 fl. bis 6000 fl. Standesgehalt 2000 fl. Von 6001 fl. Besoldung an fortan 2250 fl. Standesgehalt. — Art. II. Wir behalten Uns vor, bei besonders ausgezeichneten und verdienten Beamten den Standesgehalt im Dekret oder durch spätere Entschließung zu erhöhen.

Art. III. Nach Ablauf eines jeden der drei ersten Dienstjahrzehenten soll ein Zehentel des also (Art. I. Nr. 2. b.) bestimmten Standesgehaltes diesem zugeschlagen werden. Diese Mehrung soll jedoch in der Regel über $^{9}/_{10}$ des Gesammtgehaltes sich nicht erstrecken, und eben so wenig höher als auf 3000 fl. sich berechnen. Art. IV. Diese Summe von 3000 fl. wird auch als Standesgehalt der Staats-Minister festgesetzt. Art. V. Bei Bemessung des Standesgehaltes aus dem Hauptgeldbezuge sind auch diejenigen Naturalbezüge, welche einen förmlichen Gehaltsbestandtheil bilden, mit den ihrer Reglung zu Grunde liegenden festen Geld-Anschlägen in Berechnung zu ziehen. Art. VI. Jede Beförderung eines unmittelbaren Staatsdieners im Verwaltungsdienste ist nach Ablauf der ersten drei Jahre seiner Anstel-

lung sogleich definitiv, sofern derselbe nicht bei solcher Beförderung nach Maßgabe des §. 3 der Beilage IX. ausdrücklich als Verweser ernannt wird. Art. VII. Vorstehende Bestimmungen finden auch auf die dermalen im aktiven Verwaltungsdienste bereits angestellten unmittelbaren Staatsdiener Anwendung, welche mit geringeren Standes-Gehalts-Bezügen durch ältere Dekrete angestellt, beziehungsweise provisorisch befördert wurden und noch im Provisorio sind, ohne ausdrücklich als Verweser der höheren Stelle ernannt worden zu seyn. Art. VIII. Bereits erworbene, oder durch die IXte Verfassungsbeilage besonders verliehene Rechte auf einen höheren als in den Art. I und II sich bemessenden Standesgehalt (§. 22 lit. c. §. 26. 27. der IXten Beilage) bleiben vorbehalten. Bei den Forstbediensteten verbleibt es bei der unterm 22ten Dezember 1821 getroffenen Verfügung. Gegenwärtige Entschließung soll durch das Regierungsblatt bekannt gemacht werden. Nymphenburg, den 20. Juli 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heinr. Lerchenfeld. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath.

Dann eine Koniglich Allerhöchste Verordnung, die Zuckerzölle und die Besteuerung des Runkelrübenzuckers für die zweijährige Periode vom 1. Sept. 1848 bis dahin 1850 betr. also lautend: Maximilian II. ꝛc. Nach Artikel 7 der bei dem Vertrage über die Fortdauer des Zoll- und Handels-Vereins vom 3. Mai 1841 abgeschlossenen besondern Uebereinkunft wegen der Besteuerung des Runkelrübenzuckers und der Eingangszölle vom ausländischen Zucker und Syrup, und nachdem die bezüglichen Bestimmungen der Verordnung vom 25. Juni 1847 mit dem 1. September des laufenden Jahres ausser Kraft treten, haben Wir in Uebereinstimmung mit den übrigen Zollvereins-Regierungen beschlossen und verordnen, in gleichmäßigem Hinblicke auf die im Landtags-Abschiede vom 23. Mai 1846 §. 21, die Zollverhältnisse für die Zukunft betreffend, gegebenen Vorbehalte, wie folgt: I. Die gegenwärtigen und durch obige Allerhöchste Verordnung vom 25. Juni 1847 festgesetzten Eingangszollsätze für fremden Zucker und Syrup bleiben für den Zeitraum vom 1. September 1848 bis dahin 1850 unverändert; dagegen wird II. für den gleichen Zeitraum der Steuersatz für den vereinsländischen Rübenzucker vom bisherigen einen Gulden fünf und vierzig Kreuzer (ein Thaler) für den Zentner Rübenrohzucker auf drei Gulden dreißig Kreuzer (zwei Thaler) erhöht. III. Unser Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt. Nymphenburg, den 19. Juli 1848. Max.

(Speyer.) Die diesjährige Diöcesansynode zu Speyer eröffnete ihre Berathungen mit einer Diskussion über Trennung der Kirche vom Staate, welche der Vortrag des Dekans veranlaßt hatte. Im wohlverstandenen Interesse der Kirche und des Staates konnte man für gänzliche Trennung leider sich nicht erklären; damit aber die Kirche ihrem Wesen gemäß sich frei entfalten könne, trug man, vornehmlich zum Behufe der Erlangung größerer Selbstständigkeit, auf Revision ihrer Verfassung an. Die Vorschläge der Kaiserslauterer Versammlung hielt man, bezüglich der zu großen Ausdehnung des Wahlprinzips, diesem Zwecke nicht förderlich. Unbedingte Oeffentlichkeit nahm man nur für die Generalsynoden in Anspruch; in die Diöcesansynoden glaubte man, besonders wegen der ihrem Wirkungskreise durch die Vereinigungsurkunde zugewiesenen disciplinarischen Rechte, nur den Mitgliedern der Presbyterien Zutritt gestatten zu dürfen. Die Veröffentlichung der Protokolle wurde beantragt. Obgleich man gegen die höhern Orts aufgedrungene Geschäftsordnung Verwahrung einlegte, wollte man doch den Gottesdienst beibehalten wissen. Auf das entschiedenste erklärte man sich gegen die neueste Ministerialordre in Betreff der militärischen Kopfbeugung vor dem Sanctissimum; gegen die durch die jüngste Generalsynode angeordnete Verlesung des apostolischen Symbolums an hohen Festtagen wollte man keine Einwendung machen. Allein dringend verlangte man unbedingte Aufrechthaltung des §. 3 der Vereinigungsurkunde, wornach die unirte Kirche der Pfalz die allgemeinen Symbola in gebührender Achtung hält, jedoch keinen andern Glaubensgrund, noch Lehrnorm, als allein die heilige Schrift erkennt, und sprach zugleich die Erwartung aus, daß deßwegen die verschiedenen in der Kirche vorhandenen Glaubensrichtungen sich gegenseitig in aufrichtiger Liebe tragen und auf den Grund der heiligen Schrift immer mehr zu einigen suchen, und daß die Vertreter dieser Richtungen in Schule und Kirche die Glaubenslehren in keinem Falle als symbolisch, sondern als Schriftlehre darstellen und geltend machen werden. Außerdem wurde auf Beseitigung aller Synodal- und Predigerarbeiten, auf Confirmation der Knaben im 14. Lebensjahre und auf Zuweisung auf die Staatskasse der durch die Suspension des Pfarrers Frantz veranlaßten und der Wittwenkasse aufgelegten Kosten angetragen. Da, wo es ohne besondere Belastung der Gemeinden geschehen kann, hält man die Beibehaltung der Confessionsschulen für angemessen. Schließlich wurde der Antrag gestellt, daß das seither bestandene Verbot der Gustavadolfsstiftung, obgleich das Associationsrecht allenthalben frei und ungehindert geübt wird und dem Beitritt nichts im Wege steht, förmlich aufgehoben und die Wirksamkeit des Vereins auch auf Bayern ausgedehnt werde. (N. Speyr. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 21. Juli.) [73. Sitzung der zweiten Kammer.] Anläßlich einiger Petitionen der im Gefängniß zu Bruchsal sitzenden politischen Gefangenen wird von Seiten der Reg.-Kommissäre die Versicherung ertheilt, daß die ernannten 10 Untersuchungs-Richter ihrem schwierigen Amte mit unermüdlichem Eifer und unausgesetzter Thätigkeit obliegen, daß schon viele weniger Gravirte aus der Haft entlassen worden, daß übrigens die Gefangenen mit aller Humanität behandelt würden, was auch von Seiten mehrerer Abgeordneten, namentlich durch Blankenhorn und Metz, bestätigt wird. — Die neu eingetretenen Abgeordneten Zell und Schey werden beeidigt. (Schw. M.)

(Konstanz, den 18. Juli.) Heute sind die Seeblätter auf Befehl des Großherzogl. Bezirksamts dahier mit Beschlag belegt worden. Anlaß dazu gab sowohl ein gegen den Reichsverweser Erzherzog Johann gerichteter Artikel, der dem Volksfreunde von Hecker entnommen war, als auch ein Gedicht, das die Aufschrift trägt: »Die deutschen Patrioten an die Karlsruherin.« (Schw. M.)

(Heidelberg, den 20. Juli.) Durch einen Ministerialerlaß vom 18. d. wurde der Kurator der Universität beauftragt, die nach Neustadt a. d. H. ausgezogenen Studenten aufzufordern, hieher zurückkehren, und ihre Ankunft bei dem Universitätsamte anzumelden. Bis heute sind nun die Studenten noch nicht zurückgekehrt, und nach so eben von Neustadt hier eingetroffenen Nachrichten, hat diese Aufforderung bis jetzt noch den erwünschten Erfolg nicht hervorgebracht. Besonders ist den Betheiligten die Stelle in der Aufforderung: „sich bei dem Universitätsamte anzumelden“ etwas anstößig; zumal da der Universitätsamtmann bei denselben nicht sehr beliebt ist. Eine Deputation von hiesigen Bürgern, welche eine Milderung der erwähnten Aufforderung in Karlsruhe zu bewirken suchte, hat ihren Zweck in so weit erreicht, als den Studenten gestattet ist, einen andern Verein zu gründen, jedoch dürfte dessen Zweck und Ziel nicht der des aufgehobenen seyn: „zur Verwirklichung der demokratischen Republik in unserem Vaterlande nach Kräften beizutragen.“ Uebrigens ist es im Interesse der Weggegangenen zu bedauern, wenn sie auf längere Zeit den Gang ihrer Studien unterbrechen würden, besonders da auf dem eingeschlagenen Wege, selbst wenn ein Grund zur Beschwerde sich auffände, nichts zu erreichen ist. Von vielen Seiten her glaubt man, daß in ganz Deutschland die demokratischen Vereine aufgehoben würden. Dann hätten die Studenten auch weiter keinen, wenn auch nur scheinbaren, Grund mehr, sie seien in ihren Rechten dadurch verletzt, daß nur ihr Verein verboten werden. Sollten jedoch die Studenten bei ihrem Auszuge auch das beabsichtigt haben, daß die Vorlesungen eingestellt würden, so haben sie diesen Zweck nicht erreicht. Der dritte Theil unserer Studenten ist noch hier, welcher sogar ihre Kommilitonen als nicht gehörig von der ganzen Sachlage unterrichtet, zur Rückkehr öffentlich aufgefordert hat, und für die hier anwesenden Studenten werden die Kollegien fortgesetzt, selbst wenn in einzelnen auch nur sehr wenige Zuhörer sind. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 22. Juli.) Eine der nächsten Aufgaben des Ministeriums war die Regulirung des innern Dienstes. Ihre Lösung war nicht ohne Schwierigkeiten, da das gesammte Dienstpersonal zu wählen und der Geschäftsbetrieb zu ordnen war. Dies ist bereits geschehen und der Dienst im geregelten Gange. Das Ministerium hat dabei die möglichste Vereinfachung der Geschäfte eingeführt und wird überflüssigen bureaukratischen Beigaben nie Raum gestatten. Es sind auch alle Vorbereitungen getroffen, daß, wenn das Ministerium, wie in kurzer Zeit zu erwarten ist, vervollständigt seyn wird, die für dasselbe nöthigen Lokalitäten und Arbeitskräfte vorhanden sind und seine Thätigkeit in allen Richtungen beginnen kann. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 22. Juli.) In der heutigen 45. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung wurde zuerst die Berathung über den Wydenbrugk'schen Bericht vorgenommen. Hierüber sprachen Ruge, v. Schmerling, Vogt, Bassermann, Blum, Wurm, Jahn, v. Beckerath, Möring und zuletzt der Berichterstatter v. Wydenbrugk. Der Reichsminister v. Schmerling theilte der Versammlung mit, daß das Ministerium nach seiner Vervollständigung ein auf den Grundsätzen der Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands beruhendes Programm seiner auswärtigen Politik vorlegen werde, und daß es auch im Begriff stehe, die französische Republik anzuerkennen und einen Gesandten nach Paris abzuschicken. Bei der Abstimmung erklärte sich die Versammlung fast einstimmig für die im Ausschußbericht ausgesprochenen Grundsätze der Achtung der Selbstständigkeit fremder Nationen. Der Antrag Ruge's auf einen Völkercongreß zum Zwecke der allgemeinen Entwaffnung wurde verworfen, ebenso der Antrag Schuselka's, von der russischen Regierung offene und unumwundene Erklärung über ihre Rüstungen zu verlangen. Dagegen wurde beschlossen: Der Ausschußantrag auf eine, der gegenüberstehenden russischen Heeresmacht entsprechende Vermehrung der deutschen Streitkräfte an der östlichen Gränze solle, mit Rücksicht auf die inzwischen beschlossene Verstärkung der Heeresmacht, der Centralgewalt zur Ausführung überwiesen werden. Ueber die Anträge auf Schutz und Trutzbündnisse mit verschiedenen Staaten wird zur motivirten Tagesordnung geschritten; endlich erklärt die Versammlung, daß sie die Anerkennung Frankreichs als eine Republik und die Absendung eines Gesandten Deutschlands nach Paris bei der bevorstehenden Anordnung der deutschen Gesandtschaften als selbstverstanden betrachte. Schluß der Sitzung: 2 Uhr. Tagesordnung für Montag: Die Posen'sche Frage. (Frankf. J.)

(Frankfurt, den 21. Juli.) [Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Kongresses.] In der heutigen um 3 Uhr Nachmittags beginnenden Sitzung stattete der zweite Ausschuß Bericht ab über seine, auf Grund dieser ihm überwiesener Instruktionen und schriftlicher Vorlagen genommenen Arbeiten. Der Referent verlas folgende zur Hebung des deutschen Handwerkerstandes vom Ausschuß zur Diskussion aufgestellte Grundzüge: I. Eine allgemeine Handwerker-Ordnung für ganz Deutschland, gestützt auf folgende Grundsätze: a) Der Betrieb eines Handwerks ist bedingt durch Gewinnung des Meisterrechts. b) Alle Meister müssen zu Innungen zusammentreten. c) Die Zulassung des Beitritts hängt ab vom Nachweis der vollen Befähigung und einem bestimmten Alter. d) Mehrere Gewerbe darf Niemand gleichzeitig betreiben. — II. Schutz des Handwerkstandes: A) Nach Innen: a) Beschränkung der Gewerbe auf die Städte, in der Regel; b) Haushandel mit Handwerksartikeln ist unbedingt zu verbieten; c) Staatswerkstätten sind unzulässig; d) die Fabriken müssen zu Gunsten des Handwerkerstandes angemessen besteuert werden; e) nur dem Handwerkerstande ist der Kleinhandel mit den Fabrikaten seines Gewerbes gestattet. B) Nach Außen: a) Schutzzölle; b) Begünstigung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht, oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials; d) Handelsverträge mit dem Auslande. — C. Verhältnisse zum Staat: a) Vertretung der Innungen durch Spezial- und eine allgemeine deutsche Handwerkskammer; b) ausschließliches Recht der innern Selbstverwaltung der Innungen. — D) Hülfsmittel: a) durch Schulen und Fortbildungsanstalten; b) durch Hülfskassen und Vorschußbanken: c) durch zweckmäßige Kreditgesetze. — Nach einer mehrstündigen Debatte wurde statt a) I. das folgende Amendement angenommen: „Der Betrieb eines Handwerks oder technischen Gewerbes ist bedingt durch Gewinnung des Meister- und Ortsbürgerrechts.“ Der Antrag b) I. wurde in folgender abgeänderter Fassung angenommen, „Alle Handwerker treten zu Innungen zusammen.“ Analog der Verhandlung der Nationalversammlung über die Grundrechte des deutschen Volks soll auch über diese der künftigen Handwerkerordnung wahrscheinlich zu Grunde zu legenden Prinzipien zweimal abgestimmt werden. (Frkf. Journ.)

Hessen. (Mainz, 21. Juli.) So eben trifft von Darmstadt die Nachricht ein, daß unsere Staatsregierung endlich die lange schon gewünschte Auflösung der beiden Ständekammern verfügt hat. Dieser Akt, mit welchem Herr Jaup seine ministerielle Wirksamkeit beginnt, wird im Lande überall mit Beifall begrüßt werden, und es bleibt daher nur

zu wünschen, daß für die jetzt zu berufende constituirende Kammer ächte Volks- und Vaterlandsfreunde gewählt werden, die nicht blos in glänzenden Worten, sondern auch mit aufrichtigem Herzen für das Wohl des Landes zu wirken bereit und den dermaligen Verhältnissen gewachsen sind. (Frankf. J.)

(Gießen, den 20. Juli.) Gestern früh wurde der Haupträdelsführer von der Bande, welche das Haus des Bürgermeisters in Wieseck demolirt hat, hier eingebracht. Mitten in der Stadt, als er vom Landgerichte ins Zuchthaus gebracht werden sollte, versuchte er, sich zu befreien und fand Unterstützung von einigen schlechten Subjecten. Doch wurde dem Gesetze Achtung verschafft. Mittags wurden von Königsberg Holzfrevler eingebracht. Als ihnen auf dem Kreisbureau die Verhaftung ausgesprochen wurde, wollten sie sich nicht fügen und mußten niedergeworfen und geknebelt werden. Bei dieser Gelegenheit fand man bei einem dieser Subjecte eine neue Pistole, die er eine halbe Stunde zuvor hier gestohlen hatte. Abends erschien eine Rotte von Wieseck, um den des Morgens eingebrachten Rädelsführer zu befreien, wurde aber von der Bürgergarde, die auch dies Mal Stand hielt, zurückgetrieben. (Frankf. J.)

Oesterreich. (Wien, 20. Juli.) In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung wurde zuerst der Entwurf der Geschäftsordnung verlesen und derselbe einstweilen bis zur nähern Berathung als Statut angenommen. Die Geschäftsordnung, welche vorzüglich der französischen nachgebildet zu seyn scheint, ist im Ganzen sehr zweckmäßig verfaßt; nur war uns darin auffallend, daß der Vorsitzende seines Stimmrechts beraubt ist. Die Reichsversammlung schritt hierauf zur Wahl des Vorsitzers auf vier Wochen, welche mit 259 aus 289 Stimmen auf den Dr. Schmitt fiel. Außerdem erhielten noch Hr. Hagenauer (aus Triest) 12, Graf Station 3, Pillersdorff 3, Palatzky 1, Lubomiersky 2, Mayer (aus Brünn) 3, Robert 2, Füster 1. Dieses für die deutsche Nationalität scheinbar so günstige Resultat, ist nur die Folge eines, zwischen den Parteien getroffenen gütlichen Uebereinkommens, welches aber doch, wenn es für die Dauer erhalten würde, gute Früchte tragen muß. Hr. Schmitt (aus Wien) ist ein ehrenwerther, erprobter Charakter voll gediegener juridischer Kenntnisse und von gemäßigten aber entschiedenen Gesinnungen. In seiner kurzen, würdigen Antrittsrede berührte er den Erfolg der Einigkeit zwischen den verschiedenen Parteien, und hoffte, daß diese auch für die Zukunft bewahrt werden wird. Er richtete auch einige Worte an die Zuhörer, und ermahnte sie, ferner mit der bisherigen Würde sich zu betragen. Zum ersten Vicepräsidenten wurde erwählt, mit 229 Stimmen Dr. Strobbach (aus Prag). Bei dieser Abstimmung erhielt Stadion 22 Stimmen. Dr. Strobbach sprach gleichfalls mit einigen herzlichen versöhnenden Worten seinen Dank aus, und erklärte in seiner Wahl das slavische Princip geehrt. Zum zweiten Vicepräsidenten wurde Hagenauer mit 234 Stimmen gewählt; bei dieser Wahl erhielt auch der galizische Bauer Sawka eine Stimme. Hr. Hagenauer sagte u. a. in seiner Dankrede daß der Präsidentenstuhl der Reichsversammlung mit einer Glorie umgeben sey, die der eines Thrones gleiche. Hierauf wurde die Wahl der Schriftführer vorgenommen; das Ergebniß werde ich Ihnen (wegen Postabgang) morgen mittheilen. Die Sitzung wurde um halb 5 Uhr vertagt, um sich um 6 Uhr wieder zu versammeln, den Entschluß des Herzogs Johann über die feierliche Eröffnung des Reichstags zu vernehmen, und darüber das Weitere zu beschließen. (Allg. Z.)

An das Ministerium des Innern ist am 20. Juli folgende telegraphische Depesche aus Prag 20. Juli angelangt: Der Belagerungszustand in Prag wird heute als aufgehoben erklärt. (Wien. Z.)

Eben eingehenden Privat-Nachrichten zu Folge sind die Ungarn am 15. bei Szegedin von den Kroaten und Serbiern aufs Haupt geschlagen worden. (Wien. Z.)

Preussen. (Posen, 15. Juli.) Daß die Aufregung unter den polnischen Einwohnern unserer Stadt in den letzten acht Tagen noch bedeutend zugenommen hat, ist wahr, und sowohl diese Erscheinung, als die immer auffallender werdende Anwesenheit vieler jungen Polen, die seit Monaten verschwunden waren, bekunden für jeden, der den poln. Charakter kennt, daß sie neue Hoffnungen hegen und demnächst wohl wieder ein Schlag ausgeführt werden soll. Bei der großen Menge des sowohl in unserer Stadt als überhaupt im Großherzogthum konzentrirten Militärs müßte man es für Wahnsinn halten, wenn sie eine neue Schilderhebung unternähmen, vielmehr möchte man glauben, daß sie wiederholt ihre Hoffnungen auf Berlin gerichtet haben, wo bei dem Proletariat eine so aufgeregte Stimmung herrscht, daß es vielleicht nur eines verwegenen Anstoßes bedarf, um ein Nachspiel des letzten Pariser Aufstandes zu halten. Die Zahl der republikanisch Gesinnten ist in der preussischen Hauptstadt verhältnißmäßig größer, als auf irgend einem andern Punkte Deutschlands, das Herzogthum Sachsen-Altenburg etwa ausgenommen, und die Polen, die in Berlin ihr „verdecktes" Spiel mit günstigem Erfolge treiben, sind überzeugt, daß binnen kurzem eine republikanische Bewegung von Berlin aus über ganz Deutschland sich verbreiten werde, gegen die jedes Einschreiten vergeblich sein werde. Sie meinen, die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers werde über kurz oder lang sich bei den Deutschen so mißliebig machen, daß bis zur Republik nur noch ein Schritt, zu thun sey und sobald die allgemeine deutsche Republik proklamirt werde, sey auch die Wiedergeburt Polens ausgesprochen. Wenn man jedoch den hier ziemlich allgemein verbreiteten Gerüchten trauen darf, so gehen die Polen in ihren sanguinischen Erwartungen noch weiter und wollen abermals einen Konflikt der beiden Nationalitäten herbeiführen, der diesmal eine äußerst blutige Katastrophe zur unausweichlichen Folge haben müßte, da die gegenseitige Erbitterung den höchsten Grad erreicht hat, was bei dem deutschen Militär seinen Grund darin findet, daß es die sämmtlichen gefangenen Insurgenten frei umhergehen sieht. Dies zu frühe Amnestiren der Kriegsgefangenen wird für den Staat die traurigsten Folgen nach sich ziehen, da ein großer Theil der Freigelassenen das alte Spiel von Neuem beginnt. Jetzt werden die Soldaten polnischer Nationalität, wie verlautet, auf alle Weise bearbeitet, um sie zum Abfall zu vermögen, und sich ihrer im Augenblick der Entscheidung zu versichern. Ein Glück ist es, daß der kleine polnische Bauer (Komornik), der sich schmählich getäuscht sieht, zu einer neuen Schilderhebung so wenig Lust hat, daß die Verführungskünste der Agenten wohl erfolglos bleiben werden. Haben jene Bauern doch abermals gesehen, daß sie die Revolutionsgelüste des „jungen Polens" mit ihrem Blute haben bezahlen müssen, ohne daß ihnen die heilig verheißenen drei Morgen Landes zu Theil geworden sind! Durch dies unbedachte Versprechen haben die polnischen Gutsbesitzer sich den gefährlichsten Feind im eigenen Hause erweckt, der ihnen bald über den Kopf wachsen wird, und zu dessen Bekämpfung sie schon den Beistand der Regierung anzurufen beginnen. Doch die Wirksamkeit der Regierung ist in diesem Falle nur eine äußerliche; der Gegensatz zwischen Adel und Bauer, in Polen bisher unbekannt, wird von nun an nur schärfer hervortreten, und auf welche Seite endlich der Sieg sich neigen wird, kann Niemanden, der einen ungetrübten Blick hat, zweifelhaft seyn. Das „junge Polen" wühlt fort und fort, und merkt nicht, daß es selbst das Grab des Vaterlandes gräbt! — Aus dem Königreich Polen fehlen neuere Nachrichten von Belang; die russische Armee hat zwar eine achtunggebietende Stärke, doch an ein Ueberschreiten der preussischen Gränze glaubt vorläufig Niemand mehr. (Fft. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, den 20. Juli.) Der „Hamb. Corresp." vom 18. d. M. stellt die von dem General von Wrangel verfügte Zurückschickung des von der Tann'schen Freicorps von der Armee in einem gehässigen Lichte dar, wogegen wir zur genügenden Widerlegung nachfolgendes Schreiben des Oberstlieutenants von d. Tann an General von Wrangel mitzutheilen im Stande sind, aus welchem hervorgeht, daß dieser Schritt nur im Einverständniß mit dem Commandeur des Corps geschehen ist: „Hadersleben 9. Jl. 1848. Sr. Exc. dem Gen. der Cavall. v. Wrangel, Großkr., Befehlshaber der Armee in Schl.-Holst. In Erwiderung einer hohen Anfrage vom heutigen Tage beehre ich mich gehorsamst zu berichten, daß es jedenfalls wünschenswerth scheint, das Freikorps bei der jetzt eingetretenen Waffenruhe und dem nahen Waffenstillstande zu entlassen. Nur muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß sich das Freikorps bis zum Eintritt eines Waffenstillstands bei der prov. Regierung zum Dienste verpflichtet hat, welches Engagement vorher gelöst werden sollte. Die in den Freikorps dienenden bayerischen Offiziere sind an keine bestimmte Zeit gebunden und wünschen sämtlich ihre Entlassung. Bei weitem der größte Theil des Freikorps — namentlich die fünf Compagnien des früheren v. d. Tann'schen Korps und das Aldosser'sche Korps — haben durch mehrmalige Erklärungen ihren Rücktritt von dem ihrer Führer abhängig gemacht. In einem anderen Verhältniß steht jetzt die 6. Kompanie, aus den Resten des ehemaligen Wasmer'schen Korps zusammengesetzt, welche sich schon früher der Regierung zur beliebigen Disposition gestellt hat. Von Seiten des Korps dürfte demnach einer sofortigen Auflösung kein Hinderniß im Wege stehen. (gez.) Oberstlieutenant v. d. Tann, Kommandeur." Wie erwartet, ist das Korps etwas nach Mittag hier eingerückt, mit derselben Herzlichkeit von den Bürgern Rendsburgs begrüßt worden, wie die gestern hier eingetroffenen Waffenbrüder. Eine kleine Festlichkeit auf dem Schützenhofe vereint sie in diesem Augenblick vor dem Scheiden noch einmal zum fröhlichen Gelage, bei welchem indessen auch andere Gefühle als die gemischten der Freude und der Wehmuth ihren Ausdruck zu finden scheinen. An Mißverständnissen hat es, wie man oben sieht, nicht gefehlt. Hoffen wir eine allseitige Verständigung. Das schleswig-holsteinische Volk wird es nie vergessen, was es diesen wackern Streitern schuldet. (S.-H. Z.)

Württemberg. (Vom Bussen.) Die bayerischen Truppen, von Baden kommend, marschirten unlänst durch unsere Gegend, hatten aber einige Sträuße zu bestehen, z. B. in Saulgau, Altshausen und in Buchau. Einzelne Personen ließen hier in der Militärgesellschaft den Hecker leben, folgten keiner Warnung und mußten dieß theuer büßen. Die Soldaten machten Gebrauch vom Säbel und jagten die Schreier hinaus. Mancher trägt im Stillen eine Verwundung oder Quetschung herum. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 20. Juli.) Der Moniteur bringt heute endlich folgende Verordnung: „Französische Republik, Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Auf den Bericht des Ministers des Innern und nach Anhörung der Minister beschließt der Conseilpräsident. Art. 1. Der Bürger Trouvé-Chauvel ist zum Präfekten des Seinedepartements ernannt, in Ersetzung des Bürgers Armand Marrast, dessen Abdankung angenommen ist. Der Bürger Ducoux ist zum Polizeipräfekten ernannt an die Stelle des für die Seine-Präfektur bestimmten Bürgers Trouvé-Chauvel. Art. 2. Der Minister des Innern ist mit Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. So geschehen im Präsidentschafts-Hotel zu Paris, den 19. Juli 1848. (gez.) E. Cavaignac.

Die ganze gestrige Sitzung der Nationalversammlung war fast ausschließlich der Präsidentenwahl gewidmet. Der Kampf war heiß. Jede Partei wollte ihren Kandidaten durchsetzen. Die Rue de Poitiers hatte alle ihre Schwungfedern in Bewegung gesetzt, um die Mehrheit für ihren Kandidaten Lacrosse zu erzielen. Sie ist geschlagen worden, Marrast, der im ersten Skrutinium von 781 Stimmenden 386 erhielt, ließ seinen Konkurrenten Lacrosse mit 341 Stimmen weit hinter sich, indem er von 765 Stimmen 411 erhielt und somit zum Präsidenten der Nationalversammlung proklamirt wurde. Der Berg, der sich anfangs gespalten, indem ein Theil für Lacrosse ein anderer für Marrast, und der Kern mit 37 Stimmen für Bac gestimmt hatten, rächte sich zuletzt an der Thierspartei und stimmte für ihren eifersüchtigsten Gegner, Hrn. Armand Marrast, der auf diese Weise den Sieg errang.

Ein Projekt der provisorischen Regierung wurde ebenfalls zu Grabe getragen. Dieselbe beabsichtigte bekanntlich, in allen Stadten und Flecken Provianthäuser zu errichten, in welchen das Arbeitsvolk seine Lebensmittel zu den wohlfeilsten Preisen erhalten könne. Vautier hatte auf jenes Projekt hin einen vollständigen Plan ausgearbeitet und ihn der Nationalversammlung in Form einer motivirten Proposition vorgelegt, in der er ihr haarklein auseinander setzte, daß je ärmer der Mensch sey, desto theurer er Alles bezahlen müsse. — Die Versammlung fand diesen Grund wenig plausibel, und zog es vor, die Sache auf die lange Bank zu schieben, d. h. ins Unendliche zu vertagen. Sie hatte übrigens selbst Hunger und eilte schon um 6 Uhr zum Proviantbause. Ihr eigner Magen konnte sie also nicht einmal von der Wichtigkeit des Vautier'schen Antrages überzeugen.

Ohne ganz vertraute Freunde zu sein, haben sich doch Frankreich und England entschlossen, eine vereinigte Flotte in das schwarze Meer vor die Donaumündung zu schicken, um die Schritte Rußlands zu überwachen. Es frägt sich, was Rußland zu diesem Bruch des Vertrags von Unkiar Skelessy sagen wird, der den

französischen und englischen Kriegsschiffen den Eingang in den Bosphor ausdrücklich verbietet.

[National-Versammlung. Sitzung vom 20. Juli.] Vizepräsident Corbon eröffnet sie um 2½ Uhr. Nach Vorlesung des Protokolls durch einen der Schreiber, theilt der Präsident der Versammlung einen Brief von A. Marrast mit, worin derselbe ihr für das hohe Vertrauen dankt, das sie ihm durch seine Wahl zum Präsidenten erwiesen. Er bedauert jedoch, nicht sofort den Präsidentenstuhl einnehmen zu können, indem ihn ein heftiges Fieber im Bett zurückhalte. Sobald dieses vorüber, werde er sich beeilen, sein hohes Amt zu erfüllen.

Der Präsident zeigt an, daß die Stimmzettelzählung über die Wahl eines neuen Vizepräsidenten in den Nebensälen vollendet sei und folgendes Resultat geben habe. Zahl der Stimmenden 410, absolute Mehrheit 221, Bixio hat 328 Stimmen erhalten und wird somit zum Vizepräsidenten proklamirt. Nach Bixio, der sich so muthig gegen die Insurgenten auf den Barrikaden gezeigt hatten, zählten Trelat, der Exstaatsbauten-Direktor und Vivien, der Akademiker, die meisten Stimmen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Nachdem in der Konkurssache des Wirthschaftsbesitzers Johann Merkel im Vogelsgarten bei Wöhrd bei der am 18. v. M. stattgehabten Subhastationstagsfahrt auf die zur Masse gehörigen Immobilien annehmbare Gebote nicht gelegt worden sind, so wird nach Antrag der Massakuratel und des Gläubigerausschußes zweite Subhastationstagsfahrt zum Verkaufe nachfolgender Immobilien

1) das Haus Nr 47 a im Vogelsgarten mit 12 Dez. Oedung und 1 Remise.
2) das Wirthschaftsanwesen zum Vogelsgarten mit realer Bierwirthschaftsgerechtigkeit Haus-Nr 43 und 44 mit Kegelbahn, Kellerhaus, Stallung, 37 Dez. Wurzgarten, 6 Dez. Oedung und 1 Tgw. 73 Dez. angegefällten Weiher.
3) das Haus Nr 45 daselbst mit 9 Dez. Wurzgarten
4) das Haus Nr. 46 daselbst mit 16 Dez. Wurzgarten und 9 Dez. Oedung an der Saubrücke,

deren nähere Beschreibung und Belastung aus der ersten Bekanntmachung vom 11. März d. Js. in der Mittelfränkischen Zeitung Nr 67, 125, 137; im Nürnberger Kurier Nr 93, 101, 107; und im Kreis-Intelligenzblatt von Mittelfranken Nr. 24, 27 und 29 zu ersehen ist, auf

Donnerstag, den 3. August, Vorm. 9 Uhr, C. Z. N. 6.

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß der Zuschlag für die gelegten Angebote ohne Rücksicht auf den erhobenen Taxwerth erfolgt.

Nürnberg, den 27. Juni 1848.

Seuffert.

Wäger

Einladung

Zu dem bei mir stattfindenden altbayerschen Preis-Kegelschieben, bei welchem folgende Preise ausgesetzt sind:

		fl.	kr.
1)	25 Randdukaten mit Trikolor-Fahne	140	—
2)	20 Randdukaten mit National-Fahne	112	
3)	16 Randdukaten dito	89	36
4)	20 Doppelthaler mit Fahne	70	—
5)	16 Doppelthaler dito	56	—
6)	12 Doppelthaler dito	42	—
7)	20 Zweiguldenstücke dito	40	—
8)	16 Zweiguldenstücke dito	32	—
9)	12 Zweiguldenstücke dito	24	—
10)	20 Guldenstücke dito	20	—
11)	18 Guldenstücke dito	18	—
12)	16 Guldenstücke dito	16	—
13)	14 Guldenstücke dito	14	—
14)	12 Guldenstücke dito	12	—
15)	10 Guldenstücke	10	—
16)	8 Guldenstücke	8	—
17)	7 Guldenstücke	7	—
18)	6 Guldenstücke	6	—
19)	2 Kronenthaler	5	24
20)	2 Bayrische Thaler	4	48
21)	4 Guldenstücke	4	—
22)	2 Preußenthaler	3	30
23)	3 Guldenstücke	3	—
24)	1 Kronenthaler	2	42
25)	2 Guldenstücke	2	—

mache ich allen werthen nahen und fernen Kegelfreunden meine achtungsvolle Einladung.

Nürnberg, den 23. Juli 1848.

Wolfgang Link, Wirth im Neuenthor-Zwinger.

Anzeige und Empfehlung.

Meinen verehrten Freunden und Gönnern, so wie dem verehrlichen Gesammtpublikum mache ich hiemit die ergebenste Anzeige, daß ich den Gasthof „zur Eisenbahn,“ zunächst dem Bahnhof vor dem Frauenthor, übernommen habe; ich lade daher zu recht zahlreichem Besuch mit dem Bemerken höflichst ein, daß bei mir täglich und zu jeder Zeit verschiedene warme und kalte Speisen anzutreffen, und fortwährend gute Frankenweine zu haben sind, 6 und 9 kr., so wie auch andere Weine zu haben sind. Auch mit gutem Bier werde ich stets besorgt seyn. Nach unterlaße ich nicht, mich meinen werthgeschätzten Nachbarn bestens zu empfehlen und um ihren gütigen Besuch

K. Hofmeister.

Für Rheumatismus und Gichtkranke.

Die rühmlich bekannten im Med. Korrespondenzblatt als unschätzbar empfohlenen Rheumatismus-Ableiter des Erfinders Dr Burcand Klofrei à 18kr pr. Stück, sind fortwährend durch den Agenten Carl Graf in Augsburg zu beziehen; auch können Aufträge mit Betrag franco nebst 3 kr Einschreibgebühr unter der Adresse des Herrn J Engelhard jun in Nürnberg an ihn gerichtet werden, worauf unverzüglich die Bedienung erfolgen wird. Da alle 24 Stunden damit abgewechselt wird, so sind 2 Stücke nothwendig. Solche leisten an das Wunderbare gränzende schnelle Hülfe bei: Rheumatismen-, Gicht-, Gesichts-, Kopf-, Ohren-, Hals-, Zahn-, Brust-, Lenden-Schmerzen und Entzündungen, Gliederreißen, Krämpfen, Schlaflosigkeit, Rothlauf rc. Eines der vielen Zeugnisse lautet: Nachdem ich seit vielen Jahren gegen ein hartnäckiges Gichtleiden alle erdenklichen Mittel vergeblich angewendet hatte, so sehe ich mich endlich durch den fortgesetzten Gebrauch der Rheumatismus-Ableiter des Herrn Dr. Klofrei hievon so vollkommen befreit, daß auch nicht der mindeste Schmerz noch Steifheit zurückgeblieben ist. Die wunderbare Wirkung dieser Ableiter bewährte sich außerdem bei zwei meiner Bekannten in der Art, daß der eine von heftigen Kopfschmerzen, der andere aber von einem gefährlichen Augenübel gänzlich geheilt wurden. Bern, 3 Oktober 1846. Jacob Faesi Kantonsrath. Die Aechtheit dieser Unterschrift bestätigt: für die Gemeindekanzlei: Girtauer. Den Gebrauchsanweisungen ist die mit eigenthümlicher nirgends existirender Schrift gedruckte Bemerkung beigefügt: „Zum Schutze gegen Nachdruck,“ welche genau ins Auge gefaßt werden wolle, damit anderwärts um mehrfach theurere Preise ausgebotene Exemplare, deren Gebrauchsanweisungen ohne dieses Merkmal beigegeben wären, sogleich als betrügerisch verfälscht erkannt werden können.

Mozarts Vereins-Versammlung

ist Mittwoch den 26. Juli

auf dem Belvedere,

und werden die Mitglieder der s. g. kleinen Musik die Gefälligkeit haben, abwechselnd Vorträge zu geben.

Der Vorstand.

Kündinger. Mainberger. Röder.

Köcherts Zwinger.

Montag den 24. Juli Blechmusik Abends Illumination und Abbrennung einiger Feuerwerks-Piecen.

Köchert.

Constitutioneller Verein.

Versammlung: Mittwoch den 26. Juli Abends 8 Uhr im Rößel'schen Kaffeehaus.

Die Mitglieder werden ersucht, eigenhändig unterschriebene Stimmzettel zur Wahl eines neuen Ausschußes von Neun Mitgliedern in dieser Versammlung an den Vorsitzenden abzugeben resp. abgeben zu lassen.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Dienstag den 25. Juli produzirt sich das Münchner Kleeblatt zum letzten Mal, wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 7 Uhr

Kißkalt.

Volksvereins-Versammlung

Dienstag den 25. Juli Abends 8 Uhr im Reichsadler.

Erklärung der Altdorfer Wahlmänner.

Wir erkennen die von Herrn Dr. Krafft bei der Wahl des Reichsverwesers gegebene Abstimmung als eine seinem Glaubensbekenntnisse entsprechende, haben ihn nur auf Grund dieses Glaubensbekenntnisses gewählt, und schenken seiner ferneren Wirksamkeit in der deutschen Nationalversammlung volles Vertrauen.

Achtundzwanzig unter neunundzwanzig Wahlmännern.

Einladung.

Sämmtliche Altgesellen der hier sich befindenden Gewerbe werden auf Dienstag den 25. Juli Abends 8 Uhr in das Gasthaus zur goldenen Krone am Obstmarkt zu einer wichtigen Besprechung hiemit eingeladen.

Aufforderung.

Eingetretener Familienverhältnisse wegen fordern wir alle Diejenigen, die irgend eine Forderung an uns zu machen, eben so diejenigen, die noch Zahlungen an uns zu leisten oder sonst etwas in Händen haben, auf, binnen 8 Tagen solches bei dem königl. Advokaten Hrn. Dr. Künell dahier, anzubringen, und wird bemerkt, daß spätere Anmeldungen unberücksichtiget bleiben.

Nürnberg, den 23. Juli 1848.

P. C. Merklein, Conditor, nebst Frau

(Bitte.) Wer über den gegenwärtigen Besitz der von Augsburg aus ausgestellten bayer. 3½prozentigen Staatsobligation au porteur Nro. 9920—11229, oder deren Koupons vom 1. August, Auskunft geben kann, wird hiemit dringend gebeten, sie an die Expedition dieses Blattes zu ertheilen. Desfallsige Berichte ziehen keinerlei Verantwortlichkeit nach sich.

(Verloren.) Gestern Abend wurde von der Walch über die Färbersbrücke bis zur Kannenapotheke ein großer, eingewirkter gelber Shawl verloren. Der redliche Finder wird um dessen Zurückgabe gegen eine gute Belohnung in das Haus S. Nro. 1073 an der neuen Gasse gebeten.

(Zu vermiethen) In der Hauptstraße Nr 97 zu Gostenhof ist ein heiteres Logis täglich zu vermiethen. Näheres Nro 44 daselbst

(Zu verkaufen) In Nro 495 der Brunnengasse ist eine gutsingende Grasmücke und eine Nachtigall sehr billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Zwei Personen, (Mutter und Tochter) wünschen bis Ziel Laurenzi eine solide Frauensperson auf die Stube zu nehmen. Näheres 1018 in der Judengasse, über 2 Treppen

Stadttheater in Nürnberg.

Dienstag den 25. Juli. Abonnement suspendu. Zum Vortheil der Eleven des Kinderballets: „Der verwunschene Prinz.“ Lustspiel in 3 Akten von Plötz. „Wilhelm“ Herr Wisotzky. „Socken“ Fräulein Dimar als Gäste. Vor, zwischen und nach dem Lustspiel zum Erstenmale neu einstudirt

Englisches Pas de deux,

Ungarischer Nationaltanz von 6 Kindern.

Zum Erstenmale neu einstudirt

Polnisches Pas de deux,

Steyrischer Nationaltanz von 3 Kindern.

COURSE.

Nürnberg, den 24. Juli 1848.

Wechsel-Course.

	k. Sicht. Brief	k. Sicht. Geld	2 Monat. Brief	2 Monat. Geld
Amsterdam		101½	12	0½
Hamburg		88⅞		
London	13	1¼		
Wien in 20r.	103½	120		
Augsburg		100		
Frankf. a. M				
in die Messe		105½		
Leipzig				
in die Messe		105⅞		
Berlin		95⅞		
Paris		95⅞		
Lyon		99½		
Bremen				

Effecten-Course.

	Papr.	Geld
Bayer. Obligat. à 3½ %		76½
„ Bank-Aktien		560
Ludwigs-Kanal-Aktien		
Münchn.-Augsbg.-Eisenbahn-Aktien		
Nürnberger-Further ditto		

Geld-Course.

Friedrich- und Augustd'o	9	50
Neue Louisd'or	11	4
Souverainsd'or	16	18
Holländische 10 fl. Stücke		10 6
20 Francs-Stücke		9 41
Oestreich. u. Holl. Ducaten		5 38
Französisches Gold		—
Preussische Thaler, Kasse	5 1	45
5Francs Stück	2	2 21

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26. Juli 1848. № 208. Mittwoch: Anna.

Deutschland.

Bayern. °† (München, 24. Juli.) Wohl 30,000 Menschen fanden sich gestern beim St. Magdalenenfeste in Nymphenburg ein, wenige Hundert nur mochten vom frommen Wallfahrtseifer getrieben seyn, die ungeheuere Mehrzahl jedoch von dem alljährlichen Volksfeste angetrieben, um beim Bier sich gütlich zu thun. Ohne Crawall lief's nicht ab; einem Wirthe, welcher die an Belustigungsplätzen erlaubten zwei Pfennige mehr für das Bier forderte, wurden Fenster und Geräthschaften zertrümmert; von Soldaten ging der Exceß aus, der aber sein Ende bald erreichte, nachdem der Wirth sich in die Wünsche der Meuterer fügte. — Unsere Künstler haben in einer Adresse an die Nationalversammlung dieselbe angegangen, der Kunst als Nationalsache sich anzunehmen. — Der Hutabnehmungsgruß wird nun zu Grabe getragen; schon sieht man Tausende mit dem deutschen Flottenanker auf dem Hute, den man sich beim oberbayer. Flottenverein um 18 kr. löst und dadurch des lästigen Hutgrußes enthoben ist. — Das hiesige kgl. Oberpostamt hat nun Sorge getroffen, daß auch bei Nacht Briefe aufgegeben werden können, die mit den bei Nacht oder des Morgens abgehenden Posten befördert werden. An dem äußern Hauptthor des Postgebäudes ist zu diesem Behufe ein Briefkasten angebracht.

(Neustadt an der Haardt, den 21. Jul.) Gestern kam die Deputation der Heidelberger Bürger, welche beim Ministerium auch um Zurücknahme der Aufhebung des demokratischen Studenten-Vereins nachgesucht hatte, hier ein und brachte die Nachricht, daß der besagte Verein aufgehoben bleibe, aber die Studenten wie die Bürger das freie Vereinsrecht (und das Ministerium das freie Aufhebungsrecht) hätten, der demokratische Studenten-Verein nur wegen seiner Staatsgefährlichkeit (?) aufgehoben worden sey, was mit den übrigen demokratischen Vereinen ebenso der Fall wäre, wenn ihre Statuten öffentlich, wie die des Studentenvereins, wären! Die Deputation ersuchte die Studenten, da ja jezt ihre Ehre hergestellt sey, und sie wie die Bürger das Associationsrecht hätten, da überhaupt auch ihre jugendlichen Kräfte in Heidelberg sehr nöthig seyen, wieder auf die Ruperto-Carolina zurückzukehren! Allein das thaten die Studenten nicht, obgleich der Minister Bekk jedem Studenten, der nicht binnen drei Tagen zurückkehrte, das Bürgerrecht zu künden und den Badenern insbesondere das Semester bei der Zulassung zur Staatsprüfung nicht anzurechnen drohte. Sie hielten nämlich ihre Ehre nicht für hergestellt, sie fühlten sich dadurch den Bürgern nicht gleichgestellt, daß man ihren demokratischen Verein, nur weil er offen und ehrlich auftrat, aufhob, und mögen vielleicht ganz mit Recht hierbei erwogen haben, daß gerade die öffentlichen Vereine einem guten Staate nichts schaden können, daß aber, wenn diese geheim seyen und der Staat von ihnen unterwühlt würde, der Staat immer und plötzlich gestürzt werden könne. Noch viel weniger konnten die Studenten aber zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß in Baden freies Associationsrecht sey; in Baden, wo es in der Willkür der Regierung gestellt ist, Vereine ohne Untersuchung aufzulösen; sie halten vielmehr jenes Gesetz vom Jahre 1833 (!) als mit dem Geiste des Jahres 1848 in Widerspruch, betrachten es als einen Ausfluß der aufgehobenen geheimen Kabinetsbeschlüsse und erachten es durch die Revolution, durch die faktische Associationsfreiheit während derselben, durch den Volkswillen, der sich hierüber in allen Volksversammlungen aussprach, für aufgehoben. Sie schickten daher eine Deputation an die badische Kammer mit der Bitte: „Vereine erst nach richterlichem Urtheilsspruch aufzuheben, den Studentenverein den übrigen Vereinen gleichzustellen und das Verbot des demokratischen Studentenvereins aufzuheben.“ Geschieht dies nicht, so wenden sich die Studenten an die konstituirende Nationalversammlung, die gewiß dieser Verletzung des Rechts und der Volkssouveränetät, ohne zur Tagesordnung überzugehen, ein Ende durch Aufhebung des Ministerialerlasses und resp. Herstellung und Befestigung der vollen Associationsfreiheit machen wird. Die konstituirende Nationalversammlung wird gewiß — in Erwägung, daß man besonders von jungen gebildeten Leuten weniger zu fürchten, als für den Staat vielmehr Gutes zu hoffen hat (wenn man ihnen das letzte Mittel, sich gegenseitig zu bilden, nimmt) und daß sie ja selbst für alle deutschen Staatsbürger das freie Associationsrecht herstellen wird — den demokratischen Studentenverein gegen die Angriffe des Ministers Bekk schützen und besonders den Studenten das so lange ihnen entzogene und zu ihrer Bildung allernöthigste freie Associationsrecht gewähren! — Nachschrift. So eben ist eine Deputation von Tübingen mit einer warmen Adresse angekommen. (Frkf. J.)

Baden. (Konstanz, 20. Juli.) In seiner heutigen Sitzung hat der hiesige Gemeinderath und große Bürgerausschuß, auf den Antrag von 125 Gemeindebürgern, welche die Freilassung des von Hrn. C. Mathy verhafteten Redakteurs der »Seeblätter“, J. Fickler, verlangten, mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, „die großherzogliche Regierung zu ersuchen, den Bürger Fickler der so lange dauernden Haft zu entheben, fürsorglich dessen Prozeß zu beschleunigen oder die Entgegennahme einer Sicherheitsleistung zu bestimmen, wozu die Mittel bereits vorhanden seyen.“ Daß unsere Regierung einem solchen Ersuchen kein Gehör geben wird, ist unzweifelhaft. (Frkft. O.-P.-Z.)

Freie Städte. Frankfurt, den 22. Juli.) [Verhandlungen des deutschen Gewerbecongresses; achte Sitzung.] Vor Eröffnung der Discussion über die Fortsetzung der Grundzüge zur deutschen Gewerbeordnung, kam in der heutigen Sitzung die Frage über Zulassung der Gesellen noch einmal zur Verhandlung, und führte zu Beschlüssen, die geeignet sind, die Betheiligten zufrieden zu stellen. Die Ansichten hatten sich in Bezug auf diesen Punkt wesentlich geändert und vereinigten sich nach eine längeren Debatte dahin: daß zur Entwerfung und Entgegennahme von Anträgen Seitens der Gesellen eine eigene Commission ernannt werden solle, in welcher zehn Vertreter des Handwerksgesellenstandes Sitz und Stimme haben sollen. In den Plenarsitzungen des Congresses ist den zehn Gesellen-Deputirten eine berathende Mitwirkung zugestanden. Nach Erledigung dieser Angelegenheit ging die Versammlung zur Tagesordnung über und änderte den Antrag des Ausschusses, die Zulassung des Beitritts zu den Innungen, Lit. c. 1. des mitgetheilten Entwurfs betreffend, dahin um: das Meisterrecht ist bedingt 1) durch innungsmäßiges Erlernen des Gewerbes; 2) durch den Nachweis der Befähigung und 3) durch das zurückgelegte 25. Lebensjahr. Ein Amendement, das auf den Nachweis des nothwendigen Betriebscapitals antrug, wurde verworfen. Schlüßlich kam Lit. d. 1., den Gewerbebetrieb betreffend, zur Verhandlung. Es wurde festgestellt: Es kann jedem Meister das Recht zur Ausübung nur Eines Handwerks oder technischen Gewerbes ertheilt werden. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 22. Juli.) Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Unterrichtswesen hat folgenden Aufruf erlassen: Die National-Versammlung hat in ihrer 34. Sitzung für Unterrichtswesen einen besondern Ausschuß gewählt. In diesem hat sich laut gleichzeitigem Beschluß der Nationalversammlung eine gesonderte Sektion, welcher die Unterzeichneten als Mitglied angehören, für das Volksschulwesen gebildet. Die Unterzeichneten verschmähen es, die großen Mängel und Uebelstände, an denen der zeitherige Organismus des Volksschulwesens gelitten hat, mit vielen Worten auseinander zu setzen; denn sie wollen keine Krankengeschichte schreiben. Dieselben leben aber der festen Ueberzeugung, daß die Wurzel der namentlichsten Uebel, von denen der Boden des socialen und politischen Lebens überwuchert ist, in der verwahrlosten Volkserziehung zu suchen sey. Ein großes Material von betreffenden Wünschen, Klagen, Vorstellungen, Anträgen, Petitionen liegt der Nationalversammlung bereits vor und liefert den Beweis, daß man vieler Orten das Uebel in seinem ganzen Umfang erkannt. Ein größeres Material möchte noch zu erwarten sein; denn hier ist ein Feld, auf dem ein Jeder, der ein Herz für die Kinder des Volkes, ein Herz für Deutschlands Zukunft hat, stimmberechtigt ist. Die Unterzeichneten erachten es nicht nur für ihre Pflicht, alle auf das Schul- und Erziehungswesen einlaufende Zuschriften bereitwillig entgegen zu nehmen, sondern sie werden auch die größte Ehre darein setzen, auf die Verarbeitung des ihnen zugehenden Stoffs ihre beste Zeit und Kraft zu verwenden; sie richten daher an das deutsche Volk den Aufruf, alle seine Wünsche, mögen sie sich nun auf die geistige Entwicklung, oder auf die körperliche Ausbildung der Jugend beziehen, mögen sie das erste Kindesalter vor seinem Eintritt in die Schule, oder mögen sie Fortbildungsanstalten nach beendigtem Schulbesuch im Auge haben — rückhaltlos ihnen zugehen zu lassen. Zugleich ersuchen sie alle deutschen Tagesblätter, namentlich auch die Lokalblätter, durch Aufnahme dieses ihres Aufrufs ihnen zu Hülfe zu kommen. Frankfurt a. M., den 19. Juli 1848. L. Reinhard aus Mecklenburg. E. A. Roßmäßler aus Sachsen. Franz Schmidt aus Schlesien. (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 23. Juli.) Der Reichsverweser wird zu Ende dieser Woche hier erwartet, und man spricht von einem Waldfeste, das ihm und seiner Familie bereitet werden soll. Noch weiß man nicht, mit welchen Namen das Reichsministerium vervollständigt werden soll. (N. Würzb. Z.)

(Frankfurt, den 25. Juli. Zu der heute bei Darmstadt stattfindenden Volksversammlung haben sich auch viele Mitglieder der Nationalversammlung begeben. Man glaubt, daß das gemäßigte Element die Oberhand behalten werde. — Die Reichstruppen sollen, wie es heißt, Dienstag Wiesbaden verlassen, preuß. Truppen aber den Garnisonsdienst in Nassau von nun an versehen, während die nassauischen Truppen nach Luxemburg (auch Wetzlar wurde genannt) verlegt werden sollen. — Die Ruhe ist seither in Wiesbaden keinen Augenblick mehr getrübt worden. (N. Würzb. Z.)

Hessen. (Mainz, 22. Juli.) An den Straßenecken liest man folgendes Placat: „Volksversammlung bei Darmstadt.“ Aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren wir soeben, daß die Regierung dem gesetzlichen Abhalten der Volksversammlung nicht das geringste Hinderniß in den Weg legen wird, daß keine bewaffnete Macht in deren Nähe aufgestellt seyn wird, daß die 16 Mann Soldaten, welche zu Kranichstein sich befinden werden, nur zum Schutze des Waldes seit längerer Zeit dahin beordert sind. Bürger von Hessen! Die Regierung achtet das Gesetz; Ihr werdet beweisen, daß freie Männer es nicht weniger heilig achten. Euer Wahlspruch sey: Freier Ausdruck der Meinung! Ordnung, Gesetzlichkeit! Der Präsident des demokratischen Vereines, Schöppler.“ (Frankf. J.)

Nassau. (Wiesbaden, 22. Juli.) Die heutige Sitzung unserer Ständekammer bot folgendes Interessante dar. Zuerst interpellirte der Abg. v. Schütz die Regierung über Einführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit im Gerichtsverfahren, und sprach den Wunsch aus, daß die durch die letzten Ereignisse in Wiesbaden in Haft gebrachten Personen schon auf solche Weise gerichtet werden möchten. Der Minister-Präsident Hergenhahn antwortete, daß die Regierung das berührte Gesetz in wenigen Tagen vorlegen werde. Der Abgeordnete Keim interpellirt die Regierung wegen der in Wiesbaden liegenden Bundestruppen und trägt die Erwartung vor, daß die Zeit gekommen sey, in welcher die Bürger Wiesbadens der Last enthoben werden, und in welcher zugleich aus politischen Rücksichten der Abzug

der Reichstruppen verfügt werde. Präsident Hergenhahn erklärt, ein Theil der Bundestruppen, Geschütz und Reiterei, sey seit vier Tagen abgezogen; ein Theil des Fußvolkes werde heute noch abziehen, der Rest am nächsten Montage, als an welchem Tage die Reorganisation der Bürgerwehr vollendet seyn werde. Abgeordneter Raht will reden, wird aber von dem Vorsitzenden zurecht gewiesen, da ein Anderer das Wort habe. Abgeordneter Fresenius verliest eine Adresse des Stadtrathes von Wiesbaden, in welcher dem Ministerium und der Kammer öffentlicher Dank ausgesprochen wird für die durch Reichstruppen gesicherte Ruhe der Stadt gegen die anarchischen Bestrebungen der Wühler. Hierauf stellt der vorgestern erst eingetretene Abgeordnete Raht einen Antrag mit sehr wortreicher Begründung, welche derselbe vorliest, in welchem er verlangt, die Kammer solle eine Kommission ernennen, welche darüber berichten soll, ob die von der Regierung ergriffenen Maßregeln gerechtfertigt erscheinen. Er deutete auf Verfassungsverletzungen, Ausnahmsgesetze, unbegründete Gewaltmaßregeln, und gab zu verstehen, daß nach seiner Absicht mehr geschehen sey, als nöthig gewesen. Der Ministerial-Präsident widerlegt den Abgeordneten Raht mit Gründen, weist den Redner nach, wie er sich auf viele Weise widersprochen und von Dingen gesprochen habe, von denen er nichts wisse; er wolle nur darauf hinweisen, daß der Abgeordnete Raht erst nach den Ereignissen in Wiesbaden eingetroffen sey, und, wie er selbst gesagt, unterwegs von den Sachen gehört habe. Im Eilwagen könne man unmöglich sich von dem Zustande des Landes überzeugen, und, wenn man aus diesem steige, nicht über Das urtheilen, was vorher geschehen sey; er fordert auf, das Mißtrauen fallen zu lassen, und nicht durch Ausfälle, welche kein Verständiger billigen könne, die Kraft der Regierung zu schwächen. „Es haben sich anarchische Bestrebungen kund gegeben. Die Behörden seyen verhöhnt, das Kriminalgefängniß erbrochen, die Gesetze mit Füßen getreten worden, Wehrmänner hätten auf ihren Obersten angeschlagen, selbst Feuer gegeben. „Mit den Empörern kann man nicht parlamentiren; gegen sie muß die Gewalt aufgeboten werden. Das ist geschehen. Da wir nicht Militär genug in der Stadt hatten, um den Aufstand ohne Blutvergießen niederzuhalten, rückten Bundestruppen ein. Die Bundesgewalt muß anerkannt werden. Von ihr haben wir keine Verletzung der Verfassung zu fürchten. Die Reichstruppen sind unsere deutschen Brüder" ꝛc. Nun erhob sich der Abg. v. Schütz und sprach: „Ich trage darauf an, über die Motion des Hrn. Abg. Raht zur Tagesordnung überzugehen. Ich bedauere, daß das verehrliche jüngste Mitglied so viel Arbeit und Zeit an die Ausarbeitung einer Jungfernrede — um mich eines parlamentarischen Ausdruckes zu bedienen — verwendet hat, einer Jungfernrede, deren Gegenstand eine genugsam erörterte und vollständig erledigte Sache ist. Aber mein höchliches Befremden muß ich darüber aussprechen, daß das verehrliche jüngste Mitglied sich vermüßigt gesehen hat, an einem bereits förmlich gefaßten Kammerbeschlusse noch zu mäkeln; ich muß dem verehrlichen jüngsten Mitglied ganz besonders in Erwägung geben, daß die Kammer schon damals gewußt hat, was ihre Schuldigkeit ist, ehe und bevor sie das Vergnügen hatte, den Hrn. Abgeordneten Rath in ihrer Mitte zu sehen." Hierauf antwortete der Abgeordnete Raht etwas empfindlich, er wolle nicht persönlich werden, und suchte sich zu rechtfertigen. Eine längere Unterhaltung zwischen ihm und den Minister-Präsidenten mit gewürzten Reden fand statt, in welcher der letztere abermals siegte. Der Abgeordnete Großmann stellte den Antrag des Abgeordneten Raht nochmals in seiner Blöße dar, zeigte, daß er eine Anmaßung enthalte und auf nichts Geringeres hinziele, als den Ministerpräsidenten Hergenhahn in Anklagestand zu setzen. Raht und Hegenhahn setzen ihre Verhandlungen fort. Der erstere bedient sich einiger die Kammer verletzender Ausdrücke und wird zurechtgewiesen. Mehrere Mitglieder: Leisler, Keim, Großmann fordern mit Heftigkeit das Wort. Der Präsident Wirth will lauten Ausbrüchen vorbeugen und räth Abstimmung an. Die Abstimmung wird angenommen. Der Antrag des Abg. Raht fällt durch, indem die ganze Kammer mit Ausnahme von 10 Mitgliedern dagegen war. (Fr. J.)

Oesterreich. (Wien, 21. Juli.) Nachdem das Ministerium mit Schmerzen geboren, nachdem es die Weihe eines parlamentarischen Sieges empfangen, war zanächst nöthig dem Halse unserer demokratischen Monarchie auch einen Kopf wieder aufzusetzen. Johann hat sein Amt in Frankfurt, und ist gewissermaßen nur auf Urlaub hier, Stephan spekulirt zu selbstherrlich auf Ungarn, außer den beiden Namen hat die kaiserliche Familie keinen, der sich mit der Zeit verträgt. Auch sieht man nicht recht ein, warum ein Stellvertreter hier seyn soll, während der Kaiser im Tyrol nichts zu thun hat, und so wurde Se. Majestät nun durch Schreiben von gestern ernstlich aufgefordert, die Erfüllung seiner Pflichten als Regent nicht länger hinauszuschieben. Es wird jedoch vermuthet, daß der Kaiser seines Gesundheitszustandes halber die am 18. August eintretende Volljährigkeit des Thronerben abwarten und ihm dann, sey es selbstständig oder als Mitregent, die Zügel zu übergeben beabsichtigt, ein Plan, der gut wäre und Beifall finden dürfte, wenn nur die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl fern gehalten würden. Der junge Prinz hat viel gelernt und besitzt Talent, in einer guten Umgebung würde er bald die Ansichten abschleifen, welche das alte System ihm angehängt hat, und die allein noch seiner Popularität im Wege stehen. Die Oesterreicher wollen einen Fürsten, der mit, nicht über ihnen lebt. Zum Minister des Auswärtigen ist nun Obristlieutenant Prokesch ernannt. Das neugebildete Ministerium scheint im ganzen mit einem gewissen Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit seiner demokratischen Tendenz aufgenommen zu seyn. Namentlich hat das Programm nicht ganz befriedigt, weil es über die wichtigsten Fragen — die Anerkennung unserer Maitage ꝛc. in hohlen Phrasen hinweggeht. (A. A. Z.)

(Wien, den 21. Juli.) Gestern Abends gegen 10 Uhr entstand beim Gasthofe zum Römischen Kaiser auf der Freiung ein Zusammenlauf, veranlaßt durch eine vorgekommene Störung der Sitzung des demokratischen Vereins, die eben in den Gasthauslokalitäten abgehalten wurde. Mehrere Gegner des Vereins, dem republikanische Tendenzen im Publikum zugemuthet wurden, hatten die Versammlung, wie verlautet, unterbrochen, wobei es zu einigen tumultuarischen Scenen kam. National-Garde und Municipalwache zerstreuten die vor dem Hause zusammengedrängte Volksmenge, während im Innern der Konflikt durch geeignetes Einschreiten beendet wurde. Dieser Vorfall ist der Stoff der heute im Publikum verbreiteten übertriebenen Gerüchte. (Wien. Z.)

× (Wien, den 22. Juli.) Der konstituirende Reichstag wurde mit folgender Thronrede des Erzherzogs Johann eröffnet: Von Sr. Maj. unserm konstitutionellen Kaiser Ferdinand I. beauftragt, den konstituirenden Reichstag der österreichischen Monarchie zu eröffnen, erfülle ich hiemit diese erfreuliche Pflicht, und begrüße aus voller Seele Sie, meine Herren, die Sie berufen sind, das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes zu vollbringen. Die Befestigung der erworbenen Freiheiten für uns und unsere Zukunft erheischt Ihr offenes unabhängiges Zusammenwirken in der Feststellung der Verfassung. Alle Nationalitäten der österr. Monarchie stehen dem Herzen Sr. Maj. gleich nahe. In der freien Verbrüderung derselben, in der vollen Gleichberechtigung Aller, sowie in dem innigen Verband mit Deutschland finden alle Interessen eine feste Grundlage. Mit Schmerz erfüllt es das Herz Sr. Majestät, daß nicht sogleich die Fülle aller Segnungen eintreten konnte, welche freie Institutionen in weisem Gebrauche den Völkern zu sichern pflegen. Se. Majestät theilen in regem Mitgefühle die Bedrängnisse Ihrer Völker. In Beziehung auf Ungarn und seine Nebenländer läßt sich von dem Rechtlichkeitssinne ihrer edelmüthigen Bevölkerung eine befriedigende Ausgleichung der noch schwebenden Fragen erwarten. Der Krieg in Italien ist nicht gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet, er hat die ernste Aufgabe, unter vollständigster Anerkennung der Nationalität die Ehre der österreichischen Waffen gegenüber den italienischen Mächten zu behaupten, und die wichtigen Interessen der Nation zu wahren. Nachdem die wohlwollenden Absichten, die unseligen Zerwürfnisse friedlich beizulegen, ohne Erfolg geblieben, so wird es die Aufgabe unserer tapfern Armee seyn, einen ehrenvollen Frieden zu erkämpfen. Die freundschaftl. Verbindungen, bestehend mit allen anderen Mächten, sind nicht verändert worden. Das durch längere Zeit unterbrochene freundschaftliche Verhältniß zu dem Königreiche Spanien ist wieder hergestellt. Durch die Folgen früherer Finanzoperationen, durch Zusammentreffen außerordentlicher Ereignisse sind die finanziellen Verhältnisse des Staates in einen Zustand versetzt worden, welcher außerordentliche Maßregeln erheischt und schon in nächster Zukunft das Ministerium veranlassen wird, die erforderlichen Entwürfe vorzulegen. In der Berufung der Volksvertreter zur eigenen Berathung der allgemeinen Interessen ruht die sicherste Gewähr der geistigen und materiellen Entwickelung Oesterreichs. Se. Majestät der Kaiser läßt Ihnen, meine Herren, und der ganzen Nation seinen kaiserlichen Gruß und die Versicherung seines Wohlwollens entbieten. Der konstituirende Reichstag ist eröffnet.

(Prag, den 20. Juli) Der Belagerungsstand ist aufgehoben, nachdem gestern noch durch eine Bekanntmachung des Landespräsidiums das Vereins- und Versammlungsrecht unter einzelnen provisorischen Bestimmungen wieder freigegeben worden war. Der vom Fürsten Windisch-Grätz gegebene Erlaß wegen Aufhebung des Belagerungszustandes lautet: „Ich ergreife die größtentheils freiwillig und ohne Anwendung ernstlicher Maßregeln zu Stande gekommene Ablieferung der Waffen als einen willkommenen Anlaß den Belagerungszustand mit dem heutigen Tage aufzuheben, wiewohl ich von vielen und achtbaren Seiten angegangen worden bin, denselben noch einige Zeit fortbestehen zu lassen, wiewohl die Herstellung des Straßenpflasters sehr langsam vorwärts schreitet, wiewohl leider noch immer einzelne Versuche von Aufwieglungen vorkommen. Der zum großen Theil rechtliche und gesunde Sinn der Einwohnerschaft Prags ließ sie endlich erkennen, daß die Tendenz aller meiner Verfügungen von dem Princip ausgehe, jeder anarchischen oder aufrührerischen Erscheinung mit Energie zu begegnen, hiedurch jeden einzelnen in dem ungefährdeten, ungetrubten Genusse der uns allerhöchst verliehenen kostitutionellen Freiheit, zugleich in seinem ungehinderten Lebenserwerb zu schützen. Dieses von vielen Seiten mir beurkundete richtige Erkennen meiner nie verhehlten, offenkundigen Denkungsweise und Absichten, dient mir als eine Bürgschaft, daß alle gutgesinnten und redlichen Bewohner der Hauptstadt sowohl, wie auch der auswärtigen Kreise, durch Wort und That gemeinsam zur Erhaltung der Ruhe, Unterdrückung jedes Versuchs, dieselbe zu stören, und hiedurch zur Wiederbelebung des Handels und Verkehrs zusammenwirken werden. Diese Zuversicht läßt mich über alle Bedenklichkeiten hinweggehen, welche sich gegen die dermalige Aufhebung des Belagerungszustandes nicht ohne Grund erheben. Nachdem ich jedoch an dieses Zugeständniß den aufrichtigen und lebhaften Wunsch knüpfe, durch dasselbe Vertrauen in die Maßregeln der Regierung, Beruhigung in die durch die bedauerlichen Ereignisse geängstigten Gemüther, endlich in der ganzen Provinz Ruhe, Frieden und ungestörten Lebensverkehr herbeizuführen, so sehe ich mich bemüssigt, an alle jene, welche es wagen wollten, durch aufrührerische Umtriebe neues Unheil über Stadt und Land zu verbreiten, ein ernstes Wort zu richten und hiemit laut und allgemein zu erklären: 1) daß der geringste Versuch zu einem neuen Aufruhr das augenblickliche Eintreten der strengsten militärischen Gewalt zur Folge haben wird; 2) daß wenn ich in die traurige Nothwendigkeit versetzt werden sollte, die Waffen gegen aufrührerische Unternehmungen, worunter ich Errichtung von Barrikaden und thätliche Angriffe auf das Militär zähle, brauchen zu lassen, der erste Kanonenschuß, welchen ich gegen die Aufrührer zu richten bemüssigt wäre, für die Publikation des Standrechts zu gelten habe, nach welchem ein jeder unnachsichtlich nach dem Kriegsgesetze hingerichtet werden wird, welcher 1) in einem Widerstand mit der Waffe in der Hand gegen die gesetzliche Gewalt oder 2) in Aufwieglungen zum Aufruhr ergriffen, oder 3) sonst des Aufruhrs überwiesen wird. Die zur Untersuchung der stattgehabten verbrecherischen Vorfälle zusammengesetzte Kommission verbleibt aber, um die Uebelthäter der gesetzlichen Strafe zuzuführen, in ihrer bisherigen Wirksamkeit, jedoch wird dieselbe angewiesen, sich nunmehr bezüglich der Civilpersonen nach den für letztere geltenden Strafgesetzen zu benehmen. Mit dieser ernsten Sprache, welche zu führen meine noch nie verletzte Pflicht gegen den Monarchen und den constitutionellen Staat mir gebietet, verbürge ich jedem Gutgesinnten nach meinem Wirkungskreise Schutz und Wahrung seiner Rechte, seines Eigenthums, seines Lebens, dem Frevler aber, welcher diese anzutasten, welcher die öffentliche Ruhe zu stören wagt, diene sie als letzte Warnung. Prag am 20. Juli 1848. (A. A. Z.)

(Pesth, den 19. Juli.) Die gestern hier angelangten Depeschen vom Kriegsschauplatze brachten schlimme Nachrichten. Der General Graf Bechtold, welcher am 14. Juli das aufständische Lager bei St. Thomas angegriffen, wurde mit Verlust zurückgeschlagen, mußte sich nach Alt-Berse zurückziehen und sieht sich gegenwärtig genöthigt, die Defensive zu beobachten. Der Feind ist weit furchtbarer, als man hier vermuthet, er hat mehr und besser bediente Kanonen als die Unserigen und wird, wie man glaubt, von russischen Offizieren geleitet,

Der General Bechtold hat seinen Adjutanten an den Kriegsminister Meßaros hierher gesendet, um ihn von der Dringlichkeit bedeutender Verstärkungen an Militär und Geschütz persönlich zu benachrichtigen. Hier haben diese Nachrichten große Bestürzung verursacht, da man sich der gehegten Hoffnung beraubt sieht, den raizischen Aufstand mit Einem Schlage zu dämpfen, vielmehr ein grausamer Stämmekrieg uns bevorsteht. Auch auf die Mitglieder des Landtags war der Eindruck ein sehr bedrückender, wenn auch nicht entmuthigender. Wie wir hören, wird der Landtag binnen wenigen Tagen vertagt werden, damit die Männer des allgemeinen Vertrauens in ihre Heimat eilen und das Volk zur Begeisterung, zur Aufopferung und zur endlichen Besiegung der Gefahr persönlich anfeuern. (D. A. Z.)

(Pesth, den 19. Juli.) Ein großer Unfall ereignete sich gestern Abend bei unserem Kettenbrückenbau. Man ist seit kurzem beschäftigt, die zwölf Trageketten mittelst eines durch eine Dampfmaschine in Bewegung gesetzten sogenannten Flaschenzugs aufzuziehen. Elf dieser Ketten wurden auch glücklich auf diese Weise aufgezogen, und gestern sollte dies mit der zwölften und letzten geschehen. Schon war die ungeheure, mehrere tausend Centner schwere Eisenmasse in der gehörigen Höhe und das Werk beinahe vollbracht, als ein Ring der Flaschenzugkette sprang und die große Kette mit fürchterlichem Gekrache auf die unten befindlichen, als Gerüst dienenden Pontons hinabstürzte, dieselben auseinanderriß, umschlug und losmachte. Es befanden sich viele Personen (darunter auch viele Deputirte und Mitglieder des Ministeriums) als Zuschauer auf diesen Pontons, die aber glücklicherweise alle gerettet seyn sollen, wenigstens wird bis jetzt niemand vermißt. Die losgemachten Theile der erwähnten Pontons wurden durch das jetzige Hochwasser mit solcher Gewalt in die Schiffbrücke getrieben, daß auch diese fast ganz zerstört wurde und wir jetzt keine regelmäßige Kommunikation zwischen beiden Städten haben. — Aus den untern Gegenden sind beunruhigende Gerüchte in Umlauf. Die Ungarn sollen bedeutende Schlappen von den Serben erhalten haben. — Unsere Ständetafel hat den Namen Unterhaus wieder abgelegt. Sie nennt sich jetzt Repräsentantenkammer. Man betrachtet dies als ein böses Omen für die Magnaten. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 22. Juli.) Der preussische Staatsanzeiger enthält folgende Bekanntmachung: Nachdem von Sr. Maj. dem Könige mittelst Ordre vom 23. v. Mts. die provis. Bildung einer neuen, theils berittenen theils unberittenen Polizei-Mannschaft, unter dem Namen „Schutzmänner", für die hiesige Residenz genehmigt und die Mehrzahl der unberittenen Mannschaften eingekleidet worden, soll dieses Institut wenigstens theilweise sofort in Wirksamkeit treten. Den Schutzmannschaften sind alle Pflichten und Rechte der exekutiven Polizei-Beamten beigelegt. Ihre Dienstkleidung besteht in einem dunkelblauen Rocke mit gleichfarbigem Stehkragen und zwei Reihen sogenannter Knebelknöpfe, dunkelgrauen Beinkleidern und rundem Filzhut mit Nummer. Als Waffe tragen dieselben vorläufig ein Seitengewehr. Die Kleidung der Offiziere unterscheidet sich durch ein Abzeichen auf der Schulter und am Kragen. Die unberittenen Schutzmänner sollen unter vier Hauptleuten in vier Stadtbezirke vertheilt und zu fortdauerndem Patrouillendienst auf den Straßen, bei Tage wie bei Nacht, angewendet werden, wobei jedem Schutzmann seine bestimmte Strecke angewiesen ist. Die berittene Mannschaft verrichtet ihren Dienst hauptsächlich in den Umgebungen der Stadt. Außer den Hauptleuten sind Lieutenants und Wachtmeister angestellt; die gesammte Mannschaft steht unter dem Kommando eines Obersten. Indem das Polizei-Präsidium dies zur allgemeinen Kenntniß bringt, spricht es zugleich vertrauensvoll die Erwartung aus, daß die Bürgerschaft Berlins dem neu gegründeten Institute ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung nicht versagen wird. Nach einer Revolution und nachdem die ausübende Polizei längere Zeit hindurch fast ganz gelähmt gewesen, tritt die Schutzmannschaft ins Leben. Sie ist ihrer äußeren Gestaltung wie ihrem inneren Gehalte nach eine durchaus neue Schöpfung und kann an früher Gewesenes nicht anknüpfen. Der Boden, in welchem allein das neue Institut Wurzel schlagen kann und will, ist der lebendige Sinn des Volkes für Ordnung und Gesetz. Auf eine feste Begründung hierin wird aber um so zuversichtlicher gerechnet, als zahlreiche Stimmen aus der Bürgerschaft schon längst ein energisches Auftreten der Polizeigewalt erfordert haben und deshalb eine Organisirung derselben, welche schnelles und kräftiges Einschreiten sichert, gewiß willkommen heißen werden. Je freier ein Volk, desto unerschütterlicher muß die Macht des Gesetzes feststehen und desto kräftigere Organe sind zu dessen Schutz und Vollziehung in Thätigkeit zu setzen. In diesem Sinne ist das Institut der Schutzmänner errichtet. Weit entfernt davon, die Freiheit der Bürger beeinträchtigen oder das ängstliche Bevormundungs-System des Polizei-Staats zurückführen zu wollen, soll es nur der Wächter und Verkämpfer für das Gesetz seyn. Es werden aber die Schutzmänner ihre schwere Aufgabe zu lösen nur dann im Stande seyn, wenn sie in dem Vertrauen ihrer Mitbürger, aus deren Mitte sie hervorgegangen, und für deren Interesse sie zu wirken berufen sind, einen kräftigen Stützpunkt finden.

Sachsen. (Dresden, 20. Juli.) Unser Kultusministerium ist den Hindernissen, die man einer Lehrerversammlung in den Weg legen zu wollen schien, durch eine Bekanntmachung entgegengetreten, welche erklärt: das Ministerium werde gern Wünsche und Rathschläge von solchen Versammlungen entgegen sehen, und es sollte den Lehrern der Urlaub nicht verweigert werden. (Frkft. J.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 20. Juli.) Gestern Nachmittag rückte das von Jensen-Tuschsche Freikorps heran; ein Tagesbefehl des General Krohn ward ihm entgegengebracht, er lautete: das Korps sey entlassen, solle die Waffen um 4 Uhr ablegen, Mäntel und sonst entbehrliche Montirungsstücke abliefern, und die Ausländer (?) würden am nächsten Morgen mit dem ersten Bahnzuge gen Süden befördert werden; in einer durchstrichenen Zeile war die Drohung polizeilicher Maßregeln gegen Widerspenstige noch deutlich genug zu lesen, um große Sensation zu verursachen. Das Korps lud die Gewehre und lagerte sich in einiger Entfernung von der Stadt, in welche der Kommandeur hineinritt, um mit der provisorischen Regierung zu unterhandeln. Nach zwei Stunden erschien der Kommandeur wieder beim Korps und verkündete, daß die provisorische Regierung dasselbe zu einem Balle auf dem Schützenhofe einladen lasse; das Geschehene beruhe auf einem Irrthume. Das Korps marschirte nun in die Stadt. Gestern Abend wurden die Freischärler von den Damen der Stadt auf dem Schützenhofe bewirthet; ein hübscher Ball beschloß die Festlichkeit. Noch ist das Korps nicht entwaffnet, und man weiß nicht, was daraus werden soll. Ueber dessen Entlassung erfährt man, daß der General Halkett in großer feierlicher Parade eines Theiles des 10. Armeekorps dem v. Jensen-Tuschschen Korps sein herzliches Bedauern ausgedrückt, daß er es in Folge höhern Befehls erlassen müsse.

Heute Mittag ist nun auch das v. d. Tannsche Corps hier eingerückt; es wird demselben ebenfalls ein Fest auf dem Schützenhofe gegeben werden. Auch ein ähnlicher Tagesbefehl wie der an das v. Jensen-Tuschsche Corps, war dem v. d. Tannschen Corps zugedacht; man sagt der Präsident Beseler soll ihn zerrissen haben. Sämmtliche v. d. Tannsche Freischärler haben Quartierzettel auf eine Nacht erhalten; was dann weiter, müssen wir abwarten. Die Freischärler sprechen laut und öffentlich aus, daß sie das Opfer preußischer Intriguen seien. (Wes. Z.)

(Stettin, den 19. Juli.) An ein hiesiges Handlungshaus ist heute ein Schreiben des Generals v. Wrangel eingegangen, datirt Hadersleben, den 18. Juli. General v. Wrangel gestattet darin bereitwillig, daß ein hier bald vom Stapel laufendes Schiff mit seinem Namen belegt werde, und erwähnt schließlich in Bezug auf die Kriegs- und Friedensaspekten: „Meine lieben Stettiner werden über die Verzögerung des Waffenstillstandes mit vollem Rechte entrüstet seyn, wodurch ihre Schiffe zurückgehalten werden, und der ganze Handel zum Unglück von vielen tausend Familien darniederliege. Alles dieses sehe ich wohl ein, und beklage das trostlose Geschick der ehrenwerthen Kaufmannschaft von Herzen, doch einen schmachvollen Waffenstillstand zu unterzeichnen, werden die braven, ihrem theuren Könige treuen Pommern nicht von mir fordern. Ich habe aber die Hoffnung, daß der Waffenstillstand unter annehmbaren Bedingungen in Kurzem zu Stande kommen wird, freilich geht durch die Rückfrage nach Kopenhagen einige Zeit hin." (Brem. Z.)

Donaufürstenthümer.

Nach direkten Briefen aus Jassy vom 14. Juli, sind die Russen am 10. Abends, 4300 Mann stark, in Jassy eingerückt. Die Cholera richtet daselbst schreckliche Verheerungen an. (A. A. Z.)

Italien.

(Venedig, den 15. Juli.) Heute früh 9 Uhr verkündeten 21 Kanonenschüsse der Hafenwachfregatte die Ankunft der piemontesischen Truppen. Bei ihrem Aussteigen wurden sie von der Musikbande der Nationalgarde und einer verhältnißmäßig geringen Volksmasse, die den in Italien gewohnten Jubel durchaus nicht an den Tag legte, empfangen. Ueberhaupt sind die unter der Republick so häufig vorgekommenen Fälle von enthusiastischen Beifallsbezeugungen allmählig im Abnehmen, und es schmerzt wahrlich tief, wenn man jetzt die ernsthaften Gesichter den Marcusplatz durchschreiten sieht, und das illustrissimo Signor Conte und das Cavaliere rechts und links hört. Es scheint aber auch den Venezianern selbst diese ganze Sache wie ein Traum zu seyn; leider ein böser Traum! Wenn ich so manchen eingefleischten Republikaner, so einen Schiller'schen Verrina das Illustrissimo sprechen höre, so liegt immer etwas bitteres, etwas höhnisches darin. Der Löwe des St. Marcus hat jedenfalls bei weitem mehr Anhänger als man sich vielleicht einbildet; und ich habe so manchen Albertisten gesprochen, der mich versichert, man müsse gute Miene zum bösen Spiele machen! Gestern (am 14) um 2 Uhr wurde eine halbe Meile außerhalb Malghera zwischen dem provisorischen Guberium von Venedig und dem Feldmarschalllieutenant Baron Welden, Commandanten des österreichischen Reservecorps, ein Vertrag über Austausch der gegenseitigen Gefangenen geschlossen. Oesterreichischerseits war Bevollmächtigter der Major Graf Crenneville, und venetianischerseits der Fregattencapitän Pietro Raffaeli und der Obrist Graf Galeazzo Fontana. Man kam nun überein, daß am 17 um 6 Uhr morgens am Pulverthum St. Angelo in Malghera, die weiße Fahne ausgesteckt wird, und dieser Waffenstillstand dauert bis Abends 8 Uhr, während welcher Zeit der Umtausch stattfindet. Venedig stellt zurück den Viceadmiral und Commandanten der österreichischen Marine Martini, den Feldmarschalllieutenant Grafen Ludolf, die Marineoffiziere Bodan, Hadik, Wachs, Scrobola, im ganzen 221 Personen, darunter 21 Offiziere. Oesterreich gibt die Marineoffiziere sowie alle zur Marine gehörigen als Geißeln gehaltenen Individuen, sowie 20 Trevisaner-Familien. Die Bedingungen des Auswechselns sind beiderseitig die sprechendsten Beweise eines humanen, ehrenwerthen Entgegenkommens. Leider aber sind alle genährten Hoffnungen auf baldigen Frieden wieder zu Wasser geworden, da Oesterreich alle Kräfte aufzubieten scheint, dieses Land wieder unter seine Herrschaft zu bringen. Wär' es nicht besser, diese für einen zweck- und nutzlosen Krieg verschwendeten Truppen zur Wahrung seiner Existenz, zum Schutz Deutschlands, ja Europa's nach dem Osten hinüberzusenden? Wäre es nicht bei weitem mehr in seinem Interesse, wenn man seine Augen auf die Vereinigung der slavischen Donauländer mit Slavonien und Croatien richten würde, was durch liberale Institutionen, und durch ein energisches Auftreten viel leichter zu erreichen wäre? Sowie vor wenigen Jahren — ja ich möchte fast sagen, vor einem Jahr noch — der Primat Italiens in den Händen Oesterreichs (?), so liegt jetzt der Primat der slavischen Völker in seiner Rechten, wenn es sich nur denselben aufrichtig und mit fester Willenskraft verschaffen will. Aber — periculum in mora! Wehe dem leider sich gar zu oft wiederholenden, verhängnißvollen: zu spät! Italiens Oberhoheit oder wenigstens den höchst imponirenden Einfluß, den es haben konnte, verlor es durch die elenden Machinationen einer erbärmlichen Politik — und ihm gegenüber stand ein schlauer Gegner, der, Oesterreichs Schwächen kennend, sie benutzte, und diesen gewaltigen Vortheil durch erheuchelte Großmuth sich selbst zuzuwenden verstand. Auch den slavischen Völkern gegenüber hat Oesterreich einen schlauen Gegner zu fürchten, der auf den äußersten Fall auch einen Theil seiner absolutistischen Ideen zum Opfer bringen könnte, um Millionen von Einwohnern nebst der Hoffnung auf Ausdehnung seines Reichs jenseits des Ister bis zur Halbmondstadt zu gewinnen. Denn früher oder später werden die weiten Ebenen an der Alutta, Marizza u. s. w. bis hin zu den Dardanellen gewiß einem slavischen und nicht einem asiatischen Oberherrn gehorchen! Wenn nun Oesterreich vielmehr sein Augenmerk nach dem Osten richtete, welcher Vortheil für Oesterreich selbst, sowie für Deutschland würde daraus entspringen! Möge es doch stets seines Ursprungs, seiner Gründung eingedenk seyn! Die Ostmark oder das Oesterreich sollte ein Bollwerk gegen Osten seyn, ein Felsen, an dem die vom Orient herströmenden Horden [illegible]

schellen sollten! Diese Aufgabe hat es zu verschiedenen Zeiten bei vielen Gelegenheiten rühmlichst gelöst. War nicht Oesterreich die kräftige Schutzmauer gegen Avaren, Großmährer, Magyaren, Türken? Zersplitterte nicht an dieser ehernen Brust, an diesen Felsenherzen die Riesenmacht der unzählbaren Mongolen? Und sollte es diesmal, um dem Eigendünkel einiger Aristokraten Weihrauch zu streuen, jenes höhere Ziel aus dem Auge verlieren? Oesterreich ist berufen — wenn es nicht seine Kräfte, sein bestes Mark und Blut auf eine ungerechte und unpolitische Weise am Po, am Mincio, an der Etsch u. s. w. verschleudert — Europa's Grenz-Bollwerk nach Osten, der Schild Deutschlands zu werden. (A. A. Z.)

(Frankfurt, 23. Juli.) Der Mitdirektor unseres Stadttheaters, Kapellmeister Guhr, ist gestern Abend in dem nahen Bockenheim an einem Schlagflusse gestorben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

A n z e i g e n

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden bringe ich die Anzeige von dem am 23. d. Abends 10½ Uhr an einem Schleimschlage erfolgten schnell und unerwarteten Hinscheiden meines geliebten Gatten, des

Herrn Conrad Distler,

Essigfabrikanten,

in seinem 78. Lebensjahre.

Ich empfehle den Vollendeten Ihrem liebevollen Andenken, mich aber Ihrem ferneren Wohlwollen.

Die hinterlassene Wittwe
Margaretha Distler, im Namen
sämmtlicher Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 26. Juli früh 8 Uhr zu St. Johannis statt.

Aufforderung und Ersuchen.

Am vergangenen Sonntag den 23. Juli wurde von der Waich bis zur Kannenapotheke ein schwefelgelbes Umschlagtuch mit rother Tue und schwarzen schmalen Tüchen verloren, und von einem Herrn gefunden, welcher dasselbe, nachdem er sich erst erkundigt, ob Niemand ein Tuch verloren habe, einer schwarzgekleideten Frauensperson, welche fragliches Tuch als das ihre bezeichnete, übergab. Besagtes Frauenzimmer wurde von einigen Umstehenden genau gesehen, so, daß wenn es diesen wieder zu Gesicht kommt, sogleich erkannt werden wird. Man fordert daher das Frauenzimmer hiemit auf, besagtes Tuch an die Exped. d. Bl. gelangen zu lassen, und warnt im übrigen vor dem Ankauf desselben. Der Herr jedoch, welcher das Tuch aufnahm, wird hiemit höflichst ersucht, der guten Sache halber seinen Namen in der Exped. d. Bl. anzugeben.

An Herrn Friedrich Hahn, wohnhaft in Nro. 113 vor dem Neuenthor.

Herr Hahn!

Viele Ihrer Mitbürger halten es für eine heilige Pflicht, Ihnen für Ihr kräftiges und deutsches Auftreten in Wort und That hinsichtlich des schwarzen Brodes ihren tiefgefühltesten Dank auszudrücken. Nehmen Sie diese Huldigung als einen Tribut der bisher unterdrücktesten Klasse der bürgerlichen Gesellschaft. — Herr Dr. Ghillany hielt kürzlich im Volks-Verein einen langen Vortrag über Republiken und Monarchien, in welchem er darauf hinwies, daß in Nordamerika die Republik nur deßhalb bestehen könne, weil die Menschheit dort sehr dünn ist, wir lassen das dahingestellt, doch eins thut uns leid, daß in unsern deutschen Landen diejenigen, welche es gut mit dem Volke meinen, sehr dünn sind, und diese Wenigen noch angefeindet werden, und alle Grade von Verfolgungen zu bestehen haben. Doch Männer des Volks! Könntet Ihr in unser Inneres schauen, könntet Ihr unser Dankesjauchzen für jede Eurer großen Aufopferungen vernehmen, wüßtet Ihr, welche leidenschaftliche Treue aus manchem Herzen Euch entgegenpocht, Ihr würdet nicht müde werden, fortzubauen am großen Monument im treuen Herzen Eurer Landesbrüder. Und dieß Gebäude reißt kein Sturmwind nieder.

☞ Anzeige. ☜

Das Panorama Nürnbergs vom Kranze des Lorenzer Thurmes

von Unterzeichneten als vollständiges Rundpanorama, 11 Fuß lang, auf das Genaueste aufgenommen, ist nun als Lithographie vollendet und noch diesen Monat um den billigen Subscriptions-Preis zu 5 fl., sowohl bei Unterzeichnetem als auch durch die Korn'sche Buchhandlung (Herrnmarkt) und bei dem Pedell der polytechnischen Schule zu haben. Mit dem 1. August tritt der Ladenpreis ein zu 6 fl. Allen Norikern, Kunstfreunden und besonders als interessantes Geschenk, für entfernt lebende Söhne und Töchter Nürnbergs dürfte es zu empfehlen sein.

Nürnberg, den 24. Juli 1848.

B. K. Heller, Prof.
Nro. 55 Tafelhof.

(Haus-Verkauf.) In einer schönen Lage, auf der Mittagseite, ist ein Haus mittlerer Größe zu verkaufen, worauf der größte Theil des Kaufkapitals stehen bleiben kann. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

(Einladung.) Heute Mittwoch Abends findet im Weidinger'schen Brauhause Harmonie- und Tanz-Unterhaltung statt, wozu höflichst eingeladen wird.

(Frage.) Wie lange soll der Unfug noch stattfinden, daß einzelne hiesige Bierwirthe, namentlich Herr K. zur H., den anwesenden Gästen für ein Glas Bier auf 3 kr. nichts herauszahlen? Sollte das Gesetz von 1842 hinsichtlich des Herauszahlens der Bierpfennige nicht wieder in Anwendung kommen? Oder soll derjenige, der sein Bier nach der Taxe zahlt, gegen Andre die mehr zahlen, durch langes Wartenlassen, schnöde Behandlung ꝛc. zurückgesetzt werden, wie es erst gestern in der Himmelsleiter wieder der Fall war, daß sogar die Frau selbst, die Lampe den Gästen vor der Nase vom Tisch wegnahm! Haben sich die Herren Wirthe im vorigen Jahre nicht genirt, strenge die Taxe zu fordern, warum soll man sich denn jetzt geniren ebenfalls nach der Taxe zu zahlen?

Einsender dies glauben, daß es sich schon der Mühe lohnte, ein wachsames Auge darauf zu nehmen, diesen Unfug zu steuern; man bedenke nur, daß es bei dem jetzigen Biersatze 20% beträgt, was über die Taxe bezahlt wird; wie viel haben wir denn in unserer gewerbtreibenden Stadt Geschäfte, die solch einen Gewinn abwerfen, als auf diese Weise die Wirthe sich aneignen? Würde es nicht zweckmäßig seyn, wenn man in den Bierhäusern Armenbüchsen für diejenigen Gäste anbrächte, die auf das Herausgeben der Pfennige verzichten, damit diese Freigebigkeit einen wohlthätigen Zweck erreiche womit vielen nothleidenden Familien geholfen werden könnte, als daß man es den ohnehin schon reichen Wirthen (denn bei den minder-vermögenden geschieht es ja ohnehin nicht) in die Tasche wirft, die es nicht einmal der Mühe werth finden, nur Dank dafür zu sagen?

Nehmen wir in unserer Stadt, die fast 50 Tausend Einwohner zählt, an, daß täglich nur 2 Glas Bier per Kopf getrunken würde, so stellt sich durch das Mehrbezahlen von 1 kr. per Maas die enorme Summe von fl. 304166 40 kr. jährlich heraus; wie vielen nothleidenden und bedrängten Familien könnte damit geholfen werden,

Also dürften wir wohl annehmen, daß dieser Unfug durch strenge Beobachtung unseres wohllöblichen Magistrats sowohl, als auch von den Bürger selbst durch Strengehalten der Taxe zum allgemeinen Wohl Einhalt geschehe.

Nürnberg, 24 Juli 1848.

E i n l a d u n g.

Auf heute Mittwoch Abends den 26. Juli ladet der Unterzeichnete sämmtliche Schuhmachergesellen auf die Herberge hiemit höflichst ein

K i r s c h,
Herbergsvater.

Alte Veste bei Fürth.

Heute Mittwoch den 26. Juli wird das Bergfest daselbst gefeiert, wobei gutbesetzte Harmonie-Musik stattfindet.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Mittwoch den 26. Juli ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

J. Neubauer.

E i n l a d u n g.

Zur Feier der St. Jakober Kirchweih findet Mittwoch den 26 Juli Abends Ball statt, mit dem gewöhnlichen Entree.

Hochachtungsvoll
G. V. Wolff,
zum weißen Schwan.

P a r a d i e s.

Mittwoch den 26. Juli gibt es Ollapotrida-Suppe, Tauben, Hühner, Gansbraten und Fische, wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

E i n l a d u n g.

Die 1. Füsilir-Kompagnie der 1. Landwehr wird hiemit auf heute Mittwoch den 26. Juli Abends 8 Uhr zur Nachfeier der Jakober Kirchweih von dem Unterzeichneten mit dem Bemerken höflichst eingeladen, daß er auch von den Herren Offizieren benannter Kompagnie an diesem Tage beehrt wird.

F ü r st. Wirth,
dem Waizenbräuhaus gegenüber.

A n z e i g e.

Eingetretener Hindernisse wegen kann das auf heute von mir angesagte Abschieds-Conzert leider erst in einigen Tagen stattfinden.

Nürnberg, den 26. Juli 1848.

Agnese Fraithheim,
Opernsängerin.

(Entflogen) Ein grauer Papagai mit rothem Schwanz ist aus dem Nonnengarten entflogen: der Zurückbringer erhält ein angemessenes Trankgeld

Anzeige.

Von überall her strömen hier deutsche Flüchtlinge zusammen. Unsere Leidensgenossen, die von den französischen Behörden ins Innere verbracht worden waren und sich, auch in ihren geringsten Hoffnungen, so vollkommen getäuscht sehen mußten, kehren allmählig aus dem Innern zurück. Sie gehen Alle zuerst nach Straßburg. Die Flüchtlinge, welche neuerdings die Heimath verlassen, um sich Verfolgungen zu entziehen, kommen fast Alle zuerst nach Straßburg.

Wir haben bereits früher im Namen der Unglücklichen um Gaben gebeten. Nochmals wiederholen wir die Versicherung, daß das Elend der Flüchtlinge, welche arbeitslos umhergetrieben werden, ein grausenhaftes ist. — Zugleich aber mahnen wir Alle, welche in Deutschland bleiben können, in Deutschland zu bleiben. Irriger Weise, durch Unkenntniß oder aus böser Absicht, wird die Meinung verbreitet: es bestehe hier ein Werbebüreau für Hecker'sche Freischaaren. Hecker hat bereits seine desfallsige Erklärung gegeben. Da trotzdem bis auf diese Stunde täglich Leute zu uns kommen, welche sich „für die Freischaaren wollen anwerben lassen": so erklären wir in gleicher Weise, daß von unserer Seite durchaus für Niemand geworben, sondern blos hülflosen Flüchtlingen Unterstützung gegeben wird.

Zugleich bescheinigen wir hier den Empfang von 18 fl. 2 kr., welche uns „von dem Volksverein für Aglasterhausen und die Umgegend bei dessen Gründung" zugesandt wurden. Wir danken den braven Gebern für diese Theilnahme an dem Schicksal der flüchtigen Republikaner.

Der Vorstand der Gesellschaft deutscher Republikaner.

Karl Blind. C. Miller. M. Klein.
Karl Schalble. Angler.

Straßburg, den 10 Juli 1848. (Wirthshaus zum „rothen Männel.")

Versammlung.

Auf Donnerstag den 27. Juli Abends 8 Uhr wird im Saale des goldenen Adlers eine Versammlung anberaumt, wegen weiterer Besprechung der Stillwache.

(Anzeige.) Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und in der v. Ebner'schen Buchhandlung in Nürnberg vorräthig:

Höchst merkwürdige Prophezeihungen des alten Bernhard, genannt

S p i e l - B ä h n,

auf unsere Zeit und die zukünftigen Geschlechter, herausgegeben und erklärt

von

Joseph Burg,

Verfasser der Briefe des großen Apostels von Indien und Japan, des heil. Franz von Xavier.

Nebst einem Anhange:

Die Prophezeihungen des alten Jasper.

Geheftet Preis 12 kr.

W i t t m a n n.

V e r s t e i g e r u n g.

Dienstag den 1. August 1848, von Vormittags 2 Uhr an wird im Gasthause zum goldenen Löwen in Ziegelstein das dortige Ziegelei-Anwesen Haus-Nro. 161, Garten und Aecker öffentlich versteigert. Näheres am Strichtermine und inzwischen bei Herrn Versteher Kolb in Ziegelstein.

(Vertauscht.) Vergangenen Sonntag Abends wurde, wahrscheinlich aus Versehen, im Wirthshause zum „weißen Thurm," ein schwarzer Filzhut vertauscht, wer denselben gegenwärtig besitzt, wolle ihn gegen den seinigen austauschen.

(Zu vermiethen.) In der Katharinenstraße L. Nro. 340 a ist der erste Stock mit 7 Piecen, alles neu tapezirt und hergerichtet, um fl. 230 jährlich zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Eine Comode von Nußbaumholz, 6 Sessel von Nußbaum-, Kirsbaum- und Eichenholz Gestell, gut gepolstert, sind um den billigsten Preis zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein auswärtiges Mädchen, welches in allen Handarbeiten bewandert, auch in der Küche nicht ganz unerfahren ist, sucht bis Ziel Laurenzi bei einer stillen Herrschaft unterzukommen; sieht mehr auf gute Behandlung als auf großen Lohn. S. Nro. 1342 in der hintern Landauergasse beim Laufersschlagthurm.

(Gesuch.) Ein möblirtes Zimmer wird sogleich zu miethen gesucht.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. Juli 1848. № 209. Donnerstag: Martha.

Bericht über die siebente Versammlung des Volks-Vereins.

Der Vorsitzende Herr Dr. Schwartz eröffnete die Versammlung mit einigen einleitenden Worten, in denen er im Namen des neugewählten Ausschusses für das demselben geschenkte Vertrauen dankte und dessen reges Bestreben, die Tendenz des Vereines aufrichtig zu verfolgen, der Versammlung zusicherte. Er hob ferner noch hervor, wie neben den neu erworbenen Rechten auch der Umfang der Pflichten für den Staatsbürger sich erweitere, und eine auf Freiheit und Gesetz gegründete Zukunft alle Schwankungen der Gegenwart heben werde. Nach kurzen schließlichen Andeutungen über den Anschluß an andere Vereine ähnlicher Tendenzen, und die zweckmäßigste Wirksamkeit der Riegen, wurde die Vervollständigung der letzteren vorgenommen. — Herr Dr. Wölfel gab klare Erläuterungen über die Grundlagen, auf welchen das Institut der Geschwornengerichte aufgebaut seyn müsse, wenn es die erste Bedingung seiner Wirksamkeit, nämlich das vollste Vertrauen des Volkes gewinnen soll. Herr Notar Wegler wies nach, daß der jüngste Gesetzentwurf über Geschwornengerichte von einer Bestimmung, die in Beziehung auf denselben das Ministerium früher ausgesprochen habe, abweiche, indem von einem Hervorgehen dieses Instituts unter Mitwirkung freier Wahl des Volkes völlig Umgang genommen sey. Ein Vortrag des Herrn Semmler, welcher das Mißverhältniß der Arbeitskräfte zwischen der ackerbauenden und der gewerbtreibenden Klasse andeutete, wurde als ein in unsere Gewerbs-Verhältnisse tief eingreifender Gegenstand den einzelnen Riegen zu weiterer Besprechung empfohlen. Mit schönen und kräftigen Worten leitete Hr. Studienlehrer Hoffmann den Bericht Heckschers über die Reise der Reichs-Deputation nach Wien, deren dortigen Empfang und Rückkehr nach Frankfurt, ein. Der erfreuliche Eindruck, den der begeisterte unmittelbare Vortrag des Berichterstatters auf die National-Versammlung machte, wurde auch in diesem Kreise durch die lebendige Mittheilung derselben hervorgerufen. Die Versammlung verfehlte nicht, für diesen ihr dadurch gewordenen Genuß Herrn Hoffmann ihren Dank auszusprechen. — Ein Antrag des Herrn Juwelier Bock in Betreff der Civillisten wurde einer weiteren Erwägung empfohlen, und soll später auf die Tagesordnung gebracht, und einer weiteren Bitte desselben aber, das Gesetz der Einkommens- und Kapitalsteuer erörtern zu wollen, in nächster Versammlung von Seite des Ausschusses entsprochen werden.

Deutschland.

Bayern. (München, 21. Juli.) Als Nachtrag zu der am 5. Juli erlassenen Ausschreibung über die Kosten der Militärkommandos wegen tumultuarischer Auftritte, hat so eben das Kriegsministerium die folgende Entschließung des königl. Staatsministeriums des Innern in Abschrift den sämmtlichen Kommandos bekannt gegeben, um hieraus zu entnehmen, von welcher Behörde die Entscheidung der Frage, ob ein gesondertes Militärkommando als wirkliches Exekutionskommando zu betrachten sey, auszugeben habe. „Die von dem königlichen Kriegsministerium an die vier Armee-Divisions-Kommandos im bemerkten Betreff am 5. l. M. erlassene Entschließung wird der königlichen Regierung, K. d. Innern, anliegend in Abschrift zur Kenntnißnahme mit dem Bemerken mitgetheilt, wie die jeweilige Frage: ob ein abgesondertes Militärkommando, als wirkliches Exekutions-Kommando zu betrachten sey? von der requirirenden Behörde und beziehungsweise von der kgl. Regierung auszugeben habe. München, 14. Juli. An die kgl. Regierung Kammer des Innern.“ (A. A. Z.)

(Würzburg, den 25. Juli.) Brieflichen Nachrichten zufolge sind in den Abendstunden des verflossenen Sonntags nicht unbedeutende Exzesse in Lohr vorgefallen, veranlaßt durch den Befreiungsversuch eines verhafteten gefährlichen Wildfrevlers, wobei die Betheiligten mit dem zur Zeit noch dort stationirten Militär in Konflikt geriethen. Die Aufregung war so heftig, daß Generalmarsch geschlagen, und die gesammte Landwehr zum Schutze des Gesetzes und der Ordnung aufgeboten werden mußte. Nachdem die Tumultuanten ihren Versuch, obenberegten Wilderer seiner Haft zu entziehen, vereitelt sahen, zerstreuten sie sich, jedoch nicht ohne ein Gedenkzeichen ihrer Rachsucht zu hinterlassen, indem sie das Gartenhaus des Bürgermeisters in Asche legten. In Folge dieser Vorfälle sieht man einer alsbaldigen Verstärkung der dortigen Mannschaft entgegen. (Wrzbrg. Abdbl.)

Baden. (Karlsruhe, 22. Juli.) In der heutigen 74. Sitzung der zweiten Kammer, welche von früh 9 Uhr bis gegen 3 Uhr Nachmittags gedauert, beschäftigte man sich hauptsächlich mit einer Petition einer Anzahl Studirender der Hochschule Heidelberg wegen Auflösung des dortigen demokratischen Vereins. Nach den gedruckten Statuten dieses Vereins steht das republikanische Prinzip an der Spitze, und sollen dafür die Mitglieder Propaganda machen. Nach Auflösung des Vereins durch die Staatsregierung allarmirten die 30 Mitglieder desselben die übrigen Studenten; es wurde durch irrige Vorspiegelungen, als sey die Studenten-Ehre beleidigt, eine Korpssache daraus gemacht, und etwa zwei Drittel aller Studenten sind vor wenigen Tagen von Heidelberg ausgezogen nach Neustadt in der Rheinpfalz. Die Regierung forderte dieselben zur Rückkehr binnen drei Tagen auf, widrigenfalls sie des akademischen Bürgerrechts in Heidelberg verlustig seyen. Die Kammer beschloß den Uebergang zur Tagesordnung, da die Regierung in ihrem gesetzlichen Recht gewesen, wenn sie einen Verein mit staatsgefährlichen Tendenzen aufhob; es wurde jedoch dabei noch der Wunsch ins Protokoll niedergelegt, daß die Regierung die zur Rückkehr gesetzte dreitägige Frist erweitern möge. Anläßlich dieser Sache erklärte der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Bekk, aufs Entschiedenste, daß die Regierung sämmtliche Vereine mit gleichen oder ähnlichen Grundsätzen aufheben werde, von der Befugniß Gebrauch machend, welche ihr das Gesetz von 1833 giebt, und daß deßhalb die Prüfung der Statuten aller demokratischen Vereine angeordnet sey, was von Seiten der äussersten Linken mißliebig vernommen wurde. (Schw. M.)

Das badische Regierungs-Blatt vom 23. Juli enthält eine unmittelbare allerhöchste Entschließung des Großherzogs folgenden Inhalts: „Unter dem Namen „demokratische Vereine“ haben sich an mehreren Orten des Großherzogthums Verbindungen gebildet, die anfänglich nur die Erstrebung verschiedener demokratischer Einrichtungen sich zur Aufgabe machten, später aber die Beschlüsse sich aneigneten, welche ein vom 14. bis zum 17. v. M. in Frankfurt versammelt gewesener sogenannter Kongreß von Abgeordneten demokratischer Vereine“ gefaßt und veröffentlicht hat. Darnach ist die Erringung einer „demokratischen Republik“ als Zweck aufgestellt, und wie es mit den Mitteln gemeint sey, durch welche dieser Zweck erreicht werden soll, geht unter Anderem aus den in jenen Beschlüssen ausgedrückten Sympathien für die Aufrührer hervor, so wie auch daraus, daß der Centralausschuß dieser Vereine in einer Bekanntmachung vom 28. Juni d. J. sogar der deutschen Nationalversammlung die fernere Anerkennung versagte, ihre Mehrheit als eine volksfeindliche Macht erklärte, und zur Bewirkung einer förmlichen Losreißung der Minderheit Behufs der Bildung einer neuen Versammlung auf ungesetzlichem Wege auffordert. Zugleich wurde in den Beschlüssen vom 14. bis 17. v. M. eine vollständige Organisation dieser Vereine durch ganz Deutschland, und ein gegenseitiger Verkehr derselben durch die Vermittelung von Kreisausschüssen und eines Centralausschußes verabredet, um durch vereinte Kraft für den aufgestellten Zweck der Republikanisirung Deutschlands desto wirksamer zu seyn. Leider haben nun auch in Unserem Großherzogthume solche Vereine diesem Organismus und überhaupt den Beschlüssen des Frankfurter Kongresses vom 14. bis 17. v. M. sich angeschlossen, namentlich ein solcher in Mannheim, wo der Kreisausschuß für Baden und die Rheinpfalz gebildet ist, sodann ein solcher in Karlsruhe, einer in Heidelberg und einer in Lörrach für die Bezirke Lörrach, Schopfheim und Schönau. Wie hoch Wir die Freiheit jedes Staatsbürgers achten, und so ungehindert Wir die politischen Bewegungen und die Bestrebungen nach Verbesserungen auf dem verfassungsmäßigen Boden walten lassen, so unzulässig und verderblich erscheint es doch, wenn die Grundlage der Verfassung selbst unterwühlt, und so das ganze Staatsgebäude durch die Kraft der Associationen erschüttert wird. Sind solche Versuche gegen die verfassungsmäßige Staatsordnung in gewöhnlichen Zeiten von geringerer Bedeutung, so tritt doch in Zeiten der Erregtheit der Gemüther, wie jetzt, das Gefahrvolle derselben klar hervor, zumal in einem Lande, das so betrübende Störungen erlebte, und wo in Folge derselben die Einen geängstigt, und die Andern wegen erlittener Niederlage nur um so leidenschaftlicher thätig sind. Je länger die Angriffe auf die Grundlage der Staatsordnung dauern, desto länger dauert die aus dem Mangel an Vertrauen auf die Sicherheit der öffentlichen Zustände entspringende Noth und Erwerblosigkeit der Staatsangehörigen. In mehrfacher Beziehung sind also die oben erwähnten demokratischen Vereine, die jene Unsicherheit der öffentlichen Zustände nur unterhalten und vermehren, dem Staatswohle nachtheilig, und Wir finden Uns durch die Pflichten, die Uns für des Landes Wohl obliegen, gedrungen, dieselben hiemit auf den Grund des Gesetzes vom 26. Oktober 1833 aufzulösen, und die fernere Theilnahme daran unter Androhung der in diesem Gesetze bestimmten Strafen zu verbieten. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium den 22. Juli 1848. — Leopold. v. Dusch. Bekk. C. Hoffmann. F. Hoffmann. Mathy.

Freie Städte. (Frankfurt, 24. Juli.) In der heutigen 48. Sitzung der verfassungg. Reichsversammlung erklärte der Reichminister v. Schmerling, daß mit Dänemark kein anderer Waffenstillstand geschlossen werde, als solcher mit der Ehre Deutschlands verträglich sey, und daß bereits Vorkehrung getroffen, um nöthigenfalls den Krieg mit verstärkten Streitkräften nachdrücklich zu Ende zu führen. An die sardinische Regierung sey eine neue energische Note wegen gänzlicher Aufhebung der Blokade von Triest ergangen. Auf der Tagesordnung steht die posensche Frage. Es sind im Ganzen 75 Redner eingeschrieben, von denen bis 1½ Uhr erst 4 gesprochen haben, nämlich: Göden von Krotoschin, Senff von Inowraclaw, R. Blum, Jordan von Berlin. (Frankft. J.)

(Frankfurt, den 24. Juli.) [Gewerbe-Kongreß.] Am gestrigen Sonntage fand keine Sitzung statt. Heute werden die Verhandlungen über die Grundzüge der Gewerbeordnung festgesetzt. Die noch nicht ganz vollständig vorliegende Liste der Abg. des Gewerbe-Kongresses weist 63 Namen von Abgeordneten aus den verschiedensten und entferntesten Gegenden Deutschlands nach, die folgende Städte, Provinzen und Distrikte repräsentiren: Die Städte Rastatt, Fürth, das Herzogthum Nassau, die Stadt Erfurt, die Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen, die Städte Fulda, Schleiz, Schmalkalden, Schwaben-Neuburg, Offenbach, Detmold, Neuhaldensleben, Herz. Sachsen, die sächsischen Städte, Nürnberg, Limburg, Weimar und Eisenach, Bamberg, Lauenburg, Ansbach, Wien, Landshut, Innsbruck, Berlin, Fürstenthum Reuß (Gera), Mecklenburg, Breslau, Köln, Gießen, Koblenz, Baden, Stettin, Frankfurt a. M., Bremen, Danzig, Westphalen, Offenburg, Lübeck, Erlangen, Freiburg, Mecklenburg, Ehrenbreitstein,

Provinz Schlesien, Laar, Herzogthum Braunschweig, Altenburg, Holstein, Dessau, Minden, Hamburg, Augsburg, Würzburg, Regierungsbezirk Oberpfalz (einige Städte und Provinzen sind auch durch mehrere Abgeordnete vertreten). (Frkf. J.)

(Frankfurt, 24. Juli.) Die wegen der in Sachsenhausen neulich stattgehabten aufrührerischen Ereignisse eingeleitete Untersuchung soll ergeben haben, daß allerdings die Sachsenhäuser von Ultra-Demokraten aufgehetzt waren. So wird ein Postbeamter beschuldigt, die Sachsenhäuser aufgefordert zu haben, die Schienen der Main-Neckar-Eisenbahn aufzureißen, um Zuzug abzusperren. Er sollte vernommen werden, flüchtete aber nach Straßburg, um sich wahrscheinlich zu Hecker zu begeben. (N. Würzb. Z.)

(Frankfurt, den 24. Juli.) Die Volks-Versammlung, welche gestern auf dem Kranichstein bei Darmstadt stattfinden sollte, ist in die Brüche gefallen und es soll blutige Köpfe abgesetzt haben. Der Streit ist, wie man hört, über die Wahl des Präsidenten losgebrochen. Die Rheinhessen (Mainzer) wählten Zitz, die Konstitutionellen einen Andern (ich glaube Dr. Stahl) zum Präsidenten; als Zitz auf der Tribüne erschien, soll ein großer Tumult ausgebrochen sein und ein Oberschütze (ein Flurschütze) auf Zitz angeschlagen und mit seinem Fangmesser Einem den Kopf gespalten haben, bevor man ihn entwaffnen konnte. Der Oberschütze wurde später von Bürgerwehr und Gensdarmen nach Darmstadt escortirt. Es sollen übrigens noch mehr Thätlichkeiten stattgefunden und blutige Köpfe abgesetzt haben. Doch sey die ganze Versammlung alsbald auseinander gegangen, und um 2 Uhr hätten schon viele den Rückweg angetreten. Zitz kam heute Vormittag sehr spät in die Sitzung der Nationalversammlung, und er nahm die Beglückwünschung seiner Erhaltung mit Lächeln hin. (N. Würzb. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 23. Juli.) Wir hatten gestern eine sehr wichtige Sitzung der zweiten Kammer unserer Stände. In zwei Stunden kamen verschiedene mit Sehnsucht vom Lande erwartete Gesetze zur Erledigung in Vereinbarung mit der ersten Kammer, so daß ihre Publikation nun baldigst erfolgen wird. Vor allem ist dies der Fall bei dem Gesetze über die neue Organisation der Verwaltungsbehörden, die Einsetzung von Regierungskommissionen mit vom Volke gewählten Bezirksräthen an die Stelle der bisherigen Kreis- und Landräthe. 2) Das Gesetz über die Aufhebung der Jagdberechtigungen auf dem Grund und Boden Anderer. Auch ist, wie man erfährt, das Gesetz über die standesherrlichen Verhältnisse vollends erledigt, so daß dieses so gewichtige Gesetz nun ebenfalls unverzüglich ins Leben treten kann. Wir werden auch ganz in der Kürze öffentliches Strafverfahren mit Schwurgerichten in den alten diesseits rheinischen Provinzen haben. Wie ich schon berichtete, hat die Regierung unlängst einen aus 285 Artikeln bestehenden Gesetzesentwurf darüber vorgelegt. An einstimmiger Annahme von Seiten der Kammer ist nicht zu zweifeln. Der erwähnte Entwurf, wiewohl ganz auf die rheinhessische Gesetzgebung basirt und mit dieser übereinstimmend, hat doch manche Verbesserungen angenommen und ist namentlich in Bezug auf die Geschwornengerichte freisinniger. Rheinhessische Deputirte, Lehne, Görz, v. Steinherr rc., beantragten deshalb diese Bestimmungen als provisorisches Gesetz auch in Rheinhessen einzuführen, was der Ausschuß gleichfalls bevorwortete. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, 22. Juli.) Ich habe Ihnen einiges Nähere über die am 18. d. stattgehabte Abstimmung der 2. Kammer unserer Stände über den am 17. d. ausführlich berathenen Antrag des Abg. Volhard auf Minderung der Ruhegehalte, Staatsdienerbesoldungen, Civilliste und Apanagen versprochen. Beide, Berathung und Abstimmung, gleich ausführlich, haben einiges Aufsehen gemacht, wenn auch nicht überall beifälliges und erfreuliches. Man hat es z. B. auffallend gefunden, daß die Hauptantragsteller, die Advokaten Volhard und Görz, so scharf gegen die meistens sehr mäßig besoldeten, von den Zeitverhältnissen genug leidenden Staatsdiener zu Felde ziehen, während sie von den hohen Advokatentaxen, durch welche das Volk wohl weit mehr leidet, schweigen. Sicher sind wenigstens noch nicht so viel Staatsdiener wohlhabend geworden, als Advokaten, während die Beispiele sehr häufig sind, daß erstere noch mit ihren Familien darben, wenn sie nicht eigenes Vermögen haben. — Abg. Görz hatte folgende vier Amendements zu den Volhard'schen Anträgen gestellt, die sämmtlich angenommen wurden: 1) alle höheren Gehalte auf 3000 fl. herabzusetzen; 2) desgleichen alle höheren Pensionen auf 2000 fl.; 3) den Gehalten von 3000 fl. bis zu 1800 fl. und den Pensionen von 2000 bis 1400 etwa 1/10 abzuziehen, so jedoch, daß solche Gehalte nicht unter 1700, solche Pensionen nicht unter 1400 fl. herabkommen; 4) diese Maßregeln in Kraft zu lassen, so lange der dermalige Nothstand daure, jedenfalls aber bis zum 1. Jan. 1850. — Abg. Volhard stellte eine lange Reihe von Anträgen, welche einen großen Theil der 34 Fragen der Abstimmung einnahmen. Die Kammer trat ihnen fast allen bei. So wurde beschlossen: die Staatsregierung zu ersuchen, die Ruhe- und Gnadengehalte neu zu prüfen und so viel wie möglich alle das Bedürfniß und billige Maß übersteigende Gehalte zu streichen oder zu mindern, auch in Ruhestand versetzte, noch taugliche Beamte möglichst wieder in Dienst zu ziehen; — wegen der Pension von 2400 fl. des General-Lieutenants Prinzen von Wittgenstein als Gesandten in Berlin, die vorläufig einzuhalten sey, desgleichen des ehemaligen Ministerpräsidenten v. Pappenheim in Paris von 3000 fl. rc Untersuchungen anzustellen, ob der verantwortliche Minister nicht wegen Verschleuderung von Staatsgeldern in Anklagestand, Hr. v. Pappenheim selbst aber wegen Dienstvernachläßigung und Dienstvergehen vor Gericht gestellt werden könne rc.; ebenso wegen der Pensionirung des geh. Staatsraths Dr. v. Linde mit seinem vollen Gehalte von 3600 fl., denselben aber nach Beendigung seines Aufenthaltes bei der Reichsversammlung in Frankfurt, vorbehaltlich seines Ranges, wieder als Professor der Rechte in Dienst zu rufen; hinsichtlich der Pensionen des Gen.-Maj. v. Amerongen in Mannheim von 2527 fl. und des General-Lieut. v. Oyen in der Schweiz von 5673 fl. weitere Erkundigungen einzuziehen. Von Letzterem wurde bei der Diskussion angeführt, daß er seine Pension im Lande zu edlen Zwecken mildthätig verwende. Ferner wurde nach den Anträgen des Abg. Volhard beschlossen: die Regierung um ein Gesetz zu ersuchen, wonach künftig kein Ruhegehalt über 2000 fl betragen dürfe, und wonach alle Ruhe- und Gnadengehaltsverleihungen vor dem nächsten Landtage gerechtfertigt werden müssen, bis zur erfolgten Genehmigung der Stände aber widerruflich bleiben, diese Bestimmungen auch jetzt schon bei neuen Anstellungen zu bedingen, rc; — die festen Besoldungslisten ebenfalls zu revidiren und Stellen, wie Gehalte möglichst zu beschränken. — Ein specieller Antrag des Abg. Volhard bezüglich der Gehaltsverhältnisse des dortigen dirigirenden Staatsministers Frhrn. du Thil wurde, als früheren Kammerbeschlüssen zuwider, mit 16 gegen 17 Stimmen verworfen. — Dagegen wurden noch mehrere Anträge des Ausschusses angenommen, die Pensionirung der Gesandten, die Zusammensetzung verschiedener Ruhegehalte, die Aufhebung der Gestattung, Pensionen außerhalb Deutschlands verzehren zu dürfen, die Aufhebung der Verleihung von Gnadenpensionen für die Zukunft und möglichste Beschränkung der verwilligten rc. rc. betreffend. — Auch ein Antrag des Abg. Franck auf Prüfung der Gründe der Pensionirung des ehemaligen Kreisgerichts-Vicepräsidenten Mohr, Mitgliedes der Nationalversammlung in Frankfurt, und Wiederanstellung desselben ward angenommen, sowie ein Antrag des Abg. Lehne auf Untersuchung der vielfachen Pensionirung noch rüstiger Offiziere und nach Befund auf Anklage des Kriegsministers deßhalb, wegen Verschleuderung von Staatsgeldern rc. rc. — Die beiden letzten Abstimmungen (die 33. und 34.) betreffen die Apanagen der Prinzen des Großherzogl. Hauses. Ein Antrag des Abg. Volhard, sie zu bitten, in Betracht des herrschenden Nothstandes, auf einen angemessenen Theil derselben freiwillig zu verzichten, ward mit 35 gegen 1 Stimme angenommen; — dagegen der eventuelle Antrag Volhard's, ihnen die im Jahre 1845 bewilligten Apanagen-Zulagen für so lange einzuziehen, als die vom Abg. Görz beantragten Besoldungs- und Gehaltsabzüge dauerten, mit 18 gegen 17 Stimmen verworfen. (Frkf. J.)

(Darmstadt, den 25. Juli.) Bei den Maßregeln, welche in Württemberg und Baden gegen politische Vereine ergriffen werden, dürfte es von Interesse seyn, die im Großherzogthum Hessen bestehenden Grundsätze über Associationsrecht kennen zu lernen, über die sich fast die gesammte Presse im Irrthum befindet, dieselben sind einzig und allein in dem Strafgesetzbuche enthalten. Die Verfassung schweigt darüber, ebenso das Edict vom 6. März. Die Artikel 182 und 183 des Strafgesetzbuchs drohen demjenigen Gefängnißstrafe, der, wenn „die Obrigkeit die Bildung irgend eines Privatvereins oder einer Privatverbindung verboten, oder die Auflösung einer bereits bestehenden befohlen“ oder „die Theilnahme an einem ausländischen Vereine verboten“ hat, diesem Verbote oder Befehle zuwider handelt. Hiernach bedarf es bei uns zwar keiner polizeilichen Erlaubniß zur Bildung eines Vereins, die Regierung ist aber berechtigt, im Einzelfalle die Errichtung eines solchen vorher zu untersagen oder einen bestehenden aufzuheben. Hinsichtlich der Ausübung dieses Recht bemerkt der frühere Abgeordnete, jetziger Präsident der zweiten Kammer, Herr Hesse, der als Ausschußreferent jene Artikel vorgeschlagen, in seinem Berichte von 1810 folgendes: „Daß dem Staate die Befugniß zustehe, die Aufsicht über alle Privatvereine auszuüben, ist eben so unbestreitbar, als daß er diejenigen, welche dem gemeinen Wesen nachtheilig sind, zu unterdrücken das Recht haben muß. Die ältere, neuere und neueste Geschichte beweist, welcher Unfug insbesondere durch politische und religiöse Privatvereine häufig entsteht und welche nachtheilige Folgen für Ruhe und Ordnung dergleichen Verbindungen nach sich ziehen. Die Untersuchung der Frage, ob eine Verbindung der Art schädlich sey, und ob sie einen politischen oder religiösen Charakter habe, steht indessen nur allein der Polizeigewalt zu und gegen ihren Ausspruch kann ein Recurs an den Richter vernünftigerweise nicht stattfinden, ja dieser wird oft gar nicht in der Lage seyn, über die eigentliche Natur solcher Verbindungen urtheilen zu können.“ Weiter heißt es in diesem Bericht: „die Polizeigewalt hat Mittel und Wege, jeder Verbindung im Staat, deren Mitglieder sich fortdauernd mit politischen und religiösen Gegenständen beschäftigen, auf die Spur zu kommen, und ihrem Ermessen ist es dann, wie vorhin bemerkt, lediglich überlassen, ob sie die Fortsetzung der Verbindung verbieten wolle oder nicht.“ — Wie schon erwähnt, sind diese gesetzlichen Verbindungen durch kein Gesetz aufgehoben; es ist auch noch von keiner Seite deren fortwährende Gültigkeit bezweifelt worden. Sie geben bei uns der Staatsgewalt das Mittel, Vereinen mit anarchischer Tendenz entgegenzutreten. Gegen Mißbrauch dieses Mittels sichert die Verantwortlichkeit der Volksvertretung gegenüber. Die Regierung hat bis jetzt bei uns von ihrem Rechte keinen Gebrauch gemacht, und in der That ist die Ausübung dieses Rechts etwas so Mißliches, der Vorwurf, man setze den Polizeistaat fort, liegt so nahe, daß man wohl die Frage aufwerfen könnte, ob es nicht gerade, um anarchischen Bestrebungen sicherer entgegentreten zu können, gerathen sey, das der Polizeigewalt zustehende Recht in irgend einer Weise den Gerichten zu übertragen. Die Polizeigewalt wird oft sich scheuen müssen, einzuschreiten, da ihre Handlungen immer ein gewisses Etwas von Willkühr zu enthalten scheinen; wenn aber auf Klage des Staatsanwalts ein öffentliches Gericht, einen Verein als den Interessen und dem Wohle des Staates gefährlich vernichtet, so wird diesem Ausspruche auch das öffentliche Vertrauen zur Seite stehen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hohenzollern-Sigmaringen. (Sigmaringen.) Das Verordnungs- und Anz.-Blatt vom 23. Juli enthält folgende drei Gesetze: 1) Die Sportelsätze für gerichtliche Pfandbestellungen und für Pfründungs-Verfügungen sind aufgehoben; 2) der Blutzehenten ist ohne Entschädigung aufgehoben; 3) die sämmtlichen Bannrechte im Fürstenthum sind ohne Entschädigung der Bannberechtigten aufgehoben.

Preussen. (Berlin, 20. Juli.) Der Abg. Krackrügge, welcher in Erfurt vom General Hedemann beleidigt worden ist und auf Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung drang, mußte sich endlich an den König wenden, da sich alle Gerichtsbehörden für inkompetent erklärten. Der Justizminister zeigt jetzt dem Kläger an, daß die Sache in Gemäßheit eines Allerhöchsten Befehls dem Ober-Landesgerichte zu Magdeburg mit dem Auftrage zugefertigt sei, sich der Führung der Untersuchung zu unterziehen und nach Abschluß derselben die Akten zur Anordnung eines Kriegsgerichts einzureichen. — Herr Krackrügge beklagt sich nun darüber, daß heute noch, wo das Prinzip der Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz faktisch zur Geltung gekommen, die antiquirte Verordnung behauptet wird, wonach ein Bürger, wenn er von einem bewaffneten Mitbürger, einem General, an seiner Ehre verletzt worden, Recht nehmen soll vor einem — Kriegsgericht. Als ob die Ehre des Herrn Generallieutenants von Hedemann eine andere wäre, als die des Herrn Krackrügge? (N. Rh. Z.)

(Berlin, den 21. Juli.) Der General Pfuel ist gestern von seiner Mission nach St. Petersburg zurückgekehrt, es läßt sich nicht läugnen, daß dieselbe mehr eine persönliche durch den König veranlaßte, als eine im Namen des verantwortlichen Ministeriums ausgeführte zu betrachten ist; ebenso die jüngste Mission des Generals Below. Unmöglich lassen sich diese Einwirkungen der königl. Personen so schnell völlig abstreifen, so wenig als dies unter Ludwig Philipp

möglich wär; allein es soll damit keineswegs gesagt sein, daß der Auftrag des Generals ohne näheres Wissen oder gar gegen die Ansichten der Minister ertheilt sey. Bei den engen Familienbeziehungen zwischen unsrer Dynastie und der russischen sind persönliche Einwirkungen unvermeidlich und für die augenblickliche Lage der Dinge gewiß heilsam. So glaubt man denn, daß auch der General Pfuel, der den speziellen Auftrag gehabt haben soll, eine möglichst günstige Stimmung des Kaisers für uns zu erhalten, sich dessen mit glücklichstem Erfolg entledigt habe. Begreiflicherweise hat der General sich nicht voreilig gegen irgendjemand über seinen Auftrag geäußert; allein der Schluß läßt sich aus manchen Umständen ziehen. Der Kaiser ist, trotz der ernsten Lage der Dinge, sehr heiter gewesen. Von Aufständen, oder einer erregten, besorglichen Stimmung ist in St. Petersburg keine Spur wahrzunehmen. Offen wird es überall ausgesprochen: Rußland will sich den Gährungen Deutschlands und Mitteleuropas gegenüber ganz neutral verhalten, ist aber schlagfertig und sehr stark gerüstet, um jeder Verletzung seiner Rechte, sowie der bestehenden Verträge, insofern sie auf diese Bezug haben, entgegenzutreten. Große Bestürzung herrscht aber über das heftige Auftreten der Cholera; ihr fallen unendliche Opfer. Der Kaiser gibt auch diesmal, wie schon in frühern Jahren, das Beispiel muthiger Entschlossenheit und Charakterfestigkeit. Er besucht alle Cholerahospitäler selbst, verweilt am Bett der schwerst Erkrankten ohne Verzagen und spricht den Leidenden freundlich Muth zu. Fast leidet es keinen Zweifel mehr, daß wir auch dieser strengen Prüfung hier unterworfen werden, und binnen sechs Wochen (wie im Jahre 1832 im Anfang des Septembers) die Krankheit ihren Sitz bei uns aufschlagen werde. Der Kaiser ist über alle Vorgänge in Berlin bis ins genaueste Detail unterrichtet, ja es gehen ihm sämmtliche Maueranschläge zu. Den Russen ist darin meist mit wüthendstem Haß gedroht. Eines dieser Plakate fing jede Zeile mit den in gesperrter Riesenschrift gedruckten Worten: „Die Russen kommen!“ an. Und jeder Phrase folgte eine Schreckensschilderung und ein Ausbruch des Hasses. Dieses Plakat zeigte der Kaiser dem General unter herzlichem Lachen. Ebenso war er im Besitz der volkshumoristischen Journale Kladderadatsch, ewige Lampe, Krakehler, und wie diese Blätter sonst heißen. Die heitere Auffassung dieser Angelegenheit zeigt wenigstens, daß die persönliche Stimmung des Kaisers keine gereizte ist. Allein die Gesetze der Politik fragen darnach wenig. (A. A. Z.)

Sachsen. (Weimar, 20. Juli.) Der energische Antrag unseres Abgeordneten Herrn v. Wydenbrugk in Bezug auf die von dem König von Hannover quasi verweigerte Anerkennung der Centralgewalt hat hier den günstigsten Eindruck gemacht und ihm auch die Herzen Derjenigen wieder zugewendet, die im Vertrauen zu ihm schwankend geworden waren. Das Benehmen des hannoverschen Königs hat hier wie überall, großes Aufsehen gemacht und man ist begierig, ob sich die übrigen Großmächte Deutschlands der Centralgewalt unbedingt unterwerfen, oder ob sie ebenfalls das souverän gewordene Volk in die Schranken fordern werden. — Die konstitutionellen Vereine hier und in der benachbarten Provinz Sachsen geben eine große Regsamkeit kund. Ihre Versammlungen folgen sehr rasch auf einander. Dabei geben ihre Mitglieder eine Hast, einen Eifer, eine Aengstlichkeit zu erkennen, als ob sie alle Augenblicke fürchten müßten, von den Demokraten überflügelt zu werden. So hat kürzlich eine Versammlung in Kösen bei Naumburg, eine andere bei Halle stattgefunden und nächsten Sonntag soll wieder eine in Vieselbach, zwischen hier und Erfurt abgehalten werden. Indessen will es doch scheinen, als ob sie in ihren starren Grundsätzen etwas nachlassen und auch demokratisch Gesinnten den Beitritt gestatten wollten. In Halle wenigstens ist von dem Professor Burmeister ein solcher Antrag gestellt und auch genehmigt worden. Es wäre daher wohl möglich, daß die Alles versöhnende Zeit auch hier ihren Einfluß geltend machte und eine Verschmelzung herbeiführte, woran aber vorläufig noch nicht zu denken ist. Soll dieser Weg aber ernstlich angebahnt werden, so müssen vor allen Dingen die sich oft wiederholenden Reibungen zwischen einzelnen Anhängern beider Parteien vermieden und ein verständiges Annähern durch Austauschen der Ideen und Meinungen befördert werden. Ein allzu großer Eifer hat schon oft der besten Sache geschadet. Auch demonstrirt man in politischen und geistigen Dingen nur mit Gründen, nicht mit Faustschlägen, was weder für die eine, noch für die andere Partei ehrenvoll ist. Vor einigen Tagen kehrten die nach Weida zur Herstellung der Ordnung kommandirt gewesenen Truppen zurück und wurden von der Bürgerwehr und dem Schützenkorps mit einem Lebehoch empfangen. Am Abend fand eine kameradschaftliche Vereinigung, verbunden mit einem Bratwurstfest statt, welches die Bürgerwehr ihren zurückkehrenden Kameraden veranstaltet hatte und woran sie selbst zahlreich sich betheiligte. Leider hatte auch diese Festlichkeit durch Parteizwiste eine kleine Unterbrechung zu erleiden, und ein junger Mann, welcher Hecker und Struve leben ließ, wurde ins Gefängniß abgeführt. — Um dem im Lande durch die Zeit und andere Verhältnisse darniederliegenden Gewerbsstande einen neuen Aufschwung zu verleihen und unbemittelten Handwerkern Gelegenheit zu geben, ihre oft werthvollen Erzeugnisse ohne Schwierigkeiten und Geldverlust an den Mann zu bringen, geht man hier schon längere Zeit mit dem Plane um, eine Gewerbshalle, ähnlich der in Frankfurt und Wiesbaden, verbunden mit einer zeitweisen Verloosung, zu begründen. Wie aber jedem industriellen Aufschschwunge bis jetzt bleierne Flügel anklebten, so stehen auch diesem Unternehmen fast unbesiegliche Hindernisse entgegen. Namentlich wird die Begründung eines solchen gewiß Segen bringenden Instituts durch einen Vertrag erschwert, welcher bei Gelegenheit der Abtretung der Lotterie an Sachsen, zwischen beiden Staaten abgeschlossen wurde. Sollte aber ein solcher Vertrag, wenn überhaupt, so auch jetzt noch die Kraft haben, beschränkend auf das Gewerbeleben im Großherzogthume einzuwirken? (Frf. J.)

Würtemberg. (Stuttgart, 24. Juli.) Wie wir hören, befindet sich seit mehreren Tagen der kgl. bayerische Reichsrath v. Nietbammer aus München in unsern Mauern, um im Auftrag seiner Regierung über Eisenbahn-Verbindungen zwischen Bayern und Würtemberg mit dem kgl. Finanzministerium Verhandlungen zu pflegen, welche bereits zu einer vorläufigen Vereinbarung über die Grundlagen für einen diesfälligen Staatsvertrag geführt haben sollen. (Schw. M.)

Donaufürstenthümer.

(Bucharest, 10. Juli.) Die Nachricht von dem Einmarsch fremder Truppen fand zwar gestern noch viele Ungläubige, heute ab hat sie sich bestättigt. Den ganzen Tag über fanden Zuläufe der verschiedenartigsten Personen im Palast statt, um sich über die Sachlage zu berathen. Nachmitags versammelten sich im Garten eines Gasthofs viele der jüngern Offiziere, um hinsichtlich eines Vorschlags der provisorischen Regierung Beschluß zu fassen; derselbe ging dahin, sich in die Gebirge zurückzuziehen, und den größern Theil des Militärs mitzunehmen, wahrscheinlich um dort ein anderes Centrum zu bilden, da es rein unmöglich seyn wird, auch nur den mindesten Versuch eines Widerstandes vor oder in der Stadt selbst zu machen. Diesem Vorhaben widersetzten sich die Offiziere theils aus politischer Unkenntniß, theils aus Furcht sich neuerdings bloßzustellen. Auch ist diesen Abend die Zaghaftigkeit des größern Theils der Jugend durch Aeßerungen, die man aller Orten hörte, recht deutlich ans Licht getreten. Die provisorische Regierung hielt bis spät in die Nacht hinein Sitzung und um 10 Uhr trat Magiero auf den Balkon, um den spärlich auf dem Platze Versammelten zu erklären, die Mitglieder der provisorischen Regierung seyen entschlossen zu bleiben, auch wenn sie Gefahr laufen sollten, nach Sibirien abgeführt zu werden (ich war selbst gegenwärtig.) Dieß scheint mir aber bloße Redensart zu seyn: soviel ist sicher, daß in manchen Höfen diesen Nachmittag die Reisewagen hergerichtet wurden. Der französische Consulatskanzler hat in Abwesenheit des neuen Consuls, der noch nicht angekommen ist, den sich hier befindenden Franzosen anzeigen lassen, daß die Russen bereits in Fockschan, dem Grenzort zwischen Moldau und Walachei, eingerückt seyen und Donnerstag hier seyn können, zugleich hat er sie einladen lassen, falls Plünderung von Seite des Pöbels zu befürchten oder eine Beleidigung der französischen Standarte in Aussicht stehe, sich im Konsulatsgebäude mit oder ohne Waffen zu versammeln. Auch weiß ich von jemandem, der einem Gespräche des englischen Konsuls gestern beiwohnte, daß derselbe seinerseits das Einrücken der Russen bestätigt hat, es kann also keinem Zweifel mehr unterliegen. [Den 11.] Sämmtliche Mitglieder der provisorischen Regierung sind diese Nacht um halb 2 Uhr vom Palast aus abgereist. Sie haben sich von einer zahlreichen Abtheilung Kavallerie in die Bergabet begleiten lassen; was sie von Infanterie mitgenommen, wird Mühe haben zu folgen. Odobesko, Salamon und der Major sind frei, und in die Kaserne zurück, die Kanonen abgeführt, Plakate an allen Straßenecken, die das neue Ereigniß kundgeben. Es wird behauptet, alle Gelder seyen aus dem Schatze mitgenommen worden; entweder war das Gerücht, als habe die provisorische Regierung den Schatz leer gefunden, falsch, oder die jetzt mitgeführten Summen können nur unbedeutend seyn. Dem Dolmetsch des preussischen Konsulats ist gestern ein Brief der gleichen Beamten beim gleichen Konsulat in Jassy zugekommen, worin gesagt ist: eine Revolution sey dort ausgebrochen, der Fürst sey fort und die Einwohner hätten ihm nicht erlaubt, das mindeste mitzunehmen; dieß der Hauptinhalt, den ich von einem der preussischen Beamten habe. Ob die Russen den Fürsten nach Jassy zurückgeführt und neuerdings eingesetzt haben, wird sich zeigen. Man erwartete hier, daß die noch im Lande anwesenden Minister der frühern Regierung ihre Aemter sogleich wieder antreten werden. Bis jetzt 11 Uhr kein Anschein von Unordnungen in der Stadt. Noch diese Nacht wurde ein anderer Polizeichef gewählt, ein früherer Kommissär, dessen Energie und Sachkenntniß Jedermann bekannt sind. Ghika, der vor dem Ausbruch der hiesigen Bewegung als Vermittler nach Konstantinopel gegangen war, ist dort festgenommen worden. (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 22. Juli.) Im Ministerium des Auswärtigen herrscht große Lebendigkeit. Wie es heißt, hat die Exekutivgewalt einen wichtigen Entschluß rücksichtlich Italiens gefaßt. Die Sache geschieht natürlich sehr geheimnißvoll. Nur so viel können wir bemerken, daß die Verletzung des päpstlichen Gebietes durch eine Brandschatzung der Oesterreicher in Ferrara jenem Entschlusse nicht fremd seyn dürfte. Bei den Armeelieferanten sind bedeutende Bestellungen gemacht worden.

Das gesammte Offizier-Korps der Pariser Bürgerwehr hat sich zu dem General Cavaignac begeben, um auf Aufhebung des Belagerungsstandes anzutragen. Hoffentlich werden wir doch endlich bald freier athmen.

In der Sitzung vom 22. Juli besteigt Goudchaux, Finanzminister, die Tribune und beginnt: „Meine Herren! Die Voraussichten meines Vorgängers (Duclerc), welche darin bestanden, daß sich in den Finanzen der Republik bald ein Gleichgewicht herausstellen werde, hat sich nicht bestätigt. Die Staats-Einnahmen (Budget) werden einen großen Ausfall erleiden. Um diesen Ausfall zu füllen, sehe er sich genöthigt, einen Aufruf an den öffentlichen Kredit zu richten. Dem zufolge lege er der Versammlung einen Gesetzentwurf vor, der ihn zur Kontrahirung eines Anleihens von 200 Mill. Frkn. ermächtige. Mittels dieses Anleihens und in Verbindung der jüngst mit der Bank kontrahirten 150 Millionen glaube er dem Defizit die Spitze zu bieten. Einige Aufregung folgte der Vorlage dieses Gesetzentwurfs. (4 Uhr.)

In der Nationalversammlung hatten 2 Glieder den Antrag gestellt, die Arbeiter bei Zahlungsunfähigkeit der Arbeitgeber gesetzlich gegen jeden Verlust ihres Lohnes zu schützen; ihren Forderungen solle das Vorrecht vor jeder Mobiliar- oder Immobiliarschuld, ja selbst vor den Gerichtskosten zustehen. Astouin, der Deputirte von Marseille, so wie Rouher, von denen der Antrag ausgeht, vertreten denselben mit allem Eifer, dennoch fällt er durch, d. h. er wird an den Gesetzgebungs-Ausschuß verwiesen, was eben so viel ist, als wenn er für immer begraben wäre. Darauf ruft Astouin der Nationalversammlung zu: „vor euren Tribunalen findet der Arbeiter Alles, nur keine Gerechtigkeit.“ Auch seine Vorwürfe über die Kunst Bankerott zu werden, waren sehr beißend.

Die Regierung hat folgende wichtige telegraph. Depesche erhalten, die der Moniteur, wie folgt, veröffentlicht: „Die Oesterreicher sind am 14. Juli, 5000 Mann stark, in Ferrara eingerückt, sie haben alle Hauptposten besetzt, und eine Kriegssteuer erhoben. Der Papst hat protestirt, und die Deputirtenkammer hat mit Einstimmigkeit ein Allianz-Projekt aller italienischen Staaten gegen Oesterreich votirt.“ In Folge dieser telegraphischen Depesche, die gestern Mittag halb 1 Uhr hier eintraf und sogleich dem Komite der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt wurde, versammelte sich dasselbe, und faßte seinen endlichen Beschluß über die italienische Frage. Der Minister Bastide, der der Berathung beiwohnte, begab sich Abends zum General Cavaignac, wo Ministerrath gehalten wurde. Man versichert, daß eine telegraph. Depesche der Alpen-Armee den Befehl überbracht habe, in Italien

einzurücken, und daß General Oudinot heute noch auf seinen Posten abgehe.

Türkei.

Briefe aus Konstantinopel vom 12. Juli in der Augsb. Allg. Ztg. befassen sich fast ausschließlich mit der Intervention in den Donaufürstenthümern, welche die Pforte mit den Russen gemeinschaftlich ins Werk setzen will. Zu der sich weithin ausbreitenden Cholera soll nun auch die Pest gekommen seyn. Doch streiten sich die Aerzte noch, ob die verdächtigen Erkrankungen wirkliche Pestfälle seyen.

Ein unmaßgeblicher Vorschlag.

Die in den letzten Tagen so lebhaft besprochene Brodfrage wäre vielleicht am Leichtesten und Vortheilhaftesten zu lösen, wenn man hier dieselbe Einrichtung treffen würde, die bereits in München, Regensburg, ja fast in ganz Deutschland besteht. Man stelle ein für allemal die Güte und das Gewicht des Schwarzbrodes fest, und richte sich mit dem Preise desselben nach dem Preise des Getreides. Es würde bei dieser Einrichtung das Publikum leicht im Stande seyn, die ganze Sache zu controlliren, was jetzt für einen Nicht-Eingeweihten beinahe unmöglich ist, und könnte man ja insoferne die Bequemlichkeit der Konkurrenten berücksichtigen, als man den Laib Brod von 1 Pfund bis 6 Pfund Gewicht herstellt. Das Weißbrod könnte man, als Luxusbrod, der Konkurrenz ganz frei geben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Anzeige und Empfehlung.

Meinen verehrten Freunden und Gönnern, so wie dem verehrlichen Gesammtpublikum mache ich hiemit die ergebenste Anzeige, daß ich den Gasthof „zur Eisenbahn,“ zunächst dem Bahnhof vor dem Frauenthor, übernommen habe; ich lade daher zu recht zahlreichem Besuch mit dem Bemerken höflichst ein, daß bei mir täglich und zu jeder Zeit verschiedene warme und kalte Speisen anzutreffen, und fortwährend gute Frankenweine per Schoppen 6 und 9 kr., so wie auch andere Weine zu haben sind. Für gutes Bier werde ich stets besorgt seyn. Auch unterlasse ich nicht, mich meiner werthgeschätzten Nachbarschaft bestens zu empfehlen und um ihren gütigen Besuch zu bitten.

A. Hofmeister.

Anfrage.

Auf die Erklärung des Herrn Georg Julius Martin, Infpektor und Kontrolleur, im Nürnberger Kurier Nro. 204, die großen Mängel im Mühlen-, Bäcker- und Metzgerwesen betreffend, worinnen derselbe am Schluß erklärt, noch aufdecken zu wollen, wo die Hunde begraben liegen, glaubt Unterzeichneter als **Schwein-Metzgermeister** berechtigt zu seyn, die Frage zu stellen „liegen die Hunde begraben zu Gunsten der Schweinmetzger, woron seit dessen Amtsführung der größere Theil zu Grunde gegangen ist, oder zu Gunsten des Publikums? — Liegen dieselben zu Gunsten der Schweinmetzger begraben, welches Urtheil wird dann das Publikum über einen Beamten zu fällen berechtigt seyn, der es so lange benachtheiligen ließ? Im Gegentheil wird das Publikum die in dieser Annonce liegenden Verdächtigungen der betreffenden Gewerbe wohl zu würdigen wissen, und über das rechtliche Verfahren bei der Fleischtax-Regulierung sein Urtheil fällen können. Nur mit der Wahrheit ans Licht!

Johann Leonhard Schroll,
Schweinmetzger-Meister.

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Nordamerika.

Nach New-York und Baltimore
am 1. und 15. jeden Monats.
Nach New-Orleans und Galveston
vom 15 August an alle 14 Tage

Ich bemerke noch, daß die Ueberfahrts-Preise ermäßigt wurden, und ich zur Ertheilung weiterer Auskunft mit Vergnügen bereit bin.

Nürnberg, den 26 Juli 1848.

N. F. Pröhl.

Zur Nachricht.

Das prachtvolle Kölner Dom-Modell, verfertigt von Hrn. Schrepp aus Bamberg, ist bereits in dem Chor der St. Katharinen-Kirche aufgestellt; da es aber nach dem Willen des Eigenthümers Hrn. Peter Löwen bis den 14. August wegen dem Dom-Jubiläum in Köln eintreffen und sodann dort für immer verbleiben soll, so kann der Verfertiger seine mit diesem Modell beabsichtigte Kunstreise nach München, Wien, Prag, Berlin, Dresden und Leipzig nicht ausführen.

Es bleiben daher dem hiesigen und benachbarten Kunstpublikum nur 10 Tage zur Besichtigung dieses Kunstwerks übrig, in welchem alles überboten scheint, was menschliche Kunst und Ausdauer je zu Stande gebracht haben, und jedem Beschauer wird um die allgemeine Theilnahme am Kölner Dom-Ausbau gerechtfertigt erscheinen.

C. Heideloff.

Zur Kenntniß.

Sonntag, den 30. Morgens 5½ Uhr, veranstaltet ein Theil der freiwilligen Landwehr eine Promenade nach dem Irrhain. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

(Anzeige) Heute Donnerstag den 27. Juli, Abends 8 Uhr, ist Versammlung des Bauern-Vereins in Kimeshof, wozu die sämmtlichen Mitglieder hiedurch ergebenst eingeladen werden.

Mehrere Mitglieder des Bauern-Vereins.

An die Arbeiter- und Gesellen-Vereine Deutschlands.

Zu Frankfurt a. M. ist dieser Tage ein Gewerbe-Congreß zusammengetreten, der in einer unterm 15. d. an die constituirende Nationalversammlung gerichteten Adresse sich als den Vertreter des deutschen Gewerbstandes darstellt und eine Gewerbeordnung aufzustellen beabsichtigt, die alle Kreise der gewerblichen Thätigkeit umfaßt. Auch will derselbe mit dem Reichsministerium in Verbindung treten und von der Nationalversammlung verlangen, daß sie das Resultat seiner Arbeiten als maßgebend für die sociale Frage ansehe und mit ihm — dem Gewerbecongresse — in gemeinschaftliche Berathung trete.

Um zu einer solchen allgemeinen Vertretung des ganzen Gewerbe- und Handwerkerstandes berechtigt und befähigt zu seyn, wäre vor Allem erforderlich gewesen, daß dieser Congreß in diesem Sinne und zu gehöriger Zeit alle Betreffenden zur Vertretung bei diesem Congresse eingeladen hätte. Allein dieß ist nicht geschehen, wonach nun diese Versammlung als eine einseitige anzusehen ist. Die Industrie ist durch Nichthinzuziehung von Fabrikanten gar nicht vertreten, selbst die Gewerbe nur höchst unvollständig und in diesen nur die bereits privilegirten Meister. Dieser Congreß ist demnach weiter nichts, als ein aus Meistern zusammengetretener Zunft-Congreß, welcher, unter einer andern Form, den alten Zunftzwang wieder allgemein eingeführt wissen will, der das Meisterrecht auch ferner zu beschränken und für die meisten unzugänglich zu machen gedenkt. Wir sind zu dieser Annahme berechtigt, indem dieser Congreß keine Vertreter der Arbeiter- und Gesellenvereine zuläßt und sich sogar erdreistet, gegen das Wichtigste aller Grundrechte des deutschen Volkes, welches der constituirenden Versammlung vorliegt, gegen das Recht der Freizügigkeit, daß jeder Deutsche das Recht habe, da seine Nahrung zu suchen, wo sie sich ihm darbietet. Wir protestiren daher mit aller Energie dagegen, diesen sogenannten Gewerbecongreß als ein Organ für die Vertretung der Gewerbe- und Handwerkerinteressen bei der constituirenden Nationalversammlung oder bei dem Reichsministerium anzusehen. Wir fordern vielmehr alle Arbeiter- und Gesellenvereine so wie die nicht vertretenden Gewerbe Deutschlands auf, diesem Proteste beizutreten.

Ferner wäre zu wünschen, daß nunmehr in allen größern und kleinern Städten, wo noch keine Arbeiter- und Gesellenvereine sind, sich solche bilden, ihre Interessen ungesäumt berathen und sofort einen mit gehöriger Vollmacht versehenen Abgeordneten hierher zu einem Arbeitercongresse senden, zu welchem Zwecke schon mehrere Abgeordnete von verschiedenen Gegenden Deutschlands zusammengetreten sind.

Im Namen des Arbeiter-Vereins:
Das Comitee.

Liederkranz.

Freitag den 28. Juli ist Versammlung im Belvedere. Die Harmonie-Musik beginnt um halb 7 Uhr.

Der Vorstand.

BELVEDERE.

Heute Donnerstag den 27. Juli findet vollständige Orchestermusik unter Leitung des Herrn Erdmannsdörfer statt. — Für warme und kalte Speisen, frisches Felsenkellerbier, so wie für feines Backwerk und Aprikosen- und Weichselkuchen ist bestens gesorgt. Abends Illumination. — Zu zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein
Entree 6 kr. à Person. Anfang 5 Uhr

Sturm.

Einladung.

Wem es wirklich um gutes Brod zu thun ist, der habe die Güte, Mittwochs den 26. Juli Abends 8 Uhr in das heilige Kreuz bei St. Johannis zu kommen.

(Zu vermiethen.) In der besten Lage am Hauptmarkte ist ein Laden mit 2 Gewölben und eine Wohnung am Ziel Laurenzi zu vermiethen.

Rosenau.

Heute Donnerstag spielt die Blechmusik des Staabshornisten Herrn Lippert, wozu ergebenst einladet

Schott.

Schusters-Felsen-Keller.

Heute Donnerstag den 27. Juli
Harmonie-Musik.

Empfehlung.

Nördlinger Leim bester Qualität à 14 kr., 15 kr. und 16 kr. pr. Pfund; bei Abnahme von wenigstens 25 Pfd. noch billiger offeriren

Hengelein & Güllich.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten
Hüneraugen-Pflästerchen
der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehöriger Gebrauchsanweisung zu haben.

(Anzeige) Um mein Commissions-Lager von Leinwand, Tisch- und Tafelzeuge, Handtücher, weiße und bunte leinene Taschentücher gänzlich zu räumen, gebe ich selbe zu den Fabrikpreisen ab.

Zimmermann L. Nr. 303.

(Empfehlung.) Um den Wünschen sehr verehrter Theilnehmer zu entsprechen, eröffnet Unterzeichneter mit dem Monat August einen neuen Lehrkurs des Tanzunterrichts, und empfiehlt sich zur fernern Theilnahme ganz ergebenst

Anton Kleining.

(Zu vermiethen.) Karolinenstraße Nro. 335 ist im ersten Stock das Chorzimmer mit Alkov, schön möblirt, mit oder ohne Bett, an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Gesuch.) Für Stenographie wird ein Lehrer gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welches treu, fleißig und in der Küche nicht unerfahren ist, sich auch willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht kommendes Ziel wieder unterzukommen. Näheres in S. Nro. 1433 der äußern Laufergasse.

(Gesuch) Eine erfahrne Köchin wünscht nächstes Ziel unterzukommen. Das Nähere in der Exped. d. Blattes.

(Gesuch.) Ein junger verheiratheter Mann, der im merkantilischen Fach nicht unerfahren ist, sucht auf einem Comptoir, in einem Gewölb oder sonstiger Eigenschaft, placirt zu werden. Auch kann derselbe auf Verlangen Caution leisten. Allenfallsige Offerten beliebe man unter Ziffer A. P. der Exped. d. Bl. einzuhändigen.

(Gesuch.) Eine Magd, welche im Kochen, sowie in allen andern Hausarbeiten wohl erfahren ist und die besten Zeugnisse hat, wünscht bis Ziel Lorenzi in einem soliden Hause unterzukommen.

(Gesuch) Eine Köchin, die sich jeder Hausarbeit unterzieht, sucht nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch) Eine Köchin, welche auch die andern häuslichen Arbeiten versteht, dabei Liebe zu Kindern hat, wird bis Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 27. Juli. 8. Vorstellung im Sommer-Abonnement. Gastspiel des Herrn Wisetzky „Endlich hat er's doch gut gemacht,“ oder: „Und damit punktum“ Original-Lustspiel in 4 Abtheilungen von Albini. „Fleischsteuerkassaschreiber Mengler“ Herr Wisetzky.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. Juli 1848. № 210. Freitag: Pantaleon

Die Verhandlungen der Posener Frage.

Nach langer Erwartung ist die Posener Frage am 24. Juli vom Reichstage zu Frankfurt zur Verhandlung, wenn auch noch nicht zur Entscheidung gekommen. Nachdem sich fast vierzig Redner um das Wort gemeldet haben, und der Präsident über ein Dutzend Amendements vorlesen ließ, konnte an eine Beendigung der Sache heute noch nicht gedacht werden. Ein einleitendes Gefecht über die Theilnahme, welche den Posener Deputirten an der Debatte und Beschlußnahme zuzugestehen sey, und welches in seinem Ausgange ihnen die erstere frei gab, von der letzteren aber sie ausschloß, leitete den lange vorbereiteten Kampf ein. Die bekannten Anträge des völkerrechtlichen Ausschusses bezwecken im Prinzipe eine Trennung des überwiegend deutschen Theiles von dem polnischen Theile des Großherzogthums, und die Anerkennung der betreffenden Bundesbeschlüsse, so wie einer von dem preussischen Regierungskommissarius von Pfuel am 4. Juni v. J. veröffentlichten Demarcationslinie. Der Vortheil einer geschickten Begründung und Vertheidigung Seitens des Berichterstatters wurde diesen Anträgen nicht zu Theil. Er gab nicht eine Rechtfertigung seines Berichtes, sondern einen kritischen Abriß der polnischen Geschichte, und vom Präsidenten hierauf aufmerksam gemacht, schloß er, ohne auch nur mit einem Worte dem Kerne der vorliegenden Frage recht nahe getreten zu sein. Desto besser führte der folgende Redner für den Antrag der Kommission, Herr Goeden, die Sache der Deutschen im Großherzogthum, denen er sich selbst zuzählt. In klarer, eindringlicher Rede, welche den Schmuck rhetorischen Schwunges an sich trug, sprach er die Gefühle echter Vaterlandsliebe und entschlossenen Festhaltens an Deutschland aus, von welchen die Deutschen des Großherzogthums erfüllt sind, und deren Anerkennung sie von der Nationalversammlung nicht erbitten, sondern erwarten, den Polen gegenüber sich aber nöthigenfalls mit der Spitze des Schwertes zu erhalten wissen werden. Die Rede eines zweiten Posener Deputirten, des Herrn Senff, wurde mit fast unverständlich leiser Stimme vorgetragen, und wir vermögen nicht, von ihrem Inhalte Rechenschaft zu geben. Desto gewichtiger war der Vortrag des dritten für den Bericht eingeschriebenen Redners, Dr. W. Jordan. Es konnte allerdings überraschen, einen Mann, der sonst der äussersten Linken sich anzuschließen pflegt, in dieser Frage von seiner Partei sich lossagen zu sehen. Gerade hierin jedoch mag man sowohl ein ehrendes Zeugniß für die Unabhängigkeit des Redners, als ein großes Zeugniß für die Gerechtigkeit der von ihm vertretenen Sache erblicken. Die Versammlung folgte dem Vortrage des Herrn Jordan 1½ Stunde lang mit ungetheilter Aufmerksamkeit und sie verdankt ihm eine klare Uebersicht der polnischen Frage. Mit seltenem Muthe trat der Redner den grade bei seiner Partei üblichsten Schlagwörtern entgegen. Er wies die eigene Schuld der Polen an ihrem Untergange nach, und zweifelte an ihrer Befähigung aus den vorhandenen Elementen jemals wieder sich zur nationellen Selbstständigkeit zu erheben. In Bezug auf Posen widerlegte er die vielfach gegen die preußische Regierung erhobenen Beschuldigungen von Unterdrückung der polnischen Nation und zeigte, daß der letzte Aufstand im Großherzogthum kein allgemein nationaler gewesen, sondern nur von einer Partei ausgegangen sey, und seine Verbreitung dadurch erlangt habe, daß die Geistlichkeit und der Adel ihn in den Augen der Bauern zum Religionskriege gemacht habe. Die offene Geradheit, mit welcher Jordan bei diesem Punkte zu Werke ging, konnte ihm nur die Achtung der Versammlung erwerben und wird jeder Partei den Beweis liefern, daß er hier wirklich nur persönliche Verirrungen, nicht aber den Katholicismus angreifen wollte. Der Redner forderte endlich, daß Deutschland sich frei machen möge von der poetischen Schwärmerei für Polen mit Verkennung des eigenen Interesses, und daß es endlich die Einsicht und den Muth haben möge, einen heilsamen und nothwendigen Volksegoismus geltend zu machen. So kräftigen und einsichtsvollen Gründen gegenüber konnte die äußerste Linke wenig ausrichten. Hr. Blum und Hr. Vogt wagten es auch nicht, das Princip einer territorialen Trennung der beiden im Großherzogthum wohnenden Natiolalitäten anzufechten, sie suchten aber den Polen durch Hinhalten der Sache zu Hülfe zu kommen. Sie erklärten den Bericht für unvollständig und sich für unfähig, auf Grund desselben ein Urtheil zu fällen. Wir wollen den Bericht nicht in Schutz nehmen, glauben aber, daß diese Hrn. niemals zu einem Urtheil kommen werden, und wollen dies aus ihren Worten beweisen. Beide erklären nämlich sich aufs Genaueste und Gewissenhafteste mit der Posener Frage beschäftigt, aus allen veröffentlichten Urkunden beider Parteien aber kein Endurtheil gewonnen zu haben. Da nun in dieser Sache alles irgend Erhebliche in's Publikum gelangt ist, so konnte auch der Ausschuß nichts Neues mehr mittheilen, und würde Herrn Blum und Herrn Vogt nach ihrer eigenen Versicherung selbst durch den Abdruck aller Aktenstücke nur längst Gekanntes mitgetheilt haben. Es ist daher diesen Herren auf keine Weise zu einem Urtheil zu helfen oder wenigstens nicht zu einem Eingeständniß desselben. Unsererseits können wir nicht umhin, noch auf den großen Irrthum aufmerksam zu machen, in welchem die radikale Partei sich in dieser Sache bewegt, indem sie glaubt, in den Polen der Demokratie eine Stütze zu geben. Wir fügen der desfallsigen Darstellung des Herrn Jordan noch Einiges hinzu und behaupten vorweg, daß ein neues Polen nun und nimmermehr ein Herd und eine Wiege der Demokratie seyn oder werden könne. Jordan behauptet, daß die polnische Bewegung nur vom Adel und von der Geistlichkeit ausgehe; wir fügen hinzu und von der Emigration. Die Letztere hat auch vorzugsweise die demokratisch-socialistische Färbung hineingetragen, nachdem sie sich in Frankreich mit den äußersten revolutionären Elementen der Gegenwart vertraut gemacht hatte. Mag nun ein Theil der Emigration jene Elemente in sich zur aufrichtigen Meinung ausgebildet haben, so ist es doch unzweifelhaft, daß der daheim gebliebene Adel, so weit er jetzt die demokratische Fahne erhebt, darin nur ein Mittel und zwar das äußerste erblickt. So wenig aus einem Schwarzen ein Weißer werden kann, so wenig mag der polnische Adel sich aufrichtig zur Demokratie bekennen, und gelänge es heute, ein Polen wieder herzustellen, so würde morgen die alte Adelsherrschaft ihr Reich daselbst aufschlagen. Diese Adelsherrschaft ist ein charakteristisches Moment in der Natur der slavischen Nationen. Jeder Edelmann sieht sich als geborenen Herrn des Bauern an, jeder Bauer sich als des Adels gebornen Sclaven. Selbst die freie Stellung, welche Preussen dem Bauern gewährt hat, konnte noch nicht vollständig diesen Knechtssinn beseitigen, und noch in neuester Zeit grüßt der polnische Bauer den Edelmann mit einem „ich falle zu Füßen" und beugt sich mit dem Hut bis an die Erde. Uebrigens glaube man nicht, daß alle polnischen Edelleute, welche sich bei der Insurrektion betheiligten, auch die Republik oder die Demokratie in anderer Form bekennen oder proklamiren. Im Gegentheile. Eine große Partei proklamirt das Königthum und mißbilligt laut die demokratischen Prinzipien. Endlich ist es auch geradezu unmöglich, in Polen eine moderne Demokratie zu bilden, denn es fehlt dazu an dem nöthigen Material, an einem modernen Bürgerthum. Nur die preussischen Distrikte des ehemaligen Polens fangen an, Städte zu bilden, und in ihnen ruht alles Bürgerthum in deutschen Händen. Der Pole besitzt keine Neigung und kein Geschick zum städtischen bürgerlichen Leben und damit verbundenem Getriebe bürgerlicher Gewerbe. Alle Polen sind entweder Bauern, die den Acker pflügen, oder Edelleute, die in Saus und Braus leben wollen. Uns will nun bedünken, daß unsere Republikaner von den Polen arg gemißbraucht und angeführt werden; vielleicht ebenso sehr, wie die Polen von den rothen Republikanern zu Paris, welche am 15. Mai unter dem Rufe „es lebe Polen" die Volkssouveränetät verriethen, aber an nichts weniger dachten, als eine Wiederherstellung Polens. Es könnte kommen, daß Polen, unter dem Banner der Demokratie wieder hergestellt, deren ärgster Feind würde. (Frkft. O.-P.-Z.)

Deutschland.

Bayern. † (Nürnberg, 27. Juli.) Die aus dem Regierungsblatt Nro. 41 entnommene Diensteserneunung des quiescirten II. Landgerichtsassessors Brügel zum Regierungssekretär 1. Klasse bei der Regierung von Schwaben und Neuburg ist mit dem ausdrücklichen Beifügen erfolgt, daß derselbe in seiner neuen Charge die berathende Stimme habe.

(Donauwörth, den 24. Juli.) Heute Mittags zwischen 11 und 12 Uhr brach in dem Pfarrdorfe Mündling, Landgericht Donauwörth, Feuer aus, welches 64 Häuser in Asche legte. Schrecklicherweise sind auch Menschenleben Opfer der Flammen geworden. (A. Abdztg.)

Baden. (Mannheim, 23. Juli.) Die hiesigen Verwandten Hecker's erzählen, Hecker habe sich entschlossen, Anfangs September nach Nordamerika auszuwandern. (D. Z.)

(Karlsruhe, den 24. Juli.) Unter den, wegen des demokratischen Studentenvereins von Heidelberg ausgewanderten Studenten sollen sich viele Badener, auch einige Karlsruher Studenten befinden. Man glaubt nun, daß die Studenten nach Auflösung aller demokratischen Vereine im Lande in ihre Musenstadt zurückkehren werden. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 25. Juli.) General Wrangel hat an den Erzherzog-Reichsverweser berichtet, daß er mit den Dänen noch keinen Waffenstillstand abgeschlossen habe, sondern daß nur vorläufige Verabredungen stattfanden, und daß er keinen Waffenstillstand abschließen werde, der nicht der Ehre Deutschlands vollkommen entspräche und bei welchem er nicht mit Sicherheit hoffen könnte, daß derselbe die Genehmigung des Erzherzogs-Reichsverwesers erhalten würde. Der Kriegsminister hat hierüber den General Wrangel eventuell aufgefordert zu berichten, welche Zahl von Truppen er benöthige, um den Krieg mit Dänemark schnell und siegreich zu Ende zu führen. Das Ministerium wird dafür Sorge tragen, daß, falls kein allen Anforderungen entsprechender Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte, die zur kräftigen Fortsetzung des Kriegs erforderlichen Truppen dem General Wrangel so schnell als möglich zugeführt werden.

Der königl. sardinische Gesandte, Marquis v. Pallavicini, hat in Folge der von der deutschen Bundesversammlung gegen die Blokade von Triest gerichteten Vorstellung angezeigt, daß sein König die Aufhebung dieser Blokade verfügt habe. Da jedoch aus einem von dem kaiserl. österreichischen Gouverneur zu Triest, Grafen Salm, an das Reichsministerium erstatteten Berichte und aus der damit eingesendeten Kundmachung des Befehlshabers des sardinischen Blokadegeschwaders hervorging, daß die Aufhebung der Blokade nur unter solchen Bedingungen erfolgt sey, die mannichfache Plackereien der ein- und auslaufenden Schiffe nach sich ziehen, und den freien Handel ungemein beschränken, so fand sich der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßt, eine energische Note an den königl. sardinischen Gesandten zu richten, und im Namen Deutschlands die schleunige Zurücknahme jener Maßregeln, wodurch die Aufhebung der Blokade nur illusorisch wurde, zu fordern. Der Minister suchte der königl.

sardinischen Regierung bemerklich zu machen, daß der Sinn für Deutschlands Ehre und Unabhängigkeit in allen Theilen des Vaterlandes so rege sey, daß das Ministerium bei allen zur Wahrung derselben erforderlichen Schritten auf die volle Zustimmung und Mitwirkung des ganzen deutschen Volkes zählen könne. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 24. Juli.) [Verhandlungen des dutschen Gewerbekongresses. In den beiden heute Vor- und Nachmittag stattgefundenen Sitzungen ward die Diskussion über die Grundzüge zum Entwurf der künftigen deutschen Gewerbe-Ordnung fortgesetzt. Sie drehte sich ausschließlich um die wichtige Frage über die Realgerechtsame. Mehr als 40 Redner sprachen in dieser Angelegenheit und einige äußerten die Befürchtung, daß Nord- und Süddeutschland an einem Scheidewege angelangt sein möchten. Dieser Sorge aber wurden Alle überhoben; waren auch die Absichten über die Art der Reform verschieden, so stimmten doch Alle, mit wenigen Ausnahmen, im Prinzip überein: die Realgerechtsame müßten aufgehoben werden, und auch darin fand keine Meinungsverschiedenheit statt, daß Entschädigung gegeben werden müsse. Im Allgemeinen muß gesagt werden, daß die Süddeutschen bei dieser Gelegenheit bedächtig und vorsichtig, die Norddeutschen entschiedener und vertrauensvoll auftraten, ganz wie es die Verhältnisse beider natürlich und folgerecht erscheinen lassen. Wenn in Bayern allein die Realrechte ein Vermögen von 100 Millionen Gulden repräsentiren, die mit einem Federzuge vernichtet werden sollen, so ist wohl Grund zur Vorsicht, um so mehr, da, wie wiederholt gesagt wurde, vieler Wittwen und Waisen einziges Vermögen in diesen Realrechten besteht. Auf der andern Seite ist aber auch so wenig zu läugnen, daß Wittwen und Waisen der Länder, welche Gewerbfreiheit besitzen, durch die Realrechte gefährdet werden. Es ist eine Rechts-, aber auch eine Gewissensfrage und ihre Lösung, so weit sie hier gegeben werden kann, wird das Hauptmeisterstück des Kongresses sein; denn die Schwierigkeiten, welche sich ihr in den Weg stellen, sind ungeheuer, und werden nur dann zu bewältigen seyn, wenn Alle einig und von dem besten Willen beseelt bleiben, Jeder nach Kräften zur Erreichung des Ziels beizutragen. Wäre das klingende Aequivalent für die Realgerechtsame vorhanden, wie denn hier und da der Glaube vorkommt, daß dem so sey, dann brauchte sich Keiner den Kopf zu zerbrechen; aber es giebt keine Kassen, aus denen die Ablösungssummen genommen werden können, wenn nicht die fürstlichen und Domänenkassen, die allerdings wohl bei dieser Gelegenheit in Anspruch genommen werden müssen. Das Resultat der gründlichen Verhandlungen der heutigen Kongreßsitzung war der folgende Beschluß: Mit Einführung der neuen deutschen allgemeinen Gewerbeordnung sind alle an dem Betriebe von Handwerken oder technischen Gewerben haftende Realrechte aufzuheben. Vorher sollen jedoch sämmtliche betreffende Staatsbehörden nach Grundsätzen der Billigkeit den Werth der einzelnen Realrechtbesitze mit Rücksicht auf die, in diesem Augenblick auf fraglichen Gewerbs-Realitäten haftenden Passiven ermitteln, und hiernach eine billige Entschädigung festsetzen, welche, wo möglich, binnen Jahresfrist zu erstatten ist. (Frkf. J.)

(Frankfurt, den 23. Juli.) Während Lamartine, durch Protestation gegen die Einverleibung Posens in den deutschen Bund seine Sympathie mit den Polen an den Tag gelegt, hat Cavaignac in sehr freundlichem Schreiben die deutschen Regierungen ersucht, keine Polen nach Frankreich durchzulassen, um in Paris die Elemente neuer Unruhen nicht zu vermehren. Die morgen zu verhandelnde Polenfrage ist somit keine Kriegsfrage. (D. Z.)

Hessen. (Homburg v. d. H., 23. Juli.) Durch ein unterm 21. d. erschienenes Gesetz ist das Verbot der Ehen zwischen Christen und Juden in unserer Landgrafschaft aufgehoben. (Frankf. J.)

Oesterreich. (Wien, 23. Juli.) Die Abreise des Erzherzogs Johann ist vorläufig auf den 18. d. M. festgesetzt, und man erwartet die Rückkehr des Kaisers im Laufe des 26. Dem Vernehmen nach soll Se. Maj. morgen am 24. Innsbruck verlassen und direkt nach Wien reisen. Vor einigen Tagen ist bereits eine Anzahl Pferde aus dem kaiserlichen Marstall nach Innsbruck abgegangen. Der Banus Jellachich ist abermals von dem Erzherzog Johann aufgefordert worden, bis zum 26. d. M. hier zu erscheinen, um wegen der Beilegung der ungarisch-kroatischen Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Gleichzeitig soll der ungarische Minister Graf Batthyanyi in eben dieser Absicht hier eintreffen. Es sollen nun gegründetere Aussichten vorhanden seyn, die schwebenden Differenzen friedlich beizulegen. Die Absetzung des Grafen Brandis ist, wie ich höre, vom Ministerium beschlossen, und wartet nur die Abreise des Hofs von Innsbruck ab, um sie bekannt zu machen. Derselbe erhält den Grafen Chorinsky zum Nachfolger. (A. A. Z.)

(Prag, 21. Juli.) Vor einigen Tagen wurde unsere Stadt durch mannichfache Gerüchte geängstigt: daß man auf Patrouillen am hellen Tage geschossen, daß neue Unruhen zu befürchten seyen (die nach Ablieferung aller Waffen in der Stadt, nur vom Lande hätten ausgehen können), daß man die Gefangenen auf dem Schlosse befreien wolle etc. Die Bevölkerung wurde im Glauben an diese müßigen Erfindungen, um so mehr bestärkt, als die Höfe des Prager Schlosses noch zahlreicher als früher mit Militär besetzt wurden, vor den Thoren verstärkte Pikets standen, und in der Umgegend Cavallerie- und Infanteriepatrouillen umherstreiften. Gestern endlich wurde der Belagerungszustand vom Fürsten Windisch-Grätz aufgehoben — auf dem Papier; denn noch keine einzige der militärischen Maßregeln ist geändert; wir stehen immer noch unter dem Kriegsgericht in der betreffenden Kundmachung heißt es nämlich, daß sowie eine Thätlichkeit gegen das Militär stattfände, sogleich das Standrecht wieder in Wirksamkeit tret. So lange nun die volle Gewalt nicht an den Civilgouverneur übertragen ist, sind wir thatsächlich noch immer in Belagerungszustand. Auch zeigt sich noch keine Spur einer neuen Organisation der Nationalgarde, und Graf Thun gestattet zwar Bildung und Versammlung von Vereinen mit der Bedingung, daß sie, wenn dieß verlangt würde, bestimmte Statuten ausweisen können, allein anderweitige Volksversammlungen, woran jeder theilnehmen kann, nur dann, wenn sie einen Tag vorher bei der Behörde sich angemeldet haben. Ueber diese Beschränkungen ereifert sich heute die Constitutionelle Zeitung von Böhmen gewaltig, und das constitutionelle Blatt zieht gegen die Rechtfertigung, die Graf Thun in die offizielle Zeitung einrücken ließ, zu Felde. Wir sind auch für energische Maßnahmen zur Aufrechthaltung der Ruhe, aber man sollte nur nicht sagen, daß der Belagerungszustand aufgehoben sey, wenn dieser noch faktisch besteht. Die zerrütteten Verhältnisse in Oesterreich werden wohl am meisten durch die Thatsache ins Licht gestellt, daß mehrere Armeekorps keiner Centralgewalt gehorchen. Daß Radetzky's Heer nicht leicht Befehle von Wien abwarten kann, ist wohl einleuchtend; die Kroaten und Gränzer folgen nur dem Ban Jellachich; die Wiener Garnison nur dem General Latour, und das böhmische Heer nur dem Fürsten Windisch-Grätz. Und bei dieser gefährlichen Lage der Monarchie kommt der Kaiser immer noch nicht nach Wien? — Am 14. Nachts hat in der Stadt Krumau und Umgegend ein zwei Stunden dauernder Wolkenbruch ungeheure Verwüstungen angerichtet, zehn Häuser ganz weggeschwemmt und Straßen, Brücken, Wiesen, Gärten, Alleen zerstört. Dreißig Personen ertranken in ihren Wohnungen. Die ganze Gegend gleicht einen Steinhaufen und Schlammsee. Der Schaden beläuft sich auf mehr als eine Million. Fürst Schwarzenberg, den selbst in Rothenhof der größte Theil des Schadens traf, kam mit seinem Sohn nach Krumau, und tröstete und half sogleich mit wahrem Edelmuth. (A. A. Z.)

(Pesth, 21. Juli.) Die gestrige Sitzung unseres Repräsentantenhauses war merkwürdig. Kossuth verlangte in einer Rede, man möge die österreichische Regierung im italienischen Krieg durch Truppensendungen unterstützen. Dieser unerwartete Antrag fand anfangs Widerstand, allein Kossuth machte eine Kabinetsfrage daraus, und bestimmte die Sache so, daß man Oesterreich nur unterstützen wolle, so lange es sich darum handle, einen ehrenvollen Frieden zu erlangen, keineswegs aber um die Freiheit der Italiener zu unterdrücken; der Krieg sey nur gegen Karl Albert und nicht gegen die italienische Nation u. s. w.; und so wurde das Prinzip, Oesterreich in Italien zur Erlangung eines Friedens durch ungarische Hülfstruppen zu unterstützen, angenommen, welcher Beschluß sowohl in Italien als in Wien nicht ohne moralische Wirkung seyn dürfte. Es soll uns wohl nicht mehr wundern, wenn wir von Seite unsers Finanzministers auch den Antrag zur theilweisen Uebernahme der österreichischen Staatsschuld vernehmen würden. In Kossuths Rede bemerken wir folgende bezeichnende Stelle: „Man sagte uns, wir sollen unsere Truppen aus Italien zurückrufen, allein bedenken Sie, meine Herren, mit diesen in Italien befindlichen 12,000 Ungarn würden auch 35,000 Kroaten zurückkehren, und das würde eine schöne Wirthschaft werden!" Aus den untern Gegenden laufen täglich neue Hiobsposten ein. Die Raitzen sind in ihren Verschanzungen fast unangreifbar und scheinen überhaupt geregelter zu Werke zu gehen, als die Ungarn. — Bei dem letzten Unfall an unserer Kettenbrücke haben denn doch, wie es sich jetzt herausstellt, mehrere Menschen das Leben verloren. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, den 24. Juli.) Es ist wiederum von einer neuen Truppenanziehung nach Berlin oder doch dessen nächster Umgebung die Rede. Es heißt, daß man ein Lager zwischen Spandau und Charlottenburg aufzuschlagen beabsichtige, welches die aus Schleswig zurückerwarteten Truppen aufzunehmen bestimmt sein soll. Das Bürgerwehrkommando hat von diesen Gerüchten und der früher im Dissens mit der Bürgerwehr von dem Magistrate veranlaßten Hereinberufung des Militärs Anlaß genommen, den Kriegsminister auf das der Bürgerwehr bei deren Organisation ertheilte Versprechen, wonach Truppen nie anders, als auf Requisition des Bürgerwehrcommandos, nach Berlin gezogen werden sollten, aufmerksam zu machen. Hr. v. Schreckenstein soll erklärt haben, daß ihm von einem solchen Versprechen nichts bekannt sei, und daß er stets in Anordnung militärischer Maßregeln nach seinem Gewissen und seiner Ueberzeugung handeln werde. Er sei verantwortlicher Minister und werde seine dienstlichen Verfügungen zu vertreten haben.

Gestern fand sich an den Straßenecken ein „Aufruf an das Volk" vom hiesigen Preussenverein. Es wird das Aufgeben Preussens in Deutschland beklagt und zur offenen Widersetzlichkeit gegen die deutsche Nationalversammlung provocirt; auf Antrag des Dr. Bracht aus Elberfeld hat der konstitutionelle Kongreß in seiner heutigen Sitzung eine Entgegnung beschlossen, in welcher der deutschen Centralgewalt und deren zeitigem Inhaber, dem Reichsverweser, das Recht gewahrt wird, nicht blos über das bisherige Bundeskontingent, sondern über die gesammte Militärmacht der einzelnen deutschen Staaten zu verfügen. Es wird darin zugleich ausgeführt, daß der den einzelnen deutschen Fürsten geleistete Eid dem dem Reichsverweser zu leistenden Eide nachstehen müsse. Außer dem erwähnten Aufrufe des Preussenvereins treten noch manche, bis jetzt allerdings nur noch vereinzelte, Erscheinungen auf, welche eine Reaktion des specifischen Preussenthums gegen die Feststellungen von Frankfurt aus erwarten lassen. So sollen bereits einzelne Bürgerwehr-Abtheilungen auf Anregung ihrer Hauptleute sich zur Verweigerung des Eides der Treue gegen den Reichsverweser vereinigt haben. Die deutsche Wehrzeitung, herausgegeben von einer Gesellschaft deutscher Offiziere und Militärbeamten, eine neue Zeitschrift, welche der militärischen Fraktion der Reaktionspartei in Potsdam als Organ zu dienen bestimmt ist, spricht sich in gleicher Weise Namens der Armee unumwunden aus. Es heißt da ausdrücklich: die Armee werde zeigen, daß sie außer ihrer Treue, Anhänglichkeit etc. auch einen Willen hat, „einen Willen, dem sie nöthigenfalls auch Nachdruck zu geben entschlossen ist, einen Willen, der eine feste, kompakte Majorität Waffenfähiger und Waffenkundiger vertritt und der zugleich mit der entschiedensten Unterwerfung unter den Ruf und Wink seines Kriegsherrn und Königs die allerentschiedenste Opposition, den allernachhaltigsten Widerstand gegen Jedermann entfalten wird, der es wagt, die preussische Waffenehre, die Integrität eines Heeres anzugreifen" etc. Freilich geht dieses Blatt noch weiter, indem es die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung für eine „Komödie", für einen „Spuk" erklärt. (Lith. Nachr.)

Schleswig-Holstein. [Auflösung der Ständeversammlung. Erklärung des Grafen Reventlou über den Stand der Verhandlungen.] Die erste und letzte bloß berathende vereinigte Ständeversammlung für Schleswig-Holstein ist heute in Rendsburg pro forma vertagt, in der That aber aufgelöst worden. An ihre Stelle tritt nach dem 1. August eine constituirende vereinigte schleswig-holsteinische Ständeversammlung, zu welcher die Wahlen im Laufe dieser Woche vorgenommen werden sollen. Ehe der Landtag auseinanderging, stattete Graf Reventlou Preetz als Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Namen der provisorischen Regierung einen Bericht über die seit dem 14. März im Innern und nach Außen hin vorgekommenen politischen und diplomatischen Incidenzpunkte ab. Diese Berichterstattung wurde verlesen; sie umfaßte die ganze Thätigkeit der provisorischen Regierung in ihren Beziehungen nach Aussen, vom Augenblick ihrer Konstituirung an bis zu dem heutigen Momente, nach den drei durch die Ereignisse gegebenen Zeitabschnitten, nämlich 1) vom 24. März bis zum 9. April, der Schlacht bei Bau und Flensburg, 2) vom 9.

April bis zum 23. April, der Schlacht bei Schleswig, 3) vom 23. April bis zum gegenwärtigen Augenblick. Nach Beendigung der Verlesung, die über zwei Stunden gedauert hatte, und die mit der Nachricht schloß, daß der ursprünglich auf 3 Tage abgeschlossene Waffenstillstand bis zum 24. d. verlängert sey, nahm Reventlou-Preetz wieder das Wort: „Der Schritt vom 24. März war ein sehr kühner und ein sehr gefährlicher; er findet seine Rechtfertigung nur in der vollständigen Nothwendigkeit. Die Herzogthümer waren unbewaffnet ohne Zusicherung eines Schutzes und einer Hülfe von Deutschland, das sich selbst in innerer Krisis befand. Das ganze Land lag offen, den Dänen eine leichte Beute. Dennoch ist die provisorische Regierung durch die Gnade Gottes und die Hülfe Deutschland in den Stand gesetzt worden, das von ihr ausgesprochene durchzuführen. Die provisorische Regierung ist von den Regierungen Deutschlands anerkannt, Schleswig unter den Schutz des deutschen Bundes gestellt, factisch als integrirender Theil desselben anerkannt. Die Dänen sind hinausgetrieben und an der Landesgränze steht die siegreiche deutsche Armee. Es ist aber den Dänen gelungen, England, Rußland und Skandinavien zu seinem Schutze herbeizuholen. Für den Augenblick ruhen die Waffen und diplomatische Unterhandlungen werden geführt, zunächst zwar nur über einen längeren Waffenstillstand, der aber das Zustandekommen des Friedens anbahnen soll. Es stand der Abschluß in diesen Tagen zu erwarten, aber noch ist das endliche Resultat nicht mitzutheilen. Die Herren in Kolding sind nicht so rasch mit ihren diplomatischen Verhandlungen fortgeschritten, wie Sie hier in ihrer gesetzgeberischen Thätigkeit: Unsere Rechtansprüche sind klar und anerkannt. Gelangt die deutsche Sache zum vollen Siege, so sind die Konsequenzen leicht zu ziehen; gelangt sie nicht zum vollen Siege, so werden auch die Bedingungen des Friedens mehr oder weniger unvollkommen ausfallen. Noch ist der volle Sieg nicht erkämpft, noch ist die Zukunft von einem Schleier umhüllt. Sie werden aus den Mittheilungen vernommen haben, daß die prov. Regierung ihren ersten Standpunkt völlig festgehalten, daß sie erklärt hat, freiwillig nicht abtreten zu wollen; sie hat den Grundsatz festgehalten, daß die Sache Schleswig-Holsteins eine deutsche ist, daher ohne Genehmigung der deutschen Centralgewalt nichts geschehen kann. So ist es ihr gelungen, ohne sich zu binden, doch leitend auf die Unterhandlungen einzuwirken; sie hat auf die Bedenklichkeiten aufmerksam gemacht, die den aufgestellten Bedingungen entgegenstanden und dieselben dadurch theilweise auch beseitigt, jedenfalls dem Lande das volle Recht vorbehalten. Was nun die gegenwärtigen Verhältnisse betrifft, so sind die zuerst aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen völlig unmöglich; nur die große Verlegenheit, in welcher sich Preussen durch die inneren Schwankungen wie durch die Bedrohung seiner Grenzen und Küsten befand, konnten veranlassen, daß es diesen Bedingungen Gehör gab. Sie sind beseitigt, namentlich zunächst durch die Entschlossenheit des Bundesfeldherrn, und es wird jetzt auf einer andern Grundlage unterhandelt, die eher eine Ausgleichung möglich machen. Diese letztere aber darf man nicht einseitig vom schleswig-holsteinischen Standpunkt aus beurtheilen, sondern muß festhalten, daß Schleswig-Holsteins Sache eine deutsche ist. Ganz Deutschland hat zu entscheiden, ob die Verhältnisse so sind, daß ein augenblickliches Nachgeben vortheilhaft ist oder nicht. In dieser Hinsicht ist alle Sorge getragen, die Verhandlungen finden nur unter Vorbehalt der Genehmigung der Centralgewalt statt. Die Ehre der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands wird gewahrt werden. Aber die Sache ist zugleich auch eine europäische geworden. Fast alle Großmächte nehmen an den Unterhandlungen des Waffenstillstandes Theil und wird kein Frieden geschlossen, so steht ein allgemeiner europäischer Krieg zu befürchten. Kommt es aber zum Waffenstillstand auf den jetzt zum Grunde gelegten Bedingungen, so wird materiell den Herzogthümern kein Schaden erwachsen, ihre Rechte sind sicher gestellt, das ganze Land ist geräumt und Ruhe ist wenigstens auf einige Monate für Schifffahrt und Handel gesichert. Und wenn dann wieder der Krieg ausbrechen sollte, so wird das zu einer Zeit geschehen, wo wenigstens von der Seeseite her Sicherheit ist. Eine sehr wichtige Frage bei der jetzigen Verhandlung ist allerdings die: wer soll das Land während des Waffenstillstandes verwalten? Das steht fest, das die Verwaltung der Herzogthümer nur Männern übertragen werden darf, welche das Vertrauen des Volks vollkommen besitzen, die dän. Einfluß nicht unterworfen sind. Gelingt es solchen Männern die Verwaltung zu übergeben, so ist in dem Abtreten der provisorischen Regierung kein Uebelstand zu sehen; im Gegentheil gewinnen die Herzogthümer dann eine als legitim von allen Mächten Europa's anerkannte Regierung. Es wird eine bloße Personenfrage, die bei den höheren Interessen nicht in Betracht kommen kann. Nicht aus Lust, sondern weil wir es für des Landes Beste erforderlich hielten, haben wir die Regierung übernommen. Gelingt es anderen Männern unter günstigeren Bedingungen das Werk fortzuführen, dann ist unsere Aufgabe vollendet, denn unser Mandat ging nur so weit es die Nothwendigkeit erforderte. Sollte darin ein Opfer gefunden werden, so bringen wir dies und noch größere, wenn es das Wohl des theuren Vaterlandes erfordert. Ich würde den heutigen Tag für den frohesten meines Lebens halten, wenn an ihm das Land frei und in seinen Rechten gesichert seinem angestammten Fürsten zurückgegeben werden könnte. — Der Präsident: Wir haben aus den erhaltenen Mittheilungen die unendlichen Schwierigkeiten ersehen, mit welchen die prov. Reg. zur Wahrung der Rechte des Landes zu kämpfen gehabt und wie sie kein Opfer, keine Sorge deshalb gescheut hat, wir haben gesehen, mit welcher Kraft und Umsicht sie der Gefahr der unehrenhaften Bedingungen entgegengetreten ist, wir knüpfen die Hoffnung daran, daß in derselben Weise fortgefahren werde in diesem Streben, daß auch jetzt noch ein Waffenstillstand und Friede zu Stande kommen werde, mit dem alle zufrieden sein können. Leider aber vernehmen wir, daß damit der Uebergang der Regierung in andere Hände droht, deren Leitung wir nicht kennen, von denen wir nicht wissen, ob sie mit derselben Kraft die Rechte des Landes zu wahren wissen werden. Geben wir indessen die Hoffnung nicht auf, daß das Zurücktreten der provisorischen Regierung nicht geboten werden sollte. Ihr sind wir zu dem größten Dank verpflichtet, und ich fordere Sie auf, denselben durch Aufstehen zu erkennen zu geben. (Alle erheben sich.) — Reventlow-Preetz: Ich sage Ihnen Namens der provisorischen Regierung den innigsten Dank. Wir fühlen, daß wir in mehreren Hinsichten unserer Aufgabe nicht völlig genügt haben, aber wir haben nach besten Kräften es erstrebt und würden auch ferner bereit seyn, in derselben Weise für das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Ob der Waffenstillstand bald die schönere Zeit bringen wird, liegt noch im Dunkel der Zukunft, allein ein Volk, das einig und entschieden ist, hat nichts zu fürchten. Halten wir den Muth fest, wenn auch der Augenblick noch trübe ist. Schließlich gab der Präsident einen Rückblick auf die Thätigkeit der Stände-Versammlung während dieser Session. Die drei wichtigsten der erledigten Gegenständen sind folgende: 1) die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung, 2) das allgemeine freie Wahlrecht für die constituirende Versammlung, 3) das Steuergesetz zur Herbeischaffung der zur Fortführung des Krieges nöthigen Mittel. Darnach vertagte der Kommissär die Stände im Namen der provisorischen Regierung auf unbestimmte Zeit. Es handle sich nicht um die Aufhebung derselben, sagte er, demnach sei eine neue Berufung nicht wahrscheinlich, wenigstens werde die ständische Mitwirkung, wie sie durch die Verordnungen von 1831 und 1834 festgesetzt worden, im Wesentlichen heute ihr Ende finden." Mit dem Dank an den Präsidenten wurden die Verhandlungen geschlossen. Präsident: »Das Streben der provisorischen Regierung galt dem Wohl des Vaterlandes, dem Vaterlande galt auch unser Streben.« Das Vaterland lebe hoch! Die ganze Versammlung erhob sich und stimmte mit sichtlicher Bewegung in das dreimal wiederholte Hoch ein. Ob die bis Montag Abends verlängerte Waffenruhe eine neue Prolongation erfahren wird, wissen die Götter, die überhaupt wohl von diesem Kriege mehr wissen werden, als selbst diejenigen Menschen, die in der Nähe des Kriegsschauplatzes leben. (Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 23. Juli.) Diesen Morgen verbreitete sich das Gerücht vom Tode Mehemed Ali's. Der alte Vizekönig, sagt Lamartine im Bien public, war schon seit längerer Zeit körperlich und geistig so schwach, daß er keinen Theil mehr an den Regierungsgeschäften nehmen konnte. Ibrahim war also in der That schon sein Nachfolger. Indessen glaube man ja nicht, daß der Tod des alten Mehemed so ganz unbemerkt vorüber gehen dürfte. Derselbe wird im Gegentheile zu großen Verwickelungen führen, aus denen leicht der Krieg entspringen könnte. Ibrahim verräth jetzt schon, daß er sein Haupt nicht willig unter die Verträge bringen wird, die England, Oesterreich, Rußland, im Bunde mit der Pforte seinem Vater aufbürdeten. Er wird sich unabhängig erklären, sobald sein Vater die Augen geschlossen. Es wird die Investitur seines Paschaliks nicht in Konstantinopel suchen gehen. Er stellt seine Armee auf den Kriegsfuß und überwacht Tag und Nacht die Bauten, die an den Festungswerken von Alexandrien ausgeführt werden.

Ein englisches Geschwader von ziemlicher Stärke ist im Begriff, Portsmuth zu verlassen, und längs der spanischen Küsten zu kreuzen. Sir C. Napier, der dieses Geschwader befehligt, soll das Madrider Kabinet nöthigen, seine englische Schulden zu bezahlen. Erfülle das Kabinet nicht sofort seine Verbindlichkeiten, so habe der Admiral Befehl, zu handeln, das heißt die vorzüglichsten Verkehrsplätze zu blokiren. Diese Nachricht ist gestern in Paris eingetroffen.

In der gestrigen Nationalversammlung wurde der erste Schritt gethan, um dreihundert Bataillons Bürgerwehr zu mobilisiren. Die Versammlung hat 300,000 Frk. votirt, um den Kriegsminister in Stand zu setzen, die genaueste Kontrolle aller Dienstpflichtigen Bürger durch die ganze Republick schleunigst zu veranlassen. Ist dieses System der mobilen Bürgerwehr durchgeführt, dann kann die gesammte Armee gegen den auswärtigen Feind, wo er sich immer zeige, gerichtet werden. Von diesem Gesichtspunkt aus verdient die Maßregel große Aufmerksamkeit.

Eine Ordonnanz des neuen Polizeipräfekten verbietet bei Strafe, ungestempelte Anschläge an die Strassenecken zu heften oder durch Kommissionäre vertheilen zu lassen.

Mit dem 1. Januar 1849 tritt jedenfalls der niedrige Briefportosatz ein.

L. Bonaparte, wiederholt zum Vertreter Corsika's in der Nationalversammlung gewählt, hat, sagt man, die Annahme des Mandats von Neuem verweigert.

Auch die Debats beschäftigen sich endlich mit dem deutschen Parlament in Frankfurt. Nachdem sie jedes einzelne Glied der Majorität beliebäugelt, räth sie denselben, die von deutschen Händen unterdrückten südlichen und östlichen Völkerschaften zu befreien. C'est-là que le monde et l'histoire, et nous Français tout particulièrement, nous l'attendrons (de l'Assembleé de Francfort) pour la juger.

[National-Versammlung. Sitzung vom 22. Juli, nach 4 Uhr.] Cocquerel, protestantischer Pfarrer, stattete seinen Bericht über den Gesetzentwurf gegen die Klubs ab. Seine Konklusionen beantragen zwar mehrere Aenderungen, jedoch sind sie unwesentlich und laufen im Grunde auf den ministeriellen Wunsch hinaus. Die Klubs bleiben gehalten, die Polizei als Gast zu empfangen, ihr ihre Statuten einzureichen und sich allen anderen Förmlichkeiten zu unterwerfen.

Italien.

(Neapel, den 14. Juli.) Gestern fruh traf ein englisches Dampfboot mit der offiziellen Nachricht hier ein, daß am 10. das Parlament in Palermo den Herzog von Genua, Karl Alberts zweiten Sohn, einstimmig zum »König der Sizilier« als Alberto Amadeo I. proklamirt habe. Eine Salve von 101 Kanonenschüssen verkündete der Einwohnerschaft die Wahl. Das dort liegende englische Fahrzeug hißte zuerst die neue sizilianische Flagge auf und begrüßte sie mit 21 Schüssen, darauf that der französische Inflexible das Gleiche. Englands und Frankreichs Anerkennung ist also außer Zweifel, Karl Alberts Antwort wird sich bald finden. Der Jubel in Palermo soll ungeheuer seyn. Hier brachte die Nachricht bei dem besonnenen Theil des Publikums einen niederschlagenden Eindruck hervor, so sehr sie auch vorauszusehen war. Im Schlosse aber beschließt man verdoppelte Anstrengungen, Rüstung von Soldaten und Schiffen; die letzten aus der Lombardei eingerückten Linientruppen nehmen alle die Richtung nach Reggio, wo ein großes Lager errichtet wird. Abgetackelte Segelschiffe werden ebenfalls in Angriff genommen. Wenn nur Geld da wäre; daran fehlt es aber nur zu sehr. Das Zwangsanlehen wird mit erneutem Eifer eingetrieben, aber nur mit Widerwillen und Protest eingezahlt. Die Regierung bekam jene Hiobspost in demselben Moment, wo von der Insel auch ganz unerwartet und insgeheim eine Deputation erschien, um neue Einigungsversuche von Seiten einer gewissen Partei dort anzubieten und zu deren Unterstützung durch drohende Kriegsrüstungen aufzufordern. Der Minister Pozzelli, der mit dem wieder gewonnenen Sizilien vor die Kammer zu treten noch immer hoffte, bekommt jetzt einen schweren Stand. — Hier ist es ruhig. Die Kammern machen wenig Lärm, und sind noch meist beschäf-

ligt, sich „häuslich" einzurichten; ein neuer Pairsschub wird dem Oberhaus seine legale Constitution endlich möglich machen: er enthält abermals gegen 23 sehr royalistische Namen. — Ueber die Provinzen noch immer Lügen über Lügen, keine Thatsachen. Calabrien schickt bereits seine Deputirten. Die Revolution aber spuckt jetzt in einem ihrer alten Herde, hinter Salerno, wird aber wenig ausrichten. — Das französische Geschwader hat heute Nacht, mit Ausnahme zweier Dampfer, die Anker gelichtet, wahrscheinlich um nach Palermo und Messina zu segeln. — Die sardinische Gesandtschaft ist noch hier. (Schw. M.)

Spanien.

Cabrera, der tapfere Vertheidiger Karl VI. (Montemolin), hatte am 13. Juli sein Hauptquartier in Gombren aufgeschlagen und schien keineswegs so vernichtet, als es offizielle Bulletins glauben machen. Er hat sogar eine Proklamation an die Soldaten der Königin Isabella gerichtet, welche die Pariser Union monarchique in ihrer Nummer vom 23. Juli mittheilt und wörtlich mitgetheilt zu werden verdient. Nachdem er die jetzige Regierung als erbärmlich geschildert, schließt er: „Spanier! Stoßet diese entwürdigende Vormundschaft zurück. Die Stunde der Regeneration Spaniens hat geschlagen u. s. w. Es lebe der König Karl Louis!"

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Bekanntmachung.

(Die Sperrung der Wöhrder Thorbrücke betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Wöhrderthorbrücke wegen einer dringenden Bauteparatur von morgen den 27. Juli an, auf mehrere Tage gesperrt bleiben muß.

Nürnberg, den 26. Juli 1848.

Dr. Binder

Daehl

Eheliche Verbindung.

George Heinrich Rab.
Juliana Barbara Rab,
geb. Berger.

Nürnberg, am 24. Juli 1848.

Danksagung.

Für die so zahlreiche ehrenvolle Begleitung meines braven Weibes zur Grabesstätte, wenn gleich die Verblichene hier nur wenig bekannt gewesen, erstatte ich anmit innigsten Dank. Bewahre der Allmächtige Sie alle vor gleich herbem Schicksal, wie es mich getroffen!

Nürnberg, 26. Juli 1848.

Herwig,
Oberbeamter und Hauptzollamts-Verwalter,
mit seinen 6 unversorgten Kindern.

Wohnungs-Veränderung.

Unsere bisherige Wohnung in S Nro 1218 in der neuen Gasse, haben wir verlassen, und dagegen unser neuerkauftes Haus im Sonnengäßchen, S. Nro 1205 bezogen. Der alten Nachbarschaft, welche uns aufs beste und freundlichste umschlossen, empfehlen wir uns zu geneigtem Andenken, und bitten zugleich die neue um gütige Aufnahme.

Andreas Bropst, Salzfischer,
nebst Frau.

HARMONIE.

Bei günstiger Witterung Freitag den 28 Juli

Größere musikalische Abendunterhaltung

im Sommerlokale. Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand.

Empfehlung.

Feinsten Emmenthalerkäs empfiehlt

A. Zöllner,
am Spitalplatz.

Anzeige.

Freitag den 28. Abends

Gesellige Zusammenkunft der Turner auf dem Schloßzwinger.

Einladung.

Wer, Hand in Hand mit Gesetz und Ordnung, zur Erzielung eines bessern Brodes beitragen will, habe die Güte, Freitags den 28. d. M. Abends 8 Uhr in das heilige Kreuz bei St. Johannis zu kommen und sich der dort bestehenden Gesellschaft durch seine Unterschrift anzuschließen.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 31. d. M. Produktion im Zwinger bei Herrn Kißkalt. Anfang 7½ Uhr.

Der Vorstand

Lythographie.

Das Portrait Heckers

in ganzer Figur im Freischärler Anzuge ist um 6 kr. bei uns zu haben. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt. — Briefe und Gelder erbitten wir uns portofrei.

Nürnberg, den 24. Juli 1848.

Die Expedition des Conversationsblattes.

Zur Nachricht.

Der Unterzeichnete benachrichtiget ein geehrtes Publikum, daß nach genau eingezogener Erkundigung Hr. Georg Julius Martin, Inspektor und Kontrolleur schon vor 8 Tagen Getraide von bester Qualität gekauft hat, woraus recht bald schon vielleicht in 3 Wochen ein Musterbrod zum Versuchen in Aussicht steht!!! —

Wenn ich aber nicht irre, so verlangt ein bescheidenes langmüthiges und geduldiges Publikum, welches jährlich für Brod die geringe Summe von sechsmal hundert tausend Gulden bezahlt, ein gutes und nahrhaftes Brod

ohne Muster!!! —

Ferner verlangt das Publikum bei dem ohnehin billigen Preis des Getraides 60 Pfd. Kleienauszug: denn Kleie dient für den menschlichen Magen nicht zur Nahrung.

Das Brod soll von dem Bäcker dem Käufer vorgewogen werden, sein Gewicht hat sich gleich zu bleiben, nur der Preis desselben soll fallen oder steigen.

Da es scheinen möchte, daß der hochlöbliche Magistrat, welchem wir der mangelhaften Gesetze willen gerne in Schutz nehmen, wo es seyn kann, diese Wünsche nicht für den Ausspruch und Gesammtwillen des Publikums hält, so sehe ich mich veranlaßt, Unterschriften von Gleichgesinnten zu sammeln, um dieselben dann ungesäumt dem Ministerium vorzulegen; denn länger wollen fünfzigtausend Seelen von einem kranken und deshalb kritischen Manne nicht abhängig seyn.

Die Saumseligkeit, mit welcher dieser wichtige Gegenstand betrieben wird, bürgt uns nicht dafür, da wir nicht einmal gutes Musterbrod zum Versuchen bekommen und noch 8 Tage Kleie essen müssen.

Und so nothwendig als ein gutes Brod, sind gute Polizeigesetze. Ein gutes Gesetz wird immer Achtung finden, ein gesetzloser Zustand und Willkühr, von welcher Seite auch verübt, stets verabscheut werden.

Die enormen Strafen, welche die Bäcker trafen, mußte nicht selten das Publikum büßen. Wer kann es rechtfertigen, wenn ein Bäcker wegen Verkauf von neugebackenem Brod, um 2 Thaler und bald darauf wegen Mangel an Vorrath um 10 fl. gestraft wurde! Gerade neugebacken ist Kleienbrod besser, altgebacken ist es ja ganz ungenießbar. Führen solche Strafen nicht die Auswanderung nach Rußland nach sich?

Die allgemeinen Klagen über schlechtes Brod, die Summen, welche aus Nürnberg für gutes Brod hinauswandern, liefern den vollen Beweis, daß diese empfindlichen Strafen weder zum besserwerden des Brodes beitragen, noch zum Nutzen des Publikums sind. —

Ich kann überhaupt nicht glauben, daß derlei Strafen eine Verbesserung beabsichtigen, ich erkenne sie vielmehr als Steuer, als Finanzspekulation an.

Doch es wird, es muß besser werden, in Bälde sehen wir bessern Gesetzen entgegen, bis dahin aber wird jeder redlich denkende Beamte mit allen Kräften, die noch bestehenden Mängel gut zu machen sich bestreben, damit der fleißige Bürger, der brave Arbeiter, der Arme jetzt schon sieht, daß er an dem Vorabende einer bessern Zukunft steht. So kann der ängstlich besorgte Zustand in den Gemüthern am allerschnellsten und sichersten gehoben werden.

Steuer geben und Sterben, sagt Franklin, müssen wir überall. Indirekte Steuern aber, wo bloß Einzelne sich die Säckel füllen, gegen diese protestiren wir feierlichst.

Wir gönnen jedem seinen Nutzen, an Viktualien aber soll ein einfacher und bescheidener Nutzen genommen werden. Für den Mittelstand, für den nicht besitzenden Theil muß es besser werden, der besitzende kann Opfer bringen. So kehren Ruhe und Ordnung wieder und mit ihnen Vertrauen und die Geschäfte, welche so wenig, als das Geld von der Welt verschwunden sind. Und dann laßt uns ein neues Volksfest feiern, doppelt schön, wenn Eintracht uns zusammenführt. Wählen wir dazu den 5. Oktober, den Vermählungstag unsers allverehrten Königs und bestimmen wir dazu den Judenbühl (wäre nicht der Name Marienhain passend?) gewiß der beste Ort zu diesem Zwecke! —

Wer mit obigen Vorschlägen einverstanden ist, sammle ungesäumt Unterschriften in Gesellschaften, in Werkstätten, ohne Unterschied des Standes, und bringe dieselben gefälligst zu dem Unterzeichneten.

Nürnberg, den 27. Juli 1848.

Friedrich Hahn.

Rheumatismusketten. Die rühmlichst bekannten Goldberger'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten kann ich gestützt auf die vielen so äußerst günstigen Mittheilungen, welche mir über deren Heilkraft und Wirksamkeit zugehen aufs Neue Allen, die mit nervösen, rheumatischen und gichtischen Uebeln behaftet sind, sowie auch **Müttern** und **Ammen** zum Gebrauch während des Stillens, angelegentlichst empfehlen.

Preiß des Kettchens 1 Rthlr. und größere 1½ Rthlr. preuß. Courant.

Sal. Ludwig Krauß. Theresienstraße S. Nr. 551.

(Anzeige) Neuer Vorrath von der jetzt so nöthigen Schrift

Ueber die Einführung einer Kapital- und einer Einkommen-Steuer in Bayern. Mit dem vollst. Abdrücken beider Gesetze. Preis 6kr.,

ist wieder angekommen und zu haben bei

Riegel Wießner.

(Gesuch.) Ein ordnungsliebendes Mädchen, deren Stelle nur durch den Tod sich lösete, welche Hausmannskost kochen kann, auch Liebe zu Kindern hat, sucht bis Ziel oder 14 Tage nachher wieder bei einer honetten Familie Unterkunft.

(Anzeige) Donnerstag den 27 Juli, Abends 8 Uhr, findet eine zweite wichtige Versammlung auf der Kleidermacher-Herberge statt, wozu um zahlreiche Theilnahme bittet

Schick, Altgesell.

(Zu vermiethen.) In einer sehr schönen Lage ist sogleich ein anständig möblirtes Zimmer nebst freundlicher Schlafstelle zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Ein sehr helles, freundliches, tapezirtes Wohnzimmer nebst Schlafzimmer, mit hübscher Aussicht, ist in L. Nro. 1468 B der Mohrenstraße in Nürnberg zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein solides, treu und reinliches Mädchen, wird nächstes Ziel in eine Wirthschaft in Dienst zu nehmen gesucht

(Gesuch.) Eine fleißige, an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Magd, die gut kochen kann, wird nächstes Ziel in einem soliden Hause in Dienst zu nehmen gesucht

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag, den 28. Juli. Letzte Gastdarstellung der Frln. Walter „Die Hugenotten," 4. Akt. — „Belisar," 2 Akt — „Der Freischütz," 2 Akt — „Valentine und Agathe" Fräulein Walter „Raoul" Alamir und Max Herr Schneider vom Hofoperntheater zu Coburg als Gast.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29. Juli 1848. № 211. Samstag: Beatrix.

Deutsche Warnungen.

Zur Bekämpfung der republikanischen Ideen und Bestrebungen wird in öffentlichen Reden, Zeitungsartikeln und Flugblättern häufig geltend gemacht, daß die Freiheiten und Rechte des Volkes mit der monarchischen Verfassung recht gut vereinbar und sicherer gestellt seyen, als in einer Republik, und es wird dabei auf England, Belgien und Norwegen hingewiesen. — Dies ist Alles recht schön gesagt. Ist man aber geneigt, dem deutschen Volke die Freiheiten und Rechte zu gewähren, welche jene Verfassungen garantiren? — Die Hand aufs Herz und aufrichtig geantwortet! — Von den einzelnen Regierungen wollen wir hier nicht weiter sprechen; die Thatsachen geben die beste Antwort auf unsere Frage. — Aber die Männer in der Paulskirche, die so sehr gegen die Republik eifern, und obigen Grundsatz aufstellen, mögen uns antworten. Ist ihre Antwort richtig, so wird sie „Nein“ lauten. Einer Freiheit schon (der Gewerbsfreiheit) hat man die Thüre gewiesen. — Wie steht es weiter mit der Preßfreiheit, dem Associations- und Versammlungsrecht? — Warten wir ab, bis diese Rechte debattirt sind; es wird der Willkür und dem Partikularismus auch hierin so viel Spielraum gelassen werden, daß die Regierungen durch dieselben nicht belästigt sind. Wie steht es vollends mit einer Habeas corpus-Akte, welche die Personen und die Unverletzbarkeit der Wohnungen vor polizeilicher Willkür sicher stellt? Von einer solchen wird ohne Zweifel gar keine Sprache seyn, denn dieselbe wäre dem geliebten und beliebten Polizeiwesen gar zu hinderlich. Wer dem Gange der Verhandlungen und dem Benehmen der Rechten in der Nationalversammlung mit Aufmerksamkeit folgt, bei dem müssen allerdings obige Zweifel aufsteigen. Erwägt man die Zähigkeit, die Art und Weise, auf welche die Debatte über die Grundrechte in die Länge gezogen werden, so wird man zu dem Glauben berechtigt, daß ein großer Theil der Majorität in der Paulskirche es mit den Freiheiten und Rechten des Volks nicht aufrichtig meint. Schon die Vergangenheit dieser Männer spricht hiefür. Daß die Majorität Männer zählt, welche es mit dem Volke wirklich gut meinen, wer möchte dieses bezweifeln? Aber leider lassen sich diese durch das vorgehaltene Schreckbild der Anarchie ꝛc. in Furcht setzen, durch verschmitzte, verkappte Aristokraten und Reaktionäre gewinnen, und bieten denselben die Hand gegen das Volk. Denn letztern ist es für jetzt nur darum zu thun, Zeit zu gewinnen; daher heißt es bei allen, selbst den gerechtesten Beschwerden: „pressirt gar nicht!“ Die Debattirung und Proklamirung der wesentlichsten Grundrechte „hat keine Eile!“ Handelt es sich aber darum, dem Vaterlande Verlegenheiten zu bereiten, selbst einen unvolksthümlichen und ungerechten Krieg heraufzubeschwören: „ist sehr dringend!“ Gelingt es der Reaktion, sich auch in Wien festzusetzen, so wird die Maske bald fallen; und zu spät werden die Getäuschten die Augen öffnen. — In Preussen ist nichts mehr zu befürchten, dafür hat das Stockpreussenthum gesorgt; in den kleineren Staaten, wo die Rückschrittspartei nicht mit eigener Macht fertig werden kann, werden die Freiheitsbestrebungen mit fremder Waffengewalt niedergedrückt; daher das Liebäugeln, das Beschönigen und Vertheidigen der hier und da vorfallenden Militärexcesse, die beiläufig gesagt nichts anderes als Terroismus und Anarchie im wahren Sinne des Wortes sind), um das Militär zu gewinnen. — Ist man nun noch vollends in Oesterreich sicher, was hindert dann die Reaktion in voller Glorie wieder aufzutauchen? — Einige Männer, wenn diese sich nicht gewinnen lassen, sind bei Seite zu schieben. — Das Volk? — es ist, wie vordem, machtlos. — Wollt Ihr aber alsdann den Volksgeist heraufbeschwören, dann könnt Ihr ihn nimmer zügeln; unter furchtbaren innern Kämpfen wird dann entweder die Reaktion oder die entfesselte Volksleidenschaft — also jedenfalls Anarchie die Oberhand behalten. Noch vielleicht ist es Zeit; aber, allen Anzeichen nach, nicht mehr lange. Jeder Tag Verzögerung bringt Gefahr. Wachet auf, Ihr, die Ihr es mit dem Volke wirklich gut meint; laßt Euch durch fade Redensarten nicht länger täuschen; damit Ihr nach kurzer Zeit nicht ausrufen müßt: »zu spät! zu spät.« — Nicht von dem Volke, sondern von der Reaktion droht der Freiheit und dem Vaterlande Gefahr!

Deutschland.

Bayern. (München, 27. Juli.) Das neueste Regierungs-Blatt Nro. 41 enthält eine Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes vom 12. Mai 1848 über die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription betreffend, folgenden Inhalts: Konigliches Staatsministerium der Finanzen. Einem mehrfach geäusserten Wunsche entsprechend ist die Anordnung getroffen worden, daß nun auch auf Namen lautende fünfprozentige Schuldscheine ausgegeben werden; und es wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 20. Mai 1848 (Reg.-Bl. von 1848 S. 601,) deren allgemeine Bestimmungen auch für diese Schuldscheine gelten, Nachstehendes zur allgemeinen Kenntniß gebracht: 1) Die allgemeinen k. Rentämter und die k. Kreiskassen, bei welch' letzteren nun auch außer dem Wege der Subskription fünfprozentige Obligationen au porteur gegen die Gelderlage zu haben sind, haben die Emission der auf Namen lautenden Schuldscheine zu besorgen. Es findet daher auch bei denselben die Subskription hierauf und die Gelderlage bis incl. 20. September l. Js. statt. 2) Die Nominal-Obligationen lauten auf 100 fl., und sind auf weißem Papier in Bogenformat auf halben Bogen gefertiget, und mit 4 unten angebrachten Coupons für die Jahre 1849 bis 1852, Termin 1. Oktober, versehen. Die Coupons lauten des leichteren Verkehrs wegen nicht auf Namen. Die Schuldscheine auf Namen sind gleichfalls mit einer Serie- oder Haupt-Nummer und mit einer Kassa-Kataster-Nummer versehen, erstere roth, letztere schwarz. Jede Serie- oder Haupt-Nummer umfaßt einen Kapitalbetrag von 700 fl. Die Kassa-Kataster-Nummern laufen dagegen auf allen Schuldscheinen fort. 3) Die Rückseite der Nominal-Obligationen ist frei; dagegen enthält die Vorderseite denselben Inhalt, wie die Vorderseite der fünfprozentigen au porteur-Obligationen. 4) Die Zinsen laufen vom Tage der Kapitalerlage an, und sind gleichfalls die für das Jahr $18^{47}/_{48}$ treffenden Zinsenraten sogleich bei der Gelderlage zu bezahlen. 5) Den Darleihern steht es frei, sogleich bei der Subskription das Geld zu erlegen, worauf ihnen dann bis zum Eintreffen der von der k. Staatsschuldentilgungs-Hauptkassa auszufertigenden Schuldscheine, Interimsscheine ausgestellt werden; oder sie können die Zeit bestimmen, wann sie das Geld erlegen wollen, wozu sie sich durch die Subskription verbindlich machen, und wo sie dann gleich die Schuldscheine in Empfang nehmen können. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß längstens binnen 14 Tagen von dem Zeitpunkte der Subskription an, wenn nicht von den Darleihern ein weiterer Termin beliebt wird, auch in den entferntesten Theilen des Landes die Schuldscheine auf Namen den Subskribenten ausgehändigt werden können. 6) Zur Vermeidung von Irrungen bei Ausfertigung der Nominal-Obligationen ist nothwendig, daß bei der Subskiption Vor- und Zuname, Stand und Wohnort, und bei Stiftungen und Vereinen deren Benennung genau und richtig angegeben werde, weßhalb hierauf ganz besonders aufmerksam gemacht wird. München, den 24. Juli 1848. Auf Seiner Majestät des Königs allerhöchsten Befehl. Lerchenfeld. Durch den Minister: der General-Sekretär, Ministerialrath Gietl. — Unter den Dienstes-Nachrichten folgende: durch die Quiescenz des Landgerichtsassessor F. Heuber zu Heilsbronn erledigte Stelle wurde auf dieselbe der damalige II Landgerichts-Assessor F. Pflug zu Hiltpoltstein befördert; dem II. Landgerichts-Assessor Franz Jos. Hartlaub zu Klingenberg die erledigte I. Assessors-Stelle bei dem Landgerichte Hilders verliehen; auf die hiedurch erledigte Stelle der II. Langer.-Ass. H. Martin zu Hilders versetzt, und die eröffnete Stelle eines II. Assessors bei dem Landgerichte Hiltpoltstein dem Rechtspraktikanten Hommel aus Fürth verliehen; der bisherige geheime Sekretär bei dem k. Staatsministerium der Justiz G. Walter zum Ministerial-Assessor außer dem Status, der Ministerial-Sekretär F. X. Rosner zum statutmäßigen geheimen Sekretär, der Kreis- u. Stadtger.-Rath Dr. F. Vogt in Aschaffenburg zum geheimen Sekretär außer dem Status, und der expedirende Sekretär J. B. Neumeyer zum statusmäßigen geheimen Sekretär bei dem kgl. Staatsministerium der Justiz befördert, endlich der Assessor des Kreis- und Stadgerichtes Amberg, M. v. Ennhuber, und der Rechtspraktikant G. Widmann aus Würzburg zu Räthen bei dem k. Kreis- und Stadtgerichte zu Amberg, dann der Advokat G. Hohenadel zu Wegscheid zum Assessor bei genanntem Stadtgerichte ernannt. Gewerbsprivilegien wurden verliehen: Dem Mathematiker und Physiker Dr. K. F. Schüler zu St. Leonhard, auf Ausführung und Anwendung der von ihm erfundenen Maschine zur Erzeugung einer, nach eigenthümlichem Verfahren bereiteten sogenannten Gesundheits-Chokolade, für den Zeitraum von zwei Jahren, sowie dem Kaufmann K. Waydelin und dem Hafnermeister Casp. Gruber, beide zu Nürnberg, auf Anwendung des von letzterem erfundenen eigenthümlichen Verfahrens bei Herstellung gußeiserner Kacheln zu größeren und kleineren Oefen, dann bei Emaillirung, Bemalung und Vergoldung dieser Kacheln, für den Zeitraum von fünf Jahren; dem C. Leuchs zu Nürnberg, auf Anwendung des von ihm erfundenen Verfahrens, eine Art Kupferstiche und Originalstiche mittelst Galvanismus in Relief zu erhalten, ohne sie vorher in Kupfer zu graviren, für den Zeitraum von fünf Jahren.

(Würzburg, den 27. Juli.) Das seit einiger Zeit dahier garnisonirende 15. Infanterie-Regiment wird in die frühern Garnisonen Neuburg und Eichstädt rückversetzt. Heute ist das erste Bataillon abmarschirt, morgen wird das zweite abziehen. Der gute Geist und das freundliche, humane Benehmen der Offiziere und der Mannschaft hat uns dasselbe lieb gewinnen lassen. Ueber die Ankunft des 12. Regiments dahier ist noch keine Gewißheit vorhanden. Einstweilen rückt das bisher in Aschaffenburg und Umgegend gestandene 4. Jäger-Bataillon in Würzburg ein. (N. Würzb. Z.)

Baden. (Vom badischen Oberrhein, 24. Juli.) Dr. Friedrich Hecker von Mannheim ist nun innerhalb eines Monats nicht weniger als hundert und einigemal »wegen Preßvergehen« öffentlich vor Gericht geladen worden, ohne sich aber bis dahin zu stellen. (M. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 23 Juli. [Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.] In der heutigen zur Fortsetzung der Berathungen über die Grundzüge der deutschen Gewerbeordnung bestimmten Morgensitzung kam zuerst die Beschränkung der Gewerbe auf die Städte zur Verhandlung. Daß die Stadthandwerker unter dem konkurrirenden Einfluß der mit Communal- und andern Steuern weniger belasteten Landhandwerker sehr benachtheiligt würden, erlitt keinen Widerspruch; daß gegen diese Konkurrenz Schutz geboten werden müsse, auch darüber waren die Meinungen nicht getrennt; nur ward, und wohl mit Recht, auch dem schutzbedürftigen Handwerker auf dem Lande das Wort geredet, und erwähnt, daß er nicht Schuld an dem gesunkenen Zustande der Stadthandwerker, sondern selbst im gesunkenen Zustand sich befinde; die Herrschaft des Kapitals sey Schuld. Der durch einzelne Zusätze verbesserte Antrag des Ausschusses: »Auf dem Lande, in Dörfern und auf Höfen dürfen nur solche durch die Bezirksbedürfnisse erforderliche Handwerke und technische Gewerbe in einer durch jene bedingten Anzahl und mit billi-

ger Rücksicht auf solche Gewerbe betrieben werden, deren Fabrikate in fernen Gegenden Absatz finden, wurde angenommen. Es hatten sich 56 Redner über diesen Gegenstand einschreiben lassen. — In der Nachmittagssitzung ward nach einer langen, an interessanten Mittheilungen reichen Verhandlung über den Hausirhandel ein ebenfalls beschränkender Beschluß in Bezug auf den erwähnten Gegenstand gefaßt, nachdem sich Alle dahin erklärt hatten, daß der Unfug mit dem Hausirhandel im Großen wie im Kleinen als einer jener vielen Gründe des gesunkenen Zustandes der handarbeitenden Klassen zu betrachten sey. Darnach wurde die Diskussion über die Staatswerkstätten eröffnet. Nur Ein Redner sprach denselben das Wort, von dem Gesichtspunkt der Reform des Staats ausgehend. Er sah nur dann Unheil in den Staatswerkstätten, wenn deren Erlös in die Taschen der Fürsten und einzelnen Privaten fließe, hält sie aber für sehr passend, wenn ihr Nutzen der Gesellschaft selbst zu Gute komme. Dagegen wurde besonders klar das Mißverhältniß hervorgehoben, in welches sich der Staat durch Strafarbeitsanstalten, Militärwerkstätten und andere Staatsinstitute zum Handwerkerstand gebracht; der Konflikt der Arbeit des ehrlichen, freien Mannes mit der Arbeit des unehrlichen und unfreien trat in dieser Verhandlung in seiner ganzen verhängnißvollen Bedeutung hervor; die Unmöglichkeit wurde nachgewiesen, daß der Handwerker die Konkurrenz der Staatswerkstätten nicht bestehen kann. Auch der demoralisirende Einfluß, den die Staatswerkstätten auf die Gesellschaft ausübten, wurde beleuchtet. Der Beschluß lautete demgemäß für Aufhebung aller Staatswerkstätten. (Frkf. J.)

(Frankfurt, a. M. den 23. Juli.) Man weiß wahrhaftig nicht mehr, was man denken soll: die nutzlosen Rednereien über Krieg und Frieden, die, glimpflichst gesagt, windigen Elucubrationen über die Brüderlichkeit der Völker, lassen die Nationalversammlung nicht vorwärts kommen, und es gewinnt fast den Anschein, als wollten berechnende Köpfe es dahin treiben; die Nationalversammlung sollte mit ihrer monarchischen Macht, der einzigen, welche sie bis jetzt besitzt, etwas sparsamer haushalten. Was soll das ewige Verhandeln über die auswärtigen Angelegenheiten? Man duldet dieß in Frankreich und England, weil man es nicht gut ändern kann, und weil es in so bestimmten, klar ausgesprochenen Verhälnissen wenig Schaden bringt; aber hier schadet es wesentlich; denn man verliert Zeit und den Credit bei der Nation. Was ist noch für die zwei Hauptelemente der Einigung, welche schon vor der Revolution ziemlich weit gediehen waren, für das Kriegswesen und den Handel geschehen? Hat man vergessen, daß der Zollverein, trotz seiner Unvollkommenheit ein Band geschlungen hatte, welches kein einzelner Staat mehr zerreißen konnte? Warum zögert man einleitende Schritte zu thun, um die allgemeine Einigung aller deutschen Staaten in dieser Beziehung herbeizuführen? Wenn man warten will, bis der nationalwirthschaftliche Ausschuß alle Unebenheiten ausgeglichen hat, so kann man noch lange warten; dieser Ausschuß ist allerdings nicht unthätig, allein er hat eine ungeheure Arbeit vor sich, deren Ende man unmöglich abwarten kann. Die Einheit der Fragge und die Unterodnung aller einzelnen Staaten, unter eine gemeinsame Leitung der Handelsinteressen, lassen sich vorher einführen, ehe man alle Zollstreitigkeiten ausgeglichen hat. Kommen aber diese Fragen zur Sprache, dann ist es mit hohlen Redensarten, wie man sie in den letzten Tagen bis zum Ueberdruß gehört, nicht mehr gethan, dann muß man praktische Kenntnisse entwickeln, streitende Interessen versöhnen, und Particularinteressen dem Ganzen unterordnen. Das ist um ein gut Theil schwerer, als nichtige Phrasen zu drechseln über Kriegswesen und internationale Verhältnisse. Man stelle einmal den Grundsatz auf, daß alle Zollgefälle in die Casse der Centralgewalt fallen, dann hat man ein Budget und kann handeln. Solange dieß fehlt, ist im Grund alles in den Wind geredet, und die Herren, welche auf die unbeschränkte Vollgewalt des Parlaments pochen, dürften sich noch bitter getäuscht finden. Ist aber diese Grundlage gegeben, dann wird man schnell die Sondergelüste schwinden sehen, weil die gemeinsamen Interessen zur Einheit führen. Unsere Feinde — und wir haben deren in Europa allenthalben — können sich über das jetzige Treiben der Nationalversammlung nur freuen und über die unbehülflichen Deutschen ins Fäustchen lachen. (A. A. Z.)

(Frankfurt, den 26. Juli.) In der heutigen 48. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung sprachen über die posensche Frage die Abgeordneten Ruge, Löw, Wiesner, Sänger, Thinnes, Giskra und Venedey. Letzterer hatte um 1½ Uhr noch das Wort. (Frkf. J.)

(Hamburg, den 24. Juli.) Gestern kamen die zu Rendsburg unter den bekannten Verhältnissen aufgelösten Freischaaren in Altona an; Herr Obristlieutenant von der Tann war an der Spitze der zuletzt eingetroffenen Abtheilung, und nahm sein Quartier in unserm schönen Hotel de l'Europe, wohin ihm eine Schaar der Seinen, bewaffnet und mit wehender Fahne das Ehrengeleit gab. Sie können sich leicht das Aufsehen denken, welches dieser militärisch-romantische Zug in unsern Straßen hervorbrachte. Die Theilnehmer kehrten meist nach Altona zurück, viele Freischärler blieben jedoch in Hamburg, wo diese durchschnittlich kräftig-jugendlichen bewaffneten Gestalten, wenn sie selbst an so friedlichen Orten, wie der Bierconvent unserer Tonhalle es ist, mit blankgezogenem Eisen ihren Commersch abhalten, unserm nüchternen Publikum gar eigenthümliche Gefühle erregen müssen. — Die Stimmung der Freischärler bringt jedoch ihre Reden selten auf so merkantilische Dinge, um so häufiger aber auf den Prinzen von Noer, welcher sehr übel bei ihnen angeschrieben ist. — Diesen Abend bringt der Bildungsverein für Arbeiter Hrn. v. d. Tann ein sicher großen Menschenzulauf bewirkendes Ständchen. Morgen will unser Gast die armirten Schiffe besichtigen und nach Aldossers Ankunft seine Reise in die Heimath fortsetzen. Nachdem von den bis jetzt von ihm befehligten Freischärlern eine starke Abtheilung bereits in das reguläre holsteinische Militair eingetreten ist, sind noch mehrere Kompagnieen bereit, dasselbe zu thun, falls die gesammte Freischaarenmannschaft ein geschlossenes Bataillon bilden darf. Es ging deshalb eine Deputation nach Itzehoe ab. (Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 24. Juli.) Heute hat der neue Ministerpräsident, Herr Jaup, in der zweiten Kammer der Stände sein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt und einen sehr ausführlichen Vortrag gehalten über die in der letzten Zeit vielseitig zur Sprache gekommene Frage von Auflösung der Kammern, nach vorheriger Berathung eines neuen Wahlgesetzes, und Berufung einer konstituirenden Kammer. Der Herr Minister sprach sich bestimmt im Augenblicke dagegen aus, als nicht nothwendig, ja als unzeitig und schädlich nach den bestehenden politischen Konjekturen. Er stellte als erste zu beachtende Norm das Halten der bestehenden Verfassung auf, als zweite die strenge Erfüllung des 6. März in allen jenen nothwendigen und natürlichen Konsequenzen, als dritte die Befolgung der Beschlüsse der Nationalversammlung, der Vertreterin der Souveränetät der gesammten deutschen Nation. Redner erkannte die Unterordnung unter sie und die Centralgewalt, die von ihr geschaffen worden, ausdrücklich an. Daraus folgerte er aber auch im Verlaufe seines Vortrages, wie unangemessen es sein würde, ein neues Wahlgesetz geben zu wollen, bevor man noch die Bestimmungen der Nationalversammlung über Census, Art der Wahl, Zahl der Vertretung, Ein- oder Zweikammersystem 2c. kenne. Er hielt die politischen Verhältnisse, namentlich auch den Frieden mit dem Auslande für zu wenig gesichert, die herrschende Aufregung immer noch für zu groß, um mit Klugheit so wichtige Veränderungen in unserer Staatsverfassung im Augenblicke vornehmen zu können. Es erscheine viel rathsamer, erst die noch nöthigen und wichtigsten Geschäfte zu erledigen, worüber man sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Regierungskommissären verständigen könne, dann die Stände zu vertagen, sie aber alsbald wieder zur Berathung einer neuen Wahlordnung 2c. einzuberufen, wenn die Entscheidung der Nationalversammlung dieß mit Erfolg und Sicherheit thunlich machten. Hiemit sey auch ein Mann vollkommen einverstanden, der das Vertrauen von ganz Deutschland besitze, Heinrich von Gagern, und der ihn zu dieser Erklärung ermächtigt habe, in der Hoffnung, daß er hier noch in freundlicher Erinnerung stehe. Der Herr Minister sprach sich in seinem ganzen langen Vortrage stets für Beobachten, Festhalten und Fortbilden der errungenen Freiheiten, aber auch überall aufs entschiedenste für strenge Handhabung der Ordnung und der Gesetze, und nur für Reformen und Umbilden der Verfassung auf dem gesetzlichen Wege aus. Er zeigte, wie nöthig es sey, den Kredit wieder zu befestigen, die Gewerbe und den Handel zu heben 2c. und wie dies nur auf diesem Wege, nur durch Herstellung der Ordnung und des Vertrauens geschehen könne und forderte dringend alle Vaterlandsfreunde, insbesondere auch die Staatsbeamten, zur Mitwirkung für diesen hohen Zweck auf. — Die erwähnte Zusammenkunft der Regierungskommissäre mit der Kammer fand heute Abend um 7 Uhr statt. Wie man vernimmt, wurde aber nichts Bestimmtes festgesetzt. Dagegen hört man, daß die Opposition sich nicht von den so triftigen Gründen des Herrn Ministers, die gewiß dem wahren Wohle des Landes angemessen sind, habe belehren lassen, sondern daß sie sich in Privatzusammenkünften bemühe, die Majorität für ihre Zwecke in der Kammer zu erlangen, was ihr auch in einer Zeit, wo man mehr die Eingebungen der Leidenschaften und der herrschenden Aufregung, als die Gründe der Vernunft und des wahren Wohles des Volkes hört, wahrscheinlich gelingt. (Fr. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 25. Juli.) Gestern hat Herr Jaup in einer brillanten Rede der zweiten Kammer sein Programm vorgelegt, und heute schon hat sich, wie ich aus sicherer Quelle mittheilen kann, eine Coalition gebildet, die morgen den Kampf in der Kammer eröffnen will, einen Kampf, den Jaups Ministerium, ich glaube dies mit Bestimmtheit sagen zu können, nicht überleben wird. Der Zwiespalt ist so bedeutend, die Folgen werden so gewichtig nicht nur für Hessen, sondern für ganz Süddeutschland seyn, daß es wohl vergönnt seyn wird, auch die tiefer liegenden Momente ans Licht zu ziehen, und das, was in der ganzen Sache Zweck und was Mittel ist, herauszuheben. Die Zusammensetzung unserer ersten und der Wahlmodus unserer zweiten Kammer ist anerkannt in hohem Grade mangelhaft. Die erste Kammer besteht nur aus geborenen und von der Regierung ernannten Mitgliedern; die zweite wird durch eine dreifache Wahl mit hohem Census gebildet, wozu noch kommt, daß zu den eigentlichen Wahlmännern nur die 60 höchstbesteuerten passiv wahlfähig sind. Daß diese Grundsätze mit der jetzigen Zeit im schneidenden Widerspruch stehen, darüber herrscht unter allen Parteien kein Zweifel, wohl aber über den Weg der Reform. Hierüber haben sich drei Parteien gebildet; die extremste verlangt augenblickliche Aufhebung der ersten Kammer und Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung; die zweite Partei will Auflösung der zweiten Kammer, nachdem von derselben noch ein Gesetz über die neue Bildung der Volksvertretung erledigt werden ist, was so lange Geltung haben soll, bis die Reichsverfassung beendigt ist, wonach eine neue Verfassung in's Leben treten soll. Die dritte Partei erklärt sich gegen die Auflösung, und will erst, nachdem das Werk zu Frankfurt abgeschlossen ist, die Hand an Umgestaltung der Territorialverfassung legen. Herr Jaup hat sich für diese letztere Ansicht erklärt. Nachdem nun gestern Abend eine geheime Kammersitzung gehalten worden, haben sich die zwei anderen Parteien vereinigt, und Herr Lehne wird als Führer der Opposition den Antrag auf Auflösung stellen. Mehrere Deputirte, die sonst ganz dem Systeme Jaup's angehören, und das Ministerium Eigenbrod unterstützten, haben sich ihm angeschlossen. Dringt Herr Jaup durch, so treten eine Anzahl Deputirten aus, so daß alsdann die Kammer nicht mehr vollzählig ist; fällt Herr Jaup, so wird das neue Ministerium mit der Auflösung der Kammer beginnen. Einstweilen hat die demokratische Partei das seitherige Zaudern des früheren Ministeriums benutzt, um sich der Frage zu bemächtigen, und es gehört eine gute Dosis Kurzsichtigkeit dazu, wenn man die Folgen von Wahlen in diesem Momente nicht voraussieht. Daß binnen 14 Tagen die Kammer aufgelöst seyn wird, daran ist jetzt nicht mehr zu zweifeln. Leugnen läßt es sich nicht, die Demokraten haben geschickt operirt; es ist ihnen gelungen, auch einen Theil derjenigen, welche die Revolution als beendigt betrachteten, mit sich zu verbinden; die Konstitutionellen haben dagegen so lange mit einer provisorischen Aenderung des Wahlgesetzes gezaudert, daß sie jetzt, nachdem drei Monate hindurch die Demokraten das Land an der Hand dieser Frage bearbeitet haben, gespalten sind, und jetzt das neue Wahlgesetz als ein Sieg der Demokraten ausgebeutet werden wird. Ein Redner der letztern Partei hat auf der vorgestrigen Volksversammlung mit Emphase ausgerufen: „Es ist keine Ruhe da, und es soll keine Ruhe da seyn!“ Diese Worte charakterisiren auch den Kampf um die Kammerauflösung. Hessen ist ein wichtiger Punkt. Es bildet den Uebergang des südlichen zum nördlichen Deutschland. Es ist daher nicht unwichtig, diesen Paß zu erobern. Die Aufregung muß also erhalten, die Führer der Constitutionellen müssen einer nach dem andern abgenutzt werden, bis endlich keiner mehr da ist, der regieren kann. Die Popularitätssucht und Stellerjägerei einzelner Herren mit unglaublich engem Gesichtskreis sieht dabei nicht, wie sie nur die Düpes anderer sind. Die Reichscentralgewalt ist freilich auch ein kleines Hinderniß; aber

wir hörten vorgestern dem Volke sagen, es sey ja nur eine Reichspolizei, der ganze Unterschied bestehe darin, daß das Volk nicht mehr von preußischen, sondern von Reichssoldaten todtgeschossen werde! Man scheut eben kein Mittel, um dem Volke glauben zu machen, es solle wieder in Ketten geschlagen werden. Möchten doch die, welche der Anarchie die Stirne bieten wollen, sich an der Energie und Consequenz der Anarchisten ein Muster nehmen. Nicht durch kleinliche Intriguen, nicht dadurch, daß man es dahin bringt, einen Pöbelhaufen gegen die „Republikaner" zu fanatisiren, nur durch offenes, gerades und einiges Verfolgen des gemeinsamen Ziels kann der guten Sache der Sieg werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Darmstadt, den 25. Juli.) So eben läuft die Nachricht dahier ein, daß in der vorigen Nacht zu Zwingenberg Unruhen mit Brand ausgebrochen seyen. Als veranlassende Ursache der nächtlichen Ruhestörung werden schwere Forststrafen angeführt, welche die Schuldigen ganz ausser Fassung gebracht hätten. Die Bürgergarde des Städtchens, setzt man hinzu, habe gegen die Tumultuanten einen harten Stand gehabt und es habe bei dem Straßenkampfe, wenn auch keine Todte, doch aber eine Anzahl Verwundete gegeben. (Frkft. J.)

(Mainz, den 25. Juli.) Am nächsten Freitag den 28. d. Mts. wird die berüchtigte Zerstörung der Taunuseisenbahn vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht zur Verhandlung kommen; 35 Individuen, theils von hier, theils von Kastel, sind dieses Vergehens beschuldigt; auch ein hiesiger Kaufmann erscheint in derselben Sache als Angeklagter, ist aber gleich nach jener Zerstörung von hier abgereist und wird nun in Contumaciam verurtheilt werden. — Kaum ist man von der Darmstädter Volksversammlung zurückgekommen, und schon beginnen die Vorbereitungen zu einer andern, die zu Worms in 14 Tagen gehalten werden soll. (Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. (Glötze, 23. Juli, Abends 10 Uhr.) So eben finden hier unerhörte Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit statt. Die Straßen wogen von Menschen, Alles ist in Alarm, aber keine Polizei zu sehen, jeder rechtliche Bürger ist entrüstet über die unter scheinbarem Mitwissen der Polizei-Behörde von einigen Anführern systematisch angeordnete Demonstration. Dem ruhigen Beobachter scheint der Hergang der Sache folgender zu seyn: In Folge eines angeblich von dem Herrn Ober-Präsidenten von Bonin eingegangenen Erlasses, durch welchen die Einführung der im April 1843 dem Orte verliehenen Städte-Ordnung für ungewisse Zeit noch sistirt werden sollte, wollte man den 7 Stadtverordneten, welche den bisherigen Bürgermeister S. nicht wieder gewählt haben und dadurch dessen Entsetzung bei der einzuführenden Städte-Ordnung herbeiführen würden, Katzenmusiken bringen. Um dies zu bewerkstelligen, waren schon während des Tages Vorkehrungen getroffen und am Abend an mehreren Orten frei Bier und Branntwein verabreicht. Um 9 Uhr setzte sich darauf der Zug, bestehend aus gewonnenem Pöbel und geführt von Anhängern der S.'schen Partei mit einem Musikchore an der Spitze in Bewegung und nun erfolgten 5 Katzenmusiken. Eben ist der Kaufmann H., der zur Ruhe redete, gemißhandelt worden. In diesem Augenblick zersplittern die Fenster eines Stadtverordneten durch Steinwürfe, dessen Kind ist verwundet, während im Nachbarhause der Bürgermeister S. dies Alles ignorirt. Man will Sturm läuten, jeder rechtliche Bürger ist entrüstet, daß die Polizei ganz passiv ist und Ordnung und Recht mit Füßen getreten wird. 11 Uhr. Man hat den Bürgermeister S. aufgesucht, gefunden und ihn im Namen des Gesetzes energisch aufgefordert, die Ruhe herzustellen. Der Skandal scheint sich zu legen, auf den Straßen verziehen sich die Menschen. Was wird die Nacht und der folgende Tag noch bringen? (Mgd. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 24. Juli.) In diesen Tagen ist es in der Stadt Penig zu Unruhen gekommen. Ein Bauer schoß einen Hasen; der gräfliche Forstbeamte zeigte dieß der Behörde an, und diese forderte den Bauern vor. Da dieser bei der Vernehmung sehr grob war, so ließ ihn der Amtmann in Verwahrsam bringen. Darauf rotteten sich die Bewohner von fünf Ortschaften, welche zugleich die Kommunalgarde daselbst bilden, zusammen und zogen bewaffnet nach Penig. Vor der Stadt machten sie Halt und schickten eine Deputation an den Amtmann mit dem Verlangen ab, den verhafteten Bauern sofort freizugeben. Der Amtmann fügte sich nicht, ließ vielmehr die Peniger Komunalgarde zusammenkommen, welche aber ihrem größten Theile nach erklärte, daß sie eines Hasen wegen die Behörde nicht unterstützen werde. Einer zweiten Deputation, die dem Amtmann mit Niederhauen drohte, und der sich der Peniger Pöbel anschloß, gelang es endlich, die Freigebung des Verhafteten zu erzwingen, und dieser wurde nun im Triumph durch die Stadt geführt. Eine Untersuchung ist zwar eingeleitet, doch verweigern die Bauern in dem Amt zu erscheinen. Das ist nun der zweite Schandfleck, mit dem sich die schönburgischen Rezeßherrschaften in der neuesten Zeit belastet haben. (Schwb. M.)

Würtemberg. (Stuttgart, 26. Juli.) Der König hat sich durch Gesundheitsrücksichten veranlaßt gesehen, auf einige Wochen zum Gebrauch einer Molkenkur nach Meran sich zu begeben, wohin derselbe gestern Abend abgereist ist. Für die Dauer der Abwesenheit hat der Kronprinz die Leitung der Regierungs-Geschäfte übernommen. (Schw. M.)

(Stuttgart, den 23. Juli.) Man erfährt heute hier, daß der König das Theater in der hiesigen Stadt auf die Dauer von 18 Monaten geschlossen hat. Man erinnert sich, daß kürzlich der König auf 200,000 fl. von seiner Civilliste fur künftiges Jahr verzichtet hat. Das Theater war ursprünglich Staatsanstalt, später übernahm es gegen einen jährlichen Zusatz von 50,000 fl. zur Civilliste der König. Der Schlag ist für die Stadt hart, noch viel härter ist die Maßregel für die vielen Familien, von deren Häuptern weit nicht alle durch ihre Kontrakte gegen die natürlich jetzt erfolgende Entlassung geschützt sind. (D. Z.)

Donaufürstenthümer.

(Bucharest, den 13. Juli.) Statt der Russen haben wir wieder die provisorische Regierung! Man erfuhr nämlich vorgestern, daß die nach allen Seiten hin ausgesprengten Gerücht, sowie mehrere Depeschen falsch seyen. Aufgereizt durch die rohen Mißhandlungen der Polizeikommissäre mit der Reitpeitsche, bearbeitet von demjenigen Theil der jungen Leute, die nicht geflohen waren, stand dießmal das Volk in Masse auf, und ermuthigt durch die Kaufleute, die sich endlich nach langem Hin- und Herschwanken entschieden für die konstitutionelle Sache erklärten, zog es zur Wohnung des Metropoliten, der umsonst den Sturm abzuwenden versuchte. Nach einer tüchtigen Philippica mußte er niederknieen und auf das Evangelium schwören, die Wahrheit zu antworten. So kam denn Bestätigung des Verdachts, daß er selbst die Depeschen habe fälschen lassen. Die Kaimakane wurden abgesetzt, eine Staffette an die provisorische Regierung gesandt, daß sie zurückkehre, und sogleich Unterhandlungen mit Odobesko und Salomon eröffnet; ersterer zeigt sich der Volssache geneigt, besteht aber darauf, daß Tell und Magiero (die zwei energischen Mitglieder) aus der provisorischen Regierung scheiden. Lauert kein Verrath hinter diesem Vorschlage, so wird man jene zwei Herren auf andere Weise nützlich verwenden können. Man hatte gestern Abend Besorgnisse hinsichtlich der Ruhe der Stadt während der Nacht; sie ist glücklich verstrichen. Vorgestern und gestern sind einige Häuser beschädigt worden: das des frühern Finanzministers Cheresko, in früheren Zeiten in russischen Diensten, und des Sekretärs des Metropoliten des erwähnten Polizeibeamten; übrigens ist die Stadt vollkommen ruhig. (A. A. Z.)

(Galacz, den 13. Juli.) So eben (10 Uhr) strömt die hiesige Bevölkerung außer die Linie von Galacz, um das Landen der türkischen Truppen zu sehen. Man erblickt von hier aus am jenseitigen Ufer gegen 3000 Mann sowohl Infanterie als Cavallerie. Etliche und zwanzig Transportbarken stehen bei Marschin. Das türkische Dampfboot hat so eben zwei große Barken mit Kanonen herüber remorkirt und ist wieder zurückgekehrt. Bis Abends dürften alle Truppen auf dem diesseitigen Ufer sein. Dieselben beziehen ein Lager vor der Linie von Galacz. Lebensmittel in großer Quantität werden so eben von den Lokalbehörden an den Landungs- und Lagerplatz geschafft. (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 24. Juli.) Das Kabinet von Berlin hat der Executivgewalt erklärt: daß es die Republik anerkennen d. h. einen Gesandten nach Paris schicken wolle, wenn sie den Emanuel Arago abberufe, dessen Einverständniß mit den preussischen Radikalen ihm gar zu undiplomatisch und gefährlich erscheine.

Die politischen Verhaftungen nehmen kein Ende! In voriger Nacht wurden in Clichy und den Faubourgs St. Antoine und Marcel neue zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Die Moderirten geben sich unendliche Mühe, die Wahl eines Präsidenten der Republik auf Ein Jahr hinauszuschieben, oder es doch wenigstens durchzusetzen, daß ihn die Nationalversammlung und nicht das Volk oder die gesammte Nation ernenne. Sie glauben auf diese Weise dem Herrn Thiers die Präsidentschaft des Ministerkonseils zu sichern.

[National-Versammlung. Sitzung vom 24. Juli.] George Lafayette eröffnet dieselbe um 1½ Uhr. Marrast sitzt auf einer der untersten Bänke links. Nach Vorlesung des Protokolls ladet Lafayette den Letzteren ein, den Präsidentensitz einzunehmen. Marrast nähert sich demselben, ohne, wie üblich, den abtretenden Präsidirenden zu umarmen. Er hält sodann eine Rede, die im Wesentlichen folgendermaßen lautet: „ich danke der Versammlung für das mir geschenkte Vertrauen; ich hoffe, dieselbe wird meiner Schwäche zu Hülfe kommen; Ruhe der Diskussion sey das erste Erforderniß, vorzüglich von dem Augenblicke an, wo sie die neue Verfassung zu berathen beginnen. Dank ihrer Energie können sie heute in aller Sicherheit die Fragen der höchsten polit. Wichtigkeit berühren. Nicht nur in den Straßen von Paris, sondern auch in den Geistern herrsche Ruhe. Die Agitation, die dem Handel und der Industrie so großen Schaden verursacht, habe aufgehört. Nie sey wohl ein Augenblick günstiger gewesen, die letzte Hand an ein so wichtiges Werk zu legen, wie die Verfassung der Republik zu nennen. Herrsche noch Parteispalt, so werde er gewiß baldige Auflösung finden." Präsident Marrast liest der Versammlung einen Brief des Prinzen aus London vom 20. Juli vor, worin er unter Angabe der früheren Gründe die Wahl ausschlägt. „Ich will", heißt es im Briefe, „Diejenigen, welche mich des Ehrgeizes bezüchtigen, überzeugen, daß sie sich irren. Nichtsdestoweniger verzichte ich darauf, mich später mit dem schönen Titel eines franz. Volksvertreters zu zieren". (Lärm.)

---

† (Nürnberg, den 28. Juli.) Herr Friedrich Hahn hat in einem Inserate (siehe gestriges Blatt unserer Zeitung) den Gedanken an die Wiederherstellung unseres eingestellten Volksfestes angeregt und als die Zeit dieses wieder ins Leben zu rufenden Festes den Vermählungtag unseres Königs Max II., als den Ort aber den Judenbühl angegeben. Wir sind mit der Veranstaltung dieses Festes ganz und gar einverstanden und mit uns ist es gewiß die Mehrzahl der Nürnberger Einwohnerschaft, da der Nutzen, den die das Fest besuchenden Fremden der Stadt gewähren, augenscheinlich ist. Mögen sich recht bald welche finden, die ein Festkomité bilden und über die Art und Weise der Veranstaltung berathen. Da das Vermählungsfest des Königs in eine nicht immer günstige Jahreszeit fällt, so dürfte vielleicht der Vorschlag, den Namenstag der Königin Maria (8. Sept.) zu wählen, Berücksichtigung verdienen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Erkenntniß.

In der Verschollenheits-Sache des Johann Adam Schmitt, ledigen Maurergesellen von Aichbach, erkennt das unterfertigte Patrimonialgericht I Cl zu Recht:

„Es seye dieser Johann Adam Schmitt, am 10 July 1757 zu Aichbach geboren, für todt zu erklären und dessen gegenwärtig in 89 fl 26 ¼ kr bestehendes Vermögen an die Curatel des abwesenden gesetzlichen Erben Johann Georg Schmitt von Schlüsselfeld ohne Kaution auszuhändigen

V. R. W.

rc. rc.

Aichbach, den 26. Juli 1848.

Freiherrlich von Pölnitz. Patrimonialgericht I.

Sauer.

Trauer-Anzeige.

Niedergedrückt durch namenlosen Schmerz über den Verlust unsers innigstgeliebten Gatten, Vaters, Sohnes und Bruders, Herrn

Friedrich Parcus,

Bürger und Tapezier dahier,

welcher am 19. d. Mts. früh 1½ Uhr, nach 13 Monaten langen Brustleiden, in seinem 31. Lebensjahre im Bade Maria Brunn bei München, in dem Herrn sanft entschlief. Trostlos blicken wir ihm nach in jene bessere Welt und nur der Glaube an das einstige Wiedersehen, kann uns trösten. Wir empfehlen den theuren Dahingeschiedenen allen nahen und fernen Freunden und Bekannten zu liebevollem Andenken und zu gütiger stiller Theilnahme.

Nürnberg und München, den 26. Juli 1848.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Das Geschäft des nun Seeligen wird in ununterbrochener Regsamkeit fortgesetzt, und mein innigstes Bestreben wird es seyn, meine verehrlichen Geschäftsfreunde und Kunden, durch gute Arbeit, schnelle und billige Bedienung das mir geschenkte Vertrauen zu bewahren

Nannette Parcus, geb. Ott,
Tapeziers-Wittwe mit ihrem unmündigen Söhnchen.

Trauer-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen gefiel es, heute früh 4 Uhr nach nur dreitägigem Krankenlager

Frau Johanna Sichling,

Wirths-Wittwe dahier,

in ihrem 71 Lebensjahre von dieser Erde abzurufen Wie ihr Leben edel und charaktervoll, so wird ihr Andenken uns unvergeßlich seyn. Sie ging den Weg, der Jedem von uns beschieden, und deßwegen Friede ihrer Asche!

Jean Schrégler
und sämmtliche Hinterbliebene.

Trauer-Anzeige.

Verehrten Verwandten und Freunden diene zur Nachricht, daß der k. pens. Bataillons-Arzt

Herr Alois Röll,

am 26 d. Mts im 69. Lebensjahre an Entkräftung sanft verschieden.

Friede seiner Asche.

Nürnberg am 28 Juli 1848

Die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

In der am 12. Juli öffentlich ausgeschriebenen, gestern und heute abgehaltenen Generalversammlung der Besitzer von Interimsscheinen der hiesigen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft wurden

1) nach einem umfassenden Bericht von Seiten des zur Uebernahme bestellten Comités der Uebergang der ganzen Anstalt auf die Gesellschaft als vollzogen erklärt;
2) die Statuten für die Gesellschaft berathen und beschlossen, welche nun höchster Genehmigung unterstellt werden:
3) Das Direktorium in folgenden Personen durch Stimmenmehrheit gewählt:
   a) Banquier u. Handelsgerichtsassessor Georg Kalb,
   b) Kaufmann Gustav Heymann,
   c Privatier Conrad Wagner,
   d) Kaufmann Theodor Rittner,
   e) der kgl. Advokat Dr. Toussaint;

als Ersatzmänner:
   1) Buchhändler Carl Mainberger,
   2) Kaufmann J. A. Förderreuther,
   3) Kaufmann und Handelsgerichtsassessor Georg Obermeyer,

welche sämmtlich sich zur Annahme bereit erklärten.

Das auf diese Weise bestellte Direktorium bringt dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit dem Beisatze, daß dasselbe unter sich den Kaufmann Gustav Heymann als Administrativ-Direktor erwählt hat, an welchen sich in allen die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft betreffenden Angelegenheiten gewandt werden wolle.

Das Bureau ist im Hauptgebäude der Anstalt.

Nürnberg, den 26. Juli 1848.

Das
Direktorium der Nürnberger Gasbeleuchtungs-Gesellschaft.

G. Kalb. G. Heymann. Konr. Wagner. Th. Rittner. Dr. Toussaint.

(Zu verkaufen.) Ein gutes Pianoforte mit 6½ Oct. u engl. Mechanik steht billig zum Verkauf.

Anzeige und Empfehlung.

Nachdem ich das bisher vom Herrn Benedikt Adolph Wolf dahier betriebene Oblatenbäckerei-Geschäft übernommen habe, so empfehle ich mich allen verehrlichen Geschäftsfreunden desselben, so wie einem löblichen Handelsstande und dem verehrlichen Gesammtpublikum zu recht vielen Aufträgen.

Indem ich schnelle und billige Bedienung zusichere, bestehe ich hochachtungsvoll

Nürnberg, den 27. Juli 1848.

Johann Jäger,
L. Nro. 1170 der Nadlersgasse.

Anzeige und Empfehlung.

Durch viele Aufträge vom Kissinger Bad, bin ich entschlossen, in einigen Wochen von hier dorthin abzureisen. Ich mache daher dem hiesigen Publikum die Anzeige, daß ich nicht allein nur Bettfedern reinige, sondern übernehme auch die Inlider zu waschen, solche werden aufs reinlichste besorgt. Die Taxen sind: für ein Zudeck oder Unterbett zu reinigen 36 kr., mit Waschen 45 kr.; für einen Kopfpolster 15 kr., mit Waschen 18 kr; für ein Kopfkissen 9 kr., mit Waschen 12 kr. Mein Logis ist bei Hrn. Schwarzkopf, Gastgeber zu den 3 Königen, Theatergäßchen L. Nr. 90. Es bittet um geneigten Zuspruch

J. König aus Speier, Bettfedernreiniger.

Nachricht.

Denjenigen Bürgern und Insassen, welche am Donnerstag Abends nicht im Reichsadler wegen Besprechung der Stillwache zugegen waren, diene hiemit zur Nachricht, daß bei den Unterzeichneten die Listen zum einzeichnen aufliegen.

Wolf, Schnittwaarenhändler am grünen Markt,
Grabel, Handelsmann an der Museumsbrücke.
Ströbel, Schnittwaarenhändler am Obstmarkt.
Münzel, Regenschirmfabrikant, Waaggasse.

Anfrage.

Aus welchem Grunde hat man die Verbindungsstraße zwischen der Brunnen- und Breitengasse für Fuhrwerke mit Ketten gesperrt? Sollte ein dort befindliches baufälliges Haus die Ursache dieser Maßregel seyn, so wäre es gut dasselbe auszubessern, denn es kann bei einem Zusammensturz einen Fußgänger ebensowohl beschädigen wie ein Fuhrwerk.

Oder meint man etwa, es sey überhaupt die Zeit wieder da, um neue Ketten anzulegen

Lederer.

Rohlederers-Garten.

Morgen Sonntag findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Schießhaus St. Johannis.

Morgen Sonntag findet gutbesetzte Tanzmusik statt. Hiezu ladet zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

Entree für Herren 6 kr.

Kellermann.

Gasthaus zum schwarzen Bären in Schweinau.

Sonntag den 30. Juli findet Produktion vom Hrn. Fischer mit ganz neuen Piecen statt, wozu hoflichst einladet

Anfang 7 Uhr. Schmenold.

Eintracht.

Nächsten Montag den 31. Juli findet Produktion auf dem Schréglerszwinger statt.

Der Vorstand.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Samstag den 29. Juli findet vollständige Orchestermusik statt. Entree 6 kr. à Person. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Almoshof.

Sonntag den 30. Juli findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Wild.

Politischer Verein.

Heute Sonnabend den 29. Juli Versammlung im Saale des Bamberger Hofes Abends 8 Uhr.

Einladung.

Sonntag den 30. Juli wird bei mir die Nachfeier des Jahresfestes gehalten, wobei gutbesetzte Tanzmusik stattfindet Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Beck, Gastwirth in Steinbühl.

Fahr-Gelegenheit nach dem Irrhain.

Um mehrseitigem Wunsche zu entsprechen, werden bei Gelegenheit der am Sonntag den 30 d Mts. stattfindenden Promenade der freiwilligen Landwehr Omnibus bei dem Gasthaus zur „Stadt Erlangen" (Müllers-Garten) Morgens 9 Uhr und Mittag 1 Uhr bereit stehen und Personen à 12 kr. hin und um eben so viel zurück befördert.

(Eingesandt.)

Der Artikel in Nr. 58 des Zuschauer an der Pegnitz:

„Dan paßt af"

beruht auf Verläumdung.

Der Unterzeichnete ist seit 4 Jahren verpflichteter Schweinschätzmeister und übt sein Amt aus nach vorgenommenen Proben und auf den Grund einer ihm ertheilten schriftlichen Instruktion.

Der Unterzeichnete hat die Schweine nicht zu wägen, sondern nur nach dem Gesichte nach seinem besten Wissen und Gewissen zu schätzen.

Gegen den Verfasser dieses Aufsatzes, den Steindruckereibesitzer Lehnes, habe ich bereits gerichtliche Klage eingereicht und werde ich das Resultat seiner Zeit dem Publikum bekannt machen.

Nürnberg, den 27. Juli 1848

Georg Heyd, Schweinschätzmeister.

(Anzeige.) So eben ist in der J. A. Endter'schen Buch- und Musikalienhandlung in Nürnberg wieder eingetroffen:

Höchst merkwürdige

Prophezeiungen

eines alten Mönches in Polen, welche vom Jahre 1790 bis zum Ende der Welt im Jahr 2000 in Erfüllung gehen sollen. Aufgefunden in einer alten Kloster-Chronik.

Sechste Auflage.

Leipzig. Geheft. 12 kr.

(Anzeige.) In der J. A. Endter'schen Buch- und Musikalienhandlung in Nürnberg ist so eben wieder angekommen:

höchst merkwürdige

Prophezeiung

auf die Jahre 1849, 1850 bis auf das Jahr der Freude 1858.

Von einem alten Eremiten.

Fünfte Auflage.

Erfurt. Geheft 9 kr.

Regensburger Hof.

Heute Samstag den 29. Juli große Metzelsuppe, wozu hiemit höflichst einladet

Schmidt.

Schloßzwinger.

Heute Sonnabend Blechmusik unter Leitung des Hrn. Lippert, wozu höflichst einladet Fuchs.

Contumaz-Garten.

☞ Freitag den 28. Juli Produktion von der Blechmusik des Herrn Lippert, wozu hiemit höflichst einladet

Böbelein.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Samstag den 29. Juli ist große

☞ **Metzelsuppe,**

wobei auch vorzüglich gutes frisches Felsenkellerbier verabreicht wird. Es ladet hiezu höflichst ein

J. Neubauer.

(Anzeige.) So eben ist wieder eingetroffen:

Ueber die Einführung einer **Kapital-** und einer **Einkommen-Steuer** in **Bayern**. Mit dem vollständigen Abdrucke beider Gesetze. Zweiter unveränderter Abdruck. Preis 6 kr.

C H Zeh'sche Buchhandlung.

(Gefunden.) Ein silberner Ohrlöffel mit Zahnstocher wurde gefunden, und kann gegen Ersatz der Einrückungsgebühr in L. Nro. 1006 der Jakobsstraße in Empfang genommen werden.

(Gesuch) Ein geübter Buchbinder-Gehülfe, der in feinen Papparbeiten gewandt ist, findet sogleich Unterkunft. Näheres Lit. L. Nr 332.

(Gesuch.) Ein solider auswärtiger junger Mensch, von angenehmem Aeußern und guter Erziehung, welcher die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, wünscht hier in einem soliden Handlungshause oder in einem Gasthof, wo möglich ohne Lehrgeld unterzukommen. Näheres in L. Nro. 144 der Kaiserstraße

---

(Zu vermiethen.) Ein angenehmes möblirtes Zimmer nebst Alkov ist an einen soliden Herrn in L. Nr. 144 der Kaiserstraße täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Eingetretener Familienverhältnisse wegen ist ganz nahe vor dem Spittlerthor ein schönes Gartenlogis, bestehend aus 3 heizbaren Zimmern, Kammern, Küche und anderer Bequemlichkeit, bis nächstes Ziel Laurenzi zu vermiethen. Näheres Nro. 149 auf dem Vierter.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 29. Juli. Eingetretener Hindernisse wegen kann die auf heute angekündigte Vorstellung nicht stattfinden.

Lotterie.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

23 64 12 15 72

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. Juli 1848. **№ 212.** **Sonntag: Abdon.**

Preussen in der dänischen Sache.

Seit den Zeiten Friedrichs II. wird der preussischen Politik der Vorwurf der Zweideutigkeit gemacht; ob mit Recht oder Unrecht, darüber spricht die Geschichte und zwar ohne Zweideutigkeit. Auch in jüngster Zeit, insbesondere in Bezug auf die Schleswig-Holsteinische Frage wird diese Beschuldigung erhoben. Lassen wir hierüber die Thatsachen sprechen: die Richtigkeit der bekannten Berliner Note an das dänische Kabinet kann nicht in Abrede gestellt werden, und erst als Dänemark feindselige Handlungen gegen Preussen unternommen hatte, erfolgte der Einmarsch der preussischen Truppen in die Herzogthümer. Wrangel dringt siegreich vor, betritt selbst das dänische Gebiet und ergreift gerechte Repressalien wegen des an deutschem Eigenthume begangenen Raubes; Dänemark ist nahe dahin gebracht, einen für Deutschland ehrenvollen Frieden schließen zu müssen. Da erfolgt von Berlin Gegenbefehl; aus welcher Ursache wurde vielfach besprochen; die Diplomatie wird freiwillig die wahre Ursache nicht enthüllen. Wie mehrere Blätter damals berichteten, erfüllte dieser Befehl den General Wrangel und mehrere hohe Offiziere mit Indignation; aber den Befehl zum Einmarsch erhielt Wrangel von Berlin; er mußte, und wenn auch mit Widerstreben, dem von dort ertheilten Befehl zum Rückmarsch Folge leisten. Der schmähliche Rückzug rief in ganz Deutschland allgemeine Entrüstung hervor. Die Diplomaten mochten einsehen, daß ihre Zeit noch nicht gekommen. Von Frankfurt aus wurde nun Wrangel, als Oberbefehlshaber eines deutschen Truppenkorps, die Ordre zum Vorwärtsschreiten erlassen. Warum dieses nicht mit dem ersten Erfolge geschah, wird, in so weit es noch nicht geschehen, vielleicht die nächste Zukunft enthüllen. – Da erscholl plötzlich die Kunde: Preussen habe ohne Auftrag, also einseitig, mit Dänemark einen Waffenstillstand abgeschlossen. Alle öffentlichen Blätter, selbst offizielle Regierungsorgane, theilten die zwischen preussischen und dänischen Bevollmächtigten stipulirten, für Deutschland höchst schmachvollen Bedingungen mit; nur noch die Ratifikation fehlte. Kein öffentliches Organ, selbst nicht die eifrigsten Vertheidiger des preussischen Kabinets in der Nationalversammlung, konnten die Sache in Abrede stellen. — Neue allgemeine Entrüstung in ganz Deutschland erfolgte. Das Parlament in Frankfurt unterstellte den Abschluß eines nicht nur aus militärischen Gründen erfolgenden Waffenstillstandes der neu geschaffenen Centralgewalt, und die Herzogthümer erklärten officiell, sich solchen Bedingungen nicht unterwerfen, selbst mit Waffengewalt sich denselben widersetzen zu wollen. Die Ratifikation unterblieb, aber nicht aus den angeführten Gründen. Man würde die allgemeine Entrüstung, den Beschluß der Nationalversammlung und die Erklärung der Herzogthümer nicht beachtet, sich mit der Ratifikation beeilt, den Vertrag unter Garantie Englands gestellt, und denselben dann dem Reichsverweser als vollendete Thatsache hingestellt haben, die, ohne England zu beleidigen, nicht mehr zurückgenommen werden könne; eine neue Schmach für Deutschland wäre erfolgt — und die Rechte in der Paulskirche hätte die Linke wieder ausgelacht. — Was war aber wohl das Hinderniß, daß Deutschland nicht wieder mit neuer Schmach bedeckt wurde? General Wrangel! — Deutsche Blätter sowohl, als halbofficielle dänische Berichte melden nämlich: daß Wrangel erklärt habe, einen solchen einseitigen Vertrag nicht zu respectiren; er habe nunmehr von Frankfurt seine Befehle erhalten, nur von dorther könnten ihm wieder Gegenbefehle ertheilt werden; und jetzt sey der Abschluß eines Waffenstillstandes mit Friedenspräliminarien Sache der deutschen Centralgewalt. Alle Ueberredungen, die Erinnerung, daß er preussischer General sey ꝛc., machten diesen ehrenwerthen Entschluß nicht wankend. — Die Diplomatie muß nun zum bösen Spiele gute Miene machen; denn so weit dürfte man es jetzt doch noch nicht kommen lassen, solchen Umständen gegenüber den Vertrag zu ratificiren und die Vollziehung desselben preussischer Seits mit Gewalt durchzusetzen.

Deutschland.

Bayern. *† (München, 26. Juli.) Das Landwehrfreikorps-Regiment rückt heute Nachmittag auf das Marsfeld, wo ihm von dem Landwehrinspektionsoffizier Grafen Vieregg, der neu gewählte Chef, bisheriger Major dieses Korps, Laubök, der für den abgetretenen Obersten Grafen v. Saporta eintritt, vorgestellt wird. Am 6, August werden bei der großen Militärparade auch die Landwehr und die Freikorps erscheinen. Man fragt sich vielseitig, wenn die Reichskammer nun als solche beeidigt wird, wie es sich dann mit den Armeen der einzelnen Staaten in Bezug auf deren Verfassungs- und Fürsteneide verhalte? Die deutsche Kokarde wird nun von unserer ganzen Garnison neben der bayerischen getragen; nur beim Gensdarmeriekorps wird dieselbe noch vermißt; sollten dafür geheime Gründe obwalten? — Aus der allg. Zeitung werden Sie ersehen haben, welche Preßindustrie unsere Minister treiben, indem von Seite des Kriegsministeriums an alle Militärkommandos und wohl auch von den übrigen Ministerien an die ihnen untergebenen Behörden unter Zurechtweisung der nicht-amtlichen Tagblätter ein unter Seufferts und Consorten Aegide erscheinendes Blättchen „der Reichsbote“ zur Anschaffung und Verbreitung anempfohlen wird, welches die in anderen Zeitungen enthaltenen Angriffe auf die Regierungen widerlegen, und ein Monopol aller offiziellen Mittheilungen, Bekanntmachungen und Erklärungen — und demgemäß auch dann amtlichen Anzeigen (Inserate) enthalten soll. Aus dem Programm dieses Blattes aber riecht selbst der Ultramontanismus hervor. Nun, wir gönnen auch der Regierung die Preßfreiheit; auch die Minister mögen drucken und sich vertheidigen lassen, wie und wann es ihnen nothwendig dünkt; aber sie mögen sich hüten, mit Konfiskationsmaßregeln vorerst schon wieder anzudrohen, wie dieß ein neulich promulgirtes Min.-Reskript in Aussicht stellt. — Heute hat sich in seinem Bureau der k. Steuerkatasterkommission ein dort angestelltes Individuum erschossen. Unsere Lokalblätter sind voll Dissertationen über das Erscheinen der Mutter Gottes zu Mauerbach (bei Augsburg), wo ein Hirtenknabe sie leibhaftig gesehen haben will, und seitdem von einer Art heiligen Geistes inspirirt ist. Obgleich sich's nun durch amtliche Vermittlung mit ziemlicher Gewißheit herausstellte, daß die Köchin des Ortspfarrers in einiger Entfernung mit einem Flaschenzuge aus den Wolken auf- und niedergelassen und dieses Kunststück auch ein zweites Mal, wo sie ausser dem Hirtenknaben auch anderes Landvolk gesehen hat, wiederholt wurde, so giebt es in Altbayern und Schwaben, aber auch selbst in unserer Hauptstadt frommgläubige Seelen genug, welche sogar die Worte der Mutter Gottes für baare Münze hinnehmen. Die Mutter Gottes nämlich sprach zu dem Knaben: »Komm her zu mir; ich kann es nicht mehr erbitten bei unserm lieben Herrn, da die Leute so böse sind und nimmer einander lieben. Der Herr schickt eine große Strafe. Ich bin die Mutter Gottes. Thu dies offenbaren.« Eine bischöfliche Untersuchungskommission ist niedergesetzt, ob auch Aerzte oder weltliche Beamte hinzugezogen wurden, bleibt dahingestellt. Mittlerweile aber wahlfahrtet man nach Mauerbach, holt sich einen Ablaß beim Pfarrer, dem Hirtenknaben oder der Pfarrköchin und kauft Gebetbüchlein behufs der Verehrung der heiligen Erscheinung. So geschieht's in dem großen Jahre der Aufklärung und Erhebung Deutschlands 1848!

Baden. (Heidelberg, 26. Juli) Da man der Ueberzeugung zu seyn glaubt, daß die demokratischen Vereine die Unsicherheit der öffentlichen Zustände unterhalten und vermehren, und so dem Staatswohle gefährlich sind, so wurden dieselben von unserer Regierung sämmtlich aufgehoben. Dadurch fanden sich die Studenten, welche vor etwa 8 Tagen von hier aus nach Neustadt a. d. H. gezogen waren, bewogen, gestern wieder in unsere Stadt zurückzukehren. Vorher hatten sie sich alle Empfangsfeierlichkeiten verbeten, mit der öffentlich ausgesprochenen Erklärung, daß, wenn auch nun ihre Ehre als Studenten durch die Aufhebung aller demokratischen Vereine gewahrt sey, sie diese Maßregel doch selbst bedauerten. Sie wollten in Verbindung mit den Bürgern die Aufhebung dieses Verbotes erstreben. Zu diesem Zwecke werden hier bereits Vorbereitungen getroffen zu einer großen Versammlung, welche, wie die frühere, im Hofe des hiesigen Schlosses nächsten Sonntag gehalten werden soll. Nach Frankfurt sind bereits Einladungen zu dieser Versammlung an Mitglieder des deutschen Parlaments abgegangen und man glaubt, daß von denselben viele kommen werden, und zwar nicht allein solche, welche für die Aufhebung des Verbotes dieser Vereine sprechen, sondern auch solche, welche diese Maßregel der Staatsregierung vertheidigen. (Frkft. J.)

(Freiburg, den 25. Juli.) Heute Morgen ist ein militärischer Zug, bestehend aus einer Abtheilung Dragoner, einem Bataillon des 2. Infanterieregiments und zwei Geschützen von hier ins Oberland abgegangen. Der Zweck desselben ist uns unbekannt. (Fr. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 24. Juli.) Am nächsten Sonnabend den 29. d. M. wird die Ständeversammlung wieder zusammentreten, um die in Folge der jünsten Zeitereignisse erforderlich gewordenen Abänderungen der Landesvertretung und des Wahlgesetzes zu berathen. Sobald diese Bestimmungen vereinbart sein werden, dürfte ihre Auflösung erfolgen. (Brem. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, den 27. Juli, 2½ Uhr Nachmittag.) [49. Sitzung der deutschen National-Versammlung.] Nachdem der Berichterstatter Stenzel gesprochen hatte, wurde zur Abstimmung in der Posener Frage geschritten. Der Antrag von Ruge (die Einverleibung von Posen für nicht geschehen zu erachten, und einen europäischen Kongreß zur Wiederherstellung Polens zu veranlassen) wurde verworfen. Der Antrag von Blum und Genossen (die Nationalversammlung beschließt; daß die Centralgewalt aufgefordert werde, sofort den Sachverhalt in Posen kommissarisch untersuchen zu lassen; und daß auf Grund dieser Untersuchung ein neuer Bericht erstattet werde) wurde mit 333 Stimmen gegen 139 Stimmen verworfen. (Stimmende 472.) Blum erklärt Namens seiner Gesinnungsgenossen, an den fernern Abstimmungen nicht Theil nehmen zu können, da sie für eine endliche Entscheidung nicht hinreichend unterrichtet sind. Dagegen werden dieselben an der Abstimmung über einen Antrag, die Anerkennung des Beschlusses des Vorparlaments wegen der Theilung Polens betreffend, wieder Theil nehmen. Der Antrag von Schuselka (die Einverleibung Polens weder von dem Standpunkte des Rechts noch der Klugheit zu billigen und die preussische Regierung aufzufordern, ganz Posen wie früher als selbstständige Provinz zu behandeln und die Grenzregulirung bis zur Wiederherstellung eines freien Polens vorzubehalten) wird verworfen. Deßgleichen der Antrag von Döllinger, Dieringer, Thinnes ꝛc., die geschehene Einverleibung eines Theils von Posen für nicht geschehen zu erachten, und die vorgenommenen Wahlen für ungültig zu erklären, dagegen den König von Preussen zu ersuchen, eine Gesammtvertretung von Posen zu berufen und von dieser die Verbindung von ganz Posen als eines selbstständigen Staates in Realunion mit Deutschland berathen und beschließen zu lassen. Der erste Theil des Ausschußantrages, dahin gehend; die Nationalversammlung möge unter den obwaltenden Umständen die Aufnahme derjenigen Theile des Großher-

zogthums Posen, welche auf den Antrag der königl. preussischen Regierung durch einstimmige Beschlüsse des Bundestags vom 22. April und 2. Mai in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die aus dem Deutschland zugeordneten Theile gewählten zwölf Abgeordnete zur deutschen National-Versammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden sind, nun endgültig zulassen, wurde mit 342 Stimmen gegen 31 Stimmen angenommen. (Stimmende 273.) Der zweite Theil des Ausschußantrags wurde mit dem Amendement von Eisfra angenommen. Er lautet jetzt: Die Nationalversammlung möge die von dem königlich preussischen Kommissär General Pfuel vom 4. Juni angeordnete vorläufige Demarcationslinie zwischen dem galizischen und dem deutschen Theil vorläufig anerkennen, sich jedoch die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgrenzung zwischen beiden Theilen nach dem Ergebniß weiterer von der Centralgewalt zu veranstaltender Untersuchung vorbehalten. Der Antrag von Senff rc. über Nro. 3 und 4 des Ausschußantrags, zur motivirten Tagesordnung überzugehen, wird verworfen. Die Abzählung hatte Stimmengleichheit ergeben, die Annahme der Verwerfung gründet sich auf §. 43 der Geschäftsordnung. (Bei Stimmengleichheit wird die Frage als verneint angesehen.) Der Antrag von Lichnowski, bei §. 3 zur einfachen Tagesordnung überzugehen, wird verworfen; dagegen der eventuelle Antrag desselben Abgeordneten: die bestimmte Erwartung zur preussischen Regierung auszusprechen, daß sie den im polnischen Theile von Posen wohnenden Deutschen den Schutz ihrer Nationalität unter allen Umständen sichern werde, angenommen. Ein Antrag, bei §. 4 des Ausschußantrags zur einfachen Tagesordnung überzugehen, wird verworfen. Angenommen wird dagegen der Antrag auf motivirte Tagesordnung unter Hinweisung auf den Beschluß vom 31. Mai wegen Schutzes fremder Nationalitäten in Deutschland. Darüber, ob der Zusatzantrag von Schaffrath rc. (Die Nationalversammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht; sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung eines selbstständigen Polens mitzuwirken) zur Abstimmung, und ob getheilt zur Abstimmung, gebracht werden könne, entspinnt sich eine stürmische Debatte. Es wird beschlossen, daß die Abstimmung über beide Punkte zugleich stattfinde. Die namentliche Abstimmung wird nunmehr vorgenommen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 27. Juli, 3 Uhr.) Die Abstimmung über den Schaffrath'schen Antrag (die Erklärung bezüglich der Wiederherstellung Polens) ergab 331 Stimmen dagegen, 101 Stimmen dafür. Von 458 anwesenden Mitgliedern haben 26 nicht gestimmt. Sehr viele Mitglieder geben über den Grund ihrer ablehnenden Abstimmung, oder weßhalb sie sich der Abstimmung enthalten haben, Erklärungen zu Protokoll. Schluß der Sitzung 3 Uhr.

In der heutigen Reichsversammlung wird vom Präsidenten angezeigt, daß Dr. Wirth aus Hof, für die reussischen Lande als Reichstags-Deputirter gewählt, gestern gestorben sey.

(Frankfurt, 26. Juli.) Die wichtige Wahl des Reichs-Handelsministers scheint entschieden: dem Vernehmen nach wäre Senator Duckwitz aus Bremen dazu berufen. Eine glückliche Wahl. Zum Finanzminister soll Staatsrath Mathy bestimmt seyn. Für das auswärtige Portefeuille werden drei Namen genannt: Beckerath, Bunsen und — Stockmar. Zu dem Unterstaatssekretär der Justiz soll Robert Mohl designirt seyn, der die auf ihn einstimmig gefallene Wahl zum Vertreter der Universität Heidelberg in der ersten badischen Kammer, wie Sie wissen, abgelehnt hat. (A. A. Z.)

(Frankfurt, den 26. Juli.) [Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Kongresses.] Heute kam die Frage über Schutz der Handwerker gegen die Fabriken zur Verhandlung. Gegen dreißig verschiedene Anträge wurden eingereicht, sämmtlich für Besteuerung der Fabriken zu Gunsten des Handwerkerstandes. Sie wurden an den Ausschuß verwiesen und werden in dessen Händen wohl auf einige im Wesentlichen wenig von einander abweichende reducirt werden. In der Hauptsache stellte sich auch bei dieser Gelegenheit die Thatsache heraus: daß die Klagen und Beschwerden des deutschen Handwerkers in ganz Deutschland überall dieselben sind, und daß auch in Bezug auf die in Vorschlag gebrachten Hülfsmittel eine merkwürdige Uebereinstimmung zwischen allen Denen herrscht, die sich hier zum ersten Male zusammenfinden, um, nach so langer Zwangherrschaft, als freie Männer die Wohlfahrt des deutschen Volks mitbegründen, und zu dem Zweck den gemeinschaftlichen größten Feind, das Kapital, in seine Schranken zurückweisen zu helfen. Ergreifend waren, selbst für Den, dem die Leiden des Volks nicht unbekannt, die Schilderungen, welche einzelne Redner von den Folgen der Herrschaft des Kapitals entwarfen; überzeugend die Beweise, daß das bisher so hoch gepriesene Prinzip der liberalen Volkswirthschaft falsch, verderblich und den Wünschen des Volks widerstreitend. Aber überzeugend traten auch die Schwierigkeiten ans Licht, die em von Millionen geflüchten und gefürchteten Feinde beizukommen, der seit der industriellen Revolution in tausend verschiedenen Gestalten auf Weg und Steg uns entgegentritt. — Ein anderer Punkt kam ebenfalls zur Verhandlung: die Zeichen und Firmen der Gewerbtreibenden. Auch in Bezug auf diesen Gegenstand wurden mehrere Anträge gestellt und an den Ausschuß verwiesen, der morgen Bericht abstatten wird. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 20. Juli.) Ueber die Berathungen, welche der in den letzten Tagen hier zusammengetretene Gesellen-Congreß von Gewerbtreibenden in seiner 6. Sitzung gepflogen, kommt uns der nachstehende protokollarische Auszug zu: Nachdem über den Schutz der Arbeit in Deutschland durch Wassermann auf Aufhebung der Binnen- und Wasserzölle, auf Schutzzölle gegen fertige Waaren hingewirsen, Koch freie Einfuhr der Rohstoffe und Kolonialwaaren, Roos auf Handelsverbindungen mit dem Auslande, durch eine Marine geschützt, angetragen, bevorwortet Roos ein Auswanderungssystem, durch welches der Abfluß von Uebervölkerung in überseeische Länder geschützt werde. Jordan spricht für Dismembrationen und Separationen staatlicher Domainen an Unbegüterte gegen billige Vergütigung, und Philippsohn will alle von Strafanstalten und Staatsbetrieben gefertigte technische Arbeiten den betreffenden Gewerben überwiesen und Cordes überhaupt diesen Schutz in die Hände der Verwaltungsbehörden in Verbindung eines Arbeitsministeriums gelegt wissen. Linke begründet am Schluß der Debatte seinen früheren Antrag auf lohnende Sicherstellung der Arbeit im Staate auf folgende Weise: „Ich als Tischler bedarf, um mit meiner kleinen Familie im Staate bestehen zu können, mindestens eines jährlichen Einkommens von 300 Rthlr. Auf die Arbeit, welche mir ein Geselle, der durchschnittlich per Woche 3 Rthlr. Lohn erhält, jährlich liefert, schlage ich 1/3 dieses Lohnes als Meisterverdienst auf. Meine Arbeitskraft ist gleich dem Gesellenlohn 150 Rthlr. und dem Drittel dieses meines Verdienstes, in Summe 200 Rthlr. Ich müßte demnach noch zwei Gesellen beschäftigen, wenn ich 300 Rthlr. gewinnen will. — Ein anderer Tischler hat das Glück, sein Geschäft mit zehn Gesellen zu betreiben. Er will aber auch nur im Staate bestehen, und da er seine zu dem Verdienst der eigenen Arbeitskraft fehlenden 100 Rthlr. auf 10 separirt statt auf 2, so wird er seine jährliche Arbeit um 10 mal 40 Rthlr. billiger liefern, denn ich, oder aber er wird, wenn er Preis mit mir hält, 4 mal 50 Rthlr. mehr verdienen. Diesen Mehrverdienst soll er nicht zu meinem Schaden schwinden lassen, um meine Arbeit herunterzudrücken. Ja er möge seinen Betrieb so weit ausdehnen, als er wolle; aber wenn ich mit 2 Gehülfen steuerfrei arbeite, so soll er mit der Ausdehnung seines Betriebes dem Staate also steuern, daß derselbe einen progressiven Theil des Mehrverdienstes erhalte, von welchem Arbeitsunfähige fähig zu machen, und Arbeitslose beschäftigt werden könnten für Gewerbe- und Industrie fördernde Anstalten. — Ein Einkommen von 300 Rthlr. entspricht den Zinsen eines Kapitals von 6000 Rthlr. zu 5 pCt. Wer ein solches Kapital arbeiten läßt, oder aber ein jährliches Geschäft von 6000 Rthlr. betreibt, soll nicht steuern, so lange er nur ein Einkommen von 300 Rthlr. sichern will; von dem Mehrverdienst soll der Staat, je nach Steigerung des arbeitenden Kapitals auch eine steigende Steuer erhalten. Das Gleiche gilt von einer Maschine. Diese im Werth von 6000 Rthlr. ist bei Lieferung einer Quantität Arbeit von 3 Menschenkräften steuerfrei. Je nachdem sich diese Quantität Arbeit bei gleichem Kapital und Betriebswerth erhöht, ist die Steuer zu erheben. Eine solche Steuer wäre natürlich zurückzuzahlen, wenn die Fabrikate der Maschine ins Ausland gehen.« (Fft. J.)

Oesterreich. (Wien, 25. Juli.) Die Abreise des Erzherzogs-Reichsverwesers war anfangs auf den 28. d. M. festgesetzt, allein sie dürfte nun um einige Tage verschoben werden, da die ungarisch-croatischen Differenzen, zu deren Schlichtung der Erzherzog von Sr. Majestät speciell ermächtigt wurde, gerade jetzt verhandelt werden sollen.« (A. A. Z.)

(Botzen, den 25. Juli.) Ein Kurier, welcher heute Nachmittag von Verona eintraf, brachte die höchst erfreuliche Nachricht daß der combinirte Angriff auf das Centrum der feindlichen Armee bei Sommacampagna und Villafranca; von dem vollständigsten Erfolge begleitet war. Die Verschanzungen der Piemontesen sind erstürmt, 40 Kanonen erobert, der Feind zog sich fliehend über den Mincio zurück. Der linke Flügel unserer Armee, unter Baron Welden, soll bis Cremona vorgedrungen seyn. Auch Rivoli ist wieder in unserer Gewalt; man erwartet die nächsten Tage die Post von Verona durch das Etschthal auf der großen Straße, nachdem sie seit 4 Wochen auf dem Umwege über Vicenza durch die Valarsa gehen mußte. Bald werden die officiellen Armeeberichte die nähern Details liefern. Die freudigste Aufregung ist auf allen Gesichtern zu lesen. Heil und Ruhm unserm siegreichen Heere! Die Tage der Trübsal neigen zum Ende; die tirolischen Gränzen, Deutschlands Marken, krönt Ruhm und Sieg! (A. A. Z.)

(Verona, den 23. Juli.) Vorläufig kann ich melden, daß heute Sonntag, ein allgemeiner Angriff auf unsere piemontesischen Feinde gemacht wird. Gestern ward schon bei Rivoli begonnen. Nachts zogen die Truppen von hier ab; der zwar einerseits lästige, zur Zeit des Abmarsches eingetretene Gewitterregen hatte aber wieder das Gute, die verrathenden Staubwolken zu hindern. Die gesammte Armee wirkt vereint auf allen Punkten: um 9 Uhr Morgens sah man von den Anhöhen Verona's unsere Truppen schon auf den uneinnehmbar geglaubten Verschanzungen der Piemontesen bei Sommacampagna, jetzt Nachmittag 4 Uhr sieht man weder Freund noch Feind mehr. Wäre Peschiera jetzt noch in unsern Händen, den Piemontesen wäre aller Rückzug abgeschnitten. — Bei Mantua fand kürzlich ein kleineres Gefecht zu unserm Nachtheil statt, worauf gleich darauf Culoz sich Revanche nahm. (A. A. Z.)

Preussen. (Köln, 25. Juli.) Nach dem Berichte der vom Vorstande des Dombauvereins nach Berlin gesandten Deputation hat unser König die Einladung zum großen Säcularfeste nicht nur auf's freundlichste entgegengenommen, sondern auch sogleich die Zusage gegeben, beim Feste zugegen zu seyn, wenn die Umstände es erlaubten. Mit den Worten: „Auf ein freundliches Wiedersehen in Köln" entließ der König die Deputation, welche in ihrem Berichte sich auch darüber ausspricht, daß der König es mit der lebhaftesten und freudigsten Theilnahme aufgenommen, daß der Reichsverweser Erzherzog auch zu der Feier eingeladen worden. Von Wien erwarten wir heute Nachricht, ob der Erzherzog die Einladung angenommen hat. Der Erzbischof Johannes von Geißel hat seinerseits 20 Prälaten, Erzbischöfe und Bischöfe zu der Feier der Consecration gebeten, welche mit möglichster Pracht und allem Glanze, welchen die katholische Kirche nur aufbieten kann, begangen werden soll. Die Anordnugen werden überhaupt so getroffen, daß die Feier in kirchlicher Beziehung einen wahrhaft großartigen Eindruck machen muß. Man schmeichelt sich auch der Hoffnung, wenigstens die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Reichsversammlung beim Feste zu sehen, da es einen allgemeinen deutschen Charakter haben soll. Die Reichsversammlung wird aber noch förmlich im Namen der Stadt und des Dombauvorstandes zu der Feier eingeladen werden. Der Herr Erzbischof ist wieder nach Berlin zur Nationalversammlung. (Frkf. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 25. Juli.) Ein Kurier brachte diesen Morgen die Nachricht, welche die nachstehende Proklamation den Bewohnern des Landes mittheilt. Dank dem Uebermuth der Dänen, die von den Malmöer Bedingungen nicht ablassen wollten, sind die Waffenstillstandsunterhandlungen eingestellt, und ist die Entscheidung wieder dem Schwerte übergeben; daß dieses jetzt ernstlich dreinschlagen werde, daran dürfen wir nach allem, was vorausgegangen, nicht zweifeln. Gestern Mittag gab bei einem Gastmahl, welches die Offiziere der zu Hadersleben garnisonirenden Truppen dem Oberbefehlshaber der Armee veranstaltet hatten, ein „tapferer" Trinkspruch des General Wrangel den anwesenden Offizieren die erwünschte Kunde, und schon heute werden die militärischen Operationen wieder begonnen haben.

Mitbürger! Die Unterhandlungen, welche zur Anbahnung friedlicher Ausgleichung mit Dänemark geführt worden, sind abgebrochen. Die Feindseligkeiten sind wieder eröffnet; die Waffen werden entscheiden. — Deutschland hat gezeigt, daß es den Frieden wünscht. Auch die billigsten Forderungen sind von Dänemark verworfen. Unehrenhafte Bedingungen sind gescheitert an dem Willen Deutschlands, an der Festigkeit des ta-

pfern Feldherrn, der an der Spitze des deutschen Heeres die Gränze des Landes bewacht. — Schleswig-Holsteiner! wir sind dem deutschen Vaterlande zu dauerndem Danke verpflichtet. Preußen und die Staaten des 10. Armeekorps stehen für uns in den Waffen. Alle deutschen Seestädte bringen seit Monaten unserer Sache schwere Opfer. Laßt uns dieser Theilnahme uns würdig beweisen. — Nur Einigkeit und Thatkraft führen rasch ans Ziel. Unsere junge Mannschaft eilt freudig zu den Fahnen, damit wir, beim Anfange des Kampfes durch die List der Dänen ungerüstet, mit Ehren unsern deutschen Brüdern zur Seite treten. Wir wollen alle bereit sein, jeder andern Anforderung zu entsprechen, welche die energische Fortführung des Krieges nöthig macht. Mitbürger! Wir dürfen nicht zweifeln an dem Siege unserer gerechten Sache. Fern sei es von uns, in fremdes Recht hinüber greifen zu wollen. Aber was unser ist, von unsern Vorjahren als ein heiliges Vermächtniß uns überkommen, das wollen wir bewahren und behaupten. Die Herzogthümer gehören unzertrennlich dem deutschen Vaterlande an. Für das Vaterland haben wir zu den Waffen gegriffen, ist das Blut unserer deutschen Brüder geflossen. Mit ihm wollen wir einig seyn, zu siegen oder zu fallen. Rendsburg, den 25. Juli 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. F. Reventlow. J. Bremer. Th. Olshausen. (Alt. M.)

Würtemberg. (Stuttgart, den 26. Juli.) Die Grundlagen der vorläufigen Vereinbarung zwischen Bayern und Würtemberg sollen, wie wir hören, eine doppelte Eisenbahnverbindung zwischen beiden Staaten bestimmen. Die erste ist eine Bahn von Lindau nach Meckenbeuren (würtemb. Station zwischen Friedrichshafen und Ravensburg), wogegen die wegen des Terrains kostspielige Ausführung der Bahn, von Lindau nach Kempten unterbleiben würde. Die zweite ist eine Bahn von Ulm nach Meitingen (bayer. Station ungefähr in der Mitte zwischen Augsburg und Donauwörth). (S. B. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 25. Juli.) Hr. Rothschild und Comp. können in die Posaune blasen. Die Nationalversammlung hat ein neues Anleihen von 200 Millionen Franken genehmigt und den Kurs desselben auf 75¼ Prozent festgestellt. Unsere Staatskasse ist wieder eine Weile flott.

Dem Contre-Admiral Trehouart ist der Befehl zugegangen, im adriatischen Meere zu kreuzen.

[National-Versammlung. Sitzung vom 25. Juli.] Präsident Marrast eröffnet dieselbe um 2¼ Uhr. General Oudinot, Befehlshaber der Alpen-Armee, erklärt der Versammlung schriftlich, daß er abreisen müsse und bittet um Urlaub. (Bewilligt.) Dann schreitet die Versammlung zur Diskussion des Gesetzes gegen die Klubs, dessen Berichterstatter der protestantische Pfarrer Cocquerel ist. Eine allgemeine Diskussion fand gar nicht statt. Man ging daher zur Berathung der einzelnen Artikel über. Art. 1. Die Bürger haben das Recht, sich zu versammeln, doch müssen sie sich den nachstehenden Bestimmungen fügen. (Angenommen.) Art. 2 schreibt 1) die polizeiliche Anmeldung vierundzwanzig Stunden vor Eröffnung der Klubs vor, 2) dringt auf Zulassung von Polizeibeamten und untersagt endlich 3) den Frauen und Minorennen den Besuch der Klubs. Flocon trägt auf Weglassung dieses Verbots für Letztere an. Das Wort Femmes solle gestrichen werden. Ein Mitglied unterstützt ihn darin, indem er zwar die Theilnahme der Frauen als ordentliche Klubglieder verweigert, aber ihnen den Besuch doch nicht ganz verbieten möchte. Flocon protestirt wiederholt, daß man die Frauen den Unmündigen gleichstelle. Er will nicht zugeben, daß man die Frauen als Unmündige behandle. St. Romme billigt das Verbot gegen Unmündige ebenfalls nicht. Die Versammlung schreitet zur Abstimmung. Dupin: Ich verlange die Abstimmung per Division d. h. die Trennung der einzelnen Paragraphen." Dies geschieht. Die Versammlung entscheidet, daß weder Frauen noch Unmündige sich in Klubs als Effektivglieder aufnehmen, noch ihnen beiwohnen dürfen. (Widerspruch zur Linken.) Nach einigem Lärm geht die Versammlung zu Art. 3 über. Dieser Artikel verbietet den Klubs, längere Sitzungen zu halten als die Polizeistunde vorschreibt. (Angenommen.) Art. 4 gestehr den Polizeibeamten bestimmte Plätze im Saale zu, um die Verhandlungen zu überwachen. Durrieu hält dies gefährlich und protestirt gegen jede Anwesenheit eines Polizisten. Ein Glied schlägt vor, es dem Ermessen des Polizeibeamten zu überlassen, ob und auf welchem Platze er im Saale beiwohnen wolle? Senard, Minister des Innern: Es ist uns gerade darum zu thun, durch die sichtliche Anwesenheit eines Polizeibeamten dem Gesetze die gehörige Achtung zu verschaffen. Deshalb dringt er auf Beibehaltung des Paragraphen. Durrieu protestirt wiederholt, dringt aber mit seiner schwachen Stimme nicht durch. Der Art. 4 wird angenommen. Art. 5 schreibt a) die Anlage namentlicher Listen aller Glieder vor und b) genaue Protokollführung über Alles, was verhandelt wird. Ad a) wird genehmigt. Ad b) wird lebhaft bestritten; Senard selbst bekämpft einen Theil des §., weil er den Polizeibeamten verpflichtet, den Beschwerdepunkt vorher anzuzeigen, ehe er bei der Behörde klage und auf Bestrafung dringe. Bac ist der Ansicht, daß dieser Fingerzeig beibehalten bleiben müsse. Cocquerel unterstützt den Minister und der § ohne die Worte „nach vorheriger Andeutung" wird angenommen. Art. 6. rücksichtlich der Symbole und äusserer Abzeichen rief Considerant auf die Bühne: Hr. Preist macht einen kleinen Zusatz gegen das Denunziationswesen, der durchgeht. Art. 6 wird angenommen. Art. 7 betrifft die Wechselverhältnisse von Klub zu Klub und rief zwischen Bac, dem bekannten Präsidenten der Rue Castiglione (Bergpartei) und Senard, Minister, einen lebhaften Wortkampf hervor, der bei Postschluß noch fortdauert. Kein Zweifel, daß der ganze Entwurf durchgeht. (4 Uhr.)

Italien.

(Rom, den 20. Juli.) Das Ministerium hat seine Entlassung nun wirklich verlangt und erhalten. Gestern Morgen wurde das Volk durch einen gedruckten Anschlag nach dem Platz von Lorenzo in Lucina beordert. Es erschien ein Haufen, viele sollen sogar bewaffnet gewesen seyn. Man zog nach der Cancellerie und belästigte die auch im Innern überfüllten Kammern. Sereni hob, als der Lärm arg ward, die Sitzung auf mit der Bemerkung, als er von der Tribüne heruntergestiegen, daß er sich nicht zwingen lasse. Nachdem sich dann das Publikum wieder etwas beruhigt hatte, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Nach einiger Zeit erhob sich Sterbini und erklärte, er habe in Erfahrung gebracht, daß es in der Stadt zu revolutionären Auftritten gekommen sey. Die Versammlung erklärte sich jetzt augenblicklich für permanent. Es wurden Kundschafter ausgesandt, und bald erschien auch der Polizeiminister Galletti, der seinem Bericht über das wirklich vorgefallene allerlei schmeichelhafte Ausdrücke für das Volk beimischte. Man erfuhr, daß der Papst die Adreßdeputation erst den nächsten Tag (heute um 12 Uhr) annehmen werde. In der Stadt bemühte sich Fürst Aldobrandini, als General der Civica, um die Wiederherstellung und Sicherung der Ruhe und sprach energische Worte. — Monf. Pentini ist nicht abgereist. Es wird behauptet, daß Mamiani zur Zeit, als er dem Papst die ganze Nacht vom 17. auf den 18. auf dem Hals lag, schon die spätere Depesche in der Tasche gehabt habe, welche den bereits erfolgten Abzug der Oesterreicher, die gekommen waren, um die Citadelle von Ferrara zu verproviantiren, meldete. Auf diese Weise verfährt man hier mit Lug und Trug und jetzt gefällt man sich darin, die Rückkehr des Liechtensteinischen Korps über den Po, als eine Flucht über Hals und Kopf darzustellen. (A. A. Z.)

(Genua, den 22. Juli.) Die vorgestern Nacht von hier ausgerückten 400 Mann des hiesigen Depot waren kaum sechs Miglien von hier, als eine Staffette ihnen den Befehl brachte, sogleich nach Genua umzukehren, wo sie auch gestern gegen Mittag anlangten. Diesen Morgen um 5 Uhr kamen noch andere 600 Mann von der Brigade Savonna hier an, welche mit den vorerwähnten zur See nach Venedig beordert sind. Das früher nur aus einem Bataillon von 600 Mann bestehende Korps der Marinen ist kürzlich auf 1000 Mann vermehrt worden. Die jüngst geworbene Mannschaft desselben wird jene 1000 Mann Infanterie nach Venedig begleiten und durchzieht einstweilen jubelnd und singend die Stadt. Diese ist in fortwährender lebhaftester Bewegung. Ehegestern Abend begab sich ein ein großer Volkshaufen mit fliegenden Fahnen vor den erzbischöflichen Palast, wo unter gewaltigem Lärmen verlangt wurde, daß alle Mönche der verschiedenen Orden bis zum Alter von 40 Jahren sogleich nach dem Kriegsschauplatz abgeführt werden sollten, um sich dort auf eine oder die andere Art nützlich zu machen. Nur mit großer Mühe gelang es der Obrigkeit, unter dem Beistand der Nationalgarden die Schreier zu bereden, sich zu zertheilen und die öffentliche Ordnung nicht zu stören. Das Einherziehen dieser schreienden Haufen mit fliegenden Fahnen wird zuweilen sehr lächerlich. Die Bewegung im hiesigen Hafen ist sehr groß, da man damit umgeht, kleinere Fahrzeuge mit Ruderbänken und kleinem Geschütz zu versehen, um sich bei gänzlicher Abwesenheit der sardinischen Flotte gegen die Möglichkeit von feindlichen Angriffen auf dem Meere zu verwahren, uns scheint diese Vorsicht sehr zweckmäßig zu seyn, da seit heute früh zwei neapolitanische Dampffregatten in einiger Entfernung von dem Hafen kreuzend gesehen werden. Man schließt daraus minder auf die Absicht einer Blokade des hiesigen Hafens durch die neapolitanische Flotte als auf piratische Gelüste. Viele sind der Meinung, daß diese Fregatten auf der Lauer liegen, um den Herzog von Genua aufzufischen, falls dieser sich als König der Sicilianer nach Palermo begeben sollte. Obgleich die kriegerischen Ereignisse des Landes hier und da große Leiden und Trübsal verursacht haben, so haben die Zeitläufte doch einigen Ersatz dafür herbeigeführt durch die reichen Ernten jeder Art, welche der Sommer bereits gewährt hat, und die besonders ergiebig durch die Weinlese seyn werden, welche überall ungemein reich auszufallen verspricht. Die Hitze ist für die Jahreszeit sehr erträglich hier, was gewiß nicht wenig dazu beigetragen hat, die sonst hier so gewöhlichen Fieber in diesem Jahre weniger häufig zu machen, als in andern Jahren. (A. A. Z.)

Spanien.

(Madrid, 26. Juli.) Eine telegraphische Depesche aus La Granja meldet die zu frühzeitige Entbindung der Königin. Obgleich sie sich durch den Verlust der Leibesfrucht nicht wesentlich krank fühlt, so sind doch bald nach dem Eintreffen obiger Depesche die Hof-Aerzte nach St. Ildephons abgereist. Hiemit wären abermals die schönen Träume vereitelt, mit welchen sich unsere konstitutionellen Dynastieen wiegten. Die Partei des Herzogs von Montpensier wird nicht ermangeln, diesen neuen Schlag auszubeuten.

---

† (Nürnberg, den 29. Juli.) Morgen um ¾ auf 10 Uhr werden mit dem Kulmbacher Zug auf dem Bahnhof die in Schleswig-Holstein zurückgebliebenen Mitglieder des hiesigen Freikorps eintreffen. Die Verdienste um die deutsche Sache, welche sich diese braven jungen Männer erworben und auf die sie stolz seyn dürfen, lassen wohl hoffen, daß sich die Nürnberger zu einem freundlichen Empfang recht zahlreich im Bahnhof einfinden werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Trauer-Anzeige.

Heute früh ½ 5 Uhr verschied zu unserem unaussprechlichen Jammer und Schmerz unser innigst geliebtester Gatte, Vater, Schwiegersohn und Schwager, der Mechanikus

Herr Joseph Schnurer,

nach hartem Todeskampfe, im 51. Lebensjahre.

Diese Anzeige widmen wir allen geehrten Verwandten, Freunden und Gönnern des Verblichenen, und empfehlen ihn und uns ihrer ferneren Liebe, und bitten um gütige Theilnahme

Nürnberg, den 27. Juli 1848.

Die Hinterbliebenen

Mit obiger Anzeige verbinde ich, die tiefgebeugte Wittwe, die weitere Anzeige, daß ich das Geschäft meines sel. Gatten fortführe, und empfehle mich daher einem hochverehrten Handelsstande, sowie allen übrigen schätzbaren Gönnern und Freunden meines Gatten mit der angelegentlichsten Bitte um gütige Geschäftsaufträge, und werde ich dem in mich gesetzt werdenden Vertrauen in jeder Hinsicht bestens entsprechen, und ihr Wohlwollen mir zu erhalten, unausgesetzt bestrebt seyn.

Sophie Schnurer, geb. Fischer.

Dank.

Friedrich Hahn sieht sich veranlaßt, für die freundliche Aufnahme und rege Theilnahme bei Vorlage der Listen, die Unterzeichnung für besseres Brod und Volksfest betreffend, seinen innigsten Dank abzustatten, ebenso denjenigen, welche bereits Hand in Hand mit ihm gingen und ein gleiches thaten.

Da es gewiß eine Ehrensache für Nürnberg ist, daß für diesen doppelt guten Zweck sich viele tausend Unterschriften in kürzester Zeit zeichnen, so wird bemerkt, damit die Listen zu Jedermann gelangen können, daß einfache Bögen Papier ohne Ueberschrift zum Unterzeichnen hinreichen und von Hand zu Hand wandern mögen.

Vereins-Versammlung.

Montag den 31. Juli Abends 7 Uhr ist eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie- und Kultur-Vereins, wozu dieselben hiemit ergebenst einladet

Nürnberg, den 30. Juli 1848.

Das Direktorium.

Dr. Weidenkeller.

Erklärung

der

Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

1. Die von Preussischen Militairs, vom Unterofficier oder Wachtmeister aufwärts, so wie von Militair-Aerzten und Chirurgen bei der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft genommenen Versicherungen **bleiben** ungeachtet eines ausgebrochenen Krieges in **Kraft — wenn —** der Versicherte innerhalb vier Wochen, von dem Tage ab, an welchem der Krieg erklärt, oder er selbst auf den Feldetat gesetzt wird, unter Beobachtung der veröffentlichten Vorschriften der Gesellschaft für Versicherungen gegen Kriegsgefahr, die Zusatz-Prämie von drei pro Cent des versicherten Kapitals bezahlt und in den ferneren Fälligkeits-Terminen prompt entrichtet

2. Durch den Eintritt eines versicherten Nicht-Militairs in die Bürgerwehr, oder in ein sonstiges zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung bestimmtes Dienstverhältniß, wird in seinen statutenmäßigen Rechten und Pflichten **nichts** geändert

Berlin, den 22. Juli 1848.

Direction der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorstehende Bekanntmachung bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ergebenen Bemerken, daß Geschäfts-Programme unentgeldlich ausgegeben werden

Die Agenten der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft für Mittelfranken:

Johann Friedrich Goehe, Kaufmann in Nürnberg.
Johann Popp, Tabakfabrikant in Roth.
Jakob Waitz, Kaufmann in Altdorf.
Daniel Ley, Kaufmann in Fürth.
J. D. Strauß, Kaufmann in Neustadt a. d. A.
Daniel Trischel, quiesz. App.-Ger.-Sekretär in Ansbach.

Guter Rath an meine Freunde.

Wenn Euch ermüdet der Geschäfte Drang
Und ihr euch sehnet nach der Gläser Klang, —
Wenn, wie der Samum, heiß die Lüfte weh'n,
Müßt ihr nach jenem Hause mit mir geh'n
Das »Albrecht Dürers« hehren Namen trägt;
Dort werdet ihr ein herrlich Labsal finden:
Ein Bier, hervorgeholt aus tiefen Felsengründen,
Das jeden Vorzug in sich trägt.

Gambrinus.

An Nürnberg's Kunstfreunde.

Das für die Stadt Cöln bestimmte, aus der zartesten Bildhauerarbeit bestehe… Glasmalerey gezierte

Großartige Modell des Cölner Dom…

ist in Bezug auf meine erste Bekanntmachung im Nürnberger Correspondenten Nro. … noch **3 Tage** den Kennern und Freunden der edlen altdeutschen, sogenannten … Baukunst in dem hiesigen Katharinensaal zur gefälligen Beschauung aufgestellt, und um den Eintritt zu erleichtern, das Entree auf 12 kr und für Kinder 6 kr. festgesetzt. … wohl mit Recht versichern, daß Jedermann, welcher mich mit seinem Besuch beehrt, … einem hohen Kunstgenuß den Saal verlassen wird.

Nürnberg, den 29. Juli 1848.

Der Meister vo…

Carl Sch…

Albrecht-Dürer-Verein.

Nach einem so eben eingelaufenen Sendschreiben der deutschen Künstler in München soll sich in einer Adresse an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt wegen der Reformen der deutschen Kunst gewendet werden.

Zur Berathung dieses Gegenstandes werden daher sämmtliche Ausschuß- und übrigen Mitglieder des Albrecht-Dürer-Vereins eingeladen, sich

☞ Samstag den 29. ds. Abends 7 Uhr

im Albrecht-Dürer-Hause recht zahlreich einzufinden.

Nürnberg, den 28. Juli 1847.

C. Heideloff.

Haaröl,

von vorzüglicher Qualität, welches dem Haare ausserordentlichen Glanz und Geschmeidigkeit gibt, den Wachsthum befördert und zugleich als ein sehr feines Parfüm dient, das Glas zu 5 kr. bis 48 kr.

Eau d'Atirona,

gegen Sommersprossen Leber- und andere Flecken, das große Glas zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr.

Aechtes Eau de Cologne double,

von J. M. Farina und Carl Anton Zanoli zu verschiedenen Preisen.

Eau de Mille fleurs,

nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt, das große Glas zu 36 kr. das kleine zu 18 kr.

Duft-Essig,

ein vortreffliches Zimmerparfüm und Luftreinigungsmittel, das Glas zu 15 kr.

Mailändischen Haarbalsam,

anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl, als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte, das große Glas zu 54 kr. und das kleine zu 30 kr.

Cocos-Nuß-Oel-Soda-Seife

von ächtem besten Cocosnußöl, in Stücken zu 3, 6, 9 und 12 kr., nebst allen anderen Toilettenseifen, Pommaden, Extraits d'odeurs, Riechkissen und Parfümerien aller Art in großer Auswahl empfiehlt

Carl Kreller,

Karlsstraße S. Nr. 91 nächst dem Weinmarkt.

Empfehlung.

Feinsten Emmenthalerkäs empfiehlt

A. Zöllner,

am Spitalplatz.

Empfehlung.

Frischer Caviar, neue holländer Vollhäringe sind zu haben bei

G. C. Prückner.

Königsstrasse L. Nro. 109.

Kißkalts-Zwinger.

Heute Sonntag den 30. Juli spielt die Blechmusik des Herrn Lippert, wozu hiemit höflichst einladet

Entree à Person 3 kr.

Kißkalt.

Schusters-Felsen-Keller.

Heute Sonntag d. 30. Juli findet Harmoniemusik statt, und wird zwischen 6 und 7 Uhr ein Luftballon steigen.

Felsenkeller-Eröffnung.

Mehrseitigen Wünschen entsprechend, eröffnet nächsten Montag Unterzeichneter seinen Felsenkeller und erlaubt sich daher seine Freunde, so wie das verehrliche Gesammtpublikum dazu einzuladen.

Heinrich Büchel, Bierbrauer.

(Gesuch) Einen Wasserkessel von Kupfer mit Hahn zu einem Kochofen sucht man zu kaufen. S. Nr. 14.

Anzeige.

In meinem Verlage erscheinen seit Anfa… und können durch den Buchhandel wie durch … zogen werden:

„Fränkische Blätter“

belletristische Zeitschrift, nebst einem humoristis… Beiblatt:

„Der Nürnberger Trichter…

und einer monatlichen artistischen Sonderbeila… demische Gedenkblätter“, gezeichnet … beloff. —

Prospectus und Probenummern sind in … handlungen gratis zu haben.

Der vierteljährige Pränumerations-Preis … mern mit 3 artistischen Sonderbeilagen beträg…

Nürnberg, im Juli 1848.

Fr. …

(Einladung.) Zur Feyer der J… kirchweih gibt es bei Unterzeichnetem heute … 30. Juli gefüllte Tauben, Hühner, Hefenk… ist für frisches Felsenkellerbier bestens gesorgt … hiemit höflichst ein

Gastwirth Linz zum …

(Anzeige.) Den Wünschen und … lichkeit des verehrten Publikums nachzukommen, … von den so beifällig aufgenommenen deutsche… mit der Landesfarbe, welche sich besonders f… ren Beamten, Schutz- und Landwehren eigne… derlage bei Hrn J. G. A. Mederer … handlung am Plobenhof in Nürnberg erricht… selbige immer vorräthig à Stück 9 kr. daselbst … mir zu haben.

Wilhelm Eißle…

in Steinbüh…

(Verlaufen.) Gestern Abend verl… Kontumaz-Garten ein junger Hund männliches … (Pinscher), hört auf den Namen Minet, ha… Pfoten, grau, weiß und schwarz gefleckt, und … rothen Halsqualste versehen.

Es wird um dessen Zurückbringung gegen … in der Färbergasse Nr. 437 nächst dem … gebeten.

Neue holländische Häringe

sind angekommen bei

Carl Chr. F…

Albrecht Dür…

Almoshof.

Sonntag den 30. Juli findet Tanzmusik statt … ergebenst einladet

…

Gefrornes

ist heute so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor Wi… rothen …

Aufruf.

Alle hiesigen Gewerbtreibenden Arbeiter u… werden hiemit höflichst ersucht sich zu einer … Berathung Montag Abend punkt 7 Uhr im … Hof“ recht zahlreich einzufinden.

Der Ausschuß.

Schießhaus Wöhrd.

Heute Sonntag den 30. Juli findet das Re… daselbst statt, wozu die verehrlichen Mitglie… höflichst eingeladen werden.

Die Vors…

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches L… dern hat und sich der vorkommenden Hausarb… zieht, wünscht bis am Ziel unterzukommen. … der oberen Kreuzgasse.

(Gesuch) 850 fl. werden gegen sicher… bis kommendes Ziel zu entlehnen gesucht … unter Adresse B. P. durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Man sucht einen jungen Me… Schuhmacher-Profession gegen Lehrgeld in die … nehmen. Nro 308 auf der Füll.

(Gesuch) Zu einem gangbaren Ges… ein junger Mensch gegen Lehrgeld in die Leh… men gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Arena.

Sonntag den 30. Juli. „Ben David der Knabenräuber, oder: Christ und Jude. Romantisches Schauspiel in 4 Aufzügen von B. Neustädt.